HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 – Juni 1926

K · G · Saur
München · London · New York · Paris 1992

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New York ; London ; Paris : Saur
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. I Die Wiedergründung der NSDAP : Februar 1925 – Juni
1926 / hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals. – 1992
ISBN 3-598-21931-8

∞

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Textservice Zink, Heiligkreuzsteinach
Druck / Binden: Jos. C. Huber KG, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Die Hitler-Dokumente der Jahre 1925-1933 schließen zeitlich an die von Eberhard Jäkkel und Axel Kuhn besorgte Edition "Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924" an. Ohne dem Prinzip größtmöglicher Vollständigkeit verpflichtet zu sein, waren die Editoren bemüht, alle historisch relevanten Dokumente aufzunehmen. Die Edition, die mit der Wiederbegründung der NSDAP im Februar 1925 einsetzt und bis zum 30. Januar 1933 führen wird, schließt eine von der Forschung schmerzlich empfundene Lücke. Der Gedanke, das von Jäckel und Kuhn begonnene Unterfangen, wenn auch mit verändertem Anspruch, fortzuführen, entstand 1980 zur Zeit des Direktorates von Martin Broszat. Damals hatte der Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, Anton Hoch, mit den ersten Arbeiten zur systematischen Erfassung, Nachweisung und Sammlung von Hitler-Dokumenten der Jahre 1925-1933 begonnen. Nach seinem unerwarteten Tod wurde die Erschließungs- und Sammlungstätigkeit von den Institutsmitarbeiterinnen Hildegard v. Kotze und Maria-Helene Müller in zeitweiliger enger Kooperation mit Albrecht Tyrell, damals Universität Bonn, fortgeführt. Nach dem Ausscheiden von Maria-Helene Müller im Frühjahr 1988 und der Pensionierung von Hildegard v. Kotze im Herbst 1989 übernahmen Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik die Aufgabe, das Editionsvorhaben zum Abschluß zu bringen. Als studentische Hilfskräfte haben Silvia Frey, Cornelia Wilhelm und Regina Vossen zeitweilig mitgewirkt. Die Schreibarbeiten für die ersten Bände übernahm Hannelore Scholz. Der mühsamen Arbeit des Korrekturlesens widmete sich mit großer Sorgfalt Erna Danzl. Christoph Weisz und Constantin Goschler halfen bei der Schlußredaktion.

Gedankt sei auch Rudolf Morsey und Gerhard Schulz, die seitens des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte das Editionsvorhaben geduldig betreut haben. Ihr fachkundiger, kritischer Rat kam besonders der Konzeption zugute.

Ein besonderer Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Projekt während der Erschließungs- und Sammlungsphase für mehrere Jahre in großzügiger Weise finanziell gefördert hat.

Institut für Zeitgeschichte — München, im September 1991

Ludolf Herbst
Klaus-Dietmar Henke

Zur Edition

Ziel dieser mehrbändigen Edition, deren erste Bände nunmehr vorliegen, ist es, der historischen Forschung und interessierten Öffentlichkeit die überlieferten Äußerungen Adolf Hitlers von der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 bis zur Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zugänglich zu machen. In erster Linie enthält sie die Reden Hitlers, sodann schriftliche Zeugnisse: programmatische Schriften, Aufsätze, Artikel, Aufrufe sowie parteiinterne Anordnungen und Schreiben. Außerdem sind die Erklärungen und Zeugenaussagen vor Gericht aufgenommen worden.

Die Edition erweitert damit nicht nur die Grundlage der biographischen Hitler-Forschung, sondern ist darüber hinaus auch ein unentbehrliches Quellenwerk zur Geschichte der NSDAP während der Weimarer Republik. Sie schließt zeitlich an die 1980 von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn publizierte Edition "Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924" an. Das Vorhaben einer umfassenden Dokumentensammlung erschien dem Institut für Zeitgeschichte vor allem deshalb wichtig, weil für die hochbedeutsame Phase des Aufstiegs der NSDAP, der immer stärkeren Entfaltung der persönlichen Führerrolle Hitlers innerhalb der NS-Bewegung und der maßgeblich von ihm bestimmten Politik und Taktik des Kampfes um die Macht eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse der Aktivitäten Adolf Hitlers als Redner, Politiker und Parteiführer fehlte.

I.

Im Mittelpunkt der Edition stehen die Reden. Das Übergewicht dieser Quellengattung entspricht der überragenden Bedeutung, die Hitler dem gesprochenen Wort im Gegensatz zum geschriebenen zumaß. Den Glauben an die geschichtsmächtige Kraft der demagogischen Rede, der mit seinem voluntaristischen Politikverständnis korrespondierte, hat Hitler in "Mein Kampf", wie so vieles andere, mit den bezeichnenden Worten dargelegt: "Die Macht aber, die die großen historischen Lawinen religiöser oder politischer Art ins Rollen brachte, war seit urewig nur die Zauberkraft des gesprochenen Wortes. Die breite Masse eines Volkes vor allem unterliegt immer nur der Gewalt der Rede. Alle großen Bewegungen aber sind Volksbewegungen, sind Vulkanausbrüche menschlicher Leidenschaft und seelischer Empfindungen, aufgerührt entweder durch die grausame Göttin der Not oder durch die Brandfackel des unter die Masse geschleuderten Wortes, und sind nicht limonadige Ergüsse ästhetisierender Literaten und Salonhelden." [1]

1 Mein Kampf, Bd. 1, München 1925, S. 110 f.

Als Hitler 1924 während der Festungshaft in Landsberg sein weltanschauliches und politisches Credo niederlegte, hatte er bereits in zahlreichen Massenversammlungen genügend Erfahrungen gesammelt, um auf die suggestive Kraft seiner rhetorischen Potenz vertrauen zu können. Schließlich war die Redegabe der einzige Aktivposten bei seinem Eintritt in die Politik. Sie rückte den "unbekannten Gefreiten" des Ersten Weltkrieges, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch Vermögen, noch einflußreiche Freunde besaß, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, ließ ihn vom "Trommler" zum "Führer" der jungen NS-Bewegung werden. Das agitatorisch-demagogische Vermögen und der feste Glaube an seine Mission zeichneten Hitler bereits in den frühen zwanziger Jahren gegenüber anderen Parteiführern aus; sie begründeten nach der Entlassung aus Landsberg am 20. Dezember 1924 erneut seine charismatische Führerrolle in der NSDAP.

Die Wiedergründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erfolgte am 27. Februar 1925 mit einer die Staatsgewalt provozierenden Rede Hitlers im Münchner Bürgerbräukeller, dem Ort des gescheiterten Putschversuches vom November 1923. Die bayerische Regierung verhängte daraufhin am 9. März ein Redeverbot, das Hitler für die nächsten zwei Jahre seiner schärfsten Waffe, der Rede in großen Kundgebungen, beraubte. Da Preußen und die meisten Länder sich diesem Vorgehen anschlossen [2], blieb sein Wirkungsfeld zunächst auf geschlossene NSDAP-Versammlungen beschränkt. Das Redeverbot, das in Bayern bis März 1927, in Preußen bis September 1928 bestand, hatte eine zweischneidige Wirkung: Es legte Hitler in einer Zeit heftiger innerparteilicher Querelen und erbitterter Kämpfe um die Vorherrschaft im völkisch-nationalistischen Lager Fesseln an, andererseits ließ sich die "Schande des Redeverbots" von der NS-Progaganda zur heroischen Stilisierung des Führer-Mythos ausbeuten und setzte das demagogische Talent Hitlers nicht der Gefahr vorzeitiger Abnutzung aus.

Auftritte in größeren Versammlungen wurden meist sorgfältig vorbereitet und erfüllten stets eine Doppelfunktion: Als demonstrative Kundgebungen sollten sie die Öffentlichkeit beeindrucken, innerparteilich als Belohnung und Anreiz wirken. Kundgebungen kamen, wie Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß 1925 in zwei Rundschreiben ausführte, nur für diejenigen Gaue und Ortsgruppen in Betracht, die eine erfolgreiche Mitgliederwerbung betrieben und ihre Verpflichtungen gegenüber der Parteizentrale gewissenhaft erfüllten. "Herr Hitler ist nicht wandernder Propagandaredner, sondern Führer der Bewegung." [3] Die Versammlungen dienten zuallererst der Aktivierung und Integration, der politischen Sozialisation der Mitglieder zu fanatischen Kämpfern. Liest man die Erlebnisschilderungen von Parteigenossen aus der "Kampfzeit", so findet man den Erfolg dieser Strategie in religiös eingefärbtem Pathos vielfach bestätigt. Der Auftritt des "Führers" am Sitz der eigenen Ortsgruppe war Auszeichnung und Verpflichtung zugleich. Nicht zuletzt trugen solche Höhepunkte des örtlichen Parteilebens erheblich

2 Vgl. die Aufstellung bei Albrecht Tyrell, Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 107 f.

3 Rundschreiben vom 21.9.1925; BA, Slg. Schumacher 373. Vgl. auch Rundschreiben vom 11.12.1925; Nds. StA Hannover, 310 I A, Nr. 8.

zur Selbstfinanzierung der NSDAP bei, da die Besucher ein nicht unerhebliches Eintrittsgeld - in der Regel eine Reichsmark - zu entrichten hatten.

Zu den festen Ritualen gehörte es, das Publikum warten zu lassen, während Musik, uniformierte Aufmärsche und schließlich der Einzug von Fahnenträgern die atmosphärische Spannung vor dem angekündigten Rednerauftritt steigerten. Nach 1925 war, im Unterschied zu früheren Hitler-Versammlungen und abweichend von der bis etwa 1930 gängigen Praxis bei sonstigen NSDAP-Versammlungen, eine anschließende Diskussion weder vorgesehen noch zugelassen. Da sich Hitler als der Verkünder eines neuen politischen Glaubens verstand, standen seine Reden nicht zum Diskurs, sondern waren missionarische Predigt. Der ganz auf die Zelebrierung der Hitler-Rede konzentrierte Versammlungsablauf zielte auf die Schaffung emotionaler Bindung, auf affekthafte Zustimmung oder Ablehnung. Die von Hitler in "Mein Kampf" mit großer Intuition und psychologischem Einfühlungsvermögen beschriebene Gefühls- und Angriffspropaganda richtete sich bewußt nicht an den Verstand, sondern zielte auf die emotionale Eroberung der Masse, der es die eigene Lehre aufzuzwingen gelte. Zweck der Rede war dementsprechend die ideologische Einschwörung und Motivierung der eigenen Anhängerschaft wie die Gewinnung neuer Gefolgsleute für den politischen Kampf, nicht die sachlich-argumentative Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Um so größere Bedeutung besaß der kultische Rahmen der Veranstaltungen, die massenpsychologisch ständig verfeinerte Ritualisierung der Beziehung von "Führer" und "Gefolgschaft".

Besonderen Wert legte die NS-Propaganda, die vor 1933 noch mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln arbeiten mußte, auf spektakuläre, liturgisch durchformte Großkundgebungen, die die Anhängerschaft für die entbehrungsreiche Parteiarbeit, zumal in der Provinz, moralisch aufrüsten und nach außen organisatorische Stärke, jugendliche Kraft und innere Geschlossenheit demonstrieren sollten. Diese Funktion erfüllten vor allem die Reichsparteitage, deren ausgeklügelte Versammlungsdramaturgie ganz auf das suggestive Massenerlebnis und auf die Idealisierung Hitlers als politischer Heilandsfigur zugeschnitten war. Ihren Höhepunkt fand die Versammlungspropaganda 1932 in den vier Deutschlandflügen Hitlers mit fast 150 Kundgebungen, die alles bis dahin Übliche weit übertrafen. Wenngleich die Bedeutung der NS-Propaganda als Manipulationsinstrument angesichts der außerordentlich hohen Mitglieder- und Wählerfluktuation während der Weimarer Republik nicht überschätzt und nicht vor dem Hintergrund der bekannten Bilder aus der Zeit nach der Machtergreifung 1933 gesehen werden darf, so sollte andererseits doch die Wirkung der schrittweise entwickelten, während der permanenten Wahlkämpfe im Entscheidungsjahr 1932 bereits zu hoher Perfektion gelangten Inszenierung der Hitler-Auftritte nicht unterschätzt werden.

Daraus folgt eine gewisse Problematik jeder Edition von Hitler-Reden: Der Leser analysiert die Texte nach rationalen Kriterien und sucht nach vernunftorientierter Argumentation, während die von Hitler praktizierte Angriffspropaganda in hohem Maße auf die Mobilisierung von Gefühlen durch Bilder, Symbolik und Rituale abzielte. Die spezifische Rhetorik und Körpersprache Hitlers bleiben ihm ebenso wie die Atmosphäre der Versammlungen verborgen. Die Lektüre erlaubt andererseits eine genauere

Erfassung vager Andeutungen und enthüllender Zynismen, als dies dem Zuhörer möglich war, sie offenbart unerbittlich alle stilistischen Schwächen und argumentativen Banalitäten.

Die in Berichtsform überlieferten Hitler-Reden haben zunächst den subjektiven Filter des Berichterstatters durchlaufen und liegen zumeist nur in redaktionell überarbeiteter Fassung vor. Die Berichte reichen von knappen, oft unbeholfenen Versammlungsberichten des überwachenden Polizeibeamten über den gedrängten Zeitungsbericht eines geschulten Redakteurs bis hin zur stenographischen Mitschrift. Ihre Authentizität ist daher quellenkritisch differenziert zu beurteilen. Mitschriften, die nach einer im Juli 1925 erlassenen Anordnung bei allen Hitler-Versammlungen und Führertagungen von zwei Stenographen angefertigt und umgehend an die Privatkanzlei Hitlers gesandt werden sollten [4], sind nur in seltenen Fällen erhalten. Ein Vergleich der überlieferten Exemplare mit der Berichterstattung des "Völkischen Beobachters" belegt, daß sie diesem von Hitler herausgegebenen "Amtsblatt" der Bewegung zur Verfügung gestanden haben. Die Wiedergabe des Wortlauts großer Hitler-Reden erfolgte zumeist in gekürzter, geringfügig stilistisch überarbeiteter Fassung. Der großaufgemachten VB-Berichterstattung wird man daher einen hohen Grad an Authentizität zusprechen dürfen.

Stärkere Vorbehalte sind bei knappen Polizeiberichten und der sonstigen Presseberichterstattung angebracht. Sie stützen sich in aller Regel nicht auf den genauen Wortlaut, sondern fassen die Kernpassagen in mehr oder minder freier Formulierung zusammen. Sofern sie von sprachgewandten Journalisten verfaßt wurden, erschließt sich dem Leser allerdings auch hier der spezifische Redestil Hitlers, spiegelt der Bericht die typischen Argumentationsmuster und rhetorischen Mittel wider. Da selbst der kürzeste Bericht zumindest noch einen Anhaltspunkt über den Inhalt der Rede gibt, vermag auch er zur genaueren Kenntnis beizutragen. Wenngleich die meisten Reden nur indirekt überliefert sind, so stellt diese reichhaltige Überlieferung doch eine erstrangige Quelle dar, aus der sich ein präzises, facettenreiches Bild von Hitlers Weltanschauung und politischer Zielsetzung wie Argumentation gewinnen läßt.

Neben den Reden aus der "Kampfzeit", von denen die meisten bislang weder beachtet noch publiziert wurden, sind für die wissenschaftliche Analyse die programmatischen Schriften Hitlers unverzichtbar. An erster Stelle ist hier "Mein Kampf" zu nennen, dessen erster, noch in der Landsberger Festungshaft entstandener Band im Juli 1925 erschien. 1927 erfolgte die Publikation des angekündigten zweiten Bandes. Wenngleich unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten eine textkritische Ausgabe von "Mein Kampf" mit der Verzeichnung aller Änderungen in den zahlreichen Auflagen [5] erwägenswert wäre, so hätte ein solches Vorhaben (von juristischen Hemmnissen einmal abgesehen) den vorgegebenen Rahmen des Editionsprojekts gesprengt.

Anders verhält es sich mit einem weiteren programmatischen Werk, das vermutlich aus verlegerischen Gründen - nämlich um den schleppenden Absatz von "Mein Kampf"

4 Anordnung von Rudolf Heß im VB vom 29.7.1925, "An alle Ortsgruppen!".

5 Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf", in: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

nicht zu gefährden -, vielleicht aber auch aus politischer Rücksichtnahme, unveröffentlicht blieb. Die 1928 entstandene Diktatfassung, die Gerhard L. Weinberg 1961 unter dem Titel "Hitlers Zweites Buch" [6] in einer Publikationsreihe des Instituts für Zeitgeschichte herausgab, enthält die vollständigste und geschlossenste Darlegung von Hitlers politischen und weltanschaulichen Vorstellungen. Es belegt die Konstanz der bereits in "Mein Kampf" niedergelegten außenpolitischen Konzeption und bezeugt insbesondere den zentralen Stellenwert, den die nur mit kriegerischen Mitteln zu erreichende Gewinnung von "Lebensraum im Osten" in Hitlers gesamten Denken einnahm. Das "Zweite Buch", dessen Erstausgabe vergriffen ist, wird in der vorliegenden Edition erneut veröffentlicht werden.

Programmatische Aussagen enthalten selbstverständlich auch zahlreiche Aufsätze und Artikel, die wie die Bücher ganz gesprochenes Wort sind. Eine vorzügliche Quelle sind ferner die politischen Kommentare, die Hitler ab Ende 1928 im "Illustrierten Beobachter" unter dem Titel "Politik der Woche" veröffentlichte. Nach dem großen Wahlerfolg vom September 1930 gab Hitler die Tätigkeit als gutbezahlter Kommentator jedoch auf. Gewissermaßen als Ersatz druckte der "Illustrierte Beobachter" danach Auszüge aus "Mein Kampf" und trug damit erheblich zur Popularisierung dieser Bekenntnisschrift bei. In der NS-Propaganda selbst kam den Schriften, Aufsätzen und Artikeln Hitlers, aufs Ganze gesehen, nur eine sekundäre Bedeutung zu. Sie wirkten vornehmlich innerhalb der NS-Bewegung, ob es sich nun um die Erörterung grundsätzlicher Fragen oder um tagespolitische Stellungnahmen zur Instruktion der Unterführer handelte. Das geschriebene Wort Hitlers konnte mit seinen merkwürdig hölzernen Satzkonstruktionen weder intellektuelle noch gar literarische Faszination entfalten. Das wirkungsvollste Mittel der Außenpropaganda blieb die öffentliche Rede in großen Kundgebungen.

Die dritte Hauptgruppe der in dieser Edition präsentierten Dokumente stellen die parteiinternen Anordnungen Hitlers dar. Sie umfassen die ganze Spannbreite von grundlegenden politischen Richtlinien und organisatorischen Anweisungen bis zur schlichten Bekanntgabe einzelner Parteiausschlüsse. Die Tätigkeit als Parteiführer wird in den von Hitler persönlich gezeichneten Anordnungen allerdings nur in Ausschnitten sichtbar. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf die schlechte Quellenlage zurückzuführen, da zentrale Bestände, namentlich das Schriftgut der Privatkanzlei Hitlers und des Apparats der Münchner Parteizentrale, nicht oder nur in Splitterbeständen überliefert sind.

Das in wichtigen Teilbereichen sehr bruchstückhafte Spiegelbild der überlieferten Anordnungen ist aber auch eine Folge des von Hitler praktizierten Führungsstils. Adolf Hitler war kein Mann des Schreibtischs. Die alltägliche, routinemäßige Arbeit eines disziplinierten Parteiführers war ihm verhaßt, sie war mit seinem bohemienhaften Lebensstil und der oft wochenlangen Abwesenheit von München auch unvereinbar. Hitler leitete die Partei nicht bürokratisch mittels Aktennotizen, sondern er ließ sich berichten und erteilte dann seine Anweisungen bevorzugt mündlich. Es war die Aufgabe enger Mitarbeiter, diese, falls nötig, schriftlich zu fixieren und als Auftrag oder Entschluß des

6 Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

"Führers" bekanntzugeben und umzusetzen. Es entsprach dem persönlichen Naturell Hitlers wie dem dynamischen Bewegungscharakter der NSDAP, daß wichtige Entscheidungen im Kreise der Unterführer ohne schriftliche Vorlage erörtert oder ihnen von Hitler einfach als sein unabänderlicher Entschluß mitgeteilt wurden. Beste Gelegenheit für persönliche Unterredungen, für die gegenseitige Unterrichtung und die informelle Inspektion von Gauen und Ortsgruppen boten vor allem die zahlreichen Reisen, die Hitler im Zuge seiner ausgedehnten Rednertätigkeit unternahm.

Die Anordnungen dokumentieren, ungeachtet ihrer thematischen Breite und Vielfalt, vor allem eines: nämlich den absoluten Führungsanspruch Hitlers. Die Parteisatzung vom 22. Mai 1926 bestätigte und verstärkte die schon in den Statuten von 1922 enthaltenen außerordentlichen Vollmachten des Parteivorsitzenden, der in der Leitung "freiesten Spielraum [...] unabhängig von Mehrheitsbeschlüssen eines Ausschusses" [7] haben sollte. Der hier formulierte Führungsanspruch, lediglich eingeschränkt durch die Regelungen des bürgerlichen Vereinsgesetzes, definierte das Selbstverständnis einer Organisation, die sich nicht als Partei im parlamentarisch-demokratischen Sinne, sondern als Kampfbewegung, als Fundamentalopposition zum "Weimarer System" verstand.

Die verbindliche Einführung des Hitler-Grußes innerhalb der Partei im Jahre 1926 brachte die Führer-Bindung auch äußerlich zum Ausdruck. Der zielstrebige Aufbau des Führer-Mythos in den Jahren nach der Neugründung der NSDAP war zunächst vornehmlich als Bindemittel für die innerparteiliche Reorganisation von Bedeutung: Er integrierte unterschiedliche Strömungen, kompensierte die Vagheit des politischen Programms und überdeckte nicht zuletzt organisatorische Schwächen. Die Stärke der NS-Bewegung gegenüber konkurrierenden Organisationen aus dem völkisch-nationalistischen Lager beruhte nicht auf einem unverwechselbaren ideologischen Profil, das vielmehr stets diffus blieb und somit den fließenden Übergang von einer Organisation zur anderen erleichterte, sondern entsprang dem kämpferischen Aktivismus, der sich in zahllosen Kundgebungen und Aufmärschen manifestierte. Die Verbindung von charismatischer Führerherrschaft und gläubiger Disziplin verlieh der NS-Bewegung eine spezifische Dynamik, ließ sie zum Kristallisationszentrum eines neuen, sozial ungebundenen und insofern "soldatischen" Nationalismus werden, der sich entschieden vom alten Nationalismus wilhelminischer Prägung und dem honoratiorenhaften Politikstil völkischer Vereine und bürgerlicher Rechtsparteien abgrenzte. Die 1927/28 erreichte Vorherrschaft im rechtsextremen Lager stellte mit der organisatorischen Konsolidierung der NSDAP die Voraussetzung für den späteren Aufstieg zur Massenbewegung dar. Die bald darauf einsetzende Weltwirtschaftskrise schuf dann jenes Klima nationalpsychologischer Erregung, in dem sich der Hitler-Mythos in Wahlerfolge umsetzen ließ. Der frühzeitig ausgebildete, systematisch in Szene gesetzte Hitler-Kult hielt als zentraler Integrationsmechanismus die NSDAP auch nach ihren großen Wahlerfolgen ab 1930 zusammen, als sich ihre soziologische Struktur tendenziell dem Typus einer modernen, klassen- und milieuübergreifenden Volkspartei annäherte.

Die Reden und Anordnungen vermitteln naturgemäß ein stilisiertes Bild. In der Selbstdarstellung erscheint die NSDAP als monolithisch geschlossene, allein vom

7 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

"Führerwillen" durchflutete Partei. Die parteiinternen Organisationserlasse mit ihrem pedantischen Formalismus suggerieren das Bild einer leistungsfähigen Parteibürokratie mit exakt geregeltem Instanzenzug und eindeutigen Zuständigkeiten. Entgegen dem äußeren Anschein der Anordnungen mit ihrem strikten Befehlston entwickelten allerdings untergeordnete Parteiinstanzen und angeschlossene Verbände ein von oben kaum kontrollierbares Eigenleben, lieferten sich rivalisierende Gauleiter erbitterte Machtkämpfe, in deren Verlauf das bürokratisch-organisatorische Reglement ständig durchbrochen wurde. Kennzeichnend für die tatsächliche innerparteiliche Praxis war weniger das militärische Vorbild zweckrationaler Organisation und Unterordnung als der ungezügelte Kampf um Macht und Kompetenzen innerhalb eines üppig wuchernden Parteiapparats. Das sozialdarwinistische Ausleseprinzip, das den Unterführern der NS-Bewegung weitgehend freie Hand ließ, festigte jedoch gerade die Stellung Hitlers als oberster Schiedsinstanz, der in grundsätzlichen Streitfragen die ausschlaggebende Entscheidungsbefugnis zukam. Der Bewegungscharakter und das Fehlen einer institutionalisierten Entscheidungsfindung verliehen der NSDAP eine aggressive Dynamik, deren Kehrseite in der außerordentlichen Labilität der inneren Strukturen zu sehen ist. Mehr als jede andere Partei war deshalb die NSDAP als sozial heterogene Massenbewegung, als Volkspartei des Protests, die erst in der Endkrise der Weimarer Republik wirklich gedeihen konnte, auf den ständigen Erfolg angewiesen, um die in ihr wirkenden zentrifugalen Kräfte zu bändigen.

Das der Edition zugrundeliegende Prinzip möglichst umfassender Dokumentation bedingt inhaltlich zahlreiche Überschneidungen und Wiederholungen, die ihrerseits den suggestiv-monotonen Rhythmus nationalsozialistischer Propaganda widerspiegeln. Gegenüber einer gestrafften, auf bestimmte Fragestellungen konzentrierten Auswahledition bietet dieses Prinzip jedoch mehrere, für die wissenschaftliche Erkenntnis bedeutsame Vorteile: Die umfassende, authentische Wiedergabe aller thematischen Variationen erlaubt eine wesentlich differenziertere Darstellung sämtlicher Aspekte von Hitlers Weltanschauung, ihrer stufenweise erfolgten Entwicklung und ihrer inneren Systematik. Die Verbindung heterogener Elemente aus dem ideologischen Arsenal antidemokratischen Denkens zu einer in sich schlüssigen Synthese stellte, ungeachtet aller intellektuellen Dürftigkeit und moralischen Pervertierung, eine orginäre Leistung dar. Die Überzeugungskraft Hitlers und sein Erfolg als Redner beruhte zu einem großen Teil auf einer "Weltanschauung", die Komplexität auf einfache Formeln reduzierte und daraus visionäre politische Zielsetzungen ableitete. So unterschiedlich man die Frage nach dem Stellenwert der Ideologie für das spätere politische Handeln Hitlers beantworten mag, so war sie doch weit mehr als pure propagandistische Phraseologie. Authentische Zeugnisse über Weltanschauung und Zielsetzung des Nationalsozialismus sind deshalb letzten Endes immer wieder bei Hitler selbst zu suchen.

Die mit dieser Edition nunmehr ungleich breitere Quellenbasis erlaubt weiterhin eine fundierte Analyse der nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße von Hitler bestimmten NS-Propaganda. Anhand der Reden läßt sich insbesondere die zeitliche Abfolge politischer und ideologischer Schwerpunktsetzungen wesentlich klarer herausarbeiten, als dies bisher der Fall war. Wenngleich Ideologie und Propaganda in der Praxis

der NS-Bewegung verschmolzen, Agitation selbst zum Inhalt wurde, so müssen beide Bereiche doch getrennt werden. So verweist etwa die Abnahme des antisemitischen Feindbildes in öffentlichen Reden nach 1930 und das Zurücktreten der Lebensraumforderung auf einen primär von der Wirtschaftskrise und somit wahltaktisch motivierten Wandel der Propaganda, der nicht mit einer Mäßigung der visionären Zielsetzung oder einem geringeren Stellenwert dieser Ideologeme in der Weltanschauung Hitlers gleichgesetzt werden darf. Da erfolgreiche Propaganda stets einen Prozeß wechselseitiger Kommunikation darstellt, geben die Reden zugleich auch Auskunft über den Adressatenkreis, über die politischen, sozialen und ideologischen Erwartungen, ja psychischen Sehnsüchte, die von der NS-Bewegung aufgenommen und politisch kanalisiert wurden. Nicht zuletzt geben die Dokumente Aufschluß über das konkrete Handeln Hitlers als Parteiführer und Politiker.

II.

Die vorliegende Edition ist nicht die erste Sammlung von Hitler-Dokumenten. Die bislang publizierten Redensammlungen reichen von zeitgenössischen, wissenschaftlich anspruchslosen und überwiegend in propagandistischer Absicht erstellten Dokumentationen bis zu solide erarbeiteten und sorgfältig kommentierten Editionen. Diese Publikationen konzentrieren sich jedoch allesamt auf zwei deutlich voneinander abgesetzte Abschnitte: auf die Frühzeit der NSDAP, von Hitlers Eintritt in die Politik 1919 bis zum gescheiterten Putschversuch 1923, und auf das "Dritte Reich", von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 bis zu seinem Selbstmord am 30. April 1945.

An zeitgenössischen Redensammlungen sind für die Frühzeit vor allem zwei Werke zu nennen, deren Herausgeber zwar nicht im parteiamtlichen Auftrag, aber doch im parteilichen Interesse tätig wurden. Eine erste Auswahl von Hitler-Reden gab Adolf-Victor von Koerber schon 1923 heraus [8], zwei Jahre später veröffentlichte Ernst Boepple [9], Inhaber des völkisch-antisemitischen "Deutschen Volksverlages", eine weitere Redensammlung, die ebenfalls im wesentlichen auf der Berichterstattung des Völkischen Beobachters beruhte. Die öffentlichen Verhandlungen vor dem Volksgericht München 1924, die Hitler ein großartiges Forum boten, um sich selbst als heroische Führerpersönlichkeit in Szene zu setzen, wurden noch im gleichen Jahr in zwei Dokumentationen zusammengefaßt. Hierbei handelt es sich zum einen um die Berichterstattung der bürgerlich-nationalen "Münchner Neuesten Nachrichten" [10], zum anderen um die der "Großdeutschen Zeitung" [11], die von Februar bis Mai 1924 in München als Ta-

8 Victor von Koerber (Hrsg.), Adolf Hitler. Sein Leben, seine Reden, München 1923.

9 Ernst Boepple (Hrsg.), Adolf Hitlers Reden, München 1925, 2. Aufl. 1933, 3. Aufl. 1934.

10 Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Teil I und II, München 1924. Unveränderter Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973. Von dieser Dokumentation erschien 1976 eine englische Übersetzung, die im Unterschied zu den deutschen Ausgaben auch die nichtöffentlichen Verhandlungen anhand des amtlichen Prozeßprotokolls wiedergibt: The Hitler Trail before the People's Court in Munich. Translation by H. Francis Freniere, Lucie Karcic, Philip Fandek. Introduction by Harold J. Gordon, Jr., 3 Bde., Arlington, Virginia 1976.

11 Der Hitler-Prozeß. Auszüge aus den Verhandlungsberichten. Mit den Bildern der Angeklagten nach Zeichnungen von Otto von Kursell, München 1924.

geszeitung der Großdeutschen Volksgemeinschaft, einer von Alfred Rosenberg gegründeten Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP, erschien. Nach dem Hitler-Prozeß wurden seitens der NSDAP bis zur Machtergreifung 1933 nur noch eine größere Anzahl von Reden in teilweise sehr hoher Auflage als VB-Sondernummern, Flugschriften oder Broschüren vertrieben, 1932 setzte die NSDAP erstmals auch auf Schallplatte aufgenommene Reden als Werbemittel in Wahlkämpfen ein.

Nach der Machtergreifung wurde als zentrale Dokumentationsstelle für die Geschichte der NS-Bewegung im Januar 1934 das Hauptarchiv der NSDAP gegründet, das seit Mitte 1935 dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, unterstand. Es entfaltete eine beachtliche Sammlungstätigkeit, so daß die Sammlung als der bedeutendste geschlossene Bestand zur Frühgeschichte der NSDAP und Hitlers gelten kann [12]. Mitschriften von und Berichte über Hitler-Reden nach der Wiedergründung der NSDAP sind hier jedoch nur in geringem Umfang überliefert.

Das historische, in vielen Zügen hagiographische Interesse führte während des "Dritten Reiches" erstaunlicherweise weder zu einer bibliographischen Nachweisung noch zu einer umfassenden Dokumentation von Hitler-Reden aus der "Kampfzeit der Bewegung". Vielleicht sollte die Rolle der nun permanent verbreiteten Schrift "Mein Kampf" als "Bibel" der NS-Bewegung nicht verdunkelt werden. Allerdings geben verschiedene zeitgenössische Werke zur nationalen und regionalen Parteigeschichte einige Reden ganz oder auszugsweise wieder. Zu nennen sind vor allem die Auswahlausgaben von Alexander Schilling-Schletter [13] und von Heinz Preiß [14], die die rednerische Tätigkeit Hitlers als Parteiführer in Österreich bzw. in Franken dokumentieren. Besser, aber keineswegs befriedigend ist der zeitgenössische Dokumentationsstand öffentlicher Reden, die Hitler nach 1933 als Staatsmann oder Parteiführer hielt. Den umfassendsten Nachweis enthält eine 1939, im Auftrag der "Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums" publizierte Bibliographie öffentlicher "Führer-Reden" von der Machtergreifung bis zum April 1939 [15]. Unter den wenigen Redensammlungen, die aus dieser Zeit vorliegen und primär der moralischen Aufrüstung des deutschen Volkes dienen sollten, ist vor allem die vom Reichsleiter der NSDAP, Philipp Bouhler, herausgegebene Auswahl propagandistischer Hitler-Reden aus den Jahren 1939 bis 1942 [16] zu nennen. Von den zeitgenössischen englischsprachigen Redensammlungen ist vor al-

12 Zu Entstehung und Auftrag vgl. NSDAP Hauptarchiv. Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection. Compiled by Grete Heinz and Agnes F. Peterson, Hoover-Institution, Bibliographical Series, Band XVII, Stanford 1964, S. VII ff. Die Bestände des NSDAP-Hauptarchivs befinden sich heute im Bundesarchiv in Koblenz, die aus staatlichen Beständen dem NSDAP-Hauptarchiv einverleibten Akten sind an die zuständigen Archive zurückgegeben worden.

13 Alexander Schilling, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus. Mit einem Anhang: Hitler in Österreich, Leipzig 1933.

14 Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

15 Die Reden des Führers nach der Machtergreifung. Eine Bibliographie (Nationalsozialistische Bibliographie, 2. Beiheft), München 1939.

16 Philipp Bouhler (Hrsg.), Der Großdeutsche Freiheitskampf. Reden Adolf Hitlers. Bd. 1: Vom 1. September 1939 bis 10. März 1940, Bd. II: Vom 10. März 1940 bis 16. März 1941, Bd. III: Vom 16. März 1941 bis 1942, München 1939, 1940, 1942.

lem die zweibändige, nach sachthematischen Gesichtspunkten geordnete Edition von Norman H. Baynes [17] erwähnenswert.

Die wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus nach 1945 brachte neben einer Vielzahl von Veröffentlichungen einzelner Hitler-Reden auch eine beachtliche Anzahl von Dokumentationen und Editionen hervor. Das Interesse konzentrierte sich auch hier auf die Frühzeit bis zum Hitler-Putsch und auf den Zeitraum nach der Machtergreifung. 1959 veröffentlichte Ernst Deuerlein in den "Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" die Reichswehrberichte über Reden Hitlers aus den Jahren 1919/20 [18], 1963 folgte eine Dokumentation von Reginald H. Phelps, die die Berichte des Nachrichtendienstes der Polizeidirektion München über Rednerauftritte Hitlers im Jahre 1920 wiedergab [19]. 1962 publizierte das Institut für Zeitgeschichte eine umfassende Edition zum Hitler-Putsch 1923, die Deuerlein aus bayerischen Aktenbeständen zusammengestellt hatte [20]. Diese Arbeiten stellten bereits Anfang der sechziger Jahre der Forschung eine bedeutende Quellengrundlage für die Analyse des weltanschaulichen Bezugsrahmens wie der politischen Tätigkeit Hitlers während der Frühzeit der NSDAP bereit. Das ehrgeizige Vorhaben einer systematischen Edition aller überlieferten Aufzeichnungen Hitlers aus den Jahren 1905 bis Ende 1924, sowohl der schriftlichen Zeugnisse wie der Reden, wurde aber erst über ein Jahrzehnt später von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn in Angriff genommen und 1980 vom Institut für Zeitgeschichte publiziert [21]. Mit dem Jahr 1932 setzt die verdienstvolle, zweibändige Edition ein, die Max Domarus 1962/63 herausgab [22]. Die von ihm noch während des "Dritten Reiches" begonnene Sammlung öffentlicher Reden und Proklamationen Hitlers stellt bis heute die umfassendste, aber längst nicht vollständige Sammlung für die Jahre 1932 bis 1945 dar.

Für die Zeit ab 1933 seien im folgenden nur jene Dokumentationen genannt, die in besonderer Weise die Weltanschauung und politische Programmatik des Diktators widerspiegeln. Eine beispielhafte Analyse exemplarischer, auf Tonband überlieferter Hitler-Reden aus den Jahren 1937 bis 1944 veröffentlichten 1966 Hildegard von Kotze

17 The Speeches of Adolf Hitler. April 1922 - August 1939. An English translation of respresentative passages arranged under subjects and edited by Norman H. Baynes, 2 Bde., London 1942. Weitere Redensammlungen: Raoul de Roussy de Sales (Hrsg.), My New Order, New York 1941 (Reden 1922-1941); Gordon W. Prange (Hrsg.), Hitler's Words, Washington 1944 (Reden 1922-1943).

18 Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VfZ 7 (1959), S. 177-227.

19 Reginald H. Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: VfZ 11 (1963), S. 274-330.

20 Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.
Weitere Aufschlüsse geben die Akten des im Sommer 1924 vom Bayerischen Landtag eingesetzten "Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923". Eine Edition der Sitzungsniederschriften wird derzeit vom Institut für Zeitgeschichte vorbereitet.

21 Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980. Vgl. dazu Eberhard Jäckel/Axel Kuhn, Zu einer Edition von Aufzeichnungen Hitlers, in: VfZ 29 (1981), S. 304 f.; Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten, in: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

22 Max Domarus, Hitler - Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. I: Triumph (1932-1938), Bd. II: Untergang (1939-1945), Würzburg 1962/63.

und Helmut Krausnick [23]. Hohen Erkenntniswert für die Denkweise, die Mentalität und den Lebensstil Hitlers während des Zweiten Weltkrieges besitzen die Aufzeichnungen Henry Pickers und Heinrich Heims über die Tischgespräche im Führerhauptquartier, die die Äußerungen Hitlers vor einem kleinen Kreis vertrauter Personen wiedergeben. Eine erste, nach sachthematischen Gesichtspunkten erstellte Auswahl der Aufzeichnungen Pickers gab Gerhard Ritter bereits 1951 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte heraus [24], der im Laufe der Jahre verschiedene, chronologisch angeordnete Neuausgaben folgten [25]. Eine historisch-kritische Ausgabe, wie sie 1980 Werner Jochmann für die Aufzeichnungen Heims vorlegte [26], steht allerdings noch immer aus. Aufschlußreich für Hitlers politische Vorstellungen und Verhandlungstaktik ist ferner die von Andreas Hillgruber herausgegebene Edition "Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler" [27]. Einen hohen Anteil weltanschaulicher Äußerungen enthalten auch Editionen, die speziell Hitlers Monologe als Feldherr und seine Anweisungen für die Kriegsführung dokumentieren [28]. Als "Hitlers Politisches Testament" wurden schließlich Aufzeichnungen Martin Bormanns publiziert [29].

Als Resümee des hier in knappen Strichen skizzierten Dokumentationsstandes ist festzustellen: Mit Ausnahme der von Max Domarus erarbeiteten Edition, die erst mit dem 1. Januar 1932 einsetzt und viele Dokumente nur in Auszügen wiedergibt, ist für den Zeitraum der vorliegenden Edition eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse Hitlers bisher nicht einmal ansatzweise versucht worden. Noch stärker fällt das Defizit einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Edition der Reden, Schriften und Anordnungen Hitlers auf, wenn man sich die intensive historische Forschung zum Aufstieg der NSDAP und der Zerstörung der Weimarer Republik vor Augen hält. Nur einzelne Aufzeichnungen Hitlers und Berichte über Hitler-Reden sind in verschie-

23 "Es spricht der Führer". 7 exemplarische Hitler-Reden. Hrsg. und erläutert von Hildegard von Kotze und Helmut Krausnick unter Mitwirkung von F. A. Krummacher, Gütersloh 1966.

24 Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Hrsg. von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

25 1963 erschien in Stuttgart eine zweite, chronologisch geordnete Ausgabe, die von Percy Ernst Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber und Martin Vogt betreut wurde. Eine dritte, von Picker selbst bearbeitete Neuausgabe erschien 1976 in Stuttgart. 1968 gab Hillgruber im Deutschen Taschenbuch-Verlag, München, eine Taschenbuchausgabe heraus, 1979 folgte eine von Picker besorgte Taschenbuchausgabe im Goldmann-Verlag, München.

26 Adolf Hitler, Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980.

27 Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes, Teil I: 1939-1941, Teil II: 1942-1944, Frankfurt a. M. 1967, 1970.

28 Vgl. insbesondere Walther Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962; Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, Stuttgart 1962.

29 Hitlers Politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945. Mit einem Essay von Hugh R. Trevor-Roper und einem Nachwort von André François-Poncet, Hamburg 1981. Zur undurchsichtigen Überlieferungsgeschichte vgl. die Ausführungen von François Genoud, Eduard Baumgarten und Martin Broszat, in: Wissenschaftsfreiheit und ihre rechtlichen Schranken. Ein Colloquium. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 1978, S. 47 ff.

denen Quellensammlungen zum Aufstieg der NSDAP enthalten, so bei Ernst Deuerlein [30], Albrecht Tyrell [31] und Werner Jochmann [32]. Mehr dem privat-persönlichen Bereich zuzurechnen ist die Publikation Werner Masers "Hitlers Briefe und Notizen" [33]. Ferner sind einige bemerkenswerte Einzelstücke bereits in den frühen sechziger Jahren publiziert worden, so etwa die stenographische Mitschrift einer programmatisch bedeutsamen Rede, die Hitler am 28. Februar 1926 vor dem Hamburger Nationalklub von 1919 gehalten hatte [34]. Die wichtigste Entdeckung stellte zweifellos der Fund von Hitlers unveröffentlichtem "Zweitem Buch" aus dem Jahre 1928 dar.

III.

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden. Eine Nachweisung von Unterredungen, Verhandlungen und sonstigen Aktivitäten Hitlers wird, verbunden mit der Erstellung eines detaillierten Itinerars, nach Abschluß der Edition in einem späteren Arbeitsschritt aber erfolgen.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in sei-

30 Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968.

31 Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

32 Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963.

33 Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf 1973. Vgl. August Priesack, Hitlers Handschrift und Masers Lesefehler, in: VfZ 21 (1973), S. 334-336.

34 Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt a. M. 1960.

ner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnittshaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in Bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Band enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit der Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

IV.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Berlin Document Center, Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Staatsarchiv Dresden, Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Staatsarchiv Freiburg, Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Staatsarchiv Landshut, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Dienststelle Merseburg, Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Weimar, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wroclaw in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

München, im September 1991 Clemens Vollnhals

Dokumente

26. Februar 1925 — Dok. 1
"Zum Wiedererstehen unserer Bewegung!"
Artikel

VB vom 26.2.1925.

Am 24. Februar 1920 trat die damalige "Deutsche Arbeiterpartei" zum ersten Male in einer großen Massenversammlung an die breite Öffentlichkeit [1]. Es war dies ein Wagnis zu einer Zeit und in einer Stadt, in der seit Eisner [2] kaum eine öffentliche Kundgebung nationaler Art stattfinden konnte, ohne schon zu Beginn von roten Sprengtruppen gestört und auseinandergejagt zu werden. Ein großes Wagnis aber besonders deshalb, weil man weder die Partei noch die Namen ihrer Begründer in weiteren Kreisen kannte.

Die größten "bürgerlichen" Versammlungen zählten im Jahre [*19*]19 und [*19*]20 nur wenige hundert Zuhörer. Wie konnte man unter solchen Verhältnissen hoffen, daß dem Versuch der jungen, unbedeutenden Bewegung ein besseres Gelingen beschieden sein würde?

Am Abend dieses für die nationalsozialistische Bewegung denkwürdigen Tages war der Münchner Hofbräuhaussaal überfüllt, und aus der zweifelhaften Versammlung wurde (nach dem Zusammenbruch aller Sprengversuche) eine machtvolle Kundgebung unserer nationalen Massenbewegung. Was bisher nur den Roten gelungen war, gelang damit zum ersten Male einer nationalen Partei.

Fünf Jahre sind seit diesem Ereignis vergangen. Aus der damaligen kleinen Partei ist eine große Bewegung geworden, deren Namen die ganze Welt kennt. Nun tritt sie in diesen Tagen wieder nach mehr als einjährigem Schweigen in einer großen Kundgebung an die breite Öffentlichkeit.

So wie vor fünf Jahren sehe ich mich heute gezwungen, damit wieder von vorne zu beginnen, obwohl ich die Überzeugung hege, daß das Werk diesmal leichter gelingen wird. Mitte Juni 1924 habe ich die Führung der nationalsoz[*ialistischen*] Bewegung niedergelegt [3]. Es war mir nicht möglich, aus der Festung heraus eine praktische Verantwortung übernehmen zu können für die Leitung einer großen Partei, in einer Zeit, da schwere Entscheidungen dauernd getroffen werden mußten.

Nun nach 9 Monaten übernehme ich die Neubegründung und Führung der einst aufgelösten Nationalsoz[*ialistischen*] Deutschen Arbeiterpartei, nicht um nachträglich Kritik an irgendwelchen Ereignissen, Entschlüssen oder Maßnahmen zu üben. Ich bin nicht gewillt, auch nur rückblickend mich mit dem Streit im völkischen Lager zu beschäftigen,

---

1 Auf dieser Versammlung im Münchner Hofbräuhaus hatte Hitler das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Druck eines Polizeiberichts: Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 109 ff.

2 Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayer. Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

3 Eine entsprechende Erklärung Hitlers veröffentlichte der Völkische Kurier am 7.7.1924. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1241.

sondern fühle mich berufen und verantwortlich dafür zu sorgen, daß aus den Fehlern der Vergangenheit die Zukunft lernen möge.

Ich sehe es nicht als die Aufgabe eines politischen Führers an, Versuche zu unternehmen zur Besserung oder gar Vereinheitlichung des vor ihm liegenden Menschenmaterials an sich. Die Temperamente, Charaktere und Fähigkeiten der einzelnen Menschen sind so verschieden, daß es nicht möglich ist, eine größere Menge vollständig gleichmäßig und einheitlich gebildeter Wesen zu einer Einheit zusammenzuschließen. Es ist auch weiter nicht die Aufgabe des politischen Führers, durch eine "Erziehung" zur Einheit diese Mängel etwa ausgleichen zu wollen. Jeder solche Versuch muß zum Mißerfolg verdammt bleiben. Die menschlichen Naturen sind gegebene, tatsächliche Erscheinungen, die sich nicht im einzelnen verändern lassen, sondern nur in jahrhundertelangem Entwicklungsprozeß sich umzuformen vermögen. Im allgemeinen bleiben aber selbst dazu Veränderungen der rassischen Grundelemente die Voraussetzung.

Würde ein politischer Führer also auf diesem Wege versuchen, seine Ziele zu erreichen, so müßte er mit Ewigkeiten rechnen können, statt mit Jahren oder höchstens Jahrzehnten. So kann seine Aufgabe nur darin liegen, bei den verschiedenen Menschen nach langem Suchen immer die Seiten zu finden, die, aneinandergefügt, ergänzend eine Einheit bilden.

Er wird nicht damit rechnen dürfen, ideale "Universalmenschen" seiner Bewegung zuführen zu können, sondern Menschenkinder der verschiedensten Veranlagung, die nur in ihrer Gesamtheit (sich im einzelnen aneinanderpassend) ein harmonisches Gebilde zu ergeben vermögen. Weicht ein politischer Führer von dieser Erkenntnis ab und will er stattdessen nur Menschen suchen, die seiner Vorstellung in idealer Weise entsprechen, so wird er nicht nur bei seinen Plänen Schiffbruch [*er*]leiden, sondern in kurzer Zeit statt einer Organisation ein Chaos übriglassen. Was er dann als Schuld dem einzelnen seiner Anhänger oder Unterführer zumißt, ist in Wahrheit nur der Mangel seiner eigenen Erkenntnis und Fähigkeit.

Wenn ich heute versuche, die alte N.S.D.A.P. wieder aufs neue ins Leben zu rufen, so kann ich schon aus diesem Grunde Bindungen, die in vergangenen Ereignissen liegen würden, nicht anerkennen. Ich bin nicht gewillt, mir Bedingungen vorschreiben zu lassen, deren Erfüllung nur die Übernahme des oben geschilderten Mangels an psychologischer Erkenntnis und Fähigkeit wäre.

Die leitende Richtlinie beim Neuaufbau der Bewegung kann für mich nicht in der Vergangenheit liegen. Ich kann sie mir vor allem nicht vorschreiben lassen von Anschauungen, die meiner innersten Überzeugung nach nicht nur falsch sind, sondern die in ihrer konsequenten Durchführung zum vollständigen Auseinanderfließen der Bewegung führen müßten.

So werde ich meine Aufgabe gerade darin sehen, den verschiedensten Temperamenten, Fähigkeiten und auch Charaktereigenschaften in der Bewegung die Bahn zuzuweisen, in der sie sich, gegenseitig ergänzend, zum Nutzen aller auszuwirken vermögen.

Der Kampf der Bewegung soll in der Zukunft wieder in jener Form stattfinden, wie sie uns einst bei ihrer Begründung vor Augen schwebte. Sie soll mit gesammelter und vereinigter Kraft gegen die Macht angesetzt werden, der wir in erster Linie den Zu-

sammenbruch unseres Vaterlandes und die Zerstörung unseres Volkstums zu verdanken haben. Dies bedeutet nicht eine "Veränderung" oder "Verschiebung", sondern nur die Beibehaltung unseres alten und ersten Kampfzieles.

Ich muß mich an dieser Stelle besonders gegen den Versuch wenden, religiöse Streitigkeiten in die Bewegung hineinzerren zu wollen, ja, die Bewegung damit gleichzustellen. Ich habe mich immer gegen die Sammelbezeichnung "Völkisch" gewehrt, weil die außerordentlich unbestimmte Auslegung dieses Begriffes selbst schädlichen Versuchen Tür und Tor öffnet. Die Bewegung hat deshalb auch früher mehr Wert auf ihr klar umrissenes Programm gelegt, sowie auf die bei ihr eingeführte einheitliche Tendenz ihres Kampfes, als auf einen zu mehr oder minder phrasenhaften Auslegungen geeigneten, nicht klar definierbaren Begriff.

Wenn heute von verschiedenen Seiten der Versuch unternommen wird, die völkische Bewegung zum Kampf in religiösen Belangen anzusetzen, so sehe ich darin den Beginn ihres Endes.

Religiöse Reformationen können nicht von politischen Kindern gemacht werden. Um etwas anderes handelt es sich bei diesen Herrschaften nur sehr selten.

Ich bin mir vollständig klar über die Möglichkeit des Beginnes eines solchen Kampfes, aber ich bezweifle, ob die darin sich betätigenden Herren sich auch klar über das wahrscheinliche Ende sind. Es wird jedenfalls meine höchste Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß in der neu erweckten Nat.S.D.A.P. [*sic!*] die Angehörigen beider Konfessionen friedlich nebeneinander zu leben vermögen, um im gemeinsamen Kampfe gegen die Macht zu stehen, die der Todfeind jedes wahrhaftigen Christentums ist, gleichgültig welcher Konfession.

Keine Bewegung hat schärfer als unsere alte Partei den Kampf gegen das Zentrum und ihre Anhänger-Gruppen geführt, allein nicht aus Erwägungen religiöser Art, sondern ausschließlich aus Gründen politischer Erkenntnisse. Und so darf auch heute der Kampf gegen das Zentrum nicht geführt werden deshalb, weil es vorgibt, "christlich" oder gar "katholisch" zu sein, sondern ausschließlich deshalb, weil eine Partei, die sich mit dem atheistischen Marxismus verbündet zur Bedrückung des eigenen Volkes, weder christlich noch katholisch ist.

Nicht aus religiösen Gründen sagen wir dem Zentrum den Kampf an, sondern ausschließlich aus national-politischen.

Die Geschichte wird ihr Urteil abgeben darüber, wem einst der Erfolg beschieden sein wird: den Kulturkämpfern oder uns.

Im übrigen verlange ich von den Anhängern der Bewegung, daß sie ab jetzt ihre gesamte Kampfkraft nach außen einstellen und nicht im gegenseitigen Bruderkampf sich schwächen.

Die beste Leitung einer Ortsgruppe ist nicht diejenige, die andere nationale Verbände "vereinigt" oder der Bewegung "zuführt", sondern diejenige, die antinationale Menschen dem deutschen Volkstum wiedergibt.

Der Erfolg unserer Bewegung soll nicht gemessen werden an errungenen Reichs- oder Landtagsmandaten, sondern an dem Grade der Vernichtung des Marxismus und

der verbreiteten Aufklärung über seine Urheber, die Juden. Wer sich bei diesem Kampfe uns anschließen will, der mag es tun, wer es nicht will, bleibe fern.

26. Februar 1925 Dok. 2
"Aufruf an die ehemaligen Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei!"
Aufruf

VB vom 26.2.1925.

Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Mehr als ein Jahr ist verflossen seit dem Tage, der die Auflösung unserer jungen, herrlichen Bewegung brachte.

Ein Jahr bitterer Kämpfe und bitterer Verfolgungen, das viele der treuesten Anhänger und Verkünder unserer Ideen hinter Festungs- und Gefängnismauern verbannte;

ein Jahr, in dem man versuchte, die alte organisatorische Form bis zum letzten Rest auszutilgen; ein Jahr, wo die Gegner mit allen Mitteln niedrigster Lüge und Verleumdung, mit Terror und Heuchelei gegen den ihnen unbequemen Mahner des deutschen Gewissens ins Felde zogen; ein Jahr, in dem sich Todfeinde die Hände reichten und zu Freunden wurden auf dem gemeinsamen Marsche zur Ausrottung unserer Bewegung.

Mancher und manche von Euch mochten wohl mehr als einmal verzagt haben angesichts der Flutwelle, die immer wieder gegen uns vorgetrieben wurde.

Und viele unserer Gegner, Juden und Verführte, jubelten und jubeln heute noch über das vermeintliche Ende der ihnen verhaßten Freiheitsbewegung unseres Volkes.

Und dennoch:

Ihr Triumph soll und muß zuschanden werden!

Die Bewegung ist wieder frei!

An Euch, alte Anhänger und Anhängerinnen der Nationalsoz[*ialistischen*] Deutschen Arbeiter-Partei, ist es nun gelegen, dem Freunde und Feinde zu zeigen, daß man einst nur die Form zerbrechen konnte, der Geist jedoch unter all den Verfolgungen und Schmähungen am Leben blieb.

Alte Nationalsozialisten, Männer und Frauen unserer Bewegung!

Als Euer einstiger Führer rufe ich mit dem heutigen Tage die Partei, die wir in 4 1/2 Jahren aus dem Nichts zu einer großen deutschen Nationalbewegung emporsteigen sahen, aufs neue ins Leben.

Sie soll wiedererstehen als schärfste Waffe im Kampfe unseres Volkes um seinen Bestand im Innern und seine Freiheit nach außen.

Sie soll in einer Zeit, da die Menge, eingelullt von den Versprechungen ihrer politischen Führer, betört von den Zusicherungen ihrer Feinde, sich schon wieder in dem

süßen Glauben wiegt, das höchste Gut auf dieser Welt - die Möglichkeit und Freiheit des eigenen Bestehens - "geschenkt" zu erhalten, als unbarmherzige Weckerin diese trügerischen Träume verjagen und, unbekümmert um Mißgunst oder Haß, die brutale Verkünderin der grausamen Wahrheit sein;

sie soll wieder wie schon einst, den Kampf ansagen einem Zeitalter, das im Tanz ums goldene Kalb die Huldigung seines einzigen Gottes sieht, einem Volke, das in Klassenwahn und Standesdünkel zerrissen, sich selbst zerfleischt und unbewußt dadurch zum Sklaven seiner Feinde wird.

In einem Morast von *Lüge*, *Dummheit* und *Feigheit* soll die alte Flagge, das Siegeszeichen unseres Hakenkreuzes, wieder emporreißen [*sic!*], auf daß es, so wie einst das Kreuzeszeichen des Herrn zum Symbol unseres Glaubens wurde, zum Siegesbanner der größten Hoffnung wird, die wir alle hegen, der Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes.

In dieser Stunde wollen wir nicht nur erneut derjenigen gedenken, die in den Tagen des Novembers 1923 durch ihren Märtyrertod zu Blutzeugen unseres politischen Glaubens und Wollens wurden, sondern auch allen denen danken, die in diesem letzten Jahre an der Bewegung und ihrem Inhalte nicht verzweifelten, sondern in ihrem Dienste sich bemühten, ganz gleich in welches Lager das Herz sie zog.

Gedenken wollen wir vor allem aber des einen Mannes, der nichts zu gewinnen, jedoch den Ruhm des unvergänglichen Führers der deutschen Heldenarmeen im größten Kriege der Erde zu verlieren hatte, und sich dennoch zum schweren Opfer entschloß, seinen Namen und seine Tatkraft der führerlosen Bewegung zu schenken:

In General Ludendorff[1] *wird die Nationalsozialistische Bewegung für immer den treuesten und uneigennützigsten Freund verehren. Was die Bewegung an ihn ketten wird, ist nicht die Erinnerung an geschenkte Freundschaft im Glück, sondern bewahrte Treue in Verfolgung und Elend.*

Meine Aufgabe als Führer der Bewegung aber soll es nicht sein, nach den Gründen eines bisherigen Streites zu forschen oder Rechte zu messen, als vielmehr die Bewegung zur einheitlichen Waffe zu formen, ohne Rücksicht auf Interessen einzelner. So werde ich bei den wiedereintretenden Parteigenossen nicht nach der Vergangenheit fragen, sondern nur besorgt sein, daß in der Zukunft die Vergangenheit sich nicht wiederhole.

Von den Anhängern verlange ich, daß sie, soferne sie in die neue Bewegung einzutreten gewillt sind, sich nunmehr wieder als Brüder einer großen Kampfgemeinschaft fühlen und Schulter an Schulter wie einst in Treue zusammenstehen.

Von den Führern jedoch erwarte ich, daß sie, soweit sie aus dem alten Lager stammen, mir den gleichen Gehorsam schenken wie wir alle der gemeinsamen Idee.

Wer Vergangenes nicht vergessen kann, ist nicht wert, einer besseren Zukunft zu dienen.

---

1 Erich Ludendorff (1865-1937), 1882 Berufsoffizier, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee, 1916 Erster Generalquartiermeister der 3. Obersten Heeresleitung, Okt. 1918 Entlassung, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 vor Gericht freigesprochen, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Albrecht von Graefe und Gregor Straßer), 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenschaft, 1925-1933 Führer des Tannenberg-Bundes, 1930 Leiter der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk" (zusammen mit Mathilde Ludendorff), später umbenannt in "Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff)".

Ich selber aber verspreche den Parteigenossen und -genossinnen in einem Jahre Rechenschaft darüber abzulegen, ob die Partei wieder zur Bewegung wurde, oder die Bewegung als Partei erstickte.

Ich werde die Verantwortung in beiden Fällen übernehmen.

Es lebe die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei!

Es lebe unser Deutsches Vaterland!

München, den 26. Februar 1925

Adolf Hitler

26. Februar 1925 Dok. 3
"Aufruf zur Bildung eines Pressefonds"
Aufruf

VB vom 26.2.1925.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!
Anhänger und Freunde unserer Bewegung!

Mit dem 9. November 1923 verlor die nationalsozialistische Bewegung außer der organisatorischen Form auch das Hauptorgan ihrer Presse, den Münchner *"Völkischen Beobachter"*.

Wenn man den Wert einer Zeitung an dem Haß ihrer Gegner messen kann, dann war sie die wertvollste in Deutschland. Über kein Blatt ergoß sich so der Haß aller Juden und Juden[*he*]tzer, all der marxistischen Novemberverbrecher, Barmat- und Kutisker-Naturen [1], als über das Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, den *"Völkischen Beobachter"*.

Die bestgehaßte Zeitung im Lande.

Nach mehr als einem Jahre muß nun die Bewegung darangehen, aus dem Nichts sich abermals eine Tageszeitung zu schaffen, andernfalls würde ihr die heute beste und wirkungsvollste Waffe fehlen.

1 Julius Barmat und Iwan Kutisker, zwei Unternehmer ostjüdischer Herkunft, hatten von der Preußischen Staatsbank und anderen öffentlichen Kreditanstalten hohe Kredite erhalten, die sie nicht zurückzahlen konnten. Zur Aufklärung dieser Spekulations- und Bestechungsaffären, die u. a. zur Entlassung des Reichspostministers Anton Höfle führten, konstituierten sich im Januar 1925 im Reichstag und im Preußischen Landtag zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse, in deren Mittelpunkt vor allem die Beziehungen Barmats zu führenden Sozialdemokraten standen. Kutisker wurde am 30.6.1926 zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von vier Millionen RM, Barmat am 30.3.1928 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, S. 169 ff.

Es vergesse kein Deutscher, daß aus mehr denn 15.000 jüdischen Organen tagtäglich die Lüge und der Verrat über unser Volk hinströmen.

Was aber kann dem entgegengesetzt werden?

Heute noch fast nichts.

Der "Völkische Beobachter" als Zentralorgan der Nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, soll diese nicht nur in ihrem Kampfe nach außen unterstützen, sondern auch mithelfen, im Innern der Bewegung jene einheitliche Richtung tonangebend zu bestimmen, ohne die eine innere Einheit der Partei nicht denkbar wäre.

Aus diesem Grunde fordere ich die Anhänger der Bewegung auf, sich an der Bildung des Pressefonds zu beteiligen und nach Kräften zu seinem Wachstum beizusteuern.

Es bedenke jeder, wie klein das Opfer ist, das von ihm gefordert wird, im Verhältnis zu dem, das viele der Besten aus unsern Reihen schon brachten!

Jeder Parteigenosse, der für seine Überzeugung auch nur eine Stunde in das Gefängnis wandern mußte, hat ein größeres Opfer gebracht, als Geld es jemals bringen könnte.

Will man aber erst das Opfer der Toten messen?

Ich erwarte von den Angehörigen der Bewegung, daß sie mich in die Lage setzen, schon vom nächsten Monat an den "Völkischen Beobachter" wieder als Tageszeitung erscheinen lassen zu können [2].

Ich hoffe, daß der Bewegung die Schande erspart bleibt, Leihgeld aufnehmen zu müssen zum Aufbau eines Organs, das in erster Linie berufen ist, den Kampf gegen die Finanzversklavung unseres Volkes zu führen.

München, den 26. Februar 1925 [3]

Adolf Hitler

26. Februar 1925 Dok. 4
"Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei"
Anordnung

VB vom 26.2.1925.

a) Die neue Partei erkennt in Leitsätzen und Programm die Richtlinien der alten, am 9. November 1923 aufgelösten Nat.-Soz.D.A.-P. [*sic!*] an.

Der Kampf wird nach den gleichen taktischen Richtlinien geführt.

2 Der VB erschien am 4.4.1925 erstmals wieder als Tageszeitung.
3 Mit Datum vom 6.3.1925 nochmals veröffentlicht im VB vom 7.3. und 14.3.1925.

Die Organisation wird entsprechend den Bedingungen und Vorschriften des Vereinsgesetzes auf Grund der alten Statuten [1] durchgeführt.

Änderungen der Statuten und des Programms [2] *können nur durch eine Generalmitgliederversammlung erfolgen.*

b) *Die Mitgliedschaft der neuen Partei kann nur durch Neuaufnahme erfolgen.*

Aufnahmescheine werden von der Parteileitung hinausgegeben, Mitgliedsbücher ebenfalls von dieser zugestellt.

Eine Übernahme bestehender Verbände in geschlossener Form findet nur dann statt, wenn sich in dem Wirkungsbereich des aufzunehmenden Verbandes *keine Zersplitterung in verschiedene Gruppen* vorfindet.

Die geschlossene Übernahme solcher Verbände kann nur auf Grund einer ausdrücklichen Genehmigung des 1. Vorsitzenden der Partei erfolgen. Die Verhandlungen darüber sind mit ihm persönlich zu führen. Auch in diesem Falle sind sämtliche Mitglieder neu aufzunehmen, doch kann die Anmeldung derselben durch ihre vorhandenen Ortsgruppenleitungen usw. erfolgen.

In allen sonstigen Fällen findet ein Übertritt einer geschlossenen Organisation nicht statt, sondern nur Mitgliederaufnahme im einzelnen.

"Bedingungen" beim Eintritt in die neue Bewegung werden in keiner Form angenommen, weder von Führern noch von Mitgliedern.

Im übrigen wird bei Neuaufnahmen zunächst nach den Richtlinien der alten Statuten verfahren.

Die Leitung der neuen Bewegung wird weniger Wert darauf legen, sofort einen großen Haufen zusammenzubringen, als vielmehr versuchen, die innere Einheit der Bewegung und ihrer Organisation vom Grunde auf zu sichern.

Wer nicht bereit ist, sich der ordentlich gewählten Leitung unterzuordnen, paßt nicht in den Rahmen der N.S.D.A.P. und mag diese deshalb meiden.

c) Die Mitgliedsbücher werden für die gesamte Bewegung einheitlich ausgegeben. Jedes Mitglied ist erst der Parteileitung unterstellt, die dann zur Bildung der einzelnen Ortsgruppen aufrufen wird, soferne nicht durch die Übernahme geschlossener Verbände bereits feste organisatorische Formen vorhanden sind.

Der Zusammenschluß zu Landes- oder weiteren Unterverbänden erfolgt organisch. Maßgebend hierfür ist nicht die Wahlkreiseinteilung des Reichstages, sondern Fragen der Zweckmäßigkeit der Propaganda sowie das vorhandene Führermaterial.

Voraussetzung bei der Bildung größerer Unterverbände ist immer: *Erst der Führer, dann die Organisation, und nicht umgekehrt.*

Es ist grundsätzlich folgendes zu beachten: Die Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zu einem solchen. Sie soll nur den politisch agitatorischen Kampf der Bewegung ermöglichen, der Aufklärungstätigkeit diejenigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen, die unbedingt nötig sind.

---

1 Druck der Satzung vom 29.7.1921: Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 31 ff.

2 Druck des Parteiprogramms vom 24.2.1920: Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Hrsg. und erläutert von Alfred Rosenberg, München 1922; Tyrell, Führer, S. 23 ff.

Die beste Organisation ist nicht die, die zwischen der Leitung und den einzelnen Mitgliedern den größten Mittler-Apparat einschaltet, sondern diejenige, die diese Verbindung in kürzester Weise herstellt. Die Organisation hat sich endlich organisch zu entwickeln und soll nicht künstlich aufgeblasen werden.

So sehr die Zeit bei der Rettung des Vaterlandes eine Rolle spielt, so wenig bedeuten Jahre beim Ausbau einer Bewegung, deren Kraft dereinst den größten Ereignissen genügen soll.

d) Die Neubildung der S.A. erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923[3] maßgebend waren.

Ihre Organisation hat dem Vereinsgesetz zu entsprechen. Bewaffnete Gruppen oder Verbände sind von der Aufnahme in die S.A. ausgeschlossen.

Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen trägt oder in Depots aufzubewahren versucht, wird sofort aus der S.A. und Partei ausgeschlossen.

Die Abteilung, die entgegen der Anordnung der Leitung öffentliche Umzüge veranstaltet oder sich an solchen beteiligt, wird sofort *aufgelöst. Die Führer derselben werden aus der S.A. sowie aus der Partei ausgeschlossen.*

Die Leitung der Partei muß in jedem solchen Beginnen oder Versuche die Absicht sehen, durch provokatorisches Vorgehen den Behörden die Unterlagen zu einer weiteren Verfolgung der Bewegung in die Hand zu drücken. Sie betrachtet daher jeden derartigen Anstifter als bewußten, vielleicht sogar dafür bezahlten Provokateur und Spitzel, den sie deshalb auch rücksichtslos zur Anzeige bringen wird.

Der Zweck der neuen S.A. ist wie einst vor dem Februar 1923:

Stählung des Körpers unserer Jugend, Erziehung zur Disziplin und Hingabe an das gemeinsame große Ideal, Ausbildung im Ordner- und Aufklärungsdienst der Bewegung.

e) Der politische und agitatorische Kampf der neuen Bewegung wird entsprechend den Grundsätzen der alten Bewegung auch in Zukunft einheitlich geführt. Bestimmend hierfür sind das Programm der Bewegung sowie die von der Leitung herausgegebenen näheren Richtlinien.

Jede Zersplitterung im Kampfe ist zu vermeiden.

Die gesamte Kraft der Bewegung ist auf den furchtbarsten Feind des deutschen Volkes anzusetzen:

Judentum und Marxismus

sowie die damit verbundenen oder diese unterstützenden Parteien, Zentrum und Demokratie.

Religiöse sowie Stammesstreitigkeiten werden in der Bewegung nicht geduldet.

München, den 26. Februar 1925

Adolf Hitler

3 Anfang Februar 1923 war die zum Wehrverband umgebildete SA der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände unter der militärischen Führung von Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel beigetreten. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 33 ff.

27. Februar 1925 Dok. 5
Beleidigungsprozeß gegen Otto Pittinger [1]
Rede vor dem Amtsgericht München [2]

Völkischer Kurier vom 28.2. und 3.3.1925, "Hitler gegen Pittinger" [3].

[*Hitler:*] Es wird gesagt, daß der Vorwurf, daß die nationalsozialistische Bewegung französisches Geld [4] bekommen habe, sich nicht gegen meine Person richte, und daß ich *nicht berechtigt wäre, Klage zu führen*. Herr Morel [5] habe bloß betont, daß die *Bewegung* Geld erhalten hätte, auch ohne mein Wissen. Die NSDAP konnte *nur* über meine Person finanziert werden, mithin mußte jeder Pfennig über meine Person laufen. Es ist vollständig undenkbar, daß sie ohne meine Kenntnis irgendwie finanziert worden wäre. Etwas anderes wäre es, wenn einzelne Mitglieder als Privatpersonen Gelder bekommen hätten. Wenn ich aber den Vorwurf erhebe, daß die *Partei* Gelder bekommen hat, so liegt darin der Vorwurf begründet, daß über ihre *Leitung* hinweg diese Gelder geflossen sind. Tatsächlich heißt es in dem unter Anklage gestellten Vorwurf nicht nur schlechthin "die Bewegung", sondern es wird mein Name damit verbunden. Hätte die Bewegung wirklich französisches Geld bekommen, so würde ich mitschuldig sein, ich könnte mich nicht entbinden von dem Vorwurf, daß ich persönlich bestochen worden bin. Ich bin also hier *persönlich berührt*. Der Vorwurf wird in der öffentlichen Volksversammlung gegen

1 Otto Pittinger (1878-1926), Dr. med., Sanitätsrat, 1919 Kreishauptmann der bayer. Einwohnerwehren in der Oberpfalz, stellv. Reichshauptmann der Organisation Escherich, 1921 Gründer der Geheimorganisation Pittinger, 1922-1926 Gründer und Führer des Bundes Bayern und Reich, einer auf die Restauration des Wittelsbacher Königshauses abzielenden Heimatschutz-Bewegung.

2 Den Vorsitz führte Amtsrichter Hans Knörr. Pittinger, der persönlich nicht anwesend war, ließ sich durch Rechtsanwalt Dr. Josef Warmuth vertreten; Hitler erschien in Begleitung von Rechtsanwalt Lorenz Roder.
Anlaß für die Beleidigungsklage Hitlers war eine Rede Pittingers am 26.3.1924 vor Unterführern der Bundesflagge Augsburg (Bund Bayern und Reich), in der Pittinger erklärt hatte, der britische Arbeiterführer Edmund D. Morel habe im Oktober 1923 Generalstaatskommissar Gustav von Kahr mitgeteilt, daß die NSDAP ohne Wissen Hitlers finanzielle Unterstützung aus Frankreich erhalte.

3 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 28.2.1925, "Um die Finanzierung des Hitlerputsches"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.2.1925, "Die Geldmittel der Nationalsozialisten"; Münchener Post vom 28.2.1925, "Der französische Franken und die deutschen Nationalsozialisten"; Berliner Tageblatt vom 4.3.1925 (AA), "Die Auslandsgelder der Völkischen. Einige notwendige Randbemerkungen"; VB vom 7.3.1925, "Pittingers Abfuhr".

4 Zur Finanzierung bayerischer Wehrverbände und damit auch indirekt der NSDAP aus französischen Quellen vgl. Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 208 f.; Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923, in: VfZ 25 (1977), S. 31 f. Weitere Hinweise finden sich in den Unterlagen des vom Bayerischen Landtag im Sommer 1924 eingesetzten "Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" (BayHStA, MA 103476/1-3). Eine Edition der Sitzungsniederschriften wird derzeit vom Institut für Zeitgeschichte vorbereitet.

5 Edmund Dene Morel (1873-1924), brit. Politiker und Journalist, 1903-1915 Gründer und Chefredakteur der Zeitschrift "African Mail", 1912-1914 Mitglied des Unterhauses (Liberal Party), 1914 Sekretär der Union of Democratic Control und Chefredakteur der Zeitschrift "Foreign Affairs", 1922-1924 Mitglied des Unterhauses (Labour Party).

meine Person gerichtet. Es wird mir entgegengehalten: Auch Herr Pittinger hat betont, daß Sie von Frankreich Geld bekommen haben! Mit dem gleichen Recht könnte ich auch die Frage stellen, ob etwa Herr Pittinger von Frankreich subventioniert worden sei. Ich bin bereit, den Nachweis zu führen, daß Herr Pittinger im Jahre 1922 *das gleiche versuchte, was uns 1923 mißlang* [6]. Ich muß gleich eines einwenden: Frankreich hat ein Interesse daran, in Deutschland Putsche zu inszenieren, aber nicht eine kräftige nationale Regierung zu bilden und *die* Bewegung zu stützen, die den Franzosen den schärfsten Widerstand geleistet hat. Hitler bittet, den Oberpostrat O. [7], den Chef der Post- und Telegraphenverwaltung in *Dortmund*, zu vernehmen, der bezeugen kann, wie damals der aktive Ruhrwiderstand in diesem ganzem Gebiete geführt wurde, wie nahezu 300 Angehörige meiner Bewegung ins Gefängnis wanderten, eine Reihe erschlagen wurden, ein Schlageter [8] erschossen wurde. Die Franzosen konnten kein Interesse haben, eine Bewegung zu unterstützen, die ihnen einen Sachschaden zufügte, der in die Dutzende von Millionen geht. Wenn das Gericht Wert darauf legt, könnte ich unter Ausschluß der Öffentlichkeit offen und klar darüber aussprechen [*sic!*].

[...] [9]

Hitler erklärt hierzu, daß ihm der Artikel, der aus englischen Arbeiterkreisen stamme, wohl bekannt sei. Als er Herrn Morel aufforderte, zu erklären, von wem er das habe, habe er geschrieben: *darüber könne er sich nicht äußern.* Das ganze sei eine elende Lüge des englischen Arbeiterführers. Die ganze Welt wurde mit einem Schlag mit dieser Nachricht übersät. Hitler erklärt sich diesen Umstand als ein Kampfmittel der roten Internationale gegenüber der Zertrümmerung ihrer Positionen in Mitteldeutschland [10], die mit allen Mitteln verhindert werden sollte.

[...] [11] Hitler betont, daß Morel keinen einzigen Beweis anführt, sondern lediglich von einem Gerücht spreche. Dieses Zeugnis stamme erstens von einem Ausländer, zweitens

6 Zu den Putschplänen Pittingers im August 1922 und zur Stellung Hitlers vgl. Bruno Thoss, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978, S. 226 ff.

7 Nicht ermittelt.

8 Albert Leo Schlageter (1894-1923), Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, zuletzt Leutnant der Reserve, 1919-1921 Freikorpskämpfer im Baltikum, Ruhrgebiet und in Oberschlesien, 1923 als Mitglied der Organisation Heinz aktiv am Ruhrkampf gegen die Franzosen beteiligt, am 9.5.23 von einem franz. Gericht zum Tode verurteilt und am 26.5.23 erschossen.
Es ist strittig, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist; die Partei vereinnahmte ihn aber sehr bald für ihre nationale Propaganda - obwohl Hitler den Ruhrkampf 1923 abgelehnt hatte. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

9 "Der *Vorsitzende* verliest einen Artikel der '*Basler Nachrichten*' vom 23.10.1923, wonach gut unterrichtete englische Parlamentarier, die mit der gleichgerichteten Partei in Paris enge Fühlung haben, zu berichten wissen, daß Hitler Gelder aus französischen Quellen erhielt. Hitler selbst sei über jeden Verdacht erhaben, im Einverständnis mit Frankreich zu sein. Er würde jeden Betrag zurückweisen, an dem der Verdacht hinge, daß er aus Frankreich stamme. Das Frankreich Poincarés wolle die Vernichtung Deutschlands. Einen nationalen Durchbruch Hitlers würde Frankreich zum Vorwand zum weiteren Vormarsch nehmen."

10 Anspielung auf die Reichsexekutionen gegen Sachsen und Thüringen im Oktober und November 1923.

11 Folgt Verweis von Rechtsanwalt Roder auf den im VB vom 31.10.1923 veröffentlichten Offenen Brief Hitlers an Morel.

von einem Mann, der identisch war mit *der* Macht, die Deutschland zu zertrümmern versuchte. Drei Punkte müssen hierzu von mir erklärt werden: einmal der *Fall Lüdecke* [12].

[...] [13]

Hitler betont, daß die Öffentlichkeit ein Interesse daran habe, daß der Fall geklärt werde. Lüdecke kam im Spätsommer 1922 nach München, eingeführt durch den Grafen Reventlow [14]. Bald darauf tauchte der Verdacht auf, daß Lüdecke ein Spitzel sei. Grund genug, um die schärfste Überwachung anzuordnen. Herr Lüdecke hat der Bewegung 7-8.000 M. gegeben, die sofort deponiert wurden. Die Überwachung ergab nichts Belastendes. Eines Tages kam eine Arbeitsgemeinschaft der Brigade Ehrhardt.

Lüdecke sagte, er wolle ihnen Geld geben: 100 französische Franken. Vierzehn Tage später neuerdings. Ich habe das Geld sofort deponieren lassen und *die Polizei verständigt.* Der Fall wurde dahin aufgeklärt, daß Lüdecke ein französisches Bankkonto besaß. Die Polizei schritt zur Verhaftung. Unsere Nachforschungen blieben aber ergebnislos. Nach drei Monaten Untersuchungshaft wurde er wieder freigegeben. Mein Gewährsmann bedauerte unendlich, daß er einem üblen Weiberklatsch zum Opfer gefallen war. Auch ich machte mir *Gewissensbisse*, daß ein Mann, der ein Idealist ist, durch meine Schuld in Untersuchungshaft kam. Der Fall Lüdecke war *das Schwerste, was ich in der Bewegung durchzumachen hatte.*

Der zweite Fall betraf eine *Nachricht aus Berlin,* wonach ich hier in München für 40 Millionen Mark französisches Geld abgehoben hätte. Später bei *Prozeß Fuchs-Machhaus* [15] klärte sich die Sache auf. Es handelte sich um *Gelder Richerts* [16]. Von allen Geldern, die in der ganzen Zeit gekommen sind, hat die Bewegung und meine Person keinen Pfennig bekommen. Ich habe jede Verbindung mit diesen Herren abgelehnt und sie *hinausgeworfen.*

---

12 Kurt Lüdecke (geb. 1890), Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 außenpolitischer Berater Hitlers, 1926-1928 in den USA tätig, 1934 nach KZ-Haft Emigration in die USA, 1938 Verfasser von "I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge" (London).
Zum Fall Lüdecke, der am 27.1.1923 von der Münchner Polizei verhaftet worden war, vgl. den undatierten Polizeibericht bei Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 544 ff.; sowie Luedecke, I knew Hitler, S. 37 ff.

13 Folgt Erklärung von Rechtsanwalt Warmuth, daß er seine früheren Ausführungen zum Fall Lüdecke nicht mehr aufrechterhalte.

14 Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943), Schriftsteller, Kapitänleutnant a. D., 1909-1920 Mitarbeiter der "Deutschen Tageszeitung", 1920 Herausgeber der Wochenschrift "Der Reichswart", 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924-1933 MdR (DVFP, ab 1927 NSDAP).

15 Georg Fuchs (1868-1949), Schriftsteller, 1908-1914 Leiter des Münchner Künstlertheaters, 1923 wegen Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen RM verurteilt, 1927 Begnadigung.
Hugo Machhaus (1889-1923), Kapellmeister, 1921 Redakteur beim "Völkischen Beobachter", 1923 Selbstmord in Untersuchungshaft.

16 Augustin Xavier Richert (1879-1975), franz. Offizier, seit 1919 im besetzten Rheinland und im Saargebiet tätig, 1922/23 in geheimdienstlichem Auftrag bei der franz. Gesandtschaft in München.
Richert vermittelte, wie das Volksgericht München I in seinem Urteil vom 9.7.1923 im Fuchs-Machhaus-Prozeß feststellte, bayerischen Separatisten erhebliche Finanzmittel, um einen Putsch mit dem Ziel der Lostrennung Bayerns vom Reich zu organisieren. Vgl. Hans Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 134 ff.

[...] [17]

Hitler erklärt, daß damals viele Leute, vor allem bei der Industrie, Gelder einkassiert und behauptet hätten, daß diese Gelder für ihn, Hitler, bestimmt seien. Das war alles erlogen und erschwindelt. Die Geldgeber haben mich selbst gebeten, von diesem Schwindel keinen Gebrauch zu machen. Bei der Inflation im Jahre 1923 wurde bei uns im Betrieb dazu übergegangen, die Auszahlung für sämtliche Angestellte auf der Grundlage des Schweizer Franken zu machen. Auch erhielt die Bewegung ununterbrochen Gelder aus dem Ausland, namentlich aus der Tschechoslowakei, von den dortigen Parteigenossen, denn die Bewegung war über das gesamte deutsche Sprachgebiet verbreitet. Aus allen diesen Anlässen sind Devisen zu uns gekommen. Auch das Zeitungspapier mußte mit Devisen bezahlt werden. Das alles gab Anlaß, die Behauptung auszustreuen, wir hätten ausländische Gelder. Erst im Frühjahr 1923, als es galt, den *Ruhrkampf* zu finanzieren, mußte ich zu anderen Finanzquellen greifen, die ausschließlich der Organisierung dieses Widerstandes galten, zum sogenannten Putsch wurde überhaupt kein Pfennig von diesen Geldern benötigt, sondern er wurde durch Beschlagnahme bei hiesigen Geschäften finanziert. Im Herbst 1923 wußte die ganze Welt, daß in München ein Staatsstreich bevorstand, aber nicht der Staatsstreich des Herrn Hitler, denn davon konnte die Welt nichts wissen, weil wir erst am *6. November den Beschluß hierzu faßten.* [...] [18]

Hitler (fortfahrend): Im Oktober 1923 wurde die sogenannte *Hitlerspende* ausgeschrieben. Rechtsanwalt Dr. *Warmuth* wirft ein, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß Hitler wissen konnte, aus welchen einzelnen Quellen die Devisen stammten, die auch aus diesem Anlaß einliefen. *Hitler*: Das konnte ich deshalb wissen, weil dort überall nationalsozialistische Organisationen bestehen, die selber wieder auf Grund von Sammlungen die Gelder hereinbringen.

[...] [19]

Hitler erwidert, daß, wenn Pittinger eine so fürchterliche Behauptung ausspricht, es zweckmäßig gewesen wäre, sich vorher zu informieren. Pittinger kenne ihn persönlich sehr gut und hätte durch die Statuten feststellen können, daß der einzige Verantwortliche der Partei deren erster Vorsitzender ist, nämlich *Hitler*. Er habe mit Herrn Pittinger in einer Reihe von Fällen persönlich zusammengearbeitet, auch in finanziellen Dingen, und er mußte genau wissen, wer in der Bewegung allein zu Verhandlungen berechtigt war.

[...] [20]

17 Folgt Erklärung von Rechtsanwalt Warmuth, daß er als ehemaliger Verteidiger im Fuchs-Machhaus-Prozeß bestätigen könne, "daß Gelder des Richert *nicht an die nationalsozialistische Partei gekommen sind*".

18 Folgt kurzer Wortwechsel zwischen den Rechtsanwälten Warmuth und Roder.

19 Folgt Erklärung von Amtsrichter Knörr, daß der Wahrheitsbeweis nicht von Hitler, sondern von Pittinger zu führen sei. "Rechtsanwalt Warmuth betont, daß Pittinger nicht gewillt sei, das hier zu beweisen, was seinerzeit Herr Morel behauptet hat. Herr Hitler sei nicht beleidigt und daher nicht aktiv legitimiert für diese Privatklage."

20 Folgt ausführliche Wiedergabe der Vernehmung verschiedener Zeugen, die Pittingers Angaben über die Unterredung Morels mit Generalstaatskommissar von Kahr bestätigten. Die weiteren Ausführungen Hitlers sind dem Völkischen Kurier vom 3.3.1925 entnommen.

In seinem Schlußwort betonte *Adolf Hitler*, daß es ihm bei diesem Prozeß nicht um die Bestrafung Pittingers zu tun sei, sondern um die gerichtliche Feststellung, daß die Behauptung Pittingers *Lüge* und *Verleumdung* sei. Er empfindet dies als die *schwerste Beleidigung*, die man ihm und seiner Bewegung zufügen könne und worunter er in seinem Kampfe gegen Frankreich gelitten habe und noch leide. Das Gericht dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß Hitler nicht beleidigt worden sei: ich *bin* beleidigt worden, die ganze öffentliche Meinung zeigt auf mich mit dem Finger und sagt, Hitler ist von französischem Geld bestochen! Es muß darauf gesehen werden, daß diese Herren sich in Zukunft peinlich in acht nehmen, derartige Dinge auszustreuen. Ich bitte für Pittinger um die niedrigste Strafe, die möglich ist, aber um die Feststellung, daß die Behauptung nicht richtig ist.

[...] [21]

27. Februar 1925 Dok. 6

"Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Broschüre: "Die Rede Adolf Hitlers in der ersten großen Massenversammlung (Münchener Bürgerbräu-Keller vom 27. Februar 1925) bei Wiederaufrichtung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei", München 1925 (Eher-Verlag) [3].

21 Folgt Plädoyer von Rechtsanwalt Warmuth auf Freispruch seines Mandanten. Das Gericht sprach Pittinger mit der Begründung frei, er habe lediglich der Hitler-Bewegung, nicht aber Hitler selbst einen Vorwurf machen wollen. Weiterhin hieß es in der Urteilsbegründung: "Die Loyalität gebietet, ausdrücklich festzustellen, daß die Freisprechung Pittingers nicht erfolgte, weil ein Beweis dafür erbracht worden wäre, daß Herr Hitler oder seine Bewegung von französischem Auslandskapital unterstützt worden wäre, sondern die Freisprechung mußte sich auf den formellen Grund stützen, daß der Kläger nicht als klageberechtigt angesehen werden kann."
Gegen das Urteil legte Hitler erfolglos Revision beim Oberlandesgericht München ein. Vgl. Berliner Tageblatt vom 2.6.1925 (AA), "Die französischen Gelder Hitlers. Die abgewiesene Revision".

1 Titel laut Plakatanschlag. Faksimiledruck: Adolf Dresler/Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 168.

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht über 3.000 Personen teilnahmen und die wegen Überfüllung von der Polizei abgesperrt werden mußte, wurde von Max Amann geleitet. Der Eintrittspreis betrug, wie bei vielen öffentlichen Auftritten Hitlers, eine Reichsmark.

3 Die Broschüre erschien am 7.3.1925. Ausführliche Wiedergabe der Rede: Völkischer Kurier vom 1./2.3.1925, "Hitlers Wiedereintritt in das öffentliche Leben"; VB vom 7.3.1925, "Adolf Hitler wieder in der Öffentlichkeit". Vgl. auch Augsburger Abendzeitung vom 28.2.1925, "Die Hitler-Versammlung"; Bayerischer Kurier vom 28.2.1925, "Hitler-Fieber"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.2.1925, "Hitler-Versammlung"; Münchener Post vom 28.2.1925, "Eine Provokation der Staatsautorität"; Frankfurter Zeitung vom 3.3.1925 (MA), "Der Diktator Hitler"; Süddeutsche Zeitung vom 3.3.1925, "Hitler". Sowie PND-Bericht Nr. 496, o. D., Lagebericht N/Nr. 25 der Polizeidirektion München vom 2.3.1925, Polizeidirektion München an Staatsministerium des Innern vom 4.3.1925; alle StA München, Polizeidirektion München 6734.

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Wenn ich heute wieder zu Ihnen spreche, dann geschieht es nicht, um Rechenschaft abzulegen über vergangene Zeiten. Den letzten Rechenschaftsbericht haben Sie von uns erhalten am 27. Januar 1923 [4] in der damaligen Generalmitgliederversammlung; den über die Zeit bis zum 8. und 9. November 1923 haben wir Ihnen gegeben vor aller Öffentlichkeit im Prozeß [5].

Heute tritt an uns eine andere Frage heran:

Was soll nun in Zukunft geschehen?!

Ich bitte Sie nun, mir zu folgen bei einem kurzen Rückblick in die Vergangenheit.

Die Frage, was heute geschehen soll, kann am besten beantwortet werden, wenn wir uns klarzumachen versuchen, weshalb unsere Bewegung einst gegründet wurde.

Was also sind die Ursachen gewesen zur Bildung dieser neuen Partei? Denken Sie sich zurück in das Jahr 1918. Das deutsche Volk, das noch im Hochsommer auf dem Höhepunkte seiner Macht stand, war in wenigen Monaten zusammengebrochen und lag nun vollständig geschlagen, niedergeschmettert und zertrümmert am Boden. Eine Frage mußte sich damals jedem aufdrängen:

Gibt es noch einen Wiederaufstieg aus diesem tiefsten Elend und Unglück?

Jedem hat sich damals diese Frage aufgedrängt. Sie bestimmte, im Grunde genommen, das Denken im Gehirne derjenigen, die vielleicht mitgeholfen hatten, den Sturz herbeizuführen. In lichten Augenblicken haben auch sie sich die Frage vorgelegt, ob und wann Deutschland wieder einmal auferstehen wird.

Da aber mußte man sich auch klar werden darüber, daß dem deutschen Volke eine große Schicksalsfrage vorgelegt erscheint, von deren Beantwortung und Lösung Sein oder Nichtsein unseres Volkes für alle Zukunft abhängen wird.

Die Tragik unseres Zusammenbruches lag ja nicht in der militärischen Niederlage, sie lag auch nicht in diesem entsetzlichen Frieden an sich, auch nicht in der Unterdrükkung, die seitdem eintrat, nicht in der Waffen- und nicht in der Wehrlosigkeit, und nicht in all dem, was in den langen Jahren nun über Deutschland hereinbrach, das Tragische lag darin, daß dieses alles durch unsere eigene Schuld so gekommen ist, sowie, daß Millionen Deutscher dies bis zum letzten Augenblick nicht nur nicht begriffen haben, sondern es im Gegenteil begrüßten, daß Hunderttausende und Hunderttausende die Niederlage bejubelten, daß Millionen die Waffenlosigkeit priesen und andere in aller Unterdrückung durch den Feind ein gerechtes Urteil und den Vollzug einer gerechten Strafe sahen. Darin liegt das tragische Unglück und das entsetzliche Unheil, das uns getroffen hat, daß ein großer Teil des deutschen Volkes kein Gefühl mehr besaß für das Unglück des Vaterlandes. Und sehen Sie, damit kommen wir zur prinzipiellen Frage, von deren Beantwortung das Schicksal der deutschen Nation abhängen wird, zu der Frage nämlich:

4 Die Generalversammlung hatte am 29.1.1923 in München stattgefunden. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 824 ff.

5 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1061-1227; sowie die auf den Berichten der Münchner Neuesten Nachrichten basierende Dokumentation: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Bde., München 1924 (Neudruck: Glashütten/Ts. 1973).

Wird es in Deutschland noch möglich sein, die Masse derjenigen, die nicht mehr an ihr Volkstum glauben, sondern in jedem Feinde mehr den Bruder sehen als in dem eigenen Volksgenossen, der partei- oder weltanschauungsmäßig von ihnen getrennt ist, wird es gelingen, diese große Masse zurückzuführen zu einer einheitlichen Volksgemeinschaft? Ja oder Nein?

Wenn diese Frage nicht in günstigem Sinne gelöst wird, ist die deutsche Nation verloren. Denn Völker können zugrunde gehen. Es ist ein Wahnsinn, zu meinen, daß ein großes Volk von 60 oder 70 Millionen unverwüstlich sei. Es stirbt, wie es seinen Selbsterhaltungstrieb verliert.

Und 18 Millionen Menschen sind im Deutschen Reiche auch heute noch der Anschauung, daß das Recht unseres Volkes auf dieser Erde nicht in seiner Erhaltung an sich begründet liegt, sondern auf Grund irgendwelcher phantastischer Anschauungen durch Interessen anderer bedingt wird.

10 Millionen Nationalgesinnten stehen 18 bis 20 Millionen Antinationalgesinnte gegenüber.

10 Millionen, die bereit sind, für ihr Volkstum das Letzte einzusetzen und das Recht immer wieder im Bestand ihres Volkstums suchen, gegenüber 18 bis 20 Millionen anderen, die dies vergessen.

Dies aber ist das Unheil des deutschen Volkes. Solange aber dieser Zustand andauert und weiterwährt, ist jeder Gedanke an eine Wiederbefreiung des deutschen Volkes Utopie. (Lebhafte Zustimmung.)

Und zwar, warum?

Erstens, warum sind wir nun eigentlich zugrunde gegangen?

Wir brachen zusammen, weil im alten Reich seit Jahr und Tag innerpolitisch zu schwer gesündigt wurde. Weil man dem Reiche die Mittel verweigerte, die es zu seiner Selbsterhaltung notwendig brauchte. Wir gingen zugrunde, weil man in langen Zeiten mit den heiligsten Angelegenheiten des ganzen Volkstums parlamentarische Schiebungen betrieb, weil Millionen nicht mehr bereit und willens waren, das Letzte einzusetzen zur Erhaltung der Existenz des eigenen Volkstums und Vaterlandes, dagegen aber entschlossen waren, Volkstum und Vaterland zu opfern für die Existenz ihrer Partei.

Wir sind zugrunde gegangen, weil unsere übergroße Mehrheit an pazifistisch, antinational und marxistisch eingestellten Volksangehörigen dem Staate nicht mehr das gab, was er zum Leben notwendig brauchte.

Wir sind aber zweitens außenpolitisch zugrunde gegangen, weil das Ausland unsere innerpolitischen Schwächen nur zu genau kannte. Ja, man erkannte dort die Achillesferse des Deutschen Reiches und wußte nur zu gut, wie die Machtverhältnisse im Parlament geschichtet waren. Man wußte genau, daß jede Politik einer aktiven Selbsterhaltung an der Mehrheit der Lauen, Feigen und Dummen in diesem Lande brechen mußte.

Und heute, wie vor dem Jahre 1918, ist es immer dieselbe Frage:

Kann dieser Zustand noch geändert werden oder nicht?

Im Jahre 1918 nach der Revolution schien zunächst fast jeder Versuch, Deutschland wieder emporzuheben, aussichtslos zu sein.

Außenpolitisch stürzte das Reich von seiner bisherigen Höhe herunter, innerpolitisch war es zerrissen, wirtschaftspolitisch sank allmählich fast die gesamte nationale Produktion in die Kontrolle des Auslandes.

Jeder denkende Mensch mußte sich damals sagen, daß, wenn die Entwicklung so weitergehen würde, Deutschland an dem internationalen Leichengift rettungslos zugrunde gehen muß.

Ein Wandel zum Besseren schien gar nicht mehr möglich zu sein. Man mußte sich da doch die Frage vorlegen, wer diese internationale Macht in der breiten Masse brechen sollte. Denn, deutsche Volksgenossen, der organisierten Macht der Internationale, die in Deutschland tatsächlich vom linken Flügel des Zentrums hinüberreicht bis zum linkesten Flügel des Marxismus, stand politisch organisiert nur eine ganz schwache Formation gegenüber, das deutsche Bürgertum.

Warum aber konnten die bürgerlichen Parteien in ihrer ziffernmäßigen Schwäche und Kleinheit sowie in ihrem Mangel an innerer Aktivität und an wirklichem Angriffsgeist im Jahre 1918 sowohl als auch später eine Änderung des Schicksals nicht mehr erzielen?

Ich will Ihnen die Gründe ganz kurz anführen.

1. Die Anerkennung des Majoritätsprinzips in den Parlamenten sichert einem Grundsatz die Wirksamkeit, nach dem nur eine Majorität von Menschen einen Wandel in den Dingen herbeizuführen vermag.

Dieser Majorität der Zahl nach können aber die bürgerlichen Parteien niemals mehr gewinnen.

Sie selbst besitzen sie nicht, denn das Bürgertum bildet sich in erster Linie aus dem Besitz an geistigen und materiellen Gütern, also aus Besitz an sich und Intelligenz. Beides aber ist in dieser Welt nur in der Minderheit vorhanden. Eine politische Bewegung, die sich allein auf diese beiden Grundlagen stützt, muß in der Minderzahl verbleiben und ist damit zur Bedeutungslosigkeit verdammt, in einem System, das nur der Majorität der Zahl allein die Herrschaft gibt.

2. Der Weg zur Macht bleibt den bürgerlichen Parteien auch für alle Zukunft prinzipiell versperrt, weil sich an ihnen die Sünden der Väter rächen. Was die früheren Generationen in ihrer Einstellung zur breiten Masse in langen Jahrzehnten verbrochen haben, ist die Ursache einer ewig weiterwirkenden Rache. Zu lange Jahre hatte man die Not der breiten Masse nicht beachtet, sich nicht um sie gekümmert. Zu lange Jahre begriff man nicht ihre Rechtlosigkeit. Fragen Sie sich nur selbst, welche Partei hat vor 60 oder 70 Jahren sich mit diesen Menschen beschäftigt? Welche Partei ging in die Fabriken, in Werkstätten und auf die Straße hinaus?

Keine von diesen bürgerlichen Bewegungen.

Sie alle mieden die breite Masse, und erst, als aus ihr selbst heraus der Drang nach gleichen Rechten sich politisch zu organisieren versuchte, und das Judentum in seiner Schlauheit die Fäden in die Hände nahm, begann man auf der rechten Seite einzusehen, daß eine neue Macht im Staate sich damit zu bilden begonnen hatte, ein neuer, vierter Stand.

Zu viele Jahrzehnte sah man diese unteren Volksgenossen nicht, blieb ihnen fremd und verlor jeden Instinkt für sie, bis auf der einen Seite Standesdünkel und auf der anderen der Klassenwahn jene unüberbrückbare Kluft schufen, an der das deutsche Volk endlich seinen Untergang erleiden mußte. Denn als Gegenwirkung des Standesdünkels kam nun auf der anderen Seite der organisierte Klassengedanke, die Massen wurden planmäßig verhetzt, und zwar gerade von dem Volk, dem es wahrhaftiger Gott nicht darum zu tun war, der breiten Masse Segnungen zu bringen, als vielmehr in dieser Masse nur die Schrittmacher des eigenen Vorteils sah.

Derselbe *Jude*, der auf der einen Seite dem Bürgertum die übelsten Gewohnheiten als Morgengabe mitgebracht [*hatte*], der gleiche Jude war es nun, der auf der anderen Seite die Massen aufpeitschte und aufwiegelte und jeden Fehler, der dem einen unterlief, dem anderen in tausendfältig verzerrter Größe wieder zeigte.

Es war derselbe Jude, der auf der einen Seite als kapitalistischer Tyrann die Massen zur Verzweiflung trieb, um auf der anderen diese Verzweiflung so lange zu steigern, bis die Massen endlich reif wurden zum Instrument in seiner Faust.

Dem Bürgertum aber fehlte zum Gewinnen der breiten Masse noch eines. Und dies ist mit das Allerwesentlichste, warum es nicht mehr den Weg zu seinem Volke fand.

Denn der Schlüssel zum Herzen des Volkes heißt nicht Bitte, sondern *Kraft*. (Beifall.)

So fehlt ihm jene Macht, die allein die Masse eines Volkes zu erfassen vermag, nämlich der fanatische Glaube und die fanatische Überzeugung, der rücksichtslose Kampf für ein Ideal, und vor allem eines, die Erkenntnis, daß, wenn man etwas Rechtes erreichen will, die Pflicht einem gebietet, jedes Mittel dafür einzusetzen. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Die bürgerlichen Parteien sind die geborenen Pazifistenklubs. Damit aber fehlt ihnen nicht nur die Angriffskraft und Angriffslust, sondern auch jede Angriffsmöglichkeit. Denn wer einen Zustand ändern will, muß selbst angreifen und darf nicht warten, bis er angegriffen wird. Dies aber war der schwerste Fehler dieser politisch-bürgerlich organisierten Bewegungen. Sie haben niemals selber angegriffen, sondern waren immer glücklich, nicht angegriffen zu werden. (Zurufe: Sehr richtig!)

Sie hatten nie den Mut zu sagen: Dort liegt unser Ziel, da ist der Feind, und nun drauf und nieder mit ihm; und erst an dem Tag, an dem der letzte am Boden liegt, erscheint der Sieg uns gesichert.

Nein, nein. Sie waren schon zufrieden, wenn bei der nächsten Reichstagswahl das Schicksal sie nicht gar zu herbe schlug, wenn sie noch ein Dutzend Mandate zu retten vermochten, und redeten sich als letztes immer noch vor, daß doch hoffentlich der Gegner in den nächsten Jahren selber so große Fehler machen würde, daß das Volk ihn wieder satt bekommt und der Bewegung durch den Gewinn von neun weiteren Parlamentariern der entrissene Erfolg aufs neue wieder gesichert wird.

Denn das war das Kampfziel dieser Bewegungen.

Freilich konnten sie gar nicht angreifen. Sie waren an den Besitz gebunden, und dieser wird, mag er nun geistiger oder materieller Art sein, die Angriffslust stets lähmen.

Weiter aber wollten sie auch gar nicht angreifen. Sie waren zu "wohlerzogen", sie waren zu "vornehm". (Heiterkeit.)

Der üble Geruch, der aus den Massenversammlungen emporsteigt, tat den Herren weh.

Sie liebten die Bierlokale nicht und empfänden es heute noch schmerzlich, wenn in Bierlokalen eine Wandlung eintreten würde zu größeren Dingen, obwohl man die Frage zu stellen vermöchte, was denn eigentlich besser sei, ein Parlamentssaal oder eine Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.)

So sind sie zu vornehm, um anzugreifen.

Endlich aber: Sie können nicht zum Angriff übergehen, weil sie von der gleichen Macht geleitet sind, die auch ihre Gegner führt.

Glauben Sie, daß jemals eine dieser bürgerlichen Bewegungen, an deren Spitze indirekt doch fast immer Hebräer stehen, die Kraft bekommen wird, gegen die Linke, also im Grunde genommen doch die Bruderpartei von der anderen Farbe, vorzugehen?!

Nein, wahrhaftiger Gott, nein!

Sie schütteln sich die Hände und sind miteinander vertraut, nur bei den Wahlen beginnt ein Kampf, aber nicht ein Streit, in dem Prinzipien ausgefochten werden, sondern nur ein Gezänke um Parlamentsstühle.

Gäbe es einen Schlüssel, der ihnen annähernd gerecht erschiene, so würden sie zufrieden sein und den Kampf vermeiden, soferne nicht die linke Seite ihn dennoch wollte. Und sie will ihn.

Der wichtigste Grund aber, warum das Bürgertum die breiten Massen nicht mehr gewinnen konnte, ist der, daß es in seinen politischen Bewegungen keine grundlegende neue Weltanschauung besaß.

Sie müssen dies, meine lieben, deutschen Volksgenossen, als das bedeutendste und schwerste Merkmal ansehen. Denn wenn eine Bewegung heute vorwärtskämpft, mit einem bestimmten Ziel vor Augen, dann hat diese Bewegung in dem bestimmten Ziel auch einen allseits sichtbaren Haltepunkt, d. h. man weiß: der Erfolg ist da, wenn man sich an diesem Ziel befindet. Damit endet aber ein solcher Kampf nicht vorzeitig, er wird im Gegenteil immer wieder vorwärtsgetrieben.

Umgekehrt die Verteidigung. Sie ist passiv. Wer will und kann hier sagen, wann das Ziel erreicht ist? Im günstigsten Falle dann, wenn die Position als gesichert erscheint. Und das ist der Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und denen der linken: Die bürgerlichen Bewegungen kämpfen um ihre Erhaltung, die linken für den Sieg ihres Programms, für die Durchführung ihrer Ziele.

Dieses Ziel aber heißt: Zerbrechung des Vaterlandes, Vernichtung der Nation, Zertrümmerung der nationalen Wirtschaft und Aufrichtung der internationalen, jüdischen Finanzhegemonie.

Darin lag die Schwäche des politischen deutschen Bürgertums, daß es diesem brutalen Ziel der Vernichtung aller Werte, einschließlich der Rasse, das die Gegenseite im Auge hält, nichts Umgekehrtes entgegenzusetzen hatte.

Deshalb war auch der Kampf des Bürgertums gegen den Marxismus von vornherein zum Mißerfolg bestimmt.

Denn darüber muß sich jeder im klaren sein:

Der Marxismus als Sozialdemokratie oder Kommunismus kann gestürzt werden, sowie ihm eine Lehre gegenübertritt von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung. (Lebhafter Beifall.)

Eine solche Lehre allerdings kann immer und ewig nur in der breiten Masse wurzeln. Sie allein stellt jene unbedingten Kämpfer, die bereit sind, für ihr Ideal sich rückhaltlos einzusetzen. Ist doch in der breiten Masse der persönliche Besitz an materiellen oder geistigen Gütern des Augenblicks nicht so groß, als daß er den einzelnen abhalten könnte, für ein ferneres Ideal zu fechten.

Die breite Masse allein geht vorwärts und ist opferwillig. Daher werden alle Bewegungen auf dem Erdball, die nicht in ihr wurzeln, zum Scheitern verurteilt sein. Jede Bewegung dagegen, die in diese unteren Schichten hineingreift, sammelt, organisiert und zum Kampfe führt, kann und wird siegen.

Das hat der Jude begriffen, und deshalb wurde er zum Organisator der breitesten Massen, deshalb ging er, der jeder praktischen Arbeit scheu aus dem Wege geht, in die Fabriken hinein und log und log, und endlich gelang es ihm, als dem geborenen Virtuosen der Lüge, sich schließlich als Wohltäter dieser Masse aufzuspielen, sie zusammenzufassen, ihren Wünschen nachzuspüren und für jeden Wunsch Befriedigung in Aussicht zu stellen, um so die Millionenheere rauher Fäuste zusammenzuschmieden, denen seine Intelligenz dann die Führung gab. Was das Bürgertum versäumte, hat der Jude in genialster Weise erkannt.

Er hat begriffen, daß weltumstürzende Ideen nur durchgeführt werden können, wenn zu ihren Trägern die Millionen der unteren Schichten eines Volkes gemacht werden, und geschickt und planmäßig setzte er diesen Gedanken in die Wirklichkeit um, organisierte die zahllosen Arbeiter der Faust und schloß sie so zu einer gewaltigen Masse zusammen, um mit ihrer Hilfe das Rückgrat des nationalen Staates zu zerstören, die nationale Wirtschaft zu zertrümmern, die rassischen Grundlagen auszutilgen und die Herrschaft seiner Diktatur aufzurichten.

Nun frage ich Sie: Glauben Sie, daß in dieser Entwicklung durch Zufall eine Änderung eintreten wird, oder sind Sie nicht ebenfalls der Überzeugung, daß, wenn man den Untergang zwangsläufig kommen sieht, die Pflicht, das Recht hat, vom einzelnen zu fordern, sich dagegen aufzubäumen und mit aller Kraft Widerstand zu leisten, um endlich selbst zum Angriff überzugehen? (Beifall.)

Das aber war es, was uns allen vorschwebte, als wir damals die

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

gründeten.

Das Ziel war damals klar und einfach:

Kampf der Teufelsmacht, die Deutschland in dieses Elend hineingestürzt [*hat*], Kampf dem Marxismus sowie dem geistigen Träger dieser Weltpest und Seuche, dem *Juden.* Kampf nicht nach bürgerlichem Muster, "vorsichtig", damit er nicht zu wehe tut. Nein und nochmals nein!

Als wir uns damals zu dieser neuen Bewegung zusammenschlossen, waren wir uns klar, daß es in diesem Ringen nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder der Feind geht über unsere Leiche oder wir über die seine.

Der Kampf gegen diese Weltpest erscheint nicht gesichert in einem Siege durch Erringung einiger Parlamentsmandate, sondern ist gesichert erst dann, wenn auf der letzten Werkstatt und letzten Fabrik die Hakenkreuzflagge weht, und der letzte Sowjetstern verhüllt oder unverhüllt verschwunden ist.

Damit waren wir uns klar, daß wir die Bewegung vom ersten Tage an auf zwei Gedanken einstellen mußten:

Einen Kampf muß man, um ihn der breiten Masse verständlich zu machen, immer gegen zwei Dinge führen: gegen die Sache und ihre Person. Erinnern Sie sich an die große, geniale, propagandistische Vorbereitung des Krieges durch die Engländer uns gegenüber. Gegen wen hat England gekämpft? Gegen den Deutschen Kaiser als Person und den Militarismus als eine Sache. Gegen wen kämpft das Judentum mit seiner marxistischen Macht?

Gegen das Bürgertum als Person und den "Kapitalismus" als Sache. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Gegen wen aber hat deshalb diese Bewegung zu kämpfen?

Gegen den Juden als Person und den Marxismus als seine Sache.

Da waren dann einige grundsätzliche Einstellungen aber nötig:

Erstens, schärfste Konzentration der ganzen Kraft der Bewegung auf ein einziges Ziel aus praktischen Gründen.

Wenn man eine große Entscheidung herbeiführen will, muß man die Masse besitzen. Nun ist diese Masse aber unendlich differenziert. Jeder einzelne besitzt bestimmte Anschauungen, hat bestimmte Fähigkeiten, ein bestimmtes Temperament, eine bestimmte Charakterveranlagung, hat bestimmte Dinge besonders lieb und hegt zu anderen Abneigung. Es ist schon sehr schwer, ein Ziel aufzustellen für 10.000 Menschen, aber es ist noch schwieriger, ein Ziel aufzustellen für diese 10.000, das aus 16 oder 20 Einzelzielen besteht. Stellen Sie sich eine kleine Gruppe vor und sagen Sie ihr: Wir kämpfen gegen Juden und Marxisten, so geht sie vielleicht mit. Stellen Sie ein zweites Ziel auf mit der Erklärung: Wir kämpfen auch noch gegen dieses, so wird sich schon der eine oder andere absondern und antworten: Da kann ich nicht mitgehen. Stellen Sie ein drittes Ziel dazu, so wird wieder der eine oder der andere sich zurückziehen und ebenso beim vierten Ziele und so weiter. Haben Sie aber erst 20 Ziele, die bekämpft werden müssen, dann werden vielleicht noch fünf Menschen übrig bleiben, die mit allen 20 einverstanden sind. Deshalb aber ist es praktisch notwendig, daß man ein Ziel aufstellt und auf dieses eine Ziel eine möglichst große Masse von Menschen vereinigt und geschlossen zum Angriff ansetzt. (Zustimmung.)

Zweitens ist es auch psychologisch falsch, mehrere Kampfziele aufzustellen. Der Mensch ist geneigt, bei allem und jedem nach den Gründen zu forschen. Und gerade unser deutsches Volk, das so sehr im Objektivitätsfimmel erstickt, ist immer entschlossen, sofort zu fragen: Habe ich auch ein Recht, das zu tun? Oder hat nicht der Gegner mehr recht als ich?

Gehen Sie heute in Deutschland hin und stellen Sie zehn Feinde als Ziele auf, und von 100 Deutschen werden 90 sofort fragen: "Können denn diese 10 alle unrecht haben, wir allein recht?" Stellen Sie 20 Ziele auf, so wird diese Frage die Menschen noch mehr

quälen: Alle sollen unrecht haben und wir allein recht? Denn gerade unser Volk mißt immer nur nach dem Rechte der anderen und nicht nach dem seiner eigenen Erhaltung. (Lebhafte Zustimmung.) In dem Maß, in dem Sie immer mehr Ziele aufzustellen sich bemühen, sinkt die Zuversicht, der Glaube des einzelnen, und es fällt damit das festeste Fundament, das ein Mensch haben kann, nämlich die Überzeugung, tatsächlich für ein Recht zu fechten. Darauf aber kommt es an. Die Menschen und Völker müssen, wenn man sie wirklich kraftvoll ansetzen will, die Überzeugung erhalten, daß sie für eine Sache kämpfen, die rechtlich vollständig begründet ist. Deshalb aber ist es notwendig, wenige Kriegsziele aufzustellen und nur einen Feind zu wählen, auf daß es jeder sehen kann:

Dieser ist der Schuldige allein.

Das hat die Entente meisterhaft verstanden. Sie hat nicht erklärt, wir kämpfen gegen Deutschland, gegen Österreich, gegen Bulgarien, gegen die Türkei usw. Nein, im Gegenteil, sie betonten immer nur und immer: "Wir kämpfen nur gegen den Kaiser und den Militarismus." Ob sie in Mesopotamien fochten oder in Rußland, in Frankreich oder Serbien oder sonst irgendwo, ganz gleichgültig: Der Kaiser und der Militarismus. 26 Staaten haben sie so gegen Deutschland in die Front gebracht. Bedenken Sie, welch immense Stärkung des Gefühls dies für jeden Engländer bringen mußte! Er konnte sich sagen: Können wir unrecht haben, wenn 26 gegen einen gehen? Umgekehrt frug sich bei uns der kleine Mann: Können wir recht haben, wenn 26 gegen uns stehen? Sollen alle 26 im Unrechte sein?

Nein, glauben Sie mir, aus psychologischen Gründen ist es besonders bei einem Volk wie dem deutschen unbedingt notwendig, einen Feind zu zeigen und gegen einen Feind zu marschieren. Man kann auch mit einem Feinde, wenn nötig, mehrere meinen. Abgesehen von diesen beiden Gründen, die dafür sprechen, daß ein Ziel allein aufgestellt wird, gibt es noch weitere. Der wichtigste davon ist der, daß dieses Ziel tatsächlich die Lebensfrage der deutschen Nation in sich schließt. Lassen Sie sich besonders heute nicht durch die Gefahren täuschen, die man immer als die vordringlichsten hinzustellen sich bemüßigt.

Die größte Gefahr ist und bleibt für uns das fremde Völkergift in unserem Leibe. Alle anderen Gefahren sind zeitlich bedingt. Nur diese eine allein ist in ihrer Folgewirkung ewig für uns vorhanden. Wir hören jetzt viel von neuen Zielen der Bewegung sprechen, und viele sehen vor lauter Bäumen den Wald selber nicht mehr. So bilden sie sich wirklich ein, daß nun auf einmal tatsächlich 15 oder 20 Gegner notwendig zu bekämpfen wären. Ich möchte Sie herausheben aus diesem ganzen Trubel von Zielen und Sie nur einen Augenblick nach Berlin führen, um in die Friedrichstraße zu blicken. Dann sehen Sie Judenjunge um Judenjunge mit deutschen Mädchen im Arm. Und dann bedenken Sie weiter, daß damit jede Nacht Tausende und Abertausende unseres Blutes in einem Augenblick für immer vernichtet sind, und Kind und Kindeskind für uns verloren bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Und dann bedenken Sie eines:

Den Friedensvertrag kann man brechen, Wiedergutmachungsverpflichtungen können ungültig erklärt und abgelehnt werden, politische Parteien vermag man zu beseitigen,

aber das Blut, das einmal vergiftet ist, kann man nicht mehr ändern, das bleibt und wuchert fort und drückt uns von Jahr zu Jahr tiefer herunter. Wenn Sie sich heute wundern über die innere Zerrissenheit unseres Volkes, so bedenken Sie folgendes: Es spricht aus dem deutschen Volke in seiner Zerrissenheit nur sein zerrissenes Blut heraus. (Lebhafte Zustimmung.)

Und darin liegt die größte Gefahr, daß wir bei einer Fortsetzung dieser Vergiftung in 10, 20 und 30 Jahren schwächer sein werden als jetzt, in 100 Jahren schwächer als nach 30 und in 200 ohnmächtiger als nach 100 Jahren; einmal aber kommt die Zeit, da unser Volk von seiner kulturellen Höhe sinken wird, um endlich an dieser Blutvergiftung rettungslos zugrunde zu gehen. Denn alles, was wir heute an Schönem vor uns sehen, ist nur das Ergebnis des Ariers, seines Geistes und Fleißes, und nur das Schlechte ist das Erbgut des Hebräers.

So aber geht uns die Kraft verloren, die wir brauchen zur späteren Wiedererhebung nicht nur in kultureller, sondern auch in physischer Hinsicht.

Das deutsche Volk wird, wenn es dieser Pest nicht beizeiten Herr wird, an dieser Pest zugrunde gehen.

Die Kunst aller großen Volksführer aber bestand noch zu allen Zeiten darin, die Aufmerksamkeit der Masse auf einen Feind zu konzentrieren. Dadurch allein kann man sie zu jener suggestiven Aufwallung bringen, ohne die ein großer Erfolg nie beschieden ist. Glauben Sie mir eines: Der Verstand allein macht hier nur wenig. Mehr als aller Verstand schafft hier das richtige Gefühl. Der Verstand kann den Menschen trügerisch täuschen; das sichere Gefühl verläßt einen nie. (Lebhafter Beifall.) Nicht umsonst sehen Sie bei unserer Bewegung und hier in diesem Saale so viele Frauen; bei einer Bewegung, die doch am männlichsten gekämpft hat. Sie sehen sie hier, weil beim Weibe das Gefühl vorherrschend ist und richtig sagt: Es geht hier um die Zukunft unserer Kinder und damit um die Zukunft unseres Deutschtums. (Lebhafter Beifall.) Und dann gibt es gar kein Schwanken mehr, nicht ein Irren am nächsten Tag, wenn der nächstbeste Schmöker irgendeinen wissenschaftlichen Grund dagegen fabriziert; nein, das Gefühl ist stabil, es wankt und weicht nicht.

Glauben Sie mir, es mag ein Dr. Heim [6] ruhig von unseren "hysterischen Frauen" reden. Die Frau hat einst das Christentum in die Länder gebracht und sie wird auch unsere Bewegung letzten Endes zum dauernden Siege führen. Wo sie aber fehlen würde, fehlt nicht nur das Weib, sondern mit ihr auch die Jugend und damit die Zukunft. Seien Sie überzeugt: Eine Bewegung, die die wenigsten Frauen hat, besitzt auch die geringste Kraft, weshalb Sie denn auch z. B. in der demokratischen Partei nur wenige "Damen" finden.

Ist man sich aber klar darüber geworden, daß die Bewegung ein Ziel zu verfolgen hat, dann ist es auch selbstverständlich, daß alles diesem einen Gedanken unterzuordnen ist.

6 Georg Heim (1865-1938), Reallehrer, 1893 Dr. oec. publ., 1898 Mitbegründer des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, seit 1899 Leiter von dessen Zentralstelle, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1924 (BVP), 1920-1925 Präsident der Landesbauernkammer in Bayern, 1932 Austritt aus der BVP.

Dies soll schon im Namen symbolisch ausgedrückt sein. Und so wurde denn auch einst der Name

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

gewählt.

"Nationalsozialistisch", weil sich darin das oberste Ziel der Bewegung verkörpert, die Verbindung lebendigster nationaler Kraft mit reinstem sozialen Wollen. Wir waren überzeugt, daß das Herz der Massen nicht allein durch Heilrufen gewonnen werden kann; sie müssen zur Überzeugung gelangen, daß in den Augen unserer Volksbewegung jeder auch als Volksgenosse angesehen wird, daß wir nicht Gnaden ausgeteilt sehen wollen, sondern Rechte hergestellt wissen möchten. Und daß wir die Zukunft unseres Volkes überhaupt nicht in einseitig emporgezüchteten Intelligenzen sehen, sondern in einem gesunden Volk an sich. (Beifall.)

Und deutsche Arbeiterpartei hießen wir sie. Es soll in sie nur derjenige hinein, der sich nicht schämt, zu sagen: Auch ich bin ein Arbeiter, ein schaffender Mensch. Denn wer dieses Wort mit Andacht auszusprechen noch nicht gelernt hat, der ist, wahrhaftiger Gott, der beste Deutsche nicht.

Und deshalb wählten wir auch als Symbol das Hakenkreuz auf weißem Feld in rotem Grunde. Auch in diesem Zeichen soll sich unser einziges Ziel ausprägen: Das Hakenkreuz als Symbol der Arbeit, das Weiß als Zeichen unserer nationalen Gesinnung und das Rot als Zeichen unseres wahrhaft sozialen Gedankens. Im Kreuz aber soll sich noch ein weiterer Sinn zeigen, nämlich der Geist, der allein die Arbeit auf dieser Welt bedeutet, der Geist des Idealismus arischer Auffassung und nicht der Geist des Juden.

So ist es auch das Zeichen, in welchem wir gegen diese Weltpest und Weltvergiftung fechten.

Daraus aber kam auch unsere Einstellung dem Parlamente gegenüber.

Wir haben damals das Parlament abgelehnt, warum? Die junge Bewegung wollte nicht Parlamentarier bekommen, als vielmehr Kämpfer erziehen. Sie besaß damals die Überzeugung, daß es zu früh wäre, in solche Stätten hineinzugehen, und daß das, was uns heute not tut, Redner, Agitatoren und Apostel sind, die in die Masse hinausgehen, um dort die neue Lehre zu verbreiten, zu versuchen, diese Masse mitzureißen, sie zu organisieren und so immer neue Keimzellen zur Stärkung und Vergrößerung der Bewegung zu gewinnen.

Das Programm aber sollte nur die logische Ergänzung dieser Tendenz sein. Ein Leitstern, bei dem uns nicht die Frage vorschwebte: Was willst du morgen oder übermorgen, sondern es sollte die Führung der Bewegung bestimmen auf lange Jahrzehnte hinaus. Ideen, die an sich ethisch, unsterblich und unvergänglich sind, und die noch in den fernsten Jahrhunderten den Menschen gleichmäßig voranleuchten sollen. Die Träger dieser Ideen aber sollten Personen sein. Wir waren damals schon der Überzeugung, daß sich der Kampf des Judentums nicht nur gegen die Rasse an sich richtet, sondern auch gegen ihre lebendigste Auswirkung, die Person. Gerade deshalb aber setzten wir an die Stelle des jüdischen Mehrheitsgedankens wieder den Glauben an den Wert der Persönlichkeit.

So hat einst die Bewegung in ihrer Arbeit begonnen. Sie wollte gutmachen, was unsere bürgerlichen Parteien versäumten. Sie wollte vor allem aber in die Massen hinein, um dort für die Verbreitung eines wahrhaftigen Nationalgefühls zu sorgen.

Ob es ihr gelungen ist, wissen Sie selbst. Mit nichts haben wir begonnen, und kaum 4 1/2 Jahre später war der Name der Bewegung in aller Munde. Die ganze Welt hat ihn seitdem kennengelernt. Und dann kam jener traurige Tag, von dem Sie auch alle wissen:

Jener bittere Tag, in dem zum ersten Male für die junge Bewegung Menschen in das Nichts wieder zurückgingen und damit am lebendigsten ihren Opfergeist bezeugten. Die Bewegung selbst wurde dann verboten, ihre Organisation aufgelöst, und nur mühsam konnten die einzelnen versuchen, weiterzuarbeiten, und viele, viele wanderten in die Gefängnisse.

Nun ist ein Jahr vergangen, und die Bewegung ist wieder frei. Sie ist wieder frei, d. h. wir stehen vor der Möglichkeit, sie aufs neue zu bilden oder aufzulassen. Wundern Sie sich nicht, daß es aber da für mich nur einen einzigen Weg gibt.

Warum rufe ich die alte Bewegung, die alte Partei wieder ins Leben?

Sie wissen, daß böser, bitterer Streit heute tobt. Verlangen Sie nun von mir nicht, daß ich in diesem Streite Partei ergreife. Ich sehe auch heute noch in jedem Parteigenossen nur den Anhänger der gemeinsamen Idee. (Lebhafter, andauernder Beifall.) Ich sehe auch heute noch nicht den einzelnen vor mir, sondern ich sehe vor mir den großen Gedanken, und wenn ich je daran in Zweifel geraten sollte, so brauche ich nur das Auge zu schließen, und es erhebt sich vor mir das Bild einer Stunde, in der Tausende bereit waren, für diesen Gedanken, wenn nötig, in den Tod zu gehen. Glauben Sie nicht, daß ich diesen Gedanken je verlassen habe. Er ist unerschütterlich mein Leitstern, jetzt und immer. Jeder einzelne aber, von dem ich glaube, daß auch er ein Teilchen dieses Gedankens in sich aufgenommen hat, ist in meinen Augen ein Bruder und gehört wieder hinein in die alten Reihen. Und meine Aufgabe als Führer der neuen Bewegung sehe ich nicht darin, nun zu messen, zu fragen oder in der Vergangenheit zu forschen. Ich sehe sie nur in einer einzigen Pflicht, nämlich die Auseinanderstrebenden wieder zusammenzuführen. Dies aber könnte ich nicht tun, wenn ich Partei in der Partei wäre.

Deshalb habe ich die alte Flagge wieder genommen in der Überzeugung, daß sich unter ihr alle erneut zu sammeln vermögen, die überhaupt für sie etwas empfanden. Der alten Fahne muß es wieder gelingen, aus dem wilden Chaos, das wir heute vorfinden, eine einzige große, lebendige Bewegung zu formen. Der alten Fahne muß es wieder gelingen, die widerstrebenden Führer zusammenzuschweißen, der breiten Masse aber die Überzeugung einzuflößen, daß das Ende dieser Bewegung nicht gekommen ist, sondern daß sie auch heute noch am Anfang steht.

Und es ist nötig, dies heute zu tun.

Mehr denn je ruft uns das deutsche Schicksal entgegen: Deutsche, seid auf der Hut und wehret euch. Unser Volk schlummert gerade in diesen Monaten ganz blöde dahin. Es wird einst entweder ein böses Erwachen geben, oder es wird nicht mehr zum Leben zu erwecken sein. Die alten Parteien gehen schnell zugrunde. Wofür kämpfen sie? Um lächerliche Ziele. Wie schwach sind sie! Jede Entscheidung läßt sie um- und auseinanderfallen. Soll das die Führung der deutschen Nation sein?

Wie lange kann unser Volk diesen Zustand noch ertragen? Ich weiß, für manche beginnt das Elend erst dann, wenn es um ihren Geldbeutel geht. Glauben Sie mir, auch diese Zeit wird wieder kommen. Die trügerische Basis unseres heutigen Wirtschaftslebens wird erneut unter ihren Füßen verschwinden, und dann kann man vielleicht unsere Worte besser verstehen als jetzt. Unsere Aufgabe aber ist es, schon heute darauf hinzuweisen, auf daß die Leute sehen und sich dereinst erinnern, daß wir schon zu einer Zeit, als sie selbst noch nicht daran dachten, ihnen das Kommende prophezeit haben.

Und nun, meine lieben Parteigenossen, komme ich zu einer Reihe prinzipieller Punkte. Wenn ich mit dem gestrigen Tage die Flagge unserer alten Bewegung wieder hochgezogen habe, so tat ich es in der Erwartung, daß sich um mich nun alle jene scharen werden, die im Herzen alte Nationalsozialisten geblieben sind. (Lebhafter Beifall.) Ich buhle aber hier nicht um die große Masse an sich. Ich habe einst diesem ganzen großen Strom den Kampf angesagt, und ich bin lange Zeit gegen ihn geschwommen. So soll es mir auch heute gleich sein: Wer in das gemeinsame Lager nicht kommen will, der bleibe fern; wer aber zu kommen gedenkt, dem sage ich eines:

Der Streit hat nun ein Ende. (Lebhafter Beifall.)

Man trete mir nicht mit Gründen entgegen. Man sage mir nicht: Ich kann alles tun, nur das und das nicht, und die Schuld von dem ist so groß, daß ich niemals usw. ... Nein, wer sich frei weiß von jeder Schuld, der hebe den ersten Stein auf, und dann aber, Freund, habe den Mut und schleudere ihn gegen mich; denn auch ich habe gefehlt, wie jeder einzelne von ihnen. Keiner hat das Recht, an seine Brust zu schlagen und hinauszuschreien: Der ist der schuldige Teil, und ich bin rein wie ein Engel.

Wer dieses meint, trägt die größte Schuld an sich, der ist eingebildet und ungerecht zugleich.

Man redet heute viel vom "Zusammengehen". Die erste Voraussetzung für ein Zusammengehen heißt jedoch Verständigung. Die erste Voraussetzung zur Verständigung aber ist eine Versöhnung. Und wer sich nicht versöhnen kann, ist in meinen Augen nicht wert, in einer solchen Bewegung zu arbeiten.

Man komme mir nun nicht und sage: Ja, ja, aber ich vertrete ja im Interesse der Bewegung selber diese Meinung.

Meine Herren, die Vertretung der Interessen der Bewegung lassen Sie von nun ab meine Sorge sein! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Neun Monate hatten Sie Zeit, das Interesse der Bewegung zu wahren. Und ich ging manchmal in meiner engen Kammer schlaflos auf und nieder, wenn ich sehen mußte, wie das Interesse der Bewegung gewahrt wurde.

Da bitte ich denn, daß man von heute ab einen anderen Weg geht, den Weg, den ich dem einzelnen wieder weisen will und weisen werde.

Ich stehe nicht hier, um gegen irgend jemand eine Anklage zu erheben, um irgend jemand zu schmähen, oder um irgend jemandem einen leisen Vorwurf zu machen. Ich bitte Sie nur um eines: Kommen Sie jetzt in die Reihen der alten Bewegung wieder herein und lassen Sie alles wieder zurück, was hinter dem gestrigen Tage liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, zu bedenken, welch schwere Opfer viele für diese Bewegung gebracht haben. Ich glaube, wenn heute die Erde jene wieder herausgeben würde, die am 9. November gefallen sind, sie ständen jetzt neben mir und würden Ihnen zurufen: Jawohl, auch wir wollen diesen Streit nicht haben. Wir sind nicht für einzelne gefallen, sondern für unseren großen, gemeinsamen Glauben und unser gemeinsames Werk.

Ich wende mich da vor allem an unsere deutsche Jugend.

Ihr wißt nicht, ob Ihr nicht eines Tages dort sein müßt, wo die Freiheit des deutschen Vaterlandes allein wieder erkämpft werden wird. Wenn Ihr aber noch einmal in Eurem Leben an den Rhein zu gehen habt, dann werdet Ihr auch nicht zerrissen, sondern wieder Schulter an Schulter marschieren. So tut es auch jetzt in unsrer Bewegung. (Bravorufe.)

Ich wende mich an die Frauen. Ich bitte gerade Sie vor allem, lassen Sie jetzt nur ein einziges Gefühl vorherrschend sein, das Gefühl für die Verpflichtung, das große Gut, das wir nun weiterzuführen haben, getreulich zu verwalten, es nicht zersplittern und in die Gosse ziehen zu lassen. Denn jedes Wort, das wir unter uns in bösem Sinne sprechen, wird in den Händen unserer Feinde zur Waffe gegen jeden einzelnen von uns.

Ich glaube, wir haben ein Symbol, zu dem jeder kommen kann. Die alte Flagge hat 15 Monate nun fast geruht. Sie ist heute wieder aufgezogen, und jeder einzelne kann ihr aufs neue den Treueid leisten. Jeder kann kommen und sich wieder in Reih und Glied stellen. Und nur, wer dies nicht tun zu können glaubt, mag bleiben.

Wer aber meinen sollte, seinen Eintritt an "Bedingungen" knüpfen zu können, der kennt mich schlecht. (Lebhafter Beifall.) Ich habe mich neun Monate jedes Wortes enthalten; nun führe ich die Bewegung, und Bedingungen stellt mir niemand; denn wenn die Herren kommen, und mir der eine sagen sollte, ich stelle die Bedingung, und der andere, ich stelle jene, so habe ich nur eine Antwort zu geben:

Freund, warte erst, welche Bedingung ich stelle.

Ich bin nicht gewillt, mir Bedingungen vorschreiben zu lassen, solange ich persönlich die Verantwortung trage. Und die Verantwortung trage ich wieder restlos für alles, was in dieser Bewegung vorgeht. (Lebhafter Beifall, Heilrufe.)

So bitte ich Sie denn nochmals, stellen Sie alles zurück, was Sie trennen könnte, und bedenken Sie, daß heute ganz Deutschland auf uns sieht. Wir sind jetzt in diesem Saale hier versammelt, kaum 3.000 oder 4.000 Menschen. Aber aus den 4 Tausend müssen in kurzer Zeit wieder 2 oder 3 Millionen werden.

So beginnt denn damit für die Bewegung wieder ein neues Jahr.

Ich werde demnächst eine provisorische Mitgliederversammlung einberufen und dort die Hauptleitung wählen lassen [7]. Wir werden dann im nächsten Jahre die erste ordentliche Generalmitgliederversammlung [8] abhalten. Ich bitte Sie, stellen Sie bis zu diesem Zeitpunkt alle Kritik, auch an mir, zurück. Nach einem Jahre wollen wir uns wieder sehen, und dann mögen Sie urteilen. Habe ich recht getan, dann schmähen Sie mich nicht mehr. Und habe ich unrecht gehandelt, dann lege ich mein Amt in Ihre Hände zurück.

---

7 Die Wahl erfolgte anläßlich der formellen Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins am 21.8.1925 in München. Vgl. Dok. 63.

8 Am 22.5.1926 in München. Vgl. Dok. 143-145.

(Zurufe: Niemals!) Ich glaube Ihnen aber schon heute versprechen zu können, daß unsere Bewegung wieder werden wird. Ich glaube an unser altes Banner. Ich habe es selbst einst entworfen und als erster getragen und hege nur den einzigen Wunsch, daß, wenn einmal der Sensenmann mich niederstreckt, es mein Leichentuch sein möge. Und auch von Ihnen habe ich die Überzeugung, daß wir diese alte Flagge nicht lassen wollen und nicht mehr lassen können. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die Zeit ist heute bitter ernst.

Unser Volk tanzt noch, während sich in Wirklichkeit der Tod naht. Unsere Aufgabe soll es nun sein, in den Morast wieder hineinzufahren und diesem Volke zu sagen, was ihm gesagt werden muß. Ich glaube, daß schon in einem Jahre vielen die Augen geöffnet sein werden. Manchem wird der trügerische Schimmer wieder vergangen sein, und Leute, die uns heute noch verfluchen, werden als neue Kämpfer in unseren Reihen stehen. In der Gewinnung dieser Leute aber gerade mögen Sie künftig Ihre größte Aufgabe erblicken.

Lassen Sie also allen inneren Streit, lassen Sie die anderen, auch wenn sie mich selbst angreifen, das tut nichts zur Sache. Wir wollen auch darüber nicht streiten.

Was wir wollen, ist, in die Masse hineingehen, um sie herauszuholen aus dem heutigen Wahn und wieder einzugliedern in ihr Volkstum, auf daß einmal der Tag zu kommen vermag, an dem Deutschland unter unserer Flagge aufs neue wieder aufersteht.

Und dieses Größere und nicht die Partei ist zum Schluß bei uns das Ziel. Und wenn wir so das Trennende zurückstellen, können wir es um so leichter tun, da wir doch alle ein gemeinsam verbindendes Ideal besitzen, ein gemeinsames Gut, das

gemeinsame, heilige, deutsche Vaterland. [9]

9 Folgt Bericht über die Aussöhnung zwischen den Führern der rivalisierenden NSDAP-Nachfolgeorganisationen: Julius Streicher, Artur Dinter und Hermann Esser von der Großdeutschen Volksgemeinschaft (GVG) einerseits und den Vertretern des "parlamentarischen" Flügels, Rudolf Buttmann, Gottfried Feder und Wilhelm Frick, andererseits. Zu den Konflikten im völkisch-nationalsozialistischen Lager vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.
Ergänzend berichtet der VB im Anschluß an die Versöhnungsszene: "Zum Schluß gedachte Adolf Hitler Ludendorffs: 'Wie ich früher den Namen nicht in den Mund nahm, aber mit dem Herzen ihm gehörte, so nehme ich ihn auch heute nicht in den Mund, aber ich gehöre ihm mit dem Herzen. Und von jedem Ortsgruppenführer muß ich verlangen, daß, was er in seinem Bereiche tut, er auf seine eigene Verantwortung nimmt und nicht die Deckung eines anderen Mannes sucht, damit die Verantwortlichkeit bei uns wieder prinzipiell ist. So bekommen wir einen führenden Stamm, der in der entscheidenden Stunde bereit ist, die Verantwortung zu tragen.
Ich bitte Sie, die Opfer des 9. November noch einmal hochleben zu lassen. Sie sind das Höchste, was es gibt, und ich bitte, unseres Generals zu gedenken, der immer des deutschen Volkes Heerführer sein wird, solange er lebt!'"

2. März 1925 Dok. 7
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; StA Nürnberg, Slg. Streicher 174 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Über ein Jahr ist verflossen, seit ich zum letzten Mal zu Ihnen sprach [3]. Es waren Vertreter unserer Bewegung anwesend, an die dreihundert. Sie haben mir damals gelobt, treu und unerschütterlich hinter mir zu stehen, desgleichen wie ich ihnen gelobte, für unsere Idee einzustehen. Wenn ich nun vor Ihnen bin, so ist es nicht, um Rechenschaft abzulegen über vergangene Zeit.

Diese Rechenschaft haben Sie öffentlich vernommen, vor dem sogenannten irdischen Richter. Damals ist es vielleicht vielen zum ersten Male klar geworden, daß die Bewegung am 9. November 1923 nicht zugrunde gegangen ist, sondern in diesen Tagen die Bluttaufe empfangen hat, und sie kann nicht zugrunde gehen. Ihre Ideen sind auch heute noch richtig und werden richtig sein nach hundert und fünfhundert Jahren. Sie sind nicht ein Programm, sie sind Richtlinien, die allein ein Volk befähigen, einen rechten Staat zu bilden und damit sich selber zu erhalten.

Wenige grundsätzliche Gedankengänge:

Schon im Namen der Bewegung liegen diese Ideen begründet. Es ist eine Bewegung, die zum ersten Male in aller Öffentlichkeit den nationalen Gedanken mit dem sozialen verbindet, zu dem nationalen Gedanken sich nicht feindlich verhält, sondern im Gegenteil einer die Voraussetzung zum anderen ist. Daß es kein nationales Gefühl ohne soziales Empfinden gibt.

In dieser Bewegung müssen sich alle die Hände reichen, die reinen Herzens und Schaffende sind, gleichviel ob Arbeiter der Stirne oder der Faust. Man hat in vielen Kreisen den Namen "Arbeiterpartei" als schadenbringend betrachtet, denn viele werden diesen Namen ablehnen. Und gerade deshalb habe ich diesen Namen gewählt. Er soll

1 In den Zentralsälen, von 21.15 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.500 Personen teilnahmen, wurde von Julius Streicher geleitet. Zuvor hatte Hitler kurz im Leonhardspark (Saal und Turnhalle) vor etwa 2.000 und anschließend in der Bäckerherberge vor etwa 600 Personen gesprochen. Weitere Redner waren im Leonhardspark Streicher und der Nürnberger NSDAP-Stadtrat Karl Holz, in der Bäckerherberge Streicher und Gauleiter Anton Haselmayer aus Frankfurt, in den Zentralsälen Streicher und Hermann Esser. Trotz des hohen Eintrittspreises von einer Reichsmark waren alle Versammlungen überfüllt und mußten von der Polizei abgesperrt werden.

2 Druck einer redaktionell überarbeiteten Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175): Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 27-30. Vgl. auch Nürnberger Zeitung vom 3.3.1925, "Eine Hitlerversammlung"; Völkischer Kurier vom 4.3.1925, "Hitler in Nürnberg"; VB vom 7.3.1925, "Hitler in Nürnberg". Sowie drei Versammlungsberichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 3.3.1925; StA München, Polizeidirektion München 6736 und 10156.

3 Am 20.10.1923. Druck der Rede: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1042.

Schutz sein gegen diejenigen, die sich nicht als schaffende Arbeiter fühlen wollen und es auch nicht sind. Denn wer in seinem Volk mithilft, sei es mit dem Geist oder mit der Hand, der hilft am gemeinsamen Aufbau dieses täglichen Lebens, der ist und bleibt ein Arbeiter und kann stolz sein auf diese Bezeichnung. Ich habe diese Bezeichnung gewählt im Gegensatz zu anderen Parteien, die nach Ständen und Klassen ihren Namen führen.

Ich habe erklärt, jeder werde in unseren Reihen willkommen sein, der bereit ist, tätig für sein Volk zu sein. Unserem Ruf sind Tausende und Hunderttausende gefolgt. Erst verspottet, wurde die Bewegung zum Symbol eines neuen politischen Glaubens.

Wenn wir heute die alte Bewegung wieder aufmachen, ist sie nicht veraltet, im Gegenteil, wie vor einem Jahre und wie vor 5 Jahren ist sie jung. Wir stehen erst am Beginn unsres Werkes (Es ist nicht veraltet und ihr Programm ist richtig).

Vor allem eines, die prinzipielle Erkenntnis, daß unser Volk seine Existenz, wie jedes andere, nur seinen rassischen Eigenschaften [*ver*]dankt, und wenn diese zugrunde gehen, das Volk mitzugrunde gehen muß, und daß diese Bewegung unter dem Worte "national" mehr zu verstehen hat, als "Heil" zu schreien, sondern die Sorge für die Reinerhaltung dessen, dem wir all die Kraft verdanken, die so Herrliches geschaffen hat. Wir waren die erste Bewegung, die erklärte, daß die Menschen nicht nur verpflichtet sind, Tiere zu züchten, sondern daß sie vor allem Sorge tragen sollen, daß sie selber nicht [*ver*]derben.

Die Bewegung ist heute so jung wie vor 5 Jahren, und gerade deshalb konnten wir auch die alte Fahne wieder hochnehmen. Es war bitter notwendig, dies zu tun. Seit Monaten tobt ein bitterer Streit in unseren Reihen - ein Streit, von dem ich immer nur sage: sie verstehen sich nicht, und vielleicht können sie einander nicht verstehen. Aber warum? Nicht weil sie im Prinzip auseinander gehen, sondern weil sie nicht alle das gleiche Temperament, die gleichen Fähigkeiten, den gleichen Charakter und das gleiche Wissen haben. Nun beginnen sie, sich gegenseitig zu zerfleischen - und der dritte lacht.

Deshalb ist es notwendig, die Frage ergehen zu lassen: Nun, da ich wieder da bin, bist Du bereit, zur alten Fahne zu stehen?

Da kann ich nun sagen: Einer der ersten, der sich nach meiner Entlassung aus der Festungshaft bei mir gemeldet hat, war Herr Streicher [4]. Er kam zu mir und erklärte: "Ich habe während Ihrer Abwesenheit versucht, das Beste zu tun, ob es mir gelungen ist, ich weiß es nicht. Wenn ich Fehler gemacht habe - es ist möglich -, aber ich habe es nicht gewollt. Jetzt da Sie da sind, lege ich mein Werk in Ihre Hände." Er hat mir damals keine Bedingungen gestellt, bedingungslos gab er mir sein Werk, das er unter

4 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 1. Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (NSDAP), 1932/33 MdR, 1925-1928 Ortsgruppenleiter von Nürnberg, 1928 Gauleiter von Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter von Mittelfranken, 1946 hingerichtet.
Zu seiner Rolle im Hitler-Putsch vgl. Klaus Kipphan, Julius Streicher und der 9. November, in: ZBLG 39 (1976), S. 277-288.

schwierigsten Verhältnisssen geführt hatte. Sie werden sich wundern, daß ich diesen Mann besonders hervorhebe. Ich habe etwas in Erinnerung, das ich nie vergessen werde.

Am 9. November 1923 hat er sich vor und neben mich hingestellt, mit offener Brust, und wenn ich von einem sehe, daß er bereit ist, für seine Idee zu sterben, so ist das der Mann, den die Bewegung braucht. Jeder Besserwisser und jeder Nörgler sei gefragt: "Willst Du bekritteln, willst Du besser wissen, dann tritt in einer solchen Stunde vor den Allmächtigen hin und sprich: Ich bin bereit, jetzt für mein Ideal in den Tod zu gehen" - erst dann hast Du das Recht zu reden. Andernfalls begehst Du einen Frevel, wenn Du ihn verstößt, weil er vielleicht in einem oder anderm Dir nicht behagt. Ich selber gehöre nicht zu jenen, die lange danken, habe auch damals Herrn Streicher nicht gedankt und habe nicht gedankt bis heute, da ich zum ersten Mal im Saal hier spreche. Aber ich vergesse solche Handlungen nie, und für mich bilden sie den Maßstab für den Wert eines Mannes.

So wie der eine freiwillig kam und sich mir bedingungslos zur Verfügung stellte, so verlange ich es von den andern. Wenn einer kommt und sagt: "Ich gehe mit Ihnen unter der Voraussetzung, daß Sie mir das und das und das tun", oder aber: "Herr Hitler, Sie kennen mich! Aber mit B kann ich nicht zusammengehen", und der andere sagt: "Herr Hitler verlangen Sie nicht, daß ich mit A zusammengehen kann."

Ich verlange von jedem, daß er der Bewegung dient, restlos dient und sich unterordnet. Wenn der eine sagen kann: "Verfügen Sie über mich, ich tue, was ich tun kann", hat der andere die gleiche Pflicht.

Ich habe alle Bedingungen abgelehnt und lehne sie ab. Jeder der mit dem heutigen Tage in der Bewegung mitarbeiten will, mag kommen und sich mir zur Verfügung stellen. Eine Bedingung nur ist statthaft, und die stelle *ich* im Namen der Bewegung: Füge Dich ein, denn wenn *Du* nicht Gehorsam üben kannst, wie willst Du ihn dann von Deinen Anhängern verlangen?

Ich fühle mich als Vertreter unserer gemeinsamen Idee, und für sie bin ich bereit, zu kämpfen und alles zu ertragen, was das Schicksal für mich vielleicht noch aufgespart hat, und deshalb habe ich das alte Programm herausgenommen und die alte Fahne hochgezogen.

Stellen Sie sich wieder unserer Bewegung zur Verfügung und dienen Sie in letzter Stunde unserem Volk, denn was wir wollen, ist nichts anderes, als in letzter Stunde das deutsche Volk noch zu retten. Dieser Zustand kann keine 30 oder 40 Jahre mehr dauern, außerdem sinken wir in das Grab, es sind schon andere Völker zugrunde gegangen als das deutsche, wir müssen uns aufrütteln zum Kampf. Wir müssen Sie bitten: Haben Sie Glauben an die Bewegung, und wenn der einzelne Unfrieden stiften will, dann erinnern Sie sich an die Stunde, in der Brüder aneinandergekettet in den Tod gegangen sind, an die Flagge - und dann möchte ich *den* sehen, der dann noch hadern und noch streiten kann, der es nicht fertig bringt, die Hand dem anderen zu reichen und zu vergessen, was in der Vergangenheit liegt.

Wir wollen vom heutigen Tag ab wieder mitarbeiten, dem deutschen Volk den Willen zu stählen, den Willen zur Freiheit, sodaß eines Tages keine Not [*sic!*] der Welt mehr im

Stande ist, diesen Willen zu beugen, sondern daß dieser Wille die deutsche Not zerbricht.

5. März 1925 Dok. 8
Erklärung

Völkischer Kurier vom 5.3.1925, "Erklärung Adolf Hitlers" [1].

Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen die Meldung meiner angeblichen Verlobung [2].

Die Nachricht ist von Anfang bis zum Ende purste Dichtung.

Ich bin mit der Politik dermaßen verheiratet, daß ich nicht daran denken kann, mich auch noch "zu verloben".

Adolf Hitler

5. März 1925 Dok. 9
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 498, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [2].

Vor 1 1/2 Jahren sprach ich zum letztenmal in diesem Lokale. Wie damals, so ist auch heute der Saal stark besetzt und von großer Begeisterung durchflutet. Ich war in Nürnberg [3], wo ich gleichfalls große Menschenmassen und ungeheure Begeisterung sah. Wenn sich auch in den 1 1/2 Jahren die Zeiten geändert haben, so steht fest, daß trotz aller Schikanen die Bewegung nicht mehr umzubringen ist. Somit werden wir eines Tages auch das Ziel erreichen. Nur die Taktik in der Erreichung des Zieles haben wir geändert, was stets den Zeitverhältnissen entsprechend sein wird. Das Ziel ist und bleibt das gleiche und besteht darin, das deutsche Volk aus den Klauen der intern. [*sic!*] heute

1 Ebenso VB vom 14.3.1925, "Erklärung Adolf Hitlers".
2 Das Gerücht, daß sich Hitler mit Erna Hanfstaengl, der Schwester von Ernst (Putzi) Hanfstaengl, die zudem noch jüdischer Abstammung sein sollte, verlobt habe, wurde von Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß erneut am 15.10.1925 dementiert. Vgl. VB vom 15.10.1925, "Hitlers 'Verlobung'".

1 Im Restaurant "Zur Blüte", von 20.30 bis 21.45 Uhr. Die Versammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der etwa 500 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet.
2 Vgl. auch VB vom 14.3.1925, "Adolf Hitler in den Sektionen". Dort allerdings falsche Datierung.
3 Am 2.3.1925. Vgl. Dok. 7.

regierenden Gesellschaft, ob diese oder jene Farbe, zu befreien. Die Bewegung wächst mit jedem Tag, und wir werden bis in einigen Monaten 200-300.000 Mitglieder haben. Bedingung ist, daß wir eine große Tageszeitung bekommen. Weiter brauchen wir ein eigenes Heim. Was den anderen möglich ist, muß auch uns möglich sein. Haben wir 100.000 Mitglieder und diese geben 10 Monate lang jeden Monat 1 M., dann ist in 10 Monaten dieses Heim errichtet (Beifall!). Wir brauchen Rednerschulen, denn bis heute hat diese Riesenbewegung nur 10-12 gute Redner. Bedingungen kann keiner stellen; jeder hat sich bedingungslos für die Sache in den Dienst zu stellen. Ich werde alles tun, um den Frieden herzustellen, und keiner hat das Recht, diesen Frieden zu stören, denn Brüderlichkeit und Einigkeit sind die Grundlagen für eine starke Bewegung. Die Fraktionen müssen Kampfzweck sein und werden zugleich der Spiegel der völkischen Macht. Jeder hat sich zu fügen und die ihm zugeteilte Aufgabe zu erfüllen. In München dürfte der Friede bis in zwei bis drei Monaten gesichert sein, doch wird es an einigen anderen Orten etwas schwieriger sein, aber auch da verbürge ich für den Erfolg. In einem Jahre werde ich Rechenschaft ablegen, um zu zeigen, daß die Bewegung vorwärts schreitet. Wir gehen in Deutschland einer großen, bedeutenden Entscheidung entgegen. Der durch die Revolution geschaffene Repräsentantenstuhl ist frei geworden. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Fritz Ebert [4] abzurufen. Für die Nationalsozialisten kommt dieser Posten nicht in Frage. Einerseits könnte man die Besetzung durch einen Sozialisten begrüßen, denn dann wäre wieder eine große Angriffsfläche vorhanden. Aus Reinlichkeitsgründen und im Interesse der Außenpolitik muß ein bürgerlicher, nationaler Mann an die Stelle kommen. Ich würde als Bedingung aufstellen, daß der neue Mann einwandfrei ist und nie wegen gemeingefährlicher Delikte vorbestraft war, damit wir uns vor dem Ausland nicht schämen brauchen. Dieses allein ist ein großer Erfolg. Eines ist sicher, daß der neue Präsident nicht mit einer großen Mehrheit gewählt wird, sondern daß die Entscheidung bei den Nationalsozialisten liegt. Den bürgerlichen, nationalen Parteien muß klar werden, daß ihr Mann nur mit den Stimmen der Nationalsozialisten siegreich aus der Wahl hervorgehen kann. Es braucht sich jedoch keiner in die Hoffnung versteigen, daß wir durch einen bürgerlichen Präsidenten mehr Vorteile haben. Die Verfolgung wird die gleiche sein und bleiben. Solange noch Hunderte von Völkisch-Gesinnten in den Zuchthäusern sitzen, können wir nicht mit inneren Freuden solchen Akten beiwohnen. Bei uns wird bei der Präsidentenwahl der kühle Verstand walten.

Unsere große und Hauptaufgabe liegt in der Erziehung des deutschen Volkes, das national und sozial sein muß. Ohne diese beiden Faktoren wird Deutschland nie aufgebaut werden können. Innerhalb den völkischen Reihen muß die Brüderlichkeit wieder vorherrschend sein, um überhaupt zu dem Ziel, national und sozial, zu gelangen. (Heilrufe und stürmischer Beifall!) [5]

4 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Feb. 1919 bis Feb. 1925 Reichspräsident.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. März 1925 "Die Reichspräsidentenwahl und unsere Bewegung" Artikel

Dok. 10

VB vom 7.3.1925.

Wem die unmögliche Lage, in die Deutschland durch die Judenrevolte des 9. November 1918 geworfen wurde, noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, der hat nun in diesen Tagen die beste Gelegenheit zur Bildung eines richtigen Urteils. Da stirbt ganz plötzlich das sogenannte "Reichsoberhaupt" [1]. Man müßte nun annehmen, daß die ganze Nation von jähem Schreck erfaßt über den Tod ihres Repräsentanten in jene schmerzliche Erschütterung gerät, die Völker immer erfaßt, wenn ihre führenden Köpfe plötzlich die irdische Bahn verlassen müssen.

Manchesmal ist es dann so, als ob eine Leere eingetreten wäre. Man kann sich im Augenblick gar nicht vorstellen, wie das Leben nach einem solchen Großen, ohne ihn denn überhaupt weitergehen soll.

Davon ist heute nichts zu bemerken. Das Leben geht weiter, als ob nichts wesentliches vorgefallen wäre. Und dem ist auch so. Denn was die deutsche Nation verlor, ist nicht ein großer Geist, sondern ein Parteipolitiker, belastet mit einer Vergangenheit, über die die Zukunft dereinst anders urteilen wird, als das kriechende Schliefergeschlecht [*sic!*] unserer "beamteten" öffentlichen Meinung von heute.

Somit bleibt als Ereignis von bewegender Bedeutung eigentlich nur die Frage übrig, wer nun der Nachfolger auf dem Präsidentenstuhle eines Reiches sein soll, dessen augenblickliche Verfassung ein bischöflicher Oberhirt einst als dem Meineid entsprossen verdammte [2].

Für uns Nationalsozialisten freilich ist auch in dieser Richtung ein Grund zur Erregung nicht vorhanden. Wir werden in dem kommenden Ringen vermutlich das Zünglein an der Waage sein, denn der neue Präsident wird nicht gewählt werden mit einer Majorität von Millionen, sondern vielleicht von nur wenigen Hunderttausenden.

Gerade dieses Mal aber haben wir uns in eisiger Kühle darüber Klarheit zu geben, daß, ganz gleich wie die Würfel fallen werden, ein Freund unserer Bewegung den Ebertschen Thron nicht einnehmen wird. Wir haben in den letzten fünfzehn Monaten Gelegenheit gehabt, die Verfolgungswut unserer Feinde gegen unsere Bewegung kennenzulernen. Es ist schwer zu entscheiden, aus welchem Lager der jungen Freiheitsbewegung des deutschen Volkes mehr Haß oder doch Übelwollen entgegengebracht

1 Reichspräsident Friedrich Ebert war am 28.2.1925 an den Folgen einer verschleppten Blinddarmentzündung gestorben.

2 Kardinal Michael von Faulhaber hatte am 27.8.1922 in seiner Ansprache auf dem 62. Deutschen Katholikentag in München die heftig umstrittene Äußerung getan: "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Druck: Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27.-30. August 1922, Würzburg 1963, S. 4. Vgl. auch Ludwig Volk, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177 (1966), S. 173-195.

wurde, ob aus dem roten internationalen, oder dem sogenannten "nationalen" bürgerlichen.

Wo die bürgerlichen Parteien die Macht in ihren Händen hatten, wanderten die Anhänger unserer Bewegung genauso in die Gefängnisse, wie in den roten Staaten Deutschlands.

So werden wir bei den kommenden Wahlen zweckmäßig diese Tatsache uns immer vor Augen halten müssen. Innerpolitische Gründe lassen für uns diese Wahl vollständig gleichgültig sein. Die Versklavung Deutschlands durch den Todfeind unserer Rasse wird von beiden Lagern nur gefördert und nicht gehemmt.

Höchstens außenpolitische Betrachtungen könnten uns hier in einer bestimmten Richtung beeinflussen. Wenn wir auch überzeugt sind, daß auch ein sogenannter "bürgerlicher" Reichspräsident eine grundsätzliche Änderung unseres schmachvollen Verhaltens dem Auslande gegenüber nicht herbeiführen wird, so könnte doch in der äußeren Form des Verkehrs des Auslandes zu uns ein leichter Wandel eintreten.

Denn da das Ausland den Meineid des Novembers 1918 doch mit seinem eigenen Golde finanzierte, kann man leicht ermessen, wie groß dessen Achtung sein könnte bei einem Manne, dem dieses Gold die Stufe gebaut hätte zum Präsidentenstuhl einer deutschen Republik.

Lieben werden sie einen solchen Vertreter sicherlich, achten aber niemals.

A. H.

9. März 1925 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 497, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [2].

Hitler drückte seine Freude darüber aus, seit dem 1. November [*1923*] das erstemal wieder in dieser Sektion verweilen zu können. Es war gut, daß er weder zum Völkischen Block [3] noch zur G.V.G. [4] gegangen sei, denn damit wurde dem Streit im völkischen Lager ein Ende bereitet. Wer heute zu ihm in die Sektionen der alten NSDAP komme, sei

1 Im Restaurant "Belvedere", von 23.00 bis 24.00 Uhr. Die Versammlung der NSDAP-Sektion Innere Stadt, an der laut Polizeibericht etwa 120 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Karl Eggers geleitet.

2 Vgl. auch VB vom 14.3.1925, "Adolf Hitler in den Sektionen".

3 Der Völkische Block war in Bayern nach dem Verbot der NSDAP als Zusammenschluß von Deutschvölkischen und Nationalsozialisten gegründet worden. Er gewann bei der Landtagswahl am 6.4.1924 23 von 129 Mandaten. Als Fraktionsführer amtierte Gregor Straßer, ab Dezember 1924 Rudolf Buttmann.

4 Die Großdeutsche Volksgemeinschaft war von Alfred Rosenberg als Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP gegründet worden. Sie wurde ab dem 1.1.1924 von Julius Streicher und Hermann Esser geleitet und stand in scharfer Opposition zum parlamentarisch agierenden Völkischen Block. Zu den Konflikten im völkisch-nationalsozialistischen Lager vgl. Jablonsky, Nazi Party.

herzlich willkommen; wer sich jedoch hierzu nicht entschließen könne, soll nur ruhig wegbleiben. Wahre Nationalsozialisten würden doch früher oder später doch noch kommen. Hitler befaßte sich nun ebenfalls mit dem Versammlungsverbot [5]. Die "verehrliche Polizeidirektion" habe es ihm diesmal leicht gemacht, die Sache zu unserem Besten zu wenden, indem sie nämlich die Motivierung des Verbotes auf glatte Fälschung verschiedener Stellen seiner Rede aufbaute. Er ist diesen Herren schon in weiser Vorsicht etwas zuvorgekommen, indem er durch einen unparteiischen amtlichen Stenographen seine Rede wortwörtlich niederschreiben ließ; auf Grund dessen wird er nun die Münchener Polizeidirektion wegen Fälschung verklagen, wenn nötig bis zur letzten Instanz, dem Staatsgerichtshof. Bei einem bereits schon einmal geführten Prozeß habe die Polizeidirektion sehr schlecht abgeschnitten, und diesmal wird es ihr nicht besser gehen. Hierauf ging er auf die Rede Schäffers [6] (B.V.P.) im Bürgerbräu [7] ein. Hauptzweck sei gewesen, die nationalsozialistische Bewegung wieder als eine "antireligiöse" zu verschreien. Nach wie vor sei er jedoch seiner Einstellung treu geblieben, nie die Religion auch nur andeutungsweise anzugreifen oder gar zu bekämpfen. Wenn ihm jedoch von Herrn Schäffer der Kampf angesagt wird, so soll er ihn haben, jedoch nicht einen Kampf um die Religion, sondern gegen die B.V.P.

Bezugnehmend auf die bevorstehende Neuwahl des Präsidenten hat er sich ja keinen falschen Hoffnungen hinzugeben und etwa zu glauben, da man jetzt von einem nationalen Präsidenten spreche, würde alles in Zukunft besser werden. Hier in Bayern habe man z. B. auch eine sogenannte "nationale" Regierung, doch wird niemand behaupten können, daß seit Bestehen derselben etwas besser geworden sei. Im Gegensatz zu einem "knallroten" Land wird unter unserer "nationalen" Regierung schärfer gegen eine wahrhaft nationale Bewegung vorgegangen, als in einem solchen. Seit Deutschland aus einem Bismarckstaat ein Barmatstaat [8] geworden, sei es eigentlich gleichgültig, wer zum Präsidenten gewählt wird; denn gewählt wird doch immer nur ein Mann, der in Wirklichkeit gar kein "Mann" ist. Von unseren Politikern wüßte er nur wenige, die sich wirklich zum Präsidenten, der auch die Interessen seines Volkes dem Auslande gegenüber nachdrücklich vertritt, eignen würden. Doch diese kämen eben nicht in Betracht, weil sie

5 Die Polizeidirektion München hatte am 9.3.1925 fünf für den nächsten Tag angekündigte NSDAP-Versammlungen, auf denen Hitler sprechen sollte, mit der Begründung verboten, daß Hitler in seiner Rede zur Neugründung der NSDAP am 27.2.1925 (Dok. 6) "in nicht mißzuverstehender Weise" versucht habe, "die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gewaltakte vorzubereiten". Zit. nach Münchner Neueste Nachrichten vom 9.3.1925, "Versammlungs-Verbot". Vgl. auch VB vom 14.3.1925, "Unsere Beschwerde gegen das Versammlungsverbot"; VB vom 8.4.1925, "Gegen die Knechtung der nationalsozialistischen Bewegung".
Das Verbot, in öffentlichen Versammlungen als Redner aufzutreten, gegen das Hitler erfolglos Beschwerde bei der Regierung von Oberbayern und anschließend beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof einlegen ließ, bestand in Bayern bis zum 5.3.1927. Redebeschränkungen existierten auch in anderen Ländern. Vgl. Tyrell, Führer, S. 107 f.

6 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1920 Regierungsrat im bayer. Kultusministerium, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1924 Vorsitzender des Münchner Kreisverbandes, 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1931-1933 Staatsrat und Leiter des Finanzministeriums, Mai bis Sep. 1945 bayer. Ministerpräsident, 1949-1961 Bundesfinanz- und Bundesjustizminister.

7 Am 5.3.1925. Vgl. Bayerischer Kurier vom 6.3.1925, "Unsere Antwort an Hitler".

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

eben "Männer" wären. Um evtl. Vermutungen, die zu "Befürchtungen" Anlaß geben könnten, vorzubeugen, versichere er, daß er hierbei nicht gerade an *Esser*[9] oder an einen anderen Herrn der Bewegung denkt. Die Rettung des deutschen Reiches wird nie vom Stuhle des Präsidenten ausgehen, sondern es wird der nationalsozialistischen Bewegung vorbehalten bleiben, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Dies sei unsere felsenfeste Überzeugung und durch nichts zu erschüttern. Zu diesem Zweck werden wir unsere Ziele nunmehr auf legalem Wege, der sogar ein "sehr" legaler Weg sein wird, noch intensiver verfolgen. Hauptsache ist und darum ersuche er alle Mitglieder, sich unbedingt und blindlings auf die Führung zu verlassen und allen in nächster Zeit ergehenden Aufforderungen unverzüglich nachzukommen. Auch die Arbeit im Parlament wird in Zukunft eine intensivere werden; nicht, daß er dem Parlamentarismus jetzt anders gegenüber eingestellt wäre als früher, so wolle er nur sagen, daß unsere Leute im Parlament als "Werkzeuge" der Bewegung zu unserem "legalen" Kampf viel beitragen können: "Wer Kampf mit uns will, der soll ihn haben, wer uns anfaßt, wird von allen Seiten gestochen." Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß es dem deutschen Volk doch noch gelingen möge, seinen Befreiungskampf siegreich auszufechten, wenn es aber auf friedlichem Wege nicht geht, dann mit Gewalt. Diesen letzten Satz wiederholte er für den "Polizeispitzel" eigens noch einmal und bat ihn mitzustenographieren, um nicht wieder "Falschmeldungen" zu machen.[10]

[13. März 1925][1] Dok. 12
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin

Lagebericht des Polizeipräsidiums Berlin vom April 1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1674/279.

"Die Herren sollen nicht glauben, daß wir tot sind; so tot sind wir noch lange nicht, daß man uns bei der Wahl unseres Staatsoberhauptes übergehen dürfte. Ich bin mir darüber

9 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des VB, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 Führer der GVG, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des "Illustrierten Beobachters", 1929-1933 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1935-1945 Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichspropagandaministerium.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Laut Polizeibericht hielt sich Hitler am 13. und 14.3.1925 in Berlin auf. Am 13. März fand im Reichstagsgebäude eine Besprechung zwischen Hitler, Gregor Straßer, Wilhelm Frick und Gottfried Feder einerseits und Reinhold Wulle, Ernst Graf zu Reventlow, Franz Stöhr und Karl Fahrenhorst andererseits statt. Nach dem erfolglosen Versuch, die DVFP für die Reichspräsidentenkandidatur Ludendorffs zu gewinnen, hielt Hitler, vermutlich noch am selben Tag, die folgende Rede vor seinen Berliner Anhängern.

klar, daß diese Sonderkandidatur für unsere Bewegung ein gewisses Vabanque-Spiel mit sich bringt [2]. Es geht aber um Sein oder Nichtsein der NSDAP. Außerdem dokumentieren wir in unserer Treue zu unserem Führer Exzellenz Ludendorff, daß in deutschen Landen noch Treue um Treue gilt. Entgegen allen Anstrengungen des Dreigestirns der Deutschvölkischen Freiheitspartei (Wulle [3], v. Graefe [4], Henning [5]) wird die Einwilligung Seiner Exzellenz allen bisher noch nicht Informierten die Augen darüber öffnen, daß von Zwistigkeiten zwischen dem politischen Führer Adolf Hitler und dem militärischen Führer Ludendorff keine Rede sein kann."

Hitler wandte sich ferner in recht scharfen Worten gegen die Berliner Richtung der völkischen Bewegung und erklärte, daß man ihm einst den Vorwurf gemacht habe, er hätte taktisch unrichtig gehandelt. Er wolle versuchen, sich zu bessern, und er hoffe, durch die von ihm bei der Reichspräsidentenwahl eingeschlagene Taktik im zweiten Wahlgang, den er unbedingt erwarte, ein gewichtiges Wörtchen auf Grund der für Ludendorff abgegebenen Stimmen, die er auf 2 Millionen veranschlage, mitzureden. [6]

2 Nach einem Protokoll, das die Augsburger Abendzeitung am 28.3.1925 auszugsweise veröffentlichte, soll Hitler bei der Besprechung am 13. März gegenüber den DVFP-Vertretern erklärt haben: "Die Wahl des Reichspräsidenten ist ebenso unwichtig wie alle Wahlen, die bisher stattgefunden haben. Es ist vollkommen gleichgültig, wer kandidiert. Von meinem Standpunkt aus gesehen, ist der schlechteste der Kandidaten gerade gut genug. Denn auf diese Weise kann man dem Volke am deutlichsten die prinzipiellen Unterschiede zwischen dem, was wir wollen, und dem November-Regime aufzeigen. Hingegen ist der Kampf gegen einen scheinnationalen Präsidenten viel schwieriger. Immerhin kann man der Meinung sein, daß das kleinere Übel vorzuziehen ist. Das kann aber meines Erachtens nur für die *Stichwahl* in Frage kommen. Im ersten Wahlgang darf keine junge, werdende Bewegung, wie etwa die meinige, darauf verzichten, ihre Anhänger fest in die Hand zu nehmen. Wahlenthaltungen gibt es selbstverständlich nicht. Das könnte ich auch meinen Anhängern heute nicht mehr zumuten. Wenn man seine Anhänger beim ersten Wahlgang fest in der Hand hat, kann man für die Stichwahl auch leicht eine Parole herausgeben, in der Gewißheit, daß diese Parole befolgt wird. Es kommt noch hinzu, daß bei einem Verzicht auf ein selbständiges Vorgehen von den anderen bestimmt die Behauptung aufgestellt werden wird, daß wir überhaupt nicht mehr vorhanden sind. Aus diesen Erwägungen heraus bin ich auf Ludendorff gekommen. Er braucht keine Erklärungen abzugeben, er braucht und darf keine Reden halten. Damit würde auch das Verbrechen, diesen Mann in dieses Parlament hineingezerrt zu haben, wieder gutgemacht und er in der Rolle gezeigt werden, die er eigentlich zu spielen hätte. Ich bin nicht so naiv, anzunehmen, daß er diesmal gewählt werden könnte. Die Kandidatur als solche ist vielmehr vollkommen aussichtslos. Es handelt sich, wie gesagt, einzig und allein um die prinzipielle Bedeutung." Augsburger Abendzeitung vom 28.3.1925, "Die Absplitterung Hitlers. Aus dem völkischen Verhandlungsprotokoll". Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 28.3.1925 (MA), "Völkische und Nationalsozialisten. Ein interessantes Protokoll".

3 Reinhold Wulle (1882-1950), Journalist, 1914 Hauptschriftleiter der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung", 1918 Hauptschriftleiter und Verlagsdirektor der "Deutschen Zeitung", 1920-1933 Herausgeber der Zeitung "Das Deutsche Tageblatt", 1920-1924 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1928 Parteivorsitzender.

4 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, 1887 Berufsoffizier, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR 1920-1928 (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Straßer).

5 Wilhelm Henning (geb. 1879), Major a. D., 1897-1919 Berufsoffizier, 1920-1928 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1922 2. Vorsitzender des Verbandes nationalgesinnter Soldaten.

6 Folgt Bericht über organisatorische Anweisungen und die Ernennung Ernst Schlanges zum Führer der Berliner NSDAP. Schlange überführte die GVG in den Wahlkreisen Berlin, Potsdam I und Potsdam II in die NSDAP. Vgl. VB vom 7.4.1925, "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Berlin-Potsdam".

14. März 1925 Dok. 13
"Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 14.3.1925.

Am 29. März 1925 soll die Wahl eines neuen Reichspräsidenten stattfinden.

In den beiden großen Lagern, in die unser Volk heute gespalten ist, dem "bürgerlichen" und dem "proletarischen", versucht man dieses Ereignis, als von größter Wichtigkeit für die Zukunft des deutschen Volkes erscheinend, hinzustellen.

Dem ist nicht so.

Durch diese Wahl werden nicht Entscheidungen über das Schicksal der deutschen Nation getroffen, sondern nur über dasjenige von einzelnen Parteien. Denn ganz gleich, ob ein "proletarischer" oder "bürgerlicher" Kandidat gewählt werden wird, der Versklavung des deutschen Volkes, der Entehrung unserer Nation wird keiner entgegentreten.

Das deutsche Volk, das von diesen gerissenen Parteischiebern neuerdings in den Glauben hineingepeitscht wird, es könnte nun durch diese Wahl sein Schicksal maßgebend beeinflussen, darf nicht vergessen, daß Völkerschicksale nur durch Männer gewendet werden, die heutigen Parteien aber jeden wahrhaftigen Mann hassen müssen, da seine erste Tat nur die Zertrümmerung dieser Parteien sein könnte.

Die einzelnen Kandidaten werden nicht geprüft auf Grund ihrer heldischen Gesinnung oder ihres genialen Geistes, sondern nur auf Grund ihrer vermuteten Ungefährlichkeit, also Harmlosigkeit, den handelnden Parteilumpen gegenüber.

Nicht einen Mann wollen diese Parteien an dieser Stelle wissen, sondern einen Menschen, der kein Mann ist.

Die einzige Empfehlung, die von beiden Seiten für ihre Kandidaten ausgegeben wird, ist nicht die kommende Freiheit der deutschen Nation, sondern das wohlwollende Verhalten unserer Todfeinde, unserer Finanzgauner im Inneren und Unterdrücker von außen. Mit lügnerischer Heuchelei versucht man die Meinung zu erwecken, als ob die "heiligsten" Interessen der Nation auf dem Spiele ständen, während es in Wirklichkeit sich nur um die Rentabilität der einzelnen Parteibetriebe handelt.

Ganz gleich, welche Richtung zum Zuge kommen wird, jede wird ängstlich bemüht sein, die Freiheitsbewegung der deutschen Nation niederzuhalten und niederzuknüppeln, den Kampf gegen die Finanzversklavung zu verhindern, das Aufbäumen der nationalen Leidenschaft gegenüber der Unterdrückung durch Frankreich einzudämmen, vor allem aber den Kampf um die Erhaltung der deutschen Nation ihren jüdischen Eindringlingen gegenüber zu sabotieren und wenn möglich zu verbieten.

Nehmt Euch ein Beispiel an dem Verhalten dieser Parteien, mögen sie "proletarisch" oder "bürgerlich" sein, uns selber gegenüber.

Unter Zugrundelegung selbst von Fälschungen terrorisiert man unsere Bewegung, verbietet unsere Versammlungen und schafft Ausnahmegesetze für die, die ihr Vaterland mehr lieben als die Parteiställe politischer Schieber und wirtschaftlicher Spekulanten.

Wir verlangen von jedem Nationalsozialisten und Angehörigen unserer Bewegung, daß er sich in dem kommenden Kampfe um den neuen Reichspräsidenten blind an die Richtlinien hält, die von der Leitung herausgegeben werden.

Man will uns auf keiner der beiden Seiten, die heute kämpfen, und wir wollen uns nicht zu jenen rechnen, die sich unerwünscht aufdrängen.

Nur in unserer *unbedingten, einigen Geschlossenheit* liegt die Möglichkeit eines Vertretens der Interessen der *deutschen Nation* gegenüber ihren *parlamentarischen Schiebern.*

Die Parteileitung wird ihre Anordnungen herausgeben.

An *Euch*, Parteigenossen, ist es nun zu zeigen, daß die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* eine Organisation darstellt, in der strengste Disziplin herrscht, und nicht einen wilden Haufen, in dem jeder tut, was er will.

Der Führer einer solchen Bewegung wollte ich nicht sein.

Ein Kandidat, in dem sich nicht der *Freiheitswille* der deutschen Nation verkörpert, kann den Wünschen derjenigen Parteien dienen, die seit mehr als 40 Jahren Deutschland in den Abgrund hineingetrieben haben; von uns aber wird nur der gewählt, der den Interessen der Zukunft unseres Volkes entspricht.

Haltet Euch an die Parole, die rechtzeitig ausgegeben wird!

Für die Parteileitung: *Adolf Hitler*

19. März 1925 Dok. 14
"Ludendorff der Kandidat der nationalen Opposition"
Aufruf

VB vom 21.3.1925 [1].

Männer und Frauen der deutschen Opposition!

Mehr als 6 Jahre sind seit jenem Tage vergangen, an dem das alte Reich gestürzt und ein neues Reich der *"Schönheit", "Freiheit"* und *"Würde"* versprochen wurde.

Was gekommen ist, wißt Ihr!

6 Jahre einer unendlichen Schmach und eines maßlosen Elends.

Die Hoffnungen verbohrter Ideologen sind unerfüllt geblieben, die Befürchtungen der besten Freunde unseres Volkes wurden übertroffen und nur den Schlechtesten gelang die Verwirklichung ihrer Wünsche.

Ein Staat wurde damals aufgerichtet, in dem der Schweiß der Ehrlichsten kaum das Brot zum täglichen Leben schafft, während ein spekulatives Gaunertum bis zu den

1 Ebenso Völkischer Kurier vom 21.3.1925, "Ludendorff Präsidentschaftskandidat".

höchsten Ehren- und Würdenstellen emporklettert und verpraßt, was andere mit ihrem Fleiße erarbeiten.

Die Würde und Ehre der Nation wurden immer und immer wieder auf das schmählichste preisgegeben.

Der Staat dem Wohlwollen seiner erbittertsten Feinde ausgeliefert;

die Grundlagen einer unabhängigen nationalen Wirtschaft zerstört.

Schlechtigkeit auf der einen, Dummheit und Feigheit auf der anderen Seite reichten sich in diesen 6 Jahren brüderlich die Hände an der gemeinsamen Arbeit der Vernichtung unseres Volkstums und Versklavung unseres Vaterlandes.

Heute endet der einst mächtige und sauberste Staat der Welt außenpolitisch im Koloniallos der Dawes-Erpressung, innerpolitisch in der Schande eines fortlaufenden Barmatskandals [2].

Nun steht die Wahl eines neuen Reichspräsidenten vor uns.

Seit Wochen mogeln und feilschen die Parteien der Rechten und Linken um die Person eines Kandidaten, geleitet von der einzigen Sorge, nur ja einen Mann zu finden, der auch die nächsten 7 Jahre auf dem Boden der alten Tatsachen stehenbleiben wird.

Sie kommen nicht zu dem einzig möglichen ehrlichen Entschluß, dieser ganzen nachnovemberlichen Zeit einen prinzipiellen Kampf anzusagen und dem deutschen Volke als Führer einen Mann vorzuschlagen, der seinem Wollen und Wesen nach nicht nur nicht auf dem Boden der Novemberrepublik steht, sondern den heiligen Willen und unerschütterlichen Entschluß besitzt, die deutsche Not zu zerbrechen, die Wehrlosigkeit zu beenden, der internationalen Finanzhydra den Kopf zu zertreten, um dem Volke zu geben, was des Volkes ist, des Reiches Souveränität aber wiederherzustellen, auf daß aus der Leiche der heutigen Barmatrepublik dereinst ein wahrer deutscher Volksstaat werde.

Nein. Der alte Zustand soll, wenn auch vielleicht unter anderer Flagge weiterdauern.

In allen grundsätzlichen Fragen deutscher Innen- und Außenpolitik soll sich nichts ändern.

Der Vergewaltigung des deutschen Volkes durch seine inneren und äußeren Ausplünderer soll nicht entgegengetreten werden.

Nur die Farbe soll wechseln.

Wir unterzeichneten Männer der nationalen Opposition erblicken in einer solchen Entwicklung die endgültige Sanktionierung der dauernden Versklavung und damit Verelendung unseres Volkes.

Wir können die Parole der *feigen Duldung* ebensowenig gutheißen wie die der *bewußten Schlechtigkeit* an sich.

Wir sehen in einem Reichspräsidenten nationaler Färbung ohne die brutale Entschlossenheit, dem andauernden Revolutionsskandal endgültig den Todesstoß zu geben, für die Freiheit und Zukunft unseres Volkes eine größere Gefahr als in einem Vertreter schlechtester Sorte dieses schlechtesten Regiments.

Wir wünschen nicht, daß die Novemberrepublik heute ihre Fahne wechselt, ohne dabei auch ihrem Charakter abzuschwören.

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

Wir danken im Gegenteil dem Schicksal, daß es die alte, siegumwitterte Heldenfahne davor bewahrte, Symbol der schmählichsten und schändlichsten Zeit deutscher Geschichte zu sein. Die Novemberrepublik hat ihre Farben gewählt, sie mag sie behalten. Die alte Flagge paßt nicht für einen Staat, dessen Begründung im Meineid und Landesverrat der Revolution liegt.

Wir lehnen deshalb auch jeden Präsidentschaftskandidaten ab, der es versuchen wollte, auf dem Boden dieses Staates die alte Fahne hochzuziehen, um sie dadurch zu kompromittieren.

Schwarz-weiß-rot wird uns ewig nur das Symbol eines nationalen deutschen Reiches und niemals einer internationalen Schieber- und Börsen-Republik sein.

Wir bitten deshalb alle Männer und Frauen, die mit der Entwicklung und dem Inhalt der letzten 6 Jahre nicht einverstanden sind, ihre Stimme nicht einem Kandidaten zu geben, der auch selber wieder auf dem Boden dieser Zustände steht, sondern nur einem Mann, in dem sich der schärfste Protest gegenüber der heutigen Verlumpung unseres Vaterlandes verkörpert.

Wir warnen in dieser Stunde unser Volk auf das feierlichste vor jener Halbheit, die im geschichtlichen Leben der Völker schlimmer ist als selbst eine fehlerhafte, aber rücksichtslos vertretene Erkenntnis!

Wir warnen unser Volk, die Stimme einem Manne zu geben, der seinem Wesen und Wollen nach nicht von brutalster Energie und Entschlossenheit beseelt ist.

Das Ruhrgebiet ging verloren unter der schwatzhaften Parole einer sogenannten "nationalen Einheitsfront" durch die Feigheit vor jedem ehrlichen und geraden Widerstande.

Laßt Euch nicht so wie damals durch eine gewissenlose im Solde des Kapitals stehende Presse in einen Begeisterungsrausch hineintreiben, aus dem es schon in wenigen Monaten nur ein bitteres Erwachen geben würde.

Wir haben damals gewarnt und wurden verlacht oder selbst als Störer dieser sogenannten "nationalen Einheitsfront" gescholten. Das Schicksal hat uns recht gegeben. Wir warnen heute wieder und sehen schon jetzt das gleiche Ende kommen.

In dieser Stunde vermögen wir uns nicht mit einem bloßen Proteste abzufinden, sondern fühlen es als unsere Pflicht, der Kandidatur antinationaler Volksfeinde oder nationaler Mittelmäßigkeiten eine Kandidatur der nationalen Energie entgegenzutreten [*sic!*].

Wir greifen dabei zu dem Manne, den wir nicht in das parteipolitische Getriebe hineingezogen wissen wollen, der uns aber in seiner *geschichtlichen Entwicklung* und *Größe* die Gewähr bietet, ein *Wahrer deutscher Ehre,* ein *Kämpfer für deutsche Freiheit und Unabhängigkeit,* ein *Freund unseres Volkes* und ein *Hasser seiner Feinde* zu sein.

Wir greifen zu einem Manne, der, ebenso verfolgt vom Haß unserer Feinde, gerade deshalb dem deutschen Volke in der Welt die *Achtung* und *Geltung* verschaffen wird, die man der *kriechenden Unterwürfigkeit* immer verweigert.

Wir unterzeichneten Männer der nationalen Opposition schlagen deshalb allen jenen deutschen Männern und Frauen ohne Unterschied auf ihre Parteizugehörigkeit, die in der Fortsetzung der November-Politik nach innen und außen Deutschlands Untergang sehen, den ehemaligen Generalquartiermeister des Weltkrieges

Ludendorff
als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl vor.
Wer auf dem Boden der heutigen Tatsachen steht, verweigere ihm seine Stimme;
wer diese zerbrechen will, trete aber an und erfülle seine Pflicht.

Berlin, den 19. März 1925

Adolf Hitler, Schriftsteller, München
Gottfried Feder [3], Diplom-Ingenieur, Murnau, Oberbayern, M.d.R.
Dr. Frick [4], Oberamtmann, M.d.R., München
Gregor Strasser [5], M.d.R., Apotheker, Landshut
Röhm [6], Hauptmann a. D., München
Graf Helldorff [7], M.d.L., Wollmirstedt, Thür.
Dr. Brückner [8], Stadtverordneter, Breslau

---

3 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Mitverfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der "Nationalsozialistischen Bibliothek", 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der TU Berlin für Siedlungswesen.

4 Wilhelm Frick (1877-1946), Jurist, 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR, 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsinnenminister, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

5 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Graefe und Ludendorff), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSDAP), 1925 Organisator der NSDAP in Nord- und Westdeutschland, 1925-1929 Gauleiter von Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

6 Ernst Röhm (1887-1934), Berufsoffizier, 1919 Führer im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1924 MdR (NSDAP), April 1925 Rücktritt als Führer der SA und des Frontbanns, 1928-1930 Militärausbilder in Bolivien, 1931 erneut Stabschef der SA, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

7 Wolf Heinrich Graf von Helldorff (1896-1944), Rittergutsbesitzer, 1918/19 Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, anschließend Flucht nach Italien, 1924-1928 und 1932/33 MdL in Preußen (DVFP, später NSDAP), 1925 Führer des Frontbanns, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, 1931 SA-Obergruppenführer von Berlin-Brandenburg, 1933 Polizeipräsident von Potsdam, 1935-1944 Polizeipräsident von Berlin, als Mitverschwörer des 20. Juli hingerichtet.
Am 28.3.1925 brachte der VB die Richtigstellung, daß der Name "infolge eines Versehens" unter den Wahlaufruf gesetzt worden sei.

8 Helmuth Brückner (geb. 1896), Schriftleiter, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter von Schlesien, 1930-1932 MdR, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Oberpräsident von Schlesien, 1934 aller Ämter enthoben und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

Martin Mutschmann [9], Fabrikant, Plauen
H. Haake [10], M.d.L., Köln, Rheinland
Mergenthaler [11], Professor, Schwäbisch-Hall, Württemberg
Rust [12], Studienrat, Hannover
Ahlemann [13], Oberstleutnant, Berlin
Dr. M. v. Kemnitz [14], Tutzing, Oberbayern
Dr. A. Buckeley [15], Stadtrat, München
Alletter [16], Frontkriegerbund, München
Dr. Schlange [17], Berlin
Waldow [18], Hannover
Dr. Rudolf Buttmann [19], M.d.L., München

9 Martin Mutschmann (1879-1948), Fabrikant, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 NSDAP-Gauleiter von Sachsen, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter von Sachsen, 1935 Ministerpräsident.

10 Heinrich Haake (1892-1945), Bankangestellter, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, März bis Juni 1925 Gauleiter von Rheinland-Süd, 1925-1933 MdL in Preußen, 1932 Leiter des Organisationsamtes der NSDAP und Landesinspekteur West, 1933 Landeshauptmann der Rheinprovinz, 1934 Reichsinspekteur der NSDAP.

11 Christian Mergenthaler (1884-1980), Gymnasialprofessor, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 MdR (NSDAP), Juli 1925 Gründer der NSDFB in Württemberg, 1924-1928 und 1929-1933 MdL in Württemberg (Völkisch-Sozialer Block, ab 1927 NSDAP), 1927 Übertritt zur NSDAP, 1932/33 Landtagspräsident, 1933-1945 Ministerpräsident und Kultusminister in Württemberg.

12 Bernhard Rust (1883-1945), Studienrat, 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter von Hannover(-Nord), 1928-1940 Gauleiter von Hannover-Süd-Braunschweig, 1930 Entlassung aus dem Schuldienst, 1930-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Niedersachsen, 1933-1945 preuß. Kultusminister, 1934-1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1945 Selbstmord.

13 Georg Ahlemann (geb. 1870), Oberstleutnant a. D., Führer des Deutschvölkischen Offiziersbundes, 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924 MdR, 1925/26 Mitglied der NSDAP, Herausgeber der "Deutschen Wochenschau" und führendes Mitglied im Tannenberg-Bund, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen.

14 Mathilde von Kemnitz (1882-1966), geb. Spieß, Ärztin und völkische Schriftstellerin, 1926 Heirat mit Erich Ludendorff, 1930 Gründerin der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk", später umbenannt in "Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff)".

15 August Buckeley (geb. 1878), Dr. jur., Rechtsanwalt, 1925-1929 Stadtrat (NSFB) in München, Schriftleiter des "Stahlhelms".

16 Hugo Alletter (1887-1969), Oberleutnant a. D., ab Ende 1923 Bundesführer des völkischen Frontkriegerbundes, führendes Mitglied im Tannenberg-Bund.

17 Ernst Schlange (geb. 1888), 1912 Dr. jur, 1918 Gerichtsassessor, 1923 Regierungsrat, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter von Berlin-Brandenburg, 1930-1933 Gauleiter von Brandenburg, 1932/33 MdL in Preußen (NSDAP), 1934 Präsident der Generaldirektion der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie.

18 Hans Georg von Waldow (geb. 1878), Gutsbesitzer, 1920 Major a. D., 1923 Führer des völkischen Wehrverbandes "Verband Hindenburg", 1927-1933 Landesleiter Nordwestdeutschland des Tannenberg-Bundes.

19 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Doktor der Staatswirtschaft, 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1930 Sachbearbeiter für Kommunalfragen, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der NSDAP-Reichsleitung, 1933 Leiter

Anton Drexler[20], Werkzeugschlosser, M.d.L., München
Adolf Wagner[21], Bergwerksdirektor, M.d.L.
Anton Löw[22], Bayreuth, Kaufmann, M.d.L.
Hildolf Freiherr von Thüngen[23], Gutsbesitzer u. Rittmeister a. D.
Holzwarth[24], Gutsverwalter, M.d.L.
Frühauf[25], M.d.L.
Marc Sesselmann[26], M.d.L.
Pfaffenzeller[27], M.d.L.
usw.
(Aus der Fülle der uns dauernd zugehenden Zustimmungserklärungen)

---

der Kulturpolitischen Abteilung des Reichsinnenministeriums, 1935 Generaldirektor der Bayer. Staatsbibliothek.

20 Anton Drexler (1884-1942), Werkzeugschlosser, Jan. 1919 Gründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Karl Harrer), Jan. 1920 Vorsitzender, ab 29.7.1921 Ehrenvorsitzender der NSDAP, 1924 führendes Mitglied des Völkischen Blocks in Bayern und MdL 1924-1928, 1925 Trennung von der neugegründeten NSDAP und Mitbegründer des Nationalsozialen Volksbundes, 1933 Wiedereintritt in die NSDAP.

21 Adolf Wagner (1890-1944), 1919-1929 Direktor verschiedener Bergwerksgesellschaften, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1928 Gauleiter der Oberpfalz, 1930 Gauleiter von München-Oberbayern, 1933 stellv. Ministerpräsident in Bayern und Innenminister, 1936-1942 Kultusminister.

22 Emil (Anton) Löw (1892-1964), selbständiger Kaufmann, NSDAP-Ortsgruppenleiter von Bayreuth, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1928 Parteiaustritt, 1939 Wiedereintritt.

23 Hildolf Freiherr von Thüngen (1878-1947), Gutsbesitzer, 1897-1918 Berufsoffizier, 1914 Kgl. Rittmeister, 1919/20 Freikorps Epp, 1919 Mitglied des Beirats des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 des geschäftsführenden Vorstandes in Bayern, 1923 Mitglied der Reichskriegsflagge und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Führer der Frontbann-Gruppe Süd, 1929 Eintritt in die NSDAP und die SS, 1931 beim Stab der SS-Reichsführung, 1933 SS-Obersturmbannführer, 1937 SS-Oberführer.

24 Wilhelm Holzwarth, (1875-1944), Landwirt und Lagerhausbesitzer, 1893 Mitglied des Alldeutschen Verbandes, 1920 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter von Scheinfeld, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1928 Parteiausschluß, 1928 Gründer und Herausgeber des "Uffenheimer Tageblatts".

25 Ludwig Frühauf (1888-1950), Kaufmannsgehilfe, 1913 Leiter des Gaubildungs- und Jugendamtes des DHV in Bayern, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block, später DNVP), 1924/25 Schriftleiter des "Völkischen Kuriers", 1925/26 Landesgeschäftsführer des Nationalsozialen Volksbundes, 1933 Eintritt in die NSDAP.

26 Max (Marc) Sesselmann (1898-1968), Schriftsteller, Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der Deutschsozialistischen Partei in München, 1918-1920 Redakteur des "Münchner" bzw. "Völkischen Beobachters", 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1923 beim Hitler-Putsch schwer verwundet, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1925/26 Mitglied des Nationalsozialen Volksbundes.

27 Wilhelm Pfaffenzeller (1888-1986), 1911 Beamter bei der Bayer. Versicherungskammer, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1925 Landesschatzmeister des Nationalsozialen Volksbundes.

21. März 1925 Dok. 15
"Anordnung der Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei!"
Anordnung

VB vom 21.3.1925 [1].

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Nationalsozialisten!

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei tritt in den Wahlkampf für einen neuen Reichspräsidenten ein.

Sie gibt ihre Stimme dem Kandidaten der nationalen Opposition, Ludendorff.

Der Parteileitung stehen Mittel zu einer zentralen Durchführung des Wahlkampfes nicht zur Verfügung. Sie ordnet deshalb folgendes an:

1. Am Dienstag erscheint eine Sondernummer des "Völkischen Beobachters" als Wahlzeitung. Sie enthält die Texte derjenigen Aufrufe und Flugblätter, die im gesamten Reichsgebiet zu verbreiten sind.

Die einzelnen Ortsgruppen müssen aus ihren eigenen Mitteln die in dieser Zeitung vorgedruckten Flugblätter vervielfältigen lassen und zwar als Flugblätter sowie in Plakatform.

2. Zu diesem Zwecke bilden sich in sämtlichen Orten sofort Wahlausschüsse, insofern nicht festgeschlossene Ortsgruppen der Partei bereits vorhanden sind und von sich aus die Propaganda übernehmen.

Es können in jedem Ort mehrere Ausschüsse gebildet werden. Sie können in gegenseitigen Konkurrenzkampf treten, wobei als bester Ausschuß derjenige zu gelten hat, der die meiste Arbeit leistet.

3. Die *Aufgabe[n] sämtlicher Ortsgruppenleitungen* sowie der zu bildenden Wahlausschüsse der nationalen Opposition sind:

a) Sofortige Sammlung von Geldern zur Drucklegung und Weiterverbreitung der im "Völkischen Beobachter" sowie den anderen völkischen Organen enthaltenen Aufrufe und Proklamationen.

Es ist Pflicht eines jeden Wahlausschusses, mindestens 20 M. zu sammeln und dafür 10.000 der durch den "Völkischen Beobachter" oder die sonstigen völkischen Organe bekanntgegebenen Kundgebungen in Flugblattform drucken zu lassen und ihre Verbreitung zu besorgen.

b) Etwa erforderliche polizeiliche Genehmigungen sind rechtzeitig einzuholen.

c) Sicherung der Durchführung der Wahl selber.

Parteigenossen, zeigt, daß ihr zu blitzschneller Organisation fähig seid und daß die Bewegung trotz ihres Mangels an Geld dennoch ihren Willen zu äußern in der Lage ist.

Für die Parteileitung: *Adolf Hitler*

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 25.3.1925.

21. März 1925 "Nationalsozialisten!" Aufruf

Dok. 16

VB vom 21.3.1925.

Männer und Frauen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei!

Was kommen mußte, ist eingetreten.

Große Kreise und führende Köpfe der nationalsozialistischen und völkischen Freiheitsbewegung der deutschen Nation sowie Männer der deutschen Wehrbewegung haben sich zusammengefunden in dem Willen, gegenüber den Kandidaturen der Klassenparteien von links bis rechts einen Mann der nationalen Opposition für die Präsidentschaftswahl aufzustellen.

Damit ist die Entscheidung für uns Nationalsozialisten gefallen.

Als Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verlange ich hiermit, daß jeder Angehörige, der sich mit unserer Bewegung verbunden fühlt, seine Stimme dem Kandidaten der nationalen Opposition gibt:

General Ludendorff.

Ich erwarte von allen alten Parteiangehörigen blinde Disziplin.

Zeigt durch Euere Geschlossenheit, daß die Massen, die sich zu uns bekennen, seit den Dezemberwahlen [1] nicht kleiner, sondern größer geworden sind. - Jeder einzelne stelle sich in den Dienst der Propaganda. Die Aufgabe, die sich uns bietet, ist nicht schwer.

Solange ein Stahlhelm gegenüber einem Zylinder steht, wird unser Platz stets beim Stahlhelm sein.

Für die Parteileitung: *Adolf Hitler*

Achtung: Diese Anordnung der Parteileitung ist durch sämtliche Parteigenossen sofort und mit allen Mitteln weiterzubreiten!

---

1 Bei der Reichstagswahl am 7.12.1924 hatte die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB), eine Listenverbindung der DVFP und der verbotenen NSDAP, 907.915 Stimmen (3 %) erhalten. Von den 14 gewählten Abgeordneten kamen nur vier aus der NSDAP. Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 41, 43.

22. März 1925 Dok. 17
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist, Folge 12 vom 28.3.1925, "Hitlers Auftreten in Thüringen" [2].

Deutsche Volksgenossen in Mitteldeutschland!

Ich hatte soeben ein schmerzliches Erlebnis. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das, was soeben geschah [3], im guten Glauben geschah, und billige auch jedem das Recht zu, seine Meinung zu vertreten. Ich bin jedoch nicht hierher gekommen, um einen Streit zu schlichten, dem einen Recht oder dem anderen Unrecht zu geben. Verlangen Sie von mir keine salomonische Weisheit. Verlangen Sie nicht von mir, daß ich Ihnen einen Führer gebe, der allen recht ist. Liebe Volksgenossen! Ich glaube, die allererste Voraussetzung für das Bestehen irgendeiner Organisation, die ein großes gemeinschaftliches Ziel erreichen will, ist es, sich persönlich unterordnen zu können. Es kann nicht jeder einzelne tun, was er will. Es muß sich jeder eingliedern, es muß jeder lernen, zu gehorchen und sich unterzuordnen, ehe er befehlen kann.

Wir stehen vor einer Weltwende. Die Präsidentschaftswahl steht vor der Tür. Auf geschlossenes Handeln kommt es jetzt an, auf die Wahl eines wahrhaft starken Mannes, der Symbol ist für den unbedingten Freiheitswillen des deutschen Volks. Gelingt es nicht, diesen Freiheitswillen sobald wie möglich in die Tat umzusetzen, dann ist Deutschland verloren.

Bilden Sie nicht eine Partei in der Partei. Machen Sie nicht aus lächerlichen kleinen Streitigkeiten große Aktionen. Lassen Sie das Vergangene vergangen sein, sehen Sie in die Zukunft, reichen Sie sich die Hände, schließen Sie sich zusammen.

Seit 1919, wo in München die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei gegründet wurde, war es den Gründern bitter ernst mit der Bewegung. Als Deutschland 1918 nach einem Siegeszug sondergleichen zusammenbrach, als dann im Herbst 1918, zu Beginn des Jahres 1919 alles zu verzagen schien, als die Besten irre wurden am Volke, als man dann in den folgenden Jahren weiter sehen konnte, was Feigheit und

---

1 Im Schießhaussaal, gegen 16.30 Uhr. Die überfüllte öffentliche NSDAP-Versammlung wurde von Fritz Sauckel geleitet und von Artur Dinter mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anschließend hielt Hitler eine halbstündige Rede in der "Erholung", wo bis zu seinem Eintreffen Julius Streicher als Hauptredner gesprochen hatte. Nach einer Erholungspause trat Hitler dann am Abend noch auf zwei weiteren NSDAP-Versammlungen als Redner auf. Vgl. Dok. 18.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 23.3.1925, "Nationalsozialistische Führer-Demonstrationen in Weimar"; Deutsche Zeitung vom 24.3.1925, "Adolf Hitler in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 24.3.1925, "Adolf Hitler in Weimar"; Frankfurter Zeitung vom 25.3.1925 (MA), "Adolf Hitler in Weimar".

3 Die Eröffnungsansprache Dinters, der als Führer im völkisch-nationalsozialistischen Lager heftig umstritten war, war mehrfach von Mißfallenskundgebungen unterbrochen worden.
Artur Dinter (1876-1948), Schriftsteller, 1902 Dr. phil. nat., 1917 Verfasser von "Die Sünde wider das Blut", 1919 Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1924-1929 MdL in Thüringen (Vereinigte Völkische Liste, ab 1925 NSDAP), 1924 Gründer der GVG in Thüringen, 1925-1927 NSDAP-Gauleiter von Thüringen, 1927-1937 Gründer und Leiter der Deutschen Volkskirche, 1928 Parteiausschluß, 1933 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags.

Dummheit verbrochen hatten, als Feigheit und Halbheit es nicht wagten, das Übel abzuwehren, da sagten wir uns, daß eine Entwicklung, in dieser Richtung fortgesetzt, das deutsche Volk vernichten müsse, daß sie den Zusammenbruch des Vaterlandes bedeute. Es ist uns klar, daß die großen bestehenden Parteien nicht imstande sind, das Zusammengebrochene wieder aufzubauen. An den vielen großen und kleineren Skandalprozessen sehen wir, wie sehr dieses Regiment verknüpft ist mit dem Profit des Zusammenbruches.

Welcher bittere Entschluß, welcher elementare Glaube dazu gehört, aus diesem jammervollen Volke noch einmal eine Bewegung aufzubauen, aus dem Nichts, begreifen die Wenigsten. Es sind Jahre vergangen, aus nur kleinen Anfängen ist eine Bewegung geworden. Dann kam der Tag, den Sie alle kennen, der dem deutschen Volke eine Wende bringen sollte. Das Werk mißlang. Wir wanderten in die Gefängnisse, Hader und Streit setzte ein. Nun, meine Lieben, nun müssen wir versuchen, das alles in gegenseitiger Freundschaft wieder aufzubauen.

Die Stunde, in der ich jetzt spreche, ist bedeutungsvoll. Die Wahl des deutschen Reichspräsidenten ist ein entscheidendes Ereignis. Es stellen sich viele auf den Standpunkt, das kleinere Übel müsse man wählen. Mit diesem einzigen Satz hat man ja das deutsche Volk in das Elend geführt. Das größte Übel sollte man wählen, damit jeder das Falsche leichter erkennen kann, damit auch der Dümmste den Satan erkennt. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland besser fahren werde, wenn es einen halben, dem Ausland genehmen Mann an der Spitze habe. An die Spitze des deutschen Volkes gehört ein hundertprozentiger Mann mit einer eisernen Faust. Es wird einmal für die Nachwelt, für Kinder und Kindeskinder, ein bitteres Vergnügen sein, festzustellen, daß das deutsche Volk, das so große Namen besitzt, in solchen Stunden Männer präsentierte, die niemand kennt, und auf einen Mann mit dem weltgeschichtlichen Namen Ludendorff verzichten zu können glaubte.

Wir hegen den einzigen Wunsch, daß an die Reichspräsidentenstelle ein Mann kommt, von höchster Vaterlandsliebe beseelt, ein Kopf, der schon gezeigt hat in langen Kriegsjahren, daß er auf die Wohlfahrt des deutschen Volkes bedacht ist, oder der größte Lump. Es haben sich schon viele innerlich zu Exzellenz *Ludendorff* bekannt. Ich kenne den General seit dem Jahre 1921. Im Jahre 1921 hat er das erste Mal mit mir gesprochen. Seit jener Zeit verbindet mich mit ihm eine treue Freundschaft. Ich gehöre zu den Menschen, die nicht wünschen, daß andere sich mit dem Namen des Generals schmücken. Es muß jeder Nationalsozialist zu der Überzeugung kommen, daß der General in unserer Bewegung der Feldherr und Führer der kommenden deutschen Armee ist. Und wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn diese Stunde einmal kommen sollte, er auch wirklich nur unser Führer, nicht Streiter im Streite ist. Er hat es wahrhaftig nicht verdient, daß sein Name in Parteihader hinein- und herabgezogen wird. Ich glaube, in dieser Stunde hat die nationalsozialistische Bewegung eine große Dankesschuld abzutragen. Es war kein Zufall, daß dieser Mann am 9. November 1923 wieder dem Tode entging. In den kommenden Tagen wird es nun unsere Pflicht sein, dafür zu sorgen, diesen Mann an die allein ihm gebührende Stelle zu bringen. Wir erwarten von jedem Nationalsozialisten, daß er General Ludendorff den Dank abstattet. Ich will nur den Mann

Führer nennen, der bereit ist, sich restlos einzusetzen für das Glück und Wohl seines Volkes.

Und nun schließen Sie sich auch wieder zusammen, auch in Thüringen, zu einer einzigen Bewegung. Folgen Sie dem Führer, der nun einmal zum Führer [4] bestimmt ist. Es ist Pflicht eines jeden, zu gehorchen und alles Persönliche zurückzustellen. Erwarten Sie von mir nicht das Kunststück, Ihnen hier einen Mann zu nennen, der allen Seiten recht ist. Es ist undenkbar, daß ein Mann tausend verschiedenen Wünschen und Vorstellungen entspreche.

Alle, die sich zur Bewegung rechnen, fordere ich hiermit auf, zum Zeichen ihrer Gefolgschaft die rechte Hand zu erheben.

Alle, die für unsere Bewegung Blutzeuge geworden sind, bitte ich, jeden Streit zu lassen und sich zusammenzufinden. Wir alle kämpfen und bluten für unser gemeinsames Ideal. Lassen Sie den Streit zu Ende sein, damit ich auch aus dieser Stadt den Eindruck mitnehmen kann, daß auch hier unsere Bewegung feste Wurzeln gefaßt hat. [5]

22. März 1925 — Dok. 18
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist, Folge 12 vom 28.3.1925, "Hitlers Auftreten in Thüringen" [2].

Nach einen Rückblick auf den schmachvollen Zusammenbruch, der zum guten Teil auf das Konto der Juden und von Kreaturen wie Erzberger [3] kommt, führte er [*Hitler*] aus:

"Kriege sind zu allen Zeiten verloren worden. Unser Zusammenbruch war nur die äußere Quittung für die innere Fäulnis, ohne die der verlorene Krieg noch keine nationale Niederlage bedeutet hätte. Dummheit und grenzenlose Feigheit haben die Nie-

4 Dinter war von Hitler am 1.7.1924 mit der Führung der verbotenen NSDAP in Thüringen beauftragt worden. Vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30, in: CEH, 8 (1975), S. 29.

5 Folgt Bericht über die anschließenden Versammlungen.

1 In der "Erholung", abends. Bis zum Eintreffen Hitlers, der zuvor im Schießhaus, wie der "Nationalsozialist" berichtete, vor etwa 1.000 Zuhörern gesprochen hatte, trat auf dieser vierten, ebenfalls überfüllten NSDAP-Versammlung Julius Streicher als Redner auf.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 23.3.1925, "Nationalsozialistische Führer-Demonstrationen in Weimar"; Deutsche Zeitung vom 24.3.1925, "Adolf Hitler in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 24.3.1925, "Adolf Hitler in Weimar"; Frankfurter Zeitung vom 25.3.1925 (MA), "Adolf Hitler in Weimar".

3 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstandes, Feb. bis Juni 1919 Reichsminister ohne Portefeuille (zuständig für die Durchführung des Waffenstillstandes), Juni 1919 bis Okt. 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsfinanzminister (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

derlage damals vollendet. Für dieses erbärmliche Ende sind 2 Millionen unserer besten Brüder gefallen.

Die nationalsozialistische Bewegung machte es sich als erste zur Aufgabe, den zusammengebrochenen Staat wieder aufzubauen. Es war seltsam, daß zu jener Zeit, als sich in München 6-7 Männer zur Verwirklichung ihrer nationalen und sozialen Ideen, zur Zusammenführung von Faust- und Stirnarbeitern und zu ihrer Befreiung zusammentaten, überall im Reich, an verschiedenen Orten zu gleicher Zeit sich Männer fanden, die über die gleichen Probleme und Ziele nachsannen und zu den gleichen Ergebnissen kamen. Schon dieser Umstand beweist die Richtigkeit der Ideen. - Warum waren denn die breiten Massen für diese Ideen nicht mehr zu haben gewesen, für Volk und Vaterland verlorengegangen? Weil man sich um sie einfach nicht gekümmert hatte. Man hatte sie sich gänzlich entfremdet.

Man hatte Wohltätigkeiten für den Arbeiter übrig, aber keine elementare Gerechtigkeit, ohne die er ein unwürdiges Dasein führen mußte. Da kam der Fremde, der Jude, verstand die Zeichen der Zeit und nahm sich der breiten unzufriedenen Massen auf seine Weise an. Und wurde Führer und trieb sie vorwärts zu einer Revolution, deren Früchte wir ja in den zahllosen Skandalprozessen erlebt haben. Wobei Sie nicht vergessen dürfen, daß der Barmatprozeß nur der eines kleinen Diebes ist. Die großen kommen nicht vor die Richter. Es muß jedem klar werden, ehe wir nicht die 10-15 Millionen antinational eingestellter Arbeiter ihrem Volke wiedergeben, ist an einen völkischen Aufstieg nicht zu denken. Kein Opfer ist da zu groß. Sie müssen Anteil haben an unseren Kulturgütern. Wer deutsche Kunst nicht kennt, nicht deutsche Geschichte begriffen hat, von dem erwarten Sie nicht, daß er Nationalstolz besitzt. Schaffen Sie ihnen also die sozialen Voraussetzungen.

Ebenso wichtig wie der Kampf um die Seele aller schaffenden Stände ist der Kampf gegen die Feigheit. Nur der Geist kann siegen, der sich in den Worten ausprägt: Und wenn die Welt voll Teufel wär - ."

Auf die inneren Streitigkeiten zu sprechen kommend und auf das Prinzip der Unterordnung als Voraussetzung dafür, später befehlen zu können, sagt er kraftvolle Worte über Volks- und Jugenderziehung.

"Das Militär war die beste Erziehung. Seit unser Heer nicht mehr besteht, ist's mit der Erziehung unserer jungen Leute schlecht bestellt. Wo ist Autorität, Ehrfurcht vorm Alter, Bescheidenheit und Haltung? Wie abschreckend der auf der Straße bummelnde Lümmel mit der Zigarette in der Schnauze! Mögen unsere Sturmabteilungen ein Stück Erziehungsarbeit leisten, damit die jungen Leute wieder lernen, sich in Reih und Glied zu stellen. -

Unsere Bewegung wird weiter wachsen, denn ihre Idee ist richtig und gesund. Unser Glaube an ihren Sieg steht fest wie die Sterne am Firmament. Am Schlußziel steht immer unser notbefreites Volk und Vaterland. So wie Gott im Himmel unser einziger Gott ist, so soll unser Vaterland unser einziger *irdischer* Gott sein. Es wird einst für das deutsche Volk der Tag kommen der Macht, der Größe und der Herrlichkeit. Amen." [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, wobei Hitler u. a. den völkischen Schriftsteller Adolf Bartels als Ehrengast begrüßte.

25. März 1925 Dok. 19
"An alle, die den Glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes noch nicht verloren haben!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925 [1]

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!

Der erste Wahlgang zur *Präsidentenwahl* ist nur der *Aufmarsch zur Entscheidung!*

Er soll dem deutschen Volke, er soll der Welt zeigen, daß es noch Millionen der Besten in unserem Lande gibt, die die Zeit der Knechtschaft, der Erniedrigung und des Erfüllungswahnsinnes nunmehr endgültig satt haben,

die Deutschland vor dem Abgrund, an den es in 6 Jahren feigen Nachgebens und Sichabfindens geführt wurde, zurückreißen wollen,

die daran glauben, daß Deutschland zur Größe und Freiheit bestimmt ist.

Mit noch so "flammenden" Protesten in Volksversammlungen ist es nicht getan, am 29. März 1925 müßt Ihr durch die Tat zeigen, daß Ihr gewillt seid, dem Meere von Feigheit, Kriecherei und Entschlußlosigkeit das Fanal der Befreiung entgegenzusetzen.

Ihr sollt in Ludendorff nicht einen Parteipolitiker sehen und nun wählen, sondern den Mann, dessen eiserner Energie es allein zu danken war, wenn Deutschland viereinhalb Jahre lang 26 Staaten standzuhalten vermochte.

Wer die Größe des Vaterlandes mit heißem Herzen wünscht, gibt seine Stimme nur dem Manne, der sich restlos für Deutschlands Größe opferte: Ludendorff!

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

1 Ebenso Völkischer Kurier vom 25.3.1925.

25. März 1925 — Dok. 20
"Nationalsozialisten! Parteiangehörige!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Männer und Frauen!

Die Wahlschlacht beginnt. Am 29. März tritt jeder von Euch an und gibt seine Stimme dem *Kandidaten der nationalen Opposition*[:]

General Ludendorff.

Betrachtet die Namen der aufgestellten Kandidaten und die Wahl kann Euch nicht schwer werden.

7 Namen [1]*, aber darunter nur ein Mann.*

Den habt Ihr zu wählen!

Wir brauchten seinen Namen nicht bekanntzugeben, Ihr würdet ihn dennoch kennen.

Also, erfüllt Euere Pflicht!

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung! Sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 — Dok. 21
"Deutscher Arbeiter, Deutscher Volksgenosse!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Kennst Du ein Vaterland, das *Deutschland* heißt?

Kennst Du die Genossen, die in Paris, in London und in Genf zu Hause sind und sich wohlfühlen, ihr eigenes Volk und Vaterland aber immer wieder in den Schmutz ziehen und beschimpfen?

Kennst Du den Genossen Barmat [1]*?*

---

1 Im 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl kandidierten: Otto Braun (SPD), Heinrich Held (BVP), Wilhelm Hellpach (DDP), Karl Jarres (DNVP-Reichsblock), Wilhelm Marx (Zentrum), Ernst Thälmann (KPD) und Erich Ludendorff als Kandidat der NSDAP.

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

Kennst Du die Genossen Bauer[2]*, Heilmann*[3] *und wie sie alle heißen, die sich von Barmat bezahlen ließen?*

Wer waren die Freunde des Herrn Barmat?

Weißt Du, daß Du für teueres Geld nach dem Kriege schlechte Ware von Barmat kaufen mußtest, um den Soziführern und roten Parteibonzen die Taschen zu füllen?

Arbeiter, Volksgenossen!

Genügt Euch der Schwindel noch nicht? Wollt Ihr noch weiter belogen, betrogen und ausgeplündert werden, damit die roten Partei-, Parlaments- und Regierungsbonzen sich mästen, Villen bauen können um das Geld, das sie Euch gestohlen, Sauf- und Freßgelage veranstalten können, mit Nackttanz und Hurenmusik von Euren Spargroschen?

Dann verdient Ihr es nicht besser, als daß es Euch jeden Tag jämmerlicher geht.

Schreien, rote Fahnen spazieren tragen und schwarz-rot-goldene Bändchen im Knopfloch helfen Euch gar nichts. Oder werdet Ihr satt davon?

Ist es Euch aber zu dumm, geht Euch endlich ein Licht auf, dann verlaßt die Palästina-Judenfront, in der Ihr jetzt hungern und schuften müßt, und stellt Euch in die Front des jungen Deutschlands, das Euch Freiheit und Brot bringen wird.

Wählt den einzigen deutschen Kandidaten, der in der Front gekämpft hat und Euer Los kennt, wählt:

Ludendorff!

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

25. März 1925 Dok. 22
"Deutscher Arbeiter! Deutsches Volk!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

"Du sollst Ludendorff nicht wählen, denn sein Name bedeutet Krieg?!"

Jawohl, er bedeutet *Krieg dem ganzen nachnovemberlichen System der Ausbeutung unseres Volkes im Innern,*

Krieg der Verschleuderung unseres Nationalvermögens an gerissene Finanzjuden,

---

2 Gustav Adolf Bauer (1870-1944), 1908-1918 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1912-1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1925, Juni 1919 bis März 1920 Reichskanzler, Mai/Juni 1920 Reichsverkehrsminister, Mai 1921 bis Nov. 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler im Kabinett Wirth, 1924 wegen indirekter Verwicklung in den Barmat-Skandal vorübergehend aus der SPD ausgeschlossen, 1925 rehabilitiert.

3 Ernst Heilmann (1881-1940), 1909-1917 Chefredakteur der Chemnitzer "Volksstimme", 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung Preußens und MdL bis 1933 (SPD), seit 1924 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1928-1933 MdR, 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

Krieg der Verschacherung unserer Reichsinstitute, Reichsbahn, Post, Telegraph, Forste und Wälder an das internationale Großkapital,

Krieg der Ausbeutung unserer Arbeitskraft,

Krieg der feigen Unterwürfigkeit den fremden Sklavenhaltern gegenüber,

Krieg der Preisgabe deutscher Hoheitsgebiete,

Krieg dem feigen Verzicht auf jede deutsche Staatssouveränität,

Krieg unserer Wehr- und damit Rechtlosigkeit auf dieser Erde,

Krieg dem Standesdünkel und Klassenirrsinn, kurz

Krieg jenem System, das unser Volk zum europäischen Neger degradierte und afrikanische Neger zu Wächtern und Sklavenhaltern deutscher Kultur machte,

Krieg der jämmerlichen Feigheit und Halbheit, dem Verrate und der bewußten Schlechtigkeit, die unser Vaterland der Ausbeutung der ganzen Welt freigaben.

Wer also den Frieden unserer dauernden *Versklavung, der Auspressung unserer Volkskraft*, der *Ausplünderung* unserer *schaffenden Arbeit* will, der wähle die *Erfüllungs-* und *Barmatkandidaten*.

Wer aber den Krieg wünscht gegen die Ausbeuter, Erpresser und Ausplünderer unseres Volkes und seiner Arbeitskraft, der wähle den Kandidaten der deutschen Opposition[:]

Ludendorff.

Für die deutsche Opposition: Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 Dok. 23
"Deutsche! Frontsoldaten!
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

"Unbesonnene" kämpften 4 1/2 Jahre an der Front!

Die "Besonnenen" blieben zu Hause!

"Unreife Elemente" kämpften in Oberschlesien für die Erhaltung des Reiches.

Die "Reifen" sperrten sie dafür ein.

"Verantwortunglose Phantasten" haben 6 Jahre das Volk [z]um Widerstand gegen Versklavung und Unterdrückung aufgerufen.

Die "verantwortungsbewußten Politiker" Neudeutschlands haben in 6 Jahren Deutschland in Grund und Boden gewirtschaftet.

Vor lauter "Besonnenheit" und "Reife" geht unser Volk und Vaterland langsam aber sicher zugrunde.

Darum heraus aus den ausgefahrenen Geleisen der Novemberlinge!

Wählt einen Mann, der mit entschlossenem Griffe das Steuer des führerlosen Wracks herumreißt, wählt

Ludendorff!

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 Dok. 24
"Deutscher!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Du mußt am 29. März 1925 sagen, ob Dir die *Ebert-Republik* gefallen hat oder nicht.

Du mußt Dich entscheiden, ob es so bleiben soll, wie in den *6 Jahren Ebertscher Regentschaft* seit dem glorreichen November 1918, *oder nicht*.

Ob Du Dich damit abfindest, daß Deine Spargroschen endgültig verloren sind, oder ob Du noch Wert darauf legst, daß Dir eines Tages das Ergebnis Deines Fleißes und Deiner Arbeit und jahrelanger Sparsamkeit wieder redlich zurückerstattet wird.

Du mußt wählen zwischen
Barmatrepublik [1] *oder Volksstaat*
Sklavenkolonie oder Rechtsstaat
Juda oder Deutschland
Deutscher, entscheide Dich und gib Deine Stimme
einem Manne[:] *Ludendorff!*

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

25. März 1925 — Dok. 25
"Offiziere und Soldaten der alten Armee!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925 [1].

Habt Ihr Euch draußen *geduckt,* oder seid Ihr mit *freier Brust* dem Feinde entgegengegangen?

Habt Ihr Euch um einen Entschluß *herumgedrückt,* oder habt Ihr Euch *klar entscheiden* müssen?

Habt Ihr Euch hinter dem *Ofen versteckt,* oder seid Ihr mit *Hurra* in den *Feind eingebrochen?*

Auch heute gilt es, klar Stellung zu nehmen. Einen *ganzen Entschluß* fordert das deutsche Volk heute von Euch: *Ihr habt zu wählen zwischen*

Kurfürstendamm oder Potsdam!

Eine "mittlere" Linie gibt es nicht.

Wählt als Soldaten! Wählt Eueren Generalquartiermeister

Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 — Dok. 26
"Deutsche Staatsbürger!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Bürgerliche Jammertrompeter winseln in ihren Gazetten:

Hu! Die Ruhe und Ordnung ist in Gefahr, wenn Ihr den Ludendorff wählt!

Jawohl, die Ruhe und Ordnung der November-Republik ist dahin!

Die Ruhe, mit der das *galizische* und andere *Lumpen-* und *Schieberpack* seit 6 Jahren Deutschland ausplündert, mit der die *Kriegs-, Revolutions-, Inflations- und Stabilitätsgewinnler* mit Unterstützung *roter* und *schwarzer* Parteiminister und Regierungsgrößen das deutsche Volk bestehlen und verkaufen: diese Ruhe ist vorbei!

---

1 Ebenfalls veröffentlicht im Völkischen Kurier vom 26.3.1925.

Die "Ordnung", daß die anständigen Menschen *schikaniert, verfolgt* und ins *Gefängnis* gesperrt werden, die *Lumpen* aber *frei* herumlaufen und *bezahlte Landesverräter* ungestraft unser Vaterland verschachern können, diese *"Ordnung"* hört auf!

Wollt Ihr aber eine Ruhe und Ordnung, in der der deutsche Staatsbürger sein Recht erhält, in der der anständige Mensch etwas zu sagen hat, den Lumpen aber das Handwerk gelegt wird, dann könnt Ihr nur einen Mann wählen:

Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

25. März 1925 — Dok. 27
"Deutsches Volk!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Wähle das kleinere Übel.

Mit dieser bescheidenen Empfehlung preisen die Parteien der *"bürgerlichen Weltanschauung"* ihren Kandidaten an.

Sechs Jahre lang schon hat sich das deutsche Volk immer mit dem *"kleineren" Übel* abgefunden und ist dabei in immer größeres Übel geraten.

Um "Schlimmeres" zu verhüten, schloß man den Waffenstillstand!

Um "Ärgerem" entgegenzutreten, unterschrieb man Versailles!

Um "Böserem" vorzubeugen, opferte man Oberschlesien!

Um das "Schlimmste" zu vermeiden, gab man das Ruhrgebiet auf!

Um das "Letzte" zu retten, unterschrieb man das Dawesgutachten und gab damit praktisch das Letzte hin!

Das alles galt und gilt als Beweis der außerordentlichen *"Klugheit"* der Novemberpolitik roter und bürgerlicher Erfüllungsstrategen.

Wir nehmen dagegen Stellung.

Clausewitz sagt:

"Ich erkläre und beteuere der Welt und Nachwelt, daß ich die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, für das Verderblichste halte, was Furcht und Angst einflößen können; ... daß ich die warnenden Begebenheiten in alter und neuer Zeit, die weisen Lehren ganzer Jahrhunderte, die edlen Beispiele berühmter Völker nicht in dem Taumel der Angst unserer Tage vergesse und die Weltgeschichte hingebe für das Blatt einer lügenhaften Zeitung."

Deutsche!

Nicht das kleinere Übel sollt Ihr wählen, sondern einen ganzen Mann.

Zusammengebrochene Völker sind noch niemals über dem Umweg des "kleineren Übels" zur Erringung ihrer Freiheit gekommen, sondern ewig nur durch die Führung eines entschlossenen Helden.

Wer an der Zukunft verzweifelt, wählt das "kleinere" Übel,
Wer die Freiheit ersehnt, wählt den Mann der eisernen Faust,
Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

25. März 1925 Dok. 28
"Deutsche Kriegsbeschädigte! Deutsche Kriegshinterbliebene! Deutsche Kriegerwitwen!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Ihr staunt wohl alle in den letzten Wochen über das *massenhafte Geld*, das in unserem Vaterlande der Staat in besorgter Teilnahme den *Privatschatullen* der Herren *Barmat*[1], *Höfle*[2] *und Kutisker* usw. zur Vertiefung und Ausbreitung unserer Schieberkonzerne zur Verfügung stellt.

Ihr staunt wohl auch über das Mißverhältnis, das zwischen den Millionen besteht, die der Staat denen gibt, die sich im Kriege in natürlich "selbstlos aufreibender" Tätigkeit dem Vaterland erhielten, und den wenigen Mark und Pfennigen, die er für diejenigen übrig hat, die entweder das Teuerste, Vater oder Gatten, opferten oder selbst zu Krüppeln wurden.

Ihr staunt wohl, in wie zweckmäßiger Weise der Staat die Verteilung der blutigen Steuergroschen unseres arbeitenden Volkes zwischen Kriegsgewinnlern und Kriegsopfern "regelt"!

Wundert Euch aber nicht!

Solange unser Volk, wie in den letzten sechs Jahren, nur regiert wird von Etappen- und Heimathelden, wird die Sorge des Staates auch mehr den Heimatkriegern gelten als den Frontkämpfern und ihren Hinterbliebenen.

Ihr habt sie jetzt 6 Jahre lang kennengelernt! Wollt Ihr die nächsten 7 Jahre weiter darben?

---

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

2 Anton Höfle (1882-1925), Dr. phil., 1914 Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes, 1920 Direktor des Gesamtverbandes Deutscher Beamtengewerkschaften, 1920-1924 MdR (Zentrum), Aug. 1923 bis Jan. 1925 Reichspostminister und Nov. 1923 bis Jan. 1925 Reichsminister für die besetzten Gebiete, wegen Verwicklung in den Barmat-Skandal entlassen, in Untersuchungshaft verstorben.

Wenn ja, dann gebt nur Euere Stimme einem dieser *Zivilzylinder, Finanzvertreter* und *Erfüllungspolitiker!*

Wenn aber nein, wenn Ihr wollt, daß sich endlich der Staat Euerer erinnert und die Milliarden nicht mehr dem internationalen Finanzkapital, dem *Erfüllungswahnsinn*, sowie dem in- und ausländischen Spekulantengesindel in den Rachen wirft, sondern den *zerschossenen Helden und ihren Weibern und Kindern gibt,* was ihnen gebührt, dann gebt Eure *Stimme* dem *Kandidaten,* der für sein Volk selber schon im Kugelregen stand, zwei Söhne dem Vaterlande zum Opfer brachte, die Leiden der Front besser kannte als irgendeiner und im letzten Soldaten der alten Front auch heute noch den ersten Deutschen sieht, der nicht in der Erfüllung Euerer Forderungen eine *Gnade* erblickt, sondern nur die *Herstellung eines heiligen Rechtes.*

Gebt Euere Stimme dem Generalquartiermeister

Ludendorff.

Und mögen dann alle Schieberkonzerne in Deutschland zugrunde gehen, dem Mann aus dem Volke wird geholfen werden.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 — Dok. 29
"Volksgenossen!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

"Ihr sollt Ludendorff nicht wählen, denn er ist wohl ein guter General, aber ein schlechter Politiker", so winseln die Vertreter unserer glorreichen Erfüllungspolitik.

Also wählt die *Erfüllungs-* und *Barmatkandidaten.* Sie sind allerdings keine Generäle, aber dafür die besten "Politiker", die Deutschland je besaß. Daher der enorme Aufstieg unseres Vaterlandes, die ungeheuere Zunahme unseres Nationalvermögens, der steigende Reichtum der breiten Massen, der sich ununterbrochen hebende Verdienst des arbeitenden Menschen und die dauernde Zunahme der Freiheit, Würde und Schönheit unseres Daseins und des Ansehens des deutschen Volkes in der Welt.

Wer die *Kandidaten der Novemberparteien* oder *bürgerlichen Kompromiß- und Erfüllungs-Jongleure* für gewaltige Politiker hält, der gebe seine Stimme unbedingt den ruhmreichen Vertretern der

Politik der daitschen [*sic!*] *Republik!*

Wer aber einsieht, daß dieses ganze Pack politischer Hohlköpfe oder aufgeblasener Schwätzer in Wirklichkeit verschleudert hat, was der deutsche Soldat mit seinem Blute einst erwarb, der gebe seine Stimme nicht einer republikanischen Ballonmütze oder einem bürgerlichen Angstzylinder, sondern dem

Stahlhelm Ludendorff.

Denn wir sind der Meinung, daß der *letzte Fuhrknecht* des *kämpfenden Heeres* einst noch immer ein *besserer Politiker* war als der *grandioseste Schwätzer* unserer *parlamentarischen Polsterklubs.*

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 **Dok. 30**
"Deutsche Volksgenossen!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Die *"Einheitsfrontler"* marschieren auf mit *Pauken* und *Trompeten* und einem *großen Geldsack* und rufen Euch zu:

"Wählt den braven nationalen Kandidaten!"

"Zersplittert Euch nicht, sammelt Euch, einigt Euch!"

Wählt den Mann, der allen recht ist und es allen recht macht! Aber um Gotteswillen keinen, der dem bösen Feinde drinnen und draußen weh tut.

Wir kennen sie, die *"nationalen" Führer* des neuen Deutschland!

Die *"so"* und *"so"* sein können;

die immer und überall *voll* und *ganz auf dem Boden der Tatsachen stehen;*

die die *Monarchie* lieben und die *Republik* schützen;

die im Herzen *schwarzweißrot* sind und die *schwarzweißroten Fahnen* und *Kokarden verbieten* und *verfolgen;*

die vom *Novemberverbrechen* reden,

die Erben des Novembers 1918 aber wie die Fürsten mit militärischem Pomp ehren,

sie durch das *Republikschutzgesetz* [1] schirmen,

nationale Männer aber ins *Gefängnis werfen* oder *dem Feinde* ausliefern;

die *Frauen* und *Kinder* bei *nationalen Kundgebungen von Polizei niederknüppeln* lassen,

1 Gemeint ist das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 (RGBl. 1922, I, S. 585 ff.), das der Reichstag nach der Ermordung von Reichsaußenminister Walter Rathenau verabschiedet hatte. Es bildete die Grundlage für das Verbot der NSDAP, DVFP und KPD am 23.11.1923.

die auf *deutsche Volksgenossen* schießen lassen,

die dem Feinde in Sicherheitspakten urdeutsches Land, ohne das Volk oder seine Vertreter zu fragen, für immer preisgeben,

die dem *Präsidenten Genossen Ebert* nach dem *Magdeburger Vernichtungsurteil* seine *"Vaterlandsliebe" im Munitionsstreik* bestätigen [2]!

Nein, wir danken für diese *"nationalen"* Heroen!

Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben!

Stellt einen Mann an die Spitze des Reiches, der die *Schufte und Schurken* in unserem Lande zu Paaren treibt, der das *Judenpack* und das *zugewanderte Gesindel* mit eisernem Besen hinausjagt aus unserem Vaterlande;

der die *Volksverräter* und *Verderber*, die *Revolutionsbetrüger* endlich zur Verantwortung zieht;

der *Schieber* und *Wucherer* an die höchsten Bäume hängen läßt,

der nicht vor jedem ausländischen Laffen auf den Knien herumrutscht,

der Schluß macht mit dem Erfüllungsschwindel,

und aus der *Barmat-Republik* [3] wieder ein *Deutsches Reich* schafft.

Wählt kein *Männchen,* sondern den *Mann:*

Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

2 Am 23.12.1924 hatte Reichspräsident Ebert einen von zahlreichen Beleidigungsprozessen gewonnen, doch sah es das Magdeburger Schöffengericht in der Urteilsbegründung als erwiesen an, daß Ebert im Januar 1918, als er in die Leitung des Berliner Munitionsarbeiterstreiks eintrat (um ihn zu beenden), im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen habe. Druck der mündlichen und schriftlichen Urteilsbegründung: Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearb. von Karl Brammer, Berlin 1925, S. 122 ff.
Als Reaktion auf das Urteil hatte die Reichsregierung noch am gleichen Tag eine Vertrauenserklärung beschlossen, die Ebert im Beisein sämtlicher Minister von Vizekanzler Karl Jarres überreicht wurde. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. VI, S. 248.

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

25. März 1925 Dok. 31
"Im Namen der nationalen Einheitsfront!"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Mit dieser Devise marschierte das deutsche Volk unter der Führung *Cunos* [1] in den Ruhrkampf [2].

Während die bürgerlichen Einheitsstimmler begeistert von den schönen Tiraden ihrer Presse und einigen schwungvollen Reden Cunos schon in einen förmlichen Siegesrausch gerieten und die Macht [*sic!*] am Rhein hinauszuschmettern begannen, haben wir damals gewarnt.

Wir glaubten nicht an die Möglichkeit eines Sieges unter der Führung eines schwachen Mannes.

Man hat uns als Dank dafür gescholten und zum *"Störer" der nationalen Einheitsfront* zu stempeln versucht [3].

8 Monate später war das Ruhrgebiet verloren, der Bismarck Nr. 2, Cuno, sang- und klanglos verschwunden, die Einheitsfrontler aber verließen schweigend ihr literarisches Kampffeld.

Die Geschichte hat uns also recht gegeben.

Heute warnen wir wieder!

Wählt nicht einen "Einheitskandidaten", dessen allgemeine günstige Aufnahme immer nur in der Wertlosigkeit seiner Person zu ruhen vermag!

Deutscher Offizier und deutscher Student!

Deutscher Soldat und deutscher Arbeiter!

Deutscher Beamter und deutscher Bauer!

Wie wollt Ihr es vor der deutschen Geschichte verantworten, vor den spätesten Nachkommen rechtfertigen, daß Ihr in der Zeit der tiefsten Erniedrigung unseres Volkes die wenigen "*Männer*", die das Schicksal uns noch überließ, übergeht und *Nullen* zu Führern unseres Volkes macht?

Ihr könnt die kleinen Geister wählen, aber die Rache des Schicksals wird Euch genauso schlagen, wie es unser deutsches Volk schon schlug, zur Strafe für all die Zwerge, die seit Bismarcks Ende politische Führer unseres Volkes waren.

Durch Eure Schuld verlieren wir die Zukunft!

---

1 Wilhelm Cuno (1876-1933), 1907 Dr. jur., 1916 Generalreferent für Kriegswirtschaftsfragen im Reichsschatzamt, 1918 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), Nov. 1922 bis Aug. 1923 Reichskanzler (parteilos), anschließend Mitglied des Hapag-Vorstandes, 1926 Vorstandsvorsitzender.

2 Als Reaktion auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen hatte die Regierung Cuno am 13.1.1923 die Bevölkerung zum passiven Widerstand aufgerufen. Zu den Hintergründen vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

3 Hitler hatte jegliche Unterstützung des nationalen Ruhrwiderstandes mit der Begründung abgelehnt, daß zuerst der "innere Feind" besiegt werden müsse, bevor Frankreich bekämpft werden könne. Vgl. seine Reden vom 26.2. und 21.8.1923, in: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 835 ff., 981 ff.; sowie Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 237 f.

Wer die Verantwortung für sein Handeln der deutschen Zukunft gegenüber zu übernehmen bereit ist, der wählt

weder einen *internationalen Parteilumpen*, noch einen
bürgerlichen Tatsachenrutscher,

sondern

einen nationalen Helden:
Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

25. März 1925 Dok. 32
"Stahlhelm gegen Zylinder"
Aufruf

VB vom 25.3.1925.

Deutsche!

Ludendorff hat im Weltkrieg die deutsche Heimaterde vor dem Feind geschützt, sein Name war uns allen Hoffnung und Gewähr des Sieges. Sein unerschütterlicher stahlharter Wille machte immer wieder gut, was die Diplomaten verdarben, bis der Dolchstoß der verhetzten Massen die Widerstandskraft des Feldheeres brach und Ludendorff auf Betreiben der Verständigungspolitiker entlassen wurde. Fünf Jahre riesenhafter Leistungen, voll Heldentum und Mannesmut, sind mit dem Namen Ludendorff für immer verbunden.

Ebert, ein typischer Parteipolitiker, der Deutschlands Heldenkampf von hinten angesehen hatte, war am Munitionsarbeiterstreik [1] hervorragend beteiligt. Unzählige deutsche Soldaten mußten auf diese Weise wehrlos zugrunde gehen. Er schwang sich mit Hilfe eines gefügigen Parlamentes zum Reichspräsidenten auf. Seine sogenannte Regierung führt durch schwerste Erschütterungen, Raub und Plünderung, Aufstände im Inneren, Gewalttat der Feinde, immer weitere Besetzung deutschen Landes. Wucher, Betrug und Schiebung breiten sich aus wie ein fressendes Geschwür. Der staatliche Riesenbetrug der Inflation beraubt das ganze deutsche Volk um all seine Ersparnisse. Staatlich sinkt Deutschland immer tiefer in vollkommene Ohnmacht hinab. Die Dawes-

1 Ebert war im Januar 1918 der Streikleitung der Berliner Munitionsarbeiter beigetreten, um den Ausstand zu beenden. Vgl. auch Dok. 30, Anm. 2.

gesetze werden unter seiner Regierung angenommen. Damit scheidet Deutschland aus der Reihe der souveränen Staaten aus. Er stirbt kurz vor Ablauf seiner Amtszeit, mit fürstlichem Aufwand wird er von den Revolutionsgewinnlern zu Grabe getragen. Wirkliche Arbeiter sieht man keine im Trauerzug - sie haben keine Trauer - alle ihre Hoffnungen, die sie an die marxistischen Versprechungen geknüpft haben, sind unerfüllt geblieben. Ärmer, elender und rechtloser waren sie niemals.

Simons [2] tritt als Stellvertreter für kurze Zeit an Eberts Stelle, ein Mann *ohne* Kraft, ein Erfüllungspolitiker von Parlamentsgnaden.

In der kurzen Zwischenzeit bis zur Wahl soll nun das Volk von neuem von den Parteien eingeseift werden. Männer werden vorgeschlagen - die *keine Männer* sein dürfen. Es soll ja alles beim jetzigen Zustand bleiben. Die Minister, die Regierung, die Parteibonzen, die Bankiers, die Verbandsdirektoren befinden sich alle in ausgezeichneter Lage, bekommen hohe Gehälter, haben einflußreiche Freunde (Barmat), wenn sie sich auch hinterher als Lumpen herausstellen. Das Geld verzinste sich noch nie so hoch wie in der Ebertrepublik. Wozu also eine Änderung? Das Volk kann sich ja nicht mehr helfen. Seine Ersparnisse sind ihm durch die III. Steuernotverordnung geraubt worden - Dr. Luther [3] ist Reichskanzler.

Thälmann [4] wird von den Kommunisten präsentiert. Er soll Meisterboxer sein. Wir gedenken mit Grausen an die kommunistischen Experimente in München, an die Mordtaten bei den verschiedenen kommunistischen Aufständen - an Hoelz [5], Leviné [6], Radek [7]- und an die völlige Zerstörung von Staat und Wirtschaft in Rußland.

---

2 Walter Simons (1861-1937), Richter, 1911 Justitiar im Auswärtigen Amt, 1918/19 Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1919 geschäftsführender Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Juni 1920 bis Mai 1921 Außenminister (parteilos), 1922-1929 Präsident des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofes, März bis Mai 1925 Stellvertretung des Reichspräsidenten während des Interregnums.

3 Hans Luther (1879-1962), 1904 Dr. jur., 1918 Oberbürgermeister von Essen, Dez. 1922 bis Okt. 1923 Reichsernährungsminister, Okt. 1923 bis Dez. 1924 Reichsfinanzminister, Jan. 1925 bis Mai 1926 Reichskanzler (parteilos), 1930 Reichsbankpräsident, 1933-1937 Botschafter in Washington.

4 Ernst Thälmann (1886-1944), Arbeiter, 1903 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, 1919 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (USPD), 1920 Eintritt in die KPD, 1924 Führer des Roten Frontkämpferbundes und stellv. Parteivorsitzender, 1924-1933 MdR, 1925-1933 Parteivorsitzender der KPD, 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

5 Max Hoelz (1889-1933), Techniker, 1919 Mitglied der KPD, 1920 der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), 1920/21 Führer kommunistischer Aufstandsbewegungen im Vogtland und in Mitteldeutschland, 1921 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1928 amnestiert, 1929 Übersiedelung in die Sowjetunion.

6 Eugen Leviné (1883-1919), 1897 Übersiedelung von Rußland nach Deutschland, 1905 Teilnahme an der russ. Revolution, 1909 Rückkehr nach Deutschland, 1918 Delegierter des 1. Reichsrätekongresses, Mitbegründer der KPD, April 1919 Vorsitzender des Vollzugsrates der kommunistischen Münchner Räterepublik, im Juni 1919 zum Tode verurteilt und erschossen.

7 Karl Radek (1885-1939), ursprünglich poln. Sozialdemokrat, seit 1908 in Deutschland, im 1. Weltkrieg in der Schweiz und Mitarbeiter Lenins, 1918/19 Organisator der KPD, 1919-1924 Mitglied des ZK der KPdSU, 1920-1924 Mitglied des Exekutivausschusses der Komintern, 1923 illegale Parteiarbeit in Deutschland, 1927 Ausschluß aus der KPdSU, 1929 Wiederaufnahme, 1937 im Zuge der stalinistischen Säuberungen zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Brauns [8] [*sic!*] - ein alter Marxist, der sein Leben lang das Maul voller Phrasen von Arbeiterwohlfahrt hatte, bis er preußischer Ministerpräsident geworden war. Wo sind seine Leistungen für das deutsche Volk?

Hellpach [9] - ein Name wie tausend andere - ein Demokrat, ein Nutznießer der Revolution.

Marx [10] - der schwarze Marx - der viel zu lang am Platze Bismarcks saß. - Erfüllungspolitiker, Arm in Arm mit den Roten.

Held [11] - unter dessen Regierung Adolf Hitler drei Monate zu Unrecht im Gefängnis gehalten wurde [12].

Dann

Jarres [13] - der Erkorene des bürgerlichen Einheitsbreis und der Schwerindustrie?

Nein - *das erwachende Deutschland wählt*

Ludendorff

Für die deutsche Opposition:

Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

8 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 und 1920-1933 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932 (SPD), Nov. 1918 bis April 1921 Landwirtschaftsminister in Preußen, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Feb. 1925, April 1925 bis März 1933 Ministerpräsident in Preußen.

9 Wilhelm Hellpach (1877-1955), 1899 Dr. phil., 1903 Dr. med., 1911 a. o. Professor für Psychologie an der TH Karlsruhe, 1918 Mitglied der DDP, 1922-1925 Kultusminister in Baden, 1924/25 Staatspräsident, 1926 Professor für Psychologie in Heidelberg, 1928-1930 MdR (DDP).

10 Wilhelm Marx (1863-1946), Richter, 1899-1921 MdL in Preußen, 1910-1918 MdR (Zentrum), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1928 Parteivorsitzender des Zentrums, Nov. 1923 bis Jan. 1925 und Juli 1926 bis Juni 1928 Reichskanzler, Nov. 1925 bis Juli 1926 Reichsjustizminister, Feb. bis April 1925 Ministerpräsident in Preußen.

11 Heinrich Held (1868-1938), Journalist, 1907-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919-1933 MdL, 1919-1924 Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 Ministerpräsident in Bayern.

12 Hitler war am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich stellte aber das Volksgericht beim Landgericht München I in seinem Urteilsspruch die vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht. Sie wurde am 25.9.1924 von der III. Strafkammer des Landgerichts München I bewilligt, wogegen die Staatsanwaltschaft mehrfach Beschwerde einlegte. Am 19.12.1924 erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist als rechtens; einen Tag später wurde Hitler aus Landsberg entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

13 Karl Jarres (1874-1951), 1897 Dr. jur., 1914-1923 Oberbürgermeister von Duisburg, Nov. 1923 bis Jan. 1925 Reichsinnenminister (DVP) und Vizekanzler, 1925-1933 Oberbürgermeister von Duisburg.

27. März 1925 Dok. 33
Anordnung

Völkischer Kurier vom 5./6.4.1925, "Aus der Bewegung" [1].

Alle Anfragen bezüglich der S.A. der N.S.D.A.P. sind an Herrn Hauptmann Röhm (München, Herzogstraße 4/3) zu richten [2].

Seinen Weisungen ist Folge zu leisten.

München, 27. März 1925

Adolf Hitler

28. März 1925 Dok. 34
"Deutsche!"
Aufruf

VB vom 28.3.1925 [1].

Der 29. März ist der Tag der Volkszählung. Es wird zahlenmäßig festgestellt werden, wie viele es in Deutschland gibt:

Unentwegte, die ihr Heil von *Moskau* erwarten - sie wählen den *Meisterboxer Thälmann.*

Unbelehrbare, denen auch bei dem nächsten Dutzend von *Barmatskandalen* [2] kein Licht aufgeht - sie wählen den *roten Oberbonzen Braun.*

Unheilbare, sogenannte *Demokraten* (jeder Zusatz überflüssig) - sie wählen den *November-Staatslenker Hellpach.*

Unfehlbare, die nichtsdestoweniger dauernd *Religion* mit *Politik* verwechseln - sie wählen den *republikanischen Bismarck-Ersatz Marx* oder seinen *Kgl. bayerischen Ableger Held.*

Ideal-, National-, Real- und Patentpolitiker, die

gegen das *Republikschutzgesetz* donnern - *mit dem Maul* - und es dann *unterzeichnen;*

die den *Marsch nach Berlin* predigen - *mit dem Maul* - und dann sich *an nichts mehr "erinnern"* können;

---

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 8.4.1925, "Aus der Bewegung".

2 Am 1.5.1925 legte Ernst Röhm offiziell die Führung der SA und des Frontbanns nieder, da er sich mit seinen Vorstellungen einer parteiunabhängigen Wehrorganisation bei Hitler nicht durchsetzen konnte. Vgl. Erklärung Röhms im VB vom 1.5.1925, "Aus der Bewegung", sowie seine Memoiren, Die Geschichte eines Hochverräters, 2. Aufl., München 1930, S. 315 ff.

1 Ebenso Völkischer Kurier vom 28./29.3.1925.

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

die gegen das *Dawes-Gutachten* [3] wettern - *mit dem Maul* - und dann *"Ja" sagen;*

die gegen das *Stresemannsche Versklavungsangebot* [4] Sturm laufen - *mit dem Maul* - und dann halt wieder einmal *unterschreiben*;

die gegen den *Völkerbundschwindel* "flammend" protestieren - *mit dem Maul* - und dann, um *"Schlimmeres"* zu verhüten, eintreten [5];

die den *Munitionsstreik* verdammen und beklagen - *mit dem Maul* -, der Streikleitung aber nachträglich in *kriechender Devotheit* den *Dank des Vaterlandes* aussprechen [6];

sie wählen den "Einheiz"-Apostel [*sic!*] *Jarres.*

Wir aber wollen am 29. März wissen, damit dereinst die Geschichte darüber urteilen kann, wie viele Menschen in Deutschland es heute nach sechs Jahren glorreicher Novemberrepublik gibt, die den dauernden Volksbetrug, die Erfüllungshypnose, den parlamentarischen und demokratischen Schwindel, kurz, die Politik der Halbheit, Dummheit und Feigheit satt haben.

Diese wählen den Mann
der deutschen Opposition: Ludendorff

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

28. März 1925 Dok. 35
"Volksgenossen!"
Aufruf

VB vom 28.3.1925.

Ihr sollt Ludendorff nicht die Stimme geben, denn "man darf ihn nicht in den politischen Kampf hereinziehen"! So gackern die bürgerlichen Angsthennen sich heute gegenseitig in die Ohren.

Das ist richtig.

3 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

4 Gemeint ist vermutlich das deutsche Sicherheitsmemorandum, das am 9.2.1925 offiziell in Paris überreicht worden war. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 272 ff.

5 Das Deutsche Reich wurde erst am 8.9.1926 in den Völkerbund aufgenommen.

6 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

Wer nicht will, daß Ludendorff in das politische Getriebe kommt, darf ihm auf keinen Fall seine Stimme geben.

Wer aber will, daß ein *Mann Präsident des Deutschen Reiches* wird, der den *Schiebern* und *Spekulanten* das Instrument der *Politik* aus der Hand schlagen wird, *der wählt Ludendorff*!

Nicht aus Liebe zu Ludendorff wollen sie ihn nicht in ihrer Politik wissen, sondern aus Sorge um ihr Geschäft. Hätte sich Ludendorff statt dem deutschen Volke ebenfalls den internationalen Finanzgaunern verschrieben, wäre er

"eppes der ainzige Mann" [*sic!*] und gehörte zu den

"verantwortungsbewußten" Politikern der *"daitschen"* [*sic!*] *Republik*.

Dann könnten ihm die *"besonnenen"* und *"reifen"* Elemente ruhig ihre Stimme geben.

Dann wäre ja die *"Ruhe"* und *"Ordnung"* unserer *Schieber-* und *Barmatzeit* [1] ungestört.

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

28. März 1925 Dok. 36
"Deutsche Arbeiter! Deutsches Volk!"
Aufruf

VB vom 28.3.1925.

"Du sollst Ludendorff nicht wählen, denn Frankreich will ihn nicht!"

"Das Ausland wird ihn nimmermehr anerkennen oder gutheißen!"

Jawohl, Ludendorff wird vom Ausland nicht geliebt.

Ludendorff wird von der internationalen Finanzhydra gehaßt!

Ludendorff wird von den Börsenjobbern des In- und Auslands als unerträglich empfunden!

Denn er gilt ja nicht als *Freund des Auslandes* oder der *Börse*, sondern als *Freund des deutschen Volkes*.

Glaubt Ihr, Volksgenossen, daß das deutsche Volk aus seiner Not und seinem Elend nach innen und außen gerettet werden wird durch einen Mann, der von *Frankreich geliebt* und [*von*] unseren *Börsengeiern empfohlen* wird?

Wenn ja, dann wählt die Erfüllungs- und Barmatkandidaten, *wenn nein, dann gebt Eure Stimme*:

Ludendorff!

Für die deutsche Opposition: *Adolf Hitler*

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 1.

28. März 1925 Dok. 37
"Volksgenossen!"
Aufruf

VB vom 28.3.1925.

"Besonnene" und "reife" Bürger der deutschen Republik, gebt Ludendorff nicht eine einzige Stimme!

Er war schon im Kriege so "*unbesonnen*", immer an der *Front* zu sein, während die *Besonnenen* zu Hause kämpften.

Er war schon im Kriege so "*unreif*", alles zu verlieren, während wir *Kriegsgesellschaften* und *Wuchergenossenschaften* zur üppigsten Reife brachten.

Daher keine Stimme dem *Frontsoldaten*
Ludendorff,
sondern alle Stimmen den
verantwortungsbewußten Kandidaten
unserer *besonnenen* und *reifen Heimatschützengilden* und *Stammtischkriegervereine*.

Verein der "Unabkömmlichen", e.V.

Frontsoldaten!
Gebt den Burschen die Antwort!
Wer in der Heimat kämpfte, mag seine Stimme den politischen Schiebern geben.
Wer an der Front stand, gibt sie dem Generalquartiermeister
Ludendorff.

Für die deutsche Opposition:
Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

28. März 1925 Dok. 38
"Wer ist Jarres?"
Aufruf

VB vom 28.3.1925.

Diese Frage legen heute die bürgerlichen Zeitungen ihren Wählern vor, in Flugblättern und Plakaten, um sie dann selbst in mehr oder minder sinniger Weise ausführlich zu beantworten.

Deutsches Volk - Welche Schande!

Man mutet Dir heute zu, Männer zu wählen, die Du gar nicht kennst.

Man fordert von Dir, daß Du Deine Stimme einem kommenden Reichspräsidenten gibst, dessen einzige Empfehlung in einer Flut von Zeitungen, Flugblättern und Plakaten begründet liegt.

Kanntet Ihr diesen Mann schon vorher?

Sind Euch seine für die deutsche Nation unschätzbaren Dienste bekannt, sei es als *Erfüllungspolitiker* größten Stils, Vertreter des *Republikschutzgesetzes* oder *Gratulant* bei unserem geliebten *Landesvater Friedrich Ebert*?

Nein, nur weil er Euch empfohlen wird von den Parteien völkischer Schwäche und parlamentarischer Korruptheit, deshalb tretet Ihr nun, berauscht und dumm gemacht von den Lobeshymnen und begeisterten Tiraden einer bestechlichen Presse, an die Urnen und gebt das deutsche Schicksal in die Hand eines Mannes, den niemand kennt und der niemals unser Schicksal meistern wird.

Da fordern wir Euch auf, Eure Stimme dem Manne zu geben, der in der Vergangenheit Deutschlands größter Heerführer war, dessen Namen heute jedes Kind zu nennen weiß, und dessen Person noch in dem Nebel der fernsten Jahrtausende, solange es ein deutsches Volk oder eine Weltgeschichte gibt, als Träger und Führer des unsterblichen Ruhmes deutscher Heldengröße weiterstrahlen wird.

Wer den betrügerischen Parteien der Jetztzeit huldigt, wählt die *Kandidaten* dieser *Parteien des Augenblicks;*

wer der deutschen Zukunft aber dienen will, wählt den verlästerten Namen der Gegenwart, aber den Stolz unserer Nation vor der Nachwelt, den Generalquartiermeister des Weltkriegs

Ludendorff!

Für die deutsche Opposition:
Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes!

28. März 1925 Dok. 39
"Nationalsozialisten! Antisemiten!"
Aufruf

VB vom 28.3.1925.

Seit Wochen stehen wir wieder unter einem *Ausnahmegesetz*!

Unsere Wahlversammlungen werden verboten.

Unsere Redner am Sprechen verhindert.

Mit Terror und Gewalt sucht man unserer Idee, die man geistig nicht bezwingen kann, Herr zu werden!

Die *Freiheitsbewegung* der deutschen Nation, die unbequeme und verhaßte *Warnerin* gegenüber der *Versklavung unseres Volkstums*, wird von den *gleichen politischen Parteien* und ihren *Regierungen verfolgt*, die jetzt die freche Stirn besitzen, an Euch heranzutreten und um Eure Stimmen zu betteln für ihren sogenannten

"nationalen" Kandidaten.

Erst seid Ihr die "*Nationalbolschewiken*" und werdet immer verglichen mit *landesverräterischem Revolutionsgesindel*, jetzt auf einmal erinnert man sich auch Eurer und erwartet, daß Ihr charakterlos genug sein werdet, die Kandidaten der Parteien zu wählen, die Euch morgen dafür, wenn möglich, auflösen oder in die Gefängnisse sperren.

Nationalsozialisten!

Nur wer von Euch ein Lump ist, kann seine Stimme den Vertretern von Parteien geben, die in haßerfülltem Vernichtungswillen gegen die Freiheitsbewegung des Volkes vor keinem Mittel zurückscheuen, jede Lüge und jede Fälschung willkommen heißen in ihrem Kampfe um die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Korruptionierung [*sic!*] *des Vaterlandes.*

Volksgenossen, erinnert Euch jetzt der monatelangen Verfolgung, bedenkt weiter die Zwergenhaftigkeit der Kandidaten Eurer Feinde, und Euer Gewissen wird Euch den Entschluß aufzwingen, der unserer Ehre und Selbstachtung entspricht, dem Vaterlande aber nützt:

Ihr wählt

Ludendorff!

Für die deutsche Opposition:
Adolf Hitler

Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, sorgt für Abdruck und Verbreitung dieses Flugblattes.

4. April 1925 "Nationalsozialisten!" Aufruf

Dok. 40

VB vom 4.4.1925.

Parteigenossen! Männer und Frauen!

Der erste Wahlgang ist geschlagen!

Was wir vorausgesehen haben, ist damit eingetroffen!

Der bürgerliche Erfüllungs-Kandidat der sogenannten nationalen "Einheitsfront" wurde ebensowenig gewählt als einer der Kandidaten der linken Seite [1].

Damit hat die bürgerliche *Kompromiß-Politik* den verdienten Lohn erhalten. Das deutsche Volk war nicht bereit, in überwältigendem Sturme anzutreten für einen Mann, den es kaum dem Namen nach kannte.

Dadurch aber ist unser Schritt, einen eigenen Kandidaten aufgestellt zu haben, schon jetzt gerechtfertigt.

Nicht auf die dabei erhaltene Zahl der Stimmen [2] kommt es an, sondern auf die Bekundung unseres unbeugsamen Willens, von der geraden Linie unserer bisherigen politischen Einstellung unter keinen Umständen und um keinen Preis abzuweichen.

Als unerbittliche Feinde jener seltenen Mischung von Dummheit, Feigheit und Halbheit, die wir in dem Sammelbegriff der Erfüllungspolitik vereinigt sehen, konnten wir unsere Stimme nicht einem Kandidaten geben, der selber nur das Produkt dieser kompromißlerischen Jämmerlichkeit ist.

Für uns wird aus einer geborenen Null kein Einser, mag die Presse auch schmieren, so viel sie will.

Wir sind heute die Vertreter jener kleinen Minorität, von der wir wissen, daß sie zu allen Zeiten die Wahrerin des Gedankens der Ehre und Freiheit der Nationen war.

Aus ihr allein sind im Leben der Völker die Köpfe gekommen, die dem Schicksal sich nicht beugten, sondern den Widerstand dagegen führten.

Der Kandidat der nationalen Opposition, *Ludendorff*, aber kann beruhigt sein:

Auch Bismarck ist nicht durch das Ergebnis einer Wahl Kanzler des deutschen Volkes geworden.

Auch der Schmied des Deutschen Reiches war einst Vertreter der Minorität und nicht des großen Haufens.

---

1 Das Ergebnis des 1. Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 lautete: Jarres (DNVP-Reichsblock) 38,8 %, Braun (SPD) 29,0 %, Marx (Zentrum) 14,5 %, Thälmann (KPD) 7,0 %, Hellpach (DDP) 5,8 %, Held (BVP) 3,7 %, Ludendorff (NSDAP) 1,1 %. Vgl. Falter, Wahlen, S. 46.

2 Für Ludendorff hatten 285.793 Wähler gestimmt.

So wollen wir an dieser Stelle schon erneut bekennen, daß uns auch beim zweiten Wahlgang keine Macht der Welt bewegen wird, unsere Stimme einem Manne zu geben, dessen Wahl das gleiche Elend nur mit einer anderen Flagge bedeuten würde.

Wir wissen, daß, genauso wie im Falle Cuno nach acht Monaten die breite Masse uns recht gab [3], auch dieses Mal die Geschichte uns recht geben wird.

Wir aber wollen in unseren gesamten Entschließungen uns niemals vom Erfolg oder Jubel der Gegenwart bestimmen lassen, sondern zum Leitstern unseres Handelns ausschließlich das Gebot der Zukunft wählen.

Auch für den zweiten Wahlgang verlangen wir von unseren Anhängern strengste Partei-Disziplin.

Für die Parteileitung:

Adolf Hitler

10. April 1925 Dok. 41
"Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 10.4.1925.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Endlich haben auch die Parlamentarier der sogenannten "nationalen Rechten" die Unmöglichkeit einer weiteren Aufrechterhaltung der Kandidatur Jarres eingesehen.

Sie haben jetzt begriffen, daß es doch nicht angeht, in einer Zeit, da alles zu zerbrechen droht, der Nation für die Wahl eines Reichspräsidenten einen Mann vorzuschlagen, der außer der Anständigkeit des Durchschnittsdeutschen des alten Staates nichts besitzt, das über dem Durchschnitt läge; der vor allem aber der breiten Masse unseres Volkes als unbekannt gilt.

Sowie man damals Jarres der Nation als künftigen Reichspräsidenten vorzustellen versuchte, und eine geschickte Presse den fehlenden Ruhm einer jahrzehntelangen Tätigkeit in 14tägiger Gewaltkur nachzuholen sich bemühte, haben sich Männer aus verschiedenen Verbänden und politischen Richtungen zusammengeschlossen und als deutsche Opposition zum Bannerträger ihres Protestes, gegen eine solche Art von fabrikmäßiger Herstellung großer Männer, den Generalquartiermeister des Weltkrieges, Ludendorff, erwählt, mit der Bitte, er möge die Genehmigung zu seiner Aufstellung als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl, als Symbol des Kampfes für eine

3 Die Regierung Cuno war nach dem Scheitern des passiven Ruhrwiderstands, an dem sich die NSDAP nicht beteiligt hatte, am 12.8.1923 zurückgetreten.

deutsche Zukunft, gegenüber den Vertretern der Politik der willenlosen Erfüllung erteilen.

Aus gleichen Gefühlen heraus stimmte Ludendorff zu.

Millionen Deutsche mögen dies damals nicht begriffen haben.

Allein schon jetzt nach wenigen Wochen hat die Entwicklung uns recht gegeben.

Der Kandidat der parlamentarischen Angst vor einem großen Manne wurde fallengelassen und an seiner Stelle schlägt man nun der Nation zum kommenden Präsidenten des Reiches den

Generalfeldmarschall des Weltkrieges

vor; den Mann, der in gemeinsamer Arbeit mit seinem genialen Generalquartiermeister Ludendorff das Deutsche Volk und Deutsche Reich gegen eine anstürmende Welt von unerbitterlichen Feinden solange beschirmte, bis unter den Stößen der Landesverräter in der Heimat Front und Reich zusammenbrachen.

So sehr wir es begrüßt hätten, wenn dem ehrwürdigen Alter Hindenburgs [1] eine Last erspart worden wäre, die unserer Überzeugung nach jüngeren Schultern zukommt, so sehr fallen aber damit doch alle diejenigen Gewissenskonflikte hinweg, die uns eine Zustimmung zur Kandidatur Jarres einmal für immer unmöglich gemacht hätten.

Als Partei, die dem alten Feldsoldaten seine, ihm bisher vorenthaltenen Rechte im Staate sichern will, als eine Bewegung, die keine Minute glaubt, daß dem Deutschen Volke ein soziales Glück ohne äußere Freiheit, die Freiheit aber ohne Kampf beschieden sein wird; als Bewegung weiter, die seit Jahren fanatischen Widerstand leistet gegen die Korruptionierung [*sic!*] unseres Volkes und Vaterlandes von oben herunter, können wir nunmehr der Stimme unseres Herzens und unserer Überzeugung folgen, wenn auch wir von unseren Anhängern verlangen, bei der kommenden Wahl ihre Stimme dem Manne zu geben, in dem sich der Freiheitswille unseres Volkes mit der Rechtlichkeit [*sic!*] und Redlichkeit der größten Vorbilder unserer Geschichte paart.

Nationalsozialisten! Männer unserer Bewegung, die Ihr einst an den Fronten gestanden seid im Kampfe für das Glück und die Freiheit unseres Volkes, gebt Eure Stimme am 26. April 1925 nunmehr einmütig dem Manne, der damals als Euer Führer nicht nur sich selbst, sondern auch das Andenken an Euch für die fernsten Zeiten der Unsterblichkeit weihte; wählt Euren

alten Generalfeldmarschall.

Nationalsozialistinnen, Frauen und Mädchen unserer Bewegung, die Ihr wünscht, daß dereinst wieder eine Zeit kommen möge, in der der Generation unserer Jugend, Euren Kindern, das Elendslos des Sklavenjoches wieder abgenommen wird, gebt am 26. April 1925 Eure Stimmen dem letzten Symbol der Freiheit der Vergangenheit für die Erlösung unserer Zukunft

1 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 Berufsoffizier, 1903 kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der 3. Obersten Heeresleitung (zusammen mit Ludendorff), 1919 erneuter Ruhestand, Mai 1925 bis Aug. 1934 Reichspräsident. Hindenburg, der im notwendig gewordenen 2. Wahlgang als parteiloser Kandidat von DNVP, DVP, BVP und NSDAP unterstützt wurde, erhielt am 26.4.1925 48,3 % der Stimmen. Für Marx, unterstützt von Zentrum, SPD und DDP, stimmten 45,3 % der Wähler, für Thälmann (KPD) 6,4 %. Vgl. Falter, Wahlen, S. 46.

dem Generalfeldmarschall.

Deutsche! die Ihr noch an Ehre glaubt, tretet am 26. April 1925 an und wählt zum Reichspräsidenten des Deutschen Reiches das greise Haupt, in dem sich ein letzter Rest von Recht und Ehre unseres Volkes verkörpert

Hindenburg!

Für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

gez. Adolf Hitler

28. April 1925 Dok. 42
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 504, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich immer noch nicht sprechen darf, da der Partei gedroht wurde, wenn sie mich irgendwo sprechen läßt, die Versammlungen in Zukunft zu verbieten. Man kann mir ruhig noch verbieten zu sprechen, denn ich kann Sie [*sic!*] versichern, daß ich doch wieder einmal sprechen werden kann. Es wird dann aber genauso gehen wie mit einem Buch, das verboten war und hernach dann erst recht und noch viel mehr als zuvor gekauft und gelesen werden wird. Genauso werden auch mich dann noch viel mehr reden hören wollen. Mit meinen 36 Jahren fühle ich mich so jung und rüstig, daß ich sehr wohl annehmen kann, Herrn Stützel [2] zu überleben. Er drückte hierauf der Sektion seine Anerkennung über ihre bisherige Arbeit aus und dankte für die geleistete Arbeit bei der Wahl zum Reichspräsidenten. Daß wir beim ersten Wahlgang nicht auch für Jarres, sondern gegen ihn auftraten, hat den Haupterfolg gebracht, daß endlich wieder der Zylinder dem Stahlhelm weichen mußte, daß an der Spitze des Reiches nicht ein Mann steht, der von Gnaden der verschiedenen Parteien aus deren Willen zu befolgen hat, sondern ein Mann, der als alter Soldat nur ein Einsetzen für Ehre und Freiheit seines Vaterlandes kennen wird. Jetzt sei es wieder eine Ehre, Soldat sein zu können, weil an der Spitze ein Mann vom selben Fleisch und Blut steht. Wie mag sich ein Soldat der Reichswehr gefühlt haben, als er der Leiche des verstorbenen Präsidenten Ehre bezeugen mußte, einem Mann, der früher in Hamburg eine Hafenspelunke übelster Sorte betrieb, für die der Besuch den Militärpersonen verboten war, und ferner einem Mann,

1 Im Restaurant "Bürgerbräu", abends. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Laim, an der laut Polizeibericht etwa 130 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Riedl geleitet und mit einem Referat Ernst Wolterecks über die "Macht des Geldes" eröffnet.

2 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayer. Innenministerium, 1920 Ministerialrat im Staatsministerium für soziale Fürsorge und Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, Juli 1924 bis März 1933 bayer. Innenminister (BVP).

der durch das Magdeburger Gericht von Justiz wegen des Landesverrates [3] überführt wurde. Unter Hindenburg dürfen wir wieder damit rechnen, daß für Deutschland wieder eine bessere Zukunft kommen wird, und für dies habe auch die Sektion am letzten Sonntag [4] ihren Teil dazu beigetragen. [5]

3 Reichspräsident Ebert hatte am 23.12.1924 einen von zahlreichen Beleidigungsprozessen gewonnen, doch sah es das Magdeburger Schöffengericht in der Urteilsbegründung als erwiesen an, daß Ebert im Januar 1918, als er in die Leitung des Berliner Munitionsarbeiterstreiks eintrat (um ihn zu beenden), im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen habe. Druck der mündlichen und schriftlichen Urteilsbegründung: Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearb. von Karl Brammer, Berlin 1925, S. 122 ff.

4 Gemeint ist der 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26.4.1925.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

6. Mai 1925 Dok. 43
"Jugendbewegung"
Anordnung

VB vom 8.5.1925, "Aus der Bewegung".

Nach dem Ausscheiden des Herrn G. A. Lenk [1] ersuche ich, alle Anfragen bezüglich Jugendbewegung an die Bundesleitung der Schilljugend [2] zu Händen des Herrn Edmund Heines [3], München, Schellingstraße 98, zu richten.

München, 6. Mai 1925

gez.: *Adolf Hitler*

12. Mai 1925 Dok. 44
"An alle Ortsgruppen!"
Anordnung

VB vom 12.5.1925, "Aus der Bewegung".

Es ist der Parteileitung bekannt geworden, daß einzelne Ortsgruppen nach eigenem Ermessen Redner für ihre Versammlungen und Sprechabende bestimmen und dabei manchmal Herren wählen, die alles andere sind als berufene Vertreter der N.S.D.A.P.

Es wird daher grundsätzlich bestimmt, daß nur solche Herren als Versammlungsredner eingeteilt werden dürfen, die der N.S.D.A.P. als Mitglieder angehören oder für de-

---

1 Gustav Adolf Lenk (1903-1987), Klavierpolierer, 1920 Mitglied des Deutsch-Nationalen Jugendbundes, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 Führer des Jugendbundes der NSDAP, 1925 Trennung von der NSDAP, 1932 Wiedereintritt, 1933 SA-Truppführer.

2 Die Schilljugend, benannt nach dem preußischen Freikorpsführer Ferdinand von Schill (1776-1809), war 1924 von Gerhard Roßbach, dessen Freikorps am Hitler-Putsch teilgenommen hatte, als Wehrjugendverband gegründet worden. Seit dem Weimarer Parteitag der NSDAP im Juli 1926 und der Gründung der HJ galt die Schilljugend, wie der VB in einer Erklärung am 16.10.1926 bekanntgab, nicht mehr als "Bestandteil der NSDAP". Vgl. auch Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968, S. 27 ff.

3 Edmund Heines (1897-1934), Leutnant a. D., 1918/19 Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925 Führer des Bataillons Roßbach in München, 1926/27 SA-Standartenführer, 1927 Parteiausschluß, 1928 wegen Totschlags (Fememord) zu 15 Jahren, nach Urteilsrevision zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1929 Haftentlassung und Wiedereintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1930 Referent bei der Obersten SA-Führung, 1931-1934 SA-Führer in Schlesien und Stellvertreter Ernst Röhms, 1933 Polizeipräsident von Breslau, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

ren Auftreten als Referenten die besondere Zustimmung der Parteileitung eingeholt wurde.

Die Zugehörigkeit zu einer völkischen Fraktion an sich berechtigt noch nicht, agitatorisch in Versammlungen der N.S.D.A.P. aufzutreten.

gez. Adolf *Hitler*

23. Mai 1925 Dok. 45
Ermittlungsverfahren gegen die NSDAP-Ortsgruppe Halle a. S.
Erklärung [1]

Masch. Aktenvermerk der Polizeidirektion München (VIaF, 749/25) vom 23.5.1925, gez. Albert Raithel, mit hs. Bearbeitungsvermerk vom 26.5.1925; StA München, Polizeidirektion München 6736.

Zu dem vorstehenden Bericht der Krim[*inal*]-Polizei Halle [2] äußert sich der led[*ige*] Schriftsteller *Adolf Hitler*, wohnhaft in München, Thierschstr. 41/I, wie folgt:

Er sei einige Zeit vor den Versammlungen in Halle in Weimar [3] gewesen und habe dort in einer Versammlung gesprochen. Dort selbst seien auch Gesinnungsgenossen aus Halle anwesend gewesen, die ihn ersucht hätten, auch einmal in Halle zu sprechen. Er habe diesen zugesagt, habe aber einen Zeitpunkt seines Erscheinens in Halle nicht bestimmt. Von den beiden anberaumten Versammlungen in Halle am 18. und 19. April 1925 habe er im "Völkischen Beobachter" [4] nach der Drucklegung gelesen. Er selbst habe die Mitteilung über die geplanten Versammlungen nicht entgegengenommen und auch die Aufnahme in den "Völkischen Beobachter" nicht veranlaßt. Es sei aber bis zu diesem Zeitpunkt kein weiteres Ersuchen an ihn ergangen gewesen, am 18. und 19. April [*1925*] in Versammlungen in Halle zu sprechen; es sei ihm auch nicht möglich gewesen, an diesen beiden Tagen dort zu erscheinen, [*er*] habe auch für diese beiden Tage keine Zusage gemacht, sondern nur allgemein zugesagt, daß er einmal in Halle sprechen

1 Die Erklärung Hitlers wurde am 23.5.1925 in der Polizeidirektion München von Kriminalassistent Albert Raithel aufgenommen.

2 Die NSDAP-Ortsgruppe Halle hatte für den 18./19.4.1925 fünf Massenversammlungen mit Hitler angekündigt und eine große Anzahl von Eintrittskarten zum Preis von einer Reichmark verkauft. Da Hitler aber in keiner der Versammlungen als Redner aufgetreten war, leitete der Polizeipräsident von Halle gegen die Ortsgruppe ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs (§ 263 RStGB) ein und ersuchte am 25.4.1925 die Polizeidirektion München um die Vernehmung Hitlers. Begleitender Schriftwechsel: StA München, Polizeidirektion München 6736.

3 Am 22.3.1925. Vgl. Dok. 17 und 18.

4 VB vom 11.4.1925, "Nationalsozialisten Mitteldeutschlands! Fünf Massenversammlungen Adolf Hitlers". Vgl. auch Anzeige der NSDAP-Ortsgruppe Halle in der Saale-Zeitung vom 16.4.1925 sowie Rundschreiben der NSDAP-Ortsgruppe Halle vom 5.4.1925; BA, Slg. Schumacher 207 I. Zum Ablauf vgl. Saale-Zeitung vom 21.4.1925, "Abgesagte Hitler-Reden".

werde. Die Versammlungsveranstalter in Halle haben deshalb nicht mit Bestimmtheit auf sein Erscheinen rechnen können, wenn sie auch vielleicht im guten Glauben gewesen seien, daß er letzten Endes erscheinen werde. Er könne sich auch erinnern, daß der Versuch unternommen worden sei, ihn mit dem Flugzeug nach Halle zu bringen; doch sei es ihm an diesen beiden Tagen unmöglich gewesen und habe er sich für diese Tage nicht verpflichtet gehabt. Weder er noch die Münchner Ortsgruppe der Nat.Soz.Arb. Partei [*sic!*] hätten mit der Veranstaltung dieser Versammlungen, dem verlangten Eintrittspreis x. etwas zu tun, und sei ihm auch nicht bekannt, in welcher Weise die Einnahmen aus diesen Versammlungen Verwendung gefunden haben oder für welche Zwecke dieselben bestimmt waren.

Weiteres vermöge er hiezu nicht anzugeben.

28. Mai 1925 — Dok. 46
"Gewerkschaften und Sozialdemokratie"
Artikel

VB vom 28.5.1925, "Mein Kampf. Gewerkschaften und Sozialdemokratie" [1].

Daß die Sozialdemokratie die enorme Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung begriff, sicherte ihr das Instrument und damit den Erfolg; daß das Bürgertum dies nicht verstand, kostete es seine politische Stellung. Es glaubte, mit einer naseweisen "Ablehnung" einer logischen Entwicklung den Garaus machen zu können, um in Wirklichkeit dieselbe nun in unlogische Bahnen zu zwingen. Denn daß die Gewerkschaftsbewegung etwa an sich vaterlandsfeindlich sei, ist ein Unsinn und außerdem eine Unwahrheit. Richtig ist eher das Gegenteil. Wenn eine gewerkschaftliche Betätigung als Ziel die Besserstellung eines mit zu den Grundpfeilern der Nation gehörenden Standes im Auge hat und durchführt, wirkt sie nicht nur nicht vaterlands- oder staatsfeindlich, sondern im wahrsten Sinne des Wortes "national". Hilft sie doch so mit, die sozialen Voraussetzungen zu schaffen, ohne die eine allgemein nationale Erziehung gar nicht zu denken ist. Sie erwirbt sich höchstes Verdienst, indem sie, durch Beseitigung sozialer Krebsschäden, sowohl geistigen als aber auch körperlichen Krankheitserregern an den Leib rückt und so zu einer allgemeinen Gesundheit des Volkskörpers mit beiträgt.

Die Frage nach ihrer Notwendigkeit also ist wirklich überflüssig.

Solange es unter Arbeitgebern Menschen mit geringem sozialem Verständnis oder gar mangelndem Rechts- und Billigkeitsgefühl gibt, ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der von diesen Angestellten, die doch einen Teil unseres Volkstums bilden, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber der Habsucht oder der Unvernunft eines einzelnen zu schützen; denn die Erhaltung von Treu und Glauben in einem Volkskörper ist ein Interesse der Nation, genauso wie die Erhaltung der Gesundheit des Volkes.

1 Vorabdruck aus "Mein Kampf", München 1925, Bd. 1, S. 46-51.

Beides wird nun durch unwürdige Unternehmer, die sich nicht als Glied der ganzen Volksgemeinschaft fühlen, schwer bedroht. Aus dem üblen Wirken ihrer Habsucht oder Rücksichtslosigkeit erwachsen diese Schäden für die Zukunft. Die Ursachen einer solchen Entwicklung beseitigen, heißt sich ein Verdienst um die Nation erwerben, und nicht etwa umgekehrt.

Man sage dabei nicht, daß es ja jedem einzelnen freistünde, die Folgerungen aus einem ihm tatsächlich oder vermeintlich zugefügten Unrecht zu ziehen, also zu gehen. Nein! Dies ist Spiegelfechterei und muß als Versuch angesehen werden, die Aufmerksamkeit abzulenken. Entweder ist die Beseitigung schlechter, unsozialer Vorgänge im Interesse der Nation gelegen oder nicht. Wenn ja, dann muß der Kampf gegen sie mit den Waffen aufgenommen werden, die die Aussicht zum Erfolg bieten. Der einzelne Arbeiter aber ist niemals in der Lage, sich gegenüber der Macht des großen Unternehmers durchzusetzen, da es sich hier nicht um eine Frage des Sieges des höheren Rechtes handeln kann, da ja bei Anerkennung desselben der ganze Streit infolge des Mangels jeder Veranlassung gar nicht vorhanden wäre; sondern um die Frage der größeren Macht. Im anderen Falle würde das vorhandene Rechtsgefühl allein schon den Streit in ehrlicher Weise beenden, oder richtiger, es könnte nie zu einem solchen kommen.

Nein, wenn unsoziale oder unwürdige Behandlung von Menschen zum Widerstande auffordert, dann kann dieser Kampf, solange nicht gesetzliche, richterliche Behörden zur Lösung dieser Schäden geschaffen werden, nur durch die größere Macht zur Entscheidung kommen. Damit aber ist es selbstverständlich, daß der Einzelperson und mithin konzentrierten Kraft des Unternehmers allein die zur Einzelperson zusammengefaßte Zahl der Arbeitnehmer gegenübertreten kann, um nicht von Anbeginn schon auf die Möglichkeit des Sieges verzichten zu müssen.

So kann die gewerkschaftliche Organisation zu einer Stärkung des sozialen Gedankens in dessen praktischer Auswirkung im täglichen Leben führen und damit zu einer Beseitigung von Reizursachen, die immer wieder die Veranlassung zur Unzufriedenheit und Klagen geben.

Daß es nun nicht so ist, kommt zu einem sehr großen Teil auf das Schuldbuch derjenigen, die jeder gesetzlichen Regelung sozialer Mißstände Hindernisse in den Weg zu legen verstanden oder sie mittels ihres politischen Einflusses unterbanden.

In eben dem Maße, in dem das politische Bürgertum dann die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation nicht verstand oder besser, nicht verstehen wollte, und sich zum Widerstand dagegen stemmte, nahm sich die Sozialdemokratie der umstrittenen Bewegung an. Sie schuf damit weitschauend eine feste Unterlage, die sich schon einigemal in kritischen Stunden als letzte Stütze bewährte. Freilich ging nun der innere Zweck allmählich unter, um neuen Zielen Raum zu geben. Die Sozialdemokratie dachte nie daran, die von ihr umfaßte Berufsbewegung der ursprünglichen Aufgabe zu erhalten.

In wenigen Jahrzehnten war unter ihrer kundigen Hand aus dem Hilfsmittel einer Verteidigung sozialer Menschenrechte das Instrument zur Zertrümmerung der nationalen Wirtschaft geworden. Die Interessen der Arbeiter sollten sie dabei nicht im geringsten behindern. Denn auch politisch gestattet die Anwendung wirtschaftlicher

Druckmittel, jederzeit Erpressungen auszuüben, sowie nur die nötige Gewissenlosigkeit auf der einen und dumme Schafsgeduld auf der anderen Seite in ausreichendem Maße vorhanden ist.

Etwas, das in diesem Falle beiderseits zutrifft.

Schon um die Jahrhundertwende hatte die Gewerkschaftsbewegung längst aufgehört, ihrer früheren Aufgabe zu dienen. Von Jahr zu Jahr war sie mehr und mehr in den Bannkreis sozialdemokratischer Politik geraten, um endlich nur noch als Ramme des Klassenkampfes Anwendung zu finden. Sie sollte den ganzen, mühselig aufgebauten Wirtschaftskörper durch dauernde Stöße endlich zum Einsturz bringen, um so dem Staatsbau nach Entzug seiner wirtschaftlichen Grundmauern das gleiche Schicksal leichter zufügen zu können. Die Vertretung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft kam damit immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr als wünschenswert erscheinen ließ, die sozialen und gar kulturellen Nöte der breiten Masse zu beheben, da man sonst ja Gefahr lief, diese, in ihren Wünschen befriedigt, nicht mehr als willenlose Kampftruppe ewig weiterbenützen zu können.

Solche Furcht jagte derartige, ahnungsvoll gewitterte Entwicklung den klassenkämpferischen Führern ein, daß sie endlich kurzerhand jede wirklich soziale Hebung ablehnten, ja auf das entschlossenste dagegen Stellung nahmen.

Um eine Begründung eines vermeintlich so unverständlichen Verhaltens brauchte ihnen dabei nie bange zu sein.

Indem man die Forderungen immer höher spannte, erschien die mögliche Erfüllung derselben so klein und unbedeutend, daß man der Masse jederzeit einzureden vermochte, es handle sich hierbei nur um den teuflischen Versuch, durch solch eine lächerliche Befriedigung heiligster Anrechte die Stoßkraft der Arbeiterschaft auf billige Weise zu schwächen, ja wenn möglich lahmzulegen. Bei der geringen Denkfähigkeit der breiten Masse wundere man sich nicht über den Erfolg.

Im bürgerlichen Lager war man empört über solche ersichtliche Unwahrhaftigkeit sozialdemokratischer Taktik, ohne daraus aber auch nur die geringsten Schlüsse zu ziehen für die Richtlinien eines eigenen Handelns. Gerade die Furcht der Sozialdemokratie vor jeder tatsächlichen Hebung der Arbeiterschaft aus der Tiefe ihres bisherigen kulturellen und sozialen Elends hätte zu größten Anstrengungen eben in dieser Zielrichtung führen müssen, um nach und nach den Vertretern des Klassenkampfes das Instrument aus der Hand zu winden.

Dies geschah jedoch nicht.

Statt in eigenem Angriff die gegnerische Stellung zu nehmen, ließ man sich lieber drücken und drängen, um endlich zu gänzlich unzureichenden Aushilfen zu greifen, die, weil zu spät, wirkungslos blieben; weil zu unbedeutend, auch noch leicht abzulehnen waren. So blieb in Wahrheit alles beim alten, nur die Unzufriedenheit war größer als vorher.

Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die "freie Gewerkschaft" über dem politischen Horizont und über dem Dasein des einzelnen.

Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.

Sie war es vor allem, die den Begriff der Demokratie zu einer widerlich-lächerlichen Phrase machte, die Freiheit schändete und die Brüderlichkeit in dem Satze "Und willst du nicht Genosse sein, so schlagen wir dir den Schädel ein" unsterblich verhöhnte.

So lernte ich damals diese Menschheitsfreundin kennen. Im Laufe der Jahre hat sich meine Anschauung über sie erweitert und vertieft, zu ändern brauchte ich sie nicht.

Je mehr ich Einblick in das äußere Wesen der Sozialdemokratie erhielt, um so größer wurde die Sehnsucht, den inneren Kern dieser Lehre zu erfassen.

Die offizielle Parteiliteratur konnte hierbei freilich nur wenig nützen. Sie ist, soweit es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, unrichtig in Behauptung und Beweis; soweit die politischen Ziele behandelt werden, verlogen. Dazu kam, daß ich mich von der besonders neueren rabulistischen Ausdrucksweise und der Art der Darstellung innerlich abgestoßen fühlte. Mit einem ungeheuren Aufwand von Worten unklaren Inhalts oder unverständlicher Bedeutung werden da Sätze zusammengestammelt, die ebenso geistreich sein sollen, wie sie sinnlos sind. Nur die Dekadenz unserer Großstadtbohème vermag sich in diesem Irrgarten der Vernunft wohlig zu Hause fühlen, um aus dem Mist dieses literarischen Dadaismus "inneres Erleben" herauszuklauben, unterstützt von der sprichwörtlichen Bescheidenheit eines Teiles unseres Volkes, das im persönlich Unverständlichsten immer um so tiefere Weisheit wittert.

Allein, indem ich so theoretische Unwahrheit und den Unsinn dieser Lehre abwog mit der Wirklichkeit ihrer Erscheinung, bekam ich allmählich ein klares Bild ihres inneren Wollens.

In solchen Stunden beschlichen mich trübe Ahnungen und böse Furcht. Ich sah dann eine Lehre vor mir, bestehend aus Egoismus und Haß, die nach mathematischen Gesetzen zum Siege führen kann, der Menschheit aber damit auch das Ende bringen muß.

Ich hatte ja unterdessen den Zusammenhang zwischen dieser Lehre der Zerstörung und dem Wesen eines Volkes verstehen gelernt, das mir bis dahin so gut wie unbekannt war.

Nur die Kenntnis des Judentums allein bietet den Schlüssel zum Erfassen der inneren und damit wirklichen Aufgabe der Sozialdemokratie.

Wer dieses Volk kennt, dem sinken die Schleier irriger Vorstellungen über Ziel und Sinn dieser Partei vom Auge, und aus dem Dunst und Nebel sozialer Phrasen erhebt sich grinsend die Fratze des Marxismus.

Mai 1925 Dok. 47
Anordnung

Zit. nach Werbeschreiben des Deutschen Volks-Verlages Dr. E. Boepple, München, vom Mai 1925; Nds. StA Hannover, 310 I A, Nr. 8.

In der von Herrn Alfred Rosenberg [1] herausgegebenen Halbmonatsschrift "Der Weltkampf" [2] hat die nationalsozialistische und in weiterem Sinne die gesamte völkische und nationale Bewegung eine Waffe allerersten Ranges erhalten. Sie vermittelt den besten Einblick in die grauenerregende Tätigkeit des Judentums, das in den letzten Jahrzehnten immer mehr der Weltherrschaft entgegenstrebt. "Der Weltkampf" gehört *zum unentbehrlichen Rüstzeug jedes nationalsozialistischen Führers und soll in jeder Ortsgruppe aufliegen.*

gez. Adolf Hitler

1 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der GVG, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbundes für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

2 Gegründet 1924 mit dem Untertitel: "Monatsschrift (1925: Halbmonatschrift) für die Judenfrage aller Länder", Deutscher Volks-Verlag Dr. E. Boepple, München. Ab Jahrgang 3 (1926) hatte die Zeitschrift den Titel: "Der Weltkampf. Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder". Vgl. auch Bd. II, Dok. 12.

11. Juni 1925 Dok. 48
Rede auf NSDAP-Versammlung in Plauen i. V. [1]

Vogtländischer Anzeiger vom 13.6.1925, "Adolf Hitler in Plauen" [2].

Hitler ging bei seinem Vortrag von der Begrüßung aus, die ihm als "Hochverräter" bei seinem Eintreffen in Plauen durch ein *kommunistisches Flugblatt* zuteil wurde [3], und zeigte zunächst, was nach seiner Ansicht Hochverrat ist und wo die Hochverräter in Wirklichkeit sitzen. Nach seiner Meinung war und bleibt die sogenannte *Revolution* vom 11. November 1918 *nichts anderes als vollendeter Hochverrat.*

Dann ging Hitler auf die damals dem hungernden Volke von den Führern der neuen Zeit tagtäglich an jeder Litfaßsäule und in jeder Versammlung gemachten schönen Versprechungen ein, als da waren: Brechung der Macht des internationalen Kapitals und des Militarismus, Sozialisierung, Herbeiführung des Weltfriedens und der Völkersolidarität, einer gerechten Entlohnung, Verwaltung und Justiz usw., auf das Versprechen, daß nach der Revolution kommen werde "ein Leben in *Freiheit, Schönheit* und *Würde"*. Was uns statt dessen die Revolution gebracht hat - führte Hitler aus -, das sehen und spüren wir tagtäglich am eigenen Leibe. Das Kapital steht mächtiger da denn je und das deutsche Volk ist

durch Diktate versklavt,

denn nicht mehr Politiker bestimmen heute die Geschichte der Völker, sondern ein *Konsortium von Banken.* Den *Dawesplan* nennt der Redner einen *Plan zur grandiosen Auspowerung des deutschen Volkes* und sagt dann weiter, wir haben unsere Wehrkraft zerschlagen, um den "Militarismus" zu brechen, und heute ist dieser auf der ganzen Welt stärker denn je. Deutschland hat das Vergnügen, ihn zu füttern, und am Rhein die *schwarze Schmach* als *Verkörperer der Ideen der Völkersolidarität und des Völkerbundes.* Aus der angeblichen Freiheit der Revolution wurde ein *Sklavenjoch* und das Niederdrückende ist nicht, daß dies so ist, sondern daß es *durch unsere eigene Schuld* so geworden ist. So sieht also, führt Hitler weiter aus, der *"Erfolg" der Revolution* aus. Nach außen steht Deutschland als Paria da und im Innern hat es die Sklavenhalter, und zwar wird es sie noch so lange haben, als der Geist von 1918 noch wach bleibt.

Hitler beschäftigt sich dann näher mit der

---

1 In der Festhalle auf dem Schützenplatz, von 20.45 bis 23.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 3.500 Personen teil. Anschließend hielt Hitler noch eine kurze Rede im "Prater". Vgl. Dok. 49. Beide Versammlungen bildeten den Auftakt für die NSDAP-Landesvertretertagung, die am nächsten Tag in Plauen stattfand. Vgl. Dok. 50.

2 Vgl. auch Neue Vogtländische Zeitung vom 12.6.1925, "Hitler in Plauen"; VB vom 16.6.1925, "Der Zug des Nationalsozialismus in Sachsen". Sowie Bericht des Bezirksamts Hof vom 15.6.1925; BayHStA, MInn 81576. Bericht des sächs. Innenministeriums an Polizeidirektion München vom 25.6.1925; StA München, Polizeidirektion München 6736. Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Juni 1925; StA Dresden, MdI 11126/6.

3 Die KPD hatte zu einer Protestdemonstration aufgerufen, an der etwa 500 Personen teilnahmen.

Macht des Kapitals

und erklärt, daß diese 1918 nicht einen Stoß erlitten habe, sondern erhoben und in weiteren sechs Jahren zur absoluten dominierenden Herrschaft gelangt sei. Den Kampf, den die Linksparteien gegen das Kapital seit 60 Jahren führen, bezeichnet er als einen plump aufgelegten Schwindel, in Wirklichkeit bewirkte dieser Kampf die *Zertrümmerung der nationalen Wirtschaft* und ihre *Aufsaugung durch das internationale Kapital.* In diesem Zusammenhang weist er auf die *Umstellung der Reichsbahn* hin, bei der heute im Gegensatz zu früher nur gefragt würde, was wirft sie ab und was kann herausgepreßt werden zugunsten der ausländischen Bankherren [4].

Bei der Besprechung des internationalen Gedankens erklärt der Redner, daß es in Wirklichkeit *gar nichts Internationales* auf der Welt gebe, weder in Kunst noch in Musik noch auf dem Gebiete der Staatskunst. Jeder große Mann erscheint um so größer, je mehr er den *Stempel seines Volkstums trägt.* Nur ein Bismarck konnte das Deutsche Reich begründen, und deshalb ist es auch kein Zufall, daß *Machiavelli* ein *Italiener* und *Friedrich der Große ein Deutscher* war. Werke wie die Pyramiden und die großen Dombauten der Gotik, die Werke der großen Tonsetzer u. a. m. bezeichnet er in diesem Zusammenhang als den Ausdruck der schöpferischen Kraft eines Volkstums.

Ausführlich wendet sich dann Hitler der Frage zu

Produktivkapital und Leihkapital,

deutsches Volkstum und Judentum.

An Hand von Beispielen und Einzelausführungen bezeichnete er Leihkapital und Judentum als verheerende und zerstörende und deutsches Volkstum als Produktivkapital, als schöpferische und aufbauende Elemente. Der jüdische Geist ist nach ihm der des Mephisto, der des Verneinens und Zerstörens. Diese geschilderten Gefahren werden zur Folge haben, daß die Völker eines Tages aufwachen und diese Zusammenhänge sowie den überwuchernden Einfluß des Judentums und die verhängnisvolle *politische Tätigkeit der Juden* klar erkennen. Bei der Darlegung dieser seiner Gedankengänge wendet er sich der Charakterisierung des *liberal-demokratischen Systems* sowie des *Mittels des*

Klassenkampfes und der Klassenspaltung

zu. Dabei bezeichnet er den *Marxismus* als Waffe zur *Zertrümmerung der nationalen Wirtschaft* und zur Aufrichtung der Herrschaft des Leihkapitals.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellt Hitler die Frage: Kann ein Volk auf die Dauer das heutige schwere Schicksal ertragen? Auf die verneinende Antwort hin betont er die Schwierigkeit, ein Volk zu neuem nationalen Leben und zur nationalen Freiheit zu führen, in dem 18 Millionen international eingestellt seien. Nach seiner Meinung wird jene Aufgabe von den heutigen Parteien nicht gelöst werden.

Einen Höhepunkt von Hitlers Rede bedeutete es, als er gegenüber diesem gravierenden Punkt die

4 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawesplans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Mrd. Goldmark Reparations-Schuldverschreibungen belastet worden.

Schicksalsgemeinschaft im Schützengraben
betonte, die er bekanntlich als einfacher Musketier durch 4 1/2 Jahre miterlebt hat. Jeder, sagt er, hat damals zum Schluß begriffen, daß das *Vaterland etwas Unersetzliches ist,* und angesichts dieses Erlebens ist Hitler der festen Zuversicht, daß, wenn die letzte Prüfung kommen sollte, es in Deutschland nur noch *Deutsche* gibt, und nichts anderes. *Die Verachtung des Auslandes* und die *Knechtung der Feinde* werde diese *Gemeinschaft erzwingen.* Nicht die Waffe kann Deutschland frei machen, sondern allein der *Wille* ist die Kraft, die den Völkern die Freiheit zu geben vermag. Was uns nottut, ist, unser deutsches Volk nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich *zu einigen*, das deutsche Volk mit einer *neuen Weltanschauung* zu durchsetzen. Diese neue Weltanschauung muß wirken wie ein neues Evangelium. *Drei Punkte stellt Hitler als Leitsterne* auf:

1. Wir glauben wieder an den *Wert der Persönlichkeit*, und diese selbst hat ihre Grundlage im Volkstum, in der Rasse.

2. *National und sozial* sind zwei identische Begriffe. Kein *Sozialismus* ohne glühende Liebe zu unserem Volke, kein *Nationalismus* ohne die Sehnsucht nach unbedingter sozialer Gerechtigkeit.

3. Sorge für die *Gesundung des Volkes* in all seinen Schichten an Leib und Seele. Nur ein *gesundes Volk* kann die *Freiheit* wieder erringen.

In der Begründung dieser drei Fragen, insbesondere der zweiten, und in der Zeichnung des Weges, auf dem diese Reform an Haupt und Gliedern durchgeführt werden müsse, darf man wohl das Glaubensbekenntnis Hitlers an das deutsche Volk erblicken. Hitler ist kein Mann der Schwäche, und darum betonte er, daß bei diesem Kampf der Erneuerung alles *Schwächliche abgestreift werden muß.* Nach dieser unserer Weltanschauung, sagt er, gibt es auf dieser Welt *kein Recht außer der eigenen Kraft,* und weiter: Die Völker haben noch nie durch Arbeit oder Ruhe und Ordnung sich die Freiheit erkämpft, sondern nur durch Hervorbringen eines *unbändigen Willens zur Freiheit.*

Die Aufgaben der nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung
in diesem Kampfe erblickt Hitler nicht darin, *die* national zu machen, die es schon sind, sondern das nationale Gefühl in den *breiten Massen zu erwecken* und den Glauben an das Recht am Leben, auf daß sie sich eines Tages wieder nehmen, was ihnen heute verweigert wird.

Hitler geht dann auf die Erläuterung des *nationalsozialistischen Programms* über und erwähnt dabei an erster Stelle die *Wiederherstellung des Staatsbürgerrechts, Festlegung der sozialen Rechte und Pflichten und Kampf gegen das internationale Börsen- und Leihkapital.* Als obersten Grundsatz bei der Durchführung dieses Programms betont er den Einsatz der eigenen Persönlichkeit und die Ausrottung der Feigheit. Aus der Vertretung dieser Punkte resultiert nach ihm nicht zuletzt die Entwicklung, die die nationalsozialistische Bewegung allen Unterdrückungen und Anfeindungen zum Trotz genommen hat und nach seiner Überzeugung wieder nehmen wird. In bezug auf die *Ereignisse des Novembers* 1923 sagt Hitler: Wir mögen tausendmal falsch gehandelt haben, aber in einer Zeit, da alles sich feige drückte, hatten wir den Mut zum Handeln. Wir haben versucht, das Schicksal zu wenden, das Schicksal hat anders bestimmt. Wenn uns die Kommuni-

sten Hochverräter nennen, so dürfen wir doch die Überzeugung haben: Unser "Hochverrat" sollte dem deutschen *Volk und Reich die Freiheit* bringen! Was uns mit Gewalt nicht gelungen ist, ist der friedlichen Entwicklung gelungen: Das deutsche Volk hat wieder einen *Reichspräsidenten* an der Spitze, der ein echter deutscher Mann ist. An diesem Erfolg hat auch die nationale Welle Anteil, die durch jene November-Ereignisse in Fluß gebracht worden ist.

In seinen letzten Ausführungen faßt Hitler sein nationales Wollen und das der nationalsozialistischen Bewegung in folgende Worte zusammen:

Wir erblicken unsere Aufgabe darin, das Volk wieder national zu machen und gerade heute das Banner des Glaubens an das Vaterland wieder höher zu pflanzen. Wir glauben an die Zukunft und die Wiederauferstehung des deutschen Vaterlandes und wollen dafür eintreten. [5]

11. Juni 1925 Dok. 49
Rede auf NSDAP-Versammlung in Plauen i. V. [1]

Vogtländischer Anzeiger vom 13.6.1925, "Adolf Hitler in Plauen" [2].

[*Hitler*] sprach etwa 1/2 Stunde und führte ungefähr folgendes aus: Der Vorredner habe in seiner Rede ein Bild des Jammers und des Elends gezeigt. Die Entente-Note zur Entwaffnung [3], deren Bedeutung wohl jedem klar geworden sei, werde nicht die letzte sein; sie sei nur ein neuer Meilenstein am Wege unserer Schmach und Schande. Nur einem Volke, in dem man nicht mehr die Kraft, den Willen zur Freiheit sieht, kann man so etwas zufügen. Wir haben jetzt einen *nationalen Reichspräsidenten.* Zu ihm gehört ein *nationales Volk.* Die größte Aufgabe der Nationalsozialisten sei,

das Volk wieder zum Nationalismus zurückzuführen.

Unsere Bewegung muß den Weg des Extremen gehen. *Weltgeschichte* ist nicht durch Halbheiten gemacht worden. Unsere Bewegung, aus dem Nichts begonnen, ist groß ge-

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im "Prater", nach 23.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teil. Hauptredner war bis zum Eintreffen Hitlers, der zuvor in der Festhalle auf dem Schützenplatz gesprochen hatte, Rudolf Buttmann. Vgl. Dok. 48.

2 Vgl. auch Neue Vogtländische Zeitung vom 12.6.1925, "Hitler in Plauen"; VB vom 16.6.1925, "Der Zug des Nationalsozialismus in Sachsen". Sowie Bericht des Bezirksamts Hof vom 15.6.1925; BayHStA, MInn 81576. Bericht des sächs. Innenministeriums an Polizeidirektion München vom 25.6.1925; StA München, Polizeidirektion München 6736. Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Juni 1925; StA Dresden, MdI 11126/6.

3 Zur Entwaffnungsnote der alliierten Botschafterkonferenz vom 4.6.1925, die zahlreiche Verstöße gegen die Friedensvertragsbestimmungen feststellte und die Räumung der Kölner Zone von deren Beseitigung abhängig machte, vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, S. 300 ff.

worden, trotzdem sie erst totgeschwiegen, dann verlacht, verspottet und schließlich verfolgt wurde. Den Kampf habe ich in meinem Leben noch nicht gefürchtet, und der Kampf hat uns groß gemacht. Wir sind überzeugt, daß die Wahrheit siegt. Wir sehen unserer Zukunft mit Vertrauen entgegen. Unsere Bewegung soll Menschen heranziehen, die bereit sind, *für ihr Ideal rücksichtslos einzutreten* bis zum letzten. Ich glaube nicht daran, daß ein Volk von Führern emporgeführt wird, die nicht selbst persönlichen Mut haben. Unsere Bewegung hat sich an die breiten Massen zu wenden, sie hat Männer zu erziehen, die heute im deutschen Volke selten geworden sind. - Ein Volk, das sich selbst aufgibt, hat kein Recht zum Leben. Die Welt ist da für die Starken, nicht für die Schwachen!

Hitler schloß seine wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochenen Worte mit dem Satze:

Wir können in unseren Reihen nur deutsche Volksgenossen brauchen, die für die Wiedergewinnung der deutschen Nation fechten. [4]

12. Juni 1925 — Dok. 50
Rede auf NSDAP-Führertagung in Plauen i. V. [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D., mit Vermerk "Abschrift"; BA, NS 26/54 [2].

Werte Parteigenossen!

Ich möchte eine ganz kurze Darstellung dessen geben, was wir unter Organisation verstehen und wie wir das Wesen einer Organisation auffassen.

Zunächst prinzipiell: Das Wort Organisation soll identisch sein mit Organismus, d. h. ein wirklich lebendiger Körper. Nicht gleichbedeutend mit Mechanismus! Die *großen* organischen Gebilde stellen in ihrer *Vollendung* allerdings einen bis ins kleinste geregelten Mechanismus dar. Die *allmählich* gebildeten Organismen sind die festesten und größten. Zunächst:

1. *Die Sozialdemokratische Partei.* Die SPD ist nicht von heute auf morgen entstanden. Wer sie studieren will, muß ihren Entwicklungsgang studieren, wie [*sie*] aus kleinen Arbeitervereinen entstand, wie sie sich außerordentlich logisch und zweckmäßig aufbaute!

---

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im "Prater", vormittags. Die Landesvertretertagung, an der laut Polizeibericht etwa 180 Delegierte aus Sachsen teilnahmen, tagte von 10.00 bis 17.00 Uhr. Hitler verließ die Versammlung gegen 13.00 Uhr.

2 Vgl. auch Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Juni 1925; StA Dresden, MdI 11126/6. Bericht des Bezirkamts Hof vom 15.6.1925; BayHStA, MInn 81576. Bericht des sächs. Innenministeriums an Polizeidirektion München vom 25.6.1925; StA München, Polizeidirektion München 6736.

Jetzt hat sie 15.000 Angestellte. Schon der Selbsterhaltungstrieb dieses Beamtenapparates ist eine Garantie für ihr Fortbestehen.

2. Das Gleiche sehen wir im *preußischen* Heere. Auch hier ist der Entwicklungsgang außerordentlich langsam. Was wir und alle Welt am preußischen Heere bewunderten, ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung. Es hielt bestimmte Richtlinien ein: es baute sich einen Offiziersapparat auf. Darin erhielt es einen Garanten für die Zukunft.

3. *Die katholische Kirche*: Schritt für Schritt entwickelte sie sich. Das Schlußgebilde ist ein grandioser Mechanismus. Es gibt viele unter uns, die, geblendet von dieser Entwicklung, glauben, auf dem Wege einer gewöhnlichen Kopie etwas ähnliches Großes zu erreichen.

Wer organisieren will, muß wissen: Organisieren heißt: nur der Zweckmäßigkeit dienen. Die praktischste und zweckmäßigste Art ist die richtigste. Die Organisation ist *Mittel* zum *Zweck*, *nicht* Zweck selbst! Je mehr sie Mittel zum Zweck ist, desto mehr dient sie der Sache. Je mehr sie Selbstzweck ist, desto mehr tritt die Idee in den Hintergrund. Z. B. in der Geschichte der katholischen Kirche: die Religion trat in den Hintergrund und die rein kirchlichen Formen in den Vordergrund.

Was uns bewegt, ist: nicht eine Organisation zu schaffen, sondern den Ideenkreis umzustellen. Unser gesamtes staatliches Leben ist eingestellt auf die Negierung der Rasse, z. B. in der Erziehung. Lehrstühle für Rassenkunde an den Hochschulen bestehen so gut wie noch gar nicht. Nur wenige Ausnahmen gibt es: in München z. B. Dr. Günther[3]. Zuchtgestüte für Pferde und Hunde richtet man ein: für *Tier*rassen *zeigt* der Staat Interesse. - Wir haben keine Geschichtsforschung, die die Bedeutung der Menschenrassen für die Völkerschicksale würdigt. Wir brauchen eine Geschichtsauffassung, welche die Geschichte nicht nur als eine Aneinanderreihung von Schlachten betrachtet, sondern eindringt in die rassischen Eroberungstriebe, die rassischen Urelemente. Dann kommt die neue Weltanschauung! Der Geschichtsunterricht muß hinführen auf die ursächlichen Elemente: Rasse und rassische Triebe. Dann ist die Geschichte nicht mehr eine Sammlung von ganz unbegreiflichen Dingen, sondern sie soll uns das Unbegreifliche begreiflich machen. Z. B.: Der Reichstag vor 1914 hat der Wehrmacht die größten Hindernisse in den Weg gelegt. Unbegreiflich? - Nein! Das Unerklärlichste ist *brutalste* Logik! Der Geschichtsunterricht soll endgültig das Verhältnis von Person, Volkswohl und Rasse darstellen. Der Gesamtwert liegt ausschließlich in der Idee.

Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus.

Bisher hat man geglaubt, das wären erbittertste Gegensätze, es wäre ein Widerspruch. Sozialismus ist nicht identisch mit Marxismus. Eine vollständige Umstellung findet statt. Diese Umstellung kann schon wunschgemäß schlummern in den Herzen unse-

---

3 Hans F. K. Günther (1891-1968), Rassenideologe, 1914 Dr. phil., 1919 Lehrer, lebte ab 1923 als freier Schriftsteller in Norwegen und Schweden, 1922 Verfasser von "Rassenkunde des deutschen Volkes" (14. Aufl. 1933), 1924 "Rassenkunde Europas", 1930 Berufung durch thür. Innenminister Wilhelm Frick auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Sozialanthropologie in Jena, 1935 Professor für Rassenkunde in Berlin, 1939-1945 Universität Freiburg i. Br.
Günther, dessen Schriften im Münchner Verlag J. F. Lehmann erschienen, besaß keinen Lehrauftrag an der Universität München.

rer Volksgenossen. Es gibt Hunderttausende von Menschen, die diese Ideen durch Worte verständlich machen. *Der* Redner spricht am besten, wenn jeder einzelne Zuhörer sich sagt: "Selbstverständlich, das stimmt auch!" Der Redner hat in Worte zu fassen, was der andere bloß gefühlsmäßig in sich trägt: Das gilt von allen neuen Ideen. Kühne Seehelden entdeckten neue Gebiete: *Wenn die Sehnsucht nicht den Verkörperer findet*, wird die Sehnsucht *bleiben*. Die Sehnsucht nach einer Vertiefung religiöser Verhältnisse kann in einem Volke schon Jahrhunderte und Jahrtausende schlummern. Es können Millionen Menschen unzufrieden sein: es wird *nicht* anders, wenn nicht *einer kommt*, der das *verkündet*. Ein *Martin Luther* wäre *nicht* gekommen, wenn nicht die jahrhundertelange Sehnsucht dagewesen wäre! Von der Notwendigkeit seiner Tat waren schon im voraus Millionen durchdrungen. - 31. Oktober 1517[4]: In dem Augenblick hat nun der Wunsch seinen Verkünder gefunden, und der Mann *formt nun die Weltgeschichte!*

Wenn nun eine neue Idee zum ersten Male auftritt, darf man nicht vergessen, daß sie einem *Menschen* anvertraut ist. Der Verkündiger muß sich eine kleine Schule heranziehen: (eine "Jüngerschar"), eine geschlossene Einheit! ... Das ist der Unterschied zwischen philosophischer Meinung und einem Glauben; der *Glaube* braucht ein bestimmtes Gerippe. Diesem Gerippe schließen sich die Anhänger an und sie marschieren. - Ganz anders die *philosophische Meinung*: Die Meinung wird freigegeben. Jeder kann die Idee verbessern und verschlechtern. Natürlich[*e*] Folge: Meinungsverschiedenheiten!

So sehen wir bei Ausbreitung neuer Ideen stets zwei Erscheinungsformen:

1. Den Glauben, der unerschütterlich ist, selbst wenn er mit der Wissenschaft in Zwist gerät,

2. die philosophische Meinung, die im günstigsten Falle zu Anhänger-"Schulen" kommt ... Die Philosophie ist die Wegbereiterin. Von Zeit zu Zeit springt der Glaube ein und baut ein System auf.

Wenn Sie die Idee verbreiten wollen, kann man dem einzelnen nicht freigeben, *seine* Meinung zu verkünden. Es würde nur ein Gemengsel von Mehrmeinungen sein, die nie eine Stoßkraft besitzen werden, eine kleine Gemeinschaft von Gemeinschaften, die aber niemals gestatten würde, daß die Bewegung zu einer Sturmtruppe wird, daß ein Staat wird. Nicht Schule ist sie, sondern zum Fundament einer Staatsauffassung wird sie. In der Einheit einer Bewegung liegt die Kraft! Der Glaube ist gebunden an die Richtigkeit seiner Auffassung, Wissenschaft und Forschung dagegen hält Schritt mit dem Wandel der Zeiten. Inwieweit nun eine Bewegung sich dem Wandel der Zeit anpaßt, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Eine Bewegung hat im Auge zu behalten, *die beste Idee ist wertlos, solange sie sich nicht in die Wirklichkeit umzusetzen vermag, und Wirklichkeit erfordert Macht! Jeder werde zum Soldaten der neuen Idee, der diese Idee erkämpft!* Auch in der Schlachtlinie kann jeder trotzdem eine bestimmte Überzeugung von Gefechtshandlungen haben, z. B. mancher möchte vielleicht die Feuerlinie noch etwas weiter vor, ein anderer etwas zurückverlegt haben. So ist es auch in der politischen Bewegung. Nicht der einzelne kann Führer sein, *sondern Soldat der neuen Weltanschauung!*

Es ist nötig, die Einheitlichkeit der Idee zu gewährleisten: das ist der praktische Werdegang einer Idee ... Ein Mensch tritt auf und verkündet einen neuen Gedanken. Der

4 Thesenanschlag Martin Luthers.

Gedanke schlummert im Gehirn der einzelnen, aber differenziert auf Grund seiner rassischen Bestandteile. Da kommt einer, nimmt eine Mittellinie und sagt: "Das ist das Richtige!" So war es mit dem Deutsch der lutherischen Bibel. Es muß so klar sein, daß der Hörer sagt: "Es ist schon das, was wir suchen!" Der Verkünder muß Apostel gewinnen und seine Lehre weiter verbreiten.

Wann tritt nun die Notwendigkeit der Organisation in Kraft? In *dem* Augenblick, wenn es dem Verkünder nicht mehr möglich ist, mit dem einzelnen zu sprechen. Das Ideal läge darin, daß der Verkünder der Idee zu den einzelnen alles sagen könnte: Das ist nicht möglich. Nun tritt die Notwendigkeit ein, Zwischenglieder zu schaffen. Man faßt die Mitglieder in Gruppen zusammen. Voraussetzung dazu ist: Der Führer der Gruppe muß die Idee erfaßt haben. - An jede neue Bewegung tritt eine neue Gefahr heran. Es laufen Hunderttausende in Deutschland herum, die unverstanden sind: Männer, die irgendeinen Gedanken haben, der aber allein nicht die Kraft besitzt, sich durchzusetzen: z. B. Bodenreform. Nun kommt plötzlich eine neue Bewegung, eine neue Weltanschauung. In dem Augenblick kommt sofort eine zahllose Menge dieser Unverstandenen, um *ihre* Idee zu verwirklichen. Wenn sie sich einzugliedern verstehen, sind sie nützlich. Wenn sie aber glauben, ihre kleine Idee durchzusetzen zum Nachteil der großen, so schaden sie. Es würde Interessenstreit beginnen: Hat A, B oder C recht? Es gibt viele Menschen, die eine Idee genial erfassen, ohne daß ihnen die Fähigkeit gegeben ist, zu erkennen, welche Kraft dazu gehört, sie in die praktische Wirklichkeit umzusetzen. Je größer ihre psychologische Veranlagung, desto leichter wird ihnen dies gelingen ...

Nun wird die neue Bewegung die große Sorge haben, daß plötzlich ein fremder Geist hereinkommt, daß sich ein fremder Geist festfrißt. -

Es ist dann erst recht nötig, daß die Stelle, die diese Idee verkörpert, die Autorität der Gründer hat. Die Einheit einer Bewegung liegt *ideell* in der Idee, *praktisch* in der *Autorität einer Zentrale.* Beispiel: eine Religion. Trennen Sie den ideenmäßigen Inhalt von der kirchlichen Form und Oberspitze! Ohne Zweifel ist das Ideelle das Wertvollere. Nehmen Sie aber an, daß dieses Mittel ausgeschaltet wird - in dem Augenblick zerflattert die Idee. Wenn Sie sagen: kirchenloses freies Christentum - sofort sind zehntausend Formen da. Über jeden einzelnen Begriff kann man sich tausend Meinungen bilden. Jede einzelne philosophische Natur wird nicht zufrieden sein und neue Formen suchen. Aber das Wesen des Glaubens geht dadurch nicht verloren: Das Ganze löst sich in einzelne Meinungen auf. Wohl ist die Idee das Wertvollste und Fundamentale, *aber die Einheit der Idee wird garantiert durch die Einheit der Organisation und Anerkennung einer Autorität.*

Die Menschen sind andere Menschen. Alles menschliche Schaffen hat Vorzüge und Nachteile. *Wir sind zerrissen im Blut*, deshalb auch in den Meinungen. Wie ist es möglich, daß gerade bei uns die Einheit schwer herzustellen ist? Es ist die Folge der blutsmäßigen Zerissenheit. Der Mangel an Herdentrieb schädigt uns so sehr! Wenn es donnert, steht der Engländer da als eine Rasse. Sowie es in Deutschland donnert, pflegen bei uns sich die Urinstinkte und blutsmäßigen Zusammensetzungen zu regen.

Es ist *schwer*, einem Volke eine neue Idee zu verkünden. Es ist kein Zufall, daß in Deutschland erst *der* Staat eine bestimmte Macht repräsentierte, der brutal hineingriff

und sich durchsetzte und dem einzelnen nicht zuviel Macht gab zu philosophischen Experimenten. Vieles, was dem Ausländer selbstverständlich erscheint, muß unserem Volke erst mühsam anerzogen werden. *Der Drill ist für uns der Ersatz für die mangelnde blutsmäßige Einstellung!* Nur so kam der Mann in Reih und Glied. Das gilt auch politisch. Es ist nötig, daß unsere Idee eine Macht wird, wenn sie den Kampf aufnehmen soll gegenüber den Ideen. - Es muß in einer Idee eine Spitze sein, wenn sie nicht versagen soll. Sollen wir eine wissenschaftliche Schule aufrichten für die deutsche Nation, dann brauchen wir keine gemeinsame Spitze, sondern nur einen Lehrstuhl und die Wissenschaft ist frei. Wollen wir aber einen Machtfaktor schaffen, dann brauchen wir Einheit, Autorität und Drill. *Wir dürfen uns niemals leiten lassen von dem Gedanken, etwa ein Heer von Politikern zu schaffen, sondern ein Heer von Soldaten der neuen Weltanschauung.* Unser Fall: Ein Mann bringt eine Idee zum Durchbruch. Sie wächst. Es ist nun dafür Sorge zu tragen, daß die Einheitlichkeit bleibt, damit die Bewegung wirklich eines Tages in der Lage ist, den Staat umzustellen. Nun wird der Führer die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß in der nun eintretenden notwendigen Gliederung der ursprüngliche Ideengehalt bleibt, daß absolute Einheit herrscht. Er wird deshalb zum Führer einer Ortsgruppe den besten Vertreter eines Ortes bestimmen und dessen Wahl fordern. Schreitet er zur Wahl eines Gauvertreters, so wird er nur Auswahl halten können unter den Ortsgruppenführern. Wenn endlich ein Landesleiter zu bestimmen ist, kann er ihn zwangsläufig nur aus der Mitte bewährter Gauleiter holen. So ist es in der Hierarchie und im Heere. Es kann nun ein rein organischer Fehler entstehen. Dann müssen Zwischenglieder übersprungen werden. Sie dürfen aber auch von einem Führer nicht erwarten, daß er ein Salomo ist. Wenn er den Willen hat, den heiligen Willen, seine Idee zu verwirklichen, so kann er doch nur den Koeffizienten der menschlichen Schwäche einschränken. - So muß sich eine Organisation von unten herauf ganz organisch gliedern! *Immer aber ausschließlich nach Zweckmäßigkeitsgründen!* Nicht sagen: "Da ist ein Fluß, dort ein Gebirge, folglich reicht mein Bezirk bis dahin usw." - Wir dürfen uns *nur* nach Zweckmäßigkeiten richten. Hier ist ein außerordentlich fähiger Kopf, im nächsten Kreis überhaupt keiner. Da gibt man dem Kopf den nächsten Kreis, ausschließlich darauf bedacht, daß die Bewegung wächst.

Die parlamentarische Form hat uns von der reinen Form der Bewegung abgebracht; immer aber darf dabei eines nicht vergessen werden: *Unterordnen!* - Vor drei Jahren war ich in einem Prozeß in Augsburg als Zeuge. Streit: Werkgemeinschaft [5]! Dr. Tittel[6] trennt sich - Beleidigungsprozeß. Ich konnte nicht anders: Ich mußte sagen: "Ihre Tätigkeit war eine Sprengung der Bewegung. Wo bleibt der gelobte Gehorsam?" Antwort: "Sie werden doch nicht erwarten, daß sich Augsburg München unterordnet!" Ich entgegne: "Das ist schon möglich, aber es ist auch möglich, daß dann der Führer von

5 Die Deutsche Werkgemeinschaft war im März 1921 von dem Augsburger Studienrat Otto Dickel gegründet worden.

6 Gemeint ist offensichtlich: Otto Dickel (1880-1944), Lehrer, 1904 Dr. phil., 1921 Verfasser von "Die Auferstehung des Abendlandes". Zum Konflikt mit Dickel, der am 11.7.1921 zum zeitweiligen Austritt Hitlers aus der NSDAP führte und im September mit dem Parteiausschluß Dickels endete, vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 116 ff.

Donauwörth zu Ihnen spricht: "Sie werden nicht erwarten, daß sich Donauwörth Augsburg unterordnet." Dann kommt ein Unterführer: "Sie werden doch von uns nicht erwarten, daß wir uns Donauwörth unterordnen!" usw. usw. Das ist die Auflösung dessen, was man Organisation nennt! Wir wollen ein *lebendiger* Organismus sein: Ein lebendiges Etwas, was aber nur in seiner *Form* das Leben *ermöglicht*! Organisation ist nur möglich beim Arier. Es liegt im Wesen der Organisation, daß der einzelne seine Idee zurückstellt. Ohne Zweifel wird nun in manchen Fällen an untergeordneten Stellen ein Kopf sein, der an sich richtiger denkt als die führenden Organisatoren. Das ist eben das Wesen der Organisation, daß die Wucht der Organisation um so größer ist, je mehr der Einzelwille zurückgedrängt wird. - Ein Beispiel im Heere: Nehmen Sie an: Draußen liegt die Front. Es soll ein großer Generalangriff erfolgen, für den 21.3., 9 Uhr vormittags. Ohne Zweifel kann unter dem Dutzend von Korpskommandeuren einer *sich* sagen: "Aus dem und dem Grunde ist nicht der 21., sondern der 27. der richtige Tag." - Rein praktisch kann er recht haben (kann ein "Napoleon" sein). Der Mann hat das Recht, seine Meinung zu vertreten. Aber er mag tausendmal recht haben, *so hat er doch nicht das Recht zu sagen: "Ich halte es für richtiger am 27. anzugreifen* aus heiligster Überzeugung!" - Ein Führer kann sich täuschen: Ohne Zweifel. Aber *selbst die schlechtere Anordnung führt eher zum Ziele als Handlungsfreiheit!* - Dies ist eine der Voraussetzungen, wenn unsere Bewegung überhaupt bestehen soll. Wir erreichen damit, daß wir auch politisch auf einheitlichem, prinzipiell geschlossenem Wege vorrücken.

Hier muß jeder Einzelne sich die Frage vorlegen: "Wofür kämpfe ich? Was ist das Höchste? Ist es die Person oder ist es das gemeinsame große Ziel auf Grund eines geschlossenen gemeinschaftlichen Marsches?" Wie bei der Truppe muß das Zeitmaß des Vorrückens nicht nach dem schnellsten, sondern nach dem langsamsten Marschierer bestimmt werden. Diese Frage ist in jeder Versammlung vor Augen zu halten! Dort sind auf der einen Seite Professoren, auf der anderen Proletarier. Nun sollen Sie so sprechen, daß der eine nicht gelangweilt wird, der andere auch nicht, weil es ihm zu hoch ist. Eine Rede muß daher mehr eingestellt werden nach dem, der unten steht, denn *der* soll ja gewonnen werden. Auch wenn der einzelne die Überzeugung hat: "Für mich ist das alles überlebt!" Gewiß, Freund! *Du* weißt das und kennst das. Aber es kann nur *ein* Weg gegangen werden, und nicht fünfzehn! Das gilt von einem jeden Entschluß. Es ist immer nur *eine* richtige Idee, *ein* Gedanke, der durchgedrückt werden muß!

Die mechanische Form der Organisation!

Der Aufbau darf nur erfolgen nach Zweckmäßigkeit! Da sagt mancher: "Ich sehe vor mir kein Arbeitsgebiet. Ich kann nicht arbeiten. Ich wollte diesen Gau übernehmen, habe ihn aber nicht bekommen: also bin ich brachgelegt." - Es gibt Arbeit für jeden, der arbeiten will. Die Arbeit schätzen wir grundsätzlich nach der *Art*, in der sie ein Mensch leistet: der Wert seiner Arbeit ist natürlich differenziert. Ein Erfinder ist mehr als ein Arbeiter. Aber: Die Arbeit selbst und der Wert des Menschen - der Wert des Menschen als Charaktermensch - und sein Wert für die Volksgemeinschaft werden nur ausschließlich bestimmt durch die Form, in der er der ihm zugewiesenen Arbeit nachkommt. Der Schmied, der getreulich seinen Dienst tut, der Straßenfeger, der getreulich seinen Pflichten nachkommt, sie leisten mehr für die Volksgemeinschaft als der gebügelte Tagedieb.

Fragen Sie immer: "Wie erfüllt der einzelne seine Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft?", denn nur, wenn jeder diesen Dienst erfüllt, kann die Volksgemeinschaft bestehen. *Der wertvollste Arbeiter ist für die Bewegung der, der das, was ihm obliegt, in der genauesten Weise ausführt.* Wenn ein Bauernbursche kommt und sagt: "Bernau hat 317 Einwohner: wir sind in Bernau die stärkste Bewegung, wir sind die Herren des Ortes" - dieser Bauernbursche hat seinen Teil erfüllt und ist ein wertvolles Mitglied. Das ist auch der Fall, wenn ein Gruppenführer seine Bewegung so im Schwung hält, daß er sagen kann: "Was ich tun kann, habe ich getan." Was der Bauernbursche getan hat, das ist mehr, als wenn einer ein hoher Unterführer ist und seine Organisation nicht im Schwung [*sic!*] hat.

Es gibt so viele Arbeitsgebiete, daß jeder in der Lage ist, mitzutun. Sammelt er - vorläufig als einziger im Orte - Gesinnungsfreunde, so ist er eine wertvolle Keimzelle, ein Stein, auf dem die Bewegung ruht. Wenn ich von diesem Gesichtspunkte aus die Bewegung betrachte, so muß ich sagen, daß wir nun die schwere Krise langsam überwinden müssen. Zeiten der Verfolgung sind fast nötig für die Bewegung, sie sind vielleicht die kritische Prüfung der Natur. Das Gesunde soll dem Leben geweiht werden. Die Krankheiten der Bewegung sind die Momente der Verfolgungen, sie sind nur große Reinigungsperioden. Wer in solchen Perioden flüchtet, den darf man nicht halten. Eine große Bewegung wächst nicht von heute auf morgen. Was mit einem Schwunge kommt, ist nicht das Wertvollste. Die wertvollen Kräfte sind die, welche nach reiflicher Überlegung kommen und sagen: "Das ist eigentlich, was ich die ganzen Jahre schon wollte." Wie Schuppen fällt es ihnen von den Augen; sie sind nicht mehr zum Wanken zu bringen. Was wir wollen, werden und wollen wir nicht mit Reichstagswahlen schaffen, sondern [*durch*] einen Staat, der bedingungslos zusammenhält, durch jede Verfolgung gehärtet zu Stahl! -

Die kommunistische Partei Rußlands hat nur 470.000 Mitglieder; diese beherrschen 138 Millionen. 580.000 Faschisten regieren den italienischen Staat. Das ist eine Truppe, die nicht zu zerreißen ist. Darin liegt die Kraft und die Stärke. Wenn wir 600.000 Männer hätten, die sich alle diesem einen Ziele unterordnen, so wären wir eine Macht. *600.000 Männer genügen*, um die übrigen - irrtümlicherweise in Männerhosen herumlaufenden Frauen [-] im Zaume zu halten. Ich sage nicht Weiber. Es gibt viele *Frauen*, die männlicher sind, als viele der sog. Männer. Die Bewegung darf nicht damit rechnen, daß sie jeden zu einem politischen General erzieht ... Die wissenschaftliche Erkenntnis ist schwankend und der tagtäglichen Prüfung unterworfen. Das Weib ist das *stabile Element*, denn es ist gefühlsmäßig eingestellt. Das Gefühl ist stabiler und unwandelbarer als der Verstand. Liebe und Haß sind dauernder als Wertschätzung. Glaube ist dauerhafter als Verständnis. Das Gefühlsmäßige ist das Stabile. Wem der Instinkt den Weg gewiesen hat, der verläßt ihn nicht. Das Gefühl ist dem Verstand gegenüber unangreifbar. - Im Eisenbahnzuge: Wenn Männer debattieren und der eine schlägt den anderen mit Gründen des Verstandes (die Gründe können falsch sein!), dann wird der eine stets zum Schlusse unsicher und sagt: "Sie können auch recht haben." Haben Sie es dann noch nie erlebt, daß eine Frau sagt: "Das verstehe ich nicht, ist mir auch gleichgültig; aber es ist schließlich doch so!"? Daher sage ich nie "Weiber". Sondern gerade die Frau ist in einer

jungen Bewegung wichtig. Wenn die Frauen einer Weltanschauung dienen, ziehen sie den Mann an den Ohren hinein. Z. B.: (7.-9. Jahrhundert in England!) Die Frauen waren die ersten Christen und verstanden die Bekehrung der Männer meisterhaft. - Wenn ich heute in München die alte Bewegung ansehe, so fehlt nie der alte Stamm der Frauen; der ist oft zuverlässiger als die anderen, die zufälligerweise durch die Kleiderordnung mit Hosen herumlaufen ... Aus der Verfolgung muß die Bewegung die letzten Konsequenzen ziehen. Bloß zur Theaterdekoration brauchen wir die Mitläufer nicht: Wenn es zum ersten Male donnert, saust alles durcheinander. Daher lieber bloß 200.000 Mann, und wenn es donnert, stehen dann 200.000 als Karree, Rücken an Rücken, Brust nach außen. So muß ich also erst dann die Bewegung als zweckmäßig ansehen, wenn sie nicht künstlich aufgetrieben wird, sondern natürlich sich entwickelt, und jeder sich seiner Zentrale unterordnet. Nur so können wir eine Schlagkraft erhalten. Wir sind nicht ein Verein, in dem jeder tut, was er will. In einem solchen Verein werden Sie mich nie als Führer sehen. In *einem* täusche ich mich nicht: Wenn auch das größte Genie der Führer eines solchen Vereins wäre, er könnte auch nichts machen.

Und nun einige praktische Fragen:

Eine neue zentrale Geschäftsstelle wird in diesen Tagen fertig sein (Hitlers Sekretär erklärt auf Befragen: ist fertig). 8 oder 9 Zimmer; Schalterraum. München: Schellingstraße 50; das ganze Hinterhaus.

Die Bewegung selber hat so gut wie keine Geldhilfsquellen. - Geld kommt immer erst dann, wenn der Erfolg da ist. - Wollen wir aber die Zentrale zu dem erheben, was sie sein muß, dann muß jeder Opfer bringen. Und das *ist* kein Opfer! Vergessen Sie nicht, daß eine ganze Reihe von Menschen ihr Leben gelassen haben für diese Bewegung. Dann können *wir* wenigstens eine Mark bezahlen, oder monatlich 25 Pfennig - die Führer sind auch bereit, Opfer zu bringen, und setzen sich ein - das sind wir der Bewegung schuldig, ob ihrer Vergangenheit. Von allen bürgerlichen Parteien kann keine das Heldentum aufweisen wie wir. Die Zentrale hat aus dem Nichts heraus eine Zeitung geschaffen: diese Zeitung ist sichergestellt. Kein Pfennig Zuschuß nach 9 Monaten [7]! Sorgen Sie dafür, daß sie immer mehr verbreitet wird! Sie erscheint bis auf weiteres zu 4 Seiten; Sonnabends ist sie 6 Seiten stark. Sie soll auch vorläufig nicht stärker werden, sondern wollen wir darauf hinarbeiten, daß sie immer billiger wird. Der Stückpreis soll auf 15 Pfg., dann auf 10 Pfg. erniedrigt werden. Bei genügender Bezieherzahl eine Massenzeitung für 5 Pfg.! Das muß unser Ziel sein, das müssen wir auch erreichen!

Warum wir *gerade in München* eine Zentralgeschäftsstelle aufmachen? Man wendet dagegen ein: "Dort in Bayern ist die Bewegung rückläufig." Das ist aber falsch; wenn die Zeit der Verfolgung uns zum Weichen bringen würde, dann würde man uns als abgetan betrachten. Wir dürfen nicht dem Standpunkt huldigen: "Wenn es hier nicht glückt, haben wir vielleicht anderswo mehr Glück." *Wenn* ich *vor* dem Redeverbot die Absicht gehabt *hätte*, die Zentrale woandershin zu verlegen: das Verbot hätte mich veranlaßt, *nun erst recht* München *nicht* zu verlassen. Der Kampf an einer Stelle ist nicht der Grund, die Stelle zu meiden! Wenn sie mich einmal los haben, in zwei Monaten würden sie mir das

7 Muß heißen: 3 Monate. Die erste Ausgabe des wiedergegründeten VB erschien als Sondernummer am 26.2.1925.

Reden woanders verbieten. Sie können uns zehnmal verbieten! Wir können nicht ihretwegen von unserer Überzeugung abrücken. Das gilt auch von der Zentrale. Es ist schwer gewesen, dem Orte *die* Bedeutung zu geben, daß er von einem Teile der Bewegung als Mittelpunkt anerkannt wird. Die politische Bedeutung eines Ortes kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Rom - Mekka - Moskau! Jeder der drei Orte verkörpert eine Weltanschauung. *Bleiben wir bei der Stadt, die die ersten Blutopfer unserer Bewegung sah: sie muß das Moskau unserer Bewegung werden!* Der ideelle Wert liegt in München, wie er für den D.E.V. [8] in Hamburg liegt.

Für uns gibt es keine Grenzpfähle. Wir bekunden vor aller Welt: Hier sind 6 Millionen Menschen (Sudetendeutsche), die wollen zu Deutschland; im ganzen 18 Millionen (Deutsche der früheren Österreich-Ungarischen Monarchie) haben sich zur deutschen Republik bekannt [9]. Wenn alle Parteien sich um alles, aber nicht um die 18 Millionen kümmern: *wir sind die einzigen Verkünder ihres Rechtes.* Die Unterdrückten müssen in uns den Wegweiser sehen zum wahren deutschen Reich. - München liegt den deutschen Brüdern in Österreich räumlich näher als irgendein Ort und bildet für die Anschlußbewegung den ideellen Mittelpunkt. - Sie sehen in der deutschen Staatsbürgerschaft noch die letzte Anerkennung ihrer blutsmäßigen Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum. Grenzpfähle können nur gesetzt werden *beim letzten deutschen Dorf.* Wir erkennen in der geschichtlichen Entwicklung unserer Tage (Versailles!): Aus börsenmäßigen Gründen werden Nationen zerrissen ... Was gleich denkt und fühlt, gleiche Kunst und Musik verehrt, gleiche Muttersprache spricht, gleiche Geistesgrößen und gleiche Schlachten sein eigen nennt, *das gehört zusammen.* Also auch von *diesem* Gesichtspunkt aus ist die Wahl dieser Stadt richtig. Wenn man mich heute am Sprechen verhindert, kommt mir das vor wie ein Buch, das man erst konfisziert und dann doch freigibt (Solche Bücher werden am meisten gelesen). *Bei mir hat sich nur die Stimme erholt. Für mich ist es eine hohe Ehre, daß in dem Lande, wo jeder Schuft, jeder Verräter und Schieber reden darf, ich als einziger nicht reden darf.* Ich bin erst 36 Jahre alt: *es geht doch nicht gut an, mir noch 30 Jahre lang den Mund zu verbieten.* Einmal muß man mich *doch* wieder reden lassen ... Und meine lieben Gegner wissen: Wenn ich dann 20 Versammlungen halte, werden 20 Säle voll; sie haben ihren Zweck dann *nicht* erreicht. Im Gegenteil: Die Herren haben mich selten gemacht.

Ich bitte nun am Schlusse meiner heutigen Ausführungen zu bedenken: Ich wollte nur die ganz großen Gesichtspunkte zeigen. Führen Sie sich diese nochmals vor Augen, prü-

---

8 Gemeint ist vermutlich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) mit Sitz in Hamburg.

9 In der gesamten Tschechoslowakei lebten nach der Volkszählung von 1921 3,21 Millionen Deutsche; die Republik Österreich zählte 1923 6,53 Millionen Einwohner. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18.
Die am 12.11.1918 von der Österreichischen Nationalversammlung verabschiedete Verfassung hatte "Deutschösterreich" zu einem "Bestandteil der Deutschen Republik" erklärt. Der vorgesehene Anschluß an das Deutsche Reich wurde jedoch von den Siegermächten im Friedensvertrag von Saint Germain, den die Nationalversammlung am 10.9.1919 nur unter Protest annahm, in Art. 88 untersagt. Die Unabhängigkeit Österreichs und die Unantastbarkeit seiner Grenzen wurde auch in Art. 80 des Versailler Vertrages festgeschrieben. Vgl. Alfred D. Low, The Anschluß Movement 1918-1919 and the Paris Peace Conference, Philadelphia 1974.

fen Sie sich selbst! Und erst nach dieser Prüfung treten Sie an Ihre Einzelbetrachtungen heran! Die ganz großen Marschlinien sind für Sie maßgebend, auch wenn Sie im einzelnen einer anderen Meinung sind!

Ich glaube, eine Bewegung, die trotz aller Verfolgungen bestehen bleibt, eine solche Bewegung kann gar nicht untergehen, wenn sie sich nicht selbst entfernt von den Voraussetzungen der Stärke: das ist *die bedingungslose Einheit!*

Schlußwort (1/2 Stunde später)

Meine Herren!

Ich danke Ihnen, daß Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, hier zu sprechen. Ich bitte, immer die ganz großen Gesichtspunkte sich vor Augen zu halten. *Man verfällt leicht durch die Heftigkeit auf einen Boden, der uns dann nicht mehr gestattet, das Größere zu sehen.* Vergessen Sie in solchen Fällen Ihre Person, Ihren Bezirk und Gau und bedenken Sie nur das eine: Das ist eine Bewegung, die über ganz Deutschland verbreitet werden muß: sie hat eine Leitung, die über der ganzen Bewegung stehen muß. Erwarten Sie nicht, daß ich mich in kleine Detailstreitigkeiten mische. Zu mir [*kann*] jeder das Vertrauen hegen, daß ich mich in meinen Entschlüssen nur leiten lasse von dem Gesichtspunkte: "Wie kann die Bewegung Nutzen daraus ziehen?['] ... In München waren Todfeinde (in der Bewegung). Nur im Gerichtssaal wollten sie einander gegenüberstehen. Noch vor 5 Monaten standen sie sich mit der Pistole in der Hand gegenüber. Nun arbeitet jeder wieder an seinem Platz. Nur auf Grund seines Wertes für die Bewegung wird jeder geschätzt. Nicht Sympathie für diesen oder jenen Mann ist bei mir ausschlaggebend. - Nur so kann ich überhaupt Stellung nehmen. Ich kann nicht jedem ins Herz hineinsehen. In Zweifelsfällen stets fragen: *"Was scheint mir am meisten der Bewegung nützlich zu sein?"* Versetzen Sie sich in meine Lage. Auch ich kann mich einmal irren. Das alles liegt in der Natur des Menschen, der aus Fleisch und Blut zusammengesetzt ist. Er ist nicht unirrbar. [*Wenn*] Sie wie Sie dies in Rechnung ziehen und die Größe der Bewegung auf der anderen Seite betrachten, werden Sie Ihre Entscheidungen richtig treffen. Dann wird vor allem der eine den anderen mehr schätzen lernen; scheinbar heterogene Naturen ergänzen sich. Es gibt wenig Universalnaturen. Die Menschen sind einmal einseitig. *Die Kunst des Führers* besteht darin, daß er die einzelnen Mosaiksteine zusammensetzt, daß er die Menschen als das gegebene Material nimmt, wie sie sind, und hinsetzt, wo sie hinzusetzen sind. - Würde ich den Vollendeten suchen, der keine harte Kante besitzt, so würde ich wie Diogenes mit der Laterne herumlaufen und kaum 10 Anhänger finden. Die Menschen sind eben differenziert in Wissen und Können. Der Führerstandpunkt muß sein: Man kann nicht das Vollendete bekommen, sondern muß auch über Unzulänglichkeiten hinwegsehen und den Menschen - wie einen Baustein - so lange drehen und wenden, bis er hineinpaßt in den Bau. Dies ist der einzige Gesichtspunkt, den ein Führer sich immer vor Augen halten muß.

Glauben Sie vor allem eins: Was immer ich tue, so geschieht es doch nach meinem besten Wissen und Gewissen. *Ich liebe die Bewegung; sie ist mein Lebenswerk!* Ich gehöre nicht zu jenen Politikern, die heute hier, morgen da arbeiten. Die Bewegung - *das* ist mein Werk. *Mit dem lebe und sterbe und falle ich!! Ich will nichts anderes mehr sein!!* Bitte unterstützen Sie mich dabei.

14. Juni 1925 Dok. 51
"Allgemeines, insbesondere Organisation" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [2]

Lagebericht W 23 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 24.6.1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1755/299.

[*Hitler*] führte u. a. aus, daß es sich heute nicht um Abstimmungen und Majoritätsbeschlüsse handeln könne, sondern um die Frage, wo Recht und Unrecht sei. Er bedauere lebhaft, daß Mergenthaler nicht erschienen sei, denn gerade wegen Mergenthaler sei er ja gekommen. Die Differenz zwischen ihm und Mergenthaler sei aber nicht "taktischer", sondern "prinzipieller" Art [3]. Wenn Einigkeit im Prinzip herrsche, so gebe es keine unlöslichen taktischen Streitfragen. Über diese sich zu einigen, sei eine organisatorische Aufgabe. Sache der Organisation sei es, zu bewirken, daß der einzelne seine Sonderwünsche zurückstelle zugunsten der großen Idee. Organisation dürfe nie Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zweck. Eine richtige Organisation solle auch nicht reiner Mechanismus sein, wie z. B. bei der Sozialdemokratie. Die einer Bewegung zugrundeliegende Idee sei das Wesentliche. Ein Volk, das eine große Idee nicht mehr aufbringe, sei zur Impotenz verurteilt. Große Männer seien nur Ausdruck und Produkt ihrer Zeit, wie z. B. Luther. Eine Idee werde, wenn sie im Volke vorhanden sei, von einem großen Manne zum allgemeinen Glauben erhoben und damit zur religiösen und politischen Macht realisiert. Als Beispiel führte Redner das Sehnen des deutschen Volkes zur [*sic!*] Freiheit während der napoleonischen Zeit an. Diese Sehnsucht habe dann Gestalt und Einheit angenommen in Bismarck. Sache des Führers sei es, einer allgemeinen Idee sozusagen die allen verständliche feste Form zu geben; dabei müsse er sich unter Umständen auf einer mittleren Linie bewegen.

Die praktische Organisation zerfalle in Führung und Unterführung, in Ortsgruppen, Untergruppen usw. bis zum Einzelindividuum herab. Dabei bestehe die Gefahr, daß der einzelne Führer seinen eigenen Ideen folge und diese, oft in bester Absicht, zu verwirklichen versuche. Theorien zu finden und aufzustellen sei leicht, schwer sei es, sie in die Praxis umzusetzen. Eine Bewegung werde durch eine gemeinsame Spitze, durch den eigentlichen Führer, durch ein Haupt zusammengehalten; man denke an den Papst in Rom. Die der Bewegung zugrundeliegende Idee müsse stark und allgemeiner Natur sein. Dies gelte in besonderem Maße von politischen Ideen. Der Führer müsse sich fra-

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Blumensaal des Charlottenhofs, von 11.30 bis 13.00 Uhr. An der geschlossenen Mitgliederversammlung, die als Vorversammlung zur außerordentlichen Landesversammlung anberaumt worden war, nahmen laut Polizeibericht etwa 140 Personen teil. Anschließend tagte, wiederum unter der Leitung von Pfarrer Karl Steger, die Landesversammlung, an der Hitler nicht mehr teilnahm.

3 Auf Initiative Christian Mergenthalers, der während des NSDAP-Verbots die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung in Württemberg geführt hatte, hatte die Landesversammlung am 1.3.1925 mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der Hitler aufgefordert wurde, in der Frage der Bekämpfung des Ultramontanismus eine klare Stellung zu beziehen. Zugleich war die Ortsgruppe Stuttgart, die sich vorbehaltlos zu Hitler bekannte, ausgeschlossen worden. Vgl. Lagebericht W 12 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 25.3.1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1754/299.

gen, wie er so sehr einen einzigen Mittelpunkt bilden könne, daß die Idee sozusagen zentralisiert bleibe. Die Idee müsse aber auch einen geographischen Mittelpunkt haben. Er erinnere an Mekka, Rom, Moskau. Fehle dieser, so drohe Zersplitterung. Die Reformation sei deshalb nicht allgemein durchgedrungen, weil dem italienischen Rom kein deutsches Rom gegenübergestanden sei. Je mehr Anspruch eine neue Weltanschauung auf Allgemeinheit mache, desto mehr und desto stärkere Gegner erwachsen ihr.

Man spreche in Bezug auf die nationalsozialistische Bewegung im Ausland immer von der "Münchener Richtung", nie von der Berliner oder sonst einer. München dürfe nicht aufgegeben werden. Was von der Bewegung abfalle, solle gehen (starker Beifall). Der heiligste Platz sei der, an dem man am meisten gelitten habe. Ihm, dem Redner, sei oft vorgeschlagen worden, München zu verlassen. Wohl würde das Leben an einem anderen Ort für ihn vielleicht leichter sein, aber sein Weggang von München würde das Ende der Bewegung bedeuten. Eben weil er und seine Anhänger in München bedroht seien, gingen sie von dort nicht fort. Solle eine Idee zum Siege geführt werden, dann müsse man auch alles an ihre Durchführung setzen. Märtyrer, wie sie die christliche Kirche so vielfach aufzuweisen habe, helfen mächtig zur Stärkung und Ausbreitung einer Bewegung. Auch die Nationalsozialisten haben seit dem 9. November 1923 Märtyrer in ihren Reihen. [...] [4]

Das von ihm vertretene Prinzip der Organisation mit Hintansetzung des eigenen Ichs sei unarisch [5]. Der Jude organisiere nie sich selbst, sondern immer nur andere, die er dann beherrsche. Selbst ein nicht ganz richtiger Entschluß müsse mit äußerster Energie bis zur Brutalität durchgeführt werden; das sei weit besser, als wichtige Entscheidungen den einzelnen zu überlassen. Ein einziger Gedanke müsse gemeinsam in der Organisation durchgeführt werden. Er, Hitler, geize [*sic!*] nicht nach Parlamentsmandaten, er kämpfe für seine Sache außerhalb des Parlaments. Der Kampf um die nationalsozialistische Idee könne Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte dauern.

Hitler ging dann auf den heutigen Geschichtsunterricht über, der von falschen Grundgedanken ausgehe. Der Geschichtsunterricht müsse aufgebaut werden auf dem Grund der Rassenkunde. Der Staat solle nicht nur für die Züchtung von Rasse-Pferden und -Vieh sorgen, sondern für eine gute Menschenrasse.

Das Christentum habe gesiegt nicht nur durch seine Idee, sondern auch durch die grandiose Form seines Zusammenarbeitens. Der Sozialdemokratie sei es gelungen, das festgefügte deutsche Reich zu stürzen, weil sie eine starke, einheitliche Organisation gewesen sei. Das Wesentliche sei, daß einer unbeirrt die Fahne hochhalte. Hitler fuhr dann wörtlich fort: "Ich bin der Fahnenträger der Bewegung, nicht nur symbolisch, sondern tatsächlich. Ich zweifle, ob heute einer da ist, der die Bewegung fester zusammenhalten kann als ich, und ich hoffe und glaube, daß der alte Zusammenschluß wieder

4 "Hier wurde Hitler in seiner Rede unterbrochen. Die Saaltür wurde aufgerissen, es entstand im Saal und außerhalb desselben Lärm, man rief: 'Wir wollen in den Saal.' Hitler bemerkte, wer sich nicht durch Einlaßkarten ausweisen könne, müsse den Saal verlassen. Der Vorsitzende erklärte, der Saal werde auf 5 Minuten geräumt, es habe jedermann hinauszugehen und beim Wiederbetreten des Saales seine Karte vorzuweisen. Den Anordnungen des Vorsitzenden wurde Folge geleistet. Dann fuhr Hitler in seinen Ausführungen fort."

5 Gemeint ist wohl: arisch bzw. unjüdisch.

kommen wird." Was der Bewegung an Zahl und Mitteln fehle, müsse sie durch Festigkeit und Eifer ersetzen. Er werfe die Fahne nicht hin und werde nicht morgen ein Deutschnationaler werden. Die Bewegung sei sein Lebenswerk, und er werde mit ihr stehen und fallen und, wenn es nötig sei, willig sein Leben für sie opfern. Aber dafür verlange er auch, daß die Unterführer sich ihm unterordnen. Die Männer aus der Werkstatt müssen für die Bewegung gewonnen werden, man müsse das Volk, die unteren Klassen, zu sich herziehen, dann werde die Idee des Nationalsozialismus, die eine neue Weltanschauung bedeute, am raschesten den Sieg erringen. [6]

25. Juni 1925 — Dok. 52
"Aufruf an alle Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 27.6.1925.

Die Bewegung ist seit einigen Tagen im Besitze einer eigenen Geschäftsstelle [1]. Dadurch ist die Geschäftsleitung nunmehr in der Lage, die durch den Verkehr mit den sämtlichen auswärtigen Ortsgruppen entstehende Arbeit zu bewältigen.

Ich fordere daher alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich zur N.S.D.A.P. bekennen - soweit sie nicht neuerdings bei der Zentrale in München durch Anmeldeschein angemeldet sind - auf, sich sofort wegen Aufnahme mit der Geschäftsstelle in München, Schellingstraße 50, in Verbindung zu setzen.

Mitglied der N.S.D.A.P. ist nur, wer die im Jahre 1925 in München ausgestellte Mitgliedskarte in Händen hat.

München, den 25. Juni 1925

Adolf Hitler

6 Folgt Bericht über den Ablauf der anschließenden Landesversammlung, die einen Anschluß an die neugegründete NSDAP ablehnte. Noch am Abend des 14.6.1925 beauftragte Hitler Eugen Munder, den Führer der Stuttgarter Ortsgruppe, mit der Neuorganisation der NSDAP in Württemberg. Aus dem alten Landesverband unter Mergenthaler ging die Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung (NSDFB) hervor, die der DVFP nahestand. Im Juni 1927 trat Mergenthaler mit seinem Anhang der NSDAP bei. Vgl. Bd. II, Dok. 145.

1 Als vorläufige Geschäftsstelle hatte seit der Neugründung der Parteiverlag Franz Eher Nachf. in der Thierschstraße 15 gedient. Die Räume für die neue Geschäftsstelle in der Schellingstraße 50 stellte Heinrich Hoffmann zur Verfügung, der im selben Hinterhaus sein Fotoatelier besaß. Vgl. Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938, S. 79 f.

28. Juni 1925 Dok. 53
Erklärung

The Nation (New York) vom 2.9.1925, "Correspondence".

To the Editor of the Nation:

SIR: In your issue of June 3 Mr. Louis Fischer [1] says that "Hitler spent six months in a palace prison and was then released".

I was in prison at Sandberg a. S. [2] thirteen months in all. A special decree on April 1, 1924, deprived me of all previous privileges. All privileges theretofore granted the prisoner were either abridged or wiped out [3]. Count Arco [4] was still benefited by these alleviations.

Uffing, June 28

Adolf Hitler

1 Louis Fischer (1896-1970), amerik. Journalist und Autor, 1917 Lehrer, 1918-1920 Freiwilliger in der brit. Armee, seit 1921 Auslandskorrespondent in Europa. Die Materialgrundlage für Fischers Artikel "Class Justice in Germany" bildete die Untersuchung von Emil Julius Gumbel, Vier Jahre Politischer Mord, Berlin 1922.

2 Muß heißen: Landsberg a. L.

3 Am 1.4.1924 trat Hitler, nachdem er zuvor 18 Wochen in Untersuchungshaft gesessen hatte, die Verbüßung seiner Haftstrafe an. Die verhängte Festungshaft stellte die mildeste Form der gerichtlichen Freiheitsentziehung dar. Zu Hitlers Haftbedingungen vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 97 ff.; Hans Kallenbach, Mit Adolf Hitler auf Festung Landsberg, München 1933.

4 Anton Graf Arco auf Valley (1897-1945), Jurastudent, erschoß am 21.2.1919 den bayer. Ministerpräsidenten Kurt Eisner, 1920 zum Tode verurteilt, dann Umwandlung zu lebenslänglicher Haft, April 1924 Strafunterbrechung und Entlassung aus Landsberg, 1927 volle Begnadigung.

5. Juli 1925 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Führertagung in Rosenheim [1]

Lagebericht N/Nr. 34 der Polizeidirektion München vom 21.7.1925; StA München, Polizeidirektion München 6779 [2].

Hitler betonte vor allem, daß es die erste Aufgabe der Ortsgruppenführer sei, die Arbeiterschaft zu gewinnen. Seine Darlegungen in diesem Sinne deckten sich mit seiner früheren Anschauung, daß die Partei keine Doktorenpartei sein dürfe. Des weiteren legte er größtes Gewicht auf die Bildung neuer Ortsgruppen und bemerkte dabei, daß nur der Ortsgruppenführer sein könne, der Sinn und Ziel der Bewegung am tiefsten erfaßt habe, und daß aus diesen überzeugungstreuen Ortsgruppenführern wieder der tüchtigste Gauführer werden müsse. Damit brach er gleichzeitig mit dem bisherigen Prinzip, daß nur die Ortsgruppe die Einheit in der Partei sein kann. Nach seinen Ausführungen soll die Partei gegliedert sein in Bezirke, Gaue und Ortsgruppen. Ferner führte er aus, daß die Bildung einer gewählten Reichsleitung beabsichtigt sei. Über seine Anhängerschaft äußerte sich Hitler dahingehend, daß er im ehemals roten Sachsen und Thüringen jetzt mehr Anhänger habe als im nationalen Bayern und daß eine Befreiung Deutschlands durch die nationalsozialistische Bewegung von der Wasserkante kommen würde und nicht mehr von Bayern. Für die völkischen Abgeordneten stellte er die Forderung [*auf*], daß sie ihre Hauptaufgabe weniger in der Erreichung neuer Zustände, als vielmehr in der Ausmerzung der bestehenden alten und schädlichen erblicken müßten. Der Sitz der Bewegung bleibe nach wie vor München. Gerade weil sie hier am heftigsten bekämpft wird, dürfe dieser Posten nicht aufgegeben werden. Hitler kam in seinen Ausführungen auch auf die Angriffe zu sprechen, die gegen Esser und Streicher gerichtet werden, und wies sie als unbegründet zurück. Die beiden seien überzeugte Nationalsozialisten, die der Bewegung auch in schwerer Zeit treu geblieben seien. Hitler bemerkte endlich noch, daß er beabsichtige, in München ein eigenes Parteihaus zu erbauen, um die Partei auch in dieser Beziehung auf eigene Füße zu stellen. Für die Baukosten müßten sämtliche Mitglieder der Partei aufkommen, indem sie "Bausteine" kaufen. [3]

---

1 Im Saubräukeller, gegen Mittag. Die geschlossene Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 70 Ortsgruppenführer aus Oberbayern teilnahmen, wurde von Ernst Woltereck geleitet. Am Nachmittag fand eine öffentliche Kundgebung mit Julius Streicher statt, an der Hitler zeitweise anwesend war, ohne das Wort zu ergreifen.

2 Vgl. auch Rosenheimer Anzeiger vom 6.7.1925, "Hitler und Streicher in Rosenheim"; VB vom 7.7.1925, "Die Führertagung in Rosenheim". Sowie Bericht des Bezirksamts Rosenheim vom 6.7.1925; BayHStA, MInn 81580. PND-Bericht Nr. 511, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6736.

3 Folgt Bericht über den weiteren Ablauf der Versammlung, die mit einer Treuekundgebung zu Hitler schloß.

8. Juli 1925 Dok. 55
"Über die allgemeine Lage der Bewegung" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [2]

Der National-Sozialist. Mitteilungsblatt der Gauleitung Württemberg und der Ortsgruppe Stuttgart der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Nr. 2 vom Juli 1925; BayHStA, Slg. Rehse I/22-24 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Parteigenossen!

Der Zweck meines Hierseins in Stuttgart ist, einer großen Menge und zwar nicht von Delegierten, sondern von Parteigenossen die wichtigsten Grundsätze zu erläutern, die heute die Leitung der Bewegung zu einem besonderen Schritte bewegen und zwar in Württemberg.

Warum ist die NSDAP gebildet worden?

Sie wissen, daß im Jahre 1914 das Deutsche Volk in überwältigender Begeisterung in den Heldenkampf hineinzog, dessen Ausgang weder über das Schicksal der Deutschen Monarchie noch des Militarismus, sondern über die Deutsche Nation entschied. Sie wissen, daß wir diesen gewaltigen Kampf verloren haben, trotz aller Opfer. Wir endeten in einer Katastrophe.

Aus all dem Wust müssen wir herausgreifen, *daß im Deutschen Volk nur mehr ein Teil der Deutschen Nation handeln und denken will*, während der andere Teil international und weiß was noch sein will, aber nur eines nicht ist, national deutsch! 15-16, vielleicht 17 Millionen Deutsche stehen innerlich ihrem Volkstum ebenso fern gegenüber, wie sie die Entwicklung des Reiches zu Macht und Größe als nicht wesentlich betrachten und bei jeder Frage, die das Volkstum betrifft, nicht das Recht des eigenen Volkstums betonen, sondern der Umwelt mehr Rechte zugestehen und die Existenz des eigenen Volkes von der Genehmigung der Umwelt abhängig machen. Sie stellen einen Block dar, von Ultra-Linksradikal bis zum Zentrum und weit hinein bis in die Deutsche Volkspartei. *Sie finden sich zusammen in der geringen Liebe und der geringen Opferwilligkeit* und dem geringen Recht zum Existenzkampf, das sie dem eigenen Volkstum zubilligen. Das Deutsche Volk hat bei jeder Gelegenheit die Nachbarn zu fragen, ob sie gestatten daß ..., gestatten daß ...! Alle diese Menschen denken nicht darüber nach, ob das Volkstum durch ihren radikalen Standpunkt Schaden erleidet, sondern das Volkstum muß zurücktreten, damit die Doktrin durchgeführt werden kann. Sie opfern alles für ihre Idee. Diesen steht nun eine Masse von Menschen auf der anderen Seite gegenüber, die ebenso radikal national fühlen und denken und zu handeln versuchen. Auch hier ist keine Einheitlichkeit, sondern das Maß, nach dem der einzelne sich seiner Nation gegenüber

1 Titel laut Der National-Sozialist.

2 Im Bürgermuseum, von 20.30 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der Stuttgarter Ortsgruppe, an der laut Polizeibericht etwa 600 Personen, darunter zahlreiche auswärtige Parteigenossen, teilnahmen, wurde von Eugen Munder geleitet.

3 Vgl. Schwäbischer Merkur vom 10.7.1925, "Hitler in Stuttgart"; VB vom 14.7.1925, "Adolf Hitler in Württemberg". Sowie Lagebericht W 26 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 22.7.1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1755/299.

freundlich einstellt, ist verschieden. Viele sind da, die *aus Gewohnheit* nur glauben, daß sie *national* sein müssen, aber nicht wissen, was dieses National-Sein für Verpflichtungen mit sich bringt. Sie wollen national sein und werden letzten Endes einer nationalen Politik keine Widerstände in den Weg legen.

15-16 Millionen Deutsche sind bewußt international und 14-15 Millionen bewußt national! Dies bewirkt, daß bei jeder Tat, die national ausgeführt werden soll, das Bleigewicht der widerstehenden Volksmasse sich der Ausführung entgegenstellt. Die breite Masse befindet sich auf der Gegenseite!

Die innere Struktur eines Volkes ist verschieden, willensmäßig. Je höher ein Volkstum steht, desto mehr geistige Potenzen besitzt es und desto mehr tritt der reine Geist in den Vordergrund. Der Geist ist der Natur gewordene Drang zum Leben, er wird meist loser werden, je mehr sich der Mensch von der Natur entfernt. Die Gesundheit eines Volkes wird dann gegeben sein, wenn die rein geistige Spitze Zufluß erhält von unten. Das Deutsche Volk steht unter diesem Zustand. *Wir hatten Bildung und Wissen mehr als genug*; die Reichsleitung bestand vor dem Krieg aus wirklich gebildeten Köpfen, aber eines hat gefehlt, der parallele Wille! *Die brutale Willensenergie fehlte*, die das Wissen in die praktische Tat umsetzen kann. Wir gingen zugrunde, weil die reine staatsmäßige Erkenntnis sich nicht in Willenskraft und Tat umsetzen konnte. Wenn es uns nicht gelingt, diese willensmäßige Kraft, diese Brutalität der breiten Masse des Volkes zuzubringen, so wird es uns nie gelingen, die Freiheit zu erlangen. Wie der Faule nie sein Brot gewinnt, erringt der feige Mensch niemals die Freiheit! Ein gerechter Herrgott gibt dem mutigen Volke als Lohn für die Tapferkeit das Glück der irdischen Freiheit.

Die große Zukunftsfrage unseres Volkstums lautet schon von diesem Gesichtspunkt aus: Wie können wir diese willensmäßige Energie dem Deutschen Volkstum zur Verfügung stellen?! Was der Geist vermag, haben wir im November 1918 gesehen! Die Geistigkeit ging zurück, als ihr die Brutalität entgegentrat! Wir können aber auf einen Wiederaufstieg nicht rechnen, solange die breite Masse diesem Gedanken nicht gewonnen ist.

Jede Erhebung setzt die notwendige diplomatische Vorbereitung voraus, das Wiedergewinnen einer bestimmten Bündnisfähigkeit. Diese wird aber nicht nach Militär und Waffen bestimmt, sondern nach der sichtlich vorhandenen Willensenergie, die ein Volk aufbringt! Bündnisse beruhen auf gegenseitiger Nützlichkeit und nicht auf Sympathie! Man wird sich mit niemand verbünden, dessen Feigheit ersichtlich vor aller Augen liegt, von dem man im voraus weiß, daß das Bündnis keine Probe aushält. Das Ausland kennt die Schwäche, die in unserer Belastung mit 15-16 Millionen international denkender Menschen liegt! Die Majorität ist gegen eine nationale Politik! Das Deutsche Volk kann nicht als bündnisfähig angesehen werden. *Man kann sich keine Freiheitserhebung denken, welche nur von Studenten, Hochschulprofessoren und der geistigen Spitze eines Volkes getragen wird.* Freiheitskämpfe sind noch immer von monumentaler Leidenschaft gewesen. Was an Technik fehlt, hat der Wille zu ersetzen, und der liegt in der Begeisterung; er ist gefühlsmäßig da, oder er fehlt! Das war 1918 die Ursache des Zusammenbruchs und ist die Ursache unseres dauernden weiteren Zurückweichens! Sie werden zugeben, daß in diesen 6-7 Jahren seit der Revolution der Augenblick nicht eingetreten ist, daß man sa-

gen kann: Das Reich geht aufwärts! Im Gegenteil! Jede Stufe bedeutet einen Schritt nach rückwärts! Vor 6 Jahren hätte man sich geschüttelt, dem Gegner Angebote zu machen wie heute! Man kann heute für unmöglich halten, was vielleicht in wenigen Monaten geschieht! Nicht an dem wirtschaftlichen Elend ist der Untergang eines Volkes zu messen! Bewahre, der Sklave erhält auch sein täglich Brot! Man muß an dem messen, was wir an Rechten und Tugenden verloren haben, die ein Volk zur Freiheit ermächtigen. Es wird auch nicht besser werden, solange nicht die Masse, die die Trägerin der Brutalität ist, in das Nationale[-]Wollen eingeführt ist. Das zu ermöglichen, war die Aufgabe der im Jahre 1919 gegründeten NSDAP. Ihr Ziel war nicht das, einzelne zu sammeln, sondern bewußt internationale Menschen zu gewinnen, diese Menschen herauszuheben aus der bisherigen Bewegung und in die Bewegung der gemeinsamen nationalen Tätigkeit hineinzuführen; die klare Verbindung von reinstem sozialen Wollen mit nationaler Begeisterung!

Es ist unser Ziel, auf der einen Seite in das Herz eines jeden nationale Begeisterung hineinzubrennen, auf der andern aber soziales Gerechtigkeitsgefühl und die Überzeugung zu wecken, daß die neue Bewegung keinen Rückschritt, sondern einen Fortschritt in ein besseres Neuland bedeutet!

Meine Frauen und Herrn! *Die Idee an sich ist immer ideal!* Sie kann kristallklar gedacht werden, wird aber, wenn sie nicht bestimmt abgesteckt wird, keinen praktischen Wert bekommen! Die Idee muß in eine greifbare praktische Form gebracht werden, sie wird sonst eine Meinung, aber kein Instrument! Zu aller Wahrheit und Richtigkeit muß der Kampf kommen! Es gibt nichts Großes, das sich von feigen Gesichtspunkten aus durchgesetzt hätte. Die Anhänger einer Idee müssen gebunden sein an das Pflichtbewußtsein, sich für ein Sache restlos einzusetzen. Dazu muß noch eine Form kommen, die gestattet, daß man eine große Masse gleichmäßig zum Kampf für die Idee ansetzt. Der Gründer einer Bewegung pflegt meistens nur das zu tun, was viele schon vor Augen sehen, schon lange erträumt, erhofft haben, aber nicht praktisch zum Ausdruck zu bringen vermochten. Es ist die Kunst des Redners, daß er nichts spricht, was den andern unverständlich ist, sondern das, was jeder einzelne im Grunde genommen schon in sich trägt, so daß er beim Hören denkt: Das habe ich auch schon gedacht! Die Sehnsucht kann in Millionen von Herzen schlummern, und auf einmal springt der Kopf heraus, der das vollbringt, was fehlte, der die Meinung in eine Form bringt, der es dem einzelnen nicht überläßt, nach Belieben in einer Sache weiterzudenken, sondern die Sache abgrenzt: Das ist so und muß so geglaubt werden!!! Kommt das nicht, so können Ideen wieder vergehen. Denken Sie an die Reformation! Schon oft waren Bestrebungen aufgetaucht, die Reformation durchzuführen, in verschiedenen Ausführungen; alle verschwanden wieder, bis der eine kam, der die Sehnsucht aller abgrenzte und zum Ziel führte!

Völker, die nicht mehr in der Lage sind, dem Drang einer Sehnsucht den geeigneten Kopf zu schenken, scheiden von der Weltgeschichte aus!

Die Aufgabe, eine Idee in die Wirklichkeit zu überführen, erfordert, daß die Träger dieser Idee nun gesammelt werden, neue hinzugeführt werden und daß diese gesamte Masse sich die Macht holt und, darauf gestützt, ihre Idee als Grundlage einer neuen

Staatsauffassung hingibt und den Staat darauf ein- und umstellt! Dazu gehört aber Macht, die nur in der organisatorischen Zusammenfassung von Millionen liegt, die an sich das Gleiche denken. Wenn ich aber heute 100 Menschen nehme und diesen 100 Menschen einen bestimmten Gedanken einimpfen würde, so würden diese 100 Menschen, sich allein überlassen, jeder einzelne diesem Gedanken eine besondere Ausprägung geben, im Grunde vielleicht aber doch alle dasselbe denken. Zur praktischen Verwertung ist es nötig, alle diese Meinungen zu vereinigen auf ein Programm. Es wird vielleicht nicht ganz der Meinung jedes einzelnen entsprechen, aber es wird eine bestimmte Mittellinie darstellen, die im Grunde alles umschließt, was Hunderte denken. Dies ist der historische Werdegang nicht nur bei religiösen, sondern auch bei politischen Bewegungen. Jede Bewegung, die es nicht versteht, die Gedanken zusammenzufassen und auf ein Programm zu bringen, wird zerflattern! Die Kraft kann sich nur auswirken, wenn alle Menschen unter eine Form gebracht werden können.

Die Organisation ist nicht der Zweck an sich, sondern nur Mittel zur Verbreitung einer Idee. Die Organisation stärkt diese Verbreitung nur, sie soll die technische Unzulänglichkeit ausgleichen. Und zwar stellen Sie sich vor, daß der Führer irgendeiner Organisation 1/100 dieser Organisation darstellt; dieser Führer stellt nun aber auch nur 1/100 der Fehler dar. Alle diese Köpfe werden jeder in ganz bestimmter Form im großen [*und*] ganzen einen Gedanken denken, aber im kleinen doch stets verschieden; der eine mehr nach links, der andere mehr nach rechts! Und jeder dieser Menschen ist aus Fleisch und Blut und hat Fehlermöglichkeiten. Hundert Fehlermöglichkeiten laufen also bei diesen Menschen stets mit, wenn man sie praktisch für sich handeln läßt; wenn sie aber den klarsten Kopf wählen, wenn sie sich dem unterordnen, so ist die Fehlerzahl auf 1/100 der Fehlermöglichkeiten gesunken. Es ist unsinnig zu meinen, daß ein Generalstabschef ein fehlerloser, irrtumsloser Mensch sei. Jedes Heer wird aber dennoch besser fahren, wenn ein Kopf 8 Millionen regiert, als wenn sich 8 Millionen selbst regieren. Wenn bei Einlegung eines neuen Zuges der Eisenbahndirektion ein Fehler unterläuft, daß der Anschluß irgendwie nicht stimmt, so hat doch nicht etwa ein Stationschef, der den Fehler zufällig bemerkt, das Recht, den einen Zug solange stehen zu lassen, bis ihm der Anschluß geeignet erscheint. Es ist immer noch besser, wenn der Direktion hin und wieder ein Fehler unterläuft, als wenn jeder Stationsvorsteher tut, was er gerade für das Richtige hält. Eine Weltanschauung, die von Moskau bis Nordamerika geschlossen unter einem Banner marschiert, brechen solche Organisationen niemals! Es muß dieser Sowjetmacht eine ebensolche Macht gegenüberstehen, die ebenso an einen Katechismus glaubt, sonst ist der Kampf von vornherein verloren.

Nun trifft man häufig die Meinung, daß eine Organisation die Aufgabe hätte, gleiche Menschen zusammenzuschließen. Die Organisation ist dazu da, um die nicht vollkommen gleichen Menschen, die in Wesen und Temperament, Charakter und Religion verschieden sind, für eine über ihnen stehende Idee gemeinsam und gleichzeitig zum Wollen zu bringen! Menschen, die ganz gleich denken, fühlen und handeln, braucht man in keine Organisation zu fassen, die handeln selbst ganz gleich. Aber sowenig es auf der Welt 2 Uhren gibt, die gleich gehen, sowenig gibt es 2 Köpfe, die gleich denken und handeln! Genauso, wie auch die Größe von Menschen nicht darin liegt, sich mit solchen

Menschen zusammenzutun, die der gleichen Wesensart sind, sondern darin, daß im Dienst einer Idee Menschen Schulter an Schulter marschieren, die sonst weit entfernt sind in ihrem persönlichen Empfinden. Die Tat besteht nicht darin, daß man mit dem Freunde geht, sondern mit Menschen, die einem nie Freund wären, wenn nicht eine gemeinsame Pflichterfüllung sie aneinander kettete! Was die Freiheitskämpfer der Jahre 1807-13 zusammenhielt, waren nicht gleichgestimmte Seelen; das waren turmhoch verschiedene Seelen; wäre nicht der Freiheitskampf gewesen, wären sie nie zusammengekommen! Was sie zusammenfügte, war nicht die Freundschaft, sondern der gemeinsame Dienst am Vaterland! Das ist die große Tat, wenn Menschen zusammen kämpfen, die nicht wesensverwandt sind, in der Erfüllung einer ihnen obliegenden Pflicht. Die Menschen, die dem gleichen Endziel huldigen, müssen in einer Organisation zusammengefaßt werden, um aus einer Vielheit von einzelnen eine Einheit von vielen zu machen! Wenn also auch Menschen mit gleichen Schlußzielen zusammengehören, so muß doch jede Organisation darauf sehen, daß nicht Menschen hineinkommen in ihre Reihen, die nicht zu ihr gehören.

Die Hauptgefahren für eine wachsende Bewegung sind vier:

1. *Die Bewegung wird totgeschwiegen.* Es ist sehr schwer, den Gedanken weniger Menschen plötzlich die allgemeine Aufmerksamkeit zu sichern. Wenn eine Bewegung im Anfang gleich nicht versteht, sich bemerkbar zu machen, ist sie verloren. Kommt sie aber über diese erste Klippe hinüber, so droht ihr schon eine neue Gefahr.

2. *Sie wird lächerlich gemacht.* Man erklärt die Stifter und Anhänger der jungen Bewegung für nicht ganz normal, für überspannt und bringt dadurch manchen wankelmütigen Anhänger der jungen Bewegung zum Abfall. Es ist aber gut, wenn solche Elemente, die nicht mit ganzem Herzen an der Bewegung hängen, die den Stürmen nicht standhalten, gleich zu Anfang ausscheiden. Ist diese Gefahr glücklich überwunden, so kommt die dritte.

3. *Dann beginnt die Verfolgung.* Häufig, wenn der Haß gegen eine Bewegung zur Auswirkung kommt, beginnt ein Flüchten aus ihren Reihen. Wenn aber nur der Kern einer Bewegung treu und unerschütterlich zur Fahne hält, so muß diese Gefahr überwunden werden. Wenn die Anhänger von der Richtigkeit der Idee und der Redlichkeit des Wollens überzeugt sind, so wird der Kern nie in der Verfolgung untergehen, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. Wenn eine Bewegung den Fluch der Lächerlichkeit überwunden hat, dann ist es gut, von Zeit zu Zeit eine Reinigung vorzunehmen, und die besorgen meistens die Gegner. Wer von den Anhängern im Trommelfeuer der Verfolgung nicht standhält, gehört ebenfalls hinaus aus der Bewegung. Wenn aber diese Gefahr auch überwunden ist, wenn alle Verfolgung nichts mehr nützt, dann kommt die vierte und größte Gefahr.

4. Wenn eine junge Bewegung Erfolg verspricht, wenn man den Sieg schon von ferne winken sieht, dann beginnt *das große Wandern.* Dann kommen von allen Seiten die Menschen, die sich in die Bewegung hineinschieben und nicht nur in den Reihen, sondern gar bald an der Spitze marschieren werden. Das sind die, welche keine Opfer, keine Entbehrungen bringen wollen, die sich aber jetzt beeilen, um am Ziel der Bewegung

einen Parlamentsstuhl, oder sonst einen guten Platz in dem zu erreichenden Himmelreich - auf dieser Welt - zu erreichen.

Es gibt verschiedene Motive, die solche Zuzügler einer Bewegung leiten. Die einen sind verkannte Genies. Sie haben Ideen - zum Teil sogar gesunde, vernünftige Ideen -, die sie nicht allein zur Geltung bringen können. Da schieben sie sich nun in die verheißungsvolle Bewegung hinein, um im Rahmen der Bewegung ihre eigenen Ideen zur Geltung zu bringen, um die Bewegung für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Die andern sind auch verkannte Genies, die nicht unterkommen konnten, die aber an sich keine Gedanken haben, sondern nur die Hoffnung, einmal im Leben jenen bekannten schmalen Pfad zu erreichen, der ins Paradies führt. Es gibt endlich auch noch eine dritte Sorte, und das sind die Gefährlichsten. Es sind die, die im Grunde etwas anderes wollen, die nur selber nicht die Kraft besitzen, es durchzuführen, und von vornherein nie beabsichtigen, die Bewegung so weiterzuführen, wie sie begonnen hat. Das beste Beispiel ist die Sozialdemokratie! Mit der Zeit schieben sich andere hinein und geben dem Gedanken eine andere Form. Friedrich der Große war ein besserer Sozialist als die ganze Mauschelgesellschaft von heute!

Wir selbst liegen [*sic!*] heute unter ganz ähnlichen Verhältnissen. Ich habe betont, was das Ziel der Bewegung sein muß und daß es sich nicht darum handeln kann, nur rein äußerlich national sein zu wollen, um eine Wiedergewinnung vergangener Zustände zu erreichen, sondern daß die Bewegung sich klar sein muß, daß *das Rad der Weltgeschichte nie rückwärts geht*, sondern daß der tote Punkt manchmal zu überwinden ist, aber nur *vorwärts*!

Das Schlechte muß ausgejätet werden, aber das Gute darf man nicht vergessen. Man muß lernen aus den Fehlern der Vergangenheit! Wenn etwas fällt auf der Welt, dann ist auch etwas schuld daran! Wenn ein Eichenbaum gebrochen wird vom Sturm, so war er eben nicht mehr gesund. Man muß dann dafür sorgen, daß der neu ausschlagende Stamm, das junge Bäumchen nicht wieder die gleichen Fehler bekommt wie der alte Stamm!

Das Wort *national* muß einen andern Beigeschmack bekommen als bisher! *Wenn wir wünschen, daß eines Tages wieder ein deutsches Volk dasteht wie einst, dann werden auch hier verschiedene Begriffe eine andere Bedeutung bekommen*, dann wird die Parole nicht mehr "für Thron oder Altar", sondern "für Volk und Vaterland" heißen. Es kommt nicht das Alte mehr, sondern etwas Neues, das das Alte zu übernehmen hat, soweit es gut war.

Das Wort *völkisch* ist begrifflich nicht definierbar! Was ist heute nicht alles schon völkisch! Das Wort völkisch ist heute nur eine realpolitische Philosophie, aber *nationalsozialistisch* soll nicht eine philosophische Meinung sein, sondern das Wort nationalsozialistisch umfaßt ein abgegrenztes Programm. Wer sich dazu bekennt, tritt in einen Kampf ein, wer sich nicht dazu bekennt, bleibt draußen! Das Wort überläßt nicht dem einzelnen, seinen Platz zu bestimmen, sondern es verlangt von jedem, daß er hinter der Fahne marschiert und sich in eine Kolonne stellt! Während "Völkisch" herumirrt und herumflattert, will das "Nationalsozialistisch" in einer geschlossenen Form den Kampf aufnehmen.

Da kommt dann auch vieles in unsere Reihen, was nicht hereinpaßt, was meint, daß unser Weg schließlich doch in einer großen Schlinge wieder zurückführen wird zu den alten Verhältnissen. Das ist ein Irrtum! Jede Bewegung ist in ihrer Durchführung und ihrem Siege abhängig von der Begeisterung für die Idee, die sie trägt. Begeisterung aber kann man nicht in Herzen pflanzen für Dinge, die der Vergangenheit angehören, sondern nur für ein leuchtendes Ziel der Zukunft! Nicht für Dinge, die im realwirtschaftlichen Lager ruhn, sondern die auf dem Gebiete des Ideellen liegen. *Man stirbt nicht für wirtschaftliche Ziele*, sondern nur für Ideen. Alle Staaten mit rein wirtschaftlichen Interessen werden zugrunde gehen, während Nationen mit Idealen, die oft nicht einmal von dieser Welt sind, Millionen von Menschen in den Tod hinein begeistern können. Solche Ziele liegen aber nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft.

Wer also heute kommt und in die Vergangenheit sieht, wird niemals Menschen zum Fechten bringen!

Wir sind fanatische Sozialisten und ebenso treue Söhne unseres Volkes, *wir sind fanatische Nationalisten* und ebenso treue Sozialisten! Wir suchen dafür Menschen zu begeistern und zum Kampf einzusetzen gegen feindliche Gewalten!

Meine Frauen und Herren! Ich war vom 25.-30. Jahr im Felde und war noch nie politisch tätig. Ich glaubte dereinst, Baumeister werden zu können. Dann kam die Revolution, damals sagte ich mir, auf solchem Grund zu bauen ist eine Lächerlichkeit. Was in Deutschland nötig ist, sind nicht neue Häuser, sondern ein neues Fundament! Ich tat mich mit einigen Gesinnungsgenossen zusammen, und wir schlossen uns nicht an andere Parteien an, weil wir dachten, diese Parteien führen Deutschland nie zur Freiheit! Man kann Völker nicht durch Stimmzettel freimachen! Wir gingen nicht in diese Gebilde hinein, sondern nahmen es auf uns, eine neue Bewegung von 6 oder 7 Köpfen, alle unbekannt und damals verachtet, zu gründen. Zuerst hat man uns totgeschwiegen, und als man uns schlechterdings nicht mehr totschweigen konnte, hat man uns ausgelacht und für verrückt erklärt. Als diese Periode vorbei war, kam der Kampf mit allen Mitteln. Dieser Kampf setzte sich soweit fort, bis endlich auch der blutige Kampf begann. Und auch diese dritte Klippe haben wir überwunden. Dann im Jahre 1924 kam die vierte Gefahr, nämlich das Tor ins Himmelreich! Dieses Tor führt vom Königsplatz in Berlin die breiten Stufen hinauf in den Sitzungssaal des Reichstags. Auf einmal traten nun Organisationen und Menschen bei uns auf, die sonst nie mit uns gegangen wären. Wenn aber eine junge Bewegung in ein Parlament geht, dann geht es ihr ebenso, wie wenn man gesunde Äpfel in einen Sack mit fauligen schüttet. Die faulen werden nicht gesund, sondern die gesunden faul! *Wir wollen mit unserer jungen Bewegung keine Mandate gewinnen, sondern das Volk!*

Worauf beruhte denn die Stärke unserer Bewegung? Darauf, daß jeder Agitator vor die Masse hintreten konnte: Wir kämpfen für die Erlösung unseres Deutschen Volkes, nicht für Mandate, Freikarten usw.! Wenn wir im Kampf unters Rad kommen, so führen andere unser Werk weiter!

Die zweite Stärke war die einheitliche Verkündigung. Von einer Stadt aus begann der Siegeszug und verbreitete sich über das ganze Land, das ganze Reich!

Unsere dritte und Hauptstärke war, daß die Bewegung von einer wirklich aktivistischen Begeisterung getragen war, die nicht identisch ist mit der Stimmzettelbegeisterung, die man künstlich mit Presse- und sonstigen Mitteln anfachen muß, sondern getragen von jener Begeisterung, die den einzelnen jede Gefahr auf sich nehmen läßt im Kampfe für das Höchste, für sein Volkstum und für sein Vaterland! Diese drei Dinge haben später gefehlt!

Im Jahre 1924 begann man im großen zu organisieren. Eine Organisation ist kein Mechanismus, sondern ein Organismus, also Leben! Das Wachsen kann nicht schnell gehen, sondern muß lange Zeit umfassen. Organisationen, die keine welterschütternden Ideen verkünden, können sich einen leichteren Weg verschaffen, aber von heute auf morgen kann man eine Weltanschauung nicht ummodeln. Das Jahr 1924 hat scheinbar einen großen Erfolg gebracht, aber der Erfolg ruhte eigentlich noch im Jahre 1923. Die Träger dieses großen Aufschwungs waren jene 17 Helden, die in den Tod gegangen sind! Aus ihrem Blut heraus sind die großen Erfolge später gekommen, denn in ihnen sah die Masse Märtyrer, glaubte ein Zeichen zu sehen eines beginnenden Selbstbewußtseins. Die Masse sah die, die allein in der Lage sind, ein Volk aus dem Elend herauszuheben, sah den letzten Rest heldischer Begeisterung. Das war die große Triebkraft und daneben noch der Prozeß. Wir hatten im Prozeß einmal Gelegenheit, uns vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Dann kam eine große Ernüchterung. Die Masse sah, daß das Himmelstürmen nicht so schnell geht, und da begannen sich die Himmelstürmer langsam wegzuschleichen.

In München wurde dieses Frühjahr wieder die alte Bewegung ins Leben gerufen mit der alten Entschlossenheit und den alten Zielen.

Voraussetzung für die Neugründung war, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen! Ich habe alle alten Nationalsozialisten aufgefordert, sich in die alte Bewegung zurückzubegeben. Keiner erhielt einen Vorwurf, keiner wurde geschmäht. Mir ist jeder gleich lieb, der sich in das alte Glied einstellt.

Die Aufgabe eines politischen Führers ist, aus einer Summe von vollständig verschiedenen Menschen ein einziges Gebilde zu formen, er muß die Passenden zusammensuchen, jeden an den geeigneten Posten stellen. Er muß mit den verschiedenen Veranlagungen und Temperamenten rechnen und aus all den großen Verschiedenheiten *eine* Kampfwaffe schmieden! Der Führer wird selten einen Redner finden, der vor der höchsten geistigen Potenz und vor Straßenkehrern gleich verständlich reden kann, ohne daß sich die einen langweilen und die andern nicht mitkommen. Es ist also die Aufgabe des Führers, in jeder Hinsicht und Beziehung die richtigen Redner vor das Forum, die richtigen Leute an den richtigen Platz zu stellen.

Er darf seine Leute nicht nach seiner persönlichen Sympathie beurteilen - danach kann er sich seinen Teetisch aussuchen -, er muß ihre Fähigkeiten genau kennen und seine Leute in der gemeinsamen Pflichterfüllung so aneinanderschmieden, daß frühere Todfeinde in der Begeisterung und im Kampf für die Bewegung Hand in Hand stehen und fallen, Schulter an Schulter kämpfen! Eines darf ein Führer aber niemals tun! Er darf niemals sich selbst das Opfer des Willens anderer werden lassen! Und da mußte ich manchen Herrn schon früher sagen: es ist möglich, daß ich eines Tages das Vertrauen

meiner Anhänger verliere. Ich bin für diese Bewegung nicht eingestanden in einer politischen Redeschlacht, sondern damit, daß ich mich stets voll und ganz für sie eingesetzt habe. Wenn ich nicht tauge, kann ein anderer an meine Stelle kommen, dann füge ich mich! Aber solange ich da bin, werde ich meine Stellung einnehmen und dulde nicht, daß ein anderer sich breitmacht oder sich erkühnt, mir Erpressungen zu unterbreiten. Man greift allerdings weniger mich an, als andere! Man sagt, mit mir würde man schon gehen, aber - - - aber meine Umgebung!!

M[*eine*] H[*erren*], diese Menschen schlagen sich selbst ins Gesicht. Sie würden also ruhig mit mir gehen, obwohl sie zugeben, daß sie der Meinung sind, daß ich dem Einfluß meiner Umgebung unterliege. Auf den Charakter kommt es scheinbar nicht an. Wie beleidigend für mich persönlich! Man unterschiebt mir direkt die Meinung, daß ich der Büttel meiner Umgebung bin! Meine Umgebung setzt sich zusammen aus den verschiedensten Elementen, aus all den Menschen, die einst zu mir gekommen sind, um sich für die gemeinsame Sache einzusetzten.

Man sagt weiter, Hitler hat sich Rom unterworfen. Meine Herren, wer erklärt, daß ich den Kampf gegen Rom eingestellt habe, der lügt, weil ich nämlich gegen Rom noch nie gekämpft habe, sondern nur gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei. Ich kämpfe nur gegen die Partei, die eine Religion in den Schmutz ihrer Parteiinteressen hineinzieht. Ich greife nur die Menschen an, die unter dem Namen des Heiligen Vaters Schwindel treiben mit dem Deutschen Volk! Das würde den Herren passen, daß sie auf mich weisen könnten: "Seht Ihr - wir haben es ja immer gesagt - er kämpft gegen die katholische Religion! Seht Ihr, wie notwendig unsere Partei ist! Ohne sie ginge die katholische Religion zugrunde, wir sind da, sie zu schützen!" Das könnte ihnen passen, daß ich sie mit der christlich katholischen Kirche identifiziere! Nein, ich sage, ich kämpfe gegen diese Parteien, weil sie unchristlich sind. Es kann nicht der Wille des Heiligen Vaters sein, daß sie sich mit Atheisten um einiger Parlamentsstühle willen verbünden. Ich kämpfe nicht aus religiösen Gründen, sondern aus rasse- und nationalwirtschaftlichen Gründen. Jeder soll nach seiner Fasson selig werden, die Religion ist mir unantastbar! Der Erfolg meines Kampfes war, daß ich der Bayerischen Volkspartei 265.000 Stimmen genommen habe. Der Erfolg des "Kampfes" gegen die katholische Kirche durch einige Leitartikel im "Reichswart" [4] war, daß sie über 200.000 Stimmen zurückerhielt [5]. Weiter wirft man mir vor, ich habe mich Held verpflichtet! Wie weit diese Verpflichtung gehen kann, wird ja heute wohl vor aller Augen klar sein. Es ist die beste Illustration für diese "Verpflichtung", daß ich der einzige Mann in Deutschland bin, der unter dem Mann nicht sprechen darf, dem er sich "verpflichtet" hat. Ich habe mich also Held verpflichtet und die Bewegung dabei verraten! Die "Verpflichtung" bestand nun darin, daß ich in aller Öffentlichkeit erklärte, daß ich nicht daran denke, einen Staatsstreich zu machen,

4 Herausgeber der 1920 gegründeten völkischen Wochenzeitschrift "Der Reichswart" war Ernst Graf zu Reventlow, ein führendes Mitglied der DVFP.

5 Die BVP hatte bei der Reichstagswahl am 4.5.1924 gegenüber ihrem Wahlergebnis von 1920 226.696 Stimmen verloren; bei der Reichstagswahl am 7.12.1924 gewann sie gegenüber der Maiwahl 188.483 Stimmen hinzu. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41.

daß mich kein Generalstaatskommisar [6], kein Reichswehr-Gruppenkommandant [7] und auch kein Führer der grünen Polizei [8] je im Leben wieder zu einem Staatsstreich verleiten werden. Das habe ich erklärt, und das ist der Verrat an der Bewegung. Wenn ich erkläre, daß der November 1923 vorbei ist, so ist das nicht ein Zeichen von Feigheit von mir; ich habe das Gegenteil bewiesen, die andern aber noch nicht! Daß es mir nicht an Entschlußkraft fehlt, habe ich gezeigt und brauche ich nicht alle Monate zu zeigen.

(Man sagt noch, was uns weiter nicht mit dieser Sache gehen läßt, ist das Verhältnis zu Ludendorff. Dieser Satz stammt von Menschen, die mir einst Vorwürfe machten, daß ich diesen Namen überhaupt in den Mund nahm! Der Generalquartiermeister ist mir zu gut, als Parlamentarier in ein Parlament hineinzugehen. Ich war der Überzeugung, daß dieser Name niemals herabgezogen werden darf in den Parteistreit. Es dürfte sich niemand hinter den Namen Ludendorff stecken, um seine Feigheit zu verstecken. Mir war der Name zu hoch, aber diesen Herrn war er wert genug, ihnen als Schutzschild zu dienen. Ich habe einst davon geträumt, daß bei einer Reichspräsidentenwahl Ludendorff als Kandidat aufgestellt würde, und deshalb habe ich mich bemüht, Ludendorff nicht in die kleinen Parteigetriebe hineinzuziehen. Als der Name nicht mehr zugkräftig genug war, stimmten die bewußten Herren [9] für den Feind Ludendorffs, den Feind der Bewegung, den Vertreter des Großkapitalismus, den Erfüllungspolitiker, den Deputationsführer bei Ebert, Herrn Jarres!)

Es geht, sagt man, auch nicht, daß die Bewegung von München aus geleitet wird!

Jede große Idee sollte glücklich sein, wenn sie einen Ort erhält, der sich mit der Einheit der Idee identifiziert.

Der Mittelpunkt ist die gewaltige Einheitskraft eines Gebildes. Es ist das Unglück der Deutschen gewesen, daß sie zwar Hauptstädte, aber keine *Hauptstadt* hatten. Wenn unsere Bewegung nun heute das Glück hat, eine Stadt ihr eigen zu nennen, in der sie die größten Erfolge errungen hat, so sollte sie dafür dankbar sein, daß ihr dieses Glück beschert ist.

Welchen Mittelpunkt sollen wir denn sonst nehmen? Nein, heute und auch in aller Zukunft wird der Name dieser Stadt unzertrennbar mit der Bewegung verbunden sein. Und wenn man glaubt, mich durch Schikanen hinausbeißen zu können, *ausgeschlossen*!!

6 Gustav Ritter von Kahr (1862-1934), Jurist, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis Sep. 1921 bayer. Ministerpräsident, Sep. 1923 bis Feb. 1924 Generalstaatskommissar von Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

7 Otto Freiherr von Lossow (1868-1938), Berufsoffizier, 1911-1914 Militärberater in der Türkei, 1914 Generalstabschef des I. Bayer. Reservekorps, 1915-1918 deutscher Militärbevollmächtigter in der Türkei, 1920 Kommandeur der Infanterieschule München, 1922-1924 Landeskommandant von Bayern und Kommandeur der 7. (Bayer.) Division, Feb. 1924 Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, anschließend im Dienst der türkischen Armee.

8 Hans Ritter von Seißer (1874-1973), Berufsoffizier, 1914-1918 Major im Generalstab, 1919 Eintritt in den bayer. Polizeidienst, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef des Bayer. Landespolizeiamtes und damit de facto Befehlshaber über die Landespolizei, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig.

9 Gemeint ist die DVFP. Sie unterstützte bei der Reichspräsidentenwahl 1925 nicht Ludendorff, den Kandidaten der NSDAP, sondern rief zur Wahl von Karl Jarres auf. Vgl. Reimer Wulff, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Diss. phil. Marburg 1968, S. 86 ff.

Gerade, weil die bayerische Regierung glaubt, mir die Lust an diesem Lande zu verleiden, deshalb hänge ich erst recht daran! Wie hoch ist es einzuschätzen, daß die Parteigenossen in München trotz aller Leiden treu zur Fahne stehen. 10 Menschen, die in einem solchen Land und einem solchen Ort treu zur Bewegung stehen, bedeuten mehr als 100 andere unter günstigen Verhältnissen. Weil wir dort verfolgt werden, deshalb muß man den Ort fallenlassen? Und ich bestehe darauf: Wo ich verfolgt werde, da stehe ich erst recht! Die Größe einer Bewegung liegt im Opfermut und Opferwillen, einen Platz, den sie erobert hat, nicht mehr zu lassen. Es ist möglich, daß man uns verfolgt, aber wir [*ver*]lassen den Ort nicht! Weil dort Menschen leiden, haben wir nicht das Recht, die Stadt deshalb zu opfern, sondern wir haben die Pflicht, sie in unser Herz tiefer einzugraben als zuvor.

In diesem katholischen Land hat die Bewegung im Frühjahr 1924 550.000 Stimmen bekommen [10]. Wenn es wahr ist, daß das Sein dort schwerer ist, weil die Gefahren größer sind, dann ist es erst recht der Ort und der Platz, um den gekämpft werden muß!

Mir kann keiner nachsagen, daß ich ein weiß-blauer Separatist bin. Ich bin ja eine zwischen- oder überstaatliche Erscheinung. Die einzige wohl dieser Art! Ich fühle mich als der Führer der gesamten Bewegung! Meine Mitarbeiter sind nicht nur Bayern, sondern Deutsche aus allen Gegenden und Ländern des Reiches. Unsere Bewegung ist aus Angehörigen aller Deutschen Länder zusammengesetzt, genauso, wie alle Konfessionen vertreten sind, ausgenommen - - - [11]! Die Bewegung ist auch schon deshalb mit München unzertrennbar verbunden, weil dort die Bewegung begründet wurde und weil dort die ersten Opfer für die Bewegung gefallen sind. Deshalb ist diese Stadt für mich und auch für die Bewegung geheiligter Boden.

Ich muß alle diese Einwände zurückweisen und als einen Versuch vom Wesentlichen abzuweichen [*verurteilen*]. Ich stehe als der Führer und der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Bewegung! Wenn wir schon oben die Unterordnung nicht besitzen, wo soll sie denn dann sein? Mit dem gleichen Recht, mit dem ein Landesvorsitzender revoltiert [12], kann auch ein Ortsgruppenführer revoltieren auf Grund seiner "Gewissensfreiheit". Wenn das so weitergeht, dann hat der letzte Parteigenosse auch das Recht zu sagen: Ja, ich gehe schon mit.

Dann bleibt aber keine welterschütternde Organisation übrig, sondern ein Gemengsel! Das ist keine Nachsicht, sondern Pflichtbewußtsein oder Pflichtvergessenheit! Habe ich das Pflichtbewußtsein, so habe ich dafür zu sorgen, daß die Partei einig und geschlossen dasteht! Die Herren haben mir die Fehde angesagt, und ich nehme den Fehdehandschuh auf. Ich habe die Bewegung nicht damit groß gemacht, daß ich mich von einer Verpflichtung drückte, sondern daß ich in guten und schlechten Tagen für die Be-

10 Bei der Landtagswahl am 6.4.1924 hatte der Völkische Block, eine Listenverbindung von Nationalsozialisten und Völkischen, in Bayern 512.217 (17,1 %) Stimmen bzw. 23 Landtagsmandate erhalten. Vgl. Falter, Wahlen, S. 91.

11 Gemeint sind die Juden.

12 Der von Christian Mergenthaler während des NSDAP-Verbots geleitete Landesverband der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung hatte auf einer Tagung am 14.6.1925, an der auch Hitler teilnahm, den Anschluß an die neugegründete NSDAP abgelehnt. Vgl. Dok. 51.

wegung eingestanden bin. Ich kann fordern, daß man mir den besten Glauben und besten Willen zubilligt!

Wenn sich ein Landesverband Sachsen angliedert, wenn sich ein Gau Berlin eingliedert, dann muß ich es auch hier unbedingt verlangen, sonst habe ich kein Recht, Führer zu sein!!! Ich habe diesen Herrn neulich schon erklärt, wenn sie einen besseren Führer als mich finden, so sollen sie ihn an die Spitze setzen. Aber auch dem muß dann gehorcht werden, sonst sind wir keine Organisation, sondern ein lächerliches Gemengsel!

Ich muß noch weiter betonen, daß ich nicht das Recht des Führers etwa auffasse im Einmengen in kleinliche Angelegenheiten; die Herrn wissen ganz genau, daß ich nie in kleinen Dingen in die Angelegenheiten eines Landesverbandes mich einmenge.

Ich weiß nicht, was diese Herren nun eigentlich wollen!

Deutschland ist so tief gesunken, weil überall die Unterordnung fehlte. Jeder steckt und versteckt sich hinter irgendeiner Majorität, die ihn zu beschützen hat. Wenn dieser Zustand nicht gebrochen wird, kann das deutsche Volk nie die Kraft zur Freiheit finden! Ich bin nicht bereit, eine Puppe darzustellen. Dazu habe ich für die Bewegung zu große Opfer gebracht, dazu bin ich zu lange im Gefängnis gewesen!

Entweder - Oder!

Entweder stehe ich an dieser Stelle, dann verlange ich, daß man sich unterordnet.

Oder ich gehe von diesem Platz!

Aber die Herren, die heute revoltieren, nehmen den Platz dann nicht ein, denn wer selber nicht gehorcht, hat kein Recht, von anderen Gehorsam zu verlangen!

Ich bitte Sie, meine Herren, geben Sie mir die Keimzelle ab für den neuen Landesverband Württemberg. Wir wollen, daß unsere Flagge nicht nur um die Randgebiete herumweht, sondern auch hier flattert!

Die gemeinsame Flagge soll hochgehoben werden,
eine gemeinsame Organisation soll uns verbinden,
damit wir fähig sind, eines Tages für das deutsche Volkstum aufzustehen
und zu helfen, daß die Ketten eines Tages von uns genommen werden.

Wenn wir dies aber wollen, müssen wir uns zusammenschließen zu einer festen, schlagkräftigen Organisation. [13]

13 Folgt Bericht über den weiteren Verlauf der Versammlung, die in einer Entschließung die Trennung der Stuttgarter Ortsgruppe von dem alten Landesverband unter Mergenthaler billigte und ihre Treue zu Hitler bekundete. Druck: VB vom 14.7.1925, "Adolf Hitler in Württemberg".

12. Juli 1925 Dok. 56
Rede auf NSDAP-Führertagung in Weimar [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

15. Juli 1925 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau [1]

Flugblatt: "Rede eines Mannes, dem das Reden verboten wird." Hrsg. vom Gau Zwickau der NSDAP (Streiter-Verlag) [2]; BayHStA, MA 81580 [3].

Liebe Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich bekomme soeben ein Flugblatt von seiten der KPD, des Roten Frontkämpferbundes, und ich weiß nicht, was dazu noch alles gehört: "Gegen Hitler und die Reaktion" [4].

1 In der "Erholung". An der geschlossenen Tagung nahmen laut VB 20 Gau- und etwa 80 Ortsgruppenführer teil; der Polizeibericht spricht von 250 Teilnehmern.
Am Abend fand laut VB noch eine "längere Aussprache" zwischen Hitler und den anwesenden Gauführern "zur Klärung einzelner Fragen" statt.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 13.7.1925, "Aus dem Parteileben. Eine Reichsführertagung der Nationalsozialisten in Weimar"; VB vom 17.7.1925, "Nationalsozialistische Führertagung in Weimar". Sowie Meldung des Stadtpolizeiamtes Weimar vom 15.7.1925; StA Weimar, MdI, P 161.
Dem VB ist lediglich zu entnehmen: "Adolf Hitlers zweistündige Ausführungen über grundlegende Fragen bestärkten in ihrer unwiderlegbaren strengen Logik jeden in der Überzeugung, daß die Leitung der Bewegung in ihrer großen Linie in keinen besseren Händen sein kann. Der ungeheure Jubel nach dem Ende der Rede kam einem Treueschwur gleich." Im Polizeibericht heißt es: "Etwas Näheres konnte, da andere Personen als Führer keinen Zutritt haben, nicht ermittelt werden."

1 Im Lindenhof, von 20.25 bis 23.10 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.500 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Weidermann geleitet.
Für den 18.7.1925 war ein öffentlicher Auftritt Hitlers in Chemnitz geplant, der jedoch vom sächsischen Innenministerium verboten wurde, da für diesen Tag zusätzlich zum Arbeitskampf in der Bauindustrie auch die Aussperrung von 40.000 Metallarbeitern angekündigt worden war. Anstelle von Hitler sprach dann in Chemnitz Artur Dinter.

2 Das Flugblatt wurde in hoher Stückzahl vertrieben; eine dritte Auflage (200.000-300.000) wurde am 4.12.1925 im VB in der Rubrik "Aus der Bewegung" angekündigt.

3 Vgl. auch Sächsisches Volksblatt vom 16.7.1925, "Adolf der Hitler in Zwickau"; Zwickauer Tageblatt und Anzeiger vom 17.7.1925, "Hitler in Zwickau"; VB vom 18.7.1925, "Adolf Hitler in Zwickau"; Bornaer Tageblatt vom 21.7.1925, "Hitler in Zwickau". Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Juli 1925; StA Dresden, MdI 11126/6.

4 An der Gegenkundgebung beteiligten sich etwa 800 Personen, darunter 80 Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes.

Es ist eigenartig, was man alles erleben kann. Wenn ich in Bayern rede, höre ich, daß ich ein Revolutionär bin, ein Feind jeder Ruhe und Ordnung, jeder Gesittung und weiß Gott noch was alles. Und hier höre ich umgekehrt, daß ich die "Reaktion" verkörpere. Weil man in mir die Verkörperung der Reaktion sieht, deshalb hat man mir auch in Bayern den Maulkorb umgehängt. Es ist eigentümlich, daß nämlich dort der Rote Frontkämpferbund und die KPD reden dürfen, mir, der "Verkörperung der Reaktion", ist das Reden dort nicht gestattet. Gibt es dafür noch eine andere Erklärung, als die, daß sich in Bayern bereits ein KPD-Regiment befindet, daß dort bereits die Kommunisten regieren; sonst ließe sich nicht erklären, daß man mir dort, im "reaktionären" Lande, das Reden verbietet.

Der Sinn des Flugblattes ist klar: "Genossen, kommt zu einer Gegendemonstration, geht nicht hin und hört nicht zu, was er sagt!" Wenn ich wirklich etwas Unrechtes sage, müßte es ein leichtes sein, mich zu widerlegen, und umgekehrt, sage ich etwas, das wirklich, wie man hier sagt, einen Angriff gegen die Arbeiterschaft darstellt, dann könnte man nichts Besseres sagen, als: "Arbeiter, geht hinein und hört den Menschen an, damit ihr seht, wie er euch angreift!"

Man wendet sich an eine falsche Adresse. *Wir verkörpern nicht die Reaktion, sondern das reine Gegenteil, und können sagen, daß die Reaktion auf uns geschossen hat.* Nicht, weil wir Reaktionäre sind - man kann ja auch noch hören, daß ich ein bayrischer Revolutionsmacher bin.

Man muß sich heute überhaupt fragen, warum die KPD noch demonstriert. Seinerzeit, am 9. bis 11. November 1918, wurde dem deutschen Volke verkündet, daß nun ein Zustand der Freiheit, Würde und Schönheit anbrechen sollte; dann wurde das Volk in eine Revolution hineingebracht, deren Ende das Glück der ganzen Menschheit sein sollte. Die Revolution sollte bei uns beginnen und dann die ganze Welt in ihren Bannkreis ziehen. Heute, nach so und so vielen Jahren erklärt man auf einmal, daß die Reaktion marschiere, daß sie sich vertieft. Wenn nun - um mit den Worten dieser Flugblattschreiber zu sprechen - die Revolution von 1918 wirklich das gebracht hätte, was man einst versprach, dann brauchte man heute keine Angst vor irgendeiner Reaktion zu haben. Wenn man heute Angst hat, dann müßten sich die Herren bei denen bedanken, die diese Revolution gemacht haben, und zwar so jämmerlich, daß als Schlußergebnis ein Staat übrig blieb, der heute nicht Fleisch und nicht Fisch ist, von dem man nicht weiß, ob er Republik oder Tyrannei oder morgen wieder etwas anderes ist, in dem nicht das Volk regiert, sondern das Regiment, das man damals behauptete vernichten zu wollen: nämlich das überstaatliche, internationale Kapital. Das ist das Ergebnis der Tätigkeit dieser Herren gewesen. - Die Unzufriedenheit, die wir heute überall sehen, hat einen tieferen Grund: Sie ist bedingt durch große Not, großes Elend, durch Arbeitslosigkeit, die immer größere Massen erfaßt, kurz gesagt, durch wirtschaftliche Nöte. Diese Unzufriedenheit muß einen doch komisch anmuten in einem Land, das nun nach den Prinzipien regiert wird, die jeder Not ein Ende bereiten sollten. Die Not ist aber im Gegenteil nicht kleiner geworden, sondern größer. Und warum? Der Herr, der das deutsche Volk heute regiert, ist nicht das deutsche Volk, sondern das internationale Finanzkapital. Es gibt hier kein Ableugnen, weder von der Linken noch von der Rechten; eine

deutsche Staatssouveränität besteht überhaupt nicht mehr, auch keine Souveränität des sogenannten freien Volkes, sondern was heute da ist, ist nichts weiter als eine Verkörperung der internationalen Großfinanz.

Nun muß man sich die Frage vorlegen: Wie ist es möglich, daß nach einem sechzigjährigen Vernichtungskampf gegen das Kapital, den der gesamte Marxismus geführt hat, das Kapital heute mächtiger ist als je zuvor? Meine Volksgenossen! Ich weiß, daß man in solchen Fällen zur Antwort bekommt: "Ja, wir haben ja leider Gottes nicht die Macht restlos in unseren Händen, sondern diese Macht besitzt auch noch der andere Flügel. Mithin ist es selbstverständlich, daß wir allein dem Kapitalismus das Genick nicht zerbrechen können." Das ist eine große Lüge! Man müßte anders fragen: Was hat man während der ganzen Zeit getan, um dem überstaatlichen Kapital an den Leib zu rükken? *Wie oft hat man gestreikt, wie oft hat man in Deutschland die Arbeit niedergelegt? Ich frage Sie nun, hätte es einen gewaltigeren Anstoß geben können zur Verweigerung der Mitarbeit der ganzen deutschen Nation, als beispielsweise das Dawesgutachten, mit dem wir die letzten Hoheitsrechte (Finanz- und Verwaltungshoheit) preisgegeben haben?! Der Verlust dieser Rechte betrifft die breiten Massen besonders. Er bedeutet eine Verpfändung der deutschen Arbeitskraft auf Jahrzehnte hinaus. Hätte es einen gewaltigeren Anstoß geben können, als etwa die drohende Verschacherung der deutschen Reichsbahn* [5]*, des einzigen bereits sozialisierten, und zwar mustergültig sozialisierten Instituts, das die deutsche Nation besaß?* Als sich das Finanzkapital anschickte, die Krallen auf diesen Nationalbesitz zu legen, wäre da nicht der Augenblick gegeben gewesen, das Proletariat, die Masse, auf die Straße zu rufen und zu sagen: "So, nun muß das eintreten, was wir so oft riefen: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Wir geben es nicht zu, daß die deutsche Reichsbahn verschachert wird!" Wenn diese ganze Armee von 12 bis 15 Millionen Arbeitern erklärte, wir lassen diese Verschacherung unseres Nationalbesitzes an das internationale Kapital nicht zu, was wollte man denn da machen?! Was hätte dann das internationale Finanzkapital machen wollen? Nichts wäre geschehen. Was hat man aber getan? Nichts, im Gegenteil! Seit die Eisenbahn in dem Rachen des internationalen Kapitals ist, sind die Herren Führer außerordentlich zahm geworden, auch in bezug auf Streiks.

Es gibt darum nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Kampf war falsch oder war verlogen, eins von beiden. Entweder er war falsch, d. h., man hat nicht das richtige Kapital bekämpft, oder der Kampf war verlogen, d. h., man dachte gar nicht daran, das internationale Kapital zu bekämpfen. Das Volk hat einst, als die Führer nicht in Staatsstellen saßen, immerhin noch einen deutschen Nationalbesitz gehabt, und erst seit die Herren in diesem großen Kampfe "gegen" das Kapital die Macht an sich gerissen haben, erst seit dieser Zeit ist die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeitskraft an das überstaatliche Kapital ausgeliefert worden. Erst seit dem Tage, an dem unser Volk die Waffen wegwarf und das internationale Kapital die Macht an sich riß, erst seit diesem Tage datiert die Verschacherung. Es gibt nur diese zwei Möglichkeiten: Entweder der Kampf in

5 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawesplans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Mrd. Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden.

den letzten sechzig Jahren war falsch oder gar nicht ehrlich gemeint. Wir können besser beides sagen: Er war falsch und unaufrichtig. Falsch gedacht von der breiten Masse und verlogen gewollt von den Führern. Die Führer wollten nicht etwa die Aufrichtung einer deutschen Wirtschaft, sondern sie wußten genau: Dieser Kampf endet mit der Übernahme der Volkswirtschaft durch das internationale Börsenkapital. Die Führer wußten das genau, nur die breite Masse hat es nicht gewußt, sie ist nachgelaufen und hat geglaubt, es ist gut gemeint. Und wenn nun einer kommt, der diese breite Masse belehren will, dann sagt man nicht: Geht hin! Sondern sagt: Geht dort nicht hin und macht Gegendemonstration! Es hat mich gar nicht geniert, daß man Gegendemonstrationen macht.

Das internationale Börsen- und Finanzkapital ist heute der Herr nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt geworden. Wenn wir uns die Form dieses Kampfes in den letzten sechzig Jahren vor Augen führen, müssen wir feststellen: *Sechzig Jahre hat die breite Masse einen Kampf geführt*, nicht gegen das internationale Finanzkapital, sondern unter allen möglichen Scheingründen ausschließlich *gegen die deutsche Volkswirtschaft*. Man schob stets die deutsche Volkswirtschaft vor und zertrümmerte sie schließlich. Man bezeichnete diese Zertrümmerung als Kampf gegen das Kapital an sich. Die Führer wußten ganz genau, daß der ganze Zweck nur darin gipfelte, das deutsche Wirtschaftsleben zu zertrümmern, um auf diesen Trümmern zu jubilieren. Nicht einen einzigen Gesetzesakt haben sie unterschrieben, der gegen internationales Kapital gerichtet ist. Alles ging nur gegen deutsches Wirtschaftsleben. Das Ergebnis heißt: Vernichtung dieser Wirtschaft - aber ohne Wirtschaft können wir nicht leben!

Sehen Sie das *Musterbeispiel Rußland*: Als der Kampf gegen die alte Staatsform einsetzte, proklamierte man Freiheit für das Volk, Aufstieg zu höchster Kultur und Wissenschaft. Das Volk nimmt seine gesamten Produktionsmittel in eigenen Besitz, nicht dem Unternehmer sollen die Fabriken unterstehen, sondern der breiten Masse auf Grund einer neuen Regierungsform. Man hat erklärt, der Mensch schuftet für das Kapital; würde er nur für sich tätig sein, würde die Hälfte genügen, um ein Leben in Freude zu sichern. Das russische Volk soll eine soziale Gesetzgebung erhalten, wie kein zweites zuvor. Es begann die Revolution in Rußland: Sturz des alten Regimes; mit einem Schlage werden die Besitzer um ihr Eigentum gebracht, vertrieben, totgeschlagen oder aufgeknüpft. Nachdem nun der gesamte Besitz seine Herren, die Wirtschaft aber durch Streiks ihre Kraft verloren hatte, begann man zu erklären, daß diese Form nicht zum Ziele führen könnte. Man begann Kommissare einzusetzen. Diese Kommissare hatten von sich aus Machtmittel zur Verfügung, wie sie früher kein Chef, kein Fabrikdirektor hatte. Aber man erklärte, wenn das Proletariat zu seinem Rechte kommen wollte, müsse es diese Opfer auf sich nehmen. In kurzer Zeit hatte jede Fabrik ihren Staatskommissar. Diese Leute waren dieselben, die früher nicht am Amboß und an der Drehbank standen. Das ist auch selbstverständlich; man kann nicht erwarten, daß der Staatsbetrieb jeglicher Intelligenz entbehren kann. Man war gezwungen, zu dem Volke zu greifen, das sich gern in die Schreibstuben setzt. Es führt zwar Sichel und Hammer auf seiner Fahne, macht sich aber sonst mit Sichel und Hammer wenig zu schaffen. Diese Leute waren bereit, sich zu opfern für das Proletariat, und übernahmen die Leitung der Fabrikbetriebe

als Staatskommissare. Das funktionierte noch nicht so recht. Nach zwei Jahren mußte man sehen, daß der Staatsbetrieb eine Lücke hat. - Man fängt nach zwei Jahren wieder an, ins Privatkapital hinüberzusegeln. Man ist also dankbar, daß die Staatskommissare bereit sind, sich noch einmal aufzuopfern, die Betriebe als Privatbetriebe weiterzuführen. Und nun beginnt die Umwandlung der Staatsbetriebe in gemischtstaatlich- und privatkapitalistische Betriebe. Es wird erklärt, die Arbeitszeit muß zwölf bis vierzehn Stunden betragen, aber die Arbeit sei ja ein Vergnügen, man arbeite nur für seine Freiheit! (Heiterkeit.) Es ist ein Zwischenstadium, das man augenblicklich eingeführt hat, um dem Proletariat zum Sieg zu verhelfen. So also wird allmählich eine Betriebsform eingeführt, die in der Tat nicht mehr kommunistisch ist. Sie unterscheidet sich von der alten Form dadurch, daß die vorrevolutionären Besitzer nicht mehr da sind, die neuen Besitzer als Arbeitsherren eine Art Staatskommissare darstellen. Streik gibt es nicht. Es ist klar, wenn das souveräne Volk Betriebe leitet, kann man nicht erwarten, daß gestreikt wird. In Anbetracht der "Größe der Opfer" darf man dafür ganz gut vier Stunden länger arbeiten.

Allmählich ist das privatkapitalistische System übergegangen auf ganz große Betriebe. Das Volk hat in der ersten Begeisterung der Revolution - was tut der Mensch nicht alles in der Begeisterung - allem zugestimmt. Nun sagt man: Man muß jetzt das ausländische Kapital heranziehen. - Die Bahnen sind im Besitz des "souveränen russischen" Volkes. Das "auserwählte" Volk muß sich auch hier wieder aufopfern! Es kommen die großen Wohltäter Rothschild, Morgan, Bleichröder, Cohn, Levi [6]. Die können nicht mehr mit ansehen, daß das große russische Volk keine Eisenbahnen in Betrieb hat. Sie wollen dem russischen Volk helfen und bauen wieder Bahnen auf. Da der russische Staat Geld braucht und das russische Volk keins mehr hat, muß man hingehen und Geld ausleihen. Das Geld wird vorgestreckt. Man kann nicht erwarten, daß man das gute Geld nur auf das ehrliche Gesicht eines jeden hingibt, aber einem souveränen Volk kann man es schon geben. Dafür verlangt man natürlich Pfänder. So verpfändet dieser kommunistische Staat seine Bergwerke, Wälder, Domänen usw. an das internationale Kapital. Und nun sehen Sie: was hat sich jetzt praktisch gebessert? - Der Kommunist wird erklären: "Es ist richtig, daß das russische Volk mehr arbeiten muß, aber die Idee hat sich siegreich durchgesetzt." Nein, lieber Freund! Wir wollen nur beim Tatsächlichen bleiben, das ist 1. Freiheit herrscht weniger als zuvor; 2. Schönheit weniger als früher; 3. Würde auch weniger als früher. Dafür aber: *1. ist die Wirtschaft und das ganze Volksvermögen unter ausländischer Kontrolle; 2. hat ein ganzes großes Volk praktisch sich selbst ausgeschaltet.*

Eins muß zugegeben werden, daß sich dieses Staatswesen selbst verteidigt. Man hat zum Militarismus einen anderen Standpunkt eingenommen: Früher war die Todesstrafe eine "Schande der Menschheit", jetzt blüht im kommunistischen Rußland diese Schande wie nie zuvor. Man hat in Rußland auch wieder Soldaten, nur mit einem Unterschied: Das war früher das Gemeine, daß die Soldaten blau angezogen waren und blau gedrillt wurden; jetzt dagegen sind sie rot angezogen und werden rot gedrillt. (Schallende Hei-

6 Anspielung auf die großen Bankhäuser Rothschild, Morgan und Bleichröder; Cohn und Levi (Levy) stehen als weitverbreitete jüdische Familiennamen synonym für Judentum.

terkeit.) Dann kommen auch noch die Paraden, die allerdings nicht ein militärischer General abnimmt, sondern der Jude Trotzky-Braunstein [*sic!*] [7].

So sehen wir in den letzten sechs Jahren einen Kampf, der nicht zur Vernichtung des internationalen Kapitals geführt hat, sondern zur enormen Festigung dieses Kapitals.

Wir sehen das auch in Deutschland. So ist am 11. November 1918 eine Revolution gewesen. Damit hat das Volk, das "souveräne" Volk, sich eine Republik begründet und die Macht in seine Faust genommen. Man müßte denken, daß das Volk zur emsigsten Arbeit angehalten würde, damit die Republik dabei auch gedeiht und stark und dick wird. Man könnte es begreifen, daß wenn beispielsweise die Revolution von 1918 mißglückt wäre, man erklärt hätte: "Proletarier, heraus, auf die Straße, streikt diesen Staat zu Tode!" Die Revolution hat aber gesiegt, und man sagt: "Wir müssen den Sieg feiern, Proletarier, heraus aus den Fabriken!" Und man streikt zunächst drei Tage, vier Tage, fünf Tage und so fort. Damals begann man, den deutschen Staatshaushalt über den Haufen zu werfen. Er begann zu wanken, zu stürzen. Die Ausgaben waren enorm, die Einnahmen gering. Die nationale Wirtschaft stand fast dauernd still. Die Produktion war lahmgelegt.

Nun frage ich Sie: Was für einen Sinn muß das haben bei einem Staat, der gerade eine Revolution durchgemacht hat und der ganzen Welt zeigen sollte, daß das neue Staatsgebilde bestehen kann? Sehen Sie, damals wäre es logisch gewesen, wenn am 11. November die Führer des Proletariats einen Aufruf erlassen hätten: "Arbeiter, Arbeiterinnen! Das deutsche Volk hat sich jetzt endlich vom Militarismus befreit" - so sagte man doch -, "es ist nötig, daß unser Volk und unser Staat, unsere soziale Republik, sich auf eigene Füße stellen. In nächster Zeit heißt es Arbeit und Arbeit leisten. Jeder von uns muß zugreifen, daß verhindert wird, daß nun die kommenden Wochen oder Monate zum Schaden der neuen Staatsidee ausschlagen. Wir müssen jetzt die Zeit überstehen, um den Kampf mit vermehrter Kraft gegen das überstaatliche Kapital ausfechten zu können!"

Dann wäre noch etwas klar gewesen: Wenn man damals ehrlich geglaubt hätte, den Kampf gegen das internationale Kapital zu führen, und wenn man überzeugt gewesen wäre, daß nun in Deutschland die soziale Republik begründet würde, dann hätte man auch sagen müssen: Jetzt wird die ganze andere Welt, die kapitalistisch ist, natürlich alles tun, um unsern Staat zu zerbrechen! - Was hat man früher erklärt? "Der Militarismus ist ein Instrument des Kapitalismus." - Also müßte man annehmen, daß andere Staaten, die militaristisch und kapitalistisch sind, dieses Instrument des Kapitalismus gegen uns einsetzen werden im Dienste ihres Kapitalismus. - Was wäre logischer gewesen, als das eine, daß man dann sofort erklärt hätte, wir liefern keine Waffen ab. Waffenbesitz hat jetzt das deutsche Volk, und wir werden die Errungenschaften der Revolution auf sozialem Gebiete gegenüber dem internationalen Finanzkapital zu verteidigen wissen. Was hat man getan? Man sagte: "Wir vertrauen der anderen Welt ganz bedingungslos,

7 Leo Trotzky (1879-1940), eigentlich Leib Bronstein, russ. Revolutionär, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1917 Volkskommissar für Äußeres, 1918-1925 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus Rußland, 1938 Gründer der IV. (trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

wir sind von der Reinheit ihrer Absicht voll überzeugt, gebt das letzte Gewehr hin." Und was dann kam, weiß jeder: das Ausland begann uns zu unterdrücken, die kapitalistischen Staaten begannen uns zu unterdrücken, mit dem Ergebnis, daß die Republik keine ruhige Stunde mehr bekam.

Da fragt man sich: Waren die Herren damals verrückt, schlecht oder verlogen? *Nur verrückte oder unwahre Menschen konnten damals die soziale Republik wehrlos machen inmitten kapitalistischer Staaten!* Sie waren nicht verrückt. Sie dachten gar nicht daran, etwa eine soziale Republik zu schaffen. Damals wurde die nationale Wirtschaft zertrümmert nicht etwa zu dem Zweck, nun einen sozialisierten Staat aufzubauen. Im Gegenteil! Damals begann die Vernichtung der deutschen Währung, der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, um den Sieg des überstaatlichen Kapitals auch in Deutschland zu ermöglichen. Damals begann das, was endete mit dem Verlust unserer deutschen Reichsbahn, unserer deutschen Wirtschaft und Hoheitsrechte, der deutschen Kraft.

Sechzig Jahre lang hat man den Worten nach den Kampf gegen das Kapital geführt. Und dann kam endlich der Augenblick, in dem das Schicksal die Macht im Staate denjenigen in die Hände legt, die diesen Kampf bisher proklamiert hatten. Als sie die politische Macht besaßen, was haben sie getan? Haben sie nun alle die Konsequenzen gezogen zur Vernichtung des überstaatlichen Kapitalismus? Im Gegenteil: Sie haben der nationalen Wirtschaft den Todesstoß versetzt und das überstaatliche Kapital eingeladen. *Das Staunenswerte ist, daß die gleichen Herren, die früher sich scheuten, mit dem Kapitalismus in Berührung zu kommen, daß diese ganz gleichen Leute hinausgingen in die andere Welt, nach Genf, nach Genua usw., um an einem Tisch zusammenzusitzen und über die Völker-Schicksale zu beratschlagen, nicht etwa mit Staatsmännern, sondern mit Bankiers. Ein Haufen internationaler Bankiers sitzt beieinander und berät über Völker, in einer Zeit, wo angeblich der Kapitalismus gebrochen worden ist. Und da sitzt Herr Tschitscherin* [8]*, sitzen die Herren von Moskau genauso dort und verhandeln mit ihnen. Sie sind die wirklichen Regenten der ganzen Welt; das ist das Ergebnis eines sechzigjährigen Kampfes. Wenn wir heute das Schicksal der deutschen Nation ansehen, dann fragt man nicht: Was denkt das souveräne deutsche Volk, sondern, was sagt die Neuyorker Börse, was meint London, was meinen die Bankkönige, was denkt die Presse dieser Bankkönige? Das ist maßgebend! Was die meinen, was die wollen, muß ein ganzes, großes Volk heute erfüllen im Zeichen der sozialen Republik, der sozialen Revolution.*

Natürlich sagt dann mein Freund von links: "Das ist noch nicht das, was wir wollen." Freilich, das ist noch zu wenig. Es gibt noch Führer unter euch, denen genügt das noch nicht. Was sie wünschen, ist vollkommene Versklavung des deutschen Volkes. Das wird das Schlußergebnis.

Legen wir uns die Frage vor: Wie kann ein ganzes Volk auf einen solchen Bluff hereinfallen? Man muß sich erstmals darüber wundern, daß das ganze Volk von seinen Führern aus noch nicht weiß, welch ein Unterschied zwischen internationalem Leihkapital und nationalem Wirtschaftskapital besteht. Es wird darüber niemals aufgeklärt, daß

8 Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin (1872-1936), russ. Diplomat, 1890-1904 Beamter im Außenministerium, 1904-1917 im Exil in Großbritannien, 1918-1930 Volkskommissar des Äußeren, 1925-1930 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1930 Rücktritt.

das nationale Wirtschaftskapital eigentlich die Grundlage der Ernährung darstellt. Die breite Masse kennt heute nur ein Wort: "Kapitalismus". Unter diesem Worte Kapitalismus sieht sie sowohl - und zwar in erster Linie - die nationale eigene Wirtschaft, und dann auch - in letzter Zeit - die Börse. Allein, hier geht man noch sehr um den heißen Brei herum. Man hat auch heute noch nicht den Mut, die Börse rücksichtslos anzugreifen.

Nun wird mancher sagen: "Ich bekämpfe das Kapital, mir ist es gleich, wem es gehört." Mein lieber Freund: Es besteht ein Unterschied: *der Staat hat Macht und Einfluß über die Lumpen beim nationalen Kapital, aber nicht über die Lumpen des internationalen Kapitals!* Denn das internationale Kapital untersteht einer ganz bestimmten Rasse, nämlich dem Judentum.

Wenn wir sagen, daß das Leihkapital international ist, daß es verbreitet ist über die ganze Erde, müssen wir ausgehen von der Bildung dieser beiden Kapitalien: des nationalen Wirtschafts- und des internationalen Finanz- und Börsenkapitals.

Das nationale Wirtschaftskapital besteht aus zwei Arten: dem Anlagekapital und dem Betriebskapital. Anlagekapital sind Maschinen, Werkstätten usw., und Betriebskapital ist das, welches nötig ist, diese in Betrieb zu setzen und zu erhalten. Diese beiden Kapitalarten sind an sich die Voraussetzungen für die Wirtschaft. Was wir heute als Maschinen bezeichnen, ist weiter nichts als Nadel und Schere von einst. Zum Beispiel: Der Schneidermeister von einst, der seine Groschen gebrauchte, um Stoff usw. einzukaufen, benötigt die gleichen Kapitalarten wie ein großer Betrieb von heute. Der kommunistische Betrieb gebraucht dasselbe: Anlage- und Betriebskapital, Maschinen und Geld. Das sehen die Herren in Rußland jetzt ein. Die Maschinen hatte man aber vorher demoliert. Man mußte nun ersetzen, was man erst zerstört hatte. Das Betriebskapital war auch weg. Man mußte Anleihen aufnehmen für den sogenannten "kommunalisierten" Betrieb. Wenn jemand sagt, daß er den Kampf gegen die nationale Wirtschaft führt, so spricht er entweder bewußt die Unwahrheit, oder er handelt verbrecherisch, denn ich darf nicht bekämpfen, was mir erst Arbeit und Verdienst gibt. Ich kann eins tun, ich kann sagen: "Ich wünsche nicht, daß die Fabrik in den Händen des Herrn Soundso bleibt." Das Kapital an und für sich kann ich nicht bekämpfen, weil ich von ihm praktisch abhänge.

Ganz zum Unterschied die zweite Art des Kapitals: das internationale Leihkapital. Während das eine Kapital abhängig ist von der Größe und Stärke eines Staates - mit seinem Aufschwung oder Sturz emporgeführt oder niedergerissen wird -, ist das Leihkapital ausschließlich abhängig von einer rein mathematischen Formel. Nicht das Genie, nicht die Arbeit schafft das Leihkapital. Zum Beispiel: Zwei Menschen haben jeder eine Million Mark in der Hand. Der eine verwendet es als Anlage- und Betriebskapital. Er legt das Kapital in einem Betriebe an. Er baut einen Gasthof. Wenn der Mensch unfähig ist, ihn zu leiten, geht der Betrieb trotz seiner Million zugrunde. Die Genialität, der Fleiß, die Arbeitskraft können ihn erhalten. Der andere, der diese Million auch besitzt, der sie aber nicht arbeitend verwendet, sondern verleiht, der ist von der Notwendigkeit einer persönlichen Genialität, eines persönlichen Arbeitsfleißes entbunden. Er kann der dümmste Strohkopf sein, er kann faul sein wie irgendeiner. In einem Jahre bringt eine

Million 50.000 Mark Zinsen, ob er gescheit ist oder nicht. In zehn Jahren bringt sie eine halbe Million, in zwanzig Jahren hat er sein Kapital verdoppelt. Das wächst und wächst ins Unendliche. Er kann persönlich noch so dumm sein. Der Staat selbst sorgt, daß er den Zins erhält, er tritt als Garant auf.

Ein Beispiel im kleinen: Es ist ein Bauernhof 30.000 Mark wert. Auf ihm liegen 15.000 Mark Leihkapital (=Hypotheken). Der Bauernhof brennt ab. Der Wert ist vernichtet, aber das Leihkapital bleibt auf ewig. Es ist stabil; obwohl das Pfand, der Gutshof, vernichtet ist, bleibt die Schuld als Tribut immer und ewig weiter bestehen, selbst wenn der Abgebrannte mausearm geworden ist.

Ein Beispiel im großen: Das, was bei uns zugrunde ging durch den Krieg, ist vernichtet, ist nicht mehr da. Aber das Leihkapital, die Anleihen, müssen dauernd verzinst werden, zum Beispiel für die Eisenbahn. Bricht der Staat nicht endlich das Prinzip an sich, dann lasten die Sklavenketten des internationalen Börsenkapitals dauernd auf uns. Wie langsam das nationale Wirtschaftskapital wächst und wie schnell das überstaatliche Leihkapital wächst! Das nationale Wirtschaftskapital ist bedingt durch die Gesundheit der Volksgemeinschaft. Wenn ein Staat zugrunde geht, geht auch die nationale Wirtschaft zugrunde, aber nicht das Leihkapital. Unsere gesamte nationale Industrie hatte sich im Laufe der letzten sechzig Jahre zu einem Vermögen entwickelt, das ungefähr 12 Milliarden betrug; in ihr sind mehr als 18 Millionen erwachsene Männer tätig. Das Vermögen eines einzigen internationalen Bankiers, Rothschild, hat sich auf über 40 Milliarden erhöht. Das Vermögen eines einzelnen Menschen gegenüber der Industriewirtschaft eines ganzen Landes.

Es gibt klassische Beispiele aus der Geschichte, wie langsam das Wirtschaftskapital wächst und wie es durch eine einzige Katastrophe vernichtet werden kann, während das Leihkapital unaufhörlich wächst und wächst, allmählich Länder verschlingt und endlich die gesamte Welt unterjocht. Wenn dieses Kapital keinerlei Anlagemöglichkeit findet, dann versucht es, auf künstlichem Wege durch Kriege und Revolution neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Wir haben wieder zwei Beispiele vor uns: Das deutsche Volk war vor dem Kriege noch am wenigsten in den Klauen des überstaatlichen Kapitalismus. Wir hatten bei Bismarcks Abgang eine lächerlich kleine Staatsschuld, und noch vor dem Kriege war sie verhältnismäßig klein. Dann kam der Krieg, und nun kamen jene unzähligen Ratschläge seitens gewisser Leute, die Kriegskosten auf dem Anleihewege zu dekken. Dadurch ist der deutsche Nationalbesitz belastet worden mit über 170 Milliarden Goldmark Schulden, während unser gesamtes Nationalvermögen noch nicht ganz 400 Milliarden betrug. Was heißt das? Das deutsche Volk müßte jährlich 10 bis 12 Milliarden Zinsen bezahlen. Das kann es niemals leisten, denn unser gesamter Staatshaushalt betrug nur 5 Milliarden Einnahmen und Ausgaben, dabei wurde unter anderem auch unser Heer entlohnt. Es hätte nur ein Mittel gegeben; wir hätten sofort erklären müssen: Wir können diese Summe nicht bezahlen. Wir fingen an, diese Riesensumme doch zu bezahlen. Man machte Inflation. Wenn mancher denkt: "Hier ist doch eine Lücke, wenn dieser überstaatliche Kapitalismus solche überspannte Forderungen aufstellt und diese dann nur mit Papiermark zu befriedigen sind, dann schlägt er sich selbst." Das ist aber ein Trugschluß. Man steuerte planmäßig auf die Inflation hin, um sich dadurch

restlos in den Besitz der deutschen Wirtschaft zu setzen. Mithin war die Inflation weiter nichts als das riesenhafte Aufsaugen der deutschen Wirtschaft durch das überstaatliche Leihkapital.

Nun müssen wir uns die Frage vorlegen: *Wenn dieses überstaatliche Kapital heute tatsächlich zum Sieger in diesem Weltkriege geworden ist - denn es ist der einzige Sieger -, wie ist es dann denkbar, daß heute die politischen Parteien einer großen Nation zum Teil überhaupt keine Notiz davon nehmen, zum anderen sich in den Dienst dieses Kapitalismus stellen, und zum dritten Teil zu feig sind, dieses Kapital zu bekämpfen?* Wir müssen uns von vornherein mit den Trägern dieses Kapitals vertraut machen. Das nationale Wirtschaftskapital ruht im nationalen Volksbesitz, zum Unterschied von dem internationalen Weltkapital, das unabhängig von den Eingriffen des Staates und im Besitze einer gewissen Rasse ist, die sich über die ganze Welt verbreitet hat: der Juden.

Ich spreche jetzt, meine Volksgenossen, in erster Linie für die von links hier Anwesenden. Ich stelle meine Rede auf sie ein. Der Genosse von links wird mir antworten: "Für mich sind alle Menschen vollständig gleich, sie mögen aussehen, wie sie wollen; was Menschenantlitz trägt, das ist ein Mensch." Mein lieber Freund! Ich gebe alles zu, was du mir sagst, was Menschenantlitz trägt, ist Mensch; aber du wirst eins zugeben müssen, daß all das, was Menschenantlitz trägt, nicht gleicher Mensch ist. Es ist nicht jeder gleich dem andern. Ohne Zweifel: Was Hundeohren und -schnauze hat, ist Hund. Hund ist Hund. Aber für bestimmte Zwecke bleibt das nicht gleich: Hund ist Hund. Ich kann einen Hasen nicht durch einen Dackel verfolgen lassen, und andererseits, ich kann einen Windhund nicht in einen Dachsbau hineinschicken, und die Gelehrigkeit eines Mopses ist anders als die eines Pudels. Es ist zwischen jedem Hund ein bestimmter Unterschied.

"Mensch ist Mensch," sagst du. Ohne Zweifel! Aber zwischen diesen einzelnen Menschen ist immerhin ein gewisser Unterschied. Zum Beispiel: Der Neuseeländer lebt noch zum Teil auf Bäumen und klettert zum Teil noch auf allen Vieren herum, zum Unterschied von einem Europäer, der auf zwei Beinen geht, und nicht auf den Bäumen haust, sondern auf der Straße wandelt. Nun wirst du sagen: "Das macht das Klima." Mein Freund, wenn alle Europäer weggehen und den Neuseeländer hierher verstreichen [*sic!*], dann wirst du auch nicht glauben, daß das Klima aus diesem einen Europäer macht. So sehr auch das Klima einen bestimmten Einfluß hat, so geht der Einfluß doch nicht über ganz bestimmte Eigenschaften hinaus. Das Klima kann ein Volk zum Fleiß erziehen, im Norden zum Beispiel dadurch, daß es rauh ist. Aber ein anderes Volk, das nicht zum Fleiß erzogen ist, würde dort zugrunde gehen. Wenn ich zwei Menschen vor eine ganz gleiche Lage stelle, werden sie die sich ergebenden Möglichkeiten doch nicht gleich ausnützen. Stelle beispielsweise zwei Menschen auf die Straße und bringe sie in die gleiche Gefahr, so wird der eine sich retten, der andere wird zugrunde gehen. Sie sind also nicht gleich. Es ist ein Unterschied vorhanden. Die ganz feine Verschiedenheit, die wir schon bei den Menschen gleichen Blutes sehen, ist ungeheuer, wenn wir die Blutgrenze überschreiten. Die Geschichte lehrt uns oft: das Klima eines Landes ist dasselbe geblieben, aber die Menschen haben sich geändert. Das sehen wir zum Beispiel im alten Ägypten: in grauester Vorzeit ein Kulturaufblühen, mächtige Staaten - endlich

Zugrundegehen, Absterben, Zusammenbrechen. Und nun entsteht dort, wo Kultur war, eine Wüste. Es vergehen zwei- bis dreitausend Jahre, und da beginnt durch die Wüste der Mensch zu gehen. Wege werden gebaut, Staubecken gebildet. Oasen entstehen, und nun ist auf einmal wieder Kultur da. Das Klima ist dasselbe geblieben, aber die Menschen haben sich geändert. Erst die Menschen einer bestimmten Rasse haben als Kulturträger aus der Wüste eine Kulturstätte gemacht. Dann geht diese Rasse allmählich wieder unter. Andere Rassen kommen, die nicht kulturschöpferisch veranlagt sind, und die Kultur bricht in Nichts zusammen. Und es kommt die Wüste, überdeckt alles. Was Menschenhand geschaffen, versinkt in Sand. Und zweitausend Jahre später ahnt kein Mensch, daß hier einst große Städte waren. Dann plötzlich kommen einzelne Pioniere eines anderen Volkes und beginnen wieder zu arbeiten, und fünfhundert Jahre später ist wieder Kultur da. Und warum? Es sind wieder Menschen gekommen, die kulturschöpferisch waren.

Wir sehen also: Das, was wir mit dem Worte Kultur bezeichnen, ist gebunden an eine ganz bestimmte Rasse. Nicht jede Rasse ist kulturschaffend, eine Reihe von Rassen ist absolut nur kulturzerstörend. Und das ist der Unterschied zwischen Arier[*n*] und Juden.

Nun wirst du sagen: "Der Jude ist genauso ein Mensch wie ich." Nicht ganz, mein lieber Freund, zunächst prägt sich seine Wesensart schon im Äußeren aus. Bei uns erkennt man nicht auf den ersten Blick, ob einer Protestant, Katholik oder Baptist ist. Bei dem Volk riecht man die Konfession. Du wirst den Juden nur in ganz bestimmten Berufen sehen, nicht dort, wo du bist. Du hast ihn noch nie im Kohlenschacht, an der Drehbank oder am Schraubstock gesehen. Du wirst erwidern: "Ja, vielleicht ist der gescheiter." Er ist nicht gescheiter als du, er ist aus einem anderen Grunde nicht bei dir. Den Juden fehlt der Begriff Arbeit vollständig, die besondere Auslegung des Begriffes Arbeit, die du hast. *Die Arier verstehen unter Arbeit eine Tätigkeit, die dem einzelnen nützt, ohne dem anderen zu schaden.* Ja, im weiteren Sinne eine Tätigkeit, die primär ihm selbst von Vorteil ist und den anderen allen Nutzen bringt. Wenn ein Mensch arbeitet und dabei nicht Rücksicht nimmt auf das Wohl seiner Mitmenschen, dann sagen wir, er arbeitet nicht im eigentlichen Sinne. Arbeit ist nicht Betätigung an sich. Du sagst vielleicht: "Jeder, der schwitzt, arbeitet." Wir fragen aber: Wem nützt seine Arbeit? Der Mensch, der den Kassenschrank in der Nacht aufbricht, schwitzt mindestens genausoviel, vielleicht noch mehr. (Heiterkeit.) Aber wir sagen nicht: Beide haben gearbeitet, beide sind Arbeiter. Sondern wir sagen: Der eine ist ein Arbeiter, der andere ist ein Dieb, ein Verbrecher. Kurz und gut, wir unterscheiden zwischen dem Menschen, der schafft im Dienste seiner Mitwelt, und dem, der nur persönlich für sich selbst schafft, ohne Rücksicht zu nehmen auf seine Mitmenschen. Bei uns ist der Begriff Arbeit unzertrennlich verbunden mit der Vorstellung eines Ideals. Wir können uns eine Arbeit nicht denken, die nicht ideal aufgefaßt wäre. Du sagst: "Ich merke nichts, wenn ich arbeite, von einem Ideal." Du wirst es nie merken. Was Millionen unbewußt tun, ist in Wirklichkeit etwas Ideales. *Wer am Schraubstock steht, oder der Weichensteller, oder irgendeiner, der pflichtgetreu arbeitet, ist im Grunde genommen ein Idealist*; denn wenn er, statt zu arbeiten, einbrechen oder schieben wollte, würde er mehr verdienen. Es ist so, es schiebt nicht nur der, der gescheit genug dazu ist, sondern der, der nicht genug Idealist ist. Zum Unterschied nun die

jüdische Auffassung: für einen Juden ist Arbeit nur Bewegung. Da sind Tausende, die rackern und schuften, und daneben sitzt einer, der "arbeitet und schuftet" auch, hat allerdings nur eine Kuponschere in der Hand. (Heiterkeit.) Auf der einen Seite sehen wir Menschen, die Tag für Tag ihrer Tätigkeit nachgehen, ohne jemals hoffen zu können, irdische Glücksgüter zu erobern, auf der anderen Seite einen Menschen, der durch eine einzige Spekulation Millionen verdient. Ist der auch "Arbeiter"? Er sagt: "Das kostet mir wohl Mühe, zu überlegen, wie ich das Geld heranbekomme, ich habe wochenlang keine Ruhe, bis mir so ein Gaunerstreich gelingt, das jagt mich Tag und Nacht herum, ich muß dauernd rechnen, um meinen Nächsten das Geld herauszulocken, kann keine Natur genießen - machen Sie doch die Geschäfte!" - Allerdings, arbeiten darfst du das nicht nennen; Arbeit ist eine edle Tätigkeit - dies ist Verbrechertum. Ein Volk, das nicht mehr den idealen Sinn zur Arbeit besitzt, kann nicht mehr auf eigenem Grund und Boden eine Volkswirtschaft aufrichten. Daher ist die jüdische Gemeinschaft nicht territorial begrenzt, sondern unbegrenzt, nur rassisch gebunden. In der richtigen Auffassung des Begriffes Arbeit liegt die Voraussetzung zur menschlichen Kultur. Nehmen Sie die Gesinnung, die ich als Ideal bezeichnet habe, aus dem Herzen der Menschen heraus - dann steht jeder auf dem Standpunkt: "Was du tust ist gut, wenn es dir nur nützt" ... das Ende ist das Chaos.

Deutsche Arbeit ist aufgebaut auf der Hingabe des einzelnen für die Gesamtheit, erst später geben die anderen ihm dann seinen Teil wieder zurück. Der einzelne müßte verhungern bei seiner Tätigkeit. Was er schafft, schafft er für die Allgemeinheit, ob das der Glasbläser ist, der Schmied, der Straßenfeger. Jeder schafft für die Gesamtheit und erhält dann seinen Teil zurück oder soll seinen Teil zurückerhalten. Und nun stellen Sie sich einen Erfinder vor! Warum schafft er eigentlich? Damit er Geld verdient? Nein, das ist nicht ausschlaggebend, das ist nicht allein der Hauptgrund seines Schaffens; denn es ist Tatsache, daß die größten Erfinder arm gestorben sind. Der Forscher arbeitet nicht um des finanziellen Ergebnisses willen, sondern für sein Ideal, das ihm vorschwebt. Das kann ein Mensch sein, der jahrzehntelang grübelt und sich Entbehrungen auferlegt. Er weiß auch nicht, warum er das getan hat. Ein innerer Zwang verpflichtet ihn zu tun, was er tut. Was sind alle unsere großen Dichter und Denker? Menschen, die für sich arbeiten? Nein! Was wir an Erfindungen und Gebrauchsgegenständen um uns sehen, ist zum großen Teil das Ergebnis von schlaflosen Nächten solcher Menschen, die den größten Teil ihres Lebens für andere arbeiteten und nicht ihren Lohn erhielten. Die Nachwelt setzt ihnen Denkmäler und bringt ihnen Nachrufe. Ein innerer Zwang treibt die großen Geister und läßt sie nicht Ruhe finden, bis dieser Zwang von ihnen gelöst ist durch ihr Wirken.

Ganz anders der Jude: Er treibt keine Arbeit, die sich nicht bezahlt macht, das heißt mit anderen Worten, er ist nicht kulturschöpferisch. Ich will nur ein kleines Beispiel sagen: Schauen Sie in der hiesigen Gegend die Industrie an! Was gibt heute der Großstadt ihr Gepräge? Das Auto. Große Menschenmassen können an seinen Vorzügen teilnehmen. Wer handelt nun das Auto? Meist das "auserwählte Volk". Wer sind die Aktienbesitzer dieser Fabriken? Großenteils das "auserwählte Volk". Und nun frage ich: "Wer hat das alles erfunden, was zu einem Wagen gehört? Wer hat den Benzinmotor erfunden?

Wer hat das ganze Gebiet der Elektrizität bearbeitet, damit man Lichtmaschinen bauen kann? Wer hat die chemische Arbeit geleistet? Wer hat diese unendliche Arbeit vollbracht? Wer sind endlich die Menschen, in deren Faust der Hammer sich schwingt, um dem Gedanken des Genies eine praktische Form zu geben? Wer waren diese?" Nicht ein einziger Jude ist darunter! Sehen Sie diesen Saal an! Wer hat diese Lampen erfunden, wer den Stoff, der den Saal schmückt? Wer ist der Erfinder? Nicht ein Jude ist unter ihnen! Und wer sind die Händler? Lauter Juden!!!

Der Begriff Arbeit, wie wir ihn haben, fehlt dem Juden. Ihm fehlt gerade das, was den höheren Menschen ausmacht, das Schöne, das Erhabene. Er hat keine Baukunst, keine Musik, keine eigene Dichtung. Er hat alles, was er besitzt, von anderen gestohlen, entwendet und dann realisiert. Das heißt: Während ein Schiller für seine Dramen zwei- bis dreihundert Taler erhielt, das Höchste waren einmal dreihundertfünfzig Taler - man kann also nicht sagen, der Mann hat für Geld gearbeitet; seine Leistung ist nicht zu bezahlen -, liefert der jüdische Operettenmacher fabrikmäßig seinen Kitsch und verdient Millionen. Allerdings mit dem Unterschied, daß nach dreihundert Jahren der Kitsch des Operettenmachers verschwunden ist, während Schillers Werk bleibt! Was der Jude schafft, zielt nur auf das Geldverdienen ab, auf das Geldverdienen in jeder Form. Darauf baut man aber keine menschliche Kultur auf.

Nun werden Sie fragen: "Ja, woher kommt denn das, daß gerade der Jude diese Kraft der Kulturschöpfung nicht besitzt?" - Mein lieber Freund, darüber haben wir mit der Natur nicht zu streiten. In der ganzen Natur gibt es zwei Prinzipien, ein schöpferisches und ein zerstörendes. Das zerstörende unterhöhlt alles, bis der Zusammenbruch kommt. Wir haben uns mit seinem Vorhandensein abzufinden, genauso, wie wir uns mit dem Vorhandensein der Bazillen abzufinden haben, welche in die Lunge eindringen, sich dort verankern und erst mit der zerstörten Lunge und dem zerstörten Menschen absterben. *Unsere Frage lautet heute, ob wir sterben oder leben wollen.*

Du sagst: "Angenommen, das wäre alles so, was kann da der Jude dafür, daß er so ist?" - So wenig wie der Tiger dafür kann, daß er Menschen auffrißt. Ich bin aber nicht verpflichtet, mich auffressen zu lassen, weil der andere das zu seinem Leben braucht. Das ewige Naturgesetz ist immer noch maßgebend: Was sich durchringt, ringt sich durch - was zu feig ist, nicht. Was zu faul ist, verhungert. Die Natur sagt nicht, du mußt dich unterjochen lassen. Die Natur baut sich nicht auf dem Vorrecht der Schwäche auf, sondern der Kraft.

Die Menschen, die nicht Kraft aufbringen, sich durchzuringen, die mögen abtreten; es werden andere kommen, oder es kommt nach ihnen nichts mehr.

Sie sagen nun: "Sind denn nicht auch unter uns viele christliche Juden?" Mein Freund, mit dem einzigen Satz schlägst du dich selbst. Warum fragst du nicht, ob es auch jüdische Christen gibt? Du sagst: "Es gibt Christen, die so schlecht sind wie die Juden." Damit sagst du selbst, daß dieser Geist der Zerstörung auf uns übergegriffen hat. Wenn du sagst, daß es auch christliche Juden gibt, gibst du selbst zu, daß wir allmählich auf das Niveau dieses Volkes heruntersinken.

Der Jude hat niemals einen Staat. Die kleinen Rifkabylen haben ihren Staat; der Jude war von jeher Schmarotzer. Nun stelle dir vor: Uns wird das Treiben der Juden ei-

nes Tages zu dumm, wir alle gehen nach Palästina und lassen die Juden allein zurück. Was wird geschehen? Nicht etwa, daß die Juden dann plötzlich von Arbeitswut getrieben an die Schraubstöcke stürzen werden, oder in die Schächte klettern, um Kohlen zu holen, erfinden und schuften. Wenn die letzten Deutschen draußen wären, würden sich die Juden aufmachen und schauen, wo sich diese niedergelassen haben. Dann würde das "auserwählte Volk" kommen, bescheiden und demütig. Es würde fragen, ob es nichts "zu tun" gäbe, nicht gerade in den Bergwerken, aber zwischen den einzelnen vermittelnd. Und wenn das nicht der Fall ist, vielleicht braucht der eine oder der andere etwas. Der Jude ist wieder die warmherzige Seele, er schiebt [*sich*] neuerdings in den Kreislauf hinein, ganz lammfromm und geduldig. Erst wenn er bei uns wieder warm geworden ist, tritt er entschiedener auf und plündert schließlich das Volk von neuem aus.

Wie einst: Als dem Volk die Geduld reißt, vertreibt es den Juden aus den Städten. Nun schleicht er sich an die Fürsten heran. Er mogelt sich bei ihnen immer höher. Er ist Steuereinnehmer, und wenn die Fürsten Geld brauchen, gibt er ihnen etwas. Er wird manchmal den Fürsten recht unangenehm. Diese drücken den Blutegel. Er erholt sich im allgemeinen bald wieder. Was er abgibt, das saugt er drei- bis fünffach wieder heraus aus dem Volk. Die Fürsten demoralisiert er; er führt sie den Lastern zu. Endlich können sich die Fürsten nicht mehr halten. Nun droht er mit dem Volk. Dann erhebt sich das Volk. Die Throne beginnen zu wackeln. Sobald das der Jude fühlt, beginnt er von den Fürsten abzurücken und geht ins Lager des Volkes. (Zwischenruf: Rathenau [9].) Jetzt wird er liberal. Er wird der Träger von "fortschrittlichen" Ideen. Ihm fällt es nicht schwer, sich vor den Augen der breiten Masse zum harmlosen Menschenfreund umzuentwickeln. Er bringt Opfer. Er wird der "Wohltäter". Er gibt und opfert - freilich alles mit Maß und Ziel. Er geht natürlich dabei nicht selbst zugrunde. Er teilt alles so ein, daß die ganze Welt weiß, daß er der Wohltäter ist. Man staunt, daß dieses Volk so außerordentlich mildtätig sein kann. So gewinnt er allmählich Vertrauen.

Denn je mehr die Throne wackeln, um so mehr vertritt er die Lehren der Demokratie: "Das Volk regiert sich selbst". Einer versteht es nicht. Fünfhundert müssen es sein. Die Nation wählt sich fünfhundert Männer. Wer sind diese fünfhundert? Genies und Staatsmänner? Er weiß es genau: es vergehen Hunderte von Jahren, ehe ein Volk einen Staatsmann bekommt. Es ist aber ganz unmöglich, daß man bei jeder Reichstagswahl fünfhundert bekommt. Sie lassen immer abstimmen. Worüber sie abstimmen, davon versteht oft die Majorität nichts, sondern nur ein kleiner Bruchteil. Sie stimmen aber trotzdem ab über Dinge, die sie überhaupt nicht verstehen können. Da die Volksvertreter sehr bescheiden sind, mag keiner hervortreten und sagen: "Ich verstehe das nicht." Was sie nicht verstehen, versteht die Fraktion. Und diese Fraktionen werden geleitet durch einzelne Köpfe, die sind Juden. Wenn sich einer gegen dieses System aufbäumt

9 Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller, 1892 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, 1899 Vorstandsmitglied der AEG, 1902 Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, 1907 erneut Vorstandsmitglied der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, 1915 Präsident der AEG, 1919 Mitglied der DDP, Mai bis Okt. 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, Feb. bis Juni 1922 Außenminister, am 24.6.1922 ermordet.

und sagt: "Diesen Betrug mache ich nicht mehr mit, wir stimmen über Sachen ab, die wir nicht verstehen" - dann ist er am längsten gewählt gewesen.

Die Volksvertreter werden gewählt durch das Volk. Durch welches Volk? Durch dasjenige, das ihnen die Stimmen gibt, das einer bestimmten Meinung huldigt, auf dem Boden einer "öffentlichen Meinung" steht. Welches Volk steht auf dem Boden der "öffentlichen Meinung"? Das Volk, das die "öffentliche Meinung" zu sich nimmt. Wie nimmt man die "öffentliche Meinung" zu sich? Indem man die Zeitung liest. Und wer druckt die Zeitung? Menschen. Wer bezahlt diese Menschen? Ganz bescheiden, der alte "Wohltäter der Menschheit"; er opfert sich überall, also auch hier. Er kann nicht mit ansehen, daß die Menschen keine Zeitung haben. (Heiterkeit.) Was täten die Menschen auch, wenn sie nichts zu lesen hätten? Da gibt es die "Morgenpost", "Abendpost", "Arbeiterzeitung", "Börsenzeitung". Weil die Menschen eine Zeitung haben müssen, bezahlt er die Zeitung. Er sagt ihnen dafür das, was die Leute gerne hören. So erzeugt er die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung wählt. Dadurch kommen sie auf das Postament. Sie bleiben darauf, gehen nicht wieder herunter. Mit dieser Institution beginnt der Jude zu regieren und nennt das Ganze "Volksregierung". Das Volk hat das Parlament, um seinen Willen durchzusetzen; dabei weiß das Volk oft nicht, was es will. Zum Beispiel: die Zollvorlage. Was ist darunter zu verstehen? Von 40 Millionen Menschen machen sich kaum 3 Millionen Gedanken darüber. Die anderen "bekommen" die Gedanken, das heißt, wenn sie morgens die Zeitung erhalten, steht darin: "Jeder Proletarier ist verpflichtet: ...." Nun sagt sich der Proletarier: "Halt, das geht mich an. Das ist selbstverständlich, daß ich für den freien Handel eintrete." Der andere liest: "Jeder Bürgerliche ist verpflichtet ..." Jeder ist stolz, wenn er sich als Bürgerlicher genannt fühlt. So bekommt der Jude die öffentliche Meinung, die Willensbildung im Parlament und damit den Staat in seine Hände.

Seinerzeit macht sich eine Abneigung gegen den Juden bemerkbar. Da beginnt er allmählich, das linke Bein aus dem monarchischen Lager herauszuziehen und in ein anderes Lager zu setzen. - Dieses Lager ist der neue Stand, der sich gebildet hat aus den Arbeitermassen, die vom Land in die Stadt geströmt sind und hier die Fabriken bevölkert haben. Dieser neue Stand, der zunächst rechtlos ist, und um den sich das Bürgertum nicht bekümmert, ist sein "Arbeitsfeld". Er beginnt die Massen zu organisieren. Er erklärt nun nicht: "Ich organisiere die Handarbeiter allein zu einer politischen Partei, deren Kopf ich bin." Das kann er nicht gut, denn es könnten Arbeiter meinen: "Eigentlich, unter uns Handarbeiter paßt doch der Jude nicht hinein; wie kommt das, daß er sich unter uns mengt?" Darum sagt er nicht: "Wir Handarbeiter", sondern: "Wir Proletarier" und verwendet auch hier wieder Fremdwörter. Das klingt viel anders, viel unverständlicher. Wenn einer einmal gesteht: "Ich weiß nicht, was das ist", so heißt es: "Er ist ungebildet, der Mensch weiß nicht, was Proletarier ist." Ähnlich macht es der Jude, wenn er die Kunst anpreist. Er sagt nicht: "Das ist ein wunderbares Gemälde", sondern er sagt: "Und hier habe ich noch ein Bild - sehr schwer zu verstehen! Für ganz Feingebildete! Ich finde wenig Käufer dafür. Es stellt ein inneres Erleben dar" - in Wirklichkeit einen in Revolution geratenen Misthaufen. (Heiterkeit.) Der geschmeichelte Käufer

sagt dann zögernd: "Ich verstehe es schon." - Hier liegt der Grund, warum der Jude gern Fremdwörter im Munde führt.

So bekommt er eine Partei zusammen aus lauter Handarbeitern, die schließlich restlos im Dienste des Juden steht. Er ist der Syndikus der Ausbeutung und der Abwehr. Der Samuel Cohn sitzt in der Schreibstube als Vertreter der Industrie. - Sein Bruder, der Levi Cohn, steht auf dem Fabrikhof und redet von Menschenrechten und Gleichheit des "Proletariats". Er appelliert an die schwielige Faust, die braucht er, denn seine Faust ist nicht schwielig. Er unterwühlt Sitte und Moral. Die Helden des Volkes werden in den Kot gezogen, die Vergangenheit beschmutzt. Wenn alles zusammenbricht, dann tritt er aus dem demokratischen Lager heraus und kommt zur Diktatur: In Rußland regieren siebenhundert Juden, aber nicht das Proletariat. Dieses ist rechtloser wie irgend etwas in der ganzen Welt. Er organisiert die Machtmittel. Erst wetterte er gegen die Todesstrafe, dann ist er Meister darin. Erst fluchte er gegen den Militarismus, dann organisiert er die rote Garde. Jetzt wird er der Blutjude.

Das ist der Entwicklungsgang, und in diesem befindet sich auch Deutschland. Millionen von Menschen folgen unbewußt und ungewollt dieser Entwicklung. Der Jude erkennt die Gefahr, die darin beruht, daß eines Tages die Aufklärung kommen könnte. Deswegen leitet er die Menschen weg von der Aufklärung. Er sagt nicht: Geht hin und prüft, sondern er sagt: Demonstriert. - Wehe, wenn die breite Masse sich des ungeheuren Betrugs klar wird, dem sie zum Opfer gefallen ist, sie würde keine Barmherzigkeit mehr kennen! Deswegen zittert er vor dem Erwachen des arbeitenden Volkes. Und deshalb organisiert er sechs bis sieben verschiedene Lager: Auf der einen Seite hat er den revolutionären Arbeiter, und zwar einen Menschen, der sich auf den Standpunkt stellt: Der heutige Staat muß mit dem Hackbeil zusammengeschlagen werden. Neben ihm steht der kommunistische Arbeiter, und weiterhin macht er die SPD auf. In diesen Parteien umfaßt er eine große Masse von Menschen. Das genügt aber noch nicht. Auch das Bürgertum will er in seinen Klauen haben: Natürlich kann er dieses nicht in die Reihen der kommunistisch-sozialistischen Menschen tun. Das weiß er genau, daß das die Herren erschrecken würde, wenn er sie einladen würde, in die KPD oder SPD einzutreten. Deshalb macht er die Demokratische Partei auf. Und da es Leute gibt, die etwas national denken und wenigstens schwarz-weiß-rot als Draperie haben müssen, macht er die Deutsche Volkspartei auf. Und zuletzt die Deutschnationale. Kurz und gut: Überall hat er seine Hand im Spiel. Auch das Zentrum geht mit ihm; es sind verwandte Seelen, und die finden sich bekanntlich immer. So gelingt es ihm, daß er 18 Millionen Menschen in einen Rahmen bekommt. Und da muß ich Sie fragen: Wie ist es möglich, daß heute noch Millionen von Menschen Bewegungen nachlaufen, die auf der einen Seite verkörpert werden durch die "Frankfurter Zeitung", "Berliner Tageblatt", und auf der anderen Seite durch sogenannte Arbeiterzeitungen? Wie ist es möglich, daß die Interessen der breiten Masse der Arbeiter gewahrt werden können von den Parteien, die auf der einen Seite in der Börse sitzen, auf der anderen sich an den Schraubstock heranbuhlen? Hier liegt die Antwort auf die Frage: Warum ist es in Deutschland in den letzten sechs Jahren nicht besser geworden? - Es kann nicht besser werden, im Gegenteil, wir befinden uns jetzt erst in der Mitte der Not, in einem Stadium, in dem der Jude ausholt zum letzten

Stoß. Die nationale Wirtschaft bricht von Stunde zu Stunde immer mehr zusammen, das internationale Finanzkapital saugt sich fest.

Die Folge wird sein: Wir haben ein Volk von Handarbeitern, die Deutsche sind, und ein Volk von Herren, die Juden sind. Der Proletarier wird sagen: "Es ist mir egal, ob mein Herr ein Deutscher oder ein Jude ist." Mein lieber Freund! Es ist nicht gleich. Ein praktisches Beispiel: Du bist in einer Fabrik, und dieser Fabrikherr ist ein Deutscher. Er mißhandelt dich, du mußt dich wehren. Du kannst dich wehren. Denn: 1. dieser Herr steht unter den Gesetzen eines Landes, dem du selbst Gesetze geben kannst, 2. unter dem Einfluß einer Regierung, die du selbst wählen kannst, und 3. unter dem Einfluß einer Macht, an der du mitarbeiten kannst. Mit anderen Worten: Wenn du heute nicht mehr arbeiten willst, sagst du, ich kann nicht mehr. Du kannst also noch streiken. Nun stelle dir aber vor, daß der Besitzer nicht der Deutsche, sondern ein internationaler Finanzjude ist! Er hat seinen Sitz nicht hier in Deutschland, sondern in Paris. Ihm steht das Kapital der Welt zur Verfügung. Wenn er sagt: In meiner Fabrik werden jetzt zehn Stunden und mehr gearbeitet - gegen ihn hast du keine Macht. Das deutsche Reich beginnt wegen dir keinen Krieg gegen den Besitzer oder gegen Frankreich. Du kannst ihn auch nicht totstreiken.

Denn ihm steht 1. das Kapital der internationalen Hochfinanz zur Verfügung, und 2. die Arbeiterschaft der ganzen Welt, vom chinesischen Kuli bis zum Irländer. *Warum streikt man nicht mehr in Rußland und in China? Die Faust des internationalen Kapitalismus macht jeden Widerstand zunichte.* Wenn du dein eigenes Ich vertreten willst, dann mußt du dir sagen: "Wenn die Fabrik im Besitz des Auslandes ist, kannst du nichts mehr ausrichten." Nun sagst du: "Dann kommt die internationale Solidarität. (Heiterkeit.) Sie sollen es wagen!" Wie man da in Paris streiken wird, wenn das hier geschieht!!! Nur ein Volk ist so blöde zu glauben, daß zwischen allen Völkern, zwischen Negern und Hottentotten ein idealer Freundschaftsbund bestehen könnte, den Juden präsidieren! Der Franzose ist erst Franzose, und dann Genosse, der Engländer erst Engländer, dann Sozialist. Bei dir ist es nicht anders. *Ich glaube nicht an die letzte Innerlichkeit der internationalen Verbrüderung. Diese wäre erst gegeben, wenn auch du bereit bist, mit deinem Leben für andere, für die unterdrückten Völker in der Welt einzutreten.* Das würdest du dir wohl noch reiflich überlegen, oder gehst du etwa hin und sagst: "Diesen Volksgenosssen muß geholfen werden. Auf, zu den Waffen!" - Nein! Das tust du nicht! Höchstens macht der Jude eine Sammlung: einen Teil liefert man ab, den anderen Teil benutzt man zur "Unkostendeckung". Denn diese Sammlung verursacht doch Anstrengung und macht Spesen. Man kann doch nicht alles abliefern. Das ist selbstverständlich! Hier liegt der wahre Grund zur Sammlung. Kämpfen würde niemand!

Lachen muß ich, wenn ich solch einen Roten Frontkämpferbund sehe. Die Leute reden sich vor, daß sie hinter der roten Flagge marschieren. Sie bilden sich ein, daß sie nach der kommunistischen Internationale marschieren. Mein lieber Freund! Täusche dich nicht! Du gehst hinter der roten Flagge her, aber was dich zum Gleichschritt bewegt, ist nicht die Idee der roten Flagge, sondern die Überlieferung der alten Armee. Wenn heute plötzlich diese endlosen Kolonnen der roten und unserer Sturmarmeen sich vereinigen würden, und wenn da jeder das Gewehr auf dem Rücken hätte, und wenn

plötzlich alle Parteifahnen verschwinden würden, und an ihrer Stelle irgendwo die alte Kriegsflagge hochgehen würde, und statt des Pfeiferchors Militärkapellen einsetzen würden, glaubst du, daß auf einmal jemand erklären würde: "So, nun gehen wir nicht mehr mit?" Auf einmal wäre alle internationale Solidarität vergessen, und an seine Stelle käme die Flagge einer deutschen Volksgemeinschaft. Und du würdest mitgehen! (Stürmischer Beifall.) Denn im letzten Grunde bist auch du Fleisch von diesem Fleisch. Schuld an deinem jetzigen Los ist der Teil des Volkes, der dich nicht verstand und sich nicht um dich kümmerte, und dich dem fremden Verführer überließ. *Darüber könnte jeder endlich Klarheit gewinnen: was heute noch gefaselt wird von sozialer Hebung, sozialer Gesetzgebung, sozialem Recht usw., ist alles lächerlich, wenn nicht eins als Voraussetzung kommt, die Freiheit des eigenen Volkes. Was heute noch in Deutschland geschehen kann, ist: die Hebung der Ertragsfähigkeit der deutschen Plantage für das Ausland und seitens der Linken die Steigerung der Arbeitsleistung der Sklaven für das Ausland.* Wer heute noch redet von sozialer Regierung, sozialem Glück, sozialer Freiheit und Gerechtigkeit, statt zu sagen: "Die Voraussetzung zu all dem ist die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Volkes, alles was wir heute schaffen, gehört nicht uns, sondern den internationalen Fronherren und ihren Häschern", der belügt das Volk.

Und damit komme ich zu dem Zweck des heutigen Abends: Ich lese hier (Flugblatt), daß die Angriffe der Reaktion gegen die Arbeiterschaft sich verstärken, und daß ich als Schrittmacher dieser Reaktion hier meinen Einzug feiere, daß man nicht ruhig zusehen könne, daß auch hier unsere Bewegung an Boden gewinnt.

Meine lieben Freunde! (Zu seinen Anhängern gewendet.) Vorhin hat einer ihrer Führer hier gesagt, daß ich vor bald vier Jahren vor einem ganz kleinen Kreis von Leuten zum ersten Mal hier gesprochen habe. Heute ist der große Saal gefüllt. Wenn einer sagt: "Ich bin nicht hereingekommen als Anhänger sondern Gegner." Du kommst herein, das ist das Wesentliche. Du nimmst Notiz von uns. - Und die Bewegung wird weiter marschieren. Weshalb? Weil der Drang nach Freiheit immer mehr zum Ausbruch kommt. Im Kampf um die Freiheit unseres Volkes werden die alten Parteien nimmermehr mitzumarschieren in der Lage sein. Sie werden von der Bühne abzutreten gezwungen werden.

Und warum hat das deutsche Volk den Krieg verloren?

Weil 18 Millionen Menschen nicht mehr national denken und fühlen und handeln wollten. Aber auch aus einem zweiten Grund: weil 15 Millionen, die vorgaben, national sein zu wollen, zu feige waren, der Revolte entgegenzutreten. Weil die linke Seite bewußt die Vernichtung Deutschlands gewollt hat, und weil die rechte Seite die Ursache zum Wachstum der Empörung war. Sechzig Jahre hat sich die bürgerliche Seite nicht gekümmert um die breite Masse unseres Volkes. Sechzig Jahre hat sie sich nicht gekümmert um die Menschen, die mitwirken am gemeinsamen Werk zur Erhaltung unserer Stärke, unserer Kraft, zur Erhaltung und Vermehrung unserer Nation. 60 Jahre ist man darüber hinweggegangen, daß ein Volkskörper nicht nur aus dem Geist besteht, sondern auch aus der Faust. Wenn die Faust schwach wird, kann sie nicht mehr arbeiten. Wir sind zerrissen worden durch zwei Begriffe. Der eine Begriff hieß "Sozial", und dieser Begriff wurde falsch ausgelegt. Ein Jude war es, der diesem Begriff Falsches unterschob. Der zweite Begriff hieß "National" und

wurde auch falsch ausgelegt. Sowenig wie mit dem Begriff "sozial" eine bestimmte Wirtschaft zu tun hat, hat das "national" nichts zu tun mit einer bestimmten Staatsauffassung. *National ist jeder, der seinem Volke gibt, was ihm gehört. Ebenso ist sozial nur ein Mensch, der sich aufopfert für sein Volk, der sich bereit erklärt, seinem Volk zu geben, was ihm gebührt.* "Volk" verstanden als Volksgemeinschaft, von unten bis oben. Wenn aber ein Mensch in diesem Sinne sozial denkt, ist er in unserem Sinne national. *Wer national sein will, ohne diesem Volk zu geben, ist ein Schmäher und Schänder seines eigenen Volkstums.*

Die Stärke eines Volkes beruht nicht auf dem hochgezüchteten Genie, sondern auf der Harmonie der körperlichen und geistigen Stärke, der Harmonie von Stirne und Faust. Ohne Wiederherstellung dieses inneren Gleichgewichts aber, der Volksgemeinschaft, ist ein Wiederaufstieg unseres Volkes unmöglich. Diese Wiederbeschaffung der Volksgemeinschaft werden unsere alten Parteien nicht mehr fertig bringen. Sie sind selbst schuld an der Störung des Gleichgewichts, teils aus Feigheit, teils aus Schlechtigkeit. *Wer das Unheil nicht verhindern konnte, ist erst recht nicht reif, dieses Unheil zu beseitigen.* Entweder: der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes stirbt ab und wir verschwinden - oder er ist noch vorhanden: dann sind wir sein Erwecker und werden erst abtreten, wenn wir unsere Aufgabe erfüllt haben. An dem Tage, an dem die Flagge unserer Bewegung hochgezogen wurde, war es uns klar, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: *entweder unser Werk ist schlecht und unrecht, dann wird es von selbst vergehen, wie alles Schlechte, oder es ist recht, dann wird keine Macht der Welt uns entwurzeln können.* Dann wird die Bewegung sich weiter ausbreiten und weiterschreiten.

Was will die Bewegung in ihren wesentlichen Zügen? Sie soll im deutschen Volk das herstellen, was Sie, meine lieben Freunde von links, von einer anderen Welt erträumen. Sie erträumen eine Solidarität der ganzen Welt, wir erträumen eine Solidarität unseres Volkes, eine Solidarität, die umschließen und erfassen soll alles, was ehrlich schafft und seinem Nächsten gibt, was ihm gebührt. Sie werden sagen: "Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich bin Proletarier, ich bin Arbeiter, ich habe mit dem und dem nichts zu tun." Wenn du das von dir sagst, so bedenke, daß du das, was du bist, nicht allein der Faust verdankst, sondern es ist der Geist von zahllosen Köpfen, der Zehntausenden Brot und Verdienst gibt, es sind Erfindungen von zahllosen Genies. Und wenn umgekehrt der von rechts glaubt, "ich kann mich nicht zum Proleten hinfinden, ich bin ein gebildeter Mensch", mein lieber Freund, deine Bildung allein nützt dir gar nichts. Du kannst zwar Pläne haben, aber wenn sich nicht die Faust findet, die deine Pläne in die praktische Wirklichkeit umsetzt, dann bist du bedeutungslos. *Wenn ihr zwei, du Mann des Geistes und du Mann der ausführenden Tat, euch nicht zu einer Gemeinschaft zusammenfindet, geht ihr getrennt zugrunde.* Hier liegt die erste große Voraussetzung zur Erhebung unseres Volkes.

Zum Zweiten: *Glaubst du, daß euer Wert in unserem Volkstum liegt.* Was wir hier an uns sehen, was uns emporhebt, das sind die Schöpfungen unseres eigenen Volkes. Der einzelne Kopf ist nur der Repräsentant seines Volkes. Was wir an Leistungen vor uns sehen in der Wirtschaft, in der Technik, in der Kultur, es ist alles das *Produkt der Persönlichkeit. Die ist die Quelle unserer Kraft.* Diese Quelle leitet zurück zur Rasse, zur

Keimzelle, zum Ausgangspunkt unserer Rasse. Zerstören wir die, so sinken wir in das Völkergrab zurück. Was nicht rassisch ist, ist Spreu und wird vom Winde wieder verweht.

Das Dritte: *Wenn wir eine wahre Volksgemeinschaft aufbauen wollen, können wir das nur auf Grund einer sozialen Gerechtigkeit.* Es gibt viele, die glauben, mit Waffengewalt von heute auf morgen die Fesseln zertrümmern zu können. Wenn die Freiheit errungen werden soll, kann sie nur durch die geeinte Volkskraft errungen werden. *Die Stärke eines Volkes liegt nicht in einer hochgezüchteten Intelligenz, die Kraft ist nötiger als die Intelligenz.* Deutschland ist nicht zugrunde gegangen aus Mangel an Weisheit und Intelligenz, Philosophen als Führer werden versagen, wenn sie nicht zugleich einen unbändigen Willen haben. (Zwischenruf: Bethmann [10]!) Das Volksganze ist mit einer Pyramide zu vergleichen. Die Grundmasse der Pyramide ist die Willenskraft, die Spitze ist das Genie, der große Mann. Mit der Höhe der Pyramide nimmt die Willenskraft ab, aber die Weisheit zu. Das Genie besitzt oft die kleinste Willenskraft. Der Wille ist aber nur der Selbsterhaltungstrieb. *Was unserem Volke abgeht, ist nicht das Wissen an sich. Was uns abgeht, ist die Vermählung von geistiger Kraft und Willenskraft.* Wir brauchten während des Krieges nicht einen Bethmann Hollweg, sondern einen Staatsmann mit dem Willen eines Clemenceau [11] und Lloyd George [12], die den Willen hatten, dem Vaterland zu geben, was dem Vaterland gehört.

Viertens: Auch wir Nationalsozialisten verstehen, daß ein Volk in Stände und Berufe gegliedert ist, daß jeder sein Leben erkämpfen will. *Wir erkennen die berufsständische Gliederung an, eine Klassenspaltung aber niemals.* Sie sagen: "Die Klassen sind aber doch da." Sie sind nicht da, sondern werden künstlich geschaffen und künstlich erhalten. Wir haben den Mut aufzutreten gegen Klassendünkel und gegen Standesdünkel. *Wer in unsere Reihen eintritt, ist nicht Bürger, nicht Proletarier, sondern Deutscher.*

Fünftens: Wir sehen das Schmerzensvolle in unserem Volk: die wirtschaftliche Not. Wir sind aber der Überzeugung, daß ein Volk, das ehrlos und charakterlos ist, bei dem Schieber- und Wuchertum die letzten Palmen erringen, kein anderes Schicksal verdient. Staaten sind noch nie durch die Wirtschaft befreit worden. *Was Deutschland frei macht, ist nicht die deutsche Wirtschaft, sondern nur der deutsche Idealismus, die Sehnsucht nach der deutschen Freiheit.*

Was wir verkörpern, ist eine neue Weltanschauung, nicht ein Parteiprogramm von heute auf morgen. Wenn wir gefragt werden: "Ja, was für ein neues Programm stellt ihr denn bei der nächsten Wahl auf, welche Zusicherung gebt ihr uns?" Gar keine; gar nichts ver-

10 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preuß. Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, Juli 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

11 Georges Clemenceau (1841-1929), franz. Politiker, Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 franz. Ministerpräsident.

12 David Lloyd George (1863-1945), brit. Politiker und Sozialreformer, 1890 liberales Mitglied des Unterhauses, 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, 1916 Kriegsminister, 1916-1922 Premierminister.

sprechen wir euch! Ich sichere nur jedem zu: Wir wollen kämpfen um die Freiheit und Einigkeit unseres Volkes. Nur aus Kampf kann uns die Hoffnung erblühen. *Ich verspreche Ihnen nichts, nur den Kampf, nur den redlichen Kampf. Das Zeugnis dafür haben wir abgegeben. (Beifallsturm!)*

Das sind die Ziele, die uns vorschweben: ein Volk soll wieder zusammengeschmiedet werden. Nicht "Bürgerliche" und "Proletarier" darf es mehr geben, sondern nur mehr deutsche Volksgenossen. Geschätzt soll einer werden nach seiner Leistung, nicht nach dem Umfang seiner Leistung, sondern nach der Art, wie er sie vollbringt. Wer Tag für Tag sein Stück Straße kehrt, ist ein wertvolles Glied der Volksgemeinschaft, und wer faulenzt in gebügelten Hosen, ist ein Tagedieb. Dem der Herr Geist gab, hat die Pflicht, diesen Geist für sein Volk einzusetzen; dem er die Faust gab, hat die Faust dafür einzusetzen, weil Geist und Faust nicht eigen Erworbenes sind, sondern Gegebenes.

Unser Volk soll erzogen werden zu nationaler Höhe. Es braucht sein Recht nicht zu erbetteln. Jedes Wesen auf der Welt hat ein Recht zu leben und *nicht darum zu betteln.*

Dieses Volk soll lernen, daß sein Staat der Organismus ist, der sein muß zur Selbsterhaltung. Es soll lernen, daß dieser Staat nicht der Thron internationaler Finanzgelüste sein kann, sondern Hüter einer freien nationalen und sozialen Existenz. Es soll dem einzelnen gegeben werden, was ihm gebührt. Es soll ein neues Reich aufgebaut werden, frei von der Überlieferung einer verjudeten Zeit. Das Volk soll sich bewußt sein unserer Rasse. Bürger kann nur der sein, der Volks- und Blutsgenosse ist. Und weiter: Schulbildung, Kunst und Theater, alles hat sich in den Dienst dieses Volksgedankens zu stellen: zur Erhaltung der rassischen Grundlage.

Vielleicht sagen Sie: "Der Kampf ist aussichtslos." - Ich glaube, meine Freunde, das ist heute schon zu spät gesagt, und die Demonstration da draußen gegen uns findet zu spät statt. Vor sechs Jahren haben wir begonnen. Wir waren sechs Mann, ich kam als siebenter dazu. Erst wurden wir totgeschwiegen, dann kam die Verhöhnung, und aus diesen sechs ist eine große Gemeinde geworden. Und so wie ich heute vor Ihnen spreche, kann ich im ganzen deutschen Reiche sprechen, und Hunderte gehen hinaus und nehmen die Überzeugung mit. Die Kolonnen werden wachsen. Mancher wird kommen, und ist im Innern schon bei uns, weil die Bewegung Verfolgungen zu erdulden hat. Was mich stolz macht, ist diese Überzeugung.

Was mich stolz macht, ist die Zeit des Unglücks, die Zeit der Verfolgung. Sie mögen uns verfolgen, verlästern, sie mögen uns bekämpfen mit allen Waffen und uns niederschlagen: *Das neue Deutschland geht zugrunde oder es siegt dereinst* (nach der Hakenkreuzflagge weisend) *unter dieser Flagge und keiner anderen.* (Stürmischer Beifall.) Als einst die Revolution am 9. November 1918 die alte Fahne herunterriß und ihr neues Symbol erwählte, da habe ich dem Allmächtigen gedankt, daß man das tat. Die alte Flagge wurde nicht geschändet und besudelt. Die Republik hat nun ihre eigene Fahne, die zu ihrem Schutz noch ein besonderes Gesetz braucht [13]. Würde die Republik das sein, was Millionen ersehnten, so wäre das nicht nötig. Sie würde nicht beschmutzt werden, wenn sie nicht von ihren eigenen Leuten beschmutzt worden wäre. Sie haben sich

13 Gemeint ist das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, das u. a. die Beschimpfung der Reichs- oder Landesfarben unter Strafe stellte. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

sein, was Millionen ersehnten, so wäre das nicht nötig. Sie würde nicht beschmutzt werden, wenn sie nicht von ihren eigenen Leuten beschmutzt worden wäre. Sie haben sich selbst um die Achtung gebracht, sich selbst erniedrigt, ihre eigenen Farben besudelt. Nicht wir waren es, wir besudeln keine Flagge. Die Fahnen können nicht vom Gegner besudelt werden, sondern nur von den eigenen Leuten, vom eigenen Träger. Solange wir unsere Flagge tragen, können sie unsere Gegner nicht in den Dreck ziehen. Niemand kann schwarz-weiß-rot in den Dreck ziehen, außer den Trägern. Nur der Fahnenträger entscheidet über die Ehre oder Unehre seiner Flagge.

Wir wollen dafür sorgen, daß diese Flagge in den alten Reichsfarben als Zeichen der neuen Gesinnung dereinst die Flagge des Staates wird. Sie mögen lachen oder lächeln: *Der kommende Staat wird entweder nationalsozialistisch sein oder nicht sein.* Und wenn dieser Staat besteht, dann wird unser Symbol, das Hakenkreuz, in seiner Flagge sein. Das rote Tuch, die Farbe der eisernen sozialen Gerechtigkeit, das Weiß, unsere heilige nationale Begeisterung, und das Hakenkreuz als Zeichen der Arbeit, die ewig antisemitisch sein wird. Wir glauben, daß diese Fahne dereinst in Deutschland weht, wenn ein neues Reich aufersteht, für das wir kämpfen und eintreten wollen, das Äußerste und Letzte erdulden! Dieses höchste Letzte aber braucht unser Volk an Willenskraft und Überzeugung; denn wenn ein Staat durch ein Übermaß von Feigheit und Schlechtigkeit zugrunde geht, dann kann ihn nur ein Übermaß von Heldenmut und Treue wieder retten.

Wir wollen dem deutschen Volke lehren, daß es im Himmel nur einen Gott gibt, aber auf Erden nur ein Vaterland.

29. Juli 1925 — Dok. 58
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bayreuth [1]

Stadtrat Bayreuth an Regierung von Oberfranken vom 4.8.1925; BayHStA, MInn 81580.

Hitler dankte in kurzen Worten für den Empfang und sprach sich dahin aus, daß er soeben von einer Vorstellung im Wagnertheater [2] komme, die ihn innerlich noch vollkommen gefangen halte. Schon seit seiner Jugend habe er nur den Wunsch gehabt, die Wagnerfestspiele besuchen zu können. Dieser Wunsch sei nun in Erfüllung gegangen, und er finde nicht die Worte, wiederzugeben, welch gewaltiges Kunstwerk Wagner hier

1 Im Restaurant "Dittmar", spätabends. Hitler erschien auf der geschlossenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bayreuth in Begleitung von MdL Emil Löw und Hans Schemm. Zuvor hatte Joseph Stolzing-Czerny, der Kulturkritiker des VB, über die Bedeutung Richard Wagners gesprochen.

2 Laut Polizeibericht hatte Hitler die Aufführung "Götterdämmerung" aus dem Zyklus "Der Ring des Nibelungen" besucht. Hitler blieb bis zum 2.8.1925 in Bayreuth, um an den Festspielen teilzunehmen. Vgl. allg. Michael Karbaum, Studien zur Geschichte der Bayreuther Festspiele (1876-1976), Regensburg 1976, S. 67 ff.

geschaffen habe. Er bitte, die Wagnersche Kunst und dessen Stätte hier hochzuhalten. In irgendeiner Form hier politische Worte zu sprechen, sei er nicht gekommen. Er füge sich den behördlichen Maßnahmen und bitte seine Anhänger, dies ebenfalls zu tun. Selbst wenn er berechtigt wäre oder die Absicht hätte, über Politisches zu sprechen, so wäre ihm dies nach dem Genuß solcher Kunst einfach unmöglich.

Indem Hitler nochmals an die herrlichen ["]Meistersinger von Nürnberg["] erinnerte und diese Kunst hoch und heilig zu halten allen empfahl, verabschiedete er sich nach einem Aufenthalt von etwa 20 Minuten von den Anwesenden durch Händedruck.

30. Juli 1925 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kronach [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

1 Im Koch's-Saal, nach 20.00 Uhr. Die außerordentliche NSDAP-Bezirksversammlung wurde von Georg Zipfel, MdL und Ortsgruppenleiter von Kronach, geleitet. Nach der Begrüßungsansprache Hitlers, der die Versammlung gegen 21.30 Uhr verließ, sprachen Hermann Esser, Julius Streicher und Rudolf Buttmann. Im Anschluß an die stark besuchte Versammlung sollen 153 Personen der NSDAP beigetreten sein.
Am Nachmittag hatte in der Wirtschaft "Grüner Baum" eine Besprechung der Landtagsabgeordneten Zipfel, Streicher, Buttmann, Wilhelm Holzwarth und Emil Löw mit Hitler stattgefunden, bei der die Trennung vom Völkischen Block und die Gründung einer eigenständigen NSDAP-Landtagsfraktion beschlossen wurde. Die offizielle Konstituierung der NSDAP-Fraktion erfolgte jedoch erst am 22.9.1925. Vgl. VB vom 26.9.1925, "Die Fraktion der N.S.D.A.P. im bay. Landtag".

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Fränkischer Wald vom 31.7.1925, "Kronach und Umgebung. Adolf Hitler", und NSDAP-Inserat vom 30.7.1925. Sowie Halbmonatsbericht Nr. 1273 der Regierung von Oberfranken an Staatsministerium des Innern vom 18.8.1925; BayHStA, MA 102155/3. Beiträge zur Geschichte der Ortsgruppe Kronach der NSDAP (Manuskript 1933); Stadtarchiv Kronach.

5. August 1925 Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bamberg [1]

Bamberger Tagblatt vom 6.8.1925, "Hitler in Bamberg" [2].

[*Hitler*] sprach zunächst von den "vier Gefahren, die der Bewegung drohten". Die ersten beiden, so führte Redner aus, die des Totschweigens und des Lächerlichmachens, seien überwunden und auch der dritten, der Unterdrückung durch Gewalt, habe die Partei standgehalten. Die vierte sei noch zu bestehen, nämlich die, daß die Bewegung mit zahllosen Menschen zusammenkomme, die nicht zu ihr passen und lediglich von ihr persönliche Vorteile zu gewinnen hoffen. Es sei gut, meinte Hitler, wenn der nationalsozialistischen Bewegung von Zeit zu Zeit Daumenschrauben angelegt würden, dann gingen diese Eindringlinge von selbst wieder. Das deutsche Volk habe noch schwere Tage vor sich, denn mit Parlamentsreden würde seine Lage nicht gebessert. Ruhe und Ordnung bedeuteten für ein geknechtetes Volk die Friedhofsruhe. Und wenn man vom Herrgott die Freiheit erbitte, müsse man erst beweisen, daß man ihrer wert sei. Nicht die Waffen, sondern der Wille zur Freiheit sei die Voraussetzung für deren Wiedergewinnung. Er glaube an den Erfolg seiner Bewegung, weil nur durch sie Deutschlands Wiederaufstieg erreicht werden könne, und er glaube an den Wiederaufstieg Deutschlands, weil der rasche Zusammenbruch nur ein Hieb des Schicksals gewesen sei, Deutschland aufzurütteln. Diese Schicksalsschläge - so schloß Redner - würden andauern, bis eines Tages der deutsche Wille das deutsche Schwert schaffe. [3]

---

1 Im großen Zentralsaal, von 23.30 bis 23.50 Uhr. An der geschlossenen Versammlung, die als "Familienabend" der Bamberger Ortsgruppe firmierte, nahmen laut Polizeibericht etwa 450 Personen teil. Vor Hitler sprach Hermann Esser zu politischen Tagesfragen.

2 Nachdruck: VB vom 13.8.1925, "Adolf Hitler bei den Bamberger Nationalsozialisten". Vgl. auch Augsburger Postzeitung vom 12.8.1925, "Hitler in Bamberg"; wortgleicher Bericht: Würzburger Volkszeitung vom 12.8.1925, "Hitler in Bamberg". Sowie Bericht des Stadtkommissars Bamberg an Regierung von Oberfranken vom 8.8.1925, Berichte der Polizeiinspektion Bamberg vom 16.8. und 18.8.1925; BayHStA, MInn 81621.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

10. August 1925 Dok. 61
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 12.8.1925, "Antibolschewistische Kundgebung. Adolf Hitler in der Sektion Innere Stadt" [2].

[*Hitler*] kennzeichnete zunächst das nunmehr in Sachsen und Mitteldeutschland gegen ihn beliebte Verfahren der Behörden. In Halberstadt erlaubten Polizei und *Severing* [3] zuerst die angekündigte Versammlung [4]. Der Oberpräsident *Hörsing* [5] verbot sie im letzten Augenblick. Es wurde dann hin und her verhandelt, und gerade als die Versammlung geschlossen war, traf die Erlaubnis für Hitlers Rede ein. Man wollte Hitler in Sachsen erledigen; schon in Plauen [6] und Zwickau [7] hatte man es vergeblich versucht. In Chemnitz hatte zuerst der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die Regierung bestürmt. Als das nicht half, sprangen die treuen Judenschutzverbände der marxistischen Gewerkschaftsbonzen ein und drohten der Regierung mit einer Massenerhebung der vor dem Ausstand stehenden Arbeiter [8]. Aber sie können tun, was sie wollen, die Bewegung des Nationalsozialismus steht fester als je. Man wird sich unser noch sehr gerne erinnern, wenn die "Sanierung" durch die anderen und durch neue Partei[*en*] *nicht* kommen wird.

Die kritischsten Monate sind überwunden. In Sachsen haben wir heute den weitaus besten Landesverband. Es gibt dort keine Stänkerer mehr. Die Parteiputschisten sind erledigt. In Württemberg ist ebenfalls der Kampf gegen diese Stänkerer aufgenommen,

1 Im Kreuzbräu, nach 20.00 Uhr. An der "Antibolschewistischen Kundgebung", die als Gegenveranstaltung zu dem am nächsten Tag stattfindenden Weimarer Verfassungstag angekündigt war, nahmen laut Polizeibericht 200 bis 300 Personen teil. Vor Hitler sprachen Karl Fiehler ("Der Bolschewismus in den Behörden"), Dipl.-Ing. Ludwig Pauler ("Weltbolschewismus") und Otto May ("Europa am Scheideweg"). Themen laut Ankündigung im VB vom 8.8.1925. Nach dem öffentlich nicht angekündigten Erscheinen Hitlers mußten alle Nichtparteimitglieder den Saal verlassen, da Hitler aufgrund des in Bayern bestehenden Redeverbotes nur in geschlossenen Versammlungen auftreten durfte.

2 Vgl. auch Völkischer Kurier vom 12.8.1925, "Hitler über sein Redeverbot". Sowie Aktenvermerk der Polizeidirektion München (Abt. VI/N) vom 11.8.1925; BayHStA, MInn 81580. Lagebericht N/Nr. 36 der Polizeidirektion München vom 26.8.1925; StA München, Polizeidirektion München 6779.

3 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Okt. 1926 und Okt. 1930 bis Juli 1932 preuß. Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsinnenminister, 1947-1952 MdL in Nordrhein-Westfalen (SPD).

4 Die Versammlung fand am 7.8.1925 statt; als Redner traten Georg Ahlemann und Gregor Straßer auf. Vgl. VB vom 8.8.1925, "Nach bayerischem Beispiel! Verbot der Hitlerrede in Halberstadt".

5 Otto Hörsing (1874-1937), Metallarbeiter, 1906 Sekretär des SPD-Bezirks Oberschlesien, 1919 Reichskommissar für Schlesien und Posen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1922, 1925-1932 MdL in Preußen (SPD), 1920-1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen, 1924-1932 Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1932 Ausschluß aus SPD und Reichsbanner.

6 Am 11. und 12.6.1925. Vgl. Dok. 48-50.

7 Am 15.7.1925. Vgl. Dok. 57.

8 Der für den 18.7.1925 geplante Auftritt Hitlers war vom sächsischen Innenministerium am 16.7. verboten worden, um Zusammenstöße mit der erwarteten Aussperrung von 40.000 Metallarbeitern, die für den 18.7. angekündigt war, zu vermeiden. Anstelle von Hitler sprach dann auf der NSDAP-Versammlung der thüringische Gauleiter Artur Dinter. Vgl. Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Juli 1925; StA Dresden, MdI, 11126/6.

und er steht für uns ausgezeichnet. Ebenso gehört uns heute Thüringen. Von den Herren, die sich nach dem 9. November [*1923*] Mandate zu erschleichen wußten, auf den Namen Hitlers hin, kommt keiner wieder ins Parlament hinein. Wir haben lange genug zugesehen, jetzt erfolgt die reinliche Scheidung. Wir können nur *nationalsozialistische* Bekenner brauchen, wer das nicht ist, kann gehen. Der "[*Völkische*] Beobachter" als Kampfzeitung ist nicht mehr zu erschüttern, er trägt sich selbst. Die Parteigeschäftsstelle ist da und wird ausgebaut, die gesamte Organisationstätigkeit hat eingesetzt. Ewig kann das Redeverbot nicht aufrechterhalten werden. In der Zwischenzeit wird auf andere Weise unaufschiebbare Arbeit für die Partei geleistet. Im übrigen rechnete Adolf *Hitler* mit den Spitzeln der Regierung aufs schärfste ab. Ihre falschen Berichte bilden die Grundlage für Regierungsentschlüsse. Man hat es bis heute nicht gewagt, diese Angeber, die im Dunklen ihr bezahltes Handwerk treiben, namhaft zu machen.

Die Hauptsache aber ist: Die Bewegung steht fest. In 2-3 Jahren wird man erst einsehen, wie richtig unsere Haltung in diesen Monaten war. Stunk und Unbotmäßigkeit wird nicht mehr geduldet. Wir haben kein Interesse daran, unseren guten Namen für Leute herzugeben, die unserer Bewegung nur schaden, um dabei ihrem Eigennutz zu frönen. Ein Wunsch wäre: *Es möchten sich aus den Parlamentskörpern die wirklichen Kerle* zusammenfinden und sich als Nationalsozialisten zusammenschließen.

Was [*hat*] "unsere" 23 Mann starke Landtagsfraktion [9] geleistet? Könnten wir anders behandelt werden, wenn gar keiner von denen im Parlament säße? "Sie arbeiten positiv mit!" Hitler wollte die parlamentarische Beteiligung nicht, er sah voraus, was kam. Wir wollen aber jetzt brechen mit diesen Scheingebilden. Nicht das Wechseln von einer Partei zur andern wollen wir. Wer nicht mit innerer Überzeugung mehr bei einer Partei sein kann, der muß sein *Mandat niederlegen.* Die Wähler wählen Vertreter einer Weltanschauung, nicht Personen. Wer sein Mandat mitnimmt zu einer anderen Fraktion, ist ein Dieb, und die Partei, die solche Überläufer aufnimmt, opfert für einen solchen "Zuwachs" Treu und Glauben.

Adolf Hitler bat zum Schluß, den Glauben an die Bewegung nicht zu verlieren. Die Bewegung ist ein Unteilbares, und jeder Erfolg im Reich irgendwo stärkt das Ganze.

"Und was wir hier in Bayern nicht laut preisen dürfen, das beten wir im Stillen an." [10]

---

9 Gemeint ist die bayerische Landtagsfraktion des Völkischen Blocks, einer Listenverbindung von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen. Der am 22.9.1925 offiziell gegründeten NSDAP-Fraktion schlossen sich jedoch nur sechs Abgeordnete an: Rudolf Buttmann, Wilhelm Holzwarth, Emil Löw, Adolf Wagner, Julius Streicher und Georg Zipfel. Vgl. VB vom 26.9.1925, "Die Fraktion der N.S.D.A.P. im bay. Landtag".

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

15. August 1925 Dok. 62
"Wesen und Ziele des Nationalsozialismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [2]

VB vom 18.8.1925, "Ein Durchbruch des Nationalsozialismus in Württemberg. Adolf Hitler in Stuttgart" [3].

Sechseinhalb Jahre sind vergangen, als in der ersten deutschen Residenz die großen, roten Plakate erschienen mit den vielversprechenden Worten: "Schönheit, Freiheit und Würde". Nach diesen sechseinhalb Jahren ist es nun an der Zeit, daß diese Worte von jedem einzelnen einer Prüfung unterzogen werden.

Das deutsche Volk ahnt nicht mehr, was Freiheit heißt. Wer nicht abgestempelt ist, wie die Regierungsgewalt es verlangt, ist heute in Deutschland der unfreieste Mann. Ein einziges Wort eines englischen Offiziers brandmarkt unser heutiges Elend: "Der Deutsche ist charakterlos, jeder dritte Mann ist ein Verräter." Wo bleibt da die Würde unseres Volkstums? Es sind jetzt zehn Monate verflossen, seit man die Versklavungsverträge [4] unterschrieb, und was ist gewonnen? - Die Herrschaft einiger Parlamentsparteien wurde stabilisiert. Immer größer wird unsere internationale Schuldenverstrickung. Vor acht Jahren ein starkes, freies Volk, heute wirtschaftlich geknechtet und politisch versklavt. Nicht einen Tag geht die Linie unseres Volkes nach oben, sondern mit sich immer steigernder Schnelligkeit nach abwärts. Der Stolz des deutschen Volkes waren die deutschen Reichsbahnen; heute sind sie ausgeliefert an die internationalen Börsenbanditen. Es erhebt sich die Frage: "Ist dies der Wille des Volkes?" - Das Volk will dies nicht, weder links noch rechts.

Nicht der Kaiser regierte vor dem Kriege in Deutschland, sondern der Reichstag. Ob Stresemann [5] in der Vorkriegszeit und Bethmann Hollweg heute regieren würden, wäre in der Auswirkung dasselbe. Die Ratgeber waren Ballin [6], Rathenau, Schiff [7], Mendelssohn [8] usw. Die "öffentliche Meinung", die "Frankfurter Zeitung", "Berliner Tageblatt",

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 8.8.1925.

2 In der Liederhalle, abends. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Eugen Munder geleitet.

3 Vgl. auch Schwäbischer Merkur vom 17.8.1925 (MA), "Kleine politische Nachrichten"; Süddeutsche Zeitung vom 17.8.1925 (MA), "Adolf Hitler in Stuttgart"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 18.8.1925, "Hitler in Stuttgart"; VB vom 21.8.1925, "Aus der Bewegung. Stimmungsbild aus Stuttgart".

4 Gemeint sind die Vertragsregelungen des Dawes-Plans, der am 1.9.1924 in Kraft getreten war.

5 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächs. Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, Aug. 1923 bis Nov. 1923 Reichskanzler und Außenminister, Nov. 1923 bis Okt. 1929 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis.

6 Albert Ballin (1857-1918), Reeder, 1888 Vorstandsmitglied und ab 1899 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), Wirtschafts- und Marineberater Wilhelms II.

7 Gemeint ist vermutlich Viktor Schiff (1895-1953), Journalist, 1917 Mitglied der SPD, 1919 Mitglied der deutschen Delegation in Versailles, 1920-1933 außenpolitischer Redakteur des "Vorwärts", 1933 Emigration.

8 Gemeint ist vermutlich Franz von Mendelssohn (1865-1935), Bankier, 1892 Mitinhaber und ab 1917 Direktor des Privatbankhauses Mendelssohn & Co. in Berlin, 1914 Präsident der Industrie- und Handels-

die gleichen Pressekonzerne wie heute. Die linke Seite kann nichts tun, da die Beendigung der Revolution ihr eigenes Ende bedeuten würde. Auch die von rechts können nicht, weil ihnen stets der nötige Mut fehlt. Viele sahen den Zusammenbruch kommen, aber ihnen fehlte der Mut, sich entgegenzustellen. Diese Herren sind in den letzten Jahren auch nicht mutiger geworden. Im Parlament genügt das Wort "Reichstagsauflösung oder" - und sie sagen "Ja" oder verschwinden in den Wandelgängen.

Ein heldenhafter politischer Entschluß kann nie aus der Brust eines Feiglings kommen.

Als Niederlage gilt allen Parteien der schlechte Wahlausgang, als Sieg, wenn sie an einer neuen Regierungskoalition teilnehmen können. Und *eine Macht regiert sie alle: "Der ewige Jude".*

Wenn so manchem heute die Entwicklung unverständlich erscheint, so fehlt ihm der Schlüssel, der ihm die Betrachtung dieser Dinge ermöglicht. Schon der große englische Jude Disraeli [9] sagte: ["]Die Weltgeschichte erscheint den Menschen nur deshalb so verworren, weil ihnen das Verständnis für die Rassenunterschiede fehlt." Die Rassenfrage gibt auch heute den Schlüssel zu unserem Unglück. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird jedermann klar werden, warum unsere Herren auf geistigem, politischem und militärischem Gebiet hinabgestürzt wurden in die Tiefe. Weil Deutschland stürzen mußte, mußten seine Götter zerbrochen werden. Siebzig Jahre führte man den Kampf gegen den internationalen Kapitalismus; nach sechseinhalb Jahren herrschen diese Bekämpfer, wurde derselbe zum Beherrscher Deutschlands [*sic!*].

Die Nationalwirtschaft ist ein Nationalobjekt des deutschen Volkes, das internationale Börsenkapital ein Nationalobjekt des jüdischen Volkes. Die Juden sind nie in der Lage, einen Staat zu bilden, weil ihnen der Begriff von Arbeit fehlt. Und wenn sich heute 80000 Juden in Wien versammeln [10], so tun sie es nicht deshalb, wie der österreichische Bundeskanzler [11] meint, sie wollen sich über die etwaige Staatsform einigen und wollen dann nach Palästina auswandern, sondern sie wollen nur in Palästina eine Hochschule für Weltbegaunerung und ein Asyl für Weltverbrecher gründen. Sowenig der Jude noch keine [*sic!*] Kultur begründet hat, sowenig kann er eine erhalten. Doch sie beherrschen heute nahezu die gesamte Presse der Erde, die Literatur, die Kunst, Theater und Kino sind in jüdischen Händen. Sie sind heute beinahe *geistig* vollständig Herr, *wirtschaftlich* sind sie tatsächlich die Herren der Welt und politisch in vielen großen Staaten. Und unsere politischen Parteien sind die Handlanger zur Errichtung der unumschränkten Herrschaft des Juden geworden.

---

kammer, 1921-1931 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, 1924-1933 Mitglied im Generalrat der Reichsbank.

9 Benjamin Disraeli (1804-1881), brit. Politiker, Führer der Konservativen, 1868 und 1874-1880 Premierminister.

10 In Wien begann am 18.8.1925, begleitet von schweren antisemitischen Krawallen, der 14. Zionistische Weltkongreß. Vgl. Berliner Tageblatt vom 18.8.1925 (AA), "Die antisemitischen Ausschreitungen in Wien"; Frankfurter Zeitung vom 18.8.1925 (AA), "Die Wiener antisemitischen Straßenexzesse".

11 Rudolf Ramek (1881-1941), Dr. jur., Rechtsanwalt, 1919 Mitglied der öster. Nationalversammlung (Christlichsoziale Partei), 1919/20 Justizminister, 1921 Innenminister, 1924-1926 Bundeskanzler und Innenminister, 1926 zugleich Außenminister.

So entstand 1919 unsere Partei, die mit aufbauen will das Fundament, auf dem ein Staat *germanischer Art* entstehen soll. Wir nennen uns Arbeiterpartei, weil alle, die gewillt sind, ehrlich zu schaffen, und vor allem die Massen, die heute am meisten vergiftet sind, in unsere Reihen treten. Die Bewegung betrachtet die Menschen nicht nach ihrer Stellung, sondern nach ihrer Leistung. Es ist ein Segen des Himmels, daß er uns den Arbeiter der Stirne und den Arbeiter der Faust gab: jeder kann nur durch den anderen bestehen. Wer sein Gut am besten für das Allgemeinwohl verwendet, ist unser höchster Volksgenosse. Bürger kann nur der sein, der Blutsgenosse ist. Wir kennen keine Klassen, sondern nur Bürger, von denen jeder sein Recht hat. Von der Rechtsprechung bis zur Wissenschaft muß alles unserem Staatsbegriff dienen, in dieser Harmonie wird seine Stärke liegen.

Doch Voraussetzung zu allem ist die Freiheit. Dieselbe wird aber nicht geschenkt, sondern sie muß verdient werden, sowenig wie der Himmel dem Faulen sein Brot gibt, sowenig schenkt er dem Feigen die Freiheit. Die Welt ist nicht für Feiglinge da, die Natur gibt nur dem den Sieg, der ihn sich erwirbt. Nicht zu wenig geistvoll waren die früheren deutschen Staatsmänner, aber es fehlte ihnen der Wille, die Fähigkeit, ihre Gedanken in die Wirklichkeit umzusetzen. Hätte das deutsche Bürgertum denselben Willen besessen wie das "Proletariat", Deutschland wäre nie zugrunde gegangen.

Unsere Bewegung kann nicht durch Gewalt gebrochen werden, und es ist ein Zeichen von Schwäche der Regierungen, wenn sie dem Führer der Bewegung das Reden verbieten. Für eine große Bewegung sind Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung nötig - was nicht standhält - soll gehen.

Doch wir glauben an die urwüchsige Kraft unseres Volkes. Aus der Zeit der Not und Schande wird eine neue Freiheit emporsteigen aus dem Herzen des letzten deutschen Bürgers. [12]

21. August 1925 Dok. 63
Protokoll der Gründungsversammlung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. in München

Masch. Ausfertigung [1] mit Vermerk "Abschrift"; BA, NS 26/91.

In einer in den Geschäftsräumen der N.S.D.A.P., Schellingstraße 50, stattgehabten Zusammenkunft wurde beschlossen, den "Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterverein e. V., Sitz München" zu gründen. Die vorgelegten Satzungen [2] wurden genehmigt und von 7 Mitgliedern unterschrieben.

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Gründungs-Protokoll".
2 Vgl. Dok. 64.

Bis zu einer endgültigen Regelung, welche von der für Januar 1926 vorgesehenen ersten Generalmitgliederversammlung [3] getroffen werden soll, wurde der Vorstand einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender	Herr Adolf *Hitler*, Schriftsteller, München, Thierschstraße 41/1
Kassier	Herr Franz Xaver *Schwarz* [4], Verwalt[*un*]gsoberinspektor a. D., München, Schraudolphstr. 14
Schriftführer	Herr Hermann *Schneider* [5], Studienassessor, München, Schellingstraße 69/0

München, den 21. August 1925

gez. Adolf Hitler
gez. Franz Xaver Schwarz
gez. Hermann Schneider

21. August 1925 — Dok. 64
Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. [1]

Masch. Ausfertigung [2] mit hs. Korrekturen und Unterschriften sowie Bearbeitungsstempel des Amtsgerichts München vom 10.10.1925; BA, NS 26/91 [3].

§ 1

Der Verein führt den Namen "Nationalsozialistischer deutscher Arbeiter[-]Verein e. V." und hat seinen Sitz in München.

---

3 Die Generalmitgliederversammlung, die erst am 22.5.1926 in München stattfand, beschloß eine von der Parteileitung vorgeschlagene Neufassung der Satzung. Vgl. Dok. 146. Zum Ablauf der Generalmitgliederversammlung am 22.5.1926 vgl. Dok. 143-145.

4 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

5 Hermann Schneider (1894-1978), 1920-1927 wiss. Hilfsarbeiter bei der Staatsbibliothek München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Schriftführer der GVG, 1925-1927 Schriftführer des NSDAV, 1927 Gymnasiallehrer in Münnerstadt, 1934 Studienprofessor, 1936 NSDAP-Kreisleiter von Münnerstadt und Kissingen.

1 Die Satzung, die der NSDAP Rechtscharakter verlieh, wurde vom Amtsgericht München, Registergericht, am 10.10.1925 in das Vereinsregister (Bd. 20, Nr. 67a, S. 137) eingetragen. Sie wurde am 22.5.1926 durch eine von der Generalmitgliederversammlung einstimmig angenommene Neufassung abgelöst. Vgl. Dok. 146. Druck der alten Satzung vom 29.7.1921: Tyrell, Führer, S. 31 ff.

2 Kopf: "Satzungen des nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Vereins e. V., Sitz München".

3 Vgl. auch vom Amtsgericht München am 15.9.1925 beglaubigte Abschrift der Satzung und begleitender Schriftwechsel; IfZ, Fa 88/91.

§ 2

Der Verein hat den Zweck, alle ehrlich schaffenden Kreise unseres Volkes, gleich ob körperliche oder geistige Arbeiter, zusammenzuschließen, um in gemeinsamer Arbeit unserem Volke die Vorbedingungen zur Erringung seiner politischen Freiheit, seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schaffen. Laut Vereinsprogramm hat dies zu geschehen durch Pflege der sittlichen Kräfte und körperliche Ertüchtigung des Einzelnen sowie der Gesamtheit.

Vereinsprogramm ist das am 24. Februar 1920 zu München herausgegebene grundsätzliche Programm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei.

Dieses Programm ist unabänderlich. Es findet seine Erledigung nur durch seine Erfüllung.

§ 3

Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft des Vereins wird erworben durch die Ausfüllung des Aufnahmescheines der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei und Zahlung einer Aufnahmegebühr von M. 1.-

Jeder unbescholtene Angehörige des deutschen Volkes kann die Mitgliedschaft erwerben, jedoch ist Vorbedingung rein arische Abkunft.

Jugendliche gehören bis zum vollendeten 18. Lebensjahr der Jugendabteilung an.

Über die Gültigkeit der Aufnahme entscheidet in jeder Ortsgruppe des Vereins ein von dem jeweiligen Vorsitzenden eingesetzter Untersuchungsausschuß. Oberste Instanz jedoch ist der 1. Vorsitzende des Gesamtvereins.

Ablehnung von Neueingetretenen erfolgt ohne Angabe von Gründen. Jedes aufgenommene Mitglied erhält als Ausweis eine Mitgliedskarte bzw. ein Mitgliedsbuch.

§ 4

Der Austritt des einzelnen Mitgliedes aus dem Verein hat durch schriftliche Erklärung und gegen Rückgabe der Mitgliedskarte bzw. des Mitgliedsbuches zu erfolgen. Der Mitgliedsbeitrag ist in diesem Falle für den Austrittsmonat noch voll zu bezahlen.

Mitglieder, deren Verhalten gegen die Satzungen im Sinne des Vereins verstößt, werden durch den Untersuchungsausschuß dem jeweiligen Vorsitzenden der betreffenden Ortsgruppe zum Ausschluß vorgeschlagen. Jeder Auszuschließende muß durch Schreiben mit persönlicher Unterschrift des 1. Vorsitzenden der betreffenden Ortsgruppe von seinem Ausschluß unterrichtet werden. Der Ausschluß tritt zunächst sofort in Wirksamkeit. Es steht dem Ausgeschlossenen frei, dagegen bei der Mitgliederversammlung um Widerruf bzw. um Angabe der Gründe seines Ausschlusses schriftlich anzusuchen. Gegen den Entscheid der Mitgliederversammlung steht ihm der gleiche Weg zum 1. Vorsitzenden des Gesamtvereins, gegen den Entscheid des 1. Vorsitzenden steht ihm die Anrufung der in München jährlich in der 2. Hälfte des Januars tagenden großen Generalversammlung des Gesamtvereins zu.

Der 1. Vorsitzende hat die Befugnis, in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Untersuchungsausschuß des Gesamtvereins selbständig den Ausschluß von Mitgliedern durchzuführen.

Dem Betroffenen steht in diesem Falle nur die Beschwerde an die große Mitgliederversammlung des Gesamtvereins frei.

Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen steht dem 1. Vorsitzenden der Gesamtpartei die Berechtigung zu, im Einvernehmen mit dem Untersuchungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein durchzuführen.

Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei zu.

Zu einem solchen Ausschluß ist nachträglich bei der darauffolgenden Generalmitgliederversammlung die Genehmigung derselben zu erholen.

§ 5

Generalmitgliedersammlungen

Alljährlich hat in der 2. Hälfte des Januars in München die Tagung der Generalmitgliederversammlung zu erfolgen. Ihre Einberufung erfolgt durch die Leitung des Vereins.

Die Mitglieder sind von dieser Tagung zu verständigen bzw. einzuladen durch Bekanntmachung im Partei- bzw. Vereinsorgan, "Völkischer Beobachter", durch Rundschreiben an die einzelnen Ortsgruppen, sowie durch Plakatanschlag in München.

Über alle Mitgliederversammlungen ist ein Protokoll zu führen, das vom Schriftführer und vom 1. Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Generalmitgliederversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt. Grundsätzlich wird bestimmt, daß Gauleitungen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 10 Pfg., selbständige Ortsgruppen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 25 Pfg. an die Parteileitung abzuführen haben.

§ 6

Organisation des Vereins

Die Vereinsleitung ist zugleich Parteileitung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei.

Die Parteileitung als solche wird, solange dem Verein durch die Einläufe aus den einzelnen Ortsgruppen nicht solche Mittel zur Verfügung stehen, daß dadurch eine eigene Reichsparteileitung finanziell erhalten werden kann, mit der Leitung der Gesamtpartei die Leitung der Ortsgruppe München verbinden.

Die Einnahmen der Ortsgruppe München als Muttergruppe der gesamten Bewegung werden nach wie vor in großzügigster Weise zur Verbreitung der Gesamtbewegung verwendet werden.

Gliederung des Vereins. Der Verein gliedert sich zunächst in Ortsgruppen, die der Hauptparteileitung unterstellt sind. Je nach Bedarf werden diese in Unterabteilungen als Landesverbände zusammengefaßt, die Landesverbände gegebenen Falles in Gauverbände gegliedert.

Um eine entschlossene Leitung der Bewegung zu ermöglichen, ist für die Führung des Gesamtvereins in 1. Linie verantwortlich der 1. Vorsitzende des Gesamtvereins bzw. der Gesamtpartei.

Für die Leitung der einzelnen Ortsgruppen gilt als verantwortlich der jeweilige 1. Ortsgruppenvorsitzende. Der 1. Vorsitzende des Gesamtvereins ist gesetzlicher Vertreter desselben. In seiner Abwesenheit wird er durch den 2. Vorsitzenden vertreten.

Die Hauptleitung des Vereins bzw. der Partei besteht:

1. aus dem gesetzlich durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Ausschuß, bestehend aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem 1. und 2. Schriftführer, dem 1. und 2. Kassier.

2. Aus den Unterausschüssen.

Da die eigentliche verantwortliche Leitung des Vereins in den Händen des 1. Vorsitzenden liegt, ist dessen Stellung als über dem Ausschuß stehend zu betrachten. Er ist verantwortlich nur der Generalmitgliederversammlung.

§ 7

Um einen großzügigen Ausbau der Organisation zu ermöglichen, werden außer dem von der Mitgliederversammlung gewählten Ausschuß noch eine Reihe von Unterausschüssen gebildet, die sich in dessen Arbeit zu teilen haben.

a) *Der Propaganda-Ausschuß,* bestehend aus einem Vorsitzenden und 8 Beisitzern. Aufgabe: Erledigung aller die Propaganda betreffenden Fragen.

b) *Finanzausschuß,* bestehend aus den von der Mitgliederversammlung gewählten 1. und 2. Kassenführern als Vorsitzenden und 3 Beisitzern. Aufgabe: Oberste Kontrolle über das gesamte Kassenwesen des Vereins, Sicherung der finanziellen Grundlagen der Bewegung, finanzielle Werbetätigkeit im Allgemeinen.

c) *Ausschuß für Jugendorganisation,* bestehend aus einem Vorsitzenden und 6 Beisitzern. Aufgabe: Gründung und Ausbau der Jugendabteilung.

d) *Sport- und Turnausschuß,* bestehend aus einem Vorsitzenden und 8 Beisitzern. Aufgabe: Zusammenfassung und körperliche Ertüchtigung der sich in der Bewegung befindlichen männlichen Jugend als Sturmabteilung. Zweck derselben ist die Abstellung des Schutz-, Ordner- und Sicherungsdienstes für die Bewegung.

e) *Der Untersuchungsausschuß,* bestehend aus einem Vorsitzenden und 2 Beisitzern. Aufgabe: Prüfung aller Eintrittserklärungen und Anträge zu Ausschlüssen.

Unterausschuß zur Anlegung eines Nachrichtendienstes ist vom Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu bilden.

f) *Schlichtungsausschuß*, bestehend aus 3, vom 1. Vorsitzenden bestimmten Parteigenossen. Aufgabe: Friedliche Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der Partei bzw. des Vereins.

Zu den Unterausschüssen a, c, d und e werden die Vorsitzenden, im Unterausschuß e auch die beiden Beisitzer vom 1. Vorsitzenden des Vereins bestimmt.

Die Beisitzer der Unterausschüsse a, b und d bestimmt der jeweilige Vorsitzende des Unterausschusses im Einvernehmen mit der Parteileitung.

§ 8

Um dem 1. Vorsitzenden der Partei in der Leitung derselben den freiesten Spielraum zu gewähren, ihn unabhängig von Majoritätsbeschlüssen des Ausschusses zu machen, aber das Verlassen des durch Parteiprogramm und Statuten vorgezeichneten Weges

bzw. Rahmens zu verhindern, steht das Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, um ihn vor dieser zur Verantwortung zu ziehen bzw. eine Neuwahl vorzunehmen, zu:

1. dem von der Mitgliederversammlung gewählten Ausschusse, bestehend aus dem 2. Vorsitzenden, den beiden Schriftführern und Kassierern,

2. einem Zehntel von Mitgliedern des Gesamtvereins.

Die Einberufung hat in der gleichen Weise wie bei Generalmitgliederversammlungen - § 5 - zu erfolgen.

§ 9

Die Organisation der Leitung der einzelnen Ortsgruppen ist nach ähnlichen Grundsätzen durchzuführen.

§ 10

Um in Zeiten dringender Not eine straffe und energische Führung der Gesamtbewegung sicherzustellen, steht dem 1. Vorsitzenden das Recht zu, einen Aktionsausschuß, bestehend aus ihm und 2 weiteren Mitgliedern einzusetzen.

§ 11

Zur Ermöglichung einer innigen Verbindung und dauernden Fühlungsnahme der einzelnen Ortsgruppen mit der Parteileitung, findet nach Bedarf eine Besprechung statt.

Ihren Termin bestimmt der 1. Vorsitzende durch Rundschreiben. Die Ortsgruppen sind verpflichtet, für möglichst starken Besuch Sorge zu tragen.

§ 12

Im Falle [*daß*] sich geschlossene Gruppen anderer Verbände oder Vereinigungen, Parteien überhaupt an den nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Verein e. V. bzw. die Partei anzuschließen wünschen, kann dies nur unter Verzicht auf jede Gegenleistung von Seiten des Vereins erfolgen.

Name, Programm und Tendenz der Bewegung sind [4] nur mit Zustimmung aller Mitglieder abänderlich.

§ 13

Die Geschäfte des Vereins werden geführt in der Geschäftsstelle der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei.

Geschäftsstelle sowie die gesamte Einrichtung derselben sind Eigentum der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei und stehen dem Vereine nur zur Mitbenützung zur Verfügung.

Ausschließlich im Eigentum des Vereins stehen alle durch seine Eigenschaft als gesetzliche Korporation in seiner Verwaltung stehenden Unternehmungen und Beteiligungen an solchen [5].

4 Nachfolgende Worte handschriftliche Korrektur anstelle von "unabänderlich".

5 Handschriftliche Streichung des nachfolgenden Satzes: "Diese Beteiligungen sind im Vereinsregister eingetragen."

§ 14

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen, wenn ein Rest von nicht mehr als 5 Mitgliedern sich mit Mehrheit für die Auflösung entschließt.

München, 21. August 1925

Adolf Hitler
Ulrich Graf [6]
Karl Ostberg [7]
Johann Singer [8]
Franz Xaver Schwarz
Hermann Schneider
Alois Jegg [9]

---

6 Ulrich Graf (1878-1950), 1904-1923 Beamter (Freibankmetzger) bei der Stadt München, 1920 Eintritt in die NSDAP und Leibwächter Hitlers, 1923 beim Hitler-Putsch schwer verwundet, 1925-1945 Stadtrat in München, 1925-1945 1. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung bzw. des Obersten Parteigerichts.

7 Karl Ostberg (1890-1935), Polizist, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1923 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus dem Polizeidienst entlassen, 1925-1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1926 Führer der NSDAP-Sektion Neuhausen, 1926-1933 Parteiangestellter, 1931 SS-Sturmbannführer, 1933 Oberverwalter bei der Polizeidirektion München, 1934 SS-Standartenführer.

8 Johann Singer (1869-1938), Beamter, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921-1923 1. Kassierer und Mitglied der Parteileitung, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1930-1934 Führer der NSDAP-Sektion Schwabing, 1933-1938 Stadtrat in München.

9 Alois Jegg (1852-1935), Schreinermeister, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch.

17. September 1925 Dok. 65
"Volkskampf gegen die internationale Verbrecherpresse! Gegen die jüdische Weltpressevergiftung!"
Artikel

VB-Sondernummer (Nr. 144a) vom September 1925 [1]: "Sondernummer gegen die jüdisch-marxistische Pressekanaille!".

Nichts zeigt den Umfang der augenblicklichen jüdischen Völkerbeherrschung klarer als eine Betrachtung der treibenden Motive des weltpolitischen Geschehens unserer heutigen Tage.

Jüdische Finanzkräfte und Finanzinteressen regieren die Erde. Die Lebensnotwendigkeit[*en*] ganzer Kontinente treten zurück gegenüber der Durchsetzung alter jüdischer Rassenziele, und das prophetische Wort Moltkes, daß die künftigen Kriege weniger Völkerkriege sein würden oder Nationalitätenstreitigkeiten, als vielmehr für die Herrschaft der Börse zum Austrag kämen, ist längst zur entsetzlichen Wirklichkeit geworden. Die Welt wird in Unruhe gehalten; allein auf den Schlachtfeldern verbluten nicht die Vertreter und Vorkämpfer freier Völkerschicksale, sondern die bewußten Kuli weltkapitalistischer jüdischer Bank- und Börsenspekulanten.

So stark ist die Beeinflussung dieser Erde durch das Weltjudentum bereits geworden, daß es nicht nur selbst den Traum der Väter von einer kommenden Weltherrschaft sich verwirklichen sieht, sondern in zynischer Niedertracht die zum Untergange bestimmten Völker darauf geradezu vorbereitet. "Ernste Bibelforscher" [2] wandeln als die Vorläufer des ewigen Juden durch die einzelnen Völker und Länder und verkünden das Herannahen des 1000-jährigen Reiches, den möglichen Widerstand dagegen durch den gerissenen Hinweis auf göttliche Prophezeiungen von vorneherein unterbindend.

Westliche Demokratie einerseits und russischer Bolschewismus anderseits bilden die Form, innerhalb derer die heutige jüdische Weltbeherrschung ihren Ausdruck findet; wobei jedoch die erstere nur als Vorläuferin der zweiten betrachtet werden muß. Das Endziel liegt im *Bolschewismus* verkörpert, in der *Intelligenzlosmachung der Völker,* in ihrem Herunterdrücken auf das Niveau reiner Handarbeiterstaaten, geleitet durch eine politische Unteroffiziersorganisation von beschränktem geistigen Wissen, aber desto größerer eingebrannter bolschewistischer Parteidogmatik unter der obersten Führung eines Haufens jüdischer Völkertyrannen.

Langsam aber sicher versucht das Judentum, so auf sein Endziel hinzuarbeiten: Eine *Welt von handarbeitenden Sklaven, im Dienste geistig tätiger jüdischer Unterdrücker, schuftend und schmachtend.*

1 Die VB-Sondernummer erschien am 17.9.1925; die Erstauflage betrug nach eigenen Angaben über 100.000 Exemplare.
2 Zeugen Jehovas.

In den *"Weisen von Zion"*[3] finden wir in großen Zügen das Aktionsprogramm dieser größten Welteroberung, besser aber Völkerausrottung und Völkervernichtung, hingeworfen.

Für uns, die wir heute entschlossen sind, in unserem Vaterlande den Kampf mit dieser Welthydra aufzunehmen, ist das nötigste nun, daß wir die Waffen kennenlernen, mit denen unser Gegner ficht.

Drei große Institutionen sind es, die wir als die hauptsächlichsten Kampfmittel ansehen müssen: Freimaurerei, Marxismus und Presse.

Die Freimaurerei ist vom Juden ausersehen, die geistige Oberschicht der dem Untergange bestimmten Völker anzufressen, ihr das nationale Rückgrat zu zerbrechen, den Selbsterhaltungstrieb in rassischem Sinne zu lähmen, kurz die Intelligenz der Interessenvertretung des eigenen Volkstums zu entziehen. Sie soll nicht nur nicht mehr angreifen im Dienste eines Volkstums, nein, sie soll dieses nicht einmal mehr verteidigen. Während das Weltjudentum selbst im Blute watet, in Rußland durch seine jüdischen Händler Millionen und abermals Millionen von Menschen unter Anwendung bestialischer Grausamkeit verbluten ließ, zu Zehntausenden ertränkte oder in den Schlachthäusern und Folterkellern abwürgte und erdrosselte, verseucht es die geistigen Träger der Widerstandstätigkeit eines Volkstums mit pazifistischen Ideen und windet hierdurch sogar der rein passiven Selbsterhaltung die notwendige geistige Waffe aus der Hand. Besonders der deutsche Pazifist ist wertlos für sein Volkstum. Er stellt eher eine Belastung als eine Vertretung oder gar Verteidigung desselben dar. Seit die Freimaurerei in diesem Sinne zum Instrument jüdischer Interessen wurde, war sie eine der Hauptunterhöhlerin[*nen*] aktiver Vertretung deutscher Lebensnotwendigkeiten in den Kreisen unserer hohen und höchsten Intelligenz geworden. Ihr Wirken reichte vom Studierzimmer des Gelehrten bis hinein in die Vorräume unserer kaiserlichen und königlichen Schlösser. Die sogenannte Intelligenz der Republik aber ist ihr an sich restlos verfallen.

Den polaren Gegensatz hierzu sehen wir im *Marxismus.*

Aber auch er verfolgt das gleiche Ziel, jedoch mit anderen Waffen. Während die Freimaurerei die höheren Stäbe unseres Geisteslebens mit pazifistischen Giftstoffen vergast, sehen wir im Marxismus die große Sturmkolonne, die das morsch gewordene Gebäude des nationalen Staates überrennen und im roten Sowjetfetzen den jüdischen Börsenstern über den unterjochten Völkern aufpflanzen soll. Daher tritt hier auch an Stelle pazifistischer Ideengänge die Verkündigung des Rechtes einer Anwendung der brutalen Gewalt. Der gleiche Jude, der im einen Lager von den Schönheiten friedlich humaner Gesinnung singt, hetzt im anderen die Menschen in den Blutrausch, während er selbst den Palmwedel seiner Friedensgesellschaft mit dem Henkerbeil der Tscheka vertauscht.

3 Bei den "Weisen von Zion" und ihren sog. "Protokollen" handelt es sich um eine im zaristischen Rußland entstandene großangelegte Fälschung, die den Willen des Judentums zur Weltherrschaft belegen sollte. Nach dem Erscheinen einer deutschen Ausgabe 1919 wurden die "Protokolle" rasch zu einem zentralen Bestandteil der antisemitischen und völkischen Propaganda. Vgl. Norman Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969.

So döst das in seiner Führung freimaurerisch verseuchte Bürgertum nicht sehend dahin, bis es unter den Streichen marxistischer Proletariermassen zu Boden geworfen und auf dem Blutgerüst ausgeröchelt haben wird.

Denn gegenüber dem vom Juden ausgeheckten Plan einer Weltrevolution fällt der hohle Turm unserer heutigen Weltpazifisterei wie ein leeres Kartenhaus in sich zusammen. Die Humanität aber kann man auch hier höchstens in der Kürze des Verfahrens suchen, diese jedoch liegt in der brutalen Gründlichkeit.

Allein die Freimaurerei noch der Marxismus wären auf die Dauer und in ihrem heutigen Umfange wirksam, ja denkbar, wenn nicht als dritte Waffe die jüdische Presse in unermüdlicher Tätigkeit den Boden vorbereiten und die Menschen hierfür reif machen würde.

Sie ist heute wirklich die größte Macht im Staate.

Sie schafft die Voraussetzungen für die Herrschaft jüdisch-demokratischer Gedanken, durch die künstliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung, genauso, wie die Voraussetzungen für eine bolschewistische Weltrevolution.

Und gerade in dieser *Vielseitigkeit* liegt ihre größte Gefahr. Nicht nur, daß es dadurch möglich wird, Massen in den Dienst der jüdischen Welteroberungsidee zu stellen, die in ihrer sonstigen Verschiedenheit niemals miteinander gingen, liegt gerade in der gleichmäßigen Betonung gewisser gemeinsamer Anschauungen bei sonst so auseinanderliegenden Presseerzeugnissen ein erhöhter Grund zum Geglaubtwerden von seiten des einfachen Mannes.

Nie würde es dem Judentum gelingen, die gesamte öffentliche Meinung eines großen Volkes seinen Ideen und Zielen gegenüber günstig zu stimmen, wenn es nicht entsprechend der verschiedenen Einstellung, den ungleichen Wünschen und Hoffnungen, sowie der besonderen Geisteshöhe der Menschen auch seine Presse verschieden angreifen ließe.

So wird der feige Spießbürger bearbeitet durch das Demokratenblatt, der hohle Hurraschreier durch seine "bürgerlich-nationale" Zeitung, der alte, müde gerackerte Arbeiter durch seine sozialdemokratische "Volksstimme" und der fanatisierte proletarische Jungkämpfer erhält die nötige Kost durch seine kommunistische Brandfackel. Jeder erhält das Organ, das er braucht. Jeder schimpft über den anderen. Im letzten Grunde werden alle am gleichen Draht geführt und dienen derselben Idee.

So allein ist es möglich, einen ganzen Volkskörper gleichmäßig zu vergiften.

Je mehr aber diese einzelnen Organe scheinbar auseinandergehen, umso größer wird der Glaube des primitiven Menschen an die Wahrheit einer besonderen Sache sein, die in dem einen oder anderen Falle von sonst doch so verschiedenen Zeitungen gleichartig dargestellt und gleichmäßig vertreten wird. Es wird dies besonders für den kleinen Spießer immer den Beweis einer gewissen Richtigkeit darstellen, wenn er eine an sich sonst noch so schädliche, ja verrückte Idee eben nicht nur in seinem Wisch, sondern auch in so und soviel anderen Blättern vertreten sieht. *Nichts machte die Wirkung der feindlichen Greuelpropaganda fürchterlicher als die Tatsache, daß sie in einer Londoner Arbeiterzeitung mit der gleichen Sturheit behauptet wurde, wie in einem Neuyorker Börsenblatt oder in der Kopenhagener Demokratenpresse.* Es gibt gar keinen Wahnsinn, dem man bei einer so vielseitigen Verkündigung auf die Dauer nicht den Glauben der breiten Masse erwerben könnte.

Wenn irgendwo, dann kann man hier verändert das Sprichwort anwenden: Alle für eine und jede für alle.

Dazu kommt noch die unermüdliche Beharrlichkeit dieser Massenpropaganda. Was für das Kind die Schule ist, ist für den Erwachsenen leider eine Zeitung. *Würde die Presse heute im Dienste einer germanischen Staatsidee stehen, wäre sie die schärfste Waffe und in ihrer Bedeutung gar nicht abzuschätzen. Besäße das deutsche Volk statt seiner jüdisch-pazifistisch-demokratisch-marxistischen Pressevergiftung eine deutsche Zeitungswelt, würde die Wiedererhebung unseres Volkes mit spielender Leichtigkeit vorzubereiten sein.* Daß es umgekehrt ist, führte uns einst nicht nur in das Verderben hinein, sondern verhindert heute jeden wirklichen Aufstieg.

Denn der jüdischen Presse war es mit in erster Linie zuzuschreiben, wenn unser Volk in dem Kampfe der Jahre 1914-18 geistig, physisch und technisch schlecht gerüstet und vorbereitet für sein Dasein streiten mußte.

Ihr war es weiter zu verdanken, daß in diesem Streit die Widerstandskraft, statt von innen gestärkt, ausgehöhlt und ausgebohrt wurde, bis endlich die von ihr geförderte Meineidstat des 9. Novembers 1918 das deutsche Volk an die Sklavenkette brachte. Frankfurter Börsenblatt und Berliner Vorwärts jubelten damals über den Zusammenbruch unseres Volkes und Vaterlandes.

Und *ihr* ist es endlich gelungen, in den seit dieser Revolution verflossenen Jahren unser Volk zu jenem charakterlosen Pack umzuwandeln, das man unter den Nationen der anderen Welt tiefer als den Nigger stellt. Alles Übermaß an schamloser Erniedrigung, hündischem Kriechen und Schweifwedeln vor den Peitschen unserer Züchtiger ist die Frucht und das Ergebnis ihrer unermüdlichen Zersetzungs- und Vernichtungsarbeit.

Sie hat es verstanden, in diesen langen Jahren unserem Volke jedes Schanddiktat und jede Erpressung mundgerecht zu machen, sei es durch freche Belügung des Volkes oder den vorsichtigen Appell an die allgemeine Feigheit unserer Zeit. Sie hat jeden Versuch eines Aufbäumens nationaler Leidenschaft der Masse als Reaktion gebrandmarkt, so lange, bis diese wirklich lernte, in den Peitschenhieben unserer internationalen Vergewaltiger die Zeichen einer republikanischen Freiheit und in der Tatsache unserer einstigen Unabhängigkeit und Würde die Merkmale der Reaktion zu erblicken.

Sie hat die aufrechten Seelen verleumdet und verlästert, hat die Verkünder der Notwendigkeit des nationalen Widerstandes gegenüber der fremden Unterdrückung als Störer von "Ruhe" und "Ordnung" hingestellt; hat die Helden unserer Vergangenheit der allgemeinen Besudelung preisgegeben und die Kreaturen des nationalen Verrats und der völkischen Verkommenheit zu den Heroen dieser traurigen Epoche gestempelt.

Sie ist die verstärkte Waffe im Dienste unserer Feinde.

Sowenig das deutsche Volk einst durch den Stahl und das Eisen seiner Gegner gebrochen wurde, sowenig wird es heute durch eiserne Ketten gefesselt. Was uns erwürgt, ist nicht die Kraft unserer Gegner, sondern der giftige Wurm unserer jüdischen Presse.

Was dem aber heute durch deutsche Zeitungen entgegengesetzt wird, ist gleich Null. Besonders unsere "deutsch-bürgerlichen" Zeitungen sind, soweit sie nicht selber schon jüdischen Interessen dienen, vollkommen ungeeignet, den Kampf mit dieser Völkervergiftung aufzunehmen. Endlich steht hinter ihnen ja auch kein politisches Gebilde, das

die propagandistische Vorarbeit der Presse in politische Erfolge umzumünzen vermöchte. So ist auch ihre Presse nur ein Spiegelbild von Halbheit und Schwäche. Mit faden, schwächlichen und immer allgemeinen "nationalen" Beteuerungen kann man nicht das Herz eines Volkes gewinnen. Weder an Entschlossenheit noch Gerissenheit ist diese sogenannte "deutsch-bürgerliche", meist deutschnationale Presse dem infamen Gegner gewachsen. Ihr Erfolg aber spricht am besten für ihren Wert. Wenn heute von seiten der Vertreter unserer bürgerlichen Weltanschauung noch immer der Anschein erweckt wird, als ob sie die berufenen Führer im Streite gegen die Vernichter unseres Volkes und Landes wären, dann schlagen sie sich selbst durch die einfache Tatsache, daß die heutige Zeit nicht den Stempel ihres Wirkens, sondern den des Sieges ihrer Gegner trägt, und daß nur eines zweifelhaft sein mag, was höher einzuschätzen ist, die Geschicklichkeit und Niedertracht unserer Feinde, oder die bodenlose Dummheit, Feigheit und Unfähigkeit derer, die sich bisher anmaßten, den Widerstand dagegen zu leiten. In der bürgerlichen Presse sehen wir ein getreues Spiegelbild dieses wahrhaft schandvollen Versagens auf allen Linien.

Mit der Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei trat zum ersten Male dem siegestrunkenen internationalen Marxismus ein entschlossener Gegner gegenüber.

Aus dem Nichts heraus hat sich diese Bewegung in den wenigen Jahren von seiten der Feinde unseres Volkstums einen Haß zugezogen, den sich unsere bürgerlichen Jämmerlinge in 50jähriger Tätigkeit noch nicht zu erobern verstanden. Denn wenn man die Größe der Feindschaft eines Gegners als Maß der Größe eigener Bedeutung annehmen kann, dann sinkt die heutige bürgerliche Welt in ein Nichts zusammen, da sie nicht der Haß des Gegners, sondern nur mehr dessen Verachtung trifft.

Wir deutsche Nationalsozialisten können stolz sein, das Objekt einer gemeinsamen Wut all derer zu sein, die in der Wiedererhebung eines deutschen Volkes und Reiches das Ende ihres eigenen verbrecherischen Daseins fühlen.

Im konzentrierten Angriff, den Lüge und Verleumdung heute gegen uns unternehmen, liegt der Beweis für die Wahrhaftigkeit unserer Sache.

So wird es auch unsere Aufgabe sein, der jüdisch-internationalen Pressehydra den Kampf anzusagen und zu ihrer Vernichtung und dem Siege unseres Volkes die Waffe zu schmieden in Gestalt einer wirklich deutschen Presse.

Wir wissen, daß die Mittel unserer Gegner riesengroß sind, daß in der Vermählung von Börse und Marxismus das Gold die höchste Rolle spielt, und daß unser Kampf nur durch ein Übermaß an Idealismus den Mangel an realen Mitteln auszugleichen vermag.

Im Dezember 1920 hat die damals kleine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit einer schweren Belastung für die Zukunft den *"Völkischen Beobachter"* erworben. Die kleine, wöchentlich zweimal erscheinende Zeitung, die nur allgemeinen völkischen Ideen diente, sollte nun zum Kampforgan einer Bewegung mit klar umrissenem Programm und fest gezeichneten Zielen werden.

Zwei Jahre lang währte der ewige Kampf um den Bestand des Blattes, bis endlich die Krisen überwunden waren und an den weiteren Ausbau herangegangen werden konnte. Anfangs 1923 wurde das bisherige Wochenblatt Tageszeitung. Im Hochsommer 1923 erhielt sie das große Format. Die Auflagenzahl stieg damals fast wöchentlich, so daß im

Oktober 1923 der "Völkische Beobachter" zu den großen Tageszeitungen Münchens gerechnet werden mußte. In manchesmal nahe an die 50.000 Exemplaren ging das Kampforgan der Nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands in die Massen hinaus [4]. Das Verbot der Bewegung am 9.11.1923 traf in unserem Kampfblatt ein Unternehmen, das als vollkommen gesichert gelten durfte.

Mehr als 1 Jahr war dann der "Völkische Beobachter" tot.

Die Neugründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei brachte selbstverständlich auch das Wiedererstehen der Zeitung mit sich, und abermals mußte mit Nichts begonnen werden. Wieder erschien das Blatt zunächst als Wochenausgabe, um in den ersten Tagen des April 1925 zur Tageszeitung zu werden.

Seitdem besitzt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wieder ihr altes Kampforgan.

Nach monatelangem schweren Ringen ist nun nicht nur der Bestand des Blattes an sich gesichert, sondern die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau gegeben. Schon in den letzten Wochen ging eine Propagandanummer nach der anderen in ungeheuren Massenauflagen in das deutsche Volk hinaus. Alle Propaganda der Parteileitung und des Verlages wird den letzten Wert aber erst in dem Augenblick erhalten, in dem auch der letzte Parteigenosse zum Bezieher seines Kampfblattes wird und jeder Bezieher zum Werber neuer Leser.

Jawohl, an Euch ist es mehr denn je, Parteigenossen und Leser unseres Blattes, gelegen, mitzuhelfen an der Verwirklichung des uns allen vorschwebenden Zieles:

Der "Völkische Beobachter" als zentrales Kampfblatt der Nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands muß zu einem Massenorgan werden, das tagtäglich in einer mehrhunderttausendfachen Auflage in das deutsche Volk hinausströmt, den Blinden die Augen öffnend, die Sehenden zum Kampfe zusammenschließend.

In seiner steigenden Auflagenzahl soll ebenso die Möglichkeit eines langsamen Bezugspreis-Abbaues liegen, wie umgekehrt in seiner Verbilligung die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung.

Dann wird endlich dem deutschen Volke in diesem Blatte zum erstenmal ein geistiger Vorkämpfer seiner späteren Freiheit erstehen, ein geistiger Vernichter der Feinde derselben.

Dann wird zum ersten Male Bresche gebrochen werden in den Wall der feindlichen Presse, bis über Sowjetbanner und Demokratenfahne die Flagge des erwachenden Deutschland sich erhebt. Unsere beste Siegesstandarte aber ist heute unser Kampfblatt.

Nationalsozialisten, kämpft mit unserer Presse, indem Ihr für sie werbt.

4 Vgl. Charles F. Sidman, Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus. Dezember 1920 - November 1923, in: VfZ 13 (1965), S. 112-118.

20. September 1925 Dok. 66
Erklärung

Der Oberbayerische Gebirgsbote vom 22.9.1925, "Eine Erklärung Adolf Hitlers".

An die verehrte Schriftleitung!

Sie haben in Ihrer Nummer 214 vom 15. September 1925 einen Artikel gebracht "Das Geld zum Putsch" und darin behauptet, ich hätte das "Berliner Tageblatt" verklagt, weil es auf Grund eines Telegramms des Wolffschen Telegraphenbureaus behauptet habe, ich und meine Bewegung hätten 1923 französische Gelder erhalten, ich hätte meine Klage dann zurückgenommen und das Verfahren sei auf meine Kosten eingestellt worden.

Dazu erkläre ich:

1. Es ist vollständig unwahr, daß ich oder meine Bewegung 1923 oder sonstwann französische Gelder erhaben haben [1].

2. Wahr ist, daß ich die verantwortlichen Redakteure des "Berliner Tageblattes" wegen des verleumderischen Artikels "Die französischen Gelder Hitlers" verklagt habe [2].

---

1 Otto Pittinger, der Gründer und Führer des Bundes Bayern und Reich, hatte im März 1924 behauptet, die NSDAP habe 1923 finanzielle Zuwendungen aus Frankreich erhalten. Ein von Hitler angestrengter Beleidigungsprozeß endete vor dem Amtsgericht München am 27.2.1925 mit dem Freispruch Pittingers aus formalen Gründen. Vgl. Dok. 5.

2 Das Berliner Tageblatt hatte in der Abendausgabe vom 2.6.1925 folgende Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus veröffentlicht: "Wie die 'Münchener Post' meldet, hat das Oberlandesgericht die von Hitler angestrengte Revision in seinem Prozeß gegen Sanitätsrat Dr. Pittinger abgewiesen. Es handelte sich dabei um den Vorwurf, daß Hitler und seine Bewegung 1923 mit französischem Gelde gespeist wurden, eine Behauptung, die von dem verstorbenen englischen Politiker E. D. Morel auf Grund unbestrittener Informationen von Pariser Persönlichkeiten aufgestellt worden war. Dr. Pittinger war in der ersten Instanz freigesprochen worden."
Daraufhin strengte am 10.6.1925 der Nürnberger Rechtsanwalt Hanns Krafft im Auftrag Hitlers eine Privatklage gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner Tageblattes, Erich Dombrowski, wegen Verleumdung an. Vgl. VB vom 6.6.1925, "Endlich verplappert". Die Klage wurde jedoch am 29.8.1925 von Rechtsanwalt Krafft auf Weisung Hitlers zurückgezogen; das Amtsgericht Berlin stellte deshalb das Verfahren am 2.9.1925 auf Kosten Hitlers ein. Vgl. Berliner Tageblatt vom 12.9.1925 (MA), "Eine interessante Klagerücknahme. Die Gelder der Nationalsozialisten". Abdruck der entsprechenden Urkunden: Berliner Tageblatt vom 25.9.1925 (MA), "Vergebliche Ableugnung. Hitlers Klagerücknahme". Dort jedoch irrtümliche Datierung der Klage auf den 10.4.1925.
Daraufhin brachte der VB am 16.10.1925, "Adolf Hitler und das Berliner Tageblatt", folgende Gegendarstellung: "Die Klage war mißverständlicherweise gleichzeitig von zwei Rechtsbeiständen Adolf Hitlers erhoben worden. Der eine [*Krafft*] hat nun die von ihm eingereichte Klage zurückgezogen. Die andere geht ihren Gang! Das B[*erliner*] T[*ageblatt*] und die übrigen Gazetten haben sich zu früh gefreut, dem Richter entwischt zu sein." Vgl. die Erwiderung des Berliner Tageblattes vom 18.10.1925 (MA), "Wie Hitler die Öffentlichkeit irreführt. Die zurückgenommenen und die verjährten Klagen". Die zweite Klage wurde am 14.9.1925 von dem Münchner Rechtsanwalt Lorenz Roder beim Amtsgericht München eingereicht und führte am 19.4.1926 zur Verurteilung Dombrowskis zu einer Geldstrafe von 1.000 RM. Vgl. Dok. 132. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht München I am 21.8.1926 wurde die Geldstrafe gegen Dombrowski auf 2.500 RM erhöht. Vgl. Bd. II, Dok. 23.

3. Wahr ist, daß in diesem Prozeß eine Hauptverhandlung überhaupt noch nicht stattgefunden hat.

4. Wahr ist, daß die beklagten Redakteure des "Berliner Tageblattes" in diesem Prozeß bis jetzt überhaupt noch keine Gegenerklärung abgegeben haben, und daß überhaupt noch keine Beweisaufnahme stattgefunden hat.

5. Unwahr ist, daß das Verfahren eingestellt wurde [3].

6. Wahr ist, daß ich nicht bloß jüdische Blätter verklage, die mich und meine Bewegung nach Art des "Berliner Tageblattes" verleumden, sondern auch nichtjüdische Blätter, die diese verleumderischen Behauptungen der jüdischen Blätter übernehmen.

20. September 1925

Adolf Hitler

21. September 1925 Dok. 67
"An alle Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 24.9.1925.

Nationalsozialisten! Parteigenossen!

Am 27.2.1925 wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erneut ins Leben gerufen. Gleich ihrer Tätigkeit vor dem November 1923 sollte sie abermals ihre Arbeit aufnehmen gegen den tödlichsten Feind unseres deutschen Volkes und Vaterlandes. Nicht in innerem Bruderstreit hofften wir unsere Kräfte anwenden zu können, sondern im Dienste der Befreiung unseres Volkstums. So haben wir, angefangen von unserem ersten Aufruf, in all unseren Versammlungen, in Werbeschriften, Propagandanummern immer nur ausschließlich gegen einen einzigen Feind gekämpft, den internationalen Marxismus und die ihm dienenden Parteien. Unsere Presse sollte dem widerlichen Streit des Herbstes 1924 entzogen werden und ihre Aufgabe nur mehr in der Niederringung unserer internationalen Pressefeinde erblicken.

Parteigenossen, urteilt selbst, ob in diesen Monaten der "Völkische Beobachter" oder irgendein anderes Presseerzeugnis der Parteileitung einem anderen Ziele diente, als dem des Verfechtens deutscher Lebensrechte gegenüber unseren inneren und äußeren Unterdrückern.

In dieser friedfertigen Gesinnung anderen völkischen Verbänden gegenüber hofften wir ein sicheres Anrecht auf Würdigung und gleiche Haltung von seiten dieser Organisationen zu erringen.

Wir sind auf das bitterste getäuscht worden.

3 Vgl. Anm. 2.

Während mit einer ganzen Anzahl völkischer Verbände wieder die brüderliche, gegenseitige Achtung hergestellt werden konnte, haben andere in unserer nachgiebigen Gesinnung nur ein Zeichen von Schwäche zu erkennen geglaubt, so daß unsere friedliche Einstellung zur Quelle dauernder Angriffe wurde.

Ein wüster Kampf voll Lüge und Verleumdung setzte schon die nächsten Tage gegen uns ein. Während wir in unserem Aufrufe von der Notwendigkeit eines Vergessens des Vergangenen und der Notwendigkeit eines ehrlichen Zusammenschlusses sprachen, wurde uns von dieser Seite schärfste Fehde angesagt. Wenn wir in unserer Zeitung kein Wort der Feindschaft gegen eine andere völkische Gruppe duldeten, verfolgten uns diese dafür mit ihrem Haß; wenn wir in zahlreichen Erklärungen immer wieder unsere Mitglieder baten, sich nie zu einer feindseligen Äußerung gegen die anderen völkischen Parteien verleiten zu lassen, wurden wir dafür in Rund- und Informationsbriefen auf das schmählichste heruntergesetzt, verlästert und schlecht gemacht. Wenn unsere Massenversammlungen erfüllt waren von Kampfgeist gegen Judentum, Marxismus, dann hatten die Versammlungen dieser Verbände nur *einen* Feind, und der waren wir. Und während wir nun gerade in einem neuen großen Aufschwung der Bewegung Hunderttausend von Propagandanummern in die deutsche Nation hinausgehen lassen, geht man endlich dazu über, nicht nur in Sektionsversammlungen, sondern in öffentlichen Kundgebungen uns anzugreifen, und scheut nicht davor zurück, zur Freude von Juden und Judenparteien auf Plakatsäulen die breiteste Öffentlichkeit zum Zeugen dieses Bruderkampfes einzuladen.

Parteigenossen! Sechs Monate lang haben wir jetzt geschwiegen. Haben geschwiegen zu allen dauernden Verlästerungen und Verleumdungen, zu all den Angriffen auf einzelne Führer, dem infamen Anzweifeln unserer Gesinnung, haben geschwiegen zu den lügenhaften Behauptungen über Bindungen, die unsere Bewegung fesseln würden, geschwiegen über [*sic!*] das Unterschieben unwahrer Kampfmotive, geschwiegen zu allem, was man an Schändlichem gegen uns vorzubringen, sich unterstand.

Unsere Duldsamkeit hat schlechte Früchte getragen.

Unsere Hoffnung, durch unser Beispiel in den Kreisen der ehrlichen Anhänger der anderen völkischen Gruppen Verständnis zu erwecken, so daß die Führer dieser Parteien endlich von ihrem Vorhaben durch eigene Parteigenossen gedrängt, Abstand nehmen würden, ist schmählich zuschanden geworden.

Heute erkennen wir, daß alle unsere Versuche, durch eigene Nachgiebigkeit die anderen völkischen Parteien zur Einsicht zu bringen, nicht nur erfolglos waren, sondern im Gegenteil als Zeichen unserer Schwäche ausgelegt wurden.

Damit ist aber jetzt unsere Geduld zu Ende.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird von jetzt ab diesen infamen Parteiquerulanten, diesen Störenfrieden und Ränkeschmieden rücksichtslos entgegentreten. Wir werden dafür sorgen, daß diesen Herren das Lachen über unsere Gutmütigkeit aus dem Gesicht getrieben wird. Von jetzt ab gilt diesen Provokateuren und Unfriedenstiftern in der völkischen Bewegung gegenüber wieder unser alter nationalsozialistischer Grundsatz: Für jeden Hieb auf der Stelle zwei zurück.

Parteigenossen, duldet nicht mehr, daß diese Elemente unter dem Deckmantel einer Betätigung "völkischer Gesinnung" als Hetzapostel zerstören können, was sie nicht selber gebaut und geschaffen haben. Sorgt dafür, daß diesem angriffslustigen Parlamentarierklüngel [1] das Handwerk gründlich gelegt wird, indem wir von jetzt an jedem weiteren Versuch der Unruhestiftung durch diese unverantwortlichen Nutznießer und Zerstörer der völkischen Idee auf der Stelle entgegentreten, [*wird*] eine weitere Beschimpfung unserer Partei und unserer Führer dadurch verhindert.

Wir haben [*es*] 6 Monate lang im Guten versucht, sie sollen uns jetzt anders kennen lernen.

Parteigenossen, Nationalsozialisten, nehmt den Kampf auf!

Es lebe unsere Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!

München, den 21. September 1925

Für die Parteileitung:
Adolf Hitler

26. September 1925 Dok. 68
"Wir müssen das Licht weitertragen!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Fürth [2]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; StA Nürnberg, Slg. Streicher 175 [3].

1 Gemeint ist der Nationalsoziale Volksbund. Er war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden.
Eine Veranstaltung des Volksbundes im Münchner Kreuzbräu, auf der Friedrich Plümer zum Thema "Hitler-Esser und der völkische Gedanke. Eine Abrechnung" sprechen sollte, war bereits am 17.9.1925 von der NSDAP gesprengt worden. Vgl. Völkischer Kurier vom 19.9.1925, "Eine Nationalsozialistische Veranstaltung"; VB vom 19.9.1925, "Jämmerlicher Zusammenbruch hitlerfeindlicher Umtriebe. Ein mißglückter Angriff des Nationalsozialen Volksbundes". Vgl. auch Dok. 70.

1 Titel laut Redensammlung "Adolf Hitler in Franken".

2 Im "Schwarzen Kreuz", gegen 23.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 500 Personen teilnahmen, wurde von Julius Streicher geleitet. Vor Hitler traten Streicher, Rudolf Buttmann und Frau Elsbeth Zander aus Berlin als Redner auf. Anschließend sprach Hitler noch auf einer weiteren Versammlung im Evangelischen Vereinshaus.
Am nächsten Tag nahm Hitler am "Deutschen Tag" der NSDAP in Fürth teil und besuchte zwei öffentliche Veranstaltungen, ohne jedoch das Wort zu ergreifen. Vgl. VB vom 29.9.1925, "Der Deutsche Tag in Fürth". Der "Deutsche Tag" sollte urprünglich am 19./20.9.1925, zum Zeitpunkt des jüdischen Neujahrsfestes, stattfinden. Am 16.9.1925 erließ jedoch die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ein zeitlich befristetes Verbot, um erwarteten Ausschreitungen vorzubeugen. Abdruck der Anordnung: VB vom 22.9.1925, "Adolf Hitler in Fürth".

3 Druck: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 31-33. Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 28.9.1925, "Das Braunauer Zirkusunternehmen". Sowie Polizeibericht vom 28.9.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1738. Lagebericht Nr. 6410/II der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 23.10.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

Sie haben wahrscheinlich gestern in der Zeitung gelesen, daß sich ein weiterer Bundesstaat entschlossen hat, über mich die politische Mundsperre zu verhängen [4]. Kaum eine Woche vergeht, in der unsere Gegner nicht beweisen, daß unsere Bewegung heute keine Gefahr mehr bedeutet. Wir haben überhaupt niemals eine Gefahr bedeutet für anständige Menschen oder für das Deutsche Reich - wohl aber für Spitzbuben. Man sieht sich bemüßigt, die Versammlungen zu verbieten oder mir einen Maulkorb umzuhängen. Ich bin fest überzeugt, daß ich den Tag noch erlebe, an dem ich wieder reden kann. Es gibt bei uns viele Leute, die glauben, daß die nationalsozialistische Bewegung eine Konjunkturbewegung sei. Wenn das der Fall wäre, dann wäre sie 1923 erledigt gewesen. Konjunkturbewegungen brechen in dem Augenblick zusammen, in dem sie keine Erfolge mehr erringen. Unsere Leute konnten nicht von einer günstigen Konjunktur sprechen, wenn sie Nationalsozialisten wurden. Wie viele sind in die Gefängnisse gewandert! Für eine Konjunkturbewegung läßt sich niemand niederschießen und geht niemand ins Gefängnis. Daß die Bewegung heute stärker ist, beweist, daß sie nichts mit Konjunktur zu tun hat. Unsere Gegner werden kommen und mit Zahlen zu rechnen beginnen. Ich habe nie nach Wahlresultaten gerechnet. Sonst müßten unsere bürgerlichen Parteien Kolosse sein. Ich glaube nicht, daß dieser Zahlenwahnsinn in der Wirklichkeit Bedeutung besitzt. Die Zahl schwankt, sie geht dahin, aber der Kern unserer Bewegung wird niemals in Millionen liegen. Unsere Bewegung soll getragen sein von Idealisten. Wir Nationalsozialisten dürfen in der Tat sagen, daß sich heute in den verschiedenen Körperschaften und in den Parlamenten Gruppen bilden, die schwächer sind als bisher. Darin dürfen wir nicht ein Zeichen von Schwäche sehen, wenn in einem Verwaltungskörper nicht 25, sondern etwa 6 sitzen [5]. 25 Köpfe sind es gewesen, aber nicht 25 Männer. Wenn wir jetzt beginnen, unsere Nation [*sic!*] zusammenzuschließen, so wird gewiß die Zahl klein sein und dennoch wird sie mehr Kraft bedeuten wie in den großen Körperschaften. Die Stärke liegt nicht in der Zahl, sondern im Wert des einzelnen. Wir haben im Frühjahr hier eine reinliche Scheidung vorgenommen. Wir haben erklärt: Es kann Menschen geben, die sich einfach nicht in unseren Parteirahmen fügen wollen, denn die Leute glauben, mit ihrer Markierung selig zu werden. Wir haben monatelang keine Notiz von ihnen genommen. Wir haben in dieser ganzen Zeit keine Kundgebung erlassen und in unserer Presse peinlichst darauf gesehen, daß nicht irgendein anderer verletzt werden könnte. Wir haben in den Versammlungen nur Themen gehabt, die mit unseren Erzfeinden abrechneten. Wenn irgend etwas unseren Schritt rechtfertigt, so ist es ihre Haltung von heute. Da wir uns vor unseren "Freunden" bewahrten, haben wir uns stärker gemacht. Mit unseren Feinden werden wir fertig. Die Trennung von diesen Leuten bedeutet eine Stärkung. Die Bewegung ist heute wieder das, was sie war: eine unerschütterliche Kampftruppe für ein soziales Deutschland und für ein Reich, das nicht in

4 Am 25.9.1925 war Hitler in Preußen das Auftreten als Redner in öffentlichen Versammlungen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen "bis auf weiteres" untersagt worden. Abdruck der Anordnung: Frankfurter Zeitung vom 26.9.1925 (AA), "Redeverbot für Hitler in Preußen". Das Verbot wurde am 29.9.1928 aufgehoben.

5 Der am 22.9.1925 gebildeten NSDAP-Fraktion im Bayerischen Landtag schlossen sich nur sechs von ehemals 23 (nicht 25) Abgeordneten des Völkischen Blocks an. Vgl. VB vom 26.9.1925, "Die Fraktion der N.S.D.A.P. im bay. Landtag".

dem Dienst des verfluchten Judentums steht. Der heutige Staat ist nicht berufen, uns aus dem Elend herauszuführen. Die Freiheit wird das deutsche Volk niemals damit erringen. Wir sind von Jahr zu Jahr tiefer hineingesunken ...

Für uns liegt die Konjunktur nicht in der Zeit, sondern in der Schlechtigkeit der heutigen Gegner. Unser Heil wird ein Staat sein, erfüllt von sozialer Wohlfahrt, von der Überzeugung, daß der Schweiß eines Volkes nicht dem internationalen Judentum ausgeliefert wird. Die Aussicht für unsere Bewegung hat sich gesteigert. Warum sind Sie alle da - so sehr, daß die Regierungen die Versammlungen sperren müssen -, wenn keine Sehnsucht vorhanden ist? Man kann auf eine bestimmte Zeit durch Presselügen ein Volk belügen, einmal kommt die Ernüchterung. Wir werden nicht frei. Die Verarmung schreitet immer weiter fort. Die Kolonien des Auslands, die Interessen der Entente hat man saniert. Als die Geduld auszugehen drohte, hat man sich an die Stabilisierung erinnert. Wir Nationalsozialisten schauen mit voller Ruhe in die heutige Zeit hinein. Unterziehen Sie eine dieser bürgerlichen Parteien diesen Unterdrückungen, denen wir ausgesetzt sind, und dann sehen Sie, ob noch etwas von ihnen da ist! Darin liegt das Zeichen, daß unsere Bewegung trotz aller Unterdrückung nicht unterdrückt werden kann. Wir sind nicht weniger geworden, wir haben Jünger bekommen. Wer in unsere Bewegung kommt, wandelt dauernd zwischen Erfüllung seiner Pflicht und den Toren der Gefängnisse. Solange unsere Bewegung den Geist hat, geht sie nicht zugrunde. Ich glaube auch nicht, daß sie jemals zugrunde gehen wird. Glauben Sie, daß eine der bestehenden Parteien Deutschland wieder erheben wird? Nein! Deutschland muß aber gerettet werden. Und weil sie es nicht tun, wird es eine neue Bewegung schaffen. Ob wir die schwere Aufgabe meistern können? Wenn ich in allen deutschen Städten sehe, wie es vorwärts geht, wenn wir nun im sechsten Jahr dennoch eine große Massenpartei geworden sind, dann glaube ich fest, daß es uns gelingen wird. Wir mühen uns so redlich als möglich, es zu tun. Als letzter Trost bleibt uns, daß das Menschenmögliche getan wurde. Gegen das Schicksal allerdings kann man nicht ankämpfen. Ich glaube nicht, daß das Schicksal unser Volk vernichten will. Ein Volk, das sich viereinhalb Jahre lang gegen eine ganze Welt gewehrt hat, ist nicht reif zum Untergang. Ich glaube, daß das Volk die Kraft hat, die Fesseln zu zerschlagen und seinen Kindern das tägliche Brot und sich selbst die notwendige Freiheit zu geben. Als Nationalsozialist stehe ich der heutigen Zeit nicht zweifelnd und jammernd gegenüber.

Ich sehe in ihr eine höhere Fügung des Schicksals, um unser Volk reif zu machen. Nie wären ohne dem unserem Volk die Augen geöffnet worden. Die Not wird uns zum Verbündeten werden ... Das Licht, das diese Not uns angezündet, müssen wir weitertragen als Fackelträger der neuen Zukunft. Das Licht haben die Schweinehunde von jeher gescheut.

29. September 1925 Dok. 69
Anordnung

Zit. nach Rundschreiben der Oberleitung der SS, Abt. 1a, vom 29.9.1925 [1]; Nds. StA Hannover, 310 I A, Nr. 8.

Ich stelle hiermit zum wiederholten Male fest, daß es Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufs strengste untersagt ist, sich in irgendeiner Form militärisch ausbilden zu lassen, da eine derartige Ausbildung gesetzwidrig ist und die Auflösung der Partei nach sich ziehen würde. Angehörige der N.S.D.A.P., welche an einer militärischen Ausbildung teilnehmen, werden aus der Partei ausgeschlossen.

29.9.[*19*]25

gez.: Adolf Hitler

1 Überschrift: "Zusatz zu den Richtlinien zur Aufstellung von Schutzstaffeln der N.S.D.A.P.".

4. Oktober 1925 Dok. 70
"Feststellungen zum Kampf des 'Nat[ional]-soz[ialen] Volksbundes' gegen die 'N.S.D.A.P.'"
Artikel

VB vom 4./5.10.1925.

In der gestrigen Versammlung [1] des oben benannten Bundes [2] konnte ich zu meinem größten Erstaunen aus dem Munde eines seiner derzeitigen Leiter die Behauptung vernehmen, daß dies die erste Veranstaltung dieser Partei wäre. Damit sollte der Anschein erweckt werden, als ob die bisherigen Versammlungen, in denen fast ausschließlich Hetze gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und in erster Linie gegen meine Person getrieben wurde, nicht als offizielle Parteikundgebungen angesehen werden dürften. Besonders die Kreuzbräuversammlung möchten die Herren nach dem kläglichen Fiasko [3] gerne ablehnen und mit wenig Mut der Verantwortung anderer aufbürden. Demgegenüber muß nun denn doch festgestellt werden, daß diese Versammlung durch *Plakatanschlag* als Veranstaltung des Nationalsozialen Volksbundes bekanntgegeben wurde, daß der Nationalsoziale Volksbund davon zu einer Zeit Kenntnis besaß, die es ihm ermöglicht hätte, sofort dagegen Verwahrung einzulegen, Herrn Plümer [4] abzuschütteln und die Abhaltung dieser Hetzversammlung zu verbieten. Eine Partei, von der Herr Stelzner [5] gestern so salbungsvoll behaupten konnte, daß sie jene Disziplin verkörpere, die allein Deutschland zur Freiheit führen vermag, wird hoffentlich soviel Disziplin in ihrer Organisation besitzen, daß es möglich ist, ein paar renitente

1 Am 2.10.1925 im "Wittelsbacher Garten" in München. Zur Störung dieser Versammlung durch Nationalsozialisten unter der Führung Hitlers vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 3.10.1925, "Der Kampf im völkischen Lager"; Völkischer Kurier vom 4./5.10.1925, "National-sozialer Volksbund. 1. öffentliche Versammlung im Wittelsbacher Garten"; VB vom 4./5.10.1925, "Der Verräter-Konzern endgültig erledigt!"; Münchener Post vom 5.10.1925, "Der völkische Jahrmarkt". Sowie Lagebericht N/Nr. 38 der Polizeidirektion München vom 9.10.1925; StA Landshut, Rep. 168/5, 457.

2 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden. Als 1. Vorsitzender amtierte Drexler, sein Stellvertreter war Theodor Doerfler, Oberlandesgerichtsrat und MdL. Anfang 1927 löste sich der Volksbund auf und gliederte sich als Landesverband Bayern der DVFP ein.

3 Die Versammlung, auf der Friedrich Plümer zum Thema "Hitler-Esser und der völkische Gedanke. Eine Abrechnung" sprechen sollte, war am 17.9.1925 von der NSDAP gesprengt worden.

4 Friedrich Plümer (1899-1962), Student, 1924/25 Leiter einer "völkischen Rednerschule" in München, 1925 Mitglied des Nationalsozialen Volksbundes, Ende 1925 Verfasser der Kampfschrift "Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis", später Mittelschullehrer in Wuppertal-Elberfeld, 1934 Abschnittsleiter West der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, 1937 Eintritt in die NSDAP.

5 Edgar Stelzner (geb. 1892), Rechtsreferendar, 1919/20 1. Vorsitzender der Erlanger Studentenschaft, Mitarbeiter im Stab des Freikorps Epp, 1920/21 Vorstandsmitglied der Deutschen Studentenschaft, Mitbegründer des Hochschulrings Deutscher Art, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1929 1. Bürgermeister von Neustadt bei Coburg, 1934 Landgerichtsrat in Würzburg.

Lausbuben zurückzurufen. Dies wäre umso mehr zu erwarten gewesen, als es sich hierbei nicht um eine einzelne Entgleisung, sondern um ein monatelanges Trommelfeuer handelt, die Führer also, wenn sie dies nicht billigen würden, Zeit genug besessen hätten, diesem Unfug endlich energisch an den Leib zu rücken.

Allein davon konnte gar keine Rede sein. Im Gegenteil, die Herren haben das alles gebilligt und fanden es nicht nötig, auch nur mit einer einzigen Silbe dagegen Stellung zu nehmen, solange sie uns für gutmütig oder dumm genug hielten, die Sache ruhig einzustecken. Erst als uns der Geduldfaden riß und wir unsere Mitglieder aufforderten, gegen diese dauernden Hetzangriffe endlich Stellung zu nehmen [6], bekam es die heldenmütige Vorstandschaft dieses "auchvölkischen" Klubs mit der Angst zu tun, hockte sich schleunigst zusammen und beriet, was geschehen müßte für den Fall, daß etwas geschehen würde. Und da kam man dann auf den lustigen Einfall, kurzerhand überhaupt die Verantwortung für diesen Fall abzulehnen.

Wie wenig sich aber die Leitung des Nationalsozialen Volksbundes der Verantwortung für diesen Skandal zu entziehen vermag, mögen sich die einzelnen maßgebenden Herrschaften jetzt noch so sehr krümmen, beweist noch folgendes: Der "Völkische Kurier", das offizielle Organ dieser Bewegung [7], brachte am Tage nach der Versammlung im Kreuzbräu einen Artikel [8], aus dem ebenfalls die Absicht hervorgeht, nun nach der Niederlage Hase zu heißen, statt Weiß [9], und von nichts mehr zu wissen. Man konnte da nicht ohne Erstaunen vernehmen, daß es nicht angängig wäre, wenn Herr Plümer zu seinen privaten Auseinandersetzungen mit Herrn Esser die Öffentlichkeit als Resonanzboden herbeihole, daß man dies im Interesse der Sache ablehnen müsse usw. Eine immerhin etwas gewagte Spekulation, entweder auf die Dummheit oder Vergeßlichkeit der würdigen Leserschaft. Denn dieses gleiche Organ brachte ein paar Tage früher höchstselbst die feierliche Ankündigung des nachher so gerügten Vorgehens des Herrn Plümer. Also alles Spiegelfechterei.

Dazu paßt es auch, wenn in einem Briefe, der mir jetzt zugestellt wurde, an eine dritte Person, wenige Tage vor der Kreuzbräuversammlung von seiten des verantwortlichen Herausgebers des offiziellen Organs des Volksbundes sehr offen und präzis erklärt wurde, daß der Kampf dieses jugendlichen Demosthenes gegen meine Person keineswegs dessen Privatangelegenheit wäre, sondern daß weiteste Kreise der völkischen Bewegung diese Sache zur

6 Vgl. Dok. 67.

7 Der "Völkische Kurier" (Untertitel: "Kampfblatt der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands"; seit 10.4.1925: "Unabhängiges Kampfblatt der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung") stand dem Nationalsozialen Volksbund nahe, war aber kein offizielles Organ. Er erschien von Februar 1924 bis Ende Dezember 1925 als Tageszeitung, danach als Wochenzeitung unter dem Titel "Arminius".

8 Völkischer Kurier vom 19.9.1925, "Eine nationalsozialistische Versammlung".

9 Anspielung auf den Herausgeber des "Völkischen Kuriers". Wilhelm Weiß (1892-1950), Hauptmann a. D., 1920 Mitglied der Landesleitung der Bayer. Einwohnerwehr und Hauptschriftleiter der Verbandszeitung "Heimatland", 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924-1926 Herausgeber des "Völkischen Kuriers" bzw. des "Arminius", 1927 Chef vom Dienst beim "Völkischen Beobachter", 1930 SA-Oberführer bei der Obersten SA-Führung, 1933 Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, 1937 SA-Obergruppenführer.

ihrigen machten. Da dies nicht Nationalsozialisten sind, können es nur die Volksbündler sein.

Also alles nachträgliche Verdrehungen.

Zu diesen gehört auch der Versuch, nun zu tun, ob man es weiß Gott wie bedauerte, daß auch dieses Mal wieder der General Ludendorff in die Sache hineingezogen worden wäre. Das Scheinheiligste von Scheinheiligkeit.

Es war das Bemerkenswerte des ganzen Jahres 1924 und besonders des Herbstes dieses Jahres, daß es sich jeder traurige Spornritter herausnehmen durfte und konnte, den verehrten General als Deckschild für alle möglichen persönlichen Auseinandersetzungen zu benutzen. Dies ging soweit, daß man in München aus einer Sektionsversammlung mit Gummiknüppel Nationalsozialisten hinaustrieb, wobei der kommandierende Herr sich unterstand, Ludendorff zum verantwortlichen Befehlshaber dieser Aktion auszurufen, ein ganz ungeheuerlicher Mißbrauch des Namens des Generals.

Genau so ist es aber auch jetzt wieder. Auch diesesmal haben die gleichen Kräfte es versucht und verstanden, zur Stärkung ihrer unmöglichen Position eine Anleihe beim großen Namen des Weltkrieges zu machen. Man griff erst die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und an der Spitze meine Person in der heimtückischsten Weise an, um im Augenblick der endlichen Abwehr dieser dauernden Stänkerei mit einer schon imponierenden Frechheit Ludendorff als den dadurch Betroffenen hinzustellen. Als in der Versammlung des Kreuzbräu von unseren Diskussionsrednern auf die elenden Hintermänner dieses schandbaren Treibens hingewiesen wurde, da bringt es der ["]Völkische Kurier["] fertig, am nächsten Tage Ludendorff als den dadurch Angegriffenen zu bezeichnen. Damit also versucht dieses Organ den General zu einem Hintermann eines so entwürdigenden Kampfes zu stempeln.

Ich muß darauf hinweisen, daß es eine meiner ersten Handlungen war, in den Kreisen unserer Bewegung dafür zu sorgen, daß der Name des verehrten Führers des Weltkrieges nicht als Schirm für unwürdige Vorgänge benützt wird, daß der einzelne nicht das Recht besitzt, bei Streitereien usw. im eigenen Lager sich auf den General zu berufen, der von diesen Dingen weder etwas weiß, noch sie will. Leider hat die Gegenseite sich nicht in ähnlicher Weise verhalten. Es mag dem Herausgeber des "Völkischen Kuriers" als ein besonders pfiffiger Trick erschienen sein, der Verteidigung unserer Seite die Spitze dadurch abzubrechen, daß man sie zu einem Angriff gegen den General umfälscht. Dieser Versuch ist aber weder das eine noch das andere, sondern er ist gewissenlos. Er ist die Wiederholung einer Taktik, die es verstand, schon im Herbst 1924 parteipolitische Schiebungen unter Berufung auf einen Namen zu ermöglichen, an dem nicht nur die eine, sondern auch die andere Seite mit gleicher Verehrung hängen sollte. Der Erfolg dieser Taktik hätte nur sein können, daß dem General Herzen entfremdet worden wären, die ihm genau so zuschlagen, oder besser noch, als die derer, die in ihm nur ein Deckmittel für den eigenen Kampf erblicken.

Wenn also diesesmal wieder ein ähnlicher Vorgang stattfand, dann soll es aber, glaube ich, für die Zukunft der letzte sein. Dafür wollen wir Nationalsozialisten jetzt sorgen. Es soll den Herrschaften künftighin nicht mehr gelingen, andere vorzuschicken

und sich wenn möglich selbst in feiger Anonymität im Hintergrund zu halten und von dort die vergifteten Pfeile gegen uns zu schießen, sondern wir werden sie nun im einzelnen zu fassen wissen und dann soll es heißen: *"Elender Bursche, jetzt steh und fechte!*[*"*]

6. Oktober 1925 Dok. 71
Rede auf NSDAP-Versammlung in Plauen i. V. [1]

Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaate Sachsen im Oktober 1925 vom 21.11.1925 [2]; StA Dresden, MdI 11126/6.

[*In der Rede*] wendete er [*Hitler*] sich u. a. gegen die über ihn verhängten Redeverbote und gegen die Behauptung, daß seine Partei eine Konjunktur-Partei sei. Damit könne ihn niemand ärgern, denn seine Bewegung wolle das Schicksal Deutschlands meistern. Er erwartet die Sammlung aller aktiven Kräfte des deutschen Volkes in seiner Partei, die jetzt eine aufsteigende Bewegung durchmache. Auf den ihm oft bei anderer Gelegenheit gegnerischerseits gemachten Vorwurf, er habe nur die Jugend auf seiner Seite, erklärte er: "Wenn ich heute zu wählen hätte zwischen Millionen Stimmvieh auf der einen und deutschen Frontkämpfern und deutscher Jugend von 15 bis 25 Jahren auf der anderen Seite, dann nähme ich die beiden letzteren."

1 Ansprache im "völkischen Stammlokal", nachdem Hitler spät abends in Plauen eingetroffen war. Wie der Bericht weiterhin mitteilt, befand sich Hitler auf der Durchreise nach Norddeutschland.

2 Der Bericht nennt als Quelle die Völkischen Nachrichten für das Vogtland, Nr. 25 vom 10.10.1925.

8. Oktober 1925 Dok. 72
"Heute, da jeder Lump und Franzose in Deutschland reden darf, ist ein Redeverbot eine Ehre" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wismar [2]

VB vom 17.10.1925, "Adolf Hitler in Wismar" [3].

Es kränkt mich nicht, daß mir das Reden verboten wird. Heute, da jeder Lump, jeder Vagabund, jeder Zuhälter, ja jeder Franzose in Deutschland reden darf, ist es eine Ehre, wenn einem das Reden verboten wird. Das Redeverbot ist eine Schwäche der anderen.

In der freiesten Republik ist dieses Verbot ausgesprochen. Der Revolution von 1918 ist es nicht gelungen, das ideale Glück zu erreichen. Man mußte damals allerhand versprechen; denn mit nichts hätte man die Massen nicht auf die Straße gebracht. Und doch hätte sich jeder sagen müssen, wenn die *Weltrevolution* in Deutschland beginnt, wird das kapitalistische Ausland sie sofort abdrehen. An dem Tage, da die Revolution proklamiert wurde, war sie auch schon erledigt. Denn es war doch selbstverständlich, daß das Ausland nicht verzichtet. Wollte sich also der neue Staat durchsetzen, durfte er nicht auf die *Wehrhaftigkeit* verzichten. Aber keiner der Führer der Revolution dachte daran, den neuen Staat der Freiheit zu verwirklichen, das überstaatliche Kapital zu brechen.

Die Revolution machte uns zu

Sklaven des überstaatlichen Kapitals.

Nicht das deutsche Volk ist souverän. Es gibt nur eine Souveränität, die des überstaatlichen Kapitals. Seit der Zeit, da die Sozialdemokratie an der Macht ist, regiert das Kapital. Ein freies Volk, eine freie Wirtschaft wird getötet. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Kapital endet damit, daß ein Volk in den Weltkapitalismus versinkt. Die Vertreter der beiden freiesten Nationen, Rußlands und Deutschlands, müssen am meisten vor den ausländischen Finanzjuden katzbuckeln.

Wenn man 60 Jahre kämpft und gegen das internationale Kapital anrennt, und das Kapital ist mächtiger denn zuvor, dann ist der Kampf entweder falsch oder verlogen, oder falsch *und* verlogen. Man kämpfte nur gegen die nationale Wirtschaft. Denn was verstand man unter Kapitalismus? Die Äußerungen der nationalen Wirtschaft. Hier konnte der *Marxismus* nur zerstörend wirken. Da sollte Kapitalismus sein, wo ein Besitzer vorhanden ist. Man kann in der Theorie allen Besitz enteignen. Aber man ist sofort am Ende. Denn warum lebt der Mensch? Sein Tun ist bestimmt durch Hunger und Liebe. Der stärkste Trieb ist der, den Kindern das Dasein zu erleichtern. Will man nun

1 Titel laut VB.

2 Im großen Saal des Schützenhauses, von 20.30 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.800 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Friedrich Hildebrandt geleitet.

3 Vgl. auch Mecklenburger Warte vom 10.10.1925, "Adolf Hitler in Wismar"; VB vom 14.10.1925, "Deutsches Reich. Hitler in Wismar"; VB vom 27.10.1925, "Hitler, Fichte und die bayerische Reaktion" (Nachdruck eines Berichts der Mecklenburger Nachrichten). Sowie Lagebericht Nr. 10 für Mecklenburg-Schwerin vom 20.10.1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1777/305.

den Besitzer enteignen, dann muß auf seinen Platz einer hinkommen, der den Betrieb so versteht, wie ihn der erste verstanden hat.

Eine unendliche Zeit gehört dazu, um

ein Beamtentum

zu der Solidität zu erziehen, die es auszeichnet. Was an Eigentumsrecht fehlt, muß an Idealismus ersetzt werden. Wer heute das Wesen des Kapitalismus darin sieht, daß ein Besitzer vorhanden ist, der täuscht sich. Setzt man an die Stelle des Besitzers einen Mann, der sich aufopfern soll, dann fragt er sich bald, wie oft soll ich mich denn noch aufopfern?

Aber auch nicht das Objekt macht den Kapitalismus aus. Werkzeug, Werkstätte und Betriebskapital macht [*sic!*] das aus, was man *Industriekapital* nennt. Das Industriekapital an sich zerstören kann man nicht. Wenn man zerstört, muß man wieder aufbauen oder pumpen. Wenn aber der Besitzer und das Objekt nicht ausgeschaltet werden kann, ist das Trompetengeschmetter der Sozialdemokraten nicht notwendig. Wie wahnsinnig hat da die Revolution das alte System geändert! Wollte die Revolution wirklich den *Volksstaat* bauen und erhalten, dann mußte sie erklären: Um unseren Staat über die kritische Stunde hinüber zu bringen, hat jeder noch länger und tüchtiger zu arbeiten, muß dieses Volk restlos

seine Pflicht erfüllen

und muß es jeden niederbrechen, der seine Volksrechte antastet. Statt dessen demolierte man die Voraussetzungen, mit denen das Volk ernährt werden muß. Man demoliert z.B. die Staatsbahnen, die im letzten Jahre des Weltkrieges noch 160 Millionen abgeworfen haben. So geht ein Musterbetrieb der Sozialisierung von früher verloren.

Unberührt bleibt aber immer das Börsen- und Bankkapital. Wie unterscheiden sich Wirtschafts- und Börsenkapital? Das Wirtschaftskapital ist abhängig von der Person, das Börsenkapital ist abhängig von einem Prinzip. Das Wirtschaftskapital ist abhängig von dem Gedeihen des Staates. Das Leihkapital ist nicht in Mitleidenschaft gezogen, wenn der Staat sinkt. Ein Volk kann zusammenbrechen, die Staatsschuld bleibt bestehen. Das

internationale Leihkapital

ist praktisch zum *Herrn der deutschen Wirtschaft* geworden. Wenn dieses Kapital keinen Absatz findet, ist es imstande, die Völker in den Krieg zu hetzen. Das überstaatliche Bankkapital hat in den letzten Jahren vorher den *Weltkrieg* planmäßig herbeigeführt. Die Völker der ganzen Welt sind verschuldet bis über die Ohren. Und die Träger dieses Kapitals sind die *Juden*, ein Volk, das sich rassisch von dem deutschen in jeder Beziehung unterscheidet.

Der Jude hat keinen rechten Begriff von der Arbeit.

Die Arbeit muß der Gesamtheit dienen. Die Juden haben nie für die Gesamtheit gearbeitet, immer nur spekuliert. Die Arier haben überall Kulturen begründet, die Juden haben nie eine Kultur gehabt. Dieses Volk sitzt zu 90 Prozent in den obersten Stellen. Während heute intelligenteste Deutsche Torf stechen müssen, sind 86 Prozent der Berliner Rechtsanwälte Juden. Die politischen Parteien, die Presse, die Wirtschaft sind in der Hand von Juden. Sie schaffen die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung aber wählt die Abgeordneten. Und wenn die Abgeordneten drin sind, dann sind sie nur

Partei, und das Vaterland ist ihnen Hekuba [4]. Da drinnen in den Parlamenten wird gekämpft um die Erhaltung der Mandate. Man zerstört aber dieses Volk, zerstört den Staat und liefert ihn an das internationale Kapital aus.

Nun wurde 1919

eine neue Bewegung

gegründet aus Arbeitern der Stirn und der Faust. 1918 standen Bourgeois und Proletarier getrennt in Haß gegenüber. Aus diesen beiden Klassen muß sich wieder ein Gemeinschaftsgeist entwickeln. Es wird erst eine Erhebung möglich sein, wenn nicht mehr nur der Arbeiter der Stirn an ein Vaterland glaubt.

Wenn der Proletarier und der Bourgeois erklärt, daß sie nicht zusammenkommen können, dann haben sie sich selbst das Todesurteil geschrieben.

Denn beide sind sie aufeinander angewiesen. Wer heute als Intellektueller noch auf dem Standpunkt steht, ich habe mit dem Mann der Faust nichts zu tun, dem kann man nur sagen, ohne die Fäuste der Arbeiter ist eine Verwirklichung deiner genialen Entwürfe nicht möglich. Und wer heute aus proletarischem Klassenbewußtsein sagt, ich habe mit dem Bourgeois nichts zu tun, der muß wissen: Wenn heute die Stirn streikt, dann bricht auch alles zusammen.

Wird unsre Sache Erfolg haben? Wir wissen es nicht. Aber wir glauben, daß eine Sache, die notwendig ist, getan werden muß. Die Verbrüderung ist nur möglich auf dem Boden des ehrlichen Wollens

auf beiden Seiten. Der Nationalist und der Sozialist müssen sich verstehen. Wenn *Sozialismus Liebe zum Volkstum* ist, dann ist der Sozialismus Nationalismus im höchsten Sinne. Nationalismus aber ist höchster Sozialismus.

Wer nicht bereit ist zu opfern, der ist kein Sozialist.

Man rufe nicht nach einer neuen *Armee.* Nur der Träger kann die Masse beseelen. Auf das *Volk* kommt es an. Wenn das Volk vom Vaterland keine Ahnung hat, kann man kein Opfer verlangen. Für die Intelligenz gibt es in Kunst und Geschichte eine Unsumme von Bewunderungswerten. Für den Mann der Faust gibt es nur ein gleichmäßiges Würgen mit der Not. Er hat kaum ein Loch als Wohnung. Kein Wunder, daß er dann zum Branntwein greift. Es gibt kein Nationalgefühl ohne ein fanatisches soziales Gerechtigkeitsgefühl. Wir brauchen ein

Vaterland für alle,

nicht nur für eine Klasse. Deutschland wird am größten sein, wenn sein ärmster Sohn sein glühendster Patriot ist. Man sage nicht, die Masse kennt keinen Idealismus. Der Grenadier, der über vier Jahre lang im Schlammloch gelegen hat, hat viel Liebe zum Vaterland gezeigt.

Hätte damals eine deutsche Regierung dem Soldaten die Überzeugung beigebracht, du kämpfst für deine Heimat, dann hätten wir keine Revolution bekommen.

Gemeutert hat das Pack, das sich zu Hause bereicherte. Der Kampf um die Freiheit ist ein Kampf um das soziale Bestehen des deutschen Volkes. Höchste soziale Gerechtig-

4 Hekuba, Gestalt der griechischen Mythologie. Hier als Redewendung: "Was ist ihm Hekuba?" (Hamlet II,2). Was bedeutet ihm das?

keit und fanatischer nationaler Sinn sind identisch. Und das tiefste: Der Kampf muß geführt werden zur

Reinigung unseres Blutes.

Unser Blut wird vergiftet und verbastardiert [*sic!*]. Wir dulden die Urheber unserer sozialen Not und Verhetzer des Volkes. Wir müssen rassenbewußte Deutsche sein und Antisemiten.

Man sagt, wir können uns auch langsam *sanieren* ohne die brutale Rücksichtslosigkeit. Haben diese Leute denn eine Ahnung, was es heißt, ein Volk hochzureißen? Die sanieren wollen, sanieren einen Friedhof. Sie verstehen nicht, dem Volke die Schande der Sklaverei vor Augen zu führen. Wir haben eine Überzeugung:

Wird unser Kampf nicht geführt, dann ist Deutschland verloren.

Wir haben die feste Zuversicht, daß wir wieder ein Volk bekommen, nicht mehr in Klassen gespalten, sondern eins in der *Liebe zum einigen freien Vaterland.* [5]

11.Oktober 1925 — Dok. 73
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

5 Folgt abschließender Kommentar.

1 Im Harmoniesaal, von etwa 19.00 bis 19.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, auf der als erster Redner Hermann Esser sprach, war laut Polizeibericht nur schwach besucht.
Am Vormittag hatte die NSDAP zwei öffentliche, ebenfalls nur schwach besuchte Versammlungen im "Luisengarten" und im "Huttenschen Garten" abgehalten, auf denen als Redner Esser, Gottfried Feder und Julius Streicher auftraten. Anschließend fand die NSDAP-Kreisvertretertagung für Unterfranken statt, auf der Esser, Streicher und Karl Holz sprachen.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Fränkisches Volksblatt vom 12.10.1925, "Adolf Hitler in Würzburg"; Würzburger Generalanzeiger vom 12.10.1925, "Lokalnachrichten"; VB vom 21.10.1925, "Kreistagung in Würzburg". Sowie Aktennotiz vom 14.10.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1738. Bericht des Regierungspräsidiums von Unterfranken und Aschaffenburg an Staatsministerium des Innern vom 21.10.1925; BayHStA, MInn 81580.

18. Oktober 1925 Dok. 74
Rede auf NSDAP-Führertagung in Landshut [1]

Kurier für Niederbayern vom 23.10.1925, "Nationalsoz.D.A.P. Kreisvertretertagung in Landshut" [2].

Hitler ermahnte noch alle Vertreter, ihrem niederbayerischen Führer Straßer, der sein volles Vertrauen genieße und einer seiner ältesten Mitarbeiter sei, genau die Treue zu halten wie ihm selbst, denn nur wenn Treue eine fortlaufende Kette vom obersten Führer bis zum einfachen Mitglied bilde, könne eine Kampforganisation ihren Zweck erfüllen. Herr Hitler hob noch hervor, daß es der Tätigkeit Straßers zu danken sei, daß weite Gebiete Deutschlands für den Nationalsozialismus erschlossen wurden. [3]

21. Oktober 1925 Dok. 75
"Nationalsozialisten! Antisemiten! Parteigenossen!" Aufruf

VB vom 21.10.1925.

"Das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht!"

Mit diesem Jubelschrei begrüßte die "Frankfurter Zeitung", Deutschlands größtes Börsenorgan, jenen Umsturz, der nach den Behauptungen seiner jüdisch-marxistischen Drahtzieher das Ende einer *militaristischen Welt* und eines *kapitalistischen Deutschlands* sein sollte.

Denn in einem Falle sollte die November-Revolution durch die von ihr proklamierte Entwaffnung der deutschen Nation jenen Störenfried auf dieser Erde beseitigen, der die alleinige Ursache zum *Rüstungsfieber* und *Kriegswahn* der anderen Völker, ja der ganzen Welt gewesen sein sollte.

"Deutschlands Entwaffnung bedeutet den Weltfrieden."
So logen die Friedensapostel unserem Volke vor.

Im anderen Falle aber mußte durch das Vorbild einer in Deutschland betätigten Vernichtung des *kapitalistischen Systems* die andere Erde nicht nur zur Nachahmung eingeladen werden, sondern aus den dann in die Augen springenden Vorzügen einer

1 Im Leiderersaal, vormittags. Die NSDAP-Kreisvertretertagung, an der etwa 80 Vertreter aus 25 niederbayerischen Ortsgruppen teilnahmen, dauerte von 9.30 bis 15.00 Uhr. Hitler erschien, kurz nachdem Gregor Straßer mit seinem Referat über "Die Lage der Bewegung" begonnen hatte, und sprach dann 1 1/2 Stunden bis zur Mittagspause. Überliefert sind nur die Abschiedsworte Hitlers.
Die unterbliebene Versammlungsüberwachung hatte eine scharfe Rüge des zuständigen Stadtkommissärs zur Folge. Vgl. Schriftwechsel in: BayHStA, MInn 81580.

2 Gekürzter Nachdruck im VB vom 27.10.1925, "Aus der Bewegung. Kreisvertretertagung in Landshut". Faksimiledruck des Einladungsschreibens vom 8.10.1925: Hans Bleibrunner, Niederbayern. Kulturgeschichte des bayerischen Unterlandes in zwei Bänden, Bd. II: Vom Beginn der Neuzeit bis zur Gegenwart, Landshut 1980, S. 315.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

praktisch vorgeführten *marxistisch-antikapitalistischen Wirtschaftsordnung* die Unterlagen für gleiches Vorgehen erhalten.

Endlich erklärte man, durch die unendlichen Vorzüge und Vorteile einer *antikapitalistisch-marxistischen deutschen Staats- und Wirtschaftsführung* mit spielender Leichtigkeit die durch den Krieg geschlagenen Wunden auch der anderen Völker heilen zu können, ohne daß dem deutschen Volke auch nur die geringsten Lasten überbürdet werden würden. Der abgeschaffte *Militarismus* und *Kapitalismus* schenke im reichsten Umfange die Möglichkeit zu einer Befriedigung aller denkbaren Wünsche.

Ein eigentümlicher Vorgang.

Man macht eine Revolution der Vernichtung des kapitalistischen Systems, und während sich durch die Straßen wütende Proletarier-Haufen wälzen, ziehen die Zeitungspaläste der goldenen Internationale die Fahnen des Proletariats hoch und in ihren Blättern erscheinen begeisterte Leitartikel über den Versuch einer behaupteten Vernichtung ihrer eigenen kapitalistischen Unterlagen.

Eine Revolution, gemacht und begrüßt in inniger Gemeinschaft von den marxistischen Vertretern der roten Proletarier-Union und den gerissenen Journaillen der goldenen Börsen-Internationale.

So kam der *Wechselbalg* der sogenannten *"deutschen" Revolution* zustande.

Millionen und abermals Millionen von gutgläubigen Arbeitern hatten damals wirklich geglaubt, das Anbrechen einer neuen Zeit zu erleben; hatten wirklich vermeint, daß Kriegslärm und Waffengetümmel durch eine solche Tat künftighin von der Erde verbannt werden würden, und sahen schon den Schweiß ihrer künftigen Arbeit sich in reichsten, sozialen Segen verwandeln.

Bittere Trugschlüsse.

Die Massen, die sich damals auf den Straßen ihr neues Himmelreich erkämpfen wollten, sie sind in einem Fegefeuer gelandet, und nur die zusehende Judenheit aus Bank-, Börsen- und Zeitungspalästen wurde auf den Schultern des Proletariats zur Beherrschung der Welt getragen.

Nicht der *deutsche Arbeiter* genießt die *"Errungenschaften"* dieser *Revolution,* sondern der

internationale Börsenjude.

Nicht die Welt wurde vom Kapitalismus frei, sondern Deutschland der größten internationalen, kapitalistischen Ausplünderung ausgeliefert.

Und kein *Völkerfriede* wurde durch die *November-Revolution* der Welt gegeben, sondern ein wehrloses Deutschland, das durch Verträge gefesselt, in waffenloser Ohnmacht und Schwäche seinen *internationalen Blutsaugern* zu dauerndem Tribut verpflichtet wurde.

Der Schweiß des deutschen Arbeiters verwandelte sich nicht in Brot für sich und seine Kinder, sondern *in National-Dividenden,* die die deutsche *Kolonie* ihren *internationalen Börsenherren* abzuliefern hat.

Die Revolution des Jahres 1918 ist der schamloseste Betrug am schaffenden deutschen Volk gewesen, und Grund zum Jubel haben heute wahrlich nicht die Millionen von Menschen, die durch die ehrliche Arbeit ihrer Stirne oder ihrer Fäuste sich das täg-

liche Brot erschuften müssen, als vielmehr nur die Vertreter der *internationalen Geldmächte.*

Die Frankfurter Zeitung und ihr ganzer Börsentroß, sie allein hatten im November Grund zum jubelnden Aufschrei über eine Tat, die ein ganzes Volk zum wehrlosen Sklaven der goldenen Zwingherrn machte.

Je weniger aber unser Volk an wirklichen realen Vorteilen aus dem Gaunerstreich des November 1918 zu ziehen vermochte, um so mehr bemühen sich Nutznießer und Agenten des damals zur Herrschaft gekommenen internationalen Kapitals durch allgemeine Phrasen von "Revolutions-Errungenschaften", von Freiheit usw. die Köpfe der Massen zu benebeln, um so den einzelnen die nötige Zeit zum Nachdenken über die wirklichen Erfolge zu nehmen, das klare Verständnis aber zu trüben.

Nur deshalb ist es möglich, daß sich auch heute noch so viele Hundert- und Aberhunderttausende von an sich besten Deutschen mit Schlagwörtern abfertigen lassen über einen Vorgang, der, wenn sie ihn erkennen würden, die Ursache eines Strafgerichtes wäre, wie die Erde bisher noch keines sah.

Denn wenn das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit eines Tages die wirklichen Urheber, die wahren Triebkräfte und echten Ziele der November-Revolution 1918 erkannt hat, wird ein anderer "Staatsgerichtshof" kommen, um dem größten Gaunerstreich der Menschheit auch die gebührende Sühne gegenüberzusetzen.

Dann wird sich dieses Volk erinnern, warum einst *zwei Millionen* seiner besten Söhne gefallen sind, nutzlos gefallen sind, weil es einem Haufen *elender Verbrecherseelen* mehr darauf ankam, Deutschland zu stürzen, um es als *politische* und *wirtschaftliche Leichenfledderer* dann *"betreuen"* zu können, als Deutschland siegen zu lassen und den Ring der *kapitalistischen Weltinternationale* dadurch zu sprengen. Dann wird unser Volk sich erinnern an die Größe unseres einstigen Staates, an die innere Freiheit, die nicht durch *Republik-Schutzgesetze* geknebelt war, und an die äußere Würde, auf der kein *Versailler-Vertrag,* kein *Dawes-Gesetz* und keine *Locarno-Schande* ruhte, und wird daran die Größe des Verbrechens derjenige[*n*] ermessen, die um ihrer *eigenen Vorteile* wegen diesen einst *freiesten* und *ehrlichsten Staat* der Welt *gestürzt* hatten.

Dann wird sich das Spießer-Hurra für Ruhe und Ordnung verwandeln zum Racheschrei nach Vergeltung und die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes ihre Einleitung finden in der Wiederherstellung eines Rechtszustandes, in dem nicht die Volksfreunde und Vaterlandspatrioten der Verfolgung durch Juden ausgeliefert sind, sondern der Vaterlandsverräter in jeder Form einer gerechten Justiz übergeben wird.

Unsere bürgerlichen Parteien haben sich mit der November-Revolution schon längst abgefunden.

Sie fühlen sich heute alle *wohl* im Sumpf der allgemeinen *Korruption,* und Ideale entdecken sie nur noch vor den Wahlen.

Ihre Führer stehen in der Verfolgung derjenigen, denen der Kampf gegen die November-Revolution nicht ein Wahlmanöver, sondern eine heilige Verpflichtung ist, der ärgsten marxistischen Lumpenseele in nichts nach.

Die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
hat es bisher als einzige allein gewagt, der November-Revolte und ihrer verbrecherischen Organisatoren und Nutznießern unerbitterlichen Kampf anzusagen, und als einzige gewagt, die Rechte des schaffenden Volkes in Schutz zu nehmen gegenüber der Beutegier unserer heutigen politischen und wirtschaftlichen Herren.

Wer wundert sich, wenn sie uns alle hassen?

In der Verfolgung, die wir durch das Lumpentum aller Parteischattierungen heute erfahren, liegt die erhabenste Rechtfertigung für die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit und Wirksamkeit unseres Kampfes.

Es mag die Versklavung unseres Volkes heute tausendmal der *"gegebene" Zustand sein,* so werden wir dennoch den *"Tatsachen"* des Augenblicks immer wieder den Kampf ansagen unter einem Schwur, der schon einst in trüber Not und bitterer Schmach zur *Siegesfanfare* aller am Vaterlande nicht Verzweifelnden wurde:

"Wenn alle untreu werden, dann bleiben wir immer noch treu!"

Aus dieser Gesinnung heraus haben wir am 27. Februar den Kampf für unser Volk wieder aufgenommen.

Aus dieser Gesinnung heraus ist auch die neue *Propagandanummer* erstanden, die in der Hand unserer Parteigenossen zum *Rüstzeug* und zur *Waffe* im Kampfe gegen die *November-Revolte* werden soll.

So wie die Leitung der Bewegung aber ihr Äußerstes tut in der Aufklärungsarbeit unseres Volkes, so haben aber die Anhänger und Parteigenossen die heilige Verpflichtung, auch ihrerseits jedes Opfer zu bringen, um diese Arbeit zu ermöglichen und zu unterstützen.

Wenn unser Volk nicht die Kraft besitzt, der November-Seuche des Jahres 1918 entgegenzutreten, dann wird ihm auf dieser Welt niemals mehr das Glück einer eigenen Unabhängigkeit und die Würde einer wirklichen Freiheit beschieden sein, denn durch Konferenzbeschlüsse und Verzichte werden Völkerschicksale nur versklavt.

Als erster Vorsitzender und Führer der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei erwarte ich, daß unsere Parteigenossen die größten Anstrengungen machen, um die Auflage unserer Propagandanummern allmählich zu einer ungeheuren anschwellen zu lassen. Sie sind das wirksamste Kampfmittel, das zur Zeit gegeben werden kann. So groß auch ihr bisheriger Erfolg war, so muß dies uns immer der Ansporn sein, niemals sich in Zufriedenheit zu wiegen, sondern immer für das nächste Mal noch mehr zu verlangen und dafür noch fleißiger und intensiver zu arbeiten.

Es muß der Tag kommen, an dem unsere Werbenummern nicht mehr in 120.000 oder 150.000 Exemplaren hinausgehen, sondern in eineinhalb und zwei Millionen.

Wir haben einst mit nichts begonnen und sind zu einer großen
Massenbewegung
geworden. Es liegt nur an uns, diese Entwicklung weiter fortzusetzen.

Die Zeit ist günstiger als je, denn je tiefer die Schatten sind, die durch die neue Schande von Locarno [1] sich über unser Vaterland legen, um so heller wird die Fackel brennen, mit der wir der Wahrheit die Wege weisen wollen.

Parteigenossen! Nationalsozialisten! Arbeitet alle für die neue Propagandanummer [2] vom 22. Oktober!

gez. Adolf Hitler

22. Oktober 1925 Dok. 76
"Wie der Verrat möglich wurde"
Artikel

VB-Sondernummer (Nr. 174a) vom Oktober 1925 [1]: "Die Börsenrevolte vom Jahre 1918".

"Bürgerliche" Zersplitterung - Die jüdischen Schutztruppen einheitlich geleitet - Die Weltbörse als Siegerin

Man erhält häufig als Entschuldigung für die ersichtlich vorliegende Zersplitterung unseres politischen Parteilebens den Hinweis auf das berühmte Moltkesche Wort vom Getrenntmarschieren und Vereintschlagen. Leider pflegt man bei solchen Erklärungen über den wesentlichen Unterschied zwischen der Moltkeschen Auffassung und der eines kleinen Partei-Vorsitzenden oder Vereinsvorstandes achtlos vorüberzugehen. Man vergißt, daß der Moltkesche Grundsatz des getrennten Marschierens die Voraussetzung in einer gemeinsamen Leitung findet, die aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen heraus getrennt marschieren läßt, genau so wie sie unter gegebenen Verhältnissen selbstverständlich aber auch vereint marschieren lassen könnte. Im politischen Leben wird aber die Moltkesche Strategie immer als Entschuldigungsgrund für das *Fehlen* einer gemeinsamen Leitung angesehen. Und man täuscht dann vor zu glauben, daß Richtungen, denen jegliche gemeinsame Spitze fehlt, plötzlich von einer höheren Einsicht ergriffen in gemeinsamer Front geschlossen zu kämpfen vermöchten. Ein Trugschluß, an den freilich die sich darauf Berufenden im Ernste selbst am wenigsten glauben.

---

1 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Anerkennung der durch den Versailler Vertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

2 VB-Sondernummer (Nr. 174a): "Die Börsenrevolte vom Jahre 1918". Vgl. auch Dok. 76.

1 Die VB-Sondernummer erschien am 22.10.1925.

Daher kommt auch das jämmerliche Durcheinander unserer sogenannten nationalen Richtungen und politischen Parteigebilde. Es hat sich aus ihnen ein überragendes Zentrum nicht herauszubilden vermocht, so daß eine schon durch die eigene Größe bestimmte Oberleitung fehlt. Was dann aber an gemeinsam beherrschenden Einflüssen noch übrig bleibt, trägt eher zur vollkommenen Verwirrung dieser einzelnen Verbände bei als zu einer gemeinsamen überlegen zusammenspielenden Führung.

Dies gilt, wie gesagt, von den sogenannten *nationalen* Verbänden und Parteien, jedoch nicht von den *internationalen* Gruppen. In den schwachen Köpfen unserer bürgerlichen Politiker gilt häufig als Beweis für die ebenfalls nicht einige Stellungnahme des Judentums die politische Zerrissenheit der mehr oder weniger unter jüdischem Einfluß stehenden Parteien. Man sieht in der Tatsache des Vorhandenseins von scheinbar so extremen Gruppen, wie sie die liberale Demokratie und der marxistische Kommunismus darstellen, den schlagendsten Nachweis für die verschiedenartig gelagerten Interessen, Ideen und Ziele des Judentums selbst. Diese werden ihrerseits ebenfalls nicht müde, zur Täuschung ihrer Gegner auf solche Erscheinungen hinzuweisen. In Wirklichkeit trifft aber gerade bei diesen Gruppen der Moltkesche Grundsatz restlos zu. Daß der Jude zur Bildung verschiedener Parteien schreitet, ist ein natürlicher und selbstverständlicher Vorgang. Die Wesensart, die geistige Höhe und wirtschaftliche Stellung der einzelnen Menschen ist so extrem verschieden, daß die Aufrichtung einer universalen Einheitspartei in dem Moment auf Schwierigkeiten stößt, in dem sie sich von rein weltanschaulichen Theorien hinweg zur Betätigung in der politischen Wirklichkeit wendet. Dies hat der Jude praktisch erkannt, und dem trägt er Rechnung. Indem er eine allgemeine weltanschauliche Plattform schafft, gibt er seinen Parteigründungen im übrigen aber das verschiedenartigste Gepräge. Er weiß, daß die Zusammenfassung gemäßigt bürgerlich pazifistischer Elemente und radikaler Arbeitermassen schon aus Gründen der verschiedenen Bildungsstufen unmöglich ist. Genauso trennend wirken die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen. Um dem entgegenzusteuern, ruft er nicht eine, sondern mehrere Bewegungen ins Leben, die in ihrer äußeren durchaus verschiedenen Aufmachung auch die auseinandergehendsten Elemente zu fassen vermögen. Für den Spießer des Bürgertums ist dann die *demokratische* Partei da, für den normalen Durchschnitts-Arbeiter die *sozialdemokratische*, für den radikalen Hitzkopf die *kommunistische* usw. So gelingt es ihm dann, Menschen, die nie in einen einzigen Rahmen passen würden, in verschiedenen Gruppen dennoch zu erfassen und dank seiner jüdischen Oberleitung in allen großen wesentlichen Fragen gemeinsam einzusetzen.

Dies darf man bei einer Beurteilung der deutschen Revolution vom Jahre 1918 nie vergessen.

Wenn auch damals der revolutionäre Umsturz sich in scheinbar gemäßigten Grenzen vollzog und zwischen den verschiedenen Richtungen selbst Kämpfe zu toben schienen, so muß man sich aber erst recht vor Augen halten, *daß die letzte Leitung aller Revolutionsparteien dennoch eine einheitliche, sehr zielklare und geschlossene war.*

Daß der Umsturz damals noch nicht bis zur letzten Konsequenz weitergetrieben wurde, lag in den allgemeinen Verhältnissen dieser Zeit begründet.

Die große Masse des deutschen Volkes wollte damals an sich keine Revolution. Am wenigsten die Frontarmee. Sie, die in ihren Reihen die Kraft der Nation verkörperte, hatte allerdings eine tiefe Sehnsucht nach einer Beendigung des blutigen Ringens. Propaganda und Aufklärung der Leitung der Nation hatten vollkommen versagt, während die gegnerische Einwirkung von Monat zu Monat größer wurde. Die Anstrengungen, die der Truppe seit Jahren zugemutet wurden, waren unermeßliche. Die Nachrichten aus der Heimat schienen immer trüber zu kommen. Wer will sich wundern, wenn der gewöhnliche Soldat, schlecht aufgeklärt, aber geschickt vergiftet, endlich sich dem allgemeinen Schrei nach Frieden anschloß. Allein trotz alldem dachte die Fronttruppe selbst nicht an eine Revolution. Ja, sie konnte ihr nur schmackhaft gemacht werden durch das immer wieder erfolgte Betonen des nur durch die Revolution allein zu erringenden Friedens einer Versöhnung und Verständigung. So waren rund 8 Millionen deutscher Männer vielleicht bereit, eine Revolution zu dulden, die ihnen den Frieden brachte. Für eine bolschewistische Katastrophe wären sie nie zu haben gewesen.

Das wußte das Judentum auch sehr genau.

Wenn die Revolution im Jahre 1918 in Deutschland nicht zum Bolschewismus wurde, dann nur aus der jüdischen Angst heraus, daß die Frontdivisionen sich plötzlich besinnen könnten und statt die Befehle pflicht- und ehrvergessener, lumpenhafter Vorgesetzter zu befolgen, mit der Waffe in der Faust dem Bolschewikenunfug ein blitzschnelles Ende bereiten würden. Denn darüber waren sich gerade die Juden am wenigsten im Zweifel, daß, wenn auch nur eine einzige Division die Befehle der damaligen obersten Generalität in Fetzen gerissen und an Stelle dessen mit aufgebundenem Stahlhelm, scharfer Handgranate und feuerbereiten Minenwerfern den Marsch über die Rheinbrücken angetreten hätte, daß sich dann in wenigen Wochen eine Division in 60 oder 70 verwandelt hätte und die Revolutionslumpen der Nation, statt in hohen Stellen, auf Laternenpfählen präsentiert worden wären. Hätte sich nämlich die Revolution in Deutschland blutig eingeführt, dann wäre dies ein Glück für unser Volk gewesen, denn der Entschluß der Fronttruppen, mit diesem Banditentum abzurechnen, wäre dann viel leichter entstanden, als dies dem scheinbar gemäßigten Vorgehen gegenüber möglich war.

So war die äußere Einwirkung nicht groß genug, und unter der Generalität selbst befand sich ersichtlich nicht der napoleonische Schädel, der die Stunde erfaßt hätte.

In der Heimat aber begann sich nunmehr jenes Ringen abzuspielen zwischen den verschiedenen Revolutionsgruppen, das in der Folgezeit zu einer vollständigen Verwirrung der Ansichten über dieses Unternehmen, besonders auf bürgerlicher Seite führte.

Während die Spartakustruppen für die bolschewistische Revolution kämpften, begann sich die Mehrheits-Sozialdemokratie ersichtlich dagegen zu stemmen. In den Augen unserer bornierten bürgerlichen Politiker ein Beweis für die innere Abneigung des sozialdemokratischen Marxismus gegen die Revolution überhaupt. In Wahrheit aber hat die Sozialdemokratie damals durch ihr Vorgehen die Revolution gerettet. Denn die gefährlichsten Vernichter unseres Volkes waren in dieser Zeit nicht die Spartakusleute, sondern die sozialistischen Minister-Anwärter und Vorkämpfer der Ruhe und Ordnung. Wären die ersteren zur Herrschaft gekommen, würde die Revolution in wenigen Mona-

ten restlos erledigt gewesen sein. Daß die zweiten siegten, bedeutete die allmähliche Angewöhnung des deutschen Volkes an einen Zustand, der in seiner letzten Konsequenz genau dort endet, wo die Spartakusleute einst beginnen wollten.

Denn das Ziel dieser Judenrevolte vom November 1918 war kein anderes als das in Rußland erreichte: Ausrottung unserer nationalen Intelligenz und Übernahme unseres gesamten Nationalvermögens einschließlich unserer schaffenden Arbeitskraft in den Besitz des jüdischen Weltkapitals.

Dafür aber kämpft der Marxismus, ganz gleich in welcher Form er sich zeigt. Nur die Wege der einzelnen Gruppen werden verschieden sein.

Nun wird der bürgerliche Politiker den Einwand bringen, daß man von einer planmäßigen Leitung der marxistischen Parteien dann aber doch nicht sprechen könne, da es sonst den Juden sicherlich gelungen wäre, die blutige Auseinandersetzung zwischen diesen einzelnen Gruppen zu verhindern.

Es kann gar nichts die vollständige Weltfremdheit dieser Herrschaften besser bezeugen als solche Gedankengänge.

Ohne Zweifel lagen die Interessen des Judentums nicht in einem gegenseitigen Reibungskampf der verschiedenen marxistischen Parteien. Allein auch hier gilt der alte Zauberspruch, daß sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los wurden. Um die Revolution in die Wege zu leiten, mußte man erst aus der Masse des ebenfalls verspießerten Proletariats sozialdemokratischer Parteieinstellung die radikalen Elemente herausziehen, sammeln und zu besonderen Kampfformationen zusammenschließen. Diese proletarischen Sturmbataillone der Unabhängigen Partei [2] bzw. des Spartakusbundes hatten die Revolution ins Rollen zu bringen. Sie stellten, ziffernmäßig betrachtet, einen kleinen Bruchteil des Volkes dar. Das Schwergewicht der Entwicklung mußte bei der Einstellung der Armee zwangsläufig auf die gemäßigte Seite fallen. Allein die radikalen Parteien waren nun einmal da. Man hatte die Anhänger Blut lecken lassen und konnte sie doch nicht plötzlich auf die mittlere Linie eines Herrn Scheidemann [3] bringen. So mußte das Verhängnis seinen Lauf nehmen. *Im übrigen waren ja gerade die blutigen Aufstände dieser Linksterroristen das allerbeste Mittel, das feige Bürgertum mit der gemäßigten Revolution zu verbinden, da man nun in jedem Soldatenrat immer noch einen kleinen Kern von Ordnung gegenüber dem blutigen Wahnsinn der Straße sah.*

So kroch denn besonders unser politisierendes bürgerliches Parteipack aus Angst vor dem kommunistischen Terror schlotternd unter das spärliche Gefieder des republikanischen Adlers und war glücklich, in "positiver" Mitarbeit am neuen Zustand das kostbare Leben gegen die bolschewistische Gefahr versichern zu können.

Die Revolution aber war damit gesichert. Das Blut, das floß, kam nicht von Juden. Es mochten sich ruhig Spartakusleute und Freischärler damals gegenseitig die Schädel einschlagen. Sie kämpften beide nur für jüdische Ziele und jüdische Interessen. Der Bol-

2 Gemeint ist die USPD.

3 Philipp Scheidemann (1865-1939), Buchdrucker, 1903-1933 MdR (SPD), 1911-1921 Mitglied des Parteivorstandes, 1917-1919 Mitvorsitzender der SPD, Okt. 1918 Staatssekretär im Kabinett Max von Baden, Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, Feb. 1919 bis Juni 1919 Reichskanzler, 1920-1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration.

schewik, indem er den Revolutionsgegnern Angst einjagte vor einem noch drohenden größeren Unheil, und der Soldat des Freikorps, indem er, um dieses Unheil abzuwehren, den Schutz der bestehenden Revolution übernahm. Im übrigen bekamen beide später den bekannten historischen Lohn. Der Spartakusmann wanderte hinter eiserne Gardinen, und der Soldat ward auf die Straße geschmissen und mußte froh sein, wenn man ihm nicht später als hohnvollen Dank für seine damaligen Leistungen noch den Prozeß machte.

So konnte die Stabilisierung einer Revolution stattfinden, in einem Lande, das am wenigsten zunächst dafür geeignet erschien.

Während aber noch in den Straßen der deutschen Städte im Jahre [*19*]19/20 die Minen niederkrachten und Maschinengewehr und Handgranate die Begleitmusik abgaben, begann sich auch schon der innere Zweck der deutschen Revolution klar und deutlich zu enthüllen:

Das internationale Kapital warf seine Schlingen aus. Die deutsche Wirtschaft wurde nach und nach abgedrosselt. Die siegreiche Revolution hatte unser Volk von seinen Fürsten befreit und einen Diktator dafür gegeben: Weltbörse und Judentum.

23. Oktober 1925 — Dok. 77
Anordnung

VB vom 23.10.1925, "Aus der Bewegung".

Erklärung

Eine in Forchheim bestehende Gruppe, die sich Ortsgruppe der N.S.D.A.P. nennt, hat den Anordnungen der Parteileitung bisher nicht Folge geleistet und wird daher nicht anerkannt [1].

Sie hat keine Berechtigung, den Namen "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei" zu führen. Die Bildung einer ordnungsgemäßen Ortsgruppe der N.S.D.A.P. wird von der Parteileitung selbst in die Wege geleitet.

Für die Parteileitung:

gez.: *Adolf Hitler*

1 Die Gruppe hatte sich, wie einige andere "wilde" Ortsgruppen in Franken, nach der Neugründung der NSDAP nicht der Münchner Parteileitung unterstellt. Sie trat dann im Februar 1926 der NSDAP bei; gleichzeitig wurde die von ihr herausgegebene Wochenzeitung "Der Streiter" als parteioffizielles Organ anerkannt. Vgl. VB vom 27.2.1926, "Aus der Bewegung"; Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 91.

28. Oktober 1925 Dok. 78
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; StA Weimar, MdI, P 167 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

In diesen Tagen, da eine der sogenannten Regierungsparteien ganz schüchtern und schamhaft versucht, Opposition zu treiben [3], können Sie in der Zeitung immer den Hinweis darauf lesen, daß diese gerade in dem jetzigen Augenblick einer Störung der langsam fortschreitenden Konsolidierung Europas gleichkommt, und zwar wird als besonderer Merkstein dieser Konsolidierung das Abkommen von Locarno bezeichnet. Diese Konsolidierung dauert tatsächlich schon seit 1919 ununterbrochen an. Sie hat für diese Leute, die davon eine Konsolidierung Europas erwarten, praktisch begonnen mit dem Vertrag von Versailles. Dies war der erste Schritt zur sogenannten Konsolidierung. Damals wurde zum erstenmal auch gegen diejenigen, die sich nicht beugen und fügen wollten, der Vorwurf erhoben, sie würden einer Befriedung Europas damit Widerstand entgegensetzen und mitschuldig werden an der dauernden Unruhe dieses Erdteiles. Versailles wurde dann angenommen. Die zweite Station über Brüssel [4] und wieder können wir das Gleiche hören: Wer dagegen Stellung nimmt, verhindert die allmähliche Beruhigung Europas, das allmähliche Zurechtfinden Europas und sorgt dafür, daß auf diesem Erdball kein Frieden einkehrt. Dann kam die dritte Station und auch hier erhob man wieder gegen diejenigen einen Vorwurf, die sich dem damaligen Pakt von London [5] und später dem Abkommen von Genf [6] nicht fügen wollten. So ging es weiter, bis plötzlich eines Tages das neue Sachverständigen-Gutachten, das Dawes-Gutachten, auftauchte. Nun setzte das Trommelfeuer erst recht ein. Es glaubten besonders einige Parteien, dagegen Stellung nehmen zu müssen, glaubten, es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, einem derartigen unerhörten Versklavungsvertrag ihre Zustimmung zu geben, und wieder wurde vorgeworfen, daß dadurch die allmähliche Beruhi-

1 In der "Erholung", von 20.40 bis 23.10 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 800 Personen teilnahmen, wurde von Gaugeschäftsführer Fritz Sauckel geleitet.
Am nächsten Tag stattete Hitler dem völkisch-antisemitischen Schriftsteller und Literaturhistoriker Adolf Bartels einen Besuch ab.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 29.10.1925, "Hitler in Weimar"; Das Volk vom 30.10.1925, "Der Hochverräter Hitler in Weimar"; Der Nationalsozialist, Folge 43 vom 31.10.1925, "Adolf Hitler in Weimar"; VB vom 1./2.11.1925, "Adolf Hitler in Weimar". Sowie Polizeibericht, o. D. (gez. Wittenbecher); StA Weimar, MdI, P 167.

3 Am 25.10.1925 waren die deutschnationalen Minister aus Protest gegen den Vertrag von Locarno aus dem Reichskabinett Luther ausgetreten.

4 Gemeint ist vermutlich die Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage, die vom 16. bis 22.12.1920 in Brüssel stattfand. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 118 ff.

5 Gemeint ist vermutlich das Londoner Ultimatum der Alliierten vom 5.5.1921 zur Erfüllung der Reparationspflichten. Vgl. ebenda, S. 127 ff.

6 Gemeint ist vermutlich der Genfer Schiedsspruch des Völkerbundrats vom 12.10.1921, der den mehrheitlich polnisch besiedelten Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zusprach. Vgl. ebenda, S. 133 ff.

gung Europas, der friedliche Zustand verhindert würde und dadurch Europa immer mehr in den Strudel wüster Ereignisse hereingetrieben würde. Seitdem ist mehr als 1 Jahr vergangen, und wieder stehen wir vor der gleichen Tatsache oder Frage, wieder versucht ein Teil unseres Volkes, gegen den Vertrag sich aufzubäumen, der nicht von dem Volk, sondern von den Führern des anderen Teiles als das Zeichen einer allmählichen Gesundung der Welt, besonders aber Europas gepriesen wird. Wenn wir uns heute nach 7 Jahren ganz nüchtern die Frage vorlegen, ist nun tatsächlich in Europa eine Beruhigung eingetreten, etwa im Sinne der Prophezeiung des großen Weltapostels Wilson [7], dürfen wir sagen nein. Das Wort Konsolidierung bezeichnet nichts weiter als die vertragliche Wehrlosmachung und die vertraglich garantierte Ausplünderungsmöglichkeit unseres Volkes und Vaterlandes (Bravo!), d. h. 7 Jahre Beruhigung Europas und Beunruhigung durch Aufruf zum Widerstand gegen eine solche vertraglich garantierte und vertraglich ermöglichte Ausplünderung unseres Volkes. Kein Mensch wird heute vielleicht behaupten können, Deutschland ginge auf Annexionen aus, oder die jetzigen nationalistischen Parteien wollten Eroberungspolitik treiben. Diese Mätzchen kann man heute nicht mehr aufrecht erhalten. Wer heute Stellung nimmt gegen die jetzigen Zeitereignisse, den kann wirklich nicht der Vorwurf treffen, daß er reaktionär-militaristischen Zielen huldige, sondern er tut weiter nichts, als daß er versucht, seinem Volk das bißchen Lebensmöglichkeit auf dieser Erde gegen die Raublust und Beutegier seiner Gegner zu erhalten. 7 Jahre sind jetzt seit dieser Beruhigungs-Aktion vergangen, und Europa kommt allmählich zur Ruhe, d. h. den anderen Staaten wird nach und nach die Verpflichtung des Haltens von Armeen zum Teil abgenommen werden, aber nicht, daß das ein Zeichen für die Änderung ihrer Gesinnung Deutschland gegenüber wäre, im Gegenteil, nicht nur indem Deutschland immer von neuem nicht nur den Friedensvertrag garantiert und immer wieder als zurecht bestehend anerkennt und die Grenzen, die der Vertrag gezogen hat, als immer bestehend und rechtlich bindend anerkennt, daß Deutschland sich verpflichtet, immer größere Lasten auf sich zu nehmen, umgekehrt aber von vornherein sich einem Urteilsspruch unterwirft, der gestattet, daß jede einzelne Macht die Möglichkeit besitzt, Deutschlands Streben nach größerer Freiheit immer sofort entgegenzutreten. Das alles bedeutet weiter nichts, [*als*] daß unsere Gegner sehr nötig haben werden, in absehbarer Zeit persönlich bestimmte Lasten für Rüstungszwecke zu verlangen, d. h. was sie brauchen, tragen wir. Deutschland nimmt rechtlich die Verpflichtung auf sich, das und das zu erfüllen. Wir haben ja schon anläßlich des Dawes-Gutachtens gesehen, wohin diese allmähliche rechtliche Verpflichtung Deutschlands führt, das Jahr 1919 brachte für uns zunächst weiter nichts als eine politische Schuld, d. h. was immer auch im Friedensvertrag zunächst stand, es war gebunden immer an unsere Lust und unseren Willen, es zu erfüllen. Friedensverträge können wie jeder andere Vertrag zerrissen werden, wenn ein Partner stark genug ist, oder wenn er glaubt, ihn zerreissen zu müssen. Nichts bindet ihn an einen solchen Fetzen Papier. Niemals wird einem Staat der Vorwurf zu machen sein, wenn er ihn zerreißt, denn jeder sogenannte politische Vertrag hat den großen Vorzug, daß in dem Augenblick, in dem

7. Woodrow Wilson (1856-1924), amerik. Politiker und Historiker, 1890 Professor in Princeton, 1902-1910 Universitätspräsident, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA.

seine Zweckmäßigkeit nicht mehr anerkannt wird, er auch in den Papierkorb wandert (sehr gut!), und so wird gegen jeden Staat, der seine tributäre Zahlung verweigert, nicht ein Vorwurf erhoben werden können, wenn er sagt: Bitte, wenn Ihr Geld haben wollt, das Geld ist von jetzt ab in unserer Scheide. Ihr könnt es Euch herausholen. Kein Volk, kein Staat hat ewig Tribut geleistet, sondern es hat ihn immer, wenn möglich, abgewälzt. Ich nehme Deutschland herbei: Deutschland hat fast stets alle Tributpflicht von sich aus tun müssen, Deutschland hat 1870/71 obwohl angegriffen, eine begrenzte Summe genannt, lächerlich im Verhältnis zum französischen Nationalvermögen, und als diese gezahlt war, dann war Schluß. Dann gab es keine Schikane mehr, dann aber begann die unselige Zeit, da man den Franzosen mehr als nachlief und versuchte ihre Sympathien wieder zu gewinnen. Wenn man von Deutschland absieht, so wird man wenig Beispiele finden, daß Staaten einer einmal unterworfenen tributären Leistung anders als durch einen großen entschlossenen Widerstand entkamen, und in dieser glücklichen Lage waren wir im Jahre 1919. Man hat uns politische Schuld aufoktroyiert. Leider war die Annahme schon viel zu würdevoll. Man hatte damals zwei Möglichkeiten, nämlich, wir konnten annehmen oder ablehnen. Glaubte man den Vertrag nicht ablehnen zu dürfen, weil man sich zu schwach fühlte, so durfte man doch niemals den Gedanken aus dem Sinn verlieren, daß dieser Vertrag in Wirklichkeit nur ein Fetzen Papier ist, der in dem Augenblick zerrissen werden muß, in dem wir uns stark genug fühlen (sehr richtig!). Man hat die Unterzeichnung unsererseits mit so würdevollen Formalitäten vorgenommen, daß man schon daraus ermessen kann, uns ist es wirklich mit der Erfüllung dieses Vertrages ernst. Den anderen aber ist es nie ernst gewesen. Allein was man damals unterschrieben hat, nämlich die politische Schuld, wird Deutschland, wenn es Rückhalt genug hat, entweder von sich aus abtun, oder aber die Gegner geraten sich bei irgendeiner Gelegenheit in die Haare, der Frieden wird irgendwo und irgendwann an irgendeiner Stelle gestört, und dann ist für Deutschland der Augenblick da, den Vertrag glatt abzulehnen. Unter den Möglichkeiten, die sich eben dann bieten würden, war das Jahr 1919 eine Möglichkeit, und vor 1 1/2 Jahren ist uns dies prinzipiell verschlossen worden, und zwar in dem Augenblick, in dem die politische Schuld in eine wirtschaftliche Schuld umgewandelt wurde, indem man wirtschaftliche Verpflichtungen einging und sich so moralisch band. Anstelle der politischen Garanten sind wirtschaftliche Garanten getreten, und anstelle der politischen Verträge Wirtschaftsverträge, und an diese Wirtschaftsverträge sind wir nun jetzt und für alle Zukunft gefesselt. Es ist schwerer, z. B. eine Anleihe eines Tages als nicht gegeben zu bezeichnen als eine politische Kriegsschuld. Allein gerade in dieser allmählichen Umwandlung der politischen Schuld Deutschlands in eine allgemeine wirtschaftliche, in dieser langsamen Umwandlung, da können wir am meisten das wahre Kriegsziel erkennen. Wir wissen ja, daß besonders unsere linke Seite einst die Schuld am Kriege uns, der deutschen Regierung, zubemessen hat. Ohne Zweifel, einen gewissen Anteil an Schuld haben die alten deutschen Regierungen. Jahrelang haben sie dieses Kriegsungewitter sich zusammenziehen sehen und immer wieder haben sie gezögert, zur günstigsten Stunde drein zu fahren. Das war die Schuld, daß sie nicht in dem Augenblick losschlugen, der am günstigsten war, sondern warteten, bis der Gegner das Messer geschliffen hatte und uns an die Brust setzte. Das

war die Schuld am Kriege. Nicht die Schuld am Kampf an sich, sondern die Schuld am Weltkrieg. Hätte die deutsche Regierung die Gefahr erkannt und hätte sie planmäßig die Konsequenz daraus gezogen, dann mußte sie schon im Jahre 1903, [*190*]4 oder [*190*]5 angreifen, nämlich in dem Moment, als Rußland in Ost-Asien gebunden war. Da hätte sie zur Abrechnung mit Frankreich schreiten müssen, und in 3-4 Monaten wäre der Krieg beendet gewesen und mehr als 1 1/2 bis 1 3/4 Millionen Tote hätte sie erspart. Daß die deutschen Regierungen das nicht getan haben, daß sie weder Bündnispolitik noch aktive Kriegspolitik getrieben haben, sondern jahrelang zusahen aus reiner Friedensliebe, wie der Gegner sich von Stunde zu Stunde mehr rüstete, wie allmählich das Bündnis zwischen Frankreich und England immer inniger und umfassender wurde, wie auch Rußland in diesen Bund hineingezogen wurde mit der Parole: "Erhaltung des Weltfriedens", den wirklichen Frieden zu erhalten, daß man das alles in den Jahren [*190*]6, [*190*]7, [*190*]8 noch tun zu können glaubte, das war die historische Schuld der deutschen Regierungen der Vorkriegszeit. Allerdings diese Schuld wird gemildert, wenn man bedenkt, mit welchem Apparat die damaligen deutschen Regierungen arbeiten mußten. Daß auch damals schon dieses Gespenst des Parlamentarismus vorhanden war, daß auch damals bereits die Triebkräfte, die ein Versailles unterzeichneten und heute für ein Locarno schwärmen, maßgebend für die deutsche Reichspolitik gewesen sind. Damit mußten die deutschen Regierungen rechnen oder sich eben darüber hinwegsetzen. Dazu fehlte aber der Bismarck'sche Schädel. Die Schuld Deutschlands am Kriege war da und lag auf einem ganz anderen Gebiete, als unsere Linksparteien festzustellen versuchten. Die Schuld bedeutet eine historische Feigheit und zeugt von einem Mangel an der notwendigen Courage, eine Sache auszufressen, weil sie nun einmal da ist. Das war die große Schuld unserer Vorkriegsregierung. Ganz falsch war die Bezichtigung, daß bei uns die Kräfte, z. B. bestimmter Wirtschaftsgruppen, planmäßig auf den Krieg hingearbeitet haben, denn da müssen wir denn doch eine Frage an die Verbreiter dieser Märchen richten: Wenn wirklich der Teil den Krieg gewollt hat, wer hat denn da eigentlich den Nutzen am Kriege gehabt? Waren es etwa diese Wirtschaftsgruppen oder sind es nicht ganz andere Wirtschaftsgruppen gewesen, oder besser gar keine Wirtschaftsgruppen, sondern reine Finanzmächte? Hat etwa die deutsche Wirtschaft die Früchte des Krieges eingeheimst oder befindet sie sich nicht bereits im vollständigen Zusammenbruch und ist zu einem Drittel nicht dem internationalen Kapital ausgeliefert? Denn die bewußten Treiber und Hetzer haben den Nutzen von diesem Krieg gehabt, und wenn Sie das durchprüfen, dann bleibt nur eine einzige Macht übrig, es ist das wirklich überstaatliche Bank- und Börsenkapital. Das sind die großen Gewinner des Krieges, und nicht unsere kleinen Wirtschaftsgruppen. Dieses Kapital ist es denn auch gewesen, das ganz planmäßig zu diesem Kriege gehetzt hat. Man spricht bei uns häufig von national-sozialistischer Hetze. Wenn wir uns vor dem Kriege zwei Staaten herausgreifen und ihre öffentliche Stellungnahme zu dem späteren Kriegsproblem durchprüfen, dann ergibt sich folgendes Bild: England als der größte Drahtzieher der Entente und Deutschland als stärkste Macht des Dreibundes. Wer hat bei uns eigentlich die öffentliche Meinung gemacht, denn diese öffentliche Meinung ist letzten Endes das Maßgebende; wenn man von einer Kriegshetze spricht, so kann man darunter nur verstehen,

die öffentliche Meinung in einer bestimmten Richtung aufzuhetzen und zum Kriege zu beeinflussen. Wer hat bei uns in Deutschland die öffentliche Meinung gemacht? Hier müssen wir zwei große Richtlinien unterscheiden. Die eine ist die nationale. Aber wenn wir unsere Presse durchprüfen, so müssen wir leider Gottes feststellen, daß unsere sogenannte Presse alles getan hat, aber nur keine aktive Vorbereitung zum Krieg bis zum letzten Tage. Ein typisches Beispiel dafür ist, daß in dem Moment, als Europa bereits in Flammen stand, der Kaiser beraten wurde, eine Nordlandreise zu machen, die deutschen Schiffe sich im Mittelmeer befanden und daß 1/3 der gesamten deutschen Handelsflotte auf offenem Meere oder im Auslande war. Man sieht daraus, daß unsere aktive Kriegsvorbereitung miserabel war. Und weiter prüfen wir die Presse. Was haben wir denn eigentlich für eine Presse, eine nationale? Sind etwa das Berliner Tageblatt oder die Frankfurter Zeitung nationale Blätter? (Gelächter!) Was sind denn das für Zeitungen, die Morgenpost, der "Vorwärts"? Zeitungen der anderen Weltanschauungen, die allein hätten Hetze treiben können und sollen. Kriegshetze hätten nur die treiben können, die im Besitze dieser öffentlichen Propagandamittel waren. Es waren ausschließlich Blätter von links und von der demokratischen Mitte. Tatsächlich ist dann auch die allgemeine Volksstimmung nicht für den Krieg, sondern gegen ihn gewesen. Die Zeitungen, die ich jetzt erwähnte, wären auf Grund ihrer Verbreitung und ihrer Auflage in der Lage gewesen, Kriegshetze zu treiben. Sie haben es aber nicht getan, sondern haben bei uns pazifistisches Gift in die Herzen der Leser hineingelegt. Die übelste Allerweltsduselei, kurz und gut die Tendenz der Freimaurerei. Glauben Sie nicht, daß der "Vorwärts" zum Krieg gehetzt hätte? Nein! Was auch bei uns die öffentliche Meinung hätte erzeugen können, hat die öffentliche Meinung nur beeinflußt im Sinne einer Ablehnung des Kampfes. Vergleichen Sie England. Die ganze Presse hat dort zum Kriege gehetzt, auch dort ist es nicht die sozialistische Presse gewesen, die die Masse beeinflussen konnte. Die Times, die zwar die bedeutendste Zeitung ist, hat den kleinsten Leserkreis, und im übrigen befindet sie sich in jüdischen Händen, gerade wie bei uns. Dort wurde planmäßig zum Kriege gehetzt, genau so wie in Frankreich die Pariser Boulevard-Presse. Und warum? Es liegt ja auf der Hand. Es ist eben eine organisierte Weltmacht gewesen, die damals planmäßig diesen Kampf gegen Deutschland inszeniert hat. Und wie stand es während des Weltkrieges mit der Kriegspropaganda? Ich brauche nicht an die Soldaten zu appellieren, die an der Front waren, wie lächerlich unsere Kriegspropaganda im Verhältnis zu der unserer Gegner war. Sehen Sie unsere Presse an, wie schal und lahm sie war, und sehen Sie dagegen nur einmal die unserer Gegner an. Wie hat diese große Börsenpresse planmäßig unser Volk zu Hunnen, Barbaren, Kinderschlächtern und Frauenschändern gestempelt. Und das waren Nationen, die auf das französische Schlachtfeld Neger, Turkos und Inder brachten. Und auf der anderen Seite konnte man sehen, daß die gleiche Presse bei uns planmäßig den Krieg sabotierte und drüben planmäßig für den Krieg und Sieg arbeitete. Schon daraus konnte man erkennen, daß eine gewisse innere Harmonie bestand, die das deutsche Volk um seine Widerstandskraft gebracht hat, nämlich, als die Katastrophe eintrat. Und da taucht nun die Frage auf, wer ist Sieger geworden? Es sind eben die, die damals dafür hetzten, das internationale Bank- und Börsenkapital. Diese sind die praktischen Nutznießer, und die Verträge sind

nicht Völkerverträge, sondern Bankverträge. Wir stehen jetzt im 70. Jahre [*sic!*] des Kampfes gegen das internationale Kapital.

Auf der anderen Seite tobte der Kampf gegen Militarismus und Kaiserismus. Der Kampf gegen den Militarismus ist eigentlich nicht ganz gelungen. Was versteht man unter Militarismus? Es ist der Mißbrauch der organisierten Wehrkraft eines Volkes zu politischen Zwecken, die nicht im Interesse und auch nicht im Willen dieser Gemeinschaft liegt [*sic!*]. Das kann doch nur heißen, wenn eine wehrlose Nation zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung eine Wehrmacht besitzt, so kann das nicht Militarismus genannt werden, sonst wäre ja auch in der Schweiz und in Sowjet-Rußland ein Militarismus vorhanden. Denn auch dort hat man eine militärische Organisation. Im übrigen ist der Schweizer gar nicht so dem Drill unterworfen wie der unserige. Trotzdem aber kann man auch da die Soldaten vor ihrem Schilderhaus auf- und abgehen sehen, genau so wie bei uns auch. Ist es nicht auch so bei der roten Armee? Ziehen nicht auch da ihre Wachen vor dem Schilderhaus auf und ab, genau so wie bei uns? (Lachen, Händeklatschen!) Im übrigen sehe ich auch in unserem republikanischen Staat die Sache irgendwie nach einem besonderen Pfiff geregelt und nach einem einheitlichen Kommando. Das alles kann also den Militarismus nicht ausmachen, sonst wären ja alle Staaten militaristisch. Unter Militarismus kann man infolgedessen nur den Mißbrauch verstehen zu ganz bestimmten politischen Zwecken, die nicht im Sinne und nicht im Wollen der Majorität der Bürger eines Landes liegen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachten wir den Erfolg. Dieser 60jährige Kampf gegen den Militarismus hat erreicht, daß ein deutsches Heer gestürzt ist. Geblieben aber ist der Militarismus der Welt, denn alle verwenden heute ihre militärischen Kräfte nach wie vor auch zu innenpolitischen Zwecken. Man braucht nur bei dem "Vorwärts" anzufragen, ob das etwa über die Grenzen des reinen Volksheeres hinausgeht. Wir haben heute eine Söldnertruppe. Was weg ist, ist das alte deutsche Volksheer, sonst ist alles gleich geblieben. In Deutschland ist der Kampf gegen den Militarismus ein absoluter Fehlschlag gewesen, wenn man diesen Kampf betrachtet vom Gesichtspunkt einer Befriedung der ganzen Welt.

Nun noch der Kampf gegen Kaiserismus, auch Reaktion genannt. Der Fortschritt ist ein ganz enormer auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und das Glück der Bürger ist so groß, daß man, um nicht allzu laute Freudenausbrüche hervorzurufen, dem einen oder anderen den Mund zubinden muß. (Bravo!) Es ist an sich also bei uns heute eine wahre Lust zu leben. Anders aber ist es mit den anderen Siegern. Noch gibt es einen König von England, von Italien, die anderen Könige sind auch noch da und die Republiken sind immer noch Republiken. Im Grunde genommen, ist doch alles beim Alten geblieben. Eigentlich auch bei uns, von Personen abgesehen. Und etwas sachlich betrachtet, auch der Kaiser ist ja 1914 und auch früher schon nicht absoluter Tyrann gewesen, sondern ihm zur Seite stand jene erlauchte Ratsversammlung - genannt Deutscher Reichstag. Dieser bot damals das gleiche Bild wie heute. Es sind die gleichen Parteien darin gewesen wie heute und alle Personen die gleichen Männer wie heute. Denn sie waren ja von der gleichen öffentlichen Meinung hineingewählt worden, deshalb gleicht auch die heutige Presse der früheren. Das Berliner Tageblatt, die Frankfurter Zeitung,

der "Vorwärts" usw. Es ist nur eine Person weggegangen - viel Geschrei und wenig Wolle.

Was das Dritte betrifft, den Kampf gegen den Kapitalismus, da muß man leider feststellen, daß dieser Kampf in Deutschland zu einem Erfolg geführt hat. Allerdings ist weniger der Kapitalismus vernichtet worden als die Kapitalien von den kleinen Leuten. Denn diese sind zum Teil endgültig abgetötet worden und diese gefährlichen kapitalistischen Drohnen - die kleinen Privatiers - sind jetzt endlich etwas zurückgesetzt und man hat ihnen das Handwerk gründlich gelegt. Wenn man den Kampf gegen den Kapitalismus von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, so kann man allerdings einen durchschlagenden Erfolg bemerken. Wenn ich mir aber erlaube, diesen Kampf gegen den Kapitalismus vom Gesichtspunkt der Beseitigung der kapitalistischen Methoden aus zu betrachten, so scheint sich im Grunde genommen auch nichts geändert zu haben. Und prüft man weiter vom Gesichtspunkt der Freiheit und Unabhängigkeit, so hat sich hier allerdings etwas geändert. Die wirtschaftliche Freiheit der einzelnen Wirtschaften eines 70-Millionen-Volkes hat man gebrochen und rettungslos ausgeliefert dem internationalen Kapitalismus. Der ist heute der Herrscher von Deutschland geworden. Nach 60 Jahren kommt man endlich soweit, daß man eine Volkswirtschaft, durch Wirtschaftsverträge gebunden, einer überstaatlichen Finanzmacht ausliefert. "Ja, das kommt nur davon her, weil bei uns die Revolution nicht ganz gelungen ist, denn wenn sie ganz gelungen wäre, so wäre der Kapitalismus bei uns auch ausgerottet." "Mein lieber Freund, sie ist bei uns nicht ganz gelungen." Das kann man doppelt auffassen. Die einen glauben, daß sie, wenn sie ganz gelungen wäre, dann der Kapitalismus ganz ausgerottet wäre, und andere glauben, daß, wenn sie ganz gelungen wäre, dann der Kapitalismus jetzt vollständiger Herrscher sein würde, weil er immer sein Vorbild vor Augen hat. Nachdem der Kapitalismus durch eine siegreiche Revolution ausgerottet worden ist, aber doch so, daß er jetzt stärker vorhanden ist als zuvor - nämlich in Rußland. Der Genosse ist allerdings empfindlich. Rußland ist der Paradies-Staat der Freiheit und der Unabhängigkeit, der einzige Staat der wirklichen sozialen Revolution, der sozialistisch-kommunistischen Revolution. In einem solchen Staat schmeckt eben alles anders.

Ich erinnere mich meiner Jugend, da war[*en*] in Wien 2 sozialdemokratische Brotfabrik[*en*], die Hammerbrotwerke und die Ankerbrotwerke, beides kapitalistische Betriebe. Beide Betriebe gehörten Juden. Der eine davon hieß Mendelsohn [8], der in der sozialdemokratischen Partei eine große Rolle spielte. Es waren rein proletarische Betriebe. Böswillige Zungen behaupteten seinerzeit, daß das Brot etwas feucht und schwer sei und im Magen liegen bliebe und auch im Geschmack nachstände. Aber es war eben das Brot der Freiheit. (Gelächter!) Und die Menschen haben eben weniger den Geschmack des Brotes als eben den Geschmack der Freiheit im Mund gehabt. Man gab weniger acht auf das Gewicht des Brotes als auf das Gewicht der Freiheit und das Gefühl, jetzt teilzuhaben an einem Stück der Freiheit. Es ist ein anderes Brot, als wenn es

8 Gemeint sind wohl die Gebrüder Heinrich (1855-1917) und Friedrich Mendl (1864-1929), die 1891 die Ankerbrotwerke im 10. Wiener Gemeindebezirk gegründet hatten. Zur Firmengeschichte, die keinen Bezug zur österreichischen Sozialdemokratie aufweist, vgl. Franz Mathis, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen, Wien 1987, S. 36 f.

im kapitalistischen Betrieb gemacht worden wäre. Bei kommunalen Betrieben ist man eben geneigt, mit Leichtigkeit alles andere in den Kauf zu nehmen. Eine gewisse Zeitlang haben sich die Betriebe gehalten, doch dann sind sie pleite gegangen. Auf die Dauer haben sich die in Freiheit gebackenen Brote nicht gut bewährt.

Ja, mein lieber Freund, Ihr habt einst alle geschwärmt für die Abschaffung der Todesstrafe. "Ein Skandal, wie Ihr die Menschen töten könnt", doch Ihr habt in Rußland die allermeisten getötet, und zwar gleich Millionen im Dienste der Freiheit des Proletariates. Ihr habt gegen den 9- und 10-Stundentag gekämpft und jetzt arbeitet Ihr in Rußland 11, 12 und 13 Stunden im Dienste der Freiheit des Proletariats. Ihr habt immer gejammert über die zu geringe Entlohnung und das schlechte Leben. In Rußland ist es noch viel schlechter. Trotzdem habt Ihr das Gefühl, daß Ihr "für die Freiheit des Proletariates lebt". Ich weiß nicht, ob das stimmt. Ich glaube, es wird nicht stimmen. Man wird auch von der Freiheit nicht satt. Und die Arbeitszeit wird auch nicht kürzer erscheinen. Es kann auch keiner behaupten, daß in Rußland der Kapitalismus gebrochen wäre, als nämlich in Rußland die große Revolution - die allerletzte - stattfand, es kann keiner sagen, daß das nicht die letzte sein wird, angeführt von dem großen politischen Weltpapst "Lenin" [9], ging man augenblicklich dazu über, die gesamten Privatvermögen zu beschlag[*nahm*]en, die gesamten Betriebe zu enteignen und der Kommune, dem Sowjet zu überantworten. Nun muß aber ein Betrieb irgend jemanden haben, der dirigiert. Man kann nicht heute einen Betrieb von 3.000 Arbeitern seiner Führung entkleiden usw. und etwa sagen, daß jetzt alles von selbst arbeiten wird. Man brauche jetzt keine Ingenieure, keine Konstrukteure, Techniker, keinen Direktor, das geht alles von selbst, sondern man mußte irgendwen hinstellen, der die Betriebsleitung zu übernehmen, in der Lage ist. Und es ist auch ganz selbstverständlich, daß das nicht der gewöhnliche Arbeiter tun konnte. Ein Arbeiter, der an der Fräsmaschine steht, ist nicht in der Lage, die große Fabrik zu leiten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es mußte sich jemand anderes finden, und es hat sich [*jemand*] zu diesem Zweck bereit gefunden, und zwar waren es diejenigen, die sich immer für die Völker aufopfern, nämlich das auserwählte Volk. Das Volk hat alles unternommen, daß diese Revolution nicht zugrunde gehe, sondern erhalten bleibt, um sich dann blutenden Herzens opfern zu können. Diese Leute treten dann aus der politischen Laufbahn heraus und übernehmen die Organisation der Betriebe, und zwar zunächst als sogenannte Staatskommissare. Diese Staatskommissare kamen aber nach einiger Zeit zu der Überzeugung, daß das so nicht geht, trotzdem man ihnen unerhörte Machtmittel allmählich in die Faust drückte, sogar die Todesstrafe gegen widerstrebende Arbeiter. Es wurde der 8-Stundentag wieder heraufgesetzt. Man begriff bald, daß es ganz ohne Kapitalismus nicht geht, und man nahm ein gemischt-wirtschaftliches System her, nämlich einen Staatskapitalismus. Allein nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß auch das nicht ging, denn die Betriebe konnten nicht existieren, wenn nicht jemand da war, der ein bestimmtes persönliches Interesse besaß. So ging man dann endlich dazu über, den Staatskapitalismus in einen Privatkapitalismus umzuwan-

9 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), seit 1903 Führer der Bolschewiki, 1917 Rückkehr aus dem Exil und Organisator der Oktoberrevolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1919 Begründer der III. Internationale.

deln. Man verwandelte die Staatskommissare in Privatkommissare. Sie bekamen also dann die Fabriken. Im Grunde genommen ist es also genau so wieder, wie es vorher war. Es sind nur nicht mehr die gleichen Personen, weil die alle tot waren. So mußten sich dann blutenden Herzens wieder andere aufopfern, die Betriebe übernehmen und weiterführen. Selbstverständlich kann einem wirklichen politischen Führer nichts Böseres passieren als die Verpflichtung, einen Betrieb übernehmen zu müssen. Man mußte eben das Opfer auf sich nehmen, da man sowieso in der Sache drin stand. Man hat also wieder die privatkapitalistische Ordnung eingeführt, und dennoch sind die Methoden anders geworden, denn das russische Volk besitzt immer noch seine Hoheitsrechte. Im Grunde genommen ist es nur ein Übergangsstadium, doch trau schau wem. Wenn das auserwählte Volk etwas in seine Hände bekommt, pflegt das Übergangsstadium schon zu Ende zu sein. Außerdem war man vielfach gesichert, denn man hatte zunächst die Betriebe gründlich demoliert und zerstört, und um sie wieder aufzubauen, dazu brauchte man Geld, und dieses Geld hatten die großen Bankiers von London, Paris und New York. Doch da keiner dem Staatskapitalismus recht trauen konnte, blieb nichts anderes übrig, als die Herren Sowjetkommissare in Privatkapitalisten zu verwandeln. Und zweitens: Allmählich gab man diese Kapitalien nur noch auf Grund von Verpfändungen. So wanderte ein russisches Gebiet, ein Werk, ein Forst nach dem anderen in den Besitz dieses überstaatlichen Kapitals. Man sage nicht: "O, wir sind pfiffig, wir lassen uns die Betriebe vom internationalen Kapitalismus wieder herrichten!" Mein lieber Freund, wenn sie wieder hergerichtet sind, dann wirst Du nichts mehr zu reden haben. Denn die Leute haben schon einmal erlebt, wie einem der Betrieb weggenommen wird, denn sie haben es selbst gemacht, und ein Dieb hängt viel mehr an seinem Eigentum als ein redlicher Mann. Der Dieb ist viel mehr besorgt, daß er ihm gestohlen wird, da er das Eigentum einst selbst gestohlen hat. Die geben nichts mehr her und Du wirst der Letzte sein, der jemals wieder in die Lage kommt, das Gleiche zu besitzen wie vorher. Du bist ein Arbeitstier - früher im Dienste der russischen nationalistischen Wirtschaft - heute im Dienste der internationalen Börsenkonzerne und Finanzgruppen. Sag nun nicht: Das ist nicht so! Mein lieber Freund, nicht nur unsere Delegationen machen die tiefsten Verbeugungen, so tief, wie sie sie nie in der kaiserlichen Zeit machten, vor den internationalen Bankherren, sondern auch Deine Führer, in Genf und Lausanne oder sonstwo. Es sind nicht nur die deutschen Delegierten, die so glücklich sind, wenn sie einem Lloyd *George* einmal ein Anlächeln abgewinnen können. Deine Führer sind darüber genau so glücklich, denn ihr Schicksal ist von ihnen genau so abhängig und müssen es sein, denn leben mußt Du! Und deshalb seid Ihr Sklaven derer, die Euch zwar aushelfen, aber nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern gegen bestimmte Vorteile. Das Schicksal, das die Türkei betraf, es hat auch Rußland betroffen, und wir stehen mitten darin. 70 Jahre lang stehen wir im Kampfe gegen den Kapitalismus, und der Kapitalismus ist unumschränkter Herr geworden! Nur eines hat man zerrüttet: Die nationale Unabhängigkeit einer nationalen freien Volkswirtschaft. Das ist das Schlußergebnis dieses 70jährigen Kampfes, und das sehen wir heute versiegelt und verbrieft. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, warum ist es möglich, daß heute eine internationale Finanzwelt zu so unerhörtem Einfluß gelangen konnte, wie ist's möglich, daß einzelne Staaten restlos gebrochen

werden können? Dann müssen wir hier ganz nüchtern einer Tatsache ins Auge sehen. Es gibt nichts, was nicht sein Dasein auf dieser Erde den Menschen verdankt. Und die Größe eines Menschen ist weiter nichts als das Spiegelbild eines Volkes, als ein Mensch, aus dem in konzentrierter Form sein Volkstum, die Wesensart seines Volkes ausstrahlt. Das ist auf allen Gebieten so: Mögen Sie die Technik nehmen oder die Kultur - nicht die Völker machen das Gleiche, sondern ein Volk macht immer durch seine großen Köpfe das, was seinem Wesen entspricht. Denn die Menschen sind nun einmal nicht gleich. Freilich stoße ich da die Glaubenslehre der marxistischen Propheten um, die da behaupten: Alles, was Menschenantlitz trägt, ist Mensch und somit gleich, d. h. alles was Hundegesicht hat, ist Hund und damit einander gleich - Windhund, Schoßhund, Pudel oder Dackel. Natürlich wird mir der Genosse zur Antwort geben, die Unterschiede sind nur bedingt, erstens durch das Klima und zweitens durch die Erziehung. Mein lieber Freund, durch das Klima kaum, denn dann müßten ja Menschen, die immer unter einem bestimmten Klima leben, immer bestimmte gleiche Menschen sein. Das kann nicht sein. Er würde dann sagen, auf Grund ihrer ursprünglichen rassischen Eigentümlichkeiten, die sie in sich tragen. Gut, nehmen wir heute die Menschen plötzlich von hier weg und lassen andere herkommen und Du wirst erstaunt sein, welchen Einfluß das auf die Kultur haben wird, sie wird bei den anderen Menschen vernichtet sein und zu Grunde gehen. Oder sehen wir uns nach praktischen Beispielen unter uns um: Mein lieber Freund, Du selber weißt doch im allgemeinen einen Juden von einem Christen zu unterscheiden, obwohl, wie du behauptest, er bloß konfessionell anders eingestellt ist und die Konfession nicht im Gesichtsäußern abgelesen werden kann. Du wirst doch aber zugeben, daß da noch einige andere Unterschiede bestehen, wie z. B. daß diese einzelnen Gruppen, diese einzelnen Konfessionen eine bestimmte Vorliebe für bestimmte Arbeiten haben, wie z. B. ein Mann christlicher Konfession eine Vorliebe dafür hat, in ein Bergwerk hinabzusteigen oder die Straßen aufzukehren oder sich an den Schraubstock zu stellen. So hat die mosaische Konfession auch ihre bestimmte Vorliebe für bestimmte Arbeiten. Die gehen z. B. nicht in die Bergwerke, sondern sie sitzen vielleicht in den Büros; es sind eben prinzipiell andere Arbeiten. Es sind also bestimmte Verschiedenheiten da, die sich auch noch in anderen Dingen äußern. Die einen haben z. B. die Fähigkeit, etwas zu erfinden. In diesen Tagen konnten Sie lesen, daß in Nordamerika auf jeden 7. Einwohner ein Automobil fällt. Wer hat das erfunden, Daimler oder Benz? Nein, das sind nur zwei Namen. Was da an einem solchen Werk dran ist, ist Erfindungsarbeit von vielen Jahrhunderten, von einer Reihe von Erfindern. Die Erfindung selbst war zunächst nur auf dem Papier da. Welch' ein ungeheures Heer von Arbeitern der Faust war nötig, um die praktischen Erfindungen in die praktische Wirklichkeit umzusetzen. Unter all denen finden Sie nicht einen einzigen, der dieser bestimmten Konfession angehört, nicht einen, während umgekehrt, wenn Sie z. B. an die Handelsplätze gehen, wo die erfundenen Automobile verhandelt werden, Sie keine Leute finden werden, die etwas erfunden haben oder die mit dem Hammer gearbeitet haben. Dort finden Sie wieder die Vertreter der anderen Konfession, eigentümlich! Bei uns tritt eine so scharfe Scheidung in den Konfessionen in Erscheinung, obwohl wir zweitausend oder 1 1/2 tausend Jahre unter dem gleichen Klima leben und obwohl die Juden das gleiche Klima genießen wie wir. Und es

tut ihnen sicher sehr wohl, und nichtsdestoweniger diese Verschiedenheit. Deine Theorie, lieber Genosse, würde nichts anderes besagen, als wenn ich jetzt z. B. einen Windhund nehme, einen russischen Windhund, und nach Italien gäbe, dann wird allmählich ein Mops daraus, oder wenn ich einen chinesischen Seidenpinscher nehme, wird ein Vorstehhund daraus, das Klima wird ihn schon umwandeln! Nein! Die menschliche Kultur ist nicht das Ergebnis des Klimas, sondern die Menschen, die in einem bestimmten Klima wohnen, schaffen die Kultur, und so ist es möglich, daß bei einem unveränderten Klima ein Land, das herrliche Fluren und blühende Kultur aufweist, plötzlich in eine Wüste versinkt, weil die Menschen, die diese geschaffen haben, nicht mehr da sind. Eine andere Kultur wird an ihre Stelle treten, es werden dreitausend Jahre vergehen und wieder wird eine Kulturherrlichkeit geschaffen sein. Es wird plötzlich ein eiserner Strang durch die Wüste sich ziehen, es werden technische Brunnen angelegt und Wasserfälle gestaut - das Klima jedoch hat sich nicht geändert, sondern die Menschen, die die Kulturträger sind.

Darauf wird mir der Genosse von links antworten: Das macht nur die Erziehung! Mein lieber Freund, sieh, diese beiden Konfessionen sollten sich nun wirklich erzogen haben, sie wohnen schon so lange beieinander, daß sie schon längst gleich sein müßten. Warum lernst Du z. B. nicht, Dich in eine Bank hineinzusetzen und Geschäfte zu machen. "Ich will nicht", vielleicht willst Du aber auch, ich weiß es nicht, ich glaube aber, Du kannst es nicht, obwohl Du mit den anderen zusammen bist, obwohl sie Deine Führer sind und Dich dauernd erziehen können. Du kannst eben nicht, was die können und umgekehrt, warum kann der andere nicht, was Du kannst - in das Bergwerk hineingehen oder in die Schmiede hineintreten. Sag das einmal einem Juden und Du wirst hören: Dazu bin ich nicht geboren. Mein lieber Freund, ins Praktische übersetzt heißt das: Warum kriecht der Dachshund in den Dachsbau oder Fuchsbau, nicht weil er dazu erzogen ist! Oder warum kriecht der Bernhardiner nicht hinein? Lächerlich! Mindestens aber nicht lächerlicher als die Meinung, daß zwischen einem Zulukaffer und einem Hottentotten kein Unterschied ist. Das seien auch Menschen wie Du. (Bravo!)

Ein Mensch ist er, ja, bis zu einem gewissen Grade, aber ein Mensch so anderer Art, wie nur eine bestimmte Tiergattung von der anderen verschieden sein kann. Was alles auf der Welt entsteht, ist das Ergebnis nicht einer allgemeinen Menschheit, sondern restlos in allem das Ergebnis bestimmter Menschen. Aus der Volksseele wird alles geboren. Was wir Großes erkennen und Großes sehen und die sogenannten größten Männer sind nur die Herolde dieser Volksseele und sprechen aus, was Millionen in sich fühlen. Und sie können nur verstanden werden von Menschen, die das Gleiche in sich besitzen, die den gleichen Pulsschlag und die gleiche Seele haben. So wird auch ein Künstler nur von Menschen gleicher Art begriffen werden können, und kein Fremder kann ein griechisches Bauwerk oder ein ägyptisches oder römisches verstehen können. Ein gotisch-fränkisches ist eben ein fränkisch-germanisches Kunstwerk, und nicht international. Was heute gebaut wird, ist allerdings international. Das ist aber auch keine Kunst. Gerade derjenige, der hier in dieser Stadt lebt, muß am meisten fühlen, daß die großen Männer nichts weiter sind, als die Herolde des Wesens ihres Volkes. Oder glauben Sie etwa, daß ein Franzose hätte den "Faust" schreiben können oder daß der Fran-

zose das nachfühlt und in sich erleben würde. Wir haben hier zwei Antipoden: Hier Goethe und dort den Vertoner des Faust in Frankreich. Für uns ungenießbar, für den Franzosen das einzig Wesentliche des Faust. Es sind zwei verschiedene Welten, die sich hier äußern, und so ist's in allem. Ein Bismarck ist ein deutscher Staatsmann, weil er so recht dem ganzen inneren Wesen unseres Volkes entspricht, weil er im Grunde genommen das ist, was wir uns von einem Staatsmann vorgestellt haben - früher -, während z. B. sagen wir Machiavelli ein ausgesprochener Italiener, Clemenceau ein Franzose ist, oder um ein neueres Beispiel anzuführen: Rathenau ist ein Jude, aber man muß doch zugeben, daß zwischen Bismarck und Rathenau ein gewaltiger Unterschied besteht. Mag man dem einen auch Tausende von Tafeln geweiht haben an allen Straßenecken, das Volk wird ihn nie verstehen. Es hat einen Bismarck einst verstanden, aber es wird nie einen Rathenau verstehen. Und der Genosse, der sich zu seinem Bannerträger hergibt, wird ihm am wenigsten gerecht, und ich bin überzeugt, wenn er sein Werk liest, und man ihm nicht mehr zuschauen würde, er würde es schleunigst zuklappen und sich abkehren von dieser Wortgedrechselei, diesem schwulstigen Wortgewühl. Wenn er ehrlich ist, muß er sich sagen: "Was er damit meint, das weiß ich nicht, ich kann es nicht verstehen" und er kann es auch wirklich nicht verstehen, denn aus dem Buch spricht die Seele und das Wesen eines anderen Volkes. Du glaubst, die Sprache ist dazu da, Gedanken zu offenbaren, für ihn dagegen ist die Sprache dazu da, die Gedanken zu verschleiern, anders zu reden, als er dachte, in der genauen Erkenntnis, daß der andere schon weiß, was es bedeutet. Er weiß, selbst wenn er den verworrensten Satz niederschreibt - der andere wird wissen, sein Blutsgenosse natürlich, und wenn er selbst die Wahrheit schreibt, dann ist auch die Wahrheit nur gedacht als Mittel zur Lüge. Er selber glaubt nicht an diese Wahrheit. Er hat sie offenbart, um den anderen erst recht irrezuführen. Dafür ist ein jüdischer Witz bekannt: Zwei Juden sitzen zusammen in der Bahn, zu machen ein feins Geschäft. Fragt der eine: Nu, Stern, wohin willst Du denn? Warum willst Du das wissen? Nu, ich möchte eben gern wissen. - Ich fahre nach Posemuckel! Ist nicht wahr, Du fährst nicht nach Posemuckel. Ja, ich fahre nach Posemuckel. Also Du fährst wirklich nach Posemuckel und sagst auch noch, Du fährst nach Posemuckel, also was lügst Du denn! - Das ist der Sinn der Wahrheit! Nie wirst Du, mein lieber Freund, aus dem Buch klug werden. Du brauchst Dich nicht darum zu schämen, kein Deutscher wird drin klug. Darum, wenn Du das Herz am richtigen Fleck trägst und Dein Verstand noch nicht gekürzt ist, kannst Du das nicht lesen, ohne Dir sagen zu müssen: Ich verstehe das nicht! Und genau so geht es Dir mit der futuristischen Malerei. Kommt da z. B. ein Schlächtermeister mit seiner Frau in einen Laden. Der Kunsthändler ist gerieben genug und führt ihnen erst alle möglichen anderen Bilder vor, bis er dann schließlich zu einem solchen bolschewistischen Bild kommt, das ein inneres Erleben oder so etwas darstellen soll. Da sagt er: Das ist für Sie nichts, das ist zu schwer zu verstehen; es setzt schon eine bestimmte geistige und künstlerische Konzentration voraus, um sich in das Erleben des Künstlers hineinzuversetzen, und zweitens ist es zu teuer. Da sagt sich der Schlächtermeister, so ein Bild mußt du eigentlich kaufen und er schaut seine Frau an, und sie schaut ihn an - Das ist ja gerade so ein Bild, wie ich es mir gewünscht hatte. Und schon ist es gekauft. Glauben Sie mir, solche Bilder können Sie in so vielen Woh-

nungen finden, aber klug werden die Leute selber nicht daraus und haben doch so teures Geld dafür ausgegeben. Aber im letzten Grunde, wenn sie ganz allein sind, da wird man sagen: "Ich glaube, es ist doch eine Schmiererei." Und so geht es so manchem Intelligenten, er wird aus Rathenau nicht klug, denn es spricht zu ihm die Seele eines anderen Volkes. Wie Richard Wagner eben ein deutscher Musiker und kein anderer sein kann, genau so ist ein Meyerbeer ein Jude, ein zusammenraffender Jude und kann nicht anders sein. Kurz und gut: Alles, was geschaffen ist und wurde, es ist geschaffen worden durch einzelne Menschen entsprechend dem innersten Wesen ihres Volkstums. Und wenn ich mich zu der Überzeugung durchringe, daß es nichts gibt, was international ist, was aus dem allgemeinen Menschheitsbrei herausgeboren werden könnte, werde ich verstehen, daß es ein internationales Kapital nicht geben kann, sondern daß dieses Kapital im letzten Grunde wieder national ist, weil seine Träger, wenn auch international verbreitet, einer ganz bestimmten Rasse angehören, die national geschlossen ist. Es ist die andere Rasse, es ist der Jude. Das sind die beiden Antipoden, auf der einen Seite das deutsche, französische, englische, kurz das Arbeitskapital, geschaffen durch den Fleiß einzelner Menschen, und auf der anderen Seite das Bank- und Börsenkapital, festgehalten von einer bestimmten Klasse, niederdrückend auf alle anderen Völker der Erde. In diesem heutigen Ringen unserer nationalen Wirtschaft mit diesem überstaatlichen Kapital sehen wir nur einen kleinen Ausschnitt dieses großen Völkerringens überhaupt, denn es sind zwei Weltanschauungen, die heute mit einander ringen: Auf der einen Seite die schöpferische Arbeit, die die Fundamente unserer Kultur in jahrtausendlanger Arbeit geschaffen hat, die einen Erdteil, der einst wüst und öde war, in blühendes Kulturland verwandelt hat, und auf der anderen Seite der Geist der stets Verneinenden, der Geist des ewig Negativen, der über die Völker das Menetekel zu bringen pflegt, wenn sie ihre rassische Eigenart vergessen, der Geist, dem das Wesentlichste fehlt: Die idealistische Auffassung von Arbeit, die hehre Vorstellung der Tätigkeit eines einzelnen und einer ganzen Gemeinschaft. Nehmen Sie einmal alles, was hier arischer Geist geschaffen hat, weg und lassen Sie übrig, was der Jude schuf. "Elender Mist", und selbst da sind die wenigen Früchte gestohlenes Gut. Nehmen Sie die gesamten jüdischen Literaten, Musiker und Schauspieler dazu und ziehen Sie vorher alles ab, was gedanklich woanders hergeholt wurde, dann bleibt nichts übrig als das, was zerstörend wirkt und nicht der Stolz der Menschheit ist. Gehen Sie in die Großstadt, nach Berlin. Da sehen Sie auf der einen Seite das königliche Schloß, die Museumsbauten, all die Bauwerke, die arischer Geist geschaffen hat, der Arbeiter der Faust im Verein mit dem Arbeiter der Stirn. Und schauen Sie zwischen dem Großen all den Mist und die Jauche der Großstadt an und lassen Sie Ihren Blick schweifen auf den kleinen Mann da unten, der auf seinem Karren Journals feilbietet: Hier die unvergängliche Schönheit und da der elendste Mist, der gemeinste Schmutz, hier Arier, dort der Massenfabrikant der anderen Konfession, hier in Stein gegraben die Namen großer deutscher Männer, dort auf Papier die Namen eines Veilchenblühen, Nebeltau und Morgenstern.

Nehmen Sie das weg, was die Juden geschaffen haben, und eine gereinigte Atmosphäre bleibt übrig: Die Werke der Arier, oder nehmen Sie das Theater her und vergleichen Sie, was die arischen Dichter und was die arischen Bildhauer und Baumeister ge-

schaffen haben und auf der anderen Seite die der anderen Konfession. Ich glaube, wir dürfen das griechische Wort "Theatron" nicht mehr gebrauchen, Buden müßten wir sie bezeichnen. Nehmen Sie heraus, was die modernen Schmierfabriken produziert haben; es würde Platz gemacht für die wirklich großen Werke der Menschheit, die die Welt heute nicht mehr kennenlernt, da sie erstickt wird von diesen Massenfabrikaten. Denn diese sind leichter zu erzeugen als große unsterbliche Werke. Es ist ein Riesenkampf, der sich auf allen Gebieten unseres Lebens abspielt und der für den, der sieht, wie allmählich der Zersetzungsprozeß unseres Volkes fortschreitet, wie unser Volkstum allmählich systematisch zurückgedrängt wird, geradezu grauenhaft ist. Wie immer, wenn ein Jude in ein Volk hineingelassen, erst geduldet wird, er versteht sich durchzumausern. Er wurde größer und größer, kroch bald der einen Seite, bald der anderen Seite nach und wurde endlich Herr beider Seiten, und heute erleben wir diesen letzten großen historischen Schlußkampf. Während unser Volk in 2 Hälften gespaltet, zerrissen ist, der eine den anderen nicht mehr verstehen will, und mehr die Internationale hochleben läßt als das eigene Volkstum, da steht geschlossen das andere Volk uns gegenüber. Während wir gleichgültig über die Ereignisse heutzutage hinwegsehen, wühlt dieses andere Volk und untergräbt unsere Kultur. Während wir heute schlafend und träumend in den Tag hineinleben, handelt dieses Volk zielbewußt. Während wir unser kostbares Blut freiwillig auf der Straße preisgeben, hält der andere fest zusammen. Heute, da wir uns in dem Zustand der Vertreibung aus dem Paradies befinden, weil wir unsere rassische Reinheit nicht mehr erkennen, heute wo wir vernichtet und versklavt sind, gilt mehr denn je das alte Bibelwort: "Und der Herr schlug sie und sie waren zu Zinssklaven gezwungen." Das ist das Joch, das uns getroffen hat, und dabei steht unsere sogenannte Intelligenz auf dem Standpunkt, daß, solange das eigene Haus noch nicht lichterloh brennt, eine Abwehr noch nicht nötig sei. Erst in dem Augenblick, in dem bei uns das Schafott auf der Straße aufgerichtet ist, wo die Maschinengewehre geladen bereit stehen, um uns ins Jenseits zu befördern, werden [...] [10], aber dann ist's schon zu spät.

Bei uns gibt es nun viele, die da behaupten, wir befänden uns in einem Zustande einer werdenden Ordnung, einer werdenden Stabilität der Verhältnisse, sich langsam heraus kristallisierend zu einem ordnungsgemäßen Leben. Mein lieber Freund, wenn Du glaubst, daß das überstaatliche Kapital diesen Krieg einst inszeniert hat, damit Du Dein ordentliches Leben erhältst, dann täuschst Du Dich. Diese Weltmacht hat nicht seit Jahrzehnten ausgeholt, damit Du Dein friedliches Dasein genießen kannst. Nein, Du hast nur 2 Wege, der eine führt zum Scheiterhaufen und der andere zum Sklavenjoch. Das ist Dein Schicksal, genau wie in Rußland. Sag nicht, *die* Zeiten sind vorbei, sie sind nicht vorbei. Was sind im Leben der Völker 6 Jahre. Du denkst, daß dies heute nicht mehr der Fall sein kann, weil dies alles 4 Jahre lang nicht zur Äußerung kam, doch da täuschst Du Dich. Geändert hat sich seit 7 Jahren nichts. Wir werden immer weiter unterwühlt. Sagen wir nicht, wir befänden uns im Aufstieg! Wenn der Aufstieg allerdings nur 15 Prozent Aufwertung bedeutet, dann vielleicht. Aber was wir wieder gewinnen müssen, sind die moralischen Faktoren, deren Verlust einst zum Untergang geführt hat. Wer Aufstieg nur vom Rentabilitätsgesichtspunkt aus betrachtet, wer nur seine Kriegs-

10 Drei Worte unleserlich.

anleihe, die er schon für verloren hielt, wer nur seine Staatspapiere, die er schon als wertlos ansah, im Auge hat, und wer da die 10, 12, 15 Prozent als eine Wiederherstellung der Rechtsordnung empfindet, der wird Deutschland allerdings als gerettet ansehen. Wer aber bedenkt, das man vor 7 Jahren noch nicht zu sagen wagte, daß ein Versailles kommen könnte und daß später ein Londoner Abkommen getroffen werden könnte - und dann als es 2 Jahre später kam, angenommen werden könnte -, wer bedenkt, daß noch vor 3 1/2 Jahren niemand offen zu sagen wagte, Du verlierst die besten Einrichtungen Deiner früheren Vergangenheit und Du wirst einem internationalen Privatkapital ausgeliefert werden, und daß niemand wagen durfte, zu sagen, daß 1 1/2 Jahre später die Reichsbahn, der Stolz unserer Väter, die Frucht einer 45- bzw. 50jährigen emsigen Arbeit verlorenging, und wenn man bedenkt, daß man vor 2 1/2 Jahren nicht hätte sagen dürfen, das Dawes-Gutachten könnte unterschrieben werden, und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unter die Kontrolle des Auslandes gestellt werden und wir müßten fremdes Kapital zwangsweise mit all den Lasten aufnehmen - und kaum 1 1/2 Jahre später war das geschehen -, oder wer gesagt hätte, daß man freiwillig die Grenzen von Versailles als ewiges Recht anerkennen müßte - wer da noch sagt, das sei ein Aufstieg, wenn wir von Stunde zu Stunde moralisch tiefer sinken und unserer Würde verlustig gehen -, so kann ich das nur mit *Charakterlosigkeit* bezeichnen. Wir befinden uns nicht im Aufstieg! Die kleinen Brosamen, die man uns von Zeit zu Zeit gibt, vermögen zwar sehr wohl zu täuschen, allein wenn wir die großen Linien sehen und uns einmal die Frage vorlegen: was würden denn die Toten sagen, wenn sie jetzt plötzlich aufstehen würden, (ihre Kinder und Jungens) wenn sie heimkehren würden und fragten, für was sind wir denn eigentlich gefallen, warum haben wir verbluten müssen, warum habt ihr uns herausgetrieben wie ehrloses heimatloses Volk (sehr wahr!). Jahrelang haben wir draußen gedürstet und gehungert, jahrelang haben wir Todesangst ausgestanden, nur von der einen Hoffnung beseelt, unserem Vaterlande die Freiheit zu erhalten und unserem Volk das tägliche Brot zu sichern, und was tut ihr? Ihr habt alles geopfert, die Freiheit habt ihr preisgegeben und das Leben eurer Kinder im Mutterleib schon verpfändet zur Sklavenarbeit eurer Zwingherren - und dafür sind wir gefallen? Sie würden dann nicht zu sagen wagen, wir leben im Zustand der Beruhigung und Ordnung, keine Frau würde das ihrem Manne und kein Vater seinem Jungen und die, die Ihr einen Bruder verloren habt, würdet es wagen können, dem stummen Blutbedeckten ins Gesicht zu sagen: es ist alles in Ordnung, wir befinden uns im Aufstieg. Ich glaube, es würde ein grauses Lachen zurückkehren: "Wenn die Ordnung und der Aufstieg so aussehen, wenn sich die Erholung unseres Volkes in solcher Form vollzieht, sind wir umsonst von euch geschieden? An *dem* hätten wir auch teilnehmen können, ohne unser junges Leben hingeben zu müssen." - Das würde die Antwort sein. So mögen sich denn heute unsere öffentlichen Parteien mit dem Stand der Dinge zufrieden geben, sie mögen sagen, gut es ist so, dann bleibt nur noch die einzige Sorge, wie sagen wir es dem Kinde, wie bringen wir es unserem Volke nur bei zur nächsten Wahl, was müssen wir tun, daß es nicht plötzlich bei der nächsten Wahl hellseherisch wird, daß es uns ablehnt und andere wählt. Denn das ist doch das ganze Um und Auf unserer politischen Betätigung seit 6 oder 7 Jahren. Mein lieber Freund, *so* mögen sich diese Parteien heute rü-

sten, aber die Jahre werden vergehen und dann haben wir 2 Möglichkeiten: Entweder Deutschland kommt nimmermehr empor, dann ruht der Fluch auf diesen letzten Überlebenden, oder Deutschland kommt noch einmal empor, dann wird man die letzten 7 Jahre als die schamlosesten und traurigsten ansehen müssen. Da wird es nicht heißen, das war die Periode der politischen Gesundung und des Wiederaufstieges unseres Volkes, sondern da wird man schamerfüllt Blatt für Blatt der Geschichte umwenden, und dann werden diese Jahre gelten als Jahre der tiefsten Erniedrigung, tiefer noch, als die vor 100 Jahren war. So mögen sich viele der sogenannten Parlamentsparteien, die sich von jetzt auf morgen trösten, auf den Standpunkt stellen: "Nach uns die Sintflut." Sie mögen damit recht haben, denn die kleinsten Geister sind nicht für die Nachwelt bestimmt, also mögen sie in der Gegenwart leben um jeden Preis. Wenn aber ein Volk in seiner Gesamtheit diese Gesinnung in sich aufnimmt, dann scheidet es aus dieser Welt aus.

In diesem großen Völkerringen, das heute stattfindet, haben wir z. Z. noch keine Waffe im Feuer, außer einer kleinen, die trotz ihrer Kleinheit schon geführt worden ist, ich meine, im Jahre 1919 ist unsere Bewegung gegründet worden als eine Partei, die den Vorteil nicht darin sucht, 16, 20 oder 30 Mandate zu erringen, sondern die unermüdlich ein Herold unseres Volkes sein will, ein getreuer Eckehart, der nie rastet, nie den Mut verliert, nie feige wird und immer das sagt, was gesagt werden muß, und wenn die Wahrheit tausendmal zum Scheiterhaufen führt. Es sollte eine Bewegung gegründet werden, der vom ersten Tage an klar sein mußte, daß im Augenblick keine Lorbeeren zu ernten seien (die sich jedoch darüber klar war), daß nur die Geschichte, die Nachwelt, einst ein Urteil fällen würde. Das ist das Unvergängliche, nicht, was heute das Pressegeschrei, die Mosse [11] und Ullstein [12] in die Welt hinausposaunen, nicht, was sie heute loben, erhält einst einen Platz in der Walhalla, sondern es wird nur einst gelobt werden derjenige, der in Zeiten des Verfalls mitgekämpft hat gegen die allgemeine Feigheit. Geschändet werden, mit Schmutz übergossen werden nicht die, die dulden müssen, sondern die, die ihre Macht mißbrauchen und in der Zeit des Verfalls mutlos und feige sich krümmen. Es sollte eine Bewegung gegründet werden, die den Glauben in sich trägt an ein größeres und freieres deutsches Reich. Wie soll nun dieser Glaube real fundiert werden, wie soll dieser seine innere Berechtigung erhalten. Weniger große *Grundsätze* sollte diese Bewegung erhalten, als vielmehr ein Evangelium in unser Volk tragen: Wir sind zu Grunde gegangen nicht durch die Tüchtigkeit unseres Gegners, sondern durch eigenes Versagen, nicht durch die überlegene Kraft der Alliierten, sondern durch die Schwäche des eigenen Volkes, das selbst in 2 Teile gespaltet ist, die sich gegenseitig befehden, und somit ein Volk ist, das den Angriffen eines geschlossenen Feindes wehrlos ausgeliefert ist. So sollte die neue Bewegung ihre Grundsätze erhalten, in ihr sollte für jeden ein Platz sein, der eine aufrichtige deutsche Gesinnung in sich trägt

11 Anspielung auf den von Rudolf Mosse (1843-1920) gegründeten Mosse-Verlag in Berlin. Tageszeitungen u. a.: Berliner Tageblatt, Berliner Morgen-Zeitung, Berliner Volks-Zeitung.

12 Anspielung auf den von Leopold Ullstein (1826-1899) gegründeten Ullstein-Verlag in Berlin. Tageszeitungen u. a.: B. Z. am Mittag, Berliner Abendpost, Berliner Allgemeine Zeitung, Berliner Morgenpost, Vossische Zeitung.

und der erkennt, daß unser heutiges Reich nicht das höchste Ideal auf unserer Erde darstellt, und der gewillt ist, für ein kommendes Ideal redlich und ehrlich einzutreten. Dem stehen aber unüberbrückbare Hindernisse entgegen, es sollen Wasser und Feuer miteinander vermengt werden. Was aber ein Blut in sich trägt, ist nicht Wasser und Feuer, es ist entweder Wasser oder Feuer. Heute mag es Wasser sein, unsere Aufgabe soll es sein, aus ihm einst Feuer zu schlagen.

Man mag tausendmal von Links die Sünden aufzählen, die so viele von Rechts verbrochen haben, jawohl, ohne Zweifel ist manches Böse geschehen. Aber vergeßt nicht, das diese andere Seite auch Hunderttausende hatte, die sich aufgeopfert haben auch für Euch. Daß diese genau so von Tag zu Tag ihrer Pflicht nachgehen, daß sie als Beamte und Ingenieure tätig sind, ohne zu einer großen Wohlfahrt gelangen zu können, und daß wiederum andere als Erfinder tätig waren und armselig ihr Leben fristeten, während Du Dich unter ihrer Erfindung sonntest und freutest, vergeßt nicht, daß bei allen Schattenseiten ein Heer von redlichsten Treuen alles geopfert hat, daß die Mutter ihr Kind aufs Schlachtfeld schickte und genau wie Du in Deinen Reihen kämpfte, und vergiß nicht, daß wenn Du Dein Herz mit Haß wappnest, um niemals mehr in die brüderliche Hand einzuschlagen, daß das auch Dein Untergang ist. Ihr sollt bei allen Fehlern der anderen Seite nicht vergessen, daß auch gute Seiten da sind. Sagt nicht: Diese Masse hat uns tyrannisiert, sie hat uns gedrückt, mir haben sie das Haus angezündet. Mein lieber Freund, vergiß nicht, daß in dieser Masse Millionen und aber Millionen treuer Arbeitsmenschen sich befinden, die, vielleicht auch ohne es zu wissen, wie nötig sie sind, dennoch treu und redlich ihre Pflicht erfüllen. Du setzt Dich in einen Expreßzug und fährst 12 Stunden ruhig die Nacht hindurch, während Tausende von Augen wachen und ihre Pflicht erfüllen, als wenn von ihnen der Wandel der Erde abhängen würde. Gewiß mag es wahr sein, einzelne haben Dir Dein Haus angebrannt, aber andere haben Dir einst Dein Haus mit geschirmt. Bedenke weiter, daß andere nicht einmal ein Haus und eine Wohnung besessen haben und dennoch treu und redlich als Musketier oder Grenadier ihre Pflicht getan haben und mit geholfen haben, unserem Volke in der Geschichte die Unsterblichkeit zu sichern. (Heil!) Der deutsche Grenadier ist es gewesen, der einst im Trommelfeuer standhielt, der in die Geschichte mit seinem Bajonett eingeschrieben hat: Hier focht das deutsche Volk 4 Jahre lang, eine ganze Welt von Feinden versuchte, es zu brechen, allein der deutsche Soldat hielt stand. Das sind die von dieser anderen Seite gewesen, die damals dastanden, ohne an etwas anderes zu denken, als dies zu beschützen, was hinter ihrem Rücken sich befand, die sich genau wie Dein Kind an dieser Stelle mit befanden, und vergessen Sie nie, daß Vaterlandsliebe begreiflich ist bei dem, der die Größe des Vaterlandes erkennt und dem es ein Leben in Würde und Schönheit zu bieten vermag. Es besteht ein Unterschied zwischen demjenigen, der nach seiner täglichen Arbeit (ich nehme jetzt die Faulenzer aus, die rechne ich nicht zu unserem Volk), nach seiner Arbeit, die er in gutgelüfteten hygienischen Büros geleistet hat, heimkehrt in seine luftig helle Wohnung, wo er Weib und Kind sieht, der die Möglichkeit hat, ins Theater zu gehen und Konzerte zu besuchen - und auf der anderen Seite zwischen dem, der sich in einer rauchigen, rußigen, elenden Fabrikhütte befindet, dem das Trommelfell schwach geworden ist von dem Dröhnen der Maschinen und dessen Lunge angekrankt

ist, zwischen dem Manne, der, wenn er heimkommt, seine Würmer in einem Loch zusammengepfercht findet und der von Zeit zu Zeit auf der Straße liegt, um den sich niemand kümmert und der von den Nachbarn beschmutzt wird, so besteht auch ein Unterschied in der Stellung zum Vaterlande. Der eine weiß, was Vaterland heißt, und der andere nur, was Elend heißt und was Jammer und Not und dauernde Entbehrung bedeuten. Dann erst bitte ermessen Sie, wie groß die Größe desjenigen ist, der *dann doch* noch bereit ist, für dieses Vaterland des Elends auch sein Leben einzusetzen. (Bravo!) Nun werden Sie auch verstehen, daß wenn ein Volk einmal den Begriff Vaterlandsliebe nicht mehr gleichmäßig besitzt, wenn einmal ein Teil hier sehend geworden ist und nun auf einmal wie von einem Traum erwacht und die graue Wirklichkeit vor sich empfindet, dann werden Sie verstehen, daß Sie einen solchen Menschen nur dann zur Vaterlandsliebe zurückbringen vermögen, wenn Sie ihm eine Gelegenheit schaffen, sein Vaterland in anderen Formen zu sehen. Es mag heute viele im bürgerlichen Leben geben, die in den Tag hineinleben und sagen, es wird schon alles werden. Ja, wenn das Zukunftsreich, das durch das Dawes-Gutachten und durch Locarno begrenzt ist, das möglich machte, doch heute bist Du auch annähernd in dem gleichen Elend, nur mit dem Unterschied, daß er der Sklave und Du der Aufseher bist. Aber auch nur ein Knecht im Dienst des fremden Herrn. Wer also glaubt, einen Wiederaufstieg durch einen kleinen Betrug von rückwärts inszenieren zu können, um dadurch Deutschland wieder hochzubringen, der täuscht sich gewaltig. Wir brauchen eine junge Freiheitsbewegung, die, von unbändiger nationaler Leidenschaft beseelt, auch dem letzten Überzeugung zu vermitteln vermag, die nicht einen toten vergangenen Zustand wiederherstellen will, sondern das Unrecht einer vergangenen Zeit mit eiserner Faust auszurotten und wieder gutzumachen gewillt ist, ja, glauben Sie denn, daß das möglich sein wird? Jeder von uns weiß, daß zwischen allen Rosen Dornen sind, aber wir wollen die Rosen deshalb nicht entbehren, niemand soll meinen, daß man einen Zustand herbeiführen könne, der jeden restlos befriedigt, aber wir wollen einen Zustand, in dem ersichtliches Unrecht beseitigt wird. Niemals wird der einzelne erwarten dürfen einen Zustand voll eitel Glücks und Wonne, allein er hat das Recht zu fordern, daß ein möglichst vollkommener Zustand geschaffen wird, der wenigstens prinzipiell die Schäden einer vergangenen Zeit ausmerzen will, der bessern will, was gebessert werden kann. Was nicht gemacht werden kann, das ist damit zu entschuldigen, daß das Schicksal es verbietet. Der Zustand aber, die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge laufen zu lassen, darf nie in unserm Volke einkehren.

Es gab einmal eine Zeit, in der der deutsche Arbeiter 14 Stunden täglich zu arbeiten hatte. Stellen Sie sich vor (ich weiß nicht, wie lange dieser Saal hier steht), denken Sie sich hier weg und Ihre Väter und Großväter säßen hier und ich würde zu ihnen sprechen und sagen, das geht nicht, daß der deutsche Arbeiter 14 Stunden arbeitet, er muß dabei zugrunde gehen, bedenkt, welche Verantwortung Ihr vor der späteren Nachwelt auf Euch ladet, was für ein Volk Ihr übrig laßt, wie es aussehen wird nach 300 Jahren, wenn schon die Kinder mit 11, 12 und 13 Jahren in das Bergwerk gehen müssen und in die Fabriken, dann glaube ich, würde der eine oder andere aufstehen und mir zurufen, das ist nicht anders möglich, wo kämen wir hin, wenn es anders wäre, das wird nie anders

sein. Die Welt ist 60 Jahre weiter gegangen, der alte Zustand ist beseitigt. Sagen wir also heute nicht, das wird doch nie, mein lieber Freund, die Dinge liegen ganz einfach, entweder schaffen *wir* den Wandel oder er wird einst von anderer Seite geschaffen. Ein Wandel, den der Sklave schafft, wenn er die Ketten zerbrochen hat, ein jahrzehntelanges Unheil würde die Folge sein. So sollte die junge Bewegung die 2 Köpfe zusammenbringen, den Arbeiter der Faust und den Arbeiter der Stirn, einer vermag ohne den anderen nicht zu bestehen. Der Wert der Arbeit soll nicht danach geschätzt werden, *was* einer tut, sondern wie einer sie tut. Die Arbeit soll ihm eine heilige Verpflichtung sein, die er im Dienst seines Volkstums auf sich nimmt. Wer die Arbeit, die ihm von Natur wegen schon zukommt, nicht leistet, hat kein Recht auf staatsbürgerliche Achtung. Aus diesen wenigen Grundsätzen heraus formt sich das Programm dieser neuen Bewegung. Diese junge Bewegung soll die Menschen national machen und stark. Nicht national im Sinne unserer bürgerlichen mittleren Linken, sondern nationalistisch, und soll ihnen predigen, in deinem Volk liegt all dein Heil, dein Glück und deine Zukunft, sie liegen in der Macht deines Volkes und diese wiederum ist begründet durch deine Hingabe, deine Liebe und Offenherzigkeit für dieses Volk, das schafft dir dein Dasein auf dieser Erde, denn weit im Weltenraum schwebt unter Milliarden von Planeten auch der Planet, der Erde heißt. Und wer sich hier durchsetzt, dem gehört der Erdball, und wer unterliegt, wird ausgerottet, das ist nicht grausam, sondern ein ewiges und höchstes Recht der Erde, so auch im kleinen: Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, und wer nicht um sein Leben kämpft, soll nicht auf dieser Erde leben. Nur dem Starken, dem Fleißigen und dem Mutigen gebührt ein Sitz hinieden. Wie an die Sonne geklammert sich die Erde dreht und wie die Erde vom Mond umkreist wird und nicht umgekehrt, so auch im kleinsten diese ganz kleinen Miasmen [13]: Erst kommt dein Volk, und ist es gekettet, sinkst du mit ihm zu Grunde.

Der 2. Glaubenssatz: In einem Volke haben Rechte nur diejenigen, die das Blut dieses Volkes in sich haben, und wer es nicht sein eigen nennt, der kann als Fremder da sein, solange er nicht schadet, doch wenn er unserm Volke schadet, ist unsere Erde für ihn nicht mehr da.

Der 3. Glaubenssatz: Jeder hat gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Es gibt kein Volk, in dem der eine dient und [*der andere*] herrscht, sondern es muß einen Austausch geben, wobei selbstverständlich der Kopf leitet und die Faust tätig ist und dient. Der Kopf muß die Leitung verstehen, daß er nicht herrscht, sondern führt. Er muß von Natur ein geborner Führer sein, kein Tyrann und Herrscher; seine Führung ist Mittel zum höchsten Zweck und nicht Zweck an sich; ohne seine Führung würde die Menschheit zu Grunde gehen. Was er zu geben hat, ist sein Genie, seinen Geist. Was er empfängt, das sind seine Rechte, d. h. nicht bevorzugte Rechte, sondern jeder hat Anspruch auf ein auskömmliches Leben, und wenn das nicht gegeben wird, ist etwas faul und muß geändert werden. Aus dem heraus kommt die gesamte soziale Auffassung der jungen Bewegung. Nun zur staatlichen: Der Staat ist uns kein Endzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, er ist nicht deshalb unantastbar, weil er da ist, sondern nur dann, wenn er seinem Volke wirklich dient. Der Staat soll einer zusammenfassenden Organisation von

13 Griechisch: giftige Ausdünstungen.

Lebewesen gleichen, um ihr besseres Fortkommen zu ermöglichen, und zwar in psychischer und geistiger Beziehung. Diesem großem Machtfaktor sich unterzuordnen, soll das Erziehungswerk der Schule und Presse, des Theaters und der Literatur sein. Alles soll dem einen großen Zweck dienen, ein Volk stark, gesund und kräftig zu gestalten.

Nicht ein politisches, sondern ein weltanschauliches Glaubensbekenntnis soll unsere Bewegung beseelen, das unvergänglich weiterwirken wird, auch wenn wir dereinst nicht mehr leben werden. Unsere Bewegung soll nicht dazu da sein, daß [*sie*] in den Strudel der Wahlereignisse eingreift, sondern in Zeiten der Unruhe und Verwirrung, in einer Zeit des Schwenkens und des Hinundherwogens und Flutens von Meinungen soll sie ein Programm hineinsetzen, an dem sie unverrückbar festhält. Sie soll nicht ein Programm einer Wahlperiode, sondern einer großen Zukunft erhalten. Seit der Aufstellung dieses Programms sind fast 5 1/2 Jahre vergangen, und manche, nämlich unsere Gegner, sagen: Damals war die Konjunktur für euch günstig, heute ist sie euch nicht mehr günstig und damit ist heute euere Mission erfüllt. Mein lieber Volksgenosse, damals war die Konjunktur für uns günstig, heute ist sie es nicht mehr? Sind wir denn eine Konjunkturpartei? Warum haben denn andere diese Gunst nicht ausgenützt? - Die Zeit war so günstig, daß, wenn wir ein Zimmer oder einen Saal betraten, wir ein brüllendes Geheul hörten, daß man uns vor die Fenster Handgranaten setzte, daß man uns damals, da wir gegen den Strom zu schwimmen wagten, von vornherein für verloren hielt, für Narren, die es wagen könnten, sich gegen das unabwendbare Verhängnis aufzubäumen. Sind wir etwa im Jahre 1918/19 mit dem Haufen gelaufen, oder haben wir uns nicht dagegen gestemmt? Die heute von Konjunktur reden, wissen nicht, was sie sagen. - Und heute soll sie schlecht sein, da die Säle überfüllt sind? Mein lieber Volksgenosse, wenn unsere Bewegung nichts weiter wäre als eine Konjunkturbewegung, dann stünde ich nicht hier und von den Führern säße auch keiner hier. Die Geschicklichkeit, die z. B. ein Herr Loebe [14], ein Herr Zeigner [15], ein Pater Filbert [16], ein Herr Hilbert [17] usw. aufweisen - bei aller sonstigen Bescheidenheit -, traue ich mir auch zu. Dann wäre ich heute nicht hier oder ich könnte ja überall reden. (Sehr richtig!) Ich hätte damals einen einfache[*re*]n Schritt tun können, als eine dauernde Verfemung auf mich zu nehmen. Oder ich könnte um Aufnahme in die sozialdemokratische Partei, in die Zentrumspartei bitten, ich brauchte nur eine kleine Karte auszufüllen. Ein Mensch, der nach Konjunktur

14 Gemeint ist vermutlich Paul Löbe (1875-1967), Schriftsetzer, 1900-1920 Chefredakteur der "Volkswacht" in Breslau, 1915-1920 Mitglied des schles. Provinziallandtags (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1933, 1924-1932 Reichstagspräsident, 1933 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates und MdB bis 1953.

15 Erich Zeigner (1866-1949), Jurist, 1913 Staatsanwalt, dann Richter, 1922/23 MdL in Sachsen (SPD), Aug. 1921 bis März 1923 sächs. Justizminister, März bis Okt. 1923 Ministerpräsident, 1924 Verurteilung wegen passiver Bestechung zu drei Jahren Haft, nach vorzeitiger Entlassung Mitarbeiter sozialdemokratischer Zeitungen, 1945-1949 Oberbürgermeister von Leipzig.

16 Gemeint ist vermutlich Wilhelm Vielberth (1878-1925), kath. Pfarrer, 1902 Kooperator, 1910 Dompfarrkooperator und Sekretär in Regensburg, 1917 Pfarrer in Mitterteich, 1924 Benefiziat in Niederleierndorf, 1920-1925 MdL in Bayern (BVP).

17 Gemeint ist vermutlich Hans Hilpert (1878-1946), Gymnasiallehrer, 1907 Dr. phil., 1918 Mitbegründer der Bayerischen Mittelpartei (seit 1920 Landesverband der DNVP in Bayern), 1919-1931 MdL und Vorsitzender der DNVP-Landtagsfraktion.

geht, geht dorthin, weil er dort unbedingt den größten Vorteil erzielen kann. Hätte ich das getan, stünde ich nicht hier in dem bescheidenen Saal, sondern im schwer vergoldeten Reichstagsgebäude zu Berlin, und um mich herum wäre nicht ein Volk, das mir Bierflaschen an den Kopf schmeißt und mich ausbrüllt, sondern die Auserwählten der deutschen Nation, die geistigen Zierden und Leuchten unseres Volkes. Ich würde in diesem erlauchten Kreis reden können, wie ich wollte, und wenn ich nicht wollte, brauchte ich auch nicht zu reden, ich brauchte dort nur meinen Namen hineinzuschreiben und könnte wieder gehen. Das liebe andere Volk würde für meine Bedürfnisse aufkommen, und wenn dann endlich einmal die Reihe an mich kommt, könnte ich Minister werden. Es ist dies alles, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, nur eine Frage der Zeit. Meine Gefährten würden heute auch dort drin sitzen oder hätten andere Posten in Deutschland inne. Denn der Reichtum an Stellen, die zu vergeben sind, ist unendlich; an jedem Tag werden Posten und Ministerstellen feilgeboten, für die, die guten Willens sind. Ist etwa das die Konjunkturpolitik damals für uns gewesen, als wir verfolgt und gehetzt wurden, als man uns manchmal ins Gefängnis warf und manchmal wieder in Freiheit setzte, um wieder ins Gefängnis geworfen zu werden? Daß Staaten uns verboten und Haftbefehle erließen? Und das seit 5 1/2 Jahren! (Heil!) Meine Gefährten, Sie teilen dieses Schicksal. Es ist kaum einer um mich herum, der nicht auch schon im Gefängnis gesessen hätte, nicht weil er einer Konjunkturpartei angehörte, sondern einer Partei, die denen, die an der Konjunktur z. Z. sind, unangenehm ist. (Sehr richtig!) Dieses Schicksal haben wir damals erwählt und haben wir auch heute noch. Es würde uns ein kleines Wörtchen kosten: "Ich schwöre ab." Wir würden in dieser heutigen Republik sofort "salonfähig" werden. Glauben Sie, daß dann Severing mir das Reden verbieten würde, oder etwa die Zentrumspartei, wenn ich zu ihr käme, niemals! Warum verbieten sie mir denn das Reden, "weil ich den Staat gefährde". Daß ich 4 Jahre lang für diesen Staat geredet habe und in der Zeit der größten Niedergeschlagenheit und des tiefsten Elends unseres Volkes versuchte, wieder zu einem deutschen Volk und einem deutschen Reich zu kommen - das ist meine Schuld!, das ist mein Verbrechen! und deswegen bindet man mir den Mund zu! (Pfui.) Damals, als unsere Konjunkturpartei entstand, zählte sie 6 Köpfe. Wir wußten von vornherein, daß wir von der Gegenwart wenig zu erwarten haben, doch das eine wußten wir: Es können meinetwegen 100 Jahre vergehen, es gibt nur eine der beiden Möglichkeiten: Entweder wird Deutschland zu Grunde gegangen sein, dann werden unsere Namen nicht unter denen sein, die gebrandmarkt werden, es zu Grunde gerichtet zu haben, oder es ist wieder emporgekommen unter der Sonne durch Männer, die ihre Pflicht taten, auch wenn sie schwer zu erfüllen war, die sich aufbäumten gegen die Schande, die Knechtung und Versklavung, die allerdings deshalb geschmäht worden sind. Man wird uns dereinst erst recht ein Denkmal dafür setzen. Heute mögen sie uns einsperren, die Geschichte pflegt später ihre Kinder aus den Gefängnissen wieder herauszuholen und ihnen den Platz anzuweisen, der ihnen gebührt. Mancher, der erst erhaben thronte, wird von der Geschichte später in das Gefängnis der allgemeinen Verachtung geworfen werden. So auch im kleinsten: Wir haben begonnen, denn sonst wären wir alle heute nicht hier. Nehmen Sie eine unserer anderen Parteien her und setzen sie den Verfolgungen aus, denen wir seit Jahren ausgesetzt sind, sperren Sie

die Führer der demokratischen Partei 5 Jahre abwechslungsweise ein, nehmen Sie ihnen ihre Existenzgeschäfte weg und schauen Sie sich dann an, was noch da sein wird: von den Führern keiner, die sind als allererste weg, und von den Anhängern werden Sie nur noch wenige finden.

Nicht eine Konjunkturpartei im übelen Sinne sind wir, wohl aber in einem anderen: nämlich, solange unser Volk noch so leidet, wie es heute leidet, solange dieses Volk in so tiefer Erniedrigung sich befindet wie heute, und die Klassen sich wahnsinnig zerfleischen, solange ist unsere Konjunktur da. Würde dagegen heute vor uns stehen ein Reich, das in vollem Recht und befriedigt dasteht, vom heiligsten Feuer durchglüht ist, nach außen frei, stolz und unabhängig ist, in dem jeder einzelne für den Schweiß seiner täglichen Arbeit entlohnt wird in Form eines guten Lebens und einer höheren Kultur, dann wären wir nicht da, dann würden wir zwecklos sein. Daß das aber nicht der Fall ist, ist unsere Konjunktur, die nun schon 6 Jahre währt. Wir dürfen uns die Frage nicht vorlegen: wird es uns gelingen oder nicht, weil wir dann verlustig gehen würden des gewaltigsten Schutzes, den die Menschen zu besitzen vermögen, denn wenn um den Menschen herum alles bricht und wankt und auseinanderstürzt, bleibt nur ein Einziges übrig, was sie zu erheben vermag, *ihr Glaube*. Dieser Glaube ist dann die Größe, an die sie sich zu klammern vermögen in der Stunde tiefster Niedergeschlagenheit und Not. Trügen wir nicht diesen Glauben im Herzen, hätten wir nicht 4 1/2 Jahre einer Welt von Feinden standhalten können. Nur wenn wir von dem heiligen Willen beseelt sind, den Weg zu gehen, der zur Freiheit führt, werden wir dem Untergang entgehen. Wir glauben nicht, daß uns das Schicksal zum Untergang bestimmt hat, solange wir es nicht verdienen. Daß wir diesem Schicksal eines Tages nicht verfallen, soll unsere Sorge sein.

Durch diese beiden Kräfte, durch den Glauben und den Willen, soll jetzt in erster Linie unsere Arbeit getragen werden für unser Volk, das uns wichtiger ist als alles andere. Deutscher Knabe, glaube an die Größe deines Volkes und deutscher Mann, schaff Dir den Willen, der notwendig ist, um diese Größe zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dann wird wieder erstehen ein deutsches Reich der Freiheit und der Herrlichkeit! [18]

18 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

31. Oktober 1925 — Dok. 79
"Aufruf an die Landesleitungen, Gauleitungen u[nd] Ortsgruppen der N.S.D.A.P."
Anordnung

VB vom 31.10.1925.

Es gilt, die in der Zeit vom 2.-9. November 1925 stattfindende Werbewoche für das Kampfblatt der Bewegung, den "Völkischen Beobachter", mit allen Mitteln zu unterstützen. Alle Landesleitungen, Gauleitungen und Ortsgruppen haben die Pflicht, die Sondernummer unseres Kampfblattes "Die Börsenrevolte vom Jahre 1918" [1] in einem den Absatz unserer bisherigen Sondernummern überschreitenden Umfang zu verbreiten. In den Zusammenkünften aller Organisationen der Partei sind Werber zu bestimmen, die die Aufgabe haben, planmäßig die ihrem Inhalte nach beste aller Sondernummern gegen die "Börsenrevolte vom Jahre 1918" zu vertreiben und gleichzeitig Bezieher für die Tageszeitung zu werben.

Die Landesleiter, Gauleiter und Ortsgruppenführer melden der Parteileitung bis zum 15. November 1925:

1. Wieviel Exemplare der letzten Werbenummer in ihrem Bezirk vertrieben wurden.
2. Unter Vorlage der Postbestellscheine, wieviel Postbezieher in der Werbewoche neu geworben wurden.

Parteigenossen, die sich in dieser Werbetätigkeit besonders auszeichnen, sind namentlich unter Angabe ihrer Anschrift zu melden!

Ich erwarte, daß diese Anordnung genauestens durchgeführt wird.

Die Parteileitung:
gez. *Adolf Hitler*

1 Diese VB-Sondernummer (Nr. 174a) erschien erstmals am 22.10.1925. Vgl. auch Dok. 76.

4. November 1925 Dok. 80
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

Braunschweigische Landeszeitung vom 5.11.1925, "Hitler in Braunschweig" [2].

Hitler sagte, daß es dieselben Leute seien, die ihm heute das Reden verbieten wollten, die vor 6 bis 7 Jahren die Versammlungs- und Redefreiheit gefordert hätten. Dann ging er auf die große Politik ein und sagte, ein Volk handle anständig, wenn es Friedensverträge zerreiße, die es nicht erfüllen könne, und unanständig, wenn es das nicht tue. Die politische Schuld sei in eine wirtschaftliche umgewandelt worden und damit Privatkreise für Staatsschulden haftbar gemacht. Die deutsche Schuld am Kriege liege darin, daß man es versäumt habe, im rechten Augenblick loszuschlagen. Die Aufgabe der Feinde sei es gewesen, Deutschland die Verfassung und Staatsform zu geben, die es am meisten schwächt. Die Revolution sei gemacht worden, um den Kaiserismus zu stürzen und die geistige Knebelung aufzuheben. Früher hätte man über den Kaiser kein böses Wort reden dürfen, und heute dürfte man das über Parlamentarier nicht, denn entweder sei er schon mal Minister gewesen oder werde es. Die Fahne Schwarz-weiß-rot sei auf Tausenden von Schlachtfeldern geehrt worden. Ein anderes Ziel der Revolution sei das Ende des Militarismus gewesen. Man habe daran die Hoffnung geknüpft, die Welt werde dann auch abrüsten. Aber: die Welt rüste wie noch nie. Das dritte Ziel der Revolution sei gewesen: schärfster Kampf gegen den Kapitalismus. Aber das Ende des Kapitalismus sei bisher noch nicht eingetreten. Man habe nur den Klein-Kapitalisten das

1 Im Konzerthaus, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Hitler sprach am Abend zuerst zwei Stunden im überfüllten städtischen Konzerthaus, anschließend im "Keglerheim" (Dok. 81) und danach noch im Hotel "Sächsischer Hof" (Dok. 82). An den Versammlungen nahmen laut VB insgesamt etwa 8.000 Personen teil, die zum Teil mit Sonderzügen aus Hannover, Hildesheim und Halberstadt angereist waren.
Um Zusammenstöße mit einer von SPD, Gewerkschaften und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angekündigten Gegendemonstration zu vermeiden, untersagte der Polizeipräsident am 2.11.1925 alle öffentlichen Auftritte Hitlers. Dieses Verbot wurde am nächsten Tag vom braunschweigischen Innenminister Johannes Lieff (parteilos) aufgehoben. Am Abend des 4.11.1925 versammelten sich auf dem Schloßpark etwa 2.500 Demonstranten, die nach einer Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl anschließend durch die Stadt zogen. Vgl. Braunschweigische Staatszeitung vom 5.11.1925, "Ein Sieg der Ordnung und Besonnenheit"; Volksfreund vom 5.11.1925, "Hochverräter Hitler in Braunschweig"; Wolfenbüttler Zeitung vom 6.11.1925, "Lärm um Hitler"; Niedersächsische Arbeiter-Zeitung vom 8.11.1925, "Der Hitler-Rummel". Sowie den Schriftwechsel in: Nds. StA Wolfenbüttel, 12 Neu 13, Nr. 16185, Bd. I.

2 Vgl. auch Braunschweigische Staatszeitung vom 5.11.1925, "Ein Sieg der Ordnung und Besonnenheit"; Braunschweigische Landeszeitung vom 6.11.1925, "Was Adolf Hitler zu sagen hatte"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 6.11.1925, "Adolf Hitler in Braunschweig"; VB vom 6.11.1925, "Hitler in Braunschweig"; VB vom 8./9.11.1925, "Adolf Hitler in Braunschweig". Sowie Lagebericht Nr. 19 für den Freistaat Braunschweig vom 15.11.1925; Nds. StA Wolfenbüttel, 12 Neu 13, Nr. 13518, Bd. II.
Die von der Braunschweiger NSDAP-Ortsgruppe erwünschte Genehmigung zum Druck der mitstenographierten Rede wurde von Hitler nicht erteilt. Zur Begründung schrieb Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß am 10.11.1925, die Rede decke sich "inhaltlich in großen Teilen mit den schon gedruckten Reden von Plauen und Zwickau". Nds. StA Hannover, Hann. 310 I, Nr. 5, Bd. 1.

Handwerk gelegt, den Rentnern. Von einem Ende des internationalen Kapitalismus sei nun schon gar keine Rede. Die *Mehrheitssozialisten hätten das Proletariat verraten* und verkauft.

Der Redner warf darauf einen Blick auf die russischen Verhältnisse und kam dann eingehend auf *Rassefragen* zu sprechen. Durch Rassemischungen seien Völker zugrunde gegangen. Es gebe nichts, was international wäre, außer dem Kitsch unserer Zeit. Die eine Rasse unserer Zeit sei die schaffende Rasse der Arier, die andere sei die raffende, der Nichtarier. Und dann zog Hitler in der bekannten Form und in der üblichen Weise über die Juden her. Man weiß ja, was die Nationalsozialisten gegen diese Staatsbürger einzuwenden haben, und man kann es sich deshalb ersparen, darüber zu berichten, was Hitler zu diesem Thema zu sagen hatte. Schließlich kam er auf *Locarno* zu sprechen. Auch damit ist er nicht zufrieden. Das Locarno-Werk sei nicht der Weg zur Konsolidierung Deutschlands. Zum Glück konnten die toten Regimenter der Deutschen im Osten und Westen nicht auferstehen, sonst würden diese mit den Verrätern am Deutschtum abrechnen.

4. November 1925 Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

Braunschweigische Landeszeitung vom 6.11.1925, "Was Adolf Hitler zu sagen hatte" [2].

Der Fackelzug [3], den mir ein Teil Braunschweigs dargebracht hat, ist wohl nicht mir zu Ehren veranstaltet worden, sondern darum, um die getreuen Schäflein von dem Besuch der Versammlungen abzuhalten. Man hat Fackeln dazu genommen, weil man wohl dachte, daß dann das mangelnde Licht etwas ergänzt werde. Warum sich diese Herrschaften bemühen, mir das Reden unmöglich zu machen, liegt auf der Hand. Sie scheuen eine Kritik an ihren Staatskünsteleien. Kurz zusammenfassend betonte Hitler dann nochmals die Grundzüge seiner Partei. *Er glaube nicht,* daß die Freiheit unseres Volkes und Schaffung unseres täglichen Brotes erfolgen werde auf dem Wege des Kompromisses. Wenn Parteien, die den Zusammenbruch 1918 herbeiführten oder nicht hindern konnten, sich jetzt einbilden, die Kraft zu haben, die Nation wieder hochzubringen, so sei das Wahnsinn. Von Stufe zu Stufe sei Deutschland gesunken. Nicht möglich Ge-

1 Im "Keglerheim", von etwa 22.15 bis 22.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Braunschweiger Allgemeinen Anzeigers etwa 1.400 Personen teil. Vor Hitler, der zuvor im städtischen Konzerthaus eine Rede gehalten hatte (Dok. 80), sprach Joseph Goebbels. Anschließend sprach Hitler noch auf einer weiteren Versammlung im Hotel "Sächsischer Hof". Vgl. Dok. 82.

2 Vgl. auch Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 5.11.1925, "Hitler in Braunschweig"; Braunschweigische Staatszeitung vom 5.11.1925, "Ein Sieg der Ordnung und Besonnenheit"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 6.11.1925, "Adolf Hitler in Braunschweig".

3 Zur Gegenkundgebung vgl. Dok. 80, Anm. 1.

haltenes sei Wahrheit geworden. Aber das sei *noch nicht der Schlußstein der Erniedrigung*. Ein Volk, daß sich auf dem Wege nach unten befinde, höre nicht so plötzlich auf diesem Wege wieder auf. Voraussetzung für einen Wiederaufstieg sei, daß wir wieder ein einig Volk werden. Das kann auf diesem Wege nicht geschehen. Nicht die alten mit Sünden belasteten Bewegungen werden es tun, sondern nur eine Bewegung, die auf einer neuen Weltanschauung beruht. *Der deutsche Arbeiter schaffe unter den jetzigen Umständen nicht für seine Kinder, sondern für die Kinder der Feinde.* Trotzdem glaube der deutsche Arbeiter noch immer an die Internationale und das Weltbürgertum. Die anderen Völker seien nicht solche *Ideologen*. Wenn es uns aber nicht gelinge, im Lande eine Vermählung der beiden großen Pole, Arbeiter mit der Faust und Arbeiter mit dem Kopf, herbeizuführen und sie alle wieder zu Staatsbürgern zu machen, werde Deutschland als Nation nie wieder auferstehen. Es müßte aber doch mit dem Teufel zugehen, wenn ein Volk, das vier Jahre lang an der Front zusammen gekämpft hat, nicht zu einer solchen Einigkeit kommen würde. Sie müßte dann aber *ehrlich* sein. Mit der heiligsten Überzeugung, daß der eine nicht vom andern übers Ohr gehauen werde. Die Werbekraft der nationalsozialistischen Idee zeige sich überall. Man fürchte ja sogar dieses Auftreten, denn man verbiete ihm nicht etwa das Reden, weil die Menschen nicht kommen, sondern *weil sie zuviel kommen*.

Der *Vertrag von Locarno* werde der Bewegung neue Millionen zuführen, weil mit diesem Tage den Millionen wieder ein Glaube aus der Brust gerissen werde.

Hätte das *Bürgertum*, das einst Deutschland regierte, die Brutalität der Massen besessen, dann wäre es nie vom Throne gestoßen worden. Nicht die Geistigkeit habe Deutschland gefehlt, sondern die *brutale selbstverständliche Kraft der Selbsterhaltung*. Und so sei es auch noch heute! Mehr Verstand können Menschen nicht zusammenbringen als in den Parlamenten, den Gebilden menschlicher Intelligenz. Welche Summen erlauchter Geister in den Parlamenten, welche Auslese aus allen Gebieten des praktischen und unpraktischen Lebens! Und dann sehe man den Erfolg. Man denke sich aus Deutschland alle nationalen Parteien heraus, wäre es dann schlechter geworden? *London* [4], *Genf* [5] und *Locarno wären auch so gekommen*.

Geistigkeit fehlt also den Parteien nicht, aber ihnen fehlt die Kraft, die Willenskraft. Sie haben nicht die Kraft, die Auflösung des Reichstages durchzusetzen. Was sollten sie Mandate kümmern! Aber sie tun es nicht, und so werden wieder so viel für "Ja" stimmen, wie für Annahme des Vertrages nötig ist. Aus diesen Parteien, aus solchem *komödienhaften Vorgehen* kann die Befreiung des Volkes nicht kommen. Die größten Umwälzungen sind *massensuggestive eruptive Evolutionen* [*sic!*] der Volksseele gewesen, nicht abstrakte Geistigkeit und verstandesmäßige Erkenntnis haben die Völker freigemacht, sondern der blinde Glaube von Millionen und der fanatische Wille von Millionen. Das

4 Gemeint ist vermutlich das Londoner Ultimatum der Alliierten vom 5.5.1921 zur Erfüllung der Reparationspflichten. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

5 Gemeint ist vermutlich der Genfer Schiedsspruch des Völkerbundrats vom 12.10.1921, der den mehrheitlich polnisch besiedelten Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zusprach. Vgl. ebenda, S. 133 ff.

können die Parlamentsparteien nicht aufbringen, und das wollen sie auch gar nicht, denn ihr Programm ist ja maßvoll bürgerlich, gedämpft radikal.

Das aber ist nicht der Odem, der einer Freiheitsbewegung vorangeht. Wenn wir unser Volk zur Besinnung bringen wollen, *dann muß die Freiheit erkämpft werden.* Das Volk muß sich die Freiheit *verdienen.*

Unser Programm soll eine *neue Weltanschauung* verkörpern. Wir sind *Sozialisten.* Wir kämpfen fanatisch für die Rechte der Menschen, der ehrlich schaffenden, weil sonst eine nationale Begeisterung sich nicht ehrlich halten kann. Wir wollen aber mit der gleichen Stärke auch die andere Seite pflegen. Wir sind *Nationalisten* bis zum Äußersten.

Seit sechs Jahren treten nur die andern auf den Boden der Tatsachen, aber sie haben nicht den Mut, die neue Tatsache zu gestehen, daß sie kein Nationalgefühl mehr haben. Wenn die Freiheitskämpfer von einst sich auf den Boden der Tatsachen gestellt hätten, wäre Deutschland 1813 niemals frei geworden. Darum führen wir den Kampf gegen diese Tatsachen, weil sie das Volk versklaven. Wir müssen uns die Freiheit verdienen und erkämpfen, dann wird auch der Segen nicht fehlen. Ein Volk aber, das sich auf den Boden der Tatsachen stellt, hat das Recht zum Leben verloren. Darum wollen wir das Volk aufwecken und ihm diese Kraft geben: *den fanatischen Willen und den heiligen Glauben!*

4. November 1925 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

Kurt Schmalz, Nationalsozialisten ringen um Braunschweig, Braunschweig 1934, S. 34-45 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich weiß nicht, ob Sie das Gebrüll von unten herauf hören. Es ist der Empfang, den ich bekomme. Auf der einen Seite wird die kommunistische Partei und die mehrheitssozialistische Partei nicht müde zu sagen, daß wir nur eine Konjunkturbewegung seien, die verschwinden würde, wenn keine Konjunktur mehr dafür da ist, unsere Bekämpfung sei daher überflüssig. - Auf der anderen Seite aber bietet man diesen Riesenapparat auf. Sogar hatte man die Absicht, wenn ich der Vossischen Zeitung glauben darf - und als Börsenzeitung muß sie doch wissen, was die Proletarier wollen -, mir einen Fackelzug zu bringen. Ich kann nur sagen: ich bestaune diese politischen Kinder um ihr schlechtes Unterrichtetsein, sonst würden sie sich doch nicht einbilden, daß sie mich dadurch verscheuchen können, daß sie schreien oder mit Steinen werfen. Das können bloß Jungen glauben, bei denen das Ausreißen zur Tagesordnung gehört. Aber Menschen, die vier-

1 Im Hotel "Sächsischer Hof", von 23.00 bis etwa 23.30 Uhr. Vor Hitler, der zuvor im städtischen Konzerthaus und im "Keglerheim" aufgetreten war (Dok. 80, 81), sprach Georg Ahlemann.

2 Vgl. auch Braunschweigische Landeszeitung vom 6.11.1925, "Was Adolf Hitler zu sagen hatte".

einhalb Jahre im Trommelfeuer gelegen haben, reißen nicht aus, da müssen sie schon Gewalt anwenden. Aber nur zu schreien und zu pfeifen und zu glauben, daß man damit Eindruck schindet, damit zeigt man nur die wahre Verfassung der Parteien. Aber es ist ein trauriges Zeichen in anderer Hinsicht. Die Leute, die da unten stehen, sind Volksgenossen wie wir, wollen am Ende vielleicht ganz dasselbe wie wir, aber sie stehen auf anderem Boden, auf einem Boden, der sie verpflichtet, daß jeder nationalen Bewegung Widerstand zu leisten ist. Sie schreien mir zu: "Hochverräter", ausgerechnet die Angehörigen einer Partei, die einst doch erst durch einen Verrat das Dasein legalisiert erhalten hat, durch den sie, wenn er mißglückt wäre, alle hinter schwedische Gardinen gekommen wären. Die Leute werfen mir "Hochverräter" vor, sie schreien "Reaktionär", "Monarchist". Das sind jene Leute, die eigentlich wissen sollten, daß ich umgekehrt im reaktionären Bayern als "Revolutionär" verschrien werde, daß nicht auf mich geschossen wurde deshalb, weil ich Monarchist gewesen bin und gar reaktionärer Monarchist. Es spricht aus den Leuten eine wahnsinnige Einstellung, die ihnen aber erst die großen Sünden der Vergangenheit beigebracht haben. Was ist nicht gesündigt worden, um diese Verhetzung zu ermöglichen! Schwer haben sich die Fehler der Vergangenheit gerächt. Nie hat man sich um die Massen des Volkes gekümmert, nur wenn man sie brauchte, vielleicht vor einer Wahl als Stimmvieh, dann erinnerte man sich ihrer. Als gleichwertige Mitbürger kannte man sie nicht, ja man führte sie noch nicht einmal, man war zu stolz, zu ihnen herunterzusteigen. Man überließ sie ihrem Schicksal, betrachtete sie als Bürger zweiter Klasse, als Arbeitstiere, mit dem Ergebnis, daß eine Entwicklung wie diese gekommen ist, daß der internationale Jude Führer dieser Massen des Volkes werden konnte. Nie hätte das geschehen können, wenn nicht unser vergangenes politisches Bürgertum in dieser Beziehung die schwersten Sünden auf sich geladen hätte. Aus dieser Erkenntnis heraus ist ja auch allein die Gründung unserer Bewegung verständlich. Wenn Sie in uns nur die nationale Bewegung sehen, verkennen Sie uns vollständig, denn dasselbe sind, mit dem Munde wenigstens, mehr oder weniger alle. Die "Deutschnationale Volkspartei" behauptet von sich, national zu sein, und alle Gruppen um sie herum auch. Das ist häufig eine Stimmungssache und Zweckmäßigkeitsfrage. Sehen Sie sich das Handeln der Parteien an, ihre Richtschnur ist schließlich nichts anderes als das eine: sie brauchen Wähler, oder sie wollen Geschäfte machen. Das ist gewiß traurig zu sagen. Wann aber hat sich unter den Parteien das Nationalgefühl praktisch bewährt? Darunter verstehe ich nicht das Hurrabrüllen, wenn Sonnenschein herrscht, sondern das Bekennen seines Standpunktes, wenn es gewittert und gefährlich ist - und dann erst recht! Tatsachenakrobatik, die von einem Boden auf den anderen mit der Gelenkigkeit eines Kletteraffen sich hinüberschwingt, hat kein Recht, sich [*als*] national zu bezeichnen. Wenn das national wäre, dann, liebe Volksgenossen, könnten wir verzweifeln. Dieses nationale Getue ist das heuchlerischste, was es geben kann. Ein praktisches Beispiel: Da liegt ein Vertrag zum Unterzeichnen vor [3]. Ein Vertrag ungeheuerster Art, der bedeutet, daß wir Deutschen für ewige Zeiten bindend die uns aufgezwungenen Erpressungen anerkennen sollen, daß wir diesen Zustand als den einzig rechtlichen erklären, und daß wir einem Vertrage beitreten, der alle Mächte der Welt verpflichtet, dafür zu

3 Gemeint ist das Vertragswerk von Locarno.

sorgen, daß keine der Bestimmungen gegen Deutschland verletzt wird, und daß alle verpflichtet sind, gegen eine Verletzung dieses unerhörten Erpressungsvertrages aufzutreten. Fragen wir uns, was nun geschieht in diesen Tagen. Sicherlich das gleiche wie sonst. Man "protestiert" zunächst. Aber dann kommt eine schwierige Frage: was weiter tun? Wird der Reichstag aufgelöst? Und dann kriechen alle Parteien zu Kreuze. Wo bleibt da ihre "nationale Begeisterung"? Nehmen Sie die Parteien ganz weg aus Deutschland! Glauben Sie, es hätte schlechter kommen können, als es gekommen ist? Man hätte mehr unterzeichnen können, als unterschrieben ist?

Daher der üble Ruf, in den diese Art von Nationalgefühl geraten ist. Wenn die Massen unten heute "Nieder!" brüllen, dann vergessen wir nicht, daß sie "Nieder!" schreien gegen etwas, das ihrem Auge als etwas ganz Bestimmtes erscheint. Daß sie "Nieder!" rufen gegen einen Nationalismus, der in ihren Augen nur als Hurrageschrei erscheint, der sich aber nicht scheut, mit Franzosen Geschäfte zu machen. So erscheint ihnen dieser Nationalismus, und darum schreien die Leute da unten "Pfui!"!

Wenn Sie aber in unserer Bewegung nur das Nationale in der Form der anderen Parteien sehen, dann kennen Sie diese Bewegung nicht. Wir haben als erste erkannt, daß hier nur eine prinzipielle Verbindung von Nationalgefühl und nationalem Wollen notwendig ist. Darum muß es geschehen, eben diese Masse, und wenn sie heute noch wie Lämmer dastehen, doch zu leiten. Darum gibt es kein größeres Opfer, als an ihre Bekehrung zu gehen. Mancher mag sagen, das sei vergeblich. Sie aber werden sehen: die Bewegung wächst und wächst und wird sich mehr und mehr vergrößern.

Wenn man weiter erklärt, man würde einen praktischen Erfolg nicht erleben, dann kann ich nur fragen: Glauben Sie an die Möglichkeit des Wiederaufstiegs Deutschlands ohne diese Vereinigung? Glauben Sie, daß Deutschland die Ketten der internationalen Versklavung abwirft, ohne daß sein Volk geschlossen dasteht? Niemals! Die Wiederauferstehung ist eine Frage der Geschlossenheit dieses Volkes. Und wenn es das nicht wird, wird Deutschland nie wieder auferstehen. Die Voraussetzungen dazu liegen nicht in der Erkenntnis verstandesmäßiger Dinge, sondern vielmehr im blinden Glauben und fanatischen Wollen. Das beides ist Eigentum und Erbgut der großen Masse. Je kleiner der Intellekt, um so größer der Selbsterhaltungstrieb. Je kleiner die geistige Ausbildung, um so größer das Klammern an den Glauben. Der Glaube ersetzt die Wissenschaft. Je einfacher die Geister leben, um so größer der blinde Glaube!

Der Deutsche, der davon erfüllt ist, ist allein fähig, ein Völkerschicksal zu wenden. Alle wahrhaft großen Bewegungen sind Bewegungen breitester Massen. Gehen Sie zurück in irgendeine große Epoche der Menschheit: Reformation, Revolution, Freiheitskämpfe, immer sind die großen Triebkräfte die fanatische Leidenschaftlichkeit und der blinde Glaube. Wenn wir aber erkennen, daß Glaube und Willenskraft Voraussetzungen sind, dann müssen wir begreifen, daß die Gewinnung der Träger dieser beiden Kräfte, die Gewinnung der Masse, die Vorbedingung ist. Wer die nicht gewinnt, wird niemals das Recht haben, an die Wiederherstellung zu glauben. Durch parlamentarische Beschlüsse ist nichts zu ändern, durch Verträge auch nicht, sondern einzig und allein durch einen anderen Geist. Der Geist prägt sich nach den Worten eines Clausewitz: "Die Schande der freiwilligen Unterordnung ist größer als jede Niederlage, denn aus jeder

Niederlage kann eine neue Erhebung kommen. Die Schande der freiwilligen Unterordnung aber ist wie ein schleichendes Gift, das sich fortfrißt bis in die fernsten Glieder."

Jenen Geist von einst, der sich Bahn brach 1914, vergleiche ihn mit dem Geiste von heute, dem von Locarno. Er ist von jenem Geiste so verschieden, daß er dem ähnelt, den Clausewitz als den verderblichen bezeichnet. Wenn Sie heute Deutschland erheben wollen, muß diese Bewegung von dem Glauben erfüllt sein, den dieser Apostel verkündet, nicht von dem "Auf-dem-Boden-der-Tatsachen-Stehenden". Diese Bewegung wird nicht durch schwankende wissenschaftliche Erkenntnis herbeigeführt, sondern ist erfüllt von fanatischer Überzeugung des eigenen Rechtes und blindem Glauben und eisernem Wollen. Das wird mancher zunächst nicht verstehen, aber prüfen Sie die Ereignisse vom Jahre 1918, ein Zusammenbruch sondergleichen! Was hat ihn herbeigeführt? Verstandesmäßige Gründe haben die Revolution nicht geleitet, sondern der Fanatismus und der blinde Glaube, sich ein Paradies zu schaffen. Es ist eine Hölle geworden. Aber die Masse glaubte damals an ihr Programm und hatte den fanatischen Willen, es durchzusetzen.

Fragen Sie diese Menschen da unten: Kennst du das "Kapital" von Marx? Kennst du die Hauptgrundlagen deiner Bewegung? Wer von ihnen wird das bejahen? Von hundert nicht zwei. Und diese zwei, die es kennen, stehen nicht da unten!

Was heute Weltgeschichte macht, das ist die Kraft, die unbewußt im Glauben liegt. Diese unserem Volkstum wieder zu schenken, ist die oberste und heiligste Aufgabe unserer Bewegung. Wenn das deutsche Volk Zweifel hegt, so kommen sie aus der rein verstandesmäßigen materiellen Auffassung aller Dinge. Wir wägen und prüfen zuviel, und wir vergessen zuviel die Lehren der Geschichte. Vernunftgründe allein hätten auch 1813 Preußen nicht zum Widerstand bringen können. Der beste Beweis dafür ist, daß der Befreiungskampf nicht von einem Träger der Vernunft ausging, sondern vom Schädel eines einfachen Generals Yorck allein, und daß alle Vernünftigen dagegen zeterten und schrien und ihn vor das Schergengericht zerren wollten.

Auch jetzt sind Willen, Kraft und Glaube erforderlich. Das ist die Macht, die dann Völker erheben und - sie zertrümmern kann. Dazu müssen diese Mächte den Nationalsozialismus veredeln. Sie können nicht national sein in dem Sinne, daß Sie mit anderen um die Wette "Hurra" schreien. Damit gewinnen Sie niemand. Wir müssen jedem die Überzeugung beibringen, daß die Bewegung eintritt für das soziale Recht auch des Kleinsten, aber auch die Überzeugung, daß der einzelne Freiheit besitzen muß, den Ertrag seiner Arbeit zu genießen.

Solange wir Sklaven des Auslandes sind, wird es nie eine soziale Umwälzung bei uns geben. Erst an dem Tage der Freiheit wird dann auch der Tag der sozialen Freiheit kommen können. Was wir uns heute fälschlich als sozialen Staat vorstellen, das ist kapitalistischer als je zuvor. Erst die Zukunft wird unser Volk aufwärts führen. Wer verzweifelt, dem kann man nur eins sagen: Mein lieber Freund! Geh' in deine politische Partei, dort hast du keine Ideale. Nur eins: zunächst einmal geh' hin und gib deinen Stimmzettel ab. Bilde dir aber ja nicht ein, daß du etwas an der Wiedererhebung deines Volkes getan hast!

Alle Wahlen, die stattgefunden haben, sind zwecklos und mußten es sein, denn, wenn ein Volksschicksal durch Wahlen erledigt werden könnte, wenn überhaupt, was heute stattfindet, die Wiederaufrichtung sein soll, dann frage ich: Warum haben wir einst viereinhalb Jahre unseres Lebens geopfert, warum sind Millionen gefallen und zum Krüppel geschossen, warum so viele Waisen und Witwen? Warum das alles, wenn der Aufstieg durch Verträge garantiert werden kann? Wenn das möglich wäre, dann waren es Toren, die einst im Glauben an das Vaterland das Höchste, was der Mensch besitzt, das Leben, dahingaben.

Wir Nationalsozialisten werden heute als Phantasten verschrien, aber in Wirklichkeit haben wir seit Jahren prophezeit, was kommen mußte. Was ist bei dem Dawes-Gutachten nicht alles geredet worden! Es sollte daraus die Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft kommen. Und heute haben Sie die Genesung! Im selben Sinne machen wir auch heute noch Front gegen Locarno, und in drei Jahren wollen wir uns wieder sprechen. Wir wissen heute, daß das, was wir sagen, bestehen bleibt.

Ich bin nicht da, um zu betteln und zu bitten: "Treten Sie dieser Bewegung bei." Wir sind nicht dazu da, einen Kniefall zu tun. Arbeiten Sie mit an der deutschen Freiheitsbewegung! Ich stehe hier als Mann und nehme alles auf mich bis zum Ärgsten, denn ich trete für das ein, was ich für Recht halte und für Recht empfinde. Sie brauchen dem nicht zu folgen. Aber klagen Sie auch nicht über den Zusammenbruch Ihres Volkes. Wer nicht tätig ist an der Wiederaufrichtungsarbeit unseres Volkes, hat kein Recht, über den Zusammenbruch zu winseln.

Alles Reden darüber, wie antinational unser Volk ist, nützt gar nichts. Es ist traurig, daß es so ist, aber ein Recht zu klagen hat nur der Mann, der sein Leben lang gearbeitet hat und den das Schicksal schlägt, so daß er zum Schluß sagen muß: es war alles vergebens! Dieser Mann hat das Recht, mit dem Schicksal zu hadern. Aber dennoch wird er sagen können: "Gut, es geht zugrunde, aber was ich tun konnte, das habe ich getan. Die Welt ist schließlich nur ein kleiner Ball im Universum!" Nein! Klagen und winseln soll man nicht, sondern arbeiten. Ich habe mich nicht in die Bewegung hineingedrängt, als sie erst groß war, sondern wir haben diese Bewegung zu sechs, sieben Mann angefangen. Wer glaubt, daß Deutschland so wieder aufsteht, der bleibe uns fern. Wer aber an eine leidenschaftliche Tatbewegung glaubt, die von uns geweckt werden muß, der komme zu uns, und sonst niemand!

12. November 1925 Dok. 83
"Vaterland für Alle" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gera [2]

Bericht der Polizeiinspektion Gera vom 13.11.1925; StA Weimar, MdI, P 167 [3].

In seinen Ausführungen geißelte derselbe [*Hitler*] die Unzufriedenheit unter der breiten Masse infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse und brachte hierbei zum Ausdruck, daß die einzelnen Parteien der Massen zur Bekämpfung des Kapitals nicht den richtigen Weg gegangen seien. Den richtigen Gedanken mögen dieselben zum Teil gehabt haben. Keiner von den Anhängern solcher Parteien habe überhaupt gewußt, was mit der Bekämpfung des Kapitals gemeint sei. Das Kapital, das bekämpft werden müßte, sei das internationale Bank- und Börsenkapital, nicht aber das Wirtschaftskapital. Der Redner brachte dann Ausführungen über den Arbeiterstaat Sowjetrußlands, wobei er an der Hand [*sic!*] von Beispielen Erläuterungen gab, daß Rußland durch die endgültige Vernichtung des Wirtschaftskapitals gezwungen sei, bettelnd an die Bank- und Börsenkapitale heranzutreten. Tschitscherin habe ja bereits solche Schritte unternehmen müssen. Bei diesen Ausführungen stellte Hitler sich gleichzeitig die Fragen selbst über das Widerlegende [*sic!*] der Anhänger dieser Parteien, die sich auch einen Arbeiterstaat zu erringen beabsichtigen. Hitler gab in seinen weiteren Ausführungen kund, daß eine Überbrückung [*sic!*] der Arbeiter der Stirn und der Faust, also der Erfinder und Ansteller und des Schaffenden unbedingt herbeigeführt werden müßte. Rußland und auch die, die denselben Gedanken wie mit Rußland [*sic!*] hegten, zerschlagen diese Brücke, auf welche Weise die Industrie und Wirtschaft zugrundegehen müsse. Der deutsche Arbeiter müsse unbedingt als Nationalgesinnter erzogen werden. Hitler richtete auch an die Rechtsparteien einen scharfen Appell, indem er diesen erläuterte, daß nur eine bessere Wirtschaft, ein auskömmliches Dasein die arbeitende Masse auf diesen Weg leiten würde. Der deutsche Arbeiter habe im Weltkrieg nicht für sich, sondern für das seinerzeit noch nationale deutsche Vaterland, mit diesem auch [*für*] das Kapital, also die bessergestellten Kreise, gekämpft, was nicht vergessen werde dürfe. Redner streifte auch den Gedanken des Militarismus und zerlegte durch Selbststellung von Fragen die Grundlagen des Militarismus im allgemeinen. Am Schlusse dieser Zerlegungen hob er besonders hervor, daß sowohl bei einem Lande mit großer Militärmacht und der allgemeinen Wehrpflicht, als auch bei einem Lande mit einer kleinen Söldnertruppe Militarismus vorhanden sein könne, aber durchaus nicht vorhanden sein müsse.

---

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Lokal "Heinrichsbrücke", von 20.15 bis 22.45 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 1.800 Personen teil. Den Großteil der Teilnehmer stellten auswärtige NSDAP-Ortsgruppen. Vor Beginn und nach Versammlungsschluß kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Teilnehmern einer kommunistischen Gegendemonstration.

3 Vgl. auch Geraisches Tageblatt vom 14.11.1925, "Die Hitlerversammlung"; Geraer Zeitung vom 14.11.1925, "Adolf Hitler in Gera"; Ostthüringer Arbeiter-Zeitung vom 14.11.1925, "Der Harlekin Hitler in Gera"; Ostthüringer Tribüne vom 14.11.1925, "Adolf Hitler, heil!"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 14.11.1924, "Unruhen in Gera"; VB vom 14.11.1925, "Hitler in Gera".

Im Zusammenhange mit den Ausführungen über das internationale Börsen- und Bankkapital kam Hitler auch auf die Judenfrage zu sprechen. Er hob dabei hervor, daß dieses untätige Bank- und Börsenkapital, welches seinen Besitzern mühelos die größten Gewinne bringe und abwerfe, fast vollständig sich in den Händen der Juden befände. Hitler stellte dann Vergleiche zwischen dem Bank- und Börsenkapital und dem werbenden Kapital der Betriebsunternehmer an. [4]

19. November 1925 Dok. 84
"Nationaler Sozialismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Jena [2]

VB vom 24.11.1925, "Adolf Hitler in Jena" [3].

Mit wenigen genialen Strichen wird die Erhebungszeit von 1806 bis 1813 wachgerufen. Sieben Jahre nach der Niederlage von 1806 kam Leipzig. Sieben Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918 haben wir Locarno. Die großen Extreme in der ganzen Ausschließlichkeit ihres Wesens werden in Erinnerung gebracht: Clausewitz, der Vertreter des politischen Willens, der Würde und Ehre um jeden Preis, und auf der anderen Seite der Freiherr vom Stein, der Vertreter der staatspolitischen Weisheit und der sozialen Gerechtigkeit. Die Regierung um 1806 war schwach, aber sie war vaterlandsliebend und ließ einer sich bildenden willensstarken nationalen Minorität die Bewegungsfreiheit, die die Befreiung von 1813 brachte. Die heutige Regierung ist schwach *ohne* diese glühende Vaterlandsliebe. Die damaligen Befehle des Feindes fanden Widerstand. Die heutigen Befehle des Feindes werden unbedenklich von deutschen Knechten ausgeführt. Die damalige von Napoleon uns befohlene Abrüstung führte schließlich zum Gegenteil, zur Verstärkung. Und heute? - Hitler verliest als Dokument der Zeit das Bekenntnis von Clausewitz [4], den er mit glühender Liebe verehrt. Welcher Volksredner darf sichs leisten, fast zwei gedruckte Seiten vorzulesen? Von Hitlers Vorlesung aber geht eine ungeahnte Wirkung aus, er überträgt die Begeisterung des Bekenntnisses und seine Begei-

---

4 Folgt Bericht über die Zusammenstöße.

1 Titel laut Inserat der NSDAP-Ortsgruppe Jena in der Jenaischen Zeitung vom 9.10.1925.

2 Im großen Saal des Volkshauses, von 20.30 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht der Jenaischen Zeitung etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Gaugeschäftsführer Fritz Sauckel geleitet. Den Großteil der Teilnehmer stellten auswärtige NSDAP-Ortsgruppen. Die KPD hatte zu einer schwach besuchten Gegendemonstration aufgerufen.

3 Vgl. auch Jenaische Zeitung vom 20.11.1925, "Hitler in Jena"; Jenaer Volksblatt vom 20.11.1925, "Also sprach Adolf Hitler"; Das Volk vom 20.11.1925, "Adolf Hitler, ein Heldenleben in Wort und Tat"; VB vom 21.11.1925, "Adolf Hitler in Jena". Sowie Stadtdirektor von Jena an thür. Innenministerium vom 22.11.1925; StA Weimar, MdI, P 167.

4 Es handelt sich um die Bekenntnisdenkschrift vom Februar 1812. Druck: Werner Hahlweg (Hrsg.), Carl von Clausewitz. Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Göttingen 1966, Bd. 1, S. 682 ff.

sterung für Clausewitz auf die Zuhörer. Wort für Wort ist für unsere Zeit geschmiedet und sitzt. Der erste Grund, warum eine Auferstehung heute kaum möglich: Es fehlt der Glaube an die Würde des deutschen Volkstums. Wo ist heute ein Staatsbürger, ein Beamter oder anderer Beruf von solcher Gesinnung? - Für jeden ist heute die Wirtschaft und wieder nur die Wirtschaft der einzig maßgebliche Faktor.

Der zweite Grund, warum wir so schwer aufstehen: Der Arbeiter hat kein Interesse mehr an den damals noch lebendigen Begriffen von Freiheit und Würde. *Dabei setzt eine Befreiung aus wirtschaftlichem Elend die nationale Freiheit des Vaterlandes voraus.* Im freien nationalen Staat hat der Arbeiter mindestens die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. Im versklavten Staat kann er das nicht mehr. Er braucht die Freiheit des Staates. Vom unfreien Unternehmer ist nichts zu erwarten. An Hand der Reichseisenbahnentwicklung legt Hitler, gestützt auf hervorragendes Sachmaterial, die ganze Mißwirtschaft und Unfreiheit und den Tiefstand unseres nationalen und sozialen Lebens dar. *Soziale Rechts*ansprüche haben im versklavten Staat ein Ende. *Der Feind hat kein Interesse an unseren sozialen Rechtsfragen, unsere Eisenbahn ist ihm nichts als ein Geschäft.* Er denkt nicht daran, uns zu einer sozialen Gesundung zu verhelfen, die uns widerstandsfähig machen und zum Befreiungskampf führen würde. Die Sozialdemokratie lebt im Irrwahn. Auch eine sozialistische Regierung in den Siegerstaaten wird immer unfähig sein, auf den Tribut des Besiegten zu verzichten. Redner behandelt dann die Frage, *wer* uns heute regiert. Das Volk sich selbst? - Unsere Regierungen? - Nein! - Volk und Regierung erfüllen nur und gehorchen dem Auslande. Welchen Instanzen des Auslandes? - Dem Kapitalismus, der die ausländischen Staaten regiert. Jetzt werden Presse und öffentliche Meinung mit starkem Sarkasmus unter die Lupe genommen. Die Fragen nach der Kriegshetze, Kampflähmung und Nutznießung aus dem Kriege werden eingehend erörtert. Träger der Verhetzung war nicht unsere nationale Wirtschaft, sondern das *internationale Börsen- und Bankkapital. Und dieses ist auch der Sieger des Krieges gewesen.* Kampf gegen das Kapital! Hat ihn die Sozialdemokratie wirklich geführt? - Scheinbar mit Erfolg nur gegen das Kapital der kleinen und mittleren Sparer, deren Kapitalismus [*sic!*] allerdings restlos dahin ist, während das Kapital der Banken gesünder wie je dasteht.

Hitler kommt auf das große Arbeiterproblem zu sprechen. Nicht an *den* wendet er sich, der durch Bildung und Leben an die Größe des Vaterlandes ohne Mühe glauben und an der Schönheit des Vaterlandes teilnehmen kann. Er will zu denen sprechen, die im Elend leben, der höheren Güter nicht teilhaftig werden können und zur Vaterlandsliebe in der Tat kaum die natürlichen Voraussetzungen haben. *Diese zum nationalen Gedanken zu führen, ist unsere große nationalsozialistische Aufgabe.* In breiteren theoretischen Ausführungen, die aber mit bewundernswerter Anschauung belebt sind, analysiert Hitler den Begriff des Kapitals, des Kapitalismus und der Wirtschaft. Aus allem ragt die immer wieder betonte Schöpferpersönlichkeit, gleichviel ob in Industrie oder in Kunst, heraus. Die *Persönlichkeit*, nicht *Masse Mensch* ist Begründer, Erfinder und Organisator. Angelangt beim Wesen des Leihkapitals kommt er zur Rassenfrage, speziell zur *Judenfrage*. Die Wahrheiten, die jetzt fallen, sind bitterernst, hie und da mit bitterem Spott gewürzt. Der ganze Schwindel unserer Staatswirtschaft wird erbarmungslos bloßgestellt.

Schöne Sanierung das, was man heute erlebt! Hitler ruft fragend die Millionen gefallener Söhne, die das Opfer ihres Blutes brachten, an, und die atemlose Hörerschaft vernimmt die gräßliche leibhaftige Antwort. Sie mahnt aber auch zur Willensentwicklung nach oben. Unsere Bewegung hat die Kraft, weil sie die Einsicht und weil sie den Mut zu ihr hat. Die Vermählung des nationalen Gedankens in seiner radikalsten Form mit dem sozialen Gedanken wird den Arbeiter der Stirn und den Arbeiter der Faust zusammenbringen, ohne deren Gemeinsamkeit keine Auferstehung unseres Vaterlandes sein wird. [5]

21. November 1925 Dok. 85
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ansbach [1]

Fränkische Zeitung vom 24.11.1925 (MA), "Adolf Hitler in Ansbach" [2].

Im Herbst 1806 erlitt die Macht Preußens einen ähnlichen Zusammenbruch wie wir am Schlusse des Weltkrieges; es traten damals ähnliche Zersetzungs- und Selbstentwürdigungserscheinungen auf wie hier, und man glaubte, das goldene Zeitalter sei nunmehr gekommen. Schon nach sieben Jahren aber hatte sich der preußische Staat dank der Wirksamkeit von Männern wie Scharnhorst und Stein wieder erhoben, auf dem Schlachtfelde von Leipzig konnte die Freiheit zurückgewonnen werden. Heute stehen wir sieben Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918 nicht vor einem neuen Leipzig, sondern vor einer Vervollständigung und Verewigung unserer Niederlage für alle Zeiten. Gerade wir Nationalsozialisten müssen heute als Rufer im Streite dastehen, als Bekenner zu einem größeren und besseren Deutschland; die anderen werden es nicht schaffen. Leipzig war möglich, weil zwei Männer dafür eintraten, daß alles andere dem Gedanken an die Erhaltung der Ehre der Nation untergeordnet werden müsse; Stein wußte aber, daß zu einer fanatischen Freiheitsliebe auch die unbedingte Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit gehöre. So sollten wir heute ebenfalls denken. Als Freiheitsbewegung muß der Nationalsozialismus notwendigerweise auch Kampf führen, um dem deutschen Volke eine neue Entwicklungsgrundlage zu geben. Der Herrgott ist nicht dazu da, ein faules Volk zu bereichern, sondern alles, was wir zu erlangen wünschen,

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Onoldia-Saal, von 21.00 bis 22.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 400 (Fränkische Zeitung: 1.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Wilhelm Grimm geleitet. Am Nachmittag hatte in Ansbach eine Tagung der Ortsgruppenführer Mittelfrankens stattgefunden, auf der Hitler ebenfalls eine längere Rede gehalten haben soll.

2 Vgl. auch Fränkische Zeitung vom 23.11.1925 (AA), "Nationalsozialistische Versammlungen"; VB vom 27.11.1925, "Adolf Hitler in Ansbach". Sowie Bericht des Stadtkommissars Ansbach an Regierung von Mittelfranken vom 24.11.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1738. Lagebericht Nr. 7540/II der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.12.1925; StA München, Polizeidirektion München 6779.

muß erkämpft werden. Wir Nationalsozialisten können nicht dem einzelnen die Freiheit geben, daß er sich selbst seine Ideale bildet, sondern müssen einen jeden, der zu uns gehören will, zum Eintreten für ein ganz bestimmtes Programm verpflichten; sonst wäre die notwendige geschlossene Kampfgemeinschaft nicht zu erreichen. Nicht ein loser Haufe von Menschen, sondern nur eine Bewegung mit einheitlichem Tatwillen kann uns helfen. Wenn bei einer Abstimmung wie die über Locarno jeder nach seinem Belieben entscheiden darf, kann man den Kampf gegen jüdische Geldmacht und Marxismus nicht führen; nicht aus Mangel an Ideen, sondern wegen des Zuviel an Ideen müssen wir als Nationalsozialisten in die freie Meinungsbildung eingreifen. Wer sich unserem ganz bestimmten Programm nicht unterordnen kann, gehört nicht zu uns. Die Bereitwilligkeit zur Verteidigung des Vaterlandes nützt für sich allein noch nichts, ein wertvoller Mitkämpfer ist nur, wer unter Verzicht auf Geltendmachung der eigenen Meinung sich dem Ganzen einordnet. Erst wenn eine Idee eine bestimmte verpflichtende Gestalt erhält, kann eine neue Bewegung daraus werden. Jede Vertretung einer Idee wird, solange diese nicht die Grundlage der gesamten Staatsauffassung bildet, Partei sein. Um den Unterschied zwischen Partei und Weltanschauung klarzustellen, ist z. B. zu fragen: wieso sind wir und die Kommunisten Weltanschauung, die Deutschnationalen aber nicht? Wenn heute die Deutschnationalen zur Macht gelangen, würden sie Partei bleiben und so regieren, daß sich im großen ganzen an den Verhältnissen nicht viel ändern würde - wozu als Beispiel die Reichspräsidentenwahl mit ihren Folgen angeführt werden kann. Wenn aber die Kommunisten ans Ruder kommen, würde die ganze Staatsauffassung eine Umwälzung von Grund aus erfahren. Ebenso setzt sich jetzt in Italien der Faschismus rücksichtslos durch, während eine bloße Partei nur Parteiziele erreicht sehen will. Die nationalsozialistische Partei ist zunächst eine Partei wie andere auch, ihr Ziel aber ist, grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen.

In der Geschlossenheit einer Bewegung sieht die breite Masse den Beweis für ihre Wahrheit, andernfalls wird sie den Glauben, der Berge versetzen kann, nicht gewinnen. Den Moltkeschen Grundsatz: Getrennt marschieren, vereint schlagen, kann man hier nicht geltend machen; das getrennte Marschieren ist ja dort auch nur ein Ausfluß des Willens der obersten Befehlsführung. Wenn man heute auf politischem Gebiet allen Freiheit geben wollte, kommt man in der kritischen Stunde nicht zusammen. Voraussetzung für die Geschlossenheit ist Sicherstellung der einheitlichen Vertretung der vollständig einheitlichen Grundauffassung, also Propaganda durch ein allgemein verbreitetes Zentralorgan, das nach ganz bestimmten einheitlichen Richtlinien geleitet wird. Den gleichen Zweck verfolgen die Flugblätter, und drittens hat hier der Redner mitzuwirken. Alle großen Umwälzungen sind durch große Redner, nicht durch große Schriftsteller herbeigeführt worden. Wie wenige von den Sozialdemokraten haben Marx selber gelesen? Nur das gesprochene Wort nach Marx erfaßte die Massen. Der Redner weiß besser als der Schreiber, zu wem er spricht, er hat die lebendige Korrektur des gesprochenen Wortes in dem Verhalten der Zuhörer vor sich, andererseits hat er viel mehr die Möglichkeit, Begeisterung zu erwecken, die ihn selber immer wieder weiter treibt. Alle Religionen sind bezeichnenderweise auf das gesprochene Wort aufgebaut, ebenso war es bei allen großen Massenbewegungen der Geschichte, auch die Revolution von 1918 wurde

erst durch das revolutionäre Herantreten an die Masse zur Tatsache. Gleicherweise sind Streiks nur durch rednerisches Einwirken zu verwirklichen. Jede junge Partei ist also gezwungen, den Hauptwert bei ihrer Propaganda auf das gesprochene Wort zu legen. Das Kino könnte noch stärker wirken und, wenn es in Händen von Deutschen wäre, das Volk zur Ekstase bringen, wie es heute leider nur zur Vergiftung führt.

Zu den Mitteln, mit denen die Bewegung kämpfen muß, gehört ferner die Organisation. Was sich gegenseitig streitet, ist nicht Bewegung, und wer heute im völkischen Lager nichts weiter zu tun hat, als andere Völkische herabzusetzen, ist nicht völkisch und war es nie gewesen. Daß wir heute nach fünf Jahren stärker dastehen wie je, verdanken wir dem Umstande, daß wir jeden auf unser Programm verpflichten. Wir wissen ganz genau, daß wir einer Riesenmacht wie dem Marxismus nicht mit einem Gemisch verschiedener Meinungen beikommen können, sondern nur mit einem einheitlichen Programm und einem einheitlichen Glauben. Solche, die im gleichgesinnten Kreise gegen andere hetzen, pflegt man vor Tausenden von Kommunisten nicht zu sehen. Die Organisation ist nicht dazu da, ganz Gleiche zusammenzufassen, sondern ganz Ungleiche einer über ihnen stehenden Idee dienstbar zu machen. Man sagt, der Charakter lasse das nicht zu; aber die größte Tat vollbringt doch der, der anderen die Hand reicht zur Verwirklichung einer gemeinsamen hohen Idee. Wie am 27. Februar 1925, so habe ich heute hier das Recht, euch alle aufzufordern, in die alte Bewegung wieder hereinzugehen. Wer am 27. Februar nicht zu mir kommen konnte, hat damit bewiesen, daß er nie zu uns gehörte. Die Sitzung von jenem Tage tat dar, wer aus Idealismus gehandelt hat. In unserem Lager darf es keinen Kampf zwischen einzelnen Führern geben, sondern nur Arbeit und wieder Arbeit. Den Siegeszug unserer Bewegung wird niemand aufhalten, überall schreiten wir glänzend vorwärts, so jetzt auch im Rheinland und Westfalen, und ich bin überzeugt: Diese Bewegung bricht keine Macht der Welt. (Heilrufe.)

Man wird mich fragen: Haben Sie auch Konjunktur? Darauf erwidere ich: Unsere Konjunktur ist 1. die Schlechtigkeit der Gegner und 2. das Unglück des Vaterlandes. Wenn Locarno die Sanierung bedeuten soll, dann wäre allerdings aller Kampf zwecklos, auch schon die Toten von 1866 und 1870 wären dann umsonst gefallen, denn eine Sklavenkolonie hätten wir schon immer werden können. Wir Nationalsozialisten klammern uns aber an den Glauben an ein besseres zukünftiges Deutschland. Nur durch immensesten Kampf kann Deutschland frei werden, und unsere Aufgabe ist es, diesen Kampf vorzubereiten. Jeder muß dabei wissen, daß er den Kampf auch für die eigene Freiheit führt. Unsere Gegner ahnen unsere Größe und deshalb hassen sie uns. Ich richte an Sie die heilige, dringende Bitte: Haben Sie Vertrauen zur Führerschaft, reichen Sie sich untereinander die Hand und denken Sie an die Notwendigkeit, sich zu vereinen, um dem Vaterlande zu helfen. Sie haben auch die Pflicht, den Führern den Rücken zu decken. Mit unserem Werk stehen und fallen wir. Jeder von uns hat dem Dienste an unserer Sache seine beste Manneskraft geopfert und wir werden es weiter tun; dann aber sind Sie auch zur unbedingten Treue verpflichtet, in der vollen Zuversicht, daß aus dieser Treue einst ein großer Lohn kommen wird. Der Glaube an Deutschlands Zukunft ist begründet auf Ihrer Treue untereinander und zu den Führern! [3]

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. November 1925 Dok. 86
Erklärung

Münchener Post vom 2.12.1925, "Habt acht!".

An die Schriftleitung der Münchener Post

In Nr. 271 Ihres Blattes schreiben Sie unter "Auf den Spuren der Reaktion", daß der "Fabrikbesitzer" Dr. Tafel [1] "es ja als Intimus Hitlers und Geldgeber der nationalsozialistischen Bewegung wissen mußte, daß Hitler 'vernünftig' werde und von der 'Brechung der Zinsknechtschaft' ablasse".

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, folgende Berichtigung zu bringen:

1. Ein Dr. Tafel als "Fabrikbesitzer" ist mir nicht bekannt.
2. Es ist unwahr, daß ein Dr. Tafel je mein "Intimus" gewesen wäre.
3. Es ist unwahr, daß ein Dr. Tafel "Geldgeber" der nationalsozialistischen Bewegung war oder ist.
4. Es ist unwahr, daß ich mich einem Dr. Tafel gegenüber über das Problem der Brechung der Zinsknechtschaft je in obigem Sinne geäußert habe. [2]

München, den 25.11.[*19*]25

Adolf Hitler

---

1 Paul Tafel (1872-1953), 1892-1899 Offizier, 1911 Dipl.-Ing., 1912 Dr. Ing., Mitglied des Alldeutschen Verbandes und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 Verfasser von "Das neue Deutschland. Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage", Mitglied der DAP/NSDAP, 1920-1923 Vorsitzender des antirepublikanischen Bayer. Ordnungsblocks, 1928-1931 Abteilungsleiter beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, 1931 Übersiedelung nach Tirol.

2 Zu diesem Dementi nahm die sozialdemokratische Münchener Post anschließend wie folgt Stellung:
"Ad 1. Hitler treibt hier ein Spiel mit Worten; er reitet auf dem 'Fabrikbesitzer' herum wie der Schulbub auf dem Geißbock. Es war nicht Tafel senior, sondern Dr. Paul Tafel junior der *Ordnungsblöckler*, Jahrgang 1920. Dieser Dr. Tafel ist so ziemlich der ganzen politischen Welt Bayerns bekannt, nur der bayerische Mussolini en miniature und in der Einbildung will ihn nicht kennen.
Ad 2. Richtig: Se[*ine*] paschamäßige Selbstherrlichkeit eigener Erneuerung, Hitler, schwebt ja über den Wolken; ihm die Freundschaft mit einem Staubgeborenen zu insinuieren, ist Majestätsbeleidigung. Also sagen wir anstatt 'Intimus' Befehls- oder vertrauter Ideenempfänger Seiner Selbstherrlichkeit. Allah ist Allah und Dr. Tafel ist nur sein Prophet.
Ad 3. Unsere 'Nationalen', allen voran die Nationalsozialisten, haben mit dem Klingelbeutel so ziemlich die ganze Welt, insbesondere Industrie und Handel, abgeschnorrt und nur an den Nürnberg-Fürther Industrie- und Handelskapitanus, einschließlich der Tafelschen, sind sie mit den Händen in den Taschen vorbeigegangen. Übrigens: Woher nimmt Hitler das Recht, hier im Namen der ganzen nationalsozialistischen Bewegung zu 'berichtigen'?
Ad 4. Wir haben unsere *Quelle* angegeben: die Freiin v. Watter. Mit dieser edlen Dame, die in der 'nationalen' Bewegung in München in den Jahren 1920/21 - um *die* handelt es sich - eine ungemein geschäftstüchtige und, wie es scheint, außerordentlich einflußreiche Rolle gespielt hat, mag sich Adolfus der Braunauer auseinandersetzen."
Daraufhin erfolgte am 28.12.1925 eine erneute Erklärung Hitlers. Vgl. Dok. 96.

26. November 1925 Dok. 87
Erklärung

Münchener Post vom 2.12.1925, "Habt acht!".

An die Schriftleitung der Münchener Post

In Nr. 271 Ihres Blattes schrieben Sie unter "Auf den Spuren der Reaktion" von der Großdeutschen Zeitung [1] als dem "Nachfolgeblatt des Völkischen Beobachters".

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie als Herausgeber des Völkischen Beobachters folgende Berichtigung zu bringen:

Es ist unwahr, daß die Großdeutsche Zeitung "Nachfolgeblatt" des Völkischen Beobachters war.

Wahr ist, daß die Großdeutsche Zeitung weder mit dem Beobachter noch mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das geringste zu tun hatte, sondern ein unabhängiges Organ war. [2]

München, den 26.11.[*19*]25

Adolf Hitler

1 Die "Großdeutsche Zeitung. Tageszeitung für nationale und soziale Politik und Wirtschaft" war das Organ der von Julius Streicher und Hermann Esser geleiteten Großdeutschen Volksgemeinschaft, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP. Sie erschien von Februar bis Mai 1924 in München.

2 Zu diesem Dementi nahm die sozialdemokratische Münchener Post anschließend wie folgt Stellung: "Die Großdeutsche Zeitung ist kurz nach dem Verbot des Völkischen Beobachters auf- und dann auch kurz vor dem Wiedererscheinen des letzteren wieder zugemacht worden. Allgemein und gerade in den *nationalsozialistischen* Kreisen hat man sie mit Recht als Ersatz für den Völkischen Beobachter betrachtet. Die Nationalsozialisten, deren Gedächtnis etwas weiter als nur von 12 Uhr bis mittag reicht, werden denn auch über diese 'Berichtigung' Adolfi nicht wenig erstaunt sein. Daß man sich hütete, *offiziell* die Großdeutsche Zeitung als Nachfolgeblatt des Völkischen Beobachters und als Organ der 'Nationalsozialistischen Arbeiterpartei' auszugeben, versteht sich von selbst; sie wäre ja sofort ebenfalls verboten worden. Sie mußte *offiziell* als 'unabhängiges Organ' erscheinen. Adolfus selbst hat die Großdeutsche Zeitung erst in dem Moment abschütteln lassen, als er befürchten mußte, in den Kreisen, die das Blatt geistig und finanziell betreuten - und dazu gehört in vorderster Linie Dr. Tafel - eine unerwünschte Konkurrenz im Wettlauf um die 'Retttung Deutschlands' zu erhalten."
Daraufhin erfolgte am 28.12.1925 eine erneute Erklärung Hitlers. Vgl. Dok. 95.

27. November 1925 Erklärung

Dok. 88

VB vom 28.11.1925, "Aus der Bewegung".

Erklärung!

Der in Berlin unter dem Namen "Wahlvorschlag Nr. 15 der N.S.D.A.P." zu den Provinziallandtagswahlen eingereichte Wahlvorschlag [1] hat keine Gültigkeit. Die Einreicher dieses Vorschlags sind weder hierzu befugt, noch sind sie überhaupt eingeschriebene Mitglieder der N.S.D.A.P.

München, den 27. November 1925

gez. Adolf Hitler

1 Der "Wahlvorschlag Nr. 15 der N.S.D.A.P.", der nur für die Gesamtprovinz Brandenburg unterbreitet worden war, erhielt bei der Wahl zum Provinziallandtag am 29.11.1925 3.440 gültige Stimmen (0,4 %). Vgl. Falter, Wahlen, S. 102. Der Wahlvorschlag selbst konnte vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv (vormals StA Potsdam) nicht ermittelt werden.
Die NSDAP-Parteileitung hatte in einem Rundschreiben vom 9.9.1925 die Beteiligung an den Provinziallandstags- und Kreistagswahlen in Preußen mit der Begründung abgelehnt, daß "mit eventuellen Mandaten weder eine Aufwandsentschädigung noch die Immunität verbunden ist und infolgedessen die für uns ausschlaggebenden materiellen Gründe für eine Wahlbeteiligung von vornherein wegfallen". Auch sei die Parteiorganisation noch zu schwach, um sich mit Erfolg an Wahlen beteiligen zu können. Vgl. Rundschreiben an die norddeutschen Gauleitungen der NSDAP vom 9.9.1925; IfZ, Fa 104/1.

1. Dezember 1925 "Bedenkliche Methoden" Artikel

Dok. 89

VB vom 1.12.1925.

Der "Völkische Kurier" [1] bringt unter obiger Spitzmarke folgende Auslassung:

["]In einem Rundschreiben der N.S.D.A.P., Ortsgruppe Würzburg, an ihre Mitglieder vom 23. Okt. 1925, gezeichnet Hummer (?) [2], heißt es:

'Laut Anordnung der Parteileitung ist es jedem eingeschriebenen Mitgliede der N.S.D.A.P. untersagt, zahlender Bezieher des 'Völkischen Kuriers' zu sein. Ich gebe dies hierdurch bekannt und erwarte, daß die wenigen, die den 'Kurier' lesen, diesen sofort abbestellen. Der 'Völkische Kurier' hat alles getan, um die Reihen der N.S.D.A.P. zu unterwühlen.'

Der Vorsitzende der N.S.D.A.P. ist Adolf Hitler. Adolf Hitler weiß, daß der 'Völkische Kurier' General Ludendorff nahesteht und sich den Auseinandersetzungen innerhalb der völkischen Bewegung nach Möglichkeit ferne gehalten hat. Er weiß auch, daß der 'Völkische Kurier' vor allem zur Zeit seiner Inhaftierung als einzige Zeitung für ihn und seine Bewegung unerschrocken gekämpft und aber auch nach seiner Entlassung, insbesondere seit dem Redeverbot, sich jederzeit kräftig für ihn eingesetzt hat. Bekanntlich war es auch ein Schriftleiter des 'Völkischen Kuriers', der wegen seines scharfen Kampfes für die Redefreiheit Adolf Hitlers und anderer Führer der N.S.D.A.P. von einem Münchener Gericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Wir halten es daher für ausgeschlossen, daß die oben angeführte Anordnung der Parteileitung von Adolf Hitler gutgeheißen worden ist, wir müssen vielmehr glauben, daß es sich um eine Eigenmächtigkeit eines anderen Mitgliedes der Parteileitung oder des betreffenden Ortsgruppenführers handelt. Denn Adolf Hitler wird sich sagen, daß eine solche Anordnung, von jeder Wertung abgesehen, vollkommen zweckwidrig ist. Entweder lesen tatsächlich nur wenige Mitglieder der N.S.D.A.P. den 'Völkischen Kurier', dann ist der Sinn einer so kleinlichen Maßnahme nicht einzusehen, oder aber die Zahl der Bezieher des 'Völkischen Kuriers' in den Reihen der N.S.D.A.P. ist ziemlich groß, dann werden diese Leute ihren Grund dafür haben und das offenbar von der Parteileitung als Stichwort gegebene Argument gegen den 'Völkischen Kurier' aufs schärfste mißbilligen. In jedem Fall müssen solche Maßnahmen auf anständig denkende Männer und Frauen der völkischen Bewegung einen für die Parteileitung nicht gerade sehr schmeichelhaften Eindruck machen. Sie werden sich sagen, daß es um eine Sache schlecht stehen muß, wenn man sie mit solchen Mittelchen zu stützen versucht. Es ist das gute Recht der Parteileitung der N.S.D.A.P., von ihren eingeschriebenen Mitgliedern den Bezug des 'Völkischen Beobachters' zu verlangen, sie aber zu einer Stellungnahme gegen ein Bru-

1 Vom 26.11.1925.
2 Nicht ermittelt.

derblatt zwingen zu wollen, wie sie in gleicher Schärfe nicht einmal gegenüber den bekannten jüdischen Blättern gefordert wird, ist unsittlich und richtet sich bei denkenden Menschen von selbst.

Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um Adolf Hitler als den Parteiführer der N.S.D.A.P. zu veranlassen, dafür zu sorgen, daß solche ihn selbst am meisten diskreditierenden Maßnahmen in Zukunft unterbleiben.["]

Nachdem sich der "Völkische Kurier" in diesen Ausführungen bemüßigt fühlt, mich persönlich zu einer Stellungnahme zu veranlassen, will ich nicht versäumen, diesem Wunsche nachzukommen.

Die erwähnte Anordnung der Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei ist nicht nur nicht gegen meinen Willen erfolgt, sondern mit demselben. Ich denke deshalb auch gar nicht daran, dieselbe nachträglich einzuschränken oder gar zu mißbilligen.

Der "Völkische Kurier" glaubt, daß ich wissen müsse, daß dieses Organ doch dem General Ludendorff "nahestehe". Es ist also doch schon wieder ein ganz leichter Versuch, nach bewährtem Muster die Anordnung der Parteileitung mit Pfiffigkeit und Schläue nach und nach zu einem Angriff gegen den General zu verdrehen. Um dem von vorneherein die Spitze abzubrechen, erlaube ich mir zu bemerken, daß ich tatsächlich nicht wüßte, inwieweit das Blatt dem General nahe oder fernesteht, wenn eben nicht die selbstgedruckten Behauptungen eine solche Verbindung dauernd betonen würden und in gegebenen Zeiten, sei es zum Fang von Interessenten oder Abonnenten, dick und fett den Lesern zur Kenntnis brächten. Allein dies tut auch gar nichts zur Sache. Denn die Forderung der Parteileitung wurde nicht erhoben, weil dieses Blatt dem General nahesteht, sondern weil es sicherlich noch viel näher dem national-sozialen Volksbund [3] steht, am nächsten zum mindesten all denen, die seit dem 27. Februar [*1925*] unermüdlich versuchen, von außen in unsere Partei hereinzustänkern, um dann mit scheinheiligem Augenaufschlag sehr salbungsvoll "von der Notwendigkeit einer Beendigung des Kampfes im völkischen Lager" zu reden. Denn wenn der "Völkische Kurier" weiter erklärt, daß er sich den "Auseinandersetzungen" innerhalb der völkischen Bewegung nach "Möglichkeit" ferne gehalten hat, so kann diese seine Meinung denn doch nur in einer sehr großen Harmlosigkeit, um sich nicht schärfer auszudrücken, ihre Begründung finden. Denn das Gegenteil von dem Behaupteten ist richtig. Die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei hat sich in den letzten Monaten in unermüdlicher Tätigkeit wieder ihre alte Position erkämpft. In den schlimmsten und bösesten Gegenden Deutschlands trägt sie heute wieder ihre Flagge siegreich vorwärts. In ihren Reihen gibt es wirklich nur Arbeit, und alle die Führer, die sich am 27. Februar [*1925*] und den folgenden Tagen gegenseitig mit dem Versprechen in die Hand schlugen, das Vergangene zu vergessen und der Zukunft niemals mehr das Schauspiel der Vergangenheit zu bieten, sondern treu und ehrlich zusammenzustehen im großen Kampf für die Freimachung

3 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden. Zum Konflikt mit dem Volksbund vgl. auch Dok. 70.

unseres Volkstums von seinen inneren und äußeren Feinden, haben ihr Wort gehalten. Die letzten Monate waren Zeugen der aufopfernden Tätigkeit, des großen Kampfes unserer Bewegung nach außen und des brüderlichen Friedens im Innern. Wenn dann ein kleiner Klub von Stänkerern, deren positive Arbeit für die völkische Idee bisher gleich Null war, diesen Zustand nicht zu ertragen vermag, sondern in kleinen Konventikeln hetzt, verleumdet, Flugblätter und Broschüren verbreitet, dann hat niemand das Recht, "von einem Kampf" oder von "Auseinandersetzungen" in der "völkischen Bewegung" zu schwätzen. Diese Burschen gehören nicht zur völkischen Bewegung, sondern sind Ephialtesse [*sic!*] [4], die der kämpfenden Truppe in den Rücken fallen, politische Leichenfledderer, die zu allem Überfluß aber noch die Frechheit besitzen, das Wort völkisch zum Schutzschild ihrer Niedertracht herab zu degradieren. Alle diese Stänkerer wären aber gänzlich unbedeutend und in ihrer Tätigkeit wirkungslos, wenn sich nicht Organe finden würden, bereit, ihre Spalten einem solchen Treiben zu öffnen. Und da gilt dann das Wort: "Herr, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber bewahren."

Wenn irgendein parfümierter Lausejunge, dem von der Kinderstube angefangen ziemlich alles fehlt, in kleinen Zirkeln seinen frechen Unsinn zum besten gibt oder in Broschüren schreibt, wie er's eben versteht, dann ist dies belanglos. Wenn eine jüdische Zeitung heute uns mit allen Waffen ihrer alten Kunst der Lüge und Verleumdung angreift, so sind wir darauf stolz. Wenn aber ein sogenanntes *"völkisches" Organ* sich dazu hergibt, dem Kampf gegen die wirklich arbeitsame Bewegung unter scheinheiligen, unwahren Motiven ihren eigenen Beistand zu schenken, dann bedeutet dies eine Gefahr, und jede politische Partei hat dann die Pflicht, vor einem solchen Freunde zu warnen.

Der "Völkische Kurier" ist ohne Zweifel als offizielles Organ des national-sozialen Volksbundes anzusprechen [5]. Dieser Bund hat bisher seine erhabenste Aufgabe darin gesehen, die National-Sozialistische deutsche Arbeiter-Partei anzustänkern, und einzelne Mitglieder und Führer derselben zu verdächtigen; er hat es fertiggebracht, in Plakatanschlägen die Öffentlichkeit zum Zeugen solcher Vorgänge aufzurufen, und ich glaube (trotz aller augenblicklichen gegenseitigen Versicherungen) bei meiner Kenntnis der maßgebenden Triebkräfte dieses Klubs auch heute noch nicht daran, daß es anders werden wird. Jedenfalls war dem "Völkischen Kurier" bekannt, daß der national-soziale Volksbund eine gegnerische Organisation zur National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei ist, die in öffentlichen Versammlungen und in Sektionsabenden von ihrer Gegnerschaft gar keinen Hehl macht. Der "Völkische Kurier" hat sich sogar bewogen gefühlt, selbst Aufforderungen zum Besuch solcher Versammlungen zu bringen. Ich persönlich empfinde es deshalb als ungeheuerlich, daß dieses Blatt sich auf der einen Seite

---

4 Verräter. Abgeleitet von Ephialtes, der 480 v. Chr. die Perser in den Rücken der griechischen Stellung bei Thermopylä führte.

5 Der "Völkische Kurier" (Untertitel: "Kampfblatt der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands"; seit 10.4.1925: "Unabhängiges Kampfblatt der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung") stand dem Nationalsozialen Volksbund nahe, war aber kein offizielles Organ. Er erschien von Februar 1924 bis Ende Dezember 1925 als Tageszeitung, danach als Wochenzeitung unter dem Titel "Arminius".

immer auf den General Ludendorff beruft und auf der anderen Seite aber sich zum Organ einer Bewegung begibt, die vom ersten Tag ihrer Gründung an nicht den Kampf etwa gegen die rote oder schwarze Internationale (von welch letzterer besonders der "Kurier" gerne in schauerlichen Tönen redet) gekämpft hat, sondern deren erhabenste Aufgabe es bisher war, die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und ihre Führer anzustänkern.

Wenn deshalb der "Völkische Kurier" heute an mich appelliert mit dem Hinweis, daß er mich doch auch vertreten oder in den Schutz genommen hat, so kann ich darauf nur eine einzige Antwort geben: Es ist mir lieber, wenn ich persönlich angegriffen werde und man die Bewegung dabei in Ruhe läßt, als wenn man dauernd gegen die Bewegung stänkert und wühlt, um meine Person aber herumgeht wie die Katze um den heißen Brei. Ich habe nur den einen Wunsch, daß die Herren nicht dauernd die Schmiedel nennen, während sie jedoch in Wirklichkeit den Schmied meinen, sondern daß sie auch den Mut haben mögen, dann offen mir die Fehde anzusagen und ihrer inneren Gesinnung nach zu erklären: dieser Mensch ist uns verhaßt; wir wollen ihn deshalb bekämpfen mit allen Mitteln, die dazu tauglich sind.

Im übrigen täuscht sich der "Völkische Kurier", wenn er meint, daß wir gegen andere Zeitungen etwa nicht so vorgingen. Bei Judenzeitungen setzen wir eben von vorneherein voraus, daß sie ein ordentlicher National-Sozialist nicht liest, außer aus Zwangsgründen zur persönlichen Information.

Endlich braucht sich der Kurier auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob es "viele" oder "wenige" sind, die ihn in unserer Bewegung lesen. Es könnten gar nicht so viele sein, daß wir nicht auf dem Standpunkt stünden, lieber auf diese Mitglieder zu verzichten, als auf solchem Wege den Spaltpilz in unsere Reihen tragen zu lassen.

Wer Nationalsozialist ist, liest das Organ seiner Bewegung, und wenn er so viel Geld besitzt, um sich ein zweites halten zu können, dann abonniert er ein zweites Exemplar seiner Zeitung und gibt das eine einem bedürftigen Parteigenossen, der sich selbst keines halten könnte.

Und wer umgekehrt Leser des "Völkischen Kuriers" sein will, der möge aus unserer Bewegung ausscheiden und dorthin gehen, wo dieses Organ als "nahestehend" befunden wird. Ich nehme an, daß der Herausgeber des "Völkischen Kuriers" selbst wenig Wert auf Leser seiner Zeitung legen wird, die unserem verruchten und von ihm so sehr bekämpften Lager angehören, und umgekehrt legen wir keinen Wert auf Mitglieder, die Nationalsozialisten zu sein vorgeben und das Publikationsorgan des nationalsozialen Volksbundes als Leibblatt halten [6].

Adolf *Hitler*

6 Als Erwiderung auf die Angriffe Hitlers vgl. Völkischer Kurier vom 2.12.1925, "Eine Klarstellung", und vom 4.12.1925, "Eine Erklärung des national-sozialen Volksbundes".

3. Dezember 1925 Dok. 90
Beleidigungsprozeß Hermann Luppe [1] gegen Julius Streicher Rede vor dem Landgericht Nürnberg [2]

a) Masch. Aufzeichnungen des II. Staatsanwalts beim Landgericht Nürnberg Eduard Dietel über die Vernehmung des Zeugen Hitler am 3.XII.1925; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073 [3].

Vor dem 1.V.1923 wurde uns allenthalben gemeldet, das Proletariat rüste sich zum 1.V. Wir haben von Schweyer [4] erwartet, daß er den Ausnahmezustand verhängt und dadurch alle Umzüge für den 1.V.1923 unterbindet. Wir haben der Regierung mitgeteilt, daß die Kampfverbände bereitstehen, um jede Provokation zu unterbinden [5].

Am 30.IV.1923 wurde eine Deputation zur Regierung geschickt. Knilling [6] war in Berlin. Matt [7] stimmte dem Verlangen auf Verhängen des Ausnahmezustandes zu, wollte aber erst mit den anderen Ministern sprechen.

Unsere Parole war: Wenn die Roten mit geschlossenen Zügen und Fahnen durch die Stadt, insbesondere durch die Bannmeile, ziehen, dann werden die Züge mit Gummiknüppeln auseinandergejagt, erst wenn sie schießen, wird von uns auch geschossen.

---

1 Hermann Luppe (1874-1945), 1896 Dr. jur, 1900 Magistratsassessor in Frankfurt a. M., 1913 2. Bürgermeister, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung (DDP), 1920-1933 Oberbürgermeister von Nürnberg.

2 Nachmittags. Hitler wurde auf Auftrag der Verteidigung Streichers als Zeuge vernommen, nachdem am 19.11.1925 der SPD-Landtagsabgeordnete Erhard Auer als Zeuge der Anklage ausgesagt hatte, die Vorgänge um den 1. Mai 1923 hätten sich auch gegen die Regierung gerichtet. Vgl. Fränkischer Kurier vom 21.11.1925, "Der Luppe-Streicher-Prozeß". Zum Prozeß selbst vgl. Hermann Hanschel, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977, S. 204 ff., 217 ff.

3 Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 4.12.1925, "Der Luppe-Streicher-Prozeß"; VB vom 9.12.1925, "Die Beweisaufnahme in Nürnberg abgeschlossen"; Münchener Post vom 11.12.1925, "Nationalsozialistische Meineide".

4 Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Dr. jur. et oec. publ., seit 1898 im bayer. Verwaltungsdienst, 1911 Regierungsrat im bayer. Innenministerium, 1919 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1920/21 Staatssekretär im bayer. Innenministerium, Sep. 1921 bis Juni 1924 Innenminister (BVP), anschließend in der Wirtschaft tätig.

5 Am 1. Mai 1923 hatte die Anfang Februar 1923 gegründete Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände (NSDAP, Bund Oberland, Kampfverband Niederbayern, Reichsflagge, Vaterländische Verbände München) bewaffnete Verbände in München zusammengezogen, um die sozialistischen Mai-Kundgebungen mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem die bayer. Regierung ihrerseits Reichswehr und Landespolizei aufmarschieren ließ, gab Hitler die Machtprobe auf und erteilte den Befehl zum Rückzug. Zu den Vorgängen vgl. Lothar Gruchmann, Hitlers Denkschrift an die bayerische Justiz vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument, in: VfZ 39 (1991), S. 305-328; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

6 Eugen Ritter von Knilling (1865-1927), Jurist, seit 1899 im bayer. Verwaltungsdienst, Feb. 1912 bis Nov. 1918 Kultusminister, 1920-1922 MdL (BVP), Nov. 1922 bis Juni 1924 bayer. Ministerpräsident, 1924-1927 Präsident der Staatsschuldenverwaltung.

7 Franz Matt (1860-1929), Jurist, 1908 Referent im bayer. Kultusministerium, März 1920 bis Okt. 1926 Kultusminister (BVP).

Keine Richtung gegen die Regierung, nur gegen die Roten. Lossow, Seißer, Bergem [8] brachten bei einer Besprechung zum Ausdruck, daß die Reichswehr zum Schutze der roten Umzüge nicht verwendet werden dürfe. Unsere Organisationen stellten sich teils auf Oberwiesenfeld, teils in einzelnen Höfen auf. Am 1.V.1923 hat niemand daran gedacht, der Regierung ein Haar zu krümmen. Wir standen nur bereit, die rote Demonstration unmöglich zu machen. Wäre der Ausnahmezustand erklärt worden, dann hätten auch wir jede Demonstration unterlassen. Anderwärts wurden die roten Demonstrationen untersagt, z. B. in Ingolstadt. Wir haben unsere Leute zum Schutz beigezogen, und diese haben treu ihren Dienst erfüllt.

Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, Staatsanwalt Dresse [9] war mit der Untersuchung betraut. Die Untersuchung wurde eingestellt [10], weil uns vor dem Gericht nichts hätte bewiesen werden können.

Streicher mußte natürlich wissen, daß es sich um nichts anderes handelte, als die roten Demonstrationen zu unterbinden. Gegen die Regierung war nicht das mindeste gewollt, wir hätten uns nur gegen die Roten gewendet. Auf Oberwiesenfeld waren 2.500-3.000 Mann [11]. Bei uns wurden laufend auswärtige Hundertschaften zusammengezogen, um den Korpsgeist zu pflegen. Das haben wir getan, obwohl wir in München selbst Leute genug hatten. Auf Oberwiesenfeld haben wir nur leichte Waffen gehabt. Der Spitzel Stangelmeyer [12] hat entgegen meinem Verbot einen scharfen Schuß veranstaltet. Max Weber [13], ein Haupttreiber, war ein Polizeispitzel.

8 Gemeint ist wohl Otto Freiherr von Berchem (1877-1949), Oberstleutnant, 1920 Mitglied der Organisation Kanzler (ORKA), 1920-1923 Chef des Stabes der 7. (Bayer.) Division.

9 Martin Dresse (1880-1969), 1924 Staatsanwalt beim Landgericht München I, 1929 1. Staatsanwalt beim Landgericht Passau, 1932 Landgerichtsdirektor beim Landgericht München I, 1934 Versetzung in den Ruhestand aus politischen Gründen.

10 Die Staatsanwaltschaft durfte nach Abschluß der Untersuchungen am 1.8.1923 das Verfahren aufgrund einer Anweisung von Justizminister Gürtner nicht eröffnen; es wurde am 22.5.1924 eingestellt. Vgl. Gruchmann, Denkschrift, S. 308 ff.
Das Verhalten der Justiz war auch Gegenstand des vom Bayer. Landtag im Sommer 1924 eingesetzten "Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" (BayHStA, MA 103476/1-3).

11 Nach Polizeiangaben standen "1. auf dem Oberwiesenfeld 1.300 Nationalsozialisten, 200 Mann Reichsflagge, etwa 400 Mann Bund Blücher, sowie einige Hundert Mann aus Zeitfreiwilligen-Kreisen, 2. beim Maximilianeum 800 Mann Bund Oberland und 3. in der ganzen Stadt in den Bezirksquartieren verteilt etwa 2.000 bis 2.500 Mann der aktivistischen Vaterländischen Bezirksvereine (Zellergruppe)". Bericht der Polizeidirektion München vom 3.5.1923, in: Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 714.

12 Nicht ermittelt.

13 Max Weber, 1919 Propagandist der Räterepublik in Augsburg, zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1922 Eintritt in die NSDAP als V-Mann der Polizeidirektion München, 1922/23 Delegierter Hitlers für die NSDAP in Württemberg, am 9.7.1926 Zeuge im Beleidigungsprozeß Hitler gegen Eugen Fritsch in Plauen.

b) Masch. Aufzeichnungen des Journalisten Georg Haber [14]; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Am Nachmittag des gleichen Tages (des 3. Dezember 1925) wird Adolf Hitler vernommen. Er soll Auskunft geben über die Lage in München am 1. Mai 1923. Hitler gibt eine ausführliche Schilderung der Beweggründe, die ihn zur Gründung der nationalsozialistischen Bewegung veranlaßten. Auf das Jahr 1923 übergehend, besprach er den passiven Widerstand [15], in dessen Ende er einen zweiten Zusammenbruch der nationalen Widerstandskraft erblickte. In diesem Zusammenhang machte er auch etwa folgende Aussagen:

Damals kam ich auch mit Minister Schweyer in Berührung. Ich sah in unserer Partei ein Instrument zur Bändigung der roten Straßenkanaille. Unter Kahr hatte Schweyer nichts gegen uns einzuwenden, sondern begrüßte es, daß wir es unternahmen, den Straßenterror zu brechen. Wir haben tatsächlich der Staatsautorität auf allen Gebieten den Weg gebahnt und einen Zustand geschaffen, in dem man nicht nur "Nieder mit Deutschland", sondern auch wieder "Hoch das Vaterland" rufen durfte. Aber man fürchtete wieder, daß die Bewegung zu einer restlosen Vernichtung des Marxismus führen könnte. Das Ziel sollte keine prinzipielle Wandlung sein, sondern nur eine Herabschraubung des Marxismus auf ein Niveau, wie anderwärts. Man wollte nicht eine nationale deutsche Gewalt haben, sondern nur eine Korrektur des Übergewichtes der einen Seite. Die Durchführung des Kampfes bis zur letzten Konsequenz scheute Schweyer, während wir glaubten: Wenn unsere besten Soldaten im Felde fallen mußten, dann wäre es um die Tausende von Schiebern und Revolutionären auch nicht schade gewesen, wenn sie an den Galgen gekommen wären.

In dieser Weise fuhr der Redner fort, um dann wieder auf die Entwicklung des Jahres 1923 zu kommen. Hier berührte er die nationalsozialistische Fahnenweihe im Januar 1923 und erklärte: Knilling war nicht da, Schweyer verbot alles und proklamierte den Ausnahmezustand [16]. Als Knilling zurückkehrte, war in wenigen Stunden alles wieder

---

14 Georg Haber, Berichterstatter des Fränkischen Kuriers, kam am 23.2.1924 einem Wunsch der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I nach und übersandte ihr seine Aufzeichnungen über die Vernehmung der Zeugen Hermann Esser und Hitler am 3.12.1923. In dem Begleitschreiben heißt es: "Ich habe die Aussagen beider Männer nicht wörtlich aufgezeichnet, sondern - meinem Beruf als Zeitungsberichterstatter entsprechend - hauptsächlich auf den Sinn ihrer Erklärungen Gewicht gelegt. Ich kann daher auch nicht den Wortlaut verbürgen, sondern kann nur für die getreue Wiedergabe des Sinnes (allerdings unter tunlichster Anlehnung an den Wortlaut) die Haftung übernehmen. Diejenigen Teile ihrer Aussagen, die sich speziell auf das Verhältnis Streichers zur nationalsozialistischen Partei bezogen, und weitschweifige Erörterungen Hitlers über die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Bewegung habe ich nicht so ausführlich wiedergegeben, wie ich sie aufgezeichnet habe, sondern nur kurz angedeutet."

15 Gemeint ist der von der Reichsregierung am 13.1.1923 verkündete und am 23.9.1923 erfolglos abgebrochene passive Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen.

16 Der Belagerungszustand über München war am 26.1.1923 von Ministerpräsident Knilling verhängt worden, um erwarteten Ausschreitungen anläßlich des am nächsten Tag beginnenden 1. Reichsparteitags der NSDAP vorzubeugen. Zugleich verbot Innenminister Schweyer die Hälfte der in Aussicht genommenen Versammlungen und die öffentliche Übergabe der Standarten an die SA-Einheiten. Durch Vermittlung Lossows erreichte Hitler jedoch, daß die 12 NSDAP-Versammlungen und der Aufmarsch von

eingerenkt. Ausnahmezustand für einen Parteitag, nur weil die demokratische Partei und besonders die ganze Judenheit protestierte! Leute, die sich früher vor den Sowjetfahnen nicht geniert hatten, die sich aber jetzt vor einigen Fahnen mit Hakenkreuzen, mit dem Zeichen der nationalen Erhebung fürchteten! Nun kam der 1. Mai [*1923*]. Es war schon der 4. Monat, seitdem die Ruhrfrage die ganze Welt bewegte. Alles glaubte an eine nationale Bewegung, auch wir alle, wir nahmen die unglaublichsten Umstellungen vor. Monat um Monat verging, und es geschah nichts. Statt dessen kamen aus allen Gegenden Deutschlands Nachrichten von der Konsolidierung der roten Bewegung. Aus dem Ruhrgebiet und der Pfalz, aus Thüringen und Sachsen, kamen Nachrichten von der Vorbereitung der roten Herrschaft. Bei ihrer internationalen Verquicktheit war nichts logischer als zu glauben, daß sie den 1. Mai wieder zur Aufputschung Deutschlands, zu einer Demonstration für die Verewigung der Sklaverei benützen wollten. Von diesem Gesichtspunkt aus hatte der 1. Mai die größte Bedeutung. In der Stunde, in der Frankreich den infamsten Landraub vornimmt, zeigt Deutschland durch die rote Beflaggung seine Bereitwilligkeit, sich nie mehr zu erheben. Außenpolitisch mußte der 1. Mai von einer entsetzlichen Bedeutung werden. Wenn man den 1. Mai in der geplanten Form geduldet hätte, dann hörte sich für uns vom vaterländischen Gesichtspunkt aus alles auf.

In München war einige Jahre vorher am 1. Mai eine Schar von Männern erschossen worden, die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als daß sie einer antisemitischen Vereinigung angehörten [17]. An demselben Tag waren wieder zum erstenmal die deutschen Fahnen gehißt worden und der Ruf erschollen: Deutschland, Deutschland! Das war nicht von Schweyer geschehen, sondern von den Freikorps, von unseren Leuten. Diese Leute hatten ein Recht darauf, daß der Tag in München nicht zum Symbol einer Bewegung erhoben würde, die man vor einigen Jahren von der Herrschaft heruntergestürzt hatte. Es wurden überall Plakate angeschlagen und auch sonst auf literarischem Wege bezeugt, daß der 1. Mai nicht als friedlicher Festtag geplant war, sondern daß man versuchen würde, den Tag zu einer großen Erhebung zu gestalten. Die Sozialdemokraten sagten zwar auch damals, daß sie an einer Revolution nicht mittun würden, aber dasselbe hatten sie vor 1918 auch immer gesagt. In München war ein Demonstrationszug geplant, genau in demselben Aufmarsch, wie am 7. November 1918. Wir verlangten, was Schweyer früher gegen uns getan hatte, nämlich die Verhängung des Ausnahmezustandes. Wir taten nichts im geheimen, sondern hielten die Regierung stets auf dem laufenden. Schon am 26. April [*1923*] wurde beschlossen, an die Regierung und an Lossow eine Deputation zu senden, mit der Mitteilung, daß die Kampfverbände bereit stehen und jede Provokation von links niederschlagen würden. Daß die proletarischen Selbstschutzverbände zusammen mit den kommunistischen den 1. Mai feiern wollten, war eine bewußte Herausforderung des Bürgertums. Wir warnten davor, den Tag wieder als Anknüpfungspunkt für einen Anstoß zu einer unwillkommenen Bewegung werden zu las-

6.000 SA-Männern wie geplant stattfinden konnten. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 170 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 802 ff.

17 Gemeint ist die Erschießung von zehn Geiseln, darunter mehrere Mitglieder der Thule-Gesellschaft, durch Rotarmisten im Luitpoldgymnasium am 30.4.1919. Vgl. Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, München 1974, S. 100 ff.

sen. Wir machten die Regierung aufmerksam, daß sie bisher noch keine Schutzmaßnahmen getroffen habe, im Gegensatz zu unserem Parteitag, daß sie auf jede gewünschte Unterstützung der Verbände rechnen könne. Die Verbände standen damals nicht unter der Leitung der Nationalsozialisten, sondern politisch unter Roth [18] und militärisch unter Kriebel [19]. Unsere Bewegung war nur ein Teil dieser Verbände. Wenn später versucht wurde, die Aktion zu einer nationalsozialistischen zu machen, so ist daran nur wahr, daß wir bei der Stange hielten.

Am 28. April [*1923*] war wieder eine Besprechung mit Lossow und Seißer. Am 30. April [*1923*] wurde eine Deputation zur Regierung geschickt, dabei waren die Vaterländischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände. Der Versuch, Knilling zu sprechen, mißlang, weil er nach Berlin abgereist war. Matt stimmte dem Ausnahmezustand zu, wollte aber zuerst die anderen Minister sprechen. Roth sprach mit Schweyer, aber Schweyer leugnete, daß eine Provokation von links geplant sei. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft gab die Parole aus: Wenn die Roten mit geschlossenen Zügen und Fahnen marschieren und besonders vor dem Kriegsministerium große Parade abhalten wollen, werden sie sofort auseinandergetrieben, zuerst mit Knüppeln, und wenn sie schießen, auch mit Waffengewalt. Am 30. April [*1923*] erklärte ich ausdrücklich, daß die Bereitstellung der Arbeitsgemeinschaft sich nur gegen die Roten und sonst gegen gar nichts, auch nicht gegen die Regierung richte. Bei einer neuen Besprechung setzten sich die Offiziere schärfstens dafür ein, daß ein Schutz der roten Umzüge mit staatlichen Mitteln nicht in Betracht kommen könne.

In der Nacht zum 1. Mai [*1923*] wurde ein Teil der Verbände umgestimmt. Mein Verband, Oberland, Reichsflagge und, ich glaube auch, Wiking stellten sich auf Oberwiesenfeld auf, während ein anderer Verband sich anderwärts aufstellte. Am 1. Mai [*1923*] um 12.45 Uhr traf folgender Befehl ein, der von Kriebel gezeichnet war: Feier; Bereitschaft ist beendet, damit alles erledigt; danke. Die Staatsregierung war nicht von uns bedroht, sondern von ihrem eigenen Leichtsinn, und wenn die roten Verbände erst an einem späteren Tag auftraten, so war dies nur dem Umstand zu danken, daß sie bis dahin nicht fertig wurden. Am 1. Mai [*1923*] dachte kein Mensch daran, der Regierung ein Haar zu krümmen. Wir standen bereit, um die rote Demonstration praktisch unmöglich zu machen. Hätte man das in der Nacht Geschehene 4 Tage vorher getan, so wäre das

---

18 Christian Roth (1873-1934), Dr. jur., seit 1899 im bayer. Verwaltungsdienst, Juli 1920 bis Sep. 1921 bayer. Justizminister, anschließend Amtsanwalt bei der Polizeidirektion München, 1920-1928 MdL (Bayerische Mittelpartei/DNVP, seit 1924 Völkischer Block), 1924 MdR (NSFP), 1928-1934 Generalstaatsanwalt beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof.
Roth war politischer Geschäftsführer des Arbeitsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände. Vgl. Röhm, Geschichte, S. 161.

19 Hermann Kriebel (1876-1941), Oberstleutnant a. D., zuletzt im Generalstab der Obersten Heeresleitung, 1918/19 Mitglied der Waffenstillstandsdelegation in Spa, 1919 Stabsleiter der bayer. Einwohnerwehren, dann der Organisation Escherich (Orgesch), 1923 militärischer Führer der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, ab Sep. 1923 des Deutschen Kampfbundes, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, 1924 MdR (NSFB, an der Ausübung des Mandats durch die Haft verhindert), nach Entlassung 1924 Gutsverwalter in Kärnten, 1929-1933 Militärberater der chines. Nationalregierung, 1934 deutscher Generalkonsul in Schanghai, 1937 Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes.

alles nicht vorgekommen. Erst am Morgen erfuhren wir nämlich, daß man den Roten eine Beschränkung auferlegt hatte. Wir hatten kein Interesse darin, der Regierung etwas zu tun. Wir baten Minister Matt aufs dringlichste, er möchte doch gerade für München an diesem Tage den Ausnahmezustand verhängen, damit alle Demonstrationen, auch die unsere, ohne weiteres wegfallen. Die Regierung lehnte aber ab. Wie verlogen das Märchen von einer Bedrohung ist, geht daraus hervor, daß man anderwärts die roten Demonstrationen verbot, z. B. in Ingolstadt, wo unsere Leute sich treu der Regierung zur Verfügung stellten. Wenn wir damals etwas beabsichtigt hätten, hätten wir doch unsere Leute nicht der Regierung zur Verfügung gestellt, das wäre Wahnsinn gewesen.

Nach dem 1. Mai [*1923*] wurde zwar eine Untersuchung gegen uns eingeleitet und von Staatsanwalt Dresse durchgeführt. Seine Anschauung war der unsrigen extrem entgegengesetzt. Trotzdem mußte er die Untersuchung einstellen, weil man vor einem richterlichen Forum das Gegenteil von einer Bedrohung der Regierung durch uns hätte nachweisen können. Mir hat man später das Reden verboten, anstatt eine Untersuchung gegen uns einzuleiten. Von einer Bedrohung der Regierung kann nur ein potenzierter Angsthase oder ein politisch ganz anders eingestellter Mann reden. Wie wenig man mir mit Liebe entgegenkam, beweist das Verhalten gegen mich nach dem Novemberputsch und die Verlängerung meiner Haft. Trotzdem fand man keine Grundlage, gegen mich damals vorzugehen.

Der nun folgende Abschnitt der Vernehmung bezieht sich auf die Rolle, die Streicher am 1. Mai 1923 spielte.

Der Vorsitzende [20] zieht aus den Erklärungen Hitlers den Schluß, daß gegen die Regierung nicht das mindeste gewollt war und daß, wenn eine Zuspitzung vorhanden war, sie sich nur gegen die geplanten roten Umzüge richtete.

Hitler fährt fort: Wie sehr wir damals den geringsten Anschein der Ungesetzlichkeit vermeiden wollten, geht daraus hervor, daß wir nach dem Abmarsch von Oberwiesenfeld, der ohne Waffen erfolgte, streng die Bannmeile mieden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden über das Buch Schweyers [21] antwortet Hitler, er kenne das Buch nicht. Als man es ihm vorlegt, erklärte er, einige Stellen herauszugreifen. Nachdem er dies getan, fährt er fort: Den roten Herrschaften wurden keine Bedingungen gestellt, es wurde alles genehmigt, was sie verlangten. Erst auf unser Einschreiten hin fing man an, ihnen Bedingungen aufzuerlegen. An der Kundgebung auf der Theresienwiese haben tatsächlich auch die Kommunisten teilgenommen.

Die Frage des Vorsitzenden nach der Zahl der Teilnehmer beantwortet Hitler etwa folgendermaßen: Es waren ungefähr 2.500-3.000, die auf Oberwiesenfeld standen. Andere Verbände waren allerdings anderwärts. Wir hatten schon früher bei Massenversammlungen Hundertschaften nach München gezogen, damit sie unsere Grundsätze kennenlernten. Es war dies also eine laufende Übung, die heute noch stattfindet. Es ist auch nicht nur in München so, sondern überall, so kam es z. B. auch in Chemnitz vor. Es

20 Karl Denkler (1869-1938), 1909 Landgerichtsrat in Frankenthal, 1916 in Nürnberg, 1923 stellv. Direktor beim Landgericht Nürnberg, 1929-1936 Rat am Oberlandesgericht Nürnberg.

21 Franz Schweyer, Politische Geheimverbände. Blicke in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg i. Br. 1925, S. 107-124: Die Nationalsozialisten.

geschieht zur Stärkung des Korpsgeistes und damit die Leute aus kleineren Orten den Betrieb in einer großen Stadt kennenlernen. Natürlich war der Zuzug am 1. Mai [*1923*] größer als sonst manchmal, aber in dieser Stärke war es auch früher schon der Fall, z. B. bei Massenversammlungen.

Die nächsten Aussagen Hitlers beziehen sich auf die Frage, ob Streicher seinen Kampf gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe im Auftrage der Partei oder auf eigene Faust begonnen habe, und auf Fragen, die nur für den Prozeß selbst von Belang sind. Für die dann folgenden Aussagen Hitlers wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit werden weitere Fragen an Hitler nicht mehr gestellt [22].

4. Dezember 1925 [1] — Dok. 91
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Polizeibericht vom 5.12.1925; BayHStA, MInn 81580 [3].

Unter stürmischem Beifall ergreift Adolf Hitler das Wort: Seit einiger Zeit verfolge ich bereits eingehend den Luppe-Streicher-Prozeß [4] und ich kann nur feststellen, daß es unglaublich ist, daß dieser Prozeß derart in die Länge gezogen wird. Wenn ich an Streichers Stelle auf der Anklagebank sitzen würde, hätte ich schon längst dem ganzen Schwindel ein Ende gemacht; auf keinen Fall würde ich mich mit diesen "Dreckjuden"

22 Die Zeugenaussage Hitlers veranlaßte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I ein Ermittlungsverfahren gegen Hitler wegen des Verdachts auf Meineid einzuleiten, das jedoch am 14.1.1927 auf Beschluß der 4. Strafkammer des Landgerichts München I "außer Verfolgung gesetzt" wurde. Vgl. auch Dok. 98, 120, 123, 124, 126, 133 und Bd. II, Dok. 26.

1 Datierung nach Ankündigung im VB vom 2.12. und 3.12.1925, "Aus der Bewegung"; Der Stürmer, Nr. 48 vom November 1925, Ankündigung auf der Titelseite. Der Polizeibericht gibt irrtümlicherweise als Datum den 3.12.1925 an.

2 Im Herkules-Saalbau, von etwa 21.15 bis 21.45 Uhr. An der geschlossenen Mitgliederversammlung, auf der als erster Redner Julius Streicher auftrat, nahmen laut Polizeibericht etwa 1.500 (VB: 2.500) Personen teil. Der Eintrittspreis betrug eine Reichsmark.
Die Duldung dieser Versammlung, die von ihrer Größe einer öffentlichen Versammlung gleichkam, wurde von Innenminister Stützel ausdrücklich gerügt. Vgl. Stützel an Polizeidirektor Heinrich Gareis vom 9.12.1924; BayHStA, MInn 81576.

3 Vgl. auch VB vom 13./14.12.1925, "Hitler in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 7640/II der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.12.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

4 Hitler war am 3.12.1925 als Zeuge im Luppe-Streicher-Prozeß vernommen worden. Vgl. Dok. 90.

so lange herumstreiten [5]. Hitler kam nun auf seine Tätigkeit und Erlebnisse in der vergangenen Zeit zu sprechen und bemerkte, man müsse es geradezu als Zufall bezeichnen, wenn er wieder einmal nach langem Schweigen zu seinen Anhängern sprechen dürfe. Für die Öffentlichkeit und die breiten Volksmassen soll er ja schon längst tot sein und tot bleiben. Die Regierung habe eben Angst vor ihm, denn sie wisse genau, daß der NSDAP tausende neue Anhänger zuströmen, sobald man ihm wieder Redefreiheit gewähren würde. Sie befürchte, daß dann mancher Herr seinen Ministerposten verlieren würde, und damit eben die ganze Parteiwirtschaft schön weiter betrieben werden kann, wird man ihm auch noch weitere Jahre das Reden in der Öffentlichkeit verbieten. Leider haben am 8./9.11.[*19*]23 Verräter der Partei den Dolchstoß gegeben, und es werden noch Jahre vergehen, bis sein Werk in Erfüllung gehe. In allen Kreisen stelle man ihn heute als Volksverführer hin. Man hetze die Arbeitermassen gegen ihn auf, so daß sie ihn z. B. in Norddeutschland nicht nur mit Steinen bewarfen, sondern man wollte ihn sogar für immer beseitigen, dadurch, daß man mehrere Schüsse auf ihn abgab (Pfuirufe). Aber trotz all dieser Schwierigkeiten lasse er sich nicht davon abhalten, für den nationalsozialistischen Gedanken weiterhin zu arbeiten; umsomehr müsse er dies auch von den Mitgliedern der Partei verlangen. Ihre Aufgabe sei es, immer wieder die Massen aufzuklären und überall neue Anhänger und Mitglieder zu gewinnen, denn erst dann, wenn die Bewegung eine machtvolle, große Organisation darstelle, könne auch die Regierung nicht mit einem Federstrich über sie hinweggehen und dann werde ihm wieder das Sprechen in der Öffentlichkeit gestattet werden. Hitler bittet die anwesenden Mitglieder - denn nur solche können nach seiner Annahme im Saale sein - möglichst wenig über die Vorgänge innerhalb der Partei in der Öffentlichkeit zu sprechen. Die bayerische Regierung verfolge ihn bereits wie einen Verbrecher und glaube gegen alles, was er tue, sofort einen Paragraphen in Anwendung bringen zu müssen. Nochmals forderte er alle Anwesenden zu tatkräftiger, intensiver Mitarbeit zur Stärkung der Partei auf (lebhafte Heilrufe und langanhaltender Beifall).

5 Der VB gibt Hitlers Auslassungen folgendermaßen wieder: "*Adolf Hitler* erklärte eingangs seiner *Ausführungen*, er habe es für seine Ehrenpflicht gehalten zu diesem Prozeß als Zeuge zu erscheinen. Er habe die Überzeugung, daß der Kampf Streichers gegen Luppe eine nationale Pflicht sei, und *Streicher würde in dem Augenblick nicht mehr als Führer der N.S.D.A.P. anerkannt, wo er in diesem Kampfe nur einen Fingerbreit weiche.* Hitler betonte unter brausendem Beifall, er *stehe hinter Streicher*, nicht nur als Politiker, sondern auch als Mensch, er glaube fest an das Recht *Streichers*, denn er habe noch keinen größeren *Fanatiker und Kämpfer der Wahrheit* kennengelernt als Streicher. Die Nationalsozialisten würden es nicht machen wie bürgerliche Parteien, die Führer, die einmal mit dem Gericht zu tun bekämen, als 'suspekt' ablehnen. Im Gegenteil, *die Nationalsozialisten verehren einen Führer um so mehr, je mehr er im Kampf um das Recht des deutschen Volkes und einer glücklichen Zukunft der Nation von der November- und Judendemokratie verfolgt werde.* Die Partei sei stolz darauf, daß alle ihre bekannten Führer für ihre Überzeugung schon einmal im Gefängnis gewesen seien."

12. Dezember 1925 Dok. 92
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dingolfing [1]

Kurier für Niederbayern vom 15.12.1925, "Adolf Hitler in Dingolfing" [2].

[*Hitler*] wies auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes hin. Die Zeit, in der sich das Ereignis abspielte, das wir zu Weihnachten feiern, trägt in vielem ähnliche Züge wie die heutige Zeit. Auch damals eine vom Judentum verseuchte materialistische Welt. Auch damals kam die Überwindung nicht von staatlichen Machtmitteln, sondern durch eine Heilslehre, deren Verkünder geboren wurde unter den erbärmlichsten Verhältnissen. Und doch feiern alle Menschen, die arischen Blutes sind, noch heute diese Geburt. Christus war arischen Blutes [3].

Wir haben auch heute wieder eine Periode, von Gift erzeugt und der Unfähigkeit, durch staatliche Machtmittel ihrer Herr zu werden. So treibt uns denn alle heute im Grunde genommen festester christlicher Glaube, wenn wir für eine Bewegung kämpfen, die die Menschen unseres Blutes aus dieser Welt des Materialismus befreien und ihnen den seelischen Frieden wieder geben will.

Wir Nationalsozialisten sehen in dem Werke Christi die Möglichkeit, durch einen fanatischen Glauben das Ungeheuerlichste zu erreichen. Christus ist in einer verfaulten Welt erstanden, hat den Glauben gepredigt, zuerst verhöhnt, und doch ist aus diesem Glauben eine große Weltbewegung geworden. Wir wollen das gleiche auf politischem Gebiete herbeiführen. Die eine Überzeugung darf jeder Nationalsozialist im Herzen tragen, wenn wir mit eiserner Energie, Beharrlichkeit und höchstem Glauben unser Werk durchführen, dann wird unser Werk von keiner irdischen Macht gebrochen werden können.

Auch die Macht von Geld und Gold wird gebrochen werden, denn Gold ist nicht das höchste in der Welt. Wir dürfen die Überzeugung haben, daß sich unsere Idee, wenn sie an sich richtig ist, durchsetzen wird. Und sie ist richtig und setzt sich durch. Das zeigt sich auch heute in Deutschland. Trotz aller Hemmungen und Verfolgungen, aller Verbote und aller Versuche, die Führer lahm zu legen, wächst die Bewegung dennoch ununterbrochen. Wer hätte noch vor 4-5 Jahren geahnt, daß sich die Bewegung selbst auf die kleinen Orte des Reiches ausdehnen würde. Wir müssen vor allem eingedenk sein des Satzes: *Der Wille ebnet den Weg.* Wenn uns jemand sagt, wir seien eine Konjunkturpartei,

1 In der Turnhalle, nach 20.00 Uhr. Hitler sprach etwa 10 Minuten und verließ die von der Ortsgruppe Dingolfing organisierte "deutsche Weihnachtsfeier", an der laut Polizeibericht etwa 600 Personen teilnahmen, gegen 21.15 Uhr. An der Weihnachtsfeier nahmen Ortsgruppen der NSDAP und des Frontkriegerbundes aus ganz Niederbayern teil; von der Parteiprominenz waren anwesend: Kreisleiter Gregor Straßer, die Landtagsabgeordneten Ludwig Graf von Freyen-Seyboltstorff und Adolf Wagner sowie der Vorsitzende des Frontkriegerbundes Hugo Alletter.

2 Nachdruck: VB vom 17.12.1925, "Adolf Hitler in Dingolfing". Vgl. auch Dingolfinger Anzeiger vom 15.12.1925, "Deutsche Weihnachtsfeier"; Bericht der Isar-Zeitung vom 15.12.1925, Rubrik: "Isar-, Vils- und Aitrachtal"; Münchener Post vom 18.12.1925, "Der Prophet von Braunau und seine Jünger". Sowie Bezirksamt Dingolfing an Regierung von Niederbayern vom 14.12.1925; StA Landshut, Rep. 168/5, 4909. Halbmonatsbericht Nr. 978 der Regierung von Niederbayern vom 18.12.1925; BayHStA, MInn 81580.

3 Dieser Satz wurde im VB gesperrt wiedergegeben.

können wir getrost ja sagen. Der heutige Boden in Deutschland gibt den besten Boden für unsere Bewegung.

Es mögen noch 20 oder 100 Jahre vergehen, ehe unsere Idee siegreich ist. Es mögen die, die heute an die Idee glauben, sterben, was bedeutet ein Mensch in der Entwicklung eines Volkes, der Menschheit. Es wird eine Zeit kommen, wo unsere Idee anerkannt sein wird. Wir müssen daher den Kampf ausfechten, müssen ihn so ausfechten, daß spätere Generationen von uns sagen können, wir haben den Kampf richtig, nicht nur als Deutsche, sondern als Christen bestanden. [4]

13. Dezember 1925 Dok. 93
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar; [1]

VB vom 20/21.12.1925, "Ein Vortrag Adolf Hitlers in Weimar" [2].

Am 13. d[*es*] M[*onats*] hielt *Adolf Hitler* vor einem Kreis von mehr als hundert durch den Thüringer Landesverband und den Verlag "Der Nationalsozialist" geladenen Gästen aus ganz Thüringen einen *Werbevortrag* speziell zu Gunsten der nationalsozialistischen Pressepropaganda in Mitteldeutschland, der einen außerordentlich erfreulichen praktischen Erfolg zeitigte und, abgesehen von den reichen Spenden opferbereiter Freunde der Bewegung aus allen Berufsständen, einen hohen ideellen Gewinn in der Werbung neuer Kreise für unsere große Sache brachte. Die markanten, sachlich und zahlenmäßig belegten Ausführungen über den katastrophalen Zustand unserer augenblicklichen Wirtschaft, die geißelscharfe Kritik an der Flauheit und verbrecherischen Bequemlichkeit des deutschen Bürgertums, das die "Zeit" [3] für sich "arbeiten" lasse, und schließlich die tiefgründigen, durchgluteten Darlegungen über die nächsten Aufgaben der Nationalsozialisten und das Wesen ihrer vornehmsten Propagandamittel, der Organisation, der Volksrede und der Presse, die in einem erschütternden Appell an die Zuhörer gipfelten, hinterließen einen gewaltigen und tief furchenden Eindruck, der manchen Boden gelockert hat, der bisher für Hitlers Wesen und Werk noch wenig seelische Resonanz abgegeben hatte. [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Gasthaus "Hohenzollern", abends. An der geschlossenen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 120 geladene Personen teil.
2 Vgl. auch Bericht des Stadtpolizeiamtes Weimar vom 16.1.1926; StA Weimar, MdI, P 161.
3 Anspielung auf die der DVP nahestehende Tageszeitung "Die Zeit". Sie erschien von Dezember 1921 bis Juni 1925 in Berlin; zu ihren Kommentatoren zählte u. a. Gustav Stresemann.
4 Folgt weiterer Stimmungsbericht.

16. Dezember 1925 Dok. 94
"Die soziale Sendung des Nationalsozialismus"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

Flugblatt: "Die soziale Sendung des Nationalsozialismus. Eine Abrechnung Adolf Hitlers mit Pseudosozialisten und Scheinnationalisten". Hrsg. von Eugen Munder (Rößle & Kiefer Verlag, Stuttgart); BA, NSD 71/198 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich möchte auch heute nicht beginnen, ohne auf das Jahr zurückzublicken, das die Ursache der Gründung der Bewegung gewesen ist, auf das Jahr 1918. Ein Zusammenbruch, wie ihn die Weltgeschichte bisher kaum gesehen hat. Und vielleicht erst in diesem Jahre wird es ganz klar, von welch verheerender Wirkung und von welch ungeheuren Folgeerscheinungen für die ganze Zukunft dieses Jahr ist und sein wird. Wir wollen den Zusammenbruch von verschiedenen Gesichtspunkten aus ganz kurz betrachten.

Zunächst von dem Gesichtspunkt, der am meisten in die Augen sticht, vom *militärischen*; denn die militärische Niederlage ist besonders von den Linksparteien immer wieder angeführt worden zur späteren Entschuldigung der Revolution. Seinerzeit allerdings begründete man die Notwendigkeit der Revolution nicht mit dem militärischen Zusammenbruch, sondern im Gegenteil, man besaß damals noch nicht den Mut zu sagen, daß durch diese Revolution der Sieg verhindert werden sollte. Damals hatte man noch die Stirn zu sagen, daß sich in diesem Ringen der Erfolg nicht mehr an die deutschen Fahnen heften dürfe, sondern daß diese Fahnen nicht als Fahnen von Siegern vom Feldzug heimkehren sollten - eher noch als Fahnen Besiegter.

Der militärische Zusammenbruch allein schon ist für uns entsetzlich. Alle blühende Phantasie und aller fromme Glaube hilft darüber nicht hinweg, daß unser Volk vollkommen wehrlos, geographisch außerordentlich ungünstig gegliedert und begrenzt, seinen Gegnern preisgegeben ist. Es bleibt also - wie immer in einem solchen Falle - andern Mächten überlassen, uns nicht nur das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, sondern praktisch über uns zu verfügen.

Schon im Frieden haben wir unter unserer ungünstigen militärischen Lage gelitten. Lauter ungeschützte Grenzen, große militärische Mächte um uns, eine im Osten, eine andere im Süd-Westen, eine dritte Weltmacht zur See im Nord-Westen. Selbst knapp 60-65 Millionen an im Mutterland vereinigte Bevölkerung zählend, zwischen fast 300 Millionen Menschen eingekeilt. Die militärische Lage Deutschlands bedeutete von jeher

1 In der Liederhalle, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht mindestens 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Eugen Munder geleitet.

2 Vgl. auch Schwäbischer Merkur vom 17.12.1925 (AA), "Hitler in Stuttgart"; Süddeutsche Zeitung vom 18.12.1925 (MA), "Hitler in Stuttgart"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 18.12.1925, "Der 'Trommler' spricht!"; VB vom 19.12.1925, "Eine Abrechnung Hitlers mit Pseudosozialisten und Scheinnationalisten. Die soziale Mission des Nationalsozialismus". Sowie Lagebericht W 45 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 29.12.1925; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1755/299.

entweder Rüstung oder Sklaverei, entweder Erhaltung eigener Kraft, eigener Wehrmacht oder Tributleistung für Fremde.

Die Revolution - sagen wir jetzt das Jahr 1918 - hat dies außer acht gelassen, und die Folgen haben wir grauenhaft zu spüren bekommen. Es rächte sich, daß man damals die Waffen zerschlug, die allein auch diesen jungen Staat in Europa hätten halten können.

Politisch wird unsere Lage schon seit Jahrhunderten durch zwei Mächte in erster Linie bestimmt: England und Frankreich. *England* wünscht nicht, daß in Europa eine Macht die Vorherrschaft erhält, und es wird gegen jede Macht ankämpfen, die sich durch eigene Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen über das eigene Niveau emporzuheben versucht. Es wird jede Macht zu brechen suchen, von der es glaubt, daß sie auf Grund der Volkszahl die Hegemonie erreichen könnte und dadurch auch auf außereuropäischem Gebiet der gefährliche Rivale Englands werden möchte.

Frankreich wünscht nicht, daß Deutschland als Machtstaat besteht und daß dieser Staat, der ihm noch als ein Konglomerat von kleinen Mächten vorschwebt, daß dieses Deutschland aufrecht erhalten bleibt. Ein Staatenbund soll es sein, kein Bundesstaat, gebunden, vielleicht durch die Kultur, durch die Sprache und durch gemeinsame Sitten, allein nicht zusammengehalten durch irgendein gemeinsames machtpolitisches Band, nicht zusammengehalten durch eine gemeinsame Staatsverfassung und Staatsverwaltung, und am wenigsten vertreten durch ein gemeinsames Heer. Frankreich wünscht ein Deutschland, das durch seine eigene innere Zersplitterung ohnmächtig genug ist, den Rhein als Grenze eben dulden zu müssen. Frankreich braucht für seine größeren europäischen Ziele auf dem Kontinent unbedingt ein Deutschland, das schwach und ohnmächtig ist und bleiben wird.

Diese beiden Mächte suchen unsere politische Lage zu bestimmen, und sie können sie heute bestimmen, weil Deutschland seit 1918 militärisch vollständig ausgeschieden ist.

Und auch vom dritten Gesichtspunkt aus betrachtet, zeigt sich die katastrophale Wirkung dieses Jahres auch *wirtschaftlich*. Die Wirtschaftspolitik wird bestimmt durch das Verhältnis der Bevölkerung zum Grund und Boden. Unser Volk hat sich seit Hunderten von Jahren ununterbrochen vermehrt, und der Boden ist seit Hunderten von Jahren kleiner geworden - auf keinen Fall hat er sich vergrößert. Keine europäische Macht hat mit so geringem Boden ihr Volk zu ernähren vermocht wie Deutschland, vielleicht Italien ausgenommen. Allein, wie bei Italien ist dieser Zustand nur möglich gewesen durch Aushilfsmittel.

Wenn wir den Versuch der Vergangenheit betrachten, wirtschaftlich das deutsche Schicksal zu gestalten, so sehen wir drei Wege.

Der erste Weg wäre der gesündeste; er lautet: Erwerbung von Grund und Boden. Das war in jener Zeit, da unser Volk noch nicht angekränkelt war von Pazifismus und Humanismus, da das Volk noch erfüllt war von dem gesunden Geist des Strebens nach Weltbeherrschung. In jener Zeit, da das Volk der Überzeugung war, daß das Schicksal - die Natur - den deutschen Menschen hierher gesetzt hat und dieser nun zuzusehen habe, wo er sich sein Stück Grund und Boden erwerbe, um tätig zu sein. Genügt er dieser Aufgabe, ist ihm das Leben gegeben, wenn nicht, wird ihm das Leben genommen. In je-

ner Zeit, da unser Volk diesen Standpunkt noch einnahm, hat es sich Boden gewonnen. Es hat die beiden Ostmarken kolonisiert und hat mit dem Schwerte vorgesorgt, daß unser Volk das tägliche Brot zum Leben bekomme. Das ging aber vor allem deshalb, weil dieses Deutschtum machtpolitisch wirklich etwas zu bedeuten hatte.

In dem Maß, in dem des alten Reiches Herrlichkeit mehr und mehr zerbrach und Deutschland ausschied, wurde der zweite Weg zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse unseres Volkes beschritten: man exportierte, statt Grund und Boden zu erwerben, und zwar exportierte man Menschen. Es begann jenes Zeitalter, in dem zuerst Tausende, später Zehntausende und noch später Hunderttausende von Deutschen Jahr für Jahr den Staub der Heimat von ihren Füßen schütteln und hinausziehen mußten nach Amerika, ja bis nach Australien. Tausende um Tausende - Hunderttausende der besten Elemente sind unserem Volk so für immer verlorengegangen, und mit ihnen ging uns vielleicht das wertvollste und kostbarste Blut verloren, das energievollste Blut, das wir besessen haben. Nichts kam dem neuen Kontinent so zustatten wie das gesunde Blut - hauptsächlich Bauernblut -, das damals aus Deutschland hinausgetragen wurde, und das dann mithalf, eine Weltmacht gegen uns aufzurichten.

Jahrzehntelang währte dieser Prozeß - er ging selbst über das Jahr 1870 hinaus: damals wanderten jährlich Hunderttausende von Deutschen ab.

Dieser Menschenexport wurde dann abgelöst durch Warenexport. Des neuen Reiches Macht ermöglichte, daß im Innern des Reiches eine blühende Wirtschaft erstand. Es wurde versucht, nun durch diese Wirtschaft das Lebensnotwendige für das deutsche Volk zu erhalten, durch den Verkauf von erzeugten Gütern. Es kam jener großartige Warenexport, jener Industrialismus Deutschlands, die Entwicklung, die besonders die nachbismarck'sche Periode entfaltete, und die so viele Deutsche aufs höchste bewunderten. Allein, die Erwägung, aus der heraus man handelte, war falsch. Man schritt zur Industrialisierung, gezwungen, das Leben eines Millionenvolkes sicherzustellen - für jährlich 900000 junge Staatsbürger das tägliche Brot zu schaffen. Man schritt dazu, auf Grund einer realen Notwendigkeit, aber zugleich einem ganz falschen Glauben huldigend, dem Glauben nämlich, auf diesem wirtschaftlichen Wege vielleicht einen ewigen Frieden auf dieser Erde heranzüchten zu können. Es kam jene Zeit, in der die wirtschaftlichen Momente alles zu überwuchern begannen und in der alle staatspolitischen Gesichtspunkte zurückgestellt, machtpolitische geradezu zur Verwerflichkeit gestempelt wurden. Bis die Meinung sich bildete, man könne ein 60-Millionenvolk auf rein friedlichem Wege ernähren, ohne es jemals machtpolitisch verteidigen zu müssen. Ein grauenhafter Irrtum! Denn als Deutschland in die Welt hinaustrat, und als die deutschen Techniker und Ingenieure auszogen, um für Deutschlands Stellung zu kämpfen, und als die deutschen Waren hinausflossen, da war diese Welt schon besetzt. Überall war schon ein anderer, vor allem der Engländer -, und es war selbstverständlich, daß wir uns nur solange Wirtschaftsboden erobern konnten, als uns England nicht als eine Gefahr betrachtete. Es war klar, daß an dem Tage, an dem England zu der Überzeugung kam, daß diese Eroberung vielleicht einst an den Lebensnerv des englischen Volkes selbst greifen würde, die wirtschaftliche Eroberung von uns doch mit dem Schwert vertreten werden mußte und nicht mit einigen Theorien oder Phrasen zu halten war.

Das war der damalige Grundfehler, daß man glaubte, wirtschaftlich die Welt erobern zu können, ohne sich das machtpolitische Instrument zur Verteidigung dieser wirtschaftlichen Eroberung sicherzustellen.

Und aus diesem Grundfehler kam der Zusammenbruch, der uns nun auch wirtschaftlich in dies grauenhafte Elend hineingebracht hat - denn heute wird kaum einer mehr sagen können, daß, wenn auch Deutschland militärisch zugrunde ging und machtpolitisch heute eine Leiche ist, dafür die deutsche Wirtschaft umso blühender dastehe und Deutschland wieder emporführen werde. Heute wird jeder zugeben, daß das, was sich schon vor dem Krieg zeigte, heute klar erwiesen ist: daß man Wirtschaftspolitik ohne Macht nicht treiben kann.

Ohne Macht kann man weder Boden erwerben, noch Waren exportieren. So bliebe für die Deutschen nur ein einziger Weg übrig, und dieser liegt nahe: Hinausgehen und sich im Ausland das tägliche Brot suchen.

Was ist nun aber Macht? Macht kann man im doppelten Sinn verstehen. Die einen verstehen unter Macht nur das Sichtbare, ich möchte sagen, das Material dieser Macht, die Waffen und vielleicht schon weiter gesteckt, auch die militärische Organisation als solche. Gewiß, das ist Macht: allein das ist nicht Macht ursprünglicher Art, nicht Macht an sich, sondern das sind nur Äußerungen einer Macht. Die letzte und größte Macht liegt nicht in diesen Erscheinungen, dies sind nur tote Erscheinungen - tot wenigstens dann, wenn nicht ein lebendiges Fundament dafür vorhanden ist. *Die letzte Macht ruht im Selbsterhaltungstrieb und im Selbsterhaltungswillen, im Willen zum Dasein eines Volkes und in der Entschlossenheit, diesen Willen einzusetzen, wenn notwendig mit der Waffe, die den Erfolg garantiert.* Das ist das Wesentliche des Fundaments.

Diese letzte Macht hat uns schon vor dem Kriege gefehlt. So grandios und unvergleichlich auch die äußeren Formen unserer Macht zu sein schienen, so unerhört großartig der militärische Apparat, ja - zum Teil wenigstens noch - zulänglich die militärische Rüstung in technischer Hinsicht war, so vollkommen ungenügend war das Fundament, nämlich der einheitliche Wille des Volkes, sich das Leben auf der Welt mit allen Mitteln zu erhalten. Er war schon vor dem Krieg nicht mehr da; denn wäre er dagewesen, hätten uns die Waffen nie zerschlagen werden können.

Wer heute unser Unglück im augenblicklichen Fehlen eines Heeres oder einer Rüstung sucht, vergißt, daß wir beides besaßen und trotzdem den Krieg verloren, weil uns das Wesentlichste fehlte, die nationale Geschlossenheit und der unbändige nationale Freiheitsdrang.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, wie es denn möglich ist, daß ein 65-Millionenvolk, das zunächst, von außen gesehen, über den scheinbar ehernen, unzerstörbaren Nationalstaat verfügte und, rein militärisch betrachtet, anscheinend das beste Heer der Welt besaß, trotzdem die Einheitlichkeit des Willens zur nationalen Selbsterhaltung und Weltbehauptung nicht hatte, so müssen wir uns klar werden, daß der deutsche nationale Gedanke an sich leider Gottes erst sehr spät entstanden war. Was wir vor dem besaßen, war kein nationaler Gedanke, sondern im günstigsten Falle dynastischer Patriotismus, nur eine lockere Anhänglichkeit an den einzelnen Staat. Aber der Glaube an eine deutsche Mission und ein deutsches Volkstum - dieser Glaube und Stolz, der den Engländer

auszeichnet - hat uns vollkommen gefehlt. Während England sich die Welt zu erobern begann und auf Grund dieser Welteroberung in das Herz seiner Bürger den Stolz hineinpflanzte, Angehöriger eines Weltreiches zu sein, haben die Deutschen innere Kämpfe ausgefochten, und zwar meist Kämpfe utopischer Art, religiöse und andere Kämpfe.

War es da Wunder zu nehmen, wenn diesen Deutschen lange Zeit nationaler Stolz überhaupt fehlte und erst entstand, als wieder eine deutsche Geschichte wurde. - Als auf den Schlachtfeldern in Deutschland selbst die napoleonische Armee langsam niedergerungen wurde. - Als, in Verbindung mit der neuen deutschen Kunst und Literatur, in weiten Kreisen ein deutsches Ideal erwuchs, das als verehrungswürdig und zum Stolz anregend empfunden wurde. Bis dann jenes große Jahr kam, in dem zum ersten Mal wieder die deutschen Stämme vereinigt wurden und als Siegeskrone eine Kaiserkrone mitbrachten. Erst da begann in weiten Kreisen das zu werden, was andere Völker längst besaßen: das stolze Gefühl auf das eigene Volkstum - das Deutschtum. Wir hatten bis dahin mehr Preußen und Sachsen und Württemberger und Bayern als Deutsche. Erst allmählich trat, an Stelle des einzelstaatlichen Gefühls, ein - wenn auch schwaches - deutsches Nationalgefühl.

Nun kam aber leider in diesen Umwandlungsprozeß ein anderer Prozeß herein: der Umwandlungsprozeß unserer Wirtschaft.

Ein *vierter Stand* wurde geboren. Der deutsche Arbeiter wuchs mit dem Wachsen unserer Industrie empor. Aber man behandelte ihn wie das fünfte Rad am Wagen. Man kümmerte sich um ihn wenig. Er war politisch entrechtet, wirtschaftlich außerordentlich schlecht gestellt, vom Bürgertum gar nicht begriffen. Daß sich dieser Stand zwangsläufig eines Tages, rein ziffernmäßig, zu einer Macht entwickeln mußte, über die man nicht mehr hinweggehen konnte, daß einmal der Tag kommen mußte, an dem dieses Hunderttausendmann-Heer, dann Dreihunderttausendmann-Heer, endlich zum Millionen-Heer anschwellen mußte und daß man dann politisch, aber auch wirtschaftlich irgendwie dazu Stellung nehmen mußte, sah man nicht ein. Es ging nicht an, Menschen das Lesen und Schreiben zu lehren, sie für bestimmte wirtschaftliche Fähigkeiten, zur Ausübung bestimmter Fertigkeiten heranzubilden und im übrigen aber über sie hinwegzublicken im Glauben, daß das ewig so bleiben würde. Im selben Augenblick, in dem an Stelle unserer ländlichen Gegenden allmählich die Großstadt wuchs und das Hunderttausendmann-Heer von Arbeitern in die Stadt einzog, im selben Augenblick mußte die Frage bestimmend werden: Wie stehen nun diese Leute dem Staat und vor allem der Nation gegenüber? Fühlen sie sich nun als Bestandteil des Volkes oder als eine Klasse für sich? Eins von beiden trifft zu. Fühlt sich diese Masse nicht als Bestandteil des nationalen Körpers, hat die Nation den gewaltigsten Kraftfaktor verloren. Denn sie repräsentiert den brutalen Willen zur Selbsterhaltung, in ihr vor allem schlummert die Kraft des Kampfes ums Dasein in dieser Welt. Wehe, wenn diese Massen sich nicht mehr als Teil des Körpers fühlen, sondern wenn sie vom anderen Teil so wenig begriffen und verstanden werden, daß sie endlich ihren eigenen Weg zu gehen beginnen, der dann nicht mehr im Rahmen der allgemeinen nationalen Interessen verläuft! Man hat sich um sie nicht gekümmert, und so nahm sich ein anderer ihrer an, der diese Masse für sich ver-

wenden konnte: der internationale Jude. Er wußte, welch ungeheure Macht in dieser Masse liegt. Unser deutsches Volk selbst begriff nicht, daß in dieser Masse die Zukunft der Nation ruht und besonders die Zukunft unserer Nation, die ganz gebunden ist an das Vorhandensein einer bestimmten Macht. Wie aber glaubte man denn, die deutsche Macht erhalten zu können, wenn die Millionen von Arbeitern, statt ebenfalls Träger dieses Machtgedankens zu werden, dem Nationalgedanken entfremdet wurden und endlich ihren eigenen Weg gingen, einen Weg, der in eine nebelhafte Ferne hineinführt, an dessen Ende irgendein utopisches Ideal, internationale Solidarität und ähnliches steht? Wie stellte man sich das damals vor?

Es wird nun vielleicht der eine oder andere aus den bürgerlichen Kreisen hier zur Antwort geben: das ist nicht richtig. Die Masse kam nicht zu uns - wir haben sie schon gewollt. Ja, vor den Wahlen, da fragte man darnach, für wen die Masse den Stimmzettel abgibt, aber in anderen Angelegenheiten hat man sich ihrer leider nicht erinnert.

Man hat sich ihrer nicht erinnert in all ihren schweren Kämpfen. Man hat nicht begriffen, daß z. B. die Übertragung einer Arbeitszeit - die auf dem flachen Land noch selbstverständlich sein konnte - in die Intensität unserer modernen Fabrikbetriebe hinein uns zwangsläufig innerhalb weniger Jahrzehnte vor eine einfache Frage stellen würde, nämlich die: Verzichtet ihr ab jetzt auf einen gesunden Körper eures Volkes oder nicht? Denn glaubte man, etwa auf die Dauer ein Volk gesund erhalten zu können, das 12 oder 13 Stunden im Bergwerk arbeitet? Glaubte man, daß man den 13 oder 14-Stundentag, sagen wir, auch nur 100 Jahre lang, bei der Intensität unseres modernen Betriebs hätte durchführen können? Was wäre denn das Ergebnis gewesen? Das Ergebnis wäre ein Volk gewesen, das körperlich vollkommen zusammengebrochen ist! Oder glaubte man, daß man auf die Dauer die Akkordarbeit hätte beibehalten können in dem Umfang, wie sie einst tatsächlich bestand? Glaubte man das?! Ja, glaubte man, daß man nur das Hungerdasein, etwa unserer Heimarbeiter, auf die Dauer aufrechterhalten kann? Man kann es vielleicht, aber denken Sie nur nicht, daß dann ein Volk von Kraft und Stärke fortleben wird! In 100 oder 200 Jahren bleiben menschliche Ruinen übrig!

England hat vielleicht besser erkannt, was dabei auf dem Spiele steht. Als Fürst Bismarck anregte, auf internationalem Wege eine Regelung bestimmter sozialer Probleme herbeizuführen, da hat als erstes England abgelehnt. Und warum? Man gab es später ganz offen zu: England besitzt kein Interesse daran, daß etwa durch Lösung brennender sozialer Fragen in Deutschland gewissse Zustände beseitigt werden, die einer Schwächung Deutschlands dienen, während ihre Beseitigung, und wäre es auch nur auf dem Wege der Überbrückung innerer Klüfte, zu einer Stärkung dieses Staates führen würde. Das sagt man ganz kalt.

Wenn einst England in der Begrenzung der Arbeitszeit den ersten Schritt tat, dann von seiten der Staatsmänner nicht etwa, aus sagen wir, humanitärer Liebe zur breiten Masse - nicht im geringsten, da sind diese britischen Rechner viel zu kühl gewesen - sie taten es vielmehr in der Überzeugung, daß sie dadurch mithelfen, das englische Volk dem englischen Staat zu erhalten. Sie taten es in der Überzeugung, daß sie dadurch gewisse Keime zur Unzufriedenheit in andere Länder hineinsenken. Sie taten es weiter in der Überzeugung, daß dies das beste Mittel ist, um einerseits, den Ketzern Agitations-

stoff aus der Hand zu nehmen, und andererseits, den allgemeinen Patriotismus erst recht zu steigern. Und sie taten es nicht zuletzt in der Überzeugung, daß letzten Endes eine Schmälerung der Produktion dadurch nicht im geringsten eintreten werde. Denn so klug waren sie zu wissen, daß es undenkbar ist, auf Dauer mit 14-15 Stunden arbeiten zu können, sondern daß einmal ein Bruch kommen muß; sie waren so klug zu wissen, daß diese Sklavenarbeit, auf die Dauer, im Schlußergebnis minder sein müßte, als die Arbeit kräftiger Körper.

Bei uns hat sich zunächst nicht der Staat dieser Probleme angenommen, sondern Parteien mußten es tun. Glauben Sie mir, wäre bei uns nicht so unklug mit dem sozialen Problem umgegangen worden, hätte niemals die internationale Sozialdemokratie den Nährboden für ihr Wachstum erhalten. Und sie erhielt ihn besonders aus einem Grunde: Unsere bürgerlichen Parteien, die an sich einst die einzigen gesellschaftlichen Parteigebilde waren, ließen sich leider dazu verleiten, dem reinen Existenzkampf dieses vierten Standes mit politischen Machtmitteln entgegenzutreten zur Bekämpfung von Forderungen, die an sich nicht einmal als soziale angesehen werden können, sondern nur reine Menschlichkeitsprobleme darstellen. Wenn man heute noch nachliest, welch hanebüchene Reden konservative und sog. nationalliberale Parteigrößen einst zu den primitivsten Menschlichkeitsfragen gehalten haben, wenn man die unsinnigen Gesichtspunkte vernimmt, die gegen sie ins Felde geführt wurden - immer damit verbrämt, daß es sich dabei um die Wahrung höchster nationaler Güter handle -, dann kann man begreifen, wieso der Marxismus diese breite Masse zu erfassen und zu internationalisieren vermochte.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel aus der Jetztzeit vor Augen führen, damit Sie klar erkennen, zu welch verheerenden Folgen diese Stellungnahme in nationaler Hinsicht führen mußte. Da ist der Stadtrat in München. Sie wissen, München ist die Stadt der größten Fleischportionen, und diese erhebende Tradition wird aufrechterhalten bis tief hinein in die Kreise der regierenden Stadtväter. Dieses jetzt zur Neige gehende Jahr war deshalb auch angefüllt von zahllosen Festessen. Es gab unzählige Anlässe dazu: Bald wurde etwas eröffnet, dann gab es ein Festessen, bald wurde etwas geschlossen, und es gab wieder ein Festessen; oder es kam jemand, irgend eine berühmte Größe - Deutschland hat ja viele berühmte Größen -, dann gab es wieder ein Festessen. So kamen Hunderte von solchen allgemeinen Volksbelustigungen zustande. Diese Festessen kosteten die Stadt München natürlich auch etwas Geld, eines allein 28.000 Mark glaube ich. Sie wissen weiter, daß das heurige Jahr ein bitter ernstes ist und besonders jetzt der Winter grauenhaft zu werden verspricht. Sie wissen, daß eine Stadt wie München heute nahezu 30.000 Erwerbslose besitzt, wohlgemerkt, nicht Vagabunden, die nicht arbeiten wollen, sondern Leute, die trotz aller Versuche, irgendwo Arbeit zu finden, eben dennoch keine Arbeit mehr zu finden vermögen, die brotlos werden und deren, leider Gottes dank unserer grandiosen wirtschaftlichen Aufbauarbeit, in Deutschland immer mehr werden. Diese Leute bekommen in München im Monat 36 Mark! Da der Revolution eine wesentliche Steigerung des Kaufwertes unseres Geldes nicht gelungen ist, kann man für 36 Mark auch nicht leben; man kann nicht einmal sagen, es sei zum Sterben zuviel, sondern es langt gerade dafür. Und da ging die Münchener Kommunistische Partei her und

brachte im Stadtrat den Antrag ein, es wären für diesen Winter 300.000 Mark zur Verfügung zu stellen, zum Ankauf von Holz und Kohlen und vielleicht auch noch von Kartoffeln, was dann, pro Kopf umgerechnet, auf die Allerärmsten 25 Pfennig pro Tag ausgemacht hätte. Sie wissen alle, was man für 25 Pfennig pro Tag bekommen kann. Der Antrag wurde eingebracht und damit begründet, daß die Gemeinde, die in diesem ganzen Jahr Unsummen hinausgehauen habe für Festessen, Festlichkeiten, Beflaggungen, Ausschmückung der Straßen usw., jetzt auch einmal für diese, in größter Not lebenden armen Teufel einspringen könne. Die Dringlichkeit der Sache an sich wurde von den meisten Parteien anerkannt, nur erklärten alle: Es ist leider kein Geld dafür da, folglich kann man das nicht bewilligen. Dabei muß man noch hinzufügen, daß das die Gemeinde ist, die vor wenigen Monaten noch in Geld schwamm, die z. B. in den Jahren 1923/24 einen Überschuß erzielte, der an die 20 Millionen Goldmark heranreichte, und die den Überschuß auch sehr sozial anlegte, nämlich zum Ankauf von Hotelaktien verwendete und dergleichen wichtige Volksnotwendigkeiten mehr. Hier handelte es sich nicht um Millionen, sondern um 300.000 Mark, und da ist kein Geld vorhanden! Und nun steht der Vertreter der Deutschnationalen Partei im Münchener Stadtrat, Herr Jansohn [3], auf und sagt: Ich kann überhaupt eine Dringlichkeit der Sache nicht anerkennen, denn es ist Bedürftigkeit in dem Sinne nicht vorhanden!! Ich bitte Sie! Sie hätten nun das Ergebnis sehen sollen! Auf der Galerie sind Arbeitslose, zahllose Kommunisten und auch Nationalsozialisten. Diese Leute hören das vom Vertreter der nationalen Partei. Was denken Sie, was nun eintreten müßte, wenn dort nicht der Vertreter einer anderen nationalen Partei säße, der nun sofort aufspringt und eine flammende Anklagerede gegen diesen Mann hält und erklärt, das gäbe es nicht, es müsse jetzt geholfen werden, eine Gemeinde, die sich jederzeit 8 und 10 Millionen Mark als Anleihe holen könne, könne auch einmal 300000 Mark für solch einen Zweck geben. Wenn aber, außer dem ersten sog. Vertreter des nationalen Gedankens, kein anderer Vertreter dieses Gedankens gewesen wäre! Im Hirn all dieser armen Teufel müßte sich zwangsläufig die Überzeugung festfressen, daß national gleichbedeutend ist mit Hartherzigkeit gegenüber selbst primitivsten sozialen Wünschen und Forderungen! Wenn nun zwischen diesen armen Teufeln aber einer ist, der nur darauf lauert, daß so ein Wort fällt, der nur darauf wartet, daß ein einziges solches Bild sich bietet, um dann dieses Bild in tausendfacher Vergrößerung an die Wand zu malen und bei jeder Gelegenheit sein Opfer darauf zu stoßen und immer wieder zu sagen: Das ist der nationale Gedanke, mein lieber Genosse, das sind die sog. nationalen Parteien, sie verkörpern den nationalen Gedanken, Arbeiter, hast du damit etwas zu tun, kannst du in eine solche Partei hineingehen, kannst du national sein, wenn das der nationale Gedanke ist? Da schau, so sieht er aus, das ist der Nationalismus! Was hat das für Folgen, wenn ein Mensch mit Absicht so handelt, solche Worte mißbraucht, durch Jahrzehnte und Jahrzehnte, all die Zeiten, in denen unser nationales Bürgertum, in seinen politischen Parteien, wie wahnsinnig gegen selbst soziale Forderungen von lächerlicher Geringfügigkeit Front machte, ohne sie jedoch verhindern zu können; die Reformen kamen ja doch! Das waren die Jahrzehnte, in denen sich der internationale Jude

3 Hermann Jansohn (1891-1957), Dr. jur., Beamter beim bayer. Landesfinanzamt, 1919 Mitglied im Freikorps Epp, 1925-1927 Stadtrat (DNVP), 1927-1937 berufsmäßiger Stadtrat in München.

in die Arbeiterschaft hineindrängte und jeden einzelnen derartigen Fall von Herzlosigkeit und Verständnislosigkeit immer wieder und wieder darauf hinwies [*sic!*].

Dank des Versagens der bürgerlichen Parteien in sozialer Hinsicht war es möglich, daß eine neue Bewegung entstand, die unter Hinweis auf die nationalen, aber unsozialen Parteien den nationalen Gedanken als etwas Abscheuliches hinzustellen vermochte und somit Sabotage an ihm treiben konnte.

Und so wurde unser deutsches Volk eben allmählich zerissen. Auf der einen Seite stand eine in sich abgeschlossene Parteigruppe, die von vornherein erklärte, national zu sein, ohne aber damit einen Gedanken zu verbinden, dessen Fehlen dem Begriff des nationalen entgegenläuft. Sie glaubten, es genüge allein schon die Betonung des nationalen Gedankens, eine äußerlich zur Schau getragene sog. patriotische Gesinnung, das äußere Absingen des Kaiserliedes und anderer vaterländischer Lieder, die Bereitwilligkeit, dem Soldatendienst zu genügen, dem Reiche zu geben, was es an Schutzmitteln nach außen braucht usw. Allein diese Gruppe erkannte nie, daß zum nationalen Gedanken und zur Betätigung in seiner Richtung auch die Sorge um den Nachwuchs unseres Volkes gehört, und zwar nicht nur um den Nachwuchs einer Schicht, sondern aller Schichten, und nicht nur um die Gesundheit am Körper, sondern ebenso an der Seele. Das hat man vergessen, und das hat sich bitter gerächt.

Und auf der anderen Seite, da entstanden die sogenannten sozialen Parteien, wie sie sich tauften. Auch sie hatten einen Bruch. Man hätte sich klar machen müssen und machte sich nicht klar - abgesehen von den Führern, die genau wußten, was sie taten - daß alles Reden von sozialem Fortschritt, von sozialer Hebung, oder gar von der Sozialisierung der Betriebe, Geflunker sein mußte, solange nicht ein Nationalstaat mit unbändiger Kraft dahinter stand. Aller Glaube, das materielle Los des einzelnen bessern zu können, aller Glaube, die Güter der Nation etwa in den Gemeinbesitz der Volksgenossen überführen zu können, all dies war der Glaube an ein Phantom, solange der Glaube nicht gestützt wurde durch die reale Macht eines geschlossenen Volkstums, bereit, die gesammelte Kraft der Nation einzusetzen, kurz, solange der Glaube nicht ein nationalsozialistischer war.

Und wenn nun die einen oder anderen heute das bestreiten und behaupten wollen, das sei nicht richtig, so muß ihnen gesagt werden: *die Richtigkeit oder Unrichtigkeit wird im geschichtlichen Leben der Völker in erster Linie durch den Erfolg bewiesen. Was hat die rechte Seite aber praktisch erreicht? Hat sie als Ergebnis ihrer Tätigkeit ein nationales Deutschland hinterlassen, stark und mächtig, unabhängig und frei?* Hat sie den nationalen Gedanken zu einer Höhe geführt, daß jeder einzelne Deutsche stolz darauf ist, national zu sein? Hat sie es verstanden, den Begriff Vaterland so zu heben, daß jeder einzelne sich demütig beugt vor ihm? Nein, sie hat diese Worte deutsch, alldeutsch und national in den Augen der breiten Masse geschändet, so daß Millionen und aber Millionen diese Worte nicht hören wollen, ja stolz darauf sind, der Gegensatz dieser Begriffe zu sein, und sich als international bezeichnen. Das hat die Rechte erreicht! Das Ergebnis ihres Wirkens war nicht ein Deutschland der Freiheit und Macht, sondern ein Deutschland der Ohnmacht, gefesselt und gebunden und geknebelt. Kein freier Staat, sondern eine Kolonie fremder Willkürherrschaft. Das ist das Ergebnis!

Und wenn dann der von rechts zur Antwort geben würde: Ja, dies Ergebnis ist nicht unser Ziel gewesen. Freilich ist das nicht euer Ziel gewesen! Aber euch ging es so, wie es dem Manne ging, von dem Bismarck einst erzählte, einem Manne, der in eine bestimmte Kategorie von Menschen gehört. Als man nämlich Bismarck einst von freisinniger Seite Schwierigkeiten bereitete, und Bismarck erklärte: wenn Sie so weiterfahren, werden Sie Deutschland zerstören, und als ihm dann zur Antwort gegeben wurde: wir wollen das gar nicht, im Gegenteil, da sagte Bismarck: bitte, was Sie wollen, ist ganz gleichgültig. Es gibt Menschen, die wollen nach Rowawes fahren, steigen aber in einen Zug ein, der in Rowawes gar nicht hält, sondern weiterfährt nach Potsdam. Und die Leute sagen, wir wollen nicht nach Potsdam. Aber sie fahren eben nach Potsdam, weil sie in einem Zug sitzen, der dorthin geht. Und wenn unsere bürgerliche Welt tausendmal sagt, wir wollen das nicht - ja, ihr wollt es nicht, aber ihr seid eben auf dem Weg, der dahin führen muß!

Freilich die andere Seite, die hat auch nicht erreicht, was sie erreichen wollte. Wenn der Erfolg über die Richtigkeit der Vertretung des nationalen Gedankens durch die bürgerliche Welt richtet, dann richtet aber auch der Erfolg über die Richtigkeit der Vertretung des sozialistischen Gedankens durch die sozialistische Welt. Wo ist da der Erfolg? Ist heute etwa die soziale Not behoben? Ist heute Deutschland zum sozialistischen Staat umgewandelt? Ist heute etwa das Eigentum des Privaten in das Eigentum der Volksgemeinschaft übergeführt? Nein, die soziale Not ist nicht behoben, sie ist größer als zuvor. Das Eigentum des Privaten hat man nicht an die Volksgemeinschaft überführt, sondern das Eigentum des Privaten und das Eigentum der Volksgemeinschaft hat man in das Ausland überführt! Das ist das Ergebnis der sozialistischen Tätigkeit. Und warum? Weil auch dort der Weg zwangsläufig dorthin führen mußte, wo er eben heute endet.

Ein Unterschied besteht allerdings: Während man den Leuten von rechts zumindest den guten Glauben zubilligen muß - sie glauben wirklich national zu sein, wenigstens die besseren Elemente - muß man den Führern von links diesen guten Glauben absprechen. Sie haben nie daran gedacht, etwa unser Volk sozial besserzustellen, nie im Ernst gar daran gedacht, das Eigentum in den Besitz der gesamten Volksgemeinschaft überzuführen. Nein, sie dachten nur daran, entweder sich das Eigentum zu stehlen, oder ihren internationalen Finanzkompagnons zuzuschachern.

Aber noch ein dritter Beweis wurde erbracht, neben dem der Unfruchtbarkeit des Nationalgedankens bürgerlicher Einstellung und der Unfruchtbarkeit des Sozialgedankens marxistischer Prägung, nämlich der Beweis, daß die Meinung falsch war, man könne als letzten Rettungsanker etwa die sog. Wirtschaft auswerfen, jene Meinung, die bei uns so großartige Vertreter besaß, deren größter Herr Stinnes [4] war, jene Meinung, die sich anmaßte, in den Jahren 1919/20/21, da die politischen Machtmittel zerbrochen

4 Hugo Stinnes (1870-1924), Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1923 als Eigentümer des weitverzweigten Stinnes-Konzerns einer der größten Inflationsgewinnler.

am Boden lagen und Deutschand von Monat zu Monat tiefer sank und der inneren Zerrüttung entgegen ging, an die Stelle der Machtmittel und der politischen Selbsterhaltungs-Instinkte die Wirtschaft setzen zu wollen, die aus sich selbst heraus Deutschland erneuern sollte. Der Mann, der sagte, Deutschland wird durch die Wirtschaft wieder aufgebaut, ist schon in seinem Testament selbst ein Opfer seines falschen Glaubens geworden: Seine Kinder können sich seines Werkes von einst nicht mehr freuen. Er ging als erster und größter den Weg, den die ganze deutsche Wirtschaft gehen wird. Vermessener noch als zu glauben, daß ein nationaler Gedanke sich auswirkt, ohne von der breiten Masse getragen zu sein, oder daß es einen sozialen Gedanken gibt, ohne verbunden zu sein mit dem Nationalgedanken, ist es zu glauben, daß es eine Wirtschaft ohne Macht und ohne Staat dahinter gibt.

So sind wir heute dreimal zusammengebrochen. Wirtschaftlich sind wir ausgepumpt durch das Erfüllen des Dawes-Gutachtens. Zwischendurch liest man so ganz nebenbei einige Zahlen in der Zeitung. Unsere neue Dawes-Bank [5] hat im letzten Monat - es wird fast triumphierend verkündet - nahezu 76 Millionen Goldmark abgeliefert und in dem jetzigen fast 95 Millionen, und es gibt Leute unter uns, die das als das staunenswerte Zeichen der Unverwüstlichkeit unseres deutschen Volkes hinstellen, 94 Millionen Mark monatlich, das sind also in einem Jahr über eine Milliarde Mark Bargeld; denn es sind keine Sachlieferungen, sondern es ist bares Geld, das eingezogen wird, bestehend aus all diesen zahlenmäßigen Geldern, das zu den Fahrkartenschaltern der Dawes-Bahn hinwandert oder für die Frachttarife usw. bezahlt wird. Und wenn man bedenkt, daß unser gesamtes in Umlauf befindliches Geld kaum 6 Milliarden beträgt, so heißt das, daß in einem Jahr fast allein ein Fünftel dieser gesamten in deutschem Umlauf befindlichen Gelder eingezogen werden. Es ist selbstverständlich, daß dadurch eine wahnsinnige Geldknappheit eintreten muß, und es ist weiter selbstverständlich, daß man das nur kurze Zeit machen kann; dann muß wieder irgendein Aufpumpen geschehen, muß den Adern wieder neues Blut zugeführt werden. Und wer kann das? Nur die eine Bank, die Reparationsbank, denn nur sie selbst hat ja das aus der deutschen Wirtschaft gezogene Geld, soweit sie es nicht ins Ausland weitergab. Man verkündet schon jetzt triumphierend, daß man in amerikanischen Bankkreisen davon spricht, man könne nach der Unterzeichnung des Vertrags von Locarno dem deutschen Volk schon wieder eine Anleihe geben - natürlich nicht auf unsere guten Augen hin, auch nicht aus idealistischer Solidaritätsgesinnung, sondern nur auf Grund von Pfändern. Und die Pfänder? Man klopft jetzt bei uns an. Die internationale Geldfinanz befürchtet schon, daß Frankreich vielleicht ebenfalls finanziell vollständig zusammengebrochen sein könne, und da gäbe es ein Mittel, Frankreich zu sanieren: Mit den Aktien der deutschen Reichsbahn, die ungefähr 11 Milliarden betragen, könnte man den französischen Franken stützen. (Lachen.) Gewiß, manche von Ihnen lachen heute darüber; warten Sie ab! Es ist nur zu na-

5 Gemeint ist die Reichsbank. Im ersten Jahr des Dawes-Plans (1.9.1924 bis 31.8.1925) betrugen die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches insgesamt eine Milliarde Goldmark, wovon 800 Millionen dem Ertrag einer im Herbst 1924 aufgelegten deutschen Auslandsanleihe entnommen wurden. Die restlichen 200 Millionen Goldmark wurden von der deutschen Reichsbahngesellschaft als Zinszahlungen für die auf Grund des Dawes-Plans zu Reparationszwecken begebenen Obligationen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark geleistet. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1925, S. 416.

türlich, daß die Bahn restlos verlorengeht. Glaubt man denn, daß die internationalen Finanziers eines Tages sagen werden, nun sei es genug, mehr wollten sie nicht, sondern nun solle Deutschland wieder genesen und emporkommen? Man wird der Kuh nur soviel Blut lassen und grünes Futter geben, als sie braucht, um von neuem gemolken werden zu können; überschüssige Kräfte sind nicht vonnöten.

Man wird nach neuen Pfändern suchen. Man wird vielleicht neue Unternehmungen zusammenfassen und monopolisieren, um eines Tages auch sie zu verpfänden. Das ganze Geheimnis unserer Staatswirtschaft besteht bloß im Fortwursteln von heute auf morgen und von morgen auf übermorgen. Die Herren wissen selbst nicht aus und nicht ein, sie wissen nur eines: Nach uns die Sintflut! Man helfe nur, daß der morgige Tag erreicht wird. Was dann kommt, das wissen die Götter! Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen! Sie machen sich keine Gewissensbisse, um so weniger, als das, was ihnen heute geworden, ihnen nicht der Herr gegeben hat, infolgedessen auch nicht nehmen wird, und als sie in der Zeit, da andern genommen wird, unter Umständen noch profitieren. So wird Monat auf Monat fortgewurstelt, und das Ende ist die völlige Auspumpung Deutschlands und daran anschließend steigende Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten, Hunger und Elend. Glauben Sie mir, der heurige Winter wird noch lange nicht der schlimmste sein, es kommen noch bösere Zeiten. Und mancher, der traumverloren immer noch in die Zukunft hineinstarrt, wird dann erst sehen und lernen, daß auf dieser Erde keinem Volk der Daseinskampf erspart bleibt. Er bleibt nicht dem kleinsten Wesen unten und nicht dem Menschen oben erspart, auch nicht dem Deutschen.

Locarno ist die schamloseste politische Entrechtung! Das deutsche Volk ist heute nicht mehr Herr seines Schicksals. Die Fesseln sind ihm von einer ganzen Welt übergeworfen worden, vor allem eine Fessel, die die schwerste ist und die am schwersten zu zerbrechen ist. Was Menschen niederdrückt, braucht nicht immer eine Sklavenkette zu sein. Ein Sklave kann von seinen Peinigern gefesselt und geschlagen werden und ist vielleicht dennoch ihr König; es kommt nur darauf an, wie er die Schläge erträgt. Was ihn drückt, das ist nicht die Fessel, die ihm der Feind auferlegt, und was ihn schmerzt, das sind nicht die Hiebe, die er erhält, was ihn zu Boden wirft, das ist die Schmach, in der er das hinnimmt. Und grenzenlose Unterjochung in tiefster Schmach - das ist der tiefste Sinn dieses Vertrages von Locarno. Was haben Verträge sonst zu bedeuten! Verträge hin, Verträge her! Sie können zerrissen werden, sowie das Volk eines Tages die Kraft dazu hat; aber diese Fesseln von Locarno sind das Symbol unserer grenzenlosen Schande. Im Verlauf der deutschen Geschichte mußte das deutsche Volk öfter als einmal Tribut zahlen. Tribut wurde mit der linken Hand hingelegt, während die rechte sich als geballte Faust zum Himmel erhob.

Entsprechend groß ist unsere militärische Entmannung. Sie hat nicht etwa Halt gemacht bei unserem Reichsheer, sie geht viel tiefer; denn das, was von diesem Reichsheer übrigbleiben wird, sind nicht hunderttausend Mann Soldaten, sondern hunderttausend Mann Polizei. Wenn ein Staat dasteht ohne jegliche eigene Souveränität, lediglich fremdem Willen unterworfen, dann muß zwangsläufig auch das Machtinstrument eines solchen Staates nur ein Instrument zum Vollzug fremden Willens werden. Nicht mehr

die deutschen Interessen sind bestimmend, sondern bestimmend sind die Interessen einer internationalen Welt.

Damit stehen wir heute am Ende der Freiheit eines Volkes und am Ende eines deutschen Reiches. Was die Väter in unzähligen blutigen Kämpfen errungen hatten, der Stolz der deutschen Jugend, das Reich, dessen Stärke es zu verdanken war, daß seit dem Jahre 1870 immer mehr Deutsche im Ausland sich gern ihrer Sprache bedienten und sich ihrer Nationalität erinnerten, dieses Reich, die hoheitsvolle Verkörperung ihres Volkstums, der Inbegriff ihres Sehnens war, das ist nun zerbrochen! Übriggeblieben ist eine Kolonie, übriggeblieben ein Sklavenvolk, hündisch demütig, ein Sklavenvolk, das vor Freude winselt, wenn der Gegner duldet, daß ihm ein Besuch verstattet wird zum Empfang einer neuen Demütigung.

Und so frage ich Sie: Was kann heute noch das Ziel einer politischen Betätigung sein? Vielleicht wird man links sagen: Ich kämpfe um eine Lohnerhöhung! Glaubst Du, daß Dir das von Nutzen ist?

Und der Mann von rechts? Glaubt er, daß das Volk in seiner breiten Masse heute noch für seine Ziele und Ideale zu begeistern ist und für sie zur Wahlurne geht? *Es gibt nur ein einziges Ziel, für das unser Volk, wenn auch äußerlich ableugnend, innerlich dennoch kämpft; dieses einzige Ziel heißt: Freiheit!*

Einen Tag will jeder Deutsche noch erleben. Nicht den Tag des Sieges seiner Partei, nicht den Tag einer Koalition im Reichstag oder den Tag der Ungültigkeitserklärung des Dawes-Gutachtens oder einer Revision des Friedensvertrages - wobei Artikel A gemildert und Artikel B verschärft wird -, für was der einzelne heute noch lebt, das ist der Tag, an dem er frei wird, an dem das Sklavenvolk seinen Peinigern die Ketten vor die Füße schleudert und aus dem großen Morast wieder emporsteigt - ein deutsches Reich. Das ist der Tag, für den jeder einzelne lebt, für das jedes Weib ihr Kind gebiert und großzieht und jeder Mann sich sein Weib nimmt und jeder Greis die Tage zählt, die das Schicksal ihm noch zu leben gibt, denn an dem Tag, an dem diese Hoffnung stirbt, stirbt auch unser Volk innerlich ab.

Daß wir dem fern sind, wer will es leugnen? Es sind jetzt seit dem Zusammenbruch von 1918 sieben Jahre vergangen. Sieben Jahre, und mancher Deutsche von heute vergißt ganz, was sonst im Völkerleben sieben Jahre bedeuten! Am 14. Oktober 1806 fand der Zusammenbruch des preußischen Staates auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstedt statt, und sieben Jahre später, am 14. Oktober 1813, ertönten die ersten Salven über das Schlachtfeld von Leipzig und drei Tage später lag Napoleon am Boden, und Preußen stand wieder aufrecht. Und bei uns: Am 11. November 1918 brach Deutschland zusammen und am 14. Oktober 1925 - am Jahrestag der Leipziger Schlacht - legt man ihm den Vertrag von Locarno vor, und das deutsche Volk unterzeichnet ihn [6]. Wohlgemerkt, es unterzeichnet nicht mehr, wie beim Friedensvertrag von Versailles, unter der Angst, vielleicht feindliche Bomben über sich zu fühlen oder feindliche Armeen im Lande zu sehen, nein, es unterzeichnet aus Mangel an Charakter, an Stolz und

6 Das auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) ausgehandelte Vertragswerk war am 16.10.1925 paraphiert und am 1.12.1925 von Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann in London unterzeichnet worden.

nationaler Gesinnung. Wer das heute leugnet oder wer etwa andere Motive unterschieben will, wer die Sache gar staatsmännisch zu begründen versucht, der stelle sich vor, der Große Kurfürst oder Friedrich der Große oder Bismarck stünden heute auf, glaubt man vielleicht, daß unsere Staatslenker auch denen sagen könnten: Ja, wir sind die Staatsmänner und als Staatsmänner mußten wir das tun!? Glaubt man nicht, daß in dem Augenblick der Satz eines Clausewitz schon Blitzstrahl würde: "Ein Volk kann auf dem Schlachtfeld in einem Zusammenbruch niedersinken, es ist damit nicht verloren, denn aus der schwersten Niederlage kann dereinst eine herrliche Auferstehung wieder kommen. Wehe aber, wenn ein Volk die Schmach der Unterwerfung freiwillig auf sich nimmt! Es frißt sich den Tod hinein, denn dieses Gift wirkt weiter und verpestet die Zukunft." Wollte man hier auch staatsmännische Erwägungen entgegenhalten?

Wir haben in den Jahren der freiwilligen Unterwerfung keine Besserung erreicht, weder politisch noch militärisch noch etwa wirtschaftlich. Deutschland bricht mehr und mehr zusammen. Und wenn wir uns die Frage vorlegen: Warum sind die vergangenen sieben Jahre nicht ein Leipzig geworden, sondern ein Locarno?, so lautet die Antwort: Weil wir ein Staat ohne Macht sind. - Und wenn ich sage, ein Wandel in unserem Schicksal kann erst eintreten, wenn Deutschland wieder Machtstaat geworden ist, so wird mir vielleicht geantwortet: Ja, wie? Sie sehen ja doch ...! Gewiß, keiner von uns zweifelt, daß der Versuch, heute Machtstaat zu werden, mißlänge. Kann denn ein Staat Machtstaat werden, bei dem 16 Millionen die Macht ablehnen und sich auf den Standpunkt stellen: Unsere Kraft liegt nicht in unserem Degen, sondern in der Sympathie der übrigen Welt, in der Wucht des internationalen Gedankens, unserer Solidarität. - Das alles wissen wir. Macht in der Form einer Heeresorganisation und Macht in der Form einer Bewaffnung dieser Organisation und daraus sich ergebend politische Macht ist zunächst gebunden an den Willen der breiten Masse zur Macht, an den nationalen Gedanken, den nationalen Stolz, den Unabhängigkeitssinn und Unabhängigkeitsdrang, an die Sehnsucht zur Abschüttelung des fremden Jochs, kurz und gut, sie ist gebunden in erster Linie an moralische Faktoren.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: Was ist wieder die Voraussetzung zu dieser rein willensmäßigen Macht?, so lautet die Antwort: Das breite Volk als Träger des Machtgedankens! Sehen Sie heute Deutschland an! Glauben Sie, daß aus dem heutigen Deutschland jemals ein Machtstaat wird, wenn der Machtgedanke nur getragen wird von Universitätsprofessoren und Universitätsbehörden und einem kleinen Teil des ideal gesinnten deutschen Mittelstandes? Glauben Sie, daß daraus die Macht würde, der es möglich wäre, die Fessel zu sprengen? Wenn das Sklavenjoch abgeschüttelt werden sollte, dann müßte sich mit der nationalen Geistigkeit der brutale Wille der Millionen-Armee unserer Proletarier verbinden, die heute unserem Volkstum fremd gegenüberstehen.

Und dann kommt die Frage: Wer gewinnt diese breite Masse des Volkes? Wer kann daran denken, sie wieder zu gewinnen? Die Parteien von *links* scheiden aus, denn ihre Führer *wollen* den heutigen Zustand; das ist der Zustand, für den sie jahrzehntelang zitternd gekämpft haben, sie haben nun endlich das Ziel erreicht. Sie tun daher heute nichts zur Abschüttelung dieses Jochs, sondern sie tun alles, um dieses Joch als das

selbstverständliche, das lebenswerte, das rühmliche, das einzig mögliche überhaupt darzustellen. Sie kämpfen heute nicht mehr dagegen, sondern sie erziehen heute das Volk zur Duldsamkeit den fremden Unterdrückern gegenüber. Während sie früher nur Haß zu säen verstanden, säen sie heute Verstehen. Während sie früher nur Ablehnung kannten, finden sie heute Worte des Entgegenkommens. Während sie früher Erbitterung und Mut in die Massen hineintrugen, stellen sie sich heute auf Liebe und Nachgiebigkeit ein. Kurz und gut, sie wollen keine Änderung dieses Zustandes, er ist ihr Werk, sie haben diesen Zustand ersehnt und sie werden ihn niemals mehr missen wollen.

Die Parteien von *rechts*, werden diese Parteien, unsere sog. bürgerlichen Parteien, noch einmal die breite Masse gewinnen können? Schon der Name "bürgerlich" schlägt sie. Bürgerlich! Meine lieben Volksgenossen! Sagen Sie dieses Wort, dann steht auf der andern Seite auch schon der Proletarier. Sagen Sie nicht, bürgerlich ist eine Bezeichnung, die mit Klassengesichtspunkten nichts zu tun hat, sondern nur bestimmte kulturelle Momente, vielleicht kulturelle Anschauungen anzeigen soll. Sagen Sie das nicht! Dieses Wort wird nicht nach Ihrer Meinung ausgelegt, sondern nach dem allgemeinen Sprachgebrauch. Wenn Sie heute sagen: "Die bürgerlichen Parteien stimmen dafür", oder "aus den bürgerlichen Parteien heraus wurde der Antrag gestellt", so liegt darin die Scheidewand. Die bürgerlichen Parteien sind abgeschlossen und wollen es bleiben; im günstigsten Falle lassen sie sich sehr gütig manchmal herab. Das Wort bürgerlich bleibt als trennendes Moment.

Der eine oder andere mag sich sagen: Das glaube ich nicht! Mein lieber Freund, was Du glaubst oder nicht glaubst, spielt keine Rolle, sondern nur eine Rolle spielt, was ist. Und auch hier wird der Beweis von der praktischen Wirklichkeit geführt. Wen haben diese Parteien bisher gewonnen? Wen haben sie aus der linken Seite herausgezogen? Niemand! Sie können vielleicht bei *einer* Wahl mehr ihrer Schäfchen zur Urne bekommen und bei einer *andern* Wahl weniger, allein die Weltanschauung auf der anderen Seite haben sie nicht erschüttert. Wenn in Berlin heute 350.000 Kommunisten sich befinden, wo ist da der Sieg der anderen Seite? Es ist lächerlich! Siegen wir noch 10 Jahre so weiter und es ist der gleiche Sieg, wie er schon einmal erfochten wurde, als die sog. Hottentottenwahlen [7] stattfanden. Da hat man auch den Marxismus "besiegt", und schon jubelte die ganze Welt: "Erfolg der bürgerlichen Weltanschauung!" (Als ob es eine solche gegeben hätte!) "Der Marxismus im Rückgang begriffen!" Oh, ihr einfältigen Lämmer! Er hat 40 Mandate verloren, aber eine Million Stimmen mehr erhalten! Und der Jude hat in seiner Presse jenen lächerlichen Wahlerfolg als "großen bürgerlichen Sieg", als "Zeichen des beginnenden Nachlassens der marxistischen Gefahr" hingestellt, wohl wissend, daß damit das Auge abgelenkt wurde von den an sich unangenehmen Dingen und daß die Gefahr nur noch mehr zu wachsen vermochte. Das Ergebnis all dieser Wahlsiege: 1870/71 saßen drei Mann im Norddeutschen Landtag, und diese drei Mann

7 Gemeint ist die Reichstagswahl am 25.1.1907, die ganz im Zeichen des Hottentottenaufstandes in Deutsch-Südwestafrika stand. Bei dieser Wahl erreichte die SPD, die im Reichstag zusammen mit dem Zentrum gegen den kolonialen Nachtragshaushalt gestimmt hatte, nur mehr 43 statt bisher 81 Mandate; die absolute Stimmenzahl stieg gegenüber der Reichstagswahl 1903 von 3,01 auf 3,26 Millionen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, Berlin 1907, S. 260.

stimmten gegen die Kriegskredite, und noch nicht 50 Jahre später stürzen diese drei Mann und ihre Nachfolger den Staat, die Armee, das Vaterland und richten ihre Diktatur auf! Ein großer "Sieg der bürgerlichen Anschauung", wahrhaftiger Gott! Und nun sind sieben Jahre vergangen. Wollen Sie sagen, daß jetzt nachgeholt werde und daß die bürgerlichen Parteien wie gewappnete Erzengel Gabriel da hineinfahren? Wahrhaftig, wenn sie sonst nichts hätten, was andere abstoßen kann, dann wenigstens das eine: ihre Schwäche!

Die bürgerlichen Parteien haben noch etwas, sie haben ihre Programme! Es kennt sie ja kein Mensch; sie sind zu vielfältig, zu umfangreich. Das ist ja auch ganz natürlich. Wie entstehen denn diese Programme? Eine mühsame Arbeit! Wenn so plötzlich eine Reichstagsauflösung kommt und die Edlen befürchten, daß die Stunde nahen könnte, da sie sich aus den weichen Polsterstühlen hinwegbegeben und wieder als normale Sterbliche zurückkehren müßten zu dem "lieben Volk" - vor den Wahlen ist es bei ihnen ja immer das "liebe Volk" - und wenn sie dann hinausgehen und zu reden beginnen, kommen schon die ersten Nachrichten, daß das Programm nicht mehr ziehe. Und dann tritt die Programmkommission in Funktion. Die Programmkommission setzt sich aus den allerhellsten Köpfen einer Partei zusammen, die schon sehr lange Jahre die Wandelbarkeit des Volkes genau studiert haben und wissen, wie man die Schäfchen wieder zurückführt in den alten Stall. Diese Programmkommission zerbricht sich nun die Köpfe: Was könnte man hineinsetzen für die einzelnen Stände, für die Beamten, Lehrer, Angestellten? Alles, was da kreucht und fleucht, muß berücksichtigt werden: denn aller Stimmen braucht man zu einer Wahl. Und um sie zu gewinnen, denkt man sehr nach, ist für Anregungen dankbar, man nimmt Fremdwörter, Schlagwörter, die andere bisher besaßen, man nimmt sie, wenn sie Zugkraft entwickeln und die Masse sie nicht mehr entbehren will, man wird tolerant und Dinge, die man bisher bis aufs Blut bekämpfte, nimmt man jetzt selbst auf, man wird, wenn notwendig, auch völkisch, alles wird man. Und wenn doch etwas vergessen wurde, wenn ein Stand nicht genug berücksichtigt wurde und in letzter Minute noch kommt: "Habt ihr gehört, wie das draußen aufgefaßt wird, was die Leute sagen?, wenn da nicht sofort ein neuer Punkt dazukommt, gehen uns eine halbe Million Stimmen flöten - da machen Sie dann die Wahl!", so wird geschwind auch das noch nachgeholt, und dann endlich ist das Programm da, das neue Programm! Dieses neue Programm wird dann von jedem einzelnen Kandidaten als das Erlösungsprogramm hingestellt, und tatsächlich, da jeder für sich etwas drin findet, fühlt sich auch jeder mehr oder weniger erlöst. Und dann kommt es zur Wahl, das liebe Volk geht wieder hin und wählt, und wenn die Abgeordneten von neuem im Parlament sitzen, löst sich die Programmkommission wieder auf, und die Herren Abgeordneten gehen dann nicht mehr zahlreich hinaus aufs Land und reden - Gott, man muß die Leute auch wieder ausruhen lassen -, sie reden dann an einer anderen Stelle, oder auch nicht. Aber wenn plötzlich die Nachricht kommt, daß etwas nicht stimmt, daß vielleicht durch irgendeine boshafte Konstellation der Reichstag wieder aufgelöst werden könnte, dann erinnert man sich plötzlich wieder des Programms, die Programmkommission wird wieder einberufen, man studiert wieder all die neuen Wünsche und wenn man sie gefunden hat, kommen sie wieder ins Programm hinein - das Spiel beginnt von vorn.

Das sind die Programme. Da ist wahrlich nichts von Weltanschauung drin, außer einer Phrase vielleicht. Und demgemäß ist auch die Wucht der Parteigebilde, die hinter diesem Programm stehen; Parteigebilde, nicht Weltanschauungen; denn, meine lieben Volksgenossen, glauben Sie mir: Auch die Kommunisten sind eine Partei, aber Sie werden mir zugeben, wenn heute z. B. die Deutschnationalen in Deutschland die Majorität bekämen - was ja wahrscheinlich aller Voraussicht nach nicht eintritt, aber wenn sie sie bekämen -, was glauben Sie, was sich ändern würde? Glauben Sie, daß vielleicht zehn Monate später jeder Mensch, der nach Deutschland kommt, wüßte: das ist ein neues Reich, ein neuer Staat und ein neues Volk? Gott bewahre, man würde das schon deshalb nicht tun, damit der Umschwung nicht zu arg ist. Man würde das alles langsam machen, gemächlich, man würde überhaupt nichts Besonderes machen, sondern man würde im alten Geleise weitergehen und sich schon immer von vornherein sagen, es kann ja auch übermorgen wieder sein, daß andere die Majorität kriegen, wir müssen uns zum mindesten immer konkurrenzfähig erhalten, also nicht zu radikal vorgehen. Das ist das Charakteristische der bürgerlichen Welt: die radikalen Elemente waren gut genug, den Zug vorzubereiten, aber wenn sie zum Zug gekommen sind, dann muß "die staatsmännische Weisheit und Klugheit, die Überlegung und die Einsicht in den Vordergrund treten" - und dann kommen sie meistens an die nicht körperlich, sondern geistig Siebzigjährigen.

Und nun denken Sie an den Unterschied, wenn heute, sagen wir, die Kommunisten - die auch eine Partei sind - die Majorität bekämen und ans Ruder gelangten. Glauben Sie, daß dann auch Deutschland sich nicht viel änderte? Sie würden Deutschland in einem Jahr nicht mehr erkennen, und wenn's auch nur so wäre, daß ganz Deutschland brennte, aber erkennen würden Sie es nicht mehr! Warum? Hier steht eine andere Gewalt dahinter, eine andere Macht! Sie hat auch ein anderes Programm, tausendmal falsch, aber eine Weltanschauung ist es, tausendmal im Irrtum, ja ein fluchwürdiges Verbrechen, aber selbst als Verbrechen ist es groß. Und da hat das Bibelwort auch Geltung: Ob heiß oder kalt, aber weil ihr lau seid, will ich euch aus meinem Munde speien!

Für was kämpfen diese bürgerlichen Parteien? Sie kämpfen für neues gutes Wahlwetter, für eine erfolgreiche Wahl, also für Parlamentssitze, und damit ist auch ihr Programm nichts weiter als eine Wahlparole. Und nun, glauben Sie denn, daß man einen Staat wie Deutschland aus seinem heutigen Unglück noch herausreißt durch eine solche Wahlperiode? - Niemals! Dazu gehört eine andere Gewalt und eine andere Kraft.

Wenn wir uns heute die Frage vorlegen: *Was kann zurzeit allein als Weltanschauung dem marxistischen Gedanken gegenübergestellt werden?*, *dann gibt es nur eine richtige Antwort: die allgemeine völkische Weltanschauung.* Und warum? Was an bürgerlichen Parteien vor uns steht, ist, von der trennenden Bezeichnung "bürgerlich" abgesehen, schon deshalb ungeeignet, dieser Weltanschauung des Marxismus entgegenzutreten, weil diese Parteien selbst wirklich nur Partei sind, nur für Parteiziele kämpfen und keine Weltanschauung verkörpern. Ihnen fehlt infolge des Mangels einer Weltanschauung auch der brutale Eroberungsdrang, der Wille sich durchzusetzen - wenn notwendig, auf den Leibern der andern! Wenn auch die bürgerliche Parteiwelt von heute ans Ruder käme, was nützte das! Sie war ja einst am Ruder, und was tat sie? Es wurde Krieg geführt, und ne-

benher ging ununterbrochen Sabotage und Verrat. Was tat diese bürgerliche Welt dagegen? Gar nichts! Sie verhängte Gefängnisstrafen. Ich frage Sie, wenn heute der kommunistische Staat um seine Existenz kämpfen würde, glauben Sie, daß der den Verrat, in dem Fall also den Verrat einer kommunistischen Idee, auch mit zwei Monaten Gefängnis oder Freisprüchen ahnden würde. Oder glauben Sie nicht, daß dort nur ein Gesetz maßgebend wäre: Entweder du nimmst unseren Glauben, oder dein Haupt rollt zu Boden!?

Ja, warum handeln die Kommunisten so? Sehr einfach, weil sie eben für eine große Idee, wenn auch tausendmal verrückt und todgefährlich, fechten und kämpfen. Unsere bürgerliche Welt hat keine große Idee mehr gehabt: sie konnte vor allem keine Idee mehr prägen, die die Masse hätte fassen können. Und weil sie eine solche Idee nicht besitzt, fehlt ihr auch die Brutalität des Kampfes.

Und noch etwas: Die bürgerliche Welt war zu sehr von den Schatten des eigenen Schuldbewußtseins umgarnt und umgaukelt. Da ging das Volk während des Krieges hinunter auf die Straße und machte Skandal, freilich mehr Skandal gegen den Staat. Der Vorgang schadete dem Reich. Allein aus dem Skandal heraus sah man doch die hohlen bleichen Gesichter und die eingefallenen Augenhöhlen. Sollte man dagegen mit Waffengewalt vorgehen? Der Hunger war ja auch der Genosse dieser Demonstranten, und hier begann dann das Schuldbewußtsein die bürgerliche Welt zu erfassen. Man konnte nicht den Mut haben, zu den Demonstranten zu sagen: Wer von euch in dieser Stunde auf die Straße geht, den hauen wir mit Schrapnells zusammen! Nein, man hätte zuvor die Schieber aufhängen müssen. Man hätte zuvor die Überzeugung verbreiten müssen: Es werden alle gleich behandelt, jetzt gibt es nur ein Gebot, das heißt Vaterland, Vaterland und wieder Vaterland! Ob reich oder arm, wer sich dagegen versündigt, der stirbt! (Tosender Beifall.)

Es hat jeder dem andern Bruder zu sein. Keiner hat das Recht, sich höher zu dünken als der andere, weil etwa Äußerlichkeiten ihn scheinbar höher stellen. *Am höchsten unter den einzelnen steht nicht der, der am meisten besitzt, sondern der, der am meisten für die Gesellschaft schafft. Und der Wert dieses einzelnen wird nicht gemessen daran, was er tut, sondern nur daran, wie er es tut.* Sicherlich, er bekommt auch seinen irdischen Lohn; allein dieser ist nur materieller Art für den materiellen Wert seiner Leistung. Der moralische Lohn, der sich in der allgemeinen Achtung ausdrückt, wird nur dem zuteil, der diese Achtung verdient auf Grund seiner Leistung für das Volksganze. Der redliche Mann - selbst wenn er arm wäre - wird, da von der Redlichkeit grundsätzlich die Erhaltung des gesamten Volkskörpers abhängt, mehr zu gelten haben als ein Reicher, der weniger Tugenden besitzt, die der Erhaltung des Volkskörpers dienen. Ein Volkskörper wird nicht durch den Reichtum zusammengehalten, so wenig wie durch die Armut, sondern durch ideale Bereitwilligkeit, sein eigenes Ich einzusetzen für die andern. Weil aber die völkische Weltanschauung im Volkstum und in dem diesem Volkstum entsprossenen Einzelwesen das Wesentliche aller menschlichen Kultur sieht, sorgt sie auch dafür, daß die Grundlagen dieser Kultur im Einzelwesen und im Volkstum nicht gebrochen werden. Sie sorgt daher für die Reinerhaltung des Blutes und für die Reinigung

dieses Blutes; sie ist überzeugt, daß in ihm die Grundlage aller Kultur, Schöpferkraft und staatserhaltenden Kraft ruht.

Diese allgemeine völkische Idee ist als Idee, genau so wie etwa die religiöse Idee, ungebunden und der vielfältigen Auslegung ausgesetzt, so, wie ein Mensch religiös zu sein vermag und ein zweiter auch, ohne, daß dennoch etwas Gemeinsames, im einzelnen Bindendes, vorhanden zu sein braucht. Das Gemeinsame der religiösen Idee wird erst bindend in dem Augenblick, in dem es eben als gemeinsam herausgerissen und mit apodiktischer Sicherheit, mit der Stirne des Propheten, als der Glaube hingestellt wird, der die Menschen zusammenfaßt und sie, gebunden auf diese Dogmen, vereinigt, so aus dem allgemeinen verschwommenen Bild einer religiösen Anschauungswelt ein kraftstarkes Gebilde gemeinsamer Überzeugung und gemeinsamen Tatwillens machend. Dasselbe gilt für jede sonstige Idee - auch für jede politische Idee. Vor allem würde auch der Marxismus selbst als reine Lehre nie zu irgendeiner Wirksamkeit führen. Was ihn zur praktischen Wirkung bringt, sind die auf ihm sitzenden Parteigebilde, die den einzelnen auf ein bestimmtes, ganz streng formuliertes und abgegrenztes, ich möchte sagen, politisches Glaubensbekenntnis verpflichten und nun diese Menschen erst zusammenschließt zu einer Kampfgemeinschaft, mit der dann gefochten werden kann.

So ist die völkische Idee auch vielseitig auslegbar, und die Tatsache ihres Vorhandenseins allein würde noch gar nichts für den Sieg bedeuten. Tatsächlich war diese Idee, oder besser der Kreis dieser ganzen Idee, in unserem Volke längst vorhanden; er schlummerte nur bei einem Teil, beim anderen wurden seine Äußerungen sehnsuchtsvoll erwartet und wieder andere gaben lebendige Äußerungen dieser Gedankenwelt von sich. Genauso, wie einst die Sehnsucht nach einer Reformation da war, durch die Jahrhunderte da war, und ich möchte sagen, auch hundertfältig Ausdruck fand, bald da, bald dort, und wie doch all diese Sehnsucht zwecklos war und nicht zu einem politischen Ereignis führen konnte, bis endlich der Mönch zu Wittenberg die 95 Thesen anschlug und aus der wirren Vorstellung von der Notwendigkeit religiöser Reformen plötzlich der Apostel eines neuen Glaubensbekenntnisses erstand, genau so ist es auch heute. Die Notwendigkeit einer inneren Umwandlung unseres Volkes, sie wurde seit mehr denn hundert Jahren begriffen. In die Reihe derjenigen, die das ahnungsvoll voraussahen oder als Notwendigkeit fühlten, gehört sowohl ein Turnvater Jahn , als ein Fichte, als ein Paul de Lagarde, hinauf bis zu Wagner und zahlreichen anderen Geistern der neueren Zeit, und Hunderttausende einzelner Deutscher gehörten dazu. Sie alle trugen in sich das Gefühl, das und das ist so nicht richtig, jenes ist auch nicht richtig und das sind große Fehler unserer Zeit. Sie alle aber haben doch nicht vermocht, den Sieg der anderen Seite zu verhindern. Das sichere Vorhandensein einer völkischen Weltanschauung an sich vermochte nicht im geringsten zu verhindern, daß am Ende eines vieljährigen Kampfes nicht die völkische Weltanschauung ungebunden, vollständig formellos und dogmenlos in den Köpfen von vielen war, aber auch verschieden war, während der marxistische Gedanke in der Sturm- und Stoßzeit in der marxistischen Partei - mag sie nun was immer für einer Schattierung gewesen sein - den kampfkräftigen Ausdruck gefunden hatte. Ebenso wie ein Staat durch das Vorhandensein der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verteidigung dieses Staates von den einzelnen nicht erfolgreich

verteidigt werden kann; erst wenn diese Überzeugung, und mag sie selbst allgemein sein, umgegossen wird in ein Machtinstrument an sich, erst dann wird durch die Form des genau begrenzten und durch Kriegsartikel gesicherten Heeresorganismus der Sieg des ursprünglichen Gedankens gewährleistet werden.

Aus der vorhandenen, aber zersplitterten und verworrenen völkischen Idee heraus wurde 1920 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet.

Diese Bewegung bezeichnet sich zunächst als Partei. Es wird natürlich der eine oder andere sagen: Warum schon wieder die Bezeichnung "Partei"? Ich antworte: Alles ist Partei, was nicht eine gesamte Volksgemeinschaft umfaßt. Und wenn sich heute Menschen zusammenschließen würden mit der Absicht, die Parteien zu verhindern, so würde ihre Gruppe zunächst Partei sein: die Partei der Parteigegner. Aber es ist ein Unterschied zwischen einer gewöhnlichen Partei und einer Partei mit einer Weltanschauung dahinter. Dieser wird in dem Moment sichtbar, in dem sie zur Verwirklichung ihrer Ziele gelangen. Die gewöhnliche Partei wird Partei bleiben, auch wenn sie die Macht hat, und die Weltanschauungspartei wird den Parteicharakter in dem Moment verlieren, in dem sie zur Macht gelangt. Daher ist z. B. die Deutsche Volkspartei gewöhnliche Partei und wird es ewig bleiben, und die Deutschnationale Volkspartei ist gewöhnliche Partei und wird es ewig bleiben, genau so wie das Zentrum einfache Partei ist und es ewig bleiben wird, während der Kommunismus nicht Partei, sondern Weltanschauung ist und das parteimäßige Gebilde und Kleid in dem Moment abstreift, in dem er die Macht im Staate erhält. Daher ist auch der italienische Faschismus nicht eine Partei, sondern eine Weltanschauung. In dem Augenblick, in dem er zur Macht gelangte, war er nicht mehr Faschistische Partei, sondern der neue faschistische Staat. Es wird jedoch keinen Zentrumsstaat oder einen Deutschen Volkspartei-Staat oder einen Deutschnationalen Volkspartei-Staat in Deutschland geben. Wohl aber könnte ein kommunistischer Staat erstehen. *Wenn also unsere Bewegung sich heute als Partei bezeichnet, so tat sie es, weil sie es ist, und Spiegelfechterei wäre es, wollten wir das ableugnen. Sie ist Partei als Kampforganisation; sie weiß, daß sie heute nur als Partei für die Verwirklichung völkisch-weltanschaulicher Ideale fechten kann.*

Und weiter, was ist nun das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung oder Partei? Kurz zusammengefaßt, können wir es in einem einzigen Satze sagen: *Erhaltung und Vorwärtsführung, Ernährung und Sicherung unseres Volkes und der diesem Volke zugrunde liegenden wertvollsten Rasseelemente. Das ist das ausschließliche und einzige Ziel!* Für den Kampf dieses Volkes sind wir da, nicht für die Verwirklichung schöner über den Völkern schwebender Ideale. Für uns ist jedes Ideal an die Menschen gebunden, die es predigen. Für uns ist Hauptträger der menschlichen Kultur der Arier, und unser Volk hat den Vorzug, einen großen Teil seines Blutes auch heute noch als arisch bezeichnen zu können. Dieses Blut zu mehren, den Volkskörper als solchen dabei zu fördern und zu erhalten und der Mission entgegenzuführen, die ihm auf der Erde zugewiesen ist, das ist das Ziel unserer Bewegung.

Dieses Ziel der Ernährung, der Erhaltung und der Sicherung unseres Volkes kann aber nur erreicht werden, wenn unser Volk die Freiheit besitzt. Nur ein freies Volk ist Herr seines Schicksals und niemals der Knecht! Daher ist das daraus sich ergebende

näherliegende Ziel die Errichtung und die Erkämpfung der Freiheit. Ohne sie ist alles andere unmöglich. *Es gibt keinen sozialen Fortschritt, so wenig als irgendein nationales Ideal, wenn ein Volk nicht im Besitz seiner Freiheit ist.*

Die Freiheit kann nur errungen werden durch Macht, nicht durch Reden. Die Reden können ein Volk aufrütteln, ein Volk zur Besinnung bringen. Allein die Freiheit ist nur das Ergebnis von Macht und wieder Macht, nicht von Kongressen und Beschlüssen, von Bitten und Betteln. Und die Macht, sie kann wieder nur geschaffen werden durch ein Volk, das einig und geschlossen der Macht zustrebt, durch ein Volk, das in sich den hehren Gedanken der Volksgemeinschaft trägt, der unlöslichen Verbundenheit in allen Fragen, die Blut und Rasse und Volkstum betreffen. *Die Macht wird geschaffen durch einen Volkskörper, der sich nicht trennen läßt durch untergeordnete Streitigkeiten, sondern der in allen Fragen, die Sein oder Nichtsein des Volkes betreffen, von rechts bis links und von links bis rechts eine Schicksalsgemeinde darstellt, zusammengeschmiedet zum Glück, wenn nicht anders auch zum Unglück und zum Untergang für immer.*

Diesen Volkskörper zu gestalten, das wird möglich sein durch Herausarbeiten eines neuen nationalen Gedankens, der Extreme zusammenzufassen vermag, eine neue Form des nationalen Gedankens, in der eines Tages auch die große Armee des internationalen Proletariats ihre Erlösung und ihr Heil erblickt. Damit ist aber die Schaffung dieser neuen Form auch die nächstliegende Aufgabe der Bewegung.

National sein ist identisch mit sozial sein. Es gibt hier keine Trennung, das eine bedingt das andere. *Es gibt keinen Sozialismus, der nicht seinen lebendigsten Ausdruck findet in der glühendsten Bewunderung und Liebe zum Volkstum, in der unbedingten Hingabe an dieses Volkstum, das allein Träger des Vaterlandes und damit der Ermöglichung der sozialen Wohlfahrt seiner Kinder ist. Und es gibt keinen nationalen Gedanken, der nicht aufgeht in dem Gedanken, mit seinen Kindern gesund körperlich und geistig leben zu wollen.*

Daraus ergibt sich für uns das Recht, dem Marxismus entgegenzutreten und anders als die bürgerliche Welt mit ihm abzurechnen. Niemals soll uns der Vorwurf eines deutschen Arbeiters treffen: Ihr habt nur um unsere Kraft gebuhlt, habt aber nicht für die Erhaltung derselben gesorgt! Niemals soll uns aus dem Blick eines jungen Deutschen der Vorwurf treffen: Ihr habt nicht dafür gesorgt, daß der nationale Gedanke weitergetragen wird! *Wir wollen nach bestem Wissen und Gewissen, mit größter Ehrlichkeit dem Teil unseres Volkes, auf dem des deutschen Volkes Zukunft ruht, geben, was ihm gebührt. Wir wollen aber auch, daß dieser Teil der Nation gibt, was ihr gebührt.* Daher nehmen wir das Recht zu sagen: Dein ganzes Volk steht für dich ein; stehst du nicht für dein Volk, dann hast du keine Gnade von uns zu erwarten, sondern dann treten wir dir entgegen als die unerbittlichen Rächer des Vaterlandes, unseres Vaterlandes, unserer Nation!

Und dem Mann von rechts können wir entgegentreten mit den Worten: Laß du die Hand von unserem Volk! Wir haben das Recht, diesen Kampf zu führen, denn nationaler noch als ihr seid, sind wir!

Wir wissen was wir wollen! Es wäre merkwürdig, wenn das nicht erreicht würde in einem Volk, das seine lebendige Bekrönung in einem freien, unabhängigen Staatswesen sieht.

In dieser Zeit soll sich in unserer Bewegung das vereinigen, was vor hundert Jahren dem preußischen Staat die Freiheit schenkte: der fanatische Glaube eines Clausewitz an die Notwendigkeit der Erhaltung der Ehre des Rechts und der Freiheit der Nation, mit der großen Einsicht eines Freiherrn vom Stein, daß dieser fanatische Glaube nur Sinn erhält, wenn er getragen wird von der breiten Masse, und daß diese breite Masse deshalb durch eine weise soziale Gesetzgebung zu gewinnen ist. Was ein Clausewitz und ein Freiherr vom Stein einst als das Wesentliche für die Erlösung ihres preußischen Vaterlandes aufgefaßt haben, das erscheint auch uns heute als die Voraussetzung. *Deutschland kann sich von dem Joch der Knechtschaft erst dann befreien, wenn seine 16 Millionen Menschen von links fanatische Nationalisten und seine 14 Millionen von rechts glühende Anhänger einer sozialen Gerechtigkeit geworden sind.*

Das aber als Ziel und als Weg hat nun seinen Ausdruck gefunden in unserem Programm. Dieses Programm ist nicht für heute, für morgen und übermorgen gedacht. In ihm ist in wenigen Thesen das zusammengefaßt, von dem wir wissen, daß es allein unser Volk zu gewinnen und wieder in den Dienst unseres Volkstums und unseres Vaterlandes zu stellen vermag. In großen Zügen hat dieses Programm in sich, was wir in unserer Flagge nach außen zeigen: Im Weiß das Reine unserer nationalen Gesinnung, im schwarzen Kreuz unsere Sorge für die Reinerhaltung unseres Blutes und im roten Untergrund unsere soziale Einstellung.

In diesen drei Farben verkündet die Bewegung nach außen in großen Zügen schon ihr inneres Programm. *Die Bewegung will national sein, nicht im bürgerlichen Sinn, nicht so halb und halb bittend, sondern national mit äußerster Vehemenz.* Und sie hat das Recht dazu, kraft ihres guten Gewissens. Sie kann den einzelnen zwingen, dem Vaterland zu dienen und zu huldigen. Und sie will es auch! Ich glaube, *unsere Gegner wissen, daß, wenn wir am Ruder wären, eine Verhöhnung Deutschlands nicht mehr wahr würde. Wir* würden das Vaterland zu dem machen, was es zu sein hat; wir würden dafür sorgen, daß jeder einzelne außer seinem himmlischen Gott auf Erden nur *einem* Gott dient: seinem Vaterland.

Und umgekehrt ist die Bewegung auch nicht in halben Maßnahmen sozial. Wenn der eine von rechts heute meint, zu große Opfer könne man nicht bringen - ja, mein lieber Freund, hier handelt es sich gar nicht um Opfer, sondern um die Herstellung von Recht. Und weiter: Du sagst "zu groß"! Lieber laßt Ihr - Du und Deinesgleichen - Deutschland zugrunde gehen, als daß Ihr glaubt, Opfer bringen zu können! Wie soll denn die Freiheit Deutschlands wieder erkämpft werden?! Glaubt Ihr etwa, daß das mit Hilfe einer Bemogelung der breiten Masse möglich wäre?! Nein, meine Lieben, daß Ihr heute noch von "Opfern" sprecht, das beweist, daß Ihr von der Freiheit noch weit entfernt seid. Diese kommt erst in der Zeit, in der der einzelne glücklich ist, Opfer bringen zu *dürfen*. Ihr wollt die Freiheit und Ihr wißt, daß sie nur erkämpft werden kann. Und eines Tages wollt Ihr hintreten vor dieses Volk und sagen: Arbeiter, verlaß jetzt Deine Werkstätte, schultere das Gewehr und geh' in den Tod, das Vaterland verlangt es! Deutsche Mutter, gib Dein Kind fort, es gehört jetzt dem Vaterland! Weib, entsage Deinem Mann, er gehört jetzt dem Vaterland! Und Ihr redet dann bei Euch von Opfern?! Solange Ihr Geld als Opfer rechnet, solange dürft Ihr nicht Hingabe des Blutes von anderen erwarten.

Man sage also nicht, daß unser Programm wirtschaftlich zu radikal wäre. Es ist nicht radikal, und daher vielleicht unvernünftig, sondern es erscheint nur radikal, gemessen an überlieferten Vorstellungen. Man glaubte bisher, gegen den Strom der Zeit schwimmen zu können, man glaubte, einer weltgeschichtlichen Entwicklung Einhalt gebieten zu können, aber die Weltgeschichte rollte über die Menschen dieses Glaubens dahin.

Wenn wir auf der einen Seite fanatische Nationalisten sind und auf der andern genau so fanatische Sozialisten, dann ist es selbstverständlich, daß auch der Staat, der auf nationalsozialistischer Grundlage erstehen wird, kein Scheingebilde sein wird, sondern ein wirklicher Staat. Alles wird von dem Gesichtspunkt des Dienstes an diesem Staat zu betrachten sein. Ihm hat zu dienen die Wissenschaft, die Literatur, die Erziehung, die Justiz. In der Rechtsprechung wird es vor allem Grundsatz sein, daß es nicht die Freiheit gebe zu sündigen auf Kosten der Nation, der Volksgemeinschaft und des Staates. Nur bei völliger Umarbeitung unserer ganzen öffentlichen Meinung kann es gelingen, uns eines Tages noch jene Macht und Kraft erwachsen zu lassen, die unser Volk brauchen wird, um seinen Zukunftskampf siegreich zu bestehen und so seine Freiheit und ihr tägliches Brot zu erfechten.

Natürlich steht uns heute die Kleingläubigkeit des normalen Spießers gegenüber, diese Kleingläubigkeit, die sich in dem Zweifelssatz äußert: Es wird ja doch nicht gelingen! - Mein lieber Freund, zunächst wissen wir, daß die Weltgeschichte nicht von Geistern Deiner Art umgekrempelt wurde. Diejenigen, die einst das preußische Volk wieder gehoben, waren auch nicht Geist von Deinem Geist, sondern auch sie standen damals dem faulen Strom der Zeit gegenüber und mußten sich gegen ihn stemmen. Damals schien es auch aussichtslos zu sein, diese Mittelmäßigkeit in allem zu überwinden. Aber es hat sich auch damals bewahrheitet, daß die Weltgeschichte nicht geschmiedet wird von der Majorität, sondern von einzelnen wenigen Schmieden. Was damals war, das wird heute ebenso sein. Wohl mag es den Juden unangenehm sein, wieder die alte Lehre zu hören, daß die Weltgeschichte nicht von der Majorität gemacht wird, sondern von Köpfen. Aber es war immer so und wird immer so sein. Und wenn Du weiter am Gelingen zweifelst: Glaubst Du, daß es besser gelingen wird, wenn niemand es wagt, wenn niemand versucht, den Weg zu gehen, der *vielleicht* zur Lösung führen kann?! Meinst Du, daß es besser wäre, wenn sich jeder sagen würde: Es ist ja wahrscheinlich doch umsonst: ich glaube nicht, daß es gelingt!? Meinst Du, wenn dies die 60 Millionen unseres Volkes sagen, daß unser Volk sich noch einmal erhebt? *An der Spitze jeder Tat steht der Glaube. Es mag der Mensch das scheinbar Unmögliche beginnen, wenn es an sich recht ist und mit fanatischem Eifer vertreten, mit unbändiger Willensfreiheit gestützt wird, und endlich als obersten Schirmherrn den heiligsten Glauben hat, dann kann selbst das Unmöglichste zur Möglichkeit werden.* Und wenn ein Volk wie das deutsche vier Jahre lang verzweifelt gegen die ganze Welt gefochten und das Wunder - dieses unsagbare Wunder - vollbracht hat, sechsundzwanzig Staaten standzuhalten, dann wollen wir auch an das zweite, nicht minder große Wunder glauben, daß der Herr unserem Volk den Sieg wieder geben wird, wenn er sieht, daß das Volk sich wieder regt und des himmlischen Segens wert ist.

Ich glaube nicht, daß uns bisher dieser Segen versagt wurde. Wenn ich denke, daß wir aus nichts entstanden sind, alle unbekannt und namenlos, dann kann ich nicht anders, als an den Segen glauben. Er hat uns weitergeführt von Jahr zu Jahr, und was scheinbar schlecht war, das mußte, glaube ich, so sein, am Ende ist es dennoch gut gewesen. Ich glaube an diesen Segen; denn - ist es etwas anderes als Segen, wenn wir das Glück besitzen, angefeindet, gehaßt, verleumdet zu werden durch all die, von denen wir nie gelobt sein wollten?! Wenn sie mir als dem schwachen, armen Mann, der heute allein dasteht, den Mund verbinden, bin ich stolz darauf, daß diejenigen, die wissen, daß sie an Deutschlands Unglück schuld sind, mich so scheuen. Wie hätte ich es einst als junger Bursche erträumen können, daß mir in meinem 35., 36. Lebensjahr das Glück zuteil werde, von denen am meisten verfolgt zu werden, die ich am inbrünstigsten hasse! Sie mögen heute lügen, was sie lügen wollen. Sie können mich meinetwegen mit einer Jüdin verheiraten oder als im Banne von Rom hinstellen, sie mögen tun, was sie wollen, ich weiß, daß in diesem Kampf die erste Gnade unseres Herrn ruht, denn er zeigt uns durch Auferlegung des Kampfes, daß wir seiner wert sind. Und wenn ein Größerer, der Größte, einst verfolgt werden sollte, was dürfen wir Kleinen uns dann beklagen! Wir können glücklich sein, daß auch uns das Schicksal zuteil wird, umrankt zu sein von Liebe und von Haß. Mit Glauben haben wir einst das Werk begonnen, und in diesen sechs Jahren ist unser Glaube nicht kleiner geworden, sondern größer und größer. *Und wenn wir einst vom Herrn noch eine Gnade erbitten wollten, dann könnte es nur die altpreußische sein: Herr, wenn es zur Abrechnung kommt, hilf uns nicht, aber auch den andern nicht! Und Du wirst sehen: Wir haben wieder verdient, in Gnaden von Dir aufgenommen zu werden!*

28. Dezember 1925 Dok. 95
Erklärung

Münchener Post vom 2./3.1.1926, "Von 'Ihm'".

An die Schriftleitung der Münchener Post

In Nr. 279 Ihres Blattes [1] schrieben Sie als "Beweis", daß die Großdeutsche Zeitung ein Nachfolgeblatt des Völkischen Beobachters gewesen sei:

"Die Großdeutsche Zeitung ist kurz nach dem Verbot des Völkischen Beobachters auf- und dann auch kurz vor dem Wiedererscheinen des letzteren wieder zugemacht worden."

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie folgende Berichtigung zu bringen:

Es ist unwahr, daß die Großdeutsche Zeitung kurz vor dem Wiedererscheinen des Völkischen Beobachters wieder zugemacht worden ist.

1 Vgl. Dok. 87.

Wahr ist, daß die Großdeutsche Zeitung im Mai 1924 zugemacht wurde, und daß der Völkische Beobachter am 3. April 1925 [2], also ein Jahr später, wieder erschienen ist.

München, den 28. Dezember 1925

Adolf Hitler

28. Dezember 1925 Dok. 96
Erklärung

Münchener Post vom 2./3.1.1926, "Von 'Ihm'".

An die Schriftleitung der Münchener Post

In Nr. 279 Ihres Blattes [1] brachten Sie anschließend an meine Berichtigung einige Bemerkungen, die mir infolge Abwesenheit von München erst jetzt zu Gesicht kommen.

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie, das Nachfolgende abzudrucken:

1. Zu meiner Feststellung: "Ein Dr. Tafel als 'Fabrikbesitzer' ist mir nicht bekannt", schrieben Sie:

"Hitler treibt hier ein Spiel mit Worten; er reitet auf dem 'Fabrikbesitzer' herum wie der Schulbub auf dem Geißbock. Es war nicht Tafel senior, sondern Dr. Tafel junior, der Ordnungsblöckler, Jahrgang 1920. Dieser Dr. Tafel ist so ziemlich der ganzen politischen Welt Bayerns bekannt, nur der bayerische Mussolini en miniature und in der Einbildung will ihn nicht kennen."

Hierzu bemerke ich: Es ist unwahr, daß ich "auf dem Fabrikbesitzer herumreite". Es ist weiter unwahr, daß ich Dr. Paul Tafel junior, den "Ordnungsblöckler", nicht kennen will.

Wahr ist, daß Dr. Paul Tafel junior nicht Fabrikbesitzer ist. Meine obige Behauptung: "Ein Dr. Tafel als 'Fabrikbesitzer' ist mir nicht bekannt", ist somit nach wie vor richtig.

Wahr ist, daß Punkt 2, 3, 4 meiner Berichtigung vom 26. November sich auf Dr. Paul Tafel beziehen, womit ich zugab, diesen zu kennen.

2. Zu meiner Feststellung: "Es ist unwahr, daß ein Dr. Tafel je mein Intimus gewesen wäre", schrieben Sie:

"Also sagen wir statt 'Intimus' Befehls- oder vertrauter Ideenempfänger Seiner Selbstherrlichkeit. Allah ist Allah und Dr. Tafel ist nur sein Prophet."

---

2 Die Umstellung des wiederbegründeten VB zur Tageszeitung erfolgte mit der 7. Ausgabe am 4.4.1925; die erste Ausgabe war am 26.2.1925 als Sondernummer zur Neugründung der NSDAP verbreitet worden.

1 Vgl. Dok. 86.

Hierzu bemerke ich: Dr. Paul Tafel war oder ist ebensowenig "Befehls- oder vertrauter Ideenempfänger" wie "Prophet" meiner Person.

3. Zu meiner Feststellung: "Es ist unwahr, daß ein Dr. Tafel 'Geldgeber' der nationalistischen Bewegung war oder ist", schrieben Sie:

"Unsere 'Nationalen', allen voran die Nationalsozialisten, haben mit dem Klingelbeutel so ziemlich die ganze Welt, insbesondere Industrie und Handel abgeschnorrt, und nur an den Nürnberg-Fürther Industrie- und Handelskapitalismus [*sic!*] einschließlich der Tafelschen, sind sie mit den Händen in den Taschen und dem Hute auf dem Kopf schonend vorbeigegangen. Übrigens, woher nimmt Hitler das Recht, hier im Namen der ganzen nationalsozialistischen Bewegung zu berichtigen?["]

Hierzu bemerke ich: Mit "unseren Nationalen" habe ich nichts zu tun. Das Recht "im Namen der ganzen nationalsozialistischen Bewegung zu berichtigen", nehme ich von der Tatsache her, daß ich der erste Vorsitzende der einzigen Bewegung oder Partei bin, die sich "nationalsozialistisch" nennt, und erster Vorsitzender des einzigen unter der Bezeichnung "nationalsozialistisch" eingetragenen Vereins.

Ich stelle fest: Es ist unwahr, daß die Nationalsozialisten "so ziemlich die ganze Welt, insbesondere Industrie und Handel, mit dem Klingelbeutel abgeschnorrt haben".

Wahr ist nach wie vor, daß Dr. Paul Tafel nicht "Geldgeber" der nationalsozialistischen Bewegung war oder ist. [2]

München, den 28. Dezember 1925

Adolf Hitler

---

2 Zu dieser Erklärung nahm die sozialdemokratische Münchener Post anschließend wie folgt Stellung: "Trotz seiner chimborassogroßen Einbildung wird Herr Hitler nicht erwarten, daß wir seinen konfusen Schrieb einer Erwiderung würdigen. Kaum ein Leser wird bei der Lektüre dieses von einer wirklich recht bedenklichen Entwicklung 'völkischer' *Geistesverfassung* zeugenden Dokumentes ernst geblieben sein. Wie immer, so eilt auch in diesem Falle der große Mann aus Braunau seiner Zeit in Meilenstiefeln voraus: Schon acht Tage *vor* dem offiziellen Beginn des Faschings läuft er in der *Narrenkappe* herum."

1. Januar 1926 Dok. 97
"An alle Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 1.1.1926

Parteigenossen!

Am 27. Februar 1925 wurde in unerschütterlichem Glauben an die Lebenskraft unserer Bewegung die damals für viele schon tot erscheinende Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erneut ins Leben gerufen.

Feinde sowohl als Nörgler und ewige Besserwisser prophezeiten der jungen Gründung Mißerfolg und ein schnelles Ende.

Heute nach neun Monaten, am Schlusse dieses Jahres, können wir jedoch mit tiefem inneren Stolz feststellen, daß unser Glaube von einst gerechtfertigt ist.

In kaum neun Monaten hat sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei wieder gefaßt. Sie steht auf festeren Füßen als je und soll durch nichts mehr erschüttert werden. Was im Februar 1925 vielen als unmöglich erschien, ist heute zur Wirklichkeit geworden. Eine feste, stramme Zentralorganisation ist wieder erstanden mit vorbildlicher geschäftlicher Leitung, mit Zentral-Kartothek, Ortsgruppen, Akten usw. Zahllose Ortsgruppen selbst sind erneut ins Leben gerufen worden. Landes- und Gauverbände sind neu gebildet und gefestet [*sic!*], und der Stab alter und neuer treuester Mitarbeiter ist größer als je zuvor. Was uns aber alle mit tiefstem Glück beseelt, ist die sichtbare Beendigung des unseligen Haders in unseren eigenen Reihen. Es gibt heute in der Bewegung keinen Streit mehr. Was von so vielen einst verlacht wurde, hat sich besser bewährt, als die meisten ahnten:

Der Handschlag, der von den Führern der Bewegung am 27. Februar 1925 abends im Bürgerbräukeller als Gelöbnis der nunmehrigen Versöhnung ausgetauscht wurde [1], ist eingelöst.

Ein gemeinsames Band gemeinsamer Arbeit umschlingt heute alle.

Viele, die glaubten, erst beiseite stehen zu müssen, sind wieder zurückgekehrt und zahlreiche Ferngebliebene zur Bewegung gekommen.

Der inneren Festigung aber entspricht die äußere Werbekraft. Eine ungeheure Propagandatätigkeit wurde von der selbst kaum ins Leben gerufenen Bewegung schon in diesem Jahr wieder geleistet. Im ganzen Reich Versammlung auf Versammlung, in manchen Ländern, bis über 100 in kaum drei Monaten. Und genau wie einst erscheinen unsere Säle wieder überfüllt, und müssen Tausende vor bereits geschlossenen Türen zurückgewiesen werden.

1 Vgl. Dok. 6.

Und ebenso wie einst lauschen diese Tausende, wenn auch erst mit Widerwillen, ja Haß im Herzen, am Ende doch bezwungen von der siegenden Gewalt unserer neuen Ideenwelt.

Das sichtbarste Zeichen des Erfolges in diesen neun Monaten aber ist die Angst der Feinde unseres Volkes vor unserer Bewegung, und die nur aus dieser Angst allein geborene Verfolgung der Partei und ihrer Führer.

Würde unser Beginnen das Zeichen des Mißerfolges in sich tragen, so ließen sie uns wahrlich ruhig weiterarbeiten. Was sie zur Verfolgung treibt, ist die eigenste Überzeugung von der Wirklichkeit unserer tatsächlichen Erfolge.

Unter verlogensten Vorwänden, unter Zuhilfenahme von Fälschungen und verleumderischen Unterschiebungen, unwahren Berichten erbärmlicher Spitzelkreaturen, bezahlter Provokateure, die man zu nennen immer viel zu feige ist, knebelt man uns das freie Wort und dokumentiert aber gerade dadurch am besten die innere Angst vor der Wahrhaftigkeit unseres Kampfes und dem Fortschreiten unserer Erfolge.

Nationalsozialisten! Seid stolz darauf, von allen Feinden des Vaterlandes gleichmäßig gehaßt zu werden!

Seid stolz darauf, von allen Gegnern unseres Volkstums verfolgt zu werden. Seid stolz, daß sie versuchen, gerade euch und euren Führern in einem Staate das Wort der freien Rede zu verbieten, in dem unter behördlichem Schutz Vaterlandsverräter, ja selbst Franzosen jederzeit sprechen dürfen.

Seid stolz darauf, denn ihr mögt daraus am besten ersehen, daß ihr dem Lager angehört, das für Wahrheit und Ehre kämpft. Denn wer auf dieser Welt für das Beste gefochten hat, wurde von jeher am meisten verfolgt, auf dornenvollste Wege gezwungen, und nur dem Durchschnitt des Mittelmaßes oder der vollendeten Gemeinheit steht die breite Straße zu allen Zeiten zur Verfügung.

Würden wir das Vaterland schmähen, seine Ehre besudeln, unser Volk verkaufen, unser Blut schänden, wir könnten reden alle, wie wir wollten. Wir haben also Grund, stolz darauf zu sein, daß sie gerade uns das Wort verbieten.

So grüßen wir Nationalsozialisten das neue Jahr als ein Jahr großer Opfer und schweren Ringens um die Seele unseres Volkes.

In einer Zeit, da sich der Fluch des laufenden Verrats der November-Parteien in der fürchterlichsten Weise auf unsere Nation entladet und die schwere Faust des Schicksals lähmend sich auf Deutschland legt, da wollen wir Nationalsozialisten nicht ruhen und nicht rasten, im Kampfe für die einstige Wiederherstellung eines freien deutschen Reiches in unabhängiger Macht und neuer Herrlichkeit, allen heutigen Feinden unseres Volkes nach außen und den Verräter-Parteien im Inneren zum Trotz, den arbeitsamen redlichen Menschen aber zum Segen.

Als Führer der Bewegung ist es mir nicht möglich, jedem einzelnen für die Arbeit im vergangenen Jahre zu danken oder Glück fürs neue Jahr zu wünschen. Ich will dies an dieser Stelle nachholen.

Ich weiß, daß es nur der unermüdlichen Tätigkeit zahlreicher Parteigenossen sowie der vorbildlichen Arbeit all unserer Führer zu danken war, wenn die vergangenen

9 Monate zu so großem Erfolge führten. Am tiefsten aber sehe ich mich zu Dank verpflichtet all denen gegenüber, die in dieser Zeit sich soweit zu überwinden vermochten, daß sie aus Liebe zu unserem Volk und der diesem dienenden Bewegung persönliche Empfindungen in den Hintergrund treten ließen, um in redlicher Freundschaft selbst dem einstigen Feind die Hand zu bieten zur gemeinsamen neuen Arbeit.

Erst spätere Jahre werden bekunden, daß die größte Tat des Jahres 1925 in unserer Bewegung in der Versöhnung der einzelnen Führer lag. In ihr liegt auch das sicherste Pfand für den Erfolg der kommenden Zeit.

Unser armes deutsches Vaterland und unsere National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, sie leben hoch!

Adolf Hitler

9. Januar 1926 Dok. 98
Erklärung

VB vom 9.1.1926.

Zu den Meldungen über Erhebungen der Staatsanwaltschaft in bezug auf meine Zeugenaussagen im Streicher-Luppe-Prozeß [1] habe ich folgendes zu erklären:

Ich erhoffte mir nichts sehnlicher als die Möglichkeit, endlich einmal im Gerichtssaal die Wahrheit über den 1. Mai [*1923*] [2] feststellen zu können. Dies wird dieses Mal ermöglicht, da nun ja nicht mehr *alle* unter Anklage gestellt werden können und mithin als Zeugen ausscheiden wie im Mai 1923, sondern daß dieses Mal die einzelnen Führer von damals selbst unter Eid die beispiellose Verlogenheit der damaligen Unterschiebungen aufzuklären in der Lage sind. Das ganze Jahr 1923 und 1924 und 1925 hindurch konnte man mit den gleichen Fälschungen arbeiten, wie man dies heute in Bezug auf mein Redeverbot so famos versteht, ohne daß wir uns zu wehren vermocht hätten. Ich habe

1 Hitler war am 3.12.1925 als Zeuge im Luppe-Streicher-Prozeß (Dok. 90) vernommen worden und hatte dabei u. a. zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 Stellung genommen. Daraufhin leitete die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I ein Ermittlungsverfahren gegen Hitler wegen des Verdachts auf Meineid ein. Vgl. Fränkische Tagespost vom 6.1.1925, "Meineidsverfahren gegen Hitler eingeleitet". Sowie Dok. 120, 123, 124, 126, 133 und Bd. II, Dok. 26.
Das Verfahren wurde am 14.1.1927 auf Beschluß der 4. Strafkammer des Landgerichts München I "außer Verfolgung gesetzt". Vgl. zum ganzen Vorgang: StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

2 Am 1. Mai 1923 hatte die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände bewaffnete Verbände in München zusammengezogen, um die sozialistischen Mai-Kundgebungen mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem die bayerische Regierung ihrerseits Reichswehr und Landespolizei aufmarschieren ließ, gab Hitler die Machtprobe auf und erteilte den Befehl zum Rückzug. Zu den Vorgängen vgl. Gruchmann, Hitlers Denkschrift, S. 305 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

allen Grund, mich darüber zu freuen, wenn dieses ganze Lügengespenst [*sic!*] nun endlich zerrissen werden kann. Auch aus diesem Prozeß wird das deutsche Volk erneut ersehen können, wer im Jahre 1923 sein Bestes wollte und wer die Verräterparteien waren, die dem internationalen Marxismus damals wie auch heute die Steigbügel hielten und halten.

gez. Adolf Hitler

21. Januar 1926 — Dok. 99
Schreiben an Fritz Schmidt [1]

Masch. Abschrift; BA, NS 26/177.

Sehr geehrter Herr Schmidt!

Seitens der Sektion Schwabing der N.S.D.A.P. wird mir berichtet, daß Sie den umfangreichen Bestand der Völkischen Arbeiter- und Studentenbücherei nebst Inventar der Sektion geschenkt haben, die Sie unter großen persönlichen Entbehrungen und Opfern beschafften. Die Bücherei soll allen Parteigenossen der Ortsgruppe München zur Verfügung gestellt werden. Sie soll den Grundstock für eine spätere Parteibibliothek darstellen. Für die Schenkung spreche ich Ihnen im Namen der Bewegung meinen herzlichsten Dank aus.

Mit deutschem Gruß
gez. Adolf Hitler

1 Fritz Schmidt, Schriftleiter des Pyritzer Kreisblattes (Pommern).

12. Februar 1926 Dok. 100
"Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem"
Aufsatz

Broschüre: "Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem", München (Eher-Verlag) 1926 [1].

Vorwort

In der Zeit der schamlosen Unterzeichnung des Locarnovertrages gelingt es der "deutschen" Presse wieder einmal, die öffentliche Aufmerksamkeit so zu fesseln und in Nebensächlichkeiten zu verstricken, daß für die der Nation wirklich lebenswichtigen Vorgänge kein Verständnis übrig bleibt. Die Südtiroler Frage wurde plötzlich aufgerollt [2]. Rund 200.000 Deutsche sind durch die seinerzeitige Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain [3] in diesem Gebiete einer fremden Souveränität ausgeliefert worden. Sie stellen nur einen Bruchteil des verlorenen deutschen Menschenmaterials dar. Nichtsdestoweniger gelingt es den Fabrikanten unserer öffentlichen Meinung, den allgemeinen Glauben zu erzeugen, als ob gerade das Schicksal dieser Deutschen in Südtirol von höchster Bedeutung und tragischer Schwere wäre. Wer will sich wundern, wenn nun unser an sich so unpolitisches Volk sofort bereit ist, Konsequenzen zu ziehen, die in ihren letzten Auswirkungen Südtirol nicht helfen, dem deutschen Volke jedoch für alle Zukunft größten Schaden zuzufügen in der Lage sind. Dies aber ist die innere Absicht der Urheber unserer heutigen Erregung. Mit welchem Rechte würde sich sonst eine Presse über die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol ereifern, die tausendmal ärgere und barbarischere Maßnahmen gegen Deutsche in den sonst verlorenen Gebieten nicht nur schweigend ertrug, sondern mit allen Mitteln zu beschönigen versuchte, und die endlich mit keiner Wimper zuckt angesichts der Verfolgung der deutsch fühlenden und deutsch sein wollenden nationalen Elemente im Reich selber, Verfolgungen, wie sie ärger von keinem Feinde vorgenommen werden könnten. Denn dieselbe Presse, die zur Zeit in scheinheiliger Entrüstung aufstöhnt, da ein Deutscher in Italien (wie man behauptet) in Ketten vor Gericht geführt wurde, gab keinen Laut von sich, als man deutsche U-Boots-Helden in Ketten nach Leipzig transportierte. Die gleiche Presse, die heute empört tut, da Italien eine Anzahl Deutscher auswies, schwieg, als Frankreich und Polen zusammen Hunderttausende von Deutschen vertrieben, und fand kein Wort der

---

1 Die Broschüre wurde zum Preis von 50 Pfennig vertrieben. Vgl. Anzeige im VB vom 19.2.1926.

2 Zur Kritik nationaler Publizisten und Politiker an der italienischen Südtirolpolitik, die nach einer Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten Held am 5.2.1926 zu einem öffentlichen Schlagabtausch zwischen Mussolini und Stresemann eskalierte, vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 100 ff.

3 Der am 10.9.1919 zwischen den Alliierten und Österreich unterzeichnete Friedensvertrag von St. Germain bestimmte u. a. die Abtretung Südtirols bis zum Brenner an Italien. Die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe zählte nach der Umgangssprachenerhebung vom 1.12.1921 195.000 Personen. Vgl. Winkler, Statistisches Jahrbuch, S. 93.

Empörung über die himmelschreiende Schande, die ein deutscher Bundesstaat namens Bayern auf sich lud, der deutsche Reichsangehörige ob ihrer politischen Gesinnung zu Dutzenden über die Grenze schickte. Und wieder ist es dieselbe Presse, die heute von einer Knebelung der öffentlichen Meinung Deutscher in Italien redet, und die wohlgefällig schweigt, wenn sogenannte deutsche Regierungen ehemaligen deutschen Frontkämpfern die Redefreiheit stehlen, und dies nur aus dem Grunde, weil deren nationale Gesinnung den derzeitigen Machthabern unangenehm ist. Oder wenn diese Presse die Welt aufruft gegen italienische Gewalttaten dem Tiroler Deutschtum gegenüber, jedoch in Schweigen zusah, wie Polizeiknüppel und -säbel öfter als einmal das nationale Deutschtum in diesem Reiche niederdroschen. Nein, die Aufregung dieser Presse und dieser sogenannten öffentlichen Meinung ist Lüge und Heuchelei. Von allen politischen Bewegungen hätte nur eine einzige das Recht, gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol Protest zu erheben, nämlich diejenige, die einst gegen den Verrat des Landes und gegen die Unterschreibung des Friedensvertrages Stellung nahm: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Was heute die öffentliche Meinung gegen Italien aufrührt, ist nicht die Sorge um das Schicksal des Deutschtums, sondern der Haß gegen die augenblickliche italienische Regierung und vor allem gegen den Mann, der als überragendes Genie das nationale Gewissen Italiens verkörpert. Würde Mussolini [4] Jude oder Freimaurer sein, könnte er das Deutschtum in Italien ausrotten, ohne daß unsere sogenannte öffentliche Meinung auch nur die geringste Notiz davon nähme. Daß er italienischer Nationalist ist und Gegner der Freimaurerei zugleich, zieht ihm den Haß einer Presse zu, für die die deutschen Interessen niemals maßgebend waren, sondern ewig nur das Wohl des jüdischen Volkes.

So schmerzlich es uns deutschen Nationalsozialisten sein mag, Volksgenossen an irgendeiner Stelle der Erde um das freie Selbstbestimmungsrecht gebracht zu sehen, so wenig dürfen wir das Schicksal von 60 Millionen Menschen schädigen lassen durch Gefühlsmomente, und wären sie selbst tausendmal berechtigt.

Wir haben einst Südtirol weder verkauft noch verraten; wir wollen aber für die Zukunft aus der Vergangenheit lernen, um zu verstehen, daß auch in größerem Sinne Schillers Wort ewige Bedeutung besitzt, daß wenn wir nicht vom Leben opfern, uns auch nicht das Leben gegeben werden wird.

Die Südtiroler Frage ist für uns ein Problem, das nur im Rahmen der für Deutschland möglichen europäischen Bündnispolitik die richtige Lösung finden kann.

Ich habe mich deshalb entschlossen, die Abhandlung über "Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege" aus dem Zusammenhang des zweiten Bandes meines Werkes [5] zu nehmen und als Sonderdruck erscheinen zu lassen. Sie soll unseren Anhängern jenes außenpolitische Denken vermitteln helfen, das uns in der Vorkriegszeit fehlte und dessen Fehlen mithalf, den Zusammenbruch herbeizuführen.

---

4 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "Avanti", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 Ministerpräsident, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò, am 28.4.1945 erschossen.

5 Mein Kampf, Bd. 2, München 1927, S. 261-300; mit geringfügigen stilistischen Abweichungen.

Die Frage unseres Verhältnisses zu Rußland ist in einer gesonderten Schrift behandelt, die ich ebenfalls als Sonderdruck demnächst herausgeben will [6].

München, den 12. Februar 1926

Der Verfasser

[*Text*]

Die Zerfahrenheit der außenpolitischen Leitung des Reiches in der Fassung grundsätzlicher Richtlinien für eine zweckmäßige Bündnispolitik setzte sich nach der Revolution nicht nur fort, sondern wurde noch übertroffen. Denn wenn vor dem Kriege in erster Linie allgemeine politische Begriffsverwirrungen als Ursache unserer verfehlten Staatsleitung nach außen gelten durften, dann war es nach dem Kriege ein Mangel an ehrlichem Wollen. Es war natürlich, daß die Kreise, die durch die Revolution endlich ihre destruktive Absicht verwirklicht sahen, kein Interesse an einer Bündnispolitik besitzen konnten, deren Endergebnis die Wiederaufrichtung eines freien Souveränitätsstaates der deutschen Nation sein mußte. Nicht nur, daß eine solche Entwicklung dem inneren Sinne des Novemberverbrechens widersprechen würde, nicht nur, daß sie die Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft und Arbeitskraft unterbrochen oder gar beendet hätte: es wäre auch die politische Auswirkung im Inneren als Folgeerscheinung einer außenpolitischen Freiheitserkämpfung für die Träger der heutigen Reichsgewalten in der Zukunft verhängnisvoll. Man kann sich eben die Erhebung einer Nation nicht denken ohne eine vorhergegangene Nationalisierung derselben, sowie umgekehrt jeder gewaltige außenpolitische Erfolg zwangsläufig Rückwirkungen im gleichen Sinne ergibt. Jeder Freiheitskampf führt erfahrungsgemäß zu einer Steigerung des Nationalgefühls, des Selbstbewußtseins und damit aber auch zu einer schärferen Empfindsamkeit antinationalen Bestrebungen und ebensolchen Elementen gegenüber. Zustände und Personen, die in friedsamen Zeiten geduldet, ja oft nicht einmal beachtet werden, finden in Perioden aufwühlender nationaler Begeisterung nicht nur Ablehnung, sondern einen Widerstand, der ihnen nicht selten zum Verhängnis wird. Man erinnere sich nur z. B. an die sogenannte Spionenfurcht, die bei Ausbruch von Kriegen in der Siedehitze menschlicher Leidenschaften plötzlich spontan hervorbricht, zu brutalsten, manchmal sogar ungerechten Verfolgungen führt, obwohl im Grunde genommen die Spionengefahr aus natürlichen Gründen in den langen Jahren einer Friedenszeit größer sein wird, ohne allerdings die allgemeine Beachtung im nötigen Umfange zu finden.

Der feine Instinkt der durch die Novemberereignisse an die Oberfläche gespülten Staatsparasiten ahnt schon aus diesem Grunde in einer durch geniale Bündnispolitik unterstützten Freiheitserhebung unseres Volkes und der dadurch bedingten Entflammung nationaler Leidenschaften die mögliche Beendigung des eigenen verbrecherischen Daseins.

6 Der angekündigte Sonderdruck ist nicht erschienen. Vgl. das Kapitel "Ostorientierung oder Ostpolitik", in: Mein Kampf, Bd. 2, S. 301-331.

So wird es verständlich, warum man von seiten der maßgebenden Stellen seit dem Jahre 1918 in außenpolitischer Hinsicht in der Leitung des Staates nicht nur versagte, sondern den wirklichen Interessen der deutschen Nation fast immer planmäßig entgegenarbeitete. Denn was auf den ersten Blick als planlos erscheinen könnte, entpuppt sich bei näherem Hinsehen nur als die konsequente Weiterverfolgung des Weges, den die Novemberrevolution 1918 zum ersten Male in aller Öffentlichkeit beschritt.

Freilich muß man hier unterscheiden zwischen den verantwortlichen oder besser "verantwortlichseinsollenden" Führern unserer Staatsgeschäfte, dem Durchschnitt unserer parlamentarischen Politikaster und der großen stupiden Hammelherde unseres schafsgeduldigen Volkes.

Die einen wissen, was sie wollen. Die anderen machen mit, entweder weil sie es wissen, oder doch zu feige sind, dem erkannten und als schädlich Empfundenen rücksichtslos entgegenzutreten. Die übrigen aber fügen sich aus Unverständnis und Dummheit.

Solange die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nur den Umfang eines kleinen und wenig bekannten Vereines besaß, konnten außenpolitische Probleme in den Augen mancher Anhänger untergeordnete Bedeutung besitzen. Dies besonders deshalb, weil ja gerade unsere Bewegung immer grundsätzlich die Auffassung vertrat und vertreten muß, daß die äußere Freiheit weder vom Himmel noch durch irdische Gewalten als Geschenk gegeben wird, sondern vielmehr nur die Frucht einer inneren Kraftanstrengung zu sein vermag. *Nur die Beseitigung der Ursachen unseres Zusammenbruchs sowie die Vernichtung der Nutznießer desselben kann die Voraussetzung zum äußeren Freiheitskampf schaffen.*

Man kann also schon verstehen, wenn aus solchen Gesichtspunkten heraus in der ersten Zeit der jungen Bewegung der Wert der außenpolitischen Fragen gegenüber der Bedeutung ihrer inneren reformatorischen Absichten zurückgesetzt wurde.

Sowie jedoch der Rahmen des kleinen unbedeutenden Vereines geweitet und endlich gesprengt wurde und das junge Gebilde die Bedeutung eines großen Verbandes bekam, ergab sich auch bereits die Notwendigkeit, zu den Fragen der außenpolitischen Entwicklung Stellung zu nehmen. Es galt, Richtlinien festzulegen, die den fundamentalen Anschauungen unserer Weltauffassung nicht nur nicht widersprechen, sondern einen Ausfluß dieser Betrachtungsweise darstellen.

Gerade aus dem Mangel an außenpolitischer Schulung unseres Volkes ergibt sich eine Verpflichtung für die junge Bewegung, den einzelnen Führern sowohl als der breiten Masse durch großzügige Richtlinien eine Form des außenpolitischen Denkens zu vermitteln, die die Voraussetzung ist für jede einst stattfindende praktische Durchführung der außenpolitischen Vorbereitungen zur Wiedergewinnungsarbeit der Freiheit unseres Volkes sowie einer wirklichen Souveränität des Reiches.

Der erste und wesentlichste Grundsatz, der auch bei der Beurteilung dieser Frage uns immer voranleuchten muß, ist der, daß auch die Außenpolitik nur ein Mittel zum Zweck ist, der Zweck aber die ausschließliche Förderung unseres eigenen Volkstums sein muß. Es kann keine außenpolitische Erwägung von einem anderen Gesichtspunkte

aus geleitet werden, als dem: *Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein.*

Es ist dies die einzige vorgefaßte Meinung, die bei der Behandlung dieser Frage da sein darf. Parteipolitische, religiöse, humane, überhaupt alle übrigen Gesichtspunkte scheiden restlos aus.

War vor dem Kriege die Aufgabe einer deutschen Außenpolitik die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes und seiner Kinder auf diesem Erdball durch die Vorbereitung der Wege, die zu diesem Ziele führen konnten, sowie die Gewinnung der dabei benötigten Hilfskräfte in der Form zweckmäßiger Bundesgenossen, so ist sie heute die gleiche, nur mit einem Unterschiede: *Vor dem Kriege galt es der Erhaltung des deutschen Volkstums zu dienen unter Berücksichtigung einer bestimmt vorhandenen Kraft des unabhängigen freien Machtstaates, heute gilt es dem Volk erst die Kraft in der Form des freien Machtstaates wieder zu geben, die die Voraussetzung für die spätere Durchführung einer praktischen Außenpolitik im Sinne der Erhaltung, Förderung und Ernährung unseres Volkes für die Zukunft ist.*

Mit anderen Worten: *Das Ziel einer deutschen Außenpolitik von heute hat die Vorbereitung der Wiedererringung der Freiheit für morgen zu sein.*

Dabei muß gleich ein fundamentaler Grundsatz immer im Auge behalten werden: *Die Möglichkeit der Wiedererringung der Unabhängigkeit eines Volkstums ist nicht gebunden an die Geschlossenheit eines solchen Staatsgebietes, sondern vielmehr an das Vorhandensein eines wenn auch noch so kleinen Restes dieses Volkes und Staates, der im Besitz der nötigen Freiheit nicht nur der Träger der geistigen Gemeinschaft des gesamten Volkstums, sondern auch der Vorbereiter des militärischen Freiheitskampfes zu sein vermag.*

Wenn ein Volk von hundert Millionen Menschen, um die staatliche Geschlossenheit zu wahren, gemeinsam das Joch der Sklaverei erduldet, so ist dies schlimmer, als wenn ein solcher Staat und ein solches Volk zertrümmert worden wäre und nur ein Teil davon im Besitze der vollen Freiheit bliebe, freilich unter der Voraussetzung, daß dieser letzte Rest erfüllt ist von der heiligen Mission, nicht nur die geistige und kulturelle Unzertrennbarkeit dauernd zu proklamieren, sondern auch die waffenmäßige Vorbereitung zu treffen für die endliche Befreiung und Wiedervereinigung der unglücklich unterdrückten Teile.

Weiter ist zu bedenken, daß die Frage der Wiedergewinnung verlorener Gebietsteile eines Volkes und Staates immer in erster Linie die Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht und Unabhängigkeit des Mutterlandes ist, daß mithin in einem solchen Falle die Interessen verlorener Gebiete rücksichtslos zurückgestellt werden müssen gegenüber dem einzigen Interesse der Wiedergewinnung der Freiheit des Hauptgebietes. Denn die Befreiung unterdrückter, weil abgetrennter Splitter eines Volkstums oder Provinzen eines Reiches findet nicht statt auf Grund eines Wunsches der Unterdrückten oder eines Protestes der Zurückgebliebenen, sondern durch die Machtmittel des mehr oder weniger souverän gebliebenen Restes des ehemaligen gemeinsamen Vaterlandes.

Mithin ist die Voraussetzung für die Gewinnung verlorener Gebiete die restlose Förderung und Stärkung des übriggebliebenen Reststaates sowie der im Herzen schlummernde unerschütterliche Entschluß, die dadurch sich bildende neue Kraft in gegebener

Stunde dem Dienste der Befreiung und Einigung des gesamten Volkstums zu weihen: Also *Zurückstellung* der Interessen der abgetrennten Gebiete gegenüber dem einzigen Interesse, dem verbliebenen Rest jenes Maß an politischer Macht und Kraft zu gewinnen, das die Voraussetzung für eine Korrektur des Willens feindlicher Sieger ist. *Denn unterdrückte Länder werden nicht durch flammende Proteste in den Schoß eines gemeinsamen Reiches zurückgeführt, sondern durch ein schlagkräftiges Schwert.*

Dieses Schwert zu schmieden, ist die Aufgabe der innerpolitischen Leitung eines Volkes, die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der außenpolitischen.

Im ersten Band des Werkes *"Mein Kampf"* habe ich mich mit der Halbheit unserer Bündnispolitik vor dem Kriege auseinandergesetzt [7]. Von den vier Wegen für eine künftige Erhaltung unseres Volkstums und die Ernährung desselben hatte man den vierten und ungünstigsten gewählt. An Stelle einer gesunden europäischen Bodenpolitik griff man zur Kolonial- und Handelspolitik. Fehlerhaft war dies noch besonders, als man nun vermeinte, dadurch einer waffenmäßigen Auseinandersetzung entschlüpfen zu können. Das Ergebnis dieses Versuches, sich auf alle Stühle setzen zu wollen, war der bekannte Fall zwischen dieselben, und der Weltkrieg bildete nur die letzte, dem Reiche vorgelegte Quittung über seine verfehlte Leitung nach außen.

Der richtige Weg wäre schon damals der *dritte* gewesen: *Stärkung der Kontinentalmacht durch Gewinnung neuen Grundes und Bodens in Europa*, wobei gerade dadurch eine Ergänzung durch spätere koloniale Gebiete in den Bereich des natürlich Möglichen gerückt erschien. Diese Politik wäre allerdings nur durchführbar gewesen im Bunde mit England, oder unter einer so abnormen Förderung der militärischen Machtmittel, daß auf 40 oder 50 Jahre kulturelle Aufgaben vollständig in den Hintergrund gedrängt worden wären. Dieses ließe sich sehr wohl verantworten. Da die kulturelle Bedeutung einer Nation zumeist immer gebunden ist an die politische Freiheit und Unabhängigkeit derselben, mithin diese die Voraussetzung für das Vorhandensein oder besser Entstehen der ersteren bildet, kann kein Opfer für die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Freiheit zu groß sein. Was den allgemeinen kulturellen Belangen durch eine übermäßige militärische Förderung der Machtmittel des Staates entzogen wird, wird später auf das reichlichste wieder hereingebracht werden. Ja, man darf sagen, daß nach einer solchen komprimierten Anstrengung nur in der Richtung der Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit mit allen Mitteln eine gewisse Entspannung oder ein Ausgleich zu erfolgen pflegt durch ein oft geradezu überraschendes Aufblühen der bisher vernachlässigten kulturellen Kräfte eines Volkstums. Aus der Not der Perserkriege erwuchs die Blüte des perikleischen Zeitalters, und über den Sorgen der punischen Kriege begann das römische Staatswesen sich dem Dienste einer höheren Kultur zu widmen.

Allerdings kann man eine solche restlose Unterordnung aller sonstigen Belange eines Volkstums unter die einzige Aufgabe der Vorbereitung eines ins Auge gefaßten Waffenganges zur späteren Sicherung des Staates nicht der Entschlußkraft einer Majorität von parlamentarischen Dummköpfen oder Taugenichtsen anvertrauen. Das vermochte

7 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, München 1925, S. 133-164.

der Vater eines Friedrich des Großen zu tun, aber die Väter unseres demokratischen Parlamentsunsinnes jüdischer Prägung können es nicht.

Schon aus diesem Grunde konnte also die waffenmäßige Vorbereitung der Vorkriegszeit für eine Erwerbung von Grund und Boden in Europa nur eine mäßige sein, so daß der Unterstützung durch zweckmäßige Bundesgenossen nur schwer zu entraten war.

Da man aber überhaupt von einer planmäßigen Vorbereitung des Krieges nichts wissen wollte, verzichtete man auf Grunderwerb in Europa und opferte, indem man sich statt dessen der Kolonial- und Handelspolitik zuwandte, das sonst mögliche Bündnis mit England, ohne aber nun logischerweise sich auf Rußland zu stützen, und stolperte endlich, von allen, außer dem habsburgischen Erbübel, verlassen, in den Weltkrieg hinein.

Zur Charakteristik unserer heutigen Außenpolitik muß gesagt werden, daß eine irgendwie sichtbare oder gar verständliche Richtlinie überhaupt nicht vorliegt. Wenn man sich vor dem Kriege in verfehlter Weise auf den vierten Weg warf, um ihn allerdings ebenfalls nur halb und halb zu gehen, dann ist seit der Revolution ein solcher auch dem schärfsten Auge nicht mehr erkennbar. Mehr noch als vor dem Kriege fehlt jegliche planmäßige Überlegung, es wäre denn die des Versuches, selbst die letzte Möglichkeit einer Wiedererhebung unseres Volkes zu zerschlagen.

Eine kalte Überprüfung der heutigen europäischen Machtverhältnisse führt zu folgendem Ergebnis:

Seit 300 Jahren wurde die Geschichte unseres Kontinents maßgeblich bestimmt durch den Versuch Englands, über dem Umwege ausgeglichener, sich gegenseitig bindender Machtverhältnisse der europäischen Staaten die notwendige Rückendeckung für große, weltpolitische britische Ziele zu erhalten und zu sichern.

Die traditionelle Tendenz der britischen Diplomatie, der in Deutschland analog nur die Tradition des preußischen Heeres gegenübergestellt zu werden vermag, ging seit dem Wirken der Königin Elisabeth planmäßig darauf hinaus, jedes Emporsteigen einer europäischen Großmacht über den Rahmen der allgemeinen Größenordnung hinaus mit allen Mitteln zu verhindern und wenn nötig, durch militärische Eingriffe zu brechen. Die Machtmittel, die England in diesem Falle anzuwenden pflegte, waren verschiedene, je nach der vorhandenen oder gestellten Aufgabe; die Entschlossenheit und Willenskraft zu ihrem Einsatz jedoch immer die gleiche. Ja, je schwieriger im Laufe der Zeit Englands Lage wurde, um so nötiger schien der britischen Reichsleitung die Aufrechterhaltung des Zustandes einer infolge gegenseitiger rivalisierender Größe stattfindenden allgemeinen Lähmung der einzelstaatlichen Kräfte Europas. Die politische Loslösung des ehemaligen nordamerikanischen Kolonialgebietes führte in der Folgezeit erst recht zu den größten Anstrengungen der Erhaltung einer unbedingten europäischen Rückendekkung. So konzentrierte sich - nach der Vernichtung Spaniens und der Niederlande als große Seemächte [-] die Kraft des englischen Staates so lange gegen das emporstrebende Frankreich, bis endlich mit dem Sturze Napoleons I. die Hegemonie-Gefahr dieser gefährlichsten Militärmacht für England als gebrochen angesehen werden konnte.

Die Umstellung der britischen Staatskunst gegen Deutschland wurde nur langsam vorgenommen, nicht nur, weil zunächst infolge des Mangels einer nationalen Einigung der deutschen Nation eine ersichtliche Gefahr für England nicht bestand, sondern weil

die propagandistisch für einen bestimmten staatlichen Zweck aufgezogene öffentliche Meinung nur langsam neuen Zielen zu folgen vermag. Die nüchterne Erkenntnis des Staatsmannes erscheint hier in gefühlsmäßige Werte umgesetzt, die nicht nur tragfähiger sind in der jeweiligen Wirksamkeit, sondern auch stabiler in bezug auf ihre Dauer. Es mag mithin der Staatsmann nach dem Erreichen einer Absicht seine Gedankengänge ohne weiteres neuen Zielen zuwenden, die Masse jedoch wird nur in langsamer, propagandistischer Arbeit gefühlsmäßig zum Instrument der neuen Ansicht ihres Leiters umgeformt werden können.

Schon mit dem Jahre 1870/71 hatte England indes seine neue Stellung festgelegt. Schwankungen, die infolge der weltwirtschaftlichen Bedeutung Amerikas als Rivalen Englands sowie der machtpolitischen Entwicklung Rußlands einigemale eintraten, wurden leider von Deutschland nicht benützt, so daß immer mehr eine Festigung der ursprünglichen Tendenz der britischen Staatskunst erfolgen mußte.

England sah in Deutschland die Macht, deren handels- und damit weltpolitische Bedeutung nicht zuletzt infolge seiner enormen Industrialisierung in so bedrohlichem Umfange zunahm, daß man bereits ein Abwägen der Stärke der beiden Staaten auf gleichen Gebieten vornehmen konnte. Die "*wirtschaftsfriedliche*" Eroberung der Welt, die unseren Staatslenkern als der letzten Weisheit höchster Ausfluß erschien, war in den Augen des englischen Politikers großen Formats die moralische Berechtigung zum Widerstande. Daß sich dieser Widerstand in die Form eines umfassend organisierten Angriffs kleidete, entsprach dann vollständig dem Wesen einer Staatskunst, deren Ziele eben nicht in der *Erhaltung* eines fragwürdigen *Weltfriedens* lagen, sondern in der *Festigung* der britischen Weltherrschaft. Daß sich dabei England aller Bundesgenossen bediente, die militärpolitisch überhaupt in Frage kommen konnten, entsprach ebensosehr seiner traditionellen Vorsicht in der Abschätzung der Kraft des Gegners, als der Einsicht über die augenblickliche eigene Schwäche. Mit "Skrupellosigkeit" kann man dies deshalb nicht bezeichnen, weil eine solche umfassende Organisation eines Krieges nicht zu beurteilen ist nach heroischen Gesichtspunkten, sondern nach zweckmäßigen. *Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrunde geht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hiezu führt, ist dann zweckmäßig, und sein Nichtbegehen muß als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden.*

Mit der inneren Revolutionierung Deutschlands fand die britische Sorge einer drohenden germanischen Welthegemonie ihre für die englische Staatskunst erlösende Beendigung.

Ein weiteres Interesse an der vollständigen Auslöschung Deutschlands aus der europäischen Landkarte liegt damit aber auch für England nicht mehr vor. Im Gegenteil, gerade der entsetzliche Niederbruch, der in den Novembertagen 1918 stattfand, stellte die britische Diplomatie vor eine neue, zunächst gar nicht für möglich gehaltene Lage:

4 1/2 Jahre lang hatte das britische Weltreich gefochten, um das vermeintliche Übergewicht einer kontinentalen Macht zu brechen. Nun traf plötzlich ein Sturz ein, der diese Macht überhaupt von der Bildfläche zu entfernen schien. Ein Mangel an Selbsterhaltungstrieb sogar der einfachsten Form zeigte sich nun, so daß das europäische

Gleichgewicht durch eine Tat von kaum 48 Stunden aus den Angeln gehoben schien: *Deutschland vernichtet und Frankreich die erste kontinentalpolitische Macht Europas.*

Die enorme Propaganda, die in diesem Kriege das britische Volk zum Durchhalten bei der Stange hielt, maßlos verhetzte, in allen Urinstinkten und Leidenschaften aufwühlte, mußte nun wie ein Bleigewicht auf den Entschlüssen der britischen Staatsmänner lasten. Mit der kolonial-, wirtschafts- und handelspolitischen Vernichtung Deutschlands war das britische Kriegsziel erreicht, was darüber hinausging, war eine Schmälerung englischer Interessen. An der Auslöschung eines deutschen Machtstaates im kontinentalen Europa konnten nur die Feinde Englands gewinnen. Dennoch war in den Novembertagen 1918 und bis zum Hochsommer 1919 hinein eine Umstellung der englischen Diplomatie, die ja in diesem langen Kriege mehr als je zuvor die gefühlsmäßigen Kräfte der breiten Masse gebraucht hatte, nicht mehr möglich. Sie war nicht möglich vom Gesichtspunkt der nun einmal gegebenen Einstellung des eigenen Volkes aus, und war nicht möglich angesichts der Lagerung der militärischen Machtverhältnisse. Frankreich hatte das Gesetz des Handelns an sich gerissen und konnte den anderen diktieren, die einzige Macht jedoch, die in diesen Monaten des Feilschens und Handelns eine Änderung hätte herbeizuführen vermocht, Deutschland selber, lag in den Zuckungen des inneren Bürgerkriegs und verkündete durch den Mund seiner sogenannten Staatsmänner immer wieder die Bereitwilligkeit zur Annahme eines jeden Diktates.

Wenn nun im Völkerleben eine Nation infolge des restlosen Mangels eines eigenen Selbsterhaltungstriebes aufhört, ein möglicher "aktiver" Bundesgenosse zu sein, pflegt sie zum Sklavenvolk herunterzusinken und ihr Land dem Schicksal einer Kolonie zu verfallen.

Gerade um Frankreichs Macht nicht übergroß anwachsen zu lassen, war eine Beteiligung Englands an seinen Raubgelüsten die einzig mögliche Form des eigenen Handelns.

Tatsächlich hat England sein Kriegsziel nicht erreicht. Das Emporsteigen einer europäischen Macht über die Stärkeverhältnisse des kontinentalen Staatensystems Europas hinaus wurde nicht nur nicht verhindert, sondern in erhöhtem Maße begründet.

Deutschland als Militärstaat war im Jahre 1914 eingekeilt zwischen zwei Länder, von denen das eine über die gleiche Macht und das andere über eine größere verfügte. Dazu kam die überlegene Seegeltung Englands. Frankreich und Rußland allein boten jeder übermäßigen Entwicklung deutscher Größe Hindernisse und Widerstand. Die außerordentlich ungünstige militärgeographische Lage des Reiches konnte als weiterer Sicherheitskoeffizient gegen eine zu große Machtzunahme dieses Landes gelten. Besonders die Küstenfläche war militärisch betrachtet für einen Kampf mit England ungünstig klein und beengt, die Landfront demgegenüber übermäßig weit und offen. Anders die Stellung Frankreichs von heute: Militärisch die erste Macht ohne einen ernstlichen Rivalen auf dem Kontinent, in seinen Grenzen nach dem Süden gegen Spanien und Italien so gut als sichergestellt, gegen Deutschland garantiert durch die Ohnmacht unseres Vaterlandes, in seiner Küste in langer Front vor den Lebensnerven des britischen Reiches hingelagert. Nicht nur für Flugzeuge und Fernbatterien bilden die englischen Lebenszentren lohnende Ziele, sondern auch der Wirkung des U-Bootes gegenüber wären die Verkehrsstränge des britischen Handels auf das ungünstigste bloßgelegt. Ein U-Bootkrieg, gestützt auf die lange atlantische Küste sowohl als die nicht minder großen

Strecken der französischen Randgebiete des Mittelländischen Meeres [*sic!*] in Europa und Nord-Afrika, würde zu verheerenden Wirkungen führen.

So war die Frucht des Kampfes gegen die Machtentwicklung Deutschlands die Herbeiführung der französischen Hegemonie im Kontinent. Das militärische Ergebnis: die Festigung Frankreichs als erste Vormacht zu Lande und die Anerkennung der Union [8] *als gleichstarke Seemacht. Wirtschaftspolitisch: die Auslieferung größter britischer Interessengebiete an die ehemaligen Verbündeten.*

So wie nun Englands traditionelle politische Ziele eine gewisse *Balkanisierung Europas* wünschen und benötigen, so umgekehrt die Frankreichs eine *Balkanisierung Deutschlands.*

Englands Wunsch ist und bleibt die Verhütung des übermäßigen Emporsteigens einer kontinentalen Macht zu weltpolitischer Bedeutung, d. h. also die Aufrechterhaltung einer bestimmten Ausgeglichenheit der Machtverhältnisse der europäischen Staaten untereinander; denn dies erscheint als Voraussetzung einer britischen Welt-Hegemonie.

Frankreichs Wunsch ist und bleibt die Verhütung der Bildung einer geschlossenen Macht Deutschlands, die Aufrechterhaltung eines Systems deutscher, in ihren Kräfteverhältnissen ausgeglichener Kleinstaaten ohne einheitliche Führung, unter Besetzung des linken Ufers des Rheines als Voraussetzung für die Schaffung und Sicherung seiner Hegemonie-Stellung in Europa.

Das letzte Ziel französischer Diplomatie wird ewig im Gegensatze stehen zur letzten Tendenz der britischen Staatskunst.

Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen *Bündnismöglichkeiten* für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an *England* übrig bleibt. So entsetzlich auch die Folgen der englischen Kriegspolitik für Deutschland waren und sind, so darf man sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß ein zwangsläufiges Interesse Englands an einer *Vernichtung* Deutschlands *heute* nicht mehr besteht, ja, daß im Gegenteil Englands Wunsch von Jahr zu Jahr mehr eine Hemmung des maßlosen französischen Hegemonie-Triebes darstellen muß. Nun wird aber Bündnispolitik nicht getrieben vom Gesichtspunkt rückblickender Verstimmungen aus, als vielmehr befruchtet von der Erkenntnis zurückliegender Erfahrungen. Die Erfahrung aber sollte uns nun belehrt haben, daß Bündnisse zur Durchführung *negativer* Ziele an innerer Schwäche kranken. *Völkerschicksale werden fest aneinandergeschmiedet nur durch die Aussicht eines gemeinsamen Erfolges im Sinne gemeinsamer Erwerbungen, Eroberungen, kurz einer beiderseitigen Machterweiterung.*

Wie wenig außenpolitisch denkend unser Volk ist, kann man am klarsten ersehen aus den laufenden Pressemeldungen über die mehr oder minder große *"Deutschfreundlichkeit"* des einen oder anderen fremden Staatsmannes, wobei dann in dieser vermuteten Stellungnahme solcher Persönlichkeiten zu unserem Volkstum ein besonderer Garant für eine hilfreiche Politik uns gegenüber erblickt wird. Es ist dies ein ganz unglaublicher Unsinn, eine Spekulation auf die beispiellose Einfalt des normalen politisierenden deutschen Spießbürgers. Es gibt weder einen englischen noch amerikanischen oder italieni-

8 Gemeint sind die USA.

schen Staatsmann, der jemals *"prodeutsch"* eingestellt wäre. Es wird jeder Engländer als Staatsmann natürlich erst recht *Engländer* sein, jeder Amerikaner *Amerikaner*, und es wird sich kein Italiener finden, bereit, eine andere Politik zu machen als eine *proitalienische.* Wer also Bündnisse mit fremden Nationen aufbauen zu können glaubt auf einer *prodeutschen* Gesinnung der dort leitenden Staatsmänner, ist entweder ein Esel oder ein unwahrer Mensch. Die Voraussetzung zur Aneinanderkettung von Völkerschicksalen liegt niemals in einer gegenseitigen *Hochachtung* oder gar *Zuneigung* begründet, sondern in der Voraussicht einer *Zweckmäßigkeit* für beide Kontrahenten. D. h. also: so sehr, sagen wir, ein englischer Staatsmann immer pro-englische Politik betreiben wird und niemals pro-deutsche, so sehr können aber eben bestimmte Interessen dieser *pro-englischen* Politik aus den verschiedensten Gründen heraus *pro-deutschen* Interessen gleichen. Dies braucht natürlich nur bis zu einem *gewissen Grad* der Fall zu sein und kann eines Tages in das reine Gegenteil umschlagen, *allein die Kunst eines leitenden Staatsmannes eines Volkes liegt eben darin, für die Durchführung eigener Notwendigkeiten in bestimmten Zeiträumen immer diejenigen Partner zu finden, die für die Vertretung ihrer Interessen den gleichen Weg gehen müssen.*

Die praktische Nutzanwendung für die Gegenwart kann damit aber nur lauten: *Welche Staaten besitzen zur Zeit kein lebendiges Interesse daran, daß durch eine vollständige Ausschaltung eines deutschen Mittel-Europas die französische Wirtschafts- und Militärmacht zur unbedingten herrschenden Hegemonie-Stellung gelangt, ja, welche Staaten werden auf Grund ihrer eigenen Existenz sowie ihrer bisherigen traditionellen politischen Leitung in einer solchen Entwicklung eine Bedrohung der eigenen Zukunft erblicken?*

Denn darüber muß man sich endlich vollständig klar werden: Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich. Ganz gleich, wer in Frankreich regierte oder regieren wird, ob Bourbonen oder Jakobiner, Napoleoniden oder bürgerliche Demokraten, klerikale Republikaner oder rote Bolschewisten, das Schlußziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit wird immer der Versuch einer Haltung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes durch ein aufgelöstes und zertrümmertes Deutschland.

England wünscht kein Deutschland als Weltmacht, Frankreich aber keine Macht, die Deutschland heißt: ein denn doch sehr wesentlicher Unterschied. Heute aber kämpfen wir nicht für eine Weltmachtstellung, sondern haben zu ringen um den Bestand unseres Vaterlandes, um die Einheit unserer Nation und das tägliche Brot für unsere Kinder. Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus Ausschau halten wollen nach europäischen Bundesgenossen, so bleiben praktisch zwei Staaten übrig: *England* und *Italien.*

England wünscht nicht ein Frankreich, dessen militärische Faust vom übrigen Europa ungehemmt den Schutz einer Politik zu übernehmen vermag, die sich so oder so eines Tages mit englischen Interessen kreuzen wird. England kann niemals ein Frankreich wünschen, das im Besitz der ungeheueren westeuropäischen Eisen- und Kohlengruben die Voraussetzungen zu einer gefahrdrohenden wirtschaftlichen Weltstellung erhält. Und England kann weiter niemals ein Frankreich wünschen, dessen kontinental-politische Lage dank der Zertrümmerung des übrigen Europas als so gesichert erscheint, daß die Wiederaufnahme der größeren Linie einer französischen Weltpolitik nicht nur er-

möglicht, sondern geradezu erzwungen wird. Die Zeppelinbomben von einst könnten sich jede Nacht vertausendfachen, denn die militärische Lage Frankreichs drückt schwer auf das Herz des großbritannischen Weltreiches.

Aber auch Italien kann und wird eine weitere Festigung der französischen Vormachtstellung in Europa nicht wünschen. Italiens Zukunft wird immer in einer Entwicklung liegen, die gebietsmäßig sich um das Mittelländische Meerbecken gruppiert. Was Italien in den Krieg trieb, war wirklich nicht die Sucht, Frankreich zu vergrößern, als vielmehr die Absicht, dem verhaßten adriatischen Rivalen den Todesstoß zu geben. Jede weitere kontinentale Stärkung Frankreichs bedeutet jedoch für die Zukunft eine Hemmung Italiens, wobei man sich nie darüber täuschen soll, daß verwandtschaftliche Verhältnisse unter den Völkern in keinerlei Weise Rivalitäten auszuschalten vermögen.

Bei nüchternster und kältester Überlegung sind es heute in erster Linie diese beiden Staaten, *England* und *Italien*, deren natürlichste eigene Interessen wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Existenzvoraussetzungen der deutschen Nation nicht entgegenstehen, ja in einem bestimmten Maße sich mit ihnen identifizieren.

Allerdings dürfen wir bei der Beurteilung einer solchen Bündnismöglichkeit drei Faktoren nicht übersehen. Der erste liegt bei uns, die beiden anderen bei den in Frage kommenden Staaten selber.

Kann man sich mit dem heutigen Deutschland überhaupt verbünden? Kann eine Macht, die in einem Bündnis eine Hilfe für die Durchführung eigener *offensiver* Ziele sehen will, sich mit einem Staate verbünden, dessen Leitungen seit Jahren ein Bild jämmerlichster Unfähigkeit, pazifistischer Feigheit bieten und dessen größerer Volksteil in demokratisch-marxistischer Verblendung die Interessen des eigenen Volkes und Landes in himmelschreiender Weise verrät? Kann irgend eine Macht heute denn hoffen, ein wertvolles Verhältnis zu einem Staate herstellen zu können, im Glauben, dereinst gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu verfechten, wenn dieser Staat ersichtlich weder Mut noch Lust besitzt aber auch nur einen Finger zur Verteidigung des eigenen nackten Lebens zu rühren? Wird sich irgendeine Macht, für die ein Bündnis mehr ist und sein soll als ein Garantievertrag zur Aufrechterhaltung eines Zustandes langsamen Dahinfaulens, ähnlich dem Sinn des verheerenden alten Dreibundes, einem Staate auf Gedeih und Verderb verpflichten, dessen charakteristische Lebensäußerungen nur mehr in kriechender Unterwürfigkeit nach außen und schandvoller Unterdrückung nationaler Tugenden nach innen bestehen; einem Staate, der keine Größe mehr besitzt, da er sie auf Grund seines ganzen Verhaltens nicht mehr verdient; mit Regierungen, die so wenig der eigenen Achtung ihrer Volksgenossen sich zu rühmen vermögen, daß das Ausland unmöglich größere Bewunderung für sie hegen kann?

Nein, eine Macht, die selbst auf Ansehen hält und die von Bündnissen sich mehr erhofft als Provisionen für beutehungrige Parlamentarier, wird sich mit dem derzeitigen Deutschland nicht verbünden, ja, kann sich mit ihm nicht verbünden. *In unserer heutigen Bündnisunfähigkeit liegt ja auch der letzte Grund für die Solidarität unserer Räuber.* Da Deutschland sich niemals wehrt, außer durch ein paar flammende "Proteste" unserer parlamentarischen Auslese, die übrige Welt aber wenig Grund sieht, etwa zu unserem Schutze zu kämpfen, und der liebe Gott feige Völker prinzipiell nicht freimacht, wie un-

sere vaterländischen Verbände dies gerne erflennen möchten, so bleibt selbst den Staaten, die kein *direktes* Interesse an unserer vollständigen Vernichtung besitzen, gar nichts anderes übrig, als an den Raubzügen Frankreichs teilzunehmen, und wäre es nur aus dem Grunde, um wenigstens durch ein solches Mitgehen und Teilnehmen am Rande die ausschließliche Stärkung Frankreichs allein zu verhindern.

Zum zweiten darf nicht übersehen werden die Schwierigkeit, in den uns bisher feindlichen Ländern eine Umstellung der durch Massenpropaganda in einer bestimmten Richtung beeinflußten großen Volksschichten vorzunehmen. Man kann eben nicht jahrelang ein Volkstum als "hunnisch", "räuberhaft", "vandalisch" usw. hinstellen, um *plötzlich über Nacht* das Gegenteil zu entdecken, und den ehemaligen Feind als morgigen Bundesgenossen empfehlen.

Noch mehr Aufmerksamkeit jedoch muß der dritten Tatsache zugewendet werden, die von wesentlicher Bedeutung für die Ausgestaltung der kommenden europäischen Bündnisverhältnisse sein wird.

So gering das Interesse Englands an einer weiteren Vernichtung Deutschlands, von britisch-staatlichen Gesichtspunkten aus gesehen, ist, so groß aber ist dasjenige des internationalen Börsenjudentums an einer solchen Entwicklung. Der Zwiespalt zwischen der offiziellen oder besser gesagt traditionellen britischen Staatskunst und den maßgebenden jüdischen Börsenkräften zeigt sich nirgends besser als in der verschiedenen Stellungnahme den Fragen der englischen Außenpolitik gegenüber. *Das Finanzjudentum wünscht, entgegengesetzt den Interessen des britischen Staatswohles, nicht nur die restlose wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, sondern auch die vollkommene politische Versklavung.* Die Verinternationalisierung unserer deutschen Wirtschaft, d. h. die Übernahme der deutschen Arbeitskraft in den Besitz der jüdischen Weltfinanz läßt sich nur durchführen in einem politisch bolschewisierten Staat. Soll die marxistische Kampftruppe des internationalen jüdischen Börsenkapitals aber dem deutschen Nationalstaat endgültig das Rückgrat zerbrechen, so kann dies nur geschehen unter freundlicher Nachhilfe von außen. Frankreichs Armeen müssen deshalb das deutsche Staatsgebilde so lange zerstoßen, bis das innen mürbe gewordene Reich der bolschewistischen Kampftruppe des internationalen Weltfinanzjudentums erliegt.

So ist der Jude heute der große Hetzer zur restlosen Zerstörung Deutschlands. Wo immer wir in der Welt Angriffe gegen Deutschland lesen, sind Juden ihre Fabrikanten, so wie ja auch im Frieden und während des Krieges die jüdische Börsen- und Marxistenpresse den Haß gegen Deutschland planmäßig schürte, so lange, bis Staat um Staat die Neutralität verließ und unter Verzicht auf die wahren Interessen der Völker in den Dienst der Weltkriegskoalition eintrat.

Die Gedankengänge des Judentums sind dabei klar. Die Bolschewisierung Deutschlands, d. h. die Ausrottung der nationalen völkischen deutschen Intelligenz und die dadurch ermöglichte Auspressung der deutschen Arbeitskraft im Joche der jüdischen Weltfinanz ist nur als Vorspiel gedacht für die Weiterverbreitung dieser jüdischen Welteroberungstendenz. Allein, wie so oft in der Geschichte, ist in diesem gewaltigen Ringen Deutschland der große Drehpunkt. Wird unser Volk und unser Staat das Opfer dieser blut- und geldgierigen jüdischen Völkertyrannen, sinkt die ganze Erde in die Um-

strickung dieses Polypen, befreit sich Deutschland aus dieser Umklammerung, darf diese größte Völkergefahr als für die gesamte Welt gebrochen gelten.

So sicher also das Judentum seine ganze Wühlarbeit einsetzen wird, um die Feindschaft der Nationen gegen Deutschland nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern wenn möglich weiter zu steigern, so sicher aber deckt sich diese Tätigkeit nur zu einem Bruchteil mit den wahrhaftigen Interessen der dadurch vergifteten Völker. *Im allgemeinen wird nun das Judentum in den einzelnen Volkskörpern immer mit denjenigen Waffen kämpfen, die auf Grund der erkannten Mentalität dieser Nationen am leistungsfähigsten erscheinen und den meisten Erfolg versprechen.* In unserem blutsmäßig außerordentlich zerrissenen Volkskörper sind es deshalb die diesem entsprossenen, mehr oder minder "weltbürgerlichen", pazifistisch-ideologischen Gedanken, kurz die internationalen Tendenzen, deren es sich bei seinem Kampfe um die Macht bedient; in Frankreich arbeitet es mit dem erkannten und richtig eingeschätzten Chauvinismus; in England mit wirtschaftlichen und weltpolitischen Gesichtspunkten; kurz, es bedient sich immer der wesentlichsten Eigenschaften, die die Mentalität eines Volkes darstellen. Erst wenn es auf solchem Wege einen bestimmten überwuchernden Einfluß zu seiner wirtschaftlichen und politischen Machtfülle errungen hat, streift es die Fesseln dieser übernommenen Waffen ab und kehrt nun in eben diesem Maße die wirklich inneren Absichten seines Wollens und seines Kampfes hervor. Es beginnt immer rascher zu zerstören, bis es so einen Staat nach dem anderen in ein Trümmerfeld verwandelt, auf dem dann die Souveränität des ewigen Judenreiches aufgerichtet werden soll.

In England sowohl als in Italien ist der Zwiespalt in den Anschauungen der besseren bodenständigen Staatskunst und dem Wollen des jüdischen Weltbörsentums klar, ja manchmal kraß in die Augen springend.

Nur in Frankreich besteht heute mehr denn je eine innere *Übereinstimmung* zwischen den *Absichten der Börse* und der sie tragenden Juden und den Wünschen einer *chauvinistisch eingestellten nationalen Staatskunst.* Allein gerade in dieser *Identität* liegt eine immense Gefahr für Deutschland. Gerade aus diesem Grunde ist und bleibt Frankreich der weitaus furchtbarste Feind. *Dieses an sich immer mehr der Vernegerung anheimfallende Volk bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine lauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas.* Denn die Verpestung des Rheines durch Negerblut im Herzen Europas entspricht ebensosehr der sadistisch-perversen Rachsucht dieses chauvinistischen Erbfeindes unseres Volkes, wie der eisig kalten Überlegung des Juden, auf diesem Wege die Bastardierung des europäischen Kontinents im Mittelpunkte zu beginnen und der weißen Rasse durch die Infizierung mit niederem Menschentum die Grundlagen zu einer selbstherrlichen Existenz zu entziehen.

Was Frankreich, angeleitet durch eigene Rachsucht, planmäßig geführt durch den Juden, heute in Europa betreibt, ist eine Sünde wider den Bestand der weißen Menschheit und wird auf dieses Volk dereinst alle Rachegeister einer Erkenntnis hetzen, die in der Rassenschande die Erbsünde der Menschheit erkannt haben wird.

Für Deutschland jedoch bedeutet die französische Gefahr die Verpflichtung, unter Hintanstellung aller Gefühlsmomente dem die Hand zu reichen, der, ebenso bedroht wie wir, Frankreichs Herrschgelüste nicht erdulden und ertragen will.

In Europa wird es für Deutschland in absehbarer Zukunft nur zwei Verbündete geben können: England und Italien.

Wer sich die Mühe nimmt, heute rückblickend die außenpolitische Leitung Deutschlands seit der Revolution zu verfolgen, der wird nicht anders können, als sich angesichts des sich ihm bietenden unfaßbaren Versagens unserer Regierungen an den Kopf zu greifen, um entweder einfach zu verzagen oder in flammender Empörung einem solchen Regiment den inneren Kampf anzusagen. Mit Unverstand haben diese Handlungen nichts mehr zu tun: Denn was jedem denkenden Gehirn eben als undenkbar erschienen wäre, haben die geistigen Zentauren unserer Novemberparteien fertiggebracht: *sie buhlten um Frankreichs Gunst.* Jawohl, in diesen ganzen Jahren hat man mit der rührenden Einfalt eines unverbesserlichen Phantasten immer wieder versucht, sich an Frankreich anzubiedern, scharwenzelte immer wieder vor der "großen Nation" herum und glaubte, in jedem gerissenen Trick des französischen Henkers sofort das erste Anzeichen einer sichtbaren Gesinnungsänderung erblicken zu dürfen, d. h. natürlich: *die tatsächlichen Drahtzieher unserer Politik haben diesem irrsinnigen Glauben niemals gehuldigt. Für sie war das Anbiedern an Frankreich nur das selbstverständliche Mittel, auf solche Weise jede praktische Bündnispolitik zu sabotieren.* Sie waren sich über Frankreichs und seiner Hintermänner Ziele nie im unklaren. Was sie zwang, so zu tun, als ob sie dennoch ehrlich an die Möglichkeit einer Änderung des deutschen Schicksals glaubten, war die nüchterne Erkenntnis, daß im anderen Falle ja wahrscheinlich unser Volk selbst einen anderen Weg gegangen wäre.

Es ist natürlich auch für uns schwer, in den Reihen der eigenen Bewegung England als möglichen Bundesgenossen für die Zukunft erscheinen zu lassen. Unsere jüdische Presse verstand es ja immer wieder, den Haß besonders auf England zu konzentrieren, wobei so mancher gute deutsche Esel dem Juden bereitwilligst auf die hingehaltene Leimrute kroch, vom "Wiedererstarken" einer deutschen Seemacht schwätzte, gegen den Raub unserer Kolonien protestierte, ihre Wiedergewinnung empfahl und somit half, das Material zu liefern, das der jüdische Lump dann seinen Stammesgenossen in England zur praktischen propagandistischen Verwertung überweisen konnte. Denn daß wir heute nicht um *"Seegeltung"* usw. zu kämpfen haben, das sollte allmählich auch in den Köpfen unserer politisierenden bürgerlichen Einfaltspinsel aufdämmern. Die Einstellung der deutschen Nationalkraft auf diese Ziele, ohne die gründlichste vorherige Sicherung unserer Stellung in Europa, war schon ein Unsinn vor dem Kriege. Heute gehört eine solche Hoffnung zu jenen *Dummheiten*, die man im Reiche der Politik mit dem Wort *Verbrechen* belegt.

Es war schon wirklich manchmal zum Verzweifeln, wenn man zusehen mußte, wie die jüdischen Drahtzieher es fertigbrachten, unser Volk mit heute höchst nebensächlichen Dingen zu beschäftigen, zu *Kundgebungen* und *Protesten* aufzuputschen, während sich in denselben Stunden Frankreich Stück für Stück aus dem Leibe unseres Volkskörpers riß und die Grundlagen unserer Unabhängigkeit und selbständigen Existenz planmäßig entzogen wurden.

Ich muß dabei eines besonderen Steckenpferdes gedenken, das in diesen Jahren der Jude mit außerordentlicher Geschicklichkeit ritt: *Südtirol.*

Jawohl, *Südtirol.* Wem von unseren Spießbürgern brennt dabei nicht gleich die Flamme der hellen Empörung aus dem geistreichen Gesicht! Wenn ich mich hier an dieser Stelle gerade mit dieser Frage beschäftige, dann nicht zum letzten, um eine Abrechnung zu halten mit diesem allerverlogensten Pack, das sich hier anmaßt, bauend auf die Vergeßlichkeit und Dummheit unserer breiteren Schichten, eine nationale Empörung zu mimen, die besonders diesen parlamentarischen Betrügern fernerliegt als einer Elster redliche Eigentumsbegriffe.

Voraussetzend möchte ich betonen, daß ich persönlich zu den Leuten gehörte, die, als über das Schicksal Südtirols mitentschieden wurde, also angefangen vom August 1914 bis zum November 1918, sich dorthin stellten, wo die praktische Verteidigung auch dieses Gebietes stattfand, nämlich in das Heer. Ich habe in diesen Jahren meinen Teil mitgekämpft, nicht damit Südtirol verloren wird, sondern damit es genau so wie jedes andere deutsche Land dem Vaterland erhalten bleibt.

Wer damals nicht mitkämpfte, das waren die parlamentarischen Strauchdiebe, dieses gesamte politisierende Parteigesindel. Im Gegenteil, während wir kämpften in der Überzeugung, daß nur ein siegreicher Ausgang des Krieges allein auch dieses Südtirol dem deutschen Volkstum erhalten würde, haben die Mäuler dieser Ephialtesse [9] gegen diesen Sieg so lange gehetzt und gewühlt, bis endlich der kämpfende Siegfried dem hinterhältigen Dolchstoß erlag. *Denn die Erhaltung Südtirols im deutschen Besitz war natürlich nicht garantiert durch die verlogenen Brandreden schneidiger Parlamentarier am Wiener Rathausplatz oder vor der Münchner Feldherrnhalle, sondern nur durch die Bataillone der kämpfenden Front. Wer diese zerbrach, hat Südtirol verraten, genau so wie eben auch alle anderen deutschen Gebiete.*

Wer aber heute glaubt, durch *Proteste, Erklärungen* usw., *vereinsmeierliche Umzüge* die Südtiroler Frage lösen zu können, der ist entweder ein ganz besonderer Lump oder aber ein deutscher Spießbürger.

Darüber muß man sich doch wohl klar sein, daß die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete nicht durch feierliche Anrufungen des lieben Herrgotts erfolgt oder durch fromme Hoffnungen auf einen Völkerbund, sondern vielmehr durch Waffengewalt.

Es frägt sich also nur, wer bereit ist, mit Waffengewalt die Wiedergewinnung dieser verlorenen Gebiete zu ertrotzen.

Was meine Person betrifft, könnte ich hier bei gutem Gewissen versichern, daß ich soviel Mut noch aufbrächte, an der Spitze eines zu bildenden parlamentarischen Sturmbataillons, bestehend aus Parlamentsschwätzern und sonstigen Parteiführern sowie verschiedenen Hofräten, an der siegreichen Eroberung Südtirols teilzunehmen. Weiß der Teufel, es sollte mich freuen, wenn einmal über den Häuptern einer derartig "flammenden" Protestkundgebung plötzlich ein paar Schrapnelle auseinandergingen. Ich glaube, wenn ein Fuchs in einem Hühnerstall einbräche, könnte das Geschnatter kaum ärger sein und das In-Sicherheit-Bringen des einzelnen Federviehs nicht beschleunigter erfolgen als das Ausreißen einer solchen prachtvollen "Protestvereinigung".

9 Verräter. Abgeleitet von Ephialtes, der 480 v. Chr. die Perser in den Rücken der griechischen Stellung bei Thermopylä führte.

Aber das Niederträchtige an der Sache ist ja, daß die Herren selber gar nicht glauben, auf diesem Wege irgend etwas erreichen zu können. Sie kennen die Unmöglichkeit wie Harmlosigkeit ihres ganzen Getues persönlich am allerbesten. Allein, sie tun eben so, weil es natürlich heute etwas leichter ist, für die Wiedergewinnung Südtirols zu *schwätzen*, als es einst war, für die Erhaltung zu *kämpfen*. Jeder leistet eben seinen Teil; damals opferten wir unser Blut und heute wetzt diese Gesellschaft ihre Schnäbel.

Köstlich ist es dabei, noch besonders zu sehen, wie den Wiener Legitimistenkreisen bei ihrer heutigen Wiedereroberungsarbeit von Südtirol der Kamm förmlich anschwillt. Vor sieben Jahren hat ihr erhabenes und erlauchtes Herrscherhaus allerdings durch die Schurkentat eines meineidigen Verrates mitgeholfen, daß die Weltkoalition als Siegerin auch Südtirol zu gewinnen vermochte. Damals haben diese Kreise die Politik ihrer verräterischen Dynastie unterstützt und sich einen Pfifferling weder um Südtirol noch um sonst etwas gekümmert. Natürlich, heute ist es einfacher, den Kampf für diese Gebiete aufzunehmen, wird doch dieser heute nur mehr mit "geistigen" Waffen ausgefochten, und ist es doch immerhin leichter, sich in einer "Protestversammlung" die Kehle heiser zu reden - aus innerer erhabener Entrüstung heraus - und in einem Zeitungsartikel die Finger wund zu schmieren, als etwa während der Besetzung des Ruhrgebietes, sagen wir, Brücken in die Luft zu jagen, Leitungen abzuhören und dergleichen.

Der Grund, warum man in den letzten Jahren von ganz bestimmten Kreisen aus die Frage "Südtirol" zum Angelpunkt des deutsch-italienischen Verhältnisses machte, liegt ja klar auf der Hand. *Juden und habsburgische Legitimisten haben das größte Interesse daran, eine Bündnispolitik Deutschlands zu verhindern, die eines Tages zur Wiederauferstehung eines deutschen freien Vaterlandes führen könnte. Nicht aus Liebe zu Südtirol macht man heute dieses Getue - denn dem wird dadurch nicht geholfen, sondern nur geschadet -, sondern aus Angst vor einer etwa möglichen deutsch-italienischen Verständigung.*

Es liegt dabei nur in der Linie der allgemeinen Verlogenheit und Verleumdungstendenz dieser Kreise, wenn sie jetzt mit ebenso kalter wie frecher Stirne versuchen, die Dinge so darzustellen, als ob etwa wir Südtirol *"verraten"* hätten.

Das muß diesen Herren mit aller Deutlichkeit gesagt werden: *Südtirol hat verraten erstens jeder Deutsche, der in den Jahren 1914-1918 bei geraden Gliedern nicht irgendwo an der Front stand und seine Dienste seinem Vaterlande zur Verfügung stellte;*

zweitens jeder, der in diesen Jahren nicht mitgeholfen hat, die Widerstandsfähigkeit unseres Volkskörpers für die Durchführung des Krieges zu stärken und die Ausdauer unseres Volkes zum Durchhalten dieses Kampfes zu festigen;

drittens, Südtirol hat verraten jeder, der am Ausbruch der Novemberrevolution - sei es direkt durch die Tat oder indirekt durch die feige Duldung derselben - mitwirkte und dadurch die Waffe, die allein Südtirol hätte retten können, zerschlagen hat;

und viertens, Südtirol haben verraten alle die Parteien und ihre Anhänger, die ihre Unterschriften unter die Schandverträge von Versailles und St. Germain setzten.

Jawohl, so liegen die Dinge, meine tapferen Herren *Wortprotestler*!

Heute werde ich nur von der nüchternen Erkenntnis geleitet, daß man verlorene Gebiete nicht durch die Zungenfertigkeit geschliffener parlamentarischer Mäuler zurückgewinnt, sondern durch ein geschliffenes Schwert zu erobern hat, also durch einen blutigen Kampf.

Da allerdings stehe ich nicht an zu erklären, daß ich nun, da die Würfel gefallen sind, eine Wiedergewinnung Südtirols durch Krieg nicht nur für unmöglich halte, sondern auch persönlich in der Überzeugung ablehnen würde, daß für diese Frage nicht die flammende Nationalbegeisterung des gesamten deutschen Volkes in einem Maße zu erreichen wäre, die die Voraussetzung zu einem Siege böte. Ich glaube im Gegenteil, daß, wenn dieses Blut dereinst eingesetzt würde, es ein Verbrechen wäre, den Einsatz für 200.000 Deutsche zu vollziehen, während nebenan über 7 Millionen unter der Fremdherrschaft schmachten und die Lebensader des deutschen Volkes den Tummelplatz afrikanischer Negerhorden durchläuft.

Wenn die deutsche Nation den Zustand ihrer drohenden Ausrottung in Europa beenden will, dann hat sie nicht in den Fehler der Vorkriegszeit zu verfallen und sich Gott und die Welt zum Feind zu machen, sondern dann wird sie den gefährlichsten Gegner erkennen müssen, um mit der gesamten konzentrierten Kraft auf ihn einzuschlagen. Und wenn dieser Sieg erfochten wird durch Opfer an anderer Stelle, dann wird die Nachwelt unseres Volkes uns dennoch nicht verurteilen. Sie wird die schwere Not und die tiefen Sorgen und den dadurch geborenen bitteren Entschluß um so mehr zu würdigen wissen, je strahlender der daraus entsprossene Erfolg sein wird.

Was uns heute leiten muß, ist immer wieder die schon erwähnte Einsicht, daß die Wiedergewinnung verlorener Gebiete eines Reiches in erster Linie die Frage der Wiedergewinnung der politischen Unabhängigkeit und Macht des Mutterlandes ist.

Dies durch eine geniale Bündnispolitik zu ermöglichen und zu sichern, ist die erste Aufgabe einer wertvollen Leitung unseres Staatswesens nach außen.

Gerade wir Nationalsozialisten aber haben uns zu hüten, in das Schlepptau unserer vom Juden geführten bürgerlichen Wortpatrioten zu kommen. *Wehe, wenn auch unsere Bewegung, statt das Fechten vorzubereiten, sich in Protesten üben würde.*

An der phantastischen Auffassung des Nibelungenbündnisses mit dem habsburgischen Staatskadaver ist Deutschland mit zugrunde gegangen. Phantastische Sentimentalität in der Behandlung der außenpolitischen Möglichkeiten von heute ist das beste Mittel, unseren Wiederaufstieg für immer zu verhindern.

Es ist notwendig, daß ich mich hier auch noch ganz kurz mit jenen Einwänden beschäftige, die sich auf die vorhergehend bereits angeführten drei Faktoren stützen werden, nämlich auf die Fragen, ob man sich

erstens mit dem heutigen Deutschland in seiner vor aller Augen liegenden sichtbaren Schwäche überhaupt verbünden wird;

zweitens, ob die feindlichen Nationen einer solchen Umstellung fähig erscheinen, und

drittens, ob nicht der nun einmal gegebene Einfluß des Judentums stärker als aller guter Wille ist und sämtliche Pläne in dieser Richtung durchkreuzen und zunichte machen wird.

Die erste Frage denke ich zur einen Hälfte schon genügend erörtert zu haben. Selbstverständlich wird sich mit dem heutigen Deutschland niemand verbünden. Es wird keine Macht der Welt ihr Schicksal an einen Staat zu ketten wagen, dessen Regierungen jegliches Vertrauen zerstören müssen. Was aber nun den Versuch vieler unserer Volksge-

nossen betrifft, der der Regierung für ihr Handeln die derzeitige jämmerliche Mentalität unseres Volkes zugute rechnen will oder gar als Entschuldigung gelten lassen möchte, so muß man hiegegen schärfstens Stellung nehmen.

Sicherlich ist die Charakterlosigkeit unseres Volkes seit 6 Jahren eine tieftraurige, die Gleichgültigkeit den wichtigsten Belangen des Volkstums gegenüber eine wahrhaft niederdrückende, die Feigheit aber manchesmal himmelschreiend. Allein man soll doch nie vergessen, daß es sich dabei um ein Volk handelt, das wenige Jahre vorher der Welt das bewunderungswürdigste Beispiel höchster menschlicher Tugenden geboten hat. Angefangen von den Augusttagen 1914 bis zum Ende des gewaltigen Völkerringens, hat kein Volk der Erde mehr an männlichem Mut, zäher Ausdauer und geduldigem Ertragen geoffenbart als unser heute so armselig gewordenes deutsches Volk. Niemand wird behaupten wollen, daß die Schmach unserer jetzigen Zeit der charakteristische Wesensausdruck unseres Volkstums sei. Was wir heute um uns und in uns erleben müssen, ist nur der grauenvolle, sinn- und vernunftzerstörende Einfluß der Meineidstat des 9. November 1918. Mehr als je gilt hier das Dichterwort vom Bösen, das fortzeugend Böses muß gebären. Allein auch in dieser Zeit sind die guten Grundelemente unserem Volke nicht ganz verlorengegangen, sie schlummern nur unerweckt in der Tiefe, und manchesmal konnte man wie Wetterleuchten am schwarzbehangenen Firmament Tugenden aufstrahlen sehen, deren sich das spätere Deutschland als erste Anzeichen einer beginnenden Genesung einst erinnern wird. Öfter als einmal haben sich Tausend und Tausende junge Deutsche gefunden, mit dem opferbereiten Entschluß, das jugendliche Leben so wie 1914 wieder freiwillig und freudig auf den Altar des geliebten Vaterlandes zum Opfer zu bringen. Wieder schaffen Millionen von Menschen emsig und fleißig, als hätte es nie die Zerstörungen einer Revolution gegeben. Der Schmied steht wieder am Amboß, hinter dem Pfluge wandelt der Bauer und in der Studierstube sitzt der Gelehrte, alle mit der gleichen Mühe und gleichen Ergebenheit gegenüber ihrer Pflicht.

Die Unterdrückungen von seiten unserer Feinde finden nicht mehr das rechtsprechende Lachen von einst, sondern verbitterte und vergrämte Gesichter. Ein großer Wechsel in der Gesinnung hat sich ohne Zweifel vollzogen.

Wenn sich dieses alles auch heute noch nicht in einer Wiedergeburt des politischen Machtgedankens und Selbsterhaltungstriebes unseres Volkes äußert, dann tragen die Schuld daran diejenigen, die weniger durch den Himmel als durch ihre eigene Berufung seit 1918 unser Volk zu Tode regieren.

Jawohl, wenn man heute unsere Nation beklagt, darf man doch die Frage stellen: Was tat man, um sie zu bessern? Ist die geringe Unterstützung willenskräftiger Entschlüsse unserer Regierungen durch das Volk (die ja in Wirklichkeit kaum da waren) nur das Zeichen für die geringe Lebenskraft unseres Volkstums oder nicht noch mehr das Zeichen für das vollkommene Versagen der Behandlung dieses kostbaren Gutes? *Was haben unsere Regierungen getan, um in dieses Volk wieder den Geist stolzer Selbstbehauptung, männlichen Trotzes und zornigen Hasses hineinzupflanzen?*

Als im Jahre 1919 der Friedensvertrag dem deutschen Volk aufgebürdet wurde, da wäre man berechtigt gewesen zu hoffen, daß gerade durch dieses Instrument maßloser Unterdrückung der Schrei nach einer deutschen Freiheit gefördert werden würde. *Frie-*

densverträge, deren Forderungen wie Geißelhiebe Völker treffen, schlagen nicht selten den ersten Trommelwirbel für die spätere Erhebung.

Was konnte man aus dem Friedensvertrag von Versailles machen!

Wie konnte dieses Instrument einer maßlosen Erpressung und schmachvollen Erniedrigung in den Händen einer wollenden Regierung zum Mittel werden, die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze aufzupeitschen? Wie konnte bei einer genialen propagandistischen Verwertung dieser sadistischen Grausamkeiten die Gleichgültigkeit eines Volkes zur Empörung und die Empörung zur hellsten Wut gesteigert werden!

Wie konnte man jeden einzelnen dieser Punkte dem Gehirn und der Empfindung dieses Volkes so lange einbrennen, bis endlich in 60 Millionen Köpfen, Männern und Weibern, die gemeinsam empfundene Scham und der gemeinsame Haß zu jenem einzigen feurigen Flammenmeer wird, aus dessen Gluten dann stahlhart gefestigt ein Wille emporsteigt und ein Schrei sich herauspreßt:

Wir wollen wieder Waffen!

Jawohl, dazu kann ein solcher Friedensvertrag dienen. In der Maßlosigkeit seiner Unterdrückung, in der Schamlosigkeit seiner Forderungen liegt die größte Propagandawaffe zur Wiederaufrüttelung der eingeschlafenen Lebensgeister einer Nation.

Dann muß allerdings, von der Fibel des Kindes angefangen bis zur letzten Zeitung, jedes Theater und jedes Kino, jede Plakatsäule und jede freie Bretterwand in den Dienst dieser einzigen großen Mission gestellt werden, bis daß das Angstgebet unserer heutigen Vereinsparteien "Herr, mach uns frei!" sich in dem Gehirn des kleinsten Jungen verwandelt zur glühenden Bitte: *"Allmächtiger Gott, segne dereinst unsere Waffen; sei so gerecht, wie du es immer warst; urteile jetzt, ob wir die Freiheit nun verdienen; Herr, segne unsern Kampf!"*

Man hat alles versäumt und nichts getan.

Wer will sich nun wundern, wenn unser Volk nicht so ist, wie es sein sollte und sein könnte? Wenn die andere Welt in uns nur den willfährigen Büttel sieht, der dankbar nach den Händen leckt, die vorher ihn geschlagen haben?

Sicherlich wird unsere Bündnisfähigkeit heute belastet durch unser Volk, am schwersten aber durch unsere Regierungen. Sie sind in ihrer Verderbtheit die Schuldigen, daß nach 6 1/2 Jahren maßlosester Unterdrückung so wenig Wille zur Freiheit vorhanden ist.

So sehr also eine aktive Bündnispolitik gebunden ist an die nötige Werteinschätzung unseres Volkes, so sehr ist diese wieder bedingt durch das Bestehen einer Regierungsgewalt, die nicht Handlanger sein will für fremde Staaten, nicht Fronvogt der eigenen Kraft, als vielmehr Herold des nationalen Gewissens.

Besitzt unser Volk aber eine Staatsleitung, die darin ihre Mission sieht, so werden keine sechs Jahre vergehen und der kühnen außenpolitischen Leitung des Reiches wird ein ebenso kühner Wille eines freiheitsdurstigen Volkes zur Verfügung stehen.

Der zweite Einwand, die Frage der schwierigen Umstellung der feindlichen Völker zu freundlichen Verbündeten betreffend, kann so beantwortet werden:

Die in den übrigen Ländern durch die Kriegspropaganda herangezüchtete allgemeine antideutsche Psychose bleibt zwangsläufig so lange bestehen, als nicht durch die allen sichtbare

Wiedererstehung eines deutschen Selbsterhaltungswillens das Deutsche Reich wieder die Charaktermerkmale eines Staates erhalten hat, der auf dem allgemeinen europäischen Schachbrett spielt und mit dem man spielen kann. Erst wenn in Regierung und Volk die unbedingte Sicherung für eine mögliche Bündnisfähigkeit gegeben erscheint, kann die eine oder andere Macht aus gleichlaufenden Interessenlinien daran denken, durch propagandistische Einwirkungen die öffentliche Meinung umzubilden. Auch dies erfordert naturgemäß Jahre andauernder geschickter Arbeit. Gerade in dieser langen Zeitdauer einer solchen Umstimmung der Einstellung eines Volkes liegt die Vorsicht bei ihrer Vornahme begründet, d. h. man wird nicht an eine solche Tätigkeit herantreten, wenn man nicht die unbedingte Überzeugung vom Werte einer solchen Arbeit und ihren Früchten in der Zukunft besitzt. Man wird nicht auf das leere Geflunker eines mehr oder weniger geistreichen Außenministers hin die seelische Einstellung einer Nation ändern wollen, ohne die Garantie für den realen Wert einer neuen greifbar zu besitzen. Es würde dies sonst zur vollkommenen Zersplitterung der öffentlichen Meinung überhaupt führen. Die Sicherheit für die Möglichkeit einer späteren Verbindung mit einem Staate liegt aber eben nicht begründet in schwulstigen Redensarten einzelner Regierungsmitglieder, als vielmehr in der ersichtlichen Stabilität einer bestimmten zweckmäßig erscheinenden Regierungstendenz sowie in einer analog eingestellten öffentlichen Meinung. Der Glaube hieran wird um so fester sein, je größer die sichtbare Tätigkeit einer Regierungsgewalt auf dem Gebiete der propagandistischen Vorbereitung und Unterstützung ihrer Arbeit ist und je fanatischer umgekehrt der Wille der öffentlichen Meinung sich in der Regierungstendenz widerspiegelt.

Man wird also ein Volk dann für bündnisfähig halten, wenn (in unserem Falle) Regierung und öffentliche Meinung gleichmäßig fanatisch den Willen zum Freiheitskampf verkünden und vertreten. Dies aber ist dann die Voraussetzung einer in Angriff zu nehmenden Umstellung der öffentlichen Meinung anderer Staaten, die auf Grund ihrer Erkenntnis gewillt sind, zur Vertretung ihrer ureigensten Interessen einen Weg an der Seite des ihnen hierfür passend erscheinenden Partners zu gehen, also ein Bündnis abzuschließen.

Nun gehört dazu aber noch eines: *Da die Umstellung einer bestimmten geistigen Verfassung eines Volkes an sich schwere Arbeit erfordert und von vielen zunächst nicht verstanden werden wird, ist es ein Verbrechen und eine Dummheit zugleich, durch eigene Fehler diesen anderswollenden Elementen Waffen für ihre Gegenarbeit zu liefern.*

Man muß begreifen, daß es eine gewisse Zeitlang immer dauern wird, bis ein Volk restlos die inneren Absichten einer Regierung erfaßt hat, da Erklärungen über die letzten Schlußziele einer bestimmten politischen Vorarbeit nicht gegeben werden können, sondern nur entweder mit dem blinden Glauben der Masse oder der intuitiven Einsicht der geistig höher stehenden Führerschichten gerechnet werden kann. Da bei vielen Menschen jedoch dieses hellseherische politische Tastgefühl und Ahnungsvermögen nicht vorhanden ist, Erläuterungen aber aus politischen Gründen nicht gegeben werden können, wird sich immer ein Teil der intellektuellen Führerschichte[*n*] gegen neue Tendenzen wenden, die infolge ihrer Undurchsichtbarkeit leicht als Experimente gedeutet

zu werden vermögen. So wird der Widerstand der besorgten konservativen Staatselemente wachgerufen.

Es ist jedoch aus diesem Grunde erst recht höchste Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß solchen Störern einer Anbahnung von gegenseitigem Verstehen alle verwertbaren Waffen nach Möglichkeit aus der Hand gewunden werden, besonders dann, wenn es sich, wie in unseren Fällen, ohnehin nur um ganz unrealisierbare, rein phantastische Schwätzereien aufgeblasener Vereinspatrioten und spießbürgerlicher Kaffeehauspolitiker handelt. Denn daß das Schreien nach einer neuen Kriegsflotte, der Wiedergewinnung unserer Kolonien usw. wirklich bloß albernes Geschwätz ist, ohne aber auch nur den Gedanken einer praktischen Ausführbarkeit zu besitzen, wird man bei ruhigem Überlegen wohl kaum zu bestreiten vermögen. Wie man aber in England diese unsinnigsten Ergüsse teils harmloser, teils verrückter, immer aber im stillen Dienste unserer Todfeinde stehenden Protestkämpen politisch ausnützt, darf nicht als günstig für Deutschland bezeichnet werden. So erschöpft man sich in schädlichen Demonstratiönchen gegen Gott und alle Welt und vergißt den ersten Grundsatz zu jedem Erfolg, nämlich: *Was du tust, tue ganz. Indem man gegen 5 oder 10 Staaten mault, unterläßt man die Konzentration der gesamten Willens- und physischen Kräfte zum Stoß ins Herz unseres verruchtesten Gegners und opfert die Möglichkeit einer bündnismäßigen Stärkung für diese Auseinandersetzung.*

Auch dies ist eine Mission der nationalsozialistischen Bewegung. Sie muß unser Volk lehren, über Kleinigkeiten hinweg aufs Größte zu sehen, sich nicht in Nebensächlichkeiten zu zersplittern, sondern nie zu vergessen, daß das Ziel, für das wir heute zu fechten haben, die nackte Existenz unseres Volkes ist und der einzige Feind, den wir treffen müssen, die Macht ist und bleibt, die diese Existenz uns raubt.

Es mag uns manches bitter schmerzen. Aber dies ist noch lange kein Grund, der Vernunft zu entsagen und in unsinnigem Geschrei mit aller Welt zu hadern, statt in konzentrierter Kraft sich gegen den tödlichsten Feind zu stellen.

Im übrigen hat das deutsche Volk so lange kein moralisches Recht, die andere Welt ob ihres Gebarens anzuklagen, solange es nicht die Verbrecher zur Rechenschaft zieht, die das eigene Land verkauften und verrieten. Das ist kein heiliger Ernst, wenn man wohl gegen England, Italien usw. aus der Ferne schimpft und protestiert, aber die Lumpen unter sich wandeln läßt, die im Sold dieser feindlichen Kriegspropaganda uns die Waffen entwanden, das moralische Rückgrat zerbrachen und das gelähmte Reich um dreißig Silberlinge verjobberten.

Der Feind tut nur, was vorauszusehen war. Aus seinem Verhalten und Handeln sollten wir lernen.

Wer sich aber durchaus nicht zur Höhe einer solchen Auffassung bekennen will, der mag als letztes noch bedenken, daß unter solchen Gesichtspunkten dann überhaupt jede Bündnispolitik für alle Zukunft ausscheidet. Denn wenn wir mit England uns nicht zu verbünden vermögen, weil es uns die Kolonien raubte; mit Italien nicht, weil es Südtirol besitzt, mit Polen und der Tschechoslowakei an sich nicht, dann bliebe außer Frankreich in Europa niemand übrig.

Ob dann dem deutschen Volke gedient ist, kann kaum zweifelhaft sein. Zweifelhaft ist es nur immer, ob eine solche Meinung von einem einfältigen Tropf vertreten wird oder einem gerissenen Gauner.

Soweit es sich dabei um Führer handelt, glaube ich immer an das letztere.

So kann nach menschlichem Ermessen eine Umstellung der Psyche einzelner, bisher feindlicher Völker, deren wahre Interessen in der Zukunft ähnlich den unseren gelagert sind, sehr wohl erfolgen, wenn die innere Stärke unseres Staates sowie der ersichtliche Wille zur Wahrung unseres Daseins uns als Bundesgenossen wieder wert erscheinen lassen und weiter den Gegnern einer solchen kommenden Verbindung unter den feindlichen Völkern von heute nicht durch eigene Ungeschicklichkeit oder gar verbrecherische Handlungen der Nährstoff zu ihrem Treiben gegeben wird.

Am schwersten zu beantworten ist der dritte Einwand.

Ist es denkbar, daß die Vertreter der wirklichen Interessen der bündnismöglichen Nationen ihre Ansichten durchzusetzen vermögen gegenüber dem Wollen des jüdischen Todfeindes freier Volks- und Nationalstaaten!

Können die Kräfte z. B. der traditionellen britischen Staatskunst den verheerenden jüdischen Einfluß noch brechen oder nicht?

Diese Frage ist, wie schon gesagt, sehr schwer zu beantworten. Sie hängt von zu vielen Faktoren ab, als daß ein bündiges Urteil gesprochen werden könnte. Sicher ist jedenfalls eines: *In einem Staate kann die derzeitige Staatsgewalt als so fest stabilisiert angesehen werden und so unbedingt den Interessen des Landes dienend, daß von einer wirklich wirksamen Verhinderung politischer Notwendigkeiten durch internationale jüdische Kräfte nicht mehr gesprochen werden kann.*

Der Kampf, den das faszistische Italien gegen die drei Hauptwaffen des Judentums, wenn auch vielleicht im tiefsten Grunde unbewußt (was ich persönlich nicht glaube) durchführt, ist das beste Anzeichen dafür, daß, wenn auch auf indirektem Wege, dieser überstaatlichen Macht die Giftzähne ausgebrochen werden. Das Verbot der freimaurerischen Geheimgesellschaften, die Verfolgung der übernationalen Presse, sowie der dauernde Abbruch des internationalen Marxismus und umgekehrt dazu die Festigung der faszistischen Staatsauffassung werden im Laufe der Jahre die italienische Regierung immer mehr den Interessen des italienischen Volkes dienen lassen können, ohne Rücksicht auf das Gezische der jüdischen Welthydra.

Schwieriger liegen die Dinge in England. In diesem Lande der "freiesten Demokratie" diktiert der Jude über den Umweg der öffentlichen Meinung heute noch fast unbeschränkt. Und dennoch findet auch dort ein ununterbrochener Ringkampf statt zwischen den Vertretern britischer Staatsinteressen und den Verfechtern einer jüdischen Weltdiktatur.

Wie hart diese Gegensätze häufig aneinanderprallen, konnte man nach dem Kriege zum ersten Male am klarsten erkennen in der verschiedenen Einstellung der britischen Staatsleitung einerseits sowie der Presse andererseits zum japanischen Problem.

Sofort nach Beendigung des Krieges begann die alte amerikanisch-japanische gegenseitige Gereiztheit wieder in Erscheinung zu treten. Natürlich konnten auch die großen europäischen Weltmächte dieser neuen drohenden Kriegsgefahr gegenüber nicht in

Gleichgültigkeit verharren. Alle verwandtschaftlichen Bindungen vermögen in England dennoch nicht ein gewisses Gefühl neidischer Besorgtheit gegenüber dem Anwachsen der amerikanischen Union auf allen Gebieten internationaler Wirtschafts- und Machtpolitik zu verhindern. Aus dem einstigen Kolonialfeind, dem Kinde der großen Mutter, scheint eine neue Herrin der Welt zu erstehen. Man versteht, wenn England heute in sorgenvoller Unruhe seine alten Bündnisse überprüft und die britische Staatskunst mit Bangen einem Zeitpunkt entgegenstarrt, an dem es nicht mehr heißen wird:

"England über den Meeren", sondern: *"Die Meere der Union"*.

Dem gigantischen amerikanischen Staatenkoloß mit seinen enormen Reichtümern einer jungfräulichen Erde ist schwerer beizukommen als dem eingezwängten Deutschen Reich. Wenn jemals auch hier die Würfel um die letzte Entscheidung rollen würden, wäre England, auf sich selbst gestellt, dem Verhängnis geweiht. So greift man begierig nach der gelben Faust und klammert sich an einen Bund, der, rassisch gedacht, vielleicht unverantwortlich, staatspolitisch jedoch die einzige Möglichkeit einer Stärkung der britischen Weltstellung gegenüber dem emporstrebenden amerikanischen Kontinent darstellt.

Während sich also die englische Staatsleitung trotz dem gemeinsamen Kampf auf den europäischen Schlachtfeldern nicht entschließen wollte, den Bund mit dem asiatischen Partner zu lockern, fiel die gesamte jüdische Presse diesem Bunde in den Rücken.

Wie ist es möglich, daß die Organe eines Northcliffe [10], die getreuen Schildträger des britischen Kampfes gegen das Deutsche Reich, nun auf einmal Treubruch üben und eigene Wege gehen?

Die Vernichtung Deutschlands war nicht englisches, sondern in erster Linie jüdisches Interesse, genauso wie auch heute eine Vernichtung Japans weniger britisch-staatlichen Interessen dient als den weit ausgreifenden Wünschen der Leiter des erhofften jüdischen Weltreiches. Während sich England um die Erhaltung seiner Stellung auf dieser Welt abmüht, organisiert der Jude seinen Angriff zur Eroberung derselben.

Er sieht die heutigen europäischen Staaten bereits als willenlose Werkzeuge in seiner Faust, sei es über dem Umweg einer sogenannten westlichen Demokratie oder in der Form der direkten Beherrschung eines russischen Bolschewismus. Aber nicht nur die alte Welt hält er so umgarnt, sondern auch der neuen droht das gleiche Schicksal. Juden sind die Regenten der Börsenkräfte der amerikanischen Union. Jedes Jahr läßt sie mehr zum Kontrollherrn der Arbeitskraft eines 120-Millionen-Volkes aufsteigen; ein einziger Großer, Ford [11], steht auch heute noch, zu ihrem Zorne, unabhängig da.

In gerissener Geschicklichkeit kneten sie die öffentliche Meinung und formen aus ihr das Instrument eines Kampfes für die eigene Zukunft.

Schon glauben die größten Köpfe der Judenheit die Erfüllung ihres testamentarischen Wahlspruches des großen Völkerfraßes herannahen zu sehen.

10 Alfred Northcliffe (1865-1922), Viscount (seit 1917), Verleger, 1905 Gründer des Pressekonzerns Associated Newspaper Ltd. (u. a. "Daily Mail", "Daily Mirror", "The Times"), 1918 Berater der brit. Regierung für Feindpropaganda.

11 Henry Ford (1863-1947), Ingenieur, 1903 Gründer und Präsident (1903-1919, 1943-1945) der Ford Motor Company, 1920 Verfasser einer antisemitischen Artikelfolge in der Wochenzeitung "Dearborn Independent". Deutsche Ausgabe: Der internationale Jude, 2 Bde., Leipzig 1921/22; 31. Aufl. 1934.

Ein Staat allein würde in dieser großen Herde entnationalisierter Kolonialgebiete nicht passen und könnte damit das ganze Werk in letzter Stunde noch zu Falle bringen. Denn eine bolschewisierte Welt vermag nur zu bestehen, wenn sie alles umfaßt.

Bleibt auch nur ein Staat in seiner nationalen Kraft und Größe erhalten, wird und muß das jüdische Weltsatrapenreich, wie jede Tyrannei auf dieser Welt, der Kraft des nationalen Gedankens erliegen.

Nun weiß der Jude zu genau, daß er in seiner tausendjährigen Anpassung wohl europäische Völker zu unterhöhlen und zu geschlechtslosen Bastarden zu erziehen vermag, allein einem asiatischen Nationalstaat von der Art Japans dieses Schicksal kaum zuzufügen in der Lage wäre. Er mag heute den Deutschen und den Engländer, Amerikaner und Franzosen mimen, zum gelben Asiaten fehlen ihm die Brücken. So sucht er den japanischen Nationalstaat noch mit der Kraft ähnlicher Gebilde von heute zu brechen, um sich des gefährlichen Widersachers zu erledigen, ehe die letzte Macht in seiner Faust zur Despotie wehrloser Wesen verwandelt wird.

Er scheut in seinem tausendjährigen Judenreich einen japanischen Nationalstaat und wünscht deshalb seine Vernichtung noch vor Begründung seiner eigenen Diktatur.

So hetzt er heute die Völker gegen Japan wie gegen Deutschland, und so kann es kommen, daß, während die britische Staatskunst noch auf das Bündnis mit Japan zu bauen versucht, die britisch-jüdische Presse bereits den Kampf gegen den Bundesgenossen fordert und unter der Proklamation der Demokratie und unter dem Schlachtruf: Nieder mit dem japanischen Militarismus und Kaiserismus, den Vernichtungskrieg vorbereitet.

So ist der Jude heute in England unbotmäßig geworden.

Der Kampf gegen diese Weltgefahr wird jedoch damit auch dort beginnen.

Und wieder hat gerade die nationalsozialistische Bewegung ihre gewaltigste Aufgabe zu erfüllen:

Sie muß dem Volke das Auge öffnen über die fremden Nationen und muß den wahren Feind unserer heutigen Welt immer und immer wieder in Erinnerung bringen. An Stelle des blöden Hasses gegen Arier, von denen uns fast alles trennen kann, mit denen uns jedoch gemeinsames Blut oder die große Linie einer zusammengehörigen Kultur verbindet, muß sie den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen.

Sorgen aber muß sie dafür, daß wenigstens in unserem Lande der tödlichste Gegner erkannt und der Kampf gegen ihn als leuchtendes Zeichen einer lichteren Zeit auch den anderen Völkern den Weg weisen möge zum Heil einer ringenden arischen Menschheit.

Im übrigen mag dann die Vernunft unsere Leiterin sein, der Wille unsere Kraft. Die heilige Pflicht, so zu handeln, gebe uns Beharrlichkeit, und höchster Schirmherr bleibe unser Glaube.

14. Februar 1926 Dok. 101
Rede auf NSDAP-Führertagung in Bamberg [1]

VB vom 25.2.1926, "Die Bamberger Tagung" [2].

Unsere *außenpolitische* Not erfordert eine baldige Änderung, da sie auf die Dauer unerträglich wird. Der einzige Weg dazu ist nicht das Anbiedern an den Völkerbund großkapitalistischer Prägung, sondern der *Appell an die eigene Kraft* des deutschen Volkes. Dieser Ruf kann heute *nicht einen Appell an die Waffenmacht* bedeuten, da uns die Dolchstoßpolitik der letzten Jahre das Reichsheer von heute zu einer Seiltänzergruppe im Sinne von Stresemanns Pazifismus degradiert hat. Da bleibt nur der *Appell an die Willenskraft des Volkes,* die allein den Widerstand gegen alle Bedrückungen zu organisieren vermag. Bei einer wirklich deutschen Politik handelt es sich heute darum, den Deutschland umschließenden Gürtel feindlicher Staaten dadurch zu lockern, daß einige Staaten aus dieser Weltkoalition herausfallen. Das kann nach der Lage der Dinge nicht durch kriegerische Aktionen erreicht werden, sondern muß die Auswirkung staatsmännischer Klugheit und fanatischen Befreiungswillens sein. Dabei darf nie vergessen werden, daß gerade *die* Staaten in Europa, welche vom brutalsten eigenvölkischen Egoismus geleitet werden, dabei für eine weitsichtige Führung der Politik in Frage kommen.

England, für das das Ergebnis des Weltkrieges rein negativ war, sieht sich heute militärpolitisch von der größten Macht Europas, von *Frankreich*, am nächsten bedroht. Letzteres hat nicht nur sein Kolonialreich ausgebaut, seine Armee und seine Flotte auf eine ungeahnte Höhe gebracht, sondern es duldet heute in Europa nur noch Vasallenstaaten, Satrapien ("kleine Entente" und sog."Neutrale"). Wir Deutsche wissen, daß *Frankreich* ständig *unser nächster, unbedingtester Todfeind* ist, weil seine Mentalität immer die gleiche bleibt, mag es nationalistisch, marxistisch oder demokratisch regiert werden. Auch *Italien* steht Frankreich feindlich gegenüber; wird doch die italienische Frage in Südfrankreich, in der Riviera, immer brennender. So sehen wir, daß innerhalb des Feindbundes trotz der Ableugnungen deutschnationaler Weisheitsapostel in Vereinigung mit der Judenpresse der Ententeländer sich ein langsamer Gesinnungswechsel vollzieht, der für ein zielbewußt regiertes Deutschland Mög-

---

1 Im Gasthof "Stöhren", gegen 12.30 Uhr. An der Tagung, die von Hitler persönlich geleitet wurde, nahmen laut Polizeibericht 60 bis 65 Parteiführer teil. Darunter: Walter Ernst, Hermann Esser, Joseph Goebbels, Friedrich Hildebrandt, Josef Klant, Robert Ley, Hinrich Lohse, Alfred Rosenberg, Bernhard Rust, Ernst Schlange, Gregor Straßer, Julius Streicher, Theodor Vahlen. Nach dem Polizeibericht sprach Hitler fünf Stunden lang; Goebbels gibt in seinem Tagebuch zwei bzw. vier Stunden an. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 161.
Auf der öffentlichen Veranstaltung am nächsten Tag, die von 600-700 Personen besucht wurde, sprachen die Gauleiter Rust, Hildebrandt und Ernst.

2 Vgl. auch VB vom 16.2.1926, "Nationalsozialistische Führertagung"; Bamberger Tagblatt vom 16.2.1926, "Die Massenkundgebung der N.S.D.A.P."; Der Nationalsozialist, Folge 10 vom März 1926, "Die Bamberger Tagung". Sowie Bericht des Stadtkommissars Bamberg an Regierung von Oberfranken vom 17.2.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739.

lichkeiten bietet, aus der passiven Stellung herauszukommen, indem die *Bündnisfrage* in den Vordergrund aller außenpolitischen Erwägungen tritt. In diesem Augenblick wird mit der

Südtiroler Frage

ein Kapitel aufgerollt, das geeignet ist, alle Möglichkeiten einer klaren Auseinandersetzung mit Italien zu nehmen. Wir können nur bei nüchterner Betrachtung der Lage Südtirols sagen, daß eine Zurückgewinnung dieses schwer bedrängten Landes auf dem Machtweg deswegen eine Utopie ist, weil der Einsatz ein derartig hoher wäre, daß dieses Opfer selbst beim besten Erfolg für die deutsche Volkskraft vernichtend wäre.

Bündnisse sind *nie ideal,* sondern immer eine reine Sache politischen *Geschäftes.* Es wäre ein Unsinn, heute noch von der "splendiden [*sic!*] Isolation" der Vorkriegszeit zu träumen. Heute gilt es zu erkennen, daß alle Bündnismöglichkeiten ausgenützt werden müssen, ohne dabei der Sentimentalität irgend welchen Raum zu geben. Wir sehen, daß in *Mussolini* ein einziger tatkräftiger Mann das demokratische Prinzip in Italien gestürzt hat, was ihm den Haß und die Feindschaft der Weltfreimaurerei und ihrer Gefolgschaft eintrug. Wenn heute die ganze Welt gegen Italien trommelt, so ist das ein Zeichen für uns, auf das wir wohl achten müssen. Deutsche Pseudonationalisten und Bierbankpatrioten, die nach Art des Prof. *Bauer* [3], München, mit Apfelsinenboykotten Italien bekämpfen wollen und dabei das Gelächter aller Welt ernten, haben kein Recht, heute große Aktionen zu verkünden, denn sie haben sich nie wirksam dagegen zur Wehr gesetzt, daß wir von Frankreich und Alljuda unterjocht wurden.

Mit *Rußland* ist an ein Zusammengehen nicht zu denken, und wer in völliger Verkennung des heutigen Rußland heute einem *deutsch-russischen Bündnis* das Wort redet, der bedenkt nicht, daß ein solches die sofortige politische *Bolschewisierung Deutschlands* zur Folge hätte und damit als nationaler Selbstmord zu verwerfen ist. Das jetzige Rußland ist kein Staat, mit dem man sich verbündet, weil es noch mitten in der Entwicklung zu einem in der Welt anerkannten Staatswesen steht.

Wir Nationalsozialisten wollen das Volk von dem wirtschaftlichen Druck und den sozialen Ungerechtigkeiten befreien und müssen deshalb dafür sorgen, daß wir soviel Grund und Boden bekommen, daß jeder Volksgenosse seine Nahrung erhält, und von diesem Gesichtspunkte aus gilt es, eine Ostorientierung und Ostkolonisation wie einst im Mittelalter einzuschlagen. Das beste deutsche Blut ging uns in den 2 Millionen toten Helden verloren, und nur eine weitsichtige *Kolonialpolitik*, nicht in anderen Weltteilen, sondern in *Europa*, an unseren Ostgrenzen, wird eine Gesundung unserer Rasse ermöglichen.

Nur dann wird Deutschland unter einer fanatisch-nationalen Außenpolitik wieder auferstehen, wenn

aus dem 60-Millionen-Volk von Heloten ein 60-Millionen-Volk von Helden

geworden ist, und dann ist jede Voraussetzung zur *Bündnisfähigkeit* geschaffen. So allein wird die Wiedergewinnung der politischen Macht des Mutterlandes unseren Grenzland-Deutschen die Freiheit wiedergeben. Für die Verwirklichung dieser Ziele gilt es, den

3 Hermann Bauer (1884-1960), Gymnasialprofessor, seit 1922 Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns, 1924-1933 MdL in Bayern (DNVP).

Boden zu bereiten, das ist der Sinn unseres nationalsozialistischen Kampfes mit höchstem Einsatz aller Kräfte.

Unsere Stellung zu der heute aufgerollten

Frage der Fürstenabfindung

ist dadurch bestimmt, daß in einem arisch-germanischen Staat die Frage der Staatsform eine untergeordnete Bedeutung besitzt, genau wie die Frage nach der Farbe einer Armeebekleidung.

Für uns gibt es heute keine Fürsten, sondern nur Deutsche.

Deshalb wird diese ganze verlogene Agitation mit der Fürstenabfindung wie der Aufwertungsschwindel der letzten Zeit aufzufassen sein, wo immer *parteipolitische Gründe* den Ausschlag geben. Wir vertreten folgenden Standpunkt [4]:

1. Wir verlangen, daß den Fürsten nichts gegeben wird, was ihnen nicht gehört.

2. Wir dulden nicht, daß ihnen genommen wird, was ihnen gehört, denn wir stehen auf dem *Standpunkt des Rechtes* und geben nicht einem jüdischen Ausbeutungssystem einen Rechtsvorwand, unser Volk bis aufs letzte auszuplündern. Erst mögen die nichtdeutschen "Fürsten" des Geldes, der Börse, des Handels und der Wirtschaft enteignet werden. Nur dann, wenn eine Gewähr gegeben ist, daß die Opfer an eingezogenen Gütern dem deutschen Volk zukommen, fallen unsere Bedenken. Aber das alles ist nie in einer Novemberdemokratie denkbar.

Religiöse Probleme haben in der nationalsozialistischen Bewegung nichts zu suchen und wären nur geeignet, deren politische Wirksamkeit zu untergraben. Jedem einzelnen obliegt es, sich mit derartigen Problemen für sich auseinanderzusetzen. [5]

---

4 Eine abweichende Position hatten vor der Bamberger Tagung die in der Arbeitsgemeinschaft Nordwest zusammengeschlossenen Gauleiter in ihrer Entschließung vom 24.1.1926 vertreten. Druck: VB vom 4.2.1926, "Nationalsozialismus und Fürstenabfindung". Bei der Abstimmung am 20.6.1926 erreichte der von SPD und KPD iniitierte Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht die erforderliche Mehrheit.

5 Folgt Bericht über den weiteren Verlauf der Tagung, bei der, so der VB, "völlige Einmütigkeit der Auffassung erzielt" worden sei. Zum Verlauf und den Ergebnissen der Bamberger Tagung vgl. Gerhard Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Diss. phil. Freiburg i. Br. 1964, S. 155 ff.; Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 43 ff.; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 239 ff.

17. Februar 1926 Dok. 102
Anordnung

VB vom 17.2.1926, "Aus der Bewegung".

Erklärung!

Der *Gau Ostsachsen* ist vom Landesleiter von Sachsen, Pg. *Mutschmann*, Plauen, aufgelöst worden. Die *Ortsgruppen des Freistaates Sachsen* haben den Weisungen des Landesleiters bedingungslos Folge zu leisten.

gez. Adolf Hitler

28. Februar 1926 Dok. 103
Rede vor dem Nationalklub von 1919 [1] in Hamburg [2]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NS 26/54 [3].

Meine sehr verehrten Herren!

Es ist mir, wie Sie wissen, leider ja nicht möglich, in der breiten Öffentlichkeit überhaupt zu reden. Ich bin daher wirklich glücklich und dankbar, daß es mir vergönnt ist, mich wenigstens in einem wenn auch beschränkten Kreise überhaupt äußern zu dürfen.

1 Dem im Oktober 1919 gegründeten, gesellschaftlich exklusiven Hamburger Nationalklub von 1919 gehörten Anfang 1926 etwa 400 bis 450 Mitglieder an, vorwiegend ehemalige Offiziere höherer Ränge, hohe Beamte, Juristen, Unternehmer und Kaufleute.

2 Im großen Festsaal des Hotels "Atlantic", gegen 19.00 Uhr. Hitler hielt sich vom 27.2. bis 1.3.1926 in Hamburg auf. Vgl. Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein an preuß. Innenminister vom 27.3.1926; BA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 309.
Die Veranstaltung wurde von Dr. Augustus Vorwerk mit folgender Ansprache eröffnet: "Meine Herren! Worte der Einführung sind eigentlich unnötig bei dem Gast, den wir heute abend bei uns zu sehen die Ehre haben. Er hat sich in kurzer Zeit durch seine politische Tätigkeit einen Namen gemacht. Er ist erst nach Kriegsende in die Öffentlichkeit getreten. Sein mannhaftes Eintreten für seine Überzeugung hat ihm in weitesten Kreisen Achtung, Verehrung und Bewunderung eingetragen. Wir freuen uns sehr, daß er heute abend zu uns gekommen ist. Dieser Freude haben auch die Klubmitglieder dadurch Ausdruck gegeben, daß sie heute abend so zahlreich erschienen sind. Sie sind es gewohnt, Herr Hitler, vor Tausenden zu sprechen. Unser Klub besteht aber nur aus einigen Hundert Mitgliedern, aber die heutige Veranstaltung ist so stark besucht wie vielleicht noch keine Veranstaltung des Klubs. Sie haben auch gewußt, daß Sie heute abend in einem kleinen Kreise sprechen werden, und wir sind Ihnen deshalb ganz besonders dankbar, daß Sie die Zeit erübrigt haben, diese Fahrt nach Hamburg zu machen. Ich darf Sie bitten, das Wort zu ergreifen." Nach dieser Einführung wurde Hitler, so die Aufzeichnung, "mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt".

3 Druck: Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt a. M. 1960, S. 69-121.

Sie gestatten, daß ich gleich zu dem Thema des heutigen Abends übergehe. Ich möchte Ihnen ein Bild der Ursachen geben, die mich und mit mir viele, viele Hunderttausend andere heute in eine politische Laufbahn gedrängt haben, die manchen vielleicht unverständlich sein mag.

Ich muß zurückgehen in die Zeit vor dem Krieg. Die meisten Deutschen sehen als das Katastrophale den großen und schweren Zusammenbruch des Jahres 1918 an, und es wird immer nur einem Teil klar, daß eine derartige grauenhafte innere Katastrophe nur eintreten konnte, wenn bestimmte Voraussetzungen vorher gegeben waren. Es ist undenkbar, daß ein Staat, der jahrelang der Außenwelt ein Beispiel wundervoller Stärke bot, plötzlich über Nacht niederbricht, wenn eben nicht die tiefe Ursache dieser inneren Katastrophe schon längst vorhanden gewesen wäre, vielleicht ohne die allgemeine öffentliche Beachtung im nötigen Umfange zu finden.

Dies gilt für die deutsche Katastrophe des Jahres 1918 in besonderem Umfange. Deutschland ist eigentlich nicht im Jahre 1918 zu Grunde gegangen, sondern der Untergang war in dem Augenblick praktisch bestimmt, in dem man der lebendigsten Gefahr, die das deutsche Volk erfaßte, nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenkte, indem man die größte Gefahr der Nation behandelte wie irgendeine politische Tageserscheinung: die Gefahr der marxistischen Bewegung. An dem Tag, an dem man sich in Deutschland damit abfand, daß neben den anderen politischen Parteien und Bewegungen eine marxistische bestehen konnte, hat man praktisch das Todesurteil des Reiches mitunterzeichnet. Es kam alles dann nur logisch und war eine politische Folge der Tätigkeit der Bewegung, die vom ersten Tag an das Ziel hatte, das Reich zu vernichten bzw. den freien Nationalstaat zu vernichten.

Einige Male in der Zeit vor dem Krieg hat die Sozialdemokratie ja ihre innere Absicht enthüllt. Ich sage hier "die Sozialdemokratie", denn vor dem Krieg war eine andere Verkörperung der marxistischen Idee in Deutschland praktisch nicht vorhanden. Einige Male vor dem Krieg hatte dieser Marxismus in Form der Sozialdemokratie das innere Ziel bereits enthüllt. Schon 1870/71 trat die marxistische Idee gegen die nationale Erhaltung des Reiches auf, denn das war zum Schluß das damalige Kampfgebiet. Man ging darüber hinweg, denn es waren ja nur drei Männer. Man hat nicht den tieferen Sinn begriffen, daß drei Vertreter einer Bewegung es wagen konnten und durften, gegen die nationale Verteidigung aufzutreten. Man ging darüber hinweg, weil es nur drei Mann waren, und begriff nicht, daß es sich nicht nur um die drei handelte, sondern um die Tatsache, daß so etwas überhaupt möglich war. Ohne Gefahr schien dies überwunden zu werden; im Gegenteil, man sah im Erfolg des Krieges zugleich auch die Niederlage dieser Idee dieser drei Männer, ohne zu bedenken, daß im großen und ganzen diese drei Männer ununterbrochen tätig waren, daß auch die sogenannten Wahlsiege, die von der bürgerlichen Seite errungen waren und wohl manchmal zu einer Schmälerung der Mandatszahl dieser linken Seite führten, allein niemals zu einer Schmälerung der Anhängerschaft, ausgenommen vielleicht der Periode der Sozialistengesetzgebung, die später abgebrochen wurde. Sie hat etwas die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie, wenigstens dem äußeren Anschein nach, zurückgedrängt. Kaum aber war das Sozialistengesetz aufgehoben, für unwirksam erklärt, schon schwoll diese Masse automatisch

wieder an. Und dann kamen einige Augenblicke, in denen man die Gefährlichkeit dieser neuen Bewegung für Deutschland hätte sehen müssen.

Vielleicht am krassesten sprang die Haltung dieser Bewegung zur Außenpolitik ins Auge in den Jahren, als Deutschland sich schwer zu wehren hatte, in den Jahren, in denen Deutschland seine kolonialen Kämpfe auszufechten hatte. Sie wissen, daß die Aufstandsbekämpfung in Deutsch-Südwestafrika von der Sozialdemokratie systematisch sabotiert wurde. Da fand nun allerdings eine Reichstagsauflösung statt, die scheinbar mit einem sehr großen Sieg der nationalen Seite endete. Allein dieser Sieg, der, glaube ich, 43 Mandate der Sozialdemokratie entriß [4], war in Wirklichkeit trotzdem eine Niederlage, denn trotz dieses Verlustes von 43 Mandaten waren fast eine Million Stimmen für diese Bewegung abgegeben, so daß auch über diese Katastrophe hinweg die innere Kraft dieser Bewegung sich dauernd festigte, ununterbrochen stärkte und immer größer wurde.

Man mußte sich damals schon sagen: Wenn eine Bewegung durch Jahrzehnte hindurch alles tut, um das Reich zu schwächen, in seiner Widerstandskraft zu lähmen, ist es klar, daß eine solche Bewegung an dem Tag, an dem sie die Majorität bekommt, von ihrer inneren Anschauung erst recht nicht mehr abweichen wird, sondern an dem Tag ihr inneres Ziel naturgemäß in die Wirklichkeit überführen wird.

Der Weltkrieg schien diese Auffassung zunächst Lügen zu strafen, denn als der August 1914 kam, schien es auf einmal keinen Marxismus zu geben, und die marxistische Bewegung und ihre Richtungen, der linke und der rechte Flügel, gingen plötzlich auch scheinbar damals mit der nationalen Verteidigung. Es war dies der genialste Trick, den die Sozialdemokratie anwandte, genial deshalb, weil allein mit diesem Trick die Sozialdemokratie die Möglichkeit erhielt, ohne weiteres die spätere Revolution zu organisieren. Es war der Augenblick, in dem tatsächlich die gesamte Führerschaft der deutschen Sozialdemokratie vollkommen isoliert dastand. Die breite Masse war ihr aus der Hand geglitten. Kein Mensch sprach von internationaler Solidarität, von Verbrüderung und von Weltgewissen, kein Mensch schwärmte von den Verkündern der idealen internationalen proletarischen Union, sondern in dem Augenblick war das deutsche Volk mit Zauberschlag erwacht. Die Nation stand im Kampfe auf Leben und Tod um die Sicherung der Zukunft, um das Dasein unserer Kinder. Damals mußte sich die Führerschaft der Sozialdemokratie sagen lassen: in diesem Augenblick gegen die nationale Verteidigung anzukämpfen heißt sich selbst opfern, und sie tat das klügste, was sie tun konnte: man mimte die nationale Erhebung mit und schlug der Macht, die damals gegen den Marxismus hätte vorgehen können, die Waffen aus der Faust. In dem Augenblick, in dem der Marxismus scheinbar die nationale Verteidigung mitmimte, streckte Seine Majestät ihm sofort die Hand entgegen und erklärte, keine Parteien mehr zu kennen, ohne zu wissen, daß der Marxismus mit den politischen Parteien nichts zu tun hat, daß es sich in dem Falle um eine Weltanschauung handelt, die zu uns niemals anders stehen

4 Nach der Reichstagswahl am 25.1.1907, den sog. Hottentottenwahlen, war die SPD nur noch mit 43 Abgeordneten statt bisher 81 im Reichstag vertreten; die absolute Stimmenzahl stieg gegenüber der Reichstagswahl 1903 von 3,01 auf 3,26 Millionen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, Berlin 1907, S. 260.

kann als todfeindlich, eine Weltanschauung, die letzten Endes der Ruin aller nationalen Staaten in Europa sein wird, ja praktisch sogar aller Staaten der Welt. Der Marxismus hat gesiegt, indem er damals für die Kriegskredite eintrat.

Die Führer konnten damals nichts anderes tun. Erst im Laufe des Krieges erfolgte langsam die Umstellung in außerordentlich genialer Weise. Im Laufe der Jahre war die marxistische Bewegung, in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, dem Volumen nach immer größer und umfangreicher geworden. Diese Zunahme bedeutete aber eigentlich eine innere Schwächung, denn die letzten Ziele der marxistischen Weltanschauung sind derartig radikal, daß sie nur von einer absolut fanatischen Stoßtruppe durchzufechten sind. Wenn die Sozialdemokratie ein bestimmtes Maß an Anhängern überschritt, mußte sie der Gefahr einer sogenannten Verbürgerlichung anheimfallen, mußte allmählich immer milder werden, und es konnte nicht ausbleiben, daß eines Tages dieses Millionenheer der alten Vorkriegssozialdemokratie sich mehr oder weniger mit dem bestehenden Staat abfinden würde und im Grunde genommen bei einer Reformpartei enden würde, die bestimmte wirtschaftliche Interessen für die Masse aller Angestellten verfechten würde, und allmählich schon in ihrer eigentlichen Grundtendenz den radikalen Boden verließ.

Das haben auch die Führer der Sozialdemokratie ganz klar erkannt. Deshalb fand bereits im fünften Monat des Krieges eine Absplitterung statt, die von einigen Führern mit außerordentlich gutem Rahmen organisiert wurde, und die vom ersten Tag an derartig radikale Tendenzen einschlug, daß die Schar der auf diese Tendenzen sich Verpflichtenden von vornherein nur sehr klein sein konnte, indem die damalige Unabhängige Partei [5] in der brutalsten Weise gegen die Kriegskredite Stellung nahm und Deutschland für schuld am Krieg erklärte. Schon infolge des äußersten Überschwangs dieser radikalen Ziele war die Größe der neuen Bewegung begrenzt, damit war aber auch die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die Anhängerschaft nur aus den allerradikalsten, zum Äußersten entschlossenen Elementen bestehen würde.

Diese Rechnung hat später absolut gestimmt. Man hat sich im Laufe des Krieges zu einer kleinen, aber brutal entschlossenen Kampftruppe - ich möchte sagen zu Sturmbataillonen - zusammengeschlossen, wie man aus den großen Frontarmeen einige wenige Kerntruppen herauszieht aus den besten Elementen und als Sturmbataillone dressiert und praktisch die Gasse durch diese schlagen läßt, eine Gasse, durch die die große Armee rückwärts nachstößt, so hat die Unabhängige Partei eine Formierung vorgenommen, hat das beste Menschenmaterial in ihren Reihen gehabt, lauter vernarrte, brutale, rücksichtslose Köpfe, die schon infolge des außerordentlich weit gesteckten fanatischen Ziels der Bewegung auch selbst nur aus den fanatischsten und entschlossensten Menschen bestehen konnten. Diese Köpfe haben später die Revolution ermöglicht.

Hier sehen wir zum ersten Mal den radikalen Fehler in dem Denkvermögen der bürgerlichen Welt. Als die Unabhängige Partei gebildet wurde, traten viele Bürgerliche mit der Meinung auf, daß nun eine Schwächung der Sozialdemokratie eingetreten wäre, denn sie hätte und habe sich zersplittert, ihre alte Einheit, auf der einst ihre Stärke beruhte, wäre jetzt aufgegeben, die Sozialdemokratie wäre jetzt auch dem Zahn der Zeit

5 Gemeint ist die im April 1917 gegründete USPD.

verfallen, und anstelle der alten geschlossenen Einheitsbewegung stünden jetzt zwei Bewegungen. Man hat eins vergessen: daß es sich bei beiden Bewegungen ganz um das gleiche Ziel handelt, daß die marxistische Weltanschauung grundsätzlich sowohl die Sozialdemokraten wie die Unabhängigen, die Spartakusleute, die Unionisten[6] oder die Bolschewisten in Rußland vertreten. Es ist immer die gleiche Weltanschauung und nur entsprechend der äußersten Notwendigkeit, dem Bedürfnis des Augenblicks, in der Propagierung dieser Schlußziele sowohl als in der Erkämpfung derselben ein anderer Weg genommen, indem man mit Rücksicht auf die gegebene Mentalität der breiten Masse zu bestimmten Zeiten auch der Taktik den notwendigen Tribut liefert, zu bestimmten Zeiten mehr radikal vorgeht, zu anderen weniger. Man kann aber die breite Masse von heute auf morgen nicht radikal umstellen. Man kann aus einer 8-Millionen-Masse, die man gemäßigt führt, nicht übermorgen eine radikale Masse machen, sondern es ist nötig, daß man den radikalen Kern herauszieht, daß man drei Richtungen nebeneinander laufen hat, die der Mentalität der einzelnen Menschen angepaßt sind: die Sozialdemokratie angepaßt der breiten Masse der Arbeiterschaft, die Unabhängige Partei angepaßt der radikalen Masse, die syndikalistische Richtung angepaßt denen, die nichts davon wissen wollen, die glauben, nur allein durch wirtschaftliche Mittel, Streiks, Terror, ihre Ziele erreichen zu können. Diese ganze marxistische Idee an sich ist vertreten durch eine ganze Anzahl von Gruppen, die sich selbst wieder richten nach der grundverschiedenen Art der Mentalität, des Charakters, der Energie, der Tatkraft der Menschen.

Es war ganz falsch, daß man im Jahre 1917 in verschiedenen Kreisen sich innerlich fast darüber freute, daß die marxistische Bewegung in zwei Teile zerfallen wäre, daß die Sozialdemokratie sich nun gespalten hätte oder habe, und die gespaltenen Teile nicht mehr die Stoßkraft entwickeln wie einst die geschlossene Bewegung. Das war ein Irrtum, denn wenn beide Teile am Ende das gleiche Ziel verfolgen, war naturgemäß die Rolle des einen nur die des Vorkämpfers, und es war klar, daß an dem Tag, an dem das Sturmbataillon die Flagge aufzieht, die andere Armee auch marschierte, und daß, wenn jetzt der Unabhängige Teil der marxistischen Weltanschauung tatsächlich die Burg stürmte, die bisherigen Mehrheitssozialisten nicht stehenbleiben werden. Nur dadurch ist die Revolution erst ermöglicht worden, und es war wiederum nur ein Zeichen tiefer innerer Schwäche, daß man diese ganze Entwicklung ohne weiteres duldete.

Ich sage: eine innere Schwäche. An dem Tag, an dem sich in Deutschland eine Bewegung bemerkbar machte zur Sabotage des Krieges, trat die Schicksalsfrage an Deutschland heran. Wenn irgendeine Erscheinung auf dieser Erde nicht mehr bereit und fähig ist, sich für das eigene Dasein rücksichtslos einzusetzen, ist eine solche Erscheinung dem Untergang geweiht. An dem Tage und in der Zeit, da man in Deutschland nicht mehr die Kraft besaß, dem ersten Versuch auch der Sabotage der nationalen Verteidigung sofort das Genick zu zermalmen, hat man Deutschland geopfert. (Bravo!)

Man vergleiche demgegenüber die uns feindlichen Staaten. Auch in England und Frankreich begannen sich, angeregt durch die blutigen Ereignisse an den Fronten, durch die auch dort zu Hause fühlbare Not, ähnliche Erscheinungen zu zeigen. Auch in England und Frankreich begann der Defaitismus zu wirken, und in beiden Ländern wurde

6 Gemeint sind vermutlich die Anarcho-Syndikalisten, etwa die Freie Arbeiterunion Deutschlands.

von verschiedenen Seiten versucht, Propaganda gegen den Krieg zu machen. Allein, wie diese Propaganda auch nur den Anschein einer Aktivität erhielt, wurde sie auch sofort gebrochen, in dem einen Land Lloyd Georges, in dem anderen Lande Clemenceaus. Wir wissen, daß dieses Brechen manchmal brutal vorgenommen wurde, daß man vor der Front nicht Halt machte, daß man die Divisionen augenblicklich dezimierte, alles niederschlug, was an dieser kritischen Front Unheil anrichten konnte, ganz zum Unterschied bei uns.

Ich möchte mich nicht über die Front unterhalten; sie war im allgemeinen gut. Allein auch dort wurden schwere Fehler gemacht. Sie lagen auf verschiedenen Gebieten. Fehlerhaft war aber besonders eins: da sich nun einmal Zersetzungsmomente bemerkbar machten, mußte man sich wohl oder übel entscheiden, entweder den Krieg zu beenden oder mit eiserner Faust den Zersetzungserscheinungen ein Ende zu bereiten. Den Krieg zu beenden, war, wie die Dinge lagen, nicht möglich. Man konnte nur den zweiten Weg gehen: die Zersetzungserscheinungen beseitigen, und da gab es wiederum nur zwei Wege: auf der einen Seite eine berechtigte Ursache für den Krieg zu schaffen, auf der anderen Seite die Hetzer unbarmherzig an den Strang zu liefern. (Bravo!) Anstelle dessen hat man in diesen Jahren das beseitigt, was der Meinung des Soldaten nach früher die innere Stärke eines Heeres bedingte: die Kriegsartikel, denn sie standen im ganzen Kriege nur auf dem Papier. Was der Soldat früher immer notwendig lernen mußte, was ihm eingedrillt wurde, fand in der praktischen Wirklichkeit niemals mehr Anwendung. Fahnenflucht, Meuterei und alles andere wurden lächerlich geahndet, besonders, wenn man bedenkt, daß der Mann, der wochenlang Trommelfeuer aushalten mußte, weitaus mehr zu erdulden hatte als der, der zu Hause selbst mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft wurde. Das stand in keinem Verhältnis. Das war naturgemäß immer so gewesen, denn die Sucht des Menschen am Leben, der Drang zum Leben war immer gleich groß, und der Charakterlose, der Schwache, hat auch in früherer Zeit lieber nach dem Leben gegriffen und nach dem Gefängnis als nach dem Tod an der Front. Zu dem Zwecke war in den Kriegsartikeln die schwerste Strafe verhängt: der sichere Tod. Das hat man nicht getan; die Front mußte auf diese Weise allmählich schwach werden. Der Glaube an die Wirksamkeit von Strafen mußte verschwinden, und auf der anderen Seite wurden auch die Ursachen nicht beseitigt, die zu berechtigten Klagen führten, weil schwere und schwerste Fehler gemacht wurden.

Und zu Hause tat man überhaupt nichts. Wenn man bedenkt, daß in diesen ganzen Jahren in Deutschland jeder ungehindert seine Meinung verbreiten konnte, mochte sie tausendmal kriegsschädlich sein und wirken, daß man damals in der kritischsten Stunde unbekümmert Defaitismus treiben konnte und durfte, und gerade die Leute wenigstens unbekümmert die Pressefreiheit für sich mißbrauchten, die später keine Pressefreiheit mehr kannten, als sie selbst ans Ruder kamen, dieselben Leute unbekümmert hetzen konnten, die später jedem das Wort verboten, der sprach, was ihnen nicht behagte. Man hat diese Elemente unbekümmert reden und hetzen lassen, die ohne weiteres Deutschland zu Grunde richten mußten, und von denen man sich schon auf Grund ihrer bisher gesehenen Intoleranz hätte überzeugen können, daß diese Leute später nicht mit glei-

chen Mitteln vorgehen würden, sondern die äußerste Brutalität anwenden werden zur Erhaltung ihres eigenen Regiments.

So kam der November 1918 im Grunde genommen nicht unerwartet. Man hat jahrelang zugesehen, Deutschland löst sich im Innern praktisch immer mehr auf, irgendein Weg wurde nicht beschritten, der ein Ende hätte bereiten können, nicht durch die Beseitigung von wirklich zu Klagen berechtigten Ursachen, und auch nicht durch Beseitigung von Hetzern und Übelwollenden, sondern man ließ die Dinge laufen. Und als der November 1918 kam, war es die Quittung für die eigene Schwäche.

Wenn wir uns heute die Frage vorlegen: wie ist praktisch die Revolution möglich gewesen, dann müssen wir einige Punkte als wesentlich ins Auge fassen. Die Revolution, den Umfang dieser unglaublichen Meineidtat, deren Folgen dem deutschen Volk heute noch nicht klar geworden sind, werden wir erst Jahrzehnte später zu beurteilen vermögen, weil wir nicht wissen, wie weit das Unglück unseres Volkes noch läuft. Wenn wir uns heute die Frage vorlegen, wie diese unglaubliche Meineidtat möglich war, dann müssen wir ein paar Momente herausgreifen, die geprüft werden müssen, weil sie von größter Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sind.

Der erste und vielleicht nicht unwesentlichste Grund zur Ermöglichung dieser Revolution lag in der totalen Verschiebung des Gleichgewichts von Gut und Böse in unserem Volkstum selbst. Das beste Blut war in 4 1/2 Jahren auf dem Schlachtfeld gefallen; das schlechteste blieb 4 1/2 Jahre erhalten. Auch in normalen Zeiten wird eine Nation immer einen bestimmten Prozentsatz Auswurf besitzen. Allein, dieser Prozentsatz wird auf der anderen Seite aufgewogen durch einen Prozentsatz von höchster Güte. Im großen und ganzen wird eine Nation immer aus drei Teilen bestehen: aus der großen, breiten, trägen Masse, aus der mittleren Schicht, die dorthin gravitieren wird, wo augenblicklich die Macht beruht und der Erfolg ist, und wahrscheinlich dorthin, wo mangelnder Mut es zweckmäßig erscheinen läßt. Dieser breiten Masse steht auf der anderen Seite gegenüber ein kleiner Teil von Heroismus, von Heldentum auf allen Gebieten des Lebens, von geistigem Heldentum, von tatsächlichem Heldentum, der zur Führung berufen ist. Denken Sie nicht, daß dieser Teil ausschließlich in der Geistigkeit steht; er geht herunter bis zum Bauerntum, in jede Fabrik hinein. Das ist eine Auslese, die besser und besser ist. Sie sind bereit, ihr eigenes Ich und ihre eigenen Interessen zurückzustellen gegenüber den Interessen aller, für ihr Volk einzutreten, mag es ein ganz kleiner Mensch, ein besserer Straßenfeger oder ein Professor oder ein Unternehmer oder irgend jemand sein, das spielt keine Rolle. Und dieser wichtigste Teil ist in der ganzen Nation vorhanden, in allen Schichten. Es ist das bessere Blut. Dem steht auf der anderen Seite das schlechtere Element gegenüber, und dieses schlechtere Element ganz links haben wir auch in allen Schichten. Von hoch oben bis ganz unten ist überall neben dem Extrem des guten Blutes ein Extrem des ganz minderwertigen vorhanden, und diese Frage selbst hat leider während dieses Kriegs, der nicht durch Söldner ausgefochten wurde, sondern durch das wertvollste Volksblut, sehr übel eingegriffen. Sie müssen sich vorstellen: ein 4 1/2 Jahre dauernder Kampf. Die Heimat kam darüber ganz leicht hinweg. Es hieß da im Heeresbericht: Gestern kam es zu einem Patrouillenvorstoß in der Gegend von Ypern, Langemarck usw. Den wenigsten Deutschen wurde klar, wie dieser Vorgang in der Pra-

xis stattfand. 4 1/2 Jahre lang war an der Front immer wieder der Ruf: Freiwillige vor! 4 1/2 Jahre hieß es immer wieder: Freiwillige zu der und der Spezialwaffe, zu den Fliegern, zu den U-Booten, zu Patrouillen, Freiwillige dafür und dafür. Und 4 1/2 Jahre wurde immer wieder gekämpft, und es kam der bestimmte Moment, wo es hieß: Achtung! aus dem Graben heraus! Wer schoß zuerst heraus, wer schoß voran? Das war immer wieder das Beste, was Deutschland an Menschen hatte, angefangen von jenen Augusttagen bis in die Herbsttage 1914, als in der vorderen Linie diese ersten Freiwilligen-Regimenter bös zusammengeschossen waren. Man freute sich zu Hause zu hören, wie diese Divisionen mit dem Ruf: "Deutschland, Deutschland über alles" reihenweise das Schlachtfeld bedeckten, bedachte aber zu wenig, daß in diesen Reihen das beste Blut des deutschen Volkes lag, und vor allem, daß sich die Schlechten von Anfang an ununterbrochen zu schonen versuchten. So hat der Krieg die besten Bestandteile der Nation genommen, während die allerschlechtesten fast gänzlich erhalten wurden.

Diese Verschiebung des Gleichgewichts hat sich sofort bei der Revolution bemerkbar gemacht. Es stand der organisierten Masse der Drückeberger, der Deserteure, der schlechten Kämpfer nichts organisierendes Großes, Gutes gegenüber. Diese organisierte Masse des ganz Schlechten war zu Hause, war organisiert, steckte überall darin, während die ganz Guten irgendwo auf der Front verteilt waren, aber jeden inneren Zusammenhang verloren hatten; sie waren auseinandergeschossen worden. Das war der allererste Grund, warum die Revolution gelingen konnte, ohne daß irgendein Widerstand, ein selbstverständlicher Widerstand von sich selbst heraus gekommen wäre. Man hat sich später oft die Frage vorgelegt: Wie kam es, daß nicht eine Truppe auf eigene Faust gehandelt hat? Es war keine Truppe mehr da. Die Truppen, die da waren, waren im Wert außerordentlich beschränkt; was einst Wert gehabt hatte, war verstorben oder zerstreut in die verschiedenen Regimenter; vielleicht steckte noch der und der darin. Aber im großen und ganzen war auf der einen Seite eine große Müdigkeit, auf der anderen Seite eine außerordentlich große Energie, so daß der Erfolg kommen mußte und konnte.

Das zweite große "Warum", warum das kommen konnte, war eine sehr unrichtige Auffassung des Begriffs Pflichterfüllung. Dieser Begriff Pflichterfüllung war bei uns in Deutschland geflissentlich zur Doktrin geworden, zum Selbstzweck, obwohl das nur ein Mittel zum Zweck ist. Man war ganz und gar in diesem staatlichen Apparat groß geworden, als daß der Mann sich hätte Rechenschaft darüber abgelegt, daß alles nur Mittel zum Zweck ist; der Zweck ist Erhaltung des Volkstums. Auch der Staat dient dem Zweck, und dient er nicht dem Zweck, wird er an dem schlechten Zweck, dem er dient, zu Grunde gehen. Es ist entgegnet: wenn irgend etwas Selbstzweck sein könnte, ist es der Gehorsam bis in den Tod. Das alles ist sinngemäß, wenn dieser Gehorsam stattfindet, um etwas anderes im Volksleben zu erhalten. Man stirbt, um anderen das Leben zu geben, aber man geht nicht in den Tod, um Lumpen das Leben in Würde und Schönheit zu sichern. Pflichterfüllung war selbstverständlich zu einer Zeit, da an der Spitze des Reiches, wenn auch Fehler gemacht wurden, eine in der Gesinnung ehrenhafte Regierung stand. Pflichterfüllung war selbstverständlich, solange man wußte, daß dieser große Verwaltungsapparat, wenn er auch schlecht war, Unzulänglichkeiten ausgeliefert war,

bürokratisch verwaltet war, einem Zweck diente: der Wohlfahrt eines Volkstums, daß diese ganze befohlene Kampffreudigkeit nur diesem einen Zweck zu dienen hatte. An dem Tage, an dem frevlerische Hand wagte, dieses Kostbare zu zerstören, mußte logischerweise die Pflichterfüllung aufhören, oder sie wurde zur stärksten Waffe für die Zerstörer des Reiches. (Sehr richtig!)

Das haben wir in verheerender Weise erlebt. Schwache und unfähige Kommandeure haben in diesen Tagen jämmerlich versagt. Man darf heute nicht den Stab über sie brechen. Sie sind nur der Ausdruck der herrschenden Macht gewesen. Besonders aus einem Grund darf man nicht den Stab über sie brechen: gemeinsam hat das deutsche Volk ungeheuerliche Siege erfochten, nur durch den Appell an die Ehre und die nationale Gesinnung. Einer für viele, ich möchte sagen, unfaßbar, nun auf einmal bürgerliches Blut vergießen zu müssen, das konnten viele nicht fassen. Man hörte damals immer das Wort: es darf kein Bürgerblut vergossen werden. Mit diesem Wort wurde bekanntlich auch die Flucht des Kaisers motiviert. Es mußte verhütet werden, daß Bürgerblut vergossen wurde.

Ja, meine Herren, Bürgerblut ist das, was den Kampf sabotiert und der Front den Dolch in den Rücken treibt, niemals! Das war kein Bürgerblut damals! (Stürmischer Beifall!) Das bürgerliche Blut ist 4 1/2 Jahre vergossen worden, und zwar in Strömen. Das Blut aller Menschen ist es gewesen, das an der Front focht. Das war bürgerliches Blut; was zu Hause revoltierte, war nicht Bürgertum, nicht Bürger, sondern das war Gesindel, gemeinstes Verrätergesindel. (Bravo!) Das Blut von denen zu vergießen, hätte eigentlich leichter fallen können als das Blut kostbarer Menschenleben an den Fronten.

Es ist aber anders gekommen. Die Parole war so in unserem Volk eingebrannt und die Meinung so verdickt, daß der einzelne sich nicht loslösen konnte. Und nun kam jener unsagbare Befehl von oben. Da möchte ich an das Wort Bismarcks vom Mangel an Zivilcourage erinnern. Zivilcourage hat es nicht gehabt [*sic!*]. Wie oft und oft wurde zum Sturm angetreten, und jeder Mann, der aus dem Graben mußte, konnte sich sagen: in wenigen Minuten bis du absolut erledigt; jetzt ist Schluß. Trotzdem kamen sie aus dem Graben heraus. Das war jener Mut auf Befehl, auf Befehl, das Leben herzugeben. Den Mut besaßen Millionen Deutsche. Das ist aber nicht die typische Zivilcourage. Die besteht darin, einen Entschluß zu fassen, nicht, wenn nicht befohlen wird, sondern wenn das gegen den Willen der allgemeinen Meinung spricht. Das hat damals gefehlt, und das den Unzähligen in Fleisch und Blut eingetrichterte Pflichgefühl war so stark geworden - der einzelne sagte sich wohl: jetzt ist eine Reihe Verbrecher da, es ist entsetzlich, daß das ganze Blut vergeblich geflossen, die Opfer vergeblich gebracht sind, es ist eine Handvoll Verbrechernaturen, die das machen, ein Bataillon würde genügen - und trotzdem von oben ist befohlen worden, nicht zu schießen. So fügte sich einer nach dem anderen. Es fügten sich die Korpskommandeure, es fügten sich die Divisionäre zähneknirschend, es fügten sich die Regimentskommandeure mit zusammengebissenen Zähnen, und es gehorchten die Majore, und der gewöhnliche Soldat verstand das nicht. Er hörte endlich, daß alles noch gewissermaßen mit Vereinbarung geschieht, und findet sich ab. Der gewöhnliche Soldat weiß das nicht; er denkt, es wird das richtige sein, der Krieg geht zu Ende, das ist die allgemeine Sehnsucht von jedem gewesen. Und was später

kommt? Man machte sich keine Gedanken. Nur wenige machten sich vielleicht damals Gedanken. Und diese wenigen konnten sich nicht rühren, durften es nicht wagen, laut zu werden. Es waren wirklich nur die Ausnahmen.

Der dritte Grund, warum Deutschland zusammenbrechen mußte, waren die politischen Parteien. Die Rechtsparteien waren ohnmächtig. Bei uns war immer der Glaube verkörpert, ich möchte sagen, den Leuten anerzogen worden, Politik ist eine Sache, die mit geistigen Waffen ausgefochten wird. Das ist an sich ein Irrtum, als das letzte Ziel der Politik der Krieg ist, was auch für die Zukunft gilt. Man sage nicht: das Gesetz der Demokratie gilt, das Gesetz der Demokratie, also der freien Meinungsbestimmung, oder besser die Bestimmung des Schicksals durch das freie Volk, durch die Majorität des Volkes. Dieses Gesetz hat nur so lange Sinn, als sich das Volk freiwillig beugt, das anerkennt. An dem Tage, an dem in dem sogenannten demokratisch organisierten Volkskörper eine noch so kleine Minderheit sagt: für uns gilt dieses Gesetz nicht, wir bauen auf unsere Tatkraft und sind bereit, mit brutalster Gewalt zu erreichen, was wir erreichen wollen, ohne Rücksicht auf die Zahl, mögen wir tausendmal in der Minorität sein. Wenn wir uns stark genug fühlen, ist an einem Tag der ganze Demokratie-Wahnsinn praktisch erledigt. Das war seit vielen Jahren so. Die Sozialdemokratie hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß an dem Tag, an dem sie die Macht erringen kann, sie das auch augenblicklich machen würde, ohne Rücksicht auf die Demokratie. Der Krieg gab diese Möglichkeit. Da zeigte sich folgendes Bild:

Auf der einen Seite war die Sozialdemokratie, nicht als geistige Waffe, sondern als die Waffe des Terrors, als brutale Gewalt. Nicht an den Geist hat sie appelliert, nicht an die Demokratie hat sie appelliert, sondern sie rief die Masse auf der Straße, und mit der Straßenmasse, die nur den Bruch der Nation darstellt, wurde diese Sache gemacht, mit einer Handvoll Leute. Aber diese Handvoll Leute hatte neben ihrem politischen Glaubensbekenntnis auch noch die brutale Entschlossenheit zu dem Glaubensbekenntnis und ging ohne Rücksicht auf die Demokratie vor. Dem standen die anderen Parteigebilde gegenüber, und diese anderen Parteigebilde hatten in diesen langen Jahren völlig versagt, der Bewegung, die nicht nur mit dem Geist tätig war, sondern mit der Waffe, mit dem Terror arbeitete, mit einem noch größeren Terror entgegenzutreten. Man hat sich in den Gedanken eingelullt, daß der Geist alles auf dieser Erde besiegt, und meinte, daß man den Terror durch den Geist brechen könne, während er nur durch einen noch größeren Terror gebrochen wird. Man glaubte, daß eines Tags die höhere Geistigkeit und die bessere Wahrhaftigkeit des bürgerlichen Ideengangs den Marxismus überwinden [7] würde. Wenn ein Mensch entschlossen ist, dem anderen den Schädel einzuschlagen, nützt tiefste Lebensweisheit dem anderen nichts mehr. In dem Augenblick kommt der Urzustand, in dem der Stärkere über den Schwächeren herfällt. Wehe, wenn der geistig Höhere nicht die nötige Kraft besitzt oder nicht den Willen hat, seine Kraft einzusetzen! Unser Bürgertum hat weder die Kraft gehabt, gegen den Terror der linken Seite vorzugehen, noch aber auch den Willen, diese Kraft einzusetzen, denn die Kraft war an verschiedenen Stellen da.

7 Ohne Streichung darüber gesetzt: "überwiegen".

Ich komme damit gleich zum zweiten. Wohl hat unser Bürgertum, das praktisch den Staat regiert, nicht die Kraft selbst, allein, die Kraft war noch im Staate verankert. Der ganze militärische Apparat und der Selbstverwaltungsapparat stellten noch eine Macht dar. Hier kam aber das zweite große Unglück, daß unser Bürgertum so wenig die Notwendigkeit des Besitzes von Macht erkannte und daß es genauso wenig die Macht selbst wie die Notwendigkeit des politischen Gedankenganges begriff. Das war die tiefste Schädigung bei uns. Der Soldat wurde in der Überzeugung groß: Politik gibt es für dich nicht! Und der Politiker wurde in der Überzeugung großgezogen: für dich gibt es nur die geistigen Waffen, keine brutale Gewalt. Die beiden waren zu sehr auseinandergerissen, daß sie sich noch hätten ergänzen können. Demgegenüber war der Marxismus eingestellt auf die innigste Vermählung dieser beiden Dinge: politische Kraft oder Macht, politisch aufgezogen, politisch durchsetzt. Der einzelne Mann der Sozialdemokratie, der jederzeit erzogen war, auf die Straße zu gehen, war vollgefüllt von dem politischen Glaubensbekenntnis seiner Weltanschauung als auch erfüllt von der Überzeugung des Rechts, jedem den Schädel einzuschlagen, der zu opponieren wagte. In ihm verbündete sich Geist und brutale Gewalt in Harmonie. Der politische Gegner war ohnmächtig, und die Organisation der Macht war erzogen ohne jeden Funken politischen Verständnisses, etwas, was sich heute noch in blutigster Weise rächt.

Was sind die Ursachen gewesen, daß die Revolution gelingen konnte? Sie konnte gelingen, weil kein gutes Menschenmaterial mehr vorhanden war, um dagegen anzugehen. Das beste Blut war auf den Schlachtfeldern gefallen. Sie konnte gelingen, weil aus übertriebenem Pflichtbewußtsein der einzelne nicht sich entschließen konnte, auf eigene Faust zu handeln. Sonst hätte sich unter hundert Kommandeuren irgendein napoleonischer Schädel herausgekehrt oder ein General, der mit eiserner Faust dem ganzen Unfug ein Ende bereitet hätte. (Sehr richtig!) Weiter mußte die Revolution gelingen, weil die der Revolution entgegenstehenden politischen Parteigebilde nur im Kampf mit der geistigen Waffe erzogen waren. In dem Augenblick konnte der Terror der Straße kommen und die geistige Waffe zerbrechen, und endlich, weil die Macht, die allein die Kraft besaß, das Heer, unpolitisch erzogen war. Dem einzelnen Offizier wurde nicht klar, was jetzt auf dem Spiel stand.

So ist die Revolution gelungen, und stabilisiert wurde sie in diesen sieben Jahren. Ich sage immer: die Revolution, nicht die Republik, denn hier handelt es sich nicht um Republik oder Monarchie, sondern es handelt sich um das Gebilde, das die Revolution geschaffen hat, die noch nicht beendet ist, sondern weitergeht, wenn sie jetzt auch eine langsamer wirkende Erscheinung angenommen hat.

Die Gründe, die diese Revolution verewigen, liegen in zwei menschlichen Schwächen oder Fehlern: auf der einen Seite in der Feigheit des einen Teils der Nation, in der unbedingten Feigheit, im Mangel an Mut, sich dagegen aufzubäumen, und auf der anderen Seite im lebendigsten Eigennutz. Denn etwas hat die Revolution verstanden: sie hat mit einem Schlag nicht nur das alte Gebäude zerschlagen, sondern ihre eigenen Tendenzen in dieses alte Gebäude hineingesetzt. In dem Moment, in dem die Sozialdemokratie, oder besser der Marxismus, fast 60 oder 70.000 seiner Anhänger in alle möglichen Regierungsstellen hineinpreßte, schuf er eine Armee Menschen, die genau wissen, daß das

Bestehen dieses Zustandes zugleich ihre eigene Existenz bedingt. An dem Tag, an dem dieses Gebäude zusammenbricht, bricht auch ihre eigene Existenz zusammen, und zwar, was wiederum von der anderen Seite am wenigsten begriffen wurde, war das der tiefste Sinn. Man begriff auf der anderen Seite nicht: wie konnte man zu einem Landrat einen Menschen machen, der überhaupt keine Ahnung davon hat, überhaupt nichts kann. Wie konnte man völlig minderwertige Menschen zu Regierungspräsidenten machen?

Ja, glauben Sie mir, meine Herren, je unfähiger der Kopf, um so mehr ist er an den Zustand von heute gebunden. Wehe, wenn der bricht, seine eigene Existenz geht in tausend Scherben, und wenn der Tropf so gering ist, daß er kaum als Straßenfeger sein Brot verdienen könnte und nun zu einem höheren Regierungsmitglied wird, dann wird er zu einem fanatischen Kämpfer für diesen Zustand; im anderen Falle könnte er nicht einmal die Straße fegen. Das bedingt die innere Stärke, das ist das erhaltende Moment dieser Revolution.

Die Folgen dieses Unglücks sehen Sie heute praktisch aus den Tatsachen, und jeder fühlt die Folgen am eigenen Leib. Wirtschaftlich geht Deutschland allmählich der Aufsaugung durch das fremde Kapital entgegen. Und dabei sind Millionen arbeitslos; überall Elend und Jammer. Das Ziel dieses überstaatlichen Kapitals beruht heute nicht mehr darin, daß man von Deutschland etwa allein Leistungen wünscht, sondern beruht darin, daß man die deutsche Wirtschaft restlos in die Faust bekommen will. Das ist der letzte Gedankengang, der das Dawes-Gutachten bestimmte. Damals dachte man an verschiedenen Stellen und war der Überzeugung, daß die Durchführung des Dawes-Planes dem Deutschen Reich einen unendlichen Goldstrom bringen würde. Die Erfahrung hat das Gegenteil gezeigt. Das war auch selbstverständlich. Das eine wurde abgeschlossen, um eines Tages restlos die ganze deutsche Wirtschaft ausplündern zu können, wenn auch nach vorhergehender Zertrümmerung. Und Locarno war die politische Quittung dafür, der politische Garantievertrag, daß dieser Zustand verewigt werden soll. In beiden Fällen wird das Ende der deutschen Nation ein trauriges sein!

Ich möchte gleich auf eine wesentliche Erscheinung der Nachkriegszeit kommen, die immer, auch schon in Friedenszeiten, bemerkbar war: nämlich auf den ganz unverständlichen Glauben, daß die Wirtschaft eines Tages Deutschland wieder erheben und aufbauen könnte. An sich hat die Wirtschaft nicht Deutschland gegründet. Weder Preußen noch Deutschland sind durch die Wirtschaft gegründet worden. Wenn wir ehrlich sein wollen: die Wirtschaft in Deutschland ist begründet worden in dem Maße, in dem die nationale Größe des Reiches zunahm. (Bravo!) Das war die Voraussetzung. Weniger in Essen ist die allgemeine deutsche Wirtschaft gegründet worden, als vielmehr praktisch auf den französischen Schlachtfeldern, und viel weniger wurde in Hamburg der deutsche Handel begründet als vielmehr in Kiel. Das sind die Stätten gewesen, aus denen allmählich eine große nationale Wirtschaft herauswachsen konnte, eine nationale Wirtschaft, die unfrei war und hinter sich den Schutz und die Stütze des großen mächtigen und unabhängigen Reiches besaß.

Wir haben in der deutschen Geschichte unzählige Male erlebt: oft ist das Reich in großer, mächtiger Blüte gewesen, ohne blühende Wirtschaft, ohne blühenden Handel und Gewerbe; es stand zuerst, und immer, wenn das Reich politisch zerbrach, sank die

Wirtschaft mit ins Grab hinunter. Die letzte große Periode war in den Jahren von 1870 bis 1914. Auf den französischen Schlachtfeldern wurde eine wundervolle Periode des Aufstiegs begründet, und auf den französischen Schlachtfeldern fand der Zusammenbruch der Wirtschaft statt. Wenn er auch etwas später erfolgte, aber dort wurde unser Schicksal besiegelt. Die Niederlage, die wir politisch erhalten hatten, diese mächtige Niederlage, wirkte sich innenpolitisch und wirtschaftspolitisch aus.

Es war Wahnsinn, daß in Deutschland der Glaube verbreitet wurde, man könnte eines Tages durch die Wirtschaft das Reich emporheben, ein Wahnsinn, weil erfahrungsgemäß eine blühende Wirtschaft die Staaten nicht festigt, sondern eher noch innerlich aushöhlt, denn wenn dieser blühenden Wirtschaft nicht der lebendige politische Erhaltungswille gegenübersteht, wird diese reine Wirtschaft meist sogar zur lockenden Ursache der Vernichtung eines Staates werden. Schaffen Sie auf der Welt blühende Gärten und schützen Sie sie nicht, dann werden Sie deren Frucht nicht auf die Dauer genießen. Aufbauen durch Wirtschaft kann jeder, aber wehe, wenn hinter dieser Wirtschaft nicht eine Macht steht, die dafür sorgt, daß dem einzelnen der Schweiß seiner Arbeit selbst zugute kommt. Es gibt zu viele auf Erden, die sehr gerne die Früchte des Schweißes anderer ernten. Das war von jeher so gewesen, und die andere Auffassung, die das ablehnt, ist marxistisch.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: Was hat man eigentlich in diesen langen Jahren zur deutschen Rettung eingesetzt und angewandt, dann müssen wir, wenn wir offen und ehrlich sind, sagen: zunächst nur eins; man versuchte die Wirtschaft dagegen einzusetzen. Das war das große Rezept, mit dem man in die Jahre 1920/21 hineinging, nachdem die ersten Kriegswehen überwunden waren. Da wuchs der Glaube empor, daß eines Tages daraus nicht nur eine blühende Wirtschaft, sondern auch ein blühendes Reich kommen würde. Sie wissen besser vielleicht als andere, wie trügerisch dieser Schluß gewesen ist. Wohl hat sich scheinbar die Wirtschaft etwas erholt, allein es geht da wie mit dem Atemzug des Sterbenden; auch er geht nicht mit einem Moment aus, einige Male kommt noch der Atem, aber im Grunde genommen geht er dauernd weiter abwärts. Sehen Sie sich einmal die Entwicklung der Tschechoslowakei an seit 1918. Wenn Sie die Entwicklung ganz genau studieren wollen, dürfen Sie nicht die Wirtschaft ansehen, sondern dann müssen Sie die Momente ansehen, die im Völkerleben die Größe der Nation gewährleisten, schufen: das Gefühl für nationale Ehre, Würde und Freiheit, das Gefühl der Dankbarkeit für vergangene Größe, das Gefühl der Bewunderung für die Geschichte eines Volkes, der Wille, dem Schicksal zu trotzen, einen Kampf durchzuführen. Dann werden Sie ermessen können, wie wir dauernd nach unten gesunken sind.

Wie leicht war dieser Friedensvertrag von Versailles; wie fein war er eingefädelt: erst der Waffenstillstand, eine Entehrung, dann folgte die zweite, dritte, vierte, und noch immer mußte man sagen: wenig vorher hätte man es nicht wagen können, einem Volk das zuzumuten, was wenige Wochen später gebilligt wurde. Wer hätte unserem Volk das an Lasten zutrauen dürfen, was später von uns freiwillig auf uns genommen wurde? Wir sind von Schritt zu Schritt nach unten gegangen, von Stufe zu Stufe herabgeglitten, wir haben alles hinzunehmen gelernt. Denken Sie, was vor 15 Jahren uns alles in Kriegszustand versetzt hätte. Das ist heute bereits gar nichts. Wenn vor 15 Jahren einem Deut-

schen nur ein Haar gekrümmt wurde, wenn damals irgendwo Deutsche massakriert worden wären, oder 10 Deutsche; was [*sic!*] bedeutete dann eine Expedition nach China, was bedeutete ein Krieg, wenn irgendwo deutsches Eigentum angegriffen war, so bedeutete das irgendeine Intervention und später wahrscheinlich eine Auseinandersetzung, denn es war eine Beleidigung der Ehre. Und was hat man uns in diesen Jahren nicht alles zugefügt! Denken Sie nur, es hätte Ihnen im Frieden jemand gesagt: es kommt der Tag, wo am Pariser Platz eine Fahne flattert, die französische Trikolore [8], und unten werden deutsche Truppen im Achtungsschritt vorbeigehen!

Wer heute davon redet, daß Deutschland heute in der Sanierung begriffen ist, den frage ich: für wen wird saniert, wem gegenüber wagen Sie das zu behaupten? Wenn heute sich plötzlich die Erde öffnen würde und die zwei Millionen Toten gemeinsam zurückkämen, würde man da auch sagen: wir haben Deutschland wieder saniert? Ich glaube kaum, daß jemand wagen würde, dies zu behaupten. So sieht ein saniertes Reich aus! Warum hat man die ganzen Blutopfer überhaupt gebracht? Wenn man das alles auf sich genommen hätte, was wir auf uns genommen haben, wäre alles nicht notwendig gewesen. Diese Sanierung wäre ohne Tropfen Blut zu erreichen gewesen. Nein, damals verstand man etwas anderes unter Sanierung, hatte Gefühl für nationale Ehre, Würde, Freiheit und Unabhängigkeit. Heute ist das Gefühl verlorengegangen. Diese Entwicklung muß man messen, und wer die mißt, muß begreifen, daß unsere Wirtschaft nicht zum Blühen kommt. Sie geht den Weg, den das gesamte Volk wandert; geht das Volk dem Abgrund entgegen, dann geht die Wirtschaft nicht zur Höhe empor, sondern endet, wo das Volk als solches endet. Glauben Sie nicht, daß eine politisch charakterlose Regierung überhaupt eine blühende Wirtschaft ertragen würde und ertragen könnte.

Wer die deutsche Entwicklung von dem Gesichtspunkt aus prüft, wird zugeben müssen, daß innerhalb dieser sieben Jahre kein Aufstieg erfolgt ist, sondern nur ein Abstieg, und man verwechselt nur eins, was man bei uns gemeiniglich als die Wiedergenesung des deutschen Wirtschaftskörpers bezeichnet, das ist in Wirklichkeit nur Organisation der deutschen Kolonie. (Sehr richtig!) Man hat nicht etwa die deutsche Wirtschaft reorganisiert, sondern man hat das Kolonialgebiet Deutschland in ertragsfähigen Zustand gebracht, allein nicht für das deutsche Volk, sondern für seine heutigen Kolonialherren. (Sehr richtig!) Das ist die Sanierung Deutschlands, die wirtschaftliche Sanierung Deutschlands. Politisch kann es den Traum überhaupt nicht geben.

Nun kommt noch die Frage: Wie soll sich das dauernd weiterentwickeln und wie soll es enden?

Meine Herren! Die tun mir leid, die sich auf den Standpunkt stellen, ein großes Volk von 60 Millionen kann nicht untergehen. Das ist ein ganz trügerischer Standpunkt. Es sind schon wesentlich größere Völker zu Grunde gegangen als das deutsche Volk; zu Grunde gehen kann alles! Und besonders in einer Zeit, wo eine große Anzahl Staaten auf der Welt existieren, die allmählich beginnen, dem internationalen Verkehr sich anzuschließen, oder bereits tonangebend sind, die rein flächenmäßig uns unendlich überragen, aber auch der Volkszahl nach uns unendlich überragen. Wenn unsere Entwicklung noch 20 Jahre so fortgeht, dann wird von einer Weltstellung Deutschlands nicht

8 Am Pariser Platz in Berlin war der Sitz der französischen Botschaft.

mehr die Rede sein können. Vergessen wir nicht, daß vor noch nicht einmal 70 Jahren, als Preußen begann, seiner nationalen Mission entgegenzureifen, man damals von Größenwahn sprach, daß damals Politiker im norddeutschen Landtag wagen konnten zu sagen: wir wollen ihnen die Größenwahnsinnsideen austreiben. Und worin beruhten diese Größenwahnsinnsideen? Auf dem Glauben der Notwendigkeit der Bildung eines gemeinsamen großen und unabhängigen Deutschen Reiches. Und heute? Wir sind heute schon wieder so weit, daß eine Generation heranwächst, die überhaupt keine deutsche Größe kennt. Es gibt bei uns so viele, die immer erklären: ja, das wird die deutsche Jugend einmal machen! Meine lieben Freunde! Wer kennt denn diese deutsche Jugend, und was kennt diese deutsche Jugend? Gewiß, was heute noch lebt, und besonders, was an der Front war, hat noch, wenn vielleicht auch traumhaft, ein Bild von dem Deutschland der Größe und der Macht und der Stärke. Allein, jene Knaben, die in der heutigen Schule aufwachsen, die die Fibel dieses Staates in die Hand bekommen, die großgezogen werden in kriechender Demut, Unterwürfigkeit und pazifistischer Verblendung oder von Jugend auf lernen, eigene Rechte mit Winseln zu erflehen, was wissen die von dem Deutschland der Größe, was werden die einmal wissen? Sie lernen die dauernde Ausrottung der großen Erinnerung, der großen Tradition, die Schmähung ihrer Vergangenheit, das Herunterzerren unserer großen Geister. Was wissen die von der Notwendigkeit, ein freier Staat, ein großer Staat, eine Weltmacht zu sein? Der Gedanke beginnt, aus unseren Köpfen auszusterben.

Fünfzig Jahre der Entwicklung von heute noch fortgeschritten, und wenn dann selbst der größte Geist käme, das gottbegnadete Wunderkind, er würde vergeblich schaffen, denn das Volk würde gar nicht verstehen, daß das deutsche Volk auch einmal ein Weltvolk gewesen ist. Es hätte sich in seine Helotenrolle hineingewöhnt, wie der Sklave lernt, allmählich die Ketten zu tragen, so lernt es auch dieses Volk. Wir sehen das Tragisch-Traurige schon jetzt. So wird in 40 oder in 50 Jahren keine Generation mehr da sein, die gegenüber der Größe der anderen Mächte noch wagen wird, auch nur versteckt, eine deutsche Größe zu vertreten.

Wir sinken ununterbrochen herunter. Wir sehen heute schon Vergleiche mit der Tschechoslowakei und mit Polen. Unser ganzer Maßstab ist so klein, daß wir ihn nur mit Staaten vergleichen können, die wir früher nicht kannten, weil sie nicht bestanden, sondern die wir als minderwertig, als nebensächlich betrachteten. Sie werden heute aber niemals hören, daß wir uns in unserer militärischen Stärke mit Frankreich vergleichen können; sie können hören, daß unsere Heeresmacht noch nicht einmal so groß ist wie die der Tschechoslowakei oder Polens, ja, daß sie bedeutend schwächer ist als die Polens. Wir beginnen mit Vergleichen, die eines Tages unser Verhängnis sein werden, denn wir verlieren den Maßstab aus dem Auge. Die heutige Generation kennt gar nicht mehr die Tatsache, daß Deutschland daran war, die Herrin von Europa zu werden; sie kennt Deutschland nur als Sklaven der anderen und ist glücklich, wenn man es ähnlich behandelt, wie man die Kolonien behandelt.

Ewig kann das nicht weitergehen, und die Wahrscheinlichkeit eines Aufstieges kann niemals begründet liegen in der wirtschaftlichen Erhebung, denn das gibt es nicht. Politisch müssen wir uns die prinzipielle Frage vorlegen: an was ist Deutschland zugrunde

gegangen? Am Nichterkennen der marxistischen Gefahr. Dadurch ist Deutschland zugrunde gegangen; nicht nur am brutalen Angriffswillen dieser einen Seite, sondern auch am Versagen der anderen Seite, mag auch dieses Versagen auf verschiedenen Gebieten liegen, aber die andere Seite hat versagt. Denn immer wieder: der Sieg der einen war nur zum Teil ihrer Schlechtigkeit zuzuschreiben, zum anderen Teil auch den Fehlern und Schwächen der anderen. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen: wie konnte dieser Zusammenbruch kommen, dann nur zum Teil durch die Schlechtigkeit der linken Seite, zum anderen Teil durch die Schwäche und die Feigheit der rechten Seite. Wenn wir fragen: Wie ist das Verhältnis heute? Und wie wird es in Zukunft sein? Traurig! Eins müssen wir uns immer vor Augen halten: Wer heute von einer deutschen Schicksalsfrage spricht, muß verstehen, daß diese deutsche Schicksalsfrage im folgenden liegt:

Deutschland besitzt zur Zeit 30 oder 34 Millionen Menschen, Frauen und Männer, die über das Schicksal der Nation entscheiden, und zwar zunächst durch die Wahl. Diese 30 oder 34 Millionen selbst wieder teilen sich in drei Teile: in einen Teil, der vollkommen gleichgültig allen Dingen gegenübersteht, der sich überhaupt um nichts kümmert, politisch völlig indifferent ist, nirgends hinzuzurechnen ist. Der schadet uns sowohl in positivem wie in negativem Sinne. Dann bleibt noch der zweite Teil über. Das ist ein Teil, der an sich international oder zumindest schwach national eingestellt ist, und ein dritter Teil, der national, zum Teil auch fanatisch national eingestellt ist.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: wie groß ist die eine Hälfte, dann müssen wir sagen, sie besteht nicht nur aus den Sozialdemokraten, sondern auch noch aus der Kommunistischen Partei, umfaßt die pazifistischen Demokraten und reicht bis in das Zentrum hinein oder bis in die sogenannten Rechtsparteien hinein, was [*sic!*] an sich nicht bereit ist, für die nationalen Belage rücksichtslos einzutreten, sondern auf internationale pazifistische Unterstützung hofft oder was an sich bewußt international, antideutsch eingestellt ist. Das stellt eine bestimmte Gruppe dar, und dieser Gruppe, die 14-15 Millionen umfaßt, steht eine Gruppe von 10, 12 oder 13 Millionen gegenüber, die national sein will, auch dem Temperament, der Energie und der Stärke nach.

Was hat nun die bisherige Entwicklung in Deutschland gezeigt? Sie hat immer nur eine Verschiebung innerhalb dieser beiden Gruppen gezeigt, innerhalb der einzelnen Parteien dieser beiden Gruppen, niemals aber eine Verschiebung von einer Gruppe in die andere. Außerdem wurde die linke Gruppe dauernd stärker, nahm dauernd zu. Ins einzelne gebracht heißt das: wir haben ganz links so viele Sozialdemokraten, so viele Millionen Kommunisten, so viele Millionen und Hunderttausende Anarchisten, Syndikalisten usw., zusammen eine Gruppe von, sagen wir, 12 Millionen. Diese 12 Millionen haben in sich schon Verschiebungen durchgemacht. Manchmal hat die Mehrheitssozialdemokratie den Sieg errungen auf Kosten der Kommunisten, bei der nächsten Wahl werden die Kommunisten gewiß auf Kosten der Mehrheitssozialdemokratie gewinnen, allein, diesen Verschiebungen ist keine Bedeutung zuzuschreiben. Diese Verschiebung hat gar keinen Einfluß auf das große deutsche Schicksal. Ob das jetzt 5 Millionen mehr Kommunisten sind oder Sozialdemokraten, das hat höchstens Bedeutung von dem Gesichtspunkt der früheren oder schnelleren Erreichung der rein marxistischen Ziele, ist aber belanglos vom Gesichtspunkt des Wiederaufbaues des Deutschen Reiches. Freie

Souveränität, wahre Souveränität, das spielt alles keine Rolle. Das Wesentliche in diesem Staat ist: mehr als die Hälfte aller erwachsenen männlichen und weiblichen Einwohner ist bewußt antideutsch eingestellt. Dem steht auf der rechten Seite eine Gruppe entgegen, die auch in sich bei den einzelnen Wahlen Verschiebungen durchmacht; es gewinnt einmal der rechte Flügel, dann die Mitte oder der linke Flügel. Allein auch das hat keine prinzipielle Bedeutung, denn an den grundsätzlichen Machtverhältnissen wird dadurch nichts geändert.

Es steht also hier auf der einen Seite der Block der gemeinsamen Internationalen, auf der anderen Seite der Block der Nationalen. Nun kann man sagen: Nichtsdestoweniger, Sie geben selbst zu, daß dieser nationale Block ziffernmäßig nur wenig verschieden ist. Warum soll er nicht dennoch eines Tages Deutschland wieder emporführen können? Einmal aus dem einfachen Grunde nicht: Auch hier, wie überall, liegt nicht in der Zahl allein die Bedeutung, sondern in der Willenskraft, die in dieser Zahl schlummert oder sich lebendig äußert. Wenn Sie nun von diesem Gesichtspunkt aus das prüfen, schrumpft die Sache zu einem Nichts zusammen, denn die Gruppe der Internationalen umfaßt bei uns die lebendigsten und stärksten, willfährigsten Naturen der Nation. Das mag manchen zunächst ganz unglaublich erscheinen, und doch ist es so.

Wenn wir einen Volkskörper betrachten, dann stellt er im allgemeinen eine Pyramide vor [*sic!*]. Die breite Basis unten, das sind all diese Millionen Menschen, die eigentlich nur leben, um eben zu leben, d. h. die ihrer ganzen Wesensart nach in voller Primitivität am Leben hängen, naturverwachsen sind, aber weitaus einen stärkeren Willen, eine größere Energie besitzen, denn sie ist identisch mit dem Willen zu leben. Sie sind brutal entschlossen, alles für ihr Leben einzusetzen. Je höher wir steigen, desto kleiner wird die Pyramide, und es nimmt die Geistigkeit zu. Je größer die Geistigkeit wird, um so mehr geht das Primitive, Urwüchsige verloren, kommt mehr Idealismus, besonders aber eine immer größere Gebundenheit an Dinge, die das Leben nicht mehr so leicht einsetzen lassen. Es ist der große Wert der Verantwortung, der plötzlich kommt. Die Verantwortung hängt nicht nur ab von dem materiellen Besitz, daß man den materiellen Besitz zu wahren hat. Der wird sein Leben nie so leicht in die Schanze werfen wie der, der keinen materiellen Besitz zu wahren hat. Das gilt nicht nur dafür, sondern auch für den geistigen Besitz. Der Mann, der infolge einer bestimmten Geistigkeit die Überzeugung eines eigenen bestimmten Wertes hat, wird sein Leben nicht so leicht in die Schanze schlagen wie der, dem diese Überzeugung fehlt, sondern wird sein Wissen und Wesen wahren. Die größten Geister der Erde - manchmal ohne feige zu sein - zitterten vor dem Gedanken, daß plötzlich ihr Ende kommen könnte. Wenn jemand vor der Vollendung eines Werkes weggerissen zu werden befürchtet, ehe das Werk vollendet ist, so ist das ein Ding, das den einzelnen Mann an das Leben kettet, und das kann so weit kommen, daß einem Menschen der Gedanke, sterben zu müssen, unheimlich wird, gar nicht von dem Gesichtspunkt seines eigenen Ich aus, sondern von dem Gesichtspunkt aus: was geschieht, wenn ich sterben müßte, mit dem und mit dem? Der Mensch, der keine Kinder besitzt, stirbt leichter als der, der 6 oder 7 Kinder hat, der, der keine Witwe hinterläßt, stirbt leichter als der, der eine Frau zu Hause hat, und der, der keinen Besitz hat, stirbt leichter, als der, der sein Gut besitzt, der, der von geringerem geistigen Wissen beseelt

ist, als der Weise, der nur primitiv lebt, stirbt leichter als der Künstler. Und rein nervenmäßig ist das auch so. Der Mensch, der unbewußt an schlechter Front steht, fühlt den Tod niemals so seine Nerven anfassen wie der Mensch, der alles geistig miterlebt. Bei dem einen gehört eine wesentlich größere Willenskraft dazu, seine Pflicht zu erfüllen.

Wir Deutschen haben am meisten unter dieser Tatsache gelitten, denn an Geistigkeit, ich möchte sagen an Mangel an Geistigkeit, ist Deutschland nicht zu Grunde gegangen. Geistvoller als im allgemeinen die deutsche Intelligenz war, war weder die englische noch die französische noch eine andere. Nur etwas hat uns gefehlt. Uns fehlte durch die Abschnürung des Blutzulaufes von unten nach oben Willenskraft, die brutale Willenskraft. Hätten unsere bürgerlichen Parteien, die nur auf Geistigkeit eingestellt waren, nur einen Bruchteil der brutalen, rücksichtslosen Kraft besessen, wie ihn der Kommunismus hat, niemals wäre Deutschland soweit gekommen. Hätten unsere Staatsmänner, anstatt philosophisch zu sein, etwas gehabt von der Brutalität eines Lloyd George, dann wären wir nie soweit gekommen. Es hat uns nie die Geistigkeit gefehlt; gefehlt hat die Willenskraft, die über Hindernisse hinweggeht und sie bricht. Das fehlt unseren ganzen bürgerlichen Parteien. Sie sehen das an allem. Manche Deutsche glauben, wenn heute eine nationale Regierung da wäre, daß dann eine sogenannte nationale bürgerliche Regierung es in Deutschland anders machen würde. Täuschen Sie sich nicht! Gewiß, ein Herr Ebert hat das Gewicht seiner Stellung anders ausgenutzt als etwa der derzeitige Reichspräsident Hindenburg das tut. Aber warum? Im Falle Ebert verstand es der Mann, entschlossen, rücksichtslos, skrupellos alles in den Dienst seiner Bewegung zu stellen. Der Mann scheute vor nichts zurück, und glauben Sie mir, wenn heute ein Kommunist Reichspräsident würde, glauben Sie, daß Sie dessen Wirken bemerken würden? Glauben Sie mir, daß der Mann nicht erst Reichspräsident wäre, sondern erst Kommunist, und zum zweiten und dritten Mal Kommunist und erst weit in der Ferne Reichspräsident. Das ist selbstverständlich. Wenn heute der Marxismus siegt, und zwar in seiner liberalen Form siegt, wird er auch dem ganzen Staat sein Wesen aufprägen. Wenn heute eine bürgerliche Partei siegen würde, was dann käme - Sie mögen das vergleichen!

In Deutschland kommt noch einmal die große Frage des Schicksals. Die Kommunisten gewinnen das große Los durch irgendeinen Sturz. Wenn sie dann die Herren Deutschlands sind, glauben Sie mir, in drei Jahren kennen Sie Deutschland nicht mehr! Hunderttausende und Hunderttausende, vielleicht Millionen sind auf dem Schafott zugrunde gegangen; der Staat ist umgedreht; wenn jemand vom Monde herunterkäme, würde er Deutschland nicht wiedererkennen, würde sagen: das soll das frühere Deutschland sein? Jede Zeitung, jede Anschlagsäule, jedes Theater, jedes Kino, alles bis zum Eisenbahnzug trägt den Stempel der kommunistischen Propaganda. Und nun lassen Sie demgegenüber die Deutsche Volkspartei plötzlich siegen! (Heiterkeit.) Was würde sich da ändern, wenn Sie nach Deutschland zurückkommen, wenn Sie fortgegangen waren, ehe sie gesiegt hatte? Da würden Sie nicht begreifen, daß etwas gewesen ist. Alles ist wie zuvor, alles geht die gleichen Wege. Auf den Plakatsäulen wird noch immer die kommunistische Propaganda sich bemerkbar machen, in jedem Buchhändlerladen bekommen Sie immer noch das Manifest; auf jeder Anzeigenseite sehen Sie immer noch

die gleiche kommunistische Literatur, die gleichen Theaterankündigungen, in jedem Kiosk die gleichen Schundzeitungen. Glauben Sie, wenn jetzt der Kommunismus siegt, daß Sie dann etwa drei Jahre später noch irgendwo deutschnationale Zeitungen aushängen sehen werden, daß von unseren deutschen Dichtern und Denkern noch das geringste da ist? Es ist alles wegrasiert. Eine Weltanschauung hat gesiegt und prägt dem öffentlichen Leben ihren Stempel auf. Wie ist das möglich? Das ist dadurch möglich, daß diese linke Gruppe wohl zahlenmäßig auch nur 12-14 Millionen umfaßt, allein diese Zahl umfaßt die Millionen, die in ihrer primitiven Urwüchsigkeit viel rücksichtsloser sind als die Millionen der anderen Seite. Was die Geistigkeit tausendfach überlegt, wird von der linken Seite wahllos durchgeführt. Es mag tausendmal gewarnt und gesagt werden: sind die Leute verrückt, bedenken sie nicht, was das Ende sein wird? Das mag man von rechts sagen, aber die denken gar nichts. Das ist eben die Unbekümmertheit, die nicht fragt, zu welchen Folgen das kommen kann, wohin das führen mag. Die breite Masse ist blind und dumm und weiß nicht, was sie tut.

Diese Bewegung ist da, und ihr steht auf der anderen Seite die Organisation der reinen Geistigkeit gegenüber, die reine Geistigkeit, die ohne urwüchsige Kraft und vor allen Dingen ohne den Willen, sie zu besitzen, die Kraft anzuwenden, [*ist*] und auch ohne das zu können. Denn die Rechtsparteien können das nicht. In ihrem eigenen Lager würde man scheu werden, das ist ganz klar. Denken Sie nur daran: das alte Deutschland führte Krieg. Was konnte man da zu Hause alles machen? Alle Zeitungen konnten gegen den Krieg schreiben; es war fast gefährlich, für den Krieg zu schreiben; man konnte hetzen, Broschüren herausgeben, Spektakel machen. Glauben Sie, wenn Deutschland ein kommunistischer Staat wäre, daß Sie dann gegen diesen kommunistischen Staat arbeiten könnten? Warum geht es in einem Fall und im anderen nicht? Wenn heute der Kommunismus siegt, marschieren zwei Millionen aufs Schafott, wenn dagegen die Rechte siegen würde und würde einen festen Griff machen, würde man sofort rufen: Ach, so arg darf man nicht vorgehen, das geht zu weit! (Heiterkeit und stürmischer Beifall) Wir wollen nicht über ein gewisses Maß hinwegschreiten, sondern wollen immer gewisse Gesetze der Menschlichkeit hochhalten. Die anderen sagen: Wir kennen keine Gesetze der Menschlichkeit, sondern das Gesetz der Erhaltung der Existenz, der Bewegung, der Idee oder der Durchführung dieser Idee. Diese Seite ist zerrissen, schwach. Sie ist, glauben Sie, zu sehr aus Generalen bestehend, ich meine in geistigem Sinn; es fehlt die Armee der Soldaten. Was da ist, sind Offiziere und Generale, politische Offiziere und Generale, geistig gebildetes Menschenmaterial, das zur Führung berufen wäre und, statt zu führen, sich selbst zusammenschließt und gewissermaßen eine Art geistige Offizierskompanie bildet, ohne von der Tatkraft erfüllt zu sein, die Offizierskompanien sonst besessen zu haben.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt die Frage der deutschen Wiedergeburt ansehen, müssen wir sagen: traurig und trostlos! Sie ist aber auch von einem anderen Gesichtspunkt aus trostlos. Denken Sie an die Vorbereitung irgendeiner deutschen Erhebung. Wie die Dinge liegen, kann sie nur unter Sicherung außenstehender Mächte geschehen. Darüber muß man sich klar sein: seit die Welt besteht, ist die Freiheit von Völkern nur im Kampf erworben und gesichert worden. Die Weltgeschichte wird bei Deutschland

keine Ausnahme machen. Auch dem deutschen Volk bleibt das nicht erspart. Wenn Deutschland seine Fesseln abschütteln will, wird eines Tages, so oder so, der ganze Appell kommen müssen. Ich rede nur von der Vorbereitung darauf; auch sie ist unendlich notwendig. Deutschland ist entwaffnet, wird von einem Gürtel von Staaten umschlossen. Jede Bündnispolitik ist ausgeschlossen infolge des Vorhandenseins dieser 14-15 Millionen negativer Elemente. Sie können keine praktische Bündnispolitik treiben, und es wird sich und kann sich kein Mensch mit dem Deutschen Reich verbünden, an dessen Person das Bleigewicht von 15 Millionen Marxisten, Pazifisten, Kommunisten haftet und das gar nicht kampffähig ist. Mit einem solchen Staat wird sich niemand verbünden. Und sie könnten auch in gar keinen Kampf eintreten, weder in die Vorbereitungen zu Hause noch in den reinen Waffenkrieg. Wenn heute Deutschland kämpfen müßte, könnten die Kämpfer nur aus den Universitäten genommen werden und aus einigen vaterländischen Verbänden; aber denen stünden die Millionen der völlig Gleichgültigen gegenüber. Es gibt Phantasten, die glauben, daß in dem Falle das Reichsbanner, von nationaler Begeisterung geschwellt, plötzlich in die Front einmarschieren würde. (Heiterkeit) Es gibt solche gedankenlose Narren, die nicht verstehen, daß dieses Reichsbanner eine ganz andere Mission hat, daß dieses nur zu dem gleichen Zweck gebildet wurde, wie die politischen Parteien der linken Seite verschieden sind. Man kann nicht alles in die Roten Frontkämpfer-Organisationen hineinbringen, in die kommunistischen Leningarden, sondern man braucht auch noch eine andere Truppe, aber nicht zum Schutze des Deutschen Reiches oder zum Kampf für ein kommendes Deutsches Reich!

So liegen die Dinge. Man könnte jetzt gar keinen Kampf führen, denn dem, was Deutschland an die Front schicken würde, steht gegenüber das Minus, und dieses Minus würde in demselben Augenblick, in dem Deutschland kämpft, zur gleichen Tat schreiten wie einst, denn unterdessen haben sich die Dinge noch viel mehr verschärft.

Wenn Sie die Zahlen in Deutschland durchlesen, werden Sie bei der nächsten Wahl sehen, daß die Kommunisten auf 5-6 Millionen gestiegen sind, die Kommunisten, die nichts gemein haben mit allem, was anderen Menschen heilig ist, die vollkommen aus unserem Volkskörper losgelöst sind und die zusehen können, wie tausend andere verbluten. Es wird sich mancher nicht klar, was das für eine Gefahr bedeutet. In Wirklichkeit sind die Totengräber Deutschlands an der Arbeit. Dasselbe gilt von den sonstigen Linksparteien. Wenn heute die Kommunisten marschieren würden, würden die Sozialdemokraten das gleiche tun, oder wenn die Unabhängigen marschierten, würden sie das gleiche tun, würden sich auf den Boden der Tatsachen stellen. Und schon in diesen Tagen und Monaten können Sie bei einer Prüfung der sozialistischen Presse feststellen, daß man ununterbrochen nach links marschiert. Nehmen Sie das einzige Kapitel Arbeitslosigkeit. Warum ist sie da? Sie ist da wegen des Verbrechens der Novemberrevolution, ist eine letzte Folgeerscheinung. Man hat Deutschland zertrümmert und damit auch die Wirtschaft gebrochen. Nun sind Millionen arbeitslos. Was tut die sozialdemokratische Presse? Sie übertrifft fast die kommunistische in der Hetze. Sie muß es tun, sonst laufen ihr die Schäfchen weg. Da ist die Fürstenabfindung, dann das Wort Aufwertung. Man stiehlt oder beabsichtigt zu stehlen und redet dann von Abfindung oder Aufwertung. Das sind lauter republikanische Ausdrücke, die dereinst in der Geschichte eine

besondere Bedeutung haben werden. Wohlgemerkt, für die Regelung dieser Dinge war die Sozialdemokratie selbst 3 oder 4 Jahre lang eingetreten; ihr eigener Obergenosse Südekum [9] war dafür eingetreten. Heute fordern sie ein Volksbegehren. Warum? Der Wind weht heute anders. Die Sozialdemokratie stellt sich heute zur radikalen Partei um, will nichts mehr von der Großen Koalition wissen. Sie wittert schon kommende Ereignisse und will nicht zurückstehen. Mag kommen, was kommen mag, sie wird mit von der Partei sein, so oder so! Wie sie das versteht, hat sie schon einmal bewiesen. Da wurde auch erklärt: wenn das deutsche Volk eine Revolution macht, ist das ein großes Unglück, während man sich bereit machte, um am nächsten Tag in die Revolution hineinzuspringen.

Es ist selbstverständlich, daß heute bereits jeder Gedanke einer deutschen Erhebung daran scheitern müßte, daß diese breiten Massen nicht mehr mitmarschieren, daß in demselben Augenblick Deutschland dieselbe Niederlage erleiden wird, der gleiche Dolchstoß kommen würde wie einst. Die Geschichte kennt keine Zufälligkeit. Wenn ich ein Volk jahrelang in politischer Charakterlosigkeit erziehe, wenn ich die Parteien ruhig gewähren lasse, wenn ich alles verhindere, was ein Volk stärken kann, wenn ich alles in die Gosse ziehe, was einem Volk heilig ist, dann wundere man sich nicht, wenn sich das bildet, was wir in Deutschland heute sehen.

Damit ist die Frage der deutschen Erhebung für die Zukunft eine ganz andere, als sie heute parteipolitisch gestellt wird. Es ist nicht die Frage, ob bei der nächsten Wahl die Partei ein paar Mandate mehr bekommt als die andere, ob die Deutschnationalen auf Kosten der Deutschen Volkspartei gewinnen, die Deutsche Volkspartei auf Kosten der Demokraten, ob das Zentrum - das Zentrum wird behalten, was es hat - oder die Demokraten abnehmen oder zunehmen, ob die Sozialdemokraten ab- oder zunehmen. Das spielt für die deutsche Zukunft im wesentlichen gar keine Rolle. Das spielt eine Rolle für die einzelnen Parteien und spielt eine große Rolle für die einzelnen Parlamentarier, denn für diese hängt die Milchflasche davon ab (Heiterkeit), das große Entweder-Oder, entweder nichts zu sein oder eine Freifahrkarte I. Klasse, und was noch dazu gehört, zu haben. Davon hängt für sie alles ab, aber für die Nation ist das belanglos. Wenn jetzt selbst eine Wahl kommen würde, bei der die Sozialdemokratie so und soviel Mandate weniger bekäme, wäre das belanglos. Belangvoll wäre es, wenn es gelingen würde, den Marxismus als solchen wegzunehmen. Ob die Deutsche Volkspartei oder die Deutschnationalen heute einen Wahlsieg erringen, 15 oder 20 Mandate den anderen wegnehmen, das spielt keine Rolle, ist für Deutschland belanglos. Wenn es gelingen würde, dem Marxismus 1 Million Stimmen wegzunehmen, dann würde die große Gefahr für Deutschland um 1/15 verringert sein, wenn es gelingen würde, dem Marxismus 2 Millionen Stimmen wegzunehmen, würde die Gefahr für Deutschland um 1/7 verringert worden sein, bei 3 Millionen um 1/5 und so herunter.

Das ist die Frage, und das war die Frage der Vorkriegszeit, und daß man an der Frage vorbeiging und alles tat, nur das nicht, hat das deutsche Volk dem Untergang entgegengeführt, und daß man die Frage auch heute nicht sieht, daß man alles begreift und

9 Albert Südekum (1871-1943), Journalist, 1893 Dr. phil., 1900-1918 MdR (SPD), 1918-1920 preuß. Finanzminister, 1921-1925 Staatskommissar für die Neuordnung des Unterelbegebiets.

alles will und alles schützt, aber nur dieser Frage keine Bedeutung zumißt, ist die Ursache, warum Deutschland nicht aufsteigt, sondern daß es von Jahr zu Jahr tiefer heruntersinkt.

Ich möchte das auf eine einfache Formel bringen: Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen, sowenig Sie einen Menschen gesund machen können, solange er nicht von der Tuberkulose geheilt ist. Sie können ihm tausendmal zu essen geben, sorgen, daß er eine andere Farbe bekommt, Sie können tun, was Sie wollen: solange die Tuberkel weiterfressen, solange nützt das Herumdoktern nichts. Und was Sie heute an der deutschen Nation unternehmen, ist auch nur ein äußeres Herumdoktern. Die Frage ist nicht, ob bei der nächsten Wahl die Partei oder jene Partei den Sieg erhält; die Frage ist immer: beseitigen wir die innere Krankheit des Volkes oder nicht. Beseitigen wir sie nicht, so ist das alles reine Kurpfuscherei, weiter nichts!

Wir haben seit 1918 eine große Anzahl Wahlen gehabt. Sie werden nicht behaupten wollen, daß die Ergebnisse dieser Wahlen irgend etwas an der prinzipiellen Linie des Abstiegs geändert hätten. Es geht manchmal schneller, manchmal langsamer, aber das ist gleich. Deutschland geht den Weg, der ihm 1918 vorgezeichnet wurde. Es ist von diesem Weg noch nie abgebogen, nur das Tempo ist verschieden, aber das Ziel ist dasselbe.

Diese Erkenntnis war die Ursache meiner politischen Betätigung und die Ursache der Begründung der Bewegung, die ich heute vertrete: die nüchterne Erkenntnis, daß alles, was heute geschieht, am wirklichen Problem vorbeigeht. Wir haben 15 Millionen, die bewußt und gewollt antinational eingestellt sind, und solange diese 15 Millionen, die den lebendigsten und tatkräftigsten Teil repräsentieren, nicht in den Schoß des gemeinsamen Nationalgefühls und Empfindens zurückgeführt werden, ist jede Rede von Wiederaufstieg und der Wiedererhebung Geschwätz ohne jede Bedeutung. (Sehr richtig!) Das ist die Lebensfrage und die Schicksalsfrage der deutschen Nation. Das ist die Schicksalsfrage nicht nur für uns, sondern sie tritt auch an andere Länder heran. Es war auch die Schicksalsfrage für Italien, und in diesem Lande ist sie gelöst worden, nicht dank der Genialität eines Mannes, der die Gefahr begriff, sondern dank der Einsicht jenes Teils der italienischen Nation, die lernte, daß jede Blüte von Wirtschaft, Handel usw. lächerlich ist, solange dieses Gift grassiert, und das rückhaltlos den Mann forderte, der dem Gift zu Leibe rückte. (Bravo!) Diese Frage ist die Kernfrage der ganzen Zukunft der deutschen Nation. Von ihrer Lösung hängt im Grunde genommen Sein oder Nichtsein ab.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde einst die Bewegung gegründet, die ich mich bemühe, großzumachen und emporzubringen. Ihre Aufgabe ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung.

Ich muß eins herausgreifen: die Zertrümmerung und Vernichtung, das ist etwas wesentlich anderes als das, was die bürgerlichen Parteien als Ziel vor Augen haben. Den bürgerlichen Parteien schwebt als Ziel nicht die Vernichtung vor, sondern nur ein Wahlsieg. Im übrigen ist ein gewisses Vorhandensein dieser Gefahr manchen bürgerlichen Parlamentariern sogar angenehm, denn dadurch kommt die Geschicklichkeit des klei-

nen Parlamentariers mehr zur Geltung, das kleine Mogeln und Schieben. Das wäre anders, wenn man prinzipiell kämpfen sollte. Einer bleibt dann am Boden liegen, entweder der Marxismus rottet uns aus oder wir rotten ihn aus bis zur letzten Spur. Diese Formel würde naturgemäß eines Tages eine Macht bringen, die allein regiert, so, wie in Italien heute eine Weltanschauung, eine Macht regiert, die den anderen rücksichtslos das Genick zermalmt und zerbricht und kein Hehl daraus macht, daß der Kampf erst an dem Tage beendet ist, an dem der andere restlos erledigt ist, genauso, wie das der Kommunismus in Rußland auf der anderen [*Seite*] macht. Der normalen Parlamentsgröße ist ein solcher Gedanke unsympathisch, denn nun kommt auf einmal in dieses liebliche Spielen, in dieses liebliche Feilschen ein Zug hinein, der jenen unsympathisch ist. Es kommt das Gefahrenmoment. Natürlich ist es viel leichter, eine Kommission zusammenzukleistern, herumzulaufen, durch Versprechungen und andere Mittel den einen oder anderen hinzuzubekommen, drei Monate vielleicht zu arbeiten und es dann wieder bei anderen zu versuchen. Aber man macht nichts von besonderer Bedeutung. Man kann nie zu einer wirklichen letzten Entscheidung kommen, da der eine Teil mehr gemäßigt sein wird, mehr auf dem Boden der allgemeinen Menschlichkeit steht und nicht entschlossen sein würde, rücksichtslos dem anderen das Genick zu brechen. Dadurch wird nicht das Gefahrenmoment vermindert. Dadurch, daß man sich jeder derartigen Entscheidung fernhält, läuft man selbst nicht Gefahr, vor die Entscheidung gestellt zu werden. Der andere macht es auch so; wenn er ans Ruder kommt, wird er auch nur mogeln; sie werden sich nie überspannen. Es wird nie der Moment kommen, daß es Kampf auf Leben und Tod heißt! Das ganze ist ein dauerndes Spiel mit ungefähr gleichen Kräften. Das ist der Idealzustand für die politischen Dreikäsehochs, für die die Welt nichts anderes ist als ein Bestätigungsfeld für ihre Schiebekünste. Das ist für die ihre absolute, ledigliche Betätigung. Die Nation ist keinen Schritt weitergekommen; sie ist, wie sie vor drei Jahren war, todkrank, genau wie ein Lungenkranker, solange die Krankheit nicht aus ihm genommen wird. Alle anderen Mittel nützen wenig; entweder stirbt der Erreger der Krankheit oder der Kranke. Unsere Mittelchen ändern nichts an der inneren Tatsache des Krankseins. Das ist das Unheil, daß man in Deutschland das nicht begriffen hat. Und das soll die Jugendbewegung, die wir einst gründeten, eben begreifen. Diese Jugendbewegung sollte ganz erfüllt sein von der Überzeugung, daß die deutsche Schicksalsfrage eben nur die allein ist: gelingt es uns, den Marxismus zu zerbrechen, oder gelingt es nicht. Gelingt es nicht, ist jede politische Tätigkeit lächerliche Spielerei, was auch sonst bei uns geschieht, solange diese Gefahr besteht und dauernd wächst, ist alle andere politische Betätigung oder Wahlbetätigung lächerliche Spielerei, hat keinen Sinn und Zweck. Das Schicksal wird weitergehen, ob man das andere tut oder nicht.

Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Das ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft. Eine solche Bewegung kann sich nur an die Mannesfaust wenden, die weiß, man kann Gift nur durch Gegengift

brechen. Diese Bewegung kann nur dasselbe tun. Entscheiden muß der härtere Schädel, die größte Entschlossenheit und der größere Idealismus. (Stürmischer Beifall)

Es wird also eine solche Bewegung sich an die Masse zu wenden haben. In der Masse liegt die Quelle aller Kraft, und in ihr liegt positive Entschlossenheit, die nicht immer durch tausenderlei Bedenken schwankend gemacht wird, die auf allen möglichen Gebieten der höheren Einsicht usw. liegen. Vor allem aber, sie wird sich an die Masse wenden müssen, weil in der Masse allein jene primitive Kraft der Einseitigkeit liegt, das, was gerade unseren Höherstehenden soviel Grauen abnötigt, diese Einseitigkeit, dieses Nichtverstehen auch des anderen. Wir sind an unserem übergroßen Objektivismus zu Grunde gegangen; wir haben alles objektiv betrachtet, und dies hat dahin geführt, daß der einzelne Deutsche immer nach dem objektiven Recht des anderen sucht und niemals subjektiv von sich aus sich zur Wehr stellt. Das kennt nur die Masse. Die Masse ist primitiv eingestellt, ist nicht eine Erscheinung der Mitte, sondern eine Verkörperung der Leidenschaft des positiven oder negativen "Ja" oder "Nein", des Glaubens oder Unglaubens, immer aber ja oder nein, und nicht ein Mittelding: es könnte - auch das sein.

Der Krieg und unsere Kriegspropaganda waren daran krank, daß sie nicht brutal subjektiv unser Recht vertraten, sondern vom ersten Tag an objektiv versuchten, den tieferen Ursachen des Völkerringens nachzuspüren, festzustellen, daß nicht wir allein die Schuld tragen, daß auch die anderen schuld haben, ja, daß die Schuld der anderen größer wäre. Man hat vergessen, daß jene breite Masse diesen Objektivismus als Zweifel am eigenen Recht empfindet und mithin selbst dem zum Opfer fällt, der diesem Gefühl nicht unterworfen ist. Daher konnte die feindliche Kriegspropaganda besser wirken: sie war eingestellt auf die Empfindlichkeit der Masse. Sie hat nicht erklärt: Die Deutschen haben genauso barbarisch gehaust wie wir, oder: Wir haben nicht barbarischer gehaust als die Deutschen, sondern sie sagten: Die Deutschen hacken kleinen Mädchen die Hand ab, das Volk der Hunnen. In dieser Einseitigkeit der feindlichen Propaganda, der man mehr Glauben entgegengebracht hat als der unseren, lag die Stärke der feindlichen Propaganda.

Auch deshalb bearbeitet man die Masse: sie ist nicht angekränkelt von dem dauernden Abwiegen; denn dessen müssen wir uns klar sein: das Fabulieren ist das Gefühl, niemals Erkenntnis, denn Erkenntnis gibt der Geistigkeit granitene Festigkeit, der breiten Masse wird sie schwankende Plattform sein. Die breite Masse wird, wenn sie auf Erkenntnis baut, für jeden Grund drei Gegengründe finden können. Es wird jeder Entschluß gestürzt werden können durch einen ebenfalls aus Erkenntnis geborenen Gegenentschluß. Was stabil ist, ist das Gefühl: der Haß. Er ist viel weniger zu erschüttern, weil er eine menschliche Leidenschaft ist, als eine minderwertige Einschätzung auf Grund irgendeiner wissenschaftlichen Erkenntnis. Das kann sich ändern; der persönliche Haß bleibt.

So muß eine Bewegung, die Gutes erreichen will, die zum Kampf ausholen will, sich selbst der Masse bedienen, die Träger sein kann, und das ist nur die breite Masse. Diese breite sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Mit nichts anderem werden wir dieser Weltpest Herr werden. Sie allein ist in der Lage, das politische Glaubensbe-

kenntnis in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, daß aus rein dogmatischer Handhabung ein fanatischer Glaube wird, wie er heute auf der anderen Seite da ist.

Wenn eine Bewegung aber an die breite Masse appellieren will, in der Erkenntnis, daß man nur mit ihr allein das machen kann, und wenn die gestellte Aufgabe die Lebensfrage der Nation an sich ist, tritt das große Recht in Erscheinung, daß dann jedes Mittel zu verantworten ist, das zum Ziele führt. (Bravo!) Das heißt mit anderen Worten: Wenn ich erst begreife, daß ich diese breite Masse unbedingt allein als Faktor einsetzen kann gegen das Verderben des Vaterlandes und den Zusammenbruch unseres Volkes, gegen das Auslöschen unseres ganzen Reichs und unserer Nation, dann muß ich auch begreifen, daß kein Opfer groß genug ist, um das zu erreichen. (Stürmischer Beifall!)

Ich kann hier nur den Einsatz abwägen an der Größe der Gefahr. Die Größe der Gefahr steht vor unseren Augen. Drei Generationen weiter fortgewirtschaftet wie heute, und Sie sehen kein Deutschland mehr, das wert wäre, von einem Kinde noch mit dem Wort Deutschland bezeichnet zu werden. Der Zustand kann beendet werden. Wenn das die größte Frage der Nation ist, ist auch jedes Opfer, das für die Lösung dieser Frage gebracht wird, klein und niemals zu groß.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: wie kann man die breite Masse gewinnen, dann muß man einen Weg gehen, der zwei Gebiete umschließt: auf der einen Seite ehrlichstes und tiefstes Verständnis für all das, was, rein menschlich betrachtet, diese breite Masse der Nation entfremden müßte; tiefstes Eindringen in alle die Sorgen und Nöte und lebendigste Mittel, diesen Sorgen und Nöten zu steuern, zu helfen und zu bessern, soweit das nach menschlicher Voraussicht überhaupt geht. Und wenn der einzelne sich die Frage vorlegt: kann man das tun? so ist die Frage nicht, ob man das tun kann, sondern wer es tut, ob wir oder die anderen es tun. - Die Frage des Entgegenkommens in allen sozialen Dingen kann nur bestimmt werden von einem einzigen Gesichtspunkt, außer der Rücksicht auf die Gesundheit eines Volkes, von der Rücksicht auf eine nationale, unabhängige Wirtschaft. Damit Sie das gleich verstehen, darf ich eins sagen:

Sie wissen, im Kriege war die deutsche Gewerkschaftsbewegung genau wie im Frieden. Diese Gewerkschaftsbewegung war bei uns in Deutschland international eingestellt, und ihre weltanschauliche Tendenz lag in der Linie der marxistischen. Diese Gewerkschaften haben die gesamte deutsche Arbeiterschaft erfaßt. Stellen Sie sich nun vor: die deutschen Gewerkschaften wären, rein wirtschaftlich genommen, ganz gleich aufgetreten, wie sie aufgetreten sind, ja sie wären noch schärfer aufgetreten, und die deutschen Gewerkschaften hätten während des Krieges fünf, sechs, siebenmal gestreikt, hätten erklärt: Wir verlangen höhere Löhne, bessere Transportlöhne usw., und nehmen Sie weiter an, diese Gewerkschaften wären weltanschaulich national gewesen, dieselben Gewerkschaften hätten auf der anderen Seite aber betont: jeder Genosse, der in dieser Stunde Deutschland im Stiche läßt, ist ein Lump und kommt nicht mehr vor unsere Augen, alles hängt vom Vaterland ab, wenn Deutschland nicht siegt, ist unsere ganze soziale Gesetzgebung erledigt, jeder einzelne Deutsche ist verpflichtet, dem Reiche bis zum letzten Atemzug zu helfen; nehmen Sie an, die deutschen Gewerkschaften hätten diese Momente miteinander vereinigt: was wäre das Ergebnis gewesen? Sicherlich hätte mancher beschränkte Kopf erklärt: das ist entsetzlich: wieder kommen sie mit neuen

Forderungen, wie soll man die tragen? Alle diese Forderungen wären lächerlich, wenn Deutschland dadurch gesiegt hätte (Bravo!), wenn wir auf den Schlachtfeldern den Sieg errungen hätten. Vergleichen Sie das mit all dem, was man damals hätte opfern müssen und was Deutschland opfern mußte, jetzt geopfert hat. Wenn jemand sozialen Forderungen gegenüber furchtsam wird, dann ist das begreiflich, allein er mag sich immer den Vergleich vor Augen halten: auf der einen Seite steht der Ruin des Reiches und das Ende der gesamten Wirtschaft und das Ende von allem, was drum und dran hängt; auf der anderen Seite steht eine Forderung, die auch schwer sein mag, allein, wenn diese Forderung die Erhaltung des Reiches und damit der nationalen Wirtschaft im letzten Sinne gewährleistet, ist sie doch lächerlich klein, sie steht in gar keinem Verhältnis zu dem, was sonst verloren wird.

Ich will zum Verständnis dieses Maßstabes ein paar Gleichnisse anführen. Unsere deutschen Fürsten hatten einst ein sehr großes Vermögen, zusammen dürfte es sicherlich 1 1/2 bis 2 Milliarden betragen haben. Nun stellen Sie sich vor, daß damals im Frieden ein Mann aufgetreten wäre mit einer Parole im marxistischen Sinne, und wenn dieser Mann einen Appell an die Fürsten gerichtet hätte, der die Fürsten vielleicht eine halbe Milliarde gekostet hätte. Der Mann wäre ausgelacht worden. Man hätte gesagt: Sind Sie verrückt? Das können wir nicht tun, das fällt uns gar nicht ein. Heute wird darüber entschieden, ob die Fürsten einen Bruchteil ihres Vermögens zurückerhalten oder nicht, und kein Mensch weiß, wie die Geschichte auslaufen wird. Einst hätten sie nicht den zehnten Teil ihres Vermögens opfern können, heute werden sie alles opfern müssen.

Dasselbe gilt für unsere gesamte Wirtschaft; sie steht auf dem Standpunkt, auch heute noch: das geht nicht, das kann man nicht tun, das ist zuviel, dieses Zugeständnis kann man nicht machen. Es kommt eine Zeit, da man nicht gefragt wird, sondern alles zusammenbrechen wird. Die Erklärung, die kommt: es geht alles zugrunde, tröstet nicht darüber hinweg, daß es zugrunde gegangen ist; sondern die Frage ist die: kann man beizeiten durch kluge Maßnahmen das noch verhüten? Man wird mir die Antwort geben, das wäre zwecklos. Ja, solange der Marxismus Sachwalter der Interessen der deutschen Arbeiterschaft ist, wäre das zwecklos, denn der Marxismus tat so etwas nicht, um die Arbeiterschaft zu befriedigen, sondern um neue Mittel im Kampfe zu erhalten. Er will gar nicht, daß die Forderungen befriedigt werden. Er weiß genau, jede Befriedigung der Forderungen würde ihm das Kampfmaterial aus der Hand nehmen, das er braucht. Er ist nicht sozial eingestellt, sondern braucht das nur zur Propaganda. "Proletarier, wir verlangen das und das! Seht, das ist das Bürgertum, das schwelgt und schlemmt, und Ihr erhaltet nichts!" Das ist sozialdemokratische Taktik. Die führt zu keinem Erfolg.

Aber wenn heute eine neue Bewegung kommt, die sich um die breite Masse wirklich sorgt - denken Sie nicht, daß sie den Kampf anders führen kann als fanatisch sozial und gerecht eingestellt; denken Sie nicht, daß einer die Masse gewinnen könnte, außer, sie erhält das Gefühl von der Redlichkeit und Aufrichtigkeit der Gesinnung dieses Menschen auch für das Wohl der breiten Masse. Wenn sie dieses Gefühl nicht erhält, ist jeder Versuch eines Appells an die Masse im voraus im Keime unmöglich. Das ist das allererste, daß man erkennt: was die wollen, ist mein eigenes Glück und Heil, das im

Rahmen eines freien deutschen Nationalstaates begründet werden soll; wenn ich ihnen also meine Unterstützung gebe, findet das nicht ein Mißtrauen von ihrer Seite, sondern im Gegenteil, sie werden in wahrhaft ehrlicher Weise dafür eintreten, daß all das von meinen Forderungen erfüllt wird, was möglich ist, was imstande ist, eine unabhängige Wirtschaft zu fördern, ohne die nationale Wirtschaft zu zertrümmern und dadurch Deutschland zum Spielball fremder Gewalten werden zu lassen. Das sind die Richtlinien der sozialen Gesetzgebung: Förderung des Wohls des einzelnen in dem Rahmen, der eine Erhaltung einer unabhängigen Wirtschaft gewährleistet, und demgegenüber die Überzeugung: in dem Geschäft, in dem wir Arbeit nehmen, sind wir alle Arbeiter; jede Steigerung der Produktion kommt jedem einzelnen zugute. Der Zweck ist nicht mehr, mehr Lohn zu bekommen, sondern Steigerung der Produktion, weil dies dem einzelnen wieder zugute kommt.

Das ist die eine Voraussetzung, ohne die der Versuch, an die Masse heranzukommen, von vornherein lächerlich ist. Die zweite Voraussetzung ist: Der Masse muß wirklich ein politisches Glaubensbekenntnis geboten werden, ein Programm, das unabänderlich ist, ein politischer Glauben, der unerschütterlich ist. Vor allen Dingen muß mit der Meinung aufgeräumt werden, weltanschauliche Gebilde könnten die Menge befriedigen. Sowenig die Menschen befriedigt werden können von dem Vorhandensein religiöser Gefühle an sich, sondern Sehnsucht haben nach einer Ausdrucksform dieses inneren religiösen Empfindens, das genau begrenzt ist und das man mit dem Wort Glauben bezeichnet, genauso hat jene breite Masse, die nicht von philosophisch weitblickenden Ideen erfüllt ist, das Bedürfnis, eine Weltanschauung in so klarer, gebundener Form zu bekommen, daß dieses Programm, das sie erhält, zum politischen Glauben wird, auf den sie bauen kann, der unerschütterlich ist, um den die ganze Welt sich im Kreise dreht. Der Mensch wünscht einen Glauben, auch in politischer Hinsicht, eine Weltanschauung, die ihn trägt, auf die er baut, die ihn in allen Lebenslagen begleitet und Richtung gebend sein ganzes Leben bestimmt, in wenigen Dogmen.

Auch hier werden die Parteitage von rechts keinen Erfolg haben. Im Fluktuieren ihrer Programme liegt schon die Ursache des Nichtgeglaubtseins dieser Programme, und vor allen Dingen des Nichternstnehmens. Was folgt daraus? Die breite Masse wünscht das gar nicht, daß man viel Rücksicht auf die Tagesdinge nimmt und jeden Tag, jeden Monat, jedes Jahr, besonders aber vor jeder Wahl mit einem neuen Programm kommt. Das sind Tageskämpfe. Was aber die breite Masse wünscht, ist eine Plattform, die dauernd unter ihren Füßen sich befindet. Mag daher das Programm des Marxismus noch so blödsinnig sein, in der Festigkeit, in der es vertreten wird, liegt die Ursache zum Geglaubtwerden.

Auch das liegt auf dem Gebiet, das ich vorhin streifte. Die breite Masse ist feminin, einseitig eingestellt; sie kennt nur das harte "entweder oder" und hat nur Gefühl für die Notwendigkeit der Vertretung einer einzigen Richtung, einer einzigen Anschauung und Tendenz, und zwar mit allen Mitteln, und schreckt auch vor der Gewalt nicht zurück.

Wie oft hört man das Wort: das wird den Arbeitern bald zu dumm werden. Das sagt nur jemand, der die Psyche des kleinen Mannes nicht kennt. Wie lange läßt er sich das gefallen? Einen Schwächling wie Ludwig XVI. hat Frankreich nicht ertragen können;

unter einem Napoleon hat es sich glücklich gefühlt. Einen Bethmann Hollweg hat man in Deutschland wenig geliebt und in der breiten Masse nicht geschätzt; den Kürassier Bismarck hat man verehrt. Warum? Die breite Masse liebt, weil sie feminin ist, den Mann, will geführt sein, will nicht jemand vor sich haben, der sagt: es geht vielleicht so, so vielleicht auch, man kann es vielleicht auch anders machen. Die Masse wünscht den Mann mit den Kürassierstiefeln, der sagt: der Weg ist der richtige!

Nehmen Sie eine Versammlung, eine normale bürgerliche Versammlung. Der Herr Versammlungsleiter betritt das Podium. Im Saal befinden sich etwa 35-40 Kommunisten. Alles zeigt auf den Winkel, wo die Kommunisten sich aufhalten. Am Vorstandstisch tuschelt man untereinander. Endlich kommt die große Glocke; der Versammlungsleiter eröffnet die Versammlung mit den Worten:

"Meine sehr verehrten Damen und Herren!"

Eine politische Versammlung eröffnet man nicht mit dem Gruß der Damen. Erst kommen die Männer, dann die Frauen. Am wenigsten wirkt das bei den Frauen selbst; der Versammlungsleiter wendet sich dann sofort an die Oppostion. Er sagt:

"Wie ich sehe, befinden sich auch Vertreter anderer politischer Parteien hier. Ich begrüße das!"

Er lügt!

"Ich darf nur bitten, daß die Herren die Würde der Versammlung wahren, und gebe gleich jetzt die Zusicherung, daß nach Schluß der Rede des Referenten eine vollkommen freie Aussprache stattfindet. Es kann jeder zum Wort kommen und seine Meinung äußern."

Glauben Sie mir: das wirkt auf diese Leute ganz umgekehrt. Das ist so falsch und nur der Ausfluß der totalen Unkenntnis der Psyche der Masse. Was die Masse fühlen muß, ist der Triumph der eigenen Stärke, die Verachtung des Gegners und endlich, und zwar das allerschwerwiegendste: die Überzeugung zum eigenen Recht. Das ist das Verheerende, daß der andere, der selbst gewöhnt ist, seine Idee brutal zu vertreten, in jeder Schwäche des Bekämpften einen Zweifel an dessen Recht sieht, und zwar des Vertreters dieses Rechts selbst. So ist das Erlebnis umgekehrt. Der Mann dürfte nicht sagen: "Ich lade Sie zu einer Aussprache ein", sondern er müßte sagen: "Volksgenossen! Ich eröffne hiermit die Massenversammlung. Ich mache gleich darauf aufmerksam, daß wir im Saale Hausrecht besitzen; wer es wagt, mit einem Wort Zwischenrufe zu machen, fliegt heraus und kriegt den Schädel derartig voll, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Das lassen Sie sich gesagt sein!" (Stürmischer Beifall!) "Ob wir eine Aussprache genehmigen, hängt von uns ab; wenn es uns beliebt, wenn wir noch Zeit haben, ja, im anderen Falle nicht! Das Wort hat der Redner."

Glauben Sie mir: das erste, was die Masse ohne weiteres fühlt, ist, wenn auch tausendmal nach außen zu verneinen, die geachtete Kraft. Wenn eine Bewegung noch so ideal sein soll, so muß sie auf der anderen Seite mit der gleichen Brutalität aufzutreten gelernt haben, muß wissen: wir kämpfen für ein Recht, und dieses Recht wird in den Augen der anderen um so mehr steigen, je kraftbewußter Sie auftreten. Es ist falsch, daß der Terror die Masse wegführt.

Sie können tausendmal von einzelnen Arbeitern sogenannte vernünftige Äußerungen hören. Unterliegt er aber der Massensuggestion, dieser großartigen Wirkung ihrer Versammlungen von 200.000 Menschen im Lustgarten, dann steht er als kleiner Wurm dazwischen, und diese 200.000 Menschen sind für ihn nicht nur ein Symbol der Kraft, sondern auch des Rechts der Bewegung. Er sieht 200.000 Menschen, die alle für ein Ideal kämpfen, das er im einzelnen vielleicht gar nicht zu zerlegen vermag, dessen er sich gar nicht klar zu werden braucht. Das ist sein Glaube, und der Glaube wird tagtäglich gestärkt durch die sichtbare Machtäußerung dieses Glaubens.

Das ist das zweite, daß diese Bewegung mit eiserner Kraft vorgehen muß, und drittens muß sie intolerant sein! Das wird soviel, besonders aus dem Bürgertum, mit Entsetzen aufgenommen, die sagen: man muß jede Meinung zu Wort kommen lassen! Wenn alle Menschen diese gleiche Anschauung haben, dann ja, dann ist das sehr schön. Ich muß gestehen: ich möchte in einem solchen Staat oder Land nicht wohnen, in dem jede Meinung zu Wort kommen kann und die Menschen so weit kommen, daß sie alles erdulden. Was dann herauskommt, ist etwas Fürchterliches, eine babylonische Sprachverwirrung. Wenn aber an sich Bewegungen da sind, die diesen weitgehenden toleranten Standpunkt nicht einnehmen, die von vornherein sich zu dem Gedanken bekennen, daß ihre Anschauung die richtige ist und jede andere unterdrückt werden muß, dann wäre die Vertretung dieses toleranten Gesichtspunktes reiner Wahnsinn, denn in dieser Toleranz liegt für den primitiven Menschen auf der anderen Seite unbewußt ein Grund mehr, an der Wahrhaftigkeit der anderen zu zweifeln. Der an sich primitive Mensch sagt: wenn sie selbst glauben, daß das wahr ist, würden sie uns nicht gestatten, daß wir das Gegenteil sagen. Wir erlauben das nicht, weil wir überzeugt sind, daß unsere Anschauung wahr ist. Das ist ein sehr gesunder, natürlicher Gesichtspunkt, denn der Mann hat recht: wenn eine Sache wahr ist, dann hat sie das Recht, intolerant zu sein. Wenn ein Vater recht hat, braucht er nicht seine neun Kinder zusammenzurufen, um sie abstimmen zu lassen, und trotz seiner Überzeugung, vollkommen im Recht zu sein, zu sagen: Ich bin ebenso vollkommen von meinem Recht überzeugt wie du, ich bin aber tolerant, wenn du meinst, es geht, dann sollst du deinen Willen haben. Das wäre mir ein sauberer Vater.

Zum Schluß gibt es auch eine Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit, und Führer sein heißt: nicht geführt werden, sondern führen, und dann heißt es auch dann führen, wenn der Strom augenblicklich anders geht. Die meisten verstehen unter Wirklichkeit nichts anderes als den Zoll, den sie der öffentlichen Meinung geben. Sie versuchen nicht, gegen den Strom zu schwimmen, sondern sagen: der Strom schwimmt, wir müssen sehen, daß wir mitgehen. Das ist das falscheste. Wenn eine Bewegung den Kampf gegen den Marxismus durchführen will, hat sie genauso intolerant zu sein, wie es der Marxismus selbst ist. Sie darf keinen Zweifel darüber lassen: wir erkennen ganz genau, daß, wenn der Marxismus siegt, wir vernichtet werden; wir erwarten auch gar nichts anderes; allein, wenn wir siegen, wird der Marxismus vernichtet, und zwar restlos; auch wir kennen keine Toleranz. Wir haben nicht eher Ruhe, bis die letzte Zeitung vernichtet ist, die letzte Organisation erledigt ist, die letzte Bildungsstätte beseitigt ist und der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist. Es gibt kein Mittelding. (Stürmischer Beifall) Das ist

ein weiterer Gesichtspunkt, der die breite Masse zu gewinnen vermag. In dem Maße, in dem Sie rücksichtslos eine Lehre vertreten, wird die Schar der rücksichtslosen Kämpfer größer werden, und alle Menschen, die nach Wahrheit ringen, glauben mehr einer solchen Lehre der Wahrheit als einer sogenannten toleranten Lehre. Die breite Masse zweifelt an dem Ernst einer solchen Sache.

Daraus ergeben sich eine Reihe Gesichtspunkte. Der wichtigste ist der, nicht für eine Bewegung rein geistig allein zu arbeiten. Ich höre heute so häufig von der mir so wohlwollend gegenüberstehenden Linkspresse in Deutschland den Einwand: Mit dem Gummiknüppel kann man Politik nicht machen. Daran denkt auch niemand: Politik wird immer nur mit dem Kopf gemacht werden. Selbstverständlich, mit dem Gummiknüppel kann man niemand bekehren, das fällt auch niemand ein, oder: mit dem Gummiknüppel kann man Wahrheit nicht verbreiten.

Stellen Sie sich vor, nicht Sie wären hier im Saal, sondern es wäre eine Volksversammlung, Kopf an Kopf gepreßt. Jetzt stehe ich im Saal, und in diesem Saale sind 3.000 Menschen, und davon sind 2.950, die wollen mich hören, ich kann zu den Leuten predigen, aber 50 wollen mich nicht hören, davon 23 Gewerkschaftsbeamte, 4 Reichstagsabgeordnete, 7 Staatsräte usw. Sie gehören alle naturgemäß der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei an, haben kein Interesse, mich zu hören, wissen auch, was ich sagen will. Diese 50 fangen nun an: Pfui! Nieder, nieder! Heraus, heraus! zu schreien. Nun möchte ich einen dieser sehr verehrten geistigen Kämpfer fragen, wie er auf geistige Weise dieser 50 Herr wird und sich auf geistige Weise verständlich macht. Wohlgemerkt, meine Mission ist nicht, in so illustrer Gesellschaft zu sprechen, sondern vor 3, 4, 6 oder 9.000 Proletariern zu reden, in dieser breiten Masse, in irgendeinem Zirkus oder einer Festhalle, wo 8-9.000 Menschen gedrängt stehen, wo vielleicht nur 1/9 Anhänger sind, die anderen lauter Gegner. Wie können Sie da geistig reden, wenn nur 50 darin sind, die dauernd Skandal machen.

Unsere Bewegung hat sich vom ersten Tag an zu der Auffassung bekannt: wir arbeiten mit dem Geist für den, der gewillt ist, mit dem Geist zu antworten; wer sich uns aber entgegenstellt, wer uns mit Gewalt oder mit Lügen antwortet, denen treiben wir die Lügen aus, denn mit Weisheit und Wahrheit kann man die Lüge nicht besiegen, denn sie ist bewußte Unwahrheit; da nützt Erkenntnis und Verständnis nichts, da hilft nur: der Lügner muß entfernt werden. Und wenn Sie in einer solchen Versammlung mit Engelszungen redeten, es wäre unmöglich, etwas zu erreichen. Die Herren, die das nicht glauben, bitte ich: gehen Sie hinaus ins Volk und versuchen Sie, zu den Kommunisten gefährlich zu reden, so daß die Führer das Gefühl haben: der Mensch wird uns gefährlich, der nimmt uns die Masse aus der Hand. Da sollen Sie sehen, wie diese Leute den Terror sofort zur Anwendung bringen. Da gibt es nur ein Mittel: hinaus mit den Burschen! Das ist das einzige Mittel. Dann kann der andere schön sagen: Gestern haben sie wieder eine Versammlung gehabt; schon wieder eine Prügelei in dieser Versammlung; es ist entsetzlich! Es wird noch viel entsetzlicher sein, wenn diese Massen eines Tags auf der Straße stehen und wenn weiter nichts da ist als die geistige Waffe allein. Dann werden die Leute erst das Entsetzen kennenlernen. Solange dagegen noch eine Waffe angewandt werden kann, ist das noch nicht das primitivste.

Das hat mit Ästhetik nichts zu tun. Das Schicksal eines Volkes liegt auf der Waagschale. Was hat damit Ästhetik zu tun? Es droht uns Joch und Sklaverei. Wenn das beseitigt wird, ist jedes Mittel schön und vornehm. Wenn ich die breite Masse in den Schoß der deutschen Nation zurückzuführen vermag, wer wird mir da später Vorwürfe über die Mittel machen? Glauben Sie, wenn es heute einem Deutschen gelingt, diese 15 Millionen Menschen, die zur Zeit schreien: Nieder mit Deutschland, hoch die Internationale! Nieder mit der Bourgeoisie, es lebe das Proletariat! zu erfassen und der deutschen Nation zurückzuführen, so daß diese Millionen bereits heute schreien: "Vaterland, Vaterland, hier stehen wir zu deinem Schutz!" Wer wird in der Welt es wagen, dem Mann einen Vorwurf zu machen über die Mittel und Wege, die er damals angewandt hat, um das zu erreichen? (Bravo!)

Man hat bei uns tausendmal geschrieben: Was Mussolini treibt, kann man nicht gutheißen! - Haben Sie gelesen, schon wieder sind 11 Zeitungen verboten, schon wieder 4 Gewerkschaftshäuser angezündet; gestern hat man das und das getan, morgen wird man - Aber vergessen Sie eins nicht: der Mann hat das italienische Volk von seinem größten Feind befreit und ein italienisches Volk gemacht, das heute wieder zu einem Machtfaktor geworden ist, ein fanatisch-nationales Volk. Was wollen wir gerade von unseren Kleingeistern, die nicht sehen, wie die kommunistische Welle immer höher und höher steigt, wie sie fast jeden Tag ertrinken können. Der Weg zur Gewinnung der breiten Masse wird nicht von uns bestimmt, sondern von den Gegnern. Den Weg, den sie vorzeigen, muß man gehen. Das mag manchen entsetzlich erscheinen, aber schließlich ist das auch nicht ein Kampf für sensible Naturen, sondern für Kämpfer. Jeder Kampf ist hart. Auch der Krieg war nicht ästhetisch. Ich bin über viele Leichenfelder gegangen und muß gestehen: das ist kein herrlicher Anblick, und das Leben für das Vaterland in die Schanzen zu schlagen, bewußt in den Tod zu gehen, ist sehr unästhetisch, und der ganze Vorgang selbst ist menschlich wenig erfreulich. Allein, was wollen Sie in dieser Natur? Die ganze Natur ist erfüllt von diesem fürchterlichen Ringkampf. Ist es ästhetisch, wenn die Schlage die kleine Mücke fängt, ist es ästhetisch, wenn die Katze mit der Maus spielt, oder selbst, wenn man Gänse monatelang stopft, um sie nachher aufzuessen, oder ist es ästhetisch, wenn das Wild gejagt wird, bis es nicht mehr kann? Was heißt Ästhetik? Logisch ist es, daß der Stärkere über den Schwächeren siegt. Es hat mit Ästhetik nichts zu tun, daß sich der Mond um die Erde dreht; der kleinere gehorcht dem größeren, oder daß sich die Erde um die Sonne dreht. Jedenfalls siegt der Stärkere und der Schwächere hat sich unterzuordnen. Und in diesem ewigen Ringkampf bietet zum Schluß die beste Gewähr: was den Menschen in der Glaubenslehre befestigt, ist höchste und tiefste Weisheit, indem alles Schwache unterliegen muß. Es wird immer das Bessere gefördert und endlich zum Siege gebracht. Das ist auch hier so.

Wenn heute der eine oder andere, besonders aus dem bürgerlichen Lager, vom Entsetzen gepackt wird und diesem großen Ringen nicht zusehen kann: wenn heute der Bolschewismus seinen Einzug hielte, wäre es ihm auch nicht angenehm, das Schafott zu sehen. Keiner soll sich täuschen, daß diese Gefahr nicht beseitigt ist. Sie wird erst beseitigt sein, wenn es keine Marxisten mehr gibt, und nicht früher. Daß das aber erreicht wird, ist die große Zukunftsaufgabe der deutschen Nation, und wie diese Aufgabe gelöst

wird, kann die Nachwelt nur beurteilen vom Gesichtspunkt des Erfolgs und nicht die Gegenwart vom Gesichtspunkt der Methoden.

Daraus ergibt sich verschiedenes: die Intoleranz, aus ihr die Schaffung einer Waffe, nicht nur für den Geist, sondern auch für die Faust, und endlich, und das ist das höchste, nicht nur die Willenskraft, sondern auch der Glaube an den Sieg und an den Erfolg. Ich weiß, daß manche gute bürgerliche Seele mehr oder weniger doch - ich möchte fast sagen - unangenehm berührt wird von dieser Sache, aus dem einfachen Gefühl heraus, kein Verständnis zu besitzen für die übertriebene Art des Vortrags oder für die übertriebene Art der Propagierung dieser Idee oder wenigstens für den sturen Glauben an die Richtigkeit.

Meine Herren! Auch das ist notwendig. Wenn heute einer zu 7.000 Menschen spricht und würde ungefähr sagen: Meine Damen und Herren! Es gibt verschiedene Wege zur Rettung Deutschlands. Es sind sich auch die Gelehrten noch nicht einig, welcher Weg der richtige ist. Sicher ist, daß der jetzige Weg nicht stimmt oder nicht stimmen dürfte. Es sind verschiedene Gründe, die dagegen sprechen, es können aber auch verschiedene Gründe dafür angeführt werden usw. Ich muß aber doch anführen, daß selbst der und der auch der Überzeugung ist, wenn auch der und der aus den und den Gründen dagegen ist. Wer recht hat, wird die Zukunft zeigen! (Heiterkeit)

Das wäre die primitivste Form der Propaganda. Voraussetzung, die Massen zu gewinnen, ist, daß man ihnen den Glauben einimpft. Wehe, wenn der Redner selbst an der unbedingten prophetischen Sicherheit seiner Worte zweifelt. Es ist der unbedingte Glaube, den die Menschheit braucht, auch der Glaube, der allein Berge zu versetzen vermag, der notwendig ist zu jeder großen Tat auf dieser Welt, mag sein, was will, der auch eines Tages das deutsche Volk wieder emporführen kann. Den Glauben an die Möglichkeit eines Wiederaufstiegs unserm Volk zu vermitteln, ihn zu verbreiten und so zu festigen, ist jetzt meine Mission, und wenn Sie demgegenüber abwägen, was geleistet wurde, so kann ich nur eins sagen: Jeder müßte sich erst an seine Brust schlagen, was er dazu getan hat. Ich habe vor 6 Jahren, oder praktisch vor 7 Jahren diese Arbeit begonnen und fand, wie das in Deutschland immer so zu sein pflegt, naturgemäß nicht das rechte Verständnis, sondern sogar Mißachtung. Als ich mich im Jahre 1918 mit 6 anderen zusammenschloß, wurden wir zunächst als Narren ausgelacht. Es wurde gesagt: die Revolution hat so viele Menschen aus dem Gleis geworfen, da ist es kein Wunder, wenn vernünftige Leute Halluzinationen unterliegen; was hat die Revolution nicht alles zerstört. Das war die allgemeine öffentliche Meinung. Es gehörte ein großer Glauben dazu, ein Jahr zu arbeiten, um nach Abschluß eines Jahres 64 Mitglieder zu haben. Allein schon das zweite Jahr hat die Mitgliederzahl auf fast 3.000 verstärkt. Das dritte Jahr brachte ein Emporschnellen auf über 30.000, das vierte Jahr brachte sehr große Erfolge, und dann kam scheinbar die Schwenkung. Wenn ich heute auf diese 7 Jahre zurückblicke, muß ich sagen: aus dem Nichts heraus ist etwas geschaffen, das jetzt meine Gegner doch zittern läßt, daß sie mir als einzigem Deutschen das Wort verbieten. Er kränkt mich das nicht im geringsten. Ich weiß, es hat in Deutschland keinen gegeben, der für das Beste des deutschen Volkes gekämpft hat, der nicht von Zeit zu Zeit verfolgt wurde. Unsere besten Deutschen mußten ins Ausland gehen, waren verfolgt, im Gefängnis. Das

ist kein besonderes Opfer, das ist so in der Natur, daß alles sich nur durch Kampf emporringen kann. Ich protestiere nur dagegen, daß man glaubt, daß der einzelne sich dessen schämen sollte. Dazu fühle ich nicht die geringste Veranlassung. In einem Staat, in dem jeder Lump, jeder Schurke, jeder Zuhälter, jeder Vaterlandsverräter frei wirken und seine Meinung äußern kann, nicht reden zu dürfen, ist keine Schande, im Gegenteil. Die Herren wissen, warum sie mich nicht reden lassen. Sie haben ganz recht. Wenn meine Bewegung siegt, wird Deutschland nicht zugrunde gehen, wie sie logisch erkennen, nicht das Vaterland wird gefährdet, sondern ihre Pensionen werden vernichtet! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall) Wenn heute so ein Bursche sich untersteht, zu sagen: der darf nicht sprechen, weil er eine staatsfeindliche Gesinnung hat, dann kann ich nur eines zur Antwort geben: es gab einmal eine Zeit, in der jeder seine staatsfördernde oder staatsfeindliche Gesinnung bekunden konnte. Ich habe meine Gesinnung bekundet; ich habe nicht politisiert, sondern habe mich hingestellt, wo ich sie bekunden konnte. Wo haben diese Leute sie bekundet? Zu Hause schliefen sie! Diese Leute reden von Staatsfeindlichkeit. Diese erbärmlichen Lügner, die am Unglück des Vaterlandes groß geworden sind, wenn die mir das Wort verbieten, dann weiß ich, warum. Und sie haben recht. Die haben ganz recht dazu: denn mein Wort kann nichts anderes sein als eine dauernde Anklage gegen die Vernichter des Vaterlandes, der Unabhängigkeit und der Freiheit des Bürgers, und sie wissen ganz gut, daß ich niemals meine Gesinnung ändern werde. Ich habe zu lange im Kampf gestanden, daß ich jetzt um lächerlicher Drohungen willen diese Gesinnung abwerfen würde, um im allgemeinen Strom der jämmerlichen Verworfenheit und der feigen Duldsamkeit zu schwimmen. Vor 7 Jahren hat die junge Bewegung begonnen, und heute können wir zum mindesten das eine feststellen: verlassen von allem, von niemand unterstützt, nur auf uns allein gestellt, haben wir in einer ganzen Reihe von Orten der marxistischen Hydra das Leben sauer gemacht und uns allmählich emporgearbeitet. Das Jahr, in dem ich gefehlt [*habe*], war natürlich ein Schaden für die Bewegung, aber zugrunde gegangen ist sie nicht, sie ist heute fester als damals, und wenn ich heute meinen Blick durch Deutschland gehen lasse: wieviel Städte gibt es, in denen vor 8, 7, 6, 4 Jahren ein nationales Wort einfach unmöglich gewesen wäre. Glauben Sie, Sie hätten nationale oder völkische Kundgebungen in Braunschweig vor 4 oder 5 Jahren abhalten können, oder in Hof, Fürth, Nürnberg, Jena, Gera, Plauen oder irgendwo, in Zwickau, in irgendeiner dieser Städte, und wenn ich daran denke, welche Mühe es uns kostete, bis unsere ersten Kundgebungen kamen, unsere Leute verbeult und zerschunden auseinandergetrieben wurden, aber schließlich saßen wir an 2, 3 Orten und dann immer weiter fest, und keine Macht bringt uns mehr heraus.

Wir bilden uns nicht ein, daß man in 2-3 Jahren etwas gutmachen kann, was man 70 Jahre lang schlecht gemacht hat; wir bilden uns nicht ein, daß man gegen die Macht der anderen im Handumdrehen auftreten kann, aber protestieren muß ich gegen die, die sich auf den Standpunkt einer ruhigen Beobachtung der Dinge stellen, die erklären, das wird zu keinem Erfolg führen, das ist wahrscheinlich aussichtslos. Und dann die Zeit, die das braucht! Ja, was tun die denn, um die Zeit abzukürzen, was machen die, um die Sache zu beschleunigen? Gar nichts, nur kritisieren, was der andere tut, sie wollen alles nur besser wissen, können aber nicht besser handeln. Das ist jener unfruchtbare Geist

des Mißtrauens und des geringen Vertrauens, der heute alles bei uns zerfrißt. Man erwartet Wunder und weiß nicht, daß es auf der Welt keine Wunder gibt, sondern alles bitter schwer erkämpft werden muß. Man blickt nach außen, sieht auf Italien und weiß nicht, daß das große nationale Italien dadurch erstanden ist, daß man da mit brutaler Energie vorging und alles andere zurückstellte, um den Weg zu ebnen. Bei uns wäre das eine Unmöglichkeit. Der Weg jedes Deutschen, der zu neuen Ideen führt, ist dornenvoll. Als Zeppelin [10] seine großen Erfolge hatte, wurde er unterstützt; vorher war er verlacht worden. Erst dann verstand die Masse, daß es leichter ist, zu nörgeln, als besserzumachen. Es ist der Stolz, den wir für uns in Anspruch nehmen: In einer Zeit, als alles sich feige beugte und jeder versuchte, sich dem Strom anzupassen, haben wir dieser Zeit den Kampf angesagt und haben in einer Zeit, in der die Verleumdung des Vaterlandes zum täglichen Brevier jedes einzelnen gehörte, das Vaterland als den einzigen Gott hingestellt, den es neben dem himmlischen Gott gibt. In einer Zeit, da Deutschland jeden Tag in die Gosse gezogen wurde, haben wir gewagt, dem einzelnen zu sagen: Deutschland ist so herrlich, daß dein Schmähen nicht das Vaterland besudelt, sondern du besudelst dich selbst. Es kommt die Stunde, da wirst du zugrunde gehen oder begreifen, daß in deinem Vaterland deine Größe und Zukunft liegt. Dann wird der Tag kommen, an dem dieses 60-Millionen-Volk gemeinsam und geschlossen den Kampf zur Erringung der Freiheit aufnehmen wird, und unsere Söhne werden dann nicht mehr auf ein Deutschland der Schande, sondern auf ein Deutschland der Freiheit und der Macht blicken. (Stürmische Ovationen und Heilrufe.)

10 Ferdinand Graf von Zeppelin (1838-1917), Erfinder, 1898 Gründer der "A.G. zur Förderung der Luftschiffahrt".

5. März 1926
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Dok. 104

PND-Bericht Nr. 532 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [3].

[*Hitler*] führte in etwa 1/2 Stunde aus: Es gebe nur wenig Deutsche, welche die heutige Situation Deutschlands erkennen. Wie schon oft, so werde auch diesmal die N.S.D.A.P. mit ihrer Ansicht recht behalten, obwohl diese Politik gänzlich von der Politik aller anderen Parteien abweiche. Deutschland sei infolge seiner Lage gezwungen, sich um Bündnismöglichkeiten umzusehen. Es sei das erste Mal in der Geschichte, daß nach einem Koalitionskrieg die verbündeten Mächte noch 7 Jahre nach dem Kriege einig zusammenstehen. Die Schuld daran trage zum Teil Deutschland selbst und zum Teil auch die Entente. Durch das Festhalten Deutschlands an seinen Grenzen von 1914, bzw. wegen dem immerwährenden Verlangen nach denselben, habe der Feindbund immer wieder Anlaß zur Einigung. Diese alten Grenzen Deutschlands seien nicht normal und richtig gewesen. Es seien weder strategische noch politische Grenzen gewesen, sondern diese Grenzen seien mehr oder weniger durch Zufall entstanden. Deshalb sei es zur Jetztzeit auch nicht angängig, gegen die heutigen Grenzen immer wieder anzukämpfen, weil eben Grenzfragen Machtfragen seien. Frankreich sei und werde immer der Erbfeind Deutschlands bleiben. Deutschland müsse mit allen Mitteln danach trachten, Frankreich nach Möglichkeit zu schwächen, damit sich der Feindbund langsam lockere. Das Ziel müsse sein, Frankreich zu vernichten. Gegen die heutige italienische Politik zu demonstrieren, sei nicht schwer. Der Erfolg bleibe negativ, weil Südtirol eine Machtfrage bedeute. Außerdem bedeute die heutige Politik Deutschlands praktisch nichts anderes, als die Existenz der Deutschen in Südtirol zu vernichten. Diese Ansicht werde in ganz Südtirol vertreten. Ein Kampf mit wirtschaftlichen Mitteln gegen einen starken militärischen Machtstaat zu führen, bedeute eine Lächerlichkeit, welche Auffasung schon durch den Ruhrkampf bestätigt wurde. Der Kampf, der heute gegen Italien geführt werde, sei Mache der Juden, weil Mussolini es gewagt habe, dem Freimaurertum den Kampf anzusagen. Er ärgere sich über die Lügenhaftigkeit der eingewanderten Ostgalizier, welche vorgeben, den Kampf gegen Italien aus Vaterlandsliebe zu führen. Der Kampf gehe nicht um Südtirol, sondern gegen Mussolini. Dieses müsse dem deutschen Volk klar gemacht werden. Deutschland habe sich vor dem Kriege die schlechtesten Bundesgenossen ausgesucht. Heute stehe Deutschland wieder vor schwerwiegenden

1 Im "Alten Hackerbräu", von 22.15 bis 22.45 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Innere Stadt, an der laut Polizeibericht 134 Personen teilnahmen, wurde von Ernst Woltereck geleitet. Vor Hitler sprach Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel über die militärpolitische Lage Deutschlands.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 5.3. und 9.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 532" gekennzeichnet.

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 45 der Polizeidirektion München vom 9.3.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739.

Entscheidungen: England oder Rußland. Ein Bündnis mit Rußland sei undenkbar und würde die vollständige Verbolschewisierung Deutschlands bedeuten. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland sei ohnehin schon schwer. Der Kommunismus in Deutschland sei nicht tot, sondern sehr stark, und die nächsten Wahlen werden zeigen, was man mit Polizeimaßnahmen und Zuchthausstrafen erreicht habe. Gegen diese Gesellschaft müsse mit anderen Mitteln vorgegangen werden, wenn die Frage Weltbolschewismus gelöst werden soll. Bündnismöglichkeiten für Deutschland gebe es nur mit England und Italien. Hätte Deutschland früher ein Bündnis mit England geschaffen, wäre Deutschland nie vernichtet worden. Dieses Bündnisziel müsse das deutsche Volk mit aller Zähigkeit vor Augen halten, und wenn es Jahrzehnte dauern würde. Der Versuch auf diesem Wege müsse gemacht werden, und die Früchte werden nicht ausbleiben. Er wisse wohl, daß Konzessionen nicht zu vermeiden seien; aber es handle sich darum, die Freiheit eines 60-Millionen-Volkes wieder zu erringen. Hiezu müsse eine Macht geschaffen werden, denn ohne Macht keine Freiheit! (Stürmischer Beifall!) [4]

9. März 1926 Dok. 105
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 532 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Der Ruf nach dem Volksbegehren [3] gehe allein von den Juden aus, um die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von weit wichtigeren Dingen, von den Schiebereien und Betrügereien ihrer Genossen Barmat, Sklarz [4] usw. abzulenken. Wenn auch die N.S.D.A.P. mit den Trägern der heute bedeutungslosen Fürstentitel nichts [*zu*] gewinnen und auch nichts von ihnen zu erwarten hat, so können wir uns doch nur auf den Standpunkt des Rechtes stellen, so starken Anfeindungen wir auch entgegengehen werden. Geben wir diesen Standpunkt auf, so können wir uns bald auf jüdische Anträge zur Ent-

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", nach 20.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht 56 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Helmut Walter geleitet. Vor Hitler, der etwa 20 Minuten lang sprach, referierten Anton Allwein und Karl Ostberg über die Rassen- bzw. Judenfrage.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 5.3. und 9.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 532" gekennzeichnet.

3 Gemeint ist das von SPD und KPD initiierte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten.

4 Die Gebrüder Barmat und die Gebrüder Sklarz waren in mehrere aufsehenerregende Betrugs- und Korruptionsskandale mit politischem Hintergrund verwickelt. Vgl. aus antirepublikanischer Sicht: Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. 1, München 1930, S. 17 ff., 42 ff.

eignung deutscher Industrien gefaßt machen. Die Fürsten aber sind Deutsche wie wir alle. Es geht deshalb nicht an, nur einer kleinen Gruppe ihr Vermögen zu nehmen und die Masse des Schiebergesindels ungeschoren zu lassen. Im übrigen wird das deutsche Volk von dieser Enteignung nichts erhalten, sondern nur ein System, das wir als deutschfeindlich erkannt haben.

Die Juden wollen weiter nichts, als den letzten deutschen Besitz noch an die hebräischen internationalen Großbanken ausliefern, und dagegen müssen wir Nationalsozialisten uns wehren. Unsere Stellung zu der heute aufgerollten Frage der Fürstenabfindung ist dadurch bestimmt, daß in einem arisch-germanischen Staat die Frage der Staatsform eine untergeordnete Bedeutung besitzt. Erst mögen die nichtdeutschen "Fürsten" des Geldes, der Börse, des Handels und der Wirtschaft enteignet werden. Nur dann, wenn eine Gewähr gegeben ist, daß die Opfer an eingezogenen Gütern dem deutschen Volke zukommen, fallen unsere Bedenken. Aber das alles ist nie in einer November-Demokratie denkbar.

12. März 1926 Dok. 106
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 533 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] führte u. a. folgendes aus: In der denkwürdigen Bürgerbräuversammlung am 27. Februar 1925 habe er sich auf den Standpunkt gestellt, was in der Vergangenheit liege, muß begraben sein. In dieser Versammlung sei Dr. Buttmann, der damalige Führer des Völkischen Blocks, zu ihm gekommen und habe ihm die Hand gereicht mit dem Versprechen, sich in Zukunft getreu hinter ihn und seine Bewegung zu stellen. Auch Esser habe an diesem Abend Buttmann die Hand zur Versöhnung gereicht. Nun hätte man glauben können, der Friede bzw. der Zusammenschluß aller völkischen Kreise sei hergestellt. Aber schon nach 2 Tagen habe der nun entschlafene Völkische Kurier [3] von einer kitschigen Verbrüderung geschrieben, die nicht lange dauern würde. Wäre dieses Tatsache gewesen, dann hätte er - Hitler - sich selbst gesagt, die Rettung des deutschen Volkes ist nicht mehr möglich, und seine Tätigkeit als verloren aufgegeben. Als dann aber die Gegner gesehen haben, daß sich die N.S.D.A.P. wieder festige und daß es ihm doch möglich werde, allmählich die Einigkeit wieder herzustellen, habe man ihm das

1 Im "Alten Hackerbräu", von 22.15 bis 23.00 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Innere Stadt, an der laut Polizeibericht 85 Personen teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden der NSDAP-Sektion Schwabing, Ernst Woltereck, geleitet. Vor Hitler sprach Franz Ludwig Gengler über den "jüdisch-marxistischen Scheinkampf gegen den Militarismus".

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 12.3., 16.3. und 18.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 533" gekennzeichnet.

3 Der "Völkische Kurier", der Ludendorff und dem von Anton Drexler gegründeten Nationalsozialen Volksbund nahestand, erschien von Februar 1924 bis zum Jahresende 1925 als Tageszeitung in München. Nachfolgeorgan war die Wochenschrift "Arminius".

Reden verboten. Dieses Redeverbot ist mit Zustimmung der Deutschnationalen und des Völkischen Blocks zustande gekommen. Aber trotzdem ist nicht der Zerfall der Partei eingetreten, sondern diese stehe heute überall festgefügt wieder da, was beweise, daß die Idee und der Kern der Bewegung gut ist. Von den völkischen Gegnern wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er nicht die reine völkische Idee vertrete. Diesen Herren habe er schon zum wiederholten Male erklärt, wir sind Nationalsozialisten und haben mit der völkischen Idee nichts zu tun, nur die Bewegung ist auf völkisch-nationale Grundlage gestellt, denn wir kämpfen nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft, für die Befreiung des deutschen Volkes. Ohne weiteres gebe er zu, daß die völkische Idee schon sehr alt ist und daß die völkische Weltanschauung auch in Deutschland schon lange existiert. Welches Zerrbild aber diese völkische Idee darstellte, habe er gesehen, als er 1920 in das bekannte Sechsmännerkollegium eintrat [4]. Wohl seien Führer dagewesen, aber hinter diesen Führern stand kein Volk. In München habe er den Boden zum Nationalsozialismus geebnet. Als er seine Tätigkeit begann, sei München knallrot gewesen; und 1923 war es national. Nicht die Herren Doerfler [5], Glaser [6], Frühauf und Anton Drexler haben die Bewegung geschaffen, denn diesen hätte der Mut dazu gefehlt. Als 1923/24 die nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Führer teils im Gefängnis saßen und teils sich verborgen halten mußten, da kamen die Herren des Völkischen Blocks und wollten Führer sein. Die Glücksgöttin war diesen Gralsdienern jedoch nicht gut gesinnt. Nach der Bürgerbräuversammlung vom 27.2.[*19*]25 habe die Hetze gegen die N.S.D.A.P. besonders von seiten des Völkischen Kuriers im verstärkten Maße zugenommen. Zuerst habe er untersagt, dieser ekeligen Hetze zu antworten. Erst als die Herren diese Hetze immer noch weiter trieben, da sei es Zeit geworden, sich zu wehren. Diesen *Reventlow* und *Graefe* habe er ausgerechnet in München getroffen, weil sie glaubten, hier leichter arbeiten zu können. In den Industriegebieten aber, wo die Gefahr groß ist, habe [*sic!*] er ihnen nie begegnet. In München sollte der Schmutzkübel der Lüge und Verleumdung ausgestreut werden. Die Antwort haben diese Herren am 24. Februar 1926 im Hofbräuhaus erhalten [7]. Wir Nationalsozialisten haben nichts dagegen, wenn diese Herren in München sprechen. Aber um 2 Fragen kommen der Herr Graefe und Reventlow nicht herum. Ersterer habe die Verleumdung ausgesprochen, er [*Hitler*] sei ein Bündnis mit Rom eingegangen, mit der Bayer. Regierung sei er gebunden. Auf diese Verleumdungen werden Reventlow und Graefe noch Rede und Antwort stehen müssen.

4 Hitler war Ende 1919 als Werbeobmann und siebtes Mitglied in das Leitungsgremium der DAP, den sog. Arbeitsausschuß, eingetreten. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 29.

5 Theodor Doerfler (geb. 1869), Richter, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924/25 Vizepräsident des Bayer. Landtages, 1925 stellv. Vorsitzender des Nationalsozialen Volksbundes, 1925 Rat am Oberlandesgericht München, 1931 Direktor des Landgerichts Augsburg.

6 Alexander Glaser (1884-1934), Rechtsanwalt, Dr. jur., seit 1909 für die MAN tätig, 1911 Mitglied des MAN-Beirats, 1920-1928 MdL in Bayern (Bayer. Mittelpartei, ab 1924 Völkischer Block), 1932 Hauptstabsleiter in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

7 Am 24.2.1926 hatte die NSDAP in Anwesenheit Hitlers eine Veranstaltung des Nationalsozialen Volksbundes gesprengt, auf der die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Graefe und Reventlow sprechen sollten. Vgl. VB vom 26.2.1926, "Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus". Sowie Dok. 109-111.

Es könne in Deutschland der Fall eintreten, daß wieder Neuwahlen kommen. Er wäre dann neugierig, was die Herren der völkischen Idee, welche kein Volk hinter sich haben, machen werden. An die N.S.D.A.P. werden sie sich kaum wenden, weil sie wissen, was sie darauf für eine Antwort erhalten würden. Niemals mehr wird die N.S.D.A.P. wieder ein Bündnis eingehen. Für die Partei sei es gleich, ob im Parlament viel oder wenig Abgeordnete sitzen, denn es ist schade für jede Kraft, die für die Parlamentshelden vergeudet wird. Die N.S.D.A.P. werde unbekümmert ganz allein ihren geraden Weg gehen. Die Gegner und besonders die bayerische Regierung müssen sich heute klar sein, daß die Bewegung nicht mehr erledigt und zerschlagen werden kann. Sie wird ihren Kampf führen gegen alles Undeutsche, gegen jede weitere Versklavung und kämpfen den Weg bis zum Siege, bis die Freiheit des deutschen Volkes errungen ist. Keine Macht wird sich dieser Entwicklung entgegenstellen können, solange der allmächtige Gott mit seinem Segen über der Bewegung steht. Heil! (Stürmischer Beifall!) Hitler verabschiedete sich mit der Bemerkung, daß er die Versammlung am nächsten Freitag voraussichtlich wieder besuchen werde [8].

16. März 1926 — Dok. 107
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 533 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler bemerkte eingangs, daß vor einigen Tagen in der Münchener Post ein Artikel stand, wonach sich bereits über 7 Millionen Personen in die Listen für das Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten eingezeichnet hätten. Aus dem Artikel spricht die helle Freude über das günstige Ergebnis. Im übrigen war schon im vornherein damit zu rechnen, daß die Vereinigte Internationale [3] die notwendige Stimmenzahl für das Volksbegehren aufbringen dürfte. Uns Nationalsozialisten kann es gleichgültig sein, ob das Volksbegehren einen Erfolg hat oder nicht, denn wir verfolgen und verfechten bei dem ganzen Manöver lediglich den Rechtsstandpunkt. Kein Arbeiter, der wohnungslos ist, wird deshalb etwa eine Wohnung in einem Schloß erhalten, auch braucht sich kein Invalide etwa eine Hoffnung machen, daß er deshalb eine höhere Rente bekommt. Sollte eine Enteignung der Fürsten wirklich durchgeführt werden, so werden die Wähler nach Jahren noch auf die Abstimmung zurückdenken und sich sagen müssen, daß trotz Ent-

8 Ob Hitler erschien, ist nicht bekannt, da für den Sektionsabend am 19.3.1926 kein Polizeibericht überliefert ist.

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", von 20.30 bis 22.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht 66 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Helmut Walter geleitet.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 12.3., 16.3. und 18.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 533" gekennzeichnet.

3 Das Volksbegehren war von SPD und KPD initiiert worden.

eignung es um kein Haar besser geworden ist. Sie werden dann auch einsehen, daß das Volksbegehren nur eine Judensache war. Bezeichnend ist, daß keine Partei, auch nicht die Königspartei [4], in öffentlichen Versammlungen gegen die Fürstenenteignung auftritt, obwohl gerade letztere diejenige Partei ist, die am meisten für eine Wiedereinführung der Monarchie propagiert. Es ist eben viel leichter, mir das Reden zu verbieten, als eine richtige Politik zu treiben. Die übrigen Ausführungen Hitlers über dieses Thema decken sich im allgemeinen mit den bereits beim letzten Sprechabend [5] gemachten Äußerungen.

Vor einigen Tagen stand ausgerechnet in der Münchner Augsburger Abendzeitung ein öffentlicher Brief des Herrn *von Graefe* [6] an mich, dessen Antwort in der morgigen öffentlichen Versammlung im Bürgerbräukeller erfolgen wird [7]. Ich bin mir sicher, daß wenn ich selbst sprechen dürfte, und ich diesen Herrn einladen würde, er den Mut nicht besitzen und zu mir kommen würde. Es bleibt mir deshalb nichts anderes übrig, als jeweils meine Verteidigungsreden niederzuschreiben und durch andere Parteiführer öffentlich verlesen bzw. bekanntgeben zu lassen. Im übrigen glaube ich bestimmt, daß die Regierung noch zu dem Entschluß kommen wird, mich wieder sprechen zu lassen. Ich bin noch jung und rechne sicher damit, daß ich Minister *Stützel* überlebe und dann schon noch zum Reden kommen werde. Am Schluße seiner Ausführungen erwähnte Hitler noch, daß die Partei im ganzen Deutschen Reich riesig vorwärts schreite und jedes Parteimitglied mit großer Befriedigung auf die Erfolge der Bewegung zurückblicken kann. In seinem Schlußwort richtete er an die Anwesenden noch die Aufforderung, tüchtig an dem Ausbau der Bewegung mitzuarbeiten und die Sprechabende fleißig zu besuchen. Er gab noch das Versprechen, den nächsten Sprechabend [8] wieder zu besuchen. [9]

4 Gemeint ist die 1919 gegründete Bayerische Königspartei.
5 Am 9.3.1926. Vgl. Dok. 105.
6 München-Augsburger Abendzeitung vom 11.3.1926, "Offener Brief an Adolf Hitler". Bereits vorher veröffentlicht in: Das Deutsche Tageblatt vom 4.3.1926 und Völkischer Herold vom 5.3.1926.
7 Vgl. Dok. 110.
8 Am 23.3.1926. Vgl. Dok. 114.
9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. März 1926 Dok. 108
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 534, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] blieb ca. 1/4 Stunde, wobei er sich u. a. zu den Klagen Sonnauers [2] über den schlechten Besuch der Sektionsabende äußerte, daß er bis zum April an den Sprechabenden kommen und Referate halten werde [3]. Man wird dann erleben, daß die Sektion wieder ein volles Lokal bekommen wird. Selbstverständlich sei darauf zu achten, daß nur Mitglieder mit Ausweis eingelassen werden, da er sonst nicht sprechen dürfe. Sonst äußerte Hitler nichts mehr von Bedeutung.

17. März 1926 Dok. 109
"Nationalsozialisten! Antisemiten! Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 17.3.1926.

Der ehemalige "Reichsführer" von Graefe [1] hat es für notwendig gehalten, einen sogenannten

offenen Brief [2]

an mich zu richten, der, im Tone des bekannten Biedermannes gehalten, bestimmt ist, bei der naiven Menge Eindruck zu machen.

Es ist nicht das erstemal, daß sich

Herr von Graefe

mit meiner Person beschäftigt.

In den Zeitungen freiheitsparteilicher Einstellung werde ich seit vielen Monaten unermüdlich angegriffen, wobei kein Mittel zu gemein, aber auch zu dumm erscheint, um nicht doch als Hilfsdienst verwendet zu werden.

---

1 In der Gaststätte "St. Margareth", von 22.00 bis 22.15 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Sendling, an der laut Polizeibericht 22 Personen teilnahmen, wurde vom 2. Sektionsvorsitzenden Josef Sonnauer geleitet.

2 Josef Sonnauer (1876-1939), Kaufmann, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnehmer am Hitler-Putsch, 1926 2. Vorsitzender der NSDAP-Sektion Sendling in München.

3 Soweit bekannt, hat Hitler im März und April 1926 auf den Sprechabenden der NSDAP-Sektion Sendling keine Rede gehalten.

1 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, 1887 Berufsoffizier, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR 1920-1928 (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Gregor Straßer).

2 Vom 28.2.1926. Druck: Das deutsche Tageblatt vom 4.3.1926; Völkischer Herold vom 5.3.1926; München-Augsburger Abendzeitung vom 11.3.1926.

Ich wäre mit Rom im Bunde, arbeite mit Jesuiten, befinde mich in Abhängigkeit von der Bayer. Volkspartei, sei mit einer bekannt ultramontanen Dame verlobt, die natürlich den ebenso bekannten verheerenden Einfluß auf mich ausübe, wie sich denn überhaupt meine Umgebung nur aus bösen Geistern zusammensetze usw. usw.

Ich habe zu all diesen mich persönlich treffenden Verunglimpfungen über neun Monate lang geschwiegen. Erst nachdem sich die Herrschaften entschlossen hatten, auf öffentlichen Plakatanschlägen den Kampf auch der Um- und Mitwelt sichtbar vor Augen zu führen, erfolgten Abwehrmaßnahmen [3].

Sie gehen unter in der Menge unserer sonst geleisteten Arbeit.

Über 2.370 große Massenversammlungen hat die *nationalsozialistische Bewegung* in den letzten 12 Monaten im Reich abgehalten. *Über 3.500 Sprechabende* müssen dem beigezählt werden. *In Millionen-Auflagen* wurden *Flugblätter, Propagandaschriften, Broschüren* usw. verbreitet, alle nur dem einen Zwecke dienend:

Kampf dem Todfeinde unseres Volkes, Kampf dem Marxismus!

Auf diese ganze Riesenarbeit kamen sage und schreibe *3 Kundgebungen*, die sich mit den *völkischen Störenfrieden* beschäftigen mußten. Und das erst nach fast halbjährigem vollständigen Schweigen.

Heute nun veröffentlicht Herr von Graefe seinen offenen Brief, bauend auf meine bisher geübte Zurückhaltung.

Allein, ich will nun endlich Rede stehen und sehe mich gezwungen, nunmehr auch die Mätzchen zu zerreißen, mittels derer man von dieser Stelle aus die Vorgänge des Jahres 1924 so gewandt und geschickt auszufrisieren verstand.

Seit vielen Monaten ist mir das Recht der freien Rede unter Vorwand von *Fälschungen* geraubt.

So kann ich denn meine Antwort, Herr von Graefe, leider nur niederlegen und muß sie von einem anderen Herrn, der sich dieser Aufgabe freundlicherweise zur Verfügung stellt, vortragen lassen.

Parteigenossen! Nationalsozialisten!

Kommt *Mittwoch, den 17. März,* restlos in den *Bürgerbräukeller zur großen Abrechnung!*

Es wird dort in meiner Anwesenheit neben

Herrn Esser

der sich den *"Nationalsozialen Volksbund"* [4] in Kauf [*sic!*] nimmt,

---

3 Der Nationalsoziale Volksbund hatte für den 24.2.1926 zu einer Versammlung im Münchner Hofbräuhaus aufgerufen, auf der die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Graefe und Reventlow sprechen sollten. Diese Veranstaltung wurde von der NSDAP in Anwesenheit Hitlers gesprengt. Vgl. den Aufruf der Parteileitung im VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!"; Bayerischer Kurier vom 26.2.1926, "Hitlers 'Sieg'"; München-Augsburger Abendzeitung vom 26.2.1926, "Gesprengte Versammlung"; VB vom 26.2.1926, "Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus"; Augsburger Postzeitung vom 27.2.1926, "Hitler auf dem Kriegspfad". Sowie Polizeibericht vom 2.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6791.

4 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden. Anfang 1927 löste sich der Volksbund auf und gliederte sich als Landesverband Bayern der DVFP ein.

Herr Landtags-Abgeordneter Wagner
meine endgültige Erwiderung [5] *an Herrn von Graefe vortragen.*

Ich wende mich nicht an die Leser der *"Augsburger Abendzeitung"* [6], wie Herr von Graefe, da mir als *Nationalsozialisten* die Meinung bürgerlicher Kaffeehausspießer vollkommen gleichgültig ist. Ich wende mich an die Masse unserer Anhänger, die schon zu einer Zeit für völkische Ideale kämpfte, als Herr von Graefe noch der Meinung huldigte, es dürfe wenigstens in politischen Parteien den Juden nicht entgegengetreten werden.

Parteigenossen!

Nehmt Freunde und Anhänger in die Versammlung mit und sorgt dann für Weiterverbreitung der Wahrheit!

Adolf Hitler

17. März 1926 Dok. 110
"An unsere Parteigenossen!"
Erklärung [1]

VB vom 19.3.1926 [2].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Seit über einem Jahr wurde mir unter der Vorschiebung von Fälschungen *das Recht der freien Rede genommen.* Seit dieser Zeit ist es mir als einzigem Deutschen nicht mehr möglich, mein Recht *selbst* zu vertreten, gegen Verleumdungen und Angriffe mich persönlich zur Wehr zu setzen. Der lügnerische Vorwand, die Staatssicherheit erscheine gefährdet, schafft die Möglichkeit, die gemeinste parteiische Vergewaltigung mit dem Mäntelchen eines sogenannten Rechts zu behängen. Dies hat zur Folge, daß seit dieser Zeit bei nur zu vielen der Mut wuchs und größer wurde, den wehrlos Gemachten jetzt zu bekriegen und den Mundtoten in tapferen Reden zu vernichten.

5 Vgl. Dok. 110 und 111.

6 Gemeint ist die München-Augsburger Abendzeitung.

1 Die Erklärung wurde von Adolf Wagner - in Anwesenheit Hitlers - am 17.3.1926 im Münchner Bürgerbräukeller verlesen. An der öffentlichen NSDAP-Versammlung, zu deren Besuch Hitler im VB aufgerufen hatte (Dok. 109), nahmen laut Polizeibericht etwa 2.500 Personen teil. Als erster Redner trat Hermann Esser auf, der das gegen Hitler bestehende Redeverbot der bayerischen Regierung und den Nationalsozialen Volksbund scharf angriff.

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 19.3.1926, "Eine neue 'Abrechnung'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 19.3.1926, "Die feindlichen Brüder"; VB vom 19.3.1926, "Massenkundgebung in München". Sowie PND-Bericht Nr. 533 über die Bürgerbräu-Versammlung am 17.3.1926 und Überwachungsbericht vom 18.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6734.

Wenn ich heute zu Ihnen, meine lieben Volksgenossen und -genossinnen, sprechen will, kann ich es also nur tun, indem ich einen anderen bitte, Ihnen das vorzulesen, was ich selber sagen möchte.

Herr von Graefe hat es für notwendig gehalten, einen "Offenen Brief"[3] gegen mich zu verschicken, den auch ein großer Teil derjenigen Presse abzudrucken für wichtig hielt, für die sonst die völkische Bewegung und insbesondere die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gar nicht vorhanden ist. Rein historisches Interesse ist es, das die *"Augsburger Abendzeitung" bewegt,* die lange Abhandlung ungekürzt zu bringen, während sie im selben Augenblick große Kundgebungen der nationalsozialistischen Bewegung von höchster Wichtigkeit für die Ereignisse der Jetztzeit verschweigt und unterschlägt.

Ich kann mich nicht entschließen, einer solchen sogenannten "bürgerlichen" Zeitung, die ich in ihrer nationalen Schwäche für mindest genau so schädlich halte wie die bewußt antinationalen, eine Erklärung von mir zu geben. Ich habe auch keine Veranlassung, mich vor dem bürgerlichen Parteipack zu rechtfertigen, sondern nur den einen Wunsch, daß Sie, meine lieben Volksgenossen, die Sie sich in unseren Reihen zusammenfinden, Kenntnis von meiner Rückantwort erhalten.

Mir liegt daran, daß Sie die Wahrheit erfahren, ebenso wie ich mich innerlich nur freue, wenn unsere Gegner mir den befriedigenden Stolz schenken, von ihnen bekämpft zu werden.[4]

17. März 1926 — Dok. 111
"Offener Brief an Herrn von Graefe"
Erklärung[1]

VB vom 19.3.1926[2].

Sehr geehrter Herr von Graefe

Nach fast zweijährigem Schweigen zwingt mich Ihr sogenannter "Offener Brief"[3], den Sie an mich zu richten die Güte hatten, nun auch meinerseits an die Öffentlichkeit zu treten.

---

3 Vom 28.2.1926. Druck: Das Deutsche Tageblatt vom 4.3.1926; Völkischer Herold vom 5.3.1926; München-Augsburger Abendzeitung vom 11.3.1926.

4 Anschließend verlas Wagner den Offenen Brief Hitlers an Graefe. Vgl. Dok. 111.

1 Die Erklärung wurde von Adolf Wagner - in Anwesenheit Hitlers - am 17.3.1926 im Münchner Bürgerbräukeller verlesen. Vgl. auch Dok. 109 und 110.

2 Die Erklärung wurde auch als Flugschrift mit dem Titel "Hitlers offene Antwort an Herrn von Graefe" verbreitet. Vgl. Anzeige im VB vom 1.6.1926.

3 Vom 28.2.1926. Druck: Das Deutsche Tageblatt vom 4.3.1926; Völkischer Herold vom 5.3.1926; München-Augsburger Abendzeitung vom 11.3.1926.

Ehe ich zu dem in Frage stehenden Vorfall der Versammlung vom 24. Februar 1926 im "Münchener Hofbräuhaus-Festsaale" [4] übergehe, muß ich eine kurze Darstellung der Vorgeschichte unserer Entwicklung geben. Sie ist von einschneidender Bedeutung für das Verständnis dieser letzten Ereignisse.

Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 wurde in München die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei* gegründet. Der Begründer und erste Vorsitzende war Herr Karl *Harrer* [5]. Als ich im September 1919 in die Bewegung eintrat, wurde ich als Mitglied mit Nr. 7 [6] aufgenommen. Ein Programm lag damals nicht vor. Nur wenig klar bestimmte Leitsätze, die außerdem in wesentlichen Dingen sich mit unseren heutigen Auffassungen nicht deckten, so z. B. in der *Judenfrage*. Umgekehrt fehlten prinzipielle Auffassungen über das Wesen des Parlamentarismus, seine Schädlichkeit usw. Öffentliche Versammlungen hatte vor meinem Eintreten der Sechs-Männer-Klub noch nicht abgehalten. Größte Versammlung war ein Vortrag des Herrn Gottfried *Feder* im sogenannten Leiber-Zimmer des Sternecker-Bräus zu München [7]. Unter den noch nicht 30 Anwesenden befand sich damals auch ich. Über die weitere Entwicklung schrieb ich am Ende des ersten Bandes meines Werkes *"Mein Kampf"* [8].

An dieser Stelle aber möchte ich nur betonen, daß irgendeine *Werbetätigkeit*, die als solche bezeichnet werden könnte, vor meinem Eintritt in den kleinen Verein nicht stattgefunden hat; daß alles, was in der Folgezeit dann geschah, das Ergebnis meiner Tätigkeit war; daß vor allem die Propaganda nicht nur ausdrücklich von mir geleitet wurde, sondern auch zu neun Zehntel rednerisch auf meinen Schultern ruhte. Daß vor allem in diesen Monaten des ersten Ringens unserer Bewegung Herr *Drexler* weder in Erscheinung trat, noch in Erscheinung treten konnte. Wer die damaligen Verhältnisse und die Entstehung unserer Bewegung kennt, der wird sich eines leisen Lächelns nicht erwehren können, wenn Sie, Herr *von Graefe*, von einem *Anton Drexler* sprechen, der vor mir "das nationalsozialistische Banner mutvoll in Deutschland entrollt" hat. Wer damals außerhalb Münchens redete, das war ich und wieder ich, und dann kam allerdings ein zweiter, und das war der damals noch kaum zwanzigjährige junge *Esser*. Unabhängig von uns in *Nürnberg Julius Streicher*. Daß Sie, Herr von Graefe, zu einer so irrigen Anschauung kommen konnten, hat allerdings seinen Grund in einem Verschulden meinerseits, nämlich in meiner wirklich in diesem Falle unangebrachten Zurückhaltung. *Mein Verschulden war es, wenn, wenigstens nach außen hin, die Meinung entstehen konnte, Herr Anton*

4 Der Nationalsoziale Volksbund hatte für den 24.2.1926 zu einer Versammlung im Münchner Hofbräuhaus aufgerufen, auf der die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Graefe und Reventlow sprechen sollten. Diese Veranstaltung war von der NSDAP in Anwesenheit Hitlers gesprengt worden. Vgl. den Aufruf der Parteileitung im VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!"; Bayerischer Kurier vom 26.2.1926, "Hitlers 'Sieg'"; München-Augsburger Abendzeitung vom 26.2.1926, "Gesprengte Versammlung"; VB vom 26.2.1926, "Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus"; Augsburger Postzeitung vom 27.2.1926, "Hitler auf dem Kriegspfad". Sowie Polizeibericht vom 2.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6791.

5 Karl Harrer (1889-1926), Journalist, Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1919 Mitbegründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Anton Drexler) und 1. Vorsitzender bis zu seinem Ausscheiden im Jan. 1920.

6 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Tyrell, Trommler, S. 198 f., Anm. 118.

7 Am 12.9.1919. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 25 f.

8 Mein Kampf, Bd. 1, München 1925, S. 374 ff.

Drexler wäre nicht nur der Gründer der Bewegung, sondern auch darüber hinaus durch sein Wirken von maßgebender Bedeutung gewesen.

In diesen Jahren, sehr geehrter Herr von Graefe, habe ich, und zwar lange Zeit als einzelner gewagt, gegen den allgemeinen Strom zu schwimmen, gegen unsere Parteien, rechts und links, Stellung zu nehmen, und in unzähligen Versammlungen und Kundgebungen die grundsätzliche Anschauung einer nationalsozialistischen Weltauffassung niederzulegen und zu verbreiten. Ich habe damals jenen *Wortschatz* geprägt, aus dem später die sogenannte *"völkische Bewegung"* zu schöpfen begann, ohne sich im einzelnen des Verfassers zu erinnern, oder besser, erinnern zu wollen. Es war dies vor allem aber auch jene Zeit, in der ich von der Notwendigkeit der Vernichtung der Klassengegensätze oder besser des Klassenkampfes predigte, während Sie, Herr *von Graefe*, selbst noch *Mitglied einer reinen Klassenpartei* [9] waren. Es war die Zeit weiter, in der ich ununterbrochen auf die *Notwendigkeit der restlosen Vernichtung des marxistischen Völkerbetruges hinwies und die Gewinnung des international eingestellten deutschen Arbeiters für das deutsche Volkstum und für eine deutsche Volksgemeinschaft als die einzige und erste Voraussetzung für die Wiedererringung einer deutschen Freiheit festnagelte.*

Unabhängig von jedermann, *nur gestützt auf eigenes Können und eigene Kraft*, wurde damals die junge Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei aus dem Rahmen eines kleinen Vereins in die Form einer großen Bewegung übergeleitet.

Als ich im Jahre 1922 im "Nationalen Klub" zu Berlin sprach [10], lernte ich Sie, Herr *von Graefe*, zum erstenmal kennen, und zwar noch immer als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, also als Mitglied einer Bewegung, die selbst den Charakter einer Klassenpartei besitzt.

Sie haben sich dann, Herr *von Graefe*, eines anderen besonnen und sich zu einer Anschauung bekehrt, die, wie Sie vorgeben, der von mir gepredigten entsprach. Heute verfechten Sie den Gesichtspunkt der Notwendigkeit der vollkommenen Einheit der sogenannten *"völkischen Bewegung"*.

Herr von Graefe, ich darf mir eine Frage gestatten, warum Sie diese Überzeugung nicht auch bereits im Jahre 1922 verfochten haben. Sie kannten damals die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Sie kannten ihre Tendenz und ihre Lehre und Sie kannten mich als ihren Führer und Sie schwärmen so von der Notwendigkeit der Einheit der völkischen Bewegung, warum, Herr von Graefe, haben Sie dann damals nicht die logische Konsequenz aus dieser Ihrer inneren Auffassung gezogen. Warum konnten Sie damals nicht das Prioritätsrecht der nun einmal gegründeten Bewegung anerkennen und sich zur Ausgestaltung dieser Einheit in diese eingliedern? Warum taten Sie damals das Gegenteil und riefen eine eigene neue Partei [11] *ins Leben, wenn Sie doch so von der Notwendigkeit der Einheit der völkischen Bewegung durchdrungen sind und waren?*

9 Graefe war von 1912 bis 1918 Reichstagsabgeordneter der Deutschkonservativen Partei, anschließend bis 1922 der DNVP gewesen.

10 Am 29.5.1922. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 642 f.

11 Zur Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) im Dezember 1922 vgl. Jan Striesow, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, Frankfurt a. M. 1981, S. 409 ff.

Nein, Herr von Graefe, diese Überzeugung von der notwendigen Verschmelzung der beiden Gebilde dämmerte in Ihnen erst in dem Augenblick auf, da die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei keine Führer* mehr besaß und *Sie immer noch kein Volk* hinter sich hatten.

Denn folgendermaßen war die Lage im *November* 1923:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei war als *junge Volksbewegung* erstanden. Sie zählte in ihren Reihen hunderttausend und aberhunderttausend von treuesten Anhängern und besaß demgegenüber nur *wenige Führer.* Ihr gesamter *Führerstab* war eben nicht von anderen Parteien übernommen worden, sondern schälte sich im einzelnen *aus der breiten Masse heraus,* um sich in harten, erbitterten Kämpfen langsam durchzusetzen. So hatte die junge Bewegung immer einen Mangel an Führern, während Ihre Bewegung, Herr *von Graefe*, damals unter dem Mangel an Anhängern litt. Denn umgekehrt zu uns, war Ihre Bewegung im großen nichts anderes als eine Absplitterung unbefriedigter Führer aus bestehenden politischen Parteien der rechten Seite. Was Sie besaßen, das war die Anzahl der leitenden Köpfe, und was Ihnen fehlte, war die Masse der Anhänger. Eine Armee von Generalen und keine Soldaten!

Wenn Sie heute, Herr *von Graefe*, nun erklären, daß doch mein Name durch Sie selbst dem Norden einst vermittelt worden wäre, dann bitte ich dies dahin richtigstellen zu dürfen, daß Sie, Herr *von Graefe*, damals im Norden außer einzelnen unzufriedenen deutschnationalen Elementen eine Anhängerschaft nicht besaßen. Das aber war der Grund, der Sie damals nach München führte mit der Bitte, ich möchte gestatten, daß die durch Verbote organisationslos gewordenen Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung "vorübergehend", wie Sie sich klüglich ausdrückten, von der deutsch-völkischen Freiheitspartei erfaßt werden dürften. *Dazu allerdings, Herr von Graefe, brauchten Sie dann meinen Namen.* Nur die propagandistische Ausnützung meines Namens allein hat Ihnen dann Anhänger zugeführt. Und dies war der Grund zu einer Tat, die Sie mir heute als für mich besonders zu Dank verpflichtend, hinzustellen belieben.

Damals, Herr von Graefe, da ich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei persönlich führte, war von einer Einsicht über die Notwendigkeit einer Einheit nie etwas zu bemerken gewesen, nur die dauernde Sorge für die Abgrenzung der gegenseitigen Interessengebiete.

Der Wandel Ihrer inneren Anschauung trat erst an dem Tage ein, an dem ich nach *Landsberg* wanderte und die anderen meiner alten Führer teils *vor der Feldherren-Halle* lagen, teils in *Schutzhaft oder Gefängnissen* sich befanden, zum Teil in Verbannung gehen mußten.

Damals war die *nationalsozialistische Bewegung* mit einem Schlag vollkommen *führerlos* geworden. Was war natürlicher, als daß Sie nun, Herr *von Graefe*, großmütig und weitschauend für eine Verschmelzung zu schwärmen begannen, bei der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Massen liefern konnte und die Deutschvölkische Freiheitspartei großherzig die Führer hergab.

Und gegen diese Heirat, Herr *von Graefe*, allerdings habe ich vom ersten Tag an eindeutig Stellung genommen. Der Gedanke, meine alte herrliche Volksbewegung einem parlamentarischen Führerklüngel auszuliefern, war mir in den Tagen meiner damaligen

Haft unerträglicher als der Verlust der Freiheit selbst. So habe ich damals kategorisch gefordert, daß eine Verschmelzung der beiden Bewegungen nur eintreten dürfte, wenn das nationalsozialistische Wesen, die nationalsozialistische Auffassung restlos vorherrsche bzw. die Führung und Leitung zwangsläufig sich aus dem alten nationalsozialistischen Stamm ergänzen würde.

Und dagegen waren Sie, Herr von Graefe. Wie wenig Ihnen damals an einer wirklich organischen Einheit gelegen war, konnte man an dem Tage sehen, da Sie mir in Landsberg im Beisein des Abgeordneten *Feder* den Vorschlag unterbreiteten [12], zwei Parteileitungen zu installieren, eine nord- und eine süddeutsche. Also allerdings keine Teilung in Freiheitspartei und Nationalsozialisten, dafür aber eine in Nord und Süd, zusammengehalten durch eine in Personalunion residierende sogenannte Reichsführerschaft, der jegliche Exekutivgewalt und organisatorische Unterlage fehlte. Sie hatten bei dieser Besprechung, die ich nach Ihren vernichtenden Vorschlägen glatt abbrach, allerdings vorsichtigerweise verschwiegen, daß eine weitere Diskussion über die ganze Angelegenheit schon längst hinfällig geworden war, insoferne man ja bereits am Tage vorher in Berlin der ganzen Welt meine Einwilligung, ja meinen Wunsch zur Verschmelzung verkündet hatte. *Diese unerhörte Illoyalität war der Grund, warum ich Sie, Herr von Graefe, dann nicht mehr empfing. Es war dies weiter mit ein Grund, warum ich mich daraufhin sofort entschloß, die Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei niederzulegen* [13]*. Ich hatte keine Lust mehr, in Landsberg hilflos gefesselt meinen Namen weiter mißbrauchen zu lassen.*

Um aber auch selbst den Schein einer illoyalen Beeinflussung durch meine Person zu vermeiden, habe ich seit dem Tage der Verkündigung meiner Niederlegung der Führung weder einen politischen Besuch mehr empfangen, noch einen politischen Brief beantwortet [14].

Als Mann, der in jahrelanger Arbeit die nationalsozialistische Bewegung gegründet hatte, einen gerissenen Trick zu sehen vermögen [*sic!*], der [*be*]stimmte Zeit ins Gefängnis mußte, hätte ich zumindest aber nun eines mit Recht verlangen dürfen: daß man nämlich so viel Respekt vor meiner Arbeit und vor meinen Opfern aufgebracht hätte, eine endgültige Entscheidung über die strittige Frage so lange hinauszuziehen, bis mir entweder die Freiheit zurückgegeben oder die Sicherheit meiner weiteren Inhaftierung vorgelegen wäre, d. h. also, bis 1. Oktober 1924 [15].

Ich überlasse es jedem anständigen Menschen zur Prüfung, wie ein Schritt beurteilt werden muß, ähnlich dem der *Weimarer Tagung* [16]. Ein Mann schafft in jahrelanger,

12 Graefe und Feder besuchten Hitler gemeinsam am 9.5. und 25.5.1924. Ein weitere Unterredung mit Graefe fand am 12.6.1924 statt. Vgl. Besucherliste der Festungshaftanstalt Landsberg a. L. (3.4.-20.10.1924); StA München, Staatsanwaltschaften 14344.

13 Eine entsprechende Erklärung veröffentlichte der Völkische Kurier am 7.7.1924. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1241.

14 Dies trifft nicht zu.

15 Gemeint ist offensichtlich die Entscheidung über die vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924, die Hitler im Urteil des Volksgerichts München vom 1.4.1924 in Aussicht gestellt worden war. Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 97 ff.

16 Gemeint ist die (zweite) Weimarer Tagung vom 15. bis 17.8.1924. Der sog. Einigungsparteitag endete mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen

mühevollster Arbeit eine große Bewegung und kommt endlich für sie in das Gefängnis. Er ist aus innerster Überzeugung heraus der schärfste Gegner eines Vorganges, der die von ihm geschaffene Bewegung betrifft. Unbekümmert darum, kann man nicht drei Monate abwarten, sondern geht über den Gründer der Bewegung zur Tagesordnung über und vollzieht einen Beschluß, der dem Wollen und der Einsicht des Begründers der Bewegung diametral gegenübersteht.

Wie gesagt, ich überlasse die Beurteilung der Loyalität dieses Vorganges der Verantwortung jedes anständig Denkenden selbst.

Trotz alledem habe ich es damals auf das peinlichste vermieden, auch nur mit einem Wort in die Entwicklung einzugreifen. Leider trafen aber meine Befürchtungen ein. In noch nicht einmal zwei Monaten war die Bewegung atomisiert und zerrissen. Zahllose Führer der alten N.S.D.A.P. waren hinausgeworfen worden, ohne Rücksicht auf die verheerenden Folgen bei der Anhängerschaft. Der Kampf tobte in diesem sogenannten geeinigten einheitlichen Lager heftiger als außerhalb desselben. Die Presse der geeinten Bewegung sah ihre Mission in einer wüsten gegenseitigen Beschimpfung und Vorwerfung gemeinster Injurien, und die Reichsführerschaft selbst war nur der große Deckmantel, unter dem jeder kleine Zwerg seine persönlichen Interessen, oder meistens Feindschaften, durchzufechten sich bemühte.

Allerdings in dieser Zeit, da alles drunter und drüber ging, da versuchte naturgemäß jeder Teil, von mir ein Machtwort zu erlangen. Auch Herr von Graefe bemühte sich darum.

Sie schrieben mir, Herr *von Graefe*, damals nach *Landsberg* einen Brief. Und zwar nicht etwa vor der Weimarer Tagung; keine Frage, wie ich mich zu einer geplanten Vereinigung stellen würde, sondern wesentlich später, nämlich in dem Moment, mein sehr verehrter Herr *von Graefe*, als eine neue Reichstagswahl vor der Türe stand und in Ihrem ahnungsvollen Gemüt unter Berücksichtigung der vollkommen zerfleischten "Einheitsbewegung" die grausige Überzeugung aufzudämmern schien, daß möglicherweise eine Katastrophe bevorstünde. Da erst, Herr von Graefe, haben Sie sich meiner wieder erinnert. Und da erwarteten Sie dann von mir, daß ich gutmachen sollte, was Sie und Ihre freiheitsparteilichen Parlamentarier an der Bewegung an Schaden angerichtet hatten. Ich hätte nun einen Kampf beschwören sollen, den Sie selbst heraufberufen hatten. Als gegen meinen Willen die sogenannte Verschmelzung durchgeführt wurde, da verstand ich von der Sache nichts; sowie nun die Folgen kamen und die neue Reichstagswahl vor allen Ihrem parlamentarischen Gemüt die notwendige Angst eingejagt hatte, da wäre ich wieder der edle Freund gewesen, der sich nun vor die Masse hätte hinstellen dürfen, um zu beschwichtigen, was Sie vorher in Aufruhr versetzt hatten.

Dafür, Herr von Graefe, war ich mir einst zu gut und bin ich mir auch heute noch zu gut. Der Brief war für mich die schwerste Beleidigung, die es geben konnte. Herr *von Graefe* fand es notwendig, neben der bekannten parlamentarischen Träne im Auge mir Vorwürfe über meine Freunde zu unterbreiten, zu einer Zeit, da ich auf der Festung, um nur ja nicht in den Schein einer Illoyalität zu kommen, meine besten Freunde von

NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands unter der Reichsführerschaft von Ludendorff, Straßer und Graefe . Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 118 ff.

mir stieß und als Besucher nicht mehr empfing. Ein Opfer, das nur der ermessen kann, der selbst in ähnlicher Lage sich befand.

Endlich hat auch meine Geduld Grenzen und auch meine Gütmütigkeit Schranken. Für Herrn *Graefe* mußte das recht sein, was jedem anderen billig war. Daß die Nichtbeantwortung dieses Briefes aber auch menschlich bereits gerechtfertigt war, hat Herr *von Graefe* später selbst bezeugt. Denn an dem Tag, an dem er private Briefe der Öffentlichkeit unterbreitete, hat er denen recht gegeben, die den Stil und Inhalt seiner Briefe von vornherein als für die Öffentlichkeit bestimmt empfinden, und die damit im sogenannten "blutenden Herzen" nur einen gerissenen Trick zu sehen vermögen, der eines Tages bestimmt ist, den biederen Mann der breiten Öffentlichkeit zu rühren.

Mir zuzumuten, daß ich dann mit einem Manne mich weiter als Freund unterhalte, der private Briefe öffentlich für politische Zwecke verwertet, hieße mich einer Charakterlosigkeit zeihen, die ich im nationalsozialistischen Lager vermieden wissen wollte.

Nach meiner Rückkehr aus der Festungshaft habe ich die alte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei erneut ins Leben gerufen und in einer großen Versöhnungskundgebung alles das vereint, was wirklich eins im Glauben und im Wollen ist. Es war dieser Vorgang erfolgt ohne jede Spitze gegen einen anders Denkenden, im Gegenteil, ich war bereit, auch mit diesen in redlicher Verständigung die Wege gemeinsam zu gehen, solange sie eben gemeinsam verlaufen.

Seit dem 27. Februar 1925 bis spät in den Herbst dieses Jahres hinein hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Frieden gehalten. Der *"Völkische Beobachter"*, das Zentralorgan der Bewegung, brachte kein Wort und keine Silbe gegen einen anders denkenden Mann vor.

Unzählige Millionen von Flugblättern, Hunderttausende von Broschüren, Sondernummern usw. wurden verbreitet, ohne mit einer Silbe jemand aus dem sogenannten "völkischen" Lager auch nur zu erwähnen. In zahllosen Massenversammlungen wurde der Kampf wieder gegen Rot geführt, wie einst zuvor. Mehr als zweitausenddreihundert große Versammlungen fanden allein in diesem einen Jahre statt. Über dreieinhalbtausend Sprechabende sind dem noch zuzurechnen, und davon haben sich sage und schreibe 3 gegen Sie, Herr von Graefe, besser gegen den nat[*ional*]-soz[*ialen*] Volksbund, gewandt bzw. gegen Ihre Richtung. Und warum? In der gleichen Zeit, in der wir den Kampf nach außen fochten, hat die Deutsch-völkische Freiheitspartei ihre erhabenste Mission im Kampf gegen uns gesehen.

Wenn Sie heute, Herr *von Graefe*, vom "Sichverstehen" und "Sich-fördern-wollen" reden, dann frage ich Sie ganz kurz, war das etwa auf "Sichverstehen" begründet oder auf "Sich-gegenseitig-fördern-wollen", als im "Reichswart" Ihres Freundes *Reventlow* die unverschämtesten Verleumdungen über meine Person gebracht wurden; war das *"Sich-verstehen-wollen"* von Ihnen, wenn Ihre ganze Bewegung im Norden die Lügen verbreitete, ich hätte Frieden mit Rom geschlossen, würde mit Jesuiten zusammenarbeiten, wäre mit der Bayerischen Volkspartei im Bunde und mit den Klerikalen im Verein, hätte mit der bayerischen Regierung Bindungen eingegangen, wäre mit einer ultramontanen Dame verlobt (bei dem Juden ist es eine jüdische) usw. usw.

Nein, Herr von Graefe, ich empfinde das als eine heuchlerische Spiegelfechterei, was Sie hier betreiben. Mit wahrer Eselsgeduld haben wir Monat für Monat die infamen Verletzungen und Verleumdungen aus Ihrem Lager und von Ihren Freunden entgegengenommen, ohne daß Sie, sehr geehrter Herr von Graefe, trotz Ihrer Freundschaft für mich jeweils dagegen Stellung genommen hätten. Tun Sie doch nicht so, Herr von Graefe, als ob Sie soeben vom Mond heruntergekommen wären und nicht wüßten, was sich hier zu Lande abgespielt hat. Nehmen Sie Ihre parlamentarische Träne aus dem Auge, sie ist bei mir gänzlich unwirksam, und bekennen Sie doch die Tatsachen, nämlich, daß:

1. Schon ehe die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei am 27. Februar [*1925*] begründet wurde, Sie selbst, Herr von Graefe, mit Ihren Freunden *Reventlow*, *Wulle*, *Kube* [17], *Henning* usw., die Reichsführerschaft entthront hatten, in einer Form, die genau so anständig war, wie Ihr seinerzeitiges Vorgehen gegen mich.

2. Daß von diesem Tag an Ihre Presse die unverschämtesten Lügen über mich verbreitete, daß Herr Graf Reventlow, Ihr Freund, im "*Reichswart*" aller Welt zu wissen gab, ich hätte persönlich zwei Abgeordneten bestätigt, daß ich mit Rom nun im Bunde wäre, Frieden geschlossen hätte usw., d. h. also, mich dem Klerikalismus ergeben hätte. Wer kann seit dieser Zeit die unzähligen Lügen alle studieren, die gegen mich und meine Mitarbeiter losgelassen waren in Ihren Zeitungen, Herr von Graefe?

3. Daß Ihre Münchener Ablegerorganisation, *"Nationalsozialer Volksbund"* betitelt, im Lande eine Hetzversammlung nach der anderen gegen mich und meine Mitarbeiter abhalten ließ, daß man in Diskussionsabenden sich immer und fast ausschließlich mit uns beschäftigte, so lange, bis endlich unseren Anhängern der Geduldsfaden riß und aus der Nichtabwehr eben zur Abwehr übergegangen wurde. Da allerdings, teuerster Herr *von Graefe*, begannen sich die Themen Ihrer Anhänger plötzlich zu ändern, und statt "Hitler und sein Kreis", hieß es nun auf einmal nur mehr "Von Locarno bis Genf" usw. usw.

4. Daß Ihre württembergische Organisation unermüdlich im Verbreiten von Lügen und Verleumdungen über meine Person war, und daß das Zentralorgan dieser dauernden Verleumdungstendenz, der sogenannte *"Völkische Herold"* [18], kaum eine Nummer erscheinen läßt, in der nicht irgendeine unwahre Unterschiebung oder eine verletzende Bemerkung sich vorfindet. Daß selbst anläßlich der Hofbräuhaussaal-Versammlung der Herr Graf *Reventlow* es nicht unterlassen kann, auf eine irgendwie eben doch im Stillen vorhandene Zusammenarbeit mit den Klerikalen dadurch hinzuweisen, daß er behauptet, der *"Bayerische Kurier"* usw. wäre schon vor dem Erscheinen des Aufrufs im *"Völkischen Beobachter"* in der Lage gewesen, unseren Aufruf zu kennen und zu kom-

17 Wilhelm Kube (1887-1943), Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1928 Eintritt in die NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Reichskommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

18 Der 1924 gegründete "Völkische Herold. Wochenblatt für vaterländische Politik und Wirtschaft" wurde von Karl Rohm in Lorch (Württemberg) herausgegeben. Der von Rohm geleitete Vaterländische Volksbund stand Ludendorff nahe und war seit Ende 1925 korporatives Mitglied der DVFP.

mentieren! Eine ganz unverschämte Lüge, von A bis Z unwahr. Allein der Zweck heiligt eben die Mittel.

5. Daß die Publikationen des "National-sozialen Volksbundes" bzw. seiner Anhänger wirklich nicht dem Sichgegenseitigverstehenwollen den Ursprung verdanken, als vielmehr einem infernalischem Haß gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Oder ist etwa die Broschüre "Hitler und sein Kreis" [19], die in Ihren Parteiblättern so warm empfohlen wird, auch ein Ausfluß der Liebe zu gemeinsamer Bewegung, sehr verehrter Herr von Graefe? Oder wissen Sie davon nichts? Ist dies ihren milden tränenreichen Augen entgangen?

Ich könnte dies endlos fortsetzen. Denn es gehört wirklich bei mir unendlich viel dazu, einen einmal gefaßten Entschluß fahrenzulassen und zum Gegenteil überzugehen. Am 27. Februar [*1925*] [20] aber war ich entschlossen, jedes Wort zu vermeiden, das irgendwie als Kampf hätte aussehen können. Heute aber, Herr von Graefe, bin ich entschlossen, der Verleumder-Taktik Ihrer Bewegung rücksichtslos entgegenzutreten. Zwölf Monate haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß das Ergebnis meiner ersten Haltung den Kampf nicht beseitigt hat, sondern eher förderte.

Dieser Erkenntnis können Sie, Herr *von Graefe*, auch den Vorgang vom 24. Februar [*1926*] zuschreiben. Im übrigen möchte ich Ihnen gleich hier feststellen, um was es sich an diesem Tage bei Ihnen gehandelt hat und um was bei uns:

Ihre Absicht, Herr *von Graefe*, war, durch die Verwendung des Jahrestages der Gründung der Bewegung demonstrativ der Welt das siegreiche Vorwärtsmarschieren der deutsch-völkischen Freiheitspartei zu dokumentieren, und unsere Absicht war: dem Herrn Grafen *Reventlow* nur ein paar Fragen vorzulegen, nämlich: [*1.*] ob der Herr Graf seine einstigen Verleumdungen "ich hätte Frieden mit Rom geschlossen" usw. noch aufrechterhält, 2. wenn nicht, ob er dann bereit ist, sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen, und wenn auch das nicht, ob die Versammlung ein solches Vorgehen des Herrn Grafen als anständig empfindet oder als gemein. Der schlaue Herr Graf roch den Braten, und aus der Todesangst und Furcht vor der Enthüllung kam dann der sonst nicht gewohnte Heroismus: Herrn Esser durfte das Wort unter keinen Umständen erteilt werden.

Daß es sich bei dieser Versammlung aber um eine sehr überflüssige Provokation gehandelt hat, wird mir jeder bestätigen müssen, der die Tätigkeit der deutsch-völkischen Freiheitspartei an anderen Orten betrachtet. *Herr von Graefe, Sie haben einst München nicht den völkischen Gedanken erobert* [*sic!*] *und brauchen es auch heute gar nicht zu tun.* Diesen Kampf haben wir Ihnen abgenommen gehabt und nehmen ihn heute wieder auf. Ich muß gestehen, es bringt mich zum Erstaunen, Ihren Kampf plötzlich in München aufnehmen zu sehen, während ich mich nicht erinnern kann, Sie und den Herrn Grafen an den Orten getroffen zu haben, die wirklich erobert werden müßten. Warum, Herr von Graefe, setzen Sie ihre kostbare Kraft höchst überflüssiger Weise in München an und nicht in Berlin?

---

19 Gemeint ist die Kampfschrift von Friedrich Plümer, Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis, München 1925.

20 Gemeint ist die Neugründung der NSDAP am 27.2.1925.

Berlin zählt, wenn ich mich nicht irre, zur Zeit 350.000 Kommunisten. Das wäre das Wirkungsfeld für so selten tapfere Männer wie Sie und Ihre Freunde. Säße ich in Berlin und hätte ich die Redefreiheit wie Sie, Herr Graf [*sic!*], dann wäre es mein Ehrgeiz gewesen, des Reiches Hauptstadt umzuformen und nicht nach München zu laufen, um dort die Brotsamen aufzusammeln, die unter dem Tisch der nationalsozialistischen Bewegung liegen. Aber die Frage stellen, heißt, sie auch gleich beantworten.

Sie, Herr *von Graefe*, als auch Herr Graf Reventlow haben der völkischen Bewegung noch nicht eine Seele gewonnen, sondern ewig anderen Parteien nur gestohlen. Nicht ein Gewinner sind Sie, sondern ein Sammler der Unzufriedenen und Querulanten, vor allem aber ein Sammler derjenigen, die die Disziplin hassen und die sich deshalb in Ihrem Durcheinander wohler fühlen als in einer festgeformten Organisation. Denn, mein sehr verehrter Herr von Graefe, was ist dann [*sic!*] eigentlich die programmatische Grundlage Ihres ganzen derzeitigen Handelns?

Sie selbst geben ja die Antwort darauf: Sie möchten die Leute zusammenfassen, die aus irgendwelchen Gründen zur Zeit die derzeitige Führung der nationalsozialistischen Bewegung nicht anzuerkennen vermögen. Jawohl, Herr von Graefe, das ist aber nicht nur die Grundlage Ihres heutigen Handelns, sondern die Ihrer gesamten völkischen Tätigkeit überhaupt. Menschen zu sammeln, die in anderen völkischen Bewegungen und Verbänden nicht mehr geduldet werden, hinausfliegen oder von selber gehen, Stänkerer oder Unzufriedene also.

Das ist allerdings eine leichtere Mission, als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei sich einst gestellt hatte.

Wir haben im Jahre 1919, da Sie, Herr Graefe, sich noch in Ihrem deutschnationalen Lager wohlfühlten, gerungen um die Seelen der unserem Volk Verlorengegangenen. Und im Jahre 1920, da Sie noch keine blasse Ahnung von einer völkischen Idee besaßen, da stand ich Woche für Woche und manchesmal nicht zwei- oder drei-, sondern viermal auf dem Versammlungstisch und redete mir die Kehle wund und heiser zu einer Masse, die öfter als einmal gekommen war, uns niederzuschlagen, um nach drei und vier Stunden mehr oder weniger bekehrt nach Hause zu gehen. In dieser Zeit, da formten wir die Bewegung, die Ihnen später passend erschien, Ihrer und Ihrer Freunde politischer Führergenialität die Hammel der Soldaten zu stellen.

Und das ist der Unterschied, der zwischen Ihrer Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei besteht.

Denn sicherlich kann Gleiches sich mit Gleichem vereinen, aber gleich, Herr von Graefe, sind wir eben trotz aller Äußerlichkeit dennoch nie gewesen.

Während wir um die Seelen unserer internationalen, undeutsch gewordenen Volksgenossen rangen, haben Sie um die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei gebettelt und anderen nationalen Verbänden Unterführer und Mannschaften wegzufischen versucht.

Ihre Tätigkeit war im günstigsten Fall nur die einer Verschiebung innerhalb des an sich national gesinnten Elements.

Und dazu, Herr von Graefe, konnten Sie auch General Ludendorff notwendig brauchen. Sie fragen heute ganz erstaunt, warum der ehemalige Freund nun plötzlich zum

Feind geworden sein sollte. Herr von Graefe, entweder es läßt Sie Ihr Gedächtnis im Stich oder Sie bauen wirklich zu sehr auf meine Zurückhaltung.

Denn dies eine muß ich Ihnen sagen: Mich persönlich trifft der Kampf von Juden und Judengenossen, wahrhaftiger Gott, nicht schwer. Wenn ein Jude behauptet, ich wäre mit einer Jüdin verlobt, ich hätte französisches Geld erhalten usw., so bewegt mich dies an sich gar nicht. Ich erwarte vom Juden nichts anderes, als daß er lügt. Ich würde wahrscheinlich im Gegenteil sogar betroffen nachdenklich werden, wenn einer die Wahrheit sagen würde. Wenn aber Ihr Herr Freund *Reventlow* in seinem Reichswart Lügen verbreitet, die weiterfressen und die ganze völkische Seele vergiften, dann wundern Sie sich nicht scheinheilig über den Empfang, der Ihnen zuteil geworden ist. Das Volk gibt dabei wirklich nur seinem innersten Gefühl Männern gegenüber Ausdruck, die es fertigbringen, mit jüdischer Rabulistik Behauptungen aufzustellen, die die Ehre eines anderen nicht nur auf das Tiefste verletzten, sondern wunschgemäß sogar vernichten sollten.

Sie reden weiter von einer stillschweigenden Kameradschaft, die Sie auch weiter anerkannt hätten. Ich bedanke mich für eine Kameradschaft mit Menschen, die in ihren Reihen Lügen und Verleumdungen verbreiten lassen, ohne dagegen Stellung zu nehmen. Die in ihren Zeitungen, Broschüren übelste Pamphlete ankündigen, in denen der "Kamerad" in gemeinster Weise heruntergesetzt und verleumdet wird.

Diese Form von Kameradschaft scheint in Ihrem freiheitsparteilichen Lager vielleicht gang und gäbe zu sein, als Nationalsozialist ist mir ein offener Feind lieber als ein solcher Freund.

Oder war es etwa der Ausfluß Ihres nach Freundschaft lechzenden Herzens, Herr von Graefe, der Sie bewogen hat, der ganzen Welt die erwünschte Aufklärung über Ihren "Freund" Adolf *Hitler* in der Plümerschen Biographie anzupreisen, mein sehr verehrter Herr *von Graefe*, nicht wahr?

Sie reden weiter davon, daß mein Empfang im Norden doch ein ganz anderer gewesen wäre als Ihr Empfang in München.

Jawohl, Herr von Graefe, das stimmt, aber das ist - weiß der Teufel - nicht Ihr Verdienst, sondern das meine. Denn nicht Sie, Herr von Graefe, haben mir einen Namen geschaffen, sondern ich mir selbst. Und der Empfang, der mir in Norddeutschland bereitet wird, hängt nicht von Ihnen ab, sondern von meinen Anhängern. Es sollte mich freuen, einmal einen anderen Empfang zu erleben, denn ich glaube, die in den Saal als Freiheitsparteiler Gekommenen gingen als Nationalsozialisten wieder hinaus.

Sie appellieren weiter wie immer an die Rührseligkeit und zitieren dabei den 8. und 9. November [*1923*]. Herr von Graefe, von dem Tag und an dem Tag wußten Sie gar nichts und Sie gingen in der Masse mit wie andere auch. Die Zahl derer, die annehmen konnten, daß der Einsatz des Lebens das Ende dieses Tages sein würde, hat Sie damals nicht umschlossen.

Wenn Sie aber heute versuchen, ironisierend von anderen "tapferen" Helden zu reden und dabei auch eine Anzahl von Namen finden, dann stelle ich dies hier nur als eine Gefühls- und Herzenroheit sondergleichen fest. Sie paßt wundervoll zu Ihrer sonstigen tränenreichen Sentimentalität. Wo die Herren Streicher, Esser und Buttmann damals waren, brauche ich wirklich nicht der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Auf alle Fälle auf

einem nicht minder gefährlichen Platz wie Sie [21]. Im übrigen hat damals jeder nur getan, was seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit war. Wollte ich das als besonders rühmenswert bezeichnen, so würde ich den Maßstab verlieren für all das, was Millionen von Deutschen und darunter auch ich über 4 Jahre lang fast Tag für Tag an Todesbereitschaft für das Vaterland darzubringen hatten.

Schwätzen Sie also nicht von Ihrer reinen Soldatenehre, die niemand angegriffen hat, weil davon niemand[*em*] etwas bekannt ist, sondern greifen Sie gefälligst, Herr von Graefe, nicht die Ehre von anderen mutigen Männern an, die gerade zu der Zeit, schon öfter als einmal mit dem Erschlagen bedroht, der roten Welle sich entgegenstellten, als Sie sich noch in den weichen Polsterstühlen Ihrer Deutschnationalen Partei wiegten.

Und überhaupt und immer wieder, Herr *von Graefe*, sparen Sie sich Ihre tränige und rührselige Gefühlsduselei. Schreiben Sie keine Briefe mit Ihrem Herzblut, die innerlich unwahr sind, als vielmehr echte, und dann meinetwegen mit der Schreibmaschine. Sie sind für mich so leserlicher. Reden Sie nicht immer von Einheit und Reinheit, sondern erziehen Sie Ihren Herrn Grafen *Reventlow* und die sonstigen Herausgeber Ihrer Zeitungen, die Voraussetzungen dafür nicht zu durchkreuzen. Denn zur Reinheit gehört auch grundsätzliche Wahrheitsliebe, die es nicht verträgt, über andere unwahre Behauptungen aufzustellen. Und zur Einheit gehört erst recht der Wille, den anderen Teil nicht gewollt herabzusetzen, wie es durch die von Ihnen betriebene Verbreitung niedriger Schmähschriften praktisch doch geschieht.

Und ganz besonders, Herr *von Graefe*, zitieren Sie nicht den schlichten Trommler aus der Vergangenheit in die Gegenwart, außer ich muß Ihnen eines einmal für immer sagen:

Herr von Graefe, ich war einst der Trommler und will es auch für die Zukunft sein, aber trommeln will ich nur für Deutschland und nicht für Sie und Ihresgleichen, so wahr mir Gott helfe.

München, 17. März 1926

gez. Adolf *Hitler*

21 Graefe hatte sich, wie er in seinem Offenen Brief an Hitler vom 28.2.1926 schreibt, am Abend des 9.11.1923 in der Redaktion des VB aufgehalten und Flugblätter drucken lassen.

18. März 1926 Dok. 112
"Die heutige politische Lage Deutschlands" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

PND-Bericht Nr. 533 [3], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler, der begeistert begrüßt wurde, teilte mit, ebenfalls eine ähnliche Zuschrift [4] erhalten zu haben wegen der Grünwalder Sache 1922 [5], aber die Bewährungsfrist sei nicht erlassen. Die Begründung sei ebenfalls nicht zu verstehen. Der normale Mensch brauche solche Dinge auch nicht zu verstehen, die Hauptsache sei, wenn einer verurteilt wird. Vier Wochen habe die deutsche Delegation in Genf den Büßerrock vor aller Welt getragen. Ein klägliches Gebilde diese internationalen Volksvertreter, wie sie in Genf waren [6]. Es war die Auslese der Advokaten der Welt, welche die Welt mit ihren Ausplünderungsplänen beglücken wollen. Freimaurerhäuptlinge und Völkerverderber sind es, die sich heute anmaßen, die Völker zu regieren. Was in Genf war, waren nicht die Nationen, sondern nur einzelne, die mit den Völkern nichts zu tun haben. Luther und Stresemann haben mit dem deutschen Volk nichts zu tun. In früheren Zeiten wären solche Diplomaten von der Regierung entlassen worden, bevor sie den deutschen Boden betreten hätten. Heute in der Republik wird ein solches Fiasko noch als Erfolg gefeiert. Wenn man die Köpfe all dieser Diplomaten in Genf betrachte, so trete einer hervor und das sei Mussolini, hinter dem ein ganzes Volk stehe, eine geschlossene Nation. Wie

1 Titel laut der im Polizeibericht genannten Tagesordnung.

2 Im Restaurant "Zur Blüte", von 20.00 bis 22.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 450 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet.

3 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 12.3., 16.3. und 18.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 533" gekennzeichnet.

4 Bezug auf die einleitenden Bemerkungen Wolterecks: "Woltereck teilte bei Eröffnung der Versammlung mit, daß er vom Amtsgericht München eine Verfügung erhielt, wonach der verurteilte Edelmann seine Strafe erlassen erhielt. Interessant sei die Begründung hierfür, in der sich ein normaler Mensch nicht zurechtfinden könne. Nun müsse er selbst die Prozeßkosten tragen, weil bei Edelmann nichts zu holen sei. Herr Stolzing, der einen Herrn der Bayerischen Volkspartei beleidigt habe, habe seine Strafe nicht geschenkt erhalten. In allem liege System. Die Nationalsozialisten werden bis aufs äußerste verfolgt, und da brauche man sich nicht wundern, wenn Hitler nicht sprechen dürfe. So sehe das deutsche Gesetz aus."

5 Gemeint ist möglicherweise die Erstürmung des Hotels "Grünwald" in München am 21.1.1923 durch Nationalsozialisten unter der Führung von Edmund Heines. Zum Prozeß wegen Landfriedensbruch, bei dem mehrere Angeklagte zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurden, vgl. die Berichterstattung in der Münchner Post vom 28.5., 29.5. und 30./31.5.1923, jeweils unter der Überschrift "Der Sturm auf das Hotel Grünwald".
Hitler selbst war am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hierbei handelte es sich um die Störung einer Versammlung des Bayernbundes im Münchner Löwenbräukeller am 14.9.1921. Von der Haftstrafe büßte Hitler einen Teil in der Zeit vom 24.6. bis 27.7.1922 im Gefängnis München-Stadelheim ab, anschließend wurde er auf Bewährung entlassen. Vgl. Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

6 In Genf tagte vom 8.3. bis 17.3.1926 die Völkerbundsversammlung. Die Entscheidung über das deutsche Aufnahmegesuch in den Völkerbund wurde nach ergebnislosen Verhandlungen am 17.3.1926 vertagt. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 311 ff.

überall im Laufe der Jahre, so habe auch die N.S.D.A.P. in der Völkerbundsfrage richtig geurteilt. Der Völkerbund sei eine Institution der Sieger zur Ausbeutung der am Boden liegenden Völker, es sei Judenwerk. Daß die deutschen Diplomaten mit dem Volke nichts zu tun haben, hierfür gebe es viele Beweise. Mit großer Gleichgültigkeit nehme das Volk die Tätigkeit dieser Auserwählten hin. Nicht durch verrückte Reden und Demonstrationen könne man ein geknebeltes Volk frei machen, sondern hiezu gehöre eine Macht. Eine solche ist z. Z. nicht vorhanden; deshalb gibt es nichts anderes als die Zähne zusammengebissen und den Kopf hoch, damit der Feind den Schmerz des Geknechteten nicht fühlt, worüber er sich nur freuen könnte. Auf das ganze Gewinsel gegen [*sic!*] Südtirol hat Italien nicht reagiert; es wurde nur erreicht, daß in Südtirol das Deutschtum vollständig ausgerottet wird. Die letzten Vorgänge und die Südtiroler selbst können das bestätigen. Was halfen die Demonstrationen gegen Frankreichs Unterdrükkung im Rheinland? Die deutsche Regierung hat sich lächerlich vor aller Welt gemacht. Die Geschichte nimmt ihren Lauf, der in den verschiedenen Verträgen vorgezeigt ist. Durch den Dawes-Plan wandert der letzte Rest deutschen Volksgutes in den Rachen des internationalen Juden. 9/10 des deutschen Volksgutes hat bereits diesen Weg genommen. Nicht mit Winseln, Verhandlungen und Bitten wird die Geschichte einer Nation geändert, sondern nur mit einer Außenpolitik, die konsequent ist. Die Geschichte lehrt, daß jeder große Staatsmann zugleich ein Held war, und nur Männer, welche diese Eigenschaft aufzuweisen hatten, hatten Erfolg in der Welt. Wo sind heute die Helden? Staatsmänner vom parlamentarischen System haben wir in Fülle, aber keinen einzigen Helden. Nicht einer ist da, welcher es gewagt hätte, sich mit einer Division der Revolution 1918 entgegenzuwerfen. Ein typisches Beispiel eines Staatsmannes der Republik ist Kahr. Überall gut stehen wollen, ja keinen Kampf, das sind die Eigenschaften der heutigen Staatsmänner. Die Fürstenenteignung ist ein Stück auf dem Wege zur vollständigen Volksenteignung. Das deutsche Volk soll Sklave werden, und die heutigen Regierenden sind auf dem besten Wege, mit die Sklavenaufseher zu sein bzw. zu werden. Sie besorgen bestens die Arbeit des internationalen Ausbeutertums. Nicht für die Fürstenpersonen setzen wir uns ein, sondern gegen das herrschende Enteignungssystem. Die Fürsten sind uns gleichgültig. Wir haben viel Wichtigeres zu tun, als uns um Personen zu kümmern. Werden die Fürsten enteignet, dann kommt die Zeit, wo in den Schlössern nicht Proletarier oder Kriegsinvaliden sitzen, sondern gemästete Juden. Behalten aber die Fürsten jetzt ihren Besitz, dann besteht für das deutsche Volk später immer noch die Möglichkeit, diesen Besitz der Nation einzuverleiben. Jedes Volksopfer, das heute gebracht wird, ist umsonst. Die Zauberer der deutschen Finanzverwaltung verzaubern jede erreichbare Milliarde in die unbekannten Taschen. Wenn früher im Kaiserreich das Volk ein Opfer zu bringen hatte, dann hat das Volk wohl momentan auch nichts gesehen, aber im August 1914 sah das Volk, wozu die Milliarden verwendet wurden. 9 Millionen Deutsche wurden in Stahl und Eisen gesetzt, und neu gekleidet vom Kopf bis zum Fuß marschierte das deutsche Heer aus. Es waren somit diese Volksopfer zum Schutze der Nation verwendet. Die M.N.N. schreibt in der heutigen Nummer [7], daß das Volksbegehren zunächst eine Enttäuschung für die Veranstalter sei. Wo die Enttäu-

7 Münchner Neueste Nachrichten vom 18.3.1926, "Das Enteignungs-Begehren".

schung bleibt, sei unerklärlich, da das Volksbegehren einen großen Erfolg darstellt. Ohne weiteres gingen mehr als 8 Millionen Deutsche zum Einzeichnen [8], und es ist zweifelhaft, ob der Volksentscheid nicht auch zum Erfolg führt. Wenn der Artikelschreiber weiter sagt, von den rein rechnerischen Erwägungen abgesehen, ist die Zahl jener, die sich einzeichneten, für ein Volk von der Kulturhöhe des Deutschen und seiner bisherigen mustergültigen Rechtsauffassung doch erschreckend hoch. Da es nicht möglich ist, den Grund dieser Erscheinung im deutschen Charakter zu erblicken, muß derselbe in der Ursache der Werbetätigkeit der Veranstalter zu suchen sein. Jawohl, geehrter Artikelschreiber, in der langjährigen Werbetätigkeit ist der Grund einerseits zu suchen, anderseits aber darin, daß die Fürsten wohl die Gunst der Massen möchten, aber sie fürchten den Haß der Massen. Wer aber Liebe will, der muß auch Haß ertragen. Nur eines von beiden gibt es nicht. Die Fürsten haben heute die Früchte ihrer Politik und ihres Treibens zu ernten. Kein Mensch im Volke beachtet noch diese Fürsten; sie sind vergessen, weil das Volk kein Vertrauen mehr dazu hat. Das Volksbegehren zeigt, daß die Fürsten für immer erledigt sind. Wenn der unbekannte Artikelschreiber von mangelnder Staatsautorität schreibt, so muß er bedenken, daß die Staatsautorität ein Produkt der Regierenden selbst sein muß. Wie die heutigen Regierungen sind, so ist auch die Autorität. Autorität heißt Vertrauen zur Regierung und Achtung für dieselbe. Beides fehlt im Volke. Nicht mit Polizeimaßnahmen und Bedrückung des Volkes erzielt man die Autorität, sondern nur die Verachtung. Die Autorität richtet sich nach den Leistungen in einer starken Außenpolitik und Gerechtigkeit gegen das eigene Volk. Wo war die Stärke in dem lächerlichen Zitronenrummel [9]? Zusammengeklappt sind sie alle nach ihren heroischen Reden. Das Volksbegehren zeigt weiter, daß sich die Republik gefestigt hat, nicht aber auf hoher sittlicher Grundlage, sondern in Versumpfung, Schmutz und Lügenhaftigkeit. Die Moral des Volkes ist versaut, die Kunst ist versaut, die Literatur ist versaut, die politische Auffassung ist versaut, alles ist versaut und verschlammt. In diesem Schmutz hat sich die Republik befestigt. Weiter lehrt uns das Volksbegehren die Macht der Propaganda. Diese ist in der Tatsache [*sic!*] eine ungeheure Macht, wenn sie richtig und zur rechten Zeit angewendet wird. Wäre ich Royalist, ich würde jetzt meine ganze Kraft für die Fürsten aufbieten. Aber keine Bayer. Königspartei rührt sich heute. Auch diese Herrschaften glauben schon selbst nicht mehr daran, daß das Volk mit einer Monarchie zu retten ist. Wir werden in Zukunft Versammlung auf Versammlung veranstalten und den 100.000 Volksbegehrensstimmen 100.000 andere Stimmen entgegensetzen. Die 100.000 Stimmen in München sind das Produkt der Held-Stützel-Politik, denn sie haben verschuldet, daß diese Massen wieder nach links abgeschwenkt sind. Mit den lächerlichsten Begründungen verbietet mir die scheinnationale Regierung das Reden. Esser hat ja diese Herrschaften in der gestrigen

8 Das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, dessen Listen in der Zeit vom 4.3. bis 17.3.1926 auflagen, verzeichnete nach dem amtlichen Endergebnis 12,5 Millionen gültig abgegebene Stimmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 452 f.

9 Gemeint ist der Boykott italienischer Waren, zu dem an der Jahreswende 1925/26 nationale Verbände in Deutschland und Österreich als Protest gegen die italienische Südtirolpolitik aufgerufen hatten.

Bürgerbräuversammlung [10] richtig charakterisiert. Wann haben wir uns je einmal gegen den Staat gewendet, wann haben wir je einmal den Staat angegriffen? Noch nie! Wann haben wir uns je einmal außer Recht und Gesetz gestellt? Noch niemals! Denn sonst hätte der Staatsanwalt sicher nicht versäumt einzugreifen. Mit diesem Redeverbot, das die ersten 3 Wochen gewirkt hat, werden diese Herren die Bewegung in ihrer Entwicklung nicht hemmen, ja sie fördern diese ihnen so verhaßte Bewegung damit. Die Bewegung wächst von Tag zu Tag, und niemand wird uns hindern können in der Propaganda. Das Verbot ist erfolgt, weil ich dieser bürgerlich-marxistischen Gesellschaft eine neue Weltanschauung entgegensetze, die Formen annimmt, durch die sich diese "Auchnationalen" in ihren Sesseln bedroht fühlen. Daß ein Severing mir das Reden verboten hat, ärgert mich nicht, denn dessen Partei weiß genau, daß ich ihr gefährlichster Feind bin und bei der besten Gelegenheit bereit bin, den internationalen Marxismus zu vernichten, und daß dann die Zeit der Abrechnung kommt. Unser Kampf richtet sich nicht gegen den Staat, sondern gegen dessen Inhalt und Machthaber. Unser Ziel ist, einen nationalen Staat in unserem Sinne zu errichten. Die Politik der heutigen Regierenden wird sich genauso rächen, wie sich auch die Politik der Fürsten gerächt hat. Ihre Zeit ist vorbei. Auch eine bayerische Scheinnationalregierung wird vor der Rache des Schicksals nicht bewahrt bleiben. Unsere Tätigkeit und unser Ziel ist national und für das Vaterland. Einem bayerischen Ministerpräsidenten, der durch eine dumme Rede gegen Italien [11] sich schwer gegen die Interessen des Vaterlandes vergangen hat, wird das Reden nicht verboten, ja, er lebt in dem Glauben, sich ein Verdienst erworben zu haben. Die Zeit kommt, in der wir unsere Tätigkeit ungehindert fortsetzen können, denn das Rad der Zeit und des Schicksals läuft unaufhaltsam weiter. Wer weiß, was 1926 noch wird, und wer weiß, was 1927 kommen kann. Wir werden die Zeit mit starker Propaganda ausfüllen. Die Regierung wird nicht erwarten können, mich für eine andere Gesinnung umzustellen, denn ich habe schon gefährlichere Kämpfe bestanden als das Redeverbot. In den schwersten Zeiten hat mich der Segen Gottes nicht verlassen, und auch über unserer Bewegung ruht dieser Segen. Solange wir diesen Segen des Schicksals haben, wird unsere Bewegung wachsen und das Ziel erreichen. Wir haben zwei Götter: Gott den Allmächtigen und das deutsche Vaterland. In diesem Glauben werden wir mit Gottes Segen ein freies deutsches Volk und Vaterland erringen und den Kampf mit Erfolg führen gegen alle bösen Menschen. Heil! (Stürmischer Beifall!) [12]

10 Vgl. VB vom 19.3.1926, "Massenkundgebung in München".

11 Ministerpräsident Held hatte am 5.2.1926 mit einem scharfen Angriff auf die italienische Südtirolpolitik im Bayerischen Landtag eine schwere diplomatische Krise ausgelöst. Vgl. Steurer, Südtirol, S. 106 f. Dort allerdings falsche Datierung der Rede auf den 4.2.1926. Druck: Verhandlungen des Bayerischen Landtags, III. Tagung 1925/26 (Stenographische Berichte), Bd. IV, S. 519-531.; Teildruck: Münchner Neueste Nachrichten vom 6.2.1926, "Innen- und Außenpolitik im Landtag".

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. März 1926 Dok. 113
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 535 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler führte aus: Ich möchte richtigstellen, daß mir das Reden nicht verboten ist, denn es ist ausgeschlossen, daß einem das Reden verboten werden kann. Hiezu reicht die Macht der heutigen Allgewaltigen denn doch nicht. Verboten sind jedoch die Versammlungen, in denen ich sprechen will. Aber damit kann die Bewegung an ihrem Aufbau nicht mehr gehindert werden. Die ersten Wochen hat das Verbot für die Bewegung einen Hemmschuh bedeutet, aber heute ist es Propaganda. Jeder einzelne muß überall mit der Frage, warum darf Hitler nicht sprechen, Propaganda machen. In Hamburg hat ein Polizeibeamter aus der Schule gesprochen, daß Held und Severing und viele andere ein Bündnis bzw. Vertrag geschlossen haben, daß Hitler überall das Reden verboten wird. Es ist sonderbar, daß in diesem Verbot der Musterkatholik Held und der Musteratheist Severing sich verbunden haben. Ein Redeverbot kann ja nur von einem dummen Regierungsbonzen als Mittel zur Rettung des Staates angesehen werden. Die Ursache des Verbotes ist, daß diese Herren Angst haben, es schwimmen ihnen die Felle ihrer Parteimacht davon. Der Vertrag Held-Severing und andere wird demnächst Gegenstand einer öffentlichen Anfrage an Herrn Held. Der allweise Professor Hilpert in München als Führer der Deutschnationalen und Berater der bayerischen Regierung erhält kein Redeverbot, er braucht auch keines, denn diese Herren, die bei jeder Gelegenheit so königstreu sind, reden überhaupt nicht. Man hätte glauben müssen, daß jetzt, wo die Fürsten enteignet werden sollen, Herr Hilpert seine ganze Kraft für die Fürsten einsetzen würde, aber nicht ein Wort erfolgte in der Öffentlichkeit, nicht einmal der Versuch wurde gemacht, die Volksstimmung nur irgendwie gegen die Fürstenenteigner umzustellen. Hier tritt das Wesen des Nationalsozialismus offen und grundverschieden gegen alle bürgerlichen Parteien zutage. Wir haben eine Weltanschauung, welche sich gegen die bestehende, veraltete Weltanschauung mit aller Macht richtet. Würden heute in Deutschland die Deutschnationalen die alleinige Macht haben, was sie übrigens gar nicht wollen, so würde sich keine grundlegende Änderung vollziehen, höchstens, daß die alten Fahnen wieder eingeführt würden. Die Macht der Weltanschauung zeigt Rußland, wo die Kommunisten, wenn auch schlecht, den Staat vollständig nach ihrem Willen umstellten. 600.000 Kommunisten vollbrachten diese Tat, und nach Erringung der Macht war ganz Rußland plötzlich kommunistisch. In Italien ist das gleiche der Fall. Einige 100.000 Fascisten erschütterten den Staat in seinen Grundfesten und stürzten alles Alte, um eine vollständige fascistische Verwaltung einzuführen. Im Anfang ist jede Weltan-

1 Im "Bürgerbräu", von 20.00 bis 22.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Laim, an der laut Polizeibericht etwa 120 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Riedl geleitet. Anschließend sprach Hitler, der in Begleitung von Julius Streicher und Franz Ludwig Gengler erschienen war, noch auf der Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen. Vgl. Dok. 114.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.3., 25.3. und 30.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 535" gekennzeichnet.

schauung Partei. In dem Moment aber, wo die Weltanschauung zur Macht gelangt, tritt sie aus dem Rahmen einer Partei heraus. Die Partei bildet wohl immer noch eine Zeitlang das Rückgrat zur Festigung der Macht. Weil wir eine Weltanschauung haben und weil die heutigen Regierenden wissen, daß wir ihre alte Weltanschauung bei der nächsten günstigen Gelegenheit in ihren Grundfesten erschüttern und einen neuen Staat aufbauen, deshalb hassen sie uns alle und deshalb werden wir heute verfolgt. Die alte Weltanschauung kann das Volk nicht mehr begeistern und macht das Volk nicht mehr revolutionär, weil sie durch und durch vom Juden verseucht ist. Man wirft uns vor, wir treiben Personenkult. Das ist nicht wahr. In allen großen Zeiten tritt in der Geschichte immer nur eine große Person in einer jeden Bewegung hervor und nicht eine Bewegung, nur Personen werden in der Geschichte genannt. Wie heute nur mehr von einem Konstantin, einem Cäsar und dgl. die Rede ist, nicht aber von der römischen Bewegung, so wird die Geschichte in 2000 Jahren auch nur von den Führern der nationalsozialen [*sic!*] Bewegung sprechen. Das Blut des deutschen Volkes wurde in den letzten Jahrhunderten fortwährend durch Kriege von allen möglichen Fremdrassen gemischt, daher heute der herrenlose Geist im Volke. Diesem Zustand wollen wir steuern. Für uns gilt nur eines, entweder Sieg oder Untergang. All die Strapazen, welche heute die Bewegung zu kämpfen hat [*sic!*], sind nicht von Nachteil, denn die Kämpfer werden dadurch geschaffen. Nicht die heutige untergehende Schicht des deutschen Bürgertums können wir brauchen, sondern die Massen der Arbeiter und Bauern, denn in diesen ist noch Glaube und wo Glaube ist, ist noch Wille und ist das Zeichen, daß ein guter Kern in diesen Massen steckt, die auch bereit sind zu kämpfen. Wir brauchen nur Kämpfer mit fanatischem Willen und blindem Glauben an die Sache. Nur mit fanatischem Willen ist es möglich, den neuen, nationalen und sozialistischen Staat zu errichten. Blinder Glaube stürzt Berge um. (Lebh[*after*] Beifall!) [3]

23. März 1926 Dok. 114
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 535 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] führte etwa dem Sinne nach aus: Die "Münchner Augsburger Abendzeitung" [3] berichtete unlängst von dem unerwarteten Sieg über die Fürstenenteignungen mit dem

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", von etwa 22.30 bis 23.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht etwa 100 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Helmut Walter geleitet. Bis zum Erscheinen Hitlers, der noch auf der Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Laim eine Rede gehalten hatte (Dok. 113), sprach Ernst Woltereck.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.3., 25.3. und 30.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 535" gekennzeichnet.

3 Gemeint ist die vaterländisch orientierte "München-Augsburger Abendzeitung".

Hinweis, daß nur 4 Millionen Stimmen aufgebracht hätten werden müssen, während sogar 8 Mill[*ionen*] Stimmen abgegeben wurden [4]. Interessant sei die Bayer. Königspartei, die jede Woche zusammenkomme und dabei den König hochleben lasse. Bei der Fürstenabfindung aber habe speziell diese Partei versagt. Wenn heute der Abgeordnete Hilpert [5] Reichspräsident werden würde, würden die Staatsgeschäfte keinerlei Änderungen erfahren. Anders wäre es dagegen bei den Kommunisten, die das Reich bald in ein Chaos bringen würden.

Sein Redeverbot sei eine Schikane. Als er in Plauen [6] gesprochen habe, glaubte er, daß er in Sachsen nicht wieder sprechen dürfe. Als er dann kurz darauf in Leipzig gesprochen habe, habe man ihm weitere Versammlungen in Zwickau etc. [7] mit der Begründung verboten, daß durch sein Auftreten die öffentliche Ordnung gefährdet sei. Kurz zuvor sei ihm schriftlich mitgeteilt worden, daß er sprechen dürfe, und nach 2 Stunden sei dies widerrufen worden. Man sehe also, daß sie lügen, daß sich die Balken biegen. Der Spitzel, der in der Versammlung sei, möge sich das alles ruhig notieren. Die Hauptsache sei, daß trotz aller Schikanen die Partei ständig wächst und einen guten reichlichen Mitgliederbestand besitze. Jede Partei habe Kämpfe zu überwinden. Am gefährlichsten seien für eine Partei die Heil- und Siegesschreier und die Massen als sogen. Mitläufer. Wenn es bei der N.S.D.A.P. so weit sei, dann müsse es heißen, daß neue Mitglieder eben nicht mehr aufgenommen werden dürfen, weil sie als Mitläufer der Partei nur schaden. Lieber sei die Bewegung kleiner und habe treue und sichere Anhänger; dann werde auch einst der Tag des Sieges kommen.

---

4 Das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, dessen Listen in der Zeit vom 4. bis 17.3.1926 auflagen, verzeichnete nach dem amtlichen Endergebnis 12,5 Millionen gültig abgegebene Stimmen, womit die erforderliche Anzahl von 4 Millionen gültigen Einzeichnungen weit überschritten war. Beim Volksentscheid am 20.6.1926 stimmten 14,5 Millionen Wähler für die Enteignung, die nötige Mehrheit von rund 20 Millionen wurde aber nicht erreicht. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

5 Hans Hilpert war Fraktionsvorsitzender der DNVP im Bayerischen Landtag.

6 Am 11.6., 12.6. und 6.10.1925. Vgl. Dok. 48-50 und 71.

7 Hier liegt offensichtlich eine Verwechslung vor. Hitler sprach am 15.7.1925 ungehindert auf einer öffentlichen NSDAP-Versammlung in Zwickau (Dok. 57), während die für den 4./5.3.1926 geplanten öffentlichen Hitler-Auftritte in Leipzig verboten wurden. Ebenso war ein zuerst für den 18.7.1925, später für den 31.10.1925 geplanter Hitler-Auftritt in Chemnitz verboten worden. Vgl. "Die Redeverbotsschande in Sachsen", in: VB-Sondernummer "Warum darf der Frontsoldat Adolf Hitler nicht reden?", Nr. 72a vom April 1926.

25. März 1926
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Dok. 115

PND-Bericht, Nr. 535 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Zwei Dinge sind es immer wieder, die einer Betrachtung unterzogen werden müssen: die Außen- und Innenpolitik Deutschlands. Längere Ausführungen beanspruche die letztere, weil damit das Schicksal der Bewegung enger verknüpft ist. Da aber heute seine Zeit bemessen sei, so wird er am nächsten Mittwoch ausführlicher in der Sektion Süd hierüber sprechen [3]. Hitler griff nur den derzeitigen Brennpunkt der Innenpolitik - die Fürstenenteignung - heraus: Eine solche käme nur in Frage, wenn eine nationale Regierung am Ruder wäre als Grundstock für die Verbesserung des Gemeinwohls, nicht aber wie dies heute der Fall ist. Fürsten als solche gibt es nicht mehr; sie existieren lediglich nur mehr dem Namen nach, sind also Deutsche wie wir. Die ganze Enteignung sei nichts anderes als wieder eine kluge Mache eines bestimmten Judenklüngels, dem es wieder gelungen ist, eine Masse von Dummköpfen aufzutreiben, die dafür zu ihren Gunsten abstimmen. Dadurch würde wieder ein Teil des deutschen Vermögens in die Hände der internationalen Geldjuden kommen. Anschließend hieran kam Hitler auf die Außenpolitik zu sprechen und ging er gleich auf die Völkerbundsverhandlungen in Genf [4] ein. Das Verhalten der deutschen Delegation illustrierte er dabei in einer sehr lächerlichen Art. Nachdem sie sich 10 Tage vor der Türe wie "Schnorrer" herumgedrückt hatten, kehrten sie zurück wie ein Triumphator. Man könne es schon als einen Erfolg bezeichnen, daß sie selbst wieder gesund und wohlbehalten nach Deutschland zurückgekehrt sind und daß sie nicht in Genf behalten worden seien. Was für ein Unglück für Deutschland wäre es, wenn Stresemann oder Luther einmal nicht mehr zurückkommen würden! Im früheren Deutschland hätte ein solcher Mißerfolg andere Rückwirkungen gezeitigt und hätte die ganze Regierung zurücktreten müssen. Unsere Staatsmänner von heute aber haben ein so dickes Fell, daß so ein Vorkommnis nicht mehr erschütternd wirken könne. Hierauf streifte Hitler dann sein Redeverbot. Man verbiete ihm das Re-

1 Im Gasthaus "Zum Koch", von 22.15 bis 23.10 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Süd, an der laut Polizeibericht etwa 120 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Josef Bauer geleitet. Anschließend hielt Hitler noch eine kurze Rede auf der Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing. Vgl. Dok. 116.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.3., 25.3. und 30.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 535" gekennzeichnet.

3 Die für den 31.3.1926 angekündigte Sektionsversammlung fand nicht statt, da die Parteileitung für diesen Tag im Münchner Hackerbräukeller eine öffentliche Versammlung mit dem russischen Emigranten Dr. Gregor Schwartz-Bostunitsch zum Thema "Unsere Antwort an die Kommunisten: Die Wahrheit über Rußland" angesetzt hatte. Im Verlauf dieser Versammlung, an der Hitler anwesend war, kam es zu einer blutigen Saalschlacht mit kommunistischen Teilnehmern. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1926, "Stürmische Versammlung"; Bayerischer Kurier vom 2.4.1926, "Eine Versammlungsschlacht"; VB vom 2./3.4.1926, "Ein kommunistischer Sprengversuch".

4 In Genf tagte vom 8. bis 17.3.1926 die Völkerbundsversammlung. Die Entscheidung über das deutsche Aufnahmegesuch wurde nach ergebnislosen Verhandlungen am 17.3.1926 vertagt. Am 8.9.1926 wurde dann das Deutsche Reich mit einem ständigen Ratssitz einstimmig in den Völkerbund aufgenommen. Zur März-Krise vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 311 ff.

den nur aus Furcht vor den Juden, und diese wieder aus Furcht um ihre Herrschaft. Den Landtagsabgeordneten Gollwitzer [5] nannte er in diesem Zusammenhang einen politischen Dreikäsehoch und widerlegte seine angeführten Äußerungen. Nie sei es die Majorität eines Volkes gewesen, die es vor dem Zusammenbruch geschützt hätte, sondern stets eine Minorität. Die geringe Stärke der nationalsozialistischen Bewegung ginge einig mit der Vorgeschichte der deutschen Freiheitsbewegungen von jeher. Er schloß seine Ausführungen mit einem Vergleich zwischen Minorität und Majorität. Letztere mag sich aufblasen wie eine dicke Null - es bleibt nur eine solche gegenüber dem Mehrwert, den eine noch so schlanke Eins repräsentiert. Dabei spielte er noch auf den leiblichen Umfang Stresemanns an, der äußerlich und innerlich wie eine Kugel sei. Wo man ihn hinkollert, rollt er weiter, immer tiefer, ohne Hemmung in den Abgrund. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen Hitlers. [6]

25. März 1926 Dok. 116
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 535 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [3].

[*Hitler*] führte aus: Einmal sei die Zeit gewesen, wo das deutsche Volk zerrissen, ohne einheitliches Symbol war. Der siegreiche Krieg 1870/71 habe dem Volke die Fahne gegeben, die es vom ersten Moment an von ganzer Seele achtete und liebte. Diese Fahne war geweiht vom Blut der 48.000 Toten von 1870/71. 1914 zog dieses Banner wiederum der deutschen Millionenarmee im Kampfe voran und fast 2 Millionen Leute haben aus Liebe zum Vaterland und zur Fahne ihr Leben gegeben. Siegreich war die deutsche Armee unter diesem Banner, das von ihr in alle Welt hinaus getragen wurde. Nicht von der Armee wurde 1918 dieses Banner beschmutzt, sondern von jenen, die der Armee in den Rücken fielen. Diese Volksverräter haben die deutsche Kokarde entehrt und verachtet. Deshalb könne auch die heutige Republik nicht verlangen, daß ihr Banner geachtet und geehrt werde. Dieses sei weder mit Gesetzen noch mit Zwangsmitteln zu er-

5 Georg Gollwitzer (geb. 1877), Postoberinspektor, 1920-1928 MdL in Bayern (Deutsche Volkspartei der Pfalz). Gollwitzer hatte in einer Rede vor dem Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags Hitler und die NSDAP scharf angegriffen. Vgl. VB vom 30.3.1926, "Ein vorbildlicher 'Nationaler'".

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Restaurant "Zur Blüte", von etwa 23.30 bis 00.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 300 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet und mit einem Vortrag des SA-Führers Albert Dressler eröffnet. Anlaß für die Ansprache Hitlers, der zuvor auf der Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Süd gesprochen hatte (Dok. 115), war die Fahnenweihe und Vereidigung von 45 SA-Männern.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.3., 25.3. und 30.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 535" gekennzeichnet.

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 47 der Polizeidirektion München vom 28.4.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

reichen. Vor einigen Jahren habe eine kleine Gruppe ein neues Symbol dem Volke gezeigt, und diese Fahne werde heute von Millionen begeistert verehrt. Diese neue Fahne mit den Farben der alten deutschen Fahne stellt das Symbol des Nationalsozialismus dar. Auf neuer Grundlage soll das alte Deutschland erstehen, nur viel stärker, mächtiger, sittlicher und gereinigter. Diese hier für die S.A. bestimmte Fahne kann kein Feind trotz aller Schmähungen entehren. Entehren kann das Banner nur der Träger, und an diesem liegt es, diese heiligen Farben mit dem Hakenkreuz von jedem Makel frei zu halten. Sorgen Sie alle dafür, daß das neue Banner nicht entehrt wird, und tragen Sie die Fahne so, daß sie der Bewegung und dem deutschen Volke zur Ehre gereicht. (Stürmischer Beifall!) [4]

30. März 1926 — Dok. 117
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 535 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler verbreitete sich hauptsächlich über die Ausführungen des Kommunisten Sellmeier [3], die derselbe unlängst in einer öffentlichen Versammlung der N.S.D.A.P. als Diskussionsredner machte [4]. Es sei nicht richtig, wie Sellmeier behauptete, daß Stinnes und Ford der N.S.D.A.P. angehören bzw. ihr nahestehen. Stinnes habe mit der N.S.D.A.P. gar nichts zu tun. Ford sei eine der größten Autofabriken in Amerika, bei welcher es den Arbeitern besonders gut gehe. Wenn Sellmeier behaupte, durch die moderne Technik werden immer mehr Arbeitslose geschaffen, so sei doch zu berücksichtigen, daß durch Erfindungen anderseits auch wieder Arbeit entstehe. Wenn der Kommunist Sellmeier glaube, in Rußland sei alles schön, so wäre ihm nur zu raten, dort hinzugehen und dort zu bleiben. Die Arbeiter der Ford'schen Autofabrik in Amerika würden Sellmeier, falls sie ihn hören würden, sicher als einen Narren erklären. Auf keinen Fall biete Rußland ihren [*sic!*] Arbeitern das, was den Ford'schen Arbeitern geboten

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und die Vereidigung der SA-Männer auf Hitler. Die Formel lautete nach dem Polizeibericht: "Ich schwöre unserem Führer Adolf Hitler unverbrüchliche Treue und Gehorsam, ebenso den von Hitler aufgestellten Unterführer[*n*], und treueste Pflichterfüllung."

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", gegen 20.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht etwa 110 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Helmut Walter geleitet.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.3., 25.3. und 30.3.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 535" gekennzeichnet.

3 Nicht ermittelt.

4 Am 26.3.1926 auf einer NSDAP-Versammlung mit Julius Streicher in Anwesenheit Hitlers. Vgl. VB vom 28./29.3.1926, "'Arbeitslosigkeit, Jud und Hitler'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.3.1926, "Nationalsozialisten und Kommunisten". Sowie Polizeibericht vom 27.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6734.

werde. Die weiteren Ausführungen Hitlers, die sich näher mit den Arbeitsverhältnissen der Arbeiterschaft bei den Ford-Werken, befaßten waren unbedeutend und vollständig unpolitisch. [5]

31. März 1926 Dok. 118
"Zur Frage der Trockenlegung"
Artikel

VB vom 31.3.1926.

Sehr überflüssiger Weise wird heute in unser Volk eine Frage hineingeworfen, die, wie keine zweite, geeignet erscheint, nicht nur die Geister zu erregen, sondern in Zwiespalt zu bringen. Nicht als ob die Frage der Trockenlegung zu Unrecht zur Größe eines wichtigen Problems aufgebauscht würde. Nein, im Gegenteil, ihre Bedeutung an sich kann vielleicht gar nicht richtig gewürdigt werden. Was wir heute als bedenklich empfinden müssen, ist nur die Tatsache, daß sie just in dem Augenblick in die öffentliche Meinung lanciert wird, in der diese in konzentrierter Form auf bestimmte Erscheinungen politischer Art hingewiesen werden müßte. Während das internationale jüdische Börsen- und Finanzkapital, gestützt durch marxistisch-demokratische Hilfskräfte im Inneren, dem deutschen Volk das Fell über die Ohren zieht, wirft man einen neuen Zankapfel in dasselbe hinein, und zwar in Gestalt einer Frage, die, ganz gleich ob wichtig oder nicht wichtig, heute gar nicht gelöst werden kann.

Grundsätzlich wird man folgendes zugeben müssen:

Der Alkohol ist ein Schädling der Menschheit.

Der Einwand des Alkoholbefürworters, daß mäßige Mengen dem Menschen nicht schaden, kann sofort erledigt werden durch das Entgegenhalten der einfachen Tatsache, daß sie zum mindesten dem Menschen aber auch nicht nützen. Auf alle Fälle gehört der Alkohol zu jenen fraglichen "Genüssen", die einem Volke wie dem deutschen weit über eine Milliarde Mark jährlich kosten. Der weitere Einwand, daß diese Milliarde (es sind in Wahrheit in Deutschland über eineinhalb Milliarden) doch selbst wieder der Volkswirtschaft zugeführt wird, ist ebenfalls glatt zu entkräften durch die Feststellung, daß diese eineinhalb Milliarden, für andere Zwecke verwendet, natürlich genauso der Volkswirtschaft zufließen würden. Für diesen Betrag jährlich Wohnungen gebaut, hieße nicht nur die Wohnungsnot erledigen, sondern dem deutschen Volk ein Glück bringen, das jedenfalls größer und reiner und der Nation zuträglicher wäre, als das "Glück" auf Grund des Alkohols für die gleiche Summe.

Auch der Einwand, daß es sich tatsächlich um ein Ernährungsmittel handle, ja sogar - z. B. beim Bier - tatsächlich um ein "Volksnahrungsmittel", kann glatt als Schwindel abgetan werden. Der Nährwert einer Maß Bier ist ein vollständig lächerlicher und steht in

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

gar keinem Verhältnis zum Preis, der hierfür bezahlt werden muß. Er entspricht noch nicht einmal dem einer 3-Pfg.-Semmel. Das Gegenteil wäre richtiger; nämlich, daß durch den Alkohol unserer Volksernährung ungeheure Anbauflächen entzogen werden, die sonst für Brotgetreide verwendet werden könnten.

Dabei geben sich in Wirklichkeit nicht alle Menschen mit dem bekannten "Glas Bier" zufrieden, sondern ein großer Teil der Trinker versteht, leider Gottes, das richtige Maß und Ziel nicht einzuhalten. Damit aber entsteht aus einer indirekten Schädigung durch den Alkohol ein direkter Schaden. Was er, besonders in unserem deutschen Volke, an wertvollen Menschen schon vernichtet hat oder für die Nation unbrauchbar macht, ergibt in einem Jahrhundert eine um ein Vielfaches höhere Zahl als die Verluste auf allen Schlachtfeldern in eben diesem Zeitraum. Dazu kommt noch die entsetzliche Gewißheit, daß die Wirkungen dieses Giftes leider nicht auf den einzelnen Säufer beschränkt bleiben, sondern sich fortpflanzen auf Kind und Kindeskind. Im Alkohol haben wir eine der ärgsten Degenerationsursachen der Menschheit zu sehen. Die grauenvollen Beispiele der Geschichte verschiedener Kolonialvölker reden hier eine Sprache, die auch wir verstehen müßten.

Der Kampf gegen den Alkohol ist damit zu einer unbedingt moralisch unangreifbaren Völkermission geworden. Man täusche sich nicht: *Das Volk, dem es gelingt, dieses Gift aus seinem Körper restlos auszuscheiden, wird vielleicht zunächst bittere Begleiterscheinungen zu fühlen haben und viele Widerstände brechen müssen. Allein es wird nicht nur eine große Tat zum Segen einer späteren Menschheit beginnen, sondern damit wahrscheinlich seine Herrschaft über eine andere Welt begründen, die nicht bereit ist, den gleichen Schritt zu tun.*

Wenn wir Nationalsozialisten als politische Partei uns dennoch heute von der Alkoholfrage fernzuhalten haben, dann beruht nur dies auf einigen sehr nüchternen Erwägungen:

1. Die Durchführung einer Prohibition erfordert zwangsläufig die Umstellung der davon betroffenen Erzeugungsindustrie. Anderenfalls gehen sehr große Zahlen von Arbeitern der Arbeitslosigkeit entgegen und helfen mit, dieses unheimliche Heer noch zu vergrößern. Ebenso würde ein solcher Schritt das Ende von vielleicht hunderttausend selbständigen Existenzen bedeuten. Auch auf das gesamte Finanzwesen würde ein solcher Schritt zunächst von katastrophalen Folgen sein.

2. Eine Umstellung unserer deutschen Brauindustrie ist heute ganz ausgeschlossen. Die allgemeine Kapitalsknappheit, die Zehntausende von Unternehmungen zum Stillstand bringt, würde jeder solchen Umstellung unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten.

3. Diese Frage, heute in unser Volk hineingeworfen, bedeutet wieder eine heftige Zersplitterung und hilft mit, die notwendige Konzentration unserer gesamten Angriffskraft, die z. Z. auf politischem Gebiet erfolgen muß, zu vermindern. Das Millionenheer für eine nationalsozialistische Weltanschauung fechtender, antisemitischer Kämpfer würde dadurch an innerer Schlagkraft nicht gewinnen, sondern verlieren.

Über jede solche in unser Volk hineingeschleuderte Streitfrage lacht heute nur einer, und das ist der Jude.

Diese drei Gründe allein müssen in meinen Augen - ich bin selbst vollständiger Antialkoholiker - uns bestimmen, als politische Partei das Aufwerfen dieser Frage *heute* nicht nur nicht zu wünschen, sondern in unseren Reihen sogar zu vereiteln.

Ich kann nicht anders, als nun noch ganz kurz zur Agitation der Brauindustrie selbst gegen die Trockenlegung Stellung zu nehmen.

So sehr ich heute, wie schon erwähnt, aus reinen Vernunftgründen gegen die Trokkenlegung Stellung nehmen muß, so sehr widert mich aber auch eine Agitation an, die mit dem Anschein einer tiefen Besorgtheit um das Wohl des Volkes an Moralheuchelei alles überbietet, was bisher dagewesen ist. Wenn die deutschen Arbeitnehmerverbände, wenn deutsche Gastwirtsgenossenschaften usw. gegen ein Alkoholverbot Stellung nehmen, so ist dies zu verstehen und auch menschlich vollkommen zu würdigen. Es handelt sich eben hier um viele Hunderttausende von Menschen, ja Familien, deren Existenz bedroht ist, und die genau wissen, daß ein Ersatz für ihre verlorengegangene in der heutigen Zeit nicht gefunden werden kann. Von dieser Seite aus also ist der Widerstand als Kampf für das eigene Dasein moralisch sicherlich berechtigt. Zumindest solange nicht die Gewähr geboten ist, daß ein solcher Schritt nicht zu ihrem eigenen Untergange führen muß.

Also dagegen ist gar nichts einzuwenden.

Anders sieht es jedoch mit den *Argumenten* [*aus*], mit denen unsere menschenfreundliche Brauindustrie, besser die Herren Brauindustriellen und Aktionäre, fechten. Wenn man heute aus diesen Kreisen heraus einfach vor Sorge und Liebe für das Volk förmlich vergeht, wenn man dort überhaupt nur mehr einen Gesichtspunkt sieht, nämlich: "Welche Gemeinheit, dem kleinen, armen, geplagten Mann des Volkes sein Glas Bier zu rauben!", dann ist dies eine ganz erbärmliche Heuchelei. Der "kleine Mann" ist diesen Dividendenschluckern vollständig gleichgültig. Es ist ihnen, wahrhaftiger Gott, nicht um ein Vergnügen des bewußten "kleinen Mann's" nur zu tun. Im Gegenteil, würden die Herrschaften daraufkommen, daß die Masse auch verdünnte Schwefelsäure säuft und dabei noch mehr zu verdienen ist, so würden sie morgen vermutlich schleunigst ihre Betriebe auf Schwefelsäurefabrikation umstellen. Diese mitleidsvollen Biedermänner sollen doch nicht den Magen des "kleinen Mannes", dem sie mit aller Gewalt einen Genuß verschaffen wollen, mit ihrem eigenen Geldsack verwechseln! Dieses Taschenspieler-Kunststück wirkt mehr als abstoßend!

Und noch erbärmlicher und ekelerregender ist der zweite Gesichtspunkt, nämlich der: Man müsse verhindern, daß durch die Prohibition die Moral des Volkes untergraben wird. Nein, teuerste Moralhüter aus der Schnaps- und Bierfabrikation, die Moral des Volkes hat euch bisher noch verflucht wenig Sorgen bereitet! Oder glaubt ihr etwa, daß es das Zeichen einer besonderen Moral ist, wenn man einem Volk einen oft ganz erbärmlichen Fusel zu unverschämten Wucherpreisen vorsetzt, und wenn dann das "Volk" manchmal sternhagel besoffen herumgrölt und sich so aufführt, daß der Anblick ein sehr wenig erhebendes Schauspiel ist!

Wer in der Salvatorzeit durch München ging, der konnte oft die bittersten Wahrnehmungen machen. Auf der einen Seite eine heimwärts ziehende, mehr oder minder herumtorkelnde Menschenmasse und auf der anderen hohläugige Arbeitslose, die dann

diesem, von der Moral unserer Brauindustrie organisierten Aufzug zusehen dürfen. Ganz zu schweigen von jenen Studenten, die in ihrer Betrunkenheit, besonders auf den häufig viel nüchterneren Arbeiter, einen Eindruck ausüben, von dessen Wirkung sich die Darsteller kaum Rechnung abzulegen scheinen. Man soll sich nicht wundern über den geringen Respekt, den der Arbeiter dann einer geistigen Führerschicht entgegenbringt, die sich in einer solchen Verfassung dem Auge der Öffentlichkeit vorstellt.

Da ist die Moral in Gefahr! Da hätte die deutsche Brauindustrie schon längst genügend Gelegenheit gehabt, ihre moralische Fürsorge zu entwickeln.

Würde man gegen die, wirklich oft empörenden, Auswüchse des Alkoholgebrauchs zur rechten Zeit Stellung genommen haben, so wäre wahrscheinlich die Frage der vollkommenen Trockenlegung überhaupt nie gestellt worden.

Und das ist in meinen Augen auch heute noch die einzige Möglichkeit, die Lösung dieser ganzen Frage hinauszuschieben.

Nur der Kampf gegen die Auswüchse des Trinkens kann noch eine Zeitlang die Aufrollung des ganzen Problems verhindern. Der Kampf gegen diese Auswüchse wäre dann auch wirklich "moralisch" und würde sich sehr vorteilhaft unterscheiden von einer innerlich durch und durch korrupten und verlogenen Propaganda, die auf der einen Seite mit sentimentalen und auf der anderen mit moralischen Momenten in einer Angelegenheit arbeitet, die für die Organisationen dieses ganzen Rummels wirklich nur eine solche des eigenen Geldsacks ist.

Von den Führern der nationalsozialistischen Bewegung möchte ich nur eines erwarten: nämlich, daß sie überall der Mäßigkeit das Wort reden, alle Auswüchse auf das schärfste verdammen und besonders unsere Jugend immer und immer wieder ermahnen, daß die Zukunft unseres Volkes keine Trinker-, sondern Kämpfergeneration braucht. Der deutsche Student, der seinen Körper im Fechten und Boxen stählt, leistet für sein Volk mehr, als der Säufer, dessen Stärke nur in der Vertilgung von soundsoviel Maß Bier besteht. Unsere deutsche studierende Jugend wird sich viel mehr die Achtung des deutschen Arbeiters erwerben, wenn sie, so wie die englische, ein Vorbild männlicher Kraft gibt und nicht das schlechte Beispiel schlechter Sitten.

1. April 1926 Dok. 119
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 536 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler sprach ca. 2 1/2 Stunden sehr sachlich über Wirtschaftsprobleme, ausgehend von der Diskussionsrede des Kommunisten Sellmeier in der Hackerbräuversammlung am 26.3.[*19*]26 [3].

Er führte dem Sinne nach aus:

Die meisten Reden der Kommunisten seien schematische Reden, deren Beantwortung meist nicht schwerfalle. In seiner Anfangzeit habe er oft sehr viel aus diesen Diskussionsreden gelernt, hauptsächlich gewinne man Schlagfertigkeit. Warum Sellmeier am Mittwoch zum Referat nicht sprechen durfte [4], habe seinen Grund darin, daß seine Rede doch nur Agitation gewesen wäre, mit zahlreichen Schlagworten. In der ersten Versammlung habe Sellmeier u. a. von Stinnes und von Ford gesprochen. Er habe damit 2 Probleme angeschnitten, die nicht ohne weiteres widerlegt bzw. zergliedert werden können. Dieses sei für einen Redner besonders im Schlußwort schwer, weil hiezu meist die Zeit zu kurz sei. Stinnes, der Führer der deutschen Wirtschaft, sei kein Politiker, wohl aber ein großer Organisator gewesen. Weil er politisch ein Spießer war, daher ging Stinnes und die ganze Tradition an seiner Arbeit zugrunde. Stinnes war weder sozial noch national, und deswegen haben auch wir Stinnes und seine Wirtschaft bekämpft und werden weiterhin diesen ganzen Scheinnationalismus der ganzen Rechtsparteien bekämpfen, der nur auf Vorteile eingestellt ist. Der wahre Nationalismus ist reinster Sozialismus und ebenso umgekehrt. Die deutsche Industrie sei nicht sozial und deshalb nicht national, sondern sei auf Unterdrückung und Ausbeutung eingestellt. Sozialismus habe mit Marxismus und Internationale nichts zu tun. Der Sozialismus habe seine Grundlage im Nationalismus und der reine Nationalismus könne sich nur auf dem Sozialismus aufbauen, aber nicht auf der Grundlage, wie man in Deutschland bisher den

---

1 Im Restaurant "Zur Blüte", von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 350 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 1.4., 13.4., 14.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 536" gekennzeichnet.

3 Hauptreferent dieser öffentlichen NSDAP-Versammlung, die in Anwesenheit Hitlers stattfand, war Julius Streicher. Vgl. VB vom 28./29.3.1926, "'Arbeitslosigkeit, Jud und Hitler'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.3.1926, "Nationalsozialisten und Kommunisten". Sowie Polizeibericht vom 27.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6734.

4 Am Mittwoch, den 31.3.1926, hatte die NSDAP in Anwesenheit Hitlers eine öffentliche Versammlung im Münchner Hackerbräukeller mit dem russischen Emigranten Dr. Gregor Schwartz-Bostunitsch zum Thema "Unsere Antwort an die Kommunisten: Die Wahrheit über Rußland" abgehalten, in deren Verlauf eine blutige Saalschlacht mit kommunistischen Teilnehmern stattfand. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1926, "Stürmische Versammlung"; Bayerischer Kurier vom 2.4.1926, "Eine Versammlungsschlacht"; VB vom 2./3.4.1926, "Ein kommunistischer Sprengversuch".

Nationalismus aufgebaut habe, was nur Ausbeutung genannt werden könne. Der ganze Menschheitstrieb und die ganzen Wirtschafts- und polit[*ischen*] Probleme haben ihren Ursprung in zwei Naturgesetzen, im Stillen des Hungers des Menschen und in der Liebe. Von Natur aus und schon der Urmensch hatte in erster Linie den Hunger zu stillen und im zweiten für die Fortpflanzung zu sorgen. An Hand von zahlreichen Beispielen wies der Redner nach, daß aus diesen Naturgesetzen sich langsam die heutige Kultur und Zivilisation gebildet habe. Immer schneller schreite die Technik vorwärts und sei in allen Zeiten selbst schon bei den primitiven Völkern die Grundlage der Entwicklung gewesen. Besonders trete dieses aber in der Verkehrsfrage hervor. Durch die Maschine und Eisenbahn wurde der Wagen- und Pferdeverkehr langsam abgedrängt. Aber auch bald befriedigte der Eisenbahnverkehr nicht mehr. Zu gleicher Zeit wurde der Explosionsmotor erfunden, der Anfang zum Auto. Weil dieses den Verkehrsbedürfnissen der Menschen besser entsprach, nahm es auch bald den Siegeszug durch die Welt. Aber das Auto war und ist in Europa noch geeignet, den Klassengeist zu fördern, weil dieses Verkehrsmittel nur wenigen Menschen zugänglich ist. Der deutsche Fabrikant verlange vom Deutschen für einen Wagen 40 Prozent mehr als vom Ausländer. Die Fabrikation sei in Deutschland eben auf Profit und nicht auf Bedarf eingestellt. Daher zeige sich heute, daß Deutschland in der Autoindustrie gegenüber anderen Staaten sehr rückständig sei.

In seinen weiteren Ausführungen wies der Redner auf die Arbeiter der Fordwerke hin, denen es besonders gut gehe, die nur 6 Stunden Arbeitszeit haben, ferner jeder 1 Automobil und ein Häuschen besitzen, was die Ursache sei, daß der Kommunismus in Amerika und die Revolution im politischen Sinne auf lange Zeit hinaus nicht in Fluß kommen könne. Hierdurch sei der Arbeiter national geworden.

Die Anwürfe der Gegner, daß dieses System den Menschen zur Maschine stemple bzw. den Menschen aus seiner Stellung verdränge, sei eine Dummheit. Die Maschine spart die menschliche Kraft und gestaltet daher auch das Leben des Menschen angenehmer. Wenn die deutsche Industrie nicht bald darangehe, ihre Fabrikation auf das Bedarfssystem umzustellen, dann wird sie vollständig zusammenbrechen, wofür es dann auch nicht schade sei. Neue Volkskräfte werden dann diese Wirtschaft auf neuer nationaler und sozialer Grundlage aufbauen und das Problem des Marxismus und Kommunismus wird damit gelöst, wie es in Amerika geschehen sei. [5]

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

9. April 1926 Dok. 120
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid
Erklärung [1]

Masch. Protokoll der Angeschuldigten-Vernehmung am 9.4.1926 mit hs. Unterschriften; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Dem Angeschuldigten wurde die Verfügung vom 6. April 1926, durch welche die Voruntersuchung gegen ihn eröffnet worden ist, bekanntgegeben; befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle, erklärt der Erschienene nach Bejahung der Frage:

Zur Person:

Hitler Adolf, geb. 20.IV.1889 in Braunau, Eltern Alois Hitler und Klara , geb. Pölzl, led. Schriftsteller in München, Thierschstr. 41/I.

Zur Sache:

In dem Prozeß gegen Streicher wegen Beleidigung des Oberbürgermeister Luppe vor dem Schwurgericht Nürnberg wurde ich am 3. Dezember 1925 als Zeuge eidlich vernommen [2]. Vor Abnahme des Eides wurde ich von dem Gerichtsvorsitzenden in entsprechender Weise über die Bedeutung des Eides belehrt.

Bezüglich des Inhalts meiner Aussage ersuche ich meine Erklärung erst in einem späteren Termin abgeben zu dürfen, da ich mich vorher noch an Hand meiner Notizen über den Inhalt und Sinn meiner Nürnberger Zeugenaussage informieren möchte [3].

V[*orgelesen,*] g[*enehmigt*] u[*nd*] u[*nterschrieben*].

Adolf Hitler
Dr. Welsch [4]
Hornung

---

1 Im Münchner Justizpalast. Die Vernehmung führte Landgerichtsrat Friedrich Welsch in Gegenwart von Gerichtsschreiber Hornung.

2 In seiner Zeugenaussage (Dok. 90) hatte Hitler in längeren Ausführungen zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 Stellung genommen. Daraufhin leitete die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I ein Ermittlungsverfahren gegen Hitler wegen des Verdachts auf Meineid ein. Vgl. dazu auch die Erklärung Hitlers vom 9.1.1926 (Dok. 98).

3 Im Nachtrag zum Protokoll wurde als Termin für die nächste Vernehmung der 14. April 1926, 15.00 Uhr, festgelegt. Vgl. Dok. 123 und 124.

4 Friedrich Welsch (1881-1959), Dr. jur., 1925 Rat am Landgericht München I, 1930 Oberstaatsanwalt in Augsburg, 1933 Landgerichtsdirektor am Landgericht München I.

11. April 1926 Dok. 121
Rede auf NSDAP-Versammlung in Altenburg [1]

Polizeibericht vom 12.4.1926; StA Weimar, MdI, P 167 [2].

Zunächst geht er [*Hitler*] auf ein kommunistisches Flugblatt ein [3], was immer dort verbreitet wird, wo er auftritt. Es wäre besser, die von der Versammlung Ferngehaltenen würden seine Worte mit anhören und mit an der Kundgebung der unterdrückten Massen teilnehmen. *Hitler* werde mit zahllosen Lügen bekämpft. Heute demonstriere man, weil man mit den jetzigen Zuständen nicht mehr einverstanden sei. Es sind zwei Extreme, die nicht zufrieden sind. Es bestehe aber ein Unterschied zwischen beiden. Wir glauben nicht, daß die breite Masse mit der Entwicklung seit 1918 zufrieden ist. Ein anderer Teil glaubt, daß 1918 das Heil des deutschen Volkes gebracht hat. Enttäuscht können heute nur die sein, die 1918 etwas anderes erwartet haben, als heute eingetreten ist. Wir haben heute nicht das in Aussicht gestellte Paradies, sondern ein vollendetes Sklaventum. Die Herren von 1918 glaubten, sie würden uns einem großen Glück entgegenführen.

Heute kann man sagen, daß es in Deutschland nicht einen Menschen mehr gibt, der mit dem jetzigen Zustande zufrieden ist, ganz besonders aber die breite Masse nicht. Die breite Masse schimpft wohl, aber sie ist Träger der gegebenen Tatsachen. Die breite Masse ist nur der Resonanzboden gewesen. Sie ist aber zu gemächlich und zu feige, um dagegen zu protestieren. Lediglich der Glaube, daß eine Änderung eintreten wird, unterbindet die Tatkraft. Ewig kann es nicht so bleiben. Wenn man die Reden der Staatsmänner von jetzt liest, so findet man, daß man auf dem beharrt, was zur Zeit ist, und überläßt es dem Volke, was werden soll. Die heutigen Staatsmänner glauben selbst nicht daran, was sie dem Volke erzählen. Ihre Aufgabe besteht lediglich darin, die breite Masse zu vertrösten. Jeder Mensch hat einen guten Kern in sich. Der Mensch empfindet die Ordnung, aber er kann dieser Ordnung auch entwöhnt werden. Dann wird eine so-

---

1 Im "Preußischen Hof", von 16.00 bis 18.40 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht 1.600 bis 1.800 Personen teilnahmen, wurde von Gaugeschäftsführer Fritz Sauckel mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche auswärtige Parteigenossen, die in geschlossenen Formationen, u. a. aus Chemnitz, Leipzig, Plauen und Zwickau, angereist waren.
Im Anschluß an die öffentliche Versammlung nahm Hitler die Fahnenweihe der NSDAP-Ortsgruppe Gößnitz vor und ließ sich die anwesenden Bezirks- und Ortsgruppenführer aus den Gauen Thüringen, Sachsen und Halle-Merseburg vorstellen. "Bei dieser Gelegenheit wurde", wie der "Nationalsozialist" berichtet, "auch eine Anzahl organisatorischer Fragen durch den Führer geklärt." Vgl. auch Ankündigung im VB vom 10.4.1926, "Aus der Bewegung".

2 Vgl. auch Altenburger Landes-Zeitung vom 12.4.1926, "Hitlertag in Altenburg"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 12.4.1926 (MA), "Hitler über die Kluft im deutschen Volke"; Ostthüringer Tribüne vom 14.4.1926, "Hitler darf weiter provozieren"; Ostthüringer Volkszeitung vom 12.4.1926, "Völkische Provokation in Altenburg"; VB vom 14.4.1926, "Der Riesenerfolg Adolf Hitlers in Altenburg" (Nachdruck: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 25.4.1926, "Hitler in Altenburg"); Der Nationalsozialist, Folge 16 vom April 1926, "Hitlers neuer Erfolg in Mitteldeutschland!". Sowie Auszug aus thür. Lagebericht 1/26 vom 15.5.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739.

3 Die KPD hatte gemeinsam mit dem Roten Frontkämpferbund zu einer Gegenkundgebung auf dem Marktplatz aufgerufen, an der etwa 300 Personen teilnahmen. Nach Abschluß der NSDAP-Versammlung kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

genannte Schlamperei eintreten. Selbst große Nationen haben sich an einen schlampigen Zustand gewöhnt. Die Menschen nehmen eben alles als selbstverständlich hin und sind dann ganz erstaunt, wenn es anders gekommen ist, als man erwartet hat. 1918 wurde eine neue Staatsordnung proklamiert. Es wurde auf Altes verzichtet und Neues geschaffen, aber eine staatliche Souveränität gibt es in Deutschland nicht mehr. Die staatliche Autorität ist eine Gewalt zum Segen und Heil der Herren, die heute Deutschland beherrschen. Das Fluchwürdige von 1918 war, daß man der Staatsform jede souveräne Gewalt genommen hat. Wenn jetzt Millionen arbeitslos auf der Straße liegen, so ist das in [*der*] Wehrlosigkeit seit 1918 zu suchen.

Jetzt werden wir von einem Gutachten zum anderen geschleift. Verträge sind das nicht mehr. Wenn zwei Parteien Verträge abschließen wollen, so ist dazu notwendig, daß beide Parteien freie Willensentschließung haben. Die Verträge sind aber unter dem Zwange abgeschlossen worden und finden in der Bezeichnung "Diktat" die richtige Würdigung. Auf der einen Seite grenzenlose Schwäche, auf der anderen Seite eine unbeschreibliche Stärke und Macht der Gegner. Den Delegationen von *Genf* ist klar und deutlich gesagt worden, daß man mit ihnen nichts zu tun haben will, sie sollen später einmal wiederkommen [4].

Das deutsche Volk ist vollständig am Zusammenbruch. Einige Börsenherrn beherrschen das ganze Kapital. Ein jämmerliches Volk sind wir heute, von Elend und Not geplagt. Das deutsche Volk sieht nur die innere Not und empfindet alles andere nicht. Das ist ein Zeichen, wie elend es um uns bestellt ist. Der Zustand kann nur gebrochen werden, wenn die Entwürdigung gebrochen wird. Erst dann wird es dem deutschen Volke wieder bessergehen. Dazu gehört auch, daß die politische Macht wieder erlangt wird. Sieben Jahre nach 1918 können wir sagen, daß wir Stück um Stück gesunken sind. Das ist ein Zeichen, daß in Deutschland etwas nicht stimmen muß. Nur die beiden Extreme von links und rechts sagen, daß dagegen Front gemacht werden muß.

Die großen maßgebenden Parteien, die das Leben der Vorkriegszeit beeinflußten, vertraten die nationale Richtung und die Richtung des marxistischen Gedankens. Die nationale Gruppe hatte einst die Absicht, ein nationales Deutschland nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen, damit Kinder und Kindeskinder das Glück haben sollten, frei in Deutschland zu leben.

Die andere Gruppe hatte die Aufgabe, den marxistischen Staat aufzubauen. Die nationale Gruppe bekämpfte den internationalen Sozialismus, und die marxistische Gruppe bekämpfte den internationalen Kapitalismus. Beide Richtungen haben heute ihr Ziel in entgegengesetzter Richtung erreicht. Die marxistische Gruppe hat erreicht, daß der internationale Kapitalismus in Deutschland regiert. Die nationale Gruppe hat erreicht, daß man in Deutschland unter national etwas Morsches und Feiges versteht. Es ist dabei entweder nicht richtig gedacht oder nicht ehrlich gewollt worden.

Wir müssen den Versuch machen, den Gedanken der N.S.A.-Bewegung [*sic!*] durchzudrücken. Die Allgemeinheit darf von uns nicht sagen, daß wir zu feige und unmutig

4 Anspielung auf den Entschluß der Völkerbundsversammlung vom 17.3.1926, die Entscheidung über das deutsche Aufnahmegesuch in den Völkerbund nach ergebnislosen Verhandlungen vorerst zu vertagen. Zur März-Krise vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 311 ff.

waren, die Ideale durchzudrücken. Die Idee geht zugrunde, wenn wir sie zu feige verteidigen. Nach 30 bis 40 Jahren wird das deutsche Volk Verständnis für den nationalen Staat finden. Nach dieser Zeit wird das Wort national nicht mehr geschmäht werden. Es wird sich dann zeigen, daß das deutsche Volk kein minderwertiges Volk geblieben ist. Jetzt verschmähen 15 bis 20 Millionen Menschen den nationalen Gedanken. Wenn sie das aus innerer Überzeugung heraus tun, dann sind wir auf ewig verloren. Unser Volk ist dann auf dem Erdball weiter nichts mehr als ein feiges, unmutiges Volk und muß als minderwertig ausscheiden. Dann stürzt unser Staat in den Abgrund.

Ich habe das Volk gesehen zu einer Zeit, wo es auf Tod und Leben ging. Da hat man von Minderwertigkeit des deutschen Volkes nichts gesehen. Damals befanden sich auch manche aus den besitzenden Klassen mit an der Front, die heldenmütig mitgefochten haben. Viele waren an der Front, die wußten, warum man sich stritt. Man kämpfte viel [*für*] das reale irdische Glück. Was die Menschen zum Sterben brachte, war der innere gute Kern, in der kritischen Stunde zum eigenen Volk zu stehen. Wenn unser Volk für den Begriff "national" kein Verständnis mehr findet, dann muß es eine andere Bewandtnis haben. Dies hat seine Ursachen in der unrichtigen Form und in der Feigheit. Ein national gesonnener Mensch hat für Ruhe und Ordnung einzutreten.

In Deutschland bekam das parteipolitische Leben allgemeine Formen und der Handarbeiter findet sich in dieses Leben hinein. Man zieht einen neuen Stand empor. Es ist ein Fehler, wenn man glaubt, diesen Stand nicht politisch organisieren zu dürfen. Die Geistigkeit eines Volkes wird heute verwechselt.

Willenskraft ist der Wille zum Leben. Sie äußert sich in Hunger und Liebe. Das sind die beiden Pole, die die Richtung für das Leben angeben. Es äußert sich alles nur in der Zuversicht, sich zu erhalten. Es beginnt allmählich die Entwicklung der intellektuellen Fähigkeiten. Wie die Pyramide sich aufbaut, so steigt auch die geistige Entwicklung, der Wille zum Leben. Es tritt dann ein vollständig geistig eingestelltes Wesen hervor, das nicht von Brutalität beherrscht ist. Es werden sich dann Genies finden, die über allem stehen werden. Wenn diese Willenskraft abgebunden wird, dann haben wir ein Volk, das eine geistige Führung besitzt, dem aber die Entschlossenheit fehlt. Schwäche ist die Erscheinung der politischen Parteien. Je mehr sich der Mensch hebt, umsomehr Eigentum besitzt er. Das darf nicht immer materiell sein. Er soll von der Verantwortlichkeit beseelt sein. Des Lebens Lasten drücken die breiten Schichten in noch nie gekanntem Maße. Kein Mensch findet sich, die drückende Last mildern zu helfen.

Wenn eine Idee siegreich vorwärts schreitet, ist es notwendig, daß die Willenskraft dazu vorhanden ist. Alles, was uns bedrückt, soll durch einen schönen Siegeszug beseitigt werden. Die breite Masse will in sich die Volksgemeinschaft suchen. Man denkt aber nicht daran, die breite Masse zu erfassen. Der deutsche Arbeiter findet in seiner Intelligenz keine Führer. Er wundert sich, was der Bestandteil unserer Politik geworden ist. Es muß ihm zu Gemüte geführt werden, daß das der Träger der nationalen Idee geworden ist.

In der Vorkriegszeit bestand die endlos lange Arbeitszeit. Es gibt Millionen von Menschen, deren Leben heute trotz Verkürzung der Arbeitszeit und allen sozialen Einrichtungen nicht als menschenwürdig zu bezeichnen ist. Wenn eine ganze Weltwirtschaft

sich umstellt, dazu ist ein Zeitraum von 30 bis 40 Jahren ein rein Garnichts. Aus nichts heraus sind Kulturen entstanden. Die bürgerlichen Parteien haben auf dem Gebiete der Daseinsberechtigung des arbeitenden Volkes vollständig versagt und haben dadurch, daß sie auf sozialen Gebieten abwartende Stellung einnahmen, den nationalen Gedanken verächtlich gemacht.

Der internationale Jude hat die Willenskraft erkannt, was bei dem deutschen Bürger fehlt. Der deutsche Bürger haßt, was nach Arbeiter riecht. Das hat sich der internationale Jude für seine Zwecke willfährig gemacht.

Die Wahrheit ist jetzt vollständig Nebensache. Dem Kriegsgegner ist es gelungen, sein Volk von dem Recht zu überzeugen. Das deutsche Volk hat noch nichts getan. Das deutsche Volk legt bedauerlicherweise Wert darauf, daß der Bildungsgrad nicht verletzt wird. Der Begriff "national" hat sich in den Augen der breiten Massen vollständig verschoben. Das ist aus dem Grunde der unrichtigen Definition heraus geschehen. Redner führt dann Beispiele an, wenn sich zwei Personen streiten, welchen Eindruck es macht, wenn einer trotz seiner überlegenen Kraft zu feige ist, sich zu verteidigen. Daraus geht hervor, daß auch unser Nationalstaat wegen der bodenlosen Feigheit Schiffbruch [*er*]leiden mußte.

In Bayern habe eine Partei Revolution gemacht und zuvor erst die Regierung gefragt, ob sie mitmache, wenn ein Staatsstreich unternommen würde. Das sei bezeichnend für den Typ des heutigen Nationalstaates. Auch der Königsbund in Bayern [5] habe vollständig versagt. Er sei auch zu feige gewesen, für seine Ideen öffentlich einzutreten. Der Königsbund habe aus Anlaß der Fürstenabfindungsfrage nur eine Versammlung abgehalten, in der lediglich die Entrüstung darüber zum Ausdruck gebracht worden sei. Die eigentlichen Drahtzieher der Massen würden verschont, die Führer der politischen Parteien versammelten sich, als sei gar kein Unterschied zwischen ihren Ideen, bei einer Flasche Sekt und das untere Volk würde dafür mit Maschinengewehren traktiert. Der Gedanke sei, es müsse etwas gemacht werden, damit etwas geschieht.

Der nationale Gedanke konnte bisher nicht siegen, weil er eine unverständliche Schwäche zeigt. Wenn nicht andere Kräfte kommen, dann ist der nationale Gedanke für das Deutschtum erledigt.

Auch der marxistische Sozialismus hat sein Ziel nicht erreicht. Er wollte die deutsche Wirtschaft sozialisieren und das internationale Kapital vernichtend brechen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Reichsbahnen sind dem deutschen Volke entrissen und gehören dem internationalen Kapitalismus. Der siegreiche Einzug des intern[*ationalen*] Kapitalismus bestimmt das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Das ist das Ziel des marxistischen Sozialismus. In dem Lande, wo die Revolution gelungen ist (Rußland), herrscht der internationale Kapitalismus und der Militarismus ebenfalls wie in den Siegerstaaten.

Beim Marxismus ist der bewußte gegenteilige Wille vom Nationalstaat vorhanden.

Redner geht dann eingehend auf die Bodenkultur im praktischen Sinne ein. Er behandelt dann eingehend die Vorteile und Nachteile des heutigen Produktionsprozesses, wodurch weniger Menschenkräfte als früher notwendig geworden sind. Die Menschen,

5 Gemeint ist der im März 1921 als Abspaltung von der Bayerischen Königspartei gegründete Bayerische Heimat- und Königsbund. Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 126 ff.

die durch den verbesserten Produktionsprozeß überflüssig werden, müssen sich ein neues Tätigkeitsgebiet erschließen.

Die Verbesserung der Produktionsmethode und das, was wir dadurch entstehen sehen und den Menschen dienstbar gemacht werden soll, das kann niemals kapitalistisch genannt werden. Das Betriebskapital ist die Grundlage zur Existenz. Der Mann von links behauptet, daß bei den Produktionsunternehmungen nur die Besitzverhältnisse geändert werden müssen. Ein anderer soll hingestellt [*werden*] und die Leitung übernehmen. Das ist aber nur möglich, wenn die notwendigen Fähigkeiten, das erforderliche Verständnis und das notwendige Kapital vorhanden sind. Die marxistische Lehre will das Alte stürzen und Neues aufbauen, nur hat man sich dabei im Register vergriffen.

Die Zinswirtschaft hat die menschliche Entwickelung und die Wirtschaft auf eine andere Bahn geschoben. Was heute in Deutschland geschafft wird, geschieht nur im Interesse des internationalen Kapitalismus.

Der Marxismus hat nicht verstanden, den internationalen Kapitalismus zu bekämpfen, sondern hat nur die Wirtschaft zugrunde gerichtet. Der internationale Kapitalismus beherrscht das deutsche Volk und unterjocht es in der gleichen Weise.

Der Arier hat die großen Werke der Kultur geschaffen. Der Jude ist der Nutznießer davon. Der Mensch ist durch den Kampf groß geworden und es gibt nur ein Gesetz, das vom Recht spricht. Deutschland kann nur wieder auferstehen, wenn es sich aus den jüdischen internationalen Fesseln befreit. Deutschland kann nur siegen, wenn in ihm ein nationaler Wille erwacht und eine unzerstörbare Einheit entsteht. Dieser Wille darf nicht faul sein in ethischer Hinsicht und muß dieser Prüfung standhalten. Dahinter muß ein heldenhafter Mut stehen.

Wer heute von Nationalismus und Patriotismus redet, das hat nur Zweck, wenn das nicht der Wille einer einzelnen Klasse ist, sondern es muß die Grundlage sein, auf dem die Volksgemeinschaft steht. Der Nationalismus legt nicht nur Pflichten auf, sondern gewährt auch Rechte. Unter der Fahne der N.S.A.-Partei [*sic!*] soll eine neue Bewegung entstehen, die dem Volke eine neue Hoffnung gibt und das Unrechte stürzt. Wir müssen wieder erobern, was uns das Schicksal genommen hat. Die Freiheit wird uns nicht geschenkt, sondern wir müssen sie erkämpfen. [6]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

13. April 1926 Dok. 122
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 536 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Sodann ergriff Hitler das Wort, der dem zurückgetretenen Walter [3] gleichfalls seinen Dank aussprach. Daß sich Walter beim Reden schwer getan habe, sei für ihn wohl selbst sehr hart gewesen. Die Leistungen des Walter seien aber nach anderer Richtung hin besonders anzuerkennen. (Walter hat die Partei finanziell sehr unterstützt.)

Hitler führte weiterhin aus, daß in letzter Zeit an der Partei wieder sehr viel Kritik geübt werde. Vor einiger Zeit wollte er in Hof in einer geschlossenen Mitgliederversammlung sprechen [4]; man habe ihm aber auch in einer solchen das Reden verboten. Dessen ungeachtet habe die Partei sowohl in München als auch auswärts ständig einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Dies sei ein Zeichen dafür, daß die Bewegung immer mehr Wurzeln fasse; der Sieg, wenn er auch etwas später komme, sei der Partei doch sicher. Wegen seines Redeverbotes gehen ganze Berge von Unterschriften ein und sobald die erforderliche Zahl vorhanden sei, werden sie dem Minister Stützel zeigen, daß sie sich das Verbot nach Recht und Gesetz nicht mehr gefallen lassen. Es werde eben dann ein Volksentscheid herbeigeführt. Er ersuche die Mitglieder, sich neuerdings gegenseitig die Hände zu reichen und an dem Bauwerk der Bewegung bis zur Vollendung der Sache weiterzuarbeiten. Stellen Sie sich hinter die Vorstandschaft und schenken Sie ihr unbedingtes Vertrauen. [5]

---

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", nach 20.30 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht 60 Personen teilnahmen, wurde von dem neu ernannten Sektionsvorsitzenden Karl Ostberg geleitet.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 1.4., 13.4., 14.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 536" gekennzeichnet.

3 Helmut Walter, 1923 Teilnehmer am Hitler-Putsch, 1925/26 Führer der NSDAP-Sektion Neuhausen.

4 Die NSDAP-Ortsgruppe Hof hatte für den 12.4.1926 eine geschlossene Mitgliederversammlung einberufen, auf der Hitler sprechen sollte. Da hierzu auch auswärtige Ortsgruppen eingeladen und ein Saal für 500-600 Personen angemietet worden war, untersagte das Bezirksamt Hof unter Berufung auf das bestehende Redeverbot für öffentliche Versammlungen den geplanten Auftritt Hitlers. Vgl. Bezirksamt Hof an Regierung von Oberfranken vom 13.4.1925; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739. Sowie VB vom 15.4.1926, "Hitler darf in Hof nicht sprechen".

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

14. April 1926 Dok. 123
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid
Erklärung [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen und Unterschrift; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Betreff: Voruntersuchung wegen Meineid [2]

Anläßlich des Luppe-Streicher-Prozesses fand am 3. Dezember 1925 meine Vernehmung als Zeuge statt [3]. Ich sollte bekunden, ob die Behauptung Luppes, daß die Vorgänge des 1. Mai 1923 [4] gegen die Regierung gerichtet waren, stimmt oder nicht.

Da ein vorher vernommener Zeuge, Herr Erhard Auer [5], eine umfangreiche Vorgeschichte der gesamten Entwicklung, die zu diesem Vorgange am 1. Mai [*19*]23, nach seiner Anschauung, führte, zum Besten gab, blieb mir nichts anderes übrig, als zur Verständlichmachung des eigenen Handelns ebenfalls eine allgemeine Darstellung zu geben. Soweit es sich um diesen Teil meiner Ausführungen handelte, stellte er meine eigenste und innerste Anschauung dar. Er gehörte vielleicht deshalb auch viel weniger in den Rahmen einer Zeugenaussage, als vielmehr in die Darstellung eines, sagen wir, Sachverständigen.

Soweit meine Aussagen zum 1. Mai selbst Bezug hatten, mußte ich sie in zwei Hälften teilen. Ich habe dem Gericht erklärt, daß ich die Daten der einzelnen Besprechungen, also ihre Termine sowie auch die Termine der sonstigen Vorgänge nach nunmehr mehr als 2 Jahren, mühsam nachrekonstruieren muß und daß hier mir ein Irrtum in der reinen Chronologie, soweit sie die Reihenfolge betrifft, möglich erscheint.

Soweit es sich um das Tatsächliche der Absicht handelt, scheidet jeder Irrtum aus. Hier kann ich nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv der Wahrheit dienen.

Ich habe meine Aussage nach bestem Wissen und Gewissen gemacht, habe nichts verschwiegen und nichts hinzugefügt, was meiner Überzeugung nach zur Sache gehören würde.

Wenn ich zur staatsanwaltschaftlichen Anklage heute Stellung nehme, so will ich dies nicht tun, um mich etwa unter Ausschluß der Öffentlichkeit reinzuwaschen, sondern im

1 Hitler übergab die Erklärung nachmittags im Münchner Justizpalast bei seiner Vernehmung durch Landgerichtsrat Friedrich Welsch. Vgl. Dok. 124.

2 Vgl. auch Dok. 98, 120, 124, 126, 133 und Bd. II, Dok. 26.

3 Vgl. Dok. 90.

4 Zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 vgl. Gruchmann, Hitlers Denkschrift, S. 305-328; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

5 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1907-1933 MdL (SPD) in Bayern, 1908-1921 Geschäftsführer der SPD in Bayern, Nov. 1918 bis Feb. 1919 bayer. Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident und 1932/33 II. Vizepräsident des Bayer. Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München.
Zur Aussage Auers am 19.11.1925 vgl. Fränkischer Kurier vom 21.11.1925, "Der Luppe-Streicher-Prozeß".

Gegenteil: Mir liegt daran, daß das ganze Lügengespinst, das um den 1. Mai aus parteipolitischen Zweckmäßigkeitsgründen heraus gezogen wurde, auch vor den Augen der Öffentlichkeit wieder zerrissen wird. Ich nehme heute dazu nur Stellung, um noch einmal die inneren Beweggründe, die den 1. Mai veranlaßten, dem Untersuchungsrichter klarzulegen.

Der Zusammenbruch des Jahres 1918, dessen Folgen heute nicht abgemessen werden können, da auch die Jetztzeit noch nicht den ganzen Umfang dieser Katastrophe auszukosten hat, wird in der späteren geschichtlichen Darstellung wohl als die schwärzeste Erscheinung unseres deutschen Volkslebens gelten. Wenn alle die verbrämenden Phrasen abgefallen sein werden und nur das nüchterne Resultat zur Prüfung übrig bleiben wird, kann sich erst ein richtiges Bild dieses furchtbaren Absturzes ersehen lassen.

Soll Deutschland aber in Volk und Reich wieder auferstehen, dann ist schon heute eines notwendig, daß man sich, ungeachtet um die Abschätzung des Umfanges dieser Katastrophe, damit beschäftigt, einen Weg aus dem heutigen Elend zu suchen. Er wird sich nicht finden lassen, ohne der Ursachen zu gedenken, die zum Zusammenbruch die tiefste und letzte Veranlassung einst gegeben hatten.

Es ist hier nicht am Platze, eine umfangreiche Darstellung der langsamen inneren Zerstörung unserer nationalen Kraft und Stärke zu geben, die in den langen Friedensjahren von wenigen erkannt, [*von*] den meisten aber unbeachtet oder doch nicht richtig gewürdigt, stattfand. Es ist aber notwendig, daß man zum Verständnis der Mission der Bewegung die ich heute die Ehre habe zu führen, wenigstens die Kapitals-Schicksalsfrage [*sic!*] vor dem Kriege und auch heute zu verstehen sucht, von deren Lösung nicht nur die Vergangenheit abhing, sondern auch unsere Zukunft abhängen wird.

In den langen Friedensjahren eines scheinbaren inneren Glückes und eines ersichtlichen machtvollen Aufschwunges nach außen maß man zu wenig Wert der Tatsache bei, daß dieses selbe Volk schon längst nicht mehr einen einheitlichen Willen besaß. Das deutsche Volk war gespalten in einen großen, bewußt national sein wollenden Teil und in einen anderen, der im Laufe der Jahre immer mehr anschwoll, der grundsätzlich die nationalen Belange negierte und in internationalen Wahnvorstellungen einen Ersatz für nationale Kraft und Unabhängigkeit zu besitzen behauptete. Die marxistische Weltanschauung riß Deutschland in zwei Hälften. Was Bismarck einst in seinen letzten Jahren in trüben Ahnungen seherisch herannahen fühlte, konnte jeden Augenblick das von ihm begründete Reich treffen, nämlich, daß das deutsche Volk unter der Wirkung einer fesselnden außenpolitischen Hemmung oder unter dem Drucke eines gewaltigen Krieges auseinanderbrechen würde und das Reich dann statt einer Periode der größeren Herrlichkeit wieder dem Fluche unserer Vergangenheit entgegengehe. Bismarck hatte diese Gefahr nicht nur erkannt, sondern auch versucht, sich ihr mit der ganzen Wucht seiner leidenschaftlichen Entschlossenheit in nationalen Dingen entgegenzuwerfen. Umgoldet von dem Zauber dreier siegreicher Kriege, überstrahlt vom Ruhm eines großen Staatenbegründers scheute sich der greise Staatsmann nicht einen Augenblick, auf die billige Popularität des breiten Haufens Verzicht zu leisten, um in seinen alten Tagen noch einmal die Belastung eines Kampfes auf sich zu nehmen, der, weil innerpolitisch auszufechten, wenig Freunde warb und statt dessen viele Feinde brachte. In seiner Soziali-

stengesetzgebung stemmte sich der Reichsgründer verzweifelt gegen die destruktive Mission der marxistischen Lehre. Das Ergebnis war gleich Null. Nicht nur, daß seinen Nachfolgern die Energie in der Beibehaltung des eingeschlagenen Weges fehlte, ja, daß sie diesen Weg sogar verließen, nein, das Kampfmittel selbst war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Eine weltanschauliche Lehre, in breiten Massen verankert und Widerhall findend, hatte man versucht, durch die staatlichen Mittel der Polizeigewalt zu brechen. Was aber gebrochen wurde, war der Staat. Man hatte vergessen, daß man neue Ideen solcher Art auch heute so wenig mit dem Säbel vernichtet, als der römische Staat einst das Christentum nicht durch Legionen auszurotten vermochte.

Die Brechung der marxistischen Weltanschauung und ihrer organisatorischen Gebilde war nur möglich durch eine sich entgegenstemmende neue und bessere Überzeugung von gleicher Entschlossenheit und Beharrlichkeit im Kampfe. Wie richtig diese Behauptung ist, wird am schlagendsten erwiesen durch die Tatsache, daß die Besiegung der marxistischen Zerstörungsarbeit in gar keinem Staat gelungen ist und am allerwenigsten dort, wo man glaubte, dies mit den schärfsten Mitteln staatlicher Brachialgewalt herbeizuführen zu können, in Rußland.

Der Zusammenbruch 1918, der Bismarcks Befürchtungen entsprach, hätte dem letzten Rest denkenden deutschen Bürgertums die Augen für die Zukunft öffnen sollen. In den Wirren des Revolutionsjahres und den Unruhen, die darauf folgten, hätte man vielleicht die Möglichkeit zu einer letzten prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Marxismus gehabt, wenn sich entweder aus den deutschen Armeen in irgendeinem napoleonischen Schädel ein Bezwinger der Revolution herausgeschält hätte oder wenn im politischen Parteileben durch das Hineintragen einer neuen stürmischen Idee der marxistischen Weltpropaganda ein Gegengewicht geschaffen worden wäre. Der überlegene Kopf im Heer hat sich nicht gefunden. Die Mission der einzelnen Freikorps, sie bestand nur darin, "Ruhe und Ordnung", also praktisch Eigentum zu schützen. Die Zukunft der Nation und des Vaterlandes wog weniger als die unversehrte Erhaltung irgendeines Fabrikbetriebes. Entgegen allen geschichtlichen Lehren glaubte man in Kompromissen die Grundlagen für eine Forterhaltung zu finden, während die Zukunft der Nation eben grundsätzlich die Bildung eines neuen Fundaments erfordert hätte. So war es auch begreiflich, daß es statt zu einer Vernichtung des Marxismus zu einer gütlichen Auseinandersetzung kam, die selbst den ertappten Strolchen, Straßendieben und gefaßten Mordbrennern noch zugute kam.

Die politischen Parteien hatten sich, indem sie in bedenklichem Sprunge plötzlich auf dem Boden der Tatsachen standen, mit den Ereignissen abgefunden. Den Weg, den aber Deutschland damit vorgezeichnet erhielt, konnte man nur als einen solchen des Verderbens bezeichnen. Denn damit verzichtete man auf jede Korrektur der Katastrophe des Jahres 1918, und der Friedensvertrag von Versailles war nur das ausgestellte Siegel unter und für das eigene Verschulden.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei geboren.

Sie sollte den Kampf gegen den Deutschland endgültig vernichtenden Marxismus noch einmal aufnehmen. Sie sollte, ideell getragen durch eine neue Weltauffassung,

auch tatsächlich den Mut finden zum heroischen Kampf gegen den Vernichter des Vaterlandes. Sie stellte sich damit, in Gegensatz zu den anderen Parteien, bewußt ein gegen die sogenannten "gegebenen Tatsachen", verneinte jede Möglichkeit eines Kompromisses oder Paktierens mit unserem internationalen Todfeind und predigte anstelle dessen nicht nur einen neuen Glauben an Volkstum und Vaterland, sondern auch einen tiefen Haß gegen die Vernichter desselben. Zum Unterschied der bestehenden bürgerlichen Parteien begnügte sie sich nicht damit, dem Marxismus etwa die Macht aus der Hand zu nehmen, sondern erklärte als notwendig die Vernichtung des Marxismus an sich, d. h., mithin dessen restlose und tatsächliche Ausrottung.

Ob dieses Ziel erreicht wird, ich weiß es nicht; aber eines weiß ich, daß im verneinenden Falle Deutschland niemals wieder auferstehen wird. Die Nachwelt aber, sie wird einst ihr Urteil abgeben, wer recht gesehen und das Richtige gewollt hat.

So wie der Zusammenbruch des Jahres 1918 die Quittung für die erfolgreiche marxistische jahrelange Dolchstoßarbeit war, so wird des deutschen Volkes endgültiges Abtreten von der großen Bühne der Weltgeschichte zwangsläufig das Ergebnis sein einer weiteren Duldung dieser Lehre des Wahnsinns und der Zerstörung.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat damit den sogenannten Toleranzstandpunkt grundsätzlich aufgegeben. Sie sieht in der Beibehaltung dieser Einstellung der marxistischen Lehre gegenüber das Ende unseres Volkes und begrüßt deshalb im kleinsten und im größten jede entscheidende Auseinandersetzung mit diesem Todfeinde der menschlichen Gesellschaft.

Sie bedauert deshalb auch, daß das ganze kostbare Blut der Jahre 1918, 1919/20, das zur Niederringung des marxistischen Aufruhrs von jungen, deutschen Idealisten vergossen wurde, vergeblich geflossen war. Die schleichende Krankheit wurde nicht beseitigt. Im Gegenteil, heute nach 6 Jahren bedrückt die bolschewistische Welle drohender denn je unser Vaterland und beginnt, in der Millionenforderung nach Fürstenenteignung unter Anwendung aller verwendbaren Wege und Mittel dem alten Ziele neue Gefolgschaft zu leisten.

Bis zum Jahre 1923 hat die N.S.D.A.P. nur dieser einen Mission bewußt gelebt, den Marxismus geistig und wirklich zu brechen, seiner Irrlehre eine bessere Wahrheit und seinem Terror eine größere Gewalt gegenüberzusetzen. Die Sturmabteilungen der Bewegung waren streng unmilitärisch organisiert. Angefangen von der Kleidung sollte nichts den Eindruck erwecken, als ob es sich hier um eine Organisation für soldatische Zwecke handeln würde. Die Bewegung hat ihre einzige Mission im Kampf gegen den Marxismus gesehen, sie war unschuldig an den verschiedenen Morden, die in dieser Zeit stattgefunden hatten, genau so unschuldig wie an den Unruhen, die irgendwo zur Beseitigung der Staatsgewalt in Szene gesetzt worden waren. Ihr einziges Machtinstrument, die S.A., war in ihrer Unbewaffnetheit nicht zum Kampf gegen eine Regierungsmacht bestimmt, sondern nur zum Schutz der eigenen Aufklärungs- und Werbetätigkeit. Wenn dabei viele Mitglieder für sich Waffen besaßen, so darf dies niemand wundernehmen in einer Zeit, in der die Straßen eben häufig von Maschinengewehrfeuer widerhallten und jeder Nächstbeste sein Gewehr zu Hause schon aus Vorsichtsgründen im Schrank hatte.

Im Frühjahr 1923 erst erfolgte, und zwar auf Wunsch und im Einvernehmen mit den militärischen Behörden, die Umstellung der S.A. zu einer Wehrorganisation. Allein auch hier war nicht der Grund, etwa zum Kampf gegen die Staatsgewalt zu rüsten, gewesen, sondern der, dem Vaterland die gewünschten Soldaten zum Krieg gegen Frankreich zur Verfügung zu stellen. Hätte ich damals bestimmt gewußt, daß die ganze sogenannte "stille Mobilmachung" des Reichsheeres nur ein plumper Schwindel gewesen ist, ausschließlich bestimmt, dem gut gesinnten Patrioten Sand in die Augen zu streuen, so wäre die Umbildung der S.A. nie erfolgt und viel Unheil in der Folgezeit von vorneherein vermieden geblieben.

Der 1. Mai 1923 sollte von roter Seite aus in München wieder gefeiert werden. Als Formen wurden solche gewählt, die jedem national gesinnten Mann die Schamröte ins Gesicht treiben mußten. Am 4. Jahrestag nach der Geiselermordung in München [6] war es dank dem sträflichen Leichtsinn der politischen Parteien und der verantwortungslosen, jammervollen Nachgiebigkeit der sogenannten "Staatsautorität" wieder so weit gekommen, daß man in München ein Schauspiel erleben zu müssen befürchtete, das in seiner Art sich in gar nichts unterschied von dem des 7. Nov[*ember*] 1918. Dafür also war das unsägliche Blut vergossen worden, dafür hatten die jungen Freikorpssoldaten gekämpft, dafür wurden sie im Hinterhalt meuchlings weggemordet, daß nun vier Jahre später das Symbol der deutschen Schande wieder in feierlichem Umzug durch die Straßen der Stadt getragen werden konnte, ja, daß die roten Heerscharen, ausgerechnet vor dem Kriegsministerium einen Parademarsch abzunehmen, zu erklären vermochten.

Die Empörung über diese gewissenlose Verschleuderung dessen, was nicht die Herren der Regierung einst geschaffen hatten, sondern das Blut der Revolutionsniederkämpfer, war eine ebenso tiefe wie gerechtfertigte. Schon wenige Wochen vorher, anläßlich einer Versammlung, die der später berühmte Herr Major Schützinger [7] abzuhalten gedachte, waren es die Vaterländischen Verbände gewesen, die durch ihre Erklärung, sie würden diese Versammlung mit allen Mitteln auseinanderhauen, die entwürdigende Komödie zu verhindern vermocht hatten [8]. Die Polizeidirektion hatte damit ihre Begründung gefunden, um die "Kundgebung" verbieten zu können.

Ähnlich lagen die Verhältnisse nun wieder.

Wieder traten die Vaterländischen Verbände zusammen, beschlossen, gegen die geplante Maifeier der Roten Stellung zu nehmen. Daß dabei die Empörung nicht gegen die Regierung als solche, sondern gegen einen Minister, gegen Herrn Minister Schweyer, eine riesengroße war, ist selbstverständlich. Man sah in ihm allgemein einen

6 Zur Erschießung von zehn Geiseln durch Rotarmisten im Luitpoldgymnasium am 30.4.1919 vgl. Hillmayr, Terror, S. 100 ff.

7 Hermann Schützinger (1882-1962), 1919 Major a. D., 1921 Dr. der Staatswissenschaften, führendes Mitglied im Republikanischen Reichsbund, Übernahme in die preuß. Schutzpolizei, 1923 Chef der sächs. Landespolizei (Polizeioberst), nach Verabschiedung im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold tätig.

8 Die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände hatte am 5.3.1923 auf Antrag Hitlers beschlossen, von Ministerpräsident Knilling das Verbot der für den 5.3.1923 geplanten Versammlung des Republikanischen Reichsbundes zu fordern, auf der Schützinger zum Thema "Der Kampf um die Republik in Bayern und im Reich" sprechen sollte. Druck des entsprechenden Passus aus dem Protokollbuch: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 844. Vgl. Münchener Post vom 5.3.1923, "Republikaner heraus!", und vom 6.3.1923, "Ein Versammlungsverbot".

Verschleuderer des durch die nationalen Verbände einst geschaffenen nationalen Bayern. Denn dies war nicht das Verdienst des Herrn Ministers Dr. Schweyer gewesen, sondern der Männer, die durch offene Bekundung ihrer nationalen Gesinnung im übrigen Deutschland den Eindruck einer besonderen nationalen Mission Bayerns zu erwecken verstanden hatten. Und zu diesen Männern durfte ich mich in bescheidenem Maße auch rechnen.

Unter dem Druck des Auftretens der nationalen Verbände fanden denn auch Korrekturen der zuerst hinausgegebenen Bewilligungen statt. Diese Korrekturen waren nicht, wie wir alle genau wußten, dem bayer. Innenminister zuzuschreiben als vielmehr dem Ministerpräsidenten. Denn so wenig Verständnis auch Exz[*ellenz*] v. Knilling für nationalsoz[*ialistische*] Gedankengänge gehabt haben mochte und wie innerlich ablehnend er auch mir gegenüberstehen konnte, so rechtlich ehrenhaft war aber zumindest sein Verhalten in allen nationalen Belangen. Schon daraus allein geht der ganze Unsinn der Behauptung, der 1. Mai hätte sich gegen die Staatsregierung gewendet, klar hervor, daß gerade die Vaterländischen Verbände Exz[*ellenz*] v. Knilling mehr Vertrauen entgegenbrachten als irgendeinem anderen. Das gilt bis tief hinein in die Reihen der Nationalsozialisten. Abneigung empfand man nur gegen einen einzigen Herrn, und dies war Herr Dr. Schweyer. Diese Abneigung war angesichts der eingenommenen Haltung des Ministers um so mehr verständlich, als unterdes schon seit Wochen aus Deutschland immer mehr Nachrichten von einem neuen beabsichtigten großen roten Aufstand kamen. So unsicher derartige Vorankündigungen auch sein mögen, so unsicher war aber damals auch die Lage in Deutschland. Frankreich im Ruhrgebiet, zwei Staaten fast vollkommen im bolschewistischen Fahrwasser (Thüringen und Sachsen), eine ganze Anzahl anderer Staaten knapp am Rande daran. Wenn damals der bolschewistische Aufruhr gleichmäßig an 15 oder 20 Orten losbrach, dann konnte Deutschland unter Umständen den Leidenskelch bis zur Neige ausleeren. Die Hoffnung auf die Mehrheitssozialdemokratie aber war dann wirklich nur eine kindische Dummheit. Es mußte jedem klar werden, daß, so wie 1918, die Mehrheitssozialdemokratie auch dieses Mal in der entscheidenden Stunde doch mitgegangen wäre, genau so, wie sie ja auch in der kommenden Stunde mitgehen wird. Daß Frankreich dann eine jede solche Entwicklung auf das Äußerste unterstützt hätte, liegt auf der Hand. Der bayer. Innenminister würde in dem Falle kaum die Lage gerettet haben, sondern hätte sich wohl nach berühmten Vorbildern rechtzeitig vorher entfernt.

Aber auch aus München selbst kamen Mitte und Ende April laufend beunruhigende Gerüchte. Tatsächlich wurden in Vertrauensmännerversammlungen von seiten der Kommunisten die Parolen ausgegeben, am 1. Mai überall Waffen mitzunehmen. Dies sowie der gesamte Umfang der beabsichtigten Demonstration sowie die Anlage derselben mußte jeden verantwortungsbewußten deutschen Mann mit Besorgnis erfüllen, wobei dann die reine ideelle Verbitterung ganz außer Betracht gesetzt werden kann.

Aus all diesen Erwägungen heraus wurde auf Seiten der nationalen Verbände nun beschlossen, den geplanten Umzügen der Roten entgegenzutreten und vielleicht schon durch die Ankündigung der drohenden Zusammenstöße das endgültige Verbot herbeizuführen. Dem entsprach ja auch die Forderung, unter solchen Umständen eben den

Belagerungszustand zu verhängen, da damit am ehesten die gesetzliche Möglichkeit zur Verhinderung des ganzen Rummels gegeben war. Diese Forderung nach dem Belagerungszustand bedeutete auch für die Vaterländischen Verbände selbst eine schwere Beeinträchtigung, da ja eine ganze Anzahl von Freiheiten für unsere eigene Propagandatätigkeit dadurch ebenfalls genommen worden wäre. Allein die Verbände stellten damals wirklich ihre eigenen Interessen in den Hintergrund gegenüber denen unseres Volkes. Zu behaupten nun, daß es sich bei dem Vorgehen der Vaterländischen Verbände um einen Angriff gegen die Regierung gehandelt hat, ist ein mehr als starkes Stück. Denn das Gegenteil war richtig. Wäre nämlich der rote Aufstand ausgebrochen (tatsächlich ging es im Ruhrgebiet wenige Wochen später auch schon los und die Kommunisten gaben zu, den Termin nicht eingehalten zu haben), so würde die Regierung sicherlich froh gewesen sein um die vaterländischen Verbände, und kein Mensch hätte dann etwas von "Hochverrat" gefaselt oder von "Bedrohung der Staatsgewalt" oder gar der "Staatsautorität". Denn am 1. Mai ist die Staatsautorität nur von einem einzigen Nichtmarxisten bedroht worden, nämlich von dem Minister, der die Erlaubnis zu einer Veranstaltung erteilte, deren Träger beschworene [*sic!*] Feinde jeder Staatsautorität sind und deren Zweck nicht eine Stärkung der Staatsautorität, sondern eine Zermürbung derselben im günstigsten Falle noch darstellen mußte.

Denn die roten Umzüge der Mai-Demonstration finden nicht statt zur Förderung der "Staatsautorität" als vielmehr zum sichtlichen Beweis der Macht des internationalen Proletariats, sowie zur Stärkung des Geistes dieser Bewegung. Diese dient aber nicht dem Gedanken einer "Staatsautorität", sondern dem der Vernichtung des derzeitigen Staates und der Aufrichtung des Bolschewismus.

Daß dies die Träger der alten Staatsautorität einst nicht begriffen hatten, kostete dem deutschen Volk seine Vergangenheit, und daß es die Träger der heutigen nicht verstehen wollen, raubt uns die Zukunft.

Ich sehe dabei noch ganz ab von der absurden Lächerlichkeit, uns einen Staatsstreich unterschieben zu wollen in einer Angelegenheit, die wochenlang die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt. Der Unsinn dieses ganzen Gedankenganges ist so monumental, daß er wirklich nur im Gerichtssaal allein die gebührende Erledigung zu finden vermag.

Allein auch die zweite Definition, nämlich die, daß wir wohl keinen Staatsstreich beabsichtigt hätten, dafür aber der Regierungsgewalt in Ausübung ihrer Ordnungspflichten in den Rücken zu fallen beabsichtigten, ist der gleiche perfekte Unsinn.

1. hat ja in beiden Fällen die Wirklichkeit das Gegenteil genau bewiesen; es ist weder das eine noch das andere eingetroffen. Es wurde weder die Staatsregierung gestürzt, noch fiel ihr jemand in der Ausübung ihrer Pflichten in den Arm. Im Gegenteil, dort wo sie ihren Pflichten wirklich nachkam, hatten sich die vaterländischen Verbände sogar bereit erklärt, den Regierungsarm zu verstärken.

2. aber ist die Behauptung, daß man der Regierung mit Gewalt in der Ausübung ihres Ordnungsdienstes hätte entgegentreten wollen, lächerlich und dumm, da ja in diesem Fall naturgemäß der Kampf das Ergebnis gewesen wäre, mithin die Beseitigung der Regierungsgewalt als solche dann das einzige mögliche Ergebnis hätte sein können. Denn man kann doch nicht vormittags gegen die Regierungsgewalt kämpfen, um sich nachmit-

tags wieder mit ihr zusammenzusetzen. Die Konsequenz eines solchen Handelns wäre doch gewesen, anstelle der vorhandenen Regierungsgewalt eine andere herzubringen, oder bloß zum Vergnügen hin- und herzuschießen. Nein, der Herr, den es in dieser Sache angeht, nämlich Herr Minister Dr. Schweyer, wußte sehr genau, daß weder das eine noch das andere auch nur im leisesten beabsichtigt war.

Was meine Person betrifft, so muß ich noch folgendes erklären:

Ich habe nahezu 6 Jahre lang den grauen Rock getragen. Diese 6 Jahre aber werden mir für immer in der Zeit meiner irdischen Wanderschaft nicht nur die ereignisreichsten, sondern auch die verehrungswürdigsten bleiben. Denn wenn dies damals auch der Rock des Königs war, so war er auch der Rock der Ehre unseres Volkes und der Freiheit desselben. Und an diesem Sinne hat die Revolution nicht das geringste zu ändern vermocht. Der Gedanke, mich gegen das Heer zu stellen, dem ich einst mit ganzer Inbrunst angehören zu dürfen das Glück besaß, wäre mir am 1. Mai genau so unerträglich gewesen, wie er mir auch später war und heute ist. Vernunftgründe will ich dabei ganz aus dem Spiel lassen. Und so wie ich dachten auch die anderen. Wenn aber dann irgendein Schreier in seiner berechtigten Empörung über die Schwäche der Regierung ein dummes Wort zum Besten gab, so kann dem keine Bedeutung beigemessen werden, denn das Wesentliche ist nicht, was irgendein Hitzkopf heraussprudelt, sondern was die Führer wollen.

Ich stelle noch einmal fest, daß damals aber weder die anderen Führer noch besonders ich die Staatsgewalt stürzen oder schädigen wollten, gegen sie kämpfen wollten, sondern daß wir im Gegenteil vorbeugen wollten, einem drohenden Ereignis, das bei Gelingen die deutsche Nation in das maßloseste Unglück stürzen mußte.

Was die von der Staatsanwaltschaft nun angegriffenen Punkte meiner Aussagen betrifft, so stelle ich hier neuerdings folgendes fest:

Die Nationalsozialisten haben damals die Regierung tatsächlich auf dem Laufenden gehalten, und zwar über ihre politischen Absichten, also dem roten Umzug entgegenzutreten, die Regierung, über die militärischen Absichten der Bewaffnung, die militärischen Behörden [*sic!*]. Sie haben aus gar nichts ein Hehl gemacht. Die Behauptung, daß wir die Flugblätter geheim gehalten hätten, ist ein Unsinn, da man ein Flugblatt bekanntlich überhaupt nicht geheim halten kann, sondern das, wie schon der Name besagt, für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Im übrigen war die Tendenz der Flugblätter ja nichts, was die der Regierung bekanntgegebenen Tatsachen etwa irgendwie auch nur tangiert oder geändert hätte. Wir haben der Regierung erklärt, daß wir von dem roten Umzug, aufgrund der uns zugebrachten Nachrichten, den Ausbruch einer Revolution befürchten. Wir haben uns [*sic!*], nachdem am vorletzten Tag oder am letzten ganz bestimmte Nachrichten eintrafen, daß in München die Kommunisten tatsächlich beabsichtigten, sich bewaffnet am Umzug zu beteiligen, vor allem darauf hin zu wirken versucht, daß nicht wie so oft Frauen und Kinder vorgeschoben werden. Gerade dies war mit ein Hauptgrund für das Erscheinen der Flugblätter. Sie sind nicht geheim erschienen, sondern wurden in aller Öffentlichkeit verteilt. Weiter war tatsächlich von der Arbeitsgemeinschaft der Befehl hinausgegeben worden, daß von der Waffe nur Gebrauch gemacht wird, wenn die Roten selber von ihr Gebrauch machen.

Im anderen Fall wäre ja auch ein Waffengebrauch lächerlich, ja dumm gewesen. Denn wenn die Roten selbst keine Waffen verwenden, so geht daraus eben hervor, daß sie keine revolutionäre Tat beabsichtigen, damit aber ist die Tätigkeit der Kampfverbände überhaupt nicht mehr notwendig. So ist es ja dann auch gekommen, und auch hier ist die Wirklichkeit wieder die beste Widerlegung für das Gefasel der bekannten Besserwisser. Es ist in der ganzen Stadt kein Schuß gefallen, sondern es herrschte mustergültige Ordnung.

Weiter habe ich persönlich tatsächlich erst in der Nacht von den letzten Beschränkungen der Roten Kenntnis erhalten, und wenn die Regierung das, was sie zuletzt verfügt hatte, von sich aus schon am 20. April [*1923*] verfügt hätte, wäre überhaupt nichts erfolgt und München der ganze 1.[-]Mai-Rummel erspart geblieben. Dann hätte sich auch am klarsten gezeigt, daß gegen die Regierung nichts beabsichtigt war von seiten der Kampfverbände, da diese in einem solchen Fall vom 1. Mai selbstverständlich gar keine Notiz genommen hätten.

Die Bereitschaftsstellung der Arbeitsgemeinschaft hat sich nur gegen die Roten gerichtet und nicht gegen die Regierung. Allerdings, ich gestehe ganz offen, daß ich es begrüßt haben würde, wenn die Roten an diesem Tage losgeschlagen hätten. Es wäre mit ihnen dann eine gründliche Abrechnung vorgenommen worden, und ich glaube, die Kampfgemeinschaft zwischen der Regierung und vaterl[*ändischen*] Verbänden, die dann in Erscheinung getreten wäre, hätte manches Unglück von später verhütet, der deutschen Nation aber einen großen Dienst erwiesen.

Dies zeigte sich ja schon in den Orten, in denen einzelne Behörden von sich aus der roten Provokation schroff entgegengetreten waren, z. B. in Ingolstadt. Dort rückten die Nationalsozialisten in die Kasernen ab, wurden eingekleidet und ausgerüstet und taten Schulter an Schulter mit den anderen Soldaten ihren Dienst, um nach Beendigung der gemeinsamen Bereitschaft wieder in ihr bürgerliches Leben zurückzukehren und Nationalsozialisten zu bleiben. Genau so wäre die Sache in München gegangen.

Weiter hat die nationalsozialistische Bewegung tatsächlich auch schon früher immer wieder auswärtige Hundertschaften nach München gezogen und umgekehrt ebenfalls. Und zwar nicht nur zu Deutschen Tagen, sondern zum Schutz der Bewegung genauso wie auch am 1. Mai zum Schutz des Staates vor den roten Terroristen.

Schon im Herbst 1922 wurden 800 Mann S.A. aus München nach Coburg zum Schutz des dortigen Deutschen Tages [9] entsendet, zu denen dann noch über 560 Mann, teils aus Württemberg, aus Thüringen, Nordbayern und Sachsen, stießen. Es fand dort keine "Parade" statt, sondern ein sehr heftiger Kampf mit einer roten, aufgewühlten und verhetzten Menschenmasse, die bis dorthin jede nationale Kundgebung glatt unterdrückt hatte. Ähnliche Abstellungen erfolgten nach Hof, nach Regensburg, nach Ingolstadt, nach Immenstadt, nach Göppingen usw., wobei in all diesen angeführten Fällen zum Teil sehr schwere, blutige Kämpfe zu bestehen waren. Es handelte sich um Zahlen, die manchesmal ins Hohe hineingingen. So wurden nach Ingolstadt von München aus 2 Bataillone geschickt und außerdem aus der gesamten Umgebung S.A.-Mannschaften zusammenge-

9 Am 14./15.10.1922. Vgl. Jürgen Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923, Coburg 1969, S. 93 ff.

zogen, um endlich einem Terror der Roten Herr zu werden, der bis dorthin selbst interne Sprechabende regelmäßig gesprengt hatte. Allein auch nach München selbst wurden bei besonderen Anlässen fremde S.A. herangezogen. Zur Fahnenweihe z. B. im Januar 1923 [10] insgesamt über 3.000 Mann von auswärts und zwar teilweise sogar bis von Mecklenburg. Zu den großen Massenversammlungen, die in 5 oder in 10 oder in 12 Sälen an einem Abend stattgefunden hatten, und bei denen mit Sprengungen immerhin zu rechnen war, wurden S.A. nicht nur aus Südbayern, sondern auch aus Nürnberg herangeholt. Zu den großen Übungen im Frühjahr [*19*]23 ebenso.

Die Behauptung also, daß es sich am 1. Mai [*1923*] um einen besonderen Fall gehandelt hätte, ist unsinnig und wird wieder am besten widerlegt durch die Tatsache, daß aus Orten, in denen die Lage der Roten entweder selbst sehr bedrohlich war, oder in denen die Regierung, besser die Behörden, unsere Leute selbst benötigten, überhaupt nichts nach München gezogen wurde. Daß die Zahl der wirklich von auswärts herangeholten am 1. Mai [*1923*] nicht groß war im Verhältnis zu anderen Anlässen, auf keinen Fall größer, geht weiter daraus hervor, daß ja die Gesamtzahl der auf dem Oberwiesenfeld konzentrierten Nationalsozialisten 2.500 kaum überschritten hat, da zu ihnen ja auch noch die Reichskriegsflagge sowie der Wikingbund und einige kleinere Gruppen gezählt werden müssen, insgesamt aber schwerlich über 3.000 Mann überhaupt versammelt waren. Unter Zugrundelegung der Stärke der Münchner S.A. allein waren die von auswärts herangeholten Kräfte unbedeutend.

Auch der Einwand der Bewaffnung ist kein Beweis dagegen. Denn die Bewaffnung war ja eben von der Kampfgemeinschaft allgemein ausgegeben worden, und zweitens wurde ja auch bei früheren Übungen bereits bewaffnet angetreten.

Ich wiederhole zusammenfassend noch einmal. Ich habe nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt, weder etwas verschwiegen, was gesagt werden mußte, noch etwas hinzugefügt, was ich nicht als wichtig und wahr halte, und freue mich, im Gerichtssaal noch einmal für die Klärung einer Frage eintreten zu können, die besser als alles andere beweisen wird, wer damals das Beste gewollt hat und wer nicht.

München, 14. April 1926

Adolf Hitler

10 Anläßlich des 1. Reichsparteitags der NSDAP vom 27. bis 29.1.1923 in München. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170 ff.

14. April 1926 Dok. 124
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid
Erklärung [1]

Masch. Protokoll der Angeschuldigten-Vernehmung am 14.4. und 15.4.1926 mit hs. Korrekturen und Unterschriften; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Ich übergebe hiemit Schriftsatz vom 14. April 1926 [2], in dem ich meine Verteidigung gegen die Anklage niedergelegt habe, und ersuche diesen Schriftsatz als Bestandteil zum gegenwärtigen Protokoll zu nehmen.

Weiter erkläre ich folgendes:

Bezüglich meiner eidlichen Aussage vor dem Schwurgericht Nürnberg am 3. Dezember 1925 im Luppe-Streicher-Prozeß [3] bin ich heute nicht mehr in der Lage, den Wortlaut meiner damaligen Aussage wiederzugeben. Dem Sinne nach habe ich die Aussage gemacht, wie sie in der Anklageschrift vom 25. März 1926 als meine Aussage niedergelegt ist und wie sie mir aus dieser Anklageschrift bekanntgegeben worden ist. Eine Ergänzung dieser Aussage habe ich insoweit zu machen, als ich bei meiner Aussage in Nürnberg mich dahin geäußert habe, daß, wenn die Roten mit geschlossenen Zügen und Fahnen durch die Stadt, insbesonders durch die Bannmeile, marschieren, sie sofort auseinandergetrieben werden sollten.

Die von den Vereinigten Vaterländischen Kampfverbänden [4] zum 1. Mai 1923 geplante Aktion war nicht gegen die Regierung gerichtet, weder in dem Sinne, daß wir etwa einen Staatsstreich beabsichtigt hätten, noch nach der Richtung, daß wir irgendeiner Regierungsmaßnahme oder Anordnung etwa mit Waffengewalt entgegentreten wollten. Die Aktion richtete sich einzig und allein dagegen, daß die sozialistische Demonstration vom 1. Mai [*1923*] in irgendeiner Weise zu Putschversuchen ausgenützt würde oder zu Provokationen der nationalen Bevölkerungskreise führen würde. Befürchtungen in dieser Richtung waren damals nach den mir zugegangenen Mitteilungen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands wohl begründet; dazu kam, daß die ursprüngliche Anlage der sozialistischen Demonstration (Zug vom Friedensengel zur Theresienwiese, große Versammlung auf der Theresienwiese) eine unleugbare Ähnlichkeit mit der Demonstration hatte, die am 7. November 1918 schließlich zum Umsturz führte und damals nur zu dem Zweck veranstaltet war, um den Umsturz herbeizuführen. Damals im Jahre 1918 hat die seinerzeitige Regierung einen Umsturz für unmöglich gehalten; im Jahre 1923 war aber die Lage in Deutschland viel schlimmer, nicht nur, daß bereits am Rhein und im Ruhrgebiet der äußere Feind stand, waren im Innern Deutschlands einzelne Staaten, wie Sachsen und Thüringen, bereits am Rande bolschewistischer Zu-

1 Im Münchner Justizpalast, nachmittags. Die Vernehmung führte Landgerichtsrat Friedrich Welsch in Gegenwart von Gerichtsschreiber Hornung.

2 Vgl. Dok. 123. Zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 vgl. Gruchmann, Hitlers Denkschrift, S. 305-328; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

3 Vgl. Dok. 90.

4 Gemeint ist die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände.

stände. Diese Erwägungen ließen uns in den Kampfverbänden dem 1. Mai [*1923*] mit besonderer Besorgnis entgegensehen und wir faßten aus dieser Besorgnis den Entschluß, an die Staatsregierung heranzutreten, damit sie die sozialistische Maifeier verbiete. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich dann auch in diesem Sinne an die Regierung, an General Lossow und Oberst Seißer. Hiebei wurde der Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sich die Kampfverbände unbedingt hinter die Regierung stellen würden. Ich stellte mir, wie auch die anderen Führer der in der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände vereinigten Organisationen, den Verlauf der Dinge so vor, daß die Regierung oder die Polizeidirektion, wenn die Vaterländischen Kampfverbände erklären, daß sie die Maidemonstration der Sozialisten nicht dulden und, falls eine solche stattfindet, die Demonstration stören würden, wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit entweder die sozialistische Maifeier verbieten oder durch Verhängung des Ausnahmezustandes jedes öffentliche Auftreten, sowohl von den Sozialisten wie von uns, verhindern würde. Ähnlich spielte sich ja die Sache ab einige Wochen vor dem 1. Mai [*1923*], als Schützinger in München eine Versammlung [5] abhalten wollte. Hier wurde anfangs März 1923 von den Kampfverbänden die Forderung aufgestellt, daß die Schützinger-Versammlung von der Regierung oder der Polizeidirektion verboten werden müsse; wenn ich mich nicht irre, ging eine Deputation der Kampfverbände glaublich zum damaligen Polizeipräsidenten und teilte ihm mit, daß, falls die Schützinger-Versammlung stattfinde, die Versammlung durch Besetzung des Saales verhindert werden würde; hierauf wurde dann die Versammlung verboten, und zwar, weil die Polizei nunmehr mit Rücksicht auf die zu befürchtenden Ruhestörungen bei der Versammlung eine Handhabe für das Verbot hatte.

Für den 1. Mai 1923 war für uns in den Kampfverbänden die Sache die, daß wir Gefahr in Verzug sahen, und zwar deswegen, weil es nicht ausgeschlossen erschien, daß es am 1. Mai 1923 in verschiedenen Teilen des Reiches, so in Sachsen, Thüringen, im Ruhrgebiet, zu bolschewistischen Aufständen komme, daß dann zur Niederkämpfung dieser Aufstände aus anderen Teilen des Reiches die schwachen Machtmittel des Reiches zusammengezogen werden und dann an anderen, von Machtmitteln entblößten Plätzen neuerliche Unruhen und Aufstände ausbrechen. Diese Befürchtung war ausschlaggebend für den Entschluß, daß die Vaterländischen Kampfverbände ihrerseits in München sich bereitstellen, um sofort in der Lage zu sein, an Stelle etwa anderwärts benötigter staatlicher Machtmittel oder falls sich die staatlichen Machtmittel zu schwach erweisen, die Regierung zu unterstützen. Für mich persönlich war ausschlaggebend der Gedanke, daß das Ausbrechen von bolschewistischen Aufständen in Deutschland den endgültigen Verlust des Ruhrgebiets, in dem damals bereits die Franzosen saßen, bedeutet und daß aus diesem Grunde jeder Versuch zu einem derartigen Aufstand schon im Keime total erstickt werden müsse.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, die im Frühjahr 1923 bestand, wurde gebildet aus: der National-Sozialistischen Partei, V[*aterländische*] V[*er-*

5 Hermann Schützinger wollte am 5.3.1923 in München auf einer Versammlung des Republikanischen Reichsbundes zum Thema "Der Kampf um die Republik in Bayern und im Reich" sprechen. Vgl. Münchener Post vom 5.3.1923, "Republikaner heraus!", und vom 6.3.1923, "Ein Versammlungsverbot".

bände] München, Oberland, Reichsflagge, Unterland [6], Organisation Lenz und glaublich noch Wiking und Blücher [7]. Jede Organisation hatte in der Arbeitsgemeinschaft einen Vertreter, der sich häufig wieder durch einen anderen vertreten ließ. Die politische Leitung hatte Ministerialrat Dr. Roth, die militärische Oberstleutnant Kriebel. Praktisch lagen die Verhältnisse so, daß nur einstimmige Beschlüsse eine Bedeutung hatten, da bei Überstimmung einer Organisation in einer grundsätzlichen Frage die überstimmte Organisation sofort ausgeschieden wäre. Hieraus ergibt sich auch ohne weiteres, daß diese Arbeitsgemeinschaft das ungeeignetste Gebilde war, mit dem ein Staatsstreich hätte vorbereitet werden können, denn es war beispielsweise doch mit Sicherheit anzunehmen, daß die VVM für keinen Zweck zu haben gewesen wären, der nicht vollkommen legal war; es hätten vielleicht in einem solchen Falle einzelne Führer mitgemacht, nicht aber die Angehörigen der VVM. Von den in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbänden standen als Notpolizei der Regierung zur Verfügung: VVM und Bund Oberland (Ortsgruppe München), meines Wissens auch Unterland [8].

14. April 1926 — Dok. 125
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 536 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] sprach etwa 1 1/2 Stunden. Als ersten Punkt behandelte er die Frage des Antialkoholgesetzes und als zweites die Anschlußfrage Deutsch-Österreichs an Deutschland. Seine Ausführungen über die Alkoholfrage decken sich mit dem Artikel im Beobachter [3]. Er führte dem Sinne nach aus: In der Alkoholfrage müsse die Partei eine doppelte Stellung einnehmen. Einwandfrei sei festgestellt, daß Alkohol, ständig in größeren Mengen genossen, gefährliches Gift sei. Aber zur eigentlichen Beurteilung der Frage müßte ein Gradmesser vorhanden sein. Er habe die Überzeugung, daß, wenn von zwei gleichen Völkern das eine keinen Alkohol genieße und das andere einen solchen zu sich nehme, bis in 2-300 Jahren der Unterschied enorm sei und daß das Volk, welches ohne Alkohol lebe in diesem Zeitraum dem anderen weit überlegen sei. Wenn die europäischen Staaten nicht bald die Alkoholfrage im Sinne Amerikas lösen, dann werde Amerika bis in

6 Vormals: Kampfverband Niederbayern.
7 Die Organisationen Blücher und Wiking gehörten nicht der Arbeitsgemeinschaft an, beteiligten sich aber am 1. Mai 1923 am Aufmarsch auf dem Oberwiesenfeld.
8 Die Vernehmung wurde am 15.4.1926 fortgesetzt. Vgl. Dok. 126.

1 Im Hofbräukeller, von 21.00 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Haidhausen, an der laut Polizeibericht etwa 110 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Otto Schiedermaier geleitet.
2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 1.4., 13.4., 14.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 536" gekennzeichnet.
3 Vgl. VB vom 31.3.1926, "Zur Frage der Trockenlegung" (Dok. 118).

100 Jahren die Welt vollständig beherrschen. In Amerika datiere das Antialkoholgesetz schon auf das Jahr 1886 zurück, wo festgestellt worden sei, daß wenn bis zum Jahre 1916 17 Staaten das Verbot haben, dann werde dieses allgemein eingeführt. 1916 sei das Verbot aber bereits von 37 Staaten freiwillig eingeführt gewesen und wurde dann den restigen [*sic!*] paar Staaten aufgezwungen[4]. Amerika habe aber zur Trockenlegung die Voraussetzung gehabt, weil einige Staaten bereits seit 50 Jahren schon trocken gelegt sind, ohne Gesetze. Diese Erziehungsarbeit sei von den Quäkern gemacht worden. Die heute von Amerika nach Deutschland gelangenden Schauderartikel über die Auswüchse beim Alkoholverbot seien von der Brauindustrie gemacht und entbehren jeder Grundlage. Ein alkoholfreies Volk sei viel leistungsfähiger und gesünder als ein anderes Volk. Das Antialkoholgesetz in Deutschland würde zur Katastrophe führen, weil dadurch das Arbeitslosenheer ungeheuer vermehrt werden würde. Das Gesetz wäre aber auch praktisch unmöglich, weil in Deutschland jede Voraussetzung fehlt. Dem Alkohol müsse durch Erziehung der Jugend entgegengewirkt werden. Deutschland stehe tatsächlich mitten in einer Volksneugestaltungsbewegung. Die Saufereien der Studenten werden heute von einem ganz anderen Gesichtspunkte beurteilt wie ehedem und haben in der Tat sehr nachgelassen. Die Jugend müsse erzogen werden, daß sie nicht ihre Mannbarkeit im Alkoholgenuß zeigen dürfe, sondern auf praktischem Gebiete. Älteren Personen könne der Alkohol nicht mehr abgewöhnt werden, aber der Jugend, die die Trägerin der Zukunft des deutschen Volkes sei.

In der Anschlußfrage Österreichs sei schon ungeheuer viel gesprochen worden, aber nie sei ein ehrlicher Wille zum Anschluß vorhanden gewesen. Das alte Deutschland habe sich immer nur um weltunmögliche Ziele interessiert, aber zum Zusammenschluß der Deutschen habe es nichts getan. Das einzige Bestreben des alten Deutschlands sei gewesen, die Dynastie und den Staat Österreich zu retten, was aussichtslos war. Nur ein starkes Volk habe das Recht, weltfremde Ziele zu verfolgen und Kolonialpolitik zu treiben, aber erst müsse die Angelegenheit im Stammland geregelt sein. Zum mindesten hätte der Anschluß während dem Kriege vollzogen werden müssen, aber Deutschland habe zu seinem Kriegsziel nur die Kohlen- und Erzgruben von Bry und Longwy im Auge gehabt, ein Ziel, das wohl einige Industrielle, aber nicht ein Heer begeistern konnte. Das sei eine Hauptursache am verlorenen Krieg gewesen. Heute werde wegen Südtirol protestiert und wegen dem Anschluß mit Österreich. Die Anschlußfrage sei eine Machtfrage, und alle Proteste an das Ausland seien lächerliche. Deutschland müsse erst ein Machtstaat sein, dann könne der Anschluß vollzogen werden. Bis 1922 hätte Italien gegen den Anschluß nichts eingewendet, aber da habe man nur geredet, aber keine Taten gezeigt. Heute verbietet Italien, dank der blödsinnigen Politik des Andreas-Hofer-Bundes[5], den Anschluß. Nur eine sehr kluge und vorsichtige Politik werde Deutschland

4 Die Prohibition wurde in den USA durch Bundesgesetz am 16.1.1920 eingeführt; zu diesem Zeitpunkt bestand in 32 Bundesstaaten ein Alkoholverbot.

5 Der 1919 aus dem Bund Heimat hervorgegangene Andreas-Hofer-Bund zählte zusammen mit dem VDA-Landesverband Bayern zu den radikalsten Schutzvereinen für Südtirol. Proklamiertes Ziel war die Revision der Brennergrenze und die Einbindung Südtirols in ein zukünftiges "Großdeutschland". Vgl. Isolde von Mersi, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979, S. 60 ff.

wieder zur Macht verhelfen. Zwischen Italien und Frankreich werde in kürzerer oder längerer Zeit die Freundschaft getrübt werden, vielleicht werden sie sogar Feinde. Diese Gelegenheit müsse Deutschland ausnützen, um dem Franzosen eines auszuwischen. Kein Mensch frage nach Recht, weil Recht Macht sei. Verfügt Deutschland wieder einmal über 220-240 Divisionen, dann werde es sich das Recht nehmen und die Landkarten von 1918 entsprechend korrigieren und auch ohne Fragen den Anschluß vollziehen. Das sei die Aufgabe der deutschen Jugend und ihr gehöre die Zukunft. (Stürmischer Beifall!) [6]

15. April 1926 — Dok. 126
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid
Erklärung [1]

Masch. Protokoll der Angeschuldigten-Vernehmung am 14.4. [2] und 15.4.1926 mit hs. Korrekturen und Unterschriften; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Fortsetzung der Vernehmung am 15. April 1926.

Bezüglich der einzelnen Schritte, die von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände bei der Regierung anläßlich der bevorstehenden sozialistischen Maifeier 1923 [3] unternommen wurden, bemerke ich, daß ich eine Gewähr für die chronologische Reihenfolge der einzelnen Besprechungen innerhalb des Kampfverbandes, bei denen ich anwesend war, und der Besprechungen zwischen mir und Regierungsmitgliedern oder führenden militärischen Persönlichkeiten nicht mehr zu geben vermag; den Inhalt der einzelnen Besprechungen kann ich heute wohl noch dem Sinne nach, nicht aber nach der sachlichen und zeitlichen Entwicklung und Reihenfolge ihres Verlaufes wiedergeben. Was insbesonders die Niederschrift über die Sitzungen der Vaterländischen Kampfverbände in dem mir vorgelegten Protokollbuch anlangt - von dessen Existenz erfuhr ich erst während des großen Prozesses im Februar und März 1924; ich weiß auch nicht, wer diese Niederschrift gemacht und auf wessen Veranlassung sie gemacht wurde - so muß ich vorausschicken, daß diese Niederschrift jeweils nur das Ergebnis einer oft vielstündigen Debatte gewesen sein kann, aus welcher der Verfasser der Protokolle das dürftig festgelegt haben mag, was ihm von Bedeutung erschien. Die Niederschrift ist den Teilnehmern an den Sitzungen niemals zur Genehmigung vorgelegt worden. Der Inhalt dieses Protokolls kann keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit machen; es geht

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Münchner Justizpalast. Die Vernehmung führte Landgerichtsrat Friedrich Welsch in Gegenwart von Gerichtsschreiber Hornung.

2 Vgl. Dok. 124.

3 Zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 vgl. Gruchmann, Hitlers Denkschrift, S. 305-328; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

aus ihm besonders nicht hervor, in welchem Zusammenhang die niedergelegten Feststellungen von den einzelnen Persönlichkeiten gemacht wurden.

Als bekannt wurde, daß die Polizeidirektion den Sozialisten für den 1. Mai [*1923*] einen großen Zug genehmigte und lediglich die Auflage machte, daß in dem Zuge Sowjetfahnen und Tafeln mit Aufschriften nicht mitgeführt werden dürfen, entstand in den Reihen der Vaterländischen Kampfverbände große Aufregung, weil es, abgesehen von den von mir bereits eingangs erwähnten Befürchtungen politischer Art, auch als eine Schmach empfunden wurde, daß am 1. Mai [*1923*], dem Jahrestag der Befreiung Münchens vom roten Terror, eine großangelegte sozialistische Demonstration unter dem Schutze der Regierung stattfinden sollte. Es war daher die allgemeine Stimmung in den Kampfverbänden die, daß wegen eines Verbots dieser Demonstration an die Regierung herangetreten werden sollte. Es mag sein, daß die 1. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände in dieser Angelegenheit am 25.IV.[*19*]23 stattfand. Wer diese Sitzung einberufen hat, weiß ich nicht, ich selbst war bei dieser Besprechung auch nicht anwesend. Ich werde wohl nach dieser Sitzung von ihrem Verlauf und Ergebnis verständigt worden sein; an Einzelheiten erinnere ich mich nicht, es wird aber richtig sein, daß damals beschlossen wurde, eine Abordnung an die Regierung oder Lossow oder an beide zu schicken, um ein Verbot des Demonstrationszuges zu erreichen. Es war damals für mich, wie auch wohl für die anderen Führer der Kampfverbände eine Selbstverständlichkeit, mich der Regierung in ihrem Kampfe gegen den Marxismus zur Verfügung zu stellen. Ich halte es für durchaus möglich und wahrscheinlich, daß eine derartige Erklärung von der Abordnung der Kampfverbände der Regierung oder General Lossow oder beiden abgegeben werden sollte. Ob dann tatsächlich eine Abordnung bei der Regierung oder General Lossow war und was dort verhandelt worden ist, weiß ich heute nicht mehr. Es ist mir heute auch nicht mehr in Erinnerung, was mir über eine derartige Abordnung und ihr Ergebnis seinerzeit mitgeteilt worden ist.

Gesprochen wurde vermutlich darüber auch zu mir, wie überhaupt in den Tagen von Ende April 1923 im Kreise der Kampfverbände nahezu ausschließlich die Frage der sozialistischen Demonstration, die Stellung der Regierung zu dieser und unsere eigene Stellung zur Demonstration das ausschließliche Gesprächsthema war.

Am 26.IV.[*19*]23 fand eine Sitzung der Führer der Arbeitsgemeinschaft im Wehrkreiskommando bei Hauptmann Röhm statt. Wer alles an dieser Sitzung teilgenommen hat, weiß ich heute nicht mehr. Ich erinnere mich, daß in dieser Sitzung ein Herr aus Mitteldeutschland uns Mitteilungen machte, über die dort von links drohenden Gefahren, welche Mitteilungen nur die Meldungen bestätigten, welche ich zu diesem Punkte von verschiedenen Seiten bereits erhalten hatte. Es wurde dann in der Sitzung glaublich von Roth und Kriebel darüber berichtet, daß die Herren bei General Lossow waren und was dort besprochen worden war. An den Inhalt dieses Berichts kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Dagegen weiß ich, daß ich in dieser Sitzung einen Antrag [4] gestellt und begründet habe, dahingehend, daß die Arbeitsgemeinschaft am 1. Mai [*1923*] bereitstehen solle, um dadurch die Maifeier zu verhindern, entweder unmittelbar, nämlich infolge des Eindrucks dieser Maßnahme auf die Roten, oder mittelbar, weil hiedurch

4 Druck des entsprechenden Passus aus dem Protokollbuch: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 913.

der Regierung eine Handhabe gegeben wurde, das Auftreten der Roten und unser Auftreten zusammen zu verbieten. Über diesen Antrag von mir wurde dann längere Zeit debattiert; im Verlauf der Debatte stellte Oberst von Lenz [5] den weiteren Antrag, daß die Bereitschaft bewaffnet sein solle, weil es keinen Sinn hätte, daß die Waffen in Depots liegen und im Bedarfsfalle, d. h. bei roten Unruhen, erst geholt werden müßten. Es ist mir nicht erinnerlich, ob damals ein förmlicher Beschluß über den Antrag Lenz betreffend die Waffen gefaßt worden ist.

Dagegen einigte man sich dahin, daß die Arbeitsgemeinschaft am 1. Mai [*1923*] bereitstehen solle, um hiedurch den roten Umzug zu verhindern, und daß General Lossow und die Regierung von diesem Beschluß verständigt werden solle. Das Ergebnis meines Antrags war die Abfassung einer schriftlichen Erklärung an die Regierung, durch welche der Regierung mitgeteilt wurde, daß die Arbeitsgemeinschaft sich entschlossen habe, dem roten Aufzuge entgegenzutreten, und daß die Regierung auf die rückhaltlose Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft rechnen könne, wenn sie von sich aus die sozialistische Kundgebung unterdrückt [6]. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Erklärung an die Regierung dieser eine nicht unerwünschte Handhabe biete, jedes öffentliche Auftreten am 1. Mai [*1923*] sowohl von Sozialisten wie von uns zu verbieten, womit der Zweck der Vaterländischen Kampfverbände erreicht gewesen wäre. Ich kam zu dem angedeuteten Gedankengange auch aus der Erwägung heraus, daß die Regierung im Januar 1923 anläßlich unserer Standartenweihe auf Gerüchte hin, die teilweise auch durch die linke Presse gingen, daß wir anläßlich der Standartenweihe einen Staatsstreich beabsichtigten, ohne weiteres den Ausnahmezustand verhängte und damit die Feier unmöglich machte, wenn es auch dann mir gelang, eine Milderung des Ausnahmezustandes bezüglich unserer Feier zu erzielen [7].

Wer von den Herren der Arbeitsgemeinschaft den Beschluß und die Erklärung vom 26.IV.[*19*]23 der Regierung überbrachte, und welchem Minister sie überbracht wurde, was bei dieser Zusammenkunft zwischen den Herren der Arbeitsgemeinschaft und den Ministern gesprochen wurde, weiß ich heute nicht mehr; ich selbst war bei der Unterredung nicht zugegen.

Ich glaube, daß das Ergebnis der Vorstellungen der Abordnung der Arbeitsgemeinschaft, wie sie den Beschlüssen der Sitzung vom 26.[*4.1923*] entsprach, das war, daß die Regierung oder die Polizeidirektion den großen sozialistischen Umzug am 1. Mai [*1923*] verbot und an seiner Stelle 7 kleinere Züge gestattete. Wann ich von diesem Verbot Kenntnis erlangt habe, weiß ich heute nicht mehr. Es ist aber anzunehmen, daß ich davon alsbald nach Erlaß des Verbotes erfuhr.

---

5 Hermann Ritter von Lenz (1872-1959), Oberst a. D., 1917 Chef des Generalstabs der 6. (bayer.) Armee, 1920 Führer der Zeitfreiwilligenverbände in München, 1921-1923 Führer des Zeitfreiwilligenkorps (Organisation Lenz), April 1923 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, 1929 Führer des Stahlhelms in Bayern.

6 Druck der Erklärung, der sich auch die Vaterländischen Verbände Bayerns anschlossen, mit Datum vom 27.4.1923: Röhm, Geschichte, S. 179.

7 Zu den Vorgängen um den 1. Reichsparteitag der NSDAP in München vom 27. bis 29.1.1923 vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 802 ff.

Von einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Wehrkreiskommando bei Hauptmann Röhm am 28.IV.[*1923*] ist mir nichts bekannt. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß zwischen 26. und 30.IV.[*1923*] auf Grund einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft irgendein Schritt der Arbeitsgemeinschaft als solcher unternommen worden wäre. Verhandelt wurde ja in diesen Tagen mit den verschiedensten Regierungsstellen (Regierung, Polizei, Reichswehr, Polizeiwehr) meines Wissens fortwährend von Vertretern einzelner Organisationen, ohne daß diese jedesmal im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft gehandelt hätten. Es ist wohl wahrscheinlich, daß ich von solchen Verhandlungen erfahren und über deren Ergebnisse verständigt wurde, aber Einzelheiten sind mir heute nicht mehr in Erinnerung; auch kamen in jenen Tagen alle Augenblicke andere Meldungen und Mitteilungen an mich, und änderte sich das Gesamtbild sehr häufig.

Es ist wohl möglich, daß damals Oberst von Lenz sich an General Lossow wandte, um auf dem Umwege über ihn das Verbot auch der kleinen Züge zu erreichen.

Ich glaube, in jenen Tagen auch einmal davon gehört zu haben, daß die V[*aterländischen*] V[*erbände*] M[*ünchens*] als Notpolizei aufgerufen worden sein sollen. Ich habe mich aber darüber nicht näher gekümmert, weil meine Organisation nicht Notpolizei war und ich mich ablehnend dagegen verhalten habe, meine Organisation der Notpolizei zu unterstellen, mit Rücksicht darauf, daß meine Organisation zugleich eine politische Partei war.

Am 30.IV.[*1923*] fand vormittags eine neuerliche Sitzung der Arbeitsgemeinschaft statt; ich vermute, daß die Einladung hiezu von Roth oder Kriebel erfolgte. In dieser Sitzung war ich anwesend; die Sitzung selbst fand bei Hauptmann Röhm im Wehrkreiskommando statt. Wer im einzelnen anwesend war, weiß ich heute nicht mehr. In der Sitzung wurde hauptsächlich darüber gesprochen, daß zwar der große Zug verboten, an seiner Stelle aber 7 kleinere genehmigt seien. Besonderen Unwillen erregte der Umstand, daß einer dieser kleinen Züge durch das Siegestor in die Ludwigsstraße hineingehen sollte. Wir waren uns dabei im klaren, daß diese sogenannten kleinen Züge unter Umständen aus 5, 6.000 und noch mehr Personen bestehen würden; dazu kam, daß die Meldungen über angebliche Bewaffnung der Sozialisten und Kommunisten sich immer mehr verdichteten. Alle diese Umstände führten dazu, daß wir unsere ursprünglichen Bedenken gegen den großen Zug auch gegenüber den sogenannten kleinen Zügen aufrecht erhielten und uns darüber berieten, wie wir uns zu der neuen Lage stellen sollten. Es wurde unter anderem von einem der Teilnehmer der Vorschlag gemacht, an die Regierung heranzutreten, damit sie die Arbeitsgemeinschaft als Notpolizei aufrufe. Dem widersetzte ich mich, einmal aus dem bereits oben angegebenen Grunde und dann weil ich meine Organisation unter gar keinen Umständen dazu hergeben wollte, in die Lage zu kommen, als Notpolizei etwa gar zum Schutze eines ruhigen Verlaufes der roten Maidemonstration verwendet zu werden [8]. Anders war ja die Sache, wie ich hier gleich einfüge, z. B. in Ingolstadt, wo ich meine Leute ohne weiteres der Notpolizei zur Verfügung stellte, weil hier für den 1. Mai [*1923*] jede öffentliche Feier von vornherein von der Behörde verboten wurde. Ich trug deshalb für Ingolstadt auch keine Bedenken, für

8 Druck des entsprechenden Passus aus dem Protokollbuch: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 917.

diesen einen Ausnahmefall die dortige Organisation der Ortsbehörde zur Verfügung zu stellen.

In der Sitzung wurde dann lange darüber debattiert, ob die Bereitschaft der Arbeitsgemeinschaft mit Waffen gemacht werden solle; welche Arten von Waffen verwendet werden sollen, insbesonders ob nur leichte oder auch schwere Waffen, darüber wurde meines Wissens nicht gesprochen. Wir kamen schließlich zu dem Entschluß, daß die Bereitschaft bewaffnet angeordnet werden solle und daß Lossow hievon zu verständigen sei. Da mit Ausnahme von meiner Organisation die in der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Organisationen, soviel ich weiß, ihre Waffen in eigenem Verwahr hatten, kam lediglich für mich die Notwendigkeit in Frage, wegen der meiner Organisation gehörigen Waffen, soweit sie bei der Reichswehr in Verwahrung lagen, an General Lossow wegen der Herausgabe heranzutreten. Weiter wurde in dieser Sitzung auch noch darüber gesprochen, an welchem Platze die Bereitschaft aufgestellt werden solle. Es wurde hier u. a. der Vorschlag gemacht, daß die Verbände sich an verschiedenen Plätzen der Stadt versammeln sollten, auch tauchte der Vorschlag auf, die Theresienwiese als Versammlungsplatz zu nehmen. Ich wandte mich gegen diese beiden Vorschläge; gegen den ersten deswegen, weil die Verbände hiedurch zersplittert werden und es mir nicht angezeigt erschien, daß unsere Leute mit den Waffen in der Hand in der Stadt herumlaufen und schließlich aus irgendeiner Unvorsichtigkeit ein Gewehr losgeht und dadurch eine Schießerei in der Stadt entsteht; gegen die Theresienwiese als Versammlungsort war ich deswegen, weil zu befürchten war, daß bei gleichzeitiger Anwesenheit der Sozialisten und der Kampfverbände auf der Theresienwiese es dort zwangsläufig zu Zusammenstößen kommen werde. Ich schlug daher als Versammlungsort Oberwiesenfeld vor; einmal, weil wir auf diesem Platze schon oft mit unseren Verbänden geübt hatten, dann weil Oberwiesenfeld außerhalb der Stadt lag und daher eine bewaffnete Versammlung dort am wenigsten auffällig war, und endlich, weil in der Nähe sich die Kasernen befanden, in der ein Teil der meiner Organisation gehörigen Waffen im Depot war.

Ob in dieser Sitzung bereits endgültig Oberwiesenfeld als Versammlungsort festgelegt wurde, kann ich nicht mehr sagen; ich glaube es auch nicht recht, weil ja, nachdem einmal die bewaffnete Bereitschaft beschlossen war, die Ausführung dieses Beschlusses und die näheren Ausführungen dieses Beschlusses Sache der militärischen Oberleitung waren. In der Sitzung wurde dann auch noch von mir und anderen über die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens am 1. Mai [*1923*] gesprochen. Veranlassung hiezu gab der Umstand, daß von verschiedenen Seiten Meldungen eingelaufen waren, daß die Kommunisten am 1. Mai [*1923*] bewaffnet auftreten würden. Ich sagte mir, daß ein solches bewaffnetes Auftreten der Kommunisten nur dann einen Sinn und Zweck haben könne, wenn mit der Maifeier die Absicht verbunden ist, einen kommunistischen Putsch zu machen, etwa im Sinne der Ausrufung oder der Versuch der Ausrufung einer Räterepublik; denn zum bloßen Feiern und Spazierengehen würden die Kommunisten wohl kaum Waffen mit sich führen. Für den angedeuteten Fall eines damals immerhin möglichen Putschversuches war ich der Auffassung, daß zur Niederschlagung eines solchen Putsches die bewaffnete Bereitschaft sofort zur Unterstützung von Reichswehr und Polizei einzugreifen hätte. In diesem Sinne ist der Satz im Protokollbuch bezüglich der Sitzung

vom 30. April 1923 zu verstehen, der lautet: "Hitler - Göring [9] - Oberland verlangen aggressives Vorgehen mit Anwendung von Waffengewalt." Der weitere Satz, wonach Kriebel erklärte, daß die Sache nicht mehr aufzuhalten sei, bezieht sich offenbar auf die bewaffnete Bereitschaft, was auch daraus hervorgeht, daß Kriebel weiter erklärte, daß die VVM unter der Parole Notpolizei aufgerufen werden müssen.

Dafür, daß mir die Aufstellung der bewaffneten Bereitschaft und ein Eingreifen der bewaffneten Bereitschaft ausschließlich an Seite der Reichswehr und Polizei, und zwar in einziger Richtung gegen links das Leitmotiv war, ist der beste Beweis, daß ich in der Sitzung vom 30. April 1923, wie das Protokollbuch anführt, ausdrücklich erklärte, daß sich die Aktion nicht gegen die Regierung richtet, sondern nur um eine Auseinandersetzung mit Rot. Zu einer solchen Erklärung hätte ich in dem vertraulichen Kreise, in dem sich die Sitzung vom 30.IV. bewegte, keinerlei Veranlassung gehabt, wenn sie nicht meiner innersten Überzeugung entsprochen hätte.

Auf Selbstlesen genehmigt und unterschrieben [10]:

Adolf Hitler
Dr. Welsch
Hornung

15. April 1926 — Dok. 127
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 537 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] schilderte kurz die Entwicklung der Partei von 1919 bis heute, wobei er besonders das Geschäftliche hervorhob, daß auch aus "Nichts" große Werte geschaffen wurden. Heute stehe die Partei vor der Frage: Wie sind die Mittel aufzubringen, um die Geschäftsräume entsprechend auszubauen. Die Partei habe jetzt die Parterre-Räume hinzugemietet, um eine Kassenhalle einzubauen. Der Umbau koste 12.000 M. Bis in

9 Hermann Göring (1893-1946), Hauptmann a. D., 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR, 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 kommissarischer preuß. Innenminister, 1933-1945 preuß. Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsluftfahrtminister, 1934-1945 Oberfehlshaber der Luftwaffe, 1946 Selbstmord.

10 Die Vernehmung wurde am 21.4.1926 fortgesetzt. Vgl. Dok. 133.

1 Im Restaurant "Zur Blüte", nach 22.00 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 200 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet. Vor Hitler sprach Andreas Reuter zum Thema "Ist der Jesuitismus eine Volksgefahr?".

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 15.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 537" gekennzeichnet.

4 Wochen seien die Räume beziehbar. Hierauf werde auch der zweite Stock in der Schellingstraße 50 gemietet, wo die S.A. und Schutzstaffel dann untergebracht werde. Später komme auch noch der dritte Stock dazu, sobald die Partei, welche diese Räume jetzt noch benützt, ausgezogen ist. Diese Umbauten und Einrichtungen kosten Geld. Es soll ihm keiner sagen, daß diese kleinen Opfer in der Jetztzeit nicht möglich sind. Eine Partei, die einmal das Staatsruder an sich reißen will und den Glauben hat, daß eine neue Zukunft kommt, muß in der Lage sein, diese Mittel aufzubringen. Wenn sie das nicht kann, dann ist es zwecklos, überhaupt zu arbeiten. Das Ziel sei, daß 250.000 bis 300.000 Mitglieder aufgebracht werden und dann ein eigenes Parteiheim erbaut werden kann. Bis dahin müssen die Räume in der Schellingstraße ausreichend sein. Die Partei werde die Mittel aufbringen, wenn in jedem Mitglied der Glaube an eine Aufwärtsentwicklung vorhanden sei. Zur Durchführung dieser Sammelorganisation habe er Woltereck [3] beauftragt. Die Ortsgruppe München müsse stolz sein, daß sie die Mittel aufbringen dürfe, und darauf, daß die Zentralgeschäftsstelle in München ist. (Stürmischer Beifall!) [4]

17. April 1926 Dok. 128
"Was ist Hitler wirklich und was will er?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [2]

VB vom 23.4.1926, "Der nationalsozialistische Vormarsch in Württemberg" [3].

Vor sechs Jahren habe er [*Hitler*] hier in diesem Saale [4] zum erstenmal gesprochen, ebenfalls vor suchenden Menschen. Damals waren es auch völkische Männer und Frauen. Aber es fehlte ihnen an der sozialen Einsicht. Einen Glauben an ein Großwerden dieser Bewegung konnte er nicht gewinnen, da logischerweise ein Großwerden ohne

3 Ernst Woltereck (1874-1951), Abteilungsvorstand a. D. der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, 1924 Mitglied der GVG, 1925 bis Mai 1926 Führer der NSDAP-Sektion Schwabing.

4 Abschließend fährt der Polizeibericht fort: "Woltereck sprach die Hoffnung aus, daß er bis in einigen Wochen so weit sein werde, Hitler den notwendigen Betrag zur Verfügung stellen zu können."

1 Titel laut Polizeibericht.

2 In Dinkelackers Saalbau, von etwa 20.15 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.300 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Eugen Munder geleitet. Anschließend sprach Hitler noch kurz auf einer zweiten Kundgebung im Wulle-Saal. Vgl. Dok. 129. Beide Versammlungen bildeten den Auftakt für den am nächsten Tag stattfindenden Landesparteitag. Vgl. Dok. 130 und 131.

3 Vgl. auch Schwäbischer Merkur vom 19.4.1926 (AA), "Kleine politische Nachrichten"; Süddeutsche Zeitung vom 19.4.1926, "Hitler in Stuttgart"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 21.4.1926, "Teutsche Mannen". Sowie Lagebericht W 15 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 21.4.1926; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 317.

4 Am 7.5.1920 auf einer Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 130.

die Gewinnung des Handarbeiters undenkbar war. Er weist auf die bankerotten Parteien von heute hin und zeigt, wie weder die nationalen noch die internationalen Richtungen ihr Ziel erreicht haben. An Stelle eines nationalisierten Deutschlands steht heute ein international beherrschtes, zerfressenes Staatengebilde vor uns. Aber auch die andere Seite erfüllt nicht ihre Versprechungen. Kräftiger denn je wütet der nationale [*sic!*] Kapitalismus und mit ihm die Wallstreet-Diktatoren. Da steht ganz anders *Italien* vor uns, dem ein *Mussolini* seinen Willen aufgedrängt hat und noch aufdrängt.

Warum konnte es bei uns so weit kommen? Hier zeigt er, daß der *nationale Gedanke* ganz unklar war. Ihm fehlte jeglicher *Sozialgedanke* neben dem Machtgedanken. Er ist lediglich ein dynastisch gebundener Patriotismus und weist rassische Gesichtspunkte überhaupt nicht auf. Deutschland war früher zusammengeschmiedet durch den Führergedanken, durch ein Heer und war bis zur Wende des 19. Jahrhunderts sehr oberflächlich national. Damals zuerst beschäftigt sich das Bürgertum mit dem nationalen Gedanken und wird zu seinem ersten Träger, allerdings von dynastischem Gesichtspunkt aus. Nur ganz langsam kommt der Begriff Volk - Vaterland, wie sich anderseits in der Volksentwicklung auch ein neuer Stand, der der Eigentumslosen, entwickelt hat. Diese sind das fünfte Rad am Wagen. Wer aber sind diese Leute. Es ist der Überschuß aus dem Dorf, oft die Kräftigsten, die Trotzköpfe, vielfach die Wertvollsten, durch die aber auch das beste Menschenmaterial durch Auswanderung nach Amerika verlorenging. Mit der Industrialisierung Deutschlands geht dieses gesunde Bauernblut in die Stadt.

Wo zeigt sich aber nun die Rücksicht auf die Arbeitermassen? Man vergißt die urwüchsige Kraft des Arbeiterstandes und vergißt seine wichtigsten Lebensfragen - Bismarck hat es in seinem Lebensabend noch erkannt, wurde aber nicht gehört. Es wäre aber damals wohl schon zu spät gewesen, denn inzwischen hat der berechnende Jude zugegriffen und gibt der Arbeiterschaft die Führer, die ihnen das Bürgertum verweigert hat. Dadurch bekam der Jude Gewalt über den mächtig heraufstrebenden Stand, der ein gewaltiger Machtfaktor zu werden versprach.

Ebensowenig hat der *Marxismus* sein Ziel erreicht. Was sozialisiert war, ist vernichtet, dagegen restlos alles sozialisiert in der internationalen Hochfinanz. Die nationale Wirtschaft liegt zertrümmert als Opfer des Börsenkapitals. Er zieht die Parallele [*zu*] der Mussolini-Regierung bei Unterstützung der Industrie mit der Unterstützung der deutschen Industrie durch die deutsche Regierung. Dort eine blühende Wirtschaft, hier eine zerfallende Industrie mit zwölf Millionen Arbeitslosen [5]!

Die Zwischenrufe eines kommunistischen Arbeiters tut *Hitler* in so überlegener Form im Rahmen seines Vortrags ab, daß er damit Beifallsstürme der ganzen Versammlung erzielte. [6]

5 1926 waren durchschnittlich 2,025 Millionen Personen arbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Hrsg. von Dieter Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 119.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und die anschließende Rede von Joseph Goebbels, der zuvor im Wulle-Saal gesprochen hatte.

17. April 1926 Dok. 129
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

VB vom 23.4.1926, "Der nationalsozialistische Vormarsch in Württemberg" [2].

Versailles war die Quittung für die Verfehlungen unserer beiden politischen Richtungen: der nationalistischen und der marxistischen. Die Vereinigung beider Richtungen wäre ein müßiges Beginnen. Es kann nur neu aufgebaut werden auf den Trümmern der beiden.

Die allgemeine Abneigung der Parteien gegen die N.S.D.A.P. ist für uns ein noch kaum verdienter Lohn. Wir gehören zu keiner von den bestehenden, daher das Redeverbot - auch ein Verdienst im Kampfe um unseres Volkes Wohl. - Die Zugehörigkeit zu uns bringt keine Gewinne, sondern persönliche Opfer; daher bleiben uns nur wertvolle Mitkämpfer, die nicht dem Gelde zuflattern. Die Freiheit wird dem Schlafenden nicht in den Schoß fallen, wie etwa ein großes Los gezogen werden kann: sie muß mühsam errungen werden, und wenn sich das deutsche Volk einst das Licht der Sonne und das tägliche Brot erficht, so wird es das Errungene auch zu erhalten wissen, an ihm hängen, wie ein Mensch an seinem Haus hängt, das er durch harten Kampf und schwere Entbehrungen sich erbauen konnte. - Wir haben den Dornenweg zu gehen und sind stolz darauf! - Nationale Phrasen auf der einen Seite und internationales Geschwätz auf der anderen - das kann uns nicht retten. Wie der einzelne zu uns steht, ist uns gleichgültig - wir kämpfen für ein Ideal und sind bereit dafür einzustehen bis zum Letzten.

Mit dem Bilde, daß auch die mächtige Eiche einst ein kleines schwaches Pflänzlein gewesen und daß es doch im Sturm zu einem knorrigen Stamm geworden sei, forderte er die Gesinnungsgenossen auf mitzuhelfen, mitzukämpfen für die Auferstehung Deutschlands. [3]

1 Im großen Wulle-Saal, gegen 22.30 Uhr. Die öffentliche NSDAP-Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.100 Personen, darunter auch Ortsgruppen aus der Pfalz, Hessen und Baden, teilnahmen, wurde von MdL Friedrich Schlumpberger, dem Führer der Stuttgarter Ortsgruppe, geleitet. Vor Hitler sprach Joseph Goebbels über das Thema "Deutscher Nationalismus und jüdische Bolschewisierung".

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 19.4.1926 (AA), "Hitler-Propaganda in Stuttgart"; Süddeutsche Zeitung vom 19.4.1926, "Hitler in Stuttgart". Sowie Lagebericht W 15 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 21.4.1926; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 317.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. April 1926
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Stuttgart [1]

Dok. 130

Lagebericht W 16 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 28.4.1926; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 317 [2].

Hitler dankte für die Ovationen. Er entschuldigte sich, daß er wegen Überanstrengung nur kurz zu der Versammlung sprechen könne. Die Partei solle so fortfahren, wie sie begonnen habe. Der Nationalsozialismus sei in stetigem Wachsen begriffen. Die Parteigenossen werden sehen, nach 6 Jahren - vor 6 Jahren habe er die NSDAP gegründet - werde die Bewegung zehnmal so stark sein wie heute. Sie sei nicht mehr aufzuhalten, sie könne und werde nicht untergehen. Von jedem einzelnen hänge es ab, ob Deutschland wieder in die Höhe kommen werde. Man müsse dreimal so viel arbeiten wie bisher. Die Nationalsozialisten machen keine leeren Versprechungen wie die anderen. Ein Volk, das seine Freiheit verdiene, erhalte sie auch. Die Parteigenossen sollen geloben zusammenzuhalten, sich gegenseitig im Kampf beizustehen und engste Gemeinschaft zu pflegen. [3]

---

1 Im großen Wulle-Saal. Der Landesparteitag der württembergischen NSDAP, an dem laut Polizeibericht etwa 600 Personen teilnahmen, tagte von 11.45 bis 14.00 Uhr. Die Versammlung wurde von MdL Friedrich Schlumpberger geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anschließend gab Gauleiter Eugen Munder in seinem Rechenschaftsbericht einen Abriß über die Entwicklung der NSDAP und die Konflikte mit der von Christian Mergenthaler geführten Nationalsozialistischen Deutschen Freiheitsbewegung (NSDFB) in Württemberg. Danach sprach Joseph Goebbels über die Arbeit der NSDAP im Ruhrgebiet. Anschließend ergriff Hitler, der inzwischen auf der Versammlung eingetroffen war, das Wort.
Vor dem eigentlichen Landesparteitag fand von 9.00 bis 11.00 Uhr im kleinen Wulle-Saal eine Landesversammlung der Ortsgruppenführer statt, bei der Hitler ebenfalls eine Ansprache gehalten hatte. Der VB berichtet hierzu lediglich: "Adolf Hitler sprach in seiner überzeugenden kurzen, klaren Art über die Arbeit in Württemberg und streifte auch noch einmal kurz seine Einstellung zur Freiheitsbewegung."

2 Vgl. auch VB vom 23.4.1926, "Der nationalsozialistische Vormarsch in Württemberg". Zum Programm vgl. Vorankündigung im VB vom 8.4.1926, "Aus der Bewegung".

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. April 1926 Dok. 131
Rede auf Versammlung der NSDAP-Gauopfergemeinschaft in Stuttgart [1]

Lagebericht W 15 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 28.4.1926; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 317.

[*Hitler*] führte etwa aus: Mit Neid müsse man auf Italien und seine einmütige geschlossene Haltung unter dem Regiment Mussolinis sehen, der es verstanden habe, das kleine, arme Italien, das Volk der Rastelbinder, in wenigen Jahren zur Einheit und zum Wohlstand zu führen. Einer der Gründe dieses raschen Aufschwungs Italiens sei in der großen Opferwilligkeit des italienischen Volkes zu erblicken. Die Großindustrie habe schon vor Jahren Mussolini mit Riesensummen unterstützt. Die Fiat-Werke, die bekannte große Automobilfabrik, haben Mussolini 1500 Wagen zur Verfügung gestellt. Wenn er, Hitler, mit einem ähnlichen Ansinnen sich an Daimler gewandt hätte, so würde man ihn ausgelacht haben. Diese Opferwilligkeit des italienischen Volkes, die 1919 in Deutschland gefehlt habe und heute noch fehle, habe reiche Früchte getragen. Wenn heute ein wohlhabender Fabrikant der NSDAP einen freiwilligen Jahresbeitrag von 20 M. leiste, so meine er wunder, was für ein Opfer er bringe. Das sei aber gar kein Opfer. Unter "Opfer" müsse man ganz etwas anderes verstehen, nämlich die Hingabe von Gut und Blut, die Hingabe seiner Gesundheit, ja seines Lebens. Der junge Nationalsozialist bringe als Mitglied der Schutzstaffel oder der Sportabteilung ein richtiges Opfer, wenn er sich täglich der Partei als Saalschutz und ähnliches zur Verfügung stelle und dabei seinen Kopf und seine Gesundheit riskiere. Das habe sich neulich bei der Schlacht in München [2] gezeigt, wo bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in einem Bierkeller eine kleine Gruppe SA (Sportabteilung) einen Kampf gegen eine große Übermacht von Kommunisten durchzufechten gehabt habe. Dabei seien fast sämtliche SA-Angehörige und zwar zum Teil schwer verwundet worden. Das nenne er Opfer bringen, nicht aber, wenn jemand von seinem Überfluß einige Mark hergebe. Alles werde heute versichert: das Leben, die Gesundheit, das Eigentum gegen Diebstahl, Einbruch oder Feuer, nur eine Versicherung gegen politischen Wahnsinn gebe es nicht. Der Jude allein habe auch hierfür eine Prämie geleistet, die sich auch trefflich bezahlt gemacht habe. Er, Redner, wolle sich nicht loben, aber ohne Unbescheidenheit könne er sagen, daß er täglich, stündlich seine Gesundheit, ja sein Leben in die Schanze schlage, wenn er von einer Versammlung zur anderen fahre oder auf dem Podium spreche. Aber ohne Opfer gehe es nicht. Er sei Fatalist und habe mit seinem Leben abgerechnet. Jeden Tag könne ihm etwas Schlimmes zustoßen; darauf sei er gefaßt. Nur der Glaube an

1 Im Restaurant "Friedrichsbau", nachmittags. Beginn laut Vorankündigung im VB vom 8.4.1926: 16.00 Uhr. An dem Treffen der Gauopfergemeinschaft der württembergischen NSDAP, die, wie der Polizeibericht vermerkt, bislang nicht in Erscheinung getreten war, nahmen etwa 35 Personen teil. Hitler erschien in Begleitung von Gauleiter Eugen Munder und Gaukassierer Friedrich Gundlach.

2 Gemeint ist wohl die öffentliche NSDAP-Versammlung am 31.3.1926 im Münchner Hackerkeller zum Thema "Unsere Antwort an die Kommunisten: Die Wahrheit über Rußland", bei der es in Anwesenheit Hitlers zu einer blutigen Saalschlacht mit kommunistischen Teilnehmern gekommen war. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1926, "Stürmische Versammlung"; Bayerischer Kurier vom 2.4.1926, "Eine Versammlungsschlacht"; VB vom 2./3.4.1926, "Ein kommunistischer Sprengversuch".

Deutschland und das deutsche Volk halte ihn aufrecht. So müsse jeder Parteigenosse sein Opfer entrichten. Von nichts komme nichts. Es sei nicht damit getan, daß man seinem Geschäft nachgehe und, wenn es einem gutgehe, sich damit beruhige, daß es den anderen und Deutschland dann auch gut gehe. Nein, man müsse opfern und wieder opfern, täglich und stündlich. Wenn in jeder der vielen Städte Deutschlands, in der es eine nationalsozialistische Gemeinde gebe, ebenso eine Opfergemeinschaft wie in Stuttgart bestehen würde, und jedes männliche Mitglied derselben rauche im Monat nur 30 Zigarren zu 10 Pfg. weniger als bisher, so würde das im Jahr schon eine gewaltige Summe geben. Die Bewegung brauche Geld und Mittel zur Werbearbeit, zum Kampf gegen ihre Gegner. Man solle auf die Gegner sehen. Von wem kommen die Opfer, aus denen das Reichsbanner unterhalten werde? Das Reichsbanner brauche Millionen. Daran solle man sich ein Beispiel nehmen und opfern. In diesem Sinne Heil und Sieg! [3]

19. April 1926 — Dok. 132
Beleidigungsprozeß gegen Erich Dombrowski [1]
Rede vor dem Amtsgericht München [2]

VB vom 20.4.1926, "Eine Abrechnung!", und vom 21.4.1926, "Der Hitler-Prozeß" [3].

[*Hitler*] kommt eingangs auf das Kohnsche Ehrenzeugnis [4] zu sprechen und betont, daß er als Privatmann nicht nötig hätte, das "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" wegen seiner infamen Lü-

---

3 Abschließend heißt es in dem Polizeibericht: "Nachdem er [*Hitler*] sich von der Versammlung verabschiedet hatte, wurden Eintragungslisten für die Opfergemeinschaft herumgereicht, in die einmalige Beträge bis zu 20 M. und Monatsbeiträge bis zu 5 M. eingezeichnet wurden."

1 Erich Dombrowski (1882-1972), Journalist, ab 1916 politischer Redakteur beim "Berliner Tageblatt", zuletzt stellv. Chefredakteur, 1926-1936 Chefredakteur des "Frankfurter Generalanzeigers", anschließend Berufsverbot, 1949-1962 Mitherausgeber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

2 Nach 9.00 Uhr. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsdirektor Albert Frank. Dombrowski, der persönlich nicht anwesend war, ließ sich durch die Rechtsanwälte Fritz Cohn und Josef Graf von Pestalozza vertreten. Hitler wurde von Rechtsanwalt Lorenz Roder begleitet.
Anlaß für die Klage Hitlers war eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, die das Berliner Tageblatt in der Abendausgabe vom 2.6.1925 unter der Überschrift "Die französischen Gelder Hitlers. Die abgewiesene Revision" veröffentlicht hatte. Sie lautete: "Wie die 'Münchener Post' meldet, hat das Oberlandesgericht die von Hitler angestrengte Revision in seinem Prozeß gegen Sanitätsrat Dr. Pittinger abgewiesen. Es handelte sich hierbei um den Vorwurf, daß Hitler und seine Bewegung 1923 mit französischem Geld gespeist wurden, eine Behauptung, die von dem verstorbenen englischen Politiker E. D. Morel auf Grund unbestrittener Informationen von Pariser Persönlichkeiten aufgestellt worden war. Dr. Pittinger war in der ersten Instanz freigesprochen worden." Vgl. auch Dok. 5 und 66.

3 Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 19.4.1926, "Hitler als Kläger"; Bayerischer Kurier vom 20.4.1926, "Aus dem Gerichtssaal"; Berliner Tageblatt vom 20.4.1926 (AA), "Ein Münchner Urteil. Wie der bestraft wird, der Hitlers Ehre nicht angreift"; Frankfurter Zeitung vom 20.4.1926 (MA), "Klage Hitlers"; Vorwärts vom 20.4.1926, "Hitlers Ehre. Dreimal so wertvoll wie die Stresemanns".

4 Rechtsanwalt Fritz Cohn , Syndikus des Berliner Tageblattes, hatte zuvor die Erklärung abgegeben, daß Hitlers persönliche Integrität in finanzieller Beziehung außer Zweifel stehe.

gen vor Gericht zu ziehen. Denn dann wäre jeder Kampf und Tadel der Judenpresse nur ein Lob für ihn. Er sei aber Führer einer Bewegung, die gleichbedeutend ist mit der Zukunft des deutschen Vaterlandes. Wir seien es seit sechs Jahren gewohnt, mit unzähligen Lügen und Gemeinheiten überschüttet zu werden. Obwohl er, Hitler, von Jugend an in großdeutscher Gesinnung das undeutsche Habsburgerreich bekämpft habe, wurde er als "*Sendling der Habsburger*" verdächtigt. Während er sich stets gegen *jeden* religiösen Kampf in der Bewegung ausgesprochen habe, warf man ihm Unterstützung der "Los-von-Rom"-Bewegung vor. Obgleich er Todfeind des undeutschen Zentrums und seiner Trabanten stets war, verdächtigt man ihn als "*Jesuitensöldling*". Und so sei es auch hier: Man kenne unsere Einstellung zu Frankreich, als dem ärgsten Todfeind unseres Volkes, und deshalb suchen Parteien, die gesinnungsmäßige und andere Bindungen an dieses Frankreich haben, mit solchen Lügen unseren Kampf zu lähmen. 1923, in den Tagen des Ruhrkampfes, begann man zum ersten Male, diese Verleumdung vom französischen Sold auszustreuen, als wir den fanatischsten Kampf gegen Frankreich führten. Der Angriff kam aus der jüdisch-demokratischen Presse, die dem Treiben der französischen Deutschfeinde ihr Wohlwollen und ihre Zuneigung nie versagte; man hat die französischen Ziele nie ernstlich bekämpft. Aus finanziellen Gründen war es unmöglich, in der einsetzenden Inflationszeit all die hundert Lügenblätter zu verklagen, die dem "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" nachsprachen. [5]

Im Pittingerprozeß [6] mußte das Gericht loyal feststellen, daß der Wahrheitsbeweis für den Verdacht mißlungen sei. Der Vorwurf "Franzosensold" heißt, daß nur ein einzelner Anhänger französisches Geld bekam - denn Lumpen gibt es überall, und man könnte diesen Vorwurf ebensogut den Demokraten unter denselben Voraussetzungen machen - sondern daß die gesamte Bewegung bewußt in den schlimmsten Verdacht kommt. Das organisierte Strauchrittertum der Juden- und Marxistenpresse hat darum allenthalben diese Lüge über die Nationalsozialisten verbreitet. Eingehend auf den Fall Lüdecke [7] betont Hitler, daß damals das ganze Lügengebäude zusammenbrach, weil es sich um eine Personenverwechslung handelte. Als ihm einmal 260 französische Franken in der Inflation angeboten wurden, habe er diese sofort der Polizei überwiesen. Beim Fuchs-Machhaus-Prozeß [8] meldeten die Zeitungen und das "B[erliner] T[ageblatt]", Hitler und seine Bewegung habe 4 Millionen Mark in französischen Franken erhalten, während das Gericht feststellte, daß die N.S.D.A.P. nicht das Geringste mit F[uchs]-M[achhaus] zu tun habe. Als Fuchs [9] und Machhaus [10] einmal zu Hitler wollten, habe er ihnen die Türe gewiesen.

5 Die weiteren Ausführungen Hitlers sind dem VB-Bericht vom 21.4.1926 entnommen.

6 Am 27.2.1925 vor dem Amtsgericht München. Vgl. Dok. 5.

7 Vgl. Hitlers Ausführungen im Beleidigungsprozeß gegen Pittinger (Dok. 5).

8 Vom 4.6. bis 9.7.1923 vor dem Volksgericht München I. Im Mittelpunkt des Hochverratsprozesses stand die Finanzierung eines geplanten Putsches bayerischer Separatisten durch französische Stellen. Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 134 ff.

9 Georg Fuchs (1868-1949), Schriftsteller, 1908-1914 Leiter des Münchner Künstlertheaters, 1923 wegen Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen RM verurteilt, 1927 Begnadigung.

10 Hugo Machhaus (1889-1923), Kapellmeister, 1921 Redakteur beim "Völkischen Beobachter", 1923 Selbstmord in Untersuchungshaft.

Hitler kommt dann auf den Fall *Morel* zu sprechen. Dieser sei bei Herrn von Kahr gewesen[11]. Herr von Kahr könne kein Englisch, der Übersetzer auch kein perfektes. Bei einer länger gesprochenen Rede komme es bei der Übersetzung vor, daß Nebensächlichkeiten stärker betont werden oder umgekehrt, wodurch der Sinn völlig entstellt werden kann. Man wisse an sich also gar nicht, ob richtig sei, was Morel in den Mund gelegt worden ist. Im übrigen habe Morel gesagt, Hitler selbst wisse gar nichts von den ihm zugeflossenen französischen Geldern. Wenn er als der Leiter, die Kassenverwaltung usw. nichts davon wissen - alle Finanzierungen seien nur durch ihn gegangen - könne aber ohnehin kein Vorwurf erhoben werden. Außerdem sei man bei der Bewegung stets sehr vorsichtig gewesen. Besonders im Jahre 1923 hätten sich ein Unzahl von Schwindlern im Lande herumgetrieben, die vorgaben, für die nationale Bewegung oder auch für seine Bewegung zu sammeln. Man habe stets größtes Mißtrauen ihnen entgegengebracht, schon weil man nicht wußte, ob nicht Herren einer gewissen Konfession[12], die der Herr Verteidiger angedeutet habe, dahinter steckten. Sobald sie zur Bewegung kamen, habe man sie abgewiesen, außer sie stellten sich nach Prüfung auf Herz und Nieren als einwandfrei heraus.

Seitens der Partei des Beklagten sei behauptet worden, man habe ja nur im öffentlichen Interesse handeln wollen, indem man die Frage der französischen Gelder aufgriff. Hitler stellt fest, daß dazu absolut keine Veranlassung bestand; nachdem die wirklichen Hoch- und Landesverräter schon abgeurteilt waren, hätte man die Sache nicht der Presse zu übergeben brauchen, sondern es gab einen viel einfacheren Weg: Zur Polizei zu gehen und Anzeige zu erstatten. So habe er es im Jahre 1923 und stets gemacht. Für ihn und seine Bewegung sei jeder, der eine landesverräterische Handlung begehe, ein Lump, ganz gleich welcher Partei in Deutschland er offiziell sich zurechne. Aber es habe [*sich*] für das "Berliner Tageblatt" eben gar nicht um Wahrung des öffentlichen Interesses gehandelt. Die wirklichen Führer im Hintergrund des "Berliner Tageblattes" seien so gute Seelenkenner, daß sie genau wußten, wie es bei der breiten Masse wirke, wenn eine Schurkerei in Verbindung mit einem bestimmten Namen genannt werde; der Betreffende werde für sie zum Schurken gestempelt.

Nach der Klageabweisung im Prozeß gegen Sanitätsrat Pittinger habe er genau gewußt, dieses bedeutete für ihn für einige Zeit sein politisches Todesurteil in Deutschland: "Denn es war klar, daß die uns feindliche Presse lediglich die Abweisung brachte", und mit keinem Wort erwähnte, daß das Gericht ausdrücklich loyaler Weise feststellte, daß die Klageabweisung nur aus formellen [*sic!*] Gründen geschah, aber *ein Wahrheitsbeweis für die Behauptung, die Bewegung habe französische Gelder erhalten, Pittinger in keiner Weise gelang.*

Das Trommelfeuer ging auch sofort los! Die Meldung des "Berliner Tageblattes" wurde in Hunderten von Zeitungen abgedruckt, aber die Berichtigung unterblieb. Das "Berliner Tageblatt" wußte sehr genau, daß diese Verleumdung in die ganze Welt hin-

11 Die Unterredung des britischen Politikers Edmund D. Morel mit Generalstaatskommissar Gustav von Kahr fand im Oktober 1923 statt. Vgl. auch Hitlers Ausführungen im Beleidigungsprozeß gegen Pittinger (Dok. 5).

12 Rechtsanwalt Cohn war Protestant jüdischer Herkunft.

ausgehen würde. Wenn man sage, das sei nicht die Absicht gewesen, so frage er nur, warum dann das "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" nicht das Urteil im Pittinger-Prozeß selbst abgedruckt habe. Die Redakteure des "B[*erliner*] T[*ageblattes*]" bezeichnen dieses doch immer als das bestinformierte Weltblatt. Es werde immer als Vorbild politischer Einsicht hingestellt, Die klugen Herren wußten ganz genau, was kommt!

Als die betreffende Notiz im "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" [13] erschien, sei er verreist gewesen. Ohne sein Wissen sei fälschlicherweise die Klage zuerst in Nürnberg [14] eingereicht worden. Als er davon Kenntnis erhielt, habe er sofort veranlaßt, daß in München geklagt werde und in Nürnberg die Klage zurückzuziehen sei; er hatte keine Lust, wegen der Sache nach Berlin zu fahren. Das "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" brachte sofort triumphierend die Meldung, die Klage sei durch Hitler zurückgezogen worden [15]. Warum ein Triumph? Man behauptet doch heute, daß man Hitler gar nicht beleidigen wollte. Und nun bemüht man sich in einer Anzahl von Meldungen, die Zurücknahme als Beweis für das schlechte Gewissen hinzustellen!

Als es nun wirklich zum Prozeß kommen sollte, habe er zu seinem Erstaunen gehört, daß die Gegenseite plötzlich nach der Amnestie schreie [16]. Und vorher triumphierte man doch, daß die Klage zurückgezogen sei.

Die Wirkung der Meldungen des "B[*erliner*] T[*ageblattes*]" sei ungeheuer gewesen. Die gesamte Linkspresse nahm sie auf, ohne später eine Berichtigung zu bringen. Und das Gericht könne sich wohl kaum vorstellen, was es für ihn bedeute, wenn in Jena und anderen Städten immer wieder sich dasselbe Schauspiel wiederholte, daß nämlich vor seinem Hotelfenster Volksversammlungen abgehalten wurden, in denen die Redner laut verkündeten, daß dieser Lump dort oben von französischem Geld bestochen sei, wie ja ein bürgerliches Blatt, das "Berliner Tageblatt", festgestellt habe! Dieser Kerl klage erst und dann ziehe er die Klage zurück! usw.

Unsere Einstellung und Tätigkeit richtete sich stets aufs schärfste gegen Frankreich. Wie mußte dann die Feststellung des "B[*erliner*] T[*ageblattes*]" überall wirken, selbst bei den eigenen Leuten!

---

13 Vgl. Anm. 2.

14 Muß heißen: Berlin. Die erste, später zurückgezogene Klage war am 10.6.1925 von dem Nürnberger Rechtsanwalt Hanns Krafft im Auftrag Hitlers beim Amtsgericht Berlin eingereicht worden. Vgl. Dok. 66.

15 Vgl. Berliner Tageblatt vom 12.9.1925 (MA), "Eine interessante Klagerücknahme. Die Gelder der Nationalsozialisten"; Berliner Tageblatt vom 25.9.1925 (MA), "Vergebliche Ableugnung. Hitlers Klagerücknahme".

16 Rechtsanwalt Cohn hatte auf Einstellung des Verfahrens mit Berufung auf das preußische Amnestiegesetz und in zweiter Linie auf Freispruch plädiert.

Er selbst sei durch den Vorsitzenden des Gerichts einmal wegen der Behauptung, ein Mann [17] stehe mit Dorten [18] in Beziehung, zu schwerer Strafe, ja als er diesem entsprechend entgegentrat, zu Gefängnis verurteilt worden.

Die Behauptung, französische Gelder erhalten zu haben, sei für ihn die schwerste Beleidigung, die man ihm überhaupt zufügen konnte. Derartiges lasse er sich und seiner Bewegung nicht nachsagen, den Hunderttausenden von anständigen Menschen, die zu seiner Bewegung halten, im Kampfe gegen Frankreich stehen, ja zum Teil sogar an der Ruhr ihr Leben gegen Frankreich einsetzten.

Er bitte um ein Urteil, aus dem die Masse erkenne, daß das Recht auf seiner Seite sei, daß er und seine Anhänger von dem Makel befreit würden, daß Frankreich Geld für sie gebe. Er bitte, daß das Gericht seine Ehre und die Ehre von Hunderttausenden wieder herstelle. [19]

21. April 1926 Dok. 133
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid
Erklärung [1]

Masch. Protokoll der Angeschuldigten-Vernehmung am 21.4.1926 mit hs. Korrekturen und Unterschriften; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Fortgesetzt am 21. April 1926. Hitler, Adolf erklärt weiter [2]:

17 Gemeint ist Otto Ballerstedt (1887-1934), Dipl.-Ingenieur, Führer des föderalistischen Bayernbundes, 1934 im Zuge des sog. Röhmputsches ermordet.
Hitler war am 29.1.1921 wegen übler Nachrede zu 1.000 RM Geldstrafe verurteilt worden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 31.1.1921, "Das Urteil im Prozeß Ballerstedt-Hitler"; VB vom 3.2.1921, "Gerichtssaal. Ballerstedt gegen Hitler". Nachdem die NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbundes in München gesprengt hatte, wurde Hitler am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Einen Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt München-Stadelheim, der andere Teil wurde ihm erlassen. Vgl. Deuerlein, Hitler, S. 57 f.

18 Hans Adam Dorten (1880-1963), Dr. jur., 1902-1918 im preuß. Justizdienst, zuletzt Staatsanwalt in Berlin, 1919-1923 Führer des rheinischen Separatismus, Ende 1923 Emigration nach Frankreich.

19 Folgt Bericht über den weiteren Prozeßverlauf. Das Gericht verurteilte Dombrowski als verantwortlichen Schriftleiter wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 1.000 RM und zur Veröffentlichung des Urteils im Berliner Tageblatt und in der Münchener Post. In der von beiden Parteien angestrengten Berufungsverhandlung, die am 21.8.1926 vor dem Landgericht München I stattfand, wurde die Strafe auf 2.500 RM erhöht. Vgl. Bd. II, Dok. 23.

1 Im Münchner Justizpalast, nach 9.00 Uhr. Die Vernehmung führte Landgerichtsrat Friedrich Welsch in Gegenwart von Gerichtsschreiber Hornung. Zur Vernehmung am 14.4. und 15.4.1926 vgl. Dok. 124 und 126.

2 Zu den Vorgängen um den 1. Mai 1923 vgl. Gruchmann, Hitlers Denkschrift, S. 305-328; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713-725, auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

Wie bereits erwähnt, hat in der Sitzung vom 30.IV.[*1923*] besonderen Unwillen der Umstand erweckt, daß einer der roten Züge durch das Siegestor ziehen sollte, durch das gleiche Tor, durch das am 1. Mai 1919 die ersten Befreiertruppen in München einzogen. Wie ich sicher annehme, wurde in der Sitzung auch darüber debattiert, wie dieser Zug verhindert werden könne; über die Mittel und Wege wurden, wie es bei derartigen Besprechungen an der Tagesordnung war, die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht; es ist daher auch möglich, daß von irgendeiner Seite vorgeschlagen wurde, man solle diesen Zug gewaltsam auseinandertreiben und so verhindern. Es kann sein, daß hievon auch in dem Sinne gesprochen wurde - und das würde meinem Gedankengang entsprochen haben -, daß man durch eine derartige Drohung der Regierung eine Handhabe bieten wollte, den Ausnahmezustand für den 1. Mai [*1923*] zu verhängen. Eigentliche Beschlüsse wurden in der Sitzung vom 30.[*4.1923*], wie in den anderen Sitzungen, nicht gefaßt. Man einigte sich eben auf irgendeine grundsätzliche Linie, ohne daß förmlich darüber abgestimmt wurde. Wenn es in dem Protokollbuch heißt: "aggressives Vorgehen" [3], so bemerke ich, daß dieses Wort sicherlich nicht von mir stammt, sondern lediglich eine redaktionelle Fassung des mir unbekannten Verfassers des Protokollbuchs ist. Ich habe nie ein aggressives Vorgehen in dem Sinne vorgehabt oder einem solchen das Wort geredet, daß die roten Züge einfach von uns angegriffen werden sollten. Ein Vorgehen gegen die Roten war nach meiner Auffassung dann angezeigt, aber auch notwendig, wenn die Roten irgendeine Miene machten, etwa die Maifeier, d. h. das Fest, zu irgendwelchen, nicht im Rahmen dieses Festes liegenden politischen Aktionen gegen die Regierung zu mißbrauchen. In diesem Falle war ich allerdings von jeher der Auffassung, daß man den Roten nicht lange Zeit lassen durfte zu einer Entwicklung ihrer Kräfte, sondern daß mit aller Schärfe und Energie bereits in einen etwaigen Aufmarsch hineingegriffen und dieser dadurch an der Entwicklung verhindert werden müsse.

Ob in der Sitzung vom 30.IV.[*1923*] auch davon gesprochen wurde, daß Oberstleutnant Kriebel zu Polizeipräsidenten Nortz [4] gehen und diesen von der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft verständigen sollte, weiß ich nicht.

Unter dem Ausdruck "Aktion wird bewaffnet gemacht", wie es im Protokollbuch heißt, verstehe ich lediglich die Aufstellung der bewaffneten Bereitschaft, nicht aber ein im Gegensatz zur Reichswehr oder Landespolizei oder Regierung beabsichtigtes Vorgehen gegen links.

Es wäre ja meines Erachtens auch ein Unsinn gewesen, gegen den Willen der staatlichen Machtmittel gegen links vorzugehen, weil in einem solchen Falle unsere Schlagkraft nur zum Vorteil der Roten geschwächt gewesen wäre.

Nach der Sitzung begab ich mich mit einigen Herren, darunter Kriebel und von Lenz, zu General Lossow. Der Grund des Besuches war meiner Erinnerung nach einmal der, auf Lossow einzuwirken, daß er bei der Regierung dahin vorstellig werde, es möge durch Verhängung des Ausnahmezustandes die Maifeier verboten werden, weiter auch,

3 Druck des entsprechenden Passus aus dem Protokollbuch: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 917.

4 Eduard Nortz (1868-1939), Jurist, 1893 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, 1920 Entwaffnungskommissar für Bayern, 1921-1923 Polizeipräsident von München, 1923 Generalstaatsanwalt, dann bis 1933 Senatspräsident am Bayer. Verwaltungsgerichtshof, 1928-1932 MdL in Bayern (DVP).

General Lossow davon in Kenntnis zu setzen, daß wir für den 1. Mai [*1923*] bewaffnete Bereitschaft angeordnet hätten. Ich selbst wollte bei dieser Gelegenheit auch für meine Organisation unsere Waffen, soweit sie in Verwahr der Reichswehr sich befanden, von Lossow erbitten. Ich muß hier einschalten, daß ich nach dem Ruhreinbruch, als die Frage eines bewaffneten Widerstandes gegen Frankreich zur Erörterung stand und zu diesem Zwecke die Leute meiner Organisation und die Leute anderer Organisationen von der Reichswehr militärisch ausgebildet wurden, versuchte, möglichst viele Militärwaffen in den Besitz meiner Organisation zu bringen; zum Teil kaufte ich solche auch vom Auslande auf. In der Hauptsache handelte es sich um Gewehre, Maschinengewehre und Maschinenpistolen. Einen Teil dieser Waffen hatten Teile meiner Organisation in eigenen Depots, ein anderer Teil war mit Genehmigung der zuständigen Reichswehrstellen der Reichswehr zur Instandhaltung und Aufbewahrung übergeben worden. Dabei wurde seinerzeit mit den militärischen Stellen ausdrücklich vereinbart, daß diese Waffen unser Eigentum sind und bleiben und daß sie jederzeit auf unser Verlangen an uns herausgegeben werden. Von den bei der Reichswehr verwahrten Waffen war ein Teil in Räumen verwahrt, zu denen wir selbst die Schlüssel hatten, ein anderer Teil befand sich unter Verschluß der Reichswehr, d. h. zu diesen Aufbewahrungsräumen hatten wir keine Schlüssel.

Bei General Lossow fand dann eine längere Besprechung der Lage statt. Die Besprechung mag 1 bis 1 1/2 Stunden gedauert haben. An ihr nahmen teil: außer mir die Herren Kriebel und Lenz; ob auch Herr Zeller [5] dabei war, kann ich heute nicht mehr sagen. Im Laufe der Besprechung wurde General Lossow darauf hingewiesen, daß nach unserer Überzeugung und nach den uns [*bekannt*] gewordenen Mitteilungen die sozialistische Maifeier zu Unruhen und Ausschreitungen von links führen werde und daß das beste wäre, wenn die Regierung durch Verhängung des Ausnahmezustandes uns und den Roten jedes Auftreten verbieten würde. Wir teilten General Lossow selbstverständlich auch mit, daß wir für den 1. Mai [*1923*] bewaffnete Bereitstellung beschlossen hätten. Es wurden bei dieser Gelegenheit, wie ich sicher annehme, auch die verschiedenen Vorschläge über die Örtlichkeiten der Bereitstellung, wie sie in der Sitzung vom 30.IV. [*1923*] gemacht wurden, besprochen und die Eventualitäten, die sich aus den verschiedenen Örtlichkeiten ergeben können, ins Auge gefaßt. In welcher Weise General Lossow zu den Details Stellung nahm, weiß ich nicht mehr. Daran, daß General Lossow erklärt worden sei, wir würden die roten Züge am 1. Mai [*1923*] unter allen Umständen verhindern, erinnere ich mich nicht. Wenn etwas derartiges gesagt wurde, so kann das nur zu dem Zweck geschehen sein, um auf dem Wege über Lossow entweder die Verhängung des Ausnahmezustandes zu erreichen oder, falls sich eine derartige Bemerkung auf den Zug durch das Siegestor bezogen haben sollte, was wohl möglich ist, um ein Verbot wenigstens dieses Zuges zu erreichen.

Richtig ist, daß im Laufe der Besprechung General Lossow vor einem selbständigen bewaffneten Vorgehen warnte; das bezog sich darauf, daß Lossow verhindern wollte,

5 Alfred Zeller (1885-1945), Großkaufmann, 1919 Führer der Münchner Einwohnerwehren im 12. Stadtbezirk, 1921-1923 Führer der Vaterländischen Verbände München, 1923 Gründer des Kampfbundes München.

daß wir gewissermaßen mit den Roten auf eigene Faust einen Krieg anfangen. Für diesen Fall, meinte Lossow, müßten wir damit rechnen, daß Reichswehr und Landespolizei uns gegenübertreten würde.

Mein Ersuchen, unsere in Depot bei der Reichswehr liegenden Waffen an uns für den 1. Mai [*1923*] herauszugeben, lehnte General Lossow rundweg ab; er fügte bei, am 2. Mai könnten wir die Waffen haben, aber am 1. Mai [*1923*] gebe er sie uns nicht. Dabei machte er eine Bemerkung des Inhalts, daß er nun wohl von uns für einen Mann angesehen werde, der sein Versprechen, nämlich die Waffen auf Verlangen herauszugeben, nicht einhalte. Ich erklärte General Lossow hiezu, daß er nicht berechtigt sei, uns die Herausgabe unserer Waffen zu verweigern, und daß seine Weigerung ein Bruch des mit uns abgeschlossenen Vertrages sei. Ich erklärte Lossow auch, daß wir die Waffen aus den Depots, zu denen wir selbst die Schlüssel hatten, holen würden. Lossow meinte hiezu, das könne er nicht verhindern, er mache aber auf die Verantwortung aufmerksam und weise auf die Folgen hin, die sich ergeben können, wenn zufällig ein bewaffneter Zug von uns mit einem roten Zug zusammenstoße.

Gegen eine Bereitstellung unserer Leute hatte Lossow meines Erachtens nichts einzuwenden; er konnte das auch nicht, denn wir waren berechtigt, außerhalb der Bannmeile uns zu versammeln. Daß wir angesichts der kritischen Situation mit Waffen uns bereitstellten, wußte Lossow, er hat das auch nicht verboten, so wenig wie in früheren Fällen, wo wir auf Oberwiesenfeld mit Waffen übten; Lossow hat lediglich vor selbständigem bewaffnetem Vorgehen gewarnt; ein solches lag nie in unserer Absicht und ist auch am 1. Mai [*1923*] nicht erfolgt.

Wenn Lossow aus der Besprechung, die keinen Zweifel darüber ließ, daß wir uns bewaffnet bereitstellen, die Befürchtung oder auch nur die Möglichkeit entnommen hätte, daß sich unser Vorgehen gegen die Regierung richtet, sei es im Sinne eines Staatsstreiches oder des gewaltsamen Durchkreuzens von Regierungsmaßnahmen, dann hätte er doch die Regierung hievon verständigen und dafür Sorge tragen müssen, daß durch Verhängung des Ausnahmezustandes oder sonst auf irgendeine Weise unsere Absicht verhindert wird. Die Weigerung Lossows, die Waffen herauszugeben, und sein Hinweis darauf, daß ein selbständiges bewaffnetes Vorgehen zu einer Gegnerschaft mit Reichswehr und Polizei führe, entsprang der Besorgnis des Generals, daß, wenn unsere Leute bewaffnet sind, der einzelne Mann oder eine Abteilung gegen den Willen der Führung irgend etwas macht, was zu unübersehbaren Konsequenzen führt.

Ich erinnere mich, daß auch damals bei Lossow über die Art der Waffenhinausgabe gesprochen wurde, insbesondere darüber, ob man nicht zweckmäßigerweise die Waffen in der Nähe des Versammlungsortes bereitlegt und erst im Bedarfsfalle an die Leute verteilt. Ich glaube, daß dieser Plan bei uns schon vor dem Besuch bei Lossow bestanden hat, daß seine Ausführung aber dann an der Erwägung scheiterte, daß im Bedarfsfalle ein Einsatz der Kampfkräfte ungebührlich verzögert wird, weil unsere Waffen auf die einzelnen Abteilungen nicht eingeteilt waren und daher die Hinausgabe der Waffen nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich Schwierigkeiten bereitet hätte. Anders lag ja die Sache bei Oberland, das seinen Versammlungsort im Maximilianeum angewiesen

erhielt, wo gleichzeitig sein Waffendepot war und wo die Empfangnahme der Waffen auch untertags uneingesehen im Bedarfsfalle vor sich gehen konnte.

Bei der Besprechung bei General Lossow wurde von uns ausdrücklich erklärt, daß sich unsere bewaffnete Bereitstellung nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen links richte. Ob Lossow uns versprach, bei der Regierung Schritte zu tun wegen Verhängung des Ausnahmezustandes oder eines Verbots der Maifeier oder eines Verbots des Zuges durch das Siegestor, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich weiß aber, daß Lossow damals gleich uns die Ansicht vertrat, daß das beste wäre, wenn die Regierung den Ausnahmezustand verhängen würde. Lossow erklärte auch, daß eines für ihn ausgeschlossen sei, nämlich, daß die Reichswehr etwa rote Fahnen verteidige.

Während der Besprechung bei Lossow blieben wir auf unserer und Lossow auf seiner Ansicht bestehen; wir auf der bewaffneten Bereitschaft, und Lossow auf der Ablehnung der Waffenherausgabe und seiner Warnung vor selbständigem bewaffneten Vorgehen.

Nach dem Besuch bei Lossow begab ich mich mit Oberst von Lenz zu Polizeioberst von Seißer, und zwar zu dem Zwecke, Seißer zu bestimmen, daß er auf die Regierung einwirke, den Ausnahmezustand zu verhängen. Wir teilten Seißer bei dieser Gelegenheit mit, daß wir am 1. Mai [*1923*] bewaffnete Bereitschaft beschlossen hätten und daß wir hierüber eben mit General Lossow gesprochen haben. Wir sagten ihm auch, daß Lossow uns die Waffenherausgabe verweigere und daß er Bedenken geäußert habe wegen etwaiger Folgen, die sich aus einem bewaffneten Zusammenstoß mit links ergeben könnten. Seißer versprach uns, wegen Verhängung des Ausnahmezustandes Schritte zu tun, und vertrat persönlich die Auffassung, daß es das beste wäre, wenn die Maidemonstration einfach verboten würde. Ob Seißer sich auch zu der von uns beschlossenen Bereitschaft äußerte, kann ich mich heute nicht mehr erinnern.

Später erfuhr ich dann, daß Seißer sich wegen Verhängung des Ausnahmezustandes mit Lossow in Verbindung gesetzt habe; mit welchem Ergebnis, ist mir nicht bekannt.

Von einer Besprechung des Polizeipräsidenten Nortz mit den Führern der V[*aterländischen*] V[*erbände*] M[*ünchens*], am Mittag des 30.IV.[*1923*], und einer Besprechung zwischen Nortz und Kriebel um die gleiche Zeit habe ich keine Kenntnis. Ich bemerke hier, daß Kriebel nicht zu meiner Organisation gehörte, er war militärischer Führer der Kampfverbände; ich hatte damals noch nicht so enge Fühlung mit ihm wie später.

Bei einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Wehrkreiskommando am Nachmittag des 30.IV.[*1923*] war ich nicht anwesend; welche Beschlüsse in dieser Sitzung gefaßt wurden, weiß ich nicht mehr, es ist aber möglich, daß ich nach der Sitzung vom Gegenstand der Sitzung Kenntnis erhielt. Am Abend des 30.IV.[*1923*] erfuhr ich noch, daß die Notpolizei von der Polizeidirektion aufgerufen worden sei. Auf Grund welcher Besprechungen dieses Aufgebot erfolgte, wußte ich nicht; ich faßte dieses Aufgebot aber als günstiges Zeichen dafür auf, daß die Regierung sich in letzter Stunde ganz auf unseren Standpunkt stellt und die beabsichtigte Maifeier nicht mehr so harmlos ansieht wie bisher.

Davon, daß der Aufruf der Notpolizei wieder rückgängig gemacht wurde, habe ich erst am nächsten Tag auf Oberwiesenfeld erfahren, und auch hier kamen zu mir widersprechende Meldungen; die einen bestätigten den Widerruf des Aufgebots der Notpoli-

zei, die anderen behaupteten, der Aufruf der Notpolizei bestünde noch zu Recht. Ich habe damit gerechnet, daß die Meldungen über den Widerruf des Aufrufs der Notpolizei möglicherweise Manöver sind, die von gegnerischer Seite gemacht wurden, um die Lage zu verwirren.

Nachträglich - ob am 1. Mai [*1923*] oder einige Tage später - erfuhr ich auch, daß führende Persönlichkeiten der Kampfverbände noch am Abend vor dem 1. Mai [*1923*] mit Minister Matt und Schweyer wegen Verhängung des Ausnahmezustandes verhandelt hatten. Dabei soll Minister Matt für Verhängung des Ausnahmezustandes gewesen sein, während Minister Schweyer dagegen war.

Den Rücktritt der Organisation Lenz erfuhr ich erst im Laufe des Vormittags am 1. Mai [*1923*]. Von wem ich dies erfuhr, weiß ich nicht; ich habe dieser Sache keine Bedeutung beigemessen, weil ich diesen Rücktritt mit dem Aufruf der Notpolizei in Verbindung brachte. Die Organisation Lenz gehörte nämlich der Notpolizei an und schied mit dem Aufruf der Notpolizei automatisch aus dem Befehlsbereich der Kampfverbände aus.

Über die von der militärischen Leitung der Kampfverbände bzw. der militärischen Leitung meiner Organisation im einzelnen getroffenen Maßnahmen wurde ich vor der Anordnung nicht näher unterrichtet; ebensowenig über den Inhalt der im einzelnen ergangenen Befehle.

Von dem Verbot des roten Zuges durch das Siegestor durch die Polizeidirektion erfuhr ich erst in der Nacht zum 1. Mai [*1923*], und zwar zu einer Zeit, als unsere Leute sich bereits zum Teil auf Oberwiesenfeld versammelt hatten. Von wem ich dieses Verbot erfuhr, weiß ich nicht.

Ich selbst bin bereits in der Nacht vom 30.IV. auf 1.V.[*1923*] auf Oberwiesenfeld hinaus; wann ich erfahren habe, daß Oberwiesenfeld als endgültiger Versammlungsort bestimmt worden war, kann ich nicht mehr sagen. Ich habe dann von Oberwiesenfeld aus einige Male Erkundungsfahrten durch die Stadt und zu den Maffei-Werken gemacht und vom Morgen des 1. Mai [*1923*] an blieb ich auf Oberwiesenfeld bei meinen Leuten. An der Waffenabgabe an meine Leute aus den Waffendepots in der Pionierkaserne war ich nicht beteiligt; das war Sache der militärischen Leitung und der Waffenoffiziere. Während unseres Aufenthalts auf Oberwiesenfeld sind wiederholt Reichswehroffiziere auf Oberwiesenfeld spazieren geritten und haben sich mit unseren Offizieren unterhalten. Im Laufe des Vormittags kam dann auch einmal ein Reichswehrtruppenteil an Oberwiesenfeld vorbeimarschiert, wir begrüßten uns gegenseitig mit "Hurra" oder "Heil"! Gegen 9 oder 10 Uhr, genau weiß ich die Zeit nicht mehr, erfuhr ich, daß die Reichswehr das Kasernenviertel durch Drahtverhaue absperrt und die Landespolizei die in Richtung auf die Theresienwiese führende Straße besetzte. Irgendeine Mitteilung über den Zweck dieser Maßnahmen erhielt ich weder von der Polizei noch der Reichswehr; ich dachte mir aber, daß diese Maßnahmen verhindern sollten, daß wir in die Kasernen kommen und auch nicht mit den Roten zusammenstoßen. Diese Absperrung hat dem freundschaftlichen Verkehr, der sich zwischen Offizieren der Reichswehr und unseren Offizieren am Rande von Oberwiesenfeld entwickelt hatte, keinen Abbruch getan. Im Laufe des Vormittags wurden unsere Mannschaften mit Exerzieren beschäftigt.

Während des Vormittags kamen auch Leute unserer Organisation von auswärts zu uns, teils waren sie bewaffnet, teils nicht.

Ob ich während des Aufenthalts auf Oberwiesenfeld mit Oberst Banzer [6] gesprochen habe, weiß ich nicht.

Irgendeine Aufforderung, die Waffen abzugeben und Oberwiesenfeld zu verlassen, erging an mich weder von der Reichswehr noch von der Polizei noch von sonst irgendeiner amtlichen Stelle.

Als ich gegen Mittag durch meine Späher erfuhr, daß die Maifeier auf der Theresienwiese ohne Zwischenfall beendigt wurde und die roten Züge sich auflösen, habe ich meine Leute auf Oberwiesenfeld um mich versammelt, nachdem vom Oberkommando (Kriebel) an die Formation auf Oberwiesenfeld der Befehl ergangen war, die Bereitschaft aufzulösen. Das Oberkommando befand sich damals im Ringhotel. Als ich meine Leute um mich versammelt hatte, dankte ich ihnen für die bewiesene Disziplin und sprach einige anerkennende Worte an sie [7]; gleichzeitig forderte ich die Anwesenden auf, in Massen zu der am Abend im Zirkus Krone stattfindenden Versammlung [8] unserer Organisation zu erscheinen. Nicht richtig ist, daß ich damals dazu aufgefordert hätte, bewaffnet in der Versammlung zu erscheinen. Wenn etwas derartiges behauptet wird, so muß das auf einem Mißverständnis beruhen, insofern, als meine Aufforderung, "in Massen" zu erscheinen, fälschlich verstanden wurde als "in Waffen" zu erscheinen. Ich bemerke ausdrücklich, daß bei uns schon vor dem 1. Mai [*19*]23 es längst strenge verboten war, mit Schußwaffen in einer Versammlung zu erscheinen.

Infolge der Aufhebung der Bereitschaft wurden auf Anordnung, wahrscheinlich von Hauptmann Göring, die ausgegebenen Waffen wieder eingesammelt und in die Depots zurückgeschafft, und zwar, soweit die Waffen in Depots bei der Reichswehr waren, wieder in die Depots der Reichswehr; die in einem Depot in Milbertshofen lagernden Waffen wurden auf Lastkraftwagen geladen und wieder dorthin verbracht. Soweit Leute von auswärts mit Waffen gekommen waren, wurden sie sofort wieder nach Aufhebung der Bereitschaft auf den Lastwägen, auf denen sie gekommen waren, nach Hause geschickt.

Nach Abgabe der Waffen sind wir dann in einem Zuge durch Schwabing, durch das Siegestor und unter Vermeidung der Bannmeile durch die Prinzregentenstraße nach dem Bürgerbräukeller, unserem Standquartier, gezogen, und zwar mit eingerollten Fahnen; der Grund hiefür war nach meiner Erinnerung, daß ein Verbot der Polizeidirektion für den 1. Mai [*1923*] bestand des Inhalts, daß Züge nur mit eingerollten Fahnen durch die Stadt marschieren durften.

Fortgesetzt am gleichen Tage nachmittags.

Zusammenfassend möchte ich zu den einzelnen Punkten der Anklage folgendes erklären:

Zu Punkt 1: "Die Aktion war nicht gegen die Regierung gerichtet." Hiezu nehme ich Bezug auf das bereits Gesagte und füge bei, daß die Führer der Kampfverbände sich

6 Josef Banzer (1870-1945), 1888-1919 Berufsoffizier, 1919 Versetzung zur Landespolizei Nürnberg-Fürth, 1920 Polizeioberst, 1921-1926 Chef der Landespolizei München.

7 Druck der Ansprache: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 917 f.

8 Vgl. ebenda, S. 918 ff.

dahin einig waren, daß im Falle eines Einsatzes der militärischen Kräfte des Kampfverbandes die Führer sich weisungsgemäß den Führern der Landespolizei oder der Reichswehr zu unterstellen hatten. Die Organisation der VVM, Oberland München und Organisation Lenz gehörten ja der Notpolizei an und unterstanden mit dem Aufruf der Notpolizei an sich schon der Polizei. Ich weise auch noch darauf hin, daß an einzelnen Orten, an denen die örtlichen Behörden die Maifeiern von Sozialisten bzw. öffentliche Umzüge verboten hatten, meine Organisation mit meiner Billigung den örtlichen Behörden als Verstärkung zur Verfügung gestellt wurde, so in Ingolstadt, Traunstein und ich glaube auch noch an einigen anderen Plätzen. Hätten wir am 1. Mai [*1923*] gegen die Regierung auftreten oder gar einen Staatsstreich versuchen wollen, so hätten wir doch etwas derartiges sicher nicht gemacht.

Welche Befehle im einzelnen Oberstleutnant Kriebel als militärischer Leiter der Kampfverbände anläßlich der Bereitschaft am 1. Mai [*1923*] herausgegeben hat, weiß ich nicht. Kriebel hat mich hievon nicht verständigt; dazu hatte er auch keine Veranlassung, da er ja mir nicht untergeben war. Gelegentlich habe ich natürlich schon erfahren, daß dieser oder jener Befehl hinausgegeben worden ist. Den mit Bleistift geschriebenen Befehl vom 30.IV.[*19*]23 ohne Unterschrift, der meiner Ansicht nach von der Hand Kriebels stammt, habe ich erst heute zu Gesicht bekommen. Es kann sich lediglich um einen Befehlsentwurf handeln, der nicht in Kraft trat; es geht dies daraus hervor, daß in diesem Entwurf die Versammlungsplätze für die einzelnen Teile der Kampfverbände auf verschiedene Teile der Stadt verteilt waren.

Wenn es in dem Entwurf heißt, die Arbeitsgemeinschaft wird die Mitführung roter Fahnen verhindern und die Züge zerstreuen, so bemerke ich hiezu, daß eine Bestimmung in dieser Richtung gar nicht zu den Aufgaben Kriebels gehörte. Einen derartigen Auftrag kann Kriebel aber von der Arbeitsgemeinschaft nicht erhalten haben, weil ein Beschluß diesen Inhalts und Form nicht gefaßt worden war.

Gegen die Annahme, daß unsere Bereitschaft zum 1. Mai [*1923*] sich in irgendeiner Form gegen die Regierung richtete, spricht auch der Umstand, daß meine Organisation, Reichsflagge, Blücher und Wiking auf Oberwiesenfeld standen, Oberland im Maximilianeum lag, Zeller seine Leute an verschiedenen Punkten der Stadt versammelt hatte und die militärische Leitung des Ganzen im Ringhotel saß, wo, wie der Regierung längst bekannt war, unsere Zentrale, d. h. die Zentrale der Kampfverbände, ihren ständigen Sitz hatte.

Wenn ich in meiner schriftlichen Erklärung vom 14. April 1926 [9], Seite 13, erklärt habe: wenn die Regierung das, was sie zuletzt verfügt hatte, schon am 20. April [*1923*] verfügt hätte, wäre überhaupt nichts erfolgt, und wenn ich mich in ähnlichem Sinne im Nürnberger Prozesse Luppe./.Streicher [10] geäußert habe, so hat dies folgende Bewandtnis: am 20. April [*1923*] glaublich genehmigte die Regierung ohne weiteres den von den Sozialisten vorgelegten Plan einer groß angelegten Maifeier mit einem großen Demonstrationszug durch die Stadt. Etwas derartiges war von keiner der vorhergegangenen Regierungen in München genehmigt worden. Und diese große rote Demonstra-

9 Vgl. Dok. 123.
10 Vgl. Dok. 90.

tion wird in dem Augenblick genehmigt, in dem der Franzose im Ruhrgebiet steht und die Kommunisten in den verschiedensten Teilen Deutschlands loszuschlagen drohen. Hätte die Regierung damals statt der groß angelegten Feier die Feier mit den Beschränkungen genehmigt, unter denen sie dann auch durchgeführt wurde, und hätte die Regierung von Anfang an dafür gesorgt, daß durch Heranziehung auswärtiger Polizei und Reichswehr für den 1. Mai [*1923*] genügend staatliche Machtmittel in München konzentriert waren, dann hätten wir keine Veranlassung gehabt, unsererseits uns in die Sache zu mischen, weil wir dann die Überzeugung gehabt hätten, daß die Regierung die Größe der Gefahr erkennt, auf ihrer Hut ist und im Notfalle auch auf die Notpolizei zurückgreift.

Zu Punkt 2: Die Regierung wurde von der Arbeitsgemeinschaft über deren Pläne und Beschlüsse stets auf dem laufenden gehalten.

Die von der Arbeitsgemeinschaft jeweils zu den einzelnen Regierungsmitgliedern, insbesondere zu den Ministern, abgesandten Personen waren jeweils beauftragt, den Regierungsmitgliedern Mitteilung zu machen von unserer Auffassung und von unseren Beschlüssen. Ich selbst habe mit General Lossow und Oberst Seißer, wie bereits erwähnt, gesprochen und diesen beiden Herren rückhaltlos davon Mitteilung gemacht, daß wir am 1. Mai [*1923*] eine bewaffnete Bereitstellung beabsichtigen. Diese Mitteilung an die oberste Militärstelle und Polizeistelle des Landes betrachte ich selbstverständlich ebenfalls als eine Mitteilung an die Regierung. Ob die von der Arbeitsgemeinschaft jeweils zu den Ministern gesandten Deputationen den Ministern von dem Plan unserer bewaffneten Bereitschaft Mitteilung machten, weiß ich nicht mehr; ich halte dies aber für selbstverständlich; es war meines Erachtens auch für die Minister unter den Umständen, unter denen die Bereitschaft für den 1. Mai [*1923*] angeordnet war, ohne weiteres klar, daß es sich hier nur um eine bewaffnete Bereitschaft handeln konnte, weil wir ja bereits früher mit Wissen der Regierungsstellen bewaffnete Übungen veranstaltet haben.

Von der zum 1. Mai [*1923*] erfolgten Heranziehung auswärtiger Mitglieder meiner Organisation ist meines Wissens der Regierung eine besondere Mitteilung nicht gemacht worden; das war meines Erachtens auch nicht nötig, weil es sich hier lediglich um die Art und den Umfang der Ausführung der Bereitschaft handelte. Die Leute von auswärts sind ganz offen und in Uniformen von ihren Heimatorten abgereist und nach München gefahren, woraus hervorgeht, daß wir nicht etwa die Leute heimlich nach München einschmuggeln wollten.

Von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände war die Herausgabe von Flugblättern angeregt oder beschlossen worden; ob von dieser Absicht der Regierung oder der Polizeidirektion Mitteilung gemacht worden ist, weiß ich nicht; ich glaube es auch nicht, weil es nicht notwendig war, da ja die Flugblätter in breitester Öffentlichkeit erschienen, kein neues Moment enthielten und sich in der Linie bewegten, auf der der Grund der Bereitschaft lag. Ein Hauptzweck der Flugblätter war der, die Bevölkerung zu warnen, daß sie sich nicht von irgendeiner Seite in etwas hineinhetzen lasse und daß nicht Frauen und Kinder, wie es wiederholt schon geschehen, den Deckmantel zum Schutze kommunistischer Umtriebe bildeten. Aus den Flugblättern geht übrigens mit voller

Deutlichkeit hervor, daß sich unsere Stellungnahme ausschließlich gegen links, nicht aber gegen die Regierung richtete. Da der Propagandaapparat in unseren Händen war, d. h. von den Kampfverbänden lediglich meine Organisation einen Propagandaapparat besaß, war es selbstverständlich, daß die Flugblätter, nachdem ihre Herausgabe beschlossen worden war, von uns herausgegeben wurden.

Zu Punkt 3: Angriff ohne weiteres mit Schußwaffen.

Zu diesem Punkt beziehe ich mich auf meine Ausführungen über den Zweck unserer Bereitschaft. Es ist durchaus unrichtig, wenn angenommen wird, daß beabsichtigt war, die Züge der Sozialisten mit allen Mitteln, also auch mit Schußwaffen ohne weiteres anzugreifen. Ich beziehe mich hiezu auch auf den Befehlsentwurf vom 30.IV.[*19*]23, der besagt: "Die Aufgabe ist ohne Schußwaffe zu lösen; macht der Gegner von Schußwaffen Gebrauch, so ist der Widerstand mit gleichen Waffen zu brechen." Ich füge noch bei, daß meines Wissens am Abend des 30. April [*1923*] noch ein eigener schriftlicher Befehl Kriebels erlassen wurde, der den Gebrauch von Schußwaffen ausdrücklich verbot und nur für den Fall gestattete, daß von den Roten zuerst auf uns geschossen würde.

Zu Punkt 4: Laufende Übung.

In meiner Organisation war es glaublich schon seit Ende 1921 eingeführt, daß in Fällen, in denen mit Störungen unserer Veranstaltungen oder nationaler Veranstaltungen, an denen wir beteiligt waren, von links gerechnet werden mußte, an die betreffenden Orte Verstärkungen von außerhalb herangezogen wurden. Außerdem bestand bei uns schon seit langem die Gepflogenheit bei größeren Veranstaltungen, sei es festlicher Art oder bei ganz großen Massenversammlungen, Leute aus kleinen Orten heranzuziehen, einmal, um hiedurch propagandistisch zu wirken, und dann, um den Leuten aus kleinen Plätzen den großen Apparat vorzuführen, um sie mit diesem vertraut zu machen. Dadurch sollte insbesonders auch das Vertrauen der Leute in den kleinen Orten in die Kraft der Bewegung gestärkt werden. Das Heranziehen der Leute von auswärts wurde, ganz gleichgültig aus welchem Grunde es erfolgte, aus Übungszwecken immer alarmmäßig gemacht, d. h. die Leute wurden immer erst in der letzten Minute von ihrer Heranziehung verständigt; eine Ausnahme wurde nur gemacht bei ganz großen Veranstaltungen, wie Deutschen Tagen, für die bereits längere Zeit vorher ein ordnungsmäßiges Programm festgelegt wird. In dieser Weise fanden bereits vor dem 1. Mai 1923 Alarmierungen und Heranziehung von Verstärkungen statt zum Schutze bei unseren Veranstaltungen in Hof, Regensburg, Ingolstadt, Immenstadt, Göppingen, auch beim Deutschen Tag in Coburg wurden noch in letzter Minute infolge Zuspitzung der Situation Verstärkungen von auswärts durch Alarm herangezogen. Auch nach München haben wir bereits vor dem 1. Mai 1923 wiederholt zu Massenversammlungen auf dem Alarmwege Leute von auswärts hereingeholt, in besonders großem Umfange war dies der Fall anläßlich unserer Standartenweihe im Januar 1923. Die Alarmierung selbst erfolgte auf verschiedenen Wegen, teils durch vorher vereinbarte Telegramme an die einzelnen Ortsgruppen, teils telefonisch. Wie im einzelnen die Heranziehung auswärtiger Mitglieder für den 1. Mai [*1923*] erfolgte, darüber war ich nicht unterrichtet. Es war mir zwar bekannt, daß eine solche Heranziehung erfolgte, und zwar sollte sie nur in mäßigem Umfang stattfinden und hauptsächlich aus Gebieten, in denen wir glaubten, daß am

1. Mai [*1923*] nichts zu befürchten sei. Dazu kam, daß zwecks Vermeidung einer übermäßigen Belastung einzelner Ortsgruppen mit den Kosten aus jedem Ort nur einige wenige Leute, je nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Ortsgruppe, abgestellt werden sollten. Aus diesem Grunde wurde es auch vermieden, z. B. aus Ausburg allein mehrere hundert Mann nach München zu kommandieren, was an sich leicht möglich gewesen wäre. Die zum 1. Mai [*19*]23 anläßlich der Alarmierung hinausgegebenen Schlüsseltelegramme beruhen jedenfalls auf einer besonderen Vereinbarung des Hauptmann Göring mit seinen auswärtigen Unterführern. Da die Frage des 1. Mai [*1923*] bereits seit etwa [*dem*] 20. April eine Rolle spielte, nehme ich an, daß Göring in der Zeit vom 20.IV.[*1923*] bis zum 30.IV.[*1923*] mit seinen Unterführern bezüglich der Bedeutung der Schlüsseltelegramme genaue Abmachungen getroffen hat und daß diese Alarmierung und die Telegramme dazu bereits vorbereitet waren, die Hinausgabe aber auf die letzte Minute verschoben wurde, weil wir ja immer noch hofften, daß die Regierung noch in letzter Minute den Ausnahmezustand verhängen und damit alles weitere verbieten werde. Auf diese Vorbereitung durch Göring wird es wohl auch zurückzuführen sein, daß einzelne Teile der von auswärts herangezogenen Kräfte bewaffnet nach München kamen.

Bemerken möchte ich noch, daß beispielsweise auch zu militärischen Übungen, die von uns veranstaltet wurden, Leute von auswärts mit Waffen herangezogen wurden [11].

Auf Selbstlesen genehmigt und unterschrieben:

Adolf Hitler
Dr. Welsch
Hornung

21. April 1926 — Dok. 134
Anordnung

VB vom 23.4.1926, "Aus der Bewegung".

Erklärung

1. Herr Hans *Förster* [1], Leipzig-Schö[*nefeld*], zuletzt Vorsitzender des Kreisvereins Leipzig e. V., ist am 22. Februar 1926 vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Leipzig aus der

11 Eine weitere Vernehmung erfolgte am 31.8.1926. Vgl. Bd. II, Dok. 26.

1 Hans Förster (geb. 1900), 1921 Beamtenanwärter, 1922/23 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Leipzig, 1924 Entlassung aus dem Staatsdienst wegen politischer Betätigung für die NSDAP, Gründer und Vorsitzender der am 10.12.1924 gegründeten "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Kreisverein Leipzig)", 1926 Parteiauschluß, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, 1933 Einstellung in die Reichsfinanzverwaltung, 1939 Obersteuerinspektor.

N.S.D.A.P. ausgeschlossen worden. Der Ausschluß wird hiemit bestätigt [2]. Herr Förster hat fernerhin keinerlei Berechtigung, im Auftrage oder im Namen der N.S.D.A.P. für die Bewegung zu arbeiten.

2. Der Kreisverein Leipzig e. V. wird nicht mehr als Glied der N.S.D.A.P. betrachtet. Anerkannt wird *allein* die Ortsgruppe Leipzig der N.S.D.A.P.

München, den 21. April 1926

gez. Adolf *Hitler*

22. April 1926 Dok. 135
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 536 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler erwähnte gleich einleitend, nicht lange sprechen zu können, weil seine Stimme durch die Versammlung in Stuttgart [3] arg mitgenommen worden sei. Auf die Versammlung in Stuttgart gleich Bezug nehmend, erblickte Hitler einen großen Erfolg darin, daß sie gleich 2 Säle voll bekamen, die als die größten dort gelten. Einen großen Saal heute voll zu bekommen, spricht er jeder anderen Partei ab. All die Versammlungen der letzten Zeit in Sachsen, Thüringen, Württemberg, Preußen usw. haben ihm gezeigt, daß es nun mit der Bewegung wieder aufwärts geht, und besonders ein Umstand mache sich wieder bemerkbar, nämlich daß sich wieder ein vertrauensvoller Blick nach München, der Zentrale der N.S.D.A.P., richte.

München hat wieder für fast alle Ortsgruppen im Reiche jenen mystischen Zauber erhalten wie vor dem November 1923. Diese Tatsache stellt an München die Anforderung, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Was im letzten Jahre geleistet worden sei, könne man als gewaltige Arbeitsleistung ansprechen. Aus einem Nichts wurde wieder angefangen. Alles habe man nach dem Verbot der Partei im Jahre 1923 weggenommen. Mit einem kleinen Zimmer in der Thierschstraße fing man an und heute seien bereits 8 große Räumlichkeiten im Hause Schellingstraße 50 vorhanden.

Im weiteren kam Hitler auf den derzeitigen großen Ausbau der genannten Geschäftsräume zu sprechen. Es seien große Panzeraktenschränke angeschafft, alles Büromaterial

---

2 Dem Parteiauschluß lag die Weigerung Försters zugrunde, den vom ihm geführten "Kreisverein Leipzig e. V." zugunsten der im März 1925 neu gegründeten NSDAP-Ortsgruppe aufzulösen. Vgl. Schriftwechsel: BDC, OPG Hans Förster. Die erfolglose, hochverschuldete Splittergruppe wurde im März 1927 aus dem vom Amtsgericht Leipzig geführten Vereinsregister gelöscht. Vgl. Polizeidossier: StA Leipzig, Polizeipräsidium Leipzig, PP-V 1304.

1 Im Gasthaus "Zum Koch", von 21.20 bis 22.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Süd, an der laut Polizeibericht 100 bis 120 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Josef Bauer geleitet. Anschließend sprach Hitler noch auf der Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing. Vgl. Dok. 136.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 1.4., 13.4., 14.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 536" gekennzeichnet.

3 Am 17./18.4.1926. Vgl. Dok. 129-131.

sei bereits wieder vorhanden. Dies alles sei durch die große Opferbereitwilligkeit eines jeden einzelnen zuwege gebracht worden. Bei den hohen Zielen, die sich die Bewegung gesetzt habe, dürfe der Ausbau der Zentrale nur als etwas Nebensächliches bei der Überwindung der sich bietenden Schwierigkeiten gelten. Die dadurch besser durchzuführende straffe Leitung des ganzen Parteiapparates werde gute Erfolge zeitigen. Man habe diese Räumlichkeiten deswegen nur auf 5 Jahre gemietet, weil nach Ablauf dieser Zeit längst nicht mehr mit diesen Räumen auszukommen sei. Große schöne Schalterhallen müssen noch eingebaut werden, um der größten Bewegung würdig zu sein. In 5 Jahren dürfe es keine "Völkische Bewegung" mehr geben, sondern nur mehr eine N.S.D.A.P. Wenn 10 Monate lang bei 2 mal 100.000 Mitgliedern 50 Pfg. eingehoben werden, so gebe das 1 Million, wovon ein nationalsozialistisches Volksheim entstehen werde. Hitler erwähnte dann noch den Einfluß der immer stärker werdenden Bewegung bei den kommenden Wahlen. Er gab dabei die Versicherung, daß nur mehr Leute aufgestellt werden, die er sich persönlich vor die Lampe halte. Hitler dankte für die bereits gebrachten Opfer und forderte zu immer noch neuem Opfermut auf. Was geleistet werde für die Partei, zeige folgendes Beispiel: Ein Mädchen habe ihm ein Armband für den Baufonds gebracht. Er habe sich aber geweigert, es anzunehmen, und daraufhin habe das Mädchen das Armband verkauft und den Erlös von 300 Mark zu ihm gebracht. (Wie anderweitig vertraulich bekannt wurde, handelt es sich bei diesem Mädchen um die Tochter des früheren Sektionsführers Walter der Sekt[*ion*] Neuhausen.) Solche Beispiele ereignen sich täglich und seien rührend, aber auch nötig für das Gelingen der großen heiligen Sache.

Von Ohrenzeugen sei ihm mitgeteilt worden, daß die fascistischen Redner in Mailand nach dem Attentat auf Mussolini [4] den gleichen Appell an jeden einzelnen gerichtet haben, wie es auch er soeben getan habe.

Beim Abschied habe [*sic!*] sich Hitler des fascistischen Grußes bedient, der in gleicher Art erwidert wurde.

22. April 1926 — Dok. 136

Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 537 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [3].

Hitler führte aus: Als er in den letzten Tagen in Stuttgart [4] war, habe er auch dort feststellen können, daß das Vertrauen zur Zentrale in München wieder Platz greife und der

4 Am 7.4.1926 in Rom.

1 Im Restaurant "Zur Blüte", gegen 22.15 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 220 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck geleitet. Vor Hitler sprach Oberstleutnant a. D. Otto von Weinrich über "Marokko, Land und Leute und die schwarze Gefahr".

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 15.4. und 22.4.1926 in München sind jeweils mit "Nr. 537" gekennzeichnet.

3 Vgl. VB vom 30.4.1926, "Unser Vormarsch. Südbayern".

4 Am 17./18.4.1926. Vgl. Dok. 129-131.

blinde fanatische Glaube wieder einkehre. Dieser blinde Glaube an die Führer sei notwendig, wenn das Ziel jemals erreicht werden soll. München habe die besondere Ehre, die Bewegung im Reiche zu leiten, und habe deshalb die Pflicht, vorbildlich zu sein.

Die weiteren Ausführungen Hitlers in Bezug auf den Ausbau der Bewegung deckten sich mit jenen, die er am gleichen Tage in der Sektion "Süd" [5] gemacht hat. [6]

24. April 1926 Dok. 137
"Betreff: Stellung der Reichsparteileitung zur Opposition der Gruppe Suchenwirth [1] und Genossen"
Anordnung

Wir Hakenkreuzler. Unter Mitarbeit hervorragender Parteiführer. Hrsg. von der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1927, S. 57 f.

Als erster Vorsitzender der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei *lege ich* die Stellung der Reichsparteileitung innerhalb der österreichischen nationalsozialistischen Partei folgendermaßen fest [2]:

---

5 Vgl. Dok. 135.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Richard Suchenwirth (1896-1965), eigentl. Suchanek, 1920 Dr. phil., Mittelschullehrer in Wien, Mai 1926 Mitbegründer und Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins (Hitler-Bewegung), 1931-1934 Landesführer des NS-Lehrerbundes, 1933/34 Amtsleiter für Volksbildung bei der NSDAP-Landesleitung in Österreich, 1934 Flucht nach Deutschland, 1935/36 Geschäftsführer der Reichsschrifttumskammer, 1936 Direktor der Hochschule für Lehrerbildung in München-Pasing, 1943 Professor für Deutsche Geschichte an der Universität München.
Zur Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten 1926 in die NSDAP (Schulzgruppe) unter der Leitung des bisherigen Parteiführers Karl Schulz und in die NSDAP (Hitler-Bewegung) vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 47 ff.; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 131 ff.

2 Anlaß für die Erklärung war der Besuch von zwei Abgesandten der NSDAP Österreichs am 24.4.1926 in München, die sich zuvor schriftlich an Hitler gewandt hatten. Zum Ablauf der Unterredung mit dem stellvertretenden Parteiobmann, Leo Haubenberger, und eines gewissen Dr. Blümel vgl. Grobian vom 1.7.1926, "Der dreiuneinige Nationalsozialismus (Riehl - Schulz - Suchanek)". Sowie Rundschreiben der Ortsgruppe Knittelfeld, o. D. (Okt. 1926); BA, Slg. Schumacher 305 II.
Die Erklärung wurde von Hitlers Privatsekretär Heß am 25.5.1926 Haubenberger, Blümel und Suchenwirth zugesandt. In dem Schreiben heißt es hierzu: "Die Herren [*Haubenberger und Blümel*] baten Herrn Hitler nach Kenntnisnahme der Antwort von einer Absendung an Professor Suchenwirth und von einer offiziellen Übergabe an die beiden Herren abzusehen.
Um weiterhin einer *irrtümlichen Auffassung* über den von Herrn Hitler bei dem Besuch der beiden Herren am 24. April 1926 vertretenen Standpunkt vorzubeugen, übergibt Herr Hitler die damals schriftlich erteilte Antwort an die Herren.
Herr Hitler läßt Ihnen bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß er auf Wunsch bereit ist, seine Hand zu einer Wiedervereinigung der beiden heute im Gegensatz stehenden Gruppen zu bieten, *unter der Voraussetzung*, daß die Führung der wieder vereinten Bewegung dann an den *radikalen Flügel*, der von Professor *Suchenwirth* repräsentiert wird, übergeht." Druck: Wir Hakenkreuzler, S. 59.

1. Es hat niemand, weder von *mir* noch von einem anderen Herrn der Parteileitung eine Autorisation oder Vollmacht zu einer Opposition innerhalb der österreichischen nationalsozialistischen Partei ausgestellt erhalten.

2. Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Sitz der Reichsparteileitung München, hat *nicht mehr das Gefühl der restlosen Übereinstimmung mit der Nationalsozialistischen Partei Österreichs* und deren Untergliederungen in bezug auf eine Anzahl wichtiger Fragen. Außenpolitisch: *Südtiroler Frage*, innenpolitisch: die Auseinandersetzung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei mit den verschiedenen *völkischen Stänkergruppen* im Reich usw.

3. Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei mischt sich aus diesem Grunde in die österreichischen innerparteilichen Angelegenheiten so lange nicht hinein, solange nicht ideenmäßig wenigstens die volle Übereinstimmung wiederhergestellt ist. Sie wird von sich aus diesem Grunde auch *gegen keine Opposition Stellung nehmen*, sondern sie kann nur wünschen, daß, wenn eine solche Opposition besteht, aus dem dadurch bedingten Kampf diejenige Gruppe erfolgreich hervorgehen möge, die bereit ist, ihre Hand zur restlosen, nicht nur ideenmäßigen, sondern auch organisatorischen Einheit der Bewegung zu bieten.

München, den 24. April 1924

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Parteileitung:
Adolf *Hitler*, erster Vorsitzender

27. April 1926 Dok. 138
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 538, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

[*Hitler*] führte folgendes aus: Schon vor Jahren sahen wir voraus, daß das jetzige Wirtschaftselend bzw. die Vernichtung des Mittelstandes, der Industrie kommen wird. Der Krieg war zu Ende, und schon wurde von dem internationalen Juden der Samen gestreut, deren Früchte heute deutlich ersichtlich sind. Der neueste Typ ist, daß man das Deutsche Reich von Berlin aus mit allen möglichen Verträgen mit Rußland [2] usw. schützen will. Der Staat besitzt nicht die Kraft, unsere Jugend, besonders jene mit 20-22

Zur weiteren Entwicklung vgl. auch Bd. II, Dok. 10 und 21.

1 Im Gasthof "Deutsche Eiche", nach 20.30 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht 63 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Karl Ostberg geleitet. Vor Hitler sprach Hans Buchner, VB-Redakteur für Wirtschaft und Soziales, über Wirtschaftsfragen.

2 Anspielung auf den am 24.4.1926 unterzeichneten Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit der Sowjetunion.

Jahren, zu Sport als Pflichtsache auszubilden und auch diese mit der Latte (Gewehr) zu betrauen [*sic!*].

Nürnberg war einst als große Judenstadt bekannt, und heute wagt es trotz alledem unser Parteigenosse Streicher, gegen sie Sturm zu laufen, und nachweislich mit bestem Erfolge. Mich fürchtete man und es wurde sogar die Behauptung aufgestellt, daß wegen mir keine Fremden nach Garmisch kommen und dort deswegen kein Geschäft gemacht würde. In letzter Zeit durfte ich nicht mehr sprechen und deswegen werden in Garmisch auch nicht mehr Fremde gewesen sein.

Wenn Dr. Held heldenhafte Reden schwingt [3], so nimmt man das in Berlin in Wirklichkeit doch nicht sehr tragisch, denn Held meint es ja nicht so und ist für das Reich auch nicht so gefährlich als ich. Wir gehen unsern eingeschlagenen Weg weiter wie bisher, bis wir das Ziel erreicht haben. [4]

29. April 1926 — Dok. 139
Erklärung

VB vom 29.4.1926, "Danksagung".

Für die anläßlich meines Geburtstages [1] übermittelten Glückwünsche sage ich - da es mir bei der großen Zahl unmöglich ist, jedem einzeln zu danken - auf diesem Wege meinen herzlichen Dank.

Adolf Hitler

3 Anspielung auf die stark außenpolitisch akzentuierte Rede des bayer. Ministerpräsidenten am 24.4.1926 anläßlich der Tagung der Landesausschusses der BVP in Regensburg. Teildruck: Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1926, "Um die Existenz des bayerischen Staats ...". Vgl. auch VB vom 27.4.1927, "Des Helden Klagelied"; VB vom 29.4.1926, "Redeverbot für Held!".

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 20.4.1889.

2. Mai 1926 Dok. 140
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwerin [1]

Mecklenburger Nachrichten vom 4.5.1926, "Hitler in Schwerin. Eine nationalsozialistische Kundgebung in der Landeshauptstadt" [2].

[*Hitler*] begann mit der Erinnerung an die Maifeier und fuhr dann fort:

Gestern wurde der 1. Mai gefeiert und überall konnte man jene Tafeln sehen, die mit Aufschriften versehen waren, wie sie seit 30 Jahren üblich sind. Aber durch diese Tafeln beweist man am schlagendsten, daß solche Forderungen noch immer nicht erreicht sind. Nur eines ist erreicht und geblieben, die Not. Die materielle und die seelische Not, unter der unser deutsches Volk so unendlich leidet. Die Revolution hat vieles hinweggefegt, aber sie hat vor allem auch jene Leute gestärkt, die hinter den Revolutionshelden standen und die heute noch von der "Frankfurter Zeitung" bis zum "Vorwärts" ihren Einfluß in Deutschland geltend machen. So ist in Deutschland höchstens jene breite Masse zufrieden, die sich zu jeder Zeit auf den Boden der Tatsachen stellt, aber die zu feige ist, die Dinge zu wandeln. Sie würde sich freilich morgen ebenso mit einer Wandlung umstellen können.

Hätte es nun in Deutschland nach der Revolution schlimmer kommen können, wenn die ganze bürgerlich-nationale Einstellung nicht gewesen wäre? Auch die Anhänger des bürgerlichen Nationalismus sind heute noch unzufrieden, weil ihre Hoffnungen unerfüllt blieben. Von dem Gesichtspunkte aus, daß die herrschenden Kräfte unserer Politik die beiden Gruppen der Rechten und der Linken sind, kann man sagen, daß keine von ihnen das erstrebte Ziel erreichte. Weder die Rechte, die gegen internationale Gewalten ein nationales Reich schaffen wollte, noch der Marxismus. Wir alle haben zusehen müssen, wie das Wort national einen üblen Klang erhielt, seitdem jene vom internationalen Kapital bezahlte Revolution aus Deutschland eine internationale Provinz gemacht hat. Wie kam es, daß keine der politischen Parteien ihre Ziele erreichte? Diese Ziele müssen entweder nicht richtig gewesen sein oder man hat sie nicht mit der nötigen Energie vertreten. Aber zuerst muß man sich immer wieder fragen, wie es möglich war, daß unser deutsches Volk den nationalen Gedanken so restlos verlor?

Der Redner geht nun auf die Entwicklung des nationalen Bewußtseins ein und begründet die Schwäche und die geringe Widerstandskraft des nationalen Bewußtseins

1 In der Stadthalle, von 16.30 bis 19.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 (VB: 3.000) Personen teilnahmen, wurde von dem Hamburger Gauleiter Josef Klant geleitet. Der vom NSDAP-Landesverband Hamburg organisierte "Deutsche Maitag", an dem sich Abordnungen aus Hamburg, Bremen, Stade, Lübeck, Lüneburg, Mölln, Rostock, Wismar, Greifswald und Berlin beteiligten, begann am Vormittag mit einem Umzug von etwa 1.000 Nationalsozialisten durch die Stadt.

2 Vgl. auch Hamburger Nachrichten vom 3.5.1926, "Adolf Hitler sprach"; Der nationale Sozialist für Sachsen vom 9.5.1926, "Adolf Hitler in Schwerin" (Nachdruck: VB vom 13./14.5.1926, "Hitler in Schwerin"); Vorankündigung im VB vom 25./26.4.1926, "Aus der Bewegung". Sowie Lagebericht Mecklenburg (Schwerin) Nr. 5 vom 25.5.1926; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1777/305.

damit, daß die deutsche Nation noch vor hundert Jahren keinen eigentlichen nationalen, sondern höchstens einen landesherrlichen Stolz kannte. Unsere Volksgenossen hätten den eigentlichen Nationalstolz erst durch die gemeinsamen Taten bei der Gründung des Deutschen Reiches erworben. Der Träger des ganzen Nationalbewußtseins sei im weiteren Verlauf der Entwicklung die bürgerliche Partei, also der Besitz, gewesen. Der Besitz wollte das Nationalbewußtsein in eine Form bringen, die alle Kreise umfaßt. Aber das sei dem Besitz nicht gelungen, weil er den nationalen Gedanken mit der bestehenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verknüpfte. Wer gegen diese Formen auftrat, sei als antinational verschrien gewesen. Damit wäre dann der nationale Gedanke eigentlich schon in seiner Entwicklung auf die bürgerlichen Kreise beschränkt geblieben. Gleichzeitig hätte mit der Entwicklung des nationalen Reiches eine andere Bewegung eingesetzt: die Bildung des vierten Standes.

Der Redner schildert sehr ausführlich die Bildung dieses vierten Standes. Dieser Stand sei zwar besitzlos gewesen, er hätte aber die ganze brutale Entschlossenheit des Handelns, die dem Bürgertum fehlte, besessen. Vom Bürgertum sei außerdem die Notwendigkeit verkannt [*worden*], daß gerade diese breiten Massen die Träger des Nationalbewußtseins werden mußten und daß das Nationale niemals auf eine kleine geistige Oberschicht beschränkt werden darf. Wir sollten nun nicht das nationale Problem mit der Behauptung abtun, daß die Anhänger internationaler Ideen in unserem Vaterlande zu schlecht und darum unfähig für ein nationales Empfinden seien. Wer am deutschen Manne und der deutschen Frau verzweifle, der brauche nur auf die Jahre des Weltkrieges zurückzublicken.

Nach alledem wäre es nicht möglich gewesen, das Wort national zu beschimpfen, wenn nicht die Träger des nationalen Gedankens unglaubliche Fehler begangen hätten. National sei ein dynastischer Begriff und national der Mensch, dem es gelänge, das Volk innerlich zusammenzubinden und für diese völkische Bindung zu schaffen und zu arbeiten. Die breite Masse habe aber gerade den Nationalismus in einer unsozialen Form kennengelernt. Was das Bürgertum versäumte, das hätte der internationale Jude eingeholt, weil er in der breiten Masse die große Trägerin seiner Zukunftsherrschaft sah. Heute, so schloß der Redner zusammenfassend seine Ausführungen über das Nationalbewußtsein, fehle es an Energie für die Durchsetzung des einheitlichen nationalen Gedankens. Aber gerade diese Energie bedeute die Voraussetzung einer gefestigten Weltanschauung. Die herrschenden politischen Meinungen seien nichts als Tageserscheinungen, weil ihnen das Fanatisch-Religiöse fehlt, das allein einer politischen Weltanschauung zum Erfolg verhelfen werde.

Der Redner ging dann auf das Wesen des Großkapitals und auf den Marxismus ein und untersuchte zuletzt, wie weit das Persönlichkeitsprinzip Träger der Kultur ist. Ein abgeschlossenes Kulturbild entstehe aus der Zusammenarbeit von hunderttausenden Persönlichkeiten. Und diese Persönlichkeit wurzele letzten Endes in der Rasse. Darum könnte es nichts Internationales geben. "Und darauf kommt es an, wer das Kulturgut geschaffen hat. Was als Kulturgut da ist, muß Eigentum des Schöpfers und dessen Urgrund, der Rasse, bleiben." Das, was wir als Wirtschafts- und Kulturkapital bezeichnen,

sei das Ergebnis der Arbeit unserer arischen Rasse. Aber in dieses Kapital habe sich ein Parasit, nämlich das Zinskapital, eingeschlichen. Dieser Stelle der Rede folgte die Betrachtung der Judenfrage.

Hitler bringt gerade über dieses Problem nichts Neues. Er behandelt es manchmal sogar in einer Art, die für seine Einstellung vielleicht verzeihlich oder gar milde sein mag, die aber denjenigen, der eine sachliche Durchdringung erwartet hat, zweifellos abstößt.

Zuletzt, kurz vor dem Ende seiner Ausführungen, nennt er dann in sehr großen Zügen die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung. Hitler sagt da, daß seine Bewegung schon seit 1919 zwei herrschende Gesichtspunkte herausgegriffen hat. Es soll erstens ein politischer Glaube geschaffen werden, der unser Volk aus den Zweifeln und der Verzweiflung herausreißt, und weiter muß sich ein heiliges Nationalgefühl mit einem fanatischen sozialen Gerechtigkeitssinn verbinden. Der Wert dieser Ziele ist nach Hitler dadurch genügend erprobt, daß er selbst vor sechs Jahren allein stand und erst nach dem mühevollen Ringen eines ganzen Jahres etwa 60 Anhänger um sich scharen konnte, während er heute überall, wohin er kommt, Tausende gleichen Glaubens findet. [3]

9. Mai 1926 — Dok. 141
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eutin [1]

Anzeiger für das Fürstentum Lübeck vom 15.5.1926, "Adolf Hitler in Eutin" [2].

Deutsche Volksgenossen!

Als im November 1918 die Revolution ausbrach, erwarteten und versprachen die Führer der Linken eine Periode des Wohlstandes, der Schönheit und Würde für das deutsche Volk, zugleich erfolgte die Kampfansage an den Kapitalismus, da das freie Volk sich selbst regieren werde. Brot - Freiheit - Würde wurden in Aussicht gestellt. Wer aber ist mit den jetzigen Zuständen zufrieden? Nicht die von rechts, nicht die von links. Manche freilich sind zu faul und zu feige, ihre Unzufriedenheit einzugestehen, von denen reden wir nicht. Noch weniger von denen, die nur raffen wollen, ein kleiner Klüngel von Menschen, die die bestehende Not zu ihrem Vorteil ausbeuten. Das Jahr 1918 hat die Wün-

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im "Schloßhotel", von 11.00 bis 13.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von Gauleiter Hinrich Lohse geleitet. An der gut besuchten Versammlung nahmen Ortsgruppen aus ganz Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck teil.

2 Vgl. auch Kieler Neueste Nachrichten vom 11.5.1926, "Adolf Hitler in Eutin"; Ostholsteinisches Tageblatt vom 11.5.1926, "Hitler in Eutin"; VB vom 12.5.1926, "Hitler in Eutin"; Völkischer Herold vom 21.5.1926, "Hitler in Eutin"; VB vom 27.5.1926, "Unser Vormarsch. Altona".

sche der Linken nicht erfüllt. Brot! Ja, das ist knapp, die Arbeitslosigkeit nimmt zu ... 1918 glaubten Schwärmer den Achtstundentag festgelegt. Heute ersehnen viele, daß sie wenigstens acht Stunden die Woche arbeiten dürften. Sie haben weder Arbeit noch Brot. Andere im Amt, z. B. der Reichseisenbahn, müssen mehr als 12 Stunden arbeiten bis zur Erschöpfung täglich. Man schreit danach, arbeiten zu dürfen! Ein jammerhafter Zustand. Die Freiheit verhieß man uns! Ja, die Staatsautorität dient doch nur dazu, das Volk "erfüllen" lassen zu können. Wir werden regiert von fremder Hand nach dem Geist fremder Diktate, und all das Gerede im Reichstag bedeutet doch nur, daß man sucht, Wege zu finden, wie wir die Forderungen der Fremden erfüllen können, ohne dabei zugrunde zu gehen, ohne zu verhungern. Unsere Lebensart dient nur andern. Das ist unsere Freiheit! Unsre Würde! Um die zu halten, mußten wir eine Anleihe beim alten Staat machen, wie das der Flaggenstreit deutlich zeigt. Wir wechselten zum Staunen aller Völker die Flagge, wie man ein schmutziges Hemd wechselt. Wir hängen zweie heraus [3]. Schwarz-Rot-Gelb und Schwarz-Weiß-Rot mit einem rotgelben Streifen im oberen Flaggenstockeck. Was das Ausland dazu sagt? Es lacht und spottet über uns. Seit mehr als 120 Jahren hat z. B. Frankreich seine Flagge Blau-Weiß-Rot; ob es Republik, Kaiserreich, wieder Republik, wieder Kaiserreich und nochmals Republik war, es hielt treu fest an seiner Flagge. Diese ist Flagge des Volkes, und die Staatsform geht sie gar nichts an. Die Flagge ist Symbol des Volkes, nicht der Staatsform. Bleibt die Flagge, so bleibt die Würde. Mag der Träger der Flagge mit ihr tot zusammenbrechen, das entwürdigt die Flagge nicht. Besudelt kann sie von keinem Gegner werden, nur durch den eigenen Träger. Das geschah bei uns. Kann man sich wundern, wenn die Republik so wenig Würde zeigt, wenn sie die Flagge geändert hat? Würde und Ehre werden als veraltete Begriffe angesehen! Wer kann ohne Ehre und Würde leben? Allenfalls der Sklave, der braucht nur zu arbeiten für andere. Brot, Freiheit und Würde, sie fehlen uns; wir sind kein souveräner Staat mehr. (Stürmischer Beifall.) Gespalten ist das Volk, die eine Gruppe denkt international, die andere national-monarchistisch. Diese zweite erhoffte eine große Zukunft für das Reich. Doch ergab der November 1918, daß der nationale Gedanke nicht in weiten Kreisen des Volkes Wurzel gefaßt hatte. Und der neue Staat ist ein Staat der Negation. Die erste international denkende Gruppe träumt von der Weltsolidarität, von der Vernichtung der bürgerlichen Gewalt. Es war ein Traum, einem Phantom jagten sie nach. Unsere Feinde bedrohen uns mit dem Militarismus mehr als je. Stärker als je ist der Kapitalismus, der internationale! Die Finanzmächte, die internationalen, sind Trumpf in der Welt trotz 70jährigem Kampf gegen den Kapitalismus. Keine der beiden Gruppen also hat ihr Ziel erreicht! Warum haben die von rechts nicht dem nationalen Gedanken zum Siege verholfen? Man sagt, die unteren Stände seien eben Gesindel, nicht fähig des nationalen Gedankens. Wenn es so liegt, hat es keinen Zweck, überhaupt noch Politik zu treiben, wenn 16 Millionen unseres Volkes Gesindel sind, dann muß das deutsche Volk untergehen. Eine solche Erklärung ist zu billig, sie ist gewissenlose Gedankenlosigkeit. Wer trägt die Schuld, daß die 16 Millionen

3 Anspielung auf die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom 5.5.1926, die die deutschen Gesandtschaften und Konsulate im Ausland anwies, neben der Reichsflagge (Schwarz-Rot-Gold) auch die Handelsflagge in den alten Farben des Hohenzollernreiches (Schwarz-Weiß-Rot) zu führen.

nicht national denken? Charaktereigenschaften werden angeboren, wer mutig von Natur ist, ist's immer. Wer feig veranlagt ist, bleibt's immer ... Anerzogen können solche Eigenschaften nicht werden. Die Probe auf den Anstand ist der Kampf vor dem Feind. Diese Proben haben die 16 Millionen Arbeiter glänzend bestanden. Man plant überall das Denkmal für den unbekannten Soldaten, der ungenannt treu seine Pflicht erfüllt. Das größte Denkmal müßte man dem deutschen Soldaten setzen, dem kleinen Mann, der vom Vaterland wenig wußte, wenig von ihm hatte als nur Not und Arbeit und der doch seine Pflicht tat. Ja, gearbeitet haben ja alle, aber die Bessergestellten hatten nach der Arbeit doch auch Ruhe und Segen und Genuß, die Wohlhabenden auch geistige Genüsse, Bildung, Museen. Der Arbeiter hatte manchmal Verdienst, manchmal nicht: im Hintergrunde immer die Not, den Hunger, die ärmliche Wohnung. Und dieser deutsche Mann der Arbeit hat gefochten 4 Jahre lang. Sind das Lumpen?

Das deutsche Volk ist reich an Tugenden, wie kein Volk der Welt. (Brausender Beifall.) Unser Nationalgefühl war nicht, was es sein sollte. Unser Volk ist wie Kinder zu leiten, leicht zu verderben, leicht zu verführen ... Wer die niederen Stände anklagt, soll sich fragen, ob er selbst nicht etwa mitschuldig ist. Haben wir denn alles getan, was wir konnten? Die von rechts haben schwere Schuld auf sich geladen. Sie sagen, national sind wir. Sozialismus ist international, beide verhalten sich wie Feuer und Wasser. Das ist ein oberflächliches Urteil. Wie war denn um 1800 der deutsche Nationalismus beschaffen? Damals bestand die Bindung nur an den eigenen Staat, d. h. an die betreffende Dynastie ... Nur die Intelligenzschichten sahen über die Grenzpfähle der Dynastien hinaus. Die Einigung war nur im Beginn, in ihren Anfängen vorhanden. So machte man 1848 die ersten schüchternen Versuche, aus den 36 oder 40 verschiedenen Vaterländern ein einziges zu machen. Man wußte nicht, daß nur das Schicksal, der Kampf, ein Land einigen kann. Bis dann endlich der Riese kam, der mit gewaltiger Hand die Einigung vollzog. Mit dem neuen Kaiserreich ersteht der neue Staatsgedanke. Wer vertrat diesen nationalen Gedanken? Das Bürgertum, der Besitz, aber er vermittelte ihn nicht dem ganzen deutschen Volke. Diese Besitzer der materiellen und der geistigen Güter standen der schweren Aufgabe gegenüber, das Volk umzukrempeln, es zu nötigen, die Länder zurückzustellen, das Reich voranzustellen. Und diese schwerste Arbeit, die inmitten schwerer wirtschaftlicher Kämpfe zu leisten war, gelang nicht bis zur Vollendung. Das ist die Ursache unserer Schwäche. Die Volkszahl wuchs. Wir mußten entweder Menschen exportieren oder Waren, um die Volksmenge zu ernähren, entweder Länder zum Ackerbau erobern oder das Land industrialisieren. Wir wählten das letztere. Dadurch entstand der vierte Stand, das sogenannte Proletariat ... Will man das Proletariat verurteilen, so sehe man ab vom Äußeren, von Kleidung und Wohnung. Jetzt sagt man mit Entsetzen: "So verkommen sehen die Arbeiter aus." War dies Menschenmaterial schlecht? Nein! War der Arbeiter schlecht, der mit kleinem Bündel von der Scholle in die Stadt zog? Diese Zuwanderung nach Amerika machte dies Land groß. Wer wandert, hat Mut, Vertrauen auf die eigene Kraft. So ist einst das Land östlich der Elbe durch Einwanderung dem Vaterlande gewonnen [*worden*]. Drang zur Tat erfüllte diese Leute. So wurden die Großstädte jetzt angefüllt mit dem besten Menschenmaterial ... Darf man jetzt die mitteldeutschen Arbeiter "degeneriertes Zeug" nennen? Hat man sich um diese

Arbeiter gekümmert? Diese Aufgabe wurde nicht gelöst, nur auf einem Bein stand der Staatsgedanke. Das andere wurde stärker und warf das erste um. Im Ringen um das tägliche Brot übertrug man mechanisch die 14stündige Arbeit des Landarbeiters auf die Fabrik, auf den Bergbau und wunderte sich, wenn der Großstädter Abbau der Arbeit forderte. Das sind nur wirtschaftliche Kämpfe, sagt man. Es war ein Irrtum, denn unser Wohl fordert, daß das Proletariat frisch und gesund bleibt mit den andern Volksschichten. Dem bestehenden "Wirtschaftsgedanken" opferte man jede Rücksicht auf das Volkswohl! Verrücktheit war's. Denn wenn das Proletariat zugrunde geht, stürzt die Wirtschaft mit. Das Bürgertum aber betonte einseitig die Wirtschaft, die nicht leiden dürfe. Man sprach vom degenerierten Volk, man lehnte engherzig Forderungen ab, die man später doch bewilligen mußte. So stand der Arbeiter mit seinen gerechten Forderungen allein da. Der Führer fehlte ihm. Dem wertvollen Teil des Volkes in den Großstädten gab nicht das gedankenlose Bürgertum den Führer, sondern der Jude und versprach Hilfe; half auch ein wenig. Er sah, hier ist eine Millionenarmee, wer sie führt, kann ihre Faust hinfallen lassen, wohin er will, wenn er sie nur zu leiten versteht. Denn sie hat wenig Intellekt, da sie die Zeit zur Arbeit braucht! Er spielte sich in das Vertrauen der Arbeiter ein, um ihre Faust gegen das Bürgertum zu richten. Der Arbeiter sollte helfen, die nationale Wirtschaft zu vernichten. - Nun erinnere man sich an die äußere Lage. Die Welt war verteilt, als das Deutsche Reich erstand. Sein wirtschaftlicher Wettbewerb wurde überall schmerzlich empfunden. Das ergab die schwerste Belastung des Reiches ... Es war nötig, den nationalen Gedanken in die Masse des Volkes zu tragen. Explosives mit Explosivstoff zu füllen, daß es in der Gefahr aufflammte wie ein einziges Pulverfaß. Mit nationaler Elektrizität mußte es geladen sein. Ein Riese mußte diese Aufgabe leisten. (Langanhaltender Beifall.) Die oberen Schichten aber waren gebunden durch materiellen und geistigen Besitz. Frei ist, wer nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hat, das erst macht unüberwindlich ... Auch geistiger Besitz hemmt den Krieger, ebenso wie materieller. Darum muß eine Idee, soll sie unüberwindlich sein, in der breitesten Masse liegen, die nichts zu verlieren, alles aber zu gewinnen hat. So wurde das Christentum groß, so muß der nationale Gedanke in der breitesten Masse Halt finden, wenn er siegen soll. Das fehlte ihm, und darum scheiterte er. Es waren nicht die unteren Millionen gewonnen, es fehlte die Aufzucht der breiten nationalen Volksmassen. Wehe dem Volke, dessen untere Schichten verkümmern! Die von links bekämpfen den Kapitalismus, den Militarismus, den Kaiserismus. Und doch können die von links den führenden Kopf nicht entbehren. So kommt ihnen der internationale Führer als Jude recht. Sie begreifen nicht, daß er an ihrem Gedeihen gar kein Interesse hat, daß sie für ihn nur das große Tier sind, das ihm dient, daß sein Kampfziel ein anderes ist. Die von links haben gesiegt: sie haben aber nur die deutsche Wirtschaft getroffen, von der doch ihr Dasein abhängt. Dafür haben sie dem internationalen Kapital aufgeholfen, das uns jetzt beherrscht. Man bekämpft den Militarismus. Das ist doch die organisierte Volkskraft des Landes zum Zwecke der Verteidigung ... Erst der Mißbrauch des Heeres gegen die Lebensinteressen des Volkes kann Militarismus genannt werden ... Kapitalismus wird als System der Ausbeutung gekennzeichnet. Die Werkstatt und die Maschine, der Erfinder und das Betriebskapital,

alle drei sind nötig zur Warenerzeugung ... Man will sozialisieren und den Inhaber, die Person, abschaffen. Ist Produktion ohne den Erfinder denn möglich? Auch der Organisator ist ein Erfinder. Wer wird denn Leiter? Der Staat erhebt sich nach Altersstufen. Im Leben aber erfolgt die Auslese, der Erfinder muß sich durch jahrelange Arbeit emporarbeiten. Er muß die persönliche Verbundenheit zu seinem Werke empfinden, dazu die persönliche Belastung mit Verpflichtung. Nur das Eigentumsrecht gibt diese beiden. Gemeinschaft kann diese Initiative nicht ersetzen. Hunger und Liebe sind die beiden Triebfedern: vor allem aber die Liebe zum Kinde. Das ist ein elementares Naturgesetz, die Fürsorge für die Nachkommen ... Das ist ein Gesetz der Weltordnung, das man nicht brechen kann. Und Produktion ist ohne Eigentum, das die Fürsorge für die Kinder einschließt, nicht denkbar. Man bekämpft angeblich von der linken Seite den Kapitalismus, hat aber dabei die brutalste Herrschaft des internationalen Kapitals errichtet, die die Welt je gesehen hat. Also hat auch der Sozialismus sein Ziel nicht erreicht.

Aus diesen Erkenntnissen heraus wurde vor sechs Jahren unsere junge nationalsozialistische Bewegung gegründet. Ihr einziger Gedanke war: wie kann Deutschland wieder hochkommen? Dazu gehören in erster Linie machtpolitisches Wollen und eiserne Köpfe, die sich aufbäumen gegen die Schande, die auf dem deutschen Namen lastet. Und stützen muß diese Kräfte eine Persönlichkeit, die aufbaut und den Verfall hemmt. Denn ein Kopf hat auch einst das deutsche Reich geschaffen. Ein neuer politischer Glaube und ein Übermaß an Willen muß korrigieren, was bisher falsch gemacht ist und uns in den Abgrund gestürzt hat. Das sind der Glaube an die soziale Gerechtigkeit und der Wille zur nationalen Freiheit, die keine Gegensätze sind, sondern die sich in dem nationalsozialistischen Gedanken vereinigt haben. Deutschland kann sich von dem Joch der Knechtschaft erst dann befreien, wenn seine 16 Millionen von links fanatische Nationalisten und seine 14 Millionen von rechts glühende Anhänger einer sozialen Gerechtigkeit geworden sind. Und wenn dieser Staat besteht - und Deutschland wird einst nationalsozialistisch sein oder zugrunde gehen -, dann wird sein Symbol, das Hakenkreuz, in seiner Flagge sein. Das rote Tuch, die Farbe der eisernen sozialen Gerechtigkeit, das Weiß, unsere heilige nationale Begeisterung, und das Hakenkreuz als Zeichen der Arbeit. Wir glauben, daß diese Fahne dereinst in Deutschland weht, wenn ein neues Reich aufersteht, für das wir kämpfen und eintreten wollen, das Äußerste und Letzte erdulden. Diese höchste Letzte aber braucht unser Volk an Willenskraft und Überzeugung: denn wenn ein Staat durch ein Übermaß von Feigheit und Schlechtigkeit zugrunde geht, dann kann ihn nur ein Übermaß von Heldentum und Treue wieder retten! (Brausender, nicht endenwollender Beifall.)

15. Mai 1926 Dok. 142
Rede auf NSDAP-Versammlung in Heilbronn [1]

Süddeutsche Zeitung vom 18.5.1926 (AA), "Roter Terror in Heilbronn" [2].

Hitler wurde stürmisch mit Heilrufen begrüßt, die auch während seiner mehr als zweistündigen Rede immer wieder ertönten. Seine Angriffe galten sowohl den Rechts- als auch den den Linksparteien, insbesondere natürlich der marxistisch-jüdischen Internationale. [3]

22. Mai 1926 Dok. 143
Niederschrift über die Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. in München [1]

Masch. Ausfertigung [2] mit hs. Unterschriften; IfZ, MA 733 [3].

Die Generalmitgliederversammlung ist vorschriftsmäßig einberufen durch Bekanntgabe im Vereinsorgan "Völkischer Beobachter" [4], durch Rundschreiben an die Gauleitungen

1 Im Gartensaal der "Harmonie", von 20.30 bis etwa 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht überfüllt war, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet.
Der "Hitlertag" in der sozialdemokratischen Hochburg Heilbronn, an dem auch etwa 500 Nationalsozialisten aus Baden teilnahmen, war von heftigen Zusammenstößen begleitet. Der Gemeinderat forderte deshalb zwei Tage später in einem Beschluß die Württembergische Regierung auf, künftig solche Versammlungen in Heilbronn zu verbieten. Vgl. Gemeinderatsprotokoll vom 17.5.1926; Stadtarchiv Heilbronn. Das provozierende Verhalten der NSDAP war auch Gegenstand einer Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion mit anschließender Debatte. Vgl. Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 97., 113. und 114. Sitzung vom 20.5., 15.6. und 16.6.1926.

2 Vgl. auch Schwäbische Tagwacht vom 17.5.1926, "Adolf Hitler in Heilbronn"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 18.5.1926, "Das Hakenkreuz provoziert in Heilbronn"; Württembergische Zeitung vom 18.5.1926, "Heilbronn (Allerlei)"; VB vom 19.5.1926, "Adolf Hitler in Heilbronn"; VB vom 20.5.1926, "Hitler in Heilbronn"; Völkischer Herold vom 21.5.1926, "Zur Hitler-Versammlung vom 15. Mai in Heilbronn". Sowie Lagebericht W 19 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 19.5.1926; StA Sigmaringen, Wü 65/36(F 205), 317.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Bürgerbräukeller, von 20.20 bis 23.15 Uhr. Der Eintritt betrug 50 Pfg. Zum Ablauf der Generalmitgliederversammlung vgl. auch Dok. 144.

2 Kopf: "Niederschrift über die Generalmitgliederversammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei - Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein e. V. - am Samstag, den 22. Mai 1926 im Bürgerbräukeller, Rosenheimerstraße zu München".

3 Abschrift: BA, Slg. Schumacher 374; Ausfertigung mit Vermerk "Beglaubigter Durchschlag" und Bearbeitungsstempel des Amtsgerichts München vom 14.6.1926: BA, NS 26/91. Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 49 der Polizeidirektion München vom 22.6.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Ankündigung im VB vom 16./17.5., 20.5., 21.5. und 22.5.1926.

bzw. Ortsgruppen sowie durch Plakatierung [5] in München unter Bekanntgabe nachstehender Tagesordnung:

1. Behandlung der vorliegenden Beschwerden gegen Ausschluß aus der N.S.D.A.P.
2. Kassenbericht des 1. Kassiers.
3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden.
4. Satzungsänderung.
5. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages.
6. Neuwahl der gesetzlichen Vorstandschaft.
7. Festsetzung des Parteitages.

Um 8 Uhr 20 Minuten eröffnet Pg. Stadtrat *Amann* [6] die Versammlung und begrüßt die erschienenen Parteigenossen, insbesondere die Herren *Streicher*, *Feder*, *Dinter*, *Mutschmann*, *Straßer*, *Goebbels* [7], *Frick*. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Generalmitgliederversammlung sowie die Anwesenheit des Vorsitzenden, des Kassiers und des Schriftführers fest. Er teilt mit, daß die Rede des Vorsitzenden von Berufsstenographen des Stadtrates aufgenommen wird, um künftigen Fälschungen vorzubeugen. Hierauf erteilt er dem Vorsitzenden Herrn Adolf *Hitler* das Wort.

I. Herr Hitler teilt mit, daß 7 Beschwerden gegen Ausschlüsse an die Generalmitgliederversammlung gelangt sind, und bittet zur Erledigung dieser Beschwerden um Bildung eines Prüfungsausschusses. Einstimmig werden für diesen Ausschuß gewählt die Herren: *Dr. Frick*, *Straßer*, *Dr. Buttmann*, *Hammerschmidt* [8], *Seidenschwang* [9], *Bauer* [10] und *Ernst* [11].

II. Der Kassier, Herr Franz Xaver *Schwarz*, gibt hierauf den Kassenbericht. (Siehe Akt Rechnungsberichte.) Herr Hitler bittet um Entlastung des Kassiers, welche einstimmig erteilt wird. Hierauf verliest Herr Hitler den von den Herren Exz[*ellenz*] *Heinemann* [12] und *Ostberg* verfaßten Kassenprüfungsbericht.

---

5 Faksimiledruck des Plakats mit Tagesordnung: Adolf Dresler/Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 178.

6 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

7 Joseph Goebbels (1897-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR, 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

8 Hans Hammerschmidt (geb. 1870), Major a. D., 1912 Lehrer, 1923 Teilnehmer am Hitler-Putsch.

9 Georg Seidenschwang (1891-1971), Kaufmann, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1927 Führer der SA-Standarte I in München, 1928 Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen.

10 Josef Bauer (1881-1958), Lehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Führer der NSDAP-Sektion Süd in München, 1928 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beim NSDAP-Gau München, 1930 NSDAP-Reichsredner, 1932/33 MdL in Bayern, 1933-1945 Stadtschulrat in München und Vorsitzender des Bayer. Lehrervereins, 1940 SS-Brigadeführer.

11 Nicht ermittelt.

12 Bruno Heinemann (1858-1938), Generalleutnant a. D., 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925-1927 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1926/27 Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

III. Hierauf folgt der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden, Herrn Adolf Hitler. (Siehe Bericht über die Generalversammlung im Völkischen Beobachter vom 23. Mai 1926 [13].)

IV. Hierauf verliest Herr *Schwarz* die an 3 Stellen abgeänderten Satzungen des N.S.D.A.V. e. V. Diese Satzungen werden einstimmig angenommen. (Siehe Beilagen [14].)

V. Herr Hitler schlägt vor:

1. den monatlichen Mitgliederbeitrag auf 50 Pfg. festzusetzen.
2. eine monatliche S.A. Steuer von 10 Pfg. zu erheben.
3. außerdem eine einmalige Steuer von 50 Pfg. zu erheben, wovon 30 Pfg. für den Wahlkampf in Mecklenburg [15], 20 Pfg. zum Ausbau der Geschäftsstelle in München zu verwenden sind.

Diese Vorschläge werden einstimmig angenommen [16].

VI. Hierauf legt die Vorstandschaft ihre Ämter in die Hände der Mitglieder zurück. Die Neuwahl, welche von Pg. *Amann* geleitet wird, ergibt die einstimmige Wiederwahl wie folgt:

Vorsitzender: Herr Adolf *Hitler*.
Kassier: Herr Fr. Xaver *Schwarz*.
Schriftführer: Herr Hermann *Schneider*.

VII. Der Parteitag 1926 wird vom Vorsitzenden auf 4. Juli in Weimar [17] festgesetzt.

Anwesend sind laut ausgegebener Eintrittskarten 657 Parteimitglieder [18].

Schluß der Versammlung ca. 10 Uhr 45 Minuten [19].

Adolf Hitler
Vorsitzender
Hermann Schneider
Schriftführer

13 Vgl. Dok. 145.
14 Vgl. Dok. 146.
15 Die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin fand am 6.6.1926 statt.
16 Vgl. Mitteilung der NSDAP-Parteileitung vom 26.5.1926, in: VB vom 27.5.1926, "Aus der Bewegung".
17 Vgl. Bd. II, Dok. 3-7.
18 Der Polizeibericht spricht von etwa 2.500 anwesenden Parteimitgliedern.
19 Die stenographische Mitschrift der Generalmitgliederversammlung (Dok. 144) nennt als Versammlungsschluß 23.15 Uhr.

22. Mai 1926 Dok. 144
Protokoll der Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. in München [1]

Masch. Ausfertigung [2] mit hs. Korrekturen; BA, NS 26-81/82 [3].

Geschäftsführer Amann begrüßt die Versammlung und stellt fest, daß die Generalmitgliederversammlung, der die Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung obliegt, ordnungsgemäß einberufen wurde.

1. Vorsitzender Adolf Hitler: (Mit lebhaften Heilrufen und Beifall begrüßt.) Meine liebwerten Genossen und Genossinnen! Wie Ihnen Herr Amann schon sagte, erfüllen wir mit der Abhaltung der heutigen Mitgliederversammlung ausschließlich nur eine gesetzliche Verpflichtung als eingetragener Verein. Wir haben deshalb auf diese Versammlung keinen Wert gelegt und auch keine Propaganda dafür gemacht. Unser Parteitag wird nicht hier stattfinden, sondern in einem anderen Ort, wo keine Maulsperre für uns vorhanden ist (Beifall), und zwar auch keine Maulsperre für öffentliche Beratungen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man schließlich hinter verschlossenen Türen oder zu ausgesiebten Mitgliedern sprechen darf, draußen aber nicht. Wir sind als gesetzlich eingetragener Münchner Verein leider verpflichtet, unsere Mitgliederversammlung hier abzuhalten. Unseren Parteitag werden wir in Weimar [4] abhalten. Vorgesehen war hierfür zunächst der 6. Juni [*1926*]; doch ist die Einhaltung dieses Termins nicht möglich, da an diesem Tage bekanntlich die Mecklenburger Wahlen stattfinden. Wir mußten daher unseren Parteitag auf 4. Juli [*1926*] verschieben. Dort werden wir Ihnen dann ein Bild über die politische Bewegung unserer Partei geben. Heute handelt es sich, wie gesagt, nur darum, einer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Die erste gesetzliche Pflicht, die wir zu erfüllen haben, ist statutengemäß die Erledigung einer Anzahl Beschwerden gegen Ausschlüsse. Es sind 7 Beschwerden gegen Ausschlüsse zur Generalmitgliederversammlung angemeldet worden. Jede einzelne Beschwerde hat natürlich ihre zum Teil sehr umfangreiche Vorgeschichte. Es ist praktisch unmöglich, die Generalmitgliederversammlung 3 Stunden lang mit Beschwerden zu beschäftigen, gegen einen Ausschluß, der bereits zweimal, oder besser gesagt, sogar dreimal schon bestätigt wurde. 3 Instanzen, zunächst die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe, dann der Gauführer und schließlich die Parteileitung haben hiezu schon Stellung genommen. Die 4. Instanz wäre die Generalmitgliederversammlung. Es sind zudem einige Sachen dabei, die wir nicht hier öffentlich erledigen wollen, weil wir keine Lust haben, unseren Gegnern Gelegenheit zu geben, über lächerliche Kleinigkeiten ein großes Geschrei zu erhe-

---

1 Im Bürgerbräukeller, von 20.20 bis 23.15 Uhr. Zum Ablauf der Generalmitgliederversammlung vgl. auch Dok. 143.

2 Kopf: "Generalmitgliederversammlung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und des Nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins e. V. vom 22. Mai 1926 abends 8 Uhr in München, Bürgerbräukeller".

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 49 der Polizeidirektion München vom 22.6.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Am 3./4.7.1926. Vgl. Bd. II, Dok. 3-7.

ben. Ich schlage Ihnen daher vor, eine kleine Kommission zu wählen, die sich sofort hinauf begibt, um zusammen mit dem Schlichtungsausschuß die Akten durchzustudieren. Hoffentlich wird sie in 3 Stunden fertig sein, damit sie dann der Mitgliederversammlung Vorschläge unterbreiten kann, ob in den verschiedenen Fällen der Ausschluß bestätigt oder rückgängig gemacht werden soll. Ich möchte betonen, daß es sich nicht um Ausschlüsse handelt, die von der Parteileitung beantragt werden, sondern um Anträge von Ortsgruppen, zum Teil in Norddeutschland, zum Teil in Westdeutschland, die in 3 Instanzen bereits durchgeprüft und überall als zu recht erfolgt bestätigt wurden. Statutengemäß haben die Ausgeschlossenen aber wenigstens heuer das Recht, auch zur Mitgliederversammlung noch Berufung einzulegen [5]. Im nächsten Jahr wird das nicht mehr möglich sein, denn wenn unsere Bewegung so weiter wächst, haben wir dann schließlich mit 50 oder 60 derartigen Beschwerden zu rechnen, so daß die Mitgliederversammlung weiter nichts zu tun hätte, als derartige Beschwerden zu erledigen. Es soll daher der einschlägige Passus der Statuten geändert werden. Ich bitte nun um Vorschläge aus der Versammlung über die Zusammensetzung der Kommission. Es wird zweckmäßig sein, nicht lauter Parteigrößen zu wählen, sondern auch gewöhnliche Parteigenossen, damit Sie sehen, wie sorgfältig wir in solchen Fragen verfahren. In die Kommission werden gewählt die Herren: [*Auslassung im Text*] [6]

Ich weiß nun allerdings nicht, ob die Kommission sofort in Tätigkeit treten will. Wahrscheinlich wird sie wohl auch unseren Rechenschaftsbericht hören wollen. Es ist anzunehmen, daß die Prüfung rasch erledigt sein wird, nachdem 6 oder gar 8 Herren damit beschäftigt sind. Sollte die Kommission bis zum Schlusse der Versammlung zu keinem Ergebnis kommen, so bitte ich die Mitgliederversammlung jetzt schon, den Entschluß der Kommission ohne weiteres zu billigen. - Zustimmung.

Wir kommen dann zu Punkt 2 unserer Tagesordnung.

Bericht des 1. Kassiers. Kassier Schwarz: [*Auslassung im Text*] [7]

Vorsitzender: Liebwerte Parteigenossen und -genossinnen! Es ist jetzt meine Pflicht, Sie zu bitten, dem Kassier Entlastung zu erteilen. Von mir aus ist er ohne weiteres entlastet. Ich schätze es als ein besonderes Glück, daß wir im vergangenen Jahr Herrn Schwarz als Kassier bekommen haben. Ich habe ihn früher nicht gekannt, muß aber sagen, mit Herrn Schwarz hat die Bewegung einen ebenso emsigen und fleißigen wie grenzenlos aufopferungsfähigen Mann erhalten. Er wird von vielen Leuten als Angestellter der Partei angesehen, weil er von frühmorgens bis spätabends in der Geschäftsstelle tä-

5 § 4 der Satzung vom 21.8.1925. Vgl. Dok. 64.

6 Die Kommission bestand aus: Wilhelm Frick, Gregor Straßer, Rudolf Buttmann, Hans Hammerschmidt, Georg Seidenschwang, Josef Bauer und Pg. Ernst. Vgl. Dok. 143.

7 Der Polizeibericht macht hierzu folgende Angaben: "Aus dem Kassenbericht des Parteikassiers Schwarz war zu entnehmen, daß in der Zeit vom Februar [*19*]25 bis zum 30. April [*19*]26 sich die Gesamteinnahmen der Partei auf 55.000 M., die Ausgaben auf 54.700 M., die Außenstände an Mitgliederbeiträgen 18.000 M. und die Außenstände an uneinbringlichen Beiträgen 15.000 M. belaufen. In diesen Zahlen ist die im Jahre 1925 durchgeführte Sammlung für die Hitlerspende in Höhe von 7.500 M., der Aufwand an ausgezahlten Gehältern von 14.000 M. und andere Aufwandsentschädigungen von 8.500 M. inbegriffen. Für den Umbau der Geschäftsstelle sind insgesamt ca. 4.000 M. eingegangen. Die zu diesem Zweck noch fehlenden 4.000 M. sollen durch Sonderbeiträge der Mitglieder aufgebracht werden. Die Gesamtmitgliederzahl der Partei im ganzen Reiche wurde mit 36.300 angegeben."

tig ist. Wir hatten das Glück, einen pensionierten Beamten für dieses Amt zu gewinnen, der über die nötige Zeit verfügt und wirklich mit grenzenloser Liebe an unserer Sache hängt. Fällen Sie Ihr Urteil über unseren Kassier, indem Sie ihm einstimmig Entlastung erteilen. - Die Entlastung wird einstimmig erteilt. (Heilrufe)

Es liegt ein Revisionsbericht vor, der vom Schlichtungsausschuß verfaßt wurde. Er lautet: [*Auslassung im Text*]

Ich komme dann auf die bereits erwähnten Satzungsänderungen zu sprechen. Wir haben uns entschlossen, einige Änderungen unserer Satzungen vorzunehmen, die folgende Fragen betreffen:

Sie haben zu Beginn der heutigen Sitzung schon gehört, daß es auf die Dauer ausgeschlossen ist, die gesamte Mitgliederversammlung über sämtliche Beschwerden, die uns aus der ganzen Bewegung zugehen, entscheiden zu lassen. Heuer liegen, wie bekannt, 7 Beschwerden gegen Ausschlüsse vor; im nächsten Jahr sind es vielleicht 40 oder 50 und in einem weiteren Jahr unter Umständen 500. Die Satzung wurde festgelegt, als unsere Bewegung über Bayern hinaus noch keine Verbreitung hatte. Sie kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Wir schlagen Ihnen daher die Streichung dieses Absatzes vor. Es soll dabei bleiben, daß als letzte Instanz der 1. Vorsitzende bzw. der Schlichtungsausschuß gehört wird, und zwar auch noch aus einem anderen Grunde. Es gibt in einer Bewegung wie der unsrigen manchmal Momente, wo rasch gehandelt werden muß. Es geht z. B. nicht an, daß der Ortsgruppenführer, der einen Todfeind in unserer Bewegung erkennt, 1 Jahr warten muß, bis die Generalmitgliederversammlung seinen Entschluß endgültig bestätigt. Wenn ein derartiger Ausschluß im Beschwerdewege zunächst von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe, dann vom Gauführer und schließlich vom 1. Vorsitzenden und Schlichtungsausschuß der gesamten Partei bestätigt wird, kann man wohl annehmen, daß er zu Recht erfolgt und daß nicht jemand ausgeschlossen wird, der wirklich ein Mitarbeiter war. Wenn aber etwas vorkommt, muß schnell gehandelt werden können. Wir haben auf einem anderen Gebiet sowieso statutenmäßig das Recht, Ortsgruppen ohne Revisionsmöglichkeit ohne weiteres auszuschließen [8]. Es soll daher auch hier ein vereinfachter Weg möglich sein, und zwar auch deshalb, weil, solange ich erster Vorsitzender bin, die Autorität des 1. Vorsitzenden vielleicht groß genug sein wird, einen solchen Beschluß, den ich für richtig halte, auch durchzusetzen. Denken Sie sich aber, an meine Stelle träte ein anderer. Er käme in die schwierige Lage, in einem kritischen Fall eine Entscheidung treffen zu müssen, die erst durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden muß, da ist es unter Umständen um die Autorität des Führers geschehen. Mich persönlich trifft also der Fall gar nicht. Wohl aber kann später ein anderer, der an meine Stelle tritt, davon betroffen werden. Sie sehen ja selbst, das Schicksal nimmt seinen Lauf und kein Mensch weiß, wie lange ihm das Leben gegeben ist. Wenn einer seine Mission erfüllt hat, muß er von der irdischen Bühne abtreten. Ich rechne also für die Zukunft und frage mich, was würde in einem solchen Falle geschehen, wenn nicht mehr ich an dieser Stelle stehe, sondern ein anderer, der nicht die Autorität des bloßen Namens besitzt, sondern sich diese Autorität erst bitter schwer erringen muß. Das ist die erste Änderung, die wir beantragen.

8 § 4 der Satzung vom 21.8.1925. Vgl. Dok. 64.

Die zweite Änderung bezieht sich auf die Festsetzung des Parteitages und der Mitgliederversammlung. Nach den bisherigen Statuten sollte die jährliche Mitgliederversammlung im Januar stattfinden [9]. Das ist nun für uns der ungünstigste Monat, den es gibt, denn da regnet und schneit es und die auswärtigen Mitglieder haben wenig Grund, ausgerechnet im Januar nach München zu kommen. Künftighin soll daher der Termin für die Generalmitgliederversammlung und vielleicht auch für den Parteitag, denn auch dieser wird einmal wieder hier abgehalten, trotz allem, da die Bewegung doch älter wird als der Regierungsbeschluß eines vergänglichen Ministeriums (Beifall), weiter gefaßt werden, und zwar so, daß hiefür das 1. oder 2. Viertel des Jahres in Frage kommen kann, besonders aber Pfingsten, das die beste Zeit für unseren Parteitag wäre. Wir sollten es so weit bringen, daß der Parteitag jeweils an Pfingsten stattfinden kann, weil dann 3 Tage zur Verfügung stehen und es daher auch den auswärtigen Mitgliedern möglich ist, hieher zu kommen.

Außer einigen kleineren stilistischen Änderungen, welche an den Satzungen vorgenommen werden sollen, haben wir uns insbesondere mit der Festsetzung des Mitgliederbeitrages zu beschäftigen. Es handelt sich dabei vor allem um die Einführung einer besonderen S.A.-Steuer. Vor einigen Tagen war ich in Heilbronn [10]. Am Abend hatten wir durch die geistigen Waffen unserer Gegner über 20 Verwundete, darunter ein paar Schwerverwundete, einen mit einer schweren Gehirnerschütterung. Ein Parteigenosse, den man für meine Person hielt, sollte um die Ecke gebracht werden. Es war also in der Hinsicht ein trüber Tag, der aber sonst große Erfolge brachte. Da muß ich nun eines sagen. Was bringt der einzelne Parteigenosse im Verhältnis zu den jungen Leuten, die hier ihr Leben einsetzen, für Opfer. Ist es ein Opfer, wenn er im Monat 50 Pfg. zu zahlen hat, wenn die jungen Burschen, die zudem auf ihre eigenen Kosten fahren, ihren Kopf einsetzen und dabei vielleicht zu Krüppel[*n*] werden. Steht das in irgendeinem Verhältnis? Es ist daher nicht unbillig, wenn wir heute, nachdem eine derartige Beschlußfassung nur durch die Generalmitgliederversammlung möglich ist, den Antrag stellen, künftig zu dem normalen Beitrag von 50 Pfg. auch noch eine S.A.-Steuer von monatl[*ich*] 10 Pfg. zu erheben. (Zuruf: Zu wenig!) 5 Pfg. sollen davon der Landesleitung bzw. den Leitungen der Gau-S.A. und 5 Pfg. der Zentrale, dem Oberkommando, zufallen. Sie sagen, das ist zu wenig. Ich nehme Rücksicht auf jeden Parteigenossen. Ich will nicht hinterher die Ausrede, daß man das nicht leisten kann. Wenn aber einer 2 Zigaretten weniger raucht, kann er die 10 Pfg. aufbringen. Das ist vielleicht ein kleines Opfer. Wenn aber so ein junger Bursch 6 Stunden in strömendem Regen auf dem Lastwagen fährt, ist das auch ein Opfer, und wohl ein größeres, als wenn ein anderer 2 Zigaretten weniger ins Maul steckt. Diese Abgabe muß also unbedingt durchgeführt werden.

Ein weiterer Antrag will zum erstenmal zeigen, wie unsere Organisation, unsere Bewegung sich auch finanziell auswirken kann. Wir wollen zum erstenmal einen Appell an unsere Mitglieder zur Zahlung einer außerordentlichen Steuer richten, die einmal zur Unterstützung der Wahlen in Mecklenburg und dann zum Ausbau der Münchner Geschäftsstelle dienen soll. Sie haben gehört, was die Münchner Parteigenossen für Opfer

9 § 4 der Satzung vom 21.8.1925. Ebenda.
10 Am 15.5.1926. Vgl. Dok. 142.

gebracht haben. Wir wollen aber auch die anderen Parteigenossen heranziehen. Nun finden in Mecklenburg neue Wahlen statt. Wir Nationalsozialisten haben die einzige zentrale Organisation. Wenn nun unsere Parteigenossen restlos pro Kopf 50 Pfg. Wahlsteuer abliefern - ich nehme die Arbeitslosen nicht aus; für sie müssen andere bezahlen. Jede Ortsgruppe ist also verpflichtet, den Betrag für jedes Mitglied abzuliefern; wie sie ihn herbringt, ist ihre Sache - so werden wir 30 Pfg. den Mecklenburgern für die Wahlen zuschießen. Sie werden dann mindestens 10-12.000 M. erhalten, womit sie die Wahl durchführen können. Wenn wir dann 20 Pfg. zum Ausbau der Geschäftsstelle verwenden, so kann durch eine einmalige derartige Steuer die Geschäftsstelle fertig gebaut werden. Die 7-8.000 M., die hieraus zur Verfügung stehen, sind der Betrag, der uns heute für den Ausbau der unteren Räume noch abgeht. Sie können aus diesem Beispiel sehen und lernen, daß in dieser Vielheit eine unendliche finanzielle Kraft steckt. Denken Sie, wir wachsen auf 100.000 Mitglieder an, von denen jedes nur 50 Pfg. gibt, so haben wir mit einem Schlag 50.000 M., die eine bedeutende Waffe sind, und brauchen keinen Menschen, der uns unterstützt. Unsere Unterstützung liegt in der Organisation der Mitglieder. Dazu haben wir die Zentralkartothek und unsere zentrale Zusammenfassung. Was heute dem Gau Mecklenburg zugute kommt, wird morgen Thüringen und übermorgen Sachsen und demnächst einem anderen Gau zugute kommen. Wir müssen lernen, daß in solchen Fällen die ganze Kraft unserer Bewegung auf einen Punkt eingesetzt wird. Das ist der zweite Antrag, den wir in finanzieller Hinsicht zu stellen haben.

Ich bitte nun einen der Herren, die geplante neue Fassung der Statuten zu verlesen.

Schwarz: [*Auslassung im Text*] [11]

Vorsitzender: Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Der Zweck des Vereins kann nur dann geändert werden, wenn sämtliche Mitglieder damit einverstanden sind. Es müssen also auch die Abwesenden ihre Zustimmung erklären. Wenn nur ein Mitglied eines Vereins gegen die Änderung des Zweckes sich ausspricht, ist diese Änderung gesetzlich nicht gestattet. Das ist bestimmt im Vereinsgesetz mit Rücksicht auf vermögensrechtliche Auseinandersetzungen. Das Geld darf für andere Zwecke nicht ohne weiteres verwendet werden, da jedes Mitglied die Zahlungen nur für den bestimmten Zweck geleistet hat. Wenn der Verein hier eine Änderung vornehmen will, muß er sich überhaupt auflösen. Dazu gehört nur die einfache Mehrheit.

Ich bitte Sie, die vorgeschlagenen Änderungen der Statuten, die nur 3 Punkte betreffen, geschlossen anzunehmen. Sollte einer der Herren einen besonderen Antrag hiezu haben, so bitte ich diesen jetzt vorzubringen. - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß die Änderungen einstimmig angenommen sind [12].

Wir haben dann weiter abzustimmen:

1. Über den Mitgliederbeitrag. Dieser soll auf 50 Pfg. festgesetzt bleiben. Wenn einzelne Gaue besondere Leistungen bekommen, so ist das ihre Sache.

2. Über die einmalige Steuer von 50 Pfg., wovon 30 Pfg. für den Wahlkampf in Mecklenburg und 20 Pfg. für den Ausbau der Geschäftsstelle bestimmt werden, und

11 Vermerk: "inseratur".
12 Vgl. Dok. 146.

3. Über eine dauernde Extrasteuer von 10 Pfg. für die S.A. Ich bitte auch hierüber geschlossen abzustimmen. - Die Anträge werden einstimmig genehmigt.

Heute früh wurde mir noch ein Antrag vorgelegt, d. h. es waren eigentlich ein paar, doch konnte ich bezüglich der übrigen mit den Antragstellern vorher noch sprechen. Dieser Antrag an die Generalmitgliederversammlung bezweckt, den Ausschluß eines Parteigenossen zu veranlassen. Das ist satzungswidrig. Das Recht des Ausschlusses steht zunächst dem Vorsitzenden der Ortsgruppe zu. Vorsitzender dieser Ortsgruppe bin ich. Die Generalmitgliederversammlung ist überhaupt nicht dazu da, daß dort irgendeine Wäsche gewaschen wird. Das kann bei anderen Vereinen der Fall sein; bei uns gibt es das nicht. (Beifall.) Ich war bisher immer gewöhnt, daß unsere Generalmitgliederversammlung zu einer Quelle der Stärkung für die Bewegung geworden ist und nicht zu einer Quelle der Beschämung. Wenn irgend etwas nicht stimmt, so wird das unter uns abgemacht. Seien Sie überzeugt, ich selbst werde dabei als Führer der Bewegung niemals nur die Minuspunkte eines Mannes beurteilen, sondern auch die Pluspunkte. (Beifall.) Es werden niemals nur rein persönliche Momente und Gefühle in die Waagschale geworfen werden bei der Entscheidung, sondern ich werde, wenn das notwendig ist, als Führer der Bewegung den Betreffenden zur Verantwortung ziehen und ihn zwingen, daß er sich genau so fügt wie irgendein anderer. Da gibt es keine Ausnahme. Der Ausschluß ist aber das letzte und das fürchterlichste, was man einem Mann zufügen kann. Den Ausschluß verdient einer nur dann, wenn er die Bewegung verraten hat. (Lebhafter Beifall.) Ich bin glücklich feststellen zu können, daß von all den Herren, die mir seinerzeit hier heroben die Hand gegeben haben [13], keiner die Bewegung verraten hat. Keiner ist untreu geworden und keiner, wollen wir sagen, hat bewußt und mit Absicht der Bewegung einen Schaden zugefügt. Wenn ein Herr einen Schritt unternimmt, der in meinen Augen indirekt zu einer Schädigung der Bewegung führen könnte, so lassen Sie das meine Sorge sein. Ich werde mich mit ihm auseinandersetzen und ihn zur Raison bringen. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte Sie daher dringend, wahren Sie auch für diesmal den Charakter unserer bisherigen Mitgliederversammlungen, wahren Sie auch diesmal die Geschlossenheit, die uns von allen anderen unterscheidet. Wenn es in anderen Mitgliederversammlungen zu wahnsinnigen Stunken usw. kommt, bei uns darf das nie und nimmer der Fall sein. Wenn unsere Mitgliederversammlung so ausarten würde, wie seinerzeit jener andere Parteitag in Weimar [14] oder die Mitgliederversammlungen z. B. der Sozialdemokraten in Sachsen, könnte ich niemals der Vorsitzende einer solchen Bewegung sein. Ich würde dann den Vorsitz sofort niederlegen. Entweder wir sind ein Verein, der tatsächlich vereint ist und vereint marschiert, oder wir sind überhaupt kein Verein mehr, dann wäre es zwecklos und schade, überhaupt noch ein Leben einzusetzen und eine Gesundheit zu opfern. Dann wäre es schade für jeden Pfennig, den Mitglieder beisteuern.

Wir wären nun mit den rein formalen Aufgaben fertig. Es bleibt nur noch eine übrig, daß ich persönlich jetzt mein Amt als Vorsitzender niederlege (Heiterkeit) und an Sie

13 Anspielung auf die Versöhnungsszene bei der Neugründung der NSDAP am 27.2.1925. Vgl. Dok. 6.

14 Gemeint ist die von harten Auseinandersetzungen begleitete nationalsozialistische Vertretertagung in Weimar am 20.7.1924. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 103 ff.

nun nicht mehr als Vorsitzender der Bewegung, sondern als Parteigenosse die Bitte richte, die nicht meine Person betrifft, sondern die 2 Herren, die bisher in die Parteileitung offiziell gewählt waren, unseren ersten Schriftführer Herrn Schneider und unseren 1. Kassier Herrn Schwarz, Sie möchten zu diesen beiden Herren genau die gleiche Stellung einnehmen, die Sie mir gegenüber bisher eingenommen haben. Seien Sie überzeugt, daß auch die größte Tüchtigkeit eines 1. Vorsitzenden immer gebunden ist an seine Mitarbeiter. Wenn er nicht wirklich verläßliche Mitarbeiter besitzt, nicht Männer an seiner Seite hat, auf die er sich blind verlassen und mit denen er wirklich zusammenarbeiten kann, wird seine Tätigkeit letzten Endes nicht fruchtbringend sein. Das bitte ich, bei der Neuwahl des Vorstandes zu bedenken. Ich bitte nun den Geschäftsführer der Partei als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht, die Neuwahl vorzunehmen.

Amann: Liebe Parteigenossen und -genossinnen! Sie haben den Rechenschaftsbericht und den Vortrag unseres Führers gehört. In diesem Augenblick ist der Nationalsozialistische deutsche Arbeiterverein und damit die Partei ohne Führer. Wir haben nun die Neuwahlen vorzunehmen. Wenn Sie wünschen, daß ein anderer als Adolf Hitler in Zukunft die Bewegung führen soll, so bitte ich um Vorschläge. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß die Mehrzahl der Mitglieder den Wunsch haben, daß Hitler die Bewegung auch weiter führt. (Lebhafte Heilrufe.) Ich stelle fest, daß Hitler einstimmig wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt ist.

Ich bitte Sie gleichzeitig, unserem Führer Hitler unseren Dank dadurch zu bekunden, daß Sie sich von den Sitzen erheben. (Geschieht. Lebhafter Beifall.)

Es war bei uns bisher üblich, daß der Führer sich seine Mitarbeiter selbst wählte. Unser Führer hat den Wunsch geäußert, daß unser bisheriger Kassier Schwarz, der sich große Verdienste erworben hat, als Schatzmeister wieder gewählt werden möge. Ich lasse darüber abstimmen. - Ich stelle fest, daß Herr Schwarz einstimmig als Schatzmeister wieder gewählt worden ist. (Heilrufe.)

Als Schriftführer hat im vergangenen Jahre ehrenamtlich Herr Schneider gewaltet. Er wird von Hitler für dieses Amt wieder vorgeschlagen. - Ich stelle fest, daß auch er einstimmig wieder gewählt ist. (Heilrufe.)

Sie haben vorhin die Satzungen einstimmig angenommen. Ich danke Ihnen dafür und ebenso dafür, daß Sie bisher so treu zur Bewegung gehalten haben. Ich glaube, wir können unserem Führer nichts Besseres versprechen, als daß wir geloben, wie bisher treu und fest zu ihm zu halten und mit ihm zu arbeiten, daß unsere Bewegung vorwärts getrieben wird, bis sie einst Siegerin wird.

Vorsitzender (Mit lebhaften Heilrufen begrüßt.): Liebe Parteigenossen! Ich gebe Ihnen kein Versprechen und danke Ihnen auch nicht weiter, denn unter uns wäre das zum Schlusse doch alles nur Phrase. Der Himmel gebe, daß mich meine Freunde [*sic!*] in Zukunft genau so hassen wie bisher, er gebe mir ferner persönlich die Gesundheit, daß ich für die kommende Zeit genauso arbeiten kann wie bisher, und erhalte mir Ihre Treue, die Sie mir bisher geschenkt haben. Wenn alle fest zusammenarbeiten, wird unsere Sache auch im kommenden Jahre weiter gedeihen. Um diese Mitarbeit bitte ich insbesondere jene Herren, die im vergangenen Jahre an hervorragender Stelle für die

Bewegung eingetreten sind. Besonders die verschiedenen Herren Abgeordneten des Reichstags und des Landtags, vor allem auch die zahllosen Redner, die sich immer wieder für uns eingesetzt haben, ferner die Mitarbeiter in der Zeitung, vor allem die Herren Amann und Rosenberg. Wenn alle zusammenhelfen, wird es auch im kommenden Jahre weiterhin vorwärts gehen und der Erfolg viel größer sein als bisher.

Als Vorsitzender der Bewegung setze ich hiemit den Parteitag auf 3. und 4. Juli 1926 in Weimar fest. Ich erwarte eine möglichst starke Beteiligung und bin überzeugt, daß der Parteitag dann wirklich ein Bild unserer Bewegung geben wird. Dann handelt es sich nicht mehr wie heute um eine formale Sache, dann wird vielmehr unsere Herzenssache in die Erscheinung treten. Es haben in Weimar schon zweimal Tagungen [15] stattgefunden, die ich beide nicht für ganz richtig halte. Nun soll ein dritter kommen. Was lange währt, wird gut, und daß unsere Sache gut wird, daran glaube ich felsenfest; heute mehr denn je zuvor. Gerade jetzt, da alles wankt und verzweifelt und ganz hypnotisiert auf das rote Ungeheuer hinstarrt, wird bei mir der alte Frontsoldat lebendig, der so etwas einfach nicht kennt, sondern auf dem Standpunkt steht, es ist alles möglich, soferne man nur will. Und wir wollen, so wahr uns der Herrgott helfe. (Heilrufe.)

Wir sind heute geschlossen als Parteigenossen unter uns. Ich bitte Sie daher - unter anderen Umständen dürfte ich das nicht tun - bringen Sie heute Abend bereits Ihr kleines Opfer. Sie wissen, daß bei uns mit Pfennigen gerechnet werden muß. Bringen Sie heute ein Opfer und leiten Sie damit das neue Jahr unserer Bewegung ein. Das nächste und die kommenden Jahre werden uns fester und stärker sehen, und vor allem sicherer. Unser Ziel wird in Erfüllung gehen. Man wird im nächsten Jahr in Deutschland wieder erkennen, daß das deutsche Schicksal in Zukunft nur von 2 Gewalten gemeistert werden kann, vom Marxismus oder von der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, und die wollen wir am Schlusse noch einmal hochleben lassen. Unsere alte herrliche Bewegung soll hoch leben! Heil! Heil! Heil!

(Zuruf: Unser Führer Adolf Hitler lebe hoch! Heil! Heil! Heil!)

Schluß der Versammlung 11 Uhr 15 Minuten [16].

15 Nach der nationalsozialistischen Vertretertagung am 20.7.1924 fand vom 15. bis 17.8.1924 in Weimar der sog. Einigungsparteitag statt, der mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands endete. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 118 ff.

16 Die Niederschrift über die Generalmitgliederversammlung (Dok. 143) nennt als Versammlungsschluß ca. 22.45 Uhr.

22. Mai 1926 Dok. 145
Rede auf Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. in München [1]

VB vom 26.5.1926, "Abrechnung Hitlers mit dem gegenwärtigen 'Deutschland'" [2].

Ich sagte vorhin, daß der Zweck der heutigen Generalmitgliederversammlung des Vereins unserer Bewegung der ist, einer gesetzlichen Pflicht zu genügen. Ich will diese Möglichkeit ergreifen, um zu Ihnen nach langer Zeit wieder einmal sprechen zu können. Ich muß noch vorausschicken, daß ich vor drei Tagen noch keine Ahnung hatte, daß die Gnade einer hohen Behörde gestatten würde, daß ich überhaupt zu meinen Mitgliedern rede. Ich hatte mich schon hingesetzt, um meine Rede schriftlich niederzulegen und sie nach dem Vorbild von neulich [3] durch Herrn Landtagsabgeordneten Wagner verlesen zu lassen. Deshalb wurde von uns auch weiter keine Propaganda für die Sache gemacht. Nun habe ich zu meinem größten Erstaunen erfahren, daß ich tatsächlich zu meinen Mitgliedern reden darf. (Heiterkeit.) Es ist das eine außerordentliche Güte, die ich natürlich gerne in Anspruch nehme. Ich bin überzeugt, wenn die Mitglieder gewußt hätten, daß ich reden kann, wären sie noch in ganz anderer Zahl [4] gekommen. Im übrigen werden wir auf dem Parteitag [5] sprechen. Da bietet sich dann mehr Gelegenheit als hier, all das zu sagen, was ich am Herzen habe, und zwar nicht nur einem begrenzten Kreis von eingeschriebenen Mitgliedern, sondern im unbegrenzten Kreis der Öffentlichkeit. Ich möchte Ihnen jetzt ein ganz kurzes Bild, nicht nur der Bewegung, sondern auch der allgemeinen heutigen Lage geben.

Wie unser Eigentum verschwand

Am 9. bzw. 10. und 11. November 1923 wurde die alte N.S.D.A.P. aufgelöst. Das gesamte Vereinsvermögen, das 173.000 Goldmark betrug, an Wertobjekten, Bankguthaben usw., wurde beschlagnahmt. Wo es hinkam, wissen wir nicht; das weiß niemand, auch die, die es genommen haben, wissen es nicht. (Heiterkeit, hört, hört!) Es war ein eigentümlicher Vorgang, diese Konfiskation. Bisher war es immer so gewesen, daß in solchen Fällen die gesamte zu beschlagnahmende Vermögensmasse eines Verbandes, eines Vereins oder einer Partei einem gesetzlichen Liquidator unterstellt wurde, der dann die Versteigerung herbeiführte, wobei man aus dem Ergebnis der Versteigerung zunächst die Passiven deckte, da doch die kleinen Geschäftsleute (die nicht bezahlt

1 Im Bürgerbräukeller, nach 20.20 Uhr. Der Rechenschaftsbericht Hitlers stand als dritter Punkt auf der Tagesordnung. Zum Ablauf der Generalmitgliederversammlung vgl. Dok. 143 und 144.

2 Die Rede wurde auch als Flugschrift (VB-Sonderdruck) in großer Auflage verbreitet; Exemplar im IfZ-Archiv. Vgl. Anzeige im VB vom 29.5.1926. Zur Generalmitgliederversammlung vgl. auch Bayerischer Kurier vom 27.5.1926, "Die 'Ungereinigten'"; Münchener Post vom 27.5.1926, "Wer saniert die Hitlerbewegung?". Sowie Lagebericht N/Nr. 49 der Polizeidirektion München vom 22.6.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Am 17.3.1926 hatte Adolf Wagner in Anwesenheit Hitlers im Münchner Bürgerbräukeller eine Erklärung Hitlers auf den Offenen Brief Albrecht von Graefes verlesen. Vgl. Dok. 110.

4 An der Generalmitgliederversammlung nahmen laut offizieller Niederschrift 657 Parteimitglieder teil; der Polizeibericht gibt etwa 2.500 Personen an.

5 Am 3./4.7.1926 in Weimar. Vgl. Bd. II, Dok. 3-7.

worden waren) nichts dafür konnten, daß die Partei, sagen wir z. B., wie bei uns am 9. November [*1923*], einen "Staatsstreich" gemacht hat. Zunächst wurden also gewöhnlich die unschuldigen Dritten gedeckt, und der Restbetrag floß der Staatskasse zu. Das ist der normale Gang in normalen Zeiten mit einem gewissen, wollen wir sagen, Rechtsbewußtsein, mit einem gewissen Rechtsgefühl und einer gewissen Rechtsgrundlage.

Bei uns war es anders.

Da hat jeder ein Stück geholt, was er gerade brauchen konnte, der eine eine Panzerkasse, ein anderer einen Kraftwagen, der dritte ein Bild, das ihm besonders gefiel usw. So finden wir unsere Bilder an den verschiedensten amtlichen Stellen hängen, in den verschiedensten Ämtern unsere Wägen usw. Es ist bis heute keine Rechnung aufgestellt worden, was mit unserem Besitz gemacht wurde. Nur eines wissen wir: bekommen haben wir davon nichts mehr.

Damals hat man auf diese Weise die Bewegung auszuradieren versucht. Da war auch (scheinbar wenigstens) die N.S.D.A.P. tot, besonders soweit die Führung in Frage kam.

Die Bewegung war eine Arbeiterbewegung, aus den breiten Massen des Volkes herausgekommen, eine Volksbewegung im besten Sinne des Wortes. Sie hatte nur wenige Führer. Es war daher verständlich, daß nach den Vorgängen an der Feldherrnhalle und ihren Folgen eine Zeitlang keine Führung da war. Das hatte sich eine andere Bewegung zunutze gemacht, bei der weniger "Volk", dafür aber um so mehr "Führer" vorhanden waren. Denn das war der Gegensatz zwischen uns und der Deutsch-völkischen Freiheitspartei:

Die nationalsozialistische Bewegung

Unsere Bewegung war ohne Zweifel eine Volksbewegung. Sie hatte zunächst nur wenige Führer, da diese selbst aus dem Volke herauswachsen mußten. Wir haben keine alten Parlamentarier übernommen, von anderen Parteien abgelegte Ladenhüter. Die Bewegung hat sich vielmehr das Führermaterial selbst geschaffen. Die Deutsch-völkische Freiheitspartei dagegen kam aus den Parlamenten.

Bei uns war zuerst das Volk da, und aus ihm kamen langsam immer mehr die geeigneten Köpfe. Dort waren erst die sogenannten "Köpfe" da, und dann versuchte man ein Volk um sich zu scharen.

Das ging jedoch nicht so schnell, wie man beabsichtigt hatte. Nur ganz langsam setzte sich etwas an. Das dauerte bis Herbst 1923, als für uns der Unglücks- und für die anderen der Segenstag eintrat: unsere Bewegung wurde führerlos. Da kam dann [*das*] wundervolle Wunder: Die Freiheitspartei erklärte sich bereit, der führerlos[*en Bewegung "Köpfe" zu stellen*] [6]. Es waren ja so viele Köpfe da, mehr als man in Deutschland auf Grund der heutigen Verhältnisse hätte vermuten können. Diese Ehe zwischen den Köpfen der Freiheitspartei und dem Körper der N.S.D.A.P. konnte nicht guttun, da auf einen proletenhaften Körper ein feudaler Kopf nun einmal nicht paßt. (Heiterkeit.) Dieses Mißverhältnis hat sich auch augenblicklich überall gezeigt. Wenn nämlich vom Jahre 1924 nachträglich erklärt wird, es wäre das Jahr der großen Einheitsbewegung gewesen, so muß ich wirklich hellauf lachen über die Form, in der sich die Einheitsbewegung damals praktisch zeigte. Das war keine Einheit, sondern im Ge-

6 Text ergänzt nach VB-Sonderdruck.

genteil ein wüster Kampf, ein Kampf aller gegen einen und jedes einzelnen gegen alle. Es war ein wüstes Durcheinander, und von Einheit war wirklich verflucht wenig zu sehen. Man hat dann versucht, eine Einheit herbeizuführen durch sogenannte "Reinigungen", die man vornahm. Das führte aber dazu, daß die Ungereinigten in kurzer Zeit selbst wieder eine Macht darstellten, so daß die Bewegung innerlich mehr denn je zerrissen ward.

Im Jahre 1925, das mich unterdessen wieder in Freiheit sah, konnte ich nur zwei Möglichkeiten wahrnehmen, nämlich mich entweder auf einen der beiden Streitteile zu stützen oder ganz von vorne wieder zu beginnen. Wir haben letzteres gewählt und haben wieder von vorne angefangen. Sie kennen alle den Tag, an dem ich hier gesprochen habe, kennen diesen 27. Februar des vergangenen Jahres und wissen, wie wir uns an dieser Stelle die Hände gegeben und erklärt haben, der Streit sei von jetzt ab begraben [7]. Seit der Zeit hat unsere Bewegung einen deutlichen Aufschwung genommen. Der zahlenmäßige Aufschwung, von dem Sie schon gehört haben, bietet aber noch kein volles Bild der inneren Kraft und des Umfangs der Bewegung, sowie der tatsächlichen Arbeit, die in diesem Jahre geleistet wurde.

Am 27. Februar vergangenen Jahres konnten wir sagen, wir gingen über den Jordan und hatten nichts bei uns als einen Stecken. (Heiterkeit.) Heute nach einem Jahre ist die Bewegung wieder organisatorisch absolut durchgebildet; sie ist heute besser als früher. Wir haben jetzt viel schärfere Anforderungen bei der Auswahl unserer Mitglieder gestellt. Wir nehmen nicht mehr wahllos jeden, wie das früher der Fall war. Wir haben aus dem Jahre 1923 gelernt und dürfen sagen, wir sind heute die einzige völkische Bewegung, die wirklich das Recht hat, sich völkisch zu nennen, schon weil tatsächlich ein Volk hinter uns steht, zum Unterschied von den anderen. Wir sind das auch deshalb, weil unsere Organisation ununterbrochen gewachsen ist. Sie bewegt sich, und zwar nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts. Unsere Organisation erfüllt diese Voraussetzungen auch insofern, als sie nicht nur auf dem Papier eine völkische Organisation ist, sondern in Wirklichkeit einen lebendigen Organismus bildet. Wir haben eine tadellose Zentral-Kartothek geschaffen. Wir besitzen in unserer Hauptgeschäftsstelle die Möglichkeit, den Apparat auszubauen, der unsere Mitglieder im ganzen Deutschen Reich in einer einzigen einheitlichen Form erfassen kann und wird.

Wir haben mit nichts begonnen und mußten nun versuchen, vor allem drei Dinge wieder ins Leben zu rufen.

Das erste war die Schaffung eines Zentralorgans.

Der Weg hierzu war außerordentlich schwer. Im Jahre 1924 wurde in München die sogenannte "Großdeutsche Zeitung" [8] gegründet. Diese Großdeutsche Zeitung, die damals von vielen mit Begeisterung begrüßt wurde, hat in vier Monaten übel abgewirtschaftet, und zwar vor allem in finanzieller Hinsicht außerordentlich betrüblich. Leider wurden dabei unsere Papiervorräte mit verwirtschaftet und verschiedenes andere auch,

7 Vgl. Dok. 6.
8 Die "Großdeutsche Zeitung. Tageszeitung für nationale und soziale Politik und Wirtschaft" war das Organ der von Julius Streicher und Hermann Esser geleiteten Großdeutschen Volksgemeinschaft, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP. Sie erschien von Februar bis Mai 1924 in München.

und zudem ging dabei viel Vertrauen verloren. So hatten wir, als wir im April [*1925*] dann schließlich zum zweitenmal den "Völkischen Beobachter" erscheinen ließen, keinen Pfennig Betriebskapital. Daß das Erscheinen und Halten trotzdem möglich wurde, ist, das muß an dieser Stelle festgestellt werden, das unbedingte und ausschließliche Verdienst des ersten Geschäftsführers der Partei, *Amann*. Ihm ist es gelungen, in einer Zeit, in der Hunderte und aber Hunderte von Zeitungen zugrunde gingen, ohne einen Pfennig Betriebskapital unser Blatt zur Tageszeitung zu machen und zu stabilisieren. (Lebhafter Beifall.) Was das bei einem Unternehmen, das keine Zuschüsse hat, bedeutet, kann nur der ermessen, der ein zahlenmäßiges Bild vor Augen hat. Wenn ich hier mitteile, daß in nicht einmal einem Jahre allein an Druckkosten für unser Blatt in barem Gelde 226000 Mark bezahlt wurden (Hört, hört!), so können Sie sich wohl einigermaßen eine Vorstellung von dem Geleisteten machen. Diese ganze Summe wurde durch Pfennigbeiträge hereingebracht. Ich muß hierauf deshalb hinweisen, weil so mancher Parteigenosse draußen die Zeitung in die Hand nimmt, sie durchliest und an ihr Kritik übt, ohne zu bedenken, was es bedeutet, aus dem Nichts heraus, ohne irgendwelches Betriebskapital, ein solches Unternehmen aufzubauen. Hätten wir das seinerzeit jemandem gesagt, hätte man uns wohl erklärt, Ihr seid verrückt! Wir konnten erst am 3. April [9] die erste Zeitung erscheinen lassen, weil wir abwarten mußten, bis die zum 1. April einbezahlten Postgelder ausbezahlt waren. Diese Gelder waren unser erstes Betriebskapital. Damit hat Herr *Amann* begonnen. Trotzdem gerade in dieser Zeit viele Firmen zugrunde gegangen sind, Annoncen-Firmen und Buchhandlungen, sowie Großbezieher, und wir selbst eine außerordentlich schwere Einbuße erlitten hatten, war es doch möglich, das Blatt zu halten und zudem noch außerordentlich große Abzahlungen von früheren Schulden, zum Teil aus dem Jahre 1923, vorzunehmen. Was die geschäftliche Leitung hier ermöglicht hatte, wurde ergänzt durch die Leitung der Redaktion. Da müssen wir an dieser Stelle vor allem unserem Pg. *Rosenberg* danken (Heil-Rufe und lebhafter Beifall), der mit emsigem Bienenfleiß, wie kein zweiter, sein unerhörtes Wissen in den Dienst unserer Sache gestellt hat. Es herrscht wirklich in unserer Zeitung, angefangen von der Geschäftsführung bis hinüber zur Redaktion, ein grenzenloser Idealismus, dem wir es allein verdanken, daß die Zeitung entstehen konnte. Wir hätten andernfalls nicht das große Tagesblatt, das sich unter den Zeitungen seine Stellung wieder erkämpft hat. Ich brauche auf die anderen Mitarbeiter, von denen jeder einzelne ebenfalls seine Pflicht erfüllt hat, nicht zu sprechen zu kommen. Ich mußte nur diese beiden herausgreifen, weil sie wirklich weitaus das Beste in dieser Zeit zur Bewegung beigesteuert haben.

Eine zweite Notwendigkeit war die Ausgestaltung der Propaganda.

Wir haben hier insbesondere durch Ausgabe von Flugblättern zu leisten versucht, was zu leisten war. Wir haben diesmal die Einnahmen und Ausgaben für unsere Sondernummern nicht im Verein gebucht, sondern dies alles vom Verlag [10] besorgen lassen.

9 Die Umstellung des wiederbegründeten VB zur Tageszeitung erfolgte mit der 7. Ausgabe am 4.4.1925; die erste Ausgabe war am 26.2.1925 als Sondernummer zur Neugründung der NSDAP verbreitet worden.

10 Franz Eher Nachfolger GmbH.

Wir konnten den Verein nicht mit allerhand überflüssigem Personal belasten, das schließlich nur hin und wieder Verwendung finden würde, um dann wochenlang nichts zu tun. Deshalb hat der Verlag diese Arbeit auf sich genommen, da er ja ohnehin den ganzen Apparat, und vor allem auch das erforderliche Personal, besitzt. Es täuschen deshalb auch die Zahlen, die unser Kassenbericht für die Propagandatätigkeit aufweist. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Leistungen auf diesem Gebiete vom Verlag getätigt wurden. Wenn Sie bedenken, daß eine einzige Sondernummer eine Auflage von 200.000 Exemplaren erreicht, daß wir mit einer Millionen-Auflage von Flugblättern gearbeitet haben, zahlreiche Broschüren herausgaben und viele Werke verlegten, werden Sie zugeben, daß unsere propagandistische Tätigkeit außerordentlich umfangreich war, besonders im Hinblick darauf, daß wir im ersten Jahre der Neugründung der Bewegung standen.

Weiter mußte die Rednerfrage geprüft werden. Gerade sie ist bei uns ein schwieriges Kapitel, weil uns im letzten Jahre noch nicht jene Mittel zur Verfügung standen, über die wir früher, etwa im Jahre 1923, auf Grund unserer damals viel größer ausgebauten Organisation, die ja schon drei Jahre bestand, verfügten. Sie dürfen nicht vergessen, daß bei uns alle Mittel zunächst zur Schaffung einer Geschäftsstelle verwendet werden mußten. Das erste Jahr war das Jahr des ununterbrochenen Bauens. Auch das kommende Jahr soll immer noch ein Jahr des Ausbaues sein, und erst das folgende wird die Ernte bringen. Was wir im vergangenen Jahre und jetzt in die Geschäftsstelle, in den Ausbau der Zeitungen und in die Propaganda-Arbeit hineinstecken, wird dann Früchte tragen und zwar, wie ich überzeugt bin, sehr schöne und große Früchte. So konnten wir für unsere Redner nicht das verwenden, was zweckmäßig gewesen wäre. Allein wir haben trotzdem eine große Anzahl erstklassiger Redner hinausgeschickt. Es haben sich in erster Linie unsere Herren Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß wir uns an den Wahlen nicht beteiligen wollen. Wir gingen von dem Grundsatz ab und sind nun in den Parlamenten vertreten. Wir sind aber nicht darin, um mit den anderen mitzumachen. Wo wir den Ausschlag geben, machen wir mit (wenn es zweckmäßig erscheint). Das ist aber nicht unsere Hauptaufgabe. Für uns ist die Fahrkarte der Abgeordneten die Hauptsache. Sie bietet die Möglichkeit, Agitatoren herumzuschicken, dient also ebenso wie die Diäten ausschließlich der Partei. Die Herren, die uns in den Parlamenten vertreten, fahren z. B. nicht nach Berlin, um dort ihre Stimmzettel abzugeben, sondern reisen mit ihren Fahrkarten ununterbrochen herum, im Dienste unserer Bewegung. Dadurch zum großen Teil ist es möglich geworden, daß wir im vergangenen Jahre allein über 2.370 Massenversammlungen in Deutschland abhalten konnten. (Beifall.) Ich kann hier nicht alle Herren nennen, die sich als Redner ganz zur Verfügung stellten. Ich nenne nur die Herren Dr. Buttmann, Streicher, Dinter, Goebbels, Brückner, Frick, Holz [11], [*es*] sind weitaus über 40 Herren, die im vergangenen Jahre zahllose Reisen ausführten, und über 30, die hin und

11 Karl Holz (1895-1945), Beamter, 1920 Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DSP), 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Stadtrat in Nürnberg (NSDAP), 1925 aus dem Staatsdienst entlassen, 1927 Schriftleiter beim "Stürmer", 1933 NSDAP-Kreisleiter von Nürnberg-Stadt, 1934 stellv. Gauleiter von Franken, 1942 kommissarischer Gauleiter, 1944 Gauleiter.

wieder sprachen, wie es ihre Berufstätigkeit eben zuließ. Auch diese Herren haben unendlich viel für die Bewegung geleistet, weil die Bewegung, in eben dem Maße, in dem sie wieder zu einer Macht wird, naturgemäß auch die Gegenwehr der anderen wachruft. Das möge sich jeder Parteigenosse merken, der sich darüber beklagt, daß er Opfer bringen soll. Von den anderen, die nicht Parteigenossen sind und die aufseufzen, wenn sie einmal eine Mark geben sollen, will ich gar nicht reden. Sie sollen nicht vergessen, daß der Redner, der etwas leistet, bei jeder Versammlung, bei jedem Vortrag einer Gefahr für sein Leben entgegengeht. (Sehr richtig!) Es möge keiner vergessen, daß, wenn ein Redner in irgendeinem Industriegebiet unter die Massen hineinsteigt, er riskiert, niedergeschlagen zu werden wie ein Hund. Es mögen sich die bei der Nase nehmen, die schon zusammenzucken, wenn man von ihnen verlangt, daß sie einmal 50 Pf. oder eine Mark für die Sache beisteuern sollen.

Die Versammlungstätigkeit ist, wie ich schon erwähnte, außerordentlich groß gewesen. Zu den offenen Versammlungen kamen über 3500 Sprechabende in den ersten 12 Monaten. Ich bin überzeugt, daß schon das kommende Jahr weitere Erfolge bringen wird. Ich bin glücklich, daß in diesem Jahre wieder ein paar erstklassige Redner herausgewachsen sind, an der Spitze unser Freund aus Elberfeld, *Goebbels*. (Beifall.) Ich weiß, was es heißt, wirklich hinreißend und mitreißend zu reden, weiß, daß das nicht angelernt werden kann, sondern eine angeborene Gnade ist. Jeder erstklassige, wirklich gute Volksredner wird für unsere Bewegung immer unbezahlbar sein. Wir müssen glücklich sein, wenn sich aus der Masse unserer Parteigenossen solche Köpfe mehr und mehr herausschälen. Wir können nicht zu den bestehenden großen Parteien gehen, an ihre Türen klopfen und uns aus ihren Restbeständen etwas heraussuchen. Es bleibt uns nur übrig zuzusehen, wie aus der Masse selbst diese Köpfe herausdrängen und hervorsprießen.

Unser Fortschreiten

Nun zum dritten, zur Organisation selbst!

Auch die Organisation ist in diesem Jahre gewachsen. Vom Jahre 1923 unterscheidet uns vor allem etwas vollständig. Damals war unsere Bewegung nur auf Bayern beschränkt und hatte erst in den letzten Monaten etwas nach Württemberg übergegriffen, während im übrigen Reiche infolge der Verbote sporadisch nur Keimzellen vorhanden waren. Heute ist unsere Bewegung über das ganze Deutsche Reich verbreitet und hat überall festen Fuß gefaßt. Unsere Organisation hat sich entwickelt, an manchen Orten günstiger, an anderen weniger günstig, je nachdem Köpfe vorhanden sind, die sich zur Verfügung stellen. Es ist für uns, die wir die ersten Anfänge der Bewegung noch vor uns sehen, etwas Wundervolles, wenn wir heute hören oder sehen, daß im entferntesten Westen, Osten und Norden überall nationalsozialistische Ortsgruppen bestehen, überall nationalsozialistische Bezirks- oder Gauverbände vorhanden sind, daß das ganze Deutsche Reich keinen weißen Flecken mehr aufweist, von dem man sagen könnte, er ist ein von uns noch nicht betretenes Gebiet. Mögen auch an manchen Orten die gewünschten Erfolge nicht gekommen sein, das macht nichts; denn wir sind ja erst ein Jahr alt. Ein kleines Bäumchen, das ein Jahr alt ist, beschattet auch nicht gleich die ganze Welt. Das

wesentliche ist aber, daß es wächst. Und das tut unser Bäumchen, und zwar ausgezeichnet.

Der beste Beweis für das Wachsen ist die liebevolle Fürsorge, die die Regierungen uns angedeihen lassen dadurch, daß sie unbedingt verhüten wollen, daß wir wegen unüberlegter Äußerungen ins Gefängnis kommen (Heiterkeit), daß sie sogar so weit gehen zu sagen, lieber lassen wir sie gar nicht reden, bevor sie etwas sagen, was sie unglücklich machen könnte (lebhafter Beifall). Das ist für uns der beste Beweis, daß unsere Bewegung nicht am absteigenden Ast sich befindet; denn da ließe man uns reden, was wir reden wollten. Man fühlt genau, daß wir uns im Aufsteigen befinden. Sie haben vorhin schon ein Bild bekommen von der mustergültigen Organisation unserer einzelnen Gaue usw. Ich muß das Bild, das Ihnen in finanzieller Hinsicht gegeben wurde, noch ergänzen. Neben der finanziellen Güte der einzelnen Gaue und Gebiete gibt es noch eine zweite Güte, die rein ideelle. Diese deckt sich nicht immer mit der finanziellen. Ich muß hier feststellen, daß in Bayern besonders Nürnberg heute eine feste Burg in unserer Bewegung darstellt, und zwar, was auch festgestellt werden muß, als Frucht eines Mannes, der sich dort rücksichtslos für unsere Bewegung eingesetzt hat, bis zum Gefängnis. (Heil-Rufe.) Wir alle haben diesen großen Kampf [12] in den letzten Monaten, fast möchte ich sagen, mit angehaltenem Atem verfolgt. Was in Nürnberg sich abspielte, war nicht nur von Bedeutung für Nürnberg, sondern von prinzipieller Bedeutung, war nicht nur von größter Wichtigkeit für die N.S.D.A.P., sondern hat auch vielen anderen die Augen geöffnet, so daß sie jetzt gar manches anders sehen als früher. Genauso muß ich eines zweiten Gebietes gedenken, das finanziell auch noch nicht besonders prunkvoll in der Bewegung dasteht, des Gebietes, das durch Goebbels vertreten wird. Wir sehen, daß gerade in dem dortigen Arbeitergebiet, in dem Industriegebiet unseres Vaterlandes, die Bewegung heute in musterhafter Weise emporschießt. Ich habe hier zwei Extreme herausgegriffen, die lebendigen Franken und die wesentlich kühleren Niederdeutschen des Ruhrgebiets usw. Wenn wir das Deutsche Reich heute von diesem bevölkerungspsychologischen Gesichtspunkte aus betrachten, müssen wir sagen, nichts beweist die Richtigkeit der Ideenwelt der nationalsozialistischen Bewegung besser als die Tatsache, daß sich ihre Ideen durchsetzen in so ganz extremen Gebieten. Vielleicht wird sie überall eine etwas lokale Färbung bekommen; das macht nichts. Im Prinzip marschieren alle auf das gleiche Ziel los. Es mag sein, daß in dem einen oder anderen Gebiet auf Grund der jeweiligen Notwendigkeiten das eine oder andere schärfer betont wird. Das Ziel ist aber überall die Durchsetzung des nationalsozialistischen politischen Glaubensbekenntnisses, sei es in Hamburg, München, Nürnberg oder in Elberfeld, sei es in Baden oder Ostpreußen.

Schwer war der Kampf, den wir im vergangenen Jahre, besonders im Hochsommer, auszufechten hatten. Es gab Gebiete, in denen wir uns von vornherein durchzusetzen vermochten, vor allem in Sachsen. Dort hat der Führer *Mutschmann* augenblicklich ganz Sachsen fest in die Hand genommen, geschlossen in die N.S.D.A.P. hinübergeführt und mustergültig in der Hand behalten, so daß eine Gegenströmung nicht entstehen konnte.

12 Gemeint ist der Beleidigungsprozeß des Nürnberger Oberbürgermeisters Hermann Luppe gegen Julius Streicher , in dem Hitler am 3.12.1925 als Zeuge vernommen worden war. Vgl. Dok. 90.

(Heilrufe, Beifall.) Viel schwieriger waren die Dinge aber z. B. in Württemberg, wo die gegnerische Gruppe an sich stark war und sofort zur Gründung eines eigenen Ladens überging. Nun, nach über einem Jahre, hat diese Gruppe unter Prof. Mergenthaler eine Jahresversammlung abgehalten [13], mit der sie sich selbst ihr Urteil gesprochen hat. Sie ist, ich möchte fast sagen, in nichts zusammengesackt. Auch dort setzt sich die N.S.D.A.P. sicher durch. Ihr Parteitag [14] hat ein ganz anderes Bild gegeben als der Parteitag der anderen Seite.

Wir können heute sagen, daß die N.S.D.A.P. in den letzten zehn Monaten einer inneren Festigung entgegengegangen ist, und daß die alten Wunden nach und nach ausgeheilt sind. Die fürchterlichen Kämpfe, die 1924 und zum Teil auch noch 1925 tobten, sind restlos überwunden. Es waren tatsächlich auch sachliche und nicht bloß persönliche Gegensätze, denn diese allein könnten sich nicht so auswachsen, wie es damals der Fall war. Es handelte sich eben nicht um zwei gleiche Bewegungen, sondern um zwei verschiedene.

In dieser ganzen Entwicklung haben auch die nationalsozialistischen Fraktionen maßgebend mitgewirkt. Im Reichstag war es nicht möglich, eine eigene nationalsozialistische Fraktion zu bilden. Wir haben 4 Reichstagsabgeordnete: Feder, Straßer, Frick und Dietrich [15]. Sie ergriffen damals die Fahne unserer Partei und kämpfen seit der Zeit für unsere Bewegung. Ich hege nur den einzigen Wunsch, daß möglichst bald eine Auflösung des Reichtstages kommt und daß wir dann, auf uns gestützt, in den Kampf gehen können. Wir werden ja sehen, weniger als vier bekommen wir niemals, wahrscheinlich mehr. Das genügt aber vollständig; denn wir gehen ja nicht hinein, um große Worte zu reden. Wir wollen dafür sorgen, daß wir noch 3 oder 4 Agitatoren für unsere Bewegung dazubekommen, weiter wünschen wir nichts. Die Bude da oben interessiert uns nicht im geringsten. (Heiterkeit, Beifall.)

Glücklicher waren wir im bayerischen Landtag. Auch hier ist bekanntlich eine reinliche Scheidung erfolgt. Wir haben jetzt im Landtag wieder eine völkische Vertretung, nämlich die Nationalsozialisten; denn was sich sonst unter dem Worte "völkisch" herumtreibt, kann nicht gut als Vertretung des völkischen Gedankens angesprochen werden. Unsere kleine Fraktion, Buttmann, Streicher, Wagner, Loeb [16], Holzwarth und Zipfel [17], hat, seit sie auf sich allein gestellt ist - und das ist sie gottlob - den Kampf ernstlich aufgenommen. Wenn Sie z. B. von den "Münchner Neuesten Nachrichten" hören, daß diese Herren mitgewirkt haben bei Dingen, die sicher das Ansehen des Parlaments und

13 Am 9.5.1926 in Stuttgart. Vgl. VB vom 19.5.1926, "Die Heerschau der 'Freiheitsbewegung' in Württemberg"; Völkischer Herold vom 21.5.1926, "Nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung Württembergs".

14 Am 18.4.1926. Vgl. Dok. 130 und 131.

15 Hans Dietrich (1898-1945), Volksschullehrer, 1920-1922 Gauwart des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1928 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Bayern, 1929 Vorsitzender der NSDAP-Stadtratsfraktion in Coburg, 1933 Stadtschulreferent.

16 Gemeint ist offensichtlich Emil Löw. Löw zählte zu den sechs Abgeordneten des Völkischen Blocks, die am 22.9.1925 die NSDAP-Landtagsfraktion gründeten. Vgl. VB vom 26.9.1925, "Die Fraktion der N.S.D.A.P. im bay. Landtag".

17 Georg Zipfel (geb. 1896), Schlosser, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1928 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1933-1937 Stadtrat in Kronach, 1935 NSDAP-Kreisamtsleiter.

des parlamentarischen Wesens kaum fördern, so sage ich: jawohl! bei all den Dingen wirken wir mit! Wir wirken mit, diese Institution dem Volke in seiner richtigen Form und Farbe zu zeigen. Es ist die Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie das deutsche Volk endlich aufklärt über den Irrsinn und Wahnsinn dieser verblödeten Institution. Wir sind nicht dazu da mitzuwirken, daß das Volk zur Meinung kommt, der Parlamentarismus wäre eine Segnung. Unsere Mission ist, dem Volk seine grauenhafte Wirkung zu zeigen und sie den einfältigsten Gemütern klar vor Augen zu führen. Wenn man uns entgegenhält, unsere Leute gingen dann und wann auch mit den Kommunisten und den Mehrheitssozialisten, so ist uns das ganz und gar egal.

Wir gehen nicht mit denen, sondern gehen unseren Weg, und wenn wir uns da zufällig mit anderen treffen, so ist uns das auch gleich, genauso gleich, wie der Bayer. Volkspartei, die auch mit Severing einen Weg geht [18].

(Lebhafter Beifall.) Wir brauchen doch nicht päpstlicher zu sein als der Papst (Heiterkeit). Und was die hochheiligen Herrn Wohlmuth [19] usw. können, warum soll das bei uns ein Kapitalverbrechen sein!

Seit dieser Zeit des Kampfes im Parlament ist es auch viel leichter, eine Beteiligung an den kommenden Wahlen zu verlangen. Ich muß gestehen, ich hätte mir nicht vorstellen können, wie ich vor einem Jahr eine Beteiligung an einer Neuwahl überhaupt hätte motivieren können. Ein normaler Parteigenosse hätte mir sagen müssen: "Sie zogen doch hinein, damit Sie ein reinigendes Gewitter hineinbringen, und jetzt machen Sie überall mit, gebärden sich im Gegenteil parlamentarischer als die ältesten Parlamentarier!" Da hätte ich eine Beteiligung an den Wahlen nicht mehr empfehlen können. Die neue Tätigkeit hat es ermöglicht, daß sich die Bewegung heute mit Fug und Recht bei den Wahlen in Mecklenburg sagen kann, wir wollen sorgen, daß wir auch dort einige Leute hineinbringen. Sind wir dann das Zünglein an der Waage, wie z. B. in Thüringen [20], unter Dinter (lebhafter Beifall), dann werden wir dieses Zünglein machen. Dann mögen die anderen tausendmal den Kopf schütteln und sagen: wie kann man nur solche Anträge einbringen! Jawohl, die bringen wir ein; denn die anderen hätten sie nicht eingebracht! - Es wird dann heißen: ihr demoralisiert die ganzen Grundlagen des Staates! Ja, des heutigen Staates, dieser Schieberorganisation! Mit dem haben wir allerdings nichts gemein! Wir wollen die Grundlagen für einen wirklichen Staat schaffen.

Wir sind heute in der Lage, Mecklenburg das gleiche Vorbild zu empfehlen. Werden wir dort das Zünglein an der Waage, um so besser für uns. Werden wir es nicht, so

18 Anspielung auf das sowohl in Bayern wie in Preußen bestehende Redeverbot für Hitler.

19 Georg Wohlmuth (1865-1952), Dompropst, Dr. phil., 1890 Priesterweihe, 1895 Professor an der Philosophisch-theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayer. Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Fraktionsvorsitzender der BVP.

20 In Thüringen war die nach der Landtagswahl vom 10.2.1924 gebildete Regierung unter Ministerpräsident Richard Leutheußer auf die Tolerierung durch die sieben Abgeordneten der Vereinigten Völkischen Liste angewiesen, da die im "Thüringer Ordnungsbund" vereinten bürgerlichen Parteien (DNVP, Landbund, DVP, DDP) über keine Mehrheit im Landtag verfügten. Mitte 1925 spaltete sich die völkische Landtagsfraktion in DVFP und NSDAP (Artur Dinter, Willy Marschler, Karl Spiller). Vgl. Tracey, Development, S. 28 f.

macht es auch nichts [21]. Wir haben dann wenigstens unsere Leute im Landtag und damit die Möglichkeit, mit der freien Bahnfahrkarte herumzufahren und zu reden, und das allein macht die Sache bezahlt. Wir werden ausrechnen, daß die Wahlkosten damit reichlich hereingebracht werden. (Heiterkeit.)

Nationalsozialistische Opferbereitschaft

Damit habe ich Ihnen an sich schon ein Bild der Bewegung gegeben. Ich möchte zum Schluß nur noch auf die Geschäftsstelle selbst zu sprechen kommen, eine Angelegenheit, die unser Kassier schon angeschnitten hat. Wir haben auch da mit nichts begonnen. So wenig man aber eine Fabrik aufmachen kann, ohne ein Fabrikgebäude zu haben, so wenig können wir eine Organisation aufrichten, ohne irgendwo eine zentrale Stelle zu besitzen. Wir haben daher unsere Geschäftsstelle ununterbrochen weiter ausgebaut und vergrößert. Wenn sich der "Bayer. Kurier" [22] den Kopf darüber zerbricht, wo wir die Mittel herbekommen, um den Umbau durchführen zu können, so lade ich ihn ein, uns vielleicht auch einen Beitrag dafür zu geben. (Heiterkeit.) Im übrigen fühle ich keine Veranlassung, hinter dem Berg zu halten. Wir bekommen die Mittel auf dem gleichen Wege zusammen, auf dem der "Bayer. Kurier" für den Peterspfennig eintritt. Wir gehen auch fechten, genauso fechten, wie unsere erlauchten Vorbilder, denen das nicht schwer wird, denn sie verfügen ja über eine wahrhaft virtuose Fechtkunst. (Lebhafter Beifall.) Die haben keine Veranlassung, sich darüber zu wundern, daß mit der Zeit auch andere das Fechten lernen. (Heiterkeit.) Mit der Zeit steckt das an. Sie dürfen überzeugt sein, wenn ich das Betriebskapital aufbrächte, würde ich genau die gleiche Reiseroute einschlagen wie der hochwürdige Kardinal Faulhaber [23] und würde nach Nordamerika fahren. Vielleicht brächte ich auch etwas zusammen. Vielleicht könnte ich mir schon vorher verschiedene Adressen holen, wo man etwas bekommt. (Heiterkeit.) Ich bin auch Katholik.

Meine lieben Parteigenossen! Wenn wir heute nach einem Jahr die Bewegung wieder überblicken, können wir sagen, sie ist in einem Maße gewachsen, wie wir es früher für unmöglich gehalten hätten. Es ist vor allem die Homogenität hergestellt. Wir können sagen, mag auch im Innern sich heute noch eine Vielgestaltigkeit zeigen, aus den verschiedensten Lagern heraus, nicht aus politischen, sondern geistigen, so haben wir doch gerade daraus unsere Kraft gezogen. Nach außen sind wir einig und geschlossen.

Damit möchte ich übergehen zu dem, was ich Ihnen eigentlich in erster Linie heute sagen will, nämlich zu der Frage, ist unsere Bewegung überhaupt notwendig? Wir müssen da unseren Blick zunächst auf die innerpolitischen Verhältnisse werfen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich etwas streifen, was Sie naturgemäß alle sehr interessiert.

Bürgerliches Versagen

Was ist das Kernproblem der deutschen Zukunft überhaupt?

Das Kernproblem lautet nach wie vor:

---

21 Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 6.6.1926 erhielt die NSDAP 4607 Stimmen (1,7 %) und erreichte damit kein Mandat. Vgl. Falter, Wahlen, S. 98.

22 Der "Bayerische Kurier" war das offiziöse Organ der BVP-Parteileitung und -Landtagsfraktion.

23 Michael von Faulhaber (1869-1952), 1892 Priesterweihe, 1895 Dr. theol., 1903-1910 Professor für Altes Testament in Straßburg, 1910-1917 Bischof von Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal.

Gelingt es dem deutschen Wesen, die ihm entfremdeten 14 oder 16 Millionen international eingestellten Seelen noch einmal zu assimilieren oder nicht?

Wenn dies nicht gelingt, ist alles andere für die Zukunft vollkommen überflüssig, und es soll jeder, insbesondere bürgerliche Politiker zusammenpacken, weil dann doch alles zwecklos ist. Das ist das Problem. Da müssen wir nun fragen, ist man der Lösung näher gekommen *ohne uns?* Sind die Parteien dem etwa näher gekommen *ohne uns?* Ich glaube, daß das Gegenteil wohl richtig ist. Im Jahre 1924 hat es manchen bürgerlichen Strohkopf gegeben, der aufatmend wußte, daß die größte Gefahr jetzt vorbei sei. Es hieß: "Deutschland ist wirtschaftlich gerettet, von Nordamerika kommen die Millionen, so daß man nicht weiß, wo man sie unterbringen soll. Auch in politischer Beziehung hat überall die Klugheit und die einsichtige Vernunft Platz gegriffen, mit anderen Worten, das deutsche Volk hat die Krise überwunden und befindet sich wieder im Aufstieg." Das hörte man besonders, als zum erstenmal sogenannte deutschnationale Vertreter im Reichskabinett erschienen. Man sagte, was wollt Ihr mehr? Wir sind auf dem besten Wege zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung. Und als dann die Reichspräsidentenwahl kam, fiel man vollends in die Knie und dankte dem lieben Gott für die blendende Lösung. Man dachte sich, nun komme man ohne weitere Kraftanstrengung aus der Misere heraus. Die bürgerlichen Blätter schrieben begeistert, das sei das sichtbare Zeichen des inneren Wiederaufstiegs, der inneren Genesung des deutschen Volkes. "Deutschland kann nicht untergehen!"

Jawohl! Seitdem ist ein Jahr vergangen, ohne daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so glänzend gestaltet hätten. Wir haben vielmehr ein Millionenheer von Arbeitslosen, und die Not frißt weiter und verstärkt sich ununterbrochen.

Auch in politischer Beziehung kam es anders. Nicht die Deutschnationalen, *nicht die Bürgerlichen sind es, die das Schicksal des Reiches bestimmen, sondern es wird bestimmt durch die große drohende rote Faust, die sich langsam erhebt.*

Redeverbot auf Grund von Fälschungen

Als ich am 27. Februar vergangenen Jahres hier sprach [24], hatte ich zunächst noch die Erlaubnis zu reden. Bekanntlich durfte ich das ein zweites Mal nicht mehr. *Warum?* Es muß ein Grund hierfür gewesen sein, der nur in der Versammlung gelegen sein konnte, in den Ausführungen, die man von mir zu hören bekam. Tatsächlich ist auch eine ganze Anzahl von *infamen, niederträchtigen Fälschungen* verzapft worden, die man vor Gericht nicht zu erhärten wagte, weil dann ihre Verlogenheit sofort klargestellt worden wäre. Man begann vielmehr, auf dem Verwaltungswege den Schutz des Staates in die Hand zu nehmen, und hat mir das Reden verboten.

Die Begründung war sehr einfach. Zunächst hieß es, *auf Grund der damaligen Ausführungen.* Das konnte man nicht aufrecht erhalten, denn es lagen die Niederschriften von 2 Stenographen vor. Man hat sie nicht einvernommen, sondern erklärt nun, darauf komme es nicht an. Als wir sagten, das sind unsere Zeugen, erwiderte man, die brauchen wir gar nicht; es ist nicht notwendig, daß wir jemanden vernehmen. Natürlich war das nicht notwendig, weil dann die Unwahrheit der Behauptungen festgestellt worden

24 Vgl. Dok. 6.

wäre. Es hieß, der Inhalt der Rede sei staatsgefährlich gewesen. Als man auch das nicht mehr aufrecht erhalten konnte, sagte man, *nicht die einzelnen* Ausführungen, sondern die ganze Tendenz sei "staatsgefährlich". In anderen Teilen des Reiches hat man das natürlich sofort aufgegriffen.

Es kam der famose Zusammenschluß zwischen der Bayer. Volkspartei, den Mehrheitssozialisten und den absoluten Kommunisten zustande, nämlich das allgemeine Redeverbot.

Preußen folgte hierin und dann kamen Baden und Sachsen, und schließlich Staat um Staat, und zwar mit Begründungen, die hochinteressant sind. Jeder Staat hatte eine andere. In dem einen war mir verboten zu reden, weil ich ein verruchter Ausländer bin, in dem anderen, weil ich einen neuen Hochverrat organisiere, in einem dritten, weil ich an sich eine Staatsgefahr darstelle, im vierten, weil es nicht angängig ist, daß staatsgefährliche Ideen in das Volk hineingetragen werden;

lauter Gründe, die aus der Luft gezogen und an den Haaren herbeigeholt sind, einzig und allein von dem Wunsche beseelt, den Mund eines Menschen zum Schweigen zu bringen, von dem man glaubt, daß er das eine oder andere, auch bürgerliche Parteigeistchen auf seine Seite ziehen könnte; denn die Linke hat ja allen Grund, das an sich zu tun.

Was ist in Wirklichkeit damals geschen? Ich habe damals, daran werden Sie sich erinnern, festgestellt, daß die Meinung, der Marxismus wäre erledigt, Wahnsinn und Irrsinn ist,

daß die ganze unerhörte bürgerliche Dummheit dazu gehört, an diesen Irrsinn zu glauben. Ich habe gesagt, daß man um den Endkampf mit dem besten Willen nicht herumkommt und

daß dieser Endkampf nicht ausgefochten wird in den Parlamenten, sondern daß es eines Tages zu einer Gewaltprobe kommen wird, wobei dann einer am Boden liegen bleibt, entweder der Marxismus oder wir.

(Beifall, sehr richtig!)

Seitdem ist über ein Jahr vergangen, und während ich heute zu Ihnen rede, rüstet man in ganz Deutschland zum roten Frontkämpfertag in Berlin [25], wo 90 bis 120.000 solche rote Frontkämpfer aufmarschieren sollen. Die ganze Rechte hat nun eigentümlicherweise nicht die Parlamentarier nach Berlin geschickt, um durch deren Redeschwall die Gefahr einzudämmen. Wir sehen vielmehr mit Erstaunen überall Truppentransportzüge.

Man glaubt also selbst nicht mehr, daß man dieser Gefahr mit den Waffen des höheren Geistes Herr werden wird,

wobei das Wort Geist, wenn es im bürgerlichen Lager ausgesprochen wird, auf mich immer eine eigentümlich kitzelnde Wirkung hat (Heiterkeit). Diese Parteien also wollen mit "geistigen" Waffen den Marxismus abtöten? Heute ist man aber schon dabei, auch Truppen zum Schutz dagegen aufzurufen, und morgen und übermorgen und in einem Vierteljahr wird es jeweils noch übler sein, denn man scheint zu vergessen, daß der Polizeiknüppel gewiß eine Zeitlang eine Bewegung niederhalten kann. Daß diese aber, wenn sie nicht von einer anderen paralysiert wird, die mit der ganz gleichen Energie

25 In Berlin fand am 23./24.5.1926 das 2. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes statt. Vgl. Berliner Tageblatt vom 25.5.1926 (MA), "Ruhiger Verlauf der Demonstrationen".

eine bessere Wahrheit vertritt, durch den Polizeiknüppel nicht niedergehalten werden kann, sondern ihr vielmehr der Sieg dadurch erst recht zufliegt.

Das sehen wir heute schon vor uns.

Anwachsen der roten Flut

Was hat man in den letzten Monaten getan? Die *kommunistischen Versammlungen* wurden *verboten.* Kommunisten wurden *eingesperrt, kommunistische Redner* mit dem *Gummiknüppel angegriffen.* Das Ergebnis sehen Sie bei der ersten Abstimmung über die Fürstenabfindungen [26]. *Sie finden nicht etwa eine Zähmung des Kommunismus, sondern vielmehr die Radikalisierung desselben, nicht ein Zurückdämmen des Marxismus, sondern seine unendliche Festigung. Das haben die bürgerlichen Parteien erreicht, daß wir heute nach sieben Jahren nicht etwa an der kommunistischen Leiche stehen, wie man meinen sollte, sondern an der eigenen Totenbahre.* Das ist das Ergebnis der Maßnahmen dieser Schlaumeier, aber auch das Ergebnis des Redeverbots. Die Herren, die mir damals ebenso wie einer ganzen Reihe von Abgeordneten das Reden verboten haben und dadurch unsere Bewegung knebelten, haben vergessen, daß die Bayer. Volkspartei den Marxismus bisher nicht beseitigen konnte. Diese Partei hat ja auch in Bayern durchaus nicht national gehandelt. Wenn in den Jahren 1920/21 und [*19*]22 sich die Lage für das nationale Deutschland besserte, war es wirklich nicht das Verdienst der Bayer. Volkspartei und ihrer Herren im Landtag, sondern das Verdienst der unermüdlichen Aufklärungsarbeit, die unsere Bewegung vorgenommen hat.

Jetzt können Sie erleben, daß in einigen Wochen in Nürnberg der Reichsbanner-Tag [27] stattfinden wird. Da werden Sie dann die rote Armee aufmarschieren sehen. Natürlich tröstet sich das bürgerliche Hühnerzeug und glaubt, es sind nicht lauter Rote, es seien ja auch einige andere darunter. Man wird aber sehen, wie das Reichsbanner im entsprechenden Moment, wenn die roten Frontkämpfer marschieren, nachmarschiert, wie seinerzeit die Mehrheitssozialisten auch hinter den Kommunisten und Spartakisten herliefen.

Was die Herren mit dem Redeverbot verbrochen haben, können sie vor der deutschen Geschichte nicht wieder gutmachen. Sie haben die einzige Bewegung zu lähmen versucht, die imstande gewesen wäre, dieser roten Pest Widerstand zu leisten.

Wie stellt man sich denn die Weiterentwicklung in Deutschland vor? Im Jahre 1919 gab es in Berlin noch keine 20.000 Kommunisten, 1920 waren es bereits 67.000, 1923 schon 140.000, bei der ersten Wahl im Jahre 1924 über 200.000 und bei der letzten Wahl im gleichen Jahre 357.000 [28]. Heute dürfen wir überzeugt sein, daß es in Berlin weit

26 Das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten war im März 1926 von 12,5 Millionen Wähler unterstützt worden. Beim Volksentscheid am 20.6.1926 stimmten 14,5 Millionen Wähler für die Enteignung, die nötige Mehrheit von rund 20 Millionen wurde aber nicht erreicht. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 452 f.

27 Der Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fand vom 13. bis 15.8.1926 in Nürnberg statt. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.8.1926, "Der Reichsbanner-Tag in Nürnberg".

28 Im Wahlkreis Berlin hatte die KPD bei den Reichstagswahlen am 6.6.1920 13.949 Stimmen (1,3 %), am 4.5.1924 225.082 Stimmen (20,6 %) und am 7.12.1924 217.231 Stimmen (19,2 %) erhalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/1922, S. 356 f., und 1924/1925, S. 390 ff. Zur KPD-Mitgliederentwicklung im Bezirk Berlin-Brandenburg vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen

über 600-700.000 Kommunisten gibt. So wie in der Hauptstadt des Deutschen Reiches ist es zweifellos auch in anderen Orten. Wie denken sich die Leute da eigentlich die deutsche Zukunft, solange dieses Anwachsen nicht gebrochen ist?

Man verzichtet eben auf jede deutsche Zukunft.

Bei uns hat man allerdings das famose Rezept, sowie sich der rote Drache erhebt und leise Dampf aus seinen Nüstern gibt, die Königsmacher aufmarschieren zu lassen. Genau so, wie einst Papst Leo den Horden Attilas entgegentrat und sie durch seine hoheitsvolle Erscheinung beschwichtigte, wird eines Tages der Professor *Bauer*[29] den asiatischen Horden mit Regenschirm und Königskrone entgegentreten und bewirken, daß die Bewegung, die von Wladiwostok bis Königsberg geht, auf einmal haltmacht vor den Veteranenvereinen und Kriegerbünden, die mit wehenden Fahnen aufmarschieren und ununterbrochen "Heil unserm König, Heil!" rufen, um so die schrecklichen Horden zurückzuscheuchen. Bayern wird dann ganz allein als weiße Insel im roten Europa übrig bleiben, als seliges Königreich. Der Bolschewismus wird alle anderen verschlingen, ausgenommen vielleicht noch Schleiz-Greiz und den einen oder anderen der Kleinstaaten, die im kritischen Augenblick die Monarchie ausgerufen haben. Vor diesen Staaten bleibt dann der Bolschewismus stehen, denn er ist ja doch keine "monarchische Staatsform". Was will also der Bolschewismus dort, wenn man doch die Monarchie proklamiert hat! Mit diesem Blödsinn geht man wieder agieren; damit handelt man wieder. Die rote Meute droht in Berlin, und bei uns läuten die Königsglocken. Meine lieben Freunde! Wenn heute wirklich etwas sich ereignen sollte, so kann ich mir nicht vorstellen, wie unsere schirmbewehrten Veteranenvereine den Kampf aufnehmen wollen, wie sie plötzlich mit ihrem Geschrei, das schon 1918 so schnell verstummte, die internationale Marseillaise übertönen sollten.

Staatsvernichtung durch die "Staatserhaltenden"

Die Herren lullen sich in einen schönen Traum ein! Uns haben sie vorgeworfen, daß wir den Staat gefährden.

Nein, den Staat gefährden sie selbst!

(Sehr richtig, Beifall.) Uns haben sie vorgeworfen, daß wir den Staat mit Gewalt beseitigen wollen. Nein, sie beseitigen den Staat dadurch, daß sie die Macht brechen, die allein auf Grund ihrer Aufklärung der roten Meute Maßnahmen entgegensetzen könnte. Wenn heute eine Entscheidung kommt, werden nicht die Veteranenvereinigungen den Ausschlag geben, sondern nur ein Wille, der fanatisch eingebrannt sich dem Ansturm noch entgegenstellen kann und will, der aber bei den Herrschaften da drüben nicht da ist.

Die Behauptung, daß wir den Staat gefährden, ist eine unerhörte Unwahrheit. Die ganzen Jahre über haben wir nichts anderes getan, als für das Deutsche Reich und den deutschen Staat gekämpft.

Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, Bd. 1, S. 369.

29 Gemeint ist der Münchner Gymnasialprofessor und DNVP-Landtagsabgeordnete Hermann Bauer, der die Ende 1922 gegründeten Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns leitete.

Wir haben dabei allerdings Front gemacht gegen jene, die diesen Staat als Melkkuh betrachteten oder ihre zukünftigen völkerverderbenden sogenannten "Ideale" neuerdings proklamieren wollten. Das wollten wir verhindern. Durch *unsere* Tätigkeit wurde Bayern nicht "gestürzt", sondern es hatte den Schimmer einer deutschen Mission erhalten, die durch die Tätigkeit anderer restlos zerstört wurde. (Sehr richtig.) So wollten wir 1923 nicht den deutschen Staat zerbrechen, sondern ihn vielleicht in letzter Stunde noch retten. Die anderen waren schlauer und klüger als wir. Und das Ergebnis?

Haben sie Deutschland gerettet? Wo stehen wir? Wirtschaftlich kamen die Dawesgesetze und politisch Locarno und was die Zukunft bringt, weiß Gott.

Heute verlangt die bayerische Regierung eine Erklärung, einen Akt und will dann gestatten, daß wir wieder reden. Was wollen die Herren für eine Erklärung? *Unsere Erklärung, unser Akt ist die sechsjährige Tätigkeit im Dienste unseres Volkstums gewesen. Eine weitere Erklärung ist die Tätigkeit, die wir jetzt die ganze Zeit über ausgeübt haben.*

Wie komisch dieses Deutschland ist, nur ein Beispiel: Oldenburg besteht aus zwei Teilen, dem eigentlichen Oldenburg und Eutin in Holstein. In dem einen Teil ist meine Tätigkeit staatsgefährlich, im andern Teil, in Eutin, nicht. Dort darf ich reden [30]. (Heiterkeit.) Ich muß mich da fragen, faßt man das alles als Spott oder Spaß auf?

Glauben Sie mir, den Herren wird der Spaß noch vergehen - dafür wird die rote Meute sorgen! Wenn sie meinen, daß wir uns beeilen werden, ihnen nachzulaufen, so sage ich, wahrhaftiger Gott, wir haben wirklich keine Veranlassung, der Bayer. Volkspartei nachzulaufen.

Wir haben uns jahrelang für das deutsche Volk eingesetzt bis zum Äußersten. (Heil-Rufe. Lebhafter Beifall.) *Es kommt aber die Zeit, da werden diese Herren sich nach Bundesgenossen umsehen, da werden sie erkennen, daß sie dem Bolschewismus nicht Herr geworden [sind], weder mit dem Polizeiknüppel noch mit frommen Gebeten.* (Beifall.)

Damit komme ich zu unserer Aufgabe in der Jetztzeit.

Unsere Aufgabe ist es, heute eine feste Waffe zu schmieden, den Willen und die Energie, daß, wenn die Stunde kommt und der rote Drache sich erhebt, wenigstens ein Teil unseres Volkes nicht verzagt und verzweifelt, sondern entschlossen ist, Widerstand zu leisten.

Ich weiß nicht, was geschähe, angenommen, es würde plötzlich morgen in Berlin oder an einem anderen Orte der Tanz losgehen und mit einem Schlag ein großer Teil der grünen Polizei [31] mit fliegenden Fahnen in das andere Lager übergehen - und in gewissen Teilen Deutschlands ist das so reif wie nur etwas. Wenn plötzlich das Reichsbanner in ganz großen Formationen mitginge und wenn diesen Riesenmassen auf der anderen Seite die in ihrer Kleinheit lächerliche Institution, genannt Reichswehr, gegenüberstünde. Wenn mir da einer sagte, wir werden doch noch Herr. Meinetwegen! Werde man mit Maschinengewehren und Handgranaten noch einmal Herr.

Glauben Sie aber, daß das Bestand hat? Nein, das Ende wird im Gegenteil noch fürchterlicher sein. Das ist das Verbrecherische, das Sinnlose, daß man in die Zukunft hinein-

30 Hitler hatte am 9.5.1926 in Eutin gesprochen. Vgl. Dok. 140. Das in Oldenburg bestehende Redeverbot wurde vom Innenministerium am 22.5.1926 aufgehoben. Abdruck eines entsprechenden Schreibens an die NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg: VB vom 1.6.1926, "Der erste Staat ...".

31 Gemeint ist die Landespolizei (Gendarmerie).

taumelt, daß man glaubt, mit losgehenden Handgranaten den Staat retten zu können. Wenn die Rettung des Staates darin bestünde, daß man Angriffe vom Reichskanzlerpalais abzuwehren vermag, so mag diese Rettung gelingen. Wenn aber die Staatsrettung darin besteht, das deutsche Volk zur Erkennung seiner nationalen Pflichen zurückzuführen, dann ist der deutsche Staat so nicht zu retten, dann wird Deutschland so nur um so früher geopfert.

Denn eines Tages werden die Handgranaten nicht mehr krepieren und die Maschinengewehre nicht mehr losgehen. Eine nur auf Gewalt aufgebaute Diktatur, hält zwar einige Zeit, zerbricht aber, wenn auf der anderen Seite überwältigende zyklopische weltanschauliche Kräfte stehen.

So sehe ich die Mission der nationalsozialistischen Bewegung darin, daß man versucht, dieser roten Flut, die eines Tages zur Brachialgewalt wird, eine nicht minder weltanschauliche und nicht minder zur Brachialgewalt entschlossene nationale entgegenzustellen. Nicht das Deutsche Reich, nicht den Staat wollen wir bekämpfen, sondern die, die zum Hieb ausholen. Damit stehe ich genau auf der Plattform, auf der wir schon vor einem Jahre standen. Wir sind überzeugt, daß der Kampf gegen den Marxismus zur letzten Entscheidung kommen wird und kommen muß, weil zwei Weltanschauungen miteinander fechten, wobei es nur eines gibt:

Einer bleibt am Platze und der andere siegt [!].

Der große Betrug am Volk

Daß das die bürgerlichen Parteien nicht begreifen, ist ihr Menetekel. Deshalb sind sie zum Untergang bestimmt. Wie das praktisch vor sich geht, sehen wir vor uns. Vor einigen Monaten hat man in Deutschland, das ist ein besonderes Symptom, die sogenannte Fürstenabfindung lanciert. An sich hat jeder Deutsche neun Zehntel seiner Sparguthaben, neun Zehntel seiner Pfandbriefe und Kriegsanleihen verloren. Das letzte Zehntel erklärt man als "Aufwertung", so daß der arme Tropf schließlich noch glücklich ist, daß er überhaupt etwas bekommt, ohne zu wissen, warum, wieso, weshalb. Das ist jedem Deutschen zugestoßen. Jetzt geht man einen Schritt weiter und beginnt mit Konfiskationen von Grund und Boden, Wohnungen, Häusern, Kunstgegenständen usw. Wo wird da haltgemacht? Wo wird das enden? Für wen vor allem hat der Staat in den sieben Jahren *konfisziert* und *enteignet*, *Millionen* auf *Millionen* und *Milliarden* auf *Milliarden* dem deutschen Volk aus der Tasche geholt? Vor sieben Jahren wurde begonnen mit dem Tage, da man die letzte Kriegsanleihe verpulvert und 27 Milliarden an Kriegsrohstoffen verschleudert hatte. All das hat man aus dem deutschen Volke herausgeschöpft. Da frage ich nun: kann einer der Arbeiter heraustreten und sagen, dafür konnte ich mir eine Existenz zimmern, dafür hat man mir dies oder jenes gegeben! Spurlos sind diese Vermögen natürlich nicht verschwunden. Einige Gewinner gab es. So war es. Jetzt geht man einen Schritt weiter und tut zu den Milliarden noch ein paar Millionen, die man wieder wegstiehlt. Und das Ergebnis? Glaubt das deutsche Volk, daß es davon etwas bekommt, daß vielleicht der deutsche Proletarier erstaunt in der Spiegelgalerie in Herrenchiemsee herumwandeln wird, geblendet von dem Glanz der Lichter; daß seine Frau mit brillantenbesetzten Fingern herumsteigen wird und nicht weiß, wie sie diese tragen soll, damit man sie sieht; daß er nicht mehr arbeitslos ist, sondern eine Rente bekommt? Gott bewahre. Ich sehe sie schon, die kommenden Schloßbesitzer, diese Damen, die ihre Hände

mit Brillanten heraushängen lassen, (Heiterkeit, lebhafter Beifall), ich sehe sie schon, all die Leute, die zu ihren Millionen noch ein paar dazubekommen, und ich sehe auch die Angehörigen [*des*] deutschen Volkes, die nach Schluß der Komödie sich sehr erstaunt ansehen werden und sagen werden: eigentlich ist mein Zimmer oder unser Zimmer - denn gewöhnlich wohnen in Deutschland in einem Zimmer mehrere -, gar nicht verändert (Heiterkeit), und das übrige auch nicht. Alles ist geblieben wie es war. So war der Beginn. Und mit dieser ebenso erbärmlichen wie dummen, aber auch hinterhältigen Demagogie hat man Millionen und Millionen Menschen angelockt und bekommen. Dann ging es weiter. Eine Demütigung kam nach der anderen. Man treibt die Propaganda jetzt ganz offen. Glauben Sie, meine lieben Parteigenossen, es gibt in der Weltgeschichte verschiedene Ereignisse, die die Mitwelt nicht richtig beurteilt hat, weil sie in ihrem vollen Umfange oder besser in ihrer Wirkung auf die Nachwelt dem einzelnen nicht sichtbar wurden. Ich denke da z. B. an den Prager Fenstersturz, oder an die Halsbandgeschichte der Marie Antoinette, an die Friedensresolution 1917, lauter Dinge, die für die Zeitgenossen nicht die Bedeutung hatten wie für die Nachwelt. Genau so wenig wird jetzt ein Ereignis richtig eingeschätzt: die Aufführung des Films
"Panzerkreuzer Potemkin" [32].

Mit diesem Stück vollzieht sich bei uns die letzte Revolutionierung. Mit diesem Stück, in fünfzehn Berliner Kinos täglich viermal abgerollt, von denen das kleinste 1.200 Personen faßt, werden mindestens 60.000 Personen pro Tag in diese Hochschule der Bestialität eingeführt.

Meine Herren von der Bayer. Volkspartei, ist das nicht staatsgefährlich?

Empört das das christliche Gemüt des hochwürdigen Herrn Pfarrer Wohlmuth nicht im geringsten? Meinen Sie, das sei zu ertragen? Die Nachwelt wird das anders beurteilen! Ein Staat, in dem es möglich ist, daß, wie das zur Zeit in Berlin der Fall ist, Lastkraftwagen mit russischen Matrosen zur Propaganda der roten Revolution herumfahren können, marschiert dem Tode entgegen. *Das sind die Totengräber des Staates!* Sie erklären übrigens das auch ganz offen. Im preußischen Landtag sagte ein kommunistischer Abgeordneter frei heraus: Jawohl, *unsere Aufgabe ist die Organisation der Massen zum gewaltsamen Sturz des Staates. Der Mann darf reden:* niemand hindert ihn daran! In ganz Deutschland kann er reden. Sehen Sie, in solch einem kleinen Symptom können Sie ein Zeichen, ein Merkmal unseres rapiden Verfalls sehen.

Das Verbot zu denken

Hierher gehört auch noch etwas, was ich kurz, weil es zu den inneren Dingen in Deutschland gehört, streifen möchte. In die gleiche Reihe gehört jene fürchterliche Gefahr, die man jetzt plötzlich entdeckte, diese katilinarische Verschwörung in Berlin,

32 Gegen die Aufführung des berühmten Films Sergej Eisensteins über den Matrosenaufstand im zaristischen Rußland 1905 hatte die Filmprüfstelle auf maßgebliches Betreiben der Reichswehr am 24.3.1926 ein reichsweites Verbot erlassen, das von der Filmoberprüfstelle aufgehoben wurde. Im Widerrufsverfahren erreichten jedoch die Länder Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen am 12.7.1926, daß die Filmoberprüfstelle ein erneutes Aufführungsverbot aussprach, was in der liberalen Öffentlichkeit heftige Proteste hervorrief. Am 28.7.1926 wurde schließlich eine überarbeitete Filmfassung von der Filmprüfstelle freigegeben. Vgl. Berliner Tageblatt vom 13.7.1926 (MA), "Verbot des Potemkin-Film"; Berliner Tageblatt vom 28.7.1926 (AA), "'Potemkin'-Film freigegeben".

diese blutrünstige Gesellschaft von alldeutschen Verbänden, von Claß [33] und wie sie alle heißen, die einen "trockenen", aber "wahrscheinlich" doch "trockenblutigen" Putsch" beabsichtigen [34]. All das hat man aufgezogen, um Stimmung zu machen für die Jetztzeit. Man weiß ganz genau, die Herren werden alles tun, nie aber einen Putsch machen. Sie werden keinen Staatsstreich machen, keinen trockenen, keinen nassen, keinen illegalen und keinen legalen. Sie haben höchstens einige "Pläne" gehabt. Vielleicht ist darunter die Verfassung gewesen, die vor zweieinhalb oder drei Jahren in einem Prozeß eine große Rolle spielte. Vielleicht befinden sich verschiedene Abdrücke dieser Verfassung auch bei Münchener Stellen. Es handelt sich hier um diesen ewigen Juden unter den Verfassungen, der seit sechs Jahren herumgeht. Man weiß also ganz genau, die Herren machen keinen Staatsstreich. Darauf kommt es aber nicht an. Es ist jetzt überhaupt verboten, auch nur zu wollen, daß sich die Dinge in Deutschland ändern. Daß wir mit den alldeutschen Vertretern nichts zu tun haben, wissen Sie. Eines muß ich aber doch sagen,

es ist unerhört, daß man schon deshalb verfolgt werden kann, weil man einem zu unterschieben vermag, er wolle eine Änderung der heutigen Zustände herbeigeführt wissen.

Das allein ist schon strafbar, denn was jetzt besteht, ist geheiligtes Recht, unter das sich alle zu beugen haben.

Es ist aber nicht nur gefährlich für mich zu reden, sondern auch für Herrn Held selber. Es ist nicht nur gefährlich für mich, etwas zu schreiben, sondern auch für Herrn Held. Er bekommt genau so eine Ohrfeige, wie ich sie bekomme. Auch für ihn gibt es ein Redeverbot, nur ist es nicht so rigoros wie bei mir. Es wird ihm aber doch gesagt, er möge gemäß seinem Wissen und seiner Einsicht in die Dinge, die ihm doch nicht so klar sind wie den Herren in Berlin, wie z. B. Herrn Stresemann oder irgendeinem anderen dieser größten Deutschen der Jetztzeit, sich mehr bescheiden und nicht in Dinge hineinreden, die eben wohl ein Stresemann versteht, ein Held aber nicht verstehen kann [35]. Auch dort gibt es also Redeverbote, nicht nur bei uns, und das ist auch ein Zeichen, wohin wir segeln. Geben wir uns keiner Täuschung hin, was jetzt in Deutschland sich abspielt, ist die Vorbereitung zur Vollendung der deutschen Revolution; denn wenn die Leute meinen, daß eine Revolution auf halbem Wege stehenbleibe, halb kapitalistische Republik, halb bolschewistischer Sowjetstaat, so ist das Wahnsinn. Die Entwicklung geht

33 Heinrich Claß (1868-1953), Justizrat, 1895 Rechtsanwalt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, 1904 stellv. Vorsitzender, 1908-1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, Mitinhaber der "Deutschen Zeitung".

34 Zu den Staatsstreichsplänen, die am 12.5.1926 von der preußischen Polizei im Zuge umfangreicher Durchsuchungen bei Claß und weiteren Führern nationaler und rechtsradikaler Verbände entdeckt worden waren, vgl. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977, S. 504 ff. Zum anschließenden Verbot der Wehrverbände Wiking, Olympia und Ostmark in Preußen vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 154 ff. Zustimmender Kommentar zu den Putschplänen und zur vorbereiteten "Notverordnung" im VB vom 15.5.1926, "Severing an der Arbeit". Teildruck der "Notverordnung": Berliner Tageblatt vom 12.5.1926 (AA), "Das Umsturzprogramm der Putschisten".

35 Anspielung auf die Kritik an der stark außenpolitisch akzentuierten Rede, die der bayerische Ministerpräsident am 24.4.1926 in Regensburg gehalten hatte. Teildruck: Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1926, "Um die Existenz des bayerischen Staates ...". Vgl. auch VB vom 27.4.1926, "Des Helden Klagelied"; VB vom 29.4.1926, "Redeverbot für Held!".

nach der einen oder nach der anderen Seite. Entweder versinkt man im Blutsumpf der Linken, oder es kommt das Gegenteil. Zum Gegenteil gehört dann aber Macht und Energie; denn ein solcher Kampf wird nicht ausgefochten durch "geistige" Waffen, sondern durch den Fanatismus, mit dem die Weltanschauungen verteidigt werden.

Das ist die große Mission der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie der Zeit einen neuen Glauben aufbaut und bemüht ist zu erreichen, daß auf diesen Glauben Millionen schwören, so daß, wenn eines Tages die Stunde der letzten Entscheidung naht, das deutsche Volk den jüdischen internationalen Blutwürgern gegenüber nicht vollkommen wehrlos dasteht.

Volk und Freiheit

Damit komme ich zum letzten, das uns Nationalsozialisten auch angeht. Wie ist die Lage Deutschlands nach außen? Da können wir nicht einmal sagen, verzweifelt; denn an sich wäre sie nicht ungünstig. Wenn natürlich aber ein Volk von solchen Regierungen gelenkt wird, wie das deutsche, wenn die Regierungen selbst so sehr jede nationale Wiedergeburt und alle geistigen Erhebungen knebeln, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Menschen in ein Sklavenverhältnis hineinsinken; *denn die Freiheit eines Volkes steht doch immer in einem gewissen Zusammenhang mit seinem Charakter.* Man kann beide Dinge nicht trennen. *Die Freiheit wird auf der Welt von Gott nur denen geschenkt, die der Freiheit nach ihrer ganzen Gesinnung und Gesittung würdig sind.* Völker, die ihrer nicht würdig sind, werden niemals in den Himmel der irdischen Freiheit eingehen, sondern bleiben immer im Jammertal der Versklavung und der kolonialen Hörigkeit, wie wir das bei uns Deutschen heute sehen. An sich wären, wie gesagt, die Verhältnisse nicht so traurig. Frankreich ist nicht mehr die Macht, die es einst war. Als bei uns die Inflation überwunden war - und sie wurde überwunden, nachdem man sah, daß das Volk sich empörte - tauchte in Frankreich die ganz gleiche internationale Blutsaugergesellschaft auf, die uns ruiniert hatte. Auf einmal begann die große Auswanderung aus Berlin. Von der Grenadierstraße zogen die "Grenadiere" aus und wanderten mit langgestreckten flachen Sohlen nach Paris. Wir konnten glücklich sein, daß diese Heuschreckenschwärme Deutschland verließen. Sofort sahen wir auch die Folgen. Seit der Zeit sinkt die französische Währung, und nun wird drüben beraten, wie man eine Änderung herbeiführen kann. Und es geht nicht, obwohl die "gescheitesten" Leute beisammensitzen in der Finanzkommission zur Rettung des französischen Frankens, Leute, die von Geldsachen etwas verstehen, wie Rotschilds u[*nd*] a[*ndere*] Urfranzosen, also, sie beraten, wie dem französischen Volk über die fürchterliche Zeit hinweggeholfen werden könnte. Glauben Sie, wenn für Frankreich eine faschistische nationale antisemitische Gefahr bestünde, die die Macht in ihre Faust bekommen könnte, wäre die französische Währungskrise schnell beendet. Solange sich aber keine solche Gefahr regt, ist kein Grund zu einer Sanierung gegeben, denn man profitiert ja an diesen Verhältnissen.

Wie sehr Frankreich dadurch innerlich gelähmt wird, brauche ich nicht zu sagen. Auch seine Bundesgenossen sind dadurch geschwächt. Polen hat wieder den Bürgerkrieg, wie es ihn früher ununterbrochen besaß; die Tschechoslowakei kann ihn morgen bekommen. Diese beiden großen Trabanten fallen damit aus. Frankreich selbst ist unbeliebt in Europa, und nur der grenzenlosen Dummheit oder verbrecherischen Gewis-

senlosigkeit unserer politischen Leitung ist es zuzuschreiben, daß daraus kein Kapital geschöpft werden kann. Im Gegenteil, in dem Augenblick, wo eigentlich alles zitternden Blickes zum Rhein und nach Oberschlesien hinschauen müßte, konzentriert sich das deutsche Auge wie hypnotisiert auf einen ganz kleinen Punkt: *Südtirol.* Man hat es sehr geschickt verstanden, diese Frage hineinzulancieren und überhaupt zu einer Frage zu machen. Man sieht nicht, wie es den Deutschen in der Tschechoslowakei, in Polen, in Nordschleswig und in den westlichen Grenzländern geht, und sieht nur eine einzige Stelle. Man vergißt dabei, daß es auch im Völkerleben heißt,

man muß, wenn notwendig, auch vom Leben opfern, um das Leben auf dieser Erde zu behalten.

Man kann bei einem Völkerleben nicht sagen, *ich will nichts opfern und alles gewinnen.* Das Ende wäre ein Weltkrieg ähnlich dem von 1914. Im Völkerleben gilt der eiserne Grundsatz: *in politischen Dingen entscheidet nur nüchterne Klugheit.* Man sollte hier von dem Manne, den man so gerne im Munde führt, lernen, und zwar nur den einzigen Satz, der besagt, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. In den Augen und im Gehirn unserer politischen Stümper heißt das, all das tun, was möglich ist. Daß aber Bismarck meinte, die Kunst der Politik ist es, mit allen Möglichkeiten ein bestimmtes Ziel zu erreichen versuchen, ist den Leuten um so unerklärlicher, als man bei ihnen ja kein Ziel erwarten kann. Sie stolpern einfach dahin. Es ist traurig, daß auch in der sogenannten völkischen Bewegung sich Leute finden, die dem Phantom der *französisch-deutschen Verständigung* nachlaufen. Mit Italien gibt es keine Verständigung - das ist ganz ausgeschlossen: denn Italien ist unser "Todfeind". *Mit Frankreich aber, das über 360.000 Deutsche hinausgetrieben hat, das uns so unerhört auspreßt, will man sich "verständigen".* Da breiten sich die Arme dieser "Jung-Deutschen" [36] aus, da glaubt man, daß schließlich demnächst auch die gekrausten Negerköpfe als "Brüder" angesehen werden könnten. Natürlich, das, was uns näherliegt, sehen sie nicht, aber das ganz Kleine, das bauschen sie auf. Auch das ist ein Zeichen des allmählichen Verfalls unserer heutigen bürgerlichen Welt, denn wenn schon die "Völkischen" so erlernt haben, real zu denken, und so wenig Mut besitzen, dieser von den Juden fabrizierten Mache entgegenzutreten, wie kann man da erst von der heutigen Staatsregierung erwarten, erfolgreich unsere Interessen zu vertreten? Wir haben uns damit selbst geopfert.

Wenn wir uns das ganze Bild vor Augen führen, so sehen wir auf der einen Seite innerpolitisch einen rapiden Zusammenbruch und anderseits die Beibehaltung der auswärtigen Unterdrückung als Ausfluß und Folge der innerpolitischen Verhältnisse.

Da erst werden wir erkennen, wie notwendig es war, daß wir unsere Bewegung wieder begründeten, und wie notwendig es ist, daß wir sie weitertreiben und führen ohne Rücksicht auf Haß oder Mißgunst, Verleumdung und Lüge unserer heutigen Mit- und Umwelt. Im Gegenteil, wir dürfen uns nicht darüber täuschen, gerade in dieser

36 Gemeint ist der Jungdeutsche Orden, der unter der Führung Artur Mahrauns eine Verständigung mit Frankreich anstrebte. Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958. Zur Polemik gegen den Jungdeutschen Orden vgl. auch VB vom 7.5.1926, "An die Schriftleitung des 'Jungdeutschen'"; VB vom 12.5.1926, "Die Auslieferungspolitik Arnold Rechbergs und Artur Mahrauns"; VB vom 9.7.1926, "Jung'deutsche' Politik einst und jetzt".

fürchterlichen Bekämpfung unserer Bewegung liegt schon eine gewisse Gefahr, daß sie aus dem Rahmen des Alltäglichen herausspringt. Wenn wir nur ein Kegelklub wären, würden sie uns Ehrenbürgerrechte geben. Da sie aber fühlen, daß unter unseren rollenden Kugeln diese falschen Kegel stürzen, werden sie wütend gegen uns. Man hat das Gefühl, daß sich unsere Macht dem marxistischen Willen entgegensetzt, deshalb hassen uns die Marxisten und in blöder hammelmäßiger Dummheit läuft unser Bürgertum dem nach. So war es schon immer. Wenn die Marxisten ein gemeines Trommelfeuer losließen und dann ein anständiger Mensch, ein tapferer, mutiger Regierungsrat sich dem entgegenzustellen wagte, wurde er mit Angriffen besudelt, so daß sich schließlich das Bürgertum in seiner Schwachheit und Ohnmacht sagte: durch diesen Menschen kommt Unruhe herein, es ist besser, wenn wir ihn wegtun. Man sagte ihm dann: geben Sie um Ihre Pensionierung ein, denn wir können nicht dulden, daß wegen Ihrer Person allein eine dauernde Beunruhigung der öffentlichen Meinung Platz greift! Diese typische Feigheit unseres Bürgertums sehen wir hier sich wieder auswirken. Der Marxismus herrscht und die Bürgerlichen kapitulieren, ehe der Feind da ist, ohne überhaupt daran zu denken, daß man ihm Widerstand leisten könnte. Hier muß ich eines gestehen. Auf meinen Zügen durch Deutschland habe ich, soweit ich überhaupt reden konnte, und mit mir wohl die anderen Herren, die in dieser Hinsicht ja ungebundener sind, nur eines gesehen: bürgerliche Zeitungen. Ich sah aber nirgends *bürgerliche Redner*, die sich der Masse entgegengestemmt hätten. Ich sah nirgends und an keiner Stelle das, was die Leute erst berechtigen würde, gegen uns vorzugehen. Ich würde es begreifen, wenn die bayerische Regierung mich heute verfolgen, wenn die Bayer. Volkspartei mich mundtot machen würde, *um selbst den Kampf gegen den Bolschewismus aufzunehmen, selbst Deutschland miterobern zu helfen.* Ich würde dann sagen, gut, das ist die Rivalität zweier Kämpfer.

Unbegreiflich ist es aber, daß man den einen hindert, gegen den Bolschewismus anzukämpfen, und selbst nichts tut (lebhafter Beifall), *daß man alles laufen läßt, wie es läuft, und die Hände in den Schoß legt, um im letzten Moment schließlich die Veteranen- und Kriegervereine aufzubieten.*

In *Nürnberg* soll ein großer Demonstrationszug des Reichsbanners stattfinden, eine Tagung größten Umfanges. Was tut da die andere Seite? Wird eine Gegenaktion eingeleitet? Man munkelt davon, daß wirklich eine Gegenaktion [37] erfolgen soll. Alle alten Zylinder sollen mobil gemacht werden. Man hofft so viel Veteranen und Krieger zusammenzubringen, um unter dem Geschmetter von "Heil unserem König, Heil" den Anschein erwecken zu können, als ob in Nürnberg alles beim alten sei und der "monarchische Gedanke" selbst in Nürnberg festen Fuß gefaßt habe. Ich glaube, die Roten können sich über eine solche Heerschau innerlich nur freuen. Wäre ich Marxist, so würde ich das mit wirklicher Freude ansehen, denn wenn die Gräber der Toten sich öffnen und

37 Gemeint ist der "Ehrentag der Deutschen Armee und Marine", der unter der Schirmherrschaft von Kronprinz Rupprecht am 28./29.8.1926 in Nürnberg stattfand. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 30.8.1926, "Armee- und Marinetag in Nürnberg". Zur Reaktion im völkischen Lager vgl. VB vom 29./30.8.1926, "Unsere Stellung zum Nürnberger 'Armee- und Marine-Gedenktag'. Briefwechsel Hellmuth von Mückes".

das Altertum plötzlich in die Erscheinung tritt, hat die Zukunft wenig oder weiß Gott gar nichts für sich zu fürchten. Ich kann mir vorstellen, wie dann die siebenundzwanzig ganz Großen[38] an der Spitze gehen werden und hinterdrein die Vergangenheit nachmarschiert. Und wie die Marxisten und Kommunisten zittern werden, wenn diese Heroen, wenn das graue Altertum in den alten Mauern Nürnbergs aufmarschiert. Das wird die Marxisten in Todesangst versetzen. Vielleicht wird dann, wenn in Nürnberg auf einmal die bayerische Königspartei und alles, was drum und dran hängt und mitläuft, zum Gegenschlag ausholt, von Moskau bis Wladiwostok eine Erschütterung gehen bis in die Grundfesten der Sowjetunion, und es werden die bolschewistischen Regimenter bei einer solchen Bedrohung sich sagen: aus einem solchen Land gehen wir weg, denn das ist zu gefährlich. (Heiterkeit.) So sehen sie aus, diese Herren! Das sind die Leute, die behaupten, aus "Staatsgesichtspunkten" müßten sie dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung das Reden verbieten, weil er so "staatsgefährlich" sei. Da kann man auch sagen, Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! (Sehr richtig, lebhafter Beifall.)

So möchte ich Ihnen jetzt als Abschluß meines Rechenschaftsberichtes über das vergangene Jahr nur eines betonen. Wir haben alles getan, was wir tun konnten. Und wenn der eine oder andere nicht alle Wünsche erfüllt sieht, so ist eben nichts auf der Welt vollendet. Keinen gibt es, der nicht Fehler besäße. Bei der Beurteilung des einzelnen darf nicht entscheiden, was er gemacht hat, sondern, was er wollte und wie er sich bemühte. Von dem Gesichtspunkt aus kann ich aber sagen, es hat sich wirklich jeder redlich bemüht zu leisten, was er konnte. Das gilt sowohl für unsere Ortsgruppenführer, wie für die Abgeordneten und Redner. Jeder hat sich für unsere Bewegung eingesetzt, soweit er sich einsetzen konnte. Wir haben uns in diesem Jahre weiter entwickelt. Wenn ich in früheren Jahren immer gewisse Parolen aufstellte - Sie wissen, im Jahre 1920 sagte ich, wir müssen es fertigbringen, daß im Jahre 1921 in München kein Mensch mehr ist, der uns nicht kennt - und im Jahre 1921 - bis zum nächsten Jahre müssen wir es fertigbringen, daß in Deutschland kein Mensch mehr ist, der uns nicht kennt - und im nächsten Jahre, daß 1923 die ganze Welt wissen müsse, daß es eine nationalsozialistische Bewegung gibt, die vor 6 Jahren noch völlig unbekannt war - so möchte ich heute wieder eine Parole aufstellen. Ich habe im vergangenen Jahre gesagt, in einem Jahr wollen wir Rechenschaft ablegen, ob es uns gelungen ist, die Bewegung wieder zusammenzufassen und zu einer Partei, zu einer Organisation auszugestalten. Heuer möchte ich für das nächste Jahr als weitere Parole geben:

Das nächste Jahr wollen wir so weit sein, daß man in Deutschland wieder erkennt, daß nur eine einzige Macht in Deutschland in der Lage ist, dem Marxismus entgegenzutreten, die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei und sonst keine! (Lebhafte Heil-Rufe. Anhaltender Beifall.)[39]

38 Anspielung auf die alten Herrscherhäuser.

39 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

22. Mai 1926 Dok. 146
Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. [1]

Beglaubigte masch. Ausfertigung [2] mit Bearbeitungsstempel des Amtsgerichts München vom 14.6.1926; BA, NS 26/91 [3].

§ 1

Der Verein führt den Namen "Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein" e. V. und hat seinen Sitz in München [4].

§ 2

Der Verein hat den Zweck, alle ehrlich schaffenden Kreise unseres Volkes, gleich ob körperliche oder geistige Arbeiter, zusammenzuschließen, um in gemeinsamer Arbeit unserem Volke die Vorbedingungen zur Erringung seiner politischen Freiheit und seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schaffen. Laut Vereinsprogramm hat dies zu geschehen durch Pflege der sittlichen Kräfte und körperliche Ertüchtigung des Einzelnen sowie der Gesamtheit.

Vereinsprogramm ist das am 24. Februar 1920 zu München herausgegebene grundsätzliche Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei.

Dieses Programm ist unabänderlich. Es findet seine Erledigung nur durch seine Erfüllung.

§ 3

Mitgliedschaft

Jeder unbescholtene Angehörige des deutschen Volkes, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und rein arischer Abkunft ist, kann die Mitgliedschaft des Vereins erwerben durch Ausfüllung des Aufnahmescheines der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei und Zahlung einer Aufnahmegebühr von M. 1.-

Eine Ablehnung von Neuangemeldeten erfolgt ohne Angabe von Gründen durch den jeweiligen 1. Vorsitzenden der betreffenden Ortsgruppe in Übereinstimmung mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß.

Die Aufnahme ist erfolgt mit Aushändigung einer Mitgliedskarte oder eines Mitgliedsbuches als Ausweis.

§ 4

Austritt und Ausschluß

Der Austritt des einzelnen Mitgliedes aus dem Verein hat durch schriftliche Erklärung und unter Rückgabe der Mitgliedskarte bzw. des Mitgliedsbuches zu erfolgen. Der Mitgliedsbeitrag ist in diesem Falle für den Austrittsmonat noch voll zu bezahlen.

---

1 Die von der Parteileitung vorgeschlagene Neufassung der Satzung wurde auf der Generalmitgliederversammlung am 22.5.1926 einstimmig angenommen und löste die alte Satzung vom 21.8.1925 (Dok. 64) ab. Die Satzungsänderung wurde am 30.6.1926 vom Amtsgericht München, Registergericht, in das Vereinsregister (Bd. 20, Nr. 67a) eingetragen. Begleitender Schriftwechsel: IfZ, Fa 88/91.

2 Kopf: "Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V., Sitz München".

3 Gedrucktes Exemplar: BA, Slg. Schumacher 374. Veröffentlicht im VB vom 22.7.1926; nachträgliche Berichtigung im VB vom 25./26.7.1926, "Aus der Bewegung. Mitteilungen".

4 Vgl. fortlaufend die alte Satzung vom 21.8.1925 (Dok. 64).

Mitglieder *werden* ausgeschlossen:

a) die ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen nach erfolgter Aufnahme solche bekanntwerden,

b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln und

c) die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen oder dadurch den Verein schädigen.

Mitglieder *können* ausgeschlossen werden:

a) die innerhalb der Ortsgruppe oder des Gauverbandes *wiederholt* Anlaß zu Streit und Zwist gegeben haben,

b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung 3 Monate im Verzug geblieben sind und

c) wegen Interesselosigkeit am Verein.

Zur Verfügung des Ausschlusses sind berechtigt auf Antrag des betreffenden Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses:

a) der 1. Vorsitzende der betreffenden Ortsgruppe,

b) die Mitgliederversammlung der betreffenden Ortsgruppe,

c) der Gauleiter und

d) der Vorsitzende des Vereins,

dieser in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß des Vereins.

Jeder Auszuschließende muß durch Schreiben mit persönlicher Unterschrift des den Ausschluß Verfügenden von seinem Ausschluß unter Angabe der Gründe unterrichtet werden.

Der Ausschluß tritt zunächst sofort in Kraft.

Es steht dem Ausgeschlossenen frei, innerhalb 8 Tagen nach Empfang des Beschlusses bei der nächst höheren Instanz um Widerruf schriftlich nachzusuchen.

Die Entscheidung des Vorsitzenden des Vereins als letzte Instanz ist endgültig.

Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Vorsitzende des Vereins berechtigt, im Einvernehmen mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein zu verfügen.

Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei zu.

§ 5

Generalversammlungen

Alljährlich - in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten - hat in München die Generalversammlung zu tagen. Sie wird durch den Vorsitzenden des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind von dieser Tagung zu verständigen bezw. einzuladen durch Bekanntmachung im Partei- bezw. Vereinsorgan, "Völkischer Beobachter", und durch Rundschreiben an die einzelnen Gaue und selbständigen Ortsgruppen.

Über alle Generalversammlungen ist ein Sitzungsbericht zu führen, der vom Schriftführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Generalversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt. Grundsätzlich wird bestimmt, daß Gauleitungen außer den Aufnahmegebühren

und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 20 %, selbständige Ortsgruppen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 50 % der jeweiligen monatlichen Mindestbeiträge an die Parteileitung abzuführen haben.

Ausgenommen von dieser Bestimmung bleibt die Ortsgruppe München, die die *gesamten* Beiträge an die Kasse der Reichsleitung abzuliefern hat.

§ 6

Organisation des Vereins

Die Vereinsleitung ist zugleich Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei.

Die Führung der Ortsgruppe München liegt in den Händen der Reichsleitung.

Gliederung des Vereins

Der Verein besteht zunächst aus Ortsgruppen, die der Parteileitung unterstellt sind. Je nach Bedarf werden diese Ortsgruppen in Gauverbänden zusammengefaßt. Die Gauleiter werden von der Reichsleitung bestimmt. Weitere Untergliederungen erfolgen nach Bedarf durch die Ortsgruppenleitungen oder durch die Gauleitungen selbst. Diesen kommt jedoch eine satzungsgemäße Bedeutung nicht zu. Die Reichsleitung arbeitet nur mit Ortsgruppen und Gauen. Um eine entschlossene Leitung der Bewegung zu ermöglichen, ist für die Führung des Vereins in erster Linie verantwortlich der Vorsitzende des Vereins bzw. der Partei.

Für die Leitung der einzelnen Ortsgruppen bezw. Gauverbände gilt als verantwortlich der jeweilige 1. Ortsgruppen-Vorsitzende bezw. der Gauleiter. Der Vorsitzende des Vereins ist gesetzlicher Vertreter derselben. In Abwesenheit kann der Vorsitzende einen Vertreter bestimmen.

Der Verein übernimmt keine Haftpflicht für Schäden, die aus der Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen oder Gauverbände erwachsen. Er ist ausschließlich verantwortlich für Schäden, die aus Anordnungen des gesetzlichen Vertreters des Vereins entstehen.

Die *Hauptleitung* des Vereins bzw. der Partei - Reichsleitung - besteht aus:

1. dem gesetzlich durch die Generalversammlung zu wählenden Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem
Schriftführer und dem
Schatzmeister,
2. den Vorsitzenden der Ausschüsse,
3. dem Geschäftsführer der Hauptgeschäftsstelle.

Da die verantwortliche Leitung in den Händen des Vorsitzenden liegt, ist dessen Stellung als über dem Vorstand stehend zu betrachten. Er ist verantwortlich nur der Generalversammlung.

§ 7

Ausschüsse

Um einen großzügigen Ausbau der Organisation zu ermöglichen, werden zu dem von der Generalversammlung gewählten Vorstand noch folgende Ausschüsse gebildet, die besondere Aufgaben haben:

a) Der *Propagandaausschuß*, bestehend aus einem Vorsitzenden und 8 Beisitzern. Aufgabe: Erledigung aller die Propaganda betreffenden Fragen.

b) *Finanzausschuß,* bestehend aus dem von der Generalversammlung gewählten Schatzmeister als Vorsitzendem und 3 Beisitzern. Aufgabe: Oberste Aufsicht über das gesamte Kassenwesen des Vereins, Sicherung der finanziellen Grundlagen der Bewegung, finanzielle Werbetätigkeit im allgemeinen.

c) *Ausschuß für Jugendorganisation*, bestehend aus einem Vorsitzenden und 6 Beisitzern. Aufgabe: Gründung und Ausbau der Jugendabteilung.

d) *Sport- und Turnausschuß,* bestehend aus einem Vorsitzenden und 8 Beisitzern. Aufgabe: Zusammenfassung und körperliche Ertüchtigung der sich in der Bewegung befindlichen männlichen Jugend als S.A. Zweck derselben ist die Abstellung des Schutz-, Ordner- und Sicherungsdienstes für die Bewegung.

e) *Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß*, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Aufgabe: Anträge zu Ausschlüssen und friedliche Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der Partei bzw. des Vereins. Eventuelle Prüfung von Aufnahme-Erklärungen.

f) *Organisationsausschuß*, bestehend aus einem Vorsitzenden und 2 Beisitzern. Aufgabe: Vorbereitung und Durchführung der Organisation nach den Weisungen des Vorsitzenden des Vereins.

Zu den Ausschüssen a, c, d, e und f werden die Vorsitzenden, in den Ausschüssen e und f auch die Beisitzer vom Vorsitzenden des Vereins bestimmt.

Die Beisitzer der Ausschüsse a, b, c und d bestimmt der jeweilige Vorsitzende des Ausschusses im Einvernehmen mit der Parteileitung.

§ 8

Um dem Vorsitzenden der Partei in deren Leitung den freiesten Spielraum zu gewähren, ihn unabhängig von Majoritätsbeschlüssen [5] eines Ausschusses zu machen, aber das Verlassen des durch Parteiprogramm und Satzung vorgezeichneten Weges bzw. Rahmens zu verhindern, steht das Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um ihn vor dieser zur Verantwortung zu ziehen bzw. eine Neuwahl vorzunehmen, zu dem zehnten Teil der Mitglieder, wenn dieser die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt.

Die Einberufung hat in der gleichen Weise wie bei Generalversammlungen - § 5 - zu erfolgen.

§ 9

Die Organisation der Leitung der einzelnen Ortsgruppen und Gauverbände ist nach ähnlichen Grundsätzen durchzuführen.

§ 10

Um in Zeiten dringender Not eine straffe und energische Führung der Gesamtbewegung sicherzustellen, steht dem Vorsitzenden das Recht zu, einen Aktionsausschuß, bestehend aus ihm und 2 weiteren Mitgliedern, einzusetzen.

5 Abdruck im VB: "Mehrheitsbeschlüssen".

§ 11

Zur Ermöglichung einer innigen Verbindung und dauernden Fühlungnahme der einzelnen Ortsgruppen mit der Parteileitung, finden nach Bedarf Besprechungen - Parteitage - statt.

Ihren Zeitpunkt bestimmt der Vorsitzende durch Rundschreiben. Die Ortsgruppen sind verpflichtet, für möglichst starken Besuch zu sorgen.

§ 12

Im Falle [*daß*] sich geschlossene Gruppen anderer Verbände, Vereinigungen oder Parteien an den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Verein e. V. bzw. die Partei anzuschließen wünschen, kann dies nur unter Verzicht auf jede Gegenleistung von seiten des Vereins erfolgen.

Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muß schriftlich erfolgen.

Zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteilen der erschienenen Mitglieder erforderlich.

§ 13

Hauptgeschäftsstelle

Die Geschäfte des Vereins werden geführt in der Hauptgeschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei in München durch den Geschäftsführer. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vereins bestimmt.

Geschäftsstelle sowie deren gesamte Einrichtung sind Eigentum der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und stehen dem Vereine nur zur Mitbenutzung zur Verfügung. Ausschließlich im Eigentum des Vereins stehen alle durch seine Eigenschaft als gesetzliche Korporation in seiner Verwaltung stehenden Unternehmungen und Beteiligungen an solchen.

§ 14

Die Auflösung kann nur erfolgen, wenn ein Rest von nicht mehr als 5 Mitgliedern sich mit Mehrheit für die Auflösung entschließt.

München, den 22. Mai 1926

gez. Adolf Hitler
gez. Herm[*ann*] Schneider
gez. Franz X. Schwarz

30. Mai 1926 Dok. 147
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rostock [1]

VB vom 3.6.1926, "Hitler in Rostock" [2].

"Nicht eine Wahlrede will ich Ihnen halten, nicht betteln um Ihre Stimme, nicht versprechen eine Besserung der Verhältnisse, wenn Sie durch Ihre Wahl [3] uns ein paar Mandate mehr bringen, ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, was uns not tut, um unser darniederliegendes Volk wieder in die Höhe zu bringen, um es frei zu machen vom inneren und äußeren Feinde."

Hitler zeigt nun die Fehler, welche die alten Parteien gemacht haben und welche ganz allein die Schuld an unserem heutigen Elend tragen, und stellt durch die Tatsachen fest, daß auch heute weder die rechten noch linken Parteien in der Lage sind, die Befreiung durchzuführen, ebenso wenig, wie die Parteien der Mitte, denen ja an dem Wiederaufstieg unseres Volkes nichts liegt, deren einziges Ziel um die Erhaltung ihrer Minister- und anderer ... Stühle ist [*sic!*].

Er zeigt die Unmöglichkeit, daß der Mann von rechts nur mit der Stirn allein seinen Staat wird aufbauen können, daß aber auch der Mann von links mit der Faust allein ohne den Kopf wird sein Ziel niemals erreichen können. Wenn es nicht gelingt, den Arbeiter der Stirn und den Arbeiter der Faust zusammen[*zu*]bringen zum gemeinsamen Bau unseres Vaterlandes, dann ist alle Hoffnung vergebens, jedes Wort vom Wiederaufstieg unseres Volkes Betrug und Lüge.

Glauben aber die Kreise von rechts, den Arbeiter zu sich herüberbringen zu können? Glauben sie, daß der Arbeiter je vergessen wird, daß die beiden Parteien die Schuldigen waren, daß einst im Bergwerk der Arbeiter 14 Stunden lang ohne Licht und Sonne um weniges Geld schuften mußte, nur um das Leben fristen zu können, daß 14 Jahre alte Kinder bereits 3[*00*] und 400 Meter unter der Erde der Wirtschaft zuliebe verkommen und verkrüppeln mußten, daß sie es waren, die der Wirtschaft die Volkskraft, das Beste und Heiligste, opferten und dadurch den nationalen Gedanken so weit brachten, daß heute 16 Millionen unseres Volkes ihn ablehnen, daß heute 16 Millionen kein Vaterland kennen. Sie waren es, die den nationalen Gedanken geschändet [*haben*], und sie können es deshalb nicht sein, die ihn wieder aufrichten werden.

Und die Parteien von links. Werden sie die deutsche Intelligenz für sich gewinnen können? Bietet vielleicht Rußland, in dem man die nationale Intelligenz hinmordete, einen besonderen Ansporn dafür? Nein, nie und nimmer. Ebensowenig [*wie*] die rechten Kreise durch ihre bisherige Arbeit den Handarbeiter für sich gewinnen, ebensowenig

1 In der "Tonhalle", von etwa 16.15 bis 19.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB etwa 1.500 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Friedrich Hildebrandt geleitet.

2 Vgl. auch Mecklenburger Warte vom 1.6.1926, "Adolf Hitler in Rostock"; Rostocker Anzeiger vom 1.6.1926, "Die Hitler-Versammlung"; Der nationale Sozialist für Sachsen vom 13.6.1926, "Gau Mecklenburg-Lübeck".

3 Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 6.6.1926 erhielt die NSDAP 4.607 Stimmen (1,7 %) und erreichte damit kein Mandat. Vgl. Falter, Wahlen, S. 98. Gauleiter Friedrich Hildebrandt, der bis dahin die NSDAP im Landtag vertreten hatte, war im Februar 1925 von der DVFP zur NSDAP übergetreten.

wird der Arbeiter den sogenannten "Bourgeois" zum Proletarier machen können. *Die Schuld von 50 Jahren lastet auf beiden Parteien,* sie läßt sich nicht auslöschen, sie ist zu groß.

Und hier kommt nun, aus der Not der Zeit geboren, einzig dienend dem ganzen schaffenden Volke, nicht belastet von den Fehlern der Vergangenheit, die neue Gerechtigkeitslehre, der nationalsozialistische Gedanke. Er kennt nicht den Bourgeois und nicht den Proletarier, er kennt nur den für sein Volk schaffenden Deutschen. Die Schwielen auf der Hand des deutschen Arbeiters und die Falten auf der Stirne des geistigen Arbeiters, dies sind für den Nationalsozialisten die Kennzeichen des Deutschen. Das ist der Volksgenosse. Beide tragen das Ehrenzeichen der Arbeit, das sie vereinen wird und muß, wenn wir wieder aufwärts schreiten wollen. Unser Programm, unsere Forderungen, sind das Gebot der Gerechtigkeit, es ist die Voraussetzung für unsere wirkliche Gesundung.

Wir dienen nicht der Wirtschaft, sondern dem Volke. Ein kräftiges, gesundes Volk wird eine gesunde Wirtschaft besitzen. Zuerst war das Volk, dann kommt die Wirtschaft, nicht umgekehrt, wie unsere heutigen regierenden Kreise glauben.

Wenn jeder Deutsche in seinem Vaterland Arbeit und Brot findet, wenn er gerecht entlohnt und behandelt wird, wenn er sich wirklich als Volksgenosse fühlen kann, dann wird er wieder seine Heimat lieben, dann wird er wieder ein Vaterland besitzen, das er verteidigen wird, freiwillig, dann wird er die Fahne dieses Landes hochhalten, und es wird nie wieder vorkommen, daß er die eigene Fahne herunterreißt, daß er seine Heimat schmäht und verachtet.

70 Millionen Deutsche werden dann durch den Willen allein die Fesseln sprengen und werden aus ehrlicher Überzeugung singen können, Deutschland, Deutschland über alles.

Adolf Hitler schließt seine fast 3stündigen, oft von stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten:

"Geben Sie Ihre Stimme bei den kommenden Wahlen, wem Sie wollen, wenn Sie aber die Freiheit Ihres Volkes wollen, und glauben, daß der Nationalsozialismus diese wird dereinst durchführen, dann treten Sie ein in unsere Reihen als Kämpfer für unser Volk und arbeiten Sie mit, den neuen Staat zu schaffen, den Staat der Gerechtigkeit, ein nationalsozialistisches, freies Großdeutschland. [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. Juni 1926 [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Parchim [2]

Dok. 148

Norddeutsche Post vom 4.6.1926, "Nationalsozialistische Wahl-Versammlung" [3].

In etwa dreistündiger Rede entwickelte Herr Hitler das Programm der Nationalsozialistischen Partei, des öfteren von starkem Beifall unterbrochen.

Hitler knüpfte mit seinen Ausführungen an an eine Kritik des "Rostocker Anzeigers" [4], daß er in seinem Vortrage in Rostock [5] keine Stellung zu den Tagesfragen genommen habe. Die Ereignisse seit 1919 aber hätten bewiesen, daß der von den Parteien und den Regierungen beschrittene Weg nicht richtig sei, die Folgen dieser Politik seien für das ganze Wirtschaftsleben katastrophal geworden, denn die Auswirkung der Dawesgesetze sei Geldknappheit und Arbeitslosigkeit. Keiner sei auch mit dieser Politik und der neuen Republik zufrieden, weder von links noch von rechts. Der kürzliche schreckliche Eisenbahnunfall [6] habe wie ein Blitzlicht die jetzigen Verhältnisse beleuchtet. Mit den durch die Revolution errungenen vielgepriesenen Errungenschaften sei es nichts, es breche alles zusammen. Die deutsche Wehrmacht habe man gründlich zerschlagen, dafür opfere man aber jetzt dem Moloch der Franzosen.

Seit der Revolution werde Deutschland abwechselnd regiert von den Links- und Rechtsparteien, aber etwas erreicht sei von keiner dieser beiden Richtungen. Der Versuch von sozialistischer Seite auf Schaffung eines sozialen Staates nach den Lehren [*von*] Marx sei kläglich gescheitert, statt des versprochenen Paradieses sei ein Jammertal vorhanden, aber auch die bürgerlichen Bestrebungen auf Erlangung eines kraftvollen Staatsgebildes seien nicht verwirklicht worden.

Die bisherigen Bemühungen hätten beiderseitig nur zu Mißerfolgen geführt und es sei auch unwahrscheinlich, daß noch etwas von den Parteien erreicht würde. Aber statt nun auf andere einzuschlagende Wege zu sinnen, sei das Bestreben der Parteien auf die Erhaltung ihrer Stärke usw. gerichtet. Über die aus der Stellungnahme zu den Tagesfragen sich ergebenden scharfen Gegensätze zwischen den Parteien sei es zu einer schroffen Kluft in unserem Volk gekommen, von einem einigen deutschen Volke könne man nicht mehr reden, es fehle die Zusammengehörigkeit. Im deutschen Volke stehen sich

1 Datierung nach NSDAP-Inserat in der Norddeutschen Post vom 30.5.1926.
2 Im Hotel "Graf Moltke", von etwa 20.00 bis 23.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Zeitungsbericht etwa 1.000 Personen teil.
3 Vgl. auch VB vom 5.6.1926, "Hitler in Parchim". Der dort angekündigte ausführliche VB-Bericht ist nicht erschienen.
4 Rostocker Anzeiger vom 1.6.1926, "Die Hitler-Versammlung".
5 Am 30.5.1926. Vgl. Dok. 147.
6 Bei dem Zusammenstoß zweier Züge waren am 24.5.1926 in München 26 Personen getötet und über 80 verletzt worden. Ursache war menschliches Versagen, für das in der öffentlichen Diskussion der Personalabbau der Reichsbahn mitverantwortlich gemacht wurde. Zur propagandistischen Ausbeutung des Unglücks in der NS-Presse vgl. VB vom 29.5.1926, "Das Dawessystem und das Münchner Eisenbahnunglück".

zwei Richtungen scharf gegenüber. Auf diese Weise könne es nicht besser werden in unserem Vaterlande. Die 16 Millionen abseits stehender Arbeiter müßten wieder zurückgewonnen werden. - Der Redner führte nun weiter aus, daß Faust und Intelligenz zusammenzuwirken hätten, um wieder ein starkes Vaterland zu bekommen, das ganze Volk müsse zum nationalen Gedanken zurückkehren. Herr Hitler schilderte nun in der Entwicklung der Industrie im vorigen Jahrhundert die Entstehung des vierten Standes und die falsche Einstellung des Bürgertums diesem gegenüber. Das Bürgertum habe es nicht verstanden, dem nationalen Gedanken eine Form zu geben, daß der vierte Stand dafür gewonnen werden konnte. Dafür aber habe der Jude sich um ihn gekümmert und ihn für sich eingestellt mit dem Klassenkampf gegen das Bürgertum. Diese Bestrebungen aber seien unsinnig und unnatürlich. Man wolle das Kapital bekämpfen und beseitige damit nur die Grundlage der eigenen Existenz. Das überstaatliche Kapital aber werde nicht bekämpft, weil die Führer Juden seien. In diesem Bestreben habe man die Wirtschaft zerbrochen und das überstaatliche Kapital erst recht zur Herrschaft gebracht.

Die nationalsozialistische Bewegung wolle beide Richtungen in unserem Volke wieder zusammenführen und die vorhandenen Gegensätze wegräumen. Es müsse dieses gelingen, um Deutschland wieder zu neuer Blüte entgegenführen zu können. Die Entwicklung der Dinge in Italien zeige, was in dieser Beziehung möglich sei.

5. Juni 1926 Dok. 149
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwerin [1]

VB vom 11.6.1926, "Adolf Hitler in Schwerin" [2].

Nicht mit kleinlichen, nichtigen Tagesfragen beschäftigte er sich, in großen Umrissen zeigt uns Hitler die Linie, die wir gehen müssen, um herauszukommen aus dem Elend unserer Zeit.

"Ein *Wanderer* kommt an eine Weggabel. Der eine Weg führt empor auf Bergeshöhen, der andere in den Abgrund. Er geht den falschen Pfad. Der Weg wird steinig, Klüfte gibt es zu überwinden, kaum kommt er noch vorwärts. Und da kommt des Weges einer, der hilft ihm hinweg über die einzelnen Risse und Klüfte, führt und lenkt ihn vorwärts. Wie lange? Der Weg, der zum Abgrund führt, muß im Abgrund enden. Sein Freund erscheint nun, der ruft dem Verlorenen zu, komm, kehre um, du bist auf falschem Wege, gehe den anderen. Doch der hört nicht. Vielleicht auch hat er keine Zeit, darauf zu hören, er muß alle Sinne und die ganze Kraft aufwenden, um die Gefahren des Weges zu meistern, um dann doch im Abgrund zu enden. So, wie diesem Wan-

1 Im "Nordischen Hof", von 20.30 bis 22.30 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die wegen Überfüllung von der Polizei gesperrt werden mußte, nahmen laut VB 2.000 Personen teil.

2 Vgl. auch Dresdner Nachrichten vom 7.6.1926, "Hitler als Wahlredner in Mecklenburg"; VB vom 8.6.1926, "Adolf Hitler in Schwerin".

derer", sagt Adolf *Hitler*, "geht es dem deutschen Volke seit 1918. Es wandelt den falschen Weg. Und die heutigen Parteien, die stellen den einen dar, welcher dem Wanderer auf dem Wege zum Abgrund über die einzelnen Steine hilft, die durch Erledigung der sogenannten Tagesfragen ihm vielleicht augenblicklich über die Gefahr hinweghelfen, um dann um so eher ihn in den Abrund zu stürzen. Wir Nationalsozialisten aber rufen ihm zu: *kehre um!* Es hilft dir nichts, wenn du diesen Felsen nimmst und jene Kluft überwindest, dein Weg ist der falsche, gehe den anderen. Noch hört er nicht, noch vertraut er seinem falschen Freunde, noch glaubt er, auf dem Wege zum Abgrund dem Untergang selbst entgehen zu können. Doch wir lassen es uns nicht verdrießen, immer und immer rufen wir ihm zu, kehre um, noch ist es nicht zu spät, und wir glauben, daß kraft unserer Ausdauer, kraft der Wahrheit unserer Idee und der Überzeugungstreue, mit der wir sie vertreten, [*wir*] ihn noch auf den richtigen Weg werden führen können. Kehrt er um, dann wollen auch wir ihn über Felsen und Schluchten führen auf dem Wege vom Abgrund zum Gipfel."

An Hand von erschütternden Tatsachen zeigt Adolf *Hitler*, wie es dem nationalen Bürgertum nicht gelungen ist, dem 4. Stand den nationalen Gedanken zu übermitteln, wie es zusah, daß der Jude die Führung der Arbeiterschaft übernahm und dieselbe im internationalen marxistischen Gedanken erzog.

Die Ereignisse seit 1919 haben bewiesen, daß der von den Parteien und Regierungen eingeschlagene Weg nicht der richtige war, daß die Not des Volkes von Jahr zu Jahr eine größere geworden ist, daß durch die Regierungsmethoden unserer Parteien sich das Wort Clemenceaus furchtbar bewahrheitet, daß 20 Millionen Deutsche zuviel in Deutschland leben [3]. Noch ein paar Jahre so weiter, dann leben sie nicht mehr, sie sind verhungert, wenn sie nicht den Weg des Selbstmordes, den man nun in der Republik "Freitod" nennt, dem langsamen Siechtum vorgezogen haben.

16 Millionen deutscher Volksgenossen sind heute in Deutschland international eingestellt. Die Aufgabe von uns Nationalsozialisten ist es, diese wieder dem nationalen Gedanken zuzuführen durch unsere soziale Gerechtigkeitslehre. Aus dem gespaltenen, uneinigen Volke von heute wollen wir nicht nur ein einiges Volk, sondern *ein* Volk machen.

Fast 3 Stunden [4] spricht Adolf *Hitler*. 2.000 Personen hält er in seinem Banne gefangen, 2.000 Personen predigt er das Evangelium nationaler Gerechtigkeit. So mancher, der verzweifelt an unserem Volke, er wird mit neuem Mut und neuer Kraft seine Arbeit, die das Leben von ihm im Dienste des Volkes verlangt, nun wieder verrichten, da er weiß, daß aus der Not der Zeit geboren ein Mann rastlos und unermüdlich die Lehre verkündet, die allein berufen sein wird, ein Reich aufzubauen, in dem der Arbeiter der

3 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

4 Der VB-Bericht vom 8.6.1926 spricht von einer zweistündigen Rede und gibt als Versammlungsschluß 22.30 Uhr an. Dies stimmt mit dem Bericht der Dresdner Nachrichten und dem NSDAP-Inserat in den Mecklenburger Nachrichten vom 5.6.1926 überein, das den Auftritt Hitlers für 20.30 Uhr ankündigte.

Stirne und der Faust gemeinsam werden arbeiten für ihr Volk und Vaterland und denen dann die Heimat auch das geben wird, was ihnen gebührt.

Dann werden nicht mehr Kommissionen von Künstlern, Wissenschaftlern, Keramikern, Politikern und dgl. wochenlang an dem Entwurf einer Einheitsflagge arbeiten müssen, die dann schließlich von jedem gehaßt, einsam auf Regierungsgebäuden wird flattern müssen, beschützt von bezahlten Wächtern, als Symbol niedrigster, feigster Parlamentswirtschaft.

Ohne Befehl wird am Giebel der kleinsten Hütte dann die Flagge wehen von den Karawanken im Süden bis hinauf zur Nordsee, die Flagge der nationalen Befreiung und sozialen Gerechtigkeit, die vor wenigen Jahren noch nur einen kleinen Kreis von Arbeitern verband, heute bereits in allen Teilen Großdeutschlands als Symbol des erwachenden Deutschlands Tausenden und Hunderttausenden vorschwebt, die Fahne des Nationalsozialismus, unsere schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne. [5]

10. Juni 1926 — Dok. 150
"Was ist der Zweck der Bewegung" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

PND-Bericht Nr. 541, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler, der etwa um 3/4 10 h ankam, sprach über den Zweck der Partei bzw. Bewegung. Zu seinem Bedauern herrsche immer noch unter einem Teil der Mitglieder die Ansicht, daß sie für eine Person tätig seien. Es gehe nicht um eine Person, sondern um die Idee, der sich ein jeder von der Spitze bis zum gewöhnlichen Mitglied unterzuordnen habe. Eine Entbindung von dieser Pflicht gebe es nicht. Wer sich einmal für die Idee entschließt, kann von den ihm dadurch entstehenden Pflichten nicht mehr befreit werden, es sei denn, daß einer fahnenflüchtig werde. Nur mit einer straffen Organisation werde es möglich sein, einmal die Verhältnisse zu ändern. Hiezu sei blinder Gehorsam, Disziplin und Unterordnungsgeist notwendig. Unbegrenzt müsse das Vertrauen zu den Führern sein. Der oberste Führer sei nicht in der Lage, jedem zu danken, und habe auch gar nicht das Recht, Lob auszusprechen, denn er diene genau wie jeder andere der Idee. Der Dank und das Lob müßte dereinst von der Nachwelt ausgesprochen werden, und das beste derzeitige Lob sei der Erfolg der Arbeit. Der beste Dank und das beste Lob sei die innere Befriedigung des einzelnen, wenn er seine Pflicht getan habe. Er hoffe,

---

5 Folgt abschließender Kommentar.

1 Titel laut der im Polizeibericht überlieferten Tagesordnung.
2 Im Restaurant "Zur Blüte", von etwa 21.45 bis 23.15 Uhr. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 160 Personen teilnahmen, wurde von Fritz Scherbauer geleitet. Vor Hitler sprachen Rudolf Buttmann und Karl Fiehler.

daß derjenige, welchen diese Ausführungen speziell betreffen [3], schon die nächsten Tage zur Besinnung kommen und sich seiner Pflicht bewußt werde.

Weiter sprach Hitler über die Wahlen in Mecklenburg. Die Wahlen hätten kein Bild von der Stärke der Partei in Mecklenburg gegeben [4]. Der Großteil der Nationalsozialisten sei überhaupt nicht zur Wahl gegangen, weil sie das Parlament ablehnen. Diesen Schluß ziehe er aus den sehr gut besuchten Versammlungen der N.S.D.A.P. Es sei schließlich auch gleich, ob wenig oder viel Leute im Parlament seien, weil die Bewegung nicht im Parlament ihr Heil suche, sondern dieses nur als Mittel zum Zweck ansehe. Deshalb brauche über das Wahlresultat in Mecklenburg sich niemand den Kopf zerbrechen, denn in Wirklichkeit stehe dort die Bewegung sehr stark da. (Lebhafter Beifall.) [5]

11. Juni 1926 Dok. 151
Rundschreiben an mehrere NSDAP-Ortsgruppen
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 11.6.1926; BA, Slg. Schumacher 373.

An die Ortsgruppen:
Augsburg, Fürth, Gunzenhausen, Schweinfurt, Kissingen, Rothenstadt, Selb, Selbitz, Weißenstadt, Allach, Erbendorf, Ingolstadt, Rothenburg, Schillingsfürst.

Die Geschäftsstelle hat mir den mit der Ortsgruppe geführten Schriftwechsel vorgelegt und mir pflichtgemäß über die Saumseligkeit bezüglich Abführung der Beitragsanteile Bericht erstattet.

Ich muß meine schärfste Mißbilligung über eine derartige Gleichgültigkeit ausdrükken, die in meinen Augen als Disziplinlosigkeit unter keinen Umständen geduldet werden kann.

Ich erwarte, daß die Ortsgruppe nunmehr ihre Verpflichtungen einlöst und mir hierüber Vollzugsmeldung erstattet.

Wenn innerhalb 2 Monaten eine Regelung nicht erfolgt ist, würde ich mich gezwungen sehen, die Ortsgruppe als wertlos aufzulösen.

gez. Adolf Hitler

---

3 Anspielung auf den Rücktritt des bisherigen Sektionsvorsitzenden Ernst Woltereck, da Hitler ihm auf der Generalmitgliederversammlung am 22.5.1926 nicht namentlich seinen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen hatte. Vgl. auch Dok. 159 und Bd. II, Dok. 2.

4 Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 6.6.1926 hatte die NSDAP lediglich 4.607 Stimmen (1,7 %) erhalten. Vgl. Falter, Wahlen, S. 98.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

14. Juni 1926 Dok. 152
Rede auf NSDAP-Versammlung in Elberfeld [1]

Bericht des Polizeipräsidenten von Elberfeld-Barmen vom 16.6.1926; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809 [2].

[*Hitler*] sprach etwa 1/2 Stunde über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der jetzt sich gegenüberstehenden Parteien, hier "National", hier "Sozialist". Erst wenn dieser Zusammenschluß geschehen sei, könne ein Aufbau des Vaterlandes wieder erfolgen. Jetzt befänden wir uns seit 8 Jahren im Niedergange. Die vielfach behaupteten Anzeichen der Besserung seien nicht die Morgenröte einer neuen Zeit, sondern die letzte Abendröte. Namentlich hob er das Wachsen der N.S.D.A.P. hervor, der heute schon tausende und abertausende Volksgenossen im ganzen Deutschen Reiche angehörten, gegen knapp 1/2 Dutzend vor 7 Jahren. Gegen die heutige Staatsform wandte er sich nur in einer Redewendung, indem er sagte, sie zittere schon, wenn nur jemand spreche (Hinweis auf das Redeverbot in öffentlichen Versammlungen). Nach dieser Ansprache wurde die Versammlung gegen 9 3/4 Uhr abends geschlossen. [3]

15. Juni 1926 Dok. 153
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hattingen [1]

Hattinger Zeitung vom 16.6.1926, "Adolf Hitler in Hattingen" [2].

Hitler dankte den Hattinger Freunden für ihre tatkräftige Mitarbeit und forderte auf, nicht eher zu ruhen, bis das große Ziel der Befreiung Deutschlands auf nationaler und sozialer Grundlage erreicht sei. Daß das Ziel erreicht werde, daran zweifle er keinen

---

1 Im Evangelischen Vereinshaus, von 21.15 bis 21.45 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 700 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Karl Kaufmann mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Nach Versammlungsschluß kam es zu blutigen Zustammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

2 Vgl. auch Bergisch-Märkische Zeitung vom 15.6.1926, "Adolf Hitler in Elberfeld"; Freie Presse vom 15.6.1926, "So sehen sie aus: die Hitler-Strolche"; General-Anzeiger vom 15.6.1926, "Blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten"; Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.6.1926, "Zusammenstöße beim Hitlerbesuch"; Bergisch-Märkische Zeitung vom 16.6.1926, "Die verfolgte Unschuld"; VB vom 19.6.1926, "Das lächerliche Redeverbot. Eine ehrliche deutschnationale Stimme" (Nachdruck aus Rheinische Tageszeitung vom 15.6.1926); VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet".

3 Folgt Bericht über die Ausschreitungen nach Versammlungsende. Vgl. dazu diverse Polizeiberichte; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809.

1 Im Lokal "Märker", gegen 17.00 Uhr. Die Versammlung war nach Hitlers überraschendem Zwischenaufenthalt in Hattingen kurzfristig einberufen worden. Gegen 18.30 Uhr reiste Hitler nach Bochum weiter, um dort eine angekündigte Rede zu halten. Vgl. Dok. 154.

2 Vgl. auch VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet".

Augenblick; der Stolz liege daran, daß die Bewegung trotz schärfster Bekämpfung in ungeheurem Aufstiege begriffen sei. [3]

15. Juni 1926 Dok. 154
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bochum [1]

Bericht des Polizeipräsidenten von Bochum-Gelsenkirchen vom 17.6.1926; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16738 [2].

Genossen und Genossinnen an der Ruhr!

Mir ist es leider nicht vergönnt, öffentlich zu dem deutschen Volke zu sprechen, so weit ist es im deutschen Staat gekommen. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß meine nachfolgende kurze Rede hier Widerhall finden wird. Keiner der heutigen Machthaber werde die nationalsozialistische Bewegung aufhalten, sie hat aus kleinen Anfängen marschiert [*sic!*] und wird weiter marschieren. Im Winter 1919-1920 traten in einem kleinen Zimmer in München einige beherzte Männer zusammen und bildeten die N.S.D.A.P. in dem Bestreben, daß sie allein dazu berufen sein sollte, das deutsche Volk aus dem tiefen Elend zu befreien. Als Symbol des "Nationalen Freiheitsgedankens" wurde damals die Form des alten deutschen Hakenkreuzes in weißen Felde bestimmt und die erste Fahne von 6 Personen in jenem Zimmer geweiht. Die alten deutschen Farben wurden gewählt, aber die Form der Fahne selbst wurde geändert. Man lachte damals, heute ist das Lachen verstummt, denn nach kaum 6 Jahren ist die Bewegung zu einer großen Macht herangewachsen und keine Organisation oder anderweite Partei wird sie in ihrem Fortschreiten aufhalten. Ich sehe die Stadt Bochum heute fast zum ersten Mal und bin erstaunt, hier eine derartige Sympathie für den Gedanken der N.S.D.A.[*sic!*]-Bewegung zu finden. Über kurz oder lang muß das jetzige morsche Staatsgebilde zusammenbrechen. An seine Stelle wird die N.S.-Bewegung den Grundstock zur Vereinigung aller deutschen Schwestern und Brüder legen. Dieser Moment stehe vor der Tür, es sei deshalb Pflicht jedes einzelnen Nationalsozialisten, sich darauf vorzubereiten. Jeder von uns müsse nicht nur äußerlich, sondern auch im Innern ein überzeugtes deutsches Herz besitzen, dessen Blut er jederzeit für die Befreiung des deutschen Volkes herzugeben bereit ist. Heute regiert nicht mehr das Volk, sondern eine kleine Gruppe der kapitalistischen Gesellschaft. In den letzten 6 Jahren sei das Volk geködert [*worden*] und die

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Evangelischen Vereinshaus, von etwa 20.30 bis 22.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Josef Wagner geleitet und mit kurzen Ansprachen von Joseph Goebbels und Franz von Pfeffer eröffnet. Abordnungen stellten die Ortsgruppen Herne, Recklinghausen, Mengede, Buer, Gelsenkirchen und Witten.

2 Vgl. auch VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet".

Verarmung habe einen derartigen Umfang angenommen, daß zur Behebung dieses Zustandes es noch vieler, vieler Jahre bedarf. Zuerst hieß es, daß die Sozialisierung marschiere, gewiß, sie sei marschiert, aber in die Taschen der ehemaligen Redakteure [*sic!*]. Ungeheure Werte an Kriegsgut und somit an Volksvermögen seien verschleudert worden. Der Gewinn landete in den Taschen der Juden. Deutschland ist restlos dem internationalen Kapital verschachert und gilt heute nur als Kolonie. Daß bei diesen ganzen Machenschaften die Herren der Rechten und Linken die Hand im Spiele hatten, weiß heute jedes Kind. Gerade die Parteien, die der Arbeiterschaft das Los erleichtern wollten, haben Arbeiterschaft und Mittelstand vollständig in den Abgrund gestürzt. Dieses alles wird sich eines Tages schwer rächen. Unter Führung der N.S. wird ein einiges Deutschland erstehen, auch ohne Zutun der Rechten und der Linken. Der Dawespakt wird zerschmettert und die jetzige Daweskolonie wird Groß-Deutschland werden. [3]

16. Juni 1926 Dok. 155
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [1]

Essener Anzeiger vom 18.6.1926, "Hitler im Ruhrgebiet" [2].

[*Hitler*] sagte: Unsere Nationalen haben es nicht fertig gebracht, den nationalen Gedanken aus seiner Isolierung zu erlösen, die ihn nur der Intelligenz verständlich machte, und nicht verstanden, zu seinem Träger die Masse der "Menschen der Faust" zu machen. Unsere Sozialisten haben es nicht fertig gebracht, die soziale Gedankenwelt als Wunschwelt der Masse in den Erfüllungswillen der Intelligenz zu verwurzeln. Darüber laufen beide nebeneinander her und pochen jeder auf sein "Privileg". Das aber ist der Sinn des nationalsozialistischen Gedankens, den einen mit dem anderen in eins zu verbinden. Nationalist ist, sagt Hitler, in Wahrheit nicht der, der den Arbeiter lehrt, patriotische Lieder zu singen und Hurra zu rufen, sondern der für sein Volkstum die Waffen schafft, die es auf allen Gebieten des Lebens zum Lebenskampf braucht. Diese Waffen bestehen nicht nur in einem gesunden Geist, sondern auch in einem gesunden Körper. Wer sich bemüht, unsere im Elend lebenden Volksteile durch Verbesserung ihrer

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel "Vereinshaus", von etwa 20.00 bis 22.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde von Josef Terboven, dem Führer des NSDAP-Bezirks Essen, geleitet. Nach Versammlungsschluß kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

2 Vgl. auch Essener Allgemeine Zeitung vom 17.6.1926, "Adolf Hitler in Essen"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 17.6.1926 (AA), "Hitler im Ruhrgebiet" (Nachdruck: VB vom 23.6.1926); Märkischer Sprecher vom 18.6.1926, "Adolf Hitler in Essen"; Der Reichsbote vom 18.6.1926, "Eine Rede Adolf Hitlers in Essen"; VB vom 19.6.1926, "Hitler in Essen"; Bergisch-Märkische Zeitung vom 20.6.1926, "Hitler im Ruhrgebiet"; VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet". Sowie Bericht des Polizeipräsidiums Essen vom 19.6.1926; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809.

Lebensmöglichkeiten körperlich gesund zu machen, der ist Nationalist, und wer darüber hinaus ihnen noch die seelischen Möglichkeiten gibt, den Stolz des deutschen Bürgers auf sein Land, sein Volk, seine Kultur, seine Geschichte zu verstehen und mit zu empfinden, der erfüllt seine nationale Aufgabe ganz. Sozialist sein aber ist dasselbe. Wer Sozialist sein will, der hat seinem Volke zu dienen, daß es im brutalen Lebenskampf der Völker sich behaupten kann. Denn in diesem Kampfe wird der Stärkste allein übrig bleiben. Das ist die eherne Logik der Natur und ihr höchstes Recht, daß sie nur das Stärkste und Beste leben und das Faule und Schwächliche sterben läßt. - Soll aus dieser Erkenntnis heraus ein neuer Gemeinschaftsbegriff geformt werden, so gibt es als Weg nur eine Möglichkeit: Daß sich die soziale Kraft der breiten Masse paart mit dem nationalen Gedanken der Intelligenz. Dahin zu wirken ist die Aufgabe der Hitlerbewegung. Der Weg ist nicht der des Kompromisses, der faulen Verbrüderung dieser beiden Elemente, sondern ein *neuer Glaube* muß erstehen. Nur ein Glaube kann reformieren, wie der christliche Glaube die Welt reformierte. Das ist die Mission, den Begriff für diesen *neuen* Glauben zu formen und lebendig werden zu lassen.

17. Juni 1926 — Dok. 156
Rede auf NSDAP-Versammlung in Osnabrück [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

1 In der Stadthalle, von etwa 21.00 bis 23.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 500 Personen teilnahmen, wurde von Franz von Pfeffer mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Abordnungen stellten die Ortsgruppen Münster, Bielefeld, Herford, Detmold, Minden, Melle, Bramsche, Rheine, Ibbenbüren, Nordhorn, Bentheim und Lengerich.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Osnabrücker Tageblatt vom 18.6.1926, "Umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen"; VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet". Sowie Polizeibericht vom 18.6.1926; Nds. StA Osnabrück, Rep. 430 Dez. 201 Akz. 5/66, Nr. 5/1.

18. Juni 1926 Dok. 157
"Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik" [1]
Rede vor Wirtschaftsführern in Essen [2]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 20.6.1926, "Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Vortrag Hitlers" [3].

Hitler sieht die Wirtschaft nicht als selbständiges Einzelglied, das losgelöst vom politischen Geschehen und geistigen Leben des Volkes zu existieren vermöchte. Ebensowenig wie er zwei Tage vorher [4] seinen Anhängern, den "Männern der Faust", etwa im Sinne marxistischer Gedankenwelt den Himmel auf Erden versprach, forderte er von der Wirtschaft, den Wirtschaftsführern, im Interesse der Arbeiter Unmögliches. Beiderseits aber verlangt er im Hinblick auf das große Ziel höchsten Einsatz. Und dieses ist schlechthin die Volksgemeinschaft, die einheitliche Ideen- und Willensbildung.

Ausgehend von der Abstimmung am kommenden Sonntag [5] entwickelte er seine Gedankengänge. Daß die Wirtschaft von der Politik nicht zu trennen sei, beweise dieser Vorgang am deutlichsten. Die Enteignung, an sich ein wirtschaftliches Problem, werde zur politischen Parole. Ein großer Teil des Volkes prüfe hier keineswegs, was recht und unrecht sei. Er sähe in den Fürsten einfach den politischen Gegner. Die Folgen der Abstimmung ergäben sich danach nicht aus dem Tatsächlichen, sondern das Gefühl, die Weltanschauung entscheide. Hieraus gehe die Bedeutung der Ideenwelt für die Wirtschaft und den Staat klar und eindeutig hervor. Sie vermöge unter Umständen den Einsturz jeglicher Ordnung herbeizuführen. Das werde vielfach von der Wirtschaft verkannt. Man folgere kurz so: die Wirtschaft müsse existieren. Dabei müsse man ausgehen vom Kapital, von der Arbeit und der Nation. Diesen drei Gesichtspunkten könne man dienen, ohne daß nationale Interessen berührt würden. Dann bleibe es sich auch gleich, unter welcher Kontrolle die Betriebe ständen, ob an ihrer Spitze deutsche oder fremde Kapitalisten oder Köpfe ständen. Es müsse einfach für Brot gesorgt werden, um die Nation zu befriedigen. Wie, warum, durch wen, spiele für viele keine Rolle. Diese Auffas-

1 Titel laut Rheinisch-Westfälische Zeitung.

2 Abends. Hitler sprach eineinhalb Stunden auf einer geschlossenen Versammlung. Hierzu wollte die NSDAP, wie einem Schreiben des Polizeipräsidenten von Essen an Josef Terboven, den Führer des NSDAP-Bezirks Essen, zu entnehmen ist, "etwa 50-60 Vertreter der Industrie und des Handels" einladen. Vgl. Polizeipräsident von Essen an Terboven vom 28.5.1926; BA, NS 1/342.
Hierzu heißt es in dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung einleitend: "Ein Kreis westdeutscher Wirtschaftler hatte Adolf Hitler gebeten, vor geladenen Wirtschaftsführern des Bezirks einen Vortrag über 'Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik' zu halten. Die Tatsache, daß man der Einladung zu diesem Vortrag seitens der ersten Wirtschaftskreise zahlreich gefolgt war, beweist am besten, zu welcher Bedeutung die nationalsozialistische Bewegung unter der Führung Hitlers bereits gelangt ist. Sie muß um so mehr auch von der Wirtschaft beachtet werden, als sie sich ja in erster Linie auf den Arbeiter erstreckt und um dessen deutsche Seele ringt. Welchen Eindruck der eineinhalbstündige Vortrag Hitlers machte, kann man nach der großen Aufmerksamkeit, mit der man ihm lauschte, und dem Beifall, der ihm am Schluß gezollt wurde, beurteilen."

3 Leicht gekürzter Nachdruck: VB vom 24.6.1926, "Hitler im Ruhrgebiet. Eine bedeutsame Rede". Vgl. auch Volkswacht vom 22.6.1926, "Hitler bei der Schwerindustrie".

4 Am 16.6.1926 in Essen. Vgl. Dok. 155.

5 Gemeint ist der Volksentscheid vom 20.6.1926 über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

sung lasse sich aber nicht aufrechterhalten. Die Wirtschaft sei mit dem Volkstum identisch. Die Wirtschaft ruhe entweder auf einem kraftvollen Staat oder sie werde bestimmt von Interessen außerhalb des Staates. Die Geschichte zeige, daß die Wirtschaft den politischen Zusammenbruch ihres Staates nicht zu überstehen vermöge. Das zeige auch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit 1918. Man dürfe sich im Meinungsstreit des Tages nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung in der großen Linie abwärts gehe. Daran könne auch nichts ändern, daß sich das Geschäft zeitweise belebe. Die Hoffnungen, die daran hier und da geknüpft würden, müßten enttäuschen. Es sei doch nicht bloßer Zufall, daß die Entente selbst heute noch bestehe. Parasitäre Wirtschaften dulde sie ebenso wie kleine Völker. Deutschland bilde heute das Objekt. Es sei nicht bündnisfähig wegen seiner inneren Zerrissenheit. Wenn aber ein Staat keine Rücksicht mehr zu nehmen brauche, dann werde das Gleichgewicht verlorengehen. Er verwies auf die deutsche Hansa als treffendes Beispiel, wie unzertrennlich Wirtschaft und politische Macht sei. Wäre Deutschland von 1660 ab ein Einheitsstaat gewesen und nicht in die vielen Feudalstaaten zerfallen, dann könne man als wahrscheinlich hinnehmen, daß nicht England, sondern Deutschland heute die Weltwirtschaft umspanne. In diesem Zusammenhang wies er auf die Tatsache hin, daß in den Vereinigten Staaten eine Stimme den Ausschlag dafür gegeben habe, daß heute nicht die deutsche, sondern die englische Sprache als Volkssprache gelte [6]. Treffender könne wohl die Ohnmacht des Deutschtums nicht zum Ausdruck kommen.

Die grundsätzliche Frage für die deutsche Wirtschaft sei die, ob es möglich wäre, zwischen Bevölkerung und Grundfläche ein Verhältnis zu finden, das es gestatte, die Expansion unmöglich [*sic!*] zu machen, wobei selbstverständlich die Industriewirtschaft in gewissem Umfange nicht entbehrt werden könne. Das sei zweifellos nicht der Fall, und deshalb ständen wir vor der Entscheidung, entweder Menschen oder Ware zu exportieren. Gelingt es nicht, durch Export Arbeit für das Volk zu schaffen, dann bewahrheite sich das Wort Clemenceaus [7]. 20 Millionen Deutsche könnten dann von der Wirtschaft nicht ernährt werden. Sie seien zuviel in Deutschland. Sie bildeten die große Gefahr, nicht so sehr deswegen, weil Hungerrevolten oder Unruhen ausbrechen könnten, sondern weil sie - schlecht oder recht als Erwerbslose unterstützt - sich der Arbeit entwöhnten, zu Tagedieben würden, die das ganze Volk gesundheitlich und moralisch verseuchten. Darum sei es keineswegs gleich, in welcher Hand sich die deutsche Wirtschaft befände. Sie sei die Dienerin, die mithelfe, den Bestand zu gewährleisten. Sie müsse die Voraussetzungen zur Selbstbehauptung des Volkes schaffen, die Waffen liefern. Sei das durch Landerwerb oder Expansion der Wirtschaft, durch Erweiterung des Handels nicht möglich, dann schwäche sich die Wirtschaft mit, und es sei nicht abzusehen, was daraus werde.

---

6 Zu der Legende, wonach sich der amerikanische Kongreß kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Albert B. Faust, Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912, S. 136 f.

7 Die nachfolgenden Sätze bis zum nächsten Abschnitt fehlen im VB-Nachdruck.

Das politische Leben Deutschlands werde durch zwei Weltanschauungsgruppen bestimmt, und man müsse mit der gegebenen Tatsache rechnen, daß ein Teil des Volkes gegen das eigene Interesse der Nation handele. Das sei auch der Grund, weshalb der eventuell vorhandene politische Wille der einen oder anderen Regierung zur Ohnmacht verurteilt gewesen wäre. Es sei ganz gleichgültig, wer heute regiere, solange dieser Riß im Volk nicht beseitigt wäre. Sicher sei es, daß es vorher auch keinen Aufstieg, sondern stets und ständig nur ein weiteres Abgleiten auf der schiefen Ebene gäbe. Er verglich die Ereignisse des Jahres 1918 mit denen von 1806, die ohne Zweifel mit Bezug auf den Zusammenbruch der Nation manches gemeinsam hätten. Damals jedoch habe das Volk in seiner Gesamtheit über allem Zerwürfnis und Hader noch einen politischen Willen gehabt, gewissermaßen ein Heiligtum gekannt, Preußen, den Staat. An ihn fühlte man sich gebunden. Lächerlich wäre es, heute davon reden zu wollen. Ohne politischen Willen gäbe es aber keine politische Macht und ohne politische Macht keine kraftvolle Wirtschaft. Neue Verpfändungen und Zwangshypotheken seien die Folge des Andauerns der gegenwärtigen Verhältnisse. Die Daweslasten können heute schon nicht mehr erfüllt werden, und ab 1927 drohten noch vermehrte Auflagen.

Die Frage der politischen Macht könne nur durch Auseinandersetzung mit dem Marxismus geklärt werden. Diese Auseinandersetzung bliebe auch Deutschland nicht erspart. Und hier setze die Arbeit und die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung ein. Im Leben der Völker spiele das moralische Rechtsgefühl, das sittliche Bewußtsein die ausschlaggebende Rolle. Jeder einzelne müsse die unbedingte Gewißheit haben, daß ihm all das für seine Leistung zuteil werde, was möglich sei. Hierauf fuße die nationalsozialistische Bewegung. Man dürfe wohl ruhig sagen, daß in dieser Beziehung vor dem Kriege manches versäumt worden wäre. Auf der anderen Seite aber trete er für die Aufrechterhaltung des Privateigentums ein, verlange unbedingtes Einstehen für das Volkstum, den deutschen Staat. Eventueller Terror solle durch den Kampf bezwungen werden. Die freie Wirtschaft würde als die zweckmäßigste oder einzig mögliche Wirtschaftsordnung beschützt.[8]

8 Folgt abschließender Kommentar: "Es ist leider nicht möglich, die Gedanken Hitlers in all ihren Einzelheiten bis zu Ende hier aufzuzeichnen. Auch vermögen die Farben in ihren vielen Nuancierungen hier nicht aufgetragen zu werden. Man sagt jedenfalls nicht zu viel, wenn man behauptet, daß der Vortrag kaum großzügiger hätte angelegt sein können. Man muß Hitler schon gehört haben, um die außerordentliche Wirkung seiner Worte auf die Zuhörer zu ermessen."

20. Juni 1926 Dok. 158
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Elberfeld [1]

VB vom 27./28.6.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet".

Dann spricht *Adolf Hitler* über Organisation einer politischen Bewegung. Klar und eindeutig definiert er die Notwendigkeit der politischen Organisation und betont immer wieder, wie unvermeidlich es ist, daß unsere Organisation zu einem schnell arbeitenden Instrument politischen Willens wird. [2]

24. Juni 1926 Dok. 159
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 543, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [2].

Vor Beginn des Wahlaktes [3] sprach Hitler und legte die Angelegenheit Woltereck [4] klar. Er habe nicht geglaubt, daß er zu dieser Angelegenheit in einer Versammlung Stellung nehmen müsse, wurde aber durch den Lauf der Dinge dazu gezwungen. Was Woltereck gemacht habe, sei eine unerhörte Disziplinlosigkeit. Der Fall sei geeignet, die Autorität der Partei zu untergraben. Daß Woltereck diesen Schritt tat, habe er damit begründet, daß er bei der Generalversammlung [5] nicht persönlich genannt wurde. Die Sache sei lächerlich. Er habe Woltereck als Führer der Ortsgruppe München ausersehen gehabt, obwohl es außerordentlich schwer sei, einen Sektionsführer über die anderen Sektionsführer zu stellen. Er habe den Namen Woltereck bei der Generalversammlung absichtlich nicht genannt, weil er nicht einem einzelnen Sektionsführer danken könne

1 Im Evangelischen Vereinshaus, vormittags. Vor Hitler, der eine zweistündige Rede hielt, sprachen die Führer des Ruhr-Gaues: Franz von Pfeffer, Joseph Goebbels und Karl Kaufmann.
Ein geplanter Umzug durch die Stadt war von der Polizei wegen der Zusammenstöße nach Hitlers Auftritt am 14.6.1926 in Elberfeld (Dok. 152) verboten worden. Vgl. Polizeipräsident von Elberfeld-Barmen an Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 21.6.1926; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809.

2 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Restaurant "Zur Blüte". Die Generalmitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 400 von 584 Mitgliedern teilnahmen, wurde von Fritz Scherbauer geleitet. Hitler, der kurz nach 20.00 Uhr eintraf, verließ die Versammlung gegen 22.30 Uhr.

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 50 der Polizeidirektion München vom 2.8.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Die Neuwahl, die nach dem Rücktritt des bisherigen Vorstandes unter der Führung Ernst Wolterecks notwendig geworden war, stand nach dem Bericht des Vorstandes und des Kassiers auf der Tagesordnung.

4 Zum Fall Woltereck vgl. auch Dok. 150 und Bd. II, Dok. 2.

5 Gemeint ist die Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. am 22.5.1926. Vgl. Dok. 143-145.

und all die Gau- und Bezirksleiter, welche einen ungleich schwereren Posten bekleiden, unbenannt lassen könne. Die Partei sei auf Autorität und Unterordnung aufgebaut, und deshalb könne er als Führer nicht dulden, daß ein kleiner Sektionsführer sich gegen die höchsten Instanzen auflehne. Würde dies geduldet, dann wäre die Partei erledigt, denn gerade die Unterordnung und strengster Autoritätsglaube mache die Bewegung stark. Anders werde die Freiheit des Volkes nie erreicht werden können. Den Dank müsse ein Unterführer schon darin sehen, daß ihm Vertrauen entgegengebracht werde. Gerade Woltereck gegenüber habe er unbegrenztes Vertrauen gehabt. Daher komme es auch, daß er ihm Konzessionen erteilt habe, die andere nicht erhalten. Trotzdem er unschuldig sei, habe er Woltereck zu einer Aussprache ins Parteibüro geladen bzw. gebeten, was Woltereck abgelehnt habe mit der Begründung, daß er nicht ins Parteibüro gehe, sondern Hitler soll in die Wohnung Wolterecks kommen. Dieses Ansinnen habe er (Hitler) abgelehnt, aber sich bereit erklärt, Woltereck in seiner Wohnung zu empfangen. Er habe Woltereck auf 12 Uhr mittags bestellt. Ob Woltereck zum genannten Zeitpunkt erschienen sei, wisse er nicht sicher, weil er erst um 1/2 1 Uhr vom Gericht zurückgekommen sei. Sein Versäumnis sei nicht Absicht gewesen. Er habe dann sofort einen Herrn zu Woltereck geschickt und ihn zu sich bitten lassen. Woltereck habe diesen Herrn fast aus der Wohnung geekelt. Er habe angenommen, daß die Angelegenheit geregelt sei, bis er vom Ruhrgebiet zurückkomme. Heute sei Buttmann nochmals bei Woltereck gewesen, um auf ihn einzuwirken, was aber erfolglos gewesen sei. Jeder müsse seinen Irrtum selbst erkennen und wieder zurückfinden, wenn er überhaupt Nationalsozialist sei. Jeder Führer müsse ein Beispiel für das Volk sein und strengstes Pflichtbewußtsein in sich tragen, wenn die Idee im Volke durchdringen soll. Als Führer der Partei setze er heute die Wahl der Vorstandschaft ab in der Hoffnung, daß Woltereck den Weg zurückfinde. Ist dies nicht der Fall, findet am nächsten Donnerstag [6] die Neuwahl statt. Jedes Mitglied soll nach bestem Gewissen die Wahl vornehmen.

Heinz [7] schlug vor, daß Woltereck von den Mitgliedern gehört werden soll, was durch abfällige Zwischenrufe verneint wurde.

Hitler erwähnte nochmals, daß innerhalb der Partei ein Schiedsgericht eingesetzt sei. Jeder müsse sich dessen Urteil fügen. Dieses Schiedsgericht setze sich aus deutschen Männern und Nationalsozialisten zusammen. Parteiangelegenheiten seien nicht bei den heutigen Gerichten zu schlichten, deren Geist von einem Severing bzw. einer Bayer. Volkspartei sei. Mit solchen blöden Vorschlägen befasse er sich nicht, denn diese riechen zu stark nach dem parlamentarischen-demokratischen Geist. Nach einer kurzen Pause erzählte Hitler seine Erlebnisse im Ruhrgebiet [8]. Dort herrsche ein fanatischer Glaube und Geist für die Bewegung. Überall bestehen starke S.A.-Organisationen von herrlichem Menschenmaterial. Es seien hauptsächlich Leute, die meist bis vor kurzer Zeit noch in der blutroten Bewegung standen, Draufgänger mit wahrem Mannesmut. Er

6 Zur Mitgliederversammlung am 1.7.1926, auf der Hitler abermals die Neuwahl des Vorstandes absetzte, vgl. Bd. II, Dok. 2.
7 Nicht ermittelt.
8 Vgl. Dok. 152-158.

habe eine Schlägerei [9] mitangesehen und habe sich gefreut, wie diese Jugend unvergleichlich den Kampf annahm und der Bewegung Ehre machte. Diese ehemaligen roten Bergarbeiter seien tief beglückt über die Bewegung und von fanatischem Geist beseelt. Sie machen den Herren der Linken große Sorgen. Es wurde ihm ein S.A.-Führer vorgestellt, der 1920 bei den Ruhrkämpfen Fahnenträger bei den Roten war. Er sei ein Prachtmensch. Das Ruhrgebiet werde bestimmt einmal die Hochburg der Bewegung. Der Versammlungsbesuch sei gut und der Erfolg ein großer gewesen. Diese Versammlungen seien die schönsten seines Lebens gewesen. Die Bewegung wachse täglich und mit einer tatkräftigen Jugend werde es gelingen, ein freies Volk und ein freies Großdeutschland zu schaffen. [10]

28. Juni 1926 Dok. 160
"Rundschreiben an die Gaue der N.S.D.A.P."
Anordnung

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Bouhlers vom 28.6.1926; BA, Slg. Schumacher 373.

Die Verfügung von Ende Mai, nach der Pg. *Land* [1] als Redner in öffentlichen Versammlungen nicht in Frage kommt, wird aufgehoben. Alle Anträge, Land als Redner zu bekommen, sind künftig an die Gauleitung *Ruhr*, Elberfeld, Auer Schulstr. 8, zu senden.

gez. Adolf *Hitler*

Für die Richtigkeit:
Bouhler [2]
Geschäftsführer

9 Am 14.6.1926 nach der Hitler-Rede in Elberfeld. Vgl. Dok. 152.
10 Folgt Bericht über das anschließende Referat Karl Fiehlers über den "sittlichen Verfall des Volkes".

1 Paul Land (geb. 1897), Bergmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, Nov. 1926 Parteiausschluß, 1927 Vorstandsmitglied der Unabhängigen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1929 Wiedereintritt in die NSDAP.
2 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellv. Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

28. Juni 1926 Dok. 161
Erklärung

Die Flamme, Nr. 16/17 vom Juli 1926.

Leitwort! [1]

Entweder der Nationalsozialismus siegt und führt Deutschland neuer Größe entgegen, oder die Zukunft sieht als Ergebnis des heutigen politischen Tuns das Vaterland endgültig im bolschewistischen Sumpf versinken.

München, 28. Juni 1926

Adolf Hitler

1 Mit folgendem redaktionellen Zusatz veröffentlicht: "Nachstehendes Leitwort wurde uns für diese Nummer von unserem Führer Adolf Hitler übersandt."
Die Wochenzeitschrift "Die Flamme" war im März 1926 von Gottfried Feder als parteiamtlich anerkanntes NS-Organ in Bamberg gegründet worden. Sie erschien ab 1929 in Nürnberg und ab 1932 als Nebenausgabe der "Deutschen Wochenschau" in Berlin.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BDC	Berlin Document Center
BVP	Bayerische Volkspartei
CEH	Central European History
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GL	Gauleitung
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdI	Ministerium des Innern
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein

NSDFB	Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
OG	Ortsgruppe
OHL	Oberste Heeresleitung
OPG	Oberstes Parteigericht
OSAF	Oberste SA-Führung
Pg./Pgg.	Parteigenosse(n)
PND	Politischer Nachrichtendienst (der Polizeidirektion München)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RL	Reichsleitung
RN	Rufnummer
SA	Sturmabteilung
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
stellv.	stellvertretender
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVM	Vaterländische Verbände München
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Auerbach, Hellmuth, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923, in: VfZ 25 (1977), S. 1-45

Bouhler, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938

Brandenburg, Hans-Christian, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968

Carsten, Francis L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977

Cohn, Norman, Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969

Deuerlein, Ernst (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1962

Dresler, Adolf und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938

Erdmann, Jürgen, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923 (= Coburger Heimatkunde und Landesgeschichte, Reihe 2, Bd. 22), Coburg 1969

Falter, Jürgen, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986

Faust, Albert B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912

Fenske, Hans, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980

Gordon, Harold J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990

Gruchmann, Lothar, Hitlers Denkschrift vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument, in: VfZ 39 (1991), S. 305-328

Gumbel, Emil Julius, Vier Jahre Politischer Mord, Berlin 1922

Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 17), Nürnberg 1976

Hanschel, Hermann, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik (= Nürnberger Forschungen, Bd. 21), Nürnberg 1977

Heiber, Helmut, Joseph Goebbels, Berlin 1962

Hillmayr, Heinrich, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, München 1974

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Bde., München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973)

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972

Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14), Düsseldorf 1958

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925 (= Cass Series on Politics and Military Affairs in the Twentieth Century, Bd. 3), London 1989

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 21), Stuttgart 1980

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 16), Tübingen 1963

Jochmann, Werner, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 1), Frankfurt a. M. 1960

Kallenbach, Hans, Mit Adolf Hitler auf Festung Landsberg, München 1933

Kipphan, Klaus, Julius Streicher und der 9. November, in: ZBLG 39 (1976), S. 277-288

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985

Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 6), Meisenheim am Glan 1966

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Köln 1983-1986

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989

Low, Alfred D., The Anschluß Movement 1918-1919 and the Paris Peace Conference, Philadelphia 1974

Luedecke, Kurt G. W., I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge, London 1938

Mersi, Isolde von, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1919-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979

Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Hrsg. und erläutert von Alfred Rosenberg, München 1922

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988

Plümer, Friedrich, Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis, München 1925

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939

Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearb. von Karl Brammer, Berlin 1925

Röhm, Ernst, Die Geschichte eines Hochverräters, München [2]1930

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 24), München 1966

Sidman, Charles F., Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus. Dezember 1920 - November 1923, in: VfZ 13 (1965), S. 112-118

Schildt, Gerhard, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Diss. phil. Freiburg i. Br. 1965

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 64), Düsseldorf 1978

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975

Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985

Schweyer, Franz, Politische Geheimverbände. Blicke in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg i. Br. 1925

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978

Steffani, Winfried, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 17), Düsseldorf 1960

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980

Striesow, Jan, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987

Thoss, Bruno, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch (Miscellanea Bavarica Monacensia, Bd. 78), München 1978

Tracey, Donald R., The Development of the National-Socialist Party in Thuringia, 1924-1930, in: CEH 8 (1975), S. 23-50

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und Bearb.: Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel. Bd. VI: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924-1928. Rapallo - Dawesplan - Genf, Berlin o. J. (1961)

Volk, Ludwig, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177 (1966), S. 173-195

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums. Hrsg. im Auftrag der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig in Verbindung mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Berlin 1927

Wir Hakenkreuzler. Unter Mitarbeit hervorragender Parteiführer. Hrsg. von der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1927

Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Diss. phil. Marburg 1968

Zarnow, Gottfried, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. 1, München 1930

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER
REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band II

Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl

Juli 1926 – Mai 1928

Teil 1:

K · G · Saur
München · London · New York · Paris 1992

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New York ; London ; Paris : Saur
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. II Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl / hrsg.
und kommentiert von Bärbel Dusik.
Teil 1. Juli 1926 – Juli 1927. – 1992
ISBN 3-598-21932-6

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Textservice Zink, Heiligkreuzsteinach
Druck / Binden: Jos. C. Huber KG, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Juli 1926 - Juli 1927

Dokumente

Teil 2: August 1927 - Mai 1928

Dokumente

Dokumente

1. Juli 1926 Dok. 1
"Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar. Hrsg. von der NSDAP-Reichsleitung; Nds. HStA Hannover, Hann. 310 I A, Nr. 8.

Reichsleitung (R.L.), Sitz: München. Gegliedert in:

Hauptgeschäftstelle	(G.)	siehe Satzung [1]
Propaganda und Presse	(P.)	
Organisation	(O.)	
Kassenverwaltung	(K.)	
S.A.-Leitung	(S.A.)	

Die innere *Gliederung* dieser Abteilungen ergibt sich aus der Größe des Arbeitsgebietes; sie kann nicht starr sein, sondern muß sich beweglich den Verhältnissen jeweils anpassen. Die Urzelle bildet die Ortsgruppe (O.Gr.), d. i. die Gemeinschaft der Pg[*g*]. an einem Orte. Sie können zusammengefaßt werden zu Gauen, die dann unmittelbar unter der Reichsleitung stehen. Selbständige O.Gr. stehen ebenfalls unmittelbar unter der R.L. Taktische Unterteilung großer O.Gr. wie Berlin, München usw. in Sektionen, desgl. die Unterteilung von Gauen in Bezirke ist den betreffenden O.Gr. bzw. Gauen freigestellt, muß jedoch der R.L. mitgeteilt werden. Jedoch arbeitet die R.L. nur mit den Gauen bzw. selbständigen Ortsgruppen. Mindestens 6 Mitglieder bilden eine Ortsgruppe. Weniger Mitglieder werden als Einzelmitglieder bei dem zuständigen Gau bzw. bei der Reichsleitung geführt. Landesleitungen werden nicht geschaffen. Bestehen in einem Bundesstaate mehrere Gaue, so kann in besonderen Fällen, z. B. bei Landtags- und Reichstagswahlen, einer der Gauleiter mit der Oberleitung im Bereiche des betr. Bundesstaates von der R.L. beauftragt werden.

Da die N.S.D.A.P. eine große *Arbeitsgemeinschaft* darstellt, so haben kleinere Arbeitsgemeinschaften als Zusammenschluß einzelner Gaue keine Berechtigung.

Die *Ortsgruppe* (O.Gr.). Sie ist die Propagandazelle der Bewegung und die Keimzelle für das Wachsen der Partei. Sie wird verantwortlich geleitet vom

1. Vorsitzenden - 2. Vorsitzenden	Der Vorstand - ehrenamtlich.
dem beigegeben sind	
1. Schriftführer - 2. Schriftführer	
1. Kassenwart - 2. Kassenwart.	

Der 1. Vorsitzende wird gewählt durch eine ordentliche Mitgliederversammlung der O.Gr. durch Zuruf [2]. Eine Ausnahme macht die Ortsgruppe München, deren Führung mit der Reichsleitung verbunden ist. Der 1. Vorsitzende bestimmt dann die übrigen

1 Vom 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2 Diese Bestimmung wurde auf Anordnung Hitlers vom 20.11.1926 mit folgendem Zusatz ergänzt: "Die Wahl muß vom Gauleiter anerkannt und der Gewählte von diesem schriftlich bestätigt sein. Die Vorsitzenden oder Leiter aller sonstigen Untergliederungen (§ 6 der Satzung vom 22.5.1926): Sektionen, Bezirke, Untergaue usw. werden vom 1. Vorsitzenden der O.-Gr. bzw. vom Gauleiter bestimmt." Vgl. auch Dok. 51, Ziff. 2.

Mitglieder des Vorstandes als seine Mitarbeiter. Entsprechend der Größe der O.Gr. werden vom 1. Vorsitzenden Obmänner und unter diesen wieder Vertrauensleute aufgestellt, mit eng begrenztem Wirkungsbereich (ehrenamtlich). Sie bilden mit dem Vorstand den erweiterten Vorstand.

Weiter wird vom 1. Vorsitzenden ein Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß aus 3 älteren Pgg. (ehrenamtlich) bestellt, der die Streitfälle und Ausschlußanträge innerhalb der O.Gr. behandelt. Er ist Beirat des 1. Vorsitzenden. Der Vorsitzende des U.- und Schl.-A. gehört zum erweiterten Vorstand.

Der *Gauleiter*. Er ist ehrenamtlich, in Ausnahmefällen durch den Gau besoldet, aber immer bestimmt von der R.L. (s. Satzung). Er bestimmt seinen Stellvertreter, der von der R.L. bestätigt werden muß. Beigegeben sind ihm

1 Schriftführer und ein Stellvertreter

1 Kassenwart und ein Stellvertreter.

1 Geschäftsführer - besoldet - kann an Stelle des Schriftführers treten, soferne die Größe des Gaues eine volle Arbeitskraft erfordert und bezahlen kann. Gauleiter kann gleichzeitig nicht 1. Vorsitzender einer O.Gr. sein. Er ist in erster Linie für den regelmäßigen Geschäftsbetrieb und die einheitliche Durchführung der Ziele der Bewegung sowie für deren Verbreitung durch Bildung neuer Ortsgruppen verantwortlich. Diese Aufgabe darf durch eine ausgedehnte Tätigkeit als Versammlungsredner nicht beeinträchtigt werden. Der Gauleiter vermittelt den Schriftverkehr zwischen den O.Gr. und der R.L., ferner die Beitragszahlungen, Anmeldungen und Austritte aus der Partei nach den von der R.L. festgesetzten Terminen. Sämtliche Schreiben sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, München, Schellingstraße 50, Telefon 29031. Die die einzelnen Abteilungen betreffenden Angelegenheiten sind gesondert auf getrennten Briefbögen zu behandeln. Persönliche Briefe an Herrn Hitler sind möglichst einzuschränken. Höflichkeitsformeln fallen bei parteidienstlichen Schreiben am Eingang und am Ende weg.

Als Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß des Gaues wirkt der U.- und Schl.-A. der O.Gr. am Gausitz.

Der Gauleiter kann zusammen mit dem Gaukassenwart jederzeit die Kassen der Ortsgruppe prüfen.

Kassenwesen

Der Gauleiter bzw. 1. Vorsitzende der O.Gr. ist für Kassenführung zunächst dem Gau bzw. der O.Gr., sodann dem Vorsitzenden der Partei verantwortlich. Der Kassenwart führt nach seinen Anweisungen die Geschäfte und bleibt ihm verantwortlich. Jede Einnahme und jede Ausgabe muß gebucht werden, sämtliche mit Beleg. Im Februar jeden Jahres ist für das abgelaufene Kalenderjahr die Kasse und Buchführung durch 2 Prüfer, die von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe bzw. der Gautagung zu wählen sind, zu prüfen. Das Ergebnis ist [*in*] einer kurzen Verhandlung schriftlich niederzulegen. Auf Grund dieser erteilt die Mitgliederversammlung Entlastung oder nicht. Der R.L. sind beglaubigte Abschriften von Rechenschafts- und Prüfungsberichten vorzulegen. Der Schatzmeister der R.L. ist berechtigt, jederzeit ohne Ansage alle Kassen

und Bücher der O.Gr. und Gaue zu prüfen. Als Kassenwarte von Gauen und Ortsgruppen sollen nur Pgg. mit gesichertem Einkommen bestimmt werden.

Zeiteingaben

1. *Zugänge.* Mit Aufnahme-Erklärungen (deutliche Schrift, Geburtsdatum, erschöpfende Angaben über Stand und Beruf), Aufnahmegebühren und Werbebeiträge: *Sofort.* Die R.L. stellt auf Grund dieser Anmeldungen provisorische Mitgliedskarten aus. Nach einjähriger Mitgliedschaft werden, falls das Mitglied seinen eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen ist, gegen Einsendung der pr[*ovisorischen*] Mitgliedskarte und 2er Lichtbilder Mitgliedsbücher ausgestellt.

2. *Ausschlüsse.* Namentlich mit Mitgliedsnummer im vollen Wortlaut (Abdruck der Ausschlußverfügung und Beschluß des U. und Schl.-A.): *Sofort.*

3. Selbständige O.Gr. haben am 5. und Gaue am 15. jeden Monats für den abgelaufenen Monat Mitgliederstand und Abrechnung nach Formblätter [3] I, II und III einzureichen. *Die Überweisung* von verzogenen Mitgliedern an die zuständige Ortsgruppe bzw. an die Gaue erfolgt durch die R.L. Anlage IV Muster eines Formblattes für Mitgliederbücher, welche von allen O.Gr. auf das peinlichste zu führen sind.

4. Beschaffenheitsbericht: Zum 15. jeden Monats durch sämtliche Ortsgruppen (nichtselbständige Ortsgruppen durch die Gaue) über

a) öffentliche Versammlungen
b) Sprechabende
c) Besondere Vorkommnisse!

} (Datum, Lokal, Redner, Thema, Besucherzahl, ev. Neuzugänge anläßlich der einzelnen Versammlungen.)

Presse

1. Alle für den Völk[*ischen*] Beobachter bestimmten Berichte sind durch die zuständigen Gauleitungen bzw. bei selbständigen O.Gr. durch diese an die Hauptgeschäftstelle der Reichsleitung zu richten, die den Druck veranlaßt (möglichst kurz, einseitig beschrieben, Datum und Unterschrift des verantwortlichen Verfassers). *Sofort.* Den Parteigenossen wird eine Veröffentlichung derartiger Berichte untersagt.

2. Zur Herausgabe von Gaublättern ist die Genehmigung der Parteileitung zu erholen.

3. Von jedem Gaublatt sind 5 Freiexemplare an die Reichsleitung und 1 an die Schriftleitung des "Völkischen Beobachter" zu senden.

München, 1. Juli 1926

gez. *Adolf Hitler*

---

3 Die Formblätter I-IV sind im Nds. HStA Hannover überliefert.

1. Juli 1926 Dok. 2
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 544, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler, der inzwischen erschienen war, sprach kurz über die Angelegenheit Woltereck [2]. Die geplante Unterredung habe nicht stattfinden können. Eine solche sei neuerdings auf kommenden Dienstag anberaumt. Als Führer der Bewegung habe er am letzten Donnerstag [3] die Wahl abgesetzt. Die für heute anberaumte Neuwahl setze er auch heute wieder von der Tagesordnung ab. Diese soll erst nach der Aussprache stattfinden, falls Woltereck weiterhin seinen ablehnenden Standpunkt beibehalte. Die Sektionen und Bezirke seien keine statutisch [*sic!*] festgelegten Organisationsteile, sondern nur Zweckmäßigkeitsgebilde. Deshalb sei es nicht notwendig, daß die Neuwahl unmittelbar nach dem Rücktritt des Vorstandes erfolge. Aus diesem Grunde verschiebe er die Wahl bis nächste Woche [4]. Hitler verließ hierauf sofort die Versammlung. [5]

3. Juli 1926 Dok. 3
"Zum Parteitag"
Artikel

VB vom 3.7.1926.

Am 27. Januar 1923 hielt die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei ihren letzten Parteitag [1] ab. Seitdem sind nun über 3 Jahre vergangen, innerhalb derer die Bewegung ein mehr als wechselvolles Schicksal zu ertragen hatte. Damals im kräftigen Emporblühen, 3/4 Jahre später am Höhepunkt angelangt, wenige Wochen nachher der

---

1 Im Restaurant "Zur Blüte", abends. Die Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 150 Personen teilnahmen, wurde von Fritz Scherbauer, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion Schwabing, geleitet. Vor Hitler sprach Ludwig Franz Gengler über "Internationalismus und Judentum".

2 Ernst Woltereck war im Juni 1926 als Sektionsvorsitzender zurückgetreten, da Hitler ihm auf der Generalmitgliederversammlung am 22.5.1926 nicht namentlich seinen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen hatte. Vgl. auch Bd. I, Dok. 150 und 159.
Ernst Woltereck (1874-1951), Abteilungsvorstand a. D. der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, 1924 Mitglied der GVG, 1925 bis Mai 1926 Vorsitzender der NSDAP-Sektion Schwabing.

3 Am 24.6.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 159.

4 Die Führung der NSDAP-Sektion Schwabing übernahm am 22.7.1926 Stadtrat Karl Fiehler. Vgl. VB vom 25./26.7.1927, "Aus der Bewegung".

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und das anschließende Referat Rudolf Buttmanns über die Tätigkeit der NSDAP-Fraktion im Bayerischen Landtag.

1 Der Parteitag fand vom 27. bis 29.1.1923 in München statt. Druck der dort gehaltenen Hitler-Reden: Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 805 ff.

schwere Zusammenbruch, dann eine lange Verbotszeit, innere heftige Auseinandersetzungen, anfangs 1925 die Neugründung und dann Wiederauferstehung der alten Partei und seitdem ihr erst langsames und nun ihr immer schneller werdendes Wachsen.

Schon einmal fand innerhalb dieser Jahre ein Parteitag in Weimar statt [2]. Deutschvölkische Freiheitspartei und National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei sollten durch einen Parteitagsbeschluß zu einer Einheit verschmolzen werden. Der Beschluß kam zustande, die Einheit aber blieb aus.

Wenn wir nun zum zweiten Male nach Weimar gehen, dann ist der Hauptgrund hierfür in einem bestimmten Zwang der Verhältnisse gelegen.

Die Knebelung der Rede- und Versammlungsfreiheit in Bayern, zu deren Begründung erwiesene Fälschungen verwendet werden, würde den Parteitag von vornherein in eine Zwangsjacke bringen. Deshalb wurde dieses Mal die Generalmitgliederversammlung vom Parteitag getrennt. Sie mußte in München stattfinden und fand statt [3]. Ihre Bedeutung war eine rein formale.

Diese Trennung der ordentlichen Generalmitgliederversammlung vom Parteitag ist damit etwas Neues. Allein wir alle haben die stolze Zuversicht, daß der Sinn der Tagung und der Erfolg dennoch der alte sein wird.

Die nationalsozialistischen Parteitage vor dem Jahre 1923 wiesen immer ein Bild der einmütigen Stärke der Bewegung auf. Sie unterschieden sich dadurch sehr zu ihren Gunsten von den nicht selten mit üblen Streitigkeiten erfüllten Veranstaltungen ähnlicher Art anderer Parteien. Sie wurden dadurch nicht, wie sonst sehr leicht möglich, zu einer Quelle des Mißmutes und der Verärgerung, sondern zu einem Born frischer Kraft und Zuversicht. Noch niemals bis zum Jahre 1923 waren auf einem nationalsozialistischen Parteitag oder in einer Mitgliederversammlung der Reichsleitung persönliche Zwistigkeiten ausgetragen worden. So sicher bestimmte Zwischenfälle oder Angelegenheiten in einer Partei irgendwie und irgendwo gelöst werden müssen, ebenso sicher ist aber der Parteitag, der im Jahre einmal die gesamte Bewegung einigen soll, nicht der Tag dafür.

Der Parteitag ist aber auch nicht der Platz, an dem ungegorene und unsichere Ideen einer Klärung zugeführt werden könnten. Weder die zur Verfügung stehende Zeit, noch das Wesen einer solchen Veranstaltung ertragen einen konzilartigen Charakter. Es bleibt dabei zu bedenken, daß in allen solchen und ähnlichen Fällen die wirklich großen Entscheidungen nicht auf Konzilien oder in Kongressen gefallen sind, sondern im Gegenteil die Weltgeschichte meistens über sie hinwegzurollen pflegte.

In der Beschränkung der Aufgaben nach der Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung liegt die erste Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Veranstaltung.

Nicht den Weg zum Parlamentarismus dürfen wir beschreiten, sondern aus dem Parlamentarismus heraus zu einer künftigen nationalsozialistischen Staatsverfassung.

---

2 Gemeint ist die (zweite) Weimarer Tagung vom 15. bis 17.8.1924. Der sog. Einigungsparteitag endete mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands unter der Reichsführerschaft von General Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 118 ff.

3 Am 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 143, 144 und 145.

So soll gleich den früheren Mitgliederversammlungen und Parteitagen der Bewegung auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung erhalten.

Gleich früher, soll auch diesmal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung auf einem solchen Wege und in einem solchen Rahmen weder möglich noch von Dauer sein würde. Das Jahr 1924 muß uns in diesem Sinne Warnung und Lehre für die Zukunft sein. Damals glaubte man, eine Frage, die eben nur die Wirklichkeit beantworten vermag, rein doktrinär von den Sitzplätzen eines Vereinstages aus lösen zu können. Im kleinen derselbe Versuch wie im großen der von einst, das Deutsche Reich statt durch die Realitäten von Blut und Eisen zu schmieden, in Delegiertenkongressen erreden zu wollen. Die Wirklichkeit entschied anders.

Aus dieser Erkenntnis und dieser Einsicht heraus entstand der Entwurf für die Durchführung des heutigen Parteitages.

Bestimmend für das Programm und die Art der Durchführung waren dabei folgende Umstände:

1. Der Parteitag kann infolge der gesamten Verhältnisse nur einen Tag dauern.

2. Es steht für die Veranstaltung nur ein wirklich großer Raum zur Verfügung.

3. Die Zahl der eingereichten Anträge ist eine so große, daß deren Behandlung von einer einzigen großen Tagung vollkommen unmöglich ist. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang, im Grunde genommen, vollkommen dem Wesen des heutigen Parlamentarismus entsprechen würde, d. h. nämlich: Man stellt vor einem allgemeinen Forum Fragen einer bestimmten sachlichen Art zur Diskussion, die dann nur von einem Bruchteil der Anwesenden immer Verständnis finden können, ja auch nur das nötige Interesse zu erregen vermögen.

Daraus ergab sich logischerweise folgende Möglichkeit:

Entweder die Anträge werden vor einem allgemeinen großen Forum behandelt, dann fällt jede Möglichkeit, diese große Tagung zu einer mächtigen Kundgebung werden zu lassen, weg. Und an Stelle eines Ausdruckes jugendlicher, vorwärtsstürmender Kraft bleibt nur mehr eine mehr oder minder geistreiche Diskussion übrig.

Oder der Parteitag soll durch eine große Delegiertenversammlung seinem wahren Zweck, der Bewegung neuen Antrieb zu geben, genügen, dann mußten die zahllosen Anträge aus dem großen Delegiertenkongreß herausgenommen werden und waren Sonderkommissionen zu überweisen, die schon der inneren Zusammensetzung nach geeignet erscheinen, auf den in Frage stehenden sachlichen Gebieten wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Dieser letztere Weg wurde gewählt. Er war, wenn auch in bescheidenerem Umfange, bereits den früheren Parteitagen der nationalsozialistischen Bewegung zugrunde gelegt worden.

Für die einzelnen Unterkommissionen bzw. Sondertagungen wurden eine Anzahl von Parteigenossen zu einer Art von Präsidium bestimmt, die sich auf den in Frage stehenden Gebieten bereits betätigen oder zum Teil dafür eine bestimmte Verantwortung besitzen. Nur so war es möglich, die große Anzahl der Anträge zu ordnen und jenen Sondertagungen zuzuweisen, die sich nun mit ihnen zu beschäftigen haben werden.

Die zur Verfügung stehende äußerst kurze Zeit zwang zu einer restlosen Ausnützung derselben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Parteigenossen, die an einer Sondertagung an leitender Stelle teilnehmen, sich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus von anderen Veranstaltungen fernzuhalten haben. Nur dadurch wird eine Bearbeitung des großen Stoffes möglich.

Die gesamte Bewegung erwartet nun als Ergebnis dieses Parteitages folgendes:

Inangriffnahme oder Lösung einer Reihe von wichtigen Fragen, die die Bewegung betreffen, als Frucht der Arbeit der Sondertagungen.

Ein einmütiges Bekenntnis zur nationalsozialistischen Idee und der Partei als der Verkörperung dieser Idee.

Sie erwartet ein Bild disziplinierter Kraft, das den einzelnen erhebt und stärkt zu seinem weiteren Kampf für unser Ideal.

Sie will in dieser Tagung einen sichtbaren Beweis für die wiedererlangte innere Gesundung der Bewegung erhalten.

So treten wir denn am 3. und 4. Juli 1926 aus allen Gauen Deutschlands in einer Stadt zusammen, aus der einst vor weit über 100 Jahren die ersten geistigen Impulse für den werdenden deutschen Nationalgedanken kamen. Dies soll von uns als eine heilige Verpflichtung empfunden werden, Sorge zu tragen, daß aus dem nationalsozialistischen Parteitag ein machtvoller Antrieb für den Sieg der nationalsozialistischen Idee ersteht.

[3. Juli 1926] Dok. 4
"Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden und Schriftführer der Sondertagungen am Reichsparteitag" [1]
Anordnung

Masch. Ausfertigung, o. D.; BA, NS 26/389.

Bestimmt für

a) die Vorstandschaft des Delegierten-Kongresses [2]

b) die Vorsitzenden und Berichterstatter sämtlicher Sondertagungen [3].

---

1 Diese Richtlinien erließ Hitler mit nahezu demselben Wortlaut auch für den Nürnberger Parteitag vom 19. bis 21.8.1927. Vgl. Dok. 164.

2 Artur Dinter, Gottfried Feder und Gregor Straßer.

3 Laut VB vom 3.7.1926, "Programm des Reichsparteitages", fanden am 3.7.1926 folgende Sondertagungen statt: Sondertagung der Reichstags-, Landtags- und Gemeindevertreter (Vorsitzender: Dinter; Berichterstatter: Dinter, Wilhelm Frick, Karl Fiehler, Max Amann); Sondertagung für Wahlfragen (Vorsitzender: Rudolf Buttmann; Berichterstatter: Buttmann, Julius Streicher); Sondertagung für Pressefragen (Vorsitzender: Hans Severus Ziegler; Berichterstatter: Alfred Rosenberg, Ziegler, Amann); Sondertagung über Propaganda und Organisation (Vorsitzender: Hitler; Berichterstatter: Hitler, Joseph Goebbels, Richard Suchenwirth, Bruno Heinemann, Gregor Straßer, Ernst Graber, Karl Schulz).
Am 4.7.1926: Sondertagung über Frauenfragen (Berichterstatter: Elsbeth Zander); Sondertagung über Beamtenfragen (Vorsitzender: Frick; Berichterstatter: Frick, Ernst Schlange); Sondertagung über

Bis zum Jahre 1923 fand der Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei verbunden mit der gesetzlich vorgeschriebenen Generalmitgliederversammlung jährlich in den Januar-Tagen in München statt [4].

Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Erledigung der Aufgaben der Partei als eingeschriebener Verein wiesen die nationalsozialistischen Parteitage bis dorthin immer ein Bild der einmütigen Stärke der Bewegung auf. Sie unterschieden sich sehr zu ihren Gunsten von den üblen, mit Streitigkeiten erfüllten Veranstaltungen ähnlicher Art anderer Parteien. Sie wurden dadurch nicht, wie in solchen Fällen häufig, zu einer Quelle des Mißmutes und der Verärgerung, sondern zu einem Born unendlicher Kraft und Zuversicht. Es war besonders meine Sorge, immer dahin zu wirken, daß Parteitage grundsätzlich nicht zur Austragung persönlicher Stänkereien da sind. So sicher solche Zwischenfälle irgendwie gelöst werden müssen, ebenso sicher aber ist der Parteitag, der einmal im Jahre die gesamte Bewegung einigen soll, nicht der Tag dafür. Er ist aber auch nicht der Platz, an dem ungegorene und unsichere Ideen etwa einer Klärung zugeführt werden können. Weder die Zeit noch das Wesen einer solchen Veranstaltung ertragen einen konzilartigen Charakter. Es bleibt dabei zu bedenken, daß in allen solchen und ähnlichen Fällen die großen Entscheidungen nicht auf solchen Konzilien gefallen sind, sondern im Gegenteil die Weltgeschichte zumeist über sie hinwegzurollen pflegte. Sie ist, wie alle geschichtlichen Ereignisse, das Ergebnis des Wirkens einzelner Personen und nicht die Frucht majoritativer Abstimmung.

Die Verhältnisse des letzten Jahres (Redeverbot und sonstige Unterdrückung der Bewegung in Bayern) zwangen dieses Mal die Leitung der Bewegung, einen Kompromiß zu schließen. Sie war gesetzlich angehalten, die Generalmitgliederversammlung in München [5] durchzuführen. Es sollte dem aber auch kein anderer Wert beigemessen werden, als der durch das Gesetz bedingte rein formale. Der Parteitag mußte getrennt zur Abhaltung gelangen, und es wurde hierfür für dieses Jahr ein außerbayerischer Ort in Aussicht genommen.

Zweck dieses Parteitages.

Gleich den früheren Generalmitgliederversammlungen und Parteitagen der Bewegung soll auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung erhalten. Gleich früher soll auch dieses Mal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich noch von Dauer sein würde. Das Jahr 1924 muß als Warnung in diesem Sinne und als Lehre für die Zukunft im Gedächtnis behalten werden. Damals glaubte man eine Frage, die eben nur die Wirklichkeit beantworten

---

Schulfragen und Jugendorganisation (Vorsitzender: Streicher; Berichterstatter: Streicher, Bernhard Rust, Josef Bauer); Sondertagung über Finanzfragen (Vorsitzender: Franz Xaver Schwarz; Berichterstatter: Schwarz, Martin Mutschmann); Sondertagung über Gewerkschaftsfragen (Vorsitzender: Adolf Wagner; Berichterstatter: Wagner, Friedrich Hildebrandt, Alois Bachschmidt, Albert Stier).

4 Die Passagen bis zum Punkt 5 bilden großenteils wörtlich, teils sinngemäß den Hauptinhalt von Hitlers Artikel "Zum Parteitag" im VB vom 3.7.1926. Vgl. Dok. 3.

5 Am 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 143, 144 und 145.

kann, rein doktrinär von den Sitzplätzen eines Vereinstages aus lösen zu können [6]. Der alte Versuch von einst, statt durch die Realitäten von Blut und Eisen das Reich durch Delegierten-Kongresse erreden zu können! Denn wie schon einst und bisher noch immer, wenn auch im größeren Umfange, hat auch in diesem kleineren Verhältnis die politische Wirklichkeit ganz anders entschieden.

Aus dieser Erkenntnis und dieser Einsicht heraus entstand der Entwurf für die Durchführung des heutigen Parteitages.

Bestimmend für das Programm und die Art der Durchführung waren dabei folgende Umstände:

1. Der Parteitag kann infolge der gesamten Verhältnisse nur einen Tag dauern.

2. Es steht für die Veranstaltung nur ein wirklich großer Raum zur Verfügung.

3. Die Zahl der eingereichten Anträge ist eine so große, daß deren Behandlung vor einer einzigen großen Tagung vollkommen unmöglich ist. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang im Grunde genommen vollkommen dem Wesen des heutigen Parlamentarismus entsprechen würde, d. h. nämlich: Man stellt vor einem allgemeinen Forum Fragen einer bestimmten sachlichen Art zur Diskussion, die nur von einem Bruchteil der Anwesenden immer Verständnis finden können, ja auch nur das nötige Interesse zu erregen vermögen.

Daraus ergab sich logischerweise folgende Möglichkeit: Entweder die Anträge werden vor einem allgemeinen großen Forum behandelt, dann fällt jede Möglichkeit, diese große Tagung zu einer mächtigen Kundgebung werden zu lassen, weg. Und anstelle eines Ausdruckes jugendlicher vorwärtsstürmender Kraft bleibt nur mehr eine mehr oder minder "geistreiche" Diskussion übrig.

Oder der Parteitag soll durch eine große Delegierten-Versammlung seinem wahren Zweck, der Bewegung neuen Antrieb zu geben, genügen, dann mußten die zahllosen Anträge aus dem großen Delegierten-Kongreß herausgenommen werden und waren Sonderkommissionen zu überweisen, die schon der inneren Zusammensetzung nach geeignet erscheinen, auf den in Frage stehenden sachlichen Gebieten wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Dieser letztere Weg wurde gewählt. Er war, wenn auch in bescheidenerem Umfange, bereits den früheren Parteitagen der nationalsozialistischen Bewegung zugrunde gelegt worden.

4. Für die einzelnen Unterkommissionen bzw. Sondertagungen wurden eine Anzahl von Herren zu einer Art von Präsidium bestimmt, die sich auf den in Frage stehenden Gebieten bereits betätigen oder zum Teil dafür eine bestimmte Verantwortung besitzen. Nur so war es möglich, die große Anzahl der Anträge zu ordnen und jenen Sondertagungen zuzuweisen, die sich nun mit ihnen zu beschäftigen haben werden.

6 Gemeint ist die (zweite) Weimarer Tagung vom 15. bis 17.8.1924. Der sog. Einigungsparteitag endete mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands unter der Reichsführerschaft von General Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 118 ff.

5. Die zur Verfügung stehende äußerst kurze Zeit zwang zu einer restlosen Ausnützung derselben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Herren, die an einer Sondertagung an leitender Stelle teilnehmen, sich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus von anderen Veranstaltungen eben fernzuhalten haben. Nur dadurch wird eine Bearbeitung des großen Stoffes möglich.

Aufgaben der Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen.

Der Zweck der Sondertagungen ist, wie schon betont, die Beratung von Anträgen, die aus Kreisen der Mitglieder dem Parteitag zugeleitet werden, d. h. also die Prüfung einer großen Anzahl von Fragen, die die Bewegung betreffen, sowie die Niederlegung eines Weges zu deren möglicher Lösung.

Dies legt den Vorsitzenden und Berichterstattern der Sondertagungen eine hohe Verantwortung auf.

Der Vorsitzende und die Berichterstatter dieser Tagungen haben sich als Wahrer und Träger der Interessen der Bewegung zu fühlen, als eifersüchtige Schützer der Einheit, immer ausgehend von der Prüfung der möglichen Auswirkung nicht nur im Augenblick, sondern für die Zukunft.

Sie haben aus dieser Einsicht und Verpflichtung heraus sich zu bemühen, daß aus eingebrachten Anträgen wirklich Gutes für die Bewegung erstehe, nichts Zweifelhaftes für den Augenblick, sondern Dauerndes für die Zukunft. Nicht um die Befriedigung der Antragsteller handelt es sich, als vielmehr um die Konsolidierung und den Ausbau der Bewegung. Jeder Stein der hierfür taugt, muß herbeigerollt und wenn notwendig so lange behauen werden, bis er zu dem Gebäude paßt. Was schlecht ist, darf keine Verwendung finden.

Verantwortlich für alle Anträge und deren Erledigung sind nicht die Antragsteller, als vielmehr die Vorsitzenden und Berichterstatter der heutigen Tagung. Sie haben vor allem immer auf das Äußerste abzuwägen die Möglichkeit der Durchführung eines Antrags und sich nicht blenden zu lassen von der Schönheit eines solchen. Gesichtspunkte der Zeit, finanzielle Erwägungen, Einsicht in das vorhandene Menschenmaterial, die Qualitäten der zur Verfügung stehenden Führer usw. usw. müssen ununterbrochen immer wieder als Maßstab für die Beurteilung aller Fragen angelegt werden.

Niemals darf vor allem die Bewegung einen Schritt vorwärts machen, ohne die felsenfeste Überzeugung besitzen zu können, daß er nicht mehr zurückgemacht zu werden braucht. Denn die andere Welt wird von unserem Vorwärtsgehen wenig oder gar keine Notiz nehmen, jedoch den kleinsten Schritt nach rückwärts als Zeichen der Auflösung, des Zusammenbruchs, kurz der Erledigung der Bewegung in die Welt hinausposaunen.

Erst wenn sich die Durchführung eines Antrages als möglich erweist und dieser selber als segensreich für die Bewegung und der praktische Weg zur Lösung als gefunden erscheint, kann ein solcher Antrag von der Sondertagung beschlossen und der Parteileitung zur Durchführung empfohlen werden. Die Verantwortung tragen in diesem Falle die Vorsitzenden der Tagungen sowie im Falle der endgültigen Durchführung der dafür verantwortliche Vorsitzende der Partei.

Es finden auch in den Sondertagungen keine Abstimmungen statt, sondern die letzte Entscheidung treffen die Vorsitzenden. Es ist ihre Aufgabe, auf Grund des durch die

Diskussion sich ergebenden Bildes plus ihrer eigenen Einsicht die endgültige Entscheidung zu treffen.

Im übrigen haben sich sämtliche Vorsitzende dieser Tagungen als Führer zu fühlen und nicht als Vollzugsorgan von Abstimmungsresultaten.

Der diesjährige Parteitag muß ein mächtiger Schritt vorwärts werden zu einer nationalsozialistischen Staatsauffassung, die sich schon in diesem kleinen Rahmen heranzubilden hat, um dereinst als Grundlage für eine wahrhaft germanische Reform unserer heutigen Verfassung zu dienen.

Anordnung für die Durchführung der Tagungen.

Die Sondertagungen werden von den bereits bestimmten Vorsitzenden eröffnet.

Diese wählen sich zur Unterstützung aus ihren Mitberichterstattern einen oder zwei Stellvertreter.

Es wird kurz der Zweck der betreffenden Sondertagung festgestellt, die Tagesordnung, die sich aus den eingelaufenen Anträgen ergibt, bekanntgegeben.

Anträge gleicher Art werden zur Besprechung sofort zusammengefaßt.

Die Anträge werden von den Berichterstattern oder den Vorsitzenden vorgetragen, der Antragsteller gebeten, den Antrag noch kurz mündlich zu begründen. Hierauf erfolgt eine kurze allgemeine Diskussion. Die Berichterstatter nehmen darauf noch ihrerseits zu dem Ergebnis des Antrags und der Diskussion Stellung. Der Vorsitzende kann sich noch zu einer besonderen Besprechung mit den Berichterstattern wenn notwendig zurückziehen, um dann endgültig eine Entscheidung zu treffen und den Antrag als beschlossen entweder der Parteileitung zur Durchführung vorzulegen oder ihn an sich zu verwerfen. Der Vorsitzende hat im ersten Falle die Aufgabe, dem Antrag eine praktische Form zu geben, die dessen Durchführung ermöglicht, und sich mit dem Vorsitzenden der Partei in Verbindung zu setzen, um dessen Zustimmung einzuholen. Anträge, die die Unterschrift des Vorsitzenden der Partei erhalten, werden damit durchgeführt. Anträge, denen die Unterschrift verweigert wird, werden entweder auf Befehl des Vorsitzenden dem großen Delegierten-Kongreß zugeführt und dort noch einmal besprochen oder dem 1. Vorsitzenden und dem Schriftführer der betreffenden Sondertagung zur weiteren Bearbeitung zurückgegeben.

Über die Tagungen sind Protokolle zu führen.

Die Vorsitzenden sind verpflichtet, die Zeiten einzuhalten und zu verhüten, daß die Sondertagungen in einer uferlosen Diskussion ersticken, die meist zu keinem Resultat mehr führt.

Der Vorsitzende und die Schriftführer der Sondertagungen haben ihre Aufgabe dann am besten gelöst, wenn sie der Parteileitung wertvolle und praktisch durchführbare Beschlüsse mit den notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen.

Wenn nach diesen Gesichtspunkten gearbeitet wird, muß das Ergebnis der Sondertagungen ein für die Bewegung sehr glückliches werden.

Anträge, die auf Wunsch des Vorsitzenden der Partei vor den großen Delegierten-Kongreß kommen, müssen durch den vom Vorsitzenden der Partei hierfür bestimmten Schriftführer oder Vorsitzenden der Sondertagung vorgetragen werden.

Der jeweilige Leiter des Delegierten-Kongresses lädt darauf zur Aussprache ein, beschränkt jedoch die Zeit auf das Kürzeste und duldet nicht irgendwelche Abschweifungen.

Der Vorsitzende der Partei wird daraufhin seine Stellung vor dem Delegierten-Kongreß begründen.

Auch für die Leiter des großen Delegierten-Kongresses gilt die Verpflichtung, Sorge zu tragen, daß die Zeiten pünktlichst und genauestens eingehalten werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die einzelnen Herren die anwesende Versammlung stundenlang anzuregen vermöchten, allein es ist notwendig, daß das gesamte Programm nicht durch einen einzelnen Herrn vernichtet wird.

Soweit von der Parteileitung zu einzelnen Anträgen bisher bereits Stellung genommen wurde, wird diese Stellungnahme mit einer kurzen Begründung von der Parteileitung den jeweiligen Anträgen beigefügt sein.

Diese Stellungnahme dient in erster Linie zur Kenntnis der Vorsitzenden bzw. Schriftführer der einzelnen Sondertagungen.

Ich erwarte nochmals von allen Herren, daß sie als Wahrer der Einheit und Größe unserer Bewegung in allen ihren Entscheidungen erfüllt von tiefstem Pflichtbewußtsein handeln und so mithelfen, diesen Parteitag zu einem Markstein auf dem Wege der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei werden zu lassen.

gez. Adolf *Hitler*
Vorsitzender
der Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiter-Partei

[3. Juli 1926] Dok. 5
"Betreff: Sondertagung über Wahlfragen" [1]
Erklärung

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/900.

Allgemeine Bemerkungen:

Zu Antrag I [2]: (von Corswant-Cuntzow [3])

1 Im kleinen Stadthaussaal in Weimar, von 18.00 bis 20.00 Uhr. Vorsitzender: Rudolf Buttmann; Berichterstatter: Buttmann und Julius Streicher. Vgl. VB vom 3.7.1926, "Programm für den Reichsparteitag".

2 Der Antrag Corswants vom 12.6.1926 (BA, NS 26/900) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Daß die N.S.D.A.P. als solche sich in Zukunft überhaupt in keiner Weise mehr - durch Mitbeteiligung an politischen Wahlen etc. - am Parlamentarismus beteiligt.
Begründung: [*1.*] Die bisher geübte Taktik einer - wenn auch nur notgedrungenen - parlamentarischen Mitbeteiligung der N.S.D.A.P. hat sich nach allen gemachten Erfahrungen stets nur als ein Hemmen [*sic!*] für die Weiterverbreitung unserer Bewegung erwiesen. Die daraus erhofften positiven Vorteile sind nicht eingetreten. Die wenigen hierdurch erreichten, meist rein negativen taktischen Vorteile wie-

Es ist zu berücksichtigen:

1. die Tatsache, daß im Falle einer Nichtbeteiligung an Wahlen künftighin unter Umständen eine Handhabe für die Auflösung der Partei gegeben sein kann. Recht spielt dabei keine Rolle, sondern nur der Schein.

---

gen nicht entfernt den ungeheuren Schaden auf, der hauptsächlich dadurch entsteht, daß die parlamentarische Mitbeteiligung für uns eine Inkonsequenz bedeutet und somit eine 'Sünde wider den Geist unserer Bewegung'.
2. Die bisher noch bestehenden nat.soz. Fraktionen in den Parlamenten wären dementsprechend am besten sofort aufzulösen. Den bisherigen Reichstags- und Landtagsabgeordneten wäre aufzugeben, sich nicht mehr in den Parlamenten blicken zu lassen.
3. In Zukunft gäbe dann die N.S.D.A.P. (wenn durchaus - etwa aus traditionellen Gründen - die leicht irreführende Bezeichnung 'Partei' beibehalten werden soll?!) bei jeden Wahlen die Parole aus: Wählt entweder gar nicht, insofern ihr im wachsenden Maße zur Erkenntnis kommt, daß irgendwelche politische Ziele niemals durch irgendeine parlamentarische Partei erreicht werden können, sondern nur durch eine genügend stark werdende Volksbewegung mit dem Endziel einer nationalen und sozialen Diktatur;
oder wenn ihr glaubt, ihr wäret es euren Kindern, eurer Familie schuldig, eure wirtschaftliche Existenz dadurch vor dem Untergang zu wahren, daß ihr irgendeiner Partei die Stimme gebt, die immerhin noch am besten für eure, besonders wirtschaftlichen Belange eintritt, so wählt wenigstens bewußt nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten.
Jeder benutze den Einfluß, den er durch seinen zu vergebenden Stimmzettel auf die von ihm erkorene parlamentarische Partei gewinnt, dazu, um dafür zu sorgen, daß 'seine' Partei immer mehr - unter Ausschaltung jeglicher, auf diese Weise doch nicht zu erreichender politischer Ziele - zu einer nur wirtschaftliche Ziele seines besonderen Berufsstandes verfolgenden, parlamentarischen, reinen Berufsvertretung wird. Dieses selbst auf die Gefahr hin - die keine Gefahr ist! -, daß sich seine Partei spaltet und dadurch, rein zahlenmäßig, kleiner wird und daß so, entsprechend den vielen verschiedenen Berufsständen des schaffenden Volkes, noch immer mehr - rein berufsständische Ziele verfolgende - neue Parteien in die Parlamente einziehen.
Es muß dahin kommen, daß jeder Wähler nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wählend, nur einer Partei die Stimme gibt, die - zu gleichen Teilen aus den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehend - von allen politischen Beeinflussungen befreit in den Parlamenten einzig und allein die wirtschaftlichen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig angehenden, besonderen Belange seines Berufsstandes gegenüber den wirtschaftlichen Belangen anderer Berufsstände vertritt.
Die unselige Verquickung von Politik und Wirtschaft in unserem heutigen parlamentarischen System ist die Ursache davon, daß ein solches parlamentarisches System, durch Schaffung immer wieder neuer gänzlich unnötiger Ursachen der Uneinigkeit, zu einem der hauptsächlichsten Machtmittel der Beherrschung des Deutschen Volkes durch das internationale jüdische Finanzkapital geworden ist.
Laßt die Parlamente - durch Verzicht, in ihnen politische Ziele erreichen zu können - zu reinen, berufsständischen Interessenvertretungen werden, und der Weg wird endlich frei werden, auch für die Erreichung der politischen Ziele unserer Bewegung.
Ungeahnte, durch Aufgabe früherer Bindungen und Hemmungen freiwerdende Kräfte werden jetzt uns zufließen, unsere Bewegung stärken und ihr neuen Auftrieb geben. Diese Welle wird größer werden und wachsen, immer weiter anwachsen zu einem Riesenstrom, bis mit elementarer, nicht mehr einzudämmender Gewalt, aus dem Wollen der Massen des Volkes selbst herausgeboren, endlich das zur Tatsache werden wird, was immer doch unser letzter Zielpunkt, das A und O jeglicher nachhaltigen Besserung in unserem gesamten Staats- und Wirtschaftsleben sein muß, bis endlich zur Tatsache werden wird:
Eine wahrhaft nationale und wahrhaft völkische Diktatur!"

3 Walther von Corswant (1886-1943?), Rittergutsbesitzer, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Gauleiter von Pommern, 1929 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag Pommern, 1930-1933 MdR, 1931 Mitglied der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung, 1936 Landrat des Landkreises Greifswald.

2. daß in verschiedenen Ländern die Redeverbote sich bei einem Ausfall der national-sozialistischen Abgeordneten vermehren können.

Der Antrag hat sonst grundsätzlich viel Richtiges, ist aber, wie schon betont, aus taktischen Erwägungen heraus heute schwer durchzuführen. Wichtig erscheint es, sämtliche Vertreter der Partei immer wieder dahin aufmerksam zu machen, daß sie in den Parlamenten und sonstigen Vertretungskörpern ausschließlich den Interessen der Partei zu dienen haben und sich an keiner "positiven" Mitarbeit beteiligen dürfen.

Zu Antrag II [4]: (Elb-Havelgau)

Antrag m. E. in dieser Form unbrauchbar. Für Beteiligung an den Wahlen sind maßgebend taktische Gründe und Aussichten. Das ergibt sich von Fall zu Fall und muß an Ort und Stelle geprüft werden.

Zu Antrag III [5]: (Gau Zwickau)

Zu No. 1. Eine solche Regelung muß allgemein getroffen werden.

Zu No. 2. Zuständig [*ist*] nicht der Reichsparteitag, sondern der sächsische Landes-Parteitag.

Zu No. 3. Reichsparteitag ist nicht zuständig, sondern sächsischer Landes-Parteitag.

gez. Adolf Hitler

Verteilungsplan:
Dr. Buttmann [6]
Streicher [7]

4 Antrag nicht ermittelt.

5 Der Antrag (BA, NS 26/900) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen:
1. Die in Sachsen gewählten oder ansässigen Reichstagsabgeordneten führen monatlich 10 % (abgerundet) = M 50.- an die Landesleitung der N.S.D.A.P. als Wahl- und Organisationskostenzuschuß ab. Beginn der Abführung mit dem 1. Juli 1926.
2. Gleiches gilt von etwa gewählten sächsischen Landtagsabgeordneten. Bei diesen betragen die 10 % der Diäten (abgerundet) M 40.- monatlich.
3. Die Ortsgruppen des Landesverband[*es*] Sachsen sind darauf hinzuweisen, daß die Gemeindevertreter einen entsprechenden Prozentsatz ihrer Entschädigungen, 20-25 %, abzuführen haben.
Begründung: Die Bewegung ist bitterarm. Die Diäten ermöglichen eine Abführung in angegebener Höhe ohne Existenzgefährdung des betr. Pg. Die Kosten der reinen Wahlpropaganda müssen im Laufe des Diätenbezuges durch die Abgeordneten wenigstens zum größten Teil ausgeglichen werden."

6 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Doktor der Staatswirtschaft, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1930 Sachbearbeiter für Kommunalfragen, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der NSDAP-Reichsleitung, 1933 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Reichsinnenministeriums, 1935 Generaldirektor der Bayer. Staatsbibliothek.

7 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 1. Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter von Nürnberg, 1928 Gauleiter von Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter von Mittelfranken, 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

Strasser [8]
Wagner [9]
Feder [10]

4. Juli 1926 Dok. 6
Rede auf SA-Versammlung in Weimar [1]

VB vom 7.7.1926, "Die Reden Adolf Hitlers auf dem Reichsparteitag. Adolf Hitlers Rede bei der Fahnen- u. Standartenübergabe" [2].

Adolf *Hitler* beginnt vom Elend, das 1919 hier [3] auf deutschem Boden von Volksverrätern über das deutsche Volk "beschlossen" ward. Zum ersten Male seit 1923 hält der Nationalsozialismus *Heerschau* über seine Kämpfer. Heute tagt die Kämpferschar des kommenden Deutschland hier. Die drei Jahre der schärfsten Verfolgung der Bewegung haben gezeigt: *Die alte S.A. lebt, ihr Geist ist wiederauferstanden.* Erreicht ist in sieben Jahren unseres Kampfes, daß unsere Organisation von allen Gegnern gefürchtet ist. Erinnernd an die erste Standartenweihe 1923 deutet *Hitler* den Sinn des Zeichens: *rot* - Symbol der sozialen Gesinnung, *weiß* - unser Nationalismus der Tat, nicht der Phrase, *schwarz* - der Geist der Arbeit, der immer *judengegnerisch*, rasseschützend sein wird. Das Eichenlaub, der Adler versinnbilden den kommenden Siegeszug. In dem Ringen um

8 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter von Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

9 Adolf Wagner (1890-1944), 1919-1929 Direktor verschiedener Bergwerksgesellschaften, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1928 Gauleiter der Oberpfalz, 1930 Gauleiter von München-Oberbayern, 1933 stellv. Ministerpräsident in Bayern und Innenminister, 1936-1942 Kultusminister.

10 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Mitverfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der "Nationalsozialistischen Bibliothek", 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der TU Berlin für Siedlungswesen.

1 Im Deutschen Nationaltheater, von 7.00 bis 9.00 Uhr. Zu diesem "Generalappell" hatten nur Mitglieder der SA und SS Zutritt. Am Parteitag beteiligten sich laut Polizeiangaben 7-8.000 (VB: über 10.000) Personen, darunter 3.600 SA- und 116 SS-Männer.

2 Vgl. auch Der Nationalsozialist, Folge 28 vom Juli 1926, "Der Tag von Weimar"; Deutsche Zeitung vom 7.7.1926, "Die Nationalsozialisten in Weimar". Sowie Lagebericht N/Nr. 50 der Polizeidirektion München vom 2.8.1926; StA München, Polizeidirektion München 6726. Bericht des Stadtpolizeiamtes Weimar vom 12.8.1926; Nds. StA Wolfenbüttel, 12 Neu 13, Nr. 16185, Bd. I.

3 Anspielung auf die Weimarer Nationalversammlung, die im Deutschen Nationaltheater getagt hatte.

diesen Sieg hat die S.A. die Werte des Geistes zu schützen. Der gewaltigste Redner kann nicht sprechen, wenn der gegnerische Terror nicht gebrochen wird. Der S.A. von einst verdanken wir unseren Sieg. *Wir erziehen die Jugend nicht zu weisen Sprüchen, sondern zum Dienen, zum Gehorsam: zu Soldaten* im Dienst der politischen Idee, zum Kampf fürs Volk. Unsere einst und heute gefürchtete S.A. kämpft nicht für und gegen eine Staatsform, sondern für die endliche Befreiung unseres Volkes. Die *Jugend* von heute muß den *Frontgeist* erfassen, kein Opfer ist zu groß, um sich dessen würdig zu erweisen, wofür 100.000 Krüppel und 8 Millionen Frontsoldaten alles taten. Unsere Standarte predigt den Geist des Freiheitskampfes: *den unversöhnlichen Haß gegen alle Feinde des Vaterlandes*, die uns wehr- und ehrlos erhalten wollen, und die beispielloseste, *innigste Liebe zu Volk und Vaterland.* Für uns gilt keine *Grenze von Versailles und St. Germain. Alle Bindungen und Verträge von London bis Genf*, die von Vertretern des jetzigen "Deutschland" eingegangen wurden, sind null und nichtig für uns. *Papierfetzen, die einmal zerfetzt werden müssen.* Für unsere Fahnen haben viele geblutet und sind gefallen, und das gibt ihr [*sic!*] eine heilige Weihe. Aller echter Idealismus in Deutschland seit 1918 gehörte unserer Idee. Äußerste Disziplin und unbedingte Treue sind Voraussetzungen des erfolgreichen Kampfes der vollsten Ergebung an unsere Idee, die jede Erinnerung an den Marsch vor die Feldherrnhalle vom 9. November 1923 heiligt. *Wir können diese Fahne nie lassen, man müßte uns denn die Herzen* (mit dem felsenfesten Glauben an die deutsche Auferstehung) *aus den Leibern reißen!*

Zum erstenmal seit 1923 steht unser Heiligtum der S.A., die *Blutfahne,* wieder vor der Öffentlichkeit, sie ist nach dem Novemberverrat 1923 bis zur Wiedererstehung der Organisation treu bewahrt worden. Die mit dem Blut eines als Märtyrer der Idee am 9. November 1923 gefallenen Parteigenossen geweihte Sturmfahne des 9. November 1923 erhält die treueste Gruppe der S.A. [4]. *Hitler* mahnt zur unbedingten *Disziplin* im Dienst der Idee, zur traditionellen *S.A.-Kameradschaft* und zum *Nacheifern der Vorkämpfer des 9. November 1923, immer der Fahne wert.* [5]

---

4 Die "Blutfahne" wurde von Hitler anschließend dem Reichsführer der SS, Josef Berchtold, übergeben. Die SS war bis zum 20.7.1934 organisatorisch ein Bestandteil der SA.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf mit der Standartenübergabe an verschiedene SA-Gruppen. Bei der Übergabe war mit erhobenem Schwurfinger folgender Eid zu leisten: "Ich schwöre Dir, unserem Führer Adolf Hitler, bis zum letzten Tropfen Blut bei meiner Fahne auszuharren." Zit. nach Lagebericht Nr. 119 des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 1.9.1926; BA, R 134/30.

4. Juli 1926 Dok. 7
"Politik, Idee und Organisation" [1]
Rede auf NSDAP-Parteitag in Weimar [2]

Masch. Protokoll des Reichsdelegierten-Kongresses am 4.7.1926 mit hs. Korrekturen; BA, NS 26/389 [3].

Meine lieben Parteigenossen und -genossinnen!

Was ist denn eigentlich Politik, was ist die Aufgabe der Politik, was ist ihre letzte und tiefste Aufgabe, was soll dieses ganze Ringen, das wir an uns selbst erleben, was soll das ganze Treiben dieser jetzigen Zeit, der vergangenen Jahrhunderte, was ist der tiefste Zweck? Im Grunde genommen ist es das Suchen und Sehnen nach der Erhaltung eines Volkstums, jener unbewußte Drang, der in dem Menschen lebt, damit er weiterlebt, nach seinem Leben nicht stirbt. Das ist die primitivste Erscheinung, indem die Menschen erfüllt sind von dem Suchen und dem Trieb, sich selbst zu erhalten. Sie erweitert sich und geht hinaus über das Dasein des einzelnen und überträgt sich auch auf die Nachkommen, will weiterleben. Man weiß etwas von einer Unsterblichkeit des einzelnen und im tiefsten Grunde fühlt jeder, daß die größte Anweisung auf diese Unsterblichkeit das eigene Kind ist, und dann kommen Menschen aus den Millionen heraus und diese haben noch einen weiteren Drang, fühlen bereits, daß ihr Dasein nicht gewährleistet ist durch etwaiges Leben der Eigenperson und seiner [*sic!*] Kinder, sondern durch das Leben der ganzen Art, und schaffen und arbeiten und ringen für diese ganze Art. Warum das eigentlich? Damit sie weiterleben kann. Das ist das Grundlegende für die künftige Existenz des Volkstums, der Rasse, der der einzelne entstammt, und es geht sogar so weit, daß das Eigenleben ausgeschaltet wird in dem Sorgen um die Fortführung

1 Titel laut Programm und VB vom 7.7.1926.

2 Im Deutschen Nationaltheater, von etwa 14.00 bis 15.00 Uhr. Der Reichsdelegierten-Kongreß begann um 10.00 Uhr mit einer kurzen Ansprache Artur Dinters, der sich ein Referat Gottfried Feders über "Staat, Geld- und Finanzwesen" und der Kassenbericht von Schatzmeister Franz Xaver Schwarz anschloß. Nach einer Pause folgten ab 12.00 Uhr die Berichte über die Sondertagungen (Dinter: Reichs-, Landtags- und Gemeindevertreter; Rudolf Buttmann: Wahlfragen; Alfred Rosenberg: Pressefragen; Wilhelm Frick: Beamtenfragen; Gregor Straßer: Propaganda und Organisation) und ein Referat Joseph Goebbels' über Propaganda. Der Kongreß endete mit der Rede Hitlers.
Anschließend fand gegen 16.00 Uhr ein Demonstrationszug durch Weimar mit abschließender Kundgebung auf dem Markplatz statt.

3 Gekürzte und überarbeitete Fassung: VB vom 7.7.1926, "Die Reden Adolf Hitlers auf dem Reichsparteitag"; Nachdruck: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 18.7.1926, "Politik, Idee und Organisation. Rede Adolf Hitlers in Weimar". Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 5.7.1926 (AA), "Hitler in Weimar"; Der Nationalsozialist, Folge 28 vom Juli 1926, "Der Tag von Weimar".
Zu den schweren Ausschreitungen randalierender Nationalsozialisten, die den Gegenstand einer Protestresolution des Weimarer Stadtrats und einer erregten Debatte im thüringischen Landtag bildeten, vgl. Berliner Tageblatt vom 5.7.1926 (AA), "Nationalsozialistische Ausschreitungen"; Frankfurter Zeitung vom 6.7.1926 (MA), "Hakenkreuzler-Terror in Weimar"; Neue Leipziger Zeitung vom 6.7.1926, "Hitler-Terror in Weimar"; Berliner Tageblatt vom 6.7.1926 (AA), "Weimarer Nachklänge"; Frankfurter Zeitung vom 7.7.1926 (MA), "Die nationalsozialistischen Ausschreitungen im Thüringer Landtag"; Münchener Post vom 7.7.1926, "Der Hakenkreuzlerterror in Weimar"; Frankfurter Zeitung vom 15.7.1926 (MA), "Die Hakenkreuzler in Weimar".

des eigenen und des Kindes Lebens und er in der Sicherung des Daseins dieser Gesamtheit seine eigene Sicherheit erblickt. Und das hebt den einzelnen Mann über das Niveau der Gesamtheit heraus. Das ist eine gewisse Größe, und diese Sorge um das Dasein und Bestehen ist im Grunde genommen die Aufgabe der Politik. Sie soll im tiefsten Grunde dafür sorgen, daß ein Volkstum, das wir nun identisch sehen wollen mit einem Staat, erhalten bleibt auf dieser Erde und sich fortentwickeln kann in der Zukunft, Kind und Kindeskinder zu zeugen, die Träger des geistigen Volkstums werden. Und doch kennt der einzelne nicht das Endresultat, er weiß nicht, was der Schluß seines Daseins ist. Wieviele Mütter gebären Knaben und wissen nicht, ob ihr Knabe dereinst mithelfen wird, sei es auch nur, dem eigenen Namen Ehre zu machen. Aber sie genügt ihrer Pflicht, den kleinen Wurm zu erziehen. Das ist der Trieb der Erhaltung. Wir wissen aber, daß ein unbestimmter Drang sich verpflichtet fühlt, für das Wohlergehen des Volkstums einzutreten und zu versuchen, daß es bestehen bleibt und ihm einst die Siegespalme und der Lorbeerkranz gegeben werden. Vielleicht aber hat es das Schicksal anders bestimmt, das wissen wir nicht, aber wir haben den Drang in uns, das, was wir als unsere Rasse ansehen, zu erhalten und zu bessern versuchen, hinzuführen in eine Zukunft und den Lebensweg auf dieser Welt zu erleichtern, so wie der Vater den Lebensweg seines Kindes zu erleichtern sucht. Das sind die Triebe, die wir, weil sie auf die Gesamtheit hinzielen, als Verpflichtung anerkennen. Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus das Wort Politik betrachten, dann ist die allerprimitivste Frage: Wie schaffen wir für ein Volkstum das tägliche Brot. Was werde ich morgen essen, das ist das erste. Aller Idealismus bricht darüber zusammen, wenn diese erste Frage nicht ihre Lösung findet. Erst wenn sie gelöst ist, können wir darüber hinaus weitere Erörterungen anstellen. Das gilt auch im Völkerleben. Nicht umsonst lehrt uns das Christentum beten: Herr, gib uns unser täglich Brot. Das ist die Grundlage von allem weiteren. Und was haben wir unter diesem Satz zu verstehen? Das Christentum selbst verpflichtet den einzelnen Menschen zum Handeln, d. h. nicht, wenn er Gott darum bittet, sondern es verpflichtet ihn: Erst arbeite! und dann bitte, erst tu' Deine Pflicht und Schuldigkeit, dann erst darfst Du vor den Allmächtigen treten und beten: Herr, segne meine Arbeit. Der Bauer pflügt und säet das Korn und hütet das Heranwachsen. Aber dann ist irgend etwas da, das über der Macht des Bauern ruht, sei es der Segen des Himmels, sei es ein einziger Hagel, der alles vernichten kann, was er mühselig aufgerichtet hat. So können wir das christliche Gebet verstehen, daß wir für dieses Brot arbeiten und sorgen und erst dann zum Allmächtigen hintreten und ihm in Demut die Bitte unterbreiten: Herr, so sieht unser Fleiß und unsere Arbeit aus, nun bitte, segne Du uns auch noch, damit zu aller menschlichen kleinen Kraft Dein hoher Segen tritt. - Und dieses Wort "das tägliche Brot", es kann im Leben der Völker wirklich als die Grundlage aller Politik aufgestellt werden. Wir haben zu kämpfen dafür, daß unser Volk das tägliche Brot erhält. Dann erst wollen wir einen Schritt weitergehen, und da müssen wir gleich durch einen zweifachen Dorn: durch das Volk selbst und durch die Grundfläche, auf der es steht. Die Art des Volkes und des Bodens sind die beiden ersten Eingangspunkte, von denen aus allein wir politische Betrachtungen anstellen können, und die bestimmend die Politik beeinflussen. Volk und Boden, d. h. die Bodenmenge und die Zahl eines Volkes, die Art des Bodens und das

Wesen eines Volkes bestimmen die politische Tätigkeit. Daher ist es kein Zufall, daß bei einem Volke, das sich von seinem Boden gelöst und von ihm entfernt hat, das niemals zur Arbeit geeignet war, das keinen Boden im Sinne eines begrenzten Staatswesens hat, sondern nur als Parasit in anderen Staatswesen lebt, sich naturgemäß daraus die Politik zwangsläufig entwickelt hat. Was der Jude tut, muß er so tun, er kann nicht anders. Genau so wie *unser* Wesen bestimmt ist durch die Wesensart unseres Volkes und die Art des Bodens. Wenn wir genauer hinsehen, so finden wir, daß alle Politik, die sich von dieser Voraussetzung entfernt, im Leben der Völker verschwindet, sie hat keinen Bestand. Wenn wir in die Jahrtausende der deutschen Geschichte zurückblicken, so sehen wir als Endergebnis nur wenige monumentale Ereignisse vor uns, die bestimmend wurden für die ganze spätere Entwicklung unseres Volkstums. Nicht die Hunderte von Schlachten, die ausgefochten wurden, haben eine dauernde Bedeutung für unser Volk beibehalten, sondern nur wenige Vorgänge sind es, die wir herausgreifen können: Zunächst war es das Suchen nach Grund und Boden. Es war unser Volk, das die große Periode der Völkerwanderung ausgefüllt hat. Die Welt erhielt damit ein neues Antlitz. Dann war es die Kolonisation der Ostmark. Was da geschaffen wurde in Hunderten von Friedensverträgen und Resultaten von Kriegen, das ist spurlos verweht. Allein, noch immer zieht der deutsche Bauer auf diesem Grunde seine Furchen in den Boden und erntet das Korn und hilft, das Reich größer zu machen und die Volkszahl groß zu erhalten. Ein weiterhin großes Ereignis war die Kolonisation des Ostens überhaupt. Das deutsche Volk beginnt seine ganze politische Tätigkeit einzustellen auf dieses große Projekt, neue Arbeitsgebiete zu erschließen, den deutschen Bauer anzusiedeln. Was wäre heute Deutschland ohne diese Gebiete? Ein Kleinstaat im Herzen Europas mit ganz wenigen Einwohnern, wir wären überhaupt nicht mehr berechtigt, große Politik zu treiben, wir würden nur geduldet werden auf dieser Erde. Und es ist bezeichnend: Solange die politische Konstellation günstig war, solange standen wir mächtig da. Aber in demselben Augenblick, wo sie ungünstig war, ist das Schicksal gegen uns verfahren und hat uns beiseite geschoben und dem Stärkeren das Recht des Daseins zugesprochen. In demselben Augenblick, in dem das deutsche Reich seine natürlichen Expansionsbestrebungen zur Stärkung des deutschen Volkstums und zur Erhaltung der Rasse aufhob, verlor es seine politische Macht. Und zu Kolonien braucht man politische Macht, zur Erwerbung eines Bodens genügt nicht das papierne Anrecht, sondern man braucht dazu Kraft und Stärke. Das liegt im Wesen der Natur. Nur der Kräftigste, Mutigste und Fleißigste hat ein Anrecht auf Grund und Boden und er muß ihn sich selbst erwerben. Eine andere Art, der Zukunft zu genügen, den Daseinskampf zu kämpfen, war, die überschüssigen Menschen zu exportieren. Durch Jahrhunderte wanderte der deutsche Bauer in die andere Welt als Kolonisator, als Dünger für andere Völker, als Kulturdünger für andere Nationen. So beginnt er den großen Kontinent zu erobern. Aber all diese Deutschen gingen dem Mutterlande endgültig verloren und ihre Kinder bildeten die neue Weltmacht, die sich im letzten Kriege feindlich gegen ihr Mutterland einstellte. All das hochgewachsene Menschenmaterial, das wir im Weltkrieg auf amerikanischer Seite sahen: Glauben Sie mir, deutsche Mütter haben einst diese Menschen geboren, deutsche Väter haben sie einst gezeugt und das Schicksal hat es so gefügt, daß sie 50, ja 20

und weniger Jahre später schon als unsere Feinde im Daseinskampf um unsere Existenz uns gegenübertraten. Das ist der furchtbare Fluch des letzten politischen Vorganges. -

Je mehr die großen gewaltigen Aufgaben wegfallen, um so mehr tritt die Kleinarbeit hervor, und es ist kein Zufall, daß mit dem Verlust unserer politischen Macht und unserer großen Ziele wir nur noch innere Kämpfe haben und glauben, daß in diesen inneren Vorgängen der Zweck des Daseins liegt, daß wir es für Politik halten, wenn wir dafür sorgen, ob Schleiz größer wird oder nicht, oder ob es zweckmäßiger wäre, irgendeine andere Linie größer zu machen. Diese kleinen Kirchturmsinteressen ohne Gedanken an das Volkstum, an die rassische Grundlage und an die Verpflichtung, die daraus erwachsen könnte, sie werden hoffentlich allmählich vorübergehen. Unser Volk muß wieder zu einem politischen Machtfaktor werden. Und der preußische Staat wird als Keimzelle des neuen Reichs die anderen erfassen, und zwar nach der Devise: "Und willst [*sic!*] Du nicht willig, so brauche ich Gewalt." Wieder tritt diese alte Grundfrage an uns heran: Wie können wir den Boden und die Volkszahl in Einklang bringen, und wenn wir es fertiggebracht haben, dann wird es gewiß dem einzelnen Deutschen zu schwer, die Heimat zu verlassen. Was er früher leichten Mutes tat, das wird ihm jetzt viel schwerer fallen. Damals, in den Jahren um 1766, war ja die Bindung an seinen kleinen Staat und die landesväterliche Fürsorge viel zu gering, so daß er leichten Herzens sein Ränzlein schnüren konnte, denn was war damals Deutschland: Es war etwas Unbegreifbares und Unfaßbares, keiner hätte es zu definieren vermocht, aber nun, nachdem das neue Reich von 1870 geschaffen war, wußte man wieder, was Deutschland war und werden kann, und in demselben Maße, in dem es größer und größer wurde, in dem Maße wurde es dem einzelnen schwerer fortzugehen. Immer weniger meldeten sich, hinüber zu wandern. Damals bildeten sich in Nord-Amerika Vereine, man wurde sich seines Volkstums wieder bewußt und glaubte, eine deutsche Einheit damit wieder gewinnen zu können. Sie wandten sehnsuchtsvoll den Blick zurück, und in Scharen kehrten sie heim, die alten Männer, die selbst ihre Muttersprache nur gebrochen reden konnten, sie waren plötzlich wieder erfaßt von dieser erschütternden Tragik, daß sie die Söhne dieses Volkes waren, das seinerzeit leichten Herzens sein Vaterland verließ. Sie kehrten zurück zu unserem Volke, ohne Bürger zu sein, und versuchten drüben durch Vereinsmeierei zu retten, was noch zu retten war. Dieser Drang, der den einzelnen nicht mehr so leicht hinausgehen ließ, führte nun aber dazu, daß wir für diese Millionen mehr Boden gewinnen mußten, entweder durch Schwert-Gewalt oder durch Fleiß, durch Handel, durch Ausgehen auf Gelderwerb. Man sagte sich, wir wollen herein kaufen, was wir benötigen, und wir werden dadurch dem Frieden nützen und um den Gebrauch des Schwertes kommen. Das war der größte Trugschluß, daß man annahm, man könnte die Erde auf wirtschaftlichem Wege dem deutschen Volke dienstbar machen. Wenn wir kalt und tief denken, müssen wir sagen, daß wir mit solchen friedlichen Mitteln unsere Stellung nur so lange behalten können, daß uns der Gegner nur so lange duldet, als sein eigenes Volkstum dadurch nicht bedroht ist. Mit rauher Hand und scharfem Schwert müssen wir die Frage lösen. Das Ende dieser Zeit, die bei uns unter der Parole der Erhaltung des Friedens stand, haben wir mit Schrecken erlebt, es ist Deutschland der entsetzlichste Krieg gebracht worden, den es je auszufechten gehabt hat. Es war die Zeit, die erfüllt war von dem

Willen unserer Staatsleitung, den Frieden zu bewahren und die Machtmittel nur in den Dienst des Friedens zu stellen. Diese Zeit hat das deutsche Volk in das grausamste Würgen hineingeführt, das 2 Millionen Volksgenossen im Felde liegenbleiben ließ, das Millionen zu Krüppeln machte und verhungern ließ und uns mit einem Male um Jahrhunderte zurückschleuderte. Wir stehen nun wieder vor der primitivsten Frage, die mancher deutscher Bauer aber noch immer nicht begriffen hat, "Herr, gib uns unser täglich Brot". Wir müssen uns bewußt sein, daß in diesen Worten eine Verpflichtung liegt, Gott ist nicht dazu da, Untätigkeit zu belohnen, sondern nur Fleiß und Tatkraft, den Grundsatz der Bereitwilligkeit, das eigene Leben einzusetzen, damit das Leben der Zukunft erhalten wird. Den Grundsatz, der an jede Mutter herantritt, ehe sie den kleinen Wurm gebärt: "Weib, bist du bereit, wenn notwendig, dein Leben einzusetzen, damit dieser kleine Wurm entsteht?" Diese Frage, die von der Geburt an das ganze Leben beherrscht, damit die Zukunft erhalten bleiben kann, ist der letzte Prüfstein für den Wert und das Recht eines Volkes, zu verlangen, daß ihm sein täglich Brot gegeben wird. Meine lieben Volksgenossen, wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus heute die deutsche Lage prüfen, so ist sie geradezu trostlos. - Einst war Deutschland Jahrhunderte hindurch die weltgeschichtliche Macht, ja, man kann geradezu sagen, daß die Geschichte unseres Volkes bis zum Jahre 1914 viele Jahrhunderte lang Weltgeschichte war. Zum letzten Mal war sie es in den Jahren, wo die ganze Welt Stellung nahm gegen uns auf den Schlachtfeldern von Frankreich, Belgien, Rußland, in der Ukraine, im Süden, auf dem weitem Meer. Da hat das Ringen um die Existenz unseres Volkes Weltgeschichte bedeutet. Wir haben das Recht, stolz darauf zu sein. Und nun sind wir ein lächerlich kleiner Splitter wie Polen, Serbien oder Kroatien. Nein! Jahrhunderte hindurch war das deutsche Volk der Träger alles weltgeschichtlichen Geschehens. Und wenn wir nun diese Vergangenheit ansehen, da die Welt nur Europa umfaßte und das britische Weltreich sich zu bilden begann, da waren *wir* immer noch *die* Macht. Rußland war noch unfähig, in das politische Getriebe einzutreten. Die Grundfläche des deutschen Volkes war eine dem angemessene. Unsere Vorfahren hatten - unbewußt dem richtigsten Drange folgend - die Grundlage gegeben durch großzügige, bewundernswürdige Kolonisationspolitik des Ostens. Darauf ruhte dieses Reich. Und nun heute: Wie hat sich seitdem die Welt verändert! Was ist heute Deutschland gegenüber den Staaten, die heute die Weltgeschichte machen. Ein Volk mit 6 Millionen qkm Land, ein anderes mit 5 1/2 Millionen, ein anderes Reich wiederum, 400 Millionen Menschen stark, umfaßt ein Fünftel der ganzen Erdoberfläche, und wir Deutsche mit einer so lächerlich kleinen Grundfläche, die vollständig ungenügend ist. Und nun das Menschenmaterial, das Kostbarste. Wir fühlen wohl, daß es von Jahr zu Jahr mehr zerstört wird und in der Hand anderer Bewegungen bastardiert [*sic!*] wird. Ein Blick in die Geschichte: Als England und Holland ihre Kolonien schufen, hatten wir Religionskriege und die schlimmste Kleinstaaterei. Während England sich ausbreitete, haben wir ideologisch gehandelt und unser Blut gelassen ohne jeden Erfolg. Das ist das Wesentliche, wenn Sie sich die Frage vorlegen: Kann ich die Verantwortung des Blutvergießens auf mich nehmen, da gibt es nur eine Antwort. Die Verantwortung kann nur dann getragen werden, wenn dieses Blut zum Dünger wird für Millionen weiterer Volksgenossen (Heil!), woraus eine neue Saat

für unser Volk ersprießt, wenn das Leben geopfert wird, um den Kommenden das Leben zu geben. Aber nicht im ideologischen Wahnsinn, für kleinste Interessen der Parteien, für wirtschaftliche Anschauungen, für Börseninteressen, denn dann ist es das größte Verbrechen, das an einem Volke geübt werden kann. Wenn diese Auslese gar nichts erringt, ist es ein fluchwürdiges Beginnen, und solche haben wir im Laufe unserer Geschichte so ungeheuer viel. Wenn wir nun heute unser deutsches Volk ansehen, so ist das Tragische nicht der verlorene Krieg an sich - wieviele Kriege sind schon verlorengegangen, ohne daß sich die Gestalt der Völker änderte -, sondern daß das deutsche Volk einem Phantom nachjagt, daß Millionen unseres Volkes keine Stellung nehmen zu den Problemen: "Gib uns unser täglich Brot", sondern daß sie träumerisch für weltbürgerliche Ziele ihr Blut hingeben, die erst recht das Ende von uns allen [*sein*] werden. Das ist das Tragische in dieser Zeit der größten Not, daß unser Volk sich nicht entschließt, zur Behebung dieser Not das Letzte hinzugeben. Wenn wir das deutsche Volk in seiner heutigen Zerrissenheit sehen, so müssen wir uns fragen, wie schaffen wir ihm das tägliche Brot. Und da müssen wir erkennen, daß wir das nur zu Wege bringen können, wenn es uns gelingt, die Kräfte unseres Volkes von den heuchlerischen Zielen wegzubringen und auf die Wirklichkeit hinzulenken und dieses Problem in eine Form zu bringen, die unserem Volke die Ernährung sichert. Glauben Sie mir, Deutschland wird niemals mehr zu einer Lösung dieses Problems kommen auf dem jetzigen Wege. Kein Stresemann [4] wird das fertigbringen, das ist Unsinn. Wenn nicht das deutsche Volk die innere Harmonie wieder erhält und eine innere Konzentration zu diesen realen Fragen, dann müssen wir verstehen, daß es niemals wieder aufwärts steigt. Wir müssen uns klar sein, daß diese Konzentration einen gewaltigen Komplex von zu lösenden Fragen aufrollt, die eben die Ursachen sind für die Gründung unserer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. An der Spitze steht eine große Frage: Wie wollen wir dem Daseinskampfe unseres Volkes dienen? Wir können ihm nur dienen in einer Organisation, die entschlossen, gewillt und fähig ist, die beiden großen Träger des Daseinskampfes unseres Volkes zusammenzufassen, um sie dann gemeinsam einzusetzen, ich meine die 15 Millionen Deutsche und die 15 Millionen andere Volksgenossen, die sich gegenseitig mehr hassen als den äußeren Feind. Wie können wir diese alle zu einer Einheit zusammenfassen? Das ist nur möglich, wenn wir zu einer neuen Analyse der Begriffe national und sozial kommen. Nur in der Klarstellung dieser beiden Begriffe ist die Möglichkeit einer Annäherung, einer Verbindung gegeben. Dann erst kann ein neuer gemeinsamer Wille entstehen, dann erst wird eine gemeinsame neue Plattform geschaffen, dann erst werden sich neue Kräfte bilden, die eines Tages das Banner vorantragen, hinter dem Millionen nachmarschieren werden. Wie kann das erreicht werden, wenn man immer wieder die Meinung vernehmen muß: Das muß erst in der Praxis erprobt werden. Das ist eine Täuschung. Denn die idealsten Ziele werden zunächst als fantastische Ziele gelten, beson-

4 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächs. Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, Aug. 1923 bis Nov. 1923 Reichskanzler und Außenminister, Nov. 1923 bis Okt. 1929 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis.

ders wenn sie eingreifen in die alten Gewohnheiten. Es gilt erst das Beharrungsvermögen, die Trägheit der breiten Massen des Volkes, das die alten Gleise weiter gehen will, zu überwinden. Deshalb sind die Ideale nicht zur Unmöglichkeit verdammt. Das ist nun einmal eine historische Wahrheit. Zu allen Zeiten sind die Träger neuer Ideen in der Minderheit gewesen. Das macht sie aber nicht unmöglich. Die Apostel des neuen Glaubens müssen ihn vorwärts tragen, als ob er schon Gemeingut wäre, und der Erfolg ist umso größer, je schlechter die Gegner sind und je intensiver der Glaube der Träger ist. Dann wird eine solche neue Parole weit hinausragen nicht nur über den Rahmen des Augenblicks, der Ereignisse des Tages, sondern sie wird Form und Charakter annehmen können, sie wird eine Weltanschauung, eine alle erfüllende Glaubensmission. Es muß eine neue Lehre erstehen, die (in diesem Falle) auf politischem Wege das Volk erfüllt und die die Träger fanatisch begeistert und zu einer Hingabe bringt, die größer ist als das Widerstandsvermögen der anderen. Wann ist eine Zeit reif zum Sturz, wann ist eine Organisation reif zum Sturz, dann, wenn ihre Träger selbst nicht mehr an sie glauben, wenn sie mangels eigenen Mutes und Glaubens nicht mehr bereit sind, ihn [*sic!*] mit dem eigenen Leben zu verteidigen. Wann geht ein Volk zugrunde, wenn es nicht mehr bereit ist, für sein Dasein sein Leben einzusetzen. Das ist die letzte Probe, die das Schicksal dem Menschen stellt, die an die Mutter gestellt wird, wenn sie ein Kind gebärt, die an den Mann gestellt wird, wenn er in die Feldschlacht eintritt. Nun ist die Frage: Dürfen wir erwarten, daß wir diese Zeit von heute brechen. Da müssen wir prüfen: Ist sie reif zu fallen, und glauben ihre Träger selbst an diese Zeit. Da können wir lachend sagen: Sie glauben selber nicht mehr daran, mögen sie von links oder von rechts stammen. Vielleicht sind einige gute Barrikadenkämpfer dabei, aber die Führer glauben nicht mehr an die Richtigkeit dessen, was sie handeln. Sie geben es ja auch ungeniert zu: "Natürlich war das nicht richtig, aber was will man denn da machen." Wenn eine Zeit durch ihre Träger so spricht, dann ist sie reif zum Sturz (Heil!). Die Träger einer Idee, einer Weltanschauung, eines Staates, die selbst nicht mehr glauben an das absolut Richtige ihres Handelns, werden niemals mehr bereit sein, ihr Leben einzusetzen zum letzten Kampfe. Auch Ihr könnt gestürzt werden, wenn eine Kraft kommt, die stärker ist und das besitzt, was Euch fehlt. Das Schicksal hat bereits gesprochen. Bei uns liegt es nun, den Spruch des Schicksals zu vollziehen. Jede Bewegung auf dieser Erde ist nur denkbar, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. So richtig es ist, daß die Weltgeschichte von Männern gemacht wird, so richtig ist, daß die Männer, welche sie machen, den allgemeinen großen Wünschen, Ahnungen, Hoffnungen usw. endgültigen Ausdruck verleihen und praktische Form geben. So nur entstehen große umwälzende Bewegungen. Wir sehen schon das Schicksal unseres Vaterlandes: Die Träger unseres Staates in einem zwerghaften, kleinen Anwesen, ohne Ideale, ohne Tugenden und am allerkleinsten an Mut. Das sind die Träger des charakterlosen Staates, in dem es nach Fäulnis riecht. Wir fühlen, wie reif sie sind, daß sie gestürzt werden. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß in unserer Bewegung die Macht ersteht, die dereinst das neue Reich aufrichtet. Und es liegt an uns, daß dieses Schicksal in unserem Volke vollzogen wird von uns und nicht von den anderen. So setzen wir diesem Geist der heutigen Zeit, der Zeit des schwarz-rot-goldenen Durcheinanders, den Geist entgegen, mit dem sich in uns

das kommende Reich verkörpert, in dem sich in idealisierter Form die Vermählung von Nationalismus und Sozialismus vollzieht. Wenn aber eine Idee an sich noch so richtig ist, so ist sie doch so lange wertlos, solange sie rein theoretisch ist und nur vom grünen Tisch oder der Studierstube des Gelehrten ausgeht. Es genügt nicht, daß man eine Idee allein besitzt und sie verkörpert und sich bemüht, sie weiterzutragen, es ist notwendig, daß diese Idee die Kraft hat zur organisatorischen Zusammenfassung ihrer Träger. Jede Idee wird zunächst die einzelnen zersplittern lassen, jeder einzelne wird suchen und sich sein Glaubensbekenntnis selbst zu bilden versuchen und nach eigenem Wissen und Können zu einer Weltanschauung gelangen. Die Menschen werden im Grunde genommen immer den Wunsch zum Vater des Gedankens machen, und wenn es nicht möglich ist, diese Menschen in eine kampfkräftige Organisation zu bringen, so werden sie nicht zu einem gemeinsamen Schlagen kommen, sondern getrennt marschieren und auch getrennt vernichtet werden. Dieser alte Grundsatz des getrennt Marschierens und vereinten Schlagens ist aber an das Vorhandensein einer gemeinsamen Organisation und Leitung gebunden, die befiehlt, daß jetzt getrennt marschiert wird, um später an einem bestimmten Punkt vereint zu schlagen. Anders nicht! Dem Ermessen des einzelnen darf es nicht überlassen bleiben, seine Marschroute zu bestimmen, um irgendwo mit dem anderen zusammenzutreffen, sondern es ist notwendig, daß jeder sich an die Organisation hält, die ihn, ob gemeinsam oder getrennt, an den Punkt bringt, an dem der Feind den Stoß ins Herz hinein erhält. Das ist die Aufgabe unserer Organisation. Wir wissen, daß in die Fäulnis von heute hineintreten muß eine neue Weltanschauung, ein blinder Glaube, der Antwort zu geben hat auf all' diese Dinge, die die Menschen heute ratlos machen. Allein, damit diese Idee den Kampf bestehen kann, muß sie sich beilegen die organisatorische Form [*sic!*]. Daher ist alles Gerede von der völkischen, alles vernichtenden Weltanschauung, fantastisches Gebilde. Völkisch haben in unserem Volke viele der besten Männer zu allen Zeiten gedacht. Zu allen Zeiten gab es einsichtige und weise Männer, die in der Studierstube sehr wohl die Schwächen unseres Daseins erkannten. Und dennoch hat am 9. November 1918 nicht die völkische Idee, sondern der Marxismus gesiegt. Nicht, weil er richtiger und logischer wäre und von der Vorsehung mehr zum Erfolge bestimmt, sondern nur deshalb, weil er sich zu seinem theoretischen Mist ein ausgezeichnetes, brutales Brecheisen geschaffen hat. Die besten Pläne und der größte Idealismus und das kühnste Hoffen sind wertlos, wenn zu ihnen nicht eine große Tatkraft in der Durchführung tritt. Wir sind Nationalsozialisten. Und wir können die Durchführung unserer Idee nicht etwa dem Spiel des Zufalls überlassen, etwa einer demokratischen Majorität der Zukunft überlassen. Politische Macht kann nur errungen werden durch die gemeinsame Verbindung von Idee und Organisation. Und wenn bei uns diese gemeinsame Verbindung da ist, dann, meine lieben Freunde, wird auch die deutsche Politik eines Tages von all dem Mist des Augenblickes wieder umgestellt werden können auf die großen Probleme des Daseins unseres Volkes, dann werden wir wieder schaffen können das, was wir jetzt vom Himmel erbitten, daß unser Volk einst die Möglichkeit wieder erringt, am Ringen dieser Erde teilzunehmen, bis es einer höheren Vorsehung gefällt, diesem Dasein ein Ende zu bereiten und die Welt in nichts zerrinnen zu lassen. Wir Nationalsozialisten stehen als Kämpfer, nicht als Prediger allein,

einer neuen Weltanschauung da, und wer heute deshalb in uns einen Feind des Staates sieht, der irrt - *des Staates* sagte ich, es ist ja gar kein Staat, sondern eine Kolonie -, und was wir wollen, das ist keine Kolonie, sondern ein deutsches Reich! (Heil.)

9. Juli 1926 Dok. 8
Beleidigungsprozeß gegen Eugen Fritsch [1]
Rede vor dem Amtsgericht Plauen i. V. [2]

Neue Vogtländische Zeitung vom 10.7.1926, "Prozeß Hitler-Fritsch" [3].

[*Hitler*] schildert temperamentvoll, wie die Dinge sich in München entwickelten seit Ausbruch der Revolution und welche Stelle er und seine Anhängerschaft im politischen Kampf einnahm[*en*]. Der *Plan der Entente* sei dahin gegangen, eine *Revolution* in Deutschland anzuzetteln, und dazu seien, als Kurt *Eisner* [4] in München die Revolution proklamiert hatte, etwa 175 Millionen Mark nach Bayern geflossen. Die Tendenz der bayerischen Revolution wäre separatistisch gewesen, die Reichskokarde wurde abgelegt,

1 Eugen Fritsch (1884-1933), 1919 Regierungsbeauftragter in Chemnitz, Redakteur bei der "Plauener Volksstimme", 1921-1933 Stadtverordneter in Plauen (SPD) und Vorsitzender der SPD-Stadtverordnetenfraktion, 1922-1933 Schriftleiter der "Volkszeitung" in Plauen, 1933 in KZ-Haft gestorben.

2 Die Verhandlung dauerte von 11.00 bis 19.00 Uhr. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Dr. Moritz Klemm. Fritsch war mit Rechtsanwalt Paul Levi, Hitler mit Rechtsanwalt Arthur Müller erschienen.
Anlaß für die Beleidigungsklage Hitlers war eine erregte Debatte in der Plauener Stadtverordnetenversammlung am 24.8.1925. Nach dem Bericht der Neuen Vogtländischen Zeitung soll Fritsch auf den Vorwurf eines völkischen Stadtverordneten, daß die Sozialdemokraten von Ostjuden unterstützt würden, erwidert haben: "Wenn Sie behaupten, daß wir jüdische Gelder beziehen, so stelle ich Ihnen die Tatsache entgegen, daß Hitler 32.000 Franken französisches Geld bezogen hat."
Rechtsanwalt Levi versuchte in seinem Plädoyer den Wahrheitsbeweis zu führen, daß die NSDAP finanzielle Zuwendungen aus Frankreich erhalten habe. Als Zeuge wurde hierzu auch der frühere NSDAP-Agitator und Polizeispitzel Max Weber vernommen.

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 10.7.1926 (MA), "Der Hitler-Prozeß in Plauen"; Frankfurter Zeitung vom 10.7.1926 (AA), "Ein Hitlerprozeß"; Vogtländischer Anzeiger vom 11.7.1926, "Ein Hitler-Prozeß vor dem Plauener Amtsgericht"; Vorwärts vom 11.7.1926, "Hitlers ausländische Gelder. Sensationelle Geständnisse Hitlers vor Gericht"; VB vom 15.7.1926, "Lügen über Lügen"; Berliner Tageblatt vom 16.7.1926 (AA), "Verurteilung im Plauener Hitler-Prozeß"; Frankfurter Zeitung vom 17.7.1926 (AA), "Ein Beleidigungsprozeß Hitlers"; Münchener Post vom 17./18.7.1926, "Der Plauener Hitlerprozeß"; VB vom 18./19.7.1926, "Ein Werkzeug der Juden vor Gericht".

4 Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayer. Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

die Landeskokarde blieb. Der Privatkläger streifte die Fälschungen Fechenbachs [5] und die Machenschaften der Leute, die politische Geschäfte machen. Die nationalsozialistische Bewegung habe von vornherein der separatistischen Strömung in Bayern *entgegengearbeitet.* Er, Hitler, habe sich im Kampf gegen die Separatisten und Föderalisten seine Strafen (1.000 M. und drei Monate Gefängnis) [6] zugezogen. 1922 und 1923 habe er den Beweis erbracht, daß diese separatistische Bewegung in Bayern mit *Dorten* [7] im Rheinland in Verbindung stand. Die nationalsozialistische Bewegung sei von Anfang an *großdeutsch* gewesen. Sie habe mit dem Fall Richert [8], der seine gerichtliche Sühne gefunden hat, nichts zu tun, auch mit dem Königsbunde nicht, sie stehe aber dem im September 1923 gegründeten "Kampfbunde" [9] nahe. Das von Richert stammende Geld sei gegen Frankreich verwendet worden.

Die nationalsozialistische Bewegung habe kein französisches Geld bekommen, auch er persönlich nicht und andere, auch nicht einen Franc.

---

5 Felix Fechenbach (1894-1933), Journalist, 1912 Gewerkschaftsfunktionär in München, 1918/19 Privatsekretär Kurt Eisners und Mitglied des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern, 1922 vom Volksgericht München I wegen angeblichen Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt, Ende 1924 Entlassung auf Bewährung, 1929-1933 Redakteur des "Detmolder Volksblattes", 1933 beim Transport in das KZ Dachau ermordet.
Fechenbach war 1921 von Paul Nikolaus Cossmann, dem Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", beschuldigt worden, ein von Eisner veröffentliches Dokument zur Kriegsschuldfrage gefälscht zu haben. Zum Beleidigungsprozeß Fechenbach gegen Cossmann, der 1922 zwar die Unschuld Fechenbachs feststellte, ansonsten jedoch die wahrheitswidrige Fälschungsthese bekräftigte, vgl. Hermann Schueler, Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894-1933. Eine Biographie, Köln 1981, S. 162 ff.

6 Hitler war am 29.1.1921 wegen übler Nachrede gegenüber Otto Ballerstedt, dem Führer des Bayernbundes, zu 1.000 RM Geldstrafe verurteilt worden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 31.1.1921, "Das Urteil im Prozeß Ballerstedt-Hitler"; VB vom 3.2.1921, "Gerichtssaal. Ballerstedt gegen Hitler". Nachdem die NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbundes in München gesprengt hatte, wurde Hitler am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Einen Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt München-Stadelheim, der andere Teil wurde ihm erlassen. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

7 Hans Adam Dorten (1880-1963), Dr. jur., 1902-1918 im preuß. Justizdienst, zuletzt Staatsanwalt in Berlin, 1919-1923 Führer des rheinischen Separatismus, Ende 1923 Emigration nach Frankreich.

8 Augustin Xavier Richert (1879-1975), franz. Offizier, seit 1919 im besetzten Rheinland und im Saargebiet tätig, 1922/23 in geheimdienstlichem Auftrag bei der franz. Gesandtschaft in München.
Richert vermittelte, wie das Volksgericht München I in seinem Urteil vom 9.7.1923 im Fuchs-Machhaus-Prozeß feststellte, bayerischen Separatisten erhebliche Finanzmittel, um einen Putsch mit dem Ziel der Lostrennung Bayerns vom Reich zu organisieren. Vgl. Hans Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 134 ff.
Zur Finanzierung bayerischer Wehrverbände und damit auch indirekt der NSDAP aus französischen Quellen vgl. auch Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 208 f.; Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923, in: VfZ 25 (1977), S. 31 f. Weitere Hinweise finden sich in den Unterlagen des vom Bayerischen Landtag im Sommer 1924 eingesetzten "Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" (BayHStA, MA 103476/1).

9 Gemeint ist der anläßlich des "Deutschen Tages" in Nürnberg am 1./2.9.1923 gegründete Deutsche Kampfbund. Er wurde politisch von Hitler geführt und umfaßte die Wehrverbände SA, Oberland und Reichsflagge.

Fuchs [10] und *Machhaus* [11] seien einmal zu ihm gekommen betr. Neuorientierung nach Westen, aber von ihm *zur Tür hinausgeworfen worden.* Redner geißelt die gegen ihn betriebene Verleumdungskampagne. Den *Verräter Lüdecke* [12] habe er nie gesehen.

Im *Pittingerprozeß* [13] sei festgestellt worden, daß der Fall Lüdecke aus dem Spiel bleiben müsse. Dr. *Ganßer* [14] habe zwar ausländisches Geld vermittelt, aber keinen französischen Franken. Zum Schluß wies Hitler noch den *Vorwurf* zurück, daß die deutsche Industrie hinter der nationalsozialistischen Bewegung stehe. [15]

---

10 Georg Fuchs (1868-1949), Schriftsteller, 1908-1914 Leiter des Münchner Künstlertheaters, 1923 wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen RM verurteilt, 1927 Begnadigung.

11 Hugo Machhaus (1889-1923), Kapellmeister, 1921 Redakteur beim "Völkischen Beobachter", 1923 Selbstmord in Untersuchungshaft.

12 Der Vogtländische Anzeiger ergänzt die Aussage Hitlers wie folgt: "Es gebe zwei Lüdecke, davon sitze einer im Gefängnis und der andere in Amerika." Nach dem VB-Bericht vom 18./19.7.1926 soll sich die Erklärung Hitlers auf einen gewissen Dr. H. E. Lüdecke bezogen haben, der wegen Landesverrats verurteilt worden sei. Rechtsanwalt Levi hatte in seinen Ausführungen jedoch namentlich auf die Person und Tätigkeit Kurt Lüdeckes Bezug genommen.
Kurt Lüdecke (geb. 1890), Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 außenpolitischer Berater Hitlers und Spendenakquisiteur, 1926-1928 in den USA tätig, 1934 nach KZ-Haft Emigration in die USA, 1938 Verfasser von "I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge" (London).

13 Zum Beleidigungsprozeß Hitler gegen Otto Pittinger am 27.2.1925 vor dem Amtsgericht München vgl. Bd. I, Dok. 5.

14 Emil Ganßer (1874-1941), Naturwissenschaftler, Dr. phil., 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 mehrfach als Spendenakquisiteur für Hitler in der Schweiz tätig, 1924 Verfasser eines Offenen Briefes, der Reichspräsident Ebert des Landesverrats bezichtigte, und Urheber des Magdeburger Prozesses, 1924 MdR (NSFB).

15 Folgt Bericht über den weiteren Prozeßverlauf. Das Gericht verurteilte Fritsch am 16.7.1926, da der Wahrheitsbeweis nicht erbracht worden sei, wegen Beleidigung zu 150 RM Geldstrafe; Fritsch kündigte Berufung an.

15. Juli 1926 Dok. 9
Beleidigungsprozeß Anton Drexler [1] und Gen. gegen Hitler und Alfred Rosenberg [2]
Rede vor dem Amtsgericht München [3]

Münchner Neueste Nachrichten vom 16.7.26, "Völkische gegen Nationalsozialisten. Beleidigungsklage der Mitglieder des Völkischen Blocks" [4].

Bei Eintritt in die Verhandlung [5] erklärte Hitler, daß er die volle Verantwortung für den Aufruf übernehme und den Wahrheitsbeweis für die im Aufruf enthaltenen Behauptungen antreten wolle. Der Riß in der nationalsozialistischen Bewegung sei während seiner Festungshaft in Landsberg entstanden. Nach der Entlassung aus der Haft habe er die Überzeugung gewonnen, daß eine Überbrückung der Gegensätze nicht mehr möglich sei. Es habe sich meist um kleinen Führerehrgeiz, daneben allerdings auch noch um größere sachliche Differenzen gehandelt. Hitler hob hervor, daß er die Weisung gegeben habe, jeden Angriff auf einen völkischen Redner zu unterlassen. Er habe auch die Landtagsfraktion um Zusammenarbeit mit dem Bemerken ersucht, daß er keinen Wert darauf lege, wie sich die Fraktion bezeichne. Wenige Wochen darauf sei aber der Aufruf zur Gründung des *Nationalsozialen Volksbundes* [6] erschienen. Den Abgeordneten des Völkischen Blocks hielt Hitler vor, daß sie mit Hilfe seines Namens, um dessen Hergabe er gebeten worden sei, gewählt worden seien. Ihre Wahl erfolgte auch auf das Pro-

1 Anton Drexler (1884-1942), Werkzeugschlosser, Jan. 1919 Gründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Karl Harrer), Jan. 1920 Vorsitzender, ab 29.7.1921 Ehrenvorsitzender der NSDAP, 1924 führendes Mitglied des Völkischen Blocks in Bayern und MdL 1924-1928, 1925 Trennung von der neugegründeten NSDAP und Mitbegründer des Nationalsozialen Volksbundes, 1933 Wiedereintritt in die NSDAP.

2 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der GVG, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbundes für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

3 Vormittags.

4 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 16.7.1926, "Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte etwas"; Münchener Post vom 16.7.1926, "Völkische Wäsche vor Gericht"; Münchner Zeitung vom 16.7.1926, "Völkischer Block contra Hitler"; Vorwärts vom 16.7.1926, "Arbeitsgemeinschaft Hitler-Held? Enthüllungen des völkischen Abgeordneten Dörfler"; Frankfurter Zeitung vom 17.7.1926 (MA), "Der wahre Hitler"; VB vom 17.7.1926, "Der Völkische Block vor Gericht".

5 Anlaß für den Beleidigungsprozeß, den zehn Landtagsabgeordnete des Völkischen Blocks gegen Alfred Rosenberg als VB-Hauptschriftleiter und Hitler als Vorsitzenden der NSDAP angestrengt hatten, war ein stark polemischer Aufruf der NSDAP-Parteileitung im VB vom 24.2.1926, der zwischen den Zeilen zur Sprengung einer für den gleichen Tag angesetzten Veranstaltung des Nationalsozialen Volksbundes aufgefordert hatte. Vgl. VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!". Der Prozeß wurde am 10.1.1927 vor dem Amtsgericht München mit einem Vergleich beigelegt. Vgl. Dok. 66.

6 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden. Als 1. Vorsitzender amtierte Drexler, sein Stellvertreter war Theodor Doerfler, Oberlandesgerichtsrat und MdL. Anfang 1927 löste sich der Volksbund auf und gliederte sich als Landesverband Bayern der DVFP ein.

gramm, das er entworfen habe. Die Behauptung, daß es sich beim Nationalsozialen Volksbund um Verräter handle, könne durch zahllose Aufrufe bewiesen werden. Zum Schlusse erklärte Hitler, daß auf seiner Seite eine berechtigte Notwehr vorgelegen habe gegenüber den Versuchen, seine Organisation zu zerstören.

[...] [7]

Hitler bemerkte zu der Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Held [8], daß diese von Pöhner [9] vermittelt wurde. Er (Hitler) habe Dr. Held erklärt, daß er niemals für seine Person um etwas gebeten habe und daß er dies jetzt auch nur für seine Freunde tue. Held habe ihn, nach der Erklärung seiner Bereitwilligkeit, persönlich für die Erfüllung seines Ersuchens einzutreten, gefragt, was er nun politisch zu tun gedenke. Er (Hitler) habe darauf erwidert, daß er sich zunächst nicht politisch zu betätigen beabsichtige. Auf die weitere Frage, ob die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren Wiedergründung bevorstand, den Kampf gegen Rom und den Katholizismus auf ihre Fahne schreiben würde, habe er bemerkt, das werde er nicht tun und habe es auch nicht getan. Der Kampf der Partei gehe in erster Linie gegen den Marxismus, und es werde von der Bewegung jede Regierung unterstützt, die gegen den Marxismus brutal vorgehe. [10]

---

7 Es folgen Ausführungen Doerflers und Drexlers. Laut Münchner Neueste Nachrichten erklärte Doerfler in seiner Aussage: "Hitler sei am Tage nach seiner Entlassung [*20.12.1924*] aus der Haft beim *Ministerpräsidenten Held* gewesen und habe um die Begnadigung der Herren gebeten, die noch in Haft seien. Bei dieser Gelegenheit habe sich *Hitler* dem *Ministerpräsidenten* angeboten und erklärt, er stehe diesem und der *Bayer. Volkspartei zur Verfügung.* (Bei diesen Worten schlägt Hitler erregt mit der Faust auf den Tisch, wofür er vom Vorsitzenden gerügt wird.) Hitler habe dabei auch erklärt, daß er Ludendorff kühl gegenüberstehe. Der Ministerpräsident habe ihm (Doerfler) die *Erlaubnis gegeben*, hievon Gebrauch zu machen, und stehe auch, falls es notwendig erscheinen sollte, zur *Bekundung dieses Vorganges zur Verfügung.*"
In anderen Berichten (Bayerischer Kurier, Münchner Zeitung, Vorwärts) wird die Aussage Doerflers insofern ergänzt, als das Angebot Hitlers erst bei einer zweiten Unterredung mit Held unterbreitet worden sein soll. Diese zweite Unterredung datiert der Vorwärts auf den 22.12.1924.

8 Heinrich Held (1868-1938), Journalist, 1907-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919-1933 MdL, 1919-1924 Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 Ministerpräsident in Bayern.

9 Ernst Pöhner (1870-1925), Jurist, 1919-1921 Polizeipräsident von München, 1921 Rat am Bayer. Obersten Landesgericht, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 im Hitler-Ludendorff-Prozeß zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Nov. 1924 DNVP), 1925 tödlich verunglückt.

10 Die Münchner Zeitung ergänzt in ihrem im wesentlichen gleichlautenden Bericht die Aussage Hitlers wie folgt: "Hinsichtlich der Frage Helds, ob die Bewegung irgendwie dem General Ludendorff unterstellt sei, erwiderte Hitler, daß ihn menschlich nichts von Ludendorff trennen könne, politisch stehe er, seit sich Ludendorff in der Richtung der nationalsozialistischen Freiheitspartei betätige, auf einem andern Standpunkt, und er habe deshalb die N.-S. Arbeiterpartei gegründet; er lasse sich hier von niemandem dreinreden, auch nicht von Ludendorff."

20. Juli 1926 — Dok. 10
Rundschreiben an die Bundes-, Landes- und Kreisleitungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Österreichs

Masch. Ausfertigung vom 20.7.1926; BA, Slg. Schumacher 373.

Als 1. Vorsitzenden der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Deutschlands obliegt mir die Pflicht, Euer Deutschgeboren [*sic!*] als [1]

von nachstehendem Beschluß des Reichsparteitages der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 3. und 4. Juli 1926 [2] in Kenntnis zu setzen.

Beschluß des Reichsparteitages der N.S.D.A.P. vom 3. und 4. Juli zu Weimar [3]:

"Der Reichsparteitag der N.S.D.A.P. vom 3./4. Juli in Weimar stellt grundsätzlich fest, daß er es ablehnt, Stellung zu nehmen zu allen Spaltungen innerhalb der gesamtvölkischen Bewegung und zu allen Zwisten innerhalb der einzelnen völkischen Gruppen im ganzen deutschen Sprachgebiet [4]. Die N.S.D.A.P. geht diesen Weg unbeirrt wie im letzten Jahre weiter.

Der Reichsparteitag stellt grundsätzlich fest, daß die N.S.D.A.P. alle deutschen Volksgenossen in allen Staaten unter deutscher Staatsoberhoheit dann willkommen heißt, wenn sie das Statut und das Programm der N.S.D.A.P. anerkennen und damit ihren Entschluß bekunden, unter der Führung Adolf Hitlers für das Endziel der N.S.D.A.P., den deutschen, nationalsozialistischen Staat, zu kämpfen.

---

1 In die Auslassung dürfte die Parteifunktion des Empfängers eingesetzt worden sein. Das Rundschreiben wurde, wie einer beiliegenden Aufstellung zu entnehmen ist, an folgende Personen versandt:
1. Bundesparteileitung: Karl Schulz, Wien.
2. Landesleitung Wien: Karl Schulz, Wien.
3. Hauptgeschäftsstelle Wien: Ernst Graber, Wien.
4. Franz Umlauf, St. Pölten, Kremsergasse 1 (Kreisltg.).
5. Franz Schmidt, Baden, Allandgasse 5 (Kreisltg.).
6. Hans Pemmer, Krems, Täglicher Markt 4 (Kreisltg.).
7. Franz Höck, Korneuburg, Wienerstr. 9 (Kreisltg.).
8. Ing. Karl Breitenthaler, Linz, Bethlehemstr. 4 (Landesltg.).
9. Nikolaus Schlamm, Hallein, Saline (Landesltg.).
10. Josef Lang, Innsbruck, Saggengasse 2 (Landesltg.).
11. Fritz Knaus, Graz, Alberstr. 10 (Landesltg.).
12. N.S.D.A.P., Klagenfurt, Postfach 50 (Landesltg.).

2 Zum NSDAP-Parteitag in Weimar vgl. Dok. 3-7.

3 Der Beschluß geht auf einen Antrag des Berliner Parteigenossen Martin Machule zurück. Die Resolution wurde auf der "Sondertagung für Propaganda und Organisation" am 4.7.1926 überarbeitet und anschließend von Gregor Straßer mit Billigung Hitlers dem Parteitag vorgetragen. Vgl. Masch. Protokoll des Reichsdelegierten-Kongresses am 4.7.1926; BA, NS 26/389.

4 Anspielung auf die im Mai 1926 vollzogene Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten in die NSDAP (Schulzgruppe) unter der Leitung von Karl Schulz und die NSDAP (Hitler-Bewegung) unter der Leitung von Friedrich Jankovic; letztere unterstellte sich bedingungslos der Führung Hitlers. Die NSDAP (Schulzgruppe) ihrerseits lehnte auf einer Parteileitungssitzung im Juli 1926 die in dem Rundschreiben aufgestellten Forderungen ab und verlangte die Einberufung einer zwischenstaatlichen Vertretertagung aller Nationalsozialisten. Vgl. Rudolf Brandstötter, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, Diss. phil. Wien 1969, S. 229 ff. Vgl. auch Dok. 21.

Der Reichsparteitag stellt das Recht und die Pflicht der Führer der N.S.D.A.P. fest, alle diese zum gemeinsamen Kampf bereiten Deutschen in allen Staaten unter deutscher Staatsoberhoheit in der ihr zweckdienlich erscheinenden Art organisatorisch zu erfassen und in die Gesamtorganisation einzufügen.

Der Reichsparteitag stellt weiterhin fest, daß nur jene Organisationen und Einzelpersonen das Recht haben, sich auf Adolf Hitler als ihren Führer zu berufen und den Namen 'N.S.D.A.P.' zu führen, die die unerläßlichen, selbstverständlichen Voraussetzungen zur organisatorischen Einfügung und programmatischen Geisteseinheit erfüllen.

Der Reichsparteitag erwartet aus allen diesen Gründen, daß die Organisation und die Volksgenossen in unserem Bruderlande Deutschösterreich, in der Hauptstadt Wien und in den Bundesländern, die gemäß ihrer Einstellung und ihrem Programm die obengenannten Voraussetzungen erfüllen, den Anschluß an die für das ganze deutsche Sprachgebiet geltende Organisation der N.S.D.A.P. unter Führung Adolf Hitlers aussprechen und so die einheitliche - einheitlich in der Führung und einheitlich im Programm - großdeutsche, nationalsozialistische Bewegung schaffen helfen."

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Deutschlands darf ich dem noch Folgendes hinzufügen:

Das Ziel der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei ist die Befreiung des deutschen Volkes und Vaterlandes aus den Fesseln seiner heutigen internationalen Bedrücker. Dieses Ringen um die Freiheit unseres Volkes setzt jedoch gebieterisch die Lösung der innerdeutschen Frage voraus. Die Zertrümmerung unseres Volkskörpers in zwei sich todfeindlich gegenüberstehende Klassen, die ursächlich entweder dem Juden selbst zuzuschreiben ist oder in der Folge von ihm in teuflisch geschickter Weise ausgenützt wurde, verhindert jeden Versuch einer Wiedererhebung der deutschen Nation und garantiert die Ausplünderung der deutschen Arbeitskraft durch überstaatlich organisierte Finanzkräfte.

Um diese Frage zu lösen, führt der nationale Sozialismus eine begriffliche Neubestimmung der Worte: national und sozial durch. Er fühlt die Aufgabe, aus der inneren Gemeinsamkeit und dem Verbundensein dieser beiden Worte eine neue Weltanschauung zu formulieren, organisatorisch zu erfassen und als Kampfinstrument zur Vernichtung des internationalen marxistischen Giftes einzusetzen.

Der nationale Sozialismus steht damit nicht auf dem Boden der heutigen verworrenen Sachlage, sondern kämpft bewußt für eine Neugestaltung des deutschen Lebens auf allen Gebieten. Er lehnt insbesonders jene Friedensverträge ab, die die äußere Niederlegung des deutschen Leides bedeuten.

Dementsprechend ist die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei schon heute als Bewegung entschlossen, die zur Zeit bestehenden politischen Grenzen nicht zu respektieren, sondern ihre eigene Organisation nach reinen Zweckmäßigkeits-Gesichtspunkten durchzuführen. Sie kann nicht anerkennen, daß für eine Bewegung, die den heutigen Zustand ablehnt, gerade aus diesem Zustand Verpflichtungen erwachsen könnten. Sie wünscht die Zusammenfassung des deutschen Volkes in einen europäischen Staat und ist gewillt, diese Zusammenfassung zunächst im eigenen Parteiorganismus klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Sie sieht darin das beste Mittel, der

Zerreißung sogenannter nationalsozialistischer Gruppen ein Ende zu bereiten und ihre Bedeutungslosigkeit aufzuheben.

Sie ist deshalb entschlossen, ihre Organisationsarbeit ab jetzt über die derzeitigen Reichsgrenzen hinauszutragen und so bereits im Rahmen der Bewegung zu erfüllen, was die Hoffnung und Sehnsucht für das ganze deutsche Volk einst will.

Diesem Wunsche trägt die unter einmütigem Zustimmungsjubel vorgetragene Entschließung des Parteitages Rechnung.

Ich darf Euer Deutschgeboren bitten, mir als 1. Vorsitzenden der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Deutschlands in klarer und bestimmter Weise mitzuteilen, ob Sie gewillt sind, sich auf den Boden dieser Kundgebung zur Einheit unserer Bewegung zu stellen und die organisatorische und geistige Verschmelzung mit der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei Deutschlands herbeizuführen.

Ich darf Sie weiter bitten, mir mitzuteilen, ob Sie aus besonderen Gründen Wert auf eine Besprechung legen, die diese Frage zur genaueren Erörterung bringen sollte. Ich würde mir erlauben, für diesen Fall in Übereinstimmung mit den anderen Herren einen Termin auf kürzeste Zeit festzusetzen [5].

Sollten aber Euer Deutschgeboren im Namen Ihres Verbandes in der Lage und bereit sein, ohne weiteres Ihre Zustimmung zur Herbeiführung einer solchen Einheit der Bewegung zu geben, so würde ich Sie bitten, selbst hierher mitzuteilen, ob und an welchem Termin Sie in München zur formalen Erledigung und tatsächlichen Ausführung Ihres Entschlusses sein könnten.

Mit deutschem Gruß!
gez. Adolf Hitler
Vorsitzender
der National-Sozialistischen Deutschen
Arbeiter-Partei Deutschlands

Für die Richtigkeit:
Geschäftsführer

5 Diese Tagung, die die Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten besiegelte, fand am 12.8.1926 in Passau statt. Vgl. Dok. 21. Zur Entwicklung der NS-Bewegung in Österreich vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, insbes. S. 35 ff.

28. Juli 1926 Dok. 11
Schreiben an Anton Haselmayer [1]

Masch. Ausfertigung vom 28.7.1926 mit Vermerk "Abschrift"; BDC/OPG-Akte Anton Haselmayer.

Lieber Herr Haselmayer!

Mit großem Bedauern hörte ich von dem Attentat auf Sie [2] und von der schweren Verwundung, die Sie dabei erhalten haben. Ich wünsche von Herzen, daß die Genesung weiterhin gut fortschreiten möge und daß Sie bald wieder so weit sind, daß Sie heimzahlen können an denen, die als Urheber des Angriffs, der Ihnen beinahe das Leben kostete, in Betracht kommen.

Mit deutschem Gruß
gez. *Adolf Hitler*

30. Juli 1926 Dok. 12
"An alle Gauleiter!"
Anordnung

VB vom 30.7.1926, "Aus der Bewegung" [1].

Die immer größer werdende nationalsozialistische Bewegung fordert von jedem Mitkämpfer eine bewußte politische Schulung. Namentlich über die Politik der Hochfinanz, des Freimaurertums, des Judentums müssen alle führenden Parteigenossen zusammenhängend und fortlaufend unterrichtet sein. Dies leistet seit langem der von Pg. Alfred Rosenberg herausgegebene "Weltkampf", Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder [2]. Sämtliche Ortsgruppen der N.S.D.A.P. sind ab jetzt gehalten, diese Monatsschrift zu beziehen. Die Gauleiter haben für die Durchfüh-

1 Anton Haselmayer (1895-1962), Jurastudium, Journalist, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd, Sep. 1926 Rücktritt aus "Gesundheitsgründen", 1928 aus der NSDAP-Mitgliedskartei gestrichen, 1930 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP, später als Rechtsanwalt tätig.

2 Am 23.7.1926 in Frankfurt. Vgl. VB vom 23.7.1926, "Ein roter Mordversuch"; VB vom 24.7.1926, "Der Fall Haselmayer". Das Attentat war möglicherweise von Haselmayer fingiert worden, um seine schwankende Stellung als Gauleiter zu festigen. Diesen Verdacht äußerte jedenfalls die Kanzlei des Führers, als sie am 5.2.1937 sein Gnadengesuch zur Wiederaufnahme in die NSDAP ablehnte.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 31.7. und 3.8.1926, "Aus der Bewegung".

2 Gegründet 1924 mit dem Untertitel: "Monatsschrift (1925: Halbmonatsschrift) für die Judenfrage aller Länder", Deutscher Volks-Verlag Dr. E. Boepple, München. Ab Jahrgang 3 (1926) hatte die Zeitschrift den Titel: "Der Weltkampf. Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder". Vgl. auch Bd. I, Dok. 47.

rung dieser Anordnung Sorge zu tragen. Darüber hinaus wird jedem Parteigenossen, der es durchführen kann, der Bezug des "Weltkampfs" dringend empfohlen.

Der Bezug ist für jene Gaue, die keinen nationalsozialistischen Buchvertrieb haben, durch die Deutschvölkische Buchhandlung München, Thierschstraße 15, zu betätigen.

gez. *Adolf Hitler*

(In allen Parteiblättern abdrucken!)

30. Juli 1926 Dok. 13
Anordnung

VB vom 1./2.8.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

1. Die Herren Walter *Ernst* [1], Halle a. d. S., Viktoriapl. 1, und Kurt *Ebeling* [2], Halle a. d. Saale, Wielandstr. 12, werden auf Grund § 4 Abs. 1 b und c der Satzung vom 22.5.[*19*]26 [3] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

Beide haben nicht mehr das Recht, in irgendeiner Weise für die N.S.D.A.P. zu wirken.

1 Walter Ernst (geb. 1899), Student, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 NSDAP-Gauleiter von Halle-Merseburg, 1926 Parteiausschluß, 1931 Gerichtsreferendar, 1932 Wiedereintritt in die NSDAP, 1936 Stadtsyndikus in Quedlinburg, 1939 Bürgermeister von Schneidemühl, 1942 Bürgermeister von Bromberg.
Die Absetzung von Gauleiter Ernst, dem Unterschlagungen vorgeworfen wurden, war am 18.7.1926 auf einer Zusammenkunft der Ortsgruppenführer des Gaues Halle-Merseburg, an der die Ortsgruppe Halle jedoch nicht vertreten war, beschlossen worden. Daraufhin berief die NSDAP-Reichsparteileitung, die ihre Rechte durch das eigenmächtige Vorgehen der Ortsgruppenführer verletzt sah, für den 25.7.1926 eine erneute Tagung ein, an der als Bevollmächtigte Hitlers der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses, Bruno Heinemann, und Schatzmeister Franz Xaver Schwarz teilnahmen. Sie ernannten namens der Parteileitung Paul Hinkler zum neuen Gauleiter, der bereits von den Ortsgruppenführern als Nachfolger Ernsts gewählt worden war. Vgl. VB vom 28.7.1926, "Aus der Bewegung. Gau Halle-Merseburg". Sowie Rundschreiben der NSDAP-Reichsparteileitung an die Untergaue und Ortsgruppen des Gaues Halle-Merseburg vom 20.7.1926; IfZ, Fa 104/1. Auszug aus dem Monatsbericht Juli-August 1926 der Polizeidirektion Halle vom 19.8.1926; StA München, Polizeidirektion München 6759.

2 Kurt Ebeling (geb. 1897), Student, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Schriftleiter des "Mitteldeutschen Beobachters", 1926 Parteiausschluß.

3 § 4 Abs. 1 b und c: "Mitglieder werden ausgeschlossen: [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln und c) die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen und dadurch den Verein schädigen." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2. Die O[*rts*-]Gr[*uppe*] *Halle a. d. S.* wird gemäß § 4 - vorletzter und letzter Absatz - der Satzung vom 22.5.[*19*]26 [4] aus dem Verein ausgeschlossen [5].

Ihr Wiederaufbau hat sofort nach den Weisungen der Gauleitung zu erfolgen.

3. Der *"Mitteldeutsche Beobachter"* des Herausgebers Walter *Ernst* und des verantwortlichen Hauptschriftleiters Kurt *Ebeling*, beide in Halle, wird nicht mehr als Kampfblatt der N.S.D.A.P. für Mitteldeutschland anerkannt.

München, den 30. Juli 1926

gez. *Adolf Hitler*

30. Juli 1926 Dok. 14
Schreiben an Emil Danneberg [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift vom 30.7.1926; BA, NS 26/138.

Zum Bericht vom 28.7.[*19*]26.

Die Vorgänge in der O[*rts*-]Gr[*uppe*] Halle a. S. am 27.7.[*19*]26 [2] haben zu deren Ausschluß aus der N.S.D.A.P. geführt (s. Völk. Beob. v. 31.7.[*19*]26 [3]).

Der Gauleiter [4] ist mit dem Wiederaufbau beauftragt worden.

Ich empfehle Ihnen, sich dem Gauleiter bedingungslos zur Verfügung zu stellen.

---

4 § 4: "Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Vorsitzende des Vereins berechtigt, im Einvernehmen mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein zu verfügen."
Das Vermögen der Ortsgruppen fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei zu." Ebenda.

5 Vgl. auch Dok. 14.

1 Emil Danneberg (geb. 1896), Kaufmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 4 Monaten Haft verurteilt, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Führer des Landesverbandes Bayern-Süd des Wehrwolfs, 1926 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Halle a. S., nach Parteiausschluß der Ortsgruppe Gründer des Nationalsozialistischen Kameradschaftsbundes in Halle.

2 Auf der Versammlung war es, nachdem der neuernannte Gauleiter Paul Hinkler den Ausschluß verschiedener Mitglieder der Ortsgruppe verfügt hatte, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, so daß schließlich die Polizei gerufen werden mußte. Noch am selben Abend beschloß die Ortsgruppe Halle aus Protest gegen Hinkler ihre Auflösung. Vgl. Auszug aus dem Monatsbericht Juli-August 1926 der Polizeidirektion Halle vom 19.8.1926; StA München, Polizeidirektion München 6759.

3 Die Veröffentlichung des Parteiausschlusses erfolgte im VB vom 1./2.8.1926, "Aus der Bewegung". Vgl. Dok. 13.

4 Paul Hinkler (1892-1945), Lehrer, 1922-1924 Mitglied des Stahlhelms, 1923-1924 Führer des Wehrwolfs im Gau Saale-Unstrut, 1924/25 Abschnittskommandeur des Frontbanns, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 NSDAP-Ortsgruppen- und -Bezirksleiter in Halle-Merseburg, 1926 Entlassung aus dem Schuldienst, 1926-1931 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, 1927 Stadtrat in Halle, 1928-1933 MdL in Preußen und Geschäftsführer der NSDAP-Landtagsfraktion, 1933-1939 Polizeipräsident von Altona-Wandsbek und Leiter der Geheimen Staatspolizei von Schleswig-Holstein, 1939 Polizeipräsident von Wuppertal.

Ihr Verhalten gegenüber dem Gauleiter in der Versammlung am 27.7.[*19*]26 muß ich entschieden mißbilligen.

Ich verlange unbedingte Unterordnung unter den von mir eingesetzten Gauleiter. Andernfalls kann ein Unterführer auch nicht auf Unterordnung der ihm Unterstellten rechnen.

Adolf Hitler

1. August 1926 Dok. 15
Erklärung [1]

VB vom 4.8.1926, "Das Hakenkreuz in Nürnberg. Das nationalsozialistische Nordbayern".

"5.000 Franken, nationalsozialistische Männer und Frauen, die in Anwesenheit Adolf Hitlers in Nürnberg versammelt sind, grüßen die Parteigenossen Westfalens [2]. Adolf Hitler, Streicher, v. Pfeffer [3], Mutschmann [4]."

1. August 1926 Dok. 16
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [1]

VB vom 4.8.1926, "Das Hakenkreuz in Nürnberg. Das nationalsozialistische Nordbayern" [2].

Nationalsozialisten, ich darf nicht sprechen [3], sondern will Sie nur grüßen und erwarte, daß Sie, wenn Ihr Führer ferne weilt [4], die Treue noch mehr halten als bisher. Die Gegner müssen lernen, daß sie uns nie mit Unterdrückungen beugen werden. Heil! [5]

---

1 Auf der öffentlichen NSDAP-Versammlung in Nürnberg, die anläßlich der Fahnenweihe der Nürnberger SA stattfand. Anschließend sprach Hitler kurz zu den Teilnehmern. Vgl. Dok. 16.

2 Die Grußbotschaft wurde als Telegramm an die Teilnehmer des "Nationalsozialistischen deutschen Freiheitstags" vom 31.7./1.8.1926 in Herne gesandt. Zum Ablauf des Freiheitstags in Herne vgl. VB vom 18./19.7.1926, "Aus der Bewegung"; VB vom 5.8.1926, "Der Nationalsozialismus in Westfalen."
Ein gleichlautendes Telegramm ging auch an die Teilnehmer des "Völkischen Tags" der sudetendeutschen Nationalsozialisten vom 31.7./1.8.1926 in Tetschen-Bodenbach. Vgl. VB vom 22.7. und 24.7.1926, "Aus der Bewegung"; VB vom 6.8.1926, "Der völkische Tag in Tetschen".

3 Franz von Pfeffer (1888-1967), eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon, Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer und Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter von Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932 MdR, 1941 Parteiausschluß.

4 Martin Mutschmann (1879-1948), Fabrikant, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 NSDAP-Gauleiter von Sachsen, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter von Sachsen, 1935 Ministerpräsident.

1 Im Herkulessaalbau, nach 18.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 3.800 (VB: über 5.000) Personen teil. Vor Hitler sprachen Pfarrer Martin Weigel, Julius Streicher und Martin Mutschmann, Gauleiter von Sachsen.
Am Vormittag waren die Fahnen der Nürnberger SA von Pfarrer Weigel in der Nürnberger St. Lorenzkirche geweiht worden. Vgl. VB vom 4.8.1926, "Deutsche Priesterworte".

2 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 2.8.1926, "Fahnenweihe der S.A. Nürnberg der N.S.A.P. [*sic!*]". Sowie Polizeibericht vom 2.8.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg 1739.

3 Anspielung auf das in Bayern vom 9.3.1925 bis 5.3.1927 bestehende Redeverbot.

4 Julius Streicher sollte nach eigenem Bekunden am folgenden Tag eine 3 1/2monatige Gefängnisstrafe antreten. Tatsächlich erfolgte der Strafantritt jedoch erst am 23.8.1926. Vgl. VB vom 27.8.1926, "Strafantritt Julius Streichers".

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

9. August 1926 Dok. 17
"Anordnung der Parteileitung"
Anordnung

VB vom 11.8.26, "Aus der Bewegung" [1].

Zwingende Umstände machen es notwendig mit *sofortiger Wirksamkeit* anzuordnen:

1. *Aufnahmen* werden nur bei Einsendung von 1 M. Aufnahmegebühr vollzogen (s. Satzung § 3, Abs. 1 [2]).

2. Die für die R[*eichs*-]L[*eitung*] bestimmten *Beitragsanteile* - s. Satzung § 5 - sind voll zu leisten; für *Arbeitslose* hat der Gau bzw. die selbständige Ortsgruppe aufzukommen.

3. *Gauführer* bzw. Geschäftsführer und *1. Vorsitzende* selbständiger Ortsgruppen, die dieser Anordnung nicht pünktlich nachkommen (s. Richtlinien [3]), hoffe ich für die Zukunft nicht mehr feststellen zu müssen.

4. Die Art der Zahlung der bis *jetzt schuldigen Beitragsanteile* mit *S.A.-Steuer* und *Sonderumlage* ist mit dem Schatzmeister endgültig und bindend zu vereinbaren.

5. Alle Gaue melden zum 20. d. M. die vollständigen *Anschriften* (einschließlich Beruf) der Gauführer, deren Stellvertreter *als Vorschlag* [*sic!*]. Gaugeschäftsführer (ehrenamtlich oder besoldet, Höhe der Besoldung), Gau-Kassenwarte und Gau-Schriftführer. Ebenso die selbständigen Ortsgruppen für ihre gesamte Vorstandschaft.

6. Die genaue Einhaltung der Bestimmungen der Richtlinien vom 1. Juli 1926 wird jedem Führer zur Pflicht gemacht.

München, 9. August 1926

gez. *Adolf Hitler*

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 12.8.1926, "Aus der Bewegung".
2 Satzung vom 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 146.
3 Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der NSDAP vom 1.7.1926. Vgl. Dok. 1.

9. August 1926 Dok. 18
Anordnung

VB vom 11.8.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Herr Ernst Lippke [1], Ballenstedt a. Harz, Friederikenstr. 5, wurde auf Antrag des U[*ntersuchungs-*] u[*nd*] Schl[*ichtungs-*]A[*usschusses*] der Parteileitung aus der N.S.D.A.P. *ausgeschlossen,* weil er in einem Briefe vom 28. Juli 1926 an meine Kanzlei Weg und Ziel der N.S.D.A.P. und damit deren Programm abgelehnt hat (§ 4 Abs. 26 [*sic!*] der Satzung [2]).

München, 9. August 1926

gez. *Adolf Hitler*

10. August 1926 Dok. 19
Anordnung

VB vom 12.8.26, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

1. Am 31. August 1926 wurden die *Gaue Elb-Havel* und *Magdeburg (früher Harz) aufgelöst.* Ihre Ortsgruppen treten zum Gau *Anhalt,* mit Ausnahme der O[*rts*]-Gr[*uppen*] *Brandenburg, Wittenberge* und *Roskow*, die zum *Gau Potsdam* übergeführt werden. Außerdem kommt noch *Aschersleben* vom Gau *Halle-Merseburg* zum neuen Gau.

2. Der *neue Gau* wird am 1. September 1926 gebildet und benannt: "*Anhalt* - Prov[*inz*] *Sachsen Nord*".

---

1 Ernst Lippke (geb. 1891), Gewerbetreibender, 1926 Eintritt in die NSDAP und Propagandaleiter der Ortsgruppe Ballenstedt, 1926 Parteiausschluß.
Lippke hatte an den außenpolitischen Vorstellungen und dem Führungsstil Hitlers Kritik geübt. Vgl. BDC, OPG-Akte Ernst Lippke.

2 Gemeint ist § 4 Abs. 2 b: "Mitglieder werden ausgeschlossen: [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

3. Als Gauführer wird bestimmt Pg. Dr. med. *Schmischke*[1], M.d.A.L., Roßlau/Elbe R.N. 206, als dessen Stellvertreter Pg. *Hauptmann a. D. Loeper*[2], *Dessau,* Fürstenstr. 16, R.N. 1922. Letzterer leitet Propaganda und Organisation; *an ihn hat der gesamte Schriftverkehr zu gehen.*

München, den 10. August 1926

gez. *Adolf Hitler*

10. August 1926 Dok. 20
Rede auf NSDAP-Versammlung in München[1]

PND-Bericht Nr. 549, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Hitler sprach über die politischen Parteien vom Jahre 1918, die zwar ihren Namen geändert haben, aber sonst doch, insbesonders was die Festhaltung an ihren Posten betrifft, die gleichen geblieben seien. Im weiteren referierte Hitler über den Dawes-Vertrag etc., der uns bis jetzt nichts als Elend gebracht habe.

Zum Schluß sprach Hitler über die Schutzstaffel. Er führte aus, daß viele Leute behaupten, das nationalsozialistische Programm bestehe schon seit Jahrzehnten, aber niemand habe es bis jetzt zur Verwirklichung gebracht. Hierzu sei eine gute Schutzstaffel notwendig. Wenn eine solche schon zu Eisners Zeiten bestanden hätte, wäre mit einigen Hundertschaften der Zug von der Theresienhöhe zur Stadt zum Teufel gejagt worden[2].

Genau so, wie der Staat zum Schutze der Republik eine Militärmacht benötige, sei es notwendig, eine nationale Armee zu schaffen. Wenn die Schutzstaffel auch erst Tausende zähle, so stehe doch fest, daß sie in allernächster Zeit unendlich wachsen und dann bald die Mitgliederzahl von einer Million erreichen werde. Dann werde eines Tages die ersehnte nationale Freiheit kommen.[3]

---

1 Gustav Hermann Schmischke (geb. 1883), Arzt, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1928 MdL in Anhalt (NSDAP), 1925/26 Gauleiter von Anhalt, 1926/27 Gauleiter von Anhalt-Sachsen-Nord, später Gaubeauftragter für Bevölkerungs- und Rassenpolitik.

2 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), Hauptmann a. D., 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichswehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellv. Gauleiter von Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933-1935 Reichsstatthalter für Braunschweig und Anhalt.

1 Im Gasthaus "Deutsche Eiche", von 23.00 bis 00.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen, an der laut Polizeibericht etwa 120 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Karl Ostberg geleitet. Vor Hitler sprach Ostberg.

2 Anspielung auf den Demonstrationszug unter der Führung Kurt Eisners, der am 7.11.1918 in München zum Sturz der Monarchie führte.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

12. August 1926 Dok. 21
"Ein Schritt auf dem Wege zu Groß-Deutschland" [1]
Rede auf NSDAP-Führertagung in Passau [2]

Masch. Protokoll, o. D. [3]; BA, NS 26/54 [4].

Adolf Hitler führte in zweistündiger Rede etwa folgendes aus:

Das Programm der alten N.S.D.A.P. Österreichs unterscheidet sich von dem der N.S.D.A.P. Deutschlands wesentlich. Vor allem sei darin nichts Weltumwälzendes und Staatenumstellendes [*sic!*] enthalten. Es sei in wichtigsten Punkten so abgefaßt, als ob zur Erreichung der Ziele lange Zeit zur Verfügung stände. Man soll sich aber doch die Lage Mitteleuropas vor Augen halten; von Weltstaaten umgeben, sinke Deutschland zur Bedeutungslosigkeit herab. Wenn es 80 Jahre so weitergehe, spiele das Fleckchen Mitteleuropa überhaupt keine Rolle mehr. Bei der Veranlagung der Deutschen, sich an Neigungen [*sic!*] ihrer Menschheitsphrasen zu berauschen, gewöhnten sich diese nur zu leicht an das Los der Sklaverei. Es entsteht ein Volk, das den Begriff Freiheit überhaupt nicht mehr kennt. Dann könne man auch alle Reformgedanken nicht mehr vorführen.

Man mache sich doch klar, wie lächerlich klein der Raum des heutigen deutschen Siedelungsgebietes sei, das man in 18 Stunden im Kraftwagen von Süd nach Nord durchfahre, während z. B. die Schnellzüge der Vereinigten Staaten 6 Tage brauchten, von der einen Weltmeergrenze bis zur anderen zu gelangen. Dies vor Augen, sei eine Bewegung, die lediglich durch ein reines Reformprogramm eine Wendung schaffen wolle, eine Lächerlichkeit.

Wenn man keine Zeit habe, müsse man seinen Weg zeitlich zusammenballen; denn jedes Jahr verringert die Möglichkeit einer Genesung, bis der Augenblick kommt, da es überhaupt zu spät ist.

Bei der Gründung der N.S.D.A.P. Deutschlands seien diese Erwägungen Pate gestanden, um so mehr, als die Gründer kurz zuvor noch in den Reihen einer Armee kämpften, die das Weltgeschehen beherrschte und in der sie zu Herrenmenschen wurden.

Und mit diesem Programm setze sich die N.S.D.A.P. Deutschlands durch, obwohl es viel schwerer ist, sich unter 60 Millionen Geltung zu verschaffen, als zwischen den 6 Millionen Österreichs. Dieser Erfolg werde heute als selbstverständlich hingenommen

1 Titel laut Protokoll.
2 Ort und Zeit unbekannt. An der Tagung nahmen laut Polizeibericht etwa 30 Vertreter der NSDAP Österreichs unter der Leitung von Karl Schulz und des am 4.5.1926 gegründeten "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins (Hitler-Bewegung)" unter der Führung Richard Suchenwirths teil. Zu den Vorgesprächen zwischen Hitler und Schulz vgl. Brandstötter, Riehl, S. 234 ff.
3 Das masch. Protokoll beruht auf einer stenographischen Mitschrift; BA, NS 26/54.
4 Druck der Rede mit geringfügiger redaktioneller Überarbeitung: VB vom 15./16.8.1926, "Anschluß der Nationalsozialisten Österreichs". Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 16.8.1926 (MA), "Hitler und die österreichischen Nationalsozialisten"; Bayerischer Kurier vom 17.8.1926, "Hitler in Österreich"; Donau-Zeitung vom 17.8.1926, "Hitler in Österreich". Sowie Bericht der Polizeidirektion Wien an Bundeskanzleramt vom 31.8.1926; Haus-, Hof- und StA Wien, Liasse Österreich 2/21, K 240. Lagebericht N/Nr. 51 der Polizeidirektion München vom 22.9.1926; StA München, Polizeidirektion München 6779.

und nicht genügend gewürdigt; andere völkische Verbände hätten von diesem Erfolg profitiert. Unser Symbol habe sich zum einzigen anerkannten Symbol gegenüber dem Sowjetstern durchgesetzt.

Wir hätten stets betont, wir seien eine Kampfbewegung, und es immer nach außen dokumentiert, vor allem durch unsere S.A. Wir hätten zum ersten Mal den nationalen Aufmarsch dem Aufmarsch der Linken gegenübergestellt, was einst gar nicht so selbstverständlich gewesen sei, wie viele heute meinten. Die alte österreichische Partei sei demgegenüber eine Partei wie andere Parteien auch. Bezeichnend sei, daß man in den Kreisen der Leitung derselben den 8./9. November 1923 als das Ende der Bewegung in Deutschland angesehen habe. Auf Grund des Handelns damals seien aber in Deutschland zwei Millionen Stimmen [5] für die Bewegung abgegeben worden; durch eine Resolution, wie sie in Österreich gern verfaßt würde, wäre das wohl nicht erreicht worden.

Das Verhalten der Gegner sei ein Maßstab. Im alten Österreich sei die N.S.D.A.P. nie verboten worden. Bei uns wiederholten sich ständig irgendwo diese "Angstkrämpfe der Gegner", die Verbote.

Die deutsche Bewegung sei vom ersten Augenblick an unduldsam gewesen, habe sich nie zu Kompromissen oder Zusammenschlüssen herbeigelassen. Sie habe stets die Überzeugung von der Notwendigkeit des Durchdringens des Stärkeren gehabt. Der einst ein paar tausend Mann zählende Faschismus habe sich auch nicht mit den hunderttausenden Organisationen der italienischen Kriegervereine zusammengeschlossen, sondern sich allein durchgerungen und den Sieg erkämpft. Die N.S.D.A.P. habe im Januar 1920 in Deutschland 64 Mitglieder gehabt; 3 Jahre später war sie führend und die anderen Verbände waren gezwungen mitzumarschieren, oder sie verloren ihre Mitglieder.

Wie hier im kleinen, entscheide auch einmal beim Anschluß die Macht des Stärkeren. Man wird einst auch nicht lange das österreichische Parlament fragen, wenn die sonstigen Umstände günstig dazu sind, sondern vollzieht den Anschluß durch die Tat. Die Menschen pflegten Dinge, die gemacht sind, viel leichter anzuerkennen, als daß sie sich selbst zu einem Entschluß aufraffen. Die N.S.D.A.P. Deutschlands habe mit dem November-Staate nichts zu tun, dieser sei ein Übel, das einmal da ist. Das Verhängnis nehme deshalb seinen Lauf. Wir wollen sorgen, daß einst eine Macht da ist, wenn dieser Staat am Ende seiner Kraft zusammenbricht. Wenn wir den heutigen Staatszustand nicht anerkennen, wie sollten wir es dann fertigbringen, in der eigenen traditionslosen Bewegung die Staatstraditionen zu überwinden. Wenn die Gegner die Tradition der Staatsgrenzen brächen, so werde das von den Deutschen anerkannt; wie viel mehr müßten wir Traditionen brechen können, die unsere eigenen Interessen verletzen. Er selbst habe als Staatenloser die Loslösung von einer einzelnen Staatstradition vollzogen; er fühle sich als Deutscher und nur als Deutscher.

5 Bei der Reichstagswahl am 4.5.1924 hatte die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB), eine Listenverbindung von DVFP und NSDAP, 1.918.329 Stimmen erhalten. Unter ihren 32 Reichstagsabgeordneten befanden sich jedoch nur neun Nationalsozialisten. Bei der Reichstagwahl am 7.12.1924 erhielt die NSFB nur mehr 907.915 Stimmen; von den 14 Abgeordneten gehörten vier der NSDAP an. Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 41, 43.

Er hätte in vergangener Zeit sich nicht in die Verhältnisse der Partei in Österreich eingemischt. Nun sei er aber von dort darum angegangen worden und folge diesem Rufe. Damit aber sei es notwendig, daß die Bewegung eine Gesamtführung erhalte. Das Primat liege beim deutschen Staatsgebiet; von dort würden die großen Anstöße kommen - auch einst beim Anstoß [*sic!*] Österreichs.

1924 habe sich gezeigt, daß eine Vereinigung ohne restlose Unterstellung und Einordnung in jeder Hinsicht zum Mißerfolg führe, wie es immer in der Geschichte schon gewesen sei. Daher müsse die österreichische Bewegung die Lehre daraus ziehen, einzelne Länderorganisationen hätten im übrigen den Prozeß schon vollzogen. Leider sei auch in Österreich, wie einst in Deutschland, der Kampf auf das persönliche Gebiet herübergetragen worden, statt daß man die sachliche Frage stellte, soll fernerhin eine radikalere oder mehr gewerkschaftliche Richtung eingeschlagen werden. Er habe fordern müssen, daß ein aus Wien gekommener Herr [6] an der Sitzung nicht teilnimmt, da er einer der beiden Herren sei, die kürzlich bei ihm in München waren, worauf der Besuch und die vertrauliche Besprechung in entstellter Form und mit gehässigen persönlichen Anmerkungen versehen im "Grobian" [7] erschien, einem Blatt, das noch dazu von der österreichischen Parteileitung als ihr fernestehend bezeichnet wird. Durch die betreffenden Herren sei aber keine Berichtigung erfolgt. Im Kampf gegen den äußeren Gegner dürfe man Giftgas gegen Giftgas setzen, in den eigenen Reihen aber müsse unbedingte Loyalität herrschen. Wer das sachliche Moment als entscheidend anerkenne an Stelle des persönlichen, müsse es auch fertigbringen, sich um der Sache willen neben Leute zu setzen, die ihnen [*sic!*] persönlich nicht paßten. Wer früher unrecht hatte, interessiere ihn nicht; er arbeite für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit; die Partei sei kein Untersuchungsgericht.

Er entscheide nicht, der oder der hat recht, sondern er sage sich, wer recht hat, der wird den notwendigen Schritt zur Einheit tun. Wer ihn nicht tut, den werde er deshalb nicht beschimpfen, sondern nur bedauern. Er wisse aber, daß sich die deutsche Bewegung auch drüben durchsetzen wird. Es komme auf den härteren Schädel an, und den habe er. Und das Durchsetzen sei nötig. Die Geschichte beweist immer wieder, daß, wenn politische Parteien getrennt marschieren, sie getrennt zerschlagen würden. Man dürfe hier nicht Moltkes militärische Taktik heranziehen, bei der es sich um organisatorisch einheitliche Körper handele, die nach dem Willen des Schädels getrennt marschieren, um nach dem Willen des gleichen Schädels auf Befehl, der unbedingt befolgt werde, gemeinsam schlügen [*sic!*]. Ein einheitliches Symbol müsse dem einheitlichen Symbol des Sowjetsterns, dessen Geltung sich über den ganzen Erdball erstrecke, entgegengesetzt werden können. Die Weltpest des Bolschewismus werde nicht mit einer Unzahl von Verbändchen mit ebenso vielen Fähnchen besiegt werden.

---

6 Gemeint ist der stellvertretende Parteiobmann der NSDAP Österreichs Leo Haubenberger. Haubenberger und ein gewisser Dr. Blümel waren am 24.4.1926 nach München gereist. Im Mittelpunkt der Unterredung mit Hitler, der sich zunächst verleugnen ließ, stand seine Stellung zur innerparteilichen Opposition und zur Südtirolfrage. Vgl. Bd. I, Dok. 137.

7 Grobian vom 1.7.1926, "Der dreiuneinige Nationalsozialismus (Riehl - Schulz - Suchanek)". Herausgeber der in Salzburg erscheinenden Halbmonatszeitschrift war Friedrich Kutschera.

Die Entschließung in Weimar [8] sei auf Grund des Antrages eines ganz unbeteiligten Parteigenossen aus Norddeutschland zustande gekommen, der ihm ganz unbewußt entgegenkam, nachdem er schon aus Österreich um ein Eingreifen gebeten worden war. Hitler verlas den Beschluß der Führung der N.S.D.A.P. Österreichs [9] zur Entschließung des Weimarer Parteitages und bemerkte zu dem Satz, daß der Beschluß als "einer Erörterung wert" angesehen werde. Ob man in eine Erörterung eintrete oder nicht, sei bedeutungslos; denn der Anschluß kommt auf alle Fälle. Im Beschluß werde die Meinung geäußert, ein österreichischer Parteitag mit vorausgehender zwischenstaatlicher Vertretertagung habe über den Anschluß zu beschließen. Es sei aber wohl kaum die Frage aufzuwerfen, ob der österreichische Vertretertag oder der des gesamten Deutschen Reiches kompetenter ist. Ihm schweben nicht Paragraphen und Satzungen vor Augen, diese seien nur Mittel zum Zweck. Der einzige Weg, den er gehe und je gehen werde, sei der Weg der organischen Entwicklung. Die Mitglieder interessierten die Paragraphen nicht, sie wollten Taten.

An der [*sic!*] Spitze des Gaues Österreich der N.S.D.A.P. Groß-Deutschlands müsse ein Mann kommen, der das Vertrauen all derer, die bisher gegeneinander standen, besitzt, der fähig ist zu handeln, ohne vorher lange Konferenzen einzuberufen, und der das Führerprinzip auf die letzten Untergruppen überträgt. Er lehne schärfstens die Meinung ab, als ob das Gebiet Österreich etwa anders zu bewerten sei als Köln, das Rheinland, Thüringen oder Ostpreußen. Der Unterschied zwischen diesen Gebieten und Bayern sei sicher nicht größer als der zwischen Bayern und Österreich. - Größter Wert sei weiter zu legen auf die Einheitlichkeit der programmatischen Grundlage, an der nicht gerüttelt werden darf. Einzelne Fehler bei der Auslegung des Programmes wären nicht so schädlich wie fortgesetztes Schwanken der Grundlage selbst. Für ständig wechselnde Programme setzen die Menschen nicht ihr Leben ein. Unser Programm sei nicht der Schlachtplan für die nächste Wahl wie bei den sonstigen Parteien von heute. Hitler betonte, sein Beschluß sei unabänderlich. Nachdem ihm einmal die Notwendigkeit der Beschlußfassung aufgedrängt worden wäre, werde dieser auch durchgeführt. Er sei dabei nur von dem einen Wunsch geleitet, daß seine Heimat, an der er hänge, einst das Glied eines stolzen Deutschen Reiches werde.

[...] [10]

---

8 Zur Entschließung des Weimarer Parteitages vgl. Dok. 10.

9 Also der von Karl Schulz geführten NSDAP Österreichs, von der sich am 4.5.1926 die Hitler bedingungslos ergebenen Gefolgsleute getrennt hatten. Vgl. Pauley, Weg, S. 52.

10 Anschließend folgte eine Pause. Am weiteren Tagungsverlauf nahm Karl Schulz nicht mehr teil. Er ließ Hitler - "ohne sich wieder in den Tagungsraum zu begeben" - die Mitteilung überbringen, "er müsse an dem Beschluß zur Entschließung des Weimarer Parteitages festhalten und erbitte sich Bedenkzeit bis zu einer weiteren Entscheidung". Anschließend werden im Protokoll die Stellungnahmen der Landesverbände der NSDAP Österreichs referiert. Für die bedingungslose Unterstellung unter Hitler sprachen sich die Vertreter von Steiermark, Oberösterreich, Waldviertel und Kärnten aus. Innsbruck und Vorarlberg behielten sich die Entscheidung noch vor. Vorbehalte äußerte lediglich der Vertreter Salzburgs. Vgl. VB vom 15./16.8.1926, "Anschluß der Nationalsozialisten Österreichs".

Als der Vertreter [11] auf die Frage Adolf Hitlers, wie stark die Mitgliederzahl im Salzburger Gebiet sei, gestehen mußte, daß sie gleich Null sei, stellte Hitler fest, daß der Erfolg den besten Beweis dafür gebe, welche der beiden Parteien die richtige Haltung eingenommen habe. In Deutschland, insbesondere im Gebiet konzentriertester Arbeit, an der Ruhr, sei die Zahl der nationalsozialistischen Handarbeiter eine gewaltige und nehme fortgesetzt zu. Stets habe in materialistischen Zeiten nicht der Übermaterialismus, sondern höchster Idealismus den Sieg davongetragen. Wer das Ganze sehe, dürfe über einzelne Personen, die ihm nicht passen, nicht stolpern. Personen seien nicht der Nationalsozialismus. Die Erklärung der Ablehnung genüge ihm. Aber er verbiete, daß jemand auf seinen Namen sich berufe und dadurch sich Vorteile zu verschaffen suche, wenn er den Namen im entscheidenden Augenblick ablehne.

Im übrigen hoffe er, daß alle noch vorhandenen Klüfte überwunden würden, erbitterter als bei uns in Deutschland einst könnten sich Gegner nicht gegenüberstehen - und doch sei die Zusammenarbeit auch bei uns eines Tages möglich gewesen. Es gehe, wenn man nur wolle. [12]

18. August 1926 — Dok. 22
Anordnung

VB vom 19.8.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

1. Da die Ortsgruppe *Greifswald* in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung eine ersprießliche Arbeit für die Bewegung nicht mehr gewährleistet, so schließe ich die Ortsgruppe Greifswald auf Antrag des U[*ntersuchungs-*] u[*nd*] Schl[*ichtungs-*]A[*usschusses*] der Parteileitung nach § 4, Abs. 9, der Satzung vom 22. Mai 1926 aus dem Vereine aus [1].

11 Nikolaus Schlamm (1885-1946), Oberhüttenmeister, 1926 Landesführer von Salzburg der NSDAP Österreich (Schulzgruppe).

12 Folgt Hinweis auf die abschließende Übereinkunft, "in etwa 14 Tagen eine Tagung des Gaues Österreich nach München einzuberufen". Auf dieser Tagung, die am 29.8.1926 stattfand, ernannte Hitler Friedrich Jankovic zum Führer der "NSDAP (Hitler-Bewegung), Landesleitung Österreich". Vgl. VB vom 31.8.1926, "Die Hitlerbewegung in Österreich", und Dok. 24.

1 § 4 Abs. 9: "Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Vorsitzende des Vereins berechtigt, im Einvernehmen mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein zu verfügen." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2. Der Gauführer von *Pommern* [2] hat den Wiederaufbau der Ortsgruppe Greifswald, wie er den Interessen der Bewegung entspricht, sofort zu veranlassen.

3. Die Ortsgruppe[*n*] *Gunzenhausen, Bad Kissingen, Rothenburg o. d. T. und Weißenstadt, Ob*[*er*]*fr*[*anken*], der N.S.D.A.P. werden wegen Verfehlung gegen die Satzung (§ 5, Abs. 3) [3] und Interesselosigkeit aus der N.S.D.A.P. *ausgeschlossen.*

Ich erwarte, daß sich unter den bisherigen Mitgliedern dieser Ortsgruppe[*n*] Parteigenossen befinden, die den Neuaufbau in die Hand nehmen. Diese wollen sich mit der Hauptgeschäftsstelle der Parteileitung alsbald in Verbindung setzen.

München, 18. August 1926

gez. Adolf *Hitler*

2 Theodor Vahlen (1869-1946), Mathematiker, 1893 Dr. phil., 1904 Professor an der Universität Greifswald, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1923/24 Rektor der Universität, 1927 Entlassung wegen nationalsozialistischer Betätigung, 1924 MdR (NSFP), 1925-1927 Gauleiter von Pommern, 1930 Professor an der TH Wien, 1933 Leiter der Hochschulabteilung des preuß. Kultusministeriums, 1934/35 Leiter der Hochschulabteilung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1935-1937 Professor an der Universität Berlin, 1939 Präsident der Preuß. Akademie der Wissenschaften.

3 § 5 Abs. 3: "Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Generalversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt. Grundsätzlich wird bestimmt, daß Gauleitungen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 20 %, selbständige Ortsgruppen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 50 % der jeweiligen monatlichen Mindestbeiträge an die Parteileitung abzuführen haben." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

21. August 1926 Dok. 23
Beleidigungsprozeß gegen Erich Dombrowski [1]
Rede vor dem Landgericht München I [2]

VB vom 24.8.1926, "Adolf Hitler siegreich über jüdische Verleumdung. Berufungsverhandlung Adolf Hitlers gegen 'Berliner Tageblatt'" [3].

"Ich habe bereits in erster Instanz [4] erklärt, daß ich mich an sich gegen Beleidigungen meiner Gegner nicht zur Wehr setze, da es immer ein besseres Zeichen für die Wirksamkeit meines Kampfes ist, wenn der Feind zur Lüge greifen muß, als wenn er meine Tätigkeit loben würde. Im vorliegenden Fall erstreckt sich aber die Beleidigung nicht auf meine Tätigkeit als *Politiker*, sondern hier soll ich als *Mensch* aufs schwerste beleidigt, unmöglich gemacht, *meiner Ehre beraubt* werden. Denn mit dem Vorwurf des Landesverrats ist ein Mensch für immer gerichtet, wenn es ihm nicht gelingt, sich restlos davon zu reinigen. Das ist ja das Ziel aller dieser Vorwürfe gegen mich. Sie sind so aufgebaut, daß sie immer das Gegenteil von dem darstellen, was einer in der Öffentlichkeit wirklich anstrebt. Wer als fanatischer Vorkämpfer des *großdeutschen* Gedankens wirkt, wird als Schrittmacher der undeutschen *Habsburger* verschrien, ein Abstinenzler wird zum Säufer gestempelt, einer Bewegung, deren ganze *Außenpolitik* sich grundsätzlich *gegen Frankreich* einstellt, werden *Beziehungen zu Frankreich* nachgesagt. Obgleich die eigenen Parteigenossen die meisten Opfer an Gut und Blut - der Pg. *Schlageter* [5] an der

1 Erich Dombrowski (1882-1972), Journalist, ab 1916 politischer Redakteur beim "Berliner Tageblatt", zuletzt stellv. Chefredakteur, 1926-1936 Chefredakteur des "Frankfurter Generalanzeigers", anschließend Berufsverbot, 1949-1962 Mitherausgeber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

2 Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Hermann Held. Dombrowski, der persönlich nicht anwesend war, ließ sich durch die Rechtsanwälte Fritz Cohn und Josef Graf von Pestalozza vertreten. Hitler wurde von Rechtsanwalt Lorenz Roder begleitet.
Dombrowski war als verantwortlicher Schriftleiter des "Berliner Tageblattes" am 19.4.1926 vom Amtsgericht München wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 1.000 RM verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten beide Parteien Berufung eingelegt.
Anlaß für den Beleidigungsprozeß war eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, die das Berliner Tageblatt in der Abendausgabe am 2.6.1925 unter der Überschrift "Die französischen Gelder Hitlers. Die abgewiesene Revision" veröffentlicht hatte. Sie lautete: "Wie die 'Münchener Post' meldet, hat das Oberlandesgericht die von Hitler eingelegte Revision in seinem Prozeß gegen Sanitätsrat Dr. Pittinger abgewiesen. Es handelte sich dabei um den Vorwurf, daß Hitler und seine Bewegung 1923 mit französischem Gelde gespeist wurden, eine Behauptung, die von dem verstorbenen englischen Politiker E. D. Morel auf Grund unbestrittener Informationen von Pariser Persönlichkeiten aufgestellt worden war. Dr. Pittinger war in der ersten Instanz freigesprochen worden."

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 21.8.1926 (AA), "Ein Fehlurteil. Der Kampf um Hitlers nicht angegriffene Ehre"; Bayerischer Kurier vom 23.8.1926, "Aus dem Gerichtssaal"; Münchner Neueste Nachrichten vom 24.8.1926, "Hitlers Klage gegen das 'Berliner Tageblatt'".

4 Am 19.4.1926 vor dem Amtsgericht München. Vgl. Bd. I, Dok. 132.

5 Albert Leo Schlageter (1894-1923), Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, zuletzt Leutnant der Reserve, 1919-1921 Freikorpskämpfer im Baltikum, Ruhrgebiet und Oberschlesien, 1923 als Mitglied der Organisation Heinz aktiv am Ruhrkampf gegen die Franzosen beteiligt, am 9.5.1923 von einem franz. Gericht zum Tode verurteilt und am 26.5.1923 erschossen. Es ist strittig, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist; die Partei vereinnahmte ihn aber sehr bald für ihre nationale Propaganda - obwohl Hitler den Ruhrkampf 1923 abgelehnt hatte. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Spitze! - im Kampf gegen die Franzosen bringen, wagt man, diese Bewegung in landesverräterischen Zusammenhang mit Frankreich zu bringen. So will man mit Lügen und gemeinsten Verleumdungen die politische Existenz der Bewegung und ihres Führers vernichten. Die öffentliche Meinung sieht nie die einzelnen Verfasser einer Zeitungsnachricht eines sog. Weltblattes, und es setzt dann das politische Schneeballensystem [*sic!*] der Verleumdung in den kleineren Zeitungen ein. Dem Betroffenen aber ist es dann wegen der Unzahl der Verleumderblätter meist finanziell unmöglich, in jedem Fall gerichtlich vorzugehen, und so entlarvt sich das Ganze als zielbewußtes *System der Verleumdung*. Im Fall *Pittinger*[6] und in *Plauen*[7] wurde gerade vom "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" der Urteilsspruch bei der Berichterstattung ins Gegenteil verkehrt. Wozu braucht man dann noch Gerichte, wenn damit die letzte Waffe der persönlichen Ehrverteidigung aus der Hand geschlagen wird? Ja, das "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" brachte es in seinem Prozeßbericht[8] aus *Plauen* fertig, mich in Zusammenhang mit dem *Gareismord*[9] zu bringen.

Ich bin früher nicht für eine Höhe der Strafe eingetreten, weil mir die Tatsache der gerichtlichen Feststellung, daß die gemachten Vorwürfe unwahr seien, genügte; nach diesem Verhalten des "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" aber bin ich für eine Erhöhung des Strafausmaßes und fordere als abschreckendes Beispiel für den Schriftleiter des "B[*erliner*] T[*ageblatt*]", den Hauptausgangspunkt des Verleumdungsfeldzuges gegen mich, eine *Freiheitsstrafe*. Als Mensch verlange ich Schutz meiner Ehre, so daß es sich in Zukunft jeder überlegen wird, diese Verleumdung zu wiederholen. Auch eine Erhöhung der Geldstrafe ist geboten, da 1.000 [*Mark*] für ein Unternehmen wie das "B[*erliner*] T[*ageblatt*]" nichts bedeuten; in anderen Ländern geht man ungleich schärfer vor, so hatte vor Jahren die "Times" in London in einem ähnlichen Fall 20.000 M. Geldstrafe erhalten. Denn es ist eine der niederträchtigsten Verleumdungen, wenn sie den zum Landesverräter und Zuhälter Frankreichs stempelt, der 4 1/2 Jahre gegen die Franzosen im Schützengraben gekämpft hat."[10]

---

6 Otto Pittinger (1878-1926), Dr. med., Sanitätsrat, 1919 Kreishauptmann der bayer. Einwohnerwehren in der Oberpfalz, stellv. Reichshauptmann der Organisation Escherich, 1921 Gründer der Geheimorganisation Pittinger, 1922-1926 Gründer und Führer des Bundes Bayern und Reich, einer auf die Restauration des Wittelsbacher Königshauses abzielenden Heimatschutz-Bewegung.
Zum Beleidigungsprozeß Hitler gegen Pittinger am 27.2.1925 vor dem Amtsgericht München vgl. Bd. I, Dok. 5.

7 In Plauen hatte am 9.7.1926 vor dem Amtsgericht in ähnlicher Sache der Beleidigungsprozeß Hitler gegen Eugen Fritsch stattgefunden. Vgl. Dok. 8.

8 Berliner Tageblatt vom 10.7.1926 (MA), "Der Hitler-Prozeß in Plauen. Wer hat französisches Geld genommen?". Dem Bericht zufolge soll der Verteidiger Paul Levi erklärt haben, daß "Hitler der Anstifter zum Morde an Gareis" gewesen sei. Tatsächlich hatte Levi jedoch den Vorwurf gegen einen Kriminalkommissar der Polizeidirektion München erhoben. Vgl. Vogtländischer Anzeiger vom 11.7.1926, "Ein Hitler-Prozeß vor dem Plauener Amtsgericht".

9 Karl Gareis (1889-1921), Gymnasialassistent, 1919-1921 MdL in Bayern und Fraktionsvorsitzender der USPD, wurde am 9.6.1921 ermordet; Täter blieb unbekannt.

10 Folgt Bericht über den weiteren Prozeßverlauf. Das Gericht gab der Berufung Hitlers statt und erhöhte die Geldstrafe gegen Dombrowski auf 2.500 RM, wies aber den Antrag des Klägers auf Verurteilung wegen verleumderischer Beleidigung ab. Gegen das Urteil legten beide Parteien beim Bayerischen Obersten Landesgericht in München erfolglos Revision ein. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom

29. August 1926 Dok. 24
Rede auf Tagung der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) in München [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

30. August 1926 Dok. 25
Anordnung

VB vom 31.8.1926, "Bekanntmachung".

Herr Bernhard *Reiter* [1], Magdeburg, Breiter Weg 250, 1. Stck. links, hat am 19. d[*es*] M[*onats*] [*19.8.1926*] seinen Austritt aus der O[*rts*]-Gr[*uppe*] Magdeburg und damit aus der N.S.D.A.P. überhaupt erklärt.

Er ist nicht berechtigt, im Namen der N.S.D.A.P. für die Bewegung zu arbeiten. Der angeblich in seinen Besitz übergegangene *"Mitteldeutsche Beobachter"* [2] ist kein Kampfblatt der Partei.

München, 30. August 1926

gez. Adolf Hitler

18.11.1926, "Hitler gegen das 'B.T.' Verwerfung der Revisionen"; VB vom 19.11.1926, "Das endgültig bestrafte 'Berliner Tageblatt'".

1 Ort und Zeit unbekannt. Den Vorsitz führte Hitler.

2 Vgl. VB vom 31.8.1926, "Die Hitlerbewegung in Oesterreich". Der dort angekündigte ausführliche Bericht ist nicht erschienen.
Auf der Tagung wurde die Bezeichnung "N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung), Landesleitung Österreich" als offizieller Parteiname festgelegt und die Gliederung in die Gaue Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg, Kärnten und Steiermark beschlossen. Als Führer und Bevollmächtigter Hitlers wurde Friedrich Jankovic, als dessen Vertreter und Organisationsleiter Robert Derda, als Propagandaleiter Richard Suchenwirth, als Leiter des Pressewesens Ernst Graber und als Generalsekretär Karl Loßmann ernannt.

1 Bernhard Reiter (geb. 1893), Arbeiter, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1922 Gründer der Ortsgruppe Amberg, 1924/25 Agitator in Thüringen.

2 Der "Mitteldeutsche Beobachter" war 1925 von Gauleiter Walter Ernst als Organ des NSDAP-Gaues Halle-Merseburg gegründet worden. Vgl. auch Dok. 13.

31. August 1926 — Dok. 26
Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Meineid [1]
Erklärung

Masch. Protokoll der Angeschuldigten-Vernehmung am 31.8.1926 mit hs. Korrekturen und Unterschriften; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

Bei Beginn meiner Vernehmung in dem Luppe-Streicher-Prozeß in Nürnberg [2] machte mich der Vorsitzende mit dem Gegenstand dieses Prozesses bekannt und fragte u. a., ob mit unserm Vorgehen am 1. Mai [*19*]23 [3] ein Staatsstreich oder Sturz der Regierung beabsichtigt war. In Beantwortung dieser Frage habe ich dann meine Aussage dahin gemacht, daß unser Vorgehen vom 1. Mai 1923 sich nicht gegen die Regierung richtete, und habe das näher begründet. Ich habe somit bei meiner damaligen Aussage, daß sich das Vorgehen nicht gegen die Regierung richtete, an sich lediglich den Plan eines Staatsstreichs oder eines Sturzes der Regierung verneinen wollen. Gleichwohl möchte ich betonen, daß ich ebenso gut der Wahrheit gemäß hätte bekunden können, daß wir am 1. Mai 1923 auch nicht im Sinne hatten, in irgendeiner Weise gewaltsam Regierungsmaßnahmen zu durchkreuzen, oder im Gegensatz zur Reichswehr oder Landespolizei etwas unternehmen wollten.

Wenn ich angab, daß von unserer Seite nichts erfolgt wäre, wenn die Regierung das, was sie zuletzt verfügt hatte, schon am 20. August [4] [*1923*] verfügt hätte, so hat es damit folgende Bewandtnis:

Hätte die Regierung von sich aus, als die Sozialisten mit dem Gesuch um Genehmigung des großen Zuges an die Polizei herantraten, die Sache so eingeschränkt, wie dann die Feier tatsächlich durchgeführt wurde, dann hätten wir das Bewußtsein gewonnen, daß die Regierung auf der Hut ist, und wir hätten allen weiteren Maßnahmen und Anordnung[*en*] der Regierung Vertrauen entgegenbringen können. Alle weiteren Maßnahmen der Regierung wären dann von uns ganz anders beurteilt worden, als es der Fall war, nachdem die Regierung zuerst alles genehmigt hatte und erst auf das Einschreiten

---

1 Im Münchner Justizpalast. Die Vernehmung führte Landgerichtsrat Dr. Friedrich Welsch in Gegenwart von Gerichtsschreiber Antor. Zu den früheren Vernehmungen vgl. Bd. I, Dok. 120, 123, 124, 126 und 133.
Das Ermittlungsverfahren wurde am 14.1.1927 von der 4. Strafkammer des Landgerichts München I "außer Verfolgung" gesetzt. "Die Voruntersuchung hat jedoch nicht ergeben, daß er [*Hitler*] seine Eidespflicht vorsätzlich oder auch nur fahrlässig verletzt habe." Beschluß vom 14.1.1927; StA München, Staatsanwaltschaft München I, 3073.

2 Am 3.12.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 90.

3 Am 1.5.1923 hatte die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände bewaffnete Verbände in München zusammengezogen, um die sozialistischen Mai-Kundgebungen mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem die bayerische Regierung ihrerseits Reichswehr und Landespolizei aufmarschieren ließ, gab Hitler die Machtprobe auf und erteilte den Befehl zum Rückzug. Zu den Vorgängen vgl. Lothar Gruchmann, Hitlers Denkschrift vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument, in: VfZ 39 (1991), S. 305-328; Ernst Deuerlein, Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 56 ff. Bei Deuerlein, S. 713 ff., auch Abdruck von drei ausführlichen Berichten der Polizeidirektion München.

4 Muß heißen: April.

der vaterländischen Verbände hin Schritt für Schritt Einschränkungen verfügte. Als solche Einschränkungen habe ich im Auge die Zerteilung des Zuges in kleinere Züge, wodurch der Maifeier der Charakter der großangelegten Demonstration genommen und insbesonders auch verhindert wurde, daß München einen Zug über sich ergehen lassen mußte, der unleugbare Ähnlichkeit mit dem Eisnerzug im November 1918 hatte, ferner das Verbot, die innere Stadt zu betreten, das Verbot, offene rote Fahnen im Zuge mitzuführen. Wenn mir vorgehalten wird, daß das Verbot der Polizeidirektion lediglich sich auf Sowjetfahnen bezog, so bemerke ich, daß uns seinerzeit in den letzten Tagen des April bestimmt von irgendeiner Seite, die ich heute nicht mehr weiß, mitgeteilt wurde, daß allgemein das Mitführen von entrollten Fahnen verboten worden sei. Betrafen die genannten Einschränkungen lediglich die Verhinderung der großen Demonstration, so war damit an sich die Gefahr eines Mißbrauches der eingeschränkten Maifeier zu Putschzwecken noch nicht ausgeschlossen. Hätte aber die Regierung von vornherein die Feier nur im beschränkten Umfang gestattet, dann hätten wir hieraus die Überzeugung geschöpft, daß die Regierung gegen etwaige Putschabsichten die erforderlichen Vorkehrungen, insbesonders auch durch Heranziehung auswärtiger Truppen oder rechtzeitigen Aufruf der Notpolizei, trifft.

Ich erinnere mich, daß ich am Nachmittag des 30.IV.[*1923*] gegen Abend ein zweites Mal bei General Lossow [5] war. Ich ging dort hin, um den General zu veranlassen, bei der Regierung dahin zu wirken, daß durch Verhängung des Ausnahmezustandes für den 1. Mai die Maifeier und unser Auftreten verboten werde. Es geschah dies etwa um die Zeit, als eine Abordnung der Kampfverbände im gleichen Sinne beim Ministerpräsidenten [6] vorstellig werden wollte, die dann infolge Abreise des Ministerpräsidenten bei Kultusminister Dr. Matt [7] hiewegen vorsprach.

Während meines Aufenthalts auf [*dem*] Oberwiesenfeld bemerkte ich, daß auf Lastwagen Waffen für die Organisationen bereit lagen, ferner sah ich auch einmal, daß Waffen an Leute hinausgegeben wurden. Ich habe angenommen, daß dies auf einen diesbezgl. Befehl der militärischen Oberleitung (Kriebel [8]) erfolge. Ich erinnere mich nicht,

5 Otto Freiherr von Lossow (1868-1938), Berufsoffizier, 1911-1914 Militärberater in der Türkei, 1914 Generalstabschef des 1. bayer. Reservekorps, 1915-1918 deutscher Militärbevollmächtigter in der Türkei, 1920 Kommandeur der Infanterieschule München, 1922 Landeskommandant von Bayern und Kommandeur der 7. (Bayer.) Division, Feb. 1924 Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, anschließend im Dienst der türk. Armee.

6 Eugen Ritter von Knilling (1865-1927), 1899 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, Feb. 1912 bis Nov. 1918 bayer. Kultusminister, 1920-1922 MdL (BVP), Nov. 1922 bis Juni 1924 bayer. Ministerpräsident, 1924-1927 Präsident der Staatsschuldenverwaltung.

7 Franz Matt (1860-1929), Jurist, 1908 Referent im bayer. Kultusministerium, März 1920 bis Okt. 1926 bayer. Kultusminister (BVP).

8 Hermann Kriebel (1876-1941), Oberstleutnant a. D., zuletzt im Generalstab der OHL, 1918/19 Mitglied der Waffenstillstandsdelegation in Spa, 1919 Stabsleiter der bayer. Einwohnerwehren, dann der Organisation Escherich, 1923 militärischer Führer der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, ab Sep. 1923 des Deutschen Kampfbundes, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, 1924 MdR (NSFB, an der Ausübung des Mandats durch die Haft verhindert), nach Entlassung Ende 1924 Gutsverwalter in Kärnten, 1929-1933 Militärberater der chines. Nationalregierung, 1934 deutscher Generalkonsul in Schanghai, 1937 Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes.

daß Göring [9] mich wegen der Ausgabe der Waffen fragte. Ich fand auch nach der ganzen Sachlage an der Hinausgabe von Waffen an die einzelnen Leute nichts besonderes, auch nicht in Hinblick auf die Weigerung des General Lossow vom Abend vorher, die Waffen an uns herauszugeben, weil wir ja Waffen auch in Depots hatten, zu denen wir selbst die Schlüssel besaßen und bezgl. deren General Lossow die Herausgabe gar nicht verweigern konnte, weil er hiezu kein Recht hatte. General Lossow konnte allerdings, soweit solche Waffen innerhalb des Bereichs von Kasernen lagen, das Betreten der Kasernen verbieten. Ein solches Verbot ist mir aber nicht bekannt geworden. Ich nahm an, daß die Verteilung der Waffen zu dem Zwecke erfolgt, um die von der Arbeitsgemeinschaft beschlossene Bereitschaft durchzuführen. Irgendeine Absicht, etwa nun mit den bewaffneten Leuten in die Stadt zu ziehen und mit den Roten Krieg anzufangen, bestand nicht; wir hätten solches in den ersten Morgenstunden, ohne von irgendeiner Seite daran gehindert zu werden, leicht machen können. Wir blieben aber, wie beabsichtigt, in Bereitschaft auf [*dem*] Oberwiesenfeld stehen und ließen unsere Leute exerzieren, damit sie nicht untätig herumstehen.

Die Herausgabe der Flugblätter beruht meines Wissens auf einem Beschlusse der Arbeitsgemeinschaft. Jedenfalls habe ich davon gewußt, daß die Flugblätter herausgegeben werden, und war damit und mit ihrem Inhalt auch einverstanden.

Davon, daß die VVM [10] an der Bereitschaft sich nicht mehr beteiligen, habe ich meines Wissens erst auf [*dem*] Oberwiesenfeld erfahren, von wem weiß ich nicht mehr. Eine telefonische Verbindung mit Göring oder Kriebel bestand von Oberwiesenfeld aus nicht. Jedenfalls habe ich dem Rücktritt der VVM keine besondere Bedeutung beigelegt, weil ich annahm, daß dieser Rücktritt eine Folge des mir vorher schon bekannt gewordenen Aufrufs der Notpolizei, zu der die VVM gehörten, sei.

Ob die Alarmierung zum 1. Mai teilweise auch mit roten Alarmzetteln erfolgte, weiß ich nicht. Die Bestimmung der Art des Alarms war Sache von Göring. In Hinblick auf den bei den Anlagen zu Blatt 214 befindlichen Brief eines Hundertschaftsführers Lembke [11] bemerke ich, daß bei uns zweierlei Alarmarten durch Zettel bestanden. Der einfache Alarm, der bedeutete, daß nur die Leute zu kommen brauchten, die von ihrer Arbeit oder ihrem Beruf ohne Schwierigkeiten abkommen konnten, und der besondere Alarm, bei dem jeder zu kommen verpflichtet war. Es ist wohl möglich, daß die Alarmierung vom 1. Mai zum Teil mit roten Zetteln erfolgt[*e*] und diese roten Zettel in Fällen des besonderen Alarms verwendet wurden. Auf keinen Fall hatten die roten Alarmzettel die Bedeutung, daß die mit diesen Zetteln erfolgte Alarmierung "den Anbruch des Tag[*es*] der Abrechnung" bedeuten sollte, wie Lembke am 7. Mai 1923 im Brief schreibt.

9 Hermann Göring (1893-1946), Hauptmann a. D., 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR, 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 kommissarischer preuß. Innenminister, 1933-1945 preuß. Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsluftfahrtminister, 1934-1945 Oberfehlshaber der Luftwaffe, 1946 Selbstmord.

10 Vaterländische Verbände München.

11 Nicht ermittelt.

Zu der Behauptung eines gewissen Plümer [12] in seiner Schrift "Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis" [13], daß der 1. Mai eine zweite Kraftprobe zwischen der Staatsgewalt und Hitlers Machtwillen gebracht habe, möchte ich folgendes bemerken: Ich glaube nicht, daß Plümer überhaupt Mitglied meiner Organisation war, auf keinen Fall hat er in meiner Organisation irgendeine Rolle gespielt; ich habe Plümer erst im Herbst 1924 kennengelernt, als er von der Reichsführerschaft Ludendorff [14], Graefe [15] und Straßer zum Leiter der völkischen Rednerschule bestimmt war. Ich habe damals sofort gegen Plümer Stellung genommen, weil er mir noch völlig unbekannt war. Die eingangs erwähnte Darstellung Plümers über die angebliche Machtprobe ist nichts als eine private Äußerung dieses Herrn, der in keiner Weise über die Pläne und Absichten der Führer der Arbeitsgemeinschaft gelegentlich des 1. Mai 1923 unterrichtet war oder unterrichtet sein konnte.

Auf Selbstlesen genehmigt und unterschrieben:

Adolf Hitler
Dr. Welsch [16]
Antor [17]

12 Friedrich Plümer (1899-1962), Student, 1924/25 Leiter einer "völkischen Rednerschule" in München, 1925 Mitglied des Nationalsozialen Volksbundes, Ende 1925 Verfasser der Kampfschrift "Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis", später Mittelschullehrer in Wuppertal-Elberfeld, 1934 Abschnittsleiter West der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, 1937 Eintritt in die NSDAP.

13 München 1925, S. 24: "Der 1. Mai brachte die zweite Kraftprobe zwischen der Staatsgewalt und Hitlers Machtwillen. An diesem Tage standen sich auf dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld das erste Mal Reichswehr und Hitlertruppen bewaffnet gegenüber".

14 Erich Ludendorff (1865-1937), 1882 Berufsoffizier, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee, 1916 Erster Generalquartiermeister der 3. OHL, Okt. 1918 Entlassung, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 vor Gericht freigesprochen, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenschaft, 1925-1933 Führer des Tannenberg-Bundes, 1930 Leiter der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk" (zusammen mit Mathilde Ludendorff), später umbenannt in Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff).

15 Albrecht von Graefe (1868-1933), Major a. D. und Rittergutsbesitzer, 1887 Berufsoffizier, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR 1920-1928 (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer und Führer (1922-1928) der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB.

16 Friedrich Welsch (1881-1959), Dr. jur., 1925 Rat am Landgericht München I, 1930 Oberstaatsanwalt in Augsburg, 1933 Landgerichtsdirektor am Landgericht München I.

17 Nicht ermittelt.

4. September 1926 Dok. 27
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Lagebericht N/Nr. 51 der Polizeidirektion München vom 22.9.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458 [2].

Hitler ergriff zu etwa einstündigen Ausführungen das Wort, wobei er besonders die günstigen Aussichten erwähnte, die sich gegenwärtig wieder der Bewegung eröffnen.

11. September 1926 Dok. 28
Erklärung auf SA-Versammlung in München [1]

Flugschrift: "Adolf Hitlers Rede anläßlich der Standartenweihe am 11. September im historischen Saal des 'Bürgerbräukellers' zu München", München (Eher-Verlag) o. D. [2]; BayHStA, Slg. Rehse I/22-24 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Es ist immer wieder notwendig, *zur Beurteilung der Lage von heute und morgen den Blick in die Vergangenheit zu richten, um aus ihr und ihren Fehlern für die Zukunft zu lernen.*

Wir sind in diesem Saale versammelt, um der wiedererstandenen *S.A. München eine neue Standarte* zu geben. Ein neues Symbol des großen Kampfes und Ringens, in dem unsere Bewegung sich heute mehr denn je befindet. Die S.A. München erhält dieses Symbol in einem Augenblicke, in dem Deutschland äußerlich von den *Polypenarmen des*

---

1 Im Hirschbräukeller, nach 22.00 Uhr. Die "Wiedersehensfeier der Kameraden der ehemaligen 4. Kompanie der NSDAP, Regiment München", an der laut Polizeibericht etwa 200 Personen teilnahmen, wurde von Georg Seidenschwang, Führer der SA München-Westend, geleitet.

2 Vgl. auch VB vom 9.9.1926, "Aus der Bewegung. Unser Vormarsch". Sowie Ankündigung im VB vom 31.8. und 1.9.1926, "Aus der Bewegung".

1 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung fand anläßlich der Standartenweihe und -übergabe an die SA München statt, an der laut VB auch Abordnungen von nord- und südbayerischen Ortsgruppen teilnahmen. Die Erklärung Hitlers wurde vom NSDAP-Landtagsabgeordneten Adolf Wagner verlesen, da Hitler noch Redeverbot hatte. Am nächsten Tag fand am Vormittag ein von SA und SS gemeinsam veranstalteter Propagandamarsch vom Bürgerbräukeller nach Solln statt, an dem laut Polizeibericht etwa 350 Personen teilnahmen. Zum Programmablauf vgl. VB vom 4.9.1926, "Aus der Bewegung".

2 Das Flugblatt wurde als "Sonderdruck aus Nr. 212 des 'Völkischen Beobachters'" vertrieben; in der VB-Nr. 212 vom 14.9.1926 ist die Rede jedoch nur in gekürzter Form veröffentlicht worden.

3 Gekürzte Fassung: VB vom 14.9.1926, "Die Standarten-Weihe in München". Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 13.9.1926, "Die wiedererstandene S.A."; Münchener Post vom 13.9.1926, "Der Klub der 'Harmlosen'"; Bayerischer Kurier vom 14.9.1926, "Bayern und Reich: Die 'strengen Befehle' des Herrn Hitler"; VB vom 15.9.1926, "Aufruf! Parteigenossen! Parteigenossinnen!". Sowie Lagebericht N/Nr. 51 der Polizeidirektion München vom 22.9.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Völkerbundes glücklich umfangen ist[4], während es innerlich zerfetzt und zerrissen, in tausend Klüftungen zerfallen, einer langsamen weltanschaulichen und staatlichen Auflösung weiter entgegengeht, wenn sich eben nicht aus diesem wilden Durcheinander eine neue Kraft herauszubilden beginnt, die dereinst berufen ist, dem inneren Hader ein Ende und der Freiheit die Wiederauferstehung zu geben.

Wenn wir von einem *zerrissenen Volke* reden, dann muß dies heute mehr denn je so aufgefaßt werden, daß der bessere Teil unseres Volkes in seiner Zersplitterung zur Ohnmacht verdammt bleibt, während der größte Feind unserer Zukunft auch heute in staunenswerter Geschlossenheit, wenn auch äußerlich scheinbar gespalten, sein Ziel verfolgt.

Der geschlossenen marxistischen Ideenwelt und ihren verschiedenen Kampforganisationen steht ein *bürgerliches Chaos* gegenüber, uneins im Sinn, zersplittert im Wollen und allein schon demzufolge unfähig zu jeder Tat.

Wohl scheinen für den oberflächlichen Betrachter sich augenblicklich in Deutschland große *Verbände einer sogenannten nationalen Überzeugung und Gesinnung* zu befinden. Allein nicht nur, daß ihr Dasein der bisherigen antinationalen Entwicklung kein Ende zu bereiten vermochte, scheinen sie selbst heute schon Stoff von jenem Stoff zu sein, den wir in der neuen Flagge des Reiches symbolisch angedeutet sehen.

Die sogenannte "vaterländische Bewegung", mag sie sich als vaterländisch bezeichnen oder selbst als völkisch, krankt an denselben Fehlern, die wir schon vor dem Kriege sehen und empfinden konnten.

Schon vor dem Kriege finden wir in unserem Vaterlande die gleichen Kräfte tätig wie heute. Auf der einen Seite wieder der Marxismus, damals auch äußerlich in einer einzigen Organisation verkörpert, in dauerndem Angriff den Staat langsam aushöhlend, auf der anderen die bürgerliche Welt, geistig unsicher und organisatorisch uneins, ja lächerlich schwach.

Während der Marxismus als Weltanschauung ein Ziel verfolgte, das in ferner Zukunft den Menschen ein Paradies vorzauberte, hatte die bürgerliche Welt an sich kein Bild der Zukunft aufzuweisen.

Sie konnte tausendmal das bessere Recht auf ihrer Seite haben, sie war dennoch eine Erscheinung der Vergangenheit. Die bürgerlichen Parteien insbesondere, selbst schon von marxistischem Geist umhaucht, konnten nicht mehr jenen Elan und jene Stoßkraft aufbringen, die nötig gewesen wären, den Kampf gegen den Marxismus zu beenden und zwar siegreich zu beenden. Nein, indem man sich an ihn als ein fast notwendiges Übel gewöhnte, mußte man auf jene endgültige entscheidende Auseinandersetzung um so mehr Verzicht leisten, als die eigene Weltanschauung in ihrer zerrissenen Mangelhaftigkeit den eigenen Anhängern kein Bild zu geben vermochte, das des letzten Einsatzes würdig und wert gewesen wäre. *Die bürgerlichen Parteien kämpften* schon vor dem Kriege nur mehr um *günstige Wahlerfolge*, eine Erkenntnis darüber jedoch, daß die Zukunft der deutschen Nation entweder zur Ausrottung der marxistischen oder zur Vernichtung der

4 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 353 ff.

bürgerlichen Welt führen muß, war ihnen nicht mehr klar geworden. In einer gelungenen Wahlschlacht sahen sie den größten Erfolg, und wie der Vogel Strauß steckten sie vor dem wachsenden roten Meer die Köpfe in den Sand; sie wollten nicht sehen. Die Warner wurden verlacht, beiseite geschoben, und so mußten sie sich denn endlich fügen.

Allerdings gab es außer den bürgerlich[*en*] politischen Parteien, die sich damals als einzige Repräsentanten eines nach ihrer Auffassung richtigen Nationalgedankens fühlten, bereits Verbände, die allgemein nationalen Interessen zu dienen vorgaben, parteipolitische Bindungen und Ziele dabei ablehnten. Eine Unzahl patriotischer, vaterländischer Vereinigungen versuchte das Parteileben zu überwinden und allgemeine nationale Gesichtspunkte an dessen Stelle zu setzen. Auch über sie hat die Geschichte den Stab gebrochen. Ob das Krieger- und Veteranenvereine, Flottenvereine, Jungmänner-Organisationen oder ähnliches waren, einerlei, auch sie wurzelten nur in der Vergangenheit, besaßen kein Ziel für die Zukunft, gingen an dem gewaltigen Problem der Eingliederung des vierten Standes in eine nationale Volksgemeinschaft gedanken- und achtlos vorüber und sanken damit herunter zu patriotischen Wach- und Schließgesellschaften der alten Monarchie. Ihre ganze Tätigkeit war wertlos, sie glich dem Versuch, ein Gebäude, dessen Fundament morsch und faul geworden war, durch einen äußeren, neuen Farbenanstrich zu retten.

In der Tatsache des Zusammenbruchs am 7. bis 11. November 1918 liegt die vernichtendste historische Kritik an all jenen Gebilden, die sich im alten Reich als Wahrerinnen des nationalen Gedankens fühlten und ausgaben. Die vernichtendste Kritik an allen Personen, die damals im politischen Leben eine Rolle spielten, an allen Parteien der damaligen Zeit und zugleich aber auch eine entsetzliche Aburteilung eines ganzen Systems, aus dem sich in kritischer Stunde kein eiserner Schädel mehr herauszuringen [*sic!*] vermochte, um mit starker Faust die sinkende Flagge des Reiches noch einmal emporzureißen und den Widersachern einer deutschen Größe und Zukunft das verdiente Ende zu bereiten. Es gehört die Unanständigkeit und freche Einbildung der Parteien und Männer des alten Regimes dazu, sich auch heute noch als Retter des deutschen Volkes aufspielen zu wollen, da sie in der Stunde, in der sie sich bewähren sollten, alle so jämmerlich versagten. Ja noch mehr, es ist eine unglaubliche Zumutung für ein Volk, denen vertrauen zu sollen, die in der entscheidenden Stunde nicht einmal den leisesten Widerstand gewagt hatten. So schmählich es ist zu wissen, daß *eine "deutsche" Revolution durch Zuhälter und Deserteure gemacht* wurde, so schmachvoll aber ist es für uns alle zu sehen, daß die Männer, die, im Besitze aller staatlichen Machtmittel, vor Zuhältern und Deserteuren in die Knie sanken, heute mit eiserner Stirne sich erneut der Nation als Führer in eine bessere Zukunft zu präsentieren wagen.

Der Zusammenbruch des Jahres 1918 hat dem Marxismus, von seinem Gesichtspunkt aus betrachtet, recht gegeben, die bürgerliche Welt jedoch, von jedem Gesichtspunkt aus gesehen, verurteilt.

Noch viele, viele Monate nach dem Zusammenbruch krümmten und duckten sich die bürgerlichen Parteien und ihre Führer vor jedem marxistischen Befehl, und gehorchten Millionen der Träger ihrer Ideenwelt in jämmerlichster Weise irgendeinem verstrolch-

ten Zuchthäusler, soferne diesen das Schicksal ihnen augenblicklich zum Herrn bestimmt hatte.

Allein die siegreichen Revolutionäre selbst waren nicht mehr Herren der von ihnen geschaffenen Lage. Sie hatten ja nicht gesiegt durch das Übermaß ihres eigenen Mutes, als vielmehr durch die Schmach der elenden Jämmerlichkeit ihrer Gegner. In eben dem Maße, in dem die verwitterten Bataillone der Kampffront in die Heimat rückten, wurde den Helden der Revolution bang und bänger, und sie empfanden die Notwendigkeit, das Abgleiten nach dem allerlinkesten Flügel zu verhindern, um nicht doch Gefahr zu laufen, in den nach der Heimat strömenden Millionenarmeen plötzlich einen erbitterten Feind sehen zu müssen.

So mimten die Drahtzieher der Revolution denn auf einmal ein gemäßigtes Empfinden, während die Sturmbataillone des Novemberstreichs, Spartakusmänner und Unabhängige, als wilde Bestien auf die bürgerliche Welt losgelassen wurden.

Das angestrebte Ziel wurde erreicht. *Die Angst vor dem Bolschewismus machte den deutschen Spießbürger zum soliden "Republikaner".* Ja noch mehr, das aktivistische, an sich nur wenige übriggebliebene *Blut der Front* fand nun nicht mehr seinen Einsatz *gegen* die Novemberverbrecher an sich, sondern focht im *Dienst* und *Sold der Revolutionslumpen gegen den drohenden Bolschewismus, d. h. also für die Erhaltung der bestehenden Revolution.* Zehntausende deutscher Offiziere und Hunderttausende deutscher junger Männer sahen in ihrer politischen Kindlichkeit nicht ein, daß sie damit die Ehre erhielten, Schildknappen revolutionärer Zuhälter, Zuchthäusler und Etappenlumpen zu werden. Denn ihr Bluteinsatz sollte nicht dem deutschen Volk zugute kommen, sondern ausschließlich seinen Vergewaltigern.

Die ganze *Wehrbewegung der nachrevolutionären Zeit*, gleich ob Einwohnerwehren, Orgesch [5], Freikorps oder anderes stand im *Dienste doch des durch Verbrecher geschaffenen Zustandes* und half dadurch mit, diesen Zustand als das berühmte "kleinere Übel" zu erhalten. So konnte der hohnvolle Vorgang stattfinden, daß dieselben Männer, die von den Novemberverbrechern um alles bestohlen und betrogen worden waren, den Schutz dieser Verbrecher höchst persönlich übernahmen.

Allein dieses alles war wieder nur möglich, weil genau so wie die bürgerliche Parteienwelt auch diese sogenannten Wehrverbände kein eigenes politisches Ziel besaßen, weil auch sie im günstigsten Falle nur als erhaltendes Element in die Erscheinung zu treten vermochten und nicht als stürmende Kampftruppe für ein Ziel der Zukunft.

Denn wenn die bürgerliche Parteienwelt vor dem Kriege bestenfalls den bestehenden Zustand erhalten wollte, dann versuchte sie nach dem Kriege im günstigsten Falle den vergangenen aufs neue zu erwecken. Im Augenblick also, in dem der Marxismus die erste Etappe seines Zieles erreicht hat und sich anschickt, in zäher Arbeit die Vorbereitungen zum nächsten Hieb zu treffen, wendet sein Gegenspieler, die bürgerliche Welt, den Blick in die Vergangenheit, redet von Bismarck-Reich und alter Flagge, während

5 Gemeint ist die Organisation Escherich, die im Mai 1920 von Forstrat Georg Escherich, Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, als nationaler Wehrverband gegründet worden war. Vgl. Horst G. W. Nußer, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870-1941, München 1973.

sich um die Weltkugel eine rote Schärpe zu legen beginnt, unter der das Leben abstirbt, und Feuer und Hunger und Pest, die scheinbar überwundenen Feinde der Menschheit, die menschliche Kultur ersticken.

Da auf dem ganzen Erdball die Wetterzeichen eine kommende gigantische Auseinandersetzung zwischen dem nach der Weltherrschaft strebenden Judentum und den sich dagegen sträubenden Völkern anzeigen, klebt der deutsche Spießer jetzt auf einmal an dem Reiche der Vergangenheit, das zu schützen er selbst einst zu feige war.

Es ist eine wirkliche Ironie, heute nun plötzlich den Bismarck-Staat aus den Mäulern derjenigen verteidigen, rühmen und preisen zu hören, die sich am 9. November 1918 so jämmerlich verhielten und Bismarcks Werk zu ewiger Schande für das Linsengericht einer Genehmigung der Beteiligung am neuen Zustand verschacherten.

Nein, ganz abgesehen von der inneren Unwahrhaftigkeit der Motive dieser politischen Gaukler: *die Weltgeschichte rollt nach vorwärts,* und was in der Vergangenheit sich nicht zu halten vermochte, kann nicht plötzlich in der Zukunft das rollende Rad zum Stillstand bringen. Indem unsere bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht überhaupt auf dem "Boden der Tatsachen" stehen, als einziges Ziel nur die *Restauration der Vergangenheit* im Auge haben, verzichten sie selbst auf die Kraft, die notwendig wäre, den Marxismus zu brechen. Sie beweisen damit, daß sie auch heute noch keinen blassen Schimmer von Verständnis dafür besitzen, daß die Frage der deutschen Zukunft nicht die Frage der Wiedereinsetzung irgendeines Potentaten, sondern die Frage der Befreiung der deutschen Nation von der marxistischen Pest ist und bleibt. Daß nicht deutsche Fürsten dem deutschen Volk zurückgewonnen werden müssen, sondern jene 15 Millionen Menschen, die der Marxismus und die internationale pazifistische Illusion der deutschen Volksgemeinschaft raubten.

Die Wiederkehr eines deutschen Fürsten zu seinem Volke bedeutet heute gar nichts, die Rückkehr der 15 Millionen marxistisch eingestellten Arbeiter in die Arme ihres Vaterlandes und ihrer Nation wäre das Fanal zur Freiheit.

Nun sind seit der Revolution bald acht Jahre verflossen. Acht Jahre, die den Strick um den Unterlegenen von einst immer stärker zuzogen, in denen Deutschland immer mehr der internationalen Finanz-Ausgaunerung verfiel, der Marxismus mit steigend größerer Zuversicht seinen großen Tag vorbereitet und näher fühlt, die bürgerlichen Parteien jedoch in immer größere Jämmerlichkeit versinken. Selbst der Gedanke einer sogenannten *"Restauration" des Königstums* ist ihnen jetzt schon nur mehr würdig genug, als äußere Phrase zu dienen, mittels derer man von Zeit zu Zeit Wählermassen auf die Rute lockt. Sie denken im Ernst nicht mehr daran, auch nur mehr die Vergangenheit der Gegenwart zu geben, sie kennen einzig noch ein politisches Programm und dieses lautet: *"Mittun dürfen"*, jawohl mittun dürfen um jeden Preis, auf die Gefahr einer jeden Schamlosigkeit hin. Sie haben nun auch zu lügen gelernt von ihrem marxistischen Verbündeten und verfolgen jeden bitterlich, von dem sie glauben, daß er vielleicht das verwirklichen könnte, was sie in der Phrase zur Betörung der Masse dieser vorspiegeln. Als *"monarchisch"* bezeichnen sie sich, und damit doch als *Gegner* und *Feinde* des heutigen Zustandes, des *heutigen Staates.* Sonst wäre ihre ganze Behauptung doch nur eitel Spiegelfechterei, politische Lüge. Denn sie können nicht *innerlich* einer Republik dienen, ih-

ren Bestand stärken, wenn sie doch überzeugt sind von der *alleinigen* Richtigkeit der *monarchischen Institution.* Doch, indem sie auf der einen Seite die Monarchie, ja das vergangene Bismarck-Reich als das politische Ziel ihres ganzen Handelns hinstellen, gehen sie auf der anderen her, verbieten Parteien die Existenz und Männern die Rede, weil sie nicht auf dem Boden des heutigen Staates stehen. Wie sagen sie doch? "Auch Herr Hitler kann und muß sich auf den Boden des heutigen 'Rechtsstaates' stellen, außerdem hat er kein Recht, die Freiheit zu einer politischen Betätigung zu verlangen." Also ist der Staat, der nach den Worten des Kardinals[6] - durch *Verrat* und *Meineid* gezimmert wurde, ein "Rechtsstaat"? Der Staat, der Millionen seiner Bürger ihre letzten Pfennige raubte und der internationalen Ausplünderung zum Opfer gab, ein Rechtsstaat? Und wie kommen diese Herren dazu, von einem Manne zu verlangen, daß er als Voraussetzung für das Recht seiner politischen Betätigung sich auf den Boden dieses *"Rechtsstaates"* stellt, während sie doch selbst auf dem Boden des *Bismarckischen Reiches* und dem der *Monarchie* zu stehen *behaupten*? Oder stehen sie auf dem Boden des heutigen Staates bloß *äußerlich* und *innerlich* auf dem des monarchischen Staates? Denn man kann nicht *innerlich* Republikaner und zugleich *innerlich* auch Monarchist sein. Es bliebe denn die einzige Möglichkeit, daß sie *innerlich auf dem heutigen Boden stehen* und nur mehr *äußerlich auf dem der alten Monarchie.*

Und so ist es auch:

Die Korruption des heutigen Systems ist schon das richtige warme Schlammwasser, in dem sich gewisse politische Krokodile wohl fühlen, und damit wird man auch ihre Tränen richtig werten können, die sie der alten Monarchie nachweinen.

Man versteht dann auch sofort, warum man Bewegungen verbietet und Männern das Recht der freien Rede beschneidet, von denen man weiß, daß sie eben nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich *nicht* auf dem Boden dieses heutigen Staates stehen und nach wie vor dem deutschen Volk ein freies deutsches Reich ersehnen, daß sie keine international beaufsichtigte Sklavenkolonie wünschen, sondern einen deutschen Staat mit freier Souveränität.

Nein,

die heutige bürgerliche Welt kennt kein politisches Ziel mehr,

das sich über den Versuch eines *Mittuns*, also *Mitbetrügens,* unseres Volkes erhebt. Und daferne [*sic!*] sie an die Vergangenheit appellieren, geschieht es nur, um schwache Köpfe zu verwirren und zu gewinnen. Innerlich hassen sie jeden und verfolgen ihn, von dem sie ahnen, daß sein Kampf gegen die Korruption der heutigen Zeit, gegen die Erniedrigung und Schmach des Vaterlandes wirklich ernst und ehrlich gemeint ist.

6 Gemeint ist Kardinal Michael von Faulhaber (1869-1952), Kardinal, 1892 Priesterweihe, 1895 Dr. theol., 1903-1910 Professor für Altes Testament in Straßburg, 1910-1917 Bischof von Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal.
Faulhaber hatte in seiner Ansprache am 27.8.1922 auf dem 62. Deutschen Katholikentag in München die heftig umstrittene Äußerung getan: "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Vgl. Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27.-30. August 1922, Würzburg 1923, S. 4. Sowie Ludwig Volk, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177 (1966), S. 177 ff.

Und demgemäß ist auch der wirkliche Erfolg des Handelns dieser Parteien. Wenn es in diesen Jahren keine sogenannte "nationale" bürgerliche Partei gegeben hätte, Deutschland hätte nicht schlimmer mißhandelt werden können.

Allein, nicht nur die bürgerlichen Parteien als politische Gebilde besitzen kein ehrliches Programm, das für die Zukunft die deutsche Frage zu lösen in der Lage wäre, auch die *Wehrverbände*, gleich wie sie sich heute bezeichnen mögen, sind *von derselben Ideenlosigkeit beseelt.* So wie einst die Freikorps das aktivistische junge deutsche Element banden und dem Moloch der Revolution auslieferten, so binden heute die sogenannten *"deutschen Wehrverbände"* hundert- und aber hunderttausende junger Männer unseres Volkes, schalten sie vom politischen Geschehen aus, entmannen sie dadurch praktisch und bilden sie um zu Schutztruppen einer sogenannten Ruhe und Ordnung, welche die spätere Geschichtsschreibung einst als Grundlage der infamsten Ausplünderung bezeichnen wird, die die Erde nur je gesehen.

Bei einer Betrachtung dieses Zustandes ist es notwendig, sich zunächst folgendes vor Augen zu halten:

Die Wehrkraft einer Nation liegt in erster Linie in ihrer Gesinnung, in zweiter in ihrer allgemeinen Gesundheit und körperlichen Stärke und erst in dritter in der technischen Waffe.

So sicher ein mutiger Mann durch eine schlechte Waffe in seiner Verteidigung geschwächt werden kann, so sicher wird er auch mit der schlechten Waffe noch mehr leisten als ein defaitistischer Feigling, selbst wenn diesem das Schicksal die beste Waffe in die Hand drücken würde. Erst kommen *Gesinnung, Vaterlandsliebe, Stolz, Mut,* kurz erst kommt der *Selbsterhaltungstrieb* an sich und dann *Volkszahl und Volksgesundheit.* Und an dritter Stelle steht die *Waffe.*

So ist es erstens schon rein technisch ein Unding, mit den jämmerlichen Mitteln privater Vereinigungen eine *Wehrhaftmachung der Nation* herbeiführen zu wollen. Ein lächerlicher Versuch, wenn man bedenkt, daß jeder Tag Schulunterricht mehr als zehn Millionen Kindern die pazifistisch-demokratischen Gesichtspunkte einbrennt, denen die wenigen Tausende gegenüberstehen, die man später davon wieder befreien will. Nein,

eine wirkliche Wehrhaftmachung einer Nation kann nur der Staat durchführen.

Dieser allerdings hat tausend Wege und zehntausend Möglichkeiten, um, wenn er will, ein solches Ziel auch zu erreichen.

Zweitens aber: *Für wen* will man denn überhaupt das deutsche Volk wehrhaft machen, oder besser die wenigen Zehntausend wehrhaft machen? Für den heutigen Staat? Nein, dieser Staat hat einst die stolzeste und stärkste Armee der Welt besessen, und er hat sie vernichtet. Dieser Staat besaß einst acht Millionen im Waffenhandwerk auf das beste ausgebildete Bürger, und er hat jämmerlich kapituliert. Dieser Staat hatte später gewaltige, organisierte Wehrkörper zu seiner Selbsterhaltung, und er hat sie entwaffnet. Glaubt man, daß die Novemberdemokratie dem deutschen Volk von heute die Freiheit schenken würde, wenn sie einige Zehntausend lächerlich und schwächlich ausgebildete Männer mehr hätte? Nein!

Die Novemberdemokratie will nicht die Größe der deutschen Nation, sondern ihre Überleitung in das Sklavenjoch einer internationalen Finanzdespotie. Ihr Schlachtruf heißt nicht

Freiheit, sondern Völkerbund, und ihr Gott ist nicht die Nation, sondern das Geld. Ihr Herr ist nicht das Volk, sondern die internationale Finanz.

Und nur soweit sie zu der Verfolgung dieser Ziele selbst zu feige ist, kann sie fremdes Blut gebrauchen. Denn das nationale Deutschland ist dem heutigen Staat fremd; seit acht Jahren wurde der national fühlende Deutsche auf der ganzen Welt nirgends mehr verfolgt als in Deutschland selbst.

Darin liegt die *Sinnlosigkeit und Erfolglosigkeit unserer ganzen Wehrbewegung* begründet. Was das Ziel unseres Ringens sein muß, das ist nicht der Aufbau irgendeiner politisch indifferenten oder doch wenigstens unklaren Wehrorganisation, als vielmehr die Bildung einer Bewegung, die dem deutschen Volke ein politisches Ziel der Zukunft weist, das kraftvoll genug ist, nicht nur Millionen auf sich zu verpflichten, sondern auch mit jener heiligen Mission zu erfüllen, *Vorkämpfer eines neuen Reiches* zu sein.

Dieses Ziel jedoch verfolgt allein die *Nationalsozialistische Bewegung.*

In der Zeit, da *das politische Leben Deutschlands nur mehr ein einziger Kuhhandel* geworden ist, hält unsere Bewegung unverbrüchlich an der Überzeugung fest, *daß lediglich in der Vernichtung des Marxismus und der ihn bedingenden Erscheinungen die Möglichkeit einer deutschen Wiederauferstehung liegt.* Daß ohne *Lösung des Rasseproblems* eine Sicherung der Kraft unseres Volkes und seiner Gesundheit nicht möglich ist. Daß der Kampf gegen den Marxismus jedoch nicht geführt werden kann als schwacher Versuch, die Vergangenheit in die Gegenwart hineinzuheben, sondern die Fehler der Vergangenheit warnende Lehren sein sollen für die Zukunft. Der äußerliche flache Nationalgedanke des alten deutschen Reiches muß zu einer mitreißenden erhabenen Leidenschaft gewandelt werden, die in sich das Bild einer neuen Weltanschauung trägt. Die trennenden Elemente der Vergangenheit, sie müssen sich für die Zukunft zu einem neuen Element vereinen.

Aus dem Kampf der sozialistischen gegen die nationale Welt muß ein nationalsozialistischer Glaube erstehen als Schlachtruf für den Freiheitskampf der Zukunft.

In diesem Ringen der nationalsozialistischen Bewegung ist der *S.A.-Mann* ein Kämpfer für die neue Weltanschauung. Er ficht nicht gegen eine Republik und für eine Monarchie oder gegen eine Monarchie für eine Republik, sondern er *ficht für die Wiedergewinnung der völkischen Einheit des deutsches Volkes,* für die Durchsetzung von allgemeinen Grundlagen unseres Lebens, die dereinst die Voraussetzung bilden werden für einen Staat, den nicht mehr das Banditentum eines Augenblicks stürzen kann. Nicht die Farbe eines Reiches wollen wir ändern, sondern wir wollen ihm ein neues Fundament geben. Der Sprung, der sich als krasse Spaltung durch das Gebäude unserer Volksgemeinschaft zieht, soll im neuen Hause geschlossen sein.

In dem gewaltigen Ringen, das vor uns steht, müssen die Anhänger unserer Bewegung aber auch verstehen, daß ein Erfolg nur kommen kann bei *restloser Hingabe jedes einzelnen an die einzige Idee und einzige Bewegung.* Nicht kämpfen wollen wir gegen andere, behauptungsweise ähnlich gerichtete Bestrebungen. *Aber verstehen müssen wir, daß der Kampf gegen die Weltpest des Marxismus nicht durch einen Haufen von Verbändchen und Vereinen geführt wird, "die ohnehin alle annähernd das gleiche wollen", sondern nur durch eine Bewegung, die einheitlich im Sinn und einheitlich im Schlagen ist.* Verstehen

müssen wir weiter, daß man nicht *zween Herren* zu gleicher Zeit zu dienen vermag, und daß nur in der restlosen Hingabe an ein *einziges Ideal* die Voraussetzung zu jener Kraft liegt, die nötig ist, ein neues Ideal aus der blassen Gedankenwelt auch in die Wirklichkeit umzusetzen. *Es mögen andere in anderen Verbänden sich befinden, wer Nationalsozialist ist, gehört ganz allein in seinen Verband.*

Wir alle fühlen und ahnen es, daß die Schwere der Zukunft zu ihrer Lösung gebieterisch eine einzige Bewegung erfordert. Sie wird nicht erstehen durch Kompromisse, durch den Versuch, ähnliches zusammenzuschweißen, sondern sie wird, wie alles Gewaltige auf dieser Welt, im freien Spiel der Kräfte die Hegemonie sich zu erkämpfen haben. So wie Deutschland nicht erstand auf Grund der Einsicht von der Notwendigkeit seines Bestehens in den Gehirnen seiner Bürger und seiner Fürsten, sondern erst erstand, als eine Macht (Preußen) in jahrhundertelanger zäher Arbeit sich zur Hegemoniestellung durchrang, so wird auch die völkische Bewegung nicht gebildet werden durch den Versuch einer Verschmelzung ähnlicher Gebilde, sondern durch das Durchringen des Kraftvoll-Gesündesten. Dieser Entwicklungsprozeß wird aber in erster Linie verhindert durch das Vorhandensein von sogenannten überparteilichen völkischen Wehrverbänden, auf die der einzelne völkische Querulant sich bei gegebener Zeit zu berufen vermag.

Nein, das Schicksal nehme seinen Lauf! Die einzelnen Bewegungen sollen nicht *gegeneinander* kämpfen, aber ringen sollen sie um des deutschen Volkes Seele, und die Bewegung, die in diesem Kampfe die Palme des Erfolges erreicht, mag dann Herrin sein. Es gibt kein Recht, auf *"Selbständigkeit"* zu pochen, da in der Einheit nur die Voraussetzung des Erfolges für die Zukunft liegt. *Wehrverbände, und mögen sie sich tausendmal völkisch bezeichnen, die über den Parteien stehen, in unnatürlicher Weise selbst den kleinsten Gruppen das Dasein als politische Faktoren ermöglichen, sind damit Garanten der völkischen Zersplitterung.*

Kein Nationalsozialist kann Angehöriger eines solchen Verbandes sein, außer er gehört nur mit halber Seele seiner Bewegung an. So sehr Sie von Ihrem Führer mit Recht verlangen, daß er neben dem Organ der Bewegung nicht auch noch Zeitungen ähnlicher Bewegungen herausgibt und ähnliche Verbände leitet, so sehr hat der Führer von Ihnen das Recht zu fordern, daß auch Sie Ihr Herz nicht teilen, sondern restlos dem Dienste der einzigen Bewegung, der heiligen Sache schenken.

Wer Nationalsozialist ist und Mitglied der Partei sein will, hat seine körperliche Kraft nicht einem Verbande zur Verfügung zu stellen, der *über* den Parteien steht, sondern auch diese restlos seiner Bewegung zu geben.

Je ausschließlicher sich das einzelne Mitglied der Bewegung widmet, je mehr Mann und Frau die Brücken zur Vergangenheit abbrechen und die Bindungen zur Umwelt lösen, um so mehr werden sie den Weg nach vorwärts frei erhalten und jene Kraft gewinnen, die wir alle brauchen, um den gigantischen Kampf für eine deutsche Wiederauferstehung durchfechten zu können.

Da unsere bürgerliche Welt auf den Völkerbund anprostet, Deutschlands Feinden zutrinkt, übernehmen Sie, meine lieben Kameraden der S.A. München, Ihr neues Symbol der Trennung von dieser bürgerlichen Welt und der Verpflichtung zum Kampf für

ein kommendes freies deutsches Reich. Der narkotische Rausch des Augenblicks vergeht in kurzer Zeit. Not und Sorge, Elend und Jammer werden als Zeugen für Deutschlands Glück im Völkerbunde fortwirken. Das deutsche Volk wird trotz aller List seine Ruhe auf diesem Wege nicht finden. Das nächste Jahr schon wird die Zahl derjenigen stärker werden lassen, die erkannten, daß die Freiheit eines Volkes als köstlichstes Gut nicht erbettelt und nicht erschlichen, sondern nur erkämpft werden kann. Ein Symbol dieses Kampfes aber sei von heute ab Ihre neue *"Standarte"*!

16. September 1926 Dok. 29
Anordnung

VB vom 18.9.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Pg. Gregor *Straßer* übernimmt mit heutigem als Propaganda-Chef die Leitung der Propaganda-Abteilung der N.S.D.A.P.

Pg. Hermann *Esser* [1] wird ab heute mit der propagandistischen und organisatorischen Leitung und Bearbeitung der Kreise *Oberbayern* (ausgenommen München) und *Schwaben* beauftragt [2].

München, den 16. September 1926

gez. *Adolf Hitler*

(Abdruck in den nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Zeitungen erwünscht!)

1 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des VB, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 Führer der GVG, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des "Illustrierten Beobachters", 1929-1933 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933-1935 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1935-1945 Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichspropagandaministerium.

2 Vgl. auch die Erklärung Essers im VB vom 26./27.9.1926, "Aus der Bewegung".

16. September 1926 **Dok. 30**
"Aufruf!"
Anordnung

VB vom 18.9.1926, "Aus der Bewegung" [1].

Am 31. Oktober 1926 finden die *Wahlen zum Sächsischen Landtag* und im Laufe des Monats Januar 1927 jene zum *Thüringer Landtag* statt. Der Ausgang dieser Wahlen ist für die Bewegung von allergrößter Bedeutung [2]. Ein günstiger Erfolg ist von einer durchgreifenden Propagandatätigkeit abhängig, die nur gewährleistet werden kann, wenn die entsprechenden Mittel hierzu aufgebracht werden können.

Ich appelliere hiermit an die Opferfreudigkeit sämtlicher Parteigenossen im Reichsgebiet und ordne deshalb zur Unterstützung dieser Wahlkämpfe an, daß jeder Parteigenosse ohne Ausnahme in der Zeit *vom Oktober mit Dezember 1926* eine einmalige *Sonderumlage in Mindesthöhe von M. 1.-* entrichtet. Die Ausführungsbestimmungen [3] hierzu werden durch den Schatzmeister [4] der Reichsleitung gesondert bekanntgemacht werden.

München, den 16. September 1926

gez. *Adolf Hitler*

17. September 1926 **Dok. 31**
"Satzung der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei"
Anordnung

Ungez. masch. Ausfertigung [1] mit hs. Korrekturen; StA München, Polizeidirektion München 6812.

I. Zweck und Aufgabe

§ 1. Die Sturmabteilung ist eine Einrichtung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die als Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein gesetzlich eingetragener Verein ist.

---

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 19./20.9.1926, "Aus der Bewegung".

2 Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 31.10.1926 erzielte die NSDAP 37.725 Stimmen (1,6 %; 2 Mandate), in Thüringen am 30.1.1927 27.946 Stimmen (3,5 %; 2 Mandate). Vgl. Falter, Wahlen, S. 108, 111.

3 Veröffentlicht im VB vom 26./27.9.1926, "Aus der Bewegung".

4 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), Oberamtmann, 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

1 Die Autorschaft Hitlers ergibt sich aus dem gedruckten Exemplar der geänderten Fassung vom 31.5.1927. Vgl. Dok. 135.

§ 2. In der SA (Sturmabteilung) sollen die Mitglieder-Massen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei so geordnet und diszipliniert werden, daß selbst bei großen öffentlichen Kundgebungen, sowohl in geschlossenen Räumen als auch im Freien, Ausschreitungen in jeder Form verhindert werden, sowie umgekehrt gegnerische Störungen jederzeit zurückgewiesen werden können. Durch sie soll der planmäßige Verlauf, die Ruhe und Ordnung, die Verhinderung von Ausartungen mit ihren Weiterungen sowohl bei Versammlungen als auch bei Demonstrationszügen gewährleistet sein. Sie soll unserem öffentlichen Auftreten einen eindrucksvollen und würdigen Charakter verleihen.

§ 3. Die SA als disziplinierte Mitglieder-Organisation ist vor allem dazu berufen, als Ordnerdienst und Saalschutz die Sicherung unserer Massenversammlungen durchzuführen und Störungen durch terroristische Marxistenangriffe abzuwehren, bzw. zu überwinden. Die SA soll weiter, wenn nötig, auch den Schutz einzelner Parteigenossen auf der Straße und in der Werkstatt gegen den roten Terror übernehmen. Ihre Mitglieder sollen aber auch diejenigen Arbeiten der Propaganda ausführen, die mit körperlichen Gefahren verbunden sind. Dies sind: Aufklärung in den Fabriken, in Werkstätten, Verkauf von Zeitungen in roten Stadtvierteln, bei Wahlen, Vertrieb und Verteilung von Flugblättern, sowie Beschützung der mit diesen Aufgaben betrauten Agitatoren der Bewegung.

§ 4. Die SA soll dementsprechend durchgehends [*sic!*] durch besten Parteiunterricht, Lehrabende usw. mit den theoretischen Ideen der Bewegung vertraut gemacht werden. Sie soll aber weiter solche sportliche Übungen betreiben, welche Zucht und Disziplin fördern und der Selbstverteidigung dienen. In erster Linie Boxen, Jiu-Jitsu, weiter Turnen und Wandern. Strengstens untersagt ist jede Art von militärischer Spielerei. Die SA ist kein Wehrverband. Die militärische Ausbildung der Nation ist Aufgabe des Reichsheeres und nicht der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wer in der SA ohne einen ordnungsmäßigen, polizeilich ausgestellten Waffenschein zu besitzen, eine verbotene Waffe trägt, wird, ganz gleich welcher Art sie ist, ausgeschlossen. Versuche, durch Lockspitzel Abteilungen der SA zu militärischen Übungen zu verleiten oder zu Waffenbesitz anzueifern, bedingen die sofortige Auflösung solcher Gruppen, den Ausschluß dabei betroffener Einzelmitglieder aus SA und Partei. Evtl. müssen Rädelsführer zur Anzeige gebracht werden. Die Waffe des Nationalsozialisten, besonders aber des SA-Mannes, ist eine gesunde Faust und Vaterlandsliebe im Herzen.

§ 5. Der SA-Mann soll in seiner Disziplin, Zucht und Ordnung den anderen Parteigenossen immer mit bestem Beispiel vorangehen. Wer Ausschreitungen verübt, gehört nicht in die SA. Trink-Unsitten werden nicht geduldet.

§ 6. Die SA-Frauenabteilung hat analoge Aufgaben, die Anfertigung von Fahnen, Abzeichen, Mützen, Hemden usw. Ihre Organisation soll in erster Linie im Dienste der Fürsorge stehen. Hilfe für verarmte Parteigenossen, Verpflegung von durchreisenden Parteigenossen, Christbaum-Bescherungen usw.

§ 7. Der SA-Angehörige, ganz gleich ob Mann oder Frau, ist zum Gehorsam zu erziehen, soweit im einzelnen nichts verlangt wird, was gesetzwidrig ist. Der SA-Mann hat die Pflicht, Unzulässiges oder Gesetzwidriges, das von ihm verlangt würde, sofort der

nächsthöheren Dienststelle, bzw. der Parteileitung zu melden, die Ausführung eines solchen Befehls aber unter allen Umständen zu verweigern.

II. Verwaltung und Organisation.

Die SA besteht aus 3 Abteilungen:

a) Männer-Abteilung,

b) Frauen-Abteilung,

c) Jugend-Abteilung.

§ 8. Der Leiter der gesamten SA ist der oberste SA-Führer (OSAF). Er wird von der Parteileitung der NSDAP ernannt.

§ 9. Der oberste SA-Führer teilt die SA in die notwendigen Unterverbände ein, die jedoch grundsätzlich nichts mit militärischen Formationen gemeinsam haben dürfen. Auch die Namen dürfen nicht der Armee entnommen sein. Die SA und die SA-Gliederung hat nur die einzige Aufgabe: in einen ungegliederten Haufen Ordnung zu bringen. Die SA kennt damit grundsätzlich nur 4 Gliederungen:

1. Die Gruppe,
2. Den Trupp,
3. Den Sturm,
4. Die Standarte.

Die Gliederung [*sic!*] 3 und 4 haben ihre Namen nach den Fahnen, die sie tragen.

§ 10. Alle Anordnungen des obersten SA-Führers müssen vom jeweiligen 1. Vorsitzenden der Partei gegengezeichnet sein.

§ 11. Sitz des obersten SA-Führers ist München.

§ 12. Analog der Organisation hat sich auch die Bekleidung des einzelnen SA-Mannes frei von allen soldatischen Spielereien zu halten. Seine Abzeichen sollen jedermann nur ermöglichen, seine Herkunft, bzw. Zugehörigkeit sofort feststellen zu können.

§ 13. Die Geld-Wirtschaft der SA wird geführt durch die Kassen-Abteilung der Partei. Verantwortlich hiefür ist der gesetzlich gewählte Kassier, bzw. Schatzmeister des eingetragenen Vereins.

§ 14. Das Geschäftsjahr reicht von der jährlichen Generalmitgliederversammlung der Partei bis zur nächsten.

III. Name.

§ 15. Der Name "Sturmabteilung" (SA) wird geführt zur immerwährenden ehrenden Erinnerung an jenen Trupp wackrer Nationalsozialisten, die in der Gründungszeit der NSDAP den ersten großen marxistischen Terror-Akt anläßlich der Versammlung im Münchener Hofbräuhaus niederbrachen. Das heldenmütige Verhalten der 46 jungen Nationalsozialisten am 4.11.[*19*]21 im Münchener Hofbräuhaus-Festsaal [2], da diese in erbitterten Sturmangriffen einen fast 20mal so starken Gegner überwältigten und endlich aus dem Saale trieben, soll uns ein Vorbild sein für immer.

IV. Mitgliedschaft.

§ 16. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Meldung bei der SA und Aufnahme durch dieselbe. Mitglied kann nur werden, wer Parteigenosse ist. Die Mitgliedschaft der SA bzw. der Eintritt in dieselbe verpflichtet zum Austritt aus allen Wehrverbänden. Ge-

2 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513, 515 ff.

stattet ist nur das Verbleiben in den Traditions-Verbänden des alten Heeres als da sind: Regiments-Vereinigungen, Kriegervereinigungen, Veteranen-Vereinigungen, Deutscher Offiziersbund usw.

§ 17. Der oberste SA-Führer kann ungeeigneten Personen, auch wenn sie Mitglieder der Partei sind, den Eintritt in die SA verwehren, wenn ihr sonstiges Verhalten darauf schließen läßt, daß durch sie die SA Schaden nehmen würde, oder in Konflikte mit Polizei oder sonstigen Behörden hineingezogen werden könnte.

§ 18. Die Zugehörigkeit zur SA erlischt durch Austritts-Erklärung oder durch Ausschluß, sonst nur durch den Tod.

V. Auflösung der SA.

§ 19. Die Auflösung der SA kann erfolgen:

a) durch Anordnung der Parteileitung,

b) durch gesetzliche Maßnahme von Behörden.

München, den 17. September 1926

19. September 1926 Dok. 32
Anordnung

VB vom 19./20.9.1926, "Aus der Bewegung" [1].

Achtung!

In *Baden* wird die nationalsozialistische Bewegung nach wie vor mit allen Mitteln, bis zur Rechtswidrigkeit, aufs schwerste verfolgt [2].

Ich fordere daher auch die außerhalb Badens lebenden Pgg. auf, an dem am 2. und 3. Oktober [*1926*] in *Karlsruhe* stattfindenden Badischen *Gauparteitag* [3] sich möglichst stark zu beteiligen.

gez. *Adolf Hitler*

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 22.9. und 25.9.1926, "Aus der Bewegung".

2 Zur Haltung der badischen Regierung vgl. Johnpeter Horst Grill, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983, S. 127 f. Sowie den Aufruf von Gauleiter Robert Wagner im VB vom 2.9. und 4.9.1926, "Aus der Bewegung".

3 Zum Programmablauf des Gauparteitages vgl. VB vom 28.9.1926, "Aus der Bewegung".

22. September 1926 Dok. 33
Beleidigungsprozeß Münchner Stadtrat gegen Hermann Esser
Rede vor dem Schwurgericht München [1]

VB vom 24.9.1926, "Die rote Mißwirtschaft in München" [2].

Als nächster Zeuge [3] wird in seiner Eigenschaft als Herausgeber des "Völk[*ischen*] Beob[*achters*]"

Adolf Hitler

zeugeneidlich vernommen und bestätigt, daß *Esser* 1923 eigentlich sehr wenig mit der Zeitung zu tun hatte. *Dietrich Eckart* [4] war der Leiter des "V. B." und habe einmal wegen seiner Erkrankung nicht die volle preßgesetzliche Verantwortung tragen können, da sein Gesundheitszustand durch eine Haftstrafe ungemein geschädigt worden wäre, wie ja sein durch die Haft im November 1923 verursachter Tod zeigte. Weiterhin war *Eckart* mehr Künstler als Tagesjournalist. *Esser* sei damals in erster Linie propagandistisch tätig gewesen und könne vom September 1922 bis Januar 1923 kaum für irgendeinen Aufsatz die Verantwortung übernehmen, denn er konnte tatsächlich nicht als aktiver Schriftleiter infolge seiner Reisen angesprochen werden. Adolf *Hitler* legt Wert darauf, festzustellen, daß Esser diesen Prozeß durchfechten mußte, weil Dietrich *Eckart* unmöglich den Prozeß übernehmen konnte.

[...] [5]

---

1 Nach 16.00 Uhr. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Friedrich Heuner. Esser wurde von Rechtsanwalt Lorenz Roder begleitet. Als Nebenkläger erschienen die SPD-Stadträte Karl Sebastian Preis, Georg Mauerer und Auguste Halbmeier sowie Stadtdirektor Andreas Neubauer, die von den Rechtsanwälten Albert Nußbaum und Hoffmann begleitet wurden.
Anlaß für den Beleidigungsprozeß war der im VB vom 20.1.1923 erschienene Artikel "Marxistische Korruption im Münchner Stadtrat", der die Leitung der städtischen Warenabgabestelle in München massiv angegriffen und einzelnen Stadträten Veruntreuung von Waren vorgeworfen hatte.
Zu den beiden vorangegangenen Verhandlungstagen am 20.9. und 21.9.1926 vgl. Bayerischer Kurier vom 21.9.1926, "'Marxistische Korruption im Münchener Stadtrat'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 21.9.1926, "Gerichtssaal: Hermann Esser vor Gericht"; Münchener Post vom 21.9.1926, "Nationalsozialistische Hetze"; Bayerischer Kurier vom 22.9.1926, "Beleidigung des früheren Stadtrates"; Münchner Neueste Nachrichten vom 22.9.1926, "Gerichtssaal: Hermann Esser vor Gericht"; Münchener Post vom 22.9.1926, "Nationalsozialistische Hetze"; VB vom 22.9.1926, "Prozeß Stadtrat München gegen Esser"; VB vom 23.9.1926, "Die rote Mißwirtschaft in München".

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 23.9.1926, "Beleidigung des früheren Stadtrates"; Münchner Neueste Nachrichten vom 23.9.1926, "Gerichtssaal: Freispruch Essers"; Münchener Post vom 23.9.1926, "Nationalsozialistische Hetze".

3 Vor Hitler waren Alfred Rosenberg, Hauptschriftleiter des VB, und Max Amann, NSDAP-Stadtrat in München und Direktor des Eher-Verlags, als Zeugen vernommen worden. Beide gaben an, daß Esser bei Drucklegung des Artikels nicht in München anwesend gewesen sei und außerdem nur formell für die Zeitung verantwortlich gezeichnet habe; verantwortlicher Leiter sei Dietrich Eckart gewesen.

4 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB.

5 Folgt Aussage des Zeugen Richard Braunbeck, der sich als Verfasser des Artikels ausgab. Er bestritt, Esser vor Drucklegung des Artikels gekannt bzw. gesprochen zu haben.

Wir Nationalsozialisten setzen die Begriffe marxistisch und Korruption einander gleich, denn ein marxistisches Regime bringt stets zwangsläufig Korruption, die allgemeine politische, moralische und wirtschaftliche Verderbnis der Sitten bedeutet. [6]

22. September 1926 — Dok. 34
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Lagebericht N/Nr. 51 der Polizeidirektion München vom 22.9.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

[*Hitler sprach*] über die Notwendigkeit der Schaffung einer großen nationalen Armee, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die S.A. und S.S. schon in kurzer Zeit die Mitgliederzahl von 1 Million erreichen werden und daß dann wohl die ersehnte nationale Freiheit anbrechen werde.

29. September 1926 — Dok. 35
Schreiben an den Vaterländischen Schutzbund [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift vom 29.9.1926; BA, NS 26/14.

Die Bilder von Ihren Propagandafahrten erfreuten mich sehr. Konnte ich mich doch an Hand derselben überzeugen - nachdem ich nicht selbst hinüberkommen kann - daß auch in meiner alten Heimat wirklich aktive Gruppen vorhanden sind.

Erlahmen Sie nicht und arbeiten Sie weiter nach besten Kräften; wenn überall auf unser großes gemeinsames Ziel durch die Tat hingestrebt wird, bleibt der Enderfolg nicht aus!

Heil dem kommenden nationalsozialistischen Großdeutschland!

Adolf Hitler

---

6 Eine weitere Definition der Begriffe Marxismus und Korruption durch Hitler lehnte Richter Heuner ab. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurde seitens der Kläger auf eine weitere Vernehmung von Zeugen verzichtet. Das Gericht folgte dem Antrag von Staatsanwalt Richard Korrell und sprach Esser frei, da keine Verstöße gegen das Pressegesetz festgestellt werden konnten. In der Urteilsbegründung betonte das Gericht ausdrücklich, daß es nicht geprüft habe, "ob die gegen den Stadtrat München als Behörde und gegen die Nebenkläger erhobenen Vorwürfe der Wahrheit entsprechen". Zit. nach Münchner Neueste Nachrichten vom 23.9.1926, "Gerichtssaal: Freispruch Essers".

1 Ort und Zeit unbekannt. An der geschlossenen Mitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Neuhausen nahmen laut Polizeibericht etwa 120 Personen teil.

1 Der Vaterländische Schutzbund war 1923 als paramilitärische Organisation der österreichischen NSDAP aus der 1921 in Wien gegründeten "Ordnertruppe" hervorgegangen. Bei der Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten 1926 stellte sich der größte Teil des Schutzbundes auf die Seite Hitlers. Vgl. Pauley, Weg, S. 50 ff.

9. Oktober 1926 Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berchtesgaden [1]

VB vom 31.10.1926, "Unser Vormarsch: Adolf Hitler in Berchtesgaden".

Eine kurze Ansprache wollte Adolf *Hitler* an uns halten, und er schilderte uns das wirtschaftliche Elend und die fortgesetzte Versklavung unseres Volkes. Im Nationalsozialismus ersteht eine neue Weltanschauung, die wie ein Föhn, alles Morsche niederreißend, durch die Lande ziehen wird und ein neues freies Deutschland baut. [2]

13. Oktober 1926 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berchtesgaden [1]

VB vom 31.10.1926, "Unser Vormarsch: Adolf Hitler in Berchtesgaden".

Hitler sprach kurz über "Kultur und Weltanschauung, Persönlichkeits- und Führerprinzip". Entweder wir sind Hammer oder Amboß, entweder siegt der halt- und kulturlose Bolschewismus oder es siegt der heldische Geist des Ariertums. Entweder hinauf auf die Höhen einer Gesundung, Kultur und Fortschritt oder hinunter ins Verderben, zurück zum Zerfall der menschlichen Kultur, die der Jude mit seinem Geist erbarmungslos zerstört. [2]

1 Ort und Zeit unbekannt. Der "Begrüßungsabend", den die Ortsgruppe anläßlich des Aufenthaltes Hitlers in Berchtesgaden veranstaltete, wurde vom Ortsgruppenleiter Prestel geleitet. Auf dem Obersalzberg schrieb Hitler am zweiten Teil von "Mein Kampf". Vgl. Lagebericht N/Nr. 52 der Polizeidirektion München vom 15.11.1926; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

2 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Ort und Zeit unbekannt. An dem von der Ortsgruppe Berchtesgaden veranstalteten "Begrüßungsabend" nahmen auch österreichische NSDAP-Mitglieder aus Salzburg, Bischofshofen und St. Johann teil.

2 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

19. Oktober 1926 Dok. 38
Anordnung

VB vom 22.10.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Auf Grund des § 4, Abs. 2 b der Satzung vom 22. Mai 1926[1] und auf Antrag des U[*ntersuchungs-*] u[*nd*] Schl[*ichtungs-*]A[*usschusses*] der Parteileitung schließe ich die O[*rts*]-Gr[*uppe*] *Wilhelmsburg* des Gaues *Lüneburg-Stade* ab 18. September 1926, und auf Grund des § 4 Abs. 3 c der Satzung vom 22. Mai 1926[2] die O[*rts*]-Gr[*uppen*] *Blankenburg* und *Heimburg* des Gaues *Anhalt* - Provinz Sachsen-Nord aus der N.S.D.A.P. aus.

München, den 19. Oktober 1926

gez. *Adolf Hitler*

---

1 § 4 Abs. 2 b: "Mitglieder werden ausgeschlossen [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2 § 4 Abs. 3 c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

20. Oktober 1926 [1] Dok. 39
Rede auf Sitzung des Völkischen Führerringes Thüringen [2] in Weimar [3]

Masch. Protokoll, o. D.; BA, NS 20/123 [4].

Adolf Hitler dankt für die Einladung [5] und sagt, daß er derselben gerne Folge geleistet hätte, ferner drückt er seine Freude darüber aus, daß er nur vor einem kleinen Kreis sprechen dürfe, da er in diesem Falle, zumal die Versammelten alle ein geistiges Durchschnittsniveau überschritten, ganz anders seine Gedanken klarlegen könne als bei einer Massenversammlung, wo er natürlich zum Teil auch Demagoge sei. Woher kommt der Bruch in der völkischen Bewegung? Wie ist es möglich, daß 3 - 4 Bewegungen nebeneinander bestehen mit demselben Ziel, ebenso die Verbände. Jede Neugestaltung schlummert gewöhnlich schon Jahrzehnte, ja Jahrhunderte in einem Volke, die Befriedigung folgt nicht von einer Stelle aus. Zur Lösung einer Not werden die verschiedensten Versuche unternommen. In einem Reich wie Deutschland wollen oft 5 oder 6 Personen dieselbe Frage lösen, ohne sich überhaupt zu kennen. Aber von diesen 5 - 6 Personen setzt sich immer nur derjenige durch, der die größte Energie und Tatkraft aufbringt. Beispiel: Um die Deutsche Einigung kämpften zwei Konkurrenten, Habsburg und Preußen. Österreich mit seiner Bundesratsorganisation war nicht so gut aufgezogen wie Preußen, das zentralistischer geleitet wurde. Die beiden Konkurrenten kämpften, und wer das Problem zur praktischen Lösung brachte, hat gesiegt. Ebenso wäre die Reformation nicht gelungen, wenn nicht viele Versuche und Hoffnungen dagewesen wären. Beim Bolschewismus hat auch eine Reihe von Marxistengruppen gekämpft, aber nur eine Seite hat den Sieg erobert, dasselbe sehen wir auch bei dem Faschismus. Als das Deutsche Reich gegründet wurde, bestanden im nationalen Lager auch verschiedene Gruppen mit demselben Ziel, aber erst als Bismarck kommt, wird aus der Gründung

1 Datierung nach Abschrift des Schreibens von Graf von Goertz-Wrisberg vom 6.3.1927; BA, NS 26/160.

2 Der Völkische Führerring Thüringen, der sich aus mehreren völkischen Kampfbünden (darunter: Stahlhelm, Wehrwolf, Frontkriegerbund und Reichsknappenschaft) zusammensetzte, war im Herbst 1926 für die Vorbereitung der thüringischen Landtagswahlen gebildet worden. Er ging mit der NSDAP ein Wahlbündnis ein. Vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30, in: CEH 8 (1975), S. 23 ff.

3 Ort und Zeit unbekannt. Laut Protokoll waren anwesend: Adolf Hitler (NSDAP), Arthur Dinter (NSDAP), Rudolf Heß (NSDAP), F. Helwig (Stahlhelm), Rudolf Schaper (Stahlhelm), Kurt Siemer (Reichsknappenschaft), Arno Donnerhack (NSDAP), Karl Halbig (Stahlhelm), Theodor Duesterberg (Stahlhelm), Bernhard Schauen (Stahlhelm), Hermann Müller-Brandenburg (Wehrwolf), Fritz Kloppe (Wehrwolf), Wendt, Müller, Eitel-Leopold Graf von Goertz-Wrisberg (Frontkriegerbund), Paul Vollrath (Reichsknappenschaft).

4 Druck: Hans-Adolf Jacobsen/Werner Jochmann (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945, Bielefeld o. J. (1961), S. 1-4. Dort wird das Dokument fälschlicherweise auf Anfang 1927 datiert. Vgl. auch Der Nationalsozialist, Folge 43 vom Oktober 1926, "Adolf Hitler in Weimar".

5 Nach der Begrüßung durch Goertz-Wrisberg, Mitglied der Bundesleitung des Frontkriegerbundes in Thüringen, hatte Dinter in einer kurzen Stellungnahme erklärt, "daß jeder Versuch auf Versöhnung an der Haltung der Freiheitspartei [*DVFP*] gescheitert sei. Im Auftrage des V[*ölkischen*] F[*ührerringes*] Th[*ürin*]g[*en*] habe er Herrn Hitler gebeten, seinen Standpunkt hierüber klarzulegen."

etwas, und sämtliche nationale Parteien schließen sich an. Der Grund, daß solche Angelegenheiten so lange Zeit brauchen, um durchgeführt zu werden, liegt in der Schwäche des Menschen. 6 bis 7 Personen können zusammen nicht an einer Erfindung arbeiten, sondern das bleibt immer nur einem überlassen. Aber sobald einer eine Erfindung gemacht hat, hörts ein anderer und machts sofort nach, drängt den anderen an die Wand und gilt als der eigentliche Erfinder. Der Bayernbund[6] hat sich nicht in das Vereinsregister eintragen lassen, da kommt ein anderer und läßt den Titel ins Vereinsregister eintragen und zieht eine ganz andere Organisation auf, als wie ursprünglich geplant war. Es fällt nun auf, daß diese Zweitgründungen kurz nach ihrem Erscheinen den Ruf nach Einigkeit ertönen lassen. 1919 gab es in Deutschland nur die alten politischen Parteien, und selbst die Revolution hat hieran nichts geändert. Alle Parteien, selbst die Presse blieb. Die Revolution [*19*]18/19 hat dem deutschen Volke keine neue Idee gebracht. 1919 war das Programm der nationalen Parteien: Wiederherstellung des Alten, dabei haben die Leute nicht eingesehen, daß man nicht zurückgehen kann, daß die Geschichte niemals zurückgeht. Sie richteten den Blick immer in die Vergangenheit statt vorwärts, und heute stehen sie auf dem Boden der Tatsachen und sind im Innersten Republikaner, korrupteste Menschen. Nur wenn man eine neue Idee hat, kann man vorwärts kommen. Die neue Idee muß in die breiteste Masse hineingebracht werden, und jedem muß etwas gegeben werden. Was heißt Konzession machen, wenn es ums Wohl der Nation geht. Nationale Gewerkschaft [*hatte*] im Kriege doppelte Löhne gefordert und nicht wie Pflicht gewesen streng national gewirkt. Man muß in die breite rote Masse hinein. Nach der Revolution haben sich die Deutschsozialen[7] gebildet, ohne die Nazi vorher zu kennen. Nachdem sie gesehen haben, daß die Bewegung Hitlers größeren Erfolg in der breiten Masse hat, haben sie sich aufgelöst und den Nazi angeschlossen. Dieser Schritt ist ein großer Beweis von Idealismus, das war 1921/22. Bis 1921 hat es nur eine völkische politische Bewegung gegeben. Erst dann sind Neugründungen gekommen. Die erste Partei der Neugründungen war die Deutschsoziale[8] von Kunze[9]. Hitler hat Kunze gesagt, er möchte unter allen Umständen keine neue Partei gründen, sondern solle in Preußen die Organisation der Nationalsozialisten übernehmen - Erfolg -

6 Gemeint ist vermutlich der von Otto Ballerstedt geleitete Bayernbund e. V., der die Errichtung Großdeutschlands auf föderativer Grundlage anstrebte. Ballerstedt und der Bayernbund waren wiederholt Polemiken und Angriffen Hitlers ausgesetzt. Vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 124, 262 f.
Gemeint sein könnten aber auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Bayerischen Königspartei im Frühjahr 1921, die sich als "Bayernbund der Königstreuen" verstand und von der sich 1921 der Bayerische Heimat- und Königsbund abspaltete. Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 123 ff.

7 Gemeint ist die 1920 unter maßgeblicher Mitwirkung von Alfred Brunner gegründete Deutschsozialistische Partei. Vorsitzender ab November 1920: Emil Holtz. Die Partei löste sich 1922 endgültig auf. Vgl. Tyrell, "Trommler", S. 65 ff.

8 Zur 1921 gegründeten Deutschsozialen Partei vgl. Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918-1928, Berlin 1988, S. 142 ff.

9 Richard Kunze (1872-1945), genannt "Knüppel-Kunze", Mittelschullehrer, 1918-1920 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der DNVP, 1921-1928 Mitbegründer und Vorsitzender der Deutschsozialen Partei (DsP), 1922-1929 Stadtverordneter in Berlin und Bezirksverordneter in Schöneberg, 1924 MdR (DsP), 1930 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen.

Neugründung, weil die Leute sich nicht unterordnen wollen und gerne eine Rolle spielen. [*19*]22/23 Gründung der Freiheitspartei [10] mit demselben Programm wie die bereits bestehende N.S.D.A.P., und nahm die von Hitler geprägten Ausdrücke wie Volksgemeinschaft usw. sofort für sich in Anspruch. Als zum Erzbergermord [11] die Millionen Roten auf die Straße marschierten, um zu protestieren, waren die Nationalsozialisten in München die einzige nationale Partei, die gegen die Protestierenden opponierte. Gründung des Völkischen Rechtsblockes [12], derselbe sollte die nationale-völkische Intelligenz in sich vereinen, damit, wenn irgendein Stoß ausgeführt wird, auch die nationale Intelligenz schon dasteht. Also sollten in Deutschland eigentlich nur 2 Parteien das Recht zum Leben haben. Die eine erledigt den Marxismus und die andere das Bürgertum. Die Freiheitspartei bittet, daß die Nationalsozialisten in die Freiheitspartei eintreten dürfen, um auf diese Art eine Verschmelzung schneller vollziehen zu können. Die völkische Idee war schon immer da, aber der Marxismus als Organisation habe doch den Sieg davongetragen. Der Parteitag 1924 [13] war ein Tag des äußeren Vereinigens und des inneren Kampfes. Das Deutsche Nationaltheater war eine Stätte des Schimpfens und Hasses und der Widerstände. Der Parteitag 1926 [14] war nach außen hin nicht das Bild der geschlossenen völkischen Bewegung, aber innerlich ganz geschlossen ohne jeglichen Zwiespalt. 1924 wollte man vereinen, was nie ging. Hitlers Standpunkt ist, daß die völkische Idee nie siegt, wenn sie nicht auch in der Führung einig ist. 1915 [*sic!*] fand die Spaltung der Sozialdemokratie statt, und zwar waren die Spaltpilze nur wenige Köpfe, die aber radikal waren. 4 Jahre später haben diese wenigen Leute mit ihrem Anhang Deutschland das Gesetz des Handelns aufgezwungen und die Revolution gemacht. In München ist es gelungen, innerhalb [*von*] 3 1/2 Jahren mehrere tausend Leute zu gewinnen, die dann die Revolution gemacht haben. Wenn eine Organisation 10 Millionen Mitglieder zählt, ist sie ein pazifistischer Körper. Eine kleine Gruppe Fanatischer zwingt die Masse mit sich. Siehe Rußland und Italien. Die Verschmelzung 1924 sollte den Zweck haben, den bestehenden großen nationalen Parteien eine weitere große Partei anzuschließen. Aus nationalen Organisationen die fanatischen Leute herauszuziehen. Den Kampf um die Majorität ficht man erst dann durch, wenn man eine schlagkräftige Minorität hat. Die bestehende Regierung ist eine nationale [15], man hoffte, daß durch

---

10 Zur Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei im Dezember 1922 vgl. Jan Striesow, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, Bd. 1, S. 409 ff.

11 Am 26.8.1921.

12 Der im Januar 1924 in Bayern gegründete Völkische Block, ein Wahlbündnis von Deutschvölkischen und Nationalsozialisten, erzielte bei der Landtagswahl am 6.4.1924 23 Mandate und trat im Oktober 1924 der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bei. Der im September 1925 gegründeten NSDAP-Landtagsfraktion schlossen sich nur sechs Abgeordnete an. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 55 ff., 139 ff.

13 Gemeint ist die (zweite) Weimarer Tagung vom 15. bis 17.8.1924. Der sog. Einigungsparteitag endete mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands unter der Reichsführerschaft von General Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 118 ff.

14 Am 3./4.7.1926 in Weimar. Vgl. Dok. 3-7.

15 Das III. Kabinett Marx (Mai bis Dezember 1926) stützte sich auf eine Minderheitskoalition aus Zentrum, DDP, DVP und BVP.

den nationalen Präsidenten [16] eine Besserung eintreten würde, aber eine internationale Regierung könne auch nicht schlimmer regieren, siehe Dawes, Locarno, Thoiry [17], Auslieferung Deutschlands an Frankreich. Aus einer nationalen Majorität kann niemals die Gesundung eines Volkes kommen. Die Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurde mit 65 Mann durchgeführt, obgleich die Einwohnerwehr mit einer Mitgliederzahl von 360.000 Mann dastand. 4 Jahre später hatten die Nationalsozialisten alles an sich gerissen, und die Einwohnerwehr war nichts mehr, weil es [*sic!*] innerlich leer und ohne Kraft war. In München waren 1923 von den 360.000 Mann 1.000 zur Stelle, wohingegen von den 17.000 Mitgliedern der N.S.D.A.P. alle zur Stelle waren. Ein Programm aufzustellen, mit dem man alle erfassen kann, ist keine Kunst. Je kleiner und aktivistischer die Mitgliederzahl ist, umso besser einer großen und unzuverlässigen Zahl gegenüber. Er meint, wenn die Sache einmal geschmissen ist, kommen viele mit fliegenden Fahnen herüber und glauben, ohne sie wäre es nicht gegangen. Er sagt, daß der Marxismus erledigt ist und zu einer Bürgerpartei geworden ist. Eine Bewegung kann man am besten messen an dem Kampf des Gegners. Die Marxisten sehen in den Nationalsozialisten ihren größten und erbittertsten Gegner. Das beweist auch, daß Hitler als einzigem Mann in ganz Deutschland von der roten Regierung das Reden verboten ist. Sie sehen in der N.S.D.A.P. den radikalsten Flügel des deutschen Erneuerungsgedankens. Eine Vereinigung ist nur dann möglich, wenn alle einig sind und den Schritt zur Einigkeit nicht nur deshalb tun, um ein Pöstchen zu erlangen. Wenn der große Erfolg kommt, kommen die kleinen Besserwisser auch angekrochen. Er erwähnt den guten Zug Buttmanns, als er nach Hitlers erster Rede kam und sich mit ihm versöhnte und sich ihm zur Verfügung stellte. Er hat jede Anpöbeleien [*sic!*] der Freiheitspartei gegenüber verboten mit dem Erfolg, daß er immer mehr beschmutzt und verdächtigt wurde, was ihn aber ganz kalt läßt, auch Reventlows [18] Anpöbeleien. Durch den Kampf Reventlows sind viele Leute in der Richtung irre geworden. Herr Hitler sah sich veranlaßt, eine einmalige Generalabrechnung mit der Freiheitspartei abzuhalten, was auch in München anläßlich einer Versammlung der Freiheitspartei geschehen ist [19], seitdem ist von Hitler in dieser Richtung nichts wieder unternommen worden. Herr

16 Gemeint ist Reichspräsident Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 Berufsoffizier, 1903 kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der 3. Obersten Heeresleitung (zusammen mit Ludendorff), 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis Aug. 1934 Reichspräsident.

17 In Thoiry hatten sich am 17.9.1926 die Außenminister Gustav Stresemann und Aristide Briand zu einer vertraulichen Besprechung getroffen, um eine Generalbereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses in Angriff zu nehmen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 356 ff.

18 Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943), Schriftsteller, Kapitänleutnant a. D., 1920 Herausgeber der Wochenschrift "Der Reichswart", 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924-1933 MdR (DVFP, ab 1927 NSDAP), 1933 stellv. Führer der Deutschen Glaubensbewegung.

19 Anspielung auf die Sprengung einer Versammlung des Nationalsozialen Volksbundes am 24.2.1926 im Münchner Hofbräuhaus, auf der die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Albrecht von Graefe und Ernst Graf zu Reventlow sprechen sollten. Vgl. den Aufruf der Parteileitung im VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!"; Bayerischer Kurier vom 26.2.1926, "Hitlers 'Sieg'"; München-Augsburger Abendzeitung vom 26.2.1926, "Gesprengte Versammlung"; VB vom 26.2.1926, "Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus"; Augsburger Postzeitung vom 27.2.1926, "Hitler auf dem Kriegspfad". Sowie Polizeibericht vom 2.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6791.

Hitler meint, daß es den Nationalsozialisten nicht übelzunehmen sei, wenn sie die Versammlungen der Freiheitspartei stören, da die besten Menschen, wenn sie immer wieder gereizt werden, nicht im Frieden leben können. Hitler erwähnt seinen Vortrag im Nationalen Club in Hamburg[20], wo er mit eisigem Schweigen empfangen wurde und am Ende seiner Ausführungen mit frenetischem Beifall gefeiert wurde. Die Freiheitspartei bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, diese Versammlung zu verhindern. In solchen Fällen sollten sich dann die Freiheitsparteiler nicht wundern, wenn den Nationalsozialisten die Galle überläuft. Herr Hitler kommt jetzt auf das Problem Thüringen zu sprechen. Er betont, dadurch, daß Thüringen das Bindeglied zwischen Norden und Süden sei, habe das Bestreben aller dahinzugehen, dafür Sorge zu tragen, daß Thüringen keine rote Regierung wieder bekomme. Thüringen kann, wie die Dinge heute liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands werden. Zur Bekämpfung des Marxismus können die nationalen Parteien und die Verbände wenig, ja fast überhaupt nichts nützen. Er sagt, es wäre interessant zu erfahren, was die völkischen Wehrbünde für die Wahl für eine Entscheidung zu treffen gewillt sind. Seiner Ansicht nach sollen die Verbände nur eine solche Sache unterstützen, die auch wirklich Erfolg verspricht, aber dann sich auch restlos für diese Sache einsetzen. Von der Wahl hängt nicht das Wohl und Wehe einer Partei ab, sondern nur das Wohl des Landes bzw. Reiches. Dann legt Hitler seinen Standpunkt zu den vaterländischen Verbänden klar. Wenn die Wehrbünde vollständig unpolitisch sind, sind sie genau dasselbe wie die politischen Parteien früher zu ihrer Stellungnahme dem Wehrgedanken gegenüber. Das Bürgertum hatte wohl ein politisches Wollen, aber keine politische Macht. Wenn die Wehrbünde unpolitisch wären, frage man sich nur, was es für einen Zweck habe, 100.000 Mann zum Wehrgedanken zu erziehen, wenn man mit den Leuten, wenn es darauf ankommt, machen kann, was man will. Jede Organisation oder Bewegung, die eine Macht bzw. Kraft verkörpert, ist einer jeden Bewegung verhaßt. Wenn eine Wehrbewegung national ist, ist sie überall verhaßt, ohne in der Lage zu sein, politisch etwas zu erreichen. Die Wehrbünde werden in der Republik erst geduldet, wenn sie republikanisch ist [*sic!*]. Wenn die Wehrbünde jetzt nicht endlich anfangen, sich als politisch zu erklären, ist es dann zu spät. Hitler sagte 1923 dem General Seeckt[21] in München, daß er eines Tages das Opfer seines eigenen Kindes werden würde, was auch eingetroffen ist. Die Orgesch[22] habe sich bei den inneren Angelegenheiten wie Waffenablieferung loyal verhalten, und daran ist sie zugrunde gegangen. An dem Tage, wo der Weg der Kampfbünde ein radikal völkisch[-]politischer ist, sind sie einig, nicht eher. Heute wo 8 Millionen Kinder pazifistisch

20 Am 28.2.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 103.

21 Hans von Seeckt (1866-1936), Generaloberst, 1919 Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Nov. 1923 bis Feb. 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang Kai-scheks.

22 Die Organisation Escherich (Orgesch) war im Mai 1920 von Forstrat Georg Escherich, Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, als nationaler Wehrverband gegründet worden. Aufgrund der alliierten Entwaffnungsbestimmungen war die Orgesch in Preußen im August 1920 verboten und schließlich aufgrund des Gesetzes über die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen im Juni 1921 aufgelöst worden. Vgl. Nußer, Wehrverbände, S. 173 ff.

erzogen werden, geben die Kampfbünde noch ihre Leute dazu her, sich militärisch auszubilden. Die Wehrbünde gehen unpolitisch in die Zukunft, um dann eines Tages als unpolitische Organisationen überrannt zu werden. Sie beenden durch die Wucht und Macht ihrer Mitglieder den völkischen Streit. Wenn nicht gegenseitig Hilfe vorhanden ist, wird keine Wandlung eintreten. Mussolini [23] hat es in seinem Kampfe viel leichter gehabt, da er die italienische Industrie auf seiner Seite gehabt hat. Er erhielt Unterstützungen in Gestalt von Auto und Geld. Was tut die deutsche Industrie für die Wiedergeburt des deutschen Volkes, nichts. Die völkischen Verbände müssen der politischen Partei den Schwung geben zum Zustoßen. Vor allem müsse der Glaube an eine baldige Änderung sehr viel hierzu beitragen. Die Landtagswahl in Thüringen hatte nur kleine Gesichtspunkte, es müsse aber eine Änderung eintreten, wenn nicht für alle Zukunft die Wehrbünde ohne politische Kraft und Ziele bleiben wollten. Die absolute Macht könne nur durch die Masse errungen werden. Aus der kleinen Thüringer Wahl könne eine große Tat für Deutschland entstehen, zumal Thüringen das Land der großen politischen Umwälzungen mit gewesen wäre, siehe Wartburg, Studentenschaft [24] usw. Diese Tat kann aber nur dann erreicht werden, wenn die politische Bewegung und die völkischen Wehrbünde vereint kämpfen würden.

[...] [25]

Hitler bezeichnet jeden Verband als unpolitisch, wenn die Mitglieder nicht politisch auf ihren Verband verpflichtet sind. Der Ausdruck völkisch sei dasselbe wie der Ausdruck Religion. Religiös ist der Sammelbegriff für die verschiedensten Glaubensbekenntnisse, dasselbe sei mit dem Ausdruck völkisch. Er bedauert, daß die Wehrbünde kein eigenes politisches Programm besitzen, er führt ein Beispiel mit der Ortsgruppe Werdau an. 1923 die nationalsozialistischen Kampfbünde, wie Oberland [26], Reichsflagge [27] und die S.A. waren politisch nationalsozialistisch eingestellt.

---

23 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "Avanti", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 Ministerpräsident, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò, am 28.4.1945 erschossen.

24 Anspielung auf das Wartburgfest der deutschen Burschenschaften 1817.

25 Folgen Stellungnahmen von Goertz-Wrisberg und Kloppe, Mitbegründer und Vorsitzender des Wehrwolfs: "Graf von Goertz dankt für die ausgezeichneten Ausführungen und stellt fest, daß der Völkische Führerring Thüringen einen ausgesprochen politischen Charakter trage. Kloppe: Der Wehrwolf und die Nationalsozialisten seien gleichzeitig entstanden, der Wehrwolf sei politisch, dasselbe erklärt Kloppe auch für den Stahlhelm. Er beklagt sich über die Anpöbeleien gegenüber den Verbänden. Er fragt an, wie Hitler das Verbot begründet, daß die Mitglieder der Organisationen nicht Mitglieder der Partei sein dürften. Er moniert die Angriffe Straßers gegenüber Kloppe und Duesterberg."

26 Das Freikorps Oberland (ab 1921: Bund Oberland) war im April 1919 unter maßgeblicher Mitwirkung von Rudolf von Sebottendorff, Vorsitzender der Thule-Gesellschaft, gegründet worden. Es nahm an den Kämpfen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und am Hitler-Putsch teil. Nach seinem Verbot im November 1923 wurde der Bund Oberland 1925 neugegründet. Er löste sich Ende 1930 auf. Vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil. Erlangen 1960.

27 Die Reichsflagge war Anfang 1922 von bayerischen Reichswehroffizieren unter Führung von Adolf Heiß in Nürnberg gegründet worden. Davon spaltete sich im Oktober 1923 die Reichskriegsflagge unter der Leitung von Ernst Röhm ab, die am Hitler-Putsch teilnahm.

[...] [28]

Hitler: Der Marxismus hat keine Machtpositionen im Staat und [*in der*] Armee besessen und trotzdem alle führenden Stellen besetzt. Die alte Armee hat keinen politischen Charakter besessen. 1813 fand eine vollständige Auflösung des Heeres in Preußen statt. Trotzdem hat ein ganz kleiner Teil sich dagegen aufgebäumt. Der Kapp-Putsch habe keine Resonance im Volke gehabt, wohingegen 1923 eine solche vorhanden war. Einen Schritt, wie er ihn 1923 getan hat, beabsichtigt er nicht zu wiederholen. Eine Zentralregierung wäre bei den Juden und Pfaffen möglich, weshalb bei uns nicht, das müßte auch möglich sein, siehe Organisation der Partei. Das deutsche Volk ist am leichtesten zu regieren, die politischen Parteien gaben dem Volke Freiheit, was das Volk nie verlangt hat. Anstatt einen Bethmann [29] einen Bismarck oder Cromwell als Reichskanzler gehabt, wäre es als Sieger aus dem Kriege hervorgegangen. Mussolini hat es mit dem italienischen Volke nicht leicht gehabt, sondern viel schwerer als event[*uel*]l mit dem deutschen. Bei der Hindenburg-Marx-Wahl [30] haben die Sozi, die Gegner der Kirche, sich den Zentrumsmann Marx [31] gewählt.

[...] [32]

Hitler: In 10 Jahren ist der jüngste Kriegsteilnehmer 30 bis 35 Jahre, in 15 Jahren 40, mit solchen Leuten ist eine Erneuerung nicht möglich. Die jetzt heranwachsende Generation kommt für Ideale nicht mehr in Betracht. Der Erfolg des Zusammengehens kann für ganz Deutschland eine ungeheuere Bedeutung haben. Die Gegensätze hören auf, wenn man zu zweit einen Dritten bekämpft.

[...] [33]

---

28 Folgt Stellungnahme Duesterbergs, des 2. Bundesvorsitzenden des Stahlhelms: "Nicht der Marxismus als Macht hatte die Revolution gemacht, sondern die 4 Jahre Krieg haben [*sic!*] den Hauptgrund. Er wäre für Frischhaltung [*sic!*], da er denselben mit der Reichswehr geführt hat, wohingegen der Stahlhelm den Kampf bei Halle/Leuna gegen die Schupo geführt hat. Stimmt mit den Ansichten Hitlers über die Wahl überein. Er moniert noch die Angriffe des Frontkriegerbundes gegenüber dem Stahlhelm." Hierauf von Goertz-Wrisberg: "[*Er*] stellt den Angriff wegen der Anpöbeleien des F[*ront*]K[*rieger*]B[*undes*] gegenüber dem Stahlhelm klar."

29 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preuß. Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, Juli 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

30 Gemeint ist der 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26.4.1925.

31 Wilhelm Marx (1863-1946), Richter, 1899-1918 MdL in Preußen, 1910-1918 MdR (Zentrum), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1928 Parteivorsitzender des Zentrums, Nov. 1923 bis Jan. 1925 und Juli 1926 bis Juni 1928 Reichskanzler, Nov. 1925 bis Juli 1926 Reichsjustizminister, Feb. bis April 1925 Ministerpräsident in Preußen.

32 Folgt Stellungnahme von Müller-Brandenburg, Führer des Wehrwolfs in Thüringen: "Die Abmachung zwischen Briand und Stresemann, Aufhebung der Bünde. Die Durchführung der Forderung seit dem Weggange Seeckts sehr erleichtert. Das Verdienst der Bünde sei, die Volksseele erfaßt zu haben, die sonst nie zu einer politischen Partei gegangen wären [*sic!*]. Die Bedeutung der Bünde werde erst später erkannt werden. Beseitigung der Anpöbeleien." Hierauf erklärte Dinter: "Der Frontgeist hat sich gegen den äußeren Feind gewandt und jetzt gegen wen? Der Stahlhelm müßte eine ganz bestimmte Parole gegen das internationale Großkapital herausgeben. Parole soziale Befriedigung."

33 Folgt Stellungnahme von Rechtsanwalt Schauen: "Der Erfolg des heutigen Tages sei, daß sich die völkischen Führer getroffen haben und sich noch öfters treffen sollen. Der Stahlhelm ist heute noch nicht in der Lage, nationalsozialistisch zu wählen." Hierauf Helwig, Untergauführer des Stahlhelms in Jena:

Hitler ist damit einverstanden, daß ein Vertreter des Stahlhelms aufgestellt wird mit der Voraussetzung, daß der Stahlhelm eine Parole für seinen Vertreter herausgibt. Er stellt fest, daß er seinen Mitgliedern befehlen kann, was der Stahlhelm nicht kann. Er hofft, daß die anschließend zu führenden Verhandlungen [*zu*] dem [*zu*] erwartenden Ziele führen werden.[34]

26. Oktober 1926 Dok. 40
Anordnung

VB vom 28.10.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

1. Mit Wirksamkeit vom 1. November 1926 werden die Gaue "Groß-Berlin" und "Potsdam" aufgelöst und wird aus ihnen der *neue Gau "Berlin-Brandenburg"* gebildet.

Diesem werden die bisher selbständigen Ortsgruppen *Kottbus*, *Landsberg a. d. W.* und *Münchsberg* (Mark) zugewiesen.

2. Mit der Führung des Gaues Berlin-Brandenburg beauftrage ich hiermit den Pg. Dr. *Goebbels*[1], Elberfeld, der mir allein verantwortlich ist für die organisatorische, propagandistische und politische Leitung des Gaues.

3. Alle Einzelheiten bezüglich der Auflösung der Gaue Groß-Berlin und Potsdam sowie der Übernahme der Geschäftsstellen regelt Pg. Dr. Goebbels in direktem Einvernehmen mit den bisherigen Gauführern[2].

"[*Er*] bittet in Zukunft die Bezeichnung Wehrbünde fallenzulassen und dafür Kampfbünde einzusetzen. Im Stahlhelm sei der völkisch nationale Wille vorhanden."

34 Nach Hitlers Abreise einigte man sich im anschließenden Gespräch, Listenplätze für Schauen und von Goertz-Wrisberg, der jedoch bald darauf seine Kandidatur zurückzog, zu reservieren. Zu den weiteren Verhandlungen zwischen Völkischem Führerring Thüringen, NSDAP und DVFP vgl. Protokoll vom 7.11.1926 und weitere undatierte Protokolle über die Sitzungen des Völkischen Führerrings Thüringen (BA, NS 20/123), Schreiben des Völkischen Führerrings Thüringen an Hitler vom 15.2.1927 (BA, NS 26/160); sowie Tracey, Development, S. 35 ff.

1 Joseph Goebbels (1897-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter von Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

2 Ernst Schlange (geb. 1888), 1912 Dr. jur., 1918 Gerichtsassessor, 1923 Regierungsrat, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter von Berlin-Brandenburg, 1930-1933 Gauleiter von Brandenburg, 1932/33 MdL in Preußen, 1934 Präsident der Generaldirektion der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie.

4. Die S.S. und S.A. des neuen Gaues wird der politischen Leitung des Gauführers ausdrücklich unterstellt. Ihre Führer werden *endgültig* erst nach dessen Vorschlag von der S.A.-Leitung München bestimmt.

München, 26. Oktober 1926

Adolf Hitler

(Vorstehendes ist von der gesamten Partei-Presse abzudrucken!)

26. Oktober 1926 Dok. 41
Anordnung

VB vom 28.10.1926, "Aus der Bewegung".

Der im Verlag Franz *Eher* Nachf[*olger*] erscheinende *"Illustrierte Beobachter"*[1] ist das einzige von der Reichsleitung der N.S.D.A.P. genehmigte illustrierte Parteiorgan. Eine Genehmigung zur Herausgabe weiterer illustrierter Blätter oder illustrierter Beilagen zu anerkannten Parteizeitungen wird seitens der Reichsleitung bis auf weiteres nicht erteilt.

München, den 26. Oktober 1926

Adolf Hitler

26. Oktober 1926 Dok. 42
Schreiben an Erich Schmiedicke [1]

Der nationale Sozialist für Sachsen vom 7.11.1926, "Aus der Bewegung".

Herrn Erich Schmiedicke, Berlin.

Im Anschluß an die Bekanntgabe im "Völkischen Beobachter" vom heutigen[2], von der ich einen Abzug beifüge, bestimme ich:

Walter Klaunig (geb. 1893). Dipl.-Ing., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter von Potsdam, 1928 aus NSDAP-Reichskartei gestrichen, 1932 Wiederaufnahme in die NSDAP.

1 Der "Illustrierte Beobachter", gegründet von Max Amann und Heinrich Hoffmann, erschien von Juni 1926 bis 1945. Chefredakteur war von 1926 bis 1932 Hermann Esser.

1 Erich Schmiedicke (geb. 1887), Schiffsoffizier in der Handelsmarine, später Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Berlin, 1922-1924 SA-Führer in Berlin, 1925/26 stellv. Gauleiter von Groß-Berlin, 1932 stellv. Gauleiter von Brandenburg, 1933-1945 Oberbürgermeister von Guben.

2 VB vom 28.10.1926, "Aus der Bewegung". Vgl. Dok. 41.

Der alte Gau Groß-Berlin hat bis einschl. Oktober dieses Jahres noch mit der R[*eichs-*]L[*eitung*] (Kassenverwaltung) abzurechnen.

Ich ergreife gerne die Gelegenheit, Ihnen dafür, daß Sie in den letzten schweren Monaten, die von Ihnen persönlich große Opfer forderten, mir Ihre Mitarbeit nicht versagten, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Mit deutschem Heilgruß!

München, den 26. Oktober 1926

gez. *Adolf Hitler*

27. Oktober 1926 — Dok. 43
Anordnung

VB vom 29.10.1926, "Bekanntmachung".

Der große Wert, den die Parteileitung auf die S.-A. legt, ist bekannt. Die technischen Schwierigkeiten, die ihrer einheitlichen Organisation bisher im Wege standen, sind überwunden. *Die Oberste S.-A.-Führung nimmt mit dem 1. November ihre Tätigkeit auf*[1], für die meine Bekanntmachung vom 26.2.[*19*]25[2] grundsätzlich bestimmend ist. Die Oberste Führung ist mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet; auch sind ihr die Schutzstaffeln und die Jugendbewegung unterstellt. Alle Gaue und Ortsgruppen werden aufgefordert, die Maßnahmen der Obersten Führung kräftig zu unterstützen. Der Stand der S.-A.-Neuorganisation wird mir ein Gradmesser sein für den Stand auch der politischen Arbeitserfolge.

München, den 27.10.[*19*]26

gez.: Adolf *Hitler*

1 Die Oberste SA-Führung stand vom 1.11.1926 bis zu seinem Rücktritt am 29.8.1930 unter der Leitung von Franz von Pfeffer.

2 Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei. Vgl. Bd. I, Dok. 4.

1. November 1926 Dok. 44
"SABE 1 Sturmf[ührer]" [1]
Anordnung [2]

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403.

Brief Adolf Hitlers an Hauptmann v. Pfeffer.

Als Abschluß unserer Besprechungen über das Programm Ihrer Neuorganisation wiederhole ich kurz zusammenfassend meine Hauptrichtlinien.

Die Ausbildung der SA hat nicht nach militärischen Gesichtspunkten, sondern nach parteizweckmäßigen zu erfolgen.

Soweit die Mitglieder dabei körperlich zu ertüchtigen sind, darf der Hauptwert nicht auf militärisches Exerzieren, als vielmehr auf sportliche Betätigung gelegt werden. Boxen und Jiu-Jitsu sind mir immer als wichtiger erschienen als irgendeine schlechte, weil doch nur halbe Schießausbildung. Die körperliche Ertüchtigung soll dem einzelnen die Überzeugung seiner Überlegenheit einimpfen und ihm jene Zuversicht geben, die ewig nur im Bewußtsein der eigenen Kraft liegt; zudem soll sie ihm jene sportlichen Fertigkeiten beibringen, die zur Verteidigung der Bewegung als Waffe dienen.

Die organisatorische Formung der SA sowie ihre Bekleidung und Ausrüstung ist sinngemäß nicht nach den Vorbildern der alten Armee, sondern nach einer durch ihre Aufgabe bestimmten Zweckmäßigkeit vorzunehmen.

Um von vornherein jeden geheimen Charakter der SA zu verhüten, muß, abgesehen von ihrer, sofort jedermann kenntlichen Kleidung schon die Größe ihres Bestandes ihr selbst den Weg weisen, welcher der Bewegung nützt und aller Öffentlichkeit bekannt ist. Sie darf nicht im Verborgenen tagen, sondern soll unter freiem Himmel marschieren und damit endgültig einer Betätigung zugeführt werden, die alle Legenden von "Geheimorganisation" zerstört. Um sie auch geistig von allen Versuchen, durch kleine Verschwörungen ihren Aktivismus zu befriedigen, abzuziehen, muß sie, von allem Anfang an, in die große Idee der Bewegung vollständig eingeweiht und in der Aufgabe, diese Idee zu vertreten, so restlos ausgebildet werden, daß von vornherein der Horizont sich weitet und der einzelne Mann seine Mission nicht in der Beseitigung irgendeines kleineren oder größeren Gauners ersieht [*sic!*], sondern in dem Sicheinsetzen für die Errichtung eines neuen nationalsozialistischen völkischen Staates. Dadurch aber wird der *Kampf gegen den heutigen Staat* aus der Atmosphäre kleiner Rache- und Verschwörungsaktionen herausgehoben zur *Größe eines weltanschaulichen Vernichtungskrieges* gegen den Marxismus, seine Gebilde und seine Drahtzieher.

---

1 Einleitender Zusatz: "Verantwortlich für die Aufbewahrung ist nicht nur der bezeichnete F[*ührer*], sondern auch dessen Vorgesetzter. Letzterer hat sich von Zeit zu Zeit nicht nur von dem Vorhandensein zu überzeugen, sondern auch von der Art der Aufbewahrung."

2 Gleichzeitig mit SABE 1 gab der Oberste SA-Führer Franz von Pfeffer ein Begleitschreiben an die SA-Führer heraus, das die politische Aufgabe der SA genauer bezeichnete. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1964, S. 366 ff.

Was wir brauchen, sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch Eroberung der Straße. Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialismus ist, genau so, wie er einst der Herr des Staates sein wird.

gez.: *Adolf Hitler*

Ich bringe hiermit den SA-Führern diesen Brief als Leitwort zur Kenntnis.

gez.: v. Pfeffer

5. November 1926 Dok. 45
Anordnung

VB vom 7./8.11.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Der am 27. Oktober 1926 vom stellvertr[*etenden*] Gauführer Groß-Berlin [1] verfügte Ausschluß des H[*er*]rn Heinz *Hauenstein* [2], Berlin-Schlachtensee, wurde von mir bestätigt [3].

Herr Hauenstein ist nicht berechtigt, sich fernerhin für die N.S.D.A.P. in irgendeiner Weise zu betätigen.

München, 5. November 1926

Adolf Hitler

1 Erich Schmiedicke.

2 Heinz Oskar Hauenstein (1899-1934), Kaufmann, 1920 Leiter der "Spezialpolizei" des oberschlesischen Selbstschutzes, 1921 Leiter der Freikorps-Sturmabteilung Heinz, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1926 Gründung des Zentralverbands der Erwerbslosen Groß-Berlin in der NSDAP, Okt. 1926 Parteiausschluß, anschließend Gründer der Unabhängigen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.
Hauenstein war von dem Berliner SA-Führer, Kurt Daluege, als Gauleiterkandidat für Berlin gegen den früheren Berliner Gauleiter Ernst Schlange und gegen Joseph Goebbels aufgestellt worden. Auf einer Führersitzung im August 1926 war es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Hauenstein und Otto Straßer gekommen, der daraufhin ein Parteiausschlußverfahren gegen Hauenstein beantragte. Vgl. Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart o. J. (1961), S. 111 ff. Vgl. auch Dok. 58.

3 Vgl. Dok. 46.

5. November 1926 Dok. 46
Schreiben an Heinz Hauenstein

Der nationale Sozialist für Sachsen vom 14.11.1926, "Aus der Bewegung. Bekanntmachungen" [1].

1. Nach Anhören des U[*ntersuchungs-*] u[*nd*] Schl[*ichtungs-*]A[*uschusses*] der Parteileitung weise ich Ihre Beschwerde vom 29.10.1926 über den vom stellvertr[*etenden*] Gauleiter Erich Schmiedicke am 27.10.1926 verfügten Ausschluß aus der N.S.D.A.P. [2] als unbegründet ab.

Der Begründung Ihres Ausschlusses vom U. u. Schl. A. Berlin trete ich bei. (§ 4, Abs. 226 [3] und 3 a der Satzung vom 22.5.1926 [4])

Der Entscheid ist endgültig.

Sie haben kein Recht, sich fernerhin für die N.S.D.A.P. in irgendeiner Weise zu betätigen.

Ihre Mitgliedskarte wollen Sie bei der Geschäftsstelle Berlin der N.S.D.A.P. abliefern.

2. Dem Beschlusse des U. u. Schl. A. Berlin vom 28.9.1926 [5] versage ich meine Zustimmung.

Die objektive Prüfung des Aktes durch den U. u. Schl. A. der Parteileitung hat einwandfrei ergeben, daß die Punkte 4, 5, 6 und 7 des Beschlusses [6] im Widerspruch zur Aktenlage stehen.

Infolgedessen kann ich auch dem Antrage unter I und II des Beschlusses [7] nicht zustimmen, sondern würde Sie auf Grund des § 4 Abs. 2 b und 3 a der Satzung vom 22.5.1926 - entsprechend dem Antrage des U. u. Schl. A. der Parteileitung - aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen haben, wenn nicht inzwischen Ihr Ausschluß nach vorstehender Ziff. 1 erfolgt wäre.

München, 5. Nov[*ember*] 1926

gez.: *Adolf Hitler*

---

1 Nochmals veröffentlicht in Völkischer Bauernschaft vom 14.11.1926, "Aus der Bewegung".

2 Vgl. auch Dok. 45 und 58.

3 Muß heißen: Abs. 2 b.

4 § 4 Abs. 2 b: "Mitglieder werden ausgeschlossen [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln"; Abs. 3 a: "Mitglieder können ausgeschlossen werden: a) die innerhalb der Ortsgruppe oder des Gauverbandes wiederholt Anlaß zu Streit und Zwist gegeben haben." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

5 Vgl. OPG-Akte Heinz Hauenstein; BDC. Dort ist allerdings der Beschluß auf den 23.9.1926 datiert.

6 Beschaffung von Geld für die NSDAP durch Hauenstein, widersprüchliche Aussage Otto Straßers, geplante Vernehmung Gregor Straßers.

7 Aufhebung der Maßregelungen gegen Hauenstein und Ermahnung zur Vorsicht in Fragen der Parteifinanzierung.

7. November 1926 Dok. 47
"An die Frauen der N.S.D.A.P."
Anordnung

VB vom 7./8.11.1926, "Aus der Bewegung".

Am 7., 8. und 9. November hält der *Deutsche Frauenorden Berlin* [1] seine diesjährige Reichsvertreterinnentagung ab. Der Deutsche Frauenorden Berlin (Führerin Frl. Elsbeth Zander [2]) ist die von der N.S.D.A.P. anerkannte Frauenbewegung. Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Parteigenossinnen an der Tagung ist erwünscht.

gez. Adolf *Hitler*

1 Der im September 1923 von Elsbeth Zander in Berlin gegründete Deutsche Frauenorden wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

2 Elsbeth Zander (geb. 1888), Journalistin, 1923-1931 Mitbegründerin und Leiterin des Deutschen Frauenordens in Berlin (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz), 1931-1933 Reichsfrauenführerin der NS-Frauenschaft und Referentin für Frauenfragen bei der NSDAP-Reichsleitung.

[10. November 1926] [1] Beleidigungsprozeß Kardinal Faulhaber gegen Rainer Huppertz [2] Erklärung vor dem Landgericht Hamburg [3]

Dok. 48

Bayerischer Kurier vom 11.11.1926, "Das Urteil im Hamburger Prozeß" [4].

Der nächste Zeuge [5], Schriftsteller *Adolf Hitler* [6], sagte aus: Zu den Behauptungen des Angeklagten, wie sie im Beschlusse des Landgerichts Hamburg vom 4. Nov. 1925 [7] niedergelegt sind, kann ich *nichts aussagen*. Ich kenne den Nebenkläger [8] persönlich nicht. *Ich muß auch die Behauptung ablehnen, daß er unsere Bewegung begünstigt habe* und daß der Schritt vom November 1923 von seiten des Nebenklägers irgendwie beeinflußt wurde. Ein *Zurückziehen* des Nebenklägers von unserer Bewegung kommt unter diesen Umständen *nicht in Frage*. Es ist mir auch nichts bekannt, daß Nebenkläger in der Nacht

---

1 Datierung nach Verlesung des Vernehmungsprotokolls.

2 Rainer Huppertz (geb. 1900), Schriftsteller, Herausgeber der Wochenschrift "Vaterland".

3 Den Vorsitz der 3. Strafkammer führte Landgerichtsdirektor Dr. Eduard Heinichen, die Anklage vertrat Staatsanwalt Rudolf Letz. Huppertz übernahm selbst seine Verteidigung, Kardinal Faulhaber ließ sich durch Rechtsanwalt Simon vertreten.
Anlaß für die Beleidigungsklage war der von Huppertz verfaßte Artikel "Landesverrat der Kardinäle" vom 17.10.1924 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Vaterland". Huppertz hatte darin gegen Faulhaber den Vorwurf erhoben, mit Personen des Hitler-Putsches in Verbindung gestanden und die Trennung Bayerns vom Deutschen Reich angestrebt zu haben, und weiterhin den Kölner Kardinal Felix von Hartmann der Unterstützung der rheinischen Separatistenbewegung beschuldigt.
Im Verfahren vor der 2. Strafabteilung beim Amtsgericht Hamburg am 7.7.1925, das Faulhaber angestrengt hatte - Hartmann war bereits verstorben -, war Huppertz aufgrund § 193 StGB (Wahrung eines berechtigten Interesses) freigespochen worden. Gegen dieses Urteil legten Faulhaber und die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vgl. Hamburger Echo vom 8.7.1925, "'Landesverrat der Kardinäle'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 9.7.1925, "Ein Prozeß des Kardinals Faulhaber"; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.7.1925, "Das Hamburger Fehlurteil"; Hamburger Fremdenblatt vom 15.7.1925, "Berufung im Faulhaberprozeß"; Bayerischer Kurier vom 10.11.1926, "Der Hamburger Huppertz-Prozeß".

4 Vgl. auch Hamburgischer Correspondent vom 10.11.1926, "Das Urteil im Faulhaber-Prozeß"; Hamburger Fremdenblatt vom 10.11.1926, "Der Prozeß Faulhaber-Huppertz"; Berliner Tageblatt vom 11.11.1926 (MA), "Der Hamburger Faulhaber-Prozeß"; Münchner Neueste Nachrichten vom 11.11.1926, "Der Beleidigungs-Prozeß des Kardinals Faulhaber"; Münchener Post vom 11.11.1926, "Ein Beleidigungsprozeß des Kardinals Faulhaber"; Vossische Zeitung vom 11.11.1926, "Verurteilung im Faulhaber-Prozeß"; Frankfurter Zeitung vom 11.11.1926 (AA), "Der neue Faulhaber-Prozeß"; VB vom 12.11.1926, "Beleidigungsprozeß Faulhaber-Huppertz".

5 Zuvor waren das Urteil des Amtsgerichts Hamburg vom 7.7.1925 und die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen Siegfried Jacobsohn, Erhard Auer, Hermann Esser, Karl Graf von Bothmer und General Ludendorff verlesen worden.

6 Hitler war bei der Verhandlung nicht anwesend.

7 Am 4.11.1925 hatte die 3. Strafkammer des Landgerichts Hamburg beschlossen, zur Beweisaufnahme die von Huppertz benannten Zeugen Auer, Ludendorff, Hitler, Gregor Straßer, Graf Bothmer, Esser, Hellmut von Gerlach und Jacobsohn kommissarisch vernehmen zu lassen. Vgl. Bayerischer Kurier vom 5.11.1925, "Das Hamburger Urteil".

8 Kardinal Faulhaber.

vom 8./9. Nov. auf die Herren Kahr[9], Lossow und Seißer[10] einzuwirken versuchte; ich *halte das auch gar nicht für wahrscheinlich.*[11]

9 Gustav Ritter von Kahr (1862-1934), Jurist, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis Sep. 1921 bayer. Ministerpräsident, Sep. 1923 bis Feb. 1924 Generalstaatskommissar von Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

10 Hans Ritter von Seißer (1874-1973), Berufsoffizier, 1914-1918 Major im Generalstab, 1919 Eintritt in den bayer. Polizeidienst, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef des Bayer. Landespolizeiamtes und damit de facto Befehlshaber über die Landespolizei, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig.

11 Folgen Zeugenaussagen Hellmut von Gerlachs und Gregor Straßers sowie die Plädoyers von Staatsanwalt Letz, Rechtsanwalt Simon und die abschließende Stellungnahme des Angeklagten.
Das Gericht verurteilte Huppertz wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Huppertz legte gegen das Urteil Revision beim Hanseatischen Oberlandesgericht ein, das die Revision am 14.2.1927 zurückwies. Die Haftstrafe wurde auf sein Gnadengesuch hin auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Vgl. VB vom 19.11.1926, "Revision im Faulhaber-Huppertz-Prozeß"; Hamburger Anzeiger vom 14.2.1927, "Aus dem Gerichtssaal. Der Kardinalprozeß in der Revision"; Berliner Tageblatt vom 15.2.1927 (MA), "Kardinal Faulhabers Beleidigungsprozeß". Sowie Schreiben der Senatskommission für die Justizverwaltung vom 11.5.1927; StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, 102.

17. November 1926 Dok. 49
Strafverfahren gegen Hitler und Esser
Rede vor dem Amtsgericht München [1]

VB vom 19.11.1926, "Adolf Hitler freigesprochen", und vom 20.11.1926, "'Grober Unfug' vor Gericht" [2].

Adolf Hitler [3] fragt das Gericht, warum er eigentlich angeklagt sei, und erhält die Antwort, daß man ihn mit Esser der gemeinsamen *Erregung und Steigerung des Tumults* beschuldige. Hitler stellt fest, daß er einzig für den Aufruf im "V. B." [4], der zum Besuch der Versammlung unter ausdrücklicher Warnung vor Gesetzwidrigkeiten aufforderte, die Verantwortung trage. *Wenn man in der Wahrheit ist* [sic!], *sprengt man keine Versammlung.* Seit alters ist in öffentlichen Volksversammlungen Beifalls- und Mißfallensäußerung üblich, das war noch nie Gegenstand einer Gerichtsklage. Er habe auch am ganzen Abend das Gefühl gehabt, daß *nicht die geringste strafbare Handlung vorlag.* Es sei bisher sogar üblich gewesen, in öffentlichen Versammlungen seitens der Gegner abzustimmen, Lieder wie die Marseillaise zu singen, ohne daß jemals ein Gericht eingeschritten sei. Hier habe die Versammlungsleitung in unerhörter Weise die schriftliche Wortmeldung verschlampt und dann die unwahre Ausrede gebraucht, daß die Wortmeldung zu spät eingelaufen sei. Das habe auf die Anwesenden als Provokation und Schiebung gewirkt. *Er sei nicht zu einer Sprengung, sondern zur Aussprache, an der er sich selbst beteiligen wollte, in die Versammlung gekommen.* Er sei nicht neben Esser gesessen, habe überhaupt nichts während der Versammlung getan, weder gesungen noch "dirigiert". Auffallend sei, *daß das untere Organ der Staatsanwaltschaft, der Kriminalbeamte* [5], *nichts tat*

---

1 Die Verhandlung dauerte von 16.00 bis 23.45 Uhr. Den Vorsitz führte Amtsrichter Max Sohler. Hitler und Hermann Esser waren mit Rechtsanwalt Lorenz Roder erschienen.
Anlaß für das Strafverfahren wegen groben Unfugs war die Sprengung einer vom Nationalsozialen Volksbund für den 24.2.1926 im Münchner Hofbräuhaus einberufenen Versammlung, auf der die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei Albrecht von Graefe und Ernst Graf zu Reventlow sprechen sollten, durch die NSDAP in Anwesenheit Hitlers. Vgl. den Aufruf der Parteileitung im VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!"; Bayerischer Kurier vom 26.2.1926, "Hitlers 'Sieg'"; München-Augsburger Abendzeitung vom 26.2.1926, "Gesprengte Versammlung"; VB vom 26.2.1926, "Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus"; Augsburger Postzeitung vom 27.2.1926, "Hitler auf dem Kriegspfad". Sowie Polizeibericht vom 2.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6791. Vgl. auch Bd. I, Dok. 109 und 111.
Die Eröffnung des von der Staatsanwaltschaft München angestrengten Verfahrens gegen Esser und Hitler war zunächst von der 3. Strafkammer des Landgerichts München abgelehnt worden. Daraufhin legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Bayerischen Obersten Landesgericht ein, das den Beschluß des Landgerichts München aufhob.

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 18.11.1926, "Die gesprengte Hofbräuhausversammlung"; Münchner Neueste Nachrichten vom 18.11.1926, "Gerichtssaal: Anklage wegen groben Unfugs"; Münchener Post vom 18.11.1926, "Hitler und Esser in der Au"; Berliner Tageblatt vom 18.11.1926 (AA), "Ein gerichtliches Nachspiel"; Bayerischer Kurier vom 19.11.1926, "Die gesprengte Hofbräuhausversammlung"; Frankfurter Zeitung vom 19.11.1926 (1. MA), "Esser wegen groben Unfugs verurteilt". Sowie Beglaubigte Abschrift des Urteils vom 17.11.1926; BayHStA, MInn 81581.

3 Vor Hitler war Esser vernommen worden.

4 VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!".

5 Gemeint ist Kriminalkommissar Siegfried Hermann, der den polizeilichen Sicherheitsdienst im Saal geleitet hatte.

gegen die angebliche "Gesetzwidrigkeit", während ihm der Vorwurf gemacht wurde, er habe Essers "Gesetzwidrigkeit", die er als solche nicht anerkenne, nicht verhindert. Seine Überzeugung sei, daß *Esser* nur sein Recht verlangt habe. Er habe an einen geordneten Verlauf geglaubt und wäre bestimmt nicht gekommen, um Unfug zu machen. Das Oberste Land[*es*]gericht kannte wohl den Sachverhalt nicht, sonst hätte es anders beschlossen. Der Versammlungsschluß habe ihm einen großen Strich durch diese Rechnung gemacht, weil er selbst reden wollte, nachdem ihm sonst das Wort verboten sei. Daß ihm die Überzeugung irgendeiner strafbaren Handlung völlig fehlte, sei namentlich durch das Nichteinschreiten der Polizeiorgane veranlaßt worden. Wäre es zu Gewaltakten gekommen, was aber gar nicht der Fall war, dann hätte die Polizei einschreiten müssen [6].

[...] [7]

Adolf Hitler sprach ein wuchtiges Schlußwort: "Seit 1919 politisch tätig, bin ich vielleicht in den meisten Versammlungen in Deutschland aufgetreten zu einer Zeit, da Staatsanwälte froh waren, daß sich deutsche Männer der roten Flut entgegenstellten. Ich habe auch heute noch zahlreiche ähnliche Vorgänge seitens meiner Gegner in Versammlungen erlebt. Bis heute ist deswegen noch nie ein Staatsanwalt dagegen eingeschritten. Man hat nie von Fällen, wie dem vorliegenden, Notiz genommen. Wir wären glücklich gewesen, wenn die Staatsanwaltschaft denselben rühmlichen Eifer bei uns bekundet hätte; dann müßte sie allerdings in Deutschland verdoppelt werden. In einem ähnlichen Fall, bei der Volksbundversammlung im "Wittelsbacher Garten" [8], sei alles reibungslos abgegangen, da das Wort zur G[*eschäfts-*]O[*rdnung*] erteilt wurde. *Wir konnten uns heute, nachdem man 7 Jahre lang nie gegen den Brauch der G*[*eschäfts-*] *O*[*rdnungs*]*-Forderung vorging, einer strafbaren Handlung nicht schuldig* fühlen. Einmal enthielt schon der Aufruf im V. B. ausdrückliche Warnung vor jeder Gesetzwidrigkeit. Dann geschah hier *Essers* Wortmeldung in höflichster Form mittels einer Besuchskarte.

6 Ergänzend berichtet der Bayerische Kurier vom 18.11.1926: "Er [*Hitler*] habe eben gelernt, daß man sich mit Parlamentariern nicht auseinandersetzen könne, wenn man von ihnen räumlich entfernt sei, auch nicht mit der Feder. Er (Hitler) sei überzeugt, daß er nach 30 Minuten Redezeit die 40 bis 50 anwesenden Volksbündler zu 9/10 zu seinen Anhängern gemacht hätte. Bei dem plötzlichen Versammlungsschluß durch den Kriminalkommissär Hermann sei er (Hitler) 'platt' gewesen. Er hätte doch reden wollen!"

7 "Als der *Staatsanwalt* auf die 'Zeugen'aussage eines gewissen Plümer hinweist, der von einer planmäßigen Verständigung zwischen *Hitler* und *Esser* im zähen Festhalten der Wortforderung zur G[*eschäfts*]-O[*rdnung*] sprach, erhoben *Hitler* und *Esser* dagegen heftigen Widerspruch unter Darlegung des wahren Sachverhalts. Der Staatsanwalt zeigt weiterhin eine seltsame Unkenntnis in Versammlungsgewohnheiten und muß sich von Hitler eines Besseren belehren lassen."
Anschließend wurden Kriminalkommissar Hermann und drei weitere Polizeibeamte sowie die Landtagsabgeordneten Ludwig Frühauf und Anton Drexler (beide Völkischer Block) und Rudolf Buttmann (NSDAP) vernommen. Nachdem Staatsanwalt Erhard Müller für die Angeklagten je eine Haftstrafe von 6 Wochen und Aufhebung der noch laufenden Bewährungsfristen beantragt hatte, sprachen Rechtsanwalt Roder und Esser. Die folgenden Ausführungen Hitlers sind dem VB-Bericht vom 20.11.1926 entnommen.

8 Am 2.10.1925 in München. Zum Versammlungsablauf vgl. Völkischer Kurier vom 4./5.10.1925, "National-sozialer Volksbund. 1. öffentliche Versammlung im Wittelsbacher-Garten"; Münchner Neueste Nachrichten vom 3.10.1925, "Der Kampf im völkischen Lager"; Münchener Post vom 5.10.1925, "Der völkische Jahrmarkt"; VB vom 4./5.10.1925, "Der Verräter-Konzern endgültig erledigt".

Ich protestiere schärfstens gegen die Zuweisung einer polizeilichen Mission[9], *einer Verpflichtung, Essers Handeln zu verhindern, die man mir zumuten will, obwohl ich sonst nicht das Recht besitze, in diesem Staate zu reden.*

Es ist ein Unfug, wenn die Mehrheit an [*sic!*] der Versammlungsleitung provoziert wird; hier hätte die Staatsanwaltschaft nachweisen müssen, wer mehr provoziert hat. *Esser* unterlag nur der Steigerung der erregten Stimmung. *Es ist undenkbar, daß man von seinem Stuhl aus, nicht vom Podium die Massen hätte beherrschen können.*

Ich empfinde *Essers* Verhalten nicht als Gesetzwidrigkeit, denn er hat weder zu den Rufen aufgefordert noch das Hitlerlied[10] dirigiert. Ich bin persönlich alles andere als ein Freund des Hitlerliedes, des völkischen Wanderpreises.

Die hohe Ehre, Vollzugsorgan der Staatsautorität zu sein, die mich am Reden hindert, weise ich weit von mir. Ich lasse mich für eine Nachlässigkeit der Polizei nicht bestrafen, da ich völlig unbeteiligt war. Ich wollte ja sprechen und keinen Spektakel. *Wenn die heutige Praxis der Staatsanwaltschaft Praxis in Deutschland wird, dann ist jeder Zwischenruf in einer politischen Versammlung grober Unfug.*"[11]

---

9 Laut VB hatte Kriminalkommissar Hermann ausgesagt, daß "Hitler mit einem Worte die Versammlung zur Ruhe hätte bringen können".

10 Gemeint ist vermutlich das 1920 von Erich Teßmer ursprünglich für die Brigade Ehrhardt geschriebene Lied, das von der SA übernommen wurde. Text: Hakenkreuz-Liederbuch. Zusammengestellt von Franz Grundner, München 1924, S. 4.

11 Das Gericht sprach Hitler frei und verurteilte Esser unter Aufhebung der noch aus einer früheren Verurteilung bestehenden zweimonatigen Bewährungsfrist wegen groben Unfugs zu einer Haftstrafe von zwei Wochen. Vgl. Beglaubigte Abschrift des Urteils vom 17.11.1926; BayHStA, MInn 81581.
Esser legte gegen das Urteil Berufung beim Landgericht München I ein, das in der Verhandlung am 12.2.1927 unter Vorsitz des stellvertretenden Landgerichtsdirektors Otto Gänßler das Urteil des Amtsgerichtes München vom 17.11.1926 im Strafmaß abänderte und Esser zu einer Geldstrafe von 150 RM (ersatzweise 15 Tage Gefängnis) verurteilte. Die Widerrufung der Bewährungsfrist wurde aufgehoben. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14.2.1927, "Gerichtssaal: Nationalsoziale [*sic!*] Arbeiterpartei gegen Nationalsozialen Volksbund"; VB vom 15.2.1927, "Esser vor dem Landgericht München"; VB vom 16.2.1927, "Um das 'Ansehen' des Staates".

18. November 1926 Dok. 50
Anordnung

VB vom 24.11.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Herr Paul *Land* [1], früher in Mengede, jetzt in Chemnitz, wird auf Grund des § 4, Abs. 3 a der Satzung vom 22.5.1926 [2] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

Herr *Land* ist nicht mehr berechtigt, sich auf die N.S.D.A.P. zu beziehen oder als Redner in deren Versammlungen aufzutreten.

München, 18. November 1926

Adolf Hitler

(Von allen Parteiblättern abzudrucken!)

20. November 1926 Dok. 51
Anordnung

VB vom 24.11.1926, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntgabe

1. Herr Enno *Müller* [2], Führer des sog. nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Jungsturms in Zeitz, der am 11.6.1926 aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen wurde [3], der nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Kameradschaftsbund [4] des Herrn Bendix [5] in Leipzig und *Ernst* in Halle

1 Paul Land (geb. 1897), Bergmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1926 Parteiausschluß, 1927 Vorstandsmitglied der Unabhängigen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1929 Wiedereintritt in die NSDAP. Vgl. auch Bd. I, Dok. 160.

2 § 4 Abs. 3 a: "Mitglieder können ausgeschlossen werden: a) die innerhalb der Ortsgruppe oder des Gauverbandes wiederholt Anlaß zu Streit und Zwist gegeben haben." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 9.12.1926, "Aus der Bewegung".

2 Enno Müller (geb. 1890), Buchdruckermeister, 1924 DFVP-Vorsitzender in Zeitz, 1926 Führer des Nationalsozialistischen Jungsturms, Parteiausschluß, später Wiedereintritt, 1929 Stadtverordneter in Zeitz (NSDAP), 1934 Ratsherr, Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik.

3 Vgl. VB vom 4.9.1926, "Aus der Bewegung".

4 Der Nationalsozialistische Kameradschaftsbund war im Juli 1926 von Emil Danneberg in Halle gegründet worden, nachdem die NSDAP-Ortsgruppe aufgelöst worden war. Der Kameradschaftsbund erreichte keine größere Bedeutung. Vgl. Lagebericht Nr. 122 des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 15.7.1927; BA, R 134/34.

5 Otto Ernst Bendix (geb. 1899), 1925 Vorsitzender des "Deutschen Frontkämpferbundes der NSDAP Leipzig, Stoßtrupp Ludendorff, Regiment Hitler". Vgl. auch VB vom 12./13.9.1926, "Aus der Bewegung".

a. d. S. [6] sowie der Frontbann Köln a. Rh. [7] sind nicht berechtigt, sich auf die N.S.D.A.P. oder auf meinen Namen zu beziehen oder Abzeichen der N.S.D.A.P. zu führen.

(Von allen Parteiblättern in beliebigen Zeiträumen dreimal abzudrucken!)

2. Die Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der N.S.D.A.P. vom 1.7.1926 [8] sind zu ergänzen: S. 1, vorletzter Absatz, 2. Zeile von oben ist hinter "Zuruf" einzuschalten: "Die Wahl muß vom Gauleiter anerkannt und der Gewählte von diesem schriftlich bestätigt sein.

Die Vorsitzenden oder Leiter aller sonstigen Untergliederungen (§ 6 der Satzung vom 22.5.1926 [9]): Sektionen, Bezirke, Untergaue usw. werden vom 1. Vorsitzenden der O[*rts*]-Gr[*uppe*] bzw. vom Gauleiter bestimmt."

München, 20. November 1926

Adolf *Hitler*

22. November 1926 Dok. 52
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [1]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 23.11.1926 (Mittagsausgabe), "Hitler im Ruhrbezirk" [2].

Die nationalsozialistische Bewegung stelle nicht eine Klasse, eine Partei dar, sondern beruhe auf *weltanschaulichem* Boden. Um den Begriff Weltanschauung zu erklären, stellte Hitler einen Vergleich mit dem Universum und mit dem Werden und Vergehen auf dem Erdplaneten an. Als Grundmotiv gelte aber durch all die Jahrtausende hindurch das Prinzip, daß immer die *Kraft*, die Macht am Werk gewesen sei. Alle Entwicklung sei *Kampf*. Nur die Kraft regiere. Sie sei oberstes Gesetz. Und ein Kampf habe sich schon zwischen Urmensch und Urwelt abgespielt. Nur durch Kampf habe sich der Mensch zum Herren der Tiere aufgeschwungen, nur durch Kampf seien Länder und Völker groß geworden. Wenn man die Frage erhebe, ob dieser Kampf grausam sei, so könne man nur antworten: Für den Schwachen Jawohl, für die Gesamtheit: Nein.

---

6 Zum Parteiausschluß von Walter Ernst, NSDAP-Gauleiter von Halle, vgl. Dok. 13.
7 Vgl. auch VB vom 2.9.1926, "Aus der Bewegung".
8 Vgl. Dok. 1.
9 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

1 Im großen Saal des Städtischen Saalbaus, von 21.00 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut VB etwa 6.500 Personen teilnahmen, wurde vom NSDAP-Bezirksleiter Josef Terboven geleitet.
2 Vgl. auch Essener Allgemeine Zeitung vom 23.11.1926, "Adolf Hitler spricht!"; Essener Anzeiger vom 23.11.1926, "Adolf Hitler in Essen"; VB vom 25.11.1926, "6500 Nationalsozialisten in Essen"; VB vom 26.11.1926, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet" (Nachdruck aus Rheinisch-Westfälischer Zeitung); Der nationale Sozialist für Sachsen vom 28.11.1926, "Gau Rhein-Ruhr. Adolf Hitler im Ruhrgebiet" (Nachdruck aus Rheinisch-Westfälischer Zeitung). Sowie Polizeipräsident von Essen an Regierungspräsident in Düsseldorf vom 25.11.1926; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16738.

Die Weltgeschichte habe erwiesen, daß in dem Kampf der Völker stets *die* Rasse sich durchsetze, deren Selbsterhaltungstrieb ausgeprägter, stärker sei.

Aber innerhalb der Rasse selbst sei doch wieder nicht der bloße Instinkt, sondern stets die Führereigenschaft, die *Persönlichkeit* bestimmend. Nehme man die Persönlichkeit hinweg, so bleibe von der ganzen heutigen Kultur nichts weiter übrig als Urwaldtiere. Es regiere also nicht nur die Kraft an sich, sondern Fortschritt und Kultur wurzelten auch in der Gemeinschaft bestimmter Menschen, die von Einzelpersonen geführt würden.

Hitler fuhr fort. Leider setzte die heutige Welt an Stelle des Wertes der Rasse den Internationalismus, statt den Wert der Persönlichkeit die Demokratie, die Majorität der Masse. Statt den ewigen Kampf predige sie den ewigen Pazifismus, den ewigen Frieden. Diese drei Dinge, in ihrer letzten Konsequenz durchgedacht, seien die Ursache des Zusammenbruchs der gesamten Menschheit. Der praktische Erfolg der Völkerversöhnung sei ein Verzicht auf die eigene Kraft des Volkes und seine freiwillige Versklavung. Hitler kennzeichnete die selbstgestellte *Aufgabe* der *Nationalsozialistischen Bewegung* dahin, daß sie das Volk aufrütteln wolle, dem kommenden Geschlecht, den Kindern und Kindeskindern ein besseres Schicksal zu bereiten, damit dieses werdende Volk sich nicht mehr als Paria der anderen Völker sehe. Die nationalsozialistische Bewegung wolle in der Entwicklung nach unten einen Wendepunkt herbeiführen.

Sie sei ein Feind des Internationalismus und suche ihre Kraft nur im Nationalen, in der Persönlichkeit. Bei ihrem Bemühen, den Regenerationsprozeß des deutschen Volkes durchzuführen, wende sie sich an alle, die bisher am schmerzlichsten getäuscht worden seien: die *breite Masse,* und verlange von ihr einen fanatischen, glühenden Nationalismus und wolle ihr dabei die Überzeugung geben, daß dieser Nationalismus im Grunde genommen nur ein *Mittel zur Selbsterhaltung* sei. Die Schranken, die der *alte* Nationalismus um sich schuf, reiße der neue nieder. Er kenne als oberste Richtschnur nur die Pflicht, einzutreten für die Existenz des Volksganzen. Dieser neue Begriff setze allerdings eine vollkommene Änderung der *Wertschätzung* des Menschen voraus. Dieser Wert des Menschen bestehe in seiner *Ehre* und in seinem *Charakter.* So wie er seinen Verpflichtungen gegenüber der Volksgemeinschaft nachkomme, so müsse er eingeschätzt und geachtet werden, ganz gleich, an welcher Stelle er stehe. Es müsse neben dem *Unbekannten Soldaten* auch der *Unbekannte Arbeiter* erstehen als Symbol all der Millionen, die ungenannt, unbekannt blieben und doch in Wirklichkeit mit die Fundamente des Staates und seiner Zukunft seien. Auch der *Unbekannte Bauer* müsse in diesem Sinne auf den Plan treten. Das sei die Dreieinigkeit des deutschen Volkes, das sei auch die Weltanschauung, die wirklich der Natur entspreche und als Ziel nicht eine Klasse, sondern eine ganze Volksgemeinschaft im Auge habe, die vor sich die namenlose Zahl der Nachkommen sehe, für die sie zu kämpfen und zu sterben habe. Dann würde dieses kommende Geschlecht einmal einen neuen Staat zimmern, der wirklich frei und stolz sei. [3]

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

26. November 1926 Dok. 53
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hattingen [1]

Westfälische Landeszeitung - Rote Erde vom 22.11.1936, "Adolf Hitler vor seinen Westfalen" [2].

Meine lieben Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Sie dürfen überzeugt sein, daß es mich sehr freut, wenn ich heute das zweite Mal [3] in einer Stadt *Westfalens* sein kann, die in so *vorbildlicher* Weise für die Verbreitung einer großen Idee eintritt. Sie können vielleicht gar nicht ermessen, was das bedeutet für einen Mann, der vor 6 oder 7 Jahren nur mit einem halben Dutzend anderer über die Idee sprach und sie damals zu verbreiten begann. Wenn damals viele meinten, die Träger dieser Idee wären geistig nicht normal - denn mit welchem Recht wollten sie behaupten, eine Lehre zu verbreiten, die berufen sein sollte, das ganze deutsche Volk zu umfassen? - dann gehörte ein grenzenloser Glaube, eine Hingabe und eine Zuversicht dazu, nicht zu verzagen, sondern die Idee immer weiter zu verbreiten, *ohne Rücksicht auf momentane Erfolge oder Mißerfolge.* Heute ist das anders. Nach Jahren, in denen wir nur immer Vertrauen hinaustragen mußten, können wir jetzt erleben, daß wir von außen selbst wieder Glauben und Vertrauen geschenkt erhalten. Wenn ich jetzt von meiner Reise nach München zurückkehre, dann kehre ich nicht zurück wie einst, wo ich mich selbst verausgabt habe, sondern ich kehre zurück in der Erkenntnis, daß Sie heute mithelfen, den Mann zu stärken, der vor Jahren allein versuchte, für die Idee einzutreten [4].

---

1 Im Borgmannschen Saal, von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung wurde vom Ortsgruppenleiter Rudolf Wasserloos geleitet.

2 Nachdruck: Friedrich Alfred Beck (Hrsg.), Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 533-537. Gekürzte Wiedergabe der Rede: VB vom 16.12.1926, "Hitler in Westfalen". Vgl. auch Hattinger Zeitung vom 27.11.1926, "Adolf Hitler in Hattingen".

3 Hitler hatte erstmals am 15.6.1926 in Hattingen gesprochen. Vgl. Bd. I, Dok. 153.

4 Der VB berichtet ergänzend: "Bei unserer Bewegung handelt es sich nicht um eine normale Parlamentspartei, deren Ziele umschrieben sind durch den Versuch, bei der nächsten Wahl eine bestimmte Zahl von Anhängern ins Parlament zu bringen. Wenn nun die Leute einer ausgesprochen parlamentarischen Partei sich in dem bisherigen Parteikarren nach einer gewissen Zeit nicht mehr wohl fühlen, dann fabrizieren die Führer ein neues Programm, das heißt, sie schnüffeln herum, was die Leute wollen, und bei der nächsten Wahl wird dann, um Stimmen zu fangen, mit allen möglichen Schlagworten gearbeitet. Mit dem Sammelsurium geht man dann in die Wahlschlacht hinein. Man veranstaltet Versammlungen und verspricht alles. Jedem wird das gesagt, was sein Herz begehrt, also alle Rechte auf der einen und möglichst gar keine Pflichten auf der anderen Seite. Damit beginnt also die Wahlschlacht. - Es gibt in Deutschland heute Unternehmen, die auf dem Standpunkt stehen: uns ist es gleichgültig, ob wir die Wirtschaft behalten unter französischer Aufsicht, oder: es ist gleich, wohin die Kohle geliefert wird. Augenblicklich sind diese Leute noch geduldet, aber eines Tages bestimmt die Weltgeschichte auch über ihre Fabriken, dann werden diese Sklavenaufseher der deutschen Nation auch aus dieser Rolle zwangsläufig herausgeschleudert werden. Dann wird die Erkenntnis kommen, daß ihre Rolle moralisch erbärmlich war. Dem Mann auf der linken Seite ist es ebenfalls gleichgültig, ob er für Deutschland oder für das Ausland schuften soll. Das ist ein großer Trugschluß. Solange unser nationales Wirtschaftsgebiet wirklich unter nationaler Oberkontrolle steht, werden auch soziale Ungerechtigkeiten stattfinden, aber das zu korrigieren war möglich; an dem Tage aber, an dem das nicht mehr der Fall ist, ist auch die Möglichkeit einer Korrektur nicht mehr gegeben. Indem unser eigenes Volk für den Völkerbund ein-

Idealismus gegen Egoismus

1918 war das deutsche Schicksal politisch entschieden, die 60jährige politische Tätigkeit hatte Schiffbruch erlitten. Nichtsdestoweniger haben die *Parteien* daraus nichts gelernt, es ist alles beim alten geblieben, nur die Namen hat man gewechselt. Der einen Partei gab man den Namen "Unabhängige Sozialdemokratie", der anderen den Namen "Deutschnational", "Bayerische Volkspartei" usw. Die treibenden Kräfte in den Parteien sind jedoch die gleichen geblieben, auch die Pressebeeinflussung blieb dieselbe. Nach der Revolution wollten die Rechten sowohl wie die Linken Deutschland aus dem Unheil herausbringen. Die sogenannte nationale Seite wollte zunächst Deutschland retten. Warum gelang ihr das nicht? Weil die Partei im Grunde genommen nichts gelernt hatte aus der Vergangenheit und weltanschauungsmäßig auf allen Gebieten die gleiche geblieben ist wie früher. Einen zerbrochenen Staat neu zu bauen, dazu gehören zehnfache Kräfte. Den Parteien fehlte die große weltanschauliche Linie, sie haben sich nicht freigemacht von dem *Wahnsinn,* daß Politik lediglich eine *Befriedigung wirtschaftlicher Wünsche* bedeutet. *Für eine Wirtschaft kämpft und stirbt man nicht!* Die Wirtschaft ist die Notwendigkeit des täglichen Lebens, Magen und Hunger schreien nach ihr. Das ist aber auch alles. *Ideale sind ganz andere Faktoren.* Wenn ein Volk keine Ideale mehr hat, muß seine Wirtschaft zugrunde gehen. Worin liegt nun der Unterschied zwischen einem Egoisten und einem Idealisten? Beide müssen essen um zu leben, ohne Zweifel. Der Egoist sucht das Leben zu erhalten, ohne Rücksicht auf andere, während der Idealist seine Umgebung im Auge hat. Solange ich rein egoistisch nur mein eigenes Dasein verfechte, werde ich für dieses Dasein nichts einsetzen. Die letzte Konsequenz des Egoismus ist, das eigene Leben zu erhalten um jeden Preis. Wo sollte es hinführen, wenn wir alle Egoisten, alle Feiglinge wären?! Der Egoismus kann gar nicht bestehen, wenn er nicht unterstützt wird vom Idealismus. Ein Volk kann nur dann bestehen, wenn es idealistische Unterlagen besitzt, die imstande sind, seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Wer heute den Staat aufbauen will mit der Theorie *"Wirtschaft ist Staat",* der verkennt vollständig, daß diese Theorie niemals zur Zusammenfassung, sondern immer zur *Zerreißung* des Volkes führt. Was die Menschen zusammenfaßt, ist *der idealistische Trieb.* Wenn keiner mehr was tut für den anderen, dann zerbricht der Staat und mit ihm seine Volkswirtschaft.

Das haben unsere Parteien 1918 nicht begriffen. Die nationalen Parteien haben nicht begriffen, daß es sich zunächst um eine neue Wiedergeburt handeln muß. Wenn von oben herab gesagt wird: "Die Wirtschaft ist alles", dann darf man andererseits nicht erstaunt sein über den geringen idealistischen Zug in der breiten Masse. Wie *sollte* sie denn anders sein? Wie der Herr, so das Gescherr! Der Mann von unten tut das, was man ihm von oben vormacht.

Dann stehen die nationalen Parteien auf dem Standpunkt, daß der politische Kampf mit *geistigen Waffen* geführt werden muß. Wenn ich erkenne, daß ein Volk nur durch ein Übermaß von Idealismus bekehrt werden kann, dann müssen die Aufklärenden selbst ein Beispiel dieses Idealismus geben. Noch niemals fand eine bürgerliche Volksver-

tritt, hilft es mit, jede [*sic!*] überstaatliche Macht zu schaffen, die im Dienste des internationalen Kapitals steht; es lehnt dadurch jeden freien Staat ab."

sammlung statt, in der ein Redner erklärt hätte: "Ihr könnt machen, was ihr wollt, hier stehe ich und ich gehe nicht weg!" Nein, wenn der Tumult zu groß wurde, packte der Redner seine Siebensachen und sagte: "Zu dieser tobenden Masse kann man nicht reden." Jawohl, *reden* kann man dann nicht mehr, dann tritt die Frage auf, ob der Betreffende entschlossen ist, *sich selbst einzusetzen.* Man glaubt, Jahre hindurch Politik machen zu können mit geistigen Waffen, und vergißt dabei, daß im Völkerbund der Geist zurücktritt und die Macht entscheidet. Die Weltgeschichte ist geschaffen worden durch eine Vermählung von Geist und Gewalt. Es wäre ein *Wahnsinn* zu glauben, daß man z. B. der internationalen Welt würde entgegentreten können durch den *Appell an die bloße Vernunft.* Wenn heute jemand den Kampf mit Logik durchführen will, so irrt er gewaltig.

Machtgedanke und Jugend

Die *Wehrverbände* wurden zunächst aus den Resten der alten Armee gegründet. Sie besaßen nur einen *Machtgedanken,* aber keine politische Idee. Man sagt: "Wir sollen den Frontgeist aufrechterhalten." Frontgeist setzt aber eine *Front* voraus, *gegen die man antritt.* Wenn man den Frontgeist auf den Trägern der alten Armee aufbauen wollte, so mußte man sich darüber klar sein, daß er eines Tages aussterben würde. Der Frontgeist muß so sein, daß er die *Jugend* zu seinen Trägern macht. Man muß der Jugend einen Gegner zeigen, gegen den man kämpfen soll. Hingegen sagt man der Jugend: "Wir sind politisch neutral." Mit solchen Männern, die, wenn es tobt und wettert, sagen: "Wir sind politisch neutral", kann man nichts anfangen, sie sind *wertlos.* Durch Macht ohne politische Idee wendet man kein Völkerschicksal. Wäre die deutsche Armee die Trägerin einer politischen Idee gewesen, dann hätte die Armee im Weltkriege erklärt: "Es kämpfen hier acht Millionen Menschen, und die sterben nicht, damit man in der Heimat wuchert und schiebt. Die Armee hat zu bestimmen und duldet das nicht. Wir sind bereit, unsere Opfer hier zu bringen, und verlangen von jedem in der Heimat, daß er bereit ist, wenn notwendig, 10- oder 20.000 Schieber aufzuknüpfen."

1918 konnten wir feststellen, daß den politischen Parteien, die vorgaben, national zu sein, der Blick für die Zukunft fehlte. Im günstigsten Falle waren es Kämpfer für die gegenwärtige Zukunft mit den Augen nach *rückwärts.* Die große Masse stand unter der schwarz-rot-goldenen Fahne, die alle liebevoll zudeckte, und nur die ganz Radikalen waren für Schwarz-Weiß-Rot, aber auch nur vor den Wahlen. Das ist klassisch. Ich selbst war Soldat. Wir Soldaten haben 4 1/2 Jahre unter der alten Fahne gekämpft und sind darunter ausmarschiert, und ich gestehe offen, sie war für mich das Höchste, weil ich unter ihr Tausende von Kameraden habe fallen sehen, ganz gleich, wie der einzelne damals politisch dachte. Das ist sicher, diese Fahne, sie ist in der ganzen Welt siegreich vorgetragen worden. *Mir ist die Fahne für mein Leben heilig,* weil sie auch mit dem Blute einer Reihe meiner besten Freunde verbunden ist. Diese Fahne von einst repräsentierte das alte Reich in der Macht nach außen, *aber auch in der Schwäche nach innen.* Im Kanonendonner wurde das neue Reich geboren, und aus den Siegen der alten preußischen Heere, angefangen von Königgrätz bis nach Paris, ist damals die Fahne gekommen! Das Katastrophale ist, daß Deutschland noch am 8. November 1918 machtpolitisch der stärkste Staat der Welt war und im *Innern mangels Weltanschauung* einstürzte. Es mußte eine neue Bewegung einspringen, die vom ersten Tage an erklärte: "Die Republik hat

am 11. November 1918 unsere siegreiche Fahne in den Kot gezogen, damit aber nicht die Fahne besudelt, sondern sich selbst." Die Fahne konnte man nicht besudeln, denn sie ist 4 1/2 Jahre der ganzen Welt siegreich gegenüber gehalten worden. Die Fahne ist für die Ewigkeit geweiht. Das Rote ist das Blut von Millionen Helden, das Weiße ist der heilige Glaube und das Schwarze sind die Opfer und Trauer, die alles zum Schluß mit sich brachten.

Eine neue Fahne über Deutschland

Die nationalsozialistische Bewegung tritt nicht etwa auf, um den Versuch zu unternehmen, die Vergangenheit zu rekonstruieren, denn gerade die Vergangenheit hat das deutsche Volk in zwei Hälften gerissen; auf der einen Seite sehen wir das Proletariat und auf der anderen das Bürgertum. Damit ist 1918 der Zusammenbruch und das Unglück, das über Deutschland hereingebrochen ist, vollstreckt worden. Die neue Bewegung mußte dort einsetzen und mit eiserner Energie feststellen, daß es für sie keine Bürger und Proletarier gibt, sondern *nur Deutsche*. Dann mußte die Bewegung einen *neuen nationalen Begriff* formen, denn ein Volk wird nicht frei dadurch, daß es an die Wirtschaft appelliert, sondern es muß appellieren an die Kräfte des Willens, des Trotzes, des Stolzes und auch des Hasses, die den Selbsterhaltungstrieb zusammenfassen.

Was haben wir unter dem *Begriff "national"* zu verstehen? National ist derjenige, der nicht nur Hurra schreit, sondern der aufgeht in der einzigen Sorge, sein Volk auf dieser Erde zu erhalten. So wie die Sorge für den einzelnen Menschen nur die sein kann, seine Gesundheit zu bewahren, die, wenn sie ihn einmal verlassen hat, nicht mehr zurückkehrt, muß es unsere Sorge sein, daß unser Volk auf unserer Erde erhalten bleibt. Ein Volk kann eben nicht bestehen, wenn sich nicht die Geistigkeit mit der brutalen Kraft paart. Nur wenn beide Teile kerngesund bleiben, kann ein Volk der Erde erhalten bleiben. Vor allem haben wir zu erkennen, daß die Köpfe aus dem Volke selbst herauswachsen müssen, d. h.: wer seinem Volke die Geistigkeit bewahren will, muß sorgen, daß der Körper gesund bleibt. Wer sein Volk mit Liebe umfaßt, hat anzufangen bei der letzten Sprosse von unten, weil man niemals weiß, ob nicht eines Tages das Knäblein des letzten Tagelöhners der Führer eines ganzes Volkes sein kann.

Wir leben für die Zukunft!

Und der *Begriff "sozial"?* Sozial sein, heißt wirken für die ganze Volkswirtschaft, damit die gesund bleibt und den Kampf hier auf Erden bestehen kann, solange wir als Wesen von Fleisch und Blut diesen Planeten bevölkern. Damit traten wir Nationalsozialisten 1919 zum ersten Male klar umrissen in die Geschichte des Volkes ein. Was wir wollen, ist ein neuer Staat, der nichts gemeinsam hat mit der alten Überlieferung, sondern der neu aufbauen will auf den Ruinen von einst, und zwar dort, wo sie noch gesund sind. Damit schon hat die Bewegung symbolisch nichts mehr zu tun mit der alten. Unsere Symbole sind zwar noch die alten Farben, aber die Form ist nicht mehr die des alten Reiches; sie soll anzeigen die *Vermählung des sozialen Gewissens mit der nationalen Verpflichtung.* Wir wollen das Volk, die Rasse erhalten, die Gott auf die Erde gesetzt hat. Die wollen wir bewahren und weiterpflanzen. So ist die nationalsozialistische Bewegung an sich bestimmend für die Weltanschauung und tritt anders auf den Plan als die alten Parteien. Diese können dem Schicksal die Stirn nicht bieten.

Wir leben nicht nur für uns, sondern für unsere Kinder und Kindeskinder, für deren Zukunft. Kein Vater hat das Recht, seinem Kinde das Leben zu nehmen, sondern jeder hat die Verpflichtung mitzuhelfen, dem Kinde das Leben zu erhalten. Wir leben in einer Zeit, die von uns Verzichten verlangt, weil die Vergangenheit leider so viel gesündigt hat. Würden wir heute diese Verzichte nicht bringen, dann gingen unsere Nachkommenschaft und die ganze Zukunft zugrunde. Aus diesem Verzichten wird zum Schluß noch das Glück herauskommen, nämlich jenes *Glück, mitgewirkt zu haben bei der Rettung unseres Volkes,* und dann wird einst aus den trüben Stunden der Vergangenheit das leuchtende Glück erstehen und das neue Deutsche Reich geschmiedet.

28. November 1926 — Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bonn [1]

General-Anzeiger für Bonn und Umgegend vom 29.11.1926, "Hitler in Bonn" [2].

Als im Januar 1919, so begann er [*Hitler*], ein paar Männer, voll Ekel gepackt über die damaligen Zustände, sich zusammentaten zu einer neuen Partei, ahnte niemand, daß diese Bewegung mit solchem Furor sich durchsetzen würde. Dann definierte er das Wort "Partei", das er als "Bewegung" und *"Weltanschauung"* verstanden wissen will, und zwar als Bewegung, die im bewußten Gegensatz zu den augenblicklich herrschenden Parteiströmungen steht. Hitler sprach vom November-Zusammenbruch 1918 und davon, daß sich damals *sämtliche* Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, (wenn auch zum Teil widerstrebend) auf den Boden der Republik gestellt hätten. Damals seien lediglich die "Firmenschilder" (die Namen der Parteien) geändert worden, nicht aber die Ansichten. Heute werde genau so viel und so unsinnig in den Parlamenten geredet wie zuvor. Von diesen bestehenden Parteien also sei nichts zu erwarten, nichts zu hoffen; wie sollte das auch [*sein*], da diesen Parteien das Fundament jeder gesunden Bewegung: die *Weltanschauung* mangele. Und darum habe auch nicht der Sozialismus durch die Revolution gesiegt, im Gegenteil: gesiegt habe der internationale Kapitalismus, den zu bekämpfen die sozialistischen Parteien immer wieder vorgeben. Weil also alle diese Parteien von mehr oder weniger egoistischen Eigentrieben beherrscht seien, sei von ihnen eine Gesundung nicht zu erwarten. Das hätte damals vor sieben Jahren schon die Bewegung eingesehen, die er vertrete, und die Furcht, der Haß, mit der diese Bewegung verfolgt werde, sei Beweis, daß sie auf dem richtigen Wege sei.

Hitler berührte die *Flaggenfrage.* Nach seiner Ansicht war es die größte Dummheit (also jeglicher Mangel an Geist), daß damals der Flaggen*wechsel* vorgenommen wurde. Die schwarz-weiß-rote Fahne (fuhr er mit erhobener Stimme fort) sei geboren aus dem

1 In der Beethovenhalle, von 17.00 bis 19.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung wurde von Robert Ley, Gauleiter des Gaues Rheinland, geleitet.

2 Vgl. auch Bonner Zeitung vom 29.11.1926, "Hitler in Bonn"; VB vom 3.12.1926, "Adolf Hitler im Rheinland".

Heldentum des Krieges von 1870 und [*18*]71. Und diese schwarz-weiß-rote Fahne sei während des großen Krieges Millionen Deutscher vorangetragen worden, sei ihnen Symbol gewesen des deutschen Heldentums. Eine solche Flagge dürfe nicht untergehen, denn sie habe nichts zu tun mit irgendeiner engstirnigen Partei - sie sei *deutsch* und als deutsches Symbol in Ehren zu halten.

Und wiederum geißelte Hitler ironisch die Männer und Parlamentarier, die heute aus bestimmten Gründen (um ihre Wähler nicht abspenstig zu machen) ihre Programme aufstellen und allem und jedem alles versprechen, obschon gesunde Vernunft einsehen muß, daß eine Erfüllung unmöglich sei. Hitler redete sich ins Feuer, als er von der Verächtlichkeit eines solchen Tuns sprach und an das deutsche Heldentum appellierte, an das Gefühl der Kraft. Die heutigen Lenker unserer Geschicke, meinte er, wehrten zwar mit beiden Händen ab, wenn von Kraft und Heldentum die Rede sei. Der "Geist" müsse entscheiden, sagten sie. Wo aber finden wir denn heute *Geist?* Etwa im Reichstag? (fragte er und lächelte in den Saal hinein). Mit dem sogenannten "Geist" also ist es allein nicht getan. Neben dem Geist muß die *Kraft* stehen und zwar eine Kraft, die aus innerster Überzeugung heraus und in fast übersinnlicher Weise die Menschen aufrüttelt, sie unduldsam macht gegen jeden, der mit schwächlichem Gestammel und mit Ausflüchten und Salbereien [*sic!*] daherkommt. Nur eine Kraft, wie sie das deutsche Volk während des blutigblutigen [*sic!*] Krieges in übermenschlichem Maße gezeigt habe, nur ein solches Heldentum könne Wandel schaffen. Fort also mit allem schwächlichen Parteigestammel! Fort mit diesen Menschen, die für ihr eigenes Pöstchen und ihre Zukunft bangen! Heldentum heißt sich opfern für eine Idee. Und eine solche Idee verfolge seine Partei. Zwar wisse er: Nicht von heute auf morgen werde Wandel geschaffen; dazu bedürfe es Zeit, und er verwies hierbei auf den Schöpfer[3] des Hermannsdenkmals, der jahrelang darum gekämpft habe, dem Manne ein Denkmal zu bauen, der den römischen Ansturm zerbrach, und schließlich, obschon verlacht, endlich doch in seinem 75. Lebensjahr, kurz vor seinem Tode, das Denkmal vollendet sah. So werde also auch seiner Partei der Sieg gewiß sein.[4]

3 Ernst von Bandel (1800-1876), Bildhauer, schuf von 1838 bis 1875 das Hermanndenkmal in Erinnerung an die Schlacht im Teutoburger Wald.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. Dezember 1926 Dok. 55
"Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königswinter[2]

Redetext nicht ermittelt[3].

1 Titel laut Einladungsschreiben von Gauleiter Robert Ley und Marx vom 21.11.1926; BA, NS 26/1304.

2 Im Hotel "Düsseldorfer Hof", nach 18.00 Uhr. Nach Angaben des preußischen Innenministers sollen etwa 500 Einladungsschreiben versandt worden sein.

3 Erwähnt im VB vom 8.12.1926, "Adolf Hitler vor den Wirtschaftsführern". Sowie Preußischer Innenminister an Oberpräsident der Provinz Oberschlesien vom 11.1.1927; StA Wroclaw, Akten des Regierungspräsidenten zu Oppeln, 1800, Bd. I. Peter Schmidt, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers. Zehn Jahre Gauleiter, Köln 1941, S. 28.

3. Dezember 1926 Dok. 56
"Neue Wege zur Macht"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen[2]

Essener Anzeiger vom 5.12.1926, "Volksgesundung auf nationaler Grundlage"[3].

Nach einführenden Worten des Versammlungsleiters[4] gab Adolf Hitler zunächst eine Definition des Begriffes *Politik*, deren Haupttriebfeder die Not um das tägliche Brot sei. Die ursprünglichste und segensreichste Art, Politik zu treiben, sei die Herstellung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Grundfläche und Volkszahl, mit anderen Worten: die Steigerung der Volkszahl bedinge ein natürliches Anrecht auf Bodenzuwachs. Ein anderer Weg sei die Anpassung der Volkszahl an das vorhandene Land, aber es sei ein gefahrvoller Weg, denn er führe über die künstliche Geburtenbeschränkung zu einer Dezimierung nicht nur der Volkszahl, sondern auch zu einer qualitativen Einbuße des Nachwuchses und der Kultur. Eine dritte Möglichkeit endlich bestehe in der *Produktionssteigerung*, ein Weg, der immer von solchen Nationen beschritten werde, die zwar noch ihre robuste Lebenskraft besäßen, aber den Drang auf Bodenerweiterung verloren hätten.

Alle diese Arten praktischer Politik setzten einen mehr oder minder hohen Grad von *Macht* voraus. Leider sei jedoch seit 1886 die machtpolitische Entwicklung in Deutsch-

1 Titel laut Rheinisch-Westfälischer Zeitung und Polizeibericht.

2 Im Kammermusiksaal des Städtischen Saalbaus, abends. Hitler sprach etwa 2 3/4 Stunden in einer geschlossenen Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 200 (VB vom 8.12.1926: 400) geladene Gäste, vorwiegend aus Wirtschafts- und Industriekreisen, teilnahmen.

3 Vgl. auch Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 4.12.1926 (AA), "Hitler vor westdeutschen Wirtschaftlern"; VB vom 8.12.1926, "Adolf Hitler vor den Wirtschaftsführern"; VB vom 9.12.1926, "Adolf Hitler vor den Wirtschaftsführern". Sowie Polizeipräsident von Essen an Regierungspräsident in Düsseldorf vom 5.2.1927; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16738.

4 Nicht namentlich genannt.

land gegenüber der wirtschaftspolitischen in den Hintergrund getreten. Das Jahr 1918 habe die Quittung über unsere außenpolitische Leitung ausgestellt und eine Entwicklung abgeschlossen, die ihre prägnante Kennzeichnung dadurch erhielt, daß ein großer Volkskörper versuchte, auf rein friedlichem Wege durch Hochzüchtung seiner Wirtschaft die Ernährung seines Menschenüberschusses von Jahr zu Jahr sicherzustellen.

Heute, 8 Jahre später, habe man noch nichts hinzugelernt. Man glaube, auf die Dauer eine expansive Wirtschaftspolitik *ohne* Machtgrundlage treiben zu können, während doch schon 1914 bewiesen habe, daß Deutschland *damals* noch nicht einmal Machtstaat genug gewesen sei. Das Problem, wie die *Ernährung* unseres Volkes in Zukunft gesichert werden könne, sei in seinen außerordentlichen Schwierigkeiten immer noch nicht scharf genug umrissen. Nur einer: Clemenceau [5] habe es eiskühl und scharflogisch in seinem nüchternen Zusammenhang erfaßt und ausgesprochen: Deutschland habe 20 Millionen Menschen zuviel [6]! Das heutige Kopf-in-den-Sand-Stecken helfe darüber nicht hinweg, das deutsche Volk müsse sich auf einen klaren Weg einstellen. Hitler sieht nur ein Mittel, nämlich den Erwerb von weiterem Grund und Boden, der auch der deutschen Wirtschaft neue Absatzgebiete eröffne. Dieser Weg erfordere aber erst recht eine starke Machtstellung. Worin, so fragt er, liegt denn die Macht, und er relativiert die Antwort folgendermaßen: Ein starker Machtfaktor sei zunächst ausgedehnter *Landbesitz* (Rußland), weiter eine starke Volkszahl (China) und dann vor allen Dingen die *Volksenergie,* wie sie unser Volk z. B. 1914 zur Entfaltung höchster Fähigkeiten anspornte.

Aber um die deutsche Volksenergie sei es heute traurig bestellt. Obwohl rassenmäßig betrachtet das deutsche Volk heute noch eines der hochwertigsten Menschenmateriale sei, so zeigten sich doch bereits in Mitteldeutschland, namentlich in Sachsen, bedenkliche Spuren von Degeneration. Es würde dort weit schwerer halten [*sic!*], das Gefühl, die Überzeugung zu wecken, sich für eine wahrhaft große Sache restlos einsetzen zu können, als etwa hier in Westdeutschland, wo die Menschen noch verantwortungsbewußter dächten. Der allgemeine Entwicklungsprozeß, so wie er sich augenblicklich abspiele, laufe auf eine langsame Deformierung unseres Volkskörpers hinaus, und die rassische Niedersinkung mache dabei größere Fortschritte als ihre Regeneration. Gehe die Entwicklung der letzten 60 Jahre noch weitere 60 Jahre so weiter, dann werde nach dieser Zeit das deutsche Volk an sich rein rassisch gesehen nicht mehr in der Lage sein, nennenswerte Widerstandskraft zu leisten. Das Tragische für das deutsche Volk sei, daß seine besten Elemente fast durchweg dem Kriege zum Opfer gefallen wären, während das andere Extrem der absoluten Egoisten und Materialisten zu gleicher Zeit aufs prächtigste gediehen sei. Zwischen beiden aber eine willenlose und von der Zersetzung angefressene Masse, ein üppiges Emporwuchern der internationalen Gesinnung. Von

5 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der franz. Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1918-1920 franz. Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

6 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

diesem Gesichtspunkt aus könne man heute von dem deutschen Volke keineswegs mehr behaupten, es mache lebendige Geschichte. Das Prinzip der Majorität, die Tatsache, daß letzten Endes die wichtigsten Probleme von Leuten entschieden würden, die nichts davon verstünden und nur der Dummheit und Feigheit die Tore öffneten, müsse mit mathematischer Sicherheit zur *Auflösung* der gesamten Grundlage unserer Kraft und Stärke führen. Ein solches System könne keine "Köpfe" gebrauchen. Wie morsch und untauglich es aber sei, das ergebe sich ohne weiteres, wenn man es aus dem Parlament einmal auf die Verwaltung, auf die Armee, auf die Wirtschaft übertragen würde: man lasse doch einmal zuvor ein Regiment abstimmen, ob ein Angriff vorgenommen werden solle oder nicht. Man erinnere sich doch nur einmal der Rolle, die der Soldatenrat nach der Revolution spielte. Den Marxismus lehnte der Redner schroff ab. Es müsse in dem Sinne gearbeitet werden, daß jeder einzelne Deutsche wieder das Bewußtsein nationaler Gemeinsamkeit, der nationalen Würde und Kraft zutiefst empfinde. Dieser Gedanke dürfe aber nicht das Reservat einer einzelnen Klasse oder Partei, sondern nur ihre Grundlage sein. Das Gefühl der persönlichen Verantwortung und Mitverantwortung muß gestärkt werden. So wie im alten Griechenland müsse eine ideenmäßige *Verbundenheit* aller Glieder des Volkes erstrebt werden, die jedem einzelnen seinen Anteil an den höchsten Kulturgütern der Nation gewähre. Hitler verwies dabei auf das Beispiel der italienischen Arbeiter, die sich mit aller nur fähigen Hingabe als lebendiger Organismus in die italienische Wirtschaft eingegliedert hätten. Der Faschismus habe tatsächlich das Wunder vollbracht, aus einem verrotteten Volke wieder eine stolze und selbstbewußte Nation zu machen. Wenn man aber diese Ziele erreichen wolle, so müsse man sich über Alltäglichkeiten hinwegsetzen und bedenken, daß die Wirtschaft wohl den Menschen ernähre, aber nicht zum Sterben begeistere. Diese prinzipielle Entschlossenheit könne nur erstehen aus der Überzeugung der Notwendigkeit eines solchen Kampfes und durch die Einsicht der Richtigkeit dieses Kampfes.

8. Dezember 1926 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [1]

Polizeibericht vom 9.12.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739 [2].

Ich weiß nicht, was eigentlich los ist. Ob ein Redeverbot gegen mich besteht oder ob keines besteht, oder ob ein Versammlungsverbot besteht oder ob keines besteht, soviel ich weiß, besteht keines, sondern es wird nur von Fall zu Fall verboten. Um aber nicht ein Versammlungsverbot der NSDAP womöglich hervorzurufen, will ich also lieber nicht reden. Ich möchte ihnen nur Grüße übermitteln vom Ruhrgebiet und mitteilen, daß unsere Sache vorwärts geht. Wenn Sie die Tausende und Abertausende von Arbeitern gesehen hätten, die in Essen im Ruhrgebiet [3] in unseren Versammlungen waren, so würden Sie von dem Anwachsen unserer Bewegung überzeugt sein. Sind Sie sich bewußt, was es heißt, dort, wo die Rote Fahne geherrscht, dort im Bereich des Grubenarbeiters und der Kruppwerke zu sprechen und Anklang zu finden. Man sagt, unsere Bewegung wäre am Absterben. Wer diese Mengen gesehen hat, die heute Streicher zujubelten, der weiß, wie es um uns steht. So eine Bewegung kann nicht niedergeknebelt werden. [4]

15. Dezember 1926 Dok. 58
Anordnung

VB vom 17.12.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

1. Die "Unabhängige Nationalsozialistische Partei Deutschland" (U.N.S.P.D.) Berlin [1] des Herrn Heinz Oskar *Hauenstein*, der aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen wurde, ist

1 Im Herkulessaalbau, von 23.25 bis 23.45 Uhr. An der anläßlich der Haftentlassung Streichers am 8.12.1926 veranstalteten öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 2.500 Personen teil. Wegen Überfüllung des Saales mußte eine Parallelversammlung im Saal des Lehrerheimes angesetzt werden, die von etwa 500 Personen besucht wurde. Vor Hitler, der gegen 22.00 Uhr eintraf, sprachen Stadtrat Karl Holz, Ludwig Franz Gengler und Julius Streicher.

2 Vgl. auch VB vom 20.12.1926, "Befreiungsfeier in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 8080/II der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 23.12.1926; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

3 Hitler hatte am 22.11.1926 in Essen und am 26.11.1926 in Hattingen gesprochen. Vgl. Dok. 52 und 53.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Zur Unabhängigen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die 1926 gegründet worden war und bis Ende 1927 bestand (Presseorgan: Die Deutsche Freiheit. Kampfblatt für nationalsozialistische Politik), vgl. die Lageberichte des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 121 vom 28.3.1927 (BA, R 134/32), Nr. 122 vom 15.7.1927 (BA, R 134/34) und Nr. 123 vom 15.10.1927 (BA, R 124/35).

nicht berechtigt, sich auf die N.S.D.A.P. oder auf meinen Namen zu beziehen oder Abzeichen der N.S.D.A.P. zu führen.

Dasselbe gilt von der "Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft" der Herren *Stich* [2] und *Gesang* [3] in Königsberg i. Pr.

2. Den Ausschluß des Herrn Johann *Eder* [4], Regensburg, aus der N.S.D.A.P. vom 1. Nov. 1926 habe ich unterm 18. November [*1926*] ausdrücklich bestätigt.

Herr *Eder* hat nicht mehr das Recht, sich im Stadtrat als Vertreter der N.S.D.A.P. zu bezeichnen.

3. Die Ortsgruppe *Bergen* des Gaues Pommern schließe ich hiermit auf Grund § 4 Abs. 3 c der Satzung vom 22. Mai 1926 [5] aus der N.S.D.A.P. aus.

4. Der Gau *Hamburg* wurde ab 1. Nov. 1926 aufgelöst [6]. Als 1. Vorsitzenden der dort gebildeten selbständigen Ortsgruppe Hamburg bestätige ich Pg. Herrn Dr. *Krebs* [7], Hamburg. Geschäftsstelle: Hamburg, Kajen 24/I, Ecke Rödingsmarkt.

München, den 15. Dezember 1926

gez. Adolf Hitler

(Von allen Parteiblättern abzudrucken.)

18. Dezember 1926 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Lagebericht N/Nr. 54 der Polizeidirektion München vom 4.2.1927; StA München, Polizeidirektion München 6733.

Gerade für den Nationalsozialisten habe das Weihnachtsfest erhöhte Bedeutung, denn Christus sei der größte Vorkämpfer im Kampfe gegen den jüdischen Weltfeind gewesen.

---

2 Wilhelm Stich (geb. 1894), Handlungsgehilfe, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Mitbegründer und Leiter der NSDAP-Ortsgruppe in Königsberg, 1925/26 Gauleiter von Ostpreußen, 1926 Parteiausschluß, 1928 Wiedereintritt in die NSDAP.

3 Nicht ermittelt.

4 Michael (Johann) Eder (1895-1954), Werkstättengehilfe, 1924-1929 Stadtrat in Regensburg (Völkischer Block), 1925 Übertritt zur NSDAP, 1926 Parteiausschluß.

5 § 4 Abs. 3 c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

6 Zur Neustrukturierung des Gaues Hamburg vgl. Thomas Krause, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933. Mit einem Vorwort von Dirk Stegmann, Hamburg 1987, S. 74 ff.

7 Albert Krebs (1899-1974), Mittelschullehrer, 1922 Dr. phil., 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Bildungsreferent beim DHV, 1926-1928 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Hamburg, 1928 kurzfristig Gauleiter von Hamburg, 1928-1930 Chefredakteur des "Hamburger Volksblatts" und der "Hansischen Warte", 1931/32 Chefredakteur des "Hamburger Tageblatts", 1932 Parteiausschluß.

1 Im Hofbräukeller, nach 19.00 Uhr. Die "Weihnachtsfeier" war von der NSDAP-Sektion Haidhausen organisiert worden. Vgl. Vorankündigung im VB vom 15.12.1926, "Aus der Bewegung".

Christus sei nicht der Friedensapostel gewesen, den erst die Kirche aus ihm gemacht habe, sondern er sei die größte Kampfnatur gewesen, die je gelebt hat. Die Lehre Christi sei für Jahrtausende grundlegend gewesen für den Kampf gegen den Juden als Feind der Menschheit. Das Werk, welches Christus angefangen habe, aber nicht beenden konnte, werde er (Hitler) zu Ende führen. Der Nationalsozialismus sei nichts anderes als eine praktische Befolgung der Lehre Christi.

19. Dezember 1926 Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [1]

VB vom 29.12.1926, "Aus der Bewegung" [2].

Sie feiern heute das Weihnachtsfest, und zu gleicher Zeit begehen in Tausenden von Städten und Dörfern die Menschen das gleiche Fest; dieses Weihnachtsfest, das ein Fest der Freude sein soll, aber mehr denn je heute nur eine Stunde der *Erinnerung* an jenen großen Mann [*ist*], der einst vor mehr als tausend Jahren mit seiner heiligen und reinen Idee in sein damaliges Zeitalter voll Morast und moralischer Verkommenheit hineintrat. Wir wollen uns daran erinnern, daß er, der damals mit der Peitsche in der Hand die Schacherer und Wucherer aus dem Tempel trieb, genau derselben finsternen [*sic!*] Macht des Goldes, jenem Schlangen- und Natterngezücht zum Opfer fiel, das heute wiederum das deutsche Volk und die Völker der ganzen Erde knechtet und mit dem Gift moralischer Verkommenheit vor allem unser Volk dem vollständigen Untergange immer näher treibt. Sein Werk und seine Sehnsucht, Friede den Menschen auf Erden, blieb bis auf den heutigen Tag *unvollendet*, und aus dieser Erinnerung heraus haben wir die Notwendigkeit des *Kampfes* zur Erreichung jenes wahren Friedens zu erkennen, für den jeder [3] Große als Märtyrer seiner Idee am Kreuze starb. [4]

1 Im Saalbau Herrle, von 20.00 bis 21.00 Uhr. An der geschlossenen "Deutschen Weihnachtsfeier" nahmen laut VB etwa 2.000 Personen teil.
2 Vgl. auch Schwäbische Volkszeitung vom 20.12.1926, "Also sprach Hitler doch ..."; Vorankündigung im VB vom 19./20.12.1926, "Aus der Bewegung".
3 Muß heißen: jener.
4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

29. Dezember 1926 **Dok. 61**
Anordnung

VB vom 31.12.1926, "Aus der Bewegung".

Bekanntgabe

Organisation: Ab 1. Januar 1927 werden die Kreise *Lehe*, *Geestemünde*, *Blumenthal*, *Osterholz*, *Rotenburg*, *Achim*, *Verden*, *Fallingbostel*, *Celle*-Stadt und -Land und *Isenhagen* vom Gau *Hannover*-Nord an den Gau Lüneburg-Stade übergeführt.

Die Übergabe bzw. Übernahme der in diesen Kreisen liegenden Ortsgruppen hat im gegenseitigen Benehmen der beiden Gaue zu erfolgen.

München, den 29. Dezember 1926

Adolf *Hitler*

1. Januar 1927 "An alle Nationalsozialisten!" Aufruf

Dok. 62

VB vom 1./2./3.1.1927.

Parteigenossen! Antisemiten!

Mit stolzer Befriedigung konnte ich in meinem Neujahrsgruß vom 1. Januar 1926 [1] feststellen, daß die am 27. Februar 1925 erfolgte Neugründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei schon nach knappen 9 Monaten als gelungen bezeichnet werden durfte.

Aus nichts war damals von neuem unsere Bewegung erstanden. Mit nichts wurde die Propaganda der alten Idee wieder aufgenommen und aus nichts heraus eine Organisation geschaffen, die schon ein halbes Jahr später die am 9. November 1923 aufgelöste Partei an innerer Geschlossenheit und Schlagkraft übertraf.

Dies alles verdankten wir dem einmütigen Zusammenstehen der zahlreichen Führer in unserer Bewegung und der Überwindung ihrer früheren, teils vielleicht wirklichen, teils sicher aber auch nur vermeintlichen Gegensätze.

Nun liegt wieder ein Jahr hinter uns. Ein Jahr, das uns Nationalsozialisten berechtigt, mit größerer Zuversicht als je zuvor in die Zukunft zu blicken.

Außen- und innerpolitisch ist eingetroffen, was wir immer prophezeit hatten.

Die Segnungen der Dawes- und Locarno-Politik haben unser Volk endgültig an den Rand des Abgrundes gedrängt. Not und Elend überall, wohin wir blicken. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und moralische Auflösung. An Stelle des 800.000 Mann starken Friedensheeres ist eine dreimal so große Armee von hungernden Arbeitslosen getreten, und wenn auch unser deutsches Bürgertum in gedankenloser Oberflächlichkeit dieses ganze Problem nur vom Gesichtspunkt wirtschaftlicher Rentabilitäten [*sic!*] *aus ansieht, dann wissen wir Nationalsozialisten, daß sich außerdem eine andere und viel gewaltigere Bedeutung in ihnen ausprägt. Wehe, wenn diese physisch und seelisch verkommene und verelendete, hungernde Armee eines Tages erwacht, entschlossen und bereit, den endlosen Schrecken umzutauschen für ein Ende mit Schrecken.*

Allein nicht nur wirtschaftlich ist der Wiederaufbau Deutschlands nicht gelungen, sondern auch politisch nicht. Regierungskrise jagt sich um Regierungskrise, und die Festigung des deutschen Staates kann nur in einer langsamen Anpassung unseres Volkes an die Korruptionserscheinungen der Jetztzeit festgestellt werden. Denn sonst arbeitet der Landesverrat nach wie vor, und die Hoheit und Souveränität unseres Staates nach außen ist wirklich nur ein Spielball in den Händen internationaler Völkerbundsjuden.

So haben wir Nationalsozialisten recht behalten mit unserem fanatischen Kampf gegen eine Reichspolitik, die unserer Überzeugung nach Deutschland restlos dem Verderben aus-

1 Vgl. Bd. I, Dok. 97.

liefert, unser Volk der internationalen Börse übergibt und den jüdischen Weltkapitalismus zum unumschränkten Regenten unseres Vaterlandes erhebt.

Und dennoch dürfen wir Nationalsozialisten daraus Zuversicht schöpfen. Denn je mehr die heutigen Machthaber auf allen Gebieten versagen, um so schlagender wird dadurch nicht nur die Unfähigkeit ihrer Politik, sondern auch die Unrichtigkeit ihrer tragenden Ideen bewiesen.

Und dann ergibt sich für uns eine weitere Zuversicht aus dem ersichtlichen Wachsen unserer eigenen Bewegung.

In den letzten zwei Jahren ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei aufs neue wieder erstanden. Schon heute darf der erste Abschnitt ihrer Neuorganisation als beendet angesehen werden. In Propaganda und Organisation, sowie auch an Umfang haben wir das Jahr 1923 schon weit hinter uns gelassen. Tausende und Abertausende Versammlungen sorgten für die Verbreitung unserer Ideen, so wie die Millionenauflagen unserer Flugblätter, die zahlreichen neu erstandenen Zeitungen und Zeitschriften unserer Bewegung und besonders das Zentralorgan, der *"Völkische Beobachter".* Mit der Schaffung des *"Illustrierten Beobachters"* [2] wurde auch auf diesem Wege der Kampf gegen die jüdische Pest unserer Presse- und Zeitungsvergiftung aufgenommen.

Die Organisation nahm zu an innerer Festigkeit. Die letzten Gegensätze aus vergangenen Jahren wurden überwunden, die Autorität der Zentralleitung immer mehr wiederhergestellt, und von ihr aus eine Stärkung des Autoritätsgedankens in der ganzen Bewegung durchgeführt. Wichtige Neugliederungen wurden vorgenommen, sowohl an der Zentralleitung als auch in den einzelnen Gauen und Bezirken. Zahllose Ortsgruppen sind neu erstanden, und wertvolle Kräfte hat die Bewegung gewonnen. Viele durch die Ereignisse von einst Gekränkte haben den Weg zur gemeinsamen Bewegung wieder zurückgefunden und stehen heute wieder als Kämpfer unter uns, so wie einst.

Deutschösterreich wurde als besonderer Gau der Reichsorganisation angegliedert [3] und geht nun denselben Weg der langsamen Festigung durch, wie die Organisationen im Reiche.

Die Hauptgeschäftsstelle in München mußte um mehr als das Dreifache erweitert werden und wurde zum Teil mustergültig neu aufgebaut.

S.A. und Schutzstaffeln wurden dauernd vermehrt und bilden heute mit einer [sic!] *Elitetruppe der nationalsozialistischen Idee.*

Das schönste Bild der geleisteten Arbeit zeigte uns allen der Reichsparteitag in Weimar [4]. *Ein überwältigendes Bekenntnis zur gemeinsamen Idee, zur gemeinsamen Organisation und zum gemeinsamen Wollen.*

Daß dies alles möglich wurde, ist auch in diesem Jahre in erster Linie neben der Opferbereitschaft unserer zahllosen kleinen und kleinsten Parteigenossen der Fähigkeit, dem Fleiße und dem gegenseitigen Versöhnungswillen der Führer unserer Bewegung zuzuschreiben. Mag es sich um die Führer der Organisation handeln oder um die Män-

2 Der "Illustrierte Beobachter", gegründet von Max Amann und Heinrich Hoffmann, erschien von Juni 1926 bis 1945 im Franz-Eher-Verlag. Chefredakteur von 1926 bis 1932 war Hermann Esser.

3 Vgl. Dok. 10.

4 Am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.

ner in den Vertretungskörpern oder um unsere Redner und Agitatoren, die Schriftleiter unserer Zeitungen, die Beamten unserer Parteiorganisationen, so haben sie doch alle den höchsten Anteil an der Wiederauferstehung unserer Bewegung im Jahre 1925 und dem erfolgreichen Fortschreiten im vergangenen Jahre.

In ihrer Einigkeit liegt die erste Voraussetzung zum Sieg unserer Bewegung.

Ich kann auch heuer nicht jedem einzelnen meiner Mitarbeiter den ihm gebührenden Dank aussprechen. Es geht dies schon deshalb nicht, weil auf alle die bekannten Namen Hunderte und Tausende von Unbekannten treffen, unbekannte Parteigenossen, die nichtsdestoweniger im Dienste unserer Bewegung kämpfen, sich mühen und Opfer bringen, als ob das Schicksal einer ganzen Weltanschauung nur auf ihren Schultern allein läge.

Den höchsten Dank für dieses vergangene Jahr muß jeder Nationalsozialist in sich selbst empfinden durch das Bewußtsein, in der Zeit der erbärmlichsten Gesinnung und hündischester Unterwerfung vor inneren und äußeren Feinden ein Kämpfer für die Freiheit unseres Volkes gewesen zu sein.

Diesem Kampfe aber soll auch das kommende Jahr gewidmet sein.

Große und durchgreifende Neugestaltungen unserer Bewegung wird das Jahr 1927 mit sich bringen. In Organisation und Propaganda wird die Arbeit mit verstärkter Kraft aufgenommen werden. Das Zentralorgan, der "Völkische Beobachter", soll und muß und wird in diesem Jahre die letzte Ausgestaltung zur Tageszeitung großen Formats erhalten. Der "Illustrierte Beobachter" soll und muß und wird zum großen Bilderdienst unserer Bewegung emporwachsen.

Mögen auch im einzelnen die Schwierigkeiten noch fast unüberwindlich erscheinen, so wird doch auch in diesem Jahre sich immer wieder eine Stufe nach aufwärts finden, wenn nur Führer und Parteigenossen das bleiben, was sie bisher waren: Die in sich fest verschlungene Front des neuen jungen Deutschlands, das Krieg ansagt der vermoderten Generation unseres Bürgertums und Krieg ansagt der Pest unserer marxistisch internationalen Volksvergiftung. Denn wenn andere auch heute die Ruhe ersehnen mögen, so soll auch im kommenden Jahr ein wahrer Nationalsozialist nur glücklich sein im Gefühl des Kampfes.

Wir wissen, daß uns nichts geschenkt wird, wir wissen, daß uns alle gleichmäßig hassen. *So mag denn die letzte Brücke hinter uns zerbrechen, auf daß unserer vereinten Kraft um so eher sich eine freie Gasse nach vorne eröffnet.*

Nationalsozialisten! Als Deutschland einst groß und mächtig war, da standen wir alle noch unerkannt und unbeachtet zur Seite und liebten unser Volk und Vaterland nur im stillen. Andere waren es, die damals riefen.

Heute, da unser Volk in bitterster Ohnmacht am Boden liegt, das Vaterland von Fremden beherrscht wird und das Reich entweiht und entehrt nach der Gnade sogenannter Sieger winselt, da wollen wir in den Vordergrund treten, und während nun andere schweigen, das Lied unseres Glaubens anstimmen!

Es war kein Mut, Hurra zu schreien, solange Deutschland reich und mächtig schien. Es war kein Verdienst, sich als Deutscher zu bezeichnen, da unser Volk als geachtet und

geehrt auf dieser Welt bewundert wurde. Und es war keine Kunst, von "Glauben" an sein Volk zu reden, da dieses Volk zum Höchsten berufen schien.

Heute aber, da Deutschland machtlos ist, das Volk verachtet wird und unser Weg nur nach der Hölle zu führen scheint, bekennen wir Nationalsozialisten uns als Deutsche, hängen uns in größerer Liebe denn je an unser Volk und sind ebenso stolz, Kinder unserer gemeinsamen Mutter im Unglück zu sein, als andere es einst im Glücke waren. Und glauben mehr denn je, daß der Tag der Freiheit dennoch kommen wird, und mag uns selbst heute die letzte Waffe zerbrochen sein.

Unser deutsches Vaterland, es lebe hoch!

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei aber kämpfe auch im kommenden Jahre in der Überzeugung, daß der Himmel nur dem Mutigen die Freiheit und dem Fleißigen die Welt gibt.

Adolf Hitler

5. Januar 1927 Dok. 63
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 560, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6733 [2].

Ausgehend von der Entwicklungsperiode der Erde seit Jahrmillionen und dem ständigen Entwicklungsprozeß im Weltall, verwies er [*Hitler*] auf den ständigen, naturgesetzlichen Kampf [*auf*] der Erde und im Universum, wo der Stärkere den Schwächeren unterwirft bzw. vernichtet. Wie im Laufe der Jahrmillionen unzählige Himmelskörper von den Planeten und Fixsternen aufgefressen werden, so sei der gleiche Vorgang auf der Erde selbst zu verzeichnen. Ungeheure Entwicklungskatastrophen haben wiederholt alles Lebende auf der Erde vernichtet. Innere und äußere Elemente ließen Berge entstehen und wieder abtragen, vernichteten alles, was die Erde belebte, woraus die heutigen Bodenschätze entstanden, die der Mensch zu seinen Vorteilen ausnutzt. Im Laufe der Entwicklung entstand neben dem Tier auch der Mensch, dessen Bestimmung Kampf war um seine Existenz. Als der Stärkere habe der Mensch unzählige Arten von Tieren vernichtet, die seine Feinde waren. Heute tobe noch immer der grausame Kampf: Mensch gegen Tier. Hitler verbreitete sich dann über die Tiere, die in 3 Gruppen, nützliche, gleichgültige und schädliche, eingeteilt werden. Das Verhalten der Menschen ge-

1 Im Restaurant "Zur Blüte", von 21.15 bis 23.00 Uhr. Die Generalmitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht 241 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Karl Fiehler geleitet. Hitler sprach nach dem Rechenschaftsbericht Fiehlers und dem Kassenbericht Josef Hilbles. Bei dieser Gelegenheit gab Fiehler auch bekannt, daß die Vorstandsmitglieder nicht mehr gewählt, sondern von der Parteileitung bestimmt werden würden.

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 54 der Polizeidirektion München vom 4.2.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

genüber diesen Tieren sei Naturgesetz. Wenn man alles von der Erde wegnähme, was der germanische Mensch geschaffen habe, wäre nichts mehr da als Öde. Von den germanischen Völkern habe der nordische Mensch das meiste geleistet. Zahlreiche Völker gingen zugrunde, weil ihnen die Kraft fehlte, gegen den scheinbar Stärkeren zu kämpfen. Mensch sei nicht Mensch wie der Pazifismus lehre. Es gebe gute und schlechte Rassen gleich den Arten der Tiere. Im Naturgesetz - die Tierwelt beweise dies - gebe es keinen Parlamentarismus. Es gebe nur Führer, die verantwortlich seien. Weil in der heutigen Staatsform niemand verantwortlich sei, sei sie eben gegen alle Naturgesetze und für das Volk unerträglich. In diesem System fresse der Schwache den Starken und regiere das Schlechte den Guten. Die heutige Menschheit werde von einer verhältnismäßig sehr schwachen, aber auch minderwertigen Rasse regiert. Hitler streifte dann kurz die Rassenfrage selbst. Die Völker fühlen sich schwach gegenüber der scheinbaren Macht der Juden. Hier die Menschheit aufzuklären und ihr den Weg zu zeigen, welchen die Natur vorschreibe, sei Aufgabe des Nationalsozialismuses.

Über den Parlamentarismus äußerte Hitler, daß es gleich sei, ob Marxisten, Pazifisten, Demokraten oder Volksparteiler am Ruder seien. Eine wesentliche Änderung werde kaum eintreten. Diese Herrschaften wollen aber letzten Endes gar nicht regieren, damit ihnen, falls es schiefgehen sollte, kein Vorwurf gemacht werden könne. Daß es in Wirklichkeit schiefgehe, wissen die Herrschaften bereits von Anfang an. Wenn er - Hitler - heute Arm in Arm mit einem Scheidemann [3] gehen würde, wäre wohl das Gleiche der Fall. Was die Marxisten, Pazifisten etc. zum Regieren drängt, sei lediglich Egoismus. Sie führen nicht das Volk, sondern sie lassen sich vom Volke führen und tun, was die Masse will, um nur an der Spitze zu stehen. Es sei dabei gleichgültig, ob das Volk untergehe oder aufblühe. Würden beispielsweise die Kommunisten ans Ruder kommen, so würde wohl sofort eine neue Richtung zu erkennen sein. Eine solche Richtung würde auf raschestem Wege zum Verderben führen. Bei den Marxisten und Demokraten ginge es wohl ebenso, mit dem Unterschied eines langsameren Tempos. Hitler tat dann einen Hinweis auf das heutige aufblühende Italien. Wäre dieses Land in demokratischen Händen geblieben, so wäre es eben nichts anderes als ein Land des Verfalles. Italien habe nur dem tatkräftigen Diktator Mussolini seinen Aufschwung zu verdanken. Er - Hitler - habe mit dem Faschismus schon immer sympathisiert. Er sei überzeugt, daß er das Volk (wahrscheinlich das deutsche meinend) in die Höhe geführt hätte, aber man habe ihm von rückwärts einen Dochstoß versetzt. Es sei nicht gleich, wer in Deutschland regiere; mit allen Mitteln müsse getrachtet werden, um die Fremdherrschaft abzuschütteln, um ein festes deutsches Volk zu werden. Die einzige Rettung Deutschlands sei, wenn Arier an der Spitze der Regierung stünden. Zur Rettung Deutschlands gebe es nur eines: "Völkisch!" So soll, äußerte Hitler, das Jahr 1927 für uns ein Jahr des Kampfes sein, daß wir endlich zum Wohle des Deutschen Reiches Sieger werden. [4]

---

3 Philipp Scheidemann (1865-1939), Buchdrucker, 1903-1933 MdR (SPD), 1911-1921 Mitglied des Parteivorstandes, 1917-1919 Mitvorsitzender der SPD, Okt. 1918 Staatssekretär im Kabinett Max von Baden, Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, Feb. 1919 bis Juni 1919 Reichskanzler, 1920-1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. Januar 1927 Dok. 64
Anordnung

VB vom 9./10.1.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Organisation

Mit sofortiger Wirkung wird der Kreis Oberpfalz in organisatorischer und propagandistischer Beziehung dem Gau Niederbayern unterstellt.

Der bezügliche Schriftverkehr der Ortsgruppen geht von nun ab an die Geschäftsstelle des Gaues Niederbayern, München 13, Schellingstraße 50.

In wirtschaftlicher Beziehung:

Beitragsleistung, Aufnahmen und Aufnahmegebühren, Sonderumlagen usw. bleiben die Ortsgruppen und Einzelmitglieder der Oberpfalz, wie bisher, der R[*eichs-*]L[*eitung*] unmittelbar unterstellt. Aller Schriftverkehr in dieser Beziehung hat an die Hauptgeschäftsstelle der N.S.D.A.P. (Kassenverwaltung) München 13, Schellingstr. 50, zu gehen.

München, den 7. Januar 1927

gez. *Adolf Hitler*

9. Januar 1927 Dok. 65
Aufruf

Vorwort zum Mitgliedsbuch der NSDAP, o. D.; BayHStA, NL Hitler 23.

Parteigenosse, vergiß niemals und an keiner Stelle, daß Du Vertreter und Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung, ja unserer Weltanschauung bist!

Der Fremde beurteilt die Bewegung nach dem Bilde, das er von Dir erhält.

Sei also in Deinem ganzen Handeln, Tun und Lassen ein Nationalsozialist!

Gib den andern ein Vorbild von Kühnheit, Opferwilligkeit und Disziplin!

Sei als Mensch fleißig, arbeits- und genügsam. Behandle Deine Untergebenen als Volksgenossen und nicht als Lasttiere, erblicke in ihnen keine Ausbeutungsobjekte, sondern Mitstreiter und Mitarbeiter im Erhaltungs- und Lebenskampfe unseres gesamten Volkes! Gib ihnen keine Behandlung, die Du selbst als Deutscher und Nationalsozialist nicht gerne erdulden würdest und fühle Dich deshalb nie als ihr Sklavenherr, sondern immer nur als ihr Führer. Vergiß nie, daß nicht nur die andern Dir etwas schulden, sondern daß auch Du den andern das Gleiche schuldig bist! Handle dabei in allem, als ob das Schicksal Deines ganzen Volkes nur auf Deinen Schultern allein läge und erwarte nichts von anderen, was Du nicht selbst zu geben und zu tun bereit bist, bleibe stets das Vorbild für Deine Mitgenossen. Als Führer sei hart in Deiner eigenen

Pflichterfüllung, entschlossen in der Vertretung des Notwendigen, hilfreich und gut zu Deinen Untergebenen, nie kleinlich in der Beurteilung menschlicher Schwächen, groß im Erkennen der Bedürfnisse anderer und bescheiden in Deinen eigenen! Betrinke Dich nie!

Erfülle alle Deine Verpflichtungen der Bewegung gegenüber und bedenke, daß das größte Werk nur dann von Menschen vollendet werden kann, wenn diese bereit sind, ihr eigenes Ich der größeren gemeinsamen Notwendigkeit und dem gemeinsamen Nutzen unterzuordnen. Gib dabei Deinen Volks- und Parteigenossen in allem jenes Beispiel, das Du selber gerne an ihnen sehen möchtest. Sieh' im Letzten Deiner Volksgenossen immer noch den Träger Deines Blutes, mit dem Dich das Schicksal auf dieser Erde unzertrennlich verbunden hat, und schätze deshalb in Deinem Volke den letzten Straßenfeger höher, als den König eines fremden Landes!

Vergiß nie, daß die Freiheit eines Volkes das höchste Gut auf dieser Erde ist, daß es ohne diese kein Leben gibt und daß ihr Verlust nicht durch Reden und aber auch nicht allein durch Arbeit, sondern nur durch opfervollsten Kampf wieder gut gemacht werden kann. Bedenke aber, daß einen Kampf für die Freiheit niemals Klassen zu führen vermögen, sondern nur ein Volk! Die Klassen zu überwinden und ein zum Höchsten fähiges und bereites Volk zu schaffen, ist aber die Aufgabe Deiner Bewegung.

Wenn Du für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei kämpfst, so kämpfst Du damit für Dein Volk.

München, den 9. Januar 1927

Adolf Hitler

10. Januar 1927 Dok. 66
Erklärung [1]

VB vom 18.1.1927, "Vergleich" [2].

Den Aufruf "Nationalsozialisten! Antisemiten!" in Nr. 45 der Zeitung "Völkischer Beobachter" vom 24. Februar 1926 habe ich erlassen, weil ich es für politisch falsch hielt, daß der national-sozialistische [*sic!*] Volksbund [3] die Hofbräuhausversammlung vom 24. Februar 1926 mit den Rednern Graf von Reventlow und Graefe abhalten wollte [4]. Die in dem Aufruf enthaltenen, die persönliche und politische Ehre der Mitglieder des völkischen Blocks und des national-sozialen Volksbundes verletzenden Ausführungen nehme ich unbeschadet meiner politisch gegensätzlichen Auffassung hiermit zurück.

---

1 Mit dieser Erklärung kam Hitler dem am 10.1.1927 vor dem Amtsgericht München geschlossenen Vergleich in dem Beleidigungsprozeß Anton Drexler und Gen. gegen Hitler und Alfred Rosenberg nach. Vgl. Dok. 9.
Anlaß für den Beleidigungsprozeß, den zehn Landtagsabgeordnete des Völkischen Blocks gegen Alfred Rosenberg als VB-Hauptschriftleiter und Hitler als Vorsitzenden der NSDAP angestrengt hatten, war ein stark polemischer Aufruf der NSDAP-Parteileitung im VB vom 24.2.1926, der zwischen den Zeilen zur Sprengung einer für den gleichen Tag angesetzten Veranstaltung des Nationalsozialen Volksbundes aufgefordert hatte. Vgl. VB vom 24.2.1926, "Nationalsozialisten! Antisemiten!".

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 12.1.1927, "Völkisch-nationalsozialistische Versöhnung"; Münchner Neueste Nachrichten vom 12.1.1927, "Gerichtssaal: Vergleich im Prozeß des 'Völkischen Blocks' gegen Adolf Hitler"; Münchener Post vom 13.1.1927, "Kein 'Verrätergesindel'"; Berliner Tageblatt vom 14.1.1927 (MA), "Schlägt sich und verträgt sich".

3 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, dem Mitbegründer und früheren Ehrenvorsitzenden der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden.

4 Die Versammlung war in Anwesenheit Hitlers von der NSDAP gesprengt worden. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.2.1926, "Hitlers Sieg"; München-Augsburger Abendzeitung vom 26.2.1926, "Gesprengte Versammlung". Sowie Polizeibericht vom 2.3.1926; StA München, Polizeidirektion München 6791. Daran schloß sich ein Strafverfahren gegen Hitler und Hermann Esser wegen Versammlungssprengung an, in dem Hitler am 17.11.1926 freigesprochen und Esser zu zwei Wochen Haft unter Aufhebung seiner zweimonatigen Bewährungsfrist verurteilt wurde. Vgl. Dok. 49.

11. Januar 1927 Dok. 67
"Die deutsche Not und der Weg zur Befreiung aus Sklaverei, Schande und Massenelend, aus jüdisch-kapitalistischer und marxistischer Knechtschaft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Meiningen [2]

Meininger Tageblatt vom 13.1.1927, "Adolf Hitler in Meiningen" [3].

Hitler beginnt mit den Worten, daß man von ihm keine landesübliche Wahlrede erwarten dürfe. Er bettele nicht um Stimmen. Da er nirgends kandidiere, habe er auch kein persönliches Interesse an der Wahl. Er habe nur ein großes Interesse: *die Beseitigung der Zustände, unter denen wir heute alle leiden.* Die Sehnsucht danach sei heute ganz allgemein. Zur Beurteilung der heutigen Zustände müsse man die Ziele der seitherigen politischen Parteien in den letzten 40 bis 50 Jahren verfolgen. Die zahlreichen Parteien, die wir in Deutschland hatten und noch haben, lassen sich in zwei Gruppen teilen: die *nationale Gruppe* und die *internationale Gruppe.* Die erste erstrebe die Aufrichtung eines mächtigen deutschen Nationalstaates; die zweite die Aufrichtung eines großen Weltstaates auf sozialistisch-demokratischer Grundlage. Das Resultat des fast 50jährigen Ringens dieser zwei Gruppen sei erschütternd. Die nationale Gruppe habe gar nichts erreicht. Das Deutsche Reich sei nicht mächtiger geworden. Im Gegenteil, es sei zertrümmert, machtlos und entwaffnet. Das Wort "national" werde von zirka 15 Millionen Volksgenossen abgelehnt, statt daß es tragend geworden wäre. Wir haben ein innerlich zerrissenes Reich. "Hie national, hie international!" Das Ergebnis sei für viele wohl sehr bitter. Die Führer seien eben den verkehrten Weg gegangen. Aber auch die andere "internationale" Seite habe ihr Ziel nicht erreicht: die Aufrichtung einer sozialen freien Republik sei restlos mißlungen. Das versprochene soziale Glück sei unsichtbar. Not und Elend herrsche überall. Von "Freiheit" sei keine Spur vorhanden. Das Charakteristische aber sei, daß, trotzdem jede Partei ihr Ziel verfehlt habe, jede Partei behaupte, sie werde es in Zukunft erreichen.

Der Redner untersucht nun weiter die Tragfähigkeit beider Ideen. Nach seiner Ansicht ist das Leben ein Kampf, der zur Hälfte mit der "Stirn", zur Hälfte mit der "Hand" ausgetragen wird. Alle Kulturwerte verdanken ihr Dasein der innigen Vermählung von "Kopf" und "Faust", von "Intellekt" und "Muskelkraft". Auch eine Volksgemeinschaft, ein Staatswesen sei undenkbar ohne die richtige Zusammenarbeit von "Faust" und "Stirn". Unsere heutigen Volksgenossen scheiden sich in "Bürgerliche" und "Proletarier". Was sei

1 Titel laut Meininger Tageblatt und Gothaer Neueste Nachrichten.

2 Im großen Schützenhaussaal, von 20.00 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 (VB: 2.500) Personen teilnahmen, wurde vom Gaugeschäftsführer Fritz Sauckel geleitet. Die Rede in Meiningen stellte den Auftakt einer mehrtägigen Wahlreise Hitlers durch Thüringen anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl am 30.1.1927 dar.

3 Vgl. auch Dorfzeitung (Hildburghausen) vom 13.1.1927, "Adolf Hitler spricht"; Gothaer Neueste Nachrichten vom 15.1.1927, "Hitler im Thüringer Wahlkampf"; VB vom 20.1.1927, "Adolf Hitler in Meiningen" und "Zeitungsstimmen zu Hitlers Auftreten in Thüringen"; Der Nationalsozialist, Folge 3 vom Januar 1927, "Adolf Hitler im Thür. Wahlkampf". Sowie Thür. Lagebericht für Monat Januar 1927 vom 17.2.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303.

das Charakteristische an beiden? Nicht der Besitz oder Nichtbesitz. Der Unterschied sei einfacher. Die "Bürgerlichen" seien die Vertreter der "Intelligenz", die "Proletarier" die der "Faust". Das sei die einfache nüchterne Definition der beiden Begriffe; einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel. *Eine wirklich große schöpferische Tat für den Volksstaat könne aber keine Bewegung bringen, die nur Kopf oder nur Faust sei.* Es lasse sich keine Kultur aufbauen, wenn die einen die Kulis der anderen werden sollen. Eine ganze Volksgemeinschaft könne nur glücklich werden, wenn alles, was sie schaffe, ihr auch wieder zugute komme. Die Schicksalsverbesserung des einzelnen sei abhängig von der der Gesamtheit. Nur über den Umweg zur Erringung der Freiheit lasse sich eine Besserung der Lage der Gesamtheit erreichen. Der Freiheitskampf einer Nation sei aber nur durchführbar, wenn sich "Köpfe" und "Fäuste" vereinigen. Heute sei es jedoch so, daß sich die beiden Lager in unserer Nation "Bürgertum" und "Proletariat" nicht nähern, sondern sich voneinander entfernen. Eine Annäherung sei unmöglich, da *Tausende davon leben, daß die beiden Gruppen sich bekämpfen!* (Starker Beifall.) Keine der beiden Gruppen könne unser Heil bringen. Die rechte Seite habe es nicht verstanden, den "nationalen Gedanken" in das Volk zu tragen, sie habe das Gegenteil erreicht, obwohl es in diesem Volke Millionen von Menschen, die leuchtende Vorbilder von Pflichterfüllung seien, gäbe. An diesem Volke könne man auch nicht verzweifeln. Man denke nur an die Jahre 1914, [*19*]15, [*19*]16, [*19*]17, wo jeder deutsche Grenadier mit dem Bewußtsein draußen gestanden habe, daß er das Schicksal seines Volkes in seinen Händen trage. Ein Volk, dem solche Leute angehören, könne niemals schlecht sein, niemals! (Stürmische Bravorufe.)

National sei nur der, der bereit ist, Opfer für die Gesamtheit zu bringen. National sei aber nicht der, der zusieht, wie andere national sind. Die hohle, äußerliche, flache Erziehung zum "Nationalsein" habe dem deutschen Volke unermeßlichen Schaden zugefügt. Die Bärenkraft des alten deutschen nationalen Gedankens sei verlorengegangen zum großen Teil auch dadurch, daß die politischen Parteien gleichzeitig Vertreter wirtschaftlicher Interessen seien. Für das Proletariat sei heute der Begriff "national" gleichbedeutend mit "Versklavung der Arbeiterschaft". Nach Ansicht des Redners müssen große Fehler gemacht worden sein, wenn 14 bis 15 Millionen unseres Volkes nicht mehr "national" sein wollen. Die Rechtsparteien könnten daher auch nichts mehr gewinnen.

Die linke Seite stehe aber ebenso isoliert da wie die rechte. Ihr fehlen die "Köpfe", wie jenen die "Fäuste". Sie werfe stets "Egoismus" dem Bürgertum vor. Er erinnert daran, daß man die deutsche Intelligenz nicht nach einzelnen Lumpen beurteilen darf, die es ja überall gäbe. Zahlreiche deutsche Dichter, Denker und Forscher seien als blutarme Leute gestorben. Sie hätten nicht aus Egoismus geschafft, sondern um des Schaffens willen. Er führt Beispiele an. Wenn die Linken trotzdem überzeugt seien, daß die 14 bis 15 Millionen Bürgerlichen "Faulenzer" und "Ausbeuter" seien, dann müsse auch die marxistische Partei einpacken. Dann sei sie ohne Kopf. Weiter habe die marxistische Partei 60 bis 70 Jahre das Kapital bekämpft, aber nicht umgebracht. Im Gegenteil, im heutigen Deutschland herrsche der kapitalistische Gedanke tausendmal mehr als früher vor. Der internationale Kapitalismus habe hier restlos gesiegt. Der Redner streift dann die marxistischen, kommunistischen Experimente bezüglich der Umformung der

heutigen Wirtschaft, Abschaffung des Privateigentums usw. Er betrachtet diese Versuche als restlos gescheitert. Das Leben habe in grausamem Kampfe jede Person an ihre Stelle gesetzt. Und ohne Personen ginge es nicht. Man könne wohl die eine oder andere Person wegbringen, aber man könne nicht überall die richtige hinbringen. Daher seien diese marxistischen Versuche abzulehnen. Auch das "Kapital" müsse sachlich dableiben. Die National-Sozialisten bekämpfen den "Kapitalismus" in der Form des *"internationalen Leihkapitals"*. Die größten Betriebe Deutschlands seien heute restlos in den Händen dieses Kapitals. Der internationale Weltjude sei Herr in Deutschland. Er verstünde es, die Kluft im deutschen Volke zu erweitern und seine Vorteile daraus zu ziehen. In einer wirklichen Volksgemeinschaft von "Faust" und "Kopf", wie sie sich die National-Sozialisten denken, sei kein Platz mehr für die Juden. Die neue Form vom höchsten Sozialismus und Nationalismus sei die Plattform, auf der sich "Bürgerliche" und "Proletarier" treffen können. "Faust" und "Stirn" suchen gemeinsam den Weg nach vorne, um aus den jetzigen Zuständen herauszukommen. Für die neuen Ideen, deren Fundamente die drei Dinge: Kampf, Nation, Persönlichkeit seien, kämpfe der Redner seit nunmehr 7 Jahren. Die Lehre breite sich aus. Heute sei die Bewegung stärker denn je. In dieser siebenjährigen Entwicklung erkenne er die Zeichen des Schicksals. In Preußen, Sachsen, Bayern sei ihm das Reden zwar verboten, da seine Reden dort als "staatsgefährlich" bezeichnet würden. Trotzdem sei die Bewegung nicht aufzuhalten. Das deutsche Schicksal sei nicht mehr verbunden mit den alten Parteien. Er vertraue auf die Kraft der neuen Bewegung. Er schließt mit den Worten: "Ein Feind von uns ist ein Feind des Volkes, ein Freund von uns ist, wer für das Volk kämpft!" [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

13. Januar 1927 Dok. 68
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eisenach [1]

VB vom 19.1.1927, "Adolf Hitler über Nationalismus u. Sozialismus" [2].

Angesichts der Wartburg, dieser gewaltigen Zeugin der beiden großen deutschen Volksbewegungen, der Reformation und der Freiheitsbewegung der Burschenschaften, ist es unmöglich, eine Wahlrede von tagespolitischen Gesichtspunkten aus zu halten. Es kommt nur darauf an, die großen Linien der historischen Entwicklung zu geben. Der überfüllte Saal beweise eine allgemeine Sehnsucht nach neuen Erkenntnissen. Keiner, der heute zufrieden wäre, keiner, der sich in den heutigen Zuständen wohl fühle. Die Gegner, die heute mit Terror aufzutreten pflegen, beweisen, daß sie an ihren eigenen Grundsätzen Zweifel hegen. Denn jemand, der in seinem Glauben unerschüttert sei, kämpfe nicht mit solchen Waffen.

Für die Rechte wie für die Linke, für das "nationale Bürgertum" und das "international denken wollende Proletariat", kommt es darauf an, die wahren großen Ziele zu erkennen. Hat die Rechte ihr *nationales* Ziel erreicht? Nein. Hat die Linke ihr *soziales* Ziel erreicht? Abermals nein. *Deutschland ist kein freier Staat mit eigenen Hoheitsrechten.* Der nationale Gedanke war nur äußerlich gedacht und hatte äußere Formen angenommen, die zerbrechen mußten. *Die Linke hat keinen wahren Sozialismus geschaffen und weder das Ziel der Vernichtung des "Kapitalismus" noch des "Militarismus" erreicht,* noch ist ihr eine Durchdringung der Nation mit ihren sozialen Ideen gelungen. *Die von rechts wie von links vorgebrachten Gründe und Entschuldigungen spielen gar keine Rolle. Auf beiden Seiten haben die wesentlichen Grundsätze und die Erkenntnisse von Volkstum und Rasse gefehlt.* Verwerflich ist es von der Rechten, von den sogenannten Nationalen, die Proletarier der Linken als Gesinnungslumpen hinzustellen. Die 15 Millionen Marxisten, von denen der allergrößte Teil im Felde gestanden hat, sollen keinen Charakter gehabt haben? *Ihre Leistungen in den vier Kriegsjahren waren der Beweis des Gegenteils.* Ebenso töricht ist es von der Linken, die nationale Intelligenz als Lumpen hinzustellen. Beide Seiten müssen erkennen, daß die Voraussetzung gerade zu dem Mißerfolg in ihrem eigenen Wesen ruht. Die Führung verliert man immer durch eigene Schuld. Beide Seiten müssen lernen, einen ganz anderen Wertmaßstab an den Volksgenossen zu legen. *Ein Volksgenosse ist das wert, was er für seine Volksgemeinschaft leistet.* Was er dem Berufe nach ist,

1 Im großen Saal des Fürstenhofes, von 20.30 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.800 (VB: 2.500) Personen teilnahmen, wurde vom stellvertretenden Gauleiter Hans Severus Ziegler geleitet.

2 Vgl. auch Eisenacher Tagespost vom 14.1.1927, "Adolf Hitler in Eisenach"; Eisenacher Volkszeitung vom 14.1.1927, "Der Nazzi-Spuk [*sic!*] hat arg enttäuscht"; Eisenacher Zeitung vom 14.1.1927, "An 'Kopf' und 'Faust'!"; Gothaer Volksfreund vom 14.1.1927, "Das Schlafpulver des Herrn Hitler"; Das Volk vom 14.1.1927, "Hitler in Eisenach"; Ostthüringer Tribüne vom 15.1.1927, "Hitler in Eisenach"; VB vom 15.1.1927, "Hitler in Eisenach"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 16.1.1927, "Hitler in Thüringen"; VB vom 20.1.1927, "Zeitungsstimmen zu Hitlers Auftreten in Thüringen"; Der Nationalsozialist, Folge 4 vom Januar 1927, "Adolf Hitler in Eisenach". Sowie Bericht des Stadtvorstandes Eisenach vom 15.1.1927; StA Weimar, MdI, P 167. Thür. Lagebericht für Monat Januar 1927 vom 17.2.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303.

ist völlig gleichgültig, ist mehr oder weniger Zufall. Was er aber für sein Volk leistet, ist Ausdruck seines Willens und seines Charakters. Dieser Charakter ist am höchsten zu werten, wenn sein Träger zum *Einsatz des Lebens im Dienste seines Volkes bereit ist.* Für die nationale Intelligenz, die an allen Kulturgütern der Nation Anteil hat, ist dieses Opfer leichter als für den im Elend aufgewachsenen Arbeiter der Faust, der das hohe Gut, für das er kämpft, nicht einmal kennt und deshalb auch nicht so leicht lieben kann.

Hitler rechnet mit dem Bürgertum ab, das in politischer Beziehung in der Vergangenheit wie in der Gegenwart versagt habe. Kein Nationalist hat früher an eine innige Verschmelzung des nationalen und sozialen Gedankens gedacht. Ein falscher Herrenstandpunkt verleitete zu sozialen Sünden. *Das Bürgertum des letzten Jahrhunderts, namentlich das der sogenannten liberalen Richtung, hatte die Wirtschaft ganz bewußt zum Angelpunkt seines politischen Handelns gemacht. Warum sollte es nun der Arbeiter der Linken von seinem Standpunkt nicht auch tun?* Beide haben sich nichts vorzuwerfen. *Beide haben das Wesentliche, den Staatsgedanken, vergessen* und von den Gesetzen des Volkstums nichts gewußt. Und beide sehen heute als Resultat die körperliche Zerrüttung eines fast nur wirtschaftlich eingestellten, aber dafür auch wirtschaftlich ausgesogenen Volkes. Für das Bürgertum war der nationale Gedanke nichts Heiliges, für das man, wie etwa für eine Bibel, mit dem Schwerte ficht. Die Mission dieses Bürgertums ist erledigt.

Hitler beleuchtet nunmehr die Unsinnigkeit der Spaltung in die künstlichen Gruppen der Arbeiter des Kopfes und der Arbeiter der Faust, und veranschaulicht mit zwingenden Bildern die Lebensnotwendigkeit ihrer Zusammenarbeit, wobei dem Kopfe immer die Führung zukommen wird. In der Volksgemeinschaft ist es dasselbe. Der Kopf bleibt das schöpferisch Bestimmende. Aber der Körper will eine vernünftige und zweckmäßige Behandlung. Unser Bürgertum nun aber glaubt in seiner kapitalistischen Weltart, daß der Kopf "mehr wert" sei. Dieser Standpunkt ist fundamental falsch. Er hat lediglich eine andere Aufgabe, wohl auch die höhere, aber die Leistung der anderen Glieder des Körpers der Volksgemeinschaft sind [*sic!*], sozial betrachtet, von gleichem "Werte". Die geistige Arbeit des schöpferischen Einzelmenschen bedarf einer gerechteren Beurteilung. Die Marxisten haben mit ihrem Kampf gegen deutsches "Unternehmertum" und nationale Wirtschaft den Ast abgesägt, auf dem sie als Arbeiter selbst saßen. *Den eigentlichen Feind, das überstaatliche, internationale Börsen- und Leihkapital, haben sie nicht bekämpft.*

Hitler definiert ausführlich und mit einer wunderbaren Klarheit die von so vielen mißverstandenen Begriffe "Kapital", "Eigentum" und "Unternehmertum". Der Fluch des Marxismus ist es, daß seine geistigen Väter Angehörige des Volkes waren, das wir als ersten Träger des *internationalen Kapitalismus* bezeichnen müssen. Gerade diese jüdisch-marxistischen Führer haben die obigen Begriffe in ihrem wahren Wesen umgebogen. Unser Kampf gilt den nichtschaffenden Schmarotzern, den nichtschaffenden Drohnen, unser Schutz der schaffenden Eigenpersönlichkeit und dem Eigentum.

Für unsere Idee kämpfen wir als Fanatiker. Unser Kampf wird nur mit den Extremen von links, den Idealisten jener auf Irrwegen gehenden marxistischen Gruppen geführt. *Eine Mitte kennen wir nicht.* Adolf Hitler gibt in seinem Schlußteil eine grandios formulierte Definition vom Wesen des Staates und den beiden Grundelementen des echten

Staatsbürgers: *Fanatischer Nationalismus und glühender Sozialismus.* Die Geschichte unserer jungen Bewegung beweist die Willensenergie und Zähigkeit, die in uns steckt, und die nicht wäre, würden wir nicht von unserer Weltanschauung ganz durchdrungen sein. Wir kämpfen für sie, weil wir die Freiheit wollen. [3]

18. Januar 1927 Dok. 69
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schleiz [1]

Flugschrift: "Rede Adolf Hitlers am 18. Januar 1927 im Vereinsgarten zu Schleiz", München (Eher-Verlag) 1927 [2]; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich weiß nicht, ob alle Versammlungen hier so gut besucht sind; aber ich glaube es kaum.

Warum sind Sie denn heute zahlreicher erschienen, als dies vielleicht sonst der Fall wäre, bloß deshalb, weil eine Wahl zur Debatte steht? Nein, durchaus nicht. Sie wissen genau, daß seit Jahrzehnten Wahlen gewesen sind und Sie ahnen auch, daß in den kommenden Jahrzehnten Wahlen sein werden. Sie sind in den Vorjahren niemals restlos befriedigt worden und Sie werden auch in den kommenden Jahrzehnten durch die Wahlen nicht befriedigt. Was Sie hierher führt, ist auch gar nicht die Hoffnung, daß ich Ihnen hier ein langes Rezept vorlese.

Sie erwarten selber nicht die Erfüllung dessen, was Ihnen die Wahlredner versprechen. Sie glauben selber schon längst nicht mehr, daß Wunderkuren gemacht werden. Was wird denn eigentlich entschieden durch eine solche Wahl? Sie wissen, wie die Dinge heute liegen. Auch hier in Thüringen ist nicht damit zu rechnen, daß plötzlich eine neue Weltanschauung an das Ruder kommt, sondern es ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß wieder Koalitionen gebildet werden müssen; entweder rechts oder links oder in der Mitte [4]. Die verschiedenen Partner einer solchen Koalition wachen eifer-

---

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Vereinsgarten, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, wurde vom Ortsgruppenleiter Werner Preisinger geleitet. Hitler sprach anschließend noch auf einer weiteren Versammlung im Turnerheim, auf der bis zu seinem Eintreffen Johann Dauser gesprochen hatte.

2 Überliefert als Anlage zum Thür. Lagebericht für Monat Januar 1927 vom 17.2.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303.

3 Vgl. auch VB vom 21.1.1927, "Hitler in Schleiz"; Der Nationalsozialist, Folge 4 vom Januar 1927, "Hitler-Sieg in Südostthüringen". Sowie Bericht des Kreisamtes Schleiz vom 31.1.1927; StA Weimar, MdI, P 167.

4 Nach der Landtagswahl am 10.2.1924 war die thüringische Landesregierung, bestehend aus den im "Thüringer Ordnungsbund" vereinigten bürgerlichen Parteien, auf die Tolerierung durch den "Völkisch-Sozialen Block" angewiesen.

süchtig darüber, daß die Politik der Mitte bleibt, daß möglichst gar keiner sich vollkommen durchsetzt, sondern daß die bisherige allgemeine Entwicklungslinie wieder etwas weiterläuft. Sie wissen selbst, was für Beschlüsse zum Beispiel heute im Deutschen Reichstag gefaßt werden. Der Deutsche Reichstag ist nicht eine souveräne Institution. Er hat nichts zu befehlen und nichts zu beschließen als das, was zur Erfüllung der Friedensverträge uns vorgeschrieben worden ist.

Mir kommt die Lage des deutschen Volkes heute so vor, wie die eines Kranken.

Ich weiß, uns wird von vielen Seiten entgegengehalten, wie kommen Sie dazu, dauernd zu erklären, daß wir krank sind! Man sagte: Das tägliche Leben nimmt doch seinen Gang wie bisher. Dieser "Kranke", Sie sehen doch, ißt Tag für Tag, arbeitet Tag für Tag - wie kommen Sie dazu zu behaupten, daß er krank ist?! Aber es handelt sich nicht darum, ob ein Volk auch lebt, ob die Wirtschaft auch arbeitet. Es ist noch lange nicht gesagt, daß ein Mensch, deshalb weil er ißt, deshalb weil er arbeitet, auch gesund ist. Das sicherste Kennzeichen ist das Gefühl des Menschen selber; er fühlt, ob er gesund oder krank ist. Im Völkerleben verhält es sich genau so. Völker sind oft lange - oft Jahrhunderte - krank, ohne daß die einzelnen Angehörigen sich über das Wesen der Krankheit ganz Aufschluß geben können.

Vor wenigen Tagen war ich in Eisenach[5] und stand auf der Wartburg, wo einst ein großer Deutscher die Bibel übersetzte. Damals war auch die Welt krank, jahrhundertelang krank. Viele versuchten herumzudoktern - vergeblich. Bis dann endlich ein ganz Gewaltiger, ganz Großer kam, der für seine Zeit das Übel an der Wurzel faßte, er löste eine Bewegung aus, die nun nicht etwa menschliches Leid ganz beseitigt hätte, die aber eine neue Bahn gewiesen hat, die bestimmend war.

Genau so ist es auch heute. Kein Mensch wird behaupten, daß das deutsche Volk etwa gesund ist. Es ist krank; und dieses Gefühl des Krankseins bewegt heute unser ganzes Volk. Einige freilich fühlen sich wohl dabei. Es gibt Subjekte, die gerade dann gedeihen, wenn das Volk krank ist, deren Gedeihen indirekter Beweis für die allgemeine Not ist. Diese Not wird immer und ewig eine doppelte sein. Sie ist nicht nur eine Not in materieller Hinsicht, sie ist vor allem eine Not in geistiger, sittlicher und moralischer Hinsicht; wenn die meisten Menschen es auch nicht glauben wollen, weil sie nur die materielle Not fühlen. Letztere könnte nicht eintreten, wenn die geistige Not nicht wäre. Das gilt besonders für die heutige Zeit.

Dem ist es auch zuzuschreiben, daß Sie hierher gekommen sind. In diesem Saale befinden sich Anhänger und Gegner unserer Bewegung. Die Anhänger kamen, um ihren Führer zu hören, die Gegner auch, um einmal den Führer dieser Bewegung zu hören. Wer aber an eine Idee - sagen wir an eine religiöse - fanatisch glaubt, geht nicht hin, wenn einer eine andere Idee predigt. Wenn ich fest in meinem Glauben wurzele, dann interessiert mich ein anderer gar nicht. Sie sind hierher gekommen, wenn es Ihnen vielleicht auch gar nicht zum Bewußtsein kommt, weil Sie unzufrieden sind mit dem Bisherigen. Nicht der Mann von links und nicht der Mann von rechts ist zufrieden.

Ich will das deutsche Volk nicht in kleine Parteichen teilen, sondern in zwei große Hälften: Die eine Hälfte umfaßt die, die sich selbst und bewußt als national bezeichnen,

5 Am 13.1.1927. Vgl. Dok. 68.

die andere Hälfte die, die sich ebenso bewußt als international bezeichnen. Auf der einen Seite das nationale Bürgertum und auf der anderen Seite das internationale Proletariat. Es findet innerhalb dieser beiden Gruppen ein ununterbrochenes Hin- und Herfluten statt. Weshalb? Die Leute sind nicht vollständig zufrieden mit den Resultaten ihrer Politik, sondern sie haben im einzelnen manchmal das Gefühl, jetzt versagt die Richtung, der sie augenblicklich angehören. Sie wandern deshalb innerhalb der großen Gruppe mal etwas mehr nach links, mal etwas mehr nach rechts, und suchen herum und glauben, im nächsten Lager kann es besser werden als bisher.

Was ist denn eigentlich der Beweis für die Richtigkeit einer Idee? *Der Beweis für die Richtigkeit einer Idee ist nicht der Glaube, sondern der Erfolg, d. h. die Erreichung des Zieles des aufgestellten Programmes.* Wir können also folgendes als Prüfstein festhalten: Wenn eine Gruppe von Menschen sich zusammenschließt, um ein bestimmtes Ziel zu verfolgen, dann hat diese Gruppe gesiegt, nicht in dem Moment, in dem sie die Macht erhält, sondern in dem, da sie mit Hilfe der Macht ihr Ziel erreicht hat. Heute gibt es ja eine andere Theorie; es ist unsere staatliche. Sie lautet, daß in dem Augenblick eine Aktion als gelungen gelten darf, da sie sich in den Besitz der staatlichen Machtmittel setzt. Wenn wir aber diesen Prüfstein anlegen, dann werden Sie erst ermessen, wie wenig die Ziele, die die beiden großen Gruppen vor Augen haben, erreicht worden sind. *Natürlich kann der einzelne auf der einen Seite "Hurra!" brüllen, auf der anderen "Nieder!" schreien. Die Frage ist aber nicht die, wer am meisten schreien kann, sondern die: wer hat sein Ziel erreicht?* Die Antwort auf diese Frage ist leicht zu geben, weil beide Gruppen an der politischen Macht waren.

Was hat die rechte Gruppe für ein politisches Ziel gehabt? Ich möchte Sie bitten, sehen Sie ab von kleinen Tageszielen, von einer Erhöhung der Lehrer-Gehälter, von den Beamten-Pensionen usw. *Das politische Ziel der Rechten unseres Volkes war im großen etwa folgendes:*

Wir wollen aufrichten ein großes, mächtiges Deutsches Reich, ein Reich der Macht und der Größe, ein Reich der Stärke. Wir wollen diesem Reiche die vollkommene Freiheit sichern, durch eine grenzenlose Hochzüchtung des nationalen Ehrgefühles, des nationalen Stolzes und mittels der Höchstentwicklung der nationalen Wehrkraft. Wir wollen, daß unser Volk den Platz an der Sonne sich erobert, und daß es diesen Platz behält. Ein nationales Reich, außen gewaltig und innen frei. *Wenn wir dieses Ziel heute uns ins Gedächtnis zurückrufen und der Wirklichkeit gegenüberstellen, dann müssen Sie zugeben, daß es nicht erreicht worden ist.* Über die Gründe wollen wir später reden. Tatsache ist: Deutschland blieb nicht in seiner Kraft, in seiner Stärke und in seiner Größe erhalten. Die deutsche Staatsform im Innern blieb nicht erhalten. Der deutsche Wehr-Organismus, die Kraftquelle unseres Volkes, blieb nicht erhalten. Auch das Letzte und Wichtigste ist nicht erreicht; im Gegenteil! *Von 30 Millionen erwachsenen Männern und Frauen lehnen 15 Millionen den nationalen Gedanken glatt ab. Sie sagen, wir sind international, wir haben mit dem nationalen Gedanken nichts zu tun.*

Es ist nicht so, daß wir etwa früher schon nahe an dem Ziele waren, oder daß wir auf dem Marsch zum Ziele gewesen seien. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt habt Ihr rechts Euch weiter von Euerem Ziel entfernt, am weitesten ab befindet Ihr Euch heute. Und Ihr seid

alt geworden während dieser Entwicklung. *Ihr dürft nicht mehr hoffen, als Sechzigjährige gegen das Schicksal einen Kampf zu führen, den Ihr einst als Dreißig- oder Vierzigjährige nicht zu führen vermochtet.* Diese Generation hat versäumt und vertan, sie tritt von der Weltgeschichte ab - nicht ruhmvoll! Sie hat ein großes Reich von ihren Vätern erhalten und dieses Reich jämmerlich verspielt. Über die Gründe und die Entschuldigungen, die da kommen, will ich später sprechen. Ich möchte zunächst nur feststellen, das politische Ziel der rechten Seite wurde nicht erreicht.

Und die linke Seite? Sie hatte als Ziel die Aufrichtung einer Weltkoalition von Staaten proletarischer Regierungsform - also von Staaten, die vollkommen frei sind vom Militarismus und vom Kapitalismus - die Aufrichtung einer neuen Welt auf den Kadavern der niedergetretenen antisozialistischen Staaten. Und wenn Sie auch hier wieder von allen Erklärungen und Deutungen absehen und sich nur um die ganze nackte Wirklichkeit kümmern, dann, *Freunde von links, müssen Sie zugeben, auch Ihr striktes Ziel ist nicht erreicht worden. Die Welt ist heute zerrissener als jemals zuvor. Das, was man als Völkerbund bezeichnet, ist ein lächerliches Gebilde, lächerlich, wie vielleicht unser altes deutsches Reich vor dem Jahre 1871.* Die Weltgeschichte geht über diesen sogenannten Völkerbund hinweg, als wenn er überhaupt nicht bestände. Die Staaten rüsten Tag für Tag. *Der Militarismus ist nicht gebrochen, auch der Kapitalismus ist nicht gebrochen, sondern zum allgemeinen Weltbeherrscher emporgestiegen.* Was wir an Entwicklungen in Deutschland sehen, ist das etwa der Sieg des Sozialismus?! Auch hier ist also erklärlich, daß der einzelne unzufrieden ist. Seine Zeitung kann ihm täglich erzählen von Tagesereignissen usw. - er kommt doch nicht darüber hinweg, in mancher Stunde sich sagen zu müssen, der ganze Kampf ist doch vergeblich gewesen! *Vom sozialen Glück trennt uns heute eine Armee von Arbeitslosen.* Die nimmt nicht ab, sondern im Gegenteil zu.

Das Gefühl, daß etwas nicht in Ordnung ist, führt Sie herein. Wenn verhängnisvolle Zustände, die nicht im kleinen geheilt werden können, wenn Zustände, die ein ganzes Volk bewegen und denen demgemäß im großen zu begegnen ist, geheilt werden sollen, dann ist als Voraussetzung nötig, daß man sich erst klar wird, warum es zu diesen Zuständen kam. Wir befinden uns in einem Zeitalter, das im Kleinsten riesengroß und genial ist, und im Größten aber jämmerlich versagt. Daher wirft man mir auch vor, daß ich nicht zu den Tagesfragen Stellung nehme. *Sich heute mit Tagesfragen* [zu] *befassen, kommt mir so vor, als wenn ich bei einem Schwerkranken nur daran Interesse zeige, ob ich ihm die Suppe mit einem silbernen oder goldenen Löffel geben soll.*

Wir wollen also die wirklich großen Ursachen der Krankheit suchen. Ich gehe nochmals zurück zur rechten und zur linken Gruppe. Warum hat die rechte Seite ihr Ziel nicht erreicht? Es gibt eine ganze Anzahl von Erklärungen dafür. *Erwarten Sie nicht von mir, daß ich mich mit den kleinen Entschuldigungen beschäftige. Wenn eine große Bewegung die Macht restlos verliert und das Gegenteil eintritt von dem, was sie will, dann kann man nicht sagen, es hat die Schuld der oder der. Man verliert nicht einen Staat, weil man sich getäuscht oder geirrt hat. Glauben Sie nur nicht, daß einen kerngesunden Staat solch internationale Judenjungen stürzen können. Wenn ein Staat so plötzlich zusammenkracht, wie unser Reich, dann muß dieser Staat innen schon hohl gewesen sein, wenn es auch viele nicht wahrhaben wollen.* Der Zusammenbruch des Wollens der Rechten hat mit einzel-

nen kleinen Fehlern nichts zu tun. Fehler werden stets unterlaufen beim unterliegenden sowohl als auch beim siegenden Teil.

Der eine Grund, den die Rechte für ihr Versagen angibt, lautet: Das deutsche Bürgertum hat den großen Fehler gemacht, daß es einst nicht die Macht in der Faust behielt, sondern daß es diese Macht abgab. *Wenn ein Mensch eine Macht, die er besitzt, abgibt, um später zu erkennen, daß das ein kapitaler Fehler war, so ist er damit selbst gerichtet.* Aus der zu schwachen Position entspringt die Unmöglichkeit, eine Herrschaft aufrecht zu erhalten. Aber eine Herrschaft hält man auf die Dauer nicht aufrecht durch tote Waffen, Maschinengewehre, Handgranaten usw. Diese Erkenntnis hatte in Deutschland auch das absolute Königtum. Im Prinzip war dessen Auffassung "der Staat, das bin ich" richtig. Warum? Weil jeder noch die Überzeugung besaß, daß z. B. der Mann, der damals das preußische Reich regierte, uneigennützig war, ein Held war, weil er die Überzeugung besaß, ich werde vernünftig regiert und das kommt mir indirekt wieder zugute. Der zweite Grund ist der einfachste. Wenn ich heute mit nationalen Politikern spreche und ihnen sage, bitte geben Sie doch zu, daß Sie versagt haben; 15 Millionen wollen vom nationalen Gedanken nichts mehr wissen, und das ist das Entsetzlichste, was es überhaupt geben kann, so bekomme ich zur Antwort: Ja, schauen Sie das Volk an, es ist Gesindel, gehen Sie einmal hinunter in dieses Volk, die Leute sind nicht wert, daß man mit ihnen spricht. Darauf gibt es nur eine Erwiderung: *Wenn es richtig ist, daß 15 Millionen bewußt den nationalen Gedanken aus Schlechtigkeit ablehnen, weil sie Pack, Gesindel, Lumpen sind, was hat dann jede weitere politische Betätigung überhaupt für einen Sinn? Womit wollen die Herren von rechts denn Deutschland retten, etwa mit ihrem zersplitterten Bürgertum?! Nein, unter solchen Umständen hat jeder weitere Kampf keinen Wert mehr, er ist zwecklos. Das Schicksal hat dann eben gesprochen, d. h., unser Volk ist zum Untergang bestimmt. Warum aber dann nicht auch den Mut aufbringen und hintreten vor das Volk und erklären, wenn man schon nicht gestehen will, daß man versagt hat, unter solchen Umständen kann uns die Politik gern haben! Es hat keinen Zweck mehr, Politik zu treiben!* Jedoch die Herren stellen sich wieder hin und sagen, geben Sie Ihre Stimme uns!

Es ist aber auch gar nicht richtig, daß 15 Millionen aus Schlechtigkeit nicht national sind. Sehen Sie, ich kann ein Volk nicht beurteilen nach der Lage im Augenblick. Selbstverständlich ist es angenehmer und leichter zu erklären, daß 15 Millionen Schweinehunde sind, als zuzugeben, daß man sich irrt oder eine Idee falsch vertreten hat.

Man sagt, die Menschen sind wertlos. Warum denn wertlos? Ich kann nicht den Wert eines Menschen einschätzen nach seinem Vermögen, nach seiner Abstammung oder ähnlichem. Das alles bedeutet gar nichts, das ist kein Wertmesser! Wenn ich heute einen Taugenichts, der reich geboren ist, wegnehmen würde, brächte ich der Nation keinen Schaden, wohl aber, wenn ich einen Menschen, Hand- oder Kopfarbeiter, wegnähme, der seine Pflicht treu erfüllt. *Der Wert eines Menschen hängt ab von dem Wert, den seine Arbeit schafft.* Ein Mensch wird nicht etwa durch eigenes Wollen Dichter oder Denker, Musiker, Komponist, großer Erfinder usw.; dies Werden entspringt nicht eigenem Wollen, sondern eine höhere Natur gibt ihm die Veranlagung in die Wiege hinein. Ein Mensch darf gerühmt werden, weil er genial ist; seine Fähigkeiten bedeuten aber nichts, wenn er sie nicht in den Dienst aller zu stellen vermag. Er kann ebensogut

ein genialer Verbrecher, Taugenichts, oder wie man bei uns in Bayern zu sagen pflegt, ein Schwabinger sein. Das sind die Bewohner eines Stadtteiles Münchens, eine ganz besondere Menschenart, wo der weibliche Teil sich durch besonders kurze Haare und der männliche sich durch entsprechend längere Haare auszeichnet, von Ausnahmen abgesehen. Diese genialen Persönlichkeiten nun, aus denen nur hie und da geniale Staatsmänner hervorgehen, wie z. B. ein Kurt Eisner, - wenn sie nicht da wären, die Welt würde keine Einbuße erleiden. Hingegen würde ich *jeden Straßenfeger, der seinen Quadratmeter Straße gewissenhaft kehrt, durch einen anderen ersetzen müssen, wenn ich ihn wegnähme.* Den Menschen sollen wir beurteilen nach den ihm von der Natur gegebenen Fähigkeiten, die er der Allgemeinheit gegenüber verwertet. Dieser Maßstab scheidet die Zufälligkeit der Geburt vollkommen aus und macht den Menschen zum Schmied seiner Ehre. Der kleinste Mensch, wenn er redlich und ehrlich seine ihm zugeteilte Arbeit im Dienste der Volksgemeinschaft erfüllt, ist wohl ersetzlich, aber nicht entbehrlich. Wenn dieser Maßstab angelegt wird, kann ich nicht sagen, die 15 Millionen Menschen von links sind wertlos. Man kann sie nicht einfach wegnehmen, sondern man müßte sie ersetzen. Mögen auch einige darunter wertlos sein, der erste Wertmesser spricht für die 15 Millionen. Jede geistige Erfindung braucht zur Umsetzung in die reale Wirklichkeit zahlreiche Fäuste. Die Volksgemeinschaft braucht sie; nur mit ihnen kann sie bestehen. Diese Fäuste sind auch bei uns nicht minderwertiger als woanders. Die deutsche Wirtschaft hätte ihren Siegeszug nicht antreten können, wenn sie nicht den deutschen Arbeiter gehabt hätte. Der Industrielle würde staunen, wenn er, statt mit dem deutschen Arbeiter, mit anderen arbeiten müßte. Er würde gar nicht mit anderen arbeiten wollen. Er kennt sehr wohl den Wert des deutschen Arbeiters.

Der zweite Wertmesser: *Ein Mensch ist zu bewerten, erstens, nach der Arbeit, die er für sein Volk leistet, und zweitens, nach seinem allgemeinen Charakter.* Nicht das Hurraschreien, sondern die Bereitwilligkeit, seine eigenen Interessen zu Gunsten der Gesamtheit, zu Gunsten des Staates zurückzusetzen, sein eigenes Ich zurückzustellen den Interessen aller gegenüber, beweist seinen Charakter. Es gibt Menschen, die übergehen von Versicherungen, daß sie bereit sind, sich für die Allgemeinheit zu opfern. Alles tun sie aus Mitleid für den Mitmenschen. Andere schlagen die gewaltigsten Schlachten am Biertisch. Diese Aufopferungsfähigkeit ist zunächst eine theoretische. Es gibt aber auch eine praktische Prüfung, und diese Prüfung ist der Krieg. Jene *große Prüfung, da die eherne Schicksalsgöttin an den einzelnen Menschen herantritt und ihn fragt, bist du jetzt bereit, dich aufzuopfern für andere, ja oder nein?! Es entscheidet da nicht der Schein, oder eine Übertölpelung,* nein es schwindet der Schein und übrig bleibt der nackte Mensch, wie er ist. Der eine wurde herausgerissen aus seinem angenehmen bürgerlichen Leben, das ihm bisher seine Existenz gewährte, das ihn Kunst und Wissenschaft des deutschen Volkes sehen ließ. Und auch an den anderen hat das Schicksal diese Frage gestellt, an den anderen, der bisher nicht teilgenommen hat an den Schönheiten dieses Lebens, der das Leben in erbärmlicher Armut geführt hat, zusammengepreßt in elenden Wohnungen, zwölf, vierzehn, sechzehn Köpfe in ein paar Räumen, ja fünf, zehn in einem Loch. Eines Tages hat das Schicksal den Mann aus seiner bisherigen Umgebung entfernt. Die Stunden kamen, die ihm nicht als die einzigen und erhebendsten erschienen, sondern als die greuelvoll-

sten seines ganzen Lebens; dauernd von dem Gedanken durchbebt, hältst du das aus oder nicht! Jene Stunden der Versuchung, da es in ihm rief, Mensch, rette dich, du wirst es nicht überstehen, so wenig wie die anderen! Dann mußte die Versuchung überwunden werden, dann kam das Pflichtbewußtsein: das kannst du nicht tun, das ist eine Schande. Währenddessen dachten die in der Heimat, die da draußen leben in Begeisterung und sind bereit, jubelnd ihr Leben in die Schanze zu schlagen. In diesen Stunden hat das Schicksal die Probe vollzogen - auch an dem deutschen Arbeiter. Keine deutsche Armee hätte gesiegt, wenn nicht neben dem Feldherrn auch der deutsche Grenadier gestanden hätte. Die Millionen, die nichts hatten, für das sie hätten kämpfen können, an ihnen wurde die zweite Probe vollzogen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, als wenn wirklich das ganze Schicksal des Vaterlandes nur von ihnen allein abhängen würde, und damit haben sie die Probe in unsterblichem Ruhm für die breitesten Massen unseres Volkes bestanden. Dies vor Augen, kann man nicht sagen, das deutsche Volk ist wertlos, ist schlecht. Wäre dies der Fall gewesen, dann wäre Deutschland in den ersten drei Wochen zusammengebrochen. Das deutsche Volk hat heute keinen Glauben und pendelt deshalb gedankenlos und schwach dahin. Und das hat seinen Grund: Wie soll das deutsche Volk den schwächlichen Menschen, die zusehen und zugesehen haben, wie Deutschland in der erbärmlichsten Weise Schaden erlitt, Vertrauen entgegenbringen, sie als die Wahrer seiner Interessen betrachten. Man hat zuviel Schuld auf sich geladen, als daß man diese Erkenntnis im Volke auslöschen könnte. Glauben Sie mir, wenn ich nicht Nationalsozialist wäre - bei unseren bürgerlichen Parteien könnte ich niemals stehen, weil ich den Wortschwall, hinter dem nichts ist, hasse, die Feigheit hasse, die vor jedem Entschluß ausweicht, die Halbheit hasse, wie sie sich vor dem Krieg, während dem Krieg und nach dem Krieg zeigte.

So wenig die Gründe von rechts stichhaltig sind, so wenig sind auch die von links stichhaltig. Die erste große Ausrede ist: Ja, wir waren zu dumm, die Macht allein in die Hand zu nehmen. Nun: Eure eigene Schuld! Und die zweite: Wenn man einem Führer von links sagt, was wollen Sie denn mit Ihrem internationalen und marxistischen Gedanken, 15 Millionen lehnen ihn ganz ab, so erhält man auch hier zur Antwort, diese 15 Millionen sind eben wertlos und unnütz; man hätte ihnen den Kopf herunterhauen sollen. Da muß ich das Gleiche anführen, wie vorhin bei der anderen Seite. Worin ermißt man den Wert des Menschen? Er wird bestimmt durch den Wert, den er für die Allgemeinheit bedeutet. *Der deutsche Geistesarbeiter, kann er wirklich als wertlos bezeichnet werden? Ganz gewiß nicht!* Es sind Tausende und Tausende von Fäusten, die in einer Fabrik tätig sind, aus der endlich eine Lokomotive herausrollt. Vergessen Sie aber nicht, vor diesen allen waren erst die Konstrukteure, die die Maschinen entworfen hatten, waren erst die Chemiker, die die Legierungen machten. Sie können heute nicht sagen, weg mit dem Ingenieur, er gehört nicht zu unserer Partei, also Kopf runter! Wenn es sich nur um drei oder vier handelte, könnte man es tun, aber bei 15 Millionen Menschen geht das nicht. *Wenn nicht zur Verwirklichung der geistigen Ideen Millionen von Arbeitern ihre Kräfte darbrächten, wenn nicht all den Millionen Fäusten die Köpfe dauernd die Pläne gäben, würden die Menschen nicht vermögen, sich aus dem Urzustand zu erheben. Das Zusammenwirken von Geist und Faust hat den gesunden Organismus erzeugt, an dem wir heute alle teilneh-*

men und teilhaben. Und der zweite Maßstab, der des Charakters? Man kann nicht sagen, die von rechts sind alles Schweinehunde, die haben keinen Charakter. Man darf doch Wert und Charakter des deutschen Geistesarbeiters, des deutschen Bürgers überhaupt, nicht etwa nach einzelnen absolut typischen Menschenschindern oder Ausbeutern messen. Das wäre so unsinnig, als wenn man den Handarbeiter nach irgendeinem Taugenichts, der einem in den Weg kommt, messen wollte. So sicher, wie es im Heere Offiziere gab, die vergaßen, daß sie Staatsbürger, Volksgenossen unter sich hatten - die vielleicht einmal in einem früheren Dasein Kameltreiber waren, wenn man an Seelenwanderung glaubt -, so gab es auch viele Unteroffiziere, die aus unseren Reihen hervorgegangen waren, und die noch ärger waren als jene. Es gibt keinen Stand, in dem nicht Auswüchse vorkommen. Wenn man eben nur die Auswüchse sieht, dann mag die Faust den Kopf herunterschlagen, oder der Kopf die Hand, was aber der Rumpf dann allein macht ohne Faust und ohne Kopf, das kann ich mir nicht vorstellen. Die Freiheit der Arbeiterklasse kann dieses Vorgehen jedenfalls nicht bringen. Es ist notwendig, daß wir nicht nur immer das Schlechteste, sondern auch das Gute auf der anderen Seite sehen. Ich bitte Sie, vergessen Sie nicht, daß es auch Millionen geistiger Arbeiter, Erfinder usw. gegeben hat, die das Beste für die Menschheit geschaffen haben, die aber trotzdem bettelarm gestorben sind, und daß es auch heute noch Menschen gibt, die beispielsweise die gefährlichste Mission im Dienste der Wissenschaft auf sich nehmen. Warum experimentiert einer jahrzehntelang mit Krebs herum, bis er vielleicht selbst angesteckt ist? Nicht weil er den anderen ausbeuten will, sondern weil er zu den Hunderttausenden gehört, die die Interessen der Gesamtheit im Auge haben.

Ich hatte selbst das Glück, 1914 als Kriegsfreiwilliger in die bayrische Armee aufgenommen zu werden, in ein Kriegsfreiwilligenregiment [6], das sich fast nur aus Söhnen der Intelligenz zusammensetzte, aus Studenten der Universität und der Technischen Hochschule in München. Nach vier Tagen Frontdienst kehrten wir aus unserer ersten Schlacht zurück, von 1.450 Mann waren 600 übrig. Auch die Geistesarbeiter haben sich aufgeopfert für ihr Volk, auch sie haben bewiesen, daß sie Charakter besitzen. Wer selbst die Brust einer Kugel bietet, den darf man nicht Militarist schimpfen, der hat sein eigenes Leben für die Notwendigkeit des deutschen Volkes hingegeben.

Ich bin vor wenigen Tagen [7] erst an der Bahre eines Mannes gestanden, den hier vielleicht viele dem Namen nach kennen, vielleicht die meisten: Chamberlain [8]. Ich habe ihn 1923 zum ersten Male in meinem Leben gesehen, diesen Mann, seit neun Jahren schon gelähmt, der kaum das Auge offenhalten konnte, ein großer Denker, ein

6 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 106 f., 112 ff.

7 Am 12.1.1927 hatte auf dem Friedhof von Coburg die Trauerfeier für Houston Stewart Chamberlain stattgefunden. Folgende Worte Hitlers sind überliefert: "Als letzten Gruß von vielen treuen Anhängern, auch von mir". Vgl. Bericht des Bezirksamtsvorstandes Coburg vom 12.1.1927; BayHStA, MInn 81581. Vgl. auch VB vom 16./17.1.1927, "Trauerfeier für H. St. Chamberlain".

8 Houston Stewart Chamberlain (1855-1927), Schriftsteller, 1899 Verfasser des die arische Rassenideologie propagierenden Werkes "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (2 Bde.), 1908 Heirat mit Eva Wagner, einer Tochter Richard Wagners.

Greis, der mit dem letzten Gedanken an unserem Volke hing. Der Mann wäre niemals internationaler Sozialist geworden. Nicht weil er etwa Gauner war oder Verbrecher! Was sah dieser Mann noch vor sich: auf der einen Seite das Unglück unseres Volkes, auf der anderen Seite seinen Eingang in die Ewigkeit. Er hätte ruhig internationaler Sozialist werden können. Aber er war davon überzeugt, daß das nicht recht wäre.

Ebenso waren Tausende von Arbeitern überzeugt, daß der nationale Gedanke, den man ihnen gegeben hat, nicht recht ist.

Ist der nationale Gedanke unseres deutschen Bürgertums der richtige gewesen? Ja oder nein? Wir müssen leider gestehen, daß er nicht recht war. Er war überhaupt kein großer Gedanke, sondern war nur rein äußerlich aufgefaßt. *Wenn ich den Mann von rechts frage, was verstehst Du unter national, so wird er genauso unsicher, wie der Mann von links, wenn ich ihn frage, was verstehst Du unter international?* National war früher derjenige, der einer nationalen Partei angehörte, zweitens, der die monarchistische Staatsform anerkannte, drittens, der nationalen Stolz besaß, viertens, der die Interessen seines Volkes zu vertreten wußte, kurz, eine ganze Reihe von Definitionen. Die erste: rein äußerlich; die zweite: ebenso äußerlich; die Staatsform: ebenso äußerlich. Man hat keine große erschöpfende und zwingende Definition gehabt.

Der deutsche nationale Gedanke ist etwas ganz Junges, sofern man ihn politisch auffaßt. Früher gab es keinen nationalen Gedanken. Jeder hatte seinen patriotischen Landesstolz. Die kleinsten Landesfürsten hatten ein lebendiges Interesse daran, daß ihre Größe nicht etwa beschattet wurde durch die Größe eines noch Größeren. Erst als eine neue deutsche Dichtergeneration kam, da konnte man sprechen von dem langsamen Erstarken eines deutschen Nationalgefühles, als deutsche Dichter zum ersten Male etwas, das nicht an die Kleinstaatlichkeit gebunden erschien, schufen. Zum ersten Male Personen, die jedem Deutschen gehörten, von denen jeder Deutsche sagen konnte, Friedrich Schiller ist ein deutscher Dichter, er gehört mir, als Preuße, Bayer oder Württemberger; ebenso Goethe, Kant, Schopenhauer. Und so beginnt sich langsam eine geistige Grundlage für ein Nationalgefühl zu bilden. In vielen Kreisen jedoch begann auch allmählich ein Murren dagegen. Als dann die Freiheitskriege kamen, als die Schlachten geschlagen wurden an der Katzbach, bei Leipzig bis Waterloo, da gab es etwas, das über die engeren Grenzen hinaus verband, bis der Schmied kam. Mit der Zeit ist dann ein deutsches Nationalgefühl erstanden, das ein ganzes deutsches Volk erfaßt hat.

Politische Organisationen waren zunächst bürgerliche Organisationen, jedoch hielt dieser Zustand nicht lange an. Die von Land und Handwerk übernommene Arbeitszeit, die für die intensive Arbeit in der Fabrik viel zu ausgedehnt war, hätte umgestellt werden müssen. Überall Widerstand dagegen, seitens der politischen Organisationen des deutschen Bürgertums. Und immer mit der Motivierung: da geht die Wirtschaft zugrunde.

Und niemand denkt daran, daß in erster Linie die Menschen da sind. *Die Stärke eines Staates ruht nicht in der Wirtschaft, sondern in den Menschen. Das kostbarste Gut eines Staates sind nicht Fabrikmauern, sondern die Menschen, die darin stehen.* Man machte sich nicht klar, daß man auf dem Lande 14 Stunden im Sommer arbeiten kann, daß es aber Wahnsinn ist, wenn man diese 14 Stunden auch von einem Bergmann im Bergwerk

verlangt. Als im Jahre 1882 Bismarck versuchte, England für eine gemeinsame Sozialgesetzgebung zu interessieren, lehnte England ab. Später erklärte ein Engländer: Wir hatten damals kein Interesse daran, durch ein Abgehen von der internationalen Preisgestaltung der deutschen Regierung eine Sozialgesetzgebung zu ermöglichen, das hieß, England hat genau erkannt, daß es das Mittel ist, einen Staat innerlich zu zertrümmern, dessen Volk zu zerstören. Wenn es jemanden gab, der Interesse daran besaß, daß der unsoziale Zustand weiter entwickelt würde, so nur der internationale Jude; *derselbe internationale Jude, der auf der einen Seite die deutsche Arbeitgeberschaft zur unbarmherzigsten Stellung veranlaßte, war der Hetzer auf der anderen Seite.* Er, dessen Bruder als Syndikus jeden sozialen Fortschritt zu verhindern suchte, rief den Massen zu: Deutscher Arbeiter, so wirst Du im Namen des nationalen Gedankens gequält! So ist der nationalistische Gedanke identisch geworden mit unsozialem Verhalten.

Wenn heute der deutsche Arbeiter auf einen Berg steigt und seine Schar betrachtet, dann sieht er vor sich nur Handarbeiter und einige geistige Juden, die sich herbeigelassen haben, ihn zu organisieren und zu führen, weil sie vom Mitleid zerrissen werden über das Unglück des Proletariats. Freilich gibt es vielleicht heute noch manchen unter denen von links, der sagt, wir brauchen die geistigen Arbeiter gar nicht. Wenn Ihr aber den sozialen Traum vom Glück der Menschen zur [*Wirklichkeit*] machen wollt, dann braucht Ihr mehr als eine Generation vor Euch, dann braucht Ihr die größten Geister Eures Volkes. Ich will ein Beispiel herausgreifen. Im Jahre 1918 findet in Deutschland eine soziale Revolution statt; sie beginnt damit, daß man erklärt: die Waffen nieder, fort mit den Waffen! *Eigentümlich, man will in einer kapitalistischen Welt einen sozialistischen Staat aufbauen und macht ihn sofort ganz wehrlos, nimmt ihm die Waffen weg inmitten dieser kapitalistischen Welt!* Wenn man wirklich einen sozialistischen Staat aufbauen wollte, dann hätte man 1918 nicht die Waffen niederlegen dürfen, sondern sagen müssen: Das deutsche Volk will niemandem etwas wegnehmen, allein wir werden unsere sozialistische Republik zu schützen wissen. Wenn Ihr dieser aber zu nahe tretet, sollt Ihr uns kennenlernen! Man hat es nicht getan. Die Folge war, daß die nationale Wirtschaft mit einem Schlage zu Boden geworfen und dem internationalen Kapital ausgeliefert wurde. Sagen Sie jedoch nur nicht, das war ein Fehler! Nein, das war ganz logisch. 70 Jahre lang haben sie nur das getan, was 1918 dann zur letzten Erfüllung kam. 70 Jahre lang haben sie nur gegen die nationale Wirtschaft gekämpft. Sie haben in 70 Jahren zahllose Fehler der nationalistischen Wirtschaft gefunden und haben es dann gemacht, wie der bekannte Bär, der sieht, wie sich auf die Stirne seines Einsiedlers eine Fliege setzt, und der wutentbrannt einen riesigen Stein nimmt, nach der Fliege wirft und den Kopf des Einsiedlers zerschmettert. So hat der Sozialismus den Kapitalismus in Deutschland bekämpft. Hinter ihm stand der Mann, der sagte, einen großen Stein mußt Du nehmen, nein, einen noch größeren. Der Kapitalismus wurde bekämpft, bis die deutsche Wirtschaft zertrümmert war. Und da man, wie gesagt, ohne Wirtschaft nicht bestehen kann, mußte man beginnen, sich des anderen zu bedienen, der dann sagte: So, jetzt geh' weg, ich will es wieder aufbauen. 70 Jahre lang hat man den Kapitalismus bekämpft. Sie erlauben schon, daß ich Ihnen die Frage stelle: Was verstehen Sie unter Kapitalismus? Diese Ismusse verstehen nämlich die wenigsten. Umsomehr sagen Sie sich,

was muß der andere gescheit sein, wenn ich nicht mal das Wort verstehe. Was ist vorerst zum Beispiel *Militarismus?* Man antwortet mir: Militarismus ist der Drill, Militarismus ist eben der eingekleidete Popanz, Militarismus ist das Militär an sich, er ist das Rüsten usw. Wenn aber die Organisation an sich schon Militarismus wäre, dann wäre England genau so militaristisch wie die Schweiz, ja wie heute Sowjetrußland. Und wenn der Drill Militarismus ist, dann hat ebenfalls Sowjetrußland "Militarismus", denn ich glaube nicht, daß der Stiefel beim Parademarsch sich auf russischer Erde leichter wirft als auf deutscher - ich glaube es nicht! Allein auch das Rüsten hat nichts zu bedeuten, jeder rüstet für seinen Zweck. Man sagt aber, in Rußland rüstet man für die Zwecke des Proletariats. Ich erinnere mich in meiner Jugend an eine große Brotbäckerei in Wien, die Anker-Brotwerke [9] und die Hammer-Brotwerke [10]. Sie waren Konkurrenz-Unternehmen und gehörten je einem Juden. Der eine buk das Brot im Namen des Proletariats. Das Brot dieser Hammerbrotwerke war etwas feucht, es wog etwas schwerer auf der Hand, es war schlechter. Man sagte, aber bitte, dieses Brot ist eben dafür das Brot des Proletariats. Wenn man sagte, aber ich vertrag's nicht, so war die Antwort, bitte, ich esse lieber ein Brot der Freiheit, als ein Brot der Sklaverei. Auf die Dauer zogen die Menschen aber doch das trockene Brot dem feuchten Brot der Freiheit vor. So auch heute in Rußland. Wenn man sagt, aber dieser Militarismus ist eben die Rüstung des Proletariats. Ich weiß nicht, ob man in einer solchen Armee leichter stirbt; ich glaube es nicht. Ich habe vier Jahre den Kitzel des Todes am eigenen Leibe verspürt. Ich glaube, das wäre Ihnen im Namen des Proletariats genau so unangenehm gewesen. Und wenn Sie sich immer wieder während der schweren Beschießung in Todesangst geduckt hätten, ich glaube, selbst wenn Sie statt eines grauen Mantels einen roten angehabt hätten, Sie hätten doch schließlich auch gesagt: Verdammter Krampf [*sic!*], nimmt er nicht bald ein Ende!!

Es ist so, daß man die Definitionen nicht so ohne weiteres geben kann. Das gilt auch vom Kapitalismus. *Was heißt Kapitalismus?* Es sind drei Begriffe, die, zusammengefaßt, das ergeben, was der Marxismus als Kapital bezeichnet: Maschinen, die Gebäude der Werkstätten und Betriebskapitalien. Meine lieben Freunde, diese drei Bestandteile der Produktion kann man zunächst nicht vernichten, und wenn es die kommunistische und syndikalistische Bewegung wollte. Das heißt, vernichten kann man sie schon, aber mit dem Ergebnis, daß man in Deutschland das erreicht, was man in Rußland erreichte; daß man nämlich wie dort zum internationalen Kapital sagen müßte, baut das wieder auf, stellt uns wieder Kapitalien zur Verfügung. Und dann müssen sie Konzessionen, wie Sowjet-Rußland an Herrn Stinnes [11], gewähren. An denselben Herrn Stinnes, der sich

---

9 Die Ankerbrotwerke waren 1891 von den Gebrüdern Heinrich (1855-1917) und Friedrich Mendl (1864-1929) im 10. Wiener Gemeindebezirk gegründet worden. Vgl. Franz Mathis, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen, Wien 1987, S. 36 f.

10 Die Hammerbrotwerke waren 1906 von der Sozialistischen Partei Österreichs gegründet worden; 1909 hatten sie zusammen mit der Dampfmühle Skaret, Hanusch & Co. OHG eine Brotfabrik in Schwechat und 1919 einen weiteren Betrieb in Floridsdorf eröffnet. Vgl. ebenda, S. 139 f.

11 Hugo Stinnes (1870-1924), Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1923 als Eigentümer des weitverzweigten Stinnes-Konzerns einer der größten Inflationsgewinnler.

eher, ich glaube, die Finger abgeschnitten, als mit einem Hitler zehn Worte geredet hätte, - aus Angst kompromittiert zu werden - den man hier als den Kapitalistenschreck vorstellte, er hat mit der Sowjet-Union Geschäfte gemacht, er hat große Hotels und große Fabriken aufgebaut. Man sagt, ja, aber dort war das im Dienste des Proletariats. Ich glaube das nicht. Ich glaube, Stinnes war immer überzeugt, daß er für sich etwas macht dabei, ja das "allermerschte" [*sic!*] für sich, das allerkleinste für das Proletariat. Außerdem, wenn diese Leute derartig eingenommen sind für fremdes Proletariat, warum dann nicht auch für das eigene. Nein, sie denken nicht daran.

Es gibt weiter noch eine Erklärung für den Begriff Kapitalismus: das persönliche Besitzrecht. Im tiefsten Grunde allerdings ist das nur eine nüchterne Personenfrage. Ich kann heute erklären, das persönliche Besitzrecht wird vollständig abgeschafft. Was ist dann die weitere Folge? Es muß den freiwerdenden Besitz doch dann irgend jemand übernehmen. Jawohl, aber den nehmen wir dann für uns. Die internationale Wirtschaft hat insgesamt 16-17 Millionen Geistesarbeiter, wovon 4-5 Millionen eigene Besitzer [*sind*], vom Kleinsten bis zum Größten. Wenn Sie die ersetzen wollen, müssen Sie sehen, daß man die gleich guten Kräfte bekommt. *Ich glaube nicht, daß man z. B. ohne weiteres 100.000 kleine Besitzungen in Deutschland aufgeben und sofort andere Führer oder Leiter hinbringen könnte, die dann genau so wirtschaften wie bisher,* ohne Rücksicht auf Achtstundentag. Warum arbeitet denn der Wirtschafts-Apparat? Er arbeitet, weil 67 Millionen Menschen Hunger haben und essen wollen, das ist alles. Man kann die schönste Theorie ausdenken. Weg mit den Leuten von hier, andere an die Stelle hin! Wenn aber vor Ihnen 30 Millionen Menschen stehen, die "Hunger" schreien, dann kann man zu ihnen nicht sagen, bitte stört mich nicht, haltet das Maul, weg da mit dem Hunger. In Rußland hat man das machen können, in einem überwiegend agrarischen Land. Und doch sind bei dieser Umstellung 30 Millionen an Hunger krepiert. Heute gibt es wieder privaten Besitz dort, nur die Besitzer haben gewechselt. Es mußte doch einer zugreifen, einer mußte es übernehmen, der hat sich dann aufgeopfert. Nicht der russische Arbeiter ist heute der Herr seiner Fabriken, sondern der sogenannte Staatskommissar, der fast durchwegs der immer opferbereiten Rasse angehört. Freilich, sagt man, im Interesse des Proletariats erfolgen alle Maßnahmen, und da müßt Ihr auch den Hunger auf Euch nehmen. Ich glaube nicht, der deutsche Arbeiter ist so intelligent, daß er schon im zweiten Monat sagen würde, entweder es wird besser mit uns, oder ich pfeife auf die ganze grandiose Einrichtung. Viele stehen heute schon auf dem Standpunkt, vom ganzen Plunder nichts mehr wissen zu wollen. Das einzige wollen sie, sich anständig ernähren zu können, das andere ist ihnen ganz egal.

Der internationale Marxismus wird von 15 Millionen abgelehnt, weil nämlich Millionen Köpfe zu intelligent sind, um nicht zu wissen, daß der durch diesen angestrebte Zustand nicht möglich ist, genau so, wie es auch in Rußland nicht möglich war, außer der Theorie.

Man hat den deutschen Sozialisten in dem Gedanken erzogen, er könne nur international sein, und man brachte ihm bei, es gebe [*nur*] Menschen. Das ist der Fausthieb auf jede Erfahrung und der Fausthieb auf Ihr eigenes Dasein. Es mag leicht einer sagen: Mensch ist Mensch, genau so, wie Hund ist Hund, ob Dackel oder Windhund, Mensch

ist Mensch, Neuseeländer oder Germane, Engländer oder Zulukaffer. Allein sie sind genau so unterschieden [*sic!*] wie eine Hunderasse von der anderen. Wissen Sie, es ist ja wirklich das Unglaublichste, daß man Millionen Menschen den Wahnsinn des Internationalismus predigen konnte, und daß dabei Menschen dieser Idee nachhingen. Daß der Jude, der seit Jahrtausenden zwischen uns steckt, und doch Jude blieb, daß der es fertig gebracht hat, Millionen von uns einzusagen, die Rasse sei vollständig bedeutungslos, während für ihn die Bedeutung der Rasse die höchste Erkenntnis ist. Was hieße denn eigentlich, die Rasse ist bedeutungslos? Das würde heißen, wenn ich heute den Germanen hier wegnähme und nach Zentralafrika gäbe, und den Neger hierher holte, dann würde es dasselbe Bild geben, wie wenn der Germane da ist. Der Neger würde genau so einen kultivierten Staat schaffen. Bilden Sie sich nicht ein, daß aus der Jazzband Kultur geworden wäre, was wir heute besitzen. Wenn wir um uns herumblicken, dann ist alles das, was wir hier sehen, geistige Arbeit und körperliche Arbeit, was geistige Arbeit und körperliche Arbeit seit vielen Jahrtausenden gemeinsam geschaffen hat. Wem gehören diese Erfinder an? Glauben Sie, daß eine Erfindung der Menschheit besteht, die ein Neger gemacht hat? Gar keine. Auch die primitivsten Arbeiten, die er gemacht hat, hat er von den Weißen übernommen. Man dressiert ihn heute so lange, bis er auf dem Klavier eine Wagner-Oper spielen kann. Das ist eher ein Beweis für die Fähigkeit des Dresseurs, aber nicht für die Fähigkeit des Negers; man beginnt eben heute, den Neger zu kultivieren. Und es ist bei allem so. Ganz gewiß kann heute ein Neger eine Glühlampe abputzen, aber erfinden kann er sie nicht. Wir haben Gebiete, in denen verschiedene Rassen durch Jahrtausende tätig waren. Dort, wo der Arier hinkommt, herrscht Kultur, wenn er geht, verschwindet sie allmählich, und wenn er nach 2.000 Jahren wiederkommt, ist an ihrer Stelle vielleicht Wüste, durch ihn entsteht sie aber wieder. Die Kultur ist gebunden an den Menschen, und zwar an bestimmte Menschen. Nimmt man sie weg, bleibt auf die Dauer nichts mehr. Sie sagen, das ist ohne alle Bedeutung, Mensch ist Mensch. Ein Automobil ist das große Verkehrsinstrument der Zukunft. Wer hat das erfunden? Sie werden sagen, der Ingenieur Daimler als erster, und dann ein Ingenieur Benz. Gewiß, das sind die Erfinder des schnellaufenden Motors. Es gibt Hunderte von Erfindern, auf dem Gebiete der Elektrizität, Tausende und Tausende von Erfindungen. Unter Tausenden von Erfindern haben Sie nicht einen einzigen Juden, nicht einen einzigen. Wenn man in die Fabriken geht und geht durch die Fabrikhallen und sieht diese endlosen Riesenstanzen, und sieht dann die Arbeiter an, auch keinen Juden. Wenn Sie aber dann in Berlin auf dem Kurfürstendamm in ein Verkaufslokal gehen, dann sehen Sie keinen Nichtjuden darin. Die einen erfinden, die anderen arbeiten und andere verkaufen das Geschaffene dann. Das Wichtigste ist das Erfinden, und das Zweitschwerste ist das Erzeugen, und das Leichteste ist nämlich dann das, was erzeugt ist zu verkaufen, und Letzteres ist die Arbeit des Juden. Warum der Jude heute keine eigene Kultur besitzt, keinen eigenen Staat hat, hängt damit zusammen, daß er jede produktive Arbeit seit Jahrtausenden meidet. Er ist nicht verfolgt worden, weil er keine produktive Arbeit geleistet hat, sondern weil er unproduktive Zinsen verlangt hat. Er hat nur immer gekauft, verkauft, gekauft und wieder gekauft, und das haben unsere Vorfahren verboten. Du arbeitest nicht auf unserem Grund und Boden, deshalb hast Du auch kein Recht, ihn

zu kaufen. Aus meiner Heimat sind Zehntausende von Protestanten vertrieben worden, endgültig fort, und haben ihr Bündel gepackt. Sie sind nach Ostpreußen und haben gearbeitet, oder hinüber über das Wasser. Die so Verfolgten haben drüben zu arbeiten begonnen, den Kampf mit den wilden Tieren aufgenommen, Farmen gegründet, und hinter ihnen kam immer wieder der Spaten, bis der Kontinent erobert wurde. Und wie alles geschafft war, kam unser Freund. Sagen Sie nur nicht, früher hätte er nicht hinüber dürfen, und sagen Sie nicht, er hielte das Klima nicht aus. Das Klima hält er überall aus, nur die Arbeit nicht. Deshalb allein ist er nicht gegangen. Glauben Sie, dasselbe Volk, das es fertiggebracht hatte, fast die ganze Welt in seinen Dienst zu stellen, hätte sich irgendwo einen Staat schaffen können. Die Welt wäre froh gewesen, dankbar gewesen, aber sie wollten es gar nicht.

Erwarten Sie nicht, daß bei einem Volke, das innerlich so krank ist, durch die Wahl, wie die nächste in Thüringen, eine Erlösung kommt. Geben Sie wieder Ihren Stimmzettel für die vermoderten und kranken Parteigebilde, und seien Sie überzeugt, in drei Jahren sind Sie in dem Saal genau so versammelt wie jetzt, und Sie hören wieder jemand zu, aber geändert hat sich inzwischen nichts, nur die Not ist vielleicht noch größer. Sie werden Ihrem Volke nicht zu einem sozialen Staate verholfen haben, indem Sie ihm Milch und Honig geben können, und Sie werden nicht ein nationales Freiheits-Paradies errichtet haben innerhalb einer Welt, die Sie niederdrückt. Voraussetzung für beide Ideale ist die Freiheit.

Sie erhalten nicht Freiheit Ihres Volkes, wenn Sie nur die Faust oder nur den Kopf zur Erringung der Freiheit einsetzen, sondern Kopf und Faust müssen gemeinsam wirken. Sie werden aber gar nichts erreichen, solange nicht die Kluft im deutschen Volke beseitigt ist. Diese Kluft, die nur dem internationalen Börsen- und Bank-Jobber zum Vorteil ist, der Kopf und Faust an die Wand pressen kann.

Die beiden Lager können sich gar nicht mehr vereinigen, deshalb, weil zu viele Interesse an ihrer Trennung besitzen. Es gibt Menschen, die nur von der Trennung leben können.

Glauben Sie, niemals werden Sie in Deutschland auf dem Boden der heutigen Parteien eine Versöhnung des Volkes fertigbringen. Diese Versöhnung ist die Aufgabe des Nationalsozialismus. Unser nationaler Gedanke ist identisch mit dem sozialen Gedanken. Wir sind Nationalsozialisten, d. h. wir verstehen unter Volk nicht eine Klasse, auch nicht eine Wirtschaftsgruppe, sondern den Sammelbegriff aller Menschen, die unsere Sprache sprechen und unser Blut besitzen. Wir sehen nicht die Möglichkeit zum Nationalstolz dann, wenn eine wohlgenährte Unternehmerschar besteht und hinter ihnen ausgemergelte und abgerackerte Arbeiter unseres Volkes, *sondern nur wenn Kopf und Faust harmonisch, wohlgenährt und guterhalten nebeneinander und miteinander zu existieren vermögen.* Fundamente wollen wir schaffen für eine neue Weltanschauung, in der nur derjenige groß ist, der sich in glühender Liebe für sein ganzes Volk aufopfert. Wir sind überzeugt, daß uns kein Mensch auf der Welt etwas schenken wird. *Niemand fördert uns, wir selbst ganz allein sind die Schmiede unserer Zukunft. In unserem Volke liegt der Quell aller unserer Kraft. Wenn unser Volk heute stürzt, dann stürzen wir mit. Es kann uns nicht*

gut gehen, wenn unser Volk zugrunde gerichtet wird. Unser Volk und unser Staat sollen gedeihen, damit jeder einzelne leben kann.

Wir sind keine Pazifisten, sondern wir wissen, daß der Vater aller Dinge der Kampf ist, das Ringen.

Wir sehen, daß alle Bedeutung im Volkstum in der Rasse liegt, und in den Persönlichkeiten unseres Volkstums, getragen von dem Verantwortungsgefühl zu Ihrem Volk. Wir stehen auf dem unverrückbaren Standpunkt, daß jeder Entschluß eine Verantwortlichkeit braucht. Deshalb setzen wir uns in Widerspruch mit der ganzen Welt, deshalb sind wir staatsgefährlich, und deshalb verbietet man mir auch das Reden, verbindet uns den Mund, weil wir wollen, daß unser ganzes deutsches Volk aus dieser verfluchten Zersplitterung gesunden wird an Leib und Seele.

21. Januar 1927 Dok. 70
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gotha [1]

Gothaer Neueste Nachrichten vom 25.1.1927, "Hitler in Gotha" [2].

Wer von ihm [*Hitler*] eine Wahlrede zu hören annehme, so führte er u. a. aus, werde enttäuscht sein, ebenso gedenke er sich, entgegen dem Verlangen mancher Kreise, nicht zu Tagesfragen zu äußern. In solchen werde eine Idee erstickt. Ihnen stehen heute Millionen des Volkes gleichgültig gegenüber, weil es ein ewiges Hin und Her ist, bei dem das Volk nichts gewinne. Zwei große politische Linien unterscheiden wir in Deutschland, die das Volk in zwei Teile zerreißen: die bürgerlich-nationale und die proletarisch-internationale. In ihnen habe ein dauerndes Wandern eingesetzt, weil die Überzeugung von der Richtigkeit des Glaubens an das eine oder andere fehle. Es gibt aber auf der Welt nur einen sicheren Beweis von der Richtigkeit einer Idee: das ist der Erfolg. Bei beiden Gruppen trete, trotz jahrzehntelanger Arbeit, ein sichtbarer Mangel an Erfolg in Erscheinung. Große Bewegungen aber haben die Pflicht, ihre Ideen mit Gewalt dem Volke zu geben. Tausende werden bei diesem Zwang vielleicht brüllen, später aber werden Millionen jubeln über das, was dann Gutes geschehen [*ist*]. Der Mensch mietet sich selbst sein Zeitalter. Wenn ein Zeitalter keinen Kopf hervorbringt, so ist das Volk selbst daran schuld. Die nationale Idee vom großen mächtigen Reich hat nicht vermocht, das gesamte Volk zu erfassen. Sie hat nicht vermocht, seit 70 Jahren nicht den

1 Im Schießhaussaal, von 20.30 bis 23.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.700 (VB: 2.500) Personen teilnahmen, wurde von dem NSDAP-Landtagsabgeordneten Paul Hennicke geleitet. Laut Polizeibericht waren zahlreiche Teilnehmer aus Arnstadt, Erfurt, Mühlhausen, Sondershausen und der Umgebung Gothas angereist.

2 Vgl. auch Gothaisches Tageblatt vom 22.1.1927, "Adolf Hitler in Gotha"; VB vom 23./24.1.1927, "Adolf Hitler in Gotha"; VB vom 29.1.1927, "Hitler in Gotha und Jena"; Der Nationalsozialist, Folge 5 vom Januar 1927, "Hitler in Gotha". Sowie Bericht des Stadtvorstandes Gotha vom 24.1.1927; StA Weimar, MdI, P 167. Thür. Lagebericht für Monat Januar 1927 vom 17.2.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303.

Absprung zum Internationalismus zu verhindern. Dazu kam die Einschätzung vom Wert des Menschen. Die rein *äußerliche* Einschätzung, die unglückselige Verquickung des nationalen Gedankens mit der Motivierung der Erhaltung der Wirtschaft gegen soziale Anhangsforderungen [*sic!*], hat mit zur Zerreißung des Volkskörpers geführt. Deshalb ist die Nationalisierung und Arbeiterfeindlichkeit zu einem Begriff gemacht worden. Diese gemeinsame Parole ist von Agitatoren als Fremdkörpern [*sic!*] ins deutsche Volk gepeitscht worden. Und dies hat dazu geführt, daß ein Volk gleichen Blutes und gleicher Herkunft in zwei Teile zerfällt. Der Idee des nationalen Bürgertums stellte sich der Marxismus entgegen, der auf der Leiche des Kapitalismus und des Bürgertums seine Herrschaft errichten wollte. In seinen Schlußzielen ist er gescheitert, genau wie die Folgerung der politisch-nationalen Richtung falsch gewesen sei, deshalb, weil die gesamte Kultur und die Nation nicht auf einer Gruppe, sondern auf den Schultern des einen genauso ruhe, wie auf denen des anderen. Es ist in verkehrter Kampfrichtung dem Marxismus nicht gelungen, seine Idee dem Volke aufzuzwingen, auch hier entscheidet der Mißerfolg. In dem Kampf der zwei großen Richtungen, des Kopfes und der Faust, gibt es keinen Sieger, sondern nur zwei Besiegte. Den beiden Richtungen, die nicht vermocht haben, das Volk unter einen Hut zu bringen, stellt sich die große gemeinsame Forderung gegenüber, das Volk unter eine *einheitliche* Idee zu stellen. Wenn die Energie der breiten Masse in den nationalen Gedanken hineingestellt wird, dann ist das Ziel erreicht. Die Frage ist nicht die, ob diese Masse niederreißen, sondern ob sie *aufbauen* kann. Es gibt niemals einen sozialistischen Staat, wenn nicht neben dem Maurer auch der Architekt arbeitet und umgekehrt. Das Sichzusammenfinden der Vertreter des Kopfes und der Faust auf eine gemeinsame Idee ist alles. Die Wirtschaft ist das Schicksal der Nation. Der Ruf hat ein Echo gefunden bei der Linken, die da sagt, wenn es so ist, dann sind wir das Schicksal. Das Wort hat die Nation abermals zerrisssen.

Nach ausgezeichneter theoretischer Erörterung über Produktion und Einkommensverteilung unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung des Anteils der einzelnen am Sozialprodukt, sagt Hitler: Bestimmend ist nicht die Wirtschaft, sondern *das Volk, das diese Wirtschaft trägt.* Ist das Volk gesund, hat die Wirtschaft Bestand. Und wer sein Volk liebt, muß es stark machen. Hier entscheidet das wahre Nützlichkeitsprinzip. Dies kann nur in Konsequenz verfolgt werden, wenn wir uns unter eine Fahne zusammenfassen, des national sein könnenden Kopfes und der sozial sein wollenden Faust. Denn Nationalismus ist in Wirklichkeit tiefster Sozialismus, und umgekehrt ist der sozial, der begreift, daß aller Kampf um den Bestand unseres Volkes geführt wird. Das Volk gesund zu erhalten, alles, was das Volk verdient, ihm selbst wieder zukommen zu lassen, ist unsere gemeinsame Aufgabe, unsere gemeinsame Idee. *Mit ihr bricht eine große Zeit an.* [3]

3 Folgt abschließender Kommentar.

23. Januar 1927 Dok. 71
"An alle Nationalsozialisten Deutschlands!"
Aufruf

VB vom 25.1.1927.

Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Ein neues Jahr des Kampfes und der Arbeit hat begonnen.

Die Entwicklung unserer Bewegung seit dem 24. Februar 1925 [1] hat selbst die weitestgehenden Erwartungen übertroffen. Damals untergegangen im tobenden brudermörderischen Kampf der sogenannten Einheitspartei [2], hat sie sich nun endgültig aus allen Verstrickungen gelöst und ihre alte Form mit kraftvollem neuen Leben erfüllt. Nicht nur in den eigenen Reihen wurde der Kampf überwunden, sondern auch das Verhältnis zu anderen Bewegungen in eine ruhige Ordnung gebracht. Die innere Festigkeit und Geschlossenheit der Nationalsoz[*ialistischen*] Deutschen Arbeiter-Partei läßt diese bereits heute wieder innerhalb der zahllosen völkischen Gruppen als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht erkennen, der nicht nur Kristallisationskern sein wird, sondern auch die Bestimmung zur Führung in sich trägt.

Der schlagendste Beweis für die Lebenskraft und zukünftige Bedeutung unserer Bewegung ist der Haß und die Verfolgungswut der Gegner. In seltener Eintracht finden sie sich zusammen, atheistische Gottesleugner und frömmelnde Zentrumsmannen, marxistische Vaterlandsverräter und deutschtuende Hurrapatrioten, zur Bekämpfung der ihnen allen unbequemen und verhaßten Kämpferin gegen die heutige Korruption und Verluderung unseres Vaterlandes. Proletarische und bürgerliche Parteien, die sonst vorgeben, durch eine Welt getrennt zu sein, vereinigen sich in der Unterdrückung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, in der gesetzwidrigen Beraubung der Redefreiheit ihrer Führer und der Verfolgung ihrer Kämpfer.

Lüge und Verleumdung sind die Waffen unserer Gegner.

Dabei steigt die allgemeine Not und das Vaterland sinkt täglich tiefer.

Ich weiß, es gibt keinen Parteigenossen und Anhänger der Bewegung, der bei Berücksichtigung von all dem, nicht den heiligsten Wunsch besäße, daß unsere Bewegung deshalb erst recht zum Siege gelangen möge. Ich weiß, daß viele zehntausende nur von dem einen Gedanken bewegt werden, die Stunde des Erfolges unserer Idee und damit der Freiheit unseres Vaterlandes dereinst noch mit erleben zu dürfen. Und ich weiß weiter, daß viele namenlos unglücklich werden bei dem Gedanken, dieser Kampf könnte aussichtslos sein.

1 Die Neugründung der NSDAP erfolgte nicht am 24., sondern am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.

2 Gemeint ist der Zusammenschluß von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter der Reichsführerschaft von Albrecht von Graefe, General Ludendorff und Gregor Straßer. Zu den Auseinandersetzungen im völkisch-nationalen Lager nach dem Hitler-Putsch 1923 vgl. Jablonsky, Nazi Party.

Parteigenossen! Freunde und Freundinnen unserer Bewegung!

Daß dies nicht so ist, sondern, daß unsere Bewegung wirklich siegt, liegt nur an Euch. An Euch lag es, wenn unsere Partei von der kleinen Siebenmännergruppe[3] zur großen Waffenbewegung anschwoll. An Euch aber liegt es auch, daß diese heutige Bewegung zur großen befreienden Flut von morgen wird.

Kein Feldherrngenie kann eine Welt bezwingen, ohne Soldaten zu besitzen, die einer solchen Aufgabe würdig sind.

Kein Führer kann seinem Volk die Freiheit erkämpfen, ohne aus dem Volke von jenen unterstützt zu werden, die die Freiheit auch wirklich verdienen. Wer aber nicht für die Freiheit kämpft, verdient sie nicht auf einer Welt, die nichts zu verschenken hat, sondern die das ganze Leben nur als Preis für Mut und Fleiß verteilt.

Der Kampf, der aber von Euch Parteigenossen heute gefordert wird, unterscheidet sich in nichts vom Kampf zu allen Zeiten: Opfere an Deinem Leben, damit das Leben Aller erhalten bleibt.

Dieses Opfer haben viele unserer Parteigenossen jahrelang gebracht und müssen viele auch heute bringen. Dieses Opfer bringt unser Redner, der in gegnerischer Versammlung sich aller Bedrohung zum Trotz zum Worte meldet, um der Lüge der Feinde unsere Wahrheit entgegenzuhalten; dieses Opfer bringt der Agitator, der oft blutig geschlagen und von einer tobenden Meute umbrüllt, dennoch immer wieder unsere Idee verkündet; diese[*s*] Opfer bringt der Sturmabteilungsmann, der zum Schutze unserer Versammlungen zahlreiche Nächte hingibt und Schläge dafür entgegennimmt; dieses Opfer bringen die vielen unserer Parteigenossen, die als Anhänger unserer Bewegung sich selbst die Existenz vernichten oder dem Terror in der Werkstatt ausgeliefert sind, und dieses Opfer haben weiter zahlreiche gebracht, die für unsere Bewegung und unsere Idee entweder zu Krüppeln wurden oder das eigene Leben als höchstes und letztes Opfer lassen mußten.

Aus diesen Opfern heraus ist unsere Bewegung gewachsen. Denn dies ist der Sinn des Dichterwortes: "Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein." Unser Leben aber kann nur Sieg heißen. Kein Sieg aber wurde je erfochten ohne Kampf, und kein Kampf ist denkbar ohne Opfer.

Der Glaube, Deutschland durch rentable, wirtschaftliche Betätigung frei machen zu können, paßt ebensosehr zur verkommenen Gesinnung unserer heutigen Zeit, wie er den Lehren der Geschichte widerspricht.

Da wir als die Kämpfer der Freiheit unseres Volkes gelten, hat uns das Schicksal bestimmt, auch die Last des Kampfes zu übernehmen.

Ihr alle erwartet, Parteigenossen, Männer und Frauen, daß dieses vor uns liegende Jahr ein solches großer Erfolge für unsere Bewegung wird. Ihr habt jedoch kein Recht, eine solche Hoffnung zu hegen, wenn Ihr den Erfolg nur der Huld des Schicksals verdanken wollt, und nicht gewillt seid, ihn selbst zu erkämpfen und zu verdienen.

In dieser Arbeit und zu diesem Kampfe aber rufe ich Euch auf.

Am Ende des vergangenen Jahres habe ich, bestärkt durch meine Freunde und bestimmt von der zwingenden Notwendigkeit, den Entschluß gefaßt, die Propagandatätig-

3 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Tyrell, "Trommler", S. 27 f.

keit der Bewegung in diesem Jahre um ein vielfaches zu steigern, *das Zentralorgan der Partei, den "Völkischen Beobachter", großzügig auszubauen.*

Es darf nicht bei Beratungen bleiben.

So unmöglich es für unsere Bewegung ist, ähnlich dem Berliner "Vorwärts", der von jüdischem Kapital 800.000 Mark als Darlehen erhielt, von deutschem für uns auch nur 50.000 Mark zu erlangen, so unmöglich darf daran der Ausbau unserer Presse oder unserer Propaganda scheitern. Die Pfennige und die Mark unserer Parteigenossen sollen die Bausteine unseres neuen Werkes sein, und Opfermut und Liebe mögen einen Mörtel geben, der härter sein wird als Zement.

Zwei große Aufgaben haben wir uns für die nächste Zeit zu stellen. An ihrer Verwirklichung zu arbeiten, ist nicht nur Pflicht aller Führer unserer Bewegung, sondern auch sämtlicher Anhänger.

1. Die Propagandatätigkeit muß um ein vielfaches gesteigert werden. Also:
mehr Versammlungen,
mehr Redner,
mehr Flugblätter,
mehr Plakate usw.

2. Der "Völkische Beobachter" muß in diesem Jahre in die Reihe der großen Tageszeitungen vorgetrieben werden. Also:
mehr Bezieher
und mehr Propaganda für das Blatt.

Deshalb will ich für dieses Jahr der Bewegung ein bestimmtes Ziel setzen und würde dieses Jahr als ein verlorenes ansehen, wenn es uns nicht möglich sein sollte, mit zusammengebissener Energie dieses gesteckte Ziel auch zu erreichen.

Das Ziel muß lauten:

Die Auflagezahl des "Völkischen Beobachters" muß in diesem Jahr auf 100.000 steigen.

Parteigenossen! Wer von Euch vor einer solchen Aufgabe Angst bekommt oder an ihrer Lösung zweifelt, ist zu Unrecht zu uns gegangen, denn wie wollt Ihr einen Staat erobern, wenn Ihr nicht einmal den Glauben besitzt, dieses Werk zu schaffen. Und mit welchem Rechte glaubt Ihr, ein Siebzigmillionen-Volk einer neuen Weltanschauung gewinnen zu können, wenn Ihr nicht einmal dem Zentralorgan dieser Weltanschauung 100.000 Bezieher zu werben vermögt.

Wenn es in unserer Bewegung möglich war, von 7 Mitgliedern auf 60.000 zu kommen und von 30 Anhängern auf über eine Million, dann muß es auch möglich sein, die Aufgabe dieses Jahres zu erfüllen. Leben wir uns ganz in sie hinein und seien wir überzeugt, daß diese Gewaltanstrengung die jugendliche Bewegung mehr stählen wird als heute dies die meisten ahnen.

Für eine Idee, für die so viele bereits zu sterben vermocht hatten, darf für die anderen keine Aufgabe zu groß und keine Arbeit zu schwer sein ...

Um eine großzügige Durchführung dieser vor uns liegenden Arbeit zu gewährleisten, treffe ich folgende Bestimmung:

1. Die Werbetätigkeit für den "Völkischen Beobachter" leitet der Geschäftsführer Pg. Amann [4]. Er wird die Ausführungsbestimmungen herausgeben.

2. Die Namen der erfolgreichsten Werber werden im "Völkischen Beobachter" in einer "Ehrenliste" laufend veröffentlicht.

3. Ortsgruppen, die bis Ende dieses Jahres nicht eine noch näher festzusetzende Mindestzahl an Beziehern des Zentralorgans geworben haben, oder die nicht mit der notwendigen Energie an der Lösung der gestellten Aufgabe sich beteiligen, werde ich als interesselos und damit wertlos auflösen und aus der Bewegung ausschließen.

4. Von sämtlichen Führern der Bewegung erwarte und verlange ich, daß sie sich mit Feuereifer an der Erfüllung dieser gesteckten Aufgabe beteiligen, und daß sie die Errichtung [*sic!*] des Zieles nicht nur als eine Frage der Ehre der Bewegung, sondern auch als eine solche ihrer eigenen empfinden.

Wer vor ein Volk hintritt und Anhänger zu werben versucht mit der Behauptung, dieses Volk erlösen zu wollen, der lügt, wenn er selbst nicht einmal den Glauben in sich trägt, ein so lächerlich klein bemessenes Ziel erreichen zu können, und dafür sich nicht restlos einzusetzen bereit ist.

Parteigenossen! Geht jetzt alle an die Arbeit und sorgt dafür, daß wir uns am Ende dieses Jahres nicht zu schämen haben.

Weimar, den 23. Januar 1927

gez. Adolf Hitler

24. Januar 1927 — Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Jena [1]

Jenaische Zeitung vom 25.1.1927, "Hitler in Jena" [2].

Er [*Hitler*] äußerte zunächst seine Genugtuung über den so starken Besuch, fand diesen aber leicht erklärlich, da eben die Leute über die heutigen Zustände unzufrieden seien, auch mit den Leistungen der eigenen Parteien. Diese teilte er in zwei große Gruppen: die nationalistisch-bürgerliche und die marxistisch-international gesinnte proletarische,

4 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

1 Im Volkshaussaal, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die wegen Überfüllung des Saales polizeilich gesperrt werden mußte und an der laut VB etwa 2.500 Personen teilnahmen, wurde vom Gaugeschäftsführer Fritz Sauckel geleitet.

2 Vgl. auch VB vom 26.1.1927, "Hitler in Jena"; VB vom 29.1.1927, "Die Thüringer Hitler-Versammlungen"; Der Nationalsozialist, Folge 5 vom Januar 1927, "Hitlers Rede in Jena". Sowie Bericht des Stadtvorstandes Jena vom 27.1.1927; StA Weimar, MdI, P 167. Thür. Lagebericht für Monat Januar 1927 vom 17.2.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1771/303.

und deren heftige gegenseitige Bekämpfung verhindere eine Gesundung der heutigen krankhaften Zustände. Keine dieser Gruppen habe erreicht, was sie wollten, namentlich nicht die marxistisch-proletarische, die doch den Kampf gegen den Kapitalismus auf ihre Fahne geschrieben hat: Der Kapitalismus herrscht heute im Reiche mehr denn je zuvor. Das Großkapital beherrscht die gesamte Wirtschaft, die gesamte Welt, und der Militarismus herrscht in dieser schlimmer als je - das zeigt ja das Wettrüsten. Der Nationalsozialismus lehne sowohl die Übertreibungen des Nationalismus, das Falsche, Unwahre an ihm ab wie auch alle Auswüchse des parteilichen Marxismus. Gar viele Ideen bewegen die Welt; welche die richtige ist, ergibt ihr Erfolg - bei jenen beiden großen Gruppen sei er ja aber ausgeblieben. Das wollten die Führer freilich nicht Worts [*sic!*] haben, wohl aber fühlen es die Massen, daher die Unzufriedenheit. Jetzt regiert leider der nackte Egoismus. Notwendig aber ist, daß jeder Opfer bringt, nicht einseitig nur für die Partei, sondern für das Volksganze! Diese Erkenntnis tut not, not tut es auch, daß Kopf und Faust sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern gemeinsam miteinander den Kampf gegen die unhaltbaren Zustände aufnehmen, sind sie doch beide aufeinander angewiesen, das eine nicht ohne das andere denkbar, wenn anders nicht ein Chaos entstehen soll. Dem will der Nationalsozialismus entgegenarbeiten, indem er das Gesunde und Bewährte unter den Ideen der beiden gegnerischen großen Gruppen sich zu eigen macht und so die Beseitigung der unheilvollen Zersplitterung anbahnt; er ist eine Gefahr für den einseitigen Staat der Bürger, er ist eine Gefahr für den ebenso einseitigen Staat der Proletarier, aber er ist keine Gefahr für den Staat der Deutschen! (Stürmischer Beifall und Heilrufe.) [3]

Januar 1927 Dok. 73
"Studentenschaft und Politik"
Artikel

Nationalsozialistische Hochschulbriefe [1], Folge 2 vom Januar/Februar 1927, S. 1-2 [2].

Zum Kampf um die deutsche Studentenschaft

Wenn sich der Kampf, den die deutsche Studentenschaft zur Zeit gegen das preußische Kultusministerium durchzufechten gezwungen ist, zu einer Krise innerhalb dieser Studentenschaft selbst auswächst, so ist die Ursache hierzu nicht in dem heute vorliegenden

3 Folgt abschließender Kommentar.

1 Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter der 1926 gegründeten "Nationalsozialistischen Hochschulbriefe" war Wilhelm Tempel, Reichsführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes.
2 Nachdruck: Der junge Revolutionär, Nr. 4 vom August 1927. Mit geringfügigen Änderungen: VB vom 13./14.2.1927, "Studentenschaft und Politik".

und allgemein bekannten Anlaß zu suchen, sondern in wesentlich tieferen Gründen[3]. Es ist der innere Zwiespalt zwischen der wirklichen Mission und der tatsächlichen heutigen Erscheinung der deutschen Studentenschaft, der immer mehr hervortritt. Ein Zwiespalt deshalb, weil sich ohne Zweifel das äußere Leben, ja die gesamte Erscheinungsform und auch der Inhalt des studentischen Lebens von Jahr zu Jahr mehr entfernt von den ursprünglich und logisch der Studentschaft zukommenden Aufgaben.

Schon das Schlagwort der "Entpolitisierung" der Studentenschaft ist verhängnisvoll. *Politik ist werdende Geschichte.* An der Geschichte eines Volkes aber nicht teilnehmen zu wollen, heißt sich selbst ausschließen vom Leben eines Volkes. Wenn gerade die Schicht eines Volkskörpers, die berufen sein soll, einst seine geistige Leitung in die Hand zu nehmen, sich selbst von der Lebensgestaltung, im wichtigsten Sinne genommen, ausschließt, darf sie sich nicht wundern, wenn endlich auch das wirkliche Leben über diese Schicht hinweggeht[4]. Die grauenhafte politische Unbildung des deutschen Bürgertums ist das Ergebnis der unpolitischen Erziehung der Jugend, die Folge davon aber für die Gesamtheit die geschichtliche Katastrophe, auf deren tiefstem Punkt wir uns vielleicht noch gar nicht einmal befinden.

Die selbstgewollte Fernhaltung von der werdenden Geschichte des eigenen Volkes, also der Politik, wird keineswegs ausgeglichen durch eine sogenannte allgemeine vaterländische oder nationale Gesinnung, ja selbst nicht durch eine Betätigung, die im Rahmen dieser allgemeinen Einstellung liegt. Denn eine solche allgemein patriotische und nationale Anschauung hat die deutsche Jugend und auch das deutsche Bürgertum sicherlich seit Jahrzehnten besessen, allein sie vermochte nicht im geringsten, die Vernichtung des Vaterlandes zu verhindern, weil sie eben viel zu unbestimmt, zu unklar und zu allgemein, nicht in der Lage war, den präzis formulierten Gedankengängen der Feinde des Vaterlandes eine ähnlich scharfe Waffe - und zwar im Angriff - entgegenzusetzen. Der in genialster[5] Erkenntnis aller menschlichen Schwächen organisierten demokratisch-marxistischen Welt hatte das deutsche Bürgertum nur einen sehr schalen Patriotismus und im übrigen eine moluskenhafte "Geistigkeit" entgegenzuhalten. Und damit konnte man nicht einer auf Weltzertrümmerung und Welteroberung ausgehenden Idee Waffen und Inhalt zugleich zerschlagen.

Daran hat sich auch heute noch gar nichts geändert. Mitten in dem gewaltigsten Ringen unseres Volkes sehen wir die Jugend der deutschen Intelligenz vollkommen ziel- und planlos umherirren, oder sich im allgemeinen auf einer Plattform sammeln, die schon ihren Vätern zum Verderben wurde. Auch sonst hat man sich von deren schon einst nicht mehr wertvollen Formen und Zielen kaum zu lösen vermocht. Vorstellungen von alter Burschenherrlichkeit gaukeln auch heute noch in den Köpfen unserer Jugend

3 Ursache des Konfliktes zwischen den Studentenschaften der preußischen Hochschulen und dem preußischen Kultusministerium war der Streit um die Mitgliedschaft der auslandsdeutschen Studentenschaften in der deutschen Studentenschaft. Vgl. Konrad H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

4 Ergänzend VB: "ohne Rücksicht auf Vergangenheit, das Zweckmäßige des Augenblicks oder das Notwendige für die Zukunft zu nehmen. Auch hier wird man im Alter nichts können, was man nicht schon in der Jugend begonnen hat zu lernen."

5 VB: "satanischer".

herum und lassen ihnen - wenigstens zum Teil - noch immer einen "Typ"[6] als Ideal erscheinen, der in der heutigen Zeit vollkommen wertlos, wenn nicht sogar gefährlich ist! Nicht "bierehrliche" Stichfestigkeit, sondern politische Schlagkraft ist jetzt nötig, und die Vorstellung der heutigen Zeit wird nicht mehr befriedigt durch den "Studiosus" von einst, das mehr oder weniger bemooste Haupt[7], als vielmehr durch den Mann, dessen Beschreibung heißt: Schlank wie ein Windhund, zäh wie Leder und hart wie Stahl. Ein neuer Typ muß erstehen, der nicht mehr in seinem Wert gewertet wird nach dem Ertragen von Bier, sondern nach dem Grade seiner[8] Widerstandsfähigkeit in den Unbilden des Lebens und dem Angriffsfanatismus gegen die Feinde dieses Lebens, wer immer sie sein mögen[9].

Einst hat der deutsche Student wirklich an der werdenden Geschichte seines Volkes teilgenommen, und zwar nicht selten an führender Stelle. Seitdem sind ungeheure neue Probleme erstanden. Der ganze Volkskörper wurde umgeschichtet, ein neuer Stand wurde geboren, und der Kampf sowohl um das tägliche Leben und das Dasein einer ganzen Nation hat Formen angenommen, die vor 80 Jahren nicht vorauszusehen, ja kaum zu ahnen waren. Dabei hat die Welt für vieles Verständnis verloren, was einer früheren Zeit noch Ausdruck des Lebens war. Wenn die deutsche Jugend, insbesondere der deutsche Student, nun wirklich wertvoll für die Zukunft seines Volkes wirken wollte, dann müßte er aus der Vergangenheit nur lernen, sich selbst seiner heutigen Zeit anzupassen. Nicht im Sinne einer Kapitulation vo[*r*] dieser, sondern mit dem Entschluß, sich selbst so zu erneuern, daß er dereinst zum Bezwinger ihrer Schwächen wird. Er hat die neu zu lösenden Aufgaben zu prüfen, und sich Klarheit zu verschaffen über die zur Lösung dieser Probleme nötigen Waffen. Die höchste Waffe aber ist zu allen Zeiten der Mensch selbst. Den Menschen zu suchen und dann zu bilden und zu formen, der nach menschlicher Voraussicht fähig sein kann, den gigantischen Kampf unseres Volkes um das Dasein auf dieser Welt in den nächsten Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten, durchzufechten, ist die Aufgabe von uns allen und besonders denjenigen, die die geistige Auslese unserer Volksgemeinschaft bilden[10].

Das heißt aber dann nicht "Entpolitisierung" der deutschen Jugend, sondern schärfste Politisierung, ja mehr noch als das: Der Kampf, vor dem wir stehen, er ist der Kampf der Jugend selbst! Hier zeigt sich auch sofort die Schwäche der Position unserer heutigen Studentenschaft in den Kämpfen, wie sie sich zur Zeit abspielen. Aus dieser Erkenntnis[11] muß sich eine festere Plattform ergeben, damit aus dem Kampf ums Vorgelände der Angriff auf die Hauptstellung des Gegners wird!

---

6 VB: "Mann".

7 VB: Plural.

8 Ergänzend VB: "Nüchternheit und der".

9 Ergänzend VB: "Es ist dabei notwendig festzustellen, daß der heute noch geltende Typ des deutschen Studenten nicht nur einer vergangenen Zeit entstammt, sondern wahrscheinlich dieser Zeit damals auch entsprochen haben wird."

10 Ergänzend VB: "die als geistige Auslese unserer Volksgemeinschaft berufen sind, dereinst die Führer derselben zu werden".

11 Ergänzend VB: "und dem neuen Handeln".

Denn was soll das heißen: Die "Deutsche Studentenschaft" kämpft heute für die Aufrechterhaltung und Festigung einer großdeutschen Gemeinsamkeit unseres Volkes auf den Hochschulen. Sie unterstützt doch, sei es direkt oder indirekt, durch ihre unsichere und unklare politische Haltung diejenigen Parteien, also politischen Machtfaktoren, die den praktischen Zusammenschluß der deutschen Nation verhindern und sabotieren, oder die durch ihre [12] schändliche Politik der Schwäche und der schmählichen Nachgiebigkeit unser Volk in den Zustand jener wehrlosen Ohnmacht versetzt haben, der uns heute jedem Diktat ausliefert, selbst wenn die Bande der eigenen Blutsgemeinschaft dadurch zerrissen werden!

Die "Deutsche Studentenschaft" kämpft heute zum Schutze einer ihr angeschlossenen arischen Studentengruppe, unterstützt aber, sei es direkt oder indirekt, die Parteien, die - von rechts bis links - unser Volk der jüdischen Überflutung und unser Blut der zum Himmel schreienden Verbastardierung ausgeliefert haben! Sie kämpft gegen Mächte auf den Hochschulen, die sie im politischen Leben selbst fördert, zum mindesten aber nicht angreift!

Dieser Zwiespalt rächt sich nun an der Studentenschaft selbst. Würde sie, statt in alten Traditionen weiterzuleben, 300.000 [13] ihrer Kommilitonen in die Reihen der nationalsozialistischen Bewegung geschickt haben, dann brauchte sie nicht heute ihre eigene Burg zu verteidigen. Sie würde dann Thor sein, der den Hammer gegen die der Feinde wirft [14]. *Unter dem Tritt der deutschen Freiheitsarmee, der akademischen Legionen und der Bataillone der Arbeiter, zusammengeschweißt in eins, wäre ein neues Reich erstanden, das alle Deutschen umfaßte und das Blut des Volkes heilig hielte!*

12 Ergänzend VB: "verruchte und".
13 VB: "600.000".
14 Ergänzend VB: "Dann bräuchte sie sich nicht des Angriffs der Gegner erwehren, sondern".

2. Februar 1927 Dok. 74
"Die Wiedergesundung der national-sozialistischen Bewegung"
Artikel

VB vom 2.2.1927.

Gedanken zur Thüringer Wahl [1]

Die schweren Wirrnisse innerhalb der völkischen Bewegung, die im Laufe des Jahres 1924 so weit ausarteten, daß die sogenannte "Einheitspartei" [2] endlich nur mehr das Bild eines wüsten Haufens sich bekämpfender Gruppen und Personen bildete, führten die gesamte Bewegung von den staunenswerten Erfolgen des Frühjahrs und Hochsommers 1924 [3] in immer schnellerem Tempo nach abwärts. Um die Wende des Jahres 1924 auf 1925 begann ein allgemeines Frohlocken über das Verlöschen der völkischen Idee. Denn man glaubte wirklich, daß diese Idee an den Bestand der alten sogenannten "Einheitspartei" gefesselt wäre und mit deren Zugrundegehen auch selbst verschwände.

Wenige Menschen wurden sich damals klar, daß die völkische Idee als politische Erscheinung überhaupt nur dem Wirken der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zuzuschreiben war. Es gibt heute noch Einfältige, die im vollen Ernste sich beklagen, daß die nationalsozialistische Partei und besonders ihre Führer im Herbste 1923 den Zusammenbruch der vaterländischen Bewegung verschuldet hätten, ohne zu bedenken (oder manchmal vielleicht auch wissen zu wollen), daß die vaterländische Bewegung selbst nur der Schweif der nationalsozialistischen Partei [*war*], und besonders ihre Führer [*sic!*] Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei allein für die Festigung, Verbreitung und auch Vertiefung des völkischen Gedankens verantwortlich zu machen ist [*sic!*]. Der schärfste Beweis dafür liegt in der unbestreitbaren Tatsache, daß im selben Augenblick, in dem der Kern der völkischen Bewegung, eben diese Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, sich allmählich auflöste und im Einheitsbrei der Freiheitsbewegung verging, das ganze Gebilde, nunmehr führerlos geworden, wieder zerfiel und statt in völkischer Einheit im tosenden völkischen Kampf zerfiel.

Die letzte Tat, die wenigstens der Absicht nach noch einmal aus der gesamten völkischen Bewegung entspringen sollte, gab den scheinbar unwiderleglichen Beweis für das Ende der gesamten Idee überhaupt [4].

Als im Frühjahr 1925 die Reichspräsidentenwahl stattfinden mußte und aus den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung der Entschluß kam, den Generalquartiermei-

1 Am 30.1.1927.

2 Gemeint ist der Zusammenschluß von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter der Reichsführerschaft von Albrecht von Graefe, General Ludendorff und Gregor Straßer. Zu den Auseinandersetzungen im völkisch-nationalen Lager vgl. Jablonsky, Nazi Party.

3 Zu den Ergebnissen bei den Landtagswahlen und der Reichstagswahl im Mai 1924 vgl. Falter, Wahlen, S. 41, 70, 86 ff.

4 Anspielung auf den Hitler-Putsch 1923.

ster des Weltkriegs [5] vorzuschlagen, war die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei zum zweiten Male gerade eben erst aus der Taufe gehoben worden [6]. Sie hatte weder eine organisatorisch festgefügte Form, noch die nötigen Mittel, um als treibende Kraft in diesem Kampfe wirklich Großes erreichen zu können. Damals meldete der Telegraph auch die Stimmenzahl der nationalsozialistischen Kämpfer aus Thüringen: 11.800 [7]. Jawohl, 11.800 Männer und Frauen haben vor zwei Jahren in ganz Thüringen noch der nationalsozialistischen Parole gehorcht. Und das bei einem Anlaß, der auch viele andere, so hätte man meinen sollen, zu gleicher Tat bestimmen müßte. Es waren nicht nur Gegner, sondern auch Anhänger unserer eigenen Bewegung, die sich angesichts dieses Resultates mit dem Gedanken beschäftigten, daß damit der Tiefpunkt, ja vielleicht das Ende der nationalsozialistischen Bewegung gekommen sei.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen. Das heißt, noch nicht einmal ganz zwei Jahre, sondern eindreiviertel. Statt dem Tohuwabohu ist in unserer Bewegung seitdem wieder langsam Ordnung eingekehrt. Es war ein bitterer Entschluß, der für Thüringen damals gefaßt werden mußte. Ein Mann [8] sollte die Führung allein in die Faust bekommen, ohne Rücksicht auf den dadurch hervorgerufenen Kampf anderer. Und der Entschluß und seine unentwegte Durchführung zeitigten endlich den Erfolg, daß in dem brodelnden Hexenkessel wieder Ruhe einzog. So ging denn die nationalsozialistische Bewegung in diesen Wahlkampf innerlich gefestigt und dadurch auch zuversichtlich. Und wenn wir heute den Erfolg [9] überblicken wollen, dann müssen wir innerlich trotz allem stolz sein auf die hinter uns liegende Arbeit und das heute gewordene Resultat. In kaum eindreiviertel Jahren hat sich unsere Bewegung wieder gefangen und ihre Stimmenzahl nahezu verdreifacht. Und das wirklich in den marxistischen Hochburgen. Noch zwei Jahre weiter solche Arbeit und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird in Thüringen, und dann für immer, die Position zurückerobert haben, die das Unglücksjahr 1924 verlor.

Und noch eine erfreuliche Tatsache dürfen wir feststellen: Genau wie in Sachsen ist auch in Thüringen die deutschvölkische Freiheitspartei von der Bildfläche verschwunden. Es wird nicht mehr lange dauern und die jüdische Meute kann sich ein anderes Hilfsmittel suchen, den dummen Spießbürger noch dümmer zu machen, als das bisherige: die völkische Bewegung sei "zersplittert". Nein, ehe noch ein Jahr vergangen sein wird, gibt es in Deutschland nur noch eine politische völkische Bewegung, und dies ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die zähe Arbeit der letzten Jahre und das sture Festhalten am einmal als richtig Erkannten beginnt nun Früchte zu tra-

5 Erich Ludendorff hatte bei der Wahl zum Reichspräsidenten im 1. Wahlgang am 29.3.1925 nur 285.793 Stimmen (1,1 %) erreicht. Vgl. Falter, Wahlen, S. 46.

6 Am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.

7 In Thüringen hatte Ludendorff im 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 15.857 Stimmen erhalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 450 f.

8 Gemeint ist Artur Dinter. Zu Dinters umstrittener Stellung als Gauleiter vgl. Tracey, Development, S. 23 ff.

9 Bei der Landtagswahl am 30.1.1927 in Thüringen hatte die NSDAP 27.946 Stimmen (3,5 %; 2 Mandate) erreicht. Als stärkste Parteien waren die Einheitsliste (DNVP, Landbund, DVP) mit 270.568 Stimmen (33,7 %; 19 Mandate) und die SPD mit 254.042 Stimmen (31,6 %; 18 Mandate) hervorgegangen. Vgl. Falter, Wahlen, S. 111.

gen. Es gibt im ganzen Deutschen Reich, abgesehen von Mecklenburg, heute kein Gebiet mehr, in dem der Hegemoniekampf zwischen Freiheitspartei und Nationalsozialistischer Bewegung nicht schon entschieden wäre. Entsprechend dieser Tatsache werden die Konsequenzen nun auch an den Orten gezogen werden müssen, die wir bisher zum Teil wirklich nur aus Abneigung gegen jeden sogenannten inneren Krach, außerhalb dieser Entwicklung liegen gelassen haben.

Es soll aber an dieser Stelle nicht von Kampf und Arbeit gesprochen werden, ohne außer all den zahlreichen Rednern, Agitatoren, Parteibeamten in Thüringen des Mannes [10] zu gedenken, dessen kluge und vorsichtige Taktik allen Angriffen und Widerständen zum Trotz die nationalsozialistische Bewegung in Thüringen auf dem glitschigen Boden des Parlaments so geführt hat, daß nicht eine vorzeitige Katastrophe bei mecklenburgischen Ergebnissen [11] endete. Auch hier wird eine spätere Überprüfung diesen Mann selbst in den Augen derjenigen noch rechtfertigen, die heute vielleicht nicht volles Verständnis für seine Arbeit aufzubringen vermögen.

Wichtig ist endlich, noch festzustellen, daß wenigstens ein kleiner Teil der Anhänger der Wehrverbände [12] der Parole ihrer Führer gefolgt ist und damit das Verständnis offenbarte, daß die politische Idee, die zum Schlusse gerade den Wehrverbänden zugrundeliegen muß, wenn sie nicht vollständig wertlos sein wollen, von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verkörpert und vertreten wird. In Thüringen hat sich damit bei dieser Wahl eine Entwicklung angebahnt, die in 5 oder 6 Jahren als selbstverständliche Tatsache angesehen werden wird.

5. Februar 1927 — Dok. 75
"Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der N.S.D.A.P."
Anordnung

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Bouhlers vom 5.2.1927; BA, Slg. Schumacher 373.

Aus Gründen, die ich schon in meiner Rede bei der Standartenweihe am 11.9.[*19*]26 [1] in München dargelegt habe, kann es für unsere Mitglieder *nur* die N.S.D.A.P. geben.

10 Dinter.

11 Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 6.6.1926 hatte die NSDAP mit nur 4.607 Stimmen (1,7 %) kein Mandat erringen können. Vgl. Falter, Wahlen, S. 98.

12 Gemeint ist der Völkische Führerring Thüringen, der im Herbst 1926 u. a. vom Stahlhelm, Wehrwolf, Frontkriegerbund und Reichsknappenschaft zur Vorbereitung der Landtagswahlen gegründet worden war und mit der NSDAP ein Wahlbündnis einging. Vgl. VB vom 14.1.1927, "Aufruf an die Nationalsozialisten Thüringens"; Tracey, Development, S. 35 ff. Vgl. auch Hitlers Rede vor dem Völkischen Führerring Thüringen am 20.10.1926 (Dok. 39) und die anschließenden Differenzen zwischen NSDAP und Völkischem Führerring Thüringen (Dok. 81).

1 Vgl. Dok. 28.

Die Zugehörigkeit zu anderen *politischen* Vereinen und Wehrverbänden einschl. der V.V.V. [2] ist nicht zu dulden.

Was in dieser Hinsicht bisher nur in Einzelfällen bekanntgegeben wurde, soll nun allgemein - auch in unserer Presse - beachtet und durchgeführt werden:

"Exz. *Ludendorff* ist nicht Mitglied der N.S.D.A.P. und hat deshalb auf diese keinerlei Einfluß.

Dasselbe gilt von den, Exz. Ludendorff nahestehenden, im Tannenberg-Bund zusammengeschlossenen Wehrverbänden [3].

Ein Zusammenarbeiten mit Wehrverbänden, gemeinsames Auftreten mit diesen und eine Mitgliedschaft in diesen Verbänden ist ausgeschlossen.

Damit darf jedoch ein Kampf gegen Exz. Ludendorff, der nach wie vor als Feldherr zu verehren ist, sowie gegen seine Verbände nicht eröffnet werden."

Veteranen- und Kriegervereine, Regimentsvereine (Offiz[*iere*] und Mannsch[*aften*]) sowie der Deutsche Offiziersbund (D.O.B.) [4], dieser als reiner Wirtschaftsverband, gehören *nicht* zu den oben gemeinten Wehrverbänden.

Eine Veröffentlichung dieser Bestimmung in unserer Presse wird untersagt.

gez. Adolf *Hitler*

Für die Richtigkeit: Bouhler [5]

---

2 Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands waren im Januar 1923 als Dachverband einer Vielzahl heterogener nationalistischer Organisationen gegründet worden. Der Zusammenhalt war nur sehr locker. Führer: Generalfeldmarschall a. D. August von Mackensen, Geschäftsführende Vorsitzende: 1923-1925 Fritz Geisler, 1925-1933 Generalmajor a. D. Rüdiger Graf von der Goltz; Organ: "Die Tradition". Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Köln 1983-1986, Bd. 4, S. 314 ff.

3 Der Tannenberg-Bund war im September 1925 als Dachorganisation verschiedener völkischer Jugend- und Wehrverbände gegründet worden. Neben Ludendorff als "Schirmherrn" gehörten der Führung Friedrich Bronsart von Schellendorff und Constantin Hierl an. Der Tannenberg-Bund, der zunehmend an Bedeutung verlor, wurde im Juni 1933 verboten. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 180 ff.

4 Der Deutsche Offiziersbund, der rund 100.000 Mitglieder hatte und enge Beziehungen zum Stahlhelm unterhielt, war im November 1918 als Verband zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen ehemaliger Offiziere gegründet worden. Im Januar 1934 vereinigte er sich zusammen mit dem Nationalverband Deutscher Offiziere zum Reichsverband Deutscher Offiziere. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 539 ff.

5 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellv. Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

9. Februar 1927 Dok. 76
Anordnung

VB vom 12.2.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Die Organisation *Roßbach*[1] hat mit der N.S.D.A.P. nicht das Geringste zu tun. Kein Mitglied dieser Organisation hat das Recht, sich auf meinen Namen oder auf die N.S.D.A.P. zu berufen, wie es besonders von der Roßbachgruppe *Düsseldorf*[2] geschieht.

München, 9. Februar 1927

gez. *Adolf Hitler*

14. Februar 1927 Dok. 77
Rundschreiben an die Abgeordneten der NSDAP

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen und Unterschrift Bouhlers vom 14.2.1927; BA, Slg. Schumacher 373.

An die Nationalsozialisten in den Parlamenten und den Kommunalen Körperschaften

In einer unter dem Vorsitz unseres Führers Adolf Hitler am 2.II.1927 in München abgehaltenen Sitzung der Bayerischen Landtagsfraktion sowie von Vertretern des Völkischen Beobachters und der Parteileitung wurde von Adolf *Hitler* folgendes bestimmt:

Es ist notwendig, daß die Abgeordneten der N.S.D.A.P. zu den deutschen Reichs- und Länderparlamenten in nähere Fühlung treten. Diesem Zwecke sollen gelegentliche Zusammenkünfte und gemeinsame Sitzungen dienen, vor allem aber ein regelmäßig erscheinendes Mitteilungsblatt[1]. Dieses Mitteilungsblatt soll in München als dem Sitz der Parteileitung unter Verantwortung von Dr. Buttmann erscheinen. Als Schriftleiter soll

1 Gemeint sind die sich auf den ehemaligen Freikorpsführer Gerhard Roßbach berufenden Roßbachgruppen, die sich nach dem Verbot der Organistion 1921 um einen Neuaufbau bemühten. Roßbach selbst widmete sich vorwiegend der Jugendarbeit und hatte 1924 den "Wehrjugendbund Schill" (genannt Schilljugend) und 1926 die "Spielschar Ekkehard" gegründet.

2 Zum Konflikt zwischen der Roßbachgruppe und der NSDAP-Ortsgruppe Düsseldorf vgl. Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987, S. 110 ff.

1 Das "Mitteilungsblatt für die Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern", dessen erste Ausgabe (Folge 1/2) am 1.5.1927 herauskam, erschien bis 1933.

eine hauptamtlich zu bestellende Persönlichkeit tätig sein[2]. Das Blatt soll alle 8 Tage bis 14 Tage erscheinen im Umfange von etwa 4 Großoktavseiten. Seine Finanzierung geschieht durch die Abgeordneten in erster Linie selbst. Bezieher sollen sein: Die Abgeordneten, die Vertreter der Parteipresse und der Zeitungen, die sich den Richtlinien des Weimarer Parteitages unterstellen, sowie die Landes- und Gauführer der N.S.D.A.P.

Die Verwendung geschieht nur zu Informationszwecken. Das Mitteilungsblatt erscheint als Manuskript und soll eine Art Korrespondenz unter den Abgeordneten darstellen. Es ist daher vertraulich. Sein Inhalt sind regelmäßige Mitteilungen aus den verschiedenen Parlamenten und (in einer etwa einmal im Monat erscheinenden kommunalpolitischen Beilage) aus den kommunalen Selbstverwaltungskörpern, in denen die Nationalsozialisten bereits Fuß gefaßt haben. Diese Beilage soll erscheinen unter Verantwortung von Stadtrat *Fiehler*[3] (München). Zu den Kosten sollen daher auch die Kommunalvertreter herangezogen werden. In regelmäßiger Übersicht soll veröffentlicht werden:

I. Das wichtigste Material an Anträgen, Interpellationen, Anfragen und sonstigen parlamentarischen Schritten unserer Parteigenossen mit knappster Begründung. Rascheste Berichterstattung ist hier vonnöten.

II. Die voraussichtliche Stellungnahme in kurzem Umriß zu Entwürfen und Absichten der Regierungen, zu Regierungskrisen, zu Vertrauens- und Mißtrauensvoten gegenüber Regierungen.

III. Die voraussichtliche Stellungnahme unserer Pg[*g*]. zu parlamentarischen Betätigungen anderer Fraktionen von allgemeiner Bedeutung.

Es sollen also nicht berichtende Artikel größeren Umfanges oder Referate über bereits zurückliegende Geschehnisse, sondern Mitteilungen über Dinge, die in den Parlamenten erst im Werden sind, gebracht werden. Damit ist eine bisherige nur durch unsere programmatische und grundsätzliche Einstellung oft mehr instinktiv vorhandene Gemeinschaftlichkeit des Vorgehens gewährleistet und die Erfahrung der einen Parlamentsgruppe den anderen zugänglich gemacht. Artikel darstellender und rückblickender Art gehören in den "Beobachter" und sollen in dem Mitteilungsblatt nur registriert werden.

Zusammenfassung der Arbeit und damit Ersparnis von Arbeitskraft während der Parlamentsdauer und Vorbereitung der Wahlschlachten werden das Ergebnis solch näherer und regelmäßiger Fühlung sein.

---

2 Verantwortlicher Schriftleiter: Rudolf Buttmann; Schriftleiter für Gemeindepolitik in Bayern: Karl Fiehler.

3 Karl Fiehler (1895-1969), kaufmännischer Angestellter, 1923 Angehöriger des "Stoßtrupp Hitler", wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 Stadtrat in München (NSDAP), 1926-1930 Führer der NSDAP-Sektion München-Schwabing, 1927-1935 Schriftführer des NSDAV e.V., 1930-1933 Sachbearbeiter für Kommunalfragen bei der NSDAP-Reichsorganisationsleitung, 1933-1945 Oberbürgermeister von München.

Um die Sache möglichst zu fördern, bitte ich um raschest mögliche Erklärung,
1. welcher Pg. der entsprechenden Parlaments- bzw. Stadtratsfraktion die regelmäßige Einsendung der Nachrichten aus seinem Wirkungskreis übernehmen wird, und
2. auf welchen Beitrag (nach Selbsteinschätzung) ich bestimmt rechnen darf.

Mit Hitlerheilgruß
gez. Dr. *Buttmann*

Mit dem Vorstehenden erkläre ich mich einverstanden.
München, den 14.II.1927
gez. Adolf *Hitler*
Für die Richtigkeit: Bouhler

16. Februar 1927 Dok. 78
Anordnung

VB vom 16.2.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Ich empfehle allen Ortsgruppen den Beitritt zur S.A.-Versicherung der N.S.D.A.P. [2].

gez. *Adolf Hitler*

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 17.2. und vom 20./21.2.1927, "Aus der Bewegung".
2 Es handelte sich hierbei um eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pfennig folgende Leistungen umfaßte: 2.000 Mark im Todesfall, 5.000 für hundertprozentige Invalidität, 3 Mark tägliches Krankengeld, 10.000 Mark Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 Mark Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. Sabe 5 Sturmf[*ührer*] vom 5.11.1926; IfZ, Fa 107/1. Der Versicherungsvertrag war "bei einer der größten Versicherungsgesellschaften" abgeschlossen worden. Seit 1.1.1929 war die SA-Versicherung ein parteieigenes Unternehmen, die Beiträge wurden bei der Hilfskasse der NSDAP eingezahlt. Zur SA-Versicherung vgl. IfZ, MA 1226, und VB vom 13.12.1927, "S.A.-Versicherung der N.S.D.A.P. gegen Unfall".
Die SS, die bis Juli 1934 der SA unterstellt war, hatte einen Versicherungsvertrag bei der "Albingia A.G. Versicherungsgesellschaft" abgeschlossen. Vgl. VB vom 10.9.1926, "Aus der Bewegung".

18. Februar 1927 Dok. 79
Anordnung

VB vom 18.2.1927, "Bekanntmachung" [1].

Für die S.A. haben nur die vom ersten Vorsitzenden der N.S.D.A.P. und dem obersten S.A.-Führer [2] gezeichneten Anordnungen Gültigkeit. Alle Auslassungen der Presse, einschließlich Jahrbücher, Broschüren usw., sind nur als unverbindliche Betrachtungen zu bewerten; die Ausführung der darin besprochenen oder vorgeschlagenen Übungen wird ausdrücklich verboten.

gez. *Adolf Hitler*

20. Februar 1927 Dok. 80
"Das Verbrechen des bürgerlichen Marxismus"
Artikel

VB vom 20./21.2.27.

Seit vier Tagen tut das deutsche Bürgertum wieder einmal sehr erstaunt: Man hat die "österreichische Frage" entdeckt. Im Wiener Gemeinderat hat der Marxist Breitner [1] auf Vorhalte der Christlich-Sozialen, die Sozialdemokratie mißbrauche ihre Amtsgewalt, eiskalt erklärt, daß sie nicht daran dächten, ihre Gewalt nicht zu mißbrauchen, sondern daß sie im Gegenteil so oft und wo sie wollten, die Amtsgewalt in den Dienst ihrer Parteiinteressen stellen würden. "Ein Angriff gegen die Demokratie", so zetern jetzt unsere bürgerlichen Blätter und lassen sich von ihren Berichterstattern an Ort und Stelle lange Ausführungen schicken, aus denen die "gefährliche Lage der Dinge in Österreich" hervorgehen soll [2]. Sie sind dabei sehr aufgeregt und begründen dies mit der Möglichkeit des Eintretens bestimmter Ereignisse.

Man weiß wirklich nicht, ob man sich über dieses Getue der bürgerlichen Zeitungen ärgern, oder ob man darüber lachen soll. Denn nun, nach *Jahren*, entdecken die Herren auf einmal Dinge, die wir Nationalsozialisten nicht nur kommen sahen, sondern von denen wir seit *Jahren* ununterbrochen sprachen, auf die wir immer wieder hinwiesen.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 19.2.1927, "Aus der Bewegung".
2 Franz von Pfeffer.

1 Hugo Breitner (1873-1946), Finanzpolitiker, 1917/18 Direktor der Öster. Länderbank, 1919-1932 Mitglied des Gemeinderates von Wien (SDAP), 1919/20 Mitglied des Stadtsenats, 1920-1932 amtsführender Stadtrat für Finanzen, 1920-1927 Mitglied des Bundesrats, 1934 Verhaftung, später Emigration.
2 Vgl. z. B. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.2.1927, "Sozialistische Diktatur in Wien"; Münchner Neueste Nachrichten vom 17.2.1927, "Die Herren von Wien".

Das deutsche Bürgertum erntet jetzt, was es selbst mitgesät hat. Es ist aber interessant, gerade an diesem einen Beispiel die wahrhaft niederdrückende Unfähigkeit eben dieses deutschen Bürgertums zu studieren.

Wir Nationalsozialisten reden grundsätzlich immer vom "Marxismus" und weniger von jenen einzelnen Parteien, die zur Zeit unter dem offiziellen Namen "Sozialdemokratie", "Kommunismus", "Syndikalismus" usw. in Erscheinung treten. *Wir lehnen auf das Schärfste jene bürgerliche Meinung ab, die in der Sozialdemokratie etwas weniger Gefährliches sieht als im Kommunismus.* Wir stehen demgegenüber zur Überzeugung, daß es sich in all diesen Fällen um ein und dieselbe Weltanschauung handelt, die nur entsprechend der Mentalität verschiedener Bevölkerungsschichten oder verschiedener Zeiten sich auch verschiedener Ausdrucksformen bedient. Der Sozialdemokrat ist Marxist und der Kommunist ebenfalls. Weltanschaulich verfechten beide das gleiche Ziel: Zertrümmerung der arischen Menschheit und ihrer Kultur und Aufrichtung einer Weltdespotie der jüdischen Rasse und ihres Kapitals. Ein Ziel, das natürlich dem einzelnen Kämpfer dieser Bewegungen in seiner letzten Form und Konsequenz nicht zum klaren Bewußtsein zu kommen braucht, den Führern jedoch unverrückbar als Leitstern dient.

Wir können sogar noch weiter gehen. *Schon die normale bürgerliche Demokratie ist weltanschaulich als Marxismus zu bezeichnen.* Sie beginnt den *Zermürbungskampf*, den die Sozialdemokratie und der Kommunismus später im *Vernichtungskrieg* beenden. Es läßt sich gar keine scharfe Linie finden, die unsere parlamentarische Demokratie von der marxistischen scheiden würde. Genau so wenig ist es möglich, eine scharfe Grenze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus herauszufinden. Jeder Sozialdemokrat ist im letzten Grunde genommen Kommunist. Genau so wie jeder wirkliche Demokrat, scharf geprüft, sich als Sozialdemokrat entpuppen wird. Die marxistische Grundtendenz der Ablehnung der Persönlichkeit, die Lehre der Gleichheit aller Wesen, und damit der Verleugnung aller schöpferischen Kräfte der Menschheit sind allen gemeinsam. Sie sind ja die Voraussetzung zur Aufrichtung der jüdischen Weltdiktatur.

Allein nicht nur in den letzten Schlußzielen sind sich alle Spielarten des Marxismus einig, sondern auch in der Energie des Kampfes und in der Beharrlichkeit der Absicht. Es ist deshalb unrichtig, den Sozialdemokraten für weniger gefährlich, weil gemäßigter, anzusehen, als den Kommunisten. Durchaus nicht. Der eine wäre ohne den anderen gar nicht denkbar. *So wie die bürgerliche parlamentarische Demokratie das Emporkommen der Sozialdemokratie ermöglichte, ja bedingte, so führt die Tätigkeit dieser zwangsläufig zum Kommunismus.* Da der letzte Dirigent dieses ganzen politischen Prozesses aber der internationale Jude ist, bleibt die Entschlossenheit und das Wollen in allen Fällen immer gleich. Nur die Rücksicht auf die Zeit, sowie die vorhandenen Menschen zwingt den Juden, seinen Kampf jeweils diesen rein äußeren Umständen anzupassen. An seinen weltanschaulichen und Kampfzielen selbst ändert sich dadurch gar nichts.

Es ist notwendig, sich dieses ununterbrochen vor Augen zu halten, um die ganze Jämmerlichkeit unseres politisierenden Bürgertums zu erfassen.

Als im Jahre 1918 die Schwäche des deutschen Bürgertums auf allen Gebieten offensichtlich vor Augen lag, holte das Judentum zu dem großen, als vernichtend gedachten Hiebe aus: die deutsche Revolution fand statt. Die Parole lautete dabei nicht "Revolu-

tionierung Deutschlands", sondern - man erinnere sich dessen genau - "Weltrevolution". Ohne Zweifel gab es seit dem Jahre 1917 innerhalb des Judentums viele Köpfe, die den großen Sieg bereits greifbar vor sich liegen sahen. In einem einzigen grandiosen revolutionären Ansturm sollte das alte Europa über den Haufen geworfen werden. In Rußland begann es, und der Erfolg sprach sofort für die Hoffenden. Deutschland, Österreich-Ungarn folgten nach. Allein, je mehr die revolutionäre Welle nach dem Westen kam, um so größer wurden die Widerstände. Der Versuch, der in Rußland auf den ersten Anhieb gelang, wurde in Ungarn nach verhältnismäßig wenigen Monaten unterdrückt, brach in Bayern schon nach 4 Wochen zusammen und konnte im übrigen Reich überhaupt nicht recht Fuß fassen. Damit hatten aber die radikalen Spielarten des Marxismus die ihnen zunächst [*zu*]gedachte Arbeit erfüllt, und der Jude begann das Hauptgewicht wieder auf die soliden revolutionären Parteien der Vorkriegszeit zu legen. In allen Ländern, in denen die marxistische Revolution nicht restlos siegte, wurde die kommunistische Vertretung dieser Weltidee etwas beiseite geschoben und die Sozialdemokratie wieder nach vorne geholt. Und damit beginnt ein neuer Abschnitt in unserer Entwicklung. Denn so sehr der Jude diesen Schritt nur aus rein taktischen Erwägungen vollzog und keineswegs etwa aus einem inneren Abschwören seiner revolutionären Ideen heraus, so sehr fiel das deutsche Bürgertum sofort auf diesen schon unzählige Male angewandten Trick herein. Es ließ sich düpieren und glaubte nun wirklich an eine Milderung, wenn nicht gar Beseitigung der marxistischen Gefahr.

Damit ließ auch sofort die Gegenwehr des sogenannten nationalen Bürgertums nach, und an Stelle der brutalen Entschlossenheit, dem Marxismus als solchem einen Kampf auf Leben und Tod anzusagen und durchzuführen, trat der Versuch, auf dem Wege kompromißhafter Koalitionsbildungen die Sozialdemokratie als kleineres Übel gegen den roheren kommunistischen Bruder auszuspielen. In Österreich und in Deutschland begann jene Zeit, in der sich große Teile des sogenannten nationalen Bürgertums mit dem sozialdemokratischen Marxismus abfanden, um unter der Parole "Ruhe und Ordnung" an den sog. Wiederaufbau heranzutreten. *Tatsächlich wurde denn auch der Marxismus wieder aufgebaut, keineswegs aber das Reich oder der österreichische Staat.*

Die einzige Bewegung, die in langen Jahren unermüdlich den Kampf gegen den Marxismus in allen seinen Spielarten führte, war die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Sie war die einzige, die die weltanschaulichen Ziele klar erkannt hatte und demgemäß keinen grundsätzlichen Unterschied machte zwischen jüdischer Demokratie, demokratischem Sozialismus oder kommunistischer Diktatur. Für uns Nationalsozialisten waren diese drei Spielarten nur Ausdruck eines einzigen Wollens. Daher wurde auch der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegen alle diese drei Gebilde mit der gleichen Energie geführt. Es konnte bewiesen werden, daß die rote Festung zu überrennen war, und in vieljähriger Arbeit begann in großen Teilen Deutschlands wieder so etwas wie ein nationaler Glaube Wurzel zu fassen.

Nun aber setzte das Wahnwitzige oder Verbrecherische, wie man es nehmen will, der bürgerlichen Politik ein. Nicht genug damit, daß das Bürgertum selbst sich von dem schlauen Juden übertölpeln ließ und unter Vergessen der Vergangenheit im sozialdemokratischen Marxismus eine bündnisfähige Organisation erblickte, setzte es selbst zum

Kampf gegen diejenigen an, die sich, einen solchen kapitalen Unsinn ablehnend, in gleicher Entschlossenheit gegen die Sozialdemokratie wie gegen den Kommunismus wandten. *Das deutsche Bürgertum begann für jüdische Interessen und marxistische Ziele die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu verfolgen,* aufzulösen, Rednern das Wort zu verbieten, Zeitungen zu konfiszieren usw. Allerdings verhängte man nebenbei noch unglaublichere Gefängnis- und Kerkerstrafen gegen kommunistische Radaubrüder. In seiner himmelschreienden politischen Unfähigkeit hatte das deutsche Bürgertum auch jetzt noch nicht eingesehen, daß man eine feindliche Weltanschauung nicht vernichtet, indem man sich mit einem Teil derselben verbündet und einen Bruchteil mit Zuchthaus verfolgt, sondern daß man dadurch nur die Wildheit und den Haß der Gegner auf das Maßloseste steigert. So wie der größte Antimilitarist einst der Offizier war, der Soldaten mißhandelte, so ist der größte Förderer des Marxismus derjenige, der die staatlichen Gewaltmittel gegen einzelne ansetzt und damit Märtyrer schafft, die die Wut der übrigen und die Entschlossenheit aller auf das Unglaublichste steigern.

Der logische und richtige Angriffskampf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurde vom deutschen Bürgertum nicht verstanden. Der Krieg aber, den das deutsche Bürgertum selbst führte, hat nicht dem Marxismus geschadet, sondern höchstens einigen kleinen Würmern, die aber nun von der hohnlachenden Judenheit ebenso gerissen wie schlau als die unschuldigen Opfer eines für die höchsten Ziele der Menschheit geführten Kampfes der empörten Masse hingehalten wurden.

Nun, da sich der Marxismus selbst unter Unterstützung des deutschen Bürgertums wieder gefestigt hat, beginnt der die Maske der Staatsfreundlichkeit abzuwerfen und sein ursprünglich wahres Gesicht zu zeigen. *Vaterlandsverrat nach außen und innen heißt jetzt wieder die Parole. Die pflichtvergessenen bürgerlichen Parteipolitiker aller Richtungen aber können es sich als ihr Verdienst anrechnen, wenn der Marxismus heute stark genug ist, um eine solche Politik nicht nur zu vertreten, sondern auch zu verteidigen.* Indem das deutsche Bürgertum einen geradezu irrsinnigen Krieg gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei selbst geführt hat, förderte es noch mehr die Entstehung jener Machtmittel, unter denen es heute zitternd sich zu krümmen beginnt. Jahrelang hat man in Österreich mit Sozialdemokraten gemeinsam die nationalsozialistische Bewegung verfolgt. Und das Ergebnis? Die Macht, die sie selbst mithalfen zu bilden, droht nun zu ihrem Verhängnis zu werden. Genau so, wie auch in Deutschland. Reichsbanner [3] und Republikanischer Schutzbund [4], die roten Armeen der Zukunft, wären beide gar nicht denkbar, wenn nicht das deutsche Bürgertum höchst persönlich den einzigen Feind dieser internationalen Pest abzuwürgen mitgeholfen hätte. Und wenn heute die militärischen Stellen klagen über die drohende Zersetzung der Armee, dann mögen auch diese an ihre eigene Brust schlagen. *Es könnte in Deutschland heute gerade so gut eine nationale*

3 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war 1924 als republikanische Selbstschutzorganisation von SPD, Zentrum und DDP gegründet worden. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

4 Der Republikanische Schutzbund unter der Leitung von Julius Deutsch war 1923 als Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokraten gegründet worden. Vgl. Christine Vlcek, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

Freiheitsarmee bestehen, wie in Italien, wenn das deutsche Offizierskorps der Reichswehr von jener höheren nationalen Einsicht beseelt gewesen wäre, wie sie das italienische 1922 auszeichnete. Sie mögen sich nicht wundern, wenn die Macht, die sie selbst mithalfen, vor uns Nationalsozialisten zu schützen, ihnen nun das zufügt, was dieselbe Macht einst der alten Armee zugefügt hatte: die Zersetzung und den Zerfall.

Wir Nationalsozialisten haben uns nie einer Täuschung über die Entwicklung der nächsten Jahre hingegeben. Das Judentum wird seine marxistischen Waffen je nach Bedarf spielen lassen. Das deutsche Bürgertum wird in seiner bornierten Blödsinnigkeit und lächerlichen Feigheit immer wieder versuchen, durch Kriechen oder selbst durch Mittun, sich die Gunst dieses allgemeinen Weltfeindes zu erbuhlen. Und es wird eines Tages in die Ecke gedrängt sein und in zitternder Ohnmacht den Vernichtungshieb des von ihm selbst geförderten marxistischen Gegners entgegennehmen. Was sich in Österreich zur Zeit abspielt, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einer herannahenden Katastrophe, deren Schuldige nur zum einen Teil die Verbrechernaturen der Internationale sind, zum anderen aber nicht minder die erbärmliche Unfähigkeit des bisher politisierenden nationalen Parteigelumps.

Wir Nationalsozialisten aber mögen nun auf der Hut sein und aus dem Zusammenbruch des deutschen Bürgertums lernen, den Gegner richtig zu sehen und auch bei Zeiten richtig zu bekämpfen. Der Jude ist und bleibt der Weltfeind und seine Waffe, der Marxismus, eine Pestkrankheit der Menschen. Gegen beide zu kämpfen ist sittliche Pflicht der Kultur dieser Welt und ihrer Begründer. *Im Kriege aber sind nach Moltke die humansten Waffen diejenigen, die das kürzeste Verfahren gewährleisten. Die schlagendste Abwehr zu allen Zeiten aber war der Hieb.*

23. Februar 1927 — Dok. 81
Schreiben an Graf von Goertz-Wrisberg [1]

Masch. Ausfertigung vom 23.2.1927 mit Vermerk "Abschrift" [2]; BA, NS 26/160.

Sehr geehrter Herr Graf!

Zu Ihrem Schreiben vom 15. Februar [*1927*] [3], dessen Empfang ich Ihnen dankend bestätige, habe ich folgendes zu erwidern:

1 Goertz-Wrisberg, Eitel-Leopold Graf von (1890-1952), eigentlich: Graf von Goertz von Schlitz, genannt von Goertz und von Wrisberg, Hauptmann a. D., Mitglied der Bundesleitung des Frontkriegerbundes in Thüringen.

2 Zusatz zum Schreiben: "Für die Richtigkeit vorstehender Abschrift: gez. Graf von Görtz-Wrisberg".

3 In dem Schreiben hatte Goertz-Wrisberg namens des Frontkriegerbundes, des Stahlhelms, des Wehrwolfs und der Reichsknappenschaft in Thüringen unter Bezug auf die mit der NSDAP vor der thüringischen Landtagswahl am 30.1.1927 getroffenen Absprachen die enge Zusammenarbeit mit der NSDAP bekräftigt, jedoch jede weitere Zusammenarbeit mit Artur Dinter abgelehnt. Abschrift des Schreibens: BA, NS 26/160.

Die vom Landesleiter Herrn Dr. Dinter[4] herausgegebene Anordnung[5], daß Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht zugleich auch Mitglieder anderer Verbände sein dürfen, ist ebenso logisch wie selbstverständlich. Ich muß die Auffassung zurückweisen, als ob diese Anordnung an sich einen Bruch gegebener Zusagen darstellen würde. Im Gegenteil. Anläßlich meiner Anwesenheit in Weimar und der dabei stattgefundenen Unterredung mit den Führern der Wehrverbände[6] wurde mir ausdrücklich die Frage vorgelegt, ob ich bei einem Zusammengehen anläßlich der Landtagswahlen auch weiterhin noch darauf bestünde, daß Mitglieder der NSDAP nicht gleichzeitig Mitglieder anderer Verbände sein dürften. Ich habe dies damals etwa in folgender Form klar und eindeutig beantwortet:

Die Zugehörigkeit zu 2 Verbänden ist ein Unfug und schädigt die Verbände im allgemeinen. Menschen, die von 3 und 4 Verbänden zu gleicher Zeit in Listen geführt werden, geben Veranlassung zur Selbsttäuschung über die wirkliche Stärke der Gebilde. Ein Mann, der Mitglied eines Verbandes ist, sich damit das Recht anmaßt und auch besitzt, diesen Verband durch seine Stimme anläßlich der Vorstandswahl mitzuregieren, übernimmt damit auch die Pflicht, der von ihm doch selbst gewählten Führung auch Gehorsam zu schenken. Es ist dies aber unmöglich, wenn er nebenbei noch ähnliche Verpflichtungen anderen Verbänden gegenüber übernommen hat. Es kann einer *politischer Anhänger* der NSDAP sein und Mitglied, sagen wir, des Frontkriegerbundes. Es kann aber niemand *Mitglied* der NSDAP sein und zugleich Mitglied eines anderen Verbandes. Die Verbände selbst müßten das größte Interesse daran haben, daß diese Doppelnaturen aufhören. Sie müssen selbst wünschen, klare Mitgliederverhältnisse zu verlangen. Denn es ist ein Trugschluß, mit einem Mann zu rechnen, der auch einem anderen Verband noch angehört, da man niemals weiß, welchem Befehl er endgültig Folge leisten wird. Die Mitgliederversammlung einer Sektion kann nie auf ihre Mitglieder rechnen, wenn diese zugleich Mitglieder eines anderen Verbandes sind, der selbst zufällig wieder am selben Abend auch eine Mitgliederversammlung einberufen hat. Besonders Wehrverbände dürfen einen solchen Unfug nicht dulden, denn er ist immer nur der Anlaß zur Selbsttäuschung. Man kommt auf riesenhafte Zahlen, und am Ende stellt sich heraus, daß jeder Mann 2[-] und 3-fach geführt wird, mithin die Gesamtzahl um ein Drittel oder gar die Hälfte zusammengestrichen werden muß. Solch ein Zustand ist schädlich und in meinen Augen Unfug. Beim Militär bezeichnet man solche Stärken als "Augenauswischerei". Ich kann deshalb für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen solchen Zustand nicht dulden, da ich nicht am Zahlenwahnsinn hänge, sondern an der wirklich vorhandenen Kraft. Ich bin jederzeit bereit, wenn notwendig auf 2[-] oder 3-tausend Mitglieder zu verzichten, die am Schlusse doch nur auf dem Papiere

4 Artur Dinter (1876-1948), Schriftsteller, 1902 Dr. phil. nat., 1917 Verfasser von "Die Sünde wider das Blut", 1919 Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1924 Gründer der GVG in Thüringen, 1924-1929 MdL in Thüringen (Vereinigte Völkische Liste, ab 1925 NSDAP), 1925-1927 Gauleiter von Thüringen, 1927-1937 Gründer und Leiter der Deutschen Volkskirche, 1928 Parteiausschluß, 1933 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags.

5 Vgl. VB vom 6./7.2.1927, "An die Nationalsozialisten Thüringens". Vgl. auch Der Nationalsozialist, Folge 8 vom Februar 1927, "'Frontkriegerbund und Nationalsozialisten'".

6 Am 20.10.1926. Vgl. Dok. 39.

stehen, da sie im Ernstfalle ebenso gut einem anderen Befehl gehorchen können wie dem meinen. Der Hinweis darauf, daß die Verbände doch dasselbe wollen, beweist gar nichts, sondern würde analog der Auffassung sein, daß die Armee ja auch dasselbe will, mithin ein Mann sehr wohl Mitglied der Pioniere, der Schweren Artillerie und eines Dragonerregimentes zugleich sein kann.

Das war meine vor sämtlichen Herren in Weimar abgegebene Erklärung zu diesem Problem und sie wurde auch verstanden. Ich muß hier feststellen, daß man mir sachlich am Ende meiner Ausführungen vollständig zustimmte. Ich kann nicht verstehen, wie man nun Herrn Dr. Dinter aus dieser sachlichen Einstellung heraus den Vorwurf eines Kampfes gegen die Verbände machen will. Mein Landesführer führt nur aus, was Vernunft und Logik als selbstverständlich erscheinen lassen.

Was dem weiteren Vorwurf gegen Herrn Dr. Dinter die Wahlen selbst betreffend zugrunde liegt, kann ich natürlich von hier aus im einzelnen nicht beurteilen. Ich muß aber eines auch hier feststellen: Anläßlich der Besprechung, an der ich teilnahm, wurde allerdings vom Stahlhelm [7] ausdrücklichst erklärt, daß infolge der heterogenen Zusammensetzung dieses Verbandes eine einheitliche positive Wahlparole nicht möglich sei. Allein, es ging aus der ganzen Besprechung für mich wenigstens das eine hervor, daß man, wenn auch keine Parole ausgegeben werden würde, die NSDAP zu wählen, doch auffordern wird, dem in unseren Reihen vom Stahlhelm aufgestellten Kandidaten: Dr. Schauen [8] die Stimme zu geben. Auf alle Fälle wurde mit keinem Wort erwähnt, daß man beabsichtige, der Freiheitspartei [9] gegenüber eine ähnliche Vereinbarung einzugehen [10]. Wäre dies der Fall gewesen, würde ich sofort aufgestanden sein und mich für meine Person aus den Verhandlungen entfernt haben. Denn tatsächlich ist durch die Haltung der Wehrverbände - ich möchte hier als ehrende Ausnahme neben dem Frontkriegerbund besonders den Wehrwolf [11] erwähnen - das eingetreten, was ich Ihnen bei unserer allerersten Unterredung nach dem Parteitag zu Weimar [12], sehr verehrter Herr Graf, als schwersten Schaden der Bünde vorgehalten habe: die Wehrverbände sind wieder zum Garanten der politisch-völkischen Zersplitterung geworden. Ohne die Tätigkeit der Wehrverbände gäbe es in Deutschland heute schon längst nur mehr eine einzige völkisch-politische Partei, nämlich die NSDAP. Nur die Anrufung der Wehrverbände ermöglicht es den völkischen politischen Splittergruppen, ihr kümmerliches Dasein weiter zu fristen, siehe Existenz der sog. Deutsch-Völkischen Freiheitspartei. Ich möchte

---

7 Der Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten war im Dezember 1918 in Magdeburg gegründet worden. Der der DNVP nahestehende Bund, der 1928 rund 225.000 Mitglieder zählte, stand unter der Leitung von Franz Seldte und Theodor Duesterberg. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

8 Bernhard Schauen (geb. 1896), Rechtsanwalt, Dr. jur., 1933 Eintritt in die NSDAP, 1934 Parteiausschluß.

9 Gemeint ist die 1922 als Abspaltung von der DNVP gegründete Deutschvölkische Freiheitspartei.

10 Vgl. das (unvollständige) Protokoll des Völkischen Führerringes Thüringen, o. D., über die Besprechung mit Albrecht von Graefe; BA, NS 20/123.

11 Der 1923 von Fritz Kloppe gegründete "Wehrwolf. Bund deutscher Männer und Frontkrieger" war zunächst eine Zweigorganisation des Stahlhelms, später ein eigenständiger Wehrverband. Er wurde 1933 in die SA eingegliedert.

12 Am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.

also, sehr verehrter Herr Graf, hier noch einmal feststellen, daß man in Weimar wenigstens bei meiner Anwesenheit mit keinem Worte davon redete, auch die Freiheitspartei unterstützen zu wollen, ja, daß der Sinn dieser ganzen Unterredung gerade der war, eine restlose Zusammenfassung der Verbände für eine einzige politisch-völkische Partei, nämlich die NSDAP, in die Wege zu leiten. Daß man sich davon entfernte, und wie mir mitgeteilt wurde, wenige Tage nach der damals gehabten Besprechung sofort eine andere mit den Führern der Freiheitspartei abhielt, hat mich persönlich schmerzlich berührt. Herr Dr. Dinter hat daraus jene Konsequenzen gezogen, die Sie selbst jetzt beklagen und gerne als Ausfluß einer nicht richtigen Gesinnung hinstellen möchten. Ich kann mich zu dieser Auffassung nicht bekennen, sondern muß dabei meinen Landesführer unbedingt decken.

Auch ich bin der Überzeugung, daß die Situation eine unfreundliche ist, und wäre deshalb gerne bereit, mich mit den Herren auszusprechen. Nur ist es mir augenblicklich unmöglich, nach Thüringen zu kommen. Ich müßte Sie, sehr verehrter Herr Graf und die in Frage kommenden anderen Herren also ergebenst bitten, vielleicht mich eines Tages hier aufzusuchen oder einen Termin zu einer solchen Aussprache mir vorzuschlagen. Ich hielt dies schon deshalb für günstig, weil an dieser Unterredung auch der Chef meiner Organisationsabteilung, Exzellenz Generalleutnant Heinemann [13] und der Führer der SA, Hauptmann von Pfeffer, teilnehmen können. Dies wäre deshalb wünschenswert, weil Sie dann von den obersten Leitern der Organisationsleitungen sowohl als [*auch*] der SA aus deren eigenem Munde eine Bestätigung des von mir oben Gesagten über die Unmöglichkeit der Zugehörigkeit zu 2 Verbänden vernehmen würden. Da die Aussicht besteht, daß ich auch in Bayern demnächst vielleicht die Redefreiheit wieder erlange [14], könnten die Herren dies evtl. mit dem Besuch einer unserer großen Kundgebungen hierzulande verbinden, was für Sie als Thüringer rein psychologisch sicherlich von Interesse sein wird.

Ich lade Sie, Herr Graf, und die anderen geehrten Herren der Bünde also herzlich ein und würde mich auf ein Wiedersehen jederzeit freuen. Ich bitte Sie, Herr Graf, von diesem Brief den anderen Herren in geeigneter Form Kenntnis zu geben und zeichne mit bestem Dank als

Ihr sehr ergebener
Adolf *Hitler*

N.B. Ich bitte, einen Termin mit Herrn Hess [15] vereinbaren zu wollen!

13 Bruno Heinemann (1858-1938), Generalleutnant a. D., 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925-1927 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1926/27 Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

14 Das Redeverbot für Hitler hatte in Bayern vom 9.3.1925 bis zum 5.3.1927 bestanden.

15 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

25. Februar 1927 Dok. 82
Anordnung

VB vom 1.3.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Organisation

1. Ab 1.3.1927 wird folgende Neugliederung von *Hessen* und *Hessen-Nassau* unter Aufhebung ihrer vorläufigen Zusammenfassung vom 5.10.1926 (VB Nr. 232/1926) [1] angeordnet:

a) Gau *Hessen* (Rheinhessen, Starkenburg und Oberhessen).

Gauleiter: Pg. Friedrich *Ringshausen* [2], Offenbach a. M., Friedrichsring 30.

b) Gau *Hessen-Nassau-Nord*: wie bisher;

Gauleiter: Pg. Walter *Schultz* [3], Cassel-Wilhelmshöhe, Gartenstadt Brasselberg, Nordhäuserstraße 44.

c) Gau *Hessen-Nassau-Süd*:

Gauleiter: Pg. Jakob *Sprenger* [4], Frankfurt/M., Franz Rückerstraße 2/I.

2. Ab 1.4.1927 treten die Kreise: Nordhausen, Mühlhausen, Langensalza, Sömmerda und Kindelbrück vom Gau Thüringen zum Gau Halle-Merseburg.

3. Ab 1.2.1927 treten die Orte: Kreiensen, Gandersheim und Seesen vom Gau Hannover-Nord zum Gau Hannover-Süd.

4. Die Übergabe und Übernahme der unter Ziffer 1 mit 3 bezeichneten Gebiete hat nach den den betr. Gauen gesondert zugehenden Bestimmungen zu erfolgen.

---

1 Vgl. VB vom 7.10.1926, "Aus der Bewegung".

2 Friedrich Ringshausen (1880-1941), Lehrer, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Gauleiter von Hessen, 1929/30 Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Starkenburg und des Stadtrats von Offenbach a. M., 1930-1933 MdR.

3 Walter Schultz (1874-1953), Studienrat, Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1927 Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord, 1926/27 kommissarischer Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1933 Gauamtsleiter für Kommunalpolitik im Gau Kurhessen, 1934-1937 Landrat des Landkreises Kassel, 1937-1945 des Kreises Eschwege, 1938-1943 Gauamtsleiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik im Gau Kurhessen.

4 Jakob Sprenger (1884-1945), Oberpostinspektor, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter von Frankfurt a. M. und Bezirksleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1925-1929 Stadtverordneter in Frankfurt a. M., 1927-1933 Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1929 ehrenamtl. Stadtrat in Frankfurt a. M., 1929-1933 Sachbearbeiter für Beamtenfragen in der NSDAP-Reichsleitung, 1930-1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag von Hessen-Nassau und stellv. Mitglied im Preuß. Staatsrat, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Südwest, 1933-1945 Gauleiter von Hessen-Nassau und Reichsstatthalter für Hessen, 1945 Selbstmord.

5. Ab 1.2.1927 ist die O[*rts-*]Gr[*uppe*] Rodach-Coburg neu entstanden. Anschrift des 1. Vorsitzenden: Pg. Louis Förster [5], Heldritterstraße 1.

München, den 15.2.1927

gez.: Adolf *Hitler*

Diese Bekanntgabe ist von allen Parteiblättern abzudrucken.

5 Louis Förster (geb. 1899), Justizsekretär, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1929 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Rodach b. Coburg, 1929-1933 Propagandaleiter der NSDAP-Ortsgruppe von Neustadt b. Coburg, 1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, 1933/34 2. Bürgermeister in Neustadt b. Coburg, 1934 kommissarischer Landrat in Greifenhagen (Pommern).

6. März 1927 Dok. 83
"Zukunft oder Untergang" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Vilsbiburg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/54 [3].

Meine l[*ie*]b[*en*] deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich heute über das zurückliegende Redeverbot spreche. Das ist nur eine Zeitepoche nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern in der Geschichte unserer eigenen Bewegung. Zwei Jahre sind gar nichts im Ringen eines Volkes um sein Dasein auf der Welt und nichts in der Geschichte einer Bewegung, die diesem Ringen dienen soll, die mithelfen soll, daß ein Volk um sein Dasein auf der Erde sich wehrt und kämpft. Diese 2 Jahre, sie haben unsere Bewegung nicht zu zerstören vermocht, sie ist stark, und der Name ging weiter hinaus ins flache Land, und ich wollte zeigen, daß diese 2 Jahre gar nichts bedeuten, sondern daß diese Idee gewachsen ist, und daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit heute mehr erringen wird, und daß die Entwicklung weiter geht Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt, bis das deutsche Volk seine Fesseln abgeschüttelt haben wird und unter einer neuen Flagge ein neues Dasein beginnen wird.

Darum bitte ich Sie, sich gleich loszulösen von den alltäglichen Sorgen, die Sie quälen. Sicherlich sind diese Sorgen bedingt durch die Not unseres Volkes im großen. Aber gerade weil sie im inneren Zusammenhang stehen zu dieser großen Not, ist es nötig, daß Sie diese kleinen Sorgen vergessen, vergessen, was Sie bedrängt und quält, vergessen im einzelnen auch, welchem Stand Sie angehören und welchem Beruf, auch vergessen, daß Sie hier in dieser kleinen Stadt leben, daß Sie aus kleinen Verhältnissen sind. Ich möchte Sie bitten, daß Sie nur eines sich in das Bewußtsein zurückrufen, daß wir hier an tausend Menschen versammelt sind [*sic!*] als ein Bruchteil unseres deutschen Volkes, ein Bruchteil, der an dieser Stelle kämpft, lebt, arbeitet und an dieser Stelle sterben wird, ein Bruchteil von 70 Millionen Menschen, die gezwungen sind, zu leben, ein Bruchteil dieser großen Schicksalsgemeinschaft; daß Sie von sich loslösen, was Sie als Einzelpersonen fühlen, und sich hineindenken in das Schicksal der Millionen, von denen auch Sie ein kleiner Bruchteil sind. 70 Millionen Menschen - in Wirklichkeit mehr, und ich weiß,

1 Titel laut Ankündigung im Vilsbiburger Anzeiger vom 6.3.1927.

2 In der Gewerbehalle, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 (VB: 1.500) Personen teilnahmen, wurde von Gregor Straßer geleitet und von Rudolf Buttmann mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hitler trat erstmals nach Aufhebung des Redeverbots in Bayern am 5.3.1927 öffentlich auf.

3 Gekürzte Fassung: VB vom 8.3.1927, "Adolf Hitler in Vilsbiburg". Vgl. auch Vilsbiburger Anzeiger vom 8.3.1927, "Vilsbiburg (Hitler-Versammlung)"; Deggendorfer Donaubote vom 9.3.1927, "Hitlers Debut"; Bayerischer Kurier vom 12.3.1927, "Bayerische Landespost: Nachklang zur Hitler-Versammlung in Vilsbiburg". Sowie Bericht des Bezirksamts Vilsbiburg vom 6.3.1927; BayHStA, MInn 81581. Halbmonatsbericht Nr. 157 der Regierung von Niederbayern vom 18.3.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 1123. Lagebericht N/Nr. 55 der Polizeidirektion München vom 21.3.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

daß mir der Statistiker sofort sagen wird, das stimmt nicht, das Deutsche Reich hat zur Zeit 62 Millionen - so viele Menschen leben augenblicklich innerhalb der Grenzen des Staates, den wir Deutsches Reich bezeichnen. In Wirklichkeit ist es nur ein Bruchteil der Menschheit, die diese Sprache sprechen, der Menschen, die aus gleicher Wesensart, aus gleichem Denken ihr Leben aufbauen und in die Welt hineinblicken. Es ist nur ein Bruchteil der deutschen Nation.

Und alle diese Millionen Menschen, die innerhalb der Grenzen dieses Reiches sich befinden, sie treiben Politik. Was heißt das, Politik? Ein Großer unseres Volkes erklärte einst: Politik ist Kampf. Kampf mit anderen Waffen, genau so wie der Krieg auch Politik ist, wenn auch mit anderen Waffen. Ein Großer der jetzigen Zeit, Clemenceau, erklärte: Für Frankreich ist die Zeit des Friedens von jetzt, die Politik von jetzt ein Krieg, wenn auch mit anderen Waffen wie im Kriege selbst. Was ist Politik? Politik ist der Kampf um das tägliche Leben eines ganzen Volkes. Alles Ringen des einzelnen summiert sich zusammen und findet einen Schlußausdruck, ein Wort, das wir eben mit Politik übersetzen. Politik ist das Ringen und der Kampf eines Volkes um das tägliche Brot und sein Dasein auf der Welt, so wie der einzelne sein ganzes Leben widmet dem Kampf um das Dasein, um das tägliche Brot. Und dann kommt noch ein Zweites, die Sorge für die Weitererhaltung, die Sorge um das Kind. Es ist der Kampf für den Augenblick und der Kampf für die Nachwelt. Und alles Denken und alles Sinnen dient im tiefsten Grunde doch diesem Lebenserhaltungskampf. Daher ist ein Satz in dem großen Gebet des Christentums zum Ausdrucke dieses Kampfes geworden: "Herr, gib uns unser tägliches Brot". Und in diesem täglichen Brot liegt im tiefsten Grunde alles. Wenn dies zu fehlen beginnt, bricht alles zusammen. Das tägliche Brot, der Kampf um dieses tägliche Brot bewegt den einzelnen, und er fühlt es manchmal sehr deutlich. Das Ringen um das tägliche Brot ist es, was jeden einzelnen Tag für Tag beschäftigt, was jeden sorgen und denken läßt. Der einzelne kämpft diesen Kampf nur für sich allein, und es gibt Männer, die kämpfen den Kampf für mehrere und vielleicht für ein ganzes Volk. Sie sind bemüht um die Sorge für die ganze Welt. Dieser Kampf nun hat unser Volk nie zur Ruhe kommen lassen.

Das Natürlichste und Klarste wäre, daß das Volk das, was es braucht, auf eigenem Grund und Boden erwirbt und erarbeitet. Es gab Zeiten, in denen das war. Wenn ein Volk sein tägliches Brot erringen will auf seiner eigenen Scholle, dann muß diese Scholle in einem Verhältnis stehen; Bodenfläche und Volkszahl müssen in einem möglichen Verhältnis stehen. Diese 2 Faktoren, Volk auf der einen Seite und Boden auf der anderen Seite, sind nicht vollständig gleich, denn der eine wächst andauernd, die Volkszahl. Jahr für Jahr nimmt diese Volkszahl zu. Im Frieden war diese Zunahme fast 900.000 im Jahr, mehr als Menschen jährlich sterben. 900.000, diese Zahl wird größer und größer und diese 900.000 brauchen Jahr für Jahr Essen, Brot, Kleidung, Erziehung und alles, was dazu gehört. Sie müssen auch zu Menschen werden. Jahr für Jahr geht das so. Und die Grundfläche bleibt dem gegenüber Jahr für Jahr gleich groß. Die Zunahme der Volkszahl stört das gesunde Verhältnis zur Grundfläche eines Volkes. Daran hat unser Volk in seiner geschichtlichen Entwicklung oft schwer gelitten. Nun gibt es nur eine Möglichkeit, um das auszugleichen, wenn Grund und Boden dauernd gleich groß

bleiben, daß die Ernährung von eigenem Grund und Boden möglich wird; denn es ist nicht zu leugnen, daß, wenn die Zahl wächst, endlich die Ernährung unmöglich wird, und endlich ein Zeitpunkt herannaht, in dem ein Volk auf eigenem Boden nicht mehr ernährt werden kann.

Es gibt nun mehrere Lösungen für diese Frage. Die eine Lösung ist die sogen. innere Kolonisation. Wir haben noch Grund und Boden genug, um unser Volk zu ernähren. Diese innere Kolonisation kann auf zweierlei Weise vorgenommen werden. Der erste Weg ist der, daß man versucht, den Boden der Produktion zu erschließen, daß man Moore entwässert, daß man Heiden und Steppen eines Tages in Kulturgelände verwandelt, daß man versucht, den nicht erträglichen Boden allmählich umzuwandeln, daß er eines Tages Früchte zu bringen vermag. Dieser Prozeß ist trotzdem nicht durchzuführen, denn wenn ein Volk 500.000 qkm Boden besitzt und davon 65 Millionen Menschen leben müssen, dann kann man tun, was man will, denn man kann den Boden nicht vergrößern. Die Tatsache besteht, daß, wenn eines Tages dieses Volk auf 100 und 200 Millionen gewachsen sein wird, die Bevölkerung weitaus zuviel ist, um überhaupt noch ernährt werden zu können.

Auch der 2. Gedanke ist in Wirklichkeit ein Trugschluß; denn man muß durch eine besonders intensive Bearbeitung des Bodens, also durch Anwendung von Maschinen einerseits und Kunstdünger anderseits, den Boden selbst in seinem Erträgnis dauernd steigern. Auch das hat eine Begrenzung. Das kann man tun, und das hat das deutsche Volk getan. Allein auch dabei ist eines Tages eine gewisse Grenze gezogen. Jeder Bauer weiß, daß er sehr wohl die Fruchtbarkeit seines Bodens bis zu einem gewissen Grad steigern kann, aber es geht nicht endlos, während das Volk endlos wachsen kann, Jahr für Jahr um eine Million Menschen mehr. Das Erträgnis des Bodens um 5 - 10 % zu erhöhen, das nimmt ein Ende, und das, was ein Volk durch diese sogen. innere Kolonisation, also durch die Urbarmachung und die intensive Bearbeitung gewinnt, das wird reichlich wettgemacht dadurch, daß das Volk seine eigenen Ansprüche im Laufe von Jahren unendlich erhöht, daß der einzelne nicht so genügsam ist, daß der einzelne größere Bedürfnisse hat, so daß das, was vom Grund und Boden mehr hervorkommt, bezwungen wird durch die erhöhten Bedürfnisse. Und das geht nicht nur in Deutschland so weiter, sondern auf der ganzen Erde ist diese Entwicklung, die das Volk zermalmt, daß es praktisch im Leben verarmt. Also dieser Gedanke, den Boden in seinem Erträgnisreichtum zu steigern, ist falsch und führt auf die Dauer zu gar nichts, denn das Volk vermehrt sich ewig weiter, Grund und Boden aber hat seine Begrenzung.

Es gibt einige Wege, um dieses Problem zu lösen. Das haben unsere Vorfahren erprobt. Das Nüchternste und Natürlichste ist, den Grund und Boden so zu vermehren, wie die Volkszahl sich vermehrt, d. h. der steigernden [*sic!*] Volkszahl anzupassen. Das haben unsere Vorfahren gemacht. Wenn Sie von hier hinüber sehen weiter nach dem Osten, so finden Sie die Ostmark und fast das ganze heutige Deutsch-Österreich, das unsere Vorfahren erworben haben und damit den Ausgleich schufen mit der Beengtheit und Kleinheit unseres Grundes und Bodens. Ein 2. Mal. Das Gebiet östlich der Elbe wurde mit dem Schwert erobert und der deutschen Bauernfaust gegeben, und wieder war der Ausgleich geschaffen zwischen Grund und Boden und der Volkszahl. Dann aber

geschah das nicht mehr. Und warum nicht? Das deutsche Volk hat den Kopf verloren, diesen Weg zu gehen. Der Mensch, der Hunger empfindet, frägt nicht, woher das Stück Brot kommt, das er ißt. Er glaubt, daß der Hunger alle Grenzen bricht und frägt nicht nach Paragraphen. Wenn Völker in Not geraten, dann frägt man nicht nach sogen. Papierrechten, um die Not zu lindern. Der doktrinäre Fantast erklärt das nicht für richtig, daß man nach neuem Grund und Boden strebt. Er sagt nicht, das Brot eß ich nicht, denn es stammt von einem Boden, der mit Gewalt genommen wurde. Er ißt von diesem Brot, wenn es sich um die Ernährung von Millionen, Millionen von Menschen handelt. Etwas anderes ist hier maßgebend, nämlich die Kraft, das und das zu tun. Hat ein Volk diese Kraft im Schicksalskampf, den Grund und Boden zu erwerben, den es zur Ernährung seiner Kinder braucht? Das ist der einzige Maßstab und die einzige Frage, die hier vorliegt.

Was verstehen wir unter der Kraft eines Volkes? Wir verstehen jene geschlossene Einheit und jenen geschlossenen Willen, daß ein Volk sich auf der Erde sein Dasein erkämpft, d. h. ein dauerndes Ringen mit der Gewalt der Natur und dem Neid der anderen Lebewesen auf dieser Welt. Das deutsche Volk hat die Kraft, die es einst besaß, verloren. In Jahrhunderten sank unser Volk in tiefsten inneren Kampf. Religionslose Zeiten brachen aus, und während England begann, die Welt zu zerteilen, hat das deutsche Volk im Innern zwischen 2 Konfessionen das Schwert gekreuzt und sich bekämpft. Die Weltmächte sind in diesen Kampf eingetreten. Und dann kam die Not, denn man hat allerdings keinen Eroberungskrieg mehr geführt. Aber die Not kam, die Not, der man entging dadurch, daß man den überschüssigen Volksstamm hinausschob. Die Not kam und in ihrem Gefolge der Hunger, und dann wurde das Volk schwach, und da uns die Macht fehlte, die innere Geschlossenheit und die Einheit, für unser Volk das Leben zu erkämpfen, da blieb nur ein Weg übrig.

Das deutsche Volk mußte seine Söhne hinausschicken. Es dauerte mehr als 300 Jahre, da Hunderttausende und Millionen Deutsche den Staub der Heimat von ihren Füßen schütteln mußten als Last- und Arbeitstiere anderer Nationen; jene Zeit, von der man spricht, daß der Deutsche den Kulturdünger der anderen Welt abgegeben habe. Und da er hinauszog nach Australien, Mittelamerika und Südamerika, und fast sämtliche englische Kolonien von Deutschen besiedelt wurden, beschäftigte man sich damit, welche Staatssprache eingeführt werden soll, soll englisch oder deutsch gesprochen werden, da entschied man sich einstimmig für die englische Sprache als Weltsprache und nicht für die deutsche [4]. Und damit waren Millionen verloren für immer, und eines Tages da kam die Stunde, da die ersten Schrapnells über unseren Köpfen platzten, fabriziert in amerikanischen Fabriken, deutsche Arbeiter an den Maschinen. Und dann kamen die Stunden, da amerikanische Truppen aufmarschierten, Söhne von uns selbst, die uns fremd geworden waren, und die gegen uns zu Felde zogen. Sie mußten das tun. Der Hunger zwang sie dazu. Der Bauernknecht mußte fort, und alles mußte hinaus-

4 Zu der Legende, wonach sich der amerikanische Kongreß kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Albert B. Faust, Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912, S. 136 f.

wandern, was irgendwie sein Brot zu verdienen in der Lage war. Dann zogen sofort 40 - 80tausend weg, und alles, was Kraft besaß und was nicht das Jammerdasein mitmachen wollte, ging in die Fremde. Das ist das Ergebnis dieser Zeit gewesen. Von unserem Volk wurde ein fremder Kontinent aufgebaut, und das deutsche Volk wurde immer schwächer und schwächer, und wir können es heute erleben, daß wir gar kein Weltstaat mehr sind. Und wir, die wir alle mit begründen halfen, haben heute 62 Millionen in unserem Staat.

Da kam eines Tages plötzlich ein Wandel. Das deutsche Volk begann seine inneren Zersplitterungen zu überwinden und kam wieder zu Kräften. Und einmal, da dort bei Paris in einem französischen Königsschloß die deutschen Stämme zusammengefügt wurden, wurde eine politische Einheit geschaffen, und das neue Deutsche Reich wurde gegründet, das Reich, das die Väter einst gezimmert hatten. Und dann kam auch der Gedanke, dieses Reich darf nicht mehr hinausziehen, sondern dieses Reich muß seinen Kindern das Leben in der Heimat ermöglichen. Es ist hierin den alten Weg gegangen, nämlich den Weg, neuen Grund und Boden für unser Volk zu schaffen. Unsere Kinder, sie müssen leben und sollen leben. Der Himmel schickt uns keine Kinder, wenn er uns nicht das Recht gibt, Grund und Boden zu erwerben. Er segnet nicht unsere Mütter, daß unsere Kinder darben müssen. Das deutsche Volk hat das auch düster begriffen, allein es hat seine Kraft nicht angewendet, denn aus friedlicher Gesinnung heraus wollte man nicht das Schwert ziehen. Das deutsche Volk wurde zu großen Schmiedewerkstätten der Welt. Fabrik um Fabrik entstand. Die ganze deutsche Wirtschaft begann expansiv zu werden, sie begann sich in der ganzen Welt umzusehen. Man konnte verdienen, und ehe noch 20 Jahre vergangen waren, sank die Auswandererziffer zurück. Noch in den 70er Jahren gingen jährlich 370.000 Deutsche ins Ausland [5]. Dann ging in den 80er und 90er Jahren und um die Jahrhundertwende die Zahl zurück auf 40.000 und in den Jahren 1910, [*19*]11 u[*nd*] [*19*]12 auf kaum 25.000, obwohl sich das deutsche Volk jährlich vermehrte. Es ist möglich geworden dadurch, daß der Deutsche seinen Staat in eine einzige große Fabrik verwandelte. Sie sind hier in einem stillen Landstädtchen. Allein, wenn Sie von hier weggehen und in die Ferne nach dem Westen Deutschlands sehen, da kommen Sie in Gegenden, da immer mehr Schornsteine auftauchen, und wenn Sie in das Ruhrgebiet kommen, da werden die Nächte zum lodernden Tag. Da wird das ganze Gebiet ein gigantischer Hochofen, und Sie sehen eine riesenhafte Zentral-Fabrik, die sich über Hunderte von Kilometern erstreckt, Stadt an Stadt, Hammer an Hammer; und alle diese großen Namen, Essen, Bochum, Barmen, Elberfeld, Gelsenkirchen, lauter Namen, die vor 80 und 100 Jahren noch Dörfer und nicht bekannt waren, lauter Riesenstädte von einem Ort zum andern. Dort hat das deutsche Volk geschaffen, um sich das Leben auf dieser Welt zu erwerben, zu erhalten und zu sichern.

Und dann kam der Krieg. Und warum? Er mußte kommen. Man hat keinen Boden erworben, um nicht das Schwert ziehen zu müssen. Man wollte Frieden, das deutsche Volk allein. Es begann jener Konflikt auszubrechen zwischen England und Deutschland,

5 Über 100.000 Deutsche wanderten nur in den Jahren 1872, 1873 und 1880 aus. Zur Auswanderungsstatistik vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 38 f.

der von Jahr zur Jahr stieg. Beide Völker waren gezwungen dazu, denn beide Völker mußten Menschen ernähren. Es begann jener Kampf, von dem der Dichter sagt: "In hartem Raum stoßen sich die Sachen." Jawohl in hartem Raum. Hie Deutschland, hie England. Und dieser Konkurrenzkampf steigert sich von Jahr zu Jahr, bis eines Tages der andere einsieht, er kann die deutsche Konkurrenz nicht mehr brechen mit friedlichen Mitteln, er kann sie nur brechen mit dem Schwert. Und er hat sich entschlossen, das Schwert zu ziehen. Und dann beginnt das gegenseitige Ringen. Das Volk hat gar nicht begriffen, um was es sich handelte, dank der erbärmlichen Aufklärungen seiner führenden Stellen. Es wußte nicht warum, es focht für Ehre, für Ruhm, um das tägliche Brot. In dem Augenblick, in dem Deutschland niedersank, hat ein Franzose das eisigkalte Wort gesprochen: "Deutschland hat 20 Millionen Menschen zuviel." Die Deutschen haben 20 Millionen Menschen zuviel, und diese 20 Millionen Menschen müssen so oder so in Europa weg.

Wenn Sie die Zahl unserer Erwerbslosen, unserer Arbeitslosen nehmen, und zwar nicht die Zahlen, die unsere Behörden angeben, denn sie enthalten nur die Unterstützungsberechtigten und nicht die, welche die Unterstützungsberechtigung schon verloren oder gar nicht besessen haben, so kommen sie auf 3 1/2 - 4 Millionen Menschen[6], und wenn Sie Familienväter rechnen und jede Familie mit 5 Köpfen identifizieren, dann kommen Sie auf 15 - 20 Millionen, die nichts verdienen, sondern von der anderen Volksgemeinschaft erhalten werden müssen. Jahr für Jahr geht dieser Prozeß so weiter. Ein neuer Stand entstand, der Stand der Arbeitslosen, erst unschädlich und endlich zur furchtbarsten Gefahr für unser Volk. Nehmen Sie einen kleinen Bauernhof heraus von 10 Menschen, und nun nehmen Sie 2 Menschen weg und geben Sie diesen 2 Menschen das Leben allein, weisen ihnen aber keine Arbeit zu, dann werden Sie nach 2 Jahren sehen, daß dies auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist. Es geht nicht, daß 2 Menschen überhaupt nichts tun, aber es ist keine Arbeit da. Und allmählich werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß dieser Zustand im Laufe der Jahre zu einer moralischen Vernichtung dieser Menschen führt, denn allmählich werden sie gar nicht mehr arbeiten wollen. Denken Sie sich das für ein ganzes Volk, das für 4 Millionen Menschen keine Arbeit mehr besitzt. Man ernährt sie mit. Es entsteht dadurch eine ungeheure Belastung für unser ganzes Volk, weil diese 4 Millionen-Armee, die keine Arbeit hat, doch leben muß mit ihren Kindern und Weibern und keinen Verdienst hat. Und wie lange geht das so weiter? 2 Jahre, 5 Jahre, 10 Jahre. Ich frage Sie: Werden Menschen, die Jahre lang nichts tun, später überhaupt noch in der Lage sein, etwas zu arbeiten? Wird sich dieses Schicksal ändern? Es wird von Jahr zu Jahr schlechter, denn um diese Menschen zu erhalten, müssen die anderen doch besteuert werden, denn jeder muß etwas opfern, um diese Millionen zu erhalten. Um diese 4 Millionen zu erhalten, muß jedes Land Opfer bringen, und das bedeutet eine ungeheure steuerliche Belastung, die Jahr für Jahr Hunderttausende von Geschäften vernichtet. Es entsteht eine ungeheure Belastung, die die anderen bedrückt, die allmählich auch den Landmann zur Frage bringt: Warum arbei-

6 1926 waren 2,025 Millionen und 1927 1,312 Millionen Personen vollarbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 119 f.

test du eigentlich? Es entsteht die Arbeitsunlust; die einen wollen nicht arbeiten, weil sie Jahre lang nicht gearbeitet haben, und die anderen, weil sie sich sagen müssen, du kommst ja doch zu nichts, alles wird dir wieder weggenommen. Und nun glauben Sie mir, dieser Zustand heißt nicht Konsolidierung und Wiederaufstieg, sondern er heißt Untergang. Wir gehen langsam aber sicher zugrunde. Innerlich gehen wir zugrunde, und im Großen genommen gehen wir zugrunde.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, wieso ist das 1. möglich und 2. bemerkt man das denn nicht, dann müssen wir uns sagen, möglich ist das, weil unser deutsches Volk von heute nur mehr im einzelnen denkt, d. h. jeder sieht nur sein Dasein an sich und nicht, daß sein Leben verbunden ist mit dem Leben und der Existenz seiner ganzen Volksgemeinschaft. Dadurch aber, daß er nur sein Dasein sieht, wird er Egoist in jeder Hinsicht, das heißt, er empfindet das Recht, für seine Person sich auszuleben, politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und in jeder Hinsicht. Er empfindet das Recht, nur Rücksicht auf seine eigene Person zu nehmen. Er prüft keine Handlung mehr, ist das für das ganze Volk zu ertragen, und wo kommen wir hin, wenn unser ganzes Volk so lebt, sondern er sagt: Ich bin ich. Und wenn ich eine Gesinnung habe, die mein Volk zerreißt, dann habe ich sie, was kümmern mich die anderen. Und weil jeder so denkt, gehen alle gemeinsam zugrunde, denn sie sind doch voneinander abhängig. Es gibt viele, die meinten, sie gehen nicht zugrunde, und die vor 7 Jahren uns ins Gesicht lachten und sagten: Ich habe mein Geschäft, und das steht fest da. Und heute haben diese Leute das Geschäft nicht mehr, sie stehen klein da. Das geht so weiter Jahr für Jahr.

Warum muß das sein? Wir können zu keiner Macht kommen, weil in Deutschland heute jeder nur sein eigenes Interesse sieht. Wir können zu keiner Macht kommen, da die Voraussetzung zur Macht, die Einheit dieser 60 Millionen, fehlt. Statt dessen haben wir heute nicht den gemeinsamen Willen des deutschen Volkes, sondern den Willen von einzelnen vor uns. Hie Bürger auf der einen Seite, hie Proletarier auf der anderen Seite. Und das alles noch zerrissen in zahllose Gruppen. Wir haben also keine Macht mehr und sind deshalb allein und haben deshalb keine Macht mehr, unser Schicksal zu bessern. Das deutsche Volk will das ja auch nicht. Es lebt in einem Traum.

Gewiß, der einzelne fühlt seine persönlichen Leiden, allein er träumt noch immer davon, daß das Leben seines eigenen Ichs nicht abhängig ist vom Leben der Gesamtheit, sondern er ist überzeugt, daß es nur ihm schlecht geht und begreift nicht, daß er nur ein Bruchteil ist von 60 Millionen, die ebenfalls bedrängt und bedrückt werden. Daraus aber resultiert auch die Ablehnung jedes energischen Wunsches und eines Willens zur Änderung der Verhältnisse. Und es schreibt doch ein Arm für beide [7] ein Dawes-Gesetz [8]. Da müssen beide einig sein, da haben sie sich zu finden. In der Sklavenarbeit, da werden sie an einen Pflug gespannt, in eine Fabrik hineingetrieben, ob Knecht, ob Herr, einer-

7 Gemeint: Bürger und Proletarier.

8 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleitungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

lei, dort sind sie beide Sklaven. Eine spätere Zeit wird nicht verstehen können, wie ein Volk, das von der ganzen Welt unterdrückt worden ist, sich auch in dieser Zeit nicht zu finden vermochte, sondern in dieser Zeit die Klingen kreuzte.

2 Stände oder besser 2 Klassen kamen. Allein wir, die in dieser Zeit leben müssen, versuchen die Ursache dieser Stände zu ergründen. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, das ist so. Wir müssen erkennen, daß, solange diese Zersplitterung währt, das ganze Volk zum Untergang bestimmt ist, solange bis das deutsche Volk zur Besinnung kommt und erkennt, daß das ganze Volk eine Gemeinschaft ist, die zu ringen hat um das Dasein. Und wenn wir wollen, daß dieses Volk zu dieser Erkenntnis kommt, dann müssen wir auch den Mut haben, zu untersuchen, warum wir so zerrissen wurden. Es ist sehr leicht für die bürgerlichen Parteien, sich darüber hinwegzusetzen, sie sehen nicht mehr das Volk vor sich, sie sehen gleichfalls ihre Partei vor sich, ihren ganzen Stand, ihre Gesellschaftsklasse. Das Volk in seiner Gesamtheit sehen sie nicht vor sich. Sie können sich nicht herausdenken aus dem kleinen Kreise des alltäglichen Lebens und hineindenken in die Gemeinschaft eines 60 Millionen-Körpers. Wir, die wir erkennen, daß unser Volk diese Zustände überwinden muß, müssen auch verstehen, warum wir dazu gekommen sind. Alles was hier stattfindet, findet statt auf Grund von eisernen und ehernen Gesetzen. Es ist kein Zufall, daß im deutschen Volk 16-17 Millionen sagen, wir haben mit diesem Volk nichts zu tun, wir sind Weltbürger, internationale Weltbürger. Jeder ist unser Bruder, nur der eine nicht, der nicht das glaubt, was wir glauben. Der ist unser Todfeind, der nicht zu unserer Klasse gehört. Wie ist es möglich, daß es so weit gekommen ist?

Meine lieben Volksgenossen! Hier beginnt die große Trennung, die uns Nationalsozialisten vom anderen Parteiwesen scheidet. Die Linksparteien erklären von vornherein, das ist die Zukunft unserer Menschheit, daß wir diesen Kampf gegen die Bourgeoisie durchführen. Die Rechtsparteien sagen, das ist die Schlechtigkeit der anderen, die Minderwertigkeit der anderen und die Schuld der anderen. Hier müssen wir uns davon trennen. Wenn 15 Millionen zu einer Überzeugung kommen, dann muß ein Grund vorhanden sein, denn sie können das nicht ohne weiteres sagen; das geht nicht. Denn diese 15 Millionen Menschen, das sind 30 Millionen Fäuste, die in der Fabrik stehen, und die auf der Erde arbeiten für uns, und die auch auf dem flachen Land tätig sind. Wenn heute diese 15 Millionen Sozialisten nicht wären, wir könnten überhaupt nicht bestehen. Es ist leicht zu sagen vom bürgerlichen Standpunkt aus, mit diesen Menschen haben wir nichts zu tun. Ein Mensch ist dann etwas wert, wenn ich ihn nicht aus der Volksgemeinschaft herausnehmen kann, ohne ihn zu ersetzen. Ein Mensch ist dann nichts wert, wenn ich ihn wegnehmen kann, ohne daß ich ihn zu ersetzen brauche. Solche Menschen gibt es in allen Ständen, die, wenn sie nicht lebten, gar nicht als Mangel empfunden würden; im Gegenteil, man würde sagen, die Luft ist etwas reiner geworden. Ich kann aber nicht sagen von den Millionen Menschen, die tagsüber am Amboß stehen, sie sind wertlos. Ich kann sie nicht wegnehmen, ohne sie ersetzen zu müssen. Sie haben also einen Wert. Ich kann von einem Tagedieb, der tadellos aussieht und nichts tut als spazierengehen und im Kaffeehaus sitzen, sagen, ob der Mensch lebt oder nicht lebt, ist ganz belanglos. Wenn er nicht da wäre, würde einer weniger sein, der den anderen das Pflaster wegtritt.

Aber wenn ich einen Straßenfeger vor mir habe, der jeden Tag so und soviel Quadratmeter tadellos fegt, so kann ich nicht sagen, der ist wertlos, denn wenn ich ihn wegnehme, muß an seine Stelle ein anderer kommen. Das ist zunächst der erste Wertmesser des Menschen, daß ich nicht sagen kann, ich kann dich wegtun, sondern ein Mensch ist unersetzlich, wenn er da sein muß oder an seiner Stelle ein anderer sein müßte.

Sind Sozialdemokraten als Menschen an sich wertloses Gesindel? Nein, das sind sie nicht. Wir können diese Leute nicht national machen, sagt der eine, wir kommen nie mit ihnen zusammen, weil sie eben eine Bagage sind. Genau das gleiche sagt der andere auch, weil sie eine Bagage sind. Und er hat genau so unrecht, und er muß sich fragen, kann ich den Menschen wegnehmen, ohne ihn ersetzen zu müssen. Tun kann ich es ohne weiteres. Ich zweifle nicht, daß man in der Lage ist, Hunderttausenden von Menschen die Köpfe abzusäbeln, Ingenieuren, Ärzten, alles, was herumläuft, allein man wird dann schauen müssen, daß man wieder Köpfe bekommt. Man braucht eines Tages die Ärzte, Techniker, Ingenieure, Konstrukteure, Baumeister. Ich zweifle nicht daran, daß heute die Proletarier in einer Fabrik den Arbeitern [*sic!*] ohne weiteres die Schädel einhauen können. Aber ich bezweifle, ob die Fabrik tätig sein kann, wenn nicht an Stelle der abgeschlagenen Schädel wieder andere treten müssen. Man kann nicht darüber hinweggehen, daß diese 2 Schichten sich in grauenhafter Weise bekämpften, sie haben sich noch vollständig mißverstanden.

Die Entwicklung ist sehr einfach. Unser sogen. nationales Bürgertum lebt im Begriff "national" und hat diesem Begriff eine ganz besondere Deutung gegeben. Und diese Bedeutung ist eine so beengte und belanglose, daß Millionen von Menschen diesen nationalen Begriff nicht zu verstehen in der Lage sind. Und warum? Sie müssen sich vorstellen, daß es in unserem Volke einst keine Fabrikarbeiter gab. Erst allmählich ist das kleine Handwerk verdrängt worden. An Stelle der kleinen Nähnadel und der kleinen Werkzeuge entstanden die Fabriken. Das ist nun nicht ein Unglück für die Menschen an sich gewesen, sondern ein Glück. Sie finden heute selbst kein armseliges Häuschen, in dem sich keine Fensterscheiben befinden. Vor 300 Jahren waren Fensterscheiben eine Seltenheit. Warum? Die Maschinen ermöglichen es, daß das heute so billig hergestellt werden kann, daß jeder heute das haben kann. Wenn Sie heute hinausgehen, sehen Sie in den Gärten Flaschen eingesteckt. Man benutzt sie zum Abgrenzen der Blumenrabatten usw. Solch eine Flasche war vor 100 Jahren noch ein seltenes Stück, das der Arbeit von vielen Tagen entsprach. Heute rechnet man das nicht mehr. Heute benutzt man sie, um die Gärten zu verzieren. Es gab eine Zeit, sie liegt kaum 80 Jahre zurück, da besaßen nur 70 % der Menschen Stiefel, und diese hatten höchstens am Sonntag Stiefel an. Und es gab nur wenige Prozente, die mehr hatten als ein Paar Stiefel. Das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung wird immer kleiner.

Allein die Maschinenarbeit selbst hat einen neuen Stand geschaffen, den 4. Stand. Allmählich kommt dieser Stand immer mehr und in größerem Maße in die Stadt hinein. Das deutsche Bürgertum geht an diesem Stand vollkommen gleichgültig und gedankenlos vorbei, und damit beginnt das Unglück des deutschen Volkes. In den 30er, 40er u[*nd*] 60er Jahren beginnt das Unglück, das wir heute auszukosten haben, daß 40 Millionen Menschen aus einem neuen Stand herauswachsen und von der Welt nicht

gesehen werden. Man kümmert sich um sie nicht. Man überträgt die Arbeitszeit des kleinen Betriebes mechanisch auf den großen Betrieb. Man arbeitet im Sommer auf dem Feld 14 Stunden, warum nicht auch im Bergwerk. Man kann diese Arbeitszeit nicht übertragen. Nach 20 und 30 Jahren zeigen sich die Wirkungen. Die Körper gehen zugrunde, die Menschen sterben ab, und dann haben Sie das Volk, das Sie heute als bolschewistische Bande bezeichnen, ein Volk, das durch diese Arbeit zerstört worden ist am Leib und auch an der Seele. Denn wenn Generationen krank werden am Körper, soll man sich nicht wundern, wenn sie auch an der Seele krank werden. Die Kluft wird immer größer, und das Bürgertum, das dieses Problem nicht erkennt, bezeichnet sich als national, und die breite Masse, sie meint, daß dieser Begriff "national" identisch ist mit antisozialer Gesinnung. Vor Jahrzehnten hat man keine Notiz hievon genommen.

Als ich zum ersten Male in meinem Leben durch Zwickau fuhr, da überfiel mich ein leises Frösteln. Da fahren Sie eine Stunde durch eine Stadt, Fabrik an Fabrik, Schlot an Schlot, links und rechts schwarz geräucherte Häuser, gefüllt mit Kindern, eine zusammengepreßte stickige Luft, und da hausen diese Menschen drinnen. Da muß man sich sagen, diese kranken Menschen, die Kinder rachitisch und unterernährt, glaubt man, daß das ein Volk sein kann, muß das nicht auch geistig zugrunde gehen. Wir haben es körperlich so verkommen lassen, und Jahrzehnte lang hat man sich überhaupt um dieses Volk nicht gekümmert. Fabrik an Fabrik schoß heraus, und um die Menschen, die diese Fabriken bevölkerten, hat man sich nicht gekümmert, politisch nicht und wirtschaftlich nicht. Erst in dem Moment, in dem sie aufstanden und an die Tore zu pochen begannen, kam einer, der begriff, welche Bedeutung dem Arbeiter zukommt, der Jude.

Deutschland eroberte keine neuen Gebiete mehr. Es hat aber jährlich viele tausend Menschen Überschuß, die müssen in die Fabrik hinein, sie müssen irgendwo verdienen und erwerben. Also diese Armee des Fabrikarbeiters wird wachsen und wachsen. Und einmal werden von diesen 60 Millionen Menschen 30 Millionen aus diesem Milieu herauswachsen. Und dann kam einer, einer, der das begriffen hat, der begriffen hat, welche unendliche Bedeutung in dieser Masse liegt, einer, der sich plötzlich hingezogen fühlte zum Arbeiter, obwohl er selber nie arbeitete, körperlich nie etwas schuf, der nun plötzlich herging und sich zum Arbeiter hingezogen fühlte. Und warum hingezogen fühlte? Weil er im Arbeiter einen politischen Machtfaktor erkannte, weil er einen politischen Machtfaktor in ihm erkannte, den er einsetzen wollte, mit dem er kämpfen wollte, nicht im Dienste dieses Arbeiters, sondern im Dienste seiner eigenen politischen Idee. Es entstand bei uns und kam bei uns der Jude, der selber schuld war an der grundlosen Ausbeutung dieser Millionen und der selber Erfinder dieser Methode gewesen [*war*]. Er kam nun plötzlich, und während der Herr Paul Levi und der Herr Jakob Isaakstern [9] im Büro sitzt, während er die Gesellschaft leitet und lenkt, da kam nun plötzlich sein Bruder in den Fabrikhof hinein und plünderte die Fabrik. Es begann die Zeit der Entbehrung für die Arbeiterschaft. Da stand für den Juden nur eines fest, diese Masse muß man gewinnen, und diese Masse wird einmal diesen Staat zerschlagen. Sie soll blind sein, eine Partei von Proletariern soll gebildet werden. Handarbeitsmenschen ohne Fähigkeit, diese sollen den Staat zerschlagen, damit der internationale Weltjude seinen

9 Die Namen stehen hier synonym für das Judentum.

Siegeszug halten kann, damit er die gesamte Wirtschaft in seine Faust bekommt. Und das haben wir erlebt. Das deutsche Volk der Handarbeit hat den Staat zerschlagen, hat die deutsche Wirtschaft zerbrochen im Dienste dessen, der gesiegt hat. Gesiegt hat in diesem Kampf [*nicht*] das Proletariat gegen die Bourgeoisie, nicht der deutsche Arbeiter, sondern der internationale Finanzjude.

Und der deutsche Arbeiter ist heute arbeitslos und brotlos geworden. Das deutsche Volk ist zum Sklavenvolk geworden, ob Arbeiter oder Bürger. Das aber muß man erkennen, diese Trennung zwischen Proletarier und Bourgeoisie ist eine logische gewesen, eine durch die Entwicklung bedingte, und wird nicht beendet werden durch unsere heutigen Parteien, weil diese Parteien Träger dieser Trennung sind. Ob diese Parteien eines Tages noch in der Lage sein werden, diese Kluft in unserem Volk zu überwinden? Daran denken sie nicht, nicht an einen Wiederaufstieg. Das ist Fantasie, wenn wir glauben, daß unser Volk auf dieser Welt noch einmal wieder auferstehen wird, wenn es nicht seine innere Wiederauferstehung feiert, wenn es nicht die gegenseitige Notwendigkeit und Zusammengehörigkeit erkennt.

Das kann nur durch eine neue Bewegung kommen, eine neue Bewegung, die in ihrer Idee unabhängig ist genau so wie in ihrer Tat, die gleich unbefangen dem Arbeiter gegenübertritt, dem heutigen Proletarier und dem heutigen Bürgerlichen, eine Bewegung, die nur die Grundsätze erkennt, für mich bist du nicht Proletarier, für mich bist du nicht Bürger, für mich seid ihr beide Deutsche oder ihr seid gar nichts auf der Welt. Die neue Bewegung kennt nicht die bisherige Lebensstellung, sie nimmt keine Rücksicht auf ihre bisherigen Ideale. Sie nimmt nur Rücksicht auf das Volk, auf die Notwendigkeit, unser Volk zu bewahren vor dem Untergang, und dieser Untergang kommt, wenn das deutsche Volk nicht wieder zur Macht kommt, um sich das tägliche Brot sichern zu können.

Und wie kann diese neue Bewegung das nun erfüllen? Sie kann dies erfüllen dadurch, daß sie die Streitfragen und Begriffe herausnimmt, die die beiden trennen. Du sagst, ich will nicht national sein, ich bin international. Du sagst, der Nationalismus der anderen stößt dich zurück. Jawohl, gut. Und was stößt dich zurück? Du sagst der Sozialismus, dich stößt zurück die sozialistische Einstellung. Gut. Als Nationalsozialist kann ich mich nicht damit begnügen, das ist so, und weil es so ist, muß es so bleiben. Du sagst, ich habe mit dem Nationalismus, und du sagst, ich habe mit dem Sozialismus nichts zu tun. Das Wort ist gefallen. Dagegen erheben wir Protest. Was eine Vergangenheit geschaffen, muß eine Zukunft wieder überwinden können. Wir geben uns nicht zufrieden mit dieser Feststellung der Tatsachen. Daraus wollen wir lernen und aus ihnen heraus die Basis schaffen, aus der unser Volk eines Tages wieder hervorsteigen kann.

Und da müssen wir zunächst diese beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus uns vor Augen halten und müssen versuchen zu verstehen, warum denn überhaupt diese beiden Begriffe nicht zusammenkommen können und wollen. Warum kann man nicht Nationalist sein, wenn man Proletarier ist, und warum kann man nicht Sozialist sein, wenn man Bürger ist? Was besagen diese beiden Begriffe eigentlich?

Was heißt das: Ich bin Nationalist? Der bisherige Bürgerliche wird mir sagen, Nationalist, national sein heißt:

1. Ich glaube an eine bestimmte Staatsform, an die Monarchie.

2. Ich bin bereit für mein Volk zu kämpfen, ich trete für das Recht meines Volkes ein, ich glaube an mein Volk, an die Zukunft meines Volkes, ich bin Patriot und verteidige mein Volk, ich singe die Lieder meines Volkes.

Was heißt Sozialismus? Sozialismus heißt: Ich vertrete die Interessen meiner Arbeiterklassen, ich trete für die Interessen dieser Klassen ein, ich ordne mich diesen Interessen unter, ich glaube an den Sieg dieser Interessen.

Gut. Aber in beiden Fällen habt Ihr unrecht. Wenn man den Begriff Nationalismus so auffaßt, dann ist er hohl und äußerlich. Denn was ist der Sinn dieses Begriffes? Was heißt Nationalismus? Im Wort Nationalismus liegt das Wort Nation. Was heißt das, Nation? Wir wollen ein deutsches Wort dafür sagen, Volk. Das heißt nicht Bürger, nicht Proletarier, das heißt in diesem Falle 62 Millionen Menschen, das ist die Gemeinschaft des Volkes. Wenn ich national sein will, so heißt das, ich will diesem Volk dienen, und wenn ich einem Volk dienen will, so kann das nur heißen, ich will mithelfen, daß dieses Volk bestehen kann, daß es sein Dasein erhalten kann, daß es sein tägliches Brot verdient, und daß es sich weiter zu entwickeln vermag, körperlich und geistig. Wenn ich aber in diesem Sinne national sein will, dann muß ich verstehen, daß ich da nicht sagen kann, nun trenne ich dieses Volk, dann muß ich verstehen, daß die Zukunft unseres deutschen Volkes nur günstig für uns verlaufen wird, wenn wir in diese Zukunft ein Volk hineinführen, das gesund ist. Ich handle nur im Interesse eines Volkes, wenn ich mich mit höchstem Eifer dafür bemühe, daß ein ganzes Volk, soweit es nützlich tätig ist und wertvoll, am Leben bleiben kann. Wer ist dann wertvoll? Wertvoll ist jeder Mensch, der auf Kosten und auf Grund seiner Fähigkeit für sein Volk arbeitet und schafft. Und alle diese Menschen dazu anzuhalten, das ist in Wirklichkeit nationale Pflicht. Für diese Menschen leben, für sie sterben und sie schützen, das heißt Nationalismus und nichts anderes. Der Mensch ist kein Nationalist, der sagt: Ich singe das Deutschlandlied "Deutschland über alles", und dann mache ich meinen Profit, und am anderen Tag stehe ich auf, weil neben mir ein schmieriger Kerl sitzt, der seinen blauen Kittel nicht abgestreift hat, ich kann mich nicht daneben hinsetzen. Deutschland über alles!

Meine l[*ie*]b[*en*] Freunde! Der fürchterlichste Feind unseres Nationalismus ist die Profitgier auf der einen Seite und der Gesellschaftsdünkel auf der anderen Seite. Das sind die Feinde unseres Nationalismus. Davon muß der Nationalismus befreit sein. Es muß jeder in sich fühlen, wenn ich Nationalist bin, dann bin ich gewissermaßen ein Diener, ein Erzieher und Kämpfer für mein Volk und alle seine Schichten. Und am höchsten bin ich Nationalist, wenn ich versuche, die allertiefststehenden Menschen herauszuziehen, sie gesund zu machen am Leib und an der Seele. Wenn ich einmal sagen kann, so hat ein Volk ausgesehen, arm, elend, verkommen, und so haben wir es gemacht, dann bin ich wirklich Nationalist. Wenn ich sagen kann, so haben wir unser Volk emporgearbeitet und sein Leben verbessert, dann bin ich Nationalist. Und nicht wenn ich nur "Hurra" schreie, oder nationale Lieder singe, oder von einer Monarchie schwärme, nein, das hat damit gar nichts zu tun. Das ist äußerlich, das ist nur äußere Form. Der Inhalt all dieser Formen ist unser Volk. Glauben Sie nur nicht, daß eine Monarchie etwas Schöneres ist als eine Republik, wenn sie von zerlumpten, kranken, ungesunden Gestalten bevölkert wird. Der Inhalt ist das Wertvolle. Die Form ist das

Wandelbare. Allein ewig gleich soll bleiben der Inhalt dieser Formen. Unser Volk, das soll wachsen und gedeihen. Wenn ich mich loslöse von all dieser Voreingenommenheit, von diesem Gesellschaftsdünkel, von diesem Standesunterschied, und wenn ich mich so ganz hineinfühle in die Mission eines Erziehers für mein Volk, so werde ich verstehen, daß der höchste Preis dem zuteil wird, der den tiefsten Volksgenossen am höchsten heraushebt. Dann ist dieser Nationalismus veredelt und kann von jedem angenommen werden. Dann muß jeder, der überhaupt zu seinem Volk gehören will, und der seines Volkes Sprache spricht, Nationalist sein, weil die Nation seines Volkes ihn erhebt, ihm das Menschendasein sichert, ihm die menschlichen Rechte erkämpft. Der Nationalismus darf nicht der Feind der Menschenrechte des eigenen Volkes sein, sondern er muß deren größter Kämpfer sein auf allen Gebieten.

Und dann nehme ich den 2. Begriff: Sozialismus. Was heißt das eigentlich, Sozialismus? Sozialismus heißt nichts anderes als Klassenkampf. Der Zweck des Sozialismus soll ja auch der sein, das Schicksal dieser Masse zu bessern, zu heben, ihr Brot zu geben und [*sie*] kulturell zu heben. Der Zweck des Sozialismus soll auch der sein, daß ein Volk an ihm gesund wird, daß das Volk an diesem Sozialismus emporsteigt. Wenn ich aber erkenne, daß der Sozialismus nicht eine Parteiphrase sein soll, sondern eine Lehre zur Erhebung der Ärmsten, der Untersten eines Volkes, zur Besserung ihrer Lebensstellung, dann muß ich begreifen, das erreiche ich nur, wenn die gesamte Volksgemeinschaft dazu bereit ist, wenn ein ganzes Volk sich in den Dienst dieser Bewegung stellt. Aus all der Not, dem Elend von heute kommt der deutsche Arbeiter nur heraus, wenn er die Kraft hat, das Land im Verein mit seinen Volksgenossen zu heben, wenn seine Kraft sich verbindet mit der Kraft derjenigen, die ihm heute gegenüberstehen, wenn sich die Kraft des Schädels, der Stirne, umsetzt in die Kraft der Faust, und wenn eines Tages Kopf und Faust gemeinsam vorwärts marschieren. Wenn sie gemeinsam marschieren und sich im Begriffe einigen, daß die beiden aneinander gebunden sind. Und das, meine Lieben, dieses Umändern dieser beiden Begriffe Sozialismus und Nationalismus ist in Wirklichkeit eine Annäherung der beiden. Denn dann tritt das ein, der Sozialismus wird zum Nationalismus, der Nationalismus zum Sozialismus. Sie sind beide eins, Sozialis[*mus*] und Nationalismus. Sie sind die größten Kämpfer für das eigene Volk, sind die größten Kämpfer im Daseinskampf auf Erden und damit sind sie nicht mehr Kampfgeschrei gegeneinander, sondern ein Schlachtruf, der sein Leben nach dieser Parole ausgestaltet. Den Standesstolz kennen wir nicht, genau so wenig wie den Klassenstolz. Wir kennen nur den einen Stolz, nämlich Diener eines Volkes zu sein. Da heißt es, das ist nicht dein Verdienst, das hat dir die Natur gegeben, zu uns kommst du nicht als Bürger oder Proletarier, bei uns gibt es kein Klassen- oder Standesbewußtsein. Erst wirf deine ganze Vergangenheit weg, löse dich los von diesen Begriffen und erkenne das, was dich mit dem anderen verbindet, das gemeinsame Blut, und daß ihr euch beide verständigt mit einer gemeinsamen Sprache, und daß ihr demgemäß den Kampf um das Dasein gemeinsam führen müßt, daß ihr nicht wegkommt voneinander. Ihr könnt heute wohl schreien, weg mit der Bourgeoisie, weg mit der Politik, ihr kommt voneinander nicht weg. Ihr seid da, das Schicksal hat euch hierher geführt, es hängt von euch ab, ob ihr euch kennenlernt oder ob ihr euch bekämpft. Denn im Kriege des Proletariers gegen die

Bourgeoisie und umgekehrt gibt es keinen Sieg, sondern nur 2 Besiegte. Das müssen Sie verstehen, und das ist der Inhalt der Lehre des Nationalismus [10].

Nehmen wir Stellung zu dieser Lehre, und fragen wir uns nach 2 Gesichtspunkten: Nützt das unserem Volk, und ist das Volk in der Lage, sich zu einigen und zusammenzuschließen, und kann das unser Volk endlich nach außen zu jener Kraft bringen, die es braucht, um einmal wieder zur Freiheit zu gelangen und den Sieg für sich zu haben, statt ihn nach außen abliefern zu müssen? Und das ist das Staatsfeindliche unserer Lehre. Deshalb verbietet man uns. Und wer verbietet uns? Die anderen Parteien. Und warum verbietet man uns? Weil sie Krieg sehen zwischen zwei sich tödlich bekämpfenden Hälften. Weil wir die Einigkeit unseres Volkes, weil wir die Größe unseres Volkes wünschen, deshalb sind wir die Feinde dieser anderen Welt und all derer, die sich darin wohlfühlen. Deshalb sind wir Gegner des heutigen Zustandes.

Jahrelang hat unsere Bewegung gekämpft, sie hat ein gewaltiges Weltanschauungs-Programm aufgestellt. Das kann man nicht in 2 Stunden erörtern. Da sind 20 und 30 notwendig, um das Programm zu umreißen. Gewaltig hat diese Bewegung sich auch entwickelt. Denn das Ziel steht vor uns allen, denn es ist das Ziel, das jeder von uns will, selbst der, der sich ganz entfernt hat von unserer Volksgemeinschaft. Im Grunde genommen schlägt bei ihm doch dasselbe Herz wie bei einem anderen, und seien Sie ehrlich, wenn er es äußerlich auch ableugnet, im Innern hat er doch nur den einen Gedanken, eines Tages soll ich vielleicht selbst noch die Stunde erleben, in der das deutsche Volk wieder frei wird und die Ketten zerbricht, die es bedrücken. Das ist das Ziel, das uns vorschwebt, daß eines Tages eine Stunde kommt, da auf dieser Welt das deutsche Volk wieder geachtet und geehrt da steht, nicht als Volk der Klasse[*n*] von einst, sondern ein einziges Volk, das sich nun zu heben beginnt auf allen Gebieten des Lebens, als ein Volk, das fleißig ist und emsig, und das für den Fleiß belohnt wird mit einer gerechten Verteilung und belohnt vor allem damit, daß jeder wirklich das erhält, was er geschaffen hat. Und eines Tages, da steht ein Volk vor uns, das sagt: Ich gehöre einer Klasse an und nicht einer unterdrückten Klasse, nicht einer herrschenden Klasse. Ich bin der Bürger eines großen Reiches, und unsere Gemeinschaft gibt mir gleiches Recht wie den anderen und demgemäß auch gleiche Pflichten. Ich bin kein Sklave, ich bin ein Herr, wenn ich auch ein Diener meines eigenen Volkes bin.

Wir kämpfen gegen alle Zerstörer der Zeit, die uns zerreißen, und den Weg, den sehen Sie vor Ihnen. Vor 7 und 8 Jahren eine lächerlich kleine Bewegung und dann später mehr und mehr, 30 und 50. Nach einem Jahr waren 62 Mitglieder geworben, 1 Jahr später 300 und wieder 1 Jahr später 3.000. Dann kam die große Zeit der Unterdrückung, und in diesen Tagen, da wir wie z. B. heute versammelt sind in diesem kleinen Holzraum hier, da kämpfen heute abend in Berlin genau so viele und sprechen vor der großen Menschenmenge, und auch dort sind die Säle voll und gefüllt, und die Bewegung wächst und wächst und wird weiter wachsen. Keine Unterdrückung wird sie zu hindern vermögen. Sie wird eines Tages entweder siegen und unser Volk retten oder auch mit unserem Volk zugrunde gehen. Wir erleben jetzt diesen Zustand. Und das Gebilde, das Sie von diesem Zustand befreien soll, das schickt Ihnen nicht der Himmel, sondern das

10 Muß heißen: Nationalsozialismus.

muß in bitterem Kampf errungen werden. Diesen Kampf haben wir heute zu kämpfen, den Kampf um die Seele unseres Volkes, um den Glauben und das Vertrauen unseres Volkes. Wir kämpfen für ein Ziel, das im Dienste unseres Volkes liegt, und deshalb wird keine Macht der Welt diesen Kampf jemals wieder zu brechen vermögen.

Wenn der Himmel uns seinen Segen gibt, werden Menschen uns nicht vernichten!

9. März 1927 Dok. 84
"Deutsche Front" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 11.3.1927, "Hitler spricht" [3].

Adolf Hitler begann mit einem kurzen Hinweis auf das soeben abgelaufene Redeverbot, indem er feststellte, daß das zweijährige Verbot der nationalsozialistischen Bewegung keinen Abbruch tun konnte. Denn wenn eine Bewegung notwendig ist und eine geschichtliche Mission hat, dann kann sie auch durch Eingriffe von Staatslenkern nach dem heutigen Maßstab nicht umgerechnet [*sic!*] werden. Das Spiegelbild der Tätigkeit dieser Staatslenker sehen wir heute vor uns.

Die nationalsozialistische Bewegung, die Massen, die heute im Zirkus "Krone" sich wieder zusammengefunden haben, genau so wie damals vor zwei und mehr Jahren, sind der deutliche Beweis dafür, daß das Leiden, das Elend und die persönliche Not aller die gleichen geblieben sind. Jeder einzelne begreift, daß es ihm persönlich in dieser Zeit nicht gut gehen kann, wenn das ganze Volk in ungeheurer Not ist; denn jeder einzelne ist ja nur ein Teil der Gesamtheit. Millionen Deutscher fühlen es heute, daß man nicht mehr an Recht und Gerechtigkeit glauben kann!

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 8.3. und 9.3.1927 sowie Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9905). Faksimiledruck: Adolf Dresler/Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 186.

2 Im Zirkus Krone, von 21.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Mitgliederversammlung, an der laut Versammlungsbericht (gez. K. Sch) etwa 7.000 (Lagebericht: 4.500; VB: 7.000) Personen teilnahmen, wurde von Rudolf Buttmann geleitet.
In seiner Begrüßungsansprache verlas Buttmann die Auflagen, die die bayerische Regierung für öffentliche Hitler-Versammlungen aufgestellt hatte. Vgl. auch Rundschreiben des bayerischen Innenministers Karl Stützel vom 9.5.1927 betr. Hitler-Versammlungen; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739.

3 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 7.3.1927, "Wieder Hitler-Reden zugelassen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.3.1927, "Adolf Hitler"; Bayerischer Kurier vom 11.3.1927, "Hitlers Jungfernrede" und "Die Bekehrung des Herrn Hitler"; Fränkischer Kurier vom 11.3.1927, "Die erste Münchner Hitlerversammlung"; VB vom 11.3.1927, "Aufmarsch des Nationalsozialismus"; VB vom 12.3.1927, "Die Auferstehung der deutschen Front"; VB vom 13./14.3.1927, "Die Presse zum Wiederauftreten Adolf Hitlers". Sowie Polizeibericht vom 10.3.1927 (gez. Marthaler); StA München, Polizeidirektion München 6737. Polizeibericht vom 10.3.1927 (gez. Häusler); ebenda. Versammlungsbericht, o. D. (gez. K. Sch.); BayHStA, MA 100427. Lagebericht N/Nr. 55 der Polizeidirektion München vom 21.3.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Und nun erhebt sich die Frage: Was ist denn der Grund, warum die Tausende zu uns kommen und heute wieder dieses Haus füllen? Warum gehen sie nicht hin zu den Trägern des alten Deutschlands, zu ihren alten Parteien, die doch jahrzehntelang das Schicksal des Reiches verkörpert haben und dafür verantwortlich waren. Sie, die alten Parteien, müßten doch heute eigentlich die berufenen Organisationen sein, um dem deutschen Volk den Weg aus seiner Not und aus seinem Elend zu zeigen. Aber wer ist unter Ihnen, der im Innern und im Ernste noch an die Rettung durch diese Gebilde glaubt? Wenn Sie ehrlich sind, kein einziger!

Und warum nicht? Nicht wegen der Parteiprogramme, für die die deutschen Wähler alle Jahre oder noch öfters zur Wahlurne getrieben werden! Das sind die kleinen Mittelchen, mit denen man die Sorgen des Alltags überwinden will, ohne aber auch nur das Geringste dadurch zu bessern. Die ganz großen Gesichtspunkte, die ewige Gültigkeit behalten, sind es, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Und dann stellt sich heraus: Die alten Parteien sind überholt und greisenhaft geworden; sie waren ja schon da vor Jahrzehnten und in der Zeit des gewaltigen Zusammensturzes, den sie nicht verhindern konnten. Wir haben über Nacht den furchtbarsten Zusammenbruch erlebt, der in unserem Volke das Unterste zu oberst kehrte; aber sehen Sie hinein in die Parlamente, in ihnen hat sich nichts geändert: da sind noch genau dieselben Leute und dieselben Typen wie vor dem Kriege. - Nur älter sind sie geworden. Älter und unfähiger!

Zwei gewaltige Gruppen stehen sich im politischen Leben Deutschlands gegenüber, in denen die beherrschenden Weltanschauungen sich manifestiert haben. Wir sehen ab von den einzelnen Parteien, wir sehen auf der einen Seite das sogenannte nationale Bürgertum und auf der anderen das internationale Proletariat. Das sind die beiden großen Lager, in die das deutsche Volk heute zerspalten ist. Sie blicken heute zurück auf einen 70jährigen Kampf, in dem sie miteinander um die Herrschaft ringen. Und wenn sie die Frage stellen: Was haben sie erreicht in diesem Vernichtungskampf? So stellt sich heraus, daß sie beide ihr Ziel nicht erreicht haben.

Das Ideal des nationalen Bürgertums war ein mächtiger Staat, stark nach außen, mit einem sauberen Verwaltungsapparat, mit einer starken Armee, mit einer unabhängigen Wirtschaft, gekrönt durch die monarchische Spitze.

Und die internationale Arbeiterschaft träumt von der Solidarität des internationalen Proletariats, von einem gewaltigen Menschheitsbund [4], in dem die Grenzen der Völker verschwunden sind, von einer Welt, in der es keine Kriege mehr gibt!

Und wie sieht es heute aus? Was ist aus diesem Staat des Bürgertums geworden? Die Republik von Weimar, in der Abhängigkeit internationaler Versklavungsgesetze, ohne einen festen Schutz nach außen, gedemütigt durch die internationalen Siegermächte, unfrei und versklavt. In wenigen Tagen des Zusammenbruchs sind wir vom Herrenvolk zum Heloten der Welt geworden.

Und wo sind die Erfolge des internationalen Proletariats? Auch dieses muß eingestehen, daß es sein Ziel nicht erreicht hat. Es fehlt der blinde Glaube an die Verwirklichung der marxistischen Dogmen. Man kann eine Welt nicht umändern nach den papierenen Begriffen des kommunistischen Manifests. Mehr und mehr zeigt sich, daß der

4 In der Vorlage: "Menschheitspunkt".

blutleere Inhalt der marxistischen Programmatik keine Zugkraft mehr auszuüben vermag und kein schöpferisches Leben besitzt. Die Verbohrtheit der marxistischen Ideologen ist zu groß, um zu neuem Leben erweckt werden zu können. Wenn die Welt untergeht, wird noch der letzte Marxist auf der Spitze des Gaurisankars [5] das kommunistische Manifest deklamieren, in der Hoffnung, daß es sich, wenn schon nicht auf der Welt, so doch vielleicht noch auf den Sternen verwirklichen läßt.

Beide haben sie versagt, der Marxismus und die Bourgeoisie, ihre Gebilde sind nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck geworden, sie sind nur mehr um ihrer selbst willen da. Der gewaltige Fehler, den sie beide gemacht haben, liegt in einer Ursache: in der Trennung des Kopfes von der Faust! Die einen haben geglaubt, lediglich durch ihre Intelligenz die Herrschaft im Staate behaupten und den Arbeiter der Faust mißbrauchen zu können! Und die anderen haben geglaubt, allein herrschen zu können, wenn sie den verhaßten Vertretern des Bürgertums die Köpfe absäbeln. Die Folge ist ein gewaltiges Trümmerfeld, auf dem die Leichenfledderer Orgien feiern. Denn dieser Kampf der beiden Lager kann und wird nicht endigen mit dem Siege des einen über den anderen, sondern mit der Niederlage beider.

Über beiden siegt eine gewaltige Macht: die internationale Macht des Judentums, das sich als die schrecklichste Gefahr im Völkerleben erwiesen hat.

So haben sich beide Mächte als unfähig herausgestellt, die Rettung unseres Vaterlandes herbeizuführen. Der Begriff des Nationalen im Sinne des Bürgertums hat für das Proletariat jeden Sinn verloren. Er ist für sie gleichbedeutend geworden mit antisozialer Gesinnung. Und ebenso ist der internationale Sozialismus bis heute nicht fähig gewesen, die Völker in seinen Bann zu ziehen. Der Sinn, der in den beiden Begriffen liegt, ist durch die Tatsachen der geschichtlichen Ereignisse überholt. Sie müssen mit einem neuen Inhalt erfüllt werden, um in der Vereinigung ihre geschichtliche Mission verwirklichen zu können. Wer heute Nationalist ist in dem Sinne, daß er für die Existenzmöglichkeiten seines gesamten Volkes den Kampf aufnimmt und nicht die eine Hälfte des Volkes ablehnt, der ist auch gleichzeitig Sozialist im wahren Sinne des Wortes. Und wer den Sozialismus als die Gemeinschaftsidee im Sinne der Wohlfahrt des gesamten arbeitenden Volkes erfaßt hat, der ist auch gleichzeitig Nationalist.

So schafft die nationalsozialistische Bewegung die gemeinsame Plattform, auf der sich die gesamte Nation im völkischen Geist wieder zusammenfinden kann und zusammenfinden muß; denn national ist nicht derjenige, der die Wacht am Rhein singt, sondern der tatkräftig dabei mithilft, daß die Wacht am Rhein eines Tages wieder angetreten werden kann. Aus dieser Gesinnung heraus erst wächst die "Deutsche Front"!

5 Ein Gipfel des Himalaja.

11. März 1927 Dok. 85
"An die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der N.S.D.A.P."
Anordnung

VB vom 16.3.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

An alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der Partei und zwar zunächst für *Bayern* ergeht hiermit die Anweisung, dem Pg. Reichstagsabgeordneten Dietrich [1] (Franken), Berlin NW 7 Reichstag, *umgehend* mitzuteilen:

a) ob in einem Kriegsopferverband organisiert?

b) wenn ja, *in welchem*?

c) ob Kriegerhinterbliebener oder Kriegsbeschädigter mit Angabe des Prozentsatzes der Erwerbsunfähigkeit?

d) ob augenblicklich ein Rentenverfahren im Gange ist und bei welcher Behörde?

Bei Ortsgruppen ist gesammelte Meldung erwünscht.

München, den 11. März 1927

Adolf Hitler

12. März 1927 Dok. 86
"Muß Deutschland zugrunde gehen?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [2]

VB vom 15.3.1927, "Adolf Hitler spricht vor 7000 Zuhörern in Augsburg" [3].

Und dann spricht Adolf Hitler. Atemlose Stille herrscht, als er an Hand der Geschichte nachweist, daß zu allen Zeiten der Bildung neuer Bewegungen innere Ursachen zugrunde lagen, deren Anfang meist schon Jahrzehnte, oft sogar Jahrhunderte zurückreichte. Not wirkt komprimierend und bricht sich dann Bahn, wenn schließlich ein Füh-

1 Hans Dietrich (1898-1945), Volksschullehrer, 1920-1922 Gauwart des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1928 MdR (NSDAP), 1929 Vorsitzender der NSDAP-Stadtratsfraktion in Coburg, 1932/33 MdL in Bayern, 1933 Stadtschulreferent in Coburg, 1933/34 Landesobmann der NS-Kriegsopferversorgung in Bayern.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 11.3. und 12.3.1927.

2 In der Sängerhalle, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Schwäbischer Volkszeitung etwa 2.000 (VB: 7.000) Personen teilnahmen, wurde vom NSDAP-Kreisleiter Karl Wahl geleitet.

3 Vgl. auch Augsburger Neueste Nachrichten vom 14.3.1927, "Aus dem Parteileben. Hitler in Augsburg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1927, "Hitler in Augsburg"; Neue Augsburger Zeitung vom 14.3.1927, "Die Hitlerversammlung in der Sängerhalle"; Schwäbische Volkszeitung vom 14.3.1927, "Allerlei Heiteres aus dem Zirkus Hitler!". Sowie Lagebericht N/Nr. 55 der Polizeidirektion München vom 21.3.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

rer aus dem Volke den Kampf um Leben, um Brot durchkämpft. Nicht anders bei uns. Daß Hitler allen aus dem Herzen sprach, als er erwähnte, daß niemand heute in unsere Versammlung gekommen wäre, wenn nicht die Unfreiheit und Not, aber auch der erloschene Glaube an die eigene Partei, ob rechts oder links, sie alle zu uns getrieben hätte, bewies der Beifall, den die Tausende von Schicksalsgenossen ihm und seinen Worten spendeten. Allgemeine Hoffnungslosigkeit und doch unbewußtes Sehnen nach einem Rettungsanker durchzieht heute unser ganzes Volk; das Volk, die Schaffenden und jene, die arbeiten wollen und nicht dürfen, die Millionen von Arbeitslosen, denen die Internationale Börsengesellschaft ihre Arbeitslosenkarte abstempelt und ihnen damit sagt, daß sie überflüssig sind. Wer ahnt aber, daß die Göttin des Hungers durch's Land zieht, das Sklavenlos das Volk beherrscht, wenn er hineinsieht in die Parlamente und diese Gestalten kriechen sieht.

Zwei Armeen von Gegnern stehen sich heute in Deutschland dank der Tätigkeit der bisherigen Parteien gegenüber: Zerlumpte Proletarier und versklavte Bourgeoisie. Zertrümmerter Staat - hungerndes Volk ihr Werk. Anknüpfend an das Dichterwort: "Deutschland wird am glücklichsten dann sein, wenn sein ärmster Volksgenosse zum glühendsten Patrioten geworden ist" zeigt Adolf Hitler das Ziel und den Weg des nationalsozialistischen Gedankens und Staates.

Aller Augen leuchten auf, Tausende von schwieligen Händen dankten Adolf Hitler, als er davon spricht, daß im einstigen nationalsozialistischen Staat nicht mehr Zerlumpte, durch zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit um Gesundheit gebrachte Gestalten aus den Mauern der Fabriken strömen werden, sondern daß es freie, aufrechte und gesunde Menschen sein werden, deren wir uns nicht mehr zu schämen brauchen, auf die wir stolz sein können. [4]

4 Folgt abschließender Kommentar.

15. März 1927 Dok. 87
"Kopf und Faust" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [2]

Bericht des Vorstandes des Bezirksamts Coburg an Regierungspräsidium von Oberfranken vom 16.3.1927 (Abschrift); StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739 [3].

Er [*Hitler*] führte aus: Das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das die Massen quäle, gehe weniger um das persönliche Schicksal des einzelnen, sondern um das des ganzen Volkes; das Gefühl der Aussichtslosigkeit, die unerträglichen außenpolitischen Zustände zu ändern, sei es, das die nationalsozialistische Bewegung trotz Redeverbot und polizeilichen Schikanen so stark gemacht habe, neben dem Gefühl, daß die bisherigen Parteien abgewirtschaftet hätten, weil sie kein Zukunftsprogramm mehr hätten, sondern wie Greise von 70 und mehr Jahren von der Vergangenheit zehrten und sich von ihrer Belastung aus dieser Vergangenheit nicht mehr losmachen könnten. Nicht mit einzelnen Parteien wolle er sich abgeben, sondern mit den beiden grundlegenden Weltanschauungen, die Deutschlands Geschicke in den letzten 70 Jahren beherrscht hätten, mit dem Bürgertum in seiner Zusammenfassung auf der einen Seite und dem Marxismus auf der anderen Seite. Das Bürgertum habe einen machtlosen Staat hinterlassen, der Marxismus sei nicht fähig gewesen, einen neuen Staat aufzubauen, weil er selbst auf veralteten Weltanschauungen beruhe.

Hitler ging dann auf die politischen Ziele der beiden Weltanschauungen ein, überging aber vollkommen die weitere Spaltung im deutschen Volk, die konfessionelle. Er verstieg sich dabei zu der merkwürdigen Behauptung, daß die rechte Seite heute die Kopfarbeiter, die linke dagegen den Handarbeiter in sich schließe. Er versuchte das Bürgertum als nur dem Ideal der Sättigung und Behaglichkeit und Ruhelebens hinzustellen [*sic!*] und teilte ihm vor allen Dingen die Schuld daran zu, daß der Marxismus, als er glaubte, an die Herrschaft gelangt zu sein, nun ebenfalls seinerseits das größtmögliche Maß der Sättigung zu erreichen versucht habe, ohne dabei Köpfe zu haben. Er stellte dann über die Bewertung des einzelnen Volksgenossen einen durchaus materialistischen Maßstab auf, indem er unter vollkommener Außerachtlassung der moralischen und der ethischen Qualitäten des einzelnen Volksgenossen nur denjenigen als wertvoll bezeichnete, an dessen Stelle im Produktionsprozeß wieder ein anderer gesetzt werden müßte, wenn man ihn entfernte. Unter diesem Gesichtspunkte seien die 16 Millionen international eingestellten Deutschen, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt,

1 Titel laut VB vom 18.3.1927.

2 Im großen Saal der Hofbräuhausgaststätten, von 19.45 bis gegen 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.700 (VB vom 18.3.1927: 2.500) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Franz Schwede geleitet. Aus mehreren Orten Thüringens waren SA-Gruppen angereist.

3 Vgl. auch Coburger Tageblatt vom 16.3.1927, "Die Hitlerversammlung in Coburg"; Coburger Volksblatt vom 16.3.1927, "Aus dem Verbreitungsgebiet. Coburger Bezirk"; Coburger Zeitung vom 16.3.1927, "Adolf Hitler in Coburg"; VB vom 17.3.1927, "Hitler-Versammlung in Coburg"; VB vom 18.3.1927, "Hitler in Koburg [*sic!*]". Sowie Lagebericht Nr. 104/27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 23.3.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

zu bewerten; wären sie der Volksgemeinschaft im nationalen Sinn wirklich verloren, so hätte jeder Kampf um Deutschlands Wiederaufstieg seinen Sinn verloren. Sie müßten gewonnen werden, müßten aus den Klauen ihrer derzeitigen Köpfe, die fremdstämmiger Natur seien, herausgerissen werden und müßten ihrerseits in den anderen Volksgenossen ebenfalls den Bruder sehen lernen. Es sei eine Lüge zu sagen, der sozialistische Gedanke "marschiere"; man könne von ihm höchstens sagen, daß er "auf die Straße gehe". Es sei eine Utopie zu glauben, daß eine sozialistische Republik in einer kapitalistischen Umwelt bestehen könne. Kopf und Faust gehörten zusammen; sie müßten sich verstehen lernen, das aber könne das deutsche Bürgertum nicht mehr. Das Trennende sei zu groß. Das Trennende sei vor allen Dingen die unterschiedliche Auffassung des Begriffes "national". Nur soweit "national" den Grundsatz vertrete "das Volk muß leben", sei es [*sic!*] gerechtfertigt. Abzulehnen sei der Begriff, den das Bürgertum dem Worte beilege, wonach die Gesellschaft oder die Wirtschaft müsse leben können [*sic!*]. Wenn das richtig erkannt werde, dann werde auch der wirkliche derzeitige Herr Deutschlands, die Börse, ihre Macht verlieren und das deutsche Volk wieder das erhalten, was es brauche, "Freiheit und Brot". [4]

22. März 1927 Dok. 88
Anordnung

VB vom 25.3.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Die im § 6 der Satzung vom 22. Mai 1926 [2] freigegebene und in den Richtlinien vom 1. Juli 1926 [3], Seite 1, näher bezeichnete taktische Unterteilung großer Ortsgruppen in Sektionen oder großer Gaue in Untergaue bzw. Bezirke darf nur mit Rücksicht auf die einheitliche Bearbeitung der betreffenden Unterglieder in organisatorischer und propagandistischer Beziehung erfolgen.

In wirtschaftlicher Beziehung unterstehen die Ortsgruppen allein und unmittelbar dem verantwortlichen Gauleiter bzw. dem Gaukassenwart, wie schon in Ziffer 3, Zeiteingaben, und Anlage III der obenerwähnten "Richtlinien" zum Ausdruck gebracht ist.

München, den 22. März 1926 [*sic!*]

gez. Adolf Hitler

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 26.3.1927, "Aus der Bewegung".
2 Vgl. Bd. I, Dok. 146.
3 Vgl. Dok. 1.

23. März 1927 Dok. 89
"Die deutsche Schicksalsfrage" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D. [3]; StA Nürnberg, Slg. Streicher 174 [4].

Meine lieben Volksgenossen und -genossinnen!

Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, das ist ein Thema, mit dem sich heute kaum eine politische Partei beschäftigt. Was sonst so hereingetragen wird, geht auf in Wiederkauen der Leiden des Alltags und besonders im Prophezeien (Projezieren [*sic!*]) von Hoffnungen und deren Erfüllungen. Die politischen Parteien bringen nur Versprechen. Es gibt keine politische Partei, die das nicht machen würde, besonders bei den Wahlen. Eine Fülle von Versprechungen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens wird gemacht. Man verspricht Aufwertung der Vermögen, Erhöhung der Gehälter usw. Abgesehen davon, daß sich das von Jahr zu Jahr wiederholt, und daß diese Versprechungen bisher nicht erfüllt worden sind; denn sonst könnte man nicht jederzeit kommen, im nächsten Jahr wieder und immer das Gleiche vortragen. Das Programm nun, das ich Ihnen hier in großen Strichen noch verkünden will, ist zunächst nicht eine Erfüllung dieser rein persönlichen Wünsche, die jeder einzelne in sich trägt, nicht die Hoffnung einzelner möchte ich Ihnen hier erfüllt haben, sondern ich möchte Sie hinweisen auf eine große Frage, die unser ganzes deutsches Volk, alle Menschen unserer Sprache ausnahmslos beschäftigen müßte, wenn sie nicht nur die kleinen Äußerungen dieser großen Schicksalsfrage sehen würden. Sie sehen nur eines vor sich, die Sorge des Alltags, Not, Elend, Jammer, Kummer usw., ohne sich klar zu werden, daß es sich hier um Erscheinungen einer tiefen Krankheit handelt. Auch wenn der einzelne glaubt, daß er vielleicht augenblicklich diesem Schicksal entgehen könnte, er wird einmal dieser Krankheit zum Opfer fallen. Bitte lösen Sie sich los von den kleinen Sorgen des Alltags. So wie hier be-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 23.3.1927.

2 Im Herkules-Saalbau, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.700 Personen teilnahmen, wurde von Georg Gradl, NSDAP-Ortsgruppengeschäftsführer und Stadtrat, geleitet. Vor Hitler sprach Julius Streicher. Die Versammlung war wegen Erkrankung Hitlers vom 18.3.1927 auf den 23.3.1927 verschoben worden. Vgl. VB vom 19./20./21.3.1927, "Verschiebung der Hitlerversammlung".

3 Die maschinenschriftliche Übertragung einer stenographischen Mitschrift wird in ihrer ursprünglichen Fassung ohne die handschriftlich erfolgte redaktionelle Überarbeitung wiedergegeben. Druck einer überarbeiteten Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175) unter dem Titel "Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes": Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 34-41.

4 Gekürzte Fassung: VB vom 26.3.1927, "Das Siegfriedschicksal des deutschen Volkes". Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 24.3.1927, "Hitlers Maulkorbrede"; Nürnberger Zeitung - NZ am Mittag vom 24.3.1927, "Aus Parteien und politischen Organisationen: Eine Hitlerversammlung"; Fränkischer Kurier vom 25.3.1927, "Die Hitler-Versammlung in Nürnberg"; Nürnberg-Fürther Morgenpresse vom 25.3.1927, "Nutzlose Atemübungen Hitlers in Nürnberg"; VB vom 25.3.1927, "Große Hitlerkundgebung in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 104/27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 23.3.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

finden sich an anderen Orten 62 Millionen Menschen, die deutsch reden, und darüber hinaus bis über 70 Millionen, durch bestimmte Momente miteinander verbunden, und die gemeinsame Sorgen zu tragen haben, so daß das Einzelschicksal in ein Nichts versinkt, gemessen an dem Großen. Die gemeinsame Not wirft ihre Strahlen zurück auf den einzelnen. Der einzelne muß mitleiden. Die Lösung erfolgt nicht durch Betrachtung der Einzelschicksale, sondern durch Überprüfung des Schicksals der 60 Millionen. Es erhebt sich die Frage: Ist dieses deutsche Volk, das wir in Mitteleuropa hier sehen, lebensfähig, kann es für die Zukunft noch sein Leben bewahren, oder nicht? Da möchte ich dieses ganze Große zunächst betrachten. Einzelne Feststellungen, besonders was einen einzelnen auch quält, die Sorgen der einzelnen Menschen sind oft Veranlassung zu größerer Energieentfaltung. Die Not ruft in dem Menschen immer ein Ziel wach, nach dem er streben will. Der Mensch arbeitet nie planlos, er faßt sich immer ein Ziel. Der einzelne hat ein Bestreben, über die eigene Not herauszukommen, wenigstens daß es seinem Kinde einmal besser geht. Nur die Schwächlinge werden entmutigt, über die das Leben hinweggeht.

Das ganze deutsche Volk ist einer großen Trostlosigkeit verfallen, weil der einzelne nicht weiß, wie eine Änderung herbeigeführt werden soll. Jeder erkennt die verzweifelte Lage des deutschen Volkes. "Es ist doch alles umsonst", sagt man sich. "Können Sie es besser machen?" sagen die Politiker zum Klagenden und sagen damit selbst, daß sie nichts besser machen können. Sie haben selbst kein Vertrauen mehr. Dieses Niedergedrücktsein beweist ein Sichabfinden mit den gegebenen Verhältnissen. Sie wollen auf dem Wege der Kompromisse sich abfinden, um noch einigermaßen etwas herauszuschlagen, für ihre eigene Person. Jeder schläft wie er sich bettet. *Aber das große gemeinsame Bett kann man nicht allein machen.* Jeder sieht den Mißerfolg seiner Partei. Die Parteiführer finden nicht mehr den blinden Glauben an die Richtigkeit der bisher vertretenen Ziele. *Man glaubt nicht mehr an die, welche den großen Glauben ausstrahlen müßten.* Solange die Führer glauben, solange glauben auch die Geführten. Wenn sie aber ihr eigenes Ich nicht mehr in die Schanze schlagen wollen, dann kommt das Siechtum und der Tod. Die Organisation ist dann nur mehr ein Mittel zum Zweck. Die Menschen sind nur mehr da, um den erstarrten Parteigebildeten [*sic!*] zu dienen. Nur alle 5 Jahre kommt Leben in die Bude. Es erfolgt eine kleine Vorstellung der bisherigen Führer. Der Zeitungsleser hört immer, daß die Politik von verantwortungsbewußten, besonnenen, ruhigen Personen gemacht werden müsse. Aber etwas Unbesonneneres und Verantwortungsloseres kann man sich nicht vorstellen als das, was als Politik getrieben wurde in den letzten 8 Jahren. Wenn der einzelne die politischen *Dreikäsehochs* von oben sehen würde, so würde er sehr überrasch[*t*] sagen: *"Das also ist die Auslese der Nation?* Mit *der* paradieren wir in der Weltgeschichte, das sind die besonnensten, die genialsten Menschen der deutschen Nation?" So würde sich ein Zeitungsleser sagen, der sonst nur von unten nach oben zu schauen gewohnt war.

Niemand ist zufrieden mit den Ergebnissen der bisherigen Politik. Es wird gependelt, nicht nur von den Abgeordneten, sondern noch mehr von den Wählern. Den Leuten fehlt der innere felsenfeste Glauben. Stellen Sie sich vor, es würde *in der Religion* so gemacht werden. Es würde ein Herumwandern von einer Sekte zur anderen stattfinden. Es

wäre das ein Zeichen, daß kein Glaube mehr lebt. Wer einen Glauben besitzt, interessiert sich nicht für andere Glaubensbekenntnisse. Der Glaube an die bisherigen Parteigebilde ist längst verloren gegangen. Er muß auch verloren sein. Bei Tagesfragen kann man leicht die Menge täuschen. Wenn man die großen Gebilde betrachtet nach ihren Zielen und Erfolgen, dann steht fest, daß die Ziele nicht erreicht und auch der Erfolg ausgeblieben ist. Rechnen Sie nicht mit Deutscher Volkspartei, Bayerischer Volkspartei und wie diese Ungeziefer alle heißen. Was die voneinander trennt, das sind nicht Weltanschauungen, man wechselt die Parteien aus Kalkulationsgründen: "Dieser Wahlkreis ist unsicher, da falle ich das nächste Mal durch." Kuhhaut![5] Studieren Sie mal die Zeitungen und stellen Sie ihre *Weltanschauung* fest. Wir wollen eine Trennungslinie in Deutschland heraussuchen. Zur Zeit werden in Österreich die Vorbereitungen für die Wahlen getroffen[6]. Man sagt, in Österreich entscheidet sich das Schicksal: hie bürgerlich, hie proletarisch-marxistisch. Das ist eine Trennungslinie, wobei wir uns nicht einrangieren. Deshalb hat man auf uns eine Wut in Österreich, weil wir auf eigenen Füßen stehen wollen. Innerhalb der beiden Gruppen pendeln die Leute hin und her. Nicht von einer Gruppe zur anderen, sondern innerhalb der Gruppen selbst, von einer Nuance zur anderen. Beide Systeme waren schon an der Macht. Was haben die beiden für Ziele? Was unterscheidet den Marxismus vom nationalen Bürgertum? Beide Gruppen hatten ein politisches Programm. Das nationale Bürgertum träumte von einem mächtigen nationalen Reich, geschützt von einer kraftvollen Armee und einem unbestechlichen Beamtenkörper, gekrönt von einer Monarchie und von einer unabhängigen nationalen Wirtschaft. Auf der anderen Seite wünschten die Marxisten Beseitigung der Staatsgrenzen, eine Weltkoalition, Beseitigung von Verwaltung, Kapitalismus, Aufrichtung eines freien Volksstaates, in dem der einzelne regiert und alle Früchte seiner Arbeit persönlich erntet, Verbrüderung usf.

Was ist erreicht worden? Nicht inbezug auf Eure kleinen Tagesprobleme, was habt Ihr im Großen erreicht? Das ist die Frage. Nicht parlamentarische Erfolge. Die Ziele sind nicht erreicht. Kein nationales Deutschland haben wir, das frei ist. Wir haben ein wehrloses, unfreies Deutschland. Wir haben keine blendende Verwaltung. Diese ist verparlamentarisiert. Die Monarchie existiert nicht mehr, wir haben keine unabhängige Wirtschaft mehr, das internationale Kapital ist Herr. *Wie steht es mit dem lebendigen nationalen Geist?* 30 Millionen wollen nichts davon wissen und sagen: "Wir wollen nichts wissen vom Nationalsozialismus [*sic!*], wir wollen die *internationale Solidarität.*" Ihr habt ein großes Reich übernommen, und so habt Ihr es Euren Kindern überliefert. Was war, hat nicht das nationale Bürgertum gebaut, das wurde geschaffen *gegen* die parlamentarischen Gebildeten. Bismarck hat trotz unseres politisierenden Bürgertums einen Staat gebaut, den man *Deutsches Reich* nannte. Als es fertig war, hat man Hurra geschrieen, aber nicht aus Begeisterung. Die *linke Seite* hat auch ihr Ziel nicht erreicht. Auch dort

5 Gemeint sind die Münchner Neuesten Nachrichten.

6 Bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat am 24.4.1927 erhielten die Bürgerliche Einheitsliste (Christlich-Soziale und Großdeutsche) 1.756.761 Stimmen, der Landbund 230.157 Stimmen und die Sozialdemokratische Partei 1.539.635 Stimmen. Gleichzeitig fanden auch die Gemeindewahlen statt. Vgl. Erika Weinzierl/Kurt Skalnik, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, Graz 1983, S. 1093.

hört man die Entschuldigung: "Später werden wir prüfen." Ein phantastisches Programm, das nicht erfüllt wurde und nicht erfüllt werden konnte. Die Weltkonföderation wurde nicht aufgestellt. Waffengeklirr hört man mehr als je zuvor. Es wird weiter gerüstet. Und inmitten steht die Macht, die Vorbild sein sollte: *Sowjetrußland rüstet am meisten!* Der Krieg tobt, und die Waffen werden geschliffen: *um den Krieg zu töten!! Man ist nur vom nationalen Schützengraben zum internationalen Schützengraben gekommen.* Da sagt man nicht: "Jetzt ist das Sterben eine Wonne." Proletarische Flinte und kapitalistische Flinte. Niemand sagt: "Es ist ein Glück, ein proletarisches Blei im Gehirn zu tragen." Man wird genau so sagen wie vorher: "Wenn nur der Kampf ein Ende hätte." Die kleinen Kapitalisten habt Ihr umgebracht, die großen leben noch. *Tschitscherin* [7] hat in Genf die Kapitalisten nicht angespuckt und gesagt: "Mit Euch will ich nichts zu tun haben." Nur zu Hause, als er zurückkehrte, da marschierten die roten Frontbataillone auf. In *Genf* setzte er seinen Zylinder auf und arbeitete zusammen mit den Kapitalisten.

Noch niemals ist es dem wirklichen Kapitalismus so gut gegangen wie jetzt. Es ist Euch nicht gelungen, Eure Idee dem ganzen deutschen Volk zu vermitteln! Jetzt kommen die Entschuldigungen. Die müssen wir prüfen.

Das *deutsche Bürgertum* umfaßt die sogenannten Arbeiter der *Stirne,* die *proletarischen Parteien* in erster Linie die Arbeiter der *Faust.* Nur ein kleiner [*Teil*] der letzten [*der Arbeiter*] ist *intellektuell.* Der gehört aber einer anderen "Konfession" an. Das sieht man ihnen schon von weitem an.

Es ist dem *Bürgertum* nicht gelungen, dem deutschen *Volk* seine Denkanschauung zu vermitteln. Dem Proletarier ist das Umgekehrte auch nicht gelungen.

Die Kluft wird dauernd größer.

Daß die Ziele noch nicht erreicht wurden, läßt sich entschuldigen. Eines aber darf nicht verloren gehen: *"Die Aussicht auf die Möglichkeit der Erreichung der Ziele.* Aber auch damit ist es vorbei. Die gemeinsame Anschauungswelt ist ... ausgebrochen [*sic!*]. Sie wollen ein freies Reich! Das ist doch ihr Ziel? Oder will man das Fortwursteln im heutigen Zustand? Ist der Zustand so segensreich, daß man von einer Sanierung sprechen kann? Wenn die Söhne herauskämen aus den Gräben, dann würden sie sagen: "Wehe Euch, Ihr bürgerlichen Papas! Ihr wollt sanieren? Wenn wir das gewußt hätten, dann hättet Ihr uns nicht auf das Schlachtfeld hinausgebracht. Diese *Sanierung* hätten wir billiger haben können. *Ihr habt unser Leben gestohlen!"* ...

Freiheit gibt es nur, wenn ein geschlossenes Volk dasteht. Ihr habt nur eine Partei hinter Euch, aber nicht das Volk. Glaubt Ihr bürgerlichen Politiker, daß Ihr das deutsche Volk noch einmal zum Kampfe führen könnt? *Euer einziger Daseinszweck ist nur mehr der, "Ärgeres zu verhüten".* Auf der linken Seite will man einen sozialistischen Staat in einer kapitalistischen Welt. Es muß doch irgendeinen Schutzpatron geben. Z. B. das *Manifest* wird unter Gesängen und Palmengewedel gelesen werden. Maßloses Glück wird kommen, wenn von einem sozialistischen Deutschland die Welt erobert wird. Alles wird

7 Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin (1872-1936), sowjet. Diplomat, 1890 Beamter im russ. Außenministerium, 1904 Rücktritt vom diplomatischen Dienst, 1904-1917 Emigration, 1907 Sekretär der russ. Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1918-1930 Volkskommissar des Äußeren, 1925-1930 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1930 Rücktritt.

staunen über das wundervolle Vorbild. Die Stunde möchte ich sehen, da der *Marxismus* mit den großen Führern, den Levi's [8], Kohn's [9] usw. seine Republik errichtet. Den Marxisten leisten die Intellektuellen keine Gefolgschaft, wenn nicht die *Juden*, und die reißen aus wie Schafleder.

Ich will keinen blutigen Kampf an die Wand malen. Nur eine Kaffeehausschlacht, wo die Führer stundenlang an der Telefonstrippe hängen und sich nach dem Stand der Sache erkundigen. *Wer hat sie gehindert, einen sozialistischen Staat aufzubauen?* Sie *hatten* die Macht. Das Bürgertum? Reden Sie doch nicht von dem! Jetzt ist es wieder da. Damals aber nicht. Ein Teil hat gebetet. Der andere hat etwas anderes gemacht, was man nicht sagen darf. Jedenfalls, *gekämpft wurde nicht.* Wir sind jetzt eine Sklavenkolonie, und die besteht aus Sklaventreibern, Sklaven selbst und einem 3. Teil, der zwischendurch seine erbärmlichen Geschäfte macht.

Kein Sieg wurde errungen trotz der Macht.

Was ist die Schicksalsfrage? Sie gehen hinaus. Der eine ißt da, der andere dort sein Stück Brot. 62 Millionen müssen ernährt werden jeden Tag. Das ist das Wichtigste. Das *Ernährungsproblem* ist das eine: *Verhältnis* von *Volkszahl* zur *Grundfläche.* Das ist die Frage: "Kann man auf einer bestimmten Grundfläche eine bestimmte Volkszahl ernähren?" Das Wandelnde ist die Zahl, die Bodenfläche bleibt gleich. Die Zahl nimmt zu. Es gibt *Aushilfsmittel.* Steigerung des Erträgnisses durch intensivere Bearbeitung. Dadurch wird aber nur die Zunahme des Einzelbedarfs gedeckt, aber nicht die Zunahme des Gesamtbedürfnisses. Als *weiteres Hilfsmittel* dient die *Abtreibung*: Die Menschen sind rassisch verschieden. Ein Volk von einer bestimmten rassischen Höhe, das sich selbst beschränkt, während die anderen sich nicht beschränken, sinkt zurück. Die Natur verhindert selbst die uferlose Vermehrung. Die Natur scheidet aber nur die schwächsten Geschöpfe aus. Sie ist scheinbar grausam und doch wieder human. Was übrig bleibt, ist Stahl und Eisen. Heute beschränkt der Mensch die Geburten und päppelt die kümmerlichsten Wesen auf. Die Größe eines Volkes wird gemessen an der Zahl seiner großen Männer. Was wir um uns sehen, ist das Ergebnis des Schaffens der großen Männer. Und wer sind die großen Männer? Das 5. Kind, das 9. Kind, das 13. Kind usf. Hätten unsere Vorfahren konsequent das getan, was man uns jetzt predigt, dann dürften wir als Halbwilde auf den Bäumen herumklettern. Wenn dieses Problem von einem Volke durchgeführt wird, während die Nachbarn sich natürlich weiter entwickeln, dann würde das bedeutendste Volk an die Wand gedrückt werden. *Ein solches Volk wird ein pazifistisch verseuchtes, verpäppeltes Volk sein.* Ein solches Volk ist vom Schicksal zum Aussterben bestimmt. Da hilft kein demokratischer Flederwisch.

Volksüberschuß muß abgeschoben werden. Hunderte von Jahren haben wir das getan. Das beste Blut wurde so entführt und in eine feindliche Macht hineingetragen. Die

8 Gemeint ist vermutlich Paul Levi (1883-1930), Rechtsanwalt, Dr. jur., Mitglied des Spartakusbundes, 1918/19 Mitbegründer der KPD, 1919-1921 Vorsitzender der KPD, 1921 Parteiausschluß, 1920-1930 MdR (KPD, 1922 USPD, später SPD).

9 Gemeint ist vermutlich Oskar Cohn (1869-1934), Rechtsanwalt, 1892 Dr. jur., 1909 und 1919/20 Stadtverordneter in Berlin (SPD, 1917 USPD), 1912-1918 MdR, 1918 Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, 1919-1924 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung (USPD) und 1921-1924 MdR (USPD, 1922 SPD), 1933 Emigration.

amerikanischen Kanonen wurden vielfach von Leuten deutscher Abstammung gegossen, und Deutsche wurden damit von eigenen Waffen niedergemäht. ...

Man machte aus Deutschland eine einzige Handelsgesellschaft. Das war aus der Ernährungspolitik geworden: Eine Bilanzierung von Im- und Export. *Das sind keine Probleme des Anstands oder Taktgefühls, das sind Probleme des Hungers.* Als England uns nicht mehr Herr wurde und der deutschen Wirtschaft, da griff es zum Schwert und Clemenceau sagte: *"20 Millionen Deutsche sind zu viel in der Welt."* [10] *Was soll nun unser Volk tun?* Wie ernähren wir das Volk? Entweder wir exportieren Menschen oder Waren oder wir bemühen uns, daß der Grund wieder der Volkszahl angepaßt wird. Diese Möglichkeit legt die Natur jedem Lebewesen in die Wiege. Das ist der Selbsterhaltungstrieb. Das Kind fragt nicht, ob die Mutterbrust gequält wird. *Hunger und Liebe sind gesunde Triebe.* Was brauchen wir aber, wenn wir dieses Leben uns erhalten wollen? Alles Leid, was den einzelnen trifft, basiert darauf, daß die Schicksalsfrage nicht gelöst werden will. Wir gehen zugrunde, wenn wir nicht mehr die Kraft besitzen, um uns das an Grund und Boden zu holen, was wir brauchen. Wir erreichen die Erhaltung des Volkes durch Freiheit, Kraft und innere Einheit des Willens.

In dem Kampf zwischen Bürgertum und Proletariat wird es keine Sieger geben, sondern nur Besiegte. Im Grabe werden sie sich erinnern, daß sie alle Fleisch von demselben Fleisch waren. Wir Deutsche sind schon zu sehr vermischt. Viele verstehen sich nicht mehr, besonders wenn einer da ist, der bewußt darauf hinarbeitet, daß das Verstehen nicht mehr möglich ist. *Deutsche* gegen *Deutsche* müßte es heißen, nicht *Bürger* gegen *Proletarier. Deutsche zu fällen, bringen nur immer wieder Deutsche fertig.* Wenn ich einen *Siegfried* töten will, dann muß ich einen Helden *Hagen* finden, der ihm den Dolch in den Rücken sticht. Dem Juden ist der *deutsche Arbeiter* gleichgültig. Der deutsche Arbeiter muß den *Hagen* machen, der dem Siegfried den Speer in den Rücken stößt. Wohl hat der russische Arbeiter das Bürgertum vernichtet, aber auch auf ihm lastet die Zinsknechtschaft der internationalen Judenbörse. Nicht mit *Federn* werden Völkerschicksale ausgefochten. Nur die Verbindung von Kopf und Faust bringt ein Volk zur Kraft. Ein Volk, das sich nicht ernähren kann und das nicht die Macht hat, sich zu behaupten, weil es sich selbst bekämpft, geht unrettbar zugrunde. Und da kommen die Bonzen: "Wir wollen euch helfen!" Der Jude teilt sich nicht in Klassen auf. Der steht allein *über* den beiden sich bekämpfenden Parteien. *Aufgewertet werden wir nur durch eigene Kraft, die uns die Klassenkämpfe genommen haben.* Aus dieser Erkenntnis heraus ist unsere Partei entstanden. *Wir sind Deutsche, sonst gar nichts.* Wir sehen nur eine Menschheit, die mit Blindheit geschlagen ist und sich gegenseitig bekämpft. Wir haben alle gemeinsames Blut und eine gemeinsame Sprache. Wir müssen alle hineinwachsen in die große Schicksalsgemeinschaft. Plötzlich steht ein dritter da, der nicht die gleiche Sprache spricht, der anders aussieht als wir Deutsche. Der trennt und faßt doch zusammen, aber nur zu einer die anderen bekämpfenden Partei. Da treten nun wir dazwischen

10 Der fälschlicherweise Georges Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

und nehmen das Trennende heraus. Wir gehen nicht feige um die Begriffe herum. *Wir haben die beiden Begriffe vereint.* Wir sind Nationalsozialisten [11], weil wir Sozialisten sind und Sozialisten, weil wir Nationalsozialisten [12] sind. Der ist ein Lügner, der behauptet, sozial zu sein, und dabei einen Teil des eigenen Volkes an die Wand drücken will. National sein heißt, nicht kämpfen für die Behäbigkeit eines Volksteils, für das Bestehen eines Zustandes. Die sind nicht national, die Hurra schreien und das Deutschlandlied singen beim Wein, während nebenan Arbeitslose stehen und unterernährte Arbeiter aus der Fabrik kommen. *Deutschland wird erst errettet sein, wenn sein ärmster Sohn zugleich auch sein glühendster Patriot geworden ist.* Unsere Bewegung ist eine Vermählung von Nationalsozialismus [13] und Sozialismus. Wir sind kein staatlicher Sozialismus. Unser Sozialismus ruht nicht in einer Staatsform, sondern im Volke. *Er ist die zum Ausdruck gebrachte Sehnsucht, unser Volk zu erhalten.*

Wer eins im Glück ist, der wird auch eins sein im Unglück. Aller Wert liegt auf der Welt nur in der *Person* und in der *Rasse.* Personen sind es, die alles geschaffen haben, was uns über das Tierreich hinausgehoben hat. Volkswerte sind ganz (aus den einzelnen Personen herausgekommen). Das Schicksal hat unsere Rasse auf ewig zum Kulturträger bestimmt. Würde der Himmel die *Arier* und das, was Blutsgenossen von uns geschaffen haben, restlos von der Erde entfernen, dann würde die Welt in ein Chaos zurücksinken. Wir müssen Gott danken für diese Gnade. Wir gehören unserem Volk mit ganzer Inbrunst an. Wir sind bereit, alles dafür zu opfern. *Gott hat Völker, aber keine Klassen geschaffen.* Die Natur bestimmt immer das Rechte. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Das Verlassen dieses Grundsatzes führt in ein Ersterben der Begriffe hinein. Es soll keine Strafe sein, wenn es heißt: *"Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen!"* Die Quelle, aus der alles Leben strömt, ist und kann nur sein: *Kampf*! Keine Engel mit Palmzweigen gingen den Sturmreihen der Deutschen voran. *Kampf hieß das Leben.* Fäulnis würde sein ohne das gegenseitige Ringen. Wir sehen nicht das, was uns niederdrückt, sondern das, was uns emporhebt. Nicht: "Herr mach' uns frei!" rufen wir, sondern:

"Herr, segne unsere Waffen, mit denen wir uns die Freiheit erkämpfen wollen."

Wir wollen nicht mehr kämpfen für *Thron* und *Altar*, sondern für

Volk, Vaterland, Freiheit und Brot!

11 Muß heißen: Nationalisten.
12 Muß heißen: Nationalisten.
13 Muß heißen: Nationalismus.

26. März 1927 Dok. 90
"20 Millionen Deutsche zuviel!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ansbach [2]

Masch. Aufzeichnung, o. D. [3]; BA, NS 26/54 [4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn unsere Bewegung kein anderes Ziel besäße, als in die Reihen unserer politischen Parteien einige Abwechslung zu bringen, zu den parlamentarischen Programmen noch ein weiteres hinzuzufügen und bei den jeweiligen Wahlen mit einer Anzahl weiterer Versprechungen aufzutreten, um ein paar weitere Mandate zu ködern usw., dann glaube ich, würde das Verbot einer solchen Bewegung vielleicht einige Wirkung ausüben können.

Ich zweifle nicht daran, daß es in Deutschland eine ganze Anzahl von sogenannten politischen Parteien gibt, die, wenn man sie zwei oder drei Monate verbieten, ihre Führer 12 Monate einsperren würde, sie um Amt und Würden brächte, daß dann dabei einige gewisse Parteien flöten gingen.

Ich kann mir z. B. nicht vorstellen, daß die Demokratische Partei oder die Deutsche Volkspartei auch nur, sagen wir, 3 Monate bestehen bliebe, wenn die Zugehörigkeit zu ihr unter gesetzlicher Strafe stünde oder wenn ihre Führer das Redeverbot besäßen oder wenn die Partei selbst gesetzlich verboten wäre. Ich glaube, daß nicht 3 Monate lang diese Erscheinung da wäre. Das ist klar. Das Ziel dieser sogenannten parlamentarischen Parteien ist ein außerordentlich hohles und flaches und so im Tageskram liegendes, daß man nicht glauben kann, daß Menschen bereit wären, dafür Opfer zu bringen. Die Bewegung hat im einzelnen nichts gebracht als Opfer und wieder Opfer. Ich brauche nicht zu versichern, daß, wenn die Nationalsozialisten mit einer glorreich regierenden und herrschenden Partei gegangen wären, daß wir nie ein Redeverbot bekommen hätten (sehr richtig). Ich brauche nicht zu versichern, daß wir die Schwierigkeiten nicht besäßen, in Berlin, München usw., wo selbst Notwehr einem als Unrecht ausgelegt wird. Das gäbe es nicht. Es würde überhaupt nicht so sein, daß man Angehörige unserer Bewegung aus dem Beamtenkörper hinauswirft, weil sie Parteigenossen sind, daß man sie nicht duldet in staatlichen Institutionen, nicht duldet bei der Schupo und anderen Ein-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.3. und 26.3.1927.

2 Im Onoldia-Saal, von 20.00 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.300 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Wilhelm Grimm geleitet.

3 Übertragung der stenographischen Mitschrift von Friedrich Röthle, Ansbach. Überarbeitete Fassung: StA Nürnberg, Slg. Streicher 174. Druck einer weiteren redaktionell erheblich überarbeiteten Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175) unter dem Titel "Ich kenne nicht Bürger und nicht Proletarier, ich kenne nur Deutsche!": Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 42-64.

4 Vgl. auch Fränkische Zeitung. Ansbacher Morgenblatt vom 28.3.1927 (Vormittagsausgabe), "Hitlers Rede in Ansbach"; VB vom 29.3.1927, "Hitler in Ansbach".

richtungen des Staates. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß wir eine andere Partei wären, die allen hoch willkommen wäre.

Unsere Volksgenossen haben nichts zu erwarten als Verfolgung, Unterdrückung und Gefängnis, und wenn es hart auf hart geht, wieder Verfolgung oder zum mindesten richterliche Vernehmung. Das würde alles nicht der Fall sein. Allein wie kommt es nun, daß nichtsdestoweniger diese Bewegung, gerade diese Bewegung immer wieder die Masse und die Menschen erfaßt. Stellen Sie sich vor, vor acht Jahren erfaßte diese ganze Bewegung 7 Personen in einer Stadt. Sonst wußte man nichts von ihr. Kein Mensch besaß eine Ahnung, daß es so etwas ge[*ben*] könnte dem Namen nach. Was hat sich alles in dieser Zeit zugetragen. Die Bewegung ist gewachsen und wurde größer und größer, und kam in die Periode der Lächerlichkeit hinein und endlich in die Periode des Verfolgtwerdens und des Verbots, und endlich wurde sie aufgelöst und sogar ihre Führer ins Gefängnis geworfen, erschossen usw., und wenige Monate später entstand die Bewegung wieder und wuchs weiter. Es kam wieder ein Verbot, ein Redeverbot und neue Bedrükkungen. Und das Ergebnis?

Sie werden mir zugeben, daß all das nicht das Wachstum dieser Bewegung zu verhindern vermochte, daß kein Redeverbot die Menschen abzuschrecken vermochte, zu uns erst recht zu kommen. Im Gegenteil, überall wo wir Versammlungen abhalten, sind die Säle voll, sie müssen polizeilich gesperrt werden. Wie kommt das nun, daß eine Bewegung ununterbrochen von einer Verfolgung in die andere kam, daß sie in 7 Jahren von 6 oder 7 Köpfen anschwoll auf Hunderttausende im ganzen Deutschen Reich, daß eine solche Bewegung, der man das Wort verbietet, in kurzer Zeit keine Säle mehr findet, die groß genug sind, die zahlreichen Zuhörer zu fassen? Wie kommt das eigentlich? Glauben Sie mir, wenn sich diese Bewegung mit den sogenannten Tagesproblemen beschäftigen würde, mit denen die politischen Parteien herumjonglieren, mit denen sie die Massen zur Wahlurne treiben, wenn sie sagen würden: Wir sind Nationalsozialisten, entschlossen und bereit, für die Lehrer Pensionen und Gehaltserhöhungen bei den Staatsbeamten für Aufbesserung ihrer Bezüge einzutreten [*sic!*], wir treten ein für Besserung dort und dort, und außerdem wir sind auch bereit, die Reichssteuern auszubauen usw., wenn wir mit derartigen Dingen kämen, dann würden auch bei uns die Menschen in kurzer Zeit fernbleiben, das kann man nur eine gewisse kurze Zeit machen. Das kann nur als grenzenlose Geduld ausgelegt werden; man bezeichnet das als Schafsgeduld unseres Volkes, daß es alle 4 oder 5 Jahre zur Wahlurne geht und wieder wählt, obwohl jeder einzelne genau weiß, in den nächsten 5 Jahren ist ganz der gleiche Zustand, es ändert sich nichts, es kann sich gar nichts ändern. Das ist der Punkt, wo die nationalsozialistische Bewegung einsetzt. Es kann sich nichts ändern, trotz aller dieser Versprechungen, weil eine ganz große Voraussetzung fehlt. Wenn wir uns die Frage vorlegen, was bewegt das Dasein des einzelnen Menschen, dann ist [*sic!*] es im Grunde genommen, abgesehen von all den alltäglichen Äußerungen des Menschenlebens zwei ganz große Triebe, die zusammenlaufen in einen einzigen, der das ganze Menschenleben bewegt zum Vorwärtstreiben, obwohl der einzelne sich dessen gar nicht bewußt wird. Es ist der Trieb zum Leben, der Hang zum Leben, der Trieb, der ihn Nahrung suchen läßt, und der ihn endlich Fortpflanzung suchen läßt. Dieser Hang zum Leben, das ist der Urtrieb,

der jedes einzelne Wesen erfüllt. Dieser Urtrieb äußert sich naturgemäß beim Menschen in einer vielgestaltigeren Weise als bei den primitiven Lebewesen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, dazu kommt seine geistige höhere Nahrung. Aber die Grundlage ist doch das Brot. Davon hängt alles ab, und alle die Millionen, die heute als Arbeitslose stempeln gehen, werden nicht getröstet durch die Tatsache, daß sie Angehörige eines großen Kulturvolkes sind. Die allererste Grundlage ist, daß man überhaupt das Notwendigste zum Leben besitzt, und darauf kann erst der Mensch weiterbauen. Aber was er weiterbaut, ist nur ein Hilfsmittel, sein irdisches Leben zu festigen, den Menschen emporzuheben über die Tierwelt, ihn emporzuführen auf höhere Stufen des Daseins, alles aber im Grunde genommen die Erfüllung eines Triebes, am Leben zu bleiben und das Leben beizubehalten, von dem wir nicht wissen, warum und weshalb. Das tun wir, weil eine höhere Macht das zu tun uns befiehlt, das tun wir, weil ein höheres Wesen den Drang in uns hineinlegt, dem gehorchen wir. Damit ist die allererste Voraussetzung zum Leben die Nahrung; fehlt sie, stürzt das ganze ideale Gebäude sofort in ein Nichts zusammen. Sehen Sie die Menschen, die in der Industrie ohne Arbeit sind und mit knurrendem Magen herumschleichen, was nützen ihnen die glänzenden Auslagen, was nützen ihnen die Musikklänge, die aus den Theatern herausdrängen? Gar nichts nützen sie. Was nützen ihnen die schönen Gemälde? Nichts. Es kommt der Mensch immer nur auf einen Punkt: Was wirst Du morgen essen? Heute essen? Von was wird Deine Familie leben? Von was Dein Weib? Deine Kinder? Alles andere verschwindet dem gegenüber; bleibt nichts übrig als der Mensch, der leben will. Das Leben heißt Brot.

Wenn wir diese Frage in ihrer ganz gewaltigen Bedeutung klarmachen, daß alles bloß daran hängt, dann müssen wir verstehen, daß das Glück eines Volkes zwar sicherlich nicht allein bedingt ist nur von diesem materiellen Gut des täglichen Brotes, daß es aber doch an der Spitze steht und solche Bedeutung besitzt, daß das Christengebet die Bitte einschließt: Gebt uns unser täglich Brot. Darauf kann man erst weiterbauen.

Wenn wir das in seiner ganzen Bedeutung erst erkennen, dann müssen wir uns klar werden, von was ernähren wir uns eigentlich, von was ernährt sich ein Volk von 62 Millionen Menschen. Eigentlich sind wir ja mehr, aber Diktate haben durch unser Volkstum Grenzen gezogen, und wir sind zum Teil abgesplittert, und nur ein großer Block steht noch beisammen, das sind 62 Millionen Menschen auf der einen Seite. Wenn wir uns klar machen, von was ernähren sie sich, so ist es ganz gleich, ob der eine Bauer ist oder ob der andere Produkte fabriziert, immer ist die Voraussetzung eine bestimmte Grundfläche zur Ernährung der Menschen; wenn sie das eigene Volk nicht besitzt, muß sie woanders vorhanden sein. Aber für 62 Millionen muß so viel Getreide gebaut werden, wo, das spielt zunächst keine Rolle. Wenn wir nun ein Volk betrachten, dann ist die allererste und ich möchte sagen logische Konsequenz die, daß ein Volk sich auf eigenem Grund und Boden ernähren soll, und daß ein solches Volk nur gesund ist, wenn es die Nahrung auf eigenen Grund und Boden sicherstellen kann. Das ist das erste, was wir uns vorstellen müssen, wenn wir uns in diese Gedanken vertiefen. Dann kommen wir zu folgendem Resultat.

Zwei Faktoren sind es. Der eine ist das Lebende, das ist das Volk an sich, das andere ist das Tote, das ist der Grund und Boden. Auf diesen Grund und Boden sind wir von der Natur gesetzt worden, sie hat uns diesen Boden zugewiesen. Der Schöpfer hat die Lebewesen auf diese Erde gegeben, und nun wandern sie im Laufe von Hunderttausenden von Jahren, ringen sich empor, und wir sehen eins: Nicht die Natur hat ihnen eine Grenze gezogen, sondern sie selbst bestimmen sich Grenzen. Nicht der Himmel bestimmt, daß dieses Volk den Grund haben soll, und dieses Volk den Grund, sondern die Völker ringen genau wie im kleinen privaten Leben. Wenn die Völker wenig Grund und Boden besitzen, müssen sie ihn eben gewinnen. Wieder andere Völker haben es in der Vergangenheit verstanden, sich ungeheuren Grund und Boden zu sichern, andere haben sich beschränkt, andere gehen überhaupt zugrunde, weil der Grund sie nicht ernährt.

Wenn wir im deutschen Vaterlande herumsehen, so gibt es Gebiete, die ihre Bewohner leicht ernähren, andere, die ihre Bewohner schlecht ernähren. Das alles hat nicht Gott, sondern die Menschen so eingerichtet. Gott hat dem Menschen seine freie Willensbestimmung gegeben, und er ist selbst verantwortlich für sein Dasein. Wenn wir das einsehen, dann müssen wir zunächst zu der prinzipiellen Feststellung kommen, daß das Lebende, wie schon im Begriff des Wortes liegt, das sich Vermehrende ist, während das Nährende, der Grund, das Gleichbleibende ist. Die Menschen selbst, diese 62 Millionen, vermehren sich andauernd Jahr für Jahr. Es wurden pro Jahr so viel Menschen mehr geboren als sterben, daß das Volk jährlich fast rund 1 Million zugenommen hat. Das ist das Vermehrende. Auf der anderen Seite steht der Grund und Boden als das Gleichbleibende. Der Grund und Boden nimmt nicht zu. Was ist dann weiter das Logische: Wenn ein Volk sich dauernd vermehrt, sein Grund und Boden sich aber nicht vermehrt, sondern gleich bleibt, dann muß allmählich die Ration für den einzelnen immer kleiner werden oder die Produktion erhöht sich oder die Menschen nehmen eines Tages nicht mehr zu auf irgendeine Weise.

Es gibt nun verschiedene Heilslehren. Ich möchte die eine davon erwähnen, weil das die Heilslehre von vielen modernen Optimisten ist, die erklären, da muß man den Grund und Boden intensiver bearbeiten. Das hat das deutsche Volk Jahrzehnte, Jahrhunderte lang getan. Wer die deutsche Landwirtschaft kennt, [*weiß,*] daß sie seit vielen Jahrhunderten in einem dauernden Fortentwicklungsprozeß begriffen ist, daß sie in den letzten 30, 40 Jahren durch künstliche Düngung die Produktion außerordentlich gesteigert hat. Nichtsdestoweniger konnte sie nicht hinreichen, um die Zunahme unseres Volkes zu ernähren. Warum? Weil im Laufe und Wandel der Zeiten nicht nur die Volkszahl an sich sich erhöht hat, sondern auch die Bedürfnisse der einzelnen Menschen wuchsen, d. h. was vom Grund und Boden mehr herausgewirtschaftet wird, dient höchstens dazu, die steigenden Bedürfnisse der einzelnen, die dauernd wachsen, zu befriedigen. Die Bedürfnisse der Vorfahren, sagen wir dieser Stadt hier, vor hundert Jahren waren nur ein Bruchteil der Bedürfnisse, die sie heute hat. Das kommt uns nicht zum Bewußtsein, es ist aber doch so. Der Mensch stellt immer größere Anforderungen, und die Nichtbefriedigung der größeren Anforderungen wird heute schmerzlicher empfunden als vor 80 Jahren, wo sie vielleicht noch nicht da waren. Allein es ist ein be-

stimmtes Verhängnis, das den Menschen vorwärts treibt. Er sieht die Spitzen seiner Gesellschaft und wandert dauernd nach wie eine Heerschlange. Vorne ist der Vortrupp, endlich die Vorhut und hinter ihr die Armee, hinten kommt der Train noch nach; so auch die Menschen, sie haben ihre Spitzen vor sich. Vielleicht haben diese Spitzen vor 300 Jahren das an Naturgütern und Lebensgütern noch nicht gehabt, was die Menschen von heute im Durchschnitt besitzen. Heute blickt der Mensch nicht zurück, sondern vorwärts, nach den heutigen Spitzen. So bewegt sich dieser Heerwurm nach vorne. Was aus dem Boden mehr gewonnen wird, dient bloß zur Befriedigung dessen, was der Mensch immer mehr vorrückt. Das ist aber erklärlich. Man kann die Produktion nicht uferlos erhöhen. Ich kann nicht sagen, aus einem bestimmten Feld wirtschafte ich in 10 Jahren das Doppelte heraus und in 10 Jahren noch einmal das Doppelte. Das hat alles eine Grenze, und darüber geht es nicht hinaus. Besonders aber hat es eine Grenze dann, wenn diese Produktionsmethode selbst so teuer kommt, daß man von den Ländern, wo günstigere Verhältnisse sind, billiger einführen kann. Das sehen wir in England und auch in Deutschland. Die Beschränktheit unseres Bodens zwingt uns dazu, ihn mit solch raffinierten Methoden zu bearbeiten, um überhaupt noch etwas herauswirtschaften zu können, so daß wir schließlich gar nicht mehr konkurrenzfähig sind.

In Nordamerika, das gigantische Weizengebiete hat, ist es nicht wie bei uns, wo wir vielleicht 20.000 ha [*sic!*] haben, dort gibt es Gebiete von 3-, 4-, 6.000 ha besten Weizenbodens, der nie gedüngt zu werden braucht, Erde, die man mit den besten Maschinen bearbeiten kann, so daß die eigene Landwirtschaft einfach nicht mehr konkurrieren kann. Das Volk wünscht aber billiges Brot und lehnt unter Umständen sogar das eigene ab. Die erste Frage, die Anpassung des Bodens mit seinem Ertrag an die steigernde [*sic!*] Volkszahl, läßt sich nicht als möglich buchen; das stimmt nicht. In Deutschland haben wir ein Beispiel. Besser und gründlicher als die deutsche Landwirtschaft im Frieden gearbeitet hat, hat keine gearbeitet. Wir haben pro Hektar das meiste herausgewirtschaftet. Trotzdem konnten wir das Volk nicht mehr ernähren. Das Volk wuchs andauernd. Diese Frage scheidet damit aus.

Nun gibt es allerdings eine 2. Frage: Kann man nicht das Volk dem Boden anpassen? Und da gibt es viele Propheten auf dem Gebiet, die erklären: Jawohl, das kann man tun. Ich habe ein paar Rezepte. Das Rezept ist das Bestechendste, weil es den einzelnen Menschen das Logischste ist, nämlich: Warum, wenn wir den Boden nicht vermehren können, warum stellen wir nicht die Vermehrung der Volkszahl ein? Also müssen wir sorgen, daß die Volkszahl an sich nicht mehr wird. Das tut auch die Natur; wenn nämlich die Völker unter unmöglichen Verhältnissen leiden, dann geht die Natur selbst her und beginnt einzuschränken, und zwar ist die Natur grausam. Sie unterwirft den einzelnen Menschen so vielen Bedingungen, läßt ihn Hunger leiden und Not und Entbehrung, daß viele Menschen zugrunde gehen, daß einzelne schwach werden und fallen im Laufe der Jahre, mit anderen Worten, durch Krankheit und Seuchen, Unterernährung usw. gehen sie zugrunde. Das bezeichnet der Mensch als grausam und bezeichnet es als blindwütige Natur. Ich möchte dazusetzen, bis jetzt hat der Mensch noch nie die Natur besser zu korrigieren vermocht als sie selbst. Er kann sie nachahmen und ihre Verhältnisse erforschen, bezwungen hat er die Natur noch nirgends. Er ist ein Bazillus auf dem

Planeten. Was er hier als unsinnige Grausamkeit der Natur bezeichnet, ist in Wirklichkeit Logik, auserlesenste Logik, die man sich denken kann. Wenn die Natur an sich den Zweck verfolgen könnte, den Menschen höher zu führen, was jeder einzelne selbst sich wünscht, dann kann sie nichts anderes tun als das, was sie tut. Sie unterwirft den Menschen grausamen Prüfungen, und was schwach ist, fällt, und der Gesündeste bleibt bestehen, der Gesündeste allein vermehrt sich weiter fort. Das hat der Mensch auch kapiert, das zeigt das Beispiel: Der Mensch setzt in Karpfenteiche Hechte hinein. Hier wendet sich der Mensch zur Natur zurück. Die Natur macht das auch im Großen. Das Raubzeug ist zum großen Teil dazu da, das minderwertige Wild zu vertilgen. Es ist ein dauerndes Ringen. Sehen Sie meinetwegen das erlahmende Reh, das von irgendeinem Raubzeug angegriffen wird, sieht ein grauenhaftes Schicksal vor sich, nicht grauenhafter als das Tier, das Tier, das der Mensch einsperrt und später bei Bedarf auffrißt. Das grausame Schicksal ist aber die Voraussetzung, damit die Gesamtheit dieser Lebewesen, gesund bleibt und höher emporkommt. Das wäre an sich die Verminderung von Lebewesen durch die Natur.

Das tut der Mensch nicht; er macht es anders. Er geht nicht her und sucht von den gewordenen Wesen die Gesündesten heraus. Der Mensch ist human und sorgt von vornherein dafür, daß nur ganz wenige Wesen das Leben erblicken: Er beschränkt die Kinderzahl. Und Tausende sagen, das ist das einzig richtige. Nur vergessen die Millionen das eine dabei. Was wir hier um uns sehen, was jeder einzelne anhat, sein Kleid usw., das hat wohl jemand fabriziert; alles aber setzt sich zusammen aus Tausenden und Tausenden von Erfindungen. Was Sie sehen, ist das Ergebnis von tausenden und tausenden Erfindungen. Nehmen Sie so ein Stück her, z. B. eine Bogenlampe, da war es nötig, daß die Menschheit einen tausendjährigen Weg wandelte. Alle diese Erfindungen sind das Produkt von Köpfen, und zwar von geistigen Köpfen, von bedeutenden Köpfen, und zwar nicht etwa von Köpfen zusammen summiert, sondern von einzelnen Köpfen. Jede dieser Erfindungen zu verfolgen ins einzelne, ist unendlich schwer. Was Sie hier sehen z. B. eine Glaskugel, erregt die Frage: Wer hat das Glas erfunden? Wer hat später die Reinigungsprozesse erfunden? usw. Jahrtausende haben zusammengeholfen, um so etwas erzeugen zu können, d. i. es, was den Menschen emporhebt. Vor 5[*00*] und 600 Jahren gab es bei uns noch Wölfe und Bären. Heute ist diese Periode überwunden. Dauernd arbeitet der Mensch, um sein Dasein zu erhalten, das ist alles. Sein ganzes Ringen ist nicht erfüllt von humanen Gedanken, sondern vom Kampf ums Dasein, dessen Waffen die genialsten Geister geliefert haben. Wer sind diese Köpfe?

Der Kinderzahl nach gerechnet sind nicht eben die bedeutendsten Menschen die Erstgeborenen. Das wissen wir alle, besonders die Herren von Links wissen es sehr genau, daß die Erstgeborenen nicht die Gescheitesten sind, wenn es sich um regierende Fürstenhäuser handelt, da wissen sie, daß die Erstgeborenen nicht die Gescheitesten sind. Da stehen sie auf dem Standpunkt: Diese Affen sollen unsere Führer sein?! Sehr schön. Hier sehen Sie, daß von den Erstgeburten nicht immer die genialsten und schöpferischen Kräfte herkommen; im Gegenteil: die Geschichte zeigt, wenn Sie ganz große Köpfe unseres Volkes heraussuchen, so stellt sich heraus, daß sie fast alle nicht die Erstgeborenen sind, sondern das vierte, fünfte, sechste, siebente, neunte Kind usw. Wir wis-

sen das nur von den größten Köpfen des Volkes, wenn wir die Geschichte zurückverfolgen. Nehmen Sie unserem Volk alles weg, was über die zweite Kinderzahl entstanden ist, und nehmen Sie weg, was die Menschen erfunden und gemacht haben, dann haben wir keine deutsche Musik, keine deutsche Dichtkunst mehr, fast alles zerfällt in ein Nichts, es bleibt nichts mehr übrig. Das eben ist der Unterschied der Natur, daß sie selbst eben aus einer Vielheit die Tüchtigsten heraussucht und sie dann großzieht. Wenn nun ein Volk so sich auf diesen Standpunkt stellt, so muß ein solches Volk folgendes bedenken.

Gesetzt, das deutsche Volk sagt, wir sind gezwungen durch unsere Politik, eine solche Haltung einzunehmen, und der eine sagt, ich kann nicht mehr Kinder ernähren; das erste Ergebnis ist das Sinken der allgemeinen Kultur. Ein solches Volk verzichtet darauf, große Männer hervorzubringen. Große Männer sind der Nutzen eines Volkes. Wenn Sie fragen, wonach schätzt man den Wert eines Volkes ab, so antworte ich, wenn Sie mich fragen: Den Wert eines Volkes errechne ich aus der Gesamtsumme seiner bedeutenden Köpfe. Das ist der Wert eines Volkes, und von dem Wert leben alle. Das ist das größte Nationaleigentum. Wenn mich heute jemand fragt, was ist Nationaleigentum? so antworte ich, das ist die lebendige Kraft im Grunde genommen, die ein Volk besitzt und entwickelt im Daseinskampf. Diese Kräfte summiert aus den geistigen Köpfen, das ist das eigentliche höchste Gut. Wenn Sie mich fragen, was ist der höchste Reichtum, der einem Kinde gegeben werden kann, so sagen Sie ja nicht "Geld"; das kann alles kaputtgehen. Was das Leben überdauert, das ist die Genialität, die Tatkraft. Wenn ein Kind diese beiden Tugenden besitzt, Genialität und Tatkraft, dann ist ihm die Zukunft offen. Wenn es sie nicht besitzt, kann es vielleicht eine Erbschaft übernehmen, aber wie lange es diese Erbschaft behält, ist eine Frage. Die kann es heute oder morgen verlieren; wenn ein Energischer kommt, bricht es zusammen.

Auch bei einem Volk ist es genau so. Ein Volk kann sehr wohl Überkommenes übernehmen, was schon da ist. Aber das kann ein Volk verlieren, wenn es nicht Energie besitzt und Genialität zugleich. Das sind die beiden Faktoren. Genialität repräsentiert sich in den einzelnen Köpfen und die Tatkraft ebenso. Es ist also so, daß ich sagen muß, diese Köpfe sind nationales Eigentum, sie sind das Kostbarste, was es überhaupt gibt. Ein Volk ist dann gesund organisiert, wenn es in seiner inneren Konstruktion die Möglichkeit besitzt, daß seine gesündesten und kräftigsten Kinder am höchsten emporkommen. Die Organisation eines Staates ist dann richtig, wenn diese Organisation es ermöglicht, daß die bedeutendsten Kinder zwangsläufig zur Führung kommen. Ein Staat ist schlecht organisiert, wenn er Klassen erzeugt, wenn er den pulsierenden Emporstieg von Leben von unten verhindert und dadurch bewirkt, daß ihm die Waffen geraubt werden. Die Zahl an sich eines Volkes ist eben ein Garant, d. h. wenn ein Volk bloß 15 Millionen Köpfe hoch ist, dann darf es nichts anderes erwarten, als Sklave zu sein von anderen. Und wenn ein Volk von 62 Millionen auf engster Grundfläche zusammengepreßt ist, während nebenan Völker sind, die das zehn- und zwanzigfache an Grundfläche besitzen, dann wird sich folgendes einmal ergeben.

Das Volk, das auf 450.000 Quadratkilometern wohnt und nicht mehr weiß, wo das Brot herkommen soll, und Millionen hungern, während nebenan Völker sind, die noch

Überfluß an Land haben z. B. die amerikanische Union, die ihren Bürgern vielfachen Grund bietet, wo jeder weiß, daß dort drüben jeder einzelne an Lebensgütern viel mehr hat als in Deutschland. Warum? Weil auf jeden viel mehr Grundfläche trifft - dieses Volk muß irgend etwas unternehmen. Und derselbe Mensch, der bei uns die Sehnsucht nach Grund und Boden als etwas Verderbliches betrachtet, der löst sich eine Fahrkarte und wandert aus. Er geht dorthin, wo mehr Grund ist. Er geht als Schmarotzer irgendwo anders hin. Damit schlägt er sich selbst. Er bekundet damit selbst, daß sein Drang zum Leben viel größer ist als die Doktrin. Er liebt das Leben schon, nur seinem eigenen Volke verweigert er es. Er geht dorthin, wo andere mehr Grund und Boden erworben haben.

In diesen Tagen mußte ich daran denken. Es wurde in diesen Tagen durch unsere Presse triumphierend verkündet, daß die deutsche Weltgeltung wieder im Wachsen begriffen sei, und das wurde damit begründet, daß Kanada eingewilligt hat, daß 500 Deutsche zum ersten Mal nach Kanada auswandern dürfen. Deutschlands Weltgeltung, was heißt das, 500 Deutsche dürfen auswandern? Wer ist das? Glauben Sie nicht, daß das Multimillionäre sind, die Deutschland satt haben und sagen, wir wollen zur Abwechslung Bauern werden in Kanada. Nein, das sind ganz arme Teufel, denen die Heimat nichts mehr zu bieten hat, die arbeitslos geworden sind, die schnüren ihr letztes Bündel zusammen, verpfänden das eigene Leben an eine Gesellschaft, die ihnen vorschußweise die Überfahrt bezahlt. Wenn sie hinüberkommen, müssen sie es wieder abrackern. Die fahren hinüber und gehen unserem Volke verloren, sie helfen, daß ein anderes sich langsam aufbaut. Warum? Die Not zwingt sie dazu. Eins müssen wir feststellen, wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird Deutschland in hundert Jahren wieder seine 65-70 Millionen Menschen haben, aber um uns werden andere Staaten sein, die vielleicht 300-370 Millionen Menschen haben, weil sie Grund und Boden haben, und noch mehr als das, diese Millionen werden z[*um*] Teil durch unser eigenes Blut entstanden sein. Wir haben das einmal restlos an unserem Leibe erfahren müssen. Dieselbe Sorge, die uns heute erfüllt, diese Tatsache, daß Millionen unseres Volkes nichts zu essen haben, dieselbe Sorge hat unser Volk von jeher gehabt. Wir sind in Europa hineingestellt und haben immer an Mangel an Grund und Boden zu leiden gehabt. Unsere Vorfahren, die nicht pazifistisch verseucht waren, die Energie besaßen, die ihr Leben wahren wollten, die haben die Frage gelöst dadurch, daß sie Kolonisten entsandten in die alte Ostmark, die Länder östlich der Enns wurden kolonisiert und dem deutschen Volke dadurch endgültig erobert. Die 2. Welle, die nach Nordosten um die Elbe [*sic!*], wo jeder Kampf um den Boden mit Gewalt geführt wurde. Sie kamen nicht mit pazifistischen Ideen. Das ganze Gebiet, das von Halle oder irgendwo von der Elbe hinüberführt bis Königsberg, das haben alles unsere Vorfahren einst kolonisiert, um einen Kanal zu schaffen, in den sie ihre Volkszahl hineinführen konnten. Das deutsche Volk hat damals jährlich Tausende und Tausende von Bauernsöhnen, die zu Hause nicht ernährt werden konnten, nach Osten hinübergetrieben. Die haben endloses Land erobert und kultiviert. Nun hatte dieser Prozeß plötzlich ein Ende. Er nahm ein Ende, weil dem deutschen Volke die Kraft ausging, diese Kolonisationspolitik weiterzutreiben.

Um Grund und Boden zu erobern, braucht man Kraft. Die liegt in seiner Einheit. D. h. wenn ein Volk die Notwendigkeit sieht, sein Leben durch eine expansive Politik allein bewahren zu können, dann muß es in diese Politik seine ganze Lebensenergie hineinwerfen. Und ein Volk darf nicht durch andere Probleme abgelenkt sein. Es muß nur ein Ziel haben. Wenn es noch andere Ziele verfolgt, dann fehlt die Kraft, nach außen zu kämpfen, und so ein Kampf im Innern setzte dann im deutschen Volke ein. Es begann, sich wegen religiöser Fragen zu streiten. Und in der Folge setzte dann langsam das innere Zermürben des Volkes ein, wie heute zwischen Bürgertum und Proletariat, so damals zwischen dem Schmalkaldischen Bund und der großen Liga. Alles ballte sich zur Entscheidung in derselben Zeit, als die Engländer über die Meere jagten und die Erde aufzuteilen begannen und sich überall Kolonien schafften. Das deutsche Volk sieht nur eins, den Kampf um die Ideale, eigentlich um Phantome. Allein die Nahrungssorge, die blieb, die konnte man nicht wegbringen dadurch, daß man sich um Ideale stritt. Genau so wie heute, wo Bürgertum und Proletariat kämpfen, und es mag tausendmal das Bürgertum den König hochleben lassen, und das Proletariat sein Manifest herunterbeten - Grund und Boden wird dadurch nicht mehr, der Hunger wird nicht befriedigt, der bleibt auch. Die Leute gehen zum Stempeln, und wenn sie ihre Manifeste auswendig lernen und sich gegenseitig den Schädel einschlagen, an der Grundfläche ändert sich nichts. Als unser Volk einst in ganz derselben Lage war, als es sich im Innern blutig zerkriegte und schrie, hie Protestantismus, hie Katholizismus, und die anderen Völker nach außen Kraft entwickelten, da mußte unser Volk eins tun: Volk abschieben. Das, was man jetzt als die beginnende neue Weltgeltung Deutschlands hinzustellen beliebt, das hat man damals auch getan, man hat Deutsche verfrachtet und fortgeschickt jahrzehntelang. Endlose Scharen von deutschen Bauernsöhnen sind über das große Wasser gezogen, über den Ozean nach Amerika. Jahrhundertelang dauerte dieser Strom, und dabei waren es die besten Elemente, die unser Volk besaß. So wie heute. Wenn an 10 Erwerbslose die Frage kommt, was soll ich jetzt anfangen, man kann das nicht ewig weitermachen, endlich hört auch die Erwerbslosenunterstützung auf, was tun? Da sagt einer: Ich bleibe nicht mehr hier, ich gehe irgendwohin. Wer ist der, der zu dem Entschluß kommt? Das ist der Tatkräftigste, der Tüchtigste, der weitaus Wertvollste für unser Volk. Das ist nicht der Feige, der Korrupte oder Schwächling, der zu dem Entschluß kommt, ich gehe über das große Wasser, nein, das ist der Mensch, der noch Energie hat, die Zurückbleibenden sind die Schwächeren. Wir haben mehr Beispiele. Ich will nur ein Beispiel sagen: Da war auch Salzburg und Oberösterreich vollkommen dem Protestantismus ergeben. Dann begann das Haus Habsburg mit brutaler Energie den Protestantismus auszurotten und mit den schärfsten Mitteln dem Protestantismus den Kampf anzusagen, Kampf bis aufs Messer, Verfolgung bis aufs Blut. Was war das Ergebnis? Endlich rotteten sie sich zu Tausenden zusammen. Der Kampf wurde ungünstig für die Aufrührer entschieden. Später konnten sie nicht bleiben. Dann wanderten sie aus, aus Salzburg 17-19.000, aus Oberösterreich 18.000, und das Haus Habsburg war glücklich, daß diese Revolutionäre draußen waren. Aber eines hat das Haus Habsburg vergessen: Diese 19.000 waren das beste Menschenmaterial, das man hatte, das entschlossen war, lieber alles aufzugeben, als sich zu beugen. Und Preußen hat ihnen sein Ostpreußen zu ver-

danken. Diese Menschen haben Ostpreußen kultiviert und sich dem preußischen Staat restlos hingegeben. Das waren die besten Söhne. Das ist jener Menschenschlag, den Sie noch im Krieg sehen konnten. Das ist es, was Sie hier im kleinen bei den Kronländern sehen. Die eigenen Länder haben die Energie verloren, sie sind sehr gute Staatsbürger geworden, das Ideal unserer heutigen Parlamentarier, Ruhe und Ordnung, wurde von ihnen geliebt, aber Kraft hatte keiner mehr besessen, das schlechte Material abzustoßen. Das Gute ist abgeschoben worden; das haben die Menschen gemacht. Das haben wir im größten Umfange gemacht. Durch Jahrhunderte hindurch sind Hunderttausende fort. Noch in den Jahren 1880 bis 1883 sind in einem Jahr 270.000 von uns fortgezogen nach Nordamerika. Die Schiffahrtsgesellschaften machten die besten Geschäfte, so daß sie große Auswandererschiffe bauen konnten. Bis das Jahr 1914 kam. 1914 ist dem einen oder anderen zum ersten Mal der Gedanke gekommen, jetzt kämpfen wir gegen die ganze Welt. Da liegt ein Kontinent mit über 120 Millionen Menschen vor uns, von denen man nicht weiß, welche Stellung sie einnehmen, bis einst der erste Genosse kam, und der Jude wurde Besitzer. Als in Nordamerika entschieden werden sollte, welche Staatssprache eingeführt werden soll, da handelte es sich um eine Stimme, und eine Stimme gab den Ausschlag, daß nicht Deutsch als Staatssprache eingeführt werden soll, sondern Englisch [5]. Ein Kontinent von 120 Millionen ist uns verloren gegangen, dem wir das wertvollste Menschenmaterial geschickt haben, das hat das Jahr 1917 bewiesen. Als ich 1918 Gelegenheit hatte, diese Burschen zu sehen, es kamen Gefangenentransporte zurück, da mußte einem ums Herz wund und weh werden. Diese großen Burschen, blond und blauäugig, was sind sie eigentlich? Das sind lauter deutsche Bauernsöhne von einst. Das sind jetzt unsere Feinde. Eine große Macht, ein ganzer Kontinent, der ein Vielfaches an Grund und Boden umfaßt. Und wir in Deutschland, wir reden von beginnender Weltgeltung, wenn wir fünfhundert zunächst weiter abschieben können. Ein wahrhafter Hohn!

Sehen Sie, meine Volksgenossen, wenn wir nun auf der Bahn von heute weiterfahren, wir können es gar nicht, aber wenn wir das tun würden, dann würde es nicht bei der Volkszahl bleiben. Wenn das Beste von uns dauernd auswandert, gerade in den breiten Massen, und das Minderwertige bleibt zurück, was wird geschehen? Unser Volk wird schwach, wird kränklich, wird korrupt. Wir würden das niemals überwinden können. Sehen Sie, das hat man auch einst begriffen. Als das neue Reich entstand im Jahre 1871, da sah man, daß auf die Dauer das nicht geht, [*daß*] das deutsche Volk ununterbrochen seine Söhne hinausschickt. Man wollte dieser Frage dadurch entgegenkommen, daß man erklärte, keine Menschen sollen mehr exportiert werden, sondern wir wollen sie alle in Deutschland beschäftigen und das Produkt ihrer Arbeit exportieren. Es begann die große Umstellung des deutschen Volkes. Nicht Menschen sollten mehr auswandern, sondern Ware sollte hinausgeschafft werden, und vom Überschuß die notwendigen Lebensmittel gekauft werden. Diese ganz große Umstellung dauerte fast 40 Jahre, bis sie wirklich greifbare Resultate erzielte. Was hat nun diese Umwälzung bedeutet für unser

5 Zu der Legende, wonach sich der amerikanische Kongreß kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Faust, Deutschtum, S. 136 f.

Volk? In den Jahren 1871 bis 1890 schickten wir noch dauernd Menschen hinaus, allmählich weniger. Jetzt kam das Gegenteil. Deutschland baute immer mehr Fabriken. Es begann im Ruhrgebiet eine Stadt nach der anderen emporzuschießen, ganz kleine Nester, wie Mülheim an der Ruhr, Elberfeld-Barmen, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamborn, ein Industrieort nach dem anderen, alles schon enger ineinander, allmählich verschwinden die Grenzen, elektrische Bahnen werden durchgezogen, so daß der ganze Horizont eine einzige glühende, lodernde Flamme ist, und der Mensch war stolz. Da sagte man, da rauchen die Essen, da dröhnen die Dampfhämmer, da wird geschmiedet für die Zukunft unseres Volkes. Man hat das äußere großartige Bild vor Augen gehabt, aber man hat nicht hineingesehen. An allen Maschinen standen Menschen, in den Gruben war auch Mensch über Mensch, und es entstand dieser neue 4. Stand, das Industrieproletariat. Das deutsche Volk hat keine Söhne mehr nach Amerika geschickt, es hat sie in die Fabriken gezwängt unter entsetzlichen Bedingungen. Man war ganz glücklich. Auf der einen Seite sagte man, wir exportieren keine Menschen, auf der anderen Seite sagte man, wir machen die Wirtschaft. Man sah nicht das letzte und war ganz glücklich darüber und übersah, wie sich ein gigantischer neuer Stand zusammenbraute. Das wären die Menschen gewesen, die ausgewandert wären, man hat sie in Fabriken zusammengepfercht. Wenn Sie durch eine Stadt fahren in Sachsen, z. B. in Zwickau, kann man dreiviertel Stunden fahren durch rauchgeschwärzte Mauern, und daraus grinst überall das Elend. Die Menschen wurden unterernährt. Man begann, den Industriearbeiter wohl als notwendig, allein als ein notwendiges Übel anzusehen. Man erkannte instinktiv, daß in dieser Masse eine Gefahr liege. Anstatt aber das Problem nüchtern zu überprüfen, suchte man die Augen zu schließen und ging vorbei. Und nun beginnt die große historische Schuld des deutschen Bürgertums. Ein neuer Stand ist erschienen, um den sich das deutsche Bürgertum nicht gekümmert hat. (Sehr richtig!) Man ließ es gehen wie es ging. Nur einige Male wurde man rebellisch. Es begann jene Zeit, in der dieser Stand anfing, nach Menschenrechten zu schreien. In der Landwirtschaft arbeitete man von jeher 14 Stunden. Das ging über ins Kleinhandwerk. Man arbeitet dort im Sommer auch 12, 13 und 14 Stunden. Nun entwickelten sich diese Kleinbetriebe zu immer größeren. Es war selbstverständlich, daß man die Arbeitszeit beibehielt. Die Bergwerke gehen immer tiefer in die Erde hinein. Warum soll man die Arbeitszeit ändern, man behielt alles bei. Man kommt jetzt 200, 300 Meter tief in die Erde, immer mehr, immer unerträglicher wird das Leben, aber dieselbe Arbeitszeit, warum soll man da etwas ändern? Man denkt gar nicht daran, daß man die intensivere Arbeit der Zeit anpassen muß. Man vergißt das Schicksal des Volkes, die Menschen sind [*sic!*]. Und das ist Schicksal. Wenn die zugrunde gehen, bleibt nicht eine blühende Wirtschaft übrig. Man hat sich nicht die Frage vorgelegt, kann man 14 Stunden an glühender Esse aushalten. Kann man das tun? 5 Generationen hindurch tun? Wie werden die Menschen dann aussehen? Im Gegenteil, sich lieber nicht damit beschäftigen, mit solchen Problemen. Da begann die Masse sich selbst damit zu beschäftigen, man hat sie aufgehetzt, es ist unmöglich, ein solches Dasein ununterbrochen zu führen, und sie begannen sich zu wehren, und die Masse begann sich zu organisieren. Und nun trat zum ersten Mal das politische deutsche Bürgertum in eine Wechselbeziehung zu diesem neu entstandenen

neuen Stand, nämlich man sagte: Ja, das geht nicht, Widerstand gegen solche Reformversuche, das bedeutet den Zusammenbruch der Wirtschaft. Man begann auf der einen Seite das Ringen um Verkürzung der Arbeitszeit, auf der anderen Seite Widerstand, weil das eine Störung der Nahrung bedeutet. Und dieser Prozeß übertrug sich nun auf die Erscheinungen des täglichen Lebens. Immer war die gleiche Haltung des deutschen Bürgertums, das sich all diesen Reformversuchen entgegenstellte und glaubte, die Zeit zurückdrängen zu können. Gewiß, weiß der einzelne das nicht. Vor wenigen Jahren haben die Bergarbeiter den 9-Stunden[-]Tag gehabt und wollten ihn zum 8-Stunden[-]Tag herunterdrücken. Die ganze bürgerliche Presse war der Ansicht, das geht nicht. Als dann die Bergarbeiter streikten, wurde man ganz wild. Nun weiß ich genau, daß damals Hunderttausende von solchen Bürgerlichen mitschrieen, aber nur weil sie nicht wußten, um was es sich handelte. Wären sie nur einmal 8 Stunden, nein nur 4 Stunden unter der Erde gewesen, dann hätten sie gesagt, nein das kann man nicht aushalten. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wenn Menschen zum ersten Mal in nähere Berührung gekommen sind mit Menschen, die an der Bessemer Birne [6] arbeiten, dann haben sie gesagt, ich bin dafür, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, daß das die Menschen nur aushalten können. Das haben sie noch immer gesagt, wie lange hält man das aus? Das geht nicht ewig.

Das deutsche Volk hat allerdings in diesen Jahren etwas erreicht. Es hat die Ausfuhr von Menschen unterbunden, allein es hat diesen Stoff im Innern, der nun zurückblieb, nicht verarbeitet, sondern in Brandstoff umgewandelt. Diese Menschen, die zurückblieben, hat man nicht eingegliedert in die nationale Existenz, sondern man hat ohne zu bedenken, daß die Menschen das Vorauszusetzende sind, die Wirtschaft rücksichtslos auf sie aufgebaut und hat ein gigantisches Wirtschaftsgebilde gemacht, hat aber im Innern die Nation zerrissen. Es begann jene Zeit, wo man vom einheitlichen Reich nach außen sprach, aber nicht sah, daß dieser Staat innen schon längst keine Einheit mehr besaß, daß schon in den 80er, 90er Jahren die Nation aufhörte, eine einheitliche Volksgemeinschaft zu sein, daß sich eine Kluft auftat, und daß endlich dieses Volk nur mehr aus zwei Hälften bestand, aus Proletariat und Bourgeoisie, eine Trennung, die soweit führte, daß endlich die Kraft fehlte, um die Wirtschaft zu führen.

Sicher hat man jahrelang dem deutschen Volke auf jede Weise das Dasein in Europa und auf der Welt gewährleistet durch unsere Wirtschaft, allein man hat eines vergessen, daß eines Tages auch diese friedliche Ernährung beschützt werden muß. Denn wie konnten wir ein Volk ernähren, dadurch, daß wir produzierten und verkauften. Nicht die Fabriken sind es, die die Nahrung beschaffen, sondern man braucht die Freiheit des Handels, um die Produkte an den Mann zu bringen, und da mußte man in die Welt und mußte unterbieten. Überall saß aber bereits der englische Kaufmann, also mußte man erst den englischen Kaufmann verdrängen. Auch dort darf man nicht zum Vergnügen Politik treiben. Millionen Menschen mußte man ernähren auf dem zusammengepreßten Grund und Boden der Heimat, der keine Bauern mehr besitzt. Und nun begann der Lebenskampf genau so, als wenn man mit dem Schwert den Grund und Boden erworben

6 Zur Stahlerzeugung verwendeter birnenförmiger Konverter, benannt nach dem britischen Ingenieur Sir Henry Bessemer.

hätte. Wir nahmen dem Engländer das Brot weg, und das ist genau so, wie wenn man Grund wegnimmt. Wenn der Engländer sieht, daß er dieser friedlichen Expansion nicht mehr standhalten kann, weil wir billiger und besser zu liefern imstande sind und den Engländer dadurch zu verdrängen in der Lage sind, dann läßt er den Appell an das Schwert ergehen: Deutschland wird eingekreist.

Und nun kommt die Rache des Schicksals. Eine gigantische Wirtschaft haben wir aufgebaut, die größte, die die Welt bisher gesehen hat. In den letzten Jahren vor dem Krieg sind wir England nachgeeilt, haben es fast überholt, unsere Ausfuhr stieg von Jahr zu Jahr, und noch ein Jahr und wir hätten England überholt gehabt, so haben wir eine gigantische Wirtschaft aufgebaut, riesige Industriegebiete geschaffen, haben die deutsche Nation in ein einziges großes Fabrikunternehmen verwandelt, in ein Kontor, in eine Handelsgesellschaft, aber das, was das alles trägt, ist verloren gegangen, nämlich das einheitliche Volk ist nicht mehr dagewesen. Sicher, im Jahre 1914 kam noch einmal die Besinnung in unser deutsches Volk, es handelte sich um Sein oder Nichtsein. Damals hat der einzelne noch erkannt, es ist ein Kampf ums tägliche Brot. Allein, das verging, als der Krieg kein Ende nahm, da begann das Volk sich wieder in seine beiden Hälften zu teilen. Da kam jener Tag, das deutsche Volk hat eine gigantische Wirtschaft aufgebaut und hat seine Volkseinheit dabei verloren, was übrig blieb war das Riesengebilde einer Wirtschaft, die nun aber stillesteht und stillestehen muß, weil hinter ihr der lebende Dynamo der Nation nicht mehr da ist. Denn alles wird von Menschen gemacht, und wenn die Menschen selbst die Kraft und Energie verlieren, muß die Wirtschaft zusammenbrechen.

Das ist nun die Dekadenz, der Untergang des deutschen Bürgertums, daß sein führender Wirtschaftskörper stockt. Ein Herr Stinnes konnte sagen, die Wirtschaft wird Deutschland wieder aufbauen. Nein, mein lieber Mann, du bist im Jenseits und kannst von dort Deutschland ansehen, die Wirtschaft baut überhaupt nichts auf. Völker und Staaten sind immer nur aufgebaut worden durch die lebendige Kraft der Selbsterhaltung, und die Wirtschaft war immer nur ein Mittel zur Ernährung. Nicht die Wirtschaft hat Deutschland zugrunde gerichtet, gefallen sind wir infolge des Mangels einer einheitlichen Volksorganisation. Aufgerichtet könnte unsere Wirtschaft nur werden durch die Herstellung einer solchen Einheit im Innern unseres Volkes.

Warum kann man die in Deutschland nicht aufrichten? Warum haben wir denn unsere Wirtschaft überhaupt verloren? Weil uns eines Tages die Kraft fehlte, das zu verteidigen. Warum hat die Kraft gefehlt, weil das deutsche Volk einen Teil seiner Kraft nicht mehr anwandte, seine Interessen nach außen zu vertreten, sondern zum Kampf im Innern. Wir sind heute ein Sklavenvolk und werden jämmerlich unterdrückt. Millionen verlieren bei uns ihre Arbeit und müssen von den anderen ernährt werden, ohne daß sie Arbeit finden. Wieder andere sind bessere Aufseher. Die ganze Nation verliert ihre Sparguthaben, alles ist kaputt gegangen, und trotzdem, was sehen wir? Unser ganzer politischer Kampf ist doch nur ein Kampf im Innern, Klasse gegen Klasse. Wir haben gar kein Lebensziel nach außen, sondern nur eins, diese Klasse muß fallen, damit die andere lebt. Aber das ist doch das einzige Lebensziel. Wir haben kein anderes Programm mehr. Gehen Sie hin und hören Sie eine Wahlversammlung an. Was ist das Ziel

eigentlich? Sehen Sie, ich will ein Beispiel zeigen. Etwas östlich von uns ist ein sogenannter deutscher Nachbar, Österreich, eine Mißgeburt von 6 Millionen Menschen. Davon entfällt 1/3 auf die Hauptstadt Wien. Das ist ein fauler Brutofen von Bastarden, die dort jährlich erzeugt werden. Minderwertige in jeder Hinsicht. Das ganze Land verarmt, elend ausgezogen, zum großen Teil überhaupt ohne Arbeit, und jetzt findet dort eine Wahl statt[7]. Unter welchem Zeichen? Die Menschen haben keine Freiheit mehr, ein Völkerbundskommissar[8] sitzt dort, sie wissen, daß Hunderttausende unbedingt zugrunde gehen müssen, das wissen sie alles, aber die Parole lautet nicht etwa: Auf zur Freiheit!, sondern: Hie Bürgertum, hie Proletariat!, also Kampf gegeneinander. Dadurch ist die Lage nicht gerettet. Wir stehen heute vor derselben Frage, vor der wir schon einige Male in der deutschen Geschichte standen. Der Deutsche hat eine Fähigkeit, sich für ideale Probleme bis zur Vernichtung einzusetzen, pflegt aber dabei zu vergessen, daß die Voraussetzung für Ideale zunächst das tägliche Brot ist, daß alle inneren Kämpfe nur Sinn haben, wenn wir sagen können, aus diesen Kämpfen kann ein Sieg hervorgehen. Es kommt mir vor, wie wenn zwei Menschen in das Nest eines Löwen geraten sind, aber sich vorher noch gegenseitig bekämpfen und sagen, einer von uns muß sterben, der letzte wird dann von dem Löwen aufgefressen. Das Volk, das den Kampf um Probleme auskämpft, ist fanatisch. Dabei hat dieses Volk gar nichts vom Erfolg, weder wenn das Proletariat siegt, noch wenn die Bourgeoisie siegt, vielleicht die eine hat die Ehre, daß sie manches Mal etwas mithelfen darf, die Sklaven zu beaufsichtigen. Im Grunde genommen sind aber beide nichts anderes als Sklaven. Das Bürgertum hat seine ganzen Ersparnisse geopfert, dennoch glaubt es an einen Sieg und wird nichts erreichen. Wenn der Arbeiter als Sieger hervorgeht, so wird die andere Seite endgültig verlieren. Aus wem besteht das internationale Proletariat? Aus den Menschen der Handarbeit. Aus wem besteht die Bourgeoisie? Aus den Menschen der Kopfarbeit, der geistigen Arbeit. Das ist die große Grenze. Wenn ich jetzt, sagen wir, nicht der Schriftsteller Adolf Hitler wäre, sondern der oder jener vierzigfache Millionär oder Bankkassier, dann wäre ich kein Proletarier, oder wenn ich meinetwegen ein Richter wäre, dann würde ich absolut in das linke Lager gehören - nein, mein lieber Freund, die Grenze wird gezogen nach Kopfarbeit und Handarbeit. In diese zwei Hälften ist das Volk zerfallen. Wenn die eine parlamentarische Partei ihre Anhänger genau abwägt und prüft, dann muß sie sa-

7 Die Wahl zum österreichischen Nationalrat fand am 24.4.1927 statt. Dabei erzielten die Bürgerliche Einheitsliste (Christlich-Soziale und Großdeutsche) 1.756.761 Stimmen, der Landbund 230.157 Stimmen und die Sozialdemokratische Partei 1.539.635 Stimmen. Gleichzeitig fanden auch die Gemeindewahlen statt. Vgl. Weinzierl/Skalnik, Österreich 1918-1938, Bd. 2, S. 1093.

8 Gemeint ist Alfred Zimmermann (1869-1939), Dr. jur., 1906-1921 Bürgermeister von Rotterdam, 1921 Schiedsrichter in finanziellen Streitfragen zwischen Ungarn und Österreich, 1923-1926 Generalkommissar des Völkerbunds zur Überwachung der öster. Finanzgebarung in Wien, 1929 Delegierter der Kontrollkommission der Garantiestaaten für die öster. Wiederaufbauarbeiten.
Durch die "Genfer Protokolle" vom 4.10.1922 erhielt Österreich eine von Großbritannien, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei garantierte zwanzigjährige Völkerbundanleihe in Höhe von 126 Millionen Dollar. Österreich verpflichtete sich zur Sanierung seiner Finanzen und Wirtschaft und zum Anschlußverbot an Deutschland auf 20 Jahre. Zur Einhaltung der Bestimmungen wurde ein vom Völkerbund ernannter Generalkommissar eingesetzt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1922, München 1927, S. 161 f.

gen, wir haben in erster Linie lauter Kopfarbeiter unter uns, darnach müssen wir handeln, und wenn die andere Partei ihre Anhängerschaft prüft, dann muß sie sagen, wir haben in erster Linie lauter Handarbeiter unter uns, das ist die große Zahl, darnach müssen wir handeln, mit anderen Worten, die deutsche Nation ist zur Zeit auseinandergefallen in die Partei der geistigen Arbeiterschaft und in die der Handarbeiterschaft. Was ist nun das Ergebnis dessen? Da bitte ich Sie eines überdenken zu wollen: Wie Sie heute hier in diesem Saal versammelt sind, Sie sind aus beiden Lagern. Es sind Arbeiter, die bisher zu den proletarischen Parteien gehörten, und Bürgerliche, die zu den bürgerlichen Parteien gehörten, und dennoch sind Sie heute in diesen Saal gekommen. Warum hören Sie diesen verrückten Idioten? Sie kommen hierher, weil Sie trotz alle dem Entgegenzuwendenden [*sic!*] in Ihrer eigenen Partei nicht mehr voll befriedigt werden. Es ist so. Glauben Sie mir, es ist auch hier wichtig das Glauben, nicht das Erkennen; man muß auch an eine Sache glauben können, und das allein macht den Staat. Was läßt den Menschen sterben, für religiöse Ideale in den Kampf gehen? Nicht das Erkennen, sondern der Glaube, das ist das Wesentliche, dieses unbedingte: Ich glaube daran ganz blind. Und wenn ein Mensch an seiner Konfession nicht mehr mit dem Glauben hängt, dann beginnt er zu wandern. Wenn ein Katholik ein paar Monate in die protestantische Kirche geht und wird Protestant, dann sagt er, jetzt möchte ich auch einmal einen Mormonen hören. Dann geht er dorthin und sagt, es ist auch etwas dabei, aber ich möchte auch einmal Baptisten hören. Dann sagt er, jetzt gehe ich auch in eine mohammedanische Kirche, ich möchte sehen, was daran ist. Was beweist das? Das beweist, daß der Mensch den blinden Glauben nicht mehr besaß. Hätte er den besessen, wäre er nicht gewandert. So geht auch einer zu einer anderen Partei. Eines Tages geht er zur kommunistischen Partei. Er geht wieder weg und geht zu einer anderen. Was bedeutet das? Die Menschen haben keinen Glauben mehr. Der beste Maßstab für den Glauben an eine Bewegung, den bilden immer die Führer selbst, d. h. mit anderen Worten, eine Bewegung ist dann reif zum Sturz, wenn ihre eigenen Führer nicht mehr blind an sie glauben. Darunter verstehe ich das Einsetzen der ganzen Person. Wenn die Führer den Glauben nicht mehr haben, dann ist die Bewegung reif zum Sturz. Nun prüfen Sie einmal eine politische Bewegung. Nicht nur vom Gesichtspunkt des Glaubens der Masse, sondern auch vom Glauben der Führer selber nach. Welche Führer sind so durchdrungen von der Wichtigkeit ihres politischen Ideals, daß sie bereit sind, dafür einzustehen? Glauben Sie, ich möchte einmal so politisch mit einem großen Fischnetz hineinfahren, sagen wir in den deutschen Reichstag, das ist die Auslese der deutschen Nation, die darin ist, die Führer des deutschen Volkes. Dann stülpen Sie das um und beginnen Sie die Leute zu sortieren, und nun sagen Sie: Wir wollen erproben, ob ihr an euer Ideal glaubt. Wer bereit ist, dafür zu sterben, der glaubt daran, wer nicht bereit ist, dafür zu sterben, der glaubt nicht daran. Das Ideal, für das die meisten sterben, dieses Ideal ist das Richtige. Keinem Teil liegt es, den Sieg des Ideals zu erreichen. Glauben Sie mir, ich kenne sie, die Herren, sie werden alle sagen, es liegt uns gar nicht an Sieg. Keiner von denen wird sterben. Ja, das ist schon etwas Absolutes. Sterben, da ist man zunächst tot. Die Menschen sehen nicht ein Volk, für das sie kämpfen, sondern nur das Programm. Die Organisationen sind ihnen nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern das ist der Zweck selbst.

Das deutsche Volk ist eigentlich das Sekundäre, das Mindere, das Primäre, das Wichtigere ist die Partei. Trotzdem steht in großen Buchstaben an der Tür: "Erst das Vaterland und dann die Partei!" Aber die Buchstaben sind z. Zt. so weit auseinander, daß man sie nicht mehr zusammenfindet und umgekehrt liest: "Erst die Partei und dann das Vaterland!" Das Vaterland hat sich entzweit. Dieselben Menschen, die froh sein müssen, wenn ihr Arbeitslosenschein abgestempelt wird, für die hat das Vaterland keinen Wert. Sie kommen mir vor wie Morphinisten, die sich in einen Traum bringen, voll herrlicher Fantasien, bis eines Tages der plötzliche Zusammenbruch eintritt. Vor diesem Zusammenbruch steht das deutsche Volk und befindet sich mitten drin. Die beiden Gruppen, die wir vor uns haben, haben sich blutig gekämpft, sie haben praktisch doch schon 60-70 Jahre gekämpft, und wenn sie heute nirgends mehr den blinden Glauben daran finden, dann hat es seine Begründung darin, daß diese beiden Gruppen in 60jähriger Tätigkeit ihr Ziel nicht erreicht haben. Was trennt nun die beiden Gruppen voneinander. Wir müssen uns die Frage vorlegen, was haben die beiden Weltanschauungen, Bürgertum und Proletariat, an großen Zielen verfolgt? Tagesfragen? Jawohl. Allein diese Tagesfragen gehen vollständig unter in großen Zielen. An Tagesfragen kann ich gar nichts ermessen. Das deutsche Bürgertum wird mir vorrechnen: Das große nationale politische Bürgertum hat als Ziel gehabt, ein großes mächtiges deutsches Reich aufzurichten, frei und unabhängig nach außen, geschützt durch eine große nationale Wehrmacht, im Innern gestützt auf eine unabhängige freie Verwaltung, gekrönt durch die Monarchie, beseelt vom nationalen, fanatischen Glauben und [*vom*] Besitz einer unabhängigen Wirtschaft. Das sind drei große Ziele, schweigt mir von Tagesfragen! Die Tagesfragen sind gelöst. Das Volk ist zugrunde gegangen. Die Monarchie ist gestürzt, das Heer ist vernichtet, die Wirtschaft ist in Außenbesitz geraten. Der nationale Gedanke, wo ist der? 16 Millionen Menschen schreien: Bleibt weg mit nationalen Gedanken, es lebe die Internationale! Das ist das Ergebnis, das ist die Niederlage, die ihr erlitten habt. Das politische deutsche Bürgertum hat seine Ziele restlos verloren, es hat nichts erreicht, genau so wie das Proletariat. Dort hat man auch seine Ziele gehabt: Die Weltkonföderation, soziale Staaten errichten, Abschaffung des Militarismus, Beseitigung aller Kriege, soziales Glück und Wohlfahrt, Sozialisierung, Vernichtung des Kapitals usw.. Redet man dort auch von Tageserfolg? Das Resultat liegt da, d. h. die Weltgebilde sind geblieben, wie sie waren, der Militarismus ist nicht vernichtet worden, der Kapitalismus ist nicht vernichtet worden, die soziale Freiheit ist nicht gekommen, im Gegenteil die Welt dröhnt vor Waffenlärm, die Völker sind mehr noch als früher unter das Joch geraten, der Kapitalismus regiert mehr als zuvor. Man sage ja nicht, weil in Deutschland die Revolution nicht durchgedrungen ist. In anderen Ländern ist sie gelungen, z. B. in Rußland. Ich habe aber nicht gehört, daß man dort dem Kapital den Krieg angesagt habe. Die Vertreter dort haben den Zylinder aufgesetzt. Tschitscherin hat gebettelt beim Kapital in der ganzen Welt, man hat große Teile Rußlands verschachert. Man legte sie nicht hinein, die Geldfürsten. Ich halte diese internationalen Geldbörsen für viel gerissener als die politischen Führer. Man hat gar nichts getan, die Lebensbedingungen zu ändern, den Militarismus abzuschaffen, der ganze Osten ist ein Flammenmeer. Man wird vielleicht einwenden, aber das wird ein proletarischer Krieg. Lieber Freund, sei ru-

hig, mach mir nichts vor. Man wird vielleicht sagen, ein kapitalistischer Krieg, das ist unangenehm, aber wenn das so hereingeschneit käme, wenn das dann ein proletarischer Krieg wäre, wenn man denken kann, daß man für diese Idee die Brust aufmachen kann und den Granaten entgegenhalten kann, das muß eine Wonne sein, von einer kapitalistischen Granate zerrissen zu werden. Mein lieber Freund, mach mir das nicht weis. Du ziehst den Kopf genau so aus der Schlinge wie damals. Wenn der verdammte Krampf [*sic!*] nicht bald ein Ende nimmt, würdest Du sagen wie damals. Alles ist geblieben, und auch der Kampf ist geblieben. Damals war es der Kampf für die heiligsten Ideale, der nationale Kampf, jetzt wird er für die heiligste internationale Idee gekämpft. Kämpfen heißt Blutvergießen. Ich möchte es nicht aufs Exempel erproben. Das Alte hat noch etwas gehabt, es hat Tausende und Tausende seiner Führer auch verbluten lassen. Ich bezweifle, daß das die neuen Führer tun würden. Ich glaube nicht daran, daß wenn plötzlich der proletarische Krieg ausbrechen würde, die proletarischen Fraktionen aus den Parlamenten heraus[*sau*]sen[9] würden, sich in Kompagnien zusammenschließen und dann ausziehen. Das kann man nicht glauben. Ich bin überzeugt, daß diesen Kampf genau so der gewöhnliche Mann auszukämpfen hat. Nicht Tschitscherin kämpft gegen die südchinesischen Kugeln, sondern der chinesische Kuli, der nicht lesen und schreiben kann, der trägt sein Gewehr und schießt, vielleicht sagt man, nicht für kapitalistische, sondern nur für proletarische Interessen, und bekommt plötzlich eine vor den Kopf und ist für proletarische Interessen kaputt und weiß nicht warum und weshalb.

Das deutsche Volk hat heute sich in zwei Klassen gespalten und kann kein Vertrauen besitzen zu diesen Klassen. Man kann es bis zum Bürgerkrieg bringen. Das ist aber ein Kampf der unteren Massen, ist ein Kampf der breiten Massen untereinander, der Führer glaubt nicht mehr daran, nur die breite Masse. In dem Moment, wo ihr ein neuer Glaube geboren wird, der nicht mehr heißt: Deutsche schlagt euch gegenseitig die Köpfe ein, hie Bürgertum, hie Proletariat, sondern Deutsche bedenkt, ihr seid heute in Europa auf enger Grundfläche zusammengepfercht. Ein Todfeind unseres Volkes hat gesagt, zwanzig Millionen Deutsche sind zuviel auf der Welt, und wenn ihr das wollt, gut dann macht so weiter, bekriegt euch nur, schlagt euch dann die Schädel ein, hie Proletariat, hie Bürgertum! Was wir dem deutschen Volke an Erkenntnis wünschen möchten, das wäre folgendes: Unsere Lage ist heute so, daß unsere ganze Kraft im Innern verbraucht wird, und dabei können wir uns nicht ernähren. Der Grund und Boden wird nicht mehr, der bleibt.

Der Grund und Boden wird nicht mehr, der bleibt.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, ihn zu mehren. Entweder wir liefern Menschen oder Waren ab - dazu brauchen wir Macht. Oder wir erringen uns mehr Grund und Boden, und dazu brauchen wir auch Macht. Und Macht hat weder die bürgerliche Seite, noch die andere, weil zur Macht beide Teile gehören. Wenn heute das deutsche Bürgertum große Politik macht mit der Parole, hie Bürgertum [*sic!*], wie denken sie sich das Ende dieser Politik?

Wollen sie das ewig machen, oder wollen sie nicht etwas für das deutsche Volk herauswirtschaften? Haben sie noch nationale Ziele? Oder versprechen sie nur für die

9 Ergänzt nach Preiß, Hitler, S. 58.

nächste Wahl wieder Gehaltsaufbesserung? Ist das ihr einziges Ziel? Dann kann ich ihnen eines sagen: Wundern sie sich nicht, wenn für dieses Ziel kein Mensch mehr zum Sterben bereit ist. Hätten sie das schon 1914 gesagt, das Ziel des deutschen Bürgertums ist Aufbesserung von dem und dem, dann hätte man nicht gekämpft, hätte kein Mensch ins Gras gebissen. Wenn die heute kommen würden, würden sie sagen, bleibt mit euerer Wahlparole fort. Wenn das Ziel ist Mogeleien, dann packt zusammen. Und wie will das deutsche politische Bürgertum heute Deutschland retten? Durch ein nationales freies Reich? Nicht dadurch, daß man die Wacht am Rhein singt oder das Deutschlandlied oder hinter verschlossenen Türen den König hochleben läßt oder den Kaiser, wenn man sich vorher überzeugt hat, daß bei der Tür niemand steht, der es weiter sagen könnte. Damit rettet man ein Volk nicht, die Freiheit erwirbt man dadurch auch nicht, sondern dazu braucht man die gesamte Kraft einer geschlossenen Nation. Nur dadurch sind die Freiheitskriege gekommen. Glauben Sie mir, wenn man Freiherrn v[*om*] Stein in eine Burg eingesperrt hätte, dann wäre die Freiheit Preußens nicht zustande gekommen. Wenn das deutsche Bürgertum den Kampf gegen den Marxismus führt, glauben Sie, da müßte man Programme besitzen? Nein, Weltanschauung. Das hat man nicht, man kämpft nur, seien wir ehrlich, damit man mitregieren kann, daß man an die Futterkrippe herankommt und auch etwas mitessen kann. Mehr wünscht man gar nicht. Man schaue sich nur die bürgerlichen Politiker an, diese Herren in unserem Parlament. Glauben Sie, aus denen heraus wird kein einziger kommen, der ein Volk im Freiheitskampfe zusammenfaßt. Von den Köpfen paßt keiner in die Walhalla hinein. (Lebhafter Beifall.) Nein, meine Lieben, dazu gehört eine andere Energie, und die fehlt diesen alten Gebilden. Sehen Sie, mir kommt es so vor, als wenn ein Mensch ein großes Geschäft erbt, das blüht und gedeiht. Allmählich beginnt der Zerfall, und endlich kommt die Katastrophe, und der Mensch, der alt geworden ist 60, 70 Jahre und hat nichts gesehen, er hat immer nur auf die Filialen gesehen, er hat nicht gesehen, wie der Körper seiner Angestellten immer mehr zerfiel, bis eines Tages alles zusammenkrachte. Dann steht er da, 70 Jahre alt, schwach geworden, ein Greis, jetzt sehen Sie alle zu, wie dieser Greis das aufbauen wird. Nein, glauben Sie mir, es ist so mit unseren politischen Gebilden. Sie sind alt geworden, 70, 80 Jahre. Wenn Sie einen Blick hinuntertun in so ein Parlament, es ist entsetzlich. Was hat das deutsche Volk alles mitgemacht! In den letzten zwanzig Jahren, Aufstieg, scheinbar glänzend, dann kommt endlich das Jahr 1914, wieder eine immense Kraftäußerung nach außen, und dann die marschierenden deutschen Armeen durch einen Kontinent, von Kriegsschauplatz zu Kriegsschauplatz. Dieses Volk erhebt ein Verteidigungssystem, umgürtet sich und beginnt einen Panzerturm zu sprengen und einen Staat niederzuschmettern, und da tobt dieser Redenkampf immer mehr. Endlich sind es 27 Staaten, die ganze Erde flammt, und immer steht zwischen diesen das eine Volk und hält stand gegen 27 Staaten bis endlich der Zusammenbruch eintritt, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, und das deutsche Volk stürzt ins Verderben, der Friede wird diktiert, immer neue Lasten, das Volk wird ausgepreßt. Jahr für Jahr. Was hat in dieser Zeit der einzelne Mensch nicht alles erlebt! Erst ist er sparsam, hat gearbeitet, er hat dem Staat gehorcht, als er rief, heraus! Er ging hinaus in den Kampf, in den Schrekkenskampf, er wird verwundet, ein zweites Mal, ein drittes Mal, Tausende sterben,

Hunderttausende geschlagen kommen zurück [*sic!*], doch er sieht wieder die Heimat, wieder Weib und Kind, er faßt wieder Hoffnung, unterdessen bricht alles zusammen, seine Spargroschen sind alle weg, das Ergebnis seines ganzen Lebens ist weg. Da bäumt er sich dagegen auf, und dann wenden sich seine Blicke dahin, wo das Schicksal des Volkes entschieden wird - da hat sich nichts geändert. Dieselben Geister, dieselben Köpfe, dasselbe Format, das man sieht, von der Galerie im Landtag oder Reichstag. Da spiegelt sich der größte Kampf der Weltgeschichte, und das ist das Bild des heroischen Zeitalters, das Spiegelbild des Volkes, das 12 Millionen Männer in den Krieg geschickt hat, da unten sitzt seine Regierung! Und aus denen heraus soll dann die Freiheit kommen. Glauben Sie, daß Völker je so wieder glücklich geworden wären und wieder die Freiheit bekommen hätten, dann frage ich Sie, was will das deutsche Bürgertum, die politische Partei der Bürgerlichen bloß für die nächste Wahl für eine Paroleaufstellung, damit sie einige Mandate bekommt, und dann tun sie doch nichts und sagen, jetzt wollen wir stille sein, Ruhe und Ordnung, keiner rühre sich, die Mandate sind erobert, und sie regieren im Schweiße ihres Angesichtes, manchesmal essen sie auch im Schweiße ihres Angesichts in den Restaurationsräumlichkeiten und tragen sich in die Anwesenheitsliste ein, jeden Tag, d. i. das Wichtigste. Einzelne Drahtzieher regieren, die von jeher regiert haben. Auf der einen Seite die, auf der anderen die Nationalen, alles alte Erscheinungen. Was will man denn damit? Will das deutsche politische Bürgertum das als Ziel ansehen? Glauben sie denn, sie können die Nation noch einmal glücklich machen dadurch, daß sie sich in eine Tagesfrage hineindenken, z. B. ob man in Ansbach einen Flughafen anlegen soll, und dann wird er gemacht, ein großer Erfolg unserer Partei, ein Riesenerfolg, Kinder freut euch darüber! Diese Arbeit tut man von selbst, wie das kleine Baby seine Milchflasche aussaugt. Das Wichtigste, die Nahrung zu verschaffen, das können sie nicht. Sie können unser Volk nicht ernähren. Was heißt 20 Millionen zuviel? Man muß nicht immer an die Leute denken, man muß wieder einmal an etwas anderes denken. Man geht daher auf den Fasching und tanzt. Man kommt dann wieder auf andere Gedanken. Man kann die Not der Leute nicht immer ansehen, man hat ein weiches Herz, man muß sich darüber hinwegbringen. Wenn die Not groß wird, macht man irgendwo ein Wohltätigkeitsfest. Das hat zwei gute Seiten, denn erstens beim Fest denkt man nicht an die Not, man kann aber doch sagen, man hat etwas Wohltätiges getan, d. i. zwar nicht viel, weil man nicht einmal daran gedacht hat, aber es ist doch eine Tat. Aus lauter Wohltätigkeitsfesten besteht unsere Politik, die Politik unserer Parteien, auch die der linken Seite genau so. Was wollen sie denn? Den sozialistischen Staat? Heißt das sozial, wenn sie ein ganzes Volk als Sklaven ausliefern? Wenn ihre Führer im Jahre 1918 einen sozialen Staat gewollt hätten, hätten sie damals den sozialen Staat mit den stärksten Waffen umgeben müssen. Sie hätten der kapitalistischen Welt einen sozialen Staat hinsetzen müssen. Sie hätten sagen müssen, den sozialen Staat muß man rüsten bis zu den Zähnen, sonst werden wir aufgefressen. Statt dessen sagten sie, erst die Waffen weg! Hoch der Sozialismus! Sie haben allein geschrieen, denn die Deutschen haben ein gewisses Taktgefühl. So hat man, wie mit der lauretanischen Litanei, das Volk dazugebracht, Straßenumzüge zu machen. Ihr werdet aber doch nicht behaupten wollen, daß ihr eine soziale Republik gemacht habt oder daß ihr den Kapitalismus getötet habt, oder

die Freiheit gebracht habt oder Brot gebracht habt. Im Gegenteil, gesiegt hat nur der Börsenjude, der internationale Jude ist Herr geworden. (Lebhafter Beifall.) Sagt doch nicht, daß ihr den Kapitalismus vernichtet habt. Ja, die kleinen Kapitalisten, so einige Millionen, so ganz kleine, die jahrelang in ihrer Konsequenz die Pfennige zusammenlegten, bis sie so ein kleines Kapital bekamen, die habt ihr vernichtet, und diese Politik war großzügig: Sie nimmt 95 % weg, und sagt, so jetzt bekommt ihr 5 % wieder zurück. Die kleinen Hamsterer habt ihr umgebracht. Aber die großen in Wien, im Westen, wo das internationale Proletariat sitzt, wenn ich diese Leute ansehe, muß ich sagen, herrlicher haben die noch nie geblüht, auch noch nicht herrlicher geduftet. Redet auch nicht von Freiheit. Es gab eine Zeit, da haben euere Genossen Führer gewettert gegen die Ausnahmegesetze [10], und jetzt zittern die Menschen vor einem einzigen, bloß weil er redet; der Genosse Grzesinski [11] und der Genosse Bauer [12] usw. und der große Genosse Severing [13] verbieten einen ganz kleinen Wurm, weil er ein Idiot ist, weil er Unsinn schwätzt, dem einzigen verbieten sie das Reden. Dafür hat man gekämpft, daß man sagen kann, dieser Bursche, der darf nicht reden, der soll stille sein. So ist es doch überall. Oder haben jemals die Gefängnisse Deutschlands soviel politische Verbrecher gehabt wie in der freien Republik, hat es jemals soviel Majestätsbeleidiger gegeben wie jetzt? Früher, da wußte man wenigstens, wen man nicht beleidigen darf. Das waren 36 [14]. Die konnte man sich zum Schluß merken, weil in jedem Land einer war, aber jetzt, wer sind die Namen all! Denn man weiß jetzt nicht einmal, wen man nicht beleidigen darf. Man denkt sich: Der Mensch, an sich ist er ein Lump, augenblicklich ist er kein Minister, also wage ich es und sage heraus, was er ist, aber vor 7 Jahren ist er einer gewesen. Majestätsbeleidigung, hinein ins Loch, er hat jemand beleidigt, der vor 7 Jahren regiert hat. In der Republik kennt man lauter Regierende heute. Freiheit heißt das alles. Freistaat nennt man dieses Gebilde, über das irgendein Finanzkommissar der Entente bestimmt. Das heißt man Freiheit, Freistaat. Nein, lächerlich ist das alles. Die Ziele sind nicht erreicht worden. Wenn sie einen Daseinszweck haben wollen, müßten sie ein Ziel für die

10 Gemeint sind die Bismarckschen Sozialistengesetze von 1878.

11 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralsrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-1933 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preuß. Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Okt. 1926 bis Feb. 1930 preuß. Innenminister, 1933 Emigration.

12 Gustav Adolf Bauer (1870-1944), 1908-1918 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Juni 1919 bis März 1920 Reichskanzler, Mai/Juni 1920 Reichsverkehrsminister, Mai 1921 bis Nov. 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler im Kabinett Wirth, 1912-1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1925, 1924 wegen indirekter Verwicklung in den Barmat-Skandal vorübergehend aus der SPD ausgeschlossen, 1925 rehabilitiert.

13 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Okt. 1926 und Okt. 1930 bis Juli 1932 preuß. Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Inneren, 1947-1952 MdL in Nordrhein-Westfalen (SPD).

14 Anspielung auf die §§ 94-101 StGB. Sie enthielten die Bestimmungen bei Beleidigung des Kaisers und der Landesherrn. Vgl. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig ^{4}1903, S. 152 ff.

Zukunft besitzen. Ich frage Sie, mit was wollen Sie das erreichen? Das deutsche Bürgertum erreicht niemals mehr die Freiheit der deutschen Nation, weil dieses Bürgertum nicht die breite Masse unseres Volkes erfaßt, und viele erringen niemals das soziale Glück unseres Volkes. Das ist das Wesentliche. Die politischen Parteien sagen, was wollen Sie kritisieren. Das kann passieren, daß man das Ziel nicht erreicht, aber eines muß vorhanden bleiben, die Möglichkeit, es zu erreichen, die Möglichkeit, daß man das Volk in den Gedanken dieses Ziels hineingebracht hat. Wenn das deutsche Bürgertum tausendmal alles verloren hätte, aber wenn ich sagen könnte, sie haben eines erreicht, hinter uns steht die ganze deutsche Nation geschlossen, beißt die Zähne zusammen und wartet auf die Stunde, wenn die Freiheit kommt, allein hinter euch steht die lebendige Energie der ganzen Nation, die Willenskraft hat, und das ist das Höchste und mehr wert als alle Waffen. Das Ausland kann alle Waffen nehmen, wir haben 62 Millionen, wenn alle ein Ziel haben, dann sind die Waffen leicht zu verschmerzen, denn ein solches Volk gewinnt eines Tages die Möglichkeit, die Freiheit im Sturm zu erringen, wenn dieser geschlossene Wille da ist. Das haben sie heute nicht. Wenn die einen "Deutschland auf" schreien, schreien die anderen "Deutschland nieder". Das ist das Ergebnis, darüber kommen wir nicht hinweg. Darum ist das politische Ziel des deutschen Bürgertums lächerlich. Es ändert sich nicht. Niemals wird diese Parteienwelt Deutschland frei machen. Dazu fehlt die Einheitlichkeit des Willens unseres Volkes.

Genau so ist es auf der linken Seite. Was sie auch für ein Ziel haben, sie werden niemals mehr Deutschland frei machen, weil auch sie nicht die Nation hinter sich haben. Wenn sie heute schreien "Hoch die Internationale", dann brüllt die andere Hälfte: Nieder mit ihnen, "Hoch das nationale Bürgertum!" Sie haben sich entzweit voneinander, auf der einen Seite der Kopf und auf der anderen Seite die Faust. Daß sie sich entfernt haben, ist von uns aus gesehen ein Unglück, aber von einem anderen Standpunkt aus gesehen höchste Logik. Beide sind heute wehrlos. Über sie kommt ein anderer Herr. Es kommt der Besitzer, der Inhaber des Werkes, das fremde Kapital, und während das Bürgertum noch in seinen kleinen Groschen herumwühlt, erhebt sich über ihnen ein ganz anderer Herr, der mit anderen Zahlen rechnet, und es wird eines Tages die Stunde kommen, in der auch [*die Bürger*] ihre Groschen verlieren. Glauben Sie nicht, das geschieht aus Liebe zum Proletariat. Gewiß es gab deutsche Fabrikherren, die unsinnig und unmenschlich waren in ihrem Verhalten gegenüber den Arbeitern und unvölkisch. Aber glauben Sie nicht, wenn das alles in den Besitz der internationalen Großfinanz übergeht, daß es da anders wird. Das einzige, was erreicht ist, ist, daß uns alles aus dem nationalen Gut genommen wird, daß eines Tages eine andere Völkerbundsarmee uns bewachen wird, aber nicht für proletarische Ideale, sondern für den Herrn, der sie bezahlt, das heißt, bezahlt wird sie durch die Großfinanz, sie werden kein soziales Deutschland aufrichten. Was haben sie in den 70er Jahren erreicht? Das Resultat ist da. Ein Trümmerhaufen ist da. Es ist [*nicht*] etwa so, daß sie am Werke sind, den Trümmerhaufen wegzuräumen. Von Zeit zu Zeit erscheinen am Horizont bei einem die Silberstreifen, beim anderen die roten Bündel. Wenn man längere Zeit daraufsieht, ist nichts mehr da. Es gibt einen Zustand, wo man alles doppelt sieht. Das deutsche Volk kommt in diesen Zustand hinein, es trinkt. Wenn man vom Weinlokal heimkommt, sieht man

die deutsche Zukunft ganz anders, denn auf einmal öffnet sich das Herz, die Fantasie, man singt ein Lied und träumt. Der andere geht zum Salvator. Am nächsten Tag geht der eine zum Stempeln, der andere in sein Büro, und die Illusion ist weg. Das Volk hat selbst das Vertrauen, den Glauben nicht, deshalb kommt es in diese Bewegung hinein.

Wenn Sie mich fragen, was ist dann Ihr Ziel, werde ich sagen, Tagesprobleme werden gelöst in der Zukunft wie in der Vergangenheit. Wir verbitten uns, daß man uns für blöde hält. Tagesfragen werden gelöst, die großen Probleme, nationale Freiheit, Wiedergewinnung unserer Unabhängigkeit sind durch eine Macht zu erreichen, die dahintersteht. Diese Macht zu schaffen, bringen andere nicht fertig. Das unterscheidet uns von den anderen. Sie sind auf der einen Seite klassenbewußte Proletarier, auf der anderen Seite nationalbewußte Deutsche. Wir haben weder mit den Bürgern noch mit den Proletariern zu tun. Wir fragen keinen, wo kommst Du her? Unser Programm lautet: Wenn Deutschland sich so weiter zerfleischt, kann es nicht mehr wieder erstehen. Beide Teile, Bürger und Arbeiter, gehen in ihrer Fantasie vielleicht eine Strecke miteinander, und da erklären wir denen gegenüber, was euch trennt, euch von den anderen als widerlich erscheint, was euch abstößt, ist das, was uns vereint. Den Proletarier stößt vom Bürgertum sein Begriff national zurück, sie sagen, diese Nationalen haben sich nicht um uns gekümmert, höchstens bei der Wahl, da wären wir gut genug gewesen, sonst waren wir der Pöbel, sie haben uns gesellschaftlich nicht angesehen, verachtet, haben auf uns heruntergespuckt, wir konnten immer nur elend durchkommen und konnten zum Schluß höchstens die Ehre haben, das Vaterland zu verteidigen - seht, diesen Nationalismus lehnen wir ab! Wir auch! Das ist kein Nationalismus, das deutsche Bürgertum hat keine Ahnung gehabt, was das Wort national heißt. Es hat nichts anderes im Grunde genommen darunter verstanden, als einen staatlichen und meist gar noch dynastischen und dann auch noch wirtschaftlichen Begriff, aber keinen völkischen. Was heißt völkisch? Nur wenn ich ihn an Stelle des Wortes "national" setze, ich bin eben dann nicht Nationalist, wenn ich hingehe in eine Wirtschaft und mich hineinsetze und mein Glas Wein trinke und hinausschmettere in die Nacht "Die Wacht am Rhein" oder "Heil dir im Siegerkranz", und wenn ich dann aufstehe und vielleicht nach studentischer Art den Schläger ziehe und vor das Bismarckbild hintrete und ein Prosit ausbringe, oder wenn man meinetwegen sich zusammentut und sagt, es muß wieder die Monarchie her, oder wenn man sagt, man muß wieder zu einer soliden Wirtschaft kommen, so geht es nicht, daß die Arbeiter überall dreinreden, das alles ist nicht national, auch nicht, wenn man sagt, wir wollen, daß Deutschland wieder frei wird. Denn zum Freiwerden eines Volkes gehört dessen innere Größe. Diese innere Größe beruht auf der Überzeugung, die die Menschen besitzen müssen, auch die Menschen müssen frei werden in ihrer Gesamtheit. Und zweitens gehört zum Freiwerden eines Volkes Wille und innere Geschlossenheit. Die ist gebunden an gesundes Denkvermögen, und das ist abhängig vom gesunden Körper. Glauben Sie nur nicht, daß national ist, wenn man auf der einen Seite dieses Proletariat nicht sieht, und wenn man ja mit einem zusammenkommt, wie das unser deutsches Bürgertum gemacht hat, beiseite rückt, damit man nicht schmierig oder schmutzig wird und dann sagt, deutsche Arbeit hat das gemacht, deutscher Fleiß. Bei Festlichkeiten habt ihr euch dessen erinnert, aber dem Menschen gegenüber habt ihr das vergessen,

um den habt ihr euch nicht gekümmert, den habt ihr nicht gesehen. Ihr habt euch gekümmert, als ihr gesehen habt, daß die Masse rebellisch wird. Gewiß, auch das Bürgertum hat eine soziale Gesetzgebung gemacht, und trotzdem blieb sie ohne Wirkung in Deutschland. Das Bürgertum hat sich den Kopf zerbrochen und hat gefragt, wie ist das möglich? Sie haben die Masse nicht besänftigt. Wie ist das möglich? Etwas hat gefehlt, und das hat die Masse genau empfunden, nämlich das innere Herz und die innere Seele. Warum hat die frühere Zeit eine soziale Gesetzgebung gemacht? Studieren Sie nur die Reden in den Parlamenten, die von deutschen Staatsmännern zur Begründung der Notwendigkeit der sozialen Gesetzgebung gehalten wurden. Studieren Sie sie, und dann werden Sie eins zu Ihrem Entsetzen finden. Sie finden nur eins, da heißt es: Wir müssen eine soziale Gesetzgebung durchführen, weil sonst unser Volk den Verlockungen der Sozialdemokratie erliegt, weil sonst unser Volk revolutionär wird. Das ist der Grund gewesen. Ein einziger Mensch hat sich abgekehrt, das war ein Soldat gewesen. Ein einziger Mensch hat sich abgekehrt, das war ein Soldat, der verstorbene Feldmarschall v[*on*] d[*er*] Goltz[15]. Er hat eine Denkschrift[16] veröffentlicht 1908 und 1909. Er hat erklärt, wenn wir nicht in absehbarer Zeit eine Änderung unserer sozialen Verhältnisse gründlichst herbeiführen, dann prophezeie ich, daß die militärischen Stellungsergebnisse von Jahr zu Jahr schlechter werden. Das Volk geht bei diesen sozialen Zuständen körperlich zugrunde, und das Ergebnis wird sein, daß wir eines Tages eine Wirtschaft haben ohne die Soldaten, die sie beschützen können. Der Mann war zum ersten Male auf dem Wege zum Nationalsozialismus, der nicht sagt, wir müssen der breiten Masse etwas entgegenkommen, damit sie nicht revolutioniert, sondern der sagt, wir müssen die breite Masse heben, weil das unser Volk ist, (Sehr richtig! Beifall!) unser Volk, von dem wir abhängen, aus diesen Millionen heraus, da quillt unser Leben und wehe, wenn wir diese Millionen zugrunde gehen lassen. Wir können nicht 10 Generationen hindurch Raubbau treiben. Das kann ein Idiot. Sehen Sie nur die Schwächen unseres Bürgertums an. Die Theorie, Wirtschaft ist alles. Wohin hat sie geführt? Daß das deutsche Bürgertum am 8. u[*nd*] 9. November [*1918*] mit einem Handstreich zur Seite geschleudert wurde. Wo war da die Wirtschaft? Und zweitens, was ist das für eine Parole? Auf der einen Seite sagt man, Wirtschaft ist alles, und da wundert man sich, daß der Mensch auf der anderen Seite auch schreibt, Wirtschaft ist alles, vorher die deine, jetzt die meine! Dann sagt das politische Bürgertum, es ist ein Jammer, wie vermaterialisiert [*sic!*] unsere Zeit geworden ist. Wenn heute eine Kompagnie vermaterialisiert, dann ist immer der Kompagnieführer schuld, wenn der Kompagnieführer unvorbildlich lebt, wenn er ein schlechtes Beispiel gibt, sich auf Kosten seiner Untergebenen ein besseres Leben verschafft, dann beginnen die Unteren zu revoltieren, dann schreien die Unteren: Wir wollen auch ein

15 Colmar Freiherr von der Goltz (1843-1916), preuß. General, 1883-1896 Militärinstrukteur in der Türkei, 1909-1913 Vizepräsident des türk. Obersten Kriegsrats, 1911 preuß. Generalfeldmarschall, 1914 General-Gouverneur in Belgien, 1915 Führer der 1. türk. Armee, Verfasser zahlreicher militärischer Schriften.

16 Die Denkschrift konnte weder vom Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg, noch vom Bundesarchiv/Militärisches Zwischenarchiv in Potsdam, noch vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg ermittelt werden. Sinngemäße Ausführungen bei: Goltz, Das Volk in Waffen. Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit, Berlin [6]1925.

besseres Fressen haben! Wenn aber ein Führer einen anderen Weg geht, kommt das nicht vor. Das deutsche Volk wäre nicht in diese Lage gekommen, wenn man ihm nicht von oben herab das schlechte Beispiel gegeben hätte. Wundern Sie sich nicht, wenn die Masse brüllt: Wir wollen auch ein anderes Leben haben! Oben kennt man nur einen Gott. Dieser heißt materielles Leben, der da sagt: Wirtschaft ist alles. Und dann ist man erstaunt, wenn man sagt, wir wollen auch an der Wirtschaft teilhaben. Glauben Sie mir, dieser Begriff national ist erledigt. Sagt nicht, es ist uns aus dem und dem Grunde nicht gelungen, daß wir die Masse nicht nationalisiert haben. Ganz gleich, welche Gründe sie anführen. Das Wesentlichste ist, es ist ihnen nicht gelungen, das deutsche Volk ist nicht in den Bann des nationalen Gedankens gezogen worden. Warum? Weil das Volk vielleicht weniger sieht als fühlt. Es ist oft blind und fühlt doch etwas. Es fühlt die innere Herzlosigkeit dieses Zustandes. Es hat nicht gefühlt, wir sind eine Schicksalsgemeinschaft, die der Himmel in diese Erde gesetzt hat. Es hat das Gefühl, weil man uns braucht, weil man uns fürchtet, deshalb gibt man uns ein bißchen nach. Glauben Sie mir eines, ich hänge in glühender Liebe an meinem deutschen Volk. Ich habe meine Pflicht erfüllt; ich war glücklich, daß ich sie erfüllen konnte, wenn sie auch schwer war oft. Man hat gebangt oft für jeden einzelnen, aber man hat seine Pflicht erfüllt. Als der Krieg zu Ende war, hat sich mancher seine Volksvertreter angesehen. Ich konnte niemals Angehöriger einer bürgerlichen Partei sein. Ich würde von Politik nichts sehen wollen, wenn ich sagen müßte, du bist Sozialist, weil du eine andere Staatsform anstrebst und im übrigen vom Volk nur Notiz nimmst, wenn man es braucht. Nein, dafür könnte ich auch nicht sterben. Ich glaube auch nicht, daß Menschen das verantworten können. Lassen Sie hundert oder zweihundert Jahre vergehen, dann lassen Sie beide, die Bürgerlichen und die Sozialisten, aufmarschieren. Ich sage, wir alle, wir würden nicht glücklich sein, wenn wir nicht das eine erreichen könnten, daß hinter uns eines Tages ein Volk marschiert, das wir in seinen untersten Schichten heben und dadurch nach oben bringen. Wir träumen nicht vom Himmel. Ich verspreche Ihnen nicht irgend etwas, Glück und Wohlleben, schwindelhaft wie die anderen. Ich kann nur das eine sagen, wir wollen Nationalsozialisten sein, wir wollen erkennen, daß wir gar kein Recht haben, national zu sein, wir haben gar kein Recht, zu schreien "Deutschland, Deutschland über alles", wenn Millionen von uns zum Stempeln gehen müssen, nichts zum Anziehen haben. Wenn Kinder rachitisch sind. Gewiß, man kann kein Paradies schaffen, aber der einzelne Volksgenosse muß wissen, man hat die heilige Absicht, das zu bessern. Was nicht geht, gut, da ist der Himmel, das Schicksal stärker als man selber ist. Aber man will es besser machen. Sehen Sie, das hat dem deutschen Bürgertum vollständig gefehlt, einzelne wenige ausgenommen. Die waren verfemt. Der Begründer der Zeisswerke in Jena; studieren Sie sein Glaubensbekenntnis [17] eines sich von unten emporarbeitenden Menschen durch, wie er endlich siegt und erkennt, daß es eines Tages zum Zusammenbruch

17 Gemeint ist vermutlich die von Ernst Abbe, Teilhaber der von Carl Zeiss in Jena gegründeten feinmechanisch-optischen Werkstätte und seit 1889 Inhaber der Zeiss-Werke, verfaßte Denkschrift vom 4.12.1887, in der er die Leistungen des Firmengründers würdigt. Druck: Friedrich Schomerus, Werden und Wesen der Carl-Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886-1896), Stuttgart [2]1955, S. 28-64.

führen muß und auch geführt hat. Und umgekehrt, glauben Sie, wir könnten niemals Sozialisten sein, wenn sich das nicht identisch darstellt mit der Liebe zu unserem Volk. Das ist kein Sozialismus, wenn ich hergehe und nach außen meine marxistische Bibel herunterleiere und in Wirklichkeit mein eigenes Volk versklaven lasse, wenn ich im Innern schreie, soziale Gerechtigkeit und nach außen, da kenne ich für mein Volk keine Gerechtigkeit, vor dem Feind auf den Knien rutsche und trotzdem von Solidarität träume. Gewiß, mein lieber Freund, auch wir können kämpfen, allein selbst im Kampf, wenn er notwendig ist, ist mir ein Deutscher immer noch mehr als ein Fremder. Es kann sein, daß wir uns zur Wehr setzen, aber selbst der niedergeschlagene Kommunist ist in dem Moment, wo er am Boden liegt, mein Volksgenosse. Ich will weiter nichts, ich will nur, daß der Bruderkampf aufhört, daß das deutsche Volk aufhört, zwei Klassen zu sein, und daß sich aus den beiden Klassen heraus eine neue Armee formiert und über diese Kluft hinweg ein neues Banner aufpflanzt, das zugleich national und sozial ist, daß der eine Mensch sehen kann, wenn ich für die Idee kämpfe, kämpfe ich dafür, daß jeder meiner Volksgenossen Brot zum Leben erhält, daß jeder Volksgenosse eines Tages das stolze Gefühl erhält, ein Deutscher zu sein. Wenn Sie heute in unsere Großstädte hingehen, sehen Sie dort in den feinen Lokalen Shimmy, und weiß Gott was noch tanzen, Charleston, da wird herumgefoxt, alles exotische Genüsse. Und warum eigentlich? Unsere oberen Zehntausend sind alle übersättigt. Sie sind alle blasiert geworden, sie gehen in keine Wagner-Oper mehr, sie gehen auch in kein Drama, das ist überlebt, sie suchen etwas anderes. Warum? Weil sie übersättigt sind. Das ist im gleichen Volk, in dem Tausende keine Ahnung haben, wie eine Wagner-Oper aussieht, keine Idee haben von deutscher Kunst. Hier muß korrigierend eingegriffen werden. Sie werden nie ein Volk erhalten mit nationalem Stolz, wenn es nicht Anteil nimmt an den Kulturgütern der Nation und darum auch weiß, warum es stolz sein soll. Sie sagen, der Bursche hat keinen Nationalstolz. Woher soll er den haben. Er wächst zuhause auf, in Not und Elend, und sieht nichts als Not und Jammer, wird allmählich groß, beginnt dann das gleiche, immer dasselbe Bild, schlechtes Beispiel von oben, er wird nicht beachtet, so vegetiert der Mensch dahin. Endlich eines Tages findet er eine Lebensgenossin, heiratet, das Elend geht immer weiter fort, und dann kommen wieder Kinder. An den Kulturgütern nimmt er keinen Anteil. Eines Tages wird er auch alt, und seine Kinder verkommen. Das ist das Leben des deutschen Volkes. Von Kultur weiß er nichts, die Parteigeschichte hat er gelernt. Dann sagen Sie, dieser Mensch hat keinen Nationalstolz. Wo soll er ihn denn herhaben? Er kennt sein Volk ja gar nicht, auf was soll er denn stolz sein? Der Intelligente ist auch nur stolz, weil er von seinem Volk ein bestimmtes Bild hat, und klagt doch über den Menschen, der gar keine Vorstellung davon hat. Aber den Willen muß man besitzen, es zu bessern, den Weg zu beschreiten, und mag es 300 Jahre dauern. Die Menschen, die dieses Ziel haben, die Menschen zu einer Einheit zusammenzuschließen, deutsch zu sein, müssen einmal auch dieses Ziel erreichen. Wir müssen sehen, daß ein Teil nicht zu groß wird, und ein Teil überhaupt zurückbleibt und verkümmert. Damit ergeben sich für uns folgende Grundsätze:

1. Wir sind Nationalsozialisten, und wir treten ein für unser Volk überall.

2. Wir sind Nationalsozialisten, nicht nur nach außen, sondern auch im Innern. Unser Volk besteht nicht aus Klassen, sondern aus einer Einheit. Dafür treten wir ein, daß die Einheit dieses Volkes gut wird. Dazu gehört Gesundheit und ein soziales Leben.

3. Wir sind Nationalsozialisten, indem wir eintreten für das Glück des einzelnen. Wir sind Nationalsozialisten, indem wir weiter eintreten für das Glück einer ganzen Nation, denn es gibt kein Glück für den einzelnen ohne das Glück des ganzen Volkes.

4. Wir stehen auf der Erkenntnis des Wertes der Rasse. Wir sind stolz darauf, daß wir Angehörige eines Volkes sind, das in tausendjähriger Arbeit Werte geschaffen hat, die nicht ersetzt werden können. Die Menschen sind nicht gleich. Ich kann nicht hergehen und einen Neger eine Oper machen lassen.

5. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit des Kampfes, d. h. die Völker auf dieser Welt haben um ihr Dasein zu ringen, und wenn ein Volk das nicht mehr tut, dann nimmt die Geschichte davon keine Notiz. Sie sagt nicht: Gut, wenn ihr so nicht wollt, dann anders, sondern sie sagt: Dann scheidet ihr aus; jedes Wesen, das sich nicht mehr wehrt, das geht eben zugrunde. Und wenn ich mich wehre gegen das Unrecht, so wehre ich mich auch nach außen.

In diesen ganz wenigen großen Gesichtspunkten verkörpert sich eine Weltanschauung, die bei uns ausstrahlt, eine Weltanschauung nicht blöder Versprechungen, nein, das glückliche Zeitalter kommt nicht, ein Zeitalter kommt der schweren Arbeit, des bitteren Kampfes um die Erlösung von der heutigen Not, von der seelischen Not. Das kommt, und das wird kommen.

Das soll unsere Aufgabe sein, daß die Menschen sich darnach sehnen, das beweist der Siegeszug unserer Bewegung. Vor 7 Jahren im Jahre 1920 ist zum ersten Mal in einem einzigen Exemplar dieses Hakenkreuz gezeigt worden [18]. Wir hatten die alten Farben [*hoch geehrt und konnten nie vergessen, daß unter diesen Farben*] [19] 12 Millionen gestanden haben, und 2 Millionen ihr Leben dafür gelassen haben. Allein die Form, sie mußte anders werden. Die neue Form soll eine Weltanschauung repräsentieren. Die Verwebung von Nationalismus und Sozialismus, das Rote der soziale Grund, das Weiße, der nationale Gedanke. In dieser neuen Form haben wir die Fahne vor 7 Jahren zum ersten Mal eröffnet [*sic!*]. Es hat mancher gezweifelt, als zum ersten Mal diese Fahne gezeigt wurde und ein Mann mit dieser Binde kam. Wir waren damals noch ein ganz kleines Häufchen, kaum 70 Menschen. Heute, in ganz Deutschland und darüber hinaus, ist diese Fahne bekannt. Sie wird auf den Straßen getragen, wird manchesmal blutig verteidigt, sie wird angegriffen, allein sie wird nie besudelt werden. Besudelt werden könnte sie nur vom Träger, sie wird aber nicht besudelt. Die Fahne wird ihren Siegeszug weitergehen, und je mehr sich das Volk in Klassen teilt, um so mehr wird diese Fahne weitergehen und sagen: Hier sind die Deutschen, die nicht Bürger, nicht Proletarier, sondern Kämpfer ihres eigenen Volkes sein wollen, die streiten wollen für das Dasein ihres Volkes, die nicht eine Wahlparole besitzen, etwa für Proletariat oder Bürgertum,

18 Die Hakenkreuzfahne war am 7./8.8.1920 auf dem Parteitag der deutsch-österreichischen Nationalsozialisten in Salzburg zur offiziellen Fahne der NSDAP erklärt worden. Vgl. Das Große Lexikon des Dritten Reiches. Hrsg. von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig, München 1985, S. 234 f.

19 Ergänzt nach Preiß, Hitler, S. 64.

auch nicht für Kaiser und Reich, unsere Parole heißt: Volk und Vaterland, Freiheit und Brot! (Heil, langanhaltender Beifall.)

29. März 1927 Dok. 91
Anordnung

Masch. Schreiben mit hs. Vermerk "gez. Adolf Hitler" vom 29.3.1927; BA, NS 26/1290.

Reichstagsabgeordneter Parteigenosse
Gregor *Strasser*
wird hiermit zum General-Bevollmächtigten für die Lösung der zur Zeit im Landesverband Deutsch-Österreich bestehenden Fragen bestimmt.

Jeder Führer und Parteigenosse ist verpflichtet, ihm alle erforderliche Einsichtnahme und Unterstützung zu gewähren.

Seine Anordnungen sind bindend für sämtliche Parteigenossen. Er steht über dem Landesführer [1].

gez. Adolf Hitler

29. März 1927 Dok. 92
Anordnung

VB vom 31.3.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Wie mir von zuverlässiger Seite zur Kenntnis gebracht wird, versucht die Deutsch-völkische Freiheitspartei, sich an Graf Reventlow für dessen Eintritt in die NSDAP [2] da-

---

1 Friedrich Jankovic (1871-1938), Oberst a. D., 1926/27 Landesführer der NSDAP (Hitler-Bewegung) in Österreich.
Zu den Konflikten innerhalb der österreichischen NSDAP vgl. Pauley, Weg, S. 60 ff.; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 139 ff., 188 ff. Vgl. auch Dok. 100 und 101.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 1.4.1927, "Aus der Bewegung".
2 Im Februar 1927. Zum Übertritt vgl. auch VB vom 11.2.1927, "Graf Reventlow Nationalsozialist"; Reichswart vom 12.2.1927, "Austritt und Übertritt"; Das Deutsche Tageblatt vom 13.2.1927, "Offener Brief an Herrn Grafen Ernst zu Reventlow".

durch zu rächen, daß sie alle ihr erreichbaren oder nahestehenden Bezieher des "Reichswarts" [3] veranlaßt, diesen abzubestellen.

Damit soll ein Mann getroffen werden, der mit seinem Eintritt in die NSDAP lediglich das vollzog, was ihm sein eigenstes Gewissen im Interesse unseres Volkes zu tun gebot.

Ein solcher Kampf richtet sich damit vor allen anständigen Menschen von selbst.

Die Freiheitspartei soll aber die Rechnung [*nicht*] ohne unsere Parteigenossen gemacht haben. Ich fordere alle besser gestellten Parteigenossen auf, nunmehr ihrerseits den "Reichswart" zu abonnieren.

Diese Zeitung stellt eine wertvolle Ergänzung unseres offiziellen Parteischrifttums dar, indem sie in erster Linie solche Kreise zu erfassen geeignet ist, die uns mehr verschlossen bleiben. Wer von unseren besser bemittelten Anhängern und Freunden den "Reichswart" abonniert, dient damit auch den Interessen unserer eigenen Bewegung.

München, 29. März 1927

Adolf Hitler

29. März 1927 — Dok. 93
Anordnung

VB vom 2.4.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Wegen zu starker beruflicher Inanspruchnahme hat Pg. Herr Dr. med. G. *Schmischke*, Roßlau, um Enthebung vom Amte des Leiters des Gaues Anhalt (Provinz Sachsen-Nord) gebeten [2].

Mit Bedauern habe ich in Würdigung dieses Grundes der Bitte stattgeben müssen und Herrn Dr. Schmischke ab 1. April 1927 seines Amtes entbunden.

Für die selbstlose und opferwillige, ersprießliche Mitarbeit spreche ich Herrn Dr. Schmischke meine aufrichtige Anerkennung und meinen herzlichsten Dank aus.

3 Der 1920 gegründete "Reichswart" (ab 1934 mit dem Untertitel: "Nationalsozialistische Wochenschrift. Organ der Deutschen Glaubensbewegung", ab 1936 "Wochenschrift für nationale Unabhängigkeit und deutschen Sozialismus") wurde zunächst als deutsch-völkische, ab 1927 als nationalsozialistische Wochenzeitung von Ernst Graf zu Reventlow herausgegeben.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 3./4.4. und 5.4.1927, "Aus der Bewegung".

2 Schmischke hatte in einem Schreiben an Hitler vom 11.3.1927 als Gründe für seinen Rücktritt persönliche und sachliche Differenzen mit dem stellvertretenden Gauleiter Wilhelm Loeper sowie berufliche Belastung angegeben. Vgl. IfZ, Fa 223/54.

Als Leiter des Gaues Anhalt (Provinz Sachsen-Nord) bestelle ich ab 1. April 1927 Pg. Herrn Hauptmann a. D. *Loeper*. Anschrift: Dessau, Fürstenstr. 16.

München, den 29. März 1927

Adolf Hitler

30. März 1927 Dok. 94

"Wir und der drohende Krieg des faschistischen Italiens gegen ?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 1.4.1927, "Adolf Hitler über Mussolini" [3].

Nach einem alten ewig wahren Wort ist der Kampf der Vater aller Dinge. Wir können gerade in unserer Zeit die Richtigkeit dieses Satzes besonders ermessen. Fragen wir aber angesichts unserer Not: Hat unser Volk im Kampf um sein Dasein zu *wenig* Opfer gebracht, gekämpft, zu wenig Leben eingesetzt? Nein, es gibt kein Volk, das im Lauf der Geschichte so viel Opfer gebracht, so viel Leben eingesetzt, Blut über Blut hingegeben hätte als das unsere! Das Ergebnis dieses Bluteinsatzes aber ist dennoch tief traurig.

Nach dem blutigen Dreißigjährigen Krieg zum Beispiel hatte Deutschland vier Fünftel seiner Volkszahl eingebüßt, in den Freiheitskriegen, im Weltkrieg Millionen an Toten, und das Ergebnis ist für Deutschland doch ein Niedersinken zu einer Macht dritten Grades. Im Gegensatz zu anderen Völkern, die nur einen verschwindenden Bruchteil ihres Blutes opferten und sich doch erfolgreich behaupten konnten: England, Frankreich, von anderen Völkern gar nicht zu reden.

Und der tiefste Grund dafür?

Deutschlands Bluteinsatz ist für weltfremde Ideale, oft für Bruderkrieg, für sinnlose Phantome erfolgt!

Muß man hier nicht an Deutschlands Zukunft verzweifeln? Deutschland, ein Volk von 62 Millionen, kann sich heute nicht einmal gegen einen der umliegenden kleinsten Feindstaaten durchsetzen! Jeder Krieg, den z. B. England führte, hat Englands Welt-

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9908) und Ankündigung im VB vom 30.3.1927.

2 Im Zirkus Krone, von 20.15 bis 22.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Josef Bauer, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, geleitet. Entgegen dem VB-Bericht war der Zirkus Krone nur zu 3/4 besetzt. Vgl. Polizeibericht vom 31.3.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737.

3 Vgl. auch Münchener Post vom 31.3.1927, "Das Hitlersche Fragezeichen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1927, "Adolf Hitler im Zirkus Krone"; Il Tevere vom 7./8.4.1927, "I rapporti italo-tedeschi in un sintomatico discorso di Adolfo Hitler"; Il Tevere vom 8./9.4.1927, "Orientamenti tedeschi". Sowie Versammlungsbericht, o. D. (gez. K. Sch.); BayHStA, MA 100427. Polizeibericht vom 31.3.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

macht verstärken helfen. Aber nur wenige Ergebnisse deutscher Außenpolitik sind in der Geschichte als Erfolge zu verzeichnen: die alten Kolonialgebiete im Osten, östlich der Enns und Elbe; dann noch die deutsche Einheit, der Aufbau des preußischen Staates! Damit sind wir praktisch schon am Ende! Das fürchterlichste Beispiel nutzlosen Blutvergießens war der Weltkrieg. Diesen Krieg führten wir, ohne ein Ziel vor Augen zu haben! Was wollte Deutschland? Für die Ehre allein zu kämpfen, besonders wenn man sie wenige Jahre nachher so mit Füßen trat, war Wahnwitz!

England wußte, was es wollte: die Zurückwerfung Deutschlands, die Vernichtung unserer Flotten, die Wegnahme der Kolonien!

Frankreich wußte, was es wollte: die Auflösung Deutschlands; das *internationale Kapital* wußte, was es wollte: die Zertrümmerung der selbständigen deutschen Wirtschaft!

Wofür hat Deutschland gekämpft? *Grund und Boden, das ist die einzige Parole, die den Einsatz von Blut rechtfertigt. Das tägliche Brot, der Boden, von dem wir leben, das wäre die einzige Rechtfertigung für den Bluteinsatz des Weltkrieges gewesen! Durch Jahrhunderte haben wir mit dem Blut Mißbrauch getrieben, ein leichtfertiges, frevelhaftes Spiel!*

Wer heute von deutscher Weltmacht spricht, vergesse nicht, daß unser Volk zusammengesunken ist gegenüber den andern Nationen. Vor einigen hundert Jahren, ja da waren wir Weltmacht. Ein Volk von 62 Millionen kann unter heutigen Umständen nur eine Weltmacht sein, wenn es *beseelt ist von einem Willen und einer Überzeugung. Aber die innere Einheit ist nicht da; wir sind ausgeliefert jämmerlichen Politikastern nach innen, einem traurigen Schicksal nach außen!*

Die Handlungen jeder Regierung werden heute durch das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Bodenfläche bestimmt. Dieses Problem ist nicht zu lösen durch Hinweise auf Silberstreifen [4], sondern nur durch die Grunderkenntnis, daß der Boden zu klein ist, daß wir Menschen oder Waren fortschicken müssen oder den Boden vergrößern müssen! *Und dazu gehört Macht!*

Acht Jahre sind vergangen, in denen versprochen wurde, Deutschland in einen neuen, freien, fortschrittlichen Staat hinein zu führen. Man hat nun allerdings die Republik "stabilisiert", aber nicht durch und wegen ihrer *guten*, sondern wegen ihrer *schlechten* Eigenschaften; wegen eines kleinen Kreises von Nutznießern des Systems und der verführerischen Wirkung der Korruption auf bestimmte Kreise.

Aber es geht nicht immer so weiter! Die drei Millionen Arbeitslose [5] sind die Armee des kommenden Zusammenbruchs! Da wächst eine Schlange heran, die diesen Staat einmal erwürgen wird! Und die Frage wird *wieder* auftauchen: Sind wir willensmäßig entschlossen, das notwendig Erkannte zu ergreifen? Denn nur die *willensmäßige Rüstung wird uns zum Ziel führen!*

Deutschland unterschreibt einen Friedensvertrag, der uns die Lebensadern durchschneidet; erzwungen von einem Staatenbund, der, gefestigt und gerüstet, in dem

4 Anspielung auf die Äußerung Gustav Stresemanns, er sähe "Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont", in seiner Rede am 17.2.1924 auf dem Parteitag des 25. Wahlkreisverbandes der DVP in Elberfeld. Zit. nach Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 768 f.

5 1927 waren durchschnittlich 1,312 Millionen Personen vollarbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 119 f.

größten Machtbündnis der Welt zusammengeschlossen ist. Deutschland liegt am Boden, nach jeder sogen. "Sanierung" erfolgt ein tieferes Hinabgleiten in den Abgrund.

Nur eine Möglichkeit gibt es zu unserer Rettung: *Den Bund der Gegner zu lösen!*

Frankreich umzustimmen ist aussichtslos trotz allen Säuselns Stresemanns; es will Deutschlands Kleinstaatelei und das linke Rheinufer, unsere Vernichtung; gewaltiger als die französische Revolution und Napoleons Sturz, die alle Frankreichs Politik nicht änderten, ist auch die schönste Rede eines Philosophen des Flaschenbierhandels [6] nicht! Dazu kommt, daß Frankreich heute als Vormacht eines immer mehr vernegernden Staates vom Kongo bis zum Rhein anzusehen ist.

Wer erinnert sich nicht an Courrières, an das große Bergwerksunglück in Nordfrankreich [7], an Deutschlands Anteilnahme daran, während die französische Presse von den widerlichen Anbiederungsversuchen der Deutschen schrieb! Und heute buhlt die Republik wieder um Frankreich! *Weltgeschichtliche Achtung und Herzensachtung läßt sich nicht erzwingen! Was man keinem Neger zumutete, der Rouzierfall* [8] *hat es für Deutschland gezeigt!*

Rußland, dieser Riesenkoloß wird ewig seinen Drang nach dem Westen ausüben, die Aufrichtung eines großen panslavistischen Reiches; und das immer, ganz gleich, wer Rußland regiert.

Rußland andererseits ist im Grund heute einbegriffen in den Konzern der internationalen Hochfinanz und völlig vom Juden beherrscht!

Zwei Staaten sind es nur, mit denen wir heute in nähere Fühlung kommen könnten: *England und Italien.*

England war einst unser Feind, es hat sein Ziel, Deutschlands Hegemonie in Europa zu beseitigen, erreicht und unsere Flotten vernichtet. Es will Deutschland nicht auflösen. Aber *wir* wenden ausgerechnet den Blick nicht nach England, sondern nach Frankreich, das wir *nie* gewinnen können!

Das heutige *Italien*, von dessen "imperialistischem Wahnsinn" man immer in unseren Gazetten liest, - wir Deutsche hätten allein um dessentwillen Grund, uns ihm zuzuwenden; *denn ein "imperalistisches", bewußt nationales Italien ist der natürliche Gegner Frankreichs!* Italien zählt heute 42 Millionen, ist unfruchtbarer und begrenzter als Deutschland und vermehrt seine Bevölkerungszahl zusehends. Die Auswanderungsfrage wird auch dort brennend; das bedeutet den Zwang, für den Volksüberschuß ein Absatzgebiet zu finden. Amerika schließt sich hierfür immer mehr. Zwangsläufig muß Mussolini deshalb "römische Politik" treiben, eine Mittelmeermacht werden, Italien

---

6 Stresemann hatte 1901 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

7 Am 10.3.1906, bei dem 1.100 Menschen ums Leben kamen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1906, München 1907, S. 311.

8 Der französische Unterleutnant Pierre Rouzier hatte in der Nacht vom 26./27.9.1926 in Germersheim drei deutsche Passanten durch Schüsse verletzt, einen davon tödlich. Er wurde jedoch vom französischen Kriegsgericht in Landau am 21.12.1926 freigesprochen. Vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927; Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 308 ff.

braucht Platz für sein Volk, muß sich also gegen Frankreich wenden. Frankreich ist der Gegenpol Italiens; "Verwandtschaften" haben hier nichts zu bedeuten, im Völkerleben so wenig als im Privatleben! Kriege zwischen verwandten Nationen sind häufig sogar bitterer als alle anderen.

Italien hat heute schon seine Beziehungen zu England geregelt. Es hätte mit seiner ausgedehnten Küste nie gegen die Seemacht Englands kämpfen können. Hier bildet sich heute ein Zweibund heraus, gegründet nicht auf Schwärmerei, sondern auf praktische Zweckmäßigkeit. *Frankreich geht langsam der Isolierung entgegen! Diese Stunde hat die deutsche Politik erkannt und ist - zu Frankreich gegangen!*

Wir hatten immer das Glück, mit schwachen und ohnmächtigen Völkern verbündet zu sein, denen der Tod schon auf der Stirne geschrieben stand. Es kann keinen Zweifel geben: Im kommenden unvermeidlichen Konflikt in Europa kann man nicht beiseite stehen. Dieses Rezept des bürgerlichen und proletarischen Spießers: bis zuletzt warten und dann "einzugreifen", ist auf der jüdischen Mentalität erwachsen, die nicht zur Höhe, sondern zum restlosen Untergang führen muß. - Ein neues Geschrei aber haben die internationalen und "nationalen" Kreise erhoben:

Südtirol lautet dieser große Schrei der letzten Jahre gegen Italien. *Wer hat aber denn Südtirol verraten?* Die gleichen Leute, die in Saint-Germain unterschrieben! Wer hat die Stirn, für 170.000 Deutsche [9] 300.000 auf dem Schlachtfelde zu opfern? Werden vielleicht die Parlamentarier zu diesem Kampfe voranmarschieren? Die Politik des Schreiens ohne Macht ist wie das Bellen eines angehängten Kettenhundes! Wird die Redaktion der "Münchner Neuesten Nachrichten" etwa marschieren mit Herrn Gerlich [10] an der Spitze?

Wenn Frankreich Hunderttausende ausweist, wenn Polen Deutsche massakriert, hat die größte Kuhhaut [11] des Landes kein Wort dafür übrig, aber wenn Italien drei Deutsche ausweist, da wird sie rebellisch und verzapft ellenlange Leitartikel! Alles nur Heuchelei!

Unsere Bewegung weiß Märtyrer genug aufzuzählen, die auch um ihres Deutschtums willen ins Gefängnis kamen und starben. Denkt an *Dietrich Eckart*! Davon erwähnt die Kuhhaut kein Wort; aber weil in Italien einige Männer ausgewiesen werden, da geht es los! Und der Grund? Weil dort *ein Mann herrscht, der die Weltfreimaurerei bekämpft!*

Wir empfinden das Unglück unserer abgetrennten Brüder als Nationalisten tief! Aber wenn wir die Freiheit erhalten wollen, müssen wir Nationalpolitik treiben, müssen wir auf Teile verzichten, um das Ganze zu retten!

Heute könnte Frankreich isoliert werden, wenn man in Deutschland wollte. Aber die Zeitungen kämpfen heute ebenso wie im Jahre 1918 für die Hochfinanz und gegen alles,

9 Nach der Umgangssprachenerhebung vom 1.12.1921 zählte die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in Südtirol 195.000 Personen. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Jahrbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 93.

10 Fritz Michael Gerlich (1883-1934), Publizist, Dr. phil., 1917 Mitbegründer der Zeitschrift "Die Wirklichkeit", 1920-1928 Chefredakteur der "Münchner Neuesten Nachrichten" (MNN), 1930-1933 Schriftleiter der Wochenschrift "Der Gerade Weg", 1931 Übertritt vom Calvinismus zum Katholizismus, 1934 im KZ Dachau ermordet.

11 Gemeint sind die Münchner Neuesten Nachrichten.

was sich ihr nicht fügen will. Glücklich wäre unser Volk zu preisen, wenn wir wie Italien dastünden; glücklich, wenn wir einen Staatsmann hätten wie Italien, der den Bruderkrieg im Innern beendet und nicht nur Silberstreifen am Horizont erblickt.

Wir wissen nun aber genau, daß eine Änderung unserer Außenpolitik erst erfolgen kann, wenn ein Wechsel des innerpolitischen Systems erfolgt. *Das Schicksal gibt uns jetzt nochmal eine Möglichkeit, eine Weltmacht zu werden. Deshalb muß sich jeder rückhaltlos für das große Ziel einsetzen, wenn auch das Ringen eines Volkes nicht in zwei oder drei Jahren zum Ziel führt!*

Wir Nationalsozialisten fühlen, daß unsere Verbündeten nur Nationalisten sein können, niemals Vertreter von Börseninteressen! Wir buhlen um keine Freundschaft! Wer unser Freund sein will, der erhält unsere Hand, wer sie nicht will, soll unser Gegner sein!

Wohl ist der Weltkrieg beendet. Aber eine neue Weltmacht ist daran, alle Völker zu umgarnen. Wer heute gegen den internationalen jüdischen Weltfeind kämpft, ist unser Verbündeter, mag er sein wer immer! Eine Periode eines großen Kampfes hebt an, und unsere Bewegung tritt als Führerin in diesem Kampf an die Spitze. Und dann wird es keine deutsche Geschichte ohne den Nationalsozialismus mehr geben, ähnlich wie es einst keine Weltgeschichte ohne die deutsche gab! [12]

31. März 1927 — Dok. 95
Anordnung

VB vom 7.4.1927, "Bekanntmachung".

Die Ortsgruppen *Hofheim* (U[*nter*]fr[*anken*]) und *Colmberg* (M[*ittel*]fr[*anken*]) werden gemäß § 4 Abs. 3 c der Satzung vom 22. Mai 1926 [1] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen [2].

München, den 31. März 1927

Adolf Hitler

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 § 4 Abs. 3 c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2 Zum Ausschluß vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 105.

2. April 1927 Dok. 96
"Der Nationalsozialismus als Weltanschauung, der Marxismus ein Wahnsinn!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 5.4.1927, "Um Parteidasein und Weltanschauung" [3].

Adolf Hitler, mit dem gewohnten stürmischen Beifall begrüßt, schickte seiner bedeutenden Rede über "Nationalsozialismus als Weltanschauung - Marxismus ein Wahnsinn", die wiederum für alle Besucher ein inneres Erlebnis darstellte, die dringende Mahnung voraus, bis zum nächsten Mittwoch [4] so zu arbeiten, daß dieser Raum wieder brechend voll wird. Hitler führte dann aus:

Wenn wir Nationalsozialisten heute in Deutschland als Partei in den politischen Kampf eintreten, dann hören wir immer den Vorwurf, daß es ohnehin schon unzählige Parteien gebe, und daß durch unsere Neugründung nur eine weitere Zersplitterung des Parteiwesens herbeigeführt werde. Selbst in unseren eigenen Kreisen wird manchmal die Anschauung vertreten, daß unsere Bewegung sich nicht den Namen Partei beilegen, sondern sich als Bund, Ring oder Bewegung bezeichnen sollte. Das ist ein *Trugschluß,* denn auch dann wären wir nichtsdestoweniger Partei.

Immer wenn eine bestimmte Gruppe von Menschen ein bestimmtes Ziel ins Auge faßt und sich bemüht, für diese Ziele weitere Anhänger zu gewinnen, um die Idee in die Wirklichkeit umzusetzen, dann ist eine solche Gruppe solange Partei, bis es ihr nicht gelingt, ihr Ziel zu erreichen. Selbst wenn eine Gruppe sich das Ziel setzen würde, dem Parteiunwesen ein Ende zu bereiten, dann würde die Gruppe zunächst eine Partei darstellen.

Was wir heute als Parteien betrachten, sind Gebilde, die auf parlamentarischem Boden gewachsen, ohne ein größeres Ziel sind; so wäre z. B. die *Deutsche Volkspartei* gar nicht in der Lage, das ganze Deutsche Reich in die Bahnen bestimmter, nur *dieser* Partei eigenen Ideen zu zwingen, *denn solche Ideen besitzt die Partei nicht.* Ihr Ziel ist augenblicklich, an der Regierung teilzunehmen, oder maßgebend zu bestimmen, Herrn Stresemann und einigen anderen Ministerstühle zu verschaffen.

Die Vertreter einer Weltanschauung werden zu Beginn ihres Kampfes eine Partei darstellen; allein sie bleibt nicht Partei, sondern wächst darüber hinaus. Die Partei war nur das Instrument, um den Ideen der Gründer eines Tages zum Siege zu verhelfen. Hier sehen wir den Unterschied zwischen den *Kommunisten* und der *Deutschen Volkspartei.* Nach zehn Jahren Regierung der "Kanonen" dieser "Volks"partei wird Deutsch-

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9910) und Ankündigung im VB vom 2.4.1927.
2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Philipp Bouhler geleitet.
3 Vgl. auch Münchener Post vom 4.4.1927, "Hitler vor gelichteten Reihen". Sowie Polizeibericht vom 4.4.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737. Versammlungsbericht, o. D. (gez. K. Sch.); BayHStA, MA 100427. Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.
4 Am 6.4.1927. Vgl. Dok. 99.

land nicht anders aussehen als jetzt. Höchstens, daß dann das internationale Finanzkapital ganz zum Herren geworden ist, und das "auserwählte" Volke alle besseren Stellen eingenommen hat. Ganz anders jedoch, wenn die Kommunisten an Stelle des Herrn Stresemann regieren würden.

Und hier sehen Sie den Unterschied zwischen der Weltanschauung, wenn auch einer wahnwitzigen, und der kleinen Parlamentspartei. Deutschland wäre schon nach drei Jahren Regierung nicht wieder zu erkennen. Es würde ein blutiges Leichenfeld sein und Not und Elend herrschen.

Stellen Sie sich vor, in Rußland wäre 1917 statt *Lenin* [5] und seiner Anhänger ein Herr *Stresemann* gewesen, und dieser hätte die russische Revolution gemacht (natürlich nur eine Annahme). Rußland wäre das gleiche geblieben wie früher, nichts hätte sich verändert.

Das Umwälzen eines ganzen Kontinents ist nur einer Partei möglich, deren Ziele größere waren. Wenn eine Gruppe von Menschen nur noch zur Selbsterhaltung da ist, dann ist sie Partei. Solange eine solche Partei noch für höhere Ziele kämpft, kann man sie mit dem Worte Bewegung bezeichnen. Wenn nun eine solche Bewegung sich zum Ziele setzt, die gesamten Zustände von neuen Gesichtspunkten aus vollkommen umzugestalten, dann handelt es sich um eine Bewegung, die eine neue Weltanschauung repräsentiert.

Das ist jedoch nicht der Fall bei unseren sogenannten bürgerlichen Parteien. Hier ist die Partei Selbstzweck, und der Staat hat den Zweck, den Parteiangehörigen und Führern Stellen zu verschaffen. Demgegenüber steht eine einzige Weltanschauung, die der Marxisten.

Wenn wir Nationalsozialisten vor 7 Jahren auf den Plan traten und erklärten, daß wir ebenfalls eine *Weltanschauung* verfechten, und unsere Partei nur als ein Instrument zur Durchführung ganz bestimmter Ziele betrachten, dann hatten wir hierzu ein gutes Recht. *Was uns von der heutigen Welt unterscheidet, sind drei prinzipielle Grundsätze:*

1. Die augenblickliche Ruheperiode der Welt vermittelt uns die Überzeugung, daß wir auf festem Boden stehen.

2. Die überlegene Sicherheit des Menschen beruht auf seiner Fähigkeit, gewisse Erkenntnisse, im Laufe von Jahrtausenden gewonnen, in die Wirklichkeit umzusetzen, Erfindungen zu machen und das Geheimnis der Natur zu enträtseln.

3. Der Mensch ist zum Herrn der Tiere geworden und dominiert zur Zeit unbedingt auf der Weltkugel.

Die heutige Ruhe der Erde kann aber ebenso sehr eine Ruhe nach dem Sturm als vor dem Sturm sein, eine *Kampfpause im Ringen der Natur,* die morgen schon unterbrochen werden kann.

Die Erfindungen des Menschen entspringen einem *ewigen Kampfe.* Nie wäre die Flugtechnik so emporgestiegen, wenn nicht der Krieg gekommen wäre, wenn nicht zahllose Menschen in diesem grausamen Ringen gegen die Natur ihr Leben zum Opfer gebracht hätten. Der Kampf gegen die großen Tiere ist erledigt, aber unerbittlich wird er geführt gegen die kleinen Lebewesen, die Bakterien und Bazillen. Hier gibt es keine

5 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), seit 1903 Führer der Bolschewiki, 1917 Rückkehr aus dem Exil und Organisator der Oktoberrevolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1919 Begründer der III. Internationale.

marxistische Verständigung, nur ein Ich oder Du, ein Leben oder Sterben, ein Ausrotten oder Sichdienstbarmachen. Die Liebe des Menschen zum Tier ist grausamer als sein Haß. Er zerreibt die Blattlaus, weil sie ihm rote Farbe liefert, er mästet das Schwein, damit er es dann essen kann, und füttert liebevoll die Gans, damit ihre Leber größer wird, die er dann zu Pasteten verarbeitet.

Aus all diesen Beispielen kommen wir zur prinzipiellen Erkenntnis, daß es keinen Humanismus, sondern nur ewigen Kampf gibt, der die Voraussetzung ist für die Entwicklung der gesamten Menschheit.

Die Grenze zwischen Mensch und Tier wird von den Menschen selbst gezogen.

Die Stellung, die der Mensch heute einnimmt, ist sein eigenes Werk. Wir sehen ein Volk vor uns, daß ersichtlich der Träger aller Kultur und allen Menschentums ist, die Arier. Alle Erfindungen auf dem Gebiete des Verkehrs kamen von den Angehörigen einer bestimmten Rasse. Unsere ganze moderne Technik ist fast restlos das Ergebnis der Arbeit des nordischen Germanen. Alle großen Tondichter von Beethoven bis Richard Wagner sind Arier, auch wenn sie in Italien oder Frankreich geboren sind. Sagen Sie nicht, die Kunst ist international - nein, Tango, Shimmy, Jazzband sind international, aber sie sind keine Kunst. *Alles Große verdankt der Mensch dem Kampf und einer Rasse, die sich siegreich durchgesetzt hat. Nehmen Sie den nordischen Germanen weg, dann bleiben nur noch die Affentänze.*

Die dritte prinzipielle Erkenntnis ist die Bedeutung der Persönlichkeit. Aller Kampf wurde geführt von den Spitzen der Menschheit. Millionen leiden an Krebs, aber einer wird nur die Erlösung bringen, die Krankheit erkennen und mit sieghaftem Geist die Abwehrmaßnahmen treffen. Wenn hundert Menschen in Not sind, springt nur einer hervor und rettet die anderen. Millionen sind erschüttert von der 9. Symphonie - aber gemacht hat sie nur einer. Millionen werden beglückt, allein der Schöpfer ist immer nur einer.

Die Lehre des Marxismus setzt dagegen an Stelle des Kampfes den Pazifismus, an Stelle der Rasse das Internationale, an Stelle der Person die Demokratie. Die drei grundsätzlichen Pfeiler, auf denen der Mensch ruht, reißt der Marxismus ein und setzt an deren Stelle seinen Wahnsinn.

Das Ergebnis sehen wir im heutigen Deutschland.

Das Persönlichkeitsprinzip hat alles aufgebaut. Entziehen Sie dem heutigen Staat die letzten Reste: die Autorität der Person, dann bricht er sofort zusammen. Er erhält sich durch die Reste der auf dem Persönlichkeitsprinzip aufgebauten Trümmer der *alten Armee.* Nehmen Sie den Rest des alten Verwaltungsapparates, dann ist es vorbei mit diesem Staat. Sein Grundelement fußt nicht auf der Demokratie, sondern auf der Autorität der Person. Gegen diese drei Grund-Elemente kämpft heute die marxistische Welt, wobei ich schärfstens protestiere, zu den Marxisten bloß die Sozialdemokraten und Kommunisten rechnen zu wollen: *Zu ihnen gehört unser ganzes heutiges politisches Bürgertum*, das auf dem Boden des Parlaments, der Demokratie, der Ablehnung des Kampfes, der Internationalität, der Ablehnung der Rasse steht. Sie gehören genau so dazu, und daher vertragen sie sich ja auch zusammen. (Starker Beifall.) Sie bauen diese drei Grundsätze ab: den ewigen Kampf, die Bedeutung des Blutes und der Rasse und

die Bedeutung der Persönlichkeit. Das *Ergebnis: Zusammenbruch auf allen Gebieten,* besonders aber auf den Gebieten, die man am meisten in den Vordergrund stellen möchte.

Das Zeitalter der Kultur war einst. Was jetzt kommt, ist das Zeitalter der Barbaren. *Jetzt jazzbanden sie den Menschen wieder zum Tier zurück.* Der Marxismus hypnotisiert die Menschen zum Glück. Praktisch muß er zugeben, daß auf allen Gebieten ein *Absturz* stattfindet. Die Methode des Professor Coué [6]: "Es geht mir von Tag zu Tag besser", kann auf die Dauer nicht anhalten, einmal kommt das *Erwachen,* einmal möchte man wirklich etwas Besseres haben (Beifall), dann wird das ganze internationale Gespenst, der pazifistische Traum, der Majoritätsgedanke aus Deinem Schädel verfliegen, und Du wirst wieder ein Mensch werden, der für sein Leben kämpft, der sich durchsetzen will und die Bedeutung der Person erkennt. Dann wirst Du wieder nach Führern lechzen. Als eigene Organisation steht der Marxismus auf dem Standpunkt der Persönlichkeit, allerdings *der jüdischen Persönlichkeit,* des Vorrechtes der jüdischen Rasse. Wo er ans Ruder kommt, muß er Anleihen machen bei einer anderen Weltanschauung oder er versenkt alles in einem Meer von Blut.

Aus diesen Erkenntnissen baut sich das auf, was wir mit den Worten nationalsozialistische Weltanschauung bezeichnen. Damit begeben wir uns zurück zu jener großen Entwicklung, die unser Volk so hoch emporgeführt hat, und die heute abzubrechen droht, und setzen diese Entwicklung fort. Darum bezeichnen wir diese Weltanschauung mit dem Wort nationalsozialistisch, weil die Befolgung dieser Erkenntnisse in höchstem Sinne unserem Volk nützt, mithin nationalistisch ist, und weil sie den einzelnen Mitgliedern des Volkes dient, mithin im höchsten Sinne des Wortes sozialistisch ist.

Wir könnten uns das alles leichter machen. Wir könnten in Ruhe zum Nockherberg gehen und Salvator trinken, beglückt sein über die friedliche Entwicklung und kämen zu Ehren und Würden. Aber die Demokratie verteilt ihre Ehren und Würden nicht an uns, sondern an die andern. Mord, Totschlag, Zuchthaus sind die Ehren, die die deutsche Demokratie an uns auszuteilen hat. Wir hätten auch zu den anderen Parteien gehen können. *Rednerisch z. B. könnte ich neben ihrem großen Erhard Auer* [7] *auch bestehen* (große Heiterkeit). Dann hätte ich eine andere Presse zur Verfügung, dann wäre ich nicht der *Staatenlose*, sondern vielleicht Mitglied irgendeiner hohen Korporation und könnte auch mit der großen Herde meine Stimme abgeben, ohne Gefahr der Verantwortlichkeit. "Die kompakte Majorität hat es beschlossen" - das wäre leichter für uns. Wenn wir es nicht tun, dann aus dem einen Gefühl heraus, *daß es notwendig ist, unser Volk auf dem Wege des Wahnsinns wieder zurückzubringen* [*sic!*]. Keiner weiß, wo er sterben wird. Aber das eine ist sicher, daß unsere Namen genannt werden unter denen, die in der Stunde tiefster Erniedrigung sich dem Dienste des Volkes geweiht haben. *(Die weiteren Worte Hitlers gehen in impulsiven, langanhaltenden Beifallsstürmen unter.)*

6 Emile Coué (1857-1926), franz. Apotheker und Begründer einer psychotherapeutischen Behandlungsmethode, die Autosuggestion verwendet.

7 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1907-1933 MdL (SPD) in Bayern, 1908-1921 Geschäftsführer der SPD in Bayern, Nov. 1918 bis Feb. 1919 bayer. Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident und 1932/33 II. Vizepräsident des Bayer. Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München.

Die heutige Zeit wird vergehen samt ihren Parteigebilden. *Der Kampf wird bleiben* - und so mancher, der groß auf dem Thron sitzt, wird trotz des Republikschutzgesetzes [8] eine vernichtende Abfertigung erhalten. So mancher, der heute geschmäht und verleumdet wird, und der der offiziellen Meinung den Kampf angesagt hat, wird emporgehoben. Weil wir erkennen, *daß unser Volk nur bestehen kann durch Kampf,* deshalb sind auch wir als Nationalsozialisten Kämpfer, und bilden uns nicht ein, daß unserer Bewegung der Erfolg geschenkt wird. Wir haben auf das schwerste zu ringen und zahllose Opfer zu bringen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir fühlen, daß Deutschland nicht frei wird dadurch, daß wir die Hände in den Schoß legen, sondern für diese Freiheit alles hinzugeben haben. Wir sind eine Gemeinschaft von Menschen, die erkennen, daß das höchste Gut des höchsten Einsatzes wert ist. Wir sind keine Partei fauler Spießbürger, keine Bewegung fauler Brüder, die sich begnügen an den Tatsachen des Tages und als Männer zu ihren Frauen sagen: Mein liebes Weib, der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen, der Wille des Herrn sei gelobt, und wenn es ihm gefällt, dann macht er uns wieder frei. Nein! *Der Herr hat uns seinen Segen gegeben, weil wir ihn verdienten, er hat uns seinen Segen genommen, weil wir seiner nicht mehr würdig waren, der Herr wird uns seinen Segen wieder geben, wenn er ein neues Volk vor sich hat.*

4. April 1927 Dok. 97
"An alle Gauleitungen und Ortsgruppen"
Anordnung

VB vom 23.4.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung" [1].

Um Irrtümern über den parteiamtlichen Charakter von Anordnungen innerhalb der Bewegung vorzubeugen, wird ein für allemal nachstehendes bekanntgegeben.

Alle parteiamtlichen Anordnungen der Reichsleitung tragen den Stempel derselben und sind persönlich unterzeichnet, entweder vom Vorsitzenden der Partei, u. U. von einem von diesem ernannten Stellvertreter, oder, wenn es sich um geschäftliche Angelegenheiten handelt, vom Schatzmeister der Partei [2], von den Vorsitzenden des Organisations-[3] und Propaganda-Ausschusses [4], bzw. vom Geschäftsführer [5].

8 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung von Reichsaußenminister Walter Rathenau verabschiedet worden. Druck: RGBl. I, 1922, S. 585 ff.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 26.4.1927, "Aus der Bewegung".
2 Franz Xaver Schwarz.
3 Bruno Heinemann.
4 Gregor Straßer.
5 Philipp Bouhler.

Parteiamtliche Anordnungen, die in der Presse erscheinen, sind nur gültig, wenn ihre erste Veröffentlichung im "Völkischen Beobachter", als dem Zentralorgan der Bewegung stattgefunden hat.

Andere Anordnungen oder Auslassungen in sonstigen nat[*ional-*]sozialistischen Zeitungen besitzen keinen parteiamtlichen Charakter. Für sie bleibt der Verfasser persönlich verantwortlich.

Die nationalsozialistischen Briefe [6] sind kein Parteiorgan, sondern eine freie Zeitschrift. Ihren Aufsätzen kommt kein parteiamtlicher Charakter zu, sondern nur der von Diskussionsmaterial bzw. wissenschaftlichen Abhandlungen.

Alle Anordnungen und Befehle grundsätzlicher Art, die die SA betreffen, sind nur gültig, wenn sie außer der Unterschrift des obersten SA.-Führers [7] noch die des Vorsitzenden der Partei tragen. Die Verantwortung für Anordnungen, die nicht vom Vorsitzenden der Partei unterzeichnet sind, trägt der Verfasser persönlich. (S. auch VB Nr. 41 vom 19. Februar 1927 [8].)

München, den 4. April 1927

gez.: Adolf *Hitler*

4. April 1927 Dok. 98
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 568, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737 [2].

Hitler streifte zu Beginn seiner Ausführungen den Werdegang der Bewegung in München im Zusammenhang mit der Neueinführung der Zentralsprechabende [3], deren Zweck sein soll, sich gemeinsam und einheitlich in das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung zu vertiefen. Nur so sei es möglich, Mitglieder heranzuziehen, die nicht

6 Die im Oktober 1925 in Elberfeld gegründeten "Nationalsozialistischen Briefe" (ab 1928 mit dem Untertitel: "Halbmonatsschrift für nationalsozialistische Weltanschauung") wurden bis Juli 1930 von Gregor, danach von Otto Straßer herausgegeben. Schriftleiter bis Mai 1927 war Joseph Goebbels. Von Oktober 1928 bis zur Einstellung im August 1931 erschien die Zeitschrift im Kampf-Verlag bzw. Verlag "Der Nationale Sozialist" in Berlin.

7 Franz von Pfeffer.

8 Vgl. Dok. 79. Nochmals veröffentlicht im VB vom 19.2.1927, "Aus der Bewegung".

1 Im Mathäserbräu, von 21.45 bis 23.00 Uhr. Der Zentralsprechabend der NSDAP-Ortsgruppe München, an dem laut Polizeibericht etwa 500 Personen teilnahmen, wurde von Karl Fiehler, dem Vorsitzenden der Sektion München-Schwabing, geleitet. Vor Hitler sprach Heinrich Himmler über das Thema "Kapitalismus und Sozialismus".

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Die Zentralsprechabende sollten regelmäßig jeden Montag und, wenn möglich, in Anwesenheit Hitlers stattfinden.

nur ihre Beiträge zahlen, sondern auch selbständig die Ideen weiter verbreiten und neue Mitglieder werben können. Nur der hat seine Pflicht erfüllt, der einen weiteren Volksgenossen der Bewegung zugeführt hat.

Hierauf kam Hitler kurz auf die Störungen der Potemkin-Film-Vorführungen zu sprechen[4], wobei er bemerkte, daß es gar keinen Zweck habe, diese zu unterbinden, da die Polizei ja doch nur Kommunisten und Nationalsozialisten als Ruhestörer feststellen würde; auch sehe er nicht ein, der Regierung einen Anlaß zu geben, ein Aufführungsverbot herbeizuführen, da die Zurückweisung dieses aufgelegten [*sic!*] bolschewistischen Propagandamittels nicht vom Volke, sondern von der Regierung ausgehen müsse. Ein Gebilde aber, das sich Staat nennt und nicht den Mut aufbringt, derartiges zu unterbinden, trägt den Keim des Verfalles schon in sich. In einem nationalsozialistischen Staat würde dieser Film und mit ihm noch eine Reihe anderer nicht zur Vorführung gelangen. Für die Nationalsozialisten handle es sich auch nicht darum, sich mit den Kommunisten zu verprügeln, sondern diese für die nationalsozialistische Idee zu gewinnen durch entsprechende Aufklärung von Mund zu Mund und in fortgesetzten öffentlichen Versammlungen. Das Bürgertum habe mit dem Potemkin-Film seine Unfähigkeit zum Kampf erneut erwiesen[5]. Anschließend kam Hitler auf die abgegebene Erklärung der M[*ünchner*] N[*euesten*] N[*achrichten*][6] zu der Stellungnahme Hitlers zur Südtirolerfrage [*sic!*] in der öffentlichen Versammlung am 30. März im Zirkus Krone zu sprechen. Nach Verlesung dieser Erklärung bemerkte Hitler, daß die Nationalsozialisten nicht mehr auf Südtirol zu verzichten bräuchten, denn dies sei bereits im Vertrag von St. Germain geschehen und zwar gerade von jenen Leuten, welche heute in diesen Judenzeitungen schreiben. Es sei zwecklos, für die Zurückeroberung Südtirols nochmals Blut zu vergießen, für eine Gesellschaft, die 1918 feige das Heer im Stiche ließ. Die Gazettenschmierfinken möchten in diesem Kampfe erst mit gutem Beispiel vorangehen und einmal als Armee nach dem Süden marschieren. Der Nationalsozialismus lehne nicht nur den Kampf zur Zurückgewinnung für Südtirol ab, sondern hält jeden anderen derartigen Kampf für aussichtslos, solange dieses vor dem Verfall stehende kraftlose Bürgertum noch regiere.

Zu dem anonymen Aufsatz in den M.N.N. von einem alten Herrn einer angesehenen Studentenverbindung[7] äußerte sich Hitler dahingehend, daß ein Anonymus ein Lump sei. Der alte Herr habe scheinbar alle Ursache, seinen Namen zu verschweigen, weil er weiß, daß er dann in der völkischen Presse bloßgestellt würde. Dem Stil nach könne man schon vermuten, welcher Rasse dieser Briefschreiber entstamme. Neu sei ihm, daß die N.S.D.A.P. die Wirtschaft schädige. Bisher habe er geglaubt, daß dies in all den intern[*ationalen*] Verträgen geschehen sei. Jeder Mensch habe eine Jugendzeit, Mannesal-

4 Am gleichen Abend versuchte Edmund Heines mit einer Gruppe von SA-Mitgliedern eine Aufführung des von Sergej Eisenstein gedrehten Filmes "Panzerkreuzer Potemkin" zu stören. Laut Polizeibericht mißlang die Aktion aufgrund polizeilicher Bewachung der Aufführung. Zu den Störungsversuchen vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 4.4.1927, "Der Potemkin-Film".

5 Zur Debatte im Bayerischen Landtag über ein Verbot des Filmes "Panzerkreuzer Potemkin" vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 2.4.1927, "Der Potemkin-Film in Bayern".

6 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1927, "Adolf Hitler im Zirkus Krone". Vgl. auch Dok. 94.

7 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 31.3.1927, "Ein offenes Wort. Hochschule und Studenten".

ter und Greisenzeit, so auch jedes politische Gebilde. Das Bürgertum habe seine große historische Stunde 1918 versäumt. Nicht die jungen Leute der Revolution trugen die Schuld am Zusammenbruch, sondern jene Regierenden, die zu feige waren, zu kämpfen und das Heer im Stiche ließen. Einige hundert Leute um Eisner, die sich der Tragweite ihrer Tat nicht bewußt waren, konnten das morsche Staatsgebäude überrennen. Das Bürgertum, das 1918 noch die Macht hatte, diese aber nicht auszunützen verstand, trage an allem die Schuld und würde heute wieder gleich handeln, wenn es nochmals in unbeschränkter Macht wie damals wäre. Der Zukunftsstaat werde und müsse kommen. Da gebe es keine Korruption mehr, sondern eine Masse, welche Kämpfer ist und die Nation geschlossen darstellt. Dieses Ziel zu erreichen, sei Aufgabe der Partei.

Am Schlusse seiner Ausführungen kam Hitler noch auf die Bewegung zu sprechen, wobei er bemerkte, daß man einmal später seine 13-wöchige Festungshaft [8] und das Redeverbot [9] als größte Dummheit buchen werde. Ein weiterer Punkt, der einmal in den Annalen der Geschichte und Partei unbedingt festgehalten werden müsse, sei die Tatsache, daß sich während der Zeit seiner Festungshaft und seines Redeverbotes alle diejenigen wieder verliefen, die plötzlich in der Bewegung aufgetaucht waren, um im Augenblick als die Bewegung zur Macht zu kommen schien, durch ihre Zugehörigkeit zur Partei persönliche Vorteile zu erlangen hofften. Erst während seiner Festungshaft kam ihm das Bewußtsein, daß es vielleicht sehr schwer sein würde, diese Leute wieder loszuwerden, was sich dann aber von selbst ergab [10]. Das Redeverbot hat wohl in den ersten 5 - 6 Monaten geschadet, hat sich aber dann dahingehend ausgewirkt, daß er 1. nicht überall auf einmal zu sprechen brauchte und so sich niemand zurückgesetzt gefühlt hat, und 2. hat sich dann allmählich das Verlangen durchgesetzt, ihn wieder reden zu lassen. Heute stehe die Bewegung nun wieder mächtig da und werde allmählich auch durch ihren immerwährenden Kampf noch dahin kommen, daß eine Zeit für Deutschland kommen wird, in der es keinen Potemkin-Filmen mehr ausgesetzt sein wird. [11]

8 Vom 1.4. bis 20.12.1924 in Landsberg a. L.
9 Das Redeverbot für Hitler hatte in Bayern vom 9.3.1925 bis zum 5.3.1927 bestanden.
10 Zu den Auseinandersetzungen im völkisch-nationalistischen Lager vgl. Jablonsky, Nazi Party.
11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

6. April 1927 Dok. 99
"Warum sind wir Nationalisten?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 8.4.1927, "Nationalismus und Patriotismus" [3].

Adolf *Hitler*, bei seinem Erscheinen wieder stürmisch begrüßt, teilte zunächst mit, daß soeben die Nachricht eingetroffen [*sei*], daß Herr *Grzesinsky* die *Ortsgruppe Köln* und Umgebung der N.S.D.A.P. *verboten* habe [4]. (Lebhafte Pfuirufe.) Herr Severing habe in Preußen schon die ganze Bewegung verboten. Es wird uns nicht umbringen, wenn man zeitweise wieder einmal eine Ortsgruppe verbietet.

In zündender Rede legte nun Adolf Hitler die Gründe dar, die uns zwingen, Nationalisten zu sein, indem er zuerst von dem Unterschied ausging, der zwischen *Parteikämpfen* in Deutschland und solchen in anderen Ländern besteht. *Nirgends sind die Parteikämpfe so verheerend und zerstörend wie bei uns*. So konnte in England, sogar während des Krieges, ein *Munitionsarbeiterstreik* vor sich gehen, ohne daß dabei die englische nationale Verteidigung irgendeine erkennbare Einbuße erlitten hätte. Während in einem Fall britische Arbeiter streikten, weil sie sich von einzelnen Industriellen übervorteilt glaubten, war in Deutschland der Grund ein ganz anderer, ein eminent *politischer*. In England streikte man, um die breite Masse durch unvernünftige Handlungen einzelner nicht gegen die nationale Verteidigung aufzubringen, in Deutschland, um durch diesen Streik die nationale Verteidigung selbst zu treffen und unmöglich zu machen! Das ist der gleiche Unterschied wie in den sonstigen Parteikämpfen: in anderen Ländern ist unter allen diesen Kämpfen wenigstens *ein großes tragendes Fundament* da, nämlich die *Liebe zum Vaterland,* der Glaube an das Vaterland, die nationale Begeisterung, der nationale Stolz, *an dem nicht gerüttelt wird*. Sie werden keinen Franzosen finden, ob Bürgerlicher oder Sozialist, der nicht für die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages von Versailles eintritt, weil er diesen für die französische Nation für vorteilhaft hält. Und die französische Nation steht jedem Franzosen höher als das augenblickliche Parteiinteresse. Das Traurige ist, daß wir diese gemeinsame Plattform nicht nur nicht besitzen, sondern gerade diese Plattform selbst mit zerbrochen haben. "Was heißt für uns der Begriff Vaterland? Wir kennen kein Vaterland, unser Vaterland ist dort, wo wir momentan

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9912) und Ankündigung im VB vom 5.4. und 6.4.1927.

2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht "höchstens" 1.500 Personen teilnahmen, wurde von Heinrich Himmler geleitet.

3 Vgl. auch Münchener Post vom 7.4.1927, "Hitler wieder vor gelichteten Reihen". Sowie Polizeibericht vom 7.4.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen in Nastätten (Hessen-Nassau) am 6.3.1927, in deren Verlauf ein NSDAP-Mitglied starb, war in den preußischen Provinzen Rheinland und Hessen-Nassau eine Reihe von NSDAP-Ortsgruppen verboten worden. Vgl. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 122 vom 15.7.1927; BA, R 134/34. Gegen den Entscheid legte die NSDAP Beschwerde ein. Vgl. Rechtsanwalt Lorenz Roder an die Polizeipräsidien Köln, Koblenz, Wiesdorf, Neuwied und Arenberg vom 6.4.1927 (Abschrift); BA, Slg. Schumacher 207, Bd. 1. Sowie VB vom 1./2.5.1927, "Gegen die Auflösung nat.-soz. Ortsgruppen".

etwas verdienen!" Die Verleugnung dieser gemeinsamen Plattform geht so weit, *daß selbst deutsche Regierungen sich nicht selten auf das Ausland berufen, ja die Hilfe des Auslandes wünschen*, um den anderen Teil vielleicht vernichten zu können, *genau so wie der Marxist in die Welt hinaus starrt und versucht, die Welt zu mobilisieren gegen ein nationalistisches Deutschland.* Heute können gewisse Parteien und Personen ihre Unersetzbarkeit für die deutsche Nation nur dadurch dokumentieren, daß sie dauernd darauf hinweisen, daß im Falle ihrer Beseitigung das Ausland rebellisch würde. Wir haben heute Millionen Menschen in Deutschland, denen jeder Mensch der ganzen Welt, nur weil er die *gleiche Arbeit* verrichtet, näher steht als der Blutsgenosse, der nicht die gleiche Arbeit ausübt. Internationale Solidarität zwischen Menschen verschiedener Sprachen und verschiedenen Blutes, verschiedener Wesensart, Hautfarbe und Geistigkeit, ja verschiedener Gehirnmenge ist möglich. Aber Solidarität zwischen Menschen gleicher Sprache, Herkunft und Geburt, gleicher geschichtlicher Vergangenheit, gleicher Wesensart und gleicher Schicksale für die Zukunft ist nicht möglich, wenn diese Menschen nicht der gleichen Wirtschaftskategorie angehören! Das Fürchterlichste, was wir heute vor uns sehen, ist die Tatsache, daß unser politischer Kampf sich nicht um die äußeren Lebensformen dreht, *sondern um den Bestand unseres Lebens überhaupt*, daß ein Teil das Bestehen unseres Volkes an sich als gleichgültig empfindet und sich einbildet, ebensogut als Chinesen wie als Deutsche leben und denken zu können.

Eine derartige Erscheinung muß ihre tieferen Ursachen haben. *Von der Lösung dieses Problems hängt alles ab für die Zukunft unserer Nation*, ob es uns noch einmal gelingt, den politischen Kampf außerhalb dieser Plattform abspielen zu lassen, der ganzen deutschen Nation wenigstens eine gemeinsame Plattform zu geben, an der nicht gerüttelt wird. Wie zuweilen in einer Ehe, so findet auch bei einem Volk ein dauerndes - wie der Volksmund sagt - *Zusammenraufen* statt, das schließlich zu einer inneren Gemeinsamkeit führt. Je mehr sie miteinander ringen, desto mehr sehen sie ein, wie unentbehrlich der andere Teil ist, wie notwendig beide Gruppen sind.

Es ist zu untersuchen, warum wir Deutsche verflucht sind, unser ganzes politisches Kampfgetriebe um die Plattform abspielen zu lassen. Zwei Momente sind dafür maßgebend: *erstens unsere eigene blutsmäßige Zerrissenheit.* Jahrtausende haben rassisch ihren zersetzenden Einfluß geübt. Auf Grund eines Werkes eines amerikanischen Gelehrten, der nachweist, daß Deutschland kaum 9 bis 10 Millionen wirklich nordisch-arische Menschen zählt, *hat die amerikanische Union die Einwanderungsquote festgesetzt.* Es bevorzugt die Menschen aus den skandinavischen Ländern, aus England und Irland und *erst in dritter Linie aus Deutschland, da es bereits rassisch minderwertig ist.* Die nämliche Union gestattet nicht, daß jeder polnische Jude hineinkommt, sondern sie zählt die Leute ab. *Nur nach Deutschland kommt jeder wahllos herein.* Die geographisch ungünstige Lage Deutschlands begünstigt ein fortgesetztes Hereinfluten, das naturgemäß Hunderttausende von Bastarden erzeugt. Mit dem dreißigjährigen Kriege setzt ein langsames Schwinden unserer nationalen Volkskraft ein. Nun ist es tragisch, daß wir diese fremden Einspritzungen nicht mehr verarbeiten können, weil sie dauernd erfolgen.

Der Redner bringt Beispiele des *Rasseninstinktes* im Ausland, der so weit geht, daß in kritischen Augenblicken gleiche Menschen immer das gleiche denken und zu gleichen

Entschlüssen kommen, weil in der letzten Entscheidung plötzlich die Sprache des Blutes zum Durchbruch kommt. Ein solches plötzliches Aufflammen hat man einmal bei uns 1914 erlebt, wo 67 Millionen der gleichen Überzeugung waren. Das hielt bei uns nicht an, *weil die blutsmäßige Zersetzung zu weit fortgeschritten war,* als daß sie den stärksten Belastungsproben hätte standhalten können. Hitler erinnert an die *hemmungslose Einwanderung der Zehntausende von Ostjuden nach Berlin,* wo sie sofort das deutsche Staatsbürgerrecht bekommen und planmäßig unsere deutschen Mädchen vergiften. Das Ergebnis sind Bastarde, die uns wesensfremd sind. Wundern Sie sich, wenn solche Menschen Dramen von Shakespeare in moderner Kleidung aufführen?

Der zweite Grund ist ein geschichtlicher. Der Staatsbegriff ist für viele Menschen mit dem Nationalbegriff identisch, der durch die staatliche Größe außerordentlich gefestigt und gestärkt wird. Das ist in Deutschland nicht der Fall, das ist der Fall in *England*, das dreihundert Jahre lang in einer einzigen aufsteigenden Entwicklung begriffen war. *Je größer der Staat emporsteigt, desto mehr sieht der einzelne sein Volk emporsteigen*, und zwangsläufig wird er davon überzeugt, daß sein Volk auch das größte Volk ist. So konnte die englische Nation zu einer Einheit verschmelzen, deren granitene Widerstandsfähigkeit nicht mehr zu erschüttern war.

Demgegenüber zeichnet Hitler das *Elend der deutschen Kleinstaaterei*, das allerdings eine ganze Anzahl kultureller Mittelpunkte von Bedeutung geschaffen hat, aber ebenso sicher ist: *wäre Deutschland niemals der Kleinstaaterei verfallen, niemals zerrissen gewesen in 300 und mehr ohnmächtige Gebilde, dann würde heute nicht England herrschen, sondern wir wären heute die Herren der Welt!* (Stürmischer Beifall.) So haben wir vielleicht scheinbar kulturell etwas gewonnen, allein in der großen Linie verloren, und wenn wir sehen, daß selbst die kulturellen Schöpfungen eines Volkes auch durch politische Größe beflügelt werden, dann müssen wir sagen, hätte unser Volk noch viel Gewaltigeres geleistet, wenn wir nicht Jahrhunderte lang in so erbärmlicher Lage gewesen wären. Was würde für die deutsche Nation übrig geblieben sein, wenn nicht wenigstens geistige Köpfe erschienen wären, die über dieses Elend hinausgewachsen sind? Nehmen Sie weg den Schöpfer unserer Sprache, Luther, die großen Heroen von Weimar und die Größen der Musik, dann bleibt aus dieser Zeit nichts, auf was alle Deutschen stolz sein könnten, was jeden einzelnen Deutschen begeistern kann. Als England bereits begann, die ganze Welt in den Dienst der großenglischen Eroberungen zu stellen, war Deutschland noch ein Bild jämmerlichster Ohnmacht, bis nach den Freiheitskriegen *ein neues Deutsches Reich* entstand. Wohlgemerkt, nicht etwa aus einer grandiosen Sehnsucht heraus, sondern ausschließlich nur durch den granitenen Willen eines einzelnen Mannes, der einer Majorität zum Trotz das Deutsche Reich geschmiedet hat. *Wäre es nach dem Willen des deutschen Bürgertums gegangen, dann wäre niemals ein Versailles und eine deutsche Kaiserkrone gekommen.* Erst seit 1870 können wir feststellen, daß das deutsche Volk langsam so etwas wie ein *Staatsgefühl* erhält im höheren Sinne einer großen nationalen Gemeinschaft, die sich einen Staat geschaffen hat. Es ist die Zeit, in der die deutsche Akklimatisation in Nordamerika nicht mehr die Fortschritte macht wie früher. Der Deutsche in Amerika hat den Blick nach rückwärts auf ein großes Reich erhalten, und aus diesem großen Staate heraus strömt so viel Kraft, daß die Beibehaltung der deutschen

Sprache dem einzelnen wertvoll wird. *Er blickt zurück in seine Heimat, sieht ein großes Reich und wird allmählich stolz darauf, Deutscher zu sein.*

Wir müssen zugeben, daß mit dieser zwangsläufigen Entwicklung seit 1870/71 nicht Hand in Hand ging die *planmäßige Erziehung.* Ganz im Gegenteil: so lange die nationale Erziehung nicht *völkische Gesichtspunkte in sich schloß, sondern staatlich war.* Notwendig wäre gewesen, daß jeder einzelne Kenntnis erhielt von ganz großen Vorgängen, ganz großen Männern, ganz großen geschichtlichen Ereignissen, die allen gemeinsam sind. Die Erziehung durfte nicht ersticken im Dienst eines kleinen dynastischen Patriotismus, sondern mußte wirklich großzügig die ganze Nation umfassen. Wie zwei getrennte Liebende zur gleichen Stunde nach dem Monde sehen als einem Mittelpunkt, den beide im Auge behalten, so muß ein Volk große Fixsterne herausgreifen, auf die jeder einzelne sieht, das sind die großen gemeinsamen Punkte des Stolzes. Zugleich wird das Gefühl der Gemeinsamkeit erwachen.

Hitler schildert einen Gang durch die verlassenen Palais der *Kleinstaatfürsten,* wo der Führer den Besuchern die verschiedenen Heiraten dieser Potentaten erläutert, und fragt, woher soll gegenüber diesen Leuten, die nur *ein* Verdienst haben, nämlich zufällig geboren worden zu sein, woher soll da der Stolz kommen, daß wir ein Volk von Größe sind, daß wir eine Volksgemeinschaft sind, die Grund genug hat, mit stolz erhobenem Haupt unter anderen Völkern zu stehn? (Starker Beifall.) *Diese ganze Erziehung unseres Volkes hat mitgewirkt, einen großen nationalen Gedanken gar nicht entstehen zu lassen.* Wenn Sie alle Museen mit Büsten und Bildern dekorieren, die von oben stammen, dann wundern Sie sich nicht, wenn das Volk die da oben als diejenigen ansieht, denen man nachstreben muß. Ganz unbewußt wird dadurch die Überzeugung im Entstehen verhindert, daß ich meiner Volksgemeinschaft unter allen Umständen näher stehe als irgendeiner anderen, *daß ich jedem meiner Volksgemeinschaft, und wenn es ein Straßenfeger ist, näher stehe als irgendeinem König eines anderen Volkes* (stürmischer Beifall) *und daß ich, umgekehrt, in meinem Volke lieber der Straßenfeger als ich* [*sic!*] *König sein wollte in einem anderen Lande.* (Brausender Beifall.) In Millionen von Köpfen ging langsam die Überzeugung verloren, daß der Nationalstolz etwas Granitenes ist, was nicht erschüttert werden kann, was jede Kluft überbrückt, was Arm und Reich, Hoch und Niedrig unbedingt umschließt. An Stelle dessen glaubte man, das Nationalgefühl müsse eine gewisse Verpflichtung enthalten für den kleinen Mann: Militärdienst, Steuerzahlen, kein Unfriede, fleißig zu sein. Wenn er das tut, dann ist er national.

Adolf Hitler zeichnet nun in prägnanten Strichen den

Nationalismus des deutschen Bürgertums,

das an die Stelle des Adels trat, und dessen politische Tätigkeit das Wort national bei den unteren Schichten so *verhaßt* machte, weil sich dieser Begriff hier deckte mit Parteigebilden, die grundsätzlich gegen den neuen Stand (der Arbeiter) Stellung genommen haben. Die Vertretung der kleinsten Standesinteressen war identisch mit dem nationalen Gedanken und wurde als nationale Politik ausgegeben. *Damit begann das Verhängnis im Deutschen Volk,* daß heute 15-16 Millionen ganz kategorisch den Nationalismus ablehnen, weil er identisch ist mit der Interessenvertretung gewisser bürgerlicher Parteien, also bestimmter Gruppen statt des ganzen deutschen Volkes. (Starker Beifall.)

Während des Krieges sahen wir einen ähnlichen Vorgang: während das deutsche Volk einen heroischen Kampf kämpft, und der Mann von Grauen geschüttelt sich fragt: wofür kämpfen wir eigentlich?, unterhält sich die offizielle Politik darüber, welchen Prinzen man dorthin setzen wolle, man begann, das Fell des Bären aufzuteilen, der noch nicht tot war, sondern seine Pranken noch in der Brust des Mannes draußen hatte. *Er kämpft nicht für einen Prinzen, er kämpft für Deutschland! (Stürmischer Beifall.) Dafür geht er Tag für Tag diesen Todesweg, leidet er Hunger. Und zu Hause bekommt er das Gefühl, daß man dort eigentlich das Ziel des Sieges nicht etwa darin sieht, dem eigenen Volk Grund und Boden zu geben, sondern einigen momentan nicht beschäftigten Prinzen eine Lebensstellung. (Starker Beifall.)* War es nicht sinnlos, daß unsere gesamte bürgerliche Politik immer nur nach kleinsten dynastischen Gesichtspunkten geleitet wurde, daß man einen polnischen Staat schuf, von dem jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen war, sich sagen mußte, daß er mit ein Todfeind der deutschen Nation sein werde? Daher dieses unselige Bündnis mit den Habsburgern: es mußte "unbedingt" verhindert werden, daß diese alte Dynastie gestürzt wird - statt daß man nüchtern gesagt hätte: *Wir haben kein Interesse, daß Habsburg bestehen bleibt, sondern, daß diese 10 Millionen Deutsche zu Deutschland kommen!* (Anhaltender Beifall.)

Jedes Volk stellt in seiner Gesamtheit - so führt Hitler weiter aus - eine große Pyramide dar, wobei die untersten Schichten, die Mehrheit des Volkes, zwar ohne Intelligenz ist [*sic!*], aber um so energischer am Leben hängt [*sic!*]. Sobald eine Organisation ihre obersten Schichten abkapselt von der breiten Masse und nicht sorgt, daß von dieser breiten unteren Schicht das Leben nach oben quillt, wird es an abstrakter Geistigkeit zugrunde gehen, es wird keine Tatkraft mehr vorhanden sein. Das sehen Sie an unserem deutschen Volk! *Was unserer Staatsleitung gefehlt hat, war die brutalste Willenskraft der unteren Massen.* Hätten unsere Führer die brutale Willenskraft der Kommunisten, dann könnten Sie sehen, wie Deutschland emporsteigen würde! (Beifall.) Letzte Kraft kann ewig nur entstehen im Kampfe für *ein* Ideal.

Es galt nun, diese untere Schicht zum nationalsten Fanatismus zu erziehen, dann wäre das Blut der 2 Millionen nicht umsonst geflossen, dann wäre aus diesen Massen heraus eine solche Antriebskraft herausgekommen, daß unser Volk diesen Kampf nicht verloren hätte. So war die nationale Triebkraft nur auf die obersten Schichten beschränkt - *ein nationaler Gedanke, der nicht in den Massen verankert ist, ist wertlos.*

Die obersten Spitzen des deutschen Bürgertums sind genau so international kosmopolitisch gewesen wie die untersten Schichten. (Starker Beifall.) Wir können weitergehen: die untersten Schichten wären es nie geworden, wenn sie nicht das klassische Beispiel der höchsten Schicht vor Augen gehabt hätten. (Sehr richtig!) Wenn Sie in Berlin in die *"Palme"* (Asyl für Obdachlose) hineingehen, so hören Sie dort nicht deutsch und national reden, dort spricht alles international. Aber, mein liebes Bürgertum, wenn Sie in Berlin ins *Hotel Adlon* hineingehen, dann hören Sie dort genau so international sprechen! (Starker Beifall.) Das sind die beiden Gegenpole. Einer der Vertreter dieses deutschen Bürgertums, zu dem Millionen gläubig emporblicken, heißt *Gustav Stresemann.*

Solange Ihre Führer an der Tafel eines Litwin [5] sitzen, dürfen Sie keinem Arbeiter einen Vorwurf daraus machen, wenn er mit Kohn [6] und Levi [7] verkehrt.

Leidenschaft ist diesem politischen Bürgertum verhaßt, denn wo soll es hinführen, wenn sich das Schreien des Redners auf eine ganze Nation überträgt und

eine ganze Nation zu schreien beginnt?

Daß wir versuchen, den Massen den nationalen Gedanken in einer Form beizubringen, die den einzelnen mitreißt, das macht man uns zum Vorwurf: Wir sind Staatsfeinde in den Augen der Leute, die den heutigen deutschen Staatsapparat und seine Größe verschuldet haben. (Heiterkeit und anhaltender Beifall.)

Mit beißender Ironie beleuchtet Adolf Hitler die Art, wie das Bürgertum den Marxismus und den Kommunismus bekämpft, die Anhänger des letzteren gerade in den letzten zwei Jahren mit ungeheuerlichen Strafen, ohne die Drahtzieher und eigentlichen Hetzer selbst zu treffen: Was für eine Saat sät man da, und das [*sic!*] wird eines Tages aufgehen aus dieser Saat? In den sieben Jahren ihres Bestehens hat diese Republik *Zehntausende von Jahren an Gefängnis und Zuchthaus verhängt* - und das Ergebnis? Hat man damit den Kommunismus gebrochen? Im Gegenteil! Es ist eine wahnsinnige Art, eine Weltanschauung beseitigen zu wollen.

Das deutsche Bürgertum hat heute noch kein nationales Ziel. Euer Nationalismus und der unsere sind zwei absolut verschiedene Dinge. Euer Nationalismus ist im günstigsten Falle ein Mittel, die Vergangenheit noch einmal lebendig werden zu lassen. *Und unser Nationalsozialismus ist der blinde Glaube an die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Zustandes, da der alte versunken und vertan ist.* Dieser neue Zustand kann nur geschmiedet werden durch die Mitarbeit aller Volksgenossen. Nicht der Arbeiterschaft bringen wir Konzessionen, sondern dem deutschen Volk, das bestehen muß, und dem wir sagen, wenn es so weitermacht, dann wird es eines Tages die schwerste Konzession zu tragen haben, nämlich es muß dem Ausland die Konzession erteilen, uns zu verwalten. Wenn wir heute versuchen, die breiten Massen in den Dienst des nationalistischen Gedankens zu stellen, so erklären wir: Seht in uns keine Reaktionäre, keine Monarchisten, keine Kapitalisten, seht in uns nur Deutsche, die kämpfen wollen für ihr Volk, daß es nicht zugrunde geht, sondern bestehen bleibt. Sagen Sie also nicht: Wir haben Konzessionen gemacht, sondern:

wir haben Deutschland gerettet!

(Heilrufe.) Wir treten nicht vor die Massen hin mit Versprechungen: Wir bringen euch nichts als Kampf und dadurch das Leben - weiter nichts. Weshalb haben wir eine andere Energie in der Vertretung *dieser* nationalen Gedanken? Wir sind nicht national, sondern nationalistisch! Nationalistisch mit äußerster fanatischer Energie, und wir kennen keine Verständigung mit nicht nationalen Kreisen!

5 Paul Litwin (geb. 1866), Kommerzienrat, 1909 Begründer und Generaldirektor der Deutschen Evaporator AG (Aufsichtsratsmitglied: Gustav Stresemann), 1918 Geschäftsführer der Deutschen Ausfuhr G.m.b.H. in der Ukraine, 1918 Teilnehmer an den Vorverhandlungen zu Brest-Litowsk, Geldgeber der DVP.

6 Gemeint ist vermutlich der frühere USPD-Reichstagsabgeordnete Oskar Cohn.

7 Gemeint ist vermutlich der SPD-Reichstagsabgeordnete Paul Levi.

Hitler schließt seine hinreißende Rede mit einem warmen Appell an den heutigen Eifer und den blinden Glauben an die Möglichkeit des Erfolges, an die Bereitschaft aller, sich selbst für diese Idee zum Opfer zu bringen, wenn man erwarten will, daß eines Tages die Millionen kommen und für diese Idee kämpfen werden. *Ein Volk wird nicht frei durch Parlamentsreden, sondern ewig nur durch den Einsatz von Menschenblut.* [8]

7. April 1927 — Dok. 100
Rundschreiben

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen und Unterschrift Hitlers vom 7.4.1927; BA, Slg. Schumacher 305 I.

Am 1. d[*e*]s M[*ona*]ts [*1.4.1927*] hat Pg. *Jankovic* gebeten, vom Amte als Landesleiter der N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung) von Österreich entbunden zu werden.

Ich habe der Bitte stattgegeben [1] und bestimme auf Grund der durch meinen Bevollmächtigten, Pg. Gregor *Strasser* [2], an Ort und Stelle gemachten Wahrnehmungen folgendes:

1. Die Landesleitung der N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung) in Österreich wird zunächst nicht wieder besetzt.

2. Die Gaue treten unmittelbar unter die R[*eichs*-]L[*eitung*] in *München*.

3. Als gesetzlichen Vertreter (Obmann) der Bewegung in Österreich bestelle ich Pg. Heinrich *Schmidt* [3], Graz, Schillerstr. 4. An ihn sind alle Aufnahmeerklärungen der Gaue einzusenden. Er übernimmt von der bisherigen Landesleitung die Kartei, hält sie auf dem Laufenden und sendet Abschriften der Karteikarten an die Reichsleitung.

Die bisher von den Gauen an die Landesleitung geleisteten Beitragsteile sind bis auf weiteres an ihn abzuführen; sie sind gesondert zu verrechnen.

4. Der Gau Wien, der von meinem Bevollmächtigten wegen grober Disziplinlosigkeit aufgelöst wurde, wird kommissarisch vom Pg. *Eder* Leopold [4], Krems/Donau, Untere Landstraße 20/II, beobachtet und beraten, bis der Gau innerlich wieder gefestigt ist und als selbständiges Glied der Bewegung wieder zugelassen werden kann.

Pg. *Eder* wolle zeitgerecht Antrag anher stellen.

5. Mit der Abwicklung der aufgelösten Landesleitung betraue ich ebenfalls Pg. *Eder*.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und Ankündigung von zwei weiteren Hitler-Auftritten in München am 9.4. und 13.4.1927. Vgl. Dok. 102 und 104.

1 Vgl. Dok. 101.
2 Vgl. Dok. 91.
3 Heinrich K. Schmidt, 1926-1928 NSDAP-Gauleiter (Hitler-Bewegung) in der Steiermark.
4 Leopold Eder (1883-1960), Major a. D. und Steuerbeamter, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1926/27 Gauleiter von Niederösterreich, 1938 Gauverbandsführer des NS-Reichskriegerbundes für Niederdonau.

Im Benehmen mit Pg. *Jankovic* ist die Geschäftsstelle nebst Kasse der ehemaligen Landesleitung aufzulösen. Kurzem Abschlußbericht mit Kassenstand wird entgegengesehen.

Wegen notwendiger Geldmittel ist mit Pg. *Schmidt*, - s. Ziff. 3 - ins Benehmen zu treten.

6. Pg. *Eder* wolle sich auch des "Österr[*eichischen*] Nationalsozialisten" [5] annehmen und dessen wirtschaftliche Lebensmöglichkeit prüfen. Auch hierüber wird s. Zt. Bericht erbeten.

7. Der Verkehr der Gaue mit der R[*eichs*]L[*eitung*] vollzieht sich nach den Richtlinien vom 1.VII.1926 [6]. Die Einhaltung der Zeiteingaben wird besonders betont. Sofort ist von den Gauen zu melden:

a) Empfang dieses Rundschreibens,

b) Anschrift der Geschäftsstelle und

c) Benennung eines Stellvertreters des Gauleiters mit dessen Anschrift,

d) einzusenden ein Ortsgruppenverzeichnis mit zahlenmäßiger Angabe der vorhandenen eingeschriebenen und Beitrag leistenden Mitglieder,

e) zu berichten über die finanziellen Verhältnisse des Gaues.

8. Wegen Wahlbeteiligung bleibt es bei den von meinem Bevollmächtigten, Pg. Gregor Strasser, gegebenen Weisungen.

Adolf Hitler

7. April 1927 — Dok. 101
Anordnung

VB vom 13.4.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Verschiedene Umstände haben den Landesleiter der N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung) von Österreich, Pg. *Jankovic*, veranlaßt, am 1. April 1927 um Enthebung von seinem Amte zu bitten.

Ich habe dieser Bitte stattgegeben und danke dem Pg. Oberst a. D. Jankovic gerne für seine Dienstleistung.

---

5 Die 1926 in Wien gegründete Wochenzeitschrift "Der österreichische Nationalsozialist" war das Organ der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung). Die erste Ausgabe erschien am 13.11.1926.

6 Vgl. Dok. 1.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 14.4.1927, "Aus der Bewegung".

Die Landesleitung Österreich der N.S.D.A.P. (Hitlerbewegung) wird zunächst nicht besetzt, sondern die Gaue werden unmittelbar der R[*eichs*-]L[*eitung*] unterstellt [2].
München, den 7. April 1927

Adolf Hitler

9. April 1927 Dok. 102
"Nicht Stresemanns Dawesjünger noch internationale Bolschewiken werden einst die Knechtschaft brechen, sondern Wir als Deutsche Sozialisten" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 12.4.1927, "Sozialismus und Marxismus" [3].

Adolf *Hitler*, mit brausendem Beifall begrüßt, kam sofort auf die *Artikel der "M*[*ünchner*] *N*[*eusten*] *N*[*achrichten*]*"* zu sprechen [4], indem er unter großer Heiterkeit der Versammlung begann: Ich habe in meiner Jugend ein kleines Postkärtchen gesehen, auf dem ein kleines Eselein abgebildet war, das hatte ein kleines Schwänzlein aus Bindfaden, und darüber stand *"Wetterbarometer"*. Wenn das Schwänzchen trocken war, schien die Sonne, wenn es naß war, regnete es. Wenn es still hing, war ruhige Luft, und wenn es sich bewegte, dann herrschte Sturm. Wenn man die "M.N.N." in den sieben letzten Jahren so verfolgte, dann bekommt man den Eindruck dieses Eseleins, bei dem Herr *Gerlich* das Schwänzlein ist. Die "M.N.N." sahen sich veranlaßt, *Stimmen aus Tirol* von den sogenannten Vaterländischen zu bringen. Glauben Sie ja nicht, daß es größere Simsons [5] sind als hierzulande: sehr groß in Protesten und sehr klein in Taten. Möglicherweise haben sie auch von hier aus einen Wink bekommen, weil es sich besser macht, wenn der Protest von dort ausgeht. Jedenfalls würde ich es als Feigheit ansehen, der Erörterung dieses Protestes aus dem Wege zu gehen. Ich habe daher das ursprüngliche Thema für nächsten Mittwoch abgeändert und werde mich mit Vergnügen den "M.N.N." einmal

2 Vgl. auch Dok. 91 und 100.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9913) und Ankündigung im VB vom 9.4.1927.
2 Im Zirkus Krone, von 21.30 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von Josef Bauer, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, geleitet. Laut Polizeibericht war der Zirkus Krone zu 3/4 gefüllt.
3 Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 11.4.1927, "Hitler gegen die M.N.N.". Sowie Polizeibericht vom 11.4.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.
4 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1927, "Adolf Hitler im Zirkus Krone"; Münchner Neueste Nachrichten vom 9.4.1927, "Tiroler gegen Hitler". Dieser Artikel enthielt sowohl einen Auszug aus dem Offenen Brief der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft in Innsbruck an Hitler wegen seiner Stellung zur Südtirolfrage als auch einen Kommentar zur Rede Hitlers am 30.3.1927.
5 Biblische Figur.

mündlich widmen (starker Beifall) und dieses ganze Problem auf Grund des Artikels aufrollen. *Die Ausführungen werden dann im Druck erscheinen* [6].

Zum Thema des Abends übergehend, knüpfte Hitler an seine Ausführungen der Mittwochversammlung [7] an, wonach im deutschen Volke eine große politische Bewegung, die auf ihr Panier das Wort *"national"* geschrieben hat, es nicht fertig brachte, die überwältigende Mehrheit der Nation in den Dienst dieses Gedankens zu stellen. Auf der anderen Seite steht die große Masse, die sich um den Begriff *"sozialistisch"* gruppiert. Auch dieser ist es nicht gelungen, im Verlaufe der letzten 70 Jahre die Majorität der Nation für diesen Begriff zu begeistern. Im Gegenteil, ein großer Prozentsatz des Volkes lehnt diesen Begriff glatt ab und bezeichnet diese anderen genau so als schlecht, wie es die rechte Seite gegenüber denen tut, die nicht national sein wollen. Wenn heute in dieser einzigen Stadt alle Menschen, die nicht alle deiner Gesinnung sind, erklären würden, wir stellen unsere Mitarbeit ein, dann würde augenblicklich der gesamte Ernährungs- und Erhaltungsprozeß ins Stocken kommen. Also nicht nur du kannst die *Räder zum Stillstehen zwingen, sondern auch der andere:* das ist nur eine Frage der disziplinierten Organisation, nicht des Könnens an sich. Der Prozeß käme noch viel sicherer zum Stillstand, wenn der andere, der Nationale, sich zurückzieht, weil noch eher eine manuelle Tätigkeit ersetzt werden kann als eine rein geistige. Würde der Bauer ähnliche Konsequenzen ziehen und diszipliniert seine Interessen egoistisch vertreten und erklären: wir deutschen Bauern streiken und liefern von heute an nichts mehr, dann würden Sie sofort sehen, daß auch dieser Stand es in der Hand hat, unseren gesamten nationalen Organismus lahmzulegen.

Das Wort

"alle Räder stehen still"

bedeutet nichts anderes als: der gesamten Volksgemeinschaft vermögen wir Schaden zuzufügen, wenn wir nicht mehr gewillt sind, mitzuarbeiten. Der andere ist nicht minderwertig, weil er nicht marxistisch ist - er ist nur anderer Anschauung.

Adolf Hitler untersucht nun in geistvollen Ausführungen die Ursachen, warum tatsächlich der sozialistische Gedanke genau so wie der nationalistische versagt hat. Zu diesem Zweck skizziert er die Entwicklungsgeschichte der letzten 70 bis 90 Jahre in Deutschland, die das Anwachsen der Macht des Unternehmertums und der Sammlung und Organisation der Arbeiterschaft anderseits mit sich brachte. Dieser Prozeß hätte für die Nation von den *segensreichsten Wirkungen* sein können, wenn er sich darauf beschränkt hätte, dem Übergewicht einzelner Industrieller ein Gegengewicht gegenüberzustellen. Das hätte der gesamten Nation eine innere Beflügelung ihrer Kraft verliehen. In *deutschen* Händen hätte die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu dem führen können, was wir Nationalsozialisten heute erkämpfen wollen. Statt dessen haben sie die *Juden* als Instrument erkannt, mit dem sie ihre weltpolitischen Ziele durchzuführen gedachten. Man redete dem Arbeiter ein: Du mußt Herr im Staate werden, dann kannst du deine rein gewerkschaftlichen Pläne durchsetzen! Den Grund, warum das Bürgertum den Marxismus ablehnt, erblickt der Redner in dem *Gehäuse*, das dessen jüdische Füh-

6 Vgl. Dok. 104.
7 Am 6.4.1927. Vgl. Dok. 99.

rer um diese sozialen Probleme herumgestellt haben. Dieses Gehäuse besteht erstens *aus der Internationalität* dieser Bewegung, zweitens der *Ablehnung der Persönlichkeit*, also aus der *Demokratie dieser Bewegung*, drittens *aus der pazifistischen Einstellung dieser Bewegung*. Diese drei Dinge sah man als identisch mit dem Sozialismus an, die damit gar nichts zu tun hatten, sondern von einigen Juden ihm aufoktroyiert waren. *Die Juden brauchen zur Durchführung ihrer Zwecke Menschen mit Hoffnungen.* Der Jude sah sofort weiter und empfand vor sich schon die Möglichkeit einer Weltherrschaft. Dazu war der *vierte Stand* der gegebene, ein Stand, traditionslos, dessen einzelne Menschen zum Teil unter sehr, sehr unwürdigen Lebensverhältnissen sich befinden, der in sich gar keine Geistigkeit besitzt. *Denn die Intelligenz nahm von diesem Stand gar keine Notiz.* Sie sah nicht in die Tiefe ihres eigenen Volkskörpers. Was damals der deutsche Intellektuelle versäumt hat, hat der *Jude* eingeholt. Erst läßt er die Erfindungen machen, die Betriebe organisieren, diese ganze Wirtschaft aufbauen, und dann trachtet *er, daß er der Herr dieser Wirtschaft wird.* (Starker Beifall.)

Niemals hat der Jude selbst *produktiv, schöpferisch etwas organisiert und immer nur zugesehen, wie andere rein schöpferische Tätigkeit ausübten, um dann den Nutzen dieser Tätigkeit an sich zu ziehen. Er hat keine Musik geschaffen - er beutet sie heute bloß aus. Der Festspielleiter, der Manager von Tenören, er macht alles, was die Sache in klingende Münze umwandelt.*

Dazu brauchte er die breiten Massen. In dem Kopfe des *Juden Karl Marx* ist die Idee entstanden, die breite Masse dieses Volkes, um die sich die Intelligenz nicht kümmerte, zu organisieren *und später als Waffe gegen diese Intelligenz einzusetzen*, wobei er sich klar wurde, daß er das Vertrauen dieser Massen brauchte. Er konnte ja großzügige Versprechungen machen, denn er war nicht verantwortlich, *er konnte eine Forderung, wenn sie vernünftig war, ins Wahnwitzige steigern, um zu erreichen, daß sie nicht angenommen wurde.*

Das innere Ziel einer deutschen sozialen Bewegung hätte sein müssen: wirkliche Beseitigung der Leiden und Schmerzen des kleinen Mannes. Die soziale Bewegung hätte versuchen müssen, den deutschen Arbeiter wirtschaftlich, kulturell und politisch *langsam nach oben zu schieben.* (Stürmischer Beifall.)

Das war nicht das Ziel von Menschen, denen an sich nicht die Hebung des arbeitenden Mannes vor Augen stand, sondern die des arbeitenden Mannes nur bedurften zur Durchsetzung ihrer rein persönlichen Ziele. Sie wollen nicht, daß die Masse befriedigt wird, weil *nicht die Befriedigung des Arbeiters das Ziel* dieser neuen, von Juden organisierten und geförderten Bewegung ist, sondern die Zertrümmerung der nationalen Wirtschaft behufs Aufsaugung dieser Wirtschaft. Heute organisiert dieser Jude in England, morgen in Deutschland, übermorgen setzt er sich eine chinesische Mütze auf und organisiert in China - *alle Menschen sind ihm gleich*, und daher impft er ihrer Bewegung den Gedanken der *Internationalität* ein. Zweitens sucht er den Glauben an die *Persönlichkeit* zu entfernen und den Glauben an die *Masse* aufzubauen. Es schmeichelt der Masse, ihr zu sagen: "Was heißt denn Kopf? Hat nicht jeder einen Kopf, warum soll nicht jeder gleich gut sein?" (Heiterkeit.) Das ist eine Frage der *Fähigkeit*, die nichts zu tun hat mit Charakter, mit Anstand, mit persönlicher Schuld.

Die Menschen müssen enteignet werden, dürfen nichts besitzen, kein Vaterland, keine Heimat, keine Größe, dann sind sie das *Instrument*, das sie (die Juden) brauchen. *Dann kann man sie gegen das eigene Volkstum ansetzen.* "Kein Volk gibt es, alle Menschen sind gleich, es gibt keine großen Menschen, die Masse ist das Große, sie entscheidet! Was bedeuten unsere Vergangenheit, unsere großen Männer?"

Drittens *der Weltfriede, der Pazifismus, Abschaffung der Todesstrafe.* - Todesstrafe ist eine Schande, nämlich dort, wo der Jude noch nicht regiert, wo ihm selbst noch dieses Schicksal beschieden sein könnte - da ist Todesstrafe eine Barbarei, grausam, menschenunwürdig. *Wo er aber regiert, da brüstet er sich, Hunderttausende aufs Schafott geführt zu haben!* Er lehnt den Selbsterhaltungskampf auf der Welt ab und infiziert die deutsche soziale Bewegung mit dem Gedanken des Pazifismus.

Diese drei Gedanken sind die Ursache, warum Millionen von deutschen Intellektuellen den Marxismus, den sie für Sozialismus halten, glatt ablehnen und bekämpfen. Diese drei Gedanken haben mit Sozialismus gar nichts zu tun, sondern stehen in striktem Gegensatz zu ihm. *Sozialismus ist das Bestreben, die große Kluft, die in einem Volke zwischen höchster Intelligenz und primitivster Arbeitskraft vorhanden ist, zu überbrücken und dafür zu sorgen, daß das Nachströmen ununterbrochen möglich ist, und die Gesamtheit kulturell, geistig, wirtschaftlich ein einiges Gebilde darstellt.*

Adolf Hitler beleuchtet nun die Absurdität der Internationalität, also der Gleichheit unter der Arbeiterschaft aller Länder: Güter, die wir unseren deutschen Arbeitern als notwendig gönnen, empfinden z. B. Zulukaffern als höchst überflüssig. Diese verdienen Güter nicht, die ihr Volk nicht geschaffen hat. Der Mensch, der selbst keine Kultur schuf, leidet nicht darunter, wenn er sie nicht besitzt. Es gibt nur annähernd Gleiche in einem Volkskörper in größeren Rassegemeinschaften, aber nicht darüber hinaus.

Sozialismus kann nur sein im Rahmen meines Volkes,

aber niemals darüber hinaus. (Stürmischer Beifall.) Wir sind gar nicht in der Lage, etwas zu wünschen, was unser Volk nicht fähig ist zu produzieren. Es gibt keinen Menschen, der das Recht hätte zu sagen: ich bin Sozialist, wenn er nicht für die Befriedigung der Wünsche seiner Volksgenossen in *seinem* Volke Sorge trägt. Wer hinausgeht zu einem anderen Volk, der nimmt die Arbeit und die Leistung eines anderen Volkes in Anspruch, *er geht als Drohne in ein anderes Volk hinein.* Besonders wahnwitzig ist dieser Internationalismus bei unserem deutschen Volk, das auf kleinstem Boden zusammengepreßt sich in Europa blutig durchschlagen muß. Ebenso wahnwitzig ist der zweite Gesichtspunkt, *die Ablehnung der Persönlichkeit.* Der wirkliche Sozialist kann nur wünschen, daß sein Volk möglichst große, bedeutende Köpfe hervorbringt, weil deren Erfolge jedem einzelnen zugute kommen. Er kann nur wünschen, *daß die Nation so organisiert ist, daß zwangsläufig die untersten fähigsten Köpfe nach oben kommen. Der Himmel gebe es, daß unser Volk von seinen fähigsten Söhnen regiert wird!* (Stürmischer Beifall.) Wenn dieses Prinzip, das reinste Persönlichkeitsprinzip, zum Siege geführt wird, dann können wir erwarten, daß eine höhere soziale Gerechtigkeit auf die Welt kommt, als wenn eine *Majorität von Dummköpfen regiert.* (Starker Beifall.) Ich glaube nicht an die Verantwortlichkeit einer Masse. Eine Parlamentsmehrheit kann den verheerendsten Entschluß fassen - *wen* wollen sie [*sic!*] dafür verantwortlich machen? Wenn nur *ein* Kopf

verantwortlich wäre, würde so manches verbrecherische Gesetz nicht gemacht worden sein.

Auch der *Pazifismus* hat mit Sozialismus nichts zu tun, vor allem nicht in einer Welt, die nicht auf Pazifismus aufgebaut ist. Die Marxisten haben ihren Staat, von dem sie sich einbilden, daß er ein sozialer Staat werden würde, *in den Rachen der kapitalistischen Weltmächte wehrlos geworfen.* (Starker Beifall.) Heute herrscht Neid und Eifersucht auf der einen Seite, Fleiß und Arbeitsamkeit auf der anderen. Wehe den Völkern, die nur fleißig und arbeitsam sind, aber sich nicht die *Waffen* verschaffen, *um ihren Fleiß zu verteidigen.* Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel, daß ein Volk sich einen blühenden Garten geschaffen hat und in ihm bleiben kann, ohne sich zu verteidigen. Der heutige Marxismus ist kein Sozialismus für das Volk, sondern ein *Instrument zur Vernichtung unseres Volkes.* Völker mit nationaler Kraft lassen sich nicht unterjochen. 70 Jahre haben die Marxisten gegen das internationale Kapital gekämpft, und in Wahrheit ist heute dieses Kapital im Verlaufe dieses Kampfes *immer gewaltiger geworden,* die Nation zusammengebrochen und *dieses internationale Kapital zum Herrn geworden.* (Stürmischer Beifall.) Das ist *der letzte* Beweis für die

Sinnlosigkeit dieses Marxismus.

Nicht trotz ihm, sondern durch ihn ist das Kapital zum Herrn geworden.

Adolf Hitler legt nun dar, daß es einen Kampf gegen das Kapital gar nicht gibt, daß Maschinen und Produktionsstätten immer wieder gebaut werden müssen, wenn sie vorher vernichtet wurden, wie das Beispiel Rußlands gezeigt hat, *wo früher der Russe der Besitzer war, während es jetzt der Jude ist.* (Starker Beifall.) Der Muschik[8] kann heute so wenig lesen als zuvor. Hitler streift nun die Bedeutung der *Frage des Erbrechtes,* das dem Instinkte entspricht, seinen Kindern den Lebensweg leichter zu machen, als man ihn selbst gehabt hat. Die Aufgabe einer sozialen Bewegung kann nur eine korrigierende sein, eine erziehende, dafür zu sorgen, Schäden zu entfernen, wo sie auftreten. Da tritt der Nationalsozialismus in die Bresche. Er anerkennt die Persönlichkeit, weil aus ihr alles geflossen ist, was uns Leben und Schönheit gibt, weil aus dieser Person heraus aber auch die gesamte geistige Kraft strömt, die wir brauchen, um Widerstand leisten zu können. Nach außen kämpfen wir für unser Volk. Wir lassen unser Volk nicht erschlagen. *Und gebt ihr uns nicht den Raum auf der Welt, dann wollen wir selbst den Raum uns holen.* (Stürmischer Beifall.) Damit sind wir aber *Nationalsozialisten.* Wir treten ein für das Lebensrecht unseres Volkes auf der Welt, das erkämpft werden muß. Das Blut von vielen Volksgenossen kann aber nur eingesetzt werden, wenn sie wissen, daß dieser Kampf *nicht einer Klasse* dient, sondern unserem *gesamten* Volke Hilfe bringt. Glauben Sie nicht, daß dieses Volk noch einmal kämpft, wenn ihm nicht eine andere Überzeugung auf das Schlachtfeld mitgegeben wird als bisher. (Stürmischer Beifall.) Es kommt noch einmal der Tag, an dem dieses deutsche Volk sich aufbäumen und seine Fesseln wie Zunder zerschlagen wird, an dem in Millionen Herzen ein einziger Glaube und die Überzeugung lebendig sein wird: Wir kämpfen nicht für das deutsche Bürgertum oder für das deutsche Proletariat, wir kämpfen für unser Volk, für Weib und Kind und Kindeskinder. Ich bin glücklich, daß mich das Schicksal als gemeinen Soldaten vier Jahre

8 Russisch: Bauer.

durch diese ganze Hölle von Blut und Feuer hindurchgetrieben hat. Ich kann mir nicht denken, daß je ein wahrer Deutscher es verantworten wird, sein Volk noch einmal in diese Hölle zu führen, wenn er nicht überzeugt ist, daß aus ihr heraus ein Paradies, zum mindesten ein Leben für sein Volk kommen wird. Hitler führt diesen Gedanken zum hinreißenden Schluß, daß aus dieser heiligen Überzeugung heraus der gewöhnliche Grenadier wieder an die Front treten wird, weil er weiß: *was jetzt auf dem Spiele steht, ist mein Vaterland.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [9]

11. April 1927 Dok. 103
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 570, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737 [2].

Die M[*ünchner*] N[*euesten*] N[*achrichten*] habe in den letzten Tagen den willkommenen Kampf gegen die N.S.D.A.P. auf Grund der Südtirolfrage eröffnet [3]. Er freue sich schon auf den Mittwoch [4], um mit der Kuhhaut [5] gehörig abzurechnen. Bei der einen Versammlung werde es jedoch nicht bleiben, denn diese Gelegenheit müsse ausgenützt und das Volk in ganz Bayern über dieses Blatt und die vergangene Generation, zu der auch Gerlich gehöre, aufgeklärt werden. Diese vergangene Generation, welche durch ihre blödsinnige Politik das Volk in den Krieg getrieben habe und den Zusammenbruch Deutschlands damit verschuldete, habe noch die freche Stirne, sich gegen die neue Zeit zu wenden, statt sich in Scham über ihre Sünden und Feigheit zu verkriechen. Die N.S.D.A.P. und die heutige junge Generation lehne es ab, zu einer Zeit, in der Hunderttausende deutscher Volksgenossen am Verrecken seien, das Volk erneut in Abenteuer zu stürzen, das erfolglos einigen Hunderttausenden der Besten das Leben kosten würde. Nicht die N.S.D.A.P. habe auf Südtirol verzichtet, sondern jene Heimkrieger vom Schlage Gerlich, welche die Friedensverträge unterzeichneten. Wenn Herr Gerlich als Sturmmann mit einer Kanone voranziehe, dann ziehe er nach. Nicht der Dolchstoß allein habe Deutschland in den Abgrund gestürzt, sondern jene Herrschaften, welche verantwortlich die Geschicke Deutschlands leiteten. Der II. Band, herausgegeben vom

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Mathäserbräu, von 22.15 bis 23.00 Uhr. An dem Zentralsprechabend der NSDAP-Ortsgruppe München nahmen laut Polizeibericht etwa 500 Personen teil. Vor Hitler sprach Wilhelm Frick über die Tätigkeit der NSDAP-Reichstagsfraktion.

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 1.4.1927, "Adolf Hitler im Zirkus Krone"; Münchner Neueste Nachrichten vom 9.4.1927, "Tiroler gegen Hitler"; Münchner Neueste Nachrichten vom 11.4.1927, "Hitler gegen die M.N.N.". Sowie Dok. 94 und 102.

4 Am 13.4.1927. Vgl. Dok. 104.

5 Gemeint sind die Münchner Neuesten Nachrichten.

Reichsarchiv über die Schlacht bei Verdun[6], führe die unermeßliche Heldenhaftigkeit der deutschen Armee so recht vor Augen. Wenn man bedenke, daß Bataillons bis auf 40 und 50 Mann zusammengeschmolzen, dem Ansturm feindlicher Divisionen im ungeheuersten Eisenhagel Widerstand hielten, und in der Heimat habe Eisner mit 300 Mann diese ganzen Helden vom Schlage Gerlich und den gesamten Staat überrannt; man habe von der Heldenhaftigkeit dieser vergangenen Generation eine andere Vorstellung bekommen. Zu einer Zeit, in der die Entente am Zerspringen stehe, und Italiens Politik hinter England stehe, Frankreich bedrohe und seine Vormachtstellung in Europa erschüttere, gehen die gleichen Leute her, welche die Verantwortung am Zusammenbruch Deutschlands tragen, und treiben Abenteurerpolitik. Sie buhlen trotz aller Schikanen ständig um die Gunst Frankreichs, statt sich mit Italien zu verbinden. Wenn ein Nationalsozialist erschlagen werde oder Parteien verboten werden, nehme die M.N.N. keine Notiz. Werde aber in Südtirol von den Faschisten einmal eine Verhaftung vorgenommen oder gar eine Person angeschossen, dann könne sich die M.N.N. nicht genug tun. Würde aber Italien von einem Juden regiert, würde sich kein Mensch über Südtirol kümmern, wie sich auch die M.N.N. über die Schikanen der tschechischen und polnischen Judenregierungen nicht bekümmere. Die Kuhhaut habe den Kampf eröffnet und werde diesen auch wieder zuerst beschließen, denn so viel sollte die M.N.N. ihn (Hitler) schon kennen, daß er nicht ruhen werde, bis das Volk aufgeklärt sei. Gegen die M.N.N. gebe es nur ein durchgreifendes Mittel, daß die Abonnements in Massen abbestellt werden.[7]

6 Die Tragödie von Verdun 1916. In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrag des Reichsarchivs, Oldenburg 1926-1928".
Der Band II: "Das Ringen um Fort Baux" erschien erst 1928 als letzter von insgesamt vier Bänden.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

13. April 1927 Dok. 104
"Die Kuhhaut [1] im vaterländischen Kriegszustand oder Italien, Südtirol und Wir!" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB-Sondernummer (Nr. 87a) vom 15./16.4.1927: "Abrechnung mit den 'M.N.N.'" [4].

Meine lieben, deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wir hätten das Thema, das eigentlich für den heutigen Tag bestimmt war, nicht abgesetzt, wenn es sich nicht bei dem neuen Thema um eine wirklich wichtige Frage handeln würde, um eine Frage, die vielleicht von der einschneidendsten Bedeutung für die weitere Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes überhaupt sein wird, die vielleicht der Anfangspunkt ist zu einem Weg, der aus unserem heutigen Elend herausführen kann, nämlich dann, wenn diese Frage die richtige und einzig mögliche Lösung findet. Ich bitte Sie, sich augenblicklich loslösen zu wollen von der Atmosphäre der Proteste, Erklärungen und Zeitungsartikel der letzten Tage. Sich loslösen zu wollen aus dieser ja doch nur künstlich fabrizierten Atmosphäre. Und an Stelle dessen sich die Lage, in der sich das ganze große deutsche Volk auf dieser Welt befindet, vor Augen zu halten, sich in die Geschichte des Volkes in Gegenwart und Zukunft hineinzudenken.

Wir wollen von einer ganz kurzen Betrachtung ausgehen:

Wenn wir heute von Politik sprechen, so meinen wir damit das Bilden der Geschichte unseres Volkes. Und warum nehmen wir bildend Einfluß auf die Geschichte unseres Volkes? *Deshalb, weil dieses Volk leben will.*

Die 100 Millionen

Wir wollen uns zunächst klar werden darüber, was eigentlich dieser Geschichte zugrunde liegt. Wie groß ist eigentlich unser deutsches Volk, mit dem wir nun Geschichte machen wollen, für das wir kämpfen? Die Schätzungen schwanken zwischen 90, 95, 100 und 105 Millionen. Wir können im Mittel sagen, es sind *hundert Millionen*. Hundert Millionen Menschen leben also auf der Welt, die wir als Deutsche bezeichnen können. Diese hundert Millionen Menschen, die wir als Deutsche ansehen dürfen, und von denen die sechs- und siebentausend hier auch einen kleinen Bruchteil ausmachen, sind nun nicht einmal zu zwei Drittel in einem Reich vereint; *über ein Drittel sind zersplittert und zerteilt auf alle möglichen Staaten, ja Kontinente.* Zweiundsechzig Millionen und etli-

1 Gemeint sind die Münchner Neuesten Nachrichten.

2 Titel laut Ankündigung im VB vom 12.4. und 13.4.1927. Plakatanschlag: "Die Kuhhaut im vaterländischen Kriegszustand gegen Italien, Mussolini, Faschisten und uns usw. zur Wiedereroberung Südtirols" (BayHStA, Plakatslg. 9915).

3 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 23.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 7.000 Personen teilnahmen, wurde von Gregor Straßer geleitet.

4 Gekürzte Fassung: VB vom 15./16.4.1927, "Der Protest des Frontsoldaten gegen verantwortungslose 'Patrioten'politik". Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 14.4.1927, "Wer vergißt Südtirol?". Sowie Polizeibericht, o. D. (gez. Martin Hantl); StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

che Hunderttausend wohnen nach der letzten Volkszählung[5] innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, das wir als Mutterland der deutschen Nation ansehen. *Also mehr als siebenunddreißig Millionen leben außerhalb der Grenzen dieses Reiches* - zersplittert und aufgeteilt auf eine ganze Anzahl von kleineren und größeren Staaten, ja eingeschoben in ganze Kontinente - die wir auch als Volksgut bezeichnen müssen, die auch zu uns gehören. Wir, die wir hier in Deutschland selbst sind, können bei der Gestaltung unserer Geschichte vorerst nicht auf diese Außenstehenden rechnen, sondern die Geschichte ist ausschließlich *das Werk unseres eigenen Handelns*, unserer eigenen Einsicht, unseres eigenen Wollens, unserer eigenen Tatkraft und - wohlgemerkt - unserer Klugheit, der Klugheit, mit der wir uns klarmachen, wie wir uns aus der jetzigen Lage wieder herauszulösen vermögen.

Wollten wir nun die Frage beantworten, wie ist es denkbar, daß ein so altes Volk, wie das unsere, kaum zwei Drittel seiner gesamten Angehörigen in einem Nationalstaat vereinigt hat, während die große Masse von fast vierzig Millionen außerhalb dieses Nationalstaates lebt, dann müßten wir in der deutschen Geschichte weit zurückgreifen. Wir wollen aber nur das eine feststellen: Wenn heute das deutsche Volk viel mehr zersplittert ist als Franzosen oder Engländer oder selbst Italiener, so ist das nicht etwa einem Mangel an Mut oder Entschlußkraft oder Tatkraft zuzuschreiben, einem Mangel an Bereitwilligkeit, sich mit dem Blute im Kampfe einzusetzen, als vielmehr

einem Mangel an politischer Klugheit und nicht zuletzt auch einem Mangel an politischer Beharrlichkeit,

dieses Ziel dauernd und gleichmäßig zu verfolgen. Wir alle waren Zeugen des gigantischen Ringens, das viereinhalb Jahre unser Volk auf die Walstatt gerufen hat, und wissen, wie selbst dieses größte Ringen aus allerlei Gründen, die ich zum Teil in diesem Vortrag noch kurz streifen will, nicht fruchtbringend ausfiel; Sie wissen, daß das Schlußresultat jedenfalls das Todesopfer von rund zwei Millionen Menschen war, d. h. der Einwohner einer Stadt, die dreimal so groß ist wie München, und daß dieses ungeheure Opfer völlig vergeblich gebracht worden ist, ja daß es selbst nicht zu verhindern vermochte, daß Deutschland tiefer stürzte, als es vorher stand.

Staatspolitik u[nd] Nationalpolitik

Wir wollen bei der Prüfung der Ursachen zunächst eines festhalten, nämlich, daß das deutsche Volk durch viele Jahrhunderte keine nationale Politik getrieben hat, wenn wir unter nationaler Politik eine *völkische* Politik verstehen; denn wohlgemerkt: wir können sagen, bis zum Auftreten der Nationalsozialisten hat man unter nationaler Politik nur reine *Staats*politik verstanden. Darum meinte man auch, daß es schon "nationale Politik" wäre, wenn sich der Staat vielleicht erweitere oder wenn er es fertigbringe, einige Fremdstämmige zu assimilieren oder, wie man es auch ausdrückt, zu germanisieren. Ein ungeheurer Irrtum!

Das ist der Gedanke der alten nationalen Politik! Der Gedanke der neuen, der völkischen Politik ist ein anderer. Er hat an sich mit dem Staat weniger zu tun; für diese Auffassung ist nicht der *Staat* das Maßgebende, sondern das *Volk*. Diese Auffassung steht nicht auf dem Standpunkt, wir trieben eine richtige Politik dann, wenn wir den

---

5 Am 16.6.1925. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, Berlin 1927, S. 5.

Staat vergrößern, gleich nach welcher Richtung hin, sondern der neue nationale Gedanke bekennt sich zu der Auffassung,

daß eine nationale Politik dann völkisch ist, wenn das Volk in den Mittelpunkt des ganzen Geschehens rückt,

wenn sie nicht etwa versucht, den Staat durch Einverleibung fremder Völker zu vergrößern, sondern durch jegliche Vergrößerung des Staatsgebietes nur eine Festigung des Staatsvolkes herbeiführt, dieses Staatsvolk aber blutsmäßig zusammenfaßt und damit auch erhält. In unserem Falle, also bei dem deutschen Volke, würde keine nationale Politik getrieben, wenn man z. B. Elsaß-Lothringen zurückeroberte, und als reines *Reichs*land im französischen *Volks*besitz beließe, aber auch nicht, wenn man Elsaß-Lothringen "germanisieren" würde, wenn man also versuchen wollte, den Franzosen die deutsche Sprache aufzuzwingen. Das wäre in unseren Augen keine nationale Politik, weil wir der Überzeugung sind, daß der Franzose damit nicht Deutscher würde, soweit er nicht selbst germanische Elemente in sich besitzt. Wenn ich einen Chinesen beharrlich abrichte, daß er nach zwei, drei oder zwanzig Jahren deutsch spricht, so ist er damit kein Deutscher geworden, ja wenn wir 60 Millionen Chinesen vollkommen deutsch dressieren und ihnen die deutsche Sprache beibringen würden, so hätten sie damit nicht das Wesentliche, was unser Volk ausmacht, sie hätten nicht die kulturschöpferischen Faktoren damit gewonnen, aus denen die Geister herausgewachsen sind, die unser Volk erst begründen und unseren Stolz darauf rechtfertigen.

Im Gegenteil: wir wissen genau, daß in Wirklichkeit damit eine Fälschung unseres deutschen Volkswesens eintreten würde, wie wir es heute tausendfältig in unseren großen Städten vor uns sehen, wo alles Pack der ganzen Welt sich trifft und deutsch zu reden oder zu mauscheln sich bemüht, in Wirklichkeit aber fremde Gedanken in unsere Sprache einhüllt und in Wahrheit damit eine "Kultur" begründet, die man nur höchst äußerlich als deutsche bezeichnen könnte, die aber innerlich mit unserem Volk gar nichts zu tun hat.

Nun haben wir niemals eine nationale Politik in dem Sinne getrieben, daß wir die Aufgabe unserer gesamten Staatspolitik darin gesehen hätten, unser eigenes Volk zu fördern, zu steigern und dieses Volkstum zu erweitern: Wir haben das durch Jahrhunderte nicht gemacht, und so ist es erklärlich, daß seit dem Jahre 1648 unser deutsches Volk zwar ziffernmäßig gewachsen, aber im Verhältnis zu den anderen Völkern tatsächlich gesunken ist. Die anderen Völker haben sich innerhalb dieser Zeit zu größerer Bedeutung erhoben als wir, und hätten wir nicht unsere gewaltigen *kulturellen* Leistungen zu verzeichnen, so würden wir heute bereits nicht ziffernmäßig zu den nicht ganz starken Völkern zählen, soweit das Mutterland in Frage kommt, denn 62 1/2 Millionen befinden sich auf einem kleinen Gebiet und sind damit eine nicht große Macht. Das ist der erste Grund, warum wir keine nationale Politik im Sinne der Erhaltung und Förderung unseres Volkstums durch Jahrhunderte getrieben haben. Das hängt damit zusammen, daß das deutsche Volk Jahrhunderte hindurch von dynastischen Interessen regiert wurde. Weiter aber damit, daß besonders im letzten Reich etwas in die [*sic!*] Erscheinung trat, *nämlich ein geradezu*

unerhörter Glaube an die Bedeutung der Wirtschaft.

Nicht nur wahnwitzige politische Utopien haben dieses alte Reich zugrunde gerichtet, sondern noch viel mehr der Glaube, daß die Wirtschaft an sich nicht nur ein staatsbildender, sondern auch ein staatserhalten[*d*]er Faktor wäre. *Dieser Glaube hat dahin geführt, daß Deutschland schließlich in einen Weltkrieg hineingesteuert wurde aus reiner Friedenssehnsucht unter wahnsinniger Verkennung der wirklichen Kräfte, die letzten Endes allein das Dasein der Menschen auf der Welt zu erhalten vermögen.* Man war wirklich überzeugt, daß in der Wirtschaft allein das Heil der ganzen Nation liege, und dieser Überzeugung ging parallel eine allmähliche Zersetzung der wirklich staatspolitischen Kräfte, unseres staatspolitischen Denkens überhaupt selbst im alten Sinne genommen. Indem so *die* Kreise, für die wirklich die Wirtschaft "alles" ist und zugleich Kampfwaffe, mit der sie sich durchzusetzen suchen, nämlich das Judentum, mehr und mehr in den Vordergrund traten, drängten sie die alte Überlieferung und ihre Träger zurück, bis dieses Deutschland wirklich zum friedfertigsten Staat geworden war, der versuchte, auf dem Wege des Friedens seine 67 Millionen zu ernähren, und dadurch erst recht in den großen Krieg hineinsteuerte. Es ist hochinteressant, die Politik des letzten Reiches zu verfolgen, das uns viel näher liegt und dessen Schäden wir viel besser zu sehen vermögen, von dem Gesichtspunkte aus zu überprüfen, welche Stellung das alte Reich zur Frage der Erhaltung der Deutschen außerhalb des Reiches eingenommen hat. Da müssen wir denn gleich eines feststellen:

Die Preisgabe des Auslanddeutschtums

Im Taumel nach der wirtschaftlichen Blüte und im Jagen nach Ausfuhr, nach Tonnengehalt, nach Industrie, nach Handel usw. hat man vollkommen vergessen, daß es außer der Förderung dieser Dinge auch noch anderes zu fördern gäbe, *nämlich die Förderung und Erhaltung derjenigen Splitter deutscher Nationalität, die sich im übrigen Europa teils durch die Jahrhunderte erhalten hatten, teils wieder frisch zu bilden begannen.* Hier müssen wir drei Staaten herausgreifen.

Welche Haltung hat das alte Deutschland z. B. eingenommen zu den Deutschen, die in Rußland lebten? Sie müssen mir zugeben, überhaupt keine. Man nahm von dieser Million Deutscher überhaupt keine Notiz. Bei unserem Verhältnis zu Rußland spielte diese Million keine Rolle, im Gegenteil, man war ängstlich darauf bedacht, auch nur den Anschein zu vermeiden, als ob etwa die deutsche Politik sich für diese "innere Angelegenheit" eines anderes Staates, die uns aber sehr hätte angehen müssen, interessieren würde. Wir wissen, daß in Rußland diese Million von Deutschen langsam der Entdeutschung ausgeliefert worden ist; langsam, aber konsequent drückte der Panslawismus diese Deutschen entweder zusammen, oder sie zogen es vor, sich selbst zu slawisieren.

Deutschland hat sich also in diesen Prozeß nicht eingemischt, so wenig es sich für den ganz ähnlichen Prozeß interessierte, der sich im österreichischen Staat seit Jahrzehnten vollzog, wo bewußt die antideutsche Politik von höchsten Stellen gefördert wurde. Es mutet heute geradezu komisch an, wenn man jetzt so manches Mal die Aufregung (wenn auch nur in einem einzelnen Falle) unserer Presse sieht und sich dem gegenüber ins Gedächtnis zurückruft, wie im Frieden z. B. in der Tschechoslowakei das österreichische Deutschtum behandelt worden ist (Rufe: Sehr richtig), wie man damals dieses Deutschtum planmäßig unterdrückte, ausrottete und tschechisierte, von höchst oben angefangen

bis herunter, wie man nach und nach eine deutsche Stadt nach der anderen erst zu einer gemischtsprachigen werden ließ, um dann auf dem Umwege gesetzlicher Vorteile, die einem solchen Sprachgebiet zukamen, das ganze Städtchen oder den ganzen Landstrich langsam in einen rein tschechischen überzuführen; wie sich das manchmal, wenn sich die Deutschen wirklich zur Wehr setzen wollten, bis zur blutigen Verfolgung steigerte; *wie öfter als einmal in Prag drei Tage lang der Aufruhr tobte und der tschechische Pöbel deutsche Geschäfte plünderte,* Deutsche auf den Straßen niederschlug, während man in Deutschland davon kaum Notiz nahm. Man war ja ängstlich bemüht, beim Bundesgenossen, so sagte man, nicht "anzustoßen", und so ging die Entdeutschung tatsächlich in der ganzen österreichischen Monarchie vorwärts, am schärfsten in der Reichshauptstadt Wien selbst. Auch hier wieder von höchst oben herab.

Bei der Volkszählung 1910 konnte festgestellt werden, daß von 1.700 Angestellten der Wiener Hofburg 1.480 sich als zur tschechischen Umgangssprache gehörig eingetragen haben! (Pfuirufe.)

Auf dem Gute Eckartsau des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand [6] waren unter 19 Gutsbeamten nur 5 Deutsche. Und so war es überall: ein dauernder und planmäßiger Krieg, den man von oben herab gegen das deutsche Element führte, und so mußte denn auch tatsächlich das deutsche Element eine Position nach der anderen räumen. In Wien waren die Tschechen im Frieden bereits so weit, daß sie erklärten, die größte tschechische Stadt sei Wien.

In Deutschland nahm man von all dem keine Notiz, obwohl die Entdeutschung vor den Toren des Reiches stattfand, und man mit diesem österreichischen Staate verbündet war. Man hätte sich doch sagen müssen, daß in dem Maße, in dem das deutsche Element als *einziger* Träger des Bündnisgedankens in Österreich der Ausrottung anheimfalle, langsam aber sicher dieser Staat zu einem Feinde Deutschlands werden, daß sich eines Tages die slawische Majorität dieses Staates von Deutschland abkehren würde. Trotzdem war man so verblendet, sich nie die grundlegende Frage zu stellen: Wie erhalten wir statt des österreichischen Staates oder besser des österreichischen Staats*kadavers* die 10 Millionen Deutschen in diesem Staate? *Das* hätte die Frage sein müssen, und diese Frage hat man nie gestellt!

Daß man bei den *außer*europäischen Ländern überhaupt nicht auf einen solchen Gedanken kommen konnte, war klar. Ob nun 9 oder 10 Millionen Deutsche in der nordamerikanischen Union leben, läßt sich schwer feststellen, aber diese Deutschen waren von *vorneherein* für Deutschland verloren; es war klar, daß, wenn sie sich auch noch so lange Deutschland gegenüber verbunden fühlten, dies Band einmal reißen mußte. Man kann nicht vollkommen aufgeteilt in einem anderen Volke leben, ohne nicht darin unterzugehen, besonders in der neueren Zeit des Verkehrs, der modernen Technik und der Wirtschaft, wo Bodenständiges überhaupt nicht zu entstehen oder sich zu halten vermag.

6 Erzherzog Franz Ferdinand (1863-1914), 1896 habsburgischer Thronfolger, am 28.6.1914 in Sarajewo ermordet.

Der Niedergang im alten Reich

Dazu kam noch etwas anderes. Nicht nur, daß damals Deutschland gar keine Notiz nahm von den Zuständen, in denen sich die Deutschen außerhalb des Reiches befanden, nein, auch im Innern selbst fand eine langsame, aber steigende Vernichtung unseres Volksgutes statt, eine Vernichtung, die vielleicht viel krasser ist als die Verluste an im Ausland liegenden Teilen unseres Volkes. Diese Vernichtung vollzog sich in den Großstädten durch die Bastardierung und durch die Zersetzung, die als Resultat der Bastardierung zurückblieb, und sie brachte Verluste an kostbarstem Nationalgut. Sie wissen, daß man im Frieden bereits weit die Tore Deutschlands jeder Einwanderung geöffnet hatte, daß jeder polnische und galizische Jude ohne weiteres hereinzukommen und das Staatsbürgerrecht zu erwerben vermochte, und das Ergebnis war, daß eine Zersetzung unseres Volkes stattfand, die es schließlich um viele Hunderttausende, vielleicht Millionen bringen mußte. Diese Zersetzungsprodukte haben wir sich vielleicht am schärfsten und katastrophalsten während des Krieges auswirken sehen; die Zersetzung wirkt sich aber auch in anderer Hinsicht aus, nämlich in der Unproduktivität unserer Großstädte. Es ist kein Wunder, daß unter den großen Männern einer Stadt wie Wien keine Wiener sind, denn aus diesem Bastardkessel kann nichts Großes mehr herauswachsen. (Zustimmung.) Alles, was groß ist, ist aus den gesunden bäuerlichen Provinzen nach Wien gekommen. So wird es auch hier bei uns. Aus den Schmelztöpfen unserer Großstädte kann nichts Großes mehr kommen. Diese Vernichtung kostbaren Volksgutes hat man nicht gesehen, daran ging man achtlos vorbei, und trotzdem ist die Wirkung ungeheuerlich.

Wer ist nun oder war dafür verantwortlich zu machen? Sagen Sie nicht: Das war damals die kaiserliche Politik! Nein, diese Politik ist in erster Linie gemacht worden von der "öffentlichen Meinung" selbst, *und diese öffentliche Meinung war das Produkt der Presse und der politischen Parteien.* Sie haben diese Politik nicht nur nicht unterdrückt, sondern selbst emporgehoben und zum Siege geführt. Die politischen Parteien wie die Presse in Deutschland besaßen im Frieden gar kein Interesse an dem Leben des Deutschtums im Ausland. Ein paar schwache Vereinigungen haben sich damit abgegeben, die großen Parteien aber nahmen davon keine Notiz. *An unserem Reichstagsgebäude wagte man im Frieden fast zwanzig Jahre hindurch nicht einmal die Aufschrift "Dem Deutschen Volk" anzubringen; erst im Jahre 1915, als der Weltkrieg tobte, hat man ganz verstohlen diese Aufschrift angebracht.* So feige war man selbst im Innern in der Vertretung des nationalen Interesses, von der Vertretung nach außen gar nicht zu reden.

Die politischen Parteien waren die größten Feinde einer wirklich nationalen Politik und konnten damals wirklich keine Stellung nehmen zugunsten der Deutschen außerhalb des Reiches, weil man damit Staatspolitik zu treiben vermeinte, daß man auf das Deutschtum verzichtete und sich einem Staatskadaver an den Hals hängte. (Beifall.) So war die deutsche Politik damals sicherlich friedlich, allein sie war zugleich plan- und ziellos. Sie war nicht beharrlich, sie war kleinlich, und es hat der deutschen Politik von damals vor allem die Konzentration auf irgendein erreichbares Ziel gefehlt und zwar im aggressiven Sinne verstanden. Dafür hatte man etwas anderes, nämlich ein sehr übles Groß-Sprechen, das leider in der übrigen Welt oft ernst genommen wurde, während

man bei uns genau wußte: man redet bloß, damit man etwas sagt, man muß einmal mit dem Schwert rasseln. Es hat uns aber stets der unfriedliche Geist gefehlt, der wirkliche Wille zum Krieg. Weil einst ein sehr großer deutscher Staatsmann [7] einige Male ans Schwert schlug, glaubten die Nachkommen auch mit dem Schwerte klimpern zu müssen. Der Unterschied war, daß der große Staatsmann sich den Bluff erlauben konnte, weil man wußte, daß er unter Umständen auch bereit war, das Schwert zu ziehen, von den Nachahmern war man aber nach kurzer Zeit überzeugt, daß es bei ihnen nur eine Geste war, daß sie das Schwert doch nicht ziehen würden, und man täuschte sich auch nicht. *Es begann die Periode des großen Redens, des großen Getues, hinter dem niemals der Entschluß stand, sich zu schlagen.* Wie oft hat man nicht das Reich in Situationen hineingeführt, in denen man sich hätte sagen müssen: jetzt oder nie! Man ging immer wieder daran vorbei; man tat so, als ob man nichts zu scheuen hätte und entschlossen wäre, gegen die ganze Welt vorzugehen; man ließ aber die günstigen Momente einer wirklichen Entscheidung immer wieder vorüberstreichen, *bis die übrige Welt diese Schwäche erkannt hatte, die Konsequenz daraus zog und sich entschloß, uns eines Tages selbst vor die Klinge zu laden.* Wir kamen so aus dem ungünstigsten Anlaß vor die Klinge. *Die Folge dieser Friedenspolitik war, daß wir endlich in den Weltkrieg hineintaumelten, ohne daß ein Mensch das gewollt hat.* Das Vernichtendste für die deutsche Regierung ist nicht, daß sie den Krieg nicht gewollt hat, sondern, daß sie tatsächlich ohne ihren Willen in diesen Krieg hineinmanövriert wurde. So war noch am 3. August [*1914*] Bethmann Hollweg überzeugt, England würde nicht in diesen Krieg eingreifen - soweit ging die Verblendung dieser Leute. Und dann kam das ungeheure Ringen, das Sie alle selbst noch im Erlebnis vor sich haben, dieses Ringen, in dem das deutsche Volk Unermeßliches erduldete, Blut einsetzte wie kein zweites, in dem dieses Volk Heldentum zeigte wie noch nie ein Volk auf dieser Welt, und in dem dieses Volk doch endlich verlieren mußte, *schon deshalb, weil ihm vom ersten Tage an jedes klare Ziel gefehlt hat.* Man suchte nach Frieden. Noch im Jahre 1915/16. Man wollte den Frieden, aber man hatte eines nicht erkannt: daß man den Frieden nur bekommen wird, *wenn Deutschland sich von dem österreichischen Staatskadaver loslöst* und daß Deutschland keine Verpflichtungen hat, diesem unmöglichen Staat zuliebe selbst Millionen aufs Spiel zu setzen, sondern nur die eine Verpflichtung, die 10 Millionen Deutschen dieses Staates zu retten (Zustimmung); vielleicht noch die zweite Verpflichtung, nicht zu viel Blut einzusetzen, nicht mehr als unbedingt notwendig ist. Man konnte sich zu dieser einzig möglichen Haltung nicht entschließen. Schon im Frieden wurden diejenigen konservativen Kreise am meisten befehdet - besonders eine Zeitung in Westfalen [8] -, die damals erklärten, das Bündnis mit Österreich sei voller Wahnsinn, es vernichte die österreichischen Deutschen und Deutschland selber mit; was im günstigsten Falle erhalten bleiben könnte, sei der habsburgische Staat, aber auf Kosten des Deutschtums. Diese Leute wurden am schwersten befehdet, alles stemmte sich dagegen, und besonders die politischen Parteien stemmten sich dagegen. Warum? Weil sie alle kein nationales Interesse kannten. Alle die Herren,

7 Gemeint ist Otto von Bismarck.

8 Gemeint ist die "Rheinisch-Westfälische Zeitung". Vgl. Klaus Werner Schmitt, Die Rheinisch-Westfälische Zeitung und ihr Verleger Reismann-Grone, Dortmund 1974, S. 318 ff.

die jetzt so weise tun, sind verantwortlich, daß Deutschland in dieses maßlose Unglück geraten ist. Die waren damals maßgebend, die hatten diese Wahnsinnspolitik zu verhindern gehabt, die uns aus lauter Friedenssehnsucht und dynastischen Interessen endlich in den Weltkrieg hineintrieb. (Beifall.) Sie mögen sich heute winden wie sie wollen, ein Ergebnis bleibt weltgeschichtlich bestehen: *sie haben einst einen großen Staat übernommen und einen Trümmerhaufen übriggelassen.* (Lebhafte Zustimmung.) Nun wollen sie das heute nicht eingestehen und sie sind auch nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen.

Die ziellose Kriegspolitik

Das deutsche Volk hat damals kein Kriegsziel gehabt. Sie fragen, für was hat man eigentlich 4 1/2 Jahre gerungen? Man sagte, für die Erhaltung unseres Volkes. *Glauben Sie mir, es gibt keinen Kampf mit einem negativen Ziel, den man auf die Dauer durchzuführen in der Lage ist, und die Erhaltung allein ist ein negatives Ziel.* Das heißt, wir wären zufrieden gewesen, wenn es im günstigsten Falle geblieben wäre, wie es war. Was wäre die Folge gewesen? Die Folge wäre gewesen, daß Deutschland in wenigen Jahren vor ganz derselben Situation gestanden wäre. Wir müssen entweder Boden gewinnen, oder die andere Welt mit unseren industriellen Leistungen unterbieten - eines von beiden. Gewinnen wir keinen Boden, dann sind wir vom Schicksal dazu verdammt, die andere Welt geschäftlich zu ruinieren, weil wir leben müssen. (Zustimmung.) *Die 20 Millionen, die wir zu viel haben, müssen existieren.* Die Million, die alle Jahre nachwächst, muß auch leben, sie kann aber nicht leben von Phrasen und Theorien, sondern sie kann nur bestehen auf neuem Grund, oder durch Arbeit, die in die Welt hinausgeschleudert werden muß unter Unterbietung der anderen, die früher da waren. Also blieb für uns auch dann keine andere Möglichkeit, als entweder den Kampf zu führen um Grund und Boden, oder eines Tages wieder vor dem Kampf zu stehen. Das Ende des Krieges hat allerdings auch dem ein Ende bereitet. Wir sind jetzt diesem Kampf entrückt und enthoben, wir haben jetzt wirklich einen Niewiederkriegszustand. Deutschland kann keinen Krieg mehr führen, das ist das große Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, des Spartakusbundes, der Unabhängigen usw., die es dahin gebracht haben, daß endlich Deutschland zum Niewiederkriegstandpunkt gezwungen wurde. *Diesem Standpunkt verdanken wir zunächst, daß ungefähr 20 Millionen Menschen jetzt nicht wissen, wovon sie leben sollen.* Das sind 3 - 3 1/2 Millionen [9], teils unterstützungsberechtigte, teils nichtunterstützungsberechtigte Arbeitslose mit ihren Familien, Weibern und Kindern. Das ist die Summe von Menschen, die jetzt infolge der Ohnmacht des Staates nicht ernährt werden können. Das große Ziel der Revolution ist erreicht, nämlich die Verelendung des deutschen Volkes, vor der wir heute stehen.

Wenn wir uns jetzt die Frage vorlegen, was ist das Resultat dieses Krieges praktisch gewesen, so lautet die Antwort: *Versailles für uns und für Deutsch-Österreich Saint-Germain*. Was ist der Inhalt von Versailles und der Inhalt von Saint-Germain? Der Inhalt ist erstens: in beiden Fällen *Abtretung von Land und Abtretung von Menschen,* zweitens: *Wehrlosmachung des Restes,* und drittens: *wirtschaftliche Knebelung, Ausplünderung und*

9 1927 waren durchschnittlich 1,312 Millionen Personen vollarbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 119 f.

Ausbeutung, kurz Versklavung des Restes. Das sind die drei Ergebnisse. Wem fällt das zur Last? Wer ist dafür verantwortlich? Verantwortlich sind dafür alle die, die mitgeholfen haben, Deutschland in dieses Unglück zu bringen. Verantwortlich sind damit in erster Linie diejenigen, die durch ihre ungeschickte politische Leitung den Zeitpunkt versäumt haben, wo Deutschland sich hätte schlagen müssen, und die warteten, bis uns die Weltkoalition niederdrückte; die es nicht fertig brachten, sich zu entscheiden, ob sie mit Rußland gegen England oder mit England gegen Rußland gehen sollten, sondern es mit keinem verderben wollten. Die sich dafür mit dem erbärmlichsten Staatengelump verbunden haben, mit Österreich, der Türkei und den paar Balkanstaaten, alles impotente Staaten, die keine positiven Ziele besaßen, die man wirklich nur vereinigen konnte zur Erhaltung des Weltfriedens. Das war die Schutzgarde des Weltfriedens, während die anderen Mächte positive Ziele im Auge hatten: *die Beerbung Deutschlands einerseits und Österreich-Ungarns andererseits* - zwei sehr reelle Gesichtspunkte - und zum dritten, auch noch die Zertrümmerung und Beerbung des osmanischen Reiches.

Front und Heimat

So haben sich die drei Staaten, die bestimmt waren, zugrunde zu gehen, zusammengeschlossen, in der Meinung, dadurch den Untergang verhindern zu können. Und nun, meine lieben Freunde, wer ist dafür verantwortlich? Verantwortlich dafür sind nicht nur Diplomaten, sondern alle die Kräfte, die unser deutsches Volk in diesen Wahnsinn hineingeführt haben und zu allem Ja sagen ließen. *Dazu gehören in erster Linie unsere gesamten politischen Parteien und unsere Presse*; denn die waren es, die die Jahre den Wahnsinn des Dreibundes verteidigt haben, entgegen jeder Vernunft. Zum zweiten trägt die Schuld die verbrecherische Zersetzung des Volkes im Innern. Im Kampfe konnte es nur eines geben, die Zähne zusammenbeißen und stehenbleiben. Da gab es aber jene Kreise zu Hause, die langsam begannen, alles zu zersetzen, auszuhöhlen, zu unterwühlen und die Heimat in einen Seuchenherd zu verwandeln. Zum dritten waren schuld die feige und jämmerliche Innenleitung, die augenblicklich kapitulierte, als sie selbst angegriffen wurde. Meine lieben Freunde! *Es ist für einen alten Soldaten geradezu niederdrükkend, zu denken, was der Mann im Felde ausstehen mußte, zu denken, wie oft damals die deutsche Front von wenigen Bataillonen, die tagelang zusammengetrommelt wurden und über die tagelang ein Höllenfeuer niederging, gehalten wurde;* am ersten Tage dreißig, dann sechzig und siebzig Mann Verluste usw., die Bataillone in einer Stärke von 800 Mann schmolzen zusammen auf 280, auf 180, und jeden Morgen begann die Hölle von neuem und warf die armen Würmer herum, die warteten, bis nach 8, 10 und 13 Tagen der Feind glaubte, daß in diesem Schlamm, in diesem Morast, in diesen Löchern, in dieser Hölle überhaupt kein Mann mehr lebe. *Und dann waren noch vierzig, noch dreißig Mann von den Bataillonen zur Abwehr des Angriffs vorhanden, die aus ihren Löchern krochen, die Maschinengewehre bedienten und Widerstand leisteten, sonst wäre Deutschland damals nicht viereinhalb Jahre in Frankreich gestanden, sondern umgekehrt.* Und in der Heimat? *400 Mann marschierten von der Theresienwiese herein* [10]*, keine Soldaten, sondern Zuhälter, und vor denen hat man feige kapituliert!* Hätten die Fronttruppen auch so feige kapitu-

10 Anspielung auf den Demonstrationszug unter der Führung Kurt Eisners, der am 7.11.1918 in München zum Sturz der Monarchie führte.

liert, als die ersten Vierhundert kamen, dann wäre es längst aus gewesen. Das sind aber dieselben Erscheinungen, die heute wieder groß und erhaben herumstolzieren. Diese Leute trifft die Schuld an dem Zusammenbruch, sie trifft die Schuld an Versailles und Saint-Germain, und sie mögen nicht sagen, sie "wollten das nicht". Das wollen wir hoffen, daß sie das nicht "wollten"! Dazu wären sie auch gar nicht fähig gewesen. Sie sind ja Zwerge in allem, zur Schlechtigkeit zu klein und zum Heldenmut zu feige. (Lebhafter Beifall.) Diese Generation, die damals Deutschland verwaltet hat, hat dieses Gut jämmerlich verpraßt (lebhafter Beifall), sie hat nichts getan, um dieses Deutschland zu erhalten, *und sie hat vor allem auch nichts getan, um sich den Frontsoldaten zu erhalten* (lebhafte Zustimmung). Der Frontsoldat mußte sich damals öfter als einmal die Frage vorlegen: sind wir verrückt, sind wir die Dummen, oder sind es die anderen?! *Wir stehen Tag für Tag in dieser grenzenlosen Not, setzen unser Leben ein - und zu Hause?! Uns schickt man wegen lumpiger Grabenstücke von 10 m zum Angriff vor - und zu Hause?! Bei uns heißt es, auch einige Quadratmeter müssen verteidigt werden, und wenn Hunderte fallen, es gibt kein Zurück - und zu Hause?!* Da kapituliert man vor jedem Schieber, vor jedem Wucherer. *Bei uns ist das Menschenleben nichts wert, aber zu Hause, da wird es auf einmal unverletzlich!* Von uns erwartete man, daß wir Deutschland retten, und Ihr selbst habt Deutschland zu Hause vernichtet! Dort standen die Regierenden und wußten nichts in diesem ganzen Ringen zu ihrer Entschuldigung zu sagen, gar nichts, als immer nur das eine: "Wir haben es nicht gewollt"; "es war nicht unsere Absicht". Jawohl, Ihr habt es nicht gewollt, es war nicht Eure Absicht, gewiß. Ihr habt aber besonders eines nicht gewollt, *Ihr wolltet nicht aus Eurer trägen Ruhe aufgescheucht werden.* (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre zu aufregend gewesen, zu Hause Ordnung zu schaffen, eine Reinigung vorzunehmen. Allein, die Aufregung wäre nicht größer gewesen, als wir sie an der Front mindestens jeden Morgen hatten, wenn die ersten Grüße kamen. Euch hätte die Aufregung nichts geschadet; *man hätte ohne weiteres durch ein Staatstribunal ein paar tausend Schieber aufknüpfen lassen können.* (Bravorufe.)

Die Furcht vor den Juden

Dann hätten freilich die "Münchner Neuesten Nachrichten" dagegen opponiert - man hätte sie aber zu Paaren treiben können, man hat andere damals zu Paaren getrieben. Freilich, der Frontsoldat stand unter der militärischen Disziplin, aber zu Hause gegen die Schieber vorgehen, das hätte die "öffentliche Meinung" rebellisch machen können. Ja, man wagte nicht einmal festzustellen, wieviel Leute einer bestimmten Konfession sich hinter der Front aufhielten. (Lebhafteste Zustimmung.) *Als man einmal versuchte, dieses auserwählte Gottesvolk zahlenmäßig zu erfassen und in seinen Tätigkeitsbezirken festzustellen, erkannte man auf der Frankfurter Börse, daß das die schädlichsten Einflüsse auf die Kriegsanleihen ausüben müßte, und im Verlauf von noch nicht einmal 14 Tagen war dieser Erlaß der Heeresleitung* [11] *wieder beseitigt.* (Pfuirufe.) Jawohl, da hatte man nicht die Energie, einmal zur Abwechslung vielleicht dreißig der verantwortlichen Herren von

11 Anspielung auf die vom deutschen Kriegsministerium im Oktober 1916 verfügte sogenannte Judenzählung im Heer und in den Kriegsgesellschaften. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 f.

der auserwählten Nation herauszufischen und auf einen erhöhten ... (Geste) - (Lebhafte Zustimmung). Hier hatte man nicht den Mut einzugreifen, denn das wäre natürlich der Tod gewesen, und töten konnten sie nicht - nur der Soldat an der Front konnte sich für diese Gesellschaft zu Hause töten lassen.

Meine lieben Freunde, *es ist niemals eine Armee mit besserem Willen und besserer Gesinnung ins Feld gerückt, als die deutsche im Jahre 1914* (Heilrufe und lebhaftes Bravo), *und noch niemals hat man diese Gesinnung erbärmlicher mißbraucht als in den Jahren 1915, 1916, 1917, 1918* (lebhafter Beifall), bis dann endlich die Folgen eingetreten sind. Wer ist dafür verantwortlich? Ich frage Sie, sind wir Nationalsozialisten verantwortlich, haben wir Versailles veranlaßt? Meine lieben Freunde von den "Münchner Neuesten Nachrichten", wir sind damals zum größten Teil an der Front gestanden oder im Lazarett gelegen. Wir können also nicht verantwortlich sein. *Wir haben damals nicht "geredet", kein Wort haben wir gesagt, denn bei uns hat es geheißen: Hacken zusammen und Maul gehalten! Aber die anderen haben geredet und geschrieben* (tosender Beifall), die haben damals geredet und sich als Führer des Volkes aufgespielt, und die tragen die Verantwortung dafür, auch wenn sie sich jetzt feige darum drücken. Die sind schuld, daß es zu Versailles und St. Germain kam.

Versailles und St. Germain sind unterdessen Geschichte geworden; wir leben in ihnen [*sic!*] und wir haben jetzt als Nationalsozialisten eine andere Verpflichtung, nämlich zu versuchen, wie wir unser Volk aus diesem Elend und Jammer noch einmal emporbringen. Und da bitte ich Sie, zunächst ganz kurz nur eines zu hören. Wen umfaßt eigentlich unser Deutsches Volk, wofür kämpfen wir heute?

Das bedrohte Mutterland

Ich habe hier eine kurze Zusammenstellung. Wo leben überall Deutsche? Da heißt es: in Dänemark 50.000, in Belgien 130.000, Luxemburg 260.000, Elsaß-Lothringen 1.634.000, in Polen 2.220.000, Danzig 320.000, Estland 30.000, Lettland 70.000, Litauen-Memelland 110.000, Rußland 1.600.000, in Österreich 6.000.000, in der Tschechoslowakei 3.600.000, in Südslawien 700.000, in Ungarn 550.000, Rumänien 900.000, Schweiz 2.700.000, Liechtenstein 12.000, Spanien 9.000, Vereinigte Staaten 8.600.000, Kanada 400.000, Süd- und Mittelamerika 800.000, Australien 100.000, Afrika 30.000 und in Italien insgesamt ungefähr 250.000 [12].

Nun, meine lieben Freunde: dieser Masse von Deutschen, die nicht zu uns gehören, steht gegenüber das Mutterland mit 62 Millionen.

Hier möchte ich gleich eines festhalten:

Es gibt nicht zweiwertige Deutsche, sondern nur einwertige Deutsche.

Es gibt nicht Deutsche, die besser sind als andere Deutsche. Ich protestiere schärfstens dagegen, daß etwa, sagen wir, ein Deutscher aus Eupen-Malmedy mehr wert sein soll als ein Deutscher in Oberschlesien, oder ein Deutscher in Südtirol mehr als ein Deutscher in Schleswig, oder ein Deutscher in der Tschechei mehr als ein Deutscher am Rhein. (Sehr richtig!) *Ich protestiere dagegen, daß irgendein Deutscher das Recht hat zu sagen, ich bin mehr wert als die anderen!* Nein, wir sind 100 Millionen Deutsche, und von

12 Zu den Angaben über die deutschen Minderheiten im Ausland vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff.

diesen 100 Millionen sind 38 Millionen nicht bei uns, sind aber deshalb nicht weniger wert.

Jeder Deutsche ist gleichviel wert wie jeder andere, das ist das erste. Und das zweite? Wenn wir überhaupt noch an eine Zukunft unseres Volkes glauben, meinen Sie, daß wir dann die Sammlung und die Wiedererhebung unseres Volkes bei den abgetrennten Teilen beginnen können, oder glauben Sie nicht,

daß wir zunächst diesen Kampf beginnen müssen bei unserem Mutterland, hier in Deutschland selbst? (Zurufe: Sehr richtig!)

Dann bedenken Sie eines: Welche Deutsche sind zur Zeit von der langsamen Ausrottung bedroht? Ich nannte Ihnen eben die teilweise in die Millionen gehenden Zahlen in den fremden Staaten.

Meine lieben Freunde! Alle diese Deutschen sind von der Ausrottung bedroht. Sie werden langsam vergehen, sie bleiben uns nicht erhalten dadurch, daß die *"Münchner Neuesten Nachrichten"* manchmal sich ihrer erinnern oder die *"Süddeutschen Monatshefte"* in irgendeinem Aufsatz: Sie gehen zugrunde, wenn nicht eines Tages das deutsche Mutterland so groß und so stark wird, daß es sie stützen kann. *Die Frage der Wiedergewinnung verlorener Gebiete ist eine Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht des Mutterlandes* (Zurufe: Sehr richtig - lebhafter Beifall). Wenn heute jemand wirklich und nicht phrasenhaft wünscht, daß diese Millionen Menschen dereinst in eine Gemeinschaft kommen, dann muß er zu der Überzeugung gelangen, daß die Voraussetzung dafür die Gewinnung der politischen Macht in Deutschland selbst ist. Deutschland muß erst selbst frei werden, und zwar wohlgemerkt deshalb,

weil ja am schwersten bedroht das Deutschtum hier selbst ist!

Sklavenausfuhr und Volkstod

Sie alle wissen, wie bitter zur Zeit die wirtschaftliche Lage ist, die Ernährungslage. Ich bitte Sie, vergessen Sie nicht, daß dieses Deutschland einst Jahr für Jahr bis zu 360.000 Menschen [13] in das Ausland schickte, d. h. 360.000 Menschen, auf die wir damit *Verzicht leisteten;* denn wenn sie nach Nordamerika gingen, kann nur der Skribent der "M[*ünchner*] N[*eusten*] N[*achrichten*]" meinen, daß sie uns trotzdem erhalten bleiben. (Zurufe sehr richtig.) Und heute bereits hören wir und wird uns das mit Begeisterung verkündet, daß es jetzt schon wieder möglich sei, die Zahl unserer Auswanderer im nächsten Jahre auf ungefähr 60.000 zu steigern. Ja, man hat sogar ein eigenes Büro gegründet, um die Auswanderer zu organisieren und planmäßig zu leiten. Und wohin gehen diese Leute? Wieder nach Nordamerika, nach Kanada oder Südamerika, vielleicht einige auch nach Australien, nach Afrika usw. Was heißt das? Das heißt:

Wir opfern jährlich 60.000 Menschen [14], und zwar in erster Linie erwachsene Männer unseres Blutes, unserer Sprache, auf Niemals-Wiedersehen.

So, wie wir einst Millionen und Millionen geopfert haben und sie niemals wiedergesehen haben bis zu den Augusttagen des Jahres 1918, wo wir sie wieder trafen mit dem

13 Im Zeitraum von 1871 bis 1914 waren nur 1881 und 1882 mehr als 200.000 Deutsche ausgewandert. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II, S. 38 f.

14 Zur Auswanderungsstatistik während der Weimarer Republik vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 35.

Stahlhelm auf dem Kopfe und der Handgranate in der Hand - *als unsere Feinde!* (Sehr richtig.)

Das tun wir alljährlich, meine lieben Freunde. Das heißt also, unsere Politiker, *unsere heutigen Machthaber opfern in 5 Jahren 250.000 bis 300.000 Menschen, mithin mehr als in ganz Italien überhaupt Deutsche leben.*

In 10 Jahren sind es 500.000 oder 600.000 Menschen und in 30 Jahren bereits über 2 Millionen, die wir allein durch "Auswanderung" opfern; vielleicht werden es sogar mehr. Im letzten Jahre haben wir noch eine andere Rekordziffer erreicht: nämlich *fast 16.000 Selbstmorde* (Zurufe hört, hört!). Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not. Das gibt in 10 Jahren 160.000 Menschen unseres Volkes, die verloren sind, in 20 Jahren schon über 300.000. Dazu kommen nun noch die zahllosen Tausende, die an Unterernährung zugrunde gehen, die man natürlich bei uns nicht besonders erwähnt. Man ist sicherlich innerlich sogar froh, wenn diese Leute die Mitwelt nicht noch lange belästigen, nachdem sie doch keine Kraft mehr haben. Sie sollen nur abtreten. Wir können sicher sagen, daß das im Jahre mindestens 80-100.000 Menschen sind, die noch leben würden, wenn sie ordentlich genährt [*worden*] wären. (Zurufe sehr richtig).

Wenn die Grippe Tausende hinwegrafft, so nur deshalb, weil die Menschen alle körperlich geschwächt, unterernährt sind. Das sind wieder viele Hunderttausende, die wir in wenigen Jahren an kostbarem Menschengut opfern. *Dazu kommen weitere Millionen, die infolge Not nicht geboren werden* (Zurufe sehr richtig!). Auch das ist ein Opfer, welches wir bringen, und das in einem Jahre größer ist als 250.000; ein Fluch, daß so und so viele nicht das Licht der Welt erblicken dürfen, weil die Eltern unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage sind, die Kinder zu erhalten. Der Staat freilich bestraft die Abtreibung. Er bestraft aber nicht die Verhütung und vor allem, er kann sie ja moralisch nicht bestrafen, denn wie sollen die Menschen sich Kinder wünschen können, wenn sie wissen, daß sie sie nicht zu ernähren vermögen. Mit welchem Recht geht man da vor? Mit welchem Recht bäumt sich der heutige Staat dagegen auf?

Das alles sieht die Presse nicht, dieses kostbare Blut, das durch das alles verloren geht.

Dazu kommen weiter jene Menschen, die untergehen in unseren Großstädten durch die allmähliche Zersetzung. Es kommen weiter dazu jene Summen von Menschen, bei denen man nicht weiß, wie lange man sie ernähren kann, nämlich die *Arbeitslosen*, diese Armee, bei der es nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder sie wird zur Dauereinrichtung, oder man muß sie eines Tages abschieben. Und man bemüht sich, sie abzuschieben, dadurch, daß man zusieht, daß man die Abwanderung frei bekommt.

Das sind Verluste an Menschengut zunächst im Rahmen dieser 62 Millionen, die wir selbst im Lande haben. *Hier* müßte man zunächst dieses Menschengut und dieses Volksgut schützen! Allein das kann man nicht; denn man wird mit *Recht* sagen: Wir befinden uns nun einmal in der Lage der Ohnmacht. *Wir sind aber in diese*[*r*] *Lage der Ohnmacht durch das Verschulden der Parteien, der öffentlichen Meinung und der Presse, die sie fabriziert hat, die vor und während des Krieges und auch heute regiert!*

Wir Nationalsozialisten

Nun treten wir Nationalsozialisten in diese Zeit und erklären: Die elementarste Voraussetzung zur Lösung des heutigen Elends ist die Wiedergewinnung der politischen Macht des Mutterlandes; denn solange wir die politische Macht nicht haben, ist jeder Gedanke an eine Besserung des Loses der Deutschen *außerhalb* dieser Grenzen blöde Phantasie. (Zurufe: Sehr richtig. - Beifall.) Natürlich: hintreten, Proklamationen und Proteste verfassen, das kann man wohl. Aber glauben Sie nur nicht, daß man damit etwa die abgetrennten Gebiete wieder dem Reich gewinnt. Wenn wir überhaupt wollen, daß jemals der Friedensvertrag von Versailles eine Revision erfährt, dann wird diese nicht vorgenommen werden durch den Völkerbund, das sehen Sie ja heute schon - wird sie auch nicht vorgenommen werden durch irgendeine ganz geniale Ministerrede oder durch Proteste oder das Geschreibsel einer Münchner Zeitung - ich meine damit die "Münchner Neuesten". Nein, so etwas wird nur wieder eines Tages korrigiert werden können, seien wir offen, durch das Schwert. Staatsrechtliche Änderungen solcher Art werden ewig nur durch brutale Gewalt vollzogen und nicht durch irgendwelche Reden und auch nicht durch Proteste. Nein, wahrhaftiger Gott nicht! Glauben Sie, daß jemals etwa Elsaß-Lothringen oder Oberschlesien oder ein anderes Gebiet wieder zu Deutschland kommt, weil ein paar Deutsche gelernt haben, im Takte zu rufen: Wir protestieren, wir protestieren, wir protestieren? (Heiterkeit.)

Nein, liebe Freunde, diese große Komödie kann man heute nur dem ganz unsinnig verdummten Volk vorführen. *Wir wissen: um frei zu werden, braucht man Macht, und um zur Macht zu kommen, muß man zunächst den Weg der Klugheit gehen.* Und es ist Wahnwitz zu sagen, Deutschlands Schicksal hängt an diesem oder jenem Land. Nein, Deutschlands Schicksal hängt zunächst nur ab von der Wiederauferstehung des Mutterlandes; das ist das erste. (Lebhafter Beifall.)

Das ewige Frankreich

Da müssen wir uns zu folgender Erkenntnis durchringen: Wir sind heute in Europa eingeschnürt, in erster Linie von einer Macht, Frankreich, die sich aus Selbsterhaltungstrieb verbunden hat mit zwei anderen Staaten, die an einer unserer Grenzen liegen: Polen und die Tschechoslowakei. Frankreich wird *niemals* freiwillig auch nur einen Quadratmeter Boden opfern oder einen Deutschen freigeben, außer es wirft ihn über die Grenze hinaus. Was dann diesem Deutschen passiert, den man zu uns hereinwirft, das wissen vielleicht die "Münchner Neuesten Nachrichten" nicht. Die Herren sind damals nicht in den Sammellagern an der polnischen Grenze gewesen, sonst müßten sie wissen, daß man die Leute empfangen hat, so wie man eben Menschen empfängt, die man nicht abwimmeln kann. Man hat sie in Baracken hineingesteckt und hat dann untersucht, inwieweit man verpflichtet sei, ihnen zu helfen oder nicht. Damals hieß es nicht "Volksgut", "heiliges Volksgut", als die Polen auszuweisen begannen 15.000, 11.000, 17.000 usw. [15]; da hieß es, es sei sehr "bedauerlich", daß Deutschland immer wieder auch

15 Anspielung auf die 1925 von der polnischen Regierung verfügte Ausweisung von etwa 20.000 deutschen Optanten, d. h. Personen, die bei der Abstimmung am 20.3.1921 für den Verbleib Oberschlesiens im Deutschen Reich votiert hatten. Im Gegenzug veranlaßte die deutsche Regierung daraufhin die Auswei-

für diese Menschen sorgen müsse. Jawohl, das ist das Schicksal dieser Deutschen. Es bleibt ja den Deutschen in Elsaß-Lothringen nichts anderes übrig, als sich entweder zu fügen oder bei uns zur Armee der Arbeitslosen zu gehen, wobei sie dann noch gewärtig sein müssen, daß man solange schnüffelt, bis man ihnen vielleicht Ausländereigenschaft nachweisen kann. (Zurufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) *Es braucht bloß einmal ein Paß nicht in Ordnung oder ein Eintrag nicht erfolgt sein, dann, liebe Freunde, nützt diesem Deutschen seine Muttersprache nichts, dann wird er "Ausländer" und fliegt hinaus, ohne daß sich die "M.N.N." darüber besonders erregen würden.* (Heiterkeit - Beifall.)

Also Frankreich wird nichts freiwillig herausgeben und ebensowenig die Tschechoslowakei und Polen. *Diese drei Staaten, die aufs innigste verbunden heute an Deutschlands Grenzen gruppiert sind, werden aus Selbsterhaltungstrieb jede deutsche Wiederauferstehung zu verhindern suchen.* Dabei handelt Frankreich nur in Verfolgung der vermeintlichen eigensten Interessen. Frankreichs Ziel ist zum Schluß nicht erschöpft mit der Auflösung Deutschlands. *Frankreich will den Rhein und will Deutschlands Auflösung, um die Rükkendeckung zu haben für seine sonstige Ausbreitung, die allerdings dann um das Mittelländische Meer herum sich vollziehen wird; denn Frankreich beginnt langsam sich zu vernegern, und dieser vernegerte Staat wird mit allen Mitteln versuchen, das Mittelländische Meerbecken in seinen Besitz zu bekommen, vor allem die nordafrikanische Küste.* Um Weltpolitik treiben zu können, versucht man in Frankreich, Deutschland aufzulösen und den Rhein durch ein aufgelöstes Deutschland zu halten.

Bismarck und Frankreich

Frankreich wird deshalb ewig unser Gegner sein, selbst wenn auch noch so "weise" Herren, wie Herr Stresemann, heute anderer Meinung sind. Dem steht gegenüber die Meinung Bismarcks, der trotz Stresemann und den "M.N.N." auch von Politik etwas verstanden hat (Heiterkeit - Beifall), und der Mann hat über die Möglichkeit einer Aussöhnung mit Frankreich am 3. April 1871 [16], abends, sehr nüchtern erklärt, indem er General Wimpffen in die Rede fuhr: Reden Sie nicht von der Möglichkeit einer Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich hat uns in den letzten zweihundert Jahren 29mal den Krieg erklärt. Ganz gleichgültig, welches Regierungssystem Sie in Frankreich besitzen, Sie werden immer und immer wieder Deutschland den Krieg erklären, sowie Sie, sei es durch eigene Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen, sich stark genug dazu fühlen. Bismarck erwähnte weiter, daß es an sich schon sinnlos sei, im Völkerleben mit der Dankbarkeit von Fürsten zu rechnen. Allein selbst wenn das noch manchmal ginge: die Dankbarkeit von *Völkern* könne man nie erwarten, besonders aber nicht von einem Volk, das selbst so schwankend sei wie das französische.

Die Geschichte hat zunächst Bismarck recht gegeben.

Allerdings: Jahrzehnte lang hat Frankreich Deutschland nicht angegriffen. Es war nämlich isoliert und fühlte sich zu schwach. Als es aber durch die Kraft eines Bündnisses

---

sung der polnischen Optanten aus dem Reichsgebiet. Vgl. Helmut Lippelt, "Politische Sanierung". Zur deutschen Politik gegenüber Polen 1925/26, in: VfZ 19 (1971), S. 326 f., 330 f.

16 Das Gespräch zwischen Bismarck und dem französischen General Emanuel Felix Freiherr von Wimpffen hatte am 1.9.1870 anläßlich der Kapitulationsverhandlungen im deutsch-französischen Krieg 1870/71 stattgefunden. Vgl. Heinrich von Poschinger (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898, S. 42 ff.

sich stark genug fühlte, hat es zum Angriff ausgeholt, wie es Bismarck vorausgesagt hatte. Herr Stresemann ist natürlich heute ganz anderer Überzeugung. Er glaubt, daß Frankreich, wenn auch nicht heute, so doch morgen unser treuester Freund werden wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß dieser Versuch so enden wird, wie etwa der Versuch, eine Koalition zwischen einer Gans und einem Fuchs herbeizuführen. (Heiterkeit.) Jedenfalls sehen wir das praktische Resultat schon vor uns. Sie fühlen alle, wie Frankreich uns in den letzten Monaten auf allen Gebieten bereits "entgegenkommt". Und wenn Sie es *hier* nicht fühlen, dann bitte gehen Sie in die Pfalz, in die bayerische Pfalz, *dort* können Sie es fühlen! Hier natürlich hören Sie das nicht, denn die "M.N.N." beschäftigen sich mit diesem Landesteil weniger. (Lebhafter Beifall.) Sie haben andere "große Ziele" staatspolitisch wuchtigster Art im Auge, als daß sie sich mit kleinen französischen Schikanen, Schändungen deutscher Frauen, Erschießung von Deutschen und Auspeitschung von Deutschen beschäftigen könnten. Man sieht allerdings kleine Meldungen - nachdem einmal die Nationalsozialisten da sind und immer "Spektakel" machen, muß man einiges bringen. Man bringt es auch, aber doch so, daß die ganze "Atmosphäre der Verständigung" dadurch nicht gestört wird. Hier kann man also sehr "groß" denken und Verzicht leisten. Ich höre wenigstens nicht, daß diese Leute sich irgendwie aufbäumen. Im günstigsten Falle *betteln* sie.

Um uns herum liegt außer Frankreich noch Polen und die Tschechoslowakei und Sie wissen, wie diese Staaten uns gegenüber eingestellt sind. Sie wissen, daß diese Staaten eigentlich in Deutschland ihren grimmigsten Gegner sehen. Da möchte ich zunächst eines feststellen, was die Presse auch ganz vergessen hat der Mitwelt zur näheren Kenntnis zu bringen: daß in diesen Wochen *in Prag das neue Heeresgesetz zur Beratung kam, von dem der tschechische Militärminister* [17] *ausdrücklich erklärte, daß es notwendig sei gegen Deutschland, und daß für dieses Gesetz die ganzen deutschen bürgerlichen Parteien gestimmt haben. (Pfui-Rufe.) Nur die Nationalsozialisten, nur unser Parteigenosse Krebs* [18] *hatte den Mut dagegen aufzutreten, und dafür kommt er jetzt ins Gefängnis (Pfui-Rufe), was die "M.N.N." nicht wissen werden, und was sie auch nicht weiter interessiert. Das sind jene politischen Parteien, die auf dem Boden solcher Zeitungen erwachsen, die nach außen hin Proteste in die Welt schmettern und dabei mithelfen am tatsächlichen Verrat an Deutschland. (Zurufe: Sehr richtig - stürmischer Beifall.)*

Sie alle kennen Frankreichs Haltung seit Versailles. Und Sie alle wissen, was wir von diesem unversöhnlichen Feinde zu erwarten haben. Sie brauchen nicht Weltgeschichte studiert zu haben, die Geschichte *unserer* Tage genügt, uns das Wesen dieses Frankreichs zu zeigen. Und manche von Ihnen wissen auch, was von Polen zu halten ist und was von der Tschechoslowakei. Die drei Staaten werden wir nie gewinnen können

17 František Udržal (1866-1938), Landwirt, 1897 Mitglied des öster. Reichsrats (Agrarierpartei), 1898 Mitglied des böhm. Landtags, 1918-1932 Mitglied des tschechoslowak. Abgeordnetenhauses (Tschechoslowakische republikanische Bauernpartei), 1921, 1922-1925 und 1927-1929 Verteidigungsminister, Feb. 1929 bis Okt. 1932 Ministerpräsident, 1935-1937 Mitglied des Senats.

18 Hans Krebs (1888-1947), Journalist, 1918-1931 DNSAP-Hauptgeschäftsführer in den Sudetenländern, 1925-1933 Abgeordneter im tschechoslowak. Parlament und Stadtverordneter in Aussig (DNSAP), 1927-1933 DNSAP-Landesleiter von Deutsch-Böhmen, 1928-1930 Landesleiter der öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1938 Regierungspräsident von Aussig, 1947 hingerichtet.

und den Ring können wir mit ihrer Hilfe niemals sprengen. *Ein Bündnis mit diesen drei Staaten ist ein Wahnsinn jetzt und in alle Ewigkeit.* Damit bleibt aber in Europa diese drückende Last von Versailles aufrechterhalten; denn der stärkste Garant dafür ist Frankreich. Und wenn selbst andere Staaten anders wollten, dann wird Frankreich mit aller Gewalt sich dagegen stemmen. *Das geht so weit, daß in Paris alle Parteien in dieser Frage vollkommen einmütig sind, ganz gleichgültig, ob sie links oder rechts stehen. Alle vertreten den Standpunkt, daß der "Friedensvertrag" von Versailles die Grundlage jeglicher Ordnung in Europa ist. Und daß er daher ebenso wenig gelöst und zerstört werden kann wie der "Friedensvertrag" von St. Germain.*

Deutschland eine Kolonie

Was wir dadurch geworden sind, wissen Sie: Eine Kolonie des internationalen Finanz- und Börsenkapitals, Lasttiere, Sklaventiere. Und wenn man bei uns heute schreit von Menschenrecht usw., dann vergessen Sie nicht, daß wir selbst Menschenrechte verloren haben, daß wir selbst Sklaven sind, und das Wichtigste für uns wäre, unsere eigenen Ketten zu zerreißen. Da bleibt natürlich nur die Möglichkeit, im übrigen Europa Umschau zu halten. Wer kommt da noch in Frage? Rußland vielleicht als Bundesgenosse? Ein Staat, der heute selbst vollkommen in der Faust der jüdischen Weltfinanz ist, oder irgendein Kleinstaat noch? Nein! Wir müssen uns da wohl zunächst eine Frage vorlegen: *Können wir aus eigener Kraft ganz allein heute diesen Gürtel, der um uns gelegt ist, sprengen? Da müssen wir leider sagen, nein. Wir sind so von Verrat durchzogen, so unserer natürlichen Wehrmittel beraubt, daß wir gar nicht in die Lage kommen, auch nur daran zu denken, aus eigener Kraft heraus den Gürtel zu sprengen.* Wir sehen ja, wie man in den letzten Tagen und Wochen dazu übergegangen ist, uns selbst die wenigen Ostfestungen zu nehmen [19], die rein abwehrend waren. Das ist auch ein Zeichen der durch Stresemann gewonnenen Freundschaft Frankreichs. Wir müssen uns klar darüber sein, daß heute die Lage in Europa derart ist, daß wir nicht zum ersten Atemzug kommen, wenn uns nicht ein, zwei oder drei andere Mächte zur Seite stehen, die auch das natürliche Interesse haben, daß Frankreichs Hegemonie in Europa nicht ins Uferlose hineinwächst. *Das ist heute keine Frage der Sympathie oder Antipathie, sondern eine Frage des Lebens von 60 Millionen Menschen.* (Lebhafter Beifall.) Wir unterscheiden uns da von unseren bürgerlichen Politikern. Sie haben Nibelungenbündnisse abgeschlossen mit Verrätern, mit Feinden Deutschlands. *Wir schließen Vernunftsbündnisse und gehen dabei, wenn es notwendig wird, selbst mit dem Teufel, wenn Deutschland dadurch gerettet werden kann!* (Lebhafter Beifall.) Sie haben einst unser Volk einer habsburgischen Dynastie ausgeliefert, mit dem Ergebnis, daß das Volk jämmerlich verraten wurde, und sie sind heute noch stolz auf ihre politischen Fähigkeiten. Sie haben es einst fertig gebracht, uns mit dem erbärmlichsten Staat Europas zusammen[*zu*]koppeln, so daß der Untergang mit sternenmäßiger Sicherheit vor uns stehen mußte, und sind dennoch stolz auf diese politische Leistung. Wir Nationalsozialisten wollen eines unserem Volke predigen: daß man

19 Von den 88 seit 1920 errichteten Festungswerken an der Ost- und Südgrenze des Deutschen Reiches mußten aufgrund der Vereinbarung vom 31.1.1927 mit der Interalliierten Militärkontrollkommission 34 bis zum 15.6.1927 zerstört werden. Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, S. 371.

niemals glauben darf, daß auf dieser Welt Bündnisse abgeschlossen werden aus Sympathiegründen heraus, sondern immer nur aus realen Gründen, und daß niemals sich jemand mit uns verbündet aus Liebe zu uns, sondern immer nur aus Liebe zu sich selbst, und daß wir ewig ein Bündnis nur erhalten werden mit einer Macht, die in dem Bund einen Vorteil für sich selbst sieht, genau so, wie wir ihn für uns auch sehen müssen.

Ob in Europa eine solche Macht zu finden sei, das ist die erste Frage und nicht die, ob irgendwo ein uns sympathischer Staatsmann ist. In Wirklichkeit wird kein Engländer, kein Amerikaner, kein Italiener und kein Franzose jemals eine andere Politik machen, als eine pro-französische, pro-amerikanische, pro-englische oder pro-italienische. Und nur dann, wenn die pro-englische oder pro-italienische Politik unseren eigenen Interessen mitentspricht, weil sie mit der unsrigen parallel geht, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, nur dann wird es möglich sein, mit einem solchen Staat zu einer übereinstimmenden außenpolitischen Betätigung zu kommen. Das heißt mit anderen Worten, wir haben zu suchen, *welche Macht in Europa will und kann nicht wünschen* - nicht etwa aus Liebe zu uns, sondern aus eigenen heiligen egoistischen Interessen -, *daß Frankreich ins Uferlose wächst.* Und wenn es eine solche Macht gibt, dann haben wir in die Hand dieser Macht einzuschlagen, wenn wir überhaupt unser deutsches Volk liebhaben und nicht wollen, daß es rettungslos zugrunde geht! (Zurufe: Sehr richtig!)

Weiter haben wir zu erkennen, daß nicht das Schicksal von hunderttausend Deutschen da oder dreißigtausend dort oder von 250.000 wieder da oder 700.000 dort auf dem Spiele steht, daß nicht das zu wahren ist, sondern zu wahren ist die gesamte Masse unseres Volkes. Und daß diese in erster Linie nur dadurch zu wahren ist, daß es gelingt, das Volk selbst wieder zu Macht und Größe emporzuführen.

Der natürliche Gegensatz zwischen Italien und Frankreich

Das sind die Gesichtspunkte, die uns zu leiten haben, und wenn wir so die Möglichkeiten zu einer Wiederauferstehung Deutschlands prüfen - Deutschlands wohlgemerkt -, dann müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß es in Europa heute nur zwei Staaten gibt, die aus eigenem Interesse nicht wünschen, daß Frankreich übermächtig groß wird. Der eine Staat ist England und der zweite ist Italien (sehr richtig). In England liegen die Dinge schwerer für uns, denn dort herrscht heute noch die jüdische Demokratie, diese Demokratie, die an sich auch keine englische Politik treibt, sondern genau so eine börsenmäßig jüdische, internationale, wie das in Deutschland geschieht. Dort ist es also schwer zu einer Verständigung zu kommen. Leichter ist das bei dem Land, *das als einziges in der ganzen Welt heute der jüdischen internationalen Freimaurerei den Krieg angesagt hat.* (Stürmischer anhaltender Beifall.) Und das ist Italien.

Warum muß Italien gegen Frankreich sein? Ich möchte vorausschicken, die Politik, die ich heute vor Ihnen vertrete, vertrete ich nicht etwa erst seit drei Monaten hier, sondern die vertrat ich schon vor vier Jahren genau so und auch schon vor sieben Jahren (sehr richtig), weil sie vollkommen selbstverständlich ist. Es gibt keine Phantasieprodukte oder Sympathien dabei, sondern nur Lebensnotwendigkeiten. Die Lebensnotwendigkeiten Italiens sind aber ähnliche wie die Deutschlands. Italien leidet genau so Not, ist genau so arm, ja ärmer als wir, genau so übervölkert und muß genau so versuchen, für seinen Geburtenüberschuß das tägliche Brot herbeizuschaffen; es braucht also genau

so Ausdehnungsmöglichkeiten. Die Ausdehnungsmöglichkeit liegt aber für Italien dort, wo sie auch für Frankreich liegt, nämlich an den Rändern des Mittelländischen Meeres. Dort liegt die Zukunft Italiens. Das ist eine vollkommen natürliche, gesetzmäßige Sache. Sie hat nichts zu tun mit der italienischen Regierung, nichts zu tun mit dem Faschismus oder irgend etwas anderem, sondern ist einfach eine Frage der politischen Macht Italiens. Wenn Italien keine politische Macht besitzt, wird es seine Kinder als Kesselflicker oder als Steinträger oder als Ziegelschläger hinausschicken müssen. Besitzt es aber eine politische Macht, dann wird es seinen Kindern Grund und Boden geben können. Das Letztere wird es vorziehen, sowie die Möglichkeit gegeben ist. Und die Möglichkeit tritt ein, wenn dieses Italien aus der Hand der Börsenmacht gelöst und selbst zur nationalen Macht umgewandelt wird. Das hat sich aber dort bereits abgespielt. *Das heutige Italien vertritt keine Börseninteressen mehr, es vertritt die Interessen des italienischen Volkes. Und in eben dem Maße, in dem das Italien von heute immer mehr und mehr den italienischen Volksinteressen dient, in eben dem Maße muß es zwangsläufig immer mehr und mehr der Feind Frankreichs werden.* Das ist die große Entwicklung, die zwangsläufig eintreten muß. *Damit aber wird Italien zum natürlichen Bundesgenossen Deutschlands, und damit ist für uns zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, daß wir aus dem Komplex der aus dem Krieg unversehrt hervorgegangenen Entente einen Staat herausbrechen, die erste Lücke schlagen und mit diesem Staat gemeinsam für die Interessen beider Völker einzutreten vermögen* - wir für die unseren und Italien für die seinigen.

Nun meine lieben Freunde, die Entwicklung hat uns recht gegeben. Jeder Mensch, der auch nur drei Wochen heute in Italien ist, kann eines feststellen, daß der Haß gegen Frankreich wächst und wächst und ins Unermeßliche zu wachsen beginnt. Das natürliche Lebensinteresse fängt an sich zu regen, und die *Auseinandersetzung zwischen den beiden lateinischen Nationen, sie muß zwangsläufig einmal kommen.* Und hinter Italien treten heute zwei andere Völker; Spanien und vor allem England. So bildet sich langsam ein neuer Bund, ein neuer Block in Europa, der beginnt, Frankreich einzukreisen. Mit jener fabelhaften Sicherheit, mit der unsere Staatsleitungen und die Presse, die sie damals hatten, in dem Augenblick, als man Österreich einzukreisen begann, in den Kreis hineinsprangen, um sich mit einkreisen zu lassen, *mit der gleichen Sicherheit springt man heute wieder in den Kreis hinein, - geht man zu Frankreich. Jetzt, da zum ersten Mal sich die Möglichkeit zeigt, Frankreich zu isolieren und in eine unangenehme Lage zu bringen, geht Deutschland ausgerechnet zu Frankreich!* (Pfuirufe) Glauben Sie mir, wenn die Kämpfer von Verdun, von Flandern oder vom Artois lebendig würden, sie würden den Staatsleitungen zeigen, wie sie darüber denken. (Sehr richtig! Zurufe!)

Wer hat "verzichtet"?

Und warum dies? Können wir nicht anders? Die "Münchner Neuesten Nachrichten" wissen, warum: *Südtirol!* Jawohl, *Südtirol!* Sie sagen, wir können auf Südtirol nicht Verzicht leisten! Meine lieben Freunde! Zunächst keine Geschichtsfälschung. *Auf Südtirol haben die Leute verzichtet, die den Friedensvertrag von St. Germain angenommen hatten.* (Zurufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) *Wir waren das nicht, wir haben auf Südtirol nicht verzichtet,* sondern die Leute, die es so weit brachten, daß der Friedensvertrag von St. Germain überhaupt zustande kam. Das waren nicht wir, *das waren diejenigen, die es*

weiter so weit brachten, daß Deutschland und Österreich zusammenstürzten. Das waren auch nicht wir. Ich möchte mir verbitten, zu diesen Leuten gerechnet zu werden! (Lebhafter Beifall.) Wir haben dafür gekämpft, und wenn ich auch persönlich z. B. nur in Frankreich war, so habe ich doch genau so auch für Südtirol gekämpft, wie wir alle für jedes deutsche Gebiet damals gefochten haben. Wir haben unser Blut dafür eingesetzt, was die Skribenten von heute damals nicht getan haben. (Zurufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Ich wage nicht zu streiten über die Frage des Mutes; denn das kann man als Frontsoldat mit einem, der niemals eine Kugel pfeifen hörte, überhaupt nicht. (Zurufe: Gerlich! Lebhafter Beifall.) Wir haben damals nicht Verzicht geleistet. *Wohl aber mußten wir sehen, wie allmählich in Deutschland eine Stimmung entstand, die zum Verzicht führen mußte,* und wie es endlich so weit kam, daß man auf den Straßen brüllte: Wir wollen keinen Krieg, wir wollen Frieden; ja, noch mehr, wie man von Wiedergutmachungen sprach und endlich erklärte: Jawohl, wir sind schuldig! Ich habe in diesen Tagen wieder die Presse von damals durchgelesen und muß sagen, *unter den Blättern, die damals mutig in die Schanze gesprungen wären, um zu sagen, das ist Wahnsinn, das ist Verbrechen, es muß standgehalten werden, koste es, was es koste, befand sich schon am zweiten November 1918 die "M.N.N." nicht mehr.* (Zurufe: Sehr richtig! Pfuirufe.) Das war die Zeit, in der *wir* entweder noch an der Front standen oder in den Lazaretten gelegen sind.

Einen Verzicht allerdings sprechen heute wir Nationalsozialisten offen aus: Wir sprechen ganz offen aus den Verzicht, mit unserem Blute das wieder erobern zu wollen, auf das die anderen damals verzichtet haben. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Und wir sprechen diesen Verzicht um so freier aus, solange alle die, die am damaligen Verzicht schuld sind, noch an maßgeblichen Stellen in Deutschland sitzen. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall!) Darauf kommt es also hinaus! Wenn sie heute sagen: Das ist Verrat an Südtirol!, so sage ich: *Nicht wir haben Südtirol verraten, sondern das haben die Leute getan, die sich einst mit den Feinden an den Verhandlungstisch setzten,* und vor allem die Leute, die es so weit brachten, daß man sich dorthin setzen mußte. *Damals aber waren wir Nationalsozialisten gerade die, die gegen die Verträge Stellung genommen haben.* Ja, wir sind aufgestanden und haben erklärt: *Ihr gebt Deutschland preis; das ist ein Verbrechen.* Damals hat man uns totgeschwiegen. Man hörte uns nicht. Nachdem man den Verzicht unterzeichnet hatte und das jahrelang wiederholte - denn jeder Vertrag war ein neuer Verzicht, bis Locarno [20], und dort hat man endgültig verzichtet, die Grenzen Europas noch einmal zu revidieren -, nachdem man also das tat, redet man heute von *Verrat* unsererseits, weil wir erklären: *Durch Maulaufreißen, durch Reden, kann man Südtirol nicht freimachen!*

Wenn man sich einbildet, durch Proteste der Münchener oder Wiener Bevölkerung werde eines Tages Südtirol in den Schoß der deutschen Heimat zurückkehren, dann ist

20 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Anerkennung der durch den Versailler Vertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.

man zu bedauern. Wir wissen ganz genau, wie man ein Volk befreit. *Dazu braucht man Bluteinsatz.* Sagen Sie doch nicht, "das wollen wir gar nicht". Gewiß, soweit es eure Personen betrifft, glauben wir absolut daran. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Allein, daß eure Tätigkeit entweder dahin führen muß, oder uns in der ganzen Welt als Schwätzer, als Protesthasen darstellt, ist auch sicher. Ich erinnere mich noch an die Zeit, als man in München die ersten großen Proteste machte, und zwar wegen des Londoner [21], wegen des Pariser Diktates [22]. Das waren nicht wir, sondern die Vaterländischen, die Patriotenliga usw. Da ging man an die Feldherrnhalle und sprach von oben herunter zu den "Brüdern und Schwestern" und "protestierte". Gegen Paris protestierte man, gegen Frankreich. Ich stand damals auf einem anderen Standpunkt. Ich erklärte, daß man in solchen Fällen nicht gegen den Feind protestieren darf, weil der tut, was wir längst selbst hätten tun müssen, *sondern, daß wir hätten protestieren müssen gegen die, die uns so weit gebracht haben. Die saßen aber nicht in Paris, sondern in Berlin.* (Lebhafter Beifall.) Dort waren die Verantwortlichen.

Zeitungsproteste

Genau so lächerlich und unwürdig ist es, wenn man heut[*e*] dauernd den Mund vollnimmt und Proteste hinausschmettert und doch genau weiß, daß die Welt keine Notiz davon nimmt. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" können sich in München aufblähen mit Rücksicht auf den allgemeinen Horizont ihrer Leser, der im großen und ganzen selten über den Durchmesser eines Bierkrügeldeckels hinausgeht. (Heiterkeit, lebhafter Beifall.) Sie sollen sich aber nicht einbilden, daß man auch in anderen Staaten erschrickt oder zusammenzuckt, wenn die "M.N.N." einen Protest von sich geben. (Heiterkeit.) Es gab eine Zeit, da hat dieses Blatt und zwar gerade das famose Demokratenorgan - ich weiß nicht, was es augenblicklich ist (stürmische Heiterkeit und Beifall) - gegen Wilhelm den Zweiten [23] gewettert, weil er zuviel geredet hat, weil er dauernd auch mit großen Tönen in der Welt herumwarf. Um Gottes Willen, wie wenig wurde doch damals geredet gegenüber dem, was die drinnen an Protesten fabrizieren. (Heiterkeit.) Damals stand dahinter zum mindesten immer noch ein Schwert. Heute steht aber nichts dahinter als die "M.N.N.", dann die "Münchner Illustrierte Presse" und die "Süddeutsche Sonntagspost"! (Heiterkeit), und mit diesen drei Zweiundvierzig-Zentimeter-Kanonen will man jetzt einen Staat einschießen und will Gebiete befreien. Nein, meine Lieben, das einzige, was man einschießt, ist die Zukunft unseres Vaterlandes. Jawohl, die können sie vernichten! Sie können unser Volk in den Wahnsinn hineintreiben, daß es die einzige Möglichkeit, überhaupt noch einmal emporzukommen, preisgibt und nichts mehr vor sich sieht. Also, liebe Freunde, sagen Sie nicht, "wir denken nicht daran zu kämpfen". Es führt nämlich zum Kampf, wenn in Europa einmal, und das kann vielleicht eher sein als wir heute denken, noch einmal die Würfel rollen werden. Dann kann man nicht als Nichtkombattant, so, wie das z. B. einzelne Herren einer solchen Zeitung im vergangenen Kriege taten, als ganze Nation beiseite stehen, sondern wird einfach hineingerissen,

21 Zum Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

22 Zur Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in Paris (24.-29.1.1921) und dem dort beschlossenen Reparationsplan vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 45; Krüger, Außenpolitik, S. 121 f.

23 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

und die Frage ist nur, *wie* wird man hineingezerrt. Wenn man jahrelang diese Hetze treibt wie heute, wird das Ergebnis eine Stimmung sein, die eines Tages zur Explosion führen muß. Dagegen wenden wir uns.

Der Verrat an den Frontkämpfern

Die "M.N.N." kennen den Krieg nur von ihren Berichterstattern her (Heiterkeit), und die Berichterstatter kennen den Krieg von ziemlich weit rückwärts her. Denn in kritischen Situationen hat man sie nicht ganz vorne gesehen, das werden alle meine Kameraden von damals bestätigen können. *Wir konnten uns nie darüber beklagen, daß uns plötzlich bei großen Kämpfen von Berichterstattern vorne bösartig der Platz weggenommen wurde.* (Heiterkeit, lebhafter Beifall.) Wir haben nur dann später immer mit Staunen gehört, was sich alles abgespielt hat, was wir oft selbst nicht wußten, und wie es sich abspielte, was wir auch nicht wußten, und was wir alles gefühlt haben, von dem wir auch nicht wußten, daß wir das gefühlt hatten. Das konnte man dann lesen. Ich persönlich gehöre nun zu den Menschen, die wie Millionen andere den Krieg persönlich kennenlernten, die, ich sage es offen, dieses stolze Glück hatten, obwohl in diesen Stunden Menschen oft zusammenbrachen. Die Skribenten werden das nicht verstehen. Das versteht nur ein Soldat, der selbst so und so oft entweder durch das Feuer gehen mußte oder im Feuer lag. Er wird verstehen, was ich damit meine, wenn ich ganz freimütig erkläre, daß jeder einzelne wohl so und so oft zu ringen hatte zwischen Pflichtgefühl und Pflichtbewußtsein und der langsam ihn umkrallenden Todesangst. Sie alle werden wissen, was dieser Kampf an den einzelnen Mann für Anforderungen stellte, wie er den einzelnen Mann manchmal niederzuziehen drohte. Daran denke ich zurück und sehe dann diese langen Jahre hinter mir, sehe die Zeit, in der wir ausgezogen sind, und sehe Hunderte und Hunderte von Kameraden, die gestürzt sind, um niemals wieder aufzustehen, sehe Tausende und Tausende von Toten, über die wir jahrelang steigen mußten, vor mir, sehe die zusammengerissenen Menschen, bleich geworden, fast wie Totenschädel aussehend, wenn sie zurückkamen. Sehe die Leute noch, die damals 1914 alle noch sangen, und sehe mich selbst, wie ich mitgesungen habe. Sehe, wie sie dennoch standgehalten haben, alle, Jahr für Jahr, bis sie einmal, ein zweites und ein drittes Mal verwundet wurden, sehe das große Grausen dieses endlosen Elends und sage mir, *kein Mensch kann es verantworten, daß dieses Blut noch einmal eingesetzt wird für einen Wahnsinn, aus dem nichts herauskommt für Deutschland.* (Brausender Beifall.) Sie können das nicht verantworten, was sie heute verbrechen mit dieser Hetze! (Sehr richtig.) Sagen Sie nicht, daß Sie [*sic!*] das nicht wollen. Es muß eines Tages dahin führen, daß Deutschland seine einzige Bündnismöglichkeit preisgibt und vielleicht auf den Südtiroler Schlachtfeldern einem zweiten Verdun entgegengeht. (Zurufe: Sehr richtig.) Und dagegen bäumen wir uns auf, nicht aus Feigheit oder mangelnder Vaterlandsliebe, sondern weil wir uns sagen müssen, daß, wenn die "großen" Politiker den Einsatz so schlecht abwägen, wie er einst vielleicht bei uns manchmal an der Front abgewogen werden mußte, es schlimm für unser deutsches Volk werden wird. Traurig ist dann die Zukunft unseres deutschen Volkes. Damals hat auch der Spießer zuhause sich manchmal geärgert, wenn er las: Was? schon wieder hat man siebenhundert Meter Graben geopfert! Was machen denn unsere Leute da draußen? (Heiterkeit.) Die gehen ja zurück; da muß etwas nicht in Ordnung sein; ge-

stern wurden 500 Meter Graben aufgegeben, heute 700 Meter, wo soll das enden? Ja, mein lieber Spießer, wenn du draußen gewesen wärest, *hätte man allerdings keine 700 Meter aufgegeben; da hätten wir in kurzer Zeit überhaupt nichts mehr gehabt.* (Lebhafter Beifall.) Auch damals mußte man manchmal etwas aufgeben, um überhaupt das Gesamte erhalten zu können. Heute ist die Frage nicht die, was wollen wir aufgeben. Das möchte ich ausdrücklich feststellen: *Aufgeben kann man nur etwas, was man besitzt.* (Sehr richtig!) Was besitzen wir aber? (Zuruf: Nichts.) *Nichts* (große Heiterkeit), jawohl nichts!

Deutschenverfolgungen in der Tschechei

Nun allerdings sagt man: "Aber die heilige Empörung ist es, die uns zwingt, heute gegen Italien Stellung nehmen". Meine Freunde, wogegen die "M.N.N." heute kämpfen und alle von Juden angeführten Parteien und Verbände, das ist nicht etwa die Unterdrückung von Deutschen; denn die läßt sie ganz kalt. (Sehr richtig!) Wenn Tausende und Abertausende und Hunderttausende von Deutschen in Frankreich aufs gemeinste behandelt werden, so veranlaßt sie das keineswegs zu erklären: "Niemals Versöhnung; es gibt keinen Verzicht!" Nein, da gehen Sie [*sic!*] hin und unterschreiben ein Locarno und betteln dann um die Gunst der Franzosen. Sie schicken eine Studienkommission nach Frankreich und studieren den "Wandel der Gesinnung der Franzosen". *Wenn man im besetzten Gebiet die Einwohnerschaft buchstäblich wie das Vieh drosselt, wenn man die Leute mit der Reitpeitsche vom Bürgersteig herunterjagt,* so kann das bei einem Kulturvolk passieren. Wenn diese Franzosen Tausende und Abertausende von deutschen Frauen schänden, wenn sie Neger als Kulturwächter hereinbringen, so läßt sich das alles verzeihen. Ein paar Proteste gibt es vielleicht, jawohl, aber auch nur Proteste in bescheidener Form; denn die Versöhnungsaktion soll doch nicht gestört werden, die mit Frankreich im Gange ist. *Daß Polen Tausende und Tausende von Deutschen maltraitierte, daß man einst allein in Oberschlesien fast 6.000 Deutsche zu Tode geschunden hat,* die man dann haufenweise fand als nackte Kadaver mit ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Ohren, das, mein Gott, muß man so hinnehmen, und damit keine Aufregung entsteht, schreibt man lieber nicht zu viel darüber, sonst wird das Volk gar nervös. *Daß in der Tschechoslowakei Tausende und Tausende von Deutschen entdeutscht werden, daß man Tausende hinausgetrieben hat und andere ins Gefängnis wirft,* das ist ihnen auch alles gleichgültig. Sagen Sie nun nicht, *"aber Italien,* das ist eben viel gewaltiger". *Nein! Gewiß, auch dort sind Mißgriffe erfolgt, auch dort sind Übergriffe vorgekommen, sind Dummheiten gemacht worden, auch dort haben Deutsche schwer gelitten,* aber durch eure Schuld gelitten. *Ihr seid selbst schuld, daß die Deutschen in Südtirol in eine so fürchterliche Stellung hineingehetzt wurden.* Ihr hättet die Pflicht gehabt, ihnen klar zu machen: *"Ihr dürft nichts von Deutschland erwarten, wir können euch nicht helfen, wir sind selbst heute so schwach".* Vor allem aber hätte man erklären müssen: *"Heute steht nicht ihr auf dem Spiel, sondern die ganze deutsche Nation."* (Sehr richtig!) Das hat man nicht getan. Sondern man hat einfach gehetzt.

Die "M.N.N." verschweigt unsere Ermordeten

Wie verhält sich denn diese Presse zu den Vorgängen in Deutschland selbst: Erst heute können Sie in unserem Blatte wieder lesen, daß abermals ein Nationalsozialist

jämmerlich niedergestochen wurde [24], daß man ihm Glasscherben in die Augen schlug und daß er endlich verblutete und starb. *Es ist das in kaum 10 Tagen der dritte Tote.* Ganz abgesehen davon, daß Hunderte von uns in den Lazaretten liegen, niedergeschlagen oder niedergetrampelt wurden, daß die Unsrigen heute wie Freiwild in allen Städten behandelt werden. *Da schreibt die M.N.N. kaum ein Wort davon.* (Stürmische Pfui-Rufe!) Nur wenn wir Südtiroler wären, wenn Faschisten einen der Unsrigen niedergestochen hätten, dann würden sie auch schreiben, dann wären wir kostbares Volksgut. *Diese traurigen Heuchler!* (Sehr gut - stürmischer Beifall.)

Das Sturmbataillon Coßmann-Tschuppik

Es ist ganz natürlich, daß es so ist. Sehen Sie, im Jahre 1920, da hat man gegen die Italiener kein Wort geschrieben. Erst 1921/22 begann es, in der Zeit, als Italien sich von den Freimaurern freizumachen begann, als es allmählich zum nationalistischen Staat wurde, da begann die Hetze. Und bemerkenswert ist, daß mit dieser Entwicklung zusammenfällt eine Entwicklung bei den "M.N.N." selbst. *In der Zeit kam in die "M.N.N." Jahr für Jahr ein Jude mehr hinein.* (Beifall.) In der Zeit kam Herr Coßmann [25], jener "Töter" des Marxismus (Heiterkeit), dann kam der Jude Pflaum [26], kam der Jude Bittner [27], kamen die beiden Tschechen Tschuppik [28] und so weiter, und so weiter. (Pfuirufe.) Kurz und gut, *als die "M.N.N." anfingen, immer mehr Juden in führenden Stellungen zu erhalten, begann auch der Kampf gegen Italien.* Glauben Sie, meine lieben Freunde, daß diese Leute wirklich aus Liebe zum deutschen Volk so etwas machen, oder glauben Sie, daß diese Leute jemals die Konsequenzen ihres Handelns ziehen werden? Ich habe schon neulich erklärt, wenn es diese Herren wirklich gelüsten sollte zu kämpfen oder wenn sie ihre Kampfeslust nicht mehr zähmen könnten, wenn dieses Sturmbataillon Coßmann, Pflaum, Bittner, Tschuppik (stürmischer Beifall) eines Tages aufgerufen wird, weiß der Himmel, ich verspreche Ihnen, mit *dem* Sturmbataillon ziehe ich auch noch mit. (Heiterkeit.) Den Kampf, den riskieren wir. Wenn *diese* einmal Südtirol erobern, den Mut bringen wir auf, dann *hinten* mitzumarschieren. Diesmal gehen wir einmal weiter hinten und werden dann Berichte machen. (Heiterkeit.) Nein, liebe Freunde, was den Deutschen in Frankreich geschieht, was die Deutschen in Dänemark trifft, was ihnen in Belgien, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Rumä-

24 VB vom 14.4.1927, "Der Mord von Wiesbaden".

25 Paul Nikolaus Cossmann (1869-1942), Publizist, 1903 Mitbegründer und Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", 1905 Übertritt vom jüdischen Glauben zum Katholizismus, 1920 Übernahme der Verlagsleitung von Knorr & Hirth, politischer Berater der "Münchner Neuesten Nachrichten", 1933 Verhaftung, 1942 Deportation ins KZ Theresienstadt.

26 Otto Pflaum (1873-1930), Rechtsanwalt, 1920 Mitarbeiter beim Verlag Knorr & Hirth, 1926-1930 Geschäftsführer des Verlages.

27 Georg Bittner (geb. 1883), Journalist, 1919-1922 Redakteur des "Neuen 8-Uhr-Blatt" in Wien, 1922-1929 Chefredakteur der "Münchner Telegrammzeitung", 1929 Korrespondent der "Münchner Neuesten Nachrichten" in Paris, 1933 in Wien.

28 Walter Tschuppik (1899-1955), Journalist, 1926-1933 Chefredakteur der "Süddeutschen Sonntagspost", 1933 Verhaftung, anschließend Emigration, 1935-1939 Journalist und Verleger in Prag, 1949 Chefredakteur der "Abendzeitung" in München.
Karl Tschuppik (1877-1937), Schriftsteller, 1910-1917 Hauptherausgeber des "Prager Tagblatt", 1918 Herausgeber von "Das Neue Wiener Tageblatt", "Der Neue Tag" und "Der Friede" in Wien, 1927 Herausgeber von "Das Tagebuch" in Berlin, 1933 Rückkehr nach Wien.

nien und sonst überall zugefügt wird, das interessiert sie nicht. Wenn z. B. deutsche Kriegsteilnehmer *bei uns* ausgewiesen werden, wenn man sie als *Ausländer* behandelt, als *staatenlos* deklariert, so ist das vollkommen in Ordnung. (Pfuirufe.) Nur wenn die Italiener einen Deutschen ausweisen, dann sind sie empört und schreien über die Vergewaltigung deutschen Rechts. Nein, all das ist nur Lüge, Lüge und Heuchelei! (Lebhafter Beifall.) *Und vor allem, wem nützt denn das? Etwa den Südtirolern? Nützt es den Südtirolern, wenn man hier spricht, als wenn wir die staatsrechtlichen Fragen ändern könnten!* Nein, liebe Freunde; denn diese paar Hunderttausend sind natürlich mit spielender Leichtigkeit zu unterdrücken. (Sehr richtig!) Dann wäre die ganze Frage schon gelöst. Es ist ein unerhörtes Verbrechen, das man dadurch begeht, daß man z. B. junge Leute aufputscht und sie in Situationen hineinhetzt, die diese Jungen ausbaden müssen, *wobei sie von hier aber doch nur platonische Unterstützung erhalten.* Wir haben es erlebt, wie man sich auf diese Hetzer dann verlassen kann. Meine lieben Freunde, die ihr in Oberschlesien wart, ich erinnere euch, ihr habt nicht mit dem Maul wie die Pressemenschen jetzt, sondern mit den Waffen für Oberschlesien gekämpft. Was hat man getan, als ihr zurückkamt? Eingesperrt wurdet ihr. Da hat man nicht gesagt, ihr habt für das Vaterland gekämpft, sondern man hat auf einmal erklärt: "*Wie kommt denn ihr zu einer Waffe?*" "Wo habt denn ihr die Waffen her?" "Wißt ihr denn nicht, daß der Besitz von Waffen verboten ist!" "In das Gefängnis mit euch, ihr Burschen." (Empörter Beifall.) Das war die Antwort. So ist es sieben Jahre lang gegangen. Diesem Wesen treten wir entgegen. Wenn heute die "M.N.N." schreiben, wir hätten kein Herz für die Südtiroler, so sage ich, *das Herz, das dieses Dutzend Juden hat, haben wir auch für unser Volk.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Nur mit dem einen Unterschied, daß wir für unser Volk schon das Herz hingehalten haben, und die haben es nicht getan. (Sehr richtig!) Und daß wir genau wissen, daß dann wieder Hunderttausende von Deutschen es hinhalten können, die anderen es aber, wie einst, nicht tun werden.

Glauben Sie mir, *auch wir hier empfinden jedes Leid, das einem Deutschen irgendwo zugefügt wird*, und sie tun *uns* mehr leid als *diesen* Menschen. Wir empfinden besser als die anderen, wie bitter es ist, wenn ein abgetrennter Deutscher nun langsam seiner Nationalität entfremdet wird. Allein wir wissen auch, dieses Schicksal bedroht heute fast *vierzig Millionen* Deutsche. Aber nur, wenn wir das Mutterland retten, dann werden diese vierzig Millionen mitgerettet. *Die acht Jahre bürgerlich-nationale oder patriotische Politik seit 1918 haben uns nicht emporgeführt.* Man gebe *uns* einmal acht Jahre lang das Szepter in die Hand - schlechter regieren wäre ja an sich nicht möglich. (Beifall.) Allein dann erst hätten die Menschen ein Recht zu kritisieren und sich gegen uns zu stemmen. So haben sich diese alten Menschen ja einst auch in Italien gegen Mussolini gewandt, mit allen Kräften und mit aller Zähigkeit und waren überzeugt, daß sie allein Italien regieren könnten, bis ihnen der andere bewiesen hat, daß er es besser kann. Das ist mit der Grund, der sie heute gegen Italien hetzen läßt. Nicht die Liebe zu Südtirol, nicht das Mitleid mit den dortigen Deutschen. Nein, sie haben mit denen so wenig Mitleid, wie sie es mit uns selbst haben. (Zurufe: sehr richtig! Beifall!) Sie kennen nur den Haß gegen den Staatsmann, von dem sie fühlen, daß er größer ist als sie, daß der [*sic!*] die Macht bricht, von der sie alle abhängig sind.

Abrechnung mit den "M.N.N."

Herr Gerlich erklärt, ich möge doch hier sprechen, und empfiehlt in dankenswerter Weise den Leuten auch zu kommen, damit Sie den "Zirkus-Künstler" hören [29].

Mein lieber Herr Gerlich, wie ich zu dieser Ehre komme, von einem so weltberühmten Trapezkünstler und Seiltänzer als Kollege angesprochen zu werden (Heiterkeitsausbruch und stürmischer, anhaltender Beifall), *ist mir ein Rätsel. Denn wenn ich wirklich das wäre, mein lieber Herr Dr. Gerlich, dann stünde ich jetzt nicht hier.*

Denn diese sieben Jahre, die ich nun rede, waren für mich wirklich kein Tanz auf dem Seil, sondern in diesen sieben Jahren bin ich den Weg gegangen, so wie ich ihn als notwendig erkannt habe, und habe mich nie gekümmert um Beifall oder Mißgunst, um Ablehnung oder um die öffentliche Meinung. Das aber, Herr Dr. Gerlich, kann von Ihnen nicht behauptet werden. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.) *Sie werden mir nicht nachweisen können, daß ich in diesen sieben Jahren auch nur einmal von meiner großen Linie abgewichen wäre, weder innen- noch außenpolitisch. Ersparen Sie mir die Mühe, Ihnen nachzuweisen, wann Sie überhaupt einmal auch nur sechs Monate auf einer Linie gestanden sind.* (Stürmische Heiterkeit, lebhafter Beifall.) *Man könnte Ihnen sonst nachweisen, wie oft Ihre Zeitung die Richtung gewechselt hat, wie sie herumpendelte, bald so und bald so, heute mehr links und morgen mehr rechts und übermorgen, wenn es nicht mehr anders ging, plötzlich in der Mitte, aber immer irgendwo auf der Wanderung. Weisen Sie mir nach, wie oft wir in der Zeit unsere Stellung gewechselt haben!*

Jawohl, ich habe in der Zeit sehr oft im Zirkus gesprochen, unzählige Male schon. Ich tat es nicht, um mich hier zu produzieren, denn ich fühle, daß jede solche Rede ein Angriff auf meine eigene Gesundheit ist. Ich weiß weiter, daß jede solche Rede mir neue Feinde bringt, und weiß weiter, daß mit jeder solchen Rede die Verbitterung der anderen künstlich weitergeschürt wird. Ich weiß aber auch eines: daß es notwendig ist, zu unserem Volke zu reden, unbehindert um die sogenannte Opportunität, um die Zweckmäßigkeit des Augenblickes. Ich weiß, daß es notwendig ist, dem Volk die Wahrheit zu sagen und wenn alle sich dagegen aufbäumen. Es wäre leichter für mich, so wie Herr Dr. Gerlich heute auch mit der "Patrioten"-Flagge herumzulaufen und zu erklären: *Nieder mit Italien!* Und alle hohlen Köpfe würden mitschreien. *Nein, und noch einmal nein! Ich habe mich nun einmal verpflichtet zur Treue meinem Volk gegenüber und zur Wahrheit, und wenn heute meinetwegen ganz Deutschland einen anderen Weg geht, so gehe ich doch den Weg, den mir mein Gewissen und die Wahrheit vorschreibt.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Ich fühle mich nicht verantwortlich dieser blöden, öffentlichen Masse, die jedem Journalisten nachläuft, sondern nur verantwortlich jenen Kameraden von einst, die neben uns gefallen sind.

Die sind für die Wahrheit gestorben und für Deutschland, und da mich damals der Himmel vor dem Sterben gerettet, will ich wenigstens jetzt als Lebender für die Wahrheit kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

29 Anspielung auf den Artikel Gerlichs in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 11.4.1927, "Hitler gegen die M.N.N.".

Ich weiß nicht, ob die Herren in Innsbruck[30] wissen, wie sie sich damit selbst schlagen, wenn sie erklären, ich möchte nicht über die Grenze kommen. Ist den Herren nicht bekannt, daß ich als deutscher Soldat ohnehin nicht über die Grenze darf? (Pfuirufe.) Wissen die Herren nicht, daß ich nicht einmal meine Heimat betreten darf, weil ich Nationalsozialist bin? (Pfuirufe.) Sie verbieten mir jetzt das Betreten des Bodens, meine lieben Freunde. Ich glaube, daß einmal die Zeit kommt, da wir Nationalsozialisten diesen ganzen deutschen Boden nicht nur *betreten*, sondern *besitzen* werden. (Beifallssturm.)

Ich glaube, daß die Zeit kommt, in der die Wahrheit siegen wird, und *die Wahrheit, sie wird dann nicht im Lager dieser Menschen von heute sein, sondern sie wird im Lager der jungen Generation sein.* Ich glaube auch, daß wir mit unserer Haltung heute Südtirol mehr dienen, wenn wir sagen: "Ihr müßt aufhören, jetzt nur an euch allein zu denken." Wir waren im Felde auch nicht Bayern oder Sachsen, oder meinetwegen Württemberger oder Preußen, sondern wir haben gedacht für ganz Deutschland, und ihr müßt auch für ganz Deutschland denken lernen und müßt erkennen, daß über euch das Interesse der ganzen Nation steht. Das darf niemals mehr einreißen, daß das deutsche Volk auf die Schlachtbank geführt wird für Interessen, die nicht im Sinne der ganzen Nation liegen. (Sehr richtig!) Wir erkennen heute, daß es für die Zukunft unseres Volkes nur einen Weg gibt, und das ist der Weg an der Seite des Staates, der sich heute als einziger von Freimaurerei und Marxismus freigemacht hat, an der Seite des Staates, der als einziger Staat wirklich nationale Interessen verficht. Das ist der einzige Weg, der zur Freiheit führen kann, und ich glaube, wenn die beiden Nationen sich erst kennenlernen und nicht in den Wahnsinn des alten ewigen Krieges zwischen Deutschland und Italien verfallen, sondern zum erstenmal sich die Hand wieder reichen, nach fast 60 Jahren, wird auch das Schicksal der Deutschen in Südtirol sich bessern. *Glauben Sie mir, im Völkerleben, im Leben einer Nation, die vierzig Millionen Menschen außerhalb der eigenen Grenzen besitzt, kann man nicht das Schicksal nur an eine Gruppe hängen.* Das ist unmöglich. Wir Nationalsozialisten glauben uns stark genug, wenn notwendig, auch einmal das deutsche Volk zur Freiheit zu führen, es dafür in den Kampf zu führen, aber doch nur in einen Kampf, aus dem Deutschland wirklich innerlich gesund und gekräftigt hervorgehen kann. *Das darf nur sein ein Kampf um Grund und Boden.* Niemand wage es, noch einmal ein Blutopfer zu fordern, wie im Weltkrieg, wenn nicht daraus endlich die deutsche Not beseitigt wird. Wir Nationalsozialisten nehmen damit jetzt wieder den Kampf auf gegen die gesamte öffentliche Meinung. Man lügt wieder über uns, und die jüdischen Pressehyänen fühlen sich wohl, wenn sie alle gegen uns losgehen können.

Daß uns eine Zeitung, wie die "M.N.N.", angreift, darüber sind wir stolz, viel stolzer als wenn Herr Pflaum oder Herr Coßmann oder Herr Tschuppik uns loben würde, oder wenn sie mich loben würden. Ich protestiere gegen ein Lob von dieser Seite. (Lebhafter

30 Anspielung auf den Offenen Brief der Deutsch-völkischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol an Hitler, in dem Hitler wegen seiner Äußerungen zu Südtirol in der Rede am 30.3.1927 angegriffen wurde. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 9.4.1927, "Tiroler gegen Hitler"; VB vom 10./11.4.1927, "Eine Tiroler Kundgebung gegen Hitler"; Dok. 94. Vgl. auch Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 22.

Beifall.) Nein, meine lieben Freunde, wir rechnen nur auf *ein* Lob, das ist das Lob der Nachwelt, daß diese einmal feststellen wird: *Das waren Menschen, die den Mut hatten, gegen eine Welt von Feinden sich zu behaupten und durchzusetzen. Tausende sind heute unter Ihnen, die überzeugt sind, daß die "M.N.N." das wankelmütigste Blatt sind, das es gibt, daß dieses Blatt nicht 6 Monate die gleiche Richtung eingehalten hat. Wir werden in der nächsten Zeit im "Völkischen Beobachter" einmal die Tätigkeit dieses Blattes kritisch verfolgen.* (Bravo-Rufe.) *Trotzdem sind Tausende unter Ihnen, die jeden Tag dieses Blatt lesen.* Meine lieben Freunde, glauben Sie nicht, daß Sie Deutschland frei machen durch dieses Sichgehenlassen. *Diesen Gazetten verdanken Sie es, daß in Deutschland der Zusammenbruch kommen konnte, daß Sie um Ihre Groschen gebracht wurden.* Dadurch wurde die Wirtschaft vernichtet, und dennoch lesen Sie das Blatt Ihrer Vernichter. Sie gehen dennoch hin und bringen ihnen Ihr Geld. Ich bitte Sie, kämpfen Sie mit, sorgen Sie dafür, daß unser Blatt, das als einziges seit Jahren diesen Kampf gefochten hat, immer größer wird, und glauben Sie mir, wir müssen einmal auf dem Gebiete der Presse die anderen schlagen können. *Wenn Deutschland frei werden soll, werden wir wohl auch diese Presse vernichten können.*

So gehen wir jetzt in den nächsten Monaten einem harten Kampf entgegen. *Den Fehdehandschuh, den dieses Blatt uns hingeworfen hat, nehmen wir auf.* (Lebhafter Beifall.)

Sorgen wir dafür, daß in Deutschland die Aufklärung weiter um sich greift, und daß dann die Zeit kommt, in der sich zwei große Völker, die in der gleichen Not leben, die unter dem gleichen Druck stehen, nicht mehr in kleinen Schikanen und Unterdrückungen einzelner gegenseitig entfremden, sondern daß der Zeitpunkt naht, da die Schwarzhemden neben den Braunhemden stehen. (Lebhafte Heilrufe - Beifall.) *Ich hoffe, daß einmal die Zeit kommt, da die nationalsozialistische Idee und der nationalsozialistische Gedanke unser ganzes Volk erfaßt haben wird, die Zeit, in der man aufhört, nur zu reden von der Freiheit, sondern beginnen wird, die Waffen für die Freiheit zu schmieden, und daß dann einmal der Tag kommt, an dem nicht Proteste in die Welt hinausflattern, sondern an dem beginnt die große Stunde des Kampfes für die Erlösung unseres Vaterlandes. Und dann meine Herren von den "Münchner Neuesten Nachrichten", dann werden wir uns vielleicht noch einmal treffen. Bei Philippi sehen wir uns dann wieder.* (Lebhafte Heilrufe - stürmischer Beifall.) [31]

31 Anschließend nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung zur Südtirolfrage an.

14. April 1927 Dok. 105
Anordnung

VB vom 20.4.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Organisation: Der deutschgebliebene Teil der früheren Provinz Westpreußen wird mit sofortiger Wirksamkeit dem Gau *"Freie Stadt Danzig"* angegliedert. Anschrift des Gauleiters: Pg. Hans *Hohnfeldt* [2], Danzig-Neufahrwasser, Schleusenstr. 11.

Damit erledigen sich die bezüglichen Anträge des Gauleiters Danzig und der Ortsgruppe Marienburg.

Ausführungsbestimmungen hierzu trifft die Organisationsabteilung der R[*eichs-*] L[*eitung*].

München, den 14. April 1927

gez. *Adolf Hitler*

19. April 1927 Dok. 106
"Muß alles zugrunde gehen?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rosenheim [2]

Redetext nicht ermittelt [3].

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 21.4.1927, "Bekanntmachung".
2 Hans Albert Hohnfeldt (geb. 1897), Regierungsoberinspektor, 1922/23 Erster Vorsitzender der Deutschsozialen Partei (DsP) in Danzig, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1930 Mitglied des Volkstags der Freien Stadt Danzig (DsP, 1925 NSDAP), 1925 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Danzig, 1926-1928 Gauleiter von Danzig bzw. Danzig-Westpreußen, 1927/28 SA-Gauführer "Ost" (Ost- und Westpreußen) und von Danzig, 1933 NSDAP-Fraktionsführer im Volkstag der Freien Stadt Danzig, 1933-1939 Senator für soziale Fürsorge im Volkstag, 1934-1937 Hauptstellenleiter bei der NSDAP-Reichsleitung.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 15./16.4. und 17./18./19.4.1927.
2 Im großen Saal des Saubräukellers, nach 20.00 Uhr.
3 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Münchener Post vom 21.4.1927, "Die abgelehnte Hitlerei"; Rosenheimer Tagblatt - Wendelstein vom 21.4.1927, "Hitlerparade in Rosenheim".

21. April 1927 Dok. 107
Anordnung

VB vom 26.4.1927, "Aus der Bewegung".

Seinem Wunsche entsprechend beurlaube ich den Gauleiter von Pommern, Pg. Prof. *Vahlen*, vom 1. Mai 1927 mit 31. Juli 1927.

Als Stellvertreter bestimme ich für diese Zeit auf Grund des Vorschlages Pg. Walther von *Corswant*, Cuntzow/Pr[*eußen*], Post Jarmen.

München, den 21. April 1927

gez.: Adolf Hitler

22. April 1927 Dok. 108
"Parteigenossen und Parteigenossinnen!"
Anordnung

VB vom 24./25.4.1927, "Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P." [1].

Die nationalsozialistische Bewegung hat in den letzten zwei Jahren einen großen Aufschwung genommen. In außerordentlicher Opferwilligkeit kämpfen zahlreiche Redner und Tausende von S.A.-Männern für den Sieg unserer Idee. Aufgabe aller Mitglieder aber ist es, hinter diesen nicht zurückzustehen. Ein Volk wird nicht frei durch Proteste oder Redensarten, sondern durch die Summe an Opfern, die es für die Freiheit zu geben bereit ist.

Ich erwarte von allen Nationalsozialisten, daß sie dem Aufruf des Schatzmeisters [2] der Bewegung Folge leisten und mithelfen am großen Befreiungswerke unseres Volkes und Vaterlandes.

München, den 22. April 1927

gez. *Adolf Hitler*

Von allen Parteiblättern nachzudrucken!

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 28.4. und 1./2.5.1927, "Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P.".

2 Franz Xaver Schwarz hatte in einem Aufruf vom 20.4.1927 zu Spenden für den Baufonds zum Ausbau der Hauptgeschäftsstelle und für den Reichshilfsfonds zur finanziellen Unterstützung von SA-Mitgliedern, Ortsgruppen und Gauen aufgerufen. Vgl. VB vom 24./25.4.1927, "Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P.".

[23. April 1927]
"Schwarz-weiß-rot oder ...?"
Artikel

Dok. 109

Broschüre: "Freiheit der Arbeit. Zum 2. Parteitag des Gaues Ruhr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" [1], o. O. 1927, S. 1-3.

Wenn man von den verbrecherischen Motiven der Revolution im Jahre 1918 ganz absieht, und nur die kritische Vernunft ihren prüfenden Maßstab anlegen läßt, so bleibt, selbst vom Gesichtspunkt der gemeinen Absicht aus betrachtet, noch so viel an unglaublichen Dummheiten übrig, daß man das staunenswerte Gelingen dieses Vorganges weder der gerissenen Schurkenhaftigkeit, noch der klugen Genialität der Revolutionsmacher zuschreiben kann, sondern wirklich nur der unter allem Durchschnitt liegenden Feigheit und Unfähigkeit der Träger des alten Regiments.

In die Reihe der größten Dummheiten darf man die Beseitigung der alten Reichsflagge rechnen. Denn das Niederholen der schwarz-weiß-roten Fahne, sowie der Versuch eines Ersatzes, gehören in die Reihe jener geschichtlichen Mißgriffe, die ein Kritiker Napoleons einst als ärger als Verbrecher [*sic!*] bezeichnete, indem er sie einfach als "dumm" festnagelte. Die Republik hat sich dadurch den Widerstand von Millionen Menschen geschaffen, die an sich infolge ihrer eigenen Äußerlichkeit wenig an Inneres denken, dafür aber um so mehr dem Scheine nachjagen, ja ihn anbeten. Tatsächlich hätte die Republik die alte Fahne ruhig übernehmen können. Sie repräsentierte nur ein Symbol staatlicher und nationaler Ehre. Weiter aber nichts. Wenn die Republik als eine Etappe zum marxistisch-bolschewistischen Sumpf aufzufassen ist, dann brauchte sie aus weltanschaulichen Gründen die alte Fahne nicht im geringsten abzulehnen. Denn ein weltanschauliches Symbol wurde durch diese nicht vorgestellt. Am wenigsten aber etwas der heutigen marxistisch-pazifistisch-internationalen Entwicklung entgegengesetztes. Die alte schwarz-weiß-rote Flagge war wohl das Symbol der Einigung der deutschen Stämme, staatspolitisch genommen, keineswegs aber das Signal für eine Auseinandersetzung des völkischen Gedankens mit dem pazifistisch-demokratischen als Vorläufer der heutigen Zustände. Was der alten Fahne den unsterblichen Glanz und Schimmer verlieh, war der beispiellose Heldenmut der unter diesem Symbol kämpfenden deutschen Helden-Armeen, sowie der, äußerlich betrachtet, sichtbar in Erscheinung tretende Aufstieg des Reiches.

Nun ist das alte Reich zerbrochen. Die Fahne wurde von der Republik in einer, nicht dieses Symbol selbst, sondern nur die Republik beschmutzenden Weise, niedergeholt, und die Kokarden in die Gosse geworfen. An Stelle der schwarz-weiß-roten Flagge zog man eine neue auf und versucht nun, für sie seit Jahren mit Verordnungen und Zuchthausstrafen [2] die Begeisterung, die Liebe und Anhänglichkeit der Nation zu erwecken.

Sofort nach dem Zusammenbruch und der scheinbar vorgenommenen Neu-Orientierung unserer politischen Parteien, holte die sich allmählich konsolidierende Opposition

1 Der 2. NSDAP-Gauparteitag des Gaues Ruhr fand am 23./24.4.1927 in Essen statt. Vgl. auch Dok. 110.
2 Anspielung auf das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, Druck: RGBl. I, 1922, S. 585 ff.

gegen die November-Republik die abgesetzte Reichsflagge hervor und erhob sie damit zum Symbol des Kampfes der sog. Nationalen Parteien gegen die Träger der Revolution und der daraus geborenen Weimarer Verfassung.

Das aber war in mehrfacher Hinsicht unsinnig.

Erstens beruhte der Zauber der alten Flagge, die ja nicht von unten oder innen aus unserem Volk herauswuchs, sondern vielmehr von oben gegeben wurde, auf der durch sie gewissermaßen repräsentierten "Einigkeit" des Deutschen Volkes, besser aber der deutschen Stämme. Es ist nun der vergangenen Zeit niemals vollkommen klar geworden, daß die äußere Einigkeit unseres Volkes von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in steigendem Maße immer mehr eine leere Fassade wurde, hinter der der innere Zerfall unseres Volkskörpers schnelle Fortschritte machte. Dies wurde nicht bemerkt. Im Gegenteil, je größer die innere Zerstreuung ward, um so mehr glaubte man sie durch das Hervorkehren der äußeren Einheit überwinden oder zumindest verdecken zu können. Als Symbol hiefür galt die schwarz-weiß-rote Reichsflagge.

Indem aber nun die sog. bürgerlich-nationale Opposition diese Flagge und diese Farben zu ihrem Kampfpanier wählte, zerstörte sie selbst den verhängnisvollen Zauber, der diese Fahne bisher umgab. Als Symbol der Einheit der deutschen Stämme war sie erstanden, und darauf beruht ihre historische Bedeutung. Als Symbol des Kampfes untereinander ist sie wertlos und sinnlos zugleich.

Denn zweitens: wie schon betont, verkörpert die alte schwarz-weiß-rote Fahne im günstigsten Falle die einheitliche Nation nach außen, keineswegs aber nach innen. Sie besaß keine weltanschauliche Bedeutung. Während sie noch in den deutschen Straßen flatterte, erhob sich neben ihr bereits das rote Tuch des Marxismus. Weltanschauungen aber sind unduldsam. Würde die alte schwarz-weiß-rote Flagge irgendeinen weltanschaulichen Inhalt besessen haben, hätte ihr bloßes Dasein schon Kampf gegen die rote Farbe bedeutet, und zwar Kampf ohne Konzessionen und ohne Kompromisse. Allein, dem war nicht so. Sie selbst wehte ja durch Jahrzehnte über den Bauten unserer Parlamente und dokumentierte damit, daß sie geistig weder der parlamentarischen Demokratie, noch dem marxistischen Internationalismus den Kampf anzusagen gewillt war.

Es ist aber kindlich, jetzt zu glauben, daß dieses schwache Symbol der Konzessionen geeignet sein wird, den fanatischen Kampf gegen die Kräfte zu demonstrieren, die man einst weder erkannte noch bekämpfte. Denn Kampf gegen den Marxismus kann nur Vernichtung heißen.

Allein, dies ist auch nicht das Ziel der bürgerlichen Opposition von heute. Was den kühnsten Geistern unserer sog. einsichtsvollen bürgerlichen Politiker als höchstes Ziel vorschwebt, ist günstigsten Falls die Wiederaufrichtung des alten Zustandes. Das Ende aber wäre dann immer nur ein Kompromiß: nicht der Marxismus würde vernichtet und die Nation gerettet, als vielmehr nur die allgemeine Unordnung soweit behoben, um auf ihr den alten Staat erneut errichten zu können, wobei aber seine tragenden Elemente die gleichen wären wie früher und damit seine Schwäche dieselbe bliebe.

Die nationalsozialistische Idee, die als fanatische Todfeindin des Marxismus auf den Plan trat, konnte sich deshalb auch nicht mit dem alten Symbol zufriedengeben. Sie sieht nicht die Rettung der Deutschen Nation in einer äußeren Einigkeit, als vielmehr in

der Herbeiführung einer inneren, nicht nur rassischen, sondern auch weltanschaulichen Einheit unseres Volkes. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden durch einen Vernichtungskrieg gegen die Elemente der Zersetzung und Zerstörung unseres Volkskörpers. Dieser Kampf braucht aber sein eigenes Symbol. In unserem Hakenkreuzbanner ist die Ehrfurcht vor der alten Flagge betont durch die Übernahme ihrer Farben. Die Form jedoch soll dem Sinn der Bewegung entsprechen, die mitten hindurchschreitet durch die Trennung unseres Volkes in nationales Bürgertum und internationales Proletariat und aus beiden Lagern ihre neue Freiheitsarmee bildet. Volk und Vaterland, Freiheit und Brot, heißt ihr Schlachtruf, und indem die alten Klassen versinken, erwächst der neue deutsche Mensch aus ihnen heraus.

So groß nun unsere Ehrfurcht vor der alten Fahne ist - sehen wir doch unter ihr auf den Schlachtfeldern über 2 Millionen Tote ruhen - so heilig ist aber auch unsere Überzeugung, daß es dem Wunsch und Willen dieser Toten mehr entspricht, wenn wir die alte schwarz-weiß-rote Fahne als höchste Ehrenwürde über ihnen ruhen lassen, statt sie heute in einen Streit zu zerren, der ihrem Wesen fremd ist, und dessen Sinn sie kaum verstehen.

Denn so wenig die Republik ihre antiquarische Flagge dem heutigen deutschen Volk aufzuzwingen vermag, so wenig könnte einer kommenden Generation eine Fahne Symbol des Lebens sein, wenn sie nicht vorher Symbol des Kampfes war. Denn aus dem Kampfe quillt das Leben, und aus ihm heraus muß die neue Reichsstandarte einst erstehen.

Wer die alten Farben liebt, der hütet sie heute heilig und sorgt, daß unter unserem Kampfsymbol ein neues Reich wird, das dann in Ehrfurcht auch der Größe des einstigen und seiner ruhmreichen Fahne gedenken wird.

24. April 1927 Dok. 110
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Essen [1]

Essener Allgemeine Zeitung vom 25.4.1927, "Der Ruhrgautag der Nationalsozialisten" [2].

Der heutige Tag, so führte er [*Hitler*] aus, sei ein Meilenstein auf dem vorgeschriebenen Wege. Das, was bis jetzt in den einzelnen deutschen Städten erreicht sei, sei nichts als ein kleiner Schritt nach vorwärts. Diese Tätigkeit müsse vielleicht Jahrzehnte lang fortgesetzt werden, bis der ersehnte Tag der Befreiung komme. Das deutsche Volk stehe zur Zeit im scharfen Kampf, sei von Parteien zerrissen. Auch in anderen Ländern tobten politische Meinungsverschiedenheiten, aber dort stehe das nationale Interesse allem anderen voran, während es bei uns erst in zweiter Linie komme. Auf die Frage, ob Deutschland in den nächsten Jahren gesunden könne, antwortet Hitler, daß dies nicht möglich sei, solange das Schicksal des deutschen Volkes in die Hände derer gelegt sei, die es heute regieren. Der Redner unterscheidet zwei Richtlinien [*sic!*], die in Deutschland miteinander um die politische Macht ringen, die Gruppe der international-marxistisch Eingestellten und die Gruppe der national-bürgerlich Eingestellten. Dieser Kampf spiele sich ab seit 60 Jahren. Das Ergebnis sei das heutige zerrissene Deutschland. Er macht beiden Gruppen zum Vorwurf, daß es ihnen nicht gelungen sei, das deutsche Volk zu ihren Gedanken zu bekehren. In Wirklichkeit sei das Volk in zwei Hälften gespalten. Zur Freiheit gehöre mehr als Proteste einzelner, dazu gehöre der geschlossene Wille eines gesamten Volkes. Ohne Freiheit kein nationaler Staat, aber auch keine soziale Republik.

---

1 In den Ausstellungshallen in Essen-Rüttenscheid, von 18.00 bis 19.15 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung soll laut Polizeibericht "sehr rege besucht" gewesen sein, davon etwa 3.000 bis 3.500 "auswärtige Besucher"; der VB-Bericht spricht von etwa 14.000 Teilnehmern.
Hitler sprach anläßlich des 2. Gauparteitages des Gaues Ruhr, der am 23./24.4.1927 in Essen stattfand und zu dem zahlreiche Ortsgruppen aus dem Ruhrgebiet angereist waren. Entgegen Presseberichten war Hitler laut Polizeibericht erst am 24.4.1927 vormittags in Essen eingetroffen. Am Vormittag hatten bereits eine Versammlung im Städtischen Saalbau mit Graf zu Reventlow und Goebbels als Rednern und ein Demonstrationszug durch Essen in Anwesenheit Hitlers stattgefunden. Während des Gauparteitages kam es mehrfach zu z. T. gewalttätigen Zusammenstößen zwischen NSDAP-Mitgliedern und Kommunisten.

2 Vgl. auch Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 25.4.1927 (MA), "Der Ruhrgautag der Nationalsozialisten"; VB vom 26.4.1927, "Hitler spricht vor 14.000"; VB vom 28.4.1927, "Der Aufmarsch des Nationalsozialismus in Essen"; VB vom 29.4.1927, "Zweiter Gauparteitag des Gaues Ruhr der N.S.D.A.P. in Essen". Sowie Polizeipräsident von Essen an Regierungspräsident in Düsseldorf vom 3.5.1927; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809.
Zum Programmablauf vgl. die Broschüre: "Freiheit der Arbeit. Zum 2. Parteitag des Gaues Ruhr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei", o. O. 1927, S. 22 f. und VB vom 22.4.1927, "Gau-Parteitag Ruhr". Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Essener Allgemeine Zeitung vom 24.4.1927, "2. Parteitag des Ruhrgaues der Nationalsozialisten"; Fränkischer Kurier vom 25.4.1927, "Parteitag der Nationalsozialisten in Essen"; Westfälischer Kämpfer vom 25.4.1927, "Hitler-Banditen in Essen"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 26.4.1927, "Verantwortung"; Westfälischer Kämpfer vom 26.4.1927, "Lächerliches und Ernstes von der Essener Hakenkreuzlerei". Sowie Bericht des Polizeipräsidenten von Essen vom 26.4.1927; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809. Chronik der Stadt Essen 1927, S. 117 f.; Stadtarchiv Essen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen untersucht Hitler, weshalb es dem Bürgertum nicht gelungen ist, die Massen zum Nationalismus zu gewinnen. Weder die deutsche Intelligenz, noch die deutsche Handarbeiterschaft könnten gegeneinander regieren. Die sozialistische Lehre müsse in ihrer Form Millionen Menschen abstoßen. Der Redner wirft dann einen Rückblick auf die Entwicklung des Sozialismus, der schließlich von Marx an eine internationale Bewegung zur Vertretung internationaler Börsen- und Bankinteressen geworden sei. Niemals habe das deutsche Volk weniger regiert, als seit der Zeit, in der man behaupte, daß es sich selbst regiere. Sinnlos seien die Gedanken von Internationalismus, Demokratie und Pazifismus. Eine Besserung könne nur eintreten, wenn der Staat eine Konstruktion erhalte, die gestattet, die fähigsten Köpfe langsam, aber sicher, zu dominierenden Stellungen emporzubringen. Die Nationalsozialisten wollten nicht den Kampf im Innern, sondern Gemeinschaft, um nach außen kräftig zu sein, denn Freiheit müsse *erkämpft* werden. Wenn die Parteien nicht vermöchten, das deutsche Volk zu einigen, dann müsse eine neue Bewegung an ihre Stelle treten, die die deutsche Intelligenz und die Handarbeiter einander nahe bringt. Das sei die große *Mission* der nationalsozialistischen Bewegung.

26. April 1927 — Dok. 111
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hattingen [1]

Hattinger Zeitung vom 29.4.1927, "Eingesandt. Adolf Hitler in Hattingen" [2].

In eindrucksvoller, überzeugender Weise schildert Hitler die Fehler der heutigen Außenpolitik und zeigt die Wege, die das deutsche Volk zu gehen hat, um wieder frei zu werden, um den Raum zu erhalten, den ein zukünftiges 100-Millionenvolk zum Leben nötig hat. Dann wandte sich Hitler noch ganz besonders der Tiroler Frage zu, die von den Gegnern der Nationalsozialisten gegen die[*se*] in scheinheiliger und erbärmlicher Weise auszuschlachten versucht wird. Auffallend sei, so fährt Hitler fort, daß gerade diejenigen, die nicht schnell genug ihre Unterschrift unter das Versailler Verzichtsdokument setzen konnten, heute am lautesten schreien über Vergewaltigung der von ihnen selbst an die Feinde verratenen deutschen Volksgenossen in Tirol. Während sich diese Heuchler nicht im geringsten um das Elend der im Osten und Westen unter fremder Knute leidenden Millionen Deutscher kümmern, trieft ihr international eingestellter Blätterwald wie die Münchner N[*euesten*] N[*achrichten*], die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt, der Vorwärts, das Ruhr-Echo usw. von scheinheiligem Mitleid mit 170-200.000 Volksgenossen in Tirol. Warum: wir Nationalsozialisten wissen es. Mussolini, der ihnen ein Dorn im Auge ist, weil er sein eigenes Volk von den Skla-

1 Im Böttcherschen Saal, nach 21.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde vom Ortsgruppenleiter Rudolf Wasserlos geleitet.
2 Vgl. auch VB vom 10.5.1927, "Adolf Hitler in Hattingen".

venketten der internationalen Börsenmacht freizumachen sucht, ihn wollen sie treffen. Die armen deutschen Volksgenossen in Tirol, mit denen uns Nationalsozialisten ehrliches Mitleid verbindet, sind diesen Staatsangehörigen nur ein Vorwand für ihre Ziele, ihren Machthunger.

27. April 1927 Dok. 112
"Führer und Masse" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 29.4.1927 (Mittagsausgabe), "'Führer und Masse'. Ein Vortrag Hitlers im Essener Saalbau" [3].

Der Vortrag bot insofern eine Überraschung, als der Vortragende [*Hitler*], bekanntlich ein begnadetes, rednerisches Talent, dabei u. a. Gelegenheit nahm, einen längeren Teil seiner Ausführungen der *Bedeutung und dem Wesen des Volksredners als Massenführer in der heutigen Zeit* zu widmen. Hitler sieht auch in dem ungebildeten Massenredner, wie ihn beispielsweise die marxistischen Parteien in der Versammlungsagitation verwenden, der nur ausgesprochen demagogische Geschäfte betreibt, einen Führer, weil solch ein Mann vermöge seiner, der Masse nachkommenden Ideologie und Terminologie auf seine Zuhörerschaft Einfluß gewinnt. Hitler hält diese Art von Leuten für Demagogen im wirklichen Sinne des Wortes, weil sie größtenteils *entgegen* ihrer eigenen Überzeugung aus ihrem beruflichen Lebenserhaltungsdrange heraus die Masse *ver*führen. Er steht auf dem Standpunkt, daß aus der Masse heraus und im täglichen Redekampfe mit der Masse der Massenführer erwachsen müsse, wenn er bei ihr Erfolg haben wolle. Und dies um so mehr, weil die Masse, durch Generationen marxistisch beeinflußt, jedem Nichtmarxisten von vornherein ablehnend gegenübersteht. Die sozialistische Masse will nicht mehr gewonnen werden, weil sie sich in von Jahr zu Jahr fortschreitender Entwicklung von der Anschauungswelt des Bürgertums abwendet und sich zu einem starren, sich selbst genügenden Block zusammenfindet. Hitler steht auf dem Standpunkt, der nicht mehr ohne weiteres zu verwerfen ist, daß die Versuche, diese Kluft zwischen dem bürgerlichen und dem marxistischen Volksteil zu überbrücken, vergebene Liebesmühe der bürgerlichen Seite sind, weil die andere Seite sie nicht überbrückt haben *will* und in ihrer Abschließung jetzt bereits auf einem Standpunkt angekommen ist, bei dem sie die bürgerliche Begriffswelt nicht mehr versteht. Dagegen müsse eine neue Idee den Ab-

1 Titel laut Rheinisch-Westfälischer Zeitung.

2 Im Kruppsaal des Städtischen Saalbaus. An der geschlossenen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 200 (Rheinisch-Westfälische Zeitung: 400) geladene Gäste aus Politik und Wirtschaft teil. Der Vortrag Hitlers soll etwa 2 1/2 Stunden gedauert haben.

3 Nachdruck: VB vom 3.5.1927, "Führer und Masse". Vgl. auch Westfälischer Kämpfer vom 29.4.1927, "Industrie und Hakenkreuz"; VB vom 29.4.1927, "Hitler vor den Wirtschaftsführern des Ruhrgebietes". Sowie Polizeipräsident von Essen an Regierungspräsident in Düsseldorf vom 3.5.1927; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16809.

grund gewissermaßen von unten auf- und ausfüllen, eine Idee, die beiden Teilen, Bürgertum und Proletariertum, verständlich sei. Diese Idee sieht Hitler in der nationalsozialistischen, in der These, daß *Nationalismus und Sozialismus, richtig verstanden, sehr wohl auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.* In der nationalsozialistischen Idee werde der Nationalismus definiert als der Gedanke von der Hingabe des einzelnen an das Ganze, damit das Ganze dem einzelnen wieder zu dienen vermöge, und Sozialismus als die Hingabe des Ganzen für den einzelnen, damit der einzelne wieder dem Ganzen zu dienen vermöge. In dieser Wechselwirkung betrachtet, seien richtig verstandener Nationalismus und Sozialismus dasselbe, und alles Trennende, das man heute an ihnen entdecke, sei mit Absicht hinzugesetztes Beiwerk. Um dem Führer zu ermöglichen, dieses Programm an die Masse heranzutragen, müsse man von ihm die *höchste Einschätzung der Masse,* und von der empfangenden Masse wiederum die *höchste Einschätzung der Autorität der Person* verlangen. Diese Grundsätze seien für die nationalsozialistische Bewegung ebenso tragend, wie sie es in der Organisation der Kirche und des alten deutschen Heeres, und aber auch der sozialdemokratischen Partei wären. Auf ihnen beruhe das Geheimnis des Verhältnisses von "Führer und Masse". [4]

4 Folgt abschließender Kommentar.

1. Mai 1927 Dok. 113
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

VB vom 5.5.1927, "'Herr, laß uns nicht feige sein'" [2].

Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich mit jenen sogenannten Tagesfragen beschäftige, die besonders von den Leitern unserer derzeitigen Politik mit Vorliebe in den Vordergrund geschoben werden, weil im Rahmen der Behandlung dieser Tagesfragen die gesamte Aufmerksamkeit des Volkes nur zu leicht von den wirklich großen Problemen seines Daseinskampfes abgelenkt werden kann. Wir haben nicht die Absicht, uns mit den Tagesfragen zu beschäftigen, weil wir wissen, daß diese Dinge jetzt, morgen, übermorgen, in einem Jahr oder auch in zehn Jahren ihre Erledigung finden werden, *sondern weil wir wissen, daß die Erledigung eine um so bessere sein kann, je mehr Kraft eines Volkes, wirklich große Probleme zu lösen, vorhanden sein wird. Als ohnmächtiges Volk wird das deutsche Volk nach aller Voraussicht in absehbarer Zeit seine Stellung restlos verlieren,* wird dieses Volk unter der Erdoberfläche verschwinden, vergehen. Und diese Schicksalsfrage ist der Ausgangspunkt unserer nationalsozialistischen Auffassung, unsere Weltanschauung und auch unsere nationalsozialistische Lehre. Wir müssen versuchen, die wirklichen, einzigen und ehernen Grundlagen des Lebens eines Volkes herauszuschälen, und da stoßen wir bei der Untersuchung auf eine einzige Frage, *nämlich: in welchem Verhältnis steht die Zahl eines Volkes zu dem Boden, auf dem es sich befindet?*

Ist der Boden, auf dem sich ein Volk befindet, in der Lage, die Gesamtzahl eines Volkes nicht nur zur Zeit zu erhalten, sondern auch eine weitere Vermehrung dieses Volkes zu gestatten, oder ist das Verhältnis zwischen dem Boden und der Volkszahl ein unmögliches und ist auf Grund dieses Verhältnisses mit mathematischer Sicherheit vorauszusagen, daß entweder schon heute oder zum mindesten in Zukunft dieses Volk sein Dasein auf diesem Boden nicht mehr wird erhalten können? Dieses Problem ist von ungeheurer Wichtigkeit. Keine Partei, keine Regierung, keine Regierungsform, aber auch keine weltanschauliche Bildung kann darüber hinwegkommen. Man kann unter Umständen mit dogmatischen Fragen und Theorien die Aufmerksamkeit eines Volkes teil-

1 Im Konzerthaus "Clou", von 11.00 bis 14.00 Uhr. Die geschlossene Versammlung anläßlich der Maifeier des Gaues Berlin-Brandenburg, an der laut VB etwa 5.000 Personen teilnahmen, wurde von Kurt Daluege, SA-Führer und stellvertretender Gauleiter, geleitet. Vor Hitler sprach Joseph Goebbels über das Redeverbot für Hitler in Preußen.

2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 1.5.1927 (MA), "Die heutigen Maifeiern"; Der Berliner Bär vom 2.5.1927, "Hitler spricht in Berlin"; Berliner Tageblatt vom 2.5.1927 (AA), "Der 1. Mai in Berlin und im Reich"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2.5.1927 (AA), "Hitler in Berlin"; Preußische Zeitung vom 2.5.1927 (AA), "Hitler in Berlin"; Tägliche Rundschau vom 2.5.1927 (AA), "Die erste Rede Adolf Hitlers in Berlin"; Vossische Zeitung vom 2.5.1927 (AA), "Hitler und die 12 Ehrenwerten"; Deutsche Zeitung vom 3.5.1927, "Adolf Hitlers Rede in Berlin"; Fränkischer Kurier vom 3.5.1927, "Hitlerversammlung in Berlin"; Der Tag vom 3.5.1927, "Hitlers erste Rede in Berlin"; VB vom 3.5.1927, "5000 Berliner Nationalsozialisten fordern Redefreiheit für Adolf Hitler in Preußen"; VB vom 4.5.1927, "Adolf Hitler in Berlin"; VB vom 6.5.1927, "Hitlers Berliner Rede und die Presse"; VB vom 7.5.1927, "Adolf Hitlers Berliner Rede und die Presse". Sowie Auszug aus dem Lagebericht des Polizeipräsidiums Berlin vom April [*sic!*] 1927; StA München, Polizeidirektion München 6759.

weise ablenken, aber hinter all dem steht doch die große Schicksalsfrage, nämlich: *Könnt ihr euch ernähren?* Und trotz aller Parteidogmen und Parteigrundsätze wird die Göttin der Not kommen und an die Tür eines Volkes pochen, das diese Not immer mehr zu spüren bekommen wird. Ein Volk geht langsam an der Nichtbefriedigung dieses Schreies zugrunde, oder es wird versuchen müssen, die Ursache zu beseitigen, die zu diesem Schrei geführt hat.

Eins ist für das deutsche Volk unter diesem Gesichtspunkte die Voraussetzung, nämlich, daß auf dieser Welt die Volkszahl das Veränderliche ist; der Grund und Boden ist bis zuletzt das Gleichbleibende, d. h. in der Gegenwart ist der Grund und Boden dieser Welt begrenzt. Deutschland ist das Vaterland von 62 Millionen Menschen, die vereinigt auf einem Boden von 450.000 Quadratkilometer leben, *eine lächerliche Zahl im Verhältnis zu der Größe der anderen Nationen, die heute auf der Welt sind.* Man merkt dies ganz besonders, wenn man den Globus der Welt betrachtet, auf dem Deutschland vollständig verschwindet. *Leider aber hat die große Masse unseres deutschen Volkes nicht die logische Einsicht, um daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.* Es zieht statt dessen vor, gewissen Phantomen nachzujagen. Dabei kann in kurzer Zeit diese Volkszahl steigen, sie kann vielleicht 68 Millionen, 70 Millionen betragen, die Grundfläche bleibt trotzdem die gleiche. Das Ergebnis dieses Prozesses muß sein, *eine Verminderung der Menschen, oder eine Erhöhung bzw. Vermehrung der Grundfläche.* Letzteres muß man heute [*her*]ausstreichen. Aber auch das erstere wird vollkommen aufgesaugt von der natürlichen Steigerung des Bedarfs des einzelnen Menschen. Die Menschen bleiben gleich in ihren Bedürfnissen, ja, die Bedürfnisse werden sogar steigen, so daß auch das Doppelte des ertragreichen Bodens eines Tages nicht ausreicht, um für die große Volkszahl die Bedürfnisse befriedigen zu können. Ein Volk kann dann nur versuchen, einen Ausweg zu schaffen zwischen seiner Grundfläche oder seinem Ernährungsreservoir und seiner Volkszahl. Der erste Weg ist der vielleicht am leichtesten erscheinende. Wenn wir den Boden nicht vermehren können, dann vermindern wir die Volkszahl. *Diesen Weg wollen auch einige Parteien Deutschlands, die diese Anpassung der Volkszahl, in Wirklichkeit aber das Fehlen der Grundfläche dadurch durchführen wollen, daß sie die Vermehrung des Volkes langsam zum Stillstand bringen, mithin eine Verminderung der Volkszahl unter Bindung* [*sic!*] *der Vermehrung herbeiführen, andererseits wollen sie diese überschüssigen Menschen aber auch abschieben, also eine vermehrte Auswanderung einleiten.* Erst vor wenigen Wochen hat die "deutsche" Presse triumphierend gemeldet, daß wir jetzt die Erlaubnis bekommen hätten, auch nach Kanada wieder Deutsche herausschicken zu dürfen, und daß tatsächlich bereits die erste Quote erreicht wäre. Man sagte, das sei ein großer sichtbarer Erfolg unserer Außenpolitik. Also bestehen die Erfolge der deutschen Außenpolitik darin, daß unser *bestes Menschenmaterial aus Deutschland herausgejagt wird.*

Der andere Weg besteht darin, *den Boden* - und wenn es sein muß unter Kampf - *der Volkszahl anzupassen.* Es ist dies der natürliche Weg, den auch die Vorsehung vorgeschrieben hat, die den Menschen die Welt gegeben hat, *nicht damit sie dort im Pazifismus verkommen,* sondern damit *im ewigen Ringen* miteinander die Kräfte geschützt [sic!] werden, *damit dereinst dem tatkräftigsten und mächtigsten Volke die größte Freiheit zu eigen wird.* - Einige Male ist das deutsche Volk diesen Weg gegangen, als es versuchte, den

Boden zu [*er*]weitern und der Volkszahl anzupassen, das Gebiet südöstlich des Rheines besetzte und dann nordöstlich des Rheines dem deutschen Volk einiges Gebiet erwarb. *Wäre einstmals diese Politik nicht befolgt worden, dann wäre heute unser Volk ein lächerlicher Kleinstaat mit lächerlicher Volkszahl.*

Die heutigen Führer mögen die Tagesfragen wälzen, so viel sie wollen, sie werden immer vor der riesenhaften Schicksalsfrage stehen: Wie löst ihr das Verhältnis zwischen Volk und Boden, wie erneuert ihr das deutsche Volk? Man tut es heute einfach dadurch, indem man das Volk einteilt in die einen, die arbeiten, und die anderen, die stempeln. Die Verantwortlichen aber sind froh, wenn sie im nächsten Monat wieder in die Regierung kommen, was aber in den nächsten 30 Jahren ist, das kümmert sie nicht.

Wir werden nicht eher wieder in unser Schicksal eingreifen können, bis das deutsche Volk wieder einen Machtfaktor darstellt. Wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, worin liegt die Macht eines Volkes, so müssen wir drei Dinge festhalten, die alle Macht bedeuten, *erstens die Macht eines Volkes, die in der Militärkraft beruht; zweitens, wenn ein Volk großen Boden besitzt, liegt auch darin, vom militärischen Standpunkt gesehen, eine Macht, eine bestimmte Kraft;* doch auch das trifft bei uns nicht zu. Es ist jämmerlich, wenn man bedenkt, daß man heute Deutschland in kaum 60 Stunden durchfahren kann, im Flugzeug in kaum 4 bis 5 Stunden von einer Grenze zur anderen fliegen kann. Schließlich gibt es noch ein Drittes, das nicht die Volkszahl, nicht der Grund und Boden, *sondern die innere Stärke eines Volkes, die Energie,* die stählerne Kraft ausmacht. *Diese Volkskraft wird in erster Linie repräsentiert durch die Einheit eines Volkes im Denken und Handeln.* Aber die innere Einheit des Wollens und des Handelns ist leider im deutschen Volk jetzt überhaupt nicht vorhanden.

Heute ist unser Volk in zwei Hälften zerrissen, auf der einen Seite das Bürgertum, auf der anderen Seite die Arbeiterschaft. Das politische Leben spielt sich eigentlich nur innerhalb dieser beiden Gruppen ab, den sogenannten Nationaleingestellten und den Internationaleingestellten. Irgendeine Beziehung verknüpft die beiden Gruppen nicht mehr. Sie verschieben sich dauernd nur noch innerhalb ihrer verschiedenen Schichtungen. Aber die beiden Gruppen selbst entfernen sich immer mehr voneinander. *Die ganze Nation ist im Begriff, sich vollständig aufzulösen in zwei Teile,* von denen der eine auf dem Standpunkt steht, daß, gleichgültig welcher rassigen [*sic!*] Herkunft, welcher Sprache, welcher Volkszugehörigkeit, welcher Staatsangehörigkeit, alle Menschen gleicher Gruppen Brüder sind, während die Mitglieder der anderen Seite, obwohl gleicher Abstammung, als Feinde betrachtet werden. Während die eine Gruppe im wesentlichen die Handarbeiter umfaßt, sind die andern die geistigen, intellektuellen Kopfarbeiter. Und doch müssen sich diese beiden Gruppen verstehen, *denn die eine ist nicht möglich ohne die andere.*

Aber das deutsche Bürgertum hat keinen Eroberungsgedanken mehr, es glaubt selbst nicht mehr ernstlich an einen Sieg für die Zukunft.

Das Schicksal eines Volkes ist das Schicksal jedes einzelnen. Was wir also in erster Linie fordern, ist die Beseitigung aller Tagesfragen. Das ist uns die höchste Tagesfrage. Wir wollen unserm Volk eine neue Weltanschauung geben, auf die jeder sich einstellen kann. *Wenn wir erst gemeinsam den Weg gehen, dann wird die Politik der Tagesfragen ein*

Ende nehmen, und durch Deutschland wird ein Schrei nach Freiheit gehen. Wir wollen nicht Bürger, nicht Proletarier, sondern Deutsche sein im Mutterland Germania und so zum Siege eilen.

Als Frontsoldat habe ich erst den Herrgott gebeten: Herr, laß mich nicht feige sein! *Wie es auch für uns kommen [mag], ob Sieg oder unser Untergang, auch wir wollen für den Kampf, den wir zäh und unerbittlich führen, den Herrgott bitten: Herr, laß uns nicht feige sein!* [3]

2. Mai 1927 Dok. 114
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

VB vom 8./9.5.1927, "Adolf Hitler vor dem Freiheitsbund" [2].

Er [*Hitler*] spricht von Schwarz-Weiß-Rot u[*nd*] Schwarz-Rot-Gold. Von Form und Inhalt und von dem einzigen Maßstab, an dem man die Güte eines Staates messen könne, von der *Bereitwilligkeit* des Volkes, sich für diesen seinen Staat *aufzuopfern*. Er spricht von der Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit und von der Verpflichtung gegenüber der Zukunft, von einer Verpflichtung, die stets Opfer und immer wieder Opfer von uns fordert im Gedenken an die, die viereinhalb Jahre Not und Tod gelitten haben für uns, und an die, die einst nach uns kommen werden und die von uns ein freies Vaterland fordern. [3]

5. Mai 1927 Dok. 115
Erklärung

VB vom 5.5.1927, "Danksagung".

Für die anläßlich meines Geburtstages übermittelten Glückwünsche danke ich auf diesem Wege allen Gratulanten herzlich. Bei der großen Zahl ist es mir leider nicht möglich, jedem einzelnen persönlich zu danken.

gez. *Adolf Hitler*

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und die einstimmige Annahme einer Protestresolution gegen das in Preußen vom 25.9.1925 bis 29.9.1928 bestehende Redeverbot für Hitler.

1 Im Feurich-Saal, abends. Die geschlossene Versammlung, an der laut VB etwa 500 Mitglieder des Freiheitsbundes des Gaues Berlin-Brandenburg teilnahmen, wurde von Joseph Goebbels geleitet. Zu dem von Goebbels geleiteten Freiheitsbund, dessen Ziel die finanzielle Förderung des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg war, vgl. Goebbels-Tagebuch 1925/26, S. 118, Anm. 1.
2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 1.5.1927 (MA), "Die heutigen Maifeiern".
3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. Mai 1927 Dok. 116
"20 Millionen Deutsche zuviel?" [1]
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Stuttgart [2]

Lagebericht W 19 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 18.5.1927; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 318 [3].

Eingangs seiner Ausführungen wandte sich Hitler gegen die Behauptung der "Asphalt-Presse", daß die NSDAP von der Großindustrie finanziert und beschützt werde. Es falle der NSDAP gar nicht ein, von der Industrie sich Unterstützung zu erbitten, denn man kenne diese Herrschaften viel zu gut, um sich näher mit ihnen einzulassen. Hitler erklärte, "wir stehen den politischen Zielen der Industrieherrn genau so ablehnend gegenüber wie den Zielen der Marxisten".

Die deutsche Politik habe seit Bestehen einer deutschen Nation hin und her geschwankt, im Gegensatz beispielsweise zu der englischen Politik, die seit 300 Jahren konsequent ein klares, politisches Ziel verfolge, die Befestigung und Ausdehnung der englischen Weltherrschaft. Die deutsche Politik habe noch nie ein klares politisches Ziel gehabt. Die Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes habe zwar von jeher die Regierungen beschäftigt, man habe Anfänge zu einer Kolonisationspolitik gewagt, um die anbaufähige Bodenfläche in ein gesundes Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu bringen, sei aber in den Anfängen stecken geblieben. Das Problem, ein Volk von 65 Millionen zu ernähren mit den Erzeugnissen eines Landes, das nur 45 Millionen Menschen zu ernähren vermag, sei immer brennender geworden. Die Mittel der Auswanderung und der Geburtenregelung, die von manchen Politikern zur Abhilfe empfohlen worden seien, seien nicht geeignet, das Problem zu lösen. Sämtliche politischen Parteien in Deutschland ständen dem Problem hilflos gegenüber. Nachdem Deutschland im Weltkriege eine Niederlage erlitten habe, seien die pazifistischen Strömungen im deutschen Volke, die auf friedlichem Wege, durch Verständigung mit den Feinden Deutschlands, zu einer Sicherstellung der deutschen Zukunft zu kommen hoffen, gestärkt worden. Der Pazifismus habe in allen politischen Parteien in Deutschland, selbst bei den Parteien der Rechten, Eingang gefunden. Führende deutsche Politiker glaubten an einen Verständi-

---

1 Titel laut Lagebericht W 19 vom 18.5.1927.

2 Im Dinckelackersaal, von 20.15 bis etwa 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die am Vorabend des 2. Gauparteitages der württembergischen NSDAP stattfand, wurde von Gauleiter Eugen Munder geleitet. Laut Polizeibericht nahmen etwa 1.900 Personen teil.
Die Sondertagungen (Propaganda, Presse, Jugendarbeit, SA-Führer, Ortsgruppenvertreter) und die Mitgliederversammlung, an der Hitler teilnahm und eine kurze Ansprache hielt, fanden am nächsten Tag im Wullesaal statt. Vgl. Dok. 117. Zum Programmablauf vgl. VB vom 29.4.1927, "Aus der Bewegung".

3 Vgl. auch Schwäbischer Merkur vom 9.5.1927 (MA), "Landesparteitag der Nationalsozialisten"; Schwäbische Tagwacht vom 9.5.1927, "Faschistenrummel in Stuttgart"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 9.5.1927, "Die Hakenkreuzversammlung in Stuttgart"; Süddeutsche Zeitung vom 9.5.1927 (MA), "Nationalsozialistischer Parteitag in Stuttgart"; VB vom 10.5.1927, "Gautag der N.S.D.A.P. in Stuttgart"; VB vom 13.5.1927, "Der Gauparteitag in Stuttgart". Sowie Bericht des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 13.5.1927; BA, Abt. Postdam, RMI 25788. Lagebericht W 18 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 11.5.1927; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 318.

gungsfrieden und konnten ihn predigen, ohne sich lächerlich zu machen. Die Erkenntnis, daß jede Nation Schutz brauche, bewaffneten Schutz durch ein schlagfertiges Heer, habe im heutigen Deutschland in führenden politischen Kreisen kaum noch Boden. Die Welt sei in der Gegenwart völlig aufgeteilt. Sie sei wirtschaftlich fester Besitz. Um sich zu erhalten, müsse also das deutsche Volk auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftreten. Dieser Konkurrenzkampf müsse rücksichtslos durchgeführt werden. Eine Politik, die Auseinandersetzungen mit anderen Völkern ängstlich aus dem Wege gehe, wie beispielsweise die sogenannte Friedenspolitik Wilhelms II., bedeute keine Förderung deutscher Interessen. - Wilhelm II. habe im Jahre 1914 die Quittung für seine Friedenspolitik bekommen. Man spreche viel von einer wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands als Folge des Dawes-Abkommens. In Wirklichkeit sei diese Sanierung keine Sanierung. 3-4 Millionen Arbeitslose [4] belasten die deutsche Wirtschaft und stellen eine ungeheure Gefahr für die Volksmoral dar. Von wirtschaftsfriedlicher Durchdringung des Weltmarktes zu sprechen, sei ein Unsinn, solange Deutschland schutzlos sei. Es habe seine Stellung auf dem Weltmarkt nur so lange behaupten können, wie es als Machtfaktor gegolten habe. Die Feindmächte würden nicht zugeben, daß Deutschland wieder als ernsthafter Konkurrent auftrete, solange es machtlos sei.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den Begriffen "Nationalismus und Sozialismus". Der Nationalismus wolle, daß ein Volk sich seine Lebensbedingungen erkämpfe, der Marxismus habe den Satz aufgestellt: "Jeder soll erhalten, was er braucht." Der Marxismus spreche von Individuum, der Nationalismus erhebe für das ganze Volk den Anspruch zu erhalten, was es brauche. Die Nationalsozialisten haben sich nicht nur diese Forderung zu eigen gemacht, sondern verlangen auch die Aufhebung aller Vorrechte. Dürfe man die heutige Besitzverteilung der Erde als eine rechtmäßig gegebene betrachten? Die Völker hätten sich Grund und Boden im Maßstabe ihrer Übermacht über andere angeeignet. Vom Standpunkt einer höheren Gerechtigkeit müsse man sagen: Jedes Volk verdiene den Besitz an Grund und Boden, den es zu seiner Erhaltung brauche, und den es zu bewirtschaften in der Lage sei. Der Sozialismus finde sowohl im Leben der Völker, als auch im Leben der einzelnen seine Grenze an dem gesunden und naturgemäßen, an dem heiligen Egoismus. Kein Sozialist könne anerkennen, daß der heutige Zustand, bei dem beispielsweise das russische Volk im Verhältnis seiner Einwohnerzahl zu seiner Bodenfläche 18mal so viel Bodenfläche besitze als das deutsche Volk, ein gerechter und unantastbarer Zustand sei. Tatsächlich geben die Sozialisten dies aber nicht zu und negieren damit das Lebensrecht des eigenen Volkes. Die Nationalsozialisten ständen dagegen auf dem Standpunkt, jedem Volk müsse das Recht zugestanden werden zu nehmen, was es brauche, um leben zu können, und so viel es eben nehmen könne. Was Deutschland brauche, sei nichts anderes als Macht. Die Macht eines Volkes sei weniger in seiner Bevölkerungszahl als vielmehr in seiner inneren Kraft begründet. Es sei das Verhängnis Deutschlands, daß es ihm an innerer Kraft fehle infolge politischer Zersplitterung und Uneinigkeit. Die deutsche Kraft reibe sich in inneren Kämpfen auf, nach außen fehle jedes Machtmittel. Die politischen Parteien rechts und links sper-

4 Im Jahr 1927 betrug die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich durchschnittlich 1,312 Millionen. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Band III, S. 119 f.

ren sich gegen jede Politik, die einen Zuwachs an Boden zum Ziel habe. Die offizielle deutsche Außenpolitik werde vom Marxismus beherrscht. In der Innenpolitik ständen sich zwei feindliche Lager gegenüber, die klassenkämpferisch orientierten Parteien sozialistischer Richtung und die des Bürgertums. Ein Sieg der einen Richtung über die andere sei unmöglich, darum sei der innerpolitische Kampf in Deutschland unsinnig. Die Frage sei vielmehr: "Soll Deutschland ein Herrenvolk oder ein Volk von Knechten sein?" Ein Herrenvolk dürfe aber unter sich selbst keine Knechtschaft dulden. Der Sozialismus habe seine Ohnmacht bewiesen. Seine Parole: "Alle Räder stehen still" sei in ihr Gegenteil verkehrt worden, man rufe verzweifelt nach Arbeit. Weder die Marxisten, noch das deutsche Bürgertum würden je eine deutsche Volksgemeinschaft herbeizuführen imstande sein, sie seien in ihren Parteidoktrinen verhärtet. Deutschland sei weniger deshalb ohnmächtig, weil es waffenlos, als weil es willenlos sei. Dem deutschen Volk fehle nichts als der Wille zur Macht. Statt aber diesen Willen hervorzurufen, beschäftige man sich mit der Lösung der Dawesfragen. Die ganze deutsche Politik drehe sich um die Frage: "Wie können wir erfüllen?" 70 Jahre parteipolitischer Arbeit hätten dazu geführt, daß die feindlichen Lager innerhalb Deutschlands sich immer weiter voneinander entfernen, daß der parteipolitische Terror immer stärker in Erscheinung trete. Auch der Bund Stahlhelm sei dazu übergegangen, in den Betrieben durch Terror seine Anhängerschaft zu verstärken. Das Wort "national" sei in der Tagespolitik ein leerer Begriff geworden. Wie viele Deutsche empfänden die Zugehörigkeit zu ihrer Nation noch als Verpflichtung zur Mitarbeit am Wohl der Nation, als Verpflichtung zu persönlichen Opfern für den wirtschaftlichen Wiederaufbau? Man höre wohl Proteste, aber niemand sei bereit, gegen die Bedrücker Deutschlands zu kämpfen. Der deutsche Nationalismus bestehe größtenteils in äußerem Getue, in hohlen "patriotischen" Phrasen. Der Dienst am Volke, die innere Anteilnahme an seinem Geschick, der Einsatz der eigenen Person und jede Form der Opferbereitschaft sei[*en*] aber notwendig, um aus einem Knechtevolk wieder ein Herrenvolk zu machen. Sozialismus und Nationalismus zu einer Mischung zu verbinden, die dem Einheits- und Freiheitsstreben des deutschen Volkes Ziel und Richtung gebe, das sei die Aufgabe der Nationalsozialisten. Die notwendige Bildung einer Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen, wie sie von der NSDAP betrieben werde, könne wohl durch Verbote marxistischer Minister gestört, aber nicht aufgehalten werden. "Verbote sind uns ein Beweis, daß man uns fürchtet."

Der Redner sprach über große Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung im Ruhrgebiet. Der NSDAP gehöre die Zukunft, weil sie den Klassenkampf verwerfe und die Einheit des deutschen Volkes herbeiführen werde. Die NSDAP sei die Partei des deutschen Volkes, die Partei der Arbeiter des Geistes und der Faust. Der Kampf der NSDAP sei auf lange Sicht eingestellt. Es sei damit zu rechnen, daß die Behörden versuchen, den Vormarsch der Partei durch Verbote zu stören; umso sicherer sei der Sieg. Hitler schloß seine Rede mit den Worten: "Wenn die Dawespolitiker am Ende ihres Lateins sein werden, dann wird das Hakenkreuzbanner die Führung in Deutschland übernehmen. Die Bewegung wird wachsen, bis keine Macht der Welt sie zerbrechen

kann. Der Tag wird kommen, wo unser Wille und kaltes Eisen die Not des deutschen Volkes endlich bricht."[5]

8. Mai 1927 Dok. 117
"Der Nationalsozialismus marschiert"[1]
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Stuttgart[2]

Lagebericht W 19 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 18.5.1927; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 318[3].

Hitler, der nur kurz sprach, machte u. a. die nicht ganz zutreffende Bemerkung, daß von allen Regierungen in Deutschland allein die württembergische niemals ihm, Hitler, und der Partei das Recht jedes Staatsbürgers auf öffentliches Auftreten, Redefreiheit usw. verkürzt oder gar aufgehoben habe[4]. Die nationalsozialistische Bewegung habe in den letzten Jahren in ganz Deutschland starke Fortschritte gemacht. Trotz oder vielleicht wegen der Unterdrückungsversuche der Bewegung, wie sie neuerdings wieder in Berlin unternommen worden seien[5], stehe die Partei fester als je. Wenn auch die Form zer-

5 Folgt Bericht über die anschließende Rede Joseph Goebbels', der über das Thema "Die verlorene Revolution" sprach, und über den weiteren Verlauf des Gauparteitages.

1 Titel laut Lagebericht W 19 vom 18.5.1927.

2 Im Wullesaal, nach 9.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde vom NSDAP-Bezirksleiter Müller aus Ebingen geleitet. Vor Hitler sprachen der Gauleiter Eugen Munder über die Entwicklung der NSDAP in Württemberg und Joseph Goebbels ebenfalls über das Thema "Der Nationalsozialismus marschiert". Zuvor hatten Sondertagungen zu den Themen Propaganda, Presse, Jugendarbeit, SA-Führer und Ortsgruppenvertreter stattgefunden. Zum Programmablauf vgl. VB vom 29.4.1927, "Aus der Bewegung".
Anschließend veranstaltete die NSDAP in Anwesenheit Hitlers einen Demonstrationszug durch die Stadt, an dem laut Polizeibericht etwa 780 Personen teilnahmen und der von Mitgliedern der KPD und des Roten Frontkämpferbundes durch Rufe gestört wurde. Eine öffentliche Versammlung auf dem Marktplatz war vom Polizeipräsidium Stuttgart verboten worden. Laut Polizeibericht nahmen am Gauparteitag selbst etwa 800 Personen teil. Zum 2. Gauparteitag der württembergischen NSDAP vgl. auch Dok. 116.

3 Vgl. auch Schwäbischer Merkur vom 9.5.1927 (MA), "Landesparteitag der Nationalsozialisten"; Schwäbische Tagwacht vom 9.5.1927, "Faschistenrummel in Stuttgart"; Süddeutsche Arbeiter-Zeitung vom 9.5.1927, "Die Hakenkreuzversammlung in Stuttgart"; Süddeutsche Zeitung vom 9.5.1927 (MA), "Nationalsozialistischer Parteitag in Stuttgart"; VB vom 10.5.1927, "Gautag der N.S.D.A.P. in Stuttgart"; VB vom 13.5.1927, "Der Gauparteitag in Stuttgart". Sowie Bericht des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 13.5.1927; BA, Abt. Potsdam, RMI 25788. Lagebericht W 18 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 11.5.1927; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 318.

4 In Württemberg bestand für Hitler kein Redeverbot. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 108.

5 Die Berliner NSDAP war wegen gewalttätiger Ausschreitungen der SA während einer NSDAP-Versammlung im Bezirk Berlin-Mitte am 4.5.1927 bis zum 31.3.1928 verboten worden. Vgl. Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 65 ff.; Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 345.

brochen werde, die Idee lebe weiter und werde siegen. Schließlich, sei es auch erst in Jahrzehnten, werde das Hakenkreuzbanner über ganz Deutschland wehen. [6]

10. Mai 1927 Dok. 118
Anordnung

VB vom 13.5.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Die Ortsgruppe *Neuses* bei Koburg [*sic!*] schließe ich hiemit auf Grund des § 4, Abs. 3 b und c der Satzungen vom 22. Mai 1926 [2] aus der N.S.D.A.P. aus [3].

München, den 10. Mai 1927

Adolf Hitler

11. Mai 1927 Dok. 119
"Südtirol und der jüdische Patriotenschwindel" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

VB vom 19.5.1927, "Adolf Hitler in Nürnberg" [3].

Ausgehend von dem großen *Kesseltreiben*, das zur Zeit in ganz Deutschland gegen den "toten" Nationalsozialismus veranstaltet wird, gab er [*Hitler*] seiner Freude über die

6 Folgt abschließender Kommentar.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 14.5.1927, "Aus der Bewegung".
2 § 4 Abs. 3 b und c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung 3 Monate im Verzug geblieben sind und c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Vgl. Bd. I, Dok. 146.
3 Zum Ausschluß der Ortsgruppe vgl. Hambrecht, Aufstieg, S. 105.

1 Titel laut verspäteter Ankündigung im VB vom 12.5.1927.
2 Im Kolosseum, von 20.30 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 850 Personen teilnahmen, wurde von Karl Holz, dem Schriftleiter des "Stürmer", geleitet. Vor Hitler sprach Julius Streicher. Zu Beginn der Versammlung, die wegen des hohen Eintrittspreises von einer Reichsmark Proteste hervorgerufen hatte, war der Saal erst zur Hälfte mit etwa 450 Personen gefüllt.
3 Vgl. auch Abend-Kurier vom 12.5.1927, "Adolf Hitler über 'Wir und Italien'"; Fränkischer Kurier vom 13.5.1927, "Adolf Hitler über 'Wir und Italien'"; Nürnberger Zeitung - NZ am Mittag vom 13.5.1927, "Hitler bei den Nationalsozialisten"; VB vom 13.5.1927, "Hitler in Nürnberg". Sowie Polizeibericht, o. D.; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739. Lagebericht Nr. 112/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 2.7.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

Tage der Prüfung Ausdruck, die unserer jungen Bewegung durch eine ebenso niederträchtige wie feige und verlogene Gegnerschaft bereitet werden. Die barbarischen Gerichtsurteile über die Vorkämpfer des kommenden Deutschland beweisen im Zusammenhalt [*sic!*] mit der äußerst milden Bestrafung von Beleidigungsdelikten *der Gegner*, daß wir heute *zweierlei Recht haben*[4]. *Die einen haben die Ehre, den heutigen Staat repräsentieren, und die anderen, für den kommenden Staat kämpfen zu dürfen.*

Auch auf dem Gebiete der *Außenpolitik* gehe es nicht mehr um die *Rechte der Volksgemeinschaft*, sondern um die Sonderinteressen bestimmter Parteigruppen und Einzelpersonen. Die Nichtbeachtung der Grundwahrheit, daß eine *Außenpolitik* nur dann gesund ist, wenn sie ständig darauf bedacht ist, das *Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Bodenfläche zu korrigieren*, führte bei der Regelung der Verhältnisse zu den umliegenden Völkern zu verhängnisvollen Fehlern. Als der Weltkrieg kam, wußte man daher nicht einmal, wofür man kämpfte. Man hat aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt und betreibt nach wie vor eine ideologische Außenpolitik. Man sucht Verständigung mit dem *Erbfeind, dem Franzosen*, obwohl dieser naturnotwendig ein Interesse daran haben *muß*, uns schwach und unfrei zu sehen. Man predigt auch Annäherung an *Sowjetrußland*, das von einer *internationalen Gaunergesellschaft* regiert wird. Eine solche Vereinigung als Vertragskontrahenten anzusehen, das bringt höchstens wieder ein Gauner fertig.

In Europa gibt es nur zwei Staaten, die auf Grund eigenster Lebensnotwendigkeiten sich gegen den Erbfeind Deutschlands stellen müssen, *Italien und England*. Es gibt Leute, die mißgünstig das Erwachen des italienischen Selbstbewußtseins verfolgen. In Wirklichkeit müßten wir Gott auf den Knien danken, wenn er die Italiener zu einem einzigen Volk von Imperialisten machen würde; denn ein *imperialistisches Italien* müßte

4 Laut Polizeibericht nannte Hitler folgende Prozesse:
1. den Prozeß gegen mehrere Angestellte der Mologa-Holzindustrie AG, die wegen Bestechung angeklagt waren. Die Mologa war ein im Rahmen des Rapallo-Vertrages geschaffenes deutsches Konzessionsunternehmen in der Sowjetunion, das im Mai 1927 nach mehrmals gewährten Unterstützungskrediten durch die deutsche Regierung liquidiert werden mußte. Die Angeklagten wurden am 5.4.1927 zu Geld- und mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 6.4.1927, "Die Mologa"; Münchener Post vom 7.4.1927, "Mologa". Sowie Jürgen Bellers, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik, Münster 1988, S. 252 f.
2. den Beleidigungsprozeß Gustav Stresemanns gegen den Plauener Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller, der Stresemann beschuldigt hatte, die von Paul Litwin geleitete Deutsche Evaporator AG - deren Aufsichtsratsmitglied Stresemann war - bei einem Wirtschaftsvergehen gedeckt zu haben. Müller war am 11.4.1927 zu einer Geldstrafe von 10.000 RM verurteilt worden. Vgl. Hans W. Gatzke, Stresemann und Litwin, in: VfZ 5 (1957), S. 77 f.
3. den Beleidigungsprozeß Hitlers gegen den Redakteur der "Apoldaer Volkszeitung" Johannes Müller, der einen im Januar 1926 erschienenen Artikel mit der Überschrift "Hitler als wirklich Meineidiger" über das gegen Hitler eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Meineids verfaßt hatte. Müller war am 22.4.1927 zu einer Geldstrafe von 75 RM verurteilt worden. Hitler hatte sich in der Gerichtsverhandlung durch Rechtsanwalt Dr. Hagenberg vertreten lassen. Vgl. Apoldaer Volkszeitung vom 23.4.1927, "Der Hitler-Prozeß in Apolda"; Jenaer Volksblatt vom 23.4.1927, "Ein Hitler-Prozeß in Apolda"; VB vom 4.5.1927, "Rechtsschutz für Stresemann und Rechtsschutz für Hitler"; Der Nationalsozialist, Folge 18 vom Mai 1927, "Hitlerprozeß in Apolda".
4. den Beleidigungsprozeß Hitlers gegen Domkapitular Georg Sponsel am 29.7.1926 und 8.2.1927 in Ansbach. Vgl. Dok. 147.

den *deutschen Erbfeind, Frankreich,* zerschlagen. Und nun kommt der Spießer und sagt: "Wir können doch nicht auf Südtirol verzichten." Derselbe Spießer, der *für die Unterzeichner von St. Germain und Versailles* heute noch seinen *Stimmzettel abgibt. Damals, als wir Nationalsozialisten allein protestierten, da verkroch sich der Spießer und verzichtete.* Und heute will er Deutschland mit papierenen Protesten retten. Wer Südtirol haben will, der muß es erobern. Dazu ist jetzt aber nicht die Zeit, solange das Mutterland in Unfreiheit schmachtet [5].

Wer sind denn die Zeitungen, die so laut protestieren?

Die *Frankfurter Zeitung*, das *Berliner Tageblatt*, die *Münchner Neuesten* [*Nachrichten*]. Hier zeigt sich der *jüdisch-infernalische* Haß gegen diejenigen, die sich der *jüdischen Börsen- und Freimaurerdiktatur* nicht beugen wollen. Er will, daß das deutsche Volk auf der falschen Front kämpfe. Wir empfinden ein Solidaritätsgefühl für den, der sich gegen die jüdischen Bedrücker stemmt. *Wir machen Politik auf den Fall des Ernstes hin, und die anderen, damit es niemals Ernst wird.* Man pendelt hin und her zwischen Protesten und Ergebenheitstelegrammen, wie der Fall *Scharnagl* [6] beweist. Wir dienen den Brüdern in Südtirol nicht, wenn wir sie in den Gedanken einlullen, daß sie jetzt von uns Hilfe erhalten. Unser Rezept ist: *Wiedergewinnung der Macht des Mutterlandes und Überbrückung der Kluft im deutschen Volk.*

Der Same unserer Idee ist schon zu weit hinausgegangen, als daß ein kleines Ministerlein [7] uns noch zerbrechen könnte. Unser Adler setzt erst zum Fluge an. Es wird

---

5 Ergänzend berichtet der Fränkische Kurier: "Südtirol habe etwa 170.000 deutsche Bewohner. (In Wirklichkeit sind es 250.000. Die Schriftltg.) Darunter seien etwa 30.000 militärdiensttaugliche Männer, und unter diesen wieder 10.000 (!) Kämpfer erster Güte. Ohne Kampf wäre Südtirol nicht zurückzugewinnen, der Kampf aber würde uns mindestens 300.000 bis 400.000 Kämpfer erster Güte kosten, und dabei wäre durch die Wiedergewinnung Südtirols die Ernährungsfrage doch nicht gelöst. Der Ruf nach Wiedergewinnung Südtirols gehe ja auch nur von Leuten aus, die uns deshalb mit Italien verfeinden möchten, weil Italien der einzige Staat sei, der sich der jüdischen Diktatur nicht beuge, von Leuten, die für das 'deutsche Leid' am Rhein und an der Ruhr und in Polen und im Innern Deutschlands selbst kein Wort der Entrüstung fänden, von Leuten, die nur ihre Gruppeninteressen verfolgten, und von Leuten, die nur in der Etappe 'bellen' könnten. Insbesondere der Andreas-Hofer-Bund bestehe aus den Nachkommen jener Leute, die einst Andreas Hofer gefangen genommen und an die Franzosen ausgeliefert hätten. Die Südtiroler müßten selbst einsehen, daß sie hinter dem Schicksal des Gesamtvolkes zurückstehen und die Brücke zwischen Deutschland und Italien bilden müßten." Vgl. auch die Stellungnahme des Andreas-Hofer-Bundes, Hauptgruppe Nordbayern zur Nürnberger Rede Hitlers, in: Fränkischer Kurier vom 13.5.1927, "Erklärung". Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 9.4.1927, "Tiroler gegen Hitler".

6 Karl Scharnagl (1881-1963), Bäckermeister, 1911-1918 und 1919-1932 MdL in Bayern (Zentrum, ab 1919 BVP), 1919-1925 Stadtrat in München, 1925-1933 Oberbürgermeister von München, 1945-1948 Oberbürgermeister von München.
Scharnagl war vom 2.-5.5.1927 mit einer Delegation aus Vertretern der Wirtschaft, Industrie und Kultur nach Mailand gereist. Das von ihm und dem Mailänder Bürgermeister Ernesto Belloni verfaßte Telegramm an Mussolini gibt der VB-Bericht folgendermaßen wieder: "München und Mailand, zusammen vereint, senden nach einem glücklich gelungenen Fluge über die Alpen Eurer Exzellenz den Ausdruck der Ergebenheit." VB vom 4.5.1927, "Ein neuer Flug München-Mailand". Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 3.5.1927, "München - Mailand im Flugzeug"; VB vom 5.5.1927, "Die 'M.N.N.' verraten Südtirol".

7 Der preußische Innenminister Albert Grzesinski hatte das Verbot der NSDAP im Raum Groß-Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928 verfügt. Vgl. Heiber, Goebbels, S. 65.

noch einmal die Zeit kommen, da wird Schluß gemacht werden mit den Protesten, mit dem Bellen und Zerren an der Kette. *Erst wenn wir auf eigenem Boden freie Herren sind, erst dann wird die letzte Kette der Knechtschaft sinken.* Wir sind nicht Kinder eines Sklavenvolkes, und erst, wenn wir das erkannt haben, sind die Vorbedingungen dafür gegeben, daß wir wieder eine Weltmacht werden, und vom Ausland als eine solche anerkannt werden. [8]

12. Mai 1927 Dok. 120
Schreiben an Constantin Hierl [1]

Masch. Ausfertigung vom 12.5.1927 (Abschrift); BA, NS 26/1374.

Sehr geehrter Herr Oberst!

Zum Schreiben Nr. 164/27 vom 4. d[*e*]s M[*ona*]ts [*4.5.1927*] [2].

Wenn ein Mitglied der Parteileitung, wie Herr G[*enera*]ll[*eutnan*]t a. D. Heinemann, sich in einem parteidienstlichen Schreiben äußert, so ist es selbstverständlich, daß er nicht seine private Meinung, sondern die der Parteileitung zum Ausdruck bringt. Das ist auch im gegebenen Fall geschehen.

Die für die Parteileitung aus mehrfachen Anlässen sich ergebende Tatsache wird mit Ihrer Behauptung der objektiven Unwahrheit nicht aus der Welt geschafft.

Für die Parteileitung besteht kein Anlaß, in eine Erörterung der Einzelfälle und in eine weitere Diskussion über diesen Gegenstand einzutreten.

Mit deutschem Gruß!
gez. Adolf Hitler

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Constantin Hierl (1875-1955), Oberst a. D., 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie in München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II bei der NSDAP-Reichsleitung, 1930-33 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer des Reichsarbeitsdienstes.

2 Hierl hatte im Auftrag der Landesleitung Süd des Tannenberg-Bundes folgendes Schreiben an Hitler gerichtet: "In einem am 14. März [*1927*] an Herrn E[*rich*] Rosikat gerichteten Schreiben der Organisationsabteilung der N.S.D.A.P. stellt Herr General Heinemann die Behauptung auf, daß der Tannenbergbund 'unserer' (d. h. nat[*ional*]soz[*ialistischen*]) Bewegung feindselig gegenübersteht. Diese Behauptung ist eine objektive Unwahrheit. Das Gegenteil ist richtig. Ich wäre der Parteileitung der N.S.D.A.P. dankbar für die Mitteilung, ob sie die Auffassung des Herrn General Heinemann teilt, und auf welche Tatsachen sie sich dabei gegebenenfalls stützt." (BA, NS 26/1374).

12. Mai 1927 Dok. 121
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 14.5.1927, "Protestkundgebung in München" [2].

Adolf Hitler spricht: "Es war zu allen Zeiten der Beweis für das Wachsen einer Bewegung, daß man sie zu unterdrücken versucht. Wir wissen und sind überzeugt, daß die einzige Ursache des Versuches der Unterdrückung unserer nationalsozialistischen Bewegung allein in unserem Wachstum zu finden ist. Und von diesem Wachstum habe ich mich in den letzten Wochen selbst überzeugt. Im Ruhrgebiet, in Berlin, in Württemberg, überall geht es vorwärts.

Dietrich Eckart sagte einst: 'Im tiefen Grunde ist der Jude doch ein dummer Teufel.' Das beweist er uns heute. Es ist nicht leicht, in einer gigantischen Stadt wie Berlin mit 4 1/2 Millionen Menschen [3] sich bemerkbar zu machen. Jahrelang hätten wir Nationalsozialisten arbeiten müssen, bis wir bekannt geworden wären, wenn nicht der dumme Teufel seine gesamte Presse vollkommen gratis in den Dienst unserer Bewegung gestellt hätte. Uns nützt es, weil sie über uns schimpfen. Die Wahrheit dringt doch durch und siegt über die Lüge. Wenn die Judenpresse uns wohl als Teufel hinstellt, so sind wir auch bereit, eine Zeitlang mit der Maske des Teufels zu marschieren. Nicht 500 'Völkische Beobachter' könnten diese Propaganda für uns machen, die die gesamte marxistische und Judenpresse durch Lug und Trug für uns besorgt. Diesen gigantischen Schwindel macht die feige bürgerliche Presse mit, um nur ja nicht unliebsam aufzufallen. Man hat nichts gebracht, daß in Berlin im Verlauf weniger Wochen 40 Nationalsozialisten schwer verwundet wurden, daß wir 2 Tote zu beklagen haben [4], daß beim Stahlhelm-Aufmarsch [5] zahlreiche Frontsoldaten verwundet wurden. Auch die 'M[*ünchner*] N[*euesten*] N[*achrichten*]' haben nichts darüber geschrieben, eigentlich verständlich, denn das spielt sich alles nördlich des Brenner ab. Gerade in der jetzigen Zeit der bittersten Unterdrückung des Deutschtums schweigt diese Presse. Nur dort, wo sie mit Hilfe des Deutschtums ihre undeutschen Geschäfte besorgen kann, nimmt sie sich der Deutschen an.

Überall, wohin wir blicken, finden wir den Terror gegen uns. Er wäre längst nicht mehr da, würde er nicht von der Polizei geschützt werden. Essen [6] und Württemberg [7]

1 Im Bürgerbräukeller, von 22.15 bis 23.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.800 Personen - einem anderen Polizeibericht zufolge 1.500-2.000 Personen - teilnahmen, wurde von Rudolf Buttmann geleitet. Vor Hitler sprach Wilhelm Frick über das am 4.5.1927 erlassene Parteiverbot in Berlin-Brandenburg.

2 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 573, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737. Polizeibericht vom 13.5.1927; ebenda. Lagebericht N/Nr. 57 der Polizeidirektion München vom 9.6.1927; StA Landshut, Rep.168/5, 458.

3 Nach der Volkszählung vom 16.6.1925 lebten in Berlin 4.024.165 Personen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, Berlin 1927, S. 14.

4 Zu den gewalttätigen Zusammenstößen auf Berliner NSDAP-Veranstaltungen im Frühjahr 1927 vgl. Heiber, Goebbels, S. 59 ff.; Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 344 f.

5 Gemeint ist der 8. Frontsoldatentag des Stahlhelms, der am 7./8.5.1927 in Berlin stattgefunden hatte.

6 Am 24.4.1927. Vgl. Dok. 110, Anm. 1.

7 Am 7./8.5. 1927 in Stuttgart. Vgl. Dok. 116 und 117, Anm. 2.

haben es gezeigt, daß dort, wo Polizeikordons gingen, die Roten Mut besaßen. Wo dieser fehlte, herrschte absolute Stille. Staatliche Waffen sind es, die den roten Terror beschützen.

Durch diesen Terror jedoch wird unsere Bewegung stark werden. Menschentum, gegangen durch die Schmiedepresse des Terrors, lebt in unseren Reihen. Das Land der roten Erde ist uns dafür Beweis. Hattingen. Die Grube dort ist in unserer Hand, von 14.000 Einwohnern 1.000 Parteimitglieder. Die Elite des deutschen Arbeitertums ist der Ruhrberg-Arbeiter [*sic!*]. Bei ihm haben wir weitaus die größten Aussichten. In Berlin ist es ebenso.

Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten, ein alter, aber auch heute noch gültiger Grundsatz. Das heutige Deutschland fußt auf dem Boden der Demokratie, und doch wird nirgends die Demokratie so mit Füßen getreten wie in Deutschland. Bald wird niemand mehr in Deutschland an Demokratie glauben. Uns kann es recht sein, wenn der heutige Staat sich selbst sein Fundament untergräbt.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. In Plauen wird ein Mann mit 10.000 Mark bestraft, weil er sagte, daß Stresemann Geschäft und Politik verbinde [8]. In Apolda aber erhält ein marxistischer Redakteur ganze 75 M. Geldstrafe, weil er erklärte, Hitler habe Meineid geschworen [9]. Trotz all dieser Mittel können sie den Nationalsozialismus in seinem Zug nicht aufhalten. Wenn eine Bewegung so gehaßt wird wie unsere, so wissen wir, daß wir den richtigen Weg gehen.

Das nationalsozialistische Gift wird auch der Genosse Braun [10] nicht ausrotten können, wie er glaubt. Sie können unsere S.A.-Kameraden niederschlagen, für den einen springen sechs neue in die Bresche, sie können uns einsperren, verleumden, unterdrücken, unser Recht mit Füßen treten, die nationalsozialistische Idee aber vermögen sie nicht mehr auszurotten, sie ist bereits in hunderttausend Köpfen eingebrannt.

Es ist nicht unsere Art, daß wir zusammensinken, wenn man uns unterdrückt. In der jetzigen, bitteren Zeit unserer Bewegung müssen von jedem Mitglied zehnfache Opfer gebracht werden, muß unermüdliche Arbeit einsetzen. Am Opfersinn unserer Bewegung und der Wahrheit unserer Idee wird jeder polizeiliche Terror zerschellen. Je mehr un-

8 Gemeint ist der Beleidigungsprozeß Gustav Stresemanns gegen den Plauener Rechtsanwalt Dr. Arthur Müller, der Stresemann beschuldigt hatte, die von Paul Litwin geleitete Deutsche Evaporator AG - deren Aufsichtsratsmitglied Stresemann war - bei einem Wirtschaftsvergehen gedeckt zu haben. Müller war am 11.4.1927 zu einer Geldstrafe von 10.000 RM verurteilt worden. Vgl. Gatzke, Stresemann, S. 77 f.

9 Gemeint ist der Beleidigungsprozeß Hitlers gegen den Redakteur der "Apoldaer Volkszeitung" Johannes Müller, der einen im Januar 1926 erschienenen Artikel mit der Überschrift "Hitler als wirklich Meineidiger" über das gegen Hitler eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Meineids verfaßt hatte. Müller war am 22.4.1927 zu einer Geldstrafe von 75 RM verurteilt worden. Hitler hatte sich in der Gerichtsverhandlung durch Rechtsanwalt Dr. Hagenberg vertreten lassen. Vgl. Apoldaer Volkszeitung vom 23.4.1927, "Der Hitler-Prozeß in Apolda"; Jenaer Volksblatt vom 23.4.1927, "Ein Hitler-Prozeß in Apolda"; VB vom 4.5.1927, "Rechtsschutz für Stresemann und Rechtsschutz für Hitler"; Der Nationalsozialist, Folge 18 vom Mai 1927, "Hitlerprozeß in Apolda".

10 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, Nov. 1918 bis April 1921 preuß. Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Feb. 1925, April 1925 bis März 1933 preuß. Ministerpräsident, 1933 Emigration.

sere Mitglieder eine in sich verbundene Gemeinschaft darstellen, desto weniger kann man uns bekämpfen. Eine lebendige Bindung ist nicht zu zerstören. Die Saat, die wir gesät haben, greift um sich. Jeder Gautag, den wir heuer abhalten, ist 3-5fach so groß wie vor einem Jahr, und wenn wir uns heuer auf dem Parteitag in Nürnberg [11] treffen werden, dann werden sie staunen, wie groß und mächtig unsere Bewegung seit einem Jahre geworden ist. Gau um Gau blüht empor, der Nationalsozialismus wird siegen." [12]

13. Mai 1927 — Dok. 122
Anordnung

VB vom 15./16.5.1927, "Bekanntmachung" [1].

Organisation: 1. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen werden künftig neue Ortsgruppen nur anerkannt, wenn sie mindestens 15 Mitglieder aufweisen.

Orte mit weniger als 15 Pg[*g*]. werden künftig der nächsten Ortsgruppe der N.S.D.A.P. angeschlossen, die für die Bestellung eines Vertrauensmannes zu sorgen hat.

Die "Richtlinien" vom 1. Juli 1926 [2] sind auf Seite 1, Abs. 2 entsprechend zu ändern.

2. Ab 1. Juni 1927 wird der Gau *Wien* wieder gebildet.

Gauleiter bis auf weiteres: Pg. Rentmeister [3], Gaugeschäftsstelle: Wien 8, Florianigasse 16.

3. Für den Gau *Kärnten* wird als geschäftsführender stellvertretender Gauleiter mit Wirksamkeit vom 8. d[*e*]s M[*ona*]ts [*8.5.1927*] bestimmt: Pg. Hugo Herzog [4], Rosenbach, Kärnten.

München, den 13. Mai 1927

Adolf Hitler

(In allen Parteiblättern nachzudrucken.)

11 Vom 19. bis 21.8.1927. Vgl. Dok. 161-168.
12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und Abdruck einer einstimmig angenommenen Protestresolution gegen das Parteiverbot in Berlin-Brandenburg und die Auflösung der NSDAP-Ortsgruppen Köln, Koblenz, Wiesdorf, Neuwied und Arenberg.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 17.5.1927, "Aus der Bewegung".
2 Vgl. Dok. 1.
3 Walther Rentmeister (geb. 1894), Apotheker, 1919 Mitbegründer der DNSAP-Ortsgruppe Klagenfurt, 1920 Stadtverordneter in Klagenfurt (DNSAP), 1923-1925 DNSAP-Landesleiter in Kärnten, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1926-1928 Gauleiter von Wien, 1928-1933 Kreisleiter im Viertel unter dem Wiener Wald und Nordburgenland, 1932 MdL in Niederösterreich, 1933 Übersiedelung nach Deutschland aufgrund des Verbots der NSDAP in Österreich, 1934 Abteilungsleiter im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront.
4 Hugo Herzog (1896-1971), Forstbuchhalter, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), Mai bis Aug. 1927 stellv. Gauleiter, 1927-1933 Gauleiter in Kärnten.

15. Mai 1927 Dok. 123
"Parteitag!"
Anordnung

VB vom 18.5.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung" [1].

Es ist eine *Oberste Transportleitung* gebildet worden, die für die Regelung des gesamten An- und Abtransportes der Teilnehmermassen zuständig ist [2]. Zum Leiter ist Pg. v. Pfeffer bestimmt.

München, den 15. Mai 1927

gez. Adolf Hitler

16. Mai 1927 Dok. 124
"Die Münchener Kuhhaut und die Katastrophenpolitik bürgerlich-freimaurerischer Einheitsfronten" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 18. 5. 1927, "Hitlers Abrechnung mit der deutschen Katastrophenpolitik" [3].

Adolf Hitler, mit lautem Beifall begrüßt, bemerkte einleitend, daß die "M[*ünchner*] N[*euesten*] N[*achrichten*]" einem kleinen Blättchen mit dem Titel "*Das dritte Reich*" [4] einen Artikel [5] entnommen habe, der sich mit seinem letzten Auftreten im Zirkus Krone [6] befaßt. Es macht sich besser, wenn der Angriff von außen kommt, und wenn die Quelle etwas völkisch angehaucht ist, wenn man sagen kann: "Aus völkischen Kreisen

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 19.5.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".
2 Für den 3. Reichsparteitag der NSDAP vom 19. bis 21. August 1927 in Nürnberg. Vgl. auch die im VB anschließend abgedruckte Anweisung Franz von Pfeffers zur Organisation des Nürnberger Parteitages und zum Einsatz der Transportleiter.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9918) und Aufruf im VB vom 15./16.5.1927.
2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht gut besucht war, wurde von Karl Fiehler, dem Vorsitzenden der Sektion München-Schwabing, geleitet.
3 Vgl. auch Polizeibericht, o. D. (gez. J. Fink); StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 57 der Polizeidirektion München vom 9.6.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.
4 Die vom Deutschen Schützen- und Wanderbund e.V. und Bund Oberland e.V. herausgegebene Zeitschrift "Das Dritte Reich" war 1923 in Nürnberg gegründet worden. Sie ging 1933 in die von Ernst Niekisch herausgegebene Zeitschrift "Widerstand. Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik" auf.
5 Gemeint ist der von Dr. Otto Leibrecht verfaßte Artikel "Nationalsozialistische Irrtümer", in: Das Dritte Reich, 9. Folge vom Mai 1927 (Ausgabe A). Leibrecht kritisiert darin Hitlers Stellung zu Südtirol. Vgl. auch den auszugsweisen Abdruck des Artikels in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 13.5.1927, "Volkspolitik und Südtirol".
6 Am 13.4.1927. Vgl. Dok. 104.

wird uns geschrieben", oder "Aus Tiroler Kreisen", oder wenn man gar einen Südtiroler findet!

Wir Nationalsozialisten haben uns das Recht herausgenommen, an unserer *Außenpolitik Kritik* zu üben, die seit dem Jahre 1918 nicht genialer geworden ist, als sie es vor dem Jahre 1918 war. Selbst der größte Fanatiker der Republik müßte zugeben, daß ihre Leistungen, am Erfolg gemessen, gleich Null sind. Sie hat ihren schärfsten Kritiker in einem Menschen gefunden, den man vom Podest der "M.N.N." herunter nicht so leicht abtun kann: von Bismarck, der vom Sachsenwald aus an ihr vernichtende Kritik geübt hat. *Die Geschichte hat ihm recht gegeben.* Hitler hat in einer kleinen Schrift [7] den Zweck der Innenpolitik klar und scharf umrissen: Ihre einzige Aufgabe sei, die Waffen zu schmieden für den Freiheitskampf der deutschen Nation, und die Außenpolitik habe die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Innen- und Außenpolitik lassen sich praktisch voneinander nicht trennen. Außenpolitik ist ein Gebiet, an dem jeder einzelne den lebendigsten Anteil nehmen sollte, weil jeder einzelne Staatsbürger die Folgen zu tragen hat. *Jeder Mensch, der heute Abstempeln* [*sic!*] *geht, ist das Opfer unserer Außenpolitik* (Beifall), alle, die ihre Sparguthaben verloren haben, die keine Zukunft mehr sehen, sind das Opfer einer unfähigen Außenpolitik. Aber Kritik allein tut es nicht. Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht nur kritisiert, sondern seit 1920 den Weg gezeigt, der vorgezeichnet ist in ganz natürlichen Entwicklungsgesetzen. Hitler geht nun in die Vergangenheit zurück und vergleicht, was andere Völker in der Wahrung ihrer Interessen geleistet haben, mit der deutschen Außenpolitik, die fortgesetzten Schwankungen unterworfen war.

An der Spitze steht England. Welches ist die Veranlagung der englischen Außenpolitik? Das Streben, *sich zu vermehren.* Es hat nur Sinn, wenn man bereit ist, auch die Bodenfläche zu vermehren. Aus diesem Forterhaltungstrieb resultieren auch die ganzen staatlichen Leistungen.

Hätte der Weiße nie diesen Drang gehabt, dann würde die Welt *vernegert* sein, es gäbe dann keine Amerikanische Union. Das heutige England könnte seine Menschen nicht ernähren. Es hat seine Menschen ununterbrochen behalten durch Eroberung von neuen Territorien. Es ging seit drei Jahrhunderten von dem Grundsatz aus, alle Gebiete wirtschaftlich zu durchdringen und dann militärisch zu erobern - oder umgekehrt. *Hinter den Wirtschaftspionieren stand das Schwert.* Es ist eine Dummheit, zu glauben, der Engländer würde nie zu einem Bluteinsatz bereit sein. Wenn andere hierzu bereit waren, hat man ihnen den Vortritt gelassen. (Heiterkeit.) Der Engländer setzt so viel ein, als notwendig ist, keinen Tropfen mehr und keinen weniger. Er setzt sein Blut ein, wenn es notwendig ist, zehn Jahre lang und länger. Richtig ist das, was den Zweck erfüllt: den Schutz eines gigantischen Weltreiches und dessen Erweiterung. So hat England planmäßig jahrhundertelang die *gleiche* Politik verfolgt: die Balkanisierung Europas.

Wenn wir *Frankreichs* politisches Ziel ansehen, haben wir das gleiche Bild: es ist imperialistisch aus Tradition.

Die französische Mentalität scheint sich mehr auf äußeren Ruhm einzustellen, ihr Ziel: Sicherung der bedrohtesten Grenze *gegen Deutschland.* Deshalb sei das Streben

7 Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem, München 1926. Vgl. Bd. I, Dok. 100.

nach dem Rhein und der Schaffung der deutschen Kleinstaaterei [*sic!*]. Fast der gesamte Weltkrieg hat sich auf *einst deutschem Gebiet abgespielt.* In der französischen Außenpolitik ist kein Wandel eingetreten, ganz gleich, wer dort regiert hat, immer herrschte das gleiche Ziel: Deutschland zu zertrümmern, den einen deutschen Stamm gegen den anderen auszuspielen!

Es ist ein Unding, zu glauben, daß diese Politik je verlassen wurde. Eine Tendenz, die mit dem Blute von einer Million Menschen besiegelt ist, kann nicht umgemodelt werden. *Versailles* findet in Frankreich selbst keine Kritik. Ob links oder rechts - daran denkt kein Mensch. Versailles ist ihnen die granitene Unterlage der Ordnung in der Welt.

Das gleiche Ziel sehen wir in *Rußland.* In großen Perioden tastet dessen Außenpolitik die Grenzen ab, um an das Meer zu kommen und seine eingeengte Lage zu verbessern.

Auch *Italien* hatte ein außenpolitisches Ziel: zunächst in dem Streben, die einzelnen Staaten zusammenzufassen. Zu diesem Zwecke suchte es Bundesgenossen für die innere Einigungspolitik. Man fand sie in Frankreich und in Deutschland unter Bismarck. Für beide Völker kam die Einigung zustande. Nach der Einigung eröffnete sich für Italien das Problem des *Ausgleichs zwischen Volkszahl und Bodenfläche.* Es versucht, seine abgestoßenen Menschen in eine gewisse staatliche Verbindung zu bringen. Es ist wahnsinnig zu denken, Italien strebe nur nach der Hochfläche von Görz: *nein, sein Ziel war die Zertrümmerung Österreich-Ungarns.* Sein *Konflikt mit Frankreich* am Mittelmeer wird nun nach Zertrümmerung Österreichs auf Jahrzehnte seine Außenpolitik bestimmen müssen, wenn Italien ein starker Staat sein will.

Das *österreichische Staatsgebilde* hatte überhaupt *keine Staatsrasse,* sondern sollte sie erst erhalten. Es besaß als zusammenfassenden Faktor die Dynastie und die katholische Konfession. In Wirklichkeit war dieser Staat nicht mehr deutsch: er besaß 12 Millionen Deutsche auf über 40 Millionen Nichtdeutsche [8]. Trotzdem galt Österreich als deutsch, es schien, als ob die Staatssprache noch die deutsche wäre. Diese Verständigung fand nur statt mit dem Ziel der Zertrümmerung dieses Staates. Auf slawischen Kongressen sprach man Deutsch, weil man sonst keine Verständigungsmöglichkeit gehabt hätte. Deutsche besuchten in Österreich nur *Wien*, und dieser Eindruck war bestimmend. Daß aber unter diesem oberen Wien ein *anderes Wien war,* nämlich fast 800.000 Nichtdeutsche, davon über 300.000 Juden [9], das hat der oberflächliche Besucher nicht gesehen. In Österreich war dem *Dreibund* die Plattform längst entzogen. In dem Augenblick, in dem man für das allgemeine Wahlrecht eintrat, hob man das Deutschtum von seinem Postament herunter. Aus diesem Sammelsurium von 16 Nationen suchte man eine neue Art

8 Nach der Volkszählung vom 31.12.1910 lebten in Cisleithanien 9.950.266 (35,58 %) und in Transleithanien 2.037.435 (9,8 %) Deutsche. Die Gesamtbevölkerung Cisleithaniens bzw. Transleithaniens betrug 1910 27.963.872 bzw. 20.886.487 Einwohner. Vgl. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 38, 345.

9 Nach der Volkszählung vom 31.12.1910 lebten in Wien 175.294, nach der Volkszählung vom 7.3.1923 201.513 Personen, die sich zur jüdischen Gemeinde bekannten. Vgl. Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III/2, S. 905, Tab. 92; Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1929, Wien 1930, S. 6 f.

von Menschen herauszukristallisieren, die Ausrottung aller blutsmäßigen Empfindungen herbeizuführen. Maßgebend war die Stadt Wien, die man jedes deutschen Charakters entkleidete. Sicher ist, daß das Deutschtum seinen Nationalstolz restlos geopfert hat, es war zum willfährigen Büttel dieser Entwicklung geworden. Die Serben konnten 1908 offen in den Straßen Wiens gegen Österreich demonstrieren. Außerhalb Wiens hatten die Nationalitäten ihre nationalen Mittelpunkte geschaffen und rüsteten zum konzentrischen Angriff gegen Wien. Diese Sachlage bestimmte die Außenpolitik: die Bildung von reinen Nationalstaaten zu verhindern, von denen Österreich einige Splitter innerhalb seiner Grenzen hatte. An diesen Grenzen war das Hin- und Herpendeln an der Tagesordnung. Der Dreibund sollte den Habsburgern Zeit geben, die einzelnen Nationalitäten zu entnationalisieren und zusammenzufassen in einer zentralisierten Monarchie. Es war ein Wahnwitz, in Berlin zu denken, daß Österreich für Deutschland das Schwert ziehen würde!

Die *Wiener Presse* nahm stets für *Frankreich* Stellung. Die Interessen dieser jüdischen Blätter tendierten zu einer langsam die Welt zu [*sic!*] erobernden jüdischen Geldmacht. Immer versucht der Jude, die Gebiete nicht nur wirtschaftlich zu erobern, sondern auch politisch zu sichern. Deutschland setzte hier Widerstände entgegen, die von innen nicht zu brechen waren. Deshalb nahm die gesamte jüdische Presse gegen Deutschland Stellung. Hätte damals Deutschland einen Krieg begonnen, Österreich hätte niemals die Waffen für Deutschland ergriffen. Wie ja auch schon im zweiten Kriegsjahr die Treue nur mehr auf dem Papier stand und ganze Regimenter überliefen.

Hitler zeichnet nun die Voraussetzungen für eine *deutsche Außenpolitik.* Auf einem Grund und Boden von heute 380.000 Quadratkilometer leben *20 Millionen zuviel. Das ist das Problem, das unsere Außenpolitik bestimmen muß.* Statt des Suchens von Bundesgenossen zur Sicherung des notwendigen Raumes endete man im *Dreibund.* Wenn das Bündnis nur unter Gefahr eines Konfliktes mit Rußland aufrecht zu erhalten war, dann mußte man *Österreich fahren lassen.* Es begann das Werben um England, um Rußland, in ständigem Schwanken, statt sich endgültig nach einer Richtung zu entscheiden.

Diese Politik ist widerlegt worden im Jahre 1914. Der Bund mit Österreich war ein Wahnsinn. Es war ein mathematisches Rechenexempel, daß das Deutschtum an Habsburg zugrunde gehen mußte. Wenn es eine göttliche Gerechtigkeit gibt, so hat sie nicht umsonst diesen Staat zerschlagen lassen. (Starker Beifall.)

In dem Maße, als das Deutschtum schwächer wurde, wuchs der *Haß* dieses Staatsgebildes *gegen Deutschland.* In der tschechischen und polnischen Presse, das ist die Majorität des Staates, wurde das Bündnis auf das unflätigste beschimpft. Der Bund wurde für Deutschland immer wertloser. Sinnlos war dieser Bund, durch den Deutschland sich eine Unzahl Feinde holte, zu deren Feindschaft Deutschland keinen Anlaß gab. Für diesen Bund hat man deutsche Soldaten vier Jahre lang kämpfen lassen, damit ein Karl [10] Gelegenheit zum *Verrate* fand [11]. Daß dieser Verrat den Habsburger nicht gerettet hat,

10 Karl I. (1887-1922), 1916-1918 Kaiser von Österreich und König von Ungarn (Karl IV.).

11 Im Frühjahr 1917 hatte Prinz Sixtus von Bourbon-Parma, der Bruder von Kaiserin Zita, im Einverständnis mit Kaiser Karl I. ergebnislos versucht, geheime Friedensverhandlungen mit den Ententemächten aufzunehmen. Die Veröffentlichung eines Briefes im April 1918, in dem Karl I. anbot, die An-

ist für die deutsche Nation ein unendliches Glück. Das Blutbad des 30jährigen Krieges wäre ohne diese Dynastie unmöglich gewesen.

Auch heute läßt sich der Deutsche von phantastischen Gesichtspunkten leiten. England schließt Bündnisse zur Vertretung englischer Interessen ab, nicht aus Nibelungentreue! Frankreich genauso. Es hatte allen Grund, sich Bundesgenossen zu suchen, und hat dabei manches hinuntergeschluckt. Vergleichen Sie damit die deutsche Haltung! Man hat nie einen rücksichtslosen Druck auf Österreich ausgeübt, die Heeresleitung wollte es, aber die politische Leitung versagte. Das zweite war das legitimistische Prinzip, das mit deutschen nationalen Interessen nichts zu tun hatte. Der *Marxismus* ging, vom Judentum mobilisiert, *gegen Rußland*, weil es antisemitisch war. Man mußte Deutschland gegen Rußland aufbringen, sich gegenseitig stürzen. Der dritte Faktor war das *deutsche Zentrum*, das dieses Bündnis stützte.

Dann kommt eine Macht, die *Presse,* hinter der der Weltjude, die Weltfreimaurerei steht. Der militärisch stärkste Staat der Welt hat die wertlosesten Bundesgenossen gefunden: lauter zum Untergang bestimmte Staaten. Die Presse hat es fertig gebracht, daß Deutschland mit diesem Dreibund in den Krieg hineintaumelte. Bismarck hätte in einem solchen Fall nüchtern deutsche Interessen vertreten. Das bewies sein Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Damit vergleichen Sie die stümperhafte Leitung, die wir hatten, und die noch stümperhaftere, die wir heute haben! (Beifall.) Drei Jahre hat man darüber nachgebrütet, welches *das Ziel dieses Krieges sei.* England wußte es: Vernichtung der deutschen Seemacht! Frankreich: Zerschlagung Deutschlands. Und auch die anderen Völker hatten ihre Kriegsziele. Bei uns war es verboten, über ein Kriegsziel zu schreiben. Wir fanden kein Kriegsziel großen Formats. Nur der internationale Jude hatte eins: Vernichtung der deutschen Wehrmacht, der deutschen Schule, des Kaiserreiches, der Verwaltung, und seitdem sehen wir, wie der Jude langsam diesen Block eingliedert in den neuen Menschenbrei, über den das auserwählte Volk herrscht. *Unsere deutsche Presse arbeitet im Dienste dieser Weltpresse* und hilft mit, dem deutschen Volk dieses Joch aufzubürden.

Hitler schildert nun die Taktik dieser Presse im Totschweigen des Vernichtungskampfes gegen den Nationalsozialismus. Zweihundert Nationalsozialisten liegen heute in den Krankenhäusern, wir haben in den letzten Wochen wieder zwei tote Parteigenossen zu beklagen, aber kein Wort davon findet sich in dieser Presse. Vor dem Kriege verhöhnte sie fortgesetzt den deutschen Militarismus, schrie und tobte über *Zabern* [12], wo zwei freche Franzosen von einem deutschen Offizier zurechtgewiesen wurden, fand aber kein Wort über den Militarismus der anderen. Dasselbe sehen wir jetzt mit *Italien.* Die kleinsten Vorfälle werden herausgegriffen, um die Weltstimmung dagegen aufzuput-

sprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zu unterstützen, führte zu einer tiefen Krise zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. Vgl. Robert A. Kann, Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg, Wien 1966.

12 In der unterelsässischen Garnisonstadt Zabern waren am 28.11.1913 24 Bürger rechtswidrig verhaftet worden. Der deutsche Militärkommandeur wurde jedoch vom Kriegsgericht von der Anklage der Freiheitsberaubung freigesprochen. Zur Zabern-Affäre vgl. Hans-Ulrich Wehler, Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise des wilhelminischen Kaiserreichs, in: Die Welt als Geschichte 23 (1963), S. 27-46.

schen. Heute schreiben die "M.N.N." von blutigen Zusammenstößen in *Südtirol.* Dabei müssen sie zugeben, daß die Karabinieri in die Luft geschossen haben im Gegensatz zu den unseren. Bei uns schießt man in die Menschen hinein, aber die "M.N.N." wissen nichts davon, da heißt es nicht "blutige Unterdrückung". Eine Autozeitung schildert bei der Fünfländerfahrt den Empfang in Italien. Man muß zugeben, daß in Abbazia ein großartiger Empfang stattfindet, bei dem Mussolini sich vertreten läßt. Dann überschreitet man die *südslawische Grenze*, und da heißt es, daß man hier den *Herzschlag des Volkes fühlte.* Das sind dieselben Südslawen, die schon im Frieden die infamsten Deutschenhasser waren. Dabei handelt es sich um halbverlaustes Pack (starker Beifall). Jetzt bringt man es fertig, diese Menschen als Kulturträger gegenüber dem "barbarischen Italien" hinzustellen. So wird Tag für Tag die Vergiftung der Volksseele betrieben. *Die internationale Judenpresse hat stets die Interessen unserer Todfeinde vertreten.* Unsere bürgerliche Presse tut so, als ob Österreich ein von glühendem nationalen Sinn erfülltes Land wäre und den Anschluß ersehne. Aber es regieren nicht die zwölf Millionen Deutschen, sondern dieselbe Mischpoke, die auch bei uns regiert und die den Anschluß negiert hat, als sie ihn hätte machen können. *Dieses Wien zählt heute fast 700.000 Juden.* Dazu kommen 250.000-300.000 Nichtdeutsche, so daß in Wirklichkeit diese Stadt noch 800.000-900.000 blutsmäßige Deutsche besitzt [13]. Sie stecken zum Teil in den Parteien, die international eingestellt sind. Diese Gruppen sind nicht mehr in der Lage, Wien dem deutschen Gedanken zu gewinnen, weil in beiden Gruppen das nichtdeutsche Element eine ausschlaggebende Rolle spielt. In Wirklichkeit wird Wien regiert von der Wiener Presse. Das heutige Wien ist eine durch und durch kosmopolitische Stadt. Der paneuropäische Gedanke nimmt von Wien aus seinen Ausgang. Wenn von Wien aus der Schrei nach dem Anschluß kommt, so ist das bloß ein Trompetenstoß, der bestimmt ist, in Paris gehört zu werden. *Die Wiener Presse ist in den Händen der Juden und in den Händen Frankreichs.*

Hitler betont wiederholt: Es gibt nur *eine* Möglichkeit für Deutschland, aus seiner Einklammerung herauszukommen, den Staat zu zerschmettern, der naturgemäß unser Todfeind bleiben wird, das ist *Frankreich.* (Starker Beifall.) Wenn ein Volk seine ganze Existenz von einem Gegner bedroht sieht, so hat es alles zurückzustellen und muß diesen einen Gegner zu vernichten trachten. *Der Ausgleich zwischen der Volkszahl und dem Grund und Boden muß das Problem sein, von dem aus wir die deutsche Frage zu lösen haben.* Die Generation des Weltkrieges stirbt. Üben Sie sich zwanzig Jahre lang in Protesten und dann schauen Sie sich das neue deutsche Volk an! Mit *dem* werden Sie Proteste fabrizieren können, aber die Freiheit erkämpfen Sie nicht mehr damit. (Stürmischer Beifall.)

Hitler nimmt nun das Blättchen "Das dritte Reich" vor, in dem ein Mann namens Leibrecht [14] einen Artikel gegen Hitler fabrizierte, den die "M.N.N." sofort nachdruck-

13 Nach der Volkszählung vom 7.3.1923 lebten in Wien 201.513 (10,8 %) Personen, die sich zur jüdischen Gemeinde bekannten. Aufgeschlüsselt nach Staatszugehörigkeit lebten 1923 in Wien 1.632.596 Österreicher und 233.184 Nicht-Österreicher. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1929, Wien 1930, S. 6.

14 Otto Leibrecht (1895-1973), Rechtsanwalt, 1927 Verfasser von "Vom Sinn des Volkes. Versuch einer Metaphysik der Vaterlandsliebe". Vgl. auch Anm. 5.

ten, sicher ein Beweis, daß er nichts taugt. Er verliest den Artikel und bemerkt dazu: Volkspolitik erfordert, daß man das Schicksal nicht des einzelnen, sondern der Gesamtheit im Auge behält, und daß man sich klar zu werden versucht, wie man dieses Schicksal durch die Tat einmal meistern kann, d. h. *den Weg zu suchen, der einmal in die Freiheit führt.* Was die Stunde erfordert, ist vor allem nicht die Erhaltung des Deutschtums draußen, sondern des Deutschtums hier. Der internationale Jude lenkt unser Augenmerk nach außen, um es von innen wegzubringen. (Beifall.) *Das Deutschtum im Auslande ist ohne jede Bedeutung, wenn nicht ein starkes Mutterland dahintersteht.* Herr Leibrecht bildet sich ein, wenn wir in Deutschland einen flammenden Protest hinausschmettern, dann werde das die Entdeutschung Südtirols sofort verhindern. In Italien leben insgesamt 250.000 Deutsche, davon in Südtirol 210.000. Rein geschlossen als deutsches Siedelungsgebiet kommen nur knapp 170.000 in Frage. Die deutsche Regierung hätte besser getan, statt in Locarno alle Deutschen in Bausch und Bogen aufzugeben, nach Rom zu gehen, den Verzicht auf diese 170.000 auszusprechen *und die andern zu erobern.*

Prächtig fertigt Hitler den Artikelschreiber auch wegen seiner Behauptung ab, daß der großdeutsche Gedanke bereits Allgemeingut in Deutschland sei. Er erinnert an die vierzehn Millionen Menschen in Deutschland, die überhaupt den nationalen Gedanken ablehnen, er erinnert daran, daß wir heute nicht großdeutsch, sondern jüdisch regiert werden. Oder sind etwa das "Berliner Tageblatt", die "Frankfurter Zeitung" großdeutsch? Sind die "M.N.N." großdeutsch? Sind es nicht lauter großjüdische Organe? Kein Regierungshaupt in Berlin hat gewagt, am Stahlhelmtag [15] dem deutschen Frontkämpfer den Gruß zu entbieten, kein einziges Staatsgebäude war beflaggt, keine Schule, keine städtische Halle zur Verfügung gestellt worden! Was der Artikelschreiber an nationalen Gedanken verzapft, hat er aus der nationalsozialistischen Milchflasche herausgeholt. *Wer würde in München den großdeutschen Gedanken praktisch kennen, wenn nicht der Nationalsozialismus vier Jahre lang daran gearbeitet hätte?* Ich bin 13 Monate gesessen, weil ich versucht habe, für den deutschen Rhein einzutreten. Ich weiß nicht, ob dieser Mann auch saß. Ich glaube nicht, denn er hat "im Verborgenen gearbeitet". Hitler nennt das Gewäsch dieser Leute erbärmlich, unwahr und phrasenhaft. Der Mann bilde sich ein, daß die Franzosen den Krieg nur wegen Elsaß-Lothringen und Italien etwa wegen Triest geführt haben; er hat keine Ahnung, daß *das französische Kriegsziel die Zertrümmerung Deutschlands war.*

Wir verbrüdern uns nicht mit dem Faschismus, sondern mit *Italien*, das z. Z. vom Faschismus regiert wird. Ich habe betont: Unser Todfeind bleibt *Frankreich* und die beiden einzigen Verbündeten werden *Italien* und *England* sein, weil sie natürliche Interessengegensätze besitzen. Ich habe das gesagt, als noch kein Faschismus regierte. Erst als der Faschismus kam und die Freimaurer hinausfegte, begann die Hetze. Hitler zitiert ein Wort Bismarcks vom Jahre 1868 an den Grafen Usedom in Florenz, in dem er Italien als den natürlichen Bundesgenossen bezeichnete und prophetisch voraussagte, was wir 1914 erlebten.

15 Gemeint ist der 8. Frontsoldatentag des Stahlhelm, der am 7./8.5.1927 in Berlin stattgefunden hatte.

Hitler warnt zum Schluß vor den nicht zu unterschätzenden *Gefahren* dieser internationalen Judenpresse, indem er an die *Lügen des Weltkrieges* erinnert, aus deren Giftkanälen das Volk langsam vergiftet werde. Niemals habe eine von Juden, Marxisten und Freimaurern vertretene Sache dem deutschen Volk Nutzen gebracht. Immer war sie tödliches Gift für unser Volk. *Wir* sind die Kämpfer gegen eine verrottete und verfaulte Welt, unser Panier heißt Wahrheit und Erkenntnis. Wenn Hunderttausende so denken, dann wird die Lüge eines Tages zerrissen werden (stürmischer, anhaltender Beifall).

18. Mai 1927 Dok. 125

"Aufgaben und Aufbau der S.-A. - Förderung der Münchener S.-A."[1]

Rede auf SA-Versammlung in München[2]

PND-Bericht Nr. 574[3], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809[4].

Er [*Hitler*] verbreitete sich eingangs seines Vortrages über die Entstehung der Partei und die Entstehung der S.A. von 1920 bis 1923. Die S.A. sei gebildet worden, um die Bewegung, besonders die Versammlungen zu schützen. Nachdem sich 1921 herausgestellt habe, daß mit einem lose Gebilde nicht auszukommen sei, wurde allmählich eine feste Organisation gebildet, die von 3 Hundertschaften 1922 bis im November 1923 auf 2.500 Mann in München angewachsen ist. Mit der Ruhrbesetzung habe eine Umstellung der S.A. begonnen. Wie alle anderen nationalen Verbände, so habe sich auch die S.A. damals dem Reiche zur Verfügung gestellt, um gegen Frankreich zu ziehen, wenn eine ernste Auseinandersetzung unvermeidlich gewesen wäre. Es habe sich allerdings herausgestellt, daß das Reich und das ganze Bürgertum gar nicht den Mut und den Willen hatte, eine solche Auseinandersetzung herbeizuführen. Zwangsläufig habe diese Umstellung der S.A. 1923 zur Auslösung des 9. November geführt, wo die S.A. sich im Schlepptau der anderen bürgerlichen Wehrverbände befunden habe. Mit dem 9. November habe die Tätigkeit der Bewegung und der S.A. plötzlich ihren Abschluß gefunden. Die S.A. war nie als militärische Organisation gleich der Einwohnerwehr und allen anderen Wehrverbänden gedacht, sondern als politische Schutzorganisation im Dienste der Bewegung. Alles, was gemacht wird und gemacht werden muß, werde für die Bewegung, aber nicht für eine Person gemacht. Es wäre Unsinn zu glauben, die S.A. sei dazu

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 18.5.1927.

2 Im Hirschbräukeller, von 21.15 bis 24.00 Uhr. Zu dem von Georg Seidenschwang, Führer der SA-Standarte I, geleiteten Generalappell der SA-München, an dem laut Polizeibericht etwa 180 Personen teilnahmen, waren nicht alle SA-Gruppen Münchens erschienen. Zu Beginn gab der Oberste SA-Führer, von Pfeffer, die Ernennung Walter Buchs zum SA-Führer von Bayern bekannt.

3 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitler am 18.5.1927 und 24.5.1927 in München sind jeweils mit "Nr. 574" gekennzeichnet.

4 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 57 der Polizeidirektion München vom 9.6.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

da, dem heutigen vor dem gänzlichen Verfall stehenden Bürgertum die Lorbeeren [*sic!*] aus dem Feuer zu holen. Das Bürgertum ist selbst nicht in der Lage zu kämpfen und will auch nicht kämpfen, um die Befreiung Deutschlands herbeizuführen. Im gleichen Moment, wo die staatliche Wehrmacht und die staatlichen Machtmittel versagen würden, wäre die Auflösung des Bürgertums sicher. Strengste Disziplin ist unerläßlich für jede gute Truppe. Die Geschichte zeige, daß stets verschwindend kleine Armeen gegen mehrfache Übermacht kämpften und den Sieg errangen. Nur die auf rationellster Grundlage aufgebaute deutsche Armee ließ diese von 1914-1918 siegen. Nur weil der Kern im Staate faul war und an der Zähigkeit der Engländer wurde der Krieg verloren. Die S.A. wäre vollständig umsonst und wäre eine unmögliche Organisation, wenn sie nicht auf strengster Disziplin aufgezogen werden würde. Es wäre vollständig verfehlt zu glauben, heute irgend etwas unternehmen zu können. Diese Einsicht sei nicht Feigheit, sondern eine dringende Notwendigkeit für die Bewegung. Nicht in 2-3 Jahren könne eine Bewegung aufgebaut werden, welche zur Aufgabe hat, ein neues Deutschland zu schaffen, sondern die Lösung dieser Aufgabe hänge von der Tätigkeit des einzelnen im großen Rahmen ab. Es wäre verfehlt, mit blödsinnigen Unternehmungen den bürgerlichen Machthabern die Mittel in die Hand zu spielen, die Bewegung zu verbieten. Von den ausgesandten Spitzeln werde so jedes Wort verdreht, was selbstverständlich sei, weil der Spitzel nur für die Lüge bezahlt werde. Ob die Nationalsozialisten im Recht oder Unrecht seien, die öffentl[*iche*] Meinung sei doch stets auf Seite der Gegner wegen der gewaltigen Propagandamittel, die diesem zur Verfügung stehen. Er - Hitler - kenne das jugendliche Temperament der S.A., aber so wie er selbst, müsse jeder sich den bestehenden Verhältnissen noch fügen. Er möchte manchmal auch etwas ganz anderes sagen, wenn es nach seinen Gefühlen ginge, aber dann wäre die Bewegung schon längst nicht mehr. Im Interesse der Bewegung, für die er lebe und sterbe, die sein ganzes und einziges Lebenswerk sei, müsse er sich dieser unterordnen, und so müsse sich jeder S.A.-Mann auch fügen. Wenn sie den Glauben an die große Sache verloren haben, dann wäre jedes Wort nutzlos, und sie hören am besten sofort auf und gehen in die Lager, wo einer den anderen betrügt, und sind dort eben auch auf unsere [*sic!*] persönlichen Vorteile aus. Ihm sei in Anbetracht der letzten Vorkommnisse [5] gesagt worden, die Leistungen müßten gewürdigt werden. Er erkläre, diese haben nicht das Recht, über sie [*sic!*] selbst zu richten, das überlasse er der Geschichte. Wer sich nicht unter- und einordnen könne, der mag gehen und selbst irgendwo auf seine Faust eine Organisation aufziehen. Dieser soll sein Hemd ausziehen und sein Parteiabzeichen ablegen, damit nicht die Bewegung an seiner Unverantwortlichkeit leide. Aktivismus sei ganz etwas anderes als irgendwelche Quertreiberei. Wer mitarbeitet mit unerschütterlichem Willen am Aufbau der Bewegung und sich uneigennützig in den Dienst der Sache stellt, der sei Aktivist. Die Partei werde den ganzen Sommer durch eine Flugblattpropaganda vornehmen.

5 Anspielung auf die Kritik des radikalen Flügels der Münchner SA um Edmund Heines und Hanns Rauscher an der Partei- und SA-Leitung. Vgl. die PND-Berichte Nr. 570 und Nr. 573 über den Kompanie-Appell der SA-Schwabing am 22.4.1927 und am 13.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6809. PND-Bericht Nr. 573 über die Zusammenkunft der Stürme I und IX der SA am 15.5.1927; ebenda. Zum Verhältnis zwischen Parteileitung und SA vgl. auch Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 64 f.

Dort hat dann jeder einzelne Gelegenheit, seine Aktivität zu zeigen. An die Öffentlichkeit trete er erst, wenn die S.A. mindestens 1.000 Mann stark sei. Ein Führer könne nicht kämpfen, wenn er hinter seinem Rücken nichts vorfinde. Er könne dem Gegner nicht seine Brust zeigen, wenn er keinen Rückhalt habe. Deshalb verlange er von jedem Anwesenden, ihm durch Handschlag Treue zu schwören, daß er nichts unternimmt, was der Bewegung schaden könne. Nur so könne der Sieg erreicht werden. [6]

20. Mai 1927 — Dok. 126
"Parteitag!"
Anordnung

VB vom 22./23.5.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Pg. v. Pfeffer wird zum Reichs-Quartiermeister [1] bestimmt. Er hat alle Fragen der Massenverpflegung und Unterbringung zu regeln.

München, den 20. Mai 1927

gez. *Adolf Hitler*

21. Mai 1927 — Dok. 127
Anordnung

VB vom 26./27.5.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Die Ortsgruppen Mainz, Framersheim und Udenheim des Gaues Hessen schließe ich hiermit aus der N.S.D.A.P. aus, weil sie ihre Verpflichtungen gegenüber dem Gau nicht erfüllen. (§ 4, Abs. 3 b und c beziehungsweise Abs. 9 der Satzung vom 22. Mai 1926 [1].)

München, den 21. Mai 1927

gez. Adolf *Hitler*

6 Anschließend verpflichtete Hitler jeden SA-Mann per Handschlag auf seine Person. Vgl. auch Dok. 130.

1 Für den 3. Reichsparteitag der NSDAP vom 19. bis 21. August 1927 in Nürnberg.

1 § 4 Abs. 3 b und c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung 3 Monate im Verzug geblieben sind und c) wegen Interesselosigkeit am Verein."
§ 4 Abs. 9: "Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Vorsitzende des Vereins berechtigt, im Einvernehmen mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein zu verfügen." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

23. Mai 1927 Dok. 128
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 575 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737.

Hitler führte etwa dem Sinne nach aus: Seit einigen Tagen werde es in der vaterländischen Bewegung wieder lebendig. Es werde gegen das Reichsbanner, die Weimarer Verfassung, Unitarismus usf. protestiert. Auch die N.S.D.A.P. sei angerufen worden, sich an dem Protest gegen den Reichsbanneraufmarsch [3] zu beteiligen, und [*man*] habe [*ihr*] bereitwilligst den Bürgerbräusaal überlassen. Er habe diese Gelegenheit ausgenützt, nicht um gegen den Reichsbanneraufmarsch zu protestieren, sondern um die Heuchelei und Verlogenheit dieser bürgerlichen Gesellschaft festzunageln [4]. Der Reichsbanneraufmarsch sei die dokumentarische Krone der seit Jahren betriebenen Politik. Es würde ihn freuen, wenn die Macht des Reichsbanners schon so stark wäre, daß die bayerischen Minister, der Polizeipräsident und sämtliche Dompröpste antreten und vor irgendeinem Juden in Achtung vorbeimarschieren müßten. Den Reichsbanneraufmarsch könne er nur als die äußere Auswirkung der monarchistischen Politik ansehen. Es wäre vollständig verfehlt, gegen das Reichsbanner irgendwie vorzugehen, und wer die Bewegung lieb habe, der vermeide alles, was der Polizei Anlaß geben könnte, gegen die Partei einzuschreiten. Die Polizei suche ohnedies, um irgend etwas herauszufinden. Wegen einem Aufruf an die Parteimitglieder zu einer Sammlung [5] habe die Poli-

1 Im Mathäserbräu, von 20.15 bis 23.20 Uhr. Der Zentralsprechabend der NSDAP, an dem laut Polizeibericht etwa 450 Personen teilnahmen, wurde von Karl Fiehler, dem Vorsitzenden der Sektion München-Schwabing, geleitet. Vor Hitler sprach Fritz Reinhardt, NSDAP-Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, über Finanz- und Steuerpolitik. Vgl. auch die Ankündigung im VB vom 22./23.5.1927, "Aus der Bewegung".

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 23.5.1927 und 25.5.1927 in München sind jeweils mit "Nr. 575" gekennzeichnet.

3 Am 28./29.5.1927 sollte der "Südbayerische Republikanische Tag" des Reichsbanners in München stattfinden. Aufgrund einer gewaltsamen Auseinandersetzung wurden die Veranstaltungen des Reichsbanners, der NSDAP und der Vereinigten Vaterländischen Verbände von der Polizeidirektion München verboten. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München vom 27.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsbanner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; Münchener Post vom 28./29.5.1927, "Der Südbayerische Republikanische Tag verboten!"; Münchner Neueste Nachrichten vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages"; Münchener Post vom 31.5.1927, "Ein schwerer Hereinfall der bayerischen Nebenregierung".

4 Am 24.5.1927. Vgl. Dok. 129.

5 Im April und Mai 1927 hatte der VB wiederholt zu Spenden für den Reichshilfsfonds zur Unterstützung der SA und der NSDAP-Ortsgruppen aufgerufen. Diese Sammlung war nicht genehmigt worden. Vgl.

zei schon wieder Verschiedenes vermutet. Die Sache werde aber gerichtlich ausgetragen, denn er bestimme den Parteibeitrag, nicht der Polizeipräsident Mantel [6]. Im Weiteren verwies der Redner auf die Flugblätter und verlangte, daß diese nur in den Häusern verteilt werden dürfen, nicht aber auf der Straße. In der nächsten Zeit werde eine planmäßige Flugblattpropaganda beginnen.

Im folgenden agitierte der Redner um Spenden für die Musikkapelle. Etwa anwesende Spitzel sollen notieren, daß er diesen Aufruf nur an die Mitglieder der N.S.D.A.P. [7] e. V. richte. Die Spende begründete er damit, daß in Norddeutschland und Nürnberg schon überall Musikkapellen bestehen und München nicht zurückstehen dürfe. Die gegründete Kapelle umfasse bereits 24 Mann und ein Trommlerkorps. Bis zum Parteitag [8] müsse die Kapelle 36 Mann stark sein. Die Spende diene zum Ankauf von Instrumenten und zur Unterstützung erwerbsloser Mitglieder der Kapelle. Vor dem Parteitag werde die Musik noch 1 oder 2mal in München spielen. Zum Schluß kam Hitler nochmals auf das Reichsbanner zu sprechen und bezeichnete es als eine absterbende Organisation. Viel gefährlicher seien die Rotfrontkämpfer [9] in Norddeutschland.

Im Gegensatz zum Reichsbanner wachse die N.S.D.A.P. ständig, bald langsamer und dann wieder schneller, und das sei der große Trost für die Zukunft. Das gleiche Recht, welches heute die bayerische Regierung dem Reichsbanner einräume, werde vielleicht im nächsten Jahre die N.S.D.A.P. beanspruchen und in München einen Deutschen Tag oder den Parteitag veranstalten, und ein Jahr später werde vielleicht ein Aufmarsch in Berlin erfolgen, und anstelle der 100.000 Stahlhelmleute werden 100.000 Braunhemden marschieren [10], jedoch nicht nur zur Promenade wie der Stahlhelm, sondern diese 100.000 werden Kämpfer sein auch in anderen Zeiten. Dieses Jahr werde der Parteitag viel gewaltiger sein wie der vergangene in Weimar [11].

Lagebericht N/Nr. 56 der Polizeidirektion München vom 6.5.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458. Zum Aufruf vgl. VB vom 24./25.4.1927, "Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P.".

6 Karl Mantel (1869-1929), Jurist, 1923-1929 Polizeipräsident von München.

7 Muß heißen: NSDAV.

8 Am 19.-21.8.1927 in Nürnberg. Vgl. Dok. 161-168.

9 Der Rote Frontkämpferbund (RFB) war 1924 als paramilitärische Organisation der KPD gegründet worden; er wurde 1929 verboten. Bundesvorsitzender war Ernst Thälmann. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

10 Anspielung auf den 8. Frontsoldatentag des Stahlhelms, der am 7./8.5.1927 in Berlin stattgefunden hatte.

11 Am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.

24. Mai 1927 — Dok. 129

"Der Reichsbanneraufmarsch - ein Erfolg des monarchistischen Gedankens der Bayerischen Volkspartei" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26./27.5.1927, "Die Kapitulation des nationalen Bürgertums in Bayern vor dem Marxismus" [3].

Die heutige Versammlung ist eigentlich eine improvisierte. Zum erstenmal seit vier Tagen [*sic!*] wurden wir von den V.V.V.B. [4] antelephoniert und uns mitgeteilt, daß sie heute eine Protestkundgebung gegen den Reichsbanneraufmarsch [5] veranstalten, infolge Verhinderung eines Redners den Bürgerbräukeller frei hätten und uns denselben zur Verfügung stellen würden. Wir haben das Anerbieten angenommen, nicht weil wir einen Protest gegen den Aufmarsch des Reichsbanners hinausschmettern wollen, sondern weil wir Stellung gegen eine Politik nehmen wollen, die daran schuld ist, daß es so weit kam, daß ausgerechnet in München im Jahre 1927 das Reichsbanner überhaupt aufmarschieren kann [6].

Das, was wir jetzt vor uns in ganz Deutschland in Entwicklung sehen, ist das gleiche, was wir bereits einmal miterlebt hatten. Eine Entwicklung, die 1918 zum Zusammenbruch führte. Es ist notwendig, daß wir uns ganz kurz in diese Zeit zurückversetzen, was allerdings den glorreichen Regierungsparteien etwas unangenehm sein dürfte. Das Bild, das wir ihnen vor Augen halten, macht ihnen keine Freude.

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 24.5.1927. Plakatanschlag: "Der Reichsbanneraufmarsch - ein Erfolg des monarchischen Gedankens der Bayerischen Volkspartei" (BayHStA, Plakatslg. 20040).

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.20 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200-1.500 (nach einem weiteren Polizeibericht: 1.100-1.200) Personen teilnahmen, wurde von Rudolf Buttmann geleitet.

3 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Fallende Masken". Sowie PND-Bericht Nr. 574; StA München, Polizeidirektion München 6737. Polizeibericht vom 26.5.1927; ebenda. Lagebericht N/Nr. 57 der Polizeidirektion München vom 9.6.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns waren im Herbst 1922 als lockerer Zusammenschluß mehrerer nationalistischer Verbände unter der Leitung von Prof. Hermann Bauer und der Ehrenpräsidentschaft des Generalstaatskommissars Gustav Ritter von Kahr gegründet worden. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 4, S. 316 ff.

5 Am 28./29.5.1927 sollte der "Südbayerische Republikanische Tag" des Reichsbanners in München stattfinden. Aufgrund einer gewaltsamen Auseinandersetzung wurden die Veranstaltungen des Reichsbanners, der NSDAP und der Vereinigten Vaterländischen Verbände von der Polizeidirektion München verboten. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München vom 27.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsbanner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; Münchener Post vom 28./29.5.1927, "Der Südbayerische Republikanische Tag verboten!"; Münchner Neueste Nachrichten vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages"; Münchener Post vom 31.5.1927, "Ein schwerer Hereinfall der bayerischen Nebenregierung".

6 Ergänzend berichtet der Polizeibericht vom 26.5.1927: "Der Marxismus sei zwar in Bayern stark, doch müßte er noch zwei- oder dreimal so stark werden, um in Bayern zur Macht zu kommen; er [*Hitler*] würde sich sogar auf den Tag freuen, wenn er so stark würde, daß die ganze bayr[*ische*] Regierung mit dem Polizeipräsidenten, Kardinal Faulhaber und den Dompröpsten vorm Reichsbanner antreten müßten - vorbeimarschieren mit ihren aus Rußland importierten Galiziern [*sic!*]."

Was ist 1918 in Bayern zusammengebrochen? Man sagt, das deutsche Volk. Doch das stimmt nicht. Ein Volk kann unmöglich in wenig[*en*] Jahren zusammenbrechen, vielleicht nach 2-300 Jahren. *Ein Volk, das innerlich gesund ist und sich die Grundlagen der Moral und Sittlichkeit erhält, kann nicht untergehen. Zusammengebrochen an den momentanen Ereignissen ist nicht das Volk, zugrunde gegangen ist die mechanische Form, die Staatsform, die gesamte alte, überlebte bürgerliche Anschauung.* In einer Nacht hat sich plötzlich die Waage in unserem Volke gewendet und ist auf die Seite des Schlechten gesunken. Das Gute wurde vom Schlechten überwuchert. Dieser Prozeß wurde zum Teil durch den Krieg bedingt. Viereinhalb Jahre lang wurde die Auslese der besten Deutschen hingemordet. Immer waren es die besten, die fielen, während sich der schlechte Teil des Volkes durch Drückebergerei, Unabkömmlichkeit und andere Mittelchen erhielt. So wurde der alte Staat mit den Guten 1918 durch den Staat der Schlechten abgelöst.

Wenn wir diese Tatsache nüchtern betrachten, dann müssen wir uns die Frage vorlegen, wie es möglich war, daß die Institution, die im Besitze aller Machtmittel, des Heeres, der Polizei, der Justiz war, so plötzlich versagte und unterlag.

Die politischen Parteien des Bürgertums hatten es nicht verstanden, das Volk zu gewinnen, sie schlossen sich ab, verkalkten. So wurden Millionen von einzelnen Menschen in die Arme des Marxismus getrieben, und dieser Teil des Volkes entfernte sich vollkommen von den Lebensinteressen des gesamten Volkes. *Ein weiterer Grund lag darin, daß das Bürgertum, das den Kampf gegen die marxistische Welt führen sollte, selbst bereits vom Marxismus angesteckt war.* Auf den Gedanken des Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie eingestellt, hatte es dadurch schon Geist vom Geiste des Marxismus. Aber nicht nur in Deutschland, auch in keinem anderen Lande hat deshalb das Bürgertum den Marxismus überwinden können. *In einem einzigen Staate ist bisher die Überwindung des Marxismus gelungen, allerdings nicht durch das Bürgertum, sondern durch den Faschismus.*

Der Entschluß, mit dem Marxismus zu gehen, war und ist den Bürgerlichen bedeutend leichter angekommen, als dem Marxismus den Kampf anzusagen. *So hat denn das nationale Bürgertum restlos vor dem Marxismus kapituliert, es gab den anderen das Feld preis. Ganz besonders wir in Bayern konnten uns die Unfähigkeit des nationalen Bürgertums näher ansehen. Was haben diese Parteien getan? Nichts, nur den Namen gewechselt.* Es ist vernichtend, zu sehen, wie sich diese Organisationen zu keiner anderen Tat aufschwingen konnten. Die alten Parteibezeichnungen verschwanden, neue Namen tauchten auf, doch all diese Verwandlungen haben keine innere Umwandlung mit sich gebracht. Schließlich konnten sich auch diese Parteien innerlich nicht verändern, waren doch die Führer dieser Parteien einst und jetzt die gleichen, sehr bejahrte Männer, die sich nicht mehr umändern konnten.

Nicht greise Erscheinungen sind imstande, eine Revolution zu bändigen, sondern Kinder der Revolution. Als das Reich bereits zu wanken begann, da holte man in Deutschland sich

einen unmöglichen alten Greis, Hertling[7]*, als Führer. So mußte der Zusammenbruch kommen. Wenn Volkskörper von Revolutionen erschüttert werden, dann hilft nicht Weisheit, sondern nur brutale Energie.*

Aber selbst die Firmenschildänderung geschah nicht aus innerster Überzeugung, sondern nur, um der Mentalität der Massen Rechnung zu tragen. Die Bayerische Volkspartei ist dafür ein klassisches Beispiel. Als die Revolution ausbrach, machte sie sofort ein Teil des Zentrums mit. In Bayern nun waren der Grundstock des Zentrums hauptsächlich Bauern. Für diesen bodenständigen, zum großen Teil monarchistisch gesinnten Stand war die Revolution unverständlich. Damals bestand in Bayern die große Gefahr, daß sich eine monarchistische Partei aufmachen würde. Die Bayerische Volkspartei allerdings hätte solch einen kühnen Schritt nicht zu tun gewagt. *Sie sprang lediglich vom Zentrum ab, weil die Mentalität der bayerischen Bauernschaft und deren royalistische Einstellung es ihr befahl, sollte sie nicht ihre Anhänger verlieren. Doch in dem Maße, in dem sich die bayerischen Bauern an die Republik, an die Errungenschaften der Revolution gewöhnten, kehrte die Bayerische Volkspartei wieder in die Nähe des Zentrums zurück. Nun sind wir so weit, daß die Bayerische Volkspartei die monarchistische Kokarde wieder ablegen und am republikanischen Zentrumsturm um Einlaß anklopfen kann. Purer Schwindel war es, der mit den Anhängern getrieben wurde.*

Als der Separatismus damals in Deutschland seinen Einzug hielt, konnten wir es gerade hier in Bayern erleben, daß neben Bayerischer Volkspartei auch der Marxismus sich mit dem Gedanken desselben vertraut machte. So setzte bei uns im Jahre 1919 eine Entwicklung ein, die zwangsläufig Bayern im Reich isolieren mußte, indem wir nur noch rein bayerische Belange verfolgten. Wäre es damals gelungen, bayerische Interessen mit nationalen großdeutschen Zielen zu verbinden, wäre der Erfolg sicher gewesen.

Der 1. Mai 1919[8] hat uns in Bayern das gebracht, was im übrigen Reich bereits seit dem November 1918 vorhanden war. Auf der einen Seite marxistischer Terror, auf der anderen bürgerliches Unvermögen. Damit setzte ein neuer politischer Kampf ein. Das Bürgertum hatte die Macht verloren, der Marxismus war auf dem Wege, sich neben der eigenen Macht noch die Staatsgewalt zu erobern. Wir müssen zunächst feststellen: der Gegensatz der Parteien, an dem Deutschland zugrunde gegangen ist, besteht nach wie vor weiter. Das Bürgertum das alte, der Marxismus der gleiche.

Wie sollte nun der Wiederaufbau des zerrissenen Volkskörpers vor sich gehen? Die bürgerlichen Parteien verlangten, die Wirtschaft solle wieder saniert werden, man fordere [*sic!*] geldliche Aufwertung, aber nicht Aufwertung des Volkes, dachte physisch und vergaß dabei das Volk. *In Bayern versuchte zunächst das Bürgertum eine private Macht sich zu schaffen. Orgesch, Einwohnerwehr, Vaterländische Verbände. Wohl repräsentierten*

7 Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), Philosoph und Politiker, 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayer. Ministerpräsident und Außenminister, Nov. 1917 bis Sep. 1918 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

8 Am 1.5.1919 hatten Regierungstruppen und Freikorps München besetzt und begonnen, die im April 1919 ausgerufene Räterepublik zu zerschlagen.

diese neuen Gebilde eine Macht, doch sie hatten keine politischen Ziele. Sie sollten dem Bürgertum die verlorene Staatsmacht ersetzen. Ohne einheitlichen Willen jedoch waren all diese Massen bedeutungslos im politischen Kampfe, im Kampfe für die Befreiung des ganzen Volkes. Man konnte sie nur verwenden zum Schutze für Hof, Haus, Misthaufen, für sonst nichts.

Der Marxismus aber sah in der errungenen Staatsgewalt einzig und allein eine Organisation für seine reine private Macht. Er stellte den gesamten Staatsapparat in den Dienst seiner Partei. Ein dauerndes Wachsen der marxistischen Macht, eine dauernde Schwächung des nationalen Bürgertums war die notwendige Folge.

Um den nationalen Gedanken wieder zur Geltung zu bringen, ging das Bürgertum zwei Wege. Die einen versuchten das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den alten Staat wieder herzustellen. Der Versuch mißglückte. Die anderen stellten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und glaubten so, ihr Ziel zu erreichen.

Den einzig richtigen dritten Weg aber konnte das Bürgertum nicht gehen. Er hätte nur lauten können: Kampf diesem Staate! Allerdings hätte man hier ein neues Ziel, ein neues Staatsideal aufbauen müssen, nicht Kampf für den Staat, sondern Kampf für das Volk. Der Staat nur eine Form, das lebendige Volk alles. Dazu aber war das Bürgertum zu alt, es konnte nicht mehr umlernen.

Neun Millionen deutscher Männer kämpften vier Jahre lang gegen eine Welt von Feinden, die Parteien, die sich berufen fühlten, die Wahrer des Bluteinsatzes dieser Menschen darzustellen, setzten sich aus Leuten zusammen, die nie in irgendeine gefährliche Lage gekommen waren. Es sind Menschen, die sich krampfhaft der Pflicht entzogen hatten. Das Ergebnis: Kapitulation vor Zuhältern im Jahre 1918. Und in den Händen dieser Menschen liegt das Schicksal des größten Heldenvolkes der Welt. Eine Reform dieser Parteien ist ganz ausgeschlossen. Sie müßten denn sich selbst und ihrer eigenen Vergangenheit Kampf ansagen.

So blieb nur der Weg der Gründung einer neuen Partei übrig. Aus der Überzeugung heraus, daß die politische Tätigkeit der bisherigen politischen Parteien niemals die Befreiung des gesamten deutschen Volkes erringen werde, kam es zur Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Ihr Zweck: dem deutschen Volke durch Überwindung der klassenmäßigen Spaltung wieder die Macht zu geben, um ihm aufzuhelfen. Die Summe dieser Menschen hat sich dann einzusetzen für das Dasein der Nation. Darum müssen wir uns loslösen von den alten bürgerlichen Begriffen, vom Staatsbegriff. Wir kämpfen mit geistigen Waffen, wer uns aber angreift, dem treten wir mit unserer Abwehr gegenüber. Die Bewegung selbst soll die Kraftwelle sein, aus der dereinst ein neuer Staat geschaffen wird. Wir wollen unser Volk nationalisieren und zu Männern machen. Alle Parteien, die wirklich noch gläubigen Herzens an ihrem Volk hängen, müßten eigentlich mit uns Arm in Arm gehen, da wir den Kampf gehen für unser deutsches Volk.

Trotzdem kam es anders. Gerade in Bayern wurden uns von der Partei, deren Regierungskunst wir seit drei Jahren bewundern können, die schwersten Hindernisse entgegengebracht.

Man warf uns vor, wir seien gegen die Kirche, schlechte oder gar keine Christen. Wenn man unter Christentum nur Konfession versteht, sind wir allerdings schlechte

diese neuen Gebilde eine Macht, doch sie hatten keine politischen Ziele. Sie sollten dem Bürgertum die verlorene Staatsmacht ersetzen. Ohne einheitlichen Willen jedoch waren all diese Massen bedeutungslos im politischen Kampfe, im Kampfe für die Befreiung des ganzen Volkes. Man konnte sie nur verwenden zum Schutze für Hof, Haus, Misthaufen, für sonst nichts.

Der Marxismus aber sah in der errungenen Staatsgewalt einzig und allein eine Organisation für seine reine private Macht. Er stellte den gesamten Staatsapparat in den Dienst seiner Partei. Ein dauerndes Wachsen der marxistischen Macht, eine dauernde Schwächung des nationalen Bürgertums war die notwendige Folge.

Um den nationalen Gedanken wieder zur Geltung zu bringen, ging das Bürgertum zwei Wege. Die einen versuchten das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den alten Staat wieder herzustellen. Der Versuch mißglückte. Die anderen stellten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und glaubten so, ihr Ziel zu erreichen.

Den einzig richtigen dritten Weg aber konnte das Bürgertum nicht gehen. Er hätte nur lauten können: Kampf diesem Staate! Allerdings hätte man hier ein neues Ziel, ein neues Staatsideal aufbauen müssen, nicht Kampf für den Staat, sondern Kampf für das Volk. Der Staat nur eine Form, das lebendige Volk alles. Dazu aber war das Bürgertum zu alt, es konnte nicht mehr umlernen.

Neun Millionen deutscher Männer kämpften vier Jahre lang gegen eine Welt von Feinden, die Parteien, die sich berufen fühlten, die Wahrer des Bluteinsatzes dieser Menschen darzustellen, setzten sich aus Leuten zusammen, die nie in irgendeine gefährliche Lage gekommen waren. Es sind Menschen, die sich krampfhaft der Pflicht entzogen hatten. Das Ergebnis: Kapitulation vor Zuhältern im Jahre 1918. Und in den Händen dieser Menschen liegt das Schicksal des größten Heldenvolkes der Welt. Eine Reform dieser Parteien ist ganz ausgeschlossen. Sie müßten denn sich selbst und ihrer eigenen Vergangenheit Kampf ansagen.

So blieb nur der Weg der Gründung einer neuen Partei übrig. Aus der Überzeugung heraus, daß die politische Tätigkeit der bisherigen politischen Parteien niemals die Befreiung des gesamten deutschen Volkes erringen werde, kam es zur Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Ihr Zweck: dem deutschen Volke durch Überwindung der klassenmäßigen Spaltung wieder die Macht zu geben, um ihm aufzuhelfen. Die Summe dieser Menschen hat sich dann einzusetzen für das Dasein der Nation. Darum müssen wir uns loslösen von den alten bürgerlichen Begriffen, vom Staatsbegriff. Wir kämpfen mit geistigen Waffen, wer uns aber angreift, dem treten wir mit unserer Abwehr gegenüber. Die Bewegung selbst soll die Kraftwelle sein, aus der dereinst ein neuer Staat geschaffen wird. Wir wollen unser Volk nationalisieren und zu Männern machen. Alle Parteien, die wirklich noch gläubigen Herzens an ihrem Volk hängen, müßten eigentlich mit uns Arm in Arm gehen, da wir den Kampf gehen für unser deutsches Volk.

Trotzdem kam es anders. Gerade in Bayern wurden uns von der Partei, deren Regierungskunst wir seit drei Jahren bewundern können, die schwersten Hindernisse entgegengebracht.

Man warf uns vor, wir seien gegen die Kirche, schlechte oder gar keine Christen. Wenn man unter Christentum nur Konfession versteht, sind wir allerdings schlechte

Christen. *Wenn aber das Wort des Herrn maßgebend ist, dann sind wir die besten.* Wir Nationalsozialisten lehnen es ab, in unsere Reihen konfessionellen Hader zu bringen. Indem wir heute den Konfessionskampf aus unseren Reihen verdammen, glauben wir, daß wir am besten im Sinne unseres allerhöchsten Herrn handeln. Wir dienen Christus mehr als jene, die mit Marxisten, Atheisten und Juden Wahlbündnisse abschließen.

Man wirft uns vor, wir seien nicht Monarchisten. Für uns steht dieses Problem heute nicht zur Diskussion. Lieber eine völkisch gut geleitete Republik als eine schlechte verjudete Monarchie, aber auch lieber eine völkische gute Monarchie, als eine verjudete Republik. Solange noch im Reichstag im Namen von 16 Millionen Menschen Männer erklären, sie kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, stehen uns andere Aufgaben bevor, als diese Frage zu lösen.

Wir sind keine Föderalisten, sondern Unitaristen, wird uns weiter vorgeworfen. *Für uns ist die innere Gliederung des Volkes nicht Kampfruf. Wir lehnen es ab, in einer Zeit, in der die Hand des Feindes uns an der Gurgel liegt, daß wir Fragen über Monarchie oder Republik, Föderalismus oder Unitarismus zum Problem erheben, und dafür womöglich sich deutsche Volksgenossen die Schädel einschlagen.*

Wie sieht es denn mit dem wahren Christentum des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei aus? Dieses Gebilde hat mit der Sozialdemokratischen Partei Wahlbündnisse abgeschlossen, diesen Leuten Handlangerdienste geleistet, hat durch Erzberger[9] mit Schuld an der Revolution. *Auf Lüge, Verrat und Meineid aufgebaut, nennt Kardinal Faulhaber die heutige Demokratie*[10]. *Die christliche Bayerische Volkspartei aber läßt jeden einsperren, der nicht auf dem Boden dieses Staates steht. Christentum? Ist es praktisch angewandtes Christentum, daß man die Kleinrentner, Sparer, den Mittelstand um Hab und Gut gebracht hat*[11]*?*

Und die monarchische Gesinnung der Bayerischen Volkspartei? Was hat sie zur Stärkung ihres Ideals getan? Noch vor wenigen Jahren erklärte sie, wir stehen auf monarchischem Boden. Doch es gibt nicht 2 Eide, hier auf die Republik, hier auf die Monarchie zu schwören, außer man ist ein Schwindler. Ist man aber Monarchist, so muß man die Republik ablehnen. *Gerade in den letzten Tagen hat diese Partei wohl aus "monarchischer" Gesinnung für das Republikschutzgesetz im Reichstag gestimmt*[12]. *Das sind Monar-*

9 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstandes, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Feb. bis Juni 1919 Reichsminister ohne Portefeuille (zuständig für die Durchführung des Waffenstillstandes), Juni 1919 bis Okt. 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsfinanzminister (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

10 Kardinal Faulhaber hatte in seiner Ansprache am 27.8.1922 auf dem 62. Deutschen Katholikentag in München die heftig umstrittene Äußerung getan: "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Vgl. Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27.-30. August 1922, Würzburg 1923, S. 4. Sowie Volk, Faulhabers Stellung, S. 177 ff.

11 Ergänzend berichtet der PND-Bericht Nr. 574: "Auch behauptet man, ich sei persönlich bei Mussolini gewesen und stehe heute noch in Verbindung mit ihm, was aber nicht richtig ist. Immerhin schätze ich Mussolini höher ein als einen Herrn von Kahr und auch einen Herrn von Stützel."

12 Am 17.5.1927 hatte die BVP im Reichstag der Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, das 1923 die Grundlage für das Verbot der NSDAP, DVFP und KPD gebildet hatte, um

chisten, die dafür eintreten, daß der Monarch nicht nach Deutschland darf, das sind Föderalisten, die im Reichstag für unitaristische Gesetze stimmen, das sind Christen, die mit Atheisten sich verbinden! Das ist die Bayerische Volkspartei, die Partei der guten Rasse. Sie weiß, was das Volk gerade gerne hört. Wie's gerade trifft.

Gerade diese Partei hat den wenigsten Grund, aus den 3 vorher genannten Gesichtspunkten heraus gegen uns anzukämpfen. Wir haben jahrelang gekämpft und wenigstens einen Teil der Vaterländischen Verbände davon überzeugt, daß unser Weg der richtige ist. Alles, ganz Deutschland, blickte damals auf Bayern, den nationalen Staat. Das war wohl das Werk der Bayerischen Volkspartei, daß von Bayern aus die nationale Welle ausging, daß in München zuerst seit der Revolution wieder schwarz-weiß-rote Fahnen flatterten, daß aus ganz Deutschland Volksgenossen nach München kamen, nur um die Stadt zu sehen, an deren nationalem Willen ihre Hoffnung hing?

Endlich am 9. November 1923 konnte die Bayerische Volkspartei stolz verkünden, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist tot. Nun konnte sie das Werk der bayerischen Befreiung vom unitaristischem, marxistischen und republikanischen Joch durchführen.

Und jetzt nach 3 Jahren? Sie haben herrliche Siege erfochten! Wir haben ein christliches, monarchisches, föderalistisches Bayern! Und am nächsten Sonntag wird dieses Bayern aufmarschieren [13].

Seit dem November 1923 konnte die Bayerische Volkspartei ungehindert schalten und walten. Wenn man vor Bayern im Jahre 1923 mehr Respekt hatte, so waren es die Hakenkreuzfahnen der Nationalsozialisten und nicht die Bayerische Volkspartei, die im übrigen Deutschland Eindruck machten. Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aufgelöst wurde, hat damit die Bayerische Volkspartei auch den letzten Rest bayerischer Selbständigkeit aufgegeben.

Drei Momente kennzeichnen den Betrug der Bayerischen Volkspartei:

Locarno [14] *- Republikschutzgesetz - Reichsbanneraufmarsch.*

Für uns ist der Tag des Reichsbanneraufmarsches kein Grund für leere Proteste. Wir ziehen aus ihm die Erkenntnis: Unser Volk ist samt dem Staat diesem Marxismus verfallen, wenn nicht unsere Bewegung siegt. So soll denn für uns der nächste Sonntag zugleich eine Lehre sein, wie ein Volk immer tiefer und tiefer sinkt, wenn nicht aus ihm heraus die Genesung kommt.

Für uns ist der Staat nicht Selbstzweck, sondern Hüter und Wahrer des deutschen Volkes. Wir wollen unser Volk zusammenschmieden zu einer neuen Gemeinschaft von Menschen, die dann auch würdig sind, ein neues Reich zu erhalten, ein Reich, in dem es dann kein

---

zwei Jahre zugestimmt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 96 f. Vgl. auch Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 177 ff.

13 Gemeint ist die für den 28.5.1927 geplante Versammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände in München, die aufgrund einer gewalttätigen Auseinandersetzung am 25.5.1927 von der Polizeidirektion München verboten wurde. Vgl. Dok. 131 und 144.

14 Die BVP hatte am 27.11.1925 im Reichstag den Locarno-Verträgen bei drei Stimmenthaltungen zugestimmt. Zur Politik der BVP vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 131 ff.

Reichsbanner mehr geben wird, weil des Reiches Banner die Siegesfahne des Reiches sein wird, hinter der der letzte Volksgenosse des Reiches geht, weil es sein Banner ist.

Und wenn dieser Staat einmal seine Volksgenossen ruft, wird jeder die Brust öffnen in der Überzeugung:

Der Staat, für den ich sterbe, ist meines Volkes Vaterland. [15]

25. Mai 1927 — Dok. 130
"Die nächste Aufgabe der Münchener S.A." [1]
Rede auf SA-Versammlung in München [2]

PND-Bericht Nr. 575, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809 [3].

Hitler ging die ganze S.A. ab und besichtigte sie genau. Seine folgende fast 2 Stunden dauernde Rede war fast ausschließlich auf die Angelegenheit Heines [4] - Rauscher [5] eingestellt. Als erstes frug Hitler, wer gedienter Soldat war, woraufhin sich etwa 10 Mann meldeten. Hitler frug dann, wer Kriegsteilnehmer war. Hier meldeten sich etwa 30 Mann. Er bemerkte, er habe gefragt, weil nur der gediente Soldat seine Ausführungen über Disziplin verstehen werde. Hitler äußerte sich dann eingehend, wie notwendig im Kriege und auch jetzt noch im Wirtschaftsleben Disziplin sei. Er kam auch auf den Aktivismus zu sprechen, mit dem heute so viel operiert werde und zu dem Verstand und Vernunft gehöre. Er habe seinen Aktivismus schon gezeigt zu einer Zeit, als der Meuterer Heines noch naß hinter den Ohren gewesen sei. Als Aktivist verdien[*t*]e er das Eiserne Kreuz in 4 1/2 jähriger Kriegsdienstzeit. Aktivismus war die Gründung der

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 24.5. und 25.5.1927.

2 Im Hirschbräukeller, von 20.30 bis 23.30 Uhr. Der Generalappell der SA-München, zu dem die SA-Führung unter Ausschlußandrohung aus der SA und NSDAP aufgerufen hatte und an dem laut Polizeibericht etwa 200 Personen teilnahmen, wurde vom Obersten SA-Führer, Franz von Pfeffer, geleitet. Am gleichen Abend kam es in München-Giesing zu Zusammenstößen zwischen SA- und Reichsbannermitgliedern. Ein im Anschluß an den Generalappell geplanter Marsch nach Giesing wurde abgesagt. Vgl. auch die Dok. 131 und 140.

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 57 der Polizeidirektion München vom 9.6.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Edmund Heines (1897-1934), Leutnant a. D., 1918/19 Freikorps Roßbach, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925 Führer des Bataillons Roßbach in München, 1926/27 SA-Standartenführer in München, 1927 Parteiausschluß, 1928 wegen Totschlags (Fememord) zu 15 Jahren, nach Urteilsrevision zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1929 Haftentlassung, 1929 Wiedereintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1930 Referent bei der Obersten SA-Führung, 1931-1934 SA-Führer in Schlesien und Stellvertreter Ernst Röhms, 1933 Polizeipräsident von Breslau, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

5 Hanns Rauscher (1897-1961), Uhrmachermeister, 1920 Mitglied im Freikorps Roßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1925 SA-Sturmführer (Sturm I) in München, 1927 Parteiaustritt, 1929 Wiedereintritt in die NSDAP, 1933 SA-Standartenführer, 1939 unehrenhafte Entlassung aus der SA.

N.S.D.A.P. zu einer Zeit, wo keiner des Lebens sicher gewesen sei. Seinen Aktivismus habe er im November 1923 gezeigt, wo alles auf Gedeih und Verderben eingestellt war. Heines habe im November 1923 den erhaltenen Befehl nicht ausgeführt und sich auf eigene Faust zur französischen Gesandtschaft begeben und diese verhaftet [6], ohne zu bedenken, daß mit einer solch traurigen Tat das deutsche Volk vollständig dem Feinde ausgeliefert werde. Ein solches Freibeutertum werde das Volk niemals retten, sondern die Bewegung sowie das Volk selbst dem Untergange entgegenführen. Er - Hitler - habe sich stets als Aktivist bewiesen und als Führer einer Bewegung zur Aufgabe gemacht, ein neues Deutschland zu gründen und das deutsche Volk zu befreien. Daher lasse er sich von einem kaum 25-jährigen grünen Jungen (gemeint Heines) nicht vorschreiben, was Aktivismus sei. Die Lüge, er wäre von Bremsern und Bonzen umgeben [7], die ihn leiten, müsse er entschieden zurückweisen. Er lasse sich von niemandem leiten und besonders von Heines und Rauscher nicht. Was in der Partei gemacht werde, sei seine Anordnung, und jeder Führer sei nur mit seinem Wissen ernannt. Bei seiner Auswahl der Führer leite ihn nicht das Persönliche, sondern das Wohl und Wehe der Bewegung. Jeder Führer, der seine Pflicht nicht im Interesse der Bewegung tue, müsse seinen Platz verlassen, und selbst dann, wenn es sich um die oberste Führung handle. Wer sich nicht unterordnen wolle, habe in der Partei und besonders in der S.A. nichts zu suchen. Seit 1923 laufen über Heines verschiedene Gerüchte um, und er sei froh, daß es mit ihm - Heines - so gekommen sei. Denn nur dadurch sei die Partei vor großer Schande bewahrt worden. Vielleicht hätten die Leute schon bald mit den Fingern auf die S.A. gezeigt, wenn Heines mit seiner Abteilung noch dabei wäre. Was Heines gemacht habe, seien Soldatenratsgeschichten im schlimmsten Sinne. Er pfeife auf die Heilrufe von Heines, die doch nur Lüge seien. Wer gegen die Anordnung eines Unterführers handelt, handle gegen ihn selbst. Falls Heines nochmal in eine Versammlung kommen sollte, würde er hinausgewiesen werden mit seinen Anhängern. Die Regierenden warten schon längst auf [*einen*] Anlaß, um die S.A. zu verbieten. Deshalb müsse alles verhindert werden, was der politischen Behörde die Möglichkeit zum Einschreiten geben könnte. Heines arbeite bewußt und mit Absicht auf dieses Ziel hin. Nachdem aber nunmehr diese Pestbeule aufgestochen sei, könne er wieder mit Vertrauen auf die Münchner S.A. blicken. Bis heute habe er immer wieder an der Treue der S.A. zweifeln müssen, nunmehr sei er mit den S.A.-Leuten wieder unter sich und könne offen mit ihnen sprechen. Am liebsten möchte er selbst das braune Hemd tragen als Sturmmann. Als Führer müsse er aber bestimmt wissen und die volle Gewißheit haben, daß ihm jeder blind folge und jeden Befehl ausführe. Er verlange keine Gesetzwidrigkeiten und überhaupt nichts, was ihn mit dem Gesetz in Konflikt bringen könnte. Er verlange nur, daß sie die Bewegung schützen und wenn notwendig verteidigen. Ein Teil habe ihm (Hitler) bereits das letzte Mal

6 Edmund Heines hatte in der Nacht vom 8./9.11.1923 im Hotel "Vier Jahreszeiten" französische und belgische Offiziere als Geiseln festnehmen lassen. Vgl. Harold J. Gordon, Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 298.

7 Zur Kritik Heines' und Rauschers an der Parteileitung vgl. auch Dok. 125. Sowie PND-Bericht Nr. 573 über den Kompanie-Appell der SA-Schwabing am 13.5.1927 und Nr. 573 [*sic!*] über die Zusammenkunft der Stürme I und IX der SA am 15.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6809.

schon durch Handschlag die Treue versichert[8]. Die inzwischen Neueingetretenen und noch nicht Verpflichteten haben dies heute nachzuholen, soweit sie anwesend sind. Wer etwa glaubt, dies nicht machen zu können, soll mannhaft sein und das Lokal verlassen. (Es verließen hierauf 3 Mann das Lokal.) Die N.S.D.A.P. ist sein Lebenswerk, und möge der Himmel es walten, daß er dieses Werk vollenden kann. Bei seinem Tode habe er nur den einen Wunsch, daß das Hakenkreuzbanner sein Leichentuch bilden möge. Für dieses Symbol werde er kämpfen und sterben, und wenn er den Kampf ganz allein führen müsse. So wollen wir geloben einer für alle und alle für einen. Auch in München fängt der Kampf schon langsam an. Heute wurde bereits eine Abteilung von 30-facher Übermacht überfallen. In der nächsten Zeit kann es öfter hart auf hart gehen, und wünsche er nur, daß diese roten Banditen einmal versuchen würden, eine unserer Versammlungen zu sprengen. Aber dann jeder mit voller Kraft darauf. Es tue ihm fast leid, nicht selbst auch einmal richtig verhauen zu werden [*sic!*], damit jeder sieht, daß er auch S.A.-Mann ist und seine Fäuste zu bedienen weiß. In diesem Sinne wollen wir uns gegenseitig Treue geloben und eine Gemeinschaft von Männern bilden, die die Grundlage für das neue Deutschland sein soll.[9]

27. Mai 1927 — Dok. 131
"An die S.A. München"
Aufruf

VB vom 29./30.5.1927.

Die S.A.-München hat einen ihrer ältesten Kameraden verloren. Marxistische Mörder haben unseren Arbeiter Hirschmann[1] erschlagen.

Er ist das Opfer der Pflichttreue geworden, die ihn bewog, mit sieben anderen S.A.-Männern den angesetzten Appell am Mittwoch, den 25. Mai, zu besuchen.

Unterwegs wurde die Gruppe von mehr als zwanzigfacher Übermacht angegriffen, dauernd verfolgt und fast ausnahmslos verletzt[2].

8 Am 18.5.1927. Vgl. Dok. 125.

9 Folgt Bericht Georg Seidenschwangs über Beitragsrückstände von SA-Mitgliedern und Bericht von Pfeffers über die Parteiausschlüsse von Rauscher und Heines. Vgl. auch Dok. 137.

1 Georg Hirschmann (1888-1927), Schuhmacher, SA-Mitglied.

2 Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Daraufhin erließ die Münchner Polizeidirektion für den 27., 28. und 29.5. ein Verbot der Veranstaltungen des Reichsbanners, der Vereinigten Vaterländischen Verbände und der NSDAP. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München vom 27.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Münchener Post vom 27.5.1927, "Zusammenstoß"; Münchner Zeitung vom 27.5.1927, "Politische Schlägereien mit tödlichem Ausgang"; Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsban-

Das Verhalten dieser 8 Mann war ein *vorbildliches*.

Die Kameradschaft für den bewußtlosen Hirschmann, die Rettung der Fahne und der Versuch, trotz aller Verwundungen dennoch zum Appell zu erscheinen, erfüllt jedes Mitglied unserer Bewegung mit Bewunderung.

Ich selbst bin stolz, der Führer solcher Kameraden sein zu dürfen.

München, den 27. Mai 1927

gez.: Adolf Hitler

28. Mai 1927 Dok. 132
Anordnung

VB vom 1.6.1927, "Bekanntmachung".

Herr *Hermann Esser* hat mit Rücksicht auf seine berufliche Tätigkeit, die ihm nicht mehr gestattet, seinen Posten als Bezirksführer von Oberbayern und Schwaben (Südbayern) voll auszufüllen, um Enthebung von diesem Posten gebeten [1].

Ich habe dieser Bitte heute stattgegeben. Der Bezirksführerposten bleibt vorerst unbesetzt.

München, den 28. Mai 1927

gez.: *Adolf Hitler*

---

ner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; Münchener Post vom 28./29.5.1927, "Der Südbayerische Republikanische Tag verboten"; Münchner Neueste Nachrichten vom 29.5.1927, "Der Vorfall in der Humboldtstraße"; Münchner Neueste Nachrichten vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages". Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 153. Sitzung vom 30.5.1927, S. 657 ff., und 154. Sitzung vom 31.5.1927, S. 677 ff. Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 31.5.1927, "Interpellation im Landtag"; Münchener Post vom 31.5.1927, "Ein schwerer Hereinfall der bayerischen Nebenregierung"; sowie die Dok. 134 und 140.

1 Presseberichten zufolge soll Esser sein Amt aus Protest gegen den Parteiausschluß des SA-Führers Edmund Heines niedergelegt haben. Vgl. Fränkischer Kurier vom 3.6.1927, "Ausschluß aus der NSDAP"; Bayerischer Kurier vom 4.6.1927, "Die Partei der 'Bewegung'". Vgl. auch Dok. 130 und 137.

30. Mai 1927 Dok. 133
"GRUSA I. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; IfZ, Fa 107/1.

1. Alle Anordnungen und Befehle grundsätzlicher Art, die die SA betreffen, sind nur rechtsgültig, wenn sie außer der Unterschrift des Obersten SA-Führers noch die des Partei-Vorsitzenden tragen (V.B. v. 26.4.[*19*]27) [2].

Nur für solche Befehle grundsätzlicher Art ist die Parteileitung mitverantwortlich. Nur solche kann sie vertreten und decken.

2. Diese "Grundsätzlichen Anordnungen der SA (Grusa)" werden in der vorliegenden Form ausgefertigt, und müssen den Preß-Stempel von Osaf tragen. Sie sind streng vertraulich und nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP. Die Parteistelle, der sie zugestellt werden, ist für die Aufbewahrung verantwortlich.

3. Befehle, die nicht grundsätzlicher Art sind, sowie alle eiligen und mündlichen Anordnungen, sowie vorläufige oder vorübergehende Regelungen, trifft der Oberste SA-Führer selbständig im Rahmen der ihm erteilten grundsätzlichen Richtlinien (Grusa II) [3].

Die Verantwortung für Anordnungen, die nicht vom Vorsitzenden der Partei unterzeichnet sind, trägt der Verfasser persönlich (V.B. v. 26.4.[*19*]27).

4. Die Entscheidung, ob es sich im Einzelfall um Befehle und Anordnungen grundsätzlicher oder nicht grundsätzlicher Art handelt, trifft allein der Vorsitzende der Partei nach Rücksprache mit dem Obersten SA-Führer. *Niemand hat das Recht, die Ausführung einer* - nicht gesetzwidrigen - *Anordnung deswegen zu verweigern* oder aufzuschieben, weil er Zweifel an ihrer formgerechten Ausfertigung in vorstehender Beziehung hat. Vielmehr kann aus der Form der Ausfertigung geschlossen werden, wie die Entscheidung des Vorsitzenden der Partei gefallen ist.

gez. v. Pfeffer

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der NSDAP
gez.: Adolf Hitler

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!".
2 Vgl. Dok. 97.
3 Vgl. Dok. 135.

30. Mai 1927 Dok. 134
Rede auf Begräbnis von Georg Hirschmann in München [1]

VB vom 1.6.1927, "Totenfeier für einen Helden".

Nachdem der Geistliche [2] nach dem allgemeinen Gebet des Vaterunsers das Grab verlassen hatte, ergriff unser Führer *Adolf Hitler* das Wort und wies einleitend darauf hin, daß wir zum fünften *Male* [3] trauernd an der Bahre eines Angehörigen der N.S.D.A.P. versammelt sind: *fünf Todesopfer in kaum fünf Monaten* und fünf Todesopfer von Kameraden, die nichts verbrochen hatten, als daß sie ihr Vaterland geliebt haben, die nichts verbrochen hatten, als daß sie diese Liebe zum Vaterland offen bekundet haben in einer Zeit, in der gerade dieses Vaterland armselig gewesen ist, von vielen verraten und nicht geachtet wurde. *Was hat unser Kamerad Hirschmann verbrochen, was hat dieser kleine stille Arbeiter eigentlich getan?* Was hat er anderen Menschen zuleide getan, als daß er seine freien Stunden in den Dienst seines Vaterlandes stellte, als daß er versuchte, die Liebe und Anhänglichkeit zu Deutschland in diesen freien Stunden weiterzuverbreiten durch sein Dabeisein in den Reihen jener Bewegung, die sich diese Mission zur Aufgabe gesetzt hat! Er ging heraus aus jener Bewegung, die nicht Liebe verkörpert, sondern Haß, und *hinein in jene Bewegung, die keinen Armen oder Reichen kennt, sondern nur den deutschen Volksgenossen,* Menschen, die zueinander gehören, die in glücklichen Tagen beisammen waren und die heute erst recht zueinander gehören. Wir sind durch den Tod dieses Genossen zu einem *Gelöbnis* verpflichtet. *Es ist schwer dem Vaterlande zu dienen,* und es war zu allen Zeiten schwer. Wer auf dieser Welt versucht, in trüben Zeiten freimütig sein Bekenntnis abzulegen für einen höheren Glauben, der der übrigen Welt nicht genehm war, hat zu allen Zeiten einen *Dornenweg* gehen müssen. Gerade wir Deutschen scheinen dazu bestimmt zu sein, daß die höchste Liebe zu unserem Vaterlande stets mit den größten Opfern und Entbehrungen verknüpft ist, mit den schwersten Opfern des einzelnen. An diesem fünften Todesopfer in diesem Jahr - und es wird nicht das letzte sein - wollen wir heute das *Gelöbnis* ablegen und den Toten dadurch ehren, daß wir ihm versprechen, daß wir jetzt erst recht unserer Idee anhängen und durch keine Macht der Welt uns von ihr abbringen lassen. Sie können gegen uns mit allen Mitteln der Unterdrückung vorgehen, aber niemals werden sie die Vaterlandsliebe aus unseren Herzen reißen, werden sie uns dahin bringen, daß wir in der Zeit der Not jemals von unserem Ziele lassen, *das Vaterland aus seiner Zersplitterung zu reißen und alle Volksgenossen zur Einheit zusammenzuführen.*

Adolf Hitler wendet sich nun an die Angehörigen, die den Vater und Gatten verloren haben: Ein Mann, weit von hier, in Frankreich, erklärte, daß dieser Friede nichts weiter sei als die Fortsetzung des Krieges. Wir dürfen daher nicht glauben, daß dieser Friede

---

1 Auf dem Ostfriedhof, nach 17.00 Uhr. Vgl. die Ankündigung im VB vom 29./30.5.1927 und die verspätete Bekanntgabe im VB vom 31.5.1927, "Hirschmanns Bestattung". Zur Vorgeschichte vgl. Dok. 131.

2 Gemeint ist Josef Hobmeier, Kaplan von St. Wolfgang, der die Trauerfeier abhielt.

3 Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 30, nennt 4 Todesfälle (Otto Senft, Wilhelm Wilhelmi, Karl Ludwig und Georg Hirschmann).

von uns keine Opfer mehr fordern werde. *Hirschmann ist im höchsten Sinne des Wortes gefallen für unser deutsches Vaterland.* Ich schließe an die Worte des Predigers [4] an, wenn ich sage: Wir wollen ihm nacheifern dadurch, daß wir die Idee der Liebe unserer Volksgenossen predigen, schützen und verteidigen, so wie diese sieben oder acht Mann sie verteidigt haben. Wir wollen für diese Idee der Liebe der Volksgenossen untereinander eintreten und *keinen Haß gegen die Verführten mitnehmen, gegen diejenigen, die in wahnsinniger Verblendung den eigenen Volksgenossen, den armen Mitarbeiter niedergeschlagen haben.* Wir wollen geloben, daß wir mehr denn je gegen diejenigen kämpfen wollen, die diesen Haß in die Herzen dieser Leute gesät haben. Wir wollen keinen Haß predigen, sondern die Idee der Liebe verbreiten. Jeder einzelne von uns muß bereit sein, genau dasselbe Opfer zu bringen, das dieser liebe Genosse bringen mußte. Wir wissen, daß es noch Menschen gibt, die dem Vaterland blind und gehorsam die Treue halten. Dann erst wird ein neues Reich auferstehen, und die Opfer, die in die Gruft gesenkt werden, werden unserem Volke dargestellt als die Helden, denen Deutschland seine Wiederauferstehung zu danken hat. Dann wird erfüllt sein das Ziel, für das auch unser Freund gefallen ist. Dann wird er im Jenseits nicht mehr trauern, sondern lächelnd erkennen: sein liebes, deutsches Vaterland wird frei, mächtig und stark erstanden sein. Der arme kleine Schuster, der für dieses Vaterland gekämpft hat, wird sehen, *daß auch aus seinem Blute die Freiheit herausgewachsen ist.* [5]

31. Mai 1927 — Dok. 135
"GRUSA II. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; BA, Slg. Schumacher 403.

Satzung [2] der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

I. Zweck und Aufgabe.

§ 1. Die Sturmabteilung (SA) ist eine Einrichtung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die als Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein gesetzlich eingetragener Verein ist.

§ 2. In der SA sollen die Mitglieder-Massen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei so geordnet und diszipliniert werden, daß selbst bei großen öffentlichen

4 Josef Hobmeier.
5 Folgt Bericht über den weiteren Ablauf des Begräbnisses.

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP.".
2 Einleitender Vermerk: "Nachstehend die am 17. September 1926 rechtsgültig vollzogene 'Satzung der SA' mit geringen Verbesserungen vom 31. Mai 1927. gez.: v. Pfeffer". Zur Fassung vom 17.9.1926 vgl. Dok. 31.

Kundgebungen, sowohl in geschlossenen Räumen als auch im Freien, Ausschreitungen in jeder Form verhindert werden. Durch sie soll der planmäßige Verlauf, die Ruhe und Ordnung, die Verhinderung von Ausartungen mit ihren Weiterungen sowohl bei Versammlungen als auch bei Demonstrationszügen gewährleistet sein. Sie soll unserem öffentlichen Auftreten einen eindrucksvollen und würdigen Charakter verleihen.

§ 3. Die SA als disziplinierte Mitglieder-Organisation ist vor allem dazu berufen, als Ordnerdienst und Saalschutz die Sicherung unserer Massenversammlungen durchzuführen und Störungen durch terroristische Marxistenangriffe abzuwehren, bzw. zu überwinden. Die SA soll weiter wenn nötig, auch den Schutz einzelner Parteigenossen auf der Straße und in der Werkstatt gegen den roten Terror übernehmen. Ihre Mitglieder sollen aber auch diejenigen Arbeiten der Propaganda ausführen, die mit körperlichen Gefahren verbunden sind. Dies sind: Aufklärung in den Fabriken, in Werkstätten, Verkauf von Zeitungen in roten Stadtvierteln, bei Wahlen, Vertrieb und Verteilung von Flugblättern, sowie Beschützung der mit diesen Aufgaben betrauten Agitatoren der Bewegung.

§ 4. Die SA soll dementsprechend durchgehends [*sic!*] durch besten Parteiunterricht, Lehrabende usw. mit den theoretischen Ideen der Bewegung vertraut gemacht werden. Sie soll aber weiter solche sportliche Übungen betreiben, welche Zucht und Disziplin fördern und der Selbstverteidigung dienen. In erster Linie Boxen, Jiu-Jitsu, weiter Turnen und Wandern. Strengstens untersagt ist jede Art von militärischer Spielerei. Die SA ist kein Wehrverband. Die militärische Ausbildung der Nation ist Aufgabe des Reichsheeres und nicht der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wer in der SA ohne einen ordnungsmäßigen polizeilich ausgestellten Waffenschein zu besitzen, eine verbotene Waffe trägt, wird, ganz gleich welcher Art sie ist, ausgeschlossen. Versuche durch Lockspitzel, Abteilungen der SA zu militärischen Übungen zu verleiten oder zu Waffenbesitz anzueifern, bedingen, wenn ihnen in der geringsten Beziehung nachgegeben wird, die sofortige Auflösung solcher Gruppen und den Ausschluß dabei betroffener Einzelmitglieder aus SA und Partei. Evtl. müssen Rädelsführer zur Anzeige gebracht werden. Die Waffe des Nationalsozialisten, besonders aber des SA-Mannes, ist eine gesunde Faust und Vaterlandsliebe im Herzen.

§ 5. Der SA-Mann soll in seiner Disziplin, Zucht und Ordnung den anderen Parteigenossen immer mit bestem Beispiel vorangehen. Wer Ausschreitungen verübt, gehört nicht in die SA. Trink-Unsitten werden nicht geduldet.

§ 6. Die SA-Frau hat entsprechende Aufgaben, die Anfertigung von Fahnen, Abzeichen, Mützen, Hemden usw. Ihre Organisation soll in erster Linie im Dienste der Fürsorge stehen. Hilfe für verarmte Parteigenossen, Verpflegung von durchreisenden Parteigenossen, Christbaum-Bescherungen usw.

§ 7. Im SA-Jungmann soll die heranwachsende Jugend zu einem reinen, freien, deutschen Geschlecht herangezogen werden, körperlich und geistig stolz und kraftvoll, ablehnend alle moderne Fäulnis und Zersetzung, samt Marxismus, Liberalismus und anderem fremdartigen Judenschmutz.

§ 8. Der SA-Angehörige, ganz gleich ob Mann oder Frau oder Jungmann, ist zum Gehorsam zu erziehen, soweit vom Einzelnen nichts verlangt wird, was gesetzwidrig ist.

Der SA-Angehörige hat die Pflicht, Unzulässiges oder Gesetzwidriges, das von ihm verlangt würde, sofort der nächsthöheren Dienststelle, bzw. der Parteileitung zu melden, die Ausführung eines solchen Befehls aber unter allen Umständen zu verweigern.

II. Verwaltung und Organisation.

§ 9. Die SA besteht aus 3 Abteilungen:

a) Männer-Abteilung,

b) Frauen-Abteilung,

c) Jugend-Abteilung.

§ 10. An der Spitze der gesamten SA steht der Oberste SA-Führer (OSAF). Er wird von der Parteileitung der NSDAP ernannt.

§ 11. Der oberste [*sic!*] SA-Führer teilt die SA in die notwendigen Unterverbände ein, die jedoch grundsätzlich nicht militärische Formationen als Vorbild haben dürfen. Auch die Namen sollen nicht der Armee entnommen sein. Die SA und die SA-Gliederung hat [*sic!*] nur die einzige Aufgabe: in einen ungegliederten Haufen Ordnung zu bringen.

§ 12. Die grundsätzlichen Anordnungen des Obersten SA-Führers müssen vom jeweiligen Vorsitzenden der Partei gegengezeichnet sein.

§ 13. Sitz des Obersten SA-Führers ist München, wenn nichts anderes angeordnet wird.

§ 14. Entsprechend der Organisation hat sich auch die Bekleidung des einzelnen SA-Mannes frei von allen soldatischen Spielereien zu halten. Seine Abzeichen sollen jedermann nur ermöglichen, Herkunft und Zugehörigkeit des SA-Mannes sofort feststellen zu können.

§ 15. Die Geld-Wirtschaft der SA wird geführt durch die Kassen-Abteilung der Partei. Verantwortlich hiefür ist der gesetzlich gewählte Kassier, bzw. Schatzmeister des eingetragenen Vereins.

§ 16. Das Geschäftsjahr reicht von der jährlichen Generalmitgliederversammlung der Partei bis zur nächsten.

III. Name.

§ 17. Der Name "Sturmabteilung" (SA) wird geführt zur immerwährenden ehrenden Erinnerung an jenen Trupp von 46 wackren Nationalsozialisten, die in der Gründungszeit der NSDAP den ersten großen marxistischen Terror-Akt anläßlich der Versammlung im Münchener Hofbräuhaus niederbrachen und sich dann den Namen "Sturmabteilung" beilegten. Das heldenmütige Verhalten der 46 jungen Nationalsozialisten am 4.11. [*19*]21 im Münchener Hofbräuhaus-Festsaal [3], die in erbitterten Sturmangriffen einen fast 20mal so starken Gegner überwältigten und endlich aus dem Saale trieben, soll uns ein Vorbild sein für immer.

IV. Mitgliedschaft.

§ 18. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Meldung bei der SA und Aufnahme durch dieselbe. Mitglied kann nur werden, wer Parteigenosse ist. Die Mitgliedschaft der SA bzw. der Eintritt in dieselbe, verpflichtet zum Austritt aus allen Wehrverbänden. Gestattet ist nur das Verbleiben in den Traditions-Verbänden des alten Heeres als da

3 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513, 515 ff.

sind: Regiments-Vereinigungen, Kriegervereinigungen, Veteranen-Vereinigungen, Deutscher Offiziersbund usw.

§ 19. Der Oberste SA-Führer kann ungeeigneten Personen, auch wenn sie Mitglieder der Partei sind, den Eintritt in die SA verwehren, oder sie aus der SA ausschließen, wenn ihr Verhalten darauf schließen läßt, daß durch sie die SA Schaden nehmen würde, oder in Konflikte mit Polizei oder sonstigen Behörden hineingezogen werden könnte.

§ 20. Die Zugehörigkeit zur SA erlischt durch Austritts-Erklärung oder durch Ausschluß, sonst nur durch den Tod.

V. Auflösung der SA.

§ 21. Die Auflösung der SA kann erfolgen:

a) durch Anordnung der Parteileitung,

b) durch gesetzliche Maßnahmen von Behörden.

gez.: Adolf Hitler
München, den 17. September 1926

Verbesserungen genehmigt!

gez.: Adolf Hitler
München, den 31. Mai 1927

31. Mai 1927 — Dok. 136
"Rundschreiben Nr. 2 an alle Gaue von Österreich"
Anordnung [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen und hs. Unterschrift Hitlers vom 31.5.1927; BA, Slg. Schumacher 373.

1. Allgemeines.

Als Aufgabe für das Ha[*lb*]j[*ah*]r 1927 stelle ich:

Innere Festigung der Organisation der N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung) in Österreich durch:

Erfassung aller Pg[*g*]. durch Anlage und Führung von Karteien,

Erziehung aller Pg[*g*]. zur unbedingten Unterordnung unter die bestellten Führer,

Deckung aller vorhandenen Schulden,

Erziehung der Pg[*g*]. zur pünktlichen Leistung der Beiträge an die O[*rts-*]Gr[*uppe*] und pünktliche Abführung der Beitragsanteile an die Gaue und an die Landesgeschäftsstelle.

1 Dem Rundschreiben Nr. 2 ging das nicht nummerierte Rundschreiben vom 7.4.1927 voraus. Vgl. Dok. 100.

Nur auf einer gesunden finanziellen Grundlage aller Teile ist eine ersprießliche Arbeit nach außen zu erwarten.

Zu ernster Mitarbeit ist jeder Pg. verpflichtet, ohne besonders dazu eingeladen worden zu sein. Persönliche Verstimmungen müssen gegenüber der Sache zurücktreten.

Jeder Führer muß auf seinem Posten bleiben, bis er von diesem enthoben wird.

2. Gesetzliche Vertretung.

Die gesetzliche Vertretung der Hitler-Bewegung in Ö[*sterreich*] wird gesondert geregelt.

Der Vertrauensmann der R[*eichs-*]L[*eitung*] ist auch fernerhin Pg. Heinrich *Schmidt*, Graz, mit den im Rundschreiben vom 7.IV.1927, Ziff. 3 festgelegten Aufgaben [2].

Allen Gauleitern wird es zur Pflicht gemacht, dessen Anordnung [*sic!*], die er zur Erfüllung seiner Aufgaben für nötig hält, unbedingt und pünktlich Folge zu leisten.

3. Beitragsleistung.

Der ordentliche Beitrag beträgt für Kopf und Monat 1 S[*chilling*],
der ermäßigte 0,5 S[*chilling*],
letzterer für Erwerbslose, Mannschaften des Bundesheeres und Studenten.

Weitere Ermäßigungen oder Befreiung vom Beitrag sind unzulässig.

Vom Beitrag treffen für

die O[*rts-*]Gr[*uppe*]	25 %
Landesgeschäftsstelle	25 %
den Gau	40 %
SA-Steuer	10 %

Die Nichtabführung der für eine andere Stelle bestimmten Beitragsteile ist einer Unterschlagung gleichzuachten. Die SA-Steuer ist gauweise an den Gau-SA-Führer abzugeben.

Jeder Aufnahmeerklärung ist 1 S[*chilling*] beizufügen, der *ungekürzt* an die Landesgeschäftsstelle (Vertrauensmann) abzuführen ist.

Als Anerkennungsgebühr wird von der Landesgeschäftsstelle für je 1.000 Mitglieder und Monat 1 S[*chilling*] der Reichsleitung überwiesen.

4. Abrechnung.

Diese erfolgt nach den Richtlinien vom 1.VII.1926 [3].

Da ihr die Kopfstärke zu Grunde gelegt wird, ist es für O[*rts-*]Gr[*uppen*] und Gaue wichtig, ihren Stand (Kartei) stets richtig zu erhalten.

Dem Gau *Steiermark* ist die von der alten Landesleitung gewährte Befreiung von Zahlung des Beitragteiles für die Landesgeschäftsstelle bis 30. Juni d[*e*]s J[*a*]hr[*e*]s [*1927*] verlängert worden.

5. Landesgeschäftsstelle (S. a. Ziff. 2.).

Von dem Anteile für die Landesgeschäftsstelle sind die Kosten für deren Betrieb einschließl[*ich*] Geschäftsführer, sowie die Schulden der alten Landesleitung zu decken.

Nach deren Begleichung kann an eine Neuregelung der Beitragsverteilung herangetreten werden, wozu zeitgerechter Antrag vom Vertrauensmann erbeten wird.

2 Vgl. Dok. 100.
3 Vgl. Dok. 1.

6. Parteipresse.

Um ein lebensfähiges Blatt zu erhalten, wird als parteiamtliches Organ für Ö[*sterreich*] nur der

Österreichische Nationalsozialist [4]

anerkannt. Er allein ist berechtigt, das Parteiabzeichen zu führen.

Die Berücksichtigung und die Regelung der Verhältnisse der "Linzer Volksstimme" [5] wird der österr[*eichischen*] Gauvertretertagung überlassen.

Als hauptamtliches Parteiorgan der ganzen Bewegung gilt der

Völkische Beobachter.

Jeder Gau und jede O[*rts-*]Gr[*uppe*] ist verpflichtet, von diesem je 1 Pflichtexemplar zu halten und außerdem dessen Verbreitung immer wieder zu fördern.

7. Bekanntgaben.

Die einzelnen Gauleiter sind berechtigt, lokale Verlautbarungen für den Gau im österr[*eichischen*] Nationalsozialist oder im Völkischen Beobachter unter voller Namenszeichnung direkt bekannt zu geben.

Parteiamtliche Verlautbarungen, die für alle Gaue Ö[*sterreichs*] gelten, werden von der R[*eichs-*]L[*eitung*] oder in deren Auftrag vom Vertrauensmann, Pg. *Schmidt*/Graz, erlassen.

8. SA und SS.

Der politische Leiter einer O[*rts-*]Gr[*uppe*] oder eines Gaues ist allein der R[*eichs-*]L[*eitung*] für das Auftreten der Pg[*g*]. in der Öffentlichkeit verantwortlich.

Er verfügt daher den Einsatz der SA oder SS in der Öffentlichkeit (Saalschutz), Propagandamärsche, Flugblätterverteilung usw. und erteilt dem SA-Führer den bezüglichen Auftrag. Für dessen Ausführung haftet der SA-Führer dem Gauleiter.

In den inneren Dienstbetrieb der SA und SS hat sich der politische Führer nicht einzumischen.

Eine Einwirkung des SA-Führers auf die politische Leitung ist, sobald sie zu Streitigkeiten führt, nicht zu dulden. Ein solcher SA-Führer ist beim OSAF zur Enthebung zu beantragen und sodann u. U. auszuschließen.

Jeder Angehörige der SA und SS muß sich darüber klar sein, daß er in erster Linie Mitglied der politischen Organisation ist.

Alle Befehle des OSAF gehen künftig über den Gauleiter an den SA-Führer.

Jedem politischen Führer ist es *verboten*, Mitglied der SA oder SS zu sein. Ausnahmen bedürfen für die O[*rts-*]Gr[*uppe*] der Genehmigung des Gauleiters und für diesen selbst der der R[*eichs-*]L[*eitung*].

9. Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß s. Beilage [6].

Ein Landes-U[*ntersuchungs-*] u[*nd*] Schl[*ichtungs*]-A[*usschuß*] besteht nicht.

4 Die 1926 in Wien gegründete Wochenzeitschrift "Der österreichische Nationalsozialist" war das Organ der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung). Die erste Ausgabe erschien am 13.11.1926.

5 Die März 1923 gegründete Linzer Volksstimme (ab 1926: Volksstimme) erschien zunächst zweimal, ab 1924 einmal wöchentlich in Linz. Sie wurde im Juni 1933 eingestellt.

6 Nicht überliefert.

10. Wiederholt wird betont, daß die R[*eichs-*]L[*eitung*] es ablehnt, sich mit den Streitigkeiten österr[*eichischer*] Pg[*g*]. in *1. Linie* zu befassen.

Der oberste Führer kommt bei solchen nur als letzte und endgültig entscheidende Beschwerde-Instanz in Betracht.

Ebenso wird wiederholt, daß die österr[*eichischen*] Gaue auf eine finanzielle Beihilfe seitens der R[*eichs-*]L[*eitung*] nicht zu rechnen haben.

11. Die Bestellung von Propagandamaterial (Flugblätter usw.) hat bei der Hauptgeschäftsstelle der N.S.D.A.P., München 13, Schellingstr. 50, zu erfolgen. Sie wird nur von den Gauen - nicht von einzelnen O[*rts-*]Gr[*uppen*] - und unter Voreinsendung des Betrages entgegengenommen und ausgeführt.

Da die R[*eichs-*]L[*eitung*] keine österr[*eichischen*] Erlagsscheine besitzt, so ist der Betrag mittelst Postanweisung zu übersenden.

12. Verhandlungen mit politischen Gruppen wegen geschlossenen Übertrittes zur N.S.D.A.P. sind abzulehnen und die betr. Vermittler an die R[*eichs-*]L[*eitung*] zu verweisen.

Unabhängig davon bleibt der Übertritt einzelner aus solchen Gruppen, die als Neuaufnahmen zu behandeln sind.

13. Für Österreich ist ein Parteitag für 3.VII.1927 in *Berchtesgaden* oder *Freilassing* in Aussicht genommen [7].

Die endgültige Festsetzung wird durch den Vertrauensmann Pg. *Schmidt*/Graz, bekannt gegeben werden.

14. Die im Rundschreiben vom 7.IV.1927 bekannt gegebenen Anordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch Vorstehendes, oder wie beim Gau *Wien*, inzwischen geändert worden sind [8].

Zum Schlusse gebe ich der Erwartung Ausdruck, daß jeder einzelne Pg. seinen Stolz dreinsetzt, das im Eingang dieses [*Rundschreibens*] gesteckte Ziel zu erreichen.

Der selbständigen Arbeit der Führer ist freies Feld gegeben.

Nun zeigt österr[*eichische*] Pg[*g*]. und Führer, daß Ihr der Aufgabe gewachsen seid.

Heil
Adolf Hitler

7 Der Parteitag fand am 3.7.1927 in Freilassing statt. Vgl. Dok. 153 und 154.

8 Der Gau Wien war im April 1927 "wegen grober Disziplinlosigkeit" aufgelöst und zeitweise einer kommissarischen Leitung unterstellt worden. Vgl. Dok. 100.

31. Mai 1927 Dok. 137
Anordnung

VB vom 2.6.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Herr Edmund *Heines*, Leutnant a. D., München, Schellingstr. 98, wird auf Grund des § 4, Abs. 2 b, der Satzung vom 22. Mai 1926 [1] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen [2].

Er selbst sowie jede von ihm geführte oder etwa neugebildete Organisation sind nicht berechtigt, das Parteizeichen zu führen oder sich auf die N.S.D.A.P. zu beziehen.

München, den 31. Mai 1927

Adolf Hitler

[Mai] 1927 [1] Dok. 138
Rundschreiben an die Abgeordneten der NSDAP

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Hitlers, o. D.; BA Koblenz, Slg. Schumacher 373.

An die Herren Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Seit dem 1. Mai [*1927*] gibt Pg. Dr. Buttmann ein Mitteilungsblatt für die Nationalsozialisten in den Parlamenten und Gemeinderäten heraus, das in einer Führerbesprechung vom 2. Februar d[*es*] J[*ahres*] [2] von mir gutgeheißen worden war. Der Zweck dieses Mitteilungsblattes ist, über die Arbeit unserer Parteigenossen in den verschiedenen Vertretungskörpern eine fortlaufende Übersicht zu ermöglichen. Diese Blätter sollen einmal, gesammelt, eine Darstellung der Arbeit unserer Pg. und der Stellungnahme zu verschie-

1 § 4 Abs. 2 b: "Mitglieder werden ausgeschlossen: [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2 Formeller Anlaß für den Ausschluß war, daß Heines nicht am Generalappell der SA München am 25.5.1927 teilgenommen und einige andere SA-Mitglieder zum Fernbleiben aufgefordert hatte. Im Hintergrund stand jedoch die Kritik Heines' an der SA- und Parteileitung. Vgl. auch Entscheidung des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses vom 31.5.1927 (BDC, OPG-Akte Edmund Heines) sowie Dok. 125 und 130.

1 Das undatierte Schreiben dürfte im Zusammenhang mit der Gründung des "Mitteilungsblattes der Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern" verschickt worden sein. Die erste Ausgabe (Folge 1/2) erschien am 1.5.1927.

2 Auf dieser Besprechung, an der unter dem Vorsitz Hitlers die Mitglieder der NSDAP-Fraktion im Bayerischen Landtag sowie Vertreter des VB und der Parteileitung teilgenommen hatten, war die Herausgabe des Mitteilungsblattes beschlossen worden. Vgl. auch Dok. 77.

denen Fragen ermöglichen. Sie sollen im besonderen zu Wahlzwecken eine rasche Orientierung, die Herausgabe von Flugblättern, die Zurückweisung gegnerischer Angriffe usw. ermöglichen. Vor allem aber sollen sie ein Bindemittel für unsere Mandatare darstellen, das an sich notwendige persönliche Besprechungen wenigstens teilweise ersetzt. Der Aufdruck "Vertraulich" soll den Charakter des Mitteilungsblattes als einer Art Korrespondenz betonen. Nicht gemeint ist damit eine Pflicht zur absoluten Geheimhaltung. Gewiß könnten die Beiträge auch zum größten Teil im Völkischen Beobachter abgedruckt werden. Sie sollen aber an einer Stelle gesammelt sein, auch enthält das Mitteilungsblatt vieles, was die Leser des Völkischen Beobachters nicht zu berühren braucht. Unsere Parteigenossen in den Parlamenten bitte ich, regelmäßig ihre Anträge, Anfragen, Interpellationen und dergl. unverzüglich an den Herausgeber des Mitteilungsblattes zu übersenden, auch sonstige Notizen über Vorgänge in den verschiedenen Parlamenten, die zur Stellungnahme unserer Pg[*g*]. herausfordern, sollen durch das Mitteilungsblatt zur Kenntnis der sämtlichen Abgeordneten der N.S.D.A.P. gebracht werden. Bezüglich der Finanzierung verweise ich auf die Aufforderung in dem ersten Rundschreiben vom 14. Februar [*1927*][3], wonach jeder Abgeordnete einen Monatsbeitrag nach Selbsteinschätzung leisten wolle. Das Mitteilungsblatt soll nicht die sämtlichen Partei-Funktionäre, sondern in erster Linie die Mandatare der Partei selbst über ihre Tätigkeit gegenseitig unterrichten und ist daher auch von ihnen selbst zu finanzieren.

Adolf Hitler

3 Vgl. Dok. 77.

3. Juni 1927 Dok. 139
"GRUSA III. Grundsätzliche Anordnungen der SA"[1]
Anordnung

Gedrucktes Exemplar [2]; IfZ, Fa 107/1.

SA und Partei.

1. Die SA ist eine Einrichtung der NSDAP.

In die SA können nur Mitglieder der NSDAP aufgenommen werden. Ausschluß aus der NSDAP bedeutet ohne weiteres gleichzeitigen Ausschluß aus der SA. Für den etwaigen Ausschluß höherer SA-Führer (Sturmf[*ührer*] und höher) sind Sonderbestimmungen der Parteisatzung in Vorbereitung.

2. Die SA ist Mittel zum Zweck. Zweck ist der Sieg der Weltanschauung, deren Träger die NSDAP ist. Der Träger der Weltanschauung hat zu bestimmen, was geschehen soll. Die politische Leitung der NSDAP hat zu bestimmen, was mit der SA geschehen soll, wie wir die NSDAP dem Siege näher bringen sollen. - Dagegen ist unsere Aufgabe, die SA zu schaffen, auszubauen, leistungsfähig zu halten.

Jede politische Leitung (O[*rts*]-Gr[*uppe*], Bez[*irk*], Gau) hat über jedes sichtbare Auftreten des entsprechenden SA-Verbandes zu bestimmen, auch wenn das Auftreten nur mit innerem SA-Dienst zusammenhängt (z. B. Anmarsch).

3. Der politische Leiter weist der SA die Aufgaben zu, die er von ihr erfüllt haben will.

In der Hand des SA-Führers liegt die gesamte Durchführung der ihm zugewiesenen Aufgabe, insbesondere auch die alleinige Kommandogewalt während der Durchführung.

Doch soll tunlichst die Durchführung vorher mit dem politischen Leiter besprochen werden. Es soll sich der Führer auch bei der Durchführung, soweit als irgend zu verantworten, nach den Wünschen des Leiters richten. Zudem widersprechen vielleicht manche unumgängliche Weiterungen, die der Leiter sich anders gedacht hatte, so sehr dem Endzweck der Aufgabe, daß diese lieber ganz zurückgezogen wird.

Ist die Ausführung einmal im Gange (und hat "der Dienst" der SA begonnen), darf sich die politische Leitung in keiner Weise mehr einmischen.

4. Der politische Leiter darf sich mit seinen Wünschen nur an den SA-Führer wenden. Gegenüber dessen einzelnen Abteilungen oder einzelnen SA-Männern hat der Leiter (in SA-Sachen) keinerlei Befehlsbefugnis oder Vorgesetztenstellung.

5. Der SA-Führer entscheidet, ob die Aufgabe seine Leistungsfähigkeit übersteigt. Bei Meinungsverschiedenheiten wenden sich Leiter und Führer an ihre nächsthöheren Dienststellen. Ebenso verhalten sie sich bei Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Aufgabe überhaupt im Rahmen der SA liegt. Ebenso bei jeder Meinungsverschiedenheit.

---

1 GRUSA III übernahm weitgehend die Bestimmungen von SABE 2 (SA-Befehl 2: "SA und Partei - SA und Wehrverbände") vom 2.11.1926, der die Abgrenzung der SA zur Partei und zu den Wehrverbänden regelte. Vgl. Werner, SA, S. 396 ff.

2 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!".

Leiter und Führer haben die Pflicht, bei den leisesten Anzeichen von grundsätzlicher Verstimmung oder heranziehender Konflikte, sich sofort an ihre nächsthöheren Dienststellen zu wenden und Vorschläge für frühzeitige Abhilfe-Maßnahmen zu machen.

6. Es wird verboten, daß die politischen Leiter in die SA eintreten. Sie würden dadurch nur in eine unrichtige Lage geraten.

Ebenso wird den SA-Führern (vom Tr[*uppen*]f[*ührer*] aufwärts) verboten, bei Dingen, die in den Arbeitsbereich des politischen Leiters gehören, in ihrer Eigenschaft als einfache Mitglieder aufzutreten, etwa bei Mitgliederversammlung, Debatten, Anfragen, Anträgen. Der SA-Führer betätigt sich lediglich als SA-F[*ührer*], auch wenn er zu anderem das Recht hätte.

7. Zu den rein inneren SA-Sachen, für die allein die SA-Führer zuständig sind, gehören:

Jeder Dienst (Ziff. 3, letzter Absatz), Gliederung, Aufnahme und Ausschluß, Führer, Ernennung und Enthebung, Strafen, Kleidung, Abzeichen, Material-Verwaltung.

8. Beschwerden zwischen SA-Männern in SA-Sachen entscheidet der nächste gemeinsame Vorgesetzte. Die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse sind hierfür nicht zuständig. Weiterbeschwerde bis OSAF. Beschwerde gegen Maßnahmen hebt diese nicht eher auf, bis die Entscheidung gefallen ist.

9. Die Ernennung zum Führer soll, ebenso wie die Enthebung, in die Bildausweise der NSDAP mit Datum eingetragen und durch Unterschrift des ernennenden Führers bekräftigt werden.

gez.: v. Pfeffer

Für diese grundsätzliche Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der NSDAP:
gez.: Adolf Hitler

3. Juni 1927 Dok. 140
"Marxisten, warum habt ihr den Arbeiter Hirschmann ermordet?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 5./6./7. 6. 1927, "Das schuldige Münchener Polizeisystem!" [3].

Was dem traurigen Fall der vergangenen Woche seine besondere Bedeutung gibt, das ist die Art, wie ein Mensch mitten in der Großstadt am hellen Tage ermordet wurde [4]. Acht Menschen werden von einer gewaltigen Übermacht volle dreiviertel Stunden verfolgt. Der Gegner ist schwer bewaffnet, die Nationalsozialisten sind waffenlos. Ununterbrochen schlägt diese vertierte Meute auf die acht Nationalsozialisten ein. Dreimal war der Ermordete bereits zusammengebrochen, die Mörder hatten aber noch nicht genug. Wir protestieren dagegen, daß die Behörde dies als gewöhnlichen [*sic!*] Raufhändel bezeichnet. *Wenn man unter dem Ruf: "Ihr kommt nicht mehr lebend fort, wir schlagen euch tot!", Menschen durch die Straßen treibt und niederschlägt, dann ist dies nicht Totschlag, sondern Mord. Es ist ein Wunder, daß nur einer tot ist und nicht alle. Die Absicht war, alle acht Nationalsozialisten zu vernichten, das muß festgehalten werden.*

Wer war Hirschmann? Vielleicht ein Großkapitalist? Nein, ein ganz kleiner Arbeiter wie seine Mörder. War er ein Feind des Proletariats? Nein, denn er war einer aus ihren Reihen. Wer hat ihn erschlagen? Seine eigenen Arbeitskollegen. Arbeiter gegen Arbeiter. Warum hat man ihn denn erschlagen? Wenn man einen seiner Mörder herausgreifen und fragen würde, weshalb hast du diesen Menschen ermordet, dann wird keiner eine positive Antwort geben können. Er wird sagen, er ist mein politischer Feind.

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 20029) und Ankündigung im VB vom 2.6. und 3.6.1927.

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.00 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.300 bis 1.500 Personen teilnahmen, wurde von Wilhelm Frick mit einer Anklage gegen die bayerische Regierung und die Demokratie eröffnet.

3 Vgl. auch zwei Polizeiberichte vom 4.6.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737.

4 Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Daraufhin erließ die Münchner Polizeidirektion für den 27., 28. und 29.5. ein Verbot der Veranstaltungen des Reichsbanners, der Vereinigten Vaterländischen Verbände und der NSDAP. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München vom 27.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Münchener Post vom 27.5.1927, "Zusammenstoß"; Münchner Zeitung vom 27.5.1927, "Politische Schlägereien mit tödlichem Ausgang"; Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsbanner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; Münchener Post vom 28./29.5.1927, "Der Südbayerische Republikanische Tag verboten"; Münchner Neueste Nachrichten vom 29.5.1927, "Der Vorfall in der Humboldtstraße"; Münchner Neueste Nachrichten vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages". Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 153. Sitzung vom 30.5.1927, S. 657 ff., und 154. Sitzung vom 31.5.1927, S. 677 ff. Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 31.5.1927, "Interpellation im Landtag"; Münchener Post vom 31.5.1927, "Ein schwerer Hereinfall der bayerischen Nebenregierung"; sowie die Dok. 131 und 134.

Dieser Terrorakt, der sich abspielte, das war kein einzelner, er wiederholt sich tausendfach. Wenn es sich um andere Personen handelt, wird die Polizei sofort rebellisch. Werden aber Nationalsozialisten blutig geschlagen, dann schweigt man oder nennt es Straßenhändel. Wir haben in den letzten Jahren zahllose Opfer [*gehabt*]. Überall, in allen Gauen und Orten sind Menschen niedergeschlagen, niedergeschossen, niedergetreten, verwundet worden von einer bestimmten Gruppe von Menschen. Aber auch an all jene müssen wir denken, die in ihrer Fabrik leiden, terrorisiert und schließlich verjagt werden, weil sie Nationalsozialisten sind. *Terror gegen Menschen unserer Weltanschauung. 6 tote Opfer, dazu allein 42 Schwerverwundete in einer einzigen Stadt wie Berlin. In wenigen Monaten sind 200 Schwerverletzte der Erfolg dieses Terrors, die heute zum Teil als Krüppel die Zeichen marxistischer Brüderlichkeit herumtragen. Ungezählt sind die Leichtverletzten.*

All dies sind nicht Zufälle, es liegt darin System. Rufen doch die marxistischen Zeitungen ganz offen zum Terror, ja zum Mord gegen die Nationalsozialisten auf, ohne daß Polizei oder Staatsanwaltschaft dagegen eingreift.

Der Träger dieses Terrors ist seit jeher der Marxismus. Es ist nicht so, daß der sozialdemokratische Terror geringer wäre als der kommunistische. Wohl besteht nach außen hin eine Zersplitterung des Marxismus, doch sie beruht auf der verschiedenartigen Veranlagung der Menschen. Nur die äußere Aufmachung ist verschieden, das Ziel ist das gleiche. Einen wissenschaftlichen Spießer kann man eben nicht für die Brutalität begeistern, so hat der Jude denn für sie die demokratische Partei gegründet. In dieser Partei fühlt er sich wohl, obwohl sie die Schrittmacherin der Sozialdemokratie ist. Ein anderer Teil, der radikaler ist, geht zur Sozialdemokratie. Wieder andere, die die Sozialdemokraten als sozialistische Spießer bezeichnen, gehen zur kommunistischen Partei. All diese Gruppen sind eins, sie wollen das gleiche. Tatsächlich stimmen sie auch in allen weltanschaulichen und prinzipiellen Dingen miteinander.

Der Marxismus hat vom ersten Tage an das eine Ziel gehabt, die Eroberung der Macht. Der ganze Kampf zwischen Sozialdemokratie und Unabhängigen war nur ein Scheinkampf, war Spiegelfechterei. Aus der Masse der Sozialdemokraten wurden die aktivsten Kräfte in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gesammelt, die die Sturmtruppen der Marxisten darstellten, die Revolution machten und der Masse des Marxismus den Weg ebneten.

Wohl müssen wir einen scheinbaren Unterschied feststellen zwischen dem pazifistischen Marxismus auf der einen Seite und dem Willen zum brutalsten Krieg auf der anderen. Um dies zu verstehen, müssen wir uns zunächst mit der Frage beschäftigen: *Was will der Marxismus? Es sind dies eine Anzahl verschiedener großer Ziele:*

1. Versuch, die Herrschaft der Klassen zu brechen und die Volksherrschaft aufzurichten.

2. Versuch, dieses Volk wirtschaftlich freizumachen, Vernichtung des Kapitalismus.

3. Versuch, die Stütze des Kapitals und der Klassenregierung, den Militarismus, zu vernichten.

Dazu kommt noch eine Menge verschiedener kleinerer Ziele, wie der Vernichtungskrieg gegen alle Menschen, die nicht Arbeiter sind. Er will das Zeitalter der Bourgeoisie beseitigen und an deren Stelle die Herrschaft der Arbeit setzen, aus der dann die neue Welt geboren werden solle.

Was zeigt uns nun die Praxis? Wie weit ist der Marxismus seinem Ziele nähergekommen? Es ist leicht, diese Frage zu untersuchen, nachdem der Marxismus in zwei Staaten zur Macht gelangte, wobei er in dem einen restlos im Besitze der Macht ist. In Deutschland hatten wir den gemäßigten Marxismus, in Rußland herrscht der radikale.

Nirgends sind die Ziele erreicht worden. Gerade das Gegenteil ist eingetreten, überall sehen wir eine Verschlimmerung gegenüber den früheren Zuständen. Der Marxismus hat das Volk von der Herrschaft entfernt. Er hat den Kapitalismus in Reinkultur gebracht. Der Militarismus ist nicht abgebaut, sondern zu einer entsetzlichen Form gelangt. Der Unterschied zwischen reich und arm ist nicht beseitigt, er ist größer denn je. Überall, wo der Marxismus gesiegt [hat], herrscht allein die Gewalt. Auch die Drohnen sind nicht beseitigt, sie haben nur ein anderes Kleid angezogen, sind aber nach wie vor da. Der Marxismus kann also nicht sagen, daß er seinem Ziele nähergekommen sei.

Die Mehrheit eines Volkes kann nicht wünschen, daß sein Schicksal in die Hände Unfähiger gelegt wird. Wie wir kulturell auf einzelne, auf die fähigsten Köpfe angewiesen sind, so müssen wir auch wünschen, daß die bedeutendsten Männer unser Volk regieren. Was bringt aber der Marxismus? Indem er die Nation dem Parlamentarismus ausliefert, legt er das Schicksal des Volkes in die Hände der Dummheit. Die Majorität besteht nicht aus den Genies. *Was unsere Größe bedingt, ist nicht die Summe der Menschen, sondern Einzelpersonen [sic!].*

Man kann nur das mit Recht als Volksherrschaft bezeichnen, was den Interessen des Volkes dient. Indem der Marxismus die Masse als Höchstes setzt, zerstört er das Ideal der Volksherrschaft. Der Marxismus wünscht nicht, daß der einzelne Mensch an die Spitze kommt. Der Nationalsozialismus dagegen fordert, daß auf allen Gebieten die fähigsten Köpfe die Führer werden, denn was Geist, Würde, Anstand und Mut besitzt, ist am wenigsten im Parlament vertreten.

Dadurch, daß der Marxismus die nationale Wirtschaft als die Schuldigen hinstellte und das überstaatliche Kapital verschwieg, hat er den Börsenhyänen zur Herrschaft verholfen. Deutschland ist dafür das typische Beispiel. Statt Sozialisierung Kapitalisierung. Die Reichsbahn gehörte dem deutschen Volke, war also bereits sozialisiert. Fünf Jahre marxistischer Herrschaft haben genügt, um diesen Stolz des Volkes dem Kapital auszuliefern. Jetzt beginnt man bereits von der Reichspost zu sprechen, und in kurzer Zeit wird sie den gleichen Weg gegangen sein wie die Reichsbahn, für deren Überführung in das überstaatliche Kapital die Marxisten ihre Unterschrift hergegeben hatten. Auch sind Verhandlungen im Gange, die Tabakindustrie zu vermonopolisieren, um sie dann einige Jahre später als Pfänder dem überstaatlichen Kapital auszuliefern zur Erfüllung der Dawespflichten.

Während in der Blütezeit Deutschlands der Kanzler des Reiches 80.000 Mark Gehalt jährlich bezog, bezieht heute der Präsident der Reichsbahn [5] und der Reichsbank [6] die

5 Julius Heinrich Dorpmüller (1869-1945), 1908-1917 Chefingenieur der Kaiserlichen Chinesischen Staatsbahn, 1926-1937 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, 1937-1945 Reichsverkehrsminister.

6 Hjalmar Horace Greeley Schacht (1877-1970), 1900 Dr. phil., 1908-1915 stellv. Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, 1916-1923 Direktor der National-Bank für Deutschland (später Darmstädter und Nationalbank, Danat), 1923 Reichswährungskommissar, 1923-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident,

kleine Summe von fast 600.000 Mark. Wer hat in Deutschland sein Vermögen verloren und wer nicht? Was vernichtet wurde, das sind die Groschen der kleinen Sparer, und die jetzigen Besitzer dieses geraubten Gutes sind nicht die Proletarier, sondern die internationale Finanz.

Nicht der Militarismus ist vernichtet worden. Man hat allein einem Volke, dem deutschen, die Waffen aus der Hand genommen, um es restlos zu zerstören. Auch die Klassen bestehen nach wie vor weiter, denn ob man die herrschende Klasse mit Kapitalist oder Kommissar wie in Rußland bezeichne, ist im Grunde das Gleiche.

Deutschland ist also durch den Marxismus überall rückwärts geschritten, nichts vom theoretischen Programm des Marxismus wurde erreicht. Statt Fortschritt Niederlage. Hätte man wirklich ehrlich in Europa einen Staat auf sozialistischer Grundlage aufbauen wollen, dann hätten die Führer wissen müssen und haben es schließlich auch gewußt, daß die gesamte kapitalistische Welt dagegen ist. Um dennoch das Ziel zu erreichen, braucht man Macht, eine Armee. An dessen Stelle aber nahmen die Marxisten dem deutschen Volke die letzten Waffen.

Das alles sind jedoch nicht ungewollte Fehler, sondern planmäßiger Wille. So kommen wir denn zum entscheidenden Faktor: zum internationalen Weltjudentum.

Wer ist Imperialist? Imperialist ist jeder Vater, der ein Kind zeugt und will, daß sein Kind lebt; ist jede Mutter, die ein Kind gebärt und will, daß ihr Kind nicht verhungert. Zur Erfüllung dieses Zieles müssen die Menschen Wege gehen, die Kampf heißen. Entweder wirtschaftlicher Kampf oder Kampf mit der Waffe, um Leben und Nahrung. Jedes Volk, das gesund ist, zeigt dies, daß es den Drang hat, sich zu erhalten. Gesund ist deshalb auch nur das Volk, das imperialistisch ist, das den Willen hat zu leben.

Der Arier zeugt Kinder und sucht, Boden zu erwerben, um seinen Kindern Leben zu geben. Da er jede Arbeit verrichtet, die er braucht, um innerhalb seines Volkes leben zu können, kann er bestehen, wenn auch alles andere vergehen würde. Er organisiert die Arbeit und arbeitet selbst und wirkt deshalb nicht ausbeutend. Das ist der gesunde, natürliche Imperialismus, denn wenn ein höherer Gott uns die Kraft gibt, Kinder zu erzeugen, so hat das einen höheren Sinn als irgendein marxistisches Manifest.

Der Jude ist ebenfalls ein Volk auf dieser Welt. Auch er ist Imperialist wie wir, sonst bestünde er nicht mehr. Sein Imperialismus jedoch äußert sich in einer anderen Art. Während der Arier sich Boden erwirbt, um arbeiten zu können, erwirbt sich der Jude auf Kosten der Arbeit die Existenz. Er ist ein Parasit, er läßt für sich arbeiten, es fehlt ihm überhaupt der Begriff Arbeit. Für ihn bedeutet Arbeit Last.

Millionen von Arbeitern sind bei uns tätig, ohne sie wären wir kein Staat, hätten keine Kultur und keine Freiheit, wenn jeder nur gerechnet hätte, was er dabei verdienen kann. Der Jude dagegen kann aus Mangel an Arbeiten [*sic!*] keine Kultur schaffen. *Er kann nur dort leben, wo andere die Grundlagen der Arbeit schufen, um dann dort als Schmarotzer zu leben. Daher finden wir auch den Juden zu allen Zeiten mitten im Leib der Kulturvölker. Der Trieb des Juden, sich zu vermehren, führt zu ganz bestimmten Kampfarten.*

1934-1937 Reichswirtschaftsminister, 1935-1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1937-1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

So versucht der Jude langsam die gesamte Produktion, das Nationalvermögen in seine Hand zu bekommen. Dazu aber braucht er Macht und deshalb schafft er sich die nötigen Instrumente. Diese Form der Waffe heißt Marxismus. Millionen von Deutschen betrachten das Programm Lassalles als Evangelium und wissen nicht, daß sie für einen fremden Imperialismus als Waffe eingesetzt wurden. Millionen von Arbeitern wurden deshalb organisiert, gegen die nationale Wirtschaft eingesetzt, und so wird es verständlich, warum diese Organisation den Klassenkampf predigt, die Wehrlosigkeit, und es wird verständlich, warum man die ganze Organisation aus dem nationalen Volkskörper herauszieht.

Dann wird auch verständlich der Terror, dann begreift man, daß ein Mensch, der nach außen Pazifist ist, zur Stahlrute greift, um den eigenen Volksgenossen niederzuschlagen. Der Terror des Marxismus ist die Waffe des Judentums, der Brechung der Widerstände. Er setzt den Terror gegen die Nationalsozialisten an, weil er weiß, wer einmal Nationalsozialist ist, kann niemals mehr für die internationale jüdische Macht eingesetzt werden, der Nationalsozialist wird für immer seinem Volke erhalten sein. Und deshalb schreit er: Schlagt sie tot.

Weil unser Kamerad Hirschmann diese Idee in sich aufgenommen hatte, darum hat auch ihn der tödliche Schlag getroffen.

Die bayerische Regierung aber unterstützt diesen Kampf. Ihre Objektivität ist die Kapitulation vor dem geistigen Terror der anderen Seite.

Wenn jemand niedergeschlagen wird, so wäre die natürliche Konsequenz die, daß man jene verbietet, die daran schuld sind. Was aber tut die bayerische Regierung? Sie verbietet aus Objektivität beide Teile. Die Diebe, die im Licht der Blendlaterne plötzlich rebellisch werden, werden nicht verhaftet, sondern man schlägt jene nieder, die mit der Laterne in der Hand die Diebe aufgescheucht haben. So bricht die königlich bayerische Staatsautorität zusammen. Die bürgerlich-demokratische Presse aber macht sich zu Handlangern dieser Mörderbanditen. Wenn Nationalsozialisten niedergeschlagen werden, schweigt sie, schlagen wir aber zurück, dann schreit sie gegen die Ruhestörer, und die Minister werden klein.

So betrauern wir denn, wie bereits erwähnt, das fünfte Todesopfer. Die Jahre werden vergehen, die Bewegung, sie wird wachsen, und dann kommt einmal die Zeit, da werden diese Todesopfer alle, die unsere Bewegung gebracht hat, nicht irgendwo verstreut liegen, sondern sie werden auferstehen und in der Geschichte unserer Bewegung weiterleben als die Blutzeugen eines kommenden neuen Deutschlands. Sie werden einmal emporgehoben werden aus dem Licht der Vergangenheit, wie einst das Christentum seine Märtyrer emporgehoben hat.

Sie werden einmal für unser Volk als leuchtende Vorbilder eines schweren Ringens in einer Zeit, in der die bestehende Gesellschaftsklasse versagt hat, da eine fremde Macht versucht hat, unser Volk zu unterdrücken, auferstehen, und Millionen von Menschen werden aus dem Tode unserer Gefallenen einen festeren Glauben denn je schöpfen.

Es kommt einmal der Tag, da die heutige Knechtschaft trotz allem beendet ist und in Deutschland die Freiheitsglocken läuten, dann werden nicht nur die Lebenden ihre Töne hören, sondern aus den Gräbern heraus werden im Zeichen dieses Glockengeläutes unsere Toten vor uns einziehen in das neue Deutsche Reich.

4. Juni 1927 Dok. 141
"GRUSA IV. Grundsätzliche Anordnungen der SA"[1]
Anordnung

Gedrucktes Exemplar[2]; IfZ, Fa 107/1.

Gliederung

I. Die Gruppe (Gru).

1. Mehrere SA-Männer bilden eine Gru. Die Gru ist keine zufällige Zusammenstellung, die durch Abzählen oder nach der Körpergröße einmal - oder gar immer wieder neu - entsteht. Vielmehr ist die Zusammenstellung eine dauernde, wohl durchdachte. Die Gru besteht aus SA-Männern, die am liebsten miteinander arbeiten wollen und die, angegriffen, in Not und Verteidigung am besten zueinander passen. Außerdem müssen die einzelnen untereinander leicht erreichbar sein; also soll die Gru aus Freunden, Arbeitskollegen, Sportkameraden bestehen, die nahe voneinander wohnen oder beruflich arbeiten.

2. Die Gru wird durch den Gru-Führer (Gruf) geführt. Der Gruf wird vom Sturmf[*ührer*] (Ziffer 13) ernannt. Der Gruf führt eine Liste seiner Männer; es darf kein Zweifel bestehen, wer zu seiner Gru gehört. Der Gruf muß seine Männer, deren Wohnung und Arbeitsstätte genau kennen. Gruf muß wenigstens einmal persönlich in der Wohnung jedes Mannes gewesen sein.

3. Die Gru bekommt von Sturmf einen Namen, keine Nummer. Der Name soll möglichst nie geändert werden. Name des ersten Gruf, Name der Gegend, Straße, Werk oder sonst ganz beliebig.

4. Die Gru ist das Fundament unserer SA, unserer gesamten Gliederung, unseres gesamten Auftretens. Alle Führer müssen eifrig darüber wachen, daß die sehr wichtigen Bestimmungen (Ziff. 1, 2 und 3) Satz für Satz genau durchgeführt werden.

5. Die Stärke der Gru wird auf 3-13 Mann festgesetzt. Es soll den unteren F[*ührern*], am liebsten dem Gru[*führer*] selber, völlige Freiheit bleiben, die Gru organisch [*sic!*] auszubauen und je nach Fähigkeiten des Gruf und engerer Zusammengehörigkeit der Kameraden, die Gru groß oder klein zu halten. Es gibt keine einheitliche Kopfstärke der Gru; sie muß wie jeder Verband klein anfangen, um allmählich anzuwachsen. Eine Normalzahl festzusetzen ist den höheren F verboten.

6. Die Gru tritt in der geschlossenen Ordnung stets mit 4 Mann Front an, die anderen SA-Männer mit einem oder mehreren Gliedern dahinter. Gruf als rechter Flügelmann.

7. Die Gru muß stets zusammenbleiben. Jede Einteilung oder Bewegungsform, die die Gru zerreißt, ist verboten. Alle Aufgaben müssen so erteilt werden, daß mindestens eine Gru auftritt. Einzeln auftretende SA-Männer sind verboten, selbst wenn dieses an

1 GRUSA IV faßte die Gliederungsbestimmungen von SABE 6 Sturmf. vom 6.11.1926 und SABE 6 Staf. vom 6.11.1926 unter teilweiser Abänderung der Terminologie zusammen (IfZ, Fa 107/1).

2 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!".

sich einfacher und bequemer wäre. Dort, wo unbedingt Einzelmänner handeln oder auftreten müssen, ist nicht SA, sondern SS einzusetzen; das ist ein Hauptzweck der SS.

8. Es gibt keine Aufstellung größerer Verbände in Linie zu 2 Gliedern, sondern nur eine Aufstellung der Gru nebeneinander (Ziff. 6). Es werden schwache eingliedrige Gru neben starken mehrgliedrigen stehen.

9. Dementsprechend gibt es über die Gru hinaus keine Aufstellung "der Größe nach".

10. Es gibt keine Gruppenkolonne von gleichen, durch Abzählen willkürlich entstandenen Gruppen. Vielmehr marschieren unsere Gru unverändert hintereinander (Ziff. 6).

11. In der aufgelösten Ordnung bleibt die Gru immer im festen Zusammenhange mit dem Gruf. Die Gruf müssen schachbrettartig soweit voneinander bleiben, daß keine Vermischung eintritt. Die aufgelöste Ordnung ist viel schwieriger als die geschlossene und kann erst angewandt werden, wenn der innere Aufbau der Gru sehr gefestigt ist. Die aufgelöste Ordnung *ohne* Dienstanzug (in Alltagskleidung ohne Erkennungs- und Zugehörigkeits-Zeichen), die in Ausnahmefällen von großer Wirkung sein kann, darf und kann erst dann in Frage kommen, wenn die aufgelöste Ordnung im Dienstanzug mehrfach geübt und erprobt [*worden*] ist.

Beispiele, bei denen die aufgelöste Ordnung in Betracht kommt: Ausmarsch zur Propagandawanderung über Land; innerhalb der Stadt besteht *Stockverbot* für geschlossene Abteilungen. - 500 Pgg. kommen mit Sonderzug an und wollen zum Versammlungslokal; der Weg führt durch eine *Bannmeile*, in der geschlossene Abteilungen verboten sind.

II. Der Trupp (Tr).

12. Mehrere Gru bilden einen Tr. Die Zusammenstellung ist eine dauernde. Der Tr wird durch den Tr-Führer (Trf) geführt. Der Trf wird vom Sta[*ndarten*]f[*ührer*] (Ziff. 15) ernannt. Der Trf führt eine Liste seiner Gru und Gruf. Trf muß persönlich wenigstens in der Wohnung jedes Grf gewesen sein. Der Tr bekommt vom Sturmf einen Namen.

III. Der Sturm (Sturm).

13. Mehrere Tr bilden einen Sturm. Sturmf ernannt durch Osaf (Ziff. 18). Der Sturmf ist eine der wichtigsten und verantwortungsreichsten Dienststellen der SA. Es ist die höchste Stelle, die noch enge persönliche Fühlung mit jedem einzelnen SA-Mann halten kann, während das den weiteren F zwar mit allen Gruf oder Trf, aber nur mit einem Teile der SA-Männer gelingen wird. Beim Sturmf werden in besonderem Maße alle Arbeiten und Ausführungen von oben und unten zusammenlaufen. Auch Sturmf muß in der Wohnung wenigstens jedes Gruf und Trf persönlich gewesen sein. Der Sturm erhält eine Nummer, die von allen Angehörigen des Sturm getragen wird. Bezeichnung z. B. "Sturm 8", "Sturmf 8". Jeder Sturm führt eine Sturmfahne, die bekannte Hakenkreuzfahne der NSDAP.

14. Nur der Sturm darf diese Fahne führen. Dort jedoch, wo nur kleinere oder unfertige Verbände auftreten, dürfen auch diese aus Gründen der Propaganda Fahnen führen.

IV. Die Standarte (Sta).

15. Mehrere Stürme bilden eine Sta. Sta-Führer (Staf) wird von Osaf ernannt. Sein erster Gehilfe und Vertreter ist der Adj[*utant der*]-Sta. Die Sta erhält eine Nr., die vom F und seinem Stabe getragen wird, z.B. "Sta II", "Staf II", "Adj-Sta II". Jede Sta bildet sich auf die Dauer einen Spielmannszug "SZ" (Trommeln, Pfeifen). Die Sta führt eine Standarte, die in der bekannten Form von Adolf Hitler von Fall zu Fall verliehen wird. Die Befehle (Be) und Benachrichtigungen (Be) [*sic!*] des Staf heißen Stabe.

V. Die Brigade (Bri).

16. Mehrere Sta können zu einer Bri zusammengefaßt werden. Brif wird von Osaf ernannt. - Bribe - Adj-Bri. - Bri erhält Nr. - Bri bildet auf die Dauer eine Bri-Musik. - Bri führt keine Fahnen pp.

VI. Der Gausturm (Gaust).

17. Mehrere Bri oder Sta bilden einen Gaust - Gauf - Adj-Gaust - Gaube - Gaust erhält einen Namen. - Gaust führt weder Fahne noch Musik.

VII. Die Sturm-Abteilung der NSDAP (SA).

18. Die Gaust bilden die SA. - Oberster SA-Führer (OSAF) [*sic!*]. - Adj-Osaf. - Sabe und Grusa.

Zusatz

19. Beim Schriftverkehr dürfen nur Abkürzungen, und zwar nur die amtlichen gebraucht werden. Alle Stellen haben strengstens darauf zu achten.

gez.: *v. Pfeffer*

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der NSDAP
gez.: *Adolf Hitler*

5. Juni 1927 Dok. 142
"GRUSA V. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Masch. Ausfertigung, o. D. [1]; StA Dresden, MdI 19088.

Dienst-Anzug. - Abzeichen.

1. Der Dienstanzug ist ein Ehrenkleid. Sein Träger ist der öffentliche Repräsentant unserer Bewegung. Niemand darf das auch nur einen Augenblick vergessen.

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!".

2. Der Dienstanzug ist das Braunhemd (Halstuch und Mütze) mit Abzeichen, SA-Abzeichen sind: Spiegel, Nummern, Sterne, Schnüre, blanke Metallknöpfe an Mütze und Brusttaschen, Armbinde. All dieses darf nur von SA-Männern getragen werden, die selbst darauf sehen müssen, daß nicht eines dieser Abzeichen von Unberechtigten getragen wird. Braunhemd (Halstuch und Mütze) *ohne* Abzeichen sind kein Dienstanzug und dürfen von jedem Pg. getragen werden.

3. Verboten sind alle nicht ausdrücklich vorgeschriebenen Abzeichen zum Dienstanzug, insbesondere: Kokarden, Totenköpfe, Schwerter, Kronen, Pfeile, Edelweiß, Federn, Litzen, Schleifen, Bänder, Sterne, Broschen, Plaketten usw.

4. Zum Dienstanzug sind kurze Hosen, möglichst braune, zu tragen. Windjacken gestattet, ohne Abzeichen. Gegen Kälte ist jedoch besser, Wollzeug unterzuziehen. Gegen Regen ist umgehängte Zeltbahn besser, die auch gerollt besser zu tragen ist. Immer aber muß der Anzug innerhalb des Sturmes einheitlich sein.

5. Der Dienstanzug darf nur im Dienst getragen werden. Wer den Dienstanzug trägt, befindet sich im Dienst und untersteht den SA-Vorschriften und der Kommandogewalt seines Vorgesetzten. Wer zur Arbeit oder im täglichen Leben ein Braunhemd tragen will, darf seinen Dienstanzug nur dann dazu verwenden, wenn er ihn ausrangiert und alle Abzeichen entfernt hat.

6. Die Abzeichen sind Dienststellen-Abzeichen, nicht Rangabzeichen. Es gibt bei uns keinen Rang; alle SA-Männer haben denselben Rang. Also gibt es niemanden, der Rang und Abzeichen eines Sta[*ndarten*]f[*ührers*] trägt, aber keine Sta[*ndarte*] führt; ebenso gibt es niemanden, der eine Sta führt, dem aber nur Rang und Abzeichen eines Tr[*uppen*]f[*ührers*] zuständen. Die (Dienststellen-)Abzeichen sind vielmehr mit dem Wechseln der Stelle an- und abzulegen. Wechsel und Rücktritt sind also keine Schande und keine Degradierung.

7. Der SA-Mann trägt in beiden Kragenecken einen Spiegel, dessen Farbe bei den einzelnen Verbänden verschieden ist. Auf dem rechten Spiegel wird die Sturm-Nr. getragen.

8. Der Gru[*ppen*]f[*ührer*] trägt außerdem auf dem linken Spiegel einen Stern, der Trf zwei, der Sturmf[*ührer*] drei, letzterer noch einen Rand um beide Spiegel [2].

9. Der Staf trägt rechts seine Sta-Nr. gestickt und links vier Sterne, um die Spiegel eine Schnüre.

Adj[*utant der*]-Sta rechts Sta-Nr., links Adj-Abzeichen. S[*pielmann-*]Z[*ug*]-F[*ührer*] rechts Sta-Nr., links zwei Sterne. Arzt rechts Sta-Nr., links Äskulap-Stab.

10. Der Bri[*gadeführer*] rechts Bri[*gade*]-Nr. aus Schnüre, links Eichenlaub, um Spiegel und Mützenrand eine Schnüre. Musikmeister rechts Br[*i*]-Nr., sonst wie Sturmf.

11. Der Gauf[*ührer*] beiderseits Eichenlaub, um Spiegel und Mützenrand eine Schnüre. Adj-Gaust[*urm*] beiderseits Adj-Abz., um Mützenrand Schnüre.

---

2 Die Bestimmungen 8 bis 12 wurden durch Sabe "Abzeichen im Einzelnen (zu Grusa V)" vom 25.3.1929 neu gefaßt. GRUSA V wurde in der Neufassung vom 30.7.1930 dementsprechend abgeändert (IfZ, Fa 107/1).

12. Der Osaf beiderseits Eichenlaub, um Spiegel, Mützen- und Kragenrand eine Schnüre. Der Adj-Osaf beiderseits Adj-Abz., um Mützenrand Schnüre.

gez.: v. Pfeffer

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzender der NSDAP:
gez.: Adolf Hitler

7. Juni 1927 Dok. 143
"An alle Parteigenossen!"
Anordnung

VB vom 9.6.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Wiederholt hat die Reichsleitung durch Aufrufe im "Völk[*ischen*] Beob[*achter*]" den Parteigenossen zur Kenntnis gebracht, daß der Gesamtbedarf der S.A.-Leute an offiziellen Ausrüstungsgegenständen bei der Wirtschaftsstelle der N.S.D.A.P. (Anschrift Hauptgeschäftsstelle: Schellingstraße) zu decken ist. Dasselbe gilt von dem offiziellen Parteiabzeichen, das Eigentum der R[*eichs-*]L[*eitung*] ist, Namensschutz genießt und ausschließlich von der Hauptgeschäftsstelle der N.S.D.A.P. vertrieben werden kann. Andere Stellen sind zur Herstellung oder zum Vertrieb des Abzeichens nicht befugt.

Ich muß von allen Pgg. und ganz besonders von den verantwortlichen Führern erwarten, daß sie auch hier Parteidisziplin üben und diese Bestimmungen einhalten.

München, 7. Juni 1927 [1]

A. Hitler

1 Nochmals veröffentlicht mit Datum vom 7.12.1927 im VB vom 8.12.1927, "Bekanntmachung".

9. Juni 1927 Dok. 144
"Marxisten, warum habt ihr den Arbeiter Hirschmann ermordet?"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[2]

a) Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.[3]; StA Nürnberg, Slg. Streicher 174[4].

b) Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit. Hrsg. v. Heinz Preiß, Nürnberg 1939, S. 65-73.

Meine lieben Volksgenossen & -genossinnen!

Wer war Hirschmann[5]? Ein kleiner Arbeiter, ein Schuhmachergehilfe, der in München für ein großes Geschäft tätig war, dort jeden Samstag seine Aufträge abholte und am nächsten Samstag wieder ablieferte, ein kleiner Arbeiter, der nicht in der Lage gewesen ist seine Familie anständig zu ernähren. Sein Weib ging in

Meine lieben Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wer ist Hirschmann gewesen? Ein kleiner Arbeiter, ein Schuhmachergehilfe, der in München für ein großes Geschäft gearbeitet hat, dort jeden Samstag seine Aufträge abgeholt und nach einer Woche wieder abgeliefert hat, ein kleiner Arbeiter, der nicht einmal in der Lage gewesen ist, seine Familie anständig zu ernähren.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 9.6.1927.

2 Im Herkulessaalbau, nach 20.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 1.600 Personen teil. Der Eintrittspreis war von einer Reichsmark auf 50 Pfennig herabgesetzt worden.

3 Die maschinenschriftliche Übertragung einer stenographischen Mitschrift wird in ihrer ursprünglichen Fassung ohne die handschriftlich erfolgte redaktionelle Überarbeitung wiedergegeben. Eine weitere überarbeitete Fassung: StA Nürnberg, Slg. Streicher 175. Zum Vergleich siehe den Parallelabdruck der dritten, erheblich überarbeiteten Fassung bei Preiß.

4 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 11.6.1927, "Hitler zur Tötung des Nationalsozialisten Hirschmann"; VB vom 11.6.1927, "Hitler in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 112/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 2.7.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

5 Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Daraufhin erließ die Münchner Polizeidirektion für den 27., 28. und 29.5. ein Verbot der Veranstaltungen des Reichsbanners, der Vereinigten Vaterländischen Verbände und der NSDAP. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Münchener Post vom 27.5.1927, "Zusammenstoß"; Münchner Zeitung vom 27.5.1927, "Politische Schlägereien mit tödlichem Ausgang"; Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsbanner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; Münchener Post vom 28./29.5.1927, "Der Südbayerische Republikanische Tag verboten"; Münchner Neueste Nachrichten vom 29.5.1927, "Der Vorfall in der Humboldtstraße"; Münchner Neueste Nachrichten vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages". Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 153. Sitzung vom 30.5.1927, S. 657 ff., und 154. Sitzung vom 31.5.1927, S. 677 ff.; Münchner Neueste Nachrichten vom 31.5.1927, "Interpellation im Landtag"; Münchener Post vom 31.5.1927, "Ein schwerer Hereinfall der bayerischen Nebenregierung". Vgl. auch die Rede Hitlers in München am 3.6.1927 (Dok. 140).

die Sackfabrik um sich das Leben schlecht und recht zu halten. Und wer sind seine Mörder gewesen? Auch wieder Arbeiter, Arbeiter, die auch gezwungen sind, Tag für Tag in die Arbeit zu laufen um ihr Brot zu verdienen, Menschen gleichen Leides, Menschen gleicher Lage, Menschen gleicher Stellung, Menschen gleiche[*n*] Glückes, Menschen gleicher Stufe. Arbeiter auch!
Und warum haben sie den erschlagen? Die eine Seite wird allerdings sofort [...] [6] einwenden, er ist nicht ermordet worden, sondern es war nur ein Zusammenstoß, im Verlauf dessen der Mann unglücklicherweise gestorben ist. Gewiß, solche Fälle können vorkommen, es kann einmal sein, daß zwei Menschen gegeneinander gehen, und das Ergebnis ist dann das, daß plötzlich ein Menschenleben zusammenbricht. Gewiß, man kann dann nicht sagen, der ist ermordet worden, das ist ein Totschlag gewesen, der durch den Jähzorn geschehen konnte. Allein, so waren die Dinge ja nicht. Dieser Schwindel dieses Blattes [7], nicht darum hat es sich gehandelt, daß ein kleiner Zusammenstoß stattfand, sondern, daß 8 Mann zum Appell gehen mit der Fahne, 3 km verfolgt werden, und wenn Menschen 3/4 Stunden lang gejagt werden und Messerstiche bekommen, unter dem Geschrei gehen müssen "schlagt sie nieder, keiner darf mehr leben!" Und es stirbt wirklich einer, so ist das kein Mord, das war ein *"kleine Schlägerei"*, obgleich die 8 Mann keine Waffe zum wehren hatten, gegenüber 300 bewaffnete[*n*]. Daß der Mörder keine 17, sondern 19 Jahre ist, soll hier festgestellt werden. Er entstammt einer Spartakistenfamilie und ist Rot-Front-

Wer sind seine Mörder gewesen? Auch Arbeiter, Arbeiter, die Tag für Tag gezwungen sind in die Arbeit zu laufen, um ihr Brot zu verdienen, Menschen gleichen Leides, Menschen in gleicher Lage, Menschen in gleicher Stellung, Menschen gleichen Glückes.

Warum haben sie ihn ermordet? Man wird mir sofort einwenden, Hirschmann ist nicht ermordet worden, sondern bei einem Zusammenstoß unglücklicherweise ums Leben gekommen. Gewiß, solche Fälle können vorkommen. Zwei Menschen können so in Streit geraten, daß einer von ihnen sein Leben lassen muß. In diesem Falle kann man nicht von einem Mord sprechen. Es ist ein Totschlag, der aus Jähzorn geschieht.

Allein so liegen die Dinge im Falle Hirschmann nicht. Wenn acht unbewaffnete Menschen 3/4 Stunden lang von dreihundert Bewaffneten gejagt werden und Messerstiche bekommen, unter dem Geschrei "schlagt sie nieder, keiner darf mehr leben!", und es wird einer niedergestochen, so soll das nur eine "kleine Schlägerei" gewesen sein? Es war ein von Marxisten planmäßig ausgeführter Mord.

Der Mörder entstammt einer Spartakistenfamilie und ist Rot-Front-Mann. Es

6 Ein Wort unleserlich.
7 Gemeint ist der Bericht der Münchener Post vom 27.5.1927, "Zusammenstoß".

Mann, wobei es keine Rolle spielt, daß dieser Mensch den Hieb gegeben hat, der den anderen endgültig vom Leben in den Tod befördert hat. Der Mann hat dutzende und dutzende von Hieben bekommen und dreimal stürzte er zusammen und wurde von seinen Kameraden immer wieder mitgenommen, bis er den Todesstich bekam. Es ist ein Mord durch die Marxisten gemacht, es ist nicht der erste Mord, wir haben fünf Tote, die alle von Marxisten niedergeschlagen wurden. Einer wurde vom Lastauto heruntergeschossen, ein anderer wurde auf dem Nachhausegehen niedergeschlagen, ein anderer wurde von einem Landjäger [8] als Unbeteiligt erschossen usw., fünf Mann in diesen wenigen Monaten seit Beginn dieses Jahres in Berlin 42 Schwerverletzte, in Deutschland über 200 Schwerverletzte, und da kann der Jude behaupten, das sind kleine Schlägereien. Das ist planmäßige Verfolgung, das ist ein System, oder das [*sic!*] es jetzt zufälligerweise ein paar Opfer gefordert hat. Nein, das System ist seit Jahrzehnten schon von den Marxisten planmäßig angewendet. Ich habe in Wien zum ersten Mal die Gelegenheit gehabt, mit diese[*m*] roten Terror bekannt zu werden. Ich war als junger Mensch noch nicht zwei Tage auf dem Bau, da wurde mir erklärt, ich müßte mich organisieren. Ich wurde ein zweites Mal aufgefordert. Man erklärte mir eines Tages hoch oben auf dem Gerüst, du mußt dich endlich organisieren lassen, oder du fliegst vom Bau hinunter. Um beiden zu entgehen, ging ich vom Bau weg. Ein halbes Dutzendmal passierte mir das. Hier ist der Satz am Platz: "Und willst Du nicht Genosse sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!" Dieser Spruch

8 Seit 1919 Bezeichnung für die Gendarmerie.

spielt keine Rolle, daß er den Hieb gegeben hat, der den Tod herbeigeführt hat. Hirschmann hat Dutzende und Dutzende von Hieben bekommen. Dreimal stürzte er zusammen. Dreimal wurde er von seinen Kameraden wieder mitgenommen, bis er den Todesstich bekam.

Es ist nicht der erste Mord. Alle paar Tage wird einer unserer Kameraden von Marxisten niedergeschlagen. Kürzlich wurde einer vom Lastauto heruntergeschossen, ein anderer auf dem Nachhauseweg niedergeschlagen und wieder ein anderer von einem Landjäger erschossen. Seit Beginn dieses Jahres haben wir in Berlin 42, in Deutschland über 200 Schwerverletzte. Da behauptet der Jude, das seien nur kleinere Schlägereien, die zufälligerweise ein paar Opfer gefordert hätten. Nein, das ist planmäßige Verfolgung, das ist ein System, welches die Marxisten schon seit Jahrzehnten anwenden! Ich habe in Wien zum ersten Male Gelegenheit gehabt, mit diesem roten Terror bekannt zu werden. Ich war als junger Mensch noch nicht zwei Tage auf dem Bau, da wurde mir erklärt, ich müßte mich organisieren. Ich wurde ein zweites Mal aufgefordert. Eines Tages erklärte man mir noch oben auf dem Gerüst: "Du mußt dich organisieren lassen oder du fliegst vom Bau hinunter." Um beidem zu entgehen, verließ ich die Arbeitsstelle. Ein halbes dutzendmal passierte mir das: "Und willst Du nicht Genosse sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!" Dieser Spruch ist der Wahlspruch dieser Bewegung. Ich möchte betonen, daß dieser Terror nicht von Kommunisten und Sozialisten, sondern von Marxisten aller

ist der Wahlspruch dieser Bewegung, die diesen Wisch herausgibt. Ich möchte betonen, dieser Terror ist nicht verübt worden [*von*] Kommunisten und Sozialisten, sondern von Marxisten jeder Schattierungen [*sic!*]. Man tut immer so, als ob ein Sozialdemokrat oder ein Kommunist nicht Marxist sei. Es ist notwendig, daß wir uns zuerst Klarheit darüber schaffen, daß die Kommunisten sowie die Sozialdemokraten nur als Marxisten kennzeichen [*sic!*], sie sind samt und sonders Marxisten. Wenn die Sozi. oder Komm. behaupten, nicht Marx. zu sein, so können sie mit diese[*m*] Taschenspielstückchen höchstens unser Bürgertum beeinflussen. Warum wir in Deutschland eine Anzahl Gruppen finden, die wir Nationalsoz. unter den Sammelbegriff "Marxismus" bezeichnen, daß der Jude die Genialität des Volkes kennt. Die Menschen sind nun mal verschieden in ihrem geistigen Niveau, sind verschieden in ihrer Tatkraft, in ihrer Vorbildung, in ihrem Temperament. Und wenn ich heute eine Idee verkünde, dann darf ich nicht erwarten, daß ich die Sympathien aller Volksgenossen in eine[*n*] Rahmen hineinsperren kann. Es gibt Spießer, die bereit sind, jeder Zeit für Internationales einzutreten, die sich aber trotzdem zur sog. "Intelligenz" rechnen. Wenn Sie dem Spießer das marxistische Programm vorhalten, so entspricht das ganz seinem Wesen, nur daß er nicht Gewalt annehmen darf. Die Spießer, die an sich in allen kritischen Punkten mit den Marxisten gehen, stimmt [*sic!*] mit, aber er drückt sich anders aus, und die Presse, die schreibt auch anders, aber die "Frankfurter [*Zeitung*]", das "Berliner Tagblatt", das nimmt er und verschlingt es. Die "Rote Fahne" ist ihm zu blutrünstig. Im Grunde ist es

Schattierungen verübt worden ist. Man tut immer so, als ob ein Sozialdemokrat oder ein Kommunist nicht Marxist sei. Es ist notwendig, daß wir uns zuerst Klarheit darüber verschaffen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten nur als Marxisten angesehen werden dürfen. Wenn die Sozialdemokraten oder Kommunisten behaupten, nicht Marxisten zu sein, so können sie mit diesem Taschenspielstückchen höchstens unser Bürgertum beeinflussen.

Die Menschen sind nun mal verschieden in ihrem geistigen Denken, sind verschieden in ihrer Tatkraft, in ihrer Vorbildung, in ihrem Temperament. Wenn ich heute eine Idee verkünde, darf ich nicht erwarten, daß ich die Sympathien aller Volksgenossen bekomme. Es gibt Spießer, die sich jederzeit für das Internationale einsetzen und sich dennoch zur sogenannten "Intelligenz" rechnen. Wenn Sie dem Spießer das marxistische Programm vorhalten, so entspricht das ganz seinem Wesen. Der Spießer, der an sich in allen kritischen Punkten mit den Marxisten geht, drückt sich nur anders aus. Er liest die "Frankfurter Zeitung" und das "Berliner Tageblatt". Die "Rote Fahne" ist ihm zu blutrünstig. Im Grunde ist es das gleiche, nur ist die "Frankfurter Zeitung" nicht so brutal in ihren Ausdrücken. Wenn die linke brutale Seite ein Verbrechen begeht, und der Staats-

das Gleiche. Nur ist die "Frankfurter Zeitung" nicht so brutal in ihren Ausdrükken. Denn wenn die linke brutale Seite ein Verbrechen begeht und der Staatsanwalt gezwungen ist einzugreifen, dann auf einmal wird die Schuld auf andere übertragen. Vor allem ist es sehr zweckmäßig für den Juden, weil er darin seine Waffen besitzt, die er dann benützt, wenn eine[*m*] Kommunisten etwas passiert, dann hält der Spießer seine Hand darüber. Wenn eine "Kanaille" einen Eisenbahnzug kaputt macht, dann kommt die "Vossische Zeitung" und schreibt, man muß Nachsicht haben, muß Milde walten lassen. Es handelt sich ja nur um ein Vergehen der eigenen Rasse. Es gibt auch Arbeiter, bei denen man nicht sofort mit der Befehlsgewalt kommen darf. Die Mehrheitssozialdemokraten als die "bourgeoise Soziald." bezeichnet, dann hat man die K.P.D., [*es*] gibt Leute die sagen, ich bin absolut Kommunist, aber ich bin national, für die gibt es die kommunistische Partei. Dann gibt es Leute, die sagen, ich kümmere mich um keine Partei, dann gibts welche, die passen zu den Syndikalisten, dem bürgerlichen Spießer die Partei der Mitte, für die national angehauchten die Deutschnationale Partei. Die anderen, die [*weder*] von dem, noch von dem etwas wissen wollen, für die gibt es die Anarchisten, für jeden gibt es etwas, genau so, wie es der Jude im Warenhaus macht. Das ist auch das Geheimnis der Organisation. Er organisierte dadurch, daß er ihr entgegenkommt und 3-4 mal den Laden bietet. Beispiel: Der Weltkrieg begann, die Soz.-Partei war einig und geschlossen. Kaum dauerte er fünf Monate, da beginnt sie sich zu spalten, es bildete sich die U.S.P.D. Der Arbeiter hat aber dabei

anwalt gezwungen ist einzugreifen, dann wird auf einmal die Schuld auf andere übertragen. Vor allem ist dies sehr zweckmäßig für den Juden, weil er darin seine Waffen besitzt, die er dann benützt, wenn einem Kommunisten etwas passiert. Der Spießer hält immer seine Hand darüber. Wenn eine "Kanaille" auf einen Eisenbahnzug ein Attentat verübt, dann kommt die "Vossische Zeitung" und schreibt, man müsse Nachsicht üben und Milde walten lassen.

Es gibt auch Arbeiter, bei denen man nicht sofort mit der Befehlsgewalt kommen darf. Es sind die Mehrheitssozialisten, die man als "Bourgeoisie Sozialdemokratie" bezeichnet. Für den, der absoluter Kommunist ist, gibt es die Kommunistische Partei. Andere wiederum passen zu den Syndikalisten, der bürgerliche Spießer in die Partei der Mitte und der national Angehauchte in die Deutschnationale Volkspartei.

Das ist das Geheimnis der Organisation.

Als der Weltkrieg begann, war die Sozialdemokratische Partei einig und geschlossen. Nach fünf Monaten spaltete sie sich. Es bildete sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Der Arbei-

nicht gedacht, daß der Jude sich etwas anderes denkt. Aus einer Masse von 11 Millionen Menschen muß man sich erst die Menschen herausholen, die sich angreifen trauen. Aus jeder Division ließen sich 50-60 der allerbesten Kämpfer holen, sie mußten vorausgehen und die Bresche schlagen. Und es ist dabei ein Irrsinn zu glauben, daß die Tatsache, daß z. B. heute marxistische Gerichte auch Kommunisten verurteilen [*sic!*]. Zwei Unterschiede müssen Sie sich vor Augen halten, der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat ohne Zweifel Kommunisten und Nationalsozialisten verurteilt. Jedoch der Unterschied, bei den Nationalsozialisten die Organisation verfolgt, um dann die Idee auszumärzen, auf der anderen Seite die Kommunisten einzeln auf 7-9 Jahren Zuchthaus eingesperrt wurden. Man versuchte die nat.-soz. Partei auszurotten. Bei den Kommunisten sucht man die Erbitterung und den Fanatismus zu steigern. Sie wußten genau, was sie taten. Die Organisation haben sie nie verboten. Das sind meine politischen Kinder, sagte Herr Severing. Der einzelne sagt nicht, mich hat in Wirklichkeit der Jude eingesperrt, nein, die Bourgeoisie hat das an mir verbrochen. Dagegen macht er Front und jedes Jahr Zuchthaus bedeutet die Vermehrung seines glühenden Hasses. Alle diese Spielkarten sind eines. Das ist der Marxismus, er ist es, der seit Jahrzehnten das System des Terrors nicht nur eingeführt hat, sondern auch dauernd weiter beibehält. Da wird mir der einzelne jetzt sagen, ja das ist doch ein Widerspruch. Der Einzelne, der pazifistisch ist, kann doch auch nicht terroristisch sein. Ist es möglich, daß ein Mensch sagt, ich bin Pazifist (ich lehne die Gewalt als solche ab) und

ter kannte die Ziele des Juden nicht. Aus einer Masse von elf Millionen mußten erst die Menschen herausgeholt werden, die den Mut hatten anzugreifen.

Es ist jedoch ein Irrsinn zu glauben, daß das heutige marxistische Gericht auch Kommunisten verurteilt. Zwei Unterschiede müssen Sie sich vor Augen halten. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat ohne Zweifel Kommunisten und Nationalsozialisten verurteilt. Bei den Nationalsozialisten hat man die Organisation verfolgt, um die Idee auszumerzen. Den Kommunisten hat man ihre Organisation nie verboten. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei versucht man auszurotten. Bei den Kommunisten sucht man die Erbitterung und den Fanatismus zu steigern. "Es sind meine politischen Kinder", sagt Herr Severing. Der einzelne sagt nicht, mich hat in Wirklichkeit der Jude eingesperrt, nein, er sagt, die Bourgeoisie hat es getan. Gegen die Bourgeoisie macht er Front, und jedes Jahr Zuchthaus vergrößert seinen glühenden Haß. Das ist der Marxismus, der seit Jahrzehnten das System des Terrors nicht nur eingeführt hat, sondern auch dauernd weiter beibehält. Wir wissen, daß dieses System soweit geht, daß der Mensch sich scheut, ein Tier zu schlachten. Ein Pazifismus aber nur nach außen, nach innen aber die Gewalt.

an anderer Stelle braucht er die Gewalt, das beweist, daß dieser Mensch nicht aufrichtig die Gewalt verurteilt, daß der Einzelne nur auf der anderen Seite die Gewalt ablehnt, die Inder lehnten die Gewalt ab (die Buddhisten), und hier können wir sehen, dieses ganze pazifistische Gefühl entspringt dort in einer höheren Überzeugung. Beim Marxismus müssen wir das ablehnen, weil dort es nur nach außen feststeht, und die Gewalt nach innen die Hauptsache spielt. Wir wissen, daß dieses System soweit geht, daß der Mensch sich scheut, ein Tier zu schlachten. Der Pazifismus nur nach außen, nach innen aber die Gewalt. Was will eigentlich der Marxismus? Warum übt er die Terrorakte aus? Warum predigt er Freiheit und unterdrückt dauernd die Freiheit? Warum ist das? Ich möchte fragen, was ist der Marxismus? Ich möchte die Theorie und Praxis miteinander verbinden. Der Marxismus in Theorie ist eine Lehre im idealsten Sinne dem Volkswohl zu dienen, daß das Volk sich selbst regiert. Das Volk soll die Herrschaft bekommen. Der Kapitalismus, der die Ursache der Unterdrückung eines Volkes ist, soll ausgerottet werden. Der Militarismus soll beseitigt werden und zwar nicht nur der der Ausdrucksform, als Begriff der Gewalt an sich, sondern daß die Gewalt verschwindet. Durch die Vernichtung der Klassenherrschaft, durch die Beseitigung des Kapitalismus, durch die Zertrümmerung des Militarismus, daß endlich nur eines übrig bleibt, die Beseitigung alles deren Drohnen [*sic!*], die sich nicht einfügen wollen, die Beseitigung der Organisationen, die Vernichtung der Millionen Menschen, das ist das Spiel - das ist die Theorie. Wir wollen die Praxis gegenüber stellen. Was

Was will eigentlich der Marxismus? Warum übt er die Terrorakte aus? Was ist Marxismus in Theorie und Praxis? Der Marxismus in Theorie will im idealsten Sinne dem Volkswohl dienen. Das Volk soll die Herrschaft bekommen. Das ist der erste Punkt im marxistischen Programm.

Der Kapitalismus, der die Ursache der Unterdrückung eines Volkes ist, soll ausgerottet werden. Der Militarismus, der Begriff der Gewalt an sich, soll beseitigt, die Klassenherrschaft vernichtet und all die, die sich nicht fügen wollen, ausgerottet werden. Das ist das Spiel - das ist die Theorie.

Der Theorie wollen wir die Praxis gegenüberstellen. Was hat der Marxismus

hat der Marxismus in der Praxis erreicht? Der Marxismus versucht, die Volksherrschaft zu begründen. Was, meine lieben Freunde, heißt in Wirklichkeit Volksherrschaft? Er erklärt die Majorität als solche, die das Volk repräsentiert, besitzt das Volk als Herrschaft. Die Sozialdemokratische Partei ist eine Bewegung, die versucht, auf dem Wege der Demokratie das marxistische Programm durchzuführen. Wir wollen doch einmal feststellen, was heißt Volksherrschaft? Und was ist in Wirklichkeit da? Was ist die Majorität? Das ist zu allen Zeiten die Mehrheit, die aber weder genial noch irgend etwas anderes ist. Wenn auch der einzelne protestiert, all das was die Menschheit an Gütern besitzt, verdient sein Bestehen nicht der Majorität, sondern dem Bestehen, dem Wirken eines einzelnen Kopfes. Wieviele Menschen haben heute Licht, ohne zu wissen, daß es von einem Mann erfunden worden ist Namens *Edison*. Wenn Sie in seinem Werk, das ich vor kurzem gelesen habe, durchblättern, was dieser einzelne Mensch der Welt gegeben hat, wieviele draußen zu Hause zünden ihr elektr. Licht an, da[*s*] von diesem Mann stammt. Wieviele gehen in ein Kino hinein, nicht die Majorität hat die Kinomatographen etc. erfunden, nein die Majorität besucht sie, ein Kopf hat es geschaffen, und so geht das ins unendliche hinein. Man ist erschüttert, was dieser Mensch alles der Welt gegeben hat. Und das ist auf allen Gebieten überall das Gleiche. Es ist ganz klar, es kann die Majorität nicht erfinderisch sein, deshalb will eine Organisation der Menschheit dankbar wäre [*sic!*], ich würde nicht das Wort "weise" benützen, wenn jeder "weise wäre", oder ich bezeichne einen Menschen als Held, weil er

in der Praxis erreicht? Der Marxismus versucht die Volksherrschaft zu begründen. Er erklärt die Majorität als solche, die das Volk repräsentiert, als die Herrschaft. Die Sozialdemokratische Partei versucht auf dem Wege der Demokratie das marxistische Programm durchzuführen. Was heißt nun Volksherrschaft? Niemals war die Mehrheit genial. Alles, was die Menschheit an Gütern besitzt, verdankt sein Bestehen nicht der Majorität, sondern dem Wirken einzelner Köpfe.

Wie viele Menschen haben heute Licht, ohne zu wissen, daß es von einem Mann, namens Edison erfunden worden ist!

Ebenso ist es mit dem Kino. Nicht die Majorität hat die Kinematographen erfunden, nein, die Majorität besucht sie, ein Kopf hat sie geschaffen.

Das ist auf allen Gebieten das gleiche. Es ist ganz klar, die Majorität kann nicht erfinderisch sein.

den anderen an Mut voransteht. Würden alle Menschen gleich sein, würde ich nicht sagen, das ist ein Erfinder. Was heißt nun Volksherrschaft im höchsten Sinne des Wortes? Volksherrschaft ist das System, das der Gesamtheit den meisten Nutzen bringt. Ich kann nicht ein Prinzip aufstellen, das gegen die Logik ist. Volksherrschaft ist ein Regieren, in dem das Volk keinen Schaden leidet. Ein Zustand der ewig für die anderen Glück bringt. Was heißt Volksherrschaft? Volksherrschaft liegt in dem System begründet, das gestattet, daß ein Volk von seinen fähigsten Köpfen geleitet und geführt wird. Volksherrschaft ist eine Herrschaft der Verantwortlichkeit, der Klugheit. Volksherrschaft ist Dienst eines Volkes, und für das das Höchste zu leisten. Das eine werden Sie alle verstehen, dem Volke dient natürlich nicht ein Regent, das [*sic!*] aufgebaut ist aus einem Adelsgeschlecht, sondern ein Mensch aus dem Volke, ein fähiger Kopf, der an die Spitze gelangt. Das höchste Nationaleigentum, das ein Volk besitzt, sind seine großen Männer (Dichter, Musiker etc.). Ich kann nicht von einem anderen Nationaleigentum sprechen. Das ist das höchste Glück für das Volk. Wenn ein Volk solche Männer aufbringt, dann ist ein solches Volk als glücklich zu preisen, denn die Erfindungen eines Edison sind nicht für ihn bestimmt, sondern Millionen von Menschen haben von seinen Werken [*sic!*]. Ein großer Musiker komponiert nicht für sich, sondern an seine[*n*] Werken erfreuen sich Millionen von Menschen. Können wir heute von einer Volksherrschaft sprechen? Was sehen wir heute? Wenn ja, müßten sie unserem Volke Glück geben, müßten sie unserem Volke die höchsten Reichtümer

Was heißt nun Volksherrschaft im höchsten Sinne des Wortes? Volksherrschaft ist das System, das der Gesamtheit den meisten Nutzen bringt. Ich kann nicht ein Prinzip aufstellen, das gegen die Logik ist. Volksherrschaft ist ein Regieren, unter dem das Volk keinen Schaden leidet. Ein Zustand, der ewig für die anderen Glück bringt. Volksherrschaft liegt in dem System begründet, welches gestattet, daß ein Volk von seinen fähigsten Köpfen geleitet und geführt wird. Volksherrschaft ist eine Herrschaft der Verantwortlichkeit. Volksherrschaft ist Dienst am Volk. Das werden Sie alle verstehen, dem Volke dient natürlich nicht ein Regime, das sich aus Adeligen zusammensetzt, sondern ein Mann aus dem Volke, ein fähiger Kopf, der an die Spitze gelangt. Das höchste Nationaleigentum, das ein Volk besitzt, sind seine großen Männer. Das ist das höchste Glück für ein Volk. Die Erfindungen eines Edison z. B. sind nicht für ihn bestimmt, sondern Millionen von Menschen haben den Nutzen von seinen Werken. Ein großer Musiker komponiert auch nicht für sich, sondern an seinen Werken erfreuen sich Millionen von Menschen.

Können wir heute von einer Volksherrschaft sprechen? Wenn ja, dann müsse sie unser Volk glücklich gemacht haben. Man hat die politische Leitung in die Hände von Menschen gelegt, die we-

geben, sie müßten dem Volke die höchste Stellung bringen. Man hat die politische Leitung in die Hände von Menschen gelegt, die nicht würdig sind, solche Posten einzunehmen, die nicht fähig sind dazu. In Wirklichkeit regiert da nicht das Volk an sich, sondern da regiert das Kapital. Behaupten Sie nicht, meine lieben Genossen von Links, daß sie regieren, stellen sie sich eines vor, wieviel Deutsche haben eine Vorstellung vom politischen Wesen, von Organisation der Wirtschaft. Jeder weiß doch nur das, was in seiner Zeitung steht und was er liest. Die Zeitung wird ja nicht vom Volke gemacht, fabriziert wird sie ja von der "Journaille", zum Regenten eines Volkes geworden, ausgehalten wird die Zeitung durch das Kapital. Als 2. Punkt hat der Marxismus "Der Kapitalismus muß vernichtet werden", und er meint darunter das Privateigentum an sich. Er erklärt, daß eine Sozialisierung vorhanden sein muß. Ich möchte mich mit ihnen nicht erstreiten [*sic!*], was sie sozialisieren wollten, sondern was schon sozialisiert war, und was ihr uns wieder genommen habt. Die deutsche Reichseisenbahn. Im Jahre 1920 traten wir Nat.-Soz. in München das erste Mal auf. Die Eisenbahn war Eigentum der deutschen Nation. Sie sind [*sic!*] geführt von drei Gesichtspunkten:

a) der notwendigen Befriedigung des Verkehrs.

b) der notwendigen Befriedigung der Angestellten.

c) vom Gesichtspunkt der Überschüsse für Volkszwecke.

Das floß in den Staatssäckel hinein. Das war sozialisierter Betrieb. Man frug sich wie man den Verkehr ausbauen wolle. Nach der einen Seite konnte sich

der würdig noch fähig gewesen sind, solche Posten auszufüllen. In Wirklichkeit regiert heute doch nicht das Volk, sondern das Kapital. Behaupten Sie nicht, meine lieben Genossen von links, daß Sie regieren! Wie viele Deutsche haben eine Vorstellung vom politischen Leben! Jeder weiß doch nur das, was in seiner Zeitung steht und was er liest. Die Zeitungen werden aber nicht vom Volke gemacht, sondern von der "Journaille" und ausgehalten werden sie vom Kapital.

Als zweiten Punkt hat der Marxismus in seinem Programm: "Der Kapitalismus muß vernichtet werden". Er meint darunter das Privateigentum an sich. Er erklärt, daß eine Sozialisierung vorhanden sein muß. Ich möchte mich mit Ihnen nicht abstreiten [*sic!*], was Sie sozialisieren wollten, sondern was schon sozialisiert war, und was Ihr uns wieder genommen habt. Die deutsche Reichsbahn war Eigentum der deutschen Nation. Sie wurde nach drei Gesichtspunkten geleitet:

a) der notwendigen Befriedigung des Verkehrs,

b) der notwendigen Befriedigung der Angestellten,

c) vom Gesichtspunkt der Überschüsse für Volkszwecke.

Das Geld floß in den Staatssäckel. Somit war die Deutsche Reichsbahn ein sozialisierter Betrieb.

der Betrieb entwickeln auf Erhöhung des Verkehrs und Erhöhung der Befriedigung der Angestellten und Arbeiter. Eine marxistische Zeitung schrieb im Jahre 1920, man muß Ordnung hineinbringen in diesen Betrieb, das wäre aber nur möglich durch das Privatkapital. Wir nahmen dagegen Stellung, wir protestierten dagegen, wir riefen Versammlungen im Cirkus Krone zu München ein, gegen die Herausgabe der Reichseisenbahn an das Privatkapital[9]. Da ging es dann wie dem Einbrecher bei Nacht, wenn er beim Laternenschein erwischt wird, fragt er höflich, in welchem Stock hier ein Arzt wohne, bei uns ist ein Kind geboren. Erzberger stand auf und sagte, das waren bloß Versuche, die von gewissenloser Verantwortlichkeit in die Welt gesetzt wurde[*n*]. Er hat nicht die Absicht die Eisenbahn zu verschachern. Er müßte jeden als ... behandeln. Unterdessen kam die Zeit in der der Nationalsozialismus tot war, da ging man denn her unter der Führung von Marxisten und Zentrum, tatsächlich die Reichseisenbahn dem Daweskapital zu geben. Man hat sie der internationalen Finanz ausgeliefert. Das was schon sozialisiert war, das wurde abgeschafft. In den Versammlungen schrie [*man,*] alles müßte sozialisiert werden und der sozialisierte Betrieb wurde abgeschafft. Deutschland kann seine Schulden nicht mehr zahlen. Man braucht neue Pfänder. Das nächste ist die Reichspost! Da paßt auf! Deutscher paß auf! Und schon schreits die ganze Presse man muß diesem Menschen das Reden verbieten. Die Menschen kaufen in München nicht mehr ein, sie gehen nach Frankfurt, sie

Eine marxistische Zeitung schrieb im Jahre 1920, es müsse in diesem Betrieb Ordnung geschaffen werden. Das sei aber nur durch das Privatkapital möglich. Wir nahmen dagegen Stellung, wir riefen Versammlungen in München ein und protestierten gegen die Herausgabe der Reichsbahn an das Privatkapital. Man tat so wie ein Einbrecher, der beim Laternenschein erwischt wird. Er fragt höflich, in welchem Stock hier ein Arzt wohne, bei ihm sei ein Kind geboren worden. Erzberger stand auf und sagte, das waren bloß Gerüchte, die von gewissenlosen Leuten in die Welt gesetzt würden. Er habe nicht die Absicht die Eisenbahn zu verschachern. Unterdessen kam die Zeit, in der der Nationalsozialismus tot war. Da lieferte man unter Führung von Marxisten und Zentrum tatsächlich die Reichsbahn dem Daweskapital, der internationalen Finanz aus. In den Versammlungen schrie man, alles müsse sozialisiert werden, und der sozialisierte Betrieb wurde abgeschafft.

Deutschland kann jetzt wiederum seine Schulden nicht mehr bezahlen. Man braucht neue Pfänder. Das nächste Pfand ist die Reichspost! Deutscher paß auf! Schon verlangt die ganze Presse, man müsse mir das Reden verbieten. Gewisse Leute kaufen in München nicht mehr ein und gehen nach Frankfurt,

9 Soweit überliefert, nahm Hitler selbst nicht 1920, sondern erst 1921 dazu Stellung. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 520 ff.

kaufen nichts mehr ein, wenn so etwas geredet wird. Man hat den Sekretär vom Völkerbund gefragt, ob er etwas weiß, er erklärte, er weiß nichts davon. Ein Sekretär erklärte plötzlich, warum nicht der Reichspostminister [10]? Warum denn der nicht, der muß es doch besser wissen! Als so ein Sekretär des Völkerbundes, Reparationskommission [11]. Nein, die Herrn beschäftigen sich dauernd damit und wenn ihnen heute unser Reden unangenehm ist, dann sagen sie: "diese Hunde verderben unser ganzes Rezept." "Durch dieses unzeitige Geschrei verderben sie unser ganzes Geschäft." Der Jude hat entdeckt, daß da eine kleine Verschwörung, ein kleiner Haufen von diesen Aufwühlern ist, es wird dagegen Sturm geblasen und im selben Augenblick denkt niemand an die Post. Die wird uns in diesem Augenblick genommen. Man bemüht sich ein Monopol für Tabak, ein Staatsmonopol soll eingeführt werden. Die Konkurrenz soll ausgeschaltet werden. Und jene sagen, daß die Menschen sozialisieren wollen. Der normale Mensch ist wieder begeistert. "Die wollen den [*sic!*] Staatsmonopol machen!" Für 1929 ist das bestimmt! Für 1928 die Post! Nathan der Weise ist mit dieser Sache vertraut. 1929 wird es notwendig, daß Deutschland die Reparationsschulden [*bezahlt*], das kann es nicht, und da wird man dann das Tabakmonopol an die internationale Hochfinanz ausliefern. Das deutsche Tabaksmonopol, oh Gott, da wird man dann schon wieder etwas anderes finden, mit anderen Worten: "Die

wenn ich weiter über solche Dinge spreche.

Der Jude hat entdeckt, daß eine kleine Verschwörung im Gange ist. Er wird dagegen Sturm laufen. Im selben Augenblick denkt niemand mehr an die Post. Dann wird sie uns genommen. Man bemüht sich, ein Monopol für Tabak einzuführen. Die Konkurrenz soll ausgeschaltet werden. Der Durchschnittsmensch ist wieder begeistert.

1929 soll Deutschland seine Reparationsschulden zahlen. Das wird unmöglich sein. Man wird dafür das Tabakmonopol an die internationale Hochfinanz ausliefern.

10 Georg Schätzel (1874-1934), Jurist, Dr. jur., 1914 Oberpostrat, 1923-1927 Leiter der 6. Gruppe (Bayern) der Reichspostverwaltung, Jan. 1927 bis Mai 1932 Reichspostminister (BVP).

11 Dem Völkerbund unterstand keine Reparationskommission. Gemeint ist wohl die aufgrund des Versailler Vertrages gebildete Reparationskommission in Paris unter Vorsitz von Jean Louis Barthou, in der die USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien vertreten waren. Die Reichspost hatte keine finanziellen Lasten aus dem Dawesplan zu tragen.

Sozialisierung ist auf dem Marsche". Der deutsche Politiker beschäftigt sich da mit "Fürstenenteignung, Republikschutzgesetze", und in der Zwischenzeit nahm man dir alle deine Werte. Volk, deine heiligsten Güter sind in Gefahr, sind bedrängt. Während man das Volk auf die heiligen Güter hinweist, werden dem Volk seine [*G*]üter gestohlen. Ich stelle fest, und das kann niemand verleugnen, seit 8 Jahren haben die nicht sozialisiert, sondern man hat es dem internationalen Kapital in den Rachen geworfen. Militarismus d. h. wenn man den Kapitalismus zur Strecke gebracht hat, muß man auch den Militarismus nehmen. Allein, wie ist es denn in Wirklichkeit, was ist heute die deutsche Nation? Die deutsche Nation von heute ist doch nichts weiteres als eine Kolonie, als eine Koloniallandschaft. Daß dieses heutige Deutschland keinen Militarismus mehr hat, ist doch selbstverständlich, sonst könnte man doch nicht Deutschland ausrotten. Wir sehen heute klar, daß das deutsche Volk verschachert ist. Das Streben des Marxismus ist nationale[*n*] Völker[*n*] die Wehrkraft zu nehmen und der Hochfinanz die Wehrkraft in die Hände zu drücken. Vor allem, was wollen wir heute denn von Militarismus reden, wir sehen doch, wie die ganze Welt sich rüstet, wir sehen doch, wie sich die ganze andere Welt in Waffen kleidet. Durch die Vernichtung des Militarismus und durch die Vernichtung des Kapitals, sollten nach marx. Grundsatz die Gegensätze arm und reich verschwinden. Wir sehen so die Gegensätze, die zwischen arm und reich verschwinden wie die Deutschen gleichmäßig arm werden, wie ein anderer Teil gleichmäßig reich wird, d. h. ein ganzes Volk wird verproletarisiert und der Jude

Der deutsche Politiker beschäftigt sich aber mit Fürstenenteignung und Republikschutzgesetzen. Volk, Deine heiligsten Güter sind in Gefahr! Während man das Volk auf die heiligen Güter hinweist, werden dem Volk seine Güter gestohlen. Ich stelle fest, seit acht Jahren hat man nicht sozialisiert, sondern deutsche Werte dem internationalen Kapital in den Rachen geworfen.

Was ist heute die deutsche Nation? Sie ist nichts anderes mehr als eine Kolonie. Daß dieses heutige Deutschland keinen Militarismus mehr hat, ist doch selbstverständlich, sonst könnte man doch nicht Deutschland ausrotten. Wir sehen heute klar, daß das deutsche Volk verschachert ist. Das Streben des Marxismus ist, nationalen Völkern die Wehrkraft zu nehmen und der Hochfinanz die Wehrkraft in die Hände zu drücken. Vor allem, was wollen wir heute denn vom Militarismus reden, wir sehen doch, wie die ganze Welt sich rüstet, wir sehen doch, wie sich die ganze andere Welt in Waffen kleidet! Durch die Vernichtung des Militarismus und durch die Vernichtung des Kapitals sollten nach marxistischem Grundsatz die Grundsätze arm und reich verschwinden. Wir sehen so die Gegensätze, die zwischen arm und reich verschwinden, wie die Deutschen gleichmäßig arm werden, wie ein anderer Teil gleichmäßig reich wird. Ein ganzes Volk wird verproletarisiert, und der Jude wird zum alleinigen Herrn gemacht. Ich möchte betonen, es hat in Deutschland

wird zum alleinigen Herren gemacht. Ich möchte betonen, es hat in Deutschland noch nie eine so große Wohnungsnot gegeben wie jetzt. Aber auch noch nie wurden so viel Villen gebaut wie jetzt. In den Logen der Theater sitzen keine richtigen Proletarier. Eines kann man feststellen, die Kluft zwischen arm und reich ist so groß geworden, daß es dem Armen nicht mehr möglich ist, in eine andere Lage zu kommen. Wir haben die letzte Bestätigung in Deutschland sichtbar vor Augen. Es sind das keine richtigen Proletarier, die die Juwelen tragen, das Geld einstekken. Das sind die Millionen Menschen, die nicht wissen, daß sie notwendig sind. Zweieinhalb Millionen Menschen, das sind die Nutznießer des gesamten Volkes. 70 Jahre habt ihr gekämpft. Ihr habt die Macht in den Händen gehabt, wir noch nicht. Ihr habt die Banken und Börsen zum Herrn gemacht, ihr habt die Millionen Deutsche um ihre Sparguthaben gebracht, und das ist nicht nur hier so sondern überall, wie ja auch in Rußland. Sein Glück ist nicht größer geworden, nein, wenn wir auf der einen Seite den Marxismus theoretisch vor Augen behalten, müssen wir uns die Frage vorlegen, wie ist es denn möglich, sind denn die Menschen wahnsinnig? Der letzte Glaube an den soz. Staat und das erste was sie getan haben, das war, daß sie ihre[*m*] Staat, die [*sic!*] soz. Republik die Waffen wegnahmen. Sinnlos wäre das alles wenn nicht ein anderer Sinn dahinterläge. Es ist im Menschenleben manchmal so, daß man zu keinem Resultat kommt. Es gibt ein Mittel, um zu korrigieren. Man versucht das Problem von einer anderen Seite auszuforschen. (Besteigung eines Gipfels, er wird erschöpft sieht es geht nicht mehr und sofort wird

noch nie eine so große Wohnungsnot gegeben wie jetzt.

Die Kluft zwischen arm und reich ist so groß geworden, daß es dem Armen nicht mehr möglich ist, in eine andere Lage zu kommen. Wir haben die letzte Bestätigung in Deutschland sichtbar vor Augen. Es sind keine Proletarier, welche die Juwelen tragen und das Geld einstecken. Zweieinhalb Millionen Menschen sind die Nutznießer des gesamten Volkes. Siebzig Jahre habt Ihr gekämpft! Ihr habt die Macht in den Händen gehabt! Ihr habt aber die Banken und Börsen zum Herrn gemacht. Ihr habt die Millionen Deutschen um ihre Sparguthaben gebracht. Das ist nicht nur hier so, sondern überall, wie ja auch in Rußland. Wenn wir auf der einen Seite den Marxismus uns theoretisch vor Augen halten, müssen wir uns die Frage vorlegen: "Wie ist das denn möglich? Sind denn diese Menschen wahnsinnig geworden?" Das erste, was sie getan haben, war, daß sie ihrem Staat, ihrer sozialdemokratischen Republik die Waffen wegnahmen. Sinnlos wäre das alles, wenn nicht ein anderer Sinn dahinterläge. Es ist im Menschenleben manchmal so, daß man zu keinem Resultat kommt. Es gibt ein Mittel, um zu korrigieren. Man versucht das Problem von einer anderen Seite auszuforschen.

er auf der anderen Seite damit beginnen. So haben die Menschen gearbeitet mit dem Ballon, es kamen die Flugzeuge erst dann hat man die Dampfkraft benutzt.) Und wenn ich im politischen Leben Dinge [*sic!*], die an sich sinnlos erscheinen, wenn zum Beispiel das deutsche Proletariat eine Welt aufbauen will, daß das Kapital ein hungerndes Raubtier ist, und dieses Kapital entfernen will, dann muß diese Organisation von [*sic!*] dem blutgierigen Raubtier schützen. Es ist sinnlos, wenn man das Gegenteil tut. Man sagt, man will Volksherrschaft gründen, setzt Männer hin, die von Hintermännern gespeist werden, da kommt man auf einmal nicht mehr weiter, da setzt man Nazi-Sozi dann ein [*sic!*] und setzen mit einem neuen Programm an, nun ist es notwendig, darüber klar zu denken. Es ist notwendig jetzt zu fragen "Wem nützt das?" Wer hat den Nutzen davon? Unser Volk nicht. Ihr kommt auf ein Problem, das wir Nazi-Sozi schon einmal durchgeführt haben, auf das Rassenproblem. Sie alle fürchten das Wort Imperialismus. Imperialismus, unsere Volksgenossen von Links, man hat ihnen manchen Staat als imperialist. hingestellt. Wir wollen einmal logisch untersuchen was heißt denn imperialistisch. Wenn ein Wesen auf dieser Welt existiert und nun versucht sich frei zu erhalten, sich zu vermehren, dann genügt dieses Wesen zugleich einer Verpflichtung, die Sorge für die Existenz des neuen Wesen[*s*]. Die Natur, jede Mutter, jedes Elternpaar sorgt so lange für das neue Wesen, bis es fähig ist, sich allein weiterzubilden. Die Sorge für die erste Zeit, ist das bestimmende. Beim Höchsten ist die Sorge eine ganz unendliche. Nämlich beim Menschen: 9 Monate zuerst bei der

Wenn z. B. das deutsche Proletariat das Kapital, welches ein hungerndes Raubtier ist, entfernen will, dann muß sich diese Organisation vor diesem blutgierigen Raubtier schützen. Es ist sinnlos, wenn man das Gegenteil tut. Man sagt, man will eine Volksherrschaft gründen, setzt Männer hin, die von Hintermännern gespeist werden, da kommt man auf einmal nicht mehr weiter, setzt neue hin mit einem neuen Programm, das geht immer so fort. Es ist notwendig, jetzt zu fragen: "Wem nützt das? Wer hat den Nutzen davon?" Unser Volk nicht.

Ich komme nun auf das Rasseproblem zu sprechen. Sie alle fürchten das Wort Imperialismus. Wollen wir einmal logisch untersuchen, was Imperialismus heißt! Wenn ein Wesen auf dieser Welt existiert und nun versucht, sich frei zu erhalten, sich zu vermehren, dann genügt dieses Wesen zugleich einer Verpflichtung, der Sorge für die Existenz eines neuen Wesens. Jede Mutter sorgt so lange für das neue Wesen, bis es fähig ist, sich allein weiterzubilden. Die Sorge für die erste Zeit ist das Bestimmende. Beim höchsten Lebewesen, beim Menschen, ist die Sorge eine ganz unendliche. Neun Monate zuerst bei der Mutter, dann fünfzehn Jahre bei Mutter und Vater, bis das Kind zum Manne [*sic!*] wird. Die Verantwortung liegt bei den Eltern. Jedes Wesen, das auf dieser Erde ein neues Wesen zeugt, übernimmt bis zu seiner

Mutter, dann 15 Jahre die Mutter und der Vater, bis das Wesen zum Mensch in dem Falle aufblühte. Die Verantwortung liegt bei den Eltern. Jedes Wesen, das auf dieser Erde ein neues Wesen zeugt, übernimmt bis zur Selbsterhaltung die Verantwortung [*für*] dieses Wesen. Wie prägt sich das in der Natur praktisch aus. Ein Beispiel: Die Schlupfwespe, sie legt ihre Eierchen nicht irgendwo hin, sondern sie legt dieselben in den Leib eines anderen Wesens, um ihnen dadurch die Nahrung zu geben. Wenn einige Zeit vorbei ist, ist das neue Tierchen da, und es kann sich selbst ernähren. Es ist die Sorge, dem Gewordenen das tägliche Brot zu geben. Die Voraussetzung, das tägliche Brot zu schaffen, damit wird der Mensch imperialistisch, der Vater der das erste Kind zeugt ist imperialistisch, weil er nicht nur für sich der Ernährer ist, sondern er muß auch für das Kind Nahrung schaffen. Jede Mutter ist imperialistisch. Ein Unterschied ist zwischen den einzelnen Wesen. Die Schlupfwespe, die das Ei in den Leib eines anderen Tieres legt und die Biene, die ihr Ei in die Wabe hineinbringt. Die Biene übernimmt die Sorge, sie füttert die kleinen Larven, sie schließt erst ab, wenn aus der Larve die Biene geworden ist. So ist es auch beim Menschen. Wie prägt sich der Imperialismus des Ariers aus? Der Arier erzeugt Kinder. Diese Wesen müssen ernährt werden, wer tut das? Der Arier. Er versucht Boden zu gewinnen. Sie wandern aus, innerhalb dieser neuen Begrenzung spielt sich das Leben ab. Er kolonisiert, organisiert. Ein Volk tritt auf, auf dem Boden eines anderen Volkes und erklärt, hier sind wir die Herren, aber einer kann nur auf dem Boden ver-

Selbsterhaltung die Verantwortung für dieses Wesen. Wie prägt sich das in der Natur praktisch aus? Ein Beispiel: Die Schlupfwespe legt ihre Eierchen in den Leib einer Raupe, um ihnen dadurch die Nahrung zu geben. Wenn einige Zeit vorbei ist, ist das neue Tierchen da. Es kann sich selbst ernähren. Es ist die Sorge, dem Gewordenen das tägliche Brot zu geben. Die Sorge um das tägliche Brot macht den Menschen zum Imperialisten. Der Vater, der das erste Kind zeugt, ist Imperialist, weil er nicht nur für sich, sondern hinfort auch für das Kind zu sorgen hat. Doch besteht ein Unterschied zwischen den einzelnen Wesen, zwischen der Schlupfwespe, die das Ei in den Leib des anderen Tieres legt, und der Biene, die ihr Ei in die Wabe hineinbringt. Die Biene übernimmt die Sorge, sie füttert die kleinen Larven, bis aus ihnen eine Biene geworden ist. So ist es auch beim Menschen.

Wie prägt sich der Imperialismus beim arischen Menschen aus? Der Arier zeugt Kinder. Der Arier versucht Boden zu gewinnen und wandert aus. Innerhalb dieser neuen Begrenzung spielt sich das Leben ab. Er kolonisiert und organisiert.

bleiben, der Arier, er verdrängt den andern, um selbst Farmer zu werden, er selbst organisiert eine Technik, alles macht er selbst, er will nur Boden haben. Das ist der Imperialismus, das ist jeder Mensch, der das Wesen hat sich zu vermehren. In diesem gegenseitigen Kampfe ist der Mensch ganz gewaltig geworden. Diese imperl. Entwicklung des Ariers ist zu vergleichen mit der Biene. Er macht alles selbst. Alles das kann er tun. Er hat die Kultur gebracht durch eine geistige Arbeit, er ist nicht nur bedeutender, weil er vielleicht Herr des anderen geworden ist, der Arier ist zum Herrn der anderen Lebewesen geworden, weil er sich zugleich eine geistige Kultur schuf. Ein Volk, das sich nicht vermehrt, das auch nicht den Drang dazu hat, ein solches Volk ist dem Untergang geweiht. Und neben dem Arier sehen wir ein anderes Volk, die *Juden.* Er ist auch imperialistisch, er vermehrt sich auch und muß versuchen sein Kind zu ernähren. Nur die Art des Imperialismus ist so grundsätzlich verschieden, als wie die Biene und die Schlupfwespe. Der Arier versucht seine Kinder selbst zu ernähren durch die Arbeit. Die Kinder sie sind versorgt worden durch ihre Vorfahren. Das ist ähnlich der Biene. Der Jude hat ein anderes Prinzip. Auch er ernährt sein Kind und versucht [*I*]mperialist zu sein, nicht daß er die Arbeit leistet, sondern, daß er andere dafür tätig sein läßt, daß er andere zinsbar macht. So wie die Raupe stirbt, so sterben die anderen Völker, wenn die kleine[*n*] Larven des Juden größer werden. Ein Bibelspruch heißt: Sie eroberten das Land, unterjoch[*t*]en es und wurde zinsbar gemacht. Heute sehen wir das bei uns. Ganze Völker sind zinsbar gemacht worden. Wir

Der Arier verdrängt ein anderes Volk von seinem Boden, um selbst Farmer zu werden. Er selbst organisiert eine Technik, alles macht er selbst, er will nur Boden haben. Das ist Imperialismus. Das ist jeder Mensch, der das Streben hat, sich zu vermehren. Im gegenseitigen Kampf ist der Mensch ganz gewaltig geworden. Diese imperialistische Entwicklung des Ariers ist zu vergleichen mit dem Fleiß der Biene. Er macht alles und kann auch alles tun. Er hat die Kultur gebracht durch eine geistige Arbeit. Er ist nicht nur bedeutender als die anderen Lebewesen, sondern ihr Herr. Ein Volk, das sich nicht vermehrt, das auch nicht den Drang dazu hat, ist dem Untergang geweiht.

Neben dem Arier sehen wir ein anderes Volk, die Juden. Der Jude ist auch Imperialist. Er vermehrt sich auch und muß versuchen, seine Kinder zu ernähren. In der Art des Imperialismus unterscheidet sich der Jude vom Arier so wie die Schlupfwespe von der Biene. Der Arier versucht, seine Kinder durch Arbeit selbst zu ernähren.

Der Jude hat ein anderes Prinzip. Er versucht Imperialist zu sein, indem er selbst nicht arbeitet, dagegen andere für sich arbeiten läßt. So wie die Raupe stirbt, so sterben die nichtjüdischen Völker, wenn die kleinen Larven der Juden größer werden. Ein Bibelspruch heißt: Sie eroberten das Land, unterjochten es und machten es zinsbar. Heute sehen wir das bei uns. Ganze Völker sind zinsbar gemacht worden. Wir wollen eines feststellen: so wenig die Schlupfwespe etwas dafür kann, daß sie ihre Eier in den Leib

wollen eines feststellen, sowenig die Schlupfwespe dafür kann, daß sie die Eier der Raupe in den Leib legt, sowenig kann der Arier dafür, daß er um sein eigenes "Ich" kämpft, so wenig, wie ein Tiger dafür kann, daß er Menschen frißt, so wenig ist der Deutsche verpflichtet, sich vom Juden fressen zu lassen. Die Natur streut ihre Lebensformen aus. Die Natur bringt das Wesen, sie ringen miteinander, Arten sterben aus und vergehen. Der Kraftvollere siegt, der Stärkere er besteht, so mögen sich Millionen Planeten weiterdrehen, das ist das Universum. Allein als kleinstes Stäubchen haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu leben. Der Himmel würde keinem das Recht geben zu leben, wenn er sich nicht ernähren könnte. Sie selbst läßt nur das vergehen, das zu schwach ist leben zu können. So wie das Kind gelernt hat, allein zu gehen, das Werk der Natur sorgt für dieses Wesen. Der Arier unterscheidet sich vom Juden. Er (Arier) wenn Herr des Bodens wird, er hat die Städte hervorgebracht, der Jude dagegen muß vorsichtig sein, daß er nicht zu frühzeitig entlarvt wird. In keiner Werkstatt oder Fabrik ist er tätig. Nein, er setzt sich hinein und beginnt andere für sich tätig sein zu lassen. Wo er keine Kulturträger besitzt, der Jude, da verfault er. Er ist nur dort, wo die Arier Kultur gebracht haben. Der Arier erkämpft mit Schwert und Gewehr er erobert und gewinnt den Boden. Der Jude selbst erobert nichts mit diesen Waffen. List und Verleumdung des eigenen "Ich", Lüge und Trug, der Jude ist der große Meister i[*m*] Lügen, er zerstört andere Völker. Die Massen erhält er nur durch die Lüge. Der Arier steht ihm fremd gegenüber. Die Tätigkeit des Ariers ist der Ausdruck, daß er kein

der Raupe legt, so wenig kann der Arier etwas dafür, daß er um sein eigenes "Ich" kämpft. So wenig ein Tiger etwas dafür kann, daß er Menschen frißt, so wenig ist der Deutsche verpflichtet, sich vom Juden fressen zu lassen. Die Natur bringt die Wesen, sie ringen miteinander, Arten sterben aus und vergehen. Der Kraftvollere siegt, der Stärkere besteht. Allein als kleinstes Stäubchen haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, zu leben. Der Himmel würde keinem das Recht zu leben geben, wenn er sich nicht ernähren könnte. Die Natur läßt nur das vergehen, was zu schwach ist, um leben zu können.

Der Arier unterscheidet sich vom Juden. Wenn der Arier Herr des Bodens wird, dann baut er Städte und bringt Werte hervor. Der Jude dagegen ist in keiner Werkstatt, in keiner Fabrik tätig. Er läßt andere für sich tätig sein. Wo keine Kulturträger vorhanden sind, da geht der Jude zugrunde. Er ist nur dort, wo die Arier Kultur gemacht haben. Der Arier erkämpft mit Schwert und Gewehr den Boden. Der Jude selbst erobert nichts mit Waffen. List und Verleumdung, Lug und Trug sind seine Waffen. Der Jude ist der große Meister der Lüge. Die Massen gewinnt er nur durch Lüge. Der Arier steht ihm fremd gegenüber. Meine lieben Freunde, dieser Trieb der Arbeit ist die Grundlage, die uns die Kultur gegeben hat! Der Jude weiß, daß er zur politischen Macht gelangen muß. Dann zerbricht er nicht nur die Volks-

Parasit ist. Meine lieben Freunde, dieser Trieb der Arbeit ist die Grundlage, die uns die Kultur gegeben hat. Der Jude weiß, er muß versuchen zur politischen Macht zu gelangen. Wenn er diesen Volkskörper in zwei Volkshälften zertrümmert, die eine die nur die Faust hat, die andere nur den Geist. Dann zerbricht nicht nur die Volksherrschaft, dann kann er wieder hineinschreien und dieses Volk wurde wieder zinsbar gemacht. Über Deutschland sehen wir die Waffen, wenn wir von dem Standpunkt durchprüfen [*sic!*], dann sehen sie sofort den kristallklaren Sinn, wenn er über uns Herr werden will, dann ist es logisch, daß er die Produkte ausliefert, daß er unsere Waffen zerbricht und uns wehrlos macht. Dann ist es [...] [12] logisch, daß unser Volk innerlich zerreißt, dann wird jedem einzelnen es sonnenklar, daß er dem Menschen sagt: Du darfst dein Volk nach außen hin nicht verteidigen, aber nach innen, oder du mußt deinen Bruder totschlagen. Er beginnt im kleinen und endet im großen. Die Intelligenz ist sein Feind, wenn der Mensch erkennt und sagt, du bist ja gar kein Deutscher, dann weiß er, er ist erkannt, dann schlagt ihm den Schädel ein. Wenn sich nun eine große Organisation bildet und diese Erkenntnis predigt, dann sagt er diese Redner müssen verboten werden, dann sagt er, diese Menschen müssen verfolgt werden, und wenn ein kleiner Schuster dieser Bewegung angehört, dann sagt er, diesen muß man beseitigen. Er weiß, daß diese[*r*] Terror seine Erfolge hat. Der Jude, er weiß, der Mensch denkt nicht [:] 70 Jahre lang haben die Marxisten diesen Terror ausgeübt. Da hat sich die nationalsozialistische Bewegung gebildet. Man

herrschaft, dann kann er das Volk zinsbar machen.

Jetzt wird es uns verständlich, warum er die Produkte ausliefert, warum er unsere Waffen zerbricht und uns wehrlos macht. Jetzt wird es uns verständlich, warum er das Volk innerlich zerreißt und ihm sagt: Du darfst Dein Volk nach außen hin nicht verteidigen, aber nach innen Deinen Bruder totschlagen.

Wenn sich nun eine große Organisation bildet und diese Erkenntnis predigt, dann sagt er, den Rednern muß das Sprechen verboten werden. Wenn ein kleiner Schuster dieser Bewegung angehört, dann sagt er, dieser muß beseitigt werden. Er weiß, daß dieser Terror seine Erfolge hat.

Da hat sich die nationalsozialistische Bewegung gebildet. Der Jude verlangt,

12 Ein Wort unleserlich.

sagt, löst sie auf. Ich sag Euch allen aber: es ist zu spät, wie so oft im menschlichen Leben. (Nicht endenwollender Beifall.) Jawohl, es gab eine Zeit, da zitterte ich bei dem einzigen Gedanken, der Herrgott möge mir und meinen Freunden das Leben lang geben [*sic!*]. Der Herrgott ist gnädig gewesen, er hat uns vermehrt. Er hat uns Materie gegeben, er hat uns Blutzeugen gegeben, er hat uns Märtyrer gegeben. Es möge noch der Tag kommen, wo sie uns zusammentreiben und dutzende zu uns kommen und sagen: "Ich bekenne mich auch für diese Idee", und nun sind wir verpflichtet für unsere Toten den Kampf weiterzuführen, ihr habt sie getötet, eines Tages werden sie wieder auferstehen, an dem Tag, da die heutige Knechtschaft trotz allem beendet ist und in Deutschland die Freiheitsglocken läuten, dann werden nicht nur die Lebenden ihre Töne hören, sondern aus den Gräbern heraus werden im Zeichen dieses Glockengeläutes unsere Toten vor uns einziehen in das neue

Deutsche Reich.

daß sie aufgelöst wird. Ich sage Euch allen aber: es ist zu spät. Jawohl, es gab eine Zeit, da zitterte ich bei dem einzigen Gedanken, der Herrgott möge mich und meine Freunde lang am Leben erhalten [*sic!*]. Der Herrgott ist gnädig gewesen, er hat uns vermehrt, hat uns Blutzeugen gegeben, er hat uns Märtyrer gegeben. Möge noch der Tag kommen, an dem sie uns zusammentreiben. Dann werden Dutzende zu uns kommen und sagen: "Ich bekenne mich auch für [*sic!*] diese Idee." Wir sind verpflichtet, für unsere Toten den Kampf weiterzuführen. Ihr habt sie getötet! Eines Tages aber werden sie wieder auferstehen. Die heutige Knechtschaft wird beendet sein, und in Deutschland werden die Freiheitsglocken läuten. Dann werden nicht nur die Lebenden ihre Töne hören, sondern aus den Gräbern heraus werden im Zeichen dieses Glockengeläutes unsere Toten vor uns einziehen in das neue

Deutsche Reich!

12. Juni 1927 — Dok. 145

Rede auf gemeinsamer Tagung der Nationalsozialistischen Deutschen Freiheitsbewegung (NSDFB) und der NSDAP in Stuttgart [1]

VB vom 24.6.1927, "Zum Übertritt der Nat.-soz. Freiheitsbewegung in Württemberg zur N.S.D.A.P." [2].

Der Zusammenbruch von 1918, so führte Hitler etwa aus, habe das eine Gute gehabt, daß er jedem, der sich noch einigermaßen einen Sinn für politisches Geschehen bewahrt habe, gezeigt hätte, daß das deutsche Volk an einer Krankheit leide, die mit unfehlbarer Sicherheit zum Untergang dieses Volkes führen müsse, wenn keine Rettung komme. *Kein Volk könne es auf die Dauer ertragen, daß seine Glieder sich in Haß gegenüberständen.* Das Bürgertum habe seine politische Aufgabe nicht erfüllt, ihm fehle auch heute jeder tragende Gedanke, es lebe von gestern. Der Marxismus sei ebensowenig geeignet, ein Volk zur Höhe zu führen. Dem volksvernichtenden Massenwahn des Marxismus stelle der Nationalsozialismus das Prinzip der Rasse und der Persönlichkeit entgegen. Bei diesem Prinzip handle es sich nicht um eine künstliche Konstruktion oder Erwägung, sondern um die Erkenntnis jener Naturgesetze, die allein nur den Fortschritt in der Geschichte gebracht hätten. Die Zukunft des deutschen Volkes hänge davon ab, inwieweit sich diese Erkenntnis durchsetze. Dieser Idee könne aber mit Erfolg nicht eine Vielheit von Vereinigungen dienen, sondern die Aussicht, das Ziel zu erreichen, sei nur einer in sich disziplinierten Organisation gegeben, die auf dem Führergedanken stehe. *Die Aufgabe der NSDAP sei, die Besten von Links und Rechts zu sammeln und im Glauben an Deutschlands Größe die deutsche Zukunft sicherzustellen* [3].

---

1 Im Saalbau "Weißenburg", von 11.00 bis 13.30 Uhr. Die Tagung, an der laut Polizeibericht 256 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Eugen Munder geleitet.
Zuvor hatten um 9.00 Uhr getrennte Vertretertagungen der von Christian Mergenthaler geführten Nationalsozialistischen Deutschen Freiheitsbewegung (NSDFB) in Württemberg im Restaurant "Friedrichsbau" und der NSDAP in Württemberg im Saalbau "Weißenburg" stattgefunden. Auf der Sitzung der NSDFB wurde die Vereinigung mit der NSDAP beschlossen. Der für den 11.6.1927 angekündigte Rednerauftritt Hitlers auf einem Begrüßungsabend der NSDAP im Saalbau "Wulle" kam nicht zustande, da Hitler an einer Besprechung mit Mergenthaler und Munder teilnahm.

2 Vgl. auch VB vom 15.6.1927, "Das 'Preußen' der völkischen Bewegung"; Schwäbischer Merkur vom 15.6.1927 (AA), "Aus den Parteien". Sowie Lagebericht W 23 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 22.6.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1757/300.

3 Ergänzend berichtet der Polizeibericht: "Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten habe sich als wertlos erwiesen. Von ihm habe die nationale Bewegung nichts zu erwarten. Das Einzige, was unter Hindenburg erreicht worden sei, sei, daß die Friedensuniform wieder getragen und die schwarz-weiß-rote Flagge wieder gezeigt werden dürfe. Das aber sei nur zweckloses Zeug." Die Versammlung schloß mit einer demonstrativen Versöhnungsszene zwischen Hitler, Mergenthaler und Munder.

13. Juni 1927 Dok. 146
"Deutschlands Haltung im englisch-bolschewistischen Konflikt" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

PND-Bericht Nr. 577, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737 [3].

Zur Einleitung verbreitete sich Hitler über Organisationsfragen. Einem großen Teil des deutschen Volkes sei das Verhalten der N.S.D.A.P. unverständlich. Doch zeige sich langsam überall, daß der Weg richtig sei. Gestern sei er in Stuttgart gewesen [4]. Die dortige Freiheitspartei habe sich aufgelöst und den Übertritt zur N.S.D.A.P. erklärt. Wenn auch von der breiten Masse die 1924 [*erfolgte*] endgültige Trennung von der Freiheitspartei nicht verstanden wurde, so erweise sich, daß dies doch der richtige Weg gewesen sei. Es wäre vollständig verfehlt, mit irgendeinem nationalen Bund in ein Zusammenschlußverhältnis zu treten, denn damit hätte die Bewegung praktisch aufgehört, ihr Ziel zu erringen. Mit Protesten, wie sie von den Vaterländischen so gerne in die Welt hinausgelassen werden, könne Deutschland nicht frei werden. In allen Zeiten und auch in Zukunft werde ein Volk nur groß werden, wenn es die Waffen zu handhaben wisse. Der Inhalt aller Proteste sei ihm gleichgültig, Gültigkeit habe nur die Tatsache, was mit diesen Protesten erreicht worden sei. Erreicht wurde nichts, als daß sich die Regierungen und die Vaterländischen vor aller Welt lächerlich gemacht haben und heute das Deutschtum im Ausland mehr gedrückt werde als vor 8 Jahren. Wer protestiere, sei feig. Ein Protest habe nur Zweck, wenn dahinter eine wirkliche Macht stehe, nicht wie die Vaterländischen, die mit dem Protest glücklich sind, vor der Tat aber sich ängstlich und feige drücken würden. Wie dieses feige Bürgertum eingestellt sei, habe 1914 sich vielfach bewiesen. Mit ihrer Jahrhunderte alten Politik wurde das Volk in den heutigen Sumpf geritten, von den Leuten die heute noch regieren und so gerne *Hurra* schreien. Mit der "Gott[-]strafe[-]England" - Politik sei nur der verlorene Krieg erreicht worden, weil diese Herrschaften nicht den Mut besaßen, schon 1914 alle verfügbaren Waffen und Vernichtungsmittel gegen England aufzubieten. Alle Politiker der letzten Jahrhunderte seien eine [*sic!*] Null gewesen und haben mit ihrer Politik den heutigen Sklavenzustand herbeigeführt. Heute von Krieg zu sprechen, sei Frevel, weil dem deutschen Volke hiezu alle Voraussetzungen fehlen, wie ein Heer, Waffen, Geld und in der Hauptsache

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 11.6. und 12./13.6.1927.

2 Im Veteranensaal des Mathäserbräu, von 20.30 bis 22.30 Uhr. Der öffentliche Zentralsprechabend, an dem laut Polizeibericht etwa 400 Personen teilnahmen, wurde von Johann Dauser, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion Sendling, geleitet. Der ursprünglich für den 30.5.1927 angekündigte Zentralsprechabend, auf dem Hitler zum gleichen Thema sprechen sollte, dürfte im Zusammenhang mit dem von der Polizeidirektion München am 27.5.1927 erlassenen Versammlungsverbot verschoben worden sein. Die Versammlung wird jedenfalls nicht in dem ansonsten ausführlichen Lagebericht der Polizeidirektion München vom 23.7.1927 erwähnt. Vgl. Ankündigung im VB vom 28.5., 29./30.5. und 31.5.1927, "Aus der Bewegung".

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 58 der Polizeidirektion München vom 23.7.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Am 12.6.1927. Vgl. Dok. 145.

der Wille. Unsinn wäre es, für etwas Unbegreifliches [*zu*] kämpfen, wie 1914 die Verteidigung der Kohlen- und Erzbecken und der eventuellen Grenzregulierungen. Die Grenzen von 1914 wieder [*zu*] erreichen, sei kein Ziel. Im weiteren verbreitete sich der Redner über den Konflikt England-Rußland bzw. Europa-Asien. Was heute unter russischem Einfluß in China vor sich gehe, könne morgen in Indien losbrechen. Der Kampf könne Jahrzehnte dauern, und aus diesem Kampfe müsse Deutschland Nutzen ziehen. Auf Wunsch Englands, gegen Rußland [*zu*] gehen, würde er einwilligen [*sic!*], weil das Volk wieder ein Heer bekäme, und in diesem Kampfe das neue Reich entstehen würde mit 80-90 Millionen Einwohner. Wer heute von Weltfriedenerhaltung und Ruhe spreche, sei ein Schweinehund und Lump, weil der Weltfriede nur dem Juden zur Vernichtung des deutschen Volkes diene. Das deutsche Volk müsse jede Unruhe und Revolution in der Welt begrüßen, wenn es geht sogar fördern, denn nur daraus sei Nutzen zu ziehen. Es bestehe die Aussicht, daß vor dem offenen bewaffneten Konflikt zwischen England und Rußland, von letzterem eine Bewegung von ungeheurem Ausmaß ausgehe und die in Jahrtausenden noch als gigantische Leistung in der Geschichte Anerkennung finden werde. Solange ein Stresemann-Kleeblatt [5] regiere, bestehe allerdings die Möglichkeit, daß diese gewaltige Welle an der deutschen Grenze zum Stehen gebracht werde. Daß dies nicht der Fall wird, habe die N.S.D.A.P. zu sorgen [*sic!*]. Gewaltig werde dann der Kampf werden und ein Aufatmen werde kommen, wenn die Völker vom Juden befreit seien. Was dann komme, sei gleich. Bis dem deutschen Volke die Gelegenheit zur Befreiung geboten werde, müsse die Vernunft walten, denn gefühlsmäßig gehandelt könnte nur schaden.

Zum Empfang der russischen Delegation [6] durch Stresemann äußerte sich Hitler dahingehend, daß den Russen die Einreise nach Deutschland hätte verboten werden müssen, ebenfalls hätte Deutschland die Wahrung der russischen Geschäfte in England ablehnen müssen, weil Deutschland ein Staat II. Klasse sei, solange der Versailler Vertrag besteht. Zum Schluß forderte Hitler zur Mitarbeit am großen Ziel, für das kommende Großdeutschland auf. [7]

---

5 Gemeint sind vermutlich Außenminister Gustav Stresemann und seine beiden engsten Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, Staatssekretär Carl von Schubert und Ministerialdirektor Friedrich Gaus.

6 Am 7.6.1927 hatte Gustav Stresemann eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin in Baden-Baden.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

14. Juni 1927 Dok. 147
Beleidigungsprozeß gegen Domkapitular Georg Sponsel [1]
Rede vor dem Landgericht Ansbach [2]

Fränkische Zeitung vom 15.6.1927, "Gerichtsverhandlungen" [3].

Kläger Hitler betonte [4] u. a., wie er verfolgt worden sei, bloß weil er die "Einheit" des deutschen Volkes anstrebe; es erscheine ihm merkwürdig, daß bei ihm und seinen Anhängern noch niemals der § 193 [5] Anwendung gefunden habe; ihm liege nur daran, daß der Beklagte überhaupt bestraft werde; die Höhe der Strafe sei ihm gleichgültig. Denn sonst hörten die ungerechten Beleidigungen gegen ihn überhaupt niemals mehr auf; seine Kameraden seien mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen wegen Beleidigung belegt worden. [6]

---

1 Georg Sponsel (1876-1950), 1900 Ordination, 1914 kath. Pfarrer in Ansbach, 1926 Domkapitular in Bamberg, 1929 Dompfarrer, 1943 Domdekan.

2 Sponsel war mit Rechtsanwalt Dr. Adolf Bayer, Hitler mit Rechtsanwalt Dr. Hanns Krafft erschienen. Anlaß für die Beleidigungsklage Hitlers war eine Äußerung des Ansbacher Stadtpfarrers Sponsel auf einer Versammlung des katholischen Dienstmädchenvereins vor der Landtagswahl 1924, Hitler habe als Schüler eine Hostie ausgespuckt. In einem erstinstanzlichen Verfahren vor dem Amtsgericht in Ansbach am 29.7.1926 war Sponsel wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 100 RM verurteilt worden. Daraufhin legte Sponsel Revision beim Bayerischen Obersten Landesgericht in München ein, das das Urteil aufhob und die Angelegenheit wegen Verfahrensmängel an das Amtsgericht Ansbach zurückverwies. In der Verhandlung am 8.2.1927 wurde Sponsel freigesprochen, woraufhin Hitler Berufung einlegte. Vgl. Bamberger Tagblatt vom 31.7.1926, "Ferne Nachklänge zu den Landtagswahlen"; VB vom 5.8.1926, "Hitlers 'Hostienschändung'!"; Bamberger Tagblatt vom 10.2.1927, "Ansbach (Ein Hitlerprozeß)". Zum gesamten Verfahren vgl. Fränkische Landeszeitung vom 2.2.1979, "Adolf Hitler und der Stadtpfarrer von St. Ludwig im 'Hostienprozeß'". Zum Vorwurf der Hostienschändung vgl. auch Deuerlein, Hitler, S. 19.

3 Vgl. auch VB vom 16./17.6.1927, "Beleidigungsklage Hitlers gegen Domkapitular Sponsel"; Der Stürmer, Nr. 26 vom Juni 1927, "Domkapitular Sponsel verleumdet Adolf Hitler". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 742 der Regierung von Mittelfranken vom 19.6.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739.

4 Hitler sprach nach den Plädoyers der Rechtsanwälte Bayer und Krafft.

5 § 193 StGB: "Tadelnde Urtheile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen, in gleichen Äußerungen, welche zur Ausführung oder Vertheidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urtheile von Seiten eines Beamten und ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht." Zit. nach Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. und erläutert von Reinhard Frank, Tübingen 1931, S. 436 ff.

6 Folgt die Stellungnahme Sponsels, er habe seine auf einem Bericht des "Bayerischen Kuriers" beruhende Behauptung auf der nächsten Versammlung des Dienstmädchenvereins zurückgenommen. Das Landgericht Ansbach hob das Urteil vom 8.2.1927 auf und verurteilte Sponsel zu einer Geldstrafe von 100 RM. Vgl. Fränkischer Kurier vom 16.6.1927, "Bayerische Nachrichten. Mittelfranken". Gegen dieses Urteil legte Sponsel Revision beim Bayerischen Obersten Landesgericht ein, das am 16.12.1927 unter Vorsitz von Senatspräsident Alexander Gerber das Urteil vom 14.6.1927 aufhob, Sponsel freisprach und die Kosten des Verfahrens Hitler übertrug. Vgl. Bayerischer Kurier vom 5.1.1928, "Ansbach"; VB vom 6./7.1.1928, "Verleumderfreiheit gegen Hitler?"; Fränkische Landeszeitung vom 2.2.1979, "Adolf Hitler und der Stadtpfarrer von St. Ludwig im 'Hostienprozeß'".

17. Juni 1927
"Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Landshut [2]

Dok. 148

Masch. Aufzeichnung vom 17.6.1927; BA, NS 26/54 [3].

Meine lieben Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es sind jetzt Jahre her, seit ich zum letztenmal in diesem Saale gesprochen habe [4]. Jahre, in denen unser deutsches Volk wechselvolle Schicksale ertragen hat und in denen die Bewegung, die ich vertrete, vom Glück zum Leid, vom Leid zum Glück kam. Jahre, in denen es hieß, daß diese Bewegung tot ist, daß es eine nationalsozialistische Idee und Organisation nicht mehr gibt. Jahre sind vergangen, und nun stehe ich wieder hier als Redner und spreche dasselbe, was ich vor 5 und 6 Jahren in dieser Stadt gesprochen habe, und ich bin überzeugt, daß ich auch in 6 und 10 Jahren diese Bewegung vertreten werde, daß diese Bewegung nicht tot sein wird und niemals sterben wird, weil das Ziel, das sie vertritt, ein Lebensziel ist, ein Lebensziel, das kein künstlich gemachtes Programm oder eine künstliche Idee hat, sondern ein Lebensziel, das nichts anderes will, als was im menschlichen Leben begründet wird, das Streben nach dem Erhalten des Daseins. Es soll unserem Volke auf dieser Erde das Dasein schön machen. Es gab eine Zeit, da konnte man sagen, diese Bewegung ist nicht mehr da, sie ist tot. Nun erlaube ich mir, noch eine Frage an die Öffentlichkeit zu richten. "Ist in der Zeit, in der viele glaubten, daß diese Bewegung tot ist, das Gefühl der Zufriedenheit und des Glückes bei den Menschen gewesen?" Sind die Menschen überzeugt gewesen, daß nun diese allgemeine Zufriedenheit eingetreten ist, daß jeder einzelne überzeugt ist, daß es nun Wünsche und Forderungen nicht mehr gibt, weil an sich die Lebenswünsche erfüllt erscheinen? Ist das so gewesen? Und da, meine lieben Freunde, werden Sie mir sagen, dieses Gefühl war nicht da. Im Gegenteil, gerade in der Zeit, in der man diese Bewegung als tot erklärte, hat der Kampf kein Ende genommen, die Zufriedenheit ist nicht eingekehrt. Im Gegenteil, wir können sagen, daß in dieser Zeit der Unfriede und die Zerrüttung weite Fortschritte gemacht hat, daß großes Schwanken und Zweifeln gewesen ist [*sic!*]. Wenn wir uns das Menschenleben ansehen, so handelt es sich nicht um feste Gruppen, die um Ideale kämpfen, sondern um ein dauerndes Wechseln, daß besonders innerhalb der beiden ganz großen Gruppen, die wir unterscheiden können, ein dauerndes Hin- und Herfluktuieren stattfindet, daß dieselben Menschen, die heute zu den internat[*ionalen*] Soz[*ialisten*] gehören, morgen zur Volkspartei und dann zu den Demo-

1 Titel laut masch. Aufzeichnung und Polizeibericht. Vgl. Ankündigung im Kurier für Niederbayern vom 15.6.1927 und in der Landshuter Zeitung vom 15./16.6.1927.

2 In der Jägerhalle, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von Pg. Karl Vielweib geleitet.

3 Gleichlautender Text: BA, NS 18/5001. Vgl. auch Kurier für Niederbayern vom 18./19.6.1927, "Aus den Parteien"; Landshuter Zeitung vom 18./19.6.1927, "Die gestrige Rede Hitlers". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 338 der Regierung von Niederbayern vom 20.6.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 1123.

4 Am 11.3.1923 auf einer SA-Versammlung. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 844 f. Insgesamt war Hitler vor dem Putsch fünf Mal öffentlich in Landshut aufgetreten.

kraten gehen. Überall ein dauerndes Hin und Her. Das ist nicht das Zeichen der inneren Überzeugung und Befriedigung, das ist nicht das Zeichen, daß alles in Ordnung ist, es ist nicht der feste Glaube an die Ideale und Ziele. Wenn z. B. die Menschen sich in einer solchen Periode auf die Wanderschaft begeben, um nach neuen Idealen zu suchen, so ist das ein indirekter Beweis, daß sie selbst nicht vollkommen vom Glauben an die Richtigkeit erfaßt sind. Ein Mensch, der restlos Katholik ist, hat kein Bedürfnis, in eine protestantische Kirche zu gehen und zuzuhören, was dort gepredigt wird, und kein überzeugter Protestant wird einer katholischen Predigt zuhören. Ebensowenig wird ein Christ, der durchdrungen ist von seinem Glauben, sich zu den Mohammedanern bekennen. Ein Mensch, der vollkommen in seinem Glauben wurzelt, hat kein Bedürfnis nach einem anderen. Wenn ein Mensch auf die Suche geht, um eine andere Meinung zu hören, so ist dies der sicherste Beweis, daß er bereits schwankend und unsicher geworden ist, auch wenn er äußerlich scheinbar noch in seiner bisherigen Religion wurzelt. Das Gleiche gilt auch im politischen Leben. Wenn Menschen in eine andere Partei wandern, ist das dann der Beweis, daß sie vollkommen überzeugt sind von der Richtigkeit ihrer Ziele und Prinzipien? Nein, das ist der indirekte Beweis, daß diese Menschen von Zweifeln erfaßt sind, und wenn der eine und andere tausendmal erklärt, ich kämpfe gegen das und das. In dem Moment, wo Du zur anderen Partei gehst und zuhörst, beweist Du, daß Du Deiner Sache nicht ganz sicher bist, denn wer voll und ganz seinem Glauben dient, der braucht keinen anderen Priester zu hören. Nur wer vollkommen überzeugt ist, hat in sich das beruhigende Gefühl, die Wahrheit zu kennen. Das ist in Deutschland nicht der Fall. Im Gegenteil, wir sehen nichts als politische Unruhen. Es ist das alte Klagelied, das man immer hört. Kein Volk ist derartig im politischen Wandel unsicher wie das deutsche Volk, keines ist so gespalten und so wenig einig wie das deutsche Volk, d. h., kein Volk hat so wenig wie das deutsche Volk einen politischen Glauben, an dem es blind hängt. Das deutsche Volk zeichnet sich dadurch aus, daß es sich dauernd in einem Zustand des Irrtums und der Unzufriedenheit befindet. Dies ist tief begründet. Es ist immer zu unterscheiden zwischen dem, was eine Bewegung programmatisch und theoretisch ankündigt, und dem, was sie in der Praxis durchführt und erreicht. Jede Bewegung formt ihre Ziele zunächst theoretisch im Menschen, d. h., sie stellt dem Menschen bestimmte Vorstellungen so lange vor Augen, bis der einzelne Mensch diese Ideale als Ziel eines Volkes aufnimmt und daran glaubt, daß die Bewegung dieses Ziel erreichen kann und wird. Das ist die Periode des Glaubens und des Ringens. Dann aber kommt die Zeit der Erfüllung. Wenn sich aber dann in dieser Zeit der Erfüllung herausstellt, daß die Praxis nicht gleichen Schritt hält mit den Ideen, die man zuerst im Ideal verkündete, daß die Wirklichkeit das Gegenteil der Theorie brachte, dann beginnen die Menschen unzufrieden zu werden, dann beginnen sie langsam sich zu lösen, dadurch, daß sie meinen, man hat das zu wenig radikal gemacht. Dann geht es weiter, bis der Mensch die Überzeugung gewinnt, das ist alles Schwindel, oder daß er sich auf einen neuen Weg begibt, der dem Ziele näher sein soll, das er sich vorstellt, dessen Weg er aber nicht kennt. Wenn wir uns nun die heutige deutsche Lage vor Augen halten, müssen wir bei einer Überprüfung der Verhältnisse von Theorie und Praxis 1. absehen von einzelnen Personen und 2. von einzelnen sogenannten kleinen Unter-

gruppen und Parteien. Das, was ich hier vertrete, ist nicht ein Kampf gegen einzelne Personen. Ich meine, daß es in jeder Partei ruhige und radikale gibt. Ich nehme an, daß jede Partei, die zur Macht kommt, sich dieselbe erkämpfen muß, manchesmal mit großen Demonstrationen, manchesmal mit kleinen, manchesmal geht es in eine Aktentasche, manchesmal in einen Rucksack hinein. Wichtig ist es festzustellen, ob das System an sich versagt hat, und noch wichtiger, ob es als Theorie [*in*] der Praxis versagen mußte. Man würde auch zu nichts kommen, wenn man den politischen Kampf so führen würde, daß man die Schuld an einen Menschen hängen würde, indem man erklärt, der oder der ist ein Lump. Nein, damit würde man zu keinem Resultat kommen. Wichtig ist es festzustellen, ob dieses System als Theorie allein genommen, wissenschaftlich betrachtet, überhaupt möglich ist, und ob es zu einem Erfolg geführt hat. Das ist das 1., und das 2. ist, daß man die Erkenntnis, ob das möglich ist, in die Praxis überführt, und bitte ich, beim 2. zu beginnen. Was haben unsere großen politischen Parteien, ich möchte von den kleinen Gruppen absehen, ich meine nur die beiden größten Parteien in Deutschland, die sich am meisten unterschieden haben, die nie zueinandergehen, die wenigstens behaupten, daß ihre Weltanschauungen geschieden sind, was haben diese Parteien sich für Ziele gestellt und was haben sie erreicht? In all den Weltanschauungsdingen sind sich diese Parteien gleich, was sie trennt, sind nur bestimmte Zweckmäßigkeitspunkte. Es geht in Wirklichkeit eine Brücke von der einen Gruppe links zur anderen Gruppe rechts. Es wird nur immer hinüber und herüber gependelt. Bald pendelt ein Dutzend zu der, bald wieder zur anderen Partei. Es ist dies alles nur eine Spekulation, die ihren Grund darin findet, daß man nicht allen Menschen mit der gleichen Musik kommen darf. Die einen legen mehr Wert auf Blechmusik, andere lieben die Streichmusik, andere Zither und wieder andere Posaunentöne. Gemäßigt ist die Musik bei den Sozialisten, etwas brutal bei den Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*], etwas gemäßigt bei der Deutschen Volkspartei, sehr milde dahinfließend bei den Demokraten. In Wirklichkeit ist es eine Musik, ist es ein Gedanke, der die beiden Parteien beherrscht. Wenn wir uns die Frage vorlegen, hat eine der Gruppen ganz gesonderte Sonderziele, so ist es unmöglich, diese Sonderziele herauszubringen, weil sie eben nicht da sind. Sagen Sie mir nicht, die Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] sind monarchistisch. Wenn in München die Deutsche Volkspartei eine Versammlung abhält, so ist sie sicher auch monarchistisch. Dies ist aber nichts anderes als eine Rücksicht auf die momentane Stimmung. In Wirklichkeit ist dies kein Unterschied, von dem man sagen könnte, der eine ließe sich in Stücke schlagen, ehe er abginge. Dies ist also kein prinzipieller Unterschied, wohl aber kann ich einen prinzipiellen Unterschied herausarbeiten, schon in theoretischer Art, wenn wir zwischen der Gruppe links und der Gruppe rechts einen Strich ziehen. Auf die eine Seite stellen wir alle, die glauben, daß sie Deutschland als Nationalstaat erhalten und hochbringen, und auf die andere Seite all jene, die den Nationalgedanken ablehnen und einen internationalen Gedanken haben wollen. Wir stellen diese Linie als Scheidungswand auf und bekommen 2 große Gruppen. Wenn ich nun diese Gruppen nehme ohne Rücksicht auf die Frage, was hat eine dieser Gruppen sich als großes Ziel gesetzt, und was hat sie erreicht, so bekomme ich zur Antwort, ja das und das und dies. Die Menschen, die in den Gruppen kämpfen, sind eben verschieden, die einen wollen mit Gewalt, die anderen

mit wirtschaftlichen Kämpfen zum Ziele. Nur die Kraft unterscheidet die Menschen, mit der sie das Ziel verfolgen. Es hieß einst theoretisch folgend: Zertrümmerung des zur Seite stehenden Klassenstaates, also Lösung der Herrschaft einer Klasse, die man mit dem Worte Bourgeois[*ie*] umschreibt, und Aufrichtung der Herrschaft eines Volkes, des Proletariats gegenüber der Bourgeois[*ie*]. Um den Klassenstaat zertrümmern zu können, muß ihm die Macht, das Mittel, der Kapitalismus genommen werden. Dieser ist in seiner privaten Form eine Möglichkeit und ein Mittel zur Aufrechterhaltung und muß gestützt werden. Um den Kapitalismus zu brechen, ist es notwendig, den Militarismus zu zertrümmern, die Brechung des Kapitalismus führt zu einer Lösung des Klassenregimentes. Die Beseitigung des Klassenregimentes führt dann zur Beseitigung der Kronen. Das Ergebnis dieses Kampfes ist unendliche Freiheit und ein unendliches soziales Glück. Das ist in großen Zügen das Programm der internat[*ionalen*] Soz[*ialisten*], wobei betont wird, daß es in diesem Kampfe keinen Unterschied gibt, außer den Klassen: Bourgeois[*ie*] und Proletariat. Das ist das große Ziel der internat[*ionalen*] Soz[*ialisten*]. Nun steht demgegenüber auf der anderen Seite das nat[*ional*]-soz[*ialistische*] [5] Bürgertum, und auch diese haben ein theoretisches Ziel, das lautet: Erhaltung und Aufrichtung eines nationalen Staates. Bewahrung einer freien und unabhängigen Wirtschaft, einer Nationalwirtschaft, Stärkung der nationalen Widerstandskraft durch die Organisation, die nationale Wehrkraft, die wir mit dem Worte Heer bezeichnen. Ferner noch Aufbau und Entwicklung einer nationalen Kultur und Aufstieg des Volkes. Hierzu möchte ich noch bemerken, daß diese beiden ganz großen Gruppen, die internat[*ionalen*] Soz[*ialisten*] links und die Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] [6] rechts, etwas gemeinsam haben. Beide haben an sich nur ein Ziel, nämlich die Idee, ihre Weltanschauung zu verbreiten. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, ist bei einer dieser Gruppen dieses große Ziel erreicht worden, hat die rechte Seite ihr Ziel erreicht oder die linke Seite, haben sie sich wenigstens ihrem Ziele genähert, dann bitte ich zunächst etwas zu beachten. Wir müssen zuerst prüfen, ob überhaupt eine der Gruppen in der Lage gewesen wäre, theoretisch infolge des Besitzes der Macht ihr gesetztes Ziel zu erreichen. Wie muß diese Frage für beide Gruppen beantwortet werden? Jede Gruppe hat die Macht hierzu in den Händen gehabt. Erst viele Jahrzehnte hindurch die eine, dann die 2. und endlich seit 10 Jahren die 2. Gruppe restlos [*sic!*]. Wie infolge des Besitzes der Macht im Jahre 1900 die rechte Gruppe in der Lage gewesen ist, ihre Ideen zu verbreiten, so war in den Jahren 1920/21 die linke in der Lage, ihre Ideale zu verfechten. Beide von einem Augenblick abhängig, in dem das Instrument der Macht in ihrer Faust ruht. Wenn wir uns die Frage vorlegen, was ist erreicht worden, dann müssen wir zugeben, beide Gruppen haben ihr Ziel nicht erreicht, sondern das Gegenteil ist eingetreten. Ich beginne mit der 1. Gruppe. Was ist in Wirklichkeit das Ergebnis des langen Kampfes um die Befreiung des Volkes aus dem Kapitalismus? Ich weiß, daß tausend Gründe vorgebracht werden für das, was notwendig ist, wenn man eine Sache erkennen will, daß man sich bemüht, klar zu ersehen, und daß man einer Sache nicht aus dem Wege geht, deshalb, weil sie unangenehm ist. Wer lernen will, muß den Mut haben, in die Welt offenen Blickes zu schauen, und wenn ein-

5 Muß heißen: nationale.
6 Muß heißen: Nationalisten.

zelne sagen wollen, aber bitte das ist mir sehr unangenehm, mein lieber Freund, über alles in der Welt steht die Wahrheit, und wenn wir auf dieser Welt das Wort "Wahrheit" erfahren wollen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als an die Wirklichkeit zu denken, was geworden ist und was da ist. Und wenn wir uns das ideale Programm der linken Seite vor Augen stellen und in die Wahrheit umsetzen, damit die Erkenntnis geläutert wird, dann müssen wir gestehen, daß das ganz große Ziel nicht erreicht wurde, und wenn auch sofort der eine oder andere daherkommt und sagt, aber bitte, wir haben das und das erreicht, mein lieber Freund, auf diese Kleinigkeiten legt man keinen Wert, Kämpfe zu führen. Entweder es handelt sich um das große Ziel einer Weltanschauung, oder es sind nur kleine Dinge. Wenn auch der eine sagen mag, ja wir haben erreicht, daß da ein Bahnhof, dort ein Haus gebaut wurde, ja, dazu braucht man keine Weltanschauung. Es muß sich eben um mehr als um die Lösung einer gewöhnlichen Tagesfrage handeln. Wenn man einem Volke einen neuen Platz gibt, so geschieht dies nicht nur auf Jahre, sondern auf Jahrtausende, da die Lösung dieser Frage eben vorher der Erwägung bedarf. Es muß gestürzt werden der Kapitalismus und vernichtet werden der Militarismus. Der Kapitalismus ist aber nicht vernichtet worden. Man hat allerdings Millionen von kleinen Existenzen vernichtet, man hat Millionen von Arbeitern und alten Leuten den letzten Spargroschen genommen, man hat Millionen von kleinen Geschäften in den Bankrott getrieben. Aber dies ist alles nicht zum Nutzen der anderen geschehen, was man Millionen weggestohlen hat, das haben andere gewonnen. Es ist nicht so, wenn man glaubt, dem Kapitalismus einen Streich zugeführt [*sic!*] zu haben. Nein, im Gegenteil, der Kapitalismus regiert heute Deutschland mehr denn je. Es ist nichts sozialisiert worden. Wir wollen jetzt gar nicht davon reden, was sie noch für Probleme rumwälzen, die alle sozialisiert werden sollen, ich möchte mich nicht mit ihnen darum streiten, sondern ihnen nur das vorhalten, was bereits sozialisiert war und der Nation genommen wurde. Sozialisiert war in Deutschland der große Monopolbetrieb der gesamten Eisenbahnen. Nationaleigentum war der Tabakvertrieb. Die deutsche Nation konnte als Herrin alle sozialen Gedanken und Ideen nach Belieben und Gutdünken durchführen. Im Jahre 1920 hat die nationalsozialistische Bewegung gegen die Absicht, die Deutsche Reichsbahn dem deutschen Volke zu nehmen, Stellung genommen. Im Jahre 1921 hielten wir in München eine große Versammlung [7] ab, da ich nicht anders aus konnte, suchte ich es dem Volke klar zu machen, daß, wenn es soweit kommt, man nur dem Triebe der Notwendigkeit gehorcht hat, und damals, da nahm man Stellung gegen uns. Man erklärte, daß das ein Frevel sei, da hieß es, das wäre ein Verbrechen, unser Volk ohne Grund mit einem solch aufregenden Gedanken zu beschäftigen. Im Reichsmajorat [*sic!*] erklärte Erzberger: Ich erkläre feierlich, daß ich die Verbreiter dieser Gerüchte, als ob jemand einen Gedanken hätte, die Reichseisenbahn privat zu machen, ich erkläre, daß diese Menschen gewissenlos und Verbrecher sind, daß diesen Gedanken kein Mensch trägt, daß kein Mensch einen solchen Gedanken auch nur prüfen wollte. Die Deutsche Reichsbahn muß Eigentum der Deutschen Nation bleiben, ich würde das Gegenteil

7 Am 18.11.1921 mit dem Titel: "Die Verschacherung der Reichseisenbahn als Beginn der Sozialisierung". Redetext nicht überliefert. Vgl. jedoch den Artikel Hitlers "Reichseisenbahn" vom 19.11.1921, in: Jäkel/Kuhn, Hitler, S. 521 ff.

gerade als Verrat ansehen. Das hat damals im Reichsmajorat Erzberger gesagt, und dann wurde die Angelegenheit auch zurückgestellt bis zu jenem Tag, da es hieß, daß die Bewegung der Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] tot ist, daß diese Bewegung nicht mehr existiert. In dieser Zeit steuerte man auf einmal diesem Verbrechen entgegen, die Deutsche Reichsbahn wurde dem internat[*ionalen*] Sozialismus ausgehändigt, und wer hat mitgeholfen dazu? Dieselbe Partei hat den großen Nationalbetrieb dem Kapitalismus ausgeliefert, die dauernd sagt, man muß die Bäcker, die Schuster, die Kaminfeger organisieren. Heute macht man sogar schon den Versuch, den Deutschen Reichspaß [8] zu dawesieren [*sic!*]. Wieder erklärt man, allerdings nicht mehr so laut wie bei Erzberger, man sagt nicht mehr, das wäre ein Verbrechen, sondern man sagt, wir haben beim Herrn Sekretär [9] nachgefragt, ob etwas beschlossen ist, und der Herr Sekretär sagte, daß ihm nichts bewußt wäre. Ja, der Herr Sekretär, der Reparationskommissär, kein Mensch kennt diese gute Seele, das kann gerade so gut ein Portier sein, da frägt man nicht den Reichspostminister [10], der schweigt. Bis nächstes Jahr kann man die Anforderungen nicht mehr bezahlen, man braucht ein neues Pfandobjekt, und das wird die Deutsche Reichspost sein. Man wollte erst die deutschen Transportmittel monopolisieren, jetzt die gesamten Tabakgeschäfte, aber nicht, weil man will, daß das deutsche Volk einen besonderen Gewinn daran haben soll, sondern weil man eben die Reparationskosten bezahlen will. So sehen wir, wie heute gehandelt wird, während man auf der einen Seite ganz leise von Sozialisierung redet. Nun schweigt man, nichts mehr von Sozialisierung, man hat alle Hände voll zu tun, um gegen die Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] vorzugehen, die sich dagegen sträuben, die muß man einfach niederschlagen. Und ich frage Sie nun, ist denn etwas sozialisiert geworden, oder hat man den internat[*ionalen*] soz[*ialistischen*] Kapitalismus gebrochen? Nein, man konnte ihn nicht brechen. Warum? Man sagt, wir wollen den Militarismus auch brechen. Man hat die deutsche Wehrkraft beseitigt, also eine Republik innerhalb der Kapitalwelt ohne jegliche Wehrkraft. Man hat innerhalb einer Welt eine sozialistische Republik aufgebaut, eine Republik, die entgegen der Kapitalwelt sozialistische Ideen vertreten soll, und da hat man ihr die Waffen aus der Hand [*genommen*], damit sie den Kampf gegen den Kapitalismus mit nackten Händen kämpfen soll, man hat Deutschland entwaffnet. Nun können wir eines erleben, nicht der Militarismus ist gebrochen, nur etwas hat sich geändert, wir sehen, daß unser großes deutsches Volk nun wirklich langsam in die Hände des internat[*ionalen*] soz[*ialistischen*] Kapitalismuses kommt, die deutschen Interessen liegen in den Händen der internat[*ionalen*] soz[*ialistischen*] Großbankiers und Freimauerer. Was sich jetzt in der Welt aufbaut, ist ein internat[*ionaler*] soz[*ialistischer*] schwarzer Völkerbund, das ist die Organisation der großen Finanzen und Freimauerei, jene große Menschheit, die die ganze Welt beherrscht. Die ganze Welt wird beherrscht vom schwarzen Völker[*bund*] und der Freimaurerorganisation, die die ganze Menschheit ausbeutet und auspreßt. Wir sehen heute bei uns eine neue Macht sich herausarbeiten. Wir sehen, wie keinesfalls der

8 Muß heißen: die Deutsche Reichspost.

9 Gemeint ist vermutlich Seymour Parker Gilbert (1892-1938), 1921-1923 Unterstaatssekretär im amerik. Schatzamt (Republican Party), 1924-1930 Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen.

10 Georg Schätzel.

Militarismus in der Welt verschwindet, im Gegenteil, die Welt dröhnt von Kriegsgeschrei wie nie zuvor. Nur wir selbst haben nicht die Möglichkeit, die Interessen des deutschen Volkes zu wahren. Früher, da gab es 36 Potentaten, die man nicht beleidigen durfte. Da wußte jeder, den und den und den darfst Du nicht beleidigen. Heute nun sind diese 36 Potentaten angeschwollen auf eine Armee von Ministern, und diese Armee ist geheiligt. Keiner darf es wagen, einem dieser Herren Minister etwas zu sagen, auch wenn er die Wahrheit sagen würde und im Recht ist. Aber bitte, in einer freien Republik sagt man nichts über einen Minister. Und selbst, wenn man sich die Minister merkt, daß man weiß, das und das ist ein Minister, den und den darfst Du nicht beleidigen, so genügt das immer noch nicht, man muß sich fragen, Mensch überlege Dir einmal, ob der nicht einmal in seinem Leben Minister war, denn es wird nicht nur einer deshalb bestraft, weil er einen Minister beleidigt, der lebt, die meisten sagen, auch wenn er tot ist, soll man nichts darüber sagen, da heißt es, man soll die Toten ruhen lassen. Geschützt bis über das Grab hinaus, geschützt bis in die fernste Zukunft, so heißt es hier. Überall muß deshalb Vorsicht gebraucht werden. Niemand darf es wagen, einem Minister etwas vorzuhalten. Es gibt allerdings hier zweierlei Rechte. Wenn einer zu einem Minister sagt, Sie haben gelogen, dann sagt der Herr Minister: Bitte, darüber klage ich Sie nicht [*an*]. Wenn einer sagt: Sie haben Politik und Geschäft vermengt, dann sagt er, darüber klage ich dich [*an*]. Ergebnis, 10.000 M. Geldstrafe. Wenn ein gewöhnlich Sterblicher einen anderen schwer beleidigt, dann mein lieber Freund, dann heißt es nicht 10.000 M., nicht 5.000 M., sondern im höchst[*en*] Fall 75 M. Das ist nicht so von Bedeutung, wenn man einen normalen Menschen beleidigt, wenn es nur kein Minister ist, das ist die Hauptsache. Freiheit heißt man das, wenn man eine Bewegung auflöst und verbietet, wenn man dem Redner gleichsam ein Schloß vor den Mund gibt. Da heißt es dann, die Rede ist staatsgefährlich. Mag sein, aber nicht in dem Sinne, gefährlich ist meine Rede aller Lüge. Meine lieben Freunde, von der Freiheit nach außen will ich überhaupt nicht reden. Wenn Stresemann nach Berlin kommt, da werden sicher Triumphbögen erbaut, da wird die ganze Stadt beflaggt. Ja, Stresemann hat wieder einmal den Weg durch das kaudinische Joch gefunden, er ist zum Kreuz gekrochen. Das Wort Freiheit kann man in Deutschland alles eher als zutreffend, als wahr bezeichnen [*sic!*]. Als man die Revolution machte, da sagte man: die Kunst dem Volke, hinaus mit den Kronen, die sich in den Logen der Hofoper breit machen. Wenn ich heute Gelegenheit habe, in die Hofoper zu gehen, da schaue ich oft hinauf zu den Hoflogen, und ich habe den Eindruck, daß dieses Volk, das jetzt in den Hoflogen sich breit macht, kein Volk ist, oder zum mindesten erst nach Deutschland gekommen ist. Jedenfalls dasselbe Volk, das heute in New York die russischen Juwelen kauft. Meine lieben Freunde, wir müssen vor allem wissen, daß wir fast 1 1/2 Millionen Menschen haben, die arbeitslos sind [11]. Es sind mit ihren Familien rund 15-20 Millionen Menschen, die nicht das sogenannte soziale Glück am eigenen Leibe verspüren, sondern die jeden Tag abstempeln lassen, und manchesmal, da bleibt der soziale Segen aus, und da kann er dann nichts besseres tun, als den Gashahn aufdrehen, um seinem glorreichen Leben ein Ende zu bereiten. Im letzten Jahre haben

11 Im Jahr 1927 waren im Deutschen Reich durchschnittlich 1,312 Millionen Personen arbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 119 f.

über 16.000 Menschen Selbstmord verübt. 16.000 Menschen, die vor lauter Glück und vor lauter Freude nicht mehr wußten, was sie tun sollen. Nun, mein lieber Freund, Du kannst mir jetzt tausend Gründe vorbringen, das eine können wir nicht leugnen, daß die Theorie der linken Seite, der große Plan der Aufrichtung eines sozialistischen Staates dem Ziele nicht einen Schritt näher gerückt ist. Genausowenig hat auch die rechte Seite erreicht, was sie anstrebte. Sie hat es nicht erreicht, einen Nationalstaat aufzubauen. Die Monarchie ist nicht mehr da, und wenn man sagt, wir wollen alles verteidigen mit einem Volksheer, es ist nicht mehr da, und wenn tausenderlei Gründe vorgebracht werden, die Welt, die frägt nicht nach Gründen. Was heute da ist, das ist die Organisation des internat[*ionalen*] Kapitalismus. Nun meine lieben Freunde, kann der eine oder andere sagen: Gewiß, momentan haben wir das Ziel nicht erreicht, aber wir haben es fertig gebracht, daß unser Volk von dieser Idee durchdrungen ist. Gewiß, wenn der Marxismus erklären könnte, wir haben unser Ziel nicht erreicht, aber hinter uns stehen 40 Millionen Menschen, und diese Masse des Volkes haben wir restlos in unsere Reihen hineingezogen. Wenn man das sagen könnte, das müßte man zugeben, man hat wohl das Ziel nicht erreicht, allein, man hat es fertig gebracht, die ganze Nation zu einigen, dann könnte man sagen, Volk, euer Ziel wird noch erreicht. Und wenn die rechte Seite sagen könnte: Gewiß, unser Ziel haben wir nicht erreicht, die Freiheit ist noch verloren, aber hinter uns stehen 60 Millionen Menschen, die alle im Nationalgedanken einheitlich geschlossen sind. Wenn man das sagen könnte, dann müßte man zur Antwort geben: Ihr habt die Nation in eueren Reihen. Aber das ist eben der schwerste Schlag, der beide Teile getroffen hat, daß kein Teil sagen kann, ich habe die Nation bei mir, sondern daß jeder sagen muß, ich habe eine Klasse hinter mir. Wenn der Mann von links sagt, wir wollen unserem Staat das soziale Glück erringen, mein lieber Freund, dazu brauchst Du auch die Stärke und den Geist. Es wäre genau so, wenn Du sagen würdest, Du willst eine Lokomotive bauen, ja, dazu brauchst Du den Plan, den Ingenieur und alle jene, die auf diesem Gebiete tätig sind. Und dann will man mit nichts die nationale Wiedergeburt anstreben. Mein lieber Freund, um das zu vollbringen, brauchst Du auch den Mann von links. Unter den beiden großen Gruppen aber herrscht kein Zusammenhalt. Die Menschen, sie gehen von rechts nach links, von links nach rechts, suchen und finden nicht das, was sie suchen. Sie gehen zu einer neuen Bewegung über, die einen anderen Weg wandelt, die neue große Ziele und Unternehmungen vor hat, die nicht große theoretische Probleme rumwälzt, sondern die versucht, erst aus dem Kampf die Folgerungen zu ziehen. Mein lieber Freund, wenn Sie mich fragen würden, woraus leiten Sie ihr nationalsozialistisches Programm ab, dann darf ich Ihnen in großen Zügen das vorhalten, was die Quelle ist, aus der unser Programm gespeist wird, was der große Gesichtspunkt ist, der unser Programm beherrscht. Es ist dies der große Leitgedanke, daß keiner mehr ist wie der andere. Wenn da einer sagen will, ich bin gescheiter wie Du, ich bin mehr wie Du, mein lieber Freund, Du bist auch ein Kind der Natur, Du lebst auch vom Atemhauch der Natur. Und da kommen wir zu einem anderen Punkt und fragen uns nun, welchen Trieb besitzt ursprünglich jedes Lebewesen auf dieser Welt. Jedes Lebewesen, es kann sein, welches es will, hat in sich den Trieb der Selbsterhaltung. Aber wie äußert sich dieser Trieb der Selbsterhaltung? 1. In der Form der unmittelbaren Selbsterhaltung

und 2. in Form der weiteren Selbsterhaltung. Das eine bezeichnen wir als Selbsterhaltung an sich und das andere als Forterhaltung. Dieser Trieb der Selbst- und Forterhaltung wird befriedigt durch zwei naturgesetzliche Forderungen, die jeder Mensch besitzt, nämlich Hunger und Liebe. Das eine für die Selbsterhaltung und das andere für die Forterhaltung. Das sind 2 Naturtriebe, die jedes Lebewesen hat, ob Mensch, ob Insekt, ob Kriech- oder Säugetier, alles, was auf dieser Erde kreucht und fleucht, gehört diesem Triebe an. Hunger und Liebe, das sind die Grundbedingungen, die alles Leben beherrschen. Wenn wir uns die Frage vor Augen halten, wie äußert sich in der Praxis dieser Trieb der Selbst- und Forterhaltung, so müssen wir zur Antwort geben, sie äußern sich im Kampfe, denn die Welt ist scheinbar grausam. Diese Welt besitzt Lebewesen, allein sie bestimmt, daß jedes Wesen, das lebt, vom anderen Wesen selbst abhängig ist. Nicht um eine humane Idee oder sonst eine Idee lebt die Liebe. Alles, was lebt und liebt, lebt durch das Prinzip des Kampfes. Ja, die Natur kennt kein anderes Recht, überall ist das gleiche Ringen, das gleiche Kämpfen, der Schwächere sinkt, damit der Stärkere sich erheben kann, das ist das eiserne Prinzip der Natur. Durch dieses ewige Ringen wird die Muskelkraft und geistige Fähigkeit gestärkt. Noch vor hundert Jahren, da waren noch weite Strecken undurchdringliches Dickicht. Nach und nach wurden diese Flächen urbar gemacht durch die Einwanderung unserer Vorfahren, die jedoch nicht im Besitze von Waffen waren. Heute führt die Welt den Kampf gegen die verschiedenen Elemente mit den modernsten Waffen aller Art. Da lesen Sie, daß die Frosteule große Gebiete überzieht und die Bäume kahl frißt, und da beginnt der Mensch nicht an die Frosteule hinzureden, sondern setzt die modernsten Waffen an und beginnt sie aufzugasen [*sic!*]. Krieg, unbarmherzig, einer muß Herr werden und der andere fallen. Aber der Mensch siegt nicht deshalb, weil er auf Sohlen geht. Glauben Sie nicht, daß die Natur an sich dem jungen Kalb eine Haut gegeben hat, daß der Mensch dann hergeht und dem Kalb die Haut herunterzieht, um seine Pfoten hineinzustecken. Die Natur hat das nicht bestimmt, sie gibt nur dem Menschen das Recht, weil er der Stärkere ist. Es gab auch einst eine Zeit, da war der Mensch der Schwächere, da haben zahlreiche Löwen und Tiger gehaust, und sie haben gesiegt, und der Mensch ist unterlegen. Was der Mensch tut, das hat nichts zu tun mit Humanität. Manche Frau, die abstaubt und sieht, wie eine Spinne eine Fliege in ihre Netze gelockt hat, und wie sie derselben das Blut aussaugt, sagt, man muß die Spinne vernichten, weil sie so grausam ist. Das ist aber doch noch nicht so grausam, als wenn er hergeht und einem kleinen Schweinchen das Leben nimmt. Wenn der Mensch ein Schweinchen aufzieht, das hat die liebevollste Pflege, da heißt es, hat das eine rosige Haut, wie es wächst, wie ihm das Futter schmeckt, und der Mensch freut sich. Allmählich, da läßt aber dann die Liebe nach und man sagt, ich hoffe, daß es bis da und dahin schon schwer genug ist. Und eines Tages heißt es nicht mehr, das liebe Schweinchen, sondern, heute wird geschlachtet, und dann wird dem lieben Schweinchen die Haut abgezogen, und das Fleisch wird gekocht, und da sagt niemand beim Essen, ach das arme Schweinchen, ist das grausam, daß man es abgestochen hat. Die Frau sagt auch zuvor, ach du Gott, wie ist doch dieses Kitzchen süß, und eines Tages sagt sie, ich glaube, man kann es jetzt zubereiten. Und dann wird das Kitzchen zubereitet, und man sagt nicht mehr, ist das Kitzchen süß, sondern man sagt nur, was hat doch das Kitzchen

für ein zartes Fleisch. Ja, grausam möchte man sagen, aber glauben Sie nicht, wenn der Mensch nicht so wäre, wäre er nicht auf die Stelle gekommen, auf der er heute steht. Er hat sich die Welt mit Energie erobert. Und dieses Gesetz des Ringens ist die Voraussetzung zur höheren Entwicklung. Das Naturgesetz, der Schwächere stirbt, das ist nicht grausam, sondern höchste Weisheit der Natur. Wenn wir sehen, wie die Welt an sich von diesem Gesetz des Kampfes beherrscht wird, müssen wir erkennen, daß die Natur jedem gleiche Rechte gibt. Wenn heute 3 Hasen durch das Feld laufen, so hat jeder von denselben das gleiche Recht zu leben, allein, einer der 3 Hasen ist nicht so flink, und er fällt als erster. Ein zweiter ist nicht so klug und fällt dem Fuchs zum Opfer. Nur der Dritte übertrifft die anderen an Klugheit und Schnelligkeit und rettet sich, und Sie sagen nicht, das ist ein Unrecht. Die Natur setzt die Lebewesen hinein in die Welt, und da handelt es sich dann, ob sie zugreifen und kämpfen, denn die Natur ist nicht dazu da, um unsere Faulheit zu unterstützen. Die Menschen, die sich im Kampfe bewähren, die Gebrauch machen von dem Mut und den Fähigkeiten, mit denen die Natur sie ausgerüstet hat, die sollen leben, und der andere mag sterben. Damit gibt die Welt jedem an sich gleiche Rechte. Daß der Mensch bestimmte Gebiete sein eigen nennen kann, verdankt er seiner eigenen Kraft und nicht der Zuteilung durch den Himmel. Der Himmel hat nicht erklärt, dem Volk soviel Grund und dem Volk soviel Grund. Der liebe Gott hat nicht erklärt, Du bist ein Deutscher, Du bekommst soviel, und weil Du ein Russe bist, bekommst soviel, nein, der Mensch hat sich mit Hilfe seiner Kraft eben den Grund und Boden genommen. Die Grundfläche ist für das deutsche Volk zu wenig. Wenn es dem Trieb der Forterhaltung folgt, dann muß es die Fläche erweitern. Das ist ein Problem, um das niemand rum kann, gleichviel ob internat[*ionaler*] Soz[*ialist*] oder Nat[*ional-*] Soz[*ialist*] oder Volkspartei. Wer Deutscher ist und in diesem Staate essen und leben will, der muß damit rechnen. Ein Franzose sagt: Die Deutschen sind um 20 Millionen Menschen zuviel, um das müssen sie verringert werden, damit wir in Frankreich ohne Gefahr leben können. Und nun, meine lieben Freunde, erkläre ich, die National-Soz[*ialisten*] sind Imperialisten. Was heißt das Wort Imperialist? Imperialist ist der, der versucht dem deutschen Volke auf der Welt mehr Einfluß zu verschaffen oder die Grundfläche zu erweitern. Und nun möchte ich feststellen, daß Du, wenn Du heute noch lebst und Dein tägliches Brot hast, so verdankst Du dies Deinen Vorfahren, die Imperialisten gewesen sind, denn wenn es nicht so wäre, dann wärest Du heute nicht da. Damals ist das Gebiet, auf dem Du heute lebst, erobert worden. Erobert ist Gebiet worden, das östlich der Elbe liegt. Wenn in einer Schule ein Professor die Geschichte vorhält [*sic!*] und auf die großen Völkerwanderungen kommt, so sieht er darin nichts anderes als den Ausbruch einer unendlichen Lebenskraft, und doch täuscht er sich. Was diese Menschen aus den Gebieten hinausgetrieben hat, war nichts anderes als Not und Not, dieselbe Not, die uns Germanen seit Jahrtausenden verfolgt. Das ist dieselbe Not, die heute den Menschen zwingt auszuwandern, und er geht nach Nordamerika. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, wer ist eigentlich Imperialist, so müssen wir sagen, Imperialist ist jeder, der wünscht, daß sein Volk sich vermehrt. Imperialist ist jeder Vater, der wünscht, daß sein Sohn lebt, und jede Mutter, die ein Kind gebärt und wünscht, daß ihr Kind lebt. Ein Vater, eine Mutter, die das Gegenteil wünschen, sind keine Impe-

rialisten, und dann ist die Geburt eines Kindes ein Wahnsinn. Der Nat[*ional-*] Soz[*ialismus*] erklärt, das Recht zu leben, ist ein Naturrecht und ist nicht vom Himmel geschenkt worden, sondern jeder muß sich dieses Recht eben erkämpfen. Damit stehen wir auf der Plattform des Nat[*ional-*]Soz[*ialismus*]. Wenn wir heute die Welt von unserem Gesichtspunkt aus betrachten, so ist dies ein Standpunkt, der gegeben ist durch die uns umgebende Kultur. Diese Kultur ist geschaffen worden durch Goten, Griechen, Germanen. Diese Kultur ist geschaffen worden durch jahrtausendlange Kämpfe. Wenn sich heute in einem Lande die Kultur hebt, so ist dies nur, weil Kulturträger in das Land gekommen sind, und da ist es doch ein Wahnsinn zu sagen, die Menschen sind alle gleich. Ja, gewiß, als Speci[*e*]s sind wir gleich, aber nicht gleich an Wesen, an Bedeutung, an Kraft. Sowenig es richtig wäre, wenn man sagen würde, alle Hunde sind gleich, gleichviel ob Pudel oder Windhund. Was ein Hund ist, ist gleich. Wenn ich zu einem Menschen, der mir sagt, alle Menschen sind gleich, ob weiß, ob rot, ob schwarz, wenn ich zu dem sage, gut, ich gebe Dir jetzt einen Hund, so eine Mischung von einem Windhund und Pudel, dann würde der sicher sagen, was so eine Mischung, nein, die will ich nicht, ich will einen anständigen Hund haben. Gewiß, auch dieses Tier ist wert zu leben, aber es ist nicht gleichwertig der Gelehrigkeit des Pudels und der Schnelligkeit des Windhundes. Wenn ich diese besonderen Eigenschaften berücksichtige, kann ich nicht sagen, die besitzt jeder, ich kann [*keinen*] Dackel zum Windhund und keinen Windhund zum Dackel machen. Da kann man aber auch sagen, ein Neger ist soviel wert wie ein Weißer. Wenn man einem Neger z. B. sagt, wenn Du da umdrehst, dann wird es Licht, ja, wenn man ihm das 100mal zeigt und vorsagt, dann tut er es auch. Mein lieber Freund, die Menschenkultur besteht nicht im Auswendiglernen, sondern im Schaffen. Warum schafft der Neger nicht das Gleiche wie der Weiße? Ja, man sagt, das hängt mit dem Klima zusammen. Der Lappländer schafft keine Kultur, warum nicht? Es fehlt ihm die Fähigkeit dazu. Sie können nicht sagen: Hokus-Pokus, jetzt mache ich aus einem Chinesen einen Engländer, ja so etwas bringt vielleicht nur das deutsche Staatsgesetz fertig. Das eine steht fest, alles was wir sehen, das ist das Ergebnis des Schaffens der weißen Rasse. Bei all den Erfindungen handelt es sich nicht nur darum, das Material zu erfinden und die Maschinen, nein, die Maschinen allein erfordern wieder tausenderlei Erfindungen. Wenn wir uns all das ansehen, was kultiviert wurde durch die weiße Rasse, müssen wir doch stolz sein, wenn wir sagen können, dieser Rasse gehören wir an. Wenn ich die Münchner Illustrierte nehme, so kann man gar oft so einen afrikanischen Halbaffen sehen, den man schließlich durch lange Dressur soweit brachte, daß man ihn als Negertenor in der Zeitung preisen kann. Meine lieben Freunde, wir wollen nichts zu tun haben mit jenen, die sich eher eine Negerprinzessin zur Partnerin nehmen, als es mit einem gesunden Mädchen aufzunehmen. Nein, damit haben wir nichts zu tun. Wir haben Verpflichtungen unserm Volke gegenüber, nicht nur im Volke, sondern auch in der einzelnen Person ruht der Wert. Der Marxismus bringt das Volk zur Herrschaft. Was heißt Herrschaft des Volkes? Das Volk regiert, ja womit? Ja mit dem Stimmzettel. Meine lieben Freunde, ich bin vor wenigen Tagen in einem Prozeß gewesen in Ansbach[12]. Ich wurde von einem geistlichen Herrn beleidigt. Ich sollte als 13jähriger Knabe die Hostie

12 Am 14.6.1927. Vgl. Dok. 147.

ausgespuckt haben. Es stellte sich nun heraus, es war die Zeit der Wahlen. Ein Mädchenbund, eine Dienstbotenvereinigung, fragte nun den Präses, wen sollen wir wählen, dürfen wir die Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*] wählen. Darauf sagt der Herr Domkapitular, nein, das dürfen sie nicht, die Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*] sind eine Organisation, die in religiöser Beziehung sehr zweifelhaft ist. Die Zeitungen melden, wenn es wahr ist, daß dieser Hitler schon als 13jähriger Knabe die Hostie ausgespuckt und zertreten hat. Nun frage ich Sie, wer regiert das Volk? Bei einer Wahl kommt es auf 10 Stimmen an. Z. B. steht auf der einen Seite ein Kandidat der internationalen Weltanschauung, auf der anderen Seite einer des nationalen Zentrums. Der Kandidat des Zentrums heißt Herr Meier, der andere Herr Lewie. Nun hat gerade an dem Tag die Magd Kreszenz von der Alm frei, sie geht herunter und gibt Gott sei Dank ihre Stimme ab. Sie frägt vorher, wen sie wählen soll, und es wurde ihr gesagt, den Herrn Meier. Also gibt sie ihre Stimme ab und wählt den Herrn Meier, und mit dieser Stimme der Magd Kreszenz hat der Meier gesiegt. Ich meine, in Wirklichkeit ist es so, der einzelne Mensch nimmt seine Politik nicht aus sich selbst heraus, sondern aus den Zeitungen. Und die Zeitungen, insbesondere die großen Zeitungen, sie haben längst ihre eigene Meinung eingebüßt, sie werden fabriziert von einer Journaille, hinter der die Großbanken und der Kapitalismus steht. In Berlin werden täglich Tausende von Plakaten und Zeitungen ausgegeben, und da brüstet man sich, wir haben eine Auflage von 470 Tausend. Glauben Sie, wenn Sie das alles 8 Jahre verschlucken, daß Sie dann noch eine eigene Meinung haben? Nein, was Sie 3 Jahre lesen, das vertreten Sie. Und wer fabriziert die Zeitungen, das Volk? Nein, irgend so ein Finanzjude. Man kann also da nicht von einer Herrschaft des Volkes sprechen. Mein lieber Freund, es ist keine Schande, wenn abgestimmt wird über die Erfindung eines Krebsmittels, und Du sagst, das verstehe ich nicht, oder wirst Du sagen, diese Erfindung kann nur im Majorat [*sic!*] behandelt werden. Oder wenn es sich darum dreht, die Kohle flüssig zu machen, da kann nicht im Majorat abgestimmt werden. Einer ist gescheiter als Hunderttausende, denn Millionen können sich den Kopf zerbrechen, und nur einer erfindet es. Vor wenigen Monaten hat man den großen Tonhelden Beethoven gefeiert. Tausende sind beglückt von seiner Musik, und doch hat nur einer das komponiert, und Tausende von Menschen hören zu, und nicht umgekehrt, Millionen haben das komponiert, und einer hört zu. Es ist in diesen Tagen das Werk erschienen von Thomas Edison. Als ich zum ersten Mal dieses Werk in Händen hatte, wurde ich fast erdrückt von der Bedeutung dieses einzigen Menschen. Wenn man sagt, diesem einen Menschen verdankt man soviel, die Glühlampe, Grammophon. Hunderttausende setzen sich ins Kino, ohne zu wissen, wem sie dies eigentlich verdanken. Die Erfindung ist Sache eines einzigen Menschen, hier hat die Majorität nichts zu tun. Ebensowenig kann auch die Majorität im politischen Leben nützen, denn unter der Mehrheit herrscht Dummheit und Feigheit. Eine Person, die im Leben durch eine Erfindung eine so bedeutende Stelle einnimmt, kann aus der ärmsten Hütte stammen, hier zählt nicht die Geburt und Stand. Der einzelne leistet mehr wie die Mehrheit, das ist ein Grundgedanke der Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*], und todfeindlich stehen dieselben diesem Mehrheitsprinzip gegenüber. Die großen Menschen, die uns die Kultur gebracht haben, sind nicht aus der Klasse gekommen, sondern aus dem Volke. Wert hat jeder Mensch, der seinen Posten

versieht, daß er nicht aus der Volksgemeinschaft entfernt werden könnte, ohne daß man ihn ersetzen müßte. Wenn also ein Mensch eine Tätigkeit ausübt, die, wenn er sie nicht ausübt, von einem anderen betätigt werden muß. Wir sagen nicht, Du bist verantwortlich für das, was Du kannst, sondern für das, wie Du es machst. Ein Faulenzer hat keinen Wert. Ein zerlumpter Mensch, der die Arbeit nicht scheut, der hat einen Wert. Wenn also der einzelne Mensch seinen Verpflichtungen so nachkommt, daß man ihn ersetzen müßte, so hat sein Leben einen Wert. Nun lenken wir auf etwas anderes ein, nämlich den Wert des Menschen, den er sich selbst gibt, wie er seinen Verpflichtungen nachkommt. Es bleibt sich gleich, ob er körperlich oder geistig tätig ist. Es gibt noch einen Wert, der Wert des Menschen an sich. Jedes Kind, das geboren wird, wird einst auch einmal Vater oder Mutter werden, ganz gleich aus welcher Schicht des Volkes es stammt. Wir wissen nicht, ob nicht dieser arme Vater der Welt den großen Sohn gegeben hat. Der Nat[*ional-*]Soz[*ialismus*] verlangt die Einschätzung des Volkstums und erklärt: Wir sind abgeschlossen, aber was uns bindet, ist eine Gemeinschaft, ein Band, das gewaltiger ist als irgendwelche Beziehungen, die wir von Menschen haben. Der niedrigste Straßenkehrer aus unserem Volke steht uns näher als irgendein König oder ein großer Mensch eines anderen Volkes. Die Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*] sagen, wir treten dafür ein, daß unser Volk im Stande ist, sein Leben zu fristen, und damit wird eine neue Lebensanschauung aufgebaut, das Recht des Menschen zu leben, und dieses Recht wird nicht erbettelt, sondern erkämpft. Es gibt hier nicht zweierlei Rechte, sondern nur eine Verpflichtung, daß jeder derselben Gemeinschaft Dienst leistet. Es gibt ein Bürgertumsrecht, es gibt einen Kampf gegen den Versuch der Nationalwirtschaft, die die Quelle der Volksgemeinschaft ist [*sic!*]. Die Ziele, die der Nationalsozialismus sich gesetzt hat, werden programmäßig durchgeführt, die Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*] treten ein für das Volk, und darum kann keine Regierung diese Bewegung mehr entwurzeln, keine Regierung kann diese Bewegung tot machen. Man kann zwar den einzelnen niederschlagen, aber die Bewegung wird niemals aussterben. Unsere Bewegung zählt in Deutschland Hunderttausende und Hunderttausende. Überall streben die Massen in unsere Bewegung hinein, und kein Regierungsverbot hält sie davon ab, im Gegenteil, jeder ist bereit, Blutzeuge und Märtyrer zu werden. Ich habe nur die eine Bitte an unseren Herrgott, daß er uns die besten Männer schickt. Ich rechne nicht damit, daß wir die meisten Mitläufer haben, nein, sondern daß die Zeit kommt, daß es 8 oder 900.000 Menschen sind, tatkräftige Menschen, die in unseren Reihen kämpfen. Daß der Tag kommt, an dem sich die Menschen die Hand reichen, die von der linken Seite und die von der rechten Seite. Sie, die sich jetzt gegenseitig die Kugeln in die Rippen jagen, werden kommen und sehen, daß es eine gemeinsame Weltanschauung gibt. Wir wollen einen Weg gehen, wir wollen unsere Kräfte vereinen und uns nicht im Kampfe untereinander verbluten. Das deutsche Volk braucht Boden, es soll nicht betteln beim anderen Volk. Es wird sagen können, der Sohn des deutschen Bauern braucht nicht hinaus, er findet Grund und Boden, der Arbeiter soll Arbeiten finden im Dienste des deutschen Volkes. Es wird ein neuer Stand erstehen. Eine neue Bewegung soll erstehen, in der auch der einzelne überzeugt ist, daß er die einzige Rettung des deutschen Volkes ist. Wie ich vor 6 Jahren, so werde ich auch in 6 Jahren, so mir der Himmel das Leben schenkt, sprechen, ich werde bleiben das, was

ich bin, ein Nat[*ional-*]Soz[*ialist*]. So steht heute hinter mir eine Herde von Menschen, die ebenfalls schon im 7. Jahre mit mir kämpfen, die mit mir gelitten haben, und nun sagen: Jetzt erst recht. Unsere Bewegung, sie ist gewachsen. 7 Köpfe einst und heute eine große Masse, die wert und würdig befunden wird, von all den anderen verfolgt zu werden. Glauben Sie, ich bin stolz, daß man mir das Reden verbietet. Sie sagen, meine Rede ist gefährlich. Ja, gefährlich aller Lüge, allem Betrug, aller Phantasie, aber nützen soll und wird sie dem deutschen Volke. Diese Bewegung ist zu sehr gewachsen, als daß man sie heute noch unterdrücken könnte. Ja, vor 7 Jahren, als es ein Häuflein war von 20 Menschen, da hätte man sagen können, wir sperren euch ein, ihr verfluchten Hunde, ihr kommt nicht mehr in die Freiheit. Hätte man dies damals getan, da wäre es möglich gewesen, heute aber geht das nicht mehr. Wir Nat[*ional-*]Soz[*ialisten*] haben ein bescheidenes Programm. Wir sagen, deutsches Volk, wir bauen Dir keinen Himmel auf, das gibt es nicht. Die Welt ist eine Welt des Kampfes, aber eines, das wollen wir Dir und Deinen Kindern geben: Freiheit und Brot.

20. Juni 1927 — Dok. 149
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

22. Juni 1927 — Dok. 150
Anordnung

VB vom 28.6.1927, "Aus der Bewegung" [1].

Bekanntmachung

Ortsgruppen- und Gauleitungen wird ausdrücklich untersagt, sich an außerhalb ihres Bereiches wohnende Parteigenossen um finanzielle Beihilfe zu wenden.

1 Im Festsaal des Mathäserbräu, nach 20.00 Uhr.

2 Vgl. Ankündigung des Zentralsprechabends im VB vom 19./20.6.1927 und verspätete Ankündigung im VB vom 21.6.1927, "Aus der Bewegung".

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 30.6.1927, "Aus der Bewegung", mit dem Zusatz: "Von allen Parteiblättern nachzudrucken.".

Bei dieser Gelegenheit werden die eingeschriebenen Mitglieder auf den bei der Reichsleitung verwalteten Reichshilfsfonds [2] hingewiesen.

Postscheckkonto der N.S.D.A.P.: München, Nr. 23319.

München, den 22. Juni 1927

gez.: Adolf Hitler

25. Juni 1927 Dok. 151
"Der Wunsch ist der Vater des Gedankens"
Erklärung

VB vom 25.6.1927.

"Berliner Tageblatt", "Vossische Zeitung", "Welt am Abend" und andere "deutsche" Blätter [1] wußten neuerdings zu berichten von einem "Bruderzwist im Hause Hitler", von "feindlichen Brüdern", daß in der N.S.D.A.P. eine "Zwietracht Hitler kontra Goebbels" ausgebrochen sei, daß ich Dr. Goebbels tüchtig den "Kopf gewaschen" hätte und daß ich einem oft genannten Führer der nationalen Bewegung gegenüber geäußert hätte, ich "sei mit den Agitationsmethoden Dr. Goebbels['] nicht einverstanden" [2].

Ich erkläre hierzu: Alle obigen Behauptungen sind von der jüdischen Journaille zu durchsichtigen Zwecken frei erfunden. In meinem Verhältnis zur Herrn Dr. Goebbels hat sich nicht das Geringste geändert, er genießt nach wie vor mein vollstes Vertrauen.

Adolf Hitler

---

2 Der Reichshilfsfonds war zur finanziellen Unterstützung von SA, Ortsgruppen und Gauen eingerichtet worden. Vgl. den Aufruf von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz vom 20.4.1927 im VB vom 1./2.5.1927, "Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P.".

1 Vgl. Berliner Tageblatt vom 4.6.1927 (MA), "Feindliche 'Brüder'"; Welt am Abend vom 4.6.1927, "Bruderzwist im Hause Hitler". In der Vossischen Zeitung konnte kein Bericht ermittelt werden.

2 Im Hintergrund standen die Konflikte zwischen den Gebrüdern Straßer und Goebbels in Berlin. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 121 ff.

26. Juni 1927 Dok. 152
"Freiheit und Brot"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dörflas [1]

Broschüre: "Freiheit und Brot". Hrsg. von der NSDAP-Ortsgruppe Marktredwitz o. J.; BA, NSD 71/56 [2].

Meine lieben deutschen Volksgenossen u[*nd*] -genossinnen!

Vor drei Jahren brach plötzlich ein großer Jubel in einem Teil des deutschen Volkes aus, denn man sagte: Die nationalsozialistische Bewegung ist tot, sie ist erledigt, ihre Führer, sie sind zum Teil beseitigt, zum Teil im Gefängnis. Versammlungen finden nicht mehr statt, und damit ist eine Gefahr für Deutschland beseitigt. Der friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes und dem Emporstieg Deutschlands ist damit kein Hindernis mehr in den Weg gelegt. Seitdem sind 3 Jahre vergangen. Angenommen, die Bewegung ist damals wirklich tot gewesen, sie ist heute noch tot, diese Bewegung existiere heute nicht, und viele erkennen sie ja nicht als bestehend an, dann bitte ich Sie, geben Sie mir eine genügende Antwort auf die Frage: *Sind die Menschen im Zustande des Internationalismus alle in vollster Zufriedenheit, weil der Nationalsozialismus seit 1923 tot ist?* Angenommen, Sie wären überzeugt von der Richtigkeit dieser Behauptung und überzeugt davon, was einzelne über die Führer sagten: dann würde und könnte ich Sie heute nicht begrüßen. Die Menschen sind tot, wenn sie keine Wünsche mehr haben. Sind wir aber zufrieden? Haben wir alles erreicht, was wir ersehnt haben?

Nun, meine lieben Freunde! Die Unzufriedenheit ist größer als zuvor. Und wir sehen diese Unzufriedenheit in Millionen von kleinen Tageserscheinungen und Tagesereignissen. Wir sehen diese Unzufriedenheit nach außen in Erscheinung treten im Wechsel der Parteien. Wir sehen alle, wie die Menschen von irgendeiner Bewegung zur anderen hinpendeln. Ähnlich geht es mit ganzen Gruppen. Wir können das täglich in den Zeitungen lesen, wie die Menschen, ohne überzeugt zu sein, von der sozialistischen zur kommunistischen Arbeiterpartei hinüberschwenken, um dann wieder in die erste zurückzukehren. Es ist ein dauerndes Hin- und Herpendeln in unserem Elende. So wie es heute ist, sind wir zerrüttet und zerrissen, wir haben keinen geschlossenen Willen, das heißt, es ist nichts da zur Zeit, was in der Lage wäre, die deutsche Nation mit einem gleichen Wol-

1 In der Turnhalle, von 20.00 bis gegen 22.30 Uhr. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Georg Zipfel, dem Ortsgruppenleiter von Kronach, geleitet. Vor Hitler, der erst gegen 20.00 Uhr eintraf, sprach Julius Streicher. Die Versammlung fand im Rahmen einer am 25./26.7.1927 in Marktredwitz und den umliegenden Orten durchgeführten Kundgebung der NSDAP statt. Vgl. Ankündigung mit Programmablauf im VB vom 15.6.1927, "Aus der Bewegung"; Marktredwitzer Tagblatt vom 22.6.1927.

2 Vgl. auch Marktredwitzer Tagblatt vom 27.6.1927, "Nationalsozialistische Kundgebung"; VB vom 1.7.1927, "Nationalsoz. Kundgebung in Marktredwitz"; VB vom 5.7.1927, "Eine demokratische Stimme über den Nationalsozialismus" (Nachdruck aus Marktredwitzer Tagblatt). Sowie Bericht des Stationskommmandanten von Marktredwitz an Bezirksamt Wunsiedel vom 26.7.1927; BayHStA, MInn 81581. Halbmonatsbericht Nr. 867 der Regierung von Oberfranken vom 4.7.1927; BayHStA, MA 102155/2. Lagebericht Nr. 112/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 2.7.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

len zu erfüllen. Die Menschen sind dem Zweifel ausgesetzt, so daß sie an allem irre werden und tastend herumsuchen, genau wie in den Zeiten des 30jährigen Krieges die religiöse Überzeugung zu wanken, und der Zweifel die Menschen anzufressen begann. In einem solchen Zustande beginnen die Menschen zu suchen, sie sind nicht mehr restlos von einer Wahrheit erfüllt, im Gegenteil! Alles das sind Beweise und Zeichen, daß das Vertrauen in den bisherigen Zustand geschwunden ist. Denn wer durchdrungen ist von der Richtigkeit seiner bisherigen Anschauung, der sucht nicht nach einer neuen. Er wird alles ablehnen, was an ihn herankommt. Das gilt für das religiöse, wie für das politische Leben. Wenn ein Volk von der Richtigkeit seiner Führung und seiner Staatsleitung überzeugt ist, dann dürfen dem einzelnen gar keine Gedanken kommen, neue Wege zu suchen. Es können aber auch Zeiten kommen, in denen der einzelne eben unsicher wird, und diese Zeit der Unsicherheit zeigt sich dem äußeren Auge dadurch, daß die Menschen nun plötzlich wie ein aufgeregter Ameisenhaufen herumwimmeln, daß sie von einer Bewegung zur anderen schwenken und wieder zurückpendeln. Daß sie unsicher sind in der Wahl ihrer Bewegung, das ist das Zeichen ihrer Unzufriedenheit. Weil die Menschen von ihrer Überzeugung nicht mehr restlos erfüllt sind, weil der politische Boden, auf dem wir jetzt stehen, recht schwankend ist, sind wir von allen guten Geistern verlassen. In einer solchen Zeit leben wir nun heute. Seit vielen Jahrzehnten bereits sehen wir diese allgemeine Unsicherheit. Ich möchte als Zeichen dieser Unsicherheit nicht das ganze Volk verantwortlich machen. Die Kräfte bestehen vielmehr aus den großen Gruppen von links und den großen Gruppen von rechts. Diese zwei ganz großen Parteigruppen bekämpfen sich. Das ist überall so. Ich will das an einem Beispiel klar machen. Es soll von einer Stadt zur anderen eine Bahn gebaut werden. Sogleich wird es über die Lösung der Ausführung zwei verschiedene Meinungen geben über den Weg, den die Bahn nehmen soll. Jede Gruppe hält ihre Auffassung für richtig. Diese zwei Meinungen sind an sich nicht schlecht, wenn sie beide erfüllt sind von dem Bestreben, das Beste für die Stadt zu wollen. Schlimm ist es nur, wenn etwa die beiden Gruppen in sich dann nicht einig sind. Wir haben ein ähnliches Beispiel an England. Dort waren von jeher zwei große Parteigruppen: eine Arbeiterpartei und eine konservative. So ist auch England in zwei Parteien gespalten. Diese zwei Parteien lösten sich gegenseitig ab. Aber jede Partei wollte das Beste ihres Volkes. Dasselbe ist auch der Fall in Frankreich. Auch hier sehen wir immer das Bestreben der Gruppen, dem Nutzen des Vaterlandes zu dienen. Der Engländer vertritt stets englische und der Franzose stets französische Interessen. In der Ausführung können die Wege ruhig auseinandergehen. Die einen halten den, die anderen jenen Weg für nutzbringend. Wenn aber eine Partei nicht mehr die Absicht hegt, den Nutzen und das Wohl ihrer Nation zu wollen, sondern was außerhalb dieses Zieles liegt, dann arbeitet sie gegen die Nation.

Unser deutsches Parteileben ist zerrissen in zwei große Gruppen: links und rechts. Wir müssen aber feststellen, daß diese Gruppen keine geschlossenen Erscheinungen darstellen, sondern zerrissen und zersetzt sind. Die rechte Gruppe setzt sich zusammen aus Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Demokraten. Die linke Gruppe aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten. Diese Gruppen sind uneins, kurz und gut, wir können feststellen, daß diese

beiden Gruppen keine einheitliche Überzeugung besitzen, oder besser, daß sie unsicher sind in der Richtigkeit ihrer Ziele, so daß der einzelne dazu übergeht, innerhalb der linken oder rechten Gruppe zu wechseln. Es geht aber kein Linksstehender in die rechte Gruppe hinüber. Denn noch niemals sagte ein Linksstehender, daß die rechte Gruppe recht hat und umgekehrt. Das politische Leben des deutschen Volkes ist in zwei Hälften zerspalten. Wenn wir uns die Frage vorlegen: Warum sind die Menschen nicht zufrieden? So gibt es darauf nur eine einzige Antwort: Die Menschen sind innerhalb ihrer eigenen Gruppe nicht zufrieden und suchen herum, weil die Wirklichkeit ihnen beweist, daß die Ziele der beiden Gruppen nicht erreicht worden sind. Ich will es aber als meine Aufgabe betrachten zu zeigen, warum diese Gruppen ihr Ziel nicht erreichen konnten. Die rechte Gruppe hat genau so wie die linke einen Vorpostenschleier, der ihre eigenen Augen trübt. So wie im Kriege vor das Heer ein undurchdringlicher Schleier von Reiterei gelegt wird, um gewissermaßen das Gros des Heeres dahinter zu verbergen, so ist die verschleiernde Reiterei im politischen Leben ein Heer von Tagesfragen. Mit ihnen operiert man, mit ihnen spielt man, mit ihnen beschäftigt man sich, und täuscht sich und andere. Denn je geringer der wirkliche Erfolg einer Richtung ist, um so mehr wird sie sich bemühen, möglichst viele kleine Tagesprobleme an das Licht zu ziehen. Man sucht sich mit anderen Dingen zu beschäftigen. Ähnlich wie ein Kranker sich durch allerhand kleine morphinistische Mittel sich aufzuhelfen versucht, so sucht man mit kleinen Tagesfragen, nicht zuletzt mit Spiel, Tanz und Kino sich über den wahren Zustand unseres Volkes hinwegzutäuschen. Die Nation, die an sich krank ist und bereits den Weg des Untergangs beschritten hat, versucht man zu beschäftigen mit Problemen von kleinen Tagesfragen und Nebensächlichem. Man tanzt, man spielt und das alles nennt man Fortschritt. So sind Tausende, die nicht das Große sehen. Ich bitte Sie, sehen Sie die nüchternen Tatsachen. Wir Deutsche haben Arbeitslose seit 1918, ungefähr so viele, wie der preußische Staat im Jahre des schlesischen Krieges an Einwohnern zählte. Ein Heer von 3 Millionen Menschen ist arbeitslos[3]. Das gibt mit Frauen und Kindern fast 15 Millionen Menschen, also eine Summe von fast 1/4 der Einwohnerzahl Deutschlands. Wohin drängt das, wenn dieser Zustand sich verewigt? Sehen Sie doch die allgemeine Entwicklung! sagt man zur Entschuldigung und Ablenkung. Bedenken Sie, wir haben doch 246 Millionen Tonnen Ausfuhr! und noch dieses und jenes. Aber man weicht unangenehmen Dingen am liebsten aus. Man steckt den Kopf in den Sand hinein wie der Vogel Strauß und wünscht nur, daß sich auch andere damit nicht beschäftigen. Und wenn sich einer damit beschäftigen will, dann beschäftigt man ihn mit der Lösung von Tagesfragen.

Nein, meine lieben Freunde! Das Volksleben bestimmen nicht die sogenannten Tagesfragen. Die Tagesfragen sind nur äußere Ausführungserscheinungen einer großen Erscheinung, z. B.: daß wir den Friedensvertrag einst unterzeichnet haben, das bedeutet in der Folgeerscheinung, 10.000 von Tagesfragen, die nun plötzlich auftauchen und gelöst werden sollen. Unsere ganze Gesetzesmaschine arbeitet seit dem Jahre 1919 nur von einem einzigen Gesichtspunkte aus, nämlich, wie man die Leistungsfähigkeit der Nation antreibt, um den Friedensvertrag zu erfüllen. Zum Beispiel unsere ganze Staatsverein-

3 Im Jahr 1927 waren im Deutschen Reich durchschnittlich 1,312 Millionen Personen arbeitslos. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 119 f.

fachung, unser Beamtenabbau, unsere Industrielasten und noch vieles andere kommt da heraus. Das ist die große Frage. Man sucht das deutsche Volk dadurch abzulenken, daß man es in Ausführungsproblemen erstickt. Es kommt mir vor wie ein Mensch, der eine unvernünftige Lebens- und Ernährungsweise betreibt, und dann zum Arzt geht und ihm klagt, daß er seine Arbeit nicht mehr leisten kann. Welches ist nun der bessere Arzt: derjenige, der an jeder Folgeerscheinung des Grundübels herumdoktert und fragt: haben Sie heute Nacht nicht schlafen können? Nein! Gut, dann gebe ich Ihnen ein Schlafpulver. Kommt der Kranke morgen wieder und sagt: ich habe keinen Appetit; gut, dann gebe ich Ihnen ein Mittel für den Appetit. Von diesen Appetitmitteln bekommt er einen Ausschlag, also bekommt er ein Mittel gegen Ausschlag. Schließlich ist der Kranke so matt und schwach geworden, daß er seinem Geschäft nicht mehr nachgehen kann. Da empfiehlt ihm schließlich dieser Arzt, eine Stütze zu nehmen. - Nun geht der Kranke zu einem anderen Arzt. Dieser sagt: Mein lieber Freund! Deine vielen Krankheiten sind ja nur die Folgeerscheinungen eines einzigen Grundübels, nämlich Ihrer unvernünftigen Lebensweise. Wenn Sie diese nicht ändern, dann helfen alle Mittel nichts. Nun frage ich Sie: welches ist der bessere Arzt, derjenige, der ewig an dem Kranken herumdoktert, oder der andere, der die Krankheit an der Wurzel faßt. *Freilich gibt es Menschen, denen es besser geht, wenn andere krank sind, die gerade von der Krankheit der anderen leben.* So gibt es *auch Politiker,* die *davon leben, daß ein Volk nie gesund wird.* Sie wünschen ja gar *keine Befreiung des Kranken* von seinen Krankheiten. Das ist aber der Grund, warum solche Menschen denjenigen mit ihrer Wut verfolgen, der es wagt, die Nation auf ihr Grundübel aufmerksam zu machen. Wenn unsereiner die großen Lebensfragen aufzurollen versucht, dann ist es klar, daß diese Mächte neue Tagesprobleme in die Öffentlichkeit hineinfeuern. Ich weiß ganz genau, daß manche Politiker, Parlamentarier, Parteiführer unter 4 Augen ganz anders reden, als vor der breiten Öffentlichkeit. Diese Menschen aber sind eine große Gefahr für den Staat, oder was dasselbe ist, sie sind staatsgefährlich, weil eben ihr *Staat in ihren Augen nichts weiter als ein Kranker ist,* an dessen dauernder, *aber unfruchtbarer Genesung sie selbst genesen.* Die Krankheit der Nation ist ihre Milchflasche, an der sie hängen, und sie erklären jeden für einen Todfeind der Nation, der es versucht, die Nation aus dieser Krankheit herauszubringen. Sie können die Männer nicht brauchen, die einen Blick besitzen für die wirklichen Probleme des Lebens. Sie wissen ganz genau, daß das Volk nicht krank ist deswegen, weil es nicht seine Medizin genommen hat. - Was hat die Seite von rechts zur Erreichung der großen Ziele beigetragen? Was hat sie getan, um die Nation wieder aufzurichten? Es war ihnen nur um die Macht zu tun. Die linke Seite zeigt auch ihre großen Ziele, wie sozialistische Republik, Beseitigung von Militarismus und Kapitalismus; aber auch diese sozialistische Politik führte zu keiner sozialen Zufriedenheit. Solange die Menschen gekämpft haben, haben sie um Ziele gekämpft, sie kämpften aber nicht für kleine Tagesfragen. Denn glauben Sie, daß der Mensch der linken Seite sich für kleine Tagesfragen auf die Barrikade stellt und sich niederschießen läßt? Glauben Sie, daß der Mann der rechten Seite für kleine Tagesfragen auf das Schlachtfeld zu bringen sei? Nein! Die großen Kämpfe mußten immer motiviert werden mit großen Zielen. Diese waren für die eine Seite: Sozialismus, Weltrevolution, Vernichtung von Kapitalismus und Militarismus

usw. Für die andere Seite waren diese Ziele: Freiheit unseres Volkes, nationale Wiedergeburt, Beibehaltung unserer Wehrkraft u. a. Kurz und gut, beide Gruppen kämpften um ihre Grundrechte, die sie gegeneinander ausspielten. Aber keine Seite hat ihre Ziele erreicht. Ich schalte dabei die Einzelpersonen ganz aus und betone das ausdrücklich. Ich erkläre nicht, daß die großen Ziele von der linken und rechten Seite nicht erfüllt worden sind, weil hinter ihnen unfähige Menschen standen. Es gibt kaum etwas auf dieser Welt, das nicht von Idealisten und Materialisten zugleich vertreten und erstrebt wird. Aber sowohl links wie rechts gibt es egoistische Elemente und Kreaturen, die sich an der *allgemeinen Not ihrer Mitmenschen bereichern.* Ob das nun der eine als Rucksackspartakist tut, oder ob sich bei dem anderen dieser Rucksack in eine Banknotentasche verwandelt, darin finde ich keinen großen Unterschied. Wenn diese Menschen glauben, daß ihre Zugehörigkeit zu einer Bewegung ihrer eigenen Person und Sache Nutzen bringen kann, werden sie diese Bewegung unterstützen. Wenn sie aber merken, daß diese Bewegung nur Opfer verlangt, so werden sie dieselbe meiden. Das sind Krankheitserscheinungen in der Welt, die zusammenhängen mit der Unvollkommenheit der Menschen. Warum die großen Ideen nicht gesiegt und die Bewegungen ihre Ziele nicht erreicht haben, das hängt nicht mit Menschen zusammen, sondern mit der inneren Unwahrheit dieser Ziele. Wenn ich das alles in 2 großen Schlußsätzen herausstellen darf, dann frage ich: Was trennt denn eigentlich die rechte von der linken Seite? und was sie trennt, das muß doch grundlegend sein. Es sind 2 Begriffe: auf der einen Seite Nationalismus, auf der anderen Seite Sozialismus. Auf die Prägung, die diese beiden Begriffe im bürgerlichen und politischen Leben erfahren haben, gründen sich die einzelnen politischen Parteien. Deshalb ist es notwendig, diese beiden Begriffe genau zu untersuchen. Wir müssen aber zunächst auf etwas ganz Allgemeines eingehen und müssen uns loslösen von jeder Parteipolitik und zunächst einmal einsehen, wozu wir Politik treiben. Warum treiben wir Politik? Was ist der Zweck unseres ganzen Handelns und der Sinn unseres ganzen Wollens? Und da, meine lieben Freunde, müssen wir zu einer Grunderkenntnis kommen. Auf dieser Welt geschieht nichts zwecklos und sinnlos um seiner selbst willen; alles hat irgendeinen Zweck und seine Bestimmung. Alles, was Menschen tun, hat zunächst den einen Zweck, nämlich dem Leben des Menschen zu dienen. Jedes Wesen, das auf der Welt besteht, mag es Mensch oder Tier sein, es hat den einen Trieb in sich, der nicht gebunden ist an Weisheit oder Dummheit, an Reichtum oder Armut, der sich niemals unterdrücken läßt, nämlich den Trieb der Selbsterhaltung. Jedes Wesen, mag es sein wie immer, hat diesen Trieb ursprünglich in sich, und dieser Trieb regiert von Anfang an. Aus ihm heraus kann ich zwei Gruppen von Kräften gewinnen, die das gesamte Leben bestimmen: nämlich Hunger und Liebe. Scheinbar zwei Gegensätze und trotzdem eins, denn die eine Kraft dient der augenblicklichen Selbsterhaltung, die andere der Forterhaltung der Art. Beide erfüllen den Drang zum Leben, Hunger und Liebe! Jedes Wesen, das aus Fleisch und Blut besteht, das diesen Trieb in sich besitzt, nimmt durch diesen Trieb teil am allgemeinen Kampf auf dieser Welt. Denn in dem Augenblick, in dem sich ein Wesen vermehrt, setzt es bereits einen neuen Kämpfer in die Welt, der selbst die gleichen Triebe in sich hat wie das zeugende Wesen selbst. Der Hungertrieb nötigt zum Essen. Das ist das Erste. Das Kind muß ernährt werden. Mit diesem Kinde haben die

Eltern die Verpflichtung übernommen, es auch am Leben zu erhalten. Wie die Henne sich müht, daß ihre Kleinen zu fressen bekommen, so sorgt ein anderes Wesen für seine Jungen dadurch, daß es dieselben in den Körper eines anderen Wesens schickt. Dieses geschieht z. B. von der Schlupfwespe, und zwar nicht, um die Raupe zu töten, sondern einem inneren Drange folgend, um dem werdenden Leben die Nahrung zu geben. So wird auch der Mensch einfach von der Natur gezwungen, für seine Nachkommen zu sorgen. Was wäre der kleine Wurm, Mensch genannt, wenn nicht die Eltern sein Leben überwachen und ihm das tägliche Essen reichen würden. Es ist nicht genug, daß man ein Wesen in die Welt setzt, sondern man hat auch die Verpflichtung, die wir nicht künstlich in die Welt gebracht haben, sondern die die Natur in jedes Wesen hineingelegt hat, nämlich die, Sorge zu tragen für das Gewordene. Die Sorge für das Gewordene durch Herbeischaffung von Nahrung usw., sie beherrscht den Menschen so sehr, daß er nun sein ganzes Leben einrichtet von diesem Gesichtspunkte aus, und wenn er glaubt, diese Verpflichtung nicht mehr erfüllen zu können, dann will er auch keine Kinder mehr. Er kann unmöglich ein Kind in die Welt setzen, um es dann verhungern zu lassen. Diese Verpflichtung, Nahrung zu suchen, bedeutet Kampf und wieder Kampf.

Nehmen Sie eine bestimmte Zahl eines Volkes und stellen Sie diese auf eine bestimmte Bodenfläche, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder dieses Volk bleibt stabil und ändert sich niemals in seiner Volkszahl, dann wird es sich auf der gleichen Fläche zu halten vermögen. Wenn es aber seine Volkszahl erhöht, d. h. wenn es Kinder zeugt, dann muß es dafür sorgen, daß diese Kinder auch am Leben bleiben. Also: entweder dieses eine, oder dieses Volk erweitert seine Grundfläche, oder es erhöht die Produktion auf dieser Grundfläche, oder es produziert Güter, um Lebensmittel dafür einzuhandeln. Das Beherrschende ist das Nahrungsproblem. Warum vermehrt sich der Mensch? Ist das vielleicht eine schlimme Angewohnheit? Nein, sondern es ist jener Urtrieb, den die Natur allen Wesen gegeben hat. Würde sich der Mensch nicht vermehrt haben, so gäbe es keine Menschen mehr. Das ist das Leben: daß der Mensch seine gesamten Waffen einsetzt, daß er seinen Geist stählt, daß er seine Energie höher spannt, bis er alle anderen Wesen in der Welt überwunden hat. Diese Wesen hat er aber nicht überwunden durch Auseinandersetzungen mit diesen. Ihre Vorfahren haben einst diesen Boden besiedelt, auf dem jetzt auch das revolutionäre Proletariat lebt und sein tägliches Brot ißt. Haben unsere Vorfahren diesen Boden etwa gewonnen durch Auseinandersetzungen mit den früheren Besitzern, nämlich mit den Bären und Wölfen? Nein! Sie haben den Boden gewonnen, weil die Kinder nach Brot schrieen. Dreihundert Jahre zogen unsere Kaiser nach Rom, wo ihr Volk fast verblutete. Das geschah aber nicht aus dem Drang heraus zu raufen; ähnlich war es bei den Goten und bei den Germanen. Bei diesen haben Greise und Frauen im Kampfe vorwärts getrieben, wenn sie um ihr Brot kämpften. Nicht Rauflust war es, was dereinst ganze Völker in Bewegung setzte, wie etwa manche Geschichtsprofessoren behaupten, sondern es war der Drang zum Leben, und daher auch diese grauenhafte Art zu kämpfen. Denn wenn ein Volksstamm sah, daß er unterliege, so trugen selbst Greise, Frauen und Kinder die Waffen hinein in den Kampf und feuerten die Kämpfer zum Aushalten an. Die Losung war: entweder wir können leben oder wir sterben - - und das wollten die Menschen von da-

mals noch nicht. Aber auch der spätere Kampf war ein Kampf ums Brot. Als einst dieser Boden hier zu eng zu werden begann, zogen von hier Menschen weg und gründeten die Ostmark, um Boden zu erwerben, weil man ihn brauchte. Als die Menschen keinen Boden mehr erwerben wollten, da gingen sie fort. Eines Tages nämlich hat das deutsche Volk den Bodenerwerb aufgegeben und es begann, seine Volksgenossen auszuschicken. Es begann die Besiedlung von Kolonien. Vor 300 Jahren war New York noch ein Fischerdorf, da zogen immer mehr und mehr Menschen nach dem Westen und nahmen von der neuen Welt Besitz. Das geschah aber wieder nicht durch friedsame Abhandlungen, man kämpfte mit Feuerwaffen, nicht zuletzt auch mit Feuerwasser, bis endlich die rote Nation unterlag. Man überzog zuletzt das ganze Gebiet mit einem Netz von Straßen und Bahnen, es folgten gigantische Städtegründungen, bis schließlich die weiße Rasse den ganzen riesigen Kontinent beherrschte, der heute einen Eckpfeiler der weißen Rasse darstellt. Nun meine lieben Freunde, blutige Auseinandersetzungen sind von jeher gewesen, und aus ihnen heraus stammt die Kraft und Energie. Wenn ihr sagt: Nicht der Kampf macht den Menschen glücklich, sondern der Friede, so entgegne ich: Keiner bekommt die Weltmeisterschaft außer im Kampf, und wenn drei schwimmen wollen, so wird ein Rekord aufgestellt dadurch, daß einer den anderen überflügeln will. Genauso wird auch keine Erfindung ohne Kampf gemacht. Nehmen wir an, das deutsche Volk hat keinen Brennstoff für die Motorisierung seiner Wirtschaft, dann führt diese Not naturnotwendig zu einer Erfindung. Es wäre nicht der Fall, wenn nicht die Not zur Selbsterhaltung da wäre. So kam es unter anderem auch zur Erfindung des Verfahrens zur Verflüssigung der Kohle. Die Not zwingt den Menschen, Abhilfe zu schaffen, seine Widerstandskraft wird durch sie gereizt, das ist seit Jahrtausenden so gewesen, es ist heute noch so und wird niemals anders werden. Denn an dem Tage, an dem nichts mehr überwunden werden muß, hört der Mensch auf, sich zu entwickeln. Wir haben ein kleines Beispiel heute noch: Sie alle meinen, der Mensch sei zum Herrn der Welt geworden; aber man vergißt nur zu leicht, daß man sich noch mitten im Kampf befindet. Lange stand er im Kampf gegen Höhlenbären, noch früher mit Drachen, Lindwürmern und Sauriern. Dann kamen andere Perioden, wo er gegen Schlangen, Tiger und anderes wildes Getier kämpfte. Als er über diese Herr geworden, da tauchten neue Feinde auf, die Bakterien und Bazillen. Jahrtausende konnte der Mensch sie nicht sehen. Nun begann der Kampf mit diesen. Da kommt einer und sagt: Diese Bazillen sind doch auch Lebewesen wie wir und wollen auch leben. Würden wir sie aber leben lassen, würden wir sie nicht bekämpfen, so gäbe es bald keine Menschen mehr, und die unvernünftigen Wesen würden regieren. Wir müssen aber eines als wesentlich an uns erkennen, nämlich wir alle, ganz gleich welcher Partei, welcher Meinung und Gesinnung wir sind, wir alle sind Glieder eines Volkskörpers, der leben und versuchen muß, sich das tägliche Brot irgendwie zu erwerben. Dabei ist folgendes bemerkenswert: Dieser Volkskörper ist das Wandelbare, der nicht stabil bleibt, er wächst, während der Grund und Boden sich gleich bleibt. Wenn ein Volk sich zu vermehren wünscht, dann ist es zunächst seine Aufgabe die Herbeischaffung von Lebensmöglichkeiten, d. h., es muß die Erträgnisse des Bodens mit seiner Volkszahl in Einklang bringen. Und das ist Politik, nämlich der Kampf um das Leben auf dieser Welt. Und dieser Kampf, der bestimmt wird von dem

Ausgleich zwischen Volkszahl und Bodenfläche, wird mit allen Mitteln geführt. In dem Augenblick, in dem das Volk dieses Problem nicht mehr zu lösen vermag, nimmt es nicht mehr teil am Kampfe der Erde, und die Völker, die am Kampfe der Erde nicht mehr teilnehmen, sterben innerlich ab. Sie bleiben zurück, das Jüngere und Kräftigere wird Herr, und eines Tages wird mit solchen Völkern nicht mehr entschieden und auseinandergesetzt auf Grund von papierenen Auseinandersetzungen, sondern es heißt: *Du bist zu schwach, um Herr zu sein, folglich bist du Knecht.* Auf dieser Welt gibt es *nur zwei Möglichkeiten, Herr oder Knecht, Hammer oder Amboß.* Wir Deutsche haben ja von jeher diesen Kampf, ich möchte sagen, auf eine internationale Weise geführt. Wir sind ganz von ihm ergriffen gewesen, durch viele Jahrhunderte und Jahrtausende. Es gab in der deutschen Geschichte niemals den Zeitpunkt, wo dieser Grundsatz nicht eine problematische Erscheinung gewesen wäre. Und doch hat kein Volk mehr das Recht, als gerade das deutsche, mit mehr Inbrunst das Gebet zu sprechen: "Herr gib uns unser täglich Brot". Unser Volk hat einst aus dieser zwangsmäßigen Erwägung heraus seinen Boden verlassen und Jahrhunderte lang den Kampf gegen Rom geführt. Es sah die friedlichen freundlichen Gefilde, die das Leben schöner gestalten und erleichtern konnten. So sahen wir unser Volk nach Süden streben, so lange bis es endlich sich sagte: Dieser Weg bleibt uns versagt. Schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als seine Waffen zu stählen, um endlich auf eigenem Grund und Boden Herr zu werden. Glauben Sie, die Menschen hätten je den Ofen erfunden oder die moderne Heizanlage, wenn sie die Kälte nicht dazu gezwungen hätte. Glauben Sie, diese schöne Einrichtung hätte je die Menschen erfreut, wenn nicht der Zwang gewesen wäre, sich vor dem Winter zu schützen. Es war der Versuch, die Vorzüge des Südens nach dem Norden zu versetzen. Das hat nicht die Natur, sondern der Mensch selbst gemacht. Und der Versuch, unsere langen Nächte zu erhellen, er hat die Beleuchtungstechnik geschaffen. Der Schrei nach eigenem ausreichendem Boden hieß den unwirtschaftlichen Boden ausroden, und das hat unserem Volke seine Heimat gegeben. Allein diese Fläche war zu klein, und deshalb haben wir sie zu erweitern versucht. Nicht mehr zogen wir über die Alpen, sondern wir wanderten nach Osten gegen Riga. Überall sehen wir die Spuren unserer Vorfahren, die auszogen, nicht etwa aus Eroberungslust, sondern um Brot zu schaffen. Heute sind wir davon abgekommen; aber solange wir jenes taten, hat auch unser Volk zugenommen an Macht. Deutschland hat nicht mehr neuen Boden erobert, aber es leidet unter der Vermehrung seiner Volkszahl. Es fing nun an, unsere Menschen hinauszuschaffen: Es begann die Zeit der Auswanderung, besonders seit den 70er Jahren. Jährlich mußten wir 250.000 deutsche Volksgenossen fortschicken [4], weil sie zuhause keine Nahrung finden konnten. Nun kommt die dritte Periode: Wir wollen keine Menschen mehr fortschicken, wir wollen auch keinen Grund und Boden erobern. Wir begannen zu produzieren. Grund auf Grund wird gegraben, ein Werk nach dem anderen wächst aus dem Boden heraus, Stadt reiht sich an Stadt, verbunden durch Straßen und Eisenbahn, ganze Gebiete werden endlich zu einer einzigen Werkstatt. Das deutsche Volk schickt jetzt keine Menschen, sondern Waren hinaus und sucht so, friedlich die Welt zu erobern und durch die Pro-

4 Zur Auswanderungsstatistik vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. II, S. 38 f.; Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 35.

dukte Brot zu bekommen für unseren Nachwuchs. Und diese Art, uns das Brot zu erwerben, taten wir so lange, bis sie unseren Gegnern unbequem wurde. Es kam der Weltkrieg. Alles fällt über Deutschland her, wir brechen zusammen, und heute? Wir nehmen keinen Grund und Boden mehr; wir sind pazifistisch geworden. Hunger haben wir aber doch. Wir können auch nicht produzieren, die Absatzmöglichkeiten sind gesperrt. Nun kommen wir auf ein neues System, auf das System der Abstempelung. Ein Teil der Nation findet keine Beschäftigung, das wird ihm Tag für Tag schwarz auf weiß beglaubigt. Es erhält Arbeitslosen-Unterstützung; und damit meint man, das Problem des Lebens gelöst zu haben. Das ist aber eine ganz erbärmliche Murkserei, denn wie lange glaubt Ihr, daß man dies tun kann? Wie die Not von heute auf morgen zu beseitigen sei, dieser unangenehmen Frage geht man peinlich aus dem Wege. Man kann dieses Problem nicht lösen, und warum? Weil ein Volk zum Leben Kraft braucht. Wenn dieses sich sein Brot erwerben will, braucht es vor allem Kraft und Mut. Setzen wir folgendes Beispiel: Jemand hat an der Landstraße einen blühenden Garten, der die wundervollsten Früchte hervorbringt. Er legt sich abends befriedigt in seine Bettstatt und betet: Herr, wie hast du meine Früchte so reich gedeihen lassen; ich danke dir für diesen Segen. Allein während er friedlich in seinem Bette schlummert, beginnen andere, die zwar nicht gesät haben, aber denen die Früchte auch schmecken, sie zu ernten. Wohl hatte er um seinen Garten einen Zaun machen lassen, das ist aber nur das Warnungssignal, das Herübersteigen zu verbieten. Aber wenn dahinter keine Macht steht, so kann der Zaun nichts nützen. So ist es auch mit den Grenzen eines Landes, wenn nicht dahinter das Gesetz, die reale Staatsgewalt, d. h. die organisierte Kraft einer Nation steht. Hier gilt nur das Faustrecht: Das ist meine Gemarkung; wer es wagt, in sie einzudringen, der stürzt in mein Schwert. An die Stelle des Schwertes tritt die Volkskraft; die Umzäunung des gepflegten Gartens heißt man Staatsgrenze und den Schutz derselben heißt man Wehrkraft. Wenn ein Volk diesen Schutz nicht mehr hat, dann sieht es andere ernten, wie es heute beim deutschen Volke der Fall ist. Es arbeitet, baut und sät, andere ernten seine Früchte. Wenn dieser Zustand eintritt, dann ist das ein Zeichen, daß dem deutschen Volke die Kraft zum Selbstschutz abhanden gekommen ist. Einst eroberte das deutsche Volk Grund und Boden, aber nur bis zu dem Tage, an dem es innerlich schwächer und schwächer wird und sich in zwei Hälften zu spalten beginnt, als das deutsche Volk geschüttelt wird von religiösen Problemen. Um zwei religiöse Ideale kämpft es fast 1/4 Jahrtausend. Da beginnt seine Macht zusammenzubrechen. Das deutsche Volk muß seine Kinder hinausschicken als Elende und Brotsucher. Es verliert seine besten Söhne. Geändert wird das an dem Tage, an dem unser Volk wieder zur Macht kommt. Da erhält es die Möglichkeit, seine Nahrung zu sichern. Bis dahin müssen wir durch Produktionssteigerung und friedliche Weltkonkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete uns behaupten. An dem Tage, an dem diese Macht zusammenbricht, da erleben wir, wie das Elend grauenhaft über uns hereinbricht. Dieser zweite Tag wird kommen, weil, genau so wie einst unser Volk vom religiösen, es heute vom politischen Wahn zerrissen ist, der, wie einst die religiösen Ideale, die ganze Lebenskraft absorbiert. Wie damals wird auch heute von diesem politischen Wahn unsere ganze Lebenskraft aufgesaugt und für diesen allein verbraucht. Diese 2 Gedankenwelten: auf der einen Seite das nationale Bürger-

tum, auf der anderen Seite der internationale Marxismus, diese zwei Extreme will der Nationalsozialismus vereinigen. Also meine lieben Freunde, Sie werden mir zugeben, daß die ganze Lebensfrage unseres Volkes ist: *Nicht sich aufreiben im Kampf um die Vernichtung der Weltanschauung des Gegners.* Da haben Sie ein kleines Beispiel an einem Staate rechts [*sic!*] von uns, an Österreich, dem kleinen Überreste eines einst mächtigen Reiches. Dieses kleine Restchen von 6 Millionen ist vollkommen unterdrückt, und alles ist ihm verpfändet. Fast 200.000 sind arbeitslos [5] und leiden grenzenlos an Unterernährung. Von den 6 Millionen Einwohnern leben 2 Millionen in einem Wasserkopf, genannt Großstadt. Der Staat ist nicht lebensfähig. Innen und außen nichts als Ausplünderer, die das kleine Volk aussaugen. Um was kämpfen diese 6 Millionen Menschen, die auf sich die unbarmherzige Faust der internationalen Hochfinanz fühlen? Der ganze Staat ist ein Schachbrett, auf dem die Interessenten gegenseitig ihre Kämpfe ausfechten. Und dieses Volk kämpft nicht gegen seine Ausplünderer, nein, es bekämpft sich selbst. Es bekämpft nicht die Drohnen der internationalen Hochfinanz, sondern es kämpft gegen sich selbst, und seine Kräfte werden absorbiert im gegenseitigen Ringen zugunsten der lachenden Dritten. Denn die Kraft, die im Wahnsinn der Völker vergeudet wird, benutzt *jenes* Volk, das ohne produktiv veranlagt zu sein, auch seinem Lebensdrange genügen muß und sich dabei als Parasit in den Lebenskampf der anderen einschiebt. Es nimmt auf diese Weise teil an den Früchten der Erde. Das ist das Charakteristische des jüdischen Volkes, daß es, ohne irgendwie an der Produktion beteiligt zu sein, ohne Land zu erobern, um es dann zu bebauen, ohne in die Industrie einzudringen, um diese zu beherrschen und Güter zu erzeugen, ohne zu erfinden, daß es doch in allem die Verteilung und die Auswertung der Produkte übernimmt.

Wir leben in einem Zeitalter der Motorisierung der Welt. Wir wissen, daß in 20, vielleicht schon in 10 Jahren, das Pferd nur noch im zoologischen Garten zu sehen sein wird. In vielen Großstädten gibt es bereits keine Pferde mehr. Wie vor 20 Jahren die Kinder zusammenliefen, als das erste Automobil kam, so bestaunen heute schon die Großstadtkinder das Pferd. Für das Kind von New York z. B. ist das Pferd etwas vollkommen Fremdes. Die Motorisierung der Welt macht ungeheuere Fortschritte. Sie kriecht in Städte und Dörfer. Mehr und mehr beginnt sie, die Kraft des Menschen und des Tieres zu ersetzen durch die Kraft der motorgetriebenen Maschinen. Nun, die ganze Umwälzung, deren Umfang wir gar nicht mehr abzuschätzen vermögen, sie ist das Ergebnis des Schaffens der Arier. Der Erfinder des Schnellauf-Benzinmotors ist ein Arier, die Erfinder unserer Metall-Legierungen, alles Arier. Die Erfinder sämtlicher Konstruktionen, sie sind Arier. Der Erfinder des Autos ist ein Arier. Alle Arbeiter in allen Werken sind Arier. Wenn sie aber von den Arbeitsstätten weggehen und kommen in die Verkaufsorganisationen: lauter Juden! (reicher Beifall) Die das Korn in die Erde senken, sie sind Arier, und wenn Sie zum Großgetreidehandel kommen, da beginnt ein anderes Volk. Und dieses zweite Volk, das nicht sät, sondern nur erntet und sich zwi-

5 Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Republik Österreich betrug im Januar 1927 235.464, im Juni 1927 145.136 Personen. Nach der Volkszählung vom 7.3.1923 lebten in Österreich 6.535.363 Personen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, Berlin 1927, S. 1*, 153*, und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 148*.

schen den Schaffenden und die Ware schiebt, das uns schächtet und vernichtet, das braucht diese Trennung. Wir haben hier nicht die Gründe, das Warum und Weshalb zu untersuchen, weil die Wege der Natur für uns Menschen noch unerforschlich sind. Manchmal scheint es so zu sein, daß etwas Schlechtes da sein muß, um das Gute zu reizen, das Gute überhaupt in Erscheinung treten zu lassen. - - Würde der Mensch keine Kälte empfinden, würde er auch den Segen der Wärme nicht fühlen. Das Negativ ist gebunden an das Positiv. Wir können nicht sagen, warum die Natur das tut, warum sie Raubtiere erzeugt usw., aber wir haben das Gefühl, daß es keine Tierwelt gäbe, daß es z. B. keinen gesunden Hirschen gäbe, wenn nicht die Auslese der Natur durch den Kampf wäre. Der Wald braucht seinen Kampf, damit er bestehen kann. So ist es auch bei dem Menschen, er braucht den Kampf, um zum Siege zu kommen. Aber er muß eines begreifen: Wie die Natur jedem Wesen seinen Lebensdrang schenkt, so hat es zu leben und zu handeln. Die Schlupfwespe legt ihre Eier in die Raupe hinein, die Made frißt langsam die Raupe auf. Diese Raupe kann nichts dafür, daß die Schlupfwespe ihre Eier in sie hineinlegt und [*sie*] nun von den kleinen Maden aufgefressen wird. Die Schlupfwespe kann auch nichts dafür. Sie handelt aber so, weil sie einem unbewußten Gesetz folgt. Allein über dieser gegebenen Freiheit der Entwicklung steht dann noch eine andere Freiheit: nämlich die Freiheit des Widerstandes. Aus dieser heraus wachsen die Kräfte, die notwendig sind, um ein höheres Wesen auf dieser Welt erstehen zu lassen. In dem Dschungel herrscht der Tiger und der Mensch. Beide schlagen ihre Pranken ineinander. Der Mensch mit seiner Technik, der Tiger mit seiner Kraft. Wenn heute in Indien 40.000 Menschen von Tigern zerrissen oder von Schlangen getötet werden, so können der Tiger und die Schlange nichts dafür. Aber deshalb ist der Mensch nicht verpflichtet, sich von den Tigern fressen und von den Schlangen vergiften zu lassen. Die Natur stellt den Menschen auf die Probe: Entweder nimmst du den Kampf auf mit diesen Feinden, oder die Natur hat für dich keinen Platz. (Reicher Beifall) Die ganze Welt ist auf dem Gesetz der Kraft und Stärke aufgebaut. Das Merkmal dieses Ganzen ist, daß der Starke den Schwachen besiegt und beseitigt. Die Freiheit muß der Mensch sich selbst erringen und verdienen. Kein Volk hat mehr nötig als wir, zu beten: "Herr gibt uns die Freiheit", denn der Himmel und ein barmherziger Gott schenken dem Menschen nicht Freiheit und Nahrung. Er schenkt ihm nur das Leben an sich, und er muß sich die Kraft erwerben, sich dieses zu erhalten. Wehe dem Menschen, dem die Nahrung in den Schoß fällt, wehe dem Volk, dem die Freiheit geschenkt wird, weil kein Gegner da ist, der sie ihm bestreitet. Glücklich das Volk, das sich seine Freiheit und sein Brot erkämpfen darf. Das ganze menschliche Ringen auf dieser Welt ist Kampf, und der Sieg ist dem Menschen Glück und Befriedigung. Der Mensch, dem das Glück als Lotteriegewinn in den Schoß fällt, hat nicht das innere Glück wie der Mensch, der das, was er unter seinen Füßen hat, sich selbst baute. Er kann sagen, das, was ich bin und was ich habe, das habe ich mir selbst geschaffen. Glücklich das Volk, das sich sagen kann, nicht der liebe Gott hat uns die Freiheit gegeben, sondern: diese Freiheit habe ich mir erkämpft, und unser Herrgott hat uns für unser vergossenes Blut die Freiheit zugesprochen, weil wir bereit waren, alles in die Schanze zu schlagen. Der Herr, er ist mit uns gewesen, weil wir die Starken waren. Wäre es anders gewesen, so wäre dieser Herr-

gott ungerecht, wenn er dem Faulen das Leben schenken würde. Es ist eine erbärmliche Auffassung, zu winseln um ein Geschenk. Die höhere Auffassung ist die, vor seinen Herrgott hinzutreten und zu sagen: Herrgott, hier stehen wir, du hast uns geschaffen, du hast uns die Kräfte gegeben, damit wir bestehen. Willst du, daß wir uns zurechtfinden im Leben, so wirf deine Gnade in unsere Waagschale hinein. (Reicher Beifall)

Es ist alles Ringen dieser Welt ein Ringen um die Selbsterhaltung. So sehr der einzelne freigesprochen werden muß von seinem Ringen, so sehr hat der einzelne die Pflicht, Widerstand zu leisten. Wenn wir ein Volk sehen, das unproduktiv und gänzlich unfruchtbar ist, das mit seinen Waffen ficht, den Waffen der Zersetzung, der Zerfleischung und der Ausbeutung, dann kann dieses Volk nichts dafür. Allein wir anderen haben das Recht des Widerstandes, wie jedes andere Wesen. Wenn wir von diesem keinen Gebrauch machen, dann klagen wir nicht über das Joch der Knechtschaft. Wenn einigen die Erkenntnis zum Bewußtsein kommt, nämlich: das deutsche Volk kann in der nächsten Zeit sich nicht mehr selbst ernähren, so gibt es zwei Möglichkeiten: entweder wir wachsen nicht mehr, und damit scheiden wir aus aus jeder kulturellen Bedeutung, oder wir wachsen und kämpfen um neue Lebensmöglichkeiten. Wenn der Kommunist sagt: Wir wollen das Zweikinder-System oder überhaupt keine Kinder, so sage ich: Jedes System kann in seiner Richtigkeit geprüft werden, wenn wir rückwärts auf die Vergangenheit blicken. Wir prüfen am besten durch die Frage: Würde die Welt soweit gekommen sein wie wir, wenn wir dein System angewendet hätten? Du mein lieber Freund von links, du fühlst dich heute als ein Vertreter der proletarischen Weltanschauung. Aber du nimmst teil an allen Gütern unserer Kultur. Die Geister lehnst du ab, aber nicht ihr Werk. Mit ihren Personen willst du nichts zu tun haben, aber die Resultate ihres Schaffens nimmst du für dich in Anspruch. Du nimmst teil an den Gütern der Schönheit, die andere geschaffen. Du nimmst teil an den Lebensvorzügen, du kleidest dich mit dem, was andere erdachten. Was je Großes geschaffen wurde, ist im Ursprung das Werk einzelner Persönlichkeiten und nicht das Werk einer kommunistischen Majorität. Du nimmst teil an den Vorzügen des vergangenen Systems, nur die Persönlichkeit leugnest du ab. Wenn aber diese Persönlichkeiten der Vergangenheit nach deinem Rezept gehandelt hätten, so gäbe es keine menschliche Kultur, also auch keine deutsche Kultur, denn die Menschen, die das geschaffen, sind nicht immer die erstgeborenen gewesen, sondern die dritten, die fünften, die achten oder die elften Söhne. Nimm diese Söhne alle weg, und wir haben keine großen Männer, keine Kultur mehr. Du lebst nicht von deinen Phrasen und kommunistischen Ideen. Du frühstückst, du ißt zu mittag, abends willst du auch essen, aber du ernährst dich nicht von deinen Manifesten. Du bist ein Säugling an dem, was die Männer vergangener Zeiten geschaffen haben. (Sehr richtig.) Nimm diese 3, 5, 8 oder 11 Kinder weg, und um uns ist es finster! Nimm diese Männer weg, und alle Kultur ist verschwunden, wir haben keine Menschen mehr, sondern Urwaldtiere. Dein Rezept haben manche Völker befolgt. Es gibt Stämme, im Südseearchipel, die sterben aus, weil sie keine Kinder mehr bekommen. Bilden Sie sich aber ja nur nicht ein, daß diese Völker in ihrem Kommunismus glücklich sind; denn in 30-40 Jahren wird der und jener Stamm nicht mehr sein, denn sie sind schwache Wesen, die nicht gelernt haben zu kämpfen. Die Natur aber sagt: Weil du nicht gelernt hast zu kämpfen,

deshalb stirb und vergehe! Du paßt nicht in die Welt, du bist für sie nicht geschaffen, damit du anderen Wesen das tägliche Brot nimmst. Der Stärkere mag Herr sein.

Wir haben das Recht des Widerstandes; da müssen wir folgendes erkennen: Unser Volk hat nicht so viel Grund und Boden um leben zu können, weil es mit tausend anderen Dingen, mit zehntausend Tagesfragen beschäftigt ist. Das deutsche Volk ist wie ein Mensch, der immer zum Arzt läuft, aber nicht Manns genug ist, dem Arzt zu folgen, wenn dieser sagt: Tun Sie das und das nicht mehr! Geben Sie Ihr Saufen auf, ernähren Sie sich anders. Er ist dazu zu feige. Der Quacksalber, der dauernd an ihm herumdoktert, ist ihm lieber, denn er ist zu feige, die Wahrheit zu hören. Mein liebes Volk, du gehst zugrunde! Wie heißt das kommunistische Manifest? Wir wollen uns lieber mit Tagesfragen beschäftigen. Und überhaupt dieser Unfug, daß man sterben muß; aber das ist leider einmal so auf der Welt. Jeder Mensch muß sterben, auch wenn er Kommunist ist. Ein Volk aber braucht nicht zu sterben, wenn es die Kraft besitzt, sich in seinen Kindern zu verewigen. Wenn diese Kraft fehlt, dann gibt es seinen Anspruch auf das Leben auf. Wenn der Mensch sich noch so sehr dem Taumel des Augenblicks hingibt, wie er es heute tut, so muß er doch dieses Problem lösen: Kann das deutsche Volk ans Ruder oder nicht? Ja oder nein? Die Frage muß verneint werden. Und warum? Weil wir nicht den Mut besitzen, unser Lebensproblem zu erkennen, und uns stattdessen mit tausend anderen Dingen beschäftigen und uns selbst zerfleischen in einer Zeit, in der die Nation die ganze Kraft zusammennehmen müßte. Statt uns zusammenzuschließen in der Erkenntnis der uns so notwendigen Zusammengehörigkeit, beschäftigt man sich mit Problemen, die man nicht lösen kann.

Wahl für Wahl findet statt. Bei jeder Wahl schreitet das deutsche Volk, links oder rechts, geduldig wie ein Hammel zur Urne, gibt seinen Stimmzettel ab und sagt sich nun: Nun hast du deine staatsbürgerliche Pflicht erfüllt. Ja, wenn das so leicht wäre, daß man bloß einen Stimmzettel abgibt; das erfordert schon etwas mehr Einsatz. Vor allem erfordert es eine Erkenntnis: Warum sind wir soweit gekommen? Aus drei Gründen: 1. wir haben ganz vergessen, daß der Wert des Menschen in seinem Blute liegt. Die Theorie des Marxismus besagt: Mensch ist gleich Mensch, Hund ist gleich Hund, Vogel ist gleich Vogel usw. Die Behauptung, daß ein Neger das gleiche darstelle wie ein Weißer, ist ein Wahnwitz. Sinn hat diese Behauptung für einen Menschen, der wünscht, daß der Mensch seiner Kraft verlustig gehe, damit er Herr werden kann. (Sehr richtig) Das ist das erste: Das, was um uns ist, ist nicht das Ergebnis einer Kultur von Negern und Chinesen, sondern das Ergebnis eines Kulturvolkes. Wir Deutsche können stolz sein, daß wir dieser Welt eine Kultur gegeben haben, wie kaum ein anderes Volk, das heute lebt. Streichen Sie alles aus der Welt, was Deutsche, was Germanen, im weitesten Sinne Arier geschaffen haben, dann bleibt nichts mehr übrig als vielleicht einige Manifeste. Das zweite, die Erkenntnis, daß das Wertvollste und Höchste liegt im Blute, im Volkstum, in der Rasse, in der Persönlichkeit. Das höchste Gut eines Volkes ist also nicht die Tatsache der Majorität, sondern das sind seine großen Männer. Ein Volk in die Welt zu setzen ist leicht, aber erhalten kann es nur werden, wenn es von führenden Köpfen geleitet wird. Sie können ohne weiteres diese Köpfe abschneiden; es gehört natürlich nicht soviel dazu, einen genialen Kopf abzuschneiden, als einen zu besitzen. Aber bilden Sie

sich ja nicht ein, daß da die Majorität in Erscheinung tritt und dann diesen genialen Kopf darstellt nach dem probaten Schema: 10 Köpfe ist mehr als ein Kopf, 10 Gehirne sind schwerer als ein Gehirn. Das Gewicht ist aber nicht gleich seinem Werte, Zahl ist nicht gleichbedeutend mit Inhalt. Das sind Dinge, die sich nicht mit dem Volumen messen lassen. Die Majorität war noch nie die Führerin zum Emporstieg, sondern immer nur die Einzelperson. Wenn in einem Staate die Majorität herrschen und das Volk glauben würde, daß es dadurch führende Menschen ersetzen oder gar erschaffen könnte, dann ist es im Irrtum. Nehmen wir die heutige Zeit an. Wir wissen, daß wir leiden unter dem Mangel von notwendigen Naturschätzen, wir haben z. B. zu wenig Ölquellen. Nun, meine lieben Freunde, wird der Kommunist sagen: Es ist notwendig, daß die Majorität eine Abhilfe findet. Aber das kann sie nicht. Sie kann es nur zur Kenntnis nehmen, wenn es einer getan hat. Kennen Sie ein Objekt, eine Erfindung, die die Majorität hervorgebracht hat? Niemals! Wenn aber das ganze Leben das Schlußresultat von einzelnen bedeutenden Köpfen ist, da ist es logisch, wenn das ganze Leben auch politisch beherrscht wird von der Persönlichkeit, wenn auch in der Organisation eines Volkes die Persönlichkeit dominierenden Eindruck [*sic!*] besitzt. 2. Anerkennung der Persönlichkeit ist notwendig. 3. Noch eine letzte Erkenntnis: nämlich die, daß ein Volk erkennt, daß es sein ganzes Dasein, seine ganze Entwicklung, seine ganze Zukunft nur dem Kampfe zu verdanken hat. Das sind die drei fundamentalen Überzeugungen, die ein Volk restlos beherrschen muß, wenn es überhaupt auf dieser Welt bestehen will. Nämlich, 1. die Erkenntnis der Bedeutung der Rassenwerte, 2. des Wertes der Persönlichkeit, 3. die Erkenntnis der Bedeutung des Kindes[6] als die Quelle aller Werte. Wenn ein Volk diese 3 fundamentalen Grundanschauungen besitzt, ist es durchdrungen von einer wahrhaft edlen Weltanschauung, weil es sagt: Alles, was wir sind, ist aufgebaut und organisiert auf Grund dieser Werte. Und nun meine lieben Freunde, sehen wir in unserer heutigen Zeit das Gegenteil: An Stelle des Wertes der Rasse setzt man die Internationalität. An Stelle der Bedeutung der Persönlichkeit setzt man demokratische Majorität. An Stelle des Kampfes und des Ringens setzt man den Pazifismus. Das Ergebnis: Strafe der Menschheit, Zusammenbruch der Völker, Not, Elend, Unsicherheit, Unzufriedenheit, allgemeines Unbefriedigtsein. Dieses allgemeine Unbefriedigtsein, das jeder in sich hat, das ist ein unbewußtes Empfinden, über das sich der kleine Mann keine Rechenschaft gibt, indem er glaubt, daß es so sein muß. Damit sind wir überzeugt, daß der ganze Weg, den wir gehen, trotz kleiner Erfolge ein Weg in den Abgrund ist. Recht gegeben wird dieser Behauptung durch die Geschichte vergangener Völker, leider Gottes am schlimmsten durch das Unglück unseres deutschen Volkes. Seit Jahrzehnten krankt unser deutsches Volk an Demokratie und Pazifismus. Unser Volk verliert seine rassischen Werte. Es vernichtet seine Persönlichkeitswerte und stellt mit der Majorität die Dummheit an die Spitze. Das Ergebnis: Die Welt wird auch heute verteilt, nur andere Völker treten an unsere Stelle. Wir können zusehen, wie andere Völker dies tun. Wie heißt die kommunistische Predigt? Zeugt keine Kinder mehr, entsaget dem Leben! Das ist das Entsetzlichste in der Entwicklung unseres Volkes.

6 Muß heißen: Kampfes.

In diese Welt des Zweifels und Verzagtseins tritt nun die nationalsozialistische Bewegung, deren fundamentale Grundsätze sind: 1. Erkenntnis der Bedeutung der rassischen Werte im Gegensatz zur Internationalität. 2. Erkenntnis der Bedeutung der Persönlichkeit im Gegensatz zur demokratischen Majorität. 3. Erkenntnis der Bedeutung des Kampfes im Gegensatz zum Pazifismus. Die nationalsozialistische Bewegung ist unbeschwert von der Vergangenheit. Sie fühlt sich aber trotzdem als große geschichtliche Baumeisterin und will das deutsche Volk hinführen zu der Stelle, wo es krank ist, diese beseitigen und dann will sie an dieser Stelle einsetzen und weiterbauen. Sie will alles Fehlerhafte, alles Schwache und Schädliche beseitigen. Sie erforscht, wo der deutsche Weg unsicher zu werden beginnt, wo er sich dem Unheil zugewendet hat, und da wird der Weg korrigiert. So fußt die Bewegung auf diesen drei fundamentalen Grundsätzen: Erkenntnis des Volkswertes, Solidarität des eigenen Blutes, Erkenntnis des Wertes der Persönlichkeit. Unsere Bewegung ist die Predigerin der Kampfansage gegen die, welche diese Solidarität brechen. Sie ist nicht eine Allerweltsbewegung, sie sagt nicht: Seid umschlungen Millionen, sondern sie sagt: Solidarität zwischen unseren Volksgenossen. Diese Solidarität ist durch unser Blut gegeben. Die nationalsozialistische Bewegung weiß: Wenn unser Volk dieses Gut der Solidarität verliert, dann versteht der eine dèn anderen immer weniger, weil er sich immer mehr von den anderen innerlich entfremdet, da sich immer mehr fremde Elemente einmischen. Sie reden und verstehen sich nicht mehr. Es entsteht eine Kluft und diese Kluft läßt sich nicht mehr überbrücken. Unsere Lehre fußt auf der Bedeutung der Persönlichkeit; sie sagt: Volksherrschaft heißt, einem Volke *die* Herrschaft zu geben, die dieses Volk höher führt und ihm Nutzen bringt. Diesen hohen Nutzen bringen stets seine großen Meister. Nicht der kleine Idiot beglückt ein Volk, der heute kubistische und dadaistische Musik [*sic!*] macht, sondern seine großen Musiker: Mozart, Beethoven, Wagner, Weber usw. und dann all die kleinen. Nehmen Sie das alles weg, dann bleibt nichts übrig, was Millionen von Menschen beglückt. Du sitzst am Radio, du vergißt, daß das, was du hörst, von einzelnen Menschen einst komponiert und gedichtet worden ist. Aber das Radio wurde erfunden von einzelnen Menschen. Immer haben einzelne Personen der Welt die großen Werte gegeben. Edison! Unendliches hat *er* der Welt gegeben, und nicht die Millionen, die sich heute von seiner Glühlampe beleuchten lassen. Der Mensch, der die Glühlampe erfand, gab mehr als die 160 Millionen, die sich von der Glühlampe Licht geben lassen. Er ist zum Segen der Menschheit geworden. Die ganze Nation, eine Volksgemeinschaft, muß beseelt sein von dem grenzenlosen Stolz: Wir sind ein Volk, das große Männer besitzt. Um das wollen wir beten, daß wir sie auch in Zukunft haben. Achtet und ehrt diese großen Männer; denn ein Volk, das dies nicht tut, erhält keine großen Männer mehr.

Meine lieben Freunde! Als einst in den Novembertagen 1918 die deutsche Republik in die Gegenwart hineinschritt und ihre große Vergangenheit von den Postamenten zu stürzen begann, da hat sie nicht die großen Männer an sich zu beseitigen vermocht. Wenn heute ein Kommunist hergeht und sagt: Das Monument Friedrichs des Großen muß gestürzt werden, dann wird die Nachwelt nicht sagen: Friedrich der Große existierte nicht. Das ist ein anderer Mensch, es ist der Xaver Pimpelhuber, der sagte: Als

dem Großen Friedrich ein Monument gesetzt wurde, da habe ich das Monument gestürzt. Folglich bin ich noch größer als der Große Friedrich. Er ist es aber nicht. Die Kritik hat die Axt angelegt an die Großen der Vergangenheit. Allein, wenn ein Stand Angst besitzt vor den Großen der Vergangenheit, dann ist es ein Beweis, daß er keine großen Männer besitzt. Diese Republik bestünde nicht, wenn sie nicht die großen Männer der Vergangenheit gehabt hätte. Es gab verschiedene Friedriche: Friedrich Barbarossa, Friedrich der Große, Friedrich Ebert [7], nur, um aus jeder Zeit einen Friedrich zu nennen. Die Zeiten großer Männer waren die großen Zeiten des Volkes. Heute gibt es keine großen Männer, dafür aber zahllose kleine, die die Angst haben, an der Größe der Vergangenheit gemessen zu werden, und deshalb die Denkmäler umstürzen. Sie vergessen, daß die Weltgeschichte nicht den Maßstab an Erz und Stein legt, sondern an die ewigen Werte. Die nationalsozialistische Bewegung steht auf dem Boden der Verehrung; diese Sehnsucht hat unserem Volke eine Entwicklung gegeben, die es befähigt, große Männer zu erzeugen. Aus dieser Verehrung der Großen leitet sie ab ihre grenzenlose Hingabe und ihre Liebe zu jedem einzelnen Volksgenossen, weil wir durchdrungen sind von der Überzeugung: Jedes Mädchen, das heranreift, und jeder Knabe, der zum Manne wird, er weiß nicht, was sein Dasein einst der Welt gibt. Kein Mädchen weiß, ob es nicht dereinst als Weib unter seinem Herzen einen Großen birgt. Oder kein Knabe weiß, ob er einst als Mann einen Großen erzeugen wird. Deshalb betrachten wir jeden einzelnen Volksgenossen als eine Keimzelle, aus der einst etwas Großes entstehen kann. Von dieser Keimzelle hat diese Empfindung überzugehen auf den Gesamtaufbau des Staates. An die Stelle der unverantwortlichen Majorität tritt nun die Verantwortlichkeit der Person. Das dritte, worauf unsere Bewegung fußt, das ist die Erkenntnis, daß ohne Ringen und ohne Kampf auf der Welt nichts ist. Die nationalsoz[*ialistische*] Bewegung ist eine Kampfbewegung, sie sucht das ganze Volk mit allen Mitteln zu diesem Kampfe zu erziehen, getreu nach dem Schiller'schen Worte: "Setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!" Diesen 3 Grundanschauungen steht gegenüber der Internationalismus, mit dem unsere Bewegung nichts zu tun hat. *An seine Stelle setzt sie die Blutsgemeinschaft. An die Stelle der Demokratie die Persönlichkeit und anstelle des Pazifismus den heiligen Glauben an die Notwendigkeit des Kampfes. Sie erkennt, daß alles gebunden ist an die Einheit des Volkstums.* Die beiden Begriffe: National und sozial, die heute die Welt trennen und zerreißen, die werden von unserer Bewegung auf ihren Inhalt erforscht. Sie stellt damit fest: *Sozial im höchsten Sinne des Wortes ist nichts anderes als die Sorge für sein Volk und national ist nichts anderes als die Liebe zu seinem Volk.* Aus der Sorge erwächst die Liebe und aus der Liebe die Sorge, beide sind eins. Damit beginnt die Bewegung, in die heutige Welt einzugreifen und das Trennende zu beseitigen. Wir sind die Bewegung des Nationalen, d. h. der grenzenlosen Hingabe an das Volk. Wir haben nichts zu tun mit dem Hurra-Schreien einer vergangenen Monarchie, nichts zu tun mit dem Herunterleiern von Liedern, son-

7 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Feb. 1919 bis Feb. 1925 Reichspräsident.

dern unsere nationalsozialistische Bewegung ist nichts weiter als die Erkenntnis der Größe des Volkes und die Umsetzung dieser Erkenntnis in Liebe zum Volke. Wir sehen das Volk vor uns und erkennen, daß dieses Volk eine *Gesamtheit* darstellt. Nicht wenn ich für einen Stand eintrete, bin ich Nationalist, ich bin es nur ganz, wenn ich für das ganze Volk eintrete. Nicht die Größe einer Klasse und eines Standes, sondern die Größe des ganzen Volkes ist ausschlaggebend für uns. Unsere Bewegung ist daher die Vertretung aller Stände und Berufsklassen. Über allem steht das gemeinsame Interesse, die gemeinsame Notwendigkeit und die Sorge auch für den Letzten unserer Volksgenossen, von denen jeder gleiche Pflichten, aber auch gleiche Rechte hat. Sie sagt den Kampf an den heutigen Lagern von rechts und links. *In unserem Lager ist nicht das Bürgertum, und nicht das Proletariat, in unserem Lager ist Deutschland.* (Heilrufe) Der Nationalsozialist kennt keine Stände, kennt keine Klassen, er kennt nur das ewig Lebendige. Die Masse gesundet nie, wenn nicht die breiteste Schicht als Urquell aller Kraft erhalten wird. Sozialismus ist lediglich die Erkenntnis alles dessen, was aus der Volksschicht an Großem einmal von unten her emporgestiegen ist. Diese breite Schicht der Masse muß gesund erhalten werden, und das Volk, das den gesündesten Bauern und den gesündesten Arbeiter besitzt, wird zum Herrn der Welt emporsteigen. Wir glauben dies nicht aus blinder, fanatisch-ideologischer Überzeugung heraus, sondern aus der Überzeugung, daß das Gute wurzelt in der breiten Masse. Wir lehnen damit alles ab, was gefährlich erscheint, diesen Glauben zu untergraben. Wir *können uns* nicht zu denen rechnen, die sagen: Wir sind ja auch Nationale, wir müssen aber einen Unterschied ziehen: Die breite Masse hat doch nicht den Wert wie die obere Schicht. Das ist nicht zu verkennen. Es ist notwendig zu erkennen, daß beide Schichten nur Hand in Hand zu gehen vermögen. Die Bewegung erkennt, daß der Wert eines Volkes ein allgemeiner ist, herausgewachsen aus dem gleichen Blute. Die Bewegung will dafür sorgen, daß dieser Wert erhalten bleibt. Ein Mensch, der in seiner Erziehung vernachlässigt ist, bringt es fertig, eine Schicht gegen die andere auszuspielen und damit sein Volk zu verraten. Wenn heute jemand aus der bürgerlichen Partei zu mir sagt: Die breite Masse hat keinen nationalen Stolz, dann frage ich das Bürgertum: Was habt ihr denn getan, um dieser breiten Masse das Vaterland mehr sein zu lassen als eine Arbeitsstätte. Wenn mir einer entgegnet: Sie wollen ja gar kein Vaterland, so sage ich: Nein, mein lieber Bürger, wenn du dein Kind nicht erziehen würdest, wenn du nicht zu ihm sagen würdest: Du gehst in die Schule! Du lernst die Musik! Du nimmst teil an dem und dem Unterricht! So würde das Kind von sich selbst keine Schule besuchen und nichts von allem Schönen, Wahren und Guten hören. So muß auch die breite Masse erzogen werden. Und so sammelt sich wie im Kinde auch im Volke ein allgemeiner Begriff an, den wir als Vaterland und Volkstum bezeichnen. Die ganze Entwicklung und Größe eines Volkes besitzst du in deiner Geschichte, und wenn du es nicht fertig bringst, diese Erkenntnisse, Begriffe und Gefühle auf dein Volk zu übertragen, dann wundere dich nicht, wenn der kleine Mann sagt: *wo ich mein Brot verdiene, da ist mein Vaterland. Du hast es nicht fertig gebracht, aus der Brotstelle mehr zu machen als einen Verdienstort. An dem Tage aber, an dem du es fertig bringen wirst, daß dieser Brotverdiener, Arbeiter genannt, deutscher Bürger wird, an dem*

Tage wirst du es erleben, daß aus ihm heraus die Kraft kommt, und der Strom, den unser Volk braucht, nicht um kleine Tagesfragen zu lösen, sondern um die große Tagesfrage seines Lebens zu erfüllen. Dann wird das Volk heraustreten auf die große irdische Walstatt, aber nicht mehr mit dem Rufe wie früher, Thron und Altar, Kaiser und Reich, sondern mit dem Urschrei:

Freiheit und Brot!

(reicher, nicht endenwollender Beifall.)

3. Juli 1927 Dok. 153
"Wesen und Ziele des Nationalsozialismus" [1] Rede auf Gauparteitag der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) [2] in Freilassing [3]

VB vom 6.7.1927, "Adolf Hitler auf der Tagung der Nationalsozialisten Deutsch-Österreichs" [4].

Der Marxismus ist das in letzte Form gebrachte Gift unserer Zeit, das allmählich die gesamte heutige Welt erfaßt und auch bei unseren "Bürgerlichen" zu finden ist. Dieses Gift ist die Ursache des allgemeinen Niedergangs und wird ausgedrückt durch die drei Erscheinungen: *Ersatz des Rassegedankens durch Internationalismus, des Persönlichkeitsgedankens durch Demokratie, des Kampfes in jeder Form durch Pazifismus.*

Die Ablehnung des Rassegedankens steht in engem Zusammenhang mit dem Klassengedanken. Ziel des Marxismus ist die Erringung der Herrschaft im Staat durch das Proletariat, also Ablösung der bisherigen bürgerlichen Klassenherrschaft durch eine neue Klassenherrschaft. Allerdings unterscheidet sich diese neue Klassenherrschaft von der bisherigen in einem: *das Proletariat besitzt nur wenig geistige Führer, die der eigenen Rasse angehören.* Damit wird gleichzeitig mit seiner Herrschaft die Macht in die Hände der jüdischen Führung des Proletariats übergeleitet; das Judentum ergreift die Macht.

Der Gedanke der Klassenherrschaft soll von uns überwunden werden aus der Erkenntnis heraus, *daß der Wert des Menschen nicht in seiner Klasse liegt, sondern im Blute steckt;* der Rassenbegriff ist daher in den Vordergrund zu stellen. Im kleinsten Fabrikarbeiter mag vielleicht der höchste Wert für die Nation im Keime liegen, denn auf Grund seiner Rasse vermag er einen Sohn zu erzeugen, der einst vielleicht zu den größten Genies seines Volkes zu rechnen ist. Die staatsbildenden, kulturbildenden Kräfte stecken im Blut, in der Rasse. Daher stehen wir auf dem Rassenstandpunkt und stellen den Arier in den Vordergrund, der seit Jahrtausenden der Kulturschöpfer ist.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 28.6.1927, "Aus der Bewegung".

2 Die 1918 aus der 1903 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei hervorgegangene Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in Österreich hatte sich im Mai 1926 in die NSDAP (Schulzgruppe) unter der Führung von Karl Schulz und die NSDAP (Hitler-Bewegung) gespalten, die sich Ende August 1926 unter der Führung von Landesleiter Friedrich Jankovic offiziell der NSDAP unterstellte. Daneben bestand der von dem ehemaligen DNSAP-Obmann Walter Riehl 1924 gegründete Deutschsoziale Verein, der sich 1930 der NSDAP (Hitler-Bewegung) anschloß. Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Österreich vgl. Pauley, Weg, S. 35 ff.; Carsten, Faschismus, S. 67 ff., 131 ff. Vgl. auch Dok. 10 und 21.

3 Im "Großgasthof zur Krone", vormittags. Die öffentliche Versammlung, die gegen 10.00 Uhr eröffnet wurde und an der laut Polizeibericht etwa 200 Personen teilnahmen, fand aufgrund des Einreiseverbots für Hitler in Österreich in Freilassing statt. Zur Tagesordnung vgl. VB vom 28.6.1927, "Aus der Bewegung".
Zuvor hatte um 8.00 Uhr eine Besprechung zwischen Hitler und den österreichischen Vertretern stattgefunden, in deren Mittelpunkt die Einigung der nationalsozialistischen Gruppen in Österreich und der ihnen angeschlossenen Jugendorganisationen stand. Hitler lehnte derartige Verhandlungen ab und forderte die vollständige Unterordnung unter seine Partei.

4 Vgl. auch Der Stürmer, Nr. 30 vom Juli 1927, "So spricht Adolf Hitler". Sowie Bericht der Polizeidirektion Wien vom 9.7.1927; Haus- , Hof- und StA Wien, Liasse Österreich 2/21, K 240. Lagebericht N/Nr. 58 der Polizeidirektion München vom 23.7.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Überall im Leben ist die Einzelperson das Schöpferische. Würden wir alles von der Welt nehmen, was wir Einzelpersonen verdanken, alle Kunstwerke, Dichtungen, Tondichtungen, Erfindungen, verschwände unsere Kultur, obwohl die Mehrheit der Menschen nach wie vor vorhanden ist. *Zeitalter der Entpersönlichung, des Herrschens des Majoritätsprinzips, also der Demokratie, sind Zeitalter des Niederganges.*

Der Kampf ist der Vater aller Dinge, *im Kampf erfolgt die Auslese des Besten*, ohne Kampf erstickt die Welt im Überwuchern des Mittelmäßigen und Schlechten. *Imperialismus ist der Kampf um das Dasein der Nation*, um das Bestehen jedes einzelnen derselben, zur Ermöglichung der Ernährung und der Vermehrung. *Wer den Kampf ablehnt, lehnt seine Zukunft ab.* Er ist nicht mehr Hammer, sondern Amboß. Wer weder Amboß noch Hammer sein will und glaubt dazwischen stehen zu können, wird zwischen Hammer und Amboß zermalmt. Die heute herrschende Weltanschauung, deren Sturmtrupp nur der Marxismus ist, ist entgegengesetzt der Weltanschauung der natürlichen Kräfte der Entwicklung.

Letztere Weltanschauung vertritt die N.S.D.A.P. im Gegensatz zu allen anderen politischen Richtungen der Nation. Wenn gesagt würde, die N.S.D.A.P. solle sich verbinden mit ihr ähnlichen Richtungen, so ist zu erwidern, daß es diese eben nicht gibt! Einsichtsvolle Einzelmenschen, die die Schäden der Zeit u[*nd*] die verhängnisvolle politische Entwicklung erkannten, *waren in den Friedens- und Kriegsjahren vor 1918 genug vorhanden, aber sie erschöpften sich in negativer Kritik,* ohne eine schlagfertige Organisation zu schaffen, die befähigt gewesen wäre, eine Wandlung in positiver Richtung herbeizuführen.

Auch der frühere Nationalsozialismus, wie er vor der Gründung der N.S.D.A.P. in unserem Nachbarstaate sich entwickelte, war eine mehr oder weniger marxistische Erscheinung, die sich im Grundsätzlichen vom Marxismus nicht unterschied, nur etwas nationaler als dieser war. Er pflegte das Majoritätsprinzip in den eigenen Reihen, vertrat den Standpunkt, daß Weltgeschichte durch Majoritäten gemacht werde und erkannte nicht die Bedeutung des Kampfes, besonders für die eigene Entwicklung.

Die N.S.D.A.P. sieht im Marxismus ein Krebsgeschwür, für dessen Heilung als Voraussetzung notwendig ist, das Erkennen seines Erregers und dessen Bekämpfung.

Wir sind Sozialisten, weil wir wissen, daß Grundwerte in allen Klassen unseres Volkes schlummern. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit, daß der Stand der Handarbeiter gehoben werden muß, nicht aus Sentimentalität heraus oder aus der Angst, daß dieser Stand sich sonst aufbäumt und revolutionär wird, sondern weil es notwendig ist, weil wir wissen, daß in ihm wertvollste Kräfte unseres Volkes stecken, die sonst zugrunde gehen. Bestände die Handarbeiterschaft aus Negern, wären wir nicht Sozialisten, sondern verträten den Herrenstandpunkt. Ein Volk ist dann gesund, wenn ein dauerndes Nachfließen des Guten und Willensstarken von unten herauf erfolgt, die oberen Schichten ergänzt werden durch frisches Blut, auf daß nicht hohle, lebensfremde Geistigkeit oben herrsche, sondern die Geistigkeit durchsetzt ist von lebensvollen frischen Kräften, die in der breiten Masse ruhen.

Der Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Fähigkeit, noch die zur Lösung bestimmter Aufgaben notwendigen Köpfe hervorzubringen, Köpfe, die es zu seiner Selbsterhaltung braucht. Diese Köpfe wachsen aus der Not heraus.

Aus keinem Volk sind soviel große Geister erstanden, wie aus dem deutschen.

Wenn man auf der einen Seite das Persönlichkeitsprinzip vertritt, kann man nicht auf der anderen Seite in den eigenen Reihen die Abtötung der Persönlichkeit fördern durch das Vertreten des Majoritätsprinzips. *Die Majorität wird stets für den schwächeren Entschluß, meist auch für den dümmeren sich einsetzen.* Organisationen, die auf dem Majoritätsprinzip sich aufbauen, werden auf die Dauer den Organisationen gegenüber, die auf dem Persönlichkeitsprinzip fußen, unterliegen, sie hinken dem Weltgeschehen nach. Bezeichnend war auf dem militärischen Gebiet, *daß nach der russischen Revolution im Jahre 1917 die russischen Armeen, die nach Soldatenratsbeschlüssen geführt wurden, durch wenige deutsche Divisionen durch Sonne und Mond gejagt wurden,* während sie vor der Revolution noch beachtliche Gegner darstellten; die Menschen waren aber dieselben geblieben.

Volksherrschaft im höchsten Sinne ist eine Herrschaft, die dem Volke nutzt. Hierzu rechnen wir eine Herrschaft, in der die Besten aller Schichten ihre Persönlichkeit und ihre Fähigkeiten zum Vorteil des Ganzen auswirken können. Wir lehnen ab "das System der mißglückten Erstgeburt".

Notwendig ist eine ganz straffe Organisation, die das als richtig Erkannte in die Wirklichkeit umsetzt; das ist die N.S.D.A.P.

Die Grundsätze im Aufbau des Staates müssen auch in unserer Bewegung als dem Keim des kommenden Staates wirksam sein. Die neuen Ideen müssen in unserer Organisation in der lebendigsten Weise zum Ausdruck kommen. Die Gegner des Deutschtums haben die hierin ruhende Gefahr für sie auch klar erkannt. Sie fühlen, *daß die N.S.D.A.P. an sich eine Kampfansage gegen den heutigen Zustand bedeutet.* Nichts wurde darum bisher von ihnen so verfolgt als [*sic!*] die N.S.D.A.P.

Man ruft immer wieder nach der Einigung der völkischen Bewegung. Aber über die Wege zu dieser Einigung gehen die Meinungen auseinander. Nach dem 30jährigen Krieg zerfiel Deutschland. Eine Anzahl von Menschen erkannte die Schädlichkeit dieses Zustandes. Zwei deutsche Staaten gingen schließlich daran, die deutsche Frage zu lösen. Österreich versuchte, fortgesetzt auf dem Wege von Übereinkünften und Kompromissen eine Staaten-Konföderation zur Herbeiführung der Einigkeit zu bilden. *Preußen ging einen anderen Weg, und dieser Weg war der des kompromißlosen Kampfes, bis sich die schwächeren Staaten seiner Führung und seiner anerkannten Tüchtigkeit und Überlegenheit unterordneten und damit das einige deutsche Reich entstand*[5]*. Und den gleichen Weg muß*

5 Ergänzend berichtet "Der Stürmer": "Dasselbe können wir heute auch erleben. So glaubt Herr Dr. Riehl durch Bündnisse, zwischenstaatliche Kanzleien hochzukommen. Er hat sich auf eine rein mechanische Idee eingestellt. Ich bin nun ein Anhänger der weltanschaulichen Idee und lehne daher das Memorandum, das mir Herr Dr. Riehl zukommen ließ, mit aller Schärfe ab. *Für mich gibt es nur Kampf bis zur Kapitulation des Gegners.* (St[*ürmischer*] Beifall). Ich kenne keine faulen Kompromisse, mir kommt es auf den Inhalt an."
Hitler spielte damit auf das Bemühen Walter Riehls an, die zersplitterte nationalsozialistische Bewegung in Österreich wieder zu vereinen. Zur Person Walter Riehls, vgl. Brandstötter, Riehl.

die völkische Bewegung gehen. Der Weg heißt Kampf, bis alles Schwächere den Widerstand aufgibt und sich beim Stärkeren anschließt und einordnet. Gewiß mag dabei zum Schluß die Zahl der dort Zusammengeschlossenen kleiner sein, aber stärker ist der Inhalt.

Was Großes wurde in der Welt, hat sich im Kampf gegen Ähnliches durchsetzen müssen (Hitler verweist auf das Christentum und auf philosophische Lehren).

Auf die Zähigkeit des Durchhaltens kommt es an. Als einen der bemerkenswertesten Momente des Weltkrieges betrachtet Hitler den Ausspruch Clemenceaus 1914: "Ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris, ich schlage mich hinter Paris." Und ebenso schwerwiegend sei Englands Entschluß gewesen, trotz der ungeheuren Bedrängnis durch den U-Bootkrieg den Kampf fortzusetzen, koste es, was es wolle. Wie habe man sich dem gegenüber in Deutschland verhalten: man gab schwächliche Erklärungen über die Friedensbereitschaft ab. Friedrich der Große hielt durch im Siebenjährigen Krieg, trotzdem die Fehlschläge und Entbehrungen gewaltig waren. Das Volk, ja selbst sein eigener Bruder verzweifelten [*sic!*] am Erfolg. Zum Schluß brachen die Gegner doch zusammen. *Deutschland hat immer gesiegt, wenn es durchfocht, es unterlag, wenn es glaubte, den Krieg durch Kompromisse beenden zu können.*

Und ebenso verhält es sich mit der Bewegung in Österreich. Wenn sie durchhält, geht sie als Sieger hervor! Wir hätten nicht das Recht, an den Sieg unserer Ideen zu glauben, wenn wir nicht den Kampf zwischen "ähnlichen Gebilden" siegreich beenden könnten. In diesem Kampf handelt es sich nicht um die Person Adolf Hitlers, sondern um die N.S.D.A.P. und ihren ersten Vorsitzenden, als den Wahrer der Ideen, "und als dieser Wahrer bin ich starr wie totes Gestein".

Vielleicht hat das Schicksal uns nur bestimmt, die Rolle eines Friedrich Wilhelms I. zu übernehmen, d. h. die Grundlagen zu schaffen für einen später Kommenden. Wir bauen nicht für uns, sondern für die Zukunft. Was das Schicksal auch mit uns vorhabe, eines ist sicher, Geltung hat das Wort eines Großen: *"Daß wir leben, ist nicht notwendig, aber notwendig ist, daß wir unsere Pflicht tun!"* [6]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Am Nachmittag fand eine interne Führerbesprechung zwischen Hitler und Vertretern der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) statt. Vgl. Dok. 154.

3. Juli 1927 Dok. 154
Rede auf Führertagung der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) in Freilassing [1]

Bericht der Polizeidirektion Wien vom 9.7.1927; Haus-, Hof- und StA Wien, Liasse Österr. 2/21, K 240.

Hiebei lehnte Hitler insbesondere einen Antrag der Wiener nationalsozialistischen Führer, in Wien wieder eine Landesleitung der "Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)" für ganz Österreich einzusetzen, glattweg ab, indem er bemerkte, daß keiner der österreichischen Führer bis nun den Nachweis erbracht habe, für den Posten eines Landesführers der österreichischen Nationalsozialisten geeignet zu sein [2]. Er verfügte, daß einstweilen die *Partei*organisationen in den einzelnen Bundesländern direkt der *Partei*leitung in München unterstellt zu bleiben hätten und bemerkte hiezu noch, daß er auf Wien selbst keinerlei Hoffnungen setze, wogegen ihm eine intensive Propagandatätigkeit zur Wiederbelebung der nationalsozialistischen Bewegung in den übrigen Bundesländern aussichtsvoll und von Bedeutung erscheine. Dem Wunsche mehrerer österreichischer Nationalsozialisten, analog der jetzt bestehenden Parteiorganisation, die Organisation des "Vaterländischen Schutzbundes" [3] und der "Hitler-Jugend" in Österreich aufzulösen, beide Gruppen in gleicher Weise wie die Partei selbst länderweise zu organisieren und dann die einzelnen Landesorganisationen direkt der Münchner Leitung zu unterstellen, trug Hitler nicht Rechnung. [...] [4] Im übrigen richtete er an die österreichischen Nationalsozialisten die Aufforderung, die Tätigkeit des "Deutschsozialen Vereines" und seines Führers Dr. Walter Riehl [5] sowie die Bestrebungen der

---

1 Im "Großgasthof zur Krone", nachmittags. Die interne Führerbesprechung fand im Anschluß an den Gauparteitag der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) statt. Zur öffentlichen Versammlung am Vormittag vgl. Dok. 153.

2 Im April 1927 war Friedrich Jankovic, der im August 1926 von Hitler zum Führer der "NSDAP (Hitler-Bewegung), Landesleitung Österreich" ernannt worden war, von seinem Amt zurückgetreten. Seitdem blieb das Amt des Landesleiters unbesetzt, die österreichischen NSDAP-Gaue wurden direkt der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Pauley, Weg, S. 60 f. Sowie Dok. 21 und 101.

3 Der Vaterländische Schutzbund war 1923 als paramilitärische Organisation der österreichischen NSDAP aus der 1921 in Wien gegründeten "Ordnertruppe" hervorgegangen. Bei der Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten 1926 hatte sich der größte Teil des Schutzbundes auf die Seite Hitlers gestellt. Vgl. Pauley, Weg, S. 50 ff.

4 Folgt ergänzender Kommentar.

5 Walter Riehl (1881-1855), Rechtsanwalt, 1908 Dr. jur., 1908 Eintritt in die öster. DAP (1918 umbenannt in DNSAP), 1918-1920 stellv. Obmann und Geschäftsführer der DNSAP, 1919-1921 MdL in Niederösterreich, 1920-1923 Leiter der "Zwischenstaatlichen Kanzlei" der deutschen Nationalsozialisten, 1920-1923 Obmann der DNSAP, 1923 Rücktritt von allen Ämtern, 1924 Parteiausschluß und Mitbegründer des "Deutschsozialen Vereins für Österreich", 1930 Eintritt in die NSDAP (Hitler-Bewegung), 1932 Mitglied des Wiener Gemeinderats, 1933 Parteiausschluß, 1938 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags.

Gruppe [6], welche dem von Josef Müller [7] herausgegebenen Wochenblatte "Der Volkskampf" nahe stehe, in keiner Weise zu unterstützen. [8]

7. Juli 1927 Dok. 155
Erklärung

VB vom 10./11.7.1927, "Die Hetzlüge des Wiener 'Abend'".

An den Verantwortlichen Schriftleiter des "Abend" Herrn Dr. Klausner [1]

Auf Grund des § 23 des Bundesgesetzes vom 7. April 1922, BGBl. Nr. 218, über die Presse verlange ich die Veröffentlichung der nachstehenden Berichtigung zu dem in der Nr. 152 des 13. Jahrgangs vom 5. Juli 1927 des "Abend" unter der Überschrift: "Hitler läßt italienische Waffen in Österreich verteilen" gebrachten Aufsatzes [*sic!*], und zwar ohne Einschaltungen und Weglassungen, in der ersten oder zweiten nach dem Einlangen dieser Berichtigung erscheinenden Nummer, in demselben Teil der Zeitung und in der gleichen Schrift wie die zu berichtigende Mitteilung:

1. Es ist unwahr, daß ich gesagt hätte: "Ich stehe mit Mussolini derzeit auf einer gemeinsamen Linie, die sich gegen Frankreich richtet, und habe nicht die Absicht, mich wegen der 250.000 Südtiroler mit ihm zu verfeinden. Mussolini hat versprochen, mich mit Waffen zu unterstützen. Es gibt keine Südtiroler Gefahr; - das sind nur Machenschaften der jüdischen Presse. Den Deutschen geht es in Südtirol ganz gut, wenn sie sich nur entsprechend benehmen."

Wahr ist vielmehr, daß ich weder obige Sätze noch etwas Ähnliches gesagt habe [2].

2. Unwahr ist weiter die in der Überschrift Ihres Aufsatzes enthaltene Behauptung: "Hitler läßt italienische Waffen in Österreich verteilen".

Wahr ist vielmehr, daß ich in Österreich weder italienische Waffen verteilen lasse, noch je verteilen ließ.

---

6 Gemeint ist die NSDAP (Schulzgruppe).

7 Josef Müller (geb. 1898), Mitherausgeber und Chefredakteur der "Deutschen Arbeiter-Presse", dem Organ der öster. NSDAP (Schulzgruppe), 1927 Herausgeber des in Wien erscheinenden "Volkskampfs", 1938 Schriftleiter der "Volkszeitung" in Wien.

8 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf.

1 Siegfried Klausner (1881-1951), Dr. jur., Rechtsanwalt und Journalist, 1910 Redakteur der "Zeit", 1918 Redakteur, 1925-1936 Chefredakteur der Boulevardzeitung "Der Abend" (später: "Telegraph") in Wien, 1936 Emigration.

2 Vgl. jedoch die Äußerungen Hitlers in seiner Schrift "Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem", München 1926, Vorwort und S. 30 ff. (Bd. I, Dok. 100). Sowie seine Rede vom 30.3.1927 (Dok. 94). Zur Stellung Hitlers vgl. Klaus Weiß, Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitik im Jahre 1928, Wien 1989, S. 268 ff.

3. Es ist unwahr, daß ich beschlossen hätte, "einen reichsdeutschen Hauptmann, namens Buchenschögg [3], einen schneidigen, altpreußischen Offizier nach Wien zu entsenden".

Wahr ist vielmehr, daß mir ein Hauptmann dieses Namens nicht bekannt ist. Wahr ist, daß ich überhaupt keinen reichsdeutschen, noch sonstigen Offizier nach Wien entsandt habe.

München, 7. Juli 1927

Adolf Hitler

26. Juli 1927 Dok. 156
"Gau Ostpreußen"
Anordnung

VB vom 28.7.1927, "Bekanntmachung".

Mit sofortiger Wirksamkeit werden bis auf weiteres alle O[*rts*]-Gr[*uppen*] und Einzelmitglieder des Gaues Ostpreußen der Reichsleitung unterstellt und haben mit dieser sofort in Verbindung zu treten.

Anschrift: *Hauptgeschäftsstelle der N.S.D.A.P., München 13, Schellingstraße 50, Postscheck-Konto 23 319.*

Es ist einzusenden:

1. Namentliche Mitgliederliste mit Anschriften, Mitglieds-Nr. und Hervorheben des Vorstandes.
2. Namentliches Verzeichnis mit Anschrift jener, von denen Aufnahme-Erklärungen mit Gebühr dem Gau eingesandt, denen aber noch keine Mitgliedskarte ausgehändigt wurde.
3. Nachweisung der seit 1.1.1927 eingenommenen Beiträge und der hiervon an den Gau gezahlten Beitragsanteile, und
4. Anforderung von Delegierten-Karten zum Parteitag in Nürnberg am 20. und 21.8.1927 unter gleichzeitiger Einzahlung von je M. 3.- (s. Aufruf Delegierten-Karten).

München, 26. Juli 1927

Adolf Hitler

(Von allen Parteiblättern abzudrucken.)

3 Nicht ermittelt.

26. Juli 1927 — Dok. 157
"Gau Pommern"
Anordnung

VB vom 28.7.1927, "Bekanntmachung".

Die im "Völkischen Beobacher" Nr. 94 vom 26.4.1927 bekanntgegebene Beurlaubung des Pg. Herrn Professor Vahlen als Gauleiter von Pommern mit [*Wirkung vom*] 31.7.1927 [1], sowie dessen Stellvertretung für diese Zeit durch Pg. Herrn von Corswant in Cuntzow wird bis zum Parteitag am 20.8.1927 verlängert.

München, den 26. Juli 1927

Adolf Hitler

29. Juli 1927 — Dok. 158
Anordnung

VB vom 3.8.1927, "Aus der Bewegung".

Kaufmann Franz *Abel* [1], zuletzt in Eutin in Schleswig-Holstein, jetzt unbekannten Aufenthalts, wird auf Grund des § 4, Abs. 2 a der Satzung vom 22.5.1926 [2] hiemit aus [*der*] N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

München, den 29. Juli 1927

gez. *Adolf Hitler*

1 Nach eigenen Aussagen war Theodor Vahlen aufgrund seiner Dienstentlassung von der Universität Greifswald als Gauleiter zurückgetreten. Vgl. Lebenslauf Vahlens vom 12.8.1937 (IfZ, Fa 223/92).

1 Franz Abel (geb. 1892), Kaufmann, 1925-1927 Führer der NSDAP-Ortsgruppe Eutin, 1927 Parteiausschluß wegen persönlicher Verfehlungen. Vgl. auch Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 48 f.

2 § 4 Abs. 2a: "Mitglieder werden ausgeschlossen: a) die ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen nach erfolgter Aufnahme solche bekannt werden". Vgl. Bd. I, Dok. 146.

30. Juli 1927 Dok. 159
Rede auf Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. in München [1]

Masch. Aufzeichnung [2] mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26-81/82 [3].

Hitler: Meine lieben Parteigenossen und -genossinnen! Ich habe Ihnen mit Absicht den Kassenbericht [4] unseres Schatzmeisters in solch eingehender Klarheit und Deutlichkeit verlesen lassen, damit Sie sich einerseits ein Bild machen von dem, was bisher geleistet wurde, und anderseits auch ein Bild von dem, was in Zukunft noch geleistet werden muß, und damit Sie besonders sehen, wie schwer es war, ist und sein wird, aus der Ära der vollkommenen Desorganisation im Jahre 1924 die Bewegung über das Jahr 1925 hinweg wieder herauszuheben zu jener unbedingt disziplinierten Erscheinung, wie sie uns allen vorschwebt, wie sie werden muß und auch wird. Ich habe [*ihn*] Ihnen mit Absicht vorlegen lassen, wie zu Beginn der neuen Gründung dieser Bewegung die Verpflichtungen so schlecht allseits eingelöst wurden und wie dann langsam aber sicher sich

---

1 Im Bürgerbräukeller, von 20.00 bis 23.10 (laut Polizeibericht: von 20.30 bis 23.30) Uhr. An der Generalmitgliederversammlung, die von Gregor Straßer geleitet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 1.400 Personen teil; der Eintrittspreis betrug 30 Pfennig. Zur Tagesordnung vgl. Ankündigung im VB vom 28.7. und 29.7.1927.
Nach Eröffnung und Begrüßung der Teilnehmer durch Gregor Straßer gab Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz den Kassenbericht für das Jahr 1926/1927 bekannt. Anschließend folgte der Rechenschaftsbericht Hitlers.

2 Kopf: "Niederschrift über die Generalversammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins vom 30. Juli 1927 abends 8 Uhr in München, Bürgerbräukeller".

3 Gekürzte Fassung: VB vom 1./2.8.1927, "Die Generalmitgliederversammlung der N.S.D.A.P.". Vgl. auch PND-Bericht Nr. 583, o. D.; BayHStA, MInn 81577.

4 Die Ausführungen von Schwarz sind in der Niederschrift nicht enthalten. Der VB-Bericht macht hierzu folgende Angaben: "Darnach [*sic!*] betragen die Einnahmen für das Rechnungsjahr 1926 aus Beiträgen insgesamt 68.997 M. Aus anderen Fonds wie Baufond, Propaganda, öffentlichen Versammlungen, Abzeichen zusammen rund 10.000 M., aus dem Parteitag 12.000 M., insgesamt am 31. Dezember 1926: 114.582 M. Die Gesamtausgaben betragen 114.048 M., so daß am 31. Dez. 1926 ein Kassenbestand von 534 M. vorhanden war. Die Summe der Außenstände beträgt 35.222 M., darunter an Beiträgen 34.000 M. 114 Ortsgruppen, das sind über 91 Prozent, haben ihre Beitragsverpflichtung eingelöst, davon 43 regelmäßig pünktlich monatlich abgerechnet und dadurch die Reichsleitung kräftig unterstützt. Heute kommen von 25 Gauen 21 ihren Verpflichtungen regelmäßig nach. Besonders bildet die *Ortsgruppe München* eine Hauptstütze der Zentrale, die allein an Beiträgen über 13.000 M., an freiwilligen Spenden für den Baufond fast 11.000 M. aufgebracht hat (Heilrufe). Der Redner dankt allen Ortsgruppen und Gauleitungen herzlichst, besonders jenen Münchener Parteigenossen, die sich zu Beginn des Jahres 1926 zu einer *Opfergemeinschaft* zusammengeschlossen und auf diese Weise die Zentrale kräftig unterstützt haben. Der *2. Umbau* der Geschäftsstelle wurde mit dem heutigen Tag vollständig beendet, er wird sich einschließlich Wohnungsablösung auf ca. 15.000 M. belaufen, wovon bis heute fast 7.000 M. aufgewendet wurden. Das Rechnungshalbjahr 1927 schließt ab in Einnahmen mit 104.508 M., in Ausgaben mit 100.715 M., also einem Kassenbestand von 3.793 Mark. Der *Mitgliederstand* hat sich seit der letzten Generalversammlung im vorigen Jahre *um das Doppelte erhöht und hat den Stand von 1923 überholt.* (Stürmischer Beifall.) Die Zahl der neuen Zugänge belief sich seit Juli 1926 [*auf*] monatlich durchschnittlich 2-300 Mitglieder. Der größte Teil von den im Jahre 1926 abgemeldeten Mitgliedern ist im ersten Halbjahr 1927 zur Wiederaufnahme gelangt."

immer mehr die Verhältnisse gebessert haben, so daß wir heute soweit sind, daß praktisch genommen von 25 Gauen 20 bereits eine vollkommen saubere und geordnete Finanzverwaltung besitzen. Aus dem Bericht können Sie die sichere Gewißheit entnehmen, daß diese Gesundung noch nicht zum Abschluß gekommen ist, sondern in den nächsten Jahren diese Entwicklung noch weitergehen wird, so daß wir hoffen dürfen, Ihnen bei der nächsten Generalversammlung über das Jahr 1927/28 mitteilen zu können, daß unsere Bewegung auch in ihrer innerorganisatorischen Tätigkeit und in ihrer ganzen inneren Rechnungsführung, in der Sauberkeit ihrer gesamten Verwaltung weitaus an der Spitze aller Bewegungen in Deutschland steht. Das muß das Ziel sein. Die ersten 6 Monate dieses Rechnungsjahres zeigen ja schon, daß wir in diesem Zeitraum dieselben Einnahmen haben wie im vergangenen Jahr die ganzen 12 Monate hindurch. Hier wird noch eine weitere Steigerung eintreten, und ich bin überzeugt, daß, genau so wie bei den Mitgliedern ein Zuwachs von 100 % zu verzeichnen ist, auch die Einnahmen von Jahr zu Jahr um 100 % steigen werden. Damit hätten wir also in der Sauberkeit unserer Verwaltung, ausgehend von der Zentrale, große Fortschritte gemacht. Ich kenne die anderen Parteien genau und weiß, wie dort frisiert wird und wie erbärmlich die Verhältnisse dort tatsächlich sind. Die rund 120.000 M., die Sie heute als das Einnahmenergebnis des vergangenen Jahres sehen, sind zusammengebracht aus den Pfennigen, Groschen und Mark unserer Mitglieder, und nicht wie bei anderen großen Parteien das Ergebnis einer Anzahl Spenden. Sie sind das Ergebnis von 10-Pf.-Beiträgen an die Zentrale und einiger weniger Spenden, die zum größten Teil die Ortsgruppe München aufgebracht hat. Dabei dürfen Sie nicht vergessen, daß unsere Gaue sich in derselben Aufarbeit befinden, daß sie für sich wieder die gleichen Aufgaben zu lösen haben und daß das gleiche auch für die Ortsgruppen gilt, so daß dadurch die anscheinende finanzielle Lässigkeit ein ganz anderes Gesicht gewinnt. Wenn wir sehen, wie im Jahr 1925 die ganze Bewegung eigentlich aus dem Nichts heraus geschaffen wurde, da kein Fundament da war, wie langsam jetzt unter dieser Bewegung eine feste Plattform kommt, dann dürfen wir wohl hoffen, daß sich diese Festigung im nächsten Jahr noch weiter vertieft.

Ich möchte Ihnen jetzt keinen trockenen Rechenschaftsbericht geben; denn die Zahlen haben Sie ja schon gehört. Diese Zahlen sind notwendig deshalb, damit das einzelne Mitglied sieht, was getan werden muß und wie schwer es ist, dies zu leisten, und wie trotzdem sich die Bewegung von Jahr zu Jahr bessert. Was ich Ihnen hier sagen und zeigen will, soll ein Bild sein von der allgemeinen Entwicklung unserer Bewegung, ein Bild, das allerdings ganz anders sein wird als jenes, das Ihnen in 4 Wochen in Nürnberg[5] vorgeführt wird. Sie wissen ja, für uns ist die Generalmitgliederversammlung nichts anderes als die Erfüllung einer uns durch das Vereinsgesetz nun einmal aufgehalsten Verpflichtung. An sich ist unsere Bewegung ja aufgebaut entgegen dem demokratischen, d. h. in Wirklichkeit jüdischen Geist, der unsere gesamten öffentlichen Organisationen heute beherrscht, auf dem Standpunkt der Autorität der Persönlichkeit von oben bis unten, auf dem Standpunkt der Autorität des ersten Führers sowie der von ihm laufend nach unten eingesetzten Unterführer, so daß sich in unserer Bewegung eine stramme, straffe,

5 In Nürnberg fand vom 19. bis 21.8.1927 der 3. Reichsparteitag der NSDAP statt. Vgl. Dok. 161-168.

ich möchte fast sagen, Hierarchie findet, wie sie keine andere uns gegenüberstehende Bewegung überhaupt besitzt.

Das ist auch mit eine der wesentlichsten Aufgaben unserer Bewegung überhaupt. Die allgemeinen Schäden unserer Zeit, wir kennen sie im großen und ganzen. Sie liegen in drei Richtungen: 1. In der totalen Verkennung der Bedeutung der rassischen Werte, 2. in der Ableugnung des Wertes der Persönlichkeit und 3. in der allgemein pazifistischen Einstellung, also in der Verleugnung des Kampfgedankens. Diese drei Gesichtspunkte müssen überwunden werden, wenn Deutschland überhaupt noch einmal wieder erstehen will. Wenn heute jemand wünscht, daß Deutschland wieder aufersteht aus der heutigen Not, dann muß er sich klar sein, daß dieser Wiederaufstieg nicht hervorgebracht wird durch irgendwelche bessere parlamentarische Abstimmungen oder Wahlen, sondern dadurch, daß jeder einzelne Deutsche erzogen wird zur Erkenntnis der Bedeutung des Blutwertes, zur Achtung der Persönlichkeit und zur Überzeugung, daß ein Volk nicht emporgeführt werden kann durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern daß die Völker der Erde den Weg nach oben nur antreten, wenn sie Führer besitzen, und daß aber auch der Weg nach oben Kampf heißt und wieder Kampf, daß zum Emporsteigen also nicht die allgemein demokratisch-pazifistische Weltanschauung, die zur Zeit herrscht, gehört, sondern eine Änderung des Menschenmaterials an sich. Wir können aber nicht hoffen, daß diese Änderung stattfindet, wenn nicht die Bewegung, die eine solche Aufgabe sich zum Ziele setzt, in sich selbst das Vorbild einer solchen Änderung gibt, wenn eine solche Bewegung nicht in ihrer eigenen Struktur und Konstruktion und in ihrer eigenen Ideenwelt bereits das darstellt, was später einmal werden soll und mit was sie kämpfen will. Es genügt aber nicht, daß eine solche Bewegung in die Gegenwart hineingeht wie tausend andere auch und versucht, auf dem Wege der Stimmenzahl von Jahr zu Jahr ein paar Mandate mehr zu ergattern, im übrigen aber im gleichen Geleise fortzutrotten, das die anderen eingeschlagen haben, sondern es ist notwendig, daß eine solche Bewegung an sich selbst schon das trägt, was einmal werden soll. Wir müssen also in uns selbst diese 3 Grundsätze durchführen, nach ihnen leben und nach ihnen arbeiten, deren Nichtachtung ich vorhin als die Ursachen des Zusammenbruchs Deutschlands vorgezeichnet habe.

Da allerdings muß ich eines betonen. Der erste Grundsatz, nämlich die Bedeutung des Menschen an sich, seiner rassischen Werte, des völkischen Wertes an sich überhaupt, der allgemein völkische Gedanke, soweit es sich um blutmäßige Belange handelt, ist auch im Jahre 1924 in der völkischen Bewegung vorhanden gewesen. Allein die zwei anderen Gesichtspunkte wurden außer acht gelassen. Es wurde außer acht gelassen das Prinzip der Persönlichkeit. Die völkische Bewegung hat sich im Jahr 1924 selber desorganisiert deshalb, weil sie selbst dazu übergegangen ist, Majoritätsbestimmungen über Probleme herbeizuführen, die niemals von Mehrheitsbestimmungen gelöst werden können, sondern eben nur durch Führer. Sie hat sich selbst außer Kraft gesetzt, da sie versuchte, naturgemäße Entwicklungen, die nur wir dem Kampf zu verdanken haben, durch Majoritätsbeschlüsse zu lösen. Damit hat sie selbst das Fundament zerstört, auf dem allein sie bestehen kann. Damit hat sie auch den Kampfgedanken geleugnet. Es hat dieselbe völkische Bewegung, die auf der einen Seite glaubt und hofft, daß Deutschland

dereinst nach erfolgreichem Ringen wieder seine Freiheit auf Erden erhalten wird, vergessen, daß ihr eigener Kampf auch nur ein Ringen sein kann. Sie hat vergessen, daß nicht nur das Reich nicht durch Völkerbundideen emporgeführt werden kann, sondern daß man auch die eigene Bewegung durch Bundesideen, durch Arbeitsgemeinschaft, durch künstlich zusammengekleisterte Gebilde nicht emporzubringen vermag, daß vielmehr der Kraftfaktor, der einmal in Deutschland eine politische maßgebende Änderung herbeiführen kann, selbst nur dem ewigen Kampf sein Dasein verdanken wird. Das hat die völkische Bewegung vergessen, und da setzte dann die Aufgabe der Nationalsozialistischen Bewegung im Jahre 1925 ein.

Als die nationalsozialistische Bewegung gegründet wurde, da waren zwei Dinge zunächst notwendig. Es mußten aus dem ganzen Wust von sich gegenseitig befehdenden, beschimpfenden und verleumdenden Gruppen usw. diejenigen Scharen von Menschen herausgezogen werden, die an sich innerlich bereit waren, dem alten Programm zu folgen, der alten Fahne zu folgen, und nur durch Mißverständnisse sich selbst gegenseitig entfremdet hatten. Man mußte sie nicht nur herausführen, sondern auch in eine fest organisierte Form bringen. Man mußte sie wieder disziplinieren, mußte ihnen wieder Führer vorsetzen, die zu befehlen hatten und nicht bei jeder Anordnung gebunden waren durch Beschlüsse irgendwelcher Majoritäten. Kurz, es mußte wieder zurückgegriffen werden auf die alte einstige Organisation, die auf dem Gebiete schon vorbildlich war. Es mußte wieder zur Geltung kommen der Standpunkt, daß die Bewegung sich erst ihren Führer wählt, der allein dann die Gauführer, Gruppen- und Bezirksführer bestimmt und von denen wieder die Bestätigung der Ortsgruppenleiter usw. abhängt. Kurz und gut, überall muß eine verantwortliche Person vorhanden sein und nicht eine Majorität, die kein Mensch fassen kann, überall wird die Person in den Mittelpunkt geführt. Diese Person bekommt die nötige Autorität nach unten, wird gedeckt und geschützt und hat dann allerdings auch die Verantwortung zu tragen gegenüber der nächst höheren Stelle. Diese Tätigkeit war unendlich schwer, und man kann wohl sagen, daß mancher Gauführer ihre Notwendigkeit nicht vollkommen begriffen hat. Erst langsam wurde allgemein verstanden, daß diese Art der Organisation die Voraussetzung für unser aller Größe ist, daß derjenige, der Vorsitzender, sagen wir Gauführer eines kleinen Vereins bleiben will, allerdings recht hat, wenn er sich gegen eine solche Organisation wendet, daß aber derjenige, der mitkämpfen will für die Freiheit seines Volkstums und schaffen will ein großes, mächtiges, starkes Reich, gezwungen ist, sich in diese Bahnen zu begeben aus dem einfachen Grund, weil allerdings der einzelne sich in den meisten Fällen leichter entschließt, nach oben die Verantwortung abzulehnen, allein in den seltensten Fällen bedenkt, daß das gleiche Recht sein Untergebener dann hat, daß der ihm gegenüber dann auch die Verantwortung abzulehnen vermag, daß so weniger [*sic!*] er einen Befehl von oben entgegennimmt, ebensowenig auch sein Untergebener einen Befehl entgegennehmen wird, und daß damit nach unten ein System zum Durchbruch kommt, das eines Tages mit der vollkommenen Auflösung überhaupt endet, was dem Juden heute nur angenehm sein könnte. Das Zweite, was sich in unserer jungen Bewegung durchsetzen mußte, war die Erkenntnis, daß nicht auf Tagungen und Kongressen, Weimarer Partei-

tagen[6] z. B., sie mögen scheinbar noch so schön aufgezogen sein, die Fragen der Entwicklung durch Beschlüsse gelöst werden, sondern daß auch hier die natürliche Kraftordnung entscheidet, der Stärkere sich durchringt und der Schwächere sich eingliedert. Bei diesem Ringen kommt mancher zu Fall. Allein aus diesem Ringen werden jene geboren, die fähig sind, die große Entscheidung herbeizuführen. Glauben Sie nicht, daß eine Bewegung, die rein aus den Versuchen friedlicher Verständigung in Deutschland herauswächst, jemals fähig ist, dem Sturm zu trotzen. Sie ist zu schwach dazu. Wenn in Deutschland eine Bewegung wirklich endgültig den Erfolg an ihre Fahne heften will, muß sie selbst aus dem Kampf herauswachsen. Nur dann wird sie fähig sein, einmal den Kampf nach außen wirklich in großem Umfang zu bestehen. Diese zwei Grundprinzipien waren, möchte ich fast sagen, die Schwestern, die in unserer Bewegung verankert werden mußten. Auf der einen Seite die Schaffung eines Führerstabes, der langsam wieder die Autorität in die Hand bekommen mußte, ein langsamer Prozeß, weil manches Mitglied und selbst mancher Führer das zunächst nicht begreifen konnte[*n*], und ander[*er*]seits, was mindestens genau so schwer war, der Bewegung die Härte einzuimpfen, daß sie nicht den Menschen zum Opfer fällt, die dauernd herumwandeln und ununterbrochen Vereinigungsprojekte in der Tasche mit sich tragen, den Juden, diesen ewigen Vereinigungsmachern, die immer, wenn sie zwei Verbände sehen, hinzutreten und ihnen sagen, warum schließt Ihr Euch nicht zusammen. Ich würde jederzeit bereit sein, Euch zu führen. Es gilt also, die Bewegung hart zu machen gegen solche Versuche und Menschen und stattdessen immer mehr den Gedanken einzuhämmern, das Ziel wird nur erreicht, wenn Ihr aus Euch selbst heraus die Hegemonie erkämpft und die anderen zwingt, daß sie mitmachen. Hier gilt der Grundsatz, wer nicht in unsere Reihen will, über den wird das Rad der Weltgeschichte hinwegrollen. Nicht aus Kompromissen wird neue Kraft erwachsen, sondern aus der natürlichen gesetzmäßigen Kraftordnung heraus.

Sie wissen, daß, als im Jahre 1925[7] die Bewegung in diesem Saale neu begann, kaum gegründet war, auch der Verrat begann, daß überall welche absplitterten, und kennen vor allem die Schwierigkeiten, auswärts Parteiorgane zu bilden. Sie wissen weiter, wie schwer es war, besonders den Hochsommer 1925 zu überdauern, als von allen Seiten erklärt wurde, die Bewegung geht kaputt, ist dem Untergang geweiht, muß sich auflösen. Die ganze Presse brachte nichts anderes als Mitteilungen darüber, daß die völkische Bewegung in voller Auflösung begriffen sei. Der geringste Kampf und Streit stand schon am nächsten Tag in den Neuesten Nachrichten[8]. Die kleinsten Skandale wurden gebracht. Sonst wußte man nichts mehr über die Bewegung zu melden. Man kannte die Bewegung überhaupt nicht mehr, und nur wenn der "tote Leichnam" von jemandem einen Stich erhielt, nahmen die Presseorgane davon Notiz und meldeten dann der breiten Öffentlichkeit, der Leichnam wurde soeben wieder gestochen, ein neuer Beweis, daß

6 Anspielung auf die von harten Auseinandersetzungen begleitete nationalsozialistische Vertretertagung in Weimar am 20.7.1924 und den sog. Einigungsparteitag vom 15. bis 17.8.1924 in Weimar, der mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands endete. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 103 ff., 118 ff.

7 Am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.

8 Gemeint sind die Münchner Neuesten Nachrichten.

er endgültig tot ist (Heiterkeit.). In dieser Zeit, da unsere äußere Tätigkeit recht wenig bekannt war, setzte aber um so mehr die innere Tätigkeit ein, die die breite Masse nicht zu beurteilen vermag, weil sie eine Tätigkeit ist, die im stillen geleistet wird, und die breite Masse dann nur am Ende des Jahres einige Ziffern darüber hören kann, wie heute von unserem Schatzmeister. Da glaubt dann mancher, das ist keine große Leistung, wenn man da 6 oder 8 Seiten Ziffern herunterliest usw. Die wenigsten bedenken, daß das der Extrakt ist einer einjährigen, mühseligen, ununterbrochenen Tätigkeit, die einen Mann 8, 10 und 12 Stunden im Tage fesselt, und dabei Voraussetzung ist für die Gesundung der Bewegung, weil sie eben auch hier grundsätzlich sauber sein muß. Diese ganze innere Arbeit, die Schaffung einer neuen Kartothek, dann im Hochsommer die Beziehung der damals noch sehr ärmlichen Geschäftsstelle [9] - wir hatten keine Räume und mußten die Geschäftsstelle erst ganz langsam aufbauen - wurde von den meisten gar nicht beachtet. Insbesonders die außerhalb Münchens befindlichen Parteigenossen haben nur hie und da Gelegenheit, Einblick in diese Arbeit zu bekommen. Dazu kam die Schwierigkeit der Auswahl der Führer. Ich muß hier offen erklären, daß es bei der Auswahl nur der Mitarbeit einiger anderer zu verdanken war, wenn überhaupt im Jahr 1925 schließlich Gau um Gau langsam besetzt werden konnte. Mancher Gau mußte erst dem blutigsten Kampf entrissen werden. Überall tobte noch der Bruderkrieg. Wir mußten Führer einsetzen, die wir im einzelnen gar nicht kannten. Wir waren angewiesen auf das Urteil und die Ratschläge Fremder. Es ließ sich nicht vermeiden, daß vielleicht sogar 10mal Mißgriffe vorkamen, und trotzdem mußte man sich sagen, lieber diese Mißgriffe noch eine Zeitlang ertragen, als vorzeitig ein Schwanken in die Bewegung hineinzubringen. Es war ein elend schweres Abwägen, welches das kleinere, welches das größere Übel sei. Wir mußten glücklich sein, wenn wir überhaupt wenigstens das kleinere Übel herausfanden und dieses wenigstens ergreifen konnten. Das Wesentlichste aber war die im Jahr 1925 einsetzende langsame Lethargie. Es ist der Presse damals tatsächlich gelungen, zum Teil die Überzeugung zu erwecken, daß die Bewegung in den letzten Zügen liegt, im Absterben begriffen ist. Sie müssen sich vorstellen, daß gerade das Jahr 1922/23 eine Zeit der höchsten Anspannung bedeutete, insbesondere hier in dieser Stadt, und daß naturgemäß immer nach höchster Anspannung eine Periode der Erschlaffung kommt und kommen muß. Und diese wurde klug ausgenützt. Dazu kam die sogen. wirtschaftliche Sanierung. Die Menschen waren glücklich, daß jetzt endlich die Zeit der wirtschaftlichen Not vorbei sein sollte und an ihre Stelle eine Zeit der Blüte und des Aufstiegs, der Kapitalsüberschwemmung in Deutschland treten sollte. Wir prophezeiten damals schon immer wieder das Gegenteil; man glaubte aber doch daran. Dazu kam dann noch ein Ereignis, das sogen. Redeverbot. Dieses Redeverbot hat uns, das wollen wir offen zugeben, in den ersten 6 oder 7 Monaten geschadet. Es hat geschadet in dem Augenblick, wo kleine Splittergruppen versuchten, die Bewegung zu sprengen. Es hat geschadet dadurch, daß mir in dem Augenblick, wo es notwendig gewesen wäre, diesen Leuten mit meiner ganzen Autorität entgegenzutreten, der Mund gebun-

9 Am 24.6.1925 war die Geschäftsstelle der NSDAP in der Schellingstraße 50 in München eröffnet worden. Sie befand sich zuvor im Eher-Verlag in der Thierschstraße 15. Vgl. VB vom 23.6.1925, "Aus der Bewegung".

den [*sic!*] war. Es hat geschadet insofern, als es die Leute geradezu ermutigte, ihre Tendenz weiter zu verfolgen. Sie konnten sich sagen, die Partei ist an sich verloren und besonders "er" kann nicht reden, er kann uns doch nicht entgegentreten. Und da bekamen die kleinsten Geister Mut, und Menschen, die früher immer zitterten und zaghaft auf die Rednerbühne hinaufgetreten waren, wurden zu wahren "Demosthenes" und spendeten von oben Weisheit, und ganz kleine Köpfe und Geister wurden auf einmal in der ganzen Presse gewürdigt, als Kronzeugen für den Verfall genannt zu werden, und waren glücklich. Und mancher meinte, wenn es mit der Bewegung so weitergeht, ist sie dem Verfall geweiht. Diese Zeit währte bis September 1925. Dann kam ein Ereignis, das Wandel brachte, das dümmste Ereignis, das unsere Gegner machen konnten, die bekannte Versammlung im Kreuzbräu [10]. Diese Versammlung bedeutete einen Wendepunkt. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Damals ist der Krug gebrochen. Da reckte sich die Bewegung und setzte scharf ein und da kam wieder der Glaube in die Mitglieder, die Bewegung ist nicht tot, sondern lebt.

Im Winter 1926/27 [11] hatte das Redeverbot seine Gefahr verloren, ja war direkt zum Propagandamittel geworden, zu einem Propagandamittel, das mitgeholfen hat, so manchen Streit zu beseitigen. Es hat mir auch zweitens die Arbeit, die in der Zentrale notwendig war, unendlich erleichtert; denn ich konnte immer sagen, wenn ich von irgendeiner Ortsgruppe angefordert wurde, liebe Freunde, jeden Tag komme ich gern; ich darf aber nicht reden, also nützt es nichts. Dadurch wurden die Leute erbost und verbittert. Jede Ortsgruppe war überzeugt, daß ich bei ihr reden würde, wenn ich könnte. Die Regierung ist schuld, die anderen Parteien sind schuld, daß ich nicht nach drüben kommen kann; ich würde gerne kommen und sprechen. (Heiterkeit.) Damit hat also das Redeverbot die gegenteilige Wirkung erreicht. Es ist vom Winter 1925/26 ab zur größten Propaganda geworden und ist es heute in Preußen erst recht wieder. Nun hat aber der Deutsche nur eine Stimme und kann nur an einem Orte reden und in der Woche auch nicht zehnmal, sondern nur zwei- oder dreimal. Wenn mir also auch im ganzen Reich die Redefreiheit gegeben ist, kann ich nur an ein paar Orten reden. Das Redeverbot war also eigentlich nur im Hochsommer 1925 von Schaden. Im Herbst kam dann, wie gesagt, der plötzliche Wandel. Die erste Generalmitgliederversammlung unserer Bewegung [12], die wir mit Absicht ziemlich lange hinausgezogen haben, weil wir auf ein Ergebnis hinweisen wollten, hat nun bewiesen, daß die Partei steht, daß sie wieder über geregelte Einnahmen verfügt, daß sie schon im vergangenen Jahre eine gewisse Basis hatte und einen bestimmten Stand von Mitgliedern. Sie hat auch gezeigt, daß sich die Partei in den Besitz einer tadellos organisierten Zentralstelle gesetzt hatte. Dann kam der Weimarer Parteitag [13], der zum erstenmal in aller Öffentlichkeit zeigte, daß die Bewegung wieder da ist und steht.

10 Am 17.9.1925 war eine Veranstaltung des Nationalsozialen Volksbundes im Münchner Kreuzbräu von der NSDAP gesprengt worden, auf der Friedrich Plümer zum Thema "Hitler-Esser und der völkische Gedanke. Eine Abrechnung" sprechen sollte. Vgl. Bd. I, Dok. 70.

11 VB: "Winter 1925/26".

12 Am 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 143-145.

13 Am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.

Ich komme nun zum Jahre 1926/27, über das ich Ihnen kurz Bericht erstatten will. Ich möchte dieses Jahr als das Jahr der Festigung der inneren Organisation bezeichnen. Es haben in diesem Jahre manche Mißgriffe des Jahres 1925 und manche damals notwendigen schnellen Schritte eine Korrektur erfahren; denn wir haben in diesem Jahre Gelegenheit gehabt, so manche Menschen gründlich kennen zu lernen. Es konnte mancher Wandel durchgeführt werden, und zugleich wurden im allgemeinen sämtliche Stellen in ihrer Autorität gefestigt. Nicht nur die Zentralen, sondern auch die Gauführer wurden in diesem Jahre beträchtlich in ihrer Autorität gestärkt und das ging herunter bis zu den Ortsgruppenführern. Die Bewegung hat sich in diesem Jahr vollkommen gefangen. Ich möchte dabei besonders auf ein paar Gaue hinweisen, die in diesem Jahre große Fortschritte gemacht haben. An der Spitze steht wohl der Gau Ruhr, auch Bayern, insbesondere Nordbayern. In München selbst wurde allmählich jener Stand erreicht, den wir im Herbst des Jahres 1922 [*sic!*] besaßen. Groß waren dann später auch zu Beginn dieses Jahres die Erfolge in Berlin. Wir sehen also, daß verschiedene Gaue voranschießen, während in anderen ebenfalls eine Festigung eintritt. Wir dürfen nicht vergessen, das Jahr 1925/26 war überall zunächst das Jahr der Liquidation von zahllosen Streitigkeiten. Die ganze Bewegung war im Jahre 1924 zerfressen und zersetzt. Es ist, das können wir sagen, gelungen, die Bewegung zu einer vollkommenen inneren Ordnung zu bringen. Nirgends mehr ein Streit von irgendwelcher Bedeutung. Das ist ein Erfolg, der selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen hat.

Parallel damit geht nicht nur der Ausbau der Gaue und das erfolgreiche Fortschreiten derselben, sondern auch die Verfolgung der Bewegung. Und wenn man an der Verfolgung einen Maßstab besitzt und erkennen will das Wachstum unserer Idee, Bewegung und Organisation, so müssen wir sagen, die fanatische, verbitterte, verbissene Verfolgung gerade im letzten Halbjahr zeigt, daß unsere Gegner in der Bewegung wieder eine Macht sehen, die sie scheuen. Diese Verfolgung hat Formen angenommen, die ebenso gesetzwidrig sind wie brutal. Sie wissen selbst, daß uns das vergangene Jahr bereits 6 Tote gekostet hat, abgesehen von zahllosen Verwundeten. Kaum ein Gau, der nicht von so und so vielen Überfällen zu melden hat, wo nicht die Terrorakte ganz ungeheuerlich anschwellen. Besonders aber überschreitet auch die behördliche Unterdrückung ohne jegliche gesetzliche Unterlagen jedes bisherige Maß. Wir können ruhig sagen, zu keiner Zeit, auch im alten sogenannten reaktionären Deutschland nicht, war die Verfolgung Andersdenkender so brutal und gesetzwidrig wie heute (Zuruf: Sehr richtig! - Beifall.), und zu keiner Zeit wurde mehr Mißbrauch mit der Amtsgewalt getrieben als heute. Allerdings waren auch zu keiner Zeit so kleine Vertreter der Amtsgewalt tätig wie heute. (Zurufe: Sehr richtig - Heiterkeit.) Das Ergebnis dieser Unterdrükkung ist ein unendliches stetiges Wachstum, das ich in seinem Endwert höher einschätzen möchte als die seinerzeitigen Gewinne des Jahres 1923. Eines, meine lieben Freunde, dürfen Sie mir glauben; wenn wir heute den Mitgliedsstand von 1923 wesentlich überschritten haben [14], so sind dabei außerdem nicht Mitglieder gegen Mitglieder gleich

14 Der Polizeibericht macht hierzu folgende Angaben: "Über den Mitgliederstand äußerte sich der Schatzmeister dahingehend, daß sich dieser seit der letzten Generalmitgliederversammlung um 100 % erhöht habe. Nachdem im vergangenen Jahre die Zahl der Mitglieder bei der Partei 36.300 betrug,

zu rechnen. Das Jahr 1923 hat uns vom Mai ab, ich möchte fast sagen, sogenannte Inflationsgewinne gebracht. (Zurufe: Sehr richtig!) Wer damals mit den äußeren Verhältnissen nicht zufrieden war oder irgendwie sich übervorteilt glaubte oder geschäftliche Spekulationen machte, die unglücklich ausgingen, der sagte sich, ich gehe auch zu diesen Menschen, ich lasse mich auch einschreiben. Man kannte ja die Bewegung eigentlich nicht, sondern kannte nur mich und sagte einfach, da gehe ich auch dazu. Man stellte sich vor, daß das die Bewegung ist, die eines Tages für alle Mitglieder die Zivilrechtsprozesse durchführen wird usw. Diese Leute sind, wie die Bewegung im Herbst 1923 unter Druck gesetzt wurde, schnell nach allen Seiten ausgewischt. Ich will nicht behaupten, daß das ein besonders wertvoller Zuwachs gewesen war. Es war das vielmehr in Wirklichkeit nur eine Belastung der Partei. Das ist heute gründlich anders geworden. Was in den Jahren 1925/26/27 zu uns gekommen ist, ist geprüft auf Herz und Nieren (Bravo-Rufe.) und kann nicht verglichen werden mit dem, was wir damals gehabt haben. Glauben Sie mir, was heute zu uns kommt, sagen wir in Berlin, im Ruhrgebiet oder in Sachsen oder Thüringen, ganz gleich wo, ist wirklich ein Menschenmaterial, zäh und verbissen, das in der Bewegung das letzte Heil sieht. Wir kennen das an der Stabilisierung der Mitgliedschaft, wobei ich allerdings betone, daß gerade die Leitung selbst rücksichtslos ausmerzt, was nicht zu uns hereingehört, und daß wir besonders rücksichtslos dafür sorgen, daß die Disziplin in der Bewegung um jeden Preis aufrecht erhalten bleibt. (Beifall.) Sie wissen selbst, daß wir vor kurzem erst gezwungen waren, in München gegen eine Abteilung einzuschreiten, die sich unserer Überzeugung nach nicht genügend gefügt hatte und deren Führer Extratouren machte [15]. Wir haben die Abteilung ausgeschlossen mit dem Ergebnis, daß von 50 Mann jetzt schon wieder ein großer Teil zurückgekehrt ist in der Einsicht, daß es so nicht geht. Auch die anderen Parteigenossen haben erkannt, daß wir keineswegs vom Zahlenfimmel ergriffen sind, daß wir nicht die Zahl anbeten als höchstes, sondern höher als die Zahl die Energie und die Disziplin schätzen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, lieber hat die Bewegung 70.000 Mitglieder, die absolut reagieren auf jede Anordnung der Leitung, als 300.000 oder 500.000, die sich aufführen wie der bekannte Hund, dem sein Herr ruhig rufen kann, der aber doch seine eigenen Wege geht. Das wollen wir nicht. Lieber den Kampf beizeiten als später Enttäuschungen. Dem ist es zuzuschreiben, daß wir uns auch entschlossen haben, unsere Mitglieder vor die Alternative zu stellen, entweder seid ihr Parteigenossen oder Mitglieder anderer analoger Verbände. Wir können nicht zwei Göttern zu gleicher Zeit dienen. Entweder dient auch ihr uns und unserer Bewegung oder ihr dient dem anderen Verbande. Gewiß, wir verlieren dadurch Menschen, aber doch nur Menschen, die der Bewegung nicht mit ganzer Seele angehören. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen sie gar nicht, in deren Herzen noch ein zweiter Verband Platz hat. Wir sind vorsichtige Wahrer unserer Bewegung und stehen auf dem Standpunkt, daß für jeden, der das Ziel erkannt

---

müßten nach Darstellung des Schatzmeisters der Partei über 70.000 eingeschriebene Mitglieder angehören. (Von 70.000 Mitgliedern kann nicht die Rede sein, sie beträgt höchstens 50.000.)" Zum Mitgliederstand vgl. auch Michael H. Kater, The Nazi Party. A social profile of members and leaders 1919-1945, Oxford 1983, Anhang: Tabelle 1.

15 Gemeint ist Edmund Heines, der am 25.5.1927 mit seiner SA-Abteilung nicht zu dem Generalappell der SA erschienen war und deshalb aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Vgl. Dok. 137.

hat, dieses Ziel das höchste sein muß, das es in Deutschland für ihn außer dem Herrgott gibt, und daß er für die Bewegung sich auch restlos einsetzen muß. Wir verlangen was von dem Manne, der von links, und von dem Manne, der von rechts kommt. Das hat auch im Anfang manchen betroffen und mancher meinte, warum so brutal sein; kann man denn nicht Ausnahmen gelten lassen! Warum soll ich diesen oder jenen Verband aufgeben! Ich möchte diesen nur entgegenhalten, wie wäre es, wenn die Leitung auch vielleicht 10 anderen Verbänden angehören würde?

In der Zeit des Wachstums wuchsen auch unsere propagandistischen Mittel. Sie werden alle gerecht sein und demnach zugeben, daß der Völkische Beobachter nicht schlechter geworden ist, sondern besser. (Lebhafter Beifall und Heilrufe.) Neben ihm ist eine ganze Reihe anderer Blätter entstanden, die ebenfalls unsere Ideen verfechten, und in der Zentrale selbst der Illustrierte Beobachter [16], der heute schon eine sehr schöne Auflage besitzt und ebenfalls zur propagandistischen Waffe geworden ist.

Als besonderen Erfolg möchte ich aber eines festhalten, nämlich das Ende der sogenannten völkischen Separation, besonders hier in Bayern. Es gibt keinen Zweifel mehr, daß der Ringkampf zwischen dem nationalen Volksbund [17] und der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei entschieden ist und daß der eine am Boden liegt und ausgezählt wurde. (Heiterkeit.) Man berichtet auch auswärts nichts mehr von dem verheerenden Kampfe innerhalb der völkischen Bewegung in München. Das hat also auch aufgehört und ist vollkommen tot. Allein nicht nur hier, sondern auch außerhalb ist dieser Ringkampf zum größten Teil schon entschieden. Er ist endgültig entschieden in Sachsen und Thüringen sowie in Württemberg, ja selbst in Berlin, denn dort hat unser Konkurrent nichts mehr als vielleicht ein Grüppchen von 80 oder 90 Köpfen [18], die unser nationaler Volksbund zur Zeit der höchsten Blüte insgesamt gezählt hat. (Heiterkeit.) Es sind hier besonders zwei erfreuliche Ereignisse festzustellen. Das eine ist der Entschluß einer Anzahl von Mitgliedern der deutsch-völkischen Freiheitspartei, der nationalsozialistischen Bewegung endgültig beizutreten, und der zweite der Entschluß des Führers [19] der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Württemberg, diese Bewegung aufzulösen und ebenfalls in unsere Partei über- und einzutreten [20]. (Bravorufe.) Sie wissen, was man uns von diesen Dingen immer erzählt hat. Man hat erklärt, das sind Komödien, die kennen wir. Auf dem Podium hat man einst Ehrenwörter gegeben und sie dann nicht gehalten. Ich habe immer darauf geschaut, daß unsere Bewegung niemals

16 Der "Illustrierte Beobachter" war von Max Amann und Heinrich Hoffmann gegründet worden und erschien von Juni 1926 bis 1945 im Franz-Eher-Verlag. Chefredakteur von 1926 bis 1932 war Hermann Esser.

17 Der Nationalsoziale Volksbund war im Mai 1925 von Anton Drexler, Mitbegründer und früherer Ehrenvorsitzender der NSDAP, zusammen mit mehreren Münchner Stadträten und Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks gegründet worden.

18 Gemeint ist Heinz Oskar Hauenstein und die von ihm gegründete Unabhängige Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Vgl. Dok. 45, 46 und 58.

19 Christian Mergenthaler (1884-1980), Gymnasialprofessor, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 MdR (NSDAP), Juli 1925 Gründer der NSDFB in Württemberg, 1924-1928 und 1929-1933 MdL in Württemberg (Völkisch-Sozialer Block, ab 1927 NSDAP), 1927 Übertritt zur NSDAP, 1932/33 Landtagspräsident, 1933-1945 Ministerpräsident und Kultusminister in Württemberg.

20 Vgl. Dok. 145.

in eine solche Lage kommen wird, und sie ist auch nicht eingetreten. Wir können sagen, die Assimilationskraft unserer Bewegung ist ungeheuer. Was bisher gekommen ist, ist in ganz kurzer Zeit so verarbeitet worden, daß man nach kaum 6 Monaten keine Naht mehr erkennen konnte. Alle waren Nationalsozialisten wie die anderen auch.

Weiter ist noch bemerkenswert die schon erwähnte Befestigung der Stellung unserer Gauleiter, die zusammenhängt mit der langsamen Aussiebung, und weiter das letzte Ende unserer inneren Konflikte, die wir naturgemäß doch einst im Jahre 1925 übernommen hatten. Man darf nicht erwarten, daß ein innerer Konflikt, der einmal sich so tief eingefressen hatte, sich in ein oder zwei Tagen plötzlich überwinden läßt. Auch hier hat wirklich das Pflichtbewußtsein und die Selbstbeherrschung langsam gesiegt, so daß die Bewegung den inneren Frieden restlos erlangte.

Ein weiteres wichtiges Ereignis scheint mir die Klärung des Verhältnisses zu den Parteigenossen in Österreich [21]. Ich möchte dieses ganz kurz skizzieren, weil es von prinzipieller Bedeutung ist. In Deutsch-Österreich herrschte Streit und Hader. Die beiden streitenden Gruppen wandten sich an uns. Wenn jemand streitet, sind es immer zwei Parteien. Sie wandten sich also an uns, wir möchten hier in München ein Machtwort sprechen. Die Gruppe A meinte natürlich, dieses Machtwort müsse zu ihren Gunsten ausfallen, und ebenso die Gruppe B, die am nächsten Tage kam. Die Herren wußten durch geheime Verbindungen sofort, wann die eine oder andere Gruppe hier war, und jeweils ist dann sofort anderen Tags die andere Gruppe erschienen. Nun haben wir hier den gleichen Standpunkt eingenommen, wie den deutschen Parteigenossen im Reich gegenüber. Wir erklärten, keine Gruppe hat recht; recht hat vielmehr derjenige Teil, der sich der Bewegung einordnet und fügt, sich diszipliniert der Führung unterordnet und den Streit gegen den anderen aufgibt. Wer das nicht fertig bringt, hat unrecht, mag er nun rechts oder links, bei der einen oder anderen Gruppe stehen. Die Folge war dann, genau so wie hier, 6 oder 7 Monate eine große Depression, und heute können wir sagen, daß auch dort die Krise überwunden ist. Der letzte österreichische Gautag, der erst kürzlich in Freilassing [22] stattfand, hat nicht nur endgültig Ruhe gebracht, sondern hat gezeigt, daß auch dort allgemein der grundsätzliche Gedanke Eingang gefunden hat und die Bewegung sich langsam diszipliniert, wie wir das im Reiche gewöhnt sind. Die Bewegung in Österreich hat unterdessen gesehen, wie notwendig es ist, daß sie sich diszipliniert und sich nicht in zwei Gruppen gegeneinander stellt. Sie hat gesehen wie notwendig ein geschlossener Körper ist, daß eine auf irgendwelche Kompromisse gegründete Arbeitsgemeinschaft keinen Wert hat.

Als weiteres Ergebnis bezeichne ich es, daß die Redeverbotsschande aufgehoben wurde. Nur ein Staat kann sich noch rühmen, mir das Reden zu verbieten [23].

Sie wissen, daß Propaganda und Organisation in diesem Jahre besonders in den letzten 6 Monaten sich überall einerseits vertieft haben und andererseits gefestigt haben, daß die Zentralkartothek ausgebaut wurde und daß die Zentrale selbst fast das ganze

21 Vgl. auch Dok. 10 und 21.

22 Am 3.7.1927. Vgl. Dok. 153 und 154.

23 In Preußen und Anhalt wurde das Redeverbot erst im September bzw. November 1928 aufgehoben. Vgl. Tyrell, Führer, S. 108.

Haus, das Sie ja kennen, mit Beschlag belegt hat, so daß in den nächsten 3 Jahren an Bauarbeiten nichts mehr zu tun ist und es nicht mehr wie 1923 vorkommen kann, daß wir plötzlich keinen Platz mehr haben, wenn Massen kommen. Die Parteizentrale ist in der Lage, selbst die 4[-] oder 5-fache Mitgliederzahl von heute zu bewältigen, und wird ihre Arbeitsfähigkeit besonders zeigen können im nächsten Jahre, im Jahre der Wahlen[24]. Da wird sich zeigen, wie wichtig, notwendig und recht es gewesen ist, daß wir unsere Zentrale so sorgfältig ausgebaut haben mit dem Blick in die Zukunft.

Ich möchte dann noch eines feststellen, nämlich unsere Stellung in diesem Jahre als politischer Faktor innerhalb des deutschen politischen Lebens. Diese ist besonders in zwei Fällen in die Erscheinung getreten. Wir haben seinerzeit bei den Fürstenabfindungen eine Opposition eingenommen, die zunächst manchen unverständlich war. Wir haben sie eingenommen einfach aus dem rechtlichen Standpunkt und aus dem Gefühl der Überzeugung, daß wir niemals irgendwie dem Juden eine Konzession machen dürfen, gleichgültig auf welchem Wege. (Zurufe: Sehr richtig!) Wenn der Jude etwas will, soll er wissen, daß der Weg, den er geht, immer bei uns Widerstand findet. (Lebhafter Beifall.) Das Zweite war unsere Einstellung zur Außenpolitik. Hier sind wir die schärfsten Kritiker dieser ziellosen wahnwitzigen Außenpolitik und auch hier gehen wir gegen diese ganze sogenannte öffentliche Meinung Sturm und lassen uns durch nichts bewegen, unserer Überzeugung zu entsagen, die nach unserer innersten Einsicht die richtige ist. Auch hier sehen wir überall den famosen Schürer, den Menschen, der überall die Mischung bereitet und besonders unseren Patriotismus in Deutschland beflügelt. Wir kennen die Macher der ganzen Zeitungen, der ganzen Presse usw. und sind unbedingt entschlossen, unserer Überzeugung gemäß zu handeln. Der Jude soll wissen, welche Wege er das deutsche Volk führen wird, dem Weg, den der Jude geht, treten wir jederzeit entgegen.

Es ist im einzelnen, meine lieben Parteigenossen, nicht möglich, die ganze Arbeit aufzuzählen, die geleistet wurde. Es ist das auch nicht notwendig. Das Resultat der Arbeit wird Ihnen am 19., 20. und 21. August d[*iese*]s J[*ahre*]s [*1927*] in Nürnberg gezeigt. Dort werden Sie ein Bild unserer Bewegung bekommen. Sie werden sehen, wie die Bewegung wirklich von Leben erfüllt ist, wie sie seit der Weimarer Tagung gewachsen ist, wie sie sich nicht nur geistig vertieft hat, sondern auch äußerlich zugenommen hat, daß die Bevölkerung heute wieder sieht auf unsere Bewegung, daß auch hier die Zeit der Lethargie und Gleichgültigkeit überwunden ist. In München wird wohl nach der allgemeinen Dulieustimmung [*sic!*] der Katzenjammer kommen. Die Zeit des Salvators, des Bocks usw., der Schützenfeste und Ausstellungen wird ein Ende nehmen, und dann wird man das Ergebnis überprüfen und feststellen können, daß alles mit einer riesigen Pleite geendet hat. (Zurufe: Sehr gut!) Glauben Sie mir, in unserer lieben Stadt ist alles viel mehr empfänglich, wenn man gesehen hat, daß es auf dem normalen Wege des Fremdenverkehrs, der Inszenierung von Festen, Ausstellungen, Schützenfesten, Turnfesten, Gesangsfesten usw. nicht geht, beginnt man wieder das Gebiet der Politik zu besteigen, wendet man seinen Blick nach oben und nach auswärts, und dann ist alles gewonnen;

24 Am 20.5.1928 fanden die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

denn wenn einmal der Münchner seinen Blick aus dem Maßkrug nach oben lenkt, dann sieht er auch die geistigen Führer und wehe, wenn er diese einmal anschaut. (Lebhafter Beifall.) Wir haben in dem Augenblick gewonnen, wo die Leute prüfen, wer sie führt. Wenn sie das tun, dann ist für uns die Stunde gekommen. Den Vergleich mit denen, die heute das deutsche Volk führen, halten wir aus. (Heiterkeit. Lebhafter Beifall.) Den Vergleich scheuen wir also nicht, sondern begrüßen ihn im Gegenteil. Das Volk soll dann messen und abwägen und wird die Entscheidung treffen, und ich weiß von vornherein, wie sie eines Tages ausfallen wird.

Wenn ich also das gesamte Resultat des vergangenen Jahres überprüfe, muß ich sagen, es war ein Jahr der Arbeit und der Saat. Und das nächste Jahr wird meiner Überzeugung nach schon ein Jahr sein, in dem wir mehr ernten können, in dem der bestellte Boden die ersten Früchte abgeben wird. Es wird ein Jahr des Erfolges sein. Und wenn wir zum Erfolge kommen, dann kann ich an dieser Stelle nicht anders, als allen denen danken, die mitgearbeitet haben. Man spricht so viel von den Führern, und es ist sicher, daß der Führer unendliche Bedeutung für das Volk hat. Allein nicht minder von Bedeutung ist das Volk selbst. Von Friedrich dem Großen schreibt Carlyle, daß er nicht nur ein großer Monarch gewesen ist, sondern daß wesentlich gewesen sei, daß das preußische Volk damals einen großen Monarchen verdiente. Das Volk selbst muß also würdig sein. Und wenn wir mit unserer Bewegung einen Erfolg erzielen können, dann nur deshalb, weil ich mit Stolz sagen kann, daß in unserer Partei sich die Auslese des jungen aktivistischen Deutschlands aus allen Lagern, Klassen und Berufen befindet. Unser aller Dank gehört vor allem auch jenen Mitarbeitern, die draußen auf verlorenem Posten stehen, den Führern der kleinen Ortsgruppen, die draußen irgendwo beginnen, gegen eine Welt von Widerstand und Bosheit und Dummheit zu kämpfen, die den Terror auf sich nehmen, die sich ob ihrer Anschauung verfolgen lassen, von ihrer Arbeitsstätte weggetrieben werden, weil sie diesen Glauben haben. Diesen Leuten gehört mit unser erster Dank. (Lebhafter Beifall.) Die Opfer, die sie bringen, sind die Ursache all der Erfolge, die wir erzielen, und ich freue mich besonders, wenn es diesmal den Leuten draußen aus den kleinen Bauerndörfern und von den Kohlenzechen, Fabriken und Werkstätten aus dem ganzen Reich möglich wird, nach Nürnberg zu kommen, daß sie dort gestärkt werden und die Überzeugung bekommen, daß die Arbeit, die sie unter so schweren Umständen leisten, nicht umsonst ist, sondern reichliche Früchte trägt, daß sie sehen, sie sind nicht allein, sondern sind die Pioniere einer großen Bewegung, sie sind die ersten, aber hinten ihnen steht heute schon eine Armee. (Lebhafter Beifall.) Weiter möchte ich auch danken denjenigen, die teils durch die Wahl ihrer Mitglieder, teils durch meinen eigenen Entschluß an eine Führerstellung gestellt wurden, sei es, daß sie Bezirksführer sind oder Gauführer oder Leiter eines Parteiorgans, einer Zeitung usw. Auch denen gebührt der Dank der gesamten Bewegung. Freilich darf ich hiezu eines sagen. Wenn von Dank gesprochen wird, wird es naturgemäß immer nur der Dank mit Worten sein. Der Dank, den wir in Worten aussprechen, ist natürlich vergänglich und ungenügend. Der Dank aber, der höher einzuschätzen ist, ist der Lohn des Erfolges seines Werkes. Wenn wir daher jenen danken wollen, die das Höchste eingesetzt haben für unsere Bewegung, nämlich unseren Toten, dann müssen wir einen Weg gehen, der uns

zum Erfolg bringt, weil das der einzige Dank ist, den man einem Menschen abstatten kann. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Unsere Verstorbenen sind nicht gefallen dafür, daß ihnen in irgendeiner Mitgliederversammlung oder von einem Parteitag offizieller Dank erstattet wird, sondern dafür, daß einst ein neues Deutsches Reich ersteht. Deshalb starben sie. Und dieses Reich zu schaffen ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

[...][25]

Hitler: Sie wissen, daß wir im nächsten Jahre schwer zu kämpfen haben werden. Wir haben in Bayern zwei Wahlen, die Landtags- und die Reichstagswahlen. Es ist notwendig, daß wir in diesen Wahlstreit vollkommen gerüstet hineinmarschieren, und zwar angefangen von den Ortsgruppen. Es wird zu diesem Zwecke noch eine besondere einmalige Mitgliederspende durch den Reichsparteitag ausgeschrieben werden. Wenn wir bedenken, daß zahllose Menschen der Bewegung ihre eigene Gesundheit opfern, daß andere Tag für Tag 8, 10 und 12 Stunden Zeit opfern - und hier muß ich gerade unseren Schatzmeister als Vorbild bezeichnen, der vollkommen ehrenamtlich jeden Tag von morgens bis spät in die Nacht hinein arbeitet und zwar, wie ich glaube, unter 1.000 Angestellten und Beamten, die bezahlt werden, [*wie*] keine zehn - dann erscheint ein Betrag von 50 Pf. [*sic!*] auch im Verhältnis zu den Beiträgen, die bei anderen Parteien geleistet werden müssen, lächerlich gering. Gewiß wird man in besonderen Fällen, z. B. bei Arbeitslosen, ein Auge zudrücken. Wir wollen aber, daß unsere Mitglieder auch ein Opfer bringen. Glauben Sie mir, man liebt nur das, wofür man Opfer bringt. Wenn einer sich sagen muß, ich muß dann zwei oder drei Zigarren mir absparen, darf sie nicht mehr rauchen, so ist das wenigstens ein kleines Opfer. Andere müssen auf viel mehr verzichten. Ich will nicht von jenen sprechen, die jeden Tag als SA-Leute gewärtig sein müssen, daß sie Schläge bekommen. Ich denke auch an unseren Parteitag. Der Fahrpreis vom Ruhrgebiet nach Nürnberg beträgt 26 M. Drei Extrazüge haben die dortigen Genossen, die zum größten Teil in den Bergwerken arbeiten, zusammengebracht. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Das nahmen Arbeiter auf sich, die obendrein zum Teil den Samstag als Arbeitstag verlieren. Dasselbe gilt auch für Sachsen. Von dort kommen 4 Extrazüge. Auch das sind zum größten Teil kleine Leute. Diese Menschen bringen ganz andere Opfer. Sie tun das, weil sie überzeugt sind, daß ein Volk nicht frei wird dadurch, daß man sagt, uns kann nichts geschehen, wir können nicht untergehen, es wird schon wieder einmal anders werden usw., sondern nur frei wird, wenn sich eine Gemeinschaft von Menschen findet, die bereit ist, dafür Opfer zu bringen. Sie kennen die Bibelerzählung, in der gesagt wird, als sich keine 10 Gerechten mehr in Sodom befanden, wurde die Stadt vertilgt. Ich möchte das umsetzen in die heutige Zeit und sagen, wenn sich in einem Volk niemand mehr findet, der bereit ist, für die Existenz und die Zukunft seines Volkes Opfer zu bringen, geht dieses Volk zugrunde. Es muß zugrunde gehen; denn dann wird auch niemand bereit sein, sein Leben für ein solches Volk einzusetzen. Man muß also immer abwägen, welches Opfer ist größer, das Opfer, das der Parteigenosse

25 Folgt Bericht über die einstimmige Wahl des Vorstandes: 1. Vorsitzender: Hitler, Reichsschatzmeister: Franz Xaver Schwarz, Schriftführer: Hermann Schneider. Anschließend stellte Schwarz den Antrag, den monatlichen Mitgliedsbeitrag von 60 auf 80 Pfennig zu erhöhen.

bringt, indem er 80 Pf. Mitgliederbeitrag zahlt, oder das Opfer, das sagen wir, Hirschmann brachte, der sich totschlagen ließ für die Bewegung[26]. Auf der einen Seite der letzte Bluteinsatz und auf der anderen Seite nur ein geringes finanzielles Opfer. Sie wissen, daß die Sozialdemokratie in besseren Zeiten ungeheuere Opfer verlangt hat, ungeheuere Steuern eintrieb. Sie hat damit ihren großen Apparat aufgebaut. Wir dürfen nicht daran denken, daß wir jemals damit rechnen können, von irgendeiner Seite unterstützt zu werden. Dazu ist unsere ganze politische Einstellung nicht angetan. Dazu müßten wir kriechen und uns bald dem und bald jenem verkaufen und dürften nicht wie bisher eigene Wege gehen und erklären, gleich ob Tod oder Teufel uns entgegentritt, wir sagen das, was wir uns denken und damit Schluß. (Lebhafter Beifall.) Solange wir unsere SA organisieren als Truppe zur Verteidigung der Bewegung, zur Propaganda unserer Idee und zur Verteidigung gegenüber dem roten Terror, wird niemand sagen, hier habt ihr 50.000 M. Wenn wir sagen könnten, die SA hat keinen politischen Gedanken, sie nimmt nur Dummköpfe auf und stellt sie vor die Fabriktore als Ehrenwache, bekämen wir sicher große Subventionen. Der Kampf für ein zusammengebrochenes Volk ist unter solchen Umständen immer unpopulär. Damit müssen wir also rechnen. Ich lege auch allen Wert darauf, daß wir allen Bedürfnissen aus uns selbst heraus genügen. Es wird einmal die Zeit kommen, da wird die Bewegung sehr groß sein und dann kann man auch wieder abbauen, wenn es notwendig ist. Heute stehen wir vor einer bitteren Zeit, von der wir noch nicht wissen, wie sie ausfällt; denn die Flammenmale, die neulich Wien gesehen hat[27], können jeden Tag um sich greifen und wo anders aufspringen. Der republikanische Schutzbund[28] dort drüben ist nichts anderes als unser Reichsbanner, und die Kräfte, die dort dahinterstehen, sind die gleichen wie hier. Ich blicke immer weiter in die Zukunft, weil ich mir sage, was der Tag bringt, das weiß ich, was aber die Zukunft oft bringt, kann ich nur ahnen. Ich will aber gewappnet sein, wenn die Stunde da ist. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Darüber sind sich alle im klaren, wenn ein ähnliches Experiment wie dort drüben hier gemacht würde, dann wissen auch jene auf der linken Seite ganz genau, daß sie uns als die brutalsten Gegner finden werden. Wenn heute der Jude glaubt, zum letzten Schlag ausholen zu können, dann wird er bei uns den letzten Widerstand finden. Den Widerstand vorzubereiten ist unsere Aufgabe. Ich bitte also alle Bedenken zurückzustellen, auch wenn es schwer fällt. Auch uns faßt oft der Gedanke an, wie wird es später werden? Wir opfern unsere Zeit, die beste Zeit unseres Lebens für eine Sache, von der wir nicht wissen, wie sie ausgeht. Wir wissen nicht, ob nicht plötzlich wieder das Gefängnis kommt. Glauben Sie mir, es ist schwerer auf Monate ins Gefängnis zu wandern, als monatlich 80 Pf. Beitrag zu zahlen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

26 Vgl. Dok. 131.

27 Am 15.7.1927 war in Wien während einer Demonstration, die sich gegen den umstrittenen Freispruch von drei Mitgliedern der Frontkämpfervereinigung richtete, der Justizpalast in Brand gesteckt worden. Der von der sozialdemokratischen Partei ausgerufene General- und Verkehrsstreik wurde wegen Mißerfolgs abgebrochen. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich, 1918 bis 1938, München [2]1983, S. 141 ff.

28 Der Republikanische Schutzbund war 1923 unter der Leitung von Julius Deutsch als Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokraten gegründet worden. Vgl. Vlcek, Schutzbund.

[...] [29]

Adolf Hitler: Liebe Volksgenossen, Parteigenossen und -genossinnen! Es gibt besonders im bürgerlichen Lager zweifellos Menschen, die jetzt schon wieder überzeugt sind, daß die rote Gefahr überwunden ist. Sie sagen, in Wien ist die Ordnung gesichert, ist der Geist der Unordnung beseitigt. Diese Meinung verläßt diese Leute nie. Sie ist identisch mit jenem Hoffen, das jeder Mensch besitzt, mit der Hoffnung, die er noch am Grabe aufpflanzt. Diese Menschen sind also überzeugt, daß das Schlimmste schon überwunden ist, daß man nun über dem Berg ist, wie man sich ausdrückt, daß die Desorganisation der Wirtschaft überwunden ist und die Sanierung auf wirtschaftlichem Gebiete kommt und zugleich aber auch die Sanierung auf politischem Gebiete rapide Fortschritte gemacht hat. Manchmal kommen aber dann doch plötzlich wieder Dinge, über die sie nicht so leicht den Mantel der christlichen Nächstenliebe decken können, und dann sind sie höchst erstaunt und verwirrt. Die Gazetten schreiben allen möglichen Blödsinn, um die Menschen zu überzeugen, daß die Ruhe endgültig wieder eingekehrt ist, dank der vorzüglichen Maßnahmen einer weisen Staatsregierung und der heroischen Entschlüsse und außerordentlichen Stärke des maßgebenden Staatsmannes - augenblicklich heißt er drüben Seipel [30]. Das ist so die Auffassung der bürgerlichen Kreise. Sie stammt daher, daß diesen Leuten 1. jede Kenntnis des Rassenproblems fehlt, 2. daß sie keine Ahnung haben, um was augenblicklich der Kampf tobt, daß ihnen nicht klar wird, daß der Kampf, der sich zur Zeit abspielt, ebenso natürlich ist wie jeder Kampf im Leben, den irgendein Wesen auf der Welt ausficht. Wir Nationalsozialisten haben uns seit vielen Jahren von der bürgerlichen Welt in der Hinsicht vollkommen getrennt. Wir gehen unsere eigenen Wege und betrachten die Zeit und ihre Ereignisse auf unsere Art und Weise und können dabei eines feststellen, daß wir uns zum Unterschied von unseren Gegnern noch nicht getäuscht haben. Auch heute können wir nicht in den Chor jener Menschen einstimmen, die überzeugt sind, daß alles in Ruhe und Frieden und Freundschaft verläuft und Wien wieder zu der berühmten Backhendelstadt wird, die es einst war. Wir sind überzeugt, daß in Wien augenblicklich tatsächlich nur eine kleine Ruhepause in dem ewigen Kampf eingetreten ist.

Die Faktoren des heutigen Ringens sind nach unserer Ansicht, Auffassung und Überzeugung kurz folgende. Das jüdische Volk hat zu allen Zeiten versucht, sich auf dem leichtesten Wege in den Besitz der Produktionsmittel, kurz der Produktion selbst zu setzen. Dies geschieht nicht aus einer beabsichtigten Weisheit heraus, sondern aus einem selbstverständlichen Selbständigkeitstrieb. Der Jude selbst ist nicht konstruktiv oder, ich will lieber sagen, organisatorisch veranlagt. Er ist nur rein mechanisch begabt und an

29 Folgt Abstimmung über die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von 60 auf 80 Pfennig, die mit einer Gegenstimme (laut Polizeibericht: einstimmig) angenommen wurde. Anschließend gab Gregor Straßer das Programm für den Parteitag in Nürnberg bekannt. Danach hielt Hitler den in der Tagesordnung angekündigten Vortrag "zur politischen Lage".

30 Ignaz Seipel (1876-1932), kath. Priester, Dr. phil., 1909 Professor für Moraltheologie in Salzburg, 1917 in Wien, 1921 Prälat, 1919/20 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Österreich (Christlich-Soziale Partei), 1920-1932 Mitglied des Nationalrats, Okt. bis Nov. 1918 Minister für Soziale Fürsorge, Mai 1922 bis Nov. 1924 und Okt. 1926 bis Mai 1929 Bundeskanzler, Juli 1928 Justizminister, Sep. bis Dez. 1930 Außenminister.

sich ewig negativ. Er verkörpert mehr das Prinzip der Desorganisation und Zerstörung als des Aufbaues und der Organisation und gewinnt sein Leben nicht durch eine ihm eigene Art organisatorischer Arbeit, sondern durch das ihm liegende Eindringen in den Organismus fremder Völker, den er dann in seine Hand zu bekommen sucht. Dieser Prozeß findet zunächst auf rein wirtschaftlichem Gebiete statt; d. h. der Jude versucht, in den Besitz von Grund und Boden, zum Hausbesitz zu kommen und das Handwerk abhängig zu machen. Wir wissen, daß in Deutschland im Mittelalter die Juden Leihgelder zu unerhörten Zinsen - 70 und 80 % - gaben. Diese können dann natürlich nicht bezahlt werden, und so bekommt der Jude langsam aber sicher Grund und Boden in die Hand, die für ihn nicht etwa Objekte des Anbaues und der Bebauung sind, sondern Objekte der Spekulation. Langsam gewinnt er so die ganze Wirtschaft, bis plötzlich Völker erwachen und ihm politisch einen Strich durch die Rechnung machen. Sie sagen nicht, wir treten mit dem Juden in eine Art wirtschaftliche Konkurrenz, wir versuchen von uns aus, ein Geldverleihsystem zu führen, um dem Juden auf dem Wege einer rein wirtschaftlichen Konkurrenz Grund und Boden wieder aus der Hand zu nehmen. Nein, die Völker erklärten einfach, wir verbieten dem Juden, daß er Grund und Boden erwirbt, verbieten es ihm durch politische Maßnahmen. Das ist die einzige Möglichkeit der Rettung vor ihm, da diejenigen Wege, die der Jude anwendet, um in den Besitz fremder Produktionsmittel zu kommen, ihm selbst nicht nur entstammen, sondern von ihm in ihrer letzten Vollendung beherrscht werden. Es ist ausgeschlossen, daß ein Nichtjude auf die Dauer auf einem bestimmten jüdischen Gebiet mit dem Juden in Konkurrenz zu treten vermag. Dem Arier zum mindesten ist das unmöglich. Es gibt Völker, die das vermögen, die Griechen und Armenier. Gewiß, diese Völker sind soweit gekommen, daß sie den Juden wirtschaftlich zu besiegen vermögen. Allein diese Völker sind damit selbst zum Juden geworden. Sie haben jene spezifischen erbärmlichen Eigenschaften, die wir an den Juden verurteilen. Wenn also jemand rät, dem Juden auf dem Gebiet der Wirtschaft Widerstand zu leisten, wünscht er damit, daß dieses Volk selbst sich die besonderen jüdischen Eigenschaften angewöhnt, die der Jude uns gegenüber anwendet und mit denen er uns schlägt. Nun hängt das aber nicht vom Willen ab, sondern von dem Können: Hier stehen wir als Nationalsozialisten auf dem Boden der Erkenntnis der Bedeutung und Gebundenheit des Blutes und der Rasse und wissen, daß wir zu diesen speziell jüdischen Tugenden erst dann kommen, wenn wir selbst langsam aber sicher verjudet sind. D. h. mit anderen Worten, nur der Jude kann den Juden wirtschaftlich brechen und sonst niemand. Wenn wir das innerlich aber nicht wollen, bleibt nur der zweite Weg, der Weg des politischen Entschlusses, der politischen Macht. Hier kann man allerdings mit wenigen Federstrichen eine Macht stürzen, die in Wirklichkeit tatsächlich nur eine eingebildete Macht ist. Glauben Sie mir, so wie einst unsere Vorfahren einer 50 oder 100 Jahre langen Ausbeutung mit einem einzigen Strich, mit politischen Machtentschlüssen ein Ende bereitet haben, kann man es auch in Zukunft tun. Das weiß niemand besser als der Jude selbst. Er ist bisher in der Weltgeschichte nie daran gescheitert, die Völker mit seinen Waffen zu schlagen, durch jüdische Praktiken, sondern nur daran, daß plötzlich der bessere Instinkt der Völker sich aufbäumte und in einem einzigen Entschluß das ganze große Kartenhaus zusammenschlug. Mit einem Au-

genblick hat man die jüdische Herrschaft, die mühselig im Laufe von Jahrhunderten aufgebaut worden war, beseitigt und wieder das Recht der Völker eingesetzt, die den Boden bebauen und selbst den Kampf um die Existenz führen. Das ist dem Juden schon in Tausenden von Fällen passiert auf seiner Wanderschaft und deshalb versucht er auch heute, nicht nur die Wirtschaft in seine Hand zu bekommen mit Methoden, die an sich ähnlich sind den einstigen, sondern versucht auch, sich diese Wirtschaft politisch zu sichern. Wenn wir heute die europäischen Staaten betrachten, Deutschland, Frankreich, England usw., müssen wir gestehen, daß in allen diesen Ländern der spezifisch jüdische Kapitalismus langsam die gesamte Wirtschaft auffrißt, daß unsere Wirtschaft langsam immer mehr zum Aktienwesen übergeht und die Aktien immer mehr in den Besitz internationaler Bank- und Börsenjuden kommen, die die gesamte Arbeit auf der Börse verschachern, mit der Arbeit spielen, wie man mit etwas anderem spielt, daß unsere nationale Wirtschaft langsam in die Hand eines überstaatlichen Leihkapitals übergeht, wobei langsam aber sicher der Arier aus dem Besitz dieses überstaatlichen Leihkapitals ausscheidet, so daß wir heute schon sagen können, diese Entwicklung, sagen wir, 60 Jahre noch fortgesetzt, wird der letzte Rest nichtjüdischen Besitzes verschwunden sein. Wenn Sie die Entwicklung der letzten 20 Jahre sich noch 60 Jahre weiter denken, wird es keinen arischen Besitzer mehr geben, weder in der Gesamtheit noch im einzelnen. Der Jude, der auf diese natürliche und einfache Weise, dank seiner besonderen Befähigung, die Wirtschaft sich heute in die Hand spielt, weiß genau, daß parallel mit dem Anwachsen seiner Macht aber auch die Erkenntnis in den Völkern lebendig wird und zur Gefahr anschwillt und daß es dann passieren kann, daß auf der einen Seite die gesamte wirtschaftliche Macht sich wohl in seinen Händen befindet, die politischen Machtfaktoren aber ihm vollkommen entgegengesetzt orientiert sind. Besonders aber weiß er, daß er an sich auch wirtschaftlich zu allen Zeiten und immer nicht eine aktivistische, angreifende oder eine Macht repräsentierende Nation gewesen ist, sondern daß er dazu zu feig ist, daß die angreifenden Tendenzen immer nur in politischen Kämpfen sich finden, in Menschen, die wirtschaftlich nicht zu sehr belastet sind. Diese Erkenntnis läßt den Juden stets befürchten, daß er seine mühselig im Laufe von Jahrhunderten künstlich aufgebaute Konstruktion plötzlich wieder verliert, daß ihm der Boden unter den Füßen entzogen wird und seine gesamte wirtschaftliche Weltbeherrschung in sich zusammenbricht. Der Jude weiß genau, daß die politischen Machtmittel es jederzeit ermöglichen, ein Volk, das in Deutschland im Frieden rund 600.000 Köpfe [31] zählte, mit einem Schlag des gesamten Besitzes zu entäußern und eine solche Scheinmacht wieder zu stürzen. Deshalb bemüht sich der Jude, sich die Macht zu sichern, und zwar dadurch, daß er hinter die rein wirtschaftliche Macht langsam auch die politische Macht schiebt, d. h., den anderen Organisationen die Kräfte wegstiehlt, die allein fähig wären, die wirtschaftliche Macht des Juden zu brechen. Er geht dabei sehr einfach zu Wege. Zunächst erklärt er nach außen hin, Antisemiten dürft ihr sein, aber ihr müßt den Juden wirtschaftlich bekämpfen. Er predigt das in der Überzeugung, daß dieser Versuch mißlingen muß; denn die anderen können ihn nicht bekämpfen, außer sie wären selbst zu Juden

31 1925 lebten im Deutschen Reich 564.379 Personen, die sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekannten. Vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1927, Berlin 1927, S. 9.

geworden. Man kann nicht gegen Wucherer und Schieber, gegen gemeine Spekulanten und skrupellose Menschen ankämpfen mit analogen Mitteln, ohne nicht selbst ein skrupelloser Mensch, ein Schieber und Wucherer zu werden. Daher auch die Tatsache, daß der Deutsche sich in jahrzehntelanger Arbeit mühsam sich [*sic!*] seine Existenz aufbauen muß, während die Schieber in wenigen Monaten zu blendenden Existenzen kommen konnten in einer Zeit, da andere auf den Schlachtfeldern verbluteten. Man will dem deutschen Volke sagen, ja, warum macht ihr das nicht. Ihr müßt dem Juden all das wegnehmen und es selbst so machen. Da zeigt sich aber die Erkenntnis, daß man den Juden und Schieber nicht durch die Konkurrenz schlagen kann. Da hätte der Staat eingreifen und durch politische Maßnahmen von vorneherein dieses System brechen müssen und nicht erwarten dürfen, daß der Deutsche mit den anderen konkurrieren und sie übertreffen soll. (Lebhafter Beifall.) Wenn der Jude langsam den Boden erwirbt und mit dem Boden spekuliert und Reichtümer erwirbt, will man da sagen, das soll auch der Deutsche nachmachen, so daß er die Reichtümer aufsaugt. Nein! Wehe ihm, wenn er das täte. Wehe, wenn unsere Bauern Spekulanten wären wie die Juden. Aus wäre es mit dem ganzen deutschen Volk, mit seiner Existenz. Es gibt also nur ein Mittel, die Macht des Juden zu brechen, ein Mittel, das schon unsere Vorfahren anwendeten, wenn sie sagten, Grund und Boden gehört zur Bebauung, und Grund und Boden darf künftig von keinem Juden erworben werden. Das ist eine einfache politische Maßnahme, die mit einem Schlag das ganze Krebsgeschwür herausschnitte. Man ist in Deutschland auch noch viel gründlicher vorgegangen und hat, wenn man zur Erkenntnis kam, daß man mit den Juden nicht bestehen kann, diese einfach kategorisch ausgewiesen. Friedrich der Große ließ während des Siebenjährigen Krieges die Judenschaft antreten und erklärte ihr, wenn in Westpreußen und in der Mark das Judentum seine wucherischen Tendenzen nicht aufgibt, werden alle Juden aus Brandenburg und Preußen hinausgejagt. Dieser Entschluß hat mit einem Schlag den ganzen Prozeß beendet. Diese Gefahr kennt also der Jude genau und deshalb versucht er, neben der wirtschaftlichen Macht sich auch die politische Macht zu sichern. Der erste Schritt, den er unternimmt, ist der Schritt zur sogenannten Demokratie. D. h., er beginnt in der Erkenntnis, daß Demokratie an sich Majorität ist und Majorität immer Dummheit darstellt, die Demokratie dauernd planmäßig zu fördern und zu einem politischen Machtfaktor zu erheben, indem er den Parlamentarismus fördert, und zwar weniger den westlichen Parlamentarismus, sondern den spezifisch deutschen, wobei er in Wirklichkeit einsetzt ein Regiment ewiger Dummheit, Feigheit und Kurzsichtigkeit usw. Das ist sein erster Schritt. Allein dieser Schritt ist noch nicht vollkommen sichtbar. Wenn es ihm auch gelingt, auf dem Wege seiner eigenen Einbürgerung oder Gleichbürgerung [*sic!*], auf dem Wege der Parlamente die geistigen Potenzen nach und nach auszuschalten und anstelle dessen die abstrakte Dummheit zum Regiment zu erheben, muß er doch gewärtig sein, daß sich die Verhältnisse plötzlich so gestalten können, daß von unten aufsteigende Köpfe gegen ihn lebendige Opposition machen. Das wäre möglich. Ich denke hier an die Verhältnisse in Österreich. Auf der einen Seite ein vollkommen in jüdischer Hand befindlicher Staat und auf der anderen Seite eine nationale Mehrheit. Würde diese nationale Mehrheit nicht aus bürgerlichen Patrioten bestehen oder überhaupt aus Bürgerlichen, ich möchte sagen, aus

Schützenvereins-Politikern, sondern würde diese Mehrheit, sagen wir, aus Nationalsozialisten bestehen, so würden wir selbstverständlich die Macht, die wir dann auf legale Weise besäßen, auf Grund der heiligen Mehrheit der Zahl, brutal anwenden, um mit Hilfe dieser rein legalen Macht die Juden auszurotten. Die Juden wissen genau, daß diese Gefahr besteht. Sie war schon einmal sehr dringlich da drüben zur Zeit der Blüte der christlich-sozialen Bewegung. Sie war nicht ganz dringlich, weil man die Juden nur ansah als Konfession und nicht als Rasse. Damit konnte man sie praktisch nicht fassen. Er ließ sich einfach taufen und war dann christlich-sozialer Mitbürger. Es war das auch jener Antisemitismus, den die Bayerische Volkspartei in jenen glorreichen Zeiten hatte, da noch Herr Dr. Heim[32] wütende Reden hielt gegen die Juden, was jetzt nur wir Nationalsozialisten tun, diese Brutalitätsorgiasten.

Herr Dr. Heim hat diese Reden sich später abgewöhnt und jetzt hat er zur jüdischen Konfession ein angenehmes Verhältnis hergestellt, das sogar soweit geht, daß er für jüdische religiöse Gebräuche eintritt, z. B. für das Schächten usw. Warum tritt er dafür ein? Weil man in die jüdische Konfession nicht eingreifen darf. Die Bayerische Volkspartei lehnt aber damit zugleich auch den Mann ab, den sie so sehr auf ihrer Fahne herumführt, Jesus Christus; denn dieser hat sich dazu verstanden, das Judentum doch ganz gewaltig anzugreifen. Heute lehnt sie das alles ab. Es wird der Burgfrieden gewahrt zwischen Katholizismus und Marxismus. Darauf kann man aber jedenfalls keinen Antisemitismus aufbauen. Daher war diese Periode für die Juden nicht zu fürchten. Nun lebte man im vergangenen Jahrhundert im Jahrhundert des Nationalitäten-Prinzips. Das ist der erste Schritt zur Erkenntnis des völkischen Prinzips. Dieses Jahrhundert wird das Jahrhundert des völkischen Prinzips sein.

Da taucht nun für den Juden eine eminente Gefahr auf, und deshalb versucht er, seine Position zu verbessern, indem er die unsichere demokratische Basis verläßt und die Diktatur des Proletariats predigt, obwohl er weiß, daß mit der Diktatur des Proletariats Unkenntnis und Unwissenheit zum absoluten Regenten eingesetzt wird bzw. die Unwissenheit sich restlos in die Hände derjenigen Drahtzieher begibt, die hinter ihr stehen. Er weiß genau, die Diktatur des Proletariats ist in Wirklichkeit nichts anderes als die von den Juden selbst inszenierte Beherrschung eines Volkes durch seine ungeistigsten Führer, die eben deshalb nicht in der Lage sind, die Beherrschung auszuführen, und daher wahllose Sklaven derjenigen werden, die es verstehen, die Führer in die Hand zu nehmen. Er weiß weiter auch, daß er die ungeistigen Massen am ehesten gegen lebendige Gefahren, die der Jude am meisten scheut, einsetzen kann, zumal diese die Intelligenz hassen. Ich möchte bitten, diese nicht zu verwechseln mit dem normalen deutschen Bürgertum. Das sind vollkommen getrennte Begriffe. Sie sind auch nicht zu verwechseln mit den Zuchtprodukten, die aus den Hochschulen herauswachsen. Diese haben an sich mit der Intelligenz nichts zu tun. Der Jude würde keineswegs den Bolschewismus in Deutschland einführen, wenn alle Menschen Köpfe wären, die die

32 Georg Heim (1865-1938), Reallehrer, 1893 Dr. oec. publ., 1898 Mitbegründer des Bayer. Christlichen Bauernvereins, seit 1899 Leiter von dessen Zentralstelle, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1924 (BVP), 1920-1925 Präsident der Landesbauernkammer in Bayern, 1932 Austritt aus der BVP.

Universität besucht haben. Er wird aber die Menschen anders abwägen. Er wird beseitigen, was ihm als Gefahr erscheint, ganz gleich woher sie kommt. Sicher werden aber zu den Gefahren die Schichten zu rechnen sein, die das Wissen repräsentieren. Wo es herkommt, ist vollkommen einerlei. Mit anderen Worten, der Jude ist also bemüht, das schwankende Postament der parlamentarischen Mehrheit zu festigen und an Stelle dieser jeweils wechselnden und wandelbaren Majorität die feste Majorität der Arbeiterschaft an sich zu ziehen, wobei er zunächst vorsichtig die Intelligenz beseitigt und dann ein vollkommen ihm ausgeliefertes willfähriges Instrument besitzt, das er propagandistisch bearbeitet. Er tut das so lange, bis das ganze Gebilde an Unpersönlichkeiten, das sich durch vollkommenen Mangel an Organisationsfähigkeit des Juden auszeigt [*sic!*], zusammenbricht und so ein Volk sich auflöst bzw. abstirbt, worauf auch der Parasit denselben Weg des Sterbens mitgeht. Der Jude versucht heute, die Wirtschaft, die er zum größten Teil besitzt, zu bewahren durch Beseitigung der nationalen politischen Kräfte und Beseitigung der Führer, durch den Bolschewismus, der planmäßig den nationalistischen Intelligenzen die Köpfe abhaut. Die Stresemänner können natürlich am Leben bleiben. Die nationalistischen Intelligenzen aber werden beseitigt, und dann ist er Herr und besitzt die politischen Machtmittel in seiner Hand. Restlos gelungen ist ihm das in Rußland. Zunächst geht auch der Privatbesitz des Juden in der allgemeinen Konfiskation oder Sozialisierung, wie er es bezeichnet, unter. In Wirklichkeit verliert aber der Privatbesitz nur zunächst einmal seinen Besitzer, wobei aber die nichtjüdischen Besitzhaber absterben, während die anderen bleiben und die Verwalter der ganzen Konkursmasse werden. Es wird vorerst die gesamte Wirtschaft zusammengefaßt und der Jude wird als Kontrolleur, praktisch aber als Besitzer, wenn auch unter anderem Namen, eingesetzt. Denn wenn er als Kommissar nach demokratischen Grundsätzen den Besitz verwaltet, ist es das gleiche, als wenn er den Besitz als Besitzer mit zahllosen Unterorganen verwalten muß. In Wirklichkeit ist das nur ein Wortspiel, und in absehbarer Zeit wird der Kommissar dann doch wieder Besitzer im früheren Sinne des Wortes. Der Kommissar ist also tatsächlich der Inhaber dieser Unternehmungen. Dieser grandiose Prozeß der Entpersönlichung der Wirtschaft, um sie in den öffentlichen Besitz und schließlich auf das Judentum übergehen zu lassen, hat in Rußland stattgefunden und wird überall versucht, wo der Jude in der reinen Wirtschaft die Macht bereits in Händen hat. Es ist Wahnwitz zu meinen, daß der Jude von den bolschewistischen Tendenzen - den Namen kann man ja ändern - in Deutschland, England oder sonstwo abgehen wird. Er kann das nicht tun, denn wenn er die Lebensbasis seines eigenen Volkes sichern will, muß er auch die politische Sicherung durchführen. Er muß die wirtschaftliche Hegemonie, die die Kuh ist, an die er sich hängt, auch sichern vor ev[*entuellen*] Widerständen, die aus der Nation herauskommen könnten, und erst wenn diese Sicherung vollzogen ist, glaubt er in Ruhe in die Zukunft blicken zu können. Nun ergibt sich überall dieses Spiel des Tastens, ob die Stunde dafür da ist. Es ist wundervoll zu sehen an dem kleinen Beispiel im Osten von uns, wie der Jude vorgeht. Auf der einen Seite jüdische Demokratie, Freimaurerei usw., die das deutsche Volk blöd und dumm und die bürgerlichen Parteien feig machen, zu jener zwiespältigen Haltung anführen, die es dem Juden ermöglicht, daß er dann seine Angriffstätigkeit ausübt, und auf der anderen Seite die Organisation seiner

Angriffe durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß und die Organisation der marxistischen Partei. Beides setzt er ein zum Ringen um die politische Macht und verursacht so wirtschaftliche Katastrophen, um leichter sein Ziel zu erreichen, und spielt dauernd hin und her. Gelingt der eine Wurf, dann hat der andere das Dasein verwirkt, und gelingt er nicht, dann ist auf alle Fälle die Anfangsposition dauernd gewahrt. Gelingt die bolschewistische Revolution in Wien, dann regiert der Jude restlos, mißlingt sie, dann ist der bürgerliche Jude da, der seine Position stets wieder hält und in der Welt dauernd weiterschiebt. Das Ergebnis in Österreich ist augenblicklich folgendes: Der Versuch ist momentan nicht gelungen. Den Staat dorthin zurückzuführen, wo er war, ist jedoch auch nicht gelungen. Es wird auf legalem Wege eine rote Armee herangebildet, insofern, als die Gemeindeschutztruppe in einer Stärke von 5.000 Mann bewaffnet wird. Damit hat man zum erstenmal gegenüber der vollkommen zersetzten und zerfressenen Armee, die ihre eigenen Offiziere ohrfeigt, ein bewaffnetes Instrument, das der total unzuverlässigen Truppe entgegengesetzt werden kann. So bildet sich langsam ein Zustand heraus, bei dem die Angreifer in den Besitz der Machtmittel gesetzt werden, während die Verteidiger langsam unter[*gehen*].

Ich mußte lachen, als ich in den Zeitungen von dem großen Erfolg der Wiener Regierung las. Es war verflucht kein großer Erfolg. Das zeigt sich in der Auswirkung. Wäre der Erfolg groß gewesen, dann hätte man aufs brutalste vorgehen müssen gegen die Ursachen der ganzen Entwicklung. So hat man ein Paar Hänselchen zusammengefangen. Und hier ist der Jude klug und schlau. Er weiß, Organisationen verbieten darf man niemals, dagegen kann man gegen die einzelnen Personen sehr wohl vorgehen. Der Jude steht in Deutschland wohl auf dem Standpunkt, die Rechtsorganisationen müssen aufgelöst werden, von der Auflösung der Linksorganisationen aber sieht man ab, da werden nur einzelne barbarisch eingesperrt, niemals aber die Organisationen selbst berührt. Er weiß, die barbarische Bestrafung des einzelnen mit Zuchthaus trägt bei zur Steigerung der Wut der anderen, wirkt also aufpeitschend und anreizend für die Organisationen. Das sehen wir auch drüben in Österreich. Wir sehen auch dort, daß man einzelne Personen verfolgt. Wie schwer man sie bestraft, wollen wir nicht prüfen. Ich glaube, es kommt nichts heraus. Ich möchte den Richter kennen, der nach diesen Vorgängen den Mut hat, einen Rechtsstehenden freizusprechen und einen Linksstehenden einzusperren. Das dürfte kein deutscher bürgerlicher Mann sein. Er kann das auch nicht; denn wer garantiert ihm, wenn er einen einsperrt, daß er nicht am nächsten Tage erschlagen wird. Er wird sich also hüten, und besonders jeder sogenannte Laienrichter wird sich hüten, jeder Geschworene, jemanden zu verurteilen, wenn er nicht am nächsten Tag vielleicht den roten Hahn auf dem Dache sitzen haben will. Es ist also eine Stagnation eingetreten, die Ruhe vor der nächsten Katastrophe. Österreich ist Deutschland infolge seiner Kleinheit um vielleicht 6 oder 8 Monate voraus, und Deutschland wandert nach. Glauben Sie, daß das Reichsbanner zum Schutz der Republik da ist? (Heiterkeit.) Die Republik wird von niemand[*em*] bedroht als von den eigenen Parasiten, und gerade diese sehen wir an hervorragenden Stellen als Reichsbannerführer tätig. Wenn das Reichsbanner wirklich die deutsche Republik vor Schaden bewahren wollte, müßte es den Kampf ansagen jenen Erscheinungen, die seit Jahren die Republik als Melkkuh für

sich selbst benützen und unsaubere Geschäfte machen, müßte es kämpfen gegen die politischen Dilettanten und die Unfähigkeit jener Patrioten, die durch ihr Unvermögen die deutsche Republik in der Welt herabsetzen, müßten Front machen gegen die Degradierung der deutschen Republik in den Augen des Auslandes durch ihre unfähigen Vertreter. Sie werden doch zugeben, daß diese massenhaft vorhanden sind. Das tut es aber nicht. Die Beschützer der Republik sind in Wahrheit rote Truppen, die so herangebildet werden und eines Tages dorthin sollen, wo sie hingehören. Wie seinerzeit schon die Sozialdemokraten, als die Unabhängigen und der Spartakusbund marschierten, mitmarschiert sind, wird auch das Reichsbanner mitmarschieren, wenn Rot-Front losschlägt. So marschierte der republikanische Schutzbund in Wien auch mit, als die anderen losschlugen, bzw. bildete einen Kordon, daß die Feuerwehr nicht löschen konnte. Damit, liebe Freunde, steht uns also ein Kampf bevor, dem wir nicht entgehen können.

Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Die Meinung, es könnte hier plötzlich ein Zustand des Ausgleiches kommen, ist ein Wahnsinn. Das gibt es nicht. In dem Augenblick, wo man den Juden bei sich duldet und ihm die Wirtschaft gibt, muß man sich auf den letzten Kampf mit ihm gefaßt machen; denn er wird eines Tages die Stellung, die er auf wirtschaftlichem Gebiete erobert hat, mit aller Macht zu halten versuchen und muß sie halten, wenn er nicht selbst herunterrutschen will. Damit bleibt kein anderer Weg als die Vorbereitung der Auseinandersetzung, und das ist die große Aufgabe der Bewegung, innen- und außenpolitisch zu erkennen, daß man der Auseinandersetzung nicht entgehen kann. Es ist nicht so, wie die bürgerlichen Parteien glauben, daß wir in einer Sanierung begriffen wären, nein, es kommt der Kampf der Rassen um ihr Dasein, und diesen Kampf der Rassen beseitigt man nicht dadurch, daß man sich irgendein Gemälde vormacht von Sanierung, gegenseitiger Verständigung, Versöhnung, friedlichem Ausgleich usw. Ich beseitige ihn nur dadurch, daß ich selbst als Kämpfer in die Bahn hineintrete und mich wehre, soweit ich mich zu wehren vermag. Um diese Selbstwehr des deutschen Volkes vorzubereiten, ist unsere Bewegung da. Wir wollen das Volk wieder erziehen zur Erkenntnis des eigenen Wertes, zur Schätzung und Würdigung der Person gegenüber der faulen Majorität und zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes, des Widerstandes, weil wir wissen, daß ohne diese Erkenntnis der Schlußkampf zu unserem Verhängnis ausgehen wird. Und wenn man uns dann sagt, ist denn das sozialistisch, dann erwidern wir nur eines: Wenn Dein Volk stirbt, dann gibt es keinen Sozialismus mehr für den einzelnen im Volk. Wenn Du das Glück des einzelnen willst, dann sorge dafür, daß Dein Volk lebt und frei ist und daß die Bewegung, die den Kampf führt, nicht gebunden ist an Erscheinungen der Vergangenheit, an Überlieferungen fauler Art gefesselt ist, daß es nicht Sachwalter des Vermögens von einzelnen ist, sondern des Volksgutes für die Zukunft. Wir sind nicht dazu da, die Vergangenheitszustände zu legalisieren und für alle Ewigkeit anzuerkennen, sondern jenen Zustand zu schaffen, der eines Tages unserem Volk das Leben schenkt, und das kann nur der Zustand der Gerechtigkeit sein. Die Erkenntnis muß uns alle beseelen, ein Volk von so und so viel Millionen bringt man nicht empor nach einem solchen Zusammenbruch, dadurch, daß unsere deutsche Wirtschaft spekuliert oder durch spekulative Verwendung der Volkskräfte, sondern bringt es nur noch wieder hoch, dadurch, daß man an seine idealen Regungen

appelliert und dem einzelnen klar macht, daß er selbst sich einsetzen muß für das Ideal, das nicht etwa abzielt auf wirtschaftliche Spekulationen, auf Reingewinn, sondern anstrebt, Diener des höchsten Glückes zu sein, das es geben kann, Diener für die Freiheit und das Leben seines Volkes. Der einzelne muß wissen, ich kämpfe für mein Dasein und für das Dasein meiner Kinder und Kindeskinder. Das ist die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Würden wir nur ein soziales Programm verkünden und die Augen verschließen vor dem Untergang unseres Volkes, dann würden wir nichts weiter sein als etwa, sagen wir, ein korrigierter Marxismus, in Wirklichkeit aber nicht unser Volk zu retten vermögen; denn glauben Sie nicht, daß wir dem deutschen Arbeiter die Freiheit geben können, wenn die deutsche Nation einst in Ketten sinkt, und daß wir dem deutschen Arbeiter Brot geben können, wenn wir mit Sicherheit mehr und mehr internationale Sklaven werden. Glauben Sie nicht, daß wir dem einzelnen das Glück geben können, wenn das ganze Volk im Unglück seufzt und vom Ausland unterdrückt wird und in Sklavenketten liegt. Wer will, daß das Volk diesen Weg der Erlösung geht, muß wollen, daß es den Weg zur Freiheit geht, den Weg, der uns von unseren Plagern und Quälern für immer befreit.

Da möchte ich dann dieses Ziel noch ergänzen, indem ich Ihnen sage, daß es dann notwendig ist, sich auf den Standpunkt zu stellen, es gibt für eine Bewegung, die ein solches Ziel vor Augen hat, keine Kompromisse. Erwarten Sie das auch im kommenden Jahr von uns nicht. Es darf für uns kein[*en*] Kompromiß geben, auch nicht mit irgendeiner nicht ganz klaren, verschwommenen völkischen oder nationalen oder sonstigen Erscheinung auf diesem Gebiete. Damit kann man ein Volk nicht retten; denn jeder Kompromiß ist eine Fesselung der beiden Teile, aus der nichts erwachsen kann. Es mag ein solcher starrer Entschluß zunächst noch so schwer sein!

Weiter, wir müssen beharrlich sein. Sehen Sie, die Entwicklung der ganzen Bewegung in den letzten Jahren ist das Werk einer grenzenlosen Beharrlichkeit. Wer hat uns die Garantie gegeben, daß wir nach zwei Jahren wieder hier auftreten und erklären können, die Bewegung ist wieder gewachsen? Wer konnte vor 2 Jahren die Garantie geben, daß kurze Zeit später wir in Nürnberg wieder mit so und so viel Zehntausenden auftreten werden? Nur unser eigener Glaube und unsere Beharrlichkeit, diese Entschlossenheit, nicht abzulassen, und wenn es augenblicklich tausendmal schief geht. Man mag tausendmal Mißgriffe machen, man darf sich trotz allem nicht verwirren und abbringen lassen von dem notwendigen und richtigen Ziel, sondern muß sich erst recht auf den Standpunkt stellen, alles das geschieht und muß geschehen, weil es notwendig ist. Und wenn wir 10mal straucheln, wir werden wieder beginnen. Das ist die Stärke zu wissen, daß keine Verfolgung der Gegner einem etwas tun kann. Wenn der Mensch so Herr seiner selbst geworden ist, daß er sich so genau kennt und weiß, was die anderen tun wollen, das ist alles gleich, ich gehe beharrlich und unerschütterlich meinen Weg, ob die anderen uns verfolgen, morgen auflösen usw. Es kommt doch wieder die Stunde, da wird die Auflösung wieder beseitigt und dann stehen wir wieder, wo wir zuvor standen, und gehen wieder den gleichen Weg nach vorne, wenn wir diese Überzeugung haben, erst dann sind wir glücklich und frei und kann uns keine Unterdrückung mehr bezwingen. Die Menschen haben sich selbst freigemacht und wissen, alle Unterdrückungen sind in

Wahrheit lächerliche Zwirnsfäden. Euch mögen sie Säulen sein, für uns sind sie Phantome. Was bleibt, ist unser Wille und unsere Beharrlichkeit, und die könnt Ihr niemals brechen. (Stürmischer Beifall.)

Weiter ist notwendig der Glaube, der Glaube an das deutsche Volk. Mancher ist freilich der Meinung, es sehe so aus, als ob das deutsche Volk ein Volk von Lumpen sei. Wenn wir aber nicht das Volk von heute ansehen, sondern den Blick der Vergangenheit zuwenden, dann werden wir doch erkennen, daß das deutsche Volk mit eines der besten ist auf der Welt. Es braucht auch jetzt wieder nur genommen werden aus den Händen derjenigen, die das Beste besudeln und verkommen lassen. Wir haben also das Recht auf den Glauben an unser Volk. Wie oft schon ist unser Volk in nichts zurückgefallen gewesen und doch wieder emporgestiegen. Ist es nicht ein Wunder, daß ein Volk von 370 Kleinstaaten plötzlich zu jenem Volk werden konnte, das 1870/71 auf den Schlachtfeldern von Frankreich sich eine neue Kaiserkrone holte. Glauben Sie, es wird ein größeres Wunder sein, wenn das Deutschland von heute eines Tages sich die Freiheit holt? Niemals! Auch dieses Wunder wird geschehen und muß geschehen, wenn Menschen kommen, die die Freiheit wollen und erfüllt sind von dem Glauben, daß sie möglich ist. Und sie muß möglich sein! Darüber können vielleicht noch manche Jahre vergehen. Wir haben aber nicht mit der Zeit zu rechnen und uns nicht von der Zeit bestimmen zu lassen. Eines müssen wir aber: Stets den Glauben im Herzen tragen, daß es möglich ist, wenn man nur will und das Volk die letzte Kraft einsetzt, die letzte Kraft aus unserem Volk herausquillt. Diese Kraft war von jeher stark genug, die Sklavenketten zu brechen. Kein größeres Wunder ist es also, wenn das heutige Deutschland die Ketten abschüttelt, als es einst war, daß das kleine Gebiet von Brandenburg und der Mark zum Schöpfer eines neuen Reiches wurde und zum Kern eines neuen Großstaates. Wir brauchen nur den richtigen Glauben in uns zu haben. Wenn es uns gelingt, in unserem Volk eine Zahl von Menschen mit diesem Glauben zu erfüllen, mit dem unerschütterlichen Glauben, trotz allem Geschwätz von Sanierung, von Soweit-nicht-gehen und von Unvermögen, wenn es uns gelingt, in 10 Millionen Menschen den Glauben hineinzupflanzen, es wird anders werden, weil wir es wollen, wird dieser Glaube in Erfüllung gehen, und werden wir dem Volk die Erlösung bringen. Das ist mit die große Aufgabe unserer Bewegung. Wir müssen dem Volk wieder den Glauben schenken. Es geht, es kann die Macht der Todfeinde der Menschheit gebrochen werden, es muß der Jude beseitigt werden, es kann der Marxismus zerschmettert werden, es können die Sklavenketten gebrochen werden und es wird einmal auferstehen ein neues deutsches Reich. (Stürmischer Beifall und Heilrufe.)

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl
Juli 1926 – Mai 1928

Teil 2:

K · G · Saur
München · London · New York · Paris 1992

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New York ; London ; Paris : Saur
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. II Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl / hrsg.
und kommentiert von Bärbel Dusik.
Teil 2. August 1927 – Mai 1928. – 1992
ISBN 3-598-21937-7

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Textservice Zink, Heiligkreuzsteinach
Druck / Binden: Jos. C. Huber KG, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Teil 2: August 1927 - Mai 1928

Dokumente

Teil 1: Juli 1926 - Juli 1927

Dokumente

Dokumente

6. August 1927 Dok. 160
"Was ist Nationalsozialismus?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Heidelberg [2]

Volksgemeinschaft vom 28.11., 29.11., 30.11., 1.12., 2.12., 3.12., 4.12., 5.12., 6.12., 7.12., 8.12., 9.12., 10.12. und 11.12.1935, "Aus dem Kampf der Heidelberger SA. Der Führer sprach 1927 in Heidelberg" [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Zwei Urkräfte sind es, die das gesamte menschliche Leben maßgebend beherrschen, ja, wir können sagen, die das gesamte menschliche Leben erfüllen: Hunger und Liebe; Hunger, dessen Befriedigung die Möglichkeit des Aufstieges, und Liebe, deren Befriedigung die Erhaltung der Zukunft bringt. Beides liegt im Selbsterhaltungstrieb und Fortpflanzungstrieb begründet. Von diesen beiden Trieben drängt jeder einzelne für sich zum Kampf. Wenn wir den Urzustand nicht nur der Menschheit, sondern auch im übrigen den Zustand aller sonstigen Lebewesen an unserem Auge vorbeiziehen lassen, so müssen wir erkennen, daß die Befriedigung ja nur durch Kampf möglich ist, daß es ein ewiges Ringen ist, daß die Befriedigung dieser beiden Triebe allein ein ewiger Kampfplatz ist und ewiger Kampfplatz bleiben wird.

Wenn ich den Menschen herausgreife, dann muß ich das eine erkennen: veränderlich ist die Volkszahl, veränderlich ist die Zahl der Menschen auf der Erde, aber unveränderlich bleibt der Raum, der dem irdischen Wesen bestimmt ist. Das ist die Erde. Es können sich die Wesen vermehren, so weit sie wollen, im Allerletzten bleibt aber der Raum beschränkt. Es [*sic!*] ist eine Kugel, von der wir wissen, daß so und so viel Wasser und so und so viel Land ist, und auf diesem Lande müssen die Menschen existieren, und um dieses Land ringt und rang die Menschheit seit Jahrtausenden und Hunderttausenden von Jahren und wird darum weiterringen, wie sie alle miteinander hunderttausend und Millionen Jahre lang gerungen haben um diesen Raum, der ihnen unveränderlich gegeben ist, der ihr Dasein umschränkt, und der sie verpflichtet zu ringen, verpflichtet zu kämpfen, wenn sie nicht eben diesen Raum anderen Wesen überlassen wollen.

Art um Art ist auf diesem Planeten entstanden und ist wieder vergangen in dem Augenblick, in dem sie nicht die notwendige Kraft besaß, sich in diesem Raum durchzusetzen, und Sie wissen, daß das Dasein des Deutschen selbst nicht das Ergebnis irgendeiner Vorherbestimmung an sich ist, sondern das Ergebnis einer Auswirkung bestimmter Tu-

1 Titel laut Volksgemeinschaft vom 28.11.1935.

2 In der Stadthalle, von 20.30 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.500 (VB vom 10.8.1927: 4.000; Volksgemeinschaft vom 28.11.1935: 2.440) Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet.

3 Vgl. auch Heidelberger Neueste Nachrichten vom 8.8.1927, "Adolf Hitler in Heidelberg"; Heidelberger Tageblatt vom 8.8.1927, "Adolf Hitler in Heidelberg"; Pfälzer Bote vom 8.8.1927, "Hitlerversammlung"; Volkszeitung vom 8.8.1927, "Hitler in Heidelberg"; VB vom 9.8.1927, "Hitler in Heidelberg"; VB vom 10.8.1927, "Heidelberg im Zeichen Hitlers"; Volkszeitung vom 20.8.1927, "Nachklänge zur Heidelberger Hitlerversammlung". Sowie Bericht der badischen Landespolizeistelle Karlsruhe vom 1.11.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1774/304.

genden, die er besessen hat. Wir wissen, daß das Lebewesen, das heute zum Herrn der anderen Lebewesen der Erde aufgestiegen ist, diesen Aufstieg nicht vollzogen hat auf Grund irgendwelcher phantastischen Theorie, sondern daß der Mensch zum Herrn der anderen Wesen dieser Erde geworden ist auf Grund eines unerbittlichen Kampfes, ja eines grausam scheinenden Kampfes, eines Ausrottungskrieges mit dem Ziel, die anderen zu unterwerfen. Ja, Hunderttausende von Jahren wütet der Kampf, und wir können aus ihm heraus nun drei Merkmale feststellen. Warum ist der Mensch überhaupt zum Herrn über andere Lebewesen geworden, warum ist gerade dieses Wesen Herr über alle Lebewesen geworden?

Erstens infolge von Eigenschaften, die wir gar nicht ermessen können, die ihm aber gegeben sind, Eigenschaften, die den Menschen nun einmal ausmachen und ihn unterscheiden vom Tier, und Eigenschaften, die ihn nicht etwa, sagen wir, schroff unterscheiden, sondern Eigenschaften, die selbst bei ihm abgestuft sind, denn wir wissen, daß die höchste Herrschaft der Menschen zu danken ist den Eigenschaften besonderer Rassen, und man kann nicht sagen, daß es etwa besser wäre, wenn es keine Arier gäbe, sondern wenn nur Neger auf der Erde leben würden, denn es handelt sich nicht um den Menschen an sich, sondern um die Entwicklung eines bestimmten, eines ganz besonderen Menschen, und überall, wo dieser Mensch hingekommen ist, ist er zum Herrn der anderen Lebewesen geworden, während die andere Menschheit immer in dem Verzweiflungskampf mit anderen Lebewesen unterlag.

Sie wissen, daß zahlreiche niedere Stämme, niedere Völker den Schicksalskampf nicht zu bestehen vermögen, daß sie in unseren jetzigen Tagen aussterben, und daß dieser Prozeß unzählige Male schon stattgefunden hat. Wir wissen, daß das, was den Menschen ausmacht, was seine Höhe ausmacht, ausschließlich das Ergebnis eines besonderen Menschen ist, einer besonderen Art von Mensch, nämlich des arischen Menschen, und daß die gesamte andere Kultur von ihm ihre Befruchtung erhalten hat, und daß in dem Augenblick, in dem diese Befruchtung aufhört, diese Kulturen im günstigsten Falle erstarren und tot werden.

Wir wissen aber weiter, daß in den meisten Fällen nicht nur eine Erstarrung eintritt, sondern daß in den meisten Fällen der wirkliche Tod nachfolgt, daß diese Kulturen langsam wieder von der Erde verschwinden, und es ist ein Unsinn, wenn heute irgendeine Bewegung glaubt, durch eine Theorie die Bedeutung dieser besonderen Art von Menschen entfernen zu können. [4]

Leugnen kann man die Bedeutung dieses arischen Menschen, schmähen kann man sie nicht [*sic!*], aber ersetzen kann man sie nicht durch irgend etwas anderes. (Sehr richtig! Bravo! Händeklatschen.) Man kann heute hergehen und kann das Blut als ganz unbedeutend und gering einschätzen, allein, es kann keiner hergehen und auf den Beweis hindeuten, daß auch ohne dieses Blut eine Kultur entstanden wäre.

Nicht nur in dieser besonderen Rasse liegt diese schöpferische Kraft, die wir als kulturbildend bezeichnen, sondern sie liegt weiter in einem Prinzip, möchte ich sagen, das gerade bei dieser Rasse sich in der wundervollsten Weise ausgeprägt hat, sie liegt im Wert der Persönlichkeit. So wie dieser ganzen Menschheit, wenn ich sie so mit einem

4 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 29.11.1935.

Sammelbegriff bezeichnen soll, ein Volk vorangeht, so geht in jedem Volk und insbesondere in dem Volk, das die Kultur begründet hat, immer die einzelne Person voraus. Auch hier kann man ohne weiteres die einzelne Person und ihre Bedeutung leugnen. Auch hier kann man hergehen und sagen: Nein, nicht in der einzelnen Person, sondern in der Summe der Menschen, in der Gesamtheit liegt die Kraft. Tun kann man das, allein niemals kann die Gesamtheit ersetzen, was der einzelne leistet. (Sehr richtig!) Niemals kann eine Kultur aufgebaut werden auf Grund von Majoritätsbestimmungen (Beifall) oder von Majoritätsabsichten. Der Ursprung der Dinge liegt in dem Werk und der genialen Tat eines einzelnen Menschen. Was wir mit dem Wort Schöpfung bezeichnen, wäre nichts, wenn es nicht entsprungen wäre zunächst aus dem Gehirn *eines* Kopfes. Die primäre Bedeutung der Persönlichkeit läßt sich auch leugnen, allein, sie läßt sich auch nicht durch irgend etwas anderes, durch Zahlen, ersetzen. Wir brauchen nicht zum Allergrößten zu gehen, nicht zu den unsterblichen Denkmälern menschlicher Kultur, um das zu sehen. Es gibt heute viele Menschen, die stehen auf dem Standpunkt, daß man das an sich gar nicht brauche; weshalb ein Goethe, warum ein Schopenhauer, man kann auch ohne sie leben. Zunächst scheinbar ja. Es mag im Gehirn des einen oder anderen Menschen der Gedanke aufdämmern, daß es nicht notwendig ist, daß diese Heroen in der Menschheit vorhanden sind oder waren. Allein, er vergißt eines: Er nimmt teil an tausend einzelnen Dingen, die ihn erst in die menschliche Höhe emporbringen, an tausend Dingen, deren Ursprung in einem solchen Kopf wurzeln. Und wenn durch solche Köpfe nur das eine, das Niveau der Menschheit bestimmt wurde, so darf der einzelne nicht vergessen, daß er es diesem Niveau verdankt, daß er Mensch ist. Und daß er auf Grund dieses Niveaus teilnimmt an all den Vorzügen, die der Mensch besitzt gegenüber anderen Lebewesen. Es kann der einzelne nicht ermessen, inwieweit es heute noch praktischen Wert besitzt, die heutige Zeit mißt nur nach praktischen Werten, allein die Geschichte zeigt, daß dieser höchste Idealismus den höchsten und tiefsten praktischen Wert besitzt, denn wenn es auf diesen Gebieten nicht Menschen gegeben hätte, die aus Idealismus die unsterblichen Werte geboren hätten, dann würden nicht Millionen andere später den praktischen Nutzen daraus ziehen.

Den praktischen Nutzen, der eben darin besteht, daß die Menschen, daß die Masse an der gesamten Kultur teilnimmt. Die Person kann nicht ersetzt werden. Der Mann von links allerdings gibt in einem solchen Fall zur Antwort: Das ist nur eine Frage der Erziehung. Wenn wir das Volk erziehen, dann wird diesem Volk in der Masse genau das zu leisten möglich sein, was Eure sogenannten großen Männer geleistet haben. Nein, Freunde, das kann man nicht erziehen, weil es auch bei großen Männern keineswegs anerzogen wurde, sondern das ist ein Geschenk, das die Natur gibt, wie es sich keineswegs reglementieren läßt durch Parteiprogramme, Manifeste oder so etwas Ähnliches. (Lebhafter Beifall.) Es kann gewiß irgendwo hineinfallen. Das kann die kleinste Hütte sein, allein der Kopf, der nun einmal vom Schicksal zur Erfüllung der Aufgabe ausersehen ist, nur er wird seine Aufgabe erfüllen, und er kann nicht ersetzt werden. Selbst heute in der Zeit der Jazzmusik können Sie doch nicht sagen, eine Symphonie von Beethoven ist ein unbedeutendes Werk, und später werden die Menschen, ganze Menschenmassen das von selbst machen. Nein, Hunderte von Millionen und vielleicht im

Laufe der Jahrzehnte Milliarden können es hören, aber nur einer hat es geschaffen, und dieser einzelne, dieses Gehirn, läßt sich nicht von einem anderen kommandieren, am allerwenigsten von der Majorität, da die Majorität nicht die Verkörperung der Tatkraft ist, sondern die Majorität repräsentiert in allen irdischen Belangen immer ein Minimum an Tatkraft, an Kühnheit, Einsicht, Weisheit usw. (Sehr richtig, sehr gut!)

Sehr viele sagen: Das braucht man nicht, den einen herausheben aus der Masse oder den Helden absondern von der Gesamtheit. Weshalb einen Erfinder besonders kenntlich machen? Nein, was hier ist, ist das Ergebnis eines der Köpfe, die der Menschheit vorausgehen als Pioniere, die manchmal nicht verstanden werden, aber nichtsdestoweniger sind es die Lichtbringer für die Menschheit, und ihre Werke leuchten all den anderen, auch denen, die sie später lästern.

Das ist das zweite, was die Bedeutung der Menschheit heute ausmacht, daß sie auf allen Gebieten Pioniere besitzt und seit Jahrtausenden schon besaß, die der Menschheit vorausgehen und den Weg abstecken, den die andere Menschheit dann wandert.

Das dritte ist das Gesetz des ewigen Kampfes. Da wird mancher kommen und sagen: Nein, hören Sie auf, ich bin ein Pazifist. Das spielt gar keine Rolle, sondern das Wesentliche ist, was die Menschheit getan hat, damit Du jetzt da bist. Die Frage ist, ob Du jetzt da wärest, wenn die Menschheit Deine Gedanken gehabt hätte. (Sehr richtig, sehr gut!) Du prüfest [*sic!*] Deine Ideale nur von dem einen Gesichtspunkt aus, ob es Dir im Augenblick paßt oder ob Du nicht die unangenehme Verpflichtung auf Dich legst, die Du zweckmäßigerweise abgibst. Aber Du vergißt, daß die Wichtigkeit Deines Prinzips nicht gemessen werden darf an der Erhaltung des gegebenen Zustandes, sondern daß die Richtigkeit des Prinzips gemessen werden muß an der Frage, ob ein Prinzip, von jeher angewandt, das bringen könnte, was wir heute haben, ob also der pazifistische Gedanke, wenn die Menschheit das Programm und Prinzip ergattert hätte, die Menschen heute dahin gebracht hätte, wo sie steht, daß es heute überhaupt keine Menschheit gäbe. (Sehr richtig.)

Und da magst Du Dein Manifest so oft herunterbeten wie Du willst, es wird nichts daran geändert: Du bist das Produkt des Kampfes. Hätten Deine Vorfahren nicht gekämpft, dann würdest Du heute ein Tier sein. Sie haben ihre Rechte nicht erworben durch friedliche Auseinandersetzung mit den wilden Tieren und später vielleicht auch mit den Menschen durch vergleichsweise Regelung der Verhältnisse und durch einen pazifistischen Schiedsgerichtshof, sondern der Grund und Boden ist erworben auf Grund des Rechtes des Stärkeren. [5]

Die zwei, die sich um den Grund und Boden stritten, haben bis aufs Blut miteinander gekämpft, und der Schwächere unterlag dem Stärkeren. Das ist das Prinzip, und auf Grund dieses Prinzips besitzt zum Beispiel das deutsche Volk die Grundfläche, auf der es zur Zeit lebt. Auf Grund dieses Prinzips ißt jeder heute sein Stück Brot, auch der Pazifist ißt es und vergißt dabei, daß dieses Stück Brot seinen Grund hat in dem Schwert, das den Boden gewonnen hat für den Pflug, und daß der erste Dünger für diesen Boden nicht Wasser war, pazifistisches Weihwasser, sondern Blut, Blut und wieder Blut, das ist der erste Dünger gewesen. (Sehr richtig; lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Kurz, es

5 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 30.11.1935.

mag dem einzelnen grausam erscheinen, aber es ist sicher, daß, wenn es auf diesem Erdball kein Ringen gäbe, damit auch jede Entwicklung beendigt werden müßte. Der Fortschritt ist das Ergebnis eines Ringens, jede Erfindung bedeutet die Beseitigung eines bisherigen Zustandes, ist eine Kampfansage an eine bisherige Tradition, ein Protest gegen bisherige Gewohnheiten oder bisherige Ansichten. Kurz, was auf der Welt wächst, ist ein Ergebnis des Ringens des einen gegen den andern.

Dann lesen Sie, daß von deutscher Arbeit der Ozean bezwungen werden wird, daß zum erstenmal in den Lüften ein Mensch von Europa aus über den Ozean hinüberfliegt. Daß dieser überhaupt zum zweitenmal von hier aus überflogen wird: welches Ringen ist nötig gewesen, um dies durchzuführen? Glaubt man, daß das der Menschheit möglich gewesen wäre, wenn nicht der Arier dieses Europa besiedelt hätte, oder glauben Sie, wenn die Fluten des Ozeans den Arier eines Tages weggespült hätten und nur Neger übrig geblieben wären, glaubt man, daß dann ein Flugzeug von Timbuktu aus hinübergeflogen wäre, von Negerhänden geführt? Nein, dem Kopf des Ariers ist es entsprungen, der nur einen kurzen Fortschritt in dem ewigen Ringen der Menschheit darstellt. Kein Sportsmann stellt einen Rekord auf, wenn er nicht einen anderen zu brechen hat. Es ist dabei immer daran gedacht, etwas Bestehendes zu ändern und einen Schritt vorwärts zu gehen, und es heißt alles Kampf, ganz gleich, mit welchen Waffen er sich abspielt, denn auch der Krieg ist nichts weiter als ein Ringen nach vorwärts, wenn auch mit anderen Mitteln, und der einzelne kann sich tausendmal dagegen sträuben und kann tausendmal sagen, das lehne ich ab. Dieses Flugzeug, von dem ich vorhin sprach, soll in wenigen Tagen die Küste des Kontinents berühren [6], der auch von Weißen erobert worden ist, und irgendein Mann erklärt, Euere kapitalistische, Euere militärische Politik mache ich nicht mit, ich wandere aus, ich gehe nach Nordamerika. Er vergißt ganz, daß er in ein Land hineinkommt, das nach unserem Grundsatz erobert wurde, nicht von einer Engelschar dem weißen Mann präsentiert wurde, sondern der weiße Mann hat eines Tages mit der Rothaut den Kampf aufgenommen und langsam die Rothaut verdrängt, mit Pulver und Blei, mit Blut und auch mit Branntwein, mit allen Mitteln, die man sich auszudenken vermochte, mit den barbarischsten Mitteln. Und das ist gerade, was den Pazifisten hineinzieht, um den schlechten Zuständen hier zu entgehen. (Sehr gut!)

Also, er nimmt trotzdem immer wieder teil an den Ergebnissen dieses Ringens, allerdings des Ringens anderer, wie ja überhaupt neun Zehntel von all dem sogenannten Pazifismus, den wir in Deutschland heute blühen sehen, nichts anderes ist als Feigheit und Spekulation auf den Mut der anderen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Teilnehmen an den Gütern aller, das tut man, mitkämpfen, das lehnt man ab. Und doch ist gerade das deutsche Volk dazu gezwungen, und zwar auf Grund einer einfachen, nüchternen Prüfung seiner heutigen Lage. 62 Millionen zählen wir in den Grenzen des Mutterlandes, rund 100 Millionen Deutsche befinden sich auf der ganzen Welt, 62 Millionen auf knapp 450.[*000*] Quadratkilometer Grund und Boden. Dieser Grund und Boden muß unser Volk ernähren. Der Grund und Boden ist ein Gleichbleibendes, die Volks-

6 Die geplante Atlantiküberquerung von Dessau nach New York mußte am 14.8.1927 aufgrund widriger Wetterverhältnisse abgebrochen werden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.8.1927, "Sturmnot und Rückkehr der Ozeanflieger".

zahl ist etwas sich Wandelndes, und wir müssen uns erst die Frage vorlegen: Ist es gesund, daß die Volkszahl sich wandelt? Auch hier muß ich mich mit dem Gedanken auseinandersetzen: Nein, das ist nicht gesund, sondern gesund ist es, daß man die Geburten einschränkt, daß die Volkszahl gleich bleibt oder zurückgeht.

Wenn unsere Vorfahren das getan hätten, wenn sie, um jedem Kampf auszuweichen, das gleiche Rezept angewandt hätten, wenn sie gesagt hätten, wir wollen Pazifisten sein, warum neuen Grund [*und*] Boden erwerben, lieber schränken wir uns ein, lieber verzichten wir auf weitere Volksvermehrung, dann würden wir heute nicht da sein. Und es ist das Bemerkenswerte, daß alle Menschen, die diesen Grundsatz vertreten, andere Menschen sterben lassen, andere Menschen nicht geboren sein lassen. (Beifall und Händeklatschen.) Aber die Mörder dieser Kinder klammern sich selber feig an das Leben. Für sie selbst ist das Leben alles, und um dieses Leben nicht zu riskieren, sind sie bereit, ganz ruhig das Leben der Zukunft von Generationen preiszugeben, damit ihr eigenes ja nicht irgendeiner Gefahr ausgesetzt ist.

Wenn nun unsere Vorfahren stets das getan hätten? Denn diese Not beherrscht das deutsche Volk seit der Zeit, da es anfing, in die Geschichte einzutreten. Selbst der Grund der Völkerwanderung war weiter nichts gewesen als Suchen nach Raum, Raumnot. Wenn auch die Räume, die damals zur Verfügung standen, für uns heute unermeßlich scheinen, so darf man nicht vergessen, daß die Technik damals in einem Mißverhältnis stand zur Größe des Raumes, und daß die nördlichen Gebiete in der damaligen Zeit trostlose Gebiete waren, Heide und Sumpf und Nebel und Regen, ein grauenhaftes Gebiet; und das ist der Grund gewesen, der sie nach Süden wandern ließ.

Und so strebt nun Volk um Volk nach diesem Süden, und deshalb sind ganze Stämme verblutet, nicht, weil sie den romantischen Trieb besessen haben, sich verbluten zu müssen, sondern es ist der Drang gewesen, der immer neue Völkerwanderungen in Bewegung brachte. Immer war es die eigene Not, nie ein leuchtendes Land, eine leuchtende Insel, die Milch und Honig besitzen sollte, nach der die Menschen hinzogen und hinziehen mußten in den blutigsten und schwersten Kämpfen, und die zu Tausenden niedersanken. Stämme starben aus, ein Teil blieb dann dort, und dann beginnt diese Riesenwelle zu stocken, und die Menschen begannen den Boden dort, wo sie sich befanden, zu kultivieren. Und trotzdem: das deutsche Volk wird von seiner Not nicht frei, und als diese Not wieder einmal zu groß wird, beginnt das deutsche Volk wieder neu zu kolonisieren, und zwar wendet es sich jetzt nach dem Osten.[7]

Im Südosten und im Nordosten des Reiches wird Grund und Boden gewonnen. Ein Strom von deutschen Bauern zieht dorthin und beginnt den Boden zu besiedeln und zu bepflanzen, und zwar den Boden, den man nicht etwa durch Übereinkommen erworben hat, sondern durch Kampf. Dann endlich hört allerdings dieser Vorgang auf. Das deutsche Volk beginnt, keinen neuen Boden mehr zu erwerben, es bleibt nicht nur in seinen Grenzen stehen, sondern es sinkt sogar zurück, und stattdessen sehen wir Not und Elend auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Abschieben von überflüssigen Menschen. Das ist die zweite Möglichkeit, um eine Volkszahl dem Grund und Boden anzupassen, daß man entweder sich nicht mehr vermehrt, oder die Menschen nach außen

7 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 1.12.1935.

abgibt. Das hat das deutsche Volk Jahrhunderte lang getan bis zu dem Augenblick, wo ein neuer Staat sich zu bilden begann, und eines Tages auf einem Schlachtfeld ein neues Reich gegründet wurde und dieses Reich stark genug war, seinen Bürgern gleiche Rechte zu geben. Man will nicht Menschen exportieren, sondern man sagt, wir exportieren Waren und besonders seit der Zeit der Jahre [*18*]76/77 sehen wir ein langsames Zurückgehen unserer Auswanderungsziffer. Manchmal schwillt sie plötzlich an, aber im allgemeinen sinkt sie immer mehr und mehr, und endlich im Jahre 1914 können wir sagen, daß die Auswanderung fast abgestoppt wurde.

Kaum 30.000 Deutsche sind es mehr, die im Jahre auswandern, während eine größere Zahl Fremder nach Deutschland einwandert. Kaum 30.000, alles andere bleibt im Mutterland. Jährlich sind es über 900.000 Bürger mehr, und für diese 900.000 Bürger muß Brot beschafft werden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten oder gar drei dafür. Entweder Grund und Boden zur Verfügung stellen, oder die Menschen abschieben, oder Handel treiben, oder den Staat in eine große Fabrik verwandeln. Und wenn damals Deutschland als Weltkonkurrenz auftrat, und das ihm später von unseren schlauen Leuten von links vorgeworfen wurde, dann sollen sie doch eines nicht vergessen: Das tat man doch alles nicht, um irgendwie jemanden zu reizen, sondern um dem deutschen Volk das tägliche Brot zu geben. (Sehr richtig!) Auch das war, wenigstens früher, eine Verpflichtung. Im Jahre 1918 war sie zu Ende.

Und jetzt, meine lieben Volksgenossen, wie sieht die Zukunft aus? Wir haben 62 Millionen Menschen, die sich vermehren, und wenn sie sich nicht vermehren, dann würden sie jede Bedeutung auf der Welt verlieren. Auf der anderen Seite haben wir einen lächerlichen Grund und Boden, der heute schon 20 Millionen davon nicht zu ernähren vermag. Und nun kommt eine Verpflichtung. Es gibt eine Möglichkeit, das ist eine, die der Mann von links heute von seinen großen Führern präsentiert erhält. Man sagt: Das Zweikindersystem. Man sagt, weniger Kinder durch Einschränkung. Das ist eine Möglichkeit, dieser Not entgegenzutreten. Wer dafür eintritt, der vergißt aber dabei, wenn unsere Vorfahren, sagen wir während 1000 Jahren, dieses Prinzip angewandt hätten, hätten wir heute nicht einmal *die* Fläche an Grund und Boden, die wir besitzen.

Wir hätten aber auch nicht das deutsche Volk mit der Bedeutung, die wir heute haben; denn die Bedeutung, die wir besitzen, ist nicht nur eine Bedeutung der Zahl, sondern auch des Wertes, den wir repräsentieren, und er wird gemessen an den kulturellen Leistungen, die wir auf der Erde vollbracht haben. Man kann nicht sagen: Deutschland ist groß, weil es eine Republik hervorgebracht hat, nein, Deutschland hat auf der Welt seinen Platz, weil es als Kulturfaktor angesehen wird. Und die Kultur, die uns den Platz gegeben hat, ist nicht das Ergebnis immer des Erstgeborenen gewesen, oder weil glücklicherweise der erste ein Knabe und das zweite Kind ein Mädchen war. Sie ist nicht das Ergebnis des Erst- oder Zweitgeborenen, sondern die Kultur ist das Ergebnis von Kindern, die oft das sechste, siebte, achte, ja sogar das neunte, elfte gewesen sind, das dritte und vierte in zahllosen Fällen.

Streichen Sie aus dem deutschen Volk alles heraus, was über das zweite Kind geboren wurde und schauen Sie dann unsere Kultur an! Wir würden in ein Nichts zurücksinken. Die größten Säulen unserer ganzen Bedeutung, unserer Kultur, die uns überhaupt

erst zu Menschen macht, wir kennen sie dann nicht mehr. Aber auch sonst, glauben Sie, wenn ein Volk diesen Grundsatz verficht in einer Welt, die sich dauernd weitet und in einer Welt, in der andere Völker sich gesichert haben, wird das Ergebnis sein, daß dieses Volk eines Tages in lächerlicher Zahl einer gigantischen Übermacht anderer Völker gegenübersteht, daß es selbst damit praktisch Verzicht leistet auf die Gestaltung seines eigenen Schicksals, daß es ausscheidet von dieser Welt.

Wenn unsere Vorfahren das stets getan hätten, nehmen wir an zur Zeit der Cheruskerstämme oder später in der Völkerwanderung, wenn man da dieses Prinzip schon gehabt hätte: warum neuen Boden erwerben, sich selbst beschränken, dann würden wir heute ein ganz kleiner Stamm sein, wahrscheinlich wären wir ausgestorben. Dieser Gedanke ist sinnlos und ist in Wirklichkeit ein Gedanke des Verzichtens auf das Leben. Denn indem der einzelne Mensch glaubt, daß er sich sein Leben erhält, opfert er das Leben der Zukunft und damit das Leben seines Volkes. Endgültig aber auch das Leben derer, die in der Zukunft kommen und die Kultur gestalten sollen. Traurig wäre es, wenn dem so wäre.

Damit gibt es für uns aber nur ein paar Möglichkeiten, entweder wir stellen uns neuerdings um auf Menschenexport, das heißt, wir schicken wieder die überflüssigen Volksgenossen hinaus. In den letzten Tagen verzeichnet es die Presse als einen großen Erfolg, daß die Auswanderungsquote von 60.000 auf 70.000 [8] vermehrt wurde. Als einen Riesenerfolg erklärt man das, wenn wir 60.000 oder 70.000 unserer besten Volksgenossen verlieren, denn es sind sicher nicht die Allerschlechtesten, sondern die Tatkräftigsten des Volkes, diejenigen, die nicht kapitulieren wollen vor den Unbilden der Gegenwart und der Not, sondern die sagen: Ich schaffe mir woanders meine Zukunft und Existenz.

Sie sind die Kampfnaturen, auch wenn sie zu Hause sagen: Ich bin Pazifist. Sie sind es nicht, und wenn sie erst in Nordamerika sind, wird ihnen schon der pazifistische Gedanke vergehen. Kampf, arbeiten, schuften - das ist die Rolle des Auswanderers. Der Stärkere wird übrig bleiben, und der Schwächere wird niedergerungen. Und unser Volk hat es draußen begriffen, es hat Großartiges geleistet. Das konnten wir sehen im Jahre 1914/15 und 1917/18 und im Hochsommer 1918, als auf den französischen Schlachtfeldern die ersten amerikanischen Soldaten auftauchten, großgewachsene Menschen, Menschen unseres eigenen Blutes, die wir selbst jahrhundertelang abgeschoben hatten, und die jetzt bereit waren, das Mutterland selbst in Grund und Boden hineinzutreten.

Das ist das Ergebnis dieses Abschiebens von Menschen gewesen. Das wird auch das Ergebnis in der Zukunft sein. [9]

Jeder, der sein Heimatland verläßt, geht ein in die große Front der anderen Völker und eines Tages sogar in die Kampffront gegen sein eigenes Mutterland.

Dann gibt es noch eine Möglichkeit, nämlich den Warenexport. Allein, diese Möglichkeit ist eine trügerische; nicht nur Deutschland geht dieser Industrialisierung entgegen und ist zu dieser Industrialisierung gezwungen, genau so auch England, Frankreich und Italien. Und in letzter Zeit tritt auch Amerika in die Reihe dieser Konkurrenten

8 1926 und 1927 wanderten 65.280 bzw. 61.379 Personen aus dem Deutschen Reich aus. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 35.

9 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 2.12.1935.

ein, und das Schwierigste ist nicht die sogenannte Steigerung der Produktion, wie man bei uns immer sagt, sondern das Schwierigste ist die Steigerung des Absatzes. (Sehr gut, sehr richtig.) Das ist heute das Problem auf dieser Welt, auf dieser Welt, die sich selbst überall industrialisiert, die um diese Märkte ringt.

Die Märkte sind in erster Linie dem gesichert, der die Kraft hat, sich den Absatz zu sichern, und den Absatz sichert man sich heute schon längst nicht mehr durch bessere Ware, sondern durch das schärfere Schwert. Und diese Macht hat heute England, und diese Macht hat die *nordamerikanische* Union, abgesehen davon, daß sie im Besitz von Rohstoffquellen unbeschränkter Größe sind. Sie haben auch die politische Macht und setzen sie brutal und rücksichtslos ein, und Sie sehen, daß ein Clemenceau eisigkalt sagt: 20 Millionen Deutsche leben zuviel [10]. Und er hat recht, sie sind zuviel, um sie auf eigenem Grund und Boden zu ernähren. 20 Millionen Deutsche sind zuviel, um sie von außen zu ernähren, dazu müßten wir Konkurrenten der anderen werden. Wir müßten unseren Export steigern.

Er vergißt ganz, daß wir 1914 eigentlich deshalb in den Kampf ziehen mußten, weil die anderen die Konkurrenz nicht mehr mit friedlichen Mitteln brechen konnten, sondern mit dem Schwert brechen mußten, und es ist heute nicht Habsucht oder kleinlicher Neid, sondern England ringt aus demselben Grunde wie wir. England hat auch zuviel Menschen, und auch diese Menschen müssen ernährt werden; und wer einem englischen Arbeiter den Absatz für sein Produkt nimmt, ist in England der Feind, auch wenn er diesen Absatz einem deutschen Arbeiter gibt.

Es ist heute so, daß man nicht sagt, es sind jungfräuliche Gebiete auf dieser Erde unerschlossen, die wir Deutsche erschließen werden. Wir können nicht sagen, dort werden wir hingehen und uns Bananen holen und andererseits unsere Maschinen dort absetzen. (Lachen, Heiterkeit.) Nein, so ist es nicht. Wo wir auch hinkommen auf der Welt, stehen bereits andere, und deren wirtschaftliche Macht brechen, heißt im letzten Grunde, an die Gewalt [*zu*] appellieren, weil auch das ein Lebenskampf ist, ein Schicksalskampf auf dieser Welt.

Und dann noch ein anderer Weg, das ist der: [*Um*] diese ungesunde Entwicklung unseres Volkes, die uns in ewige Abhängigkeit vom Auslande bringt, zu verhindern, braucht man trotzdem die Macht, weil man sich das ohne Macht niemals denken kann.

Der dritte Weg ist, wieder dem Drang nach Grund und Boden nachzugeben und ihn möglichst in Europa zu sichern. Dazu braucht man Macht, und damit komme ich wieder zu Clemenceau. Sie kommen niemals, und keine Bewegung kommt um die Frage herum: Hier sind 20 Millionen Menschen zuviel, wie wollen wir sie ernähren? Sie können tausendmal eine kommunistische Republik errichten, das kann man, jawohl, aber damit, daß Sie nun den Menschen eintrichtern und von Jugend auf schon üben in dem Gebet des kommunistischen Manifestes von Karl Marx und dem Programm von Lenin und Genossen, damit ernähren wir unser Volk nicht! (Sehr gut, sehr richtig.)

---

10 Der fälschlicherweise Georges Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

Und deswegen ginge das bei uns auch nicht so lange, wie es nun schon in Rußland geht, denn dort ist der Grund und Boden achtzehnmal so groß wie in Deutschland, und der Grund und Boden ist in Rußland nicht deshalb achtzehnmal größer, weil Gott bestimmt hat: Du, Russe, bist ein edleres Wesen als der Deutsche, Du bekommst achtzehnmal soviel und der Deutsche nur ein Achtzehntel, - sondern weil in früherer Zeit sich der Russe diesen Grund und Boden geholt hat, und der Deutsche hat damals weniger an Grund und Boden gedacht, sondern hat an großen Problemen gearbeitet, an großen weltanschaulichen Problemen sich abgemüht, und er hat diese Probleme so weit gemeistert, daß er den Blick auf die Welt verloren hat. (Sehr richtig!)

Heute leiden Millionen Deutsche darunter, und die bange Frage: "Was nun?" wird sich immer und immer wieder erheben, auch das ist also kein Rezept. Denn was sind die Arbeitslosen? Arbeitslose sind Menschen, für deren Produktionskraft keine Verwendungsmöglichkeit besteht. Da ist dann das zweite Rezept: Ja, dann müssen die Arbeitslosen durch eine ausreichende Versicherung gedeckt werden. Das kann man eine Zeitlang tun, aber nicht auf die Dauer, auf 30 oder 40 Jahre. Es kann sich aber nicht ändern, und dann muß es schlimmer und schlimmer werden, weil erstens die Weltkonkurrenz von Jahr zu Jahr noch größer wird, und zweitens, weil die übrigen Staaten selbst sich industrialisieren, denen wir bisher Produkte geliefert haben, und weil der Rohstoffmangel uns von vornherein in eine immer ungünstigere Lage bringt, gegenüber den anderen Staaten und Völkern der Erde.

Die Not wird also größer werden, sie muß es in der Zukunft zwangsläufig. Und was dann, wenn dieses Arbeitslosenheer 20 und 30 Jahre lang besteht, will man dann vielleicht einen Turnus einführen: fünf Jahre die und fünf Jahre die anderen? Oder es werden die blutigsten Kämpfe entstehen, oder es muß eine Macht entscheiden, die eines Tages zur fürchterlichsten Gefahr den anderen gegenüber tätig sein muß. Glaubt man denn - ob sie jetzt am Schraubstock stehen oder Kanalarbeiter sind, oder Straßenfeger usw. - glaubt man, daß man das dauernd so fortsetzen kann?

Um dieses Problem kommt keine Zukunft in Deutschland herum, diese Frage wird sich immer wieder erheben: Wie wollt Ihr Eure Volkszahl in Einklang bringen mit der Ernährung? Wollt Ihr Euch auf den Warenexport umstellen, oder wollt Ihr den Grund und Boden der Volkszahl anpassen? Was wollt Ihr? Aber ich glaube, was Ihr auch wollt - in allen drei Fällen braucht Ihr Macht! (Sehr richtig.)

Man löst dieses Problem nicht dadurch, daß man heute erklärt, wir wollen Menschen exportieren. Wir können das nicht mehr, weil wir nicht die Kraft haben, unseren Handel zu schützen, um die Tore der Welt zu öffnen, da diese Tore uns zugeschlagen worden sind; und vor diesen Toren stehen überall Schwertträger.

Und auch das Dritte können wir nicht. Grund und Boden erwerben, ohne Macht zu besitzen. Man streut dem deutschen Volk seit Jahren Sand in die Augen, und dazu gehört auch jenes Gerufe und Geschrei wegen Überlassung eines Mandats über die einstigen deutschen Kolonien an Deutschland. Das sind die Parolen, mit denen man unsere altersschwache Politik wieder auf die Beine bringen will, aber die deutsche Nation rettet man nicht damit, denn, ob wir wieder Kolonien bekommen - das mag romantische Ge-

fühle befriedigen - oder nicht bekommen, die deutsche Not würde dadurch nicht geringer, nicht geändert. [11]

Die deutsche Not wird nicht dadurch beseitigt, daß wir etwa 20 oder 30.000 Menschen hinausschicken, sondern die Arbeitslosen sind ja jährlich eine halbe Million, dafür muß Brot geschaffen werden, und 20 Millionen sind jetzt schon zuviel. Das ist das Problem. Nun sagt man uns: Ihr werdet das Problem nicht mehr lösen, weil Euch die Macht dazu fehlt. Und die Macht dazu fehlt uns, weil unser Volk in den Zustand verfallen ist, nämlich in der Zeit, als es seine erste große Kolonisation beendete und warum beendete? Weil das deutsche Volk in den inneren Kampf damals hineingestürzt wurde, sich in zwei Lager teilte und kämpfte, rang und blutete für Ideale, damals religiöse Ideale, hie Protestantismus und hie Katholizismus. Die deutsche Nation teilte sich in zwei Welten, sie denkt nicht mehr an Macht, sie denkt an nichts mehr als an den geistigen Kampf. Wer wird Sieger bleiben? Allmählich ist dieser Kampf so ausgegangen, daß keiner vollständig als Sieger hervorging, da das deutsche Volk über diesem Kampf so unendlich viel Blut verloren hatte, so viel Energie vergeudet hatte, daß es nicht mehr fähig war, den Kampf auf der übrigen Welt aufzunehmen; es sank in Ohnmacht und zerfiel.

Das dauerte so lange, bis endlich über die streitenden Ideen sich eine neue Idee erhob, die Idee des nationalen Gedankens, das Nationalitätsprinzip, und bis diese Idee plötzlich die einzelnen deutschen Klüfte zu überbrücken begann, bis sie endlich so stark wurde, daß sie selbst die beiden Konfessionen zu überbrücken, die Deutschen wieder zusammenzuführen vermochte. Und die deutsche Not begann an dem Tage langsam zu weichen, an dem wieder ein Deutsches Reich der Macht geformt wurde. (Sehr richtig.) Aber sie ist wieder an dem Tage erschienen, an dem dieses Reich der Macht zerschlagen worden [*ist*], weil unser deutsches Volk heute wieder zwei Phantome besitzt, zwei Gedanken, für die es kämpft, zwei Ideale - oder sagen wir lieber zwei Vorstellungen.

Das deutsche Volk ist in zwei Hälften zerrissen. Der eine Teil ist national oder will national sein. Und der andere Teil unseres Volkes ist sozialistisch oder will sozialistisch sein. Und diese beiden Teile, der nationale und sozialistische, die verstehen sich nicht. Im Gegenteil, jeder von beiden ist überzeugt, daß der andere ihn selbst ausschließt und das konträre Gegenteil ist zu dem, was er repräsentiert.

Die beiden sind eingefleischte Gegner heute, und wir können sagen, daß die gesamte Politik der deutschen Nation sich keineswegs abspielt in einer Überbrückung der Kluft der beiden Teile, sondern daß sie sich nur abspielt innerhalb der beiden Teile. Das heißt, alles, was wir heute in Deutschland sehen, ist ein Übergehen von der Linken zur Rechten und von der Rechten zur Linken. Es ist ein dauerndes Hin- und Herpendeln innerhalb dieser beiden Gruppen, das heißt, der großen Gruppen von rechts und links. Sie sind in dauerndem Fluß und dauernder Bewegung. Der Mann ist deutschnational, und er wird dann deutschvolksparteilich, und wenn er deutschvolksparteilich ist, geht er wieder zu den Demokraten; oder umgekehrt: ein Demokrat geht zur Deutschen Volkspartei, und ein Deutschvolksparteiler geht dann wieder zur Deutschnationalen Volkspartei. Ein dauerndes Hin- und Herwandern, ein Hin- und Herpilgern nicht aus Gründen des Zweifels, sondern aus Gründen sehr realer Berechnung einer gewissen Wahl-

11 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 3.12.1935.

arithmetik. Die treiben die Menschen zu einer gewissen Zeit. Allein die Massen glauben an irgendwelche Ideale, sie haben irgendwelche Ziele, unklar, verschwommen. Aber manchmal scheint es, als ob es richtig wäre. Dann gehen sie zu dem einen, um nach zwei Jahren wieder zurückzugehen und im fünften Jahr zu sagen, gehen Sie mir aus dem Haus mit der Politik, ich beschäftige mich nicht mehr damit. Sie vergessen nur, daß ein Mensch in dem Augenblick, in dem er sich nicht mehr mit der Politik beschäftigt, daß er dann nicht mehr teilnimmt an dem Geschick seines Volkes und damit als Wertfaktor aus dem Volke ausscheidet. Der Mehrheitssozialist wird unabhängig, und der andere geht zu den Kommunisten und dann der kommunistischen Arbeiterpartei, der kommunistischen Opposition, und dann wird er ein Syndikalist, und schließlich will er überhaupt nichts mehr mit der Politik zu tun haben. Und umgekehrt kehren hunderttausend Unabhängige zu den Sozialdemokraten zurück. Ein dauerndes Hin- und Herwandeln. Und innerhalb der Gruppen spielt sich so das ganze demokratische Leben ab. Während die Gruppen gegeneinander immer mehr sich trennen, sich gegenseitig absondern, sich verselbständigen, werden sie immer mehr zu geschlossenen Welten. Wir können heute sehen, daß die marxistische Gruppe unseres Volkes eine Welt für sich darstellt, die keinerlei Beziehungen mehr kennt zur anderen Seite, im Gegenteil, die soweit geht, daß sie sagt: Der Mann eines fremden Volkes, der nur einer analogen Weltanschauung huldigt, steht mir näher, als der Volksgenosse meines eigenen Blutes, wenn er nicht zu meiner Weltanschauung gehört. Das zeigt also, daß das gemeinsame Band, das Blutband des Volkes, zerschnitten ist. Innerhalb des Volkes bildeten sich neue Welten, neue Gemeinschaften, die weltanschaulich aufgebaut sind, und die die Anhänger so sehr befriedigen, daß sie sich vollkommen genügen innerhalb ihrer Gruppen und keine Beziehungen mehr wünschen zu anderen. Und was ist das Ergebnis? Das Ergebnis ist, daß die ganze Kraft unseres deutschen Volkes in dem Augenblicke, in dem große außenpolitische Fragen zur Behandlung [*an*]stehen, in dem Augenblick, in dem es sich darum handelt, daß die Ernährung des deutschen Volkes gesichert werden soll, in dem Augenblick, in dem man feststellen muß, daß jetzt 20 Millionen schon zuviel sind, daß die Kraft unseres deutschen Volkes nicht ausreicht, da er seine politische Weltanschauung seinen Volksgenossen gegenüber vertritt. Gegen die politische Weltanschauung des Gegners aus dem eigenen Volke protestiert er, dagegen ringt er. Und die Nation hat keine Kraft nach außen, sondern die ganze Kraft wird restlos absorbiert vom Kampf innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft. [12]

Typisch für uns ist ein Nachbarstaat, der vom gleichen Laster angefressen ist, der ebenfalls nahezu 300.000 Arbeitslose besitzt, der buchstäblich nicht leben kann, bei dem man sagen darf: zum Sterben ein klein wenig zu viel, zum Leben aber unendlich zu wenig. Ein Staat, der vollkommen von internationalen Finanzbanden gefesselt erscheint, und bei dem das ganze Volk, ganz gleich, ob es jetzt in den leitenden Stellen in einer Fabrik steht, oder in einer nicht leitenden; dieses ganze Volk verwendet nun nicht etwa, wie es logisch sein sollte, die ganze Kraft zur Außenfreiheit, sondern verwendet sie im eigenen Land: Hier Bürgertum, hier Proletariat, hier Nationalismus. Kampf auf Leben und Tod, (Sehr richtig! - Zwischenruf: Sie vergessen ja die Religion!) das ist der Ge-

12 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 4.12.1935.

danke, der die Menschen heute beherrscht, der die Menschen heute umfaßt, und der auch nicht mehr gebunden ist durch die Religion, sondern von dem wir sagen können, daß auch die Religion heute nicht mehr in der Lage ist, diesen Druck irgendwie zu beseitigen. Er zieht sich mitten durch die Konfession heute hindurch. Ohne Rücksicht auf sie geht er mitten durch protestantische Gebiete, mitten durch katholische Gebiete. Er hat die Menschen auseinandergerissen. So sehen sie heute das Volk vor sich, und dabei glauben die Menschen zum Schluß heute noch nicht einmal an die Richtigkeit ihrer Ideale, denn sonst würden sie nicht dauernd wandern und würden dauernd herumsuchen und dauernd unzufrieden sein. Ist irgendwo noch ein guter Kern vorhanden, der dagegen sich sträubt - und wir Nationalsozialisten wissen, daß so mancher Genosse, der uns erst entgegentritt, sagt: "Ihr seid meine Todfeinde", drei Monate später in unseren Reihen wandelt und erklärt: "Ich habe verstanden, was Ihr wollt, und ich bin auch bereit, mich dafür einzusetzen." Und genau so Hunderttausend von der rechten Seite, denn das ist, meine lieben Volksgenossen, das deutsche Problem der Zukunft. Wir brauchen entweder Grund und Boden, um unser Volk zu ernähren oder erhöhten Absatz.

Das sind die beiden brauchbaren politischen Werte. Der politische Wert fließt nicht heraus aus der Genialität einzelner Staatsmänner, typisch vertreten durch unsere neudeutschen Parlamentarier, wird auch nicht erreicht durch geschickte Unterhändler, sondern die Kraft liegt in erster Linie in der Willenseinheit, in der Willensgeschlossenheit eines Volkes. Das ist die tiefste Kraftquelle. Nicht Waffen bedeuten auf dieser Erde an sich schon Kraft, wenn der Waffenträger ein Schwächling ist, oder unsicher ist, sich nicht im Klaren ist über die Notwendigkeit der Waffe, sondern die erste Voraussetzung zu jeder Macht ist der Wille, die Willenseinstellung des Volkes, die Erkenntnis, daß ein Volk nicht bestehen kann, wenn es nicht seine ganze Kraft auf dieser Welt einsetzt für sein Dasein.

Die Erkenntnis, daß die Kraft nur durch sich selbst kommt, ihm nicht von außen eingegeben werden kann, die Erkenntnis, daß die Kraft eines Volkes durch nichts ersetzt werden kann, nicht durch internationale Beziehungen, Völkerbünde oder irgendetwas, sondern daß diese Kraft zu allem die Voraussetzung bleibt; und da müssen wir gestehen, daß von dem Gesichtspunkt aus die Zukunft des deutschen Volkes kurz zusammengefaßt lautet: Gelingt es uns noch einmal, die 50 [*sic!*] Millionen nicht national sein wollenden Volksgenossen zum nationalen Gedanken zurückzubringen, oder gelingt das nicht?

Gelingt das nicht, dann meine lieben Freunde, dann geben Sie die Hoffnung auf einen Aufstieg der deutschen Nation auf. Das sind für den Fall Phrasen und weiter nichts. Die Hilfe kommt nicht eines Tages und sagt: Zerfetztes und zerrissenes Volk, hier hast Du die Einheit (Sehr richtig.), sondern dieses Volk wird eines Tages für seine Freiheit einzutreten haben, und wenn es die Kraft und die Willenseinheit dafür nicht besitzt, dann bleibt ihm die Freiheit versagt.

Es ist nicht so, wie mancher meint, daß das deutsche Volk, weil es doch nicht untergehen kann, sich wieder erhebe, und dann sagt er bescheidenerweise: Wir werden es nicht mehr machen, aber unsere Kinder! (Lebhafte Heiterkeit.) Lieber Freund, Du selbst wirst es nicht mehr machen, warum? Weil Du selbst heute niedergeschlagen bist

von dem Gefühl, daß Dein Volk in zwei Hälften zerrissen ist, und daß der eine zum anderen Teil nicht mehr findet.

Aber von Deinem Kinde, das in diesem Gift erzogen wird, erwartest Du, daß Dein Kind diese Freiheit wieder einmal erwerben wird, von Deinem Kinde, das gar nicht einmal als Deutscher heranwächst, sondern in einem Fall heranwächst als Nationalsozialist [*sic!*], im anderen Fall als Anhänger der politischen Weltrevolution. Von diesem Kinde erwartest Du, daß es das, was Dein Vaterland hoch sein läßt, erwirbt, von diesem Kinde erwartest Du, daß es einmal Deutschland wieder retten soll.

Nein, mein lieber Freund, das deutsche Volk ist heute vor einem Scheideweg. Es kann den bisherigen Weg weiterwandeln, und dieser Weg wird dann in der Zukunft immer mehr ins Elend hineinführen, und alle sogenannten Tageserrungenschaften ändern daran nichts. Ein Mensch, der unheilbar erkrankt ist, darf nicht auf Besserung hoffen deshalb, weil er gestern abend etwas gegessen hat, und heute abend hat er auch wieder gegessen; nein, das bedeutet nichts. Man kann deshalb auch nicht sagen: Ein Volk geht nicht daran zugrunde, weil ja der Volkskörper noch atmet und nach jedem Atemzug sich wieder hebt.

Es ist falsch zu glauben, daß deshalb, weil unser Volk noch da ist auf dieser Erdenwelt, und weil es mit seinen 62 Millionen Einzelmenschen leben will, weil es Hunger hat, daß das Leben für den einzelnen schon gewonnen sein wird in dem Ringkampf eine gewisse Zeitlang. Das ist aber nur dann der Fall, wenn diese Allgemeinheit auch wirklich bereit ist, ihr Leben einzusetzen; und wenn die Gesamtheit diese Bereitwilligkeit nicht hat, dann wird das deutsche Volk seinem Ende entgegengehen. Das ist das Problem der Zukunft, das nicht gelöst wird durch die Tageserfolge. Wir haben im Deutschen Reich niemals so viele politische Erfolge erzielt wie in den letzten sechs oder sieben Jahren, und auch in den letzten zehn Jahren nicht so viel wie in den letzten sieben oder acht Monaten.

In dieser Zeit häuften sich die politischen Erfolge in so beängstigender Weise (Heiterkeit.), häuften sich so stark, daß der normale Bürger, der jeden Tag sein Morgenblatt liest, selbst nicht mehr weiß, wohin mit all diesen Erfolgen. Nur rückwärts kommen die kleinen Schattenseiten dieser Erfolge. Die Tatsache, daß die eigene Handelsbilanz nach wie vor passiv ist, ja, daß sie immer schlechter wird, weiter die Tatsache, daß die Arbeitslosenziffer jeden Herbst wieder anschwillt, weiter die Tatsache, daß der Markt im Auslande uns abgegraben wird, daß unser Land seine Monopolstellungen verloren hat, daß die anderen Staaten immer mehr als schärfere Konkurrenten auftreten, weiter, daß es immer schwieriger wird, unseren Rohstoffbedarf im einzelnen zu decken, weiter, daß unsere Wirtschaft in internationale Hände übergeht, daß 100.000 selbständige Existenzen zusammenbrechen und an ihre Stelle große Finanzkonzerne treten, weiter, daß ein Objekt unseres Nationalbesitzes nach dem anderen der Dawes-Verpflichtung zum Opfer fällt, und daß wir unsere Verpflichtungen nicht einlösen können; daß wir im Völkerbund eine Lächerlichkeit sind, daß jederzeit eine Kommission kommen und den letzten Rest unserer ganzen Wehrmacht beschlagnahmen kann. [13]

13 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 5.12.1935.

Das sind die kleinen Notizen, die hinter den Nachrichten von den großen Erfolgen unserer Außenpolitik gemacht werden müssen, hinter den Nachrichten, daß Stresemann von dem und dem Staatsmann empfangen worden ist, und dreiviertel Stunden mit dem und dem Staatsmann sprechen konnte, daß er letzte Woche eine Stunde gesprochen hat, und nächste Woche hört man, daß er zwei Stunden sprechen werden kann [*sic!*]. (Heiterkeit.) Das sind die großen Hoffnungen, die man besitzt.

Meine Damen und Herren, das alles kann nicht täuschen an [*sic!*] der Entwicklung nach unten, und ich möchte noch nicht einmal als das Fürchterlichste in unserem Zusammenbrechen diese Entwicklung bezeichnen, sondern als das Fürchterlichste die steigende Charakterlosigkeit unseres Volkes, indem es Dinge entgegennimmt, die es vor acht Jahren unmöglich entgegengenommen hätte, und gegen die man noch vor vier Jahren die Fäuste geballt hätte, und die man heute erbärmlich entgegennimmt und akzeptiert.

Und es ist Tatsache, daß Hunderttausende in allen diesen Unterdrückungen nichts anderes sehen, als den Vollzug einer höheren Gerechtigkeit, die ihr eigenes Volk schlägt; daß es heute noch Millionen gibt, deren erste Frage nicht heißt: "Wird Deutschland jetzt frei?", sondern deren Frage ist: "Werden wir im Jahre 1934 einen proletarischen Staat haben?" Und die Frage ist nicht: "Wird Deutschland frei?", sondern sie sagen: "Rußland darf nicht mit Krieg überzogen werden, dieses Rußland muß frei bleiben."

Jawohl, die Welt läßt man frei, und unser eigenes Volk läßt man in Ketten schlagen, wie es niemals zuvor war. Gewiß, im Jahre 1806, damals ist auch ein Staat zusammengebrochen und damals ist der preußische Staat auch in trauriger Erscheinung abgetreten. Allein, wenn auch die Leitung damals versagt hat, das Volk war im tiefsten Kern gesund. Und wenn einzelne charakterlos gewesen sind, die breite Masse hat die Schande empfunden, und sie ist der natürliche Träger des Widerstandsgeistes gewesen und ist es geblieben.

Knapp sieben Jahre hat dieser Zustand gedauert, und dann ist die Freiheit gekommen. Sieben Jahre später am 14. Oktober 1813 [14] ist die Völkerschlacht bei Leipzig gewesen und Preußen war wieder frei. Und bei uns: zehn Jahre später wird der Vertrag von Locarno unterzeichnet [15]. (Heiterkeit.) Da hinein tritt die nationalsozialistische Bewegung und sie erklärt:

Die politische Arbeit unserer beiden Gruppen links oder rechts ist für das deutsche Volk in der Gesamtheit so lange belanglos, solange diese Arbeit nur eine Gruppenarbeit umfaßt, und solange sie nicht eine Arbeit wird zur Überwindung dieser Gruppen. Und sie erklärt weiter:

14 Vom 16. bis 19.10.1813.

15 Am 16.10.1925 waren die Locarno-Verträge von den an der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) beteiligten Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei) paraphiert, am 1.12.1925 von Reichskanzler Hans Luther und Reichsaußenminister Gustav Stresemann in London unterzeichnet und am 14.9.1926 von den beteiligten Staaten in Genf ratifiziert worden.

Euch, die Ihr da seid in den politischen Parteien, Euch fehlt die Kraft und die Möglichkeit und auch die Voraussetzung, diese Gruppen noch einmal zusammenzuführen. Ihr werdet niemals wieder das deutsche Volk gewinnen.

Und sie erklärt es deshalb, weil nicht nur die beiden Gruppen schuld sind am Verfall der deutschen Nation, die eine durch ihre passive Untätigkeit und die andere durch ihre gewollte Unfähigkeit des Handelns, sondern sie erklärt dies auch deshalb, weil die beiden Gruppen in ihrer Lehre heute eine Vorstellung besitzen, die als Vorstellung ungeeignet ist, die beiden Menschenklassen in Deutschland noch einmal zusammenzuführen.

Sie erklärt: Das, was Euch trennt, ist, solange dieses Wort oder dieser Sinn nach Eurer Vorstellung den Inhalt erhält, tatsächlich nicht zu verneinen. Solange der Begriff national und nationalsozialistisch [*sic!*] im Rahmen der heutigen deutschen bürgerlichen Parteien bleibt, wird er niemals mehr zum Gemeingut der deutschen Nation werden. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall!)

Und solange der Begriff sozialistisch die charakteristischen Wesenszüge der marxistischen Auffassung in sich hat, wird niemals mehr die ganze deutsche Nation aus diesem Begriff hinüberschwenken, wird niemals mehr der deutsche Arbeiter nationalsozialistisch [*sic!*] und der deutsche Intellektuelle sozialistisch. Und weshalb nicht? Wenn ich die Frage vorlege, was ist das sicherste Merkmal dafür, daß sowohl der Sozialismus als auch der bisherige Nationalismus versagt haben, so möchte ich nicht zunächst das sogenannte praktische Versagen als das Wesentliche bezeichnen.

Gewiß, das deutsche Bürgertum hat sein großes Ideal gehabt: Aufbau des großen Nationalstaates und einer nationalen Wehrmacht mit einer nationalen Verwaltung und einer nationalen Wirtschaft, alles frei, groß und stark und machtgekrönt durch die Staatsform der Monarchie. Alles das ist nicht entscheidend. Im Gegenteil: der einzelne kann sich tausendmal dagegen stellen. Die Tatsache ist so, daß kein großer Nationalstaat da ist, daß keine nationale Wehrmacht da ist, daß keine Staatsform der Monarchie da ist, und vor allem aber auch kein nationaler Geist mehr da ist, sondern im günstigsten Falle ist ein Teil unseres Volkes hoffend und der andere lehnt es ab.

Das Resultat ist nicht erreicht worden. Aber auch die Linke muß zugeben, daß sie ihre Ziele nicht erreicht hat. Sie hat nicht den Weltkapitalismus zertrümmert, sie hat nicht den Militarismus zerbrochen, sie hat nicht die soziale Freiheit gebracht. Das hat sie nicht! Im Gegenteil, die Not ist größer als je zuvor. Der Militarismus beherrscht die Welt mehr als je zuvor. (Sehr richtig! Starker Beifall.) Und die antimilitaristische Republik muß am eifrigsten rüsten und der Kapitalismus ist mächtiger als je zuvor. (Sehr richtig!)

In beiden Fällen sind die in großen Zügen genommenen realen Ideen der Verwirklichung nicht nähergebracht worden. Im Gegenteil, wer nicht lügt, muß zugeben, daß sie sich weiter denn je davon entfernt haben. Wer nicht lügt im rechten Lager, muß zugeben, daß das deutsche Volk weiter denn je davon entfernt ist, eine nationale Macht darzustellen oder einen nationalen, machtvollen Staat darzustellen oder eine nationale, unabhängige Wirtschaft zu besitzen oder die einstige Staatsform der Monarchie wieder zu bringen usw. usw.

Er muß zugeben, daß das deutsche Volk von allen diesen Ideen weiter entfernt ist als vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren, daß wir uns immer weiter davon entfernen. Und wer auf der linken Seite nicht bewußt lügt, muß zugeben, daß allen Phrasen und allem Geschwätz zum Trotz das deutsche Volk, besonders der deutsche Arbeiter, keineswegs den sozialen Zielen näher gekommen ist, sondern daß er mehr denn je zum Sklaven des Kapitals geworden ist und zwar wirklich des überstaatlichen Kapitals, daß der überstaatliche Finanzkapitalismus mehr denn je die Welt beherrscht, und daß er mehr denn je davon entfernt ist, daß die völkischen Interessen des deutschen Volkes gelöst werden.

Die letzten Konferenzen, die stattgefunden und an denen Sowjetdelegierte teilgenommen haben, waren nicht vom Recht der Völker, sondern vom Recht der Bankiers der Völker beherrscht. (Sehr richtig.) Und wenn der Sowjetdelegierte seine Faust zeigt - in Genua [16] hat er sie nicht gezeigt, sondern er hat die Hände hingehalten und sehr demütig den Zylinder gezogen, den auch er trägt, und worin er sich nicht von all den anderen unterscheidet. Und in den internationalen Seebädern, da tritt er auch auf wie all die anderen. [17]

Die Bankiers bestimmen und die Bankiers herrschen. Und das Wort des nicht nationalsozialistischen Rathenau [18] ist in Erfüllung gegangen, daß die Erde von 300 Menschen beherrscht wird, die wissen, was sie wollen, und die das Schicksal der Völker heute bestimmen, und daß der Sinn der deutschen Revolution der war, die Beseitigung der feudalen Herrschaft und die Einsetzung des plutokratischen Regiments. Es ist das eingetroffen; allein dies an sich möchte ich nicht als das Furchtbarste bezeichnen oder als das vollkommenste Debakel. Denn man könnte sagen: Warten Sie noch, momentan sind wir gesunken. Was sind aber im Völkerleben 20 oder 30 Jahre? Warten Sie 10 oder 20 Jahre. Wir werden dann emporsteigen.

Das könnte man vielleicht sagen, wenn eine der beiden Gruppen hinweisen könnte auf folgendes; wenn sie nur etwas feststellen könnten, nämlich wenn sie erklären könnten: Gewiß, wir haben, rein praktisch genommen, nichts verloren, allein, sehen Sie hinter uns in unserem Lager ist das gesamte deutsche Volk. Das haben wir. Gewiß, wir haben unser Ziel zur Zeit nicht erreicht, aber 62 Millionen sind heute in unserer Idee erzogen und gehören zu uns, oder wenn das deutsche Bürgertum sagen könnte: Gewiß, das reale Ziel haben wir nicht erreicht, aber sehen Sie, hinter uns sind 40 Millionen Menschen und mehr, lauter Sozialisten.

Jawohl, dann könnte man sagen: Auch die zusammengeballte Kraft kann eines Tages wieder die Freiheit herausbringen.

Aber das deutsche Bürgertum kann heute hinter sich blicken und kann nur sagen: Hinter uns steht die Intelligenz. Richtig! Und der deutsche Proletarier kann sagen: Hin-

16 Vom 10.4. bis 19.5.1922. Zur Konferenz vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 151 ff.

17 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 6.12.1935.

18 Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller, 1892 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, 1899 Vorstandsmitglied der AEG, 1902 Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, 1907 erneut Vorstandsmitglied der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, 1915 Präsident der AEG, 1919 Mitglied der DDP, Mai bis Okt. 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, Feb. bis Juni 1922 Außenminister, am 24.6.1922 ermordet.

ter uns steht die Handarbeit, die Faust. Gewiß auch richtig! Aber beiden ist zu sagen: Ihr habt nur die Intelligenz, und Ihr habt nur die Faust.

Was Ihr als soziales Ziel verfolgt - ohne die Freiheit Eures Volkes werdet Ihr es niemals erreichen, und was Ihr auch als nationales Hochziel besitzt - ohne die Freiheit des Volkes werdet Ihr dieses Ziel niemals erreichen. Und Ihr werdet dieses Euer Ziel nie erkämpfen, solange Ihr in Eueren Reihen nur kämpft, oder in Eueren Reihen nur die Faust ist, denn zum Erringen der Freiheit gehört mehr als die Faust allein und der Kampf allein. Und dann: Ihr wollt ja beide nicht dasselbe.

Das Ergebnis Eures Ringens wird ewig sein, daß im besten Fall der Kampf zwischen Euch selbst im Innern tobt und vor allem, Ihr könnt ja nicht mehr kämpfen, weil Ihr selber Marxisten geworden seid, in drei Punkten, die ich eingangs erwähnt habe. Ihr habt in beiden Lagern die Bedeutung des Volkstums geleugnet, und Ihr habt in beiden Lagern die Bedeutung der Person geleugnet, und Ihr habt in beiden Lagern den Pazifisten geprägt! (Starker, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Ihr habt in beiden Lagern an die Stelle des Volkstums und der Rasse den internationalen Gedanken gesetzt. Bei dem Mann von links braucht man sich nicht darüber streiten, aber der Mann von rechts wendet sich dagegen, er sagt: Nein, es ist nicht wahr. (Unverständlicher Zuruf.) Jawohl, mein lieber Freund, bei Euch allen ist der Volksgedanke bereits zu einem leeren, äußerlichen, hohlen Schein geworden. Ihr habt alle keinen Nationalstolz mehr, habt kein Volksgefühl mehr.

Ich kenne Tausende von Menschen, die mit Entrüstung sich abwenden von dem Mann von links: Dieser Mensch hat gar kein Nationalgefühl, er ist nicht national, er ist international eingestellt. Von ihnen selbst aber, aus den Reihen, zu denen sie selbst gehören, sitzt so mancher, der im nationalen Lager in ausländische Gesellschaften eintritt, er hat kein Gefühl mehr für die Schande, sein eigenes Volk im Stiche zu lassen, kein Gefühl dafür, daß hunderttausend Deutsche brotlos sind.

Er selbst sieht auf seine guten polnischen Arbeiter ganz selbstverständlich, ohne zu bedenken, daß es ein Verbrechen ist, das Blut seines eigenen Volkes zu vergiften. Er hat keinen höheren Nationalstolz mehr. Der Mann richtet sich nach irgendeiner Welt, aber nicht nach seinem eigenen Volke, nein, das Geld ist die Voraussetzung oder der Stand. Er heiratet eine Negerprinzessin, denn sie steht doch höher als ein deutsches Mädchen, oder heiratet eine Warenhausprinzessin. Er fühlt sich wohl in internationalen Hotels, gebärdet sich international, ohne zu bedenken, daß der kleinste Mann sich ebenso international zeigt.

Wir sehen die Verleugnung jeden Nationalstolzes. Ist irgendeine verrückte Mode in Paris oder in London herausgebracht worden, so springt das ganze Volk - die sogenannte Intelligenz - darauf, kopiert allen Blödsinn, macht allen Wahnsinn nach. Er klatscht, wo irgendein ausländischer Mist produziert wird und läßt seine eigenen deutschen Dichter verhungern und zugrunde gehen, ist empört über die internationale Gesinnung der breiten Masse seines Volkes. (Starker Beifall, Händeklatschen.)

Sie können heute die Menschen in diesem sogenannten deutschen Bürgertum zählen, die jenen verbissenen Nationalstolz besitzen, jene wirkliche Überzeugung von der Würde des eigenen Volkes, daß sie sich auf den Standpunkt zu stellen vermögen: Ge-

wiß, ich bin Bürger, aber näher steht mir jeder deutsche Straßenfeger, als irgendein Bürger eines anderen Landes. (Sehr richtig!) Dieses große Gefühl für den Wert des Volkes hat die Mehrzahl vollkommen verloren. Nur einzelnen ist es geblieben.

Wir sehen noch manche, die patriotische Lieder singen, aber das kleinste Opfer, das an sie herantritt, macht sie zugeknöpft. Es gibt heute Hunderttausende, die darüber empört sind, daß zum Beispiel die deutschen Fronten ins Wanken gekommen sind, oder daß Deutsche zu Hause dem und dem Übel nicht mehr unter Einsatz des Lebens entgegenrücken; und wie viele sind dabei, die bereit sind, selbst etwas zu tun?

Wie viele schrecken zurück, wenn die Nation mit dem Verlangen nach dem kleinsten Opfer an sie herantritt, oder wie viele schrecken zurück schon in dem Augenblick, wenn es sich ums Geben handelt? Sie fühlen in der Volksgemeinschaft nichts anderes als einen Rückversicherungsvertrag für die Rentabilität des eigenen Betriebes. Wie viele Leute gibt es, die sagen, lieber erleide ich da einen Schaden, als daß ich mich von irgend jemand im eigenen Volke entferne? Wie viele sind noch vorhanden von dieser Gesinnung? Wer wirklich den Wert seines Volkes erkennt, muß diese Gesinnung hegen. Und wer sein zusammengebrochenes Volk von dem Pfuhl der Schande wieder wegbringen will, darf nicht an das Volk herankommen durch Politik, sondern der wird dadurch nur herankommen können, daß er seinem Volke zeigt: An die Spitze des Freiheitskampfes stelle ich mich selber, ohne Rücksicht auf die Zukunft. Solange diese Gesinnung aber eine Schicht nicht erfaßt hat, ist diese vom Schicksal nicht bestimmt, die Führerin im Freiheitskampf eines Volkes zu sein. (Beifall und Händeklatschen.) [19]

Wie vielen ist der Begriff "Volk" und der Begriff "national" in seiner vollen Bedeutung aufgegangen? Wie vielen unter den rechtsstehenden Menschen ist es schon klar geworden, daß der ganze bisherige Nationalsozialismus [20] äußerlich war, daß es einen Nationalismus ohne Verpflichtungen nicht gibt, daß das nicht national ist, wenn man nationalistische Lieder singt und zusieht, wie ein Volk langsam zugrunde geht, zum Beispiel durch unhygienische Einrichtungen.

Wie viele sind sich klar geworden, daß der Nationalismus etwas voraussetzt, worauf man stolz sein kann, und daß man nicht stolz sein kann auf ein verfaultes Volk. So oft ich durch Thüringen und Sachsen fahre und diese herabgekommene Menschheit sehe, dieses armselige Proletariat, das unter den menschenunwürdigsten Bedingungen großgezüchtet wurde, und wenn ich diese ausgemergelten Kindergestalten sehe - so oft wird mir zum Bewußtsein gebracht, welche Sünde man da begangen hat, und ich frage mich, warum man sich nie darüber den Kopf zerbrach.

Ja, unsere soziale Gesetzgebung war immer nur von einem Gesichtspunkt aus bestimmt: Wie verhüten wir eine soziale Revolution; niemals aber von dem Gesichtspunkt: Wie verhüten wir den Zusammenbruch unseres Volkes. (Sehr richtig!) Das ist der Maßstab, an dem hier gemessen werden sollte.

Man hat den Wert des Volkes nicht schätzen gelernt und ebensowenig den Wert der Person. Man hat anstelle der Person das Volk, die Demokratie gesetzt. Derselbe Mann, der auf der einen Seite überzeugt ist, daß er national ist, er ist in Wirklichkeit Demokrat

19 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 7.12.1935.
20 Muß heißen: Nationalismus.

und verherrlicht damit heute ein Prinzip, das ganz zur Herrschaft seiner Unwissenheit die Minderwertigkeit setzt.

Der Mann, der auf der einen Seite erklärt: Ich selbst bin Nationalist, ich liebe mein Volk, liebt den Wahnsinn. Gewiß, wenn ich dem Mann sagen würde: Gib auch jetzt Deine Fabrik endlich demokratischen Grundsätzen preis, in Deiner Fabrik wird jetzt mit Majorität die Entscheidung getroffen, dann würde er sagen: Das bedeutet die Zerstörung meines Betriebes.

Oder wenn ich sagen würde: Die Armee wird jetzt nach demokratischen Grundsätzen geführt, das heißt, jede Kompanie stimmt in Zukunft ab, ob sie angreifen will oder ob sie nicht angreifen will (Heiterkeit), und die Majorität stimmt darüber ab, wie angegriffen wird und wo angegriffen wird, mit was angegriffen wird usw., gewiß würde der Mann sagen: Das bedeutet das Zerschlagen der Armee.

Oder wenn man ihm sagen würde, die Eisenbahn wird nun so organisiert, daß sämtliche Eisenbahner darüber abstimmen, welche Züge verkehren und wann die Züge verkehren, und die Weichensteller stimmen ab, ob sie die Weichen stellen oder nicht, so würde er sagen: Das bedeutet den Zusammenbruch. Jawohl, Du weißt, daß der ganze Aufbau des Staates auf diesem Grundsatz unmöglich ist, aber das ändert nichts daran, daß Du die Entscheidung in die Hand einer Majorität gibst, das heißt die Einzelleistung, die Du sonst schätzest, wirfst Du dann dem Willen der Dummheit, der Majorität zu. (Sehr richtig!)

Und das Dritte: Du bist genauso Pazifist geworden. Der Mann von rechts ist wie der Mann von links heute Pazifist. Nur ein Unterschied ist, und zwar der: der Mann von links ist Pazifist nach außen und Terrorist nach innen, der Mann von rechts ist Pazifist nach innen und möchte gern Terrorist nach außen sein. Allerdings bürgerlich gemäßigt, in vornehmer Weise.

Dadurch aber, daß die beiden Gruppen die Laster aufgenommen haben, sind sie an sich schon nicht mehr fähig, das deutsche Volk aus seinem Unheil herauszureißen. Und sie sehen die Entwicklung der letzten Jahre und können nicht auftreten und sagen: Die Entwicklung geht nach aufwärts. Im Gegenteil, sie geht nach unten.

Hier tritt der Nationalsozialist ein, indem er erklärt: Das, was Euch trennt, ist das, was Euch [*sic!*] zusammenbindet. Euch trennt der Begriff "national" und "sozialistisch"; und diese beiden Begriffe sind es, die uns zusammenbinden, denn bei uns ist zwischen diesen beiden Begriffen kein Unterschied. Es kann kein Mensch aufrichtiger Nationalsozialist sein, wenn er nicht erfüllt ist von grenzenloser Hingabe, Liebe und Opfersinn für sein ganzes Volk. (Sehr gut, Händeklatschen.) Ein Mensch, der unter Nationalsozialisten [*sic!*] nur die Sorge für die Interessen seiner Klasse sieht, der hat sich dieses Wort zu Unrecht angeeignet.

Oder ein Mensch, der unter Nationalsozialismus nur äußeres Betonen, also äußere Bedeutung versteht, ist ein Heuchler. Der höchste Nationalsozialist ist der Mensch, der sich selbst am meisten hingibt für das Wohl seiner gesamten Mitbürger, und der in diesem Ringen dem letzten Mitbürger näher steht als dem höchsten Menschen, der sich außerhalb seiner Mitbürger befindet. Das ist ein Nationalsozialist und sonst niemand!

Und wer ist Sozialist? Nicht derjenige, der einen Klassenunterschied erweckt, so wenig der Mann ein Recht hat, sich als Nationalist zu bezeichnen, der sagt, ich bin bürgerlich, habe aber natürlich meine Standesrücksichten, ich habe selbstverständlich meine gesellschaftlichen Verpflichtungen, die mich an meine Kreise fesseln, so wenig hat der Mensch ein Recht zu sagen, daß er Nationalsozialist ist; er ist in Wahrheit nichts als ein Klassenmensch in meiner Meinung. Ebensowenig hat ein anderer ein Recht zu sagen, daß er Sozialist sei, wenn er unter Sozialismus nichts anderes versteht, als die Sorge für eine bestimmte Klasse, die dann womöglich Transportarbeiter oder nur Eisenbahner usw. aufnimmt.

Nein, mein lieber Freund, er hat kein Recht zu sagen, er ist Sozialist, wenn er wohl für das Wohl des einzelnen Volksgenossen ringt, allein die Gesamtheit aller Volksgenossen dem Untergang ausliefert (Sehr richtig!), wenn er im einzelnen sagt: Ich kämpfe für das Recht meiner Arbeiterpartei, wenn Du Bürgerlicher nicht nachgibst, dann sage ich Dir den Kampf auf Leben und Tod an, zunächst Kampf, Arbeitsverweigerung, Streik, und wenn das nicht zum Ziele führt, Kampf mit aller Gewalt. Wir zwingen den Staat.[21]

Jawohl, allein der Feige und Erbärmliche kapituliert, wenn sein ganzes Volk mißhandelt wird, und der nicht versteht, daß alle seine Bemühungen um eine Bessergestaltung der Transportarbeiter, der Eisenbahner usw. vollkommen illusorisch sind, wenn die Gesamtheit seines Volkes zugrunde geht, wenn dem ganzen Volk Sklavenketten angelegt sind oder es vor die Unmöglichkeit kommt [*sic!*], sich eines Tages nicht ernähren zu können, weil der Grund und Boden nicht mehr langt, weil die Produktion nicht mehr gesteigert werden kann, weil sie keinen Absatz findet und weil das Ausland keine Einwanderung mehr an Menschen gestattet, weil man selbst Überfluß an Menschen besitzt.

Wenn also das eigene Volk in seiner Gesamtheit in der Zukunft dem Untergang ausgeliefert ist, dann hat der Mensch kein Recht zu denken, daß es einem Transportarbeiter gut gehen möchte, oder daß er seinem Landarbeiter alles erkämpfen muß, was zum Leben notwendig ist, oder meinetwegen der Schreinergewerkschaft. Nein, mein lieber Freund - entweder oder. Entweder Du trittst für Dein Volk ein, oder Deine ganze soziale Behauptung ist Lüge und Schwindel und Betrug. Eines von beiden. (Sehr gut! Langanhaltender Beifall.)

Du kannst nicht reden von sozialen Rechten Deines eigenen Volksgenossen, wenn Du das soziale Recht Deines gesamten Volkes verleugnest. (Sehr richtig!)

Du kannst nicht reden davon, daß Du eintrittst für die Freiheit Deines Volksgenossen, Du kannst nicht sagen: Freiheit und Gleichheit, während Du Dein Volk um die Freiheit bringen läßt, und hingehst und stattdessen die Unfreiheit entgegennimmst.

Du kannst nicht Sozialist sein, wenn Du eben nicht auch Nationalist bist, denn der höchste Sozialismus ist im höchsten Grunde nichts anderes, als die Sorge für das Dasein Deines Volkes und der höchste Nationalismus ist die gleiche Sorge.

Und so sind im Grunde die beiden Begriffe eins. Und nur künstlich hat man sie auseinandergezerrt und hat beiden Begriffen Dinge beigemengt, die der andere Teil nicht verstehen kann und auch nicht verstehen will, denn der sicherste Beweis, daß die Lehren

21 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 8.12.1935.

der beiden Gruppen nicht richtig sind in der heutigen Auffassung, liegt darin, daß sie nur einen Teil der Nation erfassen. Sagen Sie nicht von der rechten Seite: Ja bitte, unser Nationalismus ist recht, aber dieses Lumpenproletariat kennt das einfach nicht und verdient das auch nicht.

Ja, meine lieben Freunde: Wenn man wirklich den anderen Teil als Lumpen bezeichnet, dann kann das deutsche Volk von der Bühne der Welt abtreten, dann sind die eine Hälfte der Nation Lumpen und die anderen sind Ehrenmänner. Aber sie sind zu wenig, weil sie zu viel Geist umfassen, aber zu wenig Fäuste. Die Sturmreihen der Zukunft werden nicht allein von den Universitäten gestellt, sondern aus den Fabriken und Bergwerken und aus den Arbeitshöfen heraus. (Sehr gut!)

Auch dort müssen wir Verständnis finden, und wenn einer heute sagt, das Volk sei Gesindel, wenn das so ist, dann mein lieber Freund, warum treibst Du dann noch Politik, wenn doch die andere Hälfte unseres Volkes nichts wert ist; dann sei doch wenigstens soweit Mann, daß Du sagst, damit ist alles vergebens, dann werde ich mit zusammengebissenen Zähnen schweigen; mag der Himmel dann die Katastrophe über mein Volk bringen lassen: ich werde die Stirne besitzen, dieser Katastrophe entgegenzusehen, dann hast Du das erschlagen, was das Leben nicht mehr wert war.

Aber bei jeder Wahl trittst Du auf und appellierst an dieses Lumpengesindel und glaubst wirklich, daß die deutsche Nation gerettet werden könnte, wenn dieses "Lumpengesindel" auch noch die Stimme für Dich hergeben würde. (Beifall!)

Dann beginnt vorübergehend der Wert dieser Klasse etwas zu steigen; bloß der ziffernmäßige Wert. Nach der Wahl geht es wieder zurück, und dann sind sie wieder das Pack, mit dem man nichts anfangen kann.

Und genau so ist es mit der linken Seite. Da kommt immer als Entschuldigung: Diese Bande macht die Gewinne, und sie denken gar nicht an das, was sie gewinnen. Ich gebe allerdings zu, daß Kopfabschneiden leichter ist, als die Köpfe zu überzeugen, besonders wenn man selbst seiner Sache nicht so ganz sicher ist. Und weiter gebe ich zu, daß der breiten Masse die Intelligenz vielleicht oft wirklich nicht zugänglich ist, daß Leid und Sorge das Los der breiten Masse ist.

Allein, in dieser breiten Masse treffen wir auch Menschen von großer Intelligenz, Menschen von bester Gesinnung, Menschen, die sich für das Volk aufopfern, und diese Menschen werden nicht marxistisch, sie sagen: Lieber möchte ich mir die Zunge herausreißen, als daß ich mein Volk im Stiche lasse; nicht weil sie Feinde des kommunistischen Manifestes sind, sondern weil sie überzeugt sind, daß dieses Manifest ein Wahnsinn ist und ein Verderb des Volkes und seiner selbst. [22]

Und wenn nun heute einer erklärt, der Mensch ist nichts wert, dann trete ich als Nationalsozialist hinzu und sage: Der Wert eines Menschen wird darnach bestimmt, ob ich ihn entfernen kann ohne ihn zu ersetzen.

Wenn nicht, dann hat er einen Wert, und dieser Grundwert eines Menschen ist derjenige, auf den man den Nationalsozialist aufbaut, indem man erklärt: Was der Mensch ist, das ist er durch seine eigene Bestimmung; das Schicksal will das. Kein Mensch hat

22 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 9.12.1935.

ein Recht zu sagen, ich stehe da, weil ich ein Erfinder bin, oder weil ich ein großer Musiker bin.

Und zwar deshalb nicht, weil er das nicht selbst geschaffen hat; sondern das ist ein Geschenk des Himmels, ein allgemeines Volksgut, was in ihm, in diesem Einen, die Verkörperung gefunden hat. Allein, etwas gibt ihm Anlaß zu seinem Stolz, wenn er sagen kann: Ich habe der Fähigkeit, die mir gegeben ist, meinen Willen hinzugefügt ...

Die Art der Ausführung ist der einzige Maßstab, der der Beurteilung wert ist, weil er den Charakter des Menschen in den Vordergrund schiebt und nicht die Veranlagung; weil er nicht sagt: Deshalb, weil Du talentiert bist, hast Du einen Wert, sondern deshalb, weil Du Dein Talent in uneigennütziger Weise im Dienste Deines Volkes zur Anwendung bringst.

Dadurch hat er seinen Wert, und dadurch reiht sich jeder Volksgenosse in unsere Reihen ein, mag er nun in einem Bergwerk Kohlen heranschleppen oder mag er Techniker, Erfinder, oder Berater, oder Bauorganisator sein. Mag er ein kühner Unternehmer, oder ein Musiker, ein Dichter, ein Denker [*sein*], ganz gleich, jeder rückt mit seinem Werk in dem Moment ein, in dem er seine Fähigkeit dem Volke zur Verfügung stellt.

Das ist die urgermanische Wertschätzung, denn das Talent sagt noch nichts, die Fähigkeit auch noch nichts; wenn er sie nicht für die Allgemeinheit verwendet, so kann er ein Dieb sein, trotz seinen Fähigkeiten, ein Wucherer, trotz aller Genialität.

Damit schafft der Nationalsozialismus eine Grundlage, auf die jeder einzelne Deutsche treten kann, und wo diese Grundlage fehlt, da ist man nicht in der Lage, das Proletariat zu gewinnen für das Bürgertum, oder umgekehrt das Bürgertum für das Proletariat.

Nicht deshalb, weil das Volk härter ist, sondern deshalb, weil die Idee so ist, daß der andere Teil nicht mitgehen konnte, weil bisher der Nationalbegriff so war, daß die breite Masse nicht mitgehen konnte, weil sie nicht die Überzeugung haben konnte, daß dieser Nationalbegriff sie alle liebend mit umfaßt, und daß umgekehrt der Geistige nicht mit dem Marxismus gehen konnte, weil er auf Grund seiner Einsicht sich sagen mußte, daß diese Idee den Wahnwitz bringt. Und deshalb mußten sich beide Teile scheiden.

Indem aber der Nationalsozialismus die Korrektur vornimmt, schafft er die Plattform, auf die das deutsche Volk treten kann, er dokumentiert, daß der Nationalsozialismus *höchster Sozialismus* ist, und daß der Nationalsozialismus höchster Nationalismus ist. Aus dieser Erkenntnis heraus wächst die Weltanschauung des Nationalsozialisten.

Sie fußt auf der Erkenntnis der Schätzung der Rasse, fußt auf der Erkenntnis der Bedeutung der Persönlichkeit und fußt auf der Einsicht, daß alles Große auf dieser Welt im Kampfe erstarrt [*sic!*] ist.

Damit ist der Nationalsozialismus zunächst eine herrliche Lehre, nicht des Selbstverzichts oder der Selbstentmannung, sondern eine männliche Lehre des Kampfes, zugleich eine männliche Lehre der Ordnung, die ewig gebunden ist an den Wert der Person, und eine Lehre von der Erkenntnis des Wertes der Rasse.

Der Nationalsozialismus rechnet sich nicht zu den Erscheinungen, die mittlere Wege einschlagen möchten, sondern er verficht diese drei Grundsätze prinzipiell. Er stellt sich

grundsätzlich auf den Standpunkt: Der Urwert aller Dinge liegt im Wert der Persönlichkeit und der Rasse, und das ist die Gemeinsamkeit von uns allen.

Nur derjenige, der diesen Urwert anerkennt, kann wahrer Sozialist sein, denn ich finde sonst keinen Maßstab zum Abmessen des Wertes der einzelnen Menschen. Der Nationalsozialismus erklärt, auf der Rasse fußt weiter das Prinzip der Persönlichkeit, da die Person nur die Verkörperung der Fähigkeiten des Wesens eines Volkstums ist.

Rasse, geführt durch persönliche Werte, setzt sich auf der Erde nur durch durch Kampf, und umgekehrt aus dem Kampf entstehen alle Werte, Rasse und Persönlichkeit. Der Kampf ist wirklich der Vater aller Dinge. Aus dieser Weltanschauung heraus resultiert weiter ein Programm, das zu den einzelnen Fragen praktisch Stellung nimmt, und das das deutsche Volk aus seiner jetzigen Knechtschaft erlösen will, ein Programm, das den ersten Satz besitzt:

"Wir kennen keinen Proletarier und kennen keinen Bürgerlichen. Wer in unsere Reihen eintritt, muß lernen, zunächst und einzig und allein Deutscher zu sein!" (Lebhafter Beifall.)

Er ist damit der Genosse einer Gemeinschaft, die schwer auf dieser Erde um ihr Leben zu ringen hat, und deshalb verpflichtet, im nationalen Interesse die Gemeinschaft zu vertreten, weil aus ihnen [*sic!*] allein erst die sozialen Rechte abgeleitet werden können.

Damit sind wir nicht eine Gemeinschaft von jämmerlichen und erbärmlichen Kriechern, sondern eine Gemeinschaft von Kämpfern und des Hasses.[23]

Wir sind eine Gemeinschaft von Menschen, die ihre Kinder nicht zu erziehen gedenkt vom Gesichtspunkt pazifistischer Ideen aus, sondern des ewigen Rechtes zu leben, das der allmächtige Schöpfer mit auf diese Welt gibt, des Rechtes auf Brot, des Rechtes auf Grund und Boden auf dieser Welt.

Wir bekennen, daß der Imperialismus das Natürlichste ist, das es überhaupt nur geben kann, weil jeder Vater, der ein Kind zeugt und jede Mutter, die ein Kind gebärt und wünscht, daß dieses Kind auch lebt, damit imperialistisch ist (Zustimmung), wenn sie wollen, daß das weitere Wesen ihres Volkes Brot erhält. Dieses Brot muß erkämpft werden. Weiter als Volksgemeinschaft des Kampfes können wir nicht diejenigen als Gleichberechtigte anerkennen, die nicht unseres Blutes sind, die uns nie verstehen werden, und die von Natur aus der ewige Antipode sind von unserem eigenen Wesen. (Sehr richtig!) Wir sehen in ihnen nicht, wie andere, Nomaden, sondern wir sehen in ihnen Parasiten. (Sehr richtig!)

Wir sind nicht gewillt, unser eigenes Volk zugrunde gehen zu lassen, in dem Falle der internationale Jude auch nur seinem Lebensdrange nachgeht, und daß er nicht anders kann auf Grund seines Lebensdranges und der Gesetze seines Lebens, als in andere Völker einzudringen, um dort für seine Art das Leben zu machen.

Wir sind nicht gewillt, auf Grund dieser Erklärung uns [*sic!*] dabei zum Opfer werden zu lassen. Wir alle wissen, daß, wenn ein Tiger einen Menschen zerreißt, dieser Tiger an sich, von einer höheren Warte aus gesehen, nicht schuldig gesprochen werden kann; er handelt unbewußt, nicht schlecht, blind, nicht anders als jede Spinne, die das kleine Insekt verzehrt, das in ihr Garn geht, nicht anders als der Mensch handelt, der die anderen Tiere verzehrt, um selbst zu bestehen.

23 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 10.12.1935.

Allein deshalb, weil der Tiger ohne Schuld den Menschen anfällt, ist der Mensch noch nicht verpflichtet, sich vom Tiger zerreißen zu lassen. (Langanhaltender Beifall, Händeklatschen.) Im Gegenteil. Damit tritt das Recht des Kampfes in die Erscheinung. Und wir würden unseren Untergang als gerecht erfolgt sehen, wenn wir uns nicht dagegen sträuben würden.

Der Nationalsozialismus ist nun nicht nur die Lehre des theoretischen Kampfes, sondern auch des praktischen Kampfes auf allen Gebieten. Er lehrt sein Volk, nicht feige zu kapitulieren, weder vor dem Gegner im Innern, noch vor einer Macht im Äußeren. (Zustimmung.) Er will sein Volk nicht zu jener Knechtschaft erziehen, die da sagt: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen, der Wille des Herrn sei gebenedeiet, und wenn es dem Herrn gefällt, schenkt er uns eines Tages die Freiheit - sondern der Nationalsozialismus sagt: Der Herr hat einstens den Mut und die Waffen unserer Vorfahren gesegnet, weil sie den Segen verdienten, und er hat den Fleiß unserer Vorfahren gesegnet, weil sie diesen Segen *verdienten.*

Vom Herrn zu erwarten, daß er den Faulen das Brot gibt und den Feigen die Freiheit, ist eine Frechheit. (Beifall.)

Der Nationalsozialismus will sein Volk erziehen, daß es dieses Segens eines Tages wieder würdig wird, nicht würdig wird durch ein jämmerliches Flennen: Herr mach uns frei, sondern würdig dadurch, daß es wieder in Kraft dasteht, um vor dem Herrn hinzutreten und zu sagen: Herr, hier steht das deutsche Volk, bereit zum letzten Kampf, - nun Herr, hilf! Wenn Du uns nicht hilfst, verweigere den Gegnern den Segen, während Du uns den Segen gibst, und wir selbst wollen dann den Gegner schlagen. Und dann, glaube ich, wird der Herr dem Volk den Segen geben. (Lebhafter Beifall.)

Der Nationalsozialismus betont gegenüber dem internationalen Sozialismus die Notwendigkeit des Kampfes nach außen, aber auch die Notwendigkeit höchster Verpflichtung nach innen, im Geiste des gemeinsamen Blutes, Einsatz und Verpflichtung zu gemeinsamen Opfern. Und wenn ein Volk gemeinsam verlangt, daß der eine freimütig sein Leben einsetzt zum Wohle des Ganzen, so muß man ihm auch das Recht zubilligen zu verlangen, daß im Innern des Volkes der Kampf wirklich zum Nutzen und Frommen ist. Das heißt, Sie dürfen nicht erwarten, daß eines Tages das deutsche Volk noch zum Freiheitskampf antritt, wenn es im Innern Knechte und Herren besitzt.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten auf dieser Welt: Entweder ein Volk ist Herrenvolk oder es hat Herren und Knechte. Zur Freiheit sind nur Völker bestimmt, die in sich keine Unfreiheit kennen, das heißt, die in sich nicht Minderberechtigte und Mehrberechtigte kennen.

Es gibt nur ein Recht, das über alle anderen emporragt, und das ist das Recht des größeren Könnens, der größeren Fähigkeit, damit aber auch die Pflicht zur größeren Verantwortlichkeit. Das fußt im Werte der Persönlichkeit. Das ist das, was den einen vom anderen zu unterscheiden vermag. Aber auch diese Scheidung darf nur zum Nutzen und Frommen der Gesamtheit erfolgen.

Weiter kann ein solches Volk nicht der Sklave fremder Mächte sein, auch wenn es nur scheinbar Mächte des Kampfes sind, in Wirklichkeit aber Mächte des Kapitals.

Solch ein Volk verträgt keine Sklavenketten, auch wenn sie tausendmal Sklavenketten des Goldes seien; denn die Sklavenketten des Goldes haben sich von jeher in Sklavenketten des Eisens verwandelt, und das müssen wir ablehnen. Dagegen kämpft das deutsche Volk, gegen seine Zinsversklavung in jedem Umfang. Daher ist der Nationalsozialismus der Vertreter der Brechung unserer derzeitigen Zinsknechtschaft.

Er tritt ein für den freien deutschen Menschen, tritt ein für ein freies Deutsches Reich, tritt weiter ein für eine Erziehung des einzelnen Staatsbürgers zu dem, was er sein sollte, nicht zum stolzen unterbewußten Nationalsozialisten [*sic!*], und sie stellt diese Bewegung in den Dienst der Volkserziehung. Kurz, sie will, daß das gesamte Volk zu einem wahrhaft stolzen Nationalgefühl erzogen wird, das zugleich eine Verpflichtung gegeneinander ist.

Vor sieben Jahren erfolgte die Gründung der Partei. Im Jahre 1919 waren die Gründer eine lächerlich kleine Gruppe von sieben Männern. Und wenn heute einer erklärt, daß das, was heute noch dasteht, eine Fantasie, eine Unmöglichkeit sei, der vergißt ganz, daß vor sieben Jahren genau sieben Mann an diese Fantasie glaubten, und daß an diese Fantasie heute in Deutschland Tausende und Hunderttausende glauben, und daß Deutschland diese "Fantasie" mehr und mehr begehrt wie keine andere. (Beifall.) Daß in Deutschland die Menschen in diese Partei hineinströmen, daß sie es satt haben, diese ewige sogenannte Realpolitik zu hören. (Langanhaltender Beifall.)

Und weiter! Sie vergessen, daß die Feinde der deutschen Nation die Bedeutung erkannt haben (Sehr richtig, Bravo!), daß diese am besten wissen, wie sie sie zu schätzen haben, daß die Feinde der Bewegung die junge Organisation unterdrücken, die Redefreiheit unterbinden, daß die erklären: Das, was wir den Menschen sagen, ist staatsgefährlich. Das lügt man, und verbietet zahlreichen Rednern das Reden. Und trotzdem kann man diese Bewegung nicht unterbinden.[24]

Gewiß, wir kennen unsere Gegner: die monumentale Faulheit, die Eingebildetheit, die Torheit, die Gleichgültigkeit. Allein, das sind die Gegner jeder deutschen Freiheit, und wir wissen, daß diese Gegner nicht überwunden werden durch die sogenannte Realpolitik, sondern daß dazu noch etwas anderes notwendig ist, daß man nicht durch sogenannte parlamentarische Erscheinungen das deutsche Volk aus seinem Schlummer noch einmal aufrütteln kann.

Die Weltgeschichte schreitet vorwärts, und wenn Sie das politische Leben der Nation in den alten Parteien ansehen, müssen Sie glauben, es habe sich nichts geändert. Es ist in den letzten Jahren doch so gegangen: die ganze Nation wurde aufgerufen. Es war viereinhalb Jahre Kampf auf allen Fronten. Im Osten, im Nordosten, im Westen, auf dem Weltmeer, auf dem Balkan bis in die Krim, Kampf, Kampf und wieder Kampf.

Und sehen Sie: der Weltkrieg verging; es kam die Revolution, das "Riesenereignis", und dann der Verlust des gesamten Nationalvermögens, der Friedensvertrag, die ganze Unterdrückungsdiktatur.

Und sehen Sie dann hinein in unsere Parlamente, sehen Sie sich die politischen Erscheinungen an - es sieht aus, als wenn nichts vorgefallen wäre.

24 Die folgenden Ausführungen Hitlers: Volksgemeinschaft vom 11.12.1935.

Gehen Sie in Berlin hinein in den Reichstag und blicken Sie da hinunter: dieselben behäbigen Erscheinungen von einst, dieselben Leute, derselbe Ton, die gleiche Unbekümmertheit. Das geht da unten genauso her, als wenn die Weltgeschichte stehen geblieben wäre. Dort finden Sie allerdings keinen Widerhall von dem Geschehenen. Aber ein Widerhall ist unsere junge Bewegung, und sie wird auch die Künderin der Freiheit sein. Wir wissen, sie hat klein begonnen. Der Kampf wird schwer sein, und zahlreich sind die Gegner. Aber seien Sie überzeugt: *die Bewegung wird ihren Weg gehen, wie sie ihn bisher gegangen ist*; und wie sie vor sieben Jahren begonnen hat, so wird sie den Weg weitergehen Jahr für Jahr! Man kann sie drücken, man kann sie knebeln, aber immer neue Kämpfer werden erstehen. *Für jeden, den man totschlägt, werden zehn neue kommen.* (Langanhaltender Beifall, Händeklatschen.) Für jeden, den man knebelt, werden andere zu reden beginnen. Man möchte die Bewegung in den nächsten Jahren totschreien, aber sie wird eines Tages die Stimme erheben, und es kommt die Zeit, wo die Nation sehen wird, daß diese Bewegung lebt, und sie hat das vollbracht, was alle die anderen vielleicht immer gewollt haben, was ihnen aber nicht gelungen ist:

Sie hat das deutsche Volk zusammengeschweißt; sie hat gebrochen den Standesdünkel des Bürgers und des klassenbewußten Proletariers und aufgerichtet das nationale Bewußtsein eines großen Volkes.

Sie hat das deutsche Volk aus seinem inneren Wahn erlöst und hat die Stunde herbeigeführt, die Sie im Innern alle ersehnen. Auch der Mann von links - der mag tausendmal über sein kommunistisches Manifest reden, was er reden will, im Innern seines Herzens hängt er doch an seinem Volk und liebt doch sein Volk, weil er es lieben muß, denn es ist ja die Zukunft seines Kindes.

In Wirklichkeit wird er ja doch unsicher, wenn er in die Zukunft blickt, und in Wirklichkeit denkt er doch immer an die Stunde, die einmal wieder kommt, da es anders werden wird, da das deutsche Volk nicht mehr versklavt sein wird, an die Stunde, wo er seinem Kinde sagen kann:

["]Mein lieber Junge, Du bist geboren in einer Zeit des Verfalles, und jetzt kommst Du wieder hinein in die Zeit des Aufstiegs; das Vaterland ist wieder erstanden!" [25]

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

[13. August 1927] [1]
"Zum Parteitag"
Artikel

Dok. 161

Broschüre: "Führer zum Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Nürnberg vom 19. bis 21. August 1927". Hrsg. von Alfred Rosenberg, München 1927, S. 15-17.

Am 27. Januar 1923 fand der letzte Parteitag [2] der später aufgelösten Bewegung statt. Er hat im allgemeinen bereits das Bild gezeigt, das sich im Jahre 1926 in Weimar [3] darbot. Schon damals wurde er durchgeführt, getrennt in Sonderbesprechungen, die ganz bestimmte Fragen zu erledigen hatten, und in den Kongreß, der allerdings gleichzeitig noch die General-Mitgliederversammlung darstellte, also auch die Wahlen des Vorstandes zu betätigen hatte. Am Vorabend wurde der damalige Parteitag eingeleitet durch vierzehn Massenversammlungen in den größten Sälen Münchens. Zwölf davon waren an sich vorgesehen, zwei kamen im letzten Augenblick als Parallel-Veranstaltungen zustande. Die Versammlungen wiesen einen ungeheuren Massenbesuch auf, mußten fast sämtlich eine Stunde vorher polizeilich gesperrt werden und bildeten einen würdigen Auftakt zur eigentlichen Feier am nächsten Tage. Am 27. [4], einem Sonntage, fand auf dem Marsfeld bei winterlicher Kälte die Übergabe der ersten vier Standarten statt. Zwei davon erhielt München, eine Nürnberg, eine Landshut. Es war ein sehr eindrucksvoller Weiheakt, als sich plötzlich wie auf Kommando die Hunderte von Fahnen, die den weiten Platz einsäumten, senkten, und die Standartenträger zu ihren Abteilungen marschierten. Anschließend fand ein Festzug statt, an dem sich die damals noch nicht vollständig uniformierte S.A. in einer Höhe von über 5.000 Mann beteiligte. Der Zug war die größte bis dahin stattgefundene Demonstration der Bewegung in München. Tagsüber wurden die Sonderbesprechungen abgehalten und am Abend tagte die große Generalmitgliederversammlung [5]. Der Parteitag sollte für fast drei Jahre der letzte sein.

Am 9. November 1923 wurde die N.S.D.A.P. aufgelöst, verboten und dann verfolgt. Es kam die Zeit, da der größte Teil der Führer entweder im Gefängnis war, auf der Festung saß, sich in Schutzhaft befand oder, um der drohenden Verhaftung zu entgehen, sich im Ausland aufhielt.

Der Nationalsozialismus war tot.

Etwas über ein Jahr später fand im Bürgerbräu-Keller die Wiedergründung der Partei statt [6]. Es war unmöglich, in diesem Jahre einen Parteitag oder auch nur eine General-Mitgliederversammlung abzuhalten. Überall mußte wieder von vorne begonnen werden. Alles, was die Bewegung früher besessen hatte, war der Konfiskation zum Opfer gefallen. Arm, wie sechs Jahre zuvor, mußte man wieder beim Nichts anfangen. Noch im Jahre 1926 war es zunächst fraglich, ob ein Parteitag abgehalten werden könne.

1 Die Broschüre wurde erstmals im VB vom 13.8.1927 angekündigt.
2 Vom 27. bis 29.1.1923 in München. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 805 ff.
3 Am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.
4 Die Fahnenweihe fand am 28.1.1923 statt. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 819 f.
5 Am 29.1.1923. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 821 ff.
6 Am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.

Auf alle Fälle mußte man diesen von der General-Mitgliederversammlung trennen. Den Statuten gemäß durfte die General-Mitgliederversammlung nur in München abgehalten werden, während umgekehrt das Redeverbot mir selbst jedes Inerscheinungtreten unmöglich gemacht hatte. So blieb nichts anderes übrig, als die General-Mitgliederversammlung lediglich als Formalität in München abzuhalten, den Parteitag aber nach außen zu verlegen.

Als reine Improvisation kam denn auch am 3. und 4. Juli [*1926*] in Weimar der Parteitag zustande. Alles hing in der Luft; die Bewegung schien noch wenig gefestigt zu sein; die S.A.-Formationen besaßen keine leitende Zentrale, kurz, es war schwer vorauszusagen, ob die Beteiligung eine der Bewegung würdige sein werde. Doch sie war es. Unerwartet große Massen kamen nach der alten Dichter- und Denkerstadt und bekundeten damit aufs neue ihren unerschütterlichen Glauben an die junge Bewegung. Sie bewies, daß sie, trotz aller Verbote, stärker war als zuvor. Zahlreiche Sondertagungen beschäftigten sich mit Anträgen; im Kongreß wurden eine Reihe hervorragender Reden gehalten. An die S.A. kamen acht Standarten zur Übergabe [7]. Nachmittags sah Weimar einen Festzug, der trotz der Ungunst des Wetters den großen Platz füllte, über ein halbes Tausend Fahnen mit sich führte und so recht die Wiedergeburt der Bewegung dokumentierte. Glücklich zogen die Teilnehmer in ihre Heimatsorte zurück. Die Bewegung konnte auf ihren ersten Parteitag nach der Auflösung mit Recht stolz sein.

Nun ist wieder ein Jahr vergangen. Von neuem findet ein Parteitag statt. Diesmal weiß jeder Mann in der Bewegung, daß die zweite Kundgebung der Partei nach ihrem Verbot keine Improvisation sein wird, sondern eine Tagung der Organisation. Wenn wir für diesen Parteitag nach außen hin das Motto "Im Zeichen der großen Politik" besitzen, dann wird er nach innen eine Demonstration deutscher Disziplin, deutscher Ordnung und deutscher Kraft darstellen. Die Massen, die dieses Mal kommen, werden groß sein, eindrucksvoll ist die äußere Aufmachung, aber nicht minder bedeutsam soll auch der innere Wert dieser Kundgebung werden. Sie soll alle mehr denn je zusammenschweißen, soll helfen, Gegensätze zu überbrücken und Verständnis zu wecken und nicht zuletzt im einzelnen die Siegeszuversicht stärken. Aus ihr heraus mit soll jener Glaube wachsen, den eine Bewegung braucht, die im Kampfe für die Freiheit ihres Volkes und dessen Zukunft die höchsten Opfer bringt und den höchsten Lohn erwartet.

Der zweite Reichsparteitag [8] in der alten deutschen Stadt Nürnberg wird aber nebenbei jenen Gruppen und Grüppchen, deren Existenz keinen anderen Sinn besitzt, als höchstens den großen Ehrgeiz kleinster Geister zu befriedigen, zu Bewußtsein bringen und ins Gewissen reden, welche Schuld dem deutschen Volk gegenüber sie durch ihre eigenbrödlerische Haltung auf sich laden. Denn das sollten sie alle sehen: die völkische Bewegung außerhalb der Nationalsozialistischen Partei ist ein Phantom, in ihr aber - und nur in ihr - ist sie das Leben.

7 Am 4.7.1926. Vgl. Dok. 6.

8 Nach der parteioffiziellen Zählweise der dritte Reichsparteitag. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 24.

16. August 1927 Dok. 162
"Reichsparteitag 1927 Nürnberg"
Aufruf

VB vom 18.8.1927.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!
Nationalsozialisten! Antisemiten!

Zum Reichsparteitag [1] wird von der Parteileitung ein besonderes Fest-Abzeichen herausgegeben. Die *Kornblume* mit unserem *Standarten-Adler*. Es soll in diesen Tagen in Nürnberg keinen nationalbewußten Menschen geben, der sich nicht mit diesem deutschen Freiheitszeichen schmückt. Jeder, der dieses Zeichen trägt, hilft mit im Kampf gegen den ärgsten Feind unseres unglücklichen deutschen Volkes. Es soll dies aber auch eine immerwährende Erinnerung bleiben an Nürnbergs deutschesten Tag.

München, den 16. August 1927

gez.: Adolf *Hitler*

19. August 1927 Dok. 163
"Aufruf an alle deutschen Frauen und Mädchen! Zum Reichsparteitag in Nürnberg"
Aufruf

VB vom 19.8.1927.

Parteigenossinnen! Nationalsozialistinnen!
Deutsche Frauen und Mädchen!

Samstag und *Sonntag*, den 20./21. August, findet in Nürnberg die *größte politische Freiheitskundgebung des jungen Deutschland* statt. Die *nationalsozialistische Bewegung als Prägerin* und *Verkünderin* der *völkischen Idee* ruft ihre Anhänger in Deutschlands alte herrliche Reichsstadt an der Pegnitz.

Viele Zehntausende werden Folge leisten.

Aus Nord und Süd, aus den Großstädten unseres Vaterlandes und den Dörfern der weiten Ebene, den Gruben des Ruhrgebiets und den Tälern unserer Alpen strömen sie herbei, um den heiligen Glauben an die notwendige Wiederauferstehung unseres Vol-

1 Vom 19. bis 21.8.1927 in Nürnberg. Vgl. Dok. 161-168.

kes und seiner Freiheit zu bekunden und den Willen zu bekräftigen, dafür alles, wenn nötig, selbst das Letzte, einzusetzen.

Zehntausend und aber Zehntausende junger Männer bringen damit schwere persönliche Opfer. Vom Munde spart sich der Bergmann jede Mark ab, die die weite Fahrt nach Nürnberg kostet, nicht weniger der Arbeiter unserer Städte, der kleine Angestellte usw.

Deutsche Frauen und deutsche Mädchen! Ihr habt die heilige Pflicht, diese Kämpfer unseres Volkes, die jederzeit bereit sind, für die Freiheit ihr eigenes Blut hinzugeben, so zu begrüßen, wie einst die deutschen Frauen und Mädchen die scheidenden Helden im August 1914 gegrüßt hatten.

Keine Frau und kein Mädchen geht nach Nürnberg, ohne denen Blumen mitzubringen, die sich selbst dem Vaterlande geweiht haben!

Nationalsozialistinnen! Parteigenossinnen!

Grüßt am Sonntag, den 21. August, Eure Männer, Brüder und Söhne mit Blumen und wieder Blumen. Sie haben es verdient.

Adolf Hitler

[19. August 1927] Dok. 164

"Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden und Schriftführer der Sondertagungen am Reichsparteitag 1927" [1]

Anordnung

Masch. Ausfertigung, o. D. [2]; IfZ, MA 1550/1.

Bestimmt für
a) die Vorstandschaft des Delegierten-Kongresses [3]
b) die Vorsitzenden und Berichterstatter sämtlicher Sondertagungen [4].

1 Vom 19. bis 21.8.1927 in Nürnberg.
2 Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen von unbekannter Hand; BA, NS 26/390.
3 Präsidium: Gregor Straßer; Stellvertreter: Gottfried Feder, Karl Kaufmann.
4 Am 19.8.1927 fanden folgende Sondertagungen statt: Sondertagung der Reichstags-, Landtagsabgeordneten und Gemeindevertreter (Vorsitzender: Rudolf Buttmann; Referenten: Heinrich Haake, Gottfried Feder); Sondertagung für Pressefragen - Redaktioneller Teil (Vorsitzender: Alfred Rosenberg; Referenten: Wilhelm Weiß, Hermann Esser, Joseph Goebbels); Sondertagung für Pressefragen - Kaufmännischer Teil (Vorsitzender: Max Amann; Referenten: Otto Straßer, Karl Dincklage, Fritz Heß); Sondertagung für Schul- und Jugendfragen (Vorsitzender: Christian Mergenthaler; Referenten: Josef Bauer; Theodor Vahlen, Hans Dietrich); Sondertagung für Beamtenfragen (Vorsitzender: Wilhelm Frick; Referenten: Ludwig Oldach, Pogatschnigg); Sondertagung für Wahlfragen (Vorsitzender: Gregor Straßer; Referenten: Hellmuth von Mücke, Hermann Fobke).
Am 20.8.1927: Sondertagung für Propagandafragen (Vorsitzender: Gregor Straßer; Referenten: Paul Hinkler, Helmuth Brückner, Josef Wagner); Sondertagung für Finanzfragen (Vorsitzender: Franz Xaver

Zum Reichsparteitag 1926 in Weimar wurden von mir Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen hinausgegeben [5].

Sie haben sich damals restlos bewährt. Der Reichsparteitag wurde zu einer macht- und eindrucksvollen Kundgebung, deren hervorstechendster Zug die große Einheitlichkeit und Geschlossenheit war, die der gesamten Tagung das Gepräge gaben. Ich kann nichts Höheres wünschen, als daß der Reichsparteitag 1927 eine Fortsetzung des damaligen sein möge. Die einzigen Änderungen müssen Verbesserungen sein. Diese werden zunächst liegen auf organisatorischem Gebiet. Der Nürnberger Parteitag ist so sorgfältig vorbereitet wie keine einzige bisherige Veranstaltung der Bewegung. Weiter aber wird der äußere Rahmen ein wirklich würdiger und großzügiger sein. Außer dem einzig schönen Kongreßsaal stehen uns noch eine ganze Anzahl weiterer mehr oder weniger großer Säle zur Verfügung, nicht nur für allgemeine Massenversammlungen und Begrüßungsfeiern, sondern auch für die *Sondertagungen.*

Dies allerdings bürdet den Vorsitzenden und Leitern der Sondertagungen auch eine besondere Verpflichtung auf, nämlich dafür zu sorgen, daß trotz dieses vergrößerten Rahmens kein Zerfließen dieser Tagungen eintritt. Aus endlosen Diskussionen wird erfahrungsgemäß gar nichts geboren. An sich steht durch die besondere Organisation unserer Parteitage für Anfragen, Anträge usw. eine außerordentlich umfangreiche Zeit zur Verfügung. Diese allerdings darf nicht mehr überschritten werden. Wieder muß ich betonen, daß die Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen sich als Vertreter der Parteileitung zu fühlen haben, und vom höchsten Verantwortungsgefühl durchdrungen versuchen müssen, aus dem oft unklaren Wust von Ansichten und Meinungen, die dann in Anträgen ihren Ausdruck finden, das wirklich Brauchbare herauszuholen und in eine solche Form zu bringen, daß eine zum Nutzen der Bewegung dienende Erfüllung möglich erscheint. Nicht der Popularität darf in diesen Stunden eine Konzession gemacht werden, sondern nur der innersten Einsicht und der unbedingten Notwendigkeit. Dann werden unsere Parteitage immer mehr in das Format jener Einrichtung hineinwachsen, die eines Tages berufen sein wird, die Führung unseres Volkes in ihre eiserne Faust zu nehmen.

Schwarz; Referenten: Martin Mutschmann, Peter Riedner); Sondertagung für Studentenfragen (Vorsitzender: Wilhelm Tempel; Referent: Robert Ley; Beauftragter der Parteileitung: Goebbels); Sondertagung der Jugendbewegung (Vorsitzender: Kurt Gruber; Stellvertreter: von Mücke; Referenten: Paul Neumann, Rolf West; Beauftragter der Parteileitung: Franz von Pfeffer); Sondertagung für Organisationsfragen (Vorsitzender: Bruno Heinemann; Referenten: Heinrich K. Schmidt, Eugen Munder, Josef Terboven); Sondertagung für Bauernfragen (Vorsitzender: Heinrich Himmler; Referenten: Friedrich Hildebrandt, Schreiner, Johann Dorner); Sondertagung für Frauenfragen (Vorsitzende: Elsbeth Zander); Sondertagung für Eisenbahnerfragen (Vorsitzender: Hans Dietrich; Referenten: Adolf Wagner, Franz Stöhr, Hildebrandt); Sondertagung für Gewerkschaftsfragen (Vorsitzender: Stöhr; Referenten: Adolf Wagner, Dietrich, Hildebrandt). Vgl. Führer zum Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Nürnberg vom 19. bis 21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg, München 1927, S. 6-12, und VB vom 14./15./16.8.1927, "Programm der Sondertagungen des Reichsparteitages Nürnberg 1927".
Laut Führer zum Reichsparteitag nahm Hitler an den Sondertagungen für Propaganda und Organisation teil.

5 Vgl. Dok. 4.

Ich kann für die Durchführung des diesmaligen Parteitags der Vorstandschaft des Delegierten-Kongresses und den Vorsitzenden und Berichterstattern sämtlicher Sondertagungen deshalb nur dringendst empfehlen, die zu diesem Zwecke im Jahre 1926 herausgegebenen Grundsätzlichen Richtlinien zu studieren und in sich aufzunehmen, da sie - abgesehen vom geänderten Ort und der zugenommenen Größe der gesamten Veranstaltung - auch heute noch ihre vollständige Gültigkeit besitzen.

Ich lasse deshalb nun im Wortlaut die damalige Verfügung folgen:

"Bis zum Jahre 1923 fand der Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbunden mit der gesetzlich vorgeschriebenen Generalmitgliederversammlung jährlich in den Januartagen in München statt.

Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Erledigung der Aufgaben der Partei als eingetragener Verein wiesen die Nationalsozialistischen Parteitage bis dorthin immer ein Bild der einmütigen Stärke der Bewegung auf. Sie unterschieden sich sehr zu ihren Gunsten von den üblen, mit Streitigkeiten erfüllten Veranstaltungen ähnlicher Art anderer Parteien. Sie wurden dadurch nicht, wie in solchen Fällen häufig, zu einer Quelle des Mißmutes und der Verärgerung, sondern zu einem Born unendlicher Kraft und Zuversicht. Es war besonders meine Sorge, immer dahin zu wirken, daß Parteitage grundsätzlich nicht zur Austragung persönlicher Stänkereien da sind. So sicher solche Zwischenfälle irgendwie gelöst werden müssen, ebenso sicher aber ist der Parteitag, der ein Mal im Jahre die gesamte Bewegung einigen soll, nicht der Tag dafür. Er ist aber auch nicht der Platz, an dem ungegorene und unsichere Ideen etwa einer Klärung zugeführt werden können. Weder die Zeit noch das Wesen einer solchen Veranstaltung ertragen einen konzilartigen Charakter. Es bleibt dabei zu bedenken, daß in solchen und ähnlichen Fällen die großen Entscheidungen nicht auf solchen Konzilien gefallen sind, sondern im Gegenteil die Weltgeschichte zumeist über sie hinwegzurollen pflegte. Sie ist, wie alle geschichtlichen Ereignisse, das Ergebnis des Wirkens einzelner Personen und nicht die Frucht majoritativer Abstimmung.

Die Verhältnisse des letzten Jahres (Redeverbot und sonstige Unterdrückung der Bewegung in Bayern) zwangen diesmal die Leitung der Bewegung einen Kompromiß zu schließen. Sie war gesetzlich angehalten, die Generalmitgliederversammlung in München[6] durchzuführen. Es sollte dem aber auch kein anderer Wert beigemessen werden, als der durch das Gesetz bedingte rein formale. Der Parteitag mußte getrennt zur Abhaltung gelangen, und es wurde hierfür für dieses Jahr ein außerbayerischer Ort in Aussicht genommen.

Zweck dieses *Parteitages.*

Gleich den früheren Generalmitgliederversammlungen und Parteitagen der Bewegung soll auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung erhalten. Gleich früher soll auch dieses Mal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich, noch von Dauer sein würde. Das Jahr 1924 muß als eine Warnung in diesem Sinne und als Lehre für die Zukunft im Gedächtnis behalten werden. Damals glaubte man eine Frage, die eben nur die Wirklichkeit beant-

6 Am 30.7.1927. Vgl. Dok. 159.

worten kann, rein doktrinär von den Sitzplätzen eines Vereinstages aus lösen zu können[7]. Der alte Versuch von einst, statt durch die Realitäten von Blut und Eisen das Reich durch Delegierten-Kongresse erreden zu können! Denn wie schon einst und bisher noch immer, wenn auch in größerem Umfange, hat auch in diesem kleineren Verhältnis die praktische Wirklichkeit ganz anders entschieden.

Aus dieser Erkenntnis und dieser Einsicht heraus entstand der Entwurf für die Durchführung des heutigen Parteitages.

Bestimmend für das Programm und die Art der Durchführung waren folgende Umstände:

1. Der Parteitag kann infolge der gesamten Verhältnisse nur einen Tag dauern[8].

2. Es steht für die Veranstaltung nur ein wirklich großer Raum zur Verfügung.

3. Die Zahl der eingereichten Anträge ist eine so große, daß deren Behandlung vor einer einzigen großen Tagung vollkommen unmöglich ist, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang im Grunde genommen vollkommen nur bei einem Bruchteil der Anwesenden wird Verständnis finden können, ja, auch nur das nötige Interesse zu erregen vermag.

Daraus ergab sich logischerweise folgende Möglichkeit:

Entweder die Anträge werden vor einem allgemeinen großen Forum behandelt, dann fällt jede Möglichkeit, diese große Tagung zu einer mächtigen Kundgebung werden zu lassen, weg. Und anstelle eines Ausdruckes jugendlicher, vorwärtsstürmender Kraft bleibt nur mehr eine mehr oder minder "geistreiche" Diskussion übrig.

Oder der Parteitag soll durch eine große Delegierten-Versammlung seinem wahren Zweck, der Bewegung neuen Antrieb zu geben, genügen, dann mußten die zahllosen Anträge aus dem großen Delegierten-Kongreß herausgenommen werden und waren Sonderkommissionen zu überweisen, die schon der inneren Zusammensetzung nach geeignet erscheinen, auf den in Frage stehenden sachlichen Gebieten wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Dieser letztere Weg wurde gewählt. Er war, wenn auch in bescheidenem Umfange, bereits den früheren Parteitagen der Nationalsozialistischen Bewegung zugrunde gelegt worden.

4. Für die einzelnen Unterkommissionen bzw. Sondertagungen wurden eine Anzahl von Herren zu einer Art von Präsidium bestimmt, die sich auf den in Frage stehenden Gebieten bereits betätigen, oder zum Teil dafür eine bestimmte Verantwortung besitzen. Nur so war es möglich, die große Anzahl der Anträge zu ordnen und jenen Sondertagungen zuzuweisen, die sich nun mit ihnen zu beschäftigen haben werden.

5. Die zur Verfügung stehende, äußerst kurze Zeit zwang zu einer restlosen Ausnützung derselben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Herren, die an einer Sondertagung an leitender Stelle teilnehmen, sich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit

7 Gemeint ist die (zweite) Weimarer Tagung vom 15. bis 17.8.1924. Der sog. Einigungsparteitag endete mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands unter der Reichsführerschaft von General Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 118 ff.

8 Der 3. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg dauerte vom 19. bis zum 21.8.1927.

heraus von anderen Veranstaltungen eben fernzuhalten haben. Nur dadurch wird eine Bearbeitung des großen Stoffes möglich.

Aufgaben der Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen.

Der Zweck der Sondertagungen ist, wie schon betont, die Beratung von Anträgen, die aus Kreisen der Mitglieder dem Parteitag zugeleitet werden, d. h. also die Prüfung einer großen Anzahl von Fragen, die die Bewegung betreffen, sowie die Niederlegung eines Weges zu deren möglicher Lösung.

Dies legt den Vorsitzenden und Berichterstattern der Sondertagungen hohe Verantwortung auf.

Der Vorsitzende und die Berichterstatter dieser Tagungen haben sich als Wahrer und Träger der Interessen der Bewegung zu fühlen, als eifersüchtige Schützer der Einheit, immer ausgehend von der Prüfung der möglichen Auswirkung nicht nur im Augenblick, sondern für die Zukunft.

Sie haben aus dieser Einsicht und Verpflichtung heraus sich zu bemühen, daß aus eingebrachten Anträgen wirklich Gutes für die Bewegung erstehe, nichts Zweifelhaftes für den Augenblick, sondern für die Zukunft Dauerndes. Nicht um die Befriedigung der Antragsteller handelt es sich, als vielmehr um die Konsolidierung und den Ausbau der Bewegung. Jeder Stein, der hierfür taugt, muß herbeigeholt und, wenn notwendig, so lange behauen werden, bis er zu dem Gebäude paßt. Was schlecht ist, darf keine Verwendung finden.

Verantwortlich für alle Anträge und deren Erledigung sind nicht die Antragsteller, als vielmehr die Vorsitzenden und Berichterstatter der heutigen Tagung. Sie haben vor allem immer auf das Äußerste abzuwägen die Möglichkeit der Durchführung eines Antrags und sich nicht blenden zu lassen von der Schönheit eines solchen. Gesichtspunkte der Zeit, finanzielle Erwägungen, Einsicht in das vorhandene Menschenmaterial, die Qualitäten der zur Verfügung stehenden Führer usw. usw. müssen ununterbrochen immer wieder als Maßstab für die Beurteilung aller Fragen angelegt werden.

Niemals darf vor allem die Bewegung einen Schritt vorwärts machen, ohne die felsenfeste Überzeugung besitzen zu können, daß er nicht mehr zurückgemacht zu werden braucht. Denn die andere Welt wird von unserem Vorwärtsgehen wenig oder gar keine Notiz nehmen, jedoch den kleinsten Schritt nach rückwärts als Zeichen der Auflösung, des Zusammenbruchs, kurz der Erledigung der Bewegung in die Welt hinaus posaunen.

Erst wenn sich die Durchführung eines Antrags als möglich erweist und dieser selber als segensreich für die Bewegung, und der praktische Weg zur Lösung als gefunden erscheint, kann ein solcher Antrag von der Sondertagung beschlossen und der Parteileitung zur Durchführung empfohlen werden. Die Verantwortung tragen in diesem Falle die Vorsitzenden der Tagungen sowie im Falle der endgültigen Durchführung der dafür verantwortliche Vorsitzende der Partei.

Es finden auch in den Sondertagungen keine Abstimmungen statt, sondern die letzte Entscheidung treffen die Vorsitzenden. Es ist ihre Aufgabe, auf Grund des durch die Diskussion sich ergebenden Bildes plus ihrer eigenen Ansicht die endgültige Entscheidung zu treffen.

Der diesjährige Parteitag muß ein mächtiger Schritt vorwärts werden zu einer nationalsozialistischen Staatsauffassung, die sich schon in diesem kleinen Rahmen heranzubilden hat, um dereinst als Grundlage für eine wahrhaft germanische Reform unserer heutigen Verfassung zu dienen.

Im übrigen haben sich sämtliche Vorsitzende dieser Tagungen als Führer zu fühlen und nicht als Vollzugsorgan von Abstimmungsresultaten.

Anordnung für die Durchführung der Tagungen.

Die Sondertagungen werden von den bereits bestimmten Vorsitzenden eröffnet.

Diese wählen sich zur Unterstützung aus ihren Mitberichterstattern einen oder zwei Stellvertreter.

Es wird kurz der Zweck der betreffenden Sondertagung festgestellt; die Tagesordnung, die sich aus den eingelaufenen Anträgen ergibt, bekanntgegeben.

Anträge gleicher Art werden zur Besprechung sofort zusammengefaßt.

Die Anträge werden von den Berichterstattern oder den Vorsitzenden vorgetragen, der Antragsteller gebeten, den Antrag noch kurz mündlich zu begründen. Hierauf erfolgt eine allgemeine kurze Diskussion. Die Berichterstatter nehmen darauf noch ihrerseits zu dem Ergebnis des Antrags und der Diskussion Stellung. Der Vorsitzende kann sich noch zu einer besonderen Besprechung mit den Berichterstattern wenn notwendig zurückziehen, um dann endgültig eine Entscheidung zu treffen und den Antrag als beschlossen entweder der Parteileitung zur Durchführung vorzulegen oder ihn an sich zu verwerfen. Der Vorsitzende hat im ersten Fall die Aufgabe, dem Antrag eine praktische Form zu geben, die dessen Durchführung ermöglicht, und sich mit dem Vorsitzenden der Partei in Verbindung zu setzen, um dessen Zustimmung einzuholen. Anträge, die die Unterschrift des Vorsitzenden der Partei erhalten, werden damit durchgeführt, Anträge, denen die Unterschrift verweigert wird, werden entweder auf Befehl des Vorsitzenden dem großen Delegierten-Kongreß zugeführt und dort noch einmal besprochen oder dem 1. Vorsitzenden und dem Schriftführer der betreffenden Sondertagung zur weiteren Bearbeitung zurückgegeben.

Über die Tagungen sind Protokolle zu führen.

Die Vorsitzenden sind verpflichtet, die Zeiten einzuhalten und zu verhüten, daß die Sondertagungen in einer uferlosen Diskussion ersticken, die meist zu keinem Resultat mehr führt.

Der Vorsitzende und die Schriftführer der Sondertagungen haben ihre Aufgaben dann am besten gelöst, wenn sie der Parteileitung wertvolle und praktisch durchführbare Beschlüsse mit den notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen.

Wenn nach diesen Gesichtspunkten gearbeitet wird, muß das Ergebnis der Sondertagungen ein für die Bewegung sehr glückliches werden.

Anträge, die auf Wunsch des Vorsitzenden der Partei vor den großen Delegierten-Kongreß kommen, müssen durch den vom Vorsitzenden der Partei hierfür bestimmten Schriftführer oder Vorsitzenden der Sondertagung vorgetragen werden.

Der jeweilige Leiter des Delegierten-Kongresses lädt darauf zur Aussprache ein, beschränkt jedoch die Zeit auf das Kürzeste und duldet nicht irgendwelche Abschweifungen.

Der Vorsitzende der Partei wird daraufhin seine Stellung vor dem Delegierten-Kongreß begründen.

Auch für den Leiter des großen Delegierten-Kongresses gilt die Verpflichtung, Sorge zu tragen, daß die Zeiten pünktlichst und genauestens eingehalten werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die einzelnen Herren die anwesende Versammlung stundenlang anzuregen vermöchten, allein es ist notwendig, daß das gesamte Programm nicht durch einen einzelnen Herrn vernichtet wird.

Soweit von der Parteileitung zu einzelnen Anträgen bisher bereits Stellung genommen wurde, wird diese Stellungnahme mit einer kurzen Begründung von der Parteileitung den jeweiligen Anträgen beigefügt sein.

Diese Stellungnahme dient in erster Linie zur Kenntnis der Vorsitzenden bzw. Schriftführer der einzelnen Sondertagungen.

Ich erwarte nochmals von allen Herren, daß sie als Wahrer der Einheit und Größe unserer Bewegung in allen ihren Entscheidungen erfüllt von tiefstem Pflichtbewußtsein handeln und so mithelfen, diesen Parteitag zu einem Markstein auf dem Wege der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

werden lassen.

gez. Adolf *Hitler*
Vorsitzender
der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*

[20. August 1927] "Betreff: Sondertagung für Organisationsfragen" [1] Erklärung

Dok. 165

Masch. Ausfertigung mit hs. Bemerkungen Heinemanns [2], o. D.; IfZ, MA 1550/1.

Zu Antrag 1: *(Knabe [3] - Dresden)* [4].

Antrag ist sinnlos. Dem Antragsteller fehlt die Kenntnis über den Begriff: "Partei". Jede Zusammenfassung von Menschen zur Erfüllung einer bestimmten Absicht oder zur Erreichung eines bestimmten Zieles ist eine Partei. Dem Antragsteller müßte empfohlen werden zu lesen, was ich darüber in "Mein Kampf" Band I, Seite 380/381 geschrieben habe.

Zu Antrag 2: *(Knabe - Dresden)* [5].

Antrag dem Sinne nach richtig; praktisch aber undurchführbar. Die Bewegung ist leider an das Vereinsgesetz gebunden.

---

1 Im großen Saal des Lehrerheims in Nürnberg, von 9.00 bis 11.00 Uhr. Vorsitzender: Bruno Heinemann; Referenten: Heinrich K. Schmidt (Graz), Eugen Munder und Josef Terboven. Vgl. Führer zum Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Nürnberg vom 19. bis 21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg, München 1927, S. 9.

2 Wiedergabe ohne hs. Bemerkungen Heinemanns.

3 Herbert Knabe (1896-1976), Betriebsingenieur, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1934 SA-Führer der Standarte 1 in Königsberg (Gruppe Ostland), im Zuge des sog. Röhm-Putsches kurzfristig verhaftet, 1938 Gauamtsleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, 1943 Gauschulungsredner.

4 Der Antrag vom 19.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) sah vor, im Parteinamen die Bezeichnung "Partei" in "Bewegung" (NSDAB) umzuwandeln, da der Begriff "Partei" auf die Wähler "abstoßend" wirke. Der Antrag wurde am 19.8.1927 zurückgezogen.

5 Der Antrag vom 19.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Daß der Ortsgruppenführer nicht - wie bisher - von einer Mitgliederversammlung auf rein parlamentarische Weise, vorbehaltlich der Zustimmung des Gauleiters, gewählt wird, sondern der Ortsgruppenführer vom *Gauleiter* ernannt wird, um den letzten und schlimmsten parlamentarischen Zopf endgültig aus den Ortsgruppen zu verbannen, der vielerorts zu großen Unstimmigkeiten geführt hat, außerdem dem diktatorischen Prinzip widerspricht.
Folgender Weg scheint mir geeignet: Zur Jahres-Hauptversammlung, zu welcher der Gauleiter einzuladen ist, läuft die Amtszeit des jeweiligen O.G.-Führers automatisch ab. Der zu dieser Versammlung anwesende Gauleiter läßt sich aus der Versammlung heraus zur Führung befähigte und geeignete Parteigenossen vorschlagen und nimmt zum Schlusse dieser Versammlung nach persönlicher Rücksprache mit jedem einzelnen der in Vorschlag gebrachten Parteigenossen und einer eingehenden gewissenhaften Prüfung auf Befähigung zur Führung die Ernennung des ihm zum O.G.-Führer geeignet erscheinenden Parteigenossen vor.
Der sog. Vereinsstunk ist dadurch vermieden und der O.G.-Führer ist lediglich dem Gauleiter für sein Tun und Handeln verantwortlich und nicht dem Plenum einer womöglich durch gewissenlose Hetzer einseitig beeinflußten Mitgliederversammlung.
Der O.G.-Führer hat sein Amt unter allen Umständen nebenberuflich und ehrenamtlich auszuführen, d. h. ohne jede geldliche Entschädigung von seiten der O.G. oder einzelner Pgg. in der O.G., um einer 'Bonzenwirtschaft nach marxistischer Art' entschieden vorzubeugen." Der Antrag wurde am 19.8.1927 zurückgezogen.

Zu Antrag 3: *(Gau Schlesien)* [6].

Antrag unmöglich. S.A. und S.S. sind nicht durch Parteitags-Beschlüsse gegründet worden, sondern im inneren Verordnungsweg entstanden. Antrag aber auch dem Sinne nach falsch. S.S. ist keine Parallel-Organisation, sondern untersteht dem obersten S.A.-Führer. Zweck ist Schaffung einer besonderen Elite-Gruppe (innere Partei-Polizei). Zu dem Antrag hat S.A.-Referent kurz Stellung zu nehmen.

Zu Antrag 4: *(Gau Hannover)* [7].

Antrag ebenfalls wie vorhergehenden behandeln. Auflösung wäre analog der Forderung von einst, Artillerie wird aufgelöst und zu Infanterie gemacht usw.

Zu Antrag 5: *(Gau Schlesien)* [8].

Antrag zu wenig klar. Bruderpartei in der Tschechoslowakei [9] kann nicht verglichen werden mit der Partei in Österreich. Strengstens vermieden werden muß die Ansicht, daß es sich um ein und dieselbe Partei handelt, da die Bewegung in der Tschechoslowakei sonst unter Umständen Verfolgungen ausgesetzt wird. Antrag besitzt in erster Linie wohl nur Bedeutung für Schlesien, Sachsen und Bayern. Bei bestimmten Anlässen müßte man sich von Fall zu Fall im einzelnen mit der Parteileitung in Verbindung setzen. Antrag muß noch geklärt werden.

Zu Antrag 6: *([Hans] Körner* [10]*, Rittergut Gödelitz)* [11].

Kein Antrag für den Parteitag. Angelegenheit der S.A.-Leitung. S.A.-Referent soll Stellung nehmen. Zu bedenken ist, daß für viele S.A.-Hemd Arbeitskleidung ist.

Zu Antrag 7: *(Körner, Rittergut Gödelitz)* [12].

S.A.-Angelegenheit. Ist im übrigen bereits erledigt und geregelt. S.A.-Referent soll Stellung nehmen.

---

6 Der Antrag vom 1.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Auflösung der S.S. als Parallel-Organisation der S.A., dafür höchstens Bestehen einer S.S. bei einer O.G. der N.S.D.A.P. und zwar als Teil der örtlichen S.A." Der Antrag wurde abgelehnt.

7 Der Antrag vom 11.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Die selbständige Organisation der S.S. wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Mitglieder der S.A. [*sic!*] treten in die S.A. ein." Der Antrag wurde abgelehnt.

8 Der Antrag vom 1.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Die Ausgabe von Richtlinien durch die Reichsleitung für den Verkehr mit unserer Bruderpartei in der Tschechoslowakei." Der Antrag wurde als "Anregung" an die Parteileitung weitergeleitet.

9 Gemeint ist die 1919 gegründete Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP), die seit 1926 von Rudolf Jung geleitet wurde.

10 Weitere Angaben nicht ermittelt.

11 Der undatierte Antrag (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: ['] Das Tragen der S.A.-Uniform ist *nur* auf Anordnung oder mit besonderer Erlaubnis der betr. Führer den S.A.-Mitgliedern gestattet.'
Begründung: Durch diesen Antrag soll verhütet werden, daß besonders jugendliche Parteigenossen durch ungeschicktes Auftreten außerhalb ihres Dienstes das S.A.-Kleid in der Öffentlichkeit in Mißachtung bringen." Der Antrag wurde abgelehnt.

12 Der undatierte Antrag (IfZ, MA 1550/1), der die Einführung strenger Vorschriften für das Tragen der SA-Uniform forderte, wurde abgelehnt.

Zu Antrag 8: *(Gau Rheinland)* [13].

Antrag ist nicht ganz klar. Oberster S.A.-Führer wird durch den politischen Leiter der Bewegung eingesetzt und abgesetzt. In seinem Auftrage erfolgen innerhalb der S.A. sämtliche Ernennungen. Vorschläge der politischen Führung sind auch unten gerne angenommen. Grundsatz muß aber sein: S.A. soll ja das Instrument in der Bewegung darstellen, das außerhalb der politischen inneren möglichen Streitigkeiten steht. Die S.A. muß der Garant der Einheit der Bewegung sein. S.A.-Referent soll Stellung dazu nehmen.

Zu Antrag 9: *(Barner* [14]*, Harzburg)* [15]:

Antrag richtig, jedoch durch die Ereignisse bereits überholt. Dem Antragsteller wäre Kenntnis zu geben von den in dieser Richtung bereits getanen Schritten.

Zu Antrag 10: *(Machule* [16] *- Berlin)* [17].

Antrag besitzt mehr theoretischen Wert. Anrede-Formen usw. kann man nicht kommandieren oder beschließen, sondern müssen aus sich selbst heraus wachsen. So wenig man das Wort "Partei", das einen gegebenen Begriff darstellt, wegkommandieren kann, so wenig aber auch läßt sich durch einen Befehl dieser Antrag verwirklichen. Er ist wün-

---

13 Der Antrag vom 10.6.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Daß die S.A.-Führer auf Vorschlag oder im Einvernehmen mit der politischen Führung eingesetzt, und auf Antrag oder im Einvernehmen mit der politischen Führung ihres Amtes enthoben werden." Der Antrag wurde nach Rücksprache mit dem Antragsteller am 19.8.1927 zurückgezogen.

14 Kurt Barner (geb. 1886), Telegrapheninspektor, 1923 Eintritt in die NSDAP.

15 Der Antrag vom 6.6.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Eine grundsätzliche Trennung zwischen uns und dem Tannenbergbund durchzuführen und ein Werben von Parteigenossen für die 'Deutsche Wochenschau', also den Tannenbergbund, zu verbieten.
Begründung: Es wird immer noch von Parteigenossen für die 'Deutsche Wochenschau' Leser und somit für den Tannenbergbund Anhänger und Mitglieder geworben, trotzdem seit langem und wiederholt von der Reichsparteileitung dieses untersagt worden ist. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein Parteigenosse vor etwa einem halben Jahr dem Deutsch-Völkischen Offiziersbunde und damit dem Tannenbergbund beigetreten ist, nachdem die Reichsparteileitung bereits nachdrücklichst den Austritt unserer Parteigenossen aus dem Tannenbergbund gefordert hat. Dieses zwiefache Werben für die NSDAP und den Tannenbergbund durch Parteigenossen verwirrt den Volksgenossen, der uns noch fernsteht, der aber auf uns aufmerksam gemacht worden ist und wißbegierig, wenn auch noch mißtrauisch, unsere Parteiblätter liest, die immer wieder diese Doppelwerbung als parteischädigend geißeln. Dieses Doppelspiel ist ein Zeichen schlechter Parteizucht. Wir müssen dem Volksgenossen, der zu uns kommen soll, klare, unzweideutige Partei-Arbeit zeigen, damit er zu uns Vertrauen fasse." Der Antrag wurde aufgrund der Verfügung Hitlers vom 5.2.1927 abgelehnt. Vgl. Dok. 75.

16 Martin Machule (geb. 1899), Bankbeamter, 1925 Eintritt in die NSDAP.

17 Der undatierte Antrag (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: ['] Das Wort 'Parteigenosse' als offizielle Anrede-Form im Parteileben einzuführen.'
Begründung: Es hat manchmal den Anschein, als ob von oben her ein gewisser Unterschied gemacht wird, dergestalt, daß die Masse der Parteigenossen eben Parteigenossen sind, die Führer jedoch den Anspruch auf die Anrede 'Herr' haben. Es müßte dies als Rückfall in bürgerliche Methoden bezeichnet werden.
Das besondere Hervorkehren militärischer Chargen und anderer Titel ist bei uns gänzlich unangebracht. Wir haben den einzelnen nach Leistung und Charakter, nicht nach Rang und Titel zu beurteilen." Der Antrag wurde abgelehnt.

schenswert und zweckmäßig und wird sich deshalb von selbst immer mehr einbürgern, je mehr durch das Verhalten der Mitglieder unserer Bewegung die Mitgliedschaft zu einer Ehre wird.

Zu Antrag 11: *(Gau Anhalt)* [18].

Soweit die Bewegung an das Vereinsgesetz gebunden ist, tut sie gut, auch dessen Bezeichnungen beizubehalten. Diejenigen Institutionen, die dem inneren Sinn der Bewegung entsprechen, tragen bereits heute eigene Namen. Im übrigen kann der Name 1. Vorsitzender zu einem Ruhmes-Titel werden, genauso wie der Name "Deutscher Reichskanzler" in zwanzigjähriger Fortsetzung der heutigen Wirtschaft zu einer Schandbezeichnung heruntersinken wird.

Zu Antrag 12: *(Rehm* [19] *und Wilke* [20]*, Berlin)* [21].

---

18 Der Antrag vom 13.6.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"In den Satzungen und Richtlinien wird gesprochen vom 'Vorsitzenden der Partei' und vom 'Vorsitzenden der Ortsgruppe', ferner vom 'Gauleiter'. In Reden und in der Presse, sowie im Sprachgebrauch der Partei redet man meist nicht von *Leitern* und *Vorsitzenden,* sondern von *'Führern'.* Die Ausdrücke 'Leiter' und 'Vorsitzender' klingen nach meiner Ansicht stark an Bezeichnungen parlamentarischer Gebilde an und drücken nicht das aus, was wir in diesen Persönlichkeiten sehen wollen, nämlich die Autorität, die Tatkraft, die Führereigenschaft. Gefühlsmäßig haben die Pgg. deswegen ganz unbewußt schon mit diesen Bezeichnungen gebrochen und sprechen zumeist von 'Führern'. Ich halte daher den Antrag für angebracht, diesem Sprachgebrauche Rechnung zu tragen und gleichmäßig die Bezeichnungen 'Führer der Partei, Gauführer, Ortsgruppenführer' anzuwenden. Es mag eine Äußerlichkeit sein, aber schon sie zeigt der Masse den Gegensatz zwischen uns und den anderen. Auch ist es ein Impuls für den Führer, 'Führer' zu sein und nicht Vorsitzender." Der Antrag wurde abgelehnt.

19 Rudolf Rehm (geb. 1897), Kaufmann, Kassenwart des Freiheitsbundes in Berlin, 1928 Gaugeschäftsführer und stellv. Gauleiter des Gaues Brandenburg.

20 Franz Wilke (geb. 1899), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926 Führer des Bezirks IX des Gaues Groß-Berlin, Kassenwart des Gaues Berlin-Brandenburg, 1932 Angestellter der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1932 Parteiausschluß.

21 Der Antrag vom 5.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen:
1. Die weiblichen Mitglieder der NSDAP werden in derselben Gliederung wie die S.A. in die Partei eingeordnet.
2. Es sind demnach zu ernennen: Eine Reichsfrauenführerin, Gaufrauenführerin, Ortsgruppenfrauenführerin, die der Reichsleitung, den Gau- und Ortsgruppenführern unterstellt sind.
3. Es unterstehen daher diese Frauengruppen den einzelnen Parteigliederungen vollkommen in finanzieller, rechtlicher und organisatorischer Beziehung, d. h. es sind für sie die Kassenverwaltung, die Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschüsse, die organisatorischen Gliederungen der Partei maßgebend.
4. Sämtliche anderen Frauenverbände werden als Parteiorganisationen nicht anerkannt. Es ist demnach Pgg. nur gestattet, in den betr. Frauengruppen zu arbeiten und Mitglied zu sein. Eine Doppelmitgliedschaft ist nicht gestattet.
Begründung: Um die große Menge der Pgg., die bereit sind, ihre Tätigkeit in den Dienst der NSDAP zu stellen, die es, soweit es in den Kräften von einzelnen Personen liegt, auch bereits tun, aber dadurch, daß ihnen die Organisation fehlt, sich verzetteln, *für die Arbeit der Partei einzustellen,* ist die Durchführung der Organisation für die Frauen unbedingt erforderlich. Die Aufgaben, die den Frauen im Kampfe der Bewegung zufallen, sind wohl klar gegeben und braucht dies in der Begründung nicht gesagt zu werden. Da der Einfluß der einzelnen leitenden Stellen auf die der Partei nur nahestehenden Organisationen nicht bestimmt ist, und nur auf *freiwilliger* Unterordnung dieser Organisationen beruht, ist die Schaffung der Frauengruppen erforderlich. Außerdem lehnen die Pgg. in Berlin es ab, sich einen anderen Namen zuzulegen und führen an, daß die Parteileitung den Männern ebenfalls nicht gestattet hat,

Antrag ist unzweckmäßig, ja schädlich. Laut Vereinsgesetz nimmt die Frau innerhalb der Bewegung die gleiche Stellung wie der Mann ein. Das weibliche Mitglied zahlt seinen Beitrag, nimmt an den Generalmitgliederversammlungen teil, an Versammlungen an sich usw. ... Die Frage ist: soll sich die Frau an der politischen Leitung der Bewegung beteiligen, oder soll ihre besondere Wesensart auch zu einem besonderen Wert für die Bewegung gewonnen werden. Der erste Standpunkt ist der von Frauenrechtlerinnen, der zweite ist natürlich und damit für die Bewegung zweckmäßig. Als Nationalsozialisten wünschen wir, daß die Frau eine Helferin im Kampfe des Mannes ist. So, wie das bisherige Rote Kreuz die beste Einrichtung für den heutigen Staat war, so muß der Frauen-Orden die beste Einrichtung für die Nationalsozialistische Bewegung werden. Die Mitgliedschaft zum Frauenorden kann nicht verglichen werden mit der Mitgliedschaft zum Tannenbergbund. Dieser verfolgt eigene politische Ziele, während der Frauen-Orden eine rein charitative Institution ist, die uns ebenso dient, wie die Rote Kreuzschwester der kämpfenden Truppe. (Zu dem Antrag müßte am zweckmäßigsten Pg. Goebbels auf Grund seiner Berliner Erfahrungen kurz Stellung nehmen.)

Zu Antrag 13: *(Ortsgruppe Cöthen)* [22].

Mitglieder, die verziehen, müssen sich schon bisher sofort abmelden. Mitglieder, die sich längere Zeit an einem anderen Ort aufhalten, könnten sich allerdings zweckmäßigerweise dort anmelden und zur Verfügung stellen. Es kann sich aber dabei immer nur um kleinere Orte handeln, da in sehr großen Ortsgruppen dadurch nur eine Erschwerung des Geschäftsbetriebes eintreten würde. Daher ist der Antrag in dieser geschlossenen Form nicht durchführbar.

zwei Organisationen (Tannenbergbund u. a. m.) anzugehören. Sie wünschen lediglich das Parteiabzeichen zu tragen und lehnen es ab, irgendein anderes Abzeichen anzuerkennen.
Bedenken in der Richtung, daß es den Frauen unter einem anderen Namen als dem unseren bei Behörden leichter sei, Vorteile zu erzielen, sind durch die Praxis in Berlin zerstreut worden." Der Antrag wurde abgelehnt.

22 Der Antrag vom 15.6.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Reichsparteitag wolle beschließen: 'Mitglieder auswärtiger Ortsgruppen, die nach einem anderen Ort verziehen, oder sich länger als 4 Wochen an einem Ort aufhalten, an dem eine Ortsgruppe besteht, haben sich innerhalb 14 Tagen bei dem Ortsgruppenführer des neuen Wohnortes anzumelden.
Diese Mitglieder unterstehen genau wie die Ortsgruppenmitglieder dem Ortsgruppenführer der neuen Ortsgruppe und haben sich nach Kräften für die zur Verfügung zu stellen. (Ausgenommen sind Urlauber).[']
Begründung: Verschiedentlich erscheinen die Mitglieder auswärtiger Ortsgruppen gar nicht oder doch nur selten bei unseren Zusammenkünften und Sprechabenden und beteiligen sich an der Arbeit der Ortsgruppe nur, wenn es ihnen nicht unbequem ist." Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu Antrag 14: *(Kurt Krischer*[23]*, Berlin)*[24].

Antrag ist undurchführbar. Es lassen sich nicht auf zwei bis drei Monate vorher bestimmte Termine festlegen. Infolge der Schwierigkeit der Saal-Bestellung usw. Der diesmalige Parteitag sollte statutengemäß zu Pfingsten sein und konnte nicht abgehalten werden, da die Reichsbahndirektion plötzlich die Sonderzüge verweigerte. Übrigens war die Zeit zum diesmaligen Parteitag sehr reichlich bemessen. Allein selbst hier mußte noch eine Verschiebung von 8 Tagen vorgenommen werden, da unterdessen in Nürnberg ein anderer Verband ebenfalls mit seiner Feier anrückte, ein Zusammentreffen aber um jeden Preis vermieden werden mußte. Dies nur als Beispiel für die Schwierigkeiten des vorliegenden Falles.

Zu Antrag 15: *(Prof. Dr. Vahlen, Eldena)*[25].

Antrag wäre an sich zu begrüßen. Seine Durchführung liegt innerhalb der Tendenz, die die Reichsleitung verfolgt. Praktisch erscheint er schwer durchführbar. Im übrigen könnte der Parteitag hier nur eine Vorarbeit leisten, da Eintritt, Austritt und Ausschluß der Mitglieder statutenmäßig niedergelegt sein müssen und vor [*sic!*] der Generalmitgliederversammlung zu beschließen sind. Zu bemerken wäre, daß die Frage der Wahl der Gauführer nicht nur eine solche von Personal-Kenntnis des Führers ist, son-

---

23 Kurt Krischer (geb. 1902), Schauspieler, 1918/19 Mitglied der KPD, 1920-1927 Gehilfe im Polizeipräsidium Berlin, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1929 Bezirksverordneter in Berlin, 1932 Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik in Berlin, 1933/34 Stadtverordneter, 1935 Erster Bezirksstadtrat.

24 Der Antrag vom 15.6.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Reichsparteitag wolle beschließen: 'Der Termin des jeweiligen Reichsparteitages ist bis spätestens 15. März des jeweiligen Jahres über die Gauleitungen den Parteigenossen bekanntzugeben.'
Begründung: Der am 7. Mai d[*iese*]s J[*ahre*]s [*1927*] erstmalig bekanntgegebene Termin des Reichsparteitages 1927 ist zu spät bekanntgegeben worden, denn die Einteilung der Urlaubszeit beginnt schon Ende März. Infolge der für viele Parteigenossen bestehenden Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis ist es oftmals schwer angängig oder sogar unmöglich, einmal gewählten Urlaub rückgängig zu machen, oder aber, ohne besonderen Urlaub der Arbeitsstelle respektive dem Ortsbezirke (bei behördlich Angestellten und Beamten) fernzubleiben, um am Parteitage teilnehmen zu können.
Ich bitte berücksichtigen zu wollen, daß nur aus diesem Grunde die Teilnahme sehr vieler Parteigenossen in Frage gestellt ist, und bitte den Antrag zum Beschluß zu erheben." Der Antrag wurde abgelehnt.

25 Der Antrag vom 27.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: *'Die Stellung des Gauleiters ist zu stärken.'*
Wählt eine Ortsgruppe einen Gruppenführer, der vom Gauleiter nicht bestätigt wird, so kann der Gauleiter einen kommisarischen Gruppenführer ernennen.
Der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgt durch den Gauleiter, der sich vom U.u.Schl.A. der Gruppe und des Gaues das Material unterbreiten läßt. Berufungsinstanz ist der Vorsitzende des Vereins. Dessen Entscheidung ist endgültig.
Mitglieder, denen der Vorsitzende eine solche Macht nicht glaubt anvertrauen zu können, sind nicht zum Gauleiter zu ernennen. Zu dem Zweck muß sich der Vorsitzende eine eingehende Personalkenntnis verschaffen.
Begründung: Zur Begründung verweise ich auf die schweren Schädigungen, die in Greifswald durch den Fall Oesterreicher, in Stettin durch den Fall Behnke entstanden sind. Die schlechten Elemente, die bei uns eindringen, um die Bewegung - aus eigenem Antrieb oder beauftragt - zu sabotieren, kennen diese Lücken unserer Satzung und machen sie sich zu nutze. Wenn diese Leute wissen, daß ihnen das Handwerk schnell gelegt wird, werden sie weniger bei uns eindringen.
Wir können dem scharfen Kampf, den die marxistische Polizei gegen uns führt, nur durch straffere Organisation begegnen." Der Antrag wurde als "Material" an die Parteileitung weitergeleitet.

dern noch vielmehr eine solche des Vorhandenseins der geeigneten Köpfe. Daran fehlt es der Bewegung noch sehr stark.

Zu Antrag 16: *(Kurt Krischer, Berlin)* [26].

Die Durchführung des Antrags kann unter Umständen sehr gefährlich werden. Wichtiger für uns ist heute Boxen, Jiu Jitsu, Sport auf anderen Gebieten usw. S.A.-Referent soll dazu Stellung nehmen.

Zu Antrag 17: *(Knabe, Dresden)* [27].

Längst geregelt. S.A.-Referent soll dazu Stellung nehmen. Im übrigen überhaupt kein Antrag für den Parteitag.

Zu Antrag 18: *(Knabe, Dresden)* [28].

26 Der Antrag vom 15.6.1927 (IfZ, MA 1550/1), der die Gründung eines nationalsozialistischen Schützenbundes vorsah, wurde abgelehnt.

27 Der Antrag vom 19.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Was für die Organisation der Ortsgruppen schlechthin gilt, gilt vornehmlich für die S.A. In ganz Großdeutschland muß die Bekleidung und Ausrüstung der S.A. nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt sein, um auch nach außen hin die Geschlossenheit der Gesamtbewegung erkennen zu lassen. (Näheres siehe unter 'Richtlinien' Nr. IX. Der S.A.-Führer.)
Ich beantrage das alsbaldige Inkraftsetzen von S.A.-Richtlinien, die über vorschriftsmäßige Bekleidung und Ausrüstung, Ausbildung, Gliederung der S.A., Benehmen des S.A.-Mannes im Dienst, Benehmen außer Dienst, moralische und sittliche Pflichten des S.A.-Mannes sich und anderen gegenüber usw. keine Zweifel mehr lassen. Diese bis ins Einzelne gehenden Richtlinien halte ich für umso notwendiger, als wir als Erneuerungsbewegung an unserer wehrfähigen Jugend eine ernste und verantwortungsvolle Mission im Sinne unserer streng soldatischen Erziehung zu erfüllen haben, um den Begriffen Zucht und Gehorsam wieder Geltung zu verschaffen und einer radauantisemitischen Verflachung vorzubeugen, die dem Ansehen unserer Bewegung nur schaden kann und die Seelen der Jungen vergiftet." Der Antrag wurde am 19.8.1927 zurückgezogen.

28 Der Antrag vom 19.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: Für sämtliche Ortsgruppen der NSDAP straffere und mehr ins Einzelne gehende Richtlinien und Satzungen herauszugeben unter Außerkraftsetzung oder aber weitgehender Ergänzung der bisher geltenden Richtlinien vom 1. Juli 1926, da sich herausgestellt hat, daß die Ortsgruppen mit diesen zu allgemein gehaltenen Richtlinien wenig anfangen können, dieselben in keiner Weise den Anforderungen genügen, die man in organisatorischer Beziehung an sie stellen muß, soll die Organisation in unserer Gesamtbewegung mustergültig sein. Die Einheitlichkeit der Organisation aller Ortsgruppen der N.S.D.A.P. muß durch *von der Reichsparteileitung für obligatorisch erklärte Ortsgruppen-Satzungen gewährleistet sein,* welche die Rechte und Pflichten jedes einzelnen O.Gr.-Mitgliedes klar und eindeutig erkennen lassen. (die Satzungen der O. Gr. Dresden füge ich als Muster bei, s. Anlage 1).
Desgleichen muß sich jedes Vorstandsmitglied seiner Amtspflichten bewußt werden durch 'Richtlinien für Ortsgruppen-Vorstandsmitglieder der N.S.D.A.P.', in welchen das Arbeitsgebiet des einzelnen Vorstandsmitgliedes fest umrissen ist, um zu verhindern, daß sich ein Vorstandsmitglied über seine Kompetenzen nicht im Klaren ist. (Richtlinien als Muster anbei, s. Anlage 2).
Nur *absolute Einheitlichkeit* des inneren Aufbaues der einzelnen Ortsgruppe als der Grundzelle der Gesamtbewegung auf der Grundlage straffer Ortsgruppen-Satzungen, die jedes Mitglied bei seinem Eintritt erhalten und auf die er verpflichtet werden muß, macht unsere Bewegung zu einer geschlossenen Organisation in der Hand unseres obersten Führers. Die zwingende Voraussetzung dafür ist die Schaffung *einheitlicher* O. Gr.-Satzungen und Richtlinien für die O. Gr.-Vorstandsmitglieder der NSDAP. An der Tatsache, daß der Durchschnittsmensch klar formulierten wegweisenden Gesetzen unterworfen sein muß, wenn er sich in unserem Sinne weiterentwickeln soll, können wir nicht vorbeigehen, und Durchschnittsmenschen bilden auch bei uns die große Mehrheit. Wenn wir jeden Pg. nach sein[*er*] Facon, jede Ortsgruppe nach ihrer Facon selig werden lassen, so kommen wir allmählich innerhalb einer Ortsgruppe bzw. eines Gauverbandes zu einer derartigen Vielheit von Ansichten und Standpunkten, daß die Einig-

Nicht zuviel reglementieren und [*sic!*] Ausführungsbestimmungen. Die Einheit einer Geschäftsführung kann man nicht durch starre Formen erzwingen, sondern durch eine langsame Heranschulung. Man soll nie vergessen, daß die Bewegung viele Hunderte von Ortsgruppen besitzt, deren Führer einfache Handarbeiter oder Bauern sind und die man nicht mit dem Wust von Paragraphen beladen darf. Die Parteileitung würde glücklich sein, wenn die wenigen bisherigen Anordnungen alle restlos erfüllt würden. Soweit die Begründung des Antrages praktische Anregungen besitzt, sind diese allerdings nicht[29] zu verwerfen. Das wichtigste aber ist die langsame Zentralisation unserer Geschäftsführung innerhalb der Partei, ausgehend von der Zentrale über die Gaue zu den Ortsgruppen und Bezirken, wobei immer die höhere Dienststelle das Vorbild der unteren sein muß.

Warnen muß man vor zu viel Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen. Sie sind stets nur die Quelle von Streitigkeiten, Eifersüchteleien und Stänkereien und bedeuten eine vergeudete Kraft, da neue Mitglieder dadurch nicht gewonnen werden, wohl aber infolge der dabei stattfindenden Stänkereien zahlreiche Menschen sich zurückgestoßen fühlen.

Die Ortsgruppe München hat sich einst ihre Stellung erkämpft und dabei jährlich nur eine einzige Mitgliederversammlung abgehalten.

Auch die einzelnen Mitglieder darf man nicht zu sehr reglementieren. Überspannte Anforderungen führen häufig zum gegenteilig Gewollten [*sic!*].

Antrag 19: *(Machule, Berlin)*[30].

Antrag ist Eingriff in die innere S.A.-Organisation. So wenig der Reichstag beschließen konnte über Dienstrang-Abzeichen, Spiegel und Rosetten der Truppenkörper, so wenig kann dies der Parteitag über die S.A. S.A.-Referent soll Stellung dazu nehmen.

Zu Antrag 20: *(Gau Schlesien)*[31].

Kann nicht vom Parteitag, sondern von der Generalmitgliederversammlung beschlossen werden. Ist aber meines Erachtens heute noch zu weitgehend, solange bis nicht ein Stab von erstklassigen Gau-Führern herangebildet ist.

---

keit in der Ortsgruppe bzw. dem Gauverbande durch die Gegensätzlichkeiten in vielen die Bewegung angehenden Dingen ernstlich gefährdet erscheint. Jeder will Recht haben. Es *fehlt* eine *straffe Gesetzgebung*, in deren Rahmen sich die ganze Umgebung sowohl der *Gesamtbewegung*, als auch der *einzelnen Parteigenossen* zu bewegen hat.
Ich bitte zu prüfen, ob die beigefügten 'Satzungen' und 'Richtlinien' nach etwa notwendiger Korrektur geeignet erscheinen, für sämtliche O. Gr. der NSDAP von der Reichsparteileitung für obligatorisch erklärt zu werden, und eine sofortige Drucklegung beider Entwürfe (Heftform) sowie deren Vertrieb an alle Ortsgruppen unserer Bewegung, *einschließlich* Deutsch-Österreich und Böhmen, erfolgen kann, um endlich einmal zu einer gesetzmäßigen Geschlossenheit der Gesamtbewegung zu kommen." Der Antrag wurde am 19.8.1927 zurückgezogen.

29 Handschriftlich eingefügt.

30 Der undatierte Antrag (IfZ, MA 1550/1), der die Einführung eines einheitlichen SA-Abzeichens forderte, wurde abgelehnt.

31 Der Antrag vom 1.7.1927 (IfZ, MA 1550/1) lautete:
"Der Parteitag wolle beschließen: 'Die Verleihung des Rechtes an den Gauleiter, Ortsgruppen seines Gaues sofort aufzulösen, wenn ein besonders dringender Fall bei persönlicher Anwesenheit des Gauleiters an dem betr. Ort vorliegt.[']" Der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu Antrag 21: *(Gau Anhalt)* [32].
Siehe Stellungnahme zu Antrag 2.

32 Der undatierte Antrag (IfZ-Archiv, MA 1550/1) lautete:
"Der Gauführer wird vom Führer der Partei ernannt und entlassen. Der Ortsgruppenführer oder, wie er offiziell noch heißt, der 'Vorsitzende' wird gewählt. Das Letztere ist, wenigstens doch in der Theorie, sogar beim Führer der Partei der Fall. Das widerspricht unserem Grundsatze, wonach eine Wahl immer als Ergebnis der Mehrheit auch eine Sache der Dummheit ist. Wenn auch der 'Gewählte' alsdann nicht mehr an Mehrheiten gebunden ist, so ist er eben doch durch die Mehrheit, also Dummheit an seinen Platz befördert worden. Wenn wir unsere Art nun auch germanische Demokratie nennen, so wird der Wahlvorgang dadurch nicht schöner. Im übrigen hat sich diese Wahl weder in altgermanischer Zeit im Thing noch später zur Kurfürstenzeit bewährt. Immer wollte man den 'genehmen' Mann, also den Schwächling. Den Starken nahm man nur, wenn er durch seine Macht die Wahl bereits zur Farce machte, man also mußte. Die Erfahrung hat mich [*Antragsteller*] gelehrt, daß diese Wählerei auch in der Partei alle üblen Erscheinungen an sich hat, die eben dieser Art Führerauslese anhängen. Ich halte es daher für richtig, daß, wie der Gauführer vom Parteiführer, so auch der Ortsgruppenführer vom Gauführer ernannt und abgesetzt wird. Kennt der Gauführer an einem Orte noch nicht die geeignete Person, so kann er sich in diesem besonderen Falle von der Ortsgruppe einen Vorschlag machen lassen auf Grund einer Generalversammlung. Er nimmt aber dann die Ernennung in diesem Falle nur provisorisch vor. Damit wird auch den ewigen Intriganten, die auch einmal 'Vorsitzender' spielen wollen und die schon soviel zerschlagen haben, das Handwerk gelegt. Der Gauführer muß im Laufe der Zeit merken, ob der ernannte Führer geeignet ist oder nicht, spätestens merkt er es an den eingehenden Beschwerden. Es ist zudem nicht einzusehen, warum nicht der Grundsatz, der gegenüber dem Gauführer gilt, auch gegenüber dem Ortsgruppenführer Anwendung finden sollte. Dieser Aufbau müßte bis zur obersten Spitze fortgehen. Wer da oben hingelangt ist, ist es aus eigener Kraft und ist also Papst mit Recht. Er müßte beim Abgang seinen Nachfolger ernennen, er müßte diesen durch geheime Ordre noch für alle Fälle während seiner Amtszeit designieren. Gesetzt den Fall, den Gott verhüte, Herrn Hitler stieße etwas zu: wer kürt seinen Nachfolger? Die Generalversammlung? Unmöglich, dann beginnt der Kampf der Diadochen, der unausbleiblich ist, selbst wenn unter den in Frage kommenden Persönlichkeiten einer hervorragt. Die Spuren der Geschichte, auch der Parteigeschichte, schrecken. Auf den vom anerkannten und vergötterten Führer aber bestimmten Nachfolger fiele von vornherein ein Abglanz des Vorgängers, er hätte auch das Recht für sich. Sich durchzusetzen, liegt dann an ihm."
Der Antrag wurde abgelehnt.

20. August 1927 — Dok. 166
"Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!"
Aufruf [1]

VB vom 21./22.8.1927, "Hitlers Botschaft an das erwachende Deutschland" [2].

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Im neunten Jahre der Niederlage und der Unterdrückung begehen wir den Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Viele Deutsche hat es im Jahre 1918 und 1919 gegeben, die durchdrungen waren von der leichtgläubigen Hoffnung, daß unser Volk in wenigen Jahren die Niederlage wieder würde überwunden haben. Ausnahme davon bildeten nur jene verworfenen Subjekte, die in der Niederlage des Vaterlandes die Möglichkeit einer eigenen Erhöhung sahen und in der folgenden Zeit auch fanden.

---

1 Der Aufruf wurde zu Beginn des Delegiertenkongresses von Adolf Wagner, NSDAP-Landtagsabgeordneter in Bayern, in Anwesenheit Hitlers verlesen. Die geschlossene Versammlung im großen Saal des Kulturvereinshauses, an der laut Polizeibericht etwa 1.800 Personen teilnahmen, wurde von Gregor Straßer geleitet und von Julius Streicher gegen 11.30 Uhr eröffnet. Als weitere Redner sprachen am Vormittag Wilhelm Frick über die Aufgaben der NSDAP-Reichstagsabgeordneten, Rudolf Buttmann über die Tätigkeit der NSDAP-Landtagsabgeordneten und Karl Fiehler über die Aufgaben der NSDAP-Gemeindevertreter.
Auf der Nachmittagssitzung sprachen Ernst Graf zu Reventlow über Außenpolitik, Gottfried Feder über Finanzfragen, Artur Dinter über Rassefragen und Joseph Goebbels über politische Propaganda. Zum Programmablauf vgl. Führer zum Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Nürnberg vom 19. bis 21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg, München 1927, S. 10 f; VB vom 17.8.1927, "Programm des Reichsparteitages der Nationalsozialisten (19. bis 21. August 1927 in Nürnberg)".

2 Druck: Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Nürnberg, 19./21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 11-13.
Zum Gesamtablauf des Parteitages vgl. auch VB vom 21./22.8.1927, "Der nationalsozialistische Reichsparteitag"; Bayerischer Kurier vom 22.8.1927, "'Völkische Heerschau'"; Fränkischer Kurier vom 22.8.1927, "Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei"; Frankfurter Zeitung vom 22.8.1927, "Die Hitler-Parade in Nürnberg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 22.8.1927, "Nationalsozialistischer Parteitag"; Münchener Post vom 22.8.1927, "Hitlerischer Neu-Byzantinismus"; Nordbayerische Volkszeitung vom 22.8.1927, "Verhindert die Faszistenprovokation"; Nürnberg-Fürther Morgenpresse vom 22.8.1927, "Viel Lärm und kein Erfolg"; Nordbayerische Volkszeitung vom 23.8.1927, "Pleite des nationalsozialistischen Parteitages in Nürnberg" und "Kläglicher Hereinfall der Hakenkreuzler"; Nürnberg-Fürther Morgenpresse vom 23.8.1927, "Ein Fiasko"; VB vom 23.8.1927, "Der Delegiertenkongreß des Reichsparteitages"; Nordbayerische Volkszeitung vom 24.8.1927, "Der 'deutsche' Tag"; Der Nationalsozialist, Folge 34 vom August 1927, "Der nationalsozialistische Kongreß in Nürnberg - die größte deutsche Freiheitskundgebung"; Illustrierter Beobachter vom 30.8.1927, "Der Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg 1927". Sowie Berichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 5278/II. und Nr. 5286/II. vom 24.8.1927; BayHStA München, MInn 81614. Lagebericht Nr. 119/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte. Lagebericht N/Nr. 59 der Polizeidirektion München vom 31.8.1927; StA München, Polizeidirektion München 6727. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 123 vom 15.10.1927; BA, R 134/35.

Leichtgläubiger Optimismus hat seitdem Hunderttausende, ja Millionen unseres Volkes umnebelt, den Blick für die Wirklichkeit geraubt und ihnen stattdessen Trugbilder des Aufstiegs oder der Sanierung vorgegaukelt, während in Wahrheit ein unerbittliches Verhängnis unser Volk mehr und mehr umkrallte und in das Verderben hineinzuziehen sich anschickte.

Auch heute noch steht uns diese Armee der Optimisten gegenüber, die von Erfolgen reden, während doch nur Mißerfolge sichtbar sind, und dabei in geradezu unanständigem Leichtsinn auf eine Zukunft bauen, für die ihre eigene Gegenwart und ihr persönliches Handeln wahrhaftig nicht die kleinsten zur Hoffnung berechtigenden Voraussetzungen schafft. Jenes Heer von Optimisten, das die Augen schließt gegenüber all den bedrohlichen Erscheinungen des Verfalls, den traurigen Zeugnissen unserer Verderblichkeit und dem Fehlen jedes Rechtes auf eine Änderung der Verhältnisse durch diejenigen zu hoffen, die schon bisher unserem Volke so unsagbar viel Unglück zugefügt hatten.

Diesen einen großen Teil unseres Volkes laden wir ein, in diesem Kongreß-Saal hier zu hören, was die Wahrheit über die wirkliche Lage unseres Volkes zu sagen gebietet. Wir laden ihn ein, die Anklagen zu vernehmen gegen die leichtsinnigen Verschleuderer unserer völkischen Ehre und unseres nationalen Vermögens. Sie mögen sich loslösen aus den Umstrickungen ihrer bisherigen Führer, um endlich jene Wahrheit zu sehen, die in ihrem Antlitz nicht Züge des Glanzes oder der Erhebung, sondern des Verfalls eingegraben hat.

Allein wir laden auch ein das Heer derjenigen, die in Pessimismus versunken über all das Unglück ihres Volkes mit ihren Blicken nicht mehr eine mögliche Rettung finden, im stillen verzagen und verzweifeln und in vergrämtem Harm den Glauben an die Zukunft Deutschlands begraben.

Auch diese laden wir ein, in diesen Tagen in Nürnbergs Mauern zu kommen, die werdende Armee des jungen Deutschlands zu sehen und hier in diesem Raume das Glaubensbekenntnis einer neuen Weltanschauung zu vernehmen, die aus den alten Trümmern sich erhebt, um dem Vaterlande einst und unserem Volke wiederzugeben, was die Gegenwart vernichtet hat.

Wir laden diese ein, hier zu vernehmen, wie sich in großen Zügen die Arbeit vollziehen muß und vollziehen wird, um ein aller Halte und Grundlagen beraubtes Volk von seiner inneren Zerrissenheit zu befreien, aus seiner Ohnmacht zu erlösen, den festen Kern zu sammeln, um den dann das Leben in immer neuem Ringen, Wachstum und Stärke sich anfügen soll, bis endlich die Kraft ersteht, das Schwert der Freiheit zu schmieden und unserem Volke den Boden zu geben, auf daß es im Schweiße seiner eigenen Arbeit wieder jenes Lohnes teilhaftig werden möge, den es als ältestes Kulturvolk der weißen Rasse verdient. Unser Volk muß leben.

Unerhört und fremd mögen manchen diese Tage anmuten, fremd das Wesen einer Bewegung, in der nicht die Schwäche der Majorität entscheidet, sondern der Glaube an den Führer, an die Autorität eines Prinzips, das seit Menschen diesen Erdball beleben [*sic!*], allein die Voraussetzungen zu ihrer Kultur und Wohlfahrt geschaffen hat. Sie mögen dabei aber sehen, wie dieses Prinzip der jungen Bewegung bereits in Fleisch und

Blut übergegangen ist, wie sie in Wirklichkeit jene Formen und Inhalt gefunden hat, die dem Wesen entspricht [*sic!*], das unser Volk zu seinem Glück auch heute noch im tiefinnersten Herzen trägt.

Sie alle aber, die Sie in diesem Saale sich befinden, mögen die eine Erkenntnis in sich aufnehmen und demgemäß hinaustragen in das übrige Volk: gegenüber dem heutigen Zustand der Vergeudung unserer völkischen Kraft, der Verschleuderung unseres nationalen Vermögens und der Zerstörung unserer deutschen Gesinnung ist diese Bewegung, die

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

die heilige Opposition unseres Blutes, der Protest unserer Vernunft und der Widerstand unserer Ehre.

Indem wir den Blick zurücklenken auf die wechselvollen Schicksale unseres Volkes, vermögen wir nie daran zu glauben, daß das Muttervolk der europäischen Kultur, ja der weißen Zivilisation überhaupt, nach einer Geschichte von fast zweitausend Jahren dem Untergang bestimmt sein soll nur durch die Existenz einer Organisation jüdisch-internationaler Verbrecher *ohne* eigene Schuld. Im Gegenteil, wir alle sind zutiefst durchdrungen von der Überzeugung, daß deutsche Not nur durch deutsches Volk gebrochen werden kann und nur unsere eigenen Laster unser innerstes Wesen zu zerstören vermögen.

Diesem inneren Feinde in all seinen Formen sagen wir den Kampf an, von Trotz erfüllt bis zum letzten, und sind dabei nur von zwei Gefühlen beherrscht: Haß und tausend Mal Haß gegen die Feinde unseres Volkes und Vaterlandes und blutende Liebe zu diesem selbst. Aus solcher Leidenschaft heraus aber mag dann durch unsere Bewegung dem deutsche Volke einst die Kraft erwachsen, die es braucht, um Versailles auszulöschen aus unserer Geschichte, den Sklavensinn unseres Volkes von heute zu beseitigen für immer, die Spaltung aber in hörige Knechte und hochmütige Herren, die uns jetzt bedrückt, zu überwinden, um unserem Volke entsprechend dem gemeinsamen Blut und dem gemeinsamen Schicksal die Einheit zu geben, die der Garant sein soll für die Größe des einstigen nationalsozialistischen deutsches Staates und der Freiheit unseres Volkes.

21. August 1927 Dok. 167
Rede auf SA-Versammlung in Nürnberg [1]

VB vom 23.8.1927, "Die Standartenweihe im Luitpoldhain" [2].

Im November 1918 wurden die alten Fahnen der tausend siegreichen Schlachten und Gefechte niedergeholt und mit ihnen sank auch zugleich die Ehre des Reiches.

Im Jahre 1919 erhielt dann diese Republik ihr eigenes Symbol. Allein Hunderttausende und Millionen von Deutschen bekämpfen dieses Symbol, das nichts anderes ist als aufgezwungen. Im Jahre 1919 wurde aber zugleich eine Bewegung gegründet, die den heiligen Protest darstellt gegen diese Verschleuderung der nationalen Ehre, gegen diese Verpfändung des nationalen Vermögens, und diese Bewegung hat 1920 zum ersten Mal ihr eigenes Symbol geschaffen. 1920 wurde die erste deutsche Fahne in München einer kleinen Gruppe von Menschen gegeben, und heute sehen Sie sie hier. 1923 wurde zum ersten Male die Standarte mit dem Adler mit dem Wunsche und der Hoffnung geweiht, daß sie zum Siegeszeichen für Deutschlands Befreiung emporwachsen möge. 1924 war die Bewegung tot. Und im Jahre 1926 erhielten wir neuerdings Standarten, und sind wir hier wieder versammelt, das braune Heer vom Hakenkreuz, und wieder weihen wir zwölf Standarten [3], die uns verpflichten, sie so in Ehren zu halten, daß sie es wirklich verdient, einst als Fahne der Zukunft über Deutschland zu schweben. Wir wollen den Herrn bitten, daß er uns die Kraft gibt, dieses Zeichen so zu führen, daß jeder Deutsche mit Stolz auf diese Standarte blickt, und daß sie sich erhöhe über ganz Deutschland, Deutschland nicht nach den Grenzen von Versailles, sondern nach den Grenzen unserer deutschen Sprache und Zunge. Wir wollen den Allmächtigen bitten, daß er uns die nächsten Jahre stark sein lasse im Glauben und im Freiheitswillen und in dem Gedanken, daß man eine Organisation wohl durch Paragraphen verbieten konnte, eine Bewegung auflösen konnte man niemals. Sie wird wiedererstehen, genau so wie wir glauben, daß unser Volk und Vaterland wieder erstehen wird, kraftvoller als je. Wir hoffen zu Gott, daß es im Zeichen dieser Fahnen und Standarten geschehe!

---

1 Auf dem "Luitpoldhain", von 9.25 bis 9.45 Uhr. An der "Standartenweihe" und dem anschließenden Umzug nahmen laut Lagebericht etwa 8.500 (VB: 30.000) Mitglieder der SA, SS und HJ teil. Die von 7.00 bis 8.00 Uhr am Sonntag vormittag geplanten Weckzüge von 20 NSDAP-Abteilungen waren ebenso wie weitere Ansprachen unter freiem Himmel von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth verboten worden.

2 Druck des VB-Berichts in überarbeiteter Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175): Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 74-76; Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Nürnberg, 19./21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 48-50.
Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 22.8.1927, "Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei"; Münchner Neueste Nachrichten vom 22.8.1927, "Nationalsozialistischer Parteitag"; Illustrierter Beobachter vom 30.8.1927, "Der Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg 1927". Sowie Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.8.1927; BayHStA München, MInn 81614. Lagebericht N/Nr. 59 der Polizeidirektion München vom 31.8.1927; StA München, Polizeidirektion München 6727. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 123 vom 15.10.1927; BA, R 134/35.

3 Bayreuth, Frankfurt a. M., Chemnitz, Ruhr (Hattingen), Brandenburg, Zwickau, Essen, Bochum, Nordmark, Wien, Hannover, Rhein. Vgl. VB vom 13.8.1927, "Übergabe der Standarten". Hitler nennt im folgenden jedoch nur 9 Standarten.

[...] [4]

Am heutigen Tag wollen wir zugleich den beiden ersten Standarten des Jahres 1923 [5], die blutige Tage miterlebt haben, ein Erinnerungszeichen geben, damit wir sie für immer unterscheiden von den Zeichen, die erst die späteren Jahre unserer Bewegung gebracht haben.

Bayreuth: Sie haben Ihre Standarte ebenso in Ehren zu halten wie die Fahne des 9. November 1923, die der erste Blutzeuge geworden ist.

Hannover: Sie nehmen die Standarte in Empfang, und ich erwarte, daß Sie sie so führen, wie bisher die Standarten geführt worden sind.

Rhein: Sie führen Ihre Standarte, bis der Tag kommt, an dem der deutsche Rhein wieder deutsch sein wird.

Wien: Sie übernehmen diese Standarte zum Zeichen der Unzertrennbarkeit unserer Bewegung, bis die Schandverträge von Versailles und St. Germain zerbrochen sind.

Bochum: Sie führen diese Standarte, so wie Sie den Kampf geführt haben gegen die französische Invasion.

Zwickau: Sie erhalten die zweite Sachsenstandarte und führen Sie wie die erste von Plauen.

Essen: Ich gebe Ihnen die Standarte als Vertreter der alten Waffenstadt des Deutschen Reiches.

Potsdam: Sie führen die Standarte bis auf den Tag, da die aufgelöste Bewegung in Berlin wieder bestehen wird.

Ruhr: Die beste Ortsgruppe des Ruhrgebietes [6] hat die Ehre die Standarte Ruhr zu führen. Der Gau Ruhr hat mit dem heutigen Tag drei Standarten bekommen. Sie haben die dritte so zu führen, daß sie sich würdig in die Reihen der bisherigen einfügen kann. [7]

4 Folgt Kommentar. Anschließend überreichte Hitler die Standarten.

5 Der SA-Abteilungen München und Landshut.

6 Hattingen.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

21. August 1927 Dok. 168
Rede auf NSDAP-Parteitag in Nürnberg [1]

VB vom 23.8.1927, "Adolf Hitlers Schlußansprache auf dem Kongreß", und vom 24.8.1927, "Schlußappell an alle Nationalsozialisten" [2].

Unser Parteigenosse Rosenberg hat am Eingang seiner Rede als am wesentlichsten für ein Volk die Anpassung des Raumes an seine Volkszahl bezeichnet. Und er prägte dabei erneut den Satz: "Dem Volke den Raum!" Und gerade wir in der deutschen Geschichte wissen, wie die Erfüllung dieses Satzes so recht eigentlich unser ganzes Leiden für viele Jahrhunderte bedingt und bestimmt hat. Wir wissen weiter, daß wir, eine verhältnismäßig nicht zu lange Periode deutscher Geschichte ausgenommen, zu einer restlosen Erfüllung dieser Notwendigkeit nicht gekommen sind. Heute tritt diese Frage gebieterisch an uns heran: Keine Regierung, mag sie sein welcher Art auch immer, kann sich diesem Problem auf die Dauer entziehen. Die Ernährung eines 60-Millionen-Volkes zwingt dazu, dafür Sorge zu treffen [*sic!*], die Ernährungsgrundlage für die Zukunft nicht nur zu erhalten, sondern gemäß der steigenden Volkszahl selbst wieder zu vergrößern. Diese Ernährungsgrundlage nun kann auf vielen Gebieten liegen. Wir besonders als Nationalsozialisten haben hier gleich den Einwand zu bringen, daß die industrielle Produktion für die Zukunft der europäischen Völker nicht das schwerste ist, sondern die Steigerung des Absatzes wird in den nächsten Jahrzehnten immer schwieriger werden und eines Tages am toten Punkt anlangen, da auch die Staaten, die zur Zeit noch nicht ganz für die industrielle Produktion in Frage kommen, sich selbst langsam der Industrialisierung ergeben [*sic!*].

1 Im Kulturvereinshaus, von 17.15 bis 19.00 Uhr. Der zweite Tag des Delegiertenkongresses, an dem laut Lagebericht etwa 1.800-2.000 Personen teilnahmen, wurde um 15.45 Uhr eröffnet und von Gottfried Feder geleitet. Hitler erschien um 16.15 Uhr. Vor ihm sprach Alfred Rosenberg über "Internationaler Weltstaat und nationale Raumpolitik". Thema laut VB vom 24.8.1927, "Ausklang und Schluß des Reichsparteitages".
An dem Parteitag in Nürnberg nahmen laut Lagebericht insgesamt etwa 15-20.000 Personen teil, davon etwa 8.500 SA- und SS-Mitglieder und etwa 300 HJ-Mitglieder. Aus Österreich waren etwa 600, aus der Tschechoslowakei etwa 20 Personen angereist. Der VB sprach dagegen von etwa 100.000 Gesamtteilnehmern, davon etwa 30.000 SA-, SS- und HJ-Mitglieder.

2 Druck: Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Nürnberg, 19./21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 38-46. Druck der VB-Artikel in überarbeiteter Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175): Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 77-87.
Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 22.8.1927, "Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei"; Münchner Neueste Nachrichten vom 22.8.1927, "Nationalsozialistischer Parteitag"; Der Angriff vom 29.8.1927, "Es flattert das Banner der Freiheit ..."; Der Nationalsozialist, Folge 34 vom August 1927, "Adolf Hitlers Nürnberger Rede"; Illustrierter Beobachter vom 30.8.1927, "Der Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg 1927". Sowie Berichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 5278/II. und Nr. 5286/II. vom 24.8.1927; BayHStA München, MInn 81614. Lagebericht Nr. 119/ II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte. Lagebericht N/Nr. 59 der Polizeidirektion München vom 31.8.1927; StA München, Polizeidirektion München 6727. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 123 vom 15.10.1927; BA, R 134/35.

Diese Staaten werden dann dennoch nicht in der Lage sein, mit der eigenen Volkskraft an Ort und Stelle ihren Bedarf zu befriedigen. Damit wird eines Tages an sich schon eine Erschwerung des Absatzes der industriellen Produktion eintreten, und diese wird größer in dem Maße, als sie nicht mehr nur einen Staat betrifft, sondern in Europa eine ganze Anzahl von Staaten. Es ist natürlich, daß die steigende Konkurrenz diese Staaten zwingen wird, langsam immer schärfere Waffen anzuwenden, und daß eines Tages die Schärfe dieses zunächst wirtschaftlichen Kampfes abgelöst wird durch die Schärfe des Schwertes, d. h. daß, wo ein an sich gesundes Volk vor dieser letzten Alternative steht und trotz eiserner Tüchtigkeit nicht mehr in der Lage ist, die Konkurrenz zu brechen, *wird es zum Schwerte greifen, weil die Frage des Lebens ewig das Problem ist, um das sich das Leben dreht. Damit aber ist auch das eine Machtfrage. Der erste Weg zur Befriedigung dieser Not, die*

Anpassung des Bodens

an die Volkszahl, ist die natürlichere, gesündere und dauerhaftere. Wir müssen bei der Betrachtung dieses ersten oder zweiten Weges zu dem Ergebnis kommen: *Voraussetzung ist Macht und wieder Macht.* Auch zum wirtschaftlichen Kampf gehört Macht. Wirtschaft an sich ist noch lange nicht Macht. Macht ist die Voraussetzung zur Erwerbung von Grund und Boden. Heute können wir weitersehen. Selbst zum traurigsten Versuch, die Volkszahl dem gleichen Grund und Boden anzupassen, nämlich dem der Abschiebung der neu herangewachsenen Volksgenossen, selbst dazu braucht man Macht, um so mehr, als sich heute die Staaten hermetisch abschließen gegen die Einwanderung jener unbequemen Elemente. Und je mehr die wirtschaftliche Not wächst, um so mehr wird jeder Einwanderer eines Tages als Belästigung empfunden werden. *Gerade jene Staaten schließen sich am meisten ab, die sog. Arbeiterregierungen besitzen, um einen Schutzwall aufzurichten gegen billige Arbeitskräfte.* Denn der Eindringling muß immer der billiger Arbeitende oder besser Arbeitende sein. Damit kommt man auch hier zur Erkenntnis, daß, um diese Art der Ernährung des Volkes aufrecht zu erhalten, im letzten Grunde auch Macht notwendig ist.

Wenn wir aber den Begriff Macht näher untersuchen, dann erkennen wir, daß diese Macht bei einem Volk zunächst in drei Faktoren liegen kann: *Erstens in der Volkszahl an sich.* Diese Art von Macht ist in Deutschland nicht mehr lebendig. 62 Millionen, die zusammengefaßt erscheinen, sind kein Machtfaktor mehr in einer Zeit, in der große Weltgebiete zum Teil mit 400 Millionen Menschen immer aktiver in dieses Weltgebilde eingreifen und dieser Macht sogar ihre besondere Art von Wirtschaftspolitik zur Verfügung stellen. Wenn also die Zahl an sich keinen Machtfaktor mehr darstellt, so bleibt als *zweiter Machtfaktor der Raum.* Auch dieser ist kein Machtfaktor mehr und erscheint lächerlich klein, denn mit dem Flugzeug durchmißt man unser deutsches Gebiet in knapp vier Stunden. Das ist keine Bodenfläche mehr, die einen Schutz in sich selbst trägt, wie Rußland ihn hat, dessen Bodenfläche allein eine Macht, einen Sicherheitskoeffizienten darstellt. Wenn aber diese beiden Machtgrundlagen, Volkszahl und Raum, an sich nicht mehr als maßgebend angesehen werden können, dann bleibt ewig nur das *Dritte,* und das liegt in der *inneren Kraft eines Volkes.* Es kann ein Volk Erstaunliches leisten, wenn es diese Macht in seine eigenen inneren Werte trägt [*sic!*]. Wenn wir aber das deutsche

Volk durchprüfen, müssen wir zu unserem Entsetzen feststellen, *daß dieser letzte Machtfaktor nicht mehr vorhanden ist.*

Worin liegt dieser innere Machtfaktor des Volkes? Hier stellen sich drei Erkenntnisse ein: Erstens ein Volk besitzt zunächst einen inneren Wert im *Wert seiner Rasse.* Das ist der

Urwert an sich.

Ein Volk, das höchsten Blutwert in sich trägt, allein dafür kein Verständnis besitzt und ihn frevelhaft preisgibt, hat keinen Schutz in seinem inneren Wert. Auch die Einheit des Blutes bedingt diesen Wert noch nicht, wenn es gelingt, das Volk zu dem Wahnwitz zu erziehen, daß sein Blutbesitz wertlos sei. Dieser tiefinnerste Wert kann vielleicht vorhanden sein, aber nicht mehr erkannt werden. Die einzelnen Menschen sind heute in ganz große Gruppen zusammengefaßt, die diesen Wert nicht mehr zu erkennen vermögen, im Gegenteil: Sie verkünden geradezu programmatisch die Negierung dieses Wertes, und betonen gerade, auf den Blutswert gar keinen Wert zu legen. Das Rassische an sich erscheint ihnen vollkommen minderwertig.

Zweitens liegt die innere Macht neben dem Wert des Blutes in dem Wert der *Fähigkeit,* den ein solches Volk noch hervorzubringen vermag. Ein Volk wird so lange als nicht impotent bezeichnet werden können, solange aus ihm selbst für die Probleme, die dringend nach Lösung schreien, die Köpfe erwachsen, die sie lösen. *Wir können die Größe eines Volkes ermessen an der Größe, an der Fähigkeit seiner Köpfe.* Auch das ist ein Wert, der gegeben ist, wenn er als Wert erkannt wird. Wenn ein Volk tausendmal die Fähigkeit besitzt, große Köpfe hervorzubringen, wenn es aber kein Gefühl für den Wert dieser Köpfe besitzt und in seinem politischen Leben diese Köpfe ausscheidet, dann nützen ihm auch praktisch diese Köpfe nichts. Es kann dennoch zugrunde gehen, günstigstenfalls vielleicht mit seinen Köpfen in die Hirne anderer Völker übergehen, als Lehrmeister dieser Völker, allein nicht mehr als Köpfe, die zu eigener Führung berufen erscheinen.

Der dritte Wert, der in einem Volke schlummert, ist der *Selbsterhaltungstrieb* an sich. Ein Volk, das diesen verloren hat, ist damit praktisch bereits auf dieser Welt aufgegeben, auf der jedes Leben nur diesem ewigen Streben nach oben sein Dasein verdankt. Wenn ein Volk heute die Theorie verkündet, im ewigen Frieden das Glück finden zu können, und nach dieser Theorie zu leben versucht, muß es eines Tages an diesem *allerprimitivsten Grade von Feigheit* zugrunde gehen. Der Pazifismus ist ausgesprochenste Feigheit, die nicht die Bereitwilligkeit besitzt, sich selbst für etwas einzusetzen. (Beifall.)

Derselbe Mensch, der heute unter dem Volke predigt: ihr müßt die Kinderzahl einschränken, er mordet andere, damit er selber leben kann. (Starker Beifall.)

Er schließt sich damit selbst aus von der zweiten Möglichkeit der inneren Stärke, nämlich der Möglichkeit, überhaupt noch Köpfe zu gebären. Denn ein Volk, das seine eigene Kinderzahl beschneidet, kann nicht verlangen, daß ihm das Schicksal gerade in den von ihm übrig gelassenen, wenigen Kindern die großen Geister schenkt, die Wahrscheinlichkeit wird sein, daß ein solches Volk gerade die unwürdigsten Gezeugten [*sic!*] verhätschelt und versucht, um jeden Preis großzuziehen. *Ein solches Volk erhält zwar Erstgeburten, aber keine Männer mehr.*

Diese drei Gesichtspunkte, die die innere Macht eines Volkes darstellen, sind im heutigen Deutschland wirklich nicht mehr berücksichtigt. Im Gegenteil. Wie schon betont, legt man keinen Wert mehr auf unser Blut, auf den innersten Urwert in unserer Rasse, vielmehr sind Apostel tätig, um zu verkünden, daß es vollkommen gleichgültig sei, ob man Chinese, Kaffer, Indianer ist. Wenn aber erst einmal ein Volk diesen Gedankengang in sich aufnimmt, dann nützt ihm sein eigener Wert nichts mehr, dann hat es eigentlich den höchsten Schutz dieses Wertes eingerissen, denn auch dieser Wert muß geschützt und gefördert werden. Ein Volk, daß sich selbst als blutsmäßig wertlos betrachtet, kann keinen inneren Frieden besitzen, in den Konkurrenzkampf auf dieser Welt einzutreten. Es wird auch keine großen Köpfe benötigen, *es wünscht die großen Köpfe nicht mehr*, es wird zwangsläufig infolge der Beseitigung seiner blutsmäßigen Bedeutung alle Menschen als gleich empfinden und kein Bedürfnis mehr besitzen, sich über andere emporzuheben. Nur dazu braucht man Köpfe. Es kann gar nicht mehr wollen, daß es sich selbst emporhebt - und nur dazu braucht man führende Geister. Wenn aber Völker ihren rassischen Wert nicht mehr schätzen, sich selbst mit jedem anderen als gleich empfinden und kein inneres Bedürfnis mehr fühlen nach dem Glück, große Menschen zu besitzen, *dann können solche Völker gar nicht mehr kämpfen und wollen es auch nicht.*

Dann kommt es zu dem, was große Parteien programmatisch verkünden, nämlich zu einem Volk, das international eingestellt ist, regiert nach dem Programm der Demokratie, die den Kampf ablehnt und einen Pazifismus predigt. Wenn ein Volk diese drei Menschenlaster in sich aufgenommen hat, seinen Rassenwert beseitigt, Internationalität predigt, seine Köpfe beschränkt, und an deren Stelle die Majorität, d. h. die Unfähigkeit auf allen Gebieten, setzt, einem eigenen Kopfe entsagt, der Menschheitsverbrüderung huldigt, dann hat es seinen inneren Wert verloren. (Starker Beifall.) Ein solches Volk kann keine Politik betreiben, die in der Lage wäre, seine steigende Volkszahl in Übereinstimmung zu bringen mit dem Raum oder besser: den Raum anzupassen der Volkszahl.

Unser Parteigenosse sagt, man müsse dem Volk den Raum geben. *Wir in Deutschland müssen leider erst dem Raum das Volk geben. Was heute vor uns ist, sind marxistische Menschenmassen, aber kein deutsches Volk mehr.* (Lebhafter Beifall.)

Wenn die Grundwerte an sich nicht vorhanden wären, würde alles vergebens sein. Allein wir dürfen uns mit Stolz bewußt bleiben: wir besitzen diesen Wert, wir haben unseren blutbildenden Wert und dafür das beste Zeugnis in den großen Männern der Weltgeschichte seit Jahrtausenden. Wir haben diesen Wert der Rasse an sich und der Persönlichkeit. Wir haben einen dritten Wert: den Kampfsinn. Er ist da, nur begraben unter einem Wust von fremden Theorien und Doktrinen, und eine große mächtige Partei bemüht sich, ihm das Gegenteil zu beweisen, bis plötzlich eine ganz gewöhnliche Militärkapelle kommt und spielt, dann erwacht der Nachläufer [*sic!*] manchmal aus seinem Traumzustand, auf einmal beginnt er sich zu fühlen als Genosse des Volkes, das marschiert, mit dem er geht. So ist es heute. Es braucht unserem Volke dieses Bessere gezeigt [*zu*] werden - und Sie sehen: *schon marschieren wir.* (Brausende Heilrufe.) Das deutsche Volk wird auch heute zur Erkenntnis seines inneren Wertes an dem Tage

kommen, an dem, gegenüber der planmäßig organisierten Vergiftung, einsetzt die planmäßig organisierte Verteidigung dieser Werte.

Es ist mit ein Mittel jener großen, überstaatlichen Weltmacht, daß sie einen Teil des Volkes mit den Ideen des Pazifismus infiziert, um es zum Widerstande zu schwach zu machen, einen anderen Teil aber dazu gebraucht, um anzugreifen.

In dem Augenblick, wo der deutsche Pazifist auf seine praktisch politische Betätigung geprüft wird, stellt sich heraus, daß derselbe Mensch sehr wohl Antipazifist sein kann, aber nur einem Gegner seines eigenen politischen Gedankenganges gegenüber. Dort kann er sogar zur blutigen Waffe greifen. Aber den Kampf für das Leben des gesamten Volkes nennt er Mord!

Diese große überstaatliche Macht organisiert auf der einen Seite diese Terrorgruppen mit Hilfe der tieferen Instinkte, auf der anderen Seite lähmt sie die mögliche Widerstandskraft durch geistige Beeinflussung. Damit ist unser deutsches Volk in zwei Hälften zerfallen. In meisterhafter Weise schildert Hitler nun die Zwiespältigkeit des Denkens und Handelns beim politischen deutschen Bürger oder bürgerlichen Politiker, der zum Demokraten geworden ist, obwohl er weiß, daß die Weltschicksale nicht durch Majoritäten entschieden worden sind. Dieser liebe deutsche Bürger glaubt, daß 1900 Jahre lang nach Christus und viele tausend Jahre vor Christi Geburt die Welt von Männern gemacht worden ist, und jetzt auf einmal soll sie von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion gemacht werden können (große Heiterkeit), die zwangsläufig nach dem Mehrheitsprinzip den weisesten Entschluß findet. Indem der politische Bürger sich auf diesen Standpunkt festgerammelt hat, hat er praktisch bereits die Möglichkeit eines Sieges aufgegeben. *Bei ihm entscheiden wirklich die Majoritäten, nämlich Feigheit, Unfähigkeit, geringe Weisheit. Während in der Theorie die Majoritäten entscheiden, tut dies in Wirklichkeit aber der hinter ihnen stehende internationale Jude.* (Lebh[*after*] Beifall.)

Wir täuschen uns, wenn wir glauben, daß das Volk den bestimmten Wunsch hegt, nach Majoritäten regiert zu werden. Nein, ihr kennt das Volk nicht, dieses Volk wünscht nicht, in Majoritäten hineingezerrt zu werden, es wünscht gar nicht, mit solchen Plänen belästigt zu werden, es wünscht eine Führung, an die es glauben kann, und weiter gar nichts. (Anhaltender Beifall.)

Die bürgerliche Welt kann diese Probleme gar nicht mehr meistern. Es wünscht auch nicht die Beseitigung der Lasten, die unser Volk schwächen. Diese Laster [*sic!*], die uns schädigen, sind in Wirklichkeit die Ursache des Erfolges jener Mächte, die Rosenberg als die

raumlosen Weltmächte

bezeichnet hat. Damit vergleichen Sie folgende Tatsache:

62 Millionen Menschen auf einem unmöglichen Grund und Boden, 20 Millionen davon zu viel. Auf die Dauer kann dieses Volk nicht mehr leben, es muß irgendwo einen Ausweg finden, und diesen hat es weder in der Volkszahl noch im Raum, es muß in seiner inneren Energie zersetzt, ein Spielball derer werden, die wir heute als unsere Herren alle kennen. Kann sich das in den nächsten Jahren ändern? Nein!

Damit setzt die Aufgabe unserer Bewegung ein. Wir sind nicht vorbelastet mit den unendlich weisheitsschweren Erfahrungen unserer anderen Politiker. *Wir sind in dieses politische Leben hineingekommen als Soldaten, die an der Front liegen mußten, während*

wir überrumpelt wurden von kleinen, jämmerlichen Auswürflingen. Das war nun der erste Antrieb, sich politisch zu betätigen. Wir konnten uns später auch nicht auf den Standpunkt stellen: nun ist die Sache einmal gegeben, und weil sie gegeben ist, muß man sich hineinfügen. *Hitler schildert in glänzender Weise die Gefühle des Frontsoldaten den Zuständen in der Heimat gegenüber.*

Es gab einen Platz in Deutschland, an dem es keine Klassenspaltung gegeben hat. Das waren die Kompanien vorn. Dort kannte man nicht einen bürgerlichen und einen proletarischen Zug, dort gab es nur die Kompanie und damit Schluß.

Es mußte eine Möglichkeit geben, auch zu Hause diese Einheit herzustellen, und diese Möglichkeit lag klar vor Augen. Warum konnte man an der Front das tun? Weil gegenüber der Feind lag! Und weil man die Gefahr erkannte, die von ihm drohte. Wenn ich also *unser Volk zur Einheit zusammenschließen will, muß ich erst eine neue Front bilden, die einen gemeinsamen Feind vor sich hat, damit jeder weiß: wir müssen eins sein, denn dieser Feind ist der Feind von uns allen.* Sind wir nicht eins, dann sinkt unser deutsches Volk gemeinsam in den Abgrund.

Die Verbundenheit des einzelnen mit seinem Volke klarzumachen war notwendig. Dazu gehörte, ihm erst verständlich zu machen, warum er sich verbunden fühlen mußte. Es war das Gefühl für Ehre, das dem einzelnen sagt: ich bin Genosse eines Volkes von einer bestimmten Höhe, und es ist schmachvoll, wenn ich dazu beitrage, dieses Volk zu stürzen. Das wäre ein Bruch der heiligsten Solidarität des eigenen Blutes.

Als ich heute den Zug vorbeimarschieren sah[3], bewegte mich der Gedanke: Ist es nicht wundervoll, Tausende von Männern zu besitzen, die im Kampf gewesen sind, und wie sie es gewesen sind. *Das war nicht dieser Hurra-Patriotismus des Spießers von zu Hause.* Brechen wollen wir mit dieser Art leichtsinniger Verschleuderung des kostbaren Gutes, des Blutes, Verantwortlichkeit wollen wir dafür in das Volk pflanzen und ein Ende machen dem Wahnwitz, daß unser Volk Blut einsetzte für Phantasien oder romantische Erinnerungen. Eines wollen wir unser Volk lehren: *Sorgt dafür, daß Eure Kinder nicht Hungers sterben.*

Und wenn einer sagt: Ihr seid Imperialisten, dann fragt ihn: Willst Du keiner sein? Wenn nein, dann darfst Du niemals Vater werden, denn wenn Du ein Kind bekommst, mußt Du für das tägliche Brot sorgen. Und sorgst Du für Brot, dann bist Du Imperialist. (Stürmischer Beifall.)

Unsere Aufgabe muß sein, dahin zu streben, daß im Volke sich ein Kern bildet, an den sich immer mehr anzugliedern vermögen, bis diese die Energie und Tatkraft für das große Ziel gewinnen. *Wem der Himmel die Majorität der Tatkraft gegeben, dem hat er auch die Herrschaft gegeben.* (Heilrufe.)

Damit ist unser ganzes Ringen ein Kampf um die Seele unseres Volkes und weiter ein Bauen, nämlich ein Bau jener Köpfe, der heute als Träger unserer Weltanschauung besteht und das Fundament sein wird für den neuen Staat. Im November 1918 hat man die alten Farben beseitigt. Diese Farben haben allerdings für uns eine besondere Bedeutung bekommen, nicht weil sie das Symbol des damaligen Staates waren, sondern

3 Im Anschluß an die Standartenweihe im Luitpoldhain waren laut Lagebericht etwa 8.500 (VB: 30.000) Mitglieder der SA, SS und HJ in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt Nürnbergs gezogen.

deshalb, *weil sie 4 1/2 Jahre lang uns im Kampf vorausgetragen worden sind, und weil man etwas, für das man 4 1/2 Jahre lang gekämpft hat, nicht leichtsinnig besudelt. Denn man besudelt damit nur seine eigene Ehre. Indem die Demokratie die alten Farben heruntergeholt hat, hat sie nicht die Ruhmestaten der deutschen Armee besudelt, sondern sich selbst für ewig ein Denkmal der Unanständigkeit gesetzt* (stürmischer Beifall), *ein Denkmal, das länger dauern wird, als dieser Staat bestehen wird.* Die Farben konnte man wegnehmen, den Inhalt an die 4 1/2 Jahre kann man nicht mehr beseitigen, er ist *historische Tatsache* geworden. Die Republik hat sich eigene Farben gewählt. Mit bitterem Schmerz hat mancher gesehen, wie man aus eigener Impotenz zurückgegriffen hat auf eine frühere Periode und die damals in der deutschen Geschichte bedeutungsvollen Farben geholt hat. Heute müssen sie offen gestehen, daß es der Republik nicht einmal gelingen konnte, wenigstens überall die Achtung ihrer Volksgenossen für diese Farben zu erwerben. Heute versucht sie das nur durch den Hinweis, daß diese Fahnen *einst* doch sehr anständig waren. (Heiterkeit.)

Glauben Sie mir, wenn es möglich war, einst die Farben der ruhmreichsten Kriegszeit, die unser Volk jemals hinter sich hatte, mit einem Handstreich zu entfernen, dann bestaune ich den Glauben, den mancher diesem heutigen Staat entgegenbringt, daß dieser vermöge, daß die Farben dieses jetzigen Gebildes der deutschen Republik für die Ewigkeit bestehen sollen. (Großer Beifall.) Hitler betont die Tatsache, daß das deutsche Volk heute keine nationale Flagge hat. Denn unter nationaler Flagge darf man niemals die Fahne des jeweils regierenden Regimes verstehen. Ein Symbol, das ein Volk in seiner Gesamtverbundenheit zeige, das ist heute nicht vorhanden. Selbst nicht auf Befehl, daß man sich damit verbunden fühlen muß. Damit aber war eines selbstverständlich: Wenn heute in Deutschland eine Bewegung um die politische Erneuerung des Volkes kämpft, dann muß sie dieser Erneuerung ihr eigenes Symbol geben, und aus diesem Gesichtspunkt heraus haben wir uns eine neue Flagge gewählt, die in sich selbst die Zeichen des kommenden neuen deutschen Reiches prägt: die nationale Kraft und Stärke in Verbindung mit der Blutsreinheit. Unsere Aufgabe soll es sein, daß diese Farben eines Tages immer mehr den Charakter von Parteifarben verlieren und hineinwachsen zur

deutschen Flagge der Zukunft.

Darum werden wir es verstehen, wenn wir diese Fahne in unzertrennbare Verbindung setzen mit dem Wiederaufstieg des Volkes. *Mögen diese Farben einst Zeuge sein, wie das deutsche Volk die Sklavenketten sprengt, und wie es zur Freiheit gelangt. An diesem Tage wird diese Fahne sein die deutsche Nationalfahne.* Wo Sie heute Tausende hinter dieser Fahne sehen, war vor sieben Jahren noch niemand. Und all diese Menschen zogen unter dieser Fahne heute mit Begeisterung und glühenden Augen an uns vorüber, weil sich in ihrer Vorstellung diese Farbe[4] verbindet [*mit*] de[*m*] Kampf um die Freiheit unseres Volkes.

[...][5]

Damit wollen wir Nationalsozialisten uns jetzt das heilige Versprechen geben, nie zu ruhen in der Steigerung der Würde dieser Fahne, damit sie uns das Symbol innerer

4 Muß heißen: Fahne.
5 Folgt Stimmungsbericht.

Selbstzucht, höchster Disziplin, höchster Ordnung darstellen möge. Sie sei uns ein Zeichen des ewigen Kampfes. Wir erblicken in dieser Fahne das Siegeszeichen der Freiheit und unserer blutsmäßigen Reinheit. Wir wollen diese Fahne zu einem Heilszeichen werden lassen, dafür, daß noch der Glaube an diese höheren Güter im Menschen lebt. Möge im nächsten Jahr ein Parteitag stattfinden, auf dem hinter dieser Fahne das Fünffache an Menschen marschiert, mögen die Opfer für sie noch größere sein als bisher!

[...] [6]

Ich würde mich nicht als Führer fühlen, sagte er [*Hitler*], wenn ich nicht heute, in derselben Minute, als der letzte Mann an uns vorbeigekommen war, sofort mich wieder eingestellt hätte auf den Gedanken: nun heißt es weiter arbeiten, damit es im nächsten Jahr 3-, 4- und 5mal soviel sein werden, die an uns vorbeimarschieren. *Weimar* [7] hat gezeigt, daß wir wieder marschieren können. - Damals habe ich auch erklärt, das bedeute nicht, daß wir jetzt ausruhen dürfen, sondern, daß dies der Augenblick ist, in dem wir uns erst recht verpflichten müssen, in diesem Jahre zu arbeiten wie niemals zuvor. Der nächste Parteitag ist nicht gelungen, wenn er nur das gleiche Bild zeigt: es muß ein größeres sein. Wer in Weimar war und heuer in Nürnberg, der wird zugeben: *die Bewegung hat ein anderes Gesicht erhalten.* (Zustimmung!) Und das nächste Jahr muß besonders wieder gewachsen sein. Ich mache mich nicht anheischig zu Ihnen zu sagen: Die *Kinder* mögen es machen! Nein - *ich will so leben, bis daß Deutschland frei ist!* (Stürmische Heilrufe.) Vom Tage an, an dem die Glocken dieses Lied in Deutschland ertönen lassen, mag mich der Herr abrufen zu jeder Stunde. Das ist der einzige Wunsch von vielen Hunderttausenden unseres Volkes. Und das haben sie gesehen, daß jede Organisation nur dauern und bestehen kann auf Grund von *Opfern.* Ich habe heute Nacht einen kleinen Weg gemacht durch unsere Massenquartiere. Als ich um 2 Uhr durch die Hallen ging, in denen auf Stroh unsere lieben Jungen lagen von der Ruhr, von Berlin, Oberschlesien und Wien, von überall her, wo die deutsche Zunge klingt, da fühlte ich mich selbst wieder als Soldat, und mir ging das Herz weit auf. Ich sagte mir: Da liegt die Zukunft der deutschen Nation! *Und mein Glaube wurde wieder riesengroß.* Als ich einzelne wach werden sah, und sie mich ansahen, nicht empört über die Störung, sondern beglückt und strahlend, nach 14 bis 16 Stunden Bahnfahrt und sonstigen Opfern, die sich erst in den nächsten Wochen zeigen. *Was hat das zu bedeuten?* Ich bin auch kleines Glied in der großen Armee, bin auch von denen, die unserem Volk den Frieden schenken werden, die vereinen die zerrissenen Brüder. Das ist dieses vielleicht nicht bestimmbare Gefühl, das uns beherrscht. Kein Mann im *Fackelzug* hat sich verzogen, als es zu regnen anfing. Sie marschierten weiter, als wenn nichts wäre, denn untertreten - nein!

---

6 Folgt Bericht Adolf Wagners über die Parteitagsbeschlüsse und die Ergebnisse der Sondertagungen. Druck der Parteitagsbeschlüsse: Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Nürnberg, 19./21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 53 f. Vgl. auch VB vom 21./22.8.1927, "Der nationalsozialistische Reichsparteitag"; VB vom 24.8.1927, "Ausklang und Schluß des Reichsparteitages". Sowie Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 5286/II vom 24.8.1927; BayHStA, MInn 81614.
Die folgenden Ausführungen Hitlers sind dem VB-Bericht vom 24.8.1927 entnommen.

7 Gemeint ist der 2. Reichsparteitag der NSDAP in Weimar am 3./4.7.1926. Vgl. Dok. 3-7.

Diese neue Armee tritt nicht unter vor dem Regen, wie die alte nicht untergetreten ist vor den Kugeln.

Meine lieben Freunde! *Wie groß sind die Opfer dieser Jungen!* Sie zahlten Fahrpreise bis zu 26 Mark, Leute, die manche Woche keine 20 M. verdienen und selten mehr als 30! Sie zahlten 26 M. für Verpflegung. Die anderen Parteien können leicht Massen-Aufmärsche veranstalten. *Die Fackeln, die gestern brannten, sind alle bezahlt worden von den Groschen unserer Leute.* Sie sollten zugleich die Zeichen ihres Opfers sein. Wir haben endlose Scharen gesehen. Schließlich gab es keine Fackeln mehr zu kaufen. Zahllose Leute konnten deshalb nicht mitgehen und waren unglücklich darüber. Sie kehren heute zurück und haben keinen Groschen mehr in der Tasche. Das Letzte haben sie eingesetzt, um den Parteitag mitmachen zu können. Da ist es Pflicht eines jeden, daß auch er Opfer bringt. Die Auslagen, die dieser Parteitag gekostet hat, möchte ich nicht gerne auf die Schultern der kleinen Leute bürden. Das ist Aufgabe der anderen, daß sie einspringen. Seit zwei Tagen schmeckt mir das Essen nicht beim Gedanken, daß viele von uns nur ein erbärmliches Stück Brot zu essen haben, deshalb, weil sie nach Nürnberg gingen. Auch von uns muß jeder dieses Opfer bringen. Die Freiheit des Blutes muß verdient sein. Ich fordere den *Parteigenossen* auf, der in besserer finanzieller Lage - ich bitte Sie nicht, ich *fordere* Sie auf, daß Sie Ihr Schärflein bringen gemäß Ihrem Können. Den *Mann von links* aber *bitte* ich: Kehre zu Deinem Volk zurück, finde den Weg zu ihm! Wer eine höhere Stellung inne hat, hat die Pflicht, den anderen voranzugehen. Verlasse niemand den Saal! Gestern verunglückte ein Lastwagen mit unseren Leuten. Mit Knochenbrüchen liegt einer im Spital. Das sind arme Menschen, die sich [*sic!*] nicht die Fahrt nach Nürnberg zahlen konnten. [1]

29. August 1927 — Dok. 169
"Gau Pommern"
Anordnung

VB vom 31.8.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

1. Nachdem Pg. Herr Prof. *Vahlen* infolge seiner Betätigung als Nat[*ional*]-Soz[*ialist*] von der preuß[*ischen*] Regierung zum Verlust von Amt und Gehalt verurteilt worden [1] und dadurch gezwungen ist, sich außerhalb Preußens eine neue Tätigkeit zu suchen, ist er nicht mehr in der Lage, das Amt des Gauleiters von Pommern auszuüben.

1 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Die Schlußansprache hielt Gregor Straßer.

1 Theodor Vahlen hatte 1924 als Rektor der Universität Greifswald am Verfassungstag (11.8.) die Reichsflagge vom Universitätsgebäude entfernen lassen und war deswegen in einem disziplinargerichtlichen Verfahren vom Dienst entlassen worden. 1930 erhielt er einen Lehrstuhl an der TH in Wien, 1933 wurde er in das Preußische Kultusministerium berufen. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 991.

In Berücksichtigung dieses Umstandes enthebe ich Pg. Herrn Prof. Vahlen nach Ablauf seines Urlaubes am 21. August 1927 vom Amte als Gauleiter Pommerns.

Für die der Bewegung persönlich gebrachten großen Opfer und für die geleistete ersprießliche Arbeit im Gau Pommern spreche ich Pg. Herrn Prof. Vahlen meine Anerkennung und meinen besten Dank aus.

2. Zum Leiter des Gaues Pommern bestimme ich ab 21. August 1927 Pg. Herrn von *Corswant*.

Anschrift: Cuntzow, Post Jarmen, Pommern.

München, den 29. August 1927

gez.: *Adolf Hitler*

(Von allen Parteiblättern abzudrucken.)

29. August 1927 Dok. 170
"Gau Kärnten"
Anordnung

VB vom 31.8.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Indem ich Pg. Herrn Heinrich *Schmidt*, Graz, seinem Wunsche folgend, von der Leitung des Gaues Kärnten entbinde, bestimme ich ab 1. September 1927 als dessen Leiter Pg. Herrn Hugo *Herzog*, Rosenbach (Kärnten).

München, den 29. August 1927

gez.: *Adolf Hitler*

(Von allen Parteiblättern abzudrucken.)

29. August 1927 Dok. 171
"Gau Hessen-Nassau-Nord"
Anordnung

VB vom 31.8.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Gauleiter Pg. Herr Dr. *Schultz*, Kassel-Wilhelmshöhe, wird seinem Wunsche entsprechend vom 1. September 1927 bis 28. Februar 1928 beurlaubt.

Als stellvertr[*etenden*] Gauleiter bestätige ich für diese Zeit Pg. Herrn Karl *Weinrich* [1], Kassel, Jordanstr. 18/III.
München, den 29. August 1927

gez.: *Adolf Hitler*

(Von allen Parteiblättern abzudrucken.)

29. August 1927 Dok. 172
"Organisation"
Anordnung

VB vom 31.8.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Auf Grund des § 4, Abs. 3 b und c [1] schließe ich die O[*rts*]-Gr[*uppe*] Oranienbaum des Gaues Anhalt, Prov. Sachsen Nord, aus der N.S.D.A.P. aus.
München, 29. August 1927

gez.: *Adolf Hitler*

29. August 1927 Dok. 173
"Organisation"
Anordnung

VB vom 31.8.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Der sog. national-sozialistische Wahlverband in Halberstadt (Gau Anhalt, Prov. Sachsen Nord) hat kein Recht, sich auf die N.S.D.A.P. oder auf mich zu berufen.
München, 29. August 1927

gez.: *Adolf Hitler*

---

1 Karl Weinrich (1887-1973), Obersteuersekretär, 1919 Mitglied im Völkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP und Mitbegründer von Ortsgruppen im Raum Ludwigshafen, 1925 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Kassel, 1927-1934 NSDAP-Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord, 1929 Stadtverordneter in Kassel und Mitglied des Kommunallandtags, 1930-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1934-1943 Gauleiter von Kurhessen, 1943 Absetzung.

1 § 4 Abs. 3 b und c der Satzung vom 22.5.1926: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung drei Monate im Verzug geblieben sind und c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

August 1927 "Der Weg zum Wiederaufstieg" Aufsatz [1]

Dok. 174

Broschüre: "Der Weg zum Wiederaufstieg. [2]" Privatdruck München (Bruckmann-Verlag) 1927; IfZ, F 19/11 [3].

In einer Zeit, in welcher der eine Teil der Nation sich einem durch nichts begründeten Optimismus hingibt, während der andere - und es ist leider nicht der schlechteste - überhaupt verzagt und an den Dingen verzweifelt, will ich versuchen, die heutige Lage zu schildern, wie ich sie sehe, und den Weg zu zeichnen, der nach meiner felsenfesten Überzeugung einzig zu einer Rettung führen kann.

Worin ich mich von den Optimisten wie von den Schwarzsehern entferne, das möchte ich an die Spitze meiner Betrachtung stellen.

Ich kann mich nicht dazu zwingen, selbst bei bestem unvoreingenommenen Wollen, die heutige Lage unseres Volkes als befriedigend oder Hoffnung erweckend anzusehen, oder auch nur zuzugestehen, daß sich überhaupt in den letzten zehn Jahren, ganz gleich in welchem Zeitpunkte, irgendwelche Anzeichen einer Besserung oder eines Emporstiegs, wie man heute zu sagen pflegt, bemerkbar gemacht hätten. Selbst auf dem Gebiete der *Wirtschaft* ist die sog. Konsolidierung entweder ein unbedachter Trugschluß oder eine bewußte Lüge.

Tatsächlich ist die deutsche Handelsbilanz dauernd passiv und verschlimmert sich in den letzten Jahren zusehends. Die Nation gibt mehr aus als sie verdient. Das Rezept, einen Ausgleich durch Auslands-Anleihen herbeizuführen, hilft uns nicht aus der Verle-

1 Hitler war nach einer längeren Unterredung mit dem Industriellen Emil Kirdorf, die am 4.7.1927 auf Vermittlung von Elsa Bruckmann, der Frau des Verlegers Hugo Bruckmann, in München stattfand, von ihm gebeten worden, seinen Vortrag in schriftlicher Form zusammenzufassen. Der Text wurde von Kirdorf als Privatdruck in Wirtschafts- und Industriekreisen verbreitet. Vgl. Emil Kirdorf, Erinnerungen 1847-1930, Privatdruck Düsseldorf (um 1931), S. 182.
Dem Text ist ein vom "August 1927" datiertes Schreiben Hitlers an Kirdorf vorangestellt: "Mit aufrichtiger Freude komme ich Ihrem Wunsche nach und überreiche Ihnen nachstehend die Niederschrift meiner Gedanken über die gegenwärtige Lage Deutschlands und der Hoffnungen, die ich trotz allem für einen Wiederaufstieg unseres Volkes hege. Lehrt mich doch die freudige Zustimmung von Tausenden meiner Zuhörer immer wieder, daß, wo unsere Rasse und Art sich rein erhalten hat, auch der Sinn lebendig blieb für das große deutsche Erbgut, das uns anvertraut ist und das uns alle verpflichtet. Mit diesem Sinn lebt auch der Wille fort, sich einzusetzen für den inneren und äußeren Wiederaufstieg unseres Volkes. Nach meinen Kräften will ich versuchen, im Dunkel dieser Tage diesem Willen den Weg zu bahnen, und werde glücklich sein, wenn Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, helfen wollen, diese Gedanken in Ihren Kreisen zu verbreiten. Denn ich glaube an ihren Sieg."

2 Titelblatt: "Adolf Hitler. Der Weg zum Wiederaufstieg. Überreicht von Emil Kirdorf".
Emil Kirdorf (1847-1938), Industrieller, 1871 kaufmännischer Leiter im Bergbau (Wattenscheid), 1873-1926 Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), 1893 Mitbegründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, 1919 Eintritt in die DNVP, 1920-1924 Geschäftsführender Vorsitzender der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, 1927/28 Mitglied der NSDAP, 1934 Wiedereintritt in die NSDAP.

3 Druck: Emil Kirdorf, Erinnerungen 1847-1930, Privatdruck Düsseldorf (um 1931), S. 182-194; Henry Ashby Turner (jr.), Hitlers geheime Broschüre für Industrielle 1927, in: Ders., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 41-59.

genheit. Weder wird dadurch an unserer Bilanz grundsätzlich etwas geändert, noch wird für die Zukunft ein Weg der Rettung angebahnt. Im Gegenteil, die dadurch bedingten, jährlich steigenden Zinslasten stürzen uns in eine immer größere Abhängigkeit vom Ausland. Auch sonst fällt ein bedeutender Teil der nationalen Wirtschaft, der nationalen Produktion in die unpersönlichen Hände des überstaatlichen Finanz-Kapitals, während zahllose mittlere und kleine Existenzen zugrunde gehen. Aber nicht nur die Bankverschuldung der deutschen Industrie, sondern auch die der deutschen Landwirtschaft nimmt ununterbrochen zu. Ihre Gefahren mögen dem größten Teil unseres Volkes, ja selbst den Augen der Wirtschaftskreise, heute noch verborgen bleiben, sie sind aber da. Dreißig Jahre diese Entwicklung fortgesetzt, und das deutsche Volk wird den größten Teil seiner einstigen unabhängigen Wirtschaft verloren haben.

Dabei nimmt die allgemeine Arbeitslosigkeit nicht merklich ab[4], so daß damit der Nation ein neuer Stand heranwächst, den diese in solcher Art und Form und in diesem Umfange bisher nicht kannte. Eine Armee von Menschen, zwei bis drei Mal so groß als unser altes Friedensheer, die durch jahrelange Entwöhnung von jeder Arbeit eines Tages diese Entwöhnung als Gewohnheit empfindet, nichtsdestoweniger aber das Recht zum Leben innerhalb der Nation auf Kosten der Gesamtheit in Anspruch nimmt. Es ist dies - Unterstützungsberechtigte und Nichtunterstützungsberechtigte zusammengerechnet - eine Zahl, die fast jener gleichkommt, die der preußische Staat, als er in den ersten schlesischen Krieg hineinmarschierte, insgesamt - Männer, Weiber und Kinder zusammengezählt - an Einwohnern besaß.

Diese wenigen Faktoren schon: einerseits der Verlust der Selbständigkeit der nationalen Wirtschaft an überstaatliche, internationale Finanzkräfte oder zumindest ihre Kontrollierung durch dieselben, andererseits der Verlust an Arbeitsmöglichkeit für Millionen Menschen, sind die sichtbarsten Anzeichen des Verfalls, also der Gegensatz einer "Konsolidierung" oder "Sanierung" der deutschen Wirtschaft.

Äußere Scheinblüten dürfen dabei über die innere Schwäche so wenig hinwegtäuschen, wie einst vor dem Kriege der äußere Glanz und Schimmer des Reiches nicht von seinen inneren Gebrechen hätte ablenken sollen.

Als nicht minder gewichtigen Grund für meine bedenkliche Betrachtung der Wirtschaft unseres Volkes sehe ich aber auch die unsolide, um nicht zu sagen, unanständige Art und Weise an, die heute leider Gottes in immer steigendem Maße ein Mittel der wirtschaftlichen Betätigung weitester Kreise geworden ist. Spekulation und Schwindel können tausendmal augenblickliche Erfolge vorzaubern, der Ausdruck einer inneren Gesundung oder gar eines höheren Aufstiegs sind sie nicht.

Grundsätzlich ist hiezu noch folgendes zu bemerken:

Die Unmöglichkeit, die Gesamtsumme unseres Volkes aus eigenem Grund und Boden heraus zu ernähren, zwingt uns, den inneren Kreislauf des wirtschaftlichen Lebens zu verlassen und unsere Produktion auf Export einzustellen. Das schwierigste Problem für die Zukunft wird aber keineswegs die Steigerung der Produktion sein, als vielmehr die Organisation des Absatzes, des Verkaufs. Außer Deutschland befinden sich zur Zeit

4 Anmerkung in der Vorlage: "Saisonarbeit und Fortfall der Unterstützungen nach 52 Wochen verschieben gegenwärtig das Bild."

in Europa drei Staaten, die in der Ernährung ihrer Bürger von ähnlichen Voraussetzungen abhängen wie Deutschland. England, Frankreich und Italien sind auf Export angewiesen. Ja, selbst die amerikanische Union verläßt den rein inneren Kreislauf ihrer Wirtschaft und tritt als industrieller Weltkonkurrent in Erscheinung, begünstigt allerdings durch die zum Teil ebenso unerschöpflichen wie billigen Rohstoff-Quellen. Besonders auf dem Gebiete der Motorisierung der Welt scheint Amerika den gesamten Welt-Export an sich zu reißen. Nicht zu vergessen, daß auch in den Import-Ländern langsam eine Industrie im Werden begriffen ist, so daß eines Tages die ungünstiger gelagerten Staaten, wie z. B. Deutschland, mit einem Rückgang ihrer Absatzmöglichkeiten rechnen müssen. Dazu kommt noch, daß das Ausland, dank der Zwangverhältnisse im Kriege, sowie infolge der Friedensverträge und einer durch sie ermöglichten und geförderten umfangreichen Industrie-Spionage, eine Anzahl von Monopol-Stellungen der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt durchbrochen hat und als gefährlicher Konkurrent in Erscheinung tritt. Endlich aber steht hinter der Wirtschaft der großen Industrie-Staaten der übrigen Welt die politische Macht dieser Länder. Und die letzte Entscheidung in Wirtschaftskämpfen lag in dieser Welt noch niemals in der mehr oder minder bedeutenden Tüchtigkeit der einzelnen Konkurrenten als vielmehr in der Kraft des Schwertes, das sie für ihr Geschäft und damit für ihr Leben in die Waagschale zu werfen hatten.

Aus diesen und zahlreichen anderen Erwägungen heraus vermag ich mich nicht in die Reihe jener Fantasten zu stellen, die bei jeder, wenn auch tausendmal nur scheinbaren, Besserung augenblicklicher Zustände sofort von einer zunehmenden wirtschaftlichen Gesundung oder Festigkeit reden.

Noch viel weniger Grund zu Optimismus sehe ich aber in der allgemeinen politischen Entwicklung unseres Volkes. Seit 1918 sind nun bald 9 Jahre verflossen. Und das ist mehr Zeit, als zwischen dem Oktober 1806 und der Völkerschlacht von Leipzig lag. Sieben Jahre hatten damals genügt, den preußischen Staat aus der Niederlage herauszureißen und ihn politisch und wirtschaftlich soweit zu ordnen, daß er nicht nur fähig war, die Freiheitskriege zu führen, sondern daß er sich die Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes selbst zu verdienen vermochte.

Ich glaube an eine solche Möglichkeit heute nicht, da es im Völkerleben keine Geschenke gibt, das deutsche Volk jedoch seinem jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhalten nach kein inneres Anrecht besitzt, auf Freiheit zu hoffen. Ich muß mich dabei schärfstens gegen jene kehren, die im wandelbaren Spiel parlamentarischer Schlachten oder in den wechselnden Ergebnissen von Wahlen von Zeit zu Zeit Symptome des politischen Aufstiegs zu erblicken vermeinen. Es steht vielmehr folgende Tatsache fest: Das deutsche Volk zerfällt immer stärker in zwei sich todfeindlich gegenüberstehende Lager. Diese schließen sich in steigendem Maße gegenseitig ab und verwandeln sich in geschlossene, sich selbst genügende Körper, von denen der eine, der marxistische, als Fremdkörper innerhalb des eigenen Volkes alle Beziehungen zur Nation leugnet, um stattdessen die Verbindung zu analogen Gebilden anderer Nationen aufzunehmen. Diese jeder Vernunft widersprechende Abkastung [*sic!*] und Entfremdung des Marxismus dem eigenen Volk gegenüber findet ein analoges Beispiel nur in der früheren Ge-

schichte des Christentums, das sich auch als Staat innerhalb des römischen Staates außerhalb der allgemeinen Interessengemeinschaft stellte und damit zur Ursache des merkwürdigen Zusammenbruchs eines Weltreiches wurde, das dem Anprall technisch und organisatorisch weit unterlegener Germanenhaufen nicht mehr den geschlossenen Widerstand des gesamten Staates entgegensetzen konnte.

Aus ganz ähnlichen Gründen hat Deutschland den Weltkrieg verloren. Angesichts eines solchen tatsächlichen Zustandes ist aber jede Hoffnung auf politischen Wiederaufstieg reinste Utopie. Denn die Voraussetzung zu einer wirklichen Wiedererhebung der deutschen Nation ist nicht die Erfüllung und Befriedigung von so und so viel Forderungen des Tages als vielmehr die *Wiedergewinnung der inneren Kraft der Nation*, die in einer allgemeinen solidarischen Erkenntnis über die Notwendigkeit ihres Bestandes und der daraus sich ergebenden *Verbundenheit* liegt. *Diese aber fehlt.*

Trotzdem können das Reich und der deutsche Nationalkörper noch eine gewisse Zeitlang leben, so wie der von der Tuberkulose befallene Mensch auch nicht augenblicklich stirbt. Allein solches Leben ist nicht identisch mit Gesundheit.

Auch kann ich mich nicht mit jenen Menschen einverstanden erklären, die als Politik und insbesondere als Außenpolitik immer nur die Erfüllung der Erfordernisse der jeweiligen Stunde ansehen, also unter Leben nur die tagtägliche Befriedigung des Hungers verstehen. Ich möchte mich dagegen zu jenen rechnen, die unter Politik die Aufgabe sehen, einem Volke den Weg in die Zukunft, in fernste Zeiten zu ebnen, ihm nicht nur die Voraussetzungen für die Erhaltung seiner Existenz zu sichern, sondern ihm auch die allgemeinen Möglichkeiten zu bieten zur Ausprägung und höchsten Auswirkung seines eigenen Wesens. Der Satz: "An deutschem Wesen soll die Welt genesen" ist sonst sinnlos für unsere heutige Zeit.

Ich sehe somit die Aufgabe der deutschen Politik, die werdende Geschichte sein soll, kurz in folgendem:

Jedes Volk braucht zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen *Raum* auf dieser Welt. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, daß einer veränderlichen Zahl der starre Raum stets angepaßt und angeglichen wird. Da ein Volk nur dann als gesund bezeichnet werden darf, wenn es am allgemeinen Lebenskampf teilnimmt, dieser aber als Voraussetzung die Vermehrung eines Volkes hat, muß die Politik es als ihre höchste Aufgabe betrachten, diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben. Damit ist, in höchstem Sinne genommen, die Politik die Aufgabe, den Lebenskampf einer Nation zu ermöglichen durch die laufende *Anpassung der Ernährungsgrundlage an die Volkszahl.* Ein Volk, dessen politische Leitung von diesem Grundsatz abweicht, kann sicherlich für den Augenblick leben, ist aber dennoch in einer näheren oder ferneren Zukunft dem Tode geweiht.

Um diese Mission zu erfüllen, braucht man aber neben der Größe der Einzelperson die zu einer gemeinsamen Interessengemeinschaft eng zusammengeschlossene Nation. Und dabei sind drei große, wesentliche Grundsätze zu beachten.

Der Bestand und die Zukunft von Völkern auf dieser Erde liegen:

1. in ihrem eigenen rassischen Wert;
2. in der Einschätzung, die sie der Bedeutung der Persönlichkeit zollen;

3. in der Erkenntnis, daß alles Leben in diesem Universum Kampf heißt.

Den Niedergang der heutigen Zeit sehe ich aber gerade in der Ableugnung dieser drei großen Gesetze und keineswegs in den kleinen mißglückten Aktionen unserer augenblicklichen politischen Leitung.

Anstelle des Volks- und Rassenwertes huldigen Millionen von Menschen unseres Volkes heute dem Gedanken der Internationalität.

Anstatt der Kraft und Genialität der Persönlichkeit setzt man, nach dem Wesen einer widersinnigen Demokratie, die Majorität der Zahl, also tatsächlich Schwäche und Dummheit.

Und anstatt die Notwendigkeit des Kampfes zu erkennen und zu bejahen, predigt man die Theorie des Pazifismus, der Völkerversöhnung und des ewigen Weltfriedens.

Diese drei Frevel an der Menschheit, die wir überall in der Geschichte als die wahren Verfallszeichen an Völkern und Staaten erkennen können und deren eifrigster Propagandist der internationale Jude ist, sind die charakteristischsten Merkmale des unser Volk immer mehr beherrschenden Marxismus. Ich sage unser Volk; denn so sehr der Marxismus als Organisation umrissen und begrenzt ist, so sehr hat er heute bereits als geistige Seuche, wenn auch von vielen unbewußt, fast unser gesamtes Volk ergriffen. Wenn aber ein Volk erst einmal diesen Lastern verfällt, dann kann man von einem "Wiederaufstieg" nicht mehr sprechen. Und daher ist auch die Stabilisierung des derzeitigen Staates in Wahrheit nur die langsame Angewöhnung des Volkes an die allgemeine Korruption und Verschlampung. Die Zeichen des allgemeinen Verfalls sind demgemäß zahllose und springen auf allen Gebieten des Lebens in das Auge des aufmerksamen und aufrichtigen Beobachters. Neben der Vernichtung der unabhängigen Wirtschaft, der Zerstörung der politischen Grundlagen, ja des natürlichen Instinktes des Volkes, läuft die Vernarrung unserer Kunst, die Verzerrung unserer Sprache, die Zersetzung unserer Seele, die Vergiftung unserer allgemeinen Kultur. Die Zwergenhaftigkeit der politischen Leiter des Volkes paßt in dieses allgemeine Milieu, weil es ihm entspringt.

Und deshalb lehne ich den leichtsinnigen Optimismus des großen Haufens und seiner derzeitigen Führer ab.

Ich kann mich aber auch nicht den Reihen der hoffnungslosen Pessimisten anschließen.

Grund überhaupt an unserem Volk zu verzweifeln, besäße man erst dann, wenn von den drei Voraussetzungen für die Größe und Bedeutung eines Volkes auf dieser Welt die erste fehlen würde: *der rassische Wert.*

Denn die Stellung zum Persönlichkeitswert und zum Persönlichkeitsgedanken, sowie die Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes auf dieser Welt und des natürlichen Rechtes hiezu, sind Ergebnisse der Führung und Erziehung einer Nation. Es sind dies Tugenden, die unser Volk durch falsche Bildung und schlechte Beeinflussung verloren hat, die es aber durch eine gewissenhaftere Führung jederzeit wieder zu gewinnen vermag.

Über den rassischen Wert unseres Volkes aber möchte ich folgendes sagen: Gewiß, wir haben in den letzten Jahrzehnten an diesem Volkskörper unendlich sündigen sehen und insbesonders in unseren Großstädten fand und findet durch dauernde Bastardie-

rung mit zum Teil mindestwertigem Menschenmaterial eine stetige Senkung unseres Rassenniveaus statt. Allein diese hat in den Jahren seit Kriegsende keine größeren Fortschritte gemacht als früher; im Gegenteil, neben gedankenloses Sichgehenlassen tritt bereits die sehende Erkenntnis. Ich will aber gerade den inneren Wert unseres Volkes nicht abschätzen an den augenblicklichen Erscheinungen einer immerhin kurzen Periode korrupter Leitung, als vielmehr an den Zeugnissen unserer tausendjährigen Kultur, an den allgemeinen Werten, die unser Volk der Menschheit gegeben hat und an dem Heroismus, dessen unser Volk - eben Kraft seines inneren Wertes - fähig ist. Gegenüber dem Schlamm der jetzigen Tage hat unser Volk einzusetzen die geschichtliche Wirklichkeit des größten Ringens aller Zeiten. Das Volk der Kapitulation von jetzt kenne ich noch als das Volk der glorreichsten Siege, der heldenmütigsten Aufopferung, der edelsten Freundschaft und Kameradschaft, der höchsten Treue. Ich kann mein Volk als Wert nicht verurteilen, da mir der Himmel einst das Glück gegeben hat, dieses Volk auf seinen höchsten Wert geprüft zu sehen, auf jener Walstatt, wo nicht die Phrase entscheidet, sondern das Blut. Weil ich aber das deutsche Volk von dorther kenne, bin ich felsenfest durchdrungen von der Überzeugung seines Wertes. Ich blicke dabei zurück in die Geschichte der deutschen Vergangenheit und bemerke, daß kein zur Zeit lebendes Volk an großen Menschen, seien es Staatsmänner oder Kaiser, Feldherren oder Fürsten der Wissenschaft und Kunst oder Könige im Reiche des Denkens, bedeutendere hervorgebracht hat als unser deutsches. Das Schicksal hat unserem Volke stets die großen Geister gegeben, die es verdiente. Über den Mut und natürlichen Kampfessinn des deutschen Volkes aber braucht man nicht zu reden. Dafür spricht eine deutsche Geschichte, die fast 2000 Jahre lang Weltgeschichte war.

So sehe ich den Wert unseres Volkes auch heute noch als unveränderlich gegeben an, glaube auch heute noch an das Vorhandensein der nur scheinbar untergegangenen Persönlichkeitswerte in unserem Volk und bin auch jetzt noch zutiefst durchdrungen vom Glauben an seine Kampfkraft. Nur die Erziehung und die Leitung dieses Volkes muß von Grund auf geändert werden, um ihm wieder zu seinem Werte zu verhelfen, auch als Staat.

Man mag nun die Größe und Schwere gerade dieses Problems in ihrer ganzen Bedeutung erfassen, mag in ihrem ganzen Umfang erkennen die Stärke der Stellung der Verführer unseres Volkes, die Trägheit der Masse, die sich diesen willenlos ergibt, - so erwächst daraus dennoch kein Recht zum zagen Verzweifeln, sondern erst recht die Verpflichtung zum Widerstand.

In dieser Zeit ist es notwendig, jenen friderizianischen Geist in sich aufzunehmen, der besagt: "Es ist nicht wichtig, daß Du lebst, aber notwendig, daß Du Deine Pflicht tust."

Höchste Pflicht aber ist es heute, vor den Erscheinungen des Verfalls nicht zu kapitulieren, sondern sich ihnen heroisch entgegenzusetzen, nicht zu verzagen, sondern mit zusammengebissenen Zähnen den Nacken steif zu machen, um zu bekunden jenen höchsten Glauben, der in der lebendigen Überzeugung ruht, daß alles, was auf dieser Welt durch Menschen geschaffen wurde, durch Menschen gestürzt zu werden vermag und daß es kein Werk des Teufels gibt, das nicht ein heiliger Wille bricht.

Das aber ist mein Glaube.

Aus ihm heraus wurde die nationalsozialistische Bewegung gegründet.

In der Erkenntnis, daß die handelnden Faktoren unseres heutigen politischen Lebens, angesteckt vom allgemeinen Zeitgeist, bewußt oder unbewußt die breite Masse teils verderblich organisiert, teils in träger Gleichgültigkeit widerstandslos gemacht haben, so daß diese von sich aus einen Wandel nicht mehr herbeiführen will oder kann, hat diese Bewegung durch die Festsetzung eines allgemeinen, sozusagen rahmenmäßigen Programms ihre eigene Organisation durchgeführt, nicht sowohl als parlamentarischen Kampffaktor, denn als Keimzelle und Kampftruppe eines neuen Reiches.

Sie gehorcht allein den drei wesentlichsten Erfordernissen für die Zukunft eines Volkes.

Sie sieht den Höchstwert im Volkstum und der Rasse an sich, sie baut auf auf der Einschätzung der Persönlichkeit und sie erzieht zur Bereitwilligkeit des Opferns, zur Bejahung des Kampfes.

Sie sieht das Problem nicht in der Lösung irgendeiner Majoritätsfrage oder in der Herbeiführung einer besonderen Koalition, der Einsetzung einer anderen Regierung, oder der Vorbereitung besserer Wahlen, als vielmehr ausschließlich in der Erziehung zu den obenerwähnten Grundsätzen und in der Beseitigung der aus der Verkennung dieser Grundsätze und den Auswirkungen des Marxismus entstandenen Zerreißung unseres Volkskörpers.

Die neue Bewegung lehnt kategorisch jede Standes- und Klassenteilung ab und proklamiert an deren Stelle eine zusammenfassende deutsche Einstellung. Sie bildet sich nicht ein, daß diese Umstellung allein durch fromme Belehrung zu erreichen sei. Nein, sie ist überzeugt, daß die Bewegung zunächst in sich selbst den Beweis für die Möglichkeit einer solchen Umstellung zu liefern habe, und weiter, daß die allgemeine Erziehung der Nation dereinst nach diesen Gesichtspunkten, wenn notwendig auch durch schwersten Kampf zu erzwingen sein wird. Sie sieht das Recht hiezu in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit. Damit setzt die Bewegung an Stelle der heute herrschenden internationalen Geistesrichtung bewußt und gewollt eine fest umrissene nationalistische; an Stelle der demokratischen Massenanbetung die bedingungslose Autorität der Persönlichkeit und an Stelle der pazifistischen Verseuchung die Erziehung zu Widerstand und Kampf. Die Bewegung weiß dabei, daß eine solche Entwicklung erstens nicht von oben herunter in Gang gebracht werden kann, sondern daß sie, wie alle großen Erscheinungen der Weltgeschichte, aus dem Inneren des Volkes herauszuwachsen hat; daß sie zweitens von den Vertretern des zur Zeit herrschenden Regimes nicht begrüßt wird und auch nicht werden kann, sondern daß sie ihren Weg als einen Weg des Kampfes gegen die Unterdrükkung zu nehmen hat; und daß drittens der Erfolg nicht in der Stunde kommt, sondern daß eiserne Beharrlichkeit und unsägliche Geduld allein zu einem Erfolg berechtigen, der nicht in der Besiegung augenblicklicher Zustände, als vielmehr in der Überwindung lange eingefressener Schäden und ihrer tieferen Ursachen Sinn und Bedeutung hat.

Die Bewegung geht dabei von der Erkenntnis aus, daß die Zukunft eines Volkes nicht garantiert wird durch die Wirtschaft an sich. Sie sieht in ihr nur eine notwendige Dienerin im Leben eines Volkskörpers und Volkstums. *Sie empfindet eine unabhängige natio-*

nale Wirtschaft als eine Notwendigkeit, jedoch sie sieht in ihr nicht das Primäre, nicht die Bildnerin eines starken Staates, sondern umgekehrt: *Der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung geben.*

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft. Sie sieht darin nicht ein theoretisches Problem, sondern die Lebensvoraussetzung für unser Volk. Sie wünscht, daß diese Millionenmasse unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet. Sie vollzieht zunächst diesen Prozeß vorbildlich in ihren eigenen Reihen und liefert damit den Beweis für die Möglichkeit der Durchführung dieses Entschlusses. Sie sieht dabei die Erfüllung sozial berechtigter Ansprüche als selbstverständliche, in Wahrheit überhaupt nur scheinbare Konzessionen an, denen der immense Werte [*sic!*] einer die gesamte Nation umfassenden innigen Gemeinschaft aller und der daraus entsprießenden Kraft gegenübersteht.

Sie formuliert aus den beiden bisher mißverständlich aufgefaßten und daher trennenden Begriffen "Nationalismus" und "Sozialismus" einen neuen verbundenen, indem sie feststellt, daß *höchster Nationalismus wesensgleich ist mit höchster Volkssorge* und *höchster Sozialismus gleich ist mit höchster Volks- und Vaterlandsliebe* und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt.

Sie schafft damit jenen Begriff, auf [*sic!*] den es möglich wird, *die Besten unseres Volkes aus allen Lagern zu vereinigen.*

Sie weiß, daß sie damit einen Kampf ansagt gegen gigantische Interessengruppen, selbstsüchtige Einzelpersonen in allen Lagern und nicht am wenigsten gegen die allgemeine Gemächlichkeit; allein sie tut dies in der Überzeugung, daß man ein zusammengebrochenes Volk wie das deutsche aus seiner weltgeschichtlichen Katastrophe nicht durch eine neue Wahlperiode erlöst, sondern nur durch *ein neues inneres Glaubensbekenntnis,* das ebensosehr der Selbsteinkehr entspringt als zur Überwindung der Ursachen der bisherigen Schwächen entschlossen ist. Sie setzt damit in einer Zeit allgemeiner Kapitulation oder lethargischer Gleichgültigkeit ein wahrhaft hohes, erstrebenswertes *Ziel* fest und formt im Kampf für dasselbe einen Glauben, der dereinst für Millionen *dem Leben einen neuen inneren Wert geben soll* und wird.

Ich selbst täusche mich dabei nicht über die Schwere dieses Kampfes. Allein ich könnte niemals an den Wiederaufstieg unseres Volkes ernstlich glauben, wenn nicht gerade die Größe des Kampfes die innere Berechtigung zu einem solchen Siege beweisen würde. Ein Volk, das diesen Weltkrieg durchkämpfte und endlich trotzdem aus inneren Mängeln und Schwächen zusammenbrach, soll nicht hoffen, durch parlamentarische oder diplomatische Mogeleien die Blutopfer von tausend Schlachtfeldern ersetzen oder die Weltgeschichte damit korrigieren zu können.

Die innere Organisation der nationalsozialistischen Bewegung wurde im Jahre 1919 gegründet. Sie entstand aus dem Nichts heraus. Sie wurde erst verlacht, nicht ernst ge-

nommen und ist heute dennoch da. Sie ist entstanden gegen alle Kräfte des öffentlichen Lebens, denn sie ist kein Wehrverband zum Schutz des heutigen Staates, sondern eine Kampforganisation zur Überwindung desselben und zur Schaffung eines neuen Reiches. Ihre Führer sind nicht zu den sogenannten "Prominenten" von einst zu rechnen. Ich selbst marschierte noch vor 10 Jahren als Soldat gläubigen Herzens in der großen Armee, erfüllte meine Pflicht und hoffte auf den Sieg. Hätte mich das Schicksal damals abberufen, würde auch mein Name unter dem Monument des unbekannten Soldaten begraben sein. So hat es mich aus der unbekannten Masse herausgeleitet und zum Führer einer Bewegung werden lassen, deren Namen heute jeder Deutsche zumindest kennt. Mit Stolz darf ich feststellen, daß ich in diesen Jahren niemals vor der öffentlichen Meinung kapituliert habe, sondern vielmehr stets den Weg gegangen bin, den mir Pflicht und Erkenntnis vorgeschrieben haben, ohne Rücksicht auf Gunst oder Haß dessen, was sich Volk heißt. Und ich habe mich bemüht, dies auch der von mir gegründeten und geleiteten Bewegung anzuerziehen. Im Kampf gegen die Feigheit und Wandelbarkeit der öffentlichen Meinung, gegen Lüge und Verrat ist sie gewachsen und erhärtet.

Die nationalsozialistische Bewegung ist keine parlamentarische Partei. Sie erwartet nicht, daß die Schicksalfragen der deutschen Nation auf dem Wege der Majoritätsbestimmungen gelöst werden könnten. Allein sie ist überzeugt, daß der Geist, den sie predigt, eines Tages auch der Geist jener Institution sein wird, die als letzter Rest und zugleich als Schule für die Zukunft vom alten Heere übrig blieb. *Die Organisation der Wehrkraft eines Volkes*, mag sie groß oder klein sein, *steht immer in innerer Beziehung zu einer Lehre des Wertes der Persönlichkeit, des Kampfes und der Vaterlandsliebe.* Ungewollt und unbewußt werden sich Bewegung und Heer einst in demselben Maße nähern, in dem der offizielle Staat völkisch korrupter, persönlich entwertet und pazifistisch feiger wird.

In sieben Jahren fortschreitender Deformation des deutschen Volks- und Nationalkörpers ist langsam ein Staat im Staate herangewachsen, der weltanschaulich und politisch das Preußen der kommenden Zeit sein wird.

Ich glaube an den Sieg.

28. September 1927 Dok. 175
Anordnung

VB vom 1.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Mit sofortiger Wirkung werden
1. Die Mitglieder der R[*eichs*-]L[*eitung*] - siehe Satzung § 6 [1] -
2. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten
3. Die Gauleiter und
4. Die durch O.S.A.F. eingesetzten S.A.-Gauverwalter unmittelbar bei der R[*eichs*-] L[*eitung*] als

"Sektion Reichsleitung"

geführt.

Sie scheiden damit aus dem Mitgliederstande ihrer bisherigen Ortsgruppen aus.

Die vollen Beiträge der Betreffenden sind künftig unmittelbar an die Reichskassenverwaltung, Postscheckkonto der N.S.D.A.P. München 23319, mit entsprechendem Vermerk zu überweisen.

Die Mitgliedsausweise wollen zwecks Abänderung an die Hauptgeschäftsstelle gesandt werden.

München, den 28. September 1927

gez.: *Hitler*

(Von allen Parteiblättern nachzudenken [*sic!*])

28. September 1927 Dok. 176
"Ortsgruppe München"
Anordnung

VB vom 1.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Aus organisatorischen Gründen werden mit sofortiger Wirksamkeit bis auf weiteres angegliedert [1]: Die Sektionen Sendling und Thalkirchen der Sektion Süd, Führer Pg.

1 § 6 der Satzung vom 22.5.1926: "Die Hauptleitung des Vereins bzw. der Partei - Parteileitung - besteht aus: 1. dem gesetzlich durch die Generalversammlung zu wählenden Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister, 2. den Vorsitzenden der Ausschüsse, 3. dem Geschäftsführer der Hauptgeschäftsstelle". Vgl. Bd. I, Dok. 146.

1 Laut Polizeibericht soll der Grund für die Zusammenlegung der Sektionen am schlechten Besuch der Versammlungen gelegen haben. Vgl. Lagebericht N/Nr. 60 der Polizeidirektion München vom 8.10.1927; StA München, Polizeidirektion München 6779.

Bauer [2], die Sektion Neuhausen der Sektion Gern-Nymphenburg, Führer Pg. *Allwein* [3]. Als Führer der Sektion "Innere Stadt" bestimme ich mit sofortiger Wirkung Pg. Herbert *Armbrüster* [4], Pfisterstraße 9.

München, den 28. September 1927

gez.: *Hitler*

28. September 1927 Dok. 177
Anordnung

VB vom 1.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Da es dem Leiter des Gaues Tirol der N.S.D.A.P. (Hitlerbewegung) Pg. Joseph *Scheer* [1], Innsbruck, aus beruflichen Gründen nicht mehr möglich ist, dieses Amt zu versehen, enthebe ich ihn, seinem Wunsche entsprechend, und unter dankbarer Anerkennung seiner Verdienste um die Bewegung dieses Amtes.

Als Gauleiter bestimme ich Pg. Heinrich *Suske* [2], Innsbruck, Adolf-Pichler-Straße 6.

München, den 28. September 1927

gez.: *Hitler*

2 Josef Bauer (1881-1958), Lehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Führer der NSDAP-Sektion Süd in München, 1928 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beim NSDAP-Gau München, 1930 Reichsredner der NSDAP, 1932/33 MdL in Bayern, 1933-1945 Stadtschulrat in München und Vorsitzender des Bayer. Lehrervereins.

3 Anton Allwein (1898-1931), Musiklehrer, 1927 Führer der NSDAP-Sektion Gern-Nymphenburg.

4 Herbert Armbrüster (geb. 1894), 1920 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1927-1930 Führer der NSDAP-Sektion Innere Stadt, 1930 stellv. Führer der NSDAP-Sektion München-Schwabing.

1 Joseph Scheer (geb. 1891), 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1926/27 NSDAP-Gauleiter von Tirol.

2 Heinrich Suske (1879-1946), Ingenieur, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927 NSDAP-Gauleiter von Tirol, 1928-1931 Gauleiter des Westgaues (Tirol, Salzburg, Vorarlberg), 1932 Parteiausschluß.

28. September 1927 Dok. 178
Anordnung

VB vom 5.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Herrn Bruno *Scherwitz* [1], Königsberg, schließe ich hiermit auf Grund des § 4, Abs. 2 a und c der Satzung vom 22. Mai 1926 [2] aus der N.S.D.A.P. aus [3].

Die Herrn Scherwitz als vorläufigen Leiter des Gaues Ostpreußen der N.S.D.A.P. ausgestellte Bestallung vom 5. Februar 1927 wird für ungültig erklärt.

München, 28. Sept. 1927

Adolf Hitler

28. September 1927 Dok. 179
Anordnung

VB vom 5.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Die O[*rts-*]Gr[*uppen*] *Cadolzburg* und *Burgbernheim*, beide M[*ittel*]fr[*anken*], werden hiermit auf Grund des § 4, Abs. 3 b und c und Abs. 9 der Satzung vom 22. Mai 1926 [1] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

München, den 28. Sept. 1927

Adolf Hitler

1 Bruno Gustav Scherwitz (geb. 1896), Kaufmann, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926/27 NSDAP-Gauleiter von Ostpreußen, 1927 Parteiausschluß.

2 § 4 Abs. 2 a und c: "Mitglieder werden ausgeschlossen: a) die ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen nach erfolgter Aufnahme solche bekannt werden [...] c) die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen und dadurch den Verein schädigen." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

3 Zu den parteiinternen Konflikten vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 20.

1 § 4 Abs. 3 b und c: "Mitglieder können ausgeschlossen werden [...] b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung 3 Monate im Verzug geblieben sind und c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Abs. 9: "Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Vorsitzende des Vereins berechtigt, im Einvernehmen mit seinem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus dem Verein zu verfügen." Vgl. Bd. I, Dok. 146. Vgl. auch Hambrecht, Aufstieg, S. 105 f.

28. September 1927 Dok. 180
Anordnung

VB vom 5.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Bezirk *Südbayern* (Oberbayern und Schwaben, ausgenommen München).

Mit der propagandistischen und organisatorischen Bearbeitung des Bezirkes Südbayern habe ich am 26. Juli 1927 bis auf weiteres den Propaganda-Ausschuß der Partei besonders beauftragt [1].

München, den 28. Sept. 1927

Adolf Hitler

29. September 1927 Dok. 181
Anordnung

VB vom 5.10.1927, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Parteileitung - § 7 e der Satzung vom 22.5.1926 [1] - setzt sich ab 1. Oktober 1927 zusammen aus:
Vorsitzender: Pg. Herr Generalleutnant a. D. *Heinemann*.
Beisitzer: Pg. Herr Ulrich *Graf* [2] und Pg. Herr Rechtsanwalt *Dr. Frank II* [3].
Anschrift des U.- u. Schl.-A.: Hauptgeschäftsstelle, Schellingstr. 50.

München, den 29. September 1927

Adolf Hitler

---

1 Hermann Esser, der frühere Bezirksleiter von Südbayern, war Ende Mai 1927 zurückgetreten. Vgl. Dok. 132.

1 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

2 Ulrich Graf (1878-1950), 1904-1923 Beamter (Freibankmetzger) bei der Stadt München, 1920 Eintritt in die NSDAP und Leibwächter Hitlers, 1923 beim Hitler-Putsch schwer verwundet, 1925-1945 Stadtrat in München, 1925-1945 1. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung bzw. des Obersten Parteigerichts.

3 Hans Frank (II) (1900-1946), Rechtsanwalt, 1924 Dr. jur., 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft und im Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1931/32 Leiter der Rechtspolitischen Abteilung bei der NSDAP-Reichsleitung, 1933/34 bayer. Justizminister, 1933/34 Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements, 1946 hingerichtet.

30. September 1927 Dok. 182
Schreiben an Erich Repfennig [1]

10 Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers. Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Zusammengestellt von Dr. E. Repfennig, Pasewalk 1933, S. 86.

Herrn Dr. E. Repfennig, Pasewalk.

Hiermit ermächtige ich Sie, wunschgemäß in meine Krankenpapiere Einsicht zu nehmen, um festzustellen, in welchem Saale ich seinerzeit im dortigen Lazarett lag [2].

Mit deutschem Gruß
gez. Adolf Hitler

30. September 1927 Dok. 183
Anordnung

VB vom 2./3.10.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Nachdem Pg. H[*er*]r Dr. Dinter wegen beruflicher Überlastung nicht mehr in der Lage ist, sein Amt als Leiter des Gaues Thüringen zu versehen, so enthebe ich ihn, seinem Wunsche entsprechend und unter Anerkennung seiner Gründe, hiermit dieses Amtes [1].

Es ist mir Bedürfnis, Herrn Dr. Dinter bei seinem Ausscheiden als Gauleiter für die der Bewegung in jahrelanger Kampfarbeit geleisteten Dienste meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen.

---

1 Erich Repfennig (geb. 1896), Zahnarzt, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1923 Mitglied des Stahlhelm, 1925 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Pasewalk.

2 Hitler war aufgrund einer Gasvergiftung vom 21.10.-19.11.1918 im Reservelazarett Pasewalk bei Stettin behandelt worden. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur, S. 177 f.

1 Artur Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" als Gauleiter untragbar geworden. Vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 118 ff.

Als Leiter des Gaues Thüringen bestimme ich Pg. Herrn Fritz Sauckel [2]. Anschrift: Weimar, Teichplatz 14.

München, den 30. September 1927

gez. *Hitler*

2 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer in Thüringen, 1927-1945 Gauleiter von Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932/33 thür. Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

2. Oktober 1927 Dok. 184
Rede auf NSDAP-Versammlung in Neustadt bei Coburg [1]

Coburger Zeitung vom 3.10.1927, "Frankentag der NSDAP" [2].

[*Hitler nahm*] prinzipiell Stellung zu den großen *Schicksalsfragen* des deutschen Volkes. Der Übervölkerung Deutschlands als der Kernfrage zu allen übrigen Problemen könne nicht durch Geburteneinschränkung oder durch Auswanderung oder weitere Industrialisierung, sondern nur durch gesunden Imperialismus und vernünftige Bodenpolitik erfolgreich entgegengetreten werden. Die Ernährungsgrundlage der wachsenden Volkszahl anzupassen, das sei das letzte Ziel im Kampfe der Völker und daher die höchste Aufgabe der Politik. Wie falsch die immer wieder aufgestellte Behauptung sei, daß der Nationalsozialismus tot sei, zeige die Angst, die man auch jetzt noch vor ihm habe. Wenn man ihm daher auch Redefreiheit und Staatsbürgerrecht im heutigen Deutschland verweigere, so werde er doch einst Bürger des erstrebten neuen *dritten Reiches* sein.

6. Oktober 1927 [1] Dok. 185
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [2]

Lagebericht Nr. 7 der Zentralpolizeistelle Hamburg vom 14.10.1927; StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, 4078 [3].

[*Hitler*] hielt in zweistündiger freier Rede ungefähr folgenden Vortrag:

---

1 Im Schützenhaus, nach 18.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.600 (VB vom 5.10.1927: 1.800) Personen teilnahmen, wurde vom NSDAP-Landtagsabgeordneten Georg Zipfel geleitet. Die Versammlung fand im Rahmen des "Nationalsozialistischen Frankentags" am 1./2.10.1927 statt. Vgl. Programmankündigung im Neustadter Tageblatt vom 1.10.1927, "Frankentag in Neustadt b. Coburg".

2 Vgl. auch Neustadter Tageblatt vom 4.10.1927, "Der Frankentag der Nationalsozialisten in Neustadt"; Coburger Volksblatt vom 5.10.1927, "Neustadter Bezirk: Der Frankentag der Nazisozi"; VB vom 5.10.1927, "Nationalsozialistischer Frankentag"; VB vom 8.10.1927, "Frankentag der Nationalsozialisten in Neustadt"; Der Weckruf (Nachrichtenblatt der Bezirksgruppe Coburg der NSDAP), Nr. 21 von 1927, "Frankentag der N.S.D.A.P. in Neustadt b. Cobg.". Sowie Bericht des Bezirksamts Coburg an Regierung von Oberfranken vom 4.10.1927; BayHStA, MInn 81581. Lagebericht Nr. 119/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

1 Datierung laut Ankündigung im VB vom 4.10. und 5.10.1927 und VB vom 8.10.1927, "Hitler in Hamburg". Der Lagebericht gibt als Datum irrtümlicherweise den 8.10.1927 an.

2 Im Marmorsaal von "Sagebiel's Etablissement", nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.500 bis 4.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Albert Krebs geleitet und von Arthur Böckenhauer, SA-Gausturmführer Nordmark, mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. auch Hamburger Nachrichten vom 7.10.1927, "Hitler spricht"; VB vom 8.10.1927, "Hitler in Hamburg"; Hamburgischer Correspondent vom 9.10.1927, "Und Hitler sprach"; VB vom 20.10.1927, "Die Hamburger Wahlen".

"Ein neuer Staat ist notwendig, weil der alte versagt hat. Millionen befinden sich infolge der Arbeitslosigkeit in Not. Die Schuld daran tragen die, die am 11.11.1918 den Waffenstillstandsvertrag unterschrieben haben, der eine völlige Kapitulation bedeutet und alle Waffen ausgeliefert habe, so daß später die Diktate der Feinde angenommen werden mußten, weil das Volk wehrlos gemacht war. Seit 1919 ist die Gesetzgebung nur auf die Erfüllung der Bedingungen der Feinde eingestellt. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind darin zu suchen, daß die Parteien sich vergeblich bemüht haben, die großen Tagesprobleme zu lösen. Man muß Kritik an Systemen, nicht an Einzelpersonen üben, denn das Schicksal der einzelnen ist nur die Auswirkung des Schicksals eines großen Volkes. Bei den Wahlen zeigt es sich, daß so viele zwischen den einzelnen Parteien hin und her schwanken; jede Partei sucht den einzelnen auf ihre Seite zu ziehen; auf der einen Seite die national eingestellten, auf der anderen Seite die internationalen Gruppen. Bei dem Kampf dieser Parteigruppen handelt es sich um Weltanschauungen. Beide haben aber ihr Ziel nicht erreicht. Die Bildung eines mächtigen nationalen Deutschlands ist nicht eingetroffen, und das, was heute ist, ist das Gegenteil von dem, was seine Anhänger erhofft haben. Das, was jetzt da ist, hätte man billiger haben können. Dafür hätten nicht 2 Millionen im Kampf ihr Leben lassen brauchen. Und wenn die alten Vorkämpfer des sozialistischen Staates aus ihren Gräbern aufstehen könnten, würden sie auch zugeben müssen, daß sie sich den sozialistischen Staat anders vorgestellt hätten, als wie er jetzt ist. Und von Jahr zu Jahr werden die Ideale der politischen Parteien immer dünner; dem Volke geht es wie einem Schwerkranken, der noch immer auf Gesundung hofft und große Pläne schmiedet, obwohl der Arzt schon das nahe Ende angekündigt hat. Hilfe kann nur von der Formierung eines neuen Zustandes erwartet werden. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß in der Politik der Kampf nur um den Boden geführt wird. Der Mensch lebt von dem, was der Boden ihm gibt. Wenn der Platz nicht mehr ausreicht, um genügend Nahrung zu schaffen für die Menschen, dann kämpft man um die Erweiterung, nur wer der Stärkere ist, kann sich ausbreiten. Und selbst der Marxist wird, sobald er Vater geworden ist, imperialistisch denken, weil er gezwungen ist, wenn er nicht ein Rabenvater sein will, die Kampfkraft des Volkes zu stärken, um Nahrung für seine Kinder zu erhalten. Am Anfang wurde der Boden mit dem Schwert erobert und dann von den Eroberern bebaut, später suchte man durch Auswanderung die Volkszahl dem Boden anzupassen. Dann ging man dazu über, die Produktion zu vermehren, um den Überschuß auf den Weltmarkt zu bringen. Jetzt, nach dem Krieg, ist dieses Mittel nicht anwendbar. Der Weltmarkt ist verloren, die Auswanderung kann nicht mehr helfen, weil das selbst leidende Ausland keine Deutschen mehr aufnimmt. Jetzt ist die Einschränkung der Kinderzahl empfohlen, dies bedeutet aber eine Aufgabe der Kultur. Die Wirtschaft mag bedenken, daß mit dem Staat auch die Wirtschaft zusammenbricht, wie dies aus der Geschichte der Hanse und des Dreißigjährigen Krieges bewiesen ist. Die politische Macht eines Volkes kann einmal beruhen auf der Zahl, ein anderes Mal auf dem Grundbesitz, von beiden aber hat Deutschland im Vergleich zu den anderen großen Völkern nicht zu viel, drittens aber kann die Macht auf dem inneren Geist des Volkes beruhen, und da kommt es auf den Wert der Persönlichkeit an, die nicht durch Mehrheitsbeschlüsse ersetzt werden kann. Das Volk wird heute nur noch

durch die Tradition der Vergangenheit zusammengehalten. Und in dem Ringen um den inneren Geist des Volkes kämpft die nationalsozialistische Bewegung, sie wendet sich nicht an die Bürger und nicht an die Proletarier, sondern an das ganze deutsche Volk."

Zum Schluß gab Hitler einen kurzen Rückblick auf die Bewegung, die er vor sieben Jahren vor 6 Leuten erörtert habe, und die jetzt so mächtig angewachsen sei, obwohl man sie zuerst totschweigen wollte, und dann durch Verleumdung und Lüge ersticken zu können glaubte. Sie bekämpfe den Staat, wenn er Partei ist, aber wenn der Staat das Volk in seiner Mehrheit ist, dann sei es eben der Staat der Nationalsozialisten."[4]

9. Oktober 1927 Dok. 186
"Wesen, Arbeit und Ziele der Nationalsozialisten"[1]
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Ludwigslust[2]

Redetext nicht ermittelt[3].

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Mecklenburger Nachrichten.
2 Im Schützenhaus, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Mecklenburger Nachrichten "zahlreich" besucht war, fand anläßlich des 1. Gautags der NSDAP in Mecklenburg am 8./9.10.1927 statt.
3 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Mecklenburger Nachrichten vom 11.10.1927, "Hitler in Ludwigslust"; VB vom 11.10.1927, "Mecklenburgischer Gautag der N.S.D.A.P."; Volkswacht vom 12.10.1927, "Die Nazis marschieren auf"; VB vom 18.10.1927, "Erster Gautag der Mecklenburgischen Nationalsozialisten". Sowie Lagebericht Nr. 10 (Mecklenburg-Schwerin) vom 22.10.1927; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1778/304.

16. Oktober 1927 Dok. 187
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hof[1]

Hofer Anzeiger vom 17.10.1927, "Kundgebung der oberfränk. National-Sozialisten. Adolf Hitler in Hof"[2].

[*Hitlers*] Rede skizzierte in großen Zügen die Notwendigkeiten und

Möglichkeiten eines deutschen Wiederaufbaues.

Ausgehend von der Tatsache, daß nach allgemeiner Überzeugung, selbst nach der Meinung der heute herrschenden Parteien die gegenwärtigen politischen Zustände unhaltbar seien, bezeichnete er die neue Generation der Frontkämpfer als die zuinnerst Berechtigten, eine Änderung der Verhältnisse zu bringen. Denn es ist, so führte er aus, widersinnig, daß diejenigen, die aktiv durch die Führung des Staats oder passiv durch mangelnde Einsicht den Zusammenbruch mit herbeigeführt haben, nach wie vor maßgebend bei der Bestimmung unseres Geschicks sind. Entscheidend für den Versuch, eine Änderung der Verhältnisse herbeizuführen, ist die nüchterne Erkenntnis in die Fehler, die gemacht wurden. Zur Prüfung dieser Fehler können

eine Reihe von Leitsätzen

aufgestellt werden, vor allem dieser: *Wesentlich zur Beurteilung und Besserung unserer Lage ist nicht die Beschäftigung mit den Tagesfragen, sondern die Erkenntnis der Ursachen, die zu den Verwicklungen des Tages geführt haben.* So wie man eine Krankheit nicht durch ein äußerliches Herumkurieren an den Symptomen heilen kann, sondern nur durch Vernichtung des Krankheitskeims. Weiter gilt: *das Einzelschicksal ist untrennbar verbunden mit dem Schicksal der Nation.* Es ist ein Irrwahn zu glauben, daß sich der und jener als einzelner dem Unglück der Gesamtnation entziehen könne. Der einzelne ist nur ein kleiner Teil, ein Stäubchen im Universum, und es ist geradezu widersinnig, mit einem Dokument von der Art des kommunistischen Manifestes nun plötzlich die Entwicklung dieses Universums aufhalten zu wollen. *Im Kampf um die Erneuerung Deutschlands handelt es sich nicht so sehr um Personen, sondern um den Kampf der Systeme.* Es liegt in der Natur eines jeden Systems, daß es Elemente in sich birgt, die das Licht zu scheuen haben. Jeder, der in der Sonne kämpft, wirft einen Schatten. Nicht gegen diese Kleinen darf sich der Kampf richten, sondern nur gegen das falsche und überlebte System. Die Beurteilung der Richtigkeit eines jeden Systems hängt aber nicht davon ab, ob ein Volk mit oder trotz ihm lebt; denn das Beharrlichkeitsvermögen ist so stark, daß ein Volk auch mit einem gänzlich falschen System noch Jahre hindurch zu leben vermag, und keine Regierung war je schlecht genug, um ein Volk innerhalb kurzer Zeit in den Abgrund zu stoßen. Prüfstein für die Richtigkeit eines Systems ist die Frage: *Vermöchte ein*

1 Im Schützenhaus, von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Hans Schemm, dem NSDAP-Bezirksleiter und Ortsgruppenleiter von Bayreuth, geleitet. Die Rede fand anläßlich einer NSDAP-Kundgebung am 15./16.10.1927 in Hof statt.

2 Vgl. auch Oberfränkische Volkszeitung vom 17.10.1927, "Eine nationalsozialistische Pleite"; VB vom 23./24.10.1927, "Adolf Hitler in Hof". Sowie Bericht des Bezirksamts Hof vom 17.10.1927; BayHStA, MInn 81581. Lagebericht Nr. 119/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

Volk mit ihm zu leben, vorausgesetzt, daß es schon immer, Jahrtausende hindurch anerkannt worden wäre?

Ein politisches System ist besser als ein anderes, wenn es besser das Leben,

den Kampf um das Leben

ermöglicht. Denn der Kampf bestimmt entscheidend alles Leben. Es hat gar keinen Zweck, bestimmten Gebieten, wie militärischen Auseinandersetzungen gegenüber den Pazifismus zu fordern. Es ist ein Grundgesetz des Lebens, *daß es einen Anspruch innerhalb der gegebenen Grenzen durchsetzen muß.* Eine entscheidende Grenze dieser Art ist die Beschränktheit des Erdraums, der uns zur Verfügung steht. Wir haben mit einem in seinem Umfang genau bestimmten Raum zu rechnen, innerhalb dessen die sich dauernd vermehrenden Volksmassen ihr Leben fristen müssen. Es ist nicht so, daß den einzelnen Völkern von vornherein ein Platz zugewiesen wäre, sondern jedes Volk hat Anspruch auf so viel Raum, als es für sich zu behaupten oder zu erobern vermag.

Auf Deutschland angewendet ergibt sich: bei gleichbleibender Bodenfläche hat sich die Volkszahl ständig um ein Vielfaches vermehrt. Dadurch ist

unser Lebensstandard immer mehr gedrückt

worden, und es besteht keine Aussicht auf Besserung, wenn diese Grundvoraussetzung nicht geändert wird. Deutschland kann einfach nicht leben, weil es keinen Raum hat und weil das Mißverhältnis zwischen Boden und Volkszahl noch immer wächst. Wer dieser Tatsache mit dem Pazifismus aus dem Wege gehen will, verkennt die Grundgesetze des Lebens. Es ist denkbar, daß man dem Mißverhältnis zwischen Boden und Volkszahl dadurch zu entgehen versucht, daß man die Bevölkerungszunahme einschränkt. Aber dabei wird außer Acht gelassen, daß menschliche Kultur nicht bestünde, wenn man sich jahrtausendelang auf Erstgeburten beschränkt hätte. Fast alle Genies sind Nachgeborene gewesen. Und noch mehr: *der Pazifist, der die Bevölkerungszunahme einschränkt, mordet aus Feigheit kommendes Leben.* Er selbst hängt so sehr am Leben, daß er sich nicht scheut, den Menschen der Zukunft den Platz streitig zu machen. Dann wird der Pazifismus, der im Namen der Menschlichkeit kämpft, zur

feigsten Grausamkeit,

die sich denken läßt.

Man kann dem Mißverhältnis zwischen Bodenfläche und Volkszahl einmal dadurch begegnen, daß man sich neuen Boden sucht. Aber die politischen Verhältnisse sind heute derart, daß der Raum der Erde aufgeteilt ist, so daß man sich nur gewaltsam und durch Verdrängung anderer neuen Boden schaffen kann. Auch der zweite Weg, Menschen des eigenen Volks hinauszuschicken in fremde Länder, ist nur gangbar, wenn hinter diesen Menschen ein Volk steht, das ihren Anspruch auf Lebensrecht machtpolitisch stützt. Andernfalls werden sie zerrieben. Die dritte Möglichkeit aber, die heute so viel propagiert wird, ist diejenige, Handel zu treiben. Dabei ist zu bedenken, daß der Kampf im Weltkrieg den Sinn hatte, den handelspolitischen Konkurrenten Deutschland zu vernichten. England hat zu diesem Zweck 26 Staaten mobilisiert, um uns niederzuringen; glaubt jemand im Ernst, daß es heute uns erlauben wird, diese Stellung auf friedlichem Weg wiederzugewinnen, die zu beseitigen es seine Existenz auf's Spiel setzte? Der Versuch aber, Deutschland seinen Bestand zu geben durch Verhinderung der Vermehrung,

verrät eine solche Minderung des inneren Werts, daß wir, wenn diese Haltung Allgemeinheit wird, nicht mehr existieren könnten.

Zur Macht, die die Voraussetzung unseres Fortbestandes ist, fähig ist ein Volk nur, wenn es

rassisch hochwertig

ist, wenn es den Wert der Persönlichkeit gegenüber den Masseninstinkten zu erkennen vermag und wenn es den Kampfgeist hochhält. Das deutsche Volk ist rassisch heute, an anderen gemessen, noch immer so, daß es die erste Voraussetzung erfüllt. Aber der Wert der Persönlichkeit wird nicht mehr begriffen. Man hat wohl die Köpfe der Vergangenheit zu schmähen verstanden, aber, was man an ihre Stelle setzte, war nichts als kläglichste Mittelmäßigkeit,

die Majorität der Feigheit und der Dummheit.

Sie hat immer mehr dazu beigetragen, das Volk in zwei Teile, einen proletarischen und bürgerlichen, zu zerklüften, die nicht mehr zueinander finden können, weil sie dem Wert der persönlichen Leistung entfremdet sind und in gegenseitiger Abschließung ihr Heil suchen. Wenn der Nationalsozialismus sich gegen den Marxismus wendet, so greift er nicht die Lehre im einzelnen an; er mißt ihn nur an seiner Stellung zu diesen drei Fragen: *Den Wert der Rasse lehnt der Marxismus ab, indem er die Internationale erstrebt. Der Persönlichkeit bestreitet er das Recht mit seiner Anerkennung der Majorität oder der Diktatur der Majorität. Den Kampfgeist aber lehnt er ab mit seiner Forderung des Pazifismus.* Mit dem Bürgertum und seiner Illusionspolitik ist es nicht anders. So sieht der Nationalsozialismus seine Mission darin, der Persönlichkeit neue Anerkennung zu schaffen. Er lehnt es ab, Tagesfragen zu behandeln, bevor nicht grundsätzlich eine Änderung des Systems herbeigeführt ist. Er fühlt sich,

gegründet als Soldatenpartei,

im schönsten Sinn des Wortes verantwortlich für das Vermächtnis der zwei Millionen Toten, die uns der große Krieg gekostet hat. Nicht auf Popularität und Anerkennung der Massen kommt es ihm an, sondern darauf, ein Werk zu schaffen, das für die Nachwelt Bestand hat.[3]

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

22. Oktober 1927 Dok. 188
Anordnung

VB vom 26.10.1927, "Aus der Bewegung."

Bekanntmachung

Herr *Felix Ebelt* [1], Bad *Elster*, wurde auf Grund § 4, Abs. 2 b und c der Satzung vom 22. Mai 1926 [2] aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

München, den 22. Oktober 1927

gez. Adolf *Hitler*

29. Oktober 1927 Dok. 189
"Marxismus oder Nationalsozialismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hattingen [2]

Hattinger Zeitung vom 31.10.1927, "Adolf Hitler spricht im Weiltorsaal!" [3].

Er [*Hitler*] kennzeichnete meisterhaft den Betrug und das restlose Versagen des Marxismus, wies in sachlicher und logischer Aufeinanderfolge nach, *weshalb* die Lehre des Marxismus, die ihren Anhängern endlos viel versprochen, aber nichts gehalten hätte, restlos *versagen müsse!* Auf der anderen Seite legte er weltanschauungsmäßig die Gedankengänge des von ihm vertretenen Nationalismus [*sic!*] klar. Hitler geißelte das tatenlose Verhalten jener Schicht des Volkes, die da sagt: "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht"! Wer heute so denke, sei *feige* und für den Aufbau eines neuen Staates vollkommen auszuschalten. *Nicht durch Dummheit und Feigheit* nach demokratischem Muster werden wir von den heutigen Sklavenketten befreit, sondern nur durch den restlosen Willen zum Kampf, unter Heranziehung der Besten und Intelligentesten aus dem

1 Felix Herbert Ebelt (1875-1950), Schauspieler und Regisseur, 1923 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Bad Elster, 1927 Parteiausschluß, später Wiedereintritt, Schulungsreferent bei der SA.
2 § 4 Abs. 2 b und c: "Mitglieder werden ausgeschlossen: [...] b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln und c) die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen und dadurch den Verein schädigen." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

1 Titel laut Hattinger Zeitung und VB.
2 Im Weiltorsaal, von 20.30 bis 23.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut VB über 1.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Karl Kaufmann geleitet.
3 Eigener Bericht der NSDAP-Ortsgruppe Hattingen. Vgl. auch VB vom 13./14.11.1927, "Zwei Massenversammlungen in Hattingen. Adolf Hitler spricht, Gregor Straßer spricht".

Volke. Hitler schloß: "Wir Nationalsozialisten glauben nicht, daß der 8. November[4] gekommen ist, um das deutsche Volk zu zerschmettern, sondern wir glauben, daß er gekommen ist, damit unser Volk wieder aufersteht!"[5]

4 VB: "8. November 1918".

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

9. November 1927 — Dok. 190
"Die Toten des 9. November 1923"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München[2]

Masch. Aufzeichnung[3] mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/54[4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Es sind jetzt 4 Jahre vergangen seit dem traurigen Tag, an dem zur Mittagsstunde sich ein Zug durch die Straßen dieser Stadt bewegte und an einer Stelle plötzlich ein jähes Ende fand. Unter "Deutschland hoch in Ehren" marschierte der Zug und unter "Deutschland hoch in Ehren" fielen die ersten und wurden dann später insgesamt als Hochverräter bezeichnet. (Pfui-Rufe.)

Meine lieben Freunde! Damals sagte die Gegenwart, besonders ein Teil dieser Gegenwart, das sind Hochverräter. Obwohl dieser Ausdruck für immer an ihnen hängen bleiben wird, so pflegt doch die Geschichte so etwas später nicht selten zu korrigieren und einer gründlichen Revision zu unterziehen.

In den Apriltagen des Jahres 1809 faßte ein verwegener Haufe von Preußen, auch Sachsen waren darunter, den Entschluß, gegen die Tyrannei eines Napoleon sich aufzulehnen und den günstigen Augenblick zu benützen, um vielleicht den ganzen Staat mitzureißen in einem Augenblick, der ihrer Meinung nach wie geschaffen war, gegen dieses Napoleonische Frankreich sich zur Wehr zu setzen. Als dieser Haufe aufstand, da zogen sich alle davon zurück, und es blieb ihm nichts anderes übrig als sich schließlich in einer Stadt zu verschanzen und sich bis zum letzten zu wehren. Ein Teil mußte kapitulieren, ein anderer fiel, wieder andere flohen; 11 wurden später noch erschossen. Sie alle hießen damals nicht anders als Hochverräter, Missetäter, Verbrecher usw. Das waren die offiziellen Ausdrücke im offiziellen Preußen, ja im ganzen offiziellen Deutschland, mit denen man die Schillsche Freischar[5] bedacht hat. Kaum 30 Jahre waren vergangen, schon 1835, da hat man ihnen das erste Denkmal gesetzt, und 2 Jahre später brachte man sie in ein Mausoleum, und im Jahre 1889 wurde ein Regiment dieses selben Staates, ein Husarenregiment, die Schillschen Husaren getauft. Sie sind längst eingezogen in den Tempel der Nationalgeschichte, der Freiheit und der Freiheitskämpfe unseres Volkes.

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9935) und Ankündigung im VB vom 5.11. und 9.11.1927.

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.30 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht wegen Überfüllung gesperrt werden mußte, wurde von Rudolf Buttmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 9. November 1927 abends 8 Uhr im Bürgerbräukeller zu München".

4 Gekürzte Fassung: VB vom 11.11.1927, "'Die Toten des 9. November 1923'". Sowie Polizeibericht vom 10.11.1927 und Polizeibericht, o. D. (gez. Joseph Ihle); StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 61 der Polizeidirektion München vom 24.11.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

5 Benannt nach dem preußischen Offizier Ferdinand von Schill (1776-1809), der in den Befreiungskriegen gegen Napoleon I. gekämpft hatte.

Meine lieben Freunde! Wie ist es überhaupt möglich, daß Zustände kommen oder Augenblicke eintreten können, in denen nationale Männer in Gegensatz zum Staat geraten können? Wie ist es möglich, daß plötzlich Menschen, die an sich doch natürlicherweise eine Stütze des Staates sein müßten, plötzlich dem Staat als Gegner gegenübertreten müssen? Meine lieben Freunde, das ist oft und oft so gewesen, nämlich immer dann, wenn der Sinn des Staates sich verkehrt und umgewandelt hat; denn im Grund genommen sind es nur zwei Gegensätze, die hier gegeneinanderstehen, nämlich die doppelte Auffassung des Begriffes Staat.

Zwei Auffassungen gibt es darüber, was ist eigentlich ein Staat. Ich möchte sie ganz groß [*sic!*] in folgender Weise zusammenfassen. Für den einen ist der Staat der Selbstzweck, eine Sache an sich, und für den anderen nur ein Mittel zum Zweck. Für den einen ist der Staat nichts anderes als ein grandioser Mechanismus, der da lebt, auf daß er lebt, und die Staatsautorität ist das, was den Mechanismus am Leben erhält, und die Macht ist das, was die Staatsautorität erhält. Das ergibt sich gegenseitig und hat im Grunde genommen keinen anderen Sinn und Zweck als den des Bestehens dieses mechanischen Faktors an sich. Dann gibt es eine andere Auffassung, die sagt, der Staat ist nur Mittel zum Zweck, der Zweck dieses menschlichen Daseins ist nicht die Erhaltung des Staates, sondern das Bestehen des Staates ist mit ein Mittel, um das Bestehen eines Volkes zu ermöglichen. Der Inhalt ist das Wesentliche, er ist ewig unsterblich und nicht die Form an sich. Der Staat ist nach dieser zweiten Auffassung nichts anderes als die Form, die dem Zweck dienen muß, und wenn sie nicht mehr imstande ist, den Inhalt zu bewahren und zu fördern, dann muß sie geändert werden, bis sie eines Tages wieder in der Lage ist, diesem höchsten Zweck, den es auf Erden geben kann, wieder zu dienen und zu gehorchen. Zwei Auffassungen sind es also, die miteinander streiten. Es scheint mir zu sein wie bei allen Ideen und allen Dingen, daß das, was zunächst aus logischen Gründen erwächst, häufig in kurzer Zeit ins Unlogische verkehrt wird. Das gilt insbesondere für Ideen.

Ideen brauchen, um zu bestehen, Organisationen, genauso, wie religiöse Gefühle stets Kirchen erhalten werden, religiöse Überzeugungen in Konfessionen sich verankern. Allein wehe, wenn der Inhalt eines Tages zur Nebensache wird und die Organisation, die Form zur Hauptsache. (Zurufe: Sehr richtig!) Wehe, wenn bei irgendeiner Idee die Organisation, sei es eine Partei oder Kirche oder ein Staat, Selbstzweck wird, und der Inhalt, der lebendige Inhalt, hinuntersinkt von einem Zweck zu einem ganz kleinen Mittelchen.

Immer dann, wenn so etwas eintritt, beginnen die Besten, die eigentlich dazu da wären, diesen Institutionen zu dienen, dagegen Front zu machen. Wenn der Glaube erstarrt und nur mehr äußere Form ist, dann erscheinen und entstehen Reformatoren, welche versuchen, die Form wieder dem Glauben dienstbar zu machen, und nicht den Glauben erstarren zu lassen unter der Form. Und wenn in den Parteien die Ideen erstarren und die Parteien zum Selbstzweck werden, dann entstehen neue Bewegungen, die versuchen, die Form zu zerschlagen, um dem Sinn wieder freie Bahn zu verschaffen. Wenn im Völkerleben das Volk, der Inhalt des Staates, immer mehr im Laufe der Jahrhunderte zurückgedrängt wird von der rein mechanischen Existenz des Staates, dann

werden auch dort die besten Menschen in innere Konflikte geraten; denn so sehr man an sich den Staat als Selbstzweck deklarieren kann, so wenig kann man es fertig bringen, den einzelnen Menschen und besonders bedeutende Köpfe dem Staat näher zu rücken; denn die wurzeln nicht im Staat, sondern im Volk. So wie Staat und Volk zwei Begriffe werden, die nicht mehr eins sind, sondern wo der eine Begriff den anderen häufig drückt, entstehen aus den Unterdrückten plötzlich Ankläger und kommt aus ihnen Widerstand; denn die Quelle alles Lebens ist nicht der Staat, sondern das Volk an sich. (Beifall.) Es ist dann kein Wunder, wenn gerade die Besten eines solchen Staates sich dagegen zu wenden beginnen; denn gerade die Besten und Größten wurzeln mehr als alle anderen in ihrem Volk, sind nicht Kinder des Staates, sondern ausschließlich Kinder der Allmutter, ihres eigenen Volkstums. Dem sind sie entsprossen, und ihm dienen sie. Der Staat wird in eben dem Maß kleiner und kleiner und lächerlicher, in dem er sich von der erhabensten Mission entfernt, nämlich die Mutter alles Lebens zu beschirmen und zu beschützen. Wenn der Staat sich von dieser Aufgabe entfernt, werden aus dem Volkstum heraus Ankläger entstehen, und wird eines Tages der Widerstand ein solches Staatsgebilde zerbrechen. Glauben Sie mir, Staaten kommen und Staaten vergehen; was aufrecht bleibt, ist nur der Mensch an sich. Das Leben selbst, es kann zu Grunde gerichtet werden und am leichtesten dann, wenn der Staat seinen höchsten Zweck nicht mehr erkennt. Allein dann versucht dieses Leben zum mindesten, sich dagegen zu bäumen und Widerstand zu leisten, bis daß aus diesem Leben eine logische und organische Form entsteht, die als wirklicher Organismus der Völker angesprochen werden kann zum Unterschied von dem reinen Mechanismus, den der andere Staat nach kurzer Zeit schon allein übrig läßt. Der Staat ist die Vertretung des Lebens eines Volkes, und in dem Augenblick, wo er seine Mission verliert, hat er seinen Daseinszweck bereits verloren. Er ist nicht dazu da, daß Millionen von Beamten und Angestellten ernährt werden - sie sind nur Mittel zum Zweck -, sondern dazu, den Volkskörper zu erhalten, nicht eine fiktive Staatsautorität. (Beifall.) Er ist nicht dazu da, diese fiktive Staatsautorität aufzubauen, vor der der einzelne Bürger anbetend in den Staub zu sinken hat. Nein, das alles sind nur Mittel zur Erhaltung eines Volkskörpers. Der Staat selbst ist nur Mittel zum Zweck. Wenn Volksinteresse und Staatsinteresse eins ist [*sic!*], wenn Volk und Staat eins ist, dann sind die besten Geister eines Volkes auch die staatstragenden und staatserhaltenden. Wenn aber die besten Geister eines Volkes nicht mehr staatserhaltend sind, sondern sich in Opposition stellen müssen, dann ist der Staat damit vom Volk abseits gerückt. Er vertritt nicht mehr die Interessen des Volkes, sondern ist zur selbstherrlichen Institution geworden, die bestehen will selbst auf die Gefahr des Verderbens des Volkes. (Zurufe: Sehr richtig!) Dafür bietet die Geschichte Tausende und Abertausende von Beispielen.

Die Geschichte lehrt aber auch zugleich, daß es dann nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder das Volk reformiert den Staat wieder und leitet ihn zurück zu seiner natürlichen Bestimmung oder der Staat vernichtet ein Volk. Bei uns in Deutschland schien es oft zu sein, als ob Staat und Volk sich decken würden. Aus diesem großen Gleichnis heraus erwuchs auch die Vorstellung des neuen Staatsgedankens, diese Vorstellung, daß

der Staat nichts anderes ist als höchste Dienstpflicht am Volk und die Organisation dieser höchsten Dienstpflicht am Volk.

Wir kennen besonders einen Staat, der für viele Millionen, wir können sagen für die ganze deutsche Nation, zunächst als die Erfüllung einer alten Sehnsucht gegolten hat, der Sehnsucht, daß das Reich, der Staat, das sein soll, was das Volk selbst darstellt. Was das Volk selbst an Wert besitzt, das möge dieser Staat beschützen. Diese Sehnsucht ist in Erfüllung gegangen für viele Millionen an jenem Tag, an dem vor der Einschließungsfront vor Paris das neue Reich gegründet wurde, von dem man glaubte, daß die dynastische Politik für die Zukunft zusammenbrechen müßte, und an ihre Stelle eine deutsche Nationalpolitik treten würde, die für alle Zukunft allein bestimmt durch die deutschen Nationalinteressen das Deutsche Reich leiten würde. Damals entstand dieses neue Reich, geschmiedet von einem gewaltigen Schmied und begrüßt von Millionen. Wahrhaft erhebend und ruhmvoll war es aus der Taufe gehoben, nicht etwa durch Landesverrat oder durch irgendeine Meineidstat, sondern entstanden aus dem Blut der heldenhaftesten Söhne und aus der allgemeinen Begeisterung eines damals 40-50-Millionen Volkes. Daraus entstand die alte deutsche Freiheit, und es war dies vielleicht der beste Versuch, die Staatsform in Übereinstimmung zu bringen mit dem innersten Zweck, nämlich dem, dem Volk zu dienen. Das war auch die Ursache, warum durch Jahrzehnte die besten Deutschen, die früher bis zum Jahre 1848 und darüber hinaus in Opposition zum Staat standen, in diesen Staat hineingingen und ihm mit heißer Liebe und wahrer Hingabe dienten. Diesem Staat sind wir alle Diener gewesen, die wir hier als gute Deutsche versammelt sind. Wir haben sehr wohl im einzelnen auch seine Schwächen empfunden. Allein über alle die Schwächen hinweg hatten wir das beglückende Gefühl, einen deutschen Staat zu besitzen, der die Interessen der deutschen Nation in wahrhaft erhebender und ehrenhafter Weise zu vertreten in der Lage war, der dem deutschen Volk das tägliche Brot auf dieser Erde zu sichern verstand und sichern konnte. Dem Staat sind wir damals Diener gewesen, und die Besten unseres Volkes haben ihm restlos gedient. Es gibt keinen großen Deutschen, von dem vielleicht in 100 Jahren die Nachwelt berichten wird, daß er nicht innerlich Diener dieses Staates gewesen wäre.

Allein andere sind seine Kritiker gewesen. Andere waren die Kritiker des alten Reiches und ließen kein gutes Haar an diesem alten Staat. Es gab nichts, was sie nicht zu kritisieren hatten. Der ehrliche Deutsche, er liebt dieses Reich, das es ihm zum ersten Mal nach langen Jahrhunderten möglich machte, mit stolzem Nacken wieder in die Fremde zu ziehen. Die Kritiker aber predigten ihm, der Bestand dieses Reiches sei eine Schande für unser Volk. Der anständige Deutsche, er sah in diesem Reich die Möglichkeit zum Erwerb des täglichen Brotes und mußte zugeben, dieses Reich bemühte sich, ihm, wenn auch dauernd gelähmt durch die Vorstellung von der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung des Weltfriedens, dieses tägliche Brot zu sichern. Dieses deutsche Reich zog allmählich seine Kinder aus der Fremde zurück und verhütete den Abstrom von neuen. Es versuchte, sie im Innern zu ernähren durch entsprechende Entwicklung der deutschen Wirtschaft, und bemühte sich auf friedlichem Wege, die Hunderttausende von jungen Deutschen, die Jahr für Jahr kamen, in ihrem Auskommen sicher zu stellen. Es wurde dafür von den Kritikern nichtsdestoweniger als der Staat bezeichnet, der eine

Schande darstelle für das deutsche Volk, der nur das Hungersystem verewige. Einen Hungerstaat nannte man ihn, den Staat, der als erster es fertig brachte, daß nicht mehr wie früher Hunderttausende von Deutschen ins Ausland zu ziehen brauchten. Dieser Staat entwickelte auch eine gewaltige Wirtschaft im Dienste des Volkes. Er wurde zu dieser Industrie nicht getrieben aus spekulativen Gründen. Der Hunger war es von jährlich 900.000 jungen Bürgern[6], der gestillt werden mußte, und den man nicht stillen kann durch Phrasen oder Theorien oder Proklamationen oder Manifeste. Um den Menschen das Leben zu ermöglichen, dafür baute man die deutsche Wirtschaft auf. Und die anderen, die Kritiker, die sagten, das ist das gemeinste kapitalistische Raubsystem. Weiter suchte man Stützpunkte zu bekommen; denn die Wirtschaft kann nur existieren durch Export. Dazu braucht man Handel. So baute man eine Flotte und versuchte Stützpunkte zu gewinnen. Das bezeichneten jene von der anderen Seite als das Charakteristikum des Raubstaates. Weiter versuchte der Staat, in Wettbewerb zu treten mit den anderen. Er war dazu gezwungen, weil jene 900.000 Kinder jährlich Brot wollten. Er versuchte, mit den anderen in Konkurrenz zu treten und sich durchzusetzen. Was sagten dazu die Kritiker dieses Staates von damals? Das ist nackte Geldgier, Raubgier, Habsucht usw. Dann hat der Staat versucht die Freiheit des Volkes zu wahren, die Freiheit unseres Volkes, das als neuer Konkurrent von den anderen scheel angesehen wurde. Er versuchte diese Freiheit zu bewahren dadurch, daß er jeden einzelnen Volksgenossen zur Pflicht erzog, die Freiheit zu verteidigen. Er baute ein deutsches Heer auf auf der allgemeinen Wehrpflicht der ganzen Nation, baute eine große Kriegsflotte. Was sagten die Kritiker? Militarismus! Die Wehrpflicht wurde als allgemeine Schande bezeichnet und Deutschland selbst deshalb, weil es versuchte, seine Freiheit zu wahren, als Weltgefahr hingestellt, als Weltschande. Das sind Ausdrücke aus dem Wörterbuch dieser Herren von damals, die heute unsere hohen Regierenden sind. (Lebhafter Beifall.) Weiter versuchte man, dieses Reich im Innern in Ordnung zu halten, und es gab keinen Staat, der eine bessere Ordnung hatte als dieses alte Deutschland. Heute können wir das mehr würdigen als je zuvor. Wie wurde der Staat dafür betitelt? Als Polizeischande; man nannte ihn den Polizeistaat der Welt. Der Staat hatte auch die beste, billigste und sauberste Verwaltung der ganzen Erde. Kein Staat, der so frei von Korruption war wie dieser. Wie mußte die Sozialdemokratie suchen, um auch nur einen Fall ausfindig zu machen. In den Kruppschen Werkstätten erhielten einige Male die Unteroffiziere der Artillerieprüfungskommission gratis ein Mittagessen. Korruption schrie man, typische Korruption in diesem Korruptionsstaat. Man wurde nicht müde diesen Fall millionenfach zu vergrößern, und Jahr für Jahr wurde er wieder hervorgezerrt. Übrigens war natürlich die gesamte Verwaltung an sich nur Bürokratie, Bürokratismus übelster Art. Und dann die Staatsform selbst! Die Herren können sagen, was sie wollen, sie ist sicher dem deutschen Volke billiger und besser bekommen. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Wie aber bezeichnete man sie? Als Kulturschande, als Reaktion. Dann gab es im damaligen Deutschland noch eine Möglichkeit. Jedermann hatte das Recht, vor einen ordentlichen Richter gestellt zu werden (stürmischer Beifall), und diese Richter, sie wa-

6 In den Jahren 1870 bis 1914 schwankte der jährliche Bevölkerungszuwachs zwischen 400.000 und 900.000 Personen. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II, S. 27 f.

ren nicht zusammengeklaubte Parlamentarier (Zurufe: Sehr gut! - Lebhafter Beifall), sondern ehrenwerte Männer, die unabhängig und frei waren und richten konnten nach ihrem Gewissen. Und wie bezeichnete man das? Als Justizschande, und wie wurde gegen diese Justizschande gewettert, wie machte man alle Geister mobil, um gegen diese Institution in Deutschland Sturm zu laufen. Das ging so weiter. Es gab nichts, was man nicht kritisierte, nicht verleumdete und schlecht machte in gewissen Kreisen. Sie erschütterten langsam den Glauben an das Reich und haben es soweit gebracht, daß in den Jahren 1910/1911/1912 ein großer Teil der Nation wirklich den Glauben an Deutschland verloren hatte. Solange hatte man ihnen das gepredigt. Und der alte Staat, der Polizeistaat, er kannte kein Staatsschutzgesetz [7]. (Zurufe: Sehr richtig!) Er ließ jeden reden, was er sagen wollte. Nur für ein paar Potentaten waren weitgezogene Majestätsbeleidigungsparagraphen da. Sie wurden aber im allgemeinen nicht angewandt für den Simplizissimus [8] usw., sondern es blieben in der Regel nur ganz kleine Burschen hängen, die vielleicht einmal eine dumme Äußerung gemacht hatten. Im allgemeinen war die Kritik frei. Trotzdem nannte man das alte Deutschland ein Land der Unterdrückung und Tyrannei usw. Bis dann eines Tages jenes Unheil über Europa hereinbrach, der Weltkrieg, und dann begann die Kritik erst recht. Für uns, die damals beim Staate standen, waren die Ursachen des Krieges vollständig klar. Deutschland hat, um für seine Kinder Brot zu bekommen, jahrelang friedlich versucht, in der anderen Welt für seinen Handel und seine Industrie Absatzgebiete zu finden. Es mußte dabei mit den anderen in Konflikt kommen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, entweder mehr Grund oder ein Eindringen in die Gebiete, die von England, Frankreich usw. schon seit langem besetzt waren. Man mußte diesen Staaten Konkurrenz machen, und so mußte eines Tages das Unglück eintreten, in dem nur der Appell an die Waffen die letzte Entscheidung geben konnte. Bismarck und Moltke hatten das längst vorausgesehen. Die Weltgeschichte kennt keine Entwicklung des sogenannten Friedens - auch heute haben wir sie nicht -, sondern sie kennt nur eine Entwicklung, die Entwicklung des Vorrechts der Kraft. Der Stärkere erhält Brot für seine Existenz, und der Schwächere geht unter. Was sagten da die anderen? Was ist die Ursache dieses Krieges? Der deutsche Militarismus! Obwohl sie alle wußten, daß Rußland ein größeres stehendes Heer hatte als Deutschland und ebenso auch Frankreich, daß England die größte Marine der Welt besaß, so haben sie doch nichtsdestoweniger erklärt, allein Deutschland ist schuld. Das haben die, die uns heute regieren, jahrelang unserem Volke vorgeschrien, bis das dumme Volk in seiner Einfalt es selbst zu glauben begann. (Pfui-Rufe.) Wir kennen die Schuld am Kriege. Wir wissen, daß die Schuld am Krieg der Neid der anderen gewesen ist, dieser ewige Neid, der uns jahrzehntelang verfolgt hat. Allein unsere Kritiker von damals, die Kritiker des alten Staates, sie wußten das zwar auch, aber sie erklärten, schuld am Kriege ist der deutsche Imperialismus, während Deutschland doch jahrzehntelang den

7 Anspielung auf das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, das der Reichstag nach der Ermordung von Reichsaußenminister Walter Rathenau verabschiedet hatte. Druck: RGBl. I, 1922, S. 585 ff.

8 Die politisch-satirische Wochenschrift "Simplizissimus" erschien seit 1896 im Münchner Verlag Albert Langen. Zu ihren Mitarbeitern gehörten u.a. Karl Arnold, Thomas Theodor Heine, Olaf Gulbransson, Bruno Paul, Ferdinand von Reznicek, Ludwig Thoma und Frank Wedekind.

Frieden bewahrt hatte und jede günstige Gelegenheit vorübergehen ließ, mit Frankreich abzurechnen. Dieses Deutschland war schuld mit seinem Imperialismus. (Stürmischer Beifall.) Dann brach der Krieg aus. Wir alle wußten, der Ausbruch ist für uns zur unglückseligsten Stunde erfolgt. Wir wußten, daß Deutschland weder militärisch noch insbesondere wirtschaftstechnisch auch nur im geringsten für diesen Krieg gerüstet war. Unsere Flotte war zum großen Teil verzettelt. Der größte Teil der Handelsflotte befand sich nicht in deutschen Häfen, so daß also ein großer Teil unseres Nationaleigentums von vornherein verloren war. Wir wußten, daß die ganzen Ereignisse für uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel herunterkamen, und daß uns keine andere Wahl blieb als entweder oder, Vogel friß oder stirb. Die anderen aber sagten, schuld am Krieg ist der deutsche Kaiser. Er, der Kaiser, ist schuld, daß der Krieg ausbrach. Weiter hieß es, der Beginn des Krieges selbst! Wir wußten, wir mußten in dem Augenblick, in dem das Verhängnis zu rollen begann, blitzschnell handeln, wollten wir nicht in den ersten Tagen bereits erdrückt werden. Es blieb uns keine andere Wahl, und wir taten recht, wenn wir uns unserer Haut wehrten. Unsere Kritiker aber sagten, der Beginn des Krieges, die ganze Art der Einleitung, war ein Verbrechen, ein völkerrechtswidriges Verbrechen. Für uns handelte es sich um die Verteidigung unseres Volkes, bei dem Sein oder Nichtsein auf dem Spiele stand. Und dann die Waffen! Wahrhaftiger Gott, wir hätten wirklich andere Waffen verwenden können. Leider haben wir es nicht getan, leider haben wir nicht die Waffen verwendet, die deutscher Geist ersonnen hat, aus lauter Humanitätsduselei. (Stürmischer Beifall.) Jetzt haben wir Jahrzehnte hindurch darunter zu leiden. Unsere Kritiker aber, die schrieen in die ganze Welt hinaus, die deutsche Waffenanwendung, sie wäre eine Schande sondergleichen, eine Menschheitsschande. Weiter unsere Methoden! Wer von Ihnen im Felde war, der kann bestätigen, daß leider Gottes in allen besetzten Gebieten der deutsche Soldat selbst der zweite war, der erste immer der sogenannte Eingeborene (Zurufe: Sehr gut!), der kann bestätigen, daß wir überall leider mit Methoden kämpften, die viel zu milde waren. (Zurufe: Sehr richtig!) Nichtsdestoweniger schrie man uns vor, daß wir verruchte Methoden angewendet hätten, völkerrechtswidrige Methoden. Das Ziel des Krieges! Wir wissen, wir haben leider überhaupt kein Ziel gehabt, außer dem einen Ziel, uns die Feinde vom Nacken zu halten; denn was sonst herumgeschrieen wurde, ja lieber Gott, will man es einem Volk verdenken, das vier Jahre um seine Existenz zu kämpfen hat, wenn einzelne Männer sich finden, die erklären, man solle ein Ziel aufsetzen, für das die Leute sterben. (Zurufe: Sehr richtig!) Man tat das leider nicht, sondern war Jahr für Jahr ununterbrochen nur von dem einen Gesichtspunkt beherrscht, wir wollen den Frieden erhalten, wollen einzig und allein Deutschland vor der Knechtung bewahren. Um etwas anderes hat es sich nicht gehandelt. Nichtsdestoweniger waren wir die Schuldigen mit unserem Kriegsziel. Wir waren die Imperialisten, die Eroberungssüchtigen usw. Das gleiche gilt von der Dauer des Krieges. Kein Mensch hat bei uns diese lange Dauer gewollt. Es ist Wahnwitz, Irrsinn und gemeine Niedertracht, auch nur einem unserer Leiter zuzuschieben, daß er ein Interesse gehabt hätte an der langen Dauer des Krieges außer jenen spekulativen Kräften, die hinter der Revolution standen. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Nichtsdestoweniger wurde die Dauer des Krieges diesem alten Staat zugeschoben. Das gleiche

gilt über die Aussichten des Friedens. Jeder Mensch wußte, Friedensaussichten haben wir, aber nur wenn wir uns ergeben, wenn wir die ganzen Opfer umsonst gefallen sein lassen und auf die deutsche Zukunft verzichten. Das heißt aber mehr, als Verzicht [*zu*] leisten auf irgendeinen Titel, das heißt Verzicht [*zu*] leisten auf das Brot für Millionen von Menschen. Wenn wir das wollten, dann konnten wir Frieden haben. Ein anderer Friede wurde uns nie angeboten. Die anderen aber sagen, Deutschland allein ist schuld, daß es nicht schon längst zum Frieden kam. Es gab Mittel, den Frieden zu erlangen! Sie haben kein Gramm Beweis dafür, aber sie logen das dem Volke vor. So ging das weiter bis zur Kritik an der Heeresleitung, ja zur Kritik an dem ganzen Dasein dieses Staates. Es gab nichts, was diese Menschen nicht schlecht gemacht und heruntergesetzt haben, es gab keine Schande, die sie nicht auf ihr eigenes Vaterland, auf ihren eigenen Staat gehäuft haben.

Damals sind wir alle noch die Diener dieses Staates gewesen. Damals haben wir alle nur still und ruhig unsere Pflicht erfüllt. Leider Gottes! Ich sage mir oft, hätte mich der Himmel im Jahre 1915 oder 1916 als Verwundeten nach Hause geschickt, und hätte ich nicht mehr an die Front gekonnt, vielleicht wäre es mir dann möglich gewesen, diese Organisation früher aufzuziehen. Wehe dann diesen Revolutionären! Wir wären den Herren entgegengetreten.

Dann kam die Stunde, in der die Kritiker ihre Kritik zur Tat umwandelten. Am 9. November 1918 haben sie jene glorreiche Tat vollbracht, die ein Kardinal später wagte, als eine Tat des Meineids, der Lüge und des Verrats zu bezeichnen[9]. Am 9. November 1918 haben die Kritiker ihre Stellung als Kritiker verlassen und haben den Staat in ihre Hand genommen. Seitdem regieren die seinerzeitigen Kritiker, die Feinde des einstigen Staates, den heutigen Staat. Nun, da die früheren Kritiker den Staat nach ihrer Fasson aufbauen, erlauben wir uns heute, an ihnen Kritik zu üben. (Zurufe: Sehr richtig! - Stürmischer Beifall.) Wir beginnen abzuwägen die Versprechungen mit den Erfüllungen, die Vorspiegelungen mit der wirklichen Wahrheit. Wir erlauben uns heute das Ergebnis der Tätigkeit dieser Herren zu prüfen, und sie mögen nicht sagen, ja, wir haben diesen Staat in einer traurigen Lage übernommen. Keine faulen Ausreden, meine Herren! Erstens ist für diese traurige Lage niemand anderer verantwortlich als Sie und zweitens: warum haben Sie ihn überhaupt übernommen? (Zurufe: Sehr richtig! - Stürmischer Beifall.) Ja, war es etwa so, daß am 9. November [*1918*] das alte Deutschland kapituliert hat, daß am 9. November das alte Deutschland zu den Scheidemännern und Genossen ging und bat, wir können nicht mehr weiter, übernehmen Sie nun das Reich. Nein, meine Herren, Sie haben eine Revolte inszeniert, und das alte Reich in dem Augenblick gestürzt, da die besten Söhne teils unterm Rasen lagen, teils an der Front waren und müde waren und den Frieden wollten, aber nicht einen Frieden des Verrats und der Gemeinheit, wie Sie ihn dem Volke gegeben haben. Nein, liebe Freunde, es ist nicht

9 Gemeint ist Kardinal Michael von Faulhaber, der in seiner Ansprache am 27.8.1922 auf dem 62. Deutschen Katholikentag in München die heftig umstrittene Äußerung getan hatte: "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Vgl. Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27.-30. August 1922, Würzburg 1923, S. 4. Sowie Volk, Faulhabers Stellung, S. 177 ff.

so, daß Sie sich heute mit faulen Ausreden drücken könnten von [*sic!*] der Verantwortung für das, was dann gekommen ist. Für das, was seit dem November 1918 gekommen ist, tragen die Matadoren des heutigen Staates restlos die Verantwortung. (Lebhafter Beifall.) Außerdem mögen Sie doch besonders eines nicht sagen. Mögen sie [*sic!*] nicht sagen, wenn wir damals den Staat nicht in unsere Hand genommen hätten, wer weiß, was dann gekommen wäre. Meine lieben Freunde! Mehr als ein Volk versklaven, seine Arbeitskraft verkaufen, seine Ehre töten und die Moral beseitigen, kann niemand. Das habt Ihr ganz virtuos gelöst; darin könnt Ihr von niemand übertroffen werden. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Nein, Ihr habt im Jahre 1918 durch eine einzige Tat ein Volk, das 2 Millionen Tote und fast 4 1/2 Millionen Krüppel und Verwundete besaß [10], Ihr habt ein Volk, das diese riesigen Opfer für seine Größe und Freiheit brachte, um diese Opfer betrogen. Das ist der Sinn des 9. November 1918 gewesen.

Glauben Sie, es mögen tausend Schutzgesetze heute dafür aufgerichtet werden, einmal wird eine Zeit kommen - vielleicht liegt sie noch fern, vielleicht auch nicht -, da wird auf einem Blatt der Geschichte stehen, das war das größte Verbrechen der Weltgeschichte aller Zeiten, da wird man feststellen, daß, solange die Erde existiert und eine menschliche Geschichte besteht, noch nie ein Volk nach solcher Größe und solchen Opfern in einer einzigen Nacht von einer organisierten Verbrecherbande zu Boden geschlagen wurde. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Auf vielerlei Art sind schon Staaten gegründet worden, aber noch selten wurde wohl ein Staat ins Leben gerufen von einer Koalition von Zuhältern, Dieben, Deserteuren, Einbrechern und Schiebern, und an der Spitze der Organisator dieser genialen Methode, der internationale Hebräer, der Jude.

Meine lieben Freunde! Die heutigen Staatsheroen, sie haben nur das Schicksal zu tragen, das sie selbst sich einst verdienten. Sie haben einen Staat geschaffen, der im schärfsten Gegensatz steht zum deutschen Volk. Wir können sagen, daß dieser Staat besteht, beruht auf dem langsamen Zugrundegehen des deutschen Volkes. (Zurufe: Sehr richtig!) Würde das deutsche Volk bestehen wollen, dann müßte es gegen den heutigen Staat Stellung nehmen; denn der heutige Staat der nationalen Entehrung, der ewigen Preisgabe der nationalen Würde ist unvereinbar mit dem Bestand eines Volkes. Er beweist das selbst; denn indem er sich konsolidiert, stirbt langsam unser Volk auf dieser Welt. Zunächst rein ziffernmäßig! Was das alte Reich fertig brachte, nämlich unser Volk jährlich um 900.000 Menschen zu vermehren, beginnt der neue Staat auszulöschen. Er ist nicht mehr die verkörperte Sorge für das Wachstum unseres Volkes, sondern im Gegenteil, der Bestand unseres deutschen Volkes wird dauernd dezimiert. Der Staat besorgt das mit allen Mitteln; er gibt jede Methode frei, die geeignet erscheint, unser Volkstum ziffernmäßig zu schwächen. Er tötet aber auch langsam unser Volk moralisch. Glauben Sie nicht, daß das deutsche Volk heute Anspruch hat, in der Tat unter die großen Völker eingereiht zu werden. Es werden Blätter der Schmach und Schande sein, die später von dieser Zeit berichten. Unser Volk verliert langsam das Anrecht auf dieser Erde, als Volk von Qualität betrachtet zu werden, und wird auch demgemäß eingeschätzt und gewertet. Sie brauchen nur in diesen Tagen unsere Entwicklung zu verfol-

10 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

gen. Das ganze Volk wünscht, seinen Staatsdienern eine bessere Existenz zu geben. Da fährt ein fremder Zwingherr dazwischen und erklärt, ich dulde das nicht, und das ganze Volk beginnt demütig sich zurückzuziehen und zu kapitulieren [11]. Glauben Sie mir, das ist nicht allein ein Zeichen von Schwäche, sondern von Unmoral, von Unanständigkeit, von erbärmlicher Gesinnung. Solche Völker haben auf der Welt das Leben noch nie verdient und noch niemals Sklavenketten gebrochen.

Und wie ist unser Volk heute politisch verlumpt nach jeder Richtung hin! Wie hat man die Lüge zum Prinzip unserer gesamten Staatspolitik erhoben! Wie beschwindelt man sich gegenseitig! Es konnte sogar soweit kommen, daß ein leitender Staatsmann, dem man vorwirft, er habe gelogen, erklärt, darauf klage ich gar nicht. (Heiterkeit.) Es ist also nicht mehr nötig, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen. Sie haben unser Volk politisch langsam zu einer lächerlichen Erscheinung gemacht und zu einer traurigen zugleich.

Wirtschaftlich haben sie das deutsche Volk zum Arbeitssklaven der Welt degradiert.

Das sind so die vier großen Resultate: Ziffernmäßige Vernichtung, politische Entrechtung und wirtschaftliche Versklavung, sowie moralische Herabdrückung von Stufe zu Stufe. Glauben Sie mir, spätere Zeiten werden nicht mit Ruhm an diese Tage zurückdenken.

Die Verantwortung für diese Entwicklung bürden wir auf den Männern, die den jetzigen Staat gegründet haben, und dem Staat, den sie schufen, und sie können der Verantwortung nicht entgehen. Wir, die Schweiger von einst, werden heute die Redner, und die Kritiker von einst sind in unseren Augen heute die Angeklagten. Diese Männer klagen wir an.

Wir klagen sie an, daß sie eine Revolution hervorriefen in dem Augenblick, da Deutschland dabei zusammenbrechen mußte. Wir klagen sie an, daß sie im Augenblick der größten Gefahr das persönliche Interesse über das des Vaterlands gestellt haben. Wir klagen sie an, daß sie ein Verbrechen begingen aus gemeinem Eigennutz. (Lebhafter Beifall.) Wir machen sie weiter verantwortlich für die Niederlegung der Waffen des alten großen Heeres. Sie sind schuldig für alles, was aus dieser Niederlegung später in ewigen Weiterungen gekommen ist. Mögen sie heute nicht sagen, das kommt überraschend oder dafür tragen wir keine Verantwortung. Nein, Ihr seid schuldig dafür, Ihr habt einst unser Volk entwaffnet, habt es wehrlos und damit gereift [*sic!*] gemacht zur Übernahme aller Folgen, die später gekommen sind. Wir klagen sie weiter an für die maßlose Entwürdigung, die Angriffe und Einrisse, für die Entwürdigung des deutschen Namens und unserer Ehre. Wir klagen sie an, daß sie der alten Armee alles nahmen, was sie geheiligt hat, und was unsterblich sein wird in Jahrtausenden noch. All das haben sie in den Kot heruntergezogen und haben keine Achtung gehabt vor dem Symbol der Vergangenheit und der großen Arbeit der Vergangenheit. Sie hatten keinen Respekt vor den Leistungen der Vergangenheit und haben die großen Männer genauso wie

11 Gemeint ist der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der in einem am 6.11.1927 von der deutschen Regierung veröffentlichten Memorandum zur deutschen Finanzpolitik die im Reichstag zur Debatte stehende Erhöhung der Beamtenbezüge kritisiert hatte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 170 f., 490 ff.

die großen Taten und die großen Symbole heruntergezerrt und in den Kot getreten. Darüber klagen wir sie an und weiter auch darüber, daß sie durch den Abschluß des Waffenstillstandes jene endlose Reihe von Verträgen einleiteten, die in Wirklichkeit lauter Erpressungen, Diktate und Vergewaltigungen unseres Volkes sind. Wir klagen sie an, daß sie schuldig sind für die Unterschrift unter das Diktat von Versailles. Sie trifft die Verantwortung dafür, daß unser Volk, nachdem es in 4 1/2 Jahren Tausende von Schlachten geschlagen hatte, so zur Schlachtbank geführt wurde. Sie sind schuld, daß dieses schmachvolle Dokument über die Schuld am Kriege bestätigt wurde, die wir haben sollten entgegen der ewigen Wahrheit und entgegen ihrem eigenen Wissen. Sie haben das deutsche Volk belastet durch ihre eigene Unterschrift vor der ganzen Welt mit der Schuld am Kriege[12]. (Pfui-Rufe.) Wir klagen sie weiter an der ewigen Unterwerfung, die seit dem Schuldbekenntnis stattgefunden hat, für alle diese Diktate von Spa[13], Brüssel[14], Paris[15] und London[16]. Wir klagen sie weiter an der Preisgabe unseres deutschen Nationalvermögens, das sie vergeudet haben innen und außen. Wir klagen sie an der Preisgabe deutscher Länder, für die sie keinen Finger rührten, und weiter der Preisgabe deutschen Volksguts, das ihnen gut genug erscheint, jetzt von Zeit zu Zeit schmutzige Geschäftspropaganda damit zu machen. Wir klagen sie an, daß sie außer der Opferung der deutschen Volksgenossen einst schon gleichgültig gegenüberstanden den 800.000 deutschen Kriegsgefangenen, für die sie keinen Finger rührten, um ihre Leiden abzukürzen, außer ein paar faulen Redensarten. Wir klagen sie weiter an des unerhörtesten Diebstahls, den die neuere Geschichte kennt, dieser planmäßigen, staatlich organisierten Beraubung von Millionen von Menschen um ihren letzten Spargroschen. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Wir klagen sie an, daß sie schuldig sind, daß Treu und Glauben in Deutschland gewichen sind, daß sie Millionen Menschen, die einst in gutem Glauben dem Staat ihre Groschen gaben, bestohlen haben und nur die Schieber und Lumpen den Nutzen von dem ganzen Ringen nach Hause tragen konnten. Wir klagen sie an, daß sie die Dawes-Schmach[17] unterschrieben haben, und daß sie damit

12 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Druck: RGBl. 1919, S. 984 f.

13 Zur Konferenz in Spa (5.-16.7.1920), in deren Mittelpunkt die deutschen Reparationszahlungen standen, vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 103 ff.

14 Zur Expertenkonferenz in Brüssel (16.-22.12.1920) zur Regelung der deutschen Reparationsleistungen vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 116 ff.

15 Zur Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in Paris vom 24.-29.1.1921 und dem auf ihr beschlossenen Reparationsplan vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 121 f.; Link, Stabilisierungspolitik, S. 45.

16 Zu den verschiedenen Londoner Konferenzen (die Konferenz vom 1.-7.3.1921, das Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 und die Konferenz vom 16.7.-16.8.1924), die die deutschen Reparationsleistungen regelten, vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 121 ff., 243 ff.; Link, Stabilisierungspolitik, S. 283 ff.

17 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

schuldig sind, daß Deutschland das einzige Gut, das es als sozialisierten Betrieb besaß, die Staatsbahn [18], ausliefern mußte an die internationalen Finanzhyänen, von denen sie behauptet haben, sie wollen sie bekämpfen. Statt zu sozialisieren, haben sie das einzige sozialisierte deutsche Nationalvermögen der internationalen Börse vorgeworfen. Wir klagen sie an der Annahme des ganzen Dawes-Kontrakts, dessen Folgen für Deutschland vernichtend sind, so vernichtend, daß sie heute selbst alle dagegen protestieren. Nein, protestieren Sie nicht, Sie sind ja schuld daran. Wir klagen sie weiter an der Locarno-Politik [19], dieser Locarno-Politik, die die Stellung Deutschlands in der Welt verbessern sollte und uns nur belastet hat mit der moralischen Verachtung der ganzen anständigen Welt. Wir klagen sie an der Versklavung unseres Volkes und seiner Arbeitskraft und einer verbrecherischen Innen- und Außenpolitik.

Meine lieben Freunde! Glauben Sie mir, diese Anklagen werden nicht nur von uns erhoben. Sie werden einmal erhoben werden von Tausenden. Wir möchten nicht nur Ankläger sein als kleine Menschen von heute. Unser Untersuchungsausschuß wird einmal die ewige Wahrheit sein [*sic!*], und das Gericht ist die Weltgeschichte. Sie wird einmal urteilen über die Männer von 1918 bis heute. (Lebhafter Beifall.)

So, meine lieben Freunde, sind wir, die Soldaten von einst, die Soldaten des alten Staates, zu Kritikern geworden. Wir haben erleben müssen, wie dieser jetzige Staat sich zum Unheil unseres Volkes überall auswirkt, wohin wir blicken, wie das deutsche Volk langsam abstirbt, während ein Monstrum von einem künstlichen Mechanismus sich aufbläht und alles Leben darunter erstickt. Aus dem heraus sind wir zu Anklägern und Kritikern und Gegnern des heutigen Staates geworden. Nicht weil wir den Staat ablehnen, meine hochverehrten Fälscher der Bayerischen Volkspartei! (Stürmischer Beifall.) Nein, weil wir einen Staat wollen, und weil das, was sie [*sic!*] der deutschen Nation als Staat deklarieren, in Wirklichkeit ein Sklavenorganismus ist, eine Sklavenkolonie und kein Staat. (Beifall.) Nicht Staatsfeinde sind wir heute, sondern im Gegenteil, indem wir das deutsche Volk über seinen heutigen Staat aufklären und davor zu behüten suchen, bemühen wir uns die ewige Kraft unseres Volkes zu bewahren, aus der heraus allein einst wieder ein neuer Staat erwachsen kann.

Nun wissen wir aber auch ganz genau, daß alle Kritik an sich zwecklos ist, daß jeder Protest zwecklos ist, besonders in Zeiten, in denen das moralische Gewissen so dickfellig geworden ist, daß selbst der Vorwurf des Diebstahls silberner Löffel einen Minister nicht mehr zum Rücktritt zwingt. Wir wissen, daß in solchen Zeiten Kritiken an sich zwecklos sind. Wir wissen, daß eine Kritik auch wertlos wäre, wenn sie nicht herauswächst aus einer tieferen Erkenntnis der Ursachen dieses Verfalls und sich nicht aufschwingt, anstelle dieses Zustands des Verfalls einen neuen aufzuziehen, der dann wieder eines Tages ein wahrhafter Staat sein wird nicht auf Kosten eines Volkes, sondern zum Segen eines Volkes. Diese Kritik, sie muß zu einer lebendigen Organisation umge-

18 Gemeint ist Reichsbahn.

19 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Anerkennung der durch den Versailler Vertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.

staltet werden, zu einer Organisation der Kritik, des Protestes, damit eines Tages aus dieser allgemeinen Organisation der Erkenntnis auch wird die Organisation des Gerichts. Wir glauben, daß aus all dem Untergang eines Tages der deutsche Genius sich trotz allem wieder erheben wird, daß eines Tages wieder kommen wird die Zeit, in der Volk und Staat eins geworden sind, und jeder einzelne Deutsche mit voller Überzeugung seinem Staat zu dienen vermag, weil er weiß, daß der Staat zugleich die Sicherung seines eigenen Lebens und Daseins ist. Für diesen Staat kämpfen wir, für den arbeiten wir, und für diesen Staat ist die Bewegung gegründet worden, die seit sieben Jahren in Deutschland heroisch kämpft und ringt, bald unterdrückt wird, bald totgemacht und trotzdem heute mehr lebt denn je. (Lebhafter Beifall.)

Was ist der Sinn und das Ziel unserer ganzen Tätigkeit? Wir sind an dem Tage, an dem das alte Reich zerbrach und der neue Staat sich bildete, von ehemaligen Soldaten zu Kritikern, zu Protestmenschen dem jetzigen Staat gegenüber geworden. Fast ein Tag nur hat bei uns den Wandel hervorgebracht. Am 7., 8. und 9. November [*1918*] noch Soldaten des alten Staates und am 10. [*November 1918*] Ankläger. Der alte Staat war gesunken, und ein neuer war an seine Stelle getreten, und schon in der Form seiner Begründung lag zwangsläufig seine spätere Entwicklung.

Was aber wollte diese junge Bewegung? Sie wollte zunächst in einer Zeit der allgemeinen Erschlaffung, der allgemeinen Hingebung und Nachgiebigkeit und besonders der allgemeinen Feigheit, der Nation die Augen über den Staat von heute öffnen, wollte die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern aufzeigen, was das heutige Deutschland ist, wie sich dieses Deutschland von heute aufführt, und was dieses Deutschland zwangsläufig werden muß, wenn es unter der jetzigen Form weiter besteht. Aber nicht nur das Gewissen unseres Volkes wollten wir wachrufen, sondern auch eine Abwehrfront bilden gegen die Vernichter unseres Vaterlandes und des deutschen Staates. Wir wollten eine Front bilden gegen die wahrhaften Staatsfeinde, die den lebendigen Begriff so verfälschen, daß er zu einem Mechanismus wird, der nur sich selbst ernährt, das Volk aber dabei zum Absterben bringt. Zugleich wollten wir eine Organisation schmieden, die eines Tages berufen sein wird, den neuen Staat aus der Taufe zu heben. Diesem neuen Staat möchten wir das geben, was der heutige Staat geraubt hat und der alte leider nur teilweise besaß. Wir wollten den neuen Staat aufbauen auf der Erkenntnis, daß das Wesentlichste nicht die Form, sondern der Inhalt ist, und daß diesen Inhalt das Volksgut darstellt. Wir wollten diesen Staat aufbauen auf der Erkenntnis des Wertes des Volksguts, des Rassenguts, wollten und wollen einen Staat bilden, der über diese großen und Urwerte nicht mehr leichtsinnig hinweggeht, sondern zutiefst durchdrungen ist in seinem gesamten Wesen von der Erkenntnis, das Fundament des Staats ist das Volk, aber nicht ein Bastardvolk. Der Wert liegt im inneren Wert dieses Volkes, im Sinn, im Wesen dieses Volkes. Dieses Volksgut soll im kommenden Staat das höchste Gut sein. Dieses Volksgut zu schützen und zu bewahren soll die höchste Aufgabe dieses Staates sein.

Dieser Staat soll auch durchdrungen sein von der Erkenntnis, daß außer dem allgemeinen Volksgut noch der Wert der Persönlichkeit bestimmend ist. Keine menschliche Gesellschaft von kultureller Bedeutung kann bestehen, wenn sie nicht fördert die ewi-

gen schöpferischen Kräfte, wenn sie anstelle der Persönlichkeit einsetzt die Demokratie, d. h. die Majorität aller Schwachen, Kranken, Dummen und Feigen.

Weiter wollten wir diesen Staat nicht nur durchtränken mit der Überzeugung des Wertes des Volksgutes, der Rasse und der Bedeutung der Persönlichkeit, sondern wir wollten ihn weiter auch durchtränken mit Kampfsinn. Wir wollen einen Staat aufbauen, der nicht pazifistisch ist, sondern erkennt, wir sind ein Volk von 62 Millionen Menschen, wir leben nicht von papierenen Proklamationen, von irgendwelchen Deklamationen und Manifesten, von Theorien usw., sondern wir leben von Brot, und das setzt voraus, daß wir eine genügend große Grundfläche haben. Wenn die Volkszahl über die Grundfläche hinauswächst, dann ist dieser Zustand krank. Ein solches Volk wird dann entweder zu einer Korrektur der Verhältnisse kommen oder langsam zurückgehen, langsam wieder absterben. Wenn aber ein Volk dafür sorgen will, daß die Ernährung seiner Kinder sichergestellt wird, wenn ein Volk seine Volkszahl immer in Übereinstimmung halten will mit der Grundfläche, dann muß solch ein Volk zu der Überzeugung gebracht werden, daß es auf der Welt nur ein Recht gibt zum Leben, und das heißt Kampfesmut. (Beifall.) Wenn ein Volk diesen Sinn verliert, dann mag es sich ruhig auf Verträge stützen. Allein es wird kennenlernen müssen, daß die Verträge eitel Papier sind in der Hand von Schwachen, aber fürchterliche Waffen in der Hand dessen, der die Macht besitzt. Das sehen wir ja heute in Deutschland. Ich bitte Sie, berufen Sie sich doch auf ein Recht, protestieren Sie gegen die Eingriffe dieses internationalen Banken- und Börsenagenten der Reparationskommission [20]! Protestieren Sie doch dagegen! Jeder Protest ist sinnlos. Sollen sich doch die Herren an Deutschlands Spitze, die einst erklärten, daß sie das Recht wieder herstellen wollen, doch auf ein Recht berufen! Bitte, wo ist das Recht? Bringen Sie uns das Recht! Sie haben die Waffen aufgegeben und damit auf das Urrecht alles Lebens Verzicht geleistet. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß das deutsche Volk in der Zukunft nicht bestehen wird, wenn es sich nicht wieder besinnt auf die Quelle seiner Kraft, und die liegt nicht in internationalen Verträgen, in Konferenzen und Hoffnungen auf Völkersolidarität und humanitäre Menschheitsgedanken, sondern im eigenen Schwert. Wenn ein Volk den Glauben an dieses Recht einmal verloren hat, wird es eines Tages jämmerlich zugrunde gehen und anstelle von Recht und Brot überall Steine erhalten.

Meine lieben Freunde! Ein neuer Staat soll erstehen, aufgebaut auf einem neuen besseren Fundament! Da wissen wir eines, daß dieser Staat nicht geboren wird aus der bloßen Erkenntnis oder dem bloßen Wunsch heraus, sondern daß er nur geboren wird aus einem ewigen Kampf, einem ewigen Ringen. Die Erkenntnis und der Wunsch haben sich umzusetzen in eine kräftige Organisation und eine lebendige Gemeinschaft von Menschen, die bereit sind, dafür einzutreten und Opfer zu bringen. Es wird keine Freiheit auf der Welt geboren ohne Einsatz von Leben, und kein Volk im Innern reformiert ohne Hingabe von persönlichem Glück und persönlicher Wohlfahrt. Es wird keine neue Religion entstehen ohne Asketentum, ohne Verzicht auf irdische Güter, und keine Bewegung wird in der Lage sein, ein zusammengebrochenes Volk herauszureißen, außer sie appelliert an die höheren Güter der Menschheit und bietet selbst in ihrem ganzen

20 Anspielung auf Parker Gilbert. Vgl. auch Anm. 11.

Sein und Werden ein Beispiel der Anwendung dieser höheren Tugenden. Unsere Bewegung wurde im Jahre 1919 gegründet als eine ganz kleine Partei, Partei deshalb, weil sie erkannte, daß wir zunächst nur ein Teil sind unseres Volkes, und daß wir dem Wohle der Gesamtheit dienen, aber doch nur Splitter sind dieses Volkes, daß dieser Teil aber wachsen muß und wird, wenn seine Grundgedanken richtig sind, und wenn unsere Hingabe für diese Grundgedanken grenzenlos ist. (Beifall.)

Gibt es denn einen Maßstab für das Wachsen einer solchen Bewegung? Wenn ein Volkskörper sich Jahr für Jahr um 1 % vermehrt, und innerhalb dieses Volkskörpers eine Organisation besteht, die sich jährlich auch nur um 10 % vermehrt, muß eines Tages diese Organisation den Volkskörper repräsentieren, und wenn sich eine Organisation innerhalb dieses Volkskörpers befindet, die jährlich um mehr als 100 % wächst, sich Jahr für Jahr verdoppelt, dann muß für sie eines Tages der Sieg kommen, und mag sich Hölle und Teufel dagegen verschwören. (Stürmischer Beifall.) Es wird einmal dieses Volk in seiner überwältigenden Mehrheit das Ziel dieser jungen Bewegung nicht nur erkennen, sondern auch zu würdigen wissen und billigen.

Nun wissen wir, daß wir eine solche Organisation nicht aufbauen können theoretisch irgendwo, sagen wir am Teetisch, im kleinen Kreis, sondern, daß sie aufgebaut werden muß aus der Masse eines Volkes heraus, und daß es deshalb notwendig ist, in diese Masse hineinzugehen. Wir wissen, daß eine solche Bewegung nur werden kann auf [*sic!*] der breiten Masse eines Volkes, daß ihr nicht nützen Schöngeister, die hinter verschlossenen Türen ihrer Erkenntnis freien Lauf lassen. Uns nützen nur Menschen, die mit demselben Heroismus, mit dem die Verbrecher einst Deutschland stürzten, nun der Wahrheit eine Gasse bahnen und den heutigen Machthabern als Kritiker und Ankläger gegenübertreten. Die brauchen wir, Menschen, die bereit sind, die Wahrheit zu verkünden vor aller Öffentlichkeit, ohne Rücksicht auf Wohlwollen, Ablehnung, Haß, Neid, Mißgunst, Verleumdung und Lüge dieser anderen Welt. Wir brauchen die breite Masse vor allem deshalb, weil diese breite Masse zu allen Zeiten die Trägerin der lebendigsten Energie gewesen ist. Sie ist nicht so kompliziert, in Wirklichkeit nicht so verdorben wie unsere sogenannten oberen Schichten; denn die oberen Zehntausend, sie haben sich auf den Boden der Tatsachen gestellt. (Zurufe: Sehr richtig!) Sie sind zu Drohnen der Republik geworden und fühlen sich darin wohl, auch wenn sie in ihren Parteien scheinbar die Monarchie hervorkehren und mit einer Laterna magica künstlich in die Zukunft hineinprojizieren. Wir kennen sie, unsere Pappenheimer. (Beifall.) Drei Monate vor den Wahlen ist ihnen die Monarchie lieber; denn durch die monarchischen Stimmen werden sie wieder gewählt. Drei Tage nach der Wahl ist ihnen die Republik lieber; denn in ihrem Schlamm können sie besser gedeihen. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Sie lieben die allgemeine Korruption, sie haben sich zum mindesten damit abgefunden. Sie sind keine Gegner des heutigen Zustandes, sondern, wie sagen sie doch, sie haben dem Boden der Tatsachen Rechnung getragen und sind damit auf ihn hinübergestiegen und bleiben dort, bis einmal wieder andere Tatsachen geschaffen sind. Dann meine lieben Freunde, dann werdet Ihr Euch wieder erinnern, daß Ihr an sich sowieso teilweise wenigstens ununterbrochen auf einem anderen Boden gestanden seid. (Stürmischer Beifall. - Heiterkeit.) Und dann, wir sehen Euch schon, wie Ihr dann mit emporgehobenen

Händen jubelnd in dieses neue Deutschland hineinziehen werdet möglichst weit nach vorn. (Heiterkeit.) Wir haben das schon einmal plastisch erlebt, wie Ihr Euch das vorstellt, wie die anderen zunächst die Arbeit machen können als gute brave Trommler, und wie Ihr dann als große Genies in letzter Stunde Euch plötzlich an die Spitze zu stellen vermögt (Beifall), um dann dem Vaterland zu geben, was des Vaterlandes ist, und Euch auch zu geben, was Eurer Meinung Euer ist. (Heiterkeit.) Wir rechnen nicht mit diesen Schichten; denn wir kennen sie zu genau. Wir wünschen uns heute das Deutschland der Not und Sorge, das nicht auf Rosen gebettet ist, das aus den heutigen Zuständen heraus kein persönliches Glück zu ziehen vermag, wir wünschen uns jenes ewig enttäuschte, ewig belogene und betrogene Volk der breiten Massen. Das wünschen wir in unsere Reihen herein, um die Volksgunst dieser Schichten buhlen wir nicht etwa, weil uns diese Volksgunst Glück einbringt. Wir haben alle bisher nichts empfunden als persönliche Verfolgung, Unterdrückung und Gefängnis. Wir buhlen um diese Volksgunst, weil wir wissen, daß wir aus diesem Volke heraus einmal Deutschlands Rettung erwarten können. Eine Bewegung des Volkes, der Massen wollen wir sein. Damit wollen wir überbrücken die Kluft, die die Gegner in unser Volk hineingebracht haben, indem sie unser Volk auseinanderrissen in Stirn und Faust und erklärten, daß das der natürliche Zustand ist.

Eines ist sicher. Das deutsche Volk wird entweder seine Klassenspaltung überwinden und dann wieder emporsteigen können, oder es wird an dieser Klassenspaltung sterben. Keineswegs aber wird eine Klasse übrig bleiben und blühen und gedeihen. Sie sehen heute schon, meine lieben Freunde von links und rechts, was dieser Zustand für Sie, ausgenommen ein paar hochwohlgeborene Schieber auf beiden Seiten, an Glück gebracht hat. Gewiß, Sie haben die deutsche Intelligenz, die gute Intelligenz beiseite gedrückt, aber, liebe Freunde von links, Ihr habt dabei nicht das eigene Bett gemacht. Im Gegenteil, Ihr habt die deutsche Intelligenz beseitigt und einen internationalen Reparationskommissar an ihre Stelle gerückt. Und Sie von rechts, Sie haben auch nicht gesiegt, sondern im Gegenteil, selbst wenn Sie bei den Wahlen die Majorität bekommen und siegen, sind Sie nichts anderes als die Vollstrecker von Sklavendiktaten und bleiben das, solange man Sie brauchen kann, und wenn man Sie nicht mehr brauchen kann, dann müssen auch Sie gehen, und wird das Schicksal über Sie seinen Lauf nehmen. Nein, es gibt in Deutschland nicht die Möglichkeit, daß der eine oder andere Teil siegt, sondern nur das eine, daß das deutsche Volk siegt, oder das andere, daß das gesamte deutsche Volk an seiner inneren Spaltung zugrunde geht. Da tritt der Nationalsozialismus zwischen unser Volk, indem er proklamiert, was Euch bisher trennt, ist für uns gewaltig einigend, was Euch auseinandergetrieben hat, führt uns zwangsläufig zusammen. Wenn Tausende glauben, es gibt keine Möglichkeit, daß die Proletarier der Faust und die Proletarier der Stirn, denn andere Leute kenne ich nicht in Deutschland, außer den Schiebern, zusammenkommen können, dann können wir sagen, während Ihr diese Möglichkeit bestreitet, wächst bereits ein neuer Staat zwischen Euch heraus. (Stürmischer Beifall.) Ihr seid Bürger. Ihr seid stolz darauf. Ich weiß, wie Euer Wahlappell in den nächsten Monaten lauten wird: Deutsches Volk, wähle bürgerlich, die bürgerlichen Parteien usw.! Und Ihr seid Proletarier, und ich kenne auch Euer Wahlplakat. Zwischen

Euch beide wird sich aber eine andere Organisation hineinschieben, und sie wird nicht sagen, gebt Eure Stimme, Ihr Bürgerlichen den Bürgerlichen, und Ihr Proletarier den Proletariern, sondern Deutsche, besinnt Euch, und tretet dorthin, wo nicht Bürger und Proletarier sich als Klassen gegenüberstehen, sondern sich herausbildet ein deutsches Volk, das trotz aller kleinen Gegensätze im ganzen doch eins ist. Wir bilden uns nicht ein, daß wir etwa die Berufsgegensätze, die wirtschaftlichen Gegensätze beseitigen könnten. Nein, sie werden immer bestehen. Aber etwas bilden wir uns ein, daß, wenn das deutsche Volk seine Berufs- und Wirtschaftsgegensätze zu Klassengegensätze werden, zu politischen Klassenspaltungen führen läßt, so daß ein Teil des Volkes sagt, Du bist Angehöriger einer anderen Klasse und bist mir ferner als der andere da drüben, der meiner Klasse angehört, obwohl er nicht Deutscher ist, das deutsche Volk auf diesem Weg sicher zugrunde geht. Wenn das deutsche Volk diesen Weg geht, wird die Auferstehung niemals wieder kommen. Wir können die Wirtschafts- und Berufsgegensätze nicht beseitigen, wohl aber etwas anderes, nämlich die Meinung, daß diese Gegensätze jemals beseitigt werden dadurch, daß man sich in Klassen spaltet, und der eine über den anderen siegt. Das ist Wahnwitz. Dieser Theorie stellen wir gegenüber die lebendige Theorie der Volksgemeinschaft, in der Kopf und Faust vereinigt sind, in der zwar auch die ewigen Gegensätze im Kleinen weiter bestehen werden, aber ein gemeinsames Fundament sein muß, das gemeinsame nationale Interesse, das weit hinauswächst über lächerliche kleinliche persönliche Kämpfe, Berufsgegensätze, Wirtschaftsstreitigkeiten usw. Die mag es auch in Zukunft geben. Allein über Wirtschaftsstreitigkeiten und Berufsgegensätze, über all die Trennungen im täglichen Leben gibt es eines, nämlich die Gemeinsamkeit eines Volkes, das über 60 Millionen Menschen zählt und zu wenig Grund hat, um leben zu können, und dem niemand das Leben gibt, außer es gibt sich dieses Leben selbst.

Wenn wir als nationale Sozialisten auftreten, so verstehen wir unter Sozialismus nicht etwa einen Versuch, durch Gleichberechtigung in Wirklichkeit doch nichts gleichzumachen oder nichts zu verbessern, sondern wir verstehen darunter, daß wir nicht im einzelnen den Volksgenossen nur Gerechtigkeit angedeihen lassen, sondern höchstes Recht fordern für das gesamte Volk nach außen. Deshalb sind wir nationale Sozialisten. Wir kennen keine Möglichkeit des Glücks des einzelnen deutschen Volksgenossen, wenn nicht die gesamte deutsche Nation auf der Welt ihr Auskommen besitzt. Dafür kämpft diese Bewegung, und darum wird es ihr gelingen, immer größere Teile der deutschen Volksgemeinschaft zu erfassen und die bisherigen Klassenmenschen zusammenzuführen und sie eines Tages mit verschränkten Armen der Zukunft entgegengehen zu lassen.

Das, meine lieben Freunde, daß wir einen Staat aufbauen wollen, der die heutigen Klassengegensätze nicht kennt, sondern wieder das Volk zusammenfaßt zu einer lebendigen Gemeinschaft, und daß wir diesen Staat Hüter sein lassen wollen über dieses Volk und ihn wahren lassen wollen die persönlichen Rechte unseres Volkes, und daß wir diesen Staat weiter pflegen lassen wollen den Kampfsinn unseres Volkes, d. h. den Trieb zur Selbsterhaltung, denn etwas anderes ist es nicht, daß wir den Staat wollen, bringt uns in Gegensatz zum heutigen, und deshalb sind wir Hochverräter (Pfui-Rufe), deshalb sind wir Hochverräter und werden heute verfolgt von denen, die im heutigen Staat ihr

Auskommen finden. Deshalb sind auch die verfolgt worden, die am 9. November 1923 gefallen sind; denn das war ihr einziges Verbrechen. Sie wollten einen anderen Staat. Sie wollten nicht den Staat als Staat stürzen. Wahrhaftiger Gott, nein, sie wollten den Staat emporheben zu jener höheren Mission, die er als deutscher Staat besitzen soll; denn sie waren keine Hochverräter, keine gemeinen Gesellen, sie sind keine Zuhälter gewesen, und wenn tausend Staatsanwälte ihre Brillen aufsetzen und herunterdeklamieren, sie sind Hochverräter. Diese Hochverräter, Herr Staatsanwalt, sind Kämpfer für Deutschlands Größe gewesen 4 1/2 Jahre lang. (Stürmischer anhaltender Beifall und Heil-Rufe.) Diese Hochverräter waren 4 1/2 Jahre bereit, ihr Blut hinzugeben für dieses einstige deutsche Reich und diesen Staat. Und dann kamen andere und haben nicht etwa von der Kampffront aus, sondern von zuhause diesen Menschen den Dolch hineingetrieben und haben die Front zum Einsturz gebracht, haben das Reich für 30 Silberlinge verjobbert, haben einen neuen Staat proklamiert und sich den vom deutschen Volk bestätigen lassen und haben die Macht in der Hand gehabt. Dann trat ein Staatsanwalt auf und sagte, das Recht geht mit der Macht. Weil sie [*sic!*] im November 1923 nicht die Macht bekommen haben, deshalb sind sie Hochverräter. Hätten sie die Macht bekommen, dann wäre es etwas ganz anderes. Jawohl, meine lieben Freunde, dann wären wir heute die Ankläger, dann wären wir heute die Richter, dann wären wir heute der Staat, und dann würde man diese Leute auch nicht als Hochverräter bezeichnen, sondern würde ihnen Monumente gesetzt haben und erklären, ihnen haben wir es zu danken, daß sich der Staat geändert hat. Nur an der Macht liegt es also. Da, lieber Staatsanwalt, müssen wir widersprechen. Für uns Nationalsozialisten ist der Besitz der Macht an sich in einem Volk nicht ein Titel des Rechts, sondern ein Titel des Rechts liegt bei uns erst dann vor, wenn einer bewiesen hat, daß er seine Macht zum Segen eines Volkes verwenden kann. (Lebhafter Beifall.) Deshalb, Herr Staatsanwalt, kann für Sie der heutige Staat legalisiert sein; vor der Geschichte ist er es nicht. In der Geschichte wäre er erst dann legalisiert, wenn die Menschen, die den jetzigen Staat gegründet haben, auch die Ziele, die sie einst vorgaben, erreicht hätten. Bismarck hat seinen Staatsstreich, den er einst gegen den preußischen Landtag vollführte, - denn es war ein Staatsstreich, Herr Staatsanwalt; er war also auch ein Hochverräter, Herr Staatsanwalt - nicht deshalb legalisiert, weil er die Macht hatte, sondern weil Gottes Segen über seinem Werk lag. (Stürmischer Beifall.) Dadurch wurde sein Werk legalisiert, legalisiert im Auge und im Herzen und im Sinne jedes einzelnen anständigen Deutschen, so legalisiert, daß man endlich bereit war, 4 1/2 Jahre lang Hunger und Durst und Not und Elend, Todesangst und Krüppelhaftigkeit auf sich zu nehmen für diesen legalisierten Hochverrat, Herr Staatsanwalt. Setzen Sie Ihren legalisierten heutigen Staat der gleichen Generalprobe aus, und gehen Sie mit gutem Beispiel voran, dann wollen wir sehen, wie lange Sie für diesen Staat eintreten. (Stürmischer Beifall.) Eines aber, mein lieber Herr Staatsanwalt, haben unsere Gefährten immerhin bewiesen, mögen sie auch Hochverräter sein. In ihren Herzen war der kommende Staat schon so legalisiert, daß sie bereit waren, für diesen kommenden Staat in den Tod zu gehen. Zählen Sie heute die Menschen, die entschlossen sind, dieses Banner, das der deutschen Nation wider Wunsch und Willen aufgezogen wurde, auch mit ihrem Leib zu schützen. Zählen Sie die Menschen, die bereit

sind, für dieses Banner in den Tod zu gehen, und Sie werden sehen, wie schwach das Fundament dieses Staates und wie schwach der Glaube an das Symbol und Hoheitszeichen in Wirklichkeit ist. Sie finden Tausende und Tausende von Nutznießern, und Sie werden nicht zehn finden, die bereit sind, dafür ihr Leben zu opfern, am wenigsten, am allerwenigsten unter denen, die dieses glorreiche Gebilde von Staat einst gegründet haben.

Damit, meine lieben Freunde, wollen wir uns noch einmal zuwenden unseren Kameraden, die vor vier Jahren für ihren gläubig geschauten Staat der Zukunft gefallen sind, zunächst als Hochverräter. Meine lieben Freunde! Damals ging eine Welle durch Deutschland auf der einen Seite der Trauer und des maßlosen Jubels auf der anderen. Sie schrieen, nun ist der Nationalsozialismus tot. Sie waren überzeugt, daß mit diesem Dutzend Menschen auch der Nationalsozialismus getötet worden wäre. Sie haben vergessen, daß diese Lehre damals bereits viel weitere Kreise ergriffen hatte als diese wenigen, und daß diese wenigen nur Bannerträger waren, und daß diese Lehre durch diese Blutzeugen nicht getötet werden konnte, sondern erst recht einen inneren, ich möchte fast sagen, einen heiligen Antrieb erhalten hat.

Jahre sind seitdem vergangen, Jahre des Gefängnisses, der Festungshaft, der Unterdrückung, des Verbots, der Verfolgung, und die Bewegung, sie steht heute fester da als je zuvor. Alle Versuche, sie von innen auszuhöhlen, Unfrieden hineinzutragen, sind gescheitert. Fester als ein Granitblock ist heute die Bewegung wieder geworden. Sie ist die beste Organisation der nationalen Opposition in Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Sie ist die einzige, die überhaupt eine nationale Opposition repräsentiert; denn all die anderen sind längst schon auf dem Boden der Tatsachen gelandet. Eine einzige Bewegung ist heute noch da in Deutschland, und, Gott sei Lob und Dank, sie wächst, die nicht auf diesen Boden trat, sondern unermüdlich für die Idee kämpft und wieder kämpft und, wenn auch verfolgt und unterdrückt, immer wieder aufersteht, von dem einzigen Glauben getragen, daß all das notwendig ist für die Zukunft unseres Volkes.

Wenn wir heute unserer Toten gedenken, dann, glauben Sie, stünde es besonders mir schlecht an, einen öden Hurrapatriotismus aufzuziehen. Ich kenne diese Toten alle fast genau persönlich. Wenn sie aus dem Jenseits zu uns herüberblicken, so weiß ich, es wird für sie nur einen Lohn ihrer Tat geben und ihrer Opfer, und das ist nicht etwa das Preisen, sondern das Arbeiten, nicht das Rufen, sondern das Kämpfen. Wir haben die Mission fortzuführen, haben weiter zu bauen an unserem Werk, haben die Bewegung zu stärken, zu erweitern und weiter zu treiben bis in das letzte deutsche Bauerndorf hinein. Wir haben sie in die letzte Fabrik hineinzubringen, immer und unermüdlich, gleichgültig und ohne Rücksicht darauf, ob Glück oder Unglück, Verfolgung und Duldung, immer mit dem Blick nach vorn, dorthin, wohin unsere Genossen vor vier Jahren geträumt, auf ein neues Deutschland, auf ein neues Reich, in dem Volk und Staat wieder eins geworden sein werden, und die besten Deutschen nicht mehr abseits zu stehen brauchen, sondern wieder die besten Bürger ihres Staates sein werden. Das ist der einzige Dank, den wir den Toten darbringen können, daß wir unermüdlich arbeiten, daß wir die Idee vertiefen, daß wir die Organisation erweitern und immer mehr festigen, bis daß einmal wirklich die Zeit kommt, in der dann ein Staatsanwalt die Dinge von damals legalisieren

wird, in der es dann heißen wird, sie haben einst eine Tat begonnen und haben tatsächlich die gesetzliche Legalität, und zwar nicht, Herr Staatsanwalt, die Legalität der Macht, sondern die Legalität, die aus dem Segen neuer Taten sprießt, wie sie heute auch Mussolini für sich in Anspruch nehmen kann. Auch der hat einen Staatsstreich gemacht und würde von einem deutschen Staatsanwalt und Richter als Hochverräter abgeurteilt worden sein. Er hat in Italien dankbarere Menschen gefunden und sich entgegen der Dummheit und Feigheit und Gemeinheit durchgesetzt, nicht nur weil er die Macht besitzt, sondern weil das italienische Volk heute sieht, daß aus dem Wirken dieses Mannes ein Segen quillt, daß er das Volk unendlich emporgehoben hat, emporgeführt hat aus einem einst verachteten Volk zu einem viel beneideten Gemeinwesen auf dieser Erde. Diese Legalisierung unseres Handels [*sic!*] wollen auch wir uns einst erbitten und, wenn sie kommt, wird kein Staatsanwalt mehr sein und keine Regierung, die uns verhindern kann, dann auch als rein irdische Erinnerung Denkmäler jenen zu setzen, die als unsere Genossen vor so viel Jahren als die ersten in den Tod gegangen sind. Und da wollen wir darauf schreiben: Das deutsche Volk seinen treuen Söhnen, die in der Zeit der tiefsten Erniedrigung starben, sterben mußten im Glauben an ein neues, heiliges Deutsches Reich. (Anhaltender stürmischer Beifall und Heil-Rufe.) [21]

13. November 1927 Dok. 191
Rede auf Trauerfeier für Ernst Pöhner auf Burg Hoheneck bei Ipsheim [1]

VB vom 17.11.1927, "Ernst Pöhner, der Soldat und Politiker" [2].

Adolf *Hitler* pries den Verstorbenen als den Mann, der dem deutschen Volke wieder staatspolitische Ideale gab, der eine Verfassung [3] ausgearbeitet habe, die dem deutschen

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die Trauerfeier, an der laut Polizeibericht etwa 700-800 Personen teilnahmen, fand um 14.30 Uhr im Heldenhain bei Burg Hoheneck statt. Außer Hitler sprachen u. a. Pfarrer Oskar Döderlein, Wilhelm Frick und der Verleger Julius Friedrich Lehmann, der Eigentümer von Burg Hoheneck. Anlaß zur Überführung war die Forderung des Münchener Stadtrats gewesen, die Inschrift auf der Grabstätte Pöhners auf dem Waldfriedhof in München zu entfernen. Sie lautete: "Ernst Pöhner, Rat am Obersten Landesgericht, früher Polizeipräsident von München, geb. 11.1.1870, gest. am 14.4.1925. Dem Vorbild treuester Pflichterfüllung, das dankbare Vaterland." Vgl. auch VB vom 12.11.1927, "Zur Vertreibung Pöhners aus München".

2 Vgl. auch VB vom 16.11.1927, "Ein ewiger Schandfleck des Münchner Stadtrats der Bayerischen Volkspartei"; Augsburger Abendzeitung vom 18.11.1927, "Die Bestattung Präsident Pöhners in Hoheneck". Sowie Bericht der Gendarmeriestation Windsheim an Bezirksamt Uffenheim vom 14.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1739. Lagebericht Nr. 119/II 27 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.11.1927; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

3 Gemeint ist vermutlich der Verfassungsentwurf und die dazugehörige Standgerichtsordnung, die während des Hitler-Putsches 1923 bei Theodor von der Pfordten aufgefunden worden war. Druck: Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen

Wie aber steht es mit der *Verminderungstheorie?* Wenn vor tausend Jahren unsere Ahnen so gedacht hätten, gäbe es heute keine deutsche Kultur! Denn die menschliche Kultur ist an Einzelpersonen gebunden, die bei der Verminderungstheorie nie geboren worden wären, abgesehen davon, daß dieses Prinzip nur der *Ausdruck größter Selbstsucht und Feigheit* ist, kommendes Leben zu streichen, damit das eigene "Ich" leben kann. So bliebe dem deutschen Volke nur eins, durch vermehrte Produktion die Überzahl an Volksgenossen zu erhalten. Hauptsache ist dabei, für die Überproduktion den Absatz zu finden, und hier wird uns die Entwicklung einen Strich durch die Rechnung machen. Bei der Belastung unserer Wirtschaft können wir nicht wirklich konkurrenzfähig werden, zumal uns noch im Kampfe mit den anderen Völkern die eigenen Rohstoffmärkte fehlen. Allein in Europa sind uns die drei Großmächte England, Frankreich, Italien, die die gleichen Außenhandelsbestrebungen vertreten, überlegen. Auch durch *Qualität* unserer Waren werden wir an diesen Tatsachen nichts ändern, weil uns die *Macht*, das Schwert fehlt. Und wie können wir glauben, nach dem verlorenen Krieg das wieder aufzunehmen, weswegen es zu diesem Weltkrieg allein gekommen ist? Denn, nachdem England alles versucht hatte, uns im friedlichen Wettbewerb niederzuzwingen, griff es 1914 zum letzten Mittel, zu dem ein Volk im Kampfe ums Dasein gezwungen ist, zum Krieg. Am 9. November 1918 ist es England gelungen, seinen *gefährlichsten Konkurrenten vom internationalen Wettbewerb* auszuschließen. Wir können alles unternehmen, England wird uns nicht wieder zum Aufstieg kommen lassen. Kein Handelsvertrag kann uns hier nützen. Denn Verträge sind starke Waffen nur in der Hand des Mächtigen, aber ein wertloser Fetzen Papier in der Hand des Ohnmächtigen. Die *deutsche Wirtschaft kann das Schicksal des deutschen Volkes* nicht aufhalten, außer es tritt einst daneben wieder das deutsche Schwert. Die Schlachtfelder von Leipzig bis Sedan waren die Brutstätten der deutschen Industrie. Und

ohne Macht zerbricht die beste Wirtschaft.

Hätte wohl England bis 1914 gewartet, wenn wir etwa 1880 ein Heer von 100.000 Mann gehabt hätten? Es hätte uns lange vorher niedergetreten. Vor dem Kriege war unserer Industrie eine ruhige, gleichmäßige Entwicklung gesichert, seit dem Krieg ist sie dauernd zu ewigem Experimentieren und Spekulieren gezwungen, und sie wird sich zu Tode experimentieren, mag sie gleich wie ein Löwe kämpfen! Sie kann das Schicksal nicht aufhalten.

Was bedeutet nun

die Macht eines Volkes.

Waffen an sich allein *nie*, sondern der *entschlossene Wille,* sich mit allen Mitteln zu halten, der innere Wert eines Volkes, der im Wert der Rasse, im Persönlichkeitsgedanken und in der Lebendigkeit des Willens eines Volkes festgelegt ist. Wie aber steht es damit heute im deutschen Volk, das durch die Lehre der *Internationalität*, der *Demokratie* und des *Pazifismus* bis tief in die gebildeten Schichten fast unbewußt durchdrungen ist. Alles schielt nach dem Ausland. Der Persönlichkeitsgedanke wird in der Zeit der Demokratie, der Majoritätsentscheidung erdrosselt und der Pazifismus tötet noch den letzten Gedanken des Volksbewußtseins. Diese drei Laster des deutschen Volkes haben ihre wissen-

schaftliche Verankerung im *Marxismus* gefunden. Ergebnis ist die Ohnmacht und der Zerfall unseres Volkes auf allen Kulturgebieten.

Eine *Erlösung* kann nur erfolgen, wenn das Volk die Schäden erkennt und auf die mahnenden Stimmen hört, die den Widerstandswillen des ganzen Volkes in lebendiger Kraft erwecken wollen. Verfechter dieses Zieles will die Nationalsozialistische Partei sein. Der Nationalsozialist weiß, solange Menschen sein werden, wird es auch Kämpfe geben um eigene Interessen. Aber über diesen persönlichen Vorteilen steht hoch

der Kampf fürs Volkstum.

Der Nationalsozialist ist erst und vor allem *Deutscher* und will dem deutschen Volk zur Macht helfen, den Ausgleich zwischen Grundfläche und Zahl herbeizuführen, nur wer mehr Brot haben will, soll helfen, daß wir wieder zur Macht kommen. Dazu gehört aber ein *leidenschaftlicher Wille*; nur dann wird es möglich [*sein*], die Sklavenketten abzuschütteln, wenn das deutsche Volk den Kampf aufnimmt gegen den *Unwert, Flauheit und Feigheit.* Die Arbeit wird gelingen, weil sie gelingen muß, weil dem Mutigen, dem Entschlossenen, der die Wahrheit vertritt, einst die Entwicklung auch recht geben wird. Der Nationalsozialist kämpft nicht für das eigene Wohl, nicht für die Interessen der Partei, sondern nur für die Zukunft unseres Volkes.

17. November 1927 — Dok. 193
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bochum [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

1 In der "Panzergrotte". An der Mitgliederversammlung der NSDAP-Ortsgruppe Bochum sollen etwa 600 bis 700 Personen teilgenommen haben. Vor Hitler sprach die Leiterin des Deutschen Frauenordens, Elsbeth Zander.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Beck, Kampf und Sieg, S. 44, 198.

18. November 1927 [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ulm [2]

Dok. 194

VB vom 23.11.1927, "Adolf Hitler in Ulm a. d. D." [3].

Dann begann Adolf *Hitler*, stürmisch begrüßt, seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß er sich nicht mit Personen, sondern mit Systemen auseinandersetzen wolle, daß er die Ideen streng von ihren Trägern gesondert wissen wolle. Er zog einen Vergleich mit Krankheitserscheinungen, die nicht wirksam bekämpft werden können, wenn nicht ihre Ursachen gründlich erforscht würden. So seien politische Tagesfragen auszuscheiden und ihre Gründe in historisch-kritischer Form klarzulegen, um durch deren Klarstellung und Beseitigung auch ihre unheilvollen Folgen zu beseitigen. *Alle Lebewesen sind durch ihre ein für allemal gegebenen Naturtriebe der Selbsterhaltung und Arterhaltung zum Kampfe um Nahrung und Raum gezwungen.*

Aus diesen schält sich der Mensch heraus als brutaler Vernichter und Nutznießer der anderen Lebewesen. Der Mensch ist wiederum nicht gleich seinen Arten. Zu allen Zeiten drücken bestimmte Rassen ihrer näheren oder weiteren Umgebung ihren Kulturstempel auf, meist unter gleichzeitiger Vernichtung anderer Rassen und ihres kulturellen Eigenlebens. Seit nahezu 3000 Jahren ist dies in steigendem Maß die arische Rasse. Wie aus dieser Rasse einzelne Völker, so heben sich aus den Völkern einzelne Persönlichkeiten, die auf irgendeinem Gebiet bahnbrechend wirken.

Ein junges Volk in seiner Urentwicklung nimmt sich, wenn anders nicht angängig, eben mit Gewalt so viel Boden, als es braucht. Wird es greisenhaft, verbraucht oder schwächlich, dann sucht es sich dem Boden anzupassen.

Dazu hat es drei Möglichkeiten: *Export der Volksgenossen, Beschränkung des Nachwuchses, Außenwirtschaft.* Das deutsche Volk hat alle drei Wege beschritten, von denen die beiden ersten unweigerlich zum Untergang führen müssen und der letztere, ohne Macht, am Willen stärkerer Völker scheitern muß.

Wir können heute als Volk mit 136 Menschen auf den qkm nicht leben, und [es] *sind alle Hoffnungen und Versprechungen kommender besserer Zeiten eitel Geflunker.* Als der deutsche Außenhandel in Deutschlands wirtschaftlicher und machtpolitischer Glanzzeit dem englischen Weltreich gefährlich wurde, griff es zu den Waffen, setzte seine ganze Existenz aufs Spiel und kämpfte bis zum Weißbluten. Es wird einem schwachen Volke nie gestatten, was es einem starken mit Einsatz seiner ganzen Kräfte verwehrt hat. Gegen

1 Datierung nach Ankündigung im VB vom 15.11., 16.11. und 18.11.1927 und Ankündigung im Ulmer Tagblatt vom 16.11.1927. Im Lagebericht des Polizeipräsidiums Stuttgart wird als Datum irrtümlicherweise der 15.11.1927 genannt.

2 Im Saalbau, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die von den Ortsgruppen Ulm und Neu-Ulm gemeinsam veranstaltet wurde und an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Wilhelm Dreher, dem Ortsgruppenleiter von Stuttgart, geleitet.

3 Vgl. auch Donauwacht vom 19.11.1927, "Hitler-Versammlung"; Schwäbischer Volksbote vom 19.11.1927, "Hitler-Versammlung"; Ulmer Tagblatt vom 19.11.1927, "Hitler-Versammlung"; Ulmer Abend-Post vom 19.11.1927, "Hitlerversammlung"; VB vom 20./21.11.1927, "Hitlerversammlung in Ulm a. D.". Sowie Lagebericht W 42 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 30.11.1927; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 318.

die mächtigen Staaten der Welt wird Deutschland mit Gewalt nie etwas auszurichten vermögen, es kann sich nur behaupten, wenn es sich innen einig und geschlossen hinter große Persönlichkeiten stellt, weil es dann im Kampfe der Großen unter sich als Faktor, der in Rechnung gestellt werden muß, Beachtung findet. Der Wille zur Selbsterhaltung zwingt zum Einstehen eines ganzen Volkes für sein Weiterbestehen.

Aber statt Persönlichkeitswert regieren heute Internationalismus, Demokratie und Pazifismus, die jedes für sich ein Verbrechen am Volksganzen bedeuten.

Internationalismus ist Wahnsinn, weil er am gesunden Instinkt national empfindender Völker, die noch im Aufwachsen sind, sich erschöpfen muß. Demokratie ist Lüge: Was im Leben von den Trägern dieser Phrase weder in wirtschaftlicher noch privater Form anerkannt wird, kann in staatlicher Beziehung nie etwas Gesundes sein. Pazifismus ist Feigheit, der im Kampfe des einzelnen wie eines Volkes ums Dasein stets mit der Vernichtung des Feigen enden muß. Wie im Mittelalter [*sic!*] der Ideenkampf zwischen Katholizismus und Protestantismus das deutsche Volk zur Selbstvernichtung und von 18,5 auf 3 Millionen gebracht hat, *so wird der heutige Kampf zwischen dem sogenannten Proletariat und der sogenannten Bourgeoisie das deutsche Volk dem Untergang entgegenführen und es für jede geschlossene Front gegen das auch den Gesetzen der Selbsterhaltung unterworfene Ausland untauglich machen.*

Hier setzt der Nationalsozialismus ein. Es gibt keinen Sozialismus, der nicht zugleich national sich auswirkt und umgekehrt. In beiden Lagern sind gleich wertvolle Menschen und Kräfte, es muß sich der Arbeiter der Faust mit dem der Stirn verbinden bei gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Drei große Probleme warten ihrer Lösung durch den geeinten deutschen Menschen: *der Rassenwert, der Persönlichkeitswert und der Kampfgedanke. Wenn ihre Lösung Verwirklichung gefunden hat im neuen dritten Reich, dann bricht für das deutsche Volk eine neue Zeit an, kein Leben in Schönheit und Würde, aber in Pflicht und Arbeit, und aus diesen erwachsend Brot des Leibes und des Geistes.* [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

21. November 1927 Dok. 195
"Der Weg zu Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDStB-Versammlung in München [2]

VB vom 23.11.1927, "Freiheit und Brot" [3].

Der 9. November 1918 war der schwierigste Tag der deutschen Geschichte: Nicht allein daß an ihm ein sehr schwerer Krieg unglücklich ausging, sondern dieser Tag bedeutete auch den Abschluß einer langen ruhmreichen Periode der deutschen Geschichte. Dieser Tag war die Beendigung nicht nur des deutschen Heldenringens der letzten 4 1/2 Jahre, sondern auch die Beendigung der deutschen Freiheit, unserer deutschen Ehre, das Ende der deutschen Wirtschaft, aber auch das Ende eines deutschen Glaubens, der sich wieder in die Zukunft zu heben vermag. An diesem Tage begann der einzelne Deutsche sich nur mehr mit *Tagesproblemen* zu beschäftigen. 1914 hieß die Parole, ich kenne keine Parteien mehr, nur mehr ein Volk. 1918 hieß es mit einem Schlag: *Es gibt kein deutsches Volk mehr, sondern nur noch Parteien.* Eine traurige Zeit brach an gerade für jene, die nicht gelernt haben, vor den Tatsachen des Augenblicks zu kapitulieren, sondern in langer Friedensausbildung und *an der Front* der Gewalt den Trotz entgegenzusetzen und nicht ohne weiteres zu verzichten, die ohne Rücksicht auf die Zahl standhalten mußten und standgehalten haben, eine schwere Zeit für den, der zurückkam, nun *das andere Deutschland* wieder finden mußte, das ihm vollkommen fremd geworden war, das er im Laufe der letzten 4 1/2 Jahre selbst nicht mehr zu begreifen vermochte, entfernt von jener Basis, auf der die Armeen noch 1918 gestanden.

In diese Zeit fällt die *Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,* Partei als Zusammenfassung von Menschen, die sich als Partei bezeichnen, schon weil sie nicht die Majorität darstellen, die das Schicksal jeder Idee verkörpern, zuerst aus kleinsten Kreisen zu wachsen, immer mehr Menschen in ihren Bann zu ziehen, bis die neue Idee Gemeingut aller geworden ist oder den ganzen Staat erfüllt. Der Unterschied zwischen einer normalen Parlamentspartei und einer Bewegung, die Weltanschauung ist und sich dennoch als Partei bezeichnen muß, ist der, daß der Sieg einer normalen Parlamentspartei grundsätzlich nichts ändert, während der Sieg einer neuen Weltanschauung *umstürzend wirkt.*

Ein Prüfstein, ob eine Partei Weltanschauung ist oder nur reine Partei, ist der Tag ihres Sieges. Der *Faschismus* hat am Tag seines Sieges sich nicht nur erfüllt gesehen, von diesem Tage an beginnt erst die Arbeit seines großen Sieges - genau wie beim Kommunismus.

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 18.11. und 20./21.11.1927.

2 Im Festsaal des Hofbräuhauses, von 20.10 bis 22.40 Uhr. Die geschlossene Versammlung der Hochschulgruppe München des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, an der laut Polizeibericht etwa 2.000-2.500 Personen - nach einem weiteren Polizeibericht 1.600-1.800 Personen -teilnahmen, wurde von dem Studenten Heinz Schulze geleitet.

3 Vgl. auch Münchener Post vom 25.11.1927, "Hitler als Träger der 'heiligen Farben Schwarz-Rot-Gold'". Sowie Polizeibericht vom 22.11.1927 und PND-Bericht Nr. 594, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 61 der Polizeidirektion München vom 24.11.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Ein Prüfstein der Gegenwart ist ihre Stellungnahme zu den sog. *Tagesfragen*. Wenn es sich darum handelt, die Ursache der Not einer bestimmten begrenzten Zeit zu ändern, dann erhebt sich eine weltanschauliche Bewegung über die Basis und den Charakter einer parlamentarischen Partei hinaus. *Vermag ein Staat eine Zeit lang fortzubestehen, so ist das kein Beweis von der Genialität seiner Leitung.* Wie wenig bedeutend Tagesfragen an sich für die Beurteilung der Gesundheit eines Volkes sind, ersieht man aus tausend Beispielen der Geschichte. Auch anderes zeigt uns die Geschichte: Wir können sehen, daß eine Anzahl unserer Tagesfragen uns nur quälen, weil bestimmte Ursachen die Veranlassung sind. Im Augenblick der *Unterzeichnung des Waffenstillstandes* im Walde von Compiègne[4] hat man eingeleitet jene endlose Folge von Erfüllungen, Erpressungen, Diktaten, von denen eine immer schwerer war als die andere, von denen man keine ablehnt, weil die vorhergegangene auch schon so schwer war. Mit dieser einfachen Ausrede häufen wir auf uns eine Schmach um die andere, eine Ausplünderung um die andere, und tausend Tagesfragen resultieren daraus. Ein Heer von Arbeitslosen, Tausende schreien nach Beschäftigung, und wieder andere haben ihr Vermögen verloren, eine ganze Flut von Problemen steigt auf, eingeleitet durch den einzigen Akt, mit dem man sich wehrlos einem übermächtigen Gegner ausgeliefert hat. Es gibt kein Beispiel, bei dem man einem Gegner die Wehrlosigkeit aufschwindelte und dann nicht suchte, ihn zu vernichten.

Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal Karthagos.

Hitler folgert daraus für eine Weltanschauungsbewegung folgende Grundsätze:

1. Eine solche Bewegung darf nicht interessieren das Einzelschicksal einer Einzelperson. Sie darf vor sich nur sehen das Schicksal des Volkes. Sie muß erkennen, daß das Schicksal des einzelnen nichts anderes ist als das der Gesamtheit.

2. Daß es auch nicht das Schicksal eines einzelnen Ortes gibt, einer Gemeinde oder Stadt oder in Deutschland eines Landes, nur ein Schicksal dieser gesamten Gemeinschaft von Menschen auf ihrem gesamten Grund und Boden, *des gesamten Reiches*. Auch da kann man naturgemäß tausendfaltig die Meinung hören, daß vielleicht durch Absonderung oder durch kluges Verhalten der einzelne dem allgemeinen Schicksal zu entgehen vermöchte. Das ist ein Trugschluß.

3. Eine Weltanschauung darf dann nicht die Gegenwart vor sich sehen, sondern muß in die *Zukunft* blicken. Es ist notwendig, damit sie *hart* wird und nicht buhlt um die Gunst des Volkes. Einen Einsatz der Gesamtleistung erfordert die Zukunft. Die Gegenwart hat sich selbst als Einsatz darzubieten. "Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein".

4. Sie hat damit auch nicht ihre *Kritik* an Einzelpersonen anzulegen, die keine Rolle spielen. Nicht der Auswürfling [*sic!*] der genannten Gesellschaft ist es, den sie zu treffen hat, sondern das *Prinzip*. Solche Unwürdige vermögen sich in jede Bewegung hineinzustellen. Wenn eine Idee an sich richtig ist, kann sie gar nicht von einem einzelnen zugrunde gerichtet werden. Ein großes Staatswesen kann nicht zusammenbrechen, wenn bloß 15 Menschen dagegen demonstrieren, sondern fällt, wenn es morsch an sich ist.

4 Am 11.11.1918.

5. Die Richtigkeit solcher Prinzipien und Systeme darf nicht vom augenblicklichen Erfolg oder Mißerfolg aus gesehen geprüft werden. Der einzelne Mensch sieht nur seinen beschränkten Ausschnitt. Es ist notwendig, große Perioden zu überblicken und sich in den Gedanken hineinzubohren: *Wie würde das Schicksal sein, wenn seit Jahrtausenden dieses Gesetz allgemeine Anwendung gefunden hätte?*

Politik ist *werdende Geschichte*, weil jedes politische Ereignis im Augenblick seines Geschehens Geschichte eines Volkes geworden ist. Politik ist nichts anderes als der *Kampf eines Volkes um sein Dasein auf dieser Welt*, das ewige Ringen eines Volkes im Guten und Schlechten um die Existenz auf dem Planeten.

Wie findet dieses Ringen nun statt? Große Männer der Weltgeschichte sprechen es so aus: *Friedrich dem Großen* ist die Politik die Kunst, seinem Volk mit allen Mitteln zu dienen, *Bismarck* die Kunst des Möglichen. Beide ergänzen sich gegenseitig. *Clemenceau* erklärt, daß Politik des Friedens nichts anderes ist als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. *Clausewitz* erklärt, daß der Krieg nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen. Also ist Politik in Wirklichkeit der Kampf eines Volkes mit allen Waffen, nach allen Möglichkeiten für die Existenz auf dieser Welt.

Um was dreht sich ursprünglich hier der Kampf? Es ist der *Selbsterhaltungstrieb*, der zum Kampfe strebt, also um die Liebe und für den Hunger. Das sind im Grunde genommen die zwei einzigen Ursachen auf dieser Erde. Die Gesamtfläche, auf der sich dieses Leben abzuspielen vermag, ist eine *begrenzte* und führt daher zum Ringen miteinander um diese begrenzte Grundfläche. Diese ist außerdem für verschiedene Lebewesen enger gezogen, so daß ihr Dasein abhängig ist von der Erhaltung auf dieser Grundfläche. *So wird der Kampf um das tägliche Brot in Wirklichkeit zu einem Kampf um den Boden für dieses tägliche Brot, für den Raum an sich.* Es ist ein *eisernes Prinzip*: der Schwächere fällt, auf daß der Starke das Leben erhält. Das Leben ist nicht human, nicht grausam, sondern klug und weise. Aus all diesen zahllosen Lebewesen beginnt sich eine ganze Artgemeinschaft herauszuheben und zum Herrn der andern emporzusteigen. Das ist der Mensch: das brutalste, entschlossenste Lebewesen, das die Erde trägt. Er kennt nichts als die Beseitigung seiner Feinde in der Welt. Dieser Sieg, der fast als ewiger Zustand erscheint, ist nicht alt. Dieses Ringen und Kämpfen ist nicht von allen Menschen gleich geführt worden. *Es stechen hervor bestimmte Arten*, an der Spitze der *Arier*. Er hat der Menschheit die Waffen geschmiedet, mit denen sie sich zum Herrn über die Tierwelt emporgerungen hat. Es besteht kaum etwas, das, auf die letzten Wurzeln zurückgeführt, nicht einen Arier als Begründer besaß. Immer war es ein Persönlichkeitswert, der zunächst in Erscheinung trat, die schöpferischen Geister, gewissermaßen Fackeln des Fortschritts, worauf die übrige Menschheit nachrückt, um langsam in die allgemeine Linie wieder einzutreten. *Niemals haben Abstimmungen und Majoritäten etwas zur Kultur der Menschheit beigetragen.* (Beifall.) Was geschaffen wurde, ist restlos das Ergebnis des Wirkens und Schaffens einzelner und der flammende Protest gegen die Trägheit der Masse gewesen. (Starker Beifall.)

Wie vollzieht sich nun dieser Prozeß? Es ist ein ewiger Kampf, jede Leistung ist nichts anderes als das Ergebnis eines gegenseitigen Ringens, jede neue Erfindung ist

Überwindung des Alten, jeder Rekord Kampf gegen Bestehendes, jede Höchstleistung das Niederdrücken eines Bisherigen.

Daraus ergeben sich folgende *Grundsätze:*

1. Der Wert des Menschen an sich ist der innere, der rassische Wert.

2. Die Fähigkeit dieser Menschheit, dauernd Persönlichkeiten zu produzieren, die ihrerseits Träger des Fortschritts werden.

3. Die Tatsache, daß dieser gesamte Prozeß sich abspielt in einem ewigen Kampf, und daß mithin der Kampf der Vater aller Dinge auf dieser Welt ist.

Diese Grundsätze sind nichts anderes als die Erfüllung des Selbsterhaltungstriebes, der sich auszuwirken sucht an der Art, die diesen Wesen eigen ist.

Das Volk hat eine veränderliche Zahl und besitzt einen unveränderlichen Boden. Ein Volk wächst, vermehrt sich und kommt nun in den Kampf mit dem Raum, mit der ihm augenblicklich gegebenen Grundfläche. Besonders im primitiven Zustand ist Grund und Boden von maßgebender Bedeutung für den Lebenskampf des gesamten Volkes. Ein solches Volk ist gezwungen, einen Ausgleich zu finden zwischen Zahl und Grund. Dieser Versuch heißt in Wirklichkeit *Politik*.

Jedes Volk wird in der Tatsache seiner Vermehrung und der dadurch hervorgerufenen Not das heilige Recht sehen, sich den Grund zuzulegen, der für die Steigerung der Volkszahl allein das tägliche Brot schafft. Dem Wesen, dem der Herr das Leben gibt, gibt er auch den Grund, wenn es sich ihn nimmt.

Es gibt kein Recht auf Grund und Boden an sich.

Da ist die Erde, da lebt ihr und werdet sterben, und wer nicht Mut und Kraft zum Leben besitzt, ist reif zum Tode. Es gibt keine höhere Gerechtigkeit, die dem Schwachen das tägliche Brot zuschanzen will.

Die Auswanderung ist das Ausschicken der Besten. Sie wird, ausgedehnt auf Jahrhunderte, ein entsetzliches Bild geben. Ein weiterer Versuch, die Volksgenossen zu ernähren, ist die *Weltwirtschaft.* Man beginnt den Kreislauf nach außen anzunehmen. Dieser Weg ist besonders von Deutschland begonnen worden. Der Marxismus dagegen schlägt einen anderen Weg vor. *Er versucht die Änderung der Wirtschaftskonstruktion.* Nicht erhöhten Verwaltungbereich jedoch wünscht die Masse, sondern Besserung der Lebenshaltung. Mehr Kohle, mehr Getreide wird nicht produziert durch eine veränderte Wirtschaftsauffassung.

Der Marxismus vermochte wohl überall theoretisch die Wirtschaftskonstruktion zu verändern, praktisch aber konnte er niemals die Produktion vermehren.

Jahrhundertelang erdröhnte der Schrei unserer Vorfahren: Gebt uns Raum! Das deutsche Volk beginnt zu kolonisieren im Süden und Südosten. Langsam geht es dann später vom Weg der Kolonisierung ab, um sich der Wirtschaft zuzuwenden und schließlich zum Auswanderungsprozeß in der Not zu greifen.

Deutschland beginnt sich dann plötzlich wieder selbst zu besinnen, als, herausgewachsen aus den Befreiungskriegen, ein neuer Reichs- und Staatsgedanke entstand. Doch bald begann dieses Reich sich in eine einzige Fabrik zu verwandeln, bis das Jahr 1914 diesem Wirtschaftskampf ein gewaltiges Ende bereitete.

Das deutsche Volk ist auf einer unmöglich kleinen Bodenfläche zusammengedrängt.

Wer den Blick in die Zukunft richtet, muß das Entsetzliche feststellen, daß wir infolge der geringen Bodenfläche zum Volkstod bestimmt sind, wenn hier nicht eine Änderung eintritt.

Während die Natur nur eine Vielzahl von Lebewesen gebiert, und dann durch Kampf sich die Auswahl zwischen dem Starken und Schwachen vollzieht, geht man heute dazu über, die Geburtenzahl als solche zu beschränken ohne Rücksicht auf gesund oder krank, stark oder schwach.

Wenn wir in Deutschland aus unserer Vergangenheit ausmerzen, was nicht Erstgeburt ist, würden wir bar aller großen Geister sein. Die Theorie des Marxismus, die Einschränkung der Geburtenzahl, ist das Eingeständnis größter Feigheit.

Warum morden sie die Kommenden und nicht *sich selbst*?

Weil sie dazu zu feige sind. Was wird, kann niemand einschätzen. Wenn wir dieses Prinzip Jahrtausende angewendet hätten, wären wir längst zugrunde gegangen.

Ausgleich zwischen Volkszahl und Bodenfläche zu finden wird durch die Wirtschaft in neuerer Zeit wieder versucht. Wie soll heute in Deutschland die Wirtschaft unser Volk ausbauen können? Sie soll die 20 Millionen Menschen, die heute zuviel leben, ernähren, ihnen Arbeit und Brot geben.

Nicht die Billigkeit der Produktion ist das Wichtigste, Abnehmer für sie zu finden, das ist das Schwere. England hat sich Absatzgebiete gesichert. In diese Gebiete wirtschaftlich einzudringen, ist uns unmöglich. Doch auch in anderen Ländern ist die deutsche Industrie zum Teil nicht konkurrenzfähig. Selbst wenn wir jedoch in die Lage kommen würden, endgültig durch unseren Export das Volk zu ernähren, so täuscht man sich, wenn man glaubt, daß die anderen Länder freiwillig uns das geben würden, wofür England viereinhalb Jahre gekämpft hat. Wir haben schon einmal früher den Kampf aufgenommen. Als die deutsche Ware immer mehr auf der Welt Absatz fand, da griff England zum Schwerte.

Denn wenn man Weltwirtschaft und Welthandel einführen will, dann ist trotzdem die letzte Konsequenz das Schwert.

Und Erhaltung des Weltfriedens um jeden Preis war einst das Ziel der deutschen Politik. Keine Regierung aber kann um das Problem herumkommen: Wie können wir dem Volkschwund Einhalt gebieten?

Dieser Weg aber ist die Macht.

Selbst wenn wir unser Volk dezimieren, brauchen wir Macht.

Hitler geht nun über zur Beantwortung der Frage, *was im Völkerleben Macht und Kraft bedeutet:*

1. Kann die *Stärke* eines Volkes in seiner *Zahl an sich liegen?*

2. Kann diese Stärke in der *Grundfläche* liegen? Ein Staat von 7 Millionen Quadratkilometern Bodenfläche ist nicht so leicht zu überwinden, wie ein Staat von 430.000 Quadratkilometern, bei dem schon eine Ruhrbesetzung - ein lächerlich kleiner Streifen - einen Staat zum Zusammenbruch bringt.

3. Kann allerdings ein Volk seinen Wert außer der Kraft noch besitzen *im inneren Wert an sich?*

Die *beiden ersten Faktoren scheiden für Deutschland aus.* Wir müßten verzweifeln, wenn es nicht einen letzten Wert noch gäbe: den inneren Volkswert an sich. Wenn die

Zahlen sprechen, dann muß dagegen Energie eintreten. Gegen die Masse muß die Tatkraft streiten. *Wenn die Gewalt die Milliarden* [*sic!*] *marschieren läßt, dann muß die Entschlossenheit der Genialitäten den Ausschlag geben.* Der innere Wert ist unserem Volke auch heute noch gegeben. Wenn wir unser deutsches Volk aus der Welt hinwegdenken, dann bräche diese Welt hohl zusammen, wäre sie entsetzlich verödet. Man muß hinzurechnen alle, die wir als *Kulturdünger* hinausgeschickt haben, die in der dritten Generation noch Deutsche gewesen sind. Dieser innere Wert ist in den Großstädten langsam bedroht von rassischer Vergiftung und Zersetzung.

Dazu gesellt sich die Fähigkeit des Volkes, zur Lösung aller großen Fragen die entsprechenden Männer hervorzubringen. Der Persönlichkeitswert an sich ist bestimmend für die Bedeutung eines Volkes. Auf allen Gebieten der ganzen Kultur, überall sind deutsche Namen unsterblich in die Weltgeschichte eingegraben. Sie mögen uns heute besudeln wie sie wollen, sie können uns nicht ausrotten. (Starker Beifall.) Wenn heute diese Welt uns beseitigen würde, dann müßte sie demnach einen *Pantheon* bauen, in dem es die Erinnerung an die großen Namen der Nachwelt aufbewahrt. Dieser Wert unseres Volkes war stets da und hat sich in schwerer Zeit in unserem Volke geäußert.

Der dritte innere Wert eines Volkes ist sein *natürlicher Selbsterhaltungstrieb.* Unser ganzes Volk ist von der internationalen Seuche heute angekränkelt von höchst oben herunter in die lebendige Volksgemeinschaft. Internationale Phantasie, internationales Recht ist bei uns eingedrungen, nicht eine deutsche Kultur kennen wir, und Millionen predigen diesen Wahnsinn nach, ohne zu bedenken, daß es überhaupt keine Kultur gibt, die nicht aus dem lebendigen Born eines Volkes herausgequollen wäre. Höchsten Kitsch bietet die neue Zeit auf allen Gebieten, bei dem vom Pofel[5] die internationale Volks-Verbastardierung gezeigt wird. (Beifall.)

Wir haben den *Wert der Persönlichkeit* abgebaut und an Stelle dessen den *Wert der Masse* gesetzt. Wer auf dem Boden der Demokratie steht, lehnt damit tatsächlich die Bedeutung des Kopfes ab und appelliert an die Kraft und Genialität der Masse. Was unseren Staat aufgebaut hat, war stets die Bedeutung der Einzelperson. Unsere Wirtschaft wäre nicht denkbar auf demokratischer Basis. Wenn du Demokratie forderst, dann beginne in deiner Fabrik. Aber dort lehnst du die Majorität als unfähig ab, etwas zu organisieren. Aber den *Staat*, die Gesamtheit lieferst du der Majorität, d. h. der *organisierten Dummheit*, aus. (Stürmischer Beifall.)

Der Staat der Demokratie braucht zu seinem Schutz ein Institut, das nicht demokratisch ist. Bei der Armee erkennst du das Gesetz der Autorität an, aber die Nation lieferst du dem Gesetz der Mehrheit aus. Die tragenden Institutionen, die diesen Staat heute noch halten, Verwaltung, Heer, Wirtschaft, diese wenigen Faktoren sind aufgebaut auf dem Gedanken einer *Autorität nach unten und Verantwortlichkeit nach oben.* Die Demokratie anerkennt nur die Autorität nach oben, die Verantwortlichkeit nach unten an, d. h. überhaupt nicht [*sic!*].

Die Revolution hat alles hervorgebracht, nur keine Köpfe.

Es sind Zwerge, ganz kleine impotente Geister, die von heut auf morgen wursteln, die in sich so organisiert sind, *daß sie einen dauernden Protest darstellen gegen die Intelli-*

5 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.

genz. Wer hat Deutschland gemacht? Die Majorität, oder war es nicht der einzige Feuerschädel eines Bismarck, der gegen die Majorität Deutschland geschaffen hat? (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Wenn die drei Laster Demokratie, Pazifismus und Internationalismus zu so fürchterlicher Bedeutung kommen konnten, dann hat das seinen Grund darin, daß sie bei uns wissenschaftlich und organisatorisch, vertreten durch eine Weltanschauung, die Marxismus heißt, gelehrt werden. *Der Marxismus ist die wissenschaftliche Lehre dieser drei Menschheitslaster.* Die Menschheit wird zu einem Brei zusammengeführt, als tausendjähriges Reich. Wir sehen den *internationalen Juden* am Werke, die Völker völlig geschlechtslos zu machen, sie zu entnerven und langsam zum Einsturz zu bringen. Unser deutsches Volk geht hierin der anderen Welt weit voran. Wir tragen die Fahne dieser neuen Weltkultur, die unser Volk in zwei Teile gespalten hat: den einen Teil, der *national* sein möchte, und den andern, der *international* sein will. Der eine Teil ist die *Intelligenz*, der andere die *Arbeiterschaft*. Die Berufsstände sind zu Menschenklassen geworden. Jeder Mensch des fremden Volkes mit gleichem Beruf steht mir näher als der eigene Blutsgenosse. Damit dämmert uns eine Zeit empor wie jene, da Deutschland in eine protestantische und eine katholische Welt zerfiel. Hier Proletariat, hier Bürgertum, lautet jetzt die Parole.

In diese zerfallende Welt, die heute weit auseinander klafft, tritt die nationalsozialistische Bewegung ein. Ihre Weltanschauung fußt auf jenen drei Fundamenten: [*1.*] *Wert der Rasse. Sie ist nicht bereit, an diesem höchsten Wert rühren zu lassen. Diese junge Bewegung ist nationalistisch und erzieht ihre Menschen zur brutalen, rücksichtslosen Bejahung des Lebensinteresses des eigenen Volkes.* (Beifall.)

2. Sie lehnt ab die Bedeutung der Masse, nicht weil sie dem Volk nicht dienen will, sondern weil sie weiß, daß einem Volk nicht die Regentschaft der Dummheit und Feigheit nützt, sondern die

Regentschaft seiner fähigsten Köpfe.

3. Diese Bewegung lehnt nicht nur den Massenstandpunkt ab, sondern auch den Standpunkt des feigen Pazifismus. So wie wir damals nicht unterscheiden konnten, ob der einzelne Franzose gut oder schlecht ist, so wollen wir auch heute nicht unterscheiden den einzelnen Gegner, sondern: ob recht oder unrecht, erst unser Volk und dann das andere. (Heilrufe.)

Dazu kommt das Ziel:

Freiheit und Brot für unser Volk.

Die Frage für die deutsche Zukunft lautet: Gelingt es uns noch einmal, die 16 Millionen bewußt und gewollt international Eingestellten zu unserem Volke zurückzuführen, dann wird Deutschland wieder auferstehen; wenn nein, dann ist Schluß mit uns. Diese Frage allein wollen wir lösen, darauf konzentrieren wir uns. Wir sehen die Zukunft für gesichert an, wenn der deutsche Arbeiter für sie gewonnen wird, *weil er die Quelle der Kraft ist.* Wir glauben nie daran, daß Deutschland gesunden kann, wenn es nicht den deutschen Arbeiter wieder gewinnt. *Jahrzehntelang hat man sich um ihn nicht gekümmert,* und deshalb fiel er in die Hand des Verführers.

Unsere Bewegung wendet sich bewußt der Erhaltung und Pflege des deutschen Arbeiters zu. Sie sieht in ihm das wichtigste Lebenselement und hat eine Parole, die den beiden strei-

tenden Teilen den Schlachtruf aus den Segeln nimmt: National und sozial, beide sind in Wirklichkeit vollkommen dasselbe. Warum sind Sie (zu den Studenten) national? Ihnen wird von Jugend auf ein Bild von der Größe Ihres Volkes und Vaterlandes eingeprägt. Sie lernen kennen die deutsche Dichtung und deutsche Musik. Daraus formt sich für Sie der Begriff Ihres Vaterlandes, der Ihnen unendlich hoch steht. Vergleichen Sie damit den Mann, dessen tägliches Leben nur Not und Elend war, bis der Tag kam, da der Staat sich seiner erinnerte: der erste Mobilmachungstag. Da zog er seinen grauen Rock an und ging hinein in die Front. Schmähen Sie ihn nicht: Das ist der deutsche Grenadier gewesen, der der Welt standgehalten hat, als ob dieses Vaterland der Erbärmlichkeit sein Himmel gewesen wäre. Das hat er verteidigt vier Jahre lang. (Stürmischer Beifall.) Das ist der deutsche Arbeiter und dem geben wir die Hand, und ihn wollen wir dem deutschen Volk wieder gewinnen und werden nicht ruhen und rasten an dieser Arbeit, mögen auch andere uns auslachen. (Beifall.)

Hitler erinnert an den Tag des 24. Febr[*uar*] 1920 [6], an dem er zum ersten Male in diesem Saale sprach, ein unbekannter Mann mit wenigen Mitarbeitern. Er schildert, wie das Häuflein der Besucher wuchs und wuchs, bis in ganz Deutschland diese Bewegung so weit verbreitet war, daß man überall unser neues Zeichen kennt, und wo er spricht, alle Säle so voll sind, daß dem gegenüber 5.000 Wahlstimmen, während die anderen 50.000 haben, keine Rolle spielen. Denn sie sind 70 Jahre lang tätig gewesen und haben die Macht der Presse und des Geldes hinter sich. Aber unsere Bewegung wächst fort und fort, um 100 und mehr Prozent. Einmal muß es gelingen, dafür kämpfen wir seit 7 Jahren, ob unsere Gegner uns auch für tot erklären. Aus Überzeugung treten wir für unsere Ideen ein, bis die Stunde kommt, da das deutsche Volk aufhört, Bürger oder Proletarier zu sein, und wo wir wieder emporschauen zu unserer Mutter Germania, um zu ihr zu sagen: *Deutschland, deine Söhne sind jetzt wieder bereit.* (Minutenlanger, tosender Beifall.) [7]

23. November 1927 — Dok. 196
Erklärung

VB vom 26.11.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Am 13.10.1927 ist die Ortsgruppe *Kufstein* der N.S.D.A.P. geschlossen zur Hitler-Bewegung übergetreten [1].

6 Auf dieser Versammlung im Münchner Hofbräuhaus hatte Hitler das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die österreichische NSDAP hatte sich 1926 in die von Karl Schulz geleitete NSDAP (Schulzgruppe) und die NSDAP (Hitler-Bewegung), die sich Hitler direkt unterstellte, gespalten.

Ich begrüße die neue Ortsgruppe herzlich in unseren Reihen.
München, den 23. Nov[*ember*] 1927

gez. Adolf Hitler

24. November 1927 Dok. 197
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

VB vom 4./5.12.1927, "Adolf Hitler in Braunschweig" [2].

Nicht als Wahlredner will er [*Hitler*] sprechen: Wahlzeiten [3] sind Zeiten der Versprechungen. Wir aber können keine Versprechungen geben, wir nehmen auch nicht zu den *Tagesfragen* Stellung, denn sie sind erst die Auswirkungen eines Völkerschicksals. Und wenn diese Tagesfragen auch erfüllt werden, so bedeutet das noch lange nicht, daß das Volk gesund ist.

Wir kümmern uns nicht um das Schicksal einer Stadt, eines Landes, sondern um das Schicksal unseres Volkes. "Wenn dein Volk stirbt, stirbst du mit!"

Die Ursachen eines Zusammenbruchs sind nicht in einer oder zwei Personen zu suchen; nicht die "Wanderscholaren der Politik" sind die Schuldigen. Darum setzen wir uns nicht mit den Personen, sondern mit den Systemen auseinander.

Nun entwarf Adolf Hitler *ein Bild der nationalsozialistischen Weltanschauung.*

Alle Lebewesen sind durch die gegebenen Naturtriebe der Selbsterhaltung und Arterhaltung zum Kampfe um Nahrung und Raum gezwungen. Liebe und Hunger, das sind die beiden Urgewalten, die ein Völkerschicksal bestimmen. Die Befriedigung dieser Triebe führt zum Kampf.

Die Ursache der Entwicklung aller Lebewesen ist ihre Verschiedenartigkeit. Immer wieder drücken bestimmte Rassen den umwohnenden Völkern ihren Kulturstempel auf, meistens werden dabei die anderen Rassen unter Zerstörung ihres kulturellen Eigenlebens vernichtet. *Seit Tausenden von Jahren ist die arische Rasse der Kulturbringer.* Und wiederum sind es *Einzelpersönlichkeiten*, die aus dieser Rasse hervorragen und für lange Zeiten die Entwicklung entscheidend beeinflussen.

---

1 Im großen Saal des Konzerthauses, von 20.00 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut VB wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, wurde vom Ortsgruppenleiter Franz Groh geleitet.

2 Vgl. auch Braunschweigische Staatszeitung vom 25.11.1927, "Adolf Hitler in Braunschweig"; Braunschweigische Landeszeitung vom 26.11.1927, "Zur Wahlbewegung. Hitler sprach in Braunschweig"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 26.11.1927, "Die Hitler-Versammlung". Sowie Lagebericht Nr. 44 für den Freistaat Braunschweig vom 15.12.1927; Nds. StA Wolfenbüttel, 12 Neu 13, Nr. 13518, Bd. III.

3 Bei der Landtagswahl am 27.11.1927 in Braunschweig erzielte die NSDAP 10.358 Stimmen und einen Sitz im Landtag. Vgl. Falter, Wahlen, S. 92.

Ein gesundes, kräftiges und entwicklungsfähiges Volk sucht für die steigende Bevölkerungszahl den notwendigen Boden zu gewinnen. Nötigenfalls mit Gewalt. Ist das Volk aber verbraucht, d. h. zu schwach geworden, um sich im Daseinskampf zu behaupten, dann sucht es sich dem gegebenen Boden anzupassen.

Wir sind ein Volk ohne Raum! Der Wille zur Selbsterhaltung muß unser Volk zusammenschweißen, um mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft den Boden zu erringen, der zur Ernährung seiner wachsenden Volkszahl notwendig ist. - Woher nehmen die Schwätzer aus dem "bürgerlichen" Lager ihre Dummheit, um zu glauben, daß dasselbe England, das unser Volk als den schärfsten Konkurrenten im Kampf um die Volksernährung mit äußerster Anstrengung zu Boden zwang, uns nun gestatten würde, wieder der gefürchtete Feind von ehedem zu werden? -

Aber unser Volk zerfleischt sich selbst! Der heutige erbitterte Kampf zwischen dem "Proletariat" und der "Bourgeoisie" treibt unser Volk in den Untergang, denn er schwächt, nein vernichtet jede geschlossene Front im Kampfe um die Selbsterhaltung.

Der Nationalsozialismus greift hier ein: Sozialismus muß sich national auswirken und umgekehrt; sonst sind beide nichts. Der Arbeiter der Faust und der Stirne müssen sich zusammenfinden, denn der eine ist ohne den anderen nicht lebensfähig.

Rassenwert, Persönlichkeitswert und Kampfgedanke sind die Grundpfeiler des Nationalsozialismus; auf ihnen baut sich das dritte Reich auf, das dem deutschen Volksgenossen Freiheit und Brot gewährleistet. [4]

27. November 1927 — Dok. 198
Rede auf NSDAP-Reichsführertagung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist, Folge 48 vom 1.12.1927, "Reichsführertagung in Weimar".

Hitler ging in seinen anderthalbstündigen Ausführungen auf die großen Gesichtspunkte ein, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bei Wahlen überhaupt und bei den kommenden Reichstagswahlen in Sonderheit ins Auge zu fassen hat. Der heutige Stand der Partei läßt auf ein starkes weiteres Anwachsen im kommenden Jahre schließen. Dieses als das Jahr furchtbarster Auswirkungen der Dawesschande wird für unseren Kampf denkbar günstig sein. Die Leitgedanken unserer Propaganda können fast ausschließlich an den Dawesvertrag angeknüpft werden und an die für ihn Verantwortlichen von links und rechts.

---

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel "Elefant", nach 10.00 Uhr. Zu der von Hitler geleiteten Reichsführertagung waren laut Bericht alle eingeladenen Gauleiter, Reichstags- und Landtagsabgeordnete der NSDAP erschienen. Vgl. auch Einladungsschreiben der NSDAP-Reichsleitung, o. D.; BA, Slg. Schumacher 373.
Im Anschluß an die Reichsführertagung hielt Hitler noch eine kurze Ansprache auf einem von der Gauleitung Thüringen organisierten "Begrüßungsabend". Vgl. Dok. 199.

Unser bisheriger Kampf gegen die Rechtsparteien wie gegen das Zentrum war richtig. Den Wehrverbänden bleibt zuletzt in diesen abgewirtschafteten Dawesparteien kein Raum zur Betätigung. Auch sie werden zwangsläufig zu uns stoßen. Eine besondere Stahlhelmpartei wird die politische Unfähigkeit des Stahlhelms dartun [2]. Hitler geht auf einige soziale und wirtschaftspolitische Probleme ein. Wir müssen immer wieder betonen, daß alle wirtschaftlichen Korrekturen gar nichts nützen; unsere Aufgabe besteht darin, das Volk zu dem Gedanken der politischen Macht zu erziehen und ihm klar zu machen, daß kleine Pflaster keine Gesundung herbeiführen. Ein Eingehen auf wirtschaftliche Teilnöte und Versprechungen in der Richtung sind grundfalsch. Es kommt darauf an, die großen Ideen, ideale Ziele zu betonen, gleich viel, ob man mit der oder jener Parole unpopulär wirke. Unsere Propaganda muß noch mehr spezialisiert werden. Hitler, der jetzt selbst die Leitung der Propaganda übernommen hat [3], wird die Flugblätter, Flugschriften und Rednerpropaganda von jetzt ab persönlich organisieren. [4]

27. November 1927 Dok. 199
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist, Folge 48 vom 1.12.1927, "Reichsführertagung in Weimar".

Sodann ergriff Hitler das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er einigen markanten Kulturgedanken prachtvolle Gestaltung gab: In scharfen Worten geißelte er die Seelenvergifter des deutschen Volkes, die auch in Weimar, der Stadt höchster Kulturgüter, ihr Unwesen treiben und mit Nigger- und Jazzmusik die Stätte hehrster Kunst schimpflich entweihen. Natürlich könnte man keine neue Kultur künstlich machen. Aber zunächst sei ja doch die große alte da: das deutsche Volk in breitesten Schichten kenne ja diese noch gar nicht. Es sollte diese erst einmal begreifen lernen. Die Verachtung, die so viele für Kunst und Kultur übrig haben, erklärt sich vielleicht daher, daß zu viele Menschen nur *schlechte* Kultur, nur Kitsch für Kunst kennen, und an die echten großen Werke noch gar nicht herangeführt worden sind. Aber heute schwatzt man uns Zwerge auf, die uns Geschmack und Seele vergiften. Das sollen Künstler sein, die Kreneks [2] und Genossen? Die Meister aller Zeiten, die sich alle gegenseitig achten und verstehen und wie in

2 Zur politischen Umorientierung des 1918 gegründeten Stahlhelms vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 103 ff.

3 Hitler übernahm vom 2.1.1928 bis 27.4.1930 das Amt des Reichspropagandaleiters, das zuvor Gregor Straßer innegehabt hatte. Vgl. auch Dok. 204 und 212.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel "Hohenzollern", abends. Der öffentliche "Begrüßungsabend", zu dem die NSDAP-Gauleitung Thüringen eingeladen hatte, wurde von Gauleiter Fritz Sauckel eröffnet. Hitler verließ das Hotel um 22.00 Uhr. Zur vorangegangenen Reichsführertagung vgl. Dok. 198.

2 Ernst Křenek (geb. 1900), Komponist und Schriftsteller, 1916-1923 Studium in Wien und Berlin, 1927 Erstaufführung der Jazzoper "Jonny spielt auf" in Leipzig, 1930-1937 Präsident der Genossenschaft dramatischer Komponisten in Wien, 1938 Emigration in die USA.

einem Ringe deutscher Kulturgemeinschaft in einem Olymp der Kunst beisammenstehen, bedanken sich für derartige Kreaturen, wie sie uns heute als Große aufgeschwatzt werden. Sie sind nicht ihresgleichen! Hitler rechnet wuchtig und eindeutig mit einem Staate ab, der nicht einmal in der Lage ist, seine Kulturgüter zu schützen und die Erziehung seiner Staatsbürger auf der Grundlage dieses höchsten Volksgutes aufzubauen. Politik und Kultur sind enger miteinander verbunden, als gemeinhin angenommen wird. Wir werden mit der politischen Macht auch der deutschen Kultur wieder zur Gesundung, zu Reinheit und Größe verhelfen. Aber dafür die Voraussetzung ist die nationale Freiheit und Stärke eines Volkes.[3]

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. Dezember 1927 Dok. 200
"Nationalsozialismus und Marxismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

VB vom 13.12.1927, "Der Untergang der nationalbürgerlichen Welt" [3].

In diesen Tagen ist vielleicht zum erstenmal seit 9 Jahren auch manchen ganz Verblendeten zum Bewußtsein gekommen, wie trostlos und traurig die Lage in Deutschland heute ist; *das deutsche Volk hat versucht, im Innern eine Besoldungsreform durchzuführen, ein 34jähriger, junger Mann - amerikanischer Staatsbürger - erhebt Einspruch, und die deutsche Reichsregierung muß sich entschuldigen vor einem einzelnen Menschen, einem Fremden* [4]. *Wenn wir bedenken, daß das nach bald 10 Jahren des Friedens stattfindet, weiter bedenken, daß dies einem Volke zugefügt wird, das vor 10 Jahren noch Anspruch darauf hatte, eins der ersten Völker auf der Erde überhaupt zu sein, das nicht nur kulturelle Werte besaß, sondern allgemeine Achtung genoß, und wenn Sie sich weiterhin vorstellen, daß dieses Volk vor knapp 10 Jahren noch der einzige Staat war, der der ganzen anderen Welt die Stirne geboten hat, dann kommt einem der Zustand von heute manchmal traumhaft, verständnislos vor.*

Die große Not ist ein dauernder Geselle des deutschen Volkes geworden, Elend und Bitternis sind bei uns dauernd zu Gast. Nach dem Kriege 1870/71, der von Frankreich in frevelhafter Weise vom Zaun gebrochen [*worden*] war, hat dasselbe Frankreich nach schwerster wirklicher militärischer Niederlage eine Friedensverpflichtung von Deutschland bekommen, die *drei Jahre nach Abschluß* und Beendigung des Krieges restlos abgetragen [*war*]. Die gesamte Summe betrug 5 Milliarden Francs - 4 Milliarden Goldmark. Sie wissen nun alle, was wir nach beinahe zehnjährigem Frieden bisher für Leistungen vollbracht haben, die nur eine Einführung sein sollen. Die eigentlichen Leistungen sollen erst im nächsten Jahre, also nach 10 Jahren Friedensschluß beginnen. Das nächste Jahr wird also das erste der vollen Leistungen sein.

Das Ende wird sein, daß Deutschland auf einem Grund und Boden leben muß, der ihm nicht mehr gehört, daß es arbeiten muß, ohne den Lohn seiner Arbeit jemals genießen zu können.

Kurz gesagt, wir sind nur noch eine internationale Kolonie, fremder Willkür und internationaler Ausplünderung preisgegeben, wenn nicht ein Wunder geschieht und ein vollkommener Wandel eintritt. Aber das Tragische ist nicht einmal diese entsetzliche

---

1 Titel laut VB-Bericht vom 4./5.12.1927.

2 Im großen Saal des Städtischen Saalbaues, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut VB etwa 4.000-5.000 Personen teilnahmen, wurde vom NSDAP-Bezirksleiter Josef Terboven geleitet.

3 Vgl. auch Essener Allgemeine Zeitung vom 4.12.1927, "Hitlers Programm"; VB vom 4./5.12.1927, "Adolf Hitler in Essen"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 6.12.1927 (AA), "Hitlervorträge im Industriegebiet". Sowie Chronik der Stadt Essen 1927, S. 118; Stadtarchiv Essen.

4 Gemeint ist der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der in einem am 6.11.1927 von der deutschen Regierung veröffentlichten Memorandum zur deutschen Finanzpolitik die im Reichstag zur Debatte stehende Erhöhung der Beamtenbezüge kritisiert hatte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 170 f., 490 ff.

äußere Lage, sondern die Tatsache, daß unser Volk dies gar nicht zu sehen scheint und sich über alles leicht hinwegtröstet. Statt durch politisches Handeln zu versuchen, diese unmögliche Situation zu beenden, hat unser Volk im Gegenteil im politischen Leben den Kampf aufgenommen, nicht etwa zur Befreiung von den äußeren Sklavenketten, sondern es will lediglich den Sieg einer Klasse in einem Volke, in dem *alle* Klassen gemeinsam unterdrückt werden.

Können wir heute überhaupt noch vom deutschen Volke reden? In diesen Wochen hatten wir verschiedene Wahlen [5], und das nächste Jahr wird das große Wahljahr sein [6]. Die Parole wird lauten: Hier Marxismus, Internationalismus, und hier nationales Bürgertum! Können wir damit unsere Lage in Deutschland verbessern? Nein. Im Gegenteil, diese Parolen haben mit der Größe Deutschlands gar nichts zu tun.

In diesem schwersten Ringen innerpolitischer Art wird weder das deutsche Bürgertum noch das deutsche Proletariat als Sieger hervorgehen.

Die Sieger sehen wir heute schon; es sind nur die Vertreter jener überstaatlichen Mächte, die ein Interesse daran haben, daß unser Volk sich im Innern zerfleischt und der äußere Druck von Jahr zu Jahr erhöht wird.

Wenn wir prüfen wollen, ob eine dieser beiden Hälften siegen kann, müssen wir zunächst die ältere einer Betrachtung unterziehen, nämlich die *national-bürgerliche Welt*, wie sie sich politisch äußert.

Was heute der politischen bürgerlichen Welt entgegentritt, ist nicht die Welt des Staatsbürgers, sondern die klassenmäßige Organisation des Bürgertums an sich, soweit es politisch in die Erscheinung tritt. Die gesamte Masse des politischen Proletariats auf der einen Seite ist die Gesamtsumme der deutschen Handarbeiterschaft im allgemeinen. *Das deutsche Bürgertum repräsentiert die geistigen Arbeiter der Nation, das internationale Proletariat die nominelle Arbeiterschaft der deutschen Nation.* Warum kämpfen nun diese beiden großen Gruppen miteinander? Etwa darum, damit ihr politisches Leben erfüllt wird, oder die Zeit vergeht? Das Ziel des politischen Ringens muß sein, daß einmal das deutsche Volk aus der inneren Verklammerung frei wird und seine Kraft nach außen anwendet. Das Ziel wird nicht dadurch erreicht, daß das Bürgertum gegen das Proletariat, und umgekehrt das Proletariat gegen das Bürgertum bis in alle Ewigkeit kämpft.

Das deutsche Bürgertum von einst hat keine Form gefunden, um entsprechend der Notwendigkeit der Zukunft den Begriff national in eine solche Fassung zu bringen, daß damit der Begriff zweifellos zur fundamentalen Grundlage des politischen Handelns aller Deutschen hätte gemacht werden können. Es ist sich nicht klar geworden über den Begriff *Rasse*, über den Begriff *Staat* und drittens nicht klar geworden über den Begriff *Persönlichkeit. Das deutsche Bürgertum hat sich auf den Boden der Demokratie gestellt und damit sein eigenes Fundament unter sich weggeschoben. Die Majoritäten töten den Geist.*

---

5 Im Oktober und November 1927 hatten Landtagswahlen in Hessen (13.11.) und Braunschweig (27.11.), Kommunalwahlen in Oldenburg (6.11.) und Bürgerschaftswahlen in Hamburg (9.10.) und Bremen (13.11.) stattgefunden. Die NSDAP hatte sich nur an den Wahlen in Hamburg (9.754 Stimmen; 2,5 %) und Braunschweig (10.358 Stimmen; 3,7 %) beteiligt. Vgl. Falter, Wahlen, S. 89 ff.

6 Am 20.5.1928 fanden die Reichstagswahl und die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

Wenn bei den nächsten Wahlen eine gewaltige Niederlage für das politische Bürgertum kommt, so ist das das Resultat der unklaren und in sich widersprechenden Grundlage dieses Bürgertums. Ich kann nicht auf der einen Seite Herrschaft des Geistes verkörpern wollen und auf der anderen Seite Demokrat sein. *Demokratie ist gleichbedeutend mit der Herrschaft der Unfähigkeit.* Das Bürgertum hat vor allem den Begriff national nicht zur tragenden Basis für das gesamte politische Leben ausgebaut. Es ist stecken geblieben in kleinen Interessentenkämpfen und hat den Stand, auf den es ankommt, nicht erfaßt, es hat unsere Volksgenossen abwandern lassen über das Meer hinaus zur Kolonisation fremder Gebiete. Dies war aber das beste Menschenmaterial.

Wer nicht arbeitet, der rostet, und wer nicht an die Zukunft glaubt und dafür ficht, sondern sich auf die Vergangenheit stützt, der sinkt mit der Vergangenheit in die Vergangenheit zurück. Das ist der Fluch des deutschen Bürgertums.

Der Marxismus aber kann *genauso wenig siegen.* Er ist an sich nur eine Waffe, mittels der der deutsche Staatskörper oder der deutsche Volkskörper seiner nationalen Intelligenz entledigt werden soll. Das ist das Ziel des Marxismus, aber keinesfalls ein sozialistisches Ziel.

Was der normale Mensch will, das ist ein besseres Auskommen. Wenn wir heute Millionen marxistische Arbeiter aufmarschieren lassen und sie fragen, was wollt ihr, dann erhalten wir als Antwort: *ein besseres Leben.* Wollt ihr mehr Lohn? Ja! und so betet er die endlosen marxistischen Theorien herunter. Es wird dem Marxisten immer ein höheres Einkommen vorgestellt. In der Inflation hat man auch krampfhaft versucht, durch immer mehr Einkommen das Auskommen zu steigern, man kam [7] zum Einkommen von Millionen, ohne daß sich das Auskommen gebessert hätte. Wenn man das Auskommen für die Gesamtheit erhöhen will, so ist die Voraussetzung die Erhöhung der Produktion für die Gesamtheit. *Geld ist nur die gedruckte Anweisung für die geleistete Arbeit.* Wenn das Produkt der geleisteten Arbeit nicht da ist, kann ich Anweisungen so viel drucken, wie ich will. In Wirklichkeit will doch nur der Marxist ein besseres Leben, also mehr teilnehmen an den Gütern des Lebens.

Die erste Voraussetzung zum da sein oder zur Verteilung ist in Wirklichkeit das Vorhandensein. Unserem Volke fehlt eine ganze Anzahl von Rohstoffen, diese sind nicht da. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Volk in der Lüneburger Heide oder in einer fruchtbaren Gegend lebt. In einem Falle kann man Heidekraut verteilen und im anderen Falle Weizen.

Der Boden ist die Voraussetzung.

Der Marxist will die Schranken des Staates einrennen und die Erde allen als Freiland geben. Was heißt das? Wenn ich die gesamte Menschheit als eine Summe annehme, müßte ich sagen, die einen haben zu wenig, weil die anderen zu viel haben, und deshalb muß ich dem anderen das fortnehmen, ich muß ausgleichen und den Gesamtbesitz der Welt kommunalisieren; das geht nicht. Der Europäer hat das traurigste Klima, aber etwas hat der Europäer, das ist die Tüchtigkeit seines Volkstums, seiner rassischen Bestandteile, die aus der Urwelt, der Wildnis ein Paradies geschaffen haben, während andere Völker unter lachendem Himmel verfaulen. *Der Marxismus lehnt den rassischen*

7 In der Vorlage: "kann".

Gedanken ab, will aber davon leben, was dieser der Welt an Kulturgütern gegeben hat. Wenn der Marxismus wirklich den Sozialismus dem deutschen Volke bringen wollte, mußte er dafür eintreten, daß zunächst der Sachwert gesteigert wird, weil dies die Voraussetzung ist zur Erhöhung der Lebensquote des einzelnen, und nicht die Verteilung des Kapitals. Die Kapitaldifferenz ist lächerlich, zusammengelegt auf die Konsumdifferenz.

Der Marxismus schwindelt immer von mehr Einkommen, ohne die Frage zu lösen: wie schaffen wir mehr Auskommen! Das wäre Sozialismus.

Daß der Amerikaner durchschnittlich besser lebt als wir, hängt nicht damit zusammen, daß er etwa Marxist ist, sondern daß auf ihn ein Vielfaches mehr an Sachwerten kommt als bei uns. Damit ist die Quote, die dem einzelnen zufällt, viel höher als sie bei uns überhaupt sein kann. Zur heutigen Verteilung der Bodenwerte müssen wir feststellen, daß hohe Kulturvölker zusammengepreßt sind auf kleinste Grundflächen, während bei ganz minderwertigen Völkern der Fall umgekehrt liegt. Der Marxist sagt, wir wollen einen Ausgleich der ungerecht verteilten Güter. *Warum sorgt er nicht für den Ausgleich der ungerecht verteilten Weltgüter; das ist doch zunächst die Voraussetzung.*

Eine weitere Notwendigkeit ist, daß ich die Bodenschätze hebe, entwickle und fördere; das ist abhängig von der Rasse und Persönlichkeit. *Der Marxist, der sagt, wir wollen mehr Anteile haben an den Kulturgütern der Welt, leugnet die Urheber.* Wer hat das alles geschaffen, an dem du teilnehmen willst? Das war ein Volk oder waren die Völker, und ferner die Persönlichkeiten aus diesen Völkern. - Der Marxist sagt, wir setzen an Stelle des Vorrechtes des einzelnen das Recht der Gesamtheit; das ist ebenfalls eine Lüge.

Von ihren fähigsten Köpfen geführt zu werden, das ist der höchste Nutzen der Gesamtheit.

Der Marxist erhebt zum Führer die Unzulänglichkeit, Dummheit und Feigheit, und wir möchten erhoben sehen zum Führer unseres Volkes die besten Volksgenossen und möchten diesen dann ein Höchstmaß an Autorität übergeben, weil wir wissen, daß ein Kopf sich von einer Majorität nicht unterkriegen läßt. *So stellen wir uns eine gesunde Organisation des Volkskörpers vor. Da unterscheiden wir uns von der Klassenwelt des Bürgertums und des Proletariats.* Wir sehen vor uns nicht eine Klasse, sondern die Gesamtsumme einer gleichen Volksmasse, aus der die Köpfe kommen, und diese sollen nicht terrorisiert werden durch das Majoritätsprinzip auf allen Gebieten. Ein Volk muß seine Führer verlieren, wenn es das Gesetz der Demokratie anwendet.

Wie muß ein wirklicher Sozialist handeln?

Er muß erstens dafür eintreten, daß das Volk genügend Grund und Boden auf der Welt besitzt, und zwar wenn notwendig, durch Einsetzen der Macht dieses Volkes. Zweitens muß ein wirklicher Sozialist für die Erhaltung der Kulturhöhe seines Volkes auf völkisch-rassenmäßigem Niveau bestrebt sein, und muß drittens dafür eintreten, daß in einem Volksstaat die fähigsten Köpfe zu maßgebendem Einfluß kommen auf allen Gebieten des Lebens. Ich muß den Schlüssel finden, der die einzelnen anspornt zur höchsten Leistung, ohne einen Volksgenossen, der redlich tätig ist, dem Elend preiszugeben. Dadurch kette ich den einzelnen endgültig an die Schicksalsgemeinschaft, und das ist höchster Nationalismus.

Der Marxismus vertritt heute die Interessen der Börse, das ist sein Ende. Da treten wir Nationalsozialisten ihm entgegen, indem wir wieder den wirklichen Sozialismus herstellen und ihn von dem marxistischen Gift befreien, von der marxistischen Lüge, von dem Betrug, und ihn zurückführen dorthin, wo er hingehört, in die Gemeinschaft unseres Volkes.

Der Sozialismus soll der Existenz des einzelnen Menschen zum Heile verhelfen, er kann nur verwirklicht werden innerhalb des Rahmens der jeweiligen Volksgemeinschaft, denn Kultur ist kein Welteigentum, sie ist das Eigentum der schaffenden, kulturschöpferischen Völker. *Wir sind Nationalsozialisten, weil wir betonen, daß sozial und national im höchsten Sinne des Wortes identische Begriffe sind, die nur der internationale Marxismus zersetzt und zerrissen hat.* Wir wissen sehr wohl, daß nicht die heutige Welt diese neue Idee in die Praxis umzusetzen in der Lage ist. Der Zukunftskampf erfordert wieder einen neuen Glauben unermeßlicher Art, gigantische Anstrengung der gesamten Nation und gewaltige, innerliche Umgestaltung. - Unsere Wirtschaft kann Deutschland nur ernähren, wenn sie die Überproduktion über den inneren Bedarf auf dem Wege der Ausfuhr abgibt, um dadurch das zu kaufen, was uns zum Leben fehlt. Es ist eine Utopie zu glauben, daß ein Staat seine politische Macht verlieren kann, aber die Wirtschaft dann den Lebenskampf auf ihren eigenen Schultern weiterführt.

Das deutsche Volk wird nur leben, wenn es hinter die Wirtschaft die politische Macht setzen kann.

Wir Nationalsozialisten kennen weder Bürger noch Proletarier, sondern nur mehr das Schicksal unserer deutschen Volksgenossen, für die treten wir ein und kämpfen wir. Dafür sind wir bereit, wenn nötig, uns bis zum äußersten einzusetzen. So unterscheiden wir uns durch eine einheitliche, geschlossene Weltanschauung, die ein unangreifbares Fundament besitzt.

Wir bauen auf die Zukunft, wir haben gebrochen mit der Vergangenheit, aber wir stehen gebunden [sic!] mit den großen Männern der Vergangenheit, und wenn diese wieder aufständen, würden sie heute in unseren Reihen sein.

Unsere Standarte ist das Zeichen einer Idee und Bewegung, die eines Tages an die Tür des Staates pochen, Einlaß fordern und dem Staat diese Fahne als Staatsfahne geben wird.

Wenn unser Banner siegen wird, dann ist das Ende des Marxismus da.

Entweder er lebt, dann stirbt Deutschland, oder wir retten das Vaterland, und dann stirbt der Marxismus. Wir ruhen nicht eher, bis wir diese Seuche aus unserem Volke herausgerissen haben mit der allerletzten Wurzel. Vor dem Angesicht unseres Volkes legen wir das Gelöbnis ab, wir gaukeln euch kein Glück und keinen Glanz vor, wir bauen euch keine schimmernden Paläste, in die ihr einziehen werdet, wir versprechen euch nur eins, wir wollen kämpfen für unser Volk. *Wir wollen im Kampfe für unser Volk alle Schichten sammeln, wir unterscheiden nicht zwischen Klassen: der letzte Volksgenosse muß einst der treueste Bürger seines Vaterlandes werden.*

5. Dezember 1927 Dok. 201
"Deutschlands Außenpolitik. Unser endgültiger Verfall - oder unsere Zukunft!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 6.12.1927 (AA), "Hitlervorträge im Industriegebiet" [3].

Hitler legt seiner außenpolitischen Betrachtungsweise die Tatsachen zugrunde, die er als etwas Einzigartiges in der Weltgeschichte ansieht, daß nach fast 10jähriger Beendigung des Weltkrieges 1. die Entente immer noch besteht, daß 2. bis jetzt alle "Siegerstaaten" fortgesetzt und gleichmäßig an der Beraubung Deutschlands haben partizipieren können, und daß 3. diese fortgesetzte Beraubung und Unterdrückung durch die Sieger nicht vermocht haben, einen gewaltigen, einheitlichen Abwehrblock innerhalb unseres Volkes zu schaffen. Den Hauptgrund für die Möglichkeit dieser Tatsachen sieht er in dem derzeitigen außenpolitischen Programm Deutschlands, vor allem aber darin, daß die nationale Opposition als außenpolitisches Ziel die Restitution der Grenzen von 1914 aufstellt. Das sei das sicherste Ziel, die Entente zusammenzuhalten. Die gegenseitige Eifersucht halte weiter unsere Gegner solange zusammen, solange jeder von ihnen nicht die Erwägung anzustellen gezwungen sei, ob er seinen Vorteil besser auf seiten der bisherigen Raubgenossen oder auf seiten eines auf neue Ziele einheitlich eingestellten deutschen Volkes finde. Diese Einheitlichkeit der Zielsetzung könne aber nicht erreicht werden, solange die politischen Kräfte von 1918 sich in Deutschland in Reinkultur auswirkten. Bei der Betrachtung, was uns in dieser Lage helfen könne, schalte der Kampf um neuen Grund und Boden bei den heutigen Verhältnissen aus. Wolle man durch Vermehrung der Produktion unserem Volke jedoch das notwendige Brot geben, so sei der Versuch unmöglich, solange nicht eine wirkliche Macht dahinter stehe; denn dann müßten wir mehr leisten als vor dem Kriege, die Produktion von 1914 zusätzlich der Kriegslasten. Für eine derartige Produktion die Absatzmärkte zu gewinnen sei unmöglich. Denn selbst wenn wir in wirtschaftlicher Beziehung mit dem Auslande zu konkurrieren vermöchten, so ständen wir dann an demselben Punkte, wo wir 1914 gestanden hätten, und das Schwert der Gegner werde die Eroberung neuer Absatzmärkte dann aufs neue verhindern.

Wenn man in diesem Dilemma nach einem außenpolitischen Weg suche, dann müsse man Frankreich als "festen S[*t*]ein" im Wege ansehen. Aus natürlichen Gründen seines Volkscharakters heraus müsse es immer unser Gegner bleiben; jede Versöhnungs- und Verständigungspolitik könne da nur an der Oberfläche haften. Man müsse daher Um-

1 Titel laut VB.

2 Im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues, abends. An der geschlossenen Versammlung nahmen laut Rheinisch-Westfälischer Zeitung etwa 600 (VB: 800) geladene Gäste, darunter Vertreter aus Industrie und Wirtschaft, teil. Hitler soll 2 1/2 bis 3 Stunden gesprochen haben.

3 Nachdruck: Essener Anzeiger vom 7.12.1927, "Hitler sprach in Essen". Vgl. auch Der Mittag vom 6.12.1927, "Adolf Hitler spricht in Essen"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 6.12.1927, "Hitlervorträge im Industriegebiet"; VB vom 10.12.1927, "Nationalsozialismus und deutsche Wirtschaftsführung" (Auszüge aus Rheinisch-Westfälischer Zeitung, Essener Allgemeine Zeitung und Der Mittag). Sowie Chronik der Stadt Essen 1927, S. 119; Stadtarchiv Essen.

schau halten, ob nicht irgendwo "ein anderes Raubzeug gegen den Fuchs zu gehen" Interesse erhalten werde, denn die Stärke eines Bündnisses liege nicht in der Defensive, sondern in einem greifbaren Ziel. Hitler meint nun, daß das heutige Frankreich eine Bedrohung für alle die Staaten Europas werden müsse, die an der wachsenden politischen Hegemonie Frankreichs kein Interesse hätten. Die hier in erster Linie in Betracht kommenden Staaten seien England und Italien, und aus diesen Erwägungen sei der Weg der deutschen Bündnis- und Außenpolitik gegeben. [4]

7. Dezember 1927 Dok. 202
"An alle Parteigenossen!" [1]
Anordnung

VB vom 8.12.1927, "Bekanntmachung".

4 Folgt abschließender Kommentar zum Redeverbot Hitlers in Preußen und zu den vom Polizeipräsidium Essen verfügten Auflagen für die NSDAP-Versammlungen am 2.12. und 5.12.1927 in Essen. Vgl. auch VB vom 11./12.12.1927, "Neue Polizeischikane gegen die deutsche Arbeiterbewegung".

1 Text identisch mit der Anordnung vom 7.6.1927 im VB vom 9.6.1927, "Aus der Bewegung". Vgl. Dok. 143.

10. Dezember 1927 Dok. 203
"Volk - Staat - Wirtschaft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [2]

Berliner Arbeiterzeitung vom 26.2.1928 (Beilage: Der Bundschuh. Mitteilungen für das national-sozialistische Landvolk, Nr. 2), "Adolf Hitler an das deutsche Landvolk!" [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es muß die Not im deutschen Volke schon groß sein, wenn der einzelne aus seinem Dorfe, aus seiner Heimstätte wegbleibt und in irgendeine Stadt reist, um dort einen von weiß Gott woher kommenden Menschen zu hören. Es muß die Not größer sein, durch die einzelne hinausgetrieben werden auf der Suche nach irgendeinem Erwerb, nach einem Wandel der Dinge, die zur Zeit unerträglich geworden sind. Das Charakteristische ist, daß besonders zwei Stände, die von jeher in Deutschland als die fleißigsten bekannt sind, trotz aller Aufopferung, trotz allen Ringens nicht mehr vorwärts zu kommen vermögen. Es ist der deutsche Mittelstand, der von Jahr zu Jahr immer mehr verproletarisiert wird. Es wird hier ein Leid ausgekämpft, das sich in den letzten Jahren bis zur Unerträglichkeit steigerte, ein Leid, das der großen Menge gar nicht zum Bewußtsein kommt, weil es sich zum großen Teil um Menschen handelt, die ihr Unglück in sich verschließen, die als sogenannte gute Staatsbürger erzogen sind und nun ihr Elend in sich hinunterschlucken.

Ganz dasselbe sehen wir auch im deutschen Bauernstande. Auch er sieht vor sich eine trostlose Zukunft. Jeder einzelne weiß, geht es noch Jahre so weiter, dann ist es aus. Das Schicksal des Mittelstandes wird auch Hunderttausende von Bauern treffen. Sie werden im günstigsten Falle noch als Hörige des internationalen Finanzkapitals, das sie noch belehnt, gelten, und das sie noch als bloße Arbeitstiere auf dem väterlichen Besitz belassen wird. Auch hier sehen wir, wie Hunderttausende, Millionen von Menschen, trotz Fleiß, trotz Arbeitsamkeit, trotz Sparsamkeit den Ruin vor Augen haben, und die nur eins nicht gelernt haben, nämlich, sich ihrer Haut zu wehren: *die nicht gelernt haben, hinaus zu gehen und zu schreien in dem Staate, in dem nun einmal alles schreit und in dem*

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.12., 7.12. und 9.12.1927.

2 Im Zirkus Busch, nach 15.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.200 Personen teilnahmen, wurde von Hinrich Lohse, dem Gauleiter von Schleswig-Holstein, geleitet. Hitler sprach vor Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins in Süderdithmarschen, der Kleinbauernbewegung und des Landbundes. Aufgrund des Redeverbotes für Hitler in Preußen war die Veranstaltung von Meldorf nach Hamburg verlegt worden.

3 Gekürzte Fassung: VB vom 18./19./20.3.1928, "Volk und Boden". Vgl. auch Hamburger Nachrichten vom 11.12.1927, "Hitler vor den schleswig-holsteinischen Bauern"; Hamburger Universitäts-Zeitung, Heft 9 (Wintersemester 1927/28), S. 569 f. (Nachdruck aus Hamburger Nachrichten); VB vom 13.12.1927, "Adolf Hitler in Hamburg"; VB vom 22./23.1.1928, "Über Hitlers Hamburger Rede"; Stimmungsbericht Albrecht E. Günthers, in: Deutsches Volkstum vom Dezember 1927, S. 953-956. Sowie Lagebericht Nr. 8 der Zentralpolizeistelle Hamburg vom 21.12.1927; StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, 4078.

[der], *der nicht schreit, von vornherein nicht bemerkt wird, weil man glaubt, einem nicht schreienden Menschen gehe es in diesem Staate gut.*

Es ist das Reservatrecht gewisser Volksschichten und Parteien, in diesem Staate Spektakel zu machen, Umzüge zu veranstalten und den Staat zu ruinieren, während andere nicht einmal das Recht haben zu sprechen. Und dabei sehen wir, wie wirklich Millionen von Menschen in Verzweiflung geraten und nicht mehr wissen, was sie anfangen sollen. Wir haben ein sogenanntes freies Volk, einen mit allen Freiheiten ausgerüsteten Staat, ein politisch aufgeklärtes Volk, das reif sein soll, die Gestaltung der Dinge in die eigene Faust zu nehmen. Aber es muß leider erkennen, daß es in der wichtigsten Frage, nämlich in der Frage der Erhaltung seiner Existenz, gar nicht weiß, was es tun soll. In jedem neuen Wahlgang glaubt man immer wieder den Versprechungen der Parteien, und wenn man dann zum dritten oder vierten Male enttäuscht ist, und die Not immer ärger wird, dann beginnt man erneut herumzusuchen und glaubt, in einer neuen Partei das Heil gefunden zu haben.

Gerade in der jetzigen Zeit schießen die Neugründungen aus dem Boden. Parteien um Parteien entstehen und versprechen, den Stand zu heilen, dessen Namen sie tragen. Und nach 3 oder 4 Jahren kommt man dann zu der Erkenntnis, daß alles umsonst war, daß die Verhältnisse nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Dies kann auch nicht anders sein, da das oberflächliche Herumdoktern an einem Stande nichts helfen kann, weil die Ursachen unseres Unglücks, von dem heute die Abermillionen fleißigen Deutschen betroffen sind, viel tiefer liegen. Der Erfolg ist gleich Null gewesen und wird es auch in aller Zukunft, *solange uns der Weg von dieser Reichsregierung versperrt wird,* bleiben. Denken Sie nicht, daß in Deutschland eine Änderung eintritt, wenn statt der bisherigen Parteiverhältnisse eine neue Gruppe mit 20 oder 30 Gewerbetreibenden oder Bauern in den Reichstag einzieht. *Das Unglück liegt nicht in der ungenügenden Berücksichtigung dieses oder jenes Standes, sondern es liegt darin, daß Deutschland besonders seit dem Jahre 1918 einen allgemeinen politischen Weg eingeschlagen hat, der nicht nur zur Vernichtung aller Stände, sondern zur Vernichtung des Reiches, der gesamten deutschen Nation zwangsläufig führen muß. Und kein Stand wird davon ausgenommen, das Schicksal, das heute den einen trifft, kann morgen den andern treffen und wird übermorgen auch dich treffen. (Sehr richtig!)*

Alle Gründe, die angegeben werden für die Not der einzelnen Stände, Tausende von Dingen, die hier mit schuld sind, sind alle keine Ursachen, sind also nur Symptome in einer ganz bestimmten Entwicklung. So liegen auch die Dinge in unserer Landwirtschaft.

Sie klagen über die Steuerbelastung, über die ausländische Konkurrenz, über die mangelnde Kaufkraft des Geldes, über die schlechten Preise für die eigene Produktion, über die immer größer werdende Belastung und Verschuldung, und trotzdem glauben Sie nur nicht, daß dies besondere Verfallsmerkmale des eigenen Standes sind, sondern ganz *charakteristische Merkmale des Verfalles eines gesamten Volkskörpers, der von Grund aus gesund aufgebaut war, aber seine Existenzvoraussetzungen heute nicht mehr erkennt.*

Der tiefste Grund unseres deutschen Zusammenbruchs ist der Verlust des natürlichen Instinkts und des natürlichen Denkens auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens. Unser

gesamtes öffentliches Leben unterläuft einem künstlichen Zersetzungsprozeß der Komplizierung. Wohin wir heute blicken, werden die natürlichsten Vorgänge des Lebens, die selbstverständlichen Voraussetzungen des Lebens, so kompliziert dargestellt und künstlich so kompliziert, daß besonders die breite Masse eines Volkes gar keinen inneren Einblick mehr erhalten kann. Wir sehen, wie man hier planmäßig diese Verwirrung der Begriffe anstiftet, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck, dadurch Millionen von Menschen das gesunde natürliche Empfinden zu verwirren, den natürlichen Instinkt zu nehmen und ihnen die natürlichsten Lebensgesetze so zu komplizieren, daß Millionen aus ihnen nicht mehr klug werden, (Beifall) und daß sie mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht ohne jede praktische Erfahrung gar nicht wissen, was sie damit anfangen sollen. (Stürmischer Beifall.)

Seien wir doch vollkommen ehrlich und belügen uns nicht selbst: wer von all den Millionen, die hier einen Stimmzettel abgeben, Männer und Frauen zusammen genommen, ist sich denn im einzelnen klar über die Urzusammenhänge unseres Lebens und die Voraussetzungen unserer allgemeinen Existenz? *Das politische Leben ist verwirrt und so mit Dunst umgeben, daß die Abgabe des Stimmzettels ein Lotteriespiel geworden ist, bei dem niemand weiß, was dabei herauskommt.* In dieser allgemeinen Zerrüttung und Verwirrung erscheinen diejenigen, die vorgeben, sich noch auszukennen, wo der gewöhnliche Mensch von vornherein ratlos ist, wenn er in einem Prozeß etwas zu tun hat, und wenn die Paragraphen aufmarschieren, und wo er dann sieht, daß die Vernunft restlos kapitulieren muß. (Lebhafter Beifall.) Da kommen die Rechtsvertreter und Volksvertreter, die sich auskennen, und denen man schweren Herzens und wesentlich erleichterten Geldbeutels die Vertretung seiner Interessen überläßt. Man staunt oft auf beiden Seiten, was bei einem solchen Prozeß herauskommt. (Allgemeines Gelächter.)

Wenn wir nun die Zeit der letzten 8 oder 9 Jahre ganz kurz an unseren Augen vorüberziehen lassen, so müssen wir sagen, daß diese Verwirrung allmählich zugenommen hat, und daß Millionen jetzt vollkommen boden- und wurzellos geworden sind. Der Blick für die einfachsten und natürlichsten Vorgänge ist verloren gegangen, und ganz kleine Geister regieren heute das Volk. Auch das ist *charakteristisch für eine Zeit, daß sie wahrhaft große Männer nicht erhalten kann, da die Großen zum Schluß doch immer gebunden sind an eine gewisse Dosis von Anständigkeit und Aufrichtigkeit, während ein solcher Zustand wie der heutige nichts mehr haßt als Anständigkeit und Ehrlichkeit.* (Zustimmung.)

Wir wandeln länger schon in eine Zeit hinein der allgemeinen Lüge, der Korruption, des allgemeinen Betrugs, in eine Zeit, die den Redlichen nicht mehr kennt, nicht kennen will, die ihn nicht braucht und nicht brauchen will, den sie nicht einmal schätzt. Und so können wir sehen, daß eine solche Zeit auch gar kein inneres Verständnis hat für Stände, die im allgemeinen im Volke der staatsbürgerliche Träger von Arbeit, Ordnung, Sitte, Anstand, Biederkeit, Fleiß, Sparsamkeit usw. gewesen sind. *So eine Gesellschaftsschicht paßt nicht in einen Zustand hinein, bei dem Betrug und Lüge die maßgeblichsten Faktoren des öffentlichen Lebens geworden sind.* (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir nun versuchen wollen, aus dieser Wirrnis herauszukommen, dann scheint es mir notwendig zu sein, daß man unser Volk wieder zurückbringt zu dem Mut, das Na-

türliche auf [*sic!*] natürlich und richtig anzusehen und auch demgemäß zu vertrauen. Ich sage ausdrücklich Mut, denn es ist heute Mut dazu notwendig, das Natürliche und Selbstverständliche zu sagen, das Ordentliche und Ehrliche zu vertreten und sich gegen Lüge und Betrug zu wenden. Es gehört Mut dazu, auf dem Gebiete der Kunst zu sagen, das, was ihr mir da heute in Malerei, Musik, Bildhauerei usw. vorsetzt, ist meinem Empfinden nach ein Schmarren. (Brausender Beifall.) Es gehört Mut dazu, weil man im selben Moment ein Banause, ein philisterhaftes Subjekt ist, und von den Vertretern dieser neuen Richtung angefallen wird, wie von einer Meute kläffender Hunde.

So ist es auf allen anderen Gebieten auch. Es gehört ein Mut dazu, sich aus dieser Verwirrung und Vernarrung des Instinkts herauszuholen [*sic!*] und zu sagen: *Ich bitte, schwätzt mir nicht, redet mir nicht, alle Theorien sind doch alle nur Wahnwitz, die Praxis zeigt, wohin wir kommen, was wir wirklich geleistet haben. Es gehört wahrhaftig Mut dazu, einen großen Staat zu übernehmen und ihn so zugrunde zu richten, wie Ihr das fertig gebracht habt.* (Tosender Beifall.)

Es gehört keine Kunst dazu zu sagen, wir leben ja noch immer; aber nicht dank aller Regierungskünste und Fähigkeiten, sondern wir leben noch immer dank den Maßnahmen und Reserven, die eine vergangene bessere Zeit geschaffen hat. (Lebhafte Zustimmung.) *Sind die erst aufgebraucht, so ist es vorbei mit der heutigen Künstlerschaft. Sie leben alle als Kostgänger der von ihr so sehr verfluchten und verdammten Vergangenheit.* (Langer, stürmischer Beifall.)

Es muß also die Genesung mit der Genesung im Denken unseres Volkes beginnen. Das Volk muß zu einer natürlichen Auffassung des Grundproblems des Lebens zurückgeführt werden, damit es wieder den natürlichen Instinkt bekommt, ohne den es nun einmal auf der Erde wurzellos ist und nicht mehr existieren und leben kann. *Diese Aufgabe haben wir Nationalsozialisten uns seit 7 Jahren gesetzt und vertreten und für sie gekämpft.* Wir machen dem Volke keine leichtsinnigen Versprechungen, mit denen die Parteien hausieren gehen, hinter denen nichts ist und nichts sein kann und die nur Lüge sind, Wechsel auf allerkürzeste Zeit, die der Gläubiger selbst einziehen muß.

Eine der täglichen Lügen unserer Zeit ist es, die Dinge so hinzustellen, *als ob das Leben des einzelnen Menschen und sein Glück oder Unglück nicht gebunden wären an das Leben der Gesamtheit.* Als ob es nach den Versprechungen irgendwelcher politischer Schieberkünstler möglich wäre, einem einzelnen oder einem Einzelstande das Paradies zu verschaffen, während ersichtlich die Gesamtheit zugrunde geht.

Das also scheint als erstes notwendig zu sein, daß man im Volke die tiefste Überzeugung verbreitet, *daß das Schicksal jedes einzelnen unzertrennlich verbunden ist mit dem Schicksal seiner Gesamtheit.* Es gibt kein einzelnes Glück, kein einzelnes Streben nach Glück und Wohlfahrt, das Schicksal der Gesamtheit ist das Schicksal jedes einzelnen. Es wird auch keine Berufs- oder Lebensgemeinschaft sagen können, wir sind gefeit gegen dies und das, und unterdessen geht ein Tag nach dem anderen hin, bis eines Tages doch die kalte Hand sie berührt: Nun bist du an der Reihe, kein Volk stirbt, ohne daß auch dein Haus davon unberührt bleiben wird. (Bewegung.)

Zweitens: Nicht nur die einzelne Person und der einzelne Stand ist von dem Schicksal eines Volkes [*nicht*] *ausgenommen, sondern auch kein Ort, kein Dorf, keine Stadt und kein*

einzelnes Land kann sich ausschließen von seiner Gemeinschaft; so wie der einzelne gebunden ist an seine Volksgemeinschaft, so ist auch jeder Ort, jedes Dorf, jede Stadt, ja, jeder kleinste Hof gebunden an die Existenz der Gesamtheit. Und wenn scheinbar einmal das Schicksal daran vorbeischreitet, glauben Sie mir, es wird ein jedes Vergessen in der Geschichte eines Volkes nachgeholt. Das Unglück trifft früher oder später jeden gleich stark.

Wenn diese Grundsätze richtig sind, dann sollen wir aber nicht nur lernen an der Kritik einzelner Personen, sondern in erster Linie studieren an den Systemen, die ein Volk beherrschen, und die vielleicht ihrem ganzen Wesen nach ein Volk zugrunde richten müssen. Damit aber komme ich auf das Grundsätzliche der Weltanschauung, die ich und meine Freunde vertrete[*n*]. Ich sage Weltanschauung, denn es handelt sich um mehr als um eine politische Partei, die nichts weiter besitzt als ein paar Programmpunkte, die nur Versprechungen umfassen. *Es handelt sich bei uns um eine Betrachtungsweise der Dinge des Lebens und der Voraussetzungen dieses Lebens.* Eine Betrachtungsweise, die unserer Überzeugung nach eine natürliche ist, die eine gesunde Selbstverständlichkeit hat, weil sie ihre Wurzeln in den unbedingten Grundlagen des Lebens besitzt, und weil ohne diese Grundlagen ein menschliches Leben gar nicht denkbar wäre.

Wir gehen da zunächst von einer grundsätzlichen Überzeugung aus, die unserem gesamten Leben abhanden gekommen ist, nämlich von der Überzeugung, daß alles politische Ringen in Wirklichkeit tiefere Grundlinien hat und ausgeht von dem Kampf um das tägliche Brot. Das große Gebet der Christenvölker: "Herr, gib' uns unser täglich Brot", hat auch heute noch seine Gültigkeit. Es umschreibt wirklich, was grundsätzlich zunächst die Existenz des Menschen erhält und bedingt, weil es eben den Eigentrieb des einzelnen beherrscht und den Hunger allein zu steuern vermag.

Keine Theorien und Phrasen sind es, nicht die Anschauungen, sondern eine reale Sache, wie es das tägliche Brot in allen seinen Formen ist. Alles andere, was unserer Auffassung nach dem Menschen allein gestattet, sich über das Tierreich zu erheben, hat seine tiefsten Wurzeln selbst aber nicht in irgendwelchen komplizierten, mechanischen und wirtschaftlichen Vorgängen, *sondern es hat seine tiefsten Wurzeln im Grund und Boden, und es kann keine Auffassung, keine Staatsauffassung gesund sein, die sich nicht grundsätzlich zu dem Satz bekennt, daß das Leben eines Volkes in seinem eigenen Grund und Boden ruht.* Das ist das Fundament, auf dem ein Volk sich aufbaut, alles andere ist nur die Auswertung dieses Fundaments. Wenn ein Volk dieses Fundament verliert, dann wird es wurzellos, es verliert die Verbundenheit mit dem Boden und damit die Kraftquelle eines Volkes überhaupt.

Ein Volk, das zusammengeschmettert sich auf seinen Boden stützt, wird doch aus ihm wieder frische Kräfte ziehen. *Der Boden belebt jedes Volk. Ein Volk, das sich nicht auf seinen Boden stützt und sich nicht wieder mit seinem Boden findet* [*sic!*], *ein solches Volk ist verloren und geht elend und jämmerlich auf einer Erde zugrunde, die aufgebaut ist nicht auf phantastischen Volkssystemen, sondern auf dem natürlichen Willen des Lebens, der im Grund und Boden seine tiefsten Wurzeln besitzt.*

Denn, liebe Freunde, das müssen wir uns immer vor Augen halten: *die Zahl eines Volkes ist eine ewig veränderliche.* Ein Volk, das gesund ist, wird sich vermehren, genauso wie der Mensch als Teilsubjekt den unfaßbaren Drang besitzt, sich auf der Erde

weiterzuerhalten durch ein junges Wesen, einen Drang, den jedes lebendige Wesen auf der Erde sein eigen nennt. So wird auch ein Volk sich nur gesund halten können, wenn es diesem Drange gehorcht, wenn es sich vermehrt auf dieser Erde. Diese Vermehrung ist kein Unrecht, sondern es ist wirklich das Natürlichste und Selbstverständlichste, was die Erde überhaupt zu geben vermag. Wenn nun ein Volk diesem Drange gehorcht, dann wächst seine Zahl, und es kommt ein solches Volk vor eine schwere Frage: Entweder, es pflegt den Boden seiner wachsenden Zahl anzupassen, also es versucht den Ausgleich zwischen seiner dauernd steigenden Volkszahl und der gleichbleibenden Bodenfläche dadurch herbeizuführen, daß es [*sie*] gemäß seiner Steigerung auch erweitert, oder ein Volk verläßt diese natürliche und, ich möchte sagen, selbstverständliche Art der Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse und geht über zu einem anderen, in diesem Falle als ein Experiment zu bezeichnenden Vorgange, nämlich dem Beginnen, die Volkszahl an den Boden irgendwie anzupassen.

Ich sage, der erstere Vorgang ist natürlich, denn solange ein Volk noch die Erkenntnis besitzt, daß sein Dasein gebunden ist an das richtige Verhältnis zwischen Volkszahl und Grund und Boden, und daß in seinem Boden die Nährquelle seines Daseins liegt, *solange wird ein Volk diesen Boden erweitern und besiedeln.* Diese Erweiterung des Bodens ist das ureigenste Recht und liegt in dem Wettbewerb auf dem natürlichsten Stande, den es zunächst gibt, *nämlich auf dem Bauern.* Sobald aber ein Volk glaubt, das Verhältnis zwischen eigenem Grund und Boden und Volkszahl auf eine andere Weise korrigieren zu können, wird es das natürliche Gleichgewicht verlieren, und dann treten alle diese tausendfachen Störungen und Hemmungen des Volkslebens ein, unter denen wir jetzt zu leiden haben. Denn auch hier gilt der Grundsatz, daß ein falscher Schritt tausend andere falsche Schritte nach sich zieht.

Das deutsche Volk hat den Kampf um genügend Grund und Boden Jahrhunderte hindurch geführt. Es ist kein Zufall, daß in all den Jahrhunderten versucht wurde, den Grund und Boden anzupassen der Volkszahl unseres Volkes, das im wahrsten Sinne des Wortes ein Bauernvolk gewesen ist mit all der Gesundheit, die nun einmal in einem solchen wurzelmäßigen Dasein mit der Erde vorhanden ist. Jahrhunderte hindurch ist unser Volk in der Zeit auch natürlich gesund gewesen, denn der Kampf mit der Scholle und den Unbilden des Wetters läßt keine traumhaften phantastischen Theorien marxistisch-internationaler Art aufkommen. *Im Gegenteil, dieses Ringen mit der Scholle, es geschieht zwangsläufig, mit dem Herzen, hart entschlossen, auf der einen Seite mit dem Glauben an Gott, auf der anderen Seite vertrauend auf die eigenen Fäuste.* (Lauter Beifall.) *Ein Volk, das auf diesen gesunden Grundsätzen und Unterlagen noch beruht, wird zu allen Problemen des Lebens auch einen gesunden natürlichen Instinkt einnehmen.*

Wir haben diese Bodenpolitik als die Lebensgrundlage unseres Volkes seit langem verlassen. Bodenpolitik und Bauernpolitik wurden in den Hintergrund geschoben, und an seine Stelle trat die Wirtschaft an sich, trat die Industriewirtschaft, die davon überzeugt ist, daß die Bodenwirtschaft durch die Industriewirtschaft ersetzt werden kann, und daß damit auch ein Volk nur durch die Industrie ernährt werden kann. - Zunächst eine Voraussetzung: Wenn ein Volk sich selbst durch seine Industrie wirklich ernährt, so setzt das immer das Vorhandensein anderer Völker voraus, die sich noch durch Land-

wirtschaft ernähren, denn endlich muß auch der Industriearbeiter Brot essen, auch wenn es nicht auf eigenem Grund und Boden erbaut [*sic!*] wird, und die ganze Nation muß auch essen. Es kann sich dann nur darum handeln, daß die Wirtschaft das, was der eigene Boden nicht mehr produziert, von außen einzuführen beginnt. Sobald aber ein Volk auf diesen Weg geraten ist, beginnt es langsam in jene Ideen hineinzuschlittern, daß es zunächst auch eine leichtere Ernährungsmöglichkeit gibt, als den eigenen Boden zu bebauen, und langsam setzt sich dann die Überzeugung fest, daß man mit Weltwirtschaft ohne die Bauern auch einen Staat ernähren könne.

Wir Deutsche sind das treffliche Beispiel für diese Dinge und leben seit 40 Jahren in der Auffassung, daß unsere Zukunft in Handel und Industrie liege, und daß sich die Aufmerksamkeit des Volkes von Grund und Boden abzuwenden begann, ein Vorgang, den vor uns England als unser klassischer Vorgänger bereits durchgemacht hatte. In dem Maße, wie England zum Industriestaat wird, geht der englische Boden zugrunde, der englische Bauer verarmt, verschwindet vollkommen, und das britische Reich baut sich jetzt auf auf Industrie und Export. Nun sagen Millionen, auch bei uns sei das möglich, vergessen aber, daß sie billigere Nahrungsmittel aus dem Auslande kaufen müssen, wofür England seine Kolonien hat. Hier trennen wir Nationalsozialisten uns scharf von der heutigen Staatsauffassung, die unser Volk zwangsläufig zu einem wurzellosen machen muß, weil auch sie von der Überzeugung durchdrungen ist, die Zukunft unseres Volkes durch die Wirtschaft aufrechterhalten zu können, wohingegen wir der Meinung sind, *daß die Export- und Industriewirtschaft eine Krankheitserscheinung ist, die auf die Dauer ein Volk nicht am Leben zu erhalten vermag.*

Wie soll die eigene Wirtschaft sein, wenn sie gesund ist? Wäre sie gesund, dann könnte sie den Ausgleich herbeiführen zwischen dem Boden und der Industrie. Die Produktion des Bodens müßte das Gesamtvolk ernähren können, während die Produktion der Industrie in der eigenen Nationalwirtschaft, vornehmlich der Landwirtschaft, Absatz finden müßte. Dieser Austausch oder Ausgleich, vom Handel vermittelt, würde eine gesunde Wirtschaft darstellen, durch welche die Existenz eines Volkes in einem solchen Kreislauf gesichert wäre. Damit würde der Boden wieder die tragende Ernährungsfläche der Nation. Auf ihr wurzelt und blüht die Nation, und der Bauer ist nicht mehr ein Stand wie der andere, sondern eines der Fundamente des Volkskörpers überhaupt, und zwar so, daß dieser Stand ununterbrochen auch noch Kraft abgibt an andere.

Wenn wir heute die großen Männer eines Volkes ansehen, dann müssen wir gestehen, daß sie in der zweiten, dritten und vierten Generation meistens aus der Scholle herausgekommen sind, weil eben dieses flache Land gesünder ist, infolge seiner natürlichen Verbundenheit mit dem Boden, mit der Natur, während die Großstädte langsam entnervend und degenerierend wirken, ein Vorgang, der an sich selbstverständlich ist. Ist aber der Ausgleich vorhanden, so bleibt das Volk gesund. Vorbedingung aber ist und bleibt die Bodenpolitik, damit der junge Bauer und Landarbeiter seinen Grund und Boden findet und nicht in das Ausland gehen muß. *Mithin setzt das voraus eine tatkräftige aktive Bodenpolitik nach außen, also ein klares politisches Ziel, das man auf Jahrhunderte festlegen kann.*

Unsere heutige Wirtschaft geht den anderen Weg. Denn sie sagt, unser Volk kann nicht mehr selbst ernährt werden, folglich Export. Sie verliert den Ausgleich zwischen Urproduktion und industrieller Produktion, und geht hinaus und kauft mehr, als sie an sich gebraucht, nun ein; und liebe Freunde, sowie die allgemeine Politik eines Staates sich auf dieses System umstellt, gibt es kein Halten mehr. Die Produktion steigt, alles jagt nach Absatz, und dazwischen schiebt sich der Handel und will, um leben zu können, möglichst viel Export, möglichst viel Absatz, möglichst viel Produktion, und dann wird ein Volk immer mehr in seine Phantasie hineingezogen.

Es herrscht in den Großstädten Jubel über Jubel, wenn die Großstädte immer mehr, die Volkszahl immer größer wird, und [*man*] *vergißt dabei nur eins, daß man den natürlichen Boden unter den Füßen verliert, daß plötzlich eines Tages eine Katastrophe kommt wie der Weltkrieg, und man sieht dann entsetzt, wie das künstliche Gebäude dieser ganzen Volksernährung plötzlich stürzt, und wie dann der ganze Welthandel zerbricht. Man sieht auf einmal die Schwäche dieses ganzen internationalen Welthandels, nämlich die Verletzbarkeit, und damit treten wir in die Politik unserer heutigen Zeit ein.*

Wir halten unserer derzeitigen staatlichen und wirtschaftlichen Auffassung vor: Ihr habt Euch von der natürlichen Grundlage des Lebens, dem Boden entfernt. Ihr habt es getan, weil der andere Weg Eurer Meinung nach leichter ist. Die Anpassung des Bodens an die Volkszahl lehnt Ihr ab, weil man dazu Macht und Erfolge gebraucht [*sic!*]. Ihr sagt, wir wollen Frieden haben, unser Volk will keinen Kampf. *Allein Ihr täuscht Euch, wenn Ihr glaubt, daß Ihr Eure Weltwirtschaftspolitik friedlich durchführen könnt. Denn die Frage, um die sich es heute handelt, ist nicht eine Frage der Produktion, sondern eine Frage des Absatzes und der Konjunktur, und es ist nicht eine Frage des Exports und des Imports, sondern eine Frage des Lebens.* Denn so wie wir Deutschen uns immer mehr darauf eingestellt haben, so haben sich auch andere Völker darauf eingestellt. Genau wie wir unser ganzes Leben darauf eingestellt haben, daß wir ohne Export nicht mehr existieren können, ohne Rücksicht darauf, daß Millionen verhungern müssen, so sind auch andere Völker genauso [*darauf*] angewiesen. *Und daraus entsteht die Frage: Werden diese Völker alle genügend Absatzmärkte finden oder nicht? Wir Deutschen sagen "Nein", wir auf keinen Fall, denn die andere Welt ist schon länger in diesem Geschäft.*

Zweitens: Unser Hauptkonkurrent England hat sich den größten Teil der Erde staatspolitisch unterworfen, kolonialpolitisch gefesselt. Es besitzt die Absatz- und Rohstoffmärkte, und wir sind die Eindringlinge. Um aber konkurrieren zu können, müssen wir immer billiger und besser produzieren, und auf daß die anderen nicht ihre Existenzgrundlage, ihr Leben verlieren, werden sie uns Widerstand leisten müssen, und der Widerstand wird der neue Konkurrent sein [*sic!*], *und wenn das nichts nutzt, eine neue Verwicklung und bald darauf ein neuer Krieg. (Lebhafte Zustimmung.)*

Das ist ja das Charakteristische des Weltkrieges, daß er wirklich nicht aus deutscher Schuld entstanden ist, sondern einfach durch ein Verhängnis, das hereinbrechen mußte. Wir glaubten, durch die Wirtschaft friedlich die Welt erobern zu können und haben ganz vergessen, daß diese Welt genauso von anderen erobert werden muß, wenn diese leben wollen, und daß wir ganz vergessen haben, daß die letzte Entscheidung nicht in der Wirtschaft liegt, sondern im Schwert. Wir Deutschen sind zu Pazifisten geworden,

während die Engländer von jeher Terroristen gewesen sind, und so kam der Augenblick, in dem sich die englische Faust plötzlich vor unsere wirtschaftliche Entwicklung stemmte und erklärte: Bis jetzt haben wir mit Euch wirtschaftlich konkurrieren können. Jetzt ist Schluß. Jetzt kommt das Schwert! (Starker einsetzender Beifall.)

Dieses ganze Ringen des Weltkrieges war mehr ein Abschlachten des deutschen Volkes, und trotzdem haben wir aus dieser gigantischen Katastrophe nichts gelernt. (Immer wieder einsetzender Beifall, Händeklatschen und Heilrufe.) Im Gegenteil, heute können wir sagen, daß dieselben Kreise, die vor wenigen Jahren erst den Zusammenbruch ihrer sogenannten wirtschaftlichen Eroberung der Welt durch das Schicksal erlebt haben, nach wie vor in den Fesseln unserer ganzen Industrie liegen, und verstehen darunter einen künstlich aufgebauten Turm einer Weltwirtschaft, die keine Basis besitzt, die nicht die Kraft hat, sich durchzusetzen. Schlimm ist es, daß diese Menschen den Trugschluß nicht erkennen, und sich nicht die Waffen schmieden, die zur Verteidigung ihres Turmbaues notwendig sind, daß sie vielmehr um das Goldene Kalb tanzen, wie weiland die Israeliten um das ihre. (Schallendes Gelächter.) Und daß sie in ihrem Tanze ganz vergessen, daß der letzte Tanz auf dieser Erde immer ein Schwerttanz ist und kein Gewinner nach Profit und Dividende. (Rauschender Beifall.)

So sehen wir Nationalsozialisten, wie von Jahr zu Jahr mehr unser Volk auf eine abschüssige Bahn gedrängt wird und wie daraus die unerhörtesten Folgeerscheinungen hervorbrechen. Damit kehren wir zu unserer Anschauung zurück: *Bodenpolitik bedeutet das Aufbauen des Staates auf der eigenen Scholle, bedeutet, daß der Staat sich einstellt auf den Schutz des Bodens, auf den Schutz der Produktion, des Produzenten, des Bauern.* Es wird nicht möglich sein, daß man den Grund und Boden vernachlässigt, bis ein neuer Krieg kommt, der uns abermals die Weltwirtschaft, den Im- und Export zerschlägt, und wo man dann zu den bis dahin vernachlässigten Bauern sagt: Jetzt gebrauchen [*sic!*] wir Euch wieder, jetzt müßt Ihr zeigen, was Ihr könnt, Ihr müßt möglichst viel produzieren, die Nation ist auf Euch angewiesen.

In dieser Weise wird es nie gehen, es gibt hier nur ein Entweder-Oder. Entweder Bodenpolitik, Schutz der Scholle und des Bauern, Sicherung der Existenz aus der eigenen Scholle, oder aber wieder Weltwirtschaft und dann eines Tages den gleichen Zusammenbruch dieser Phantasie, wie 1918. *Immer aber ist die Machtfrage das Ausschlaggebende.* Es ist ein frommer Trugschluß der heutigen Machthaber, sich einzubilden, daß das gleiche England, das 30 Jahre gegen uns gekämpft hat, erst in friedlicher Konkurrenz, dann durch Zollpolitik, nationalen Boykott usw. und zuletzt, als nichts mehr fruchtete, durch den Weltkrieg, daß dieses England heute bereits wieder für Deutschland eintreten wird; das England, das im Jahre 1914 erkannte, daß friedliche Maßnahmen Deutschlands Konkurrenz auf dem Weltmarkte nicht mehr brechen würden, mobilisierte gegen uns die Welt und würgte uns endlich auch ab. *Es wäre Wahnsinn zu glauben, daß dieses England heute nach 10 Jahren bereits abermals eine deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zulassen würde.* (Stürmischer Beifall.) Es scheint ja auch so, als ob sie es tun, denn sie verpflichten uns pro Jahr nahezu mit 3 Milliarden Reparationslieferungen und sie wissen genau, daß diese Mehrbelastung auf unsere nationalen Produktionskosten kommt, und wahrscheinlich tun sie es deshalb, nur damit sie uns

konkurrenzfähig machen! (Großes Gelächter.) *Nein, man tut dies aus dem einfachen Grunde, um uns ein für allemal unsere internationale Konkurrenzfähigkeit zu nehmen.*

Im Gegenstreit der Meinungen schreit nun die deutsche Industrie über die schweren Steuerlasten und sagt: Ja, wenn wir die Steuerlasten und die Soziallasten nicht zu tragen hätten, dann würden wir viel billiger produzieren und doch wieder konkurrenzfähig werden. Darauf geben wir ihr eine Antwort: Freilich, wenn wir keine Steuerlasten hätten, und wenn wir keine Soziallasten hätten, und wenn wir immer billiger produzieren könnten, um den Engländern das Feld wirklich zu nehmen, dann hätten wir eben morgen wieder Krieg! (Tosender anhaltender Beifall.)

Die Genossen für den Frieden sagen, nun ja gut, das ist zunächst nur eine Feststellung. Jawohl, das ist sie, sie stellt aber *fest, daß die Wirtschaft in jeder Form Macht gebraucht,* um sich durchzusetzen. Auch für die Bodenpolitik gebraucht man Macht, nur mit dem Unterschied, daß der Machteinsatz hier gesund ist, während er für die Wirtschaft ein babylonischer Turm ist, der immer höher aufgetürmt wird, bis er eines Tages zusammenbricht. *Wenn unser Volk sein ganzes Blut vergossen hätte, um unseren Grund und Boden zu erweitern, statt sich auf eine Phantasie zu stürzen, dann ... dann wären wir heute nicht der Kulturdünger der Welt geworden, sondern hätten einen gesunden Bauernstaat, der von hier, vom Rhein bis nach Litauen hinein reichen würde. (Lebhafte Bravorufe.)* Einen gesunden Bauernstaat, bei dem die Wirtschaft nicht mit einem Beine innerhalb der Nation und mit dem anderen außerhalb der Nation steht, sondern, was ohne jeden Zweifel bejaht werden kann, einen Staat, der mit beiden Beinen innerhalb der eigenen Volksgemeinschaft fest verankert wäre. Zu unserer staatspolitischen Erkrankung und der Vergiftung unseres Denkens würde es dann nie gekommen sein.

Nun wird zwar die Antwort gegeben, was nützen alle diese Feststellungen? Wir müssen darauf eine Gegenantwort geben: Wenn im Volksleben Fehler gemacht werden und man erkennt sie, dann darf man doch mindestens nicht eins tun, nämlich ewig weiter in der Bahn dieser Fehler fortwandeln, sondern man versucht, sie abzustellen, um zu einer Änderung und Besserung zu kommen. Da erkennen wir Nationalsozialisten aber eines: *Jawohl, dazu brauchen wir Macht, Macht und wieder Macht!*

Worin liegt nun die Macht eines Volkes? Sie liegt in drei Faktoren:

1. In der Zahl der Bevölkerung, dieselbe ist uns ungenügend geworden;

2. in der Bodenfläche, die uns ebenfalls ungenügend geworden ist. Kaum 440.000 Quadratkilometer ist die Grundfläche, auf der das 62[-]Millionenvolk zusammengepreßt ist, und

3. liegt die Macht in dem inneren Wert eines Volkes, der innere Wert an sich, der Volkswert mit seinen Sachleistungen. Den haben wir noch. Nur ist er zur Zeit verschüttet, und ein Gerümpel von lauter Theorien und Phrasen liegt darauf. Aber dieser Wert ist da, er muß nur freigeschält werden. (Stürmischer Beifall.) Dieser Wert liegt in erster Linie im Werte unserer Rasse und in unserem Blute, und wir können stolz sagen, daß unser deutsches Volk als ein reiner Rassenfaktor, als ein Blutfaktor mit zum Besten zu rechnen ist, was in seiner Art existiert.

Wir protestieren dagegen, wenn irgendein asiatischer Kerl daherkommt, auf krummen Beinen und glatten Füßen (tosender Beifall und Getrampel) und uns einreden will, daß der

Wert des deutschen Volkes nicht höher als der irgendeines Negerstammes sei. Gerade Sie, die Sie hier an der Reichsgrenze wohnen, Sie werden am besten wissen, was Volkswert ist. Soll ein solches Volk vergehen mit all seinen Leistungen aus allen Gebieten der menschlichen Kultur? Wir sollten uns schämen, daß wir nicht selbst den Schutz dieser Werte übernehmen.

Der zweite Wert ist derjenige, den ein Volk in seinen führenden Köpfen besitzt. Wir Nationalsozialisten glauben an die Bedeutung der Persönlichkeit, angefangen von der kleinsten Keimzelle. Es kommt darauf an, in einem Volke die Köpfe zu finden, die die Fähigkeit haben und dafür geboren sind, die Lösung aller wichtigen Probleme eines Volkes durchzuführen. Hier setzen wir uns in Widerspruch mit der ganzen heutigen Welt, die die Person als Teilwert ablehnt und an ihre Stelle die Zahl, die Majorität setzt.

Drittens liegt der innere Wert eines Volkes in seinem Kampfsinn und in seinem Kampfmut, der in Wirklichkeit nichts anderes ist, als die Lebendigkeit seines Selbsterhaltungstriebes, und auch dieser Triebwert sitzt in unserem Volke. Wir haben alle das Glück gehabt, Zeuge dieses Wertes zu sein. Sie können unser Heer beschimpfen und bespucken, unseren wertvollen deutschen Namen besudeln, sie werden eines aus der Geschichte niemals bringen, nämlich die Tatsache, daß ein Volk, ein Staat, vierundzwanzig Staaten der Erde jahrelang standgehalten hat. (Gewaltiger anhaltender Beifall.) Und als wir endlich in die Knie sanken, in die Knie gezwungen wurden nicht durch die sogenannten Siegernationen (Zwischenruf: durch eigenen Verrat), jawohl durch eigenen Verrat, da wurde der Wert unseres Volkes besudelt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte geschah.

Wer unsere Geschichte kennt, muß gestehen, daß unser deutsches Volk nie ein feiges gewesen ist. Leider ist unser Volk unzählige Male schlecht eingesetzt worden, schlecht, unvernünftig und unklug, so daß das Blut, das wir verloren haben, unnütz geopfert wurde. Zweimal in der Geschichte hat unser Volk das Schwert richtig angesetzt. Das eine Mal, als unser Volk die Süd-Ostmarken durch deutsche Bauern besiedelte und zweitens, als es hier im Norden östlich der Elbe das Gebiet erwarb, das unserem Volke geblieben ist als kostbarster Schatz. Hätten wir nicht die großen Siedlungen gefördert und das Blut eingesetzt, was wäre dann heute? Es hat sich später reichlich verzinst. *Das Schwert von damals ist der Pflug von heute geworden, und dieser Pflug sichert auch heute noch einem großen Teile unseres Volkes das tägliche Brot. Wenn jemals in der deutschen Zukunft das Schwert gezogen werden muß, dann nicht für Traumgespinste von irgendwelchen verrückten Phantasten, sondern wenn ja, dann im Dienste des deutschen Pfluges, für den deutschen Boden, auf daß dereinst die Zeit kommt, daß aus dem Schwert wieder der Pflug wird.* Solange aber der internationalen Verpestung auf allen Gebieten nicht Einhalt getan wird, solange der verschüttete Kampfsinn nicht zurückkehrt, solange werden wir nicht genesen, und die Welt erst recht nicht an uns.

Heute verdienen wir gar keine Köpfe mehr, wir wissen die Vergangenheit nicht mehr zu würdigen, man degradiert uns zum schäbigen Neger und wirft uns in die Gosse. Was nicht Parteikopf ist, das gilt in diesem Staate nicht. (Starker Beifall.) An die Stelle des Volkswertes schiebt man den internationalen Gedanken, an die Stelle des Personenwertes die sogenannte Majorität auf allen Gebieten. Was ist Majorität? *Sie ist die Verkörperung von Lüge und Unzulänglichkeit und Dummheit!* (Lebhafter Beifall.) Der Bauer ist

davon überzeugt, daß auf seinem Hofe nur einer, nur er selbst regieren kann, aber den Staat liefern wir der Majorität aus, dort glaubt man nicht, daß die Fähigkeit, sondern die Zahl entscheidet. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn ein Volk, das die Demokratie zum Regenten seiner öffentlichen Lebenshaltung hat, auch keine Köpfe bekommen kann; *sie können auf große Männer hoffen und ihnen die Dummheit als Aufsichtsbehörde mitgeben.* (Beifall.)

Umgekehrt glauben Sie nicht, daß unser Volk und seine Stände wieder frei werden, wenn wir nicht wieder Köpfe bekommen. *Werfen Sie die führenden Köpfe von einst durcheinander, das sind solche deutschen Schlages gewesen, und sehen Sie sich die Köpfe von heute an, sie sind zum größten Teil keine Deutschen, sondern internationale Hebräer, Juden (stürmischer Beifall im ganzen Hause) und zum anderen absolute Nullen, jawohl, Nullen, die durch die Majorität aufgebauscht und aufgepumpt sind.*

Statt des natürlichen Kampfsinnes unseres Volkes üben wir uns jetzt in Pazifismus, die Welt trommelt auf unserem Rücken, und wir treiben unser Volk zu jener hündischen Unterwürfigkeit im Kleinen wie im Großen, die in Schafsgeduld die schwersten Hiebe hinnimmt, ohne zu murren. Diejenigen, die diese Ruhe nicht besitzen, geben dem Staate Handgranaten zu kosten. Es sind heute die staatserhaltenden Elemente (lebhafter Beifall), während die anderen, die parteipolitisch nicht dorthin gehören, jetzt die staatsgefährlichen Elemente geworden sind, denen man das Reden verbieten muß. Denn die politische Betätigung in einem solchen Staate der Freiheit setzt voraus die freie Anerkennung der bestehenden Parteipersönlichkeit, und wer sich dieser nicht fügt oder anders spricht, ist ein Hochverräter. Seine Rede ist staatsgefährlich und deshalb zu verbieten. (Lebhafter Beifall, tosende Heilrufe.)

Liebe Freunde, so wie unser Volk heute diesen drei Lastern sich ergeben hat, dem Internationalismus, der Demokratie und dem Pazifismus, solange wird unser Volk nicht mehr zur Macht kommen. Sie können zur Wahl gehen und tun, was sie wollen, unser Volk kann nur gebessert werden durch eine gründliche Umkehr seines eigenen Ichs. Solange ein Volk gebunden ist an seine Scholle, ist es gesund. Ein Volk aber, das das Verhältnis zu seinem Grund und Boden verliert, ist wurzellos und damit Spreu auf dieser Erde. Und hier sehen wir eine Pest unter uns, die diese Wurzellosigkeit planmäßig organisiert. *Wir sehen unter uns den Marxismus, die Lehre von der Internationalität, der Ablehnung persönlicher Werte, der Demokratie, der Ablehnung des Kampfsinnes, die Lehre des Pazifismus, wohlgemerkt des Pazifismus nach außen, denn im Innern sind sie ärgerere Terroristen als alle übrigen Menschen zusammen genommen.* Diese Post [*sic!*] wird heute selbst von den sogenannten nationalen Elementen, weil sie da ist, anerkannt, man paktiert mit ihr. Diese Macht muß in Ursache und Wirkung gebrochen werden, wenn Sie, meine deutschen Bauern, auf eine fernere Zukunft hoffen wollen.

Die Lasten von heute drücken auf unser gesamtes Volk, und kein Stand kann sich denselben entziehen. Ein Stand nach dem anderen wird zusammenbrechen, wenn nicht aus unserem Volke heraus eine Welle kommt, die eine Lösung versucht dadurch, daß man unser Volk zurückführt zu eigenem selbständigen Triebe, zum natürlichen Instinkt, zur alten deutschen Tatkraft. *Es kann kein Fluch so groß sein und kein Übel so schwer, als daß man es nicht mit Kraft und Entschlossenheit und beharrlichem Mute brechen könnte. Leicht ist der Kampf nicht, aber glauben Sie, die wir den Kampf vor sieben Jahren aufge-*

nommen haben als eine kleine Hand voll Menschen, nur sieben an der Zahl[4]*, wir haben nicht damit gerechnet, daß der Glaube einem Volke die Freiheit von oben schenkt. So wie Eure Saat vorgebaut werden muß, so ist auch die Saat in einem Volke schwer und schwer die Ernte, groß die Arbeit, hart die Mühe und notwendig die Beharrlichkeit, bis ein Volk von Sklaven wieder ein Volk freier Menschen wird, und bis der Himmel wieder lacht, das Volk wieder emporschaut zu einer gemeinsamen großen Parole, die nur lauten kann: Freiheit und Brot!* (Nicht enden wollender Jubel und [*Text bricht ab*])

15. Dezember 1927 Dok. 204
"Zur Lügenmeldung über die Spaltung der N.S.D.A.P." Erklärung

VB vom 17.12.1927.

Die von der jüdischen, marxistischen und bürgerlichen Presse [1] verbreitete Behauptung über einen Konflikt zwischen Gregor Straßer und mir, nebst allen daran geknüpften weiteren Hoffnungen, ist von Anfang bis Ende erlogen. Herr Gregor Straßer wurde nicht seines Amtes "enthoben", sondern von mir gebeten, künftig die Leitung der Organisationsabteilung als Chef derselben zu übernehmen. Diesem Wunsche ist Pg. Straßer nachgekommen und hat deshalb sein Amt als Chef der Propaganda-Abteilung abgegeben. Die neue Regelung wird ab 1. Januar verkündet und in Kraft treten [2]. Ich werde dann auch die Gelegenheit wahrnehmen, Pg. Straßer für die außerordentlichen Dienste, die er in seiner bisherigen Stelle der Bewegung geleistet hat, meinen Dank schriftlich auszusprechen, so wie ich dies anläßlich der Weimarer Besprechung [3] bereits mündlich tun konnte.

Im übrigen habe ich mit Gregor Straßer noch keine Meinungsverschiedenheiten gehabt und werde auch in Zukunft keine haben.

Die Infamie, die man Herrn Dr. Goebbels und Herrn Gregor Straßer unterstellt, weise ich für diese beiden als impertinente jüdische Frechheit zurück [4].

München, den 15. Dezember 1927

Adolf Hitler

4 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Tyrell, Trommler, S. 198 f., Anm. 118.

1 Vgl. z. B. Das Deutsche Tageblatt vom 14.12.1927, "Strasser als Organisationsleiter [*sic!*] abgesetzt"; Frankfurter Zeitung vom 15.12.1927 (MA), "Wieder eine Spaltung der Nationalsozialisten". Zum Konflikt zwischen Hitler und Straßer vgl. Peter D. Stachura, Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983, S. 64 ff.

2 Vgl. Dok. 211.

3 Gemeint ist die Reichsführertagung am 27.11.1927. Vgl. Dok. 198.

4 Vgl. auch die Rede Hitlers am 19.12.1927 (Dok. 208) und den entsprechenden Versammlungsaufruf im VB vom 17.12. und 18./19.12.1927, "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!".

15. Dezember 1927 Dok. 205
Erklärung

VB vom 20.12.1927, "Bekanntmachung".

Ich spreche der Hitler-Jugend Österreichs meine besondere Anerkennung für ihre Arbeit aus.

München, den 15. Dez[*ember*] [*19*]27

gez. *Adolf Hitler*

15. Dezember 1927 Dok. 206
Anordnung

VB vom 25./26./27.12.1927, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

In Nürnberg besteht wie überall nur eine Ortsgruppe der N.S.D.A.P. Außerhalb des Rahmens dieser ordnungsgemäßen, anerkannten Ortsgruppe hat niemand das Recht, unter mißbräuchlicher Benutzung des Namens der N.S.D.A.P. Propaganda für Splittergruppen zu betreiben.

Die unter dem Vorsitz des Herrn Käfer [1] gebildete sogenannte Ortsgruppe "Nürnberg-Mitte der N.S.D.A.P." [2] besteht zu Unrecht.

München, den 15. Dezember 1927

Adolf Hitler

1 Ludwig Käfer (geb. 1874), städtischer Vollzugssekretär, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1919 Mitbegründer der Deutschsozialistischen Partei in Nürnberg, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1927/28 Vorsitzender der "NSDAP-Ortsgruppe Nürnberg-Mitte", einer NSDAP-Abspaltung (Streicher-Opposition), Feb. 1928 Parteiausschluß.

2 Die "Ortsgruppe Nürnberg-Mitte" war im Dezember 1927 aus Opposition zu der von Julius Streicher geführten NSDAP-Ortsgruppe gegründet worden. Vgl. Lagebericht Nr. 124/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.2.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte. Vgl. auch Hambrecht, Aufstieg, S. 125 ff.

17. Dezember 1927 — Dok. 207
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

19. Dezember 1927 — Dok. 208
"Die 'gespaltene' N.S.D.A.P." [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 21.12.1927, "Die 'gespaltene' N.S.D.A.P." [3].

[*Hitler eröffnete*] die Versammlung "im Namen der gespaltenen N.S.D.A.P." und [*hieß*] alle Anwesenden herzlich willkommen, besonders die beiden "Spaltpilze" Straßer und Dr. Goebbels (Heiterkeit und Heilrufe) [4]. Es muß schon etwas vorgefallen sein - meinte Adolf Hitler -, wenn sich unsere hohe Presse überhaupt einmal mit uns beschäftigt! Normale Dinge erregen die Aufmerksamkeit dieser hohen Herrschaften nicht, z. B. Massenversammlungen mit 4-6.000 Zuhörern, gewaltige Demonstrationen, das läßt unsere Presse kalt. Nur wenn sie glaubt, uns am Zeuge flicken zu können, hat sie Druckerschwärze genug, *um zu lügen.* Das hat sein Gutes insoferne, als wir unseren Leuten mit vollem Recht sagen können: Glaubt kein Wort der gegnerischen Presse! Selbst wenn sie die Wahrheit einmal sagen würde, dann hat sie es nicht beabsichtigt! (Heiterkeit.) Es geht ihr wie jenem Juden, der mit einem andern nach Posemuckel fährt und frägt: Itzig, wo fährst du hin? Nach Posemuckel! Itzig, du sagst, du fährst nach Posemuckel, damit ich soll glauben, du fährst nicht nach Posemuckel, du fährst aber doch nach Posemuckel, also warum lügst du? (Große Heiterkeit.)

[...] [5]

---

1 Im Saalbau Herrle, nach 20.00 Uhr. An der von der NSDAP-Ortsgruppe Augsburg veranstalteten "Deutschen Weihnachtsfeier" nahmen laut VB etwa 2.000 Personen teil.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. VB vom 30.12.1927, "Bei den Augsburger Nationalsozialisten". Sowie Ankündigung im VB vom 16.12. und 17.12.1927, "Aus der Bewegung", und in den Augsburger Neuesten Nachrichten vom 17.12.1927.

1 Titel laut Versammlungsaufruf im VB vom 17.12., 18./19.12. und 20.12.1927, "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!".

2 Im Festsaal des Hofbräuhauses, von 20.15 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von Hitler geleitet; der Saal war laut Polizeibericht "gedrängt voll".

3 Vgl. auch Polizeibericht vom 20.12.1927; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 62 der Polizeidirektion München vom 8.12.1927; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Vgl. die Erklärung Hitlers vom 15.12.1927 (Dok. 204).

5 Folgen die Reden Gregor Straßers über das Wesen des Nationalsozialismus und Joseph Goebbels' über die Entwicklung der NSDAP in Berlin.

Adolf Hitler ergreift [*sic!*] sofort nach Dr. Goebbels' Ausführungen das Wort, um an den *24. Februar 1920* [6] zu erinnern, an dem er zum ersten Male von diesem Saale aus gesprochen hat im Sinne eines *feierlichen Gelöbnisses, für diese Idee einzutreten, gleichgültig darüber, was kommen mag.* Wir sind dieser Idee treu geblieben, einer wie der andere haben wir uns immer mehr hineingelebt, sie ist zur Erfüllung des ganzen menschlichen Lebens geworden. Und heute kommt es uns vor, als ob wir von jeher in der Bewegung gewesen wären, und es ist *undenkbar, daß einer von uns je einen anderen Weg gehen und für etwas anderes kämpfen könnte* als für das, wofür wir bisher gekämpft haben. Es war nicht leicht, eine Bewegung durchzusetzen, der alle Kräfte fehlen, die andere große Parteibetriebe besitzen, das große Kapital, die große Presse, die großen Namen usw. Wenn wir arm waren wie Kirchenmäuse, so konnten die anderen mit Millionen spielen, und wenn wir nicht ein Blättchen besaßen, so hatten die anderen Tausende von Zeitungen. Nur wenn man das sich vor Augen hält, daß wir mit gar nichts begonnen haben und heute dastehen, *gehaßt und verfolgt von denen, denen ein freies Deutschland verhaßt ist,* dann kann man sich vorstellen, *wie groß der Erfolg ist,* den wir schon jetzt errungen haben. Das Jahr 1924 war für uns ein bitteres Jahr. Als ich aus der Festung kam [7], hat sich gezeigt, daß das, was man zusammen gebaut hatte, nicht mehr da war: das absolute Vertrauen gegenseitig und untereinander, die Geschlossenheit bis zum Alleräußersten, dies Eingespieltsein auf *einem* Pfiff. Dieses Bewußtsein war langsam abhanden gekommen. Wollte man die Idee vor dem Versiegen retten, mußte man mit eiserner Faust das herausholen, was allein die Gewähr bot, die Bewegung zur früheren Reinheit und Stärke zurückzuführen. Heute können wir mit Stolz sagen, der Versuch des *27. Februar 1925 im Münchener Bürgerbräukeller* [8], die Bewegung neu zusammenzuschließen, *ist restlos gelungen.* (Stürmischer Beifall.) *Sie steht heute da stärker und mächtiger als je, innerlich gefestigter als je zuvor und einmütiger als je.*

Die Waffen, die man gegen uns anwendet, sind Mittel zu einem höheren Zweck. Sie schenken uns dadurch die besten Menschen aus dem deutschen Volke, was wir allein nicht fertig bringen würden. Deutschland wird frei in der Stunde, in der seine besten Männer wieder *einer* Idee huldigen im Kampfe um ein großes Ideal. Das ist das Ergebnis dieses Terrors, der in den letzten Jahren unendlich segensreich gewirkt hat. Unfähig, auch nur mit Anstand zu sterben, geschweige denn das Leben zu erobern, sind die anderen Parteien. *Seien wir dankbar, daß wir von dieser Republik nicht gesegnet werden.* Ihr Segen würde uns tödlicher sein als er uns nützte. Wir sind uns klar, daß diese Maßnahmen der Unterdrückung unsere Bewegung innerlich geläutert haben. Was heute in unseren Reihen steht, ist eine Gemeinschaft, die zusammenhält wie Pech und Schwefel, eine Organisation, die gehärtet ist wie Kruppstahl.

Im Jahre 1927 ist die Bewegung *innerlich* wieder das geworden, *was sie einst war.* Nun stehen wir am Ende des Jahres und sagen mit Friedrich dem Großen: *Wir wollen für das kommende Jahr die Ohren steif halten,* die Zeit wird schwer, und notwendig wird sein,

6 Auf dieser Versammlung im Münchner Hofbräuhaus hatte Hitler das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.
7 Hitler war am 20.12.1924 aus Landsberg entlassen worden.
8 Vgl. Bd. I, Dok. 6.

daß Männer da sind, die nicht kapitulieren, *denn es wird die Zeit kommen, in der unser Volk schreien wird nach Männern, um es aus all dem Mist und Unrat herauszuführen.* (Lebhafter Beifall.) Die Not ist jetzt im scharfen Anzug begriffen, und noch versucht man die Bilanz zu finden zwischen Einnahmen und Ausgaben, und sie wird von Jahr zu Jahr schlechter, und im nächsten Jahr wird sie endgültig stürzen. Und da wir wissen, daß die Zukunft eines Tages *uns* gehören wird und muß, wird jeder Glaube an eine innere Trennung zwischen uns *eitler Wahnwitz* sein. Die Leute meinen, daß bei uns alles nur Befehl sei, am äußersten Wort gesehen [*sic!*], und vergessen, daß es *einen Befehl* gibt, der lauter und eindringlicher als jedes Wort ist:

Der Befehl des Herzens

und des Gewissens. Das hält uns zusammen bis zum letzten Atemzug. Wir alle folgen *einem* Gebot, das uns unsere innere Stimme auferlegt: dem deutschen Volke zu dienen, weil dieses Volk der Undisziplin und des Verfalls eine Bewegung braucht, die nicht eine Armee von sich streitenden Führern darstellt, sondern von sich stützenden Soldaten. *Seitdem ich wieder diese Bewegung führe, ist zwischen uns niemals eine Unstimmigkeit vorgekommen.* Auch nicht der leiseste Verdacht der Untreue. Ich darf sagen, daß ich, ohne einen Blick nach rückwärts wenden zu müssen, stets nach vorwärts gehen kann, *mein Rücken ist gesichert durch meine Mannen, genau so wie ich mein Leben für meine Leute einsetze bis zum letzten Atemzug.* (Stürmische Heilrufe.) Ich bin glücklich und stolz, der Führer der einzigen Organisation zu sein, bei der es niemals einen Streit gibt um Führerstellen und darum, wer an der Spitze marschieren soll, *weil das entschieden ist*, und jeder *den* Platz einnimmt, der ihm zugewiesen ist. Als ich sagte: Straßer, Sie müssen die Organisationsabteilung übernehmen, antwortete er: *Selbstverständlich, ich tue das!* Ebenso wie Dr. Goebbels jeden anderen Posten bekleiden wird, weil jeder weiß, wir kämpfen für eine Idee, die ein Vorbild an Disziplin, Treue und Gefolgschaft bis zum allerletzten ist. (Beifall.)

In dieser Überzeugung schließen wir das Jahr 1927 im tiefsten innerlichen Glück ab. Wir alle sind namenlos glücklich über das Jahr, das uns eine Fülle von Arbeit und ungeheure Sorgen gebracht hat, aber das Jahresende zeigt, daß die Bewegung gewachsen ist wie nie zuvor und innerlicher, einheitlicher geworden ist als jemals. Wir gehen in das neue Jahr mit dem größten Vertrauen in die Zukunft. Wenn wir es nie geglaubt hätten, daß Deutschland auferstehen wird, dann glauben wir es seit 1927. Es wird kommen die Stunde, da unsere Bewegung der Führer des deutschen Volkes sein wird, und das deutsche Volk die Ketten der Sklaverei sprengen wird, um wieder das zu werden, was es einst war, ein Volk der Ehre, des Anstands, der Treue und der Rechtlichkeit. Unsere nationalsozialistische Bewegung und alle ihre Mitkämpfer, diese kleinen S.A.-Leute, sie leben Hoch! Hoch! Hoch! (Stürmische Heilrufe und brausender Beifall.) [9]

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

30. Dezember 1927 Dok. 209
Schreiben an Winifred Wagner [1]

Hs. Schreiben; IfZ, F 19/20.

30/XII 1927

Liebe verehrte Wini!

Dein Weihnachtsgeschenk war für mich eine so große Überraschung daß Du selbst Dir dies nicht vorstellen kannst. Du hast wirklich zu viel getan. Ich weiß ja gar nicht wie [*ich*] Dir auch nur danken kann.

Ich muß mich nur auf die Zukunft verlassen. Und ich glaube nun am Ende dieses Jahres wieder freudig an sie. Ich weiß nun wieder, daß mich das Schicksal dorthin führen wird wo ich schon vor 4 Jahren zu kommen hoffte. Dann wird die Zeit kommen in der der Stolz auf Deinen Freund Dank sein soll für vieles was ich Dir heute gar nicht vergelten kann.

Sei nun herzlichst gegrüßt und nimm die treuesten Glückwünsche für das kommende Jahr entgegen

von Deinem Wolf

31. Dezember 1927 Dok. 210
"Der Siegesmarsch des National-Sozialismus 1927"
Aufruf

VB vom 1./2.1.1928.

An alle Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Noch sind nicht 3 Jahre seit der Wiederaufrichtung der alten Bewegung verflossen und schon ist sie allen Neidern und Hassern zum Trotz in ihre führende Rolle innerhalb der nationalen Opposition, soweit überhaupt von einer solchen gesprochen werden kann, hineingewachsen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat sich ihre alte Stellung wieder erkämpft.

1 Winifred Wagner (1897-1980), geb. Williams, adoptiert von Karl Klindworth, einem Freund und Förderer Richard Wagners, 1915 Heirat mit Siegfried Wagner (Sohn Richard Wagners), seit 1923 enge Freundschaft mit Hitler, 1930-1944 Leiterin der Bayreuther Festspiele.

Als im Februar 1925 der Aufruf zur Neugründung der Bewegung [1] von mir hinausgegeben wurde, da hoffte ich, dadurch dem wirren Durcheinander völkischer Grüppchen und Gruppen, Parteien und Verbändchen eines Tages wieder einen geschlossenen nationalsozialistischen Block gegenüberstellen zu können. Ich war damals überzeugt, daß die Beendigung der sogenannten völkischen Zersplitterung nicht auf dem Wege von Verhandlungen, Besprechungen und Tagungen zu erreichen ist, sondern nur durch das langsame, aber unbeirrbar entschlossene Durchsetzen des gesündesten Verbandes. Mein Glaube, daß dieser nur die N.S.D.A.P. sein könne, ist durch das Jahr 1924 nicht im geringsten erschüttert worden. Im Gegenteil. Mußte nicht das Vertrauen zu einer Idee und ihrer organisatorischen Form zunehmen, angesichts der rührenden Anhänglichkeit ihrer Mitglieder gerade in den Zeiten der schwersten Unterdrückung? Was auf viele, besonders bürgerliche, Elemente abschreckend, weil beängstigend wirkte, war für die Bewegung ein wahres Glück und eine Voraussetzung für ihre spätere größere Zukunft. Dieses Jahr der Wirrnis, das dem November 1923 folgte, war zugleich ein Jahr der Scheidung der Geister. Es schuf in seinen Verhältnissen die Möglichkeit eines Einblicks und einer Übersicht über Menschen, Verbände und Ideen, die man sonst nur sehr schwer hätte gewinnen können. Er ist dem Neuaufbau der Bewegung in reichlichem Maße zugute gekommen.

Heute ist der Prozeß der natürlichen Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß in eben dem Maße, in dem die N.S.D.A.P. an innerer Festigkeit zunimmt, das undurchsichtige Wirrwarr der völkischen Bewegung einer Klärung entgegengeht. Und dies ist wohl das hervorstechendste Merkmal des Jahres 1927.

Wer einen äußeren Maßstab für das Wachsen der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Bewegung in diesem Jahre sehen will, der vergleiche nur den Parteitag von *Weimar* [2] mit dem von *Nürnberg* [3]. Ein erfolgversprechender Anfang und eine große Freude ist uns allen Weimar einst gewesen, allein wie klein und unscheinbar fast gegenüber der Tagung in der alten Pegnitzstadt! Es war die bisher größte Heerschau nationalsozialistischen Geistes und nat[*ional*]-soz[*ialistischer*] Organisation. *Keine zweite völkische Partei vermag dem auch nur Ähnliches gegenüberzustellen.* Schon in diesen äußeren Formen und an äußerer Größe ist der Hegemoniekampf der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Partei innerhalb der sogenannten völkischen Bewegung bereits längst entschieden. Und nur die Ehr- und Eigensucht ebenso kleiner wie anmaßlicher [*sic!*] Geister vermögen dies zu leugnen und können versuchen, auch heute noch den Anschein zu erwecken, als ob die Bildung von Arbeitsgemeinschaften oder etwa eines völkischen Blockes nötig wäre, um zur Einheit der völkischen Bewegung zu gelangen. *Nein, meine Herren! die Einheit ist bereits auf dem Marsch, und in Nürnberg prangte die Stadt zwei Tage lang in ihrem Zeichen, und Zehntausende marschierten unter ihren Fahnen und Standarten!*

Allein nicht nur *organisatorisch* setzt sich die *nat*[*ional*]-*soz*[*ialistische*] *Bewegung* durch, auch *geistig* und *ideenmäßig.* Was haben all die anderen sogenannten völkischen Verbände aus sich selbst heraus an geistiger Unterlage geschaffen? Können wir es nicht

1 Vgl. Bd. I, Dok. 2.
2 Vgl. Dok. 3-7.
3 Vgl. Dok. 161-168.

heute erleben, daß deren prominenteste Führer sich des Wissensschatzes unserer Bewegung bedienen, fast wortwörtlich die Reden unserer Führer nachahmen, allerdings ohne in ihrer Bescheidenheit meist die wahren Verfasser zu nennen? Der Versuch, selbst bisher unpolitischen Verbänden eine politische Idee zugrunde zu legen, vollzieht sich, soweit er überhaupt ernst zu nehmen ist, nur unter engster Anlehnung an die nationalsozialistische Weltanschauung. Besonders in der letzten Hälfte des Jahres 1927 konnten wir nicht selten mit einem gewissen Befremden feststellen, wie Ansichten, deretwegen wir noch vor 5 Jahren auf das schwerste befehdet worden waren, nunmehr plötzlich unter den Propagandamitteln anderer Organisationen auftauchen.

Dieses erfolgreiche Durchsetzen der nat[ional]-soz[ialistischen] Idee und Organisation im Jahre 1927 beruht nicht nur auf der Richtigkeit unserer eigenen positiven Weltanschauung, sondern auch auf dem ersichtlichen Zusammenbruch, den die Ideenwelt unserer Gegner in der Wirklichkeit erlitten hat.

Als im Jahre 1925 die junge nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Bewegung aufs neue gegründet worden war, da konnte man besonders in *nationalen bürgerlichen Kreisen* den Einwand vernehmen, daß nunmehr ein wirklicher Anlaß für die Neubildung dieser Partei nicht mehr vorhanden sei. "Deutschland ist ja nun konsolidiert oder wenigstens auf dem besten Wege zu seiner allgemeinen Sanierung". So konnten wir überall vernehmen. "Und die Wirtschaft", hieß es weiter, "ist endlich im Begriffe, der unfähigen Politik die Zügel aus der Hand zu nehmen, um selbst den Staat aufs neue aufzubauen".

Nur wenigen Menschen aus dem bürgerlichen Lager war der Unsinn dieser Auffassung klar geworden. Die meisten sahen den *Bolschewismus überwunden* und empfanden damit in der neugebildeten N.S.D.A.P. nur einen Faktor der öffentlichen Beunruhigung, der günstigenfalls *überflüssig* sein würde, möglicherweise aber zu einer *Störung* des *"wirtschaftsfriedlichen Neuaufbaues"* führen könnte.

Es war damals wenig populär, gegen eine solche angenehme Auffassung der kommenden Entwicklung Stellung zu nehmen. Man wurde nicht nur totgeschwiegen, sondern im Gegenteil als Störenfried der öffentlichen Ruhe und Ordnung an den Pranger gestellt. Und Millionen plapperten gedankenlos nach, was ihnen ihre verworfenen Gazetten in lügenhaften Berichten vorgesetzt hatten.

Das Jahr 1927 hat nun diesem ganzen Schwindel ein Ende bereitet und uns recht gegeben.

Innen- und auch außenpolitisch ist dieses Jahr eine einzige Anklage gegen die verantwortlichen "Staatsmänner" und Parteien der Novemberrepublik. Ein einziger Zusammenbruch auf allen Gebieten, der nur durch die Frechheit der daran Schuldigen unserem Volke in seinem ganzen Umfange verborgen bleibt.

Und gerade hier können wir sehen, wie die nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Oppositionseinstellung von einst heute fast zur Grundauffassung aller anständigen Menschen überhaupt geworden ist; wie es kaum einen gesund denkenden Menschen noch gibt, der im *Dawesvertrag* etwas anderes als eine schändliche Vergewaltigung unserer Lebensmöglichkeit sieht, und wie niemand mehr zu den Vätern dieses Meisterstückes neudeutscher Diplomatenkunst gezählt werden will.

Der gleichen Beurteilung erscheint heute auch der *Vertrag von Locarno* unterworfen.

Auch das blöde bürgerliche Geschwätz von der endgültigen *"Überwindung"* des *Marxismus und Kommunismus,* das im Jahre 1924/25 jeder kleinste Parlamentarier zum besten gab, erscheint heute von der Angst vor der roten Flut wie weggefegt. Auch hier hat unsere Auffassung recht bekommen, daß es sich um einen Kampf um Sein oder Nichtsein handelt, und daß die bürgerliche Auffassung von der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Marxismus oder gar einer Verständigung mit ihm, wirklich nur ein Produkt aus Feigheit, Angst und Dummheit ist.

So hat heute in Deutschland eine allgemeine Ratlosigkeit um sich gegriffen. Die Menschen glauben ihren bisherigen Parteien nicht mehr, und überall sehen wir wieder das große Wandern beginnen, von Partei zu Partei, von einem Flügel zum anderen.

Eine einzige Bewegung hat in diesem Jahr wie immer unbeirrbar ihr altes Ziel verfolgt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Für viele Hunderttausende ist sie damit zum ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht geworden, den die Menschen in einer solchen gärenden, wogenden Zeit nötiger denn je brauchen und suchen.

Dies sind die *äußeren* Gründe unseres Erfolges im Jahre 1927.

Die *inneren* liegen aber nicht nur im *Werte* unserer *Weltauffassung,* sondern auch in der *Art ihrer Vertretung.* Ich muß damit an dieser Stelle wieder all den treuen Mitarbeitern in diesem Jahre des Kampfes für die gesamte Bewegung den Dank zum Ausdruck bringen. Den Führern aller Organisationen, den Beamten derselben, den Leitern unserer Presse und besonders jenen Tausenden und aber Tausenden unbekannten S.A.-Männern, die irgendwo ihre Pflicht erfüllen, ohne daß dies je in gebührender Weise zur Kenntnis der Gesamtheit der Bewegung kommt, ja auch nur gebracht werden könnte. *Neben dem Denkmal des unbekannten Soldaten werden wir dereinst auch das des unbekannten S.A.-Mannes errichten müssen, der in seinem Betriebe gehetzt und verfolgt, an Leib und Seele bedroht, trotz eigener Not und Entbehrung sich in Treue einsetzt für sein Volk, da Millionen andere nichts kennen als Genuß und Freude.*

Danken will ich am Ende dieses Jahres auch all den Mitgliedern unserer Bewegung für das steigende Treueverhältnis untereinander, die Anhänglichkeit an ihre Führer und die Gefolgstreue der Führer selber. So bildet sich, während unser Volk zu zerfallen droht, in ihm eine neue Gemeinschaft, aufgebaut auf Ehre, Treue und Gefolgschaft, und wird damit, zur Zeit nur Staat im Staate, dereinst zum Staate des deutschen Volkes werden.

Groß sind die Opfer und Sorgen des verflossenen Jahres gewesen, größer noch war der Erfolg.

Heute, am Beginne des neuen Jahres, wollen und können wir als Nationalsozialisten nicht wünschen, daß das Jahr 1928 uns weniger Sorgen und weniger Opfer aufbürdet, außer wir würden nicht denselben Erfolg erhoffen.

Und schon jetzt empfinden wir alle, daß eine Zeit näherrückt, in der es sich darum handeln wird, eisern und stark zu unserer Überzeugung zu stehen, kein Jota von ihr zu opfern und besonders keinen Fußbreit vor der öffentlichen Meinung zu wanken, oder gar vor ihr, und wäre es auch nur in der kleinsten Sache, entgegen unserer eigenen Überzeugung zu kapitulieren.

Schwere wirtschaftliche Sorgen sind im Anzuge. Was wir seit Jahren prophezeien, muß und wird kommen. Das Volk schreit nach mehr Brot und seine Führer versprechen ihm dafür höhere Löhne. Mehr denn je wird es nun notwendig sein, daß wir Nationalsozialisten in diesem gegenseitigen Jagen, nun nicht nur selbst die Vernunft bewahren, sondern auch den Mut behalten, allem Geschrei und allem Wahnsinn zum Trotz die Wahrheit so zu sagen, wie sie ist. Wir selbst haben am meisten die Unmöglichkeit der Lebenshaltung unseres Volkes erkannt und stets betont. Allein, so wie vor 5 Jahren, sind wir auch heute gezwungen, schärfstens Stellung zu nehmen gegen jene Betrüger der öffentlichen Meinung, die einem versklavten Volk versprechen, durch höhere Löhne auch ein höheres Auskommen zu verschaffen. Während in Wahrheit nur dieselbe Jagd beginnen wird, die im Jahre 1923 endlich bei Millionen-, ja Milliardenlöhnen ihren Abschluß fand, ohne daß die Menschen dafür mehr als nur ein Stück Brot hätten erhalten können.

Diesen Betrugsversuchen müssen wir, wenn auch augenblicklich tausendmal von Unpopularität verfolgt, unerschütterlich die Wahrheit gegenüberstellen, daß das Leben eines in Sklavendienste gepreßten Volkes nicht gebessert wird durch höhere, papierene Löhne, sondern durch die Wiedergewinnung einer Freiheit, die gestattet, den Schweiß eines Volkes der eignen Arbeit zugute kommen zu lassen, und die endlich einem Volke das an Grundwerten und -schätzen von dieser Erde gibt, was es auf Grund seiner Zahl und seiner kulturellen Bedeutung im höchsten Sinne des Wortes verdient und demgemäß auch verficht.

Gewiß ist es unpopulär, gegenüber dem Wahnsinnsgeschrei der Masse die Wahrheit zu sagen, allein der endliche Sieg wurde doch immer noch ihr zuerkannt, und wir als Nationalsozialisten kämpfen nicht, damit man uns heute ein Lob singt, das in diesen Zeiten feil ist, wie eine Straßendirne, sondern daß dereinst wenigstens die Nachwelt wahrheitsgemäß gestehe, daß in der Zeit der allgemeinsten Verworfenheit, Korruption und Lüge eine Schar von Menschen ohne Rücksicht auf augenblicklichen Vorteil oder Nachteil für die wirklichen Interessen unseres Volkes mutig eingetreten ist. Und wenn dem Mutigen die Welt gehört, dann wird einmal Deutschland unser sein.

Groß sind die Pläne für die innere Umgestaltung unserer Bewegung, für ihren weiteren Ausbau und ihre Festigung. Allein jede mechanische Reform ist wertlos, wenn nicht der Geist sich zu ihrem Träger macht. Der Geist des Pflichtbewußtseins unserem Volke gegenüber, des Pflichtbewußtseins gegenüber der Bewegung, die diesem Volke zu dienen berufen ist, und damit aber der Geist des Mutes nach außen und der Treue und Versöhnlichkeit untereinander.

Wir alle müssen eine einzige große Kampfgenossenschaft werden, Führer und Anhänger miteinander verbunden und aufeinander bauend. Dann werden wir diesem Jahre 1928, vor dem heute nicht wenige zittern und bangen, mit Stolz und Treue und allen Hoffnungen entgegensehen.

Es mag kommen, was kommen will, wir werden die Kiefer zusammenpressen, die Köpfe klar behalten und vorwärtsmarschieren!

Die braune Garde grüßt das Schicksal!

München, den 31. Dezember 1927

Adolf Hitler

2. Januar 1928 Dok. 211
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Pg. Gregor Straßer hat mit dem heutigen Tage die Führung der Propaganda-Abteilung niedergelegt [1].

Ich ernenne Pg. Straßer nunmehr zum Leiter der Organisationsabteilung.

Für die außerordentlich erfolgreiche Leitung der Propaganda-Abteilung spreche ich Pg. Straßer im Namen der Bewegung meinen Dank aus.

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

2. Januar 1928 Dok. 212
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Mit dem heutigen Tage übernehme ich die provisorische Leitung der Propaganda-Abteilung [1].

Pg. *Himmler* [2] zeichnet in meinem Auftrage.

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

1 Hitler übernahm vom 2.1.1928 bis 27.4.1930 selbst die Leitung der Propagandaabteilung. Vgl. auch Dok. 198 und 212. Zu den mit der Umstrukturierung in Verbindung gebrachten Konflikten zwischen Hitler und Straßer vgl. auch Dok. 204.

1 Vom 2.1.1928 bis 27.4.1930. Vgl. auch Dok. 198.

2 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplom-Landwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926-1930 stellv. Reichspropagandaleiter, 1927 stellv. Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer der SS, 1930-1933 MdR, 1934 stellv. Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsinnenminister und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

2. Januar 1928 Dok. 213
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Ich ernenne mit dem heutigen Tage Pg. Wilhelm *Kube* [1], Berlin, zum Gauleiter des neu gebildeten Gaues "Ostmark".

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

2. Januar 1928 Dok. 214
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Unter Genehmigung eines Gesuches des Deutschen Frauenordens um offizielle Eingliederung in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als Unter-Organisation, bildet ab heutigem Tage der Deutsche Frauenorden unter Leitung seiner Führerin Fräulein Elsbeth *Zander* das "Rote Hakenkreuz" der Bewegung [1].

Die näheren Formen und Bestimmungen des Eintritts des Deutschen Frauen-Ordens in die N.S.D.A.P. werden noch veröffentlicht.

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

1 Wilhelm Kube (1887-1943), Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1928 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Reichskommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

1 Der im September 1923 von Elsbeth Zander in Berlin gegründete Deutsche Frauenorden wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Stephenson, Nazi Organisation, S. 28 ff., und Dok. 47.

2. Januar 1928 Dok. 215
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Generalleutnant Exzellenz von *Heinemann* hat um Enthebung von der Leitung der Organisationsabteilung und des Untersuchungs-Ausschusses gebeten [1]. Ich komme diesem Wunsche schweren Herzens nach, indem ich dem General als Vorbild treuester Pflichterfüllung meinen tiefgefühltesten, persönlichen Dank und damit auch den Dank der gesamten Bewegung zum Ausdruck bringe.

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

2. Januar 1928 Dok. 216
Anordnung

VB vom 4.1.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Pg. Major *Buch* [1] wird mit dem heutigen Tage zum Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses ernannt.

München, den 2. Januar 1928

gez.: Adolf *Hitler*

1 Als Nachfolger Heinemanns ernannte Hitler Walter Buch. Vgl. Dok. 216. Zu den organisatorischen Veränderungen vgl. auch Donald M. McKale, The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Kansas 1974, S. 50 ff.

1 Walter Buch (1883-1949), Major a. D., 1919 Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1928-1933 MdR, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts.

8. Januar 1928 Dok. 217
Erklärung

VB vom 8./9.1.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Für die zahllosen, mir anläßlich des Jahreswechsels aus allen Gauen Deutschlands zugegangenen Glückwunschtelegramme spreche ich den Einsendern meinen herzlichsten Dank aus.

Ein Heil für das Jahr 1928!

gez.: Adolf *Hitler*

9. Januar 1928 Dok. 218
Rede auf SA-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 599, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809 [2].

[*Hitler*] hielt kein Referat, sondern erwiderte auf die Angriffe und Kritik in der letzten Führersitzung über den "Völkischen Beobachter" [3] und auf die Angriffe auf die Parteileitung [4]. Er müsse gestehen, daß er die letzten 3 Jahre selbst Pazifist geworden sei. Dieses sei momentan das beste Kampfmittel. Würde er jetzt eine Brandrede halten, käme er wieder nach Landsberg. In diesem Sinne erkläre sich auch die Einstellung des [*Völkischen*] Beobachters. Ein Verbot der Zeitung könne nicht riskiert werden, ebenso wäre Rosenberg nicht zu ersetzen, wenn er wegen irgendeiner Beleidigung einige Monate eingesperrt würde. Es gebe in Deutschland eben zweierlei Recht und zweierlei Ehre. Das beweise sein Prozeß gegen Sponsel [5], der freigesprochen wurde. Hätte er in gleichem Maße ein Mitglied der Bayer. Volkspartei oder den Kardinal Faulhaber angegriffen, wäre er schon längst auf Monate eingesperrt. Der Völk[*ische*] Beobachter sei die

1 Im "Friedenheimergarten", von 21.00 bis 22.15 Uhr. Der Generalappell der SA-Standarte I (München), an dem laut Polizeibericht etwa 180 Personen teilnahmen, wurde vom SA-Standartenführer Johann Zöberlein geleitet. Hitler erschien um 21.00 Uhr.

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 63 der Polizeidirektion München vom 19.1.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740.

3 Auf der Besprechung der bayerischen SA-Führer am 3.1.1928 war der VB als "mangelhaft und zu wenig revolutionär" bezeichnet worden. Er würde sich "nur mehr im Umfang" von den Münchner Neuesten Nachrichten unterscheiden; "der Inhalt sei 'der gleiche Blödsinn'". Vgl. Lagebericht N/Nr. 63 der Polizeidirektion München vom 19.1.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740.

4 Auf der Führersitzung der SA-Standarte I (München) am 8.11.1927 war die Parteileitung kritisiert worden, sie würde die SA in ihren Aktivitäten einschränken und bremsen. Vgl. PND-Bericht Nr. 592, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809.

5 Zum Beleidigungsprozeß Hitler gegen Domkapitular Georg Sponsel vgl. Dok. 147.

einzige Tageszeitung und das Zentralorgan der Partei und habe die Aufgabe, die Bewegung im Reiche in eine einheitliche Richtung zu bringen. Außerdem müsse das Inseratenwesen berücksichtigt werden. Eine Wochenzeitung wie der "Stürmer"[6] oder "Angriff"[7] könne ein Verbot leichter ertragen. Das Jahr 1928 bringe viel Arbeit, aber die Partei werde auch einen gewaltigen Erfolg erringen. Die Politik der Bürgerlichen und der Vaterländischen Verbände sei bankrott. Was er schon lange voraussagte, sei eingetreten. Italien habe sich mit Frankreich verbündet. Jetzt sollen die Herrschaften sehen, wie sie Südtirol bekommen. Ein Bündnis mit Italien haben diese bornierten Führer der V.V.V.[8] abgelehnt, und 1928 werde der Aufstieg Deutschlands, wie er von Stresemann und seinem Anhang oft angekündigt wurde, ins Gegenteil umschlagen. Dann werde auch die bayr[*isch*]-republ[*ikanische*] Ordnung und Ruhe etwas anderes erfahren. Wenn es für das Volk Vorteile bringe, müßte man selbst mit dem Teufel ein Bündnis schließen und nicht sich neue Feinde ziehen, wie es jetzt mit Italien der Fall sei. Weiter kündigte Hitler an, daß für die S.A. in den alten Räumen des Völkischen Beobachters Box- und Jiu-Jitsu-Kurse eingeführt werden. Der Kurs kostet pro Woche 50 Pf. Diese Kurse seien eine neue Bereicherung der geistigen Waffe. Hätte die sogen. deutsche Intelligenz nicht nur Wissen gehabt, sondern auch körperliche Kraft, wäre sie nicht so schmählich abgegangen wie 1918. Das Volk müsse wieder zur Männlichkeit erzogen werden, und das gewährleiste dieser Sport neben anderen Vorteilen dem Gegner gegenüber.

Betreff der Anschlagtafeln fordert Hitler die S.A. auf, alles daran zu setzen, um sie unterzubringen. In Zukunft werde sich das Hauptgewicht der Propaganda immer mehr auf die S.A. legen. Bei Ausmärschen [*sic!*] dürfe sich keiner provozieren lassen, denn die Polizei warte auf die nächste Gelegenheit, um ein Verbot herbeizuführen. Alles müsse vermieden werden, was zum Einschreiten Anlaß geben könne. Es komme schon eine andere Zeit, wenn Gott will, in der die N.S.D.A.P. die Macht habe, und dann das Hemmende von selbst verschwinde.

An die Musik wendete sich Hitler mit dem Ersuchen, fleißig zu üben, besonders den Gloriamarsch, um zum Parteitag im Mai[9] mit Erfolg auftreten zu können.[10]

---

6 Die Wochenzeitung "Der Stürmer" war im April 1923 von Julius Streicher als antisemitisches Hetzblatt gegründet worden.

7 "Der Angriff" war im Juli 1927 von Josepf Goebbels als Konkurrenzblatt zu der von Otto und Gregor Straßer herausgegebenen "Berliner Arbeiterzeitung" in Berlin gegründet worden. Er erschien zunächst als Wochenzeitung, ab Oktober 1929 zweimal wöchentlich und ab November 1930 als Tageszeitung.

8 Vereinigte Vaterländische Verbände.

9 1928 fand kein Parteitag der NSDAP statt.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

12. Januar 1928 Dok. 219
"Meine Antwort an die marxistischen Staatsretter im Untersuchungs-Ausschuß" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 14.1.1928, "Die Abrechung des 'Hochverräters' mit den 'Staatsrettern' von 1923" [3].

Adolf Hitler begann seine fast dreistündige Rede mit dem Hinweis, daß er dort, wo er Stellung nehmen sollte, nicht zu Worte kommt. Er habe monatelang gewartet und gedacht, daß es selbstverständlich sei, daß er *als Erster vernommen* werde; statt dessen erlebt man, wie sie sich die Köpfe zerbrechen darüber, was ich gedacht haben könnte, was ich mir unter *"innerer Reinigung"* vorgestellt habe. Ich kann so gut reden, daß ich den Herren schon erklären kann, was ich mir darunter vorstelle (Heiterkeit und Beifall). Warum zerbrechen sich für mich die Pestalozza [4] und Hoegner [5] den Kopf? Es kommt ja nichts heraus! (Zuruf: *Es ist ja nichts drinn!* - Große Heiterkeit.) Stimme aus dem Volke! Wenn Mohammed nicht zum Berge kommt, muß der Berg zu Mohammed kommen. So muß ich mich dorthin wenden, wo man hört, was ich auf diese ganzen *Anpöbelungen* zu erwidern habe. Vorher aber möchte ich den Begriff "hoher Landtag" erörtern.

Diese parlamentarische Institution erscheint den kleinsten Geistern als eine Erscheinung der Ewigkeit, während sie für uns nur eine *Erscheinung des Augenblicks* ist, eine *Erscheinung von Verfallszeiten*, die erst dann in Wirksamkeit tritt, *wenn Staaten und Völker*

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 11.1. und 12.1.1928.
Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages über den Hitler-Putsch 1923 war im Sommer 1924 eingesetzt worden und legte im April 1928 seinen Bericht vor. Ihm gehörten folgende Mitglieder an: Theodor Doerfler (Völkischer Block), Hans Hilpert (DNVP), Wilhelm Hoegner (SPD), Joseph Graf von Pestalozza (BVP), Fritz Schäffer (BVP), Anton Staedele (Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund) und Georg Stang (BVP).
Über die Tätigkeit des Ausschusses veröffentlichte Wilhelm Hoegner, der Mitberichterstatter im Ausschuß war, 1928 anonym zwei Broschüren: Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. I. Teil: Januar 1928. II. Teil: Mai 1928. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München o. J. Die Sitzungsniederschriften des "Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" befinden sich im BayHStA, MA 103476/1-3.

2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut VB "überfüllt" war, wurde von Rudolf Buttmann geleitet. Vgl. auch die Rede Hitlers am 23.1.1928 (Dok. 223).

3 Vgl. auch Münchener Post vom 13.1.1928, "Adolf krakeelt"; Münchener Post vom 17.1.1928, "Das Parkett in der Hitlerversammlung"; Bayerischer Kurier vom 24.1.1928, "Der Kampf gegen Rom"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 27.1.1928 (Mittagsausgabe), "Die Hitlerbewegung in Bayern". Sowie Lagebericht N/Nr. 63 der Polizeidirektion München; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Josef Graf von Pestalozza (1868-1930), Rechtsanwalt, 1906-1928 Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer und MdL in Bayern (BVP), 1911-1919 Gemeindebevollmächtigter, 1923 Geheimer Justizrat, Berichterstatter im Untersuchungsausschuß des Bayer. Landtags über den Hitler-Putsch 1923.

5 Wilhelm Hoegner (1887-1980), Richter, 1912 Dr. jur., 1920-1933 Staatsanwalt und Richter in München, 1924-1932 MdL in Bayern (SPD), Mitberichterstatter im Untersuchungsausschuß des Bayer. Landtags über den Hitler-Putsch 1923, 1930-1933 MdR, 1933 Emigration, 1945/46 bayer. Ministerpräsident und Justizminister, 1946/47 stellv. Ministerpräsident und Justizminister, 1946-1970 MdL, 1950-1954 Innenminister und stellv. Ministerpräsident, 1954-1957 Ministerpräsident.

bereits im Zusammenbruch begriffen sind. Große Staatsgründungen sind nicht entstanden aus dem Milieu des Parlaments heraus, sondern durch Einsatz von Kräften, die dem Parlament vollkommen *fremd* sind und sein müssen. Die Parlamente beruhen auf der Meinung, man könnte durch eine allgemeine Wahl, durch Stimmzettel, das Extrakt der Geistigkeit verwischen [*sic!*], in einem Raum konzentrieren und auf die Nation dauernd loslassen. Wir wissen aber und befinden uns in Übereinstimmung mit den größten Geistern, daß das nicht zutrifft, sondern im Gegenteil: bei jeder solchen Wahl immer wieder *Dummheit, Feigheit und Lumpenhaftigkeit* gekrönt wird. (Beifall.) So war die Begaunerung von Millionen von Menschen im Jahre 1923 möglich, *weil auf eine kleine Zahl von Lumpen eine große Zahl von Dummköpfen* kam. Diese ermöglichen erst den anderen ihr Wirken. Man weiß, wie eine solche Wahl zustande kommt. Die Leute, die dafür stimmten, daß die Millionen um ihre Spargroschen gekommen sind, wollten natürlich keine Diebe wählen - *aber sie wählen sie das nächste Mal wieder.*

Nun verbreitet sich Hitler in trefflichen Ausführungen über die Psychologie des Wählers und dessen ständige Irreführung durch seine Presse. Im Parlament wird stets eine Majorität von Menschen, die ein Problem nicht kennt, über dieses Problem zu entscheiden haben. Das bedeutet, daß dieses Problem schwach gelöst wird, und daß diese Menschen dauernd Fragen beantworten, für die sie *weder zuständig sind,* noch sie kennen. So werden sie innerlich verdorben und planmäßig zu Lügnern gemacht und *eingebildeten Tropfen.* Würden sie ehrlich sein, so müßten sie aufstehen und sagen: Ich verstehe davon nichts! Aber wenn einmal gewählt ist, konzentriert sich der Geist von allen Menschen, die ihn gewählt haben, im Abgeordneten. (Heiterkeit und Beifall.)

Sie wachen eifersüchtig darüber, daß nicht einer kommt und das besorgt, was sie nicht können. Dann beginnt die Majorität mit eisernen Klammern sich an jeden anzuhängen, von dem sie glaubt, daß er eines Tages über sie hinwegschreiten könne, dann wird die Majorität zum *schwersten Hemmnis für jeden Entschluß.*

Hitler folgert aus dieser Betrachtung:

1. Was auf dieser Erde Großes geschaffen wurde, verdankt seine Entstehung niemals einem Majoritätsbeschluß.

2. Alles, was auf dieser Erde wieder zerstört wird, ist das Ergebnis des Beschlusses der Majorität.

Daher ist das demokratische Prinzip ein Prinzip der Destruktion, der Zerstörung von Völkern und Staaten.

Daher wird dieses Prinzip von denen vertreten, die von jeher *zerstörend auf andere Völker einwirkten,* nämlich von den *Juden*, die den Völkern jegliche Geistigkeit abgraben und sie *langsam* führerlos *machen*. Jeder demokratisch-parlamentarische Staat nach heutiger Auffassung wird eines Tages zum Zerstörer des gesamten Erbgutes der Vergangenheit. Sie fürchten diesen Maßstab für die Minderwertigkeit des Augenblicks und suchen ihn von seinem Postament herabzustoßen, damit kein Vergleich mit den Schwächlingen der Gegenwart gezogen werden kann. (Starker Beifall.) Dabei sind die tragenden und treibenden Kräfte eines Staates keineswegs demokratisch organisiert, sondern beruhen auf der *Autorität des Geistes,* der Persönlichkeiten, auf dem Wirken und Schaffen des einzelnen, auf unbedingter Autorität nach unten.

Für uns ist eine parlamentarische Institution *niemals ein Richter.* Wir sprechen dieser Institution jegliches Recht ab, sich in

die Pose eines Richters

zu werfen, ja überhaupt in die Pose eines Gesetzgebers. Sie ist eine parasitäre Erscheinung des Augenblicks, die ein *gesunder Körper lange zu ertragen vermag* und sie entweder unterbindet oder an ihr zugrunde geht. Sobald sie nicht mehr von den Gütern der Vergangenheit zehren kann, ist auch die ganze Institution zu Ende.

Die parlamentarische Zeit wird abgelöst von der Periode der menschlichen Entwicklung und des Aufbaus, die *nicht die Dummheit zum Regenten* hat, sondern Kraft, Fähigkeit und Genialität. Die Parlamente sind heute da, und wir müssen mit ihnen rechnen und aus ihnen herausholen, was irgendwie herauszuholen ist. Wenn dieser "hohe Landtag" monatelang in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit steigt, die ganze Lage Deutschlands trostlos und der Blick in die Zukunft unheimlich ist, dauernd in Akten wühlt wie der selige

Reichstag in Regensburg [6]

so kann man nur sagen: Laßt sie so weiterfahren, erleuchtet sie ja nicht! Die Zukunft wird näherrücken, und je mehr ihr blättert in euren Wischen von einst, um so besser: *Das Leben wird über euch hinwegschreiten.*

Hitler erläutert nun, warum der "Völkische Block" [7] im Landtag damals für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses eingetreten ist. Im Jahre 1924 gab es kaum ein freies Wort, aber eine endlose *Flut von Verdächtigungen und Verleumdungen* fand den Weg in die breite Öffentlichkeit, so die Behauptung, daß am *1. Mai ein Hochverrat geplant* gewesen sei [8]. Mit dieser Behauptung geht auch der "Bayerische Kurier" hausieren. Man versucht nachzuweisen, *daß der 28. November* [9] *uns schon am 1. Mai vorgeschwebt habe.* Also seien die Verordnungen des Herrn *Schweyer* [10] später gerechtfertigt worden. Wir haben seinerzeit gefordert, daß man das untersucht. *Es hat erst einer eidlichen Aussage von mir bedurft* [11], *um die Herren auf die Beine zu bringen.* Sie werden nicht denken,

6 Gemeint ist der von 1663 bis 1806 ständig tagende Reichstag in Regensburg, der sog. "Immerwährende Reichstag".

7 Der Völkische Block, eine Listenverbindung von NSDAP und DVFP, hatte bei der Landtagswahl am 6.4.1924 23 Mandate errungen. Im September 1925 schlossen sich die Abgeordneten Rudolf Buttmann, Adolf Wagner, Georg Zipfel, Julius Streicher, Emil Löw und Wilhelm Holzwarth zur NSDAP-Fraktion zusammen.

8 Am 1.5.1923 hatte die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände unter der politischen Führung Hitlers bewaffnete Verbände in München zusammengezogen, um die gewerkschaftlichen Maifeiern zu verhindern. Nachdem die bayerische Regierung ihrerseits Reichswehr und Landespolizei aufmarschieren ließ, gab Hitler dann den Befehl zum Rückzug. Vgl. Hitlers Denkschrift, S. 305 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff.

9 Gemeint ist der 8. November 1923.

10 Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Dr. jur. et oec. publ., seit 1898 im bayer. Verwaltungsdienst, 1911 Regierungsrat im bayer. Innenministerium, 1919 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1920/21 Staassekretär im bayer. Innenministerium, Sep. 1921 bis Juni 1924 Innenminister (BVP), anschließend in der Wirtschaft tätig.

11 Hitler war am 3.12.1925 als Zeuge im Beleidigungsprozeß Hermann Luppe gegen Julius Streicher vor dem Landgericht Nürnberg vernommen worden. Vgl. Bd. I, Dok. 90. Aufgrund seiner Ausführungen zu

daß man Untersuchungen an mir *oberflächlich* vornimmt. (Heiterkeit und Zustimmung.) *Heute geht die Bewährungsfrist zu Ende.* Wenn vielleicht ein Meineid konstruiert werden könnte - wie christlich schön wäre das (stürmischer Beifall), wenn man diesen Menschen in das Gefängnis hineinbrächte, und dadurch die öffentliche Beunruhigung, die dem guten Volke zuteil wird, wieder beseitigen könnte.

Aber alle Beweise sprechen dafür, daß kein Hochverrat geplant war, also etwas wesentlich anderes. 1924 hatten wir diese Möglichkeit des Beweises gar nicht. Deshalb trat der "Völkische Block" dafür ein und sagte: *Wir haben gar nichts zu scheuen,* ihr könnt den Ausschuß haben. Wir konnten erklären: Macht nur einen Untersuchungsausschuß! Sie haben ihn gemacht und werden über *eine* Feststellung nicht hinauskommen: daß sämtliche Angeklagte erklärten.

Wir leugnen nichts

und übernehmen für alles die *Verantwortung*, allein wir sind keine Hochverräter, *sonst sind es andere auch. Das konnten die Herren jetzt nicht entkräften.* (Stürmischer Beifall.) Haben wir etwas geleugnet? Im Gegenteil, die bisherige Untersuchung ist unserer Behauptung verflucht näher gekommen, daß, wenn unsere Sache Hochverrat war, dann auch *andere da sind,* die ganz mit dem gleichen Laster behaftet gewesen sind. Hätte der "Völkische Block" nicht für den Ausschuß gestimmt, so würde der "Bayer[*ische*] Kurier" gesagt haben: Ihr habt Schmutz am Stecken, ihr scheut die parlamentarischen Augen! *Nein, wir scheuen die parlamentarischen Augen nicht.*

Auf Grund der neuen deutschen Rechtsauffassung ist ein Hochverrat ein *mißlungener Staatsstreich,* während jeder *gelungene* Staatsstreich einen *legalen, ordentlichen, christlichen Zustand herstellt* (Heiterkeit und Beifall), auf dessen Boden man treten kann, ja muß, weil jede Autorität von Gott eingesetzt ist, selbst wenn die Autorität Kurt Eisner heißt! Ich bin nun freilich überzeugt, daß diese galizische Wanze sich höchst persönlich selbst eingesetzt hat. Für uns ist der Staat nur Mittel zum Zweck und *an der Spitze steht das Volk,* das Bleibende, der Inhalt. Den anderen ist das Volk gleichgültig, wer die Staatsgewalt besitzt, sagen sie, ist im Recht. Wir Nationalsozialisten erklären: Die Tatsache der gelungenen Inbesitznahme der Staatsgewalt bedeutet *nicht die Legalisierung* des *Staatsstreiches,* sondern der Zweck des Staatsstreiches ist, daß einem Volk der Inhalt des Staates zu dienen hat, und daß dieser Zweck erreicht wurde. Ist das Endergebnis einer Revolution die Vernichtung des Volkskörpers, dann sind diese Revolutionäre, und mögen sie tausendmal die Machtmittel im Besitze haben, *Hoch- und Landesverräter* und werden es bleiben. (Stürm[*ischer*] Beifall.) Hätte 1918 eine Revolution den Staat über den Haufen gerannt, um ein neues kräftiges Reich aufzurichten, in dem mehr als früher das Volk zum dominierenden Inhalt geworden wäre, hätte man versucht, dem deutschen Volke zu erkämpfen, was es braucht: *den Ausgleich zwischen seiner Zahl und der Ernährungsgrundlage,* die innere Kraft dieses Volkes zu mobilisieren und zu erziehen für den Lebenskampf dieser Nation, dann wäre der Kampf gegen eine solche Staatsgewalt ein *Verbrechen* gewesen, weil durch eine solche Revolution das deutsche Volk an wirklicher Freiheit, an Glück und innerem Wohlstand und alles dessen, was zum Leben dieses

den Vorgängen um den 1. Mai 1923 leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Meineid ein. Vgl. Bd. I, Dok. 120, 123, 124, 126, 133 und Bd. II, Dok. 26.

Volkes auf dieser Erde dienlich ist, gewonnen hätte. Das ist nicht der Fall, im Gegenteil: *man hat den deutschen Staat erobert und die deutsche Nation geschlagen und versklavt.* Das trennt uns von dem Begriff des Hochverrates der sogenannten bürgerlichen Welt. Für diese ist 1918 ein Jahr der Entwicklung zu einem neuen Staat, während es für uns

ein Jahr des Verbrechens,

der Vernichtung eines alten Reiches und des Beginns einer in Wirklichkeit kaiserlosen Zeit für Deutschland ist, nicht im alldeutschen Sinne, sondern im tieferen Sinne des Wortes, im Sinne der *allgemeinen Rechtlosigkeit auf allen Gebieten.* (Stürmischer Beifall.)

Damit stehen wir im Gegensatz zum tiefsten Denker, der je aus einem bayerischen Amt herausgesprossen ist, dem

Minister a. D. Schweyer.

Wir wissen, daß dieser Herr Schweyer selbst zum mindesten das nicht fertiggebracht hat, was er beabsichtigte: er wollte diesen bayerischen Staat konsolidieren, zu einer Ordnungszelle nach seiner Auffassung machen. Nach dem "Bayerischen Kurier" sind wir tot, ausgeschaltet und erledigt. Nun sollte man annehmen, daß Bayern eine derartige parlamentarische Kraft bekommen hätte, wie noch nie. Statt dessen erleben wir, daß dieses *Bayern tatsächlich auf den Aussterbeetat* gesetzt ist, und zwar durch die Retter dieses Staates, die großen Staatskünstler der Bayerischen Volkspartei. Solange in Bayern eine große nationale Welle bestand, die aber nicht Schweyer mobilisiert hat, konnte man damit rechnen, in Berlin Verständnis zu finden. Als diese Welle untergraben worden war, konnte man sehen, wie enorm der Respekt vor der Gewalt der Bayerischen Volkspartei ist. Hier zu Lande ist diese Gewalt gigantisch, aber außerhalb der Grenzpfähle bedenklich. Die Herren brauchen nicht dauernd zu versichern, *daß sie nicht nach Berlin marschieren wollen. Das weiß man ohnehin.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Dieses *Freikorps Wohlmuth* [12] *und Schweyer* (tosender Beifall) möchte ich einmal sehen, wenn es aus seiner pazifistischen Politik zu einer aktiven Handlung übergeht.

Wir wissen, daß wir von diesen Herren nie verstanden werden, genau so wie wir sie nicht verstehen. Wir sind *im Alter zu verschieden.* Das ist die Generation von einst, und wir sind die Generation, *die vom Schlachtfeld zurückgekommen ist.* Wir werden nie handelseinig werden. Nach der natürlichen Entwicklung der Dinge kommt nach dem Alter immer *die Jugend* an die Reihe, und da wir jünger sind, hoffen wir, daß uns der liebe Gott nicht aus der Reihe ausschließt.

Etwas anderes ist von vorneherein bedenklich an diesem Ausschuß: daß er in einer Zeit tagt, *die keine lebendige Verbindung zur Vergangenheit besitzt.* Im Sommer 1924 wurde dieser erhabene Ausschuß beschlossen. Damals, als der große Prozeß [13] vorbereitet wurde, waren den Herren vier Wochen des Aktensammelns und Studiums zu lange, obwohl es sich um die Herbeischaffung eines *gigantischen Materials* handelt.

12 Georg Wohlmuth (1865-1952), Dompropst, Dr. phil., 1890 Ordination, 1895 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayer. Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Vorsitzender der BVP-Fraktion, 1924 Dompropst in Eichstätt.

13 Der Hochverratsprozeß gegen Hitler und Gen. fand vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München statt.

Wir hatten

290 Zeugen angeboten,

von denen *nicht eineinhalb Dutzend* geladen worden sind. (Große Unruhe.) Nun arbeitet dieser fleißige Ausschuß seit dem Sommer 1924 mit einer *Viehsgeduld*, und ebenso ausdauernd und beharrlich an diesen Akten, und jetzt, man bestaune dieses Wunder, im Winter 1928 endlich wird er fertig. Das sind schon *bald fünf Jahre.* Die Zeit ist heute schnellebig, und man verwechselt den Zustand von einst mit dem von heute. Damals gab es noch Dünnbier, und die Köpfe waren heller und von mehr revolutionärem Geist beseelt. Man verwechselt die Zeiten miteinander. *Diese Jahre können nicht verglichen werden mit denen von 1927 bis 1929* [*sic!*]. Das erinnert mich an den *Gerichtshof*, der in Leipzig hockte, und über die *Kriegsverbrecher urteilen* sollte [14]. Ein zerhauener Feldwebel wird hereingeschleift in eine Bude, in die nie eine Gewehrkugel knallte, und aus diesem Milieu heraus wird Recht gesprochen über Menschen und Dinge, die sich in einer Umgebung abspielten, die überhaupt nur der fassen kann, *der sie miterlebt hat.* (Starker Beifall.) Was? sagt der Richter: *Sie haben eine Matratze weggeholt* und in den Unterstand geschleppt? Das ist nach § so und so des B.G.B. *Diebstahl* und muß bestraft werden. Was Wunder, wenn dieser Feldwebel zähneknirschend ausrief: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. (Donnernder Beifall.) *Ebenso urteilen im Untersuchungsausschuß diese erhabenen Richter, die wie die Nornen am Schicksalsseile weben.* (Große Heiterkeit.)

Hitler schildert nun die

Vorbereitung der Revolution

durch *Sozialdemokratie und Zentrum,* die lange vor dem Kriege eingesetzt hat; Aufgabe einer späteren Geschichtsschreibung werde es sein, zu untersuchen, wie *systematisch diese beiden Parteien Deutschland solange unterhöhlt haben, bis es zusammenbrechen mußte,* bis ein Erzberger und Scheidemann die letzten Konsequenzen zu ziehen in der Lage waren.

Täglich sehen wir, wie entsetzlich der Verlust unserer *allgemeinen Wehrpflicht* sich ausgewirkt hat. (Laute Zustimmung.) Was hatten wir noch in den Jahren 1919 bis 1921 eine disziplinierte Jugend. Wie war es selbstverständlich, daß der einzelne seinem Vorgesetzten gegenüber Gehorsam übte, daß keiner etwas tat, was ihm verboten wurde. Die eisenharte Erziehung unseres Volkes durch das Heer war die furchtbarste Waffe gegen Gegner. Daß man diese zerbrochen hat, *kann nie verziehen werden.* Schon damals bemühte man sich, den Geist der Unbotmäßigkeit und des Hasses in tausend junge Herzen einzuimpfen. Man schwächte damit die *einzige Hilfe für die Stunde der Not.* Und als diese kam, war es nicht die internationale Solidarität, sondern als letztes blieb die Spitze des Schwertes übrig, und als diese abgeschlagen war, *war Deutschlands Leben zu Ende.* Wo blieben die internationalen Apostel der Verständigung und der Abrüstung, die uns belogen hatten und erklärten, daß wir nur deshalb in einer Welt von Blut und Eisen leben, weil Deutschland dies tut. Und heute? Mehr als je ist die Welt in Eisen gepanzert, wo

14 Zur Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrechen durch das Reichsgericht in Leipzig vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

sind die Herren Marxisten von damals? Nun, sie *sitzen im Untersuchungsausschuß und schwätzen, statt sich zu rechtfertigen wegen ihrer eigenen Verbrechen* (stürmischer, anhaltender Beifall).

Hitler schildert weiter das "Wirken" der Staatsautorität nach der Revolution, da jeder, der nicht sein eigenes Tor bewachte, der Meute wehrlos preisgegeben war. Wo hat diese Staatsautorität den

Schutz der freien Meinung

garantiert. Wo warst Du, Schweyer, großer Minister! Du warst nicht da! *Ich kann mir denken, wo Du gewesen bist* - es waren viele dort, wo Du warst (stürmische Heiterkeit). Unsere Jungen haben uns beschützt, die erst der öffentlichen Meinung wieder freie Bahn schufen. Und die *persönliche Ehre,* hat sie die Staatsautorität beschützt? Nicht nur die lebenden Menschen wurden entehrt, auch die *Toten* wurden beschimpft, *und die Staatsautorität schwieg.* Nicht einmal den Schutz der nationalen Ehre konnte sie übernehmen. Nicht einmal den Schutz der *zurückkehrenden Helden* konnte sie übernehmen. (Stürmischer Beifall.) Damals hätte Schweyer auftreten sollen und sagen: Was, ihr wollt denen die Kreuze herunterreißen? Zurück, Schweyer ist hier, Schweyer! (Tosender Beifall.) Nein, wir haben sie nicht gesehen, die Vertreter der Staatsautorität, sie haben uns nicht beschützt, nur gezittert, *als wir uns selbst zu schützen begannen.* Dann krochen sie hervor, und eines Tages standen sie in der holdseligen Verkörperung des Herrn Minister Schweyer endgültig vor uns. *Wir waren nichts als Soldaten* und erwachten erst langsam zum Widerstand gegen die Verderber Deutschlands. Daß diese Männer, die ihr Blut eingesetzt hatten, nicht daran gingen, diesen Staat zu säubern und die Maschine wieder in Gang zu setzen, *war ihr Verhängnis* und das des Deutschen Volkes. So ist die Genesung nichts anderes geworden als die *langsame Angewöhnung an das Laster* und die Krankheit. Wir sind so vom Gift durchsetzt, daß wir immuni[*si*]ert erscheinen. So wurde immer wieder die Republik gerettet, *nicht durch die Republikaner.* Denn ihre Schutzorganisation ist in dem Moment gegründet worden, als die Republik nicht mehr bedroht war. Erst als die Destruktion des Staates vor[*an*]geschritten war, gründete man die eigentliche Verteidigungsorganisation dieses Staatsgebildes und sagte: Ablösung rückt vor. Nun rückt das

Reichsbanner[15]

in die Front ein und ist nun die erhabene Schutztruppe des deutschen Reiches, nicht der *deutschen* Staatsbürger, sondern der *daitschen* [*sic!*] Staatsbürger. Sie kämpften mit den Waffen, die wir ihnen lieferten, sie haben alles nachgemacht und gestohlen, sogar die geistigen Begriffe. Herr Gerlich mit dem Stab der "M.N.N."[16] kämpft für das *"Dritte*

15 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war 1924 als republikanische Selbstschutzorganisation von SPD, Zentrum und DDP gegründet worden. Vgl. Rohe, Reichsbanner.

16 Münchner Neueste Nachrichten.

Reich", mit Coßmann, Tschuppik [17], Goldschmidt [18]! Das sind die Heldenscharen, die für das dritte Reich eintreten. Von uns haben sie das Wort gestohlen, besser würden sie sagen: *vom tausendjährigen Reich*, dann sind sie alle befriedigt.

Am 1. Mai 1923 marschierte die Rotfront wieder auf, begünstigt von einer Staatsautorität, die erklärte: *Gleiches Recht für alle.* Die den Staat gerettet haben, sind gleichgesetzt worden mit denen, die den Staat langsam vernichtet haben. (Beifall.) *Hier wird weder ein Sowjetstern getragen noch ein eisernes Kreuz, weder eine rote Fahne, noch eine nationale Fahne!* Das war das Werk dieser Retter der Staatsautorität, so weit haben wir es gebracht, daß das ganze Blut umsonst geflossen war. Ihr habt den Staat so weit hergerichtet, daß ihr ihn wieder verspielen könnt, daß ihr ihn bei der nächsten Gelegenheit zusammenbrechen seht. Die Tatsache, daß am 1. Mai 1923 wieder Marxisten aufmarschieren konnten, war eine *unverschämte Provokation.* Die christliche Partei hält es für möglich, mit Atheisten, Gottesleugnern und Staatsdestrukteuren zusammenzugehen, und wir halten es für notwendig, daß man eine solche Bewegung ausrottet mit Stumpf und Stil. (Anhaltender Beifall.)

Wir Nationalsozialisten sind aufgetreten keineswegs als Monarchisten. Wir sind Deutsche und kämpfen für die Wiederherstellung eines großen, deutschen, mächtigen Reiches und wollen, *daß die Verbrecher des Jahres 1918 zur Verantwortung gezogen werden.* Wir glauben niemals, daß die Stellung Deutschlands sich ändert, solange dieser gemeinste Schurkenstreich ungesühnt bleibt.

Wir sind keine Monarchisten,
aber die Menschen, die die Verbrecher des Jahres 1918 bestraft wissen wollen, und Sie, meine Herren von der *"Bayerischen Volkspartei", sind Monarchisten und machen mit den Verbrechern Kippe.* (Starker Beifall.) Freilich, uns konnten Sie ja niemals mit Ihrem Monarchismus etwas vormachen. Hätten Sie für die Monarchie so gekämpft, wie wir für Deutschland gefochten haben, so wäre sie nie kaputt gegangen. Es gab unter Ihnen anständige, ehrliche Bauern, die konnten das nicht begreifen. Bei diesen war wirklich ehrliches, monarchistisches Gefühl vorhanden, darauf mußten Sie etwas Rücksicht nehmen. Deshalb die monarchistischen Töne in Tuntenhausen [19]. Aber ehe der Hahn zweimal gekräht hat, habt Ihr alles schon dreimal verraten. Jetzt ist es so weit, daß man seiner Schäflein sicher zu sein glaubt. Jetzt sagt man auf einmal: An sich haben wir auch einen

17 Gemeint sind die Gebrüder Walter und Karl Tschuppik.

18 Gemeint ist Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910-1918 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1934 Emigration.
Goldschmidt war Mitglied des "Bundes zur Erneuerung des Reiches" (Luther-Bund), der in seinem Gründungsaufruf vom 6.1.1928 die Durchführung einer Reichsreform propagiert und u. a. zur Errichtung eines dritten Reiches aufgefordert hatte. Druck des Gründungsaufrufs: Johannes Hohlfeld (Hrsg.), Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Berlin o. J., S. 191 f. Mit Auszug aus der Liste der Unterzeichner: Münchner Neueste Nachrichten vom 9.1.1928, "Bund zur Erneuerung des Reiches".

19 Gemeint ist der 1869 von Ludwig Graf von Arco-Zinneberg und Balthasar Daller gegründete Bayerisch-patriotische Bauernverein zu Tuntenhausen, an dessen jährlichen Herbsttagungen führende Vertreter des bayerischen Zentrums bzw. der BVP auftraten. Vgl. Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986, S. 30 f.

monarchischen Geist in uns. *Aber die Monarchie kann nicht mehr restauriert werden.* Wir haben monarchischen Geist in republikanischer Form. Die Nationalsozialisten erkennen den Staat nicht an, so eine Partei muß vernichtet werden. Sie kämpft gegen den Staat, den wir als Monarchisten auch nicht anerkennen können, d. h. wir wollen ihn schon, aber eigentlich wollen wir ihn nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Hitler wendet sich nun wieder an den famosen Referenten des Untersuchungsausschusses dem Genossen *Hoegner* zu [*sic!*], um ihm zu sagen, daß er unter diejenigen gehört, *die unter die "innere Reinigung" fallen.* Weshalb es verständlich sei, daß dieser Herr sich dagegen aufbäumt. "Es gehört zu Deinen Angstträumen, daß im Jahre 1923 sich unsere ganze Bewegung mit Dir beschäftigt haben soll! Herrgott - den Namen hätte ich nie kennengelernt, wenn er nicht die Ehre gehabt hätte, sich mit dem meinen beschäftigen zu können." (Beifall.) Und diesen "Hochverrat" hat man jetzt fünf Jahre lang nach Begehung genau durchgefieselt, nicht durch eine Prüfung lebendiger Vorgänge, sondern

aus den Akten.

Was ist ein Akt? Wenn ein gut erzogener Deutscher das Wort Akt hört, dann gibt es ihm einen Riß. Hitler schildert mit beißender Ironie, wie ein Akt zu entstehen pflegt, und welche Fetzen, Zeitungsartikel und anonyme Briefe in diesen Akt hineinkommen, *um dann als ewige Wahrheiten zu gelten.*

Dann geht der Hoegner hin und liest aus dem Akt vor. Gegen diese *unglaublich leichtfertige und unverantwortliche Art,* in der man aus einem Fetzen Papier die Ehre eines Menschen angreift, möchte Hitler jetzt in der Öffentlichkeit Stellung nehmen. Was man da alles entdeckt hat, ist *zu blödsinnig.* Die Herren rechnen damit, daß andere Menschen sich mit anderen Problemen beschäftigen, mit ihrer Not und ihrem Hunger, mit ihrer Arbeitslosigkeit. Hoegner hat Zeit für diese Dinge (Zuruf: *Und bekommt dafür Diäten!*) Was? Er wird noch extra bezahlt dafür? Wenn man boshaft sein wollte, könnte man sagen: *Es wundert einen nicht mehr, daß der Ausschuß kein Ende nimmt.* Er nimmt kein Ende, und die Gelder werden bezahlt. Ich glaube nicht, daß er das Geld zurückweist. Dieser Ausschuß blättert in Papierwischen herum auf Kosten des bayerischen Volkes und womöglich auch noch auf meine eigenen Kosten. (Heiterkeit.)

Ich habe dabei erfahren, was für zahlreiche Freunde und Gönner ich in der Welt besitze. Ich habe nie gewußt, daß es einen *Evangelischen Bund* gibt, *der uns dauernd krampfhaft unterstützt*[20]. *Das höre ich zum erstenmal.* Ebenso Herr *Borsig*[21], der Demokrat *Ford*[22] soll uns mit kolossalen Beträgen unterstützt haben, ferner Parteigenossen,

20 Der Evangelische Bund war 1886 in Erfurt als freier Verband zur Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Stellung des Protestantismus gegründet worden. Vgl. Walter Fleischmann-Bisten, Der Evangelische Bund in der Weimarer Republik und im sogenannten Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1989.

21 Ernst von Borsig (1869-1933), Industrieller, 1894 Mitinhaber und 1897 Leiter der Firma Borsig, 1909 Erhebung in den Adelsstand, 1918-1920 Vorsitzender der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1919 Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1920 Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, 1922 zweimalige Begegnung mit Hitler in Berlin, 1924 Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1932 Niederlegung seiner Verbandsämter.

22 Henry Ford (1863-1947), amerik. Ingenieur, 1903 Gründer und Präsident (1903-1919, 1943-1945) der Ford Motor Company, 1920 Verfasser einer antisemitischen Artikelfolge in der Wochenzeitung "Dearborn Independent". Deutsche Ausgabe: Der Internationale Jude, 2 Bde., Leipzig 1921/22, 31. Aufl. 1934.

die kaputt gegangen sind. Aus der *Schweiz* sollen wir 33.000 Franken bekommen haben [23].

Lauter ganz erbärmliche Lügen.

(Lebhafte Pfuirufe), von A bis Z aus den Fingern gesogen. Es geht nicht genau hervor, heißt es dann, *ob aus Frankreich Gelder gekommen sind.* Warum haben Sie nicht das bißchen Mut aufgebracht, Herr immunisierter Abgeordneter, und gleich gesagt: Er hat Geld aus Frankreich bekommen! Sie können ja nicht verklagt werden! Ich persönlich gestehe feierlichst, *daß ich es bedauere, daß uns die deutsche Intelligenz nicht unterstützt! Würde sie uns unterstützen, dann wäre es um Deutschland anders.* Es ist eine *Schande*, daß diese ganz großen Menschen wohl die Marxisten aus Feigheit unterstützen, während sie ihre deutschen Volksgenossen gar nicht kennen.

Herr Hoegner täuscht sich, wenn er meint, daß ich mich weigern würde, von einem Deutschen 10 Millionen anzunehmen. Jeden Pfennig und jede Million ohne Bindung würde ich von einem Deutschen nehmen, um mit ihrer Hilfe *das Staatsinteresse für Herrn Hoegner* in der Zukunft so zu erwecken, wie er befürchtet, daß 1923 unser Interesse für ihn gewesen wäre. Wir hoffen, daß auch noch Tausenden von Deutschen die Augen aufgehen werden, und wir bauen felsenfest darauf, daß auch jene Kreise zum Wiederaufstieg Deutschlands beitragen und Opfer bringen.

Wir werden uns vielleicht *vor* der Wahl mit den

Geldquellen des Herrn Hoegner,

d. h. seiner *Partei, beschäftigen.* Wir werden dann vielleicht dem Herrn Hoegner die Liste derer überreichen, die die Sozialdemokratie unterstützt haben. Er soll sich keiner Täuschung hingeben: Es sind ein paar Namen genannt worden, die uns unterstützt haben sollen. *Wir werden dem Herrn Hoegner zeigen, daß er ganz erstaunt sein wird.* (Rufe: hört, hört!) Und was die Geldgeber der N.S.D.A.P. betrifft, was geht denn das den Ausschuß an? Warum untersucht der Ausschuß nicht, woher die *Bayerische Volkspartei* ihr Geld hat, woher die *Revolution* ihre Gelder hat, woher *Kurt Eisner* die 167 Millionen bekommen hat, woher die *Räterepublik* unterstützt worden ist, was geht denn überhaupt die Herren das an? Und wenn sie das wirklich wissen wollen: *Warum frägt man nicht mich darum?* Ich bin doch da! Oder wissen sie meine Adresse nicht? Thierschstraße 41, I. Stock. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn das Steueramt von mir etwas will, findet es mich ja auch! Überall nur *vage Verdächtigung.* Mit eiserner Stimme behauptet man, daß der 1. Mai 1923 als *Kraftprobe gegen den bayerischen Staat* gedacht war. Meine persönlichen Freundschaften stehen in dem Akt. Ist es ein Verbrechen, wenn man einen persönlichen Freund besitzt?

Daß wir um "freien Abzug" gebeten hätten, behauptet *Schweyer*: Er war doch nicht dabei! Wir hätten verhandelt, *kein Wort von dem ist wahr.* Wir hätten die Waffen abgeliefert! *Nein*, wir haben sie in unser Depot gebracht, aus dem wir sie herausgenommen haben. Herr Schweyer mit seiner blühenden orientalischen Phantasie sagt: Ein *Angriffsbefehl* war gegeben. Gegen wen? *Warum gegen uns?* Was haben wir verbrochen an dem Tag? Wollte er schon Blut sehen? Können Sie sich vorstellen, was gekommen wäre,

---

23 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 5.1.1928, "Hitlers Geldgeber"; Bayerischer Kurier vom 11.1.1928, "Die Geldgeber Hitlers".

wenn dieser Mensch tatsächlich das durchgesetzt hätte? Daß *dieser* Staat besteht, verdankt man den Jungen und Alten in den Wehrverbänden, die nicht zusehen wollten, wie durch eine unfähige Regierung diese Zustände wieder beseitigt werden. Und dafür ein Marschbefehl, vielleicht gleich mit Kanonen und Gasmunition? *Wir sind sehr dankbar für diese Aufklärung. Es ist unerhört, was man in diesem Ausschuß an Blödsinn herausgeholt hat.*

Hitler kommt nun auf die Zusammensetzung des von der Sozialdemokratie und der Bayerischen Volkspartei eingesetzten *Volksgerichtes* zu sprechen, das über Hitler und seine Freunde geurteilt hat. Der Richter habe pflichtgemäß gehandelt, wenn er den

Ausschluß der Öffentlichkeit

für viele Aussagen anordnete, obwohl das uns *schwer geschadet* hat, daß alles, was zu unserer Entlastung hätte dienen können, hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Was uns rechtfertigte, hörte die Öffentlichkeit gar nicht, nur das, was uns belastete, hörte sie. *Angeklagt in der Öffentlichkeit, verteidigt hinter verschlossenen Türen.* Hätte man unsere Zeugen alle vernommen, die Öffentlichkeit restlos zugelassen, dann wären wir damals *freigesprochen oder höchstens mit anderen verurteilt worden, eines von beiden!* (Starker Beifall.) Von uns hat keiner gewinselt. Wenn der "Bayer[*ische*] Kurier" schreibt, daß wir keine Reue gezeigt hätten, so hatten wir gar keine Ursache dazu. Was wir taten, geschah aus heiligster Überzeugung für die Notwendigkeit.

Ob es gelang oder nicht, konnte keine Rolle spielen bei der Beurteilung innerer Motive. Daß wir nicht gelogen haben, ist bei diesem Blatt das Zeichen innerer Verworfenheit. Damals hieß es, es wäre *Landesverrat.* Wir haben uns gefügt und unsere eigenen Aussagen abgebrochen im Moment, wo sie falsch ausgelegt werden konnten. Heute ist das alles *kein Landesverrat mehr,* heute kann man diese Fragen in der Öffentlichkeit behandeln, kann alle Schlüsse daraus ziehen.

Uns hat man geknebelt,

und jetzt haben diese Leute recht, daß es kein Landesverrat sei, solche Dinge auszusprechen. Dann hat man uns *um ein Recht der Verteidigung gebracht,* oder unser Richter hat recht gehabt: Dann treiben *die* Landesverrat, die das tun. (Starker Beifall.) Dagegen protestieren wir, daß das gleiche einmal Landesverrat ist, und dann nicht mehr, wenn es Herr *Hoegner* ausspricht. Diese Auffassung verstehen wir nicht. Das Gerichtsurteil war damals beeinflußt worden durch anonyme Briefe, und Herr *Pestalozza* tritt dafür ein, *daß anonyme Briefe verlesen werden.* Was ist das für eine Beeinflussung des Gerichtes gegenüber der Beeinflussung, die die ganze feindliche Presse getrieben hat. Wir protestieren dagegen, daß irgendeine unbewiesene Behauptung *als Akt* der Öffentlichkeit übergeben wird, bevor ein Richter sie untersucht hat. Hitler zitiert eine Behauptung Hoegners über eine *Äußerung Straßers,* der zu Hitler gesagt haben soll, daß durch die Teilnahme Ludendorffs die Reichswehr gewonnen sei, (zu Straßer:) haben Sie das gesagt?

[...] [24]

Im großen Prozeß wurde festgestellt, daß es nicht wahr ist, daß Kriebel dreihundert Franken bekommen habe, *trotzdem wird das im Ausschuß als wahr vorgelesen.* Hoegner

24 Folgt ein Dementi Gregor Straßers.

liest immer *den* Teil vor, der ihm gerade paßt. Das ist auch der Zweck des ganzen glorreichen Untersuchungsausschusses. *Nicht Wahrheit und Recht soll hergestellt werden, sondern die sozialdemokratische Partei braucht Propagandamaterial für die Wahl.* Das werden wir ihr verschaffen. Sie unterschätzen unsere propagandi[*sti*]sche Ader! Wir werden euch zeigen, wie man Propaganda macht! Tröstet euch! (Starker Beifall.) Hitler erwähnt ferner den famosen Experten für Außenpolitik [25], der das Aussehen eines Seifen- oder Ölreisenden hatte und auf dessen weitere Vernehmung im großen Prozeß man gerne verzichtet hat. Mit solchem *Blech* operiere man, das ist das Material, mit dem dieser hervorragende Ausschuß seine monatlichen Tagegelder einschiebt.

Wer hat tatsächlich in diesen langen Jahren Anlaß gegeben, *daß er untersucht wird? Das ist die Partei des Herrn Hoegner, die Partei des Landesverrates vom Jahre 1918.*

Diese Partei ist die einzige, die in Deutschland untersucht werden müßte. Glauben Sie mir: *Sie wird einmal untersucht werden.* Diese Stunde werden wir erleben! Herr Hoegner mag sich heute da drinnen mit aufgestülptem Zwicker fühlen als ein Vertreter der überirdischen Gerechtigkeit und Justiz. *Wir sehen die Herren noch klein werden.* Es wird die Zeit kommen, in der unserem deutschen Volke die Augen aufgehen. Ehe noch zwanzig Jahre vergangen sind, wird diese Periode schon längst der Vergangenheit angehören. Es kommt die Stunde, in der dieser Zauber verflogen sein wird, in der sich Millionen fragen werden: Wie ist das möglich gewesen, daß wir einmal alle mitgeholfen haben, unser eigenes Vaterland zu schmähen, unsere Herzen herunterzuziehen? Man wird zurückblicken auf diese schwere Zeit mit dem gleichen Gefühl, mit dem das aufsteigende Frankreich zurückblickte auf die Erscheinungen der sogenannten großen Revolution. Wir sehen heute, daß die Sozialdemokratie ihrer Mission nicht untreu wird. Vor wenigen Jahren gab es in einem Reichswehrministerium in Berlin Menschen, die überzeugt waren, daß der Staat konsolidiert ist, und die Möglichkeit gegeben erscheint, mit den bestehenden Parteien zu regieren, und *daß man gegen die Parteien von rechts vorgehen müsse.* Heute verweigern sie dem kleinen Staat die wenigen Mittel für seinen Bestand, genau wie einst. Derselbe Geist bricht wieder hervor und zeigt, was sie sind:

Feinde des deutschen Staates.

Das ist auch die innere Triebkraft, die sie zu dieser Komödie des parlamentarischen Ausschusses anspornt. Beseitigen wollen sie die Kräfte, von denen sie fürchten, daß sie wieder aufrichten, was sie am inständigsten hassen. In einer solchen Zeit kann es für uns nur den einen *Schwur* geben: Herr, laß sie reden, was sie wollen, treiben, was sie treiben wollen, gib uns nur die Kraft, *daß wir auf unserem Wege bleiben,* bis die Stunde kommt, *in der andere Richter in Deutschland wieder zu Gericht sitzen werden.* (Stürmischer Beifall.) [26]

25 Gemeint sein könnte Karl Sommer, 1924 Oberregierungsrat im bayerischen Außenministerium. Er war im Hitler-Prozeß nur einmal als Zeuge vernommen worden; seine Aussage beschränkte sich allerdings auf die Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller am Abend des 8.11.1923. Vgl. Protokoll des Hitler-Prozesses; BayHStA, NL Ehard 319 I, Bl. IX/73 ff.
Karl Sommer (1881-1953), Jurist, 1920 Regierungsrat, 1923 Oberregierungsrat, 1927 Ministerialrat im bayer. Außenministerium, 1923/24 Verbindungsreferent des Generalstaatskommissars von Kahr, 1933-1945 Ministerialrat im bayer. Wirtschaftsministerium.

26 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

15. Januar 1928 Dok. 220
"Die deutsche Not und unser Weg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Neustadt a. d. Aisch [2]

Flugschrift: "Adolf Hitler in Neustadt a. d. Aisch", München (Eher-Verlag) 1928; BayHStA, Slg. Rehse I/22-24 [3].

Hitler stellte zunächst im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1923 und dem seinerzeitigen Verbot der Partei fest, daß diese bis zum Jahre 1919 überhaupt nicht existierte. Sie könne daher auch nicht verantwortlich gemacht werden für die Geschichte, die sich bis zu diesem Jahre abgewickelt habe, wie auch für alle Ursachen der späteren Jahre, die in die Zeit vor 1919 fallen. Sie könne nicht verantwortlich gemacht werden als Partei wie in den [*sic!*] ihr angehörenden Personen, denn von allen Nationalsozialisten sei keiner bis in diese Zeit politisch irgendwie hervorgetreten. Die Partei sei daher auch nicht verantwortlich für Krieg oder Frieden, nicht für das ganze Unglück des Krieges, noch für seine unglücklichen Folgen. Jede Generation macht sich ihre Geschichte selbst; es gibt kein Ausruhen auf den Lorbeeren der Vergangenheit, und das Recht der Kritik hat nur der, der selbst alles getan hat oder tut, um die Lage zu bessern. Umgekehrt aber kann man keinem Menschen das Recht nehmen, daß er sich einsetzt für das, wofür er Jahre lang sein Leben einsetzte. Dies ist nicht nur Recht, sondern Pflicht eines jeden Menschen. Mit Bedauern müsse festgestellt werden, daß seit 1924, wo viele den Beginn des wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands prophezeiten, die Lage nicht besser geworden ist; im Gegenteil, die deutsche Not ist gestiegen, und keine Aussicht zeigt sich für eine Besserung der Verhältnisse. Wenn die Entwicklung so weiter geht wie in den letzten 7 Jahren, so stehen wir eines Tages vor einem Abgrund. Daß der Staat heute überhaupt noch besteht, ist keine Folge der Genialität der Staatsregierung, ihrer Methoden oder der Richtigkeit derselben, sondern ausschließlich Folge der Tatsache, daß eine vergangene Zeit Reserven geschaffen hat, von der die jetzige Zeit zehrt. Wäre die Vergangenheit so beschaffen wie die Gegenwart, dann könnte der heutige Staat keine 15 Jahre existieren. Wenn es so weitergeht, werden wir in 10 Jahren ein Sklavenvolk sein, das wirklich nichts mehr besitzt als allein seine Arbeitskraft. Wenn nun die Nationalsozialisten hineintreten in diese Welt als Kritiker, so gelten als wesentliche Grundsätze ihrer Kritik: 1. Sie möchten nicht kritisieren an Einzelpersonen, sehen überhaupt nicht das Wesen der Dinge in Einzelpersonen, sie nehmen als Prüfstein auch nicht das Schicksal einer Einzelperson, sondern das der ganzen Nation, denn das Schicksal des einzelnen ist unzertrennbar verbunden mit dem der Gesamtheit. Keiner vermag dem Schicksal zu entgehen. Völkertod heißt Beseitigung aller einzelnen. Und wenn Völker

1 Titel laut Flugschrift und VB-Bericht.

2 Im Löwensaal, nach 15.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut VB "überfüllt" war, wurde vom Ortsgruppenleiter Konrad Wellhöfer geleitet.

3 Nachdruck: Neustädter Anzeigeblatt vom 16.1 und 17.1.1928, "Hiesiges und aus der Umgegend". Vgl. auch VB vom 20.1.1928, "Hitler in Neustadt a. d. Aisch". Sowie Auszug aus dem Halbmonatsbericht I für Januar 1928 der Regierung von Mittelfranken vom 19.1.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740.

wirtschaftlich zugrunde gehen, so macht das Schicksal vor dem einzelnen nicht Halt. 2. Es handelt sich für die Nationalsozialisten auch nicht um einen bestimmten Ort. Man kann nicht sagen in einem solchen Zustand der Gefahr: Wenn nur wir uns retten können, eine ganze Stadt, ein Dorf, ein Staat, ein Land - und hinter uns die Sintflut. Nein, ein ewiger Grundsatz ist es, daß, wenn Staaten im Zusammenbrechen sind, ihre einzelnen Untergliederungen alle, wenn vielleicht auch nicht gleichmäßig schnell, vom gleichen Schicksal ereilt werden. Es geht nicht um den Ort, sondern um das gesamte Reich. 3. Es handelt sich auch nicht um das Schicksal der Gegenwart. Wer die Richtigkeit eines Zustandes prüfen will, darf seinen Blick nicht nur auf die Gegenwart richten, sondern muß in die Vergangenheit zurückblicken und in die Zukunft hineinhören. Nicht das System ist richtig, das augenblicklich das Bestehen der Menschheit ermöglicht, sondern das System wäre das richtige, dem nachgewiesen werden könnte, daß es bereits 500 Jahre angewendet wurde, und die Menschheit alsdann glänzender dasteht als vorher, und das weitere 500 Jahre in der Zukunft angewendet wird, und das dann noch beweist, daß es das richtige war. Würden wir heute noch leben, wenn unsere Vorfahren so gehandelt hätten wie wir? Hätten sie die gleiche staatliche Luderwirtschaft getrieben wie wir sie jetzt haben, so gäbe es heute keinen freien Bauernhof, keinen Vermögenswert mehr. Die Geschichte wird von den Menschen gemacht. Aber Einzelpersonen sind Objekte der geschichtlichen Entwicklung, und man kann nicht sagen, ein System ist falsch, wenn Einzelpersonen schlecht sind. Die Frage, die die Nationalsozialisten zu klären versuchen, ist die: Warum ist der einzelne überhaupt auf der Welt? Warum der einzelne lebt, weiß er nicht. Wir wissen nur eines, daß unser ganzes Dasein erfüllt ist von einem Sichwehren gegen eine Veränderung dieses Zustandes, gegen ein Herausziehen aus diesem Leben. Jedes Lebewesen ist erfüllt von dem Drang zu leben. Bei höheren Wesen, beim Menschen, erstreckt sich der Wunsch weiter in die Zukunft; er ist erst dann befriedigt, wenn sein eigenes Blut, sein eigenes Fleisch in der Zukunft erhalten bleibt. Es ist die Sehnsucht, sich zu verewigen in dem Körper eines Kindes. Bei den höchsten Menschen gehen die Wünsche weiter; sie erreichen Befriedigung erst dann, wenn sie glauben, daß ihre gesamte Art erhalten wird. Dafür kämpfen, dafür ringen sie. Das Gewaltigste, was das Menschenleben beherrscht, sind zwei Dinge, einerseits die Sucht der Selbsterhaltung, die Befriedigung des Hungers, zum anderen die Sucht der Forterhaltung, die Befriedigung der Liebe. Was geht nun aus dieser Tatsache hervor? Das eine, daß, wenn sämtliche Wesen dieser Erde von dem gleichen Drange erfüllt sind, ihr Leben um jeden Preis zu erhalten, diese Wesen zwangsläufig in einen gewissen Konkurrenzkampf um dieses Leben gezwungen werden, der seine letzte Begründung darin findet, daß der Drang zum Leben ein unbegrenzter ist, die Voraussetzung aber eine begrenzte. Mit anderen Worten: Wir sind gebunden an die Größe dieser Erde. Es ist also eine räumliche Begrenzung für diese Wesen gezogen. Dagegen ist nicht begrenzt der Drang zur Selbsterhaltung und Erweiterung; wenn aber alle Wesen diesem Drange unterworfen sind, so ist der Kampf um das Leben die Folge. Woher aber kommt es, daß der Mensch zum Herren dieser Erde geworden ist? Diese Bestimmmung drückt sich aus im Ringen, im Kampf gemäß dieser Bestimmung. Es gibt kein Geschenk, nichts, was dem Menschen durch höhere Vorsehung gegeben wird. Es wird keine Leistung erreicht ohne Überwin-

dung eines Widerstandes. Jede neue Erfindung bedeutet das Zurückdrängen von bisher Erreichtem. Die Eisenbahn hat den Post- und Fuhrwerksverkehr abgelöst, die Motorisierung drängt nunmehr den Eisenbahnverkehr zurück. Not ist der treibende Faktor. Und aus diesem Kampfe haben sich Rassen hervorgehoben über andere. Aus der gesamten Menschheit haben sich Rassen hervorgehoben, so wie es im einzelnen Leben ist. Auch im Völkerleben müssen einzelne Völker der gesamten Menschheit vorangehen und bahnbrechend wirken. Im ewigen Kampf mit anderen Völkern muß dem Fortschritt Tür und Tor geöffnet werden. Was verstehen wir unter dem Begriff Kultur? Alles das, was uns Menschen unterscheidet, heraushebt vom unvernünftigen Tier, die Höhe dessen, was uns Menschen unterscheidet vom Tier: Sprache, Kleider, innerliches Denken, alles, was wir äußerlich geschaffen haben, alles zusammen heißen wir Kultur. Von wem stammt denn diese Kultur? Die Kultur in der Welt stammt zu 99 Prozent von arischen Völkerstämmen. Steigen wir in 9.000 Meter Höhe: Wir sehen das erste Flugzeug; alles was an ihm, in ihm ist, ist arisch. Gehen wir tiefer herunter, so sehen wir ein Spinnennetz von eisernen Strängen, geschaffen von lauter Ariern. Alles, was daran hängt, haben Arier gemacht. Blicken wir hinaus auf das weite Meer: Riesige Dampfer ziehen dort ihre Furchen im Wasser; daran ist keine Erfindung, die nicht von Ariern geschaffen worden ist. In den Großstädten sehen wir riesenhafte Wohnhäuser, Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, auf dem flachen Lande finden wir Maschinen, alles ist geschaffen von Ariern. Die ganze Kulturentwicklung der Welt geht auf die Arier zurück. Andere Völker haben nicht daran teilgenommen. Arier waren die Kulturträger der Erde und sind es heute noch. Und wenn der Arier stirbt, so stirbt mit ihm die Kultur. Kultur wird aber nicht von der Rassegemeinschaft, sondern von einzelnen innerhalb einer solchen Rassegemeinschaft geschaffen. Innerhalb dieses Volkes gehen einige Menschen voran. Was in einem Volke geschaffen wird, wird immer geschaffen von Einzelpersonen. Die gesamte Kultur ist das Ergebnis des Wirkens und Schaffens einzelner Menschen. Wenn wir das begriffen haben, können wir es auf ein Volk umstellen. Wenn es sich weiter entwickeln will, muß es den Kampf fortsetzen. Dabei sind es zwei Dinge, die interessieren: 1. Die Volkszahl eines Volkes ist der veränderliche Faktor, während die Grundfläche die gleichbleibende ist. Wenn nun die Volkszahl wächst und die Grundfläche die gleiche bleibt, so müßte die Unmöglichkeit der Ernährung eintreten. Mit der Volkszahl aber wächst die Begehrlichkeit des einzelnen, die Bedürfnisse von heute sind andere als noch vor 60, 80 oder 100 Jahren. Der Mensch stellt andere Anforderungen an das Leben. Was bedeutet dies alles? Es bedeutet, daß hier eine Korrektur vorgenommen werden muß zwischen Volkszahl und Boden. Es muß ein Ausgleich vorgenommen werden. Wie löst nun die Politik diese Frage? Der natürlichste Weg wäre der, daß, wenn ein Volk wächst, der Grund und Boden dieses Volkes erweitert wird. Jedes Volk hat früher diesen Weg beschritten. Die Anpassung des Bodens an die Volkszahl ist der erste Weg, den die Politik jeden Volkes einzuschlagen hat. Dann kommt der 2. Weg: Man beginnt an der Volkszahl herumzudoktern. Die Auswanderung ist der erste Schritt hiezu. Wer aber geht fort? Es sind immer die Tatkräftigsten, die den Kampf aufnehmen wollen. Und wenn dieser Vorgang sich 100 Jahre wiederholt, schickt ein Volk während dieser 100 Jahre die Tatkräftigsten hinaus in die Fremde, zieht sein bestes Blut fort, und so

entsteht ein neuer Kontinent mit großen, energischen, kühnen Menschen. Seit langem werden die Besten fortgeschickt, die Krüppel bleiben daheim; die Auswirkung ist die eigene Degeneration. Der andere Schritt ist der, weniger Kindern das Leben zu geben, dann braucht man keine fortzuschicken. Aber folgt hier doch der Natur, die, wenn zuviele Menschen da sind, Menschen sterben läßt! Laßt sie aber alle erst geboren werden, dann unterwerft sie schweren Entbehrungen. Die Natur läßt alsdann nur die Gesündesten leben. Unsere Vorfahren sind alt geworden. Das war in einer Zeit, in der in deutschen Familien 7, 9, 10, 13 Kinder geboren wurden, von denen nur 2-3 am Leben geblieben sind. Aber diese waren widerstandsfähig, eisern, hart. Heute macht es der Mensch anders. Er läßt im vornhinein nicht so viele Kinder geboren werden. Das wäre richtig, wenn das erste oder zweite Kind immer das gesündeste wäre. Alle unsere großen Männer aber waren keine Erstgeburten. Wenn Deutschland alle über das zweite hinaus geborenen Kinder beseitigen wollte, so fehlten ihm beinahe alle großen Männer der deutschen Nation. Sie alle waren keine Erstgeburten, sondern zum Teil 4., 5. und 7. Kinder. Es gibt kaum ein Zeitalter, das arm war an wirklich großen Männern wie das jetzige. Wir brauchen uns nicht wundern. Wie ist unsere Revolutionsperiode so arm! Die Franzosen hatten seinerzeit wenigstens Männer. Sie waren Kanaillen, aber doch historische Erscheinungen größten Formats, Riesen in ihrer Art. Was sind dagegen die Heroen der deutschen Revolution! Kleine, politische Dreikäsehochs. Das ist das Ergebnis der eigenen Entwicklung, der Verzicht, überhaupt noch Männer zu bekommen. Dieser zweite Weg führt die Völker zum Ausscheiden oder Niederbrechen. Da ist noch ein Weg: Die sogenannte Wirtschaft, die noch ein Mittel stellt, die Menschen zu ernähren dadurch, daß man seine industrialisierten Produkte nach außen verkauft und nicht nach innen. Wenn zwischen Industrie einerseits und dem Urproduzenten anderseits ein normaler, natürlicher Austausch der Güter stattfindet, ist eine Volkswirtschaft gesund. Wenn ein Volk von seinem Grund und Boden ernährt werden kann, und seine Industrie die Urproduzenten befriedigt, so ist das der natürlichste, selbstverständlichste Wirtschaftsprozeß. Noch ein anderer Ausweg wäre der: Wir produzieren nicht mehr nach innen, sondern nach außen. Die Industrieprodukte werden nach außen verkauft, und wir kaufen davon die Lebensmittel und Rohstoffe, die uns fehlen. Voraussetzung ist natürlich, daß auf diesen gleichen Weg nicht zwei oder drei Mächte geworfen werden. Sonst beginnt der Kampf auch hier, nicht um den eigenen, sondern um den Weltmarkt. Das deutsche Volk hat alle diese vier Wege bereits gegangen. Und gerade unser Volk kann von sich behaupten, daß es immer den Versuch gemacht hat, die Volkszahl und die Grundfläche auszugleichen. Unsere Vorfahren schrien nicht nach Ruhm, sondern nach Boden. Mit diesem Schrei klopften sie an die Pforten Roms. Wir brauchen Äcker! Ein zweites Mal wurde der Versuch wiederholt, als das neue Germanien schon wieder zu klein war. Diesmal ging es nach Südosten. Franken, Bayern, Niedersachsen wurden eingesetzt in dem Kampf um die Südostmark, das heutige Deutsch-Österreich. Zum dritten Mal der gleiche Prozeß: Mit Schwert und Pflug wurde die ganze Ostsee [*sic!*] bis Riga erobert. Dann nahm Deutschland an der damals aufblühenden Weltwirtschaft teil, zugleich aber auch der deutsche Auswanderer. Deutschland versinkt mehr und mehr, während ein neuer Kontinent über dem Weltmeer emporsteigt, besiedelt mit deutschem

Blut. 9/10 deutsches Blut wurde dort hinübergeschickt. Wir haben's gemerkt 1914, als es uns südlich der Marne entgegentrat. Deutschland sieht nur noch die Auswanderung vor sich, bis eines Tages ein neuer Reichsgedanke entsteht und eines Tages praktische Form erhält. Ein neuer Weg soll gesucht werden, der das Volk nicht mehr hinausläßt. Deutschland tritt ein in die Periode der Weltwirtschaft in der Meinung, dadurch auf friedlichem Wege dem deutschen Volke Brot zu geben. Es glaubt, im Frieden will es den Platz an der Sonne zurückerobern. Für uns gibt es aber nur den Versuch, unser Volk durch außerordentlich intensive Wirtschaft zu ernähren, oder aber wir müssen versuchen, das Volk abzubauen. Jeder wehrt sich gegen die Kinder und vergißt dabei, daß er sich auch gegen sich selbst wehren kann. Er könnte sich doch auch selbst umbringen; das aber verbietet der heilige Egoismus. Nicht Produktion ist die Hauptsache, sondern der Verkauf. Das ist das Wesentliche. Produzieren ist keine Kunst, aber man muß seine Produktion auch an den Mann bringen. Wie können wir das? Von 1870-76 war die Welt Domäne des Engländers. Die Engländer standen vor der gleichen Situation wie wir. Sie konnten ihr Volk nicht auf ihrem Grund und Boden ernähren. Da haben sie sich Absatzgebiete gesichert in ihren Kolonien. Ihr Abnehmer ist das britische Kolonialreich, an der Spitze Indien. England ernährt dadurch sein Volk, daß es diese Völker kulturell tätig sein läßt, die Rohstoffe aus den Kolonien bezieht und seine Produkte wieder an die Kolonien absetzt. Wir Deutsche haben nun versucht, in die Rohstoffgebiete und die Absatzmärkte der anderen einzudringen. Deutschland lieferte, um absetzen zu können, billig und schlecht. Man versuchte die Qualität dem Preis anzupassen; langsam sind wir in den internationalen Weltmarkt eingedrungen. Was der einzelne als Sport ansah, war der Lebenskampf zweier Völker. Wir mußten als Weltkonkurrent gegen England auftreten. England begann sich zu wehren. Es mußte seine eigenen Kolonien mit Zollmauern umgürten. Und als alles nichts half, begann England das Schwert zu ziehen. Nun stehen wir Deutsche heute vor folgenden Tatsachen: 1. Wir haben 62 1/2 Millionen Menschen. 2. 436.000 qkm Grund ist vorhanden. 3. Wir haben einen Friedensvertrag, der unsere gesamte Arbeit pro Tag und Kopf mit rund 2 Stunden belastet. Unsere Grundfläche reicht bei weitem nicht aus, unser Volk zu ernähren. Dazu kommt die weitere Belastung, daß wir jährlich 2,7 Milliarden abzuliefern haben [4]. Wir haben einen Staat, der die unseligste Revolution hinter sich hat, die uns vollkommen wehrlos gemacht und das Volk innerlich vergiftet hat. Die Konsequenz ist: Ganz gleich, welche Partei am Ruder ist, welches System regiert, man kommt nicht an der Tatsache vorüber, daß zunächst 62 Millionen Menschen auf bloß 436.000 qkm leben müssen. Dabei ist der Boden an Naturschätzen bereits arm geworden und ist altes Kulturgebiet. Die Linksparteien leben in dem Wahn, daß der Sinn des sozialen Gedankens in der Art der Verteilung des einzelnen Vermögens liegt, an der Schichtung des Kapitals. Das ist aber ein Trugschluß. Um was es heute geht, ist Konsummöglichkeit, und dafür bietet die Schichtung des Kapitals keinen Maßstab. Es ist nicht so, daß, wenn der eine 60 Millionen hat und der andere nur 100 M. oder gar nichts, es dem letzteren schlecht gehen muß. Denn wenn ein Mensch nichts hat als täglich die Ration, die ihm ausreicht zum Leben, so kann doch der andere mit den 60 Millionen nicht das 60-millionenfache genießen. Wenn in Deutschland das Kapital

4 Gemeint sind die 1924 im Dawesplan festgelegten Reparationszahlungen.

gleichgemacht wird, so erhält der einzelne mehr als bisher, wenn aber der Konsum gleichgemacht wird, so spielt das keine Rolle, denn der einzelne erhält kaum 2 Gramm mehr. Der politische Kampf geht um des Wesens Problem herum, er spricht nicht vom Auskommen, sondern vom Einkommen, und daher auch taucht bei uns der Glaube auf, Lohnerhöhungen könnten befriedigend auf die Masse wirken. Nicht im geringsten. Das Einkommen ist der größte Betrug, den es gibt, das Wesentliche ist das Auskommen. Das Einkommen befriedigt nur die menschliche Fantasie, nicht aber den Magen. Wodurch soll nun das Auskommen verbessert werden? Sehen wir nach Amerika hinüber. Wie lebt dort das Volk? Wie kommt es, daß Ford, der nun einen neuen Wagen baut, bereits 740.000 Vorausbestellungen auf diesen entgegennehmen konnte? Weil dort die Produktionsmöglichkeiten andere sind. Weil dort Naturgüter in einem Umfange vorhanden sind, von denen wir uns keine Vorstellung machen. Amerika hat fast 40-50 Prozent aller Naturschätze; Deutschland dagegen besitzt nur einen ausgemergelten Boden. Dort schießt der Weizen fast wild aus der schwarzen Erde, die keinen Kunstdünger verlangt. Bei uns aber muß jeder Acker schwer bearbeitet werden, bis er das gibt, was wir brauchen zu unserer Nahrung. Was hat der neue Kontinent für Besitz an Rohstoffen! Denken wir nur an die Wälder, bei denen das Holz überhaupt nicht gerechnet wird und nur die Arbeitskraft in die Erscheinung tritt. Uns fehlt das Vorhandensein der Rohstoffe. Bei uns müssen sie erst eingeführt werden. Das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Grundfläche ist in Amerika so gleich, daß der Reichtum allgemein ist. Wie stünde es, wenn bei uns in Deutschland das vorhandene Getreide pro Kopf verteilt würde. Was hätten wir dann? Hunger, Not und Elend. Wir haben das schon einmal erlebt und wissen alle, daß das ganze ein riesenhafter Betrug war. Das war ein Experiment mit einer fast sozialisierten Wirtschaft. Deutschland hätte aus der Not gerettet werden können, wenn es 400.000 qkm mehr Weizenboden gehabt hätte; aber die haben uns gefehlt. Wenn die Bedürfnisse der Menschheit in Theorien und Phrasen bestehen, so nehme jeder seine marxistische Bibel zur Hand. Er wird dann nachsagen, wenn man es ihm zehnmal vorsagt, daß es ihm gut gehe und daß es besser geworden sei, aber schließlich wird er doch empfinden, daß er Hunger hat, und er von den Phrasen nicht satt wird. Das sind die sogenannten Errungenschaften der Revolution. Unser Volk steht vor einem Problem, das jede Regierung auf das furchtbarste belasten muß. Wir können uns auf unserer Grundfläche nicht ernähren. Es kommt auch noch das weitere hinzu, daß wir noch jährlich 2,7 Milliarden abliefern müssen. Wir können uns nicht ernähren, müssen aber noch abgeben; das notwendige Ergebnis ist, daß wir langsam dazu übergehen, unser gesamtes nationales Eigentum als Pfand dem internationalen jüdischen Großkapital zu verschreiben. Die wirtschaftlich verpflichtende Schuld des Krieges ist das große Unrecht. Als ewige Schuldner müssen wir zu den alten Schulden neue aufnehmen, um die ewige Verzinsung leisten zu können. Das Volk aber wird dabei von Jahr zu Jahr willenloser, es verpfändet die ganze sozialistische Republik, wie es bereits die deutsche Reichsbahn mit allen ihren Einnahmen dem internationalen Kapital ausgeliefert hat. Aller Besitz ist belastet mit Zwangshypotheken. Wie lange wird es dauern, bis die Post den gleichen Weg geht wie die Bahn; man beginnt ja bereits an neue Monopole zu denken, die verpfändet werden können. So wird es kommen, daß das deutsche Volk nichts

behält als seine Arbeitskraft 1. zur Deckung seiner Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, 2. zur Deckung seiner neuen Zinsverpflichtungen. Die Zinssätze der sozialistischen Republik sind auch gegen die der früheren sehr verschieden; sie betragen heute 15-20 Prozent gegen die ehemaligen 6 Prozent. Wie wird sich nun die Weiterentwicklung gestalten? Der Staat ist bemüht, die enormen Summen hereinzubringen und alles zu decken. Dazu braucht er enorme Einnahmequellen, und deshalb schuf er das gegenwärtige Steuersystem, das langsam, aber sicher den letzten Rest von Werten der vergangenen Zeit beseitigt. Bei diesem Steuersystem wird es nach 20 Jahren kein unabhängiges Geschäft, keinen freien Bauernhof mehr geben, kein Haus ohne internationale Hypothek. Das ist die freie Volksrepublik! Wir wissen, daß wir schaffen müssen; aber wo werden wir absetzen können? 1. sind heute schon die Zollschranken aufgebaut, 2. sind wir die Mindestbegünstigten der Handelsverträge, 3. beginnt die Welt sich bereits umzustellen. Die Völker, die ehedem unsere Abnehmer waren, beginnen eigene Wirtschaft [*sic!*]. Richten wir unseren Blick nach China. Dort entsteht ein amerikanischer Wolkenkratzer nach dem anderen, neue Fabriken tun sich auf. Wir selbst züchten ja an unseren deutschen Universitäten und technischen Hochschulen diese internationalen Großgebilde, damit sie, wenn sie später in ihr Land zurückkommen, den eigenen Betrieb einrichten. Jeder deutsche Ingenieur, der ins Ausland geht, nimmt 200 deutschen Arbeitern das Brot weg. Wie wird das enden? Doch es ist das noch nicht das Letzte. Wir sind auch nicht mehr konkurrenzfähig. Früher besaßen wir bestimmte Monopole, mit denen wir einen Druck ausüben konnten zur Erzielung günstiger Handelsverträge. Durch den Friedensvertrag haben wir den größten Teil des Anlagebesitzes verloren. Die Industriespionage lieferte jedes Geheimnis aus. Wir können heute nicht billig produzieren, denn der eigene Konsum ist zu klein. Denken wir an die Motorindustrie. Sie ist keineswegs am Ende, sondern steht erst im [*sic!*] Beginn ihres Aufschwungs. In Jahrhunderten wird die menschliche Muskelkraft vollkommen abgelöst sein durch den Motor. Tatsache ist, daß heute Amerika, wo die Motorindustrie zur größten des ganzen Landes emporgeschnellt ist, eine große Zukunftsindustrie hat. Und Deutschland? Es ist auf dem internationalen Weltmarkt ausgeschaltet, im eigenen Lande verdrängt. 57.000 amerikanische Kraftwagen sind in einem Jahre nach Deutschland hereingekommen, weil sie billig sind. Für uns ist die größte Industrie bereits verloren, und wir müssen glücklich sein, wenn ein paar Fabriken in Deutschland bestehen bleiben. Und damit wir auch niemals mehr in die Lage kommen, konkurrenzfähig auftreten zu können, wird unsere Industrie noch belastet mit dem Dawes-Abkommen. Wir nehmen dadurch nichts ein, müssen vielmehr alle Zahlungen durch Steuereinnahmen decken. Dadurch aber werden unsere Industrieerzeugnisse so mit Steuern belastet, daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig werden. Im Friedensvertrag heißt es: In demselben Maße, in dem die deutsche Nation finanziell leistungsfähig wird, hat sie ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dafür haftet das ganze Volksvermögen. Jede Besserung der Wirtschaftslage würde also nur bedeuten, daß wir diesen Vertrag besser erfüllen können. Wenn wir wieder konkurrenzfähig würden auf dem Weltmarkt, so stünden wir da, wo wir 1914 gestanden haben. Vor dem Krieg und während desselben hat man erzählt, wenn Deutschland nicht gewesen wäre, hätte die Welt abgerüstet. Heute ist Deutschland keine Weltmacht, keine Militärmacht mehr, hat

die Welt deshalb abgerüstet? Ist der Friede gekommen? Das beste Beispiel gibt England im Irak[5]. Zu glauben, daß überall Frieden einkehrt, seit Deutschland abgerüstet hat, bringt nur ein deutscher Marxist fertig. Die anderen denken ja gar nicht daran. Uns haben sie die Macht weggeschwindelt, aber nicht, damit sie herkommen und sagen: "Seid umschlungen Millionen." Ja, sie umschlingen Millionen, aber nicht deutsche Soldaten, sondern deutsches Geld. Gewalt ist das Leben auf der Erde, auf der alles nach Kraft regiert wird. Soll der Schwache das Recht zum Leben bestimmen? Die Gesundheit äußert sich in der Kraft. Die Kraft wieder bestimmt den Lauf der Erde. So ist es seit jeher gewesen. Die Menschheit geht auch heute ihren Weg weiter, die Erde und die Planeten setzen ihren Lauf fort, d. h. eben alle gehorchen dem Gesetz des Stärkeren. Wenn Deutschland heute leben will, so muß es versuchen zu lernen, daß es auch diesem Gesetz zu gehorchen hat. Womit wir die Zukunft gewinnen können, was ein Volk auf der Erde zum Leben befähigt, heißt Kraft und wieder Kraft. Nicht Recht. Wo Kraft fehlt, hört jedes Recht praktisch auf. Mag es auch noch so schmerzlich sein: Recht, du hast nicht die Kraft dich zu wehren, und deshalb mußt du sterben. Dagegen hilft aller Humanitätsdusel nicht. In der Welt, in der ein Wesen sich vom anderen ernährt, in der einer stirbt, damit der andere lebe, in dieser Welt gilt das Wort: Wer nicht sein Leben einsetzt, dem wird es genommen. Dann soll er nicht sagen, das ist Unrecht. Macht ist notwendig, um leben zu können. Gleichgültig, wer in Deutschland ans Ruder kommt, er wird ein Problem lösen müssen, das heißt Volkszahl und Grundfläche. Experimente nützen uns und anderen nichts. 20 Millionen Menschen sind zuviel. Und wenn wir dieses Problem lösen wollen, so müssen wir begreifen: Ob Deutschland auf dem Weg, den es bisher eingehalten [*hat*], weitergehen will, ob es sich auf die Weltwirtschaft oder die eigene Wirtschaft einstellen will, zu allem braucht es Kraft und Macht. Die Kraft eines Volkes liegt in drei Dingen: 1. in seinem Volkswert an sich, 2. in seinem persönlichen Wert und 3. in dem Kampfsinn und Kampfgedanken, der im Volke herrscht. Ziffernmäßig und in der Grundfläche sind wir unbedeutend. So bleibt uns nur als Machtquelle die innere Kraft aus dem Volkswert an sich. Und wir haben noch einen Volkswert. Kein Volk kann sich rühmen, ähnliches geleistet zu haben wie das deutsche. 2.000 Jahre war die Weltgeschichte nur eine deutsche. Und der größte aller Kriege, der Weltkrieg, war ein deutsches Ereignis. Der Wert unseres Volkes ist unsterblich. Das 2. ist der Personenwert. Ein Volk ist dann noch als wertvoll anzuerkennen, wenn es aus sich heraus zur Lösung aller Probleme fähig ist. Jede Not wird überwunden durch den Kampf. Volksrassen und Personenwerte müssen gepflegt werden; nur wenn der Mensch sie nicht erkennt und schätzt, wenn er sich der Blutschande hingibt, geht ein Volk zugrunde. Und wir dürfen uns nicht wundern, wenn solch ein Volk, das die Natur schmäht, das seine größten Männer beschimpft, schließlich die Männer bekommt, die es verdient: kleine Politiker, Mißgeburten; wenn solch ein Volk in trauriger Zeit jammervoll dasteht und nicht weiß, was es tun soll. Wer die Vergangenheit nicht ehrt, ist eine bessere Zukunft nicht wert. Ein Volk, das seine Vergangenheit begräbt, begräbt auch seine eigene Zukunft. Ein Volk muß zum Kampfe erzogen werden. Ein Wertfaktor wird nur dann lebendig, wenn er

---

5 Der Irak war seit 1920 britisches Mandatsgebiet und erlangte 1930 formell die Unabhängigkeit, wobei die militärische Präsenz Großbritanniens fortbestand.

einem Volke zum Bewußtsein gebracht wird. Die ganze Welt richtet Denkmäler auf für den unbekannten Soldaten; das deutsche Volk hätte am meisten Grund dazu, den vielen Unbekannten ein Grab zu errichten, die draußen ihr Leben gelassen haben. Die Quelle der Kraft eines Volkes ist, daß es Männer hat, die sich aufopfern. Mit einem Volke aber, welches zu Internationalisten, zu Pazifisten heruntergesunken ist, machen wir keine Geschichte und verdienen das tägliche Brot nicht. Das deutsche Volk muß wieder seinen inneren Volkswert erkennen lernen, muß zu seinem Nationalstolz zurückkehren, die Persönlichkeit achten und schließlich lernen, wieder ein Volk zu sein, das bereit ist, sich einzusetzen für seine Kinder, für deren Zukunft. Die Nationalsozialisten wissen, daß zu allen Zeiten die Kraft nicht aus den verfaulten Oberschichten, die kein Herz und keinen Sinn für das Volk haben, kommt, sondern aus dem Volk selbst und seinen tiefsten Schichten. Deshalb auch treten sie hin vor alle Bürger, vor [*die*] Bauern, den kleinen Mann und sagen ihnen: Es sind eure Kinder, die zugrunde gehen, unsere Zukunft ist es. Und so wie wir uns freuen, daß wir leben, so haben wir die Pflicht dafür zu sorgen, daß unsere Nachkommen die gleiche Freude am Leben empfinden, daß sie uns und dem Leben nicht fluchen. Die kommenden Generationen sollen nicht fragen: Was habt ihr übernommen, und was habt ihr uns hinterlassen? Darum muß die Bewegung den Sinn für das Recht dem Volke wieder einpflanzen und den Glauben an dieses Recht, wie die Bereitwilligkeit, für dieses Recht zu kämpfen. Jeder hat in der Volksgemeinschaft das Recht als Mensch zu leben und ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Deutschlands Wiederauferstehung kann nicht kommen aus einer Klasse, sondern aus dem ganzen deutschen Volk. Millionen müssen helfen, das Tor der Freiheit einzuschlagen, einen Staat der Freiheit und des Glücks zu schaffen, auf daß Deutschland werde, was es war.[6]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. Januar 1928 — Dok. 221
"Die deutsche Not und unser Weg"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Memmingen[2]

Unvollständige masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; StA Augsburg, NSDAP-Bezirksleitung Memmingen 1/31[3].

Liebe Volksgenossen! Liebe Volksgenossinnen!

Ehe ich auf das eigentliche Thema eingehe, möchte ich feststellen, daß heute die Unzufriedenheit eine allgemeine ist. Das wird am besten dadurch bewiesen, daß die Menschheit in der bisherigen Partei, der sie angehörte, überall mehr oder weniger unzufrieden ist. Wir sind in einer Periode steten Herumsuchens, und wenn auch dieses Suchen sich nicht so abspielt, daß die Menschheit keine grundsätzliche Weltanschauung in der einen oder anderen Haltung einnimmt, so doch von einem Flügel zum anderen wandert. Heute Deutschnational. Morgen Deutsche Volkspartei und dann wieder Demokratische Partei und umgekehrt. Sehen wir das alles in der einen Hälfte unseres Volkes. Wir wandern von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten, von einem Flügel zum anderen. Gerade in diesen Monaten greift es um sich. Und im tieferen Grund hängt alles zusammen damit, daß der eine oder andere, ob rechts oder links, [*un*]befriedigt ist, von dem, was er erreicht hat. Entweder von rechts oder von links. Wenn wir das als Weltanschauung auffassen wollen, müssen wir uns in kleinere Begriffe hineindenken. Man wandert von einer Partei zur anderen. Was ist für ein Unterschied zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen? Das sind Kleinigkeiten. Wenn die Welt dieselbe Anschauung haben soll, muß ich nach ihren Gesichtspunkten suchen, und die bilden zwei gewaltige: Der nationale Flügel und der internationale der deutschen Nation. Das Beamtentum und das Proletariat. Gibt es eine Möglichkeit überhaupt das deutsche Volk auseinanderzuteilen, wenn ein Sinn, eine Weltanschauung herrscht? Da müssen wir eine Prüfung vornehmen, und ich muß sagen: Es hat keiner erreicht, was die Weltanschauung sich erhofft hat. Keiner hat erreicht, daß das Deutsche Reich zu einer Großmacht aufgebaut wurde. Weder die eine Seite noch die andere hat ihr Ziel erreicht. Man hat tausend Gründe dafür. Eine Tatsache steht fest: Daß tatsächlich das nicht erreicht wurde, was wir wollten. Was ist denn aus dem deutschen Volk geworden? Dabei muß ich aber feststellen. An den Dingen, die heute sind, ist nicht die Bewegung schuld, die ich führe. Die Nationalsozialisten. Denn vor 1918 bestand die Partei nämlich noch gar nicht. Es kann aus diesem Grunde nicht behauptet und gesagt werden, daß sie verantwortlich ist. Weder für den Frieden noch für den Krieg. Sie bestand damals noch gar nicht und hat

---

1 Titel laut Memminger Zeitung.

2 Im Schiffsaal, von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Memminger Volksblatt etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Wilhelm Schwarz geleitet.

3 Vgl. auch Memminger Volksblatt vom 19.1.1928, "Hitlerversammlung"; Memminger Zeitung vom 19.1.1928, "Die Hitler-Versammlung"; Memminger Zeitung vom 20.1.1928, "Die Hitlerversammlung in Memmingen"; VB vom 20.1.1928, "Hitler in Memmingen"; VB vom 1.2.1928, "Adolf Hitler in Memmingen" (Auszug aus Memminger Zeitung).

nichts zu tun gehabt und ist deshalb auch nicht verantwortlich zu machen. Wir haben unsere Pflicht erfüllt damals, und andere haben kommandiert. Wir sind selbst nur Boten gewesen. Andere waren es, die befohlen haben. Der ursprüngliche Grund dieser Bewegung sind nicht wir Menschen gewesen. Alle jene waren sich klar darüber, daß sie das tun mußten, und den anderen stand es zu, zu kommandieren: Rechts um, kehrt usw. Wir sind nicht verantwortlich für das, was geschehen ist. Auch als der Krieg zu Ende war, konnten wir nicht verantwortlich gemacht werden.

Ein Recht aber haben wir in Anspruch genommen. An diesem Recht haben wir uns festgehalten, und wenn wir hätten zum Schluß das Höchste einsetzen müssen. Das Recht zu sagen, was falsch ist, und zu versuchen, besser zu machen, was schlecht gemacht wurde. Und wir haben dieses Recht deshalb, weil zu viele an dem deutschen Volk herumdoktern, die bewiesen haben, daß sie nur gewohnt waren zu kommandieren. Das machen wir allen besonders zum Vorwurf. Stets reden sie nur und versprechen. Wir haben unsere Pflicht erfüllt, das heißt, wir sind geblieben. Das Ergebnis hat sich gezeigt. Der Zusammenbruch. Alles wurde zertrümmert. Das ist ein eigenes Kapitel in Deutschland. In dieser Zeit haben wir geschwiegen, während andere damals geschrieen haben. Heute aber reden wir. Ich muß dabei eines voraussetzen.

Groß und allgemein ist die Not, und es gibt zuviel der innerpolitischen Kämpfe, um im einzelnen dazu Stellung zu nehmen und zu all den kleinen Tagesfragen, die auf das Volk herunterhageln. Es wird der Eindruck erweckt, als ob die Stellungnahme zu Tagesfragen eine Weisheit wäre, die nur wenigen zuteil wird. Dazu muß ich betonen: All die Tagesfragen, die das Leben eines einzelnen und eine ganze Nation erfüllen, sind nicht an sich Ursachen, sind keine Wirkungen von Ursachen, keine Auswirkungen von tieferen Ursachen. Wenn ein Mensch in Übermaß in seinem täglichen Leben schweren Sorgen unterworfen ist, so genügt es nicht, ihn zu beruhigen in seinem Streben, sondern es ist notwendig zu suchen, wo die Wurzeln all dieser Erscheinungen seines Unglücks oder seiner Krankheit liegen. Es geht nicht an, einen Kranken gesund zu machen und nur an der äußeren Erscheinung seiner Krankheit zu operieren und die Zunahme von Essen zu erreichen, sondern man muß die Ursache der Krankheit suchen, nach dem Keim der Krankheit forschen. Wird das unterlassen, wird die Krankheit eine dauernde sein, die zum Untergang führt. Erst wenn der Keim geheilt ist, wird das Leben ein grundsätzliches sein.

In Deutschland wurden solche grundsätzliche Entschlüsse, in deren Auswirkungen das gesamte Leben einer Nation beeinflußt wird, einem einzigen ausgeliefert. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand in Compiègne unterzeichnet. Was gibt es denn dazu zu sagen. Ja selbstverständlich! Waffenstillstände sind hunderte unterzeichnet worden. Vor jedem Friedensschluß ist ein Waffenstillstand unterzeichnet worden. Aber das, was im Jahre 1918 geschehen ist, war nicht die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes, sondern die Unterschrift und der Vollzug einer vollkommenen Kapitulation. Das konnte nur einer Armee, die umringt war, oder einer Festung, die sich übergeben mußte, zugemutet werden. Der Sinn bedeutet nichts anderes, als daß Deutschland ohne jede Zusicherung für sein ferneres Schicksal sich vollkommen wehrlos einem Gegner ausgeliefert hat, der mit ihm tun konnte, was er wollte. Die Ge-

schichte gibt hierfür Beispiele, was dann geschehen ist. Das hauptsächlichste Beispiel ist Karthago. Es gehört ein Wahnsinn dazu zu meinen, daß wenn ein Gegner einem solche Forderungen auferlegt, wie sie uns durch den Waffenstillstand aufgebürdet wurden, Gutes im Schilde führt. Hätte man beabsichtigt, uns zu den Friedensverhandlungen einzuladen, wenn wir den Waffenstillstand nicht abgeschlossen hätten. Man wollte uns gar nicht zu den Verhandlungen. Da war der Vertrag, den mußten wir unterzeichnen. Weil man es so wollte. Man hat uns wehrlos gemacht. Hätte man diese Wehrlosigkeit weitergetrieben, dann müßten wir heute Frieden haben. Aber dieser Waffenstillstand konnte kein Friede sein. Der Sinn dieser Vereinbarung ist: An einer bestimmten Stunde wird der letzte Schuß abgefeuert, und wir bleiben, wo wir sind, in der Verfassung, in der wir uns befanden. Nur die Waffen ruhen. Was wollen wir dann tun, wenn die Waffen niedergelegt sind und zu ruhen haben? Wir könnten nichts tun, und es bliebe nichts anderes übrig, als Deutschland zertrümmern zu lassen. Die Folge war nicht nur das Diktat von Versailles, London, Brüssel[4], Genf[5] usw. Und die Folgen dieser Diktate waren der Zusammenbruch unserer nationalen Wirtschaft, die Verschlimmerung des eigenen Ichs.

Was ist der Sinn aus der Unterschrift des Dawes-Planes? Hunderte und Millionen von Existenzen sind brotlos geworden, so daß das Deutsche Reich langsam zugrunde ging. Der allgemeine Besitz wurde der Nation einfach genommen. Hunderttausende von Menschen wurden auf die Straße gesetzt. Lauter Einzelschicksale, lauter Tagesfragen, die auf die Nation niederprasseln, und deren Lösung unmöglich scheint. Die Versuche, an diesen Tagesfragen eine Wendung herbeizuführen, ist ganz unmöglich. Es können Parteien das Blaue vom Himmel herunterreden und versprechen, sie können trotzdem nichts anderes als versprechen. Was nützt es, wenn heute in Berlin eine Konferenz tagt über die Vereinfachung Deutschlands[6]? Die einen fordern Selbstverwaltung und vieles andere. Und wenn die Leute ihre Zeitung nachlesen, so sagen sie: Schau doch, wie die sich sorgen, um uns alles zuzubilligen. Parlamentarisch regierte Staaten können die Verwaltung nicht revidieren. Wenn es auch zugebilligt würde, könnten sie es nicht. Laut Friedensvertrag ist das gesagt, daß Deutschlands Einnahmen nur für die Wiedergutmachung bestimmt sind. Laut Friedensvertrag haben wir jährlich 2,7 Milliarden Mark abzuliefern, die nicht abgeliefert werden können. Wenn an unserer Verwaltung 200 Millionen mehr eingespart werden, müssen wir 200 Millionen mehr abliefern. Und doch sind Tausende und Millionen großgläubig [*sic!*] und schauen in die Zukunft und erhof-

4 Gemeint sind vermutlich die in London (1.-7.3.1921 und 16.7.-16.8.1924) und in Brüssel (16.-22.12.1920) stattgefundenen Konferenzen zur Regelung der deutschen Reparationsleistungen.

5 Mit dem Genfer Schiedsspruch des Völkerbundsrats vom 12.10.1921 war der mehrheitlich polnisch besiedelte Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zugesprochen worden. Vgl. Anna M. Cienciala/Titus Komarnicki, From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy, 1919-25, Lawrence 1984, S. 41 ff.

6 In Berlin tagte erstmals vom 16. bis 18.1.1928 die von der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder gebildete Länderkonferenz zur Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform, in deren Mittelpunkt Fragen der Reichsreform standen. Der eingesetzte Verfassungsausschuß tagte von 1928 bis 1930 insgesamt fünf Mal. Vgl. Ludwig Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980, S. 117 ff.

fen irgend etwas. Es ist nur ein Theater, damit man die Leute mit etwas beschäftigt und sie auf irgendeinen Gedanken kommen.

Nicht um Tagesfragen handelt es sich in der deutschen Nation, und nicht um solche kämpft die deutsche Nation. Die Tagesfragen haben nur Sinn in der allgemeinen Entwicklung. Genau so, wie ein Mensch, der sein Leben an sich gesund gestaltet und an jedem einzelnen Tag seines Lebens Handlungen vornimmt, während ein anderer durch eine unvernünftige Lebensweise immer unter dieser Krankheit zu leiden hat und an ihr schließlich zugrunde geht. Ich will dabei besonders auf vier Punkte hinweisen, die wichtig zu sein scheinen, wenn man sich besser machen will. An was kranken wir denn eigentlich? Vier Punkte sind notwendig bei der Prüfung des Zustandes von heute, an der Prüfung des Zustandes für die Zukunft. Der erste Punkt ist: Ich kenne kein einzelnes Schicksal, wenn auch hundert Stimmen uns zurufen: Vergeßt uns nicht! Sie täuschen sich, wenn einer das eigene Schicksal dem Schicksal der Nation vorzieht. Während es ein Trugschluß ist zu meinen, daß das einzelne Schicksal von dem Schicksal einer Nation zu unterscheiden ist. Es gibt viele Menschen, die bilden sich ein und sind bestrebt, daß nur ihr eigenes Schicksal in Erfüllung geht, statt das der ganzen Nation, und wenn auch das Volk daran zugrunde geht. Der Mensch sagt sich: Es gehe ja ich nicht zugrunde. Ich habe mir ein Programm geschaffen. Leider ist das ein Trugschluß. Wie im menschlichen Leben der Tod an jeden herankommt, und wenn einer auch meint, noch zu gesund zu sein. Einmal wird auch er vom Tod erreicht werden. So faßt der Tod jeden Menschen, ob er nun als ganzes Volk in Erscheinung tritt oder als einzelner. So war es, als einmal Völker im Sterben begriffen waren. Wo sind heute die großen Geschlechter, die vor 300-400 Jahren die deutschen Hansestädte gegründet haben? Wo sind die großen Patrizierfamilien? Weg sind sie. Verschwunden. Spurlos verschwunden. Was bedeuten 300 oder 400 Jahre in der Menschheitsgeschichte? Was bedeutet eine menschliche Periode? Jetzt sehen Sie es. Hätte ich vor 9-10 Jahren von dem, was jetzt ist, zu euch gesprochen, so hätte man mir gesagt: Ich habe mein Spargut, ich kann machen, was ich will. Ich habe meine Kriegsanleihen. Wo ist das alles hingekommen? Sie sind zerflossen, vom Schicksal ergriffen worden. Mancher sagte: Ich besitze ein blendendes Geschäft. Es ist richtig gewesen. Ich habe mein altrenommiertes Geschäft. Wo ist denn dein Geschäft heute? Hunderttausende haben es gehabt und haben es jetzt nicht mehr. Dieses Schicksal greift um sich im menschlichen Leben. Auch an einem ganzen Volk, das vom Volkstod erfaßt ist, wird sich das Schicksal erfüllen. Der eine ist der Chef und Vollzugsbeamte, der andere der Arbeiter, und der erste scheint ein besseres Leben zu haben. Es kommt aber das Sterben, das auch ihn erfaßt. Es gibt kein menschliches Schicksal an sich, das nicht gebunden ist an das Schicksal der gesamten Nation.

2. Es gibt kein Ortsschicksal und kein Länderschicksal. Es gibt in Deutschland viele, die stehen auf dem Standpunkt, wenn wir allein wären, hätten wir es gut. Wir würden uns dadurch hinausarbeiten und der einzelne könnte nicht gefaßt werden vom Unglück, wenn er auch über einen ganzen Staat hinwegschreitet. Das Schicksal macht vor keinem Halt, und jeder einzelne Staat und jedes einzelne Land wird vom Schicksal erreicht. Was hier an Langsamkeit versäumt wird, wird an Schärfe eingeholt werden. Was die Langsamkeit aufhält, bricht um so jäher zusammen.

Ein dritter Punkt ist vor allem: Es darf sich bei der Prüfung im politischen Leben und in der Zukunft einer Nation nicht darum handeln, daß Fraktionen des politischen Lebens und einzelne Personen kritisiert werden und gewürdigt werden. Eine ganze Nation, nicht ein einzelner muß, kann und soll gewürdigt werden. Es ist sinnlos. Nicht darum hat jede Kritik zu wissen, daß bei dieser Partei oder bei der einen Gruppe oder Bewegung das Heil sei. Es ist so im politischen Leben, in dem eine Bewegung zu Erfolg kommt, daß sie nicht nur Ehrenstellen zu verteilen hat, sondern auch unsere Güter, Stellungen, Posten usw. sichert. Das ist auch automatisch bewiesen, wenn sich die idealsten Erscheinungen hineinmischen, die nicht nur Zusagen sind, und die nachher einen ganz anderen Kurs zu nehmen scheinen. Dann kommt dies, wenn sich Parteien jeder Richtung rücksichtslos an die Spitze setzen und die besten Ämter und Stellungen einnehmen und tun, als ob ohne sie kein Kampf durchgefochten werden kann. Sie ernten, was sie gesät haben. Weil das eigentlich in der Natur des Menschen liegt, kann man das nicht als eine Charakteristik für das Zusammenbrechen einer Bewegung ansehen. Jeder hat darunter zu leiden. Der eine mehr, der andere wieder weniger. Es besteht die Aufgabe zu prüfen, ob eine Bewegung in ihrer Idee und Weltanschauung auf Grund ihres inneren Sinns und menschlicher Erkenntnis und menschlicher Logik in der Lage ist, segensreich zu wirken oder nicht. Es handelt sich nicht darum, einen Nachweis zu liefern, daß eine Ansicht falsch ist, und daß sie zum Zusammenbruch führen muß, oder Ideen besitzt oder nicht. Darum gilt es, sich zu erklären, ob es einen festen Boden gibt, der ein System trägt, da es falsch ist, anzunehmen, daß jedes System zusammenbrechen muß.

Punkt vier dieser Prüfung lautet: Entscheidend für die Richtigkeit eines Systems ist nicht der Erfolg eines Augenblicks, sondern die Frage, haben wir ein System, das dauernd angewandt Erfolg verbürgt. Es ist nicht damit bewiesen, daß ein System recht ist, weil es den Zusammenbruch verhindert, oder wenn man sich vorstellen kann, daß dieses System seit Hunderten von Jahren angewandt wurde und auf die Höhe von heute geführt hat, oder noch höher. Nicht die Gegenwart ist hierfür entscheidend, sondern die Zukunft. Weil wir uns sagen müssen, wenn unsere Vorfahren nach diesen Grundsätzen gehandelt hätten, wären wir nicht da. Aber dieses System wäre nicht recht, weil es in 20 Jahren Schiffbruch gelitten hat. Wenn ein Mensch ein Geschäft übernimmt und dieses Geschäft ganz erbärmlich führt, aber doch eine gewisse Zeit hält, weil er eine große Reserve besitzt und den übernommen[*en*] alten Arbeitsstaat hält, weil er vertrauenswürdige gute Arbeiter besitzt, dann hat er aber noch lange nicht bewiesen, daß er das Geschäft weiter zu führen vermag. Wenn seine Vorfahren nach seinen Grundsätzen gehandelt hätten, wäre er nicht in der Lage gewesen, seine Weisheit zu produzieren. In ganz Deutschland gilt dabei eines, nämlich die Art unserer kommenden Staatsposition. Manche sagen: Es geht, es geht, es geht für unsere Zeit. Aber wie lange? Bis das Aufgesparte verbraucht ist, was frühere Generationen geschaffen haben. Man kann einen Hof bearbeiten, solange er nicht zu verwahrlost ist. Wenn er es aber ist, dann ist diese Art von Weisheit zu Ende. Wenn unsere Firmen analog gearbeitet hätten, wären sie nicht mehr zu belasten. Es wäre keine Substanz mehr da, von der heute geredet worden ist. Das ist aber nicht nur im Kleinen, sondern gilt ganz allgemein. Man begnügt sich, zu wenig zu

prüfen, wie weit es dieses Prinzip gebracht hätte. Es gibt noch eine Substanz, die ist wichtiger, als das kapitalistische Volk an sich. Und das ist die wertvollste Substanz.

Mit dieser Substanz treiben wir Raubbau. Auf vielen Gebieten können wir dies tun. Wenn aber die ganze Entwicklung stets so gegangen wäre, dann könnten wir keinen Raubbau mehr treiben. Sie ist aber nicht so gegangen, weil die Menschen keine Substanz gekannt haben.

Diese Punkte scheinen wichtig zu sein für den heutigen Zustand, und wir können sie ganz in den Rahmen der Bilder der Weltanschauung einstellen. Es ist logisch, daß man in einem zweistündigen Vortrag sich nicht in Details verlieren kann, sondern nur ein Bild geben kann, was der Grund dieser Bewegung ist, was sie eigentlich bewegt, an was sie denkt. Wie stellt sich diese[*r*] Bewegung die Welt an sich dar? Unter was für einer Anschauung ist sie eigentlich zu verstehen? Nicht so, daß es heißt, wenn ihr uns wählt, bekommt ihr alle Vergünstigungen, und zum Schluß werden auch noch die Steuern herabgesetzt. Das ist keine Weltanschauung. Weltanschauung heißt letzten Endes alles. Weltanschauung ist die Erde, die Welt, die Lebewesen in ihrer ganzen Wesensbestimmung nehmen und nachforschen, und dies zur Grundlage des eigenen Handelns machen zu wollen. Sie haben das Wort Politik. Was ist es? In Deutschland haben wir seit dem Jahre 1918 ein gleichberechtigtes Volk. Und das ganze deutsche Volk hat das gleiche Recht, ist also gleichberechtigt. Manchem ist es aber schwer, dem Namen nach über solche Dinge zu sprechen, und er sagt sich: Ich weiß es nicht. Ich sollte es aber wissen, da ich politisch reif bin. Daß ich politisch reif bin, das weiß ich bestimmt. Darum muß ich so tun, als ob ich es wüßte. Ich darf nicht zugeben, daß ich es nicht weiß. Darauf können wir keine Rücksicht nehmen. Wir müssen uns gestehen, daß in unserem Volke viele Millionen politische Funktionen ausüben, ohne zu wissen für was, warum, weshalb und zu was. Welches Ergebnis das haben wird. Viele Millionen Menschen sind bei uns, die gehen zur Wahl und wissen nicht, was sie auf den Wahlzettel schreiben sollen. Sie haben nur von ihrem geistlichen Herrn in christlicher Liebe gehört, was sie tun sollen und müssen. Sie gehen hinein in das Wahllokal, ohne sich klar zu sein, was will ich denn eigentlich, was hat das, was ich tue, für eine Folge. Das kennen die allerwenigsten. Es ist ein Geheimnis der Demokratie. Das eben bedauern wir, daß viele Menschen nicht wissen, auf was es ankommt. Deshalb schickt man ja diese hinein. Und die Menschen klagen, ich verstehe es nicht, und weil ich es nicht verstehe, muß es etwas furchtbar Gescheites sein. So macht man es im politischen Leben. Da werden die Begriffe gedreht, daß die Menschen nicht mehr wissen, wo ein und wo aus. Man müßte geradezu einen politischen Rechtsanwalt nehmen. Es gibt Fehlwege, und der Mensch ist überzeugt, daß es Menschen gibt, die das tun.

Da scheint es erste Aufgabe zu sein, daß die Menschen vor diesem bewahrt bleiben und von den Tagesproblemen weggeführt werden und wieder angefacht werden. Aufklärung ist dringend notwendig, so daß dann jeder weiß, was er tun will, und was er tun muß. Darum müssen wir uns fragen, was hat das allgemeine Wahlrecht für einen Sinn, wenn nicht auch der Mensch, der nicht studiert hat, sich ein Bild machen kann, von dem, was eigentlich geschehen soll, und von dem, was nicht geschehen soll. Was scheidet aus? Da ist es notwendig, daß man im Leben stets sich klar werden läßt, auf was es beruht.

Das ist die erste Frage, die geklärt werden muß. Warum leben wir. Zu was leben wir, und wovon leben wir. Um das dreht sich das Ganze. Wenn auch der einzelne Mensch sein ganzes Leben ausfüllt. Im Grunde genommen dreht sich alles um ein Problem. Wie können wir leben. Das ist eigentlich das ganze Leben, und darum müssen wir uns klar werden lassen, warum der Mensch lebt. Das weiß er nicht. Gewiß, der eine findet eine wesentliche Erklärung in seiner Religion. Allein eine ganz klare, präzise Erklärung, warum der Mensch lebt, gibt es nicht. Man hat in diesem Leben nur ein Bestreben, nämlich das Leben zu bewahren. Von diesem Willen und von der Sehnsucht, dieses Leben zu bewahren, beruhen [*sic!*] alle Handlungen des Menschen, die bestrebt sind, das Leben zu festigen. Der Mensch weiß nicht, warum er lebt, er weiß nur, daß er in seinem Leben nur dem Leben dient, und das ist erstens:

Seine persönliche Selbsterhaltung. Jeder einzelne hat diesen Trieb in sich, und dieser reine Selbsterhaltungstrieb alles Lebens, der drückt sich aus in der Erfüllung seines urgewaltigsten Triebes, nämlich in der Erfüllung und Befriedigung des Hungers. Der Hunger also, der Drang nach Nahrung, ist das Ureigenste, ohne das der Mensch nichts ist. Dieser Mensch, der zur Bestie wird, wenn ihm dieses abgeschlossen wird. Doch zu diesem Drang der Selbsterhaltung gibt es noch einen zweiten:

Der Drang nach Fortpflanzung. Der Mensch scheint in sich unbewußt das Gefühl zu haben, das Sehnen zu haben, daß seine Existenz als Mensch erst dann gesichert ist, wenn sein Blut weiterlebt. So dient ein Teil der Arbeit der Selbsterhaltung und der andere der Fortpflanzung. Das ist der gewaltige zweite Trieb. Der Trieb der Liebe. Liebe und Hunger sind die gewaltigsten Kräfte im Menschen, die in das Leben eines Wesens eingreifen, wenn auch in den Formen verschieden. Beim Menschen sind diese beiden Triebe allgewaltige Bestrebungen, und sie sind es deshalb, weil eigentlich diese beiden Triebe in ihrem Wesen voneinander bedingt werden. Wir können sie überall suchen und finden. Wenn diese Triebe nun allgemein sind, das heißt, allen Wesen auf der Erde eigen sind, und alle, wenn auch unbewußt in sich den Drang fühlen, sich selbst zu erhalten und sich zu vermehren, dann ergibt sich aus dieser überragenden Sorge und Sehnsucht unwillkürlich eine Zwangslage. Nämlich:

Wenn alle Wesen sich erhalten und vermehren wollen, dann müssen diese Wesen unter sich in einen Konflikt geraten, wenn die Möglichkeit ihres endlosen Selbsterhaltens und ihrer Vermehrung eine beschränkte und eine begrenzte ist. Und das ist sie deshalb, weil der Drang unbegrenzt ist, die Fläche aber eine begrenzte ist, das heißt, weil im Weltäther, mitten in jenem großen Milchstraßensystem schwebend eine Kugel sich bewegt oder schwebt, Sonne [*sic!*] genannt. Alle haben den Drang, sich zu vermehren, allein die Fläche ist eine begrenzte. Und darüber hinaus ist nichts da. Damit aber beginnt der Kampf um die Vermehrung, der Kampf um den Raum. Es ist erschütternd, für diese Selbsterhaltung zu ringen mit analogen Wesen [*sic!*], die auch auf dieser Erde leben. Die Lebewesen sind aber alle auf ein bestimmtes Gebiet angewiesen, da große Teile der Erde vereist sind, ein anderer Teil ist bergig, da sind wieder große Seen, und ein Drittel [*sic!*] ist Meer. Und nur eine kleine Fläche bleibt übrig und darauf sind hunderttausende Arten von Lebewesen zusammengepreßt, verdammt, auf ihr ihr Dasein zu suchen, und sie alle vermehren sich und kommen in einen Konflikt, und so setzt dann der Kampf um

das tägliche Brot ein. Und dieser Kampf erscheint dem normalen Menschen als etwas entsetzlich Grausames, wenn er ihn sieht. Die Welt ist nicht ideal. Es ist ein wahres Ringen. Wonach? Nach Fortpflanzung und Liebe. Aber die Not herrscht, und immer muß man kämpfen, und glaubt man sich über dem Berg, kommt eine Welle und spült einen wieder zurück.

Was ist das Leben des einzelnen Wesens? Dieses einzelne Wesen reißt sich nicht los von seinem Einzelschicksal. Denn sonst würde es verstehen, was die Folge dieses Kampfes ist, daß es den Begriff Mensch gibt, gegen den es diesen Kampf führt. Denn daß der Mensch zum Beherrscher der anderen Tiere geworden ist, verdankt er nicht einer höheren Mission, sondern der Tatkraft, mit der er sich durchgesetzt hat. Wenn aber einer sagt, das lehnen wir ab. Wie ist es, wenn heute einer mit europäischer Kultur hinausgeht und Neuland erobern will und kommt in den Dschungel in Nordindien hinein, und der Tiger tritt ihm entgegen. Was willst du dann tun? Wirst du dann mit diesem Herrn der Dschungel dich freundschaftlich auseinandersetzen und sagen, komm, wir wollen uns in die Dschungel teilen [*sic!*]. Du kannst auch nicht sagen, ich bin ein Mensch. Dafür hat der Tiger kein Interesse, höchstens wird in ihm die Begierde nach Menschenfleisch stärker werden. Es gibt hier kein Recht, das begründet ist, und das Vorrecht Mensch gibt es ebenfalls nicht. Es ist nur das Recht seiner Kraft. Zum Herrn der Natur ist der Mensch nicht geworden. Wenn die Natur sich heute bewegt, und die Erde sich krümmt, was ist dann der Mensch? Dann zittert er und stürzt er, und mit einem Schlag ist er wieder nichts anderes, als ein ganz kleiner Wurm. Die Natur hat er nicht beherrscht. Er hat wohl gelernt, verschiedene Kräfte der Natur abzulauschen und mit Hilfe seines Geistes in den Dienst seiner Selbsterhaltung zu nehmen. Er hat gelernt, diese Kräfte rückhaltlos anzuwenden, und ist dadurch zum Herrn der Tiere geworden, die er als Tiere bezeichnet.

Wenn wir uns fragen, ist dieser Zustand immer so gewesen, müssen wir sagen: Nein. Auf der Welt, da war noch vor 14.000 Jahren der Kampf zwischen Mensch und Tier nicht entschieden, und vor 3.000 Jahren, da waren es blutige Dramen, die sich abspielten. Und was sind Jahre, tausend Jahre in unserer Erdgeschichte. Gar nichts. Ein leiser Hauch. So schwach und so kurz ist alles begründet, was wir mit menschlicher Kraft bezweckten. Wie ist es gekommen, daß in diesen 7-8 Jahren sich soviele gegen uns erhoben? Wenn wir das heute ansehen, dann müssen wir zu der Erkenntnis kommen: Die Entwicklung der Menschheit an sich ist keine Entwicklung. Das ist ein Satz, der der marxistischen Idee entgegensteht. Der Satz behauptet nämlich, daß die Menschen an sich nicht gleichwertig sind, ebensowenig wie andere Tiere.

Der Kampf um die Entwicklung wird schließlich so vorgenommen werden, daß er partienweise vorgenommen wird, und ein bestimmtes Volk vorangeht und wachsende Kultur für die anderen bringt. Aus all den Völkern ragt eine große Gemeinschaft heraus. Die Arier. Was gibt es, was nicht von Ariern geschaffen wurde? Jeder einzelne, der sich dessen nicht bewußt ist, der braucht nur einmal die Erde von oben ansehen. Stellen wir uns vor, wir sehen die Erde von oben. 9.000 Meter hoch. Der erste Navigationsballon. Die erste Sprache eines Menschen. Wer hat das gemacht? Arier. Wir gehen weiter herunter auf 7.000-6.000 Meter. Der erste Flieger. Ein Flugzeug, eine menschliche Ma-

schine. Wer hat sie erfunden? Wer hat das alles gemacht? Arier waren es, lauter Arier. Vom Anfang bis zum Ende. Wir kommen weiter herunter und stoßen auf den ersten Luftballon in 3.000 Meter Höhe, und fragen wir uns, wer hat das gemacht, so ist die Antwort: Arier haben es geschaffen. Alle waren Männer der arischen Volksgemeinschaft. Alles stammt von den Ariern ab, was erfunden wurde. Alle waren Anhänger der arischen Völkergemeinschaft. Wir sehen die Riesenstädte mit ihren Hoch- und Untergrundbahnen, wir sehen die elektrischen Lichter aufleuchten. Wer hat das alles gemacht? Lauter Arier. Anhänger der arischen Völkergemeinschaft. Jedenfalls ist das Kulturbild, das wir sehen, von den Ariern geschaffen worden, soweit es höchstes Menschengut ist. Ja das ist richtig. Aber was heißt Kultur? Es ist das ein formeller Begriff. Alle Erfindungen wurden von den Ariern gemacht. Und heute. Ein Jazzkonzert, oder wie das heißt, hat das auch ein Arier geschaffen? Ist das auch eine Erfindung von einem Arier? Nein, das wurde von einem Neger erfunden. Nur haben es die Arier aufgenommen und umgewandelt und umgestaltet.

Allein was heißt das. Das, was heute ist, das ist das Gut einer Menschenrasse. Wir müssen feststellen, daß die menschliche Entwicklung immer ein bestimmtes Volk an der Spitze hat. Das sehen wir auch in der Neubildung der Kultur in China. Wie ist es in China? Es hat in den letzten 70 Jahren eine vollkommen neue Kultur erhalten. Aber lauter Amerikaner, Engländer, Deutsche, Franzosen haben es geschaffen. Lauter Angehörige der arischen Volksgemeinschaft. Der Chinese hat es von ihnen gelernt und versucht, es nun zu verarbeiten. Genau so wurde einst die chinesische Kultur errichtet. Ein Volk geht immer der anderen Menschheit voran. Eine Völkergemeinschaft eilt immer voran. Und daraus quillen Erfindungen über Erfindungen, geistige Werte über geistige Werte. Was hat die Erziehung damit zu tun? Hat die Erziehung keinen Einfluß auf die Kultur? Wenn wir die Frage uns vorlegen, angenommen die Kultur baut sich auf durch das Schaffen einzelner Völkerschaften. Wie vollzieht sich dann der Prozeß? Innerhalb dieses Volkes ist der Prozeß so, daß immer ein einzelner als Erfinder dasteht, daß es nichts gibt, das von einer ganzen Völkergemeinschaft stammt, dessen Entstehen einer Majorität man zuzuschreiben hätte. Das, was wir in der Kultur sehen, ist nicht durch Majoritätsbeschlüsse geschaffen worden. Nein. Es war das Ergebnis von einzelnen Köpfen, Erfindungen einzelner Personen sind es. Sie sind aber immer auf die ganze Menschheit übergegangen, wenn die fähigsten Köpfe ihre Leitung übernommen haben. Aber die Menschheit an sich hat nichts geschaffen. Jeder einzelne Mensch aber denkt sich, ich bin genauso gescheit, wie der, der das und das erfunden hat. Er dreht es um. Wir sind weit gekommen. Man dreht die Begriffe um. Mancher sagt, ich will das machen, und Millionen von Menschen vergessen, daß nur einer es erfunden hat. Und nicht nur das. Der eine sagt, es ist fabelhaft, was die Menschheit alles gelernt hat. Nur einer hat es erfunden. Nur einer hat das Radiokonzert [*sic!*] erfunden, Töne in die Welt zu senden und ohne eine Verbindung wieder aufzufangen. Ihr vergeßt, daß nur einer dies erfaßt hat. Nur einer war es. Nicht die Majorität. Nicht die ganze italienische Nation wollte eine Erfindung machen und hat gesagt, wir machen jetzt eine Erfindung, wir wissen zwar noch nicht, was es werden wird, aber es gibt eine Erfindung. Nur einer war es. Einer allein. Jede Erfindung wurde von einem gemacht, mehrere haben sie dann

vervollständigt und ausgebaut und verbessert. Es waren aber auch da immer nur einzelne Personen. Ob es sich um eine wirtschaftliche Sache gehandelt hat, oder um eine rein geistige Angelegenheit, oder um eine Erkenntnis.

Millionen von Menschen sagen, die Erde dreht sich um die Sonne und vergessen dabei, daß Millionen von Lebewesen, die auf der Welt sind, nicht nachgedacht haben, und jeder Mensch überzeugt war, daß die Sonne sich um die Erde dreht, bis dann einer gekommen ist und erklärt hat: Was ihr glaubt, das ist falsch! Umgekehrt ist es. Die Erde dreht sich um die Sonne, und der Mensch hat ihm nicht zugestimmt, sondern er mußte verbannt [*sic!*] werden. Es wurde Protest dagegen eingelegt. Und so ist es auch in der Neuzeit.

Auch hier hat nicht die Majorität gesiegt. Wie ist es zum Beispiel in Deutschland? Jeder meint, er ist der Beste, und sagt sich, ich bin Demokrat, und die ganze Leitung ist eine demokratische. Wenn es aber in deinem Betriebe so wäre. Wenn auch in deinem Betriebe eine demokratische Leitung eintreten würde. Du würdest sagen, ja das geht doch nicht. Ich kann nicht fortwirtschaften mit einem solchen Rat. Wo würde ich hinkommen. Ich würde ruiniert. Ich ginge zugrunde. Aber den Staat übergibst du. Ja, der muß aber geschützt werden durch ein Heer. Aber wie organisierst du dann das Heer, lieber Demokrat? Auch demokratisch? Jede Armee hat ihren Armeerat, und jede Division ihren Divisionsrat. Wenn angegriffen werden soll, wird erst abgestimmt. Und wenn dann die Majorität dagegen ist, wird nichts gemacht. Daß es das in der Tat nicht gibt, das siehst du nicht ein. Der Armee soll dieser Einfluß entzogen werden, nur die Wirtschaft, die Verwaltung des Staates, die gesamte Leitung des Staates, die übergibst du und sagst als Demokrat: Ich übertrage die Leitung des Staates der ganzen Nation, ihre Verwaltung und bist überzeugt, daß du dadurch als Volksmann handelst. Es ist dabei zu prüfen, was ist eigentlich Majorität?

Ist es der Ausdruck der Weisheit, der Kühnheit oder des Opfersinns? Leider nicht. Das, was uns dringend notwendig ist, das ist es nicht. Es ist die Erfahrung und die Weisheit. Auf 1000 Menschen kommt nur ein Weiser. Es wird nicht behauptet werden wollen, daß unter Tausenden von Menschen einer ist, der das besitzt, was für einen großen Staatsmann notwendig ist. Die ganze Menschheit besteht aus einfältigen Kindern. Ja aus Kindern. Das ist die Majorität aller Menschen.

Was ist der Sinn einer Regierung? Was heißt Volk? Ist es im Interesse eines Volkes, wenn ich ein System anwende, das an minderwertige Qualitäten geknüpft ist. Es ist es nicht. Im Gegenteil. Wir müssen ein Volk haben, das von den Besten regiert wird. Dann ist es das, was wir wollen. Sinngemäß wird ein Staat nur richtig geleitet, wenn die besten Söhne eines Volkes, das heißt, die fähigsten Köpfe zu dem höchsten Einfluß kommen und nicht die Erstgeborenen im Geschlecht. Das ist ein Unterschied. Ist das auch demokratisch? Nur eine andere Art, wie das eine. Und wir wollen, daß in einem Volke nur die fähigsten Köpfe zur Herrschaft gelangen. Laufend von unten bis oben. Worin besteht diese demokratische Institution in diesem Augenblick? Alle drei bis vier Jahre ist eine Neuwahl ausgeschrieben. Wie findet denn eigentlich so eine Wahl statt? Wen wählen sie denn? Kennen sie ihn denn? Es werden Personen von ihrer Zeitung oder von ihrer Partei empfohlen, und der einzelne wählt ihn, weil man ihm diesen Mann vorhält.

Wie zum Beispiel in Oberbayern werden zwei Männer einer entgegengesetzten Richtung vorgeschlagen. Ein Sozialdemokrat und ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Man heißt sie nun zur Wahl gehen. Bei dem parlamentarischen System kann eine Stimme den Ausschlag geben. Wer ist die eine Stimme? Ist es die Cäcilie Birngruber auf ihrem Alpenhof, 21 Jahre alt und Staatsbürgerin, die je nur auf ihrer Alm gewesen ist und Kühe gemolken hat? Es kommt der Tag der Wahl. Die Cäcilie Birngruber will nicht hinuntergehen und sagt, lieber melke ich. Aber der geistliche Herr kommt zu ihr auf die Alpe und redet ihr in christlicher Liebe zu, und sie geht. Es wurde ihr gesagt, wie sie es machen muß, und sie bekreuzigt sich noch einmal, daß sie das Zeichen nicht falsch gesetzt hat und geht dann wieder hinaus. Und der Abgeordnete wurde durch diese Majorität gewählt, nur durch die eine Stimme der Cäcilie Birngruber. Das ist eine welterschütternde Entscheidung, und sie hat keine Ahnung, was sie getan hat. Bei der letzten Entscheidung kommt es auf einen Mann an. Das ganze Schicksal Deutschlands ist nun davon abhängig, daß sie nicht die Kühe gemolken hat. Man denkt aber immer, auf die eine Stimme kommt es auch nicht mehr an. Das Schicksal einer Nation liefern sie einem einzigen Menschenkind aus. Sagen sie aber nicht, das ist nur ein Zufall gewesen. Nicht das ist es nur gewesen. Und das wiederholt sich. Dabei möchte ich betonen, daß es nicht nur das ist, wenn einer schließlich eine Antipathie gegen die Kühhüterin hat. Es ist kein Zufall, der das Schicksal von 60 Millionen Menschen in die Hände eines Mädchens gelegt hat, das keine Ahnung davon hat, weil es über ihr Vermögen hinausgeht. Man lastet dem Menschen etwas auf, das er nicht verantworten kann, und für das er aber auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das ist der Sinn dieses Systems. Das zeigt sich auch in der Ausübung. Alle Parteien haben geschimpft über die vielen Nichtwähler, man hat sie beschworen und eingeladen, kommen Sie, geben Sie ihre Stimme ab. Man hat sie beschworen und zugeraten, bis sie gewählt haben. Jetzt ist endlich das Parlament zustande gekommen, und das soll nun die Auslese der deutschen Nation sein. Sie sollen für das Schicksal dieser 60 Millionen eintreten, obwohl sie nicht die Auslese sind. Man hat den Eindruck nicht, als ob man es früher schon gewußt hätte und zurückgeschaut hätte. Wenn das nun so ausschaut, dann dürfte man sich nicht wundern. Man wird sich dann überhaupt über gar nichts mehr wundern. Man hat nun ein Parlament von 550 Menschen. Von denen ist ein Bruchteil Mediziner, Handwerker, Arbeiter, Bauern, darunter auch viele Rechtsanwälte und Juristen usw. Nehmen wir an, es kommt vor dieses Forum eine Frage, die einen bestimmten Grad Bildung voraussetzt, wie zum Beispiel eine Schulfrage, oder irgendein Gesetz oder eine hygienische Frage, eine Verordnung, die veranlaßt werden soll über verkehrstechnische Fragen, oder eine Steuernovelle. Das Forum hat sie verabschiedet, obwohl keiner von ihnen nur einen Bruchteil davon verstanden hat. Sie liefern jeden Beschluß aus einer Majorität, die hievon nichts verstehen kann auf Grund ihrer Vorbildung. Das heißt soviel, daß die Menschen zum Lügen erzogen werden. Denn wenn sie ehrlich sein wollten, müßten sie sagen, mir wird etwas zugemutet, was ich nicht verstehen kann. Wie bei außenpolitischen Fragen nicht nur ein Stresemann urteilt, so urteilt über ein hygienisches Problem, über eine Verkehrs- oder Steuerfrage immer eine Majorität von Menschen, die nichts verstehen kann, die aber nicht sagt, wir verstehen es nicht, und wir können die Verantwortung nicht tragen, da

muß ein anderer die Verantwortung tragen. Allmählich wird dieser kleine Mensch von dem Gedanken erfüllt, was, ich soll das nicht verstehen? Wenn du einmal gewählt bist, dann strömt das Verständnis von 60 Millionen Menschen in deinem Gehirn zusammen. Dadurch wird der Mensch zum Lügen erzogen. Doch wollen sie ehrlich sein, müßten sie sagen, wir haben kein Interesse, weil wir es nicht verstehen. Sie können es schon nicht verstehen, weil das Gebiet ihnen nicht gelehrt wurde. Man darf ihnen keinen Vorwurf machen.

Wir benötigen eine Nation, die ihr Schicksal keiner Majorität ausliefert, während die wahren Kräfte zugrunde gehen. Lernen Sie Geschichte. Das demokratische Prinzip ist noch keine hundert Jahre alt. Aber noch ein weiterer Erfolg ist zu erwarten. Denn das wirkliche Genie wird mit einem Bleigewicht belastet, wie ein Bismarck. So wenig sie verstehen, umso eifriger sind sie bestrebt, es zu verhindern, daß einer kommt, der mehr verstehen könnte als sie. In diesem Bestreben sind sie alle einig und nehmen dagegen Front. Ein englischer Denker und Dichter erklärt, das Eintreten jeden Zusammenbruchs zeigt sich durch die Entscheidung aller Dummköpfe. So ist es auch der Fall. Denn so haben sich alle Parlamente gegen Bismarck gestemmt, da er es wagte, etwas zu unternehmen, ohne sie zu fragen. So ist heute der Staatsmann tatsächlich nicht der, der sein Genie dem Volke schenkt, sondern seine Aufgabe besteht darin, daß er seine richtigen Gedanken dieser Vielzahl von Menschen verständlich macht. Und wie macht er sie dem Volk verständlich? Auf allen möglichen Wegen. Direkt und indirekt. Mit Worten und mit Geschäften. Es werden Kompromisse gemacht, und der eine muß dreiviertel seiner Zeit dazu verwenden, daß er seine Idee durchsetzt und das Geld der vielen Dummköpfe dazu bekommt, die ihm zustimmen. Wenn ein Friedrich der Große - die Neuzeit hat keinen so großen Mann - aus dem Jenseits kommen würde, was würde er tun? Man würde ihn zurückschicken und würde sagen, einmal war er als Herrscher da, aber heute sind wir 58 Millionen, und jeder hat das gleiche Recht. Man würde sich sagen, den darf ich nicht wählen, ich würde mein Recht verlieren. Er aber würde sagen, gehen Sie nach Hause. Dieses Prinzip der Demokratie des Majoritätsbeschlusses schlägt jeder menschlichen Vernunft mit der Faust in das Gesicht und widerspricht den Grundsätzen, die ein Übermaß bilden in der menschlichen Entwicklung.

Das zweite ist dann: Auch es entstammt der menschlichen Kultur, die in Erscheinung tritt und ihre Gedanken durchsetzen könnte. Es ist aber noch ein drittes Gesetz da, das die Ursache ist, warum bestimmte Völker emporgestiegen sind.

Nicht das Gesetz des Blutwertes, oder des persönlichen Wertes, sondern nur durch die Benützung des Kampfsinnes und der Kampfkraft. Die Menschheit ist emporgestiegen in einem ewigen Ringen. Dieses Ringen heißt aber nichts anders als Leben. Denn was heißt Leben anderes als Kämpfen um das tägliche Brot. Und dieses Ringen und Leben ist gebunden an die Natur. Die Natur kennt keinen Frieden. Wie der Sturm kommt und auf den Feldern über die Ähren fegt und sie niederlegt, und der Hagel alles abdrischt, und dann wieder eine Kältewelle alles Leben vernichtet, und dann wieder versengt die Sonne wochenlang die Erde, und die ganze Arbeit ist vergebens. Das ist ein ewiges Kämpfen gegen die Elemente. Das ist ein Ringen zwischen Natur und Mensch. Die Flüsse beginnen anzuschwillen, und mittlerweile bricht der Damm, und die Wasser

dringen ein in das flache Land und alles, was der Mensch aufgebaut hat, wird vernichtet, Brücken werden gestürzt, Häuser zerstört, Fluren verwüstet, Wälder werden völlig abgerodet. Wenige Stunden [*später*] erfolgt dann wieder ein Dammbruch, und Hunderttausende von Existenzen sind um das Ergebnis ihrer ganzen Arbeit gebracht worden. Ein ewiger Kampf. Wenn heute, im Jahre 1927 [*sic!*] jemand auf der Welt ist, so findet er keinen Frieden und wird feststellen, daß alles ein wilder Kampf ist. Er vergißt, daß das ganze Universum beherrscht ist von dem Gesetz des Vorrechts, der Kraft und Stärke. Daß sich die Sonne ihren Weg nach dem Sternenbild richtet, hängt damit zusammen, daß eine Kraft sie lenkt, und die Erde sich um die Sonne dreht, und die Sonne beweglich ist und die Erde in ihren Bann zwingt, und die Erde kraftvoller ist [*sic!*]. Es herrscht das Gesetz des Vorrechts, der Kraft und der Stärke. Und dann kommt der Mensch und sagt, wir haben ein Manifest aufgeschrieben und jetzt hört das Gesetz des Vorrechts, der Kraft und Stärke auf, und es gibt nur ein Gesetz der Majorität. Die Sonne wird von ihren 9 Planeten umkreist, und nicht dreht sich die Sonne um die neun Planeten. Diese Bewegung ist gegen den Sinn der Natur gerichtet und kommt erst zum Ende durch Lenin, der eröffnet und sagt, ihr habt es nicht richtig eingeschätzt. Der logische Aufbau beruht darauf, daß es in ihrem inneren Wert ist. Nach diesem Gesetz muß sich der Mensch emporarbeiten, und dann ist seine Mission beendet. Daß der Mensch es nicht zu verstehen vermag, wie wichtig das ist.

Wenn wir die Entwicklung eines Volkes allein herausgreifen. Aus dieser Entwicklung ergibt sich: Jedes Volk ist an sich den gleichen Problemen ausgesetzt und unterworfen und den gleichen Fragen ausgeliefert. Bei jedem Volk steigt die Volkszahl, während der Grund und Boden gleich bleibt. Es sind hier die zwei Faktoren:

Vermehrung der Volkszahl und Gleichbleiben des Grund und Bodens. Was haben diese Faktoren für eine Bedeutung für ein Volk? Die Bedeutung liegt darin, daß alles Leben auf dem Boden bleibt, das heißt, daß mithin die Volkszahl in einem bestimmten Verhältnis zu Grund und Boden stehen muß, wenn ein Ziel erreicht werden soll, und wenn die Volkszahl über das Verhältnis zu Grund und Boden hinausquillt, muß eine Katastrophe eintreten. Die Versuche, einen Ausgleich herbeizuführen zwischen der Vermehrungsgrundlage einerseits und der steigenden Volkszahl andererseits, heißt Politik. Diese Versuche heißt man Politik. Was ist die Aufgabe dieser Politik? Die Politik hat nichts anderes zu tun, als einem Volke die Existenzmöglichkeit zu geben und zu verschaffen. Ihre Aufgabe ist, daß sie ein erträgliches Verhältnis herstellt zwischen Ernährungsbasis und seiner Volkszahl an sich. Das ist die Aufgabe einer politischen Leitung eines Volkes. Diese Aufgabe muß unbedingt erfüllt werden. Und wie erfüllt ein Volk diese Aufgabe? Nur, indem es den Raum der Zahl anpaßt. Jedes Wesen hat ein Gefühl, und es besitzt Rechte über die gesamte Erde. Auch hat der Mensch keine andere Endgrenze als die natürliche Grenze, keine Grenze, der er sich bewußt ist. Als Europa zu eng wurde, ging der Europäer nach Amerika. Er setzte seinen Fuß an das Land. Es kam aber nicht nur einer, sondern es kamen Millionen und keiner hatte das Gefühl, daß er jetzt damit einen Raub begeht. Keiner fragte sich, wem gehört der Grund? [*Sie*] haben kein Recht dazu. Sie reisen frei nach Amerika. Da ist der Mensch nicht vorhanden. Der Mensch sagt sich: Ich habe das Recht, das gleiche Recht auf der ganzen Erde, die ich zu

erobern vermag und bebauen kann. Er beginnt zu rauben. Was ist es denn sonst? Dieser Zustand schafft die Möglichkeit, daß ein Volk sich von dem eigenen Grund und Boden ernähren kann und unabhängig ist von der Außenwelt und nur aufgebaut ist auf seinem eigenen Vermögen und mithin sein eigener Herr ist. Dann ist erst ein Volk völlig frei und unabhängig, wenn es sich von der eigenen Scholle ernähren kann. Nur dann ist es frei und unabhängig. Dann kann es die Dinge unter sich regeln, wie es will. Niemand geht es etwas an. Was wir unter uns dann tun, geht niemand etwas an. Dieser erste Weg, die Volkszahl mit dem Grund und Boden in Übereinstimmung zu bringen, wie bei höherstehenden Völkern, kann nur indirekt erfolgen durch den zweiten Versuch.

Dieser zweite Versuch lehrt, nicht die Grundfläche der Volkszahl anzupassen, sondern das Umgekehrte. Das wird wieder auf zwei Wegen vollzogen.

Erstens. Die Natur vollzieht es an sich. Wenn ein Volk nicht mehr im richtigen Verhältnis zwischen Arbeitern und Grundfläche steht, dann leidet es Not. Viele Menschen werden aus ihrem Leben abberufen. Das Plus muß verschwinden. Wie die Natur die Schwächsten abberuft und nur die Stärksten übrig läßt. Danach müßte jedes zweitgeborene Kind nach der Geburt gleich wieder sterben. Die Übriggebliebenen müßten dann die Kraftvollsten sein und müßten befähigt sein, die Träger der weiteren Fortpflanzung zu sein. Dann gibt es eine zweite Art, die Volkszahl dem Grund und Boden anzupassen.

Es ist die Auswanderung. Sie besteht darin, daß ein Volk einzelne Menschen in die Fremde schickt. Sie werden sich dann zusammentun und sich organisch eine neue Heimat gründen. Dieses Prinzip der Auswanderung ist von fürchterlichen Folgen. Denn es fällt keinem Volk ein, daß ihm durch diese Auswanderung nur die Besten entzogen werden, und es verliert dadurch gerade die wertvollsten Menschen, nicht die Geduldigsten oder die, die das größte Vermögen haben. Nein. Nicht von dem Standpunkt des Wesens eines Menschen aus betrachtet, sondern es verliert die, die den lebhaftesten Widerstand besitzen und den allergrößten Selbsterhaltungstrieb in sich fühlen. Ein Volk, das aus diesen Menschen zusammengesetzt ist, kann einen Wertfaktor reproduzieren. Wenn wir die Auswanderung überprüfen. In einem Neckardorf herrscht große Not. Auf einmal dringt die Kunde in das Dorf von dem, was über dem Ozean ist. Was weiß der Mensch von dem, was über dem Ozean ist, was über dem Weltmeer ist. Ein neuer Kontinent soll dort sein. Land gibt es dort, aber auch wilde Tiere und wilde Menschen. Aber Land gibt es. Wenn ich hinübergehe und mir das Land hole? So dringt es durch das ganze Dorf. Und einer ist im Dorfe, und der sagt sich, ich habe das Hungerleben satt. Ich gehe fort. Dieser Entschluß ist etwas Ungeheures. Ein einziger Bauernjunge, er sagt sich, ich gehe fort. Ich gehe nach dem anderen Kontinent. Als sie einstiegen, waren es 12. So fuhren sie den Rhein hinunter. In Rotterdam sind es schon 400. Dann werden sie auf ein Schiff verfrachtet und kommen nach drüben, gehen ans Land, und das wiederholt sich von Jahr zu Jahr, und es werden nicht weniger. 200.000 Auswanderer haben wir. Und in Deutschland weiß man nicht, daß die Zahl der Auswanderer so groß ist, daß bei der amerikanischen Union die Frage auftaucht, die Staatssprache festzustellen. Hiefür waren zwei Sprachen in Aussicht genommen. Englisch und

Deutsch. Und das Englische ist mit einer Stimme Majorität angenommen worden [7]. Ein ganzer Kontinent ist durch diese Entscheidung englisch geworden. Und das angelsächsische Volk riß dann in diesem neuen Kontinent die Herrschaft an sich, und wir haben das Blut dazu geliefert. Und was für ein Blut. Eine Kolonie ist entstanden aus Männern und Frauen, und Deutschland hat 300 Jahre lang seine besten Söhne fortgeschickt. Als dann das Jahr 1917 kam, konnten wir plötzlich südlich der Marne am 17. Juli die Nachkommen unseres Volkes, unserer Auswanderer sehen. Kräftige stramme Leute waren es, die uns als Gegner entgegentraten und gegenüberstanden. Sie waren Vertreter des neuen Kontinents. Unser Blut war es. Das Blut, das wir ziehen ließen. Und unsere Menschheitsgeschichte nimmt kein Interesse daran, daß das eine Vorahnung des Volkskampfes bedeutet. Das Beste immer fortschicken, das können wir nicht brauchen. Gerade in diese Linie fällt der vierte, eigentlich dritte Weg, des Anpassens des Grund und Bodens an die Volkszahl.

Sie wollen nicht, daß der Mensch zugrunde geht. Sie wollen nicht, daß er auswandert. Ja, was sollen wir dann tun? Weniger Kinder! Das ist ein Schrei, der millionenfach ertönt, und der die ganze bürgerliche Welt erfaßt, die sich darüber entrüstet und sich sträubt, aus moralischen Gesichtspunkten entgegenstemmt. Das ist aber keine moralische Frage. Es ist eine Frage der Zukunft für unser Volk und nicht eine blöde Doktorfrage. Es ist eine sehr nüchterne Frage. Was bedeutet es, wenn nur je zwei Kinder auf die Welt kommen? Das Volk wird sich langsamer vermehren. Diese Frage hat aber auch eine andere Bedeutung. Und diese Bedeutung liegt darin, daß keineswegs der Erstgeborene der Würdigste ist. Es ist eine anerkannte Tatsache, daß die dritten und vierten Kinder gesünder sind als die früheren. Vor allem waren es nicht die großen Männer, die erstgeborenen Kinder, sondern weit spätere. Und es ist keineswegs für ein Volk gleichgültig, ob es große Männer hat oder nicht. Wenn wir in Deutschland zugestehen, daß wir große Männer gehabt haben, müssen wir aber auch zugestehen, was sie geleistet haben. Wir müssen ehrlich sein. Wir wollen es aber überhaupt nicht sein. Was, hat es keinen Sinn? Was ist die Idee? Der Masse Arbeit zu geben, ihr ein besseres Leben zu sichern. Tun wir das? Welch ein Widersinn, welch ein Wahnsinn. Wohin soll das führen, wenn es so 200 Jahre gemacht wird. Wenden wir es auf den dritten Weg, eigentlich auf den vierten Weg an.

Da müssen wir nicht die Gegenwart, sondern die Vergangenheit prüfen. Hätten wir es immer getan, dann wären wir jetzt ein Volk von lauter den besten Köpfen. Die Natur läßt immer auch nur ein paar leben und räumt das Schlechte weg, und würde der Mensch nicht ganz von diesem Wahnsinn erfüllt sein, dann müßte er sich verringern. Wir müssen Menschen beseitigen. Die Schlechten müssen beseitigt werden. Der Mensch ist ja aber so feig geworden. Man sagt nur immer, wir wollen keine Kinder mehr. Warum tut er es? Weshalb tut er es? Damit er selbst leben kann. Darum verringert er das kommende Wesen, damit er sich selbst erhalten kann. Denn er sieht ein, es sind zuviel Menschen auf der Welt. Warum stirbst aber du nicht? Ja, du sagst dann, ich fange ja

7 Zu der Legende, wonach sich der amerikanische Kongreß kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Faust, Deutschtum, S. 136 f.

erst an zu leben. Ich will noch nicht sterben. Aber der kleine Wurm, der kann sterben. Und du denkst aber nicht daran, daß in deinem Kinde der Retter deines Volkes sein könnte. Freilich in der heutigen Zeit. Jeder fragt sich, was wird mein Kind denn sein? Es wird auch wieder nur Arbeiter sein, wie ich selbst. Denn deshalb ist es notwendig, daß ein anderes Prinzip kommt.

Wir wollen nicht, daß die Majorität entscheidet, daß der Geist geknebelt wird. Wir wollen, daß ein Zustand kommt, der dem Volk die Bahn freigibt. Von unten nach oben. Es mag manchem entsetzlich sein. So aber brechen wir alle zusammen. Weil ein Volk nicht geleitet werden darf durch einzelne Stände oder Berufe, sondern durch die Summe aller Fähigen, und je mehr es sich der Leitung dieser Fähigen unterwirft, umso eher wird es dem Zusammenbruch entgehen. Es ist der kleinste Mensch, der die Wurzel seines Lebens abschneidet. Diese zwei Auswirkungen und Erscheinungen sind für ein Volk verhängnisvoll. Das empfindet ein Volk in dem dritten Weg. Er heißt:

Weltwirtschaft und Wirtschaft an sich. Auch hierin ist der Deutsche sich nicht ganz klar über den Sinn dieses Problems. Darin beruht der Gedanke der wirtschaftlichen, friedlichen Ernährung eines Volkes. Er beruht darauf, wenn man bereits die Unmöglichkeit eingesehen hat und die Arbeitskräfte in das Ausland schickt, statt sie im Inland arbeiten zu lassen und die Waren dafür hinauszuliefern. Man schickt nicht die Arbeiter in die fremde Fabrik, sondern man läßt sie in der eigenen arbeiten und schickt dann statt der Menschen die Waren hinaus. Man geht also zum Warenexport über.

Dies kann man, wenn ein Volk mehr herstellt, als es für sich braucht und sich dann mit dem Überschuß das kauft, was es zum Leben braucht. Diese Weltausfuhr setzt eines voraus. Nicht die Frage der Produktion, sondern die Frage der Verkaufsmöglichkeit. Wenn ein Volk dazu übergeht, muß es sich vor allen Dingen zuerst fragen: Können wir mehr herstellen, als wir brauchen? Können wir den Überschuß aber auch verkaufen? Und wenn dieses Prinzip von 5 Staaten zugleich angewendet wird, so müssen wir uns fragen, wo ist der Absatz in der Welt am regsten. Damit beginnt dann der Kampf um den Absatzmarkt. Es ist also wieder ein Kampf um die drei Versuche, einen Ausgleich zwischen Volkszahl und dem Grund und Boden herzustellen und vorzunehmen. Sehen wir uns in der deutschen Geschichte um.

Als das deutsche Volk in die Geschichte eintrat, schrie es, wir brauchen mehr Land, und so drang es in Rom ein. Später sahen wir es wieder nach dem Zusammenbruch Roms. Wir sehen wieder den Ruf nach Land. Wir sehen Deutsche in Österreich ansiedeln. Sie dehnen sich aus über die Nordostmark. Sie dringen bis über die Elbe vor und kommen bis nach Riga. Sie gewinnen neuen Grund und Boden. Deutschland geht dann später zum Welthandel über. Unser Volk industrialisiert sich dann allmählich. In unseren Städten entsteht das deutsche Gewerbe und versucht Handelsbeziehungen anzuknüpfen und hat es getan bis zum dreißigjährigen Krieg. Und dann setzte der zweite Faktor ein. Die Auswanderung kommt, und sie dauert bis zum Jahre 1854, bis 1860/1867. Dann erst beginnt Deutschland von der Auswanderung abzugehen und wendet sich langsam wieder der Industrie zu und dem Warenexport. In den neunziger Jahren setzt dann die Einwanderung ein. Im Jahre 1910 sind es 10.000 Personen, die einwandern. Da beginnt dann die Einwanderung nach Deutschland. Deutschland hat sich

nicht mit dem Schwert Grund und Boden errungen. Deutschland mußte versuchen, seine Erzeugnisse in den Weltmarkt hineinzubringen, damit als Konkurrent Englands und Frankreichs und zahlloser anderer schätzenswerter Konkurrenten auftreten. Dieser Fall tritt genauso ein, wenn in einer Stadt viele Geschäftsleute sind. Nehmen wir einmal an, es sind vier Bürstenmacher in einer Stadt, und es kommt nun ein Fünfter, der das gleiche verkauft, so wird diesem nichts anderes übrigbleiben, als entweder liefert er billiger oder er liefert besser. Sonst kann er nichts verkaufen. Die Kunden gehen nicht zu ihm, weil er ein Neuer ist, sie gehen nicht zu einem Neuen, um sich Bürsten zu kaufen. Leben und leben lassen. Der Kunde sagt sich, ich brauche keine zwei Bürsten. Man geht wohl an seinem Laden vorbei und schaut sich die Preise an, geht dann aber doch zum anderen, und man glaubt, daß es da besser ist.

Was heißt Weltexport. Dabei liefert man an andere Völker hinaus. Genauso wie es in der kleinen Stadt mit dem neuen Bürstengeschäft war, so zeigt die Geschichte den gleichen Fall, als die Nürnberger Geschirrfabriken nach China ihre Waren lieferten. Man hat sich gefragt, ehe man kaufte, was ist besser, das englische oder das neue deutsche Fabrikat. Welches Fabrikat ist dauerhafter. Immer und überall die gleiche Frage. Anfänglich haben wir unsere Waren den anderen gegenüber unterboten. Man konnte nicht sagen, das ist eine dringende Angelegenheit, denn bei uns sind 900.000 Mäuler mehr da und schreien nach Brot, und das muß gekauft werden. Wir sind dann großzügig gewesen. Man fragte sich dann, wieviel verkauft England, und wie verkauft es. Billiger dürfen wir es auch nicht geben. Leben muß man. Und man verkaufte und als man erst billiger verkaufte, sagten die Abnehmer, billiger wohl, aber auch schlechter. Billig aber schlecht. Deutschland vermochte anfänglich nicht, in die englischen Absatzgebiete einzudringen. Die Erde war kein Freiland, und die großen Absatzmärkte waren bereits gefaßt, und England hatte für sich die größten Teile gesichert gehabt. So zum Beispiel Indien, das neben dem größten Absatzgebiet eine reiche Rohstoffquelle ist. England hat nur den einen Sinn, für die heimischen Erzeugnisse ein Absatzgebiet zu finden. Das ist der Sinn der englischen Kolonialpolitik. Wie ist es in Ägypten? Ein ähnliches Bild. England ergreift Besitz davon, nicht weil es Ägypten ein Kulturgeschenk machen will, sondern weil es England unabhängig machen sollte vom amerikanischen Baumwollmarkt. So ist der Kampf um Ägypten entstanden. Neben dem Baumwollgebiet ist auch die Landwirtschaft im Nilgebiet nicht zu verkennen. Und darum konnte England erst recht nicht darauf verzichten. Es ist dann ein Kolonialkampf entbrannt auf Leben und Tod. Für jedes Stück, das Deutschland verkauft hat, konnte England ein Stück mehr [*sic!*] liefern und verkaufen. Wenn nun einer sagt, das sind lauter Probleme. So tritt aber auch keine Änderung ein, daß man stempeln geht. Wenn man nicht mehr exportfähig ist und keine Absatzgebiete mehr hat, was ist dann das Ergebnis davon? Entweder oder. Man wird leben oder man wird zugrunde gehen. Der Deutsche hat es getan, und England hat sich gewehrt. Der Kampf wurde immer erbitterter, und da hat England dann den ersten Schritt getan und die Kolonialzölle politisch vermehrt. Und trotzdem drangen die deutschen Waren immer in größerem Maße und weiter nach England ein. England geht hierauf vom Freihandel zum Schutzzoll über. Deutschland dringt aber immer noch und immer noch weiter ein, das heißt, die Warenlieferungen verdoppeln sich, und es wird doppelt

soviel hergestellt. England sieht seine heimische Industrie vernichtet und den englischen Handel und sieht Deutschland England vom Weltmarkt zurückdrängen. England geht dann dazu über und verlangt, daß auf die deutschen Waren, die nach England eingeführt werden sollen, eine Etikette hinkommt mit der Aufschrift "Made in Germany", so daß man es gleich von außen sieht, daß es deutsche Waren sind. Und das war uns nur zum Nutzen. Man sah, daß es deutsche Waren sind und wußte, daß es gute Waren sind. Als England nun sieht, daß es sich so nicht durchsetzen kann, greift es zum Schwert. England hat ein Spanien und die Niederlande und Frankreich und aber auch Deutschland zurückgeworfen. Dieser Schlag ist dank unserer eigenen Dummheit und der Unfähigkeit unserer staatspolitischen Vorbereitungen auch gelungen.

Und wir stehen nun vor einer sehr einfachen Frage. Ganz gleich welche Regierung. Ein Problem ist das wichtigste. Es leben in Deutschland je 136 Menschen auf einen Quadratkilometer. Das ist zuviel. 20 Millionen können in Deutschland auf sich selbst angewiesen nicht leben und bestehen. Clemenceau sagt: 20 Millionen Menschen sind zuviel[8], und das große deutsche Problem ist, wie wird die Ernährung dieser Millionen möglich. Heute sagt man bei uns, es geht ja. Ja, es geht, dadurch, daß wir [*uns*] immer mehr verschulden und die Lage des Volkes immer [*mehr*] verschlimmert wird. Aber wie lange haben wir noch Kredit. Kein Jahr geht es nicht mehr so, und was dann? Dann erst wird die Not kommen, und wir sehen sie. Man hat ein Heilmittel. Höhere Löhne. Es ist ein infamer Betrug, den man mit unserem Volke treibt. Unser Volk sieht nur immer das Einkommen und nicht auch die Ausgaben. Es gab eine Zeit in Deutschland, da hatte jeder Millionen, aber nichts zu futtern. Das ganze Einkommen war ein falscher Begriff. Die gesamte Volksmenge lebt von der Produktion, von der Unproduktion [*sic!*] und von dem, was auf eigenem Grund und Boden wuchs. Und keiner hatte mehr. Und es wird nicht anders werden, als sie setzen den Hebel am richtigen Ort ein, da, wo das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und der Bodenfläche so horrend ist, und nächstes Jahr statt 50.000 70.000 nach Amerika zu schicken. Das ist eine Folge der deutschen Wirtschaftspolitik. Wir können feststellen, daß nach dem Kriege 160.000 Deutsche ausgewandert sind. Warum nicht gleich die 20 Millionen, die bei uns überzählig sind, würfeln lassen und zusammenrufen und dann einen bitten, daß er sie aufnimmt. Wir bauen unsere großen Städte wieder ab. Zu was brauchen wir denn diese Städte, wenn wir doch nicht arbeiten können. Das Problem lautet so, und es gibt keine andere Lösung. Warum ist Deutschland von dem Bodenerwerb weggegangen? Weil es die politische Macht verloren hat. Warum ist Deutschland von der Weltwirtschaft verdrängt worden? Weil es keine Kraft mehr besaß. Als die Hansemächte zerbrachen, ist mit ihnen die Wirtschaft dieses Landes zerbrochen. Und als die politische Macht unseres Volkes zerbrochen wurde, ist auch jede wirtschaftliche Möglichkeit zerbrochen worden. Wir aber wissen, was wir tun wollen. Wir kennen unser Volk. Eine endgültige Lösung für unsere Nation kann nur dann herbeigeführt werden, wenn wir den Mangel an der politischen Macht

8 Der fälschlicherweise Georges Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

besiegen. Es liegt in dem völkischen Wert der Gemeinschaft und in dem persönlichen Wert und in dem Kampfgedanken, der im Volksganzen wohnt. Das ist der wahre Wert des Volkes, den ein Volk in der Geschichte besitzt. Aber auch als Handelsvolk an sich. Hätte es ein Volk nicht gegeben, und die Erde hätte ein anderes Gesicht und mit ihr die Geschichte der Welt. So wurde die deutsche Geschichte beeinflußt. Aber noch sind wir ein Volk, wenn auch der Zahl nach gering im Vergleich mit anderen Nationen und die Bodenfläche lächerlich ist. Deutschland soll nur 430.000 Quadratkilometer Grund und Boden besitzen, nicht einmal ein Sechstel von Nordamerika und nicht einmal den dreißigsten Teil Rußlands. So daß auf einen Russen 18mal soviel Grund und Boden trifft, als auf einen Deutschen. Für jede Völkergemeinschaft würde das gleiche Recht zutreffen. Der Deutsche bildet sich aber ein, ein Einzelschicksal zu haben und vergißt, daß das Einzelschicksal nur ein Teil ist des Schicksals seines ganzen Volkes. Nur er möchte leben, und er bildet sich ein, daß er eine gute Ursache dazu hat. Wenn die einen heute besser leben können, so können sie es nur, weil 136 [*sic!*] Millionen Menschen, also fast 40 Prozent, dem allgemeinen Schutz anheimfallen. Wenn die mehr Brot wollen, so können sie es brüderlich teilen. Es ist auch in vergangenen Jahren ganz [*ge*]recht verteilt worden. Ich habe auch meine Ration zugeschnitten bekommen und habe nicht das Gefühl gehabt, daß es zuviel war. Und dazu dieses Genie, das es verteilt hat. Aufsichts[*rats*]mitglied von über 80 Gesellschaften[9]. Ein gerechter Mann. Er war es auch. Aber auch er hat es nicht fertiggebracht, die Verteilung so vorzunehmen, daß jeder genug bekam.

Dieses Problem hätte nur gelöst werden können, wenn wir 400.000 Quadratkilometer mehr Besitz gehabt hätten. Es ist nicht recht zu glauben, daß der Bauer seine Waren nicht verkaufen wollte. Wollte er es nur für die Millionen reservieren können? Bedenkt, die amerikanische Union hat eine Länderfläche, die viermal die deutsche Fläche zusammen genommen ausmacht, und man braucht keinen Kunstdünger, und es sprießt alles nur so aus dem Boden heraus. Das Ergebnis ist ein Reichtum, und man weiß nicht wohin damit, wohin mit den Erträgnissen. Und bei uns fragt man sich immer wieder, ja woher nur Brot nehmen. So schreien Millionen und verlangen danach, und wenn sie es betteln müssen. Wenn einer das Schicksal des Volkes bessern will, so muß er sich klar sein, daß er nicht das größte Gewicht auf sein eigenes Schicksal, auf ein einzelnes Schicksal legen darf, sondern er muß darauf bedacht sein, daß er die Verhältnisse des ganzen Volkes hebt. Er muß wissen, daß die Erde nicht nur für ein Volk da ist. Wie hat denn Rußland sein Land bekommen? Hat es der liebe Gott getan und hat gesagt, komm, Russe, du bekommst soviel, weil du so ein saubrer Kerl bist. Und darum hat er 18mal soviel Grund und Boden, wie der Deutsche. Nein. Es hat den ganzen Grund und Boden zusammengeraubt. Es ist nicht Recht, daß einem Volk 18mal soviel Grund und Boden zukommt, wie einem anderen. Wir wollen aber genauso gut leben, wie die anderen. Dieses Geheimnis ist auch noch nicht gelöst. Es gibt eine Möglichkeit, ein Volk zu befriedigen.

9 Gemeint ist Walther Rathenau, der Anfang des Ersten Weltkrieges die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium aufgebaut hatte.

Als im November 1918 die Revolution ausbrach, diese zweifelhafte Revolution, was hat die der Menschheit gebracht? Was ist besser geworden durch sie? Dem Menschen ist die letzte Habe genommen worden. Aber es gibt dennoch Leute, die behaupten und sagen, es geht mir jetzt besser. Ja, es geht mir besser. Ja, es geht mir bedeutend besser. Es geht mir von Tag zu Tag besser. Wie kann ein Mensch sagen, es geht mir besser, es geht mir bedeutend besser, es geht mir von Tag zu Tag besser. Wir möchten Freiheit und Brot und haben statt dessen Uneinigkeit und Mißgunst. So ändert sich die Zeit.

Es kommt die Frage: Können wir existieren. Wenn ja. Dann gut. Wenn nein. Dann müssen wir hier einsetzen. Warum ist heute jeder Versuch vergeblich, weil wir keinen Volkswert mehr kennen. Wie wollen wir ein Volk vertreten? Wenn wir keinen persönlichen Wert mehr kennen. Wir sind ja Demokraten geworden, und als solche fühlen wir uns geborgen und sind glücklich, weil wir durch die Demokratie regiert werden. Sobald etwas größer ist als das andere, so muß man es abschneiden, alles muß eben sein. Wenn ein Kopf unter den anderen herausragt, weg mit dem Kopf. Und wenn eine Figur auf einem Postament steht, runter damit. Ganz klar. Erst hat man die Kraft gehabt, sie hinaufzustellen, und jetzt hat man aber auch die Kraft, sie wieder herunterzureißen. Alles, was groß ist, bleibt aber ganz. Wie man heute schimpft über Ludwig I. Hat man ein Bild von ihm und sieht es, dann heißt es, weg mit ihm. Wir wissen aus der Geschichte, daß Ludwig I. viele herrliche Bauten gemacht hat. Man sagt sich aber, das wird nichts besonderes sein. Was ein Mann geschaffen hat, wird für die Ewigkeit sein. Es wird fortleben. Aber ein Volk, wenn es die Vergangenheit nicht anerkennt, dann kann es nicht große Männer brauchen. Die Republik erntet, was sie gesät hat. Große Geister hat sie jedenfalls nicht. Wenn 3.000 Jahre vergangen sind, wird niemand mehr wissen, wer sich in unserer Zeit herumgetrieben hat. Glauben Sie, da hat die Geschichte für alle die großen Namen, wie Held ... nichts mehr übrig, und jedes Blatt Papier, das in den Parlamenten beschrieben wurde, ist wertlos. Es wird dann heißen, das ist geschrieben worden, als die kleinsten Leute beisammen waren, als das Reich ohnmächtig war. Es war in der Zeit der steigenden Not, der Versklavung. Entweder muß eine Wendung eintreten, oder die Nation geht auf diesem Wege weiter, bis sie abstirbt. Wir sind heute nicht mehr eingestellt auf den Kampf, sondern wir sind alle Pazifisten geworden. Man predigt immer, das Reich des tausendjährigen Friedens komme. Allerdings so, daß die Welt nicht mehr dröhnt von Waffenlärm. Das will man nicht mehr hören. Bis 1918 war die Welt militaristisch, seitdem hat die Welt abgerüstet, und der Friede ist eingekehrt. Wohlstand kam, weil wir kein Militär mehr hatten. So sieht es gerade aus. Aufgerüstet hat man, statt abgerüstet. Überall Waffenlärm. Die Welt ringt um jeden Quadratkilometer Boden, während man in Deutschland zusieht und sich fragt, wie können sich die denn streiten, und schüttelt den Kopf und frägt sich, warum streiten denn die eigentlich. Weil sie leben wollen, und wir Deutsche haben uns über Diplomatie, über Kultur und Patente den Kopf zerschlagen, und der Engländer fährt um die ganze Welt herum. Das Volk kann nicht auf diplomatischem Wege gerettet werden, weil eine Seuche unser Volk ergriffen hat. Die Lehre der Pazifisten und Demokraten hat sich in unserem Volke ausgebreitet. So stehen wir heute da. Und die alten Parteien, die doktern an Tagesfra-

gen herum. So sollen wir alle verzichten, wie die einen, die sagen, es geht ihnen gut. Ladet nicht die Natur ein zu einer Besserung?

Der Mitbürger weiß allmählich mehr und sagt, wir treten dafür ein, daß die wahnsinnigen Steuern abgebaut werden. Man verspricht wohl das Blaue vom Himmel herunter und glaubt, daß so der unebene Weg geebnet wird und jeder noch etwas dazu bekommt. Es wird ein goldenes Zeitalter werden. Es wird dann alles wie ursprünglich sein. Lassen wir so 10 Jahre vergehen.

Vor 9 Jahren war die Welt so pazifistisch wie heute. Wir haben uns also nicht geändert. Als wir vor vier Jahren den Dawes-Vertrag unterschrieben, da haben die Nationalsozialisten gewarnt und gesagt, ihr begeht ein Verbrechen, und ihr hofft durch Akte, statt durch Kampf die Freiheit wieder erringen zu können. Als ob es das einmal gegeben hätte. Der einzige Weg ist:

Die Arbeitslosigkeit muß beseitigt werden. Und was noch? Wie ist es eigentlich gekommen? Vier Jahre sind noch nicht vorüber, und niemand will jetzt den Dawesplan gemacht haben, und wenn man an einen Abgeordneten eine solche Frage richtet, dann heißt es, meine Fraktion hat nicht dafür gestimmt. Ich muß in diesem Augenblick gerade nicht dagewesen sein. Ich war im entscheidenden Moment gerade austreten. Ich bin zu der [*Zeit*] nicht im Saal gewesen. Ich habe nicht [*Text bricht ab*] [10]

10 Ergänzend berichtet die Memminger Zeitung: "Ähnlich war es auch in Locarno. Die jetzigen Parteien retten den Staat nicht, weil sie keine großen Ziele haben. Und deshalb ist unsere Bewegung gegründet worden, und sie hat stark um sich gegriffen. Übrigens ist jede große Eiche aus einer kleinen Eichel hervorgegangen. Und einst ging ein einziger Mann in Palästina, der gegen die ganze damalige Welt ankämpfte und siegte. Die nationalsozialistische Idee wird siegen; es werden sich um die Partei scharen die Träger der Zukunft. Wenn dann die Wahrheit gesiegt hat, werden sich auch die Kämpfer finden. Wir brauchen jene nicht, die die Schuld tragen an dem Zusammenbruch Deutschlands, weil sie einen Staat straucheln ließen. Wir rechnen nicht auf sie, wir rechnen darauf, daß das Volk mit uns geht, und besonders alles, was jung und jung im Herzen ist. Wir bauen darauf. Wir glauben, daß sich die jungen Kräfte erproben, mag der Alte sich noch so sehr dagegen sträuben und sagen, daß er sie allein zu führen weiß. Die alten Bahnen und Parteigebilde sind voll, sie brechen und werden vergehen. Eine junge und neue Linie wird an die erste Stelle treten. Wir haben eine Leidenschaft, und diese wird geadelt werden. So wird man uns nicht verdenken, daß unser Gefühl manchmal in Haß aufbraust, in Haß gegen die, die ein ganzes Volk auf dem Gewissen haben, die ein ganzes Volk elend zugrunde richteten. Vor 7 Jahren waren wir 13 Personen und heute haben wir überall das gleiche Bild wie hier, weil die Menschheit im Inneren eine Sehnsucht besitzt, hinauszukommen, hinaus zur Höhe, hinaus aus dem Zirkel des Parteilebens. Wir suchen ein deutsches Volk, und jeder, der jungen Herzens ist, soll bei uns eintreten und ein Deutscher werden. Deutscher, habe Ehre! Komme, diesen Weg zu bahnen und zum letzten Kampfe, zum großen, einzutreten! Wir glauben nicht [*sic!*], daß ein Volk wie wir, ein Volk, das derartig krank ist, durch Opfermut und Tugend befreit werden kann. Wir glauben nicht, daß ein Volk herausgerissen wird durch parlamentarische Schiebungen und Mogeleien, sondern durch ein Übermaß an Tugend und Opfersinn. Ich glaube, daß unsere Schar wachsen wird, bis die Stunde kommt, da Jungdeutschland aufsteht und die Sonne wieder herabscheinen wird auf ein Deutschland der Freiheit, der Macht und der Herrlichkeit!"

19. Januar 1928 Dok. 222
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 601, o. D.; StA München, Polizeidirektion 6733.

Einleitend schilderte er [*Hitler*] den Erfolg seiner letzten Versammlungen in Mitteldeutschland [2]. Alle Versammlungen seien gedrückt voll gewesen, und es beginne wieder ein Stadium, das dem Ende 1922 gleichkomme. Überall im Reiche sei eine große Aufwärtsbewegung zu verzeichnen, und er könne heute schon für 1928 einen gewaltigen Erfolg voraussagen. In München werde in der nächsten Zeit Versammlung auf Versammlung folgen, und in Kürze werde auch München wieder das vor 1923 gewohnte Bild bieten. Am Montag folgt die Fortsetzung seiner Rede über den Untersuchungsausschuß [3]. Wenn die Münchner Presse ihn auch heute totschweige, so werde es nicht mehr lange dauern, wo diese jüdische Gesellschaft, besonders die M.N.N. [4], auch gesprächiger werden. Mit nichts sei 1925 die Partei zum zweiten Mal ins Leben gerufen worden. Wenn man dieses ins Auge fasse, müsse selbst der Gegner gestehen, daß das bis heute Geschaffene ein ungeheurer Erfolg sei. Not und Elend im Volke, die immer größer werden, seien die besten Werber für die Bewegung. Daß die Not und das Elend nicht geringer werde, dafür sorge schon der Dawesplan, und daß das deutsche Volk aufgeklärt werde, dafür sorge er und die Bewegung. Heute werde so viel vom kommenden dritten Reich gefaselt. Der Zweck sei nur, das Volk zu täuschen. Um das dritte Reich zu gründen, müsse ein anderer Geist als der der geistig vertrockneten Parlamentarier herrschen. Der mit so großem Gefasel gegründete Bund zur Errichtung des dritten Reiches [5] werde nie ein neues Deutschland schaffen. Diese Aufgabe werde nur die N.S.D.A.P. allein lösen. Die Lösung werde aber etwas anders aussehen als die von den parlamentarischen Reichsgründern. [6]

---

1 Im Restaurant "Zur Blüte", nach 20.30 Uhr. Die Generalmitgliederversammlung der NSDAP-Sektion Schwabing, an der laut Polizeibericht etwa 300 Personen teilnahmen, wurde vom Sektionsvorsitzenden Karl Fiehler geleitet. Im Anschluß an den Vorstandsbericht Fiehlers und den Kassenbericht von Josef Hilble und Heinz Stubenrauch sprach Hitler, der um 20.30 Uhr eintraf, ungefähr 10 Minuten.

2 Am 16.11.1927 in Chemnitz (Dok. 192) und am 27.11.1927 in Weimar (Dok. 198 und 199).

3 Am 23.1.1928. Vgl. Dok. 223.

4 Münchner Neueste Nachrichten.

5 Gemeint ist der am 6.1.1928 in Berlin gegründete "Bund zur Erneuerung des Reiches" (Lutherbund) unter Leitung des früheren Reichskanzlers Hans Luther, der einflußreiche Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu seinen Mitgliedern zählte. In seinem Gründungsaufruf hatte er die Durchführung einer Reichsreform propagiert und dabei u. a. zur Errichtung eines dritten Reiches aufgefordert. Druck des Aufrufs: Hohlfeld, Dokumente. Bd. III, S. 191 f. Mit Auszug aus der Liste der Unterzeichner: Münchner Neueste Nachrichten vom 9.1.1928, "Bund zur Erneuerung des Reiches".

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. Januar 1928 Dok. 223
"Fortsetzung meiner Antwort an die marxistischen Staatsretter im Untersuchungsausschuß" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 25.1.1928, "Die Grundlagen des Högner- und Schweyerstaates" [3].

Adolf Hitler, stürmisch begrüßt, nahm sich gleich zu Beginn seiner fast dreistündigen Rede den Gewaltigen des Untersuchungsausschusses [4], den Marxisten *Hoegner*, vor: Hoegner der Große hat sich doch noch geäußert! Neulich schrieb er in der "Münchener Post", daß die ganze Sache *nicht der Rede wert* sei, um überhaupt darauf einzugehen [5]. Er sieht den Staat konsolidiert und lebt nicht mehr in der Todesangst, daß plötzlich die Staatsgewalt, wenn auch illegal, aufgeboten wird, um gegen Hoegner ein Kesseltreiben zu veranstalten, bis er erwischt wird. Nachdem keine Gefahr für ihn mehr besteht, braucht er sich über die Sache nicht mehr näher auszulassen. Da er sich doch darüber ausgelassen hat, geschieht es nur mit einer ganz kleinen Verdrehung.

Hitler möchte sich wieder in einer *prinzipiellen Abhandlung* mit den Herren des Untersuchungsausschusses [6] beschäftigen. Den ganzen Untersuchungsausschuß durchzieht als Leitmotiv die Sorge und [*sic!*] die Aufrechterhaltung der *Ruhe und Ordnung*. Immer wieder hört man dieses Wort, das man in dieser ausgesprochenen Form bisher überhaupt nicht kannte. Die Revolutionstage haben unter zahllosen anderen Schlagworten auch das Wort "Ruhe und Ordnung" über Nacht dem deutschen Volke geschenkt. Um Sinn und Zweck dieses Wortes in der öffentlichen Meinung richtig zu würdigen, muß man die Zeit des Jahres *1918* genau durchprüfen. Wenn *Elemente der Unruhe einen derartigen Satz prägen, müssen sie einen bestimmten Hintergrund haben.* Wenn Hoegner, der Salonmarxist, auf dem Boden einer Partei, die jahrzehntelang Deutschland umzustürzen beabsichtigte und diese Absicht heute nicht aufgegeben hat, wenn ein solcher Herr Hoegner zum leuchtenden Apostel der Ruhe und Ordnung wird, *so muß das einen Sinn haben, wenn ein Revolutionär zu einem salbungsvollen Ordnungsschützer werden kann.*

Im Jahre 1918 stand Deutschland im vierten Jahre eines Ringens, das mehr als alle bisherigen Kriege wirklich um das Lebensschicksal der deutschen Nation ging. Es hat noch keinen Kampf gegeben, dessen innere Gründe für unser Volk so zwangsläufig ge-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 20.1., 21.1. und 22./23.1.1928.

2 Im Festsaal des Hofbräuhauses, von 20.00 bis gegen 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht "gut besucht" (VB: "überfüllt") war, wurde von Rudolf Buttmann geleitet. Vgl. auch die Rede Hitlers am 12.1.1928 (Dok. 219).

3 Vgl. auch Münchener Post vom 24.1.1928, "Komödiant Hitler"; Bayerischer Kurier vom 25.1.1928, "Der 'gesetzmäßige' Herr Hitler"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 27.1.1928 (Mittagsausgabe), "Die Hitlerbewegung in Bayern". Sowie Lagebericht N/Nr. 64 der Polizeidirektion München vom 8.2.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Vgl. Dok. 219, Anm. 1.

5 In der Münchener Post erschien von September 1927 bis April 1928 in loser Folge eine Artikelserie über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtages zur Aufklärung der Vorgänge vom 1. Mai bis 9. November 1923. Wilhelm Hoegner wird nicht ausdrücklich als Verfasser der Artikelserie genannt.

6 Vgl. Dok. 219, Anm. 1.

wesen sind und in den unser Volk so unschuldig hineinmarschiert ist wie in den Kampf von 1914 bis 1918. Man kann zum ersten Mal sagen, daß wirklich *um die Existenz des deutschen Volkes, keineswegs aber um die Existenz einer Staatsform* oder einer Clique gekämpft worden ist. Warum es zu diesem Ringen kommen mußte, lag begründet in der Unmöglichkeit, der deutschen Nation von siebzig Millionen Menschen das tägliche Brot sicherzustellen, ohne in Konkurrenz zu anderen Nationen treten zu müssen. Dieses große Ringen um die Weltabsatzmärkte hat schon in den sechziger und siebziger Jahren seinen Anfang genommen. Die Frage war nur mehr die: *Wer vermag sich auf diesem Weltmarkt zu behaupten?* Dieses Ringen wurde in *Deutschland* von einem vollkommen falschen Gesichtspunkt aus angesehen, nämlich, daß die *Wirtschaft an sich* die Waffe wäre, die die endgültige Entscheidung herbeiführen würde, als eine Frage der Genialität unseres Kaufmanns. Man glaubte, daß die Zeit kommen würde, da die Waffe der brutalen Gewalt vertauscht würde mit der Waffe der wirtschaftlichen Entwicklung, ohne zu bedenken, daß die Wirkung in beiden Fällen die gleiche ist. In beiden Fällen handelt es sich um

Sein oder Nichtsein des Volkes.

Die Frage ist ewig nur die, ob ein Volk lieber *den Hungertod oder den Schwerttod* erleidet. Sobald ein einziger Staat erklärt, an Stelle einer wirtschaftlichen Kampfform die Brutalität des äußersten Widerstandes zu setzen, an die Waffe zu appellieren, bricht eine solche Auffassung jäh zusammen.

Das haben wir im November 1918 erlebt. Die brutale Gewalt schwang sich plötzlich auf zum Herrn des Geistes. Unser deutsches Bürgertum hat die politische Macht verspielt, weil es glaubte, allein durch Einsatz von Geist die Macht selbst aufrechterhalten zu können gegen einen Gegner, der die Faust in den Dienst der politischen Idee stellte.

Jedenfalls steht fest: Als 1914 unser Volk auf die Walstatt gezwungen wurde, *kämpfte nicht eine Staatsform gegen eine andere, sondern ein Siebzig-Millionen-Volk um sein tägliches Brot für die Zukunft und die Möglichkeit seines Bestehens.* Dieser Volkskomplex wird um so eher vernichtet werden, je schwächer seine *innere Form* ist. Daher das Interesse, eine Form zu *beseitigen*, die in sich eine bestimmte Widerstandskraft garantiert. Nur darum ist die Frage der *Staatsform*, der Spitze des Staates, nicht von untergeordneter Bedeutung, denn der Gegner wird vom anderen stets *die* Staatsform lieben und preisen und wünschen, die infolge ihrer erkannten Schwäche *ihm am meisten entgegenkommt,* jene Form also, die der Vernichtung durch die Gegenseite die kleinsten Hindernisse entgegensetzt. Daher dieser Kampf gegen bestimmte deutsche Organisationseinrichtungen, die durch ihr Dasein schon die Widerstandskraft des Siebzig-Millionen-Volkes außerordentlich hoben. Daher der Kampf gegen eine Institution, die den Staat befähigte, seinen Wirtschaftskampf durchzuführen. Die Organisationsfähigkeit des deutschen Volkes wäre unendlich klein gewesen, wenn nicht die

Erziehung zur Organisation

dagewesen wäre. Beseitigt man diese Erziehung, so raubt man diesem Koloß den inneren Halt, damit man mit dem innerlich gebrochenen Körper leichter fertig wird. Die Propaganda der Gegner gegen diese Institutionen wurde mit dem Material gespeist, *das die Parteigenossen des heutigen Richters Max* [*sic!*] *Hoegner dem Feinde zur Verfügung*

stellten. Die ganze Welt baute diese Propaganda auf einem Material auf, das die Partei Hoegners in jahrzehntelanger Arbeit dem Gegner geliefert hat. Es muß festgestellt werden, daß der Angehörige der Sozialdemokratischen Partei, Hoegner, *mitverantwortlich ist für die Schmiedung der Waffen, die uns endgültig im Lebenskampfe unseres Volkes das Genick gebrochen haben.* Was den Hoegner nicht hindert, den Landtag als hohen Richter in Bewegung zu setzen!

Hitler erinnert an den *Prozeß in Göttingen,* in dem ein Richter Anklage erhob wegen einer Schrift, die behauptete, daß *Schwarzrotgold* unseren Truppen zum erstenmal zu Gesichte kam, als *französische Flieger* Karten mit Schwarzrotgold über den deutschen Truppen abwarfen. Wer selbst Soldat an der Front war, weiß, daß im Herbst 1916 zum erstenmal diese Karten mit schwarzrotgoldenem Eck herunterflogen mit der Aufforderung: Geht zum Feinde über, bildet die deutsche Republik, und der Friede ist euch gewiß. *Das Ausland hat die Staatsform der Republik protegiert, gewünscht,* und überall sagte man, daß die andere Staatsform ein *Kriegsgrund* sei. Diese Art der Propaganda ließ sofort erkennen, daß der Kampf geführt wurde gegen das deutsche Volk. Wenn aber der Gegner eine Staatsform ablehnte, so war zu erwarten, daß er sich von dieser *anderen Staatsform mehr versprach als von der alten.* (Zurufe: Sehr richtig!) Das ist vom deutschen Interesse aus der indirekte Beweis dafür, daß für unser Volk der neue Zustand weniger nützlich ist als der alte. Das ist der Zweck der Übung gewesen: Der neue Zustand sollte uns endgültig von der Erfüllung unseres Lebensinhaltes abbringen.

Der Redner stellt den beiden Grundsätzen des alten Staates

Disziplin und Leben

gegenüber die *Parole der Schweyer und Hoegner: Ruhe und Ordnung.* Der neue Staat setzte an Stelle von Leben Ruhe und an Stelle von Disziplin Ordnung. Disziplin kennt er nicht, er wünscht nur Ruhe, die alles über sich ergehen läßt. Man liebt *den* Menschen am meisten, der sich vollkommen inaktiv beiseite stellt. Es gibt noch bedeutendere Staatsmänner als Schweyer, die wie *Clausewitz* der Meinung sind, daß *der Kampf der Vater aller Dinge* ist. Der Name Clausewitz ist aber unzertrennlich verbunden mit der deutschen Wiedererstehung von 1813. Und der Name Schweyer mit der *Kapitulation der Jahre 1920, [19]21, [19]22, [19]23 und so fort, so lange er lebt.* (Große Heiterkeit und Beifall.) Und wenn diese Menschen eine maßlose Angst vor jedem Aufschäumen der Leidenschaften besitzen, so mögen sie sich erinnern, daß der Staat, den sie heute zu mißregieren die Ehre haben, kein Produkt dieser Ruhe Schweyerischer Auffassung ist, sondern das Produkt von harten, leidenschaftlichen Entschlüssen. Und wenn man jetzt grundsätzlich gegen jede Leidenschaft, die vaterländisch ist, Front macht, so heißt das, *daß man für die Versklavung in aller Ruhe und Ordnung eintritt.* (Zurufe: Sehr richtig.)

Wie kommt gerade die *Republik* dazu, für Ruhe und Ordnung einzutreten? Das Wesen ihrer Begründung straft ihre eigene Doktrin sofort Lüge. *Sie ist nicht entstanden aus Ruhe und Ordnung heraus.* Der heutige Staat verdankt zum Unterschied zwischen ihm und dem alten Reich, *das sein Dasein dem Leben und der Disziplin verdankt, dieser heutige Staat verdankt sein Dasein der Unruhe und Unordnung auf allen Gebieten.*

Die Partei des Hoegner hat 1918 planmäßig die Disziplin und Ordnung untergraben. Das waren keine Nationalsozialisten, die damals, als Deutschland den Lebenskampf

focht, langsam begannen, die Lebensadern unseres Volkes durchzusägen, sondern das waren *Sozialdemokraten, Bolschewisten, Literaten und Salonmarxisten,* die dieses Volk aushöhlten, um es langsam zum Einsturz zu bringen. Das *Ergebnis* dieses langsamen Ausblutens war, daß der beste Teil des Volkes ausschied, und das innere Gleichgewicht zwischen gut und schlecht im Volke aufgehoben wurde. Zwei Extreme standen sich gegenüber: Das *große Deutschland der Volksgemeinschaft,* während das andere nur das nackte Ich kannte, jene Sorte von Menschen, die in ihrem ganzen Dasein nichts anderes sehen als ein Recht zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und die nie bereit sind, auch nur das kleinste Opfer zu bringen für andere, im Salon wie auf der Straße.

Hitler beantwortete nun die Frage, wie es möglich war, daß 1918 so blitzschnell die Revolution siegen konnte: Kein irgendwie organisch geführtes gutes Element war mehr da. *Der beste Teil lag unter dem Rasen, während das ganze Gesindel der Salonbolschewisten und Zuhälter von der Straße sich erhalten hatte* (laute Zustimmung), und diese seltene Mischung von Salonliteraten, Salonmarxisten, Zuhältern, Dieben, Deserteuren ergab

die Stoßarmee der Revolution,

und damit die *Prätorianergarde des neuen Zustandes.* Hitler ist überzeugt, daß Hoegner damals mit legalen Mitteln gekämpft hat, er zweifelt keine Minute, daß jener sein Leben dem Straßenkampf ausgesetzt hat (Heiterkeit). Die höhere Generalität muß sich ja auch schonen! Das ganze Ringen damals hatte einen Schönheitsfehler: Es ging so schnell und über alles Erwarten glatt, daß die Revolution keine geschulten Truppen bekommen konnte. Wenn in München *nur ein einziges Regiment* einmarschiert wäre, der ganze Spuk wäre auseinandergehauen worden. Ich glaube niemals, daß Hoegner eine Handgranate genommen hätte mit dem Ruf: Auf, Genossen, zum Kampf für die Republik! Ich glaube es nicht. Wenn ich ihn anschaue, diesen tapferen Kämpen im Landtag, der heute noch Schweißtropfen vergießt angesichts des Gedankens, er hätte 1919 verhaftet werden können, so glaube ich nicht, daß die Hoegner und Genossen damals gekämpft hätten. Sie hatten eine so maßlose Angst, einmal davor, daß die Revolution umschlagen könnte in das vollständige Chaos, und dann plötzlich irgend *eine Frontdivision* aufgestanden wäre, die mit "Handgranaten heraus" aufgeräumt hätte mit diesem Spuk. *Das hat kein Soldat gewünscht, daß zu Hause diese Lumpen und Schieber das Regiment führen.* (Stürmischer Beifall.)

Damals glaubte der revolutionärste Soldat, daß jetzt die Zeit kommt, in der *das beste Deutschtum die Macht in die Faust bekommt,* selbstverständlich die Armee, die viereinhalb Jahre lang draußen gekämpft hatte, und es sich *verbat, daß dieses Zeug hervorkriecht.* Das wußten auch die damaligen "Staatsretter". Wenn von den zweihundert Divisionen *nur eine* aufgestanden wäre, sie hätte bis Hannover Zuzug bis zu zwanzig Divisionen bekommen, *und Deutschland hätte seinem Retter zugejubelt* - das wußten die alle. Kaum war die Lawine so ins Rollen gekommen, sprang der Revolutionär ein und proklamierte *Ruhe und Ordnung* gegen die spartakistischen Elemente und riß damit das ganze Bürgertum zu sich herüber. Und nun geht ein Teil dieser Revolutionäre selber her und proklamiert die Parole eines Soldatenrats - das weiß Herr Schweyer nicht - Ruhe und Ordnung, womit die ganze deutsche Bourgeoisie in ihr Netz hineingebracht

war. *Auch leider das Feldheer.* Auch dort hat man sich von dieser Phrase erbärmlicher Zuhälter einfangen lassen. Was war diese damalige Ruhe und Ordnung anderes als ein Saustall und ein Durcheinander, und doch hatte man die freche Stirne, zu sagen, daß sei die Ruhe und Ordnung, die beschützt werden müsse, und man hat die Armee in diesen Wahnsinn hineingetrieben. So vermochte sich ein Zustand zu stabilisieren, der nach dem Worte eines Kardinals *aufgebaut war auf Lüge, Meineid und Verrat*[7]. Wenn man heute gegen diesen Zustand kämpft, dann heißt es, der heutige Zustand ist staatsrechtlich einwandfrei durch die Nationalversammlung zu Weimar beschlossen worden. Formell vollkommen richtig, nur *bestreiten* wir, daß überhaupt nach einem derartigen Zusammenbruch ein Faktor da ist, der diesen Zustand legitimieren kann, als vielleicht nur die Armee. Wir bestreiten kategorisch, daß diese Summe von blöden, nichts wissenden Staatsbürgern das Recht hat, über diesen Punkt zu entscheiden. Einzig die Armee hätte das Recht zu fragen:

Erkennen wir diesen Zustand der Heimat an oder nicht?

(Starker Beifall.)

Für uns als Nationalsozialisten gibt es überhaupt keine Legalisierung eines Zustandes, der zu Ungunsten des Volkes ausschlägt. Wie können Menschen von 1919 einen Zustand legalisieren, der zum Unglück der deutschen Nation begonnen wurde? Wir *bestreiten* das ganz kategorisch. Wenn selbst die deutsche Nationalversammlung diesen Zustand legalisiert hat, dann ist *er aufgehoben worden durch die Zustimmung des Auslandes.* Denn jeder deutsche Zustand, der die Zustimmung des Auslandes findet, ist für unser Volk *verhängnisvoll.* (Großer Beifall.) Der Zustand, den man damals unter der Ägide der Ruhe und Ordnung gegründet hat, ist alles andere eher als ein Zustand des Lebens für das deutsche Volk.

Hitler schildert nun den

Leidensweg dieses Volkes

von Versailles bis Genf[8] und Locarno[9], seit dem dieses Volk so wenig Brot hat, seit dem jährlich 16.000 Menschen sich freiwillig entleiben[10], weil sie diese Ruhe und Ord-

---

7 Gemeint ist Kardinal Michael von Faulhaber, der in seiner Ansprache am 27.8.1922 auf dem 62. Deutschen Katholikentag in München die heftig umstrittene Äußerung getan hatte: "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Vgl. Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27.-30. August 1922, Würzburg 1923, S. 4. Sowie Volk, Faulhabers Stellung, S. 177 ff.

8 Mit dem Genfer Schiedsspruch des Völkerbundsrats vom 12.10.1921 war der mehrheitlich polnisch besiedelte Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zugesprochen worden. Vgl. Cienciala/Komarnicki, Versailles, S. 41 ff.

9 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Anerkennung der durch den Versailler Vertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.

10 1925 hatten 15.273, 1926 16.480 und 1927 15.974 Personen Selbstmord verübt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, Berlin 1927, S. 37; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 47; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 45.

nung nicht mehr ertragen können, seit dem jährlich 160.000 Menschen auswandern [11], die nach zehn Jahren mit den Kindern über zwei Millionen Menschen Verlust ausmachen. Seit dem Hunderttausende von Kindern nicht mehr geboren werden, denn auch das ist ein Opfer, das bedeutet, daß wir jährlich siebenhunderttausend Menschen weniger zu buchen haben, was in zehn Jahren über sieben Millionen Menschen ausmacht. Erst angesichts dieser Zahlen kann man ermessen, *was für ein Leben diese Schweyerische Ruhe und Ordnung für Deutschland bedeutet.* Dazu kommt die langsame Verpestung unseres Volkskörpers durch die *blutmäßige Vergiftung* in unseren Großstädten, die moralische Entnervung, die

Arbeitslosenarmee,

die sich zwischen zwei und drei Millionen hält und sich daran gewöhnt, jeder geregelten Tätigkeit entzogen zu sein, und so verdirbt man von Staats wegen Millionen an sich anständiger Menschen. In dieser Zeit der *Verbrüderung zwischen Pestalozza und Hoegner* untergräbt man alle Fundamente des christlichen Staates, und die Parteien sehen stillschweigend zu, in dieser Zeit führt man *Tanzstücke* auf in den Theatern, die eine *impertinente Verhöhnung der weißen Rasse darstellen,* wie in dem Stück "Jonny spielt auf" [12]. Und verlangt man ein Verbot dieses Drecks, dann geht diese christliche Regierung her und sagt: *Wir haben keine Handhabe! Aber die nationalen Elemente zusammenzupeitschen, dazu hat man Handhaben* (stürmischer Beifall). *Im Zeitalter der öffentlichen Ruhe und Ordnung versinkt Deutschland langsam im Morast.* Dabei gehen unsere christlichen Konfessionen her und schicken *Negermissionen* aus, damit die Kindlein in Zentralafrika gerettet werden, damit sie ein Hemdlein anziehen und erlöst werden. (Großer Beifall.)

Herr Schweyer sagt, er habe sich stets mit Energie gegen die Nationalsozialisten gewendet, weil sie sich polizeiliche Machtbefugnisse angeeignet hätten. Herr Schweyer, sagen Sie doch, was das für Eingriffe waren, *wenn wir ein paar Schandtheaterstücke nicht aufführen lassen wollten.* Um das deutsche Volk vor Schandstücken zu bewahren, haben *Sie* keine Machtmittel. Wenn *bolschewistische Zersetzungsfilme* aufgeführt werden, wo ist dann die Staatsautorität. (Stürmischer Beifall.) Unter dieser Parole der Ruhe und Ordnung ist Deutschland langsam zu einem Leichenfeld geworden. *Der* Staatsmann [13], für den in Frankreich eine Lanze gebrochen wird, ist für Deutschland eine Gottesgeißel. Und wenn man uns sagt: Wißt Ihr, was geschehen wäre, wenn Ihr 1923 gesiegt hättet?

Frankreich wäre einmarschiert.

Das ist unsere *Rechtfertigung* - ich könnte nichts Ehrenhafteres für uns sagen. Man hat in Deutschland seit 1918 alles vermieden, was die außenpolitische Situation wirklich hätte verbessern können, und alles getan an *Lächerlichkeiten,* was unser Volk verblenden konnte. Hitler erinnert an die *Länderkonferenz* [14] als ein klassisches Beispiel für die

11 Während der Weimarer Republik wanderten nur im Jahr 1923 mehr als 100.000 Personen aus. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 35.

12 Gemeint ist die Jazzoper von Ernst Křenek, die 1927 in Leipzig zum erstenmal aufgeführt worden war.

13 Gemeint ist Gustav Stresemann.

14 Gemeint ist die von der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder gebildete Länderkonferenz zur Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform, die erstmals vom 16. bis 18.1.1928 in Berlin getagt hatte. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Reichsreform. Der eingesetzte

politische Dummheit, mit der eine so lächerliche Veranstaltung ernst genommen wurde. Was man in Deutschland an inneren Reformen auch vornimmt, das alles würde nicht Deutschland retten, sondern nur einer Partei ein paar Pöstchen freimachen. Gegen diese Schafsgeduld des Volkes sich zu stemmen, mag in den Augen Schweyers ein Verbrechen gegen den Geist der Ruhe und Ordnung sein, wird aber vor dem Richterstuhl der Geschichte genau so gewertet, wie das Leben und Wirken eines Clausewitz, eines Stein, eines Gneisenau gegenüber den Fanatikern der Ruhe und Ordnung der damaligen Versklavung Deutschlands.

Der Untersuchungsausschuß erklärt das alles als *charakteristisch für Landesverrat.* Unser ganzes Handeln in den letzten Jahren hatte nur den Sinn, unser Volk aus dieser wahnsinnigen Ruhe und Ordnung aufzurütteln und den Lämmergeiern das Handwerk zu legen. Landesverräterische Absichten, so schreibt der "Bayerische Kurier", habe unserem Aufmarsch am 1. Mai [*1923*] zugrundegelegen. Das schreibt man über die Feststellung des Untersuchungsausschusses, *der selbst Dinge breit tritt, die man uns noch vor wenigen Jahren als Landesverrat auszusprechen verboten hat.* Wenn unser Aufmarsch am 1. Mai die wirklichen Schädlinge am deutschen Volk, die vor der Geschichte und vor Gott und der Welt verflucht sind, unser Volk zugrunde gerichtet zu haben, hindern sollte, einen weiteren Schritt zu tun, wenn das Landesverrat war, *was ist dann der Aufmarsch der Roten gewesen,* der von Schweyer beschützt wurde.

Was haben wir angebetet? Unser Volk und Vaterland! Und die anderen? Den Tod unseres Volkes.

Unsere Parole war Deutschland, und die der anderen: Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt. (Stürmische Zustimmung.) Was haben wir die ganzen Jahre getan? Gekämpft für diesen Staat! Und die anderen, jahrelang diesen Staat ruiniert! Und dann ist unser Aufmarsch Landesverrat und der der anderen eine Gott wohlgefällige Handlung, die mit Staatsmitteln geschützt werden muß im Namen der Ruhe und Ordnung.

Und warum sollen wir *Landesverräter* sein? Weil wir die *Ursache* gewesen wären, *daß französische und tschechische Divisionen einmarschiert wären.* Hitler zerpflückt mit beißender Ironie die ganze Lächerlichkeit und Unlogik dieses Vorwurfes, mit dessen Auseinandersetzung sich auch der außenpolitische "Sachverständige" [15] der bayerischen Regierung im großen Prozeß abquälte. Wenn die Tschechen wirklich fähig wären, trotz ihrer nationalen Zerrissenheit einzumarschieren, dann wäre dies das *vernichtendste Armutszeichen für unsere deutsche Auslandspolitik,* die es nicht verstanden hat, die vier Millionen Deutschen der Tschechoslowakei so zu stützen, daß ein derartiger Einmarsch

Verfassungsausschuß tagte von 1928 bis 1930 insgesamt fünf Mal. Vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 117 ff.

15 Gemeint ist vermutlich Hans Ehard (1887-1980), Jurist, 1912 Dr. jur., 1919 Staatsanwalt im bayer. Justizministerium, 1924 Untersuchungsführer und II. Staatsanwalt im Hitler-Prozeß, 1928-1933 Ministerialrat im Justizministerium, 1933-1945 Präsident des 5. Zivilsenats am Oberlandesgericht München, 1946-1966 MdL in Bayern (CSU), 1946-1954 und 1960-1962 bayer. Ministerpräsident, 1949-1954 CSU-Landesvorsitzender, 1962-1966 bayer. Justizminister.
Ehard hatte Hitler in der nichtöffentlichen Sitzung am 28.2.1924 im Hochverratsprozeß vor dem Volksgericht in München nach den außenpolitischen Folgen des Putsches befragt. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1114 ff.

unmöglich wird. Die Tschechoslowakei könne nur existieren, dank der politischen Untätigkeit und Ziellosigkeit Deutschlands.

Hierauf verbreitet sich Hitler über den

Unsinn des passiven Widerstandes

beim Ruhreinbruch der Franzosen, der mit einem jämmerlichen Fiasko enden mußte, solange nicht der Entschluß aufgebracht wurde, diesen Einmarsch zum *Wendepunkt der deutschen Politik* zu machen, aus dem heraus ein Leipzig [16] kommen mußte und die Befreiung des Volkes. Der passive Widerstand war ein Monstrum, wie es die Welt bis dahin nie gesehen hatte. Ein solcher Widerstand hat nur dann einen Sinn, *wenn in der Heimat eine Armee formiert wird.* Aber eine Festung kämpfen lassen und sämtliche Entsatzarmeen abrüsten, das ist ein Blödsinn. Das Ergebnis war die Demoralisierung des aktiven Kampfgeistes der Ruhrbevölkerung und des deutschen Volkes und der letzten Währungsstabilisierung.

Da hockt ein Untersuchungsausschuß beisammen, um darüber nachzugrübeln, was für Schäden der 9. November 1923 dem deutschen Volk zugefügt hat. *Der eigene Schaden des passiven Widerstandes, für den fünf bis sechs Milliarden Goldmark verpulvert wurden,* gilt für gar nichts, diese Kapitulation, von der die italienische Presse schrieb, daß es

die schamloseste Kapitulation aller Zeiten sei.

Der Redner glossiert nun den Ausspruch des Herrn Hoegner über das bei von der Pfordten [17] gefundene *Dokument* [18], das er das grauenvollste, blutrünstigste Dokument nennt, das ihm jemals in die Hände gekommen sei.

Das kommt daher, meint Hitler, daß Herr Hoegner immer im Salon gesessen ist, die Frontsoldaten haben schon blutrünstigere Sachen erlebt. Wenn man fordert, daß man *Lumpen, Schieber und Deserteure zur Verantwortung zieht,* dann heißt es: wir wollen den nationalen Widerstand nicht mit Bürgerblut besudeln. Was von Newport bis zum tiefen Elsaß gefallen ist, *das* war deutsches Bürgerblut, was zu Hause revoltierte, das waren *Schweine, aber keine Bürger.* (Anhaltender Beifall.)

Die Staatsmänner des Herrn Schweyer kennen keinen Unterschied zwischen dem, der für Deutschland kämpft, und dem, der Deutschland zerstört, zwischen eisernen Kreuzen und Sowjetsternen, zwischen roten Fahnen und schwarz-weiß-roten. Das ist alles für sie eins: Ist das eine verboten, muß das andere auch verboten werden. Über dem allen thront als ein Gott Baal der Staatsgedanke der Ruhe und Ordnung.

Hitler greift nun aus den *"Arbeiten" des Untersuchungsausschusses* einzelne Details heraus, so jene famose *Denkschrift* [19], deren Ursprung niemand kennt und die bestimmt,

16 Gemeint ist die Niederlage Napoleons I. in der Vielvölkerschlacht bei Leipzig 1813.

17 Theodor Freiherr von der Pfordten (1873-1923), Jurist, 1905 Gründer und Herausgeber der "Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern", 1904-1919 Tätigkeit im bayer. Justizministerium, 1919-1923 Rat am Bayerischen Obersten Landesgericht, 1922/23 Ratgeber Hitlers, 1923 bei der Teilnahme am Hitlerputsch getötet.

18 Anspielung auf den Entwurf einer Verfassung, die nach Gelingen des Putsches die Weimarer Verfassung ablösen sollte. Druck: Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. II. Teil: Mai 1928. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München o. J., S. 122 ff.

19 Die ungezeichnete Denkschrift enthält die Richtlinien, die von den Putschisten für die Umbildung des Bayerischen Landtags vorgesehen waren. Abschrift: Niederschrift über die 15. Sitzung des "Ausschusses

daß künftig nur Abgeordnete *deutschen* Blutes gewählt werden dürfen, in Bayern nur geborene Bayern. Wer garantiert denn, daß diese Denkschrift vielleicht eine Schreibübung des "Bayerischen Kuriers" ist? Oder man untersucht, wer den *legalen* Weg und wer den *illegalen* Weg gehen sollte. Darüber hat sich Herr v[*on*] Kahr im großen Prozeß sehr "klar" ausgesprochen, indem er von dem legalen Druck mit illegalen Mitteln, bzw. von dem illegalen Druck mit legalen Mitteln sprach und schließlich alles vergessen hatte. (Stürmische Heiterkeit.) Das sind Knoten, die ein Hoegner überhaupt nicht lösen kann, *die nur das Schwert löst,* und Hoegner ist ein Feind des Schwertes: Er wird den gordischen Knoten nie durchhauen, sondern sich in dem Knäuel einspinnen, bis er wie ein Kokon aussieht.

Dann zerbricht er sich den Kopf über die *Beziehungen der Kampfverbände zur Regierung Cuno* [20]. Wenn er mich fragen würde, würde ich sagen:

Das ist Quatsch.

Dann würde die ganze schöne Sache, mit der man zahllose Tage zubringen kann, hinfällig werden.

Haben vielleicht bloß die Novemberverbrecher ein Recht, solche Beziehungen anzuknüpfen? Das ist eine unverschämte Frechheit einer solchen Marxistenauffassung. (Stürmischer Beifall.) Warum trauert man denn auf der einen Seite über den Zusammenbruch des 9. November? *Sollte vielleicht etwas anderes damals zusammengebrochen sein? Ist vielleicht noch etwas dahinter gewesen, was zusammenbrach und was sie jetzt nicht schlummern läßt?* Sie hätten im stillen alle gebetet, wenn ich oder Ludendorff auch liegen geblieben wäre. *Sie sollen doch nicht so heucheln.* Im stillen hätten sie sich gesagt: Eine große Gefahr ist von der Bayerischen Volkspartei weggenommen worden, jetzt kann man in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten. Auf der anderen Seite spricht man *von einer Katastrophe für Bayern,* von der es sich noch nicht erholt hat. Sie schauen nicht so aus, als ob sie sich nicht erholt hätten! (Heiterkeit.) Seelisch kann ihr Leiden über den Zusammenbruch nicht gewesen sein. Sie sollen feststellen:

Was ist denn damals noch zusammengebrochen?

Ihr Herren *Pestalozza* und *Wohlmuth*, bitte sagen Sie das in der Öffentlichkeit. Ganz Deutschland ist begierig, aus Ihrem wahrheitslüsternen Mund das zu vernehmen!

Ferner heißt es im Ausschuß, es sei nicht ganz festgestellt, ob und welche *Beziehungen wir zu den russischen Monarchisten* gehabt haben (große Heiterkeit)! Das ist ein wichtiges Beweisthema für die deutsche Nation! Woraus bestehen denn die russischen Monarchisten und die Beziehungen? Ist das eine Beziehung, wenn ich heute mit jemandem spreche? Sie laden mich lieber nicht ein, sonst kann man behaupten, ich habe Beziehungen zu Herrn Pestalozza oder Hoegner. Von links, heißt es, "wie aus den Akten hervorgeht", habe keine Gefahr gedroht! *Ich möchte bloß die Akten sehen vor dem 9. No-*

---

zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" vom 15.12.1927; BayHStA, MA 103476/1-3, Bl. 1182 f.

20 Wilhelm Cuno (1876-1933), 1907 Dr. jur., 1916 Generalreferent für Kriegswirtschaftsfragen im Reichsschatzamt, 1918 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), Nov. 1922 bis Aug. 1923 Reichskanzler (parteilos), anschließend Mitglied des Hapag-Vorstandes, 1926 Vorsitzender.

vember 1918. Vielleicht könnte man die Volkspartei beim Wickel nehmen, warum sie damals nicht nach dem Rechten gesehen hat.

Hat auch in Wien bei der letzten Revolte nichts gedroht? Dort, wo Marxisten sind, droht dauernd der Zusammenbruch des Staatswesens. Wir werden ferner wegen unserer Einstellung zu den *Staatsideen* angeklagt, über die sich die Ankläger gar nicht im klaren sind. Alles ist blanke Spiegelfechterei. Welcher Staatsbegriff ist denn gemeint, *der des Herrn Hoegner oder des Herrn Pestalozza? Oder sind die Staatsbegriffe beider die gleichen?* Wenn nicht, warum werden wir angeklagt? Wir sollen gesagt haben, daß die Roten wie die tollen Hunde niedergeschossen wurden. Die Roten haben *die anderen* wie die tollen Hunde niedergeschossen. Wer anders als die Roten haben 1918 jenes Kesseltreiben auf die zurückkehrenden Frontsoldaten veranstaltet, die nicht Verrat üben wollten? Wer hat in Ungarn und Rußland gehaust, wer hat dort die 32 Millionen abgegurgelt?! *Die Roten des Herrn Hoegner sind es gewesen!* Freilich, Herr Hoegner sagt, das waren nicht meine Roten, das waren die anderen Roten! Wir unterscheiden zwischen der Masse, die blind und dumm verführt ist, und zwischen ihren verantwortlichen Führern, *die ihre Schäflein warnen, in die Hitler-Versammlungen zu gehen,* weil sie fürchten, daß die Schäflein plötzlich den Hammel allein stehen lassen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Das ist unsere Absicht: *Solange wollten wir arbeiten, bis die Masse Sie durchschaut hat.* Dann Herr Hoegner, wird nicht die N.S.D.A.P. mit Ihnen abrechnen, sondern *Ihre Anhänger werden dereinst mit Ihnen abrechnen* (stürmischer Beifall). *Aus Ihren Reihen heraus* wird der Richter erstehen.

Als Ankläger werden auferstehen alle, angefangen von der flandrischen Erde 1914 bis heute, die Hunderttausende von Deutschen, die durch das Verbrechen Ihrer Partei zwecklos für Deutschland gefallen sind, unbewaffnet als Kanonenfutter in den Feind getrieben durch das Verschulden Ihrer Partei. Alle diese Millionen vernichteter Existenzen, die Sie zugrunde gerichtet haben. (Stürmischer Beifall.) Als Ankläger erscheinen alle die *Milliarden Sachwerte,* die Sie vernichtet haben bis hinab auf den Meeresboden bis zu den Zeugen unserer Flotte, die dort unten liegt. Zeugen des Lebens gegen Sie und Ihre Genossen, die Sie schuldig sind am Untergang alles dessen, was für Deutschland das Leben bedeutet. Dann soll es nicht so sein wie jetzt, daß man nicht den Mut hat, die Beklagten zu hören, sondern dann rechtfertigen Sie sich und nehmen Sie *eine* Gewißheit mit: Wir glauben an eines, und das ist ein *höheres Recht.* Und den Herrgott möchten wir um *eines* bitten: Die Gnade lasse bei Dir und auf unserer Seite die Vergeltung!! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)[21]

21 Folgen Bericht über den weiteren Versammlungsablauf und Ankündigung der Rede Hitlers am 26.1.1928 in München. Vgl. Dok. 224.

26. Januar 1928 Dok. 224
"Nationalsozialismus und Kunstpolitik"
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 28.1.1928 [2].

Im Dezember 1921, so führte Hitler aus, hielt die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ihre zweite große öffentliche Weihnachtsfeier im Hofbräuhausfestsaal [3] ab. Der Raum war überfüllt, und die Stimmung war eine außerordentliche. So entstand bei uns zum erstenmal der Gedanke, auch in Zukunft Feiern zu veranstalten, in denen nicht allein über politische Dinge gesprochen wird, sondern auch einmal das Schöne zum Wort kommen soll. So entstanden unsere sogenannten *Deutschen Festabende*, die besonders im Jahre 1923 sehr glanzvoll geworden waren. Man hat sich vielleicht damals schon die Frage vorgelegt: Was hat an sich eine politische Partei, die nur auf Kampf eingestellt ist, mit einer Festveranstaltung zu tun? Auch in unseren eigenen Reihen gab es nicht wenige, die glaubten, daß eine politische Bewegung, die Deutschlands politische Erneuerung herbeiführen will, nicht in Festabenden ohne politischen Einschlag zum Volk sprechen soll. Ich glaube, dieser Standpunkt ist heute restlos überwunden. Denn es wird nur wenige Menschen heute geben, die noch glauben, daß allein eine politische Erneuerung uns not tut. Ist doch unser gesamtes öffentliches Leben, sei es politisch oder kulturell, heute auf einem *Tiefstand* angelangt, daß eine Erneuerung nicht nur notwendig ist, sondern auch daß, wenn sie nur einseitig wäre, unser Volk nicht erneuert erscheinen dürfte. Gewiß gab es Zeiten, in denen man auf die allgemeine Kultur stolz sein konnte. Und diese ist dann der Maßstab für eine Zeit. Wenn wir aber an die heutige Zeit diesen Maßstab anlegen wollen, *schrumpft sie noch viel erbärmlicher zusammen*, als wenn wir diesen Maßstab an das politische Geschehen anlegen, gegen das sich immerhin Widerstände erheben. Dort aber, auf kulturellem Gebiet, scheint es, als ob das bessere Element glatt kapitulieren würde. Denn was wir heute erleben, ist *die Kapitulation des intellektuellen Bürgertums vor frechen jüdischen Komponisten, Dichterlingen, Malern, die unserem Volke einen erbärmlichen Dreck vorsetzen*, und die es soweit gebracht haben, daß man aus purer Feigheit nicht mehr wagt zu sagen: Das paßt uns nicht, fort mit diesem Unrat. Nein, die sogenannten geistigen Kräfte des Volkes nehmen wider ihr besseres Wissen und ihre Überzeugung etwas als schön hin, was ihnen jene vorsetzen, und was sie selbst ohne weiteres als häßlich empfinden müssen. Das ist mit ein *Zeichen unseres allgemeinen Verfalls*, auch deshalb, weil es zugleich ein trauriges Zeichen der Feigheit unserer Zeit ist, einer bodenlosen Feigheit, die nicht wagt, gegen die sogenannte öffentliche Meinung anzugehen, und die man zu Boden werfen kann mit dem Schlagwort:

1 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Auf dem von der NSDAP-Ortsgruppe München veranstalteten "Großen Deutschen Festabend" wurden u. a. Filme über den Hitlerprozeß 1924 und über den Nürnberger Parteitag 1927 gezeigt. Zum Programmablauf vgl. VB vom 25.1., 26.1. und 27.1.1928.

2 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 64 der Polizeidirektion München vom 8.2.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Die Weihnachtsfeier fand nicht im Dezember 1921, sondern erst am 9.1.1922 statt. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 537 und 544.

Du bist ein Philister, dir fehlt das innere Erleben! Ein Millionen-Volk beugt sich heute vor diesen Schlagwörtern und nimmt Dinge hin, die vor wenigen Jahrzehnten unserem Volke nicht hätten geboten werden können! Es gibt im täglichen Leben kaum einen Gegenstand mehr, dessen Form und Ausdruck unserem inneren seelischen Leben und Gefühl nicht *vollkommen fremd* ist. Wir sind so weit gekommen, daß wir gerade in diesem gewollten Fremden etwas ganz Neues und Besonderes erblicken. Doch nur deshalb, weil uns dieses uns innerlich Fremde so lange als wertvoll vorgesetzt wurde, als eine neue Form der Kunst, als eine Fortsetzung der Kunst, eine Höherhebung derselben.

Wohin wir blicken, sehen wir Tausende und Zehntausende von Erzeugnissen der Zerstörung, die einem an sich unverständlich sein müßten, sei es auf Zigarettenetuis, auf Plakaten, sei es in Kunsthandlungen oder Kunstausstellungen, überall Dokumente des geschmacklichen Verfalls und damit rassischer Zersetzung unseres Volkes, die entsetzlich sind. Noch vor fünfzig Jahren wäre das glatt unmöglich gewesen. Wir sollen nicht ersticken, heißt es, im Nachahmen der alten Zeit, sondern *Neues* gebären. Aber die Köpfe, die Neues gebären, sind unendlich selten, nur ganz wenig Große der Erde sind es, die wirklich die Völker beglücken durch neue Taten auf dem Gebiete der Kunst. Etwas anderes ist auch nicht nötig, denn ein Künstler produziert nicht für einen beschränkten Kreis, sondern sein Werk soll dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden. Was ein Künstler in einem einzigen Monat ersinnt, dazu braucht ein Volk oft dreißig Jahre, um es zu verstehen. Nicht der Mangel an Produktion ist das Beklagenswerte, sondern das Entsetzliche ist, daß die große Masse ihre eigene wirkliche Kunst gar nicht kennt, während auf der anderen Seite der kleine Kreis steht, der sich schnell satt sieht und blasiert wird, weil er zu sehr im Kunstgenuß sich sättigen kann; dem [*in*] kurzer Zeit das Gegebene überdrüssig wird, und der es deshalb ablehnt. Wenn man sagt, wir brauchen eine neue Musik, und wenn *kleine Neutöner kommen und ihre Dissonanzen* loslassen, kann man ihnen sagen: *Unser Volk kennt ja nicht einmal seine alte Musik!* Das sind ein paar hunderttausend, die kennen Mozart, Beethoven, Wagner, zum Teil noch Bruckner, aber auf diese wenigen hunderttausend kommen Millionen, die von allem keine Ahnung haben. Man sage nicht, das wird ewig so sein. Glauben Sie, *wenn die Kunst nur an der Oberfläche eines Volkes mühsam paradiert, hat sie ihren wahren Zweck verfehlt. Entweder sie ist*

das Gut aller Menschen,

oder es fehlt das Bindende der Menschen untereinander. Die Heroen des Volkes können einen Mittelpunkt darstellen, auf den jener [*sic!*] beglückt hinsieht, weil auch er Teilhaber dieses Gutes ist. Wie soll es werden, wenn wirklich die breite Masse seinen Anteil nehmen soll? Warum das gerade von einem Volke, das politisch gleichberechtigt ist? Entweder ich gebe einem Volke die politische Gleichberechtigung, dann muß es auch die

kulturelle Gleichberechtigung

haben, anders hat man kein Recht, einem solchen Volke ein politisches gleiches Recht zuzugestehen. Es ist nicht so, wie man meint, daß jeder einfach zur Kunst hingehen kann. Gewiß könnten Hunderttausende auch an dem kulturellen Leben teilnehmen, wenn sie nur wollten. Sie tun es nicht, *weil sie dazu nicht erzogen worden sind*, weil man

sich Jahrzehnte nicht darum kümmerte, weil die bürgerliche Intelligenz den Jungen sich selbst überließ, und er aus eigenem Antrieb erstaunlich wenig Bildung annimmt. Hält man ihn aber dazu an, dann wir ihm langsam dieses Reich des Schönen, Erhabenen erschlossen, dann findet er den Weg und ist glücklich darin. *Man muß schon glücklich sein, wenn ein Volk nur wenige ganz große Sterne seines Kunsthimmels kennt.* Das ist das *Verbindende*, jenes *Geheimnisvolle*, das die Menschen zueinanderführt, wie zwei Liebende, die, weit voneinander entfernt, aufsehen zu den Sternen in dem Gefühl: In dieser Minute treffen sich unsere Gedanken. Die großen Geister eines Volkes sind das einigende Element, das die Menschen zusammenschließt, sie blicken auf sie gemeinsam, und das ist ein Genuß, der die auseinanderstrebendsten Menschen zusammenführen kann. Sie wissen, das ist

ein nationales Eigentum,

das allen gehört, das sind *die großen Geister unserer Kunst.* Sie gehören jedem, der sie einmal ergreift, erfaßt, und den machen sie glücklich und reich.

Wenn wir in unsere heutige Zeit hineinsehen, können wir feststellen, daß man sich nicht etwa bemüht, die großen Geister dem Volke näherzubringen, sondern im Gegenteil: *kleinste Geister* diesem Volke vorzusetzen und dort, wo man um sie nicht mehr herumkommt, sie herabzuzerren, daß man sich die Frage vorlegen muß: Warum sind sie eigentlich gewesen? *Das ist ein Zeichen unseres allgemeinen kulturellen Verfalles.* Man empfindet nicht mehr die Notwendigkeit, daß ein Volk in seiner Kultur einen gewissen Maßstab besitzen muß, *der alle umschließt.* Man ist schon zufrieden, wenn nur ganz kleine Schichten daran teilnehmen. Das ist ein Problem wichtigster Art, weil wir entweder ein Volk vor uns haben, das aus wertvollen Menschen besteht oder nicht. Wollen Sie jenes, dann geben Sie ihm *die volle Menschenwürde auf diesem Gebiete*, ziehen Sie es aus seinem derzeitigen Sumpf. *Der Mensch, der auf kulturellem Gebiete vollkommen stubenrein ist, kann auch politisch gar nicht unterjocht werden. Es ist unmöglich, daß ein Jude einen Menschen politisch unterjocht, der in seinem inneren Erleben klar und deutlich geblieben ist.* (Beifall.) - Der richtet sich eine Scheidewand auf, die der schlaueste Hebräer nicht mehr zu überbrücken vermag. Wenn wir wollen, daß unser Volk wieder zur inneren Erneuerung kommt, müssen wir diese Seite des Lebens fördern und dürfen nicht alles im Mechanismus untergehen lassen. So traurig die Zeit augenblicklich bestellt ist, und so wenig wir augenblicklich an wirklich ganz großen Künstlern der Mitwelt aufzuweisen haben, so sehr kann aber selbst diese traurige Zeit nutzbringend für ein Volk verwendet werden. Wir haben zahllose Größen an unserem Kunstfirmament, *die die Nation nicht kennt.* Wir brauchen keine neue Kunst zu produzieren, wenn wir nichts besseres fertigbringen, dann konzentrieren wir uns auf das, was schon da ist, was unsterblich ist.

Unsere zweite Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß wirklich alle deutschen Künstler, wenn sie auch nicht an das Format schöpferischer Art eines Wagner oder Beethoven heranreichen, wenn sie nur ehrlich geben wollen, was sie zu geben haben, *nicht versinken, daß ihnen geholfen wird.* Heute ist das nicht der Fall. Wer heute nicht die große Presse an seiner Seite hat, und diese ist *jüdisch und immer nur jüdisch*, und das Kapital der Großstadt, und das ist auch wieder jüdisch, *der findet den Weg zur großen Masse überhaupt nicht mehr. Für eine moderne Berliner Oper zeichnen heute fünf Kapellmeister*

und fünf Juden zu gleicher Zeit. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie, daß wir keine deutschen Kapellmeister hätten? *Doch sie werden in kurzem Torf stechen können,* man baut unsere Kunst ab, weil wir aus Feigheit überall kapitulieren.

Da muß

eine neue Bewegung

eingreifen. Die bisherigen Parteien sind so verfilzt mit den jetzigen Zuständen, daß sie gar nicht in der Lage sind, das zu ändern. Wir gehen unseren eigenen Weg, und wir sind entschlossen, wenn uns das Schicksal die Macht gibt, dafür einzutreten, *daß auch die deutsche Kunst wieder den Weg nach vorne beschreiten kann.* (Stürmischer Beifall.) Dann wollen wir einerseits den großen deutschen Meistern den Weg zum Herzen ihres Volkes öffnen, andererseits den zahllosen anderen Künstlern die Möglichkeit geben, daß sie zu ihrem Volke reden und singen können, wie es ihr inneres Leben ihnen gebietet. Das ist eine große und gewaltige Aufgabe. Wenn wir heute in die großen Theater kommen, dann sehen wir, welch erbärmlicher Quark in der Oper und im Konzert aufgeführt wird, da sehen wir überall die Konzessionen und die Feigheit. Wenn wir in ein modernes Theater kommen, widerhallt es von Dissonanzen: *Die Menschen wollen das gar nicht*, aber niemand wagt ihm fernzubleiben, der erbärmliche "Klang" beleidigt die Ohren, sie sehen sich um: Neben ihnen sitzt ein blasiertes Jüngelchen oder ein Lebegreis und beginnt zu klatschen und sieht frech um sich, und die anderen, statt dem Jüngelchen ... (Zuruf aus der Versammlung: Eine hineinzuhauen! - Heiterkeit), beginnen erst nachzudenken, ob sie nicht doch etwas Tiefes gehört haben, und schließlich klatschen sie mit, obwohl sie gar nicht klatschen wollten, nur damit sie ja nicht von diesem Bürschchen als Kunstbanausen angesehen werden.

Auch hier hat unsere Bewegung

eine Mission zu erfüllen.

Es ist uns gleichgültig, ob so ein blasiertes Jüngelchen oder ein entwurzeltes Dämchen auf uns heruntersieht. *Mir ist ein einziger deutscher Militärmarsch lieber als der ganze Unrat eines modernen Neutöners.* (Stürmischer Beifall.) Das eine ist *Musik*, und das andere reizt beinahe zum Erbrechen. Ob die Mitwelt über uns die Schultern zuckt oder nicht, das ist einerlei: *Wir haben die Aufgabe, dereinst diesen Mist auszuheben.* Aufzutreten gegen die Frechheit, daß *Leute, die ins Sanatorium gehören*, als "Künstler" auf die Menschheit losgelassen werden, um ihr Zeug zu produzieren. (Stürmische Zustimmung.) Und wenn man uns fragt: *Mit welchem Recht nehmen Sie sich das heraus?* Dann antworten wir: *Mit dem Recht des Gesunden!* (Tosender Beifall.) Wenn wir einmal einen Mißgriff machen könnten, gut, dann machen wir eben einen Mißgriff. Die *Justiz* hat auch schon einen Mißgriff gemacht. (Große Heiterkeit.) Ein Mißgriff wird uns nie unterlaufen: Daß wir etwas wirklich Schlechtes als gut ansehen, das kann uns nicht passieren! Zuweilen scheint eine Zeit die Brücke zur Vergangenheit einreißen zu müssen, und erst wenn die umliegende Zeit beiseite geräumt ist, und man einen *Abstand* gewonnen hat, sieht man wieder, was doch geleistet wurde, und Melodien, die vielleicht durch den Orgelmann der Straße der Gegenwart verhaßt geworden sind, werden wieder klingen als Musik. *Und die Erzeugnisse der heutigen Degeneration und rassischen Verbastardierung werden einst unsere Museumssäle füllen.* (Beifall.)

Damit ist auf dem Gebiete der Kunst der Weg der nationalsozialistischen Bewegung ganz klar vorgezeichnet. Ob wir selbst eine nationalsozialistische Kunst produzieren werden, wissen wir nicht. Wenn das Schicksal eines Volkes groß und erhaben ist, dann findet es meist die entsprechenden Illustratoren auf allen Gebieten. Gibt sie uns der Himmel nicht, dann brauchen wir noch lange nicht

die Kost von Wahnsinnigen

anzunehmen. Das Recht, diesen Dreck zu produzieren, hätte man erst dann, wenn der letzte Deutsche einen Wagner, Schiller, Schopenhauer u.s.f. *kennt und ablehnt*. Dann erst beginne man die Trommeln zu rühren nach einer Kunst, die uns fremd ist. Solange aber Millionen keinen Anteil daran haben, ist es unsere Pflicht zu sagen, daß die deutschen Staatsbürger nicht nur politische Parteien, sondern als Menschen Glieder der Kulturgemeinschaft darstellen.

Unsere weitere Aufgabe ist die *Säuberung der gesamten Kunst von jenen tyrannischen Einflüssen der Kritik*, die mit Kunst nichts mehr zu tun hat. Niemand wird uns weismachen, daß das *unkünstlerischste Volk der Erde* (die Juden) auf einmal begnadet sei, andere Völker mit seiner Kunst zu versorgen. Man kann die Kunst nicht trennen vom Blut, sie ist der Ausdruck der seelischen Empfindungen eines Volkes. Wie der Jude als hausierendes Element um die ganze Erde zigeunert, *so stiehlt er auch die Kunst zusammen*, um sie als jüdisches Erzeugnis auszugeben. Wie er politisch zersetzt, *wirkt er auch mit der Kunst zersetzend*. Was heißt denn Kunst? Ist etwa *das* Kunst, was [*wir*] jetzt im "Luitpoldblock"[4] ausgestellt sehen? Jene inneren Eingebungen, *die dem Zeichentalent eines Elfjährigen entsprechen?* Ist das Kunst? Kunst heißt Können, *und diese Menschen können gar nichts*. Und wenn sie an Stelle des Könnens ihr inneres Erleben setzen, so müssen wir sagen: Kunst ist inneres Erleben plus Können. Dieses innere Erleben der großen Meister war nichts anderes als der zusammengefaßte Spiegel des Erlebens des Volkes, aus dem sie stammten.

Kunst ist die nationalste Angelegenheit.

Darum *säubern* wir sie von jenem Einfluß, der versucht, sie auf *internationale Bahnen* zu drängen. Die Parteiwelt ist selbst gebunden an die Kräfte, die auch die Kunst sabotieren und zerstören

Ist doch die Parteiwelt nichts anderes als der Vollstrecker des Willens der internationalen Gesellschaft. Wenn Kunst und Künstler von diesem Terror erlöst werden wollen, müssen sie den Weg finden zur Bewegung, die als rein deutsche Bewegung auch für ihre Interessen eintritt. Es sei uns ein

heiliges Gelöbnis:

Die Periode Friedrich Eberts und Genossen wird am deutschen Volke vorübergehen wie nichts. *Die Herren haben nichts hinterlassen.* Bei ihnen kann man nicht sagen: Wenn Worte nicht mehr reden, dann werden die Steine sprechen, im Gegenteil, es reden nur Worte. Wir werden dafür sorgen, daß, wenn uns einst das Schicksal die Macht in die

---

4 Im "Luitpoldblock" (Briennerstr. 6-12) befand sich das Graphische Kabinett J. B. Neumann (Briennerstraße 10), das vorwiegend zeitgenössische Kunstwerke ausstellte. Vgl. Rupert Walser/Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. 1: München, München 1989, S. 266 ff. Welche Ausstellung damals gezeigt wurde, ist in der Chronik der Stadt München nicht verzeichnet.

Faust drückt, dann soll diese Macht nicht nur angewendet werden zur äußeren technischen und mechanischen Ausgestaltung unseres Lebens, sondern auch *zur Erziehung unseres inneren Menschen*, zur Errichtung jener Denkmäler, die große Epochen der Weltgeschichte brauchen, um der Nachwelt zu dokumentieren: das sind nicht nur mechanische Menschen gewesen, sondern auch Menschen mit heißem Willen und lebendigen Seelen, nach allen Richtungen hin vollkommen ausgeglichene Erscheinungen. *Dann ist die Zeit gekommen, in der die Erbärmlichkeit von jetzt überwunden ist und das deutsche Volk wieder eine deutsche Kunst erhalten hat.* Wir können nichts anderes tun, als den eisernen Willen fassen, der Welt den Krieg anzusagen, vor ihr nicht zu kapitulieren, sondern im Gegenteil *schimpft über uns, das ist unsere beste Rechtfertigung!* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

29. Januar 1928 Dok. 225
"Deutsche Not und unser Weg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Amberg [2]

Amberger Anzeiger vom 30.1.1928, "Adolf Hitler in Amberg" [3].

Er [*Hitler*] erklärte von vorneherein, daß er nicht zu aktuellen Tagesfragen Stellung nehmen werde, wie Staatsvereinfachung usw., die lediglich äußere Symptome von viel tiefer liegenden Ursachen seien, sondern daß er sich nur bemühen wolle, die innersten Beweggründe, welche Schicksals- und Weltanschauungsfragen seien, zu deuten. Nicht Klugheit in Entscheidung von einzelnen Tagesfragen, sondern das Festhalten an Grundprinzipien der gesamten Lebenshaltung entscheide ausschließlich über Leben und Geltung eines Volkes. Diese Lebenshaltung eines Volkes, gewachsen aus seinem natürlichen Selbsterhaltungs- und Forterhaltungstriebe, genährt aus seinem Blute und bestimmt durch die Verhältnisse von Volkszahl zum Lebensraum - ist Politik. Die Richtung dieser Politik, welche nach organisch gewachsenen Grundsätzen geschieht, die sich nie verändern und verändern dürfen, entscheidet über Leben und Sterben eines Volkes und seiner Einzelangehörigen. Denn hier gibt es nur ein Gesamtschicksal und keine Einzelexistenzen, die sich aus dem großen Zusammenhang reißen könnten.

Diese primitivste Grundwahrheit, der große geschichtliche Maßstab, ist unserer heutigen Politik verloren gegangen. An Stelle des uralten Lebensgesetzes, das immer und überall den Kampf, die brutale Stärke als treibendes Prinzip aufweist, ist heute die An-

1 Titel laut Amberger Anzeiger.

2 In der Stadthalle, von 15.30 bis 18.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Amberger Anzeiger etwa 1.000 (VB: 2.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Josef Hörmann geleitet.

3 Nachdruck: VB vom 3.2.1928, "Adolf Hitler in Amberg". Vgl. auch Amberger Tagblatt vom 30.1.1928, "Hitler in Amberg"; VB vom 31.1.1928, "Hitler in Amberg". Sowie Lagebericht Nr. 124/II der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.2.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

schauung des Pazifismus, der Weltverbrüderung, der Massenherrschaft getreten, die ein Volk notwendig dem Untergang preisgeben müssen. Bestimmend in der Führung eines Volkes ist immer nur der große Einzelne, von dem auch alle Erfindungen in Technik, Kunst, Wissenschaft ausgehen, niemals die Masse. Die Lebensfrage des deutschen Volkes ist heute wie schon so oft eine Raumfrage. Kein Volk der Erde ist gezwungen, bei einer so hohen Bevölkerungsdichte auf einem so geringen und kärglichen Raum zu leben. Der Sinn aller Politik kann nur darin bestehen, diesem 62-Millionenvolk genügenden Lebensraum zu schaffen, dann lösen sich alle anderen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. von selbst. Wir haben im Kriege zwei Millionen verloren. Heute verlieren wir an Auswanderern, an gewaltsamer Geburteneinschränkung, durch Selbstmorde jährlich 800.000 Menschen. Eine Zahl, die deutlich genug unsere Not zeigt und die ungeheure Gefahr, in der wir als ehemaliges Volk von Weltgeltung schweben.

Aus der Erkenntnis dieser Not heraus ist die nationalsozialistische Bewegung entstanden, die, wie schon der Name sagt, eine Verschmelzung sowohl des nationalen wie des sozialen Gedankens, von Geist und Faust anstrebt und im wesentlichen 3 Grundprinzipien kennt. Als erstes ein fanatisches Deutschtum, gewachsen aus Bluts- und Geschichtsbewußtsein, als zweites das Persönlichkeits- und Führerideal, als drittes, die Loslösung von der weichlichen pazifistischen Politik und Rückkehr zu den Gesetzen der harten Selbsterhaltung, die Gewinnung von Deutschlands Freiheit als Voraussetzung für alles innere Glück. [...] [4] Er [*Hitler*] schloß mit dem Ausdruck der Gewißheit, daß die Bewegung sich durchsetzen werde, weil sie notwendig ist. [5]

4 Folgt Kommentar über die Rede.
5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. Februar 1928 Dok. 226
Anordnung

VB vom 8.2.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Ich ernenne hiermit den Pg. Wilhelm *Murr*[1] in Eßlingen (W[*ür*]tt[*em*]b[*er*]g), Alleenstr. 13, zum Führer des Gaues Württemberg.
München, den 1. Februar 1928

gez. *Adolf Hitler*

1. Februar 1928 Dok. 227
Anordnung

VB vom 8.2.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Ich ernenne hiermit den Pg. Dr. Karl *Fritsch*[1] in Plauen i. V. zum stellvertretenden Gauführer von Sachsen.
München, den 1. Februar 1928

gez. *Adolf Hitler*

1. Februar 1928 Dok. 228
Anordnung

VB vom 8.2.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Nachdem Pg. Dr. *Schultz*, Kassel-Wilhelmshöhe, wegen Fortdauer der Gründe, die zur Erteilung der Beurlaubung am 20. August 1927[1] geführt haben, um endgültige Enthe-

1 Wilhelm Murr (1888-1945), kaufmännischer Angestellter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1928-1945 Gauleiter von Württemberg, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1933 Staatspräsident, Innen- und Wirtschaftsminister von Württemberg, 1933-1945 Reichsstatthalter von Württemberg, 1945 Selbstmord.

1 Karl Fritsch (1901-1944), Volkswirt, Dr. rer. pol., 1919 Mitglied im Freikorps Epp, 1920 Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Schriftleiter der NS-Zeitung "Der Streiter", 1927 NSDAP-Geschäftsführer des Gaues Sachsen, 1928 stellv. Gauleiter von Sachsen, 1929-1933 MdL in Sachsen, 1930 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Sächs. Landtag, 1933 sächs. Innenminister, 1938-1944 stellv. Reichsstatthalter von Sachsen.

1 Vgl. Dok. 171.

bung von seinem Posten als Führer des Gaues Hessen-Nassau-Nord gebeten hat, genehmige ich hiermit diese Bitte und spreche dem Pg. Dr. *Schultz* für die opferwillige und erfolgreiche Leitung des Gaues meinen herzlichsten Dank aus.

München, den 1. Februar 1928

gez. *Adolf Hitler*

1. Februar 1928 Dok. 229
Anordnung

VB vom 8.2.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Ich ernenne hiermit den Pg. Karl *Weinrich*, Kassel, Jordanstraße 18/III, zum Führer des Gaues Hessen-Nassau-Nord [1].

München, den 1. Februar 1928

gez. *Adolf Hitler*

1. Februar 1928 Dok. 230
"Die deutsche Not und unser Weg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Holzkirchen [2]

Miesbacher Anzeiger vom 3.2.1928, "Ein großer Erfolg Hitlers in Holzkirchen" [3].

Adolf Hitler wies vor allem die großen Linien der Politik, die heute vom Vordrängen der Tagesfragen zum Schaden des Volkslebens verwirrt und verdunkelt werden. Der *Krankheitsherd* muß aufgesucht werden, dann wird auch eine Besserung kommen. Streit über Tagesfragen und äußere Maßnahmen können ein innerlich krankes Volk nicht heilen.

In sachlich scharfer, aber kernhafter deutscher Art entwickelte Hitler
die Grundgedanken der nationalsozialistischen Idee.

---

1 Vgl. Dok. 171.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 31.1. und 1.2.1928.
2 Im Oberbräusaal, nach 20.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Miesbacher Anzeiger überfüllt war, wurde von Pg. Weinreich geleitet. Hitler soll über zwei Stunden gesprochen haben.
3 Nachdruck: VB vom 5./6.2.1928, "Ein großer Erfolg Hitlers in Holzkirchen". Vgl. auch Oberbayerischer Gebirgsbote vom 3.2.1928, "Von Eisner zu Hitler"; VB vom 3.2.1928, "Adolf Hitler im bayerischen Oberlande".

Ebensowenig wie die Tagesfragen ist das Schicksal des einzelnen entscheidend. Aus dem gesamten Volks-Schicksal ergibt sich auch das Schicksal des einzelnen. Wenn ein Volk vor dem Zusammenbruch steht, ist es irrig zu glauben, man werde es schon aushalten und selber übrigbleiben. Beispiele dafür sind nicht nur Stinnes und Krupp[4], die zusammenbrachen und zur Bank um Darlehen betteln gehen mußten, sondern auch alle die Bauern, die mit einer Hypothek beginnen und dann langsam von der internationalen Finanz verschlungen werden. Die Geschichte beweist es, daß in Zeiten von Deutschlands Größe auch die Wirtschaft blühte; brach der Staat zusammen, litt das ganze Volk. Erst mit dem Werden eines neuen Staatsgedankens wird auch der Aufstieg der Wirtschaft eingeleitet. Auch das örtliche Schicksal ist nicht entscheidend, wo die Welt heute in Kontinenten regiert wird.

Beim Auftauchen neuer Ideen und Bewegungen hat man die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Neuen nicht zu beurteilen nach der augenblicklichen Durchführbarkeit, sondern nach der *Güte der Grundsätze*. Auch nicht nach den Menschen. Es gibt so manche, die sich dann bei einer idealen Bewegung einstellen, wenn es Einkommen oder Vermögen zu verteilen gibt. Man muß weiter denken. Und vor allem daran, ob diese Idee, wenn sie auf die Dauer wirkt, aufbauend oder vernichtend ist. Die heutige Steuergesetzgebung ist ein Beispiel. Wenn man sie heute betreiben kann, so ist dies möglich, weil eine Substanz vorhanden ist. Wenn man sie aber schon seit 100 Jahren triebe, wäre auch keine Substanz mehr vorhanden, und die Steuergesetzgebung wäre unmöglich. Wertvoller als die materielle Substanz ist *der Mensch* im Völkerleben. Auch hier kann man Raubbau treiben. Aber dann darf man sich nicht wundern, wenn kein Nationalgefühl und kein Stolz auf das Vaterland aufkommt, wenn die Menschen in Elend und Not ihr Leben weiterschleppen müssen.

Die nationalsozialistische Weltanschauung

ist der Unterbau des Bestehens der Bewegung. Weltanschauung ist ja die bestimmte Norm für die Prüfung des Bestehenden und für die Durchführung des Lebenskampfes. Läßt man sich dabei von Grundsätzen lenken, wie sie in der Natur bestehen, so wird man auch gegenüber dem heute herrschenden Intellekt den gesunden Instinkt wiederfinden, den der Bauer und einfache Mann heute noch hat, den aber die intellektuelle (rein vernünftige und sogen. geistige) Gesellschaft verloren hat und dadurch einer unseligen Begriffsverwirrung verfallen ist.

In glänzender Form zeichnete Hitler das Wirken der Natur, die in gigantischen Katastrophen den Irrsinn des Pazifismus beweist und die Auslese unter den Besten trifft. Der *Arier als Kulturträger,* als begnadeter Erfinder, fand eingehende Würdigung. Scharf umriß der blendende Redner die Grundideen seiner Weltanschauung. Dem herrschenden *Pazifismus*, der Humanitätsduselei, stellt er die *Notwendigkeit des Kampfes um die Existenz* entgegen, der *Demokratie* und dem Gefasel von der Gleichheit aller Völker die

---

4 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870-1950), Großindustrieller, 1893 Dr. jur., 1897 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1899-1906 Legationsrat in Washington, Peking und beim Vatikan, 1906 Heirat mit Bertha Krupp, Alleinerbin des Kruppschen Besitzes, und Übernahme der Leitung der Krupp-Werke, 1909-1943 Aufsichtsratsvorsitzender des Krupp-Unternehmens, 1910-1933 Mitglied des Preuß. Herrenhauses bzw. Preuß. Staatsrats, 1924 Präsident des Aufsichtsrates der Bank für Deutsche Industrieobligationen, 1931-1934 Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Behauptung von dem *Wert der Rassen*, die ihre Lebensberechtigung im Blute tragen, und schließlich der marxistischen Behauptung von der *Gleichheit aller Menschen* die Betonung des *Persönlichkeitswertes*. Nicht die Menschheit als Ganzes und auch nicht ein Volk als solches hat den gegenwärtigen Stand aus sich als Masse erringen können. Immer war es das Werk einzelner großer Köpfe, die erst der Masse den Weg nach oben öffneten. Und es ist ein Glück für ein Volk, wenn ihm von Zeit zu Zeit große Männer gegeben werden.

Für unser Volk bleibt als *Ausweg aus der Not* nur das Zurückfinden zu einer solch natürlichen Weltanschauung und damit der Kampf um den Lebensraum. Der Weg über die Wirtschaft allein führt uns nicht aus der Not heraus, weil ja auch die Träger der Wirtschaft in einer falschen Weltanschauung leben, die von den Begriffen Demokratie, Pazifismus und Marxismus gekennzeichnet ist.

Nach einer dringenden scharfen Mahnung an das deutsche Bürgertum, sich des deutschen Arbeiters mehr als bisher zu erinnern und zum echten Nationalismus auch den gesunden natürlichen Sozialismus zu paaren, schloß Hitler sein glänzendes Referat. [5]

5. Februar 1928 Dok. 231
"Ein Kampf um Deutschlands Freiheit" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kulmbach [2]

Kulmbacher Tagblatt vom 7.2.1928, "Adolf Hitler in Kulmbach" [3].

Adolf Hitler ging davon aus, daß heute in der Welt so wenig Zufriedenheit herrsche. Kein Beruf, kein Stand, keine Volksklasse seit heute restlos zufrieden. Er erinnerte an die Bauernproteste in Hessen, in der letzten Zeit in Mecklenburg und Schleswig und an

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Ergänzend berichtet der Oberbayerische Gebirgsbote: Hitler faßt "das Glaubensbekenntnis der Nationalsozialisten in folgende drei Sätze zusammen: 'Die heutige Welt ist pazifistisch - wir glauben an den Kampf. Die heutige Welt ist international - wir glauben an den Wert des Blutes. Die heutige Welt ist demokratisch - wir glauben an den Wert der Person.'"

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 31.1., 1.2., 2.2., 4.2. und 5./6.2.1928.

2 In der Turnhalle der Realschule, von 20.20 bis 23.20 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Fritz Schuberth geleitet und von Hans Schemm, dem NSDAP-Bezirksleiter von Oberfranken, mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. auch Bayerische Rundschau vom 6.2.1928, "Hitler in Kulmbach"; Bayerische Rundschau vom 7.2.1928, "Ein Vortrag Adolf Hitlers in Kulmbach"; VB vom 7.2.1928, "Adolf Hitler in Kulmbach"; VB vom 9.2.1928, "Adolf Hitler über den Kampf um Deutschlands Freiheit"; VB vom 12./13.2.1928, "Hitlerrede und Presse" (Auszüge aus Kulmbacher Tagblatt, Bayerische Rundschau). Sowie Bericht des Bezirksamts Kulmbach an Regierung von Oberfranken vom 13.2.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740.

die von 25.000 thüringischen Bauern in Rudolstadt [4]. Es herrsche Empörung auf allen Seiten. Kein Stand, keine Partei halte, was sie vorgegeben haben. Warum? Der einzelne erwarte bei Versammlungen von den Rednern immer von dem zu hören, was ihm Sorge bereite. Viele Versammlungsbesucher würden am liebsten sehen, wenn die Reden über Tagesfragen *die* Antwort auf die sie beschäftigenden Fragen enthalten, die sie sich selbst wünschen. Aber durch endlose Versprechungen allein werde der Zufriedenheit suchende einzelne nicht zufrieden. Deutlich haben das die Wahlen immer wieder bewiesen. Hitler wolle deshalb nicht um die Gunst der Versammlung werben, sondern nur die Wahrheit sagen, selbst auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen. Denn Wahrheiten werden vielfach auf das schwerste bekämpft, weil sie Hoffnungen zerstören. Die Lösung solcher Tagesfragen geschehe aber nach den verschiedenen Gesichtspunkten, vorausgesetzt, daß ein Volk sie logisch zu lösen imstande und nicht im Denken erkrankt sei. Er erinnerte dabei an die deutsche *Länderkonferenz* [5], von der weiteste Kreise die kühnsten Hoffnungen in bezug auf den deutschen Machtstandpunkt und die Vereinfachung des Staates hegten. Acht Tage lang beschäftigte sich die deutsche Nation damit; ein *Nichts* war das Ergebnis. Laut *Versailler Friedensvertrag* dienen die *Einnahmen des Deutschen Reiches in erster Linie für die Reparationen.* Es wäre also ein Trugschluß, wollte man von einer etwaigen Einsparung in der Verwaltung eine Ermäßigung der drückenden Steuerlasten erhoffen. Die Einnahmen des Reiches beruhen in der Hauptsache nur auf *Pump* durch den Dawes-Vertrag, für den wir *2,7 Milliarden Goldmark je Jahr zu zahlen* haben. Alle Teilbeträge, die seither geleistet wurden, konnten nur durch Aufnahme neuer Anleihen geleistet werden. Das Pumpen aber müsse einmal notgedrungen aufhören, und dann werde die ganze Unzulänglichkeit des heutigen Regimes offenbar werden. Wie oft werde das Volk mit den sogenannten *Tagesfragen* zur Wahlurne getrieben. Aber nicht durch neue Männer in den Parlamenten würden diese gelöst, sondern man müsse die Krankheit am deutschen Volkskörper, nämlich die unrichtige politische Weltanschauung der großen Masse, erkennen, um den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen zu können. Die Lösung von Tagesfragen sei bestimmt durch Kenntnis oder Unkenntnis des einzelnen. Das politische Leben sei [*so*] kompliziert, daß sich viele, die daran teilnehmen, vor lauter Paragraphen sich nicht auskennen, daß sie sich betätigen, ohne die richtigen Grundlagen hierfür zu besitzen. Die große Masse habe keinen zutreffenden Blick für die Lebensgesetze, auf denen das Volk existieren kann. Ein Volk aber, das zum Sklavenvolk herabgesunken sei, könne sich nicht korrigieren durch Stellungnahme zu Tagesfragen, sondern nur durch Umgestaltung seiner Grundlagen. Erst durch [*sic!*]

4 Vgl. Jürgen Bergmann/Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924-1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen Bergmann u. a., Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 221 ff.

5 Gemeint ist die von der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder gebildete Länderkonferenz zur Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform, die erstmals vom 16. bis 18.1.1928 in Berlin getagt hatte. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Reichsreform. Der eingesetzte Verfassungsausschuß tagte von 1928 bis 1930 insgesamt fünf Mal. Vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 117 ff.

die Versuche, das politische Leben der Tagesfragen zu entkleiden und die nach Prüfung der Verhältnisse gewonnenen Gesichtspunkte einzuhalten, führen zum Ziel.

Der Redner ging nun auf vier Punkte ein, die dazu nötig sind. 1. *Über die Tagesfragen hinweg müsse vor allem das Einzelschicksal* in den Kreis der Betrachtung gezogen werden, denn das Schicksal des einzelnen mache das Wohlergehen der gesamten Nation aus. Und wenn es einer Nation wohlergehe, so gehe es umgekehrt auch jedem einzelnen gut. Von der Schicksalsgemeinschaft könne sich niemand ausschließen. 2. *Das Schicksal Deutschlands auf Grund seiner räumlichen Ausdehnung und seiner Bevölkerungszahl bestimmen zu wollen,* halte er für ausgeschlossen. Deutschland, dieses zerfetzte Fleckchen Erde, über das ein Flugzeug in kaum 4 Stunden zu fliegen in der Lage sei, könne mit anderen Staaten nicht mehr konkurrieren. Es sei deshalb auch Wahnwitz, wenn einzelne Länder, Städte und Gemeinden glaubten, sich aus der allgemeinen Not und dem Niedergang herauswinden zu können. Auch in dieser Beziehung sei allen das gleiche Schicksal beschieden. 3. *Politische Faktoren prüfen, nicht vom Standpunkt der Person, sondern der Systeme aus.* Jede Bewegung, die in der Lage sei, die Fahne des Sieges aufzuziehen, sei ebenso wie jede Partei der Gefahr ausgesetzt, daß sich in den zuströmenden Anhang auch unlautere Elemente einmischen. Deshalb sei jedoch die Bewegung und ihre Kämpfer noch lange nicht zu verurteilen. Die Idee und der ihr innewohnende Geist seien maßgebend. Stelle sich heraus, daß diese Idee die richtige sei, so werde sie sich allen Widerwärtigkeiten zum Trotz behaupten und durchsetzen. Die Idee aber, die sich, wie die marxistische, als unrichtig und undurchführbar erwiesen habe, sei abzulehnen und über Bord zu werfen. 4. *Die Richtigkeit eines Systems ist daran erkennbar, daß sie sich bewährt und seit Jahren behauptet habe.* Wenn unsere Vorfahren beispielsweise auf unsern heutigen Steuerideen aufgebaut hätten und nicht so sparsam gewesen wären, hätte man während der letzten Jahre nicht von der Substanz zehren können. Unter Substanz seien nicht nur die wirtschaftlichen Reserven, sondern auch die Bevölkerungsreserven zu verstehen. Wehe, wenn ein Volk Generationen hindurch einer Methode huldigt, die es verkommen und degenerieren lasse. Der Redner gebrauchte dabei das sinnfällige Beispiel eines Trinkers und die 12stündige Arbeitszeit. So wurde, fuhr er fort, an der deutschen Substanz unzählige Male gesündigt. Wehe dem, der um die Masse buhlt, wie es der Marxismus tut, und nicht das Volk wieder zu den alten Quellen seiner Kraft zurückführt. Der Redner setzte sich nun mit dem Begriff *Politik* auseinander und griff von den vielen Antworten auf die Frage: "Was ist Politik" zwei heraus, die sich ergänzen. Die erste von Clausewitz heiße: *Krieg* ist die Fortsetzung der Politik, wenn auch mit anderen Waffen, und die von Clemenceau, die laute, *Politik* ist die Fortsetzung des Krieges, wenn auch mit anderen Waffen. Und die dritte Antwort lautete nach Ansicht Friedrichs des Großen: Politik ist die Kunst, einem Volk und Staat mit allen Mitteln zu nützen; Politik sei die Aufgabe, den Lebenskampf eines Volkes zu ermöglichen. Warum aber Lebenskampf? Der Mensch wisse nicht, warum er lebe. Selbst Philosophie und Religion können ihn nur bedingt befriedigen. Eine befriedigende Erklärung für dieses Warum gebe es nicht. Und doch klammere sich jede Kreatur mit einer Zähigkeit sondergleichen an dieses Leben. Zwei Triebe seien es, die das Leben beherrschen. Keiner sei darüber erhaben. Je höher aber ein Wesen stehe, um so mehr

verzichte es auf das Leben, je tiefer es stehe, desto mehr hänge es am Leben. Das Leben aber sei Kampf. Im Kampfe um die Nahrung sterbe der eine, der andere lebe, und Clausewitz habe recht, wenn er sage: "Der Vater aller Dinge ist der Kampf." Derselbe ziehe sich zwischen Natur und Menschen immer hindurch, und wenn wir fragen, ob die Menschen die Herren der Natur seien, so erhalten wir von den Naturgewalten wie Erdbeben, Überschwemmungen u[*nd*] dergl[*eichen*] die Antwort. Zum Herrn anderer Lebewesen wurde der Mensch durch Kampf, denn Humanität im heutigen Leben kenne die Erde nicht. Habe er ein Recht dazu? Zweierlei Recht von Auffassung [*sic!*] gäbe es: Dein Recht und das Recht der Natur. Das Schwächere müsse sterben, die Erde sei nur für Gesunde, und nur sie hätten das Recht zum Leben. In dem Augenblick, da ein Volk unterlegen ist, sei auch ihm recht geschehen, denn Kampf ist die Grundlage alles Sterbens, aber auch - alles Höhersteigens. Kein Rekord werde erreicht ohne Anstrengung. Wer in hartem Lebenskampfe sich durchgerungen habe, würde die Welt besitzen, während der, dem es vielleicht zuerst gut ging, dann aber unterlegen sei, zu dessen Knecht werde. Weltanschauung aber, die glaube, den Kampf ablehnen zu können, habe keine Berechtigung zum Leben, nach den bekannten Worten Theodor Körners [6]: "Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie kann Euch das Leben gewonnen sein." Wenn ein Volk diesen Standpunkt begriffen habe, werde es eine richtige Antwort finden. Was aber sei notwendig zum Kampf? Nicht der einzelne, sondern die Gesamtheit sei ausschlaggebend, der einzelne müsse sein Opfer für die Gesamtheit bringen. Die *Rassenfrage* wird von Hitler nun in trefflicher Weise behandelt, indem er zunächst fragt, ob alle Menschen gleiche Wesen seien. Er kommt zu der Antwort, daß dem nicht so sei. Kategorien erheben sich stufenweise über den andern, nicht der Sammelbegriff Mensch gelangt zum Ziel, sondern einige Stämme. Art um Art entwickele ihre Fähigkeiten und steige empor im Kampf, bis eine ganze Rassengemeinschaft der Erde ihren Stempel aufdrücke. Die Menschen seien nicht gleich. Aber warum nicht? Besonders innerlich nicht in ihrem geistigen Schaffen und Wirken und äußerlich nicht in der Art ihrer Beschaffenheit. So seien die Erfindungen auf allen wichtigen Gebieten, z. B. des Flugwesens, der Elektrotechnik, des Motors usw. usw. alles Werke von Ariern. Die Deutschen dürfen stolz sein auf ihre Wissenschaft, auf ihre Kultur und Musik usw., denn unschätzbar seien die Werke, die Deutschland der ganzen Welt geschenkt habe, weil eben doch die Musik eines Strauß [7] grundverschieden von einer Jazzband-Musik ist. Die Menschen gleichen sich sowohl äußerlich wie innerlich nicht. Wenn der Kampf der Vater aller Dinge sei, so seien doch die Auswirkungen dieses Ringens nicht gleich. Nicht die Menschheit aber, die sich den Kampf angeeignet hat, ist die Trägerin des Fortschritts, sondern die Persönlichkeit, wie in der Welt die Rasse. Auch innerhalb eines Volkes seien die Menschen nicht gleich. Im äußeren wohl in großen Linien, doch nicht im geistigen Wirken. Der Begründer aller Kultur ist der einzelne Mensch, die Persönlichkeit. Der Fortschritt der Menschheit ist das Schaffen der einzelnen Persönlichkeit. Der Wunsch sei frei, die Erfüllung

---

6 Richtig: Friedrich Schiller, Wallensteins Lager, 11. Auftritt.

7 Hitler schätzte Opern- und Operettenmusik, z. B. einige Opern von Richard Strauss und "Die Fledermaus" von Johann Strauß. Vgl. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1963, S. 65.

aber bedingt, und zwar müsse die Volksgemeinschaft richtig organisiert sein, weil der Wert jedes einzelnen in seinem Blute liege und der Wert des Staates in den Köpfen seiner Führer. Ein Volk, das diese besitze, werde den Schicksalskampf bestehen, was schon im Selbsterhaltungstrieb begründet liege. Sei seine Zahl über den Raum hinausgewachsen, dann müsse es Wege suchen, wie ein *gesundes Verhältnis zwischen Grund und Boden und Volkszahl* möglich sei. Die Politik hat einem Volk die Grundflächen zu sichern, deren es im Lebenskampf unbedingt bedarf. Der eine Weg sei, den Grund an die Volkszahl anzupassen, also den Raum zu vermehren und Ausbreitungsmöglichkeit zu schaffen, denn der Geborene fühle das Recht zum Leben. Das sei der Imperialismus, der jedem Menschen, jedem Vater innewohne; denn jeder Vater sei dem Jungen gegenüber Imperialist. So könne also der Ausgleich in mehr Grundforderungen bestehen. Vergleiche stellte der Redner dabei an, daß das große Rußland mit seiner verhältnismäßig kleinen Einwohnerzahl gegenüber dem beschränkten deutschen Grund und Boden mit seiner dichten Bevölkerung ein Unding sei. Das Areal sei nicht vom Himmel ausgeteilt, sondern die Menschen hätten es sich geholt. Es heiße nicht nur: "Bete", sondern auch "und arbeite" und diese *Arbeit sei ein dauernder Kampf*. Sein bestelltes Feld müsse der Mensch gegen Mäuse und sonstige Schädlinge, gegen Tiere und Nebenmenschen verteidigen. Im Völkerleben gibt es kein: "Es gehört mir ewig." Unsere Vorfahren haben sich neue Wege gesucht, ihren Lebenskampf zu befriedigen und kamen bis vor die Tore Roms. Entweder es gelte auf beschränktem Grund und Boden der *Natur ihr Recht zu lassen*, oder *auszuwandern* oder *die Geburten einzuschränken*. Die Natur sei mitleidlos mit dem einzelnen, aber mitleidig mit der Gesamtheit. Die Auswanderer seien die Begründer der Kolonialgebiete und befruchten als die Stärksten und Entschlossensten die Welt. Indem man eigenes Volksgut in fremde Staatsgewalt gibt, helfe man den anderen Staaten durch unser gutes Menschenmaterial am Vorwärtskommen, während das eigene Land und Volk dadurch immer mehr an seinem inneren Wert verliert. Das Gleiche wäre bei der Selbstbeschränkung der Fall, denn die Natur lasse sich nicht strafen, und mit dem Verzicht auf mehr Nachkommen sei der Schicksalskampf schon entschieden; denn gerade unter denen, die nicht zum Leben kommen, könne ein bedeutender Führer des Volkes, ein Erfinder oder Entdecker sein. Ein Verzicht aber auf die bedeutendsten Köpfe bedeute den Verzicht auf den Sieg im Schicksalskampf der Völker. Wer sich seinen Verpflichtungen, Grund und Boden für die Nachkommen zu schaffen, entzieht, beschönigt damit seinen Egoismus. Wie grundverschieden ist doch in der deutschen Geschichte die größte geistige Revolution mit [*sic!*] der letzten, die nur den Schlamm an die Oberfläche gespült habe. Ein dritter Weg sei die Wirtschaft. Steigerung der Produktion ist der Notruf für ein Volk, das sich auf eigenem Grund und Boden nicht mehr zu ernähren vermag. Die Produktion zu steigern sei aber nicht so schwer, als für die gesteigerte Produktion Käufer zu finden. Das eigentliche Problem sei also die Steigerung des Verkaufs, des Absatzes. Deutschland sei ein Staat in Europa, wie es deren dort noch vier gäbe. Die Not sei in England beispielsweise wie in Deutschland. Deutschland hat immer Wert darauf gelegt, seine Landwirtschaft zu heben; England dagegen habe sich immer nur bemüht, sich Rohstoff- und Absatzgebiete zu sichern. Mit welchem Volk es in Beziehung trete, ob dieses Kultur besitze oder nicht, sei ihm völlig gleichgültig; die Haupt-

sache sei, daß man verkaufen könne. Bahnen beispielsweise, die es baute, baute es nicht aus innerem Gefühl für dieses Volk, sondern für sich; im Gegensatz zu Deutschland, das immer bestrebt war, Zivilisation unter die Bevölkerung seiner Kolonien zu bringen. Wir haben die Früchte geerntet. Der steigende Absatz der deutschen Waren war dem Engländer ein Dorn im Auge; nachdem die aufgerichteten Schutzzölle ihre Wirkungen nicht taten, und auch der beabsichtigte Boykott der deutschen Waren versagte, entschloß sich nun England zum Kampf auf Leben und Tod. Deutschland mußte billiger verkaufen, um im Ausland ins Geschäft zu kommen; es mußte dann noch bessere Waren liefern, um seinen Weltabsatz zu vermehren. Und als alles nichts half, kam der Kampf, der 50 Millionen Menschen um ihren Absatz brachte; hätten wir gesiegt, wäre es umgekehrt. Auch die Wirtschaft könne uns nicht mehr retten. Die deutsche Industrie sei gezwungen zu experimentieren. Krupp stellte beispielsweise schon drei bis viermal um und mit ihm noch viele andere. Wir sind international verschuldet. Will man also einem Volk diesen Daseinskampf ermöglichen, dann gebrauche man die Macht, auf die man sich stützen könne. Deutschland sei wirtschaftlich vollkommen zusammengebrochen. Unmöglich sei es, das deutsche Volk auf seinem Grund und Boden zu ernähren. Eine Schätzung der Lebensmöglichkeit nach dem Einkommen sei Wahnwitz. Die Verschiedenheit des Kapitals sei unsere Not, sage der Marxist. Nicht das 60-millionenfache mal das Eine bringe die Rettung. Auch nicht die Kommunalisierung des Lebens, wie uns die Organisation der Kriegswirtschaft zeigte, sondern 400.000 Quadratmeter [8] mehr Weizenboden hätte uns während des Krieges mehr genützt, als alle Kriegswirtschaft. Das Leben wurzelt nicht in Theorien, sondern im Grund und Boden. Wie aber lasse sich das Schicksal der Gesamtheit bessern? Die Lebenszukunft unseres Volkes sei trostlos. Lohnerhöhungen machten es nicht. Wir waren schon einmal Milliardäre und haben doch nichts zum Leben gehabt. Das sei der marxistische Betrug. Als *Kämpfer seines Volkes* gelte es sich zu fühlen, als Sozialist hinzutreten vor die Welt und zu rufen: *Wir wollen keine Gnade, sondern unser Recht, das wir in unseren Fäusten und Gehirnen haben!* Darin ruhe der Wert des Volkes an sich, Wert seiner Persönlichkeiten, seine Kampfentschlossenheit und sein Selbsterhaltungstrieb.

Wir können heute nicht mehr stolz auf uns sein, denn wir seien international. Unser Blut sei nicht mehr rein, sondern verbastardiert. Solange der internationale Jude alles zersetze, werde die Persönlichkeit nicht geschätzt. Aus dem sogen. bürgerlichen Lager hing man dem Prinzip der Demokratie an, d. h. nicht der Geist, sondern die Zahl, nicht die Energie, sondern die Massen entscheiden. Jeder glaube seinem Volk Führer sein zu können, die Früchte sehe man, wenn man einen Blick auf die Parlamente der Länder oder des Reiches richte. Die Majorität, die entscheidet, macht keine Erfindung. Autorität vielmehr sei es, die zum Erfolg führt, auf ihr müsse die innere Organisation aufgebaut sein. Das Prinzip der Demokratie sei dem Verfall unterworfen. Bismarck habe das Reich nicht mit Parlamenten gegründet, sondern mit 11 Personen, die seinen Plänen zustimmten, während die übrigen Volksvertreter sich alle ablehnend verhielten. Wehe dem Volk, das die Persönlichkeit nicht mehr begreift. Auch der Marxist wird mit dem Umstürzen von Denkmälern nicht helfen. Und auch der so viel gepriesene Mittelweg

8 Muß heißen: Quadratkilometer.

zwischen rechts und links werde der Masse nicht die erhoffte Rettung bringen. Die Weltgeschichte werde nicht durch Mittelwege gemacht, sondern durch entschiedenen Kampf. Die Geschichte kenne keine Halbheiten. Auch die vielen, die dem Pazifismus das Wort redeten, seien auf falschem Wege, denn der Pazifismus sei in seinen letzten Auswirkungen nichts anderes als der Marxismus. Die nationalsozialistische Bewegung sei gegenteilig eingestellt: nicht international; der Gedanke alles Seins liege seiner Überzeugung im Blute. Die Nationalsozialisten bauen den Staat auf den Wert der Persönlichkeit auf. Auf dem Führer beruhe das Heil, das Volk müsse durch seine geistvollsten Söhne regiert werden. Der Pazifismus müsse bekämpft werden. Etwas, das nicht auf dem Kampfgedanken aufgebaut sei, habe keinen Wert. Erst die Heimat, dann die Welt. Das deutsche Volk, das der Welt die größten Geister gegeben habe, habe nicht notwendig, um fremde Gunst zu buhlen. Denken und Handeln müssen auf gesunder Grundbasis stehen.

Acht Jahre seien nun vergangen. Manchmal habe die große Welt über die kleine Schar der Nationalsozialisten gelächelt. Und doch lag auch der erste Keim aller Riesenreiche in dem kleinen Anfang begründet. Die Nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Partei trage deshalb den guten Glauben in sich, daß sie sich auf dem rechten Weg befinde. Trotzdem die nationalsozialistische Bewegung verfolgt und ihre Versammlungen verboten worden seien, sei sie gewachsen. Die Wahrheit werde siegen. Im Glauben liege der Erfolg. Bürger und Arbeiter werden dann die Freiheit erhalten. Deutschland werde der Boden seiner Söhne werden. [9]

12. Februar 1928 Dok. 232
"Der Weg zur Freiheit" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Freising [2]

Freisinger Tagblatt vom 14.2.1928, "Hitler-Versammlung".

In dreistündiger, ununterbrochener, teilweise sehr temperamentvoller Rede entwickelte Hitler seine persönlichen Auffassungen über Völkerpolitik im allgemeinen und richtige politische Führung eines Volkes im einzelnen. Längere Zeit behandelte er das Problem des Kampfes aller Lebewesen um ihre Existenz und Forterhaltung. Der breiten Masse des deutschen Volkes sprach er jegliches politisches Denkvermögen ab, verurteilte aufs schärfste das demokratische Staatssystem und bezeichnete als das *Ideal* und die einzig richtige Form einer *politischen Staatsführung* die *Autokratie*. Da alles Große im politi-

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 10.2., 11.2. und 12./13.2.1928 und im Freisinger Tagblatt vom 10.2. und 12.1.1928.

2 Im Kolosseumssaal, von 15.00 bis 18.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde laut Freisinger Tagblatt von "zahlreichen Hörern aus allen Schichten der Bevölkerung" besucht.

schen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Völker nur durch die besonderen Fähigkeiten einzelner Köpfe erreicht worden sei, sei eine Majoritätsherrschaft, wie sie im Sinne einer demokratischen Staatsform begründet liege, aufs schärfste zu verurteilen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. [3]

16. Februar 1928 Dok. 233
"Über Wahlkampf oder Schicksalskampf" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [2]

Hamburger Nachrichten vom 17.2.1928, "Hitler über die Demokratie" [3].

Aus seinen Ausführungen schälte er [*Hitler*] für die Erkenntnis der politischen Not vier Grundsätze heraus. Es handelt sich: 1. *nicht* um das *Schicksal des einzelnen*, sondern um das der Gesamtheit, deren Schicksal das des einzelnen bestimmt; 2. nicht um das *Schicksal* eines Ortes oder Landes, sondern das *des Reiches*, das für die Nation zu klein ist; alle Besserungsversuche am einzelnen können das nicht ändern. 3. Es ist falsch, den einzelnen als wesentlich bestimmend anzusehen, sondern es ist zu entscheiden, ob das System gut oder schlecht ist. 4. Bei Prüfung der Idee des Systems handelt es sich nicht um einen begrenzten Zeitbegriff, sondern um die Entscheidung der Frage, wie die Idee sich in der Zukunft für das Volk auswirkt.

An diesen vier Grundsätzen legte Hitler, durch zahlreiche Beispiele seinen Ausführungen Nachdruck verleihend, dar, daß die Demokratie nicht geeignet sei, die politische Lage des deutschen Volkes zu bessern. Pazifismus und Marxismus ertöten im Verein mit der Demokratie, die nur zu Zeiten des Verfalls blühte, den gesunden Selbsterhaltungstrieb des Volkes. Verantwortungsbewußte Männer müssen ihren Standpunkt auch dem Volke aufzwingen können. Nicht Mehrheitsbeschlüsse bestimmen das Schicksal eines Volkes, es muß von seinem eigenen Wert überzeugt sein und *wissen, daß nicht alle Menschen gleich sind.* Wie in der Natur, so ist auch im Schicksal der Völker das Recht auf der Seite des Starken. Das Recht der Gleichheit ist ein Recht des Blutes und der Gesinnung. In der Demokratie regiert nicht der Mann mit dem Stimmzettel, sondern der Un-

---

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Plakatanschlag; StA Hamburg, Plankammer 224, Bürgerschaftswahl 1928.
2 Im großen Saal in "Sagebiel's Etablissement", nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl am 19.2.1928 stattfand, wurde laut Polizeibericht von "einer außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft" besucht. Hitler sprach 2 1/2 Stunden.
3 Nachdruck: VB vom 24.2.1928, "Adolf Hitler über die Demokratie". Vgl. auch Hamburger Fremdenblatt vom 17.2.1928, "Eine Hitler-Versammlung"; Hamburgischer Correspondent vom 17.2.1928, "Hitler bei Sagebiel"; VB vom 18.2.1928, "Hitler in Hamburg"; VB vom 24.2.1928, "Adolf Hitler über die Demokratie" (Nachdruck aus Hamburger Nachrichten, Mittags-Blatt und Hamburger Fremdenblatt). Sowie Lagebericht Nr. 1 der Zentralpolizeistelle Hamburg vom 29.2.1928; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1590/260.

verstand des Parlaments mit seinem Mehrheitsbeschluß, der ein Herumdrücken um jede Verantwortung gewährleistet. Die Demokratie hat vor nichts mehr Angst, als vor einem überragenden Kopf, einem großen Führer. Nach 1806 hatte Deutschland Führer [4], nach 1918 nicht einen einzigen.

Solange nicht eine grundsätzliche Änderung im Drücken [*sic!*] des Volkes herbeigeführt worden ist, wird es nur Parteipolitiker, nicht aber National- und Staatspolitiker geben. Die National-Sozialisten hungern nicht nach Mandaten, wir sind keine politische Partei, wir sind eine Bewegung, deren selbstgewählte Aufgabe die Erziehung des Volkes zum neuen Denken ist. Noch hat das deutsche Volk keine Reichsfahne, aber unsere Bewegung wird wachsen, und in zwanzig Jahren wird sich die Jugend unseres Volkes zu Hunderttausenden um unsere Fahne scharen und unter ihrem Symbol das Vaterland befreien. [5]

18. Februar 1928 Dok. 234
"Die Sendung des Nationalsozialismus" [1]
Rede auf Reichsführertagung des NSDStB in Leipzig [2]

Redetext nicht ermittelt [3].

4 In der Vorlage: "Fischer".
5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsverlauf.

1 Titel laut VB-Bericht vom 24.2.1928. Kater gibt als Titel der Rede "Student und Politik" an. Vgl. Michael H. Kater, Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Straßer, in: VfZ 22 (1974), S. 186.
2 Im Hotel "Sachsenhof". An der geschlossenen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 100 Personen teil. Hitler hielt ein 1 1/2 stündiges Referat.
3 Zu den äußeren Begleitumständen der Reichsführertagung des NSDStB vom 16. bis 19.2.1928 vgl. die Programmankündigung im VB vom 17.2.1928, "Aus der Bewegung"; VB vom 24.2.1928, "Die Tagung des nationalsozialistischen Studentenbundes". Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im März 1928; StA Dresden, MdI 11126/2.

24. Februar 1928 Dok. 235
"8 Jahre nationalsozialistischer Kampf" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26./27.2.1928, "Deutschlands Zukunft: die nationalsozialistische Bewegung" [3].

[*Hitler*] teilt einleitend mit, daß er vor wenigen Tagen den zweiten Teil des Films *"Weltkrieg"* [4] gesehen habe, der unter der deutschen Filmzensur erschienen ist. Man weiß, was es heißt, unter dem *heutigen Deutschland* einen sogenannten *nationalen Film* herausbringen zu wollen. Als diese grauenhaften Bilder wieder vorbeizogen, war mir plötzlich, als ob ich selbst wieder zurückkehren würde in die große Zeit unseres Volkes, und am Ende ging ich trotzdem *unbefriedigt* heraus, denn ein *Schlußsatz* hat gefehlt, den wir hinzusetzen müssen: *Deutsche vergeßt nicht, daß alles ganz umsonst gewesen ist, vergeßt nicht, daß alles vergeblich war,* die ungeheuersten Opfer, die je ein Volk gebracht hat, vergeblich, weil es einer *Handvoll Verbrechern* anders gefallen hat, und weil diejenigen, die berufen waren, des Reiches Ehre und Macht auch in der Heimat zu bewahren, *jämmerlich und feige versagt hatten.*

Wenn damals der einzelne den Entschluß faßte, gegen dieses ganze System anzukämpfen, dann war es zur einen Hälfte aus der Empörung heraus über den Zusammenbruch an sich, zur anderen Hälfte aus der Empörung über die Feigheit der offiziellen Regierungsstellen des ganzen Systems, das überall erbärmlich kapitulierte *in einer für den Frontsoldaten unverständlichen Weise.* Wenn man sich zurückversetzt in diese Zeit, in der Millionen Menschen im Augenblick, da der Tod vor Augen stand, und das Kommando erscholl "zum Sprung auf, Marsch, Marsch", in die Höhe schnellten und wieder vorwärts gingen, *weil es sein mußte, weil das Vaterland hinter uns stand, und wenn man dann*

dieses andere Deutschland

sah, das sich verkriecht vor einem kleinen Haufen von Deserteuren, kapituliert, die Fahne einpackt, preisgibt und abrückt, wenn man sich das alles ins Gedächtnis ruft, dann versteht man die Empörung, aus der mit heraus der Gedanke entstand, *eine neue Bewegung zu gründen.* Wir konnten auch in eine Partei hineingehen, die in der kritischen Stunde gezeigt hatte, daß sie vollkommen unfähig war, den Widerstand gegen die Zerstörer der Nation zu leiten. Vergessen Sie eines nicht: *Zweimal* hat diese bürgerliche Parteiwelt das kostbarste Gut, *die Liebe und Treue seiner breiten Masse,* verspielt. Damals als Deutschland gegründet wurde, siegreiche Heere einmarschierten, und das

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 23.2. und 24.2.1928.

2 Im Festsaal des Hofbräuhauses, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht "sehr gut besucht" war, wurde von Josef Bauer, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprach Alfred Rosenberg zum gleichen Thema.

3 Vgl. auch Berliner Arbeiterzeitung vom 4.3.1928, "Acht Jahre Kampf um Freiheit und Brot". Sowie Lagebericht N/Nr. 65 der Polizeidirektion München vom 21.3.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

4 Zum insgesamt dreiteiligen Dokumentarfilm "Der Weltkrieg" (Regie: Leo Lasko), dessen zweiter Teil am 9.2.1928 in Berlin uraufgeführt worden war, vgl. Siegfried Kracauer, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, Frankfurt a. M. 1979, S. 164 f., 216.

ganze deutsche Volk in Jubel ausbrach und völlig geeinigt war. *Dieser Jubel wurde langsam erstickt* durch die Unfähigkeit dieser Partei. In vierzig Jahren wurde langsam aber sicher vergeudet, was das Blut auf den Schlachtfeldern der Nation geschenkt hatte.

Dann kommt ein *Tag der Mobilmachung*, und wieder verschwindet aus dem Volke diese ganze phantastische internationale Verbrüderung und Verständigung, unser Volk sieht die nackte Tatsache, *daß es um seine Existenz kämpfen muß,* es kämpft heroisch viereinhalb Jahre lang, und wiederum verspielt die bürgerliche Parteiwelt, was das Schicksal ihr gegeben hat. Dreimal spielt man nicht so. Als der *Ruhreinbruch* kam, konnte man Ähnliches erleben. Zehntausende wollten nach Deutschland herein, geheilt vom Traume der Internationalität. Neun Monate haben genügt, um auch dieses Gut wieder zu verkitschen [*sic!*]. Wenn man damals überhaupt Deutschland helfen wollte, mußte man sich zur *bitteren Wahrheit* durchringen, daß mit diesen Parteigebilden nichts mehr anzufangen ist, daß es Kadaver waren, die zum Leben zu schlecht waren und doch nicht sterben können wie schlechte Katzen. *Interessenverbände*, die sich so fortfretten und nur bei den Wahlen *neue Millionen zu betrügen* vermögen, das einzige Ziel, das sie besitzen. Sind die Wahlen vorbei, geht alles denselben Lauf wie vordem. Bloß *um die Fahne* streitet man sich. Momentan ist Schwarz-Rot-Gelb die Mode, eines Tages wird sie Schwarz-Weiß-Rot sein, *aber das System ändert sich damit nicht.* Das mußte man 1919 erkennen. Das ganze Streben der sogenannten nationalen Parteien von damals ging nur noch darauf aus, zu einem *Kompromiß* zu kommen, bei dem *man mitregieren* kann. Man wollte nicht ganz von der Futterkrippe weggedrängt werden. So mußte man, wenn man überhaupt Deutschland wirklich noch helfen wollte, sich zu dem *bitteren Gedanken* durchringen, die Menschen, die diesen Glauben besaßen, in eine neue Form zu bringen. Ich sage "bitterer Gedanke".

Glauben Sie mir: so wie Sie diese Bewegung heute sehen, so können Sie sich gar nicht denken, was es damals bedeutete, vor neun Jahren, den Plan zu fassen, diese Bewegung zu bilden, als nichts da war als der Glaube allein, das Vertrauen auf die eigene Willenskraft, den Opfersinn der wenigen Männer, die sich zusammengefunden haben. Wenn ich in Hamburg spreche, in einem Riesensaal, der dreiviertel Stunden vor Beginn polizeilich gesperrt wird, wenn ich überall jetzt das gleiche Bilde sehe - *vor 9 Jahren war es nicht so* -. Es galt damals das [*sic!*] Zeichen einer geistigen Störung zu glauben, daß die Bewegung einmal siegen werde, zu glauben: *Ihr seid nicht sieben Mann, und bei euch ist ganz Deutschland, ihr seid die Träger einer neuen deutschen Zukunft*, und mit euch wird dieses Deutschland wieder auferstehen. (Starker Beifall.) Es war schwer damals, diesen Glauben in die Herzen dieser Wenigen hineinzuhämmern und sie stolz zu machen darauf, daß sie die Träger sein würden

einer neuen Epoche

der deutschen Geschichte. Die Wege, die dazu führen könnten, waren den meisten vollständig unbekannt. Verbrecher, Zuhälter, Deserteure besetzen die Parlamentsstühle, und die offizielle Parteiwelt zieht sich feige zurück. Einige Menschen sehen: das ist ein Verbrechen, was jetzt geschieht. Aber was soll geschehen? Nichts ist da, keine Waffe, keine Organisation. Gehen wir gegen die Verbrecher mit Handgranaten vor - was dann, wenn wir sie niedergeschlagen haben? - *Kein politischer Führer ist da!* Alle großen

Staatsmänner, die prominenten Staatsmänner, die allein Staatsmänner sind (große Heiterkeit), *man hat sie damals nirgends gesehen*, sie traten nicht zu den Freikorps und sagten: Ihr braucht eine politische Leitung! Nein, wenn die Freikorps damals riefen: wer führt eigentlich? *war niemand zu sehen.* Sie haben große Pläne erwogen für die Jahre 1926 bis 1928 (Heiterkeit). Diese kleinen Truppen haben gekämpft und wurden *von der Revolution in ihre Dienste eingefangen*, und die Throne dieser neuen Usurpatoren sind erst *von unseren Freikorps endgültig befestigt worden.*

Keiner kennt den anderen. In einer Großstadt steht einer in der Fabrik und sagt sich: *Das kann nicht so weiter gehen, es muß anders werden.* Ein Dichter in der Mansarde sagt sich das gleiche. So sind sie in ganz Deutschland verstreut, diese Menschen, die sich aufbäumen und versuchen, Gleichgesinnte zu gewinnen und anzusetzen gegen diese Zustände des Verfalls. Da beginnen sie sich zu schreiben. So kommt man zusammen, lernt sich kennen, und langsam beginnen in einer Reihe von Orten sich kleine Keimzellen des Widerstandes zu bilden von Männern, *die nicht kapitulieren wollen.* Man hat allerdings die Revolution gemacht, aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß sie nicht gebrochen werden kann. Auch die Revolution ist nur ein Werk von Menschenhand.

Man lernt kennen, wie morsch dieses große riesenhafte Gebäude im Innern schon gewesen ist, man beginnt in der deutschen Geschichte zu forschen und sieht, *daß zahllose Propheten das alles vorausgesagt haben.* Was soll man nun aufbauen? *Keine Partei,* denn wir sehen ja, was sie uns gebracht haben. Einen Bund, Zirkel, eine Bewegung, einen Ring, aber nur keine Partei! Das ist die erste Unklarheit dieser Männer. Man will einem Unheil entgehen: Wir wollen eure Parteien vernichten, indem wir die Partei bilden, *die euch vernichten will. Jede Bewegung bleibt solange Partei, solange sie nicht zum Staat geworden ist. Und sie hat dafür zu sorgen, daß ihre Parteigrundsätze einst Staatsgrundsätze werden.* (Starker Beifall.) Wie soll man siegen? Nicht die Minorität an sich siegt, sondern in der Weltgeschichte können Minoritäten siegen, weil die Minderzahl nicht selten den Höchstpunkt an Energie, Tatkraft, Weisheit und Einsicht darstellt und ihre Organisation straffer ist als die der sogenannten Majorität.

Wenn eine neue Idee kommt, die gegen den allgemeinen Zustand der Beschaulichkeit ankämpfen will, pflegen sich diese Männer enger zusammenzuschließen. Und diese Minderzahl wird eines Tages in der Lage sein, *der Mehrzahl den Kampf anzusagen*, ja sie zu besiegen. Folglich ist es notwendig, daß wir diese Minderzahl organisch zusammenfügen

zu einer neuen Front,

einem neuen einheitlichen Gebilde, dadurch, daß wir alle diese Gruppen im ganzen deutschen Reich in eine Form bringen, und mit dieser einheitlich geschlossenen Organisation den Kampf aufnehmen.

Die Stärke einer Bewegung wird bedingt durch den Kampf, den sie auf sich nehmen muß. Eine Eiche will gewachsen sein, sie braucht Ringe, sie ist nicht ein Kompromiß von siebzehn Stämmchen, sondern ein Stamm, es bleibt zuletzt ein *Riesenstamm* übrig. Der Menschheit geht das manchmal zu langsam, man will alles schnell zusammenschließen und vergißt, daß die Schnelligkeit des Zusammenschlusses nicht der geringste Garant für die Kraft dieser Verbindung ist. Auch eine Volksbewegung wird nur dann

zum Siege kommen, wenn sich aus ihr heraus *ein Kern* emporarbeitet, der in sich so stark ist, daß er langsam das andere verzehrt und in sich aufnimmt. Diese Idee muß eine organisatorische Form gewinnen. Allein die Form wird nicht das Produkt einer Besprechung oder eines Kompromisses sein, sondern *das Ergebnis langer Kämpfe*, einer Auswahl, einer *Auslese*, auf Grund des natürlichen Zuchtgedankens dieser Erde. *Einmal wird eine einzige Formation übrig bleiben, die von der Geschichte berufen sein wird, die Führung zu übernehmen.*

Als die nationalsozialistische Bewegung gegründet wurde, wurde *zum erstenmal* erklärt: Wir werden zugrunde gehen - das ist möglich; daß wir kapitulieren - *niemals!* Daß wir uns mit anderen vereinigen - *niemals!* Wer zu uns will, komme zu uns,

es gibt kein[en] Kompromiß.

(Lebhafter Beifall.) *Die nationalsozialistische Bewegung wird sich grundsätzlich mit keiner anderen Partei vereinigen, grundsätzlich keine andere Partei in sich aufnehmen, sie kennt nur bedingungslosen Eintritt des einzelnen.*

Wir sind überzeugt, daß wir eines Tages die ganze nationale Opposition in Deutschland in eine Hand bekommen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Man kann einen Kampf wie den der letzten Jahre nicht entscheiden durch sogenannte *Wirtschaftspolitik*. Man muß sich klar sein, daß das größte Gift, das in unseren Volkskörper eingedrungen ist, nicht durch *Wirtschaft* beseitigt werden kann. *Man kann den Juden niemals wirtschaftlich vernichten. Nur eine politische Bewegung kann das tun.* Daher haben unsere Vorfahren, als der Jude ihnen Grund und Boden nahm, erklärt: Da wir sehen, daß hier ein Fremdkörper sich unseres Bodens bemächtigt hat, um ihn als wirtschaftliches Druckmittel gegen uns zu verwenden, *verbieten wir diesen Fremdkörpern die Erwerbung von Grund und Boden.* (Starker Beifall.) Wer Deutschland frei machen will von der heutigen internationalen Pest, kann es nicht durch wirtschaftliche Konkurrenz, sondern nur durch

Einsatz der politischen Machtmittel,

indem man den Juden klar macht, daß *wir* Herr im Hause sind; führt er sich gut auf, kann er bleiben, *wenn nicht, dann hinaus damit!* (Stürmischer Beifall.)

Man kann mit Parasiten nicht in Wettbewerb treten, sondern man muß sie entfernen. Das gleiche gilt von der politischen Bewegung. *Wir wollen die politische Macht erlangen*, und wir schwören, daß wir sie auch benützen werden. (Stürmischer Beifall.)

Die letzte Entscheidung gibt die Macht.

Wenn eine solche Bewegung Sinn haben soll, muß sie in die Masse hinausgetragen werden, man muß schreien: Hört uns, wir haben das zu sagen, das ist unser Glaube und unser Wille. Das mußte man diesen Menschen vor acht Jahren langsam beibringen. Das ist nicht das schwerste, sondern so weit zu kommen, *daß die Menschen sich einfinden,* um zu hören, was man ihnen sagen will. Wir haben dreiviertel Jahre gekämpft aus kleinsten Anfängen heraus, *gerungen um diese Menschen,* die nicht kommen wollten. Als eines Tages, ich sehe mich jetzt noch am dortigen Eingang stehen, eine kleine Gruppe unter uns es durchsetzte, daß wir in diesen Saal gehen wollten, der mir damals siebenmal so groß vorkam als heute.

Am 24. Februar 1920[5] *haben wir es gewagt, die Bevölkerung dieser Stadt aufzurufen in diesen Saal für eine neue Partei, mit einem neuen Programm, mit neuen Männern,* die alle unbekannt waren. Ein Teil kam herein, empört über diese Frechheit. Wir waren selbst entsetzt über unsere eigene Kühnheit.

Wird einer von uns in diesem Saale sprechen können? Wird er das Lampenfieber bekommen und nach dem zehnten Satz zu stocken beginnen und unter Johlen und Pfiffen heruntergehen müssen? *Deshalb ist uns dieser Saal heilig* und in ewiger Erinnerung, *weil es uns gelungen ist.* Als wir hereinkamen, waren Gegner da von den roten Brüdern und Indifferente, lauter Feinde. Als erster sprach Dr. Dingfelder[6]. *Dann hatte ich die Ehre, zum ersten Mal zu reden vor einer großen Menschenmenge.* Ich hatte noch nicht zehn Minuten gesprochen, da brüllte es in ununterbrochenen Zwischenrufen: Ein ganz kleiner Trupp meiner treuesten Anhänger griff manchmal dazwischen, manchmal blitzten Seitengewehre auf. Wir haben uns nach zwei Stunden langsam durchgesetzt. (Stürmischer Beifall.) Ich werde es nie vergessen, als wir unser Programm zum ersten Mal vorlasen und die Leute aufforderten: "Nun habt den Mut und seid dagegen!" Alles, was später geschah, war nicht so schwer *als dieser erste Schritt.*

Wir tagten dann zum zweiten Mal in diesem Saal[7] und kamen dann alle acht Tage zusammen, das war die Periode unserer schwersten Kämpfe, zugleich der ärgsten Verachtung, des Hohn und Spottes. Wer steht dahinter? Haben Sie den Namen schon einmal gehört? Nein, noch nie! Ein Verbrechen ist das! Wenn wir wenigstens ein paar *Parlamentarier* gehabt hätten. (Beifall und Heiterkeit.) Junge, Junge! sagte man zu mir: Dir ist wohl die Revolution zu Kopf gestiegen? *Im Jahre 1920 haben wir ihnen langsam den Spott ausgetrieben.* Immer wieder traten wir vor die Masse und eines Tages zum ersten Mal mit *diesem roten Zeichen* hier. (Hitler deutet auf die *Hakenkreuzfahne.*) Wir wollten uns nicht mit den alten Federn schmücken, wir wollten darauf bauen, *daß unsere Farben sich durchsetzten in diesem Deutschland,* gerade weil sie neu sind. Sie werden nicht das Symbol einer vergangenen Zeit sein, sondern einer werdenden, *unserer Zeit.* Dann kam die Angst und der Terror. Aber selbst in dem großen Kindlkeller sind wir als Herren eingezogen, als Unbekannte gegenüber den Prominenten der anderen Parteien. Dann kam das Jahr 1921 und im Februar zum ersten Mal *der Zirkus*[8] *als eine Höchstleistung.* Bis dieser Saal zum zweiten Mal eine *besondere Bedeutung* erhielt[9]. Wir haben uns entschlossen, *den Schutz unserer Bewegung in eigene Hände zu nehmen.* Es erschien uns unerträglich, unsere Versammlungen von der *Polizei* schützen zu lassen. Man hat keine Polizei damals gesehen. Sie war damals noch nicht bei der Hand, *wie sie jetzt bei der Hand ist* (große Heiterkeit). In diesem Saale fand im Jahre 1921 die erste Generalprobe statt, wo hier alles so dick saß wie heute - bis einer aufsprang und brüllte

5 Zur sog. "Gründungsversammlung" der NSDAP, auf der Hitler das Parteiprogramm verlesen hatte, vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

6 Johannes Dingfelder (1867-1945), Arzt, Redner der DAP/NSDAP.

7 Am 4.3.1920. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 113 ff.

8 Zur ersten Massenversammlung der NSDAP am 3.2.1921 im Zirkus Krone in München vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 311 ff.

9 Zur Generalmitgliederversammlung am 29.1.1923 im Zirkus Krone anläßlich des 1. Reichsparteitages der NSDAP in München vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 821 ff.

"Freiheit!" und die Maßkrüge zu fliegen begannen. Bis unsere Jungens alle bluteten und die Schreier zur Treppe hinabbefördert hatten. Als ein kleiner Polizeileutnant die Versammlung für aufgelöst erklärte, hatten wir sie schon geschlossen.

Dann kam das Jahr 1923.

Was sich in dieser Zeit entwickelt hat, *ist schon ein Wunder,* wie es Rosenberg nannte. Aus nichts heraus eine Bewegung geschaffen, die gehaßt wird von allen Gegnern des Vaterlandes. Es ist für mich eine Wonne, daß mich die Herren vom Altheimereck [10] und die ganze Mischpoke hassen. *Es ist ein Glück für jeden anständigen Menschen, von Lumpen gehaßt zu werden.* Dann kam das Ringen vom November 1923. Hunderttausende, die keinen Weg mehr sahen, *haben wieder ein Ziel gefunden,* eine Möglichkeit gesehen, *daß Deutschland wieder aufersteht. Das ist das Allerhöchste.* (Starker Beifall.) Das konnte man nicht vernichten in den folgenden Jahren. Sie ist nicht tot gewesen, wie ihre Gegner hofften. *Lassen Sie jede andere Partei einer gleichen Prüfung ausgesetzt sein,* und dann sehen Sie nach sechs Monaten, *was noch da ist.* Lassen Sie heute die *Stresemannpartei* [11] *verbieten,* ihre Anhänger so schädigen in Geschäft und Stellung, vogelfrei erklären, wie wir vogelfrei erklärt worden sind, und sehen Sie sich nach sechs Monaten diese "Partei der nationalen Rettung" an! *Sie würden heute keinen mehr sehen.* Darauf sind wir stolz, *daß die ganze Unterdrückungszeit die Bewegung nicht hat zerschmettern können,* daß der Kern geblieben ist, der mehr zu uns gehört als je zuvor. Daß in dieser Zeit Zehntausende von neuen Kämpfern gekommen sind, und ein Bund gebildet ist, *der nicht mehr zerbrochen werden konnte.* Während draußen der Gegner jubelte, mit der Bewegung sei es vorbei, *Deutschland könne wieder ruhig sein,* ist sie in Wirklichkeit *wieder gegründet* gewesen.

Am 27. Februar 1925 hatte ich zum zweiten Mal die Gründung dieser Bewegung veranlaßt [12]. Es war nicht so schwer wie das erste Mal, denn Wille und Glaube waren da.

Wieder sind drei Jahre vergangen. Ist nicht wieder ein reines Wunder geschehen? Haben wir nicht wieder aus dem Nichts die Bewegung herausgehoben, haben wir sie nicht über ganz Deutschland verbreitet? *1923 waren wir in Bayern, heute sind wir im Reich.* (Stürmischer Beifall.) Wie ist unsere Zentrale ausgebaut, besser als je zuvor? Alles hatte man uns konfisziert (Zuruf: gestohlen!),

alles ist wieder erstanden,

besser und schöner als zuvor. Alles war zertrümmert, und die Organisation ist besser geworden. Unsere SA war aufgelöst, und heute steht sie *über ganz Deutschland verbreitet* da, *eine Garde unserer Bewegung.* Unsere Presse war unterdrückt, wir haben unsere Zeitungen aufgebaut, mehr als zuvor. Heute haben wir von Königsberg bis München und von München bis Hamburg und Essen eine Bewegung, *die bekannt ist wie ihre Fahne,* die vor acht Jahren in diesem Saale in einem *einzigen Exemplar* gezeigt wurde und heute im deutschen Sprachgebiet

10 Am Altheimer Eck 19 befanden sich die Redaktion, Hauptgeschäftsstelle und Druckerei der "Münchener Post".
11 DVP.
12 Vgl. Bd. I, Dok. 6.

das Symbol der nationalen Opposition
ist. (Stürmischer Beifall.)

Hitler gedenkt hier des verstorbenen Freundes *Dietrich Eckart*, der gehen mußte, bevor die Bewegung den Sieg erreicht hatte. Er ist auch damals nicht schwer geschieden, denn er hat ununterbrochen an den *endgültigen Sieg geglaubt.* Er gehörte zu den Menschen, die wußten, wenn ein Prinzip wahr und heldenmütig verfochten wird, *siegt es.*

Heuer gehen wir einer schweren Zeit entgegen, *es wird unendlich viel verlangt werden,* jeder wird sich einsetzen müssen bis zum Äußersten. Als ich vor wenigen Tagen in Hamburg war in einem Saale [13], der so breit ist wie dieser lang, wo ich zum dritten Male sprach, und den Jubel erleben durfte, in dieser *eiskalten norddeutschen Stadt*, da mußte ich mir glücklich gestehen, *daß die Bewegung nicht mehr zu Tode gebracht werden kann.* (Stürmischer Beifall.) *Weder Verbote, noch Redeverbote, Terror, Unterdrückung, Verfolgung haben etwas genützt.* Man entließ unsere Anhänger aus den staatlichen Werften, und sie gingen mit den Worten: *Wir werden wieder kommen.* An Stelle jedes Entlassenen traten drei, vier neue Anhänger.

So ist heute die Bewegung im ganzen Reiche im Aufstieg begriffen. Gerade in *Hamburg*, wo ich vor kurzer Zeit noch nicht reden durfte, sehen wir am besten unsere Entwicklung. Wir haben zum ersten Male in dieser Wahl die Zahl von 1924 überschritten [14].

Acht Jahre kämpfen wir nun, und dieser Saal ist Zeuge dieses achtjährigen Ringens. Die Bewegung ist die alte geblieben, und keiner ihrer alten Führer ist von ihr gegangen. Ein Deutschnationaler kann heute Volksparteiler werden, ein Volksparteiler Demokrat, ein Demokrat Sozialist, dieser Unabhängiger und dieser Kommunist und Syndikalist. Ein Nationalsozialist kann nur Nationalsozialist bleiben. Den Glauben nehmen Sie in diesem Jahre bis zum nächsten 24. Februar mit sich: was auch kommen mag, an dieser Bewegung wird sich nichts ändern, jeder wird ihr treu bleiben und an ihr hängen. Man wollte mich einst verfolgen, weil ich sagte, daß ich mir nichts anderes wünsche, daß wenn ich sterben werde, *mich dieses Tuch bedecken möge, das kann ich heute genau so wiederholen.* Wenn mich mein Schicksal abberuft, wird es nur mit dem Wunsche geschehen, daß dieses Fahnentuch mich deckt. Keiner meiner alten Kämpfer von einst wird etwas anderes wollen. (Heilrufe.) Aus der Masse des Volkes heraus wird das Gefühl steigen: Die Armee wird sich vermehren in eben dem Maße, als Feigheit und Grundsatzlosigkeit auf der anderen Seite um sich greifen. Die einen lassen den Kaiser hoch leben und stimmen für das Republikschutzgesetz, die andern vertreten das deutsche Volk und verkuppeln den Arbeiter an das internationale Kapital. Die einen schwätzen von nationaler Ehre und laufen mit den Juden zu Diners, und die andern beten und sind christlich, aber mogeln mit den Atheisten und Gottesleugnern. In einer solchen Zeit muß eine Bewegung zum Erfolg kommen, die daran nicht teilnimmt.

---

13 Am 16.2.1928 in "Sagebiel's Etablissement". Vgl. Dok. 233.

14 Bei der Bürgerschaftswahl am 6.10.1924 in Hamburg hatte der Völkisch-Soziale Block 12.732 Stimmen (2,5 %) erhalten. Von den vier Abgeordneten gehörte jedoch nur Josef Klant der NSDAP an. Bei der Wahl am 19.2.1928 erzielte die NSDAP 14.760 Stimmen (2,2 %) und zog mit drei Abgeordneten in die Hamburger Bürgerschaft ein. Vgl. Krause, Hamburg wird braun, S. 34; Falter, Wahlen, S. 94.

Wenn unsere Bewegung nicht siegt, dann geht Deutschland weiter denselben Weg, den es in den letzten acht Jahren eingeschlagen hat. *Wenn unsere Bewegung unterliegt, dann unterliegt auch Deutschland,*
denn wir haben die Stirne zu sagen, *das kommende Deutschland ist unsere Bewegung,* und wenn diese unterliegt, fällt auch dieses kommende Deutschland. Das heutige Deutschland ist kein Deutschland der Zukunft, sondern der Überrest des Deutschland der Vergangenheit, das nicht leben kann und zum Sterben zu feig ist. (Starker Beifall.)

So sind wir vom tiefsten Glauben erfüllt, und von grenzenlosem Vertrauen, und wollen deshalb auch im einzelnen die Opfer nicht messen, die von uns verlangt werden. Wir sehen die zwei Millionen, die einst gestorben sind, die Opfer der Millionen Krüppel von einst, die keinen Dank erhielten, die Opfer unserer ganzen Vergangenheit. Sobald wir uns diese vor Augen halten, sinken unsere Opfer zu einem Nichts zusammen. Manchem S.A.-Kamerad, der schwer seinen Dienst versieht, möchte ich sagen: Mein lieber Junge, was immer du heute leistest und dir abkargst von deinem spärlichen Lohn, was du einsetzest an Gut und Blut, es ist nichts gegenüber dem, was deine Brüder und Väter für Deutschlands Größe eingesetzt haben. Wenn das alte Deutschland diese Opfer nicht würdigte, so haben wir durch einen immer größeren Einsatz unseres Selbst dieses Deutschland wieder zu erobern und uns zu erinnern der Disziplin jener, die Deutschland viereinhalb Jahre gehalten haben, bis auf den Tod. Was ist das gegenüber dem, was man von uns verlangt? Wir nehmen uns diese Heldenarmee zum Vorbild. Ich möchte diesen bleichen Helden zurufen: Umsonst seid ihr nicht gestorben, das alte Deutschland wird fallen, das neue ist unterwegs. (Stürmische Ovationen der ganzen Versammlung, brausende Heilrufe, die sich lange wiederholen.)

26. Februar 1928 Dok. 236
Rede auf NSDStB-Versammlung in Erlangen [1]

Erlanger Neueste Nachrichten vom 27.2.1928, "Hitlerversammlung im Kolosseum" [2].

Hitler ging in seinen über zwei Stunden dauernden Ausführungen von der Tatsache aus, daß das deutsche Volk, das auf allen Gebieten der Wissenschaft Meisterwerke vollbracht hat, politisch doch so tief gesunken sei, daß das Volk, das die wenigsten Analphabeten hat, den geringsten politischen Instinkt, das geringste politische Verständnis und die geringste politische Logik habe. So kommt es, daß dieses Volk nach Zeiten des

1 Im Kolosseum, abends. Die geschlossene Versammlung, an der laut Erlanger Neueste Nachrichten nur geladene Gäste teilnahmen, war von der Hochschulgruppe Erlangen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes veranstaltet worden. Sie war ursprünglich für den 1.2.1928 vorgesehen gewesen. Vgl. Anzeige des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes in den Erlanger Neuesten Nachrichten vom 26.1.1928.

2 Gekürzte Fassung: VB vom 8.3.1928, "Adolf Hitler vor den Erlanger Studenten". Vgl. auch Erlanger Tagblatt vom 27.2.1928, "Adolf Hitler in Erlangen".

Wenn unsere Bewegung nicht siegt, dann geht Deutschland weiter denselben Weg, den es in den letzten acht Jahren eingeschlagen hat. *Wenn unsere Bewegung unterliegt,*

dann unterliegt auch Deutschland,

denn wir haben die Stirne zu sagen, *das kommende Deutschland ist unsere Bewegung,* und wenn diese unterliegt, fällt auch dieses kommende Deutschland. Das heutige Deutschland ist kein Deutschland der Zukunft, sondern der Überrest des Deutschland der Vergangenheit, das nicht leben kann und zum Sterben zu feig ist. (Starker Beifall.)

So sind wir vom tiefsten Glauben erfüllt, und von grenzenlosem Vertrauen, und wollen deshalb auch im einzelnen die Opfer nicht messen, die von uns verlangt werden. Wir sehen die zwei Millionen, die einst gestorben sind, die Opfer der Millionen Krüppel von einst, die keinen Dank erhielten, die Opfer unserer ganzen Vergangenheit. Sobald wir uns diese vor Augen halten, sinken unsere Opfer zu einem Nichts zusammen. Manchem S.A.-Kamerad, der schwer seinen Dienst versieht, möchte ich sagen: Mein lieber Junge, was immer du heute leistest und dir abkargst von deinem spärlichen Lohn, was du einsetzest an Gut und Blut, es ist nichts gegenüber dem, was deine Brüder und Väter für Deutschlands Größe eingesetzt haben. Wenn das alte Deutschland diese Opfer nicht würdigte, so haben wir durch einen immer größeren Einsatz unseres Selbst dieses Deutschland wieder zu erobern und uns zu erinnern der Disziplin jener, die Deutschland viereinhalb Jahre gehalten haben, bis auf den Tod. Was ist das gegenüber dem, was man von uns verlangt? Wir nehmen uns diese Heldenarmee zum Vorbild. Ich möchte diesen bleichen Helden zurufen: Umsonst seid ihr nicht gestorben, das alte Deutschland wird fallen, das neue ist unterwegs. (Stürmische Ovationen der ganzen Versammlung, brausende Heilrufe, die sich lange wiederholen.)

26. Februar 1928 Dok. 236
Rede auf NSDStB-Versammlung in Erlangen [1]

Erlanger Neueste Nachrichten vom 27.2.1928, "Hitlerversammlung im Kolosseum" [2].

Hitler ging in seinen über zwei Stunden dauernden Ausführungen von der Tatsache aus, daß das deutsche Volk, das auf allen Gebieten der Wissenschaft Meisterwerke vollbracht hat, politisch doch so tief gesunken sei, daß das Volk, das die wenigsten Analphabeten hat, den geringsten politischen Instinkt, das geringste politische Verständnis und die geringste politische Logik habe. So kommt es, daß dieses Volk nach Zeiten des

1 Im Kolosseum, abends. Die geschlossene Versammlung, an der laut Erlanger Neueste Nachrichten nur geladene Gäste teilnahmen, war von der Hochschulgruppe Erlangen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes veranstaltet worden. Sie war ursprünglich für den 1.2.1928 vorgesehen gewesen. Vgl. Anzeige des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes in den Erlanger Neuesten Nachrichten vom 26.1.1928.

2 Gekürzte Fassung: VB vom 8.3.1928, "Adolf Hitler vor den Erlanger Studenten". Vgl. auch Erlanger Tagblatt vom 27.2.1928, "Adolf Hitler in Erlangen".

Glanzes immer wieder in sich zusammenbricht. Wir selbst sind ja Zeugen des größten politischen Zusammenbruches Deutschlands geworden.

Während Rom und auch das alte Deutsche Reich Weltmächte gewesen sind, sei auch das 1918 zusammengesunkene Reich nicht mehr als Weltmacht anzusprechen gewesen. Wir haben in jener Zeit, in der sich die Welt unendlich geweitet hat und Staaten von kontinentaler Bedeutung entstanden sind, territorial keinen Anspruch mehr darauf, als Weltmacht zu gelten, und was bis 1918 Deutschland als Weltmacht gelten ließ, das war die Wehrmacht - die innere Kraft dieses Volkes war längst gesunken. Der Vortragende bezeichnete es dann als größten Fehler, wenn man den Zusammenbruch unseres Volkes immer nur nach wirtschaftlichen, nicht nach moralischen Maßstäben mißt. Während auf 1806 1813 folgte, sei heute, zehn Jahre nach dem Zusammenbruch, noch kein Anschein dafür vorhanden, daß wir je wieder zu einer Erhebung kommen. Ja, es gebe nicht wenige, denen schon der Glaube daran, die Wiedererhebung werde in ähnlicher Weise erfolgen, als ein Verrat an Demokratie, Vaterland und Weltfrieden gelte. Nur durch Arbeit und Leistung, sagt man, kann unser Volk wieder emporkommen. Aber kein Volk ist durch Arbeit und Leistung allein frei geworden, wenn nicht das Schwert mitgeholfen hat. Der Unterschied zwischen der politischen Lage vor den Befreiungskriegen und der heutigen sei der, daß das preußische Volk nach 1806 zwar äußerlich geschlagen war, aber das Gefühl für staatliche und nationale Ehre nie verloren hatte, daß Armee und Volk zusammengebrochen waren, aber nicht die Führung, daß das Volk zwar betäubt war, sich aber den politischen Instinkt bewahrt hatte, während heute ein Teil des Volkes national sein möchte, der andere aber alles Nationale streng von sich weise, und Millionen von Leuten nicht als aktive Kämpfer für Deutschland eintreten wollen.

Die Frage bleibt, ob unser Volk auf die Dauer mit den jetzigen politischen Erfolgen auskommen und sein Dasein behalten kann. Politik sei die Kunst, einem Volke das Dasein zu erhalten, und auf die für jedes Volk und besonders das deutsche in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme ging Hitler nunmehr ein. Kein Volk kommt im Laufe seiner Entwicklung um die Lösung der Frage herum, wie die Volkszahl in ein natürliches Verhältnis zur gleich- oder zurückgebliebenen Bodengröße zu bringen ist. Jedes gesunde junge Volk ist davon durchdrungen, daß es sein heiliges Recht sei, seine Bodenzahl zu erweitern. Es sei Imperialist aus dem Gefühl heraus, daß jeder, der geboren wird, Anspruch darauf hat zu leben. Wenn die Völker höher steigen, schieben sie die Überzähligen durch Auswanderung ab, was aber bereits eine Zerstörung des Wertes des Volkes zur Folge hat, da stets die Energischeren und Tatkräftigeren auswandern. Darum dürfe man sich auch nicht wundern, wenn immer die sogenannten Kolonialvölker mit der Zeit die Stärkeren werden. Das dritte Stadium ist das der Geburtenbeschränkung. Sowie solche Völker nicht mehr fähig sind, einen Einsatz für ihre Existenz zu wagen, beginnen sie sich dadurch zu helfen, daß sie die Geburtenzahl mindern. So wenig sich aber die Natur ändert, so wenig werden heute die Genies nur als Erst- und Zweitgeburten auf die Welt kommen. Unser ganzes Normalmaß wird dadurch mehr und mehr gedrückt. Nimmt man aus unserem Volk alles das weg, was als dritte, vierte und so weiter Geburt zur Welt kam, so wird man sehen, wie arm das deutsche Volk an großen Männern wird. Wehe darum, wenn aus dieser Not ein Prinzip wird, wenn wir unser Volk

auf diese Art dezimieren. Daneben hat man einen dritten Weg entdeckt, indem man sich sagte: Wir haben bisher Menschen exportiert, wir wollen nun Waren ausführen. Diese Theorie, die zunächst ungeheuere Erfolge erzielt hat, hat nur den einen Haken, nämlich den, daß nicht zwei Konkurrenten auf den gleichen Weg getrieben werden, denn das Ende wird in diesem Falle sein, daß man dort ankommt, wo man aufgehört hat. Man wird sein Leben nun um die Tonnenzahl einsetzen müssen.

Die ganze Frage ist eine Frage der Macht eines Volkes. Ganz gleich welche Regierung, welches System wir haben, *die* Frage wird bestimmend sein, wie können wir unser Volk ernähren. Und wir sehen ja, daß man auch heute die Lösung versucht, nicht auf dem ersten und dritten, sondern auf dem zweiten Weg. Man operiert an der Volkszahl, und erklärt es als staatspolitische Tat: Beschränkt die Geburtenzahl! Und Millionen plappern dies heute kritiklos nach.

Die Frage der Macht aber selbst tritt damit bestimmend vor uns. Es muß heute der Grundsatz, daß man das Leben nicht erhält, wenn man es nicht einsetzt, wieder Grundsatz des ganzen Volkes werden. Es gibt Völker, die durch ihre bloße Zahl eine Macht bedeuten, eine weitere Quelle außenpolitischer Macht ist die Größe des Territoriums. Auch das trifft auf Deutschland nicht zu. Die moderne Technik läßt unsere gesamte Bodenfläche zusammenschrumpfen zu einer lächerlich kleinen Provinz. Das Dritte aber ist, daß wir keine Waffen besitzen. Die Waffe entscheidet aber nicht allein, sondern der Träger der Waffe. Wir haben die Waffen verloren, weil wir keine Waffenträger mehr hatten. Diese Frage wird also gelöst werden, sobald unser Volk zu einer Bejahung dieser Angelegenheit kommt. Damit kommen wir zum inneren Wert, der die Macht eines Volkes ausmachen kann. Wenn jemand die Behauptung aufstellt, daß Mensch gleich Mensch ist, spricht er damit den Verzicht auf die ganze Zukunft unseres Volkes aus. Die Kraftquelle eines Menschen aber ist die seines inneren Blutwertes. Die heutige Zeit aber predige den Verzicht auf die Waffe durch den Pazifismus, den Verzicht auf den Blutswert durch die Internationale und Verzicht auf die Persönlichkeit durch die Demokratie.

Ist nun der deutsche Wiederaufstieg ein wirtschaftliches Problem, eine Frage der Aneinanderreihung von Tagesfragen, nein, er ist ein Problem einer grundsätzlichen Gesinnungsänderung des deutschen Volkes und der Überwindung der Kluft, die heutzutage das deutsche Volk trennt, ein Problem der Beseitigung der 15 Millionen jener, die nicht deutsch sein wollen. Solange nicht dieses Problem gelöst wird, wird jeder Versuch eines deutschen Wiederaufstieges scheitern. Entweder es gelingt uns, aus dem deutschen Proletariat und der deutschen Bürgerschaft *ein* Volk zu machen, oder wir spalten die beiden endgültig, und brauchen uns nicht wundern, wenn das internationale Bankkapital über beide siegt. Proletariat und Bürgerschaft zu einem deutschen Volke zusammenzufügen, das sei die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung.[3]

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

29. Februar 1928 Dok. 237
"Bayer[ische] Volkspartei u[nd] Bayer[ischer] Kurier - Die Stützen von Thron und Altar" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB-Sondernummer (Nr. 52a) vom März 1928 [3]: "9. Sondernummer: Gegen Zentrumsbetrug" [4].

Adolf Hitler begann seine fast dreistündigen Ausführungen mit einer kurzen Erörterung der Frage, warum er sich mit dem heutigen Thema überhaupt befasse, und führte dazu aus:

Warum ich mich mit dem heutigen Thema beschäftige? Sie wissen, es ist seit den acht Jahren, die ich in München überhaupt auftrete, das erste Mal, daß ich ein solches Thema gewählt habe. Und ich muß Ihnen gestehen, daß es mir nicht leicht geworden ist; denn es geht ganz gegen meinen inneren Willen und meine inneren Absichten. Aber auch hier gilt der Spruch: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt.

Wenn man Jahr für Jahr mit einer geradezu bewunderungswürdigen Beharrlichkeit angegriffen wird, verleumdet und wieder angegriffen und erneut verleumdet wird, so wundern Sie sich nicht, wenn man dann auch einmal die Notwendigkeit wahrnimmt, sich mit einer Bewegung auseinanderzusetzen, mit der man sonst an sich eigentlich aus vielerlei Gründen gar nichts zu tun haben möchte (Heiterkeit).

Ich muß dabei gleich eines vorweg sagen: *Die Bayerische Volkspartei scheint mir durchaus kein homogenes Gebilde zu sein. Ich weiß vielmehr gar wohl, daß dort zwei Seelen in einem Busen wohnen. Die eine Seele, die zieht nach rechts und die andere Seele zieht nach links. Das was einst Herr Heim vom Zentrum, d. h. damals vom Reichszentrum erklärte, daß es etwas einem Bauernschinken ähnlich sehe, außen schwarz, aber inwendig rot, gilt auch von der Bayerischen Volkspartei.*

Auch diese ist außen schwarz, und nur je weiter man nach innen kommt, um so mehr taucht der rötliche Kern auf. Zwei Seelen befinden sich also in der Bayerischen Volkspartei: Zahlreiche Wähler, Hunderttausende und Hunderttausende, die an sich zu den anständigsten Elementen gehören, die der Staat besitzt, die bieder und ordentlich sind. Auch unter der Führerschaft ohne Zweifel gibt es viele brave Menschen, grundehrliche Naturen, die nun einmal in der Partei groß wurden, die teils aus dem Gesetz der Trägheit heraus, teils auch vielleicht deshalb, weil sie etwas anderes nicht kennen, in dieser Partei bleiben und in ihr wirken und kämpfen. Denen steht aber der andere Flügel ge-

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9958) und Ankündigung im VB vom 26./27.2., 28.2. und 29.2.1928.

2 Im Löwenbräukeller, von 20.00 Uhr bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht gut besucht (VB: "überfüllt") war, wurde von Rudolf Buttmann geleitet, der die Versammlung mit einem Referat zur Situation der bayerischen Beamtenschaft eröffnete.

3 Die VB-Sondernummer erschien am 2.3.1928.

4 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 2.3.1928, "Herr Hitler als 'Seelsorger'"; VB vom 2.3.1928, "Hitler als Ankläger"; Bayerischer Kurier vom 3.3.1928, "Der 'Wahrheitsfreund' Hitler"; Schwäbischer Merkur vom 3.3.1928 (MA), "Adolf Hitler in München"; Bayerischer Kurier vom 7.3.1928, "Über Adolf Hitler". Sowie Lagebericht N/Nr. 65 der Polizeidirektion München vom 21.3.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

genüber, der - weniger vielleicht in der Anhängerschaft, sicher aber in der Führung -, *den rötlichen Schimmer heute bereits in sich trägt, den wir beim Zentrum zur Zeit bereits nach außen vortreten sehen. Es dreht die Bayerische Volkspartei auch langsam ein und mündet schließlich dort, wo das Zentrum im Jahre 1918 begonnen hat.* Gegen diese Leute, die auch gegen uns und gegen die ganze vaterländische Bewegung in erster Linie kämpfen, wende ich mich; dieser Leute versuche ich mich endlich einmal nach achtjährigem Schweigen zu erwehren.

Wenn es heute nämlich in Deutschland keine völkische Idee gäbe, keine völkische Bewegung, sondern nur, sagen wir, eine Bayerische Volkspartei oder eine Deutschnationale Volkspartei, oder eine Deutsche Volkspartei, so würde das Endresultat eines Tages der restlose Sieg des Marxismus sein; denn einmal würden auch die zerschmettert an die Wand gedrückt.

Es würde der Tag kommen, den wir schon einmal erlebt haben, nämlich im November 1918, und diesmal würde nicht mehr nur staatlich, sondern auch parteipolitisch der Tag kommen, an dem endgültig das ganze bürgerliche Parteizeug zum Teufel ginge! Die Leute würden sich selbst zugrunde richten!

Die bürgerliche Parteiwelt

Die bürgerliche Parteiwelt hat vor dem Kriege bereits alle die Merkmale des Verfalls gehabt, die sie heute auszeichnet. Vielleicht liegt das mit daran, daß den bürgerlichen Parteien in Deutschland eigentlich eine ganze Reihe von Voraussetzungen gefehlt hat, die in anderen Ländern, besonders in Frankreich, einst die Ursache der Blüte dieser Parteien gewesen waren. Es sind ein paar Personen in der deutschen Geschichte erschienen, die, ich möchte sagen, den bürgerlichen Parteien den Wind aus den Segeln genommen haben, ehe sie noch entstanden sind. In Deutschland wäre etwa eine französische Revolution, zum mindesten in den beiden größten Staaten, nicht denkbar gewesen, weil zwei geschichtliche Erscheinungen aufgetreten sind, die sehr viel Stoff beseitigten, der zur Revolution hätte führen können: in Preußen Friedrich II. und im damaligen Habsburgischen Staat Kaiser Joseph II. Wären diese beiden und ihr Wille nicht gewesen, dann wäre wahrscheinlich die französische Revolution über ganz Europa ohne Hindernis hinweggerollt. Allein so ist durch den Willen dieser beiden Männer der Revolution selbst in vielen Punkten der Grund entzogen worden. Vervollständigt wurde das durch den Willen eines dritten, des Freiherrn vom Stein. Indem diese drei Köpfe in Deutschland zahllose Schäden beseitigten, haben sie zugleich auch der Revolution den notwendigen Antrieb genommen. Als dann die bürgerliche Revolution doch kam, fand sie in Deutschland unter ganz anderen Formen statt. Die bürgerlichen Parteien selbst hatten eigentlich keine wirklich zugkräftigen, durchschlagenden Motive. Sie sind in eine Zeit hineingekommen, die zum Teil fast aufgeklärter war, vordem fünfzig Jahre schon, als die bürgerlichen Parteien selbst. *Das war die Ursache, warum auch diese Parteigebilde in Deutschland kein großes Kampfziel besaßen.* Sie sind herausgewachsen wohl aus der alten demokratischen liberalen Idee, bildeten sich gar ein, national zu sein, und endlich entstanden noch besonders konfessionelle Parteien. *Aber etwas weltanschaulich plastisch Klares haben alle diese Parteien nicht gehabt.* Keine der Vorkriegsparteien besaß deshalb auch irgendein Symbol, das einer besonderen Weltauffassung oder Weltanschauung

allein zuzuschreiben gewesen wäre, so wie das bei der Sozialdemokratie der Fall war. Man konnte vor dem Kriege folgendes feststellen: *Auf der einen Seite der Marxismus mit einem bestimmten weltanschaulichen Programm, einer weltanschaulichen Auffassung und demgemäß absolut aktivistischem Trieb und einem bestimmten Symbol, auf der anderen Seite eine ganz große Parteigruppe, die kein klares Symbol, kein klares Ziel besitzt, sondern im allgemeinen damals schon das getan hat, was sie heute noch tut, nämlich an die Futterkrippe zu drängen und mitzuregieren.* Das war also schon vor dem Kriege so. *Daher ist auch festzustellen, daß diese bürgerlichen Parteien zum Unterschied vom Marxismus rein defensiv kämpften, während der Marxismus all die Jahrzehnte über immer im Angriff war.* Kaum ein Jahr ist vergangen, in dem er nicht irgendwo eine neue Bresche schlug, und jeder wußte, das Endziel ist die Zertrümmerung des Staates. *Dagegen haben die bürgerlichen Parteien nur die Erhaltung des bestehenden Staates im Auge gehabt.* Die ganze Tätigkeit der bürgerlichen Parteien gipfelte in der Erklärung: Wir wollen den bestehenden Staat erhalten.

Das damalige Zentrum und auch jetzt die Bayerische Volkspartei haben dafür eine besondere Formel gehabt, nämlich: Wir kämpfen

für Thron und Altar.

Für Thron und Altar, wobei naturgemäß der Altar nur als allgemeine religiöse Überzeugung zu verstehen war und unter Thron die Staatsform verstanden werden mußte. Diese Ziele waren rein passiv; denn man kämpfte nur gegen die, die sie bedrohen wollten. *Damit endete dieser ganze Kampf bekanntlich so wie jeder Kampf zwischen einem Gebilde, das rein defensiv sein will, und einem, das angreift, enden muß: mit der Vernichtung des deutschen politischen Bürgertums. Im November 1918 kam die sogenannte deutsche Revolution, und mit einem Schlag brach die ganze bürgerliche Parteiwelt zusammen.* Man hatte damit im Augenblick überhaupt nichts mehr; denn da die bürgerliche Parteiwelt kein Zukunftsziel besaß, sondern die große Linie nur in der Erhaltung des Bestehenden lag, war die Parteiwelt im November 1918 zunächst ohne jede Direktion, ohne jedes Richtziel für die Zukunft.

Die Flaggenlüge, der monarchistische und föderalistische Betrug

Das Flaggensymbol

Klassisch und beweiskräftig dafür ist die Tatsache, daß die bürgerliche Parteiwelt in derselben Zeit, in der der Marxismus die rote Eroberungsfahne aufpflanzte - Sie haben sie ja in München gesehen - das Bürgertum nicht eine Gegenflagge parteipolitischer Art hatte, sondern nur die alte Fahne wieder hervorholen konnte. Die alte Flagge schwarz-weiß-rot, die an sich keinen weltanschaulichen Charakter gehabt hatte, wurde plötzlich zu einer Parteifahne. *Während es nicht wenige gab, die damals sagten, laßt doch diese Fahne ruhen, seid froh, daß sie weg ist; diese Republik verdient diese Fahne gar nicht!* (Zurufe: sehr richtig.) Sie haben *ihr* Symbol geholt, also gut, sollen sie sehen, wie weit sie mit diesem Symbol kommen. Jede Regierung hat die Staatsform, die sie verdient, und *jede Staatsform hat die Fahne, die sie verdient,* und jede Fahne erweckt den Eindruck, den ihre Träger erwecken. Warum also einer Institution, die man glaubt, nicht lieben oder gar nicht achten zu können, ein Symbol geben, das geheiligt wurde von Menschen, die man einst sehr wohl achten mußte, *warum in die Hand z. B. irgendwelcher Schieber*

ein Symbol geben, das einst vier bzw. acht Millionen Mann als Kokarde auf der Stirn trugen? Das mußte geradezu verbittern.

Das nationale Bürgertum hätte im Gegenteil, wenn es wirklich überhaupt ein politisches Ziel gehabt hätte, am 11. November von sich aus fordern müssen die sofortige Beseitigung der bisherigen Flagge; denn diese bisherige Flagge war nun einmal unzertrennlich verbunden mit dem bisherigen Reich der nationalen Ehre.

Der neue Staat leistet darauf Verzicht, er unterwirft sich, folglich soll er sich eine Interimsflagge nehmen. Es wäre das nicht zum ersten Male in der Geschichte gewesen, obwohl die Völker, die ihre Fahne wechselten wie man ein Hemd wechselt, nicht gerade rühmlich bekannt sind. Aber gleichgültig, sie mögen sich ein eigenes neues Symbol wählen und nehmen und es behalten. Statt dessen begann die bürgerliche Parteiwelt den Kampf für ihr Ideal unter der Fahne des alten Reiches und dokumentierte damit klar, daß sie eigentlich kein Zukunftsziel besaß, sondern das alte Reich im Auge hatte. Damit aber mußte zugleich zwangsläufig eine Umgruppierung in der bürgerlichen Parteiwelt stattfinden, eine Umgruppierung, die freilich keine Neuorientierung der Parteien gewesen ist, *sondern nur eine äußere Umstellung.* Sie wissen selbst, wie damals, als das ganze Deutschland zusammenbrach, plötzlich neue Parteigebilde entstanden. *Die Gründe, die bei dieser sogenannten Neugruppierung maßgebend waren, sind im allgemeinen Gründe der Unwahrhaftigkeit gewesen;* denn wären es Gründe der Wahrhaftigkeit gewesen, dann hätte diese Umorientierung zunächst eine innere sein müssen. Tatsache ist aber, daß sich im Innern aller dieser Parteigebilde doch gar nichts geändert hat. Das war auch ganz selbstverständlich. *Es sind weder neue Männer in die damaligen Parlamente eingezogen, noch neue Ideen in die Erscheinungen* [*sic!*] *getreten, noch finden wir neue Symbole.* Alle diese Parteien hatten dieselben Menschen wie vordem. Man brauchte nur hineinzusehen in die deutschen Parlamente, was einzog. *Es waren genau die gleichen, die vordem drin gewesen sind.*

Die Parteien und die Frontkämpfer

Die Parteien sagten damals nicht, was logisch gewesen wäre, jetzt muß selbstverständlich Platz gemacht werden für die von der Front zurückkommenden Leute, d. h. mit anderen Worten: unser Parteiregiment hat an sich versagt, das müssen wir zugestehen, daher müssen wir uns umgruppieren. Das wäre ein Beweis dafür gewesen, daß sie selbst überzeugt waren, daß sie versagt hätten. Dann hätten sie auch erklären müssen, wenn das System versagt, versagen die Träger mit; und wenn die Träger des Systems versagen, müssen sie beseitigt werden. *Nicht versagt haben im deutschen Volk aber jene Teile, die viereinhalb Jahre gekämpft haben. Daher wäre es logisch gewesen, daß zunächst eine Reinigung eingetreten wäre dadurch, daß man diesen Teilen maßgeblichsten Einfluß gegeben hätte. Das ist nicht nur nicht geschehen, sondern man hat sich im Gegenteil gerade gegen diesen Teil außerordentlich abwehrend und zurückweisend verhalten.* Die Parteien sind unter sich geblieben, wie sie vordem unter sich waren. Sie haben kaum irgend etwas aufgenommen außer ein paar zugkräftige Männer, meist sehr hohen Alters, so daß sie von ihnen nichts Wesentliches mehr zu befürchten brauchten. Sonst blieb aber alles wie es war.

Die monarchistische Lüge

Damit setzt also die erste Lüge ein, und diese *erste Lüge* ist die größte gewesen bei der Bayerischen Volkspartei, am größten gewesen deshalb, weil man zwei Gründe angegeben hat als Anlaß für das Ausscheiden aus dem Reichszentrum [5], *und weil zum mindesten bei einem Teil dieser Bayerischen Volkspartei diese beiden Gründe vom ersten Tage an nicht aufrichtig gemeint waren. Der erste Grund war der, daß man monarchistisch gesinnt sei. Man sagte, wir müssen aus dem Zentrum heraus, weil wir die republikanische Tendenz des Zentrums nicht mitmachen können. Wir, das bayerische Zentrum, sind monarchisch eingestellt. Das war die erste Unaufrichtigkeit. Man hätte sagen müssen, man könne zur Zeit die Politik des Reichszentrums nicht mitmachen, weil die Bauern in ihrem weitaus größten Teil und auch ein großer Teil unserer städtischen Bevölkerung absolut nicht republikanisch sein wollen.*

Den Führern aber war damals die Republik schon viel näher als die Monarchie; denn sowie man entdeckte, daß man mit der Republik Geschäfte machen kann, und daß die Republik verdammt großzügig ist, viel großzügiger als die alte Monarchie je war, hörte der "gewalttätige" Kampf gegen die Republik sofort auf und wurde nur noch mit rein "geistigen" Waffen gefochten. Was das bei der Bayerischen Volkspartei heißt, weiß jeder Mensch. Die Bauern, gewiß sie sind zum weitaus größten Teil royalistisch gewesen, besonders nachdem sie nach kurzer Zeit bemerken konnten, daß die republikanische Staatsform sich eigentlich auf ihrem Rücken ausbreitet, daß die Republik wenig Verständnis hat für die Landwirtschaft, und daß die alten Prophezeiungen der Sozialdemokratie verwirklicht werden, daß der Bauer proletarisiert werden müsse, damit er auch in das große revolutionäre System hineinpaßt. Die Landwirtschaft wollte damals nicht mitmachen, und das war der ausschließliche Grund, warum auch die Führer nicht mitmachen konnten. In Wirklichkeit also aber doch zunächst eine Lüge, eine innere Unwahrhaftigkeit.

Wenn die Herren damals ehrlich gewesen wären, hätten sie zum einen Teil erklären müssen - ich betone das immer wieder, denn ein Teil ist ohne Zweifel streng royalistisch - leider Gottes kapiert ein Teil unserer Wählerschaft noch immer nicht, daß die Republik viel gescheiter ist als die Monarchie, also müssen wir alles daran setzen, um diese Teile der Wählerschaft gründlich aufzuklären. Keineswegs aber dürfen wir aus feigem Opportunismus aus dem Zentrum ausscheiden, sondern müssen im Gegenteil bleiben und die Wählerschaft aufklären, daß sie begreift, daß [*die*] Republik die einzige Staatsform ist, auf deren Boden sie sich zu stellen hat. Das wäre wenigstens ehrlich gewesen. Das tat man aber nicht, sondern das Gegenteil.

Die föderalistische Lüge

Der zweite Grund war genau so eine Lüge. *Man sagte, wir können das unitaristische Reichszentrum nicht unterstützen, können daher auch nicht in ihm bleiben; denn wir wollen den föderativen Staatsgedanken.*

Zunächst muß ich wieder betonen, daß selbst dieser föderative Staatsgedanke nicht im Lager des bayerischen Zentrums geboren wurde, *sondern daß der Mann, mit dem er verbunden wird, vom bayerischen Zentrum, dem Vater der heutigen Partei, einst nach Strich*

5 Zur Gründung der BVP vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.

und Faden verflucht und verdammt wurde, nämlich ein Herr von Bismarck. Dieser Mann, den man jetzt vielleicht zum Erstaunen der Geister im Jenseits so häufig aus den Mündern der Bayerischen Volkspartei zitieren hört, dieser Mann hat einst tatsächlich das Reich geschaffen und hat ihm eine bestimmte Konstruktionsidee zugrunde gelegt. *Man hat ihm aber damals den schwersten Widerstand entgegengesetzt.*

Man hat einst, Anno 70, stundenlang im Bayerischen Landtag gestritten, ob man gegen Frankreich marschieren soll oder nicht, und mit einer schwachen Majorität ist dann gegen die Väter dieser heutigen Bayerischen Volkspartei, die jetzt immer wieder den Namen Bismarck im Munde führt und von dem Bismarckreich spricht, entschieden worden.

Von dem aber abgesehen; die Bayerische Volkspartei ist im Jahre 1918 gebildet worden, um angeblich den *föderativen Staatsgedanken* gegen das *unitaristische Reichszentrum* durchzusetzen. Wenn das wirklich damals die Absicht gewesen wäre, dann hätte man anders handeln müssen. Da man nicht anders handelte, ergibt sich, daß diese Behauptung nur Bluff war - ein Wahlschwindel. Der Friedensvertrag hat uns in eine Lage versetzt, die zwangsläufig nur durch ein vollkommen zusammengefaßtes Staatswesen annähernd tragbar ist. *Denn in dem Augenblick, in dem man für den Friedensvertrag stimmte und ihn annahm, und damit die wahnwitzigen, insbesonders finanziellen Verpflichtungen auf das Reich übernahm, hat man zugleich auch der späteren Unitarisierung die Türen geöffnet.* Denn es war ein Wahnsinn zu glauben, daß man den Staat mit solch unerhörten Lasten beladen kann, und diese gigantischen Summen aber dann hereinbringt nach dem System der Beitragsleistungen der Vorkriegszeit durch die einzelnen Länder. Es handelte sich doch nicht darum, daß nach einem bestimmten Prinzip regiert wird, oder daß ein Prinzip dem Staatsgedanken zugrundegelegt wird, sondern, daß das Prinzip, nach dem man regiert, vernünftig, gesund und möglich ist. In dem Augenblick, da die Gesamtbelastung unerträglich wurde, mußte man nach Mitteln suchen und sinnen, um die Beträge überhaupt aufbringen zu können. Niemand sage, daß lieber gezahlt würde, wenn die Beträge statt durch das Reich durch die Länder eingezogen würden.

Wer die Politik der langsamen Vernichtung der deutschen Ehre und der deutschen Macht, unserer Größe und Freiheit unterstützt hat, unterstützte damit zwangsläufig auch die Politik der deutschen Vereinheitlichung, und zwar der Vereinheitlichung nach Berliner Muster und nach Berliner Auffassung. Wenn die Bayerische Volkspartei also wirklich die Absicht gehabt hätte, den föderativen Staatsgedanken von der Theorie in die Wirklichkeit überzuführen, dann hätte sie in jeder Stunde gegen eine Reichspolitik Front machen müssen, die durch ihre Unterwürfigkeit nach außen im Innern jede Möglichkeit einer Dezentralisierung beseitigte, zum mindesten aber der Zentralisierung Vorschub leistete, sie überall begünstigte und den breiten Massen aber als vernünftig, logisch und wünschenswert erscheinen ließ.

Sie haben ein praktisches Beispiel jetzt vor sich. Eine Unzahl von Beamten steht heute auf dem Standpunkt: Ich bin lieber Reichsbeamter, wenn ich da besser bezahlt werde, als Landesbeamter eines souveränen einzelnen Staates, wenn ich dort schlechter bezahlt bin. Die Menschen sind nun mal so!

Wenn man zweitens wirklich den föderativen Staatsaufbau gewünscht hätte, hätte man sich Klarheit darüber verschaffen müssen, daß man diesen nicht dadurch verwirkli-

chen kann, daß man von sogenannten *eigenen* Rechten spricht. Es war falsch, im Jahre 1922 und 1923 zu glauben, daß man in Deutschland, sagen wir, für nur bayerische Rechte irgendeine Hand in Bewegung setzen könne. Ja, liebe Freunde, entweder - oder! Entweder die Bayerische Volkspartei ist eine legale Partei oder eine revolutionäre. Eine revolutionäre Partei - darüber glaube ich, brauche ich nicht zu reden - das ist sie nicht. Sie schwört das heilig, und der "Bayerische Kurier" fieselt jede Woche mich sechsmal durch, ob er nicht an mir irgendeinen revolutionären Gedanken finden könnte. (Heiterkeit.) Wenn also die Bayerische Volkspartei keine revolutionäre Partei ist, was ihr jeder Mensch schon auf das Ansehen hin glaubt, sondern eine legale, muß sie damit rechnen, daß eine Änderung des derzeitigen Staatsgedankens nur erreicht wird auf legalem Wege, d. h. durch die Majorität. *Wie sie da glaubt, die Majorität in Deutschland zu bekommen für eine Idee, deren Inhalt im Grunde genommen nichts anderes ist als die Absicht, Reservatrechte zu erhalten, ist mir unbegreiflich.*

Der Bayer[*ische*] *Volksparteiverrat vom 9. Nov*[*ember*] *1923*

Die verpaßte Gelegenheit

Es gab noch eine Möglichkeit, den föderativen Staatsgedanken in Deutschland einmal in voller Form durchzusetzen. Und das wäre die gewesen, daß der Staat, der das wünschte, sich zum Führer der nationalen Opposition in Deutschland aufgeschwungen und es so weit gebracht hätte, daß das ganze nationale Deutschland in dem Kampf dieses Staates nicht etwa einen Kampf für ganz kleine Reservatrechte gesehen, sondern sich gesagt hätte: Was Bayern will, ist vernünftig; die dort unten wollen vor allem die Ausmistung des Berliner Saustalls. (Lebh[*after*] Beifall.) Hätte man sich dazu damals aufgeschwungen, hätte man nicht nur mit der Zustimmung der Württemberger und Badener rechnen können, sondern selbst mit der Zustimmung zahlloser Preußen. *Millionen und Millionen von Preußen ging ja dieser Berliner Saustall, diese Judenwirtschaft ebenso bis an den Hals wie irgendeinem von uns. Dann konnte man damit rechnen, daß eines Tages ganz Deutschland nach Bayern schauen würde.* Dann mußte man allerdings ein entsprechendes Programm besitzen, und zwar ein wirklich großes Programm. *Da durfte man sich vor allem nicht auf den Standpunkt stellen, wir sind nur eine bayerische Partei*, da durfte man also nicht sagen "Bayerische Volkspartei", sondern man hätte meinetwegen sagen müssen "Föderalistische Deutsche Volkspartei". Weiter durfte man sich dann natürlich auch nicht auf eine Konfession festnageln, sondern mußte statt "Katholische" Bayerische Volkspartei sagen "Christliche Bayerische Volkspartei". (Lebhafter Beif[*all*].) Man mußte eine Formel finden, auf die jeder anständige, ehrliche Deutsche, jeder anständige, ehrliche Christ ohne weiteres eingehen konnte.

Aber sehen Sie, die Leute haben gelogen, sie haben das selbst nicht geglaubt. In den ganzen langen Jahren redeten sie nur so, haben aber bei keiner Gelegenheit noch gezeigt, daß sie irgendwann ernstlich gegen Berlin Stellung nehmen wollten. Im Gegenteil, die Bayerische Volkspartei ist stets in Berlin zu finden. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Es gab kaum irgendeine prinzipielle Auseinandersetzung mit Berlin, bei der nicht die Bayerische Volkspartei augenblicklich aus der Reihe gesprungen wäre. Und wenn man heute bei der Bayerischen Volkspartei immer so tut, als ob im Jahre 1923 alles so großartig gewesen und dann alles durch die Nationalsozialisten zerschlagen worden

wäre, so hat man ein schlechtes Gedächtnis. *Was im Jahre 1923 großartig gewesen ist, war nicht die Bayerische Volkspartei; die war vielmehr ganz traurig. Was damals großartig gewesen ist, das war die nationalsozialistische Bewegung und die von ihr aufgepulverte allgemeine vaterländische nationale Bewegung. Und daß diese nicht zu großartig wurde, dafür hat die Bayerische Volkspartei am 9. November 1923 gesorgt.* (Stürmischer Beifall.)

Die Rettung Bayerns

Nicht die Bayerische Volkspartei hat, wie man zu lesen bekommt, 1919 und dann 1920, 1921 und 1922 Bayern aus den Klauen des Marxismus gerissen. Gott bewahre! Das erste Herausreißen aus dem Marxismus erfolgte durch württembergische und preußische Freikorps und durch Bayern, die mit der Bayerischen Volkspartei aber schon gar nichts zu tun hatten (Beifall). Und dann ist auch nicht etwa eine nationale bayerische Regierung eingesetzt worden, sondern dann kam jenes Kabinett Hoffmann [6], von dem selbst die intimsten Anhänger nicht recht wußten, was es eigentlich war und was es wollte. Nur rot schimmerte alles. *Eines Tages wurde dann Bayern endlich aus der Hand dieses Kabinetts Hoffmann gerettet, und das war aber wieder nicht die Bayerische Volkspartei, die das tat, sondern, das war ein ganz gewöhnlicher Hauptmann, namens Österreicher [7], der in der Nacht vom 13. auf 14. März [1920] mit zehn Mann zur Regierung Hoffmann hineinmarschierte und ihr nahelegte, sie möchte doch zurücktreten* [8]. Und dann trat Hoffmann zurück, andere aber begaben sich in ein anderes Gebäude und holten dort einen Herrn aus den Federn, zogen ihn hinein in die neue Regierung. Das war der Herr von Kahr. Und unter denen, die Kahr herausgeholt hatten, war wieder, aber auch nicht *ein* Volksparteiler. Nebenbei bemerkt, war das auch ein illegaler Vorgang, fast ein revolutionärer Vorgang. Die Bayerische Volkspartei macht so etwas daher auch nicht mit, sie nimmt nur Kenntnis davon, wenn es gelungen ist. Kaum war es also gelungen, nahm sie auch schon schleunigst davon "Kenntnis", und jetzt sagt sie schon: "Das haben damals wir gemacht." Trotzdem also ist auch diese zweite Rettung keineswegs durch die Bayerische Volkspartei erfolgt, und auch die weitere Entwicklung bis zum November 1923 ist nicht auf das Konto der Volkspartei zu schreiben. Nur der Nachmittag des 9. November 1923 [9], und dann das Jahr 1924, das ist jetzt reinste Bayerische Volksparteitat.

Von dem Augenblick an war jegliche Konkurrenz beseitigt, und vom 9. November 1923 angefangen bis jetzt haben wir ausschließlich das kristallklare Regiment der Bayerischen Volkspartei mit jenen grandiosen Segnungen, die Sie alle kennen und fühlen,

---

6 Johannes Hoffmann (1867-1930), Lehrer, 1908-1918 Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer (SPD), 1910-1918 Stadtrat und Stellvertreter des Bürgermeisters in Kaiserslautern, 1912-1918 und 1919-1930 MdR, Nov. 1918 bis März 1919 bayer. Kultusminister in der Regierung Eisner, 1919/20 MdL in Bayern, März 1919 bis März 1920 bayer. Ministerpräsident, Außen- und Kultusminister.

7 Gemeint ist Ludwig Oestreicher (geb. 1886), Leutnant, 1918 Mitbegründer der "Pionierkompanie Oestreicher" in Ingolstadt, 1919 Unterstellung unter das Freikorps Oberland und Beteiligung an der Niederschlagung der Räterepublik, 1919 unehrenhafte Entlassung aus der Reichswehr, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch.

8 Zu den Ereignissen in Bayern vor dem Hintergrund des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920, die zum Sturz des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann am 14.3.1920 führten, vgl. Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München 1990, S. 430 ff.

9 Gemeint sind vermutlich die Schüsse, mit denen die Landespolizei den Marsch zur Feldherrnhalle stoppte. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 320 ff.

mit jenem gewaltigen Fortschritt, den wir heute in ganz Bayern zu verzeichnen haben, und jener allgemeinen Gehobenheit, die unser Volk so fröhlich sein läßt wie noch nie.

Daher war schon im Jahre 1918 die Behauptung der Bayerischen Volkspartei, für den föderativen Staat eintreten zu wollen, eine Lüge, außer man war entweder entschlossen, illegal vorzugehen, also revolutionär vorzugehen, oder man war bereit, ein Programm aufzustellen, auf das jeder Deutsche schwören konnte, und war bereit, irgendwo die Keimzelle für den Kampf zu bilden - und das konnte dann natürlich Bayern sein. Gewiß war damals die Überzeugung weit verbreitet, daß von Bayern aus ein Umschwung in der deutschen Geschichte kommen könne. Daß diese Meinung aber plötzlich erschüttert wurde, ist nur der Bayerischen Volkspartei zuzuschreiben.

Die Frage, ob die Bayerische Volkspartei überhaupt eine Idee besitzt, die, sagen wir, für Deutschland eine führende Bedeutung gewinnen könnte, kann kein Mensch beantworten, weil kein Mensch so etwas wie eine Idee bei der Bayerischen Volkspartei kennt. *Auch die Bayerische Volkspartei selbst weiß nicht ganz genau, was sie für eine Idee hat.* Das geht am besten aus ihren einzelnen Tagungen hervor. *Es kämpfen dort nämlich auf der einen Seite die Royalisten und die Republikaner gegeneinander, auf der anderen Seite die Föderalisten gegen die Unitaristen.* Jedenfalls wissen aber alle zusammen nicht genau, was sie eigentlich wollen. Sicher dagegen ist das eine, daß diese Partei immer wieder Hunderttausende von gutgläubigen Wählern bekommt, weil die guten Leute glauben, daß es sich um eine christliche, nationale und nicht zum mindesten antisemitische Bewegung handle. Das, was die Bayerische Volkspartei angeblich wollte, das konnte sie nicht. *Das hätte nur eine andere Bewegung können, nämlich die nationalsozialistische; denn, was der Bayerischen Volkspartei gefehlt hat, das hat die junge nationalsozialistische Bewegung damals bereits gehabt: ein Programm, das groß und umfassend genug war, um von jedem Deutschen unterschrieben zu werden.* Ein Programm, das in seinen großen Gesichtspunkten das unbedingte Gegenteil der heutigen Staatsauffassung darstellt und in den wesentlichsten Gesichtspunkten eine Kampfstellung einnimmt, und zwar eine ganz klare Kampfstellung, nicht halb so und halb so, und morgen kann man dann wieder anders.

Zunächst war die Aufgabe der damaligen nationalsozialistischen Bewegung der aktive Kampf gegen den Marxismus. Sie sah im Marxismus die Verkörperung des zur Zeit herrschenden Systems, weil seine Grundgedanken auch in anderen Parteien bereits verbreitet waren, weil die Demokratie, d. h. der Massenwahn, schon überall regierte, die Blutschande allgemein fast als selbstverständlich galt, *und weil endlich die Erziehung zum feigsten Pazifismus und zur Ehrlosigkeit allgemein geworden war.* Kurz und gut, das ganze System, das im November 1918 zur Regierung gekommen war, schien im Marxismus verkörpert zu sein, und diesen haben wir deshalb bis zum äußersten bekämpft. Wir waren uns weiter auch klar, daß es notwendig ist, den *aktiven* Kampf nur gegen den Marxismus durchzuführen und ihm die breiten Massen zu nehmen; denn das ist die Zukunftsaufgabe der deutschen Nation. Aber ebenso notwendig ist es für die breite Masse, die passenden nationalen Intelligenzen heranzuziehen. Es wird uns von verschiedenen bürgerlichen Parteien der Vorwurf gemacht, daß wir auch in diese hineingehen. Ich kann aber doch nicht vor der Türe einer Versammlung eine Tafel anbringen: "Zutritt haben nur Marxisten", "Angehörige der Bayerischen Volkspartei dürfen nicht herein."

Entweder die Parteien glauben nun an ihre Lehre oder sie glauben nicht daran. Sind sie überzeugt von der Richtigkeit ihrer Ansicht, warum scheuen sie uns denn dann? Oder schätzen sie ihre Wähler so schlecht ein? Gerade vor den Wahlen würde ich das nicht tun, sondern doch vorsichtiger sein; da würde ich so etwas nicht behaupten. Ich nehme an, daß gerade die Bayerischen-Volkspartei-Wähler das Extrem von Geist, Weisheit und Einsicht darstellen. (Heiterkeit.) Warum scheut man dann die Aufklärung der nationalsozialistischen Bewegung? Wir können doch keinen Menschen zwingen, zu uns zu kommen? Wir stellen keine Kommandos vor die Saaltüren, die Leute zusammenzufangen und hereinzuziehen. Bei uns bezahlt sogar jeder, der hereinkommt, zum Unterschied der Gepflogenheit bei anderen Parteien. Wenn trotzdem auch ein Teil nationaler Intelligenz zu uns kommt, so sind wir darüber sehr glücklich, weil wir genau wissen, daß man eine Volksbewegung ohne Intelligenzen nicht aufziehen kann, und weil wir doch eine *deutsche Volksgemeinschaft* bilden wollen.

Einigkeit von Stirn und Faust!

Wir wollen an die deutschen Intelligenzen herankommen und ihnen sagen: Geht aus euren Käfigen heraus, verkalkt nicht in den bürgerlichen Parteien, sondern findet den Weg zurück zum deutschen Volk, zur breiten Masse. Entweder - oder! Entweder ihr werdet noch einmal Führer der deutschen Faust oder ihr seid als Köpfe völlig überflüssig. Was ihr tut - in euren Konventikeln, zusammenhocken und geistreich schwätzen -, ist sinnlos. Ihr wollt euch als nationale Intelligenz aufspielen, redet von nationaler Führermission und vergeßt ganz, daß man dann etwas haben muß, was man führt. Die Herren können sich doch nicht dauernd selbst führen. (Heiterkeit.) Sie brauchen also die breite Masse. Dieses Gebilde wollen wir schaffen. *Wir wollen die Organisation aufstellen, die ein Spiegelbild des kommenden Deutschlands sein soll.* Wir wollen den Beweis erbringen, daß es möglich ist, daß Hand- und Geistesarbeiter wieder miteinander gehen. Wenn wir also auch an diese sogenannten nationalen Intelligenzen herantreten, tun wir es wahrhaftiger Gott nicht, um den bürgerlichen Parteien Wählermassen wegzufischen. Glauben Sie mir, mit den Wählermassen der Bayerischen Volkspartei kann man den Himmel wirklich nicht erobern. Diese Heerscharen, die kennen wir! Ich kann Sie eines versichern: Wenn uns die bürgerlichen Intelligenzen und die bürgerlichen Parteien all das abtreten, was an sich zu ihnen nicht hineinpaßt, und was sie nicht wünschen, weil es das Maul zu weit aufreißt und immer Unruhe stiftet - diese Jugend, die keine richtige Achtung vor den alten Parlamentariern hat, die immer aufmuckt gegen die großen Politiker - wenn sie uns diese Leute geben, sind wir ganz zufrieden. Die anderen mögen sie behalten, die sterben sowieso einmal aus, ganz von selbst.

Denn endlich - was auch diese Parteien von Zeit zu Zeit versprechen und was sie für Programme aufsetzen - eines ist sicher: *Vor den Wahlen kann man das Blaue vom Himmel versprechen,* gehalten werden die Versprechungen in Deutschland aber nur von der Partei, die eines Tages dem deutschen Volk wieder die Macht gibt, *und zwar die Macht nach außen. Alles andere ist zwecklos und zugleich sinnlos.* Nur die Macht nach außen kann dem deutschen Volk wieder die Lebensmöglichkeit geben. Freilich braucht man dann auch den Willen, die Macht einzusetzen. Dazu benötigt man aber im Innern eine geschlossene Volksgemeinschaft, eine Vermählung jener beiden Extreme, des Kopfes

und der Faust. Diese Macht zu bilden setzt voraus die Aufklärung über ihre Notwendigkeit. So trat die nationalsozialistische Bewegung damals in den Jahren 1919, 1920, 1921 und 1922 in Hunderten und Tausenden von Versammlungen vor die Öffentlichkeit und versuchte immer wieder aufzuklären, die Idee und die Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Idee den Menschen einzuhämmern. Sie wissen, daß wir damals auch langsam Erfolge hatten. Ich muß das feststellen, weil andere Parteien demgegenüber gar nichts taten. Sie verlassen sich auf ihre Presse, auf ihr Kapital und auf die stabile Dummheit ihrer Wählermassen. Aufgeklärt haben sie niemand, hineingegangen ins Volk sind sie nicht, genausowenig wie jetzt. Wenn ich dagegen denke: Welche Aufklärungsarbeit leistet *unsere* Bewegung? In einzelnen Bezirken finden Monat für Monat dreißig, vierzig, ja sechzig öffentliche Versammlungen statt, *so daß die Zahl der öffentlichen Kundgebungen in einem Jahr auf über siebentausend gestiegen ist.* Freilich, wenn wir aufgeklärt haben und das Volk sich zu regen beginnt, dann erscheinen plötzlich von oben die Raben und lassen sich langsam auf unsere Arbeit nieder, dann kommen sie wie die Geier, die man vorher nie gesehen hat, und nach zwei Jahren kann man schließlich sogar hören: Das haben doch damals alles wir gemacht! Ihr werdet aber doch nicht behaupten wollen, daß das ein und dasselbe ist, wenn einer jahrelang sich hinstellt und die Massen aufklärt, so daß sie endlich die rote Fahne einziehen und Schwarz-Weiß-Rot hinaushängen, und die anderen nichts tun als nach Abschluß dieser Arbeit auftauchen und die einen wegtreiben, um dann sagen zu können, sie hätten das geschafft.

Führer und Trommler

Und das wissen Sie auch, daß zunächst die Parteien zugesehen haben, wie wir die Arbeit machten als Herkules im Stall, und daß, als dann die zwölfte Arbeit getan war, die Parlamentarier, die Volksparteiler an der Spitze, in breiter Front anrückten und im Stall sich wärmen wollten. Alle Parteien glaubten dies. Sie waren der Ansicht, wir würden das Volk aufklären, würden dieses böse Volk zur Vernunft bringen, und wenn das getan wäre, dann, so meinte man, müßten die *"Führer"* kommen*; denn die Trommler dürfen das Volk nur aufklären, leiten dürfen es aber nur die wirklichen Führer. Diese Führer sind aber die Leute, die Sie augenblicklich im Bayerischen Landtag sehen.* Sie sind alle schon als Führer geboren worden (Heiterkeit - lebhafter Beifall), d. h. wenn sie Mitglieder der sogenannten Regierungsparteien sind. Diese Führer aber nun, diese besonderen Führer, haben die Mission, erst zuzusehen, wie die einen das Volk aufklären, um dann das Volk zu übernehmen und zu ihrem Erfolg zu führen. Ja, wissen Sie, meine lieben Freunde, wir sind so unbescheiden und möchten demgegenüber feststellen, *daß Menschen, die nichts erwerben können, auch nicht fähig sind, etwas zu erhalten* (Zurufe: Sehr richtig), oder gar andere zu leiten und zu weiterem Erfolg zu führen. Diese Menschen haben ja schon bewiesen, daß sie das nicht können. Wie oft schon haben diese Menschen das kostbare Gut der nationalen Einheit, das sie nicht durch ihre Tätigkeit, sondern durch die Genialität anderer erhielten, immer wieder schnell verpulvert! Wie schnell ist es immer wieder flöten gegangen! Glauben Sie, daß das heute anders wäre?

Angenommen, es würde uns gelingen, den Marxismus zu zerschmettern, ihm diese fünfzehn Millionen Menschen abzujagen, und es würden dann die anderen Parteien kommen, um sie zu übernehmen. In Bayern die Bayerische Volkspartei und in

Deutschland, - da werden sie sich wohl zunächst streiten, wer das Recht zur Übernahme besitzt, - vielleicht die Deutschnationalen. *Glauben Sie, daß eine dieser Parteien heute fähig wäre, diese fünfzehn Millionen nationalisierte Arbeiter wirklich zu führen?* Nein, noch nicht acht Monate würden vergehen und alles würde wieder zerfallen. Das kann man nicht so gekünstelt machen, das muß aufgewachsen, muß miteinander gewachsen sein, das muß sich zusammengerauft haben, muß miteinander gekämpft haben. *Glauben Sie ja nicht, daß ein Arbeiter, den wir dem Marxismus abgerungen haben, vor einem volksparteilichen Parteibonzen Achtung hat.* Oder glauben Sie etwa vor einem Deutschnationalen? Er würde sich sagen: Die Menschen, die bisher zu hoch droben gewesen sind, als daß sie sich um mich gekümmert hätten, können mir jetzt auch gestohlen bleiben. Nein, sie müssen ihre Führer kennenlernen und müssen das Gefühl haben, daß diese sich wirklich restlos für sie einsetzen, daß es sich bei ihnen nicht darum handelt, daß sie regieren können, sondern daß sie ihre Führermission dahin verstehen, daß sie den anderen überall vorangehen, in jeder Stunde voranschreiten und ihnen gegenüber auch alle Opfer auf sich zu nehmen bereit sind. Das tun die bürgerlichen Führer nicht. Darum ist auch immer jener sogenannte bürgerliche Erfolg flötengegangen. Nicht nur, daß die deutsche Einheit der siebziger Jahre bis zum Jahre 1900 diese [*sic!*] vollkommen verwirtschaftet war durch diese Parteigrößen, diese gewaltigen Staatsmänner, die in unseren bürgerlichen Parteien herumgeistern, nicht nur, daß im Jahre 1914 zum zweitenmal die nationale Einheit, wieder durch andere gemacht, nach viereinhalb Jahren verwirtschaftet wurde und im Jahre 1923 noch einmal. Nein, das größte und traurigste Beispiel dafür besitzen wir eigentlich in der Wahl des derzeitigen Reichspräsidenten Hindenburg. Auch ein sogenannter nationaler Erfolg! Und das Ergebnis? In nicht einmal vier Jahren hat man den nationalen Glauben wieder verwirtschaftet. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Jetzt werden sie die Quittung bekommen - unsere Nationalen. Die Herren glauben immer, daß man in der Geschichte bluffen kann. Ja, sie haben Angst vor einem starken Mann gehabt, vor einem jüngeren, starken Feldherrn - den wollten sie nicht. Sie werden jetzt sehen, was das Ergebnis ihrer Klugheit sein wird. Sie haben sich damit nicht etwa ihre Position gerettet - im Gegenteil! Die Geschichte kann man nicht bemogeln.

Wenn wir also in den Jahren 1919 und 1921 aufklärten und von diesen Parteien sogar begrüßt wurden, so haben wir das ganz richtig eingeschätzt. *Man glaubte in uns Mohren zu sehen, die ihre Schuldigkeit tun würden, und die man dann mit einem Fußtritt entlohnen kann.* Da haben sich aber die Herren getäuscht. Es gehört eine Frechheit dazu, von einem Menschen, der jahrelang arbeitet, zu verlangen, daß er nur die Arbeit tut, und wenn sie getan ist, zurücktritt, um einen anderen das Resultat einheimsen zu lassen. Es gehört eine unanständige Art des Denkens dazu und zugleich eine maßlose Überheblichkeit. Diese Leute gehen her und sagen ganz frech: *Wir bestreiten* [10] *nicht, daß Sie Trommler sind, aber Führen, das müssen natürlich andere. Nein, glauben Sie mir: Solange diese Generation in unserem Volke herrscht, wird sich das deutsche Schicksal nicht bessern. Diese Menschen haben Angst vor jedem, von dem sie glauben, daß er sich ihnen nicht unterstellt.* (Lebhafter Beifall.)

10 In der Vorlage: "befreiten".

So ist der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung vom Jahre 1920 an zunächst natürlich geduldet worden. Wir haben uns dann die ganzen Jahre über durchgearbeitet und sind aus einer kleinen Gruppe langsam eine große Partei geworden, eine Partei, die heute die größten Massenversammlungen in Deutschland hat, die alle Säle füllt, die auch ihr eigenes Symbol hat - zum erstenmal überhaupt ein neues Symbol. Wir sind gewachsen und stehen heute nach mehrjährigem Verbot wieder im Kampfe gegen unsere alte Front, gegen die linke Seite. Dieser Kampf ist für uns das wahrhafte Lebensziel und der Lebensinhalt und des Lebens höchster Zweck, weil wir uns sagen müssen: *Solange nicht in Deutschland die Millionen pazifistischer, demokratischer, betörter Volksgenossen zurückgeführt sind in die Volksgemeinschaft, ist jeder Glaube an eine Besserung Unsinn und Utopie.* Also muß der Kampf geführt werden und kann nur geführt werden als aktiver Angriffskampf gegen die Vergiftung unseres Volkes. Man kann nicht sagen: Wir wollen, daß das Volk wieder gesundet, möchten dabei aber niemanden angreifen und niemandem wehe tun. Nein, im Gegenteil. Wir erklären feierlichst, daß es unser Wunsch und Wille ist, dereinst vom Schicksal berufen zu werden, abzurechnen mit denen, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben. (Stürmischer Beifall.) Abzurechnen mit all den legalen Mitteln, die der nationalsozialistische Staat einmal haben wird. Das ist der Sinn unseres Kampfes, und als ich nach fast zweijähriger Pause am 27. Februar 1925 zum erstenmal wieder im Bürgerbräukeller sprach[11], da habe ich in großen Zügen dieses Programm entworfen, und ich wies dabei wieder auf die Notwendigkeit des Konzentrationskampfes gegen den Marxismus hin, demgegenüber alles andere zurücksteht. Ich habe dabei, wie viele von Ihnen wohl wissen werden, mit keinem Wort von den anderen Parteien auch nur irgendwie Notiz genommen. Es waren aber noch nicht 3 Tage vergangen gewesen, da hatte ich die Quittung in Händen. *Zunächst impertinente Verleumdungen, Fälschungen meiner Rede und dann Angriffe über Angriffe auf Grund dieser Verleumdungen und Fälschungen. Schließlich kam dann das Redeverbot von denen, denen ich gar nichts zuleide getan hatte,* und die da behaupten, daß sie auch das wollen, was wir wollen - wenn sie auch sagen, auf legalem Wege, während wir angeblich auf illegalem Wege das erreichen wollen. Kurz und gut, man griff uns plötzlich an, und diese Angriffe haben sich Jahr für Jahr fortgesetzt wiederholt. Immer und immer wieder, wobei wir oft staunen mußten.

"Man ziehe die Priester aus den Parlamenten"

Priester und Politiker

Wir greifen zum Beispiel Herrn Monsignore Dr. Seipel an wegen seiner, unserer Überzeugung nach vollkommen unvölkischen politischen Leitung Deutschösterreichs, wegen seiner verderblichen Schwäche, wegen der Duldung des Emporkommens der marxistischen Front. Wir greifen den Mann an, der alles getan hat, um die antimarxistischen Kräfte zu unterbinden. Greifen den Mann an, *von dem wir überzeugt sind, daß er mit dem Anschlußgedanken nur spielt, daß er ihn nur verwendet, um finanzielle Eroberungen zu machen, daß es ihm aber dabei nicht ernst ist mit der Durchführung.* Daß er heute den Anschlußgedanken durch die Luft flimmern läßt, um am nächsten Tage in Paris oder Prag zu erscheinen. *Wir greifen diesen Mann an als Politiker. Der "Bayerische Kurier" steht am nächsten Tage*

11 Vgl. Bd. I, Dok. 6.

auf und erklärt: Das ist ein Angriff auf die heilige katholische Kirche. (Heiterkeit.) *Ja, liebe Freunde, können wir etwas dafür, daß dieser unmögliche, schädliche Politiker zugleich Priester ist? Nein, wahrhaftiger Gott, wir bedauern das lebhaft, wir bedauern es, weil für Hunderttausende und Millionen von Katholiken, die sich nicht vom "Bayerischen Kurier" bestätigen zu lassen brauchen, daß sie gute Katholiken sind, es geradezu entsetzlich ist, in einen Gewissenskonflikt hineingetrieben zu werden und erleben zu müssen, daß ein Mann, zu dem man als Priester aufschauen möchte, politisch sich so unmöglich und schändlich aufführt.* (Lebhafter Beifall.)

Und damit komme ich zum Kernpunkt: Warum greifen sie uns nun überhaupt an? Als erstes, weil die nationalsozialistische Bewegung eine "unchristliche" Bewegung ist. Warum sind wir unchristlich? Wir sind "romfeindlich", wir sind "katholikenfeindlich". Ja, - so sagen sie ganz im geheimen, - wenn wir unter uns sind und die Fenster verhängt haben, sind wir auch noch Wotansanbeter. (Heiterkeit.) Das erzählt man nicht laut, sondern man sagt es so von Mund zu Mund, im Land draußen usw., daß bei uns etwas nicht recht geheuer sei. Und außerdem: Wir begrüßen uns mit Heil, - das sollen die alten Germanen-Götter sich auch schon zugerufen haben, (Heiterkeit) obwohl sie nicht existierten. Jedenfalls also eine gefährliche Gesellschaft! Nun kann ich wirklich nur eines sagen: Wir wissen alle, daß es tatsächlich viele Menschen gegeben hat, die diesen Schwärmereien anhingen. Wir Nationalsozialisten aber haben vom ersten Tage an immer betont, *daß wir damit nichts zu tun haben. Überhaupt nichts zu tun haben mit den alten völkischen bieder gemeinten Dingen,* mit wallenden Bärten und Haupthaar. Wir haben alle die Haare kurz geschnitten, sind alte Soldaten gewesen und haben mit solchen Dingen wirklich nichts zu schaffen. Im Gegenteil, wir wissen genau: Was vergangen ist in der Geschichte, ist vergangen. *Wir wissen auch, daß viele Hunderttausende von Menschen heute in ihrem Glauben nicht durch uns irre gemacht werden, sondern durch Leute, die den Glauben für politische Zwecke mißbrauchen.* (Stürmischer Beifall.) Ich muß eines feststellen: Wir werden uns davon stets fernhalten, deshalb, weil Dr. Seipel eine verhängnisvolle Politik treibt, uns etwa dahin zu äußern, daß die Priester, sagen wir, gemeine Subjekte wären oder zu behaupten, *daß deshalb die Religion nichts taugen würde.* Im Gegenteil. Wir wissen genau, daß in jeder Organisation, die von Menschen gebildet wird, selbstverständlich auch Fehler vorkommen werden und daß es immer Menschen mit Unzulänglichkeiten gibt. Es gibt aber viele, die nicht so weit denken, bei denen es vielmehr nur zu leicht möglich ist, daß sie derartige Erscheinungen der Allgemeinheit aufrechnen, und da frage ich, ist das notwendig? Ich darf hier ein Beispiel erwähnen. Vor dem Krieg hatten wir im Deutschen Reich einen Abbé, Wetterlé [12] mit Namen. Dieser Herr Abbé war auch ein geistlicher Herr und machte Politik im Deutschen Reichstag. *Ihn anzugreifen war als [sic!] Verbrechen gegen die heilige katholische Kirche; das durfte man nicht tun. Derselbe Herr war aber Landesverräter und hat Deutschland maßlos geschädigt, hat schon im Frieden mit Frankreich konspiriert, wie wir später erfahren haben, und hat unser Land verraten, so daß er eigentlich an den Strick gehört hätte.*

12 Emile Wetterlé (1861-1931), kath. Priester, 1898-1915 MdR (Zentrum, 1915 Aberkennung des Mandats), 1910 Mitbegründer der Elsässischen Nationalpartei, 1919-1924 Abgeordneter der franz. Nationalversammlung, 1924-1931 franz. Botschaftsrat beim Vatikan.

Religion und Politik

Mit welchem Recht behauptet man denn, daß der Kampf gegen solche Menschen antireligiös ist? Das hat doch mit dem Christentum und mit dem katholischen Christentum nichts zu tun, wenn man sich einen unmöglichen, schädlichen Politiker vom Halse schaffen will.

Wenn man sich heute beklagt, daß Millionen zur Zeit gottlos sind, dann wundere man sich nicht; wenn diese Millionen nur unser politisches Leben verfolgen, wäre es gar kein Wunder mehr, wenn sie langsam innerlich dem Glauben entfremdet würden. Diese Millionen können das nicht unterscheiden, sie werden nicht auseinanderhalten können: Ja, dieser Priester hier ist allerdings ein Verräter, aber was hat das mit Religion zu tun? Nein! der Mann sagt sich: *Dieser steht auf der Kanzel, ich stehe unten, der Landesverräter Wetterlé predigt jetzt, und ich muß da zuhören.* Sie werden irr und gehen weg.

Man ziehe die Priester aus den Parlamenten, aus diesen Stuben der Lüge heraus. (Stürmischer Beifall.)

Man gebe sie wieder ausschließlich hinauf auf die Kanzel, und Millionen, die heute der Kirche entfremdet werden, werden wieder den Weg in das Gotteshaus hineinfinden. (Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Wenn wir heute in Deutschland überall religiöse Spaltungen bemerken, ein Sektwesen [*sic!*] erleben, dann glauben Sie nur nicht, daß ich als Nationalsozialist das begrüße. Im Gegenteil! Ich sage mir: *Zu allem Unglück kommt auch das noch dazu, daß wir immer mehr in religiösen Streit hineingerissen werden.* Ich begrüße das nicht, im Gegenteil! Aber verantwortlich machen muß ich die, die ein so schlechtes Vorbild den anderen geben. Der gewöhnliche Mensch kann nun nicht unterscheiden, er wird nie sagen: *Das hat der Priester Seipel gemacht und das der Politiker Seipel. Ja, wo hört der Priester auf und wo beginnt der Politiker? Der kleine Mensch wird nicht sagen: Das hat der Landesverräter Wetterlé gemacht und das hat jetzt der Abbé Wetterlé gemacht.* Ja, wer soll da den Unterschied machen?

Nein! Genau so, wie Sie nicht einen Priester in Amt und Würden lassen werden, wenn er sich, sagen wir, sittlich vergeht, weil Sie sagen, er gibt ein schlechtes Beispiel für die anderen und er verdirbt vielen den Glauben, genau so dürfen Sie ihn auch nicht politischen Verfehlungen aussetzen, außer, Sie werden auch hier die Konsequenzen einstecken müssen. Und die Konsequenzen sehen wir vor uns. Nicht wir wünschen das. Nicht wir wünschen einen Wotanskult - es ist zu blödsinnig -, nicht wir wünschen irgendeinen Streit oder ein Sektenwesen. Im Gegenteil, wir wünschten nur eines: *daß die beiden Konfessionen friedlich zusammenarbeiten und versuchen, einen wertvollen deutschen Menschen zu erziehen. Das wollen wir haben.* (Stürmischer Beifall.)

Damit bin ich gleich bei unserer grundsätzlichen Einstellung. Wenn man zu uns sagt: *Sie sind katholikenfeindlich, so ist das eine impertinente Verleumdung. Wir wollen nur eines nicht, wir wollen nicht den Streit zwischen Katholiken und Protestanten.* Wir haben in Deutschland leider das Unglück - da sind nicht wir schuldig -, daß wir religiös gespalten sind. Wir glauben nicht, daß diese Spaltung dadurch überwunden wird, daß man sich gegenseitig schlägt, besudelt oder beschimpft oder gegeneinander kämpft; sondern wir glauben, daß wir den Unsegen dieser Spaltung am ehesten dadurch beseitigen, daß die beiden Konfessionen sich bemühen, jede nach ihrer Art, die Menschen zu bessern, zu

heben und wirklich einem positiven Christentum näherzubringen. Das haben die Herren noch nicht erreicht. Im Gegenteil (lebhafte Zustimmung).

Der "Bayerische Kurier" greift mich z. B. an, weil ich neulich sagte [13]: *"Wir halten es für falsch, wenn man jetzt bei uns die Gelder zusammenkratzt, um damit Negermissionen einzurichten!" Und er sagt: Beweis für die katholikenfeindliche und christenfeindliche Haltung! Eine impertinente Verdrehung! Nein, ich sage nur: Man hat bei uns genug zu missionieren, da soll man missionieren und nicht nach Zentralafrika gehen!* (Lebhafter Beifall.)

Bei uns in dem Lande, in dem sich jährlich 16.000 Menschen vom Leben freiwillig zum Tode bringen, in dem wir in unseren Großstädten entsetzliche Bilder des Verfalls sehen, wie wir sie jetzt in Berlin erleben konnten mit diesem Prozeß Krantz und Hilde Scheller [14], da haben wir genug zu tun. Das soll man missionieren. Der Zusammenbruch im Jahre 1918 hat uns einen derartigen sittlichen Sturz, ein Zusammenbrechen gezeigt, daß eigentlich nach diesem Zusammenbruch beide Konfessionen hätten erkennen müssen: *Wir wollen uns jetzt nunmehr unserer höchsten Mission widmen, nämlich der der Seelsorge;* denn das ist augenblicklich das allerwichtigste. In den Parlamenten - sagen Sie das doch nicht! - können Sie für Ihr Christentum nicht praktisch eintreten. Hier gilt auch das Bibelwort: An den Früchten sollt Ihr sie erkennen. Schaut die Früchte an! Sehen Sie in Deutschland heute herum und betrachten Sie die Frucht des Zusammenarbeitens der staatspolitischen Tätigkeit, sagen wir, des Zentrums mit dem Marxismus! Ja, die Kirche predigt Moral und die offiziellen Organe dieses Staates verkünden triumphierend, *daß die Geburtenziffer in Preußen von 9,6 auf 1,7 gesunken ist.* Hurra, ein Erfolg des neudeutschen Zentrums und der sozialdemokratischen Politik! Man sage nur nicht: Wir haben damit nichts zu tun. *Seid nicht so feig, Ihr tragt die Verantwortung mit;* man kann nicht hinterher hergehen und sagen: Wir waschen unsere Hände in Unschuld, wir haben das nicht gewollt. Ja, warum deckt Ihr das mit Eurem Namen, warum verleitet Ihr Millionen von Katholiken, daß sie für dieses System eintreten?

"Der Zentrumswähler"

Überhaupt, praktisches Christentum! Was die Sozialdemokratie ist, das wußte man früher im Zentrum ganz genau. Ich habe da ein Büchelchen, das ist nicht von einem Nationalsozialisten verfaßt, sondern das heißt: *"Der Zentrumswähler". Politischer Kalender für das Jahr 1912* (Kommissionsverlag des Verbandes der Windthorstbünde Deutschlands, Köln/Rhein) [15], ein Buch, das zur Aufklärung der katholischen Bevölkerung bestimmt ist. Nur Beispiele! Da wird hier losgezogen über die Sozialdemokratie, was die Sozialdemokratie unter Religion versteht, was sie will, wie sie die Religion schmäht, wie ihr ganzes Handeln gegen die Religion gerichtet ist. Das sagt kein Nationalsozialist, wohlgemerkt!

13 Am 23.1.1928. Vgl. Dok. 223.

14 Zum Prozeß (sog. "Steglitzer Schülertragödie") gegen den Schüler Paul Krantz, der fälschlicherweise des Doppelmordes beschuldigt worden war und freigesprochen wurde, vgl. Erich Frey, Ich beantrage Freispruch, Hamburg 1960, S. 269 ff.

15 Der Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1912, 7. Auflage, Bühl o. J.
Die folgenden Zitate sind aus dem Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1912 und für das Jahr 1914 entnommen.

Lassalle zum Beispiel wird zitiert: "Was wir wollen, das ist ein einiges, großes Deutschland, *Zertrümmerung alles Pfaffenregiments, vollständiger Bruch mit allem römischen Wesen."*

Oder *Karl Marx: "Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung eines wirklichen Glücks."*

Proudhon: "Hebe dich von mir, Gott, denn von heute an schwöre ich, der ich ohne Furcht vor dir und klug geworden bin, mit zum Himmel gehobener Hand, daß du nur der Henker meiner Vernunft, das Gespenst meines Gewissens bist."

Franz Mehring [16]*: "Der Satz, daß Religion Privatsache sei, schließt den Satz ein, daß jede Religion, sei sie nun welche sie wolle, rücksichtslos bekämpft werden müsse*, sobald sie ein Kappzaun der wissenschaftlichen Forschung, eine Waffe der sozialen Unterdrückung sein will."

Liebknecht [17] hat gesagt: "Ich für meinen Teil bin mit der Religion schon frühzeitig fertig geworden; *ich glaube nicht an Gott ... Die neue Religion für die Massen ist der Sozialismus ...* Die Verlästerung des Namens (Religion) ist nötig, um der Sache den Garaus zu machen ... *Das Christentum ist Knechtseligkeit, Fäulnis, Glaube, Tod und der Sozialismus ist Freiheit, Kampf, Wissenschaft, Leben. Das Christentum ist das Gespenst der Vergangenheit."*

Oder *Bebel* [18]*: "Glaube ist Aberglaube, abergläubisch sind aber nur unwissende und beschränkte Menschen."*

Noch einmal Bebel: *"Christentum und Sozialismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser."*

Oder: *"Die Sozialdemokratie weiß, daß die Tage des Christentums gezählt sind und der Augenblick nicht mehr fern ist, wo man zu den Priestern sagen wird: macht eure Rechnung mit dem Himmel, denn eure Uhr ist abgelaufen."*

Ich will schon einige herunterlesen, wissen Sie, damit man das andere alles gut versteht.

"Ein Gläubiger, der sozialdemokratisch wählt, gerät dadurch in Konflikt mit seinen kirchlichen Pflichten, er hört also im Sinne der Kirche auf, ein gläubiger Christ zu sein ...

---

16 Franz Mehring (1846-1919), Lehrer und Schriftsteller, 1882 Dr. phil., 1891 Eintritt in die SPD, 1906-1911 Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, 1915 Mitherausgeber der Zeitschrift "Die Internationale", 1916 Mitglied der Spartakusgruppe, 1917/18 MdL in Preußen (1917 USPD), 1918 Mitorganisator des Gründungsparteitages der KPD.

17 Karl Liebknecht (1871-1919), Rechtsanwalt, 1897 Dr. jur. et rer. pol., 1900 Eintritt in die SPD, 1902-1913 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Berlin (SPD), 1907-1910 Mitbegründer und Präsident der Sozialistischen Jugendinternationale, 1908 Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses, 1912-1917 MdR (Aberkennung des Mandats), 1915 Mitbegründer und Leiter der Spartakusgruppe, 1916 Ausschluß aus der SPD-Reichstagsfraktion, 1918 Mitglied der Leitung des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute in Berlin, 1918 Mitbegründer der KPD, am 15.1.1919 ermordet.

18 August Bebel (1840-1913), Drechslermeister, 1866-1869 Mitbegründer der Sächsischen Volkspartei, 1867-1869 Vorsitzender des "Verbandes der deutschen Arbeiterbildungsvereine", 1867-1872 Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes (Sächs. Volkspartei), 1869 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach, 1874-1881 und 1883-1913 MdR (SPD), 1881-1890 MdL in Sachsen.

Und von diesem Standpunkt aus betrachtet, muß die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein kann, verneint werden." Das hat Genosse *Erdmann* [19] geschrieben.

Oder: "Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf ökonomischem Gebiet den Sozialismus und *auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus."* Das hat Bebel im Reichstag 1881 nach dem stenographischen Reichstagsbericht, 26. Sitzung, S. 657, gesagt.

Weiter: "Wohl haben wir (Sozialdemokraten) in unserem Programm den Satz stehen, daß Religion Privatsache ist, tatsächlich aber kann niemand ein ordentlicher Sozialdemokrat sein, der die Gebote irgendeiner herrschenden Religion befolgt." Das ist aus dem "Trautenauer Echo" vom 28. Januar 1910.

Oder: *"Es muß offen ausgesprochen werden: das Christentum ist der ärgste Feind der Sozialdemokratie... Wenn Gott aus dem Gehirn der Menschen vertrieben ist, fällt auch das Gottesgnadentum.* Und wenn der Himmel im Jenseits als eine große Lüge erkannt ist, so suchen die Menschen den Himmel sich auf dieser Erde aufzurichten." Das ist aus dem "Sozialdemokrat", dem im Jahre 1880 als offiziell erklärten Organ der Deutschen Sozialdemokratie, dem damaligen "Vorwärts".

"Ich glaube mit Liebknecht, daß, wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, wir sehr leicht mit der Religion fertig werden." Also sagt Genosse Oertel [20] in Halle.

"Die Annahme eines persönlichen Gottes und einer persönlichen Unsterblichkeit ist unvereinbar mit dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis. Unvereinbar aber mit dem Sozialismus im besonderen ist die Idee eines Gottmenschen oder Übermenschen, dem es gegeben wäre, durch die Kraft seiner Persönlichkeit die Menschen zu erlösen, oder auf eine höhere Stufe des Daseins zu heben." Das sind Worte von Kautsky [21].

"Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen." Bebel nach Heine am 3. Februar 1893 im Reichstage.

"Im großen und ganzen können wir also sagen, daß es kaum ein anderes sozialethisches System gibt, welches dem Sozialismus mehr widerspräche als das Christentum. Sozialist sein heißt zugleich Antichrist sein; der endgültige Sieg des Sozialismus wird nur möglich sein durch die endgültige Überwindung des Christentums." Das schrieb Genosse *Losinsky* [22].

Ich kann Ihnen nicht alles vorlesen. Es ist endlos. *So also beurteilt das Zentrum selbst in seinen Wahlschriften den Marxismus, und mit demselben Marxismus geht man Hand in Hand, verbündet sich, man ruft die Menschen auf, für marxistische Genossen zur Wahlurne*

19 August Erdmann (1862-1938), Zahnarzt und Schriftsteller, 1885 Dr. phil., 1896-1906 Redakteur der "Rheinischen Zeitung" in Köln, 1912-1918 MdR (SPD, 1917 USPD), 1918-1920 Herausgeber der USPD-Zeitung "Westdeutsches Wochenblatt", 1920 kurzfristig Landrat des Kreises Hagen-Schwelm (SPD).

20 Nicht ermittelt.

21 Karl Kautsky (1854-1938), sozialistischer Politiker und Theoretiker, 1875 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), 1883-1917 Begründer und Herausgeber des SPD-Organs "Die Neue Zeit", 1917-1922 Mitglied der USPD, ab 1922 SPD, 1938 Emigration.

22 Gemeint ist Richard Lipinsky (1867-1936), Kaufmann, 1897 Mitbegründer des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, 1903-1907, 1920-1933 MdR (SPD, 1917 USPD, 1922 SPD), Nov. 1918 bis Jan. 1919 Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten in Sachsen und sächs. Innen- und Außenminister, 1919/20 MdL in Sachsen und USPD-Fraktionsvorsitzender, Dez. 1920 bis Feb. 1923 sächs. Innenminister.

zu gehen, die Stimme dafür abzugeben. Mit demselben Marxismus macht man Geschäfte und heißt das alles dann praktisch angewendetes Christentum (Pfuirufe). Und wenn man dagegen dann Stellung nimmt und erklärt: Es ist eine Schamlosigkeit, wenn sich dazu Priester hergeben, dann schreit man: Sie greifen einen Priester an? Sie sind ja ein Christenfeind, sind Sie vielleicht ein geheimer Wotansanbeter? (Heiterkeit.)

Unser ganzes parlamentarisch-demokratisches System beruht heute auf Lüge und auf Betrug. (Lebhafter Beifall.) *Wenn man dafür heute eine Konfession hergibt, dann schädigt man diese Lehre und diesen Glauben selbst auf das unerhörteste.* Die Menschen haben dann gar kein Recht, sich über andere zu beklagen, sondern sie sollen nur an ihre eigene Brust schlagen, sie können ununterbrochen dann das "ich bin selbst schuldig" aussprechen. Wie sehr die Lüge und der Betrug heute herrschen, dafür kann ich Ihnen ein paar Beispiele sagen.

Die Verlogenheit und der Volksbetrug durch die B[ayerische] V[olkspartei] in der Judenfrage

Sie wissen, daß wir selbst von der Bayerischen Volkspartei maßlos angegriffen werden wegen unserer antisemitischen Einstellung, daß man immer betont, das wäre unchristlich. *Von der Kanzel sagt man das jetzt schon herunter, unsere antisemitische Einstellung wäre unchristlich.* Da darf ich Ihnen aber nur eines sagen: *Was ist der Sinn dieser Einstellung? Wir wollen nicht, daß unser deutsches Volk restlos unter die Herrschaft eines Fremden fällt, wir wollen nicht, daß das Blut, das unser Herrgott uns gegeben hat, verbastardiert wird, und wir wollen weiter nicht, daß unsere ganze Kultur vernigger wird, und wir wollen weiter nicht, daß unsere gesamten Intelligenzstellen von einem fremden Volke besetzt werden.* (Sehr richtig.) *Wir wollen nicht, daß 80 Prozent unserer Rechtsanwälte, in kurzer Zeit 100 - von Juden besetzt werden, daß unsere ganze Musik von Juden geleitet wird (lebhafte Zustimmung), daß unsere ganzen Theater heute von Juden geleitet werden! Daß das ganze Kino heute in der Hand der Juden ist! Das wollen wir nicht, wir wollen überhaupt nicht, daß dieses fremde Volk bei uns das Herrenrecht hat und im Grunde genommen wir lauter Sklaven sind.* Das aber ist jetzt unchristlich.

"Fort mit der Judenherrschaft"

Zunächst darf ich nur darauf hinweisen, daß unser allergnädigster Herr und Heiland einst selbst sich mit diesen Juden schwer auseinandersetzen mußte (sehr richtig), daß es für ihn nicht unchristlich war, diese Juden körperlich zu züchtigen und aus dem Tempel hinauszuhauen, daß er dieselben Juden als Nattern, Söhne des Satans, Teufel bezeichnete, und daß derselbe Heiland keinen Frieden mit ihnen wollte. Aber: *Christus wußte ja nicht ganz genau, was christlich ist. Das weiß die Bayerische Volkspartei heute viel besser.* (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Aber die Bayerische Volkspartei weiß es auch erst jetzt wieder so. Vor einigen Jahren hat sie es wieder ganz anders gewußt. Denn vor einigen Jahren da schrieb sie schwarz auf weiß folgendes (Hitler verliest ein Flugblatt der B[*ayerischen*] V[*olkspartei*] aus dem Jahre 1919) [23]:

"Soldaten! Kameraden! Fort mit der Judenherrschaft!"

23 Das Flugblatt mit dem Titel "Soldaten! Kameraden! Fort mit der Judenherrschaft!" ist überliefert in: BayHStA, Flugblattslg., Nr. 58.

(Große Heiterkeit.) Sehr dick gedruckt, sehen Sie! Keineswegs verschämt klein, sondern ganz dick und fett und groß! "Fort mit der Judenherrschaft!" Das war vor 8 Jahren!

"50 Monate haben wir an der Front gestanden."

Ich weiß nicht, ob der Herr Wohlmuth das verfaßt hat oder wer. (Große Heiterkeit.) Also:

"50 Monate haben wir an der Front gestanden, jetzt kehren wir heim und hofften auf Grund der letzten Ereignisse ein freies Deutschland mit einer Volksregierung an der Spitze zu finden. Was bietet man uns?"

Wieder jetzt ganz dick und fett:

"Eine Judenherrschaft!

Die Beteiligung der Juden an den Frontkämpfen war gleich Null."

Die Bayerische Volkspartei sagt das, nicht wir bösen Nationalsozialisten.

"Ihre Beteiligung an der Regierung beträgt jetzt schon 80 Prozent. Die Verhältniszahl der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung ist 1 1/2 Prozent [24]."

Man könnte allerdings, wenn man boshaft wäre, nun sagen: Ja, wie konnten es die maßgebenden politischen Faktoren in Deutschland soweit kommen lassen, daß 1 1/2 Prozent 80 Prozent der Regierungsgewalt bekommen haben?

Dann heißt es aber jetzt weiter: *"Augen auf!"* Das ist ein kühner Aufruf an die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. (Heiterkeit.)

"Augen auf! Kameraden!"

schreiben die!

"Kameraden, Ihr kennt die Blutsauger!

Kameraden, wer hat sich freiwillig zur Front gemeldet?

Wer hat am meisten da draußen im Dreck gesessen? - Wir!

Wer hat sich daheim in die Kriegsgesellschaften hineingedrängt? - Die Juden!

Wer hat in den Kantinen und Schreibstuben gesessen? - Die Juden!

Welche Ärzte haben ihre Glaubensgenossen vor dem Schützengraben geschützt?

Wer hat uns, trotzdem wir zerschossen waren, immer wieder k.v. [25] gemacht?"

Und ich möchte jetzt fragen: Wer hat dann die jüdischen Frontkämpfer eingeladen, daß sie hier bei der Totenehrung teilnahmen, und das Oberland ausgeschlossen [26]? Die Bayerische Volkspartei! (Heiterkeit u[*nd*] stürm[*ischer*] Beifall.) So hat die Bayer[*ische*] Volkspartei damals gewaltig die Juden gehaßt. Also es heißt hier weiter:

---

24 Nach der Volkszählung am 16.6.1925 bekannten sich 564.000 Personen (0,9 %) zur jüdischen Religionsgemeinschaft. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III, S. 31.

25 Kriegsverwendungsfähig.

26 Die bayerische Regierung hatte dem Bund Oberland die Teilnahme am Gedenktag für die Gefallenen am 13.11.1927 vor dem Armeemuseum in München verboten. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14.11.1927, "Dem Gedenken der Gefallenen"; VB vom 15.11.1927, "Minister Stützel und der Kriegerbund verbieten die Teilnahme nationaler Verbände an der Toten-Gedenkfeier am Kriegerdenkmal"; Bayerischer Kurier vom 20.11.1927, "Bund Oberland und die Gefallenengedenkfeier".

"Diese Leute regieren uns also. Sollen sie unsere Zukunft bestimmen? Leute wie Haase[27]*, Kurt Eisner, Jaffé*[28]*, Hirsch*[29]*, James Simon*[30]*, Bernstein*[31]*, Dr. Rosenfeld*[32]*, Schlesinger*[33]*, Emanuel Wurm*[34]*, Cohn*[35]*, Dr. Bresing*[36]*, Katzenstein*[37]*, Dr. Weyl*[38]*, Landsberg*[39] *usw. usw. haben die Regierung an sich gerissen. Auch in den Soldatenräten führen die Juden das große Wort und das Regiment. 4 Jahre lang haben sich diese Leute von*

27 Hugo Haase (1863-1919), Rechtsanwalt, 1894-1910 Stadtverordneter in Königsberg, 1897-1907, 1912-1918 MdR (SPD, ab 1917 USPD), 1911-1915 Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, Nov. bis Dez. 1918 Mitvorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, starb am 7.11.1919 an den Folgen eines Attentats.

28 Edgar Jaffé (1866-1921), Nationalökonom, 1901 Promotion, 1904 Habilitation, 1904-1916 Herausgeber des "Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" (zusammen mit Werner Sombart und Max Weber), 1910-1914 Professor an der Handelshochschule in München, 1915 Sachverständiger für Bankfragen beim Zivilgouvernement in Brüssel, Nov. 1918 bis Feb. 1919 bayer. Finanzminister in der Regierung Eisner.

29 Paul Hirsch (1868-1940), Schriftsteller, 1900-1921 Stadtverordneter in Berlin-Charlottenburg, 1908-1918 Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses (SPD), 1911-1918 SPD-Fraktionsvorsitzender, Nov. 1918 bis März 1920 preuß. Ministerpräsident und Innenminister, 1919 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung in Preußen, 1920 Stadtverordneter in Berlin, 1921-1933 MdL in Preußen, 1921-1925 stellv. Bürgermeister in Berlin-Charlottenburg, 1925 Oberbürgermeister von Dortmund.

30 James Simon (1851-1932), Unternehmer und Kunstmäzen, Inhaber der 1857 gegründeten Textilwarengroßhandlung OHG Gebrüder Simon (später: Gebr. Simon Vereinigte Textilwerke AG), 1898 Mitbegründer der Deutschen Orientgesellschaft, finanz. Unterstützung von Ausgrabungen in Mesopotamien, Palästina, Ägypten und Kleinasien, 1901-1932 Mitbegründer und Präsident des Hilfsvereins der deutschen Juden, 1926 Rücktritt von der Firmenleitung, 1931 Bankrott der Firma.

31 Eduard Bernstein (1850-1932), Bankangestellter und Schriftsteller, 1878-1890 Redakteur des "Sozialdemokraten", 1890-1899 Mitarbeiter der "Neuen Zeit" und 1901-1914 der "Sozialistischen Monatshefte", 1902-1907, 1912-1918 und 1920-1928 MdR (SPD, 1917 USPD, 1919 SPD), 1910-1918 Stadtverordneter in Berlin, 1918/19 Beigeordneter im preuß. Finanzministerium, 1919-1932 Stadtrat in Berlin.

32 Kurt Rosenfeld (1877-1943), Rechtsanwalt und Strafverteidiger, Dr. jur., 1910-1920 Stadtverordneter in Berlin (SPD, 1917 USPD), Nov. 1918 bis Jan. 1919 preuß. Justizminister, 1919/20 MdL in Preußen, 1920-1932 MdR (USPD, 1922 SPD), 1931 Ausschluß aus der SPD, 1931 Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), 1933 Emigration.

33 Gemeint ist vermutlich Moritz Schlesinger (1886-1974), Importkaufmann, 1918 stellv. Leiter der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, 1918-1933 Sachverständiger für deutsch-sowjet. Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt, 1923 Vertreter des Völkerbundkommissars für Flüchtlingsfragen, 1933 Emigration.

34 Emanuel Wurm (1857-1920), Chemiker und Schriftsteller, 1887/88 Herausgeber der Wochenschrift "Der Volksfreund" in Dresden, 1890-1907, 1912-1920 MdR (SPD, 1917 USPD), 1900-1919 Stadtverordneter in Berlin, 1902-1917 Redakteur der "Neuen Zeit", 1907-1914 Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, 1918/19 Staatssekretär im Reichsernährungsamt.

35 Gemeint ist Oskar Cohn.

36 Im BVP-Flugblatt: "Dr. Bresin". Gemeint ist vermutlich Dr. Bresin, 1918/19 Mitglied des Soldatenrates in Berlin.

37 Simon Katzenstein (1868-1945), Jurist und Schriftsteller, 1894-1896 Redakteur der "Volkszeitung" in Leipzig, 1897/98 der "Volkszeitung" in Mainz, 1915-1918 Stadtverordneter und 1925-1933 Bezirksverordneter in Berlin-Charlottenburg (SPD), 1919/20 MdR, 1933 Emigration.

38 Hermann Weyl (1866-1925), prakt. Arzt, 1890 Dr. med., 1902-1925 Stadtverordneter in Berlin (SPD, 1917 USPD, 1922 SPD), 1919-1925 MdL in Preußen.

39 Otto Landsberg (1869-1957), Rechtsanwalt, 1890 Eintritt in die SPD, 1903-1909 Stadtverordneter in Magdeburg, 1912-1920 und 1924-1933 MdR (SPD), Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Feb. bis Juni 1919 Reichsjustizminister, 1920-1923 Gesandter in Brüssel, 1933 Emigration.

der Front gedrückt. Am 9. November hatten sie die Courage, mit der Flinte in der Hand uns Frontsoldaten die Kokarden, Achselklappen und Ehrenzeichen herunterzureißen."

Und jetzt ladet man sie ein zur Totenfeier:

"Kameraden, wir wollen als ein freies Volk auch selbst bestimmen und von Männern unseres Volkes regiert sein."

Damals wußte sogar die Bayerische Volkspartei, daß das zwei "Völker" sind, nicht zwei "Religionen", sondern "Völker"! "*Unser* Volk", schreibt sie sogar. Man kann nicht annehmen, daß sie nur das Volk der Bayerischen Volkspartei gemeint hat.

"Deswegen ist die Einberufung der Nationalversammlung dringend notwendig, um Männer unseres Volkes und unserer Gesinnung in die Regierung hineinzubringen. Unser Losungswort muß sein: Deutschland den Deutschen!

Wie sieht es bei uns damit aus!

Um der Wohnungsnot zu begegnen, werden in vielen Städten Holzbaracken und Massenquartiere hergerichtet, die unsere Feldsoldaten und ihre Familien aufnehmen sollen, während hunderte von nichtdeutschen Judenfamilien, die in den letzten Jahren aus Polen und Galizien eingewandert sind, ihnen die Wohnungen wegnehmen!

Ist das der Lohn für die übermenschlichen Leistungen, daß sie unter unsäglichen Entbehrungen und Gefahren einem an Zahl und Material überlegenen Gegner bis zuletzt standgehalten haben.

Das dürfen wir nicht dulden! Diese Fremden, die nicht das Geringste für unser Vaterland getan haben, müssen im Interesse unserer heimkehrenden Krieger schleunigst wieder abgeschoben werden, woher sie gekommen sind. Denn unsere Soldaten, die für uns gekämpft, gehungert und geblutet haben, sie haben zu allererst Anspruch auf menschenwürdige Wohnung. Sie dürfen nicht Ausländern hintenangesetzt werden.

Die Kleidernot ist schon seit 2 Jahren auf das höchste gestiegen. Alte Kleidungsstücke mußten von den Städten gesammelt werden, um der äußersten Not zu steuern, und für unsere Kleinsten mußten sogar die Windeln öffentlich zusammengebettelt werden! Und was lesen wir jetzt in den Zeitungen?"

Man fühlt aus allem heraus, wie der Mann von Schmerz gebrochen wird.

"Jüdische Firmen (z. B. Isidor Bach[40] *in Nürnberg und München) treiben seit Jahren einen schamlosen Wucher, indem sie riesige Vorräte an Stoffen und Anzügen zurückgehalten haben. Ist das nicht schlimmer wie Hochverrat? Solche Wucherer gibt es viele, die durch ihre Habgier Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen auf dem Gewissen haben. Weshalb will man sie noch immer nicht finden?"*

Ach, du lieber Gott! hat man aber später darauf hingezeigt - da ist einer! und da - da hat es geheißen: Belästigen Sie Ihre Mitbürger nicht! *Da konnte man sie auf einmal dann nicht mehr finden. Da hat man nicht gesagt, wo sind sie denn?* Da kamen wir unzählige Male zur Polizeidirektion und sagten: Das liegt vor und das und da ist der Bursche. Das war aber ganz vergeblich: Auf einmal hat die Justiz nicht nur ein Auge, sondern beide Augen verbunden gehabt. Sie hat überhaupt nichts mehr gesehen. Sie wandelte durch ganz Deutschland hindurch. Allerdings den kleinsten Dieb, der ein paar Schuhsenkel ge-

40 Isidor Bach (1849-1946), Inhaber eines Kaufhauses für Herren- und Knabenbekleidung in München, 1938 Liquidation der Firma.

stohlen hat, den hat sie erwischt, aber nur, wenn er nicht mosaischer Konfession war; denn dann gab es auf einmal keine "Fremden" mehr, sondern nur mehr Angehörige einer anderen Konfession in Deutschland, gegen die Stellung zu nehmen unchristlich ist. (Heiterkeit.)

Und dann heißt es weiter:

"Wer sind die Leute, die durch uferlose Preistreibereien die Bauern immer begehrlicher machten und uns die Lebensmittel wegnahmen, wer sind die Leute, die noch wohlgenährt und selbstzufrieden in unseren Städten einherschreiten, augenscheinlich unberührt von unserer Kriegsnot?

Darum erkennt endlich den verderblichen Einfluß der Judenschaft. Tretet jederzeit und überall dem jüdischen Machthunger und Profitsucht entgegen.

Macht euch frei von dieser Fremdherrschaft!"

Das ist wieder ganz dick gedruckt.

"Es ist freilich schon reichlich spät."

Das haben sie damals vielleicht schon befürchtet, daß es zu spät ist.

"Jüdische Kriegsgewinnler haben unter dem Schutze der von ihren Kollegen angestifteten Revolution ihre Kriegsgewinne großenteils schon nach der neutralen Schweiz in Sicherheit gebracht."

Das stimmt nicht ganz. *Sondern durch Herrn Erzberger wurde bekanntgegeben, daß ein Sperrgesetz* [41] *erlassen wird, jedoch erst in drei Monaten in Kraft tritt. Dann haben jene alles schnell herübergeschoben!* Es heißt nun weiter:

"Soldaten! Kameraden! Wir stehen heute - ein Blinder muß das sehen -"
so hat die Bayerische Volkspartei damals geschaut!
"auf einem Trümmerfeld. Alle müssen zusammenstehen, unser engeres und weiteres Vaterland, Bayern und Deutschland neu aufzubauen. Beide brauchen neue und feste Grundlagen, Stützen, die auf dem Vertrauen des ganzen Volkes ruhen. Nicht weiterhin darf die verschwindend kleine Judenschaft, die kaum 1 1/2 Prozent der Bevölkerung ausmacht, unser gutes deutsches und bayerisches Volk für ihren Geldsack ausbeuten, mit ihren Ideen die ganze Nation vergiften. *Darum hinaus aus allen Häusern mit der Judenpresse!*

Eine Partei will allen Volksgenossen gerecht werden, ohne Unterschied des Geschlechtes, des Standes und der Konfession, sie will keinen Klassenkampf, sondern hält den Grundsatz hoch: Leben und leben lassen! - Und diese Partei ist: Die Bayerische Volkspartei.

Die Juden sind es gewesen, die gerade euch Soldaten einzuseifen suchten: Eisner, Jaffé, Sontheimer [42] *- lauter Juden. Drum nochmals: Macht euch frei von dieser Fremdherrschaft! Deutschland den Deutschen! Bayern den Bayern!"*

Ja, meine lieben Freunde! *Ist die Judenherrschaft seitdem weniger geworden?* (Zurufe: Mehr!) *Sind die Juden weniger geworden?* (Zurufe: Mehr!) *Ist ihr Einfluß weniger gewor-*

41 Gemeint ist die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24.10.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 1820 ff.

42 Josef Sontheimer (1867-1919), Kaufmann, 1918/19 Mitglied des Revolutionären Arbeiterrates in München, am 4.5.1919 erschossen.

den, ist ihre Vergiftung weniger geworden? (Zurufe: Mehr!) Ja, und was macht jetzt die Bayerische Volkspartei? Seit Jahren bekämpft sie uns wegen unseres unchristlichen Antisemitismus. Und dabei sagt sie: Ja, man darf nicht eine Konfession angreifen, das ist unsittlich, ist unchristlich, und vor allem, die Formen, unter denen man das tut! Ach, du lieber Gott, wie sie nun auf einmal empfindlich sind die Herren. Ich habe da noch so eine Kleinigkeit. Sie schreiben uns gegenüber immer, daß wir die Juden so gemein angriffen, daß einem wirklichen Volksparteiler dabei immer ganz übel wird. Da muß ich schon sagen, die Herren Volksparteiler haben das von Zeit zu Zeit viel drastischer gekonnt. Nur war damals die Konjunktur eine andere.

Dr. Heims "unchristlicher" Antisemitismus von 1901

Da hat z. B. 1901 Herr Dr. Heim in der Kammer der Abgeordneten einen Antrag[43] *eingebracht, betreffend die Anstellung von Israeliten im Justiz- und Verwaltungsdienst nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung.* Ja, was würde denn die Volkspartei sagen, wenn wir jetzt den Antrag einbringen oder wenn wir einen ähnlichen Antrag auf einem anderen Gebiet einbrächten! Was sagt sie dann da? Weg mit eurer antisemitischen Hetze! Und damals hat Herr *Dr. Heim* erzählt:

"Das Judentum ist ein Staat im Staate. Ein weiterer Grund zu meinem Antrag ist der: Aus der Kriminal-Statistik geht hervor, daß, wenn es sich um Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum handelt, um Urkundenfälschung, Wechselfälschung, betrügerischen Bankerott usw., wenn es sich um den Rebbach dreht, um den gewissenlosen Gewinn, leider das Judentum sehr stark beteiligt ist. Und wieviele Geschichten kommen gar nicht auf, wo das Judentum in seiner schmutzigen Weise seine Hand im Spiele hat. Nehmen Sie irgendeinen neuen Erwerbszweig her, der in moderner Form auftritt, die man bisher nicht gekannt hat und die nicht ganz reinlich ist, es sind immer die Juden die Träger des neuen Gedankens."

Und dann an anderer Stelle:

"Eines möchte ich noch den Juden zur Warnung an die Wand schreiben: Wenn wirklich einen Katholiken heut besonders etwas zum Antisemiten machen könnte"
also, *es kann einer Katholik sein, das geht daraus hervor, obwohl er ein Antisemit ist,* -
"so wäre es das Verhalten gewisser Juden gegen uns in Zeitungen, wie der 'Frankfurter Zeitung' und dem 'Berliner Tageblatt' mit seinem obszönen Sarkasmus und seinem zersetzenden Hohn, die ja dem Juden ganz besonders eigen sind, mit seiner ganz klaren, durchsichtigen Politik, die beiden christlichen Konfessionen niemals gegenseitig zur Ruhe kommen zu lassen. *In Österreich reiben sich die krummnasigen Schurken die Hände* und haben ihre Freude daran, daß die christlichen Konfessionen sich untereinander bekämpfen."

Wissen Sie, wenn der Herr Streicher das sagt, dann steht am nächsten Tag im "Bayerischen Kurier" ein Artikel über die unerhörte Ausdrucksweise. Ja, "krummnasige Schurken" ist auch schon ein bayerisches Wort, das sich hören läßt. (Große Heiterkeit.) Und das aus dem Munde der Bayerischen Volkspartei und noch dazu aus dem eines so prominenten Führers der Bayerischen Volkspartei und eines so unzweifelhaft erstklassi-

43 Am 28.11.1901. Vgl. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1901/02. Stenographische Berichte 6, München 1901, S. 933 ff.

gen Katholiken. Nein, meine lieben Freunde, der ganze Antisemitismus der Bayerischen Volkspartei ist ein blanker Betrug gewesen, sonst müßte ihre heutige Haltung Betrug sein. (Sehr richtig!) Eines von beiden! *Man kann nicht heute erklären: Die Juden sind die größte Gefahr, weg mit dieser Fremdherrschaft! Und morgen, da tritt man dann als guter Katholik für die Juden ein, und nicht nur das, sondern sogar für ihre Tierschindereien.* (Sehr richtig!) *Wenn man dann aber auftritt und z. B. sagt: Es muß mit dieser Schande aufgehört werden, daß in unseren Schlachthäusern heute im 20. Jahrhundert das Vieh noch geschunden wird, in einer so unerhörten Weise, daß unsere Ärzte sich aufbäumen und die Tierärzte dagegen Stellung nehmen, dann tritt die Volkspartei dafür ein - als einzige Partei.* (Lebhafte Pfuirufe.) Sie kennen die Verfilzung der Sozialdemokratie mit den Juden; aber selbst die Sozialdemokraten haben im Landtag es nicht gewagt, für diese Viehschinderei einzutreten. Ausschließlich die christlich-katholische Bayerische Volkspartei (lebhafte Pfuirufe!).

Aber nicht nur das! Wie haben sich doch die Zeiten geändert! Damals der Aufruf an die deutschen Frontsoldaten, Kampf gegen die Judenherrschaft usw. *Und heute: Die prominenten Führer der Bayerischen Volkspartei sind befreundet mit Juden. Der Herr Graf Pestalozza - ich weiß nicht, was er noch ist, päpstlicher Kämmerer glaube ich* - ich bin überzeugt, daß der Heilige Vater[44] die Allüren des Herrn Grafen gar nicht kennt, sonst würde er das nie dulden, den Mann als seinen Kämmerer zu belassen. *Aber dieser Herr päpstliche Kämmerer sagt, eine warme Freundschaft verbinde ihn mit dem Herrn Kreuzigungsjuden Mayer*[45] *aus Nürnberg.* Ja, natürlich, das ist immerhin ein Sprung: damals Kampf gegen das Judentum und jetzt befreundet mit Menschen, die ja im Gefängnis sind, aber unschädlich gemacht werden müßten für immer, und die es ja auch würden, wenn sie keine Juden wären. Denn soweit sind wir gekommen, daß wir heute sagen können: Ja, die Juden bestimmen doch! Wenn die Juden heute einen nationalsozialistischen Redner nicht wollen, *dann geht dieselbe Partei, die damals dieses Flugblatt verfaßt hat und die damals mit in die Wahlpropaganda eingetreten ist, her und verbietet dem das Reden, damit die Wirtschaft nicht gestört wird, damit man Anleihen machen kann, damit nach Garmisch-Partenkirchen ein paar Krummnasen hineinkommen;* deshalb geht man her und verbietet einer deutschen Bewegung den Kampf. Glauben Sie, wenn heute Christus plötzlich erschiene und in den Landtag hineingetreten wäre, der Gottessohn, der die ewige Liebe verkündet hat, und dort gesehen hätte, wie die politische Vertretung der Bayerischen Volkspartei für die Tierschinderei eingetreten ist, er wahrscheinlich augenblicklich wieder zur Peitsche gegriffen hätte. Ich aber glaube oft fast, wenn ich an so etwas wie den Abbé Wetterlé denke, daß jetzt das Wort der Bibel in Erfüllung gegangen ist: "Hütet euch vor den falschen Propheten, hütet euch vor denen, die in Schafspelzen zu euch kommen, im Inneren aber reißende Wölfe sind." Das Gefühl hat man heute, wenn man so einen Grafen Pestalozza z. B. vor sich sieht. (Lebh[*after*] Beifall.)

44 Papst Pius XI. (1857-1939), eigentl. Achille Ratti, 1888-1912 Bibliothekar an der Ambrosiana in Mailand, 1912 Bibliothekar an der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 Erzbischof von Mailand, 1922-1939 Papst.

45 Otto Mayer (geb. 1870), Oberamtsrichter, 1899 Sekretär beim Landgericht Nürnberg, 1902 Amtsrichter in Altdorf, 1908 in Nürnberg.
Zu den Anschuldigungen vgl. Randall L. Bytwerk, Julius Streicher, New York 1983, S. 146 f.

Genau so ist auch die Stellung zur Freimaurerei. Wieder wird in dem Buche ausführlich geschildert, welch teuflische Einrichtung die Freimaurerei ist. Da wird geschildert, wie diese Freimaurerei zum Verderben der Kirche wirkt usw. Und, meine lieben Freunde, *heute sitzt ein Freimaurer*[46] *mit an der Spitze des Deutschen Reiches, und das Zentrum macht Politik mit ihm. Heute wird ganz Deutschland im Völkerbund den Freimaurern ausgeliefert, und das Zentrum deckt diese Politik, und die Bayerische Volkspartei deckt diese Politik auch.* Ich frage Sie: Kann man das einfach damit motivieren, daß man sagt: Man muß nun einmal, nachdem die Macht da ist, damit arbeiten. *Ja, wenn heute der Teufel zur Macht käme, würde die Bayerische Volkspartei auch damit arbeiten, weil er da ist.* (Anhaltender Beifall.)

Die Herren sollen doch einmal sagen: Was sind sie eigentlich? Sind sie Monarchisten? Ja, früher waren sie es anscheinend schon. Da habe ich auch so Kleinigkeiten hier. (Heiterkeit.) Die schönen farbigen Bildchen hier sind vom Zentrum herausgegeben. Da war das Bayerische Zentrum noch dabei. Da heißt es z. B.: "Das Zentrum ist eine wahre Volkspartei, betreibt keine Interessenpolitik, *kämpft für Thron und Altar.*" Dann heißt es darunter: "Die Sozialdemokratie sucht auf jede Weise die Köpfe zu revolutionieren ... Bombenwerfern und Königsmördern spendet sie offen Beifall. Die Revolutionäre des Auslandes unterstützt sie mit Geld." Und es wird dann aufgefordert, die Kandidaten der Zentrumspartei zu wählen, um geschlossen die Sozialdemokratie niederzukämpfen. Meine lieben Freunde! Thron und Altar! Kann man die Parole so schnell ändern, daß es heute auf einmal heißt: *Parlament und Altar?* Ich habe hier weiter ein Buch[47] mit dem Text: Stellungnahme für die monarchistische Institution, die als die einzige gilt, die den Völkern Glück und Heil bringt. Da heißt es z. B.:

"Warum sind und bleiben wir monarchisch gesinnt?"

Wohlgemerkt: *"bleiben"*, darauf muß man das Hauptgewicht legen. "Wir leben in einer Zeit," heißt es, "der nichts mehr heilig ist. Die heiligsten Geheimnisse der Religion, die Grundwahrheiten des Christentums werden bekämpft und verhöhnt, und die Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft, Thron und Altar, werden unterwühlt und dem Sturze nähergebracht. Jene Partei, die öffentlich erklärt, daß sie in religiöser Beziehung den Atheismus, die Gottlosigkeit und in politischer Hinsicht die Republik, die Abschaffung der Landesfürsten, erstrebt, hat bereits die meisten Stimmen im Deutschen Reiche, 2.000.000[48], bei den letzten Wahlen aufgebracht. Und es ist wohl zu befürchten, daß sich bei der bevorstehenden Wahl die Zahl erhöhen wird. Gegenüber ihren Versuchen, immer mehr Anhänger für ihren Unglauben und den Umsturz der staatlichen Ordnung zu gewinnen, seien hier die Gründe angegeben, die die gläubigen Christen von der Unterstützung solcher Bestrebungen abhalten müssen."

Die gläubigen Christen sollen das also eigentlich nicht unterstützen. Ja, was tut denn das Zentrum die ganze Zeit? Die Herren unterstützen das doch, haben es unterstützt,

46 Gemeint ist Gustav Stresemann. Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Stresemann vgl. auch Dok. 258 und 268.

47 Nicht ermittelt.

48 Gemeint ist die KPD, die bei der Reichstagswahl am 7.12.1924 2.711.829 Stimmen (9,0 %) erzielt hatte. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41, 44.

haben es mitgemacht und stehen heute auf dem sogenannten Boden der Tatsachen. Sie sagen: *Jede Obrigkeit ist von Gott eingesetzt.* Damals war es der Thron, das war damals die Stütze der menschlichen Gesellschaft. Heute ist es das Berliner Parlament oder der Bayerische Landtag. Wissen Sie, auch das ist ja bei den Herren Lüge. Denn wenn heute in Deutschland ein Regiment ans Ruder käme und absolut herrschen und sagen würde: Das Zentrum lassen wir nicht daran teilnehmen und die Bayerische Volkspartei auch nicht - *wenn z. B., sagen wir, wir Nationalsozialisten in Bayern die Majorität bekämen, und dann diese Nationalsozialisten sagen würden: Wir dulden nicht, daß die Religion für politische Parteizwecke mißbraucht wird, wir werden die Kirche schützen, jawohl, dulden aber nicht, daß einzelne Menschen hergehen und mit Hilfe der Religion politische Schiebungen machen, wenn wir das tun würden, würde dann der "Bayerische Kurier" auch schreiben: Jede Behörde ist von Gott eingesetzt?* (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Nein! Ich glaube, er würde sagen: Katholiken, auf zum Kampf gegen diese Institution! Genau so, wie sie es auch in Italien längere Zeit gemacht haben, bis glücklicherweise der Heilige Vater einsah, daß es für die Kirche zweckmäßiger ist, dem Faschismus den Staat zu überlassen und selbst die Kirche zu bewahren und zu erhalten, als unfähigen Menschen die Religion als Mittel zum politischen Zweck an die Hand zu geben. Die Kirche hat für Italien selbst die Priester zurückgerufen, und sie hat sicherlich nur gewonnen dadurch. *Wenn sie heute den Herrn Wohlmuth und alle die Herren zurückrufen und auf die Kanzel hinauflassen würde, würde sie auch nur gewinnen.*

Königlich bayer[ische] Republikaner

Die Bayerische Volkspartei ist eine *monarchische Partei.* Sie sagt nun allerdings: Ja, wir sind wohl prinzipiell eine monarchische Partei, - aber nicht mehr ganz, d. h. wir sind es gewesen. Man weiß es nicht ganz genau, was sie jetzt im Augenblick ist, aber sie glaubt es noch manchmal, z. B. auf dem Lande glaubt sie doch noch, daß sie eine monarchische Partei ist. Während sie in der Stadt glaubt, daß sie mehr republikanisch ist. Das hängt vom Klima ab. (Große Heiterkeit.) Also, sie glaubt manchmal wenigstens noch, daß sie an sich monarchisch ist. Dann muß man wenigstens annehmen, daß sie alles unterstützt, was der Monarchie, also dem, was sie will, nützen würde, und nützen müßte, was also schließlich ihrer Meinung nach den heutigen Zustand aufdecken oder, wie sie da sagt, diese Judenherrschaft dem Volke klar werden lassen würde.

Sie müßte dankbar sein, wenn andere den Kampf gegen den heutigen Sumpf führen. Aber weit gefehlt! Da sagt sie dann sofort: Was, Sie stehen nicht auf dem Boden der Tatsachen, Sie erkennen den heutigen Staat nicht an? Der "Bayerische Kurier" wirft mir das in jeder fünften Nummer vor und versucht, den Staatsanwalt sogar zu mobilisieren, nämlich in der Richtung, ob ich denn überhaupt den heutigen Staat anerkenne. Ja, ich kann nur eines sagen: *Wir Nationalsozialisten erkennen ihn nicht an* (lebhafter Beifall), *wir können ihn niemals anerkennen.* Wir müssen uns selbstverständlich dem Staate heute fügen, nicht weil er eine von Gott eingesetzte Obrigkeit wäre, sondern weil er die Macht hat. *Aber wir werden versuchen, diesem Staat mit allen* - schreiben Sie jetzt genau mit - *legalen Mitteln* (stürmischer Beifall), *solange an den Leib zu rücken, bis wirklich wieder eine von Gott eingesetzte Obrigkeit da sein wird* (stürmischer Beifall). Wir werden in diesem Kampfe nie erlahmen. Wir hätten nur geglaubt, daß die Bayerische Volkspartei uns so

von Monat zu Monat gratulieren müßte. *Statt dessen kämpft sie heute sogar schon gegen die, die an sich das Königtum wirklich absolut wollen, z. B. die Königsbünde.* Heute will man sogar die nicht mehr. Wohlgemerkt, wenn Sie jemals so einen Königsbund angesehen haben, das sind keine Revolutionäre, das sind nur aufrechte Männer, zum Teil sehr betagt, zum anderen Teil sehr gutgläubig, aber Revolutionsköpfe haben die nicht. Nein, durchaus nicht! Und trotzdem sagt man heute schon in der Volkspartei: Ja, was wollen die eigentlich? Die sollen doch keine Politik machen, die sollen das doch den Berufenen überlassen. Es gibt nämlich dort auch berufene und unberufene Vertreter des Königsgedankens. *Die Berufenen sind heute bei der Bayerischen Volkspartei, die anderen sind die Unberufenen.* Aber auch die Vertreter des republikanischen Gedankens bei der monarchischen Bayerischen Volkspartei sind augenblicklich die Berufenen. Die dürfen reden. Kurz und gut, man hat einmal diesen schönen Ausspruch gewählt: *Königlich-bayerische Republikaner.*

Das "Recht"

Jawohl, das gilt für die Bayerische Volkspartei. (Lebhafter Beifall.) So ist die ganze Einstellung der Bayerischen Volkspartei auch auf diesem Gebiet eine einzige glatte Lüge und innere Unwahrheit. Aber auch ihre Einstellung zum Recht an sich ist heute eine innere Unwahrheit. Die Partei behauptet heute, das Recht zu vertreten. Sie sagt immer: Den Rechtsstaat und den Rechtsstandpunkt im Staate wollen wir vertreten. - *Reden Sie doch nicht vom Recht, wenn man Millionen von Staatsbürgern in der unverschämtesten, schamlosesten Weise ausgeplündert und bestohlen hat.* (Lebhafte Zustimmung.) Was wollen Sie denn vom Rechte reden! Man mache sich doch klar: Wenn heute ein ganz kleiner Bursche einem anderen so hinterrücks, durch Versehen sagen wir, eine Geldtasche herauszieht und vielleicht 3 Mark darin findet, dann wird der Bursche in diesem Rechtsstaate, sofern man ihn erwischt, wegen Diebstahls bestraft. Wenn er das zum drittenmal gemacht hat, wird er schon ziemlich schwer bestraft. Wenn einer mit Hilfe staatlicher Verbindungen das im ganz großen Umfang macht, genial, wissen Sie, besonders wenn er dann ein Auserwählter dieser Fremdherrschaft hier ist, dann dauert es schon zunächst ein Jahr, bis er bestraft wird, und dann, in welchem Verhältnis steht das! Man muß sagen, wenn man jetzt so manchmal die Zeitungen liest. Da haben sie einen erwischt, der hat 87 Mark geklaut. Dafür bekommt er dann, wenn es das zweite- oder drittemal ist, wegen Rückfälligkeit ein oder zwei Jahre. *Herr Barmat*[49] *hat auch nicht alles auf einmal gemacht, sondern nach und nach, immer so partienweise. Nur natürlich hat es bei dem länger gebraucht, bis man ihn erwischt hat, weil er immer ganz große Sachen gemacht hat. Die sieht man nicht so schnell wie die kleinen* (große Heiterkeit). *Der kleine Bursche also bekommt zwei Jahre, wenn aber einer den Staat um Milliönchen und*

49 Julius Barmat, Unternehmer und Konzerngründer ostjüdischer Herkunft, hatte von der Preußischen Staatsbank und anderen öffentlichen Kreditanstalten hohe Kredite erhalten, die er nicht zurückzahlen konnte. Zur Aufklärung dieser Spekulations- und Bestechungsaffäre wurden im Januar 1925 im Reichstag und im Preußischen Landtag zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse gebildet. Barmat wurde am 30.3.1928 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, S. 169 ff.

noch um andere Sachen, die man nicht so genau feststellen kann, betrogen hat, wenn er Staatsbeamte besticht und Parlamentarier, dann gibt es fünf Jahre, und die nicht einmal zum Schluß, und dann eine läppische Geldstrafe, so daß man wirklich sagen kann: Menschenskind, wenn du wirklich schiebst, dann en gros, und setze gleich einen Posten "Geldstrafen" ein. (Große Heiterkeit.) Der Rechtsstaat hat die unverschämtesten Kriegsschiebereien durchgelassen. In derselben Zeit, in der das liebe deutsche Volk auf lauter Erfindungsschuhen dahinschlappte, mit lauter künstlichen Sohlen, in derselben Zeit haben die Lederkriegsgesellschaften 2000 und etliche 300 [*sic!*] Prozent Dividende ausgeteilt, ja, weil man in einem Rechtsstaate ist!

Vom Inflations-Betrug bis zur Dawessklaverei

Und dann später kam die Inflation und hat all die kleinen Leute begaunert, die ganz kleinen Menschen, die jahrelang sich das Geld vom Munde abgespart haben! Mit welcher Freude haben die alten Leute ihre Ersparnisse zusammengelegt und vernommen, wie ihre Sparguthaben von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Und immer hat man gedacht, das ist ganz fest. Auf jeden Geldschein war hinaufgedruckt: Für diese Banknote bekommst du in Gold 100 Mark zurückbezahlt, wenn du sie hingibst.

Auch später hat man das noch hinaufgedruckt. Als man dann später die Kriegsanleihe herausgab, hat man jedem versichert, das ist ganz fest, dafür bürgt der Staat. Später ging dann das alles kaputt, und die Bayerische Volkspartei und das Zentrum waren da und haben nichts gesehen, gar nichts, und haben auch nichts getan. Erst, als der 9. November 1923 gekommen ist, da konnte man in wenigen Tagen dann die deutsche Währung stabilisieren.

Nun müßte man sich aber etwas sagen: *Dieser Staat hat gar kein Recht, einen Menschen wegen Diebstahls zu verurteilen, solange nicht diese Inflationsdiebe gefangen und gehangen sind. (Stürmischer Beifall.)* Wenn heute eine Partei behauptet, eine Partei des Rechts zu sein, dann müßte sie in jeder Session aufstehen und wie Cato immer wieder erklären: *Im übrigen sind wir dafür, daß die für die Inflation Verantwortlichen und die für das Novemberverbrechen Verantwortlichen ihrer Strafe zugeführt werden.* (Lebhafter Beifall.) Und die Herren hätten ja die Möglichkeit. *Sie müßten einen Untersuchungsausschuß dafür einsetzen, das wäre das Gebiet, wo sie die Untersuchungsausschüsse brauchen würden.* Da ist die Bayerische Volkspartei vollkommen taub.

Selbstmorde im "Freistaat"

Genau so ist es auch mit allen anderen Dingen. Wie viele Opfer hat dieser Diebstahl in Deutschland gefordert, wie viele Hunderttausende sind in den Tod getrieben worden, selbst jetzt, Jahr für Jahr, 15.000, 16.000, einmal sogar *22.000 Selbstmorde!* Das sind nicht im heutigen Deutschland lauter Liebes-Selbstmorde, nein, die meisten, die da den Gashahn aufdrehen, tun es, weil sie nichts mehr zum Leben haben (sehr richtig), und viele, die meisten unter ihnen, sind solche, die nicht deshalb nichts zum Leben haben, weil sie nicht arbeiten wollen; denn, wer ein Taugenichts ist, geht gar nicht kaputt, der erhält sich, das sehen wir an unseren Parlamentariern, die immer wiederkehren. (Stürmischer Beifall.) Nein, das sind die anständigen kleinen Leute, für die früher der Staat etwas Erhabenes, etwas Höheres war, zu dem sie aufblickten, zu dem sie restlos Vertrauen hatten, auf den sie bauten. Wenn der Staat sagte: Du, du mußt Kriegsanleihe

zeichnen, dann sagte der kleine Mann: Das ist meine Pflicht, ich muß für den Staat Kriegsanleihe zeichnen, unsere Brüder kämpfen draußen; und wenn der Staat sagte: Mein Lieber, du mußt das Kupfergeschirr abliefern, ging er nach Hause und holte das Kupfergeschirr; und er sagte sich, du mußt das abliefern, der Staat verlangt das, es ist notwendig. Und wenn der Staat sagte: Du mußt das Gold abliefern, dann nahm er seine Uhr heraus und trug sie hin und sagte: Da ist mein Gold. Und das letzte Silberstück hat er noch hergegeben, und er baute immer darauf: Ich habe das ja dem Staate gegeben. *Und unterdessen hatte er es einer Gesellschaft gegeben, die ihn begaunerte, die tausendfach Dividende abwarf und die Schindluder trieb mit ihm, während er immer meinte: Der Staat braucht es!* Und endlich, endlich bricht seine ganze Illusion zusammen. Der Mensch, der im Leben gespart hat, hat endlich keinen Bissen Brot mehr. Und dann geht er nicht auf die Straße, sondern eines Tages geht er heim, dreht den Gashahn auf und stirbt. *Und die Menschen, die das auf dem Gewissen haben, das sind Mörder. Die verfolgt man aber nicht!* (Stürmischer Beifall.)

Ja, "Fememörder" sucht man, "Fememörder", die damals einige Spione gesetzwidrig beseitigt haben, weil das Gesetz selbst sie nicht beseitigt hat. Die sucht man. Aber die Mörder der Millionen, die läßt man laufen; ja, im Gegenteil, man weiß, daß es denen ausgezeichnet geht. Das sind sehr hohe Herren, kein Mensch rührt die Hand, alles im Namen der christlichen Gerechtigkeit. Nein, wahrhaftiger Gott, wenn sich eine Kirche damit gleichstellen sollte, dann schadet sie sich selbst in den Augen von Millionen von Gläubigen. Sie darf das nicht tun, und sie hat die Pflicht, daß sie ihre Priester zurückruft, daß sie ihnen sagt: *Ihr habt in den Parlamenten das nicht zu decken und ihr dürft es auch nicht dekken (lebhafter Beifall.)*

So sehen wir aber nicht nur das, sondern auf tausend anderen Gebieten, Stück um Stück ist unsere Staatswirtschaft der Korruption ausgeliefert worden, und überall haben diese Parteien zugestimmt, überall und jederzeit saßen dieses Zentrum und diese Bayerische Volkspartei mit in der Regierung, und sie sind verantwortlich dafür. So sehen wir z. B. auch die Haltung dieser Parteien dem kleinen Mann gegenüber. Die Bayerische Volkspartei ist die Partei des kleinen Mannes, ja, und *in der Praxis sehen wir doch, wie gerade dieser Mittelstand bei uns vernichtet wird.* Sagen Sie nur ja nicht: Ja, das ist bedauerlich! Ja, bitte, wer ist verantworlich dafür? *Die Herren, die regieren, tragen die Verantwortung;* und wollen sie sie nicht tragen, bitte, so sollen sie doch abtreten. Es finden sich im Parlament genug, die sofort dann hinlaufen. Das ist dieselbe Partei, die heute für das jüdische internationale Großkapital immer wieder die Lanze bricht, die dieses Großkapital schützt, und die es damit ermöglicht, daß dieses Großkapital Warenhaus um Warenhaus aufbaut und langsam Stück für Stück diese kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute ruiniert.

Das gleiche sehen wir heute z. B. bei der

Verschuldung unseres Bauernstandes.

Langsam sinkt unser Bauernstand in eine Schuldenlast hinein, die unerträglich ist. Die Ursache liegt zum großen Teil in der wahnsinnigen Besteuerung, zum Teil natürlich auch in unserer ganzen Zollgesetzgebung. Nun treten die sog. Parteien vor den Wahlen immer damit auf, daß sie erklären: Ja, wir wollen dagegen ankämpfen. *Was tut Ihr denn*

dagegen? Ihr beruft euch immer darauf, daß jede Obrigkeit von Gott eingesetzt ist. Wenn jede Obrigkeit von Gott eingesetzt ist, dann kann man das, was sie macht, nicht mehr gut kritisieren. Das verstehe ich gar nicht. Es ist eine wahnwitzige Theorie. Man konnte das einst meinetwegen von der Monarchie sagen, um sie zu stützen. Aber heute, bei diesem wankelhaften Regime eine solche Doktrin aufzustellen, ist Wahnsinn. *Nein, das, was heute Deutschland regiert, hat wahrhaftig nicht der liebe Gott eingesetzt, sondern das haben schwache Menschen eingesetzt* und z. T. dumme Menschen, und die, die heute tatsächlich das Zepter in der Hand haben, verdienen wirklich nicht, in eine solche hohe Sphäre der Gottähnlichkeit gehoben zu werden. Außerdem schauen sie alle etwas vermauschelt aus. Nein, meine lieben Freunde, wenn man heute hier wirklich helfen wollte, dann darf man nicht vor der Wahl allein reden, sondern man muß auch die Konsequenzen tragen und muß auch den Mut haben, zu sagen: Wir dulden nicht, daß ein Judenwarenhaus nach dem anderen gebaut wird. Schluß! Freilich, da sagt man sofort: Wir sind ja gar nicht kompetent. Das können wir gar nicht! Wir wissen das schon, wie es mit der Kompetenz steht.

Der Charakterbankerott vor dem Schmutz

Wir haben jetzt ein Beispiel. Wenn das ganze Theater versaut wird, wenn das ganze Kino versaut wird, wenn man überall ganz erbärmliche Judenstücke aufführt, Stücke, die den Staat verhöhnen, die Staatsautorität untergraben, *dann sagt die Bayerische Volkspartei: Man kann nichts machen,* man kann nichts dagegen tun. Ja, sehr schön! *Wenn dann aber ein Film gespielt wird, der diesen Leuten einmal nicht paßt, ach, du lieber Gott, dann wird die Münchener Polizeidirektion auf einmal findig*[50]*, so wie sie sonst bloß uns Nationalsozialisten gegenüber findig ist.* Auf einmal findet sie tausend Wege, um das zu verhindern. Genau wie auch bei uns, wenn ein Plakat angeschlagen ist, gegen das man nichts sagen kann, bis auf einmal der volksparteiliche Polizeigewaltige auf die Idee kommt: *Wenn die Leute da stehenbleiben und das lesen, ist denn das nicht eine Verkehrsstörung?* (Große Heiterkeit.) *Nun haben wir's! Wir verbieten nicht das Plakat, sondern die Verkehrsstörung verbieten wir.* Nachdem man das einmal gemacht hatte, ging man weiter und sagte: Es gibt offiziell ja keine Plakat-Zensur. In dem Plakat steht auch das und jenes, wogegen wir nichts haben. Aber es steht noch etwas drin und das wirkt als Verkehrsstörung. Der Satz muß herausgestrichen werden. Nicht, weil wir eine Zensur haben, sondern weil das zu einer Menschenversammlung Anlaß geben würde, in deren Verlauf es zu Gesetzwidrigkeiten kommen könnte; und die Polizei ist dazu da, daß sie Gesetzwidrigkeiten im Keime erstickt. Siehe neulich Marienplatz[51] usw. (Große Heiterkeit.) Folglich muß sie in dem Falle gleich vorbeugend eingreifen, abriegeln usw. und das Plakat entfernen, so wie wir das einige Male gesehen haben. Ja, da hat die Bayerische Volkspartei auf einmal alle Möglichkeiten; aber wenn es sich um Schandfilme handelt, da hat man keine. Aber eines Tages schreibt dann der "Bayerische Kurier": Wie

50 Anspielung auf den Film "Luther" (Regie: Hans Kyser), dessen Aufführung von der Polizeidirektion München verboten worden war, da er "das religiöse Empfinden der katholischen Volksteile" verletze. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 24.2.1928, "Luther-Film".

51 Am 20.2.1928 waren bei der Abhaltung des "Metzgersprunges" auf dem Marienplatz in München aufgrund des Massenandranges mehrere Personen verletzt worden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 21.2. und 22.2.1928, "Die Vorgänge beim Metzgersprung".

lange wird das deutsche Volk sich diese schamlose Kinoseuche noch gefallen lassen, wie lange wird es sich noch diese Verhöhnung des Theaters gefallen lassen, wird nicht endlich diesem Volke die Geduld reißen, wird es nicht endlich aufstehen und - ja, was dann?

Auf illegalem Wege das verbieten? Ja, das hat der "Bayerische Kurier" neulich geschrieben. Ach, wie schwach doch das Gedächtnis der Herren ist. Dieses Volk ist nämlich schon ein paar Mal aufgestanden, es war nur nicht das Volk des "Bayerischen Kuriers", sondern das Volk der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Dieses Volk hat schon gegen einige dieser erbärmlichen Stücke demonstriert. *Da hat aber damals der "Bayerische Kurier" nicht gesagt: Gott sei Lob und Dank, daß das Volk aufsteht, sondern er sagte immer: Wird die Polizei diese Einmischung in die Staatsgewalt noch längere Zeit ansehen?* Dieses Hineinregieren dritter Stellen in die Staatsautorität? Wie lange duldet man das denn eigentlich? Da auf einmal war es nicht das Volk, das das gemacht hat, sondern da waren es verworfene Subjekte. Und da marschierte dann die Polizei auf und fing das Volk zusammen und sperrte es ein. Und der "Bayerische Kurier" hat dann mit Befriedigung festgestellt, daß die Staatsautorität sich nicht auf den Kopf spucken läßt, nicht vom Volk, sondern von den Menschen, die da demonstriert haben. Ich frage Sie: *Was ist das doch für eine innere Unwahrhaftigkeit? Die Herren sollen so wahrheitsliebend und aufrichtig sein zu sagen: Uns ist der jüdische Kitsch vollkommen egal. Nur wenn etwas kommt, was gegen unsere direkten Partei-Interessen geht, dann nehmen wir dagegen Stellung. Und da finden wir tausend Wege, das zu verbieten.* Sonst haben wir gar kein Interesse, etwas zu tun. Was ist das für eine Staatsautorität? Auf der einen Seite sagen die Leute: Wir verlangen die Wiederherstellung des bayerischen Staates, und auf der anderen Seite haben sie nicht einmal die Möglichkeit, einen Kinokitsch zu verbieten.

Dieselbe Partei, die heute z. B. auch wieder an das deutsche Volk appelliert, und die sich naturgemäß die Not zunutze macht, *sie war die Partei, die für den Dawes-Vertrag*[52] *gestimmt hat.* Der Dawes-Vertrag mußte zwangsläufig zu den Folgen führen, die wir heute haben. Nur ein Narr konnte etwas anderes glauben. Ja, was ist das dann für eine Gesinnung, fragen Sie, mit der man erst den Dawes-Vertrag unterschreibt, der zwangsläufig zu furchtbarer Erpressung sich auswirken muß, und dann vor das Volk hingeht und jammert und mitklagt! Ist das nicht eine innere Lüge, eine innere Unwahrhaftigkeit? Die Herren hätten seinerzeit, als sie den Dawes-Vertrag unterschrieben haben, ehrlich erklären müssen: Jawohl, wir unterschreiben etwas, was von furchtbaren Folgen sein wird. Aber damals sagte man das nicht. Damals sagte man: Es wird Kapital hereinkommen usw. Ja, jetzt haben wir Kapital! In Deutschland schwimmt alles in Kapital, und nun will niemand die Folgen auf sich nehmen.

52 Die BVP hatte am 29.8.1924 im Reichstag dem Dawesplan zugestimmt. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 109.

Das Konkordat [53]

Ein anderes Beispiel für diese innere Lüge: *die Stellung zum Konkordat!* Was hat man uns nicht für Vorwürfe gemacht, daß wir gegen das Konkordat waren. Sehen Sie: Wir haben damals einen sehr einfachen Standpunkt eingenommen: *Wenn ein Volk an sich finanziell so ausgeplündert ist wie das unsrige, buchstäblich vor dem Zusammenbruche steht, dann ist es ein Wahnwitz, ihm nun eine neue Bürde aufzulasten, die mit Religion an sich gar nichts zu tun hat.* (Sehr richtig!) Wenn die Not bei uns immer größer wird, wird auch nicht die Religion gewinnen, sondern der Bolschewismus wird gewinnen! (Sehr richtig!) Also ist es ein Wahnwitz, planmäßig auf einen vollkommenen Zusammenbruch hinzusteuern. Was ist geschehen? Man hat den bayerischen Staat schwer finanziell belastet, und jetzt, ja, jetzt will niemand verantwortlich sein. Kein Mensch hat jetzt eine Verantwortung. *Jetzt klagt man über den Verlust der bayerischen Hoheitsrechte. Ja, das hätten sie vorher wissen müssen, daß, wenn sie sich finanziell ruinieren, langsam der ganze Staat kaputt geht.* Man kann nicht auf 30 oder 50 Millionen Mark einfach verzichten und sie herschenken. Es ist das ein Wahnsinn. Man sage nur nicht etwa, man wollte nur ein altes Unrecht wiedergutmachen. Die Bayerische Volkspartei hätte Gelegenheit gehabt, neueres Unrecht in dicker [*sic!*] Menge wieder zu beseitigen. Ich nehme nur dagegen Stellung, weil ich glaube, daß Christus, der Herr, das gutgeheißen hätte. Ich glaube, *er hätte auch gesagt: Wenn ihr etwas zu verschenken habt, dann gebt es zunächst euren Ärmsten, und die habt ihr jetzt mehr als genug.* (Lebhafter Beifall.) *Man konnte z. B. jährlich der bayerischen Bauernschaft 30 bis 40 Millionen geben, oder dem bayerischen Kleingewerbe oder den Schwerkriegsverletzten, oder diesen armen Kleinrentnern, denen man ihr Geld doch zuvor gestohlen hatte.* Das konnte man sagen und dazufügen: Wenn das alles wieder vorbei ist, können wir uns über die Frage eines Konkordats und über die finanzielle Leistungsfähigkeit unterhalten. Das hätte man damals sagen können.

Wie man aber da lügt, dafür muß ich schon ein weiteres kleines Beispiel anführen. Sie haben gehört, wie die Sozialdemokratie zum Christentum und zur Religion an sich eingestellt ist. Diese selbe Sozialdemokratie läßt nun in ihrem Münchener Organ [54] eine *infame Lüge* verbreiten: *Ich hätte als Dreizehnjähriger die Hostie ausgespuckt* [55]. *Der "Bayerische Kurier" druckt am zweiten Tage darauf das ab.* Ich weiß nicht, ob man das nicht sowieso im Techtelmechtel vorher ausgemacht hat. Jedenfalls druckt er es nach. Und dann wird das in ganz Deutschland in allen frommen Blättern verbreitet, obwohl die betreffende Oberrealschule [56] sofort bekanntgibt, daß das nicht wahr ist, daß ich nie ausgeschlossen bin, daß das erlogen ist. Ganz einerlei, man verbreitet das. Ja, ich frage Sie: Selbst wenn das gewesen wäre, wenn ein Dreizehnjähriger das getan hätte, *dürfte man da einem neununddreißigjährigen Mann darüber einen Vorwurf machen* und ihn aus-

53 Gemeint ist das am 29.3.1924 geschlossene Konkordat zwischen dem Freistaat Bayern und dem Vatikan. Druck: Werner Weber (Hrsg.), Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge der Gegenwart, Göttingen 1962, S. 38 ff.

54 Münchener Post.

55 Dieser Vorwurf stand auch im Mittelpunkt des Beleidigungsprozesses, den Hitler gegen Domkapitular Georg Sponsel angestrengt hatte. Vgl. Dok. 147. Vgl. auch Deuerlein, Hitler, S. 19.

56 Hitler hatte von 1900 bis 1904 die ersten drei Klassen in der Staatsrealschule in Linz besucht. Vgl. Deuerlein, Hitler, S. 19.

zuschließen versuchen vom politischen Leben? (Zuruf: Nein!) Nachdem es aber gar nicht wahr ist, *wie erbärmlich ist es doch, wenn diese Leute für ihre politischen Geschäfte sogar das heilige Altarsakrament heranziehen!* Alles ist ihnen recht, wenn sie nur eine Schiebung machen können. (Stürmischer Beifall.) *Ich weiß nicht, ist das christlich, Freunde? Ich kann Ihnen trotzdem sagen, daß in der Volkspartei selber viele, und zwar prominente Führer, eigentlich mit Abscheu darüber erfüllt sind,* es sind nicht wenige, ich weiß das ganz genau. *Und erst vor wenigen Tagen habe ich mit einem Herrn gesprochen, der mir erklärte: Glauben Sie, wir sind nicht alle einverstanden mit dem Kurs, im Gegenteil, das, was da gespielt wird, erregt schon längst unser Mißfallen,* und wir werden zu gegebener Zeit sorgen, daß dieser Kurs geändert wird. Ohne Zweifel denken viele so. Und Hunderttausende von Wählern werden so denken. Und das glatt ablehnen, wenn sie so etwas erfahren. Sie wollen das gar nicht. Aber Tatsache ist, daß das parteioffiziell gemacht werden kann.

Unser Kampf für alle schaffenden Stände

Man könnte ins Endlose fortfahren, ganz gleich, ob man die föderative Gesinnung nimmt oder die monarchische Einstellung oder die Einstellung zum Judentum, oder die Einstellung zur Not des Volkes, es ist überall dasselbe: Unaufrichtigkeit und Unwahrheit. Und dabei ist es die Partei, die sich immer als Schützerin des Rechts, der Sitte, des Christentums usw. hinstellt. Dagegen müssen wir einmal schärfstens protestieren. Denken Sie nur nicht, daß wir jetzt einen gigantischen Kampf loslassen gegen die Bayerische Volkspartei. Es mußte nur einmal festgestellt werden, mit welchen Mitteln eine solche Bewegung kämpft, wie innerlich hohl das alles ist, wie wenig Recht sie dazu besitzt, gegen uns aufzutreten. Im übrigen wird unsere Partei den alten Kampf weiterführen, den wir im Jahre 1920 aufgenommen haben, *nicht gegen die Religion, dafür werde ich zu sorgen wissen, sondern nur immer gegen den Mißbrauch der Religion;* niemals gegen eine Konfession, sondern nur immer gegen den Versuch, Streit und Hader zu säen.

Es wird immer mein äußerstes Bestreben sein, dafür zu sorgen, daß, ganz gleich, welcher Konfession einer angehört, er durch die Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Bewegung innerlich niemals einem Gewissenskonflikt ausgesetzt wird gegenüber seiner Konfession. Im Gegenteil! *Wir selbst sind hier beisammmen, Katholiken und Protestanten durcheinander, und ich kann Ihnen versichern, wir haben unter uns einen treuen Bund geschlossen.* Wir wollen unserem Volke helfen und haben uns strengstens verwahrt gegen jeden Streit über solche Dinge. Das gehört nicht hierher. Das ist Sache jedes einzelnen, das mag er in seiner Kirche und vor seinem Herrgott ausmachen. *Wer Katholik ist, soll Katholik bleiben, wer Protestant ist, Protestant; beide sollen ihre Kinder erziehen zu anständigen Christen und zu ordentlichen ehrlichen Deutschen.* (Stürmischer Beifall.)

Monarchie und Republik

Genau so halten wir es auch auf einem anderen Gebiete. *Wir lassen uns nicht hineinziehen in den Streit der Republikaner und Monarchisten.* Das Regiment von einst ist gebrochen, leider abgelöst worden von einem traurigen und schlechten. Wir haben das frühere Regiment nicht gegründet, *wir haben es nur jahrelang verteidigt mit unserem Blut. Wir sind aber auch nicht verantwortlich für das heutige. Wir müssen es leider ertragen.* Wir betonen aber ausdrücklich, daß - ganz gleichgültig, welches Regiment in Deutschland

am Ruder ist, *Voraussetzung immer ist, Sauberkeit, Ordnung und innere Kraft unseres Volkes für ein glückliches Gedeihen.* Und dafür sorgen wir. Wir möchten nicht jetzt einen vollkommen wesenlosen Streit entbrennen lassen: Was, bist du Monarchist? Und du bist Republikaner? Tod dir! Nein, *wir möchten den Menschen zunächst sagen: Erst seid nicht Monarchisten und erst seid auch nicht Republikaner, sondern erst seid jetzt endlich einmal Deutsche.* (Stürmischer Beifall.) *Wir haben nichts gegen eine Republik, die anständig ist, die dem Volke gibt, was des Volkes ist, genau so wenig, wie wir heute eine Monarchie schmähen könnten, die einst die Größe unseres Volkes begründet hat.* Wir werden nie dulden, daß in unseren Reihen große deutsche Könige und Fürsten geschmäht werden, nur weil sie Fürsten sind. Nein, da unterscheiden wir uns von den anderen allen. Für uns ist Friedrich der Große oder sagen wir Ludwig I. hier in Bayern der Monarch, der Grenzenloses geschaffen hat für sein Volk, der eine für sein damaliges Preußen, der andere für sein damaliges Bayern. Wir werden sie immer schätzen und werden sie immer verehren. Wir haben Achtung vor der Persönlichkeit. *Allein wir bekennen auch freimütig, daß die Monarchie viele schlechte Elemente gehabt hat, Nutznießer, genau so, wie sie die Republik heute in überwältigender Zahl aufweist.* Wir werden das Gute anerkennen, ganz gleich, wo es sein mag, und *wir schreiben uns heute nicht etwa als Ziel vor die Wiedereinsetzung der Monarchie oder die Erhaltung der Republik, sondern bekunden ausdrücklich, daß die Staatsform für uns gar keine Rolle spielt,* daß wir bewußt den einzelnen Deutschen immer wieder auffordern: Du sollst nicht dauernd Republikaner sein und darfst nicht dauernd Monarchist sein, sondern erstens denke, daß du Deutscher bist, und heute zweitens, daß du einem Volke angehörst, das von der ganzen Welt heute geknebelt ist, daß wir zusammengehören, daß wir uns gegenseitig schätzen und achten lernen müssen, daß nicht ein Stand auf den anderen schimpft, nicht eine Konfession auf [*sic!*] die andere mault und die Menschen sich so im Innern sinnlos und zwecklos zerfressen und zersetzen, sondern daß sie wenigstens in den ganz großen Linien wieder gemeinsam denken, auf daß sie einst auch zum gemeinsamen Handeln kommen. Da, da unterscheiden wir uns von der Bayerischen Volkspartei.

Der Weg in die Freiheit

Die Bayerische Volkspartei sieht die Zukunft aus dem parlamentarischen Gemogel herausgewachsen, und wir glauben, daß diese Zukunft - so wie immer und wie ewig - gestaltet wird durch die innere lebendige Kraft eines Volkes, die sich nicht im Parlament verkörpert. Wir glauben, daß auch diesmal die Weltgeschichte es nicht anders halten wird und keinen anderen Verlauf nehmen wird als bisher noch immer. Gut. *Wir glauben, daß auch diesmal nicht von der Majorität die Genesung kommen wird, sondern daß auch diesmal das deutsche Volk erst zur Besinnung kommen muß, auf daß es dereinst den Führer hat und erhält, der dieses Volk zur Freiheit führt.* Der Kampf um die Freiheit bleibt unserer Überzeugung nach uns nicht erspart. Und darauf arbeiten wir planmäßig hin. Freilich, wir wissen auch, daß dieser Kampf unendlich schwer ist. Wir wissen weiter, daß dieser Kampf unsägliche Opfer fordern wird, und daß auch mancher von uns ihn vielleicht nicht mehr erlebt, daß er nicht das Deutschland erschaut, das einmal kommen soll. Aber bei alledem wissen wir auch, daß es notwendig ist, daß wir unser Volk zusammenraffen in diese einzige Richtung hin, daß wir es herausziehen aus dieser blöden Zeit, aus den

Prinzipien und Dogmen von jetzt, und daß wir es statt dessen ansetzen für die großen Lebensziele unseres deutschen Volkes und unserer deutschen Nation. *Und dann glaube ich, wird die Zeit sicherlich mit uns sein, nicht etwa, weil die Zeit uns den Sieg gibt, sondern weil die Zeit unseren Kampf rechtfertigen wird, so wie sie ihn schon jetzt gerechtfertigt hat.* Sie wissen schon jetzt, daß viele Hunderttausende gerade in diesen Wochen erkennen müssen und erkennen werden: Man mag über die Nationalsozialisten sagen, was man will, aber recht gehabt haben sie mit ihrer Auffassung bisher doch noch. Es ist so gekommen, wie sie prophezeit haben. Man kann sie verdammen, man kann sie verfluchen. Aber eingetroffen ist, was sie gesagt haben. Das ist, was die Zeit für uns arbeiten läßt. Wir sind überzeugt von der Richtigkeit unserer Idee, unserer Thesen, und wir brauchen deshalb nur mit eiserner Energie und mit rücksichtslosem Willen dafür eintreten. Da muß ich eines sagen: Auch dieser Sieg kommt, *und dann bin ich überzeugt, dann werden von den Anhängern der Bayerischen Volkspartei Hunderttausende den Blick zu uns finden und auch den Weg.* Da werden auch die sich auf die Bahn machen und werden eines Tages dort landen, wo nicht mehr für Konfessionen, nicht mehr für ihre Ideen abstrakter Art, *nicht mehr für den Föderalismus oder Unitarismus, nicht mehr für Republik oder Monarchie gekämpft wird, sondern wo ausschließlich nur gekämpft wird für Deutschland, für unser Volk und unser Vaterland.* (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

3. März 1928 Dok. 238
"Tageskampf oder Schicksalskampf" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Karlsruhe [2]

Der Führer vom 17.3. und 24.3.1928, "Das dritte Reich. Die Hitlerrede in der Karlsruher Festhalle am 3. März" [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Das deutsche Volk ist zum souveränen Volk geworden. So sagt man wenigstens. Seit 1918 bestimmt es sich sein eigenes Schicksal, seinen eigenen Weg, kraft seines souveränen, eigenen Rechtes. So sagt man wenigstens. Dies deutsche Volk betätigt sich damit in der Zahl von vielleicht 14 Millionen Männern und Frauen am politischen Leben, weil dieses Volk nun frei geworden ist. So sagt man wenigstens. Und weil dieses Volk zur politischen Einsicht gekommen ist, sagt man.

Wenn wir nun die ganze Zeit der letzten 8-9 Jahre an unserem Auge vorbeiziehen lassen, dann stellt man fest, daß außer einer ganz kleinen Gruppe von Menschen kaum jemand da ist, der mit dem Ergebnis dieser vergangenen Jahre zufrieden wäre, zufrieden mit dem, was in diesen Jahren erreicht worden ist. Weder ein Mann von rechts, noch ein Mann von links, außer den ganz wenigen, denen es gelungen ist, in der Zeit der allgemeinen Not und des Zerfalls reine private und persönliche Geschäfte zu machen und sich am Zusammenbruch der Nation zu bereichern. Die große Menge ist unbefriedigt, und der sichtbare Beweis dafür liegt in dem Wandel, den wir bei uns sehen: *Man sucht nach einer besseren Partei*, man geht von links zur Mitte, von dort zur Rechten und wieder zur Linken oder vielleicht umgekehrt. Die von der Deutschnationalen Volks[*partei*] gehen zu den Demokraten, die Mehrheitssozialisten gehen zu den Unabhängigen und von dort wieder zurück zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. *Es ist ein dauerndes Wandern, ein ununterbrochenes Suchen.* Die Menschen suchen nach einer neuen politischen Bewegung, nach einer besseren politischen Idee. Damit ist aber auch der Beweis erbracht, daß alle diese Menschen in ihren und mit ihren bisherigen Organisationen nicht zufrieden sind, unbefriedigt durch das, was durch diese bisher erreicht worden ist.

Das, was wir heute als bemerkenswert an der Politik in erster Linie vor uns sehen, *das ist das Im-Vordergrund-Stehen der Tagesfragen,* wie man sich wohl ausdrückt. Ja, das ganze politische Leben besteht wohl heute darin, daß die einzelnen Menschen in tausend Fällen immer wieder veranlaßt werden, Stellung zu nehmen zu diesen Tagesfragen;

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 1.3., 2.3. und 3.3.1928.

2 Im großen Saal der Festhalle, von 20.30 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet.

3 Vgl. auch Badischer Beobachter vom 5.3.1928, "Hitler in Karlsruhe"; General-Anzeiger für Südwestdeutschland vom 6.3.1928, "Hitlers Kampf-Philosophie"; VB vom 6.3.1928, "Adolf Hitler in Karlsruhe"; VB vom 7.3.1928, "Adolf Hitler in Karlsruhe"; Der Führer vom 10.3.1928, "Adolf Hitler in Karlsruhe" und "Die Presse zur Hitlerversammlung"; VB vom 11./12.3.1928, "Adolf Hitler in Karlsruhe" (Auszüge aus Pforzheimer Freie Presse und Pforzheimer Anzeiger). Sowie Lagebericht der badischen Landespolizei vom 15.3.1928; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1774/304.

und es gibt nicht wenige, die erwarten von vornherein von jedem politischen Redner, daß er diese Frage behandelt und ungefähr das bringt und darüber spricht, was diese einzelnen gern hören wollen, was sie sich wünschen; daß er ihnen Aufklärung bringe über das, was sie gegenwärtig drückt. Man liebt solche politischen Redner nicht, die beispielsweise etwas sagen, was die Masse nicht zu hören wünscht, weil es dem einzelnen Menschen unangenehm ist. Weil der einzelne in seinen Tagesnöten vielleicht darauf noch nicht gestoßen ist, sondern von etwas anderem gequält wird.

In Wahlzeiten vor allem erwartet man, daß der Redner nun zu den Fragen aller möglichen Berufsgruppen und Stände Stellung nimmt, ihre einzelnen Wünsche noch einmal herausarbeitet und jeder Gruppe sagt: Ich weiß, ihr habt zu wenig Lohn: wir, unsere Partei wird dafür sorgen, daß ihr mehr bekommt. Ich weiß, ihr braucht eine Bahnlinie: wir werden dafür eintreten, daß ihr eine neue Bahn bekommt. Wir werden dafür sorgen, daß ihr mehr Pension erhaltet. Die Landwirtschaft will mehr Land: auch das werden wir tun, auch dafür werden wir eintreten. Alle wollt ihr weniger Steuern zahlen: und dafür werden wir selbstverständlich auch eintreten usw. Mit dieser Hoffnung gehen heute Hunderttausende, ja Millionen in politische Versammlungen hinein und erwarten von den Rednern, daß sie dazu Stellung nehmen, ihre Wünsche und ihre Hoffnung zu erfüllen versprechen. Und sie sind unzufrieden, wenn einer kommt und nicht darauf eingeht.

Wir können aus dieser Erkenntnis heraus feststellen, daß alle diese schwebenden Tagesfragen Jahr für Jahr zu lösen versucht worden sind; und wenn wir auch zugeben, daß man sie - wenigstens soweit diejenigen, welche diese Frage zu lösen hatten, keine Verbrecher oder Lumpen oder unverständliche [*sic!*] Subjekte waren - ehrlich zu lösen versuchte, so müssen wir demgegenüber doch erkennen, *daß sie dennoch nicht gelöst worden sind;* ja, daß im Gegenteil immer wieder neue Fragen auftauchen, die der einzelne als unbefriedigt empfindet; das Volk ist im Gesamten nicht zufrieden, so daß also nach einer anderen Lösung gesucht werden muß.

Es kommt dabei vor allem darauf an, ob ein Volk in seinem grundsätzlichen Denken vernünftig ist, logisch ist, natürlich ist - oder ob ein Volk in seinem grundsätzlichen Denken falsch geworden ist. Ob es sich auf einer guten oder einer schlechten allgemeinen Basis befindet, ob seine, sagen wir Weltanschauung noch natürlich ist, richtig ist, oder ob prinzipielle Fehler vorliegen. Das scheint das Wesentliche zu sein.

So, wie ein gesunder Mensch sich seinen Lebenswandel gesund einteilen wird, nämlich das tun wird, was seinem Körper zweckdienlich ist, so wird umgekehrt ein ungesunder Mensch seinem Körper auch nicht das geben, was er notwendigerweise braucht. Einem dem Alkohol ergebenen Menschen, der an Tausenden von Leiden des Tages krankt, werden sie sagen: Lieber Freund, dir hilft nichts, wenn du dich nicht grundsätzlich zu einem anderen Lebenswandel entschließest. Wenn einer hier anstößt und dort anstößt in seiner Betrunkenheit und schließlich hinfällt und am anderen Tag feststellen kann, daß er infolge seiner Benebelung des Gehirns hier und dort Schaden leidet, dann werden sie ihm nicht sagen: Gib acht, du darfst nicht da anstoßen; nimm dich zusammen, daß du nicht fällst usw., sondern sie werden ihm sagen: Mensch, hör mit dem Trinken auf, besauf dich nicht mehr! Wenn du das läßt, dann werden aber mit einem Schlag

eine ganze Anzahl von Übeln dich verlassen. Wenn du das aber nicht läßt, dann wirst du schließlich von der Polizei überhaupt nicht mehr loskommen.

Im Großen, im politischen Leben ist es genauso: hier handelt es sich darum, ob ein Volk, das nun das allgemeine Wahlrecht besitzt und mithin sein Geschick selbst leitet, *ein solches Volk zu einem prinzipiellen, klaren logischen Denken zu bringen. Es handelt sich darum, ein Volk weltanschaulich dahin zu bringen, daß es nicht unvernünftig sein eigenes Schicksal untergräbt, sondern daß dieses Volk einen Weg wählt, der nach menschlicher Vernunft oder Voraussicht zum Emporstieg führen muß.*

Das werden aber die einzelnen politischen Parteien bestimmt nie tun, denn für sie handelt es sich ja nur um das Stimmvieh, sondern sie werden versprechen, wahllos versprechen, was der einzelne Wähler von seiner Partei gern hören will; sie holen sogar noch vorher aus ihm heraus, was er gerne möchte - und all das wird ihm in Bausch und Bogen versprochen, damit er nur ja bei der Stange bleibt - *mit dem Ergebnis, daß in 4 oder 5 Jahren alles genau so geblieben ist, wie es vordem war.* Das Wesentliche scheint uns nicht zu sein, daß unser Volk mit solchen Tagesproblemen überfüttert wird, sondern *daß unser Volk in ganz großen Linien zu einem richtigen, klaren, egoistischen Denken erzogen wird: egoistisch nicht im Sinne des einzelnen, sondern im Sinne der Gesamtheit, der Volksgemeinschaft, die da ist gleichen Bluts, gleicher Sprache, gleicher seelischer Veranlagung derjenigen, die auf dieser Erde gemeinsam zu kämpfen haben um das tägliche Brot.*

Das ist in ganz großen Zügen die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Sie will versuchen, unser Volk wieder zu einem klaren, gesunden Denken zu bringen, sie will den natürlichen Instinkt, den man künstlich verschüttet hat, *diesen natürlichen Selbsterhaltungsinstinkt diesem Volke wieder zurückgeben, das schwer kämpfen muß um sein tägliches Brot und damit um sein Dasein.*

Eine solche Bewegung wird aber deshalb den bisherigen Weg verlassen müssen, der nur in Mitteln einer kleinen politischen Aufklärung besteht, wobei letzten Endes nichts anderes herauskommt, als daß der Wähler schließlich sagt: Das ist ein Lump, das hat er uns versprochen - gehalten hat er nichts; und das hat wieder jener uns versprochen mit dem gleichen Erfolg. Also dieser Weg, der über die Lösung der Tagesfragen geht, ist ein verfehlter. Man wird diesen Weg verlassen und einen anderen Weg gehen müssen. *Es ist unsere Aufgabe, unser Volk zu einer gesünderen Lebens- und Weltanschauung zu führen, wodurch diese Tagesfragen ganz von selbst eine bessere Lösung finden werden.* Wenn man die Tage nach Kriegsende ins Auge faßt und die Verträge besieht, die da unterschrieben worden sind, dahinter doch die Entschließung eines natürlich denkenden Volkes stehen sollte, dann muß man sich nachträglich sagen, ja, wie hat ein Volk bei gesundem Denken einen solch wahnsinnigen Entschluß fassen können, welchen Kinder und Kindeskinder noch bis ins siebente, achte und neunte Glied zu spüren haben werden. Wenn wir allein diese[*s in*] Betrachtung ziehen, scheint uns schon die Richtung unserer Aufgabe vorgesteckt zu sein. *Wir wenden uns dabei an das Volk* - nicht an eine Klasse, nicht an eine Schicht, sondern an das Volk. Wir wenden uns an die breite Masse, von der wir genau wissen, daß Millionen unter ihr ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, ohne sich über deren Zweck und Ziel klar zu sein. Sie werden mir jetzt zurufen: "Mensch, wie kannst du behaupten, daß wir nicht wissen, was wir tun?" Ja, heute wissen viele nicht,

wissen Millionen nicht, was das Wort Politik bedeutet. In einigen Monaten wird alles zur Wahlurne getrieben, und nicht nur mancher kleine Handwerker wird hingehen und wird nicht wissen, was er eigentlich in diesem Wahlakt tut, sondern zahlreiche Herren und Damen gehen genau so hin und sind politisch genau so ungeschult. Unser Volk ist das wissenschaftlich am weitesten gebildete, mehr als irgendein anderes Volk der Welt - aber dieses deutsche Volk ist politisch das dümmste, das unfähigste; *das beweist allein schon die Tatsache, daß dieses Volk trotz seiner Fähigkeiten sich eine Weltanschauung aufgebaut hat, durch die es heute zum Sklaven der anderen Völker geworden ist.* Das ist es geworden dank seiner politischen Unfähigkeit. Wir können nicht sagen, eine Klasse allein hat kein Verständnis, sondern unser Volk hat in seiner Gesamtheit diesen Instinkt, den politischen Instinkt verloren. Deshalb wenden wir uns auch an das gesamte Volk.

Die Schnelligkeit einer Kompagnie richtet sich nach denen, welche am langsamsten marschieren. Deshalb rede ich hier auch nicht für sogenannte Intellektuelle, die alles wissen und können. Ich rede vor allem nicht zu denen, die so weit über dem Können unserer früheren großen Staatsmänner stehen wie z. B. eines Bismarck. Zu denen spreche ich hier nicht.

Ich rede zu den Hunderttausenden in Deutschland, die an sich ein offenes Herz und einen offenen Sinn haben; ich rede zu denen, die sonst nicht aufgeklärt werden über das, was not ist, weil die eine Seite des heutigen politischen Systems sich nicht um sie kümmert und die andere sie planmäßig verdirbt und verdummt.

Ich möchte vier Punkte herausgreifen, die mir die wichtigsten scheinen, und besonders bei der Prüfung der jetzigen Verhältnisse anzuwenden sind. Es sind vier Grundsätze, die man aus der Geschichte heraus lernen muß, denn es ist notwendig, daß man aus der Vergangenheit lernt. Selbsterkenntnis ist auch heute noch der erste Schritt zur Besserung, wenn unser Volk politisch ideal geführt werden soll. Solange aber die heutigen Zustände fortbestehen, ist eine Besserung unmöglich. *Man muß den Mut haben zuzugeben, daß wir auf einem falschen Wege stehen und jeder, der die bisherige Schwäche erkannt hat, muß mit uns versuchen, einen besseren Weg zu finden.*

So sehr auch der einzelne zunächst von seinem Schicksal gequält wird, so stellen wir fest, daß es tatsächlich kein besonderes Einzelschicksal gibt. Das Schicksal des einzelnen leitet sich ab aus dem Schicksal der Gesamtheit. *Das Primäre ist das Schicksal der Gesamtheit.* Das ist auch dann der Fall, wenn der einzelne im Augenblick glaubt, dem allgemeinen Schicksal entweichen zu können, wenn er auch meint, daß seine wirtschaftliche Position so glänzend ist, daß der Zusammenbruch des Staates ihn nicht zu belasten vermag. *Ich sage Ihnen, der Tod kommt im menschlichen Leben zu jedem einzelnen, auch wenn er gesund ist.* Und wenn es auch zuerst den Anschein hat, zu ihm käme er nicht - einmal klopft er doch auch bei ihm an! Wenn ein Volk beladen ist mit Gebrechen und Schwächen, dann klopft diese Volkspein auch bei jedem einzelnen aus dem Volke an, und keiner kann annehmen, daß er kraft seiner Stirn oder Faust sich diesem Schicksal entwinden könne. *Er kann dem Schicksal der Gesamtheit nicht entgehen, weil er ein Glied der Volksgemeinschaft ist.*

Es gibt auch kein Ortsschicksal. Es ist falsch, wenn man meint, man könne dem gemeinsamen Schicksal am Orte so oder so, im Städtchen so oder so ein Schnippchen

schlagen. Deutschland ist, rein geographisch genommen, ein so kleiner Begriff in seiner Grundfläche, daß es im Vergleich mit anderen Staaten und Ländern, die es noch auf diesem Erdball gibt, einer kleinen Provinz gleichkommt. Es kann in diesem kleinen Gebiet für eine Kommune kein anderes Schicksal geben, wie für die andere. Die eine Kommune kann im Augenblick etwas besser dastehen als die andere, das eine Ländchen kann vielleicht etwas länger durchhalten, als das andere - *seinem schließlich hereinbrechenden Schicksal, das es mit der Gesamtheit verbindet, entgeht es jedoch nicht.* Der Zusammenbruch kommt eines Tages gewiß!

Weiter handelt es sich bei der Prüfung dessen, was notwendig ist, nicht so sehr darum festzustellen, inwieweit bei den einzelnen Parteien einzelne Personen schlecht oder fleckenhaft sind, ob die Personen nichts taugen. Jede Bewegung wird unter diesen Menschen zu leiden haben; man kann sie nicht ausrotten; sie sind nun einmal da; es sind die Menschen, bei denen Eigennutz vor Gemeinnutz geht. Nun kann aber das Schicksal eines Volkes nicht nach einzelnen Personen erwogen werden. *Es handelt sich nicht um die Güter* [*sic!*] *der Personen, als vielmehr um die Richtigkeit eines Prinzips.* Allein die Frage nach der Richtigkeit der Idee bleibt bestehen; die Frage, ob man, auf sie gesehen, eine Bewegung ablehnen muß, weil Fehler in der Konstruktion bestehen und daher die Bewegung der Gesamtheit zum Unheil ausschlagen muß. *Wenn man nachweisen kann, daß die tragende Idee falsch ist und gar nicht gestattet, daß ein Volk nach ihr leben kann, dann muß eine solche Bewegung notwendig zum Untergang führen.* Man kann nicht entgegenhalten: Ja, das hat damit nichts zu tun. Ideen sind entweder falsch oder richtig! Daß einst einem Hexenwahn Millionen von Menschen huldigten, beweist nicht, daß dieser Hexenwahn richtig ist!

Dann folgt weiter: Wenn wir ein System prüfen wollen auf Richtigkeit oder Unrichtigkeit, dann ist es falsch, diese Prüfung nur vornehmen zu wollen für den Augenblick, darnach zu fragen, ob es den Menschen im Augenblick eine Existenz gestatte oder nicht. Das ist verkehrt. Man kann sehr wohl eine bestimmte Zeit lang ein Volk regieren, auch wenn die Methoden falsch sind, weil die menschliche Gemeinschaft einer großen Maschine gleicht, die, in Schwung gesetzt, nun einmal läuft und sich fortbewegt; *wenn aber das System falsch ist, kommt sie früher oder später doch einmal zum Stillstand!* Die Frage ist also nicht die: Nützt das System jetzt?, kann man damit im Augenblick bestehen?, sondern man muß sich die Frage vorlegen: *Könnten wir heute noch vorhanden sein, könnte unser Staat, unser Volk noch bestehen, wenn dieses Prinzip, sagen wir einmal, schon dreitausend Jahre lang angewendet worden wäre?* Wenn wir so aus der Vergangenheit heraus versuchen zu prüfen, ob z. B. die heutige Steuergesetzgebung auf die Dauer angewendet werden kann, dann, liebe Freunde, sieht man mit einem Mal, daß der Staat die Bauern nur deswegen dermaßen besteuern kann, wie das heute geschieht - daß also die heutige Steuergesetzgebung nur deswegen überhaupt möglich ist, weil die vergangenen Generationen sie nicht zur Anwendung brachten. Denn wenn diese Generationen genau so gewirtschaftet hätten, wie das heute der Fall ist, so wäre längst überhaupt nichts mehr zum Besteuern vorhanden. Ja, wenn unsere Vorfahren, sagen wir einmal, vor 700 Jahren das auch so gelehrt hätten und ausgeführt hätten, dann wäre überhaupt

nichts mehr da, *wir würden gar nicht mehr sein,* wenn damals schon so gehandelt worden wäre wie heute.

Wenn das schon für die *wirtschaftliche Substanz* gilt, so gilt es in einem noch weit höheren Maße von der edelsten Substanz, dem Menschen selber. Es geht auch hier im Augenblick wie bei dem Betrunkenen, der jeden Abend sich einen Rausch anzüchtet und dem man sagt: Lieber Freund, du mußt das Trinken einstellen, sonst wirst du die schlimmsten Folgen davon zu tragen haben! Der aber erwidert: Was willst du denn, ich bin trotz meinem Trinken 65 Jahre alt geworden und bin mindestens so gesund wie Sie. Ja, lieber Freund, das stimmt. Aber es ist kein Beweis für die gesundheitsfördernde Wirkung des Trinkens. Sondern das ist alles nur ein Beweis dafür, daß du eine Gesundheit hattest, von der du heute noch zehren kannst. Aber wenn deine Vorfahren vor 100 und mehr Jahren das auch so getan hätten, dann hättest du diese Gesundheit heute bestimmt nicht mehr, hättest sie überhaupt nie besessen.

Wenn wir nunmehr unter diesen Gesichtspunkten unsere heutige Politik ansehen, so müssen wir leider überall feststellen, *daß die Gegenwart wirtschaftet mit einer Substanz, die sie nicht geschaffen hat.* Das geht aber auf die Dauer weder auf wirtschaftlichem, noch auf irgendeinem anderen Gebiet. Wir stellen fest, daß heute eine Substanz verarbeitet wird, die auf Grund ganz anderer Prinzipien einst angesammelt worden ist. Wenn wir nach diesen Grundsätzen noch eine Reihe von Jahren weiterwirtschaften, dann werden wir nach menschlicher Einsicht und Voraussetzung und nach den Erkenntnissen aus dem bisherigen Verlauf der Geschichte einst alle nicht mehr sein. *Es wird der vollständige Zusammenbruch kommen.*

Es erhebt sich weiterhin die Frage: *Warum kämpfen wir überhaupt? Warum leben wir? Weshalb?*

Kein Mensch und wohl auch kein anderes Wesen der Erde kann sich diese Frage vollständig klar beantworten. Bei dem einen ist's die Religion. Bei dem anderen die Philosophie, welche sich bemühen, ihm die Antwort darauf zu geben. Und doch: *die tiefsten Gründe kennt keiner.* Warum das Einzelwesen lebt, das weiß es nicht. Aber eines ist sicher. *Sobald ein Lebewesen das Licht dieser Welt erblickt, klammert es sich mit allen Kräften an dieses Leben.* Jede Faser und jeder Atemzug wird verteidigt in täglichem Kampf. Das geht soweit, daß es dem einzelnen in Normalzeiten gar nicht recht klar wird.

Als ich als junger Soldat ins Feld rückte, da konnte man überall hören - und man hat es selbst im Leichtsinn oft ausgesprochen: Ja, alles, nur nicht zum Krüppel werden! Ich wollte tausendmal lieber gleich tot sein, als ein Bein oder einen Arm oder gar ein Auge zu verlieren! Jeder fand das alles selbstverständlich. - Und dann eines Tages ging's hinaus, und dann kam man immer näher an die Front, kam immer näher an den Ort, wo man täglich um sein Leben zu ringen hatte - und eines Morgens war man da. - Und da verstand auf einmal der Frontsoldat die Heimat nicht mehr. Zu Hause, da hieß es: Wie ist es herrlich, den Heldentod zu sterben! Der Frontsoldat draußen war anderer Meinung! Wenn der einzelne zu Hause noch sagte, ich wollte lieber tot sein, als ein Glied verlieren - und wenn er dann draußen im flandrischen Graben tausendmal eine Hand oder ein anderes Glied gegeben hätte, wenn er wünschte, einen "Heimatschuß" zu be-

kommen, bloß, daß er endlich Ruhe hätte, herauskäme, lebe, - da sehen wir, wie sich der Mensch an das Leben klammert um jeden Preis, wenn dieses Leben bedroht ist. Das hat mit Feigheit nichts zu tun. Und es ist nur Feigheit, Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit, die das nicht eingesteht! *Denn es ist der natürliche Drang der Selbsterhaltung, der hier zu Tage tritt.* Schon der kleine Wurm in der Wiege: er windet sich in seinen Krämpfen und ringt mit aller Kraft um sein bißchen Leben, ehe er vor dem Tode kapituliert und in das unbekannte Jenseits zurückkehrt. Er will am Leben bleiben - und weiß noch nicht einmal wozu?! *Was ist's? Der Drang nach dem Leben, der in ihm steckt.*

Und wie hier das Einzelwesen maßgebend beherrscht wird von diesem Drang zum Leben, genau so finden wir es in der Gesamtheit, beim Volke. *Hier liegt das Urgesetz, das die Einzelwesen zwingt, sich zusammenzuschließen zum Staat.* Denn der Staat stellt nichts anderes dar als die Organisation der einzelnen zum gemeinsamen Kampf der Gesamtheit um das Leben, der seinen Ausdruck findet in der Politik. Was ist Politik? Wir haben eine ganze Reihe von Definitionen für diesen Begriff. Friedrich der Große sagt: Politik ist die Kunst, dem Vaterlande mit allen Mitteln zu dienen. Bismarck sagt: Politik ist die Kunst des Möglichen, d. h. es gibt keinen bestimmt vorgeschriebenen Weg; dieser Lebenskampf wird geführt mit allen Möglichkeiten, die versprechen, daß der Kampf zu einem siegreichen Ende führt. Es gibt noch andere Definitionen. Clemenceau nennt die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, während Clausewitz den Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nannte. Zusammenfassend können wir sagen, *daß Politik ein Kampf ist, und zwar der Kampf eines staatlich zusammengefaßten Volkes um das Leben und für das Leben, ganz gleich mit welchen Mitteln sie durchgeführt wird.* So, wie der kleinste Wurm seine Waffen zum Lebenskampf von der Natur erhält, so muß auch der Mensch sein Leben erhalten durch die Anwendung und Ausnützung der Mittel, welche ihm die Natur mitgegeben hat. So werden ihm zum Kampf mit der Natur die Waffen vom Angreifer selbst in die Hand gedrückt.

Wenn wir uns aber die Frage vorlegen, warum muß denn dieser Kampf stattfinden, ist es denn notwendig, daß auf dieser Erde so furchtbar gekämpft und gerungen wird? Dann gibt es darauf nur eine grundsätzliche Antwort.

Zwei Triebe sind es, welche jedes Wesen erfüllen, zwei Leidenschaften, die jedes Leben maßgeblich bestimmen: der Drang zum Leben, den Hunger zu stillen, und der Drang zur Erhaltung der Art, *Hunger und Liebe, Selbsterhaltungstrieb und Fortpflanzungstrieb.* Wenn nun diese beiden Triebe die maßgeblichsten sind, die tatsächlich das ganze Leben ausmachen und bestimmen, dann müssen die Wesen in demselben Augenblick miteinander in Konflikt geraten, *in dem die Basis, auf der die Entfaltung dieser Triebe vor sich geht, eine begrenzte ist.* Denn einer unbegrenzten, millionenfachen, stetig wachsenden Zahl von Lebewesen und Arten steht für ihre Entfaltung ein begrenzter, unveränderlicher Raum zur Verfügung, die Erdoberfläche, die Oberfläche einer Kugel von nicht einmal 13-tausend Kilometer Durchmesser, außerdem noch beengt durch Wasser, Hitze, Frost, kurz durch äußere klimatische Einflüsse, auf der sich nun das gesamte Leben abspielt, d. h. die Äußerungen jener Triebe, die alles Leben bestimmen auf dieser Erde: Hunger und Liebe. Und dabei sehen wir, daß das eine Wesen überhaupt nur lebt von dem andern; daß das Leben des einen Wesens den Tod des anderen We-

sens bedingt; daß hier die Frage lautet: *Wer von euch beiden will leben, entweder du oder ich, beide können nicht, denn eins lebt nur vom anderen.* Da kann man freilich sagen, es ist eine grausame, herzlose Welt, eine entsetzliche Welt, wenn man bedenkt, daß diese Erde Wesen gebären läßt, die sich ewig nur zu erhalten vermögen durch den Tod des anderen Wesens, indem das eine das andere frißt. Jawohl, es ist eine grausame Welt - und trotzdem, *was dem einzelnen Menschen grausam erscheint, es ist nichts anderes als tatsächlich höchste Wahrheit.* Denn, indem der Kampf als Gesetz in diesem Universum grundsätzlich verankert ist, zwingt es den Schwächeren zum Untergehen und erhält stets den Stärkeren und erzielt damit die Höherzüchtung einzelner Wesen über andere. Ich sage, im Universum, denn nach unserer Vorstellung wäre es denkbar, daß sich auf anderen Planeten andere Wesen zu Millionen, ja Milliarden befinden. *Aber undenkbar wäre es, daß dort ein anderes Gesetz herrschen könnte, daß dort eine andere Entwicklung stattfinden könnte, als die durch das Gesetz des ewigen Ringens und Kämpfens, des Niederringens des Schwächeren durch den Stärkeren vorgezeichnete.* Wir sehen das ja unter uns. Es gibt nichts, was tatsächlich Kraft bedeutet und was sich nicht erprobt hätte im Kampf mit den andern. Jeder Besiegte ist die Besiegung des bisherigen. Jede neue Idee bedeutet den Krieg gegen eine bestehende. Es gibt nichts, was sich durchsetzen kann, außer im *Kampf* mit dem Bestehenden. Und wenn wir nun dieses Gesetz im Kleinen tausendfältig vor uns sehen, daß das Schwächere zum Schluß dem Stärkeren unterliegt, dann können wir mit Bestimmtheit daraus schließen, daß nach diesem Gesetz überhaupt das ganze Weltensystem aufgebaut ist. Nach diesem Gesetz kreisen die Monde um die Planeten, die Planeten um die Sonnen, kreisen die ganzen Sonnensysteme um gewaltige Weltenkörper, die, für uns nicht erkennbar, in unendlicher Weite irgendwo vielleicht in einem Nebelfleck zu suchen sind: *Immer wieder ist es der Größere, Stärkere, der den Kleineren, Schwächeren in seinen Bann zwingt.* Überall ist es die überlegene Kraft, die den anderen zwingt, ihr untertan zu sein. Dieses Gesetz bricht sich überall bestimmend durch; *die überlegene Kraft zerschmettert, was sich ihr in den Weg stellt oder was sich ihr entgegensetzt.*

Als höchstes Ergebnis dieses Kampfes sehen wir auf der Erde den Menschen hervorsteigen. Sagen Sie ja nicht, daß der Mensch einem anderen Gesetz sein Leben verdanke! Man hört so oft, der Mensch ist zum Herren der Natur emporgestiegen. Besonders die 80er Jahre haben dieses Wort geprägt. Nein, das ist er wahrhaftig nicht; das kann er gar nicht sein! Der Mensch ist wirklich nicht zum Herrn der Natur geworden, im Gegenteil, *wenn diese Natur auch nur einmal atmet, dann bricht dieser Mensch samt seinen Werken zusammen.* Er ist nur zum Herrn der anderen Lebewesen emporgestiegen. Er hat zum Teil die andern aus dem Felde geschlagen, ist ihr Herr geworden, hat die Erde klassifiziert, eingeteilt - aber er kämpft auch heute noch weiter. Wenn einer heute sagen kann, wir Menschen sind zum Herrn dieser anderen Lebewesen geworden, dann möge er nicht vergessen, *daß dies nicht auf Grund von Verständigungen, gegenseitigen Aussprachen oder Kompromissen möglich war und so geworden ist, sondern, daß der Mensch seine beherrschende Stellung heute einnimmt durch die rücksichtsloseste Ausnützung aller Mittel, durch den brutalsten Kampf, den man sich nur denken kann, durch die roheste Anwendung seiner Kraft,* indem er die Natur belauscht hat, Gesetze erkannt hat; daß er diese Erkenntnisse

angewandt hat zu seiner Selbsterhaltung und zur Vernichtung der andern, um die andern Lebewesen niederzuringen. Daß der heutige Zustand nicht das Ergebnis einer Verständigung ist, sondern das des grausamsten Ringens, das man sich nur denken kann, das möge man bedenken! Und dieses Ringen ist nicht zu Ende. So wie einst der Mensch seinen Kampf führte gegen Saurier, Höhlenbären, gegen alle wilden Tiere, Schlangen und Bestien, so führt er auch heute noch den Kampf weiter. Wohl hat er diese Bestien aus dem Feld geschlagen auf Grund seiner Einsicht, weil er z. B. das Naturgesetz erlauschte, nach welchem sich das Volumen gewisser Körper unter bestimmten Voraussetzungen gewaltig ausdehnt, weil er durch Kenntnis dieser chemischen Gesetze das Pulver erfand und dann die Feuerwaffe gefunden hat usw. Diese Feuerwaffe hat ihm dann die Möglichkeit gegeben, sich mit einem Male über die andern Wesen hinwegzusetzen. Nur die Bazillen machen ihm heute noch das Leben sauer - *und gegen die kämpft er heute noch genau so, wie er früher gegen Löwen und Höhlenbären gekämpft hat.* Er sagt nicht: Liebe Lungentuberkelbazille, ich weiß, du kannst nichts dafür, daß du so veranlagt bist, bitte, laß mir den einen Lungenflügel, den andern überlasse ich dir. Meine lieben Freunde, man lacht darüber, *aber es gibt heute Millionen, die glauben, daß dieses Gesetz des ewigen Kampfes nicht notwendig ist, daß auch ohne Kampf höhere Wesen hätten empordringen können.* Nein, im Gegenteil, gerade der heutige Mensch hat am wenigsten Grund zu sagen, daß er über diese Prinzipien hinausgewachsen sei. Sehen Sie, da ist einmal einer gewesen, der trug Stiefel. Kam ein anderer und sagte: Mein lieber Freund, was hast du denn da an deinen Füßen? Stiefel! Ja, weißt du, was das ist? Mein lieber Freund, glaubst du, daß die Natur dem Rind eine Haut gegeben hat, daß du sie herunterziehen kannst, um sie anzuziehen, Stiefel daraus zu machen? Glaubst du, daß die Natur der Kuh das Euter gegeben hat, damit du sie melken kannst und ihr die Milch nimmst und sie deinen Kindern fütterst? Oder daß die Henne Eier legt, daß du sie wegnimmst und frißt? Oder daß die Natur dem Schwein eine Schicht Speck gegeben hat, die du mästen kannst - oder glaubst du, daß die Natur dem Stier die Kraft gegeben hat, damit du einen Ochsen daraus machst und ihn für dich arbeiten läßt - oder daß sie das Pferd so schnell gemacht hat, daß du hinaufhopsen kannst? *Du hast nur die Macht, dies zu tun, um Recht handelt es sich hier nicht!*

Überhaupt deine ganze Einteilung der Natur. Du sagst, es gibt nützliche Tiere, es gibt auch welche, die nicht nützlich sind, es gibt schädliche Tiere, Raubtiere und Bestien. Was heißt denn das? Jedes Tier untersuchst du, ob es nützlich ist, ob du es fressen kannst. Ist das letztere der Fall, so sagst du, es ist ein nützliches Tier. Wenn dieses Tier dir hilft, eine bestimmte Arbeit zu verrichten, dann sagst du, es ist ein Haustier. Kannst du es nicht fressen, arbeitet es nicht für dich, schadet dir aber auch nicht, dann ist es ein gleichgültiges Tier! Wenn du aber ein Tier findest, das ein anderes frißt, dann sagst du, es ist ein wildes Raubtier. Und wenn du gar ein Vieh findest, das dich selber frißt, dann sagst du, es ist eine Bestie. Sagen Sie nun ja nicht, ja, das ist schon so, aber das ist eben so geworden, der Mensch muß doch gelebt haben; es ist doch sein gutes Recht, und wir haben heute so humane Schlachtungsmethoden, das ist doch gewiß nicht grausam. Nein, das Recht hast du nicht, du hast es dir eben genommen, weil du die Macht hast. *Du bist grausam, du weißt es nur nicht, weil du durch die Gewohnheit das Verständnis dafür verlo-*

ren hast! Mein lieber Freund, du nimmst dir z. B. ein Schweinchen und fütterst es; und das Schweinchen, wenn es sprechen könnte, dann würde es sagen: Es sind doch merkwürdige Menschen, geben mir zu futtern immer und immerfort, daß ich gar nicht alles fressen kann, und der gute Mensch, der mir alles bringt, steht daneben und freut sich, wenn es mir schmeckt und sieht zu mit freundlichem Gesicht, wie ich langsam zunehme - auch die Bekannten kommen und staunen mich an und freuen sich an dem Schweinchen. So ein reizendes Tierchen, sagen sie, ein entzückendes Tierchen, sagen die Damen, und immer und immer wieder bewundern sie es - bis auf einmal eines Tages diesem Gefühl der Liebe ein anderes Platz macht, und der Mensch sagt: So, ich glaube, jetzt ist die Zeit gekommen, jetzt ist es fett genug, morgen wird es abgestochen! - Und dann sitzen die Damen, die das Tierchen so entzückend gefunden haben, gemeinsam am Tisch, und wie sie beim Essen sind, schaut die eine zufällig zur Decke und sieht eine Spinne, die gerade eine Fliege fängt in ihrem Netz. Das sehen diese Damen und dann rufen sie: Ach, so ein grausames Tier, eine Spinne! Überfällt so ein kleines Tierchen und saugt ihm das Blut aus! Nein, wie grausam, wie abscheulich! Sie bedenken nicht, diese guten Menschen, daß sie gerade in diesem Moment eine Blutwurst essen.

Nein, mein lieber Freund, sagen Sie mir nur nicht, daß wir jetzt über das Zeitalter der Grausamkeit hinweggekommen sind! Wenn Sie aber trotzdem meinen, daß heute das Gesetz der Verständigung des ewigen Friedens herrscht, dann sehen Sie doch, wie die Menschheit in Wirklichkeit aussieht! Sind wir durch Verträge und Verständigung dahin gekommen, wo wir heute sind? Nein, im Gegenteil! Durch Kampf ist diese Welt erobert worden! Im Kampf hat der Mensch seine Rivalen beseitigt! Und heute noch gilt das gleiche Gesetz, wie vor zehntausend oder hunderttausend Jahren. Und den Friedensaposteln geht es genau so, wie jenem Fakir, der den Läusen nichts tut - und dafür schließlich von ihnen aufgefressen wird.

Kampf heißt dieses Gesetz und zwar nicht nur Kampf der Menschen gegen die Tiere, sondern auch der Menschen untereinander, Art gegen Art. Dieser Kampf geht bis zu den allerniedrigsten Lebewesen, unzählige Arten sind unterlegen und ausgerottet, anderen steht dieses Schicksal bevor. Bei den Menschen soll das anders ein, meinst du? Ja, wo liegt denn da die Grenze zwischen dem niedrigsten Neusee[*land*]-Insulaner, dem Buschmann, dem Baumkletterer und dem Affen? Wo ist hier praktisch die Grenze? Du sagst, die Menschen sind alle gleich! Nein, mein lieber Freund, sie sind nicht gleich, und warum sie nicht gleich sind, und nicht gleich sein können, das wirst du gleich sehen.

Zwei Dinge fallen uns bei der Betrachtung des Lebens maßgeblich auf.

1. *Auf dieser Erde herrscht das Recht des Stärkeren, das Recht des Kampfes und das Gesetz des Sieges;* wenn du aber meinst, es herrsche das Recht, dann täuschst du dich. Wenn zwei miteinander kämpfen und der eine davon hat recht, der andere unrecht - wenn nun aber der eine unterliegt, wo bleibt dann da das Recht? Mein lieber Freund, betrachte das Universum nicht vom Standpunkte deiner ganz kleinen Gesetze aus!

Das Universum kennt nicht deine Auffassung der Gesetze. Wenn jener trotz seines Rechtes unterliegt, dann deswegen, weil er der Schwächere war. Sein gutes Recht nützt ihm dabei gar nichts. Wenn du aber nach deiner Auffassung doch ein Unrecht geschehen siehst, dann rufst du den Himmel an. Ja, mein lieber Freund, wenn der Himmel

nach deinen Grundsätzen handeln würde, dann gäbe es längst keine Menschheit mehr! Der Himmel entscheidet nicht, daß derjenige siegen muß, welcher ein Papierrecht in der Hand hat, sondern er sagt: Du mußt unterliegen, weil du der Schwächere bist, andere Gründe sprechen nicht dafür. Und es ist gut so, denn andernfalls würde das, was sich auf der Erde befindet, verfaulen und zu Grunde gehen; *dann haben Sie in 200 Jahren kein mächtiges Volk mehr, sondern eine faule, degenerierte Brut, die im Lebenskampf an sich unterliegen muß.* Das ist zunächst die erste Erkenntnis, daß tatsächlich das Gesetz des Kampfes das ganze Universum bestimmt. Und daß ein Wesen, welches diesen Kampf zu führen hat, nicht sagen kann, ich muß siegen, weil ich ein Papierrecht in der Hand habe. *Nein, mein lieber Freund, solange es eine Erde gibt, und solange auf ihr Lebewesen existieren und diese Wesen ihren Lebenskampf schildern, solange wir die Geschichte kennen, hat noch nie das Recht gesiegt, sondern die Kraft ganz allein.*

Dann das zweite Gesetz. Was wir heute vor uns sehen als Sieger über die Tierwelt, ist nicht der Mensch an sich, sondern es ist eine bestimmte Art, die uns überall ins Auge fällt, der Arier. Es gibt wohl deshalb so wenig niedere Tierarten, weil sie einem gemeinsamen Stamm entspringen, und deshalb in der großen Linie als Art gleich sind. Aber je höhere Wesen wir betrachten, desto verschiedener finden wir sie, desto mehr Arten sehen wir. Und nicht nur das, sondern jedes einzelne Individuum einer Art ist noch vom andern verschieden. *Und so wenig diese Tiere untereinander gleich sind, so wenig ist es auch der Mensch.* Und da kommst du und sagst: Alle Wesen, die Menschenantlitz tragen, sind gleich!

Warum sind sie gleich? Sind sie es ihrem Äußern nach? Kannst du das behaupten? Du mußt blind sein, wenn du behauptest, daß alle Menschen dem Äußern nach gleich sind! Ein Hottentotte ist mit dir nicht gleich. Die Hirnschale ist verschieden, die Größe ist verschieden, auch die Kraft ist verschieden. Wenn du einen Buschmann siehst, wirst du gleich sehen, ob alle Menschen gleich sind! Nun kommst du und sagst, das ist ja richtig, aber das Innere, das Wesen der Menschen ist überall gleich. Ganz roh gesprochen, nimm doch einmal einen Buschmann zu dir und teile du mit ihm dein täglich Brot und auch die Arbeit, und nach drei Tagen wirst du erkennen, der Kerl frißt genau so viel wie du, arbeiten dagegen tut er nur ein Drittel, denn er ist nur 1,27-1,30 Meter groß. Das hat nun nicht ein Nationalsozialist so gemacht. Die sind eben so. - Bitte, setze dich doch nur mal eine Stunde mit ihm zusammen. Ich sage dir, du wirst nicht einmal diese eine Stunde lang mit ihm zusammen in seiner Hütte liegen! Du wirst sagen: Wie riecht bloß der Kerl, ein widerlicher Geruch. Es schüttelt einen vor Ekel. Den Geruch haben auch nicht wir Nationalsozialisten dem Buschmann angezüchtet. Der ist eben so. Andererseits schüttelt es auch den Buschmann vor uns. Der Weiße, der riecht nach Leiche, sagt er! Wir haben auch daran die Schuld nicht. Und doch sagst du, alle Menschen sind gleich.

Du sagst vielleicht, es gibt noch ein Inneres! Dieses Innere ist die Menschenwürde! Gut, sind die Menschen innerlich gleich, dann muß auch der Ausdruck ihres inneren Lebens gleich sein. Denn an irgend etwas mußt du das doch messen! Sehen wir z. B. einen Zulukaffer oder Massai, oder einen Baumkletterer aus Australien. Äußerlich ist der Buschmann, der Massai und der Baumkletterer uns so wenig gleich, wie der Dackel

dem Bernhardiner. Innerlich mußt du das nachprüfen. Das innere Wesen des Menschen zeigt sich am deutlichsten in seinen Werken, in dem, was wir als Kultur bezeichnen [4].

Wir stellen bei näherer Betrachtung fest: Alles, was wir heute als Kultur bezeichnen auf dieser Erde, ist nicht das Ergebnis eines gemeinsamen Zusammenarbeitens aller Menschen, *sondern das Ergebnis des Wirkens und Schaffens einer bestimmten großen Rassegemeinschaft: der Arier.* Du kannst ansehen, was du willst. Schau dir den Saal hier an, alles, was hier ist bis zu den technischen Einzelheiten der Beleuchtungskörper und den tausenderlei Dingen, die hier liegen. *Alles das haben Arier geschaffen.* Nicht Buschmenschen haben da auch etwas dazu beigetragen; Arier und immer wieder Arier sind es gewesen, die dieses Bild der Kultur geschaffen haben, das wir heute vor uns sehen. Oder denke an die Eroberung der Dimensionen durch die Technik. Nimm z. B. das Luftschiff, einen Kraftwagen oder eine Lokomotive: Immer wieder stößt du auf Arier als Erfinder all dieser Dinge. Und da sagst du: Die Menschen sind alle gleich laut Paragraph so und so! Ja, mein lieber Freund, wenn du es so bestimmst, dann wird es wohl so sein.

Das ganze Universum sieh dir einmal an. Sonnen, Fixsterne, Planeten, Monde: *auch nicht eines ist mit dem andern gleich. Nein, mein Freund, es gibt keine Gleichheit!* Es gibt Völker, Rassen von höchstem kulturellen Wert, und es gibt Rassen, die nur mühsam etwas annehmen, was andere ihnen gebracht haben, *und es gibt Rassen, welche die Kultur zerstören.* Wenn wir also als etwas Charakteristisches auf dieser Welt ein Zweites hinzuziehen wollen, dann ist es die Erkenntnis, daß nicht nur alles im Kampf geworden ist, sondern, *daß das, was heute ist, das Resultat des Sieges einer einzelnen Rasse oder einer großen Gemeinschaft von Menschen gleichen Blutes ist: daß also der zweite Wertfaktor im Blute liegt.*

Es kommt aber noch ein Drittes hinzu. *Das liegt in der einzelnen Person.* So wenig ich sagen kann, alle Rassen sind gleich, so wenig kann ich sagen, alle Menschen eines Volkes oder einer Rassengemeinschaft sind gleich. Nein, sagst du, wir protestieren dagegen; wir leben in einem freien Staat, in dem alle gleich sind! Ja, in der Theorie, nicht aber in der Praxis! Z. B. das Licht dort oben hast nicht du gemacht, obwohl du daran arbeitest! Ein gewisser Edison hat das zum ersten Mal gemacht, nicht du und nicht Zehntausende von dir. Siehst du, mein Freund, man kann tausenderlei Dinge machen. Es gibt noch vielerlei zu erfinden! Warum kann man das nicht in diesem Saal, wo sich doch jetzt Tausende von Menschen befinden? Ich bitte, wir wollen doch einmal gemeinsam hier etwas erfinden. Wir wissen zwar noch nicht was. Aber wenn wir 6.000 denken, dann muß es doch etwas noch ganz anderes werden, als wenn nur einer denkt! Nein, lieber Freund! Einer hat erfunden, einer hat die Verbesserungen angebracht, einer hat die chemischen Voraussetzungen gefunden, einer hat die modernen Maschinen konstruiert, die dazu nötig waren, und einer hat diese wieder verbessert: *immer ist es nur ein Einziger gewesen.* Ein anderer wieder hat die kulturellen Schönheiten des Lebens geschaffen; von einem Dritten stammt die Dichtung, von einem andern wieder die Musik, ein weiterer schafft die Gemälde. Und nicht eine Vereinigung oder Körperschaft. Und anders ist es nicht. Ihr könnt Zehntausende zusammenstellen und könnt sagen: Kraft der Summierung der Köpfe wollen wir jetzt eine Aphrodite schaffen! Nein, lieber Freund, was meinst du

4 Die folgenden Ausführungen Hitlers sind dem Bericht vom 24.3.1928 entnommen.

wohl, was dabei herauskäme? Ach so, meinst du, die haben ja gar nicht alle Platz zum Arbeiten an einem Werk. Nun, wir können ja die Wahl treffen und einige durch Stimmzettel auswählen. - Glaubt mir, ganz Wien hätte abstimmen können, um einen Ausschuß zu wählen, der die Neunte Symphonie hätte machen sollen: *wir hätten die Neunte Symphonie heute noch nicht!* Nein, das hat nur ein einzelner gemacht: Beethoven. Er hats komponiert - und Hunderttausende hören zu. Die haben genau das gleiche Gehör. Und meinen heute, wenn sie das hören, sie hätten es auch so machen können. Aber - sie habens eben nicht gemacht, geschaffen hats eben nur einer kraft seiner Begabung, kraft seiner Persönlichkeit. *Das Ei des Kolumbus ist immer nur von einem gefunden worden und nicht von der Mehrheit.* Was auf dieser Erde an großen Leistungen da ist, ist nicht das Ergebnis von Majoritätsbeschlüssen, sondern das Ergebnis der Arbeit einer einzelnen Person gewesen. Und so wird es immer sein. Wenn z. B. ein Volk die Not empfindet und weiß, daß etwas geändert werden muß - *es wird nie etwas geändert werden, nie etwas geschehen, wenn nicht einer kommt, der das tut, der das anders macht!* Kommt keiner, dann wird ihnen die Erlösung niemals zuteil. Und diese Erkenntnis ist die dritte und die wichtigste.

Diese Erkenntnisse sind nach menschlicher Einsicht die Voraussetzung für das Verstehen nicht nur der menschlichen Kultur, sondern der gesamten Weltordnung. *Erstens: Durch Kampf finden die Wesen ihre höhere Wertung. Zweitens: Im Blute liegt dieser Wert an sich schon begründet, und drittens: In der Persönlichkeit liegt endlich die Erfüllung all dieser Werte.* Wenn ich diese drei Gesichtspunkte zusammenfasse, dann darf ich sagen: *Sie sind das Fundament einer bestimmten Weltanschauung.* Diese Werte und Energien müssen eingesetzt werden im Kampf um die Selbsterhaltung; und wenn ihr das nicht tut, dann geht ihr zugrunde!

Meine lieben Freunde, worin besteht denn nun der Lebenskampf eines Volkes? Ein Volk, das gesund ist, stellt zunächst in seiner Zahl einen veränderlichen Faktor dar. Ein gesundes Volk wird sich vermehren, wenn es nur seinen natürlichen Instinkten folgt und dem natürlichen Triebe gehorcht, den die Natur in jedes Wesen Brust gesenkt hat. *Damit aber wird eine veränderliche Volkszahl gegenüberstehen einer an sich gleich bleibenden Bodenfläche.* Wenn nun das Volk seine Zahl, sagen wir einmal: in einem Jahre um 100.000 Köpfe vermehrt - und es vermehrt nicht dementsprechend auch seinen Boden, dann wird es zunächst mehr und mehr eingeengt. Damit entsteht aber bei einem normalen, gesunden Volk, das seine Zahl immer mehr erhöht, eines Tages ein Mißverhältnis zwischen Bodengröße und Menschenzahl.

Das Volk beginnt nun, wenn es die Not drückt, das Verhältnis zwischen Volkszahl und dem Grund und Boden einer Revision zu unterziehen, und das Verhältnis wieder zu einem gesunden zu gestalten. *Diesen Versuch nun, das Verhältnis zu korrigieren, diese Aufgabe bezeichnen wir mit dem Worte Politik. Politik ist also nichts anderes als der Versuch zur dauernden Herstellung des Gleichgewichts zwischen der Volkszahl und der Bodenfläche.* Es gibt drei Wege, welche man zu diesem Zweck einschlagen kann.

Der erste Weg ist der natürlichste. *Ein gesundes Volk wird im allgemeinen entsprechend der Steigerung seiner Volkszahl seinen Grund und Boden erweitern,* und es denkt dabei nicht im geringsten daran, daß das ein Unrecht wäre. Im Gegenteil! Ein gesundes

Volk ist stets durchdrungen von der Überzeugung, daß diese Erde keineswegs durch ein höheres Wesen bestimmt zugeteilt sei, sondern daß diese Erde freies Feld ist für das freie Spiel der Kräfte. Das heißt, wer sich Land erobert, der ist sein Besitzer. Wer es verliert, hat kein Recht mehr darauf; die Natur selbst duldet ja gar nicht, daß ein Volk sagt, hier sind wir und hier bleiben wir, jetzt und immerdar. Denken Sie z. B., wenn heute irgendein kosmisches Ereignis die Erdachse nur um wenige Grad verschieben würde, oder wenn gewaltige Vulkane ausbrächen, und dadurch der Kohlensäuregehalt der Luft sich nur um ein klein wenig erhöhen würde, dann würde das Ergebnis eine vollkommene Veränderung der klimatischen Verhältnisse sein. Es würde auf dem einen Teil der Erde eine Steigerung der Wärme bedeuten und auf dem anderen Teil eine Vereisung. Oder nehmen wir an, der Golfstrom würde plötzlich eine andere Richtung einschlagen, und Nordeuropa würde langsam einer Vereisung entgegensehen. Dann würden Sie vielleicht sagen: Das da ist unser Grund und Boden. Auf dem bleiben wir, komme, was da mag. *Nein, mein lieber Freund, die Natur hat uns nicht hierher gesetzt, sondern wir sind einst hierher gewandert - und wir würden auch heute wieder fortgehen.* Wenn es dir persönlich irgendwo schlecht geht, dann gehst du ja auch fort und wanderst aus! Du selbst bist also von der Überzeugung durchdrungen, daß du *Anrecht auf Brot hast. Dieses Anrecht wird einem aber nicht geschichtlich gutgeschrieben; das muß erworben werden!* Und zwar durch eigene Tatkraft. Deshalb wird ein gesundes Volk sich auch den Boden erwerben, den es braucht.

Erst wenn ein Volk feig wird, dann beginnt es, nicht mehr den Boden seiner Zahl anzupassen, *sondern die Zahl dem Boden.* Dieser zweite Weg kann wieder begangen werden auf zwei oder drei verschiedene Arten. Der natürlichste Vorgang ist der, daß ein Volk, welches eine schwere Not drückt, langsam dahinstirbt. Hunderte und Tausende sterben, und es werden nur so viele übrig bleiben, als auf der zu kleinen Bodenfläche ihre Ernährung finden. Das bringt nun einerseits eine Verminderung der Zahl: *andererseits aber auch die höchstwertige Auslese,* denn die Natur vollzieht von selbst diesen Prozeß mit dem Ergebnis, daß wohl auf der einen Seite zahlreiche Kinder sterben, *auf der anderen aber gerade die gesündesten und lebenskräftigsten am Leben bleiben.* Dieser Prozeß ist aber dem Menschen zu herb. Deshalb wählt er den zweiten Weg und wandert aus.

Diese Auswanderung wird aber vom Volk in ihrer furchtbaren Bedeutung gar nicht erkannt. Indem ein Volk Jahrhunderte lang seine Söhne auswandern läßt, verzichtet es in jedem einzelnen Fall auf kräftige, mutige, entschlossene Menschen. Zurück bleibt stets der Schwächling und der Feigling. Sehen Sie hinüber nach Amerika! Da hatten wir Hunderte, Tausende unseres Volkes, tatkräftige Bauernburschen, nach dort auswandern lassen, und dort ist nun ein neuer Kontinent entstanden mit einem kerngesunden Volk, das unseres Blutes ist, weil wir Jahrhunderte lang die beste Auslese dort hinübergeschickt haben. *Wenn aber ein Volk diesen Prozeß Hunderte von Jahren duldet, dann hat es im Verlauf dieser Zeit sein bestes Blut abgezogen und wird selbst in seiner Lebenskraft immer tiefer sinken.* Die Ausgewanderten aber werden neue Staaten bilden, gesünder und kraftvoller als das Mutterland, wie wir das heute in Amerika sehen. Es ist staunenswert, wenn wir von Gelehrten hörten, die drüben waren, wie man dort das Leben mei-

stert, immer neue Lösungen findet. So wird immer ein neuer Kontinent den alten schlagen. *Jedenfalls wird das Schwergewicht der politischen Weltmachtstellung dorthin sinken, wo das Schwergewicht des besseren Blutes liegt.*

Wenn das ein Volk nicht will, dann muß es einen anderen Weg suchen. Dieser Weg lautet: Wir wollen uns nicht durch die Natur beschränken lassen. Wir wollen auch nicht unsere Menschen hinausschicken, sondern wir wollen selbst dafür sorgen, *daß nicht mehr Menschen geboren werden, als unser Land ernähren kann.* Das hat mit Moral nichts zu tun. Im Gegenteil, es ist eine ganz natürliche Sache. Es ist ganz klar, wenn eine Familie nur monatlich 130 und 140 Mark zum Leben hat, dann kann sie mit diesem Einkommen keine sieben Kinder ernähren. Aber noch etwas ist klar: *Wenn der Versuch des 1-2-Kindersystems zum Prinzip wird, dann geht ein Volk daran zugrunde!* Das ist auch klar. Weshalb? Weil in diesem Fall das Umgekehrte von dem eintritt, was die Natur von sich aus besorgt. Wenn nämlich der Mensch hergehen würde und die Natur korrigieren wollte, so müßte er sagen: Wir können auf unserem Grund und Boden nicht alle leben, weil wir nicht alle zu essen haben, und darum werden wir, gleich wie die Natur, Auslese treffen. Wir werden das Gesunde am Leben erhalten und das Schwächliche vernichten. Aber dazu gehören Spartiaten und keine modernen, humanen Menschen. Nun wissen wir aber alle, daß die dritten und vierten Kinder oft gesünder und begabter sind, als die ersten und zweiten. Wenn das nicht so wäre, dann müßten unsere Fürstengeschlechter aus lauter Goliaths bestanden haben. Sie selbst haben sich aber dadurch geschadet, daß sie sich auf ein Erstgeburtsrecht festlegten. Bei der Beschränkung der Geburten ist das Ergebnis folgendes: *Wenn ein Volk das im Prinzip durchführt, dann verzichtet es von vornherein auf einen großen Prozentsatz großer Geister.* In unserer deutschen Kunst, Wissenschaft, bei den Erfindungen werden Sie sehen, daß unsere größten Männer nicht Erstgeburten waren, sondern zum großen Teil siebente, achte, neunte und sogar elfte Kinder gewesen sind. Ja, sagen Sie vielleicht, was geht das uns an, zu was brauchen wir die großen Geister, die braucht man doch gar nicht zu einem sozialen Glück! - Du sagst "Soziales Glück". Ja, was verstehst du denn darunter? Wer schafft denn die Lebensgüter? Wer hat denn das alles erfunden, was dir heute das Leben verschönt und erleichtert? Es waren die größten Geister im Volke. *Du möchtest mehr Glück haben und - vernichtest die, welche es zeugen könnten. Wenn du dieses Prinzip 300 Jahre lang anwendest, dann wirst du es erreichen, daß dein Volk immer weiter zurückkommt gegenüber den Völkern, die dieses Prinzip noch nicht zum leitenden Prinzip ihres Staates gemacht haben; daß es schließlich diesen Völkern unterliegt und aus der Geschichte ausgelöscht werden wird.*

Dann gibt es noch einen dritten Weg, der über die Wirtschaft führt. Dieser Weg wird dadurch beschritten, daß ein Volk nicht mehr seine überzähligen Menschen exportiert, sondern hergeht und diese Menschen zu Hause arbeiten läßt, die so erzeugten Waren exportiert und von dem Erlös die Rohstoffe und Lebensmittel einkauft, welche im eigenen Lande fehlen. - Um den Vorteil oder Nachteil dieses Verfahrens erkennen zu können, haben wir zunächst zu untersuchen, welche Aufgaben die Wirtschaft im Leben eines Volkes zu erfüllen hat. Wir finden da, daß es ihr zufällt, *den Bedarf des Volkes an lebenswichtigen Gütern zu decken,* oder mit anderen Worten, *den Ausgleich herzustellen zwischen dem Bedarf eines Volkes an Lebensmitteln und Gütern einerseits - und der Pro-*

duktion dieser Dinge andererseits. Der zweifellos gesündeste Zustand der Volkswirtschaft wäre der, daß es einem Volke möglich ist, diesen Ausgleich innerhalb seiner Grenzen herzustellen. Produktion und Bedarf im inneren Kreislauf anzugleichen. Ist das nicht möglich infolge des zu geringen Reichtums an Bodenschätzen und Rohstoffen und infolge der Unmöglichkeit, aus der zu kleinen Bodenfläche genügend Lebensmittel für die Volksgesamtheit zu erhalten, dann ist dieses Volk gezwungen, im Lande selbst mehr Industrieerzeugnisse herzustellen, als es selbst verbrauchen kann, diese zu exportieren und dagegen vom Ausland die fehlenden Lebensmittel und Rohstoffe einzukaufen. Weltwirtschaft nennt man das. So wie aber nun ein Volk gezwungen ist, den äußeren Kreislauf einzuschlagen, erheben sich Schwierigkeiten wegen des Absatzes. *Denn die Frage lautet hierbei nicht, wie können wir unsere Industrie erhalten, wie können wir möglichst viel produzieren, sondern die Frage lautet: Wo und wie können wir unsere Waren verkaufen?* Das ist das Problem, das aber letzten Endes nicht vom Willen abhängt, sondern vom Können! Wenn wir nun die allgemeine Weltmarktlage ansehen und diese Frage staatspolitisch erfassen wollen, dann stellen wir fest, daß uns nur wenig freier Raum bleibt, wo wir unsere Waren absetzen können. Wenn wir das aber doch versuchen, dann wird um uns herum eine böse Konkurrenz einsetzen zwischen demjenigen, der seine Waren auf dem Weltmarkt absetzen will und dem andern, der das auch will. Das erlebten wir in den letzten 70 Jahren, seit denen Deutschland versucht hat, auf diesem Wege der Produktion und des Absatzes sein Leben zu gestalten, seit unser Volk sich einen Teil des Weltmarktes zu sichern versuchte als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das war nicht Ehrgeiz, nicht Laune und nicht Eroberungssucht, was unser Volk hineinstieß in diesen brutalen Konkurrenzkampf, sondern es war Not, bittere Not. Jene Not, die das deutsche Volk immer begleitet hat, seit es in die Weltgeschichte eingetreten ist. *Als unser Volk von Osten kam und an die Tore von Rom anschlug, da tat es das nicht, um dort Triumphe zu ernten, sondern es war Not, Not und wiederum Not, die es trieb, weil es Raum brauchte, um sich irgendwo niederzulassen. Not peitschte die Völkerwanderung vorwärts. Not war es, welche die Germanen zwang, gegen das römische Weltreich anzustürmen, Not wiederum hat dieses römische Weltreich gezügelt und eine neue, germanische Ordnung in Europa begründet. Es war dann später unter dem Zeichen der Not, als die Ostmark des Reiches kolonisiert wurde. Überall das gleiche Bild der Not, die ein Volk zwingt, seine Grenzen weiter zu stekken, zu kämpfen um sein täglich Brot. Und als dann im Bruderkampf des Reiches Macht dahinsank, als das deutsche Schwert zerbrach, da hat unser Volk gezwungener Weise Not gelitten. Und es beschritt dann einen anderen Weg.* 300 Jahre lang haben wir 100.000 Menschen pro Jahr hinausgeschickt, daß fast der ganze neue Kontinent, Nordamerika, deutsch war; und als eines Tages die Staatssprache entschieden werden sollte, da fiel die Wahl mit einer Stimme Mehrheit auf Englisch und nicht auf Deutsch [5]. *Dann kamen wieder andere Zeiten, ein neues Reich entstand, und Deutschland wandte sich der Wirtschaft zu.* Seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts drang diese deutsche Wirtschaft hinaus in die Welt und suchte Absatz. Aber unterdessen war das englische

5 Zu der Legende, wonach sich der amerikanische Kongreß kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Faust, Deutschtum, S. 136 f.

Kolonialreich entstanden. England kolonisierte nicht aus idealen oder romantischen Gefühlen heraus, sondern es kolonisierte, weil es seine engen Grenzen erweitern mußte, weil es darauf bedacht sein mußte, für sein Volk Brot zu schaffen. Wir aber haben davon geträumt, deutsche Gesinnung, deutsche Kultur, deutsches Leben zu verbreiten. England verstand es, seinen Absatzmarkt dadurch zu sichern, daß es seine Kolonien als staatspolitische Machtmittel verwandte, und Deutschland beginnt sich nun langsam in diese Machtsphäre hineinzudrängen. Der deutsche Kaufmann, der Ingenieur, der Chemiker dringt [*sic!*] vor, um deutsche Produktion überall an den Mann zu bringen, und dadurch entspinnt sich ein Kampf, den wir mit Schmutzkonkurrenz bezeichnen. Ja, warum mußten wir auch weiter vordringen? *Weil das Volk nach Brot schrie, und um diesen Brothunger zu befriedigen, mußte Grund und Boden wachsen.* England hatte seine Kolonien. Wir konnten unsere Grenzen nicht so erweitern, wie dies die Engländer taten, deshalb mußten wir darauf bedacht sein, unsere Waren über die Grenzen hinaus abzusetzen. Wir mußten produzieren und verkaufen. Die Waren mußten billiger und besser sein wie die englischen. Als England sich dieses Ansturms deutscher Waren in seinen Kolonien nicht erwehren konnte, führte es für die Kolonien Zollgesetze ein, und als trotzdem die deutschen Waren einzudringen begannen, geht England dazu über, zum mindesten das Mutterland zu schützen, und greift zum Schutzzoll. Die deutschen Waren müssen die Aufschrift haben "Made in Germany". *Als auch dieses Mittel nicht ausreicht, da macht England einen letzten Schritt: Es organisiert eine Weltkolonialmacht und greift zum Schwert.* So hat England einst Spanien niedergemacht, so hat es gegen Frankreich gekämpft, und so hat es schließlich Deutschland umgarnt und niedergeworfen. *Das hat England nicht getan, weil wir kriegslustig waren, sondern weil wir leben wollten, und England auch leben wollte!*

Weil nun dieser Konkurrenzkampf kam und dabei nicht das Recht entschied, sondern endgültig nur die Macht den Ausschlag gab, sind wir geschlagen [*worden*]. Damit, meine lieben Freunde, stehen wir eigentlich schon in unserer heutigen Geschichte. *Bis heute hat Deutschland seinen Lebenskampf durchgeführt um sein täglich Brot, und auch heute noch stehen wir immer noch vor dem gleichen Problem.* Es dreht sich hierbei nicht um gewisse Tagesfragen, *sondern die Frage heißt einfach, ob unser Volk von 62 Millionen ernährt werden kann oder nicht!* Diese Frage hat uns schon Clemenceau beantwortet, er hat gesagt, das deutsche Volk kann sich nicht ernähren, *es sind 20 Millionen Deutsche zu viel da*[6], d. h., um 20 Millionen hat sich unser Staat übervölkert. Darum müssen Millionen von uns mitgefüttert werden in der Nation. Daher die Arbeitslosigkeit, die sich von Jahr zu Jahr vergrößern muß. Nicht, weil wir nicht produzieren können, sondern deshalb, *weil wir nicht verkaufen können.* Wenn heute einer meint, es drehe sich um die Frage des Steuerabbaus oder um eine bessere Organisation in der Produktion, wenn man die Not beheben will, dann täuscht er sich! *Es ist nur eine Frage der politischen Macht, weiter gar nichts.* Viereinhalb Jahre hat England gekämpft und hat den Bestand des britischen

6 Der fälschlicherweise Georges Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

Weltreiches aufs Spiel gesetzt. Noch nie ist Großbritannien so nahe vor dem Abgrund gestanden, wie in diesen viereinhalb Jahren. Warum? Weil in England 167 Menschen auf einem Quadratkilometer leben müssen, wo bei uns nur 137 Menschen leben, und weil England deshalb ganz besonders auf seine Erhaltung des Weltmarktabsatzes bedacht sein muß. Es hat gesiegt dank seiner gigantischen Weltorganisation und dank der grenzenlosen Dummheit unseres Volkes. Auf Kosten dieser Dummheit hat es uns vom Weltmarkt verdrängt, unsere Flotten geschlagen, unsere kolonialen Stützpunkte weggenommen und uns handelspolitisch entrechtet. Und nun kommt der gute deutsche Phantast und sagt, unsere heutige Absatzstockung hängt nur damit zusammen, weil wir zu teuer produzieren, weil wir durch Steuerzahlungen zu sehr belastet werden. Ja, mein lieber deutscher Phantast, angenommen, wir hätten das nicht, wir hätten nur eine kleine Besteuerung und hätten gar keine Lasten zu tragen auf Kosten unserer Produktion, *glaubst du dann, mein lieber Freund, daß England, nachdem es viereinhalb Jahre lang gekämpft hat, daß es dann ruhig zusehen würde, wie du deine Ware verkaufst? Meinst du, es würde zugeben, nachdem du jetzt besiegt bist, daß du jetzt die Waren auf dem Weltmarkt absetzst? Das ist die grenzenlose Phantasterei unseres Volkes! Wenn ein Volk sich ausbreiten will und muß, dann braucht es Macht; wenn es produzieren will, dann braucht es Fleiß, und wenn es verkaufen will, dann braucht es wiederum Macht, weil der andere nicht freiwillig den Absatzmarkt räumt!* Wir Deutschen wollen den Weltfrieden mit allen Mitteln wahren, und unterdessen hat es die andere Welt verstanden, ihre Völker für die Fragen der Selbsterhaltung zu interessieren!

Man hat unser Volk in diesem humanen Wesen als Pazifisten erzogen, und darum muß es versagen, wenn es um die Selbsterhaltung geht. Man kann diesem Volk, diesen Millionen heute das Blaue vom Himmel herunter versprechen, *aber keine Regierung wird um dieses Problem herumkommen, keine Partei und kein Staatsmann wird um die Tatsache herumkommen, daß 62 Millionen Menschen auf diesem engen Grund und Boden nicht leben können.* Sagen Sie ja nicht, wie der Mann von der Rechten sagt, das ist ein Problem der inneren Organisation, oder, wie der Marxist sagt, ein Problem der Verteilung! Also, der eine meint, durch die Erhöhung der Produktion, und der andere glaubt, durch die Änderung der Form in der Verteilung der Produktion sei dieses Elend zu beheben. Beides ist Wahnsinn. *Höher zu produzieren hat gar keinen Zweck, weil die Möglichkeit des Verkaufs fehlt!* Und wenn du sagst, eine Änderung der Verteilung ist der Sinn unseres Kampfes, dann liegt darin schon die Ursache des Versagens dieses Kampfes, denn auch eine Änderung der Verteilung wird nie und nimmer deine Not beheben. Ich weiß, daß in diesen Monaten das große Jagen wieder beginnt. Alles schreit nach höheren Löhnen. Meine lieben Freunde, das ist alles Wahnsinn. Ich weiß, wenn ich das sage, dann schreist du und mit dir deine Presse: Seht ihr ihn, habt ihrs gehört, er gönnt uns die Lohnerhöhung nicht, schlagt ihn tot! Ja, warum soll man denn [*dir*] ein Papier nicht vergönnen, es ist ja nichts weiter als Papier. *Wenn man dich betrügen will, wenn du betrogen sein willst, so kann man dir das schon vergönnen. Das ist alles schon dagewesen. Du hast schon einmal ein paar Millionen bekommen, Papier, auf dem schließlich Zahlen standen, die nur noch Astronomen berechnen konnten. Und es ist dir auch nicht besser gegangen! Auskommen und Einkommen sind eben zwei verschiedene Dinge!* Du sagst, das siehst du nicht ein, weil

der, welcher dir das sagt, ein Nationalsozialist ist. *Wissen Sie, daß jeder von uns einst auch die Zinkplatte auf der Brust getragen hat, auf der eine Nummer stand, und diese Nummer waren wir, sonst nichts! Wir haben damals geschwiegen und unsere Pflicht erfüllt wie jeder andere. Erst als der Zusammenbruch kam, da sind wir hervorgetreten und haben unser Volk aufmerksam gemacht auf den Sinn oder auf den Wahnsinn des Geschehens.* Wir haben gesagt, ihr seid Narren, ihr vergeßt ganz, daß die Lebensmöglichkeit eines Volkes nicht in der gesteigerten Produktion eines Volkes liegt, sondern in der Verkaufsmöglichkeit seiner Produkte. *Und das ist eine Machtfrage!* Diese Lebensmöglichkeit liegt auch nicht in einer besseren Verteilung des Kapitalbegriffes [*sic!*]. Wenn ein Mensch 60 Millionen hat und der andere hat nichts, dann sagst du, das teilt man einfach, und wenn man das teilt zwischen zwei, dann hat jeder 30 Millionen. Man kann diese Teilung auch weiter fortsetzen, und schließlich bekommt jeder zuletzt einen gewissen Bruchteil. Das hört sich ganz richtig an, in der Praxis ist das anders! Wenn du nichts hast, und der andere hat sechzigtausend mal mehr, dann ist damit keineswegs gesagt, daß er auch sechzigtausend mal mehr verleben kann. Keineswegs ißt der andere sechzigtausendmal soviel als du, keineswegs bewohnt der andere sechzigtausend mal mehr Zimmer als du usw. *Du aber schreist vor Hunger: nicht nach einer Kapitalbegrenzung! Du kannst das zwar auch tun, aber du bekommst dadurch nichts zu essen. 70 Jahre lang hast du für dieses Phantom gekämpft, was hast du erreicht? 70 Jahre lang hast du für eine bessere Verteilung gekämpft - und hast einen großen gemästeten Beamtenstaat herangezüchtet! Und in über 70 Jahren bist du aber immer noch da, wo du dich heute befindest.* Eine Frage der Verteilung kann das also auch nicht sein. Denn als der Krieg ausbrach, haben wir auch schon das Prinzip einer sozialistischen Verteilung gehabt. Herr Walter Rathenau hatte damals die Verteilung organisiert. Das war kein Nationalsozialist, sondern einer, dem man heute Denkmäler setzt und Straßen nach ihm benennt. *Es wäre besser gewesen, das deutsche Volk hätte keinen Rathenau gehabt und keine sozialistische Auffassung der Kriegswirtschaft, sondern hätte 300.000 Quadratkilometer Boden mehr gehabt! Das wesentlichste ist das Vorhandensein von Lebensstoffen und keineswegs das Verteilungsproblem.*

Da gilt der Grundsatz, wo nichts ist, da hat auch der Kaiser das Recht verloren. Wenn ein Volk wie das amerikanische heute 40 bis 50 Prozent aller heute verfügbaren Bodenschätze besitzt, dann muß dieses Volk einen anderen Lebensstoff besitzen als ein anderes Volk, welches diese Bodenschätze nicht hat. Das ist einzig allein das Problem! Es ist Wahnsinn, wie unser deutscher Bürger diese Frage auffaßt, wie er den Wirtschaftsplan versteht, wenn er noch 1918 erklärt, jetzt wird drauflosproduziert, jetzt wird die Wirtschaft wieder aufgebaut! Es handelt sich auch nicht um ein sozialistisches Verteilungsproblem, wie man das im allgemeinen auffaßt, gegenüber dem einzelnen Wesen, sondern es handelt sich um das Leben der Gesamtheit! Wenn einer sagt, er ist Sozialist und denkt dabei nur an sich, dann ist er ein Narr oder ein Lügner: Denn er muß den Begriff umsetzen, er muß erklären: *Ich bin Sozialist, aber dann trete ich nicht nur für mein Leben ein, sondern für das Leben der Volksgemeinschaft, für das 62-Millionenvolk auf dieser Erde: Dafür trete ich ein und dafür setze ich mein Leben ein!*

Wenn nun ein Volk beginnt, die wichtigsten Lebensvorgänge nur mehr vom Gesichtspunkt rein mechanischer Konstruktionen aus zu betrachten, und es dann in der

Produktion oder in der Verteilung bei einem solchen Volk nicht klappt, weil alle Erkenntnis zwecklos [*ist*], wenn sich dieses Volk nicht machtpolitisch schützen kann, denn die Voraussetzung aller dieser Dinge *heißt Macht*. Warum hat unser Volk einst die Erwerbung von Grund und Boden aufgegeben? *Weil wir die Macht verloren hatten, die politische Macht!* Warum mußte die Hansa zurücktreten? *Weil sie ihre politische Macht verloren hatte!* Warum muß unser Volk heute von der politischen Führung in der Welt zurücktreten? *Weil es die Macht verloren hat.*

Damit, meine lieben Freunde, tritt der Nationalsozialismus auf die Bühne der deutschen Geschichte, indem er erklärt, was unserem Volke fehlt. *Es fehlt ihm eine bewußte Erziehung zur Macht!* Worin liegt nun die Macht eines Volkes? Sie liegt im allgemeinen in drei Faktoren: *1. Im inneren Wert eines Volkes an sich, 2. In der Zahl eines Volkes, 3. Im Grund und Boden, den ein Volk besitzt, also in der flächenmäßigen Ausdehnung.* Wir können sagen, diese beiden letzteren Faktoren scheiden gleich aus für die deutsche Macht. Die haben vielleicht vor 600 oder 300 Jahren bestanden, heute nicht mehr. Frankreich hat 137 Millionen, China 400 Millionen, England ein Viertel der gesamten Menschen überhaupt. Das sind alles viel stärkere Kontingente. Was ist demgegenüber eine Zahl von 62 Millionen! Gegenüber England mit seinem Besitz von einem Viertel der Erdoberfläche sind wir nur eine ganz lächerliche Provinz. Damit scheidet auch der zweite Faktor für die Bewertung eines Volkes in machtpolitischer Hinsicht für das deutsche Volk aus, nämlich die Ausdehnung der Bodenfläche.

Es bleibt also einzig und allein die innere Kraft unseres Volkes übrig, auf die gestützt es noch einmal den Kampf um das tägliche Brot wagen darf. Und diese innere Kraft liegt begründet wiederum in drei Faktoren: *1. Im Blutswert eines Volkes, 2. In seinem Persönlichkeitswert und 3. In seinem Kampfsinn, in seinem Selbsterhaltungstrieb.* Wenn wir den ersten Faktor nehmen, dann können wir sagen, dieser Wert ist auch heute noch ein unbestreitbar vorhandener. Unsere Geschichte ist 2.000 Jahre lang die Weltgeschichte gewesen. Dann der Persönlichkeitswert. Unser Volk hat zu allen Zeiten einen Reichtum an Persönlichkeiten gehabt wie kein anderes; es hatte die größten Musiker, die größten Staatsmänner und Feldherren, grandiose Leistungen einzelner Personen. Sie haben dem deutschen Volk seinen Wert geschaffen, nicht seine Zahl. Sagen Sie mir nur ja nicht, mein lieber Freund von links, das Volk, das sind wir! *Nein, dich kennt niemand in der Welt, aber den wissenschaftlichen Forscher, den Staatsmann, den Feldherren, sie alle kennt die Welt, sie sind das Deutschland, das die Erde kennt.* Betrachten wir den letzten Faktor, den Kampfsinn. Hier können wir sagen: Kein Volk hat soviel Opfersinn und Heldenmut gehabt wie *unser deutsches Volk, wir alle sind Zeugen gewesen des ungeheuren Ringens, 4 Jahre lang. Das deutsche Volk, das Jahrtausende lang die Weltgeschichte gemacht hat, hat ein Recht darauf, ein Weltvolk genannt zu werden.* Wir müssen aber heute erkennen, daß uns diese drei Wertfaktoren von der Welt abgestritten werden. Man verachtet unsere Kultur, unser Blut. Und wir selbst schätzen das heute nicht mehr, haben vergessen, daß in unserm Volkswert unsere Kraft liegt. Wir sagen, statt dem Kopf setzen wir die Zahl, statt der Energie die Masse, statt dem Inhalt das Volumen. Wir wollen die Weltgeschichte nach neuen Grundsätzen ausbauen, den Staat wollen wir heben durch die Masse, die Zahl - *und wir werden dabei erleben, daß wir zusammenbrechen.* Statt uns auf

das Urrecht unseres Kampfsinns zu beziehen, berufen wir uns auf die Weltgesinnung, Welthumanität, auf Weltbürgerlichkeit; wir sind internationale Pazifisten geworden.

Wenn ein Volk verzichtet auf sein Blut und seine Persönlichkeitswerte, auf seinen Kampfsinn, dann mag es sein Recht in den Sternen suchen oder auf dem Papier, die Welt aber wird es ihm verweigern, denn in der Welt kümmert man sich nicht um papierene Rechte, sondern ewig um die Macht, die hinter einem Recht steht!

Da tritt nun auf die nationalsozialistische Bewegung. Sie sieht ihre Aufgabe nicht in der Lösung der Tagesfragen, sondern *in der bewußten Erziehung unseres Volkes zu den großen ewigen Gesichtspunkten.* Was uns von der heutigen Welt scheidet, das ist unsere Weltanschauung. *Gegenüber der Welt des Internationalismus vertreten wir den Blutsgedanken, gegenüber der Welt der Demokratie sind wir die Vertreter der Persönlichkeit. Gegenüber dem pazifistischen Wesen setzen wir das Recht des Selbsterhaltungstriebes und damit den ewigen Kampf um dieses Leben.* Sozialisten sind wir nicht in dem Sinne, daß wir vor das Volk hintreten und sagen: Für dein Recht treten wir auf, *sondern daß wir vor die Welt hintreten und sagen, es gibt kein Recht, nach welchem unser Volk dem Untergang geweiht ist. Im Gegenteil, wir fühlen das Recht zum Leben in uns, und wenn die andern es uns nicht geben wollen, dann werden wir dafür sorgen, daß eines Tages sich ein neues Deutschland erheben wird, das ein neues Symbol besitzt und das dann für dieses Recht eintritt bis zum letzten Atemzug.*

Wir sind Sozialisten, nicht indem wir das Recht jedes einzelnen für sich wahren, sondern indem wir das Recht unseres deutschen Volkes, das Recht dieser 62 Millionen Menschen gleichen Blutes, gleicher Sprache und gleichen Sinnes [*wahren*]. *Wir schließen damit die große Kluft,* die in das Volk durch Bürgertum und Proletarier hineingerissen wurde.

Wir erkennen, daß im Nationalismus hohe Werte liegen; daß es nicht genügt, patriotische Reden zu halten und dabei vielleicht an den Kaiser [*zu*] denken, um dann sagen zu können, das sei national. *Nationalismus ist ein ewiges Opfer am Volke, nicht der Sinn eines Standes oder einer Klasse. Der höchste Nationalismus ist gleichbedeutend mit tiefer Hingabe und Liebe zu dieser Gesamtheit von 62 Millionen Menschen, die aufgeht im Dienste des gesamten Volkes.* Die Zukunft des Volkes liegt in der Erhaltung seiner inneren Substanz. *Der höchste Wert eines Volkes liegt nicht etwa in einer Idee, der höchste Wert: das sind die Millionen gesunder Leiber, die alle in einem gesunden Geist lebendig sind. Wer Nationalist sein will, indem er glaubt, nur einer Klasse dienen zu müssen, der vergißt, daß dieser Einsatz zu klein ist und von der Geschichte gewogen und zu leicht befunden wird. Das können wir immer sagen von dem, was unser deutsches Bürgertum erwartet. Wenn Sie die Freiheit wollen, dann dürfen Sie nicht erwarten, daß es eines Tages begeisterte Studentenbataillone sein werden, die sie bringen, sondern Sie müssen dafür sorgen, daß sich eines Tages die Fabriktore öffnen und die Kolonnen der Arbeiter herausmarschieren, um mit Millionen von Fäusten die Mauer einzuschlagen, die uns von der Freiheit trennt! Wenn Ihnen das nicht gelingt, dann begraben Sie den Traum einer deutschen Freiheit und schließen Sie die deutsche Geschichte ab. Das aber ist die Notwendigkeit für eine Bewegung, die sich als national bezeichnet, daß sie diese Massen wieder zurückführt zu ihrem Volke und dieser Masse wieder den bleibenden Glauben gibt, daß die führenden Männer dieser Bewegung keine*

politischen Geschäfte machen wollen, daß sie auch keine Klasse und keinen Beruf kennen, sondern nur das gesamte Volk! Lassen Sie sichs gesagt sein:

Nicht durch Phrasen und nicht durch Mogelei werden Sie diese Massen noch einmal für den Staat gewinnen, sondern nur dann, wenn diese Masse sieht, daß das Vaterland nicht für eine Kaste, sondern für all diese Millionen ohne Ausnahme da ist.

Wir stellen fest, daß der Nationalismus des Bürgertums versagt hat, und daß die Idee des marxistischen Sozialismus das Leben auf die Dauer *unmöglich macht.* Diese alten Fronten mit den alten Parteien müssen zerschlagen werden, weil sie dem Volk den Weg in die Zukunft versperren. Das tun wir, indem wir die beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus herauslösen und sie zu einem neuen Ziel verbinden, auf das wir hoffnungsreich hinarbeiten, *denn höchster Sozialismus ist glühendste Hingabe für das Volk. Indem wir diese beiden Begriffe herauslösen und verbinden, schließen wir hinter diesen gemeinsamen Begriffen wieder die gemeinsame Front. Damit haben wir ein neues Symbol aufgerichtet für die wichtigsten Probleme des Lebens. Es ist uns ein genauer Weg vorgezeichnet, der heißt nicht Bitten und Betteln, sondern Kämpfen und Niederringen, ein Weg, der uns zunächst Not und Entbehrung aufbürdet, der uns aber schließlich die Freiheit bringen wird. Wir werden zu unserm Kampf nicht die Majorität zu erlangen suchen, sondern die entschlossene Minorität, welche immer die Geschichte gemacht hat, soweit wir zurückblicken können in der Geschichte. Wir werden mit einer Proklamation vor die deutsche Öffentlichkeit treten, die entgegengesetzt ist der Weltanschauung von heute, indem wir ihr eine Weltanschauung entgegenstellen, die gebrochen hat mit dem Bisherigen, gebrochen vor allem mit der Feigheit unserer Zeit. Das gibt uns die Männer, die wir brauchen. Sie führt uns die Jugend zu, die wir wollen.*

Dann wird dereinst aus dem gefallenen Deutschland ein neues Deutschland geformt werden in unseren Reihen. Dort finden sie sich wieder zusammen, die Arbeiter der Stirn und der Faust, dort lernen sie sich achten und schätzen, lernen wieder begreifen, daß die Freiheit eines Volkes höchstes Gut ist, wert des höchsten Einsatzes. Und wir werden diese Aufgabe vollenden, die wir uns gesetzt haben, allen Widerständen zum Trotz; ein einheitliches Volk zu werden mit geschlossenem Willen; dazu werden wir das deutsche Volk erziehen.

5. März 1928 Dok. 239
"Die Weltwirtschaft und das deutsche Schicksal" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Heidelberg [2]

Bericht der Außenstelle des Landespolizeiamtes bei der Polizeidirektion Heidelberg Abt. N über die NSDAP-Versammlung am 5.3.1928, o. D.; BA, NS 26/52 [3].

Hitler führte etwa folgendes aus:

An dem schweren wirtschaftlichen Darniederliegen Deutschlands sei in erster Linie die zu geringe Grundfläche Deutschlands, die in gar keinem Verhältnis zu der Volkszahl stände [*sic!*] sowie die zur Auswanderung führende Übervölkerung und Arbeitslosigkeit schuld, andererseits trage auch die bedauerliche Geburtenbeschränkung, die uns gerade um die späteren, geistig bedeutenden Kinder bringe, mit hierzu bei. Wenn das Problem der Auswanderung nicht gelöst werde, dann gehe Deutschland einer Periode der schwersten Not entgegen. Durch die Auswanderung werde Deutschland schon jahrzehntelang das beste Blut entzogen, denn es sei doch eine alte Tatsache, daß nur die Mutigen, Tatkräftigen usw. auswandern, während die Schwächlichen und mutlosen Menschen zu Hause blieben. Dieses ist natürlich auf die Dauer für ein Volk schädlich. Es bedeutet dies nicht nur eine zahlenmäßige Schwächung der Volkszahl, sondern auch eine Schwächung des inneren Wertes eines Volkes. Im vergangenen Weltkrieg sei es ähnlich so gewesen. Auf der einen Seite habe man ständig die besten Menschen, das beste Blut herausgezogen, indem es dauernd geheißen habe, Freiwillige vor zu einem Patrouillengang, Freiwillige vor zur Luftschifferabteilung usw. Diese Menschen sind beseitigt worden, d. h. sie sind gefallen, und auf der anderen Seite hat man die schlechteren Menschen konserviert durch Heimsendung in die Heimat; denn wenn es z. B. geheißen habe, die und die Kompanie hat zwei Mann an die Heimat als Spezialarbeiter abzugeben, dann wurden gewöhnlich nach Möglichkeit immer diejenigen abgeschoben, die an der Front nicht besonders tauglich waren. Dasselbe sei auch bei der Marine der Fall gewesen. Dort seien ebenfalls die besten Menschen zur Unterseebootsabteilung gegangen, während die große Masse, die schwächlicheren usw. für sich alsdann zusammengeblieben sind, und die sich ja dann auch am Ausbruch der Revolution beteiligt haben. Diese Entziehung des besten Blutes des deutschen Volkes habe sich natürlich auch bei dem Zusammenbruch ausgewirkt. Auch die z. Zt. übliche Geburtenbeschränkung sei ein verkehrter Weg, um die Volkszahl mit der Grundfläche des Landes in Übereinstimmung zu

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Ballsaal der Stadthalle, von 20.00 Uhr bis 23.00 Uhr. Die geschlossene Veranstaltung, an der etwa 670 geladene Gäste aus Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet. Die Einladung war laut Polizeibericht von Wilhelm Keppler, dem Direktor der Odinwerke in Eberbach (Baden), an 800 Personen verschickt worden. Vor Versammlungsbeginn wurde zum Beitritt in die "Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur" aufgefordert. Die Handzettel waren von dem Heidelberger Universitätsprofessor Dr. Philipp Lenard und Alfred Rosenberg unterzeichnet.

3 Vgl. auch Heidelberger Neueste Nachrichten vom 6.3.1928, "Adolf Hitler in Heidelberg"; Eberbacher Stadt- und Landbote vom 8.3.1928, "Adolf Hitler in Heidelberg"; Der Führer vom 10.3.1928, "Adolf Hitler in Heidelberg"; VB vom 10.3.1928, "Adolf Hitler in Heidelberg". Sowie Lagebericht der Landespolizeistelle Karlsruhe vom 15.3.1928; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1774/304.

bringen. Durch die Geburtenbeschränkung werde eine Dezimierung des höheren, besseren Menschenmaterials, der Genies, herbeigeführt und somit der innere Wert eines Volkes zerstört. Ein anderer z. Zt. begangener Weg sei die wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt. Aber auch dieses sei ein Trugschluß. Die letzte Entscheidung liege immer bei der Waffe. In England verfüge man machtpolitisch [*über*] die Sicherstellung seiner Rohstoffe und Absatzmöglichkeiten, während Deutschland immer nur so etwas romantisch an die Lösung dieses Problems herangehe, so ungefähr vom Pulte aus. In Deutschland lasse man auch eine große Zahl von Ausländern an den Hochschulen und Universitäten studieren, die dann angeblich die deutsche Kultur nach dem Ausland bringen, während sie in Wirklichkeit später zum Nachteil von Deutschland für ihre Länder die Eroberung der Wirtschaftsmärkte und Absatzmöglichkeiten, durch ihre in Deutschland erworbenen Kenntnisse, ermöglichen und herbeiführen. Die Erringung des Weltmarktes bringe uns selbstverständlich in zwangsläufige Konkurrenz mit England. England hat früher versucht, in erster Linie die deutsche Wirtschaft wirtschaftspolitisch zu brechen, und als dies nichts nützte, erklärte es den Krieg und griff zu den Waffen. Heute ist wirtschaftsfriedliche Eroberung ein Trugschluß. Momentan fürchtet uns England nicht. In dem Moment aber, wo Deutschland billiger als England schaffen könnte, würde von England der Krieg erklärt werden. Zusammenfassend könne man sagen, die politische Macht eines Volkes ist die Wirtschaft eines Volkes.

Wenn das Problem der Menschenabschiebung, der Geburtenbeschränkung, also der Übereinstimmung der Grundfläche eines Landes mit der Volkszahl desselben, nicht gelöst wird, dann tritt Deutschland mit der Zeit von der Weltbühne ab. Es sei deshalb eine neue Bewegung, die nationalsozialistische, entstanden, die die Lösung dieser Frage herbeiführen will. Die letzte Entscheidung in dieser Hinsicht[4] liege nur bei der Waffe. Jedes Volk setze sich aus drei Teilen zusammen, und zwar aus einem extrem guten, einem extrem schlechten, und der breiten Masse der nicht guten und nicht schlechten Menschen. Wenn es nun möglich ist, aus dem Volke den besten Teil herauszuziehen, dann wird der beste Teil eines Tages in der nationalsozialistischen Bewegung zusammengefaßt sein. Die Zusammensetzung des deutschen Volkes könne man trotz allem bis jetzt immer noch als gut bezeichnen. *Hitler* schilderte nun ausführlich die Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung, die anfänglich von nur sieben Personen gegründet, dann über Bayern und schließlich über das ganze Deutsche Reich sich ausgedehnt habe und heute Hunderttausende von Mitgliedern und Anhängern besitze. Nachdem *Hitler* noch in kritischer Weise die Begriffe Internationalismus, Marxismus und Demokratie einer Betrachtung unterzogen hatte, führte er zum Schlusse aus, daß eine Besserung der Wirtschaftslage nur durch Zuwachs an Macht und Raum herbeigeführt werden könne.[5]

4 In der Vorlage: "Einsicht".
5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

8. März 1928 [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Dok. 240

Essener Allgemeine Zeitung vom 9.3.1928, "Eine Wahlrede Adolf Hitlers" [3].

Er [*Hitler*] bezeichnete die jetzige Zeit als eine der Wiedersehensfreude, da das Volk zum erstenmal nach vier Jahren seine gewählten Vertreter wiedersehe, um uferlose Versprechungen entgegenzunehmen, die doch niemals erfüllt würden. Er wendet sich dann gegen das Parlament überhaupt, dem er die Schuld daran zuschiebt, daß das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten immer tiefer und tiefer gesunken sei. Dem Bürgertum wirft er Feigheit vor, da es nicht verstanden habe, bei seiner defensiven Stellung dem ewig offensiven Marxismus gegenüber sich zu behaupten, bis dann schließlich 1918 gelegentlich einer "kleinen Revolte" der Zusammenbruch erfolgt sei. Das Bürgertum sei heute zu keiner aktiven Tat mehr fähig. Der Marxismus habe aber selbst nach dem Einsturz des kapitalistischen Gebäudes seine früher gemachten Versprechungen nicht erfüllt. Alles sei wesentlich schlechter geworden, und heute noch trete man von dieser Seite mit denselben Wahlforderungen an die Massen heran, wie vor 30 und 40 Jahren. Die Bürgerlichen schützten die Staatsautorität vor, um nichts zu unternehmen. Staatsautorität sei aber bei diesen Leuten jetzt identisch geworden mit feigster Kapitulation vor dem marxistischen Terror. (Lebhafter Beifall.) Zwei Fragen seien aber nicht gelöst: die *Ernährungsschwierigkeiten des Volkes und unsere Machtstellung,* unsere Stellung der übrigen Welt gegenüber. Diese beiden Probleme seien in ihrer Bedeutung selbst nicht einmal richtig erkannt vom größten Teil unseres Volkes. Die erste Frage könnte nicht gelöst werden durch sogenannte Berufspolitiker, solche, die ausschließlich gewisse Berufe vertreten, wie Mittelstand, Bauern, Sparer usw. Oder aber, wenn man mit Minderheiten auftreten wolle, dann müsse man das Gesetz der Majorität ablehnen und die fürchterliche Einschränkung wegräumen, die auf unserer Wirtschaft lastet durch den Versailler Vertrag und den Dawesplan. Wirtschaft ohne politische Macht sei nicht lebensfähig. Man könne wohl durch Interessenwirtschaft für den Augenblick das eigene Dasein etwas bessern, aber nur auf Kosten des Daseins der Zukunft. Auch unsere innere Macht sei im Sinken begriffen, 1. durch die Klassenspaltung und 2. durch das Sinken der Geburtenziffern. Auf die *Wahlen* [4] eingehend erklärte Hitler: Wir Nationalsozialisten treten in den Wahlkampf ein ohne jede Versprechungen. Ein einziges Versprechen geben wir. Wir versprechen, so zu kämpfen, wie wir die Jahre gekämpft haben um Aufklärung unseres Volkes gegenüber den Gefahren, die es bedrohen. "Und, wir wollen kämpfen,

---

1 Datum laut Essener Allgemeine Zeitung und VB. Die Chronik der Stadt Essen datiert die Rede irrtümlicherweise auf den 9.3.1928.

2 Im großen Saal des Städtischen Saalbaues, von 20.15 bis 22.15 Uhr. An der geschlossenen Mitgliederversammlung nahmen laut VB etwa 4.000 Personen teil.

3 Der Bericht der Essener Allgemeinen Zeitung liegt auch der Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1928, S. 98-100 (Stadtarchiv Essen) zugrunde. Vgl. auch VB vom 10.3.1928, "Adolf Hitler in Essen"; Berliner Arbeiterzeitung vom 18.3.1928, "Adolf Hitler über die kommenden Wahlen"; wortgleicher Bericht: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 18.3.1928, "Adolf Hitler über die kommenden Wahlen".

4 Am 20.5.1928 fanden Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

bis die Verbrecher, die Deutschlands Unglück auf dem Gewissen haben, zur Verantwortung gezogen sind." Es werde die Zeit kommen, da werde das deutsche Volk schreien nach denjenigen, die in der ganzen Zeit nicht gehört worden sind. Ein besonderer Kampf gelte dem Marxismus. "Wir wollen kämpfen, bis wir unsere Fahne auf dem Grabe des Marxismus aufpflanzen können", sagte der Redner unter lang andauerndem Beifall am Schluß seiner Rede. [5]

12. März 1928 Dok. 241
"Vaterländische Verbände und politische Kampfbewegung" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Essener Allgemeine Zeitung vom 13.3.1928, "Hitlervortrag im Kruppsaal" [3].

Hitler legte zunächst dar, wie falsch das Wort sei, daß Wissen Macht sei. Nicht Wissen an sich, sondern die Willenskraft sei Macht. Nicht wer das meiste wisse, sondern wer verstehe, sein Wissen mit stärkstem Willen in die Tat umzusetzen, sei mächtig. Nicht Athen mit seiner hohen Bildung, sondern das entschlossenere Rom sei Weltherrscherin geworden. Zum Staatsmann gehöre der Wille zum kühnen Entschluß, Heroismus, was man heute ganz vergessen habe, wo man am Staatsmann nur die Fähigkeit, Majoritäten zu gewinnen und das ganze politische Geschiebe zu meistern, schätze. Die Geschichte aber kenne nur Staatsmänner, die heroisch veranlagt waren. Der Redner knüpfte dann an ein Flugblatt [4] an, in dem gesagt wird, die *vaterländischen Verbände* und die nationalsozialistischen Verbände seien analoge Erscheinungen. Aus der Gleichheit ihrer Absichten und Ziele ergebe sich die Notwendigkeit, harmonisch miteinander zu verkehren, da eines Tages die Stunde komme, wo sie gemeinsam losschlagen müßten. Hitler wandte sich scharf gegen diese Auffassung. Es handele sich nicht um ein getrenntes Marschieren und vereintes Schlagen, denn dafür fehle jede Voraussetzung: die gemeinsame Orga-

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Rheinisch-Westfälischer Zeitung.
2 Im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues, von 20.15 bis 23.00 Uhr. An der geschlossenen Versammlung im "dichtbesetzten" Saal (Essener Allgemeine Zeitung) nahmen geladene Gäste aus Industrie und Wirtschaft teil.
3 Vgl. auch Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 13.3.1928 (AA), "Hitler über Vaterländische Verbände und politische Kampfbewegung"; VB vom 16.3.1928, "Adolf Hitler über vaterländische Verbände und politische Kampfbewegung" (Nachdruck aus Rheinisch-Westfälischer Zeitung). Die im VB angekündigte Veröffentlichung des vollen Wortlauts der Rede in einer Sondernummer des VB konnte nicht ermittelt werden.
4 Laut Rheinisch-Westfälischer Zeitung beschuldigte das Flugblatt Hitler u. a. der Feigheit, da er 1922/23 trotz Aufforderung nicht ins Ruhrgebiet gekommen sei, und warf ihm weiterhin vor, aus den vaterländischen Verbänden Mitglieder für die NSDAP abzuwerben. Hierzu erklärte Hitler, daß die NSDAP 1922/23 in Preußen verboten gewesen sei und er deshalb nicht habe sprechen können. Seine Stellung zu den vaterländischen Verbänden wolle er in dieser Rede verdeutlichen.

nisation, die gemeinsame Leitung und das gemeinsame Gehorchen. Es sei Phantasie, anzunehmen, Deutschlands Zukunft könne durch ein Konglomerat von Verbänden gerettet werden. Der Redner schilderte sodann in großen Zügen, wie in der Vorkriegszeit der immer angreifende Marxismus gegenüber dem Bürgertum, das, ohne großes politisches Ziel, sich mit dem Bestreben der Erhaltung des Bestehenden begnügte, immer weiter vordrang, bis er 1918 in den Besitz der Macht gelangte. Man hätte meinen sollen, daß nun die Rollen des Angreifers wechselten. Doch man fing an, mit der Sozialdemokratie zu paktieren und machte immer weiter Konzessionen an sie. Der Redner entwarf ein düsteres und trübes Zukunftsbild, wenn diese Politik auf die Dauer die Oberhand behalten würde. Jedes Volk, führte er weiter aus, zerfalle in drei verschiedene Gruppen. Einmal gäbe es entschlossene Elemente, die sich rücksichtslos und opferbereit für die Allgemeinheit einsetzen, auf der andern Seite ständen die Minderwertigen, d. h. die Egoisten, die nur ihr eigenes Interesse kennen und verfolgen, und in der Mitte die große Masse der Wankelmütigen, die je nachdem, welcher Pol der stärkere ist, nach der einen oder andern Seite neigt. Das habe sich an der Front gezeigt, wo die heldenhaft Veranlagten die andern mitrissen, bis sie aufgerieben waren und die Minderwertigen dann das Übergewicht bekamen. Es gelte eine neue Konzentration der opferbereiten und willensstarken Kräfte zu schaffen, um einen Wiederaufstieg Deutschlands in die Wege zu leiten. Unter der Fahne schwarz-weiß-rot könne man wohl staatserhaltende Elemente sammeln, aber nicht die zum Äußersten entschlossenen. Die vaterländischen Verbände dienten letzten Endes doch nur der Erhaltung des gegebenen Zustandes, d. h. der Stabilisierung der Novemberherrschaft, aber "nicht zur Sammlung jener brutalen Energie, die eines Tages als Minorität der Geschichte einen andern Schwung geben wird". Die Nationalsozialistische Partei setze den stärksten Widerstand dem jetzigen Staat entgegen, weshalb sie auch den stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihn ausgesetzt sei. Wer in unsere Reihen kommt, so führte der Redner aus, der hat nichts zu gewinnen, sondern muß Opfer bringen. Die Ziele der Nationalsozialistischen Partei seien die vollständige Vernichtung der Internationale, an Stelle des demokratischen Prinzips in der Staatsführung den Grundsatz absoluter Autorität und Verantwortung zu setzen, und die Ablehnung des Pazifismus in jeder Form. Wir sind entschlossen, unsere geistige Idee mit allen Mitteln zu verteidigen und ihnen [*sic!*] zum Durchbruch zu verhelfen. Der Kampf um die Weltgeltung Deutschlands kann nicht allein mit geistigen Waffen ausgefochten werden. Auch Deutschland wird noch einmal vor die Entscheidung gestellt werden. Es handelt sich dann nicht um einen Gang nach Genf, sondern an den Rhein.

21. März 1928 [1]
"Meine Antwort an den Bayer[ischen] Kurier" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

Dok. 242

VB vom 23.3.1928, "Wie die Bayer. Volkspartei die Religion schädigt!" [4].

Adolf Hitler knüpfte an die gestrige *große Kundgebung ober- und niederbayerischer Bauern* im Zirkus Krone [5] an, die, wie man sagte, nicht für parteipolitische Kundgebungen mißbraucht werden durfte, womit man freilich meinte, daß die Not der Bauern nicht für *bestimmte* parteipolitische Zwecke der *andern*, die nicht die Einberufer waren, verwendet werden dürfe, wogegen die Einberufer schon parteipolitische Zwecke im Auge gehabt haben. Es wurde nicht genau festgestellt, *warum die Not so groß geworden ist,* man weiß nur, daß manches *anders* gemacht werden mußte, aber man weiß nicht, warum man es nicht gemacht hat. Aber das eine fühlte man, daß es notwendig war, die Bauern zu belehren, daß sie sich in dieser kritischen Zeit nicht aufputschen lassen, *weil das ihre Lage unendlich verschlimmern könnte,* wie Herr *Wohlmuth* meint, während diese Lage von ihren Führern absolut verbessert wird. Man wird in Berlin dafür eintreten, und die Berliner werden in Oberbayern dafür eintreten. (Beifall.) Jeder an einem anderen Platz. Jedenfalls wird alles geschehen von den sogenannten verantwortlichen Faktoren, was geschehen kann, damit nicht die Unverantwortlichen - das sind wir - sich um die Sache kümmern brauchen und können!

Mit dieser Versammlung hat in München der Wahlkampf eingesetzt, mit einer Versammlung, bei der man offiziell erklärte, daß sie keine Wahlversammlung sei. Es ist verdammt schwer, den Bauern klar zu machen: Eigentlich haben *wir* bisher regiert, eigentlich geht es euch *miserabel schlecht - aber ihr müßt uns wieder wählen! Wir haben deine letzte Kuh gepfändet, aber du mußt uns morgen deine Stimme geben!* So sorgt man dafür, daß die Erregung im richtigen Gleis bleibt und ins richtige Gleis hineinkommt und endet im Bahnhof der Bayerischen Volkspartei (Heiterkeit und Beifall).

Die Wahlarbeit setzt ein mit einem gigantischen Schwindel, mit einem gewöhnlichen Betrug, der sich überall wiederholen wird. Die Rettung des Mittelstandes wird einsetzen, und Sie werden staunen, wie plötzlich in den nächsten Wochen die Sparer ihre Millionen zurückbekommen! (Stürmischer Beifall.) Wie alle Forderungen plötzlich erfüllt werden! Wenn München nicht an sich weiß-blau wäre, würde es in der nächsten Zeit bald blau werden, dunkelblau vor lauter Lügen. Die Balken würden sich biegen vor

1 Datierung nach Ankündigung im VB vom 21.3.1928. Der Polizeibericht gibt als Datum irrtümlicherweise den 22.3.1928 an.

2 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 9967) und Ankündigung im VB. Der Titel spielt auf den Artikel "Der 'Wahrheitsfreund' Hitler" im Bayerischen Kurier vom 3.3.1928 an, der zur Rede Hitlers am 29.2.1929 in München Stellung nahm. Vgl. Dok. 237.

3 Im Hackerbräukeller, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht gut besucht war, wurde von Josef Bauer, dem Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, geleitet.

4 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 25.3.1928, "Herr Hitler und der 'Bayerische Kurier'". Sowie Lagebericht N/Nr. 66 der Polizeidirektion München vom 1.5.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

5 Am 20.3.1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 21.3.1928, "Notkundgebung der oberbayerischen Landwirtschaft".

dem, was den Wählern in Aussicht gestellt wird. Immer unter der Voraussetzung, daß sie die Vertreter einer bestimmten Partei wählen. In Eichstätt hat Herr *Wohlmuth* eine Rede gehalten [6], in der er betonte, daß es notwendig sei, mehr Vertreter landwirtschaftlicher Interessen in den Landtag hineinzubekommen. Die Bayerische Volkspartei vertritt sie ohnehin angestrengtest. *Sie haben doch die Mehrheit* und können nicht sagen, daß die bösen Nationalsozialisten dazwischenfunken! Und die Parteien, die mit ihnen marschieren, sind ihnen so mit Haut und Haar ergeben, daß man sie nur als Schwänzchen am Körper der großen Partei bezeichnen kann. Die Erkenntnis wäre nicht gekommen, *wenn nicht die Wahlen vor der Türe stünden* [7]. In vier Monaten hat man das wieder vergessen, wie auch die Wählerschaft alles vergißt und empört ist, wenn einer kommt und sie auf das aufmerksam macht, was man versprochen hat. Der "Bayerische Kurier" nennt uns deshalb *berufsmäßige Volksaufwiegler*, während die Herren der Bayerischen Volkspartei die *berufsmäßigen Volksbefriediger* sind (Heiterkeit und Beifall).

Man weiß ja, wie in Wirklichkeit die Absicht der Rettung des Mittelstandes verläuft. In München geht seit einigen Monaten laut Gerücht

ein sehr schönes Projekt

herum, nämlich eine hiesige große *Bierbrauerei* mit Herrn *Schülein* [8] an der Spitze, trägt sich mit dem Gedanken, eine große *Zentral-Brotfabrik* zu gründen [9]. Herr Schülein kann nicht sehen, daß die Münchner dieses schlechte Brot essen. Herr Schülein ist bereit, so sagt das Gerücht, ein paar Millionen zur Verfügung zu stellen. Die *Rentabilität,* so sagt das Gerücht, ist *nicht ganz aussichtslos*: Herr Schülein ist Besitzer einer großen Brauerei, von der die Wirtspächter abhängig sind, und man beabsichtigt, die *Wirte* zu veranlassen, *daß sie nur das Brot von dieser Fabrik beziehen*, die dem Herrn Schülein gehört. Das ist augenblicklich nur ein Gerücht, weil man die Tatsache nicht vor dem Volke verantworten könnte. Sonst würden die Münchener Bäckermeister rebellisch werden und Stellung gegen Schülein nehmen müssen, der ein einflußreicher Mann ist. (Zurufe: Sehr richtig!)

So schwirren viele Gerüchte umher. Der "Bayerische Kurier" weiß nichts davon, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen. Nach den Wahlen wird wohl das Gerücht Tatsache werden, und bei den *nächsten* Wahlen werden die Bäckermeister darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Stimme *nur der Bayerischen Volkspartei* geben müssen. (Große Heiterkeit.) Der Betrug wird sich in den nächsten Wochen noch steigern. Das liebe Volk weiß gar nicht mehr, wie es sich vor lauter Rettung retten soll. Bis die Wahlen vorbei sind, wird ein ganz kleiner Teil, der es blutig notwendig hat, gerettet sein: die kleinen Fraktionen, die die Volksrettung planmäßig zu betreiben haben.

6 Am 5.3.1928. Vgl. Bayerischer Kurier vom 9.3.1928, "Eine Wahlrede Dr. Wohlmuths".

7 Am 20.5.1928 fanden die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

8 Hermann Schülein (1884-1970), Brauereidirektor, 1909 Dr. jur., 1911 Leiter der Unionsbrauerei Schülein in München, 1919 Fusion zwischen Unionsbrauerei Schülein, Löwenbräu AG und Bürgerbräu AG, 1924-1935 Generaldirektor der Löwenbräu AG, 1935 Emigration, 1936-1961 Leiter der Liebmann-Rheingold-Brauerei in New York.

9 Vgl. dagegen das Dementi der Löwenbräu AG in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 24.3.1928, "Unwahre Gerüchte", und in der Münchener Post vom 26.3.1928, "Falsche Gerüchte über die Löwenbrauerei".

Wir Nationalsozialisten haben uns in den letzten Jahren von diesen Versprechungen ferngehalten. Auch in diesen Wahlkampf wollen wir nicht eintreten mit der Erklärung: Wenn wir gewählt werden, dann wird 1. der deutsche Arbeiter ein Leben in Glanz und Sonne bekommen, 2. wird der deutsche Bauer von jeder Not erlöst, 3. der deutsche Handwerker zu einem goldenen Boden kommen, 4. die Sparer alles zurückerhalten, usf. Wir tun das nicht, im vollen Bewußtsein der Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Versprechungen, solange nicht für ganz Deutschland bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, solange *der* deutsche Kurs bleibt, *der zwangsläufig zum vollen Verderben führen muß,* indem er uns mehr und mehr außer Macht setzt. Denn die Lebensfrage der deutschen Nation ist in erster Linie eine Frage der Wiedergewinnung derjenigen Machtgeltung und des geschickten Einsatzes dieser Machtgeltung, die man braucht, um überhaupt in Europa einen Staat darzustellen. Und der Staat, der über diese Macht nicht verfügt, kann versprechen so viel er will, er wird nichts erreichen. Wir sehen vor uns, wie seit Jahren ein Versprechen das andere jagt, und jede Partei um die Gunst der Massen buhlt. Am Ende jeden Reichstags und Landtags sehen wir *die Zahl der Unzufriedenen größer* als je zuvor, sehen, wie alle Experimente, diese Unzufriedenheit zu beheben, Experimente bleiben und keinen praktischen Wert gewinnen.

Ein Deutschland mit 62 Millionen Menschen auf 430.000 Quadratkilometer Grund setzt voraus eine bestimmte

machtpolitische Stellung nach außen,

wenn man es heute überhaupt noch ernähren will. Man hat in den letzten 30 Jahren vor dem Krieg den natürlichen Ausgleich zwischen Volk und Land gestoppt, indem man es industrialisierte. Würde diese Voraussetzung nicht gewesen sein, dann hätten wir heute 40 Millionen Menschen, und die anderen wären abgewandert. Wenn heute ein Deutscher diese Frage lösen will, dann muß er erkennen, daß *Macht dabei die erste Voraussetzung* ist. (Starker Beifall.) Die Frage aber, ob und wie Deutschland wieder in die Lage kommen könnte, einen solchen Machteinsatz darzustellen und zu vollziehen, ist abhängig nicht von der *Waffenmenge*, sondern von unserer *inneren Gesinnung, vom inneren Wert des deutschen Volkes.* Es ist falsch zu sagen: *Wir sind ja wehrlos!* Wehrlos sind wir nur deshalb, weil wir uns selbst entwehren. 62 Millionen Menschen sind ein Macht- und Kraftfaktor, der dem eigenen Willen dieses Volkes entspringt. *Wenn dieser Wille da ist, ist auch dieser Machtfaktor da.* Sie können jedem zweiten Mann ein Gewehr und jedem dritten eine Kanone geben - was glauben Sie, was das deutsche Volk damit machen würde? *Verschieben würde man sie, Geschäfte würde man damit machen!* (Stürmischer Beifall.)

Dieser innere Wert des deutschen Volkes wird heute *planmäßig zerstört.* 15 Millionen können Sie glatt wegstreichen, weil diese programmatisch und absichtlich keine Deutschen sein wollen. Die ewige Voraussetzung für eine Änderung in Deutschland ist und bleibt der Weltanschauungs- und politische Kampf gegen die Zersetzungserscheinungen, gegen die organisierte Lehre dieser Zersetzungserscheinungen. Das ist nun einmal

der Marxismus,

eine Lehre, in der wir alle *Tendenzen der Zerstörung* vereint sehen, die, angewendet, zwangsläufig zur Zerstörung des Volkskörpers führen muß. *Das geschieht nicht durch*

parlamentarische Streitigkeiten, sondern dadurch, daß eines Tages dieses 62-Millionen-Volk seine Ansprüche auf dem Erdball anmeldet, das geschieht nicht durch das Schwätzen der Parlamentarier, sondern durch das Schwert. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Wie sehr unsere bisherige Politik der Lösung dieser Frage ausgewichen ist, sehen wir am Ergebnis: Zwei Kräfte in Deutschland ringen miteinander, *das internationale Proletariat und das nationale Bürgertum.* Diese großen Gruppen haben ihren Anhängern Hunderte von Hoffnungen eingeimpft, die beide nicht zu erfüllen vermochten. Beide sind daher innerlich zerrissen und zersplittert und raufen miteinander. Die einen pendeln von einer Internationale zur andern, weil sie selbst überzeugt sind, daß das Ziel, für das sie fünfzig oder sechzig Jahre gekämpft haben, *an sich nicht erreicht worden ist*, weil sie klassenmäßig gebunden erscheinen, und eine unendliche Kluft sie trennt von dem ihnen gegenüberstehenden Bürgertum. Das gleiche Bild auf der anderen Seite. Man klopft alle Parteien nach Mandaten ab, macht selbst eine Partei auf, nennt sie christliche Volksgemeinschaft, sammelt einige Leute zusammen, die alten Parteien kriegen es mit der Angst zu tun, und eines Tages hat man das Mittel gefunden, um den Mann von seinem volksverderblichen Beginnen wegzubringen, es wird still, man hört nichts mehr - der Apostel hat bei einer der alten Parteien wieder ein Mandat bekommen. Das deutsche Bürgertum kann noch so hehre Ideale haben, die Tatsache, daß Deutschland mehr und mehr dem allgemeinen Volksverfall entgegengeht, kann das deutsche Bürgertum nicht leugnen. Umgekehrt: *daß unser deutsches Volk mehr und mehr unter die Fuchtel der internationalen Hochfinanz gerät, kann auch die Sozialdemokratie, der Kommunismus nicht leugnen.* Am Ende jeder Bewegung steht ein internationaler Börsenmensch, der die Maschen des Netzes internationaler Verpflichtungen immer mehr zusammenzieht. *Selbst in Rußland.* Dort wurden einige Ingenieure verhaftet, darunter zwei Juden von der jüdischen A.E.G., und sofort setzte das Trommelfeuer der internationalen Finanz ein, und augenblicklich kapituliert Sowjet-Rußland und der Jude Goldstein [10] wurde freigegeben. Die Gojim [11] aber können dort bleiben, und ob man sie aufhängt oder nicht, das tut niemandem weh. Die geschäftlichen Beziehungen können weitergehen. Das nächste Mal wird man ein paar Juden *mehr* hinüberschicken. Wer dirigiert also diese Völker einschließlich Sowjet-Rußlands?

Die internationale Hochfinanz.

Wenn die Herrschaften verhandeln, sind es die Völker, die miteinander verhandeln? Nein, *ein Haufe von Bankjuden*, sonst niemand. Die Völker stehen vor der Türe und hören zu, was man ihnen öffentlich sagt.

10 Franz Goldstein, Oberingenieur der AEG.
Im März 1928 waren im Donezkohlengebiet mehrere ausländische, darunter sechs deutsche, Ingenieure verhaftet worden, die der Sabotage an Werksanlagen beschuldigt wurden. Am 16.3.1928 bat der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau im Auftrag der deutschen Regierung um Aufklärung; am folgenden Tag wurde Goldstein und ein weiterer Ingenieur freigelassen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 12.3.1928 (AA), "Die Verhaftung der Deutschen in Rußland"; Berliner Tageblatt vom 19.3.1928 (MA), "Noch keine Aufklärungen aus Moskau"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 18.3.1928, "Moskau läßt zwei verhaftete Ingenieure frei".

11 Hebräisch: Nichtjuden.

Marxismus und Bürgertum sind alt geworden, keine Partei kann ohne die andere etwas machen, zusammenkommen können sie nicht mehr, und eines Tages wird an Stelle des deutschen Volkes als politischer Faktor, der sein Leben selbst bestimmt, eine Summe von Menschen stehen, die Direktoren, Aufsichtsbeamte und Arbeiter sind, als Beauftragte oder Sklaven der internationalen Finanz. Das ist das Ergebnis, wenn die Entwicklung so weitergeht wie jetzt.

Man kann nur den Kampf dort ansetzen, wo das schwerste Unheil geschieht. Das ist der Marxismus allein. Er hat das tatkräftige Menschenmaterial. *Die Tatkraft, Kühnheit und Entschlossenheit ist nur im deutschen Handarbeiter zu suchen,* das ist zu allen Zeiten so gewesen. Sobald ein Mensch besitzend geworden ist, verschiebt sich sein Lebenseinsatz, konzentriert sich mehr auf das gegebene Reale. Das gilt auch für den geistigen Gewinn. Eine Bewegung, die Deutschland reformieren will, kann nur einen Bruchteil des deutschen Bürgertums gewinnen. *Die breite Masse unseres Volkes ist marxistisch verseucht.* Sie steht im Banne einer Lehre, die unser Volk in zwei Hälften zerreißt, die Handarbeiterschaft heraushebt, und diesen Teil unter einer fremden, uns vollkommen feindlich gegenüberstehenden Intelligenz einsetzt zur Zertrümmerung der eigenen Wirtschaft und des Volkskörpers. Dieser

Kampf gegen den Marxismus

ist ein *Kampf auf Leben und Tod.* Es gibt kein[*en*] Kompromiß, so wie wir mit dem Tod kein[*en*] Kompromiß schließen können. *Denn Marxismus ist Völkertod.* Das Gesamtergebnis ist ein steigender Verfall, das Ergebnis unserer gesamten Kompromisse der letzten Jahre: parlamentarische Erfolge einzelner Männer und Verfall für das deutsche Volk. (Starker Beifall.) Weil mit dem Marxismus nicht paktiert werden kann, ist der Kampf die erste notwendige Voraussetzung für die deutsche Wiedererhebung. Wie *Italien* sich auf dem Leichnam des Marxismus konsolidiert hat, so wird Deutschland nur durch Überwindung des Marxismus emporsteigen.

In diesem Kampf hat das deutsche Bürgertum den Nationalsozialismus nie verstanden. Während bisher auf der einen Seite die Intelligenz, auf der anderen die Handarbeiter standen, kommt nun eine breite Bewegung, der man vorwirft, daß sie auch die Intelligenz aufnimmt. *Will man den Zustand der Isolierung der deutschen Arbeiter für immer und ewig? Wenn das der Fall ist, dann kann die deutsche Intelligenz von der politischen Bühne unseres Vaterlandes abtreten, dann hat sie keine Mission mehr vor sich.* (Beif[*all*]) Das werfen wir dem Bürgertum vor, daß es sich in diesen klassenmäßigen Winkel hineindrängen ließ und Jahrzehnte

das Problem des vierten Standes

nicht begriff, bis dieser Stand in die Hand einer *anderen Intelligenz* geriet. Heute winselt das deutsche Bürgertum: Wer hat die Schuld daran? Ihr selbst, ihr waret froh, wenn diese breite Masse nichts mit euch zu tun hatte. Nur bei den *Wahlen* wolltet ihr ihre Stimmen haben. Es gibt nur ein Entweder - Oder. Entweder eine Bewegung tritt den Beweis an, daß die Vereinigung der beiden Klassen möglich ist oder die Geschichte geht über uns hinweg. Jeder Betrug findet sein Ende. Die Herren sollten *dankbar* sein, daß wir wenigstens einen Teil der Intelligenz für uns gewonnen haben, die sonst überhaupt der Politik den Rücken kehrt.

Der zweite Grund ihres Vorwurfs ist die erbärmliche Eigenschaft des Neides und der Eifersucht. Daß wir *die Jugend haben*, begrüßen sie nicht - folglich muß man die Bewegung zerschlagen. Wenn wir zerschlagen sind, geht diese Jugend zur Bayerischen Volkspartei (Heiterkeit). Mein lieber SA-Mann, was sagst du dazu? (Beifall.) Das glaubt der "Bayerische Kurier". Dieser Neid ist es, der sie uns hassen läßt. Daß sie den Marxismus nicht umbringen konnten, ist eine Sache für sich. Aber, daß ihn *andere überwinden*, ist ihnen auch nicht recht.

Hitler erinnert daran, daß der Reichspräsident Friedrich *Ebert* einst *Kneipenwirt* war, bei dem der Besuch des Militärs verboten war. Von ihm ließ sich die deutsche bürgerliche Intelligenz ganz ruhig regieren. Wenn andere kamen und Ansprüche erhoben, so hatten diese keine Kneipe geführt, um in den Augen dieser Leute dazu berechtigt zu sein. Auf einmal haben sie sich überzeugt, daß zur Rettung des Vaterlandes einer bestimmt ist, der *Parlamentarier* ist. Eines Tages ist dann so ein Mann auf Grund der Tatsache, daß er so lange im Parlament war, anerkannt, Führer der deutschen Republik zu sein. Wehe aber, wenn Leute kommen, die diese Schule nicht hinter sich haben. Auch da gilt der Grundsatz: anstellen und warten, bis sie nach vorwärts kommen. Die politische Entwicklung duldet kein Einschieben. Man vergißt nur ganz, *daß in der Weltgeschichte sich mancher eingeschoben hat, der nicht wartete, bis er daran kam, und daß es auch in Zukunft so sein wird.* (Starker Beifall.)

Hitler glossiert weiter den kleinlichen Einwand aus dem bürgerlichen Lager, *ob wir eigentlich Monarchisten seien.* Das könne die Nachwelt entscheiden; *wir haben genug damit zu tun, um den Saustall der Gegenwart auszumisten.* (Stürmischer Beifall.) Mit beißender Ironie behandelt er

die monarchische Gesinnung

dieses Bürgertums bei den Wahlen, das sich nachher wieder auf den Boden des Republikschutzgesetzes stellt und den Kaiser wieder auf zwei Jahre hinaussperrt. Es lebe der Kaiser in Deutschland, so lange er nicht in Deutschland lebt! Wenn aber die Gefahr eintritt, daß er kommen könnte, *so lebe die Republik, damit er draußen bleibt!* (Große Heiterkeit.)

Die Tatsache, daß der Katholizismus sich parteipolitisch vertreten läßt, hat noch in keinem Lande zu einer Stärkung der katholischen Religion geführt (Zurufe: Sehr richtig!), wobei ich Religion unterscheide von der Bayerischen Volkspartei oder dem Zentrum. Wenn der "Bayerische Kurier" annimmt, mich soweit zu bringen, daß ich auf die Frage: welche Konfession haben Sie? antworte: *Zentrum oder Bayerische Volkspartei*, dann täuscht sich der "Bayerische Kurier". (Große Heiterkeit.) Die Religion an sich hat einen Vorteil von der parlamentarischen Tätigkeit dieser Partei noch nicht gehabt. In allen Ländern, auch katholischen, ist nichtsdestoweniger der Unglaube rapid fortgeschritten, und das Ende ist Zusammenbruch, Revolution, Aufstand gewesen. Die große *französische Revolution* ist in einem rein katholischen Lande ausgebrochen, in dem vorher der Protestanismus mit Stumpf und Sti[*e*]l und Scheiterhaufen ausgerottet wurde. Man vergißt auch ganz, das weiß der "Bayerische Kurier" nicht, daß in dieser französischen Revolution

parteipolitische Priester

maßgebendst tätig gewesen sind, und daß es der dritte Stand gewesen ist, der dem Jakobinertum so vielen Zuwachs gebracht hat.

Auch das rein katholische *Mexiko* zeitigte ein tief trauriges Ergebnis, so daß die Bayerische Volkspartei eine *Protestversammlung* gegen die mexikanischen Zustände abhielt [12], die einen enormen Eindruck auf Mexiko machen wird. Mit *Österreich* dasselbe: ein rein katholischer Staat, der nichtsdestoweniger zusammengebrochen ist, und woselbst in dem kleinen Rest von Jahr zu Jahr die rote Mehrheit steigt und *die Kirchenaustritte sich mehren, ohne eine Los-von-Rom-Bewegung* [13]. Das gleiche in *Italien*. Fast ein restloser Zusammenbruch! Nicht die *Popolari* [14], das ist die italienische "Bayerische Volkspartei", haben Italien gerettet, sondern der *Faschismus*. (Stürmischer Beifall.) Das gleiche in *Spanien*. Dort ist nur durch die Diktatur eine Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung möglich, sonst der allgemeine Zusammenbruch. Es ist also Tatsache, *daß die parteipolitische Betätigung mit religiösen Motiven der katholischen Religion in keinem Lande Vorteile gebracht hat.* Das erlaube ich mir auszusprechen, auch wenn der "Bayerische Kurier" sagt: Das ist ein Vergehen gegen die Religion - weil wir anderer Anschauung sind! Wenn aber diese Betätigung im Kampf zu Mitteln greift, die *unanständig* sind, und die uns entgegentritt, dann werden wir zur Gegenwehr schreiten, und wenn sich der "Bayerische Kurier" beklagt - ja, wer hat denn den Angriff begonnen? Etwa ich? *Ich verteidige nur meinen Kampf gegen den Marxismus, und wenn der "Bayerische Kurier" nicht eine aufs Dach kriegen will, dann soll er aus dem Zwischengelände herausgehen.* (Stürmischer Beifall.)

Wir werden manchmal einen Schuß einstecken. Wenn es uns zu dumm wird, schießen wir zurück. Dann brauchen die Herren nicht gleich in alle Ohnmächte zu sinken. Der Sinn meiner Rede vor drei Wochen [15] war der, daß *parteipolitische Verquickung* (den Skribenten des "Bayerischen Kurier" bitte ich, nichts zu verhören) *von Politik und Religion, von Politik und Kirche ein Unglück ist,* deshalb, weil in einer Partei sich zwangsläufig Naturen bedenklichster Art zusammenfinden werden, unter dem Trieb, Geschäfte zu machen, und daß diesen Naturen jedes Mittel zur Deckung ihres Kampfes recht sein wird. Und sie werden Mittel verwenden, die sie nicht verwenden dürfen. Es wird Schaden leiden, das, was der Zweck sein sollte, und was man zum Mittel herabgewürdigt hat.

Adolf Hitler befaßt sich in diesem Zusammenhang ein wenig mit dem *Zentrumsmann Dr. Wirth* [16]. Dieser Dr. Wirth geht Wege, die in der letzten Zeit selbst einigen Prälaten

---

12 Am 20.3.1928 in Bamberg. Vgl. Bayerischer Kurier vom 20.3.1928, "Protestversammlung gegen die Katholikenverfolgung in Mexiko". Unter der Regierung von Elias Calles war der Besitz der katholischen Kirche nationalisiert und 1926 die teilweise Schließung der Kirchen verfügt worden.

13 Die "Los-von-Rom-Bewegung" propagierte, unterstützt vom Alldeutschen Verband und dem Evangelischen Bund, den Beitritt der deutsch-österreichischen Länder zum Deutschen Reich und den Austritt aus der katholischen Kirche. Vgl. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985, S. 587 ff.

14 Gemeint ist der 1919 gegründete Partito Popolare Italiano.

15 Am 29.2.1928. Vgl. Dok. 237.

16 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Promotion, 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913 MdL (Zentrum) in Baden, 1914-1918 MdR (Zentrum), 1918-1920 Finanzminister in Baden, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und bis 1933 MdR (Zentrum), März 1920 bis Okt. 1921 Reichsfinanzminister, Mai 1921 bis Nov. 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Okt. 1921 bis Jan. 1922 und Juni 1922 bis Nov. 1922

zu krumm geworden sind. *Diese Wege sind die gleichen, die der Marxismus geht.* Es gibt nicht wenige Katholiken, die diese Art von Politik nicht mitmachen wollen und werden. Damit sind nach der Meinung dieser Parteipolitiker diese Menschen Gegner einer katholischen Weltanschauung. *Wir protestieren dagegen, daß der Herr Wirth der Repräsentant einer katholischen Weltanschauung ist.* (Starker Beifall.)

Oder Herr *Erzberger*! Millionen Katholiken stehen an der Front und erfüllen ihre Pflicht, wie die Millionen Protestanten. Ihr religiöser Vertreter zu Hause konspiriert mit dem Marxismus, und eines Tages findet eine Revolution statt. Erzberger marschiert mit fliegenden Fahnen hinein und wirkt mit, diese Lage zu stabilisieren, und seine Tätigkeit geht darauf aus, diesen neuen Zustand zu verewigen. *Es gibt Millionen von Katholiken, die sich von solcher politischer Betätigung abwenden.* Damit sind diese Menschen Gegner einer katholischen Weltanschauung, also ist Erzberger ein Repräsentant der katholischen Weltanschauung gewesen (Unruhe), ein Mann, der den Existenzkampf der deutschen Volksgenossen, der unser deutsches Volk in der schwersten Weise geschädigt [*hat*].

In *Nürnberg* ist ein Verderber der Jugend gefaßt worden. Ein *Jude*, einer von Zehntausenden, wird vor den Richterstuhl geschleift und ihm nachgewiesen, daß er unzählige Male junge Mädchen zusammenfangen ließ und in seiner Wohnung an ein Kreuz bindet, um sie zu mißbrauchen. (Große Unruhe.) Ein prominentes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, *Graf Pestalozza hielt persönlich warme Freundschaft mit diesem Juden*[17]. (Große Unruhe und Zurufe.) Es gibt Hunderttausende, die dafür kein Verständnis haben, die nicht verstehen, wie man mit einem Juden, der das Kreuz besudelt, in warmer Freundschaft verkehren kann. (Lärm und Zurufe: Unglaublich!) Die Menschen, die gegen diesen Mann Stellung nehmen, haben keine katholische Weltanschauung, weil sie nicht mit der Bayerischen Volkspartei gehen können, *die gegen so etwas nicht Front macht, sondern diesen Mann als Landtagskandidaten aufstellte.* (Stürmische Zurufe.)

Alle diese Männer, drei aus einer langen Reihe, bringen der Kirche keinen Nutzen, aber sehr viel Schaden. Das habe ich neulich ausgeführt und gezeigt, wie unser Volk innerlich mehr und mehr ausgehöhlt wird. Ich habe mich dagegen gewendet, daß man *die Religion zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht* und mit Dingen zu decken versucht, die gar nicht gedeckt werden dürfen. Ich wies nach, wie sehr man heute die absolut politische Lüge versucht *mit religiösen Motiven zu verbergen und dadurch der Religion Schaden zufügt.*

Allen sachlichen Gründen ist der "Bayerische Kurier" in seiner *Rückantwort*[18] ausgewichen. Diese Rückantwort mit einem *Wust von Verleumdungen und Beleidigungen* gegen mich, hat zwei Gesichtspunkte, der erste: wir bestreiten euch das Recht, politische, d. h. religiöse, katholische Grundsätze an die Politik anzulegen. Wir sind an sich romfeindlich und damit katholikenfeindlich!

Reichsaußenminister, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Okt. 1931 Reichsinnenminister, 1933 Emigration.

17 Gemeint ist Otto Mayer. Zu den Anschuldigungen vgl. Bytwerk, Streicher, S. 146 f.

18 Bayerischer Kurier vom 9.3.1928, "Ein Bärendienst".

Es ist wirklich komisch: Ein paar Nummern später bringt der "Bayerische Kurier" einen *Artikel des Herrn von Graefe* [19], der mir ersichtlich dunkle, wenn auch nicht auffindbare Beziehungen zu Rom vorwirft. Jedenfalls ist dieser Vorwurf so *blödsinnig*, wie nur irgend etwas, weil er unserer bisherigen Arbeit geradezu widersprechen würde. Denn wir haben uns vom ersten Augenblick an auf den Standpunkt gestellt: Bei all dem Furchtbaren, was das deutsche Volk zu tragen hat, könnte es nichts Entsetzlicheres geben, als wenn heute ein *Religionsstreit* ausbrechen würde. Das sagen wir nicht nur für die Katholiken, sondern auch für die Protestanten. Wir sind nicht eine sogenannte katholische Partei, sondern

eine deutsche christliche Partei.

Als christliche Partei haben wir beide Konfessionen geschützt, und werden es auch in Zukunft tun. Das ist nicht gleichbedeutend mit dem Schutz einer politischen Partei, die mithilft, Deutschland zu zerstören.

Der *Faschismus* hat nicht die Kirche stürzen wollen, aber die Populari, weil sie mit den Marxisten paktiert haben. (Stürmischer Beifall. Zurufe: Sehr richtig.) Der Kirche wird es in Italien besser gehen, wenn sie, statt von unfähigen Popularis verraten zu werden, von einem eisernen Faschismus beschützt wird unter Begrenzung auf ihre seelsorgerische Mission.

Hitler fertigt nun mit beißendem Spott die gegen ihn persönlich gerichteten *Verleumdungen* religiöser Natur seitens der Bayerischen Volkspartei ab. So den Vorwurf, daß sein Vater ein Führer der Los-von-Rom-Bewegung gewesen sei, daß er in Braunau geboren sei, von dem die Los-von-Rom-Bewegung ausgegangen ist, daß er als dreizehnjähriger Junge die Hostie ausgespuckt und zertreten habe [20]. Diese Verleumdungen liefen in den Dörfern von Mund zu Mund, ohne daß das Dementi, zu dem die Hochwürden-Zeitungen gezwungen waren, beachtet wurde. Das sind die Mittel, mit denen man versucht hat, uns Kirchenfeindlichkeit aufzuoktroyieren. So hat man auch dem Faschismus Mussolinis die infame Lüge der Kirchenfeindlichkeit aufoktroyiert.

Der "Bayerische Kurier" hat uns ferner vorgeworfen, daß wir das Recht bestreiten, *katholische Lehrsätze auf die Politik anzuwenden.* Nicht das Recht der Anlegung katholischer dogmatischer Lehrsätze an die Politik bestreiten wir, sondern nur das Recht, den "Bayerischen Kurier" oder die Bayerische Volkspartei *als die Instanz gelten zu lassen, die darüber entscheidet.*

Warum haben uns die Herren so wenig von vorbildlicher Anwendung dogmatischer Grundsätze auf die Politik gezeigt? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen (starker Beifall). Wenn wirklich diese Partei berufen ist, über die Anwendung katholisch-moralischer Lehrsätze auf die allgemeine Politik zu entscheiden, dann muß die Moral da, wo diese Partei regiert, auf einer fabelhaften Höhe sich befinden. Werfen Sie einen Blick auf *Preußen*, wo der maßgebende Einfluß des Zentrums sich durchgesetzt hat. Gehen

19 Im Bayerischen Kurier konnte kein Artikel Albrecht von Graefes nachgewiesen werden. Gemeint ist vermutlich der von ihm verfaßte Artikel "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928.

20 Dieser Vorwurf stand auch im Mittelpunkt des Beleidigungsprozesses, den Hitler gegen Domkapitular Georg Sponsel angestrengt hatte. Vgl. Dok. 147. Vgl. auch Deuerlein, Hitler, S. 19.

Sie durch die Straßen Berlins, und bleiben Sie am ersten *Zeitungskiosk* stehen und an der ersten *Plakatsäule*, und sehen Sie sich diesen *Schmutz und Mist*, *diese Volksvergiftung* in Bild und Text an! Gehen Sie ins erstbeste Kino, Kabarett oder Theater, in die preußischen Staatstheater, an deren Spitze ein Herr Jessner [21] steht. Sehen Sie sich diese hier gepflegte Kultur an, diesen *Mist* und diesen *Skandal - unter der Herrschaft des Zentrums*. Das ist die Moral dieser Herren.

Sehen Sie nach *Wien*, in das Reich des Monsignore *Seipel*. Schauen Sie sich den Kulturausdruck an -

überall Morast, wohin Sie blicken,

und damit *belastet man die Religion*. Die Herren sollen so ehrlich sein und sagen: Das haben wir aus parteipolitischen Gründen so geschoben (starker Beifall). Wohin Sie blikken, sehen Sie die Einwirkung dieses Regiments. Solange man mit dem Teufel in Gestalt des Marxismus paktiert, soll man nicht von Heiligen reden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß *die Tätigkeit des Reichszentrums die unchristlichste und unkatholischste ist, die es überhaupt gibt*. (Beifall.) Wenn wir dagegen Stellung nehmen, tun wir es, weil wir die Kirche vor diesen Menschen schützen wollen.

Sehen Sie sich die *italienische Entwicklung* vor dem Oktober 1922 an! Italien segelte dem Bolschewismus entgegen und wurde völlig freimaurerisch regiert. In diesem Sumpf standen die Populari mittendrin, von einem Priester Sturzo [22] geführt, dann kam der Faschismus mit dem ausgesprochenen Willen, diesem ganzen Schmutz und Morast ein Ende zu machen, den Marxismus zu brechen und Italien zu disziplinieren. *Gegen diesen Faschismus stellte sich am fanatischsten die Partei der Populari*. Sie ging mit der Opposition, bis der Faschismus so mächtig war, daß der Heilige Vater [23] den Don Sturzo ersuchen mußte, seine politische Tätigkeit aufzugeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das auch in Deutschland einmal kommt, und daß der Heilige Vater sagt: *Du, Wohlmuth, höre deine politische Tätigkeit auf* (anhaltender stürmischer Beifall), *Du gehst in die Kirche und bleibst dort!* Der "Bayerische Kurier" sagt, es sei eine Frechheit, einem Priester verbieten zu wollen, daß er sich politisch betätige. Das verbieten nicht wir, sondern glauben, daß es der Heilige Vater einmal tut. *Politik und Parteischiebung sind zweierlei. Die religiöse Überzeugung darf nicht zu politischen Schiebungen von minderwertigen Elementen hergenommen werden.*

Worin soll denn

unsere programmatische christlich-feindliche Bewegung

21 Leopold Jessner (1878-1945), Schauspieler und Regisseur, 1902 Direktor des Deutschen Theaters in Hannover und des Residenztheaters in Dresden, 1904 Regisseur am Thalia-Theater in Hamburg, 1915 Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg, 1919 Intendant der Staatlichen Schauspiele in Berlin, 1930 Direktor des Staatstheaters Berlin, 1933 Emigration.

22 Don S. Sturzo (1871-1959), eigentlich Luigi Boscarelli, Theologe, 1894 Priesterweihe, 1905-1920 stellv. Bürgermeister von Caltagirone, 1915-1917 Generalsekretär der Katholischen Aktion, 1919 Mitbegründer des Partito Popolare Italiano (P.P.I.), 1919-1922 Generalsekretär des P.P.I., 1923 Begründer der Zeitung "Il Popolo", 1924-1946 Exil, 1940 Mitbegründer der Internationalen Christlich-Demokratischen Union.

23 Papst Pius XI.

bestehen? Hat die Kirche Stellung genommen gegen Belgier, Polen, Tschechen, weil sie *Nationalisten sind?* Warum sollen wir nicht dasselbe Recht besitzen?

Ich verlange nicht mehr als deutscher Katholik als was jedem polnischen Katholiken zugebilligt wird. Oder soll *es unkatholisch sein, Antisemit zu sein?* Der erste Vorläufer im Kampfe gegen das Judentum ist unser gnädigster Herr und Heiland selbst. Der zweite war die heilige *römisch-katholische Kirche* selbst. In Rom hat das Judentum unter der Herrschaft der Kirche eine Stelle eingenommen, mit der wir völlig zufrieden wären.

Hitler erinnert ferner an den großen Kampf gegen das Judentum von der *christlich-sozialen Partei in Österreich unter der Führung Karl Luegers* [24], ohne damit einer Vergleichungsmöglichkeit mit dem "Bayerischen Kurier" Raum geben zu wollen. Lueger war ein guter Katholik, und in seinen Reihen waren Tausende von Priestern. *Er war ein fanatischer Antisemit, und ich habe verschiedentlich von ihm gelernt.* Im Jahre 1919 hat es auch der "Bayerische Kurier" noch gekonnt. Nur hat er es vergessen. Gedächtnisschwund ist aber nicht gleichbedeutend mit christlicher oder religiöser Gesinnung. (Große Heiterkeit.)

Wenn wir gegen

die parlamentarische Luderwirtschaft

auftreten, soll das *antikatholisch* sein? Oder gegen das internationale Börsenkapital? Die Kirche selbst hat viele Jahrhunderte hindurch den Zins verboten. *Wir verteidigten uns - soll das unchristlich sein? Die Kirche segnet die Waffen*, wenn man in den Kampf zieht. Sie hat unsere Waffen gesegnet *und die unserer Gegner.* Sie hat selbst auch gekämpft mit allen Mitteln bis zum Scheiterhaufen (Zuruf: *Inquisition*). Wenn wir unser Volk vor dem Zusammenbruch bewahren wollen, sollen wir unchristlich sein? Unser Herr und Heiland hat uns selbst gezeigt, wie dieser Kampf geführt werden muß, indem er vom Wort zur Tat gegangen ist. Was ist denn antikatholisch? Etwa, daß wir der Bayerischen Volkspartei das Recht absprechen, *im Namen der Religion Politik zu machen?* (Stürmischer Beifall.) Daß wir ihr vor allem das Recht absprechen, andere Menschen zu qualifizieren, *über sie zu Gericht zu sitzen,* daß wir dies von der Partei als eine *Unverschämtheit* ablehnen? (Bravorufe.) Wir lassen uns nicht von einer Partei versichern, was katholisch ist und was nicht. Das machen wir mit unserem Gewissen und mit unserem Herrgott aus. Wenn der Herrgott unsere Arbeit segnet, können uns die Flüche des "Bayerischen Kuriers" eiskalt lassen. Ich glaube, er wird uns auch in der Zukunft, wie bisher, trotz des "Bayerischen Kuriers" seinen Segen geben.

Die Unwahrheit des heutigen Systems zeichnet Hitler zum Schluß seiner hinreißenden Ausführungen an dem Vorgehen gegen

die sogenannten Fememörder.

Niemals möchte er einen braven Jungen dafür hergeben, daß dessen Leben gleichgesetzt würde dem Leben eines Vaterlandsverräters. Denn er baut darauf, daß *die Stunde der Abrechnung kommt,* in der der Staat selbst mit Hilfe seiner legalen Mittel diese Ele-

24 Karl Lueger (1844-1910), Rechtsanwalt, 1870 Dr. jur., 1874-1896 Rechtsanwalt in Wien, 1875/76 und 1878-1910 Gemeinderat in Wien, 1885 Mitglied des öster. Reichsrats, 1888 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei, 1890-1893 Mitglied des Niederöster. Landtags, 1893-1895 Stadtrat in Wien, 1895-1897 Vizebürgermeister und 1897-1910 Bürgermeister von Wien.

mente zur Verantwortung ziehen wird. Der Staat, der selbst nicht stark genug ist, sich ihrer zu erwehren, soll an seiner eigenen Unehre kranken und wenn nötig zugrunde gehen. *Wenn einst ein nationalsozialistischer Staat kommt, braucht er keine private Hilfe, um mit Landesverrätern fertig zu werden. Kein halbes Jahr nationalsozialistischer Regierung werde vergehen, und kein Landesverräter wird sich mehr finden.* (Stürmischer Beifall.) Genau so wie wir fertig werden mit dem Unrat, der heute unser öffentliches Leben vergiftet, mit legalen Mitteln. (Schreiben Sie es auf, Herr Skribent des "Bayerischen Kurier"!)

Als man die *Kriegsverbrecher* verurteilte, mußte sich jedem Soldaten das Herz zusammenziehen vor Grimm; da sitzen Richter, die von dem Wesen des Krieges keinen blassen Dunst haben, urteilen über Männer und Taten, die in einem Geschehen vollzogen wurden, in dem der Richter einen Nervenschock bekommen hätte. *Über Soldaten im Kampfe können nur Soldaten, die gekämpft haben, urteilen, sonst niemand!* (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir diese Dutzende von armen Teufeln, die des Fememordes angeklagt waren, aus den Zuchthäusern herausholen wollen, dann ist das für die Bayerische Volkspartei "parteipolitisches Geschäft", und wenn versucht wird, nachzuweisen, daß auch andere schuldig sind, dann ist das eine schamlose antinationale Gesinnung. *Die Melodei* [*sic!*] *habe ich schon einmal gehört. Bis zum 8. November 1923 war der Staatsstreich ein Problem,* mit dem man sich allseitig eindringlich beschäftigte. Am 9. November war er eine verabscheuungswürdige Tat, am 1. April 1924 ein *Verbrechen* [25], das bestraft werden muß. Jetzt sitzt man da, und filzt im Unter[*suchungs*]ausschuß [26] darum herum und muß sagen, die Welt dreht sich, wie ein Zauberrad auf der Oktoberfestwiese. *Man sieht die Leute als Richter, von denen man weiß: Mit ihnen habe ich oft über das Problem gesprochen, und sie haben die und die Meinung gehabt* (stürmischer Beifall), *und jetzt sitzen sie alle als Richter da und kennen einen nicht mehr, fragen einen, und wissen es zum Teil besser, als man es selber weiß.* Dann treffen die Leute

"Feststellungen" [27],

wozu sie vier Jahre gebraucht haben, und dann stellt man fest, *was das Gericht festgestellt hat.* Ich habe die Herren gebeten, sie möchten mich vorladen. Sie haben sich die Köpfe zerbrochen, was ich unter "innerer Reinigung" im Jahre 1923 verstanden haben könnte. Dabei wartete ich andauernd auf [*einen*] telephonischen Anruf, in den Untersuchungsausschuß zu kommen. *Nach meiner zweiten Versammlung* [28] *hat der Ausschuß auf einmal kein Interesse mehr gehabt.* Sie wollten mich nicht belästigen. Sie werden Gründe gehabt haben. *Ich glaube, ich kenne sie sogar.* Es war die *Angst*, daß ich da drinnen sagen

25 Am 1.4.1924 war das Urteil im Hitler-Prozeß verkündet worden. Zum Prozeß vgl. Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Teil I und II, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973).

26 Gemeint ist der im Sommer 1924 eingesetzte "Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923", der im April 1928 seinen Bericht vorlegte.

27 Druck: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. V. Tagung 1927/1928. Beilagenband VIII, München o. J., Beilage 3737, S. 463 f. Die Feststellungen wie der Bericht des Untersuchungsausschusses wurden am 27.4.1928 im Bayerischen Landtag beraten und zur Kenntnis genommen. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 212. Sitzung vom 27.4.1928, S. 681 ff.

28 Am 23.1.1928. Vgl. Dok. 223.

könnte, was sie damals gedacht haben. Gott sei Dank haben sie nicht festgestellt, was ich gedacht habe, sondern das, was der Richter festgestellt hat.

Ist es nicht unglaublich, daß man ein Volk in der Zeit seines größten Zusammenbruches und Verfalles mit derartigen Mätzchen abfüttert? Ist es nicht hahnebüchern, wie man eine solche Politik der Lächerlichkeit mit religiösen Motiven zu verbrämen sucht?

Wenn man mich angreift, habe ich den guten Grundsatz, sofort auf die linke Backe des anderen eine zurückzuhauen. Wenn der "Bayerische Kurier" den Kampf will, so bin ich bereit. Entweder die Herren gehen aus dem Zwischengelände des Kampfes mit dem Marxismus heraus oder sie werden von Zeit zu Zeit eine aufs Dach kriegen. *Er wird eines Tages erleben müssen, daß die Bewegung, die er glaubt, mit solchen Mätzchen totzuschlagen, so sicher vorwärts marschieren wird, als Deutschland nicht zugrunde geht.* (Anhaltender Beifall und sich immer wiederholende brausende Heilrufe.)

24. März 1928 [1] Dok. 243
"Ein Kampf um Deutschlands Befreiung" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kempten [3]

Allgäuer Tagblatt vom 26.3.1928, "Adolf Hitler in Kempten" [4].

In den Mittelpunkt der Ausführungen stellte er [*Hitler*] die *Betonung des Kulturwertes der arischen Rasse.* Dabei ging der Redner nicht auf Einzelheiten unserer Innen- und Außenpolitik ein, streifte sie vielmehr nur in großen Zügen, wandte sich dabei aber doch besonders scharf gegen den Parlamentarismus in Deutschland.

Im Eingang seiner Ausführungen verwies Adolf *Hitler* auf die bevorstehenden Wahlversammlungen, die von Millionen besucht werden mit der Hoffnung, daß die Wahlredner bestimmte Versprechungen machen, die aber schließlich doch nicht erfüllt werden. Von den letzten 50 Jahren hat im letzten Drittel das deutsche Volk einen Aufschwung erfahren, der aber nicht der *parlamentarischen* Tätigkeit zuzuschreiben ist, vielmehr einer *Kraftäußerung der Nation*, die ihren Ursprung außerhalb des Parlaments hat. Sieben Jahre nach dem Zusammenbruch Deutschlands 1918, am Tage der Völkerschlacht von

1 Datierung nach Allgäuer Tagblatt und Allgäuer Zeitung. Der Polizeibericht gibt als Datum den 26.3.1928 an; im VB vom 25./26.3.1928 wird die Rede für den 25.3.1928 angekündigt.

2 Titel laut Polizeibericht.

3 Im Kornhaussaal, von 20.45 bis 23.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Georg Felix Lippert geleitet. Zu der Veranstaltung waren auch zahlreiche Mitglieder der Ortsgruppen Memmingen, Lindenberg, Sonthofen, Immenstadt und Obergünzburg angereist.

4 Nachdruck mit geringfügigen Änderungen: VB vom 28.3.1928, "Der Kampf um Deutschlands Freiheit". Vgl. auch Allgäuer Zeitung vom 27.3.1928, "Hitlers Kampf um die deutsche Freiheit"; VB vom 27.3.1928, "Hitler im Allgäu". Sowie Bericht des Bezirksamtes Kempten an Polizeidirektion München vom 2.4.1928; StA München, Polizeidirektion München 6736. Lagebericht N/Nr. 66 der Polizeidirektion München vom 1.5.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Leipzig, ist der *Vertrag von Locarno* unterzeichnet worden[5], der uns die völlige Versklavung gebracht hat. Sieben Jahre sind ungenutzt verstrichen zum Wiederaufbau. Wenn man in diesen Wochen wieder zur Wahl geht mit den Hoffnungen auf Erfüllung von Wünschen, so kann man sagen wie vor acht Jahren: Alle Hoffnungen gehen nicht in Erfüllung, weil in Deutschland Millionen von Menschen der Überzeugung sind, daß ihr Schicksal im Grunde genommen geändert werden könnte durch parlamentarische Maßnahmen. Für uns ist die Aufgabe der Politisierung unseres Volkes nicht die Aufstellung von hunderttausend Einzelwünschen, sondern für uns erscheint die Aufgabe der Politisierung der Nation *die* zu sein, sie wieder zurückzuführen zu einer Präzisierung des Denkens an sich. Wir möchten unser Volk aus dem ganzen Dunst weltbürgerlicher oder proletarischer Anschauung herausheben in die Wirklichkeit. In euch selbst liegt die *Quelle der Kraft*; wenn ihr sie erschüttert, geht ihr zugrunde! Worin ist denn Kraft zu suchen? Es handelt sich darum, daß bestimmte Ursachen behoben werden müssen, wenn wir die Wirkung dieser Ursachen ändern wollen. Der erste Grundsatz ist, *das Einzelschicksal ist keineswegs das Schicksal der Nation.* Es gibt auch keinen Stand, der das Schicksal der Nation bestimmt. Es gibt auch kein örtliches Schicksal. Es ist Unsinn, darauf zu spekulieren, Dumme zu finden, die glauben, das Schicksal eines Ortes, eines Ländchens, eines Einzelstaates könnte sich günstiger gestalten durch politische Manipulationen. Es ist nicht der Beweis für die Richtigkeit für ein Regierungsprinzip, daß dies Prinzip augenblicklich besteht. In tausenden von Fällen sehen wir die *Verwirtschaftlichung* [*sic!*] der Substanz. Überall wird die Substanz in Angriff genommen. Die meisten Menschen sehen nur die wirtschaftliche Substanz. Es gibt aber noch eine andere Substanz: *Das ist der Träger von all diesen Betrieben, das ist der Mensch selbst.* Auch diese Substanz kann vernichtet werden; es kann Raubbau damit getrieben werden; auch diese Substanz kann eines Tages aufhören. Wenn Völker ihre kostbarste Substanz, das Volk selbst, das lebendige Fleisch und Blut nicht genügend zu würdigen vermögen, kann die Stunde kommen, in der sie daran zugrunde gehen. Warum lebt der einzelne Mensch überhaupt? Die Haupttriebe sind Selbsterhaltung und Forterhaltung. Aus diesem Selbsterhaltungstrieb heraus muß zwischen den Wesen auf dieser Erde ein Kampf in dem Augenblick beginnen, in dem die Selbsterhaltung nur garantiert wird durch die Vernichtung des anderen. Dieses Ringen erscheint im ersten Augenblick als gräßlich, als entsetzlich. In Wirklichkeit ist es die Voraussetzung zur Höherzüchtung von Wesen, zur Reinerhaltung der Art, zur Besserung der Art. *Durch den Lebenskampf* wird *alles Morsche, alles Schwächliche, alles Kranke abgespalten.* Das erste, was wir als grundsätzlich anerkennen müssen, wenn wir von einer gesunden natürlichen Weltanschauung sprechen, ist das *Gesetz des Vorrechtes von Kraft und Stärke im ganzen Universum.* Dieses Gesetz wird ergänzt durch ein zweites Gesetz, nämlich: Nicht nur der Kampf an sich hat den Menschen emporgebracht, hat ihn über die Tierwelt erhoben; auch unter dieser

5 Die Locarno-Verträge waren am 16.10.1925 von den an der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) beteiligten Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei) paraphiert, am 1.12.1925 von Reichskanzler Hans Luther und Reichsaußenminister Gustav Stresemann in London unterzeichnet und am 14.9.1926 von den beteiligten Staaten in Genf ratifiziert worden. Zu den Locarno-Verträgen vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.
Die Völkerschlacht bei Leipzig hatte vom 16. bis 19.10.1813 stattgefunden.

Gesamtsumme, unter dem Artbegriff der Menschheit, sind *bestimmte Rassen* auf Grund ihrer Fähigkeiten über andere langsam emporgestiegen. Wenn wir die heutige Erde nach ihrer Kultur ansehen, nach dem, was uns ins Auge springt, wenn wir das als Maßstab für das innere Leben verwenden, dann ist die menschliche Kultur das Ergebnis einer einzigen großen Rassen- und Artgemeinschaft. *Was an realen Werten geschaffen wurde, es ist das Werk der arischen Völkergemeinschaft, auch in anderen Ländern!* Nicht alle Menschen sind gleich; es gibt nicht lauter Genies und Talente, nicht lauter Dummköpfe. Die Einzelperson ist das schöpferische Genie zu allen Zeiten gewesen: er geht der Menschheit voran. In den Rassen sind es einzelne Menschen, die Höchstes leisten als Erfinder, Organisatoren, Entdecker, als Dichter, Denker, Staatsmänner und Künstler. Wenn wir diese Gedanken in die heutige Zeit hineinstellen, so ergibt sich: das deutsche Volk kämpft heute um Sein oder Nichtsein. Ein gesundes Volk paßt sich seiner Landfläche an, es geht darauf aus, neues Land sich zu erobern. *Durch Auswanderung verliert das Volk seine besten Kräfte.* Es verliert dabei seinen Selbsterhaltungstrieb, will keinen neuen Boden mehr erwerben, will keinen Ausgleich mehr schaffen, kommt zur Dezimierung des Volkes, zum *Zweikindersystem*. Wenn ein Volk die Geburtenbeschränkung zum Prinzip erhebt, macht es sich mit diesem Prinzip kaputt. Unser Volk muß zu der Einsicht kommen, daß es die Zurückgewinnung der Kraft braucht, um leben zu können. Die *Wirtschaft kann uns nicht retten*. Der internationale Markt ist uns versperrt, weil wir durch den Friedensvertrag von Versailles aller Gleichberechtigung verloren gegangen sind, weil ganz neue Faktoren auftreten, die unter dem gleichen Zwange handeln wie wir. Wenn wir im Wirtschaftskampf erfolgreich bleiben wollen, müssen wir die letzte Konsequenz ziehen. *Die Ursache unseres Verfalls war der Mangel an innerer Kraft.* Deutschland wird nicht gerettet durch Männer, die der allgemeinen Weltliebe zum Opfer fallen, sondern durch die, die den allgemeinen Haß auf sich ziehen. Die Lebensfrage des deutschen Volkes ist nicht eine kleine Erhöhung der Ein- und Ausfuhrquote. Sie muß sein die Wiedergewinnung der *politischen Macht,* die uns eines Tages mehr Boden gibt oder die *Freiheit des Wirtschaftslebens* zurückgibt; auch sie ist gebunden an Macht. Worin liegt die Macht? Sie liegt in drei Faktoren: 1. im *Volkswert an sich*, 2. in der Fähigkeit, diesem Volkswert durch entsprechenden *Persönlichkeitswert* Ausdruck zu geben und 3. im allgemeinen *Selbsterhaltungstrieb*. Der Kampf hat das Menschentum gestaltet, nicht der Pazifismus. Die inneren Werte eines Volkes liegen in seinem *Blutswert,* in seinem *Persönlichkeitswert,* in seinem *Kampfwert.* Ganz gleich wie das deutsche Volk in der Zukunft sein Leben gestalten will, immer wird es dazu die Macht brauchen. Diese Macht liegt im inneren Wert unseres Volkes. Es ist gespalten in Kopf- und Handarbeit. Der Nationalsozialist erklärt, daß er grundsätzlich weder Bürger noch Proletarier kennt. In großen nationalen Fragen muß über allem das *Vaterland* stehen. National sein heißt: eintreten für sein Volk. Der höchste Nationalist ist nicht der, der patriotische Lieder singt, sondern der, der sorgt, wie kann ich das Dasein meines Volkes bessern. *Wenn wir die deutsche Freiheit wieder erringen wollen, kann es nur durch Kampf geschehen.* Wenn wir diesen Kampf führen wollen, führen wir ihn niemals durch eine Klasse, die, wenn sie siegt, sagt: Wir sind die Herren. Wir können den Kampf vorbereiten durch eine neue Idee, die sich in unser Volk einfrißt, [*durch*] die Überzeugung: Wenn wir siegen, ist die-

ser Sieg nicht der Sieg einer Klasse. Wir siegen für unser Volk, mit dem wir kämpfen und leben. Wir sind Sozialisten, indem wir Nationalisten sind, wir sind Nationalisten, indem wir Sozialisten sind. Wir beugen uns vor dem Großen, was unser Volk gehabt hat, auch wenn es nicht aus unserem weltanschaulichen Geist geworden ist. Wir beugen uns vor dem, was in der deutschen Geschichte als groß unser Volk beglückte. Wir sind eine Kampfgemeinschaft.

Der Redner gab dann einen Überblick über das Werden und Wachsen der nationalsozialistischen Bewegung, die man so oft tot gesagt hat, und schloß mit den Worten: "Diese Bewegung wird ihren Weg gehen, wie sie ihn bisher gegangen ist, bis aus dem zerfallenen Volk eine neue Front ersteht, die sagt: Wir sind nicht Proletarier, nicht Bürger, wir sind wieder das junge Deutschland, denn Deutschland ist nicht tot!" [6]

27. März 1928 Dok. 244
"Der Kampf um Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Fürth [2]

Nordbayerische Zeitung vom 29.3.1928, "Hitlerversammlung" [3].

Vom Parlamentarismus dürfe man nichts erwarten, auch nicht von einer rein platonischen Stellungnahme zu den Tagesfragen. Gleichviel ob es sich um moralische oder wirtschaftliche Dinge handle, immer hänge das Schicksal des einzelnen von dem seines Volkes ab, bei dem Substanzverlust auch Verlust der Volkskultur bedeute. Weiter sprach Redner [*Hitler*] u. a. von den Ursachen unseres Zusammenbruchs, dem katastrophalen Geburtenrückgang und den Wahlprogrammen, die zwar immer schön aussähen, aber niemals das hielten, was sie versprächen. Geltung eines Volkes ist nicht Waffenmacht allein, sondern seine innere Wertgeltung, die wir wieder erarbeiten müssen, auch um politische Macht zu sein. [4]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Geismannssaal, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Albert Forster geleitet. Hitler soll zwei Stunden gesprochen haben.

3 Vgl. auch Fürther Anzeiger vom 28.3.1928, "Hitler in Fürth"; VB vom 29.3.1928, "Hitler in Fürth"; Der Stürmer, Nr. 14 vom April 1928, "Aus der Bewegung: Hitler in Fürth". Sowie Lagebericht Nr. 127/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 2.4.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

30. März 1928 Dok. 245
"Um das Schicksal der Nation" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ingolstadt [2]

Der Donaubote vom 31.3.1928, "Adolf Hitler spricht!" [3].

Er [*Hitler*] erinnert an die bevorstehenden Wahlen, an die Flut von Versprechungen, die sich über das Volk ergießt, und geht hinweg über diese Tagesfragen, mit denen er nichts zu schaffen haben will. Als der große Kämpfer läßt er sich durch sie nicht den Blick verstellen. Wichtigeres ist nötig: *"Politik* ist die *Herstellung allgemeiner gesunder Grundlagen*, die die Lösung dieser Tagesfragen erst möglich machen." So geht er geradenweges auf die entscheidenden Fragen der Politik, auf die Grundfrage der deutschen Not ein. "Wir sind nicht Herren unseres Willens. *Die Lage Deutschlands gleicht einer Kolonie.* Es kann sein Schicksal nicht selbst bestimmen". Das ist das Entscheidende. Deutschland hat keine Souveränität mehr. *Die Verfassung des Deutschen Staates ist nicht die Weimarer Verfassung,* es ist der Vertrag von Versailles. Weimar ist nur eine Erfüllungsform dieses Vertrages.

Wer um das Schicksal des Volkes ringt, weiß, daß es nicht durch das des einzelnen bestimmt wird. Umgekehrt: *Das Schicksal des Volkes bestimmt das Schicksal des einzelnen*, und keiner glaube, daß gerade er diesem Schicksal entrinnen könne. Hitler erinnert an das Beispiel der Inflation. Wenn ein Volk seine Unabhängigkeit verliert, verliert sie auch der einzelne. Aber ebensowenig wie der einzelne sich diesem Gesamtschicksal entziehen kann, ebensowenig können einzelne Teile unseres Reiches sich diesem Schicksal entziehen.

Wie Hitler das Notwendige und Wichtige in der Politik im Grundsätzlichen sieht, so sieht er auch das Falsche und Irrtümliche gegenwärtiger Politik im Grundsätzlichen. Die Gedankenwelt, *das herrschende System sind prinzipiell falsch.* Die Majorität war noch nie der Beweis für die Richtigkeit einer Idee. Zweitausend Jahre glaubte man an die Weltanschauung des Aristoteles, bis sich deren Voraussetzungen als irrtümlich erwiesen. Vierhundert Jahre herrschte der Hexenwahn in Deutschland. Also können Ideen, die allgemeine Geltung besitzen, *falsch* sein, und *es kann ein ganzes Volk an dieser falschen Denkart zugrunde gehen.* Nicht, daß man mit einer Idee im Augenblick herrschen kann, beweist, daß sie richtig ist, sondern die Frage, was wäre, wenn man mit dieser Idee schon seit Väter und Urväter Tagen regiert hätte.

In Deutschland *verwirtschaftet man heute die Substanz* und verwirtschaftet am schlimmsten die wesentlichste Substanz: den Menschen. Aber die Natur läßt nicht mit sich Schindluder treiben. Das Verwirtschaften der Substanz durch mangelnde soziale

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Schäffbräukeller, von 20.30 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.400 (Der Donaubote: 2.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Dr. Ludwig Liebl geleitet.

3 Vgl. auch Halbmonatsbericht Nr. 13/II vom 2.4.1928 und Nr. 13/II [*sic!*] vom 16.4.1928; Stadtarchiv Ingolstadt, A III/23. Sowie Lagebericht N/Nr. 66 der Polizeidirektion München vom 1.5.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Maßnahmen vor dem Kriege hat sich bitter schwer gerächt. Wenn heute 15 Millionen Deutsche nicht national denken wollen, so ist das die Folge jener Politik der "nationalen Kreise".

Die Haupttriebe des Lebens sind *Selbsterhaltung und Forterhaltung*, und die Politik ist nichts anderes als der Kampf der Völker um ihr Leben. Dieser Drang zum Leben ist universal, er beherrscht die ganze Natur. Der Drang zum Leben aber muß zum *Kampf* führen, weil er unbegrenzt ist, die Lebensgrundlage, der Raum aber begrenzt. So ist nicht Humanität, sondern Brutalität der Grundsatz des Lebens! Der Mensch wurde zum Herrn der Welt durch Kampf und fortgesetztes Ringen. Nicht Humanität, sondern das Recht der Stärke und das Vorrecht der Kraft haben sich durchgesetzt. Aber die Menschheit ist nicht eine einheitliche und gleiche Masse. Es gibt Unterschiede der Rassen. Die *Erde hat ihre Kultur von Spitzenvölkern erhalten*, und was wir sehen, ist schließlich das Ergebnis des Wirkens und Schaffens der Arier. In der Rasse aber wieder sind entscheidend die Persönlichkeiten, die sie hervorzubringen vermag. Die Persönlichkeiten haben das Kulturbild der Menschheit geschaffen und nicht demokratische Majoritäten.

Wenn ein Volk diese drei Grundsätze, den Willen zum Kampf, den Willen zur Erhaltung der Rasse und die Hochschätzung des Persönlichkeitswertes verliert, verliert es die Kraft der Selbstbehauptung. *Selbstbehauptung aber heißt die Übereinstimmung zwischen Volkszahl* und Lebensraum. Ein gesundes Volk vermehrt sich. Bleibt der Boden gleich, so treten Spannungen auf. Drei Wege des Ausgleichs dieser Spannungen sind möglich. Der erste und gesunde ist der, daß ein Volk sich den *Lebensraum nimmt,* den es braucht. Der zweite Weg ist die *Anpassung der Volkszahl an den Boden.* Geschieht dies durch *Auswanderung*, so beraubt sich das Volk damit seiner besten, seiner unternehmungsfähigsten und kräftigsten Angehörigen. Geschieht es durch *Geburtenbeschränkung*, so bedeutet dies die Vernichtung des wertvollsten Nachwuchses. Ein dritter Weg bleibt, der Ausgleich durch erhöhte *Wirtschaft.* Aber da nicht die Produktion entscheidend ist, sondern die Verkaufsmöglichkeit in der Wirtschaft, ist dieser Weg nicht beschreitbar ohne Macht.

Nichts Wesentliches wird sich ändern an der Lage Deutschlands, solange es unfrei und *ohne Macht* ist. Das Bleigewicht der 20 Millionen, die zuviel sind, zieht uns in den Abgrund. Entweder wir bauen Deutschland ab oder *wir nehmen den Kampf mit allen Mitteln auf.* Voraussetzung dafür aber ist, daß wir das Volk zu einer großen und gesunden Denkart, zur Erkenntnis seines Schicksals zurückführen. Für die Änderung des deutschen Schicksals ist *Macht die Voraussetzung.* Die einzige Macht des an Zahl und Lebensraum beschränkten deutschen Volkes ist sein *innerer Wert.* Dieser aber ist zu erhalten durch das Blut und durch die Achtung der Persönlichkeiten, das heißt durch die Abkehr vom demokratischen Majoritätsprinzip, das allem Großen feind ist. Wenn aber das deutsche Volk die Freiheit wieder erringen will, so kann es nur durch Kampf geschehen. Nicht Kampf der Bürger oder der Proletarier, *sondern Kampf des einigen Volkes.* Was die anderen trennt, einigt uns. Indem wir Sozialisten sind, sind wir Nationalisten, und indem

wir Nationalisten sind, sind wir Sozialisten. So sind wir eine *Kampfgemeinschaft im Dienste für das deutsche Volk und Vaterland.* [4]

31. März 1928 Dok. 246
Anordnung

VB vom 3.4.1928, "Die Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. für den Reichstag und den Preußischen Landtag" [1].

Hierdurch ernenne ich den Pg. Herrn Dr. *Wilhelm Frick* [2], M.d.R., zum *Reichswahlleiter* sowie den Pg. Herrn *Wilhelm Kube*, M.d.R., zum *Wahlleiter für die preußischen Landtagswahlen* [3] und beauftrage sie mit der Durchführung der einschlägigen Arbeiten.

München, den 31. März 1928

gez. *Adolf Hitler*

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 3.4.1928, "Aus der Bewegung".

2 Wilhelm Frick (1877-1946), Jurist, 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsinnenminister, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

3 Die preußische Landtagswahl fand zusammen mit der Reichstagswahl und den Wahlen zu den Landtagen in Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt am 20.5.1928 statt. Vgl. auch Dok. 247.

1. April 1928 — Dok. 247
"Die Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. für den Reichstag und den Preußischen Landtag"
Anordnung

VB vom 3.4.1928.

Nachstehend gebe ich die Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. zum Reichstag und zum Preußischen Landtag bekannt. [1]

München, den 1. April 1928

Adolf Hitler

2. April 1928 — Dok. 248
"Der Kampf um Deutschlands Freiheit" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Chemnitz [2]

VB vom 7.4.1928, "Adolf Hitler in Chemnitz, der marxistischen Hochburg Sachsens" [3].

Der Redner [*Hitler*] geißelte eingangs die sinnlosen Versprechungen, die im Wahlkampfe von allen Seiten gemacht werden, und die Unbefangenheit der Massen, die immer wieder solchem Stimmenfang trauen, weil sie über die Allgemeininteressen ihre persönlichen Interessen setzen und fälschlich glauben, daß von der Lösung der Tagesfragen die großen Belange eines Volkes abhingen, während hinter den Tagesfragen ganz andere, viel brennendere Probleme stünden.

Das deutsche Volk habe die klare Linie des gesunden Instinkts verloren und vermöge nicht mehr logisch zu denken. Seit 1912 sei unsere ganze Mentalität pazifistisch vergiftet, und unsere Aufgabe sei, unser Volk aufzuklären und zu einem gesunden Selbsterhaltungstrieb zu erziehen.

Das Schicksal des einzelnen Menschen sei das Ergebnis des Schicksals der Volksgemeinschaft. Einkommen sei nicht identisch mit Auskommen, und man könne mit einem doppelten Einkommen den Menschen nicht doppeltes Brot geben, wie man in der deut-

1 Folgt Liste der NSDAP-Kandidaten für die Reichstags- und preußische Landtagswahl am 20.5.1928.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 31.3. und 1./2.4.1928.

2 Im "Marmorpalast", von 20.20 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 (VB: 4.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Wetzig geleitet.

3 Der VB gibt hier einen Bericht des Chemnitzer Tagblatts vom 3.4.1928 wieder. In dem VB-Artikel werden ferner Auszüge aus den Chemnitzer Neuesten Nachrichten und der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung abgedruckt. Vgl. auch VB vom 4.2.1928, "Hitler in Chemnitz". Sowie Bericht des Polizeipräsidiums Chemnitz vom 3.4.1928; StA Dresden, MdI 11135. Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen 1928 im Monat April; StA Dresden, MdI 11126/2.

schen Not auch nicht ein einzelnes Gebiet des deutschen Vaterlandes lostrennen könne von dem Glück oder dem Leid des deutschen Volksschicksals.

Alle großen Bewegungen dürften nur von dem Gesichtspunkte aus beurteilt werden, ob - unabhängig von dem augenblicklichen Erfolg - die maßgebenden Grundgedanken an sich richtig sind. Es entscheide niemals der Augenblick im Leben der Völker. Unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben sei nicht ein Erfolg der neuen Männer, sondern ein verhängnisvoller Raubbau an dem, was unsere Väter geschaffen und anders als wir gemacht. *Wir zehrten* [*sic!*] *heute an unserer Substanz nicht nur in wirtschaftlichem, sondern auch in völkischem Sinne.*

Schon Goltz [4] habe auf die Gefahren hingewiesen, daß wir über der Wirtschaft den Menschen vergessen, und die Wirtschaft sei noch immer zusammengebrochen, wenn der Mensch zusammengebrochen [*sei*]. Der Wille zum Leben führe aus den Begrenztheiten des Daseins zum Kampfe um die Lebensvoraussetzungen. Kampf sei der Impuls der Selbsterhaltung in der Natur; im Kampf sei der Mensch groß geworden.

Der erste Grundsatz jeder vernünftigen Weltanschauung sei, daß auf Erden und im Universum nur die Kraft entscheide. Was der Mensch geworden sei, sei er geworden dank seiner Genialität plus seiner Brutalität, was er heute besitze an Kultur, sei eine Kultur der arischen Volksgemeinschaften. Der arische Mensch habe der ganzen Welt den Stempel seines Wesens aufgedrückt, doch sei das Ergebnis aller Entwicklung nicht majorativer Abstimmung, sondern immer nur dem Schöpferdrange der Einzelpersönlichkeit entsprungen, Persönlichkeitswert sei entscheidend, nicht Masse Mensch.

Das ganze Leben sei gebunden an drei Thesen: Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Der Wert liegt im Blute. Der Persönlichkeitswert ist ausschlaggebend und entscheidend.

Weil das deutsche Volk das vergessen habe, sei es zusammengebrochen, und wenn es nicht wieder zur Macht komme, zur Macht im Sinne von Wert und Wollen, werde es untergehen müssen. Wir würden nie das deutsche Problem lösen, wenn wir uns nicht wieder aufschwängen zu den drei Grundpfeilern eines jeden Volkes:

Kampfsinn, Blutswert und Persönlichkeitsgedanke.

4 Gemeint ist General Colmar von der Goltz, der u. a. die Schrift "Das Volk in Waffen. Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit", Berlin ^{6}1925, verfaßt hatte.

4. April 1928 Dok. 249
"Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. für die bayerische Landtagswahl"
Anordnung

VB vom 6.4.1928.

Hiermit gebe ich die Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. zum Bayerischen Landtag bekannt. Zugleich ernenne ich Pg. Herrn Dr. Rudolf *Buttmann* zum Wahlleiter der Bayerischen Landtagswahl und beauftrage ihn mit der Durchführung der einschlägigen Arbeiten. [1]

München, den 4. April 1928

gez.: *Adolf Hitler*

5. April 1928 Dok. 250
"Wahlkampf oder Schicksalskampf?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau [2]

Zwickauer Zeitung vom 7.4.1928, "Adolf Hitler in Zwickau" [3].

Mit einem satirisch gehaltenen Ausblick auf die bevorstehende Wahl [4] leitete er [*Hitler*] seinen 2 1/2 stündigen Vortrag ein, indem er zunächst den Satz in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte, daß das *Schicksal des Einzelnen* untrennbar mit dem *Gesamtschicksal des Volkes* verbunden sei. Darum sein Ziel: alles für das Gesamtvolk. Die Lage des deutschen Volkes lebenswert zu gestalten, ist nach Hitler Sinn und Ziel jeder Politik.

Diese Verbundenheit muß erkannt werden! Wenn das bisher nicht geschehen ist, wenn man die Wirtschaft als solche, wenn man Klassenbewußtsein und Klassenkampf in den Vordergrund rückt, so ist das nichts als eine jener Wahnideen, an der Völker und Jahrhunderte gekrankt haben. Man denke an den *Hexenglauben,* denke an die *Hexen-*

1 Folgt Liste der NSDAP-Kandidaten für die bayerische Landtagswahl am 20.5.1928.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 3.4. und 4.4.1928.
2 Im großen Saal der "Neuen Welt", von 20.00 bis 22.30 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 3.500 Personen teil.
3 Vgl. auch Sächsisches Volksblatt vom 7.4.1928, "Klamauk mit Hitler"; Zwickauer Neueste Nachrichten vom 7.4.1928, "Hitler in Zwickau"; Zwickauer Tageblatt vom 8.4.1928, "Hitlers Zwickauer Gastspiel"; VB vom 12.4.1928, "Mehr als 5000 Volksgenossen in der Hitlerversammlung" (Nachdruck aus Erzgebirgischer Volksfreund vom 8.4.1928); VB vom 14.4.1928, "Adolf Hitler, der Trommler Deutschlands" (Auszüge aus Zwickauer Neueste Nachrichten und Zwickauer Tageblatt). Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Monat April 1928; StA Dresden, MdI 11126/2.
4 Am 20.5.1928 fanden Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

und Ketzerverbrennungen, an die die ganze Welt glaubte, und die wir heute klar und bestimmt als eine Wahnidee erkennen. Nicht Einzelschicksal, nicht die beliebten "Tagesfragen", nicht die Wirtschaft sind es, die im Vordergrunde stehen, die Zielpunkte der Politik sind. Es geht um Leben und Dasein des ganzen Volkes!

Solange aber der *Friedensvertrag von Versailles* und der *Dawesplan* das Staatsgrundgesetz für unser Volk sind, so lange treiben wir Raubbau an dem von unseren Vätern ererbten Volksgut, treiben Raubbau auch an dem Kostbarsten, was wir haben, an Menschenleben.

Und die Zeit muß kommen und wird kommen, wo unser Volk unter Raubbau-Lasten zusammenbricht, wenn nicht Hilfe zur rechten Zeit kommt.

Wir sind ein Volk ohne Raum! Während wir auf einem Raum von zirka 460.000 Quadratkilometer 62 Millionen ernähren, sehen wir uns Weltreichen gegenüber, die über einen Raum von 70 Millionen Quadratkilometer verfügen. Wir Menschen sind aber Erdgeborene, sind gebunden an die Mutter Erde und leben von dem, was sie uns bietet. Wir leben nicht von dem sogenannten *Einkommen,* das man schließlich erhöhen oder erniedrigen kann: wir müssen das *Auskommen* haben. Der Drang zum Leben, der Drang zum Essen und der Trieb zur Fortpflanzung sind die elementaren Naturgesetze, denen wir alle folgen. Heute schon sind 20 Millionen Deutsche zuviel auf unserem engen Raum. In Zukunft wird sich dieses Mißverhältnis zwischen Einwohnerzahl und dem unveränderlichen Lebensraum dank dem Drang zum Leben und [*zur*] Fortpflanzung immer ungünstiger gestalten.

Das ist das *Problem*, das gelöst werden muß, und von dem die Erlösung des deutschen Volkes abhängt! Die *Auswanderung,* die man als ein Mittel zur Behebung der völkischen Not bezeichnet, führt dazu, daß die wagemutigsten, die besten Kräfte verloren gehen. Die *Beschränkung der Geburten* dezimiert ein Volk in seinem Wert - nicht nur in der Zahl: denn die Erfahrung zeigt, daß die größten Männer meist nicht *erst-*, sondern *nachgeboren* sind.

So bleibt nur als letzte Konsequenz, daß wir früher oder später um Raum und um das Leben unseres Volkes ringen müssen, wenn kein anderer Weg gefunden wird, um unsere Existenz zu sichern. Wir sehen diesen *Kampf* in der Natur, durch den die Auslese der Tüchtigsten stattfindet. Man mag diese Erscheinung als grausam ansprechen. Sie ist das eherne Naturgesetz, dem wir alle unterstellt sind. Darum muß das Leben eines Volkes auf *Wahrhaftigkeit,* auf *Selbstbehauptung,* auf *Kampf* eingestellt sein!

Mehrheiten machen es nicht, wie auch Parlamente es nicht machen. *Männer* sind nötig. *Persönlichkeiten!* Völker und Kulturen sind nicht geworden durch die Masse, sondern durch *Einzelpersönlichkeiten,* die eines Hauptes länger waren als alles Volk. Darum heißt die zweite Forderung neben der Wahrhaftigkeit: *Gebt Raum der Persönlichkeit!* Der Persönlichkeitswert ist entscheidend!

Neben dem Kampfgedanken, neben der Anerkennung der Persönlichkeit ist es der *rassische Volkswert,* der das Schicksal eines Volkes bestimmt. Wir sehen, daß alles, was den Begriff der heutigen Welt ausmacht, von Mitgliedern der *arischen Völkerstämme* und nicht von Indianern oder Negern oder Südseeinsulanern geschaffen worden ist. Gerade im deutschen Volke schlummern ungeheure Kräfte, Kräfte, die die Welt kennen-

gelernt hat. Die Weltgeschichte ist dem Grunde nach deutsche Geschichte. Das muß dazu führen, daß wir unseren *Wert als Volk erkennen!* Das gibt in weiterer Linie das Volksbewußtsein, mit dem wir stehen und fallen! Das ist es auch, was ungeahnte Kräfte im Volke weckt. Nicht die brutale Zahl der *Eigenwerte des Volkes* macht das Schicksal!

Hitler lehnt den Parlamentarismus darum als herrschende Mittelmäßigkeit oder Unfähigkeit ab. Er lehnt ab Klassenbewußtsein und Klassenkampf. Ein Volk als untrennbare Schicksalsgemeinschaft, das sich als solche fühlt: das ist sein Ziel! Erreichen wir dieses Ziel, werden wir frei auf freiem Raum leben können; erreichen wir es nicht, so werden wir untergehen, wie große Völker untergegangen sind. Kein rechts oder links! Keine Klassen, keine Stände, nur ein schicksalverbundenes Volk! Das ist letztes und höchstes Ziel! [5]

7. April 1928 Dok. 251
Anordnung

VB vom 11.4.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Ich habe den Parteigenossen Herrn Dr. *Krebs*, Hamburg, zum Gauleiter des neugebildeten Gaues Hamburg ernannt [1].

München, den 7. April 1928

gez.: Adolf *Hitler*

5 Folgt abschließender Kommentar.

1 Die Bildung des Gaues Hamburg und die Ernennung von Albert Krebs war von Hitler bereits am 26.2.1928 verfügt worden. Vgl. Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 157 f.; Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 63 f.

8. April 1928 Dok. 252
"Die deutsche Not und unser Weg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weinböhla [2]

Dresdner Anzeiger vom 10.4.1928, "Hitlerrede in Weinböhla" [3]

Einleitend betonte der Redner [*Hitler*], politisches Leben könne nicht die Erfüllung einzelner persönlicher Wünsche sein, sondern das Einzelschicksal hänge vom Gesamtschicksal des Volkes ab; Besserung der Gesamtlage eines Volkes sei nur möglich durch Besserung der Verhältnisse für Nationalvermögen, Produktions- und Ernährungsmöglichkeiten. Im Anschluß daran stellte Hitler *drei weltanschauliche Grundsätze* auf. Der erste lautet: *Kampf ist der Vater aller Dinge.* Politik sei der Kampf ums tägliche Brot, geboren aus dem Drang zur Selbsterhaltung und zur Forterhaltung. Die Natur kenne die menschliche Rechtsauffassung von der Humanität nicht, denn in der Natur gelte überall das Gesetz: Was schwach ist, das vergeht. Übrigens sei ja der Mensch, beispielsweise den Tieren gegenüber, selbst keineswegs human. Der zweite Hitlersche Grundsatz lautet: *Im Blute liegt der Grundwert.* Alle Kulturwerte seien von Angehörigen der arischen Völkergemeinschaft geschaffen worden. Es sei nicht wahr, daß alle Menschen gleich seien. Verleugnung dieses Grundsatzes führe zur Dekadenz. Der dritte Grundsatz spricht dem *Persönlichkeitswert* allein die *entscheidende Bedeutung* zu. Völker, die keine Persönlichkeitswerte besitzen, könnten keine großen Aufgaben mehr lösen. Die Ausbildung der Persönlichkeitswerte werde gefährdet durch die Auswanderung, die die besten und tatkräftigsten Elemente nach auswärts gehen lasse, und durch die Geburtenbeschränkung, weil oft genug große Persönlichkeiten als fünftes, siebentes oder noch späteres Kind zur Welt gekommen sind.

Aus diesen weltanschaulichen Grundsätzen zog Hitler im zweiten Teile seines Vortrags die *politischen* Folgerungen und betonte dabei wiederholt, daß es grundfalsch sei, auf den Kampf verzichten zu wollen. Phantastische Ideen, nämlich sozialistischer Verbrüderungstaumel und die politische Internationale auf der einen Seite, Weltkulturgedanken und Völkerbund auf der anderen Seite, beherrschten das deutsche Volk. Wenn diese Gedanken zur Zeit noch von dessen Mehrheit getragen würden, so sei ihre Richtigkeit damit nicht bewiesen, denn durch Jahrhunderte hindurch hätten oftmals die Massen geirrt und das für richtig gehalten, was sich später als Wahnwitz erwiesen

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.4. und 7.4.1928.

2 Im Zentralgasthof, von 20.10 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.500 (VB: 2.000) Personen teilnahmen, wurde vom Untergauleiter Cuno Meyer geleitet. Die Versammlung fand im Rahmen des vom NSDAP-Untergau Dresden in Weinböhla abgehaltenen Sachsentreffens statt. Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Der nationale Sozialist für Sachsen, 11. Folge vom 22.4.1928, "Adolf Hitler in Ostsachsen".

3 Vgl. auch Dresdner Nachrichten vom 10.4.1928, "Adolf Hitler, zum ersten Mal in Ostsachsen"; Sächsische Staatszeitung vom 10.4.1928, "Aus dem Parteileben"; VB vom 12.4.1928, "Hitler in Weinböhla"; VB vom 15./16.4.1928, "Adolf Hitler in Weinböhla" (Auszüge aus Meißener Tageblatt, Dresdner Nachrichten und Weinböhlaer Zeitung); Der nationale Sozialist für Sachsen, 11. Folge vom 22.4.1928, "Adolf Hitler in Ostsachsen". Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Monat April; StA Dresden, MdI 11126/2.

habe. So würden auch unsere Nachkommen einmal das politische Handeln des heutigen Deutschlands nicht verstehen können. Wir lebten heute *von den Werten, die in früheren Zeiten von unseren Vätern angesammelt worden seien,* indem wir diese Werte verpfändeten. Das werde eines Tages dazu führen, daß nichts mehr da sei, was verpfändet werden könne. Damit aber höre die Wirtschaft von selbst auf. Der Redner wandte sich dann noch Fragen der *Weltwirtschaft* zu. Weltwirtschaft sei für jedes Volk Sicherung seines Absatzmarktes, was wiederum nur durch Kampf möglich sei. Der Wirtschaftskampf sei aber noch viel grausamer als der Kampf mit blutigen Waffen.

Schließlich wandte sich Hitler mit einigen scharfen Spitzen gegen die politischen *Parteien,* die *Parlamentarier* und die *Regierungen.* Der Parlamentarismus werde nichts bessern, denn er unterliege dem Irrtum der Majoritäten, die man sonst in allen wichtigen Gebieten, zum Beispiel in der Wirtschaft bei der Leitung eines Unternehmens für unmöglich halte. Wenn ein *Führer* an die Spitze treten solle, müsse der Parlamentarismus verschwinden und dem Führer allein die *gesamte* Verantwortung überlassen werden. Die *Aufgabe der Nationalsozialisten* faßte der Redner dahin zusammen, daß das deutsche Volk durch den Einsatz seiner Kräfte zur Befreiung kommen müsse. Dazu solle die Partei Hitlers die Keimzelle sein.

11. April 1928 — Dok. 253
"Der Weg zur Freiheit" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Straubing [2]

Bericht der Kriminalpolizei Straubing an Stadtkommissar Straubing mit hs. Korrekturen vom 14.4.1928; StA Landshut, Rep. 164/17, Fasz. 116/378 [3].

Nach kurzer Einleitung führte Redner [*Hitler*] folgendes aus:

Das Schicksal eines Volkes.

Unser gesamtes pol[*itisches*] Leben spielt sich ab in Versprechungen u[*nd*] Zusicherungen, in Verbesserungen des Einkommens etc. Vollkommen vergessen wird dabei das Problem des Auskommens. Wir haben große Perioden durchgemacht. (Inflation) Die Nationen sind schon wieder in den Taumel eingetreten u[*nd*] haben ganz vergessen, daß es sich nicht um ein Einkommen- sondern [*um*] ein Auskommenproblem handelt. Die Frage aber ist, ob überhaupt das gehalten werden kann, was versprochen wird, und das

1 Titel laut Plakatanschlag; StA Landshut, Rep. 164/17, Fasz. 116/378.

2 Im Kronensaal, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde vom NSDAP-Stadtrat Hanns Oberlindober geleitet. Die ursprünglich für den 15.3.1928 angekündigte Versammlung war wegen Erkrankung Hitlers auf den 11.4.1928 verschoben worden.

3 Vgl. auch Straubinger Tagblatt vom 13.4.1928, "Adolf Hitler in Straubing"; VB vom 13.4.1928, "Hitler in Straubing". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 209 der Regierung von Niederbayern vom 18.4.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 1122. Lagebericht N/Nr. 66 der Polizeidirektion München vom 1.5.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

muß man ins Auge fassen. Es waren Männer an der Spitze (Rathenau), die zum Schaden unseres Volkes gewirkt haben. (Versuche der staatl[*ichen*] Verteilung während des Krieges.) Eine befruchtende, geregelte Lebensmittelverteilung ist jämmerlich mißlungen. Erfolg: Hunger u[*nd*] Elend. Das einzelne Schicksal zu verbessern ist vergebliche Mühe. Die Wesensfrage sei die Vergrößerung der unzulänglichen Materie, die nur auf dem Wege der Politik zu erreichen sei.

Als eine weitere wichtige Vorbedingung für die Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes erscheint die Forderung einer aller bisherigen direkt entgegengesetzten "Politik". Redner kommt zur Frage: Was heißt Politik? Hitler greift das Bedeutendste heraus, indem er einen Mann anführt, einen der Größten, den die Deutschen verehrt haben "Friedrich d[*er*] Große". Politik ist die Kunst, seinem Volk u[*nd*] Staat zu dienen mit allen Mitteln, ein anderer ist "Bismarck", er sagt: Politik ist die Kunst des Möglichen. Zusammenfassend gesagt ist Politik die Kunst, mit allen Mitteln seinem Volk u[*nd*] Staat zu dienen, wobei nach aller Möglichkeit zu verfahren ist. Welcher Art sind die Mittel? Die Mittel, sie sind zunächst nicht dem Politisieren anheim gestellt, sondern von außen aufgezwungen. Kein Kampf bestimmt seine Waffen selbst, sondern sie werden bestimmt vom Widerstand. Gold kann ich edler ansehen als Eisen. (Mit anderen Worten: Ich kann im politischen Kampf nicht siegen, u[*nd*]) [*sic!*] trotzdem kann ich mit Eisen Granit behauen. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen. Eine neue Definition. Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Waffen. Was ist der Sinn dieser Politik? Es ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Geschichte eines Volkes. Die Geschichte eines Volkes ist nichts anderes, als die nachträgliche Darstellung des Lebenskampfes um sein irdisches Dasein. Der Kampf um das tägl[*iche*] Brot. Selbsterhaltung und Lebenswillen, ein Kampf um beide ist Voraussetzung. Genau wie im industriellen Betriebe die parlamentarische Art der Verteilung zum Untergang des Betriebes führen würde, verhält es sich im Leben eines Staates.

Der deutsche Parlamentarismus ist der Untergang und das Ende der deutschen Nation. Redner fuhr weiter: Ein Volk bedarf doch zu seiner Erziehung einer gewissen Führung u[*nd*] Leitung. Sie war miserabel genug, wie keiner leugnen wird, der über einiges Urteil verfügt und das Herz auf dem rechten Fleck hat. Die Schädlichkeit des Parlamentarismus der Vorkriegszeit, in einer Zeit, wo England zu rüsten begann, erwähnt Redner sodann, wo Frankreich den letzten Mann einzog, während man im Reichstag beriet, ob man jährl[*ich*] 30.000 Mann ausbilden soll oder nicht. Redner wendet sich sodann gegen die Humanitätsduselei.

Er sagte: Die Menschen pflegen erst die Tiere liebevoll, um sie später, wenn sie schön herangefüttert seien, aus "Humanität" aufzuzehren. Ein weiteres Beispiel sei der Kampf gegen die Krankheitsbakterien, die auch Lebewesen seien, aber sofort getötet werden. Sinngemäß wurde ausgeführt, daß der Kampf in der Natur unumgänglich notwendig sei. Die Natur ist das Gesetz des Rechts des Gesünderen u[*nd*] Stärkeren. Der Mensch hat sich zum Herrn über die Tiere deshalb gemacht, weil er gegen dieselben rücksichtslos vorgegangen sei. Auch heute hat sich das noch nicht geändert.

Nun geht der Redner über zu beweisen, daß auch die Menschen nicht gleich sind. Als Beispiel führt er an die Grundverschiedenheit der Lebensbedürfnisse und Arbeitsfähig-

keit eines Mitteleuropäers und eines Buschmannes. Er erkannte auch den Gedanken an einen Frieden der ganzen Menschheit als groß an, wies aber darauf hin, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine Verwirklichung gar nicht zu denken sei. Die Aufgaben seien grundverschieden. Die Kultur sei bis jetzt durchwegs von der arischen Rasse geschaffen worden, und auch hier seien die Träger der Erfinder [*sic!*] u[*nd*] Ideen immer wieder einzelne Personen gewesen. Er führt dann sinngemäß aus, daß es eine Kulturaufgabe sei, für das eigene Volk zu wirken. Die Elementarforderungen der Menschen seien Brot und Liebe. Unter Liebe sei zu verstehen das Bedürfnis, die eigene Art zu erhalten und fortzupflanzen. Vom Wirtschaftsleben sprach Hitler noch, von der wirtschaftl[*ichen*] Not, unter der Deutschland heute leidet, die entsetzlichen Gefahren, die durch die Erschwerung der Lebensmittelversorgung, durch die künstl[*iche*] Hintanhaltung u[*nd*] Verfälschung der Nahrungsmittel, die absichtl[*ich*] erzeugte Güterknappheit, die Niederhaltung des Ertragsreichtums der Erde, künstl[*iche*] Preisbildung, die Lähmung der Produktionsfreudigkeit etc. Die Urheber des Riesenunglücks, das über Deutschland und die ganze Welt hereingebrochen ist, ist die goldene Internationale.

Die Aufgabe der Bewegung sei, dem Volk zu dienen und zu helfen. Die Bewegung wird von Jahr zu Jahr unaufhaltsam weiter wachsen. Die Bewegung sei die Zukunft Deutschlands. Sie würde Menschen hervorbringen, die nichts mehr anderes kennen würden als diese Idee. Und während die anderen kritisieren und zagen würden, würde über ihnen bereits die Fahne des neuen Deutschlands schweben. [4]

13. April 1928 — Dok. 254
Erklärung

VB vom 19.4.1928, "Aus der Bewegung".

Erklärung

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. [1] von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus "Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzl[*icher*] Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Punkt 17 des 25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Hrsg. und erläutert von Alfred Rosenberg, München 1922; Tyrell, Führer, S. 23 ff.

Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulations-Gesellschaften.

München, den 13. April 1928

gez. Adolf *Hitler*

14. April 1928 Dok. 255
Aufruf

VB vom 15./16.4.1928, "Aufruf".

Das Staatsministerium des Innern hat mit Entschließung vom 12. April 1928, Nr. 2588a XIII, auf eine Eingabe der Parteileitung hin, der N.S.D.A.P. für die Dauer der Wahlzeit nunmehr auch die Genehmigung erteilt, in der nationalsozialistischen Presse Sammlungs-Aufrufe ergehen zu lassen.

Ich fordere deshalb sämtliche Parteigenossen auf, für den *Wahlkampf auch finanzielle Opfer* zu bringen, und erwarte von jedem einzelnen, daß er, nachdem nun endlich diese Möglichkeit besteht, soweit es seine finanzielle Leistungsfähigkeit gestattet, dieser moralischen Pflicht Genüge leistet. *Alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung* bitte ich, auch ihrerseits zur Stärkung des nationalsozialistischen Wahlfonds beizutragen.

Alle Spenden für den Wahlfonds sind einzuzahlen auf Postscheck-Konto der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, München 23319.

München, den 14. April 1928

Adolf Hitler

Von allen Parteiblättern nachzudrucken.

14. April 1928 Dok. 256
"Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bayreuth [2]

Bericht des Polizeiamtes Bayreuth an Stadtrat von Bayreuth vom 16.4.1928; BayHStA München, MInn 81581 [3].

Hitler führte ungefähr folgendes aus:

"Das deutsche Volk steht in wenigen Wochen wieder vor einer Wahl [4]; für viele Millionen unseres Volkes ist dies ein ernster Vorgang, für viele ein gleichgültiger, viele werden sich nicht der Wichtigkeit des Vorganges bewußt, und wenn man jeden prüfen könnte, der zur Wahl geht, würde man feststellen können, daß viele von der Wahl nichts wissen wollen. Viele sind vor der Wahl noch im Schwanken; sie würden überhaupt nicht zur Wahl gehen, wenn sie nicht abgeholt werden würden. Manche gehen nur mit Rücksicht auf ihr Geschäft zur Wahl. Man kann von keinem Wahlfleiß sprechen, wenn man zur Wahl geführt wird und auch nicht, wenn Millionen freiwillig ihre Wahlpflicht erfüllen. Die Wahl widerspricht manchem Deutschen, der sich über die Wahl selbst nicht klar wird. Millionen von Menschen würden keine Auskunft geben können, warum sie zur Wahl gehen. Sie sagen, es sei Kampf, sie gehen nicht mit Liebe und Lust zur Wahl, der tiefere Grund wird ihnen nicht klar, es fehlt ihnen an einer Erkenntnis.

Das Volk, das gesunde, wird nicht mit einem System, sondern von der Vernunft regiert. Es ist eine innere Prüfung notwendig, ob das System, mit dem ein Volk regiert wird, Recht oder Unrecht ist. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß Politik die Lösung von Tagesfragen heißt. Die ganze Politik löst sich in lauter Tagesfragen auf, mancher wählt wieder für die gleiche Partei, obwohl die Tagesfragen nicht nach seinem Wunsch gelöst worden sind. Von einem Redner erwartet man, daß er Stellung nimmt zu den Nöten und Verhältnissen, die den einzelnen bedrängen. Man kann jederzeit vor das Volk hintreten und diesem etwas versprechen, ufer- und grenzenlos kann einer versprechen. Wahlversammlung heißt, daß einer in mehrere Versammlungen geht und hört, welche Stellung der Redner zu seinem Stand einnimmt; so macht es jeder Stand. Jeder erwartet vom Redner, daß er zu seinen Nöten Stellung nimmt. Dann werden die verschiedenen Reden abgewogen. Dieses wissen die Redner und auch die Parteien, deshalb wird keiner der Redner wenig versprechen; die Versprechungen werden hinaufgestei-

1 Titel laut Polizeibericht und Ankündigung im VB vom 13.4. und 14.4.1928. Die Rede war im VB vom 12.4.1928 zunächst mit dem Titel "Volksstaat und Wirtschaft" angekündigt worden. Der Halbmonatsbericht der Regierung von Oberfranken gibt den Titel der Rede mit "Die kommende Wahl und die Grundprobleme der deutschen Zukunft" an.

2 Im Sonnensaal, von 21.20 bis 22.50 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.300 Personen teilnahmen, wurde von Hans Schemm, dem Ortsgruppen- und NSDAP-Bezirksleiter von Oberfranken, geleitet.

3 Vgl. auch Oberfränkische Zeitung und Bayreuther Anzeiger vom 16.4.1928, "Lokales"; VB vom 17.4.1928, "Adolf Hitler in Bayreuth"; VB vom 21.4.1928, "Adolf Hitler in Bayreuth"; Die Flamme, Nr. 17 vom April 1928, "Adolf Hitler in Bayreuth". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 433 der Regierung von Oberfranken vom 18.4.1928; BayHStA, MA 102155/2.

4 Am 20.5.1928 fanden Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

gert, und die letzten Versammlungen bieten in dieser Beziehung das Höchste. Die letzten Versammlungen sind maßgebend, und mancher Wähler kommt zu der Überzeugung, daß er dieser Partei seine Stimme geben muß. Die Erfüllung muß aber ganz natürlich den Versprechungen gegenüber zurückbleiben. Es wird vergessen, daß das Schicksal des einzelnen nicht verbessert werden kann, wenn nicht die Gesamtheit gebessert wird. Das Schicksal der Nation wird durch das Schicksal dargestellt [*sic!*]. Das Schicksal aller ist das primäre, das des einzelnen das sekundäre. Ohne ideale Werte können keine realen Werte erzeugt werden. Man kann einem Volk Einkommensversprechungen machen, um ein besseres Auskommen vorzutäuschen. Das Auskommen ist begrenzt an der Gesamtproduktionssumme des Volkes. Es kann ein besseres Auskommen nur dann versprochen werden, wenn die Produktion vermehrt wird. Auskommen und Produktion müssen im Einklang stehen. Andernfalls handelt es sich nur um Papierwerte und Verhältnisse, wie wir sie schon einmal erlebt haben, die Inflation. Man kann die Werte ziffernmäßig bis in die Billionen steigern, damit wird aber das Auskommen nicht gesteigert. Solange nicht nachgewiesen werden kann, daß die realen Güter gesteigert werden, ist alles Mumpitz. Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren; heute hat man eine Methode angenommen, daß man dort etwas nimmt, wo nichts ist. Dadurch wird die Produktion zerstört. Einkommen mit Auskommen, Kapital mit Wert, wird häufig verwechselt. Hitler bekritisierte [*sic!*] das Verteilungssystem, wie es die Idee des Marxismus darstellt, und machte Vergleiche mit diesem und der friedericianischen [*sic!*] Auffassung.

Er führte weiter aus: "Die Verstaatlichung hat nicht eine Quote für die Person mehr erzielt, nicht etwa weil kein taktischer Führer dort gestanden ist; Rathenau war der geistige Schöpfer dieses Systems. Man wird bei Vorwürfen sagen, es war Krieg, wir waren auf uns allein angewiesen. Produktion war auch hier maßgebend. Hätte Rathenau 400.000 Quadratkilometer mehr guten Weizenboden gehabt, so hätten wir Brot genug bekommen. Fabriken sind der Ansicht, es gehe ihnen gut, und sie gingen nicht zugrunde und auch nicht das deutsche Volk, solange sie fabrizieren können. Sie sehen von heute auf morgen nicht. Mit dem Gedanken, sich von Berlin zu separieren, werden wir gar nichts erreichen. Man kann sich nicht von Berlin lösen, man löst sich nur in Wahlversammlungen von Berlin. Wenn man die Weltkarte betrachtet mit den riesigen Reichen und vergleicht Deutschland mit diesen, so werden wir sehen, daß Bayern ein ganz unbedeutendes Ländchen ist, und wenn schon im Reich unser Interesse nicht vertreten werden kann, so kann es in den einzelnen Ländchen erst recht nicht vertreten werden. Es gibt kein anderes Schicksal als das des Deutschen Reiches. Wir müssen zu der Überzeugung kommen, daß das Gesamtschicksal unseres Volkes höher steht, als die Idee der einzelnen Partei. Dort wo eine gesunde Grundlage besteht, kann auch ein Untüchtiger es zu etwas bringen. Wo ein gesundes Königtum besteht, können einige Lumpen dieses nicht stürzen, und einige können eine gesunde Armee nicht von rückwärts erdolchen. Warum hat man 1898 das angebotene Bündnis seitens Englands nicht angenommen, dagegen wertlose Bündnisse geschlossen? Untätig hat man der Einkreisungspolitik zugesehen. Unser ganzes Volk ist in den wichtigsten Angelegenheiten, in Bezug auf Selbsterhaltung, in Wahnsinn verfallen und hat jede vernünftige Stellungnahme zu den

Tagesfragen verloren. Es hat den Irrtum begangen, sich mit der internationalen Völkersolidarität zu zersplittern. Wenn wir heute das Volk ansehen, so sehen wir, daß dasselbe in internationalen Wahnsinnsvorstellungen aufgeht. Das Wort Politik heißt Kampf ums Leben. Politik ist nichts anderes als Dienst am Volke, dieses zu führen, das mit allen Mitteln zu geschehen hat, wenn dieses zum Ziele geführt werden soll. Ich kann nicht sagen, daß Politik friedlich ist, sie muß aber ein Dienst am Volke sein. Clemenceau sagte: 'Friede ist die Pforte des Krieges.' Die Waffe wird nicht bestimmt von dem, der Politik betreibt, sondern durch den Widerstand. Diese wird bestimmt von dem Gegner, der mich bezwingen will. Wenn ein Gegner mit Kanonen schießt, so kann ich nicht mit Knallerbsen ihm entgegentreten, d. h. für das Leben eines Volkes kämpfen. Zu dieser Frage kann der Philosoph nur zweifelhafte Antworten geben, ebenso der religiöse Mensch. Kaum einer wird sich die Frage vorlegen, warum er überhaupt lebt, aber eines ist sicher, daß die Leute, die einmal hier sind, leben wollen. Dieser Drang zum Leben ist ein ungeheuerlicher. Der Mensch hängt mit allen Fasern am Leben, die Not und die Sorge peitscht die Völker vorwärts und bildet den Grundsatz, den Kampf um das Leben aufzunehmen. Selbst wie die Spinne sich abschleppt, um ihr Ei mit fortzunehmen, so sucht der Mensch um jeden Preis zu leben, ringt um eine Höhersteigung [*sic!*] seines Lebens. Der Kampf ist der Vater aller Dinge; der Kampf in der Natur ist das Abspalten und Vernichten des Schwächeren, dieser wird vom Tod erhascht, verliert Licht und Sonne und splittert ab. Das Naturgesetz verschafft sich immer Geltung, um den Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß er nicht klüger ist als dieses Gesetz. Der Mensch kann nicht über die Natur und ihre Gesetze hinauswachsen, er verschafft sich wohl die Herrschaft über die Tiere, fristet aber mit diesen sein Dasein. Er frißt sie, kann gegen sie sehr grausam sein, er kann aber nicht Herr über die Natur werden. Der Mensch ist nicht einmal Herr des kleinsten Planeten. Was bist Du 'Herr der Natur', wenn die 5 m Erdoberfläche, auf der Du stehst, zu zucken beginnen. Ein einziges Erdbeben weist Dich unter die Naturgesetze zurück. Was bist Du, wenn der Meeresboden sich hebt und die Flut Dich hinwegschwemmt. Das Wesen des Menschen ist nicht gemessen nach der Natur. Die Erde hat Dich Millionen von Jahren nicht gehabt, sie braucht Dich auch jetzt nicht, Du bist nicht Herr der Natur. Du hast sie studiert und bist mit ihr noch lange nicht fertig. Durch Grausamkeit und Brutalität wolltest Du zum Herrn der Natur werden; hast die Tiere eingeteilt in nützliche und schädliche, und was zu fressen ist. Im Erhaltungstrieb ist der Mensch im Kampf so weit gekommen, ganz gleich, ob es sich um einen Kampf gegen einen Königstiger in den Dschungeln handelt oder um die kleinsten Bakterien. Auf der Erde gibt es zweierlei Rechte, was dem einen recht ist, ist dem anderen immer ein Unrecht; was dem einen Leben ist, ist dem anderen Tod. Was hatten unsere Ansiedler sich in Amerika anzusiedeln? Wenn die Menschheit einem Sinn nachhängt, der außerhalb der Natur liegt, dann geht die Natur über ihn vernichtend hinweg. Auf der Erde wird bestehen, leben und sich erhalten, wer gesund und kräftig ist. Wenn einer sagt, das lehne ich ab, dann lehnt er es ab, aber die Natur fragt nicht darnach. Es wird beständig gewogen, ob einer zu leicht befunden ist. Dies und die pazifistische Weltanschauung, der Abrüstungswahnsinn, bringen das Volk an den Rand des Abgrundes. Die Völker sind verschieden in ihren Grundwerten, und dies liegt auch in ihren Rassen. Man

wird nicht behaupten wollen, daß ein Buschmensch gleich sei mit einem Arier. Ein Hottentott wird nicht in Deine Lage und Deine Verhältnisse zu kommen wünschen, auch nicht in Deine Kleider; er würde sich darinnen nicht wohlfühlen und dieselben wahrscheinlich wegwerfen. Wenn er neben Dir am Schraubstock arbeiten müßte, Du würdest mit ihm sehr unzufrieden sein. Die Behauptung über die Gleichheit der Menschen ist unberechtigt. Das Innere dieser beiden kann man auch nicht messen. Es ist wahrzunehmen im Ausdruck des Kulturlebens. Die ganze Weltkultur ist restlos durch Arier geschaffen. Japan nimmt heute die Kultur auf, aber japanisch; es hat sie nicht geschaffen. Man kann nicht sagen, die Japaner haben die Dampfmaschinen und Schiffe geschaffen. Man kann deshalb nicht sagen, die Menschen seien gleich. Wenn Du heute einen anderen Standpunkt vertrittst, dann würdest Du zum Beispiel sagen, Du willst eine Wohnung des Ariers, aber nicht des Kaffers. Du mußt wissen, daß alles was Menschenantlitz trägt, nicht gleich ist. Wenn man sieht, daß ein Neger dieses und jenes leistet, kann man doch nicht behaupten, daß er ein Weißer ist; denn er hat es nicht geschaffen, geschaffen hat es der Weiße. Alles was Mist ist, alles was nichts wert ist, ist international. Wenn man sagen würde, dies Volk hat auch alles, aber es ist doch ein Unterschied z. B. zwischen Tam-Tam und der Kunst deutscher Tonkünstler. Der Mensch ist nach seinem Grundwerte und kulturschöpferischem Sinne einzuschätzen. Internationalistisch ist es, den Persönlichkeitsgrundwert abzuleugnen und zu behaupten, Kopf sei Kopf. Es kann ein Volk zehnmal Not empfinden und wird die Erlösung nur dann erlangen, wenn einer herausspringt und die Führung übernimmt. Persönlichkeitswert ist der Wert der ganzen Kulturentwicklung. Es ist notwendig, daß der Persönlichkeitswert des einzelnen erkannt wird, wenn er dem Volke nützen soll. Das deutsche Reich ist nicht das Ergebnis einer parlamentarischen Majorität, auch nicht die Staaten Preußen und Bayern. Zur Leitung eines Staates ist nicht die Majorität notwendig, sondern die Autorität. Das gleiche ist der Fall sowohl in einer Fabrik als auch in einem Bauernhof. Auch im Kriege war bei der Heeresleitung, wie auch bei einem Teilangriff, nicht die Majorität entscheidend, was zu unternehmen war, sondern die Autorität. Wenn man mir sagen würde, ich sei wegen meiner Anschauung revolutionär, dann würde ich ihm antworten: 'Mein Herr, ich stelle nur den Sinn der Weltgeschichte wieder her, den Sie verloren haben.' Die parlamentarische Majorität unseres Reiches hat in den letzten 10 Jahren die Substanz aufgebraucht, welche unter der Autorität der 50 Jahre vor dem Kriege geschaffen wurde. Das Deutsche Reich ist doch nicht von der Majorität geschaffen worden, sondern ein Bismarck hat es gegen die Majorität geschaffen. Sagen Sie also nicht, daß wir revolutionär sind. Vom deutschen Volke hört man so oft die Bitte, Herr, gib uns die Freiheit, Herr gib uns einen Führer. Der Herr wird sich hüten, einem Volke, wie dem deutschen die Freiheit zu geben. Das deutsche Volk verdient keine Freiheit. Während noch am Rhein das Volk unter der schwarzen Besatzung zu leiden hat, huldigt man in Deutschland der Neger-Jazzmusik. Der Herr schickt auch keinen Führer, wie sich ihn manche Deutsche träumen lassen. Ihr seid einen solchen Führer noch gar nicht wert, Ihr wollt in Wirklichkeit auch keinen großen Führer haben, Ihr fühlt Euch in der Republik ganz wohl, Ihr liebt diese, man sieht viel mehr zu als früher. Ihr wollt auch gar keinen Führer, weil Ihr wißt, daß Euch die Führer auch nicht wollen. Wenn Friedrich der Gro-

ße aus seinem Mausoleum auferstehen würde und würde sein Berlin sehen, er würde keinen Ausschuß wählen, sondern er würde als Autorität entscheiden. Es ist ein ewiger Kampf gegen die Majorität, und das wissen auch die Parteien. 1813 zur Völkerschlacht bei Leipzig hatte Preußen 7 Jahre gebraucht, um seine Fesseln zu sprengen. 7 Jahre nach dem Weltkriege, am 7. Oktober 1925[5], kam der Vertrag von Locarno zustande. 1813 hatte Preußen kein Parlament, sondern eine Autorität, und jetzt hat Deutschland eine parlamentarische Majorität. Damals hatte Preußen einen Freiherrn vom Stein, und jetzt hat Deutschland ein Parlament Stresemann. Stein war ein gewandter Staatsmann, Stresemann ist ein gewandter Parlamentär. Der Weltgeschichte wird man einst das Republikschutzgesetz nicht umhängen können. Heute ist man der Ansicht, daß persönlicher Mut nur dem Soldaten gehöre, nicht einem anderen. Nennen Sie mir einen großen Staatsmann, der nicht ein Held gewesen wäre. Es macht sich unter dem Volk die pazifistische Feigheit bemerkbar. Die Krankheit des Volkes in dieser Beziehung wird nicht im Parlament beseitigt, auch nicht durch Besoldungsgesetze. Das deutsche Volk ist ziffernmäßig zu groß, um sich auf seinem Boden nähren zu können. Wenn wir uns fragen, was ist der Sinn der Politik, so ist die Antwort, einen Ausgleich zu schaffen nach der Ausbreitung der deutschen Bevölkerung. Dies setzt aber ein vernünftiges Denken voraus und einen Kampf; diesen Erfolg schickt der Himmel nicht umsonst. In diesem langen Prozeß haben die Völker viel Grund erworben. Mancher Staat hat sich 18mal mehr Grund erworben als ein anderer, der Boden ist ganz verschieden verteilt nach der Zahl der Bevölkerung. Diese Staaten, die sich viel Boden angeeignet haben, haben Grund, den Völkerbund zu begrüßen. Sie wünschen nun Frieden, weil sie nichts mehr zu nehmen haben. Die Engländer stellen hiezu die Friedenspolizei. Früher fuhren sie unter dem kriegslustigen Albion, jetzt unter den mit Palmen geschmückten Kanonen des Völkerbundes. Die englische Flotte gehört für den Weltfrieden. 1927 ist das Stichjahr für den Frieden. Ich sage aber, warten wir noch 100 Jahre. Heute muß ich mich auf den Standpunkt stellen, ich muß meinem Volk das Leben versprechen, und dazu muß die Voraussetzung bestehen, oder ich darf nicht lügen. Wir haben zu viele Menschen, die daher auswandern. Die richtige Kennzeichnung der Auswanderung ist die, daß ein Verlust des Durchschnittswertes des Volkes eintritt. Die Auswanderung ist ein selbsttätiger Prozeß, weil nur der auswandert, der der Not Widerstand entgegensetzt; der wertvolle Mensch wandert dann aus. In der Bevölkerung gibt es einen Aufstieg und einen Niedergang des einzelnen. Der Vater eines heutigen Beamten war z. B. vor 60 Jahren ein Handwerker und dessen Vater ein Bauer. Es ist deshalb der Gesamtwert der Bevölkerung ins Auge zu fassen. Die Kolonien wurden tatkräftig, weil ihnen durch die Auswanderung gute Kräfte in allen Berufen zufielen, auch von Norden her sind diese Kräfte gekommen. Darauf ist auch die Bewunderung über den Fortschritt von Nordamerika zurückzuführen; wir haben ihnen die Auslese hinübergeschickt. Das ist das Ergebnis der

5 Die Locarno-Verträge waren am 16.10.1925 von den an der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) beteiligten Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei) paraphiert, am 1.12.1925 in London von Reichskanzler Hans Luther und Reichsaußenminister Gustav Stresemann unterzeichnet und am 14.9.1926 von den beteiligten Staaten in Genf ratifiziert worden. Zu den Locarno-Verträgen vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.

Auswanderungspolitik. Die Weltanschauung ist keine Anschauung der Staatsmänner und Gesetzgeber, sondern die von ganz kleinen Knirpsen. Später wird man fragen, hat es denn überhaupt so etwas gegeben? Man müßte die Nachwelt hassen, weil man weiß, daß sie von diesen Grundsätzen Notiz nehmen wird. Viele sagen, die Wirtschaft wird Deutschland wieder aufbauen. Sie gedeiht aber nur dort, wo ein starker Staat ist, wo gesunde Tugenden herrschen. So häufig wird der Ausdruck angewendet: 'Krieg dem Kriege'. Der Wirtschaftskampf ist nichts anderes als ein Krieg. Der Frieden kostet uns jährlich 600.000 Menschen, die zugrunde gehen, und die nicht geboren werden. Es war schon zu allen Zeiten so, daß das Schwert das Recht besaß, und es wird so bleiben. Politische Macht liegt nicht in der ziffernmäßigen Größe, sondern im innern Werte. Wenn jeder dritte Mann ein Gewehr tragen würde, in 3 Monaten wäre sie verschoben. Im Träger liegt die Macht, nicht in der Waffe. Das deutsche Volk muß aus dem Klassenwahn erlöst werden zu einem neuen Glauben. Es muß eine gesunde Front gebildet werden aus gesunden Köpfen, die nicht für Standesinteressen kämpft, sondern für das deutsche Vaterland."

17. April 1928 — Dok. 257
Anordnung

VB vom 21.4.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Ich ernenne hiermit Pg. Professor *Mergenthaler* für die Zeit vom 18. April [*1928*] mit einschließlich 20. Mai [*1928*] zum Wahlleiter des Gaues Württemberg (Reichstags- und Landtagswahl).

Gleichzeitig hebe ich die bisher getroffenen Verfügungen [1] über die Wahlleitung in Württemberg auf.

Dem Wahlleiter Pg. *Mergenthaler* unterstehen während dieser Zeit die gesamten Propaganda-Mittel des Gaues, einschließlich S.A. und S.S.

München, den 17. April 1928

gez.: *Adolf Hitler*

1 Nicht ermittelt.

17. April 1928 Dok. 258
"Stresemann - der Kandidat von Frankreichs Gnaden" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB-Sondernummer vom April 1928 [3]: "Sondernummer 10: Nieder mit Stresemann" [4].

Adolf Hitler begann seine große, über zweistündige Rede:

Wenn man die Ehre hat, sich mit einem so großen Mann beschäftigen zu dürfen wie ich heute, dann kann man nicht so ohne weiteres an der Oberfläche haften bleiben, an dem, was einem *zunächst ins Auge fallen würde*, an seiner *Erscheinung*, an seiner ganzen Vergangenheit, an seiner Doktorarbeit [5] (Heiterkeit), und von dort angefangen bis zur politischen Doktorarbeit [6] in der neuesten Zeit. Wir möchten nicht so sehr die Person allein kritisieren, obwohl man leicht Anstoß nehmen könnte an der ganzen Mimik dieses Herrn, sondern wir wollen tiefer schürfen. Und da es sich um die *Außenpolitik* handelt, müssen wir nachweisen, warum die von *Gustav Stresemann* eingeschlagene Richtung falsch ist, falsch bleiben muß und falsch bleiben wird in alle Zukunft, und warum man durch diese Politik *keine anderen Erfolge einheimsen kann als die Glückwünsche der Franzosen,* die allen Grund haben, ihren Dank an Gustav Stresemann zum Ausdruck zu bringen. Außerdem sind wir überzeugt, daß aus dieser Politik kein Erfolg herauswachsen kann, weil sie aller gesunden Vernunft, allem gesunden Instinkt ins Gesicht schlägt und an der ganzen bisherigen deutschen Geschichte gemessen *widersinnig* erscheint, und weil die Gegenwart selbst diese Art der Außenpolitik als *vollkommen unfruchtbar* und im höchsten Grade schädlich aufgezeigt und enthüllt hat.

Die "wirtschaftsfriedliche Durchdringung"

Gustav Stresemann gehört zu denen, die den Standpunkt vertreten, *daß die Wirtschaft das Schicksal des Volkes ist*, daß die internationalen Belange der Wirtschaft *über* die politischen Belange der einzelnen Völker zu stellen wären, und daß die einzelnen Völker diesen internationalen Belangen der Wirtschaft sich zu fügen hätten. Diese Melodie haben wir schon seit vielen Jahrzehnten gehört. Es gab damals eine kleine Partei, die den politischen Aufstieg als Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung buchte, nicht *daß diese wirtschaftliche Entwicklung erst denkbar sei auf Grund der machtpolitischen Erfolge.* Die Zahl derer, die so dachte, wurde immer größer, die, wenn sie auch nicht glaubte, daß die alte Größe des Reiches der Wirtschaft zuzuschreiben sei, aber doch davon überzeugt war, daß die Zukunft des Reiches durch die Wirtschaft garantiert werden könnte. Die Jahre 1864-1870 haben am deutschen Grundproblem nur insoferne etwas geändert,

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 15./16.4. und 17.4.1928.

2 Im Löwenbräukeller, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Lagebericht "sehr gut" besucht war, wurde von Rudolf Buttmann geleitet. Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Stresemann vgl. auch Dok. 268.

3 Das Erscheinen der VB-Sondernummer wurde erstmals im VB vom 22./23.4.1928 bekanntgegeben.

4 Gekürzte Fassung: VB vom 19.4.1928, "Stresemann, der Kandidat von Frankreichs Gnaden". Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 66 der Polizeidirektion München vom 1.5.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

5 Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie, Berlin 1901.

6 Gemeint ist vermutlich die am 29.6.1927 in Oslo erfolgte Verleihung des Friedensnobelpreises an Stresemann.

als sie die Masse des deutschen Volkes in Mitteleuropa zusammenschlossen, keineswegs aber wurde die zweite Frage des deutschen Volkes in Europa gelöst,

die Frage der kommenden Ernährung.

Nur die *jährliche Auswanderung* gestattete die Ernährung des damaligen 40-Millionen-Volkes. Wenn dieser Auswanderungsstrom gebremst wurde, mußte auf andere Weise das tägliche Brot beschafft werden. Man sagte, Raum gewinnen heiße Krieg, ewige Unruhe, Blutvergießen, Opfer usw., das Abschieben von Volksmassen durch Auswanderung bedeute zahlenmäßige Dezimierung. Eine Geburtenbeschränkung lehnte man damals noch ab. Also blieb nur noch übrig *der Weg zur Wirtschaft:* Wenn die Menschen zu Hause selbst beschäftigt würden, werde das Ergebnis sein, daß wir diese Menschen bei uns behalten und ihnen trotzdem ein auskömmliches Brot sichern können. Man sagte sich, daß internationale Beziehungen entstehen würden im Sinne der *friedlichen Eroberung der Welt,* so daß wir langsam zu einem großen Weltproduzenten uns auswachsen, unsere Wirtschaft sich in der ganzen Erde festsetzt und diese langsam umklammert, *vielleicht sogar bis zur machtpolitischen Stärkung.* Das war ein Gedankengang, der den *pazifistischen Auffassungen* entsprach, ohne daß man dabei bedachte, daß der Wirtschaftskampf *genauso tödlich wirken kann wie der sogenannte Waffenkampf.* Der Wirtschaftskampf kann von einer Seite geführt werden, die nicht von Kugeln getroffen wird. Und auch die Kämpfenden werden nicht durch Kugeln niedergestreckt, sondern durch *wirtschaftliche Katastrophen.*

Zwei Schwächen trug diese Auffassung in sich: Einmal die Tatsache, daß Deutschland durch die Art seiner wirtschaftspolitischen Betätigung eines Tages in Konflikt geraten mußte mit der Macht, bei der wie bei *England* 167 Menschen auf den Quadratkilometer treffen, während in Deutschland 137 Menschen auf einen Quadratkilometer entfallen, und deren Landwirtschaft noch viel weniger in der Lage ist, ihre Menschen zu ernähren, so daß England genauso gezwungen ist wie wir selbst, auf den *Weltexport* hinzuarbeiten, während der Absatzmarkt ein begrenzter ist. Der Versuch, die deutsche Ware loszubringen, mußte also *zwangsläufig zum Konkurrenzkampf* wirtschaftlicher Art mit England führen. Das konnte keine Frage gegenseitiger Verständigung sein, sondern nur eine Frage des Verzichtes auf den Weltexport oder praktisch *des Verzichtes auf das Leben,* oder

ein erbittertes Ringen um das tägliche Brot.

Darum dreht sich jeder Kampf auf dieser Erde. Man wäre dem Kampf um das tägliche Brot nicht entgangen. Und es war nur eine Frage der Zeit, bis ein Staat sich entschließen würde, diesen Kampf nicht mehr mit der Wirtschaftswaffe, sondern mit der militärischen Waffe zu beenden.

Dadurch, daß Deutschland durch diesen wirtschaftsfriedlichen Weg die Ernährung großer Menschenmassen ermöglichte, sammelte sich im beschränkten Reichsgebiet eine Menschenzahl an, die *in keinem Verhältnis zur Bodenfläche* an sich stand. An dem Tage, an dem die wirtschaftsfriedliche Möglichkeit abgeschnitten wurde, war der Kessel überheizt, und es waren 20 Millionen Menschen zuviel. Die ganze Ernährungsgrundlage war die Wirtschaft. In dem Augenblick, wo diese durchschnitten wurde, *stand Deutschland vor der Katastrophe.* England konnte nicht mehr so viel Menschen komprimieren wie

Deutschland, Frankreich hatte das Zweikindersystem. Das Ergebnis war, daß Deutschland jährlich um 800.000 bis 900.000 Menschen zunahm und dadurch in Mitteleuropa eine Macht bildete, die ziffernmäßig langsam zur größten mitteleuropäischen Macht überhaupt anschwellen mußte. Das brachte große Gefahren mit sich.

Frankreich der Feind

Frankreich

verfolgte die Entwicklung mit *steigender Besorgnis*. Es sagte sich, daß jedes Jahr, das die *Abrechnung mit Deutschland* ermöglichte, augenblicklich dazu gewählt werden mußte. Frankreich wird immer versuchen, *Deutschland zu zerschmettern,* aufzulösen in lauter Kleinstaaten, die Rheingrenze zu gewinnen und den Rhein endgültig zu sichern, weil Frankreich zu jeder größeren weltpolitischen Aktion unfähig ist, solange ein mächtiges Deutschland an seiner nordöstlichen Flanke sitzt. Jeder Franzose wird in Deutschland nicht den Staat Stresemanns sehen, sondern *den Staat der zweitausendjährigen Geschichte,* jeder Franzose wird zu allen Zeiten, ob er Royalist oder Jakobiner ist, letzten Endes versuchen, die Sicherung Frankreichs

auf Kosten Deutschlands

dadurch herbeizuführen, daß Deutschland möglichst in Kleinstaaten aufgelöst wird. Die Franzosen glaubten alle Zeit, ein Recht auf Einmischung in Deutschland zu haben, ein Recht auf die Protektionierung einzelner Kleinstaaten und einzelner deutscher Fürsten, um zu verhindern, daß eine Konsolidierung eintritt.

In dem Augenblick, in dem die Republik Deutschland nicht mehr eine absolute frankophile Politik der eigenen Selbstentmannung treibt, in demselben Augenblick ist dieses Frankreich unser Todfeind, wie es der Todfeind jedes Deutschlands war. Wenn Frankreich für irgendein Deutschland Sympathie hat, dann nicht für das bestehende Deutschland, sondern für die jeweilige Staatsform, die ihm augenblicklich zuträglich erscheint, nimmermehr eine Sympathie für unser Volk, sondern für die Zustände, die unser Volk schädigen (lebhafter Beifall). Wer die deutsche Geschichte durchstudiert, wird finden, wie oft Frankreich seine Gesinnung in diesem Sinne offenbarte, wie diese französische Politik seit vielen Jahrhunderten nichts tat, als Deutschland zu teilen, um es beherrschen zu können, und wie alle bedeutenden Deutschen zu allen Zeiten das genau wußten. Vor wenigen Jahren selbst Gustav Stresemann, der erklärte, daß Frankreich immer unser Feind sein und bleiben werde, und den Ausschlag die Macht gibt und nicht das Recht, wie der Weltkrieg schlagend bewiesen habe.

Es ist nicht so, daß am Tage des Antritts der Außenministerschaft des Herrn Stresemann [7] die französische Tendenz sich geändert hätte, sondern Tatsache ist, *daß Frankreich jetzt genau noch so denkt wie früher.* Alle Welt hat unseren Fliegern [8] Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nur ein Volk nahm keine Notiz von dieser deutschen Leistung und ging schweigend darüber hinweg. Das ist *Frankreich*, das nicht einmal so viel *Sportgefühl*

7 Am 13.8.1923.

8 Am 12./13.4.1928 war es Hermann Köhl, Ernst Günther Freiherr von Hünefeld und James Fritzmaurice gelungen, den Atlantischen Ozean erstmals von Osten nach Westen mit dem Flugzeug zu überqueren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929, S. 96 f.

besitzt, daß sein innerer Haß gegen uns dadurch überbrückt werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Für Frankreich ist dominierend die politische Erkenntnis: Wir müssen unbedingt diesen deutschen Staat zertrümmern, wobei die innere Erkenntnis der rassenmäßigen Überlegenheit Deutschlands mitspielt.

Sie wittern in allem bei uns die *Möglichkeit einer Wiederauferstehung.* Man traut uns auf Grund der 4 1/2 Jahre Westfront gar nicht zu, daß es anders sein könnte. Nur langsam dämmert ihnen auf, daß das, was sie vorher als Hinterlist und Schläue ansahen, nur - Gustav Stresemann ist.

Wir wissen, wie die wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt ausgegangen ist. Eines Tages standen wir vor dem Krieg. Die Weltkonkurrenz hat England mobilisiert. Unser Gerede von der friedlichen Eroberung der Welt hat uns selbst entwaffnet. Es sind Millionen von Deutschen gewesen, die sich in den Gedanken einhüllen ließen, eines Tages aus diesem Wirtschaftskampf als Sieger hervorzugehen. *Es war ein schöner Traum* und *noch am 4. August 1914 träumte Bethmann Hollweg davon, daß England uns den Krieg nicht erklären würde.* Mittags trifft die Kriegserklärung ein. Wie ist der bestürzt und überrascht! Daß auch

der Wirtschaftskampf ein Kriegsgrund

sein könnte, hat diesen Leuten nie eingeleuchtet. Nun kommt der Weltkrieg, Deutschland taumelt hinein, von den schwächsten Bundesgenossen Europas umgeben. Dank des österreichischen Bündnisses bekommen wir noch ein halbes Dutzend Gegner mehr auf das Genick, und der Staat bricht langsam zusammen. *Nicht an der Front,* denn am Tage des Waffenstillstandes standen die Franzosen nicht am Rhein, und die Franzosen wären glücklich gewesen, wenn sie so weit gewesen wären als wir noch am Tage des Waffenstillstands. (Stürmischer Beifall.) Das gleiche gilt von Rußland: Noch immer standen unsere Armeen tief im Feindesland.

Die Art des Waffenstillstandes, dieser bedingungslosen Waffenstreckung hat sich noch nie in der Welt zugetragen. Nicht einmal in Karthago. Es ist ganz sicher: wenn das in einem anderen Staate als Deutschland passiert wäre, daß 3 Jahre später alle Verantwortlichen auf dem Schafott geendet hätten. (Stürmischer Beifall.)

In Deutschland wird das Volk blind gemacht von den Friedensschalmeien. Man glaubte, daß Deutschlands Abrüstung die internationale zur Folge haben werde und den Weltfrieden für alle kommenden Zeiten. Große Kreise der Nation haben geglaubt, daß die Waffenniederlegung, die vollkommene Ergebung in den Willen der Feinde, *der Beginn einer allgemeinen Abrüstung*, des Völkerfrühlings sei. Das ist kein Völkerfrühling, das ist Herbst, wenn nicht Winter, solche Völker sind degeneriert und gehen langsam zugrunde. Alle Völker, die sich der Befriedigung ergaben, haben die Welt praktisch nicht mehr beherrscht, sondern sind langsam verfault.

Nach wie vor hat *England* das Ziel verfolgt, mit dem es in den Krieg ging. *Frankreich hat das seine nicht erreicht.* Es ist ein Unsinn zu meinen, daß Frankreich *für Elsaß-Lothringen allein* diesen gigantischen Kampf geführt hat. Es war das politisch geschickte Motiv, das die Masse des Volkes brauchte. Der Gedanke der Staatsleitung war viel umfassender. *Es war der Gedanke, Deutschland zu zerschmettern, dafür hat man die Millionen*

geopfert. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat vergessen, daß Frankreich 50 Jahre vorher das Elsaß verlor, weil es mehr wollte, als es besessen hat. Nur den deutschen Siegen war es zu danken, daß der Rhein nicht schon damals verloren ging. Denn das Kriegsziel war das linke Rheinufer als Signal der Verhinderung der deutschen Einigung.

Dieses Ziel hat Frankreich nicht erreicht.

Das rettende Opfer der Heldenfront.

Man fragt sich oft, ob das deutsche Heldenblut, das damals vergossen wurde, einen Sinn gehabt hat. Viele Menschen sagten: Es ist vergeblich gewesen! *Das ist doch nicht richtig,* weil dank dem Opfer dieser 2 Millionen und dem heroischen Einsatz der anderen 6 Millionen *verhindert* wurde, *daß der Krieg auf deutsches Gebiet kam.* Wäre der Krieg auf deutschem Gebiet gewesen, dann hätten wir auf Grund der Lagerung unserer Industriezentren den Krieg nicht nur verlieren müssen, sondern *das Reichsgefüge wäre in Trümmer gegangen. Wir verdanken den 2 Millionen Toten, daß Deutschland als Staat erhalten blieb, nicht der deutschen Republik verdanken wir das* (stürmischer Beifall), nicht den heutigen Staatskünstlern. Wenn der Opfersinn so gering gewesen wäre als die Klugheit der neuen deutschen Staatsleitung, dann wären wir zugrunde gegangen. Was Frankreich zurückgehalten hat, war nur

der Eindruck der Heldenfront,

die Rückwirkung dieser gigantischen Armee, die 4 1/2 Jahre lang den Franzosen gezeigt hat, was kämpfen heißt und seine Ziele nicht so recht zur Auswirkung kommen ließ. Wie bringen wir durch Lüge, Betrug und Heuchelei die deutsche Armee aus unserem Lande hinaus? Das war der Gedanke Frankreichs, deshalb der Verzicht auf die letzten französischen Ziele, deshalb das Eingehen auf englische Wünsche und das Mitanhören der allgemeinen Phrasen von Weltabrüstung.

Für England handelt es sich darum, *die deutsche Wirtschaft so zu belasten,* daß sie als wirtschaftlicher Konkurrent ausschied. Alle Maßnahmen Frankreichs sind der konsequente Versuch, Deutschland zu zertrümmern, durch eine unnatürliche Belastung, dauernde Annektionen, durch dem Volke auferlegte *Entbehrungen* das alte politische Weltziel zu erreichen. England hat seine Ziele nicht erreicht, weil Amerika als zweite Weltmacht aufgetreten ist, so daß England seines Erfolges nicht ganz froh sein kann und möglicherweise schon in einen noch größeren Konflikt hineintaumelt.

Ruhreinbruch, Stresemanns Papierschlachten, nationale "Einheitsfront"

Frankreich ist überall der Hetzer, der Treiber, zu keiner Zeit zufrieden mit dem, was es erhält, ununterbrochen wirkt es darauf hin, Deutschland langsam aufzulösen.

Das Jahr 1923 brachte

die Ruhrbesetzung,

womit der Friedensvertrag von Versailles *zerrissen* wurde. Aber die französische Machtstellung war keine unbeschränkte. Die Alliierten hätten eine ausschließliche Eroberung des Kohlengebietes durch Frankreich ungern gesehen, besonders England.

Es konnte in Deutschland nur zwei Möglichkeiten geben: Entweder man nahm die Besetzung eben hin, oder man nahm sie zum Anlaß, um einen Wandel in der ganzen Auffassung unseres Volkes herbeizuführen, aber auch unserer außenpolitischen Einstellung, d. h. *Widerstand zu leisten mit den allerletzten Konsequenzen.* Es war ein Fehler oh-

negleichen, sich auch nur eine Stunde lang noch mit der Zivilverwaltung zu belasten, statt sie der Okkupationsbehörde zu überlassen und das ganze Gebiet als *Kampfgebiet* zu betrachten. Dazu gehörten eiserne Nerven. Hatte man sie nicht, dann war es ein *Verbrechen, den Widerstand zu organisieren*, der halb war, zusammenbrechen und Hunderttausende in die größte Notlage versetzen mußte.

Damals stand *Gustav Stresemann* auf

(Bewegung). Zum erstenmal griff er ein in die Speichen der deutschen Geschichte und erklärte: *Es muß Widerstand geleistet werden bis zum äußersten!*

In der Heimat mußte eine neue Armee entstehen. Das ist ein unendliches Risiko, es mußte aber einer Regierung, die entschlossen war, alles auf eine Karte zu setzen, gelingen, wie in der Weltgeschichte ähnliches hundertmal gelungen ist.

Aber man mußte in Deutschland aufräumen mit jener Pest des Landesverrats, der dauernden Opferung der nationalen Würde, aufräumen mit allen Elementen, die von jeher nichts getan, als die deutsche Ehre zu unterminieren und unsere Wehrhaftigkeit zu unterhöhlen. Wer wirklich ernstlich an den Widerstand glaubte, mußte wissen, daß dieser so lange sinnlos war, als in der Heimat die Menschen offen jene unselige Politik treiben durften, die schon im Herbst 1918 den deutschen Armeen den Todesstoß versetzt haben. (Stürmischer Beifall.) Es war sinnlos, diesen Elementen, die die ganze nationale Größe des Vaterlandes zerstört hatten zuzumuten, als Kämpfer für die nationale Größe aufzutreten.

Gibt es einen Staat der nationalen Ehre und des nationalen Rechtes, dann kann man Landesverräter nicht frei herumlaufen lassen, dann mußte eines Tages naturgemäß mit diesen Elementen abgerechnet werden.

Was tat Gustav Stresemann?

Er propagierte den Widerstand mit aller Gewalt, allerdings *mit der Gewalt des Geldes.* Er war überzeugt, daß man durch Geldschlachten die Franzosen aus dem Ruhrgebiet hinauswerfen würde. Das ist die Frucht, *wenn solche Leute nicht beim Militär gedient haben,* die während des Krieges sich mit ganz anderen Dingen beschäftigt haben, die in Aktien denken, statt in Kompagnien. Sonst hätten sie wissen müssen, daß eine Okkupationsarmee einer Zivilbevölkerung blitzschnell Herr wird. *Mit solchen Mätzchen wie Streik kann man eine Okkupationsarmee nicht zum Verlassen des Landes bewegen.*

Der passive Widerstand!

Das Wort passiv ist schon faul. Ein Widerstand, bei dem man nichts riskiert, ist kein Widerstand. Das sind Schlagwörter, die unseren Pazifisten so angenehm waren wie die Küstenverteidigung an Stelle der Seeschlacht. Es war klar, daß die Zivilbevölkerung so schweren Unterdrückungen ausgeliefert war, daß sie nur in der Lage gewesen wäre durchzuhalten, wenn sie gewußt hätte, daß in Deutschland 60 Divisionen stehen. Man glaube doch nicht, daß Frankreich im Jahre 1923 tatsächlich bereit gewesen wäre, noch einmal einen gigantischen Krieg vom Zaune zu brechen. Solange man weiß, daß man mit 3 Negerarmeen ganz Deutschland in Schach halten kann, ohne einen Schuß abzufeuern, wäre es dumm gewesen, wenn es diese Situation nicht ausgenützt hätte.

Der passive Widerstand muß[*te*] eines Tages zur Entscheidung kommen. Einmal mußte man verhandeln, und dann siegt die größere Macht, die dahinter steht.

Vor einem Deutschland, das damals zu zwei Drittel von den Elementen repräsentiert wurde, die mithalfen, das Deutschland des Jahres 1918 zu beseitigen, vor diesem Deutschland hat man wenig Respekt, besonders, wenn man weiß, daß es ihm nicht ernst ist mit dem Widerstand, aufgebaut auf der *"nationalen Einheitsfront"!*

Diese Gebilde verdanken wir Gustav Stresemann.

Ich kann keine Einheitsfront aufbauen zwischen Elementen, die national, und solchen, die international sein wollen, zwischen solchen, die kämpfen wollen, und solchen, die stehlen wollen. Zwischen Menschen, die die Waffen ergreifen, und solchen, die den Rucksack nehmen wollen. Stresemann hat das gigantische Werk der deutschen Einheitsfront gemacht, wir mußten es allerdings bezahlen, immer wieder, denn die Gewerkschaften brauchten Geld. Warum soll man nicht mitmachen? Es wird ja doch nichts daraus! *Sonst wären diese Leute nicht dabei!*

Die *Arbeiter haben mit dieser Einheitsfront nichts zu tun gehabt. Das war nicht die Einheitsfront von Stresemanns Gnaden, sondern des deutschen Herzens.* (Lebhafter Beifall.) Sie hätten noch ganz anders zusammengestanden, wenn die Leitung der Heimat eine andere gewesen wäre.

Es ist genau das gleiche Spiel wie mit *Südtirol*: Ein großes Tam-Tam-Geschrei, aber wenn ein Andreas Hofer aufsteht, soll er sich hüten, daß er auf der Flucht nicht nach Deutschland kommt, *sonst wird er verhaftet und ausgeliefert.* (Stürmischer Beifall.) Es ist das gleiche wie mit den sogenannten Fememördern:

Heute stellt man sie vor Gericht und verurteilt sie zu Zuchthaus und Todesstrafe. Zuerst müssen die jungen Menschen hinaus, setzen ihr Blut daran, dann werden sie von den eigenen Regierungen gejagt wie die Verbrecher. Jetzt, nachdem die Menschen nicht mehr wissen, was es hieß, in Oberschlesien zu kämpfen [9]*, jetzt dreht man ihnen den Strick. Dieser sogenannte Staat hat sich konsolidiert und versteht nicht mehr den Sinn des damaligen Erlebens. Er findet die Richter und Ankläger, die fähig sind, solche Menschen zum Schafott zu schleifen. Und diese Parteien, die solche Verbrechen auf sich laden, nennen sich national und fordern auf, Herrn Stresemann die Stimme zu geben.*

Nachdem diese Einheitsfront den Staat restlos ausgeschöpft hatte - *5 Milliarden Goldmark kostete Deutschland dieser Spaß,* der ganze Deutsch-Französische Krieg hat uns knapp 4 Milliarden Goldmark gekostet, und der geniale Staatsmann Stresemann hat es fertig gebracht, aus Deutschland diese 5 Milliarden herauszupressen -, taumelte man immer schneller in eine *Inflation* hinein, die erfüllte, was nach außen der Ruhrkampf bezweckte. *Dieser passive Widerstand hat mitgeholfen, Hunderttausenden von Deutschen ihre Spargroschen durch die Inflation zu nehmen.*

Die Dawesausbeutung

Stresemann hat es fertig gebracht, daß Deutschland innerlich entschuldet worden ist. Was heißt das? Er hat den Weg geebnet für das spätere

9 Gemeint ist der im April/Mai 1928 durchgeführte Fememordprozeß in Stettin gegen Edmund Heines und weitere Mitangeklagte wegen Ermordung eines angeblichen Verräters im Juli 1920. Heines wurde am 5.5.1928 wegen Totschlags zu 15 Jahren Haft, nach Urteilsrevision im März 1929 zu 5 Jahren Haft verurteilt. Zum Prozeß vgl. Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 244 ff., 273 ff.; Emil J. Gumbel, "Verräter verfallen der Feme". Opfer, Mörder, Richter 1919-1929, Berlin 1929, S. 150 ff.

Dawesgutachten [10],
das nur denkbar war auf der Voraussetzung, daß Deutschland innerlich entschuldet war. Das hatte man erreicht durch die Inflation, um es nach außen verschulden zu können. (Lebhafte Zustimmung.) *Der Sinn des Dawesgutachtens war, die politische Schuld Deutschlands in eine wirtschaftliche Schuld abzuändern,* die möglich wurde dadurch, daß das Deutsche Reich keine inneren Schulden mehr hatte.

Gustav Stresemann hatte sich im gegebenen Augenblick aus dem Ruhrwiderstand zurückgezogen und Herrn *Cuno* vorgeschoben, der beschimpft und besudelt wurde und schließlich abtreten mußte. *Dann erschien Stresemann wieder auf der Bildfläche und sagte das Gegenteil dessen, was er vorher gesagt hatte* [11].

Hitler verliest eine *glühende Ergebenheitsadresse der Deutschen Volkspartei an den Kaiser nach Doorn* [12], die auch von *Gustav Stresemann unterzeichnet* ist, der den Kaiser bittet, davon überzeugt sein zu wollen, daß Millionen Deutsche stets das Bekenntnis zum monarchistischen Gedanken hochhalten. Man sieht sie förmlich - bemerkt Hitler sarkastisch - diesen Gedanken hochhalten. Es sind *politische Revuekünstler, die plötzlich in vollkommen neuen Konstümen erscheinen!*

Die Ruhrkapitulation nannte die italienische Presse die schamloseste Kapitulation der Weltgeschichte.

Nun kam
der Dawesvertrag,
den man annehmen mußte, *"um Ärgerem zu entgehen",* zweitens glaubte man, daß das deutsche Volk eine bedeutende Kapitalmenge bekommen würde, daß eine Begrenzung der Forderungen eintreten würde, und daß künftig nicht *ein* Staat allein, sondern die Gesamtheit dieser Staaten Interessent wäre, daß nicht mehr Frankreich allein uns malträtieren könne, sondern daß ein großer friedlicher Konzern zu entscheiden habe, daß die Währung der Weltwährung angepaßt würde. Weiter würde die *Deutsche Reichsbahn* eine Gesellschaft mit dem maßgebenden Einfluß der Deutschen [*bleiben*], was nicht wahr war. Man schwätzte und log dabei, daß sich die Balken bogen, als endlich der Dawesvertrag angenommen wurde von allen jenen Parteien, die sich auch als national bezeichnen, die offiziell auch z. Zt. zum Teil dagegen Stellung nehmen, aber sich dann

10 Der Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

11 Als Reaktion auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen hatte die Regierung Cuno am 13.1.1923 die Bevölkerung zum passiven Widerstand aufgerufen, der am 26.9.1923 durch die Regierung Stresemann - das Kabinett Cuno war am 12.8.1923 zurückgetreten - abgebrochen wurde. Vgl. allg. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

12 Das von Rudolf Heinze, Ernst von Richter und Gustav Stresemann gezeichnete Telegramm der DVP vom 28.1.1919 an Wilhelm II. bekundete die Treue zum monarchischen Gedanken und wandte sich gegen "jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königtums". Druck: Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962, S. 109.

wieder spalten. *Es haben 45 Stimmen zur Annahme gefehlt.* Und siehe, welch ein Wunder: *49 Deutschnationale haben auf einmal den inneren Drang, dafür zu stimmen* [13].

Wir haben die Deutsche Reichsbank verloren.

Auch das hat Stresemann *vergessen* zu sagen, daß sie unter Kontrolle des Auslandes steht und eigentlich mit uns gar nichts mehr zu tun hat! So ein kleiner Gedächtnisfehler kann unterlaufen. Die sogenannte Reichsbank ist kein deutsches Institut mehr. Die sogenannte finanzielle Souveränität besteht darin, daß der Vertreter des Auslandes sagen kann: Ihr habt Deutschland so und so zu organisieren [14]. Dieser Vertreter, Parker Gilbert, tut nur, was *gesetzlich niedergelegt* ist. Vergleichen Sie die Gesichter zwischen Stresemann und diesem jungen Amerikaner: Man muß diesem von vornherein alles Recht zubilligen.

(Bewegung) Das Deutsche Volk ist noch nie mit einem verhängnisvolleren Vertrag beglückt worden, ohne ihn so wenig zu kennen wie diesen.

Die freiwillige Auslieferung in Locarno [15]

Auch der Dawesvertrag war nur eine Einleitung. Er mußte durch *politische Maßnahmen* ergänzt werden. Herr Stresemann sagte, man müßte, damit der Staat leben kann, die Substanz opfern. *Die Substanz wurde nur verschoben,* und nur die Besitzer haben gewechselt. Jedenfalls wollte Stresemann seine wirtschaftlichen Erfolge krönen.

Er führte nun das deutsche Volk

nach Locarno,

eine Tat ungeheuerster Art, weil wir damit zum erstenmal in der Weltgeschichte, ohne gezwungen zu sein, als Volk Verträge anerkennen, die unseren Tod bedeuten. Nur auf eine kurze Anregung der schlauen Engländer hat Stresemann persönlich an Briand [16] geschrieben und ihm den Antrag gemacht [17], daß Deutschland endgültig auf Elsaß-

---

13 Bei der Schlußabstimmung im Reichstag am 29.8.1924 hatten 48 (nicht 49) Abgeordnete der DNVP für die Annahme des Dawesplans gestimmt. Zu den Hintergründen vgl. Robert P. Grathwol, Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy 1924-1928, Lawrence 1980, S. 42 ff.; Link, Stabilisierungspolitik, S. 306 ff.

14 Anspielung auf ein am 6.11.1927 von der deutschen Regierung veröffentlichtes Memorandum von Parker Gilbert, dem Generalagenten für Reparationszahlungen, zur deutschen Finanzpolitik. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 170 f., 490 ff.

15 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Anerkennung der durch den Versailler Vertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.

16 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär der Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter der franz. Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer der Parti Républicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Gustav Stresemann).

17 Ein persönliches Schreiben Stresemanns an Briand ist nicht bekannt. Gemeint sein dürfte das Memorandum vom 9.2.1925, das Stresemann an den französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot übermittelte. Druck: Ursachen und Folgen. Bd. VI: Die Weimarer Republik, S. 334 f. Vgl. auch Henry Bernhard (Hrsg.), Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Bd. II: Locarno und Genf, Berlin 1932, S. 62 ff.

Lothringen verzichte, auf die Nationalität des Rheines und des Rheinlandes, auf die deutsche Souveränität in bezug auf die Gewährung des *Durchmarschrechtes*[18]. Stresemann hat somit den letzten Rest nationaler Souveränität hingegeben, damit wir endlich in den *Völkerbund* einziehen können, derselbe Stresemann, der vor und während des Krieges sich auf das äußerste gegen solche Gedankengänge verwahrte, der niemals glaubte, daß internationale Verständigungen möglich seien; auch nicht unter dem Vorsitz von Neutralen über Deutschlands Schicksal entschieden werden dürfe. Und heute tun es unsere Feinde! Im siebenten Jahre nach dem Krieg und am Tage der Völkerschlacht von Leipzig unterschreibt man einen Vertrag[19], mit dem Deutschland freiwillig den Friedensvertrag von Versailles anerkennt. Mit welchem Recht treibt man dann noch Opposition gegen diesen Vertrag? Im siebenten Jahre des "Friedens" verzichtet ein deutscher Staatsmann auf Elsaß-Lothringen, das deutsche Volk erträgt ihn und wählt ihn wieder. (Bewegung und Pfuirufe.) Bei einem Funken von elementarer Rücksicht auf die Blutopfer der zwei Millionen Toten hätte man dies nicht tun dürfen. Wir sind den Toten schuldig, daß wir nicht verzichten.

Ein *deutscher Staatsmann* gibt sich dazu her, daß der *Rheinstrom neutralisiert* wird. Wie war man beglückt und stolz, wenn man zum erstenmal auf einer Reise den Rhein erblickte! Wir verzichten auf unsere Souveränität auf dieses Gebiet, während der Gegner nicht daran denkt, dasselbe zu tun, ohne gezwungen zu sein. Das ist unerhört. Weiter billigt man dem Gegner das Durchmarschrecht zu, d. h. nichts anderes als: Wir können jederzeit gezwungen werden, *als Landsknechte für andere unser Blut zu opfern.* Das ist das endgültige Ergebnis dieses Vertrages. Es ist für den, der selbst Soldat gewesen ist, der den Krieg nicht als etwas Schaurig-Schönes ansieht, sondern als das Furchtbare, das er ist, unfaßbar, *daß deutsche Kinder bluten müssen, weil deutsche Staatsmänner solche Verträge unterzeichnet haben.*

Als Ergebnis aller Verträge sollten *Rückwirkungen* eintreten. Wenn keine Rückwirkungen eintreten, brauchen wir nicht in den Völkerbund hineingehen. So sagte Stresemann. Drei Monate später sprach er hier in München[20] unter jubelndem Beifall der Masse des intelligenten Bürgertums: *Meine Herren, Sie wollen Rückwirkungen, ehe wir im Völkerbund sind? Das geht nicht, das können Sie nicht verlangen.*

Wenn ein Volk, das auf seiner Grundfläche nicht leben kann, sein Schicksal denen in die Hände gibt, die an seiner Unterdrückung das lebendigste Interesse haben, so ist das Wahnsinn.

---

18 Die Völkerbundsatzung vom 28.6.1919, die Bestandteil des Versailler Friedensvertrages war, verpflichtete in Artikel 16 die Mitgliedstaaten, sich bei Maßnahmen gegen einen vertragsbrüchigen Staat gegenseitig zu unterstützen und jedem Bundesmitglied den Durchzug von Streitkräften durch ihr Gebiet zu ermöglichen. Druck: Walther Schücking/Hans Wehberg, Die Satzung des Völkerbundes, Berlin ^{2}1924.

19 Die Locarno-Verträge waren am 16.10.1925 paraphiert und am 1.12.1925 in London von Reichskanzler Hans Luther und Reichsaußenminister Gustav Stresemann unterzeichnet worden. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff.
Die Völkerschlacht bei Leipzig hatte vom 16. bis 19.10.1813 stattgefunden.

20 Am 17.1.1926. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 18.1.1926, "Wir müssen schrittweise vorwärts kommen!".

Stresemann hat das fertig gebracht. Er operierte Deutschland in den Völkerbund hinein, der aus den größten Machtstaaten besteht, die die Erde besitzt.

Diese Politik hatte im Gefolge die *Zerstörung der gesunden Vernunft.* Diese Politik hatte [*es*] fertig gebracht, das ganze Volk verrückt zu machen, daß es jede gesunde Vernunft und jeden Selbsterhaltungstrieb verloren hat und auf Dinge baut, die Irrsinn sind. Diese Politik arbeitet mit Schlagworten der übelsten Art, so daß das Volk nie seine Lage begreift, nie Einsicht erhält und immer wieder in einen neuen Taumel verfällt.

Hitler möchte nicht über die persönlichen Eigenschaften Stresemanns sprechen, was Anlaß zu Prozessen gäbe, sondern feststellen, was dieser Mann für Deutschland bedeutet hat. Auf die viel gehörte Frage: "Hätten Sie es besser gemacht?" möchte ich nur erwidern: *"Nennen Sie mir einen, der es schlechter hätte machen können!"* (Starker Beifall.)

Auf zum Kampf

Seit acht Jahren haben wir den Wahnsinn dieser Politik und ihre Folgen vorhergesagt und von Fall zu Fall kritisiert, seit acht Jahren haben wir das Trügerische dieser Hoffnungen nachgewiesen, sind den Spuren dieses Großen nachgegangen und haben festgestellt, welches die Folgen sein werden. Eine ganze Literatur ist schon erschienen. Unser deutsches Bürgertum liest nichts, hat es nicht notwendig. Von Fall zu Fall haben wir versucht zu zeigen, was geschehen mußte, und die Geschichte hat uns bisher rechtgegeben.

Es ist nur ein Zeichen der Angst, die Propagandamöglichkeiten zu unterbinden. Das war der Grund der Einführung der *Plakatzensur,* das [*sic!*] damit begründet wurde, nicht weil wir das Volk aufklären wollten, sondern weil *Verkehrsstörungen* eintreten würden. Warum treten denn jetzt, nachdem die Zensur gefallen ist, keine Verkehrsstörungen ein? Die Freiheit ist nun wieder hergestellt, und wir werden es erreichen, daß unsere Aufklärung immer mehr in die breiten Massen hineindringt. Stresemann ist Freimaurer, und das deutsche Volk hat das Glück, in Genf von einem Mann vertreten zu sein, *dem Herr Briand nähersteht als wir Deutschen,* weil er in Zeichen redet, die andere nicht verstehen.

Wir kennen das Verhältnis dieser Familien, der Warburg[21] und Friedländer[22] von Berlin bis New York. Wenn diese Menschen untereinander sich verstehen, *ist das deutsche Volk am Ende seiner Zeit angekommen.* Das Verstehen dieser Menschen heißt, daß unser deutsches Volk nicht mehr versteht, richtig seine Interessen zu vertreten. An dem Tag, an dem das Volk wieder seine Interessen wahrt, wird dieser internationale Zauber wieder sein Ende nehmen. Wir verzichten auf die Freundschaft von Völkern und Männern, die ihr Leben aufbauen auf dem Ruin ihres eigenen Volkes und Vaterlandes.

---

21 Zur Hamburger Bankiersfamilie Warburg vgl. Eduard Rosenbaum/A. J. Sherman, M. M. Warburg & Co. 1798-1938. Merchant bankers of Hamburg, London 1979.

22 Gemeint ist vermutlich Albert Friedländer (1888-1966), Schriftsteller und Inhaber des Bankhauses Albert Friedländer in Berlin, Vorsitzender des Börsenvorstandes, 1934 Emigration.
Zu Personen gleichen Namens vgl. Joseph Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. Hrsg. vom Leo Baeck Institute, Jerusalem 1988, S. 103 ff.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss. Bd. I, S. 197 ff., und Bd. II/1, S. 336 ff., München 1980-1983.

Und wenn heute
Staatsminister als Kandidaten
auftreten, *von Paris empfohlen* werden, und die Presse schreibt: Wir wünschen, daß Stresemann einen großen Sieg erringt, das sei eine Garantie des Weltfriedens, wir wünschen, daß ein großer Linkssieg kommt! Wenn Frankreich den Sieg einem Manne wünscht, *dann muß ich als Deutscher ihn als Übel, als Unglück ansehen.* (Stürmischer Beifall.) Wer Deutschland dient, muß vom Ausland zwangsläufig gehaßt sein, so lange dieses Ausland seine Existenz aufbaut auf der Unterdrückung unseres Volkes.

So kämpft die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* einen Kampf, von dem wir wissen, daß er von Millionen nicht verstanden wird, daß aber langsam die Schar derer größer wird, die sehend werden. *Wir sind die Vertreter des Deutschlands der Zukunft,* das nicht regiert wird von Männern, die so wie heute Deutschland regieren, sondern das einmal regiert werden wird von den Vertretern der Fronttruppen. (Stürmisch anhaltender Beifall.)

19. April 1928 Dok. 259
Schreiben an den NSDAP-Gau Hamburg

Masch. Ausfertigung vom 19.4.1928; IfZ, F 7.

Die in Hamburg getroffene Entscheidung des Pg. Gregor *Straßer* habe ich zur Kenntnis genommen und in allen Punkten gebilligt [1].

Ich habe die Absetzung des Gau-SA-Führers [2] und die Auflösung der Schutzstaffel befohlen [3].

Ich erwarte von den Pg[*g*]. des Gaues Hamburg, daß sie sich geschlossen hinter den von mir eingesetzten Gauführer Pg. Dr. *Krebs* [4] stellen und dann beweisen, daß auch im Gau Hamburg die N.S.D.A.P. sich von [*sic!*] den anderen Parteien durch ihre Disziplin auszeichnet.

gez. Adolf Hitler

1 Zur Mission Straßers vgl. Okraß, Hamburg, S. 158.

2 Arthur Böckenhauer (1899-1953), kaufmännischer Angestellter, 1923-1925 Führer der "Turn-, Sport- und Wandervereinigung Blücher von 1923", 1925/26 Polizeibeamter bei der Hamburger Ordnungspolizei (Entlassung wegen politischer Betätigung), 1925 Eintritt in die SA, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927/28 SA-Gausturmführer Nordmark (Schleswig-Holstein, Hamburg, Nord-Niedersachsen), Mai 1928 Parteiausschluß, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, 1930 hauptamtlicher SA-Führer, 1931/32 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (NSDAP), 1932/33 MdR, 1937 Führer der SA-Gruppe Niedersachsen.

3 Im Frühjahr 1928 hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen Gauleiter Albert Krebs und SA-Führer Böckenhauer so weit zugespitzt, daß Krebs am 1.5.1928 zusammen mit dem Geschäftsführer Edgar Brinkmann zurücktrat. Daraufhin verfügte die Parteileitung am 8.5.1928 den Parteiausschluß Böckenhauers. Krebs nahm jedoch seinen Rücktritt nicht zurück und schied im September 1928 als Gauleiter aus. Zu den Hintergründen vgl. auch Krause, Hamburg, S. 89 f., 96 ff.; Krebs, Tendenzen, S. 63 ff.

4 Vgl. Dok. 251.

19. April 1928
Anordnung

Dok. 260

VB vom 24.4.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Hiermit ernenne ich den Pg. Herrn Stadtrat *Fiehler*, München, zum Wahlleiter für die Kreistags- und Bezirkstagswahlen in Bayern [1].

München, den 19. April 1928

gez. Adolf *Hitler*

20. April 1928
"Die Not des deutschen Volkes und unser Weg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Traunstein [2]

Dok. 261

VB vom 28.4.1928, "Adolf Hitler in Traunstein" [3].

In herben, aber ebenso wahren Worten beleuchtete Hitler den kulturellen Niedergang von heute und stellte den negativen Fortschrittsphrasen unserer Zeit *seine positive*[*n*] *Aufbaugedanken für die Zukunft* gegenüber.

Unter anderem erklärte er: Wenn das heutige Regierungssystem Anwendung findet, so ist das noch lange kein Beweis dafür, daß es richtig ist. Richtig wäre es erst dann, wenn es auch für die Vergangenheit als mit Erfolg angewandt gedacht werden könnte. *Unser heutiges Regierungs- und Wirtschaftssystem ist eine Pumpwirtschaft und ein Zehren an der Substanz, die das deutsche Volk nicht in einer Zeit der parlamentarischen Schwächen gesammelt hat, sondern in einer Zeit, in der die Staatsform den Stempel der Persönlichkeit Bismarcks trug.*

Zehren kann man aber nur so lange, als etwas da ist. Obwohl heute bereits das ganze Volksvermögen verpulvert ist, wagen es die verschiedenen Parteien immer noch, große Versprechungen zu machen, um für die Wahlen Stimmen zu fangen.

---

1 Vgl. auch die von Hitler gezeichnete Aufstellung der NSDAP-Kandidaten für die Wahl zum Kreistag in Oberbayern am 20.5.1928, die der VB am 21.4.1928 in der Rubrik "Aus der Bewegung" veröffentlichte. Zu den Ergebnissen der Kreistags- und Bezirkstagswahl vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 60 (1928), S. 580 ff., 605 ff.

1 Titel laut Ankündigung im Traunsteiner Wochenblatt vom 18.4. und 19.4.1928, und im VB vom 19.4. und 20.4.1928.

2 In der Turnhalle, von 20.00 bis 22.30 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut VB etwa 1.200 Personen teil.

3 Vgl. auch VB vom 22./23.4.1928, "Hitler im Chiemgau"; Münchener Post vom 24.4.1928, "Sterndeuter".

Wenn heute die große Masse der pazifistischen Weltanschauung huldigt, so ist das ebenfalls kein Beweis dafür, daß diese Anschauung richtig ist. Schon öfter als einmal sind Weltanschauungen, die als unumstößlich galten, dennoch umgestoßen worden, durch die Erkenntnis *einer Persönlichkeit.* Jahrtausende lang war man der absoluten Meinung, daß unsere Erde der ruhende Pol im Universum sei, bis ein *Kopernikus* und *Galilei* erstanden und das Gegenteil bewiesen. Zahllose unschuldige Frauen und Mädchen wurden verbrannt, weil eine große Masse sie für Hexen hielt, dennoch hat sich diese Anschauung als unrichtig erwiesen.

Daß die pazifistische Weltanschauung der gegenwärtigen Masse unrichtig ist und eine Heuchelei, beweist Hitler an vielen Beispielen des Lebens.

In Wahrheit ist der Pazifismus nicht die Folge von heroischer Größe, sondern die Folge unendlicher Feigheit. Dem heutigen Massenkult stellt Hitler den unschätzbaren Wert der Persönlichkeit gegenüber.

Ein Beispiel: Das deutsche Volk bezahlt heute so viel an Reparationen, daß jeder einzelne täglich 3 Stunden arbeiten muß, ohne dafür etwas zu bekommen, nur weil uns vor dem Kriege schon und während desselben der Mann gefehlt hat, *der eine siegverbürgende Politik getrieben hätte.* Denkt man an unsere ungeheuren Kriegsschulden, dann kann man ungefähr ermessen, was dieser eine Kopf wert gewesen wäre.

An den Ausführungen Hitlers erkennt man, daß er *nicht überreden, sondern überzeugen will.* Den Unbelehrbaren empfiehlt Hitler, ihre Stimmen nur wieder ihren bisherigen Parteien zu geben; sie könnten dann versichert sein, daß die gleichen Männer in 4 Jahren wieder gewählt werden, und daß ihnen das gleiche wieder versprochen werden wird wie heute, weil es wieder nicht erfüllt werden konnte.

Im einstigen nationalsozialistischen Staat wird nicht die Wahl durch die Masse, sondern die Rechenschaft und Verantwortung vom Führer und daher die freudige Unterordnung aller Volksgenossen, ohne Standesunterschied, das charakteristische Merkmal sein.[4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. April 1928 Dok. 262
Anordnung

VB vom 25.4.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Die endgültigen Wahlvorschläge der N.S.D.A.P. (Hitler-Bewegung) zum Reichstag sind an die Vertrauensmänner hinausgegangen. Diese müssen spätestens am 24. April im Besitze der mit eingeschriebenem Eilbrief an sie abgesandten Vorschläge sein.

München, den 23. April 1928

gez. *Adolf Hitler*

23. April 1928 Dok. 263
"Wahlkampf oder Schicksalskampf" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Landsberg a. L. [2]

Oberbayerischer Generalanzeiger vom 24.4.1928, "Adolf Hitler in Landsberg".

Vorweg betonte Hitler, daß er nicht als Kandidat für die bevorstehenden Wahlen spreche, glossierte die Wahlagitation der verschiedenen Parteien, welche heute den Wählern alles versprechen, um nachher nichts zu halten oder nichts halten zu können, und damit das Volk betrügen. Volksgemeinschaft sei Schicksalsgemeinschaft. Eingehend beschäftigte er sich mit den Versäumnissen der deutschen Außenpolitik in der Vorkriegszeit. Der Staat ist nur Form, der Inhalt ist das Volk. Wie manche Staatsform wurde durch den Inhalt, das Volk, wieder neugebildet. Bei all seinen Ausführungen, die sich zum Teil, besonders aber in der zweiten Stunde des Vortrages, in oft gewagten Vergleichen und Nutzanwendungen ergingen, fanden wir *ein* Thema nicht erwähnt: Was ist mit den Auslandsdeutschen, was ist vor allem mit *Südtirol*? Diese brennende Frage berührte Herr Hitler mit keinem Worte. Seine Hauptausführungen gingen gegen den Parlamentarismus, zu dessen Bekämpfung er die Grundsätze seiner Partei anführte und ausführte. Wir dürfen wohl annehmen, daß Hitler, als er von der Galerie des Landtags in den Sitzungssaal hinuntersah und sich fragte: "Wenn das die Gescheitesten sind von ganz Bayern, wie sehen dann erst die Blöden aus?", wohl seinen Blick auf seiner eigenen Fraktion ruhen ließ und nach dieser den ganzen Landtag beurteilte. Der Kampf allein kann uns retten, wenn es auch nicht der Kampf mit Waffen ist, das Volk wird sich auf sich selbst besinnen. Deutschland wird gerettet werden durch Männer, die den allgemei-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 22./23.4.1928.

2 Im Waitzingerkeller, von 20.30 bis 23.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Oberbayerischem Generalanzeiger etwa 700 Personen teil.

nen Haß auf sich ziehen. Die Bewegung der Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*], die schon als tot galt, sie erstarke allüberall, besonders im Rhein- und Ruhrgebiet. Zum Schluß sang Hitler ein Lied auf seine Bewegung und empfahl auch mehr oder weniger die Stimmabgabe bei den Wahlen am 20. Mai für die Liste der Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*], dabei wiederholt betonend, daß er niemals kandidieren werde.[3]

25. April 1928 Dok. 264
Anordnung

VB vom 28.4.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Den Anordnungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung, zu dessen Vorsitzenden ich am 2.1.[*19*]28 den Pg. Major a. D. Walter *Buch* ernannt habe[1], und dessen Beisitzer die Pgg. Rechtsanwalt Dr. *Frank* II und Stadtrat *Graf* sind, ist von sämtlichen Parteigenossen und Parteidienststellen einschließlich des ersten Parteivorsitzenden jederzeit nachzukommen. Eine Nichtbefolgung dieser Anordnung gilt als Ablehnung der Parteidisziplin und als Austritt aus der Bewegung.

München, 25. April 1928

Adolf *Hitler*

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 216.

26. April 1928 Dok. 265
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pforzheim [1]

Der Führer vom 5.5.1928, "Hitler in Pforzheim" [2].

Es habe nicht der Wahlzeit [3] bedurft, um ihn [*Hitler*] zum Reden zu bringen, seit neun Jahren spreche er und habe das getan zu einer Zeit, als es noch gefährlich war. Die Wahlen sollen sein ein Markstein auf dem Weg zum Ziel. Auch Versprechungen wolle er keine machen, wie das vor den Wahlen üblich ist, um die von äußeren Einflüssen und der Not getriebenen Wähler an die Urne zu zerren. Der Redner wies nach, daß das Schicksal des einzelnen wie eines Einzelstaates unzertrennbar an das Schicksal der Gesamtheit gebunden ist. Dann sprach er von dem Irrtum, als ob Geldbesitz und marxistische Lehre die Lebenshaltung in Deutschland von Grund aus ändern könnten, weil wir eben einmal zu wenig Grund und Boden, Weizenboden und so weiter haben. Das Einzelschicksal ist nicht wichtig, wesentlich ist das Schicksal der Gesamtheit. (Bravo!) Das deutsche Millionenvolk ist auf eine Fläche zusammengedrängt, die ein neuzeitliches Flugzeug in knapp zwei Stunden von Norden nach Süden überfliegen kann. Auch das Schicksal des einzelnen Landes, der Gemeinde, des Berufs ist nicht von dem des Reiches zu trennen. Es ist die Meinung verbreitet, als ob unser Volk an nichts anderem kranke als an einigen Personen. Personen aber sind die Träger von Gedanken und ihrer Gestaltung. Anschauungen sind nur dann verhängnisvoll, wenn sie von Millionen geteilt werden. Eine Weltanschauung wird nicht dadurch richtig, wenn sie von Unzähligen geteilt wird und das Leben beherrscht - siehe Hexenverbrennungen. So ist ein Volk - unser Volk! -, das langsam einem Siechtum anheimfällt, dem Untergang bestimmt. Die Nachwelt wird einmal den Weg Deutschlands nachprüfen. Geht es so weiter, werden wir mehr und mehr eine Kolonie, Schutzsuchender des Völkerbundes, abhängig von Mächten, die außerhalb von uns liegen. Die Zukunft wird nicht verstehen, wie nach Englands Bündnisangebot Deutschland zusehen konnte, wie sich der Strick um seinen Hals legte, während es fernen Hirngespinsten nachjagte, seine ganze Sinnesart und Denkweise langsam sich vom Boden der Tatsachen löste, so daß es ungerüstet vom Weltkrieg überrascht wurde. Karthagos Schicksal erfüllte sich wieder. Auch daraus lernte Deutschland nichts, sondern wurde zum erbärmlichen Fechtbruder unter den Völkern, das deutsche Volk erkrankte in seinem innersten Kern. Wo führt der Weg endgültig hin? Retten kann uns nur das Wunder einer anderen Gesinnung. (Bravo, Händeklatschen.) Wir müssen die Gegenwart betrachten im Lichte der Vergangenheit, aber wir scheuen diese Gewissensfrage: Wo stünden wir, wenn unsere Vorfahren so gehandelt hätten wie wir? Nicht

1 Im Städtischen Saalbau, von 20.30 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Pforzheimer Freier Presse etwa 1.800 (VB: 2.700) Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet.

2 Das NSDAP-Organ "Der Führer" gibt hier den Bericht des Pforzheimer Anzeigers vom 27.4.1928 wieder. Es enthält ferner einen Auszug aus "Schwarz-weiß-rot. Wochenschrift für vaterländische Erneuerung" vom 28.4.1928. Vgl. auch Pforzheimer Freie Presse vom 26.4.1928, "Hitler in Pforzheim"; VB vom 1.5.1928, "Hitler-Versammlung in Pforzheim".

3 Am 20.5.1928 fanden Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt statt.

Tagesfragen einer neuen Sparkasse oder Schnellzugsverbindung sind wichtig, wichtig ist vielmehr, daß unser Volk seine Lebensgewohnheiten verändert. Unser Volk hofft dauernd auf Wunder. Aber es bleibt krank, benutzt günstige Augenblicke nicht, und verpfuschte Gelegenheiten sind die Folge, wie auch der allgemein verdorbene Instinkt Gelegenheiten vor dem Kriege nicht benützt hat. Neue Lebensgrundsätze können unser Volk zwangsläufig wieder hochführen, auch wenn ihm keine Führer wie Cäsar oder Friedrich der Große beschert sind. Drei Grundsätze haben unsere Welt angesteckt: das ist die Friedensschwärmerei, die Verachtung des Wertes von Blut und Rasse und der Satz: Kopf gleich Kopf, der der Zahl an sich den Ausschlag gibt. Die Gegenwahrheiten erfassen jedoch immer mehr Millionen und Millionen. Nicht der Gedanke der Gleichheit, sondern das Vorrecht der Kraft beherrscht das Weltall. Der Mensch macht keine Ausnahme, grausam ist er gegen seinesgleichen und gegen die Tiere. Der Kampf ist die Voraussetzung zu jeder Höherentwicklung. Wer zu schwach ist, sein Leben zu wagen, hat jedes Recht zum Leben verloren (starker Beifall!), weil die Welt nur gesunde Wesen brauchen kann. Der Mensch kann sich nicht hinausheben über die Naturgesetze. Nur begreift er die Natur besser und kann sie gegen die anderen Lebewesen anwenden. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Kein Verhandeln hilft mit der Tigerkatze oder dem Löwentiger; nur du - oder ich. Der Kampf ist da. Wer ihn mit Redensarten und Geschwätz abtun will, ist feige. Wer alles, was Menschenantlitz trägt, einander gleichsetzt, möge sich zusammen mit einem Papua [*sic!*] betrachten. Äußerlich und innerlich wird er bald merken, wie tief der Unterschied geht. Nicht der Europäer zieht den Papua hinauf, nein, der Schwarze zieht den Weißen hinab. Vielleicht wird Frankreichs Schicksal durch die Vereinigung [*sic!*] entschieden, ehe wirs denken. Der große Mann haftet in seinem Blut. Die Jazzmusik hat die Gleichheit der Menschen erreicht, aber durch Senkung. Deutschland, Preußen sind nicht entstanden durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch die Persönlichkeit. Hinter seiner Anschauung, sagte der Redner, steht als Beweis der Richtigkeit eine Zeit von 10.000 Jahren, stehe das vergangene Deutsche Reich. Hinter den Kommunisten und Revolutionären die kurze Zeit des Verfalls des Reiches. Der Raum ist für Deutschland zu klein geworden und steht unter Druck. Andere Völker haben auf ihrem Raum zu leben; ihr Deutsche, heißt es, habt zu sterben. Um 20 Millionen hat sich die Bevölkerungszahl gesteigert, der Raum ist nicht größer geworden. Wie helfen wir uns? Durch Auswanderung? Die Widerstandsfähigsten, Tatkräftigsten sind es, die auswandern; die Güte des Volkes wird dadurch herabgesetzt; ein Volk, das aus Auswanderern besteht, triumphiert über das Mutterland. Oder wir vermindern die Volksstärke durch Herabsetzung der Geburtenzahl. Das setzt die höchsten Werte herunter. Denn nicht immer die ersten, zweiten, dritten Söhne sind die Großgeister (Genie), mancher fünfte oder siebente Sohn ist darunter. Was unser Volk in den letzten zehn Jahren bezahlt hat, das ist der Wert des großen Mannes, der uns gefehlt hat; Materialisten können also den Wert des Genies in Zahlen angeben. (Starker Beifall!) Für jede amerikanische Maschine, die ein gedankenloser Mensch in Deutschland laufen läßt, wird hunderten deutschen Arbeitern der Lohn entzogen. 16-20.000 Selbstmorde kostet uns der Friede, und über 400.000 Menschen, die nicht mehr geboren werden. Wird durch die Geburtenbeschränkung der Höchstwert verhindert, so bleiben wir zu-

rück in der Welt, während andere Völker voranschreiten. Unser Volk muß abtreten von der Weltbühne. Du, Genosse, bist Weltbürger; ich bin nichts als Deutscher, ich wünsche nur eines: Brot und Freiheit für mein Volk als Ergebnis unseres eigenen Wertes! Es gilt, für das Dasein des Volkes sich bis zum Äußersten einzusetzen, so verteidigen wir unsere eigene Haut. Nicht Bourgeois, nicht Proletarier, sondern das deutsche Volk muß aus seinem Blute heraus eins werden. In der Schar der Mütter unserer großen und größten Männer auf allen Gebieten sind viele ganz einfache Frauen. Das Blut siegt gemeinsam über das Schicksal. In die Kluft zwischen Bourgeois und Proletarier marschieren wir hinein, und sie wird sich schließen. Nur Manneszucht muß herrschen aus Glauben an den Führer. Der Kampf wird weiter gekämpft, mag die Wahl ausfallen wie sie will. Helft mit, so schloß der Redner, daß diese Adler aufsteigen über Deutschland, daß Deutsch land aufsteige über seinen Feinden! [4]

28. April 1928 Dok. 266
"Danksagung"
Erklärung

VB vom 2.5.1928, "Aus der Bewegung".

Für die anläßlich meines Geburtstages übermittelten Glückwünsche danke ich auf diesem Wege allen Gratulanten herzlich. Bei der großen Zahl ist es mir leider nicht möglich, jedem einzelnen persönlich zu danken.

München, 28. April [*1928*]

gez. Adolf Hitler

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

29. April 1928 Dok. 267
"Wahlkampf oder Schicksalskampf?"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bamberg[2]

Bamberger Tagblatt vom 30.4.1928, "Aus Stadt und Umgebung"[3].

Hitler wandte sich zu Beginn seiner Ausführungen dagegen, mit anderen Wahlrednern auf eine Stufe gestellt zu werden, mit Kandidaten anderer Parteien, die nunmehr wieder ihre Zeit gekommen sähen, um für ihre Person zu werben. Seine Sache sei es, die ihn dazu zwinge zu sprechen, und nicht das Bestreben, einen Sitz im Parlament durch Versprechungen zu erobern. Nach diesen einleitenden Worten, die lebhaften Beifall hervorriefen, begann der Redner eine Reihe geschichtsphilosophisch begründender [*sic!*] Grundsätzlichkeiten zu erörtern, wobei er vor allem die marxistische Auffassung einer Verteilung des Eigentums, die als Besserstellung des einzelnen angesehen werde, zerpflückte. Am Beispiel der Sozialisierung der wichtigsten Bedarfsmittel im Kriege legte er die Unmöglichkeit einer kommenden Besserstellung des einzelnen dar, solange der Boden, die Weizenfläche usw. nicht mehr hergäbe, als aus ihr hervorzubringen möglich sei. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen wandte sich Hitler gegen die Anschauung, daß irgendein Volksangehöriger nicht mit Gedeih und Verderb der Gesamtheit verbunden sei, betonte, daß keinerlei Eigenstaatlichkeit, keine noch so "kluge Politik" in der Lage wäre, die Dinge anders zu gestalten, anders, als es im Interesse der Weltmächte läge, die aus rein wirtschaftlichen Gründen bestrebt sind, Deutschland niederzuhalten. Keine Staatsvereinfachung führe aus dem Elend unserer Zeit, das im Versailler Vertrag und Dawesplan und nicht zuletzt in dem Irrwahn pazifistischer Bestrebungen liege. Der Gedanke einer wirtschaftsfriedlichen Politik zwischen den Völkern sei nur eine Idee, eine der Weltanschauungen, die wechselbar sich genug in den Jahrhunderten erwiesen hätten, ja, für unsere Begriffe heute als widersinnig erschienen. Nicht um eine nebelhafte Völkerverbrüderung gehe es, sondern um die Erhaltung der Produktion, um die Erhaltung des Volkes, und der wirtschaftsfriedliche Wettbewerb führe zuletzt doch zum Kampf mit der Waffe um das Absatzgebiet, wie es das Beispiel Englands lehre und noch lehrt. Darum, so führte der Redner weiterhin aus, frage er sich vor allem, ob Deutschland die Macht habe, sein Volk zu ernähren? und hierauf gäbe es nur eine Antwort: Wir haben keine Macht, weil wir keine Gesinnung zur Macht besitzen! Sei diese jedoch da, so seien Waffen erst in zweiter Linie wichtig, denn der Wille zur Freiheit, der Wille zum Lebenwollen sei das Erste, und der Staat, der zuerst gegen die allgemeine europäische pazifistische Weltanschauung sich auflehne, sei der Sieger

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 28.4. und 29./30.4.1928.

2 Im großen Zentralsaal, von 20.30 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 (VB: 1.400) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Lorenz Zahneisen geleitet.

3 Vgl. auch Bamberger Volksblatt vom 30.4.1928, "Adolf Hitler in Bamberg"; VB vom 1.5.1928, "Hitler in Bamberg"; VB vom 2.5.1928, "Adolf Hitler in Bamberg"; Die Flamme, Nr. 18 vom Mai 1928, "Wahlkampf oder Schicksalskampf?". Sowie Bericht des Stadtkommissars in Bamberg an Regierung von Oberfranken vom 30.4.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740. Halbmonatsbericht Nr. 517 der Regierung von Oberfranken vom 2.5.1928; BayHStA, MA 102155/2.

von morgen. Hitler ging dann mit dem aus "humanitären" Grundlagen sich herleitenden Pazifismus ins Gericht und stellte dessen wahres Wesen an Hand zahlreicher Beispiele als Ausgeburt eines schrankenlosen Egoismus fest, der im Verstehenwollen exotischer Kunst gleichlaufenden Auffassung, daß alles, was Menschenantlitz trüge, gleichberechtigt sei; einer Auffassung, die zur Vergötterung der Zahl und nicht mehr zur Wertschätzung des wirkliche Werte schaffenden und verantwortungsbewußten Einzelmenschen führe. Redner führte dann eine Reihe von Vergleichen aus der Naturgeschichte an, die überall Kampf und nirgends Verständigung zeige, die nie den utopischen Grundsatz anwende: Wer sich entwaffnet, entwaffnet den Gegner. Scharf wandte sich der Vortragende dann gegen die Verantwortungslosigkeit der demokratischen Staatsgesinnung, die im entscheidenden Augenblick immer hinter die Majorität kröche, und wies darauf hin, daß kein Land, keine dauernde Schöpfung durch Majoritätsbeschlüsse geworden wäre. Rettung aus dem Elend unserer Zeit könne nur dann erfolgen, so schloß der Redner seine mit mächtigem Beifallsruf aufgenommenen Ausführungen, wenn eine Bewegung heranwachse, die dieser Verantwortungslosigkeit entgegenträte, wenn sich der Deutsche nicht mehr als Bürger oder Proletarier fühle, sondern nur wie der auf nationalsozialistischem Boden Stehende: zuvorderst als Deutscher. [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. Mai 1928 Dok. 268
"Geist und Doktor Stresemann?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB-Sondernummer vom Mai 1928 [3]: "Sondernummer 11: Geist und Dr. Stresemann" [4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es ist in Deutschland so zur Gewohnheit geworden, daß gerade die Menschen, die früher das Recht zur Kritik für sich am meisten in Anspruch genommen haben, heute am empfindlichsten jeder Kritik gegenüber sind, besonders soweit es sich um die Probleme der Außenpolitik handelt. Herr Stresemann hat das neulich in einem klassischen Satz ausgedrückt. Einem Zurufer erwiderte er nämlich: *"Ich werde das besser verstehen wie Sie".* D. h. mit anderen Worten: Wie können Sie kleiner Erdenwurm überhaupt sich unterstehen, an meiner Größe irgendeine Kritik zu üben. Nun darf man nicht vergessen, daß ein deutscher Außenminister nicht etwa vom Schicksal ausgesucht ist, sondern, daß er vielmehr hervorgeht aus jener erhabenen Auslese der deutschen Nation, die wir als Reichstag bezeichnen. Einem Getriebe, das nicht immer gerade auf die Auswahl der fähigsten Köpfe zugeschnitten ist, als vielmehr auf die Auswahl derjenigen Köpfe, welche die Kunst des Zusammenbringens von Koalitionen, von Mehrheiten usw. beherrschen. Wer in dieser Kunst am erfahrensten ist, mag sonst Niederlagen erleiden soviel er will. *Das Wesentliche ist, daß er für jede Niederlage trotzdem eine Majorität bekommt, die sein Handeln billigt.* Wenn er das fertig bringt, ist er einfach *der* Mann.

Solche "Männer" haben nach unserer Überzeugung gar kein Recht, sich als die Nichtzubekrittelnden hinzustellen. Sie haben ja einst selbst Kritik geübt. Auch Herr Stresemann hat einst Kritik geübt, und zwar schon in Zeiten, in denen die deutsche Außenpolitik der heutigen genau so überlegen war wie das alte Deutsche Reich der heutigen Republik turmhoch überlegen gewesen ist. Denn auch hier könnten wir den alten Bibelspruch anwenden: "An den Früchten sollt ihr sie erkennen." Wenn Sie die Früchte der heutigen Zeit abwägen mit denen vor etwa 20 oder 30 Jahren, dann ist das Urteil über die für diese Früchte Verantwortlichen an sich schon geradezu vernichtend.

Nun muß ich eines vorausschicken: Es hat eine Zeit gegeben, da konnte man es sich vielleicht mit Recht verbitten, daß der einzelne Kritik übe. *Das war in der Zeit, da unser deutsches Volk auf der Walstatt stand und kämpfen mußte auf Leben und Tod, um Sein oder Nichtsein. In dieser Zeit haben wir nicht kritisiert, sondern alle zusammen irgendwo unsere Pflicht erfüllt - da wo uns der Befehl des Vaterlandes hingestellt hatte, schweigend,*

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 1.5. und 2.5.1928.
2 Im Bürgerbräukeller, von 20.00 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Hermann Esser geleitet, der General von Epp als NSDAP-Kandidaten für die Reichstagswahl vorstellte. Anschließend nahm Hitler zusammen mit General von Epp noch auf einer weiteren NSDAP-Versammlung im Franziskanerkeller teil, ohne jedoch das Wort zu ergreifen. Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Stresemann vgl. auch Dok. 258.
3 Die VB-Sondernummer erschien am 5.5.1928.
4 Vgl. auch VB vom 4.5.1928, "Stresemann, der Wandelbare".

ohne in unsere Außenpolitik hineinzureden, ohne überhaupt Reden zu halten. Das war ungefähr dieselbe Zeit, in der Herr Stresemann mit dem Juden Litwin Geschäfte machte [5].

Nun ist dieser gigantische Bluteinsatz, dieses ungeheure Opfer vergeblich gewesen. *Damit haben aber diejenigen, die an diesen Opfern teilgenommen haben, zunächst ein Recht, Rechenschaft zu fordern von denen, die diese Opfer vergeblich werden ließen. Und sie haben weiter ein Recht, Rechenschaft zu fordern von denen, deren Tätigkeit nach menschlicher Voraussicht diese Opfer auch für die Zukunft vergeblich sein läßt.* Dieses Recht kann man nicht bestreiten!

Stresemann, der Wankelmütige

Betonen muß ich nunmehr: Was uns gegen Herrn Stresemann einstellt, das ist nicht so sehr etwa, daß er ein eiserner Staatsmann mit bestimmten konsequenten Grundsätzen wäre, sondern, das ist eben die Tatsache, *daß wir Stresemann, den Wandelbaren vor uns sehen, Stresemann, den Wankelmütigen, der etwas den Winden ausgeliefert ist und auf die Winde reagiert. Dieser Stresemann ist es, der uns zunächst zur Kritik herausfordert.* Nicht etwa ein Stresemann, der seit 10 Jahren eine Linie geht und sagt: Bitte schön, das ist mein Glaube und das ist so richtig, *sondern der Stresemann, der einst das gesagt hat und später dieses und schließlich jenes, und bei dem man sagen kann, seine eigenen Reden sind die furchtbarste Erledigung seiner selbst.*

Deshalb, glauben Sie mir, war es wirklich nicht die Absicht etwa der nationalsozialistischen Bewegung, Herrn Stresemann das Weiterreden unmöglich zu machen [6]. *Das tun bloß die republikanischen Parteien, daß sie das Reden verbieten und verhindern, die Partei des Herrn Stresemann z. B. in Preußen. Dort tritt man dafür ein, daß andere nicht reden dürfen, wenn sie einem unangenehm sind.* Wir haben dazu keinen Anlaß. Im Gegenteil! *Uns wäre es sehr erwünscht, wenn wir Gelegenheit bekämen, mit Herrn Stresemann uns einmal persönlich auseinandersetzen zu können.* In der Öffentlichkeit können wir das nicht ohne Weiteres, weil wir leider die Presse nicht haben, die Herr Stresemann besitzt. *Nämlich jene großartige Presse, die auch nach den furchtbarsten Mißerfolgen am nächsten Tage schreibt, Herr Stresemann ist für Deutschland der einzig gegebene Außenminister.* Auf den Erfolg oder Nichterfolg geht sie gar nicht ein. Eine solche Presse haben wir also nicht, und deshalb können wir auch nicht mitstreiten. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben, was Herr Stresemann sagt, ist Geist, und was wir reden ist geistlos. Dann ist für sie die Sache erledigt. Sie bringen an sich nicht etwa eine Wiedergabe des

---

5 Zu den Beziehungen Stresemanns zu Paul Litwin vgl. Hans W. Gatzke, Stresemann und Litwin, in: VfZ 5 (1957), S. 76-90.

6 Am 25.4.1928 hatte die NSDAP eine öffentliche Wahlversammlung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller so stark gestört, daß sie vorzeitig abgebrochen werden mußte. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Münchener Zeitung vom 26.4.1928, "Stresemann in München"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.4.1928, "Zum Tage"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann" und "Stresemanns Bürgerbräu-Katastrophe".
Zur Rede Stresemanns vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Dr. Stresemanns Programm"; Bayerischer Kurier vom 27.4.1928, "Der 'zwanglose' Einheitsstaat"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.4.1928, "Stresemanns erste Bayernrede"; Tägliche Rundschau vom 27.4.1928, "Dr. Stresemann in München".

Geistes oder der Geistlosigkeit - nein, das konstatieren die "Münchner Neuesten Nachrichten" einfach auf Grund der anerkannten Stellung, die sie besitzen, in der Prüfung von Geist oder Nicht-Geist [7].

Die kneifenden M.N.N.

Die "Münchner Neuesten Nachrichten" sind Herrn Stresemann innerlich absolut verwandt. Wenn sie schreiben, vom 8. November 1923 bis heute sehe man bei den Nationalsozialisten eine Linie, so haben sie an sich recht. Auch bei den "Neuesten" selbst ist aber eine einzige Linie vorhanden. *Am 9. November* [*1923*] *z. B. hat sich diese Linie der "Neuesten" in klassischer Weise geoffenbart. Um 6 Uhr früh ein glühender Bericht über die gelungene Revolution. Um 8 Uhr die Feststellung, daß sie nicht gelungen ist. Und um 11 Uhr vormittags die Feststellung, daß wir Verrat geübt haben* [8]. So die "Neuesten" von damals und so die "Neuesten" von heute! Eine Linie von damals bis heute. Dieser Hang zur Wahrhaftigkeit ist so stark, daß der Volksmund diesem erlesenen geistigen Organ bekanntlich den schönen Titel *"Kuhhaut"* beigelegt hat, weil *alles* darauf geht. Die "Neuesten" können alles, und wir haben nur die einzige Angst, daß, wenn uns das Schicksal einst die Macht geben sollte, die "Neuesten" wahrscheinlich mit Schicksalsschnelligkeit einen Salto schlagen werden, daß man sie während des Sprunges nicht erwischen wird. Sie werden auch dann auf dem Boden der Tatsachen stehen, wie sie damals am 9. November [*1923*] früh 6 Uhr auf dem Boden der Tatsachen standen, um sich natürlich um 8 Uhr wieder auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen. Wenn um 11 Uhr die Sache sich wieder gedreht hätte, würden sie um 11 Uhr wieder eine Neuorientierung vorgenommen haben.

Der Sieg der Dummheit

Diese "Münchner Neuesten Nachrichten" haben also die letzte Versammlung zum Anlaß genommen, einen wütenden Artikel loszulassen, und zwar einen Artikel, der überschrieben ist: "Ein Sieg der Dummheit" - wobei von vorneherein angenommen wird, daß die Dummheit auf unserer Seite zu suchen ist, während die Weisheit und Geistigkeit auf Seiten der "Münchner Neuesten Nachrichten" und auf Seiten des von ihr vertretenen Herrn Stresemann sich befindet. *Die "Neuesten" bringen den Vorwurf, daß wir Nationalsozialisten, weil wir infolge unserer Ideen- und Geistesarmut uns mit Herrn Stresemann nicht auseinandersetzen können, die Versammlung gesprengt hätten. Das ist zunächst einmal objektiv unrichtig; denn wenn wir gewollt hätten, daß Herr Stresemann nicht spricht, hätte er überhaupt nicht gesprochen* - nicht 10 Minuten, nicht 3 Minuten. *Im Gegenteil, wir und insbesondere ich persönlich, haben es unendlich bedauert, daß die Geschichte diesen Ausgang genommen hat.* Und besonders, daß man von der Rede nicht alles verstanden hat; *denn wenn ich nur das ansehe, was verstanden werden konnte, so gibt das so viel Material, daß man darüber 10 Vorträge halten könnte. Herr Stresemann hat sich in diesem Wenigen, was man verstanden hat, so oft selbst widerlegt, sich geradezu selbst unmöglich gemacht*

---

7 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit".

8 Zur Stellung der Münchner Neuesten Nachrichten zum Hitler-Putsch 1923 vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 479 ff.

- ich werde das dann beweisen -, *daß man ihm hätte dankbar sein müssen, wenn er ein oder zwei Stunden ganz deutlich und laut hätte sprechen können.*

Warum er nicht zu Ende kam, liegt aber nicht daran, daß wir nicht die geistigen Waffen kreuzen wollten, sondern, daß Herr Stresemann sie nicht kreuzen ließ.

Es lag ja ganz im Ermessen der damaligen Versammlungsleiter[9] zu erklären: "Bitte, Sie erhalten freie Aussprache. Welcher Gegenredner will Herrn Stresemann entgegentreten? Wir erwarten aber von Ihnen, daß Sie jetzt absolut die Ordnung halten. Wenn Sie den Mut haben, Herrn Stresemann entgegenzutreten, können Sie das nachher tun, wenn Sie aber jetzt schreien, beweisen Sie, daß Sie den Mut nicht haben." *Hätte man das erklärt, dann hätten die "Neuesten" ein Recht, zu sagen, die Nationalsozialisten und die ganze Opposition fürchtete sich, mit Herrn Stresemann sich auseinanderzusetzen. Man hat aber im Gegenteil jene, die sich zum Worte meldeten, abgewiesen.*

Der Artikel der "Münchner Neuesten Nachrichten" hat mir Veranlassung gegeben, heute eine Versammlung einzuberufen, und zwar, damit zunächst einmal dieser Skribent die Möglichkeit hat, seine eigene Geistigkeit vor diesem Forum leuchten zu lassen. Ich möchte da nur ganz bescheiden fragen - der Mann braucht keine Angst zu haben; nicht daß er denkt, daß wir über ihn ein Scherbengericht abhalten - *wer ist der Verfasser dieses anonymen Artikels, und ist er hier?* Ich hoffe es doch! (Zuruf: Tschuppik!) Ich habe ihn ausdrücklich einladen lassen, damit er die geistigen Waffen kreuzen kann. Ich möchte nochmals fragen, ist der Verfasser da? Er möge sich melden! - Morgen werden die "Neuesten" doch wieder schreiben, man habe keine Gelegenheit gegeben, die Waffen zu kreuzen. *Ich frage zum drittenmal: Ist er da, der Mann, wo steckt er eigentlich.* (Niemand meldet sich.)

Sehen Sie, das sind die "Münchner Neuesten Nachrichten", das ist das Blatt, das die geistigen Waffen kreuzen will und dann - wenn die Gelegenheit dazu da ist, feige kneift.

(Lebhafter Beifall und Zurufe: "Sehr richtig!")

Der Stresemann-Friede eine Illusion

Fortwursteln als Politik

Ich möchte damit zur Sache selbst übergehen. Die Rede des Herrn Außenministers und derzeitigen Kandidaten in Bayern, Herrn Stresemann, hat so recht wieder *die Kluft aufgedeckt, die nun einmal zwischen der Geisteswelt des Herrn Stresemann und unserer Auffassung sich befindet.* Eine Kluft, die allerdings unüberbrückbar ist, deshalb, weil für Herrn Stresemann die Kunst der Politik eine

Kunst des Möglichen

insofern ist, *als man ohne jegliches planmäßiges Ziel von heute auf morgen fortwurstelt - und dabei durch die Ereignisse selbst immer widerlegt wird.*

Wir werden dem Außenminister niemals einen Vorwurf machen deshalb, weil er einen Weg geht - grundsätzlich geht -, den wir nicht gehen wollen oder gehen würden. Nein, nicht im Geringsten!

Aber eines wäre notwendig bei seinem Weg, daß er auch zum Erfolg führt. Wir erkennen an, daß der Erfolg letzten Endes entscheidend ist.

---

9 Eduard Beutner (geb. 1888), Rechtsanwalt, Vorsitzender der DVP-Ortsgruppe München, Aufsichtsratsmitglied der Allgemeinen Druckerei und Verlags AG.

Wir haben unsere bestimmte außenpolitische Auffassung, Herr Stresemann hat eine andere. Gut, er handelt nach der seinen. Hat Herr Stresemann auf seinem Weg wirklich Erfolg, nun wohl, dann haben wir Unrecht gehabt, und wir müssen das auch bekennen. *Hat Herr Stresemann aber keinen Erfolg, ist seine Außenpolitik erfolglos, dann haben wir wohl das Recht, diese Erfolglosigkeit festzustellen, die Unmöglichkeit seiner Methode zu brandmarken, damit man daraus für die Zukunft lernt.* Umsomehr dann, wenn diese Methoden im Widerspruch stehen zu dem, was Herr Stresemann so und so oft vorher persönlich gesagt hat. Darauf kommt es also an! Wir kämpfen nicht etwa gegen Herrn Stresemann nur als Vertreter einer anderen Weltanschauung, sondern wir kämpfen gegen ihn als diejenigen, die ihn erinnern an das, was er selbst früher gesagt hat und was dem vollkommen entgegensteht, was er heute tut und redet. Das scheint uns das Wesentliche zu sein! *Wenn aber ein Mann heute eine politische Richtung vertritt und wenige Jahre später eine entgegengesetzte Richtung, wenn er heute die Ansicht hat und morgen eine andere und dabei Schiffbruch erleidet, dann haben doch die endgültig recht, die eben davor gewarnt haben.*

Was uns von Herrn Stresemann trennt, ist im allgemeinen folgendes: *Für Herrn Stresemann ist Politik ausschließlich eine Kunst des Möglichen - aber nicht im Sinne Bismarck'scher Auffassung nämlich, ein bestimmtes Ziel nach allen Möglichkeiten und mit allen Regeln der Kunst erreichen zu wollen,* sondern für Herrn Stresemann bedeutet die Politik als Kunst des Möglichen in Wirklichkeit die Befreiung von jedem klaren Ziel, die Befreiung von jeder klaren Vorstellung und statt dessen das Recht, im einzelnen herum zu operieren, fortzuwursteln von heute auf morgen, Niederlage auf Niederlage einzuheimsen und jede damit zu beschönigen, daß man etwas tun muß und augenblicklich nichts anderes tun könnte.

Das würde, militärisch ausgedrückt, *ein Feldherr sein, der drei Jahre Krieg führt, jede Schlacht verliert und dauernd sagt: Etwas muß man tun.* Ich habe selbstverständlich Prügel bekommen, aber was macht das? Man wird doch nicht erwarten, daß ich überhaupt nichts tue! *Ich weiß, daß ich Prügel bekomme, aber was will ich anderes tun als Prügel einstecken?* So ungefähr ist die Politik des Herrn Stresemann beschaffen, seine sogenannte Kunst des Möglichen.

Auch aus seiner Münchner Rede geht das Satz für Satz hervor. Wie der Mann so am Kleinsten und Oberflächlichsten haften bleibt, wie er gar nichts irgendwie durchdringt, wie er immer an der Oberfläche dahinplätschert und niemals versucht, die Lebensfragen unseres deutschen Volkes von Grund aus zu erläutern und sie dann auch zu lösen!

"Staatsmann" Stresemann

Ich muß hier eines einfügen: Herr Stresemann soll ein Staatsmann sein. Die Auffassung über den Begriff Staatsmann, die wir haben, ist nun eine ganz andere wie die, welche anscheinend Herr Stresemann hat. *Für uns ist erstens nicht jeder gewählte Parlamentarier ein Staatsmann, sonst müßte Deutschland Jahr für Jahr 540 Staatsmänner besitzen.* Es sind aber nicht einmal Staatsmänner-Lehrbuben, sondern zum Teil vollkommen unfähige Menschen. Wenn nun aus dieser erhabenen Gesellschaft wieder einer ausgewählt wird, so ist *er* deshalb noch lange kein Staatsmann. *Ein Staatsmann ist in unseren Augen ein Mann, der den Staat zu erhalten versteht, ja ihn zu mehren versteht; denn Still-*

stand bedeutet auch hier bereits das Rosten, das Zugrundegehen. Ein Staatsmann ist in unseren Augen ein Mann, der den Staat in seinen Gütern bereichert, seine Festigkeit stärkt, ein Mann, der in seiner Stellung ganz aufgeht, *der dem Volk die Freiheit und damit die Möglichkeit des Lebens für die Zukunft sichert.* Ein Staatsmann ist auch der, der dem Volk Lebensgrundsätze vermittelt, auf Grund derer dieses Volk existieren kann, die es befähigen, im Schicksalskampf auf der Erde zu bestehen. Ein Staatsmann ist ein Mann, der einem Volk die Wege weist, auf Grund derer es, wenn auch nicht sofort, so doch in ferner Zeit eines Tages emporblühen wird, weil es emporblühen muß. Herr Stresemann lehnt eine solche Auffassung ab.

Für ihn besteht die Kunst des Staatsmannes darin, daß er von Fall zu Fall eine parlamentarische Majorität zusammenbringt und für irgendwelche Experimente einsetzt. Hat er damit keinen Erfolg, so bekommt er eine neue Meinung und macht neue Experimente. Geht es wieder schief, so macht es auch nichts. Er hat einen Teil der Presse für sich und gewinnt mit geistigen Waffen dadurch, *daß er langsam eine Zeitung nach der anderen in seine finanzielle Abhängigkeit bringt* [10]. *Diese Presse ist dann die geistige Waffe, die seine Politik stützt und beschirmt.*

Wenn wir Nationalsozialisten nun hier Kritik üben, so müssen wir zunächst eines feststellen: *Für uns ist Politik werdende Geschichte.* Politik ist damit das Inszenesetzen und Durchführen des Lebenskampfes eines Volkes, *weil die Geschichte nichts anderes ist als die nachträgliche Darstellung des Kampfes eines Volkes um das irdische Dasein.* Damit ist die Politik von vorneherein darauf angewiesen, sich all derjenigen Waffen und Mittel zu bedienen, die den Lebenskampf ermöglichen. Denn, wie schon das Wort Lebenskampf ausdrückt, *ist das Ringen eines Volkes um das Dasein tatsächlich ein Kampf um das tägliche Brot, weil ein Volk in seiner Grundfläche sich zwar gleich bleibt, aber in der Zahl sich vermehrt, mithin dauernd Spannungen eintreten müssen, die eines Tages zur Lösung drängen.* Aufgabe der Politik ist es, diese Spannungen irgendwie zu beseitigen, d. h. dem Volk immer wieder *neue Lebensmöglichkeiten* zu sichern, sei es durch Erweiterung der Bodenfläche, sei es durch die Ermöglichung einer Kolonisationspolitik, sei es endlich durch die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten. *Immer wird es Aufgabe der Politik sein, das Verhältnis zwischen Volkszahl und Lebensgrundlage von der Spannung zu befreien,* dieses Verhältnis zu einem natürlichen zu gestalten, so daß das Volk auf Grund dieses Verhältnisses zu existieren vermag. Dabei müssen wir eines erkennen: Wenn Politik werdende Geschichte ist, die Geschichte aber den Lebenskampf eines Volkes darstellt, dann ist die Art, in der Politik geübt wird, gebunden an äußere Voraussetzungen. Das heißt mit anderen Worten, *die jeweilige äußere Lage bestimmt die Art der Waffen der Politik.*

Der Friede als Fortsetzung des Krieges

Es ist Unsinn, zu unterscheiden zwischen Frieden und Krieg. *In Wirklichkeit ist sowohl Friede wie Krieg im Leben eines Volkes ganz das gleiche. In dem Augenblick, da ein Unter-*

10 Zur Pressepolitik Stresemanns und der DVP vgl. Heinz Starkulla, Organisation und Technik der Pressepolitik des Staatsmannes Gustav Stresemann (1923 bis 1929). Ein Beitrag zur Pressegeschichte der Weimarer Republik, Diss. phil. München 1951; Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914-1945, Teil III, Berlin 1972, S. 276 ff.

schied sich ergibt zwischen dem Begriff Frieden und dem Begriff Krieg, ist ein Volk bereits krank geworden. Clemenceau sagt richtig: *Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Waffen,* und Clausewitz sagte: *Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen* [11]. Das heißt mit anderen Worten: Beide sind eins. Letzten Endes wird jeder Wirtschaftskampf genau so wie jede andere Expansion eines Volkes durch die Waffen entschieden, und es ist ein *Trugschluß zu meinen, daß es im Lebenskampf der Völker irgendeine Möglichkeit gibt, sich vor dem letzten Einsatz dieses Lebens bewahren zu können.* Es mag ein Volk vielleicht eine gewisse Zeit lang unter Ablehnung des Waffeneinsatzes sein Leben gestalten können, aber doch *nur so lange, als es nicht in Konflikt gerät mit den Lebensinteressen eines anderen Volkes, das von sich aus entschlossen ist, sein Leben mit der Waffe zu verteidigen.* In demselben Augenblick wird auch der Friedfertigste zum Kriege gezwungen. Der Friede wendet sich zum Krieg, die Politik des Friedens wird gewandelt zur Politik des Schwertes, und letzten Endes gibt der Bluteinsatz den letzten Ausschlag und die letzte Entscheidung.

Demnach ist es also für ein Volk von Wichtigkeit, diejenigen Kräfte zu bewahren, die es befähigen, den letzten Einsatz zu vollziehen. Mit anderen Worten, *eine Außenpolitik, die nicht den letzten Einsatz wagen kann infolge des Fehlens dieser Möglichkeiten, oder eine Außenpolitik, die von vorneherein darauf verzichten zu können glaubt, ist in Wirklichkeit nicht nur eine haltlose Außenpolitik, sondern auch eine fruchtlose und wertlose.* Daher wird jeder Versuch eines entwaffneten Volkes, sein Leben in der Zukunft nur auf friedlichem Wege zu gestalten, vollkommen wertlos sein, wenn diese Politik es nicht versteht, in der Zeit die Waffen zu schmieden, für den Fall der Unmöglichkeit der friedlichen Politik.

Der Appell an das Schwert

Es kann ein Volk wohl den dauernden Frieden erhalten, aber nicht den Frieden eines kraftvollen Mannes, der selbst sein Recht vertritt, sondern nur den Frieden eines bevormundeten, beherrschten Sklaven, der auch keinen Krieg mehr kennt - nicht, weil es keinen Krieg mehr gibt, sondern weil er unfähig ist, seine Interessen zu vertreten. Es ist nur die Frage, was ein Volk zu wählen wünscht. *Will ein Volk Sklave sein, will ein Volk das Joch der anderen tragen, dann kann es den Frieden bekommen.* Das zu erreichen, braucht es wenig Genialität. Ein solches Volk wird auch geliebt und beliebt sein. Man wird ein solches Volk angenehmer finden als ein Volk, das störrisch ist. Ein solches Volk soll aber dann - vor allem in Wahlzeiten - keine Versprechungen sich vorsetzen lassen, soll sich nicht bemogeln lassen mit Versprechungen über soziales Glück und soziales Wohlleben in der Zukunft. *Der ganze Wahlkampf, der sich abspielt, ist ja in Wirklichkeit die infamste Betrügerei an unserem Volk, weil dieser ganze Wahlkampf darauf basiert, daß dem Volk neben anderen Versprechen erhöhte Einkommen zugesichert werden, während doch das Leben eine Frage des Auskommens ist, das Auskommen aber eine Frage der Gesamtlage unseres Volkes,* d. h. der Gesamtsumme der für das Leben zur Verfügung stehenden Güter. Diese ist bedingt durch die allgemeine Lage eines Volkes, d. h. durch die Größe seines Grundes, durch die Möglichkeiten seiner Produktion, kurz durch die allgemeinen Lebensbedingungen. Man kann heute versprechen, was man versprechen will. Man kann

11 Richtig: "Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel."

das Einkommen erhöhen, wie man es nur erhöhen will; tatsächlich wird das Auskommen des einzelnen nicht im geringsten verändert. Es gibt ja Menschen, die sagen, ich persönlich habe keinen Ehrgeiz, höher zu kommen, ich bin zufrieden mit einem Stück Brot. Wenn ein Volk auf diesem Standpunkt steht, kann es schließlich auch leben, letzten Endes sogar mit einer Handvoll Reis. *Wenn aber ein Volk Anforderungen stellt, am Leben und an den Kulturgütern teilnehmen will, wenn ein Volk mit einem Auge dauernd nach dem Lebensstandard der freien Völker schielt, ist es gezwungen, seine Politik auf die Möglichkeit der Vertretung seiner Lebensinteressen auch mit den letzten Mitteln einzustellen. Und das letzte Mittel ist schließlich immer das Schwert.* Das Schwert nicht etwa im Sinne einer technischen Waffe, sondern das Schwert im Sinne der willensmäßigen Gestaltung eines Volkes, im Sinne der inneren Festigkeit des Volkswillens, im Sinne der gesunden Kraft, des Selbsterhaltungstriebes eines Volkes. *Unter Schwert verstehen wir jene inneren seelischen Kräfte, die ein Volk befähigen, mit allen Mitteln Widerstand zu leisten gegenüber Unterdrückern, oder mit allen Mitteln sich die Bahn frei zu machen zum eigenen Fortschritt, zum weiteren Leben.*

Damit aber ist die gesamte Außenpolitik mit der Innenpolitik aufs lebendigste verknüpft. *Die Innenpolitik hat ein Volk zu schaffen, mit dem man Außenpolitik machen kann,* und die Außenpolitik hat mitzuhelfen, daß der Innenpolitik das möglich wird. *Wenn die Innenpolitik eines Volkes in einer Zeit des Verfalls, wie bei uns, kapituliert vor den Zersetzungserscheinungen, wird dieses Volk die Möglichkeit verlieren, jemals noch nach außen Widerstand zu leisten. Und wenn man dieses Volk im Innern zwangsläufig pazifiziert, dann hilft man selbst mit, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Außenpolitik zu vernichten;* denn eines Tages wird der Appell an den Kampfwillen erfolgen, und dann hat man auf Grund des Bündnissystems mitgeholfen, im Innern die Voraussetzungen dafür zu rauben. Das ganze Volk ist demokratisiert und pazifiziert, mit anderen Worten: Man hat aus einem Volk von Staatsbürgern eine

Herde von sogenannten Weltbürgern

gemacht, denen jede Kraft fehlt, eines Tages wirklich die Interessen ihres Volkes zu vertreten, die nur mehr von Welten träumen, in Weltidealen schwelgen und die, wenn diese ganzen Ideale als Phantome zerflattern, nicht mehr der realen Wirklichkeit in die Augen zu blicken vermögen. Es ist Aufgabe der Außenpolitik mitzuhelfen, daß der Innenpolitik der Weg geebnet wird, daß nicht z. B. durch Bündnisprojekte oder Bündnisse der Außenpolitik etwa der Versuch, die Kraft des Volkes wieder zu stählen, unmöglich gemacht wird, weil von außen der Befehl kommt, das Volk muß pazifistisch erzogen werden, darf nicht erzogen werden in dem Glauben an seine Heldengröße, sondern muß durchtränkt werden mit dem allgemeinen pazifistischen Weltgift, jetzt Genfer-Völkerbunds-Pleite-Gift. Wenn die Außenpolitik das tut, dann raubt sie sich selbst die Voraussetzungen für eine spätere wirklich erfolgreiche Vertretung der Interessen des Volkes; denn eines Tages zerflattert das alles, und übrig bleibt nur noch der Appell an die innere Kraft des Volkes.

Hier muß man die Frage stellen, worin liegt denn die innere Kraft eines Volkes. Sie liegt in drei Grundfaktoren. Zunächst in der Anerkennung des Grundsatzes, *daß auf der*

Erde keinem Menschen im einzelnen und keinem Volke in der Gesamtheit das Leben geschenkt wird, außer es ist bereit, von Zeit zu Zeit den Einsatz desselben zu vollziehen:

Der Kampf ist der Regent dieses Lebens

Wenn man ein Volk davon abbringt und stattdessen pazifistisch erzieht, wird dieses Volk eines Tages gar nicht mehr in der Lage sein, einer kühnen Außenpolitik zu folgen, und wenn die Außenpolitik eine solche Erziehung begünstigt, hilft sie selbst mit, der Innenpolitik ihre Mission zu zerstören. Denn das ist ihre Mission, daß sie an der Wiederauferstehung unseres Volkes arbeitet, nicht daß man sich streitet, ob ein Kanal gebaut oder ein Bahnhof angelegt oder ein Schulgesetz problematischer Natur durchgeführt wird oder ob man eine Beamtenbesoldungsvorlage einbringen soll. Aufgabe unserer Erziehungsarbeit muß es vielmehr sein, unser Volk von seinen ganz großen Lastern zu befreien und den inneren Zusammenbruch abzuwenden.

Und dazu gehört in erster Linie die Erziehung des Volkes zu der *Erkenntnis, daß einem auf der Welt nichts geschenkt wird, sondern alles erkämpft werden muß.*

Sind Völker und Staaten der verschiedensten Art auf der Erde, dann ist der Kampf um das Leben in Wirklichkeit *ein Kampf mit dem Einsatz des Lebens*, und das Wort Schillers, daß wer das Leben nicht einsetzt, das Leben nicht erhält, hat ewiglich Geltung.

Die "Majorität", der Tod eines Volkes

Der innere Wert des Volkes

Nun zum zweiten Grundsatz. *Wenn ein Volk, statt auf seine ihm innewohnende eigene Kraft zu vertrauen, an das Weltgewissen appelliert, an die Weltkultur, an die Weltzivilisation, an den Völkerbund oder an die Internationale des Geistes oder an das Weltproletariat sowie an andere Völker, statt ausschl[ießlich] an die Kraft des eigenen Ichs zu glauben, auf fremden Kräften aufbaut, wird ein solches Volk zwangsläufig seinen inneren Wert verlieren.* So sehr auch der Blutswert verschieden ist und so sehr ein Volk auch als höherstehend denn ein anderes bezeichnet werden kann, so vermag dieser Höherwert doch zerstört zu werden, wenn dieses Volk nicht durchdrungen ist von der Erkenntnis dieses Wertes. Wenn ein Volk wie das deutsche seiner rassischen Veranlagung nach an sich zum Höchsten bestimmt ist, diese Veranlagung aber gar nicht schätzt, im Gegenteil an fremde Werte glaubt und seine eigenen Werte sogar zerstört, sich bastardiert, sich blutsmäßig vergiftet, dann verliert es den Wert, den es zunächst in sich ursprünglich hatte. *Wenn ein solches Volk noch kulturell das Fremde annimmt, die nationale Würde preisgibt und seine Ehre mit Füßen tritt, in Zeiten der Unterdrückung Negermusik höher schätzt als seine eigenen großen Musiker, fremde Mode nachäfft, jeden Blödsinn nachmacht, wird es langsam die Kraft verlieren, die es an sich zunächst blutmäßig haben würde.* Dann wird eines Tages solch ein Volk auch seinen höchsten Wert, nämlich seinen Blutswert, verloren haben, und dann tritt ein Zustand ein, der furchtbar ist.

Denn wenn heute der deutsche Demokrat und der Marxist erklären, wir Deutsche sind dasselbe, was andere sind, und die anderen sind das gleiche, was wir sind, *dann setzen sie also 62 Millionen gleich 1.700 Millionen auf dieser Welt.* Sie verzichten damit auf jenes Recht, das uns allein gegenüber der Majorität noch das Recht zu leben geben würde, nämlich auf höheren inneren Wert.

Zahlenmäßig sind wir in der Minorität und raummäßig sind wir erst recht zusammengeschrumpft. Wenn Deutschland an die Welt und sein Recht appellieren will, kann es dies nur auf Grund seines inneren Wertes, auf Grund der Güter, die das deutsche Volk als Kulturvolk in vielen Jahrhunderten hervorbrachte, und die es noch weiter der Welt zu geben hat. Verzichten wir darauf, dann ist nicht einzusehen, warum gerade dieses Volk leben soll. *Nehmen wir alles aus der deutschen Geschichte, was einen Namen in der Welt hat, dann sind wir nicht höher zu werten als ein Negerstamm.*

Kampfbereitschaft und rassischer Wert sind also die zwei Werte, die erkannt und geschätzt und gehegt und gefördert werden müssen. Ich komme dann zum Dritten: das ist

der Persönlichkeitsgedanke.

Wir befinden uns damit an der Basis der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der Persönlichkeitsgedanke enthält die Erkenntnis, daß so wenig die Kultur der Welt das Ergebnis des Wirkens des Sammelbegriffs Menschheit, sondern einzelner Rassen ist, *so wenig ist auch im einzelnen innerhalb eines Volkes die Kultur das Ergebnis des Wirkens einer Majorität, sondern in allem und jedem das Ergebnis der schöpferischen Kraft der Einzelperson, die Großes hervorbringt und Großes denkt.* Die Größe eines Volkes erscheint zunächst an sich blutmäßig gegeben, *wird aber letzten Endes endgültig bestimmt durch seine Werke, und diese sind wieder der Ausfluß seiner Persönlichkeiten.* Das deutsche Volk kann 62 Millionen Menschen zählen. Kommen aus diesen 62 Mill[*ionen*] Menschen aber nicht die notwendigen großen Männer, die, sagen wir, bestimmte Probleme zu lösen vermögen, dann nützt die Zahl an sich gar nichts. *Wichtig ist, daß die Nullen stets auch ihre Einser finden.* Ein Volk kann also seine Not erkennen und fühlen, mag die Freiheit wünschen: Solange es nicht diejenigen Persönlichkeitswerte erhält, die ihm die Erfüllung seines Wunsches ermöglichen, wird all sein Erkennen und Wünschen an sich vollkommen fruchtlos sein und fruchtlos bleiben.

Wenn ein Volk in seiner staatlichen Konstitution, in seinem Verfassungsleben die westliche Demokratie walten läßt, d. h. den westlichen Parlamentarismus eingeführt hat, hat es *ein System zum Gesetz erhoben, auf Grund dessen selbst vorhandene Köpfe zwangsläufig ausgeschaltet werden und ausgeschaltet werden müssen, weil dieses Gesetz einen Widerspruch darstellt zum Persönlichkeitswert.* Ich darf hier ein Beispiel aus dem täglichen Leben erwähnen. *Wie lächerlich, wenn Sie einem Schlosser sagen würden, er soll eine Maschine reparieren, müsse aber vor jedem Handgriff mindestens 12 Menschen befragen,* von denen einer Ausgeher, eine Garderobefrau, einer Konditor, einer Musiker, einer Lehrer, drei Journalisten, drei Rechtsanwälte sind. Da würde jeder erklären: Sie sind verrückt; ich lehne es ab, unter diesen Umständen die Maschine zu reparieren.

Was man hier im einzelnen als lächerlich ablehnt, weil es sinnlos ist, hat dieser Staat zum obersten Gesetz seines Verfassungslebens erhoben. Er läßt die Majorität, die von den verschiedenen Angelegenheiten nichts versteht, ja, in der Majorität von den jeweiligen in Frage stehenden Angelegenheiten gar nichts verstehen kann - Sachverwalter [*sic!*] jeder Sache sein, mit dem Ergebnis, daß jede Bedeutung der Persönlichkeit dadurch ausgeschaltet wird.

Sie hören heute häufig den Satz, daß die Zeit schnell eilt, daß sie den Raum überspringt, daß die moderne Technik alles zusammenfaßt und daß die Ereignisse schneller

rollen denn je. *Vergleichen Sie demgegenüber den langsamen Gang der sogenannten Stresemannschen Befreiungsaktion Deutschlands.* (Heiterkeit.) *Vergessen Sie nicht, daß in der langsamen Zeit von 1806 bis 1813 die Freiheit erworben wurde. In der heutigen schnelllebigen Zeit sind wir nach sieben Jahren bei Locarno gelandet und sinken von Monat zu Monat tiefer.* Ich sage ausdrücklich tiefer; denn was dem einen vielleicht höher erscheint, ist für den anderen in Wirklichkeit doch tiefer. Was dem einen als Fortschritt dünkt, halten besonders wir für einen Rückschritt. *Wir haben die deutsche Nation mehr geschätzt, als sie noch murrte, Widerspruch erhob und unruhiger war als jetzt, da man sie beruhigt hat, und sie alles ruhig über sich ergehen läßt. Es ist im Völkerleben die sogenannte Ruhe keineswegs der Beweis für einen Aufstieg.* Ich weiß, daß hier die modernen Demokraten und Stresemann-Jünglinge sagen werden, das ist heute viel schwieriger. Meine lieben Freunde, *die Befreiung Preußens 1812-1814 war mindestens genau so schwierig, bei diesem Kleinstaat von damals - zerfetzt und zerrissen, ohnmächtig und unterdrückt. Aber etwas hat diesen Kleinstaat von unsrem Staat unterschieden: Er hat nicht das wahnwitzige Gesetz der Demokratie gehabt.*

Mit anderen Worten, das heutige Deutschland hat parlamentarische Majoritäten, und das damalige Preußen hatte Männer, einzelne Männer, einzelne Köpfe. Und wenn Sie abwägen das Ergebnis der damaligen Staatskonstitution mit der heutigen, des damaligen Verfassungslebens mit dem heutigen, müssen Sie folgendes feststellen: *Die Köpfe von damals: ein Freiherr vom Stein, ein Clausewitz, ein Scharnhorst, ein Yorck, ein Blücher, und heute: ein Stresemann, ein Luther* [12], *ein Heye* [13], *ein Groener* [14]! (Stürmischer Beifall.) Denken Sie ja nicht, daß das etwa einem Mangel an Köpfen an sich zuzuschreiben wäre! Nein, solange dieses System herrscht, können Sie gar nicht wissen, ob wir Köpfe besitzen, weil das System der parlamentarischen Majorität der Todfeind jedes Kopfes ist, genau wie umgekehrt jeder Kopf der Todfeind dieses Systems sein wird und sein muß.

Ich betone das ausdrücklich. Ich will nur an einem Beispiel den Unterschied der, sagen wir, natürlichen Zuchtwahl gegenüber der heutigen künstlichen parlamentarischen Wahl vor Augen führen. Nehmen Sie zwei Extreme, die alte Armee und unsern langsam verparlamentarisierten Verwaltungsapparat, soweit dieser Verwaltungsapparat die alleruntersten Stellen betrifft.

Aristokratische gegen demokratische Führerauslese

Armee und Demokratie

Die alte Armee war aufgebaut auf dem Gedanken der Autorität der Persönlichkeit, und zwar der absoluten Autorität der Persönlichkeit nach unten und der Verantwortung nach

12 Hans Luther (1879-1962), Jurist, 1904 Dr. jur., 1918 Oberbürgermeister von Essen, Dez. 1922 bis Okt. 1923 Reichsernährungsminister, Okt. 1923 bis Dez. 1924 Reichsfinanzminister, Jan. 1925 bis Mai 1926 Reichskanzler (parteilos), 1930 Reichsbankpräsident, 1933-1937 Botschafter in Washington.

13 Wilhelm Heye (1869-1946), preuß. Offizier, 1906-1908 Generalstabsoffizier in der Schutztruppe Südwestafrika, 1919 Chef des Stabes des Truppenamtes im Reichswehrministerium, 1920-1922 Chef des Truppenamtes, 1922/23 Chef des Heerespersonalamtes, 1926-1930 Chef der Heeresleitung.

14 Wilhelm Groener (1867-1939), württ. Offizier, 1916/17 Leiter des Kriegsamtes im preuß. Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis Aug. 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Jan. 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Okt. 1931 bis Mai 1932 Reichsinnenminister (Rücktritt).

oben. Demgegenüber das moderne System der parlamentarischen Demokratie, der Autorität nach oben und der Verantwortung nach unten. Verantwortung nach unten, weil in der modernen parlamentarischen Demokratie jeder Mann der Masse unter sich verantwortlich ist, weil er von der gewählt wird, umgekehrt Autorität nach oben, weil da *er* wählt. *Es ist das also die vollkommene Umkehrung des alten Systems.* Wesentlich dabei erscheint eines: *Alle Personen in diesem System besitzen keine tatsächliche Verantwortlichkeit; denn die Verantwortung trägt stets die sogenannte Majorität, diese Majorität, die an sich niemals gefaßt werden kann, weil sie ein unfaßbarer Begriff ist.* In der Praxis wirken sich die Dinge so aus, daß der beste Führer nicht der sein wird, der die genialsten Ideen hat, sondern jener, der die Fähigkeit besitzt für seine Ideen jeweils eine Majorität zu schaffen. Nun ist die Fähigkeit, eine Majorität zusammenzukleistern nicht identisch mit Genialität an sich. Vielleicht hätte es ein Freiherr vom Stein niemals fertig gebracht, im heutigen Reichstag eine Majorität zusammenzubringen. *Genau so wie Friedrich der Große* im heutigen Parlament keine Majorität *bekommen hätte.* Auch Bismarck hat ja bekanntlich dauernd Schwierigkeiten gehabt.

Damit ist aber keineswegs bewiesen, daß Friedrich der Große kein fähiger Kopf gewesen ist. Nein, die Fähigkeiten sind andere, als sie heute verlangt werden. Heute müssen die Fähigkeiten nur bestehen im Feilschen, im Schieben, im Zusammenkuppeln von kleinen Fraktionen zu größeren Koalitionen, und die dadurch bedingte Geschmeidigkeit ist in Wirklichkeit Rückgratlosigkeit, Charakterlosigkeit, ist die wandelbare Fähigkeit sich überall anzupassen. Der heutige Staatsmann ist also dem früheren vollkommen entgegengesetzt zu beurteilen. *Früher eine heldische Erscheinung und jetzt in Wirklichkeit ein Opportunitätsmensch, früher ein heroischer Mensch - heute ist das nicht mehr notwendig. Im Gegenteil, der Held gilt auf diesem Gebiete geradezu als gefährlich. Es hat sich die Auffassung herausgebildet, daß der Staatsführer von heute, soweit er ziviler Staatsbürger ist, gar kein Held sein darf,* während die Geschichte doch zeigt, daß es keinen großen Staatsmann gibt, der nicht persönlich absolut ein Mann vom Scheitel bis zur Sohle gewesen ist.

Stellen Sie sich den Weltkrieg vor: Die deutsche Armee schon vier Jahre in diesem Grausen. Ein Regiment marschiert vor; es soll zur Front gezogen werden. Wir sehen die Unteroffiziere, Sergeanten, Vizefeldwebel, Leutnante, Hauptleute und endlich den Major, den Oberst oder Oberstleutnant als Kommandeur. Wie sind in diesem Regiment alle diese Stellen besetzt? Eines unterscheidet die ganze Art dieses Systems von dem parlamentarischen. *Jeder, auch der kleinste Mann, hat dort seine Verantwortung, die er nicht abbürden kann.* Wenn eine Gruppe schlecht wäre, weil z. B. ein Mann aus der Reihe fällt, dann wird der Gruppenführer zur Verantwortung gezogen. *Er kann nicht sagen, ich bin unschuldig. Er ist verantwortlich. Funktioniert beispielsweise ein Zug nicht, weil eine Gruppe aus der Reihe fällt, dann ist der Zugführer verantwortlich und funktioniert das Regiment nicht, weil eine Kompagnie patzt, dann ist der Regimentsführer verantwortlich,* und er kann zu seiner Entschuldigung nicht sagen, es sind bloß fünf Mann gewesen in der 6. Kompagnie, die gepatzt haben; das gibt es nicht! Er äußert natürlich später seine Meinung dem Bataillons-Kommandeur oder dem betreffenden Kompagnieführer gegenüber. Und dieser äußert sie wieder in unzweideutiger Weise den Leuten gegenüber.

Tatsache ist aber, daß jeder eine Verantwortung trägt. Dieses Regiment marschiert nun im vierten Kriegsjahr hinaus an die Front, die näher und näher kommt. Plötzlich heißt es zur Seite treten. 10 Minuten darauf wird wieder angetreten, und obwohl jeder weiß, bei dem soundsovielten Kilometerstein hauen die ersten Granaten ein, tritt alles ruhig an und marschiert nach vorne. *So handelten soundsoviele Hunderttausende, und alle erfüllten ihre Führerpflicht, maschinenmäßig, als etwas Selbstverständliches, und zu Hause reißen sie vor 400 Deserteuren feige aus.* Das ist der Unterschied der Führerauslese des Heeres u[*nd*] der Führerauslese durch das parlamentarische Majoritätsprinzip, das langsam unser ganzes Leben vergiftet hat und das der Todfeind jeder Persönlichkeit ist. *Sie werden doch nicht behaupten können, daß es in Deutschland z. B. augenblicklich keine besseren Menschen gibt als die, die zur Zeit regieren.* Das wäre genau so, als wenn man von einem Kompagniesoldatenrat sagen würde, er muß da sein, weil es keinen besseren Führer gibt. *Wenn man eine Kompagnie wählen läßt, kommt der Soldatenrat; und wer wird Soldatenrat? Der Schwächste, von dem man weiß, daß er immer nachgibt, dem man also diktieren kann.* Er ist vollkommen abhängig; denn sonst würde er nicht wieder gewählt.

Hier erfolgt also eine Umkehrung jeder menschlichen Vernunft, *und wenn ein Volk diesen Gedanken zum leitenden Staatsprinzip erhoben hat, wird das Ergebnis sein, daß jede bedeutende Persönlichkeit fehlt, weil das System ja gar keine Persönlichkeit will, und umgekehrt jede Persönlichkeit unter diesem System nicht arbeiten kann,* sondern in kurzer Zeit sagen würde: Hol' Euch der Teufel, glaubt Ihr vielleicht, ich bin dazu da, daß ich mir von Dummköpfen dauernd dreinschwatzen lasse! Meinen Sie, daß ein Freiherr vom Stein mit dem deutschen Reichstag von heute arbeiten wollte. Alles Schwindel also, wenn es heißt, das deutsche Volk hat keine Führer. *Das System, das wir haben, duldet keine Führer.* (Lebhafter Beifall.)

Nun ist aber die Freiheit eines Volkes ein Gut, das des höchsten Einsatzes bedarf, und zwar nicht nur des höchsten Einsatzes in der Masse, sondern vor allem auch des höchsten Einsatzes der Führer. Und zu einem solchen höchsten Einsatz ist das parlamentarisch-demokratische System an sich nicht mehr fähig. *Wenn ein Volk sich dem System verschreibt, wird es zwangsläufig von Jahr zu Jahr unfähiger, sich noch einzusetzen.*

Für uns Deutsche ist also jedenfalls die westliche parlamentarische Demokratie ganz unpassend, und wir werden mit dieser Methode niemals mehr zur Freiheit gelangen.

Wenn aber das die drei Voraussetzungen sind, nämlich die Erziehung eines Volkes zum *Kampfgedanken*, die Erziehung eines Volkes zur Erkenntnis des *Blutwertes* und zur Schätzung desselben und die Erziehung eines Volkes zur Erkenntnis und Würdigung des *Persönlichkeitswertes*, wenn das die drei Voraussetzungen für die Größe eines Volkes sind, dann ist die Freiheit eines Volkes gebunden an den Grad, in dem diesen drei Voraussetzungen genügt wird, in dem diese Voraussetzungen wirklich erfüllt werden. Wenn wir unser Deutschland von heute ansehen, müssen wir leider wahrnehmen, wie sehr wir uns immer mehr entfernen von diesen Voraussetzungen, so daß die Erscheinungen des Tages vollkommen, ich möchte fast sagen, biologisch erklärlich sind. Es kann gar nicht anders sein. Dieses System richtet uns langsam aber sicher zugrunde.

Stresemann, das Symbol

Ein Vertreter dieses Systems aber ist unser Herr Außenminister Dr. Stresemann. Und daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn er als Vertreter dieses Systems von vorneherein auch in der Außenpolitik nicht den Weg wählt, der vielleicht eines Tages eine Änderung in unserem Sinne herbeiführen könnte, sondern wenn er den Weg wählt, der diesem System entspricht, d. h. den Weg, der an sich ohne Krafteinsatz auf natürlichem, auf dem sogenannten friedlichen Wege auch dorthin führt, wo er eben glaubt, daß unser Volk hingeführt werden muß.

Deutschlands Lage in Europa

Die Lage Deutschlands in Europa ist heute dadurch gekennzeichnet, daß wir von einer großen Zahl von Staaten umgeben sind, die zunächst am Friedensvertrag irgendwie praktisch teilgenommen haben, Nutznießer desselben sind und daß infolge der langen Friedensentwicklung, wir auf Grund unserer damaligen wirtschaftlichen Möglichkeiten die Volkszahl übermäßig steigerten, so daß wir heute weitaus übervölkert sind. *Das heutige Deutschland kann normalerweise nicht bestehen, außer es bekommt die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vorkriegszeit wieder, oder wir dezimieren unser Volk auf irgendeine Weise, oder wir bekommen mehr Grund und Boden.* Es gibt aber bei uns heute keine Möglichkeit, unser Volk auf dem sogenannten wirtschaftsfriedlichen Wege weiter zu ernähren, weil das nicht eine Frage der Produktion, sondern des Exportes, d. h. des Verkaufs ist, und weil dieser Verkauf unendlich eingeschränkt ist, dadurch, daß ein großer Teil der Absatzmärkte der Welt kolonialpolitisch gebunden ist. Wenn wir heute in Deutschland industriell auch billiger erzeugen könnten und dazu in der Lage wären - angenommen durch Abbau der Sozialversicherung und durch Abbau der Steuern - die Weltkonkurrenz zu unterbieten, so würden wir morgen wieder im Krieg stehen. Denn dieser friedliche Wettbewerb ist natürlich nicht ein Problem, sagen wir des Sports, sondern ein Problem des Lebens. Ein deutsches Schiff, das nach China verkauft wird, gibt uns für dreitausend Arbeiter auf eine gewisse Zeit Brot, aber dreitausend Engländern wird dieses Brot damit entzogen. Da nun der Weltmarkt als Empfangsmarkt begrenzt ist, die Staaten, die darum kämpfen, heute zahlreicher sind, kann stets nur ein Teil einen Auftrag bekommen, und die Völker kämpfen um diese Aufträge. Dieser Kampf bleibt solange friedlich, als nicht ein Volk glaubt, dabei zugrunde zu gehen.

Sowie aber ein Volk fürchtet, daß es diesen Kampf mit friedlichen Mitteln nicht bestehen kann, wird es eben, besonders wenn es aus Engländern besteht, zu den Waffen greifen. Das haben wir praktisch ja schon erlebt. Die Engländer haben uns gerade deshalb bekriegt. Damit kann man also nicht mehr operieren. *Es ist unmöglich, auf sogenanntem wirtschaftsfriedlichen Wege ein Volk zu ernähren, außer wir schränken die Geburten ein oder treiben die Menschen zum Selbstmord, d. h. dezimieren die Zahl unseres Volkes.* Tun wir das, dann können wir jetzt schon sagen, Deutschland wird zu einem neuen Holland in Europa - wenn auch größer. Wir haben alle Aussichten dazu. 62 Millionen auf einer unmöglichen Grundfläche, von gigantischen Staatengebilden umgeben, pazifistisch verseucht, international eingestellt, demokratisch vergiftet, *das gibt am Ende eine neue europäische Schweiz,* nur unter viel übleren Voraussetzungen.

Nicht Feigheit noch Arbeit

Damit aber ist für uns Nationalsozialisten diejenige Außenpolitik richtig, die es versteht, einer aktiven deutschen Innenpolitik, die unserem Volk die inneren Kraftquellen wieder erschließt, die Wege zu ebnen, d. h. *eine Außenpolitik, die von vorneherein damit rechnet, wir werden eines Tages den Ring sprengen müssen. Wir können ihn aber nicht sprengen durch Ergebung in das Schicksal, sondern müssen versuchen bei der nächsten Eruption, die im Völkerleben stattfindet, irgendwie aktiv handelnd mitzuwirken.* (Zurufe sehr richtig. - Beifall.) Jede Meinung, daß wir vielleicht als stille Zuschauer dabei unser Schäfchen ins Trockene bringen könnten, ist ein Trugschluß, weil diese Ansicht auf Feigheit basiert, und Feigheit hat im Völkerleben noch keinem Volke die Freiheit gegeben. (Beifall.)

Aber auch die Arbeit hat im Völkerleben noch keinem Volk die Freiheit gegeben. Die Periode Stresemannscher Außenpolitik hat es fertig gebracht, in Millionen von Deutschen die Meinung zu erwecken, wir könnten uns durch Fleiß und Arbeitsamkeit, durch Fügsamkeit eines Tages doch wieder frei machen. Nein! Denn glauben Sie mir, *wenn Völker erst einmal fünfzig Jahre gewohnt sind, von einem anderen Volk Tribut zu erhalten, verzichten sie auch im einundfünfzigsten Jahre nicht darauf;* denn die Völker stellen sich darauf ein, ihr ganzes Leben baut sich darauf auf, und es ist eine kindliche Phantasie, zu glauben, daß im einundfünfzigsten Jahr wir wieder vollkommen frei sein werden. Man wird immer wieder Verfehlungen entdecken. *Studieren Sie die Geschichte Karthagos, wie ein solches Volk immer wieder in kritischen Augenblicken auf Vertragsbruch festgenagelt wurde, um es erneut niederzuwerfen.* Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, jede deutsche Außenpolitik muß sich frei halten von der phantastischen Meinung, das deutsche Schicksal könne besser gestaltet werden durch sogenannte Grenzkorrekturen im Sinne der Grenzen vom Jahre 1914. Das hat für Deutschland gar nichts mehr zu sagen. *Die Grenzen von 1914 sind für uns keinerlei Befriedigung unserer Lebensnotwendigkeiten.* Sie könnten höchstens romantische Erinnerungen bei uns befriedigen, aber nicht die Zukunft dieses 70- oder 80-Millionenvolkes; denn das wird nicht zu Leben gebracht durch 50.000 oder 60.000 qkm Grundfläche mehr. Entweder wir werden wieder eine Wirtschaftsmacht, d. h. wir bauen unsere gesamte Kraft wieder auf dem Boden der Weltwirtschaft auf, *oder wir suchen Grund und Boden zu gewinnen, und dann brauchen wir nicht nur 60.000, sondern drei- und vierhunderttausend Quadratkilometer.* Das heißt also, wir müssen unser Volk zu jener brutalen Entschlossenheit unserer Vorfahren erziehen, die besagt, unser Volk schreit nach Brot, und wir wollen Erde für das Getreide, aus dem dereinst Brot gebacken wird (lebhafter Beifall).

Dazu haben wir ein Recht, nämlich das Recht jedes Wesens, das geboren ist. Denn jedem Wesen steht die ganze Erde zur Verfügung, vorausgesetzt, daß es stark genug ist, sich die Erde zu nehmen. Der Himmel teilt keinen Grund zu, sondern stellt die Völker auf die Welt, die aus der Erde leben müssen, und gibt ihnen diese als Tummelplatz frei. *Im Spiel der freien Kräfte entscheidet sich dann, wer der Stärkere ist, und mögen die Demokraten noch so erschrecken:*

Der Stärkere hat dann das Recht

Damit aber ist für uns heute die Voraussetzung aus einer Situation herauszukommen, die uns langsam abwürgt. Die Hauptmacht, die ein Interesse an Deutschlands Vernichtung besitzt, wacht eifersüchtig darüber, daß Deutschland niemals wieder die Freiheit erhält, die vielleicht eines Tages unser Volk einer besseren Zukunft entgegenführen könnte. Diese Hauptmacht ist Frankreich. Glauben Sie mir, Frankreich weiß ganz genau, wenn Deutschland heute frei wäre, oder wenn es gar noch zwei- oder dreihunderttausend Quadratkilometer im Osten bekäme, wären in kurzer Zeit 120 Mill[*ionen*] Deutsche in Europa, und Frankreich sänke ziffernmäßig mehr und mehr zurück. *Es duldet daher niemals, daß Deutschland emporsteigt. Im Gegenteil:*

Frankreichs Ziel

ist unverrückbar dasselbe; Auflösung Deutschlands in Kleinstaaten, die sich gegenseitig bekriegen, und Sicherung Frankreichs durch den Rhein, der selbst wieder gesichert wird durch die Auflösung Deutschlands in Kleinstaaten, also durch eine Balkanisierung Deutschlands. Das ist Frankreichs Ziel, und der Franzose weicht davon nicht ab, gleichgültig, ob er das mit kriegerischen Waffen erreicht oder mit friedlichen. Stets bleibt das Ziel dasselbe, ob es sich nun um Jakobiner oder Monarchisten, Royalisten oder Anhänger des napoleonischen Kaisertums handelt. Alle werden immer dasselbe Ziel verfolgen, ganz gleichgültig, wer ihnen in Deutschland gegenübersteht, ob die Habsburger, die Hohenzollern oder die deutsche Republik Stresemanns. Bei dem einen früher ging es schwerer, und bei Stresemann geht es eben leichter. (Heiterkeit.) Bei dem einen kostete es früher Blut, und bei Stresemann kostet es gute Worte, gute Mienen, ein paar Phrasen, Empfangsphrasen - es sind ja nur Phrasen - und weiter nichts. Damit erreichen sie endlich doch langsam ihr Ziel; sie demolieren Deutschland insofern, als sie uns die Lebensmöglichkeiten für die Zukunft planmäßig abschneiden, den Rhein hat man ihnen ja tatsächlich als Frankreichs Grenze garantiert.

Nun stehen wir demgegenüber auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der deutschen Außenpolitik wäre, in der ganzen Welt herumzusuchen, ob nicht irgendeine Macht da ist, *die aus analogen Gründen mit Deutschland gegen den gemeinsamen französischen Gegner aufzutreten, bereit ist.* Herr Stresemann, der so gerne von der realen Politik spricht, hat bisher immer nur bewiesen, daß er auf Phantasien aufgebaut hat. Ich werde ihn dann mit seinen eigenen Reden schlagen, die er früher gehalten hat. *Die einzige reale Möglichkeit, nämlich den Beitritt zu einer Koalition gegen Frankreich, hat er vollkommen beiseite gelassen.* Das widerspräche ja auch dem demokratisch-parlamentarischen Denken des Herrn Stresemann und widerspräche auch dem Freimaurer Stresemann, dem der Freimaurer Briand natürlich nähersteht als der Anti-Freimaurer Mussolini.

Jedenfalls müssen wir Nationalsozialisten folgendes sagen: *Stresemanns Politik wird uns am Ende zu einem pazifistischen Lohnsklaven der Welt machen.* Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, daß die letzten Instinkte unseres Volkes wachgerufen werden müssen gegen das dauernde Sklavenjoch. Andernfalls soll man nicht schwindeln von einer besseren Zukunft und soll vor allem die Silberstreifen [15] aus dem Spiele lassen, und man

15 Anspielung auf die Äußerung Gustav Stresemanns, er sähe "Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont", in seiner Rede am 17.2.1924 auf dem Parteitag des 25. Wahlkreisverbandes der DVP in Elberfeld.

soll sagen, wir sind im Joch und solange wir da geduldig ziehen, wird es gehen. Natürlich müssen wir die Geburten einschränken und Menschen exportieren.

Es ist schamlos, wenn man bedenkt, daß ein Teil der deutschen Presse ruhmvoll preist, daß wir die Möglichkeit haben, Menschen zu exportieren. Die "Vossische Zeitung" schreibt begeistert, daß wir dadurch Frankreich helfen können in seinen Kolonien. (Pfuirufe.) *Frankreich* - schreibt das Blatt des Herrn Stresemann - *wird Deutschland dankbar sein für den Zufluß dieser unverdorbenen kolonialfähigen Kräfte, die Deutschland abgeben kann, und Deutschland, so heißt es weiter, kann nur zufrieden sein, wenn dadurch seine jungen deutschen Elemente etwas Weltkenntnis bekommen.*

Wir wissen, wie diese Weltkenntnis aussieht, die unsere Deutschen im Ausland sich erwerben. Sie gehen in der Welt verloren für das Vaterland. Und die Weltkenntnis, die die Deutschen in Frankreich bekommen, ist uns auch bekannt. Bei vielen endet es in der Fremdenlegion, und andere müssen sonst verderben. Zu meinen aber, daß das jemals dem deutschen Volke zugute kommt, bringen höchstens die "Frankfurter Zeitung" und die "Vossische Zeitung" fertig, die ja von ganz anderen Menschen regiert werden.

Stresemann gegen Stresemann

Stresemann-Probleme

Nun kommt Herr Stresemann nach München und hält hier eine politische Rede. Ich muß Ihnen hier einiges zitieren, und ich nehme an, daß bei den langen Ohren der "Münchner Neuesten Nachrichten" das alles richtig gehört und demgemäß auch richtig niedergelegt wurde [16]. Da heißt es zunächst: "Stresemann spricht über wichtige Probleme: Erstens über das Verhältnis des Reiches zu Preußen. Zweitens über die Verhältnisse der deutschen Kleinstaaten und drittens über das Verhältnis des Reiches zu den lebensunfähigen [*sic!*] Ländern."

Da ist nur eines zu sagen: Das ist die Kunst des Herrn Stresemann, mit vollkommen unwichtigen Dingen die Öffentlichkeit zu beschäftigen, um sie von den wichtigsten Problemen wegzuziehen. (Lebhafter Beifall.) Wenn Herr Stresemann heute von der Länderkonferenz [17] spricht, die dieses Verhältnis regeln wird, so können wir Nationalsozialisten nur eines sagen: Das ist ja alles heute so belanglos wie nur etwas für unser deutsches Volk. Es kommt ja an sich gar nichts dabei heraus. Das weiß ja jeder Mensch: Es geht doch aus wie das Hornberger Schießen. Es ist ja bloß ein Manöver, um die gutgläubigen Menschen eine Zeitlang wieder in einen Traum zu versenken. Und selbst wenn etwas dabei herauskäme, ja, was hat das für Deutschland heute zu bedeuten? Ich frage Sie nur eines: Man sagt, die Staatsvereinfachung muß durchgeführt werden! Und dar-

---

Zit. nach Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 768 f.

16 Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Dr. Stresemanns Programm." Das folgende Zitat lautet: "Drei Fragen drängen sich dabei auf. Das Verhältnis von Reich und Preußen, die Verhältnisse der Kleinstaaten im Reiche und das Verhältnis des Reiches zu den lebensfähigen Ländern."

17 Gemeint ist die von der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder gebildete Länderkonferenz zur Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform, die erstmals vom 16. bis 18.1.1928 in Berlin getagt hatte. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Reichsreform. Der eingesetzte Verfassungsausschuß tagte von 1928 bis 1930 insgesamt fünf Mal. Vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 117 ff.

über schwätzt man zwei, drei Jahre lang! Wenn die Verwaltung des Staates vereinfacht werden kann, warum schwätzt man dann darüber? Darüber braucht man sich gar nicht zu unterhalten, daß das an sich gut wäre. Warum hat denn der normale Mensch ein Interesse daran, daß die Staatsverwaltung einfacher wird? Weil er glaubt, daß sie dann billiger wird. Und warum würde er sich freuen, wenn sie billiger würde? Weil er glaubt, es würden die Steuern weniger werden. Und sehen Sie, darin liegt allein schon der Wahnwitz: *Vereinfachen Sie den Staat wie Sie wollen, sparen Sie ein, was Sie wollen - glauben Sie, daß das deutsche Volk deshalb einen Pfennig mehr haben würde, als jetzt? Abliefern könnten wir mehr als jetzt! Denn erstens besteht laut Friedensvertrag die Verpflichtung, daß alle deutschen Einnahmen zunächst den Wiedergutmachungen dienen. Zweitens darf die Steuerbelastung Deutschlands keineswegs leichter sein als die der Siegerstaaten. Drittens muß das deutsche Volk auf dem Existenz-Minimum erhalten werden und darf gar nicht mehr besitzen. Mit anderen Worten: Bauen Sie heute deutsche Beamte ab, so füttern Sie damit ein paar zehntausend Beamte der Entente mehr.* Das ist das einzige praktische Ergebnis dieser sogenannten Staatsvereinfachung. Und glauben Sie, daß der bayerische Staat etwa in den nächsten Jahren besser dastehen wird als in diesen Jahren, wenn so und so viele Ämter aufgelöst sind? Keine Spur! Damit ändert man an sich gar nichts an unserer Gesamtlage. Das ist immer die falsche Meinung, an Einzelschicksalen etwas bessern zu können, was nun einmal als Gesamtschicksal uns niederzwingt und niederdrückt.

Wie sehr aber Herr Stresemann in allem am Äußeren hängen bleibt, das beweist so recht der Satz:

"In der größten Not des Vaterlandes 1923 wollten Sie den Marsch nach Berlin antreten. Vielleicht überlegen Sie sich, was geworden wäre, wenn" - nun kam ein Zwischenruf: "Wenn Sie - nämlich Herr Stresemann - nicht gewesen wären!" - Stresemann fortfahrend: "allerdings, wenn ich nicht gewesen wäre."

Nun haben wir damals von Herrn Stresemann an sich wenig gemerkt. Aber Herr Stresemann hielt den Nationalsozialisten dann vor, daß sie diesen Schritt unternehmen wollten in einer Zeit, in der der Kommunismus in Sachsen und Thüringen am Ruder war. Wenn die Nationalsozialisten für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wären, dann hätten sie in diesem Augenblick an der Seite der Reichsregierung gegen den Bolschewismus stehen müssen, für den nie eine Zeit, wie die damalige, günstiger gewesen sei.

"Wenn wir damals Militär einrücken ließen und zwei Regierungen absetzten, weil in ihnen Kommunisten waren, und wo damals französischerseits bereits die Auffassung laut wurde, daß Deutschland am Zusammenbruche sei, wie konnten Sie so pflichtvergessen sein, in diesem Zeitpunkt der Regierung in den Rücken zu fallen? Sie haben leichtfertigerweise mit dem Schicksal des Reiches gespielt, und es wundert mich, daß Sie sich heute noch als Retter des Reiches aufspielen."

Teuerster Herr Stresemann! Sie haben damals also die Kommunisten besiegt, das bemerken wir, wenn wir jetzt nach Sachsen oder nach Thüringen kommen. Das sind eben Ihre Siege, ja, so schauen sie alle aus, das ist das Typische Ihrer ganzen Erfolge. *Ein gewisser Herr Mussolini hat auch die Kommunisten besiegt, Herr Stresemann! Verglei-*

chen Sie die Siege dieses Italieners mit Ihrem Siege, dann sehen Sie den Unterschied. (Stürmischer Beifall.)

Zunächst schon die ganze trostlose Oberflächlichkeit des Denkens dieses Herrn. Er sieht einen Unterschied zwischen den Kommunisten und den Marxisten. Derselbe Stresemann meint wohl: Wer der Sozialdemokratie das vaterländische Empfinden abstreitet - ja, lieber Gott! *Was für ein Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten besteht denn?* Welcher denn? Dort, wo die Sozialdemokratie allein ans Ruder kommt, ist sie Kommunismus. (Sehr richtig!) *Der Unterschied liegt bloß in der Methode.* Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die den Marxismus mit demokratischen Mitteln durchzusetzen versucht. *Der Kommunismus ist die Fortsetzung der Sozialdemokratie,* d. h. er könnte nicht sein, wenn die Sozialdemokratie nicht vorgearbeitet hätte, genau so, wie die Sozialdemokratie nicht sein könnte, wenn die Vorfahren des Herrn Stresemann, nämlich der deutsche Freisinn und der Liberalismus nicht die Bahn für die Sozialdemokratie freigemacht hätten. (Lebhafter Beifall.) *Das ist also der Kampf gegen den Kommunismus, daß der Herr Stresemann mit den Marxisten zusammen gegen einen Teil der Marxisten geht. Und dabei die Marxisten zu Kontrolleuren der Marxisten einsetzt!* Im übrigen, wie hat er sie bekämpft, wie denn? Man hat an ein paar Stellen auf ein paar Plünderer geschossen. Das war alles. Hätten nämlich die Kommunisten in Sachsen nicht ihren Max Hoelz [18] einst gehabt und hätten sie vor allem nicht geplündert, dann wäre nie die Reichsexekutive eingeschritten. Alles andere wäre gleich gewesen. Nur der Fabrikhof mußte geschützt werden. Gegen wen hat man damals gekämpft? Derselbe Herr Stresemann, der entrüstet sagt: "Wir haben Regierungen weggefegt in dem Moment, in dem Kommunisten unter ihnen waren", derselbe Herr Stresemann saß ja in Berlin mit den Führern der ganzen bolschewistischen Weltseuche, mit den Herren Sowjetbotschaftern zusammen. *Es ist doch sinnlos, auf der einen Seite zu sagen: Wir kämpfen gegen den Kommunismus, und auf der anderen Seite hockt man sich mit den Leitern dieser ganzen Weltpest an den Tisch und macht einen Vertrag von Rapallo mit ihnen. Gegen die dumme, verwirrte Masse geht man mit dem Maschinengewehr vor und mit den Führern diniert man.* Das Ergebnis sehen wir auch. Und wie ernst dem Herrn Stresemann der ganze Kommunistenkampf ist, sehen wir jetzt. *Jetzt, da Herr von Keudell [19] "Rotfront" auflöst [20], protestiert derselbe Herr Stresemann gegen dieses Vorgehen des Herrn von Keudell.* Das ist der Kommunistentöter vom Jahre 1923! Herr Stresemann, hätten wir damals Erfolg gehabt,

18 Max Hoelz (1889-1933), Techniker, 1919 Mitglied der KPD, 1920 der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), 1920/21 Führer kommunistischer Aufstandsbewegungen im Vogtland und in Mitteldeutschland, 1921 zu lebenslanger Haft verurteilt, 1928 amnestiert, 1929 Übersiedelung in die Sowjetunion.

19 Walter von Keudell (1884-1973), Rittergutsbesitzer, 1908 Dr. jur., 1916-1920 Landrat des Kreises Königsberg/Neumark, 1918-1923 Deichhauptmann des Oderbruchs, 1924-1930 MdR (DNVP, ab 1929 Landvolkpartei), Jan. 1927 bis Juni 1928 Reichsinnenminister (DNVP), 1933-1936 Generallandforstmeister.

20 Am 16.4.1928 hatte Reichsinnenminister von Keudell die Länder angewiesen, den Roten Frontkämpferbund, die Rote Marine und die Rote Jungfront zu verbieten und aufzulösen. Das Verbot wurde auf Antrag von 16 Länderregierungen am 2.5.1928 vom Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig aufgehoben. Vgl. Jasper, Schutz, S. 165 ff.; Schuster, Roter Frontkämpferbund, S. 205 ff.

dann gäbe es heute weder in Sachsen noch in Thüringen Kommunisten. Es gäbe heute in Deutschland Nationalsozialisten, und sonst nichts. (Stürmischer Beifall.)

Derselbe Herr Stresemann sagte weiter: "So mußte der 9. November 1918 kommen, nicht weil das Werk Bismarcks schlecht oder morsch geworden wäre, nein, weil das Bürgertum zu feig gewesen war, für die politische Tat, die es damals und früher hätte tun müssen, einzustehen."

Ja, was ist denn das für eine Tat, Herr Stresemann? Also, da könnte man auch sagen: In dem Augenblick, in dem Deutschland an der Front kämpfte, hätten Sie eine Tat gewünscht. Gegen wen denn? Ja, Herr Stresemann, das Bürgertum war damals freilich zu feig für die Tat. Aber das Entsetzliche ist, daß die heutigen Führer des deutschen Bürgertums das jetzt nicht mehr wahrhaben wollen, und daß sie jetzt gegen die gehen, die vielleicht vor 4 oder 5 Jahren die Tat vollbringen wollten. Aber das ist der Herr Stresemann. *Er kann heute für die Tat schwärmen, und er kann am nächsten Tage sagen: Das ist Verrat am Vaterlande.* Die Tat, die am Vortage noch *die* Tat gewesen wäre!

Herr Stresemann fährt dann fort, man werfe ihm immer vor, daß er bei seiner Außenpolitik geblieben sei. *Man habe ihm aber einen anderen Weg nie gezeigt. Das ist doch einfach unerhört. Jahrelang hat dieser Mann die größte Opposition in Deutschland gegen sich, angefangen vom Alldeutschen Verband in Berlin bis zu den Deutschnationalen, bis zu den Nationalsozialisten; und nun sagt er ganz ruhig: Ich habe nie gehört, daß man einen anderen Weg gehen könnte.* Ja, wir möchten das jetzt noch einmal wiederholen: *Wir wissen, daß der Freimaurer Stresemann niemals die Tat tun wird, die wir wünschen, weil er nicht gegen den Freimaurer Briand vorgehen wird.* Er fühlt sich natürlich in Genf wohler als in Rom.

Und Herr Stresemann sagt: Ja, was soll ich denn sonst tun?

Da kann man aber wirklich nur eines zur Antwort geben: Herr Stresemann hat ja selber einst ganz anders geredet. Da sagte er z. B.: *"Möge man doch aufhören zu glauben, daß der Gedanke internationaler Gerechtigkeit uns den Weg zum Wiederaufstieg weisen wird."* Herr Stresemann sagt das selbst. Heute frägt er ganz erstaunt: Ja, könnte ich etwas anderes tun, als ich tue? Weiter sagt derselbe Herr Stresemann:

"Wann hat Frankreich jemals seine Politik davon abhängig gemacht, ob Deutschland demokratisch, republikanisch oder nach der Einstellung der Rechtspolitiker regiert werde? Es hat sich nicht um Demokratie und Republik gekümmert, sondern es ist lediglich den Weg des Hasses und des Sadismus gegangen. Den Haß hat es damit selbst großgezogen."

Ja, du lieber Gott! Derselbe Herr Stresemann, der hier der Überzeugung ist, daß Frankreich immer unser Feind sein wird, der sagt jetzt: Ja, gibt es denn einen anderen Weg als den zu Frankreich hin? Hat man mir denn jemals etwas anderes gesagt? - Da hört sich einfach alles auf.

Ich darf weiter gehen. Herr Stresemann definiert die Quellen der Kraft, auf die sich der Außenpolitiker stützt, und da sagt er: *Erstens auf Heer und Flotte. Sie ist aber nicht da, folglich kann man sich darauf nicht stützen.*

Ja, nun ist die Frage:

Was tut Herr Stresemann, damit wieder ein Heer und eine Flotte entsteht?

Wir wären ganz zufrieden, wenn es nur ein Heer wäre, ohne Flotte. Was tut nun Herr Stresemann? *Er verbündet sich mit der Macht und geht zu der Macht, deren Wohlwollen mit einer dauernden Abrüstung erkauft werden muß, und negiert die Bündnismöglichkeiten, die uns vielleicht eines Tages wieder in den Besitz einer Macht setzen könnten.*

Und dann sagt Herr Stresemann: Ich habe kein Heer, folglich bin ich geschwächt und kann mich darauf nicht stützen. - Ich darf hier noch eines hinzufügen: *Gerade jetzt tut die Partei des Herrn Stresemann alles, um einen Teil der Macht wieder zu diskreditieren und vor allem um die Voraussetzungen für die Macht zu zerstören; denn der ganze Kampf gegen die sog. Fememörder ist nichts anderes als der Kampf gegen Menschen, die versuchten, dem deutschen Volke eine Macht, d. h. eine Waffe zu bewahren* (stürmischer Beifall). Und wer nimmt gegen diese Menschen Stellung? Die Partei des Herrn Stresemann (Pfuirufe). Wer läßt sie durchspitzeln? Die Partei des Herrn Stresemann! Und wer hat sich hier in München am unverschämtesten aufgeführt im Untersuchungs-Ausschuß[21]? Ein Angehöriger[22] der Partei des Herrn Stresemann unserem Kandidaten, dem Herrn General Epp[23], gegenüber. (Pfuirufe.)

Und dann sagt der Mann: Ich habe kein Heer. Auf was soll ich mich stützen? - Ja, die Frage ist, was tun Sie, um eines zu schaffen? Welche außenpolitische Wege gehen Sie? Man bedenke demgegenüber das Wirken eines Freiherr vom Stein! Freilich, man kann sie nicht vergleichen. (Heiterkeit.)

Herr Stresemann sagt weiter: Zweitens, man muß sich stützen auf die innere Zusammengehörigkeit der Nation. Und er sagt: *Es ist deshalb notwendig, daß wir eine Einheitsfront bilden, eine Einheitsfront, die schon einmal gezeigt hat, was man erreichen kann, nämlich in Oberschlesien. - Allerdings, damals war die Abstimmung zu unseren Gunsten. Aber das Resultat war doch nicht zu unseren Gunsten, es war doch zu unseren Ungunsten*[24]. Herr Stresemann sagt: Die Einheitsfront ist die Voraussetzung für jeden Erfolg. Er vergißt

21 Gemeint ist der vom Bayerischen Landtag eingesetzte "Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923". Er war im Sommer 1924 eingesetzt worden und legte im April 1928 seinen Bericht vor. Die Sitzungsniederschriften befinden sich im BayHStA, MA 103476/1-3. Vgl. auch die von Wilhelm Hoegner, Mitberichterstatter im Untersuchungsausschuß, anonym veröffentlichten Broschüren: Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. I. Teil: Januar 1928. II. Teil: Mai 1928. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München o. J.

22 Im Untersuchungsausschuß war kein DVP-Mitglied vertreten.
Gemeint ist vermutlich Hans Hilpert (1878-1946), Gymnasiallehrer, 1907 Dr. phil., 1918 Mitbegründer der Bayerischen Mittelpartei (seit 1920 Landesverband der DNVP in Bayern), 1919-1931 MdL und Vorsitzender der DNVP-Fraktion im Bayer. Landtag, 1927/28 Mitglied des Untersuchungsausschusses.

23 Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1947), bayer. Offizier, 1904-1906 Kompaniechef in der Kaiserlichen Schutztruppe in Südwestafrika, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Führung der 7. (bayer.) Reichswehrdivision, 1923 Verabschiedung, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar in Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern.

24 Bei der am 20.3.1921 erfolgten Abstimmung in Oberschlesien hatten sich 60 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung für den Verbleib im Deutschen Reich ausgesprochen. Mit dem Genfer Schiedsspruch des Völkerbundsrats vom 12.10.1921 wurde der mehrheitlich polnisch besiedelte Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zugesprochen. Vgl. Cienciala/Komarnicki, Versailles, S. 41 ff.

ganz, daß wir in seinem berühmten Ruhrkampfe die Einheitsfront ja gehabt haben, aber keineswegs etwa mit Erfolg. Denn ich muß schon sagen: Wenn ich jetzt ein Bündnis abschließen soll mit einem Diebe, dann verzichte ich darauf. Die Meinung, dadurch stärker zu werden, ist falsch. *Wenn ich heute in Deutschland ein Bündnis abschließe mit einer Partei, die sagt: Erstens Pazifismus, zweitens Internationalität, drittens Demokratie, dann ist es nicht eine Stärkung für Deutschland, sondern das heißt, die wirklich guten Teile Deutschlands werden mit dem Gift infiziert.* Herr Stresemann sieht das natürlich nicht. *Er sieht nur Ziffern und Zahlen, Majoritäten.* 327 Abgeordnete sind mehr als 326 Abgeordnete (Heiterkeit), folglich haben 327 Abgeordnete mehr Macht als 326, folglich haben sie für Herrn Stresemann auch mehr Wert, folglich kann man mit 327 Politik machen, mit 326 nicht. Daß Kraft und Zahl zwei verschiedene Dinge sind, das will Herr Stresemann nie wahrhaben. Für ihn ist die Majorität entscheidend. Das ist auch natürlich; denn ein anderes System als die Demokratie, d. h. also als das System der parlamentarischen Majoritäten, würde auch einen Herrn Stresemann nie ertragen (lebhafter Beifall).

Weiter sagt er: Der dritte Faktor, die Kraft, auf die man sich stützen muß, das ist die Wirtschaft.

Zum ersten Male im Leben höre ich, daß die Wirtschaft ein außenpolitischer Machtfaktor ist. *Tatsächlich ist sie nämlich immer ein Schwächemoment,* das berücksichtigt werden muß; besonders aber für uns Deutsche ist sie tatsächlich die Achillesferse. Die Wirtschaft ist nicht unsere Stärke, sondern geradezu unser Verhängnis. Hätten wir Deutsche 30 oder 40 Millionen Menschen und hätten wir Deutsche keine große Wirtschaft, sondern nur unsere alte Wirtschaft von einst, d. h. eine Binnenwirtschaft, dann würde unsere Lage in der Welt eine ganz andere sein wie jetzt. Wir wären dann nicht so bedroht als jetzt, da wir dauernd als Wirtschaftskonkurrent auftreten müssen. *Ein Außenpolitiker kann doch seine Entschlüsse niemals der Macht nach auf die Wirtschaft aufbauen, sondern er wird sie ewig aufbauen müssen auf den inneren Kraftquellen einer Nation,* und das sind nicht die Wirtschaft, sondern die sind eben gesinnungsmäßig, gefühlsmäßig, blutsmäßig, sie liegen in der Konstruktion der Staatsverfassung, mit anderen Worten, der Staatspolitiker kann nur aufbauen auf den wirklichen Kraftquellen eines Volkes.

Herr Stresemann sagt weiter: Man lebt eben nicht vom Idealismus allein, sondern der Materialismus bestimmt das Leben. - Ja, teuerster Herr Stresemann, *was ist aber dann Ihre ganze bisherige Außenpolitik anderes als eine reine Illusionspolitik, die auf lauter Idealen aufgebaut ist, die nicht auf der Welt existieren?* Sie bauen doch nur auf Idealen auf, die ganz unreal sind, unnatürlicher Art sogar, "Weltkulturelementen", und weiß Gott, was noch.

Stresemanns "Erfolge"

Dann kommt er auch zum Dawesvertrag und stellt fest, was auf Grund des Dawesvertrags und des Vertrags von Locarno tatsächlich alles herausgefetzt wurde. Und da muß man wieder geradezu staunen über diese Kühnheit, Erfolge zu konstruieren, wo nach aller nüchternen menschlichen Vernunft einfach nur Mißerfolge zu sehen sind. Er erwähnt z. B.: Wir haben 800 Millionen allein in Nordamerika Vermögen freibekommen. *Er verschweigt in demselben Atemzuge, daß wir jährlich 2,5 Milliarden zahlen müssen, mit*

anderen Worten, daß wir in einem Jahre allein das Dreifache von dem hingeben müssen, was er uns als großes Geschenk für die deutsche Nation hereingebracht hat.

Und so sieht es mit allen seinen sog. Errungenschaften aus. Beim näheren Hinsehen verschwinden sie, und es bleibt tatsächlich nichts mehr übrig als Phantasien, Seifenblasen, die aufsteigen und zerplatzen. Herr Stresemann sagt weiter, daß der Ruhrkampf entflammt sei, und daß es nicht wahr wäre, daß er damals Cuno vorgeschoben hätte. Das hat auch niemand behauptet, sondern es ist nur eines behauptet worden, daß der Herr Stresemann zu den Leuten gehörte, die erst den Ruhrkampf in der Form propagiert haben. Damit er das nicht bestreiten kann, muß ich wieder ein Zitat von ihm verlesen. Am 9. August 1923 erklärte der damalige Abgeordnete Dr. Stresemann: *"Den Ruhrkampf können wir nicht aufgeben und werden ihn nicht abbrechen. Hier stehen tatsächlich Kapitulation und Chaos im engen Zusammenhang."* [25] Und nun sagt Herr Stresemann, der Ruhrkampf sei unter seiner Kanzlerschaft abgebrochen worden, *weil er nicht weitergeführt werden konnte, da wir uns finanziell verblutet hätten.*

Ich muß Herrn Stresemann wieder eines zur Antwort geben, wenn er fragt: Hat man mir damals etwas anderes gesagt? *Jawohl, laut und deutlich, vom ersten Tag* [an] *haben wir hier in Massenkundgebungen erklärt, daß diese Art des Ruhrwiderstandes Wahnwitz ist, daß er nur unsere deutsche Wirtschaft ganz zum Verbluten bringt, daß er unser deutsches Geld erst restlos entwertet, und daß wir am Ende kapitulieren müßten; denn mit Streik eine Okkupationsarmee zermürben zu wollen, auf diesen Gedanken kann nur Herr Stresemann kommen.* Also heute tut der Mann, als ob das kein Mensch damals vorausgesehen hätte, und als ob er gewissermaßen vom Schicksal bestimmt gewesen sei, nun einmal als Vorposten dem Verhängnis entgegenzugehen. Nein, nicht nur Zehntausende, Hunderttausende von Männern standen da, die dauernd sagten: Das führt zum Untergang.

Man könnte das endlos fortsetzen. Eines aber muß ich noch hier zitieren. Er sagt: Wir haben uns auf den Boden der Tatsachen gestellt, und deshalb arbeitet unsere Partei am republikanischen Deutschland mit. - Gut, dann aber frage ich Sie nun wieder: Wenn man das tut, wie kommt man dann dazu, von Zeit zu Zeit wieder Plakate anzuschlagen mit schwarz-weiß-roten Rändern, in der Mitte die Kaiserkrone? *Auf der einen Seite ist man Republikaner, und wo anders ist man auf einmal wieder schwarz-weiß-rot.* Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich vor jedem Kommunisten, der seine Überzeugung beharrlich vertritt, tausendmal mehr Respekt habe als vor dieser Art von Opportunitätspolitik. (Lebhafter Beifall.) Heute schwarz-weiß-rot, morgen republikanisch. Heute: Heil dem Kaiser! Übermorgen: Hoch die Republik.

25 Am 9.8.1923 hatte Stresemann im Reichstag erklärt: "Was das Außenpolitische betrifft, so besteht darüber volle Übereinstimmung, daß wir den Ruhrkampf nicht aufgeben können, auch nicht abschwächen können. Es ist mit vollem Recht von sozialistischer Seite darauf hingewiesen worden, daß Kapitulation und Chaos in engstem Zusammenhang stehen, daß der Kapitulation nicht eine Besserung, sondern das Chaos folgen würde." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 361, Berlin 1924, S. 11772 (A).

Poincarés[26] *Antwort*

Wir können nur eines wieder betonen: Die ganze bisherige politische Entwicklung hat Herrn Stresemann unrecht gegeben. Weder hat er Frankreich versöhnt, noch unsere Position sonst in der Welt gestärkt. Die klassische Antwort haben Sie in Frankreich in diesen Tagen bekommen. Klar und deutlich haben Sie die Antwort auf die Stresemann-Versöhnungspolitik bekommen.

Die deutsche Judenpresse freilich schreibt: Ja, das ist nicht der Poincaré des Kampfes, sondern das ist der Poincaré der Frankenstützung, der gewählt wurde. (Heiterkeit.) Natürlich, zwischen dem Poincaré der Frankenstützung und dem Poincaré des Kampfes gegen Deutschland ist ein kolossaler Unterschied; das ist nach Auffassung eines Deutschen Volksparteilers möglich; denn zwischen Herrn Stresemann in Berlin und dem in München ist auch ein kolossaler Unterschied, und zwischen der Volkspartei in Bayern und der in Preußen ist auch ein Unterschied. (Heiterkeit.) Das ist also verschieden, und das wird auch in Frankreich nach Ansicht dieser Herren wahrscheinlich der Fall sein. Nun, sie haben die absolut gebührende Antwort bekommen. *Sie haben sich gedemütigt und erniedrigt, und sie haben den berühmten Fußtritt erhalten,* den in der Geschichte immer die Mohren erhielten, sofern sie ihre Schuldigkeit getan haben. Frankreich hat heute den Rhein international garantiert. *Frankreich hat das linksrheinische Gebiet heute tatsächlich internationalisiert, und es braucht jetzt die ganze Versöhnungskomödie nicht mehr.* Lesen Sie nur die Reden des Frankenstützers Poincaré in der letzten Zeit. Die Presse sagt da natürlich: Man muß mit Poincaré Nachsicht haben. Natürlich, wenn er im Elsaß spricht, spricht er etwas anderes, als wenn er anderswo spricht. *Warum redet dann nicht Herr Stresemann bei uns so ganz anders wie in Berlin? Warum sagt er nicht wenigstens hier: Wir werden nie vergessen, was Frankreich uns zugefügt hat!* Jede Ohrfeige, die Deutschland von Frankreich bekommt, wird geduldig eingesteckt, quittiert und mit einem neuen Kniefall beantwortet. Da ist man konsequent, und da wundern Sie sich, wenn Deutschland an Ansehen in der Welt verliert, und wenn unsere Lage von Jahr zu Jahr statt eine bessere eine schlechtere wird.

Herr Stresemann sagt: Wir arbeiten am Wiederaufstieg Deutschlands! *Nein! Man arbeitet langsam am Ausbau der deutschen Kolonie.* Daran arbeitet man! (Sehr richtig.) Dieser Arbeit sagen wir Nationalsozialisten den fanatischsten Kampf an, den fanatischsten Kampf, den man sich denken kann, nicht etwa, weil wir einen deutschen Außenpolitiker nach außen hin schmähen wollen, sondern weil wir es für notwendig halten, daß unser Volk darüber aufgeklärt wird, und weil wir es für notwendig halten, daß eines Tages die Außenpolitik geändert wird, und daß eines Tages ein anderer Geist in Deutschland einzieht. Dann ist es ganz gleich, wie die ganze Komödie in Genf weiterläuft. *Eines Tages wird Deutschland gezwungen sein, die Frage zu beantworten, ob man leben will und*

26 Raymond Poincaré (1860-1934), Rechtsanwalt, 1887-1903 Abgeordneter der franz. Deputiertenkammer, 1893 und 1895 Unterrichtsminister, 1894/95 Finanzminister, 1895-1898 Vizepräsident der Deputiertenkammer, 1903-1913 und 1920-1934 Senator, 1912/13 Ministerpräsident und Außenminister, 1913-1920 Staatspräsident, 1920 Vorsitzender der Reparationskommission, 1922-1924 Ministerpräsident und Außenminister, 1926-1929 Ministerpräsident und Finanzminister.

demgemäß kämpfen will, oder ob man nicht kämpfen will und demgemäß langsam absterben will.

Mag man uns heute tausendmal sagen: Ihr seid Kriegshetzer! Nein, das sind wir nicht, wir sind bloß Kämpfer für das tägliche Brot unseres Volkes, weiter gar nichts! Zeigen Sie uns einen Weg, daß dieses Brot auch so kommt, gut! Finden Sie den nicht, dann haben wir recht, zum mindesten so lange, als Sie den richtigen Weg nicht finden. Der Weg, den man uns heute weist, das ist nicht dieser Weg.

600.000 Opfer

Der heutige Weg ist: Auswanderung jährlich von 160.000 Deutschen, Selbstmord von 16.000 bis 20.000 Deutschen, Geburtenverhinderung bis zu 400.000 Deutschen; d. h. jährlich 600.000 Deutsche weniger, damit man diese Politik decken kann. (Sehr richtig.)

Dagegen nehmen wir Stellung. Wir werden uns durch nichts irre machen lassen in der Bekämpfung dieser Politik. Glauben Sie nicht, daß wir Sie nun betteln, daß Sie uns Ihre Stimme geben und nicht Herrn Stresemann. Geben Sie ihm Ihre Stimme weiter wie bisher. Ich weiß, wenn ich heute mit einem sächsischen Strumpffabrikanten spreche, sagt er natürlich: Sind Sie ruhig, Herr Stresemann macht die richtige Politik, ich kann Strümpfe fabrizieren. Das ist die Hauptsache. - Wie lange denn mein lieber Freund, wie lange dauert denn diese ganze Seifenblase, Euer augenblickliches wirtschaftliches Glück? Kurze Zeit, u[*nd*] dann zerspringt das u[*nd*] bricht wieder zusammen. Und wenn Sie auch uns Ihre Stimme geben, glauben Sie mir, *diese Wahl ist nicht die letzte, und die endgültige Entscheidung wird damit nicht gefällt. Es kommt aber die Zeit, da wird aus dem Heere dieser Hunderttausende von heute eine Millionen-Armee geworden sein.* Sie wächst und wächst ununterbrochen; und wenn eine Münchener Zeitung schreibt: sie haben bloß mehr ein paar tausend Anhänger! so kann ich nur sagen: Ihr Idioten! (Stürmischer Beifall.) Wenn unsere Weltanschauung wirklich nicht mehr Zugkraft besäße, dann würden wir gar nicht da sein. Vergessen Sie doch nicht, daß wir da sind gegen die ganze öffentliche Meinung, gegen das ganze öffentliche Kapital, gegen die ganze öffentliche Presse, gegen den Staat, gegen seine Verwaltung, gegen alle Organe, gegen die Träger der Masse, gegen die Feigheit, gegen alle Mentalitäten unseres Volkes sind wir da und sind wir stark. (Stürmischer Beifall.) Und wir sind nicht vielleicht deshalb gewachsen, weil uns die "Münchener Zeitung" oder die "Münchner Neuesten Nachrichten" gehegt und gepflegt haben. (Heiterkeit.) Nein, wenn die "Neuesten Nachrichten" uns einmal günstig gesinnt waren, dann nur deshalb, weil damals ihre Nase einen besonderen Wind roch (Heiterkeit); und wenn sie uns heute ungünstig gesinnt sind, dann nur deshalb, weil momentan ihrer Nase nach dieser Wind nicht weht. Kommt er morgen wieder, dann werden die "Münchner Neuesten Nachrichten" sich wieder ändern. *Aber wir verbieten* [*sic!*] *uns, daß jemand sagt: Durch die "Münchner Neuesten Nachrichten" sind wir geworden, was wir sind.*

Gegen die öffentliche Meinung

haben wir uns durchgesetzt, gegen diese öffentliche Meinung werden wir weiterkämpfen, und gegen diese öffentliche Meinung werden wir eines Tages auch siegen. (Stürmischer Beifall.)

Deshalb freut es mich, wenn in unsere Reihen von Monat zu Monat gerade jetzt mehr und mehr Kämpfer eintreten, deshalb freut es mich, wenn sich unsere Reihen er-

weitern aus allen Lagern. Wenn der "Bayerische Kurier" schreibt: Aber der Herr General Epp muß doch früher einmal der Volkspartei nahegestanden sein - ja, da sind sehr viele anständige Menschen, *aber die haben eben die Volkspartei alle langsam kennengelernt. Und außerdem: Die bei uns sind, sind früher alle woanders gewesen, und jetzt* [*sind*] *wir eben beisammen und bilden eine Gemeinschaft von Kämpfern, nicht für die Ideale der Volkspartei und des Herrn Stresemann, sondern für ein neues deutsches Reich, für einen neuen deutschen Staatsgedanken und für ein neues deutsches Volk, für ein Volk, das dann reif sein wird, seine Geschicke anders zu formen als heute, und für ein Volk, das dann die Überzeugung haben wird: auch die Führer haben wir, um die Geschicke anders zu formen;* für ein Volk, das dann die inneren Voraussetzungen schaffen wird, und das dann das vollenden wird, was Herr Stresemann einst machen wollte, nämlich die Kommunisten "töten". Der Kommunisten-Töter Stresemann hat versagt. Es wird aber einmal eine Bewegung in Deutschland kommen, die die Kommunisten beseitigen wird, nicht indem sie sie tötet, sondern indem sie sie in ihr Lager zieht. (Stürm[*ischer*] Beifall.) *Das ist mein Glaube, daß eines Tages in unseren Reihen, in unserem Lager sich alles vereinigen wird, was anständig ist, was ideal gesinnt ist, was einen höheren Glauben hat, was das ist, was Herr Stresemann haßt, nämlich Idealist ist*; das wird sich eines Tages hier finden, ganz gleich, ob es früher links vor der Barrikade gestanden hat oder rechts. Nur eines wollen wir nicht nehmen: nämlich die Rucksackspartakisten aus allen Lagern, aus den proletarischen und aus den bürgerlichen! *Aber die Kämpfer kommen einmal zusammen und werden zusammenstehen: Soldaten und Generale, eine Front für das deutsche Volk der Wiederauferstehung.* (Stürmischer, sich ständig wiederholender Beifall.)

[...] [27]

Adolf Hitler führte sofort in seinem Schlußworte aus:

Die zwei ersten Fragen dieser Herren decken sich ja; *und da kann ich Ihnen nur eines sagen: Herr Hitler würde nicht nach Genf gehen, sondern nach Rom.* (Stürmischer Beifall.)

Was Herr Hitler in Rom sprechen und verhandeln würde, kann er Ihnen nicht sagen, weil er glaubt, daß er einmal nach Rom gehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Der erste Herr Redner zitierte Bismarck und Blücher und meinte dann, daß ja auch diese Menschen mit schweren Widerständen zu kämpfen hatten. Ja, meine lieben Freunde, ich möchte nicht den Namen Blücher und den Namen Bismarck eitel nennen und ihn in Verbindung bringen mit Herrn Stresemann. Das darf man praktisch nicht tun; denn das ist eben der Unterschied: *Bismarck hat einst gegen die Majoritäten gekämpft und hat sich gegen sie durchgesetzt, gegen die Majoritäten Deutschland gegründet, während Herr Stresemann ein Kind der Majorität ist.* (Lebhafter Beifall.)

Die Meinung, daß die Zeit ja nichts zu sagen habe - was bedeuten 5 oder 10 Jahre? - muß ich zurückweisen. Bedenken Sie eines: Wir haben heute in Deutschland 50 Großstädte, fast 70 Prozent unseres Volkes sind von der Landwirtschaft weg und leben in unseren Großstädten oder zum mindesten in unseren Mittelstädten. Bedenken Sie: die Stadt Berlin hat über 4 1/2 Millionen Einwohner. 4 1/2 Millionen Deutsche werden al-

27 Folgt Bericht über Diskussionsbeiträge zweier Versammlungsteilnehmer, die an Hitler u. a. die Frage richteten, welche politischen Maßnahmen er als Regierungsmitglied ergreifen und welche Entscheidungen er als Außenminister in Genf treffen würde.

leine in dieser Stadt langsam vergiftet und verpestet. Bedenken Sie, wie in diesen Großstädten Tag für Tag eine Flut giftiger Presse-Erzeugnisse losgelassen wird, wie in diesen Großstädten unser Volk moralisch korrumpiert wird, wie unser Volk blutsmäßig verbastardiert und zerstört wird! *Das sind Verheerungen, die nicht wieder gut gemacht werden können.* Die Zeit um 1810 war eine andere als die heutige. Damals hätte man 10 Jahre warten können, ohne daß das Volk deshalb zugrunde gegangen wäre. *Heute bedeuten 10 Jahre, nutzlos vertan, ein Opfer an unserem Volksgute, das gar nicht mehr ersetzt werden kann.* Sie meinen, Jahrzehnte bedeuten nichts in dem Völkerleben. Jahrzehnte einer normalen Entwicklung nicht; *Jahrzehnte aber des raschen moralischen und sittlichen Verfalls bedeuten alles.* Nicht nur machen wir unserem heutigen Regiment zum Vorwurf, daß es uns außenpolitisch Mißerfolg gebracht hat, sondern zum Vorwurf machen wir ihm, daß es unser Volk vollkommen versauen, verkommen läßt.

Sie sagen, wenn Hitler heute an der Spitze wäre, dann müßte er auch mit dem Volke, wie es ist, arbeiten. *Nein, mein lieber Freund, da täuschen Sie sich! Nicht mit dem heutigen Volke! Genau so, wie der Faschismus in knappen 6 Jahren ein anderes Volk erzeugt hat, so wird einmal der Nationalsozialismus ein anderes Volk erzeugen* (stürmischer Beifall). *Denn es gibt*

Zweierlei Deutschland:

das Deutschland, das heute an der Oberfläche schwimmt und das die Welt sieht, ist nicht das wahre Deutschland. (Stürmischer Beifall.) *Was sich heute besonders in Genf vertreten läßt, das ist nicht das wahre Deutschland.*

Das wahre Deutschland ist das verhärmte, verbitterte Deutschland, das nichts zu tun hat mit diesem heutigen Staat, nichts gemein hat mit dieser ganzen heutigen Gesellschaft, das schweigend zur Zeit erträgt, das aber eines Tages sprechen wird.

Sie sagen weiter: Wie leicht hat man doch in Frankreich die Departements zusammengefaßt! Die Departements in Frankreich zusammenzufassen ist keine Kunst. Sie sind rein verwaltungstechnisch abgegrenzte Gebiete. Die Überwindung der französischen Feudalstaaten aber hat nahezu 200 Jahre gedauert, und erst die französische Revolution hat hier vieles fertiggebracht, was bis dahin nicht geschehen war. Dazu kommt der dominierende Charakter von Paris.

Aber vor allem, wir streben gar nicht danach! Sie unterschieben uns, daß für uns etwa das heutige Frankreich das Ideal ist, daß wir etwa danach streben, in Deutschland analog zu Paris nur eine einzige Kunststadt zu haben. Wir denken gar nicht daran! Im Gegenteil, geistig wollen wir unser Volk zusammenschließen. Auf allen Gebieten der Kultur kann es dabei vielgestaltig sein. Was wir wollen, ist wieder ein einheitliches deutsches Schwert, eine deutsche Macht. Im Kulturleben mag unser Volk seine Wege gehen, so wie die einzelnen Stämme das gebieten. (Stürmischer Beifall.)

Sie sagen weiter, wie Friedrich der Große gekämpft hat. Sie schildern Friedrich den Großen und sagen, daß er im Siebenjährigen Kriege eine Phiole mit Gift bei sich trug. *Glauben Sie, daß Herr Stresemann in Genf auch eine Phiole mit Gift bei sich trägt?* (Stürmische Heiterkeit.) Das, meine lieben Freunde, ist der Unterschied. Friedrich der Große sagt: *Die Ehre des Staates ist meine Ehre, und meine Ehre ist die Ehre des Staates; denn der Staat Preußen bin heute ich. Und er sagt: Lieber gehe ich zugrunde, ehe ich diese Ehre*

preisgebe. Herr Stresemann aber kennt diesen Begriff der friderizianischen Ehre ja gar nicht.

Sie sagen weiter, daß Herr Stresemann an einem System arbeite, wie etwa Ford lange an einem System gearbeitet hat. Wieder muß ich sagen: Vergleichen Sie Herrn Stresemann nicht mit Ford. Ganz gleich, was man über das Automobil von Ford sagen kann, *aber es ist wenigstens gelaufen* (große Heiterkeit), *während die Politik des Herrn Stresemann dauernd stecken bleibt und nicht vom Fleck kommt.*

Dann aber sagen Sie weiter, daß Sie auf dem Standpunkt stehen, alle guten Elemente zusammenzufassen. Sie sind Demokrat. *Ich bin neugierig auf die Kommunisten, die die Demokratische Partei zu sich herüberholen wird.* (Große Heiterkeit.) Ich bin unendlich neugierig auf alle diese Idealisten von der Mehrheits-Sozialdemokratie, die die Demokratische Partei holen wird.

Den Gedanken, die wirklich Deutschbewußten zusammenzuschließen, haben wir nun einmal als unser Patent. Das haben wir erfunden. Denn die anderen Parteien sind bürgerlich gewesen oder proletarisch. (Sehr gut!) *Wir waren die ersten, die erklärten, wir sind nicht bürgerlich, wir sind nicht proletarisch, sondern wir sind deutsch.* (Stürmischer Beifall.)

Demokratie im alten Rom und in England

Rom war auch eine Demokratie, und England war eine Demokratie und die beiden Staaten usw.

Mein sehr verehrter Herr! *Die römische Demokratie verhält sich zur deutschen Demokratie ungefähr so wie der Nationalsozialismus zu Ihrem Demokratismus. Die römische Demokratie ist in Wirklichkeit eine Führer-Aristokratie schärfster Art gewesen. Und die britische Demokratie war nichts als eine kleine, in sich geschlossene, ausgebildete Führergruppe.* Vergessen Sie nie, daß bis in die achtziger Jahre in England ja nur 470.000 Menschen das Wahlrecht hatten, also eine ganz kleine Gruppe ausgesiebter Menschen, und daß die ganze englische Politik gemacht wurde von alten Geschlechtern, die sich immer wieder vom Vater auf den Sohn in der politischen Tradition erzogen. Vergessen Sie endlich gefälligst eines nicht: *daß England einen stabilen Mittelpunkt besitzt, das Königtum, das in Deutschland die Revolution beseitigt hat.* Das Königtum ist in England der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Einerseits kann ein unfähiger König nicht zum Unglück des Volkes seinen Einfluß übermächtig in die Waagschale werfen. Andererseits gestattet aber das englische System einem Eduard VII.[28], ganz England zu führen. Das hat nichts zu tun mit einer faulen Demokratie, wie wir sie kennen. *Vergessen Sie aber besonders nicht, daß das alte Rom in allen kritischen Zeiten sich Diktatoren gewählt hat. Karthago wurde nicht von parlamentarischen, römischen Majoritäten erstürmt, sondern von dem 23jährigen Scipio. Vergessen Sie weiter nicht, daß auch dieses England im Kriege sich seinen Diktator gewählt hat, Lloyd George*[29], *während bei uns das Parlament schwätzte, und daß man in diesen Demokratien die Vaterlandsverräter an die Wand stellte, während man bei uns mit ihnen verhandelte.*

28 Eduard VII. (1841-1910), 1901-1910 König von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien.

29 David Lloyd George (1863-1945), brit. Politiker und Sozialreformer, 1890 liberales Mitglied des Unterhauses, 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, 1916 Kriegsminister, 1916-1922 Premierminister.

Sie sagen, wir haben schon in Elsaß-Lothringen gezeigt, daß wir usw. Ja, was haben wir gezeigt? Glauben Sie, wir haben Elsaß-Lothringen deshalb nicht bekommen, weil wir zu wenig demokratisch waren? *Nein, wir haben Elsaß-Lothringen nicht bekommen und nicht behalten aus demselben Grunde, aus dem wir endlich auch unsere polnischen Provinzen wieder verloren haben, weil wir nicht die Energie besaßen, den Destrukteuren des deutschen Gedankens dort das Genick zu zerbrechen. Glauben Sie mir, ein nationalsozialistischer Staat würde die Frage Elsaß-Lothringen gelöst haben: es wären die Franzosen gegangen, und die Deutschen wären geblieben.* (Stürmischer Beifall.) (Zuruf: Machens die Engländer anders!) *Nein, die Engländer machen es so, daß sie die störrischen Elemente zu Boden werfen und den anderen das Butterbrot geben.* Das ist übrigens die Kunst einer klugen Leitung zu allen Zeiten gewesen.

Sie sagen weiter, daß es in Deutschland mindestens 10 nationale Parteien gibt, die sich doch vereinigen müssen. Sie täuschen sich. Es gibt in Deutschland nicht 10 nationale Parteien. National sein ist für uns etwas anderes, als nur Kaiserlieder heruntersingen oder Deutschland-Lieder oder die schwarz-weiß-roten Ränder besitzen auf den Plakaten; *deutschnational sein, heißt bei uns, in grenzenloser Hingabe für sein ganzes Volk eintreten bis zum allerletzten.* (Stürmischer Beifall.)

In dem Augenblick, in dem eine Partei erklärt: wir sind bürgerlich, ist sie schon nicht mehr national. Der nationale Gedanke verbietet es, daß jemand einer Klassenspaltung angehört. *Die N.S.D.A.P., die ich zu führen die Ehre besitze, hat es vom ersten Tag an abgelehnt - feierlichst - identifiziert zu werden mit den Parteien des sog. bisherigen nationalen Gedankens*, und diese Parteien lehnen es ab, mit uns in einen Topf geworfen zu werden. Unsere rauhe Art gefällt ihnen nicht, unsere Brutalität usw. Jawohl, wir passen nicht zusammen.

Und da will ich Ihnen noch eines sagen: *Die Eiche ist nicht das Ergebnis von 10 Stämmchen, sondern sie ist ein Stamm, bei dem Ring an Ring sich gelegt hat. Und die deutsche Zukunft wird nicht gemacht werden von einem Konglomerat von Verbändchen, sondern wird gemacht von jener Bewegung, die die Hegemonie errungen hat in Deutschland und die als einzige Siegerin des nationalen Gedankens übrig bleibt. Und das wird die unsere sein.* (Stürmischer Beifall.)

Der Nationalsozialismus [-] *Deutschlands Zukunft*

Und da komme ich zum letzten. Sie sagen, Sie lehnen auch vor allem das ab, was wir als wesentlich ansehen, nämlich unseren Kampf gegen das Judentum. Das wollen Sie nicht hören. Da muß ich Ihnen schon eines sagen: Volkswert predigen und Rassenwert schädigen paßt nicht zusammen. Entweder oder. Baue ich auf aus Werten meines Volkes, dann bin ich nur sein Vertreter und kenne keinen anderen Gott als den meines Volkes. Sie vergessen anscheinend ganz eines: daß ein Volk Kultur nur schaffen kann und damit zukunftswert ist, wenn die Quelle seines eigenen Inneren fließt, wenn seine eigene Seele sich nach außen offenbart. *Sie vergessen ganz, daß heute das deutsche Volk wohl gut genug ist, die proletarische Handarbeit zu tun, daß aber der Geist von einem anderen Volke uns geliehen wird. Wie soll die Zukunft unseres Volkes sein, wenn langsam die gesamte Intelligenz von Juden geliefert wird? Wird das dann noch deutsches Kulturleben sein? Und lohnt es sich dann überhaupt noch, für dieses Deutschland zu kämpfen?*

Nein! Das Deutschland, das uns vorschwebt, ist ein anderes Deutschland als das vom Berlin des Westens und von Frankfurt und Umgebung. (Lebhafter Beifall.) *Es ist ein anderes Deutschland als jene Jimmykultur, jener erbärmlichen Negerzivilisation, wie wir sie heute sehen;* dieses Deutschland ist ein anderes als das des Herrn Stresemann. Das Deutschland, das uns vorschwebt, ist *ein Staat etwa analog dem Friedrichs des Großen: sauber im Innern und ehrenhaft und tapfer nach außen, das seinen Bürgern das tägliche Brot gibt, ohne die Ehre seiner Bürger dabei zu zertreten.* (Stürmischer, sich wiederholender Beifall.) [30]

5. Mai 1928 Dok. 269
Rede auf NSDAP-Versammlung in Plauen i. V. [1]

Vogtländischer Anzeiger vom 8.5.1928, "Adolf Hitler in Plauen" [2].

Ausgehend von den bevorstehenden *Reichstagswahlen* [3] *kritisiert* er [*Hitler*] das *heutige Parlamentssystem*, das auch durch die Wahlen nicht geändert werden würde und von dem keine Rettung für das deutsche Volk kommen könne. Er betont ausdrücklich, daß durch Wahlen das Schicksal Deutschlands nicht entschieden werde, er daher auch wenig Wert auf einen Stimmenzuwachs der eigenen Partei lege. Ihm sei es *gleichgültig*, ob sechs oder zehn National-Sozialisten im Reichstage säßen, denn die Arbeit des jetzigen Parlaments sei unnütz und bestünde nur darin, Mittel und Wege zu finden, die *Daweslasten* zu erfüllen. Es handle sich aber nicht darum, *Erfüllungspolitik* zugunsten des Feindbundes zu treiben, sondern vielmehr darum, um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes zu kämpfen. Dazu bedürfe es zäher, überzeugter Kämpfer und nicht der Wahlstimmen. Um erstere wolle er ringen, nicht um letztere. In diesem Sinne sei auch seine Rede aufzufassen.

Dann warnte der Redner vor den *unrealisierbaren Versprechungen*, welche die Parteien vor den Wahlen dem Volke machten. Dadurch sei ein *materialistischer Zug* in die Masse getragen worden, der eine vollkommen *falsche Vorstellung* von dem Wert des Lebens eines Volkes erzeugt habe. So werde jetzt ein Kampf um *Verbesserung des Einkommens* geführt. Es komme aber nicht auf Erhöhung des Einkommens an, sondern auf *Erhöhung des Auskommens,* und das *Auskommen* sei bedingt durch die *Gesamtsumme der Produktion*. Im Zusammenhang hiermit wies er auf den großen *Volksbetrug* der soge-

30 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der großen Festhalle, von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Vogtländischem Anzeiger etwa 2.500 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Fischer geleitet.

2 Vgl auch Neue Vogtländische Zeitung vom 7.5.1928, "Hitlers Rede in Plauen"; VB vom 8.5.1928, "Hitler in Plauen"; VB vom 19.5.1928, "Adolf Hitler in Sachsen" (Auszüge aus Vogtländischem Anzeiger und Leipziger Abendpost).

3 Am 20.5.1928.

nannten Volksbeauftragten vom November 1918 hin. Man habe dem Volke bewußt vorgeschwindelt, daß der Friede das Volk nichts kosten würde. Er hätte aber mit Sachwerten des deutschen Volksvermögens bezahlt werden müssen, also mit Werten, die jeden Tag durch Arbeit dem Volke abgerungen worden seien. Um das Volk darüber hinwegzutäuschen und scheinbar die grandiosen Versprechungen zu erfüllen, die festgelegt seien in der Phrase *"Friede, Freiheit* und *Brot", erhöhte* man betrügerischerweise das *Einkommen,* was zur *Inflation* und *Verarmung* weiter staatserhaltender Volkskreise geführt habe. *Nicht* das *Einzelschicksal*, sondern das *Schicksal der Nation* entscheide.

Das Gesamtschicksal sei das Primäre,

das *Einzelschicksal* hingegen das *Sekundäre.* Auch durch gleichmäßige *Verteilung* der *Vermögen* könne das Auskommen des einzelnen nicht erhöht werden. Es stehe fest, daß über die Gesamtsumme der Produktion hinaus nichts versprochen werden dürfe, da dazu die Voraussetzungen fehlten. Aber das habe man getan und tue man heute noch. Hitler stellte den *Grundsatz* auf: Am Schicksal des einzelnen, eines Berufes oder Standes sei nichts zu ändern, wenn nicht das Gesamtschicksal gebessert würde.

Ferner wandte sich der Vortragende *gegen die Auffassung der Partikularisten,* daß *Ortsschicksal* und nicht *Reichsschicksal* ausschlaggebend sei. Das *deutsche Schicksal* sei bestimmt durch die räumliche und wirtschaftliche Lage von Land und Volk. Der *Kriegsverlust* habe Deutschland von der *Weltwirtschaft* abgedrängt; eine Änderung zu schaffen, sei notwendig. Nur die

äußerste Konzentration aller Kräfte

könne die Lebensfähigkeit des deutsches Volkes sichern. Entweder sprenge Deutschland die ihm auferlegten Fesseln und verschaffe sich wieder Weltgeltung oder sein Untergang sei besiegelt.

Dann beschäftigte sich der Redner mit den *heutigen Verhältnissen* und betont, daß an ihnen nichts geändert werde, wenn man die heute regierenden Männer absetze. Es gelte daher nicht, die Schuld des einzelnen festzustellen. Es müsse vielmehr das ganze *Volk entgiftet* und einer *normalen, gesunden Weltanschauung* zugeführt werden. In diesem Zusammenhang übt Hitler *scharfe Kritik* an der *Reichspolitik von 1895 bis 1914,* die Deutschland mit völlig unzureichenden Mitteln in den *Weltkrieg* geführt habe. Daran sei aber nicht die Einzelperson schuld gewesen, sondern die *Volksgesamtheit,* die *falschen Ideen* blindlings gefolgt sei. So gelte es auch heute, das deutsche Volk aus dem falschen Ideengetriebe herauszureißen und dem Selbsterhaltungstriebe wieder zuzuführen.

Das heutige Steuersystem,

so führte Hitler weiter aus, habe die These aufgestellt: *Das Reich* muß leben, wenn auch das *Volk* zugrunde geht. Heute lebe das deutsche Volk von der *Substanz,* und das könne es nur, weil unsere *Vorfahren* diese Substanz geschaffen hätten. Man könne wohl noch eine Zeitlang so fortwursteln, aber eines Tages würde sich dieses verkehrte System schwer rächen. Die Politik sei *richtig,* die danach strebe, ein Volk zu erhalten, *unrichtig* diejenige, die ihre Aufgabe darin sehe, es herabzuwirtschaften, wie es heute der Fall sei.

Zur sozialen Gesetzgebung

übergehend, befaßte sich der Redner zunächst mit der *falschen Politik* um die Jahrhundertwende, als Deutschland vom *Agrarstaat* zum *Industriestaat* überging. Da habe man

fälschlicherweise die Arbeitszeit der Landwirtschaft auf die Industrie übertragen. Die soziale Gesetzgebung sei auf der *Vernichtung* der *Arbeitssubstanz* aufgebaut gewesen. Die *menschliche Substanz* sei aber das *Primäre,* während die *Wirtschaft* das *Sekundäre* im Staatsleben sei. Die Frage,

was ist Politik,

beantwortete Hitler so: Politik ist die Kunst, seinem Staate mit allen Mitteln und Möglichkeiten zu dienen, wobei die Art des Kampfes durch äußere Umstände - kriegerische oder friedliche - bestimmt werde. Der sogenannte *moderne Mensch* fasele heute aber immer von der *Politik* des *Friedens,* er revoltiere also gegen ein *Naturgesetz,* das besage, daß es *kein Allgemeinrecht* gebe. Der Mensch müsse aber um sein Dasein kämpfen, denn *zwei Gewalten* zwängen ihn dazu, *Liebe* und *Hunger,* oder anders ausgedrückt, *Selbsterhaltung* und *Forterhaltung.* Also sei jedem Wesen von Natur her der *Kampf* aufgezwungen. Kampf in der Natur heiße Auslese, Scheidung der Gesunden von den Kranken. Jeder *Fortschritt* sei das Ergebnis dieses Kampfes. Ein *Menschenrecht* gebe es nicht, sondern nur ein solches des Universums. Das *Universum* sage, der *Gesündere* solle siegen, während der moderne Mensch das Gesunde bekämpfe und das Kranke am Leben zu erhalten versuche. Das sei *Humanitätsduselei.* Das ganze Dasein sei auf Kampf zugeschnitten, und dieser Kampf werde allen Pazifisten zum Trotz fortbestehen.

Der Grundsatz des Pazifismus sei naturwidrig.

Auch mit der Phrase *Abrüstung* sei dieser Kampf Mensch gegen Mensch, Volk gegen Volk nicht abgeschafft. Ebenso verderblich, sagte Hitler weiter, sei der heutige Grundsatz von der *Gleichheit* der *Menschen.* Auf dieser Erde gebe es *keine Gleichheit,* ebenso wenig *Gleichheit* und *Freiheit* zur selben Zeit. Es herrsche der Begriff der *Freiheit* und damit derjenige der *Ungleichheit.* Zwei Grundsätze beherrschten heute leider das deutsche Volk: "Wir sind Pazifisten, wir sind Internationalisten!", das seien die *falschen Fundamente* von heute. Dann wandte sich der Vortragende gegen den *demokratischen* Grundsatz: Die *Mehrheit* entscheide. Er aber sage:

Primär sei der Persönlichkeitswert,

sekundär die *Masse.* Die sogenannte Volksherrschaft bezeichnete er als die Herrschaft der Dummheit. An die Stelle der Volksherrschaft müsse die *Herrschaft* gottbegnadeter, *fähiger Köpfe* gesetzt werden, die *Verantwortung* der *Persönlichkeit* an die Stelle des *parlamentarischen Systems.* Der Persönlichkeitswert müsse gezüchtet werden. Heute aber herrsche die parlamentarische Dummheit. Niemand trüge heute die Verantwortung. Der *heutige Staatsmann* brauche nichts weiter als die Mehrheit, um seine Absichten durchzuführen. Wer den besten Kuhhandel treibe, wer die Mehrheit für sich gewinnen könne, sei unabsetzbar. Die *Demokratie* könne *keine großen Geister* gebrauchen, die großen Geister wiederum nicht die Demokratie. Vor nichts habe man heute mehr Angst als vor einem *Führer,* nach dem man aber immer lauter rufe. Man fürchte die *Säuberung Deutschlands von unsauberen politischen Elementen*; ebenso aber fürchte man sich vor dem Worte: Tue deine Pflicht!

Wer die Demokratie wolle, wolle keinen gesunden Staat.

Die Welt habe noch nie die Demokratie von heute gekannt, sie sei noch nie danach regiert worden. Ebenso wenig habe je die Mehrheit etwas geschaffen. Es herrsche heute

auch gar nicht die Mehrheit, sondern die Plutokratie. An die Stelle der *Demokratie* müsse die *Autokratie* gesetzt werden. Über

die gegenwärtige Lage Deutschlands

führte Hitler folgendes aus: Die Voraussetzungen zum Leben seien durch die *Schandverträge* zerbrochen worden. Der Raum sei zu eng, *20 Millionen Deutsche* seien *zu viel*. Als Abhilfe nenne man: *Auswandern, Geburtenbeschränkung* und *Ausbau* der *Wirtschaft*. Auswanderung aber bedeute Verlust gesunder Kräfte. Der Wert des Volkes werde dadurch dezimiert. Geburtenrückgang aber bedeute Rückgang der Gesamtleistung, das heiße, Abschneiden der Schaffenskräfte. Ein *Ausbau* der *Wirtschaft* sei aber nur möglich, wenn die *Absatzmöglichkeit* vorhanden sei. Die *Konkurrenz* werde aber immer größer, zum Teil trügen wir selbst Schuld an der Industrialisierung anderer Länder. Hinzukomme, daß wir *waffenlos*, also *ohne Macht*, und durch die Friedensverträge an allen Ecken und Enden geknebelt seien. Ohne Macht aber sei eine Konkurrenz unmöglich, da Konkurrenz Kampf voraussetze. Siehe Weltkrieg! Und ein solches Schauspiel werde sich wiederholen. *Wirtschaftskampf* heiße nun einmal *Lebenskampf, Waffenkampf*. Ein Wirtschaftskampf aber könne furchtbarer sein als ein Waffenkampf, er könne ein Volk ausrotten, denn Hunger töte. Dem Wirtschaftskampfe aber folge stets der *Schwertkampf*. Der Träger der Waffe sei daher ausschlaggebend. Um diesen großen Kampf zu bestehen, müsse man sich restlos und ohne jede Einschränkung zum Deutschtum bekennen und damit zur wahren

Volksgemeinschaft.

Grundbedingung sei fürderhin *Achtung* der *Vergangenheit* und der *Ahnen!*

Der *Kampfsinn* müsse gefördert werden, die *Selbsterhaltung* des Volkes zwinge dazu. Das Volk müsse sich ändern; daran wolle er mitarbeiten; das sei das *einzige Wahlversprechen*, das er geben könne. Und mit erhobener Stimme fährt Hitler fort: Wir haben Vertrauen nur auf unsere eigene Kraft! Wir kennen *nicht Bürger* und *Proletarier*. Wir kennen *nur Deutsche!* Uns hält der Glaube an die Zukunft, an die Freiheit und eine unzertrennbare Gemeinschaft zusammen! Herrschen muß das Interesse der Gesamtheit! Herrschen soll der Persönlichkeitswert und nicht die Mehrheit der heutigen Demokratie! *Autokratische Sauberkeit* ist notwendig, wenn Deutschland gesunden soll. *In unserem Lager ist Deutschland!* [4]

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

8. Mai 1928 Dok. 270
"Volk, Staat und Wirtschaft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig [2]

Neue Leipziger Zeitung vom 10.5.1928, "Hitlers Gastspiel in Leipzig" [3].

Es käme ihm [*Hitler*] nicht darauf an, Stimmen zu fangen - nein, er wolle nur Mitstreiter und Mitkämpfer für seine Idee gewinnen. Darum werde er auch keine Tagesfragen erörtern und den Beamten, den Arbeitern und der Landwirtschaft keine Versprechungen vortragen. Er selbst wolle darum zu prinzipiellen Fragen Stellung nehmen, das Programm seiner Partei entwickeln, das sich in den letzten neun Jahren - so lange schon will uns Hitler das Heil bringen - nicht geändert hat. Es hat sich auch tatsächlich nichts daran geändert. Der radikalklingensollende Brustton und die wilde Phraseologie sind tatsächlich dieselben geblieben. Trotzdem seien die einzelnen Programmpunkte, so wie sie vorgetragen wurden, wiederholt.

Hitler stellte zunächst den Grundsatz auf, daß es nicht darauf ankomme, das Schicksal des einzelnen zu bessern, auch wenn im einzelnen Falle günstige Aussichten zu bestehen scheinen, sondern daß es auf die *Besserung des Schicksals der ganzen Nation* ankomme. Darum sei auch - und darin geben wir Hitler unbedingt recht - jeder *Partikularismus ein Irrtum.*

Man müsse *Macht sammeln* gegen die Gegner. Hitler kritisierte die deutsche unentschlossene Politik seit 1890 - kritisierte, daß Deutschland in dem Wettrüsten zurückgeblieben sei. Schuldig seien der Internationalismus und das kulturelle Weltbürgertum gewesen. Die politischen Prinzipien müßten durch Vergleich mit der Vergangenheit untersucht werden. *Die Begrenzung, in die unser Volk geraten sei, müßte gebrochen werden.* Das sei keine Wahlparole, sondern eine Lebensparole.

Darauf propagierte Hitler den Kampf als Vater aller Dinge: *die politische Faust!* Er zog dabei Vergleiche zum Tierreich - Vergleiche, die bekanntlich immer ein Loch haben.

Er sprach dann über *Rassenfragen,* von dem Glauben der Nationalsozialisten an die Kraft der *Volkszusammengehörigkeit*, und daß aus dieser Kraft - und zwar durch den einzelnen - die Kultur erstehe. Binsenwahrheiten! - aber Hitler münzte das politisch aus und forderte *Autokratie* und das *Schwert*, das den Pflug schützen soll, das Schwert, das in den Wirtschaftskampf bei dem Streit um den Absatzmarkt eingreifen soll. Die Nationalsozialisten wollen sich zwischen die Bürger und die Proletarier, die heute gegenein-

1 Titel laut Polizeibericht und Neuer Leipziger Zeitung.

2 Im Saal des Zoologischen Gartens, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Walter Dönicke geleitet. Nach der Versammlung kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der KPD und NSDAP.

3 Vgl. auch VB vom 10.5.1928, "Adolf Hitler in Leipzig"; VB vom 16.5.1928, "Adolf Hitler in Sachsen" (Auszug aus Leipziger Neueste Nachrichten); VB vom 17./18.5.1928, "Zu 'Freiheit und Brot!' durch 'Hammer und Schwert'"; Der nationale Sozialist für Sachsen vom 27.5.1928, "Adolf Hitler in Leipzig" (Nachdruck aus VB vom 17./18.5.1928). Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im Monat Mai 1928; StA Dresden, MdI 11126/2.

ander kämpfen, einschieben und ihnen die Waffe aus der Hand schlagen und das dritte Reich gründen.

11. Mai 1928 Dok. 271
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

Lagebericht W 19 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 15.5.1928; StA Sigmaringen, Wü 65/36 (F 205), 319 [2].

Die Macht eines Volkes, bemerkte der Redner [*Hitler*] u. a., hänge nicht allein von dem Besitz an Waffen ab - solche würden in Deutschland bei den gegenwärtigen Verhältnissen in kürzester Frist unter Gewinnbeteiligung unserer "Staatsmänner" verschoben und verschrottet werden -, sie gründe sich in erster Linie auf den Willen zur Selbsterhaltung, auf den Willen zur Freiheit. Vorbildlich hiefür sei die englische Nation, deren Größe auf der Devise jedes Engländers beruhe: Recht oder Unrecht, mein Vaterland! Der Nationalsozialismus setze den sittenverderbenden und volksvernichtenden Prinzipien der Demokratie und des Pazifismus die Anschauung vom Wert der Persönlichkeit und der Rasse entgegen. Die Welt erhalte ihr Bild von der arischen Völkergemeinschaft. Die Tatsache der Überlegenheit der arischen Kultur über andere Kulturen sei ein Beweis für den verschiedenen Wert der einzelnen Völker. Die Demokratie stehe im Widerspruch mit dem Gesetz alles Werdens. Sie könne keine Führer ertragen. Wenn heute ein Führer vom Ausmaß eines Friedrich des Großen oder Bismarcks dem deutschen Volke erstände, würde der deutsche Reichstag nichts besseres zu tun wissen, als das Republikschutzgesetz [3] gegen ihn anzuwenden. Demokratie lasse man im wirtschaftlichen Leben, sei es in der Landwirtschaft oder in der Fabrik oder in der Verwaltung oder im Heer nicht gelten, aber den Staat lasse man durch Majoritäten regieren. Das Volk müsse zur Erkenntnis seines Rechtes auf Erkämpfung dessen, was es zum Leben bedürfe, erzogen werden. Es gebe keinen Sieg des Proletariats und auch keinen Sieg der Bourgeoisie; es gebe nur einen Sieg des deutschen Volkes, wenn die Arbeiter der Stirn und der Faust sich unter dem Banner des Nationalsozialismus vereint haben wer-

1 Im Festsaal der Liederhalle, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Wilhelm Dreher geleitet. Anschließend sprach Hitler noch kurz auf einer weiteren Versammlung, die aufgrund des starken Andrangs im Saal des Oberen Museums stattfand und an der rund 500 Personen teilnahmen (Redetext nicht ermittelt). Bis zum Eintreffen Hitlers sprachen Christian Mergenthaler und Rechtsanwalt Dr. Siegel.

2 Vgl. auch Schwäbische Tagwacht vom 12.5.1928, "Stuttgart. Eine nette, brave Rede"; Süddeutsche Zeitung vom 12.5.1928 (AA), "Hitler in Stuttgart"; Schwäbischer Merkur vom 12./13.5.1928 (AA), "Adolf Hitler in Stuttgart"; VB vom 13./14.5.1928, "Hitler in Stuttgart".

3 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war nach der Ermordung von Reichsaußenminister Walter Rathenau vom Reichtag verabschiedet worden. Es bildete die Grundlage für das Verbot der NSDAP, DVFP und KPD am 23.11.1923. Druck: RGBl. I, 1922, S. 585 ff.

den zum Aufbau eines neuen Staats aller ehrlichen und arbeitsamen Deutschen zum Schutz und Gedeihen des deutschen Vaterlandes.

14. Mai 1928 Dok. 272
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 16.5.1928, "Adolf Hitlers gewonnene Schlacht" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich muß mich ganz kurz fassen, da ich noch in 10 weiteren Sälen sprechen muß.

In wenigen Tagen geht das deutsche Volk wieder zu den Wahlen [3], und Millionen erwarten von diesen Wahlen die *Wandlung des heutigen deutschen Schicksals.* Millionen einzelne erwarten die Wandlung ihres Schicksals, und sie vergessen ganz, daß dieses Schicksal *nicht durch den Stimmzettel* entschieden werden wird. Der Stimmzettel kann nur Mittel zum Zweck sein. Wenn wir Nationalsozialisten heute vor Sie hintreten, dann wissen Sie genau, wir tun es nicht bloß deshalb, weil jetzt eine Wahl ist! *Neun Jahre haben wir gearbeitet,* ganz gleichgültig, ob eine Wahl war oder nicht. Neun Jahre arbeiteten wir in dieser Stadt ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung und die allgemeine Stimmung, ob wir Erfolg hatten oder nicht. Sie dürfen überzeugt sein: Ganz gleich, ob die nächsten Wahlen einen Erfolg bringen oder nicht und wenn wir auch keinen einzigen Kandidaten durchbringen, *würden wir in den nächsten Monaten genauso arbeiten wie zuvor.* Es wird sich nichts ändern, bis das deutsche Volk zu *anderer Gesinnung* gemodelt worden ist, aus der herauswächst ein anderes deutsches Reich. (Starker Beifall.)

Wir treten heute vor Sie hin mit einem Spitzenkandidaten [4], von dem die "Münchener Post" höhnisch schreibt: ein General und das Volk! Jawohl, uns schwebt vor Augen *ein* Volk, *das den Stahlhelm trug* und unter einem deutschen Stahlhelm gemeinsam die deutschen Interessen verfocht, während die *Parlamentarier* zuhause dieses deutsche Volk zugrunde regiert haben (Zurufe: Sehr richtig!). Für uns ist dieses politische Leben nichts anderes als ein *Kampf.* Als Soldaten fühlen wir uns, als Soldaten einer kommen-

---

1 Im Bürgerbräukeller, nach 20.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut VB "überfüllt" war, wurde von Max Amann geleitet. Bis zum Eintreffen Hitlers, der zuvor im Bürgerbräu in München-Laim eine Rede gehalten hatte, sprach der Gauleiter von Wien, Walther Rentmeister. Die Versammlung war eine von 12 NSDAP-Wahlveranstaltungen am 14.5.1928 in München, auf denen jeweils Hitler und General von Epp auftraten. Weitere Stationen waren: Augustinerkeller, Hofbräuhauskeller, Franziskanerkeller, Restaurant "Zur Blüte", Mathäserbräu, Arzberger Keller, Thomasbräukeller, Hackerbräukeller, Schwabingerbräu und Altes Hackerbräuhaus. Vgl. Ankündigung im VB vom 12.5.1928 sowie Dok. 273 und 274. Die übrigen Reden konnten nicht ermittelt werden.

2 Vgl. auch Münchener Post vom 15.5.1928, "Das Fiasko der 'Kanonen' Epp und Hitler". Sowie Lagebericht N/Nr. 67 der Polizeidirektion München vom 13.6.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Am 20.5.1928.

4 General von Epp.

den deutschen Armee, eines neuen deutschen Reiches und der Ideen, die dieses Reich einst schmieden sollen.

Wir fühlen uns als Soldaten,

die das wollen, was die andern verleugnen: Ob General oder Soldat, ob Techniker oder Schlosser, ob höchster Beamter oder Straßenfeger - *in den Reihen dieser Bewegung werden sie eins,* schweißen sich zusammen zu einer Phalanx für unser deutsches Volk. Wenn das nicht durchgeführt wird, wird Deutschland niemals wieder auferstehen. Nur aus dieser Vermählung von Hirn und Faust wird wieder erstehen das, was Sie alle ersehnen:

ein neues deutsches Reich!

Und glauben Sie, wenn dieses Reich nicht entsteht und das Schicksal unseres Volkes nicht geändert wird, dann wäre es nur eine dumme Hoffnung, daß das Einzelschicksal gebessert werden könnte, nicht jetzt und nicht in der Zukunft. Darum treten wir vor Sie hin und streiten für eine neue Bewegung, für welche der Wahlkampf mehr ist als bloße Stimmensammlung, nämlich ein *Kampf*, den wir führen, damit sich erfüllt, was Sie alle ersehnen: ein neues deutsches Reich, ein besseres deutsches Glück und ein besseres Leben für den einzelnen, ohne daß Tag für Tag die Ehre verpfändet werden muß. Das ist das große Ziel, und keine Macht der Welt wird uns davon entfernen können. *Solange wir atmen, bleiben wir dieser Fahne treu.* Ich verspreche Ihnen, im Geiste jener Treuen zu kämpfen für unser Volk, die in den letzten Wochen, *neun an der Zahl, aus unseren braunen Reihen das Leben gelassen haben.* (Bewegung.) Im Geiste dieser Leute wollen wir kämpfen, und nie werden Sie erleben, daß einer von uns die Kokarde wegwirft, die er in diesem Kampfe getragen hat. Aus dieser Treue und diesem Glauben heraus wird das erstehen, was Sie alle sich ersehnen: Der deutsche Adler wird emporschweben, nicht nur außerhalb unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus über die andere Welt! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [5]

5 Folgt Bericht über die anschließenden Reden von General von Epp, Gregor Straßer und Joseph Goebbels.

14. Mai 1928 Dok. 273
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 16.5.1928, "Adolf Hitlers gewonnene Schlacht" [2].

Kurze Zeit darauf erschienen, vom stärksten Jubel empfangen, *Hitler und General von Epp*, die beide unter stürmischem Beifall erklären, es müssen innerhalb der heutigen verfaulenden Zeit Männer erstehen, die den Mut hätten, Nein zu sagen. [3]

14. Mai 1928 Dok. 274
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 16.5.1928, "Adolf Hitlers gewonnene Schlacht" [2].

Unser Führer *Adolf Hitler* ergreift, stürmisch bejubelt, das Wort. Einleitend betont er, keine Wahlreden zu halten. Es handelt sich darum, ein Volk, das charakterlos geworden ist, wieder zur Charakterfestigkeit zurückzuführen. *Das Reellste auf der Erde ist doch der Idealismus!* Heute sind zwölf Säle Münchens voll - das ist das Zeichen des toten Nationalsozialismus! Wenn wir die Macht erhalten, dann werden wir dafür sorgen, daß das deutsche Volk auch einen Gerichtshof zum Schutze des deutschen Volkes erhält! Wenn der Faschismus Millionen von Kämpfern aus Italien für Italiens Ehre herausholte, so wäre das deutsche Volk erbärmlich, wenn es nicht dasselbe fertig brächte! [3]

---

1 Im Festsaal der Mathäser-Bierhallen, nach 22.00 Uhr. Auf der öffentlichen Versammlung, die laut VB wegen "drückender Enge" gesperrt werden mußte, sprachen vor dem Eintreffen Hitlers und General von Epps Wilhelm Frick über die Arbeit der NSDAP-Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Alfred Rosenberg über "Charakter und Politik". Anschließend sprachen Hitler und General von Epp noch kurz im Schwabingerbräu und im Restaurant "Zur Blüte". Zu den weiteren Auftritten Hitlers und General von Epps vgl. Ankündigung im VB vom 12.5.1928 sowie Dok. 272 und 274.

2 Vgl. auch Münchener Post vom 15.5.1928, "Das Fiasko der 'Kanonen' Epp und Hitler". Sowie Lagebericht N/Nr. 67 der Polizeidirektion München vom 13.6.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Folgt Bericht über die Rede Gregor Straßers über den nationalsozialistischen Kampf.

1 Im Restaurant "Zur Blüte", abends. Die öffentliche Versammlung wurde von Adolf Dresler geleitet. Laut VB war der Saal "gedrängt voll". Vor dem Eintreffen Hitlers sprachen Major a. D. Robert Derda, Joseph Goebbels, Elsbeth Zander und Adolf Wagner. Zu den weiteren Auftritten Hitlers und General von Epps vgl. Dok. 272 und 273.

2 Vgl. auch Münchener Post vom 15.5.1928, "Das Fiasko der 'Kanonen' Epp und Hitler". Sowie Lagebericht N/Nr. 67 der Polizeidirektion München vom 13.6.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Folgt Bericht über die Rede General von Epps, der die Beweggründe seines Beitritts zur NSDAP darlegte.

15. Mai 1928 Dok. 275
Schreiben an das bayerische Staatsministerium des Innern

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift Hitlers vom 15.5.1928; BayHStA München, MInn 81581 [1].

Betrifft Polizeischikane

Am 14. Mai 1928 veranstaltete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei in 12 verschiedenen Sälen in München 12 Massen-Wähler-Versammlungen [2], die alle in tadelloser Ordnung verliefen.

Um so mehr mußte es befremden, daß die Polizeidirektion München die Anordnung getroffen hatte, die öffentlichen Telephonstellen an jenen Versammlungsorten durch Kriminalbeamte für Nationalsozialisten zu sperren oder zu überwachen [3]. Sinn und Zweck dieser Anordnung ist uns unverständlich geblieben. Möglicherweise sollte dadurch ein neuer Umsturz im Keim erstickt werden. Wir halten aber jedenfalls die getroffene Maßnahme für eine ungerechtfertigte Ausnahmebehandlung der Nationalsozialisten, wie sie bisher keiner anderen Partei zuteil wurde, und die im Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Grundrechten der Deutschen steht.

Durch die Anordnung der Polizeidirektion München erachten wir den Grundsatz des Art. 109 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen vor dem Gesetze gleich sind, ferner den Art. 114, wonach eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt nur auf Grund von Gesetzen zulässig ist, ferner den Art. 117, wonach das Fernsprechgeheimnis unverletzlich ist, ferner den Art. 118, wonach jeder Deutsche das Recht der freien Meinungsäußerung hat und eine Zensur nicht stattfindet, ferner den Art. 123, der die Versammlungsfreiheit, und schließlich den Art. 125, der die Wahlfreiheit verbürgt, für verletzt [4].

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter[*partei*] erhebt daher gegen diese Maßnahme schärfsten Protest und legt hiemit Beschwerde dagegen ein, mit dem Antrag, sie als ungerechtfertigt und verfassungswidrig zu erklären und den schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen [5].

Adolf Hitler

---

1 Veröffentlicht im VB vom 20./21.5.1928, "Gegen die Schikanen der Polizei". Die Beschwerde soll, wie die Polizeidirektion München berichtet, von Wilhelm Frick entworfen worden sein. Vgl. Polizeidirektion München an Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vom 25.5.1928; StA München, Polizeidirektion München 6738.

2 Vgl. Dok. 272-274.

3 Zu den polizeilichen Sicherungsmaßnahmen vgl. Polizeidirektion München an Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vom 25.5.1928; StA München, Polizeidirektion München 6738.

4 Druck der Reichsverfassung vom 11.8.1919: RGBl. 1919, S. 1383 ff.

5 Die Beschwerde wurde vom bayerischen Staatsministerium des Innern als unbegründet zurückgewiesen. Vgl. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, an Polizeidirektion München vom 4.6.1928; BayHStA, MInn 81581. Zur Stellungnahme der Polizeidirektion München vgl. Polizeidirektion München an Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, vom 25.5.1928; StA München, Polizeidirektion München 6738.

17. Mai 1928 Dok. 276
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [1]

Augsburger Neueste Nachrichten vom 18.5.1928, "Augsburger Wahlversammlungen: Hitler und Epp in Augsburg" [2].

Er [*Hitler*] entwickelte das Programm der Nationalsozialisten und erläuterte vor allem die wirtschaftliche Auffassung des nationalen Sozialismus. Den Nöten des Volkes sich zuwendend, betonte er, daß es weniger auf das Einkommen als auf das Auskommen des Lohn- oder Gehaltsempfängers ankomme. Gegenüber der Vorkriegszeit seien die Einkünfte der Arbeiter, Angestellten, Beamten durchwegs heute um 20 Prozent geringer. Es sei leicht, Versprechungen zu machen und auf Forderungen des einzelnen einzugehen. Der Dawesplan bedeute aber eine Bindung auf Jahre hinaus und verhindere die Erfüllung von Versprechungen. Das Volk werde sich jedoch noch besinnen und die Blutsauger abschütteln. Hitler wandte sich dann des weiteren insbesondere gegen die "zersetzenden Mächte des Parlament[*ar*]ismus und der Gesinnungslosigkeit". Er hielt auch von seinem Standpunkt aus Abrechnung mit Stresemann und dessen Rede in München [3]. Wenn ein Minister erfolglose Politik treibe, müsse er das zugeben und anderen Männern weichen. Der Redner übte an den Forderungen und Programmen fast aller Parteien scharfe Kritik und stellte demgegenüber die völkischen Ziele und die nationalsozialistischen Forderungen in den Vordergrund. [4]

---

1 In der Sängerhalle, von 18.30 bis 21.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB etwa 4.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Karl Wahl geleitet. Nach Hitler sprachen noch General von Epp und Gregor Straßer.

2 Vgl. auch Neue Augsburger Zeitung vom 18.5.1928, "Nationalsozialistisches Volksfest in der Sängerhalle"; Schwäbische Volkszeitung vom 18.5.1928, "Bierfest in der Sängerhalle!"; VB vom 19.5.1928, "Hitler und Epp in Augsburg"; VB vom 25.5.1928, "Adolf Hitler und General v. Epp in Augsburg".

3 Am 25.4.1928. Die Wahlversammlung Gustav Stresemanns mußte wegen Störaktionen der NSDAP vorzeitig abgebrochen werden. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.4.1928, "Zum Tage" und "Stresemanns erste Bayernrede"; Tägliche Rundschau vom 27.4.1928, "Dr. Stresemann in München"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann". Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Stresemann vgl. auch Dok. 258 und 268.

4 Folgt Bericht über die Reden General von Epps und Gregor Straßers. Die Versammlung wurde mit einer Filmvorführung über den Parteitag 1927 beendet.

18. Mai 1928 [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Dok. 277

Fränkischer Kurier vom 20.5.1928, "General von Epp" [3].

Die deutsche Lage lasse sich kurz in ein paar Zahlen zusammenfassen: In Deutschland gebe es jährlich 2 Millionen Arbeitslose, 20.000 Menschen begingen aus wirtschaftlicher Not heraus Selbstmord, 170.000 Menschen wanderten aus und 400.000 Menschen würden nicht geboren. Zu diesen Fragen gelte es Stellung zu nehmen, aber nicht zu kleinlichen, politischen Tagesfragen. Es komme darauf an, daß das deutsche Volk wieder die Kraft und den Willen erhalte, ein weltpolitischer Faktor zu werden. Unser deutsches Volk zerfleische sich selbst. Konfessioneller Hader, Spaltung in Monarchisten und Republikaner, Unitaristen und Föderalisten, Bourgeois und Proletarier ließen es nicht zur Ruhe kommen. Es sei die Mission der nationalsozialistischen Bewegung, diese Risse im deutschen Volk zuzukleistern. [4]

19. Mai 1928
"Euer die Lüge - Unser der Sieg" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Dok. 278

VB vom 22.5.1928, "Gegen Lüge und Verleumdung" [3].

Er [*Hitler*] begann mit der Feststellung, daß keine Partei in den letzten 7-8 Jahren, gleichgültig, ob eine Wahlzeit war oder nicht, fleißiger gearbeitet hat als unsere Bewe-

1 Datierung nach Polizeibericht und Fränkischem Kurier. Im VB und in der Fränkischen Tagespost wird die Rede irrtümlicherweise auf den 19.5.1928 datiert. An diesem Abend sprach Hitler jedoch im Zirkus Krone in München. Vgl. Dok. 278.

2 Im Kolosseum, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Julius Streicher geleitet. Vor Hitler sprachen der Kreistagskandidat Justizrat Dr. Christian Kühn und General von Epp, der sich über Wirtschaftsfragen äußerte und seinen Entschluß, für die NSDAP zu kandidieren, begründete: "Er habe nichts von seiner früheren politischen Gesinnung aufgegeben, sei auch nicht aus der vaterländischen Bewegung ausgeschieden, sondern nur ein Stück herübergerückt nach der Seite, wo am schärfsten für den nationalen Gedanken gekämpft werde." Zit. nach Fränkischem Kurier.

3 Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 20.5.1928, "Wo war die Polizei?"; VB vom 20./21.5.1928, "Hitler und Epp in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 138/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.12.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 19.5.1928.

2 Im Zirkus Krone, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 5.000 (VB: 7-8.000) Personen teilnahmen und die wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, wurde von Rudolf Buttmann geleitet. Nach Hitler sprach noch kurz der Reichstagskandidat der NSDAP in Bayern, General von Epp.

3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 67 der Polizeidirektion München vom 13.6.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

gung! Vor der Wahl raffen sich die anderen Parteien plötzlich auf und lassen einige ihrer "Kanonen" auf die Wähler los. Wenn die vier Wochen des Wahlkampfes vorbei sind, dann hat man die Herren gesehen - auf Nimmerwiedersehen, d. h. in vier Jahren sieht man sie wieder. *Es nimmt immer wieder das gleiche Ende.* Von einer solchen Art politischer Betätigung haben wir uns frei gehalten. Wir haben auch in den übrigen Monaten dem deutschen Volk gegenüber unsere Pflicht erfüllt zu einer Zeit, als es noch nicht so leicht war, einen Zirkus zu füllen, obgleich nicht unterstützt von dem Getöse der großen Presse, sondern gegen die ganze öffentliche Meinung, Presse und Kapital.

Wie machen die bürgerlichen Parteien ihre Wahlarbeit? Sie *bezahlen* sie! Und wie machen unsere Jungen die Wahlarbeit? Das können sie nicht verstehen, daß Menschen fähig sind, für eine Sache, die ihnen zum Ideal geworden ist, sich einzusetzen, ohne das Geringste zu bekommen. (Stürmischer Beifall.)

In den letzten fünf Wochen haben fünf unserer jungen Mitkämpfer für diese Sache ihr Leben gelassen, sind 172 verwundet worden. Leute, die fast Tag für Tag und Nacht für Nacht hinausfahren, sich stundenlang von Lastkraftwagen durchrütteln lassen, und doch am nächsten Morgen wieder an der Arbeit sind. *Nicht weil sie bezahlt werden - wir haben keine Litwin-Bonzen* [4] *- nein, weil unsere Genossen noch an etwas glauben, an das Herr Stresemann während des Krieges nicht geglaubt hat, nämlich an Deutschland.* (Stürmischer Beifall.)

Es wird gelogen, daß sich die Balken biegen und trotzdem, trotzdem (Zuruf: *sind wir da!)* die andern eine ungeheure Presse zur Verfügung haben, mit ungeheuren Mitteln die Werbetrommeln rühren können und die Behörden sie mit Wohlwollen streichen [*sic!*], *würden sie eine solche Versammlung nicht fertig bringen!* (Zuruf: niemals, auch bei freiem Eintritt nicht!) Soll doch die Deutsche Volkspartei durch die große Presse zu einer Versammlung auffordern lassen, in der der Führer dieser Partei, ich glaube Beutner heißt dieser Mann, sprechen wird - wir wollen sehen, wer kommt! (Zuruf: *wir!* Starker Beifall.) Manchmal geschehen Dinge, die den Menschen sehr gelegen kommen. Als ich vor einigen Tagen diese -

Erkrankung des Herrn Stresemann

las, habe ich mir meine Gedanken gemacht. Gedanken des alten Soldaten von einst, der auch gewußt hat, daß man Fieber haben muß, damit man dienstunfähig ist. Als ich las, daß der Reichsaußenminister 37,6 Grad Fieber habe, mußte ich mir sagen, daß man es mit 37,6 Fieber nicht leicht hatte. Frontsoldaten! Was hat es geheißen? Sie *Drückeberger*, Sie Simulant, was fällt Ihnen ein? Es war sicher ärger, als - ich war ja nicht dort - eine solche Versammlung abzuhalten. Die neuere Wissenschaft weist nach, daß Erkrankungen auch durch seelische Momente entstehen können (Heiterkeit). Man denkt an alles Mögliche, z. B. an die große Versammlung der Deutschen Volkspartei vor einer Woche im Löwenbräukeller [5], bei der um 8 Uhr 17 Menschen anwesend waren (Heiterkeit), um 3/4 10 Uhr waren es noch nicht 60! Es brannten nur zwei Lichter im Saal, und

4 Anspielung auf Paul Litwin, Mitglied und Geldgeber der DVP. Vgl. auch Gatzke, Stresemann und Litwin.

5 Am 11.5.1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 13.5.1928, "Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf".

man dachte an eine Verschwörung, weil nur im Flüsterton gesprochen wurde. Es war der Polizeipräsident Nortz [6] und die Deutsche Volkspartei, die eine ihrer sprichwörtlichen Massenversammlungen abgehalten hat!

Diese Menschen können nicht verstehen, was in unserer Bewegung die treibende Kraft ist. *Uns trennt eine Welt.* Ihre Plakate schreiben: Deutsche, gebt euere Stimmen der Deutschen Volkspartei, dann siegt das deutsche Bürgertum! Oder: dann siegt das Proletariat! Wir verstehen das alles nicht. Was heißt für uns "Sieg des Bürgertums", "Sieg des Proletariats", was heißt für uns *"Sieg einer Klasse"? In einem Volk und Staat, die bereits besiegt sind, endgültig!* Wählt unsere Liste, *dann wird das deutsche Volk siegen!* (Stürmischer Beifall.)

Hitler gibt die heilige Versicherung ab: Ob der morgige Tag uns 100 Mandate oder kein einziges bringt, *wir werden genau so weiterkämpfen wie bisher*, genau so unermüdlich, Woche für Woche, und Monat für Monat. Bis eines Tages der Sinn unseres Volkes ein anderer geworden ist. Dann mag die Zukunft entscheiden, nach welchen Grundsätzen das deutsche Volk regiert sein will, nach den Grundsätzen seiner heutigen Parteipolitik oder einer jungen Reformbewegung, um dieses korrupte und faule Volk wieder umzuwenden und wieder reif zu machen für eine größere geschichtliche Mission. (Lauter Beifall.) Hitler zitiert den Wahlvers der Deutschen Volkspartei: "Magst dei Ruah und a dei Bier - wählst am G'scheit'sten Liste 4", um dieser *Verhöhnung Bayerns* entgegenzuhalten: *Für was wir kämpfen, ist nicht Ruhe und Bier, sondern die deutsche Ehre, die deutsche Freiheit und unser tägliches Brot. Dafür kämpfen wir!* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Hitler schildert nun die *furchtbare Lage Deutschlands* mit seinen Milliarden-Ablieferungen an absoluten Werten, seinem Verlust an allen Hoheitsrechten, seinem Verzicht auf das ausschließliche Eigentumsrecht auf seine Wirtschaft zugunsten des internationalen Kapitals. Deutschland hat einen Generalaufsichtsrat [7] bekommen, der als Bevollmächtigter der Wall Street der tatsächliche Herrscher Deutschlands ist.

Das ganze Spiel des Deutschen Reichstages ist nichts anderes als eine

Komödie von Sklaven,

die vom Sklavenhalter gestattet wird, weil er erwartet, daß, wenn er die Sklaven mit so kindischen Dingen beschäftigt, sie die politischen weniger prüfen werden. Hitler vergleicht Deutschland mit *Indien*, dem England seine Fürsten beläßt, seine eigene Vertretung, den ganzen parlamentarischen Zauber, damit das Volk durch diese Äußerlichkeiten eine gewisse Beschäftigung erhält, abgelenkt wird von der wirklichen Tatsache, daß der Engländer der ausschließliche Herr ist und der Inder der Sklave.

Reden Sie nicht von der *Weimarer Verfassung*! Unsere *drei Verfassungen* lauten: Friedensvertrag, Dawespakt und Locarnopakt. Das sind die drei Verfassungen, nach denen Deutschland regiert wird. Die Weimarer Verfassung hat nur den Sinn, das deutsche Volk so zu organisieren, daß es diesen wirklichen Verfassungen geduldig nachkommen

6 Eduard Nortz (1868-1939), Jurist, 1893 Eintritt in den bayer. Verwaltungsdienst, 1920 Entwaffnungskommissar für Bayern, 1921-1923 Polizeipräsident von München, 1923 Generalstaatsanwalt, dann bis 1933 Senatspräsident am Bayer. Verwaltungsgerichtshof, 1928-1932 MdL in Bayern (DVP).

7 Gemeint ist Seymour Parker Gilbert, 1924-1930 Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen.

kann. Seine Souveränitätsrechte, die es noch besitzt, haben keine andere Aufgabe. (Lebhafte Zustimmung.)

Von dem *Menschenverlust* von 600.000 jährlich infolge des Dawespaktes schweigen die offiziellen Staatshüter und die ganzen Parteien der Linken. Unser deutsches Volk wird sterilisiert, in seiner Volkszahl zurückgehen und, auf einer lächerlichen Grundfläche zusammengedrückt, schließlich nur noch 40 Millionen Menschen haben.

Irlands Schicksal erhebt sich drohend vor Deutschlands Zukunft.

Sorgen Sie dafür, daß wir nicht einmal sagen müssen: Einmal sind wir ein großes Reich gewesen und heute sind wir eine *europäische Schweiz* geworden.

Hitler zeichnet die *Aufgaben der deutschen Innenpolitik,* um darzutun, daß bei dem Verzicht auf mehr Lebensraum und infolgedessen Abgabe des besten Mannstums [*sic!*] uns das Schicksal züchtigen werde. *Durch Geburtenbeschränkung dezimieren wir den höchsten Wert des Volkes.* Große Männer sind immer die vierten, fünften und sechsten Geburten. Was *ein* großer Mann bedeutet, wissen wir alle. Deutschland hat den Krieg verloren, weil es keinen großen Mann gehabt hat. Die Freiheit eines Volkes wird nicht durch Namen auf Straßentafeln erkauft, wenn nicht *der Mann selbst* diese Tafel in die Weltgeschichte eingehämmert hat. Parteitafeln bedeuten noch nicht die Rettung eines Volkes durch einen solchen Menschen. Auswanderung und Geburtenbeschränkung werden für den Augenblick das Brot etwas strecken können, aber wehe unserer Zukunft und den Millionen, die nach uns sein werden.

Hitler beantwortet nun die Frage: *Was ist die Voraussetzung für die deutsche Zukunft? Durch Reden in Genf werden Sie Parker Gilbert nicht aus Deutschland hinausbringen.* Wenn Sie nicht lernen, auf *eigene Kraft* zu bauen, werden Sie mangels dieser Kraft Sklaven sein und bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Die eigene Kraft des Volkes liegt im Blutswert, im Persönlichkeitswert, im Kampfgedanken und im feierlichen Bekenntnis zu ihm.

Ein Volk, das waffenlos ist, in der Zahl klein, in der Grundfläche beschränkt, kann sich nur dann noch einmal Weltgeltung verschaffen, wenn es seine inneren Werte einsetzt, die Werte des Blutes, der Persönlichkeit, die lebendige Kraft des Selbsterhaltungstriebes.

Das ist die *große Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung,* daß sie die beiden Begriffe national und sozial aus der bisherigen Gedankenwelt herausnimmt und sie neu formt, neu definiert und eine Plattform schafft, auf die alle treten können, die eines ehrlichen guten Willens sind.

Niemals werden wir auf diese Aufgabe verzichten, niemals Zweifel hegen ob ihrer Durchführungsmöglichkeit. *Es muß sein und weil es sein muß, wird uns der Herrgott die Kraft geben, die Aufgabe durchzuführen trotz aller Teufel, die sich dagegen stemmen mögen.* (Tosender Beifall.)

Wenn heute so ein elender Bursche [8] hergeht und anschlägt, daß wir für unsere Gesinnung *mit Lire bezahlt* werden [9] (stürmische Entrüstung), so geht schon aus der feigen Form des Anschlags hervor, daß diese Burschen selbst das Gefühl haben, daß es sich um eine komplette *Verleumdung* handelt.

Der Redner kommt nun zur Behandlung der

Südtiroler Frage.

Die Leute, die Südtirol verraten haben, kennen wir. Das sind die Menschen, die, während wir als Soldaten oder Pferdeknechte irgendwo unsere Pflicht erfüllten, schwätzten (Zurufe: Ebert, Scheidemann?), den nationalen Widerstand brachen, sich feige drückten und uns den Dolch in den Rücken stießen.

Wir Nationalsozialisten haben eine einfache, klare außenpolitische Linie: Die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 ist kein außenpolitisches Programm für ein Volk, das auf Leben und Tod kämpft.

Deutschland hat bis heute 16 Millionen Menschen verloren. Wenn Sie die deutsche Zukunft ansehen wollen, dürfen Sie sich nicht den Blick trüben lassen durch die Detailfragen. Die Liebe zu den abgetrennten Gebieten ist bei uns eine größere als bei denen, die sie verraten haben.

Nicht mein Name steht unter den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain, sondern die Namen dieser Herren, die heute von Ehre reden.

Freilich, wenn ein *französisch-jüdischer Pazifist* nach Deutschland kommt, nicht um die Abrüstung Frankreichs zu proklamieren, sondern um uns zu beschimpfen, dann schreit diese schamlose Gesellschaft Beifall. - (Zurufe: Reichsbanner! Pfuirufe: Das ist nur in Berlin möglich!) Das wäre auch hier möglich, wenn Basch [10] hierher käme! (Zurufe: Sehr richtig - starker Beifall!)

Von *hier* wurde Deutschland an Hand gefälschter Dokumente beschuldigt, am Krieg schuldig zu sein.

Hitler legt ferner dar, daß sich Deutschland niemals mit dem Status quo abfinden kann, weil es dadurch seine Zukunft aufgibt, *Italien* kann ebenfalls nie so denken und deshalb stimmen wir nur einer deutschen Außenpolitik zu, die nicht entgegen den Gedanken eines Clausewitz zu den saturierten Nationen hinneigen darf. (Zuruf: *Ist*

8 Gemeint ist Thomas Wimmer (1887-1964), Schreiner, 1911 Eintritt in die SPD, 1925-1933 Stadtrat in München (SPD), 1948-1960 Oberbürgermeister von München.

9 Das von Wimmer presserechtlich zu verantwortende Plakat der Münchener SPD befindet sich im BayHStA, Plakatslg. 8167. Es lautet: "Adolf Hitler entlarvt! Ein italienischer Attaché, ein Beauftragter Mussolinis war schon 1923 ständiger Begleiter Hitlers. Der Münchener Skandal vom November 1923 spielte sich also ab unter der Kontrolle Mussolinis. Seit Wochen wird gegen die Nationalsozialisten der Vorwurf erhoben, daß sie Südtirol verraten, daß ihre Wahlpropaganda mit Lire bezahlt wird. Sie schweigen. Auch das Flugblatt Hitlers von heute Nacht sagt hierüber nichts. Es ist so wahr, als das Hitler sagte; seine Parole sei: 'Nicht, Nieder mit Frankreich ....' General von Epp wird also zum Faschistensöldling mißbraucht. Münchens Ruf wird noch weiter geschändet. Darum keine Stimme der Liste 10." Vgl. auch VB vom 22.5.1928, "Vor Gericht mit den Verleumdern"; VB vom 27./28./29.5.1928, "Der 'Bayerische Kurier' am Pranger".

10 Victor Basch (1863-1944), Professor und Pazifist, 1897 Dr. phil., Professor für deutsche Literatur, Ästhetik und Kunstwissenschaft an der Sorbonne, 1909-1926 Vize-Präsident, 1926-1940 Präsident der Französischen Liga für Menschenrechte, 1944 von der Gestapo ermordet.

Mussolini kein Tyrann?) Jawohl, er ist ein Tyrann gegen die Freimaurer, gegen die internationale Hochfinanz, *gegen die Feinde seines Volkes.* (Stürmischer Beifall.) Hitler unterbricht seine Rede. Der Schreier wird von der S.S. aufgefordert, den Raum zu verlassen. Er tut dies mit dem Rufe: *Es lebe Südtirol!*

Hitler: Jawohl, *es lebe Südtirol, nieder mit denen, die es verraten haben!*

Wann, glauben Sie, leben die Südtiroler besser: wenn Deutschland mit Frankreich oder mit Italien gehen würde? (Tausendstimmige Zurufe: *mit* Italien!) *Ist Tyrann derjenige, der sein Volk emporhebt, oder der sein Volk zugrunde richtet*? Hitler zieht einen Vergleich zwischen einer Reise Mussolinis durch Italien und des deutschen Außenministers durch Deutschland; in einem Fall der gefeierte Führer des Volkes, selbstverständlich gehaßt von seinen Feinden, im andern Fall der Freund des Monsieur Briand!

Auch wir würden Tyrannen sein gegen die Feinde unseres Volkes (stürmischer Beifall), Tyrannen gegen das Ungeziefer, das sich nährt vom allgemeinen Unglück. Es gibt zweierlei Tyrannen: solche, die dem deutschen Volke dienen und solche, die seinen Feinden dienen. Welche Tyrannei wollen Sie: die eines deutschen Mussolini oder *die eines Parker Gilbert*? (Stürmische Zurufe: *Wir wollen Hitler, Hitler!)*

Unser außenpolitischer Weg

ist genau so klar, wie unser innenpolitisches Ziel. Nichts wird uns davon wegbringen: *Sammeln aller Feinde gegen Frankreich wird unsere Parole heißen.* (Starker Beifall.) Den von uns abgetrennten Brüdern nützen wir am meisten, wenn wir sorgen, daß das Mutterland aufhört, eine Kolonie fremder Eroberer zu sein, und daß das Deutsche Reich Macht und Größe besitze mit eigener Souveränität.

Wir wollen arbeiten an der Aufklärung unseres Volkes, an der Versöhnung seiner Klassen, fleißiger noch als bisher, nie ermüden und nie rasten.

Sollte uns das Schicksal die Macht geben, dann wollen wir sie anwenden zur Säuberung des Volkes von seinen Feinden und hoffen, daß uns die Kraft werde, um zum letzten Schicksal anzutreten auf dieser Erde. Das wird uns nicht erspart. Die Spitze jener Armee, die einmal den Namen Deutschland auf ihre Fahne geschrieben hat, sehen Sie vor sich - sie marschiert! Und sorgen Sie jetzt, daß Sie sich dieser Spitze anschließen, daß sie sich auswächst zu einem gewaltigen Heerwurm, bis die Stunde kommt der Freiheit unseres Volkes, der Wiederkehr eines deutschen Staatswesens, das allen gibt, was sie sich ersehnen: Freiheit und Brot und voran eine neue Ehre! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [11]

11 Folgt Bericht über die Rede General von Epps, der seinen Entschluß, für die NSDAP zu kandidieren, darlegte.

20. Mai 1928 Dok. 279
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 22.5.1928, "Auf zu neuem Kampf" [2].

Trotz aller Knebelung und Redeverbote, Auflösung ganzer Ortsgruppen und brutalsten Terrors hat man unsere Bewegung nicht zu Tode schlagen können, sondern sie lebt und schreitet vorwärts.

Als erstes Ergebnis der Wahl [3] und als Frucht unseres Kampfes können wir die Tatsache buchen, daß es von nun ab nur *eine einzige völkische Bewegung* geben wird und gibt, *die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei.* Wir haben in München *allein* um 7.000 Stimmen mehr erreicht als bei den letzten Reichstagswahlen [4].

Weiter stellen wir fest, daß der Marxismus nach dreijähriger Regierungskunst der "Bayerischen Volkspartei" und der "Deutschnationalen" mit fast 114.000 Stimmen dasteht, einem Stimmenzuwachs von 25 Prozent. Durch unsere Arbeit war im Jahre 1924 der Marxismus auf 50.000 Stimmen in München zurückgegangen, der bürgerliche Kampf gegen den Nationalsozialismus hat nun dieses Ergebnis gezeitigt.

Das dritte Ergebnis wird die Zukunft zeigen. Für uns lautet die Parole: *Die Wahlschlacht ist geschlagen, der Kampf geht weiter!* Schon kommende Woche werden wir wieder hier stehen und arbeiten. Für uns gibt es keine Ruhe, keine Pause, wir arbeiten weiter und unser Ziel ist, daß wir nach vier Jahren dort stehen, wo heute der Marxismus steht, und der Marxismus den Platz einnimmt, den wir heute inne haben.

Unser Verdienst ist es, daß wir der Öffentlichkeit in Bayern das wahre Gesicht des Herrn *Stresemann* so gezeigt haben, wie es wirklich ist: Ein Mann, der vorgibt, national zu sein, in Wirklichkeit aber antinational handelt. Die "Münchener Zeitung" erklärte anläßlich der mißglückten Wahlrede Stresemanns [5], hinter Adolf Hitler stünden nur wenige hundert Menschen. Trotzdem fast die gesamte bürgerliche Presse sich für Stresemann einsetzte, hat seine Partei nur die Hälfte unserer Stimmen erreicht [6].

---

1 Im Bürgerbräukeller, gegen Mitternacht. Die öffentliche Versammlung, die laut VB "überfüllt" war, wurde von Hermann Esser geleitet. Hitler erschien in Begleitung von General von Epp und Ernst Röhm.

2 Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 21.5.1928, "Im Bürgerbräukeller".

3 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 erzielte die NSDAP 2,6 % der Stimmen, bei den am gleichen Tag stattfindenden Landtagswahlen in Preußen 1,8 %, in Bayern 6,1 %, in Württemberg 1,8 %, in Oldenburg 7,5 % und in Anhalt 2,1 % der Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41, 89 ff.

4 In München hatte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 36.924 Stimmen (10,7 %) erhalten; bei der Reichstagswahl am 7.12.1924 hatte der Völkische Block 30.378 Stimmen (9,1 %) erhalten. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 60 (1928), S. 437 ff.; und 57 (1925), S. 155 ff.

5 Am 25.4.1928. Die Wahlversammlung Gustav Stresemanns mußte wegen Störaktionen der NSDAP vorzeitig abgebrochen werden. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Münchener Zeitung vom 26.4.1928, "Stresemann in München"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.4.1928, "Zum Tage" und "Stresemanns erste Bayernrede"; Tägliche Rundschau vom 27.4.1928, "Dr. Stresemann in München"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann".

6 Die DVP erhielt in München bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 18.824 Stimmen (5,2 %).

Mussolini ist es in Italien gelungen, den Marxismus zu vernichten, dadurch, daß er die Massen aufsaugte und für den Faschismus gewann, in Deutschland aber wird durch die bürgerlichen Parteien der Marxismus nicht vernichtet, sondern die Regierung gleitet nach links ab.

Die schmählichen Verleumdungen und Lügen über die angebliche Bezahlung unseres Wahlkampfes von faschistischer Seite [7] geben uns nun die Möglichkeit, die Lügner vor Gericht zu packen: den Marxisten Wimmer, den deutschvölkischen Herrn von Graefe und den Schriftleiter des "Bayerischen Kuriers" [8].

Für uns muß die Wahl Ansporn zu erhöhter Kraftanstrengung sein. *Wir wollen in Zukunft unseren Kampf ausschließlich gegen den Deutschland und das deutsche Volk zerstörenden Marxismus führen.* Wer uns aber daran hindert und uns in diesem Kampf in den Rücken fällt, der soll wissen, daß er auch von uns bekämpft wird. Wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Der Ausbau unserer besten Waffe, des "Völkischen Beobachters" ist mit die wichtigste Aufgabe.

In unserer inneren Kraft und der Straffheit unserer Organisation liegt die Schlagkraft unserer Bewegung. Gehen Sie alle hinein mit uns in den neuen Kampf, dann wird eines Tages unser Wille und die Wahrheit, die wir vertreten, den Sieg erringen über die Feinde unseres Vaterlandes!

23. Mai 1928 [1] — Dok. 280
"Adolf Hitler entlarvt" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB vom 25.5.1928, "Von Rüstungssabotage über Landesverrat zu Deutschlands Zertrümmerung" [4].

Adolf Hitler stürmisch begrüßt, hält nun in zweieinhalbstündiger glänzender Rede eine vernichtende Abrechnung mit der systematischen, beinahe wissenschaftlich gepflegten

7 Zu den Anschuldigungen vgl. auch VB vom 19.5.1928, "Fernere Bundesgenossen"; VB vom 22.5.1928, "Vor Gericht mit den Verleumdern"; Bayerischer Kurier vom 25.5.1928, "Hitler und Mussolini"; VB vom 27./28./29.5.1928, "Der 'Bayerische Kurier' am Pranger". Sowie Dok. 278, Anm. 9.

8 Josef Osterhuber (1876-1965), Journalist, 1903-1905 Redakteur der "Augsburger Postzeitung", 1905/06 Chefredakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", 1907-1933 Chefredakteur des "Bayerischen Kuriers".

1 Datierung nach Plakatanschlag und VB. Der Polizeibericht gibt als Datum irrtümlicherweise den 24.5.1928 an.

2 Titel laut Ankündigung im VB vom 23.5.1928 und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10023). Faksimiledruck: Dresler/Maier-Hartmann, Dokumente, S. 198.

3 Im Bürgerbräukeller, von 20.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von Hermann Esser geleitet. Laut Polizeibericht war die Versammlung nur "mittelmäßig besucht". In seiner Eröffnungsrede verwies Esser auf das von der Polizeidirektion München erlassene Verbot eines NSDAP-Plakats, das für den Bezug des Völkischen Beobachters warb. Vgl. VB vom 24.5.1928, "Neue Polizeischikane in München".

4 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 67 der Polizeidirektion München vom 13.6.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

Lügenhaftigkeit des Marxismus, der er von Anfang an alle seine Erfolge verdankt: Lüge, Betrug, Verleumdung, Ehrabschneidung, das sind so die großen Parolen gewesen, mit denen die sozialdemokratische Partei diesmal ihren sogenannten großen Sieg erfochten hat. Wir haben uns bemüht, in diesem Wahlkampf in 12 ganz präzisen Punkten [5] der Sozialdemokratie vorzuwerfen, was sie tatsächlich verbrochen hat. *Auf keinen dieser 12 Punkte hat die Sozialdemokratie eine Antwort* gegeben. Sie konnten das auch gar nicht. In diesen 12 Fällen hat sie planmäßig das Interesse der deutschen Nation und damit des deutschen Arbeiters verjobbert, das nationale Eigentum verkitscht im Dienste der Macht, die sie hintergesetzt hat [*sic!*]: des internationalen Judentums, der Hochfinanz und Weltbörse.

Gegenüber einer Behauptung der Deutschen Volkspartei, wonach Hitler schon einmal den Vorwurf, französische Gelder erhalten zu haben, eingesteckt habe, weist er darauf hin, daß die Klage in München durchgefochten, und das *"Berliner Tageblatt" in allen drei Instanzen verurteilt* wurde [6].

Die ganze marxistische Propaganda war bereits im Frieden aufgebaut auf einem grandiosen System der Lüge, wobei sie die Lüge *psychologisch studiert* haben, was man mit ihr erreichen kann, wie sie eingesetzt werden muß, wie sie wirksam wird, wie man sie sofort außer Kraft setzen kann, kurz eine *wissenschaftliche Behandlung der Lüge.* Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Drahtzieher *Juden* sind, also Angehörige jenes Volkes, von denen Schopenhauer sagt, daß sie

"Meister der Lüge"

seien und bleiben werden für alle Zukunft. Es ist interessant, schon damals festzustellen, wie geschickt man hier operierte: Der bürgerliche Schwachkopf wurde gestreichelt, manchmal bedroht, wer störrisch war, wurde verleumdet, so lange, bis er eines Tages unmöglich wurde. Gegen einen dritten, vor dem man Angst hatte, ließ man ein *Trommelfeuer der Verleumdung* los. Es war immer das Gleiche wie einst vor zweitausend Jahren in Palästina, wo man sagte: der Mensch wiegelt das Volk auf! und wo man so lange brüllte, bis die römischen Behörden, um Ruhe vor den ewigen Angriffen zu bekommen, den Menschen fallen ließen *und ihn opferten.* Einen vierten schüchtert man durch Terror an sich ein. *Millionen Menschen haben vor diesem System glatt kapituliert,* bis sie überzeugt waren, daß man dagegen nichts machen kann, und sich dem Strom angeschlossen.

Ein anderes Moment war das *Lächerlichmachen,* bis man sich förmlich schämte, zur anderen Partei zu gehören. Man hat solange erklärt, der Antisemitismus sei eine Kulturschande, bis es Millionen glaubten. "Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle" war das Schlagwort - und niemand wollte sich lächerlich machen. Das sind die drei Etappen: zuerst *Totschweigen! Der Marxismus und das Judentum* haben frühzeitig jene fabelhafte Fähigkeit besessen, *eine Sache einfach totzuschweigen.* Sie können hier in 12 Massenversammlungen sprechen [7] - man schweigt das einfach tot. Wenn aber

5 Gemeint ist das NSDAP-Plakat "Jawohl, Herr Auer!", das der SPD in zwölf Punkten vor allem die Unterzeichnung der Friedensverträge und des Dawesplans, den Ruin der Wirtschaft und die Auslieferung Deutschlands an das internationale Börsenkapital vorwarf (BayHStA, Plakatslg. 9993).

6 Zum Prozeß gegen das Berliner Tageblatt vgl. Bd. I, Dok. 132, und Bd. II, Dok. 23.

7 Am 14.5.1928. Vgl. Dok. 272-274.

eine Konferenz von 35 neudeutschen Staatsmännern stattfindet, dann wird die Presse von den Reden überflutet, eine Aussprache von Dreien wird zu einer Bedeutung aufgebläht, als ob das Schicksal der Nationen daran hänge.

Das gilt auch für die *Kunst.* Ein *deutscher Künstler wird einfach totgeschwiegen.* Aber die größte Null wird so lange aufgeblasen, bis sie jeder sehen kann, wenngleich sie in Wirklichkeit ein erbärmlicher Stümper ist. Diese Frechheit betört Millionen von Menschen, *zerstört Tausende von Existenzen* und hebt Tausende von nichtswürdigen Erscheinungen aus der Vergessenheit des Alltags heraus und stellt sie der Nation als Leuchte der Wissenschaft, Kunst und Politik vor.

Wenn eine Bewegung genial geleitet wird und nicht unterdrückt werden kann, dann beginnt eines Tages trotzdem die Öffentlichkeit Notiz zu nehmen, dann setzt die zweite Methode ein, die

Methode des Lächerlichmachens,

bis eines Tages auch das nichts mehr nützt. Irgend etwas bleibt übrig, das nicht getötet werden kann. Dann beginnt die dritte Methode, die *grimmige Verfolgung.* Das ist die *tausendjährige jüdische Methode,* etwas zu ersticken mit einer Flut von gemeinsten Verdächtigungen und Beschimpfungen. Nützt auch das nichts, dann kommt der *Terror* und endlich die *Okkupation* dessen, was man nicht vernichten kann. Dieser *Virtuosität der Verleumdung* ist ein großer Teil der Menschheit nicht gewachsen. Der normale Mensch lügt an sich nicht gewollt, seine Lügen sind in den meisten Fällen sogenannte Notlügen, er versteht nicht, daß diese Lüge zu einem *prinzipiellen System* erhoben werden kann, zum Ausbau zu einem ausgebauten Kampfmittel, um andere abzutöten. Durch den Hebräer ist die Lüge zum offensiven Angriffsmittel geworden, mit dem andere Ideen einfach abzutöten versucht werden.

Es kommt hinzu, daß eine Lüge, beharrlich ausgesprochen, Millionen von Menschen erreicht, während der Widerruf erfahrungsgemäß viel weniger Menschen erreicht. Dadurch verdickt sich die Lüge. Der normale Mensch sagt: Gehen Sie zum *Gericht* - und weiß nicht, *daß das Gericht heute ein Institut zum absoluten Schutz der politischen Lügner ist.* Die Lüge verbreitet sich durch ganz Deutschland, aber erst in zehn Monaten findet der Prozeß statt. Das Urteil des Prozesses wird wieder planmäßig ins Gegenteil verkehrt. Zwei Zeitungen müssen es bringen, und *zehntausend, in denen die Lüge gestanden, bringen den Widerruf nicht.* Dazu kommt die Einrichtung, daß die Lüge *verjähren* kann, charakteristisch für unser jüdisch-römisches Recht - es wäre viel besser, eine Anfangsfrist zu setzen, innerhalb welcher noch nicht geklagt werden darf. Dann aber müßte der Prozeß blitzschnell stattfinden. So nimmt eine Verleumdung ungehindert ihren Lauf, so daß ein Mensch, der sich nicht wehren kann, *daran ersticken* muß. *Glauben Sie nicht, daß ich das sage, weil ich fürchte, daran zu ersticken.*

Die Herrschaften konnten ihre Taktik nur dem *deutschen Bürgertum* gegenüber ausüben, *uns gegenüber können sie das nicht.* Aber das deutsche Bürgertum war vollkommen unfähig, dieser Meute standzuhalten. Die bürgerlichen Parteien waren unfähig, dem Marxismus gegenüber aufzutreten, weil sie in dem *Juden etwas Gleichwertiges* gesehen haben. Wir Nationalsozialisten erziehen unsere Anhänger grundsätzlich dazu, in jeder Verleumdung eines *jüdischen Blattes eine Ehre* zu erblicken. Wer in einer Zeitung wie

der "Münchener Post" gelobt wird, ist ein Subjekt, weil er sonst nicht gelobt würde. (Starker Beifall.) In einem solchen Blatt können nur traurige Kerls gelobt werden, (stürmischer Beifall), nur Verräter an ihrem Volke. Wenn eine französische Zeitung einen Deutschen beschimpft, so ist das selbstverständlich ein anständiger Deutscher, wenn sie ihn lobt, dann ist es, sagen wir, ein zweifelhafter Deutscher. (Beifall.)

Wir Nationalsozialisten stehen an sich dieser ganzen jüdischen Vergiftung immun gegenüber, uns kann sie nicht schaden, für *uns* haben wir nicht nötig, nach außen aufklärend zu wirken. Wenn die "Münchener Post" einen von uns Schweinehund nennt, so freut es uns, dann ist er rehabilitiert. (Große Heiterkeit.) Wenn die "Münchener Post" sagt, das ist ein Mörder, so ist es der anständigste Mensch; sagt sie, das ist ein anständiger Charakter, so ist die Sache *schon faul.* Hat sich ein Mann nach der "Münchener Post" große Verdienste erworben, so sicher nicht für Deutschland, sondern für ihre Geldgeber und die internationale Hochfinanz.

Nach der jüdischen Methode der beharrlichen jüdischen Verleumdung wurde der Polizeipräsident *Pöhner* erledigt, einer der granitesten Vertreter rechtlicher Anschauungen von unwandelbar ehrenhafter Gesinnung, *er mußte beseitigt werden,* man hat solange gebohrt, bis endlich der Vorgesetzte des Mannes von der "Münchener Post" *das gebührende Lob* bekam, unser geliebter Minister *Schweyer*, dafür, daß er mitgeholfen hat, den Polizeipräsidenten Pöhner abzuservieren [8].

Ein *einziger* Staat existiert, der auf diese Methode nicht hereinfällt, das ist der *faschistische Staat.* Ein zweiter Staat wird kommen: das ist der *nationalsozialistische Staat* (stürmischer Beifall), der nicht hereinfällt auf dieses Trommelfeuer, *sondern den ehrenhaften Mann gebührend in Schutz zu nehmen weiß* gegenüber diesen Schlachtfeldhyänen. Er wird die Ruhestörer zu fassen wissen, wo sie sind.

Im Großen hat die Welt einen bestimmten Ruhestörer vorgesetzt bekommen:

Deutschland war der Ruhestörer der Welt!

Das wurde so lange wiederholt, *bis die Welt daran glaubte*, bis endlich ganz Deutschland kapitulierte und Millionen überzeugt waren, daß sie die Ruhe gestört hätten. Und sie haben ihr eigenes Urteil unterschrieben. Heute richtet sich das *Trommelfeuer der Welt gegen Japan,* den "Ruhestörer" des Ostens. Alle Staaten, die sich nicht beugen wollen der internationalen Hochfinanz, werden so lange als Ruhestörer verschrien, bis sie schwach werden und dem Druck der mobilisierten Welt erliegen. Das war gefährlich für das deutsche politische Bürgertum, weil es diese Taktik nicht kapierte.

Hitler betont die Unmöglichkeit, gegen eine solche Taktik mit normalen Mitteln anzukämpfen, weil die Verleumder einer Belehrung gar nicht zugänglich sind. Die "Münchener Post" überzeugen zu wollen von der Unwahrheit ihrer Behauptung, ist unmöglich, *weil sie das genau weiß.* Sie hat die Behauptung aufgestellt, nicht weil sie wahr ist, sondern weil sie sich sagte: *Das nützt etwas*, das kann man verwenden zur bewußten Aushöhlung und Zerstörung des verhaßten Gegners. Dagegen muß eines Tages eine andere Kraft angesetzt werden, *die Wahrheit muß ihren Beschützer bekommen*, der für die

8 Ernst Pöhner war am 1.10.1921 wegen seiner Unterstützung der NSDAP von Innenminister Schweyer entlassen worden. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 121 f.

Wahrheit ficht und den anderen, der sie nicht anerkennen will, mit eiserner Brutalität zwingt, sie anzuerkennen. (Starker Beifall.)

Was wir heute tun können, ist, in unseren Kreisen die Überzeugung zu vertiefen, daß der Marxismus *nicht anders kann als lügen,* daß jedes Wort Lüge ist, konzentrierte Lüge, und daß die Parteigenossen sich von ihr nicht beirren lassen dürfen. In einzelnen klaren Fällen werden wir dann dem größeren Teil der Öffentlichkeit zeigen, wie gemein sie belogen und beschwindelt wird. *Andern Menschen die Augen zu öffnen, das ist die Aufgabe des Abends.*

Zur Taktik dieses Lügensystems gehört es auch, Dinge zu behaupten, die auf Grund der bisherigen Ansichten über einen Menschen *geradezu das Gegenteil darstellen.*

Zum Beispiel: Ich war mein ganzes Leben *ein Gegner Frankreichs,* weil ich in Frankreich den Todfeind meines Volkes sehe. Was ist wirkungsvoller als zu sagen: Der Mensch wird von Frankreich bezahlt; so infam das ist, der normale Mensch sagt sich: Was muß das für eine abgrundtiefe Verkommenheit sein!

Oder: Ich bin mein Leben lang *schärfster Feind der Tschechen* gewesen. (Zuruf: das weiß ich!) Was ist wirkungsvoller als zu sagen: Der Mensch ist selber ein Tscheche, in Prag geboren, kann nicht einmal deutsch. (Heiterkeit.) Millionen Menschen sagten sich: Was ist das für eine grandiose Beleidigung! So etwas kann man nur sagen, wenn es wahr ist.

Oder: Ich bin schärfster Gegner der *Freimaurer.* Was ist wirkungsvoller als zu sagen: Dieser Mensch wird von den Freimaurern bezahlt!

Wenn ein Mensch für Großdeutschland kämpft und durch seine Tat bewiesen hat, daß er nicht nur mit dem Mund, sondern mit dem Blut für Deutschlands Größe gefochten hat, was ist wirkungsvoller als zu sagen: *Der Mensch hat die abgetrennten Gebiete verraten* und preisgegeben!

Auf dieser Basis liegen

die letzten Wahllügen,

die zunächst *verrückt* erscheinen. Aber die Menschen sagen sich: Das kann man nicht sagen, wenn es nicht wahr wäre! *Damit rechnen die Verleumder.* Für einen größeren Kreis von Menschen, der nicht an sich zu uns gehört, ist dieser einzige Satz herauszugreifen und festzustellen, *wer der wirkliche Verräter an Südtirol ist. Wer hat Südtirol tatsächlich verraten?*

Ich weiß genau, daß unsere Gegner morgen nicht darauf eingehen. In diesem Saal sind zweieinhalb bis dreitausend Menschen. Sie selber können die Träger der Wahrheit sein, wenn sie selbst für die Wahrheit eintreten und vor der öffentlichen Meinung nirgends kapitulieren (starker Beifall), schon deshalb nicht, weil diese öffentliche Meinung es nicht verdient, daß man vor ihr kapituliert. Sie ist das käuflichste, wandelbarste Wesen, das es überhaupt gibt.

Hitler legt dar, daß Südtirol als ein Teil des alten habsburgischen Staates südlich der heutigen Grenze 430.000 Italiener und 230.000 Deutsche zählt[9], die im nördlichen Teil massiert erscheinen, während Italiener sich südlich befinden. Ein rein deutsches Gebiet

9 Nach der Umgangssprachenerhebung vom 1.12.1921 zählte die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in Südtirol 195.000 Personen. Vgl. Winkler, Statistisches Jahrbuch, S. 93.

ist nur der Norden, dann kommt eine breitere gemischte Zone, und hierauf die italienische Zone. Wenn der *habsburgische Staat* in einen Krieg verwickelt wurde, mußte er notwendigerweise *zerschlagen werden*, weil der Kitt dieses Staates aus kaum 9 Millionen Deutschen bestand. Er mußte sich in seinen nationalen Teilen langsam auflösen und bildete *eine Gefahr für jeden Verbündeten*, weil eine ganze Anzahl von Nachbarstaaten ein Interesse an der Demolierung dieses Staatsgebildes hatte. Mit dem wahnsinnigen *Geschrei gegen den Zarismus*, das die deutsche *Sozialdemokratie* erhob, lud es Deutschland einen zweiten gigantischen Gegner auf den Hals, mit einer Motivierung, die ebenso verlogen war wie alles, was der Marxismus tut. Zu gleicher Zeit wurde in Paris die "Entente cordiale" gegründet, und das republikanische Frankreich konnte mit dem zaristischen Rußland Bundesgenossenschaft schließen, *ohne daß der Marxismus ein Wort verlor.* Nur Deutschland durfte es nicht. *Das war der erste Fluch des Marxismus.*

Als der Krieg drohend vor der Türe stand, hat die Sozialdemokratie alles getan, was die innere Widerstandsfähigkeit Deutschlands schädigen konnte. *Sie ist der Träger der pazifistischen Vergiftung gewesen.* Als die Welt sich eine gigantische Rüstung anlegte, *war Deutschland schuld an der ganzen Weltrüstung.* Jetzt ist Deutschland entwaffnet, und noch jetzt bringt es die Sozialdemokratie fertig, *den hunderttausend Soldaten, die wir haben, die Schuld an der Weltrüstung aufzubürden.* Kriegsdienstverweigerung wurde offen gepredigt und von der sozialdemokratischen Fraktion in Schutz genommen. Dabei mußte man wissen, *daß Südtirol nicht gerettet wird durch den Protest eines sozialdemokratischen Parteibonzen*, sondern daß man es nur retten kann durch Blut und Eisen. Damals hat die Sozialdemokratie dieses Schwert planmäßig stumpf gemacht. Weil Deutschland das friedfertige Volk war, mußte behauptet werden, daß es der Störer des Weltfriedens sei, mußte diese Behauptung *entsetzliche Verheerungen im Hirn des kleinen Mannes* anrichten.

Endlich hat man alles getan, positiv *unsere Waffen zu schwächen.* Man hat die deutschen Heeres- und Marinevorlagen blutig bekämpft und abgelehnt, obwohl man wissen mußte, daß auch *Südtirols Schicksal* auf dem Spiele steht. Drei Armeekorps wurden in der dringendsten Stunde noch gestrichen, die Verstärkungen der Heeresartillerie wurden gestrichen, die Umstellung unserer leichten Feldartillerie auf ein modernes Modell wurde gestrichen, und man hat die Gewissenlosigkeit gehabt, *zwei Millionen unausgebildete Leute in den Krieg zu schicken.* Die Sozialdemokratie war schuld, daß junge unausgebildete Menschen mit 12 Wochen Dienstzeit nach *Flandern* geschickt wurden, um dort zusammengeschossen zu werden. *Das können die Herren Genossen Auers niemals verantworten vor der Geschichte, was sie an jungem deutschen Blut gesündigt haben.* (Bewegung. Zuruf: aufhängen!) So konnten die ersten Wochen, die die größten Siegesmöglichkeiten gehabt hätten, dank der Tat dieser Herren leider nicht zum Siege führen.

Dieselben Herren haben auch die Marine dauernd gelähmt. Und sie sind schuld daran, wenn später die grenzenlose Not gekommen ist. Wir konnten einen 42-Zentimeter-Mörser nur haben, *weil der Deutsche Reichstag nichts davon wußte. Hätte er dies gewußt, so hätte er alles verraten.*

Die Heeresleitung mußte vor der eigenen Volksvertretung mehr Angst haben wie vor jedem Spionagesystem der Gegner.

Ein Teil der deutschen Presse bringt es auch heute fertig, anläßlich des Hamburger *Giftgasunglücks* [10] *Deutschland zu denunzieren* und dadurch mitzuhelfen, daß wir den anderen wehrlos ausgeliefert sind. (Bewegung. Zurufe: Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie erklärte, sie hätte damals auch ihre Pflicht erfüllt. Der deutsche Arbeiter, jawohl, *die deutsche Sozialdemokratie, niemals.* Das ist der Unterschied, so groß wie jener zwischen den Millionen abgehärmter Menschen, die vielleicht ihre Stimmen der Sozialdemokratischen Partei gegeben haben, und den *paar Börsenschiebern, die den Nutzen davon haben.* Der deutsche Arbeiter hat in unsterblicher Weise seine Pflicht erfüllt *gegen die Absicht der Führer.*

Was hat die Sozialdemokratie im Weltkrieg getan, um die Stärke Deutschlands möglichst zu fördern, dadurch den deutschen Sieg herbeizuführen *und damit auch Südtirol zu retten*? Sie hat erklärt, das seien monarchistische und kapitalistische Schwindeleien, die Welt wolle nur wegen des verfluchten Militarismus mit Deutschland nichts zu tun haben. Sie hat erklärt, daß wir einem Zustand der Freiheit, Schönheit und Würde entgegengehen, wenn wir uns unterwerfen, *wenn wir freiwillig unsere Waffen abliefern.* Sie hat 1917 die *Friedensresolution* veranlaßt, womit wir dem Gegner zeigten, daß wir wehrlos sind, und der Druck des Gegners verdreifacht wurde mit der Parole: Jetzt werden die Boches mürbe, jetzt drauf auf sie! *Sie haben damit Südtirol preisgegeben* zu einer Zeit, in der noch deutsche Truppen südlich von Südtirol standen. Als man in Deutschland zum letzten Hieb auf der Westfront ausholte, mit dem wir alle hofften, die Front zu durchbrechen, *haben sie in Deutschland den Munitionsstreich* [*sic!*] [11] gemacht. (Bewegung. Zurufe: *Ebert*!) Und der "Vorwärts" hat geschrieben: Es ist unser Wunsch, daß Deutschland in diesem Krieg seine Flagge für immer streiche, ohne sie siegreich nach Hause gebracht zu haben! (Stürmische Entrüstung. Zuruf: Schweine!) *Und diese Lügner und Verräter reden jetzt von einem Verrat an Südtirol* bei denen, die damals gekämpft haben. Daran kann man die ganz erbärmliche Verworfenheit dieser marxistischen Lügenpropaganda so recht studieren.

Wir haben einen Zeugen, den die "Münchener Post" nicht ableugnen kann. Das ist der sozialdemokratische Reichstagskandidat, der fünffach vorbestrafte Sittlichkeitsverbrecher Emil *Barth* [12], der diese Dinge in seiner Schrift "Aus der Werkstatt der deut-

10 Am 20.5.1928 hatte sich auf dem Gelände der chemischen Fabrik Stolzenberg im Hamburger Stadtteil Veddel eine Explosion ereignet, bei der das Giftgas Phosgen freigesetzt wurde. Vgl. Berliner Tageblatt vom 21.5.1928 (AA), "Gaskatastrophe in Hamburg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 22.5.1928, "Giftgas-Katastrophe in Hamburg"; Berliner Tageblatt vom 23.5.1928 (AA), "Die Hamburger Giftgas-Katastrophe".

11 Gemeint ist der im Januar 1918 in Berlin ausgerufene Munitionsarbeiterstreik, in dessen Leitung Friedrich Ebert eintrat, um ihn zu beenden. Vgl. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985, S. 361 ff.

12 Emil Barth (1879-1941), Klempner, 1914 Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1917 Mitbegründer der Organisation der revolutionären Obleute in Berlin, Nov. bis Dez. 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten (USPD), 1922 Eintritt in die SPD.
Barth war wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses in den Jahren 1902 bis 1909 mehrmals verurteilt worden. Vgl. Hermann Müller-Franken, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 79 f.

schen Revolution"[13] schildert, und aus der hervorgeht, daß diese Herren *zu Hause den Zusammenbruch unseres deutschen Volkes organisiert haben.*

Hitler verweist auf einen Ausspruch Churchills[14] und anderer alliierter Staatsmänner, wonach im Jahre 1918 alles an einem einzigen Faden hing, und drei Monate später die alliierte Welt zusammengebrochen wäre. Das ist die Schuld jener Herren, die heute andere als Verräter Südtirols stempeln. Hätten sie eine Zeitlang noch standgehalten, dann wäre das die Rettung nicht nur Deutschlands, *sondern auch Südtirols gewesen.*

Adolf Hitler bekennt sich als Frontsoldat stolz als

Rächer jener zwei Millionen,

die dort umsonst gefallen sind (starker Beifall), und die im Glauben an Deutschlands Größe verblutet sind und deren Opfer umsonst waren, dank dem Wirken der Sozialdemokratie und des Marxismus. Was auch abgetrennt ist, nichts wird zurückgewonnen werden durch Proteste, nichts durch Arbeit, Fleiß, Jammern oder Bitten, sondern eines Tages *nur durch das Schwert.* (Stürmischer Beifall.) Wer in einem unterdrückten Volk mithilft, daß das Schwert wieder geschmiedet wird, kämpft für die Befreiung, und wer es immer mehr schwächt, der verrät die abgetrennten Gebiete. Die Wiedergewinnung aller deutschen Gebiete im Auslande ist ausschließlich eine Frage der *Wiedergewinnung der politischen Macht des Mutterlandes.* Protestieren und dann unterschreiben: Wir sind schuld am Kriege! Darin besteht die Verlogenheit dieser Herren. Das Ausland hat alles nachgeredet, was verworfene Deutsche ihm vorgeworfen haben. *Was interessiert den Marxisten ein verlorenes Gebiet,* hat er ein Interesse am Schicksal der Deutschen in Elsaß-Lothringen, der Deutschen in Belgien, in Dänemark, in Polen, in der Tschechoslowakei, der Deutschen in Jugoslawien, Rumänien und Rußland? Kein Wort darüber hören Sie. *Frankreich allein hat über drei Millionen Deutsche ausgewiesen,* also mehr als je in Südtirol Deutsche gelebt haben. *Der Marxismus schwieg.* Nicht das Reichsbanner hat den Separatismus niedergeschlagen, es waren nicht Leute Auers, die Heinz *Orbis*[15] beseitigt haben, um die Pfalz zu retten. Es waren ganz andere Menschen, die uns politisch näher stehen als Herr Auer. In *Bromberg* hat man in aller Ruhe einen Bismarckturm gesprengt - die deutsche Presse geht seelenruhig darüber hinweg. Das alles geschieht von den Vasallen Frankreichs. *Würde in Italien der Freimaurer Nathan regieren, dann würden die Marxisten keine Silbe verlieren über das Schicksal von Südtirol.* Das interessiert sie nur aus einem Grunde: *Sie haben Angst, daß Italiens Beispiel auf Deutschland überspringen könnte, und davor, daß Deutschland und Italien gemeinsam die*

13 Berlin 1919. In dieser Schrift schildert Barth die Ereignisse während der Revolution 1918/19 und seine Tätigkeit als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten.

14 Sir Winston Churchill (1874-1965), brit. Politiker, 1893-1895 Ausbildung am Royal Military College in Sandhurst, 1900 Mitglied des House of Commons (Conservative Party), 1904-1924 Mitglied der Liberal Party, 1908-1910 Handelsminister, 1910/11 Innenminister, 1917/18 Munitionsminister, 1918-1921 Kriegs- und Luftfahrtminister, 1921/22 Kolonialminister, 1924 Wiedereintritt in die Conservative Party, 1924-1929 Schatzkanzler, 1940-1945 Premierminister.

15 Franz Josef Heinz (1884-1924), genannt Heinz-Orbis, Landwirt in Orbis, Nov. 1923 bis Jan. 1924 Präsident der "Regierung der Autonomen Republik Pfalz", am 9.1.1924 von Mitgliedern des pfälzischen "Kampfbundes" in Speyer erschossen.
Zu den Hintergründen vgl. Gerhard Gräber/Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992.

Fesseln der internationalen Hochfinanz zerschlagen könnten. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Deshalb diese ganz maßlose, *künstliche Entrüstung* bei den Marxisten, denen doch Deutschland vollkommen gleichgültig ist. Glauben Sie, daß wir Südtirol zurückbekommen, solange der Friedensvertrag von Versailles besteht? Papierne Proteste für die Rettung des Vaterlandes und Dolchstöße für die Retter des Vaterlandes, das ist die Tat der Marxisten zu allen Zeiten gewesen.

Vorgestern hat der Marxismus gesiegt [16] und gestern schon *jubelt ganz Frankreich mit Begeisterung auf.* Nicht, daß sie das Rheinland räumen, nein, sie sagen: Früher konnten wir das Rheinland nicht räumen, weil wir Gefahr liefen, durch den deutschen Nationalismus aus Vaterlandsliebe nicht bezahlt zu werden, und jetzt können wir das Rheinland nicht räumen, weil wir Gefahr laufen, durch die Sozialdemokratie *infolge ihrer Korruption* nicht bezahlt zu werden. Sie haben immer einen Grund. Sie jubeln, weil jetzt die Gefahr beseitigt ist, daß Deutschland erwachen könnte. *Der Jubel Frankreichs in diesen Tagen ist die vernichtendste Abfertigung für den marxistischen Wahlsieg.* Oder glauben Sie, daß man in Frankreich auch gejubelt hätte, wenn zweihundert Nationalsozialisten im Reichstag eingezogen wären? In Paris wäre man blaß geworden, weil wir Deutschland säubern würden von seinen Verrätern, weil wir dieses innere Deutschland umgestalten würden, würde Frankreich Angst bekommen auch vor dem äußeren Deutschland. Außenpolitik ohne nationale Begeisterung, ohne ein tapferes einiges Volk hinter sich zu haben, kann man nicht machen. *Außenpolitik mit Reichsbannerhorden, die französischen Pazifisten zujubeln, wenn sie Deutschland besudeln, kann man nicht machen.* (Lebhafte Pfuirufe.)

Wir gestehen ein, daß für uns die Zukunft Deutschlands nicht in einer mechanischen Grenzkorrektur liegt. Wir wären damit wieder auf den Welthandel angewiesen, der uns zu *Konkurrenten* von vier bis fünf anderen Staaten macht. Das ist keine Zukunft. Die nationalsozialistische Bewegung will sich weit hinausheben über dieses verlogene Spießbürgerniveau und zum Vorkämpfer jener Erkenntnis werden, die besagt, daß wenn wir nicht mehr Grund erhalten, wir eines Tages zugrunde gehen müssen. *Wir folgen keiner Politik, die nicht die Existenz des Volkes für die Ewigkeit sicherstellen könnte,* weil ich zum Unterschied von diesen marxistischen Bonzen Soldat gewesen und jahrelang über genug Leichen gestiegen bin, um nicht zu wissen, was der Krieg heißt. Ich glaube, daß ich Tatkraft genug besäße, unser Volk auch zum blutigen Einsatz zu führen, aber nicht für eine Grenzregulierung, sondern

zur Rettung in fernste Zukunft

hinein, damit es so viel Boden und Grund erhält, daß ein Vielfaches des Bluteinsatzes der Nachwelt zurückgegeben werden kann. (Starker Beifall.)

Im Kriege fallen nicht die schlechten Elemente, sondern die hochwertigen, ein Bluteinsatz, der einem Volke genommen wird und nicht ersetzt werden kann. Wenn nicht Hunderttausende der besten Söhne gefallen wären, wäre die Zukunft Deutschlands eine andere geworden. Wundern Sie sich nicht, wenn alles, was Vaterlandsliebe besitzt, ru-

16 Zu den Ergebnissen der Reichstagswahl am 20.5.1928 vgl. Falter, Wahlen, S. 41 ff.

delweise zusammengeknallt wird, daß dann die Erbärmlichkeit siegt. *Der Marsch der vierhundert Banditen, Strolche und Zuhälter von der Theresienwiese herein wäre sonst nicht möglich gewesen*[17]. (Starker Beifall.)

Der Redner ersucht die Herren, denen heute Südtirol so sehr am Herzen liegt, doch zu marschieren, um es zurückzuerobern. (Lebhafter Beifall, Zuruf: Reichsbanner!) Jawohl, sie sollen das Reichsbanner einsetzen. Ich glaube, den Mut hinter diesen Bananen zu marschieren, bringen wir schon auf! Sie werden es nicht tun, verteidigen sie sich doch schon in Deutschland miserabel. Zwölf Nationalsozialisten genügen, um sechzig *Reichsbananen* irgendwo hinzujagen. *Ein Dutzend Rotfrontkämpfer können eine wohlauswattierte Hundertschaft des Reichsbanners in alle Winde hauen.* Sie denken nicht daran, Südtirol zurückzuerobern, sondern am allgemeinen Weltbombardement gegen Italien teilzunehmen, *das sich nicht einfügt in die allgemeine internationale Weltorganisation* u[*nd*] bei dem man fürchtet, daß es über Völkerbund u[*nd*] Freimaurer hinweg seinen eigenen Weg gehen könnte. Wenn Wilhelm II. mit dem Schwert rasselte, so standen immerhin 25 Armeekorps hinter ihm, wenn aber heute die Republik mit dem Schwert rasselt, so klingt das nach Papier.

Möchte das Volk doch zur Erkenntnis dessen gelangen, was notwendig ist:

Nicht paktieren mit Frankreich,

sondern Organisierung des allgemeinen *europäischen Widerstandes gegen Frankreich!* Wenn heute der Satan käme und sich mir als Verbündeter antragen würde gegen Frankreich, würde ich ihm die Hand geben (stürmischer Beifall), würde auch mit ihm marschieren, denn eines weiß ich: *So lange Frankreich nicht von seiner europäischen Hegemoniestellung verdrängt wird, wird Deutschland nie mehr das Notwendige zum Leben bekommen.*

Da sehe ich zwei Staaten, die an dieser Hegemonie kein Interesse haben können: *Deutschland und Italien* und vielleicht auch England, die nicht wünschen können, daß Frankreich zum allgewaltigen Staat wird. Umsomehr, als sich Nationalisten können sich über nationale Probleme aussprechen [*sic!*]. Marxisten können es nicht. Für uns ist die Frage Südtirols keine andere, als die Frage Elsaß-Lothringen, als die Frage Eupen-Malmédy, als die Frage des Deutschtums in Dänemark, in Polen, Jugoslawien, Rumänien und Rußland. *Für uns sind alle Deutschen gleichwertig.* Es ist *blödsinnig*, wenn Herr *Auer* sagt: Ich verzichte nicht auf Südtirol. Das wird die Welt maßlos interessieren. Oder wenn Herr Beutner sagt: Ich verzichte auf Südtirol nicht! Die Herren vergessen, *daß sie schon ganz offiziell Verzicht geleistet haben.* Aber wenn Herr Auer sagen würde: Alte, gib mir meine Stiefel und meinen Säbel, ich will ... (stürmische Heiterkeit und Beifall), dann würde die Welt Respekt haben vor Herrn Auer.

An diesem Tage würde ich meine italienische Politik aufgeben und hinter Herrn Auer - nicht ganz - diesmal bleibe ich in der Etappe, weil *ich* erst abwarte, ob das Sturmbataillon des Herrn Auer so standhaft ist, wie *wir* es am Brenner waren. Wenn ich sehe, daß Herr Auer den ersten italienischen Graben stürmt, dann gehe ich auch nach.

17 Anspielung auf den Demonstrationszug unter der Führung Kurt Eisners, der am 7.11.1918 in München zum Sturz der Monarchie führte.

(Beifall und Heiterkeit.) *Wir haben bereits gekämpft um Südtirol.* Nun sollen die Leute, die es verraten haben, es zurückerobern! Wenn man zweihundert Kämpfer im Deutschen Reichstag hat, kann man auch draußen die Spitze bilden.

Aber heute hetzt der Marxismus gegen den Faschismus wie seinerzeit gegen den Zarismus. Wenn wir so weiterfahren wie jetzt, kann die Antwort Italiens keine andere sein. Angenommen, es gäbe ein nationalsozialistisches Deutschland, und wir hätten 200.000 Italiener, und in Rom erklärte man: die holen wir mit Frankreich zurück, dann würde ich dafür sorgen, *daß eines Tages diese Gefahr beseitigt wird.*

Die ganze deutsche Presse hat das

Interview des "Tag"-Korrespondenten mit Mussolini [18]

glatt unterschlagen, das da lautete: *Wenn Deutschland seine Haltung zu Italien ändert, dann bin ich zu einem Entgegenkommen bereit in Südtirol!* Beginnen sie ihrer französischen Politik zu entsagen, *dann ist auch Italien zu einer Annäherung bereit.* Das wäre die einzige Möglichkeit, um dem Deutschtum in Südtirol wirklich zu dienen. Hitler möchte den *Südtirolern* wünschen, daß sie *klug* wären und fühlen, was ihnen am meisten Nutzen brächte als Brücke zwischen Italien und Deutschland, bis die beiden Nationen als Nationalstaaten eintreten können zur Erringung der Freiheit, zur Sprengung der Fesseln der internationalen Finanz als des Hauptbeauftragten des heutigen Frankreichs.

Das ist unser "Verrat" an Südtirol.

Es ist erklärlich, daß der Marxismus zu einer anderen Erklärung meiner Haltung zu Südtirol nicht kommen kann, als durch den *Vorwurf, daß ich mit Lire bezahlt werde.* Für viele Marxisten wäre es *begreiflich.* Eine Partei, die stets international organisiert war und schon im Frieden dauernd ihre Gelder international ausgetauscht hat, kann auch von anderen nichts anderes erwarten. In diesem Falle wissen die Herren, *daß es nicht wahr ist.* Vorgestern bin ich von Frankreich bezahlt worden, heute von Italien, morgen von Sowjetrußland, von den Freimaurern und Juden, von der Tschechoslowakei und Jugoslawien, und eines Tages werde ich nicht mehr wissen, wohin mit dem ganzen Geld? Sie sagen ja jetzt schon: Er weiß nicht wohin mit dem Gelde, darum läßt er so viel drukken!

Wenn der preußische Ministerpräsident *Braun* sagte: Sie werden nicht mehr zurückkommen in den Reichstag, so sind wir doch wieder gekommen, wesentlich stärker als früher. *Solange in Deutschland noch ein Marxist ist, werden wir immer wieder kommen.* (Beifall.) Erst wenn der letzte Marxist verschwunden ist, könnte ich sagen, *jetzt ist unsere Mission beendet,* weil erst mit dem Sterben des Marxismus wieder der Sieg der Wahrheit zu erwarten ist. Was die Herren auch von nationalen Tönen reden, ist immer falsch, durchsichtig und unwahr, weil es nicht aus ihrem Herzen kommt.

Auf eine Popularität verzichte ich, die ich mit einer Lüge erkaufen müßte. Das muß die Parole unserer ganzen Bewegung sein. Werden auch Sie alle Kämpfer und Träger der Wahrheit, vertiefen Sie sich in unsere Literatur, lesen Sie unsere Presse über die außenpolitischen

18 Der Tag vom 29.4.1928, "Deutschland und das faschistische Italien".

Probleme. Hätte unser Volk außenpolitisch klarer gedacht, dann wäre sein ganzes Schicksal anders geformt worden. Abonnieren Sie unsere Presse, denn wir werden glatt totgeschwiegen.

Sie haben die Pflicht, Träger dieser Ideen zu sein, dann wird vor diesem Heer von Aposteln eines Tages die Lüge kapitulieren müssen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [19]

31. Mai 1928 Dok. 281
Anordnung

VB vom 1.6.1928, "Aus der Bewegung. Bekanntmachung".

Zum Gauleiter des Gaues *Oberbayern-Schwaben* bestimme ich den Pg. Fritz *Reinhardt* [1] in Herrsching am Ammersee.

München, den 31. Mai 1928

Adolf *Hitler*

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter in Herrsching, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter von Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter von Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 Zweiter Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der NSDAP-Reichspropagandaabteilung II, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreter des Führers.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BDC	Berlin Document Center
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BVP	Bayerische Volkspartei
CEH	Central European History
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DOB	Deutscher Offiziersbund
Dok.	Dokument
DsP	Deutschsoziale Partei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GL	Gauleitung
GRUSA	Grundsätzliche Anordnungen
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe

masch.	maschinenschriftlich
MdI	Ministerium des Innern
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NL	Nachlaß
Nds.	Niedersächsisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDFB	Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
OG/OGr.	Ortsgruppe(n)
OHL	Oberste Heeresleitung
OPG	Oberstes Parteigericht
OSAF	Oberste SA-Führung
Pg./Pgg.	Parteigenosse(n)
PND	Politischer Nachrichtendienst (der Polizeidirektion München)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RL	Reichsleitung
RMI	Reichsministerium des Innern
RN	Rufnummer
SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
stellv.	stellvertretende(r)
StGB	Strafgesetzbuch
TH	Technische Hochschule

USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVM	Vaterländische Verbände München
VVV/VVVD	Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Auerbach, Hellmuth, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923, in: VfZ 25 (1977), S. 1-45

Beck, Friedrich Alfred (Hrsg.), Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938

Bellers, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik (= Studien zur Politikwissenschaft. Abt. B, Bd. 27), Münster 1988

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33), Düsseldorf 1966

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 81), München 1986

Bergmann, Jürgen, Jürgen Brockstedt, Rainer Fremdling, Rüdiger Hohls, Hartmut Kaelble, Hubert Kiesewetter und Klaus Megerle, Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 55), Opladen 1989

Bernhard, Henry (Hrsg.), Gustav Stresemann. Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Bd. I-III, Berlin 1932-1933

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984

Biewer, Ludwig, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches (= Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 118), Frankfurt a. M. 1980

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938, München [2]1983

Brandstötter, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, Diss. phil. Wien 1969

Bytwerk, Randall L., Julius Streicher, New York 1983

Carsten, Francis L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977

Cienciala, Anna M. und Titus Komarnicki, From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919-1925, Lawrence 1984

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969

Deuerlein, Ernst (Hrsg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1962

Dresler, Adolf und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938

Falter, Jürgen, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986

Faust, Albert B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985

Fenske, Hans, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973

Fleischmann-Bisten, Walter, Der Evangelische Bund in der Weimarer Republik und im sogenannten Dritten Reich (= Europäische Hochschulschriften. Reihe XXIII: Theologie, Bd. 372), Frankfurt a. M. 1989

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980

Franke, Volker, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt (= Historie in der Blauen Eule, Bd. 4), Essen 1987

Frey, Erich, Ich beantrage Freispruch, Hamburg 1960

Gatzke, Hans W., Stresemann und Litwin, in: VfZ 5 (1957), S. 76-90

Goltz, Colmar Freiherr von der, Das Volk in Waffen. Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit, Berlin ^{6}1925

Gordon, Harold J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971

Gräber, Gerhard und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992

Grathwol, Robert P., Stresemann and the DNVP. Reconciliation or revenge in German foreign policy 1924-1928, Lawrence 1980

Grill, Johnpeter Horst, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983

Gruchmann, Lothar, Hitlers Denkschrift vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument, in: VfZ 39 (1991), S. 305-328

Gumbel, Emil Julius, "Verräter verfallen der Feme". Opfer - Mörder - Richter 1919-1929, Berlin 1929

Hakenkreuz-Liederbuch. Zusammengestellt von Franz Grundner, München 1924

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Hrsg. von Carl Rentsch-Roeder (= Braune Bücher, Bd. 1), Berlin 1932

Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte, Bd. 17), Nürnberg 1976

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918 (= Schriftenreihe Wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 19), Tübingen 1968

Hartenstein, Wolfgang, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22), Düsseldorf 1962

Heiber, Helmut, Joseph Goebbels, Berlin 1962

Hennig, Diethard, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), München 1990

Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. Teil I: Januar 1928, Teil II: Mai 1928. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern, München o. J. (1928)

Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerald L. Weinberg (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Stuttgart 1961

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Bde., München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973)

Hohlfeld, Johannes (Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Bd. III: Die Weimarer Republik 1919-1933, Berlin o. J. (1953)

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung. Teil 1 und 2 (= Europäische Hochschulschrifte. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 447), Frankfurt a. M. 1990

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925 (= Cass Series on Politics and Military Affairs in the Twentieth Century, Bd. 3), London 1989

Jacobsen, Hans-Adolf und Werner Jochmann (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945, Bielefeld o. J. (1961)

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 21), Stuttgart 1980

Jarausch, Konrad H., Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a. M. 1984

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 16), Tübingen 1963

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989

Kann, Robert A., Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg, München 1966

Karbaum, Michael, Studien zur Geschichte der Bayreuther Festspiele 1876-1976 (= Arbeitsgemeinschaft 100 Jahre Bayreuther Festspiele, Bd. 3), Regensburg 1976

Kater, Michael H., The Nazi Party. A social profile of members and leaders 1919-1945, Oxford 1983

Kater, Michael H., Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Straßer, in: VfZ 22 (1974), S. 148-190

Kirdorf, Emil, Erinnerungen. 1847-1930, Privatdruck Düsseldorf (um 1931)

Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 7), Berlin 1972

Kracauer, Siegfried, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films (= Siegfried Kracauer. Schriften Bd. 2. Hrsg. von Karsten Witte), Frankfurt a. M. 1979

Krause, Thomas, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933. Mit einem Vorwort von Dirk Stegmann, Hamburg 1987

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), Stuttgart 1959

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985

Kruppa, Bernd, Rechtsradikalismus in Berlin 1918-1928, Berlin 1988

Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil. Erlangen 1960

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Köln 1983-1986

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970

Lippelt, Helmut, "Politische Sanierung". Zur deutschen Politik gegenüber Polen 1925/26, in: VfZ 19 (1971), S. 323-373

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989

Luedecke, Kurt G. W., I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge, London 1938

Mathis, Franz, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen, Wien 1987

McKale, Donald M., The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence 1974

Müller-Franken, Hermann, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928

Nagel, Irmela, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik (= Kölner Historische Abhandlungen, Bd. 36), Köln 1991

Nußer, Horst G. W., Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933. Mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870-1941, München 1973

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot." Das Ende einer Parole, Hamburg 1935

Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Hrsg. und erläutert von Alfred Rosenberg, München 1922

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988

Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930

Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1963

Poschinger, Heinrich von (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939

Reden der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27. - 30. August 1922, Würzburg 1923

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34), Düsseldorf 1966

Rosenbaum, Eduard und A. J. Sherman, M. M. Warburg & Co. 1798-1938. Merchant bankers of Hamburg, London 1979

Der Prozeß Rouzier, Landau 1927

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bd. 24), München 1966

Schmidt, Peter, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers. Zehn Jahre Gauleiter, Köln 1941

Schmitt, Klaus Werner, Die Rheinisch-Westfälische Zeitung und ihr Verleger Reismann-Grone (= Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 69), Dortmund 1974

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 46), Düsseldorf 1972

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977

Schomerus, Friedrich, Werden und Wesen der Carl-Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886-1896), Stuttgart ²1955

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963

Schücking, Walther und Hans Wehberg, Die Satzung des Völkerbundes, Berlin ²1924

Schueler, Hermann, Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894-1933. Eine Biographie, Köln 1981

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975

Schuster, Kurt, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55), Düsseldorf 1975

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 24), Stuttgart 1982

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978

Stachura, Peter D., Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983

Starkulla, Heinz, Organisation und Technik der Pressepolitik des Staatsmannes Gustav Stresemann (1923 bis 1929). Ein Beitrag zur Pressegeschichte der Weimarer Republik, Diss. phil. München 1951

Steffani, Winfried, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeu-

tung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 17), Düsseldorf 1960

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981

Stern, Howard Norman, Political Crime and Justice in the Weimar Republic, Diss. phil. Baltimore 1966

Stokes, Lawrence D., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984

Striesow, Jan, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981

Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefe für Zeitgeschichte, Bd. 1), Stuttgart o. J. (1961)

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987

Tracey, Donald R., The Development of the National-Socialist Party in Thuringia, 1924-1930, in: CEH 8 (1975), S. 23-50

Die Tragödie von Verdun 1916. In Einzeldarstellungen bearbeitet und herausgegeben im Auftrag des Reichsarchivs. 4 Bde., Oldenburg 1926-1928

Turner, Henry Ashby (jr.), Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und Bearb.: Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel. Bd. VI: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924-1928. Rapallo - Dawesplan - Genf, Berlin o. J. (1961)

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1901/02. Stenographische Berichte 6, München 1901

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte 1927, München o. J.

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. I. Wahlperiode 1920, Bd. 361, Berlin 1924

Vlcek, Christine, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971

Volk, Ludwig, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177 (1966), S. 173-195

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939

Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938 (= Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 28), Wien 1983

Walser, Rupert und Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. I: München, München 1989

Wandruszka, Adam und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III: Die Völker des Reiches, 2 Teilbände, Wien 1980

Diess., Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985

Weber, Werner (Hrsg.), Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge der Gegenwart, Göttingen 1962

Wehler, Hans-Ulrich, Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise des wilhelminischen Kaiserreichs, in: Die Welt als Geschichte 23 (1963), S. 27-46

Weinzierl, Erika und Kurt Skalnik, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde., Graz 1983

Weiß, Klaus, Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitik im Jahre 1928, Wien 1989

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Erlangen/Nürnberg 1964

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums. Hrsg. im Auftrag der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig in Verbindung mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Berlin 1927

Der Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1912, Bühl o. J.

Der Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1914, Bühl o. J.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person. Teil 1 enthält die Seiten 1 bis 437, Teil 2 die Seiten 439 bis 873.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl
Juni–Juli 1928

Eingeleitet von Gerhard L. Weinberg
Herausgegeben und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit

München · New Providence · London · Paris
1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 2a. Außenpolitische Standortbestimmung nach der
Reichstagswahl Juni – Juli 1928 / eingeleitet von Gerhard L. Weinberg
Hrsg. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg
... – 1995
ISBN 3-598-22004-9
NE: Weinberg, Gerhard L. [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Nach längerer, reiflicher Überlegung hat sich das Institut für Zeitgeschichte in Absprache mit Gerhard L. Weinberg entschieden, die 1961 von diesem unter dem Titel "Hitlers Zweites Buch" herausgegebenen Aufzeichnungen zur Außenpolitik, die Hitler im Frühsommer 1928 diktiert hat, in überarbeiteter Fassung in die Editionsreihe "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen" aufzunehmen.

Diese Entscheidung ist deshalb gefallen, weil die Erstauflage des "Zweiten Buches" seit längerem vergriffen ist und in der Kommentierung einen veralteten Forschungsstand repräsentiert, der vor 30 Jahren zweifellos eine erhebliche Leistung darstellte, den Fortschritten der zeitgeschichtlichen Forschung aber nicht mehr gerecht wird. Die Erstauflage gibt dem heutigen Leser zu wenig Hilfestellung: Anstelle konkreter historischer Information bietet sie oft nur vage moralisierende Bewertungen oder konfrontiert den Leser häufig mit nicht oder kaum kommentierten Thesen Hitlers. Die nunmehr vorliegende Kommentierung, die Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit erarbeitet haben, bewertet Hitlers Ideen und Behauptungen auf der Grundlage der modernen Forschung und stellt diese Diktate Hitlers, die als Ausdruck einer bestimmten historischen Situation zu begreifen sind, in den Gesamtzusammenhang seiner "Reden, Schriften, Anordnungen".

Aus diesem Grund hat das Institut für Zeitgeschichte den seinerzeit für die Veröffentlichung gewählten Titel "Hitlers Zweites Buch" nicht beibehalten. Die Überschrift "Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" kennzeichnet den Inhalt der Ausarbeitung wesentlich treffender und fügt diesen Band auch äußerlich weitaus besser in die Edition der "Reden, Schriften, Anordnungen" ein, als dies bei einer Beibehaltung des alten Titels der Fall gewesen wäre.

Stefano Eleuteri hat die Kommentierungsarbeiten unterstützt, Hannelore Scholz das satzfertige Manuskript erstellt.

Institut für Zeitgeschichte
Horst Möller
Udo Wengst

München, im März 1995

Vorwort von Gerhard L. Weinberg

Seit der ersten Veröffentlichung von "Hitlers Zweitem Buch" sind über dreißig Jahre vergangen. Die damalige Ausgabe erschien als Band 7 der "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte" des Instituts für Zeitgeschichte und ist längst vergriffen. In der Zwischenzeit hat die Forschung das Buch als wichtiges Zeugnis für die Gedankenwelt Adolf Hitlers, insbesondere zur Außenpolitik, verarbeitet; es gibt aber auch neue Informationen zur Geschichte der Schrift selbst. Da das Buch nicht leicht zugänglich ist, begrüße ich die Entscheidung des Instituts, eine neue Ausgabe des Buches mit einer teilweise neuen Einleitung in die Edition "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933" aufzunehmen.

Im Vorwort zur ersten Ausgabe dankte ich denjenigen, die mir bei der damaligen Arbeit geholfen hatten. Hier möchte ich außerdem besonders Herrn Dr. Albrecht Tyrell für seine Hinweise meinen Dank aussprechen. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß der Herausgeber die alleinige Verantwortung für die Einleitung und den Kommentar trägt, dem Autor Hitler aber der weitschweifige, vieles wiederholende und nach der menschlichen und sachlichen Seite höchst angreifbare Inhalt des Dokumentes zur Last fällt. Fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es bestimmt wichtig, durch diese Veröffentlichung noch einmal aufzuzeigen, mit welcher Geradlinigkeit die Gedankenwelt Hitlers in die große Katastrophe hineingeführt hat.

Chapel Hill, North Carolina

Einleitung von Gerhard L. Weinberg

I. Echtheit und Geschichte des Dokuments

In Anbetracht des Erscheinens eines angeblichen Tagebuches von Adolf Hitler, das als Fälschung entlarvt wurde [1], des Fälschungsnachweises einer Reihe von Dokumenten in dem Band "Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924" [2] und der vielen Fälschungen in einem Buch über Malereien und Zeichnungen Hitlers [3] ist es wichtig, zuerst einiges zur Echtheit und Geschichte des hier veröffentlichten Dokuments zu sagen.

Der erste öffentliche Hinweis auf die Existenz eines weiteren Buches von Adolf Hitler zur Außenpolitik erschien 1949 in dem Buch des ehemaligen französischen Offiziers Albert Zoller, "Adolf Hitler privat: Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin" [4]. Danach hatte Hitler ein nicht veröffentlichtes Buch zur Außenpolitik im Jahr 1925 angefangen, geheim gehalten und nur ganz selten erwähnt. Aufgrund dieses Hinweises begann ich damit, dieses Manuskript zu suchen. Das, wie wir jetzt wissen, falsche Datum in der Erinnerung der Sekretärin, die sowieso erst seit 1933 für Hitler arbeitete, findet sich auch in der einzigen, einwandfrei belegten, aus der Zeit von Hitlers Leben bekannten Erwähnung des Buches, die von Hitler selbst stammt.

Im Jahr 1953 veröffentlichte Hugh R. Trevor-Roper (jetzt Lord Dacre of Glanton) eine englische Ausgabe von Tischgesprächen Hitlers [5]. In dieser Ausgabe erschien unter dem Datum vom 17. Februar 1942 eine Erwähnung eines weiteren Buches von Hitler, eine Erwähnung, die Gerhard Ritter in seiner vorhergehenden Ausgabe des Textes in deutscher Sprache aus nicht ersichtlichen Gründen weggelassen hatte [6]. Spätere Ausgaben der Tischgespräche auf deutsch dagegen enthalten diesen Hinweis. Er lautet: "Ich habe 1925 in 'Mein Kampf' und einer anderen, nicht veröffentlichten Schrift geschrieben, daß das Weltjudentum in Japan den letzten, nicht anfreßbaren Gegner sieht." [7] Hitler spielt hier sicher auf Ausführungen zu die-

1 Vgl. Robert Harris, Selling Hitler. The Story of the Hitler Diaries, New York 1986.

2 Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980. Dies., Zu einer Edition von Aufzeichnungen Hitlers. In: VfZ 29 (1981), S. 304 f.; dies., Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169. Auf der anderen Seite gibt es auch Ergänzungen; vgl. Michael Kater, In Pursuit of Hitler. In: Canadian Journal of History 16 (1981), S. 433.

3 Billy F. Price, Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen, Zug/Schweiz 1983. Siehe hierzu Harris, Selling Hitler, S. 233.

4 Düsseldorf, S. 155 f. Zu Zoller vgl. das Vorwort des Herausgebers der französischen Ausgabe: ders., Douze ans auprès d'Hitler, Paris 1949, S. 7 f.

5 Hitler's Table Talk 1941-1944, übersetzt von Norman Cameron und R. H. Stevens, London 1953, Nr. 148.

6 Gerhard Ritter (Hrsg.), Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42, Bonn 1951, Nr. 101.

7 Percy Ernst Schramm (Hrsg.), Dr. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1965, S. 178; Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, S. 280. Auch diese beiden Ausgaben sind nicht vollständig, da sie die 1951 von mir entdeckten, in Washington liegenden Stücke ignorieren (vgl. Gerhard L. Weinberg, Guide to Captured German Documents, Montgomery, Ala. 1952, S. 55). Das ganze Problem der Tischgespräche, auch der veröffentlichten Vermerke für 1945, bedarf einer neuen gründlichen Untersuchung.

sem Problem in "Mein Kampf" (Bd. II, S. 723 f.) an, die er Max Amann 1925 diktiert hatte. Sie wurden 1926 in einem Sonderdruck des 13. Kapitels unter dem Titel "Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem"[8] veröffentlicht und erschienen im Dezember 1926 mit Copyright-Datum 1927 im Rahmen des zweiten Bandes[9]. In dem hier veröffentlichten Manuskript ist von Japan in dem genannten Sinne nicht die Rede, dagegen vom "Weltjudentum" sehr viel. Der Hinweis ist also ungenau. Aber die Entstehung der Bücher lag 14 beziehungsweise 17 Jahre zurück, und die uns bekannten Hinweise Hitlers auf sein weniger als vier Jahre zurückliegendes persönliches Testament waren ebenfalls in wichtigen Punkten ungenau[10].

Inzwischen hatte auch das Institut für Zeitgeschichte von der angeblichen Existenz eines weiteren Buches gehört. Diese Nachrichten vom Mai 1951 stammten von Erich Lauer, der eine Reihe von Liederbüchern im Eher-Verlag veröffentlicht hatte und dem dort während des Zweiten Weltkrieges das Manuskript eines Hitler-Buches gezeigt worden war. Der Mann, der es ihm gezeigt hatte, Josef Berg, berichtete dem Institut im September 1958 ausführlich über das Manuskript[11]. Berg war schon seit den frühen zwanziger Jahren ein Mitarbeiter Max Amanns im Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger[12]. Im Januar 1935 hatte Berg die Abteilung Buchverlag im Eher-Verlag und damit das Manuskript übernommen. Er behauptete, daß Hitler das Manuskript Amann in die Maschine diktiert habe und daß es außer der im Tresor des Eher-Verlages liegenden noch eine zweite Kopie des Textes gebe, eine Kopie, die angeblich auf dem Obersalzberg verwahrt worden war. Beide Behauptungen sollten mit der Entdeckung des Manuskriptes Bestätigung finden[13].

---

8 Laut Honorar-Buch des Eher-Verlages in der Handschriftenabteilung der Kongreßbibliothek in Washington wurden 10.000 Exemplare hergestellt. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925 - Juni 1926. Hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München 1992, Dok. 100. (Die einzelnen Bände dieser Edition werden einmal ganz zitiert, ansonsten wird auf die jeweiligen Dokumente nur mit Band- und Dokumentennummer verwiesen.)

9 Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927. Vgl. hierzu The Story of Mein Kampf, Wiener Library Bulletin 6 (1952), S. 31-32. Zur Geschichte von "Mein Kampf" siehe auch Reginald H. Phelps, Die Autoren des Eher-Verlages. In: Deutsche Rundschau 81 (1955), S. 30-34; Oron J. Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review LX (1955), S. 830-852.

10 Hitler erwähnte das Testament von 1938 im November 1941 und im Mai und Juli 1942; vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler's Private Testament of May 2, 1938. In: Journal of Modern History 27 (1955), S. 415-419. Das Testament ist das umfangreichste, bis jetzt bekannt gewordene Schriftstück von Hitlers Hand aus der Zeit seiner Kanzlerschaft.

11 Brief an das Institut für Zeitgeschichte, 12.9.1958.

12 Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 89. Zur Rolle Amanns siehe Oron J. Hale, The Captive Press in the Third Reich, Princeton [2]1973.

13 Hitler hatte auch Amann Teile von "Mein Kampf" in die Maschine diktiert. Amann verlor seinen linken Arm 1931 bei einem Jagdunfall. Die in dieser Ausgabe orthographisch korrigierte Vorlage zeigt eindeutig, daß der Text in die Maschine diktiert wurde. An vielen Stellen ist eine Lücke vor einem Punkt oder Komma. Der Maschinenschreiber hatte sich schon auf das nächste Wort vorbereitet und merkte erst dann, daß Punkt oder Komma nötig sei. Zum in die Maschine Diktieren siehe auch Zoller, Adolf Hitler privat, S. 14; Karl Wilhelm Krause, Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler, Hamburg 1949, S. 42. Die ehemalige Existenz mindestens einer weiteren Kopie des hier veröffentlichten Manuskripts ist dadurch bezeugt, daß nur die Seiten 1-239 Schreibmaschinen-Erstschrift sind, die Seiten 240-324 dagegen Durchschläge (durch Betrachten der Rückseite des Originals zu erkennen). Über den Verbleib des zweiten Exemplars ist nichts bekannt.

Als das Institut für Zeitgeschichte aufgrund dieser Nachrichten mich nach dem Verbleib des Manuskripts befragte, suchte ich es schon unter den damals in Alexandria, Virginia, liegenden deutschen Akten, die vor ihrer Rückverlegung in die Bundesrepublik dort gemeinsam vom amerikanischen Historikerverband und amerikanischen Behörden verfilmt wurden. Es gelang mir, ein als Entwurf für "Mein Kampf" abgelegtes Aktenstück im Sommer 1958 als das gesuchte Manuskript zu identifizieren; es wurde darauf für die Forschung freigegeben. Dem Dokument war ein Beschlagnahme-Vermerk beigelegt, der in diesem Band als Anlage veröffentlicht wird. Hiernach war das Dokument im Mai 1945 im Eher-Verlag von einem amerikanischen Offizier beschlagnahmt worden; es wurde von Josef Berg übergeben mit der Behauptung, daß es eine von Hitler "vor über 15 Jahren" geschriebene Arbeit sei. Kurz nach der Beschlagnahme wurde für eine englische Behörde ein Mikrofilm hergestellt; das Original kam mit anderen Akten in die Vereinigten Staaten. Dort wurde es unter der Archiv-Signatur EAP 105/40 geführt. Es ist inzwischen mit vielen anderen Akten zum Bundesarchiv in Koblenz überstellt worden und liegt dort unter der Archiv-Signatur BA, N 1128 (Hitler), Bd. 21.

1961 ist das Manuskript, von mir eingeleitet und kommentiert, in der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte" erstmals veröffentlicht worden. Zwei Jahre später folgte eine Veröffentlichung in französischer Übersetzung ohne Einleitung und mit einigen meiner Anmerkungen, aber ohne Hinweis auf deren Autor[14]. Eine schnell auf den Büchermarkt geworfene englische Version wurde von einem Rezensenten als "in many respects a burlesque imitation of the Weinberg edition" bezeichnet[15]. Die Prophezeiung des Rezensenten, daß "its appearance in such poor translation with inadequate editorial framework unfortunately precludes a trustworthy scholarly edition in English", ist in den folgenden Jahrzehnten bestätigt worden.

Als die bevorstehende Veröffentlichung in Deutschland angezeigt wurde, notierte Albert Speer in seinem Tagebuch, daß Baldur von Schirach und Rudolf Heß das Ganze als Schwindel ansähen, er selbst aber in Erinnerung habe, daß Hitler sich vom Eher-Verlag beim Neubau des Berghofes "auf ein vorliegendes Manuskript, daß er aus außenpolitischen Gründen noch nicht veröffentlicht sehen wollte, einige hunderttausend Mark Vorschuß hatte geben lassen"[16].

In der Forschung wurde das Dokument sofort nach der ersten Veröffentlichung als echt gewertet. Größere Artikel, die sich mit dem Buch befaßten, nahmen die Echtheit als gesichert an[17]. Soweit dem Herausgeber bekannt ist, hat kein Wissenschaftler die Echtheit des Dokuments oder die Identifikation Hitlers als Autor bezweifelt.

Mehrere Jahre nach der Erstveröffentlichung des Zweiten Buches entdeckte Albrecht Tyrell im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover einen von Rudolf Heß in der Kanzlei Hitlers in München unterzeichneten Brief vom 26. Juni 1928. Heß beantwortete eine

---

14 Adolf Hitler, L'expansion du IIIe Reich, übersetzt von Francis Brière, Paris 1963.

15 Hitler's Secret Book, Einleitung von Telford Taylor, übersetzt von Salvator Attanasio, New York 1962. Rezension von Oron J. Hale. In: Journal of Central European Affairs 22 (1962), S. 240-242.

16 Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975, S. 533 (22.10.1960). Dazu auch Speers Behauptungen in seinen nach dem Erscheinen des "Zweiten Buches" geschriebenen Memoiren. Vgl. ders., Erinnerungen, Berlin 1969, S. 100.

17 Vgl. Martin Broszat, Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch. In: VfZ 9 (1961), S. 417-429; Enzo Collotti, Il 'secondo libro' di Hitler. In: Studi Storici 3 (1962), S. 161-167.

Anfrage über einen Termin für Bernhard Rust mit dem Bescheid, "daß Herr Hitler Anfang Juli voraussichtlich einige Tage in Berlin sein wird. Vorher kommt ein Besuch des Pg. Rust kaum in Betracht, da Herr Hitler bis zur Abreise nach Berlin wahrscheinlich von München abwesend sein wird, um sein Buch zu schreiben."[18] Dieses Dokument beweist nicht nur, daß Heß über Hitlers Arbeit an einem weiteren Buch - der zweite Band von "Mein Kampf" war ja schon erschienen - zur damaligen Zeit informiert war, sondern bestätigt auch genau das in der Einleitung zur Erstveröffentlichung vorgeschlagene Datum für die Entstehung des Dokuments[19]. Die Geschichte des Dokuments darf also als gesichert gelten.

II. Die Entstehung des Buches im Jahr 1928

Der Inhalt des hier veröffentlichten Buches paßt mit dem im Brief von Rudolf Heß erwähnten Zeitraum der letzten Tage des Juni und ersten Tage des Juli 1928 gut zusammen. Alle im Manuskript enthaltenen Bezugnahmen auf aktuelle politische Ereignisse fallen in die angegebene Zeit. Die vielen Angriffe auf den noch lebenden Gustav Stresemann (z. B. S. 42 und 166), die Bemerkung über das besetzte linke Rheinufer (S. 107), das Fehlen eines Hinweises auf den Young-Plan (S. 134) deuten auf die Jahre 1927 bis 1929. Im Vorwort spricht Hitler von den zwei Jahren seit der 1926 erfolgten Veröffentlichung des Kapitels über die Südtiroler Frage aus "Mein Kampf", Bd. II. An einer anderen Stelle (S. 162 f.) bezieht sich Hitler auf die Zerstörung des Bismarck-Turms in Bromberg Anfang Mai 1928 als ein Ereignis, das "in diesen Monaten" stattgefunden habe[20]. Das Buch enthält mehrere Hinweise auf die Oper "Jonny spielt auf" (S. 159-161), die im Juni 1928 in München aufgeführt und von den Nationalsozialisten angegriffen wurde. An einer Stelle (S. 160) spricht Hitler von den angeblichen Verlusten der Partei in den ersten fünf Monaten des Jahres mit denselben Worten, die er in einer Rede am 13. Juli 1928 gebrauchte[21]. Hitler zitiert auch (S. 174 ff.) einen "heute" erschienenen Artikel der "Münchner Neuesten Nachrichten"; dieser Artikel war in der Ausgabe vom 26. Juni 1928 erschienen.

Das so doppelt gesicherte Datum - der Brief von Heß und Hinweise im Text - korrespondiert mit den Umständen des Sommers 1928. Diese Umstände enthalten auch gute Hinweise für Hitlers Entschluß, ein weiteres Buch zu diktieren, und erklären gleichzeitig die Konzentration des Buches auf außenpolitische Fragen, insbesondere auf das Problem Südtirol. Und hiermit hängt auch wahrscheinlich seine Entscheidung zusammen, den Text nicht zu veröffentlichen.

---

18 Heß an die Gauleitung Hannover-Nord der NSDAP, 26.6.1928, mit Eingangsvermerk vom 28.6.1928; Niedersächsisches HStA Hannover, Des. 310 I A 19. Brief Albrecht Tyrells an Gerhard L. Weinberg vom 6.4.1968. Zur Abwesenheit Hitlers von München Ende Juni 1928 vgl. Brief von Rudolf Heß an Hans Frank, 20.6.1928; BA, Slg. Schumacher 236.

19 Die Spekulation in der amerikanischen Ausgabe, daß das Dokument aus dem Mai 1928 stammt, beruht auf einen Übersetzungsfehler.

20 Die Ursache für den in Anm. 19 zitierten Übersetzungsfehler ist hier zu finden: Der Übersetzer vermischte Plural mit Singular, und der Autor der Einleitung verließ sich auf die unzulängliche Übersetzung.

21 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 1: Juli 1928 - Februar 1929. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994, Dok. 2.

In den Jahren vor 1928 hatte sich Hitler mehrmals mit Fragen der Außenpolitik befaßt. Da diese, und insbesondere das durch die Südtiroler Frage belastete Verhältnis zu Italien, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, ist es nötig, in der Behandlung dieser Frage etwas zurückzugehen.

Schon vor dem Putschversuch im November 1923 hatte sich Hitler mit einer zukünftigen nationalsozialistischen Außenpolitik befaßt und in diesem Zusammenhang die deutsch-italienischen Beziehungen als besonders wichtig herausgestellt[22]. Er hatte sich schon damals für ein Bündnis mit Italien entschieden; seine Schlußfolgerung, die er am 14. November 1922 zog, lautete: "Dazu ist nötig ein klarer und bündiger Verzicht Deutschlands auf die Deutschen in Südtirol."[23] Ob das, wie später behauptet wurde, zum Teil mit finanzieller Unterstützung der NSDAP durch Mussolini zusammenhängt, ist unwahrscheinlich.

Nach dem gescheiterten Putschversuch begann Hitler in der Haft mit der Ausarbeitung von "Mein Kampf". Der erste, 1925 veröffentlichte Band enthält einiges zur Außenpolitik, aber erst der 1926 erschienene zweite Band behandelte sie eingehender. Der Inhalt kann hier als bekannt vorausgesetzt werden. Schon damals wurde Hitlers Haltung in der Südtiroler Frage als anfechtbar empfunden. Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols war im damaligen Europa wahrscheinlich die am meisten in ihrem Kulturleben bedrängte; es war unter diesen Umständen kaum erstaunlich, daß diejenigen, die sich für besonders national hielten, hierauf hinwiesen[24].

Unter diesen Umständen und entsprechend seinem offensiven Instinkt veröffentlichte Hitler, wie erwähnt, das Kapitel zu diesem Thema[25] als Sonderdruck mit einem vom 12. Februar 1926 datierten Vorwort. In diesem Vorwort zu der unter dem Titel "Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem" gedruckten Broschüre beklagte sich Hitler darüber, daß außer über den Vertrag von Locarno die Zeitungen nur über Südtirol berichteten. Hitler hielt dieses Interesse für Südtirol nur für einen Vorwand, um gegen das "überragende Genie" Mussolini zu hetzen - eine Annahme, die er in dem hier veröffentlichten Manuskript ausgiebig wiederholt. Um der Verunglimpfung Mussolinis entgegenzuwirken, habe er sich zur Verbreitung des einschlägigen Teils seines Werkes als Sonderdruck entschlossen[26].

Im folgenden Jahr - 1927 - erschien Alfred Rosenbergs Schrift "Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik"[27]. Die Gedankengänge sind im großen und ganzen die gleichen, die man in "Mein Kampf" findet, besonders die unablässig wiederkehrende Forderung, daß "Lebensraum" im Osten Europas erkämpft werden müsse. Frankreich und Polen seien die Feinde

22 Vgl. Walter Werner Pese, Hitler und Italien 1920-1926. In: VfZ 3 (1955), S. 113-126; Edgar R. Rosen, Mussolini und Deutschland 1922-1923. In: VfZ 5 (1957), S. 17-41. Wichtig hierzu: Kurt G. W. Lüdecke, I knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge, New York 1937, S. 60, 77, 135.

23 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 728. Ferner ebenda, S. 730 f., 773 sowie Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 76 f.

24 Vgl. Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936, Chicago 1970, S. 16 ff.; Karl Heinz Ritschel, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966, S. 104 ff.

25 "13. Kapitel: Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege". Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 261-300.

26 Soweit mir bekannt, ist das Vorwort von der Forschung übergangen worden. Hitler spricht darin auch von der (nicht ausgeführten) Absicht, das 14. Kapitel über die deutsch-russischen Beziehungen, "Ostorientierung oder Ostpolitik", als Sonderdruck erscheinen zu lassen. In dem vorliegenden Manuskript geht er auch auf diese Frage ein. Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 301-331.

27 München, Vorwort vom August 1927.

Deutschlands; England und Italien seien von diesem völkischen Imperialismus "nicht berührt" (S. 21). Die Ausführungen über Italien betonen, daß Mussolini, wenn er sich auch noch nicht gegen die Juden gewandt habe, doch die Gefahr der Freimaurerei erkannt habe und sie bekämpfe. Deshalb sei die Südtiroler Frage der willkommene Anlaß für die Hetze gegen Mussolini, der in der Behandlung dieser Frage selbst nicht gut beraten gewesen sei. Italien müsse seine Zukunft in Nordafrika und am Adriatischen Meer suchen und deshalb gegen Frankreich und Südslawien vorgehen. Das führe es an Deutschland heran, lasse die Südtiroler Frage verschwinden und zeige gleichzeitig, daß es nicht im Interesse Italiens liege, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern (S. 43-57).

Am 30. März 1927 äußerte sich Hitler in München ausgesprochen positiv über Mussolini und dessen "imperialistische" Politik und ließ dabei durchblicken, daß ein Bündnis zwischen Deutschland und Italien nicht an der Südtirolfrage scheitern dürfe[28]. Diese Verteidigung Mussolinis führte zu einem Angriff auf Hitler in einem offenen Brief der "Deutsch-völkischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol"[29]. Dieser offene Brief wurde im Wahlkampf 1930 vom "Bund Deutscher Aufbau" in einer kleinen Broschüre "Geheimdokumente" abgedruckt - eine Broschüre, die nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler auf die "Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums" gesetzt wurde[30]. In der Zeit der späten zwanziger Jahre dagegen, konnte Hitler die Frage nicht so einfach übergehen.

Auch im Jahr 1928 stand die Südtiroler Frage im Vordergrund der deutschen Öffentlichkeit. Im Februar erregte sich die öffentliche Meinung besonders in Österreich über die Einführung der italienischen Sprache im Religionsunterricht in Südtirol. Auf eine scharfe Rede des Bundeskanzlers Ignaz Seipel blieb Mussolini eine Erwiderung nicht schuldig und beantwortete sie überdies mit einer zeitweiligen Abberufung des Gesandten Giacinto Auriti aus Wien. Seit März entbrannte um die Südtiroler Frage eine Pressekampagne, an der die deutsche Öffentlichkeit und Presse lebhaft teilnahmen, bis die Beilegung des Konflikts durch das Zurückweichen Seipels Anfang Juli 1928 zu einer Beruhigung führte. Der Völkische Beobachter konnte diese, für die NSDAP wohl etwas peinlichen Vorgänge nicht ganz verschweigen. Als der Konflikt begann, berichtete der Völkische Beobachter darüber recht sachlich (am 20. Januar, 24. und 25. Februar), versuchte aber gleichzeitig, die Ereignisse zu bagatellisieren (siehe den "Reisebrief aus Italien" im Völkischen Beobachter vom 17. Januar). Am 3. Februar ergriff Rosenberg in einem Artikel "Wien und Rom" das Wort: Alles sei ein Vorwand für die Hetze der Juden und Marxisten gegen Italien. Am 6. März kommentierte Rosenberg Mussolinis Rede vom 4. März etwas negativer. Er glaubte, Mussolini sei "schlecht beraten gewesen"; er habe seinen und Deutschlands Feinden mit seinen scharfen Worten in die Hände gearbeitet. Schon am nächsten Tag hatte Rosenbergs Leitartikel wieder einen ganz anderen Klang. Unter der Schlagzeile "Der marxistische Weltbetrug an Südtirol" behauptete er, daß die internationalen Presseagenturen die Rede Mussolinis entstellt hätten; es handele sich im Grunde nur um

28 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 1: Juli 1926 - Juli 1927. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 94.

29 Diese, in Berlin von Lindemann und Lüdecke 1930 gedruckte Broschüre ist im Wiener Library Catalogue Series No. 2, From Weimar to Hitler, Germany 1918-1933, London 1951, als Nr. 1150 verzeichnet.

30 Siehe die Liste, Stand vom 31.12.1938, Leipzig 1939, S. 44.

eine Hetze gegen Italien, die im Deutschtum Südtirols ein Mittel zum Kampf gegen Mussolini sehe. Ähnliche Artikel erschienen in den folgenden Wochen (z. B. am 9. und 14. März), und am 11. April kommentierte Rosenberg zustimmend eine von einem Dr. Eduard Melkus, Wien, stammende Befürwortung eines deutsch-italienisch-ungarischen Bündnisses, welches der Südtiroler Agitation durch die darauf folgende Erleichterung des Anschlusses und durch italienische Konzessionen in Südtirol ein Ende bereiten würde.

Inzwischen hatte in Deutschland für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 der Wahlkampf begonnen. Gustav Stresemann kandidierte in Bayern, wo Hitler ihn in einer Rede am 17. April in München angriff[31]. Unter dem Titel "Stresemann - der Kandidat von Frankreichs Gnaden" leierte er die bekannte Melodie in der üblichen Tonart vor seinen begeisterten Anhängern herunter. Die Politik sei der Kampf um die Ernährungsgrundlage des Volkes; Deutschlands Raumnot könne nicht durch die Wirtschaft behoben und dürfe nicht durch Auswanderung ausgeglichen werden. Frankreich sei der Erbfeind. Stresemann führe Deutschland nach Frankreichs Wünschen ins Verhängnis. Sodann erläuterte Hitler die Agitation gegen ihn am Beispiel der Südtiroler Frage: "Es ist genau das gleiche Spiel wie mit Südtirol: Ein großes Tam-Tam-Geschrei, aber wenn ein Andreas Hofer aufsteht, soll er sich hüten, daß er auf der Flucht nicht nach Deutschland kommt, sonst wird er verhaftet und ausgeliefert."[32] Als Stresemann am 25. April vor einer Münchener Wahlversammlung sprach, wurde er von Nationalsozialisten niedergeschrien[33]. Hitlers spätere Wahlreden bewegten sich in den gewohnten Geleisen: Lebensraum, nicht Wirtschaft, Internationalismus oder Pazifismus, sondern Kampf, Macht, Blutswert, Persönlichkeitswert usw.[34].

In den letzten Tagen des Wahlkampfes wurde aber die Südtirolfrage gegen die Nationalsozialisten ins Feld geführt. Diese Angriffe gipfelten in den am Wahltag - dem 20. Mai - in München von der SPD angeschlagenen Plakaten "Adolf Hitler entlarvt", mit Behauptungen über angebliche finanzielle Unterstützung Mussolinis für Hitler und Franz Ritter von Epp (Spitzenkandidat der NSDAP) für deren Agitation zugunsten eines Verzichts auf Südtirol. Hitler und Epp stellten Strafantrag[35]. Es folgte hierauf, aber erst in den Jahren 1929/30, ein langer und aufregender Prozeß[36], in dem als Hauptzeuge ein Werner Abel auftrat, der 1935 in Dachau ermordet wurde. Die Zuverlässigkeit von Abels Angaben haben wir hier nicht zu prüfen. Hitler jedenfalls wollte auf die Angaben sofort antworten. Bereits am 19. Mai hatte er über die Südtiroler Frage in München gesprochen[37], und zwar in Ausführungen, die sehr de-

---

31 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 2: August 1927 - Mai 1928. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 258.

32 Ebenda, S. 785.

33 Vgl. VB vom 27.-30.4.1928 sowie Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. III: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1933, S. 281 ff.

34 Bd. II/2, Dok. 261, 263, 265, 267-272, 274, 276, 277.

35 Vgl. VB vom 22.5.1928.

36 Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 2: März 1929 - Dezember 1929. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1994, Dok. 34, 35 sowie Teil 3: Januar 1930 - September 1930. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann, München 1995, Dok. 13. Dort auch weiterführende Literatur.

37 Druck: Bd. II/2, Dok. 278.

nen ähneln, die sich in dem vorliegenden Manuskript finden. Nicht die Nationalsozialisten, sondern die Juden und Marxisten hätten Südtirol verraten. Italien und Deutschland müßten zusammengehen. Überhaupt seien die Grenzen von 1914 kein vernünftiges Ziel für einen neuen Krieg. Ein Anwesender, der in Zwischenrufen für Südtirol plädierte, wurde hinausgeworfen. Gleichzeitig wurde eine Versammlung der NSDAP für den 23. Mai 1928 im Bürgerbräukeller angezeigt; in dieser würde Hitler gegen die Verleumdungen bezüglich Südtirol ausführlich Stellung nehmen.

In dieser Rede wiederholte Hitler viele der in "Mein Kampf" schon vorgetragenen Gedanken[38]. Er behauptete, die Marxisten und Juden seien Deutschlands Feinde, die Italien als den einzigen autoritär regierten Staat bekämpften. Ähnlich werde auch Japan als Ruhestörer im Fernen Osten angegriffen. Rückschauend behauptete er, die Sozialdemokraten hätten Südtirol verraten; für die Deutschen im Elsaß, Sudetenland, usw. hätten sie nichts übrig, nur um die Südtiroler Deutschen machten sie Radau, wohl aus der Angst, daß auch in Deutschland eine nationale Bewegung siegen werde. Wie immer verwarf Hitler die Grenzen von 1914 als ungenügende Ziele, um die ein Krieg nicht geführt werden dürfe. "Ich glaube, daß ich Tatkraft genug besäße, unser Volk auch zum blutigen Einsatz zu führen, aber nicht für eine Grenzregulierung, sondern *zur Rettung in fernste Zukunft* hinein, damit es so viel Boden und Grund erhält, daß ein Vielfaches des Bluteinsatzes der Nachwelt zurückgegeben werden kann." Alles müßte auf die Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich abgestimmt sein. "Wenn heute der Satan käme und sich mir als Verbündeter antragen würde gegen Frankreich, würde ich ihm die Hand geben ..." Auf Satan wollte Hitler aber anscheinend nicht warten, denn er erklärte, daß Italien und vielleicht England an einem Krieg gegen Frankreich interessiert sein würden. Die Südtiroler aber sollten als Brücke zwischen Italien und Deutschland dienen, bis die beiden zusammen zum Kampf gegen Frankreich antreten könnten[39].

Im Juli wurde der Konflikt über die Südtirolfrage zeitweilig beigelegt. Das wurde von den Nationalsozialisten auf der einen Seite begrüßt, weil es der Hetze gegen Italien die Spitze abbreche[40], auf der anderen Seite zu einem Angriff auf Seipel benutzt[41]. Rudolf Heß schloß die Behandlung des Themas mit einem Artikel "Hitler, Südtirol und die völkische Presse" am 27. Juli ab. Mit den üblichen Argumenten wies er die Angriffe der völkischen sowie der anderen Presse auf Hitler zurück. Hitler selbst sprach in der Öffentlichkeit nach dem 23. Mai mehrere Wochen überhaupt nicht[42]. Lediglich am 6. Juli sprach er kurz auf einer Münchener Werbeversammlung für die SA[43]. Aber seine erste große Rede seit dem 23. Mai war die Berliner

38 Ebenda, Dok. 280. Die folgende Anspielung auf Japan bezieht sich auf die Kämpfe zwischen japanischen und nationalchinesischen Truppen auf der Schantung-Halbinsel im Mai 1928. Anfang Juni ermordeten die Japaner den Marschall Chang Tsolin in der Mandschurei. Vgl. Paul S. Dull, The Assassination of Chang Tsolin. In: Far Eastern Quarterly 11 (1952), S. 453-463; Seki Hiroharu, The Manchurian Incident, 1931. In: James W. Morley (Hrsg.), Japan Erupts. The London Naval Conference and the Manchurian Incident, 1928-1932, New York 1984, S. 139-230.

39 Hitler erwähnte in dieser Rede auch die Zerstörung des Bromberger Bismarck-Turmes, und ein solcher Hinweis findet sich auch im vorliegenden Manuskript.

40 Vgl. VB vom 6.7.1928. Ferner VB vom 13.7.1928.

41 Vgl. VB vom 21.7.1928.

42 Vgl. Bd. II/2 und Bd. III/1.

43 Druck: Bd. III/1, Dok. 1.

Rede zur Außenpolitik am 13. Juli. Diese Rede enthält lange Ausführungen, die denen des Dokuments inhaltlich, teilweise sogar wörtlich entsprechen[44].

Dieser kurze Überblick über die politischen Vorgänge während der ersten Hälfte des Jahres 1928 erlaubt uns, die Motive Hitlers für die Abfassung des hier veröffentlichten Manuskriptes zu erschließen. Der gesamte Inhalt greift so ineinander, daß eine längere zeitliche Unterbrechung des Diktats höchst unwahrscheinlich ist. Da aber Hitler während des Wahlkampfes kaum Zeit für eine solche Arbeit gehabt haben wird, darf angenommen werden, daß er das Buch erst nach der Wahl vom 20. Mai begonnen hat. Diese Wahl hatte den Nationalsozialisten 840.000 Stimmen und zwölf Reichstagssitze von 30.738.000 gültigen Stimmen und 401 Sitzen gebracht. Wenn auch von den Nationalsozialisten als Sieg gefeiert[45], zeigte das Ergebnis doch, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis ein wirklich großer Teil der Wählerschaft sich zum Hakenkreuz bekennen würde. Die Schlußfolgerung, daß die außenpolitische Linie der Partei hieran wenigstens zum Teil die Schuld trage, lag auf der Hand; denn wenn Hitler das Resultat der Wahl analysierte, mußte er an die letzten Tage des Wahlkampfes - und damit an die Südtiroler Frage - denken. Dies macht es verständlich, warum er im Vorwort des Textes die "Südtiroler Broschüre"[46] anspricht und erklärt den Hinweis, daß es ihm "im Laufe der letzten 2 Jahre immer klarer" geworden sei, daß die damalige Schrift schon nationalsozialistische Erkenntnisse beim Leser voraussetze. Die notwendige grundsätzliche Beweisführung für die Richtigkeit seiner Auffassung wollte er jetzt nachholen, "denn die Angriffe der Gegner haben sich in den letzten Jahren nicht nur verstärkt, sondern es ist durch sie auch das große Lager der Indifferenten bis zu einem gewissen Grade mobilisiert worden". Es kann also als gesichert angenommen werden, daß Hitler in den letzten Wochen des Juni und der ersten Woche des Juli 1928 dieses Buch diktierte[47].

III. Zum Inhalt des Buches

Betrachtet man das Buch als Ganzes, so sind sofort Hitlers bekannte Hauptthemen in all ihren Wiederholungen zu erkennen. In der Geschichte sieht er nur den Kampf um Lebensraum nach den Regeln des rassischen Determinismus. Der letzte große Kampf, der Weltkrieg, wurde nicht zur rechten Zeit von Deutschland angefangen und dann infolge des Dolchstoßes verloren. Daß das deutsche Heer militärisch besiegt war und im Weiterkämpfen nur der bedingungslosen Kapitulation entgegensah, will er (wie viele andere) nicht wahrhaben, weil es mit seinem Wunschbild nicht zusammenpaßt. Daß gerade die Struktur, die Bismarck dem Reich gegeben hatte, das Emporkommen eines großen Volksführers durch das systematische Fernhalten der Parteipolitiker von verantwortlichen Positionen unmöglich machte, während in England und Frankreich der parlamentarische Prozeß solche Männer an die Führung brachte, will er aus denselben Gründen nicht eingestehen. Genau wie das Geschichtsbild durch Wahnvor-

44 Druck: Ebenda, Dok. 2.

45 Vgl. Hitlers Rede am 20.5.1928 in München. Druck: Bd. II/2, Dok. 279.

46 Vgl. Anm. 8.

47 In diese Zeit fiel auch die Entscheidung, im Jahr 1928 keinen Parteitag, sondern eine General-Mitgliederversammlung und Führertagung zu halten. Vgl. Bd. III/1, Dok. 3, 12-22.

stellungen getrübt ist, so verbauten diese auch den klaren Blick in die Zukunft. Aus dem Irrtum, daß England 1914 den Weltkrieg aus wirtschaftlichen Gründen entfacht und durchgefochten habe, stammt folgerichtig der ebenso falsche Glaube, Deutschlands Verzicht auf eine große Rolle im Welthandel werde im nächsten Kriege England an Deutschlands Seite bringen. Weil nur das "nordische" Element in Rußland staatsbildend gewesen sei und dieses Element durch die Revolution vernichtet wurde, können die überlebenden Slawen angeblich keinen Staat bauen, usw.

In Gegenwart und Zukunft sieht und proklamiert Hitler den Kampf gegen die Juden und für die Raumgewinnung im Osten[48]. Dieses waren zeitlebens seine Hauptideen. Immerhin mag auffallen, daß die Judenfrage in dem vorliegenden Manuskript von relativ geringerer Bedeutung zu sein scheint als die Raumfrage. Man weiß jedoch, welch zentrale Rolle sie für ihn gespielt hat; nicht nur in "Mein Kampf", sondern auch in seinen Äußerungen der zwanziger Jahre kehrt sie immer wieder[49]. Auf der gleichen Linie lag es, wenn Hitler am 3. Februar 1933 den Generälen den Zweck der neu aufzubauenden Wehrmacht erklärte: "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung."[50] Man wird gleichwohl nie übersehen dürfen, daß in die Raum- und die Germanisierungsfrage die Judenvernichtung als integraler Teil eingeschlossen war. Am Ende seines Lebens wies Hitler noch einmal auf den Zusammenhang dieser Themen hin, als berechtigt im Rückblick und gültig für die Zukunft[51].

Wenn das hier veröffentlichte Dokument zu diesen Hauptthemen etwas Neues beizutragen hat, so ist es (insbesondere in Kapitel IX) die Betonung der Notwendigkeit einer späteren großen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten, die übrigens sehr viel positiver beurteilt werden als in anderen Zeugnissen[52]. Selbstverständlich nimmt die Südtiroler Frage einen besonders großen Raum ein. Sie wird nicht ohne Zweideutigkeit behandelt, indem Hitler zwar die Südtiroler als nicht "lohnend" abschüttelt, aber dabei soviel Volkstumspathos als möglich einfließen läßt. Im weiteren Verlauf der Entwicklung waren die Südtiroler, soweit wir heute wissen, die erste deutsche Volksgruppe, die er schon 1937 umzusiedeln bereit war[53]. Zuerst wollte er sie nach Deutschland oder ins besetzte Polen umsiedeln. Später sollten sie auf die Krim verpflanzt werden[54]. Am 1. Juli 1943 erklärte Hitler den Heeresgruppenbefehlshabern der Ostfront, daß seine Haltung in der Südtirolfrage "zunächst [...] wirklich nicht Taktik, sondern [...] wirkliche Überzeugung" gewesen sei[55]. Drei Monate später leitete er durch die

48 Der ganze Komplex wird eindrucksvoll beschrieben durch Andreas Hillgruber, Die 'Endlösung' und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252-275.

49 Im Sachregister von Jäckel/Kuhn, Hitler, nimmt die Judenfrage mehr Platz ein als irgendein anderes Thema.

50 Die einschlägigen Quellen sind zitiert in Weinberg, The Foreign Policy 1933-1936, S. 26 f.

51 Im politischen Testament und im Nachwort zu diesem Testament, vgl. Anm. 10.

52 Vgl. hierzu Gerhard L. Weinberg, World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover, N. H. 1981, S. 53-95, und ders., Why Hitler Declared War on the United States. In: MHQ: The Quarterly Journal of Military History (Spring 1992), S. 18-23.

53 Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939, Chicago 1980, S. 270 f., 286 f.

54 Vgl. Alexander Dallin, German Rule in Russia 1941-1945. A Study of Occupation Policies, London 1957, S. 255 ff. und die dort angeführten Quellen.

55 Hitlers Ansprache vom 1.7.1943 ist in Auszügen ediert bei: Helmut Krausnick, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312, hier S. 311.

Gründung der "Operationszone Alpenvorland" die Annexion Südtirols an Deutschland in die Wege. Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß für Hitler die Südtiroler wie alle anderen Menschen nur Mittel zum Zweck, dem hemmungslosen Kampf um die hemmungsfreie Macht, waren.

IV. Warum wurde das Manuskript nicht veröffentlicht?

Die Existenz des Dokuments wirft natürlich die Frage auf, warum es der Eher-Verlag damals nicht veröffentlicht hat. Aus dem Text selbst ergibt sich, daß ein Buch, nicht eine geheime Niederschrift beabsichtigt war, und als solches bezeichnete es auch Heß in seinem schon zitierten Brief. Es ist auch klar, daß nach dem Diktat keine Überarbeitung, Revision oder Korrektur, wie es mit den Bänden von "Mein Kampf" geschehen war, stattgefunden hat. Das Manuskript wurde in der ersten Fassung beiseite gelegt und weder sofort noch später zur Drucklegung vorbereitet[56]. Sichere Beweise, warum das gesamte Buch nie erschien, gibt es nicht. Es können aber einige naheliegende Gesichtspunkte als mögliche Gründe angeführt werden.

Es ist sehr wohl möglich, daß Amann wegen der Ereignisse des Sommers 1928 dazu riet, von einer Veröffentlichung wenigstens vorläufig abzusehen. Als Direktor des Eher-Verlages wußte er, daß "Mein Kampf" gerade in diesem Jahr sehr schwer zu verkaufen war; es war das schlechteste Jahr seit dem Erscheinen des ersten Bandes - nur 3.015 verkaufte Exemplare sind im Honorar-Buch vermerkt[57]. Ein neues Buch Hitlers wäre sofort mit "Mein Kampf" in Konkurrenz getreten. Die Partei mußte sowieso schon gerade zu dieser Zeit den jährlichen Parteitag aus finanziellen Gründen ausfallen lassen; konnte man da erwarten oder verlangen, daß der parteieigene Verlag ein Buch herausbringen sollte, das den Verkauf des nur langsam zu vertreibenden zweiten Bandes von "Mein Kampf" fast unmöglich gemacht hätte? Max Amann wurde von seinem Kriegskameraden Hitler später immer als besonders geschäftstüchtig gerühmt[58]. Vielleicht hat er, der den Inhalt des alten wie des neuen Buches kannte, Hitler den Gedanken einer Veröffentlichung, wenigstens zum damaligen Zeitpunkt, ausgeredet.

Eine weitere Ursache für die Nichtveröffentlichung dürfte darin bestanden haben, daß schon nach kurzer Zeit im Manuskript größere Revisionen unvermeidlich gewesen wären. Vom Sommer 1929 an stand die NSDAP im Kampf gegen den (im Manuskript natürlich nicht erwähnten) Young-Plan. Stresemann, der im Manuskript als Hauptgegner erscheint, starb im Oktober 1929. Danach überstürzten sich die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse. Unter diesen Umständen hätte Hitler schwerlich Zeit für die notwendige Überarbeitung des Manuskripts gefunden.

Auch andere Rücksichten mögen dazu beigetragen haben, eine Veröffentlichung inopportun erscheinen zu lassen. Im Jahre 1928 war Alfred Hugenberg Führer der Deutschnationalen

---

56 Eine Ausnahme bildet ein Abschnitt aus Kapitel VIII, der als Aufsatz Hitlers, jedoch ohne einen Hinweis auf das zugrundeliegende Manuskript, im Juni 1930 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" erschien. Vgl. Kap. VIII, S. 66-72 mit Anm. 13, 40.

57 Honorar-Buch des Eher-Verlages. Vgl. Hale, Adolf Hitler: Taxpayer.

58 Vgl. die Tischgespräche, Trevor-Roper-Ausgabe, S. 329 ff., 346 f., 464 f., 479; Ritter-Ausgabe, S. 280 f.; Jochmann-Ausgabe, S. 146, 292, 305 f.; Schramm-Ausgabe, S. 317, 343 sowie Walter Petwaidic, Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946, S. 45; Hale, The Captive Press, S. 22.

Volkspartei geworden. Ein ebenso grimmiger wie beschränkter Feind der Republik, verband er sich im folgenden Jahr mit Hitler und unterstützte den Aufstieg der NSDAP im Rahmen des Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Zu dieser Zeit waren die Ergüsse des Manuskripts über die bürgerlichen Politiker wenig sinnvoll. Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daß gerade damals - und zwar wohl aus ähnlichen Rücksichten - eine der wenigen sachlichen Änderungen im Text von "Mein Kampf" vorgenommen worden ist, indem ein Ausfall gegen die deutschen Spießbürger gestrichen wurde[59].

In seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe dieses Manuskriptes erwähnte Hans Rothfels auch die Möglichkeit, daß außenpolitische Rücksichten Hitler zum Entschluß der Nichtveröffentlichung bewogen haben können. Auch in der schon zitierten Bemerkung Speers wird die Nichtveröffentlichung durch Hitler mit "außenpolitischen Gründen" erklärt[60]. Die offene Befürwortung eines neuen Krieges zur Eroberung riesiger Gebiete und die immer wiederkehrende Verwerfung der Grenzen von 1914 als Ziele der deutschen Politik mögen insbesondere in den ersten Jahren nach 1933 Hitler für eine Veröffentlichung seiner einstigen "Außenpolitischen Standortbestimmung" inopportun erschienen sein.

Die vorstehenden Vermutungen, die sich aus sorgfältiger Prüfung der Zeitumstände und des Inhalts des Dokuments ergeben, bieten immerhin einige Gesichtspunkte zur Beantwortung der Frage, warum das Manuskript zu Hitlers Lebzeiten nicht veröffentlicht wurde, ohne sie doch völlig lösen zu können.

V. Warum den Text jetzt wieder veröffentlichen?

Schon in der Einleitung der Erstveröffentlichung dieses Manuskripts verwarf ich den Einwand, daß es Wasser auf die Mühlen eines Neonazismus lenken könne. Diejenigen, die auch heute noch den Wahnvorstellungen Hitlers verfallen sind, werden in dieser Lektüre kaum ein Stärkungsmittel finden. Aus den vielen Wiederholungen wird sich kaum Anlaß zur Verherrlichung ergeben. Worin liegt aber der positive Wert der Neuveröffentlichung des Manuskripts im Rahmen der Edition "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933"?

---

59 Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers Mein Kampf. In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, insbesondere S. 175. Hitlers Ausführungen zur Südtiroler Frage werden in Mein Kampf, Bd. II, (S. 283) und in dem schon besprochenen Sonderdruck des 13. Kapitels (Vgl. Bd. I, Dok. 100, hier S. 284) wie folgt eingeleitet: "Jawohl, Südtirol. Wem von unseren Spießbürgern brennt dabei nicht gleich die Flamme der hellen Empörung aus dem geistreichen Gesicht! Wenn ich mich hier an dieser Stelle gerade mit dieser Frage beschäftige ..." In den Ausgaben von "Mein Kampf" von 1930 an fehlt der Satz: "Wem von unseren Spießbürgern ... Gesicht!" Die erste englische Ausgabe (New York 1939) folgt dem alten Text (S. 911); die Übersetzung von Ralph Manheim (Boston 1943) folgt der späteren Version (S. 626). Konrad Heiden berichtet, daß Hitler 1929 oder 1930 an einem Manuskript über das Verhältnis der Kunst zur Rasse arbeitete. Viele der Ideen ähnelten den von Rosenberg im "Mythus des 20. Jahrhunderts" im Oktober 1930 aufgestellten Thesen. Wegen des durch Rosenberg ausgelösten Streites entschloß sich Hitler, sein Manuskript nicht zu veröffentlichen (Konrad Heiden, Der Fuehrer. Hitler's Rise to Power, Boston 1944, S. 363 und 365).

60 Speer machte diese Bemerkung zu einer Zeit, als das Geleitwort von Hans Rothfels noch nicht veröffentlicht war. Da aber nicht genau feststeht, welchen Bericht über die bevorstehende Veröffentlichung Speer im Gefängnis erhalten hatte oder einsehen konnte, muß die Möglichkeit einer Beeinflussung offen bleiben.

Das Dokument bringt wenig grundsätzlich Neues, bezeugt aber gerade deshalb das Fehlen jeder wirklichen Entwicklung in Hitlers Weltanschauung zwischen der Niederschrift von "Mein Kampf" und der Machtergreifung. Es stellt eine wichtige Quelle für diese Zeitspanne dar, die einen unverstellten Blick auf Hitlers Ideologie wie auf seine Person ermöglicht. Es haben wenige Menschen die moderne Welt so einschneidend beeinflußt wie er. Die Irrgänge seiner Gedankenwelt können auch anderswo verfolgt werden, hier aber treten sie dem Leser unkorrigiert und niemals von Hitler überarbeitet vor Augen. In einer Zeit, in der die meisten seine Bewegung für unwichtig hielten oder übersahen, nach den Wahlen, die ihm knapp drei Prozent der Wählerstimmen gebracht hatten, diktierte Hitler seinem ehemaligen Kriegsgefährten ein Buch in die Schreibmaschine, das in vielem Gedankengänge jener Jahre - häufig genug in Form der Rede - wiederholt. Für das Verständnis der Person Hitlers im Kampf um die Macht in Deutschland sowie seiner späteren Politik als Reichskanzler leistet das Studium dieses Materials einen gewichtigen Beitrag[61].

Darin liegt auch die Gegenwartsbedeutung dieser Wiederveröffentlichung. Vieles ist in den letzten Jahren in Vergessenheit geraten; die Probleme des heutigen Tages beanspruchen die Aufmerksamkeit, die Quellen des Unglücks werden dabei oft übersehen. Sie liegen aber nicht nur in der Person Hitlers, sondern auch darin, daß ein Mann Vorstellungen und Überzeugungen, wie sie in diesem Buch entwickelt werden, jahrelang in öffentlicher Rede äußerte, daß Tausende Eintrittsgeld zahlten, um ihn zu hören, und daß Millionen hierfür ihre Stimmen gaben. Nur wenn unser historisches Bemühen immer wieder mit dieser Wirklichkeit konfrontiert wird, und das ganz besonders in den neuen deutschen Bundesländern, in denen die Vergangenheit durch ideologische Vorurteile jahrzehntelang verschleiert wurde, kann diese "bewältigt" werden. In Wahrheit ist Deutschland und der Rest der Welt noch lange nicht mit Hitler als Person und Symbol ins reine gekommen. Wenn Shakespeare sagte, "des Menschen schlechte Taten überleben ihn, die guten nimmt er mit ins Grab", so ist Hitlers Grab leer, aber die Folgen der Schreckenstaten wirken weiterhin nach. Nur vertieftes Verständnis des Bösen kann der Menschheit helfen, mit diesen Folgen moralisch fertigzuwerden; möge die Wiederveröffentlichung hierzu beitragen.

---

61 Es ist daher kaum erstaunlich, daß Bücher wie: Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991 sowie ders., Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart [3]1991, sehr oft das "Zweite Buch" zitieren.

Zur Edition

Der Text ist vollständig und in der Reihenfolge der Abschnitte des Originals veröffentlicht. Buchstabenverstellungen und andere offensichtliche Tippfehler, auch orthographische und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend korrigiert. Alle für den Verfasser charakteristischen Unebenheiten der Syntax und des Stils blieben dagegen unangetastet. Die Absätze entsprechen der Vorlage. Abkürzungen, die aus der Schnelligkeit des Diktats herzuleiten sind - wie z. B. "bürgerl." für "bürgerliche" usw. -, wurden aufgelöst. Von den im Manuskript enthaltenen Korrekturen ist neben der endgültigen Fassung auch die jeweilige Streichung (in runder Klammer) wiedergegeben, wenn sich aus ihr irgendeine Variante des Gedankengangs oder sprachlichen Ausdrucks ergibt. Fehlende Worte oder sinnentstellende Fehler sind, wo es nötig schien, [*in eckiger Klammer und kursiver Schrift*] sinngemäß ergänzt bzw. richtiggestellt worden. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Die Einteilung der Kapitel entspricht der Vorlage. Die ersten Seiten sind auch im Original als "Vorwort" bezeichnet. Danach sind die Kapitel nur durch Striche abgeteilt. Die Numerierung sowie die Titel stammen von Gerhard L. Weinberg und sind daher [*in eckige Klammern und kursiver Schrift*] gesetzt. Sonstige Änderungen des Stils oder der Gliederung wurden nicht vorgenommen. Das als Anlage veröffentlichte Dokument lag dem Original-Manuskript in Alexandria, Virginia, bei; die Übersetzung stammt von Gerhard L. Weinberg.

Die Anmerkungen sind - wie in den übrigen Bänden dieser Edition - in erster Linie als Verständnis- und Arbeitshilfe gedacht. Neben den rein textkritischen Anmerkungen sollen die Sachanmerkungen kurze Informationen zu konkret benannten Ereignissen, Zahlenangaben, Zitierungen oder Personen liefern. Ihre Aufgabe kann weder eine Korrektur der zentralen Hitlerschen Ideologeme sein, noch ein Vergleich mit der von Hitler später realisierten Politik; vielmehr soll vor allem jene Zeit, in der das Dokument entstanden ist, ihre Gegenwart und Vergangenheit, den Bezugsrahmen für eine wissenschaftlich fundierte Kommentierung bilden. Die geistige Auseinandersetzung mit Hitler kann diese Edition selbst nicht leisten, wohl aber nachhaltig fördern.

Das Dokument

VORWORT

Im August 1925 legte ich anläßlich der Niederschrift des 2. Bandes (Mein Kampf) in der durch die Verhältnisse gebotenen Kürze die Grundgedanken einer nationalsozialistischen deutschen Außenpolitik nieder[1]. Im Rahmen dieser Arbeit behandelte ich besonders das Südtiroler Problem, das für die Bewegung der Anlaß ebenso heftiger wie unmotivierter Angriffe war [*sic!*]. Im Jahre 1926 sah ich mich gezwungen, diesen Teil des 2. Bandes als Sonderdruck erscheinen zu lassen[2]. Ich glaubte nicht, dadurch jene Gegner zu bekehren, die in der Südtiroler Hetze ein erwünschtes Mittel des Kampfes gegen die verhaßte nationalsozialistische Bewegung überhaupt sahen. Diese Menschen können nicht eines Besseren belehrt werden, weil für sie nicht die Frage Wahrheit oder Irrtum, Recht oder Unrecht überhaupt eine Rolle spielt. Sowie eine Angelegenheit geeignet erscheint, für ihre zum Teil parteipolitischen, zum Teil sogar höchst persönlichen Interessen verwendet zu werden, scheidet für diese Menschen die Wahrhaftigkeit oder Richtigkeit einer solchen Sache vollständig aus. Dies ist um so mehr der Fall, wenn dadurch einer allgemeinen Erhebung unseres Volkes Abbruch getan werden kann. Denn die Männer der Vernichtung Deutschlands aus der Zeit des Zusammenbruchs[3] sind seine heutigen Regenten, und ihre Gesinnung von damals hat sich bis jetzt in nichts geändert. So wie sie damals kalten Herzens um parteidoktrinärer Vorstellungen oder eigener Vorteile wegen Deutschland opferten, so hassen sie heute jeden, der ihren Interessen widerspricht und mag er auch tausendmal alle Gründe eines deutschen Wiederaufstiegs für sich haben. Ja noch mehr. Sowie sie glauben, eine Wiedererhebung unseres Volkes durch einen bestimmten Namen vertreten zu sehen, pflegen sie gegen alles Stellung zu nehmen, was von einem solchen Namen ausgehen könnte. Die nützlichsten Vorschläge, ja selbstverständliche Anregungen werden dann boykottiert, einfach nur deshalb, weil ihr Träger als Name in Verbindung gebracht erscheint mit allgemeinen Gedanken, die sie aus ihrem parteipolitischen und persönlichen Gesichtskreis heraus bekämpfen zu müssen vermeinen. Solche Menschen aber bekehren zu wollen, ist (unmögl) aussichtslos.

Als ich daher im Jahre 1926 meine damalige Südtiroler Broschüre in Druck gab, glaubte ich natürlich keine Sekunde daran, damit einen Eindruck auf diejenigen ausüben zu können, die schon infolge ihrer allgemeinen weltanschaulichen und politischen Einstellung in mir den grimmigsten Feind erblicken. Ich hatte aber damals die Hoffnung, daß wenigstens ein Teil der nicht von vorneherein böswilligen Gegner unserer nationalsozialistischen Außenpolitik unsere Auffassung auf diesem Gebiete prüfen und darnach erst urteilen würde. Dies ist auch ohne

1 Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927. Hier Bd. II, Kapitel 13: "Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege", S. 261-300, und Kapitel 14: "Ostorientierung oder Ostpolitik", S. 301-331.

2 Adolf Hitler, Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem, München 1926. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925 - Juni 1926. Hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München 1992, Dok. 100. (Die einzelnen Bände dieser Edition werden noch einmal ganz zitiert, ansonsten wird auf die jeweiligen Dokumente nur mit Band- und Dokumentennummer verwiesen.)

3 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich im November 1918.

Zweifel in zahlreichen Fällen geschehen. Ich kann heute mit Genugtuung darauf hinweisen, daß eine sehr große Anzahl von auch im öffentlichen politischen Leben stehenden Männern ihre bisherige Haltung zur deutschen Außenpolitik einer Revision unterzogen haben. Und selbst, wenn sie im einzelnen nicht glaubten, auf unseren Standpunkt treten zu können [*sic!*], so haben sie doch die ehrenhaften Absichten, die uns dabei leiten, anerkannt. Freilich wurde mir selbst im Laufe der letzten 2 Jahre immer klarer, daß meine damalige Schrift eigentlich doch schon auf allgemein nationalsozialistischen Erkenntnissen als Voraussetzung aufgebaut ist. Daß viele nicht folgen, weniger aus schlechtem Wollen heraus als vielmehr aus einem gewissen Nichtkönnen. Es war damals nicht möglich, innerhalb der enggezogenen Grenzen eine wirklich grundsätzliche Beweisführung für die Richtigkeit unserer nationalsozialistischen außenpolitischen Auffassung zu geben. Ich fühle mich heute gezwungen, dies nachzuholen. Denn die Angriffe der Gegner haben sich in den letzten Jahren nicht nur verstärkt, sondern es ist durch sie auch das große Lager der Indifferenten bis zu einem gewissen Grade mobilisiert worden. Die Hetze, die seit 5 Jahren planmäßig gegen Italien getrieben wird, droht langsam Früchte zu tragen, an denen die letzten Hoffnungen einer deutschen Wiederauferstehung sterben und vernichtet werden können.

So, wie schon öfter in anderen Dingen steht heute die nationalsozialistische Bewegung in ihrer außenpolitischen Einstellung innerhalb des deutschen Volkes und seines politischen Lebens vollkommen vereinsamt und vereinzelt da. Zu den Angriffen der allgemeinen Feinde unseres Volkes und Vaterlandes im Inneren gesellt sich die sprichwörtliche Dummheit und Unfähigkeit der bürgerlich nationalen Parteien, die Indolenz der breiten Masse und als besonders mächtiger Verbündeter die Feigheit. Jene Feigheit, die wir heute bei all denen beobachten können, die ihrem ganzen Wesen nach unfähig sind, der marxistischen Seuche einen Widerstand entgegenzusetzen und die sich aus diesem Grunde geradezu glücklich schätzen, ihre Stimme der öffentlichen Meinung in einer Angelegenheit vorzuführen, die weniger gefährlich ist als der Kampf gegen den Marxismus und die trotzdem nach so etwas Ähnlichem aussieht und klingt. Denn indem sie heute ihr Südtiroler Geschrei erheben, scheinen sie ebensosehr nationalen Kampfinteressen zu dienen, als sie umgekehrt damit am ehesten jeden wirklichen Kampf gegen die ärgsten Feinde der deutschen Nation im Inneren aus dem Wege gehen können. Es ist für diese vaterländischen, nationalen und auch zum Teil völkischen Kämpen immerhin wesentlich leichter, in Wien und München ihr Kriegsgeschrei gegen Italien loszulassen unter wohlwollender Förderung und im Verein mit marxistischen Volks- und Landesverrätern als gegen diese selber einen ernstlichen Kampf auszufechten. So, wie heute vieles zum Schein geworden ist, so ist auch das ganze nationale Getue dieser Leute schon längst nur ein äußerer Schein, der sie selbst allerdings befriedigt und von einem großen Teil unseres Volkes nicht durchschaut wird.

Gegen diese mächtige Koalition, die aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus versucht, die Südtiroler Frage zum Angelpunkt der deutschen Außenpolitik zu machen, kämpft die nationalsozialistische Bewegung, indem sie entgegen der herrschenden frankophilen Tendenz unentwegt für ein Bündnis mit Italien eintritt[4]. Sie betont dabei und steht damit im Ge-

4 Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur

gensatz zur gesamten öffentlichen Meinung in Deutschland, daß Südtirol weder so noch so ein Hindernis für diese Politik sein kann und sein darf. Diese Auffassung aber ist die Ursache unserer heutigen außenpolitischen Isolierung und Bekämpfung und wird später einmal allerdings die Ursache des Wiederaufstiegs der deutschen Nation sein.

Um aber diese gläubige Auffassung im einzelnen zu begründen und verständlich zu machen, schreibe ich dieses Werk. Denn sowenig mir daran liegt, von den Feinden des deutschen Volkes verstanden zu werden, sosehr fühle ich die Verpflichtung, mich zu bemühen, den an sich nationalgesinnten und nur schlecht belehrten oder schlecht geführten Elementen unseres Volkes die nationalsozialistischen Gedanken einer wirklich deutschen Außenpolitik (verständlich zu machen.) vorzulegen und aufzuzeigen. Ich weiß, viele von ihnen werden nach redlicher Überprüfung der hier niedergelegten Auffassung ihre bisherige Stellungnahme (einer Nachprüfung) aufgeben und ihren Weg in die Reihen der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung der deutschen Nation finden. Sie werden damit jene Kraft stärken, die eines Tages die Auseinandersetzung mit jenen herbeiführen wird, die nicht belehrt werden können, weil nicht das Glück ihres Volkes, sondern Interessen ihrer Partei oder ihrer eigenen Person ihr Denken und Handeln bestimmt.

Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

[*KAPITEL I*]

[*KRIEG UND FRIEDEN IM LEBENSKAMPF*]

Politik ist werdende Geschichte. Geschichte selbst ist die Darstellung des Verlaufs des Lebenskampfes eines Volkes. Ich setze hier mit Absicht das Wort "Lebenskampf" ein, weil in Wahrheit jegliches Ringen um das tägliche Brot, ganz gleich ob im Frieden oder Kriege, ein ewiger Kampf ist gegen tausend und abertausend Widerstände, so wie das Leben selbst ein ewiger Kampf gegen den Tod ist. Denn warum sie leben, wissen die Menschen sowenig als irgendeine andere Kreatur der Welt. Nur ist das Leben erfüllt von der Sehnsucht, es zu bewahren. Die primitivste Kreatur (könnte ohne den) kennt nur den Selbsterhaltungstrieb des eigenen Ichs, für Höherstehende überträgt er sich auf Weib und Kind, für noch höhere auf die gesamte Art. Indem aber der Mensch auf seinen eigenen Selbsterhaltungstrieb scheinbar nicht selten zugunsten der Art entsagt, dient er ihm in Wahrheit dennoch am höchsten. Denn nur in dieser Entsagung des einzelnen liegt nicht selten die Gewährung des Lebens für die Gesamtheit und damit dennoch wieder für den einzelnen. Daher der plötzliche Mut der Mutter in der Verteidigung der Jungen und der Heldensinn des Mannes im Schutze seines Volkes. Der Größe des Triebes der Selbsterhaltung entsprechen die beiden mächtigsten Triebe des Lebens: Hunger und Liebe. Indem die (Erfüllung) Stillung des ewigen Hungers die Selbsterhaltung gewährleistet, sichert die Befriedigung der Liebe die Forterhaltung. In Wahrheit sind diese beiden Triebe die Regenten des Lebens. Und wenn tausendmal der fleischlose Ästhet gegen eine solche Behauptung Protest einlegt, so ist doch schon die Tatsache seiner eigenen Existenz die Widerlegung seines Protestes. Was aus Fleisch und Blut besteht, kann sich nie den Gesetzen entziehen, die sein Werden bedingten. Sowie der menschliche Geist glaubt, darüber erhaben zu sein, vernichtet er jene reale Substanz, die der Träger des Geistes ist.

Das, was aber für den einzelnen Menschen gilt, gilt auch für Völker. Ein Volkskörper ist nur eine Vielheit mehr oder minder gleicher einzelner Wesen. Seine Stärke liegt im Wert der ihn bildenden Einzelwesen an sich und in der Art und dem Umfange der Gleichheit dieser Werte. Dieselben Gesetze, die das Leben der einzelnen bestimmen und denen diese unterworfen sind, haben damit ihre Geltung für das Volk. Selbsterhaltung und Forterhaltung sind die großen Antriebe zu jeglichem Handeln, solange ein solcher Körper noch Anspruch auf Gesundheit erheben kann. Damit werden aber auch die Folgeerscheinungen dieser allgemeinen Lebensgesetze für die Völker untereinander ähnliche sein, wie sie für die Einzelwesen untereinander sind.

Wenn für jede Kreatur auf dieser Erde der Selbsterhaltungstrieb in seinen beiden Zielen der Selbsterhaltung und Forterhaltung die elementarste Gewalt darstellt, die Möglichkeit der Befriedigung jedoch begrenzt wird, dann ist die logische Folge dessen der Kampf in all seinen Formen um die Möglichkeit der Erhaltung dieses Lebens, also der Befriedigung des Selbsterhaltungstriebes.

Ungezählt sind die Arten aller Lebewesen der Erde, unbegrenzt jeweils im einzelnen ihr Selbsterhaltungstrieb sowie die Sehnsucht der Forterhaltung, begrenzt hiegegen der Raum, auf

dem dieser gesamte Lebensprozeß sich abspielt. Es ist die Oberfläche einer genau bemessenen Kugel, auf der das Ringen von Milliarden und Abermilliarden von Einzelwesen um Leben und Lebensnachfolge stattfindet. In dieser Begrenzung des Lebensraumes liegt der Zwang zum Lebenskampf, im Lebenskampf dafür aber die Voraussetzung zur Entwicklung.

Weltgeschichte in Zeiten, in denen es noch keine Menschen gab, war zunächst eine Darstellung geologischer Ereignisse. Der Kampf der Naturgewalten miteinander, die Bildung einer bewohnbaren Oberfläche dieses Planeten, die Scheidung von Wasser und Land, die Formung der Gebirge, der Ebenen und der Meere. Das (war) ist die Weltgeschichte dieser Zeit. Später, mit dem Auftreten des organischen Lebens konzentriert sich das Interesse des Menschen auf das Werden und Vergehen seiner tausendfältigen Formen. Und ganz spät wird der Mensch endlich selbst sichtbar, und damit beginnt er, unter dem Begriff Weltgeschichte in erster Linie nur mehr die Geschichte seines eigenen Werdens, d. h. die Darstellung seiner eigenen Entwicklung zu verstehen. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch einen ewigen Kampf der Menschen gegen Tiere und gegen Menschen selbst. Aus dem unsichtbaren Durcheinander der Einzelwesen erheben sich endlich Formationen, Sippschaften, Stämme, Völker, Staaten, allein die Darstellung ihres Entstehens und ihres Vergehens ist die Wiedergabe eines ewigen Lebenskampfes.

Wenn aber Politik werdende Geschichte ist und Geschichte selbst die Darstellung des Ringens von Menschen und Völkern um die Selbst- und Forterhaltung gibt, dann ist damit Politik in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes. Politik (also) aber ist damit nicht nur der Kampf eines Volkes um sein Dasein an sich, sondern für uns Menschen die Kunst der Durchführung dieses Kampfes.

Indem nun die Geschichte als Darstellerin des bisherigen Lebenskampfes der Völker zugleich die versteinerte Wiedergabe der jeweiligen Politik ist, ist sie damit aber auch die geeignetste Lehrmeisterin für unser eigenes politisches Handeln.

Wenn die höchste Aufgabe der Politik die Erhaltung und Fortführung des Lebens eines Volkes ist, dann (steht mithin als Einsatz stets das Leben eines Volkes) ist damit dieses Leben der ewige Einsatz, mit dem sie kämpft, ringt und um den und über den entschieden wird. Ihre Aufgabe ist damit die Erhaltung (jener) einer Substanz aus Fleisch und Blut. Ihr Erfolg ist die Ermöglichung dieser Erhaltung. Ihr Mißerfolg ist die Vernichtung, also der Verlust dieser Substanz. Damit aber ist die Politik stets die Führerin des Lebenskampfes, die Leiterin desselben, seine Organisatorin, und ihre Wirksamkeit wird, ganz gleich wie der Mensch sie formal bezeichnet, (eine solche) die Entscheidung über Leben oder Tod eines Volkes bringen.

Es ist notwendig, sich dies klar vor Augen zu halten, weil damit die beiden Begriffe Friedens- oder Kriegspolitik sofort in ein Nichts versinken. Denn da der Einsatz, um den durch die Politik gerungen wird, immer das Leben ist, wird das Ergebnis bei Mißerfolg oder Erfolg auch immer dasselbe sein, ganz gleich, mit welchen Mitteln die Politik die Lebenserhaltung eines Volkes durchzuführen versucht. Eine Politik des Friedens, die versagt, führt genauso zur Vernichtung eines Volkes, also zur Auslöschung seiner Substanz aus Fleisch und Blut, wie eine Politik des Krieges, die mißglückt. In einem Falle ist die Raubung der Lebensvoraussetzungen die Ursache des Volksaussterbens [*sic!*] genauso wie im anderen. Denn die Völker sind nicht auf Schlachtfeldern ausgestorben, sondern verlorene Schlachten haben ihnen die Mittel zur

Existenzerhaltung entzogen, oder besser, zur Entziehung geführt oder sie nicht mehr zu verhindern vermocht.

Überhaupt stehen die Verluste, die direkt durch den Krieg entstehen, in keinem Verhältnis zu den Verlusten eines schlechten und ungesunden Lebens eines Volkes an sich [1]. Der stille Hunger und schlechte Laster töten in 10 Jahren mehr Menschen als in 1.000 Jahren der Krieg es fertigbrächte. Der grausamste Krieg aber ist gerade derjenige, der der heutigen Menschheit am friedlichsten erscheint, nämlich der friedliche Kampf der Wirtschaft. Gerade dieser führt in seinen letzten Konsequenzen zu Opfern, gegenüber denen selbst die des Weltkrieges zusammenschrumpfen. Denn er betrifft nicht nur die Lebenden, sondern er faßt vor allem die zu Gebärenden. Während der Krieg im höchsten Fall einen Bruchteil der Gegenwart tötet, mordet er die Zukunft. Ein einziges Jahr Geburtenbeschränkung in Europa tötet mehr Menschen, als seit der Französischen Revolution bis heute in allen Kriegen in Europa einschließlich dem Weltkrieg an Menschen gefallen sind. Dies aber ist die Folge einer wirtschaftsfriedlichen Politik, die Europa übervölkert hat, ohne einer Anzahl von Nationen die Möglichkeit einer gesunden Weiterentwicklung zu gewähren.

Im allgemeinen soll dazu noch folgendes gesagt werden:

Sowie ein Volk vergißt, daß es Aufgabe der Politik ist, sein Dasein mit allen Mitteln und nach allen Möglichkeiten zu erhalten, statt dessen aber die Politik einer bestimmten Wirkungsweise unterwerfen will, zerstört es den inneren Sinn dieser Kunst, ein Volk in seinem Schicksalskampf um Freiheit und Brot zu leiten.

Eine Politik, die grundsätzlich kriegerisch ist, wird ein Volk von zahlreichen Lastern und Krankheitserscheinungen fernhalten können, allein im Laufe vieler Jahrhunderte eine Veränderung des inneren Wertes dennoch nicht verhindern können. Der Krieg hat, wenn er zur Dauererscheinung wird, eine innere Gefahr in sich, die um so mehr in Erscheinung tritt, je ungleichmäßiger die rassischen Grundwerte sind, aus denen sich ein Volkskörper zusammensetzt. Dies hat bereits im Altertum für alle uns bekannten Staaten gegolten und gilt auch heute besonders für alle europäischen. Das Wesen des Krieges bringt es mit sich, daß er in tausendfältigen Einzelprozessen zu einer Rassenauslese innerhalb eines Volkes führt, die eine bevorzugte Vernichtung des besten Elements bedeutet. In ungezählten Einzelvorgängen findet der Appell an Mut und Tapferkeit seine Beantwortung, indem sich die rassisch besten und wertvollsten Elemente immer wieder freiwillig zu besonderen Aufgaben melden oder durch die Art der Organisation besonderer Formationen planmäßig herangezogen werden. Der Gedanke der Formierung besonderer Legionen, bestimmter Elitetruppen von Garderegimentern und Sturm-

1 Diese "Verlust-Mathematik" hat Hitler auch im Zweiten Weltkrieg gepflegt. So erklärten Fritz Todt, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, dem Leiter der Wehrwirtschaftsstelle beim Oberkommando der Wehrmacht, Generalmajor Georg Thomas, die Auffassung Hitlers über den bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion wie folgt: "Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind... Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat, erobern. Der Mencheneinsatz, der dazu einmal notwendig ist, wird nicht so groß sein wie der Mencheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird." Aufzeichnung von General Thomas vom 20.6.1941 (Druck: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXVII, Nürnberg 1948, Dokument 1456-PS, S. 220 f.).

bataillonen hat die Kriegführung zu allen Zeiten beherrscht. Persische Palastwachen, Alexandrinische Elitetruppen, Römische Prätorianerlegionen, Verlorene Haufen[2] der Landsknechte, Garderegimenter Napoleons und Friedrichs des Großen, Sturmbataillone, U-Bootsbesatzungen und Fliegertruppen des Weltkriegs verdankten ihre Entstehung alle der gleichen Idee und der gleichen Notwendigkeit, aus einer Vielzahl von Menschen für bestimmte Höchstleistungen die entsprechend höchstbefähigten Männer auszusuchen und in besonderen Formationen zusammenzufügen. Denn im Ursprung ist jede Garde nicht Exerziertruppe, sondern Kampftruppe. Der hohe Ruhm, einer solchen Gemeinschaft anzugehören, führt dann zur Bildung eines besonderen Korpsgeistes, der in der Folgezeit allerdings zu erstarren vermag, um endlich in Äußerlichkeiten aufzugehen. Damit werden aber solche Formationen nicht selten die schwersten Blutopfer zu tragen haben, das heißt: Aus einer Vielzahl von Menschen werden die tüchtigsten herausgesucht und dem Kriege in konzentrierten Massen zugeführt. Damit wird der Prozentsatz der besten Toten eines Volkes unverhältnismäßig gesteigert, während sich umgekehrt der Prozentsatz der allerschlechtesten im höchsten Maße zu erhalten vermag. Denn dem Extrem idealster [*sic!*] Männer, die bereit sind, zugunsten der Volksgemeinschaft das eigene Leben zu opfern, steht die Zahl jener erbärmlichsten Egoisten gegenüber, die in der Erhaltung ihres eigenen, rein persönlichen Lebens auch die höchste Aufgabe dieses Lebens sehen. Der Held stirbt, der Verbrecher (bleibt am Leben) bleibt erhalten. Dies erscheint einer heroischen Zeit und besonders einer idealistischen Jugend als selbstverständlich. Und es ist gut so, denn dies ist der Beweis für den immer noch vorhandenen Wert eines Volkes. Der wahrhafte Staatsmann aber muß eine solche Tatsache mit Sorge sehen und in Rechnung stellen. Denn was in einem Kriege leicht verschmerzt werden kann, führt in 100 Kriegen zur langsamen Ausblutung des besten, wertvollsten Teiles eines Volkes. Damit kann man wohl Siege erfochten haben, aber es wird endlich kein Volk mehr da sein, das dieser Siege würdig ist, und die Erbärmlichkeit der Nachwelt, die manchen unverständlich erscheint, ist nicht selten das Ergebnis der Erfolge der Vorzeit.

Damit wird eine weise politische Leitung eines Volkes im Kriege nie den Zweck des Lebens eines Volkes, sondern nur ein Mittel für dieses Leben sehen dürfen. Sie muß zur höchsten Mannbarkeit erziehen, das ihr anvertraute Menschengut aber mit höchster Gewissenhaftigkeit verwalten. Sie darf sich nicht scheuen, für die Existenz eines Volkes, wenn notwendig, den höchsten Bluteinsatz zu wagen, muß aber stets bedenken, daß der Friede dieses Blut einst wieder zu ersetzen hat. Kriege, die für Zwecke ausgefochten werden, die ihrem ganzen Wesen nach einen Ersatz des vergossenen Blutes nicht gewährleisten, sind Frevler am Volkskörper, eine Sünde an der Zukunft eines Volkes.

Zu einer entsetzlichen Gefahr können ewige Kriege aber bei einem Volke werden, das in seiner rassischen Zusammensetzung so ungleichwertige Elemente besitzt, daß an sich nur ein Teil davon als staatserhaltend und besonders kulturschöpferisch angesehen werden darf. Die Kultur der europäischen Völker beruht auf den Fundamenten, die ihr nordischer Bluteinschlag im Laufe der Jahrtausende geschaffen hat. Sowie die letzten Reste dieses nordischen Blutes erst beseitigt sein werden, wird die europäische Kultur ihr Antlitz verändern, der Wert der Staaten aber entsprechend dem sinkenden Wert der Völker abnehmen.

2 Bezeichnung für die Vorhut der Landsknechtsformationen, die notfalls auch allein kämpfen mußte.

Eine Politik, die grundsätzlich friedlich ist, wird demgegenüber zunächst wohl eine Erhaltung der besten Blutsträger ermöglichen, sie wird aber im gesamten ein Volk zu einer Schwäche erziehen, die eines Tages versagen muß, sowie die Existenzvoraussetzungen eines solchen Volkes bedroht erscheinen. Man wird dann, statt zu kämpfen um das tägliche Brot, lieber dieses Brot kürzen oder, was noch wahrscheinlicher ist, die eigene Zahl beschränken, sei es durch friedliche Auswanderung oder durch Geburtenbeschränkung, um auf diesem Wege einer übergroßen Not zu entgehen. Damit aber wird die grundsätzlich friedliche Politik zu einer Geißel für ein Volk. Denn, was auf der einen Seite der dauernde Krieg besorgt, besorgt auf der anderen die Auswanderung. Durch sie wird in Hunderttausenden von einzelnen Lebenskatastrophen ein Volk langsam seiner besten Blutsträger beraubt. Es ist traurig zu wissen, daß unsere gesamte nationalpolitische Weisheit, soweit sie nicht in der Auswanderung überhaupt einen Vorteil sieht[3], höchstens die Schwächung der Zahl des eigenen Volkes bedauert oder günstigstenfalls von einem Kulturdünger spricht, der anderen Staaten dann gegeben wird. Was nicht erkannt wird, ist der schwerste [*sic!*]. Indem die Auswanderung nicht gebietsweise vor sich geht, auch nicht nach Altersklassen vollzogen wird, sondern dem freien Walten des Schicksals anheimgestellt bleibt, zieht sie aus einem Volk stets die mutigsten und tapfersten, entschlossensten, widerstandsbereitesten Menschen heraus. Der Bauernjunge, der vor 150 Jahren nach Amerika auswanderte, war in seinem Dorf ebenso der Entschlossenste und Verwegenste wie der Arbeiter, der heute nach Argentinien geht. Der Feigling und Schwächling wird lieber zu Hause sterben, als daß er je den Mut aufbrächte, in unbekannter Fremde sich sein Brot zu verdienen. Ganz gleich, ob Not, Elend oder politischer Druck oder religiöser Zwang auf Menschen lastet, so werden immer die gesündesten und widerstandsfähigsten auch den meisten Widerstand zu leisten vermögen. Am ersten [*sic!*] wird sich stets der Schwächling unterwerfen. Seine Erhaltung ist für den Sieger meistens ebensowenig Gewinn, wie es die Zurückgebliebenen für ein Mutterland sind. Daher geht nicht selten das Gesetz des Handelns von den Mutterstaaten zu den Kolonialländern über, weil sich auf ganz natürlichem Wege dort eine Zusammenballung höchsten Menschenwertes vollzogen hat. Der positive Gewinn für das Neuland ist aber damit ein Verlust für das Mutterland. Sowie durch die Auswanderung im Laufe von Jahrhunderten ein Volk erst einmal seine besten, robustesten und natürlichsten Kräfte verloren hat, wird es schwerlich mehr die innere Kraft aufbringen, dem Schicksal in kritischen Zeiten den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Es wird dann lieber noch zu Geburteneinschränkung greifen. Und auch hier ist nicht der Verlust der Zahl entscheidend, sondern die furchtbare Tatsache, daß durch die Geburteneinschränkung die möglichen Höchstwerte eines Volkes von vorneherein vernichtet werden. Denn die Größe und Zukunft eines Volkes wird

3 Auf der Grundlage des Auswanderungsgesetzes von 1897 existierten im Deutschen Reich die Auswanderungsbehörden in den Ausschiffungshäfen Bremen und Hamburg, die dortigen Reichskommissare für das Auswanderungswesen sowie das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, seit 1924 Reichsstelle für das Auswanderungswesen, welche vor allem die Auswanderung aus dem Deutschen Reich überwachen und regeln sollten. Ohne das Recht auf Auswanderung, wie es in Artikel 112 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 explizit festgelegt war, grundsätzlich in Frage zu stellen, waren diese Behörden jedoch bemüht, durch indirekte Maßnahmen die Auswanderungsbereitschaft im Deutschen Reich möglichst zu dämpfen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

bestimmt durch die Summe seiner Fähigkeiten für Höchstleistungen auf allen Gebieten. Dies aber sind Persönlichkeitswerte, die nicht an das Erstgeburtsrecht gebunden erscheinen. Man streiche aus unserem deutschen Kulturleben, aus unserer Wissenschaft, ja, aus unserer gesamten Existenz an sich alles heraus, was durch Männer geschaffen wurde, die keine Erstgeburten waren, und Deutschland wäre wohl kaum ein Balkanstaat. Das deutsche Volk besäße keinen Anspruch mehr, als Kulturvolk gewertet zu werden. Dabei ist zu bedenken, daß auch bei jenen Männern, die als Erstgeburten dennoch Großes für ihr Volk geleistet haben, erst geprüft werden müßte, ob nicht wenigstens einer der Vorfahren nicht Erstgeburt gewesen ist. Denn wenn in seiner ganzen Ahnenreihe auch nur (ein Mann die) einmal die Erstgeburt durchbrochen erscheint, dann gehört auch er zu jenen, die nicht wären, wenn unsere Vorfahren stets diesem Grundsatz gehuldigt hätten. Im Völkerleben aber gibt es keine Laster der Vergangenheit, die für die Gegenwart Rechte (wären.) sind.

Die grundsätzlich friedliche Politik, mit der durch sie in der Folgezeit bedingten Ausblutung eines Volkskörpers durch Auswanderung und Geburtenbeschränkung, ist ebenfalls um so verhängnisvoller, je mehr es sich dabei um ein Volk handelt, das aus rassisch nicht gleichwertigen Elementen zusammengesetzt ist. Denn auch hier wird durch die Auswanderung in erster Linie der rassisch beste Teil dem Volke entzogen werden, während durch die Geburtenbeschränkung in der Heimat ebenfalls zunächst die infolge ihres rassischen Wertes sich höher hinaufgearbeiteten Lebensschichten erfaßt werden. Allmählich wird dann deren Ergänzung aus der ausgebluteten, minderwertigen breiten Masse erfolgen und endlich, nach Jahrhunderten zu einer Senkung des gesamten Volkswertes überhaupt führen. Wirkliche Lebenskraft wird ein solcher Volkskörper überhaupt schon längst nicht mehr besitzen.

Damit wird eine Politik, die grundsätzlich friedlich ist, genauso schädlich und verheerend wirken als eine Politik, die nur den Krieg als einzige Waffe kennt.

Um das Leben eines Volkes und für dieses Leben hat die Politik zu kämpfen und sie muß dabei die Waffe ihres Kampfes stets so wählen, daß dem Leben im höchsten Sinne gedient wird. Denn man macht nicht Politik, um sterben zu können, sondern man darf[4] nur manchesmal Menschen sterben lassen, auf daß ein Volk leben kann. Das Ziel ist die Erhaltung des Lebens und nicht der heroische Tod oder (auch) gar die feige Resignation.

4 Statt "darf" stand ursprünglich "muß"; die einzige handschriftliche Änderung in der Vorlage.

[*KAPITEL II*]

[*DER KAMPF, NICHT DIE WIRTSCHAFT SICHERT DAS LEBEN*]

Der Lebenskampf eines Volkes wird in erster Linie durch folgende Tatsache bestimmt:

Ganz gleich, wie hoch die kulturelle Bedeutung eines Volkes ist, so steht doch an der Spitze aller Lebensnotwendigkeiten der Kampf um das tägliche Brot. Gewiß kann eine geniale Volksleitung einem Volk große Ziele vor Augen halten, so daß es von materiellen Dingen mehr abgelenkt wird, um überragenden geistigen Idealen zu dienen. Überhaupt wird das nur materielle Interesse in eben dem Maße steigen, in dem ideale geistige Gesichtspunkte im Verschwinden begriffen sind. Je primitiver der Mensch in seinem geistigen Leben, um so animalischer wird er, bis er endlich in der Nahrungszusichnahme überhaupt den einzigen Zweck des Lebens empfindet. Es kann daher ein Volk sehr wohl eine gewisse Beschränkung an materiellen Gütern ertragen, solange man ihm einen Ersatz an tragkräftigen Idealen gibt. Allein, wenn nicht diese Ideale zum Verderben eines Volkes ausschlagen sollen, dürfen sie nie einseitig auf Kosten der materiellen Ernährung stattfinden, sowie dadurch die Gesundheit des Volkskörpers bedroht erscheint. Denn ein verhungertes Volk wird eben entweder unter den Folgen seiner Unterernährung körperlich zusammenbrechen oder eine Änderung seiner Lage herbeiführen müssen. Der körperliche Zusammenbruch aber hat früher oder später den geistigen im Gefolge. Dann aber hören auch alle Ideale auf. Mithin sind Ideale so lange gesund und richtig, als sie mithelfen, die innere und allgemeine Kraft eines Volkes zu stärken, so daß diese im letzten Grunde doch wieder der Durchführung des Lebenskampfes zugute kommen kann. Ideale, die dem Zweck nicht dienen, sind, und mögen sie dabei tausendmal äußerlich schön erscheinen, dennoch von Übel, denn sie entfernen ein Volk immer mehr von der Wirklichkeit des Lebens.

Das Brot aber, das ein Volk zum Leben braucht, ist bedingt durch den Lebensraum, der ihm zur Verfügung steht. Zumindest ein gesundes Volk wird stets versuchen, die Befriedigung seiner Bedürfnisse im eigenen Grund und Boden zu finden. Jeder andere Zustand ist krank und gefährlich, auch wenn er selbst jahrhundertelang die Ernährung eines Volkes möglich macht. Welthandel, Weltwirtschaft, Fremdenverkehr usw. usw. sind alles vergängliche Mittel zur Ernährung eines Volkes. Sie sind abhängig von Faktoren, die zum Teil außerhalb des Ermessens, zum anderen außerhalb der Kraft eines Volkes liegen. Die sicherste Grundlage für die Existenz eines Volkes war zu allen Zeiten der eigene Grund und Boden.

Nun ist aber folgendes zu bedenken:

Die Zahl eines Volkes ist ein veränderlicher Faktor. Sie wird bei einem gesunden Volk eine steigende sein. Ja, die Vermehrung allein vermag die Zukunft eines Volkes nach menschlichem Ermessen sicherzustellen. Damit ist aber auch die Forderung an Lebensgütern eine wachsende. Die sogenannte innere Erhöhung der Produktion kann in den meisten Fällen nur genügen, die steigenden Ansprüche der Menschheit zu befriedigen, keineswegs aber die steigende Zahl. Dies gilt besonders für die europäischen Nationen. Die europäischen Völker sind in den letzten Jahrhunderten, besonders in allerletzter Zeit in ihren Bedürfnissen so angewach-

sen, daß die Steigerung des europäischen Bodenertrages, die von Jahr zu Jahr in günstigstem Falle stattfinden könnte, kaum gleichen Schritt hält mit dem Wachstum der allgemeinen Lebensbedürfnisse an sich. Die Vermehrung der Zahl könnte nur wettgemacht werden durch eine Vermehrung, also Vergrößerung des Lebensraumes. Nun ist aber wohl die Zahl eines Volkes veränderlich, der Boden jedoch ist ein an sich gleichbleibender. Das heißt: Die Vermehrung eines Volkes ist ein so selbstverständlicher, weil natürlicher Prozeß, daß dies nicht als außergewöhnlicher Vorgang empfunden wird. Die Vermehrung des Bodens hiegegen ist bedingt durch die allgemeine Besitzverteilung der Welt, ein Akt besonderer Umwälzung, außerordentlicher Vorgänge, so daß der Leichtigkeit der Volksernährung [1] eine außerordentliche Schwere der Raumveränderung entgegensteht.

Und doch ist die Regelung des Verhältnisses zwischen Volkszahl und Bodenfläche von unerhörtester Bedeutung für die Existenz eines Volkes. Ja, man kann füglich sagen, daß der ganze Lebenskampf eines Volkes in Wahrheit überhaupt nur darin besteht, (an die) für die steigende Volkszahl den notwendigen Grund und Boden als allgemeine Ernährungsvoraussetzung zu sichern. Denn indem die Volkszahl dauernd wächst, der Grund und Boden aber an sich gleich bleibt, müssen allmählich Spannungen eintreten, die sich zunächst durch eine Not äußern, die durch größeren Fleiß, genialere Produktionsmethoden oder besondere Sparsamkeit eine gewisse Zeitlang ausgeglichen werden können, die aber eines Tages mit all diesen Mitteln nicht mehr zu beseitigen sind. Dann aber besteht die Aufgabe der Leitung des Lebenskampfes eines Volkes darin, diese unerträglichen Verhältnisse gründlich zu beseitigen, d. h. also, zwischen Volkszahl und Grundfläche wieder ein erträgliches Verhältnis herbeizuführen.

Es gibt nun im Völkerleben einige Wege, das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche zu korrigieren. Der natürlichste ist der einer Anpassung des Bodens von Zeit zu Zeit an die gewachsene Volkszahl. Dies erfordert Kampfentschlossenheit und Bluteinsatz. Allein dieser Bluteinsatz ist auch der einzige, der vor einem Volke gerechtfertigt werden kann. Denn indem aus ihm für die weitere Vermehrung eines Volkes der nötige Raum gewonnen wird, findet von selbst ein vielfacher Ersatz des auf dem Schlachtfeld eingesetzten Menschentums statt. Aus der Not des Krieges erwächst dann das Brot des Friedens. Das Schwert war der Wegbereiter des Pfluges, und wenn man überhaupt von Menschenrecht reden will, dann hat der Krieg in diesem einzigen Fall dem höchsten Recht gedient, er hat einem Volk die Erde gegeben, die es fleißig und redlich selbst bebauen will, auf daß seinen Kindern einst die tägliche Nahrung zuteil werden kann. Denn diese Erde ist niemandem zugeteilt und wird auch niemandem geschenkt, wohl aber ist sie den Menschen als Lehen der Vorsehung gegeben, die den Mut (besitzen, sie zu erobern) im Herzen tragen, sie in Besitz zu nehmen, die Kraft, sie zu bewahren, und den Fleiß, sie zu pflügen.

Jedes gesunde, urwüchsige Volk sieht deshalb im Bodenerwerb nichts Sündhaftes, sondern etwas Natürliches. Dem modernen Pazifisten aber, der dieses heiligste Recht leugnet, muß zunächst vorgehalten werden, daß er sich dann zumindest selbst vom Unrecht der vergangenen Zeiten nährt. Weiter aber, daß es keinen Flecken dieser Erde gibt, der für ewige Zeiten als Wohnsitz eines Volkes bestimmt worden ist, da schon das Walten der Natur die Menschheit in Jahrzehntausenden zu ewigem Wandern gezwungen hat. Endlich aber ist die heutige Besitz-

1 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "Volksvermehrung".

verteilung der Erde nicht durch eine höhere Gewalt vorgenommen worden, sondern durch den Menschen selbst. Ich kann aber niemals eine von Menschen besorgte Lösung als Ewigkeitswert ansehen, den die Vorsehung nun in ihren eigenen Schutz nimmt und zum Gesetz der Zukunft heiligt. So, wie die Oberfläche der Erde ewig den geologischen Umwandlungen unterworfen erscheint, das organische Leben in ununterbrochenem Wechsel Formen vergehen ließ, um neue zu erfinden, so ist auch die Begrenzung der menschlichen Wohnstätten einem laufenden Wandel ausgesetzt. So sehr auch in gewissen Zeiten Völker ein Interesse besitzen mögen, die bestehende Weltbodenverteilung als unabänderlich und für alle Zukunft bindend hinzustellen, weil sie ihren Interessen entspricht, so sehr werden andere Völker in einem solchen Zustande immer nur etwas allgemein Menschliches zu erblicken vermögen, das augenblicklich zu ihren Ungunsten spricht und deshalb mit allen Mitteln menschlicher Kraft geändert werden muß. Wer dieses Ringen für alle Ewigkeit von der Erde verbannen will, hebt den Kampf der Menschen untereinander vielleicht auf, allein beseitigt damit auch die höchste treibende Kraft für ihre Entwicklung, genauso, als wenn er im bürgerlichen Leben den Reichtum bestimmter Menschen, die Größe bestimmter Geschäfte verewigen wollte für immer und zu dem Zweck das Spiel der freien Kräfte, die Konkurrenz, ausschalten würde. Das Ergebnis wäre ein Unglück für ein Volk.

Die heutige Weltraumverteilung [*sic!*] fällt in einseitigster Weise so sehr zugunsten einzelner Völker aus, daß diese ein verständliches Interesse besitzen müssen, an der derzeitigen Bodenverteilung nichts mehr ändern zu lassen[2]. Allein dem Überreichtum an Boden dieser Völker steht die Armut anderer gegenüber, die trotz emsigstem Fleiße nicht das tägliche Brot zum Leben zu erzeugen in der Lage sind. Mit welchem höheren Rechte will man denen entgegentreten, wenn auch sie den Anspruch erheben auf eine Bodenfläche, die ihre Ernährung sichert?

Nein. Das erste Recht auf dieser Welt ist das Recht zum Leben, soferne man die Kraft hiezu besitzt. Ein kraftvolles Volk aber wird damit aus diesem Recht stets die Wege finden, seinen Boden seiner Volkszahl anzupassen.

Sowie ein Volk, sei es aus Schwäche oder durch schlechte Führung, das Mißverhältnis zwischen seiner gewachsenen Volkszahl und dem zurückgebliebenen Grund nicht mehr durch die Steigerung der Bodenfläche zu beseitigen vermag, wird es zwangsläufig nach anderen Wegen suchen. Es wird die Volkszahl dann dem Boden anpassen.

An sich nimmt die erste Anpassung der Volkszahl an die ungenügende Ernährungsgrundfläche die Natur selbst vor. Not und Elend sind dabei ihre Hilfsmittel. Durch sie kann ein Volk so sehr dezimiert werden, daß eine weitere Vermehrung der Zahl damit praktisch aufhört. Die Folgen dieser natürlichen Anpassung der Zahl an den Boden sind nicht immer gleiche. Zunächst setzt ein sehr heftiger Lebenskampf untereinander ein, den nur die allerkräftigsten und widerstandsfähigsten Einzelsubjekte zu überdauern vermögen. Hohe Kindersterblichkeit auf der einen Seite und hohes Lebensalter auf der anderen sind die Hauptanzeichen einer solchen

2 Artikel 10 der Völkerbundsatzung vom 28.4.1919 garantierte allen Mitgliedsstaaten "Unversehrtheit des Gebiets" und "politische Unabhängigkeit". Damit wurde der Völkerbund zum Konservator des territorialen Status quo, den die Pariser Friedenskonferenz 1919/20 festgelegt hatte. Vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 45 ff. Druck der Völkerbundsatzung: Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924, S. 159 ff.

mit dem Einzelleben wenig rücksichtsvoll umgehenden Zeit. Indem in diesem Zustande alles Schwächliche von Not und Krankheiten hinweggerafft wird und nur das Allergesündeste am Leben erhalten bleibt, tritt eine Art natürlicher Auslese ein. Es kann damit sehr wohl die Zahl eines Volkes einer Beschränkung unterliegen, der innere Wert jedoch erhalten bleiben, ja, eine innere Steigerung erfahren. Zu lange kann aber ein solcher Prozeß nicht dauern, da sonst die Not auch in das Gegenteil umzuschlagen vermag. Die ewigen Nahrungsnöte können endlich dazu führen, daß bei rassisch nicht ganz gleichmäßig wertvollen Völkern eine dumpfe Ergebung in die Not stattfindet, die Spannkraft allmählich nachläßt und an Stelle eines die Auslese fördernden Kampfes ein allmähliches Verkommen eintritt. Ganz sicher aber ist dies der Fall, sowie der Mensch von sich aus, um der ewigen Not zu steuern, auf eine Vermehrung seiner Zahl keinen Wert mehr legt und zur Geburtenbeschränkung greift. Denn er selbst geht dabei sofort den umgekehrten Weg, den die Natur einschlägt. Während die Natur aus einer Vielzahl geborener Lebewesen die wenigen gesündesten und widerstandsfähigsten im Lebenskampfe übrigläßt, schränkt der Mensch die Zahl der Geburten ein, versucht aber dann, das, was geboren ist, ohne Rücksicht auf wirklichen Wert und seine innere Würdigkeit am Leben zu erhalten[3]. Seine Humanität ist dabei nur die Dienerin seiner Schwäche und damit in Wahrheit die grausamste Vernichterin seiner Existenz. Wollte der Mensch von sich aus seine Zahl beschränken, ohne zu den entsetzlichen Folgen zu kommen, die aus der Geburtenbeschränkung entstehen, dann müßte er die Zahl der Geburten freigeben, die der am Leben zu Bleibenden [*sic!*] jedoch beschneiden. Zu einer solchen weisen Maßnahme waren einst Spart(j)aken [*sic!*] fähig[4], aber nicht unser heutiges, verlogen sentimentales, bürgerlich-patriotisches Zeug. Die Herrschaft der 6.000 Spartaner über 3½ Hunderttausend Heloten[5] war nur denkbar infolge des rassischen Hochwertes der Spartaner[6]. Dieser aber war das Ergebnis einer planmäßigen Rasseerhaltung, so daß wir im spartanischen Staat den ersten völkischen zu sehen haben. Die Aussetzung kranker, schwächlicher, mißgestalteter Kinder, d. h. also deren Vernichtung, war menschenwürdiger und in Wirklichkeit tausendmal humaner als der erbärmliche Irrsinn unserer heutigen Zeit, die krankhaftesten Subjekte zu erhalten, und zwar um jeden Preis zu erhal-

3 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 137 ff.

4 Das Verfahren der Kindesaussetzung wie auch des Kindesverkaufs war während der Antike in der gesamten griechischen und römischen Welt weit verbreitet, besaß aber nicht nur medizinische, sondern auch wirtschaftliche, erbrechtliche, moralische oder religiös-abergläubische Motive. Vgl. E. Weiss und W. Kroll, Kinderaussetzung. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Bd. XI, Stuttgart 1922, Sp. 463-472, weitere Literatur bei: Jens-Uwe Krause, Die Familie und weitere anthropologische Grundlagen. Bibliographie zur römischen Sozialgeschichte 1, Stuttgart 1992, S. 130 ff.

5 Während für die Spartiaten, also die männlichen Vollbürger, relativ verläßliche Zahlen vorliegen, existieren keine entsprechenden, wissenschaftlich fundierten Angaben für die soziale Gruppe der Heloten. Am Ende des 5. Jahrhunderts v. Chr. gab es etwa 8.000 spartanische Vollbürger - eine Zahl, die bis 420 v. Chr. auf etwa 3.500, bis 371 v. Chr. auf 1.500 fiel. Ungeachtet des scharfen und quantitativ unausgewogenen Gegensatzes zwischen Vollbürgern und Heloten erscheinen Hitlers Angaben über die Heloten weit überzogen. Vgl. Manfred Clauss, Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation, München 1983, S. 95 ff., 109 ff., sowie J. Oehler, Heloten. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, 15. Halbband, Stuttgart 1912, Sp. 203-206.

6 Zur Rezeption Spartas vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72. Dort auch detaillierte Informationen zum Spartabild Hitlers und der NS-Führung (S. 51 ff.).

ten, und hunderttausend gesunden Kindern infolge der Geburtenbeschränkung oder durch Abtreibungsmittel das Leben zu nehmen[7], in der Folgezeit aber ein Geschlecht von mit Krankheiten belasteten Degeneraten heranzuzüchten.

Es kann also im allgemeinen gesagt werden, daß die Beschränkung der Volkszahl durch Not und menschliche Beihilfen wohl eine annähernde Anpassung an den ungenügenden Lebensraum durchführt, allein den Wert des vorhandenen Menschenmaterials immer mehr senkt, ja am Ende verkommen läßt.

Der zweite Versuch, die Volkszahl an den Boden anzupassen, liegt in der Auswanderung, die, sowie sie nicht stammesmäßig stattfindet, aber ebenfalls zu einer Entwertung des übrigbleibenden Menschenmaterials führt.

Geburtenbeschränkung des Menschen löscht die Träger seiner Höchstwerte aus, die Auswanderung zerstört den Wert seines Durchschnitts.

Es gibt nun noch zwei andere Wege, auf denen ein Volk versuchen kann, das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Bodenfläche auszugleichen. Der erste heißt Steigerung des inneren Bodenertrages, die an sich nichts zu tun hat mit sogenannter innerer Kolonisation, der zweite Steigerung seiner Güterproduktion und Umstellung der inneren Wirtschaft auf eine Wirtschaft des Exports.

Der Gedanke einer Steigerung des Bodenertrages innerhalb der nun einmal gesteckten Grenzen ist ein uralter[8]. Die Geschichte der menschlichen Bodenbearbeitung ist eine solche des dauernden Fortschritts, dauernder Verbesserungen und damit steigender Ergebnisse. Lag der erste Teil dieser Fortschritte auf dem Gebiete des Ausbaues der Bearbeitungsmethoden des Bodens sowie der Anbautätigkeit, so liegt der zweite Teil auf dem Gebiete der künstlichen Steigerung des Bodenwertes durch Zuführung fehlender oder mangelnder Nährstoffe. Von der ehemaligen Hacke bis zum modernen Dampfpflug, vom Stallmist bis zum heutigen Kunstdünger führt diese Linie. Ohne Zweifel ist damit die Erträgnisfähigkeit des Bodens um ein Unendliches gesteigert worden. Allein ebenso zweifellos ist dabei irgendwo eine Grenze gezogen. Besonders, wenn man bedenkt, daß der Lebensstandard des Kulturmenschen ein allgemeiner ist, der nicht durch die auf den einzelnen treffende Gütermenge eines Volkes bestimmt wird, sondern der Beurteilung der umliegenden Länder genauso unterliegt und umgekehrt durch deren Verhältnisse (mitbestimmt) festgesetzt wird. Der heutige Europäer träumt von einem Lebensstandard, den er ebensosehr aus den Möglichkeiten Europas wie den tatsächlichen Verhältnissen Amerikas ableitet. Die internationalen Beziehungen der Völker sind durch die moderne Technik und den durch sie ermöglichten Verkehr so leichte und innige geworden, daß der Europäer als Maßstab für sein eigenes Leben, ohne sich dessen oft bewußt zu werden, die Verhältnisse des amerikanischen Lebens anlegt, dabei aber vergißt, daß das Verhältnis der Volkszahl zur Grundfläche des amerikanischen Kontinents ein unendlich günstigeres ist als die analogen Verhältnisse der europäischen Völker zu ihren Lebensräumen. Ganz gleich wie

7 Die Abtreibungen werden für die Zeit der Weimarer Republik auf 200.000 bis 400.000 pro Jahr geschätzt, einzelne Schätzungen belaufen sich bis auf 1.000.000. Die Zahl der wegen Verstosses gegen den § 218 StGB rechtskräftig Verurteilten erreichte mit 7.193 im Jahr 1925 ihren Höhepunkt. Vgl. Marliese Eckhof, "Gegen die Abtreibungsseuche!" Ärzte und § 218 in der Weimarer Republik. In: dies. und Petra Finck, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 79-240.

8 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 139 ff.

Italien oder, sagen wir, Deutschland die innere Kolonisation ihres Bodens durchführen, ganz gleich wie sie weiter durch erhöhte wissenschaftliche und methodische Tätigkeit das Erträgnis ihres Bodens steigern, immer bleibt das Mißverhältnis ihrer Zahl zum Boden, gemessen an dem Verhältnis der Volkszahl der amerikanischen Union zum Boden der Union, bestehen. Und wenn durch emsigsten Fleiß für Deutschland oder Italien eine weitere Steigerung der Volkszahl möglich wäre, dann würde sie in der amerikanischen Union eben bis zu einem Vielfachen dessen möglich sein. Und wenn endlich jede weitere Steigerung in diesen beiden europäischen Ländern endgültig unmöglich ist, dann kann die amerikanische Union noch jahrhundertelang weiterwachsen, bis endlich das Verhältnis erreicht sein wird, das wir heute schon haben [*sic!*].

Besonders die innere Kolonisation beruht in den von ihm [*sic!*] erhofften Wirkungen auf einem Trugschluß[9]. Die Meinung, durch sie eine wesentliche Steigerung des Bodenertrages herbeiführen zu können, ist falsch. Ganz gleich, wie in Deutschland zum Beispiel der Boden verteilt wird, ob in großen oder in kleinen Bauerngütern oder ob in Parzellen für Kleinsiedler, es ändert dies nichts an der Tatsache, daß 136 Menschen im Durchschnitt auf 1 qkm Grund treffen[10]. Dieses Verhältnis ist ungesund. Eine Ernährung unseres Volkes auf dieser Grundlage und unter dieser Voraussetzung ist nicht möglich, ja, es würde nur verwirrend wirken, wenn man das Schlagwort der inneren Kolonisation der Masse vorsetzt, die dann daran die Hoffnung knüpft, durch sie ein Mittel zur Behebung der heutigen Not gefunden zu haben. Dies würde aber nicht der Fall sein. Denn sie ist nicht das Ergebnis einer etwa falschen Art der Verteilung des Bodens, sondern die Folge einer im gesamten ungenügenden Raummenge, die unserem Volke heute zur Verfügung steht.

Damit aber können durch die Steigerung des Bodenertrages wohl für eine gewisse Zeit Erleichterungen im Leben eines Volkes stattfinden, auf die Dauer jedoch wird dies nie eine Enthebung von der Verpflichtung sein, den ungenügend gewordenen Lebensraum eines Volkes an die gewachsene Zahl wieder anzupassen. Durch die innere Kolonisation selbst aber können im günstigsten Falle nur Verbesserungen im Sinne einer sozialen Vernunft und Gerechtigkeit stattfinden. Für die Gesamternährung eines Volkes ist sie ohne jede Bedeutung. Für die außenpolitische Einstellung einer Nation aber wird sie nicht selten von Schaden sein, weil sie Hoffnungen erweckt, die ein Volk vom realen Denken entfernen können. Der gewöhnliche, ehrsame Bürger wird dann wirklich glauben, durch Fleiß, Emsigkeit und gerechte Bodenver-

9 Interessanterweise lehnte auch Alfred Hugenberg die innere Kolonisation ab und sah in auswärtigen "Ackerbaukolonien" den Schlüssel zur Lösung der deutschen Ernährungsfrage. Vgl. Alfred Hugenberg, Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands, Straßburg 1891, S. 452.

10 Hitler spielt vermutlich an auf die "Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungslande" des Rats der Volksbeauftragten vom 29.1.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 115 ff.), die in das Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 1429 ff.) eingeflossen war. Mit 26.349 landwirtschaftlichen Neusiedlerstellen im Jahr 1928 blieb die Wirkung dieses Gesetzes bei einer Zahl von einer Million potentieller Siedler sehr begrenzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 69. Für die sogenannte Siedlungsbewegung im Deutschen Reich vor und besonders nach dem Ersten Weltkrieg waren nicht nur wirtschaftliche, sondern ebenso ideologische Motive ausschlaggebend. Vgl. Ulrich Linse (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983.

10 Die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs (einschl. Saargebiet) betrug im Juni 1925 134,23 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 5.

teilung sein tägliches Brot auch zu Hause finden zu können, statt zu erkennen, daß die Kraft eines Volkes zusammengefaßt werden muß, um neuen Lebensraum zu gewinnen[11].

Die Wirtschaft, die besonders heute von vielen als die Retterin aus Not und Sorge, Hunger und Elend angesehen wird, kann allerdings unter bestimmten Voraussetzungen einem Volk Existenzmöglichkeiten geben, die außerhalb seines Verhältnisses zum eigenen Grund und Boden liegen. Allein es ist dies gebunden an eine Anzahl von Voraussetzungen, die ich hier ganz kurz erwähnen muß.

Der Sinn einer solchen Wirtschaft liegt darin, daß ein Volk an gewissen Gütern des Lebens mehr produziert, als es für den eigen[*en*] Bedarf nötig hat, diesen Überschuß außerhalb der eigenen Volksgemeinschaft verkauft und vom Erlös sich diejenigen Lebensmittel und auch Rohstoffe anschafft, an denen es Mangel besitzt. Damit ist aber diese Art von Wirtschaft nicht nur eine Frage der Produktion, sondern in einem mindest ebenso hohen Maße eine Frage des Verkaufes. Man redet besonders in der Gegenwart viel von einer Steigerung der Produktion, vergißt aber ganz, daß eine solche Steigerung nur Wert hat, solange ein Käufer vorhanden ist. Innerhalb des Kreises des Wirtschaftslebens eines Volkes wird jede Produktionssteigerung insoferne nutzbringend sein, als sie eben die Zahl der Güter vermehrt, die damit auf den einzelnen treffen. Theoretisch müßte jede Steigerung der industriellen Produktion eines Volkes zu einer Verbilligung der Waren und damit zu einem erhöhten Konsum derselben führen, mithin also den einzelnen Volksgenossen in den Besitz größerer Lebensgüter bringen. In der Praxis ändert dies aber nichts an der Tatsache der ungenügenden Ernährung eines Volkes infolge des unzulänglichen Bodens. Denn man kann wohl gewisse industrielle Produktionen steigern, ja vervielfachen, aber nicht die Lebensmittelerzeugung. Sowie ein Volk an dieser Not leidet, wird eine Behebung nur dann stattfinden können, wenn ein Teil seiner industriellen Überproduktion nach außen hin abzufließen vermag, um von außen herein die nicht vorhandenen Lebensmittel der Heimat zu ersetzen. Damit aber hat eine Produktionssteigerung für diesen Zweck nur dann den gewünschten Erfolg, wenn sich der Käufer findet, und zwar der äußere Käufer. Damit aber steht dann die Frage der Verkaufsmöglichkeit, also des Absatzes in überragender Bedeutung vor uns.

Der Absatzmarkt der heutigen Welt ist kein unbegrenzter. Die Zahl der industriell tätigen Nationen hat dauernd zugenommen. Fast alle europäischen Völker leiden unter dem ungenügenden und unbefriedigenden Verhältnis ihres Bodens zur Volkszahl und sind deshalb auf Weltexport angewiesen. In letzter Zeit kommt zu ihnen noch die amerikanische Union, im Osten Japan. Damit beginnt von selbst ein Kampf um den begrenzten Absatzmarkt, der um so härter werden wird, je zahlreicher die industriell tätigen Nationen werden und je mehr umge-

11 Vgl. Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981, S. 24. Im vorliegenden Text wird ein Abrücken von diesem Punkt erkennbar. Bereits am 13.4.1928 hatte Hitler erklärt, daß sich diese Forderung "in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulations-Gesellschaften" richte. Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 2: August 1927 - Mai 1928. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 254.

kehrt die Absatzmärkte sich verengen. Denn während einerseits die Zahl der um den Weltmarkt ringenden Völker zunimmt, wird der Absatzmarkt selbst langsam verkleinert, teils infolge einer Selbstindustrialisierung aus eigener Kraft, teils durch ein System von Filialunternehmungen, die aus reinem kapitalistischen Interesse in solchen Ländern mehr und mehr ins Leben gerufen werden. Denn es ist dabei folgendes zu bedenken: Das deutsche Volk zum Beispiel hat ein lebendiges Interesse daran, nach [*sic!*] China auf deutschen Werften Schiffe zu bauen, weil dadurch eine bestimmte Anzahl Menschen unserer Nationalität die Möglichkeit einer Ernährung erhalten, die sie aus unserem eigenen nicht mehr genügenden Grund und Boden nicht besitzen würde. Das deutsche Volk hat aber kein Interesse daran, daß, sagen wir, eine deutsche Finanzgruppe oder auch ein deutsches Werk in Shanghai eine sogenannte Filial-Werft ins Leben ruft, die nun mit chinesischen Arbeitern und fremden Stählen für China Schiffe baut, auch wenn dabei die Gesellschaft selbst einen bestimmten Gewinn in Form einer Verzinsung oder Dividende erhält. Im Gegenteil, denn das Ergebnis dessen wird nur sein, daß eine deutsche Finanzgruppe soundsoviele Millionen Gewinn erhält, allein der deutschen Volkswirtschaft infolge der dadurch wegfallenden Aufträge ein Vielfaches dieses Betrages entzogen wird[12].

Je mehr nun rein kapitalistische Interessen die heutige Wirtschaft zu bestimmen beginnen, je mehr hier vor allem allgemeine Finanz- und Börsengesichtspunkte entscheidenden Einfluß erringen, um so mehr wird dieses System von Filialgründungen um sich greifen, damit aber die Industrialisierung bisheriger Absatzmärkte (plötzlich) künstlich durchführen und besonders den europäischen Mutterländern die Exportmöglichkeiten beschneiden. Heute kann noch mancher über diese Zukunftsentwicklung lächeln, bei ihrem weiteren Fortschreiten wird man in 30 Jahren unter den Folgen in Europa stöhnen.

Je mehr aber die Absatzschwierigkeiten wachsen, um so erbitterter wird der Kampf um die übrigbleibenden geführt werden. Wenn nun auch die ersten Waffen dieses Kampfes in der Preisgestaltung und in der Güte der Waren liegen, mit denen man gegenseitig sich niederzukonkurrieren [*sic!*] versucht, so liegt aber die letzte Waffe endlich auch hier beim Schwert. Die sogenannte wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt könnte nur stattfinden, wenn die Erde aus lauter Agrarvölkern bestünde und ein einziges industriell tätiges Wirtschaftsvolk besäße. Da aber alle großen Völker heute Industrievölker sind, ist die sogenannte wirtschaftsfriedliche Eroberung der Erde nichts anderes als der Kampf mit Mitteln, die so lange friedliche sein werden, solange die stärkeren Völker mit ihnen siegen zu können glauben, d. h. aber in Wirklichkeit mit friedlicher Wirtschaft die anderen töten zu können. Denn das ist das wirkliche Resultat eines Sieges eines Volkes mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln über ein anderes Volk. Das eine Volk erhält durch sie die Möglichkeiten zum Leben, und dem anderen Volke

12 Im April 1933 beabsichtigte Hitler, auf der Weltwirtschaftskonferenz in London im Sommer 1933 eine Vereinbarung gegen die Industrialisierung außereuropäischer Gebiete anzustreben. Vgl. Aufzeichnung über die Konferenz in der Reichskanzlei am 24.4.1933. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1, Göttingen 1971, Dok. 182, S. 334. Hier lag auch eines der Motive für die späteren Pläne eines vollständigen Abbaus der Industrie in der besetzten Sowjetunion. Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. und eingeleitet von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991.

werden sie dadurch entzogen. Der Einsatz ist auch hier immer die Substanz von Fleisch und Blut, die wir als Volk bezeichnen.

Glaubt aber ein wirklich kraftvolles Volk, ein anderes mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln nicht besiegen zu können, oder will ein wirtschaftlich schwächeres Volk sich von einem wirtschaftlich stärkeren nicht töten lassen, indem ihm langsam die Möglichkeiten seiner Ernährung abgeschnitten werden, dann wird (es zum Schwerte greifen) in beiden Fällen der Dunst der wirtschaftsfriedlichen Phrasen plötzlich zerrissen und der Krieg, also die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln [13], tritt an ihre Stelle.

Die Gefahr der wirtschaftlichen Betätigung im ausschließlichen Sinne liegt aber für ein Volk gerade darin, daß es nur zu leicht dem Glauben verfällt, sein Schicksal end(lich)gültig durch die Wirtschaft gestalten zu können, daß diese damit von einer rein sekundären Stelle in eine primäre vorrückt, ja endlich sogar als staatsbildend angesehen wird, und dem Volk diejenigen Tugenden und Eigenschaften raubt, die Völker und Staaten endgültig allein auf dieser Erde am Dasein zu erhalten vermögen [14].

Eine besondere Gefahr der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Politik eines Volkes liegt aber darin, daß durch sie zunächst eine Vermehrung der Volkszahl möglich wird, die endlich in keinem Verhältnis mehr steht zu den Lebenserträgnissen des eigenen Grund und Bodens. Diese Überfüllung eines ungenügend großen Lebensraumes mit Menschen führt dabei nicht selten auch zu schweren sozialen Schäden, indem die Menschen nun in Arbeitszentren zusammengefaßt werden, die dann weniger Kulturstätten gleichen als vielmehr Abszessen am Volkskörper, in denen sich alle üblen Laster, Untugenden und Krankheiten zu vereinigen scheinen [15]. Sie sind dann vor allem Brutstätten der Blutsvermischung und Bastardierung, damit meistens der Rassensenkung und ergeben damit jene eitrigen Herde, in denen die internationale jüdische Völkermade gedeiht und die weitere Zersetzung endgültig besorgt.

Gerade dadurch aber wird ein Verfall in die Wege geleitet, in dem nun die innere Kraft eines solchen Volkes rasch entschwindet, alle rassischen, moralischen und sittlichen Werte der Vernichtung anheimfallen, die Ideale abgebaut werden und damit endlich die Voraussetzung beseitigt wird, die ein Volk notwendig braucht, um die letzte Konsequenz im Ringen um den Weltmarkt auf sich nehmen zu können. Die Völker werden, in einem lasterhaften Pazifismus geschwächt, nicht mehr bereit sein, mit Bluteinsatz für den Absatz ihrer Waren zu kämpfen. Sowie also ein Stärkerer an Stelle wirtschaftsfriedlicher Mittel die realeren Kräfte der politischen Macht einsetzt, werden solche Völker zusammenbrechen. Dann aber trifft sie die Rache ihrer eigenen Verfehlungen. Sie sind übervölkert und haben nun infolge des Verlustes aller wirklichen Voraussetzungen keine Möglichkeit mehr, die übergroße Volksmasse genügend ernähren zu können, keine Kraft, die Fessel der Gegner zu sprengen, und keinen inneren Wert,

13 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640: "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel."

14 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 157 ff.

15 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

das Schicksal würdig zu tragen. Sie glaubten einst, um leben zu können, dank ihrer wirtschaftsfriedlichen Betätigung, der Gewalt entsagen zu dürfen. Das Schicksal wird sie belehren, daß man endgültig ein Volk nur erhält, wenn Volkszahl und Lebensraum in einem bestimmten natürlichen und gesunden Verhältnis zueinander stehen. Daß weiter dieses Verhältnis von Zeit zu Zeit überprüft werden muß, und in eben dem Maße, indem es sich zuungunsten des Bodens verschiebt, zugunsten der Volkszahl wieder hergestellt werden muß.

Dazu allerdings braucht ein Volk Waffen. Denn Bodenerwerb ist immer mit Machteinsatz verbunden.

Wenn aber die Aufgabe der Politik die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes ist, der Lebenskampf eines Volkes im letzten Grunde darin besteht, der jeweiligen Volkszahl die zur Ernährung notwendige Raummenge zu sichern, dieser gesamte Vorgang jedoch eine Frage des Machteinsatzes eines Volkes ist, dann ergibt sich folgende Schlußdefinition:

Politik ist die Kunst der Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes um sein irdisches Dasein.

(Innenpolitik) Außenpolitik ist die Kunst, einem Volke den jeweils notwendigen Lebensraum in Größe und Güte zu sichern.

Innenpolitik ist die Kunst, einem Volke (die) den dafür notwendigen (Machtgehalt) Machteinsatz in Form seines Rassenwertes und seiner Zahl zu erhalten.

[*KAPITEL III*]

[*RASSE, KAMPF UND MACHT*]

Ich (möchte) will mich dabei gleich an dieser Stelle mit jener bürgerlichen Auffassung auseinandersetzen, die unter Macht meist nur den Waffenvorrat einer Nation im Auge hat und zum geringeren Teil vielleicht auch noch die Armee als Organisation. Würde die Auffassung dieser Leute zutreffend sein, d. h., würde also die Macht eines Volkes wirklich in seinem Waffenbesitz und seiner Armee an sich liegen, dann müßte damit ein Volk, das durch irgendwelche Umstände Armee und Waffen verloren hat, für alle Zeiten erledigt sein. Das glauben aber diese bürgerlichen Politiker selber kaum. Allein schon indem sie dies bezweifeln, geben sie zu, daß Waffen und Heeresorganisation Dinge sind, die ersetzt werden können, mithin nicht primärer Natur sind, sondern daß es etwas gibt, was über ihnen steht und was damit zumindest die Quelle auch ihrer Macht [*ist*]. Und dem ist auch so. Waffen und Heeresformen sind zerstörbar und sind ersetzbar. So groß vielleicht ihre Bedeutung für den Augenblick ist, [*so*] begrenzt ist sie für längere Zeiträume betrachtet. Im Leben eines Volkes ist endgültig ausschlaggebend der Wille zur Selbsterhaltung und die lebendigen Kräfte, die ihm dabei zur Verfügung stehen. Waffen können rosten, Formen können sich überleben, der Wille selbst kann beides immer wieder erneuern und einem Volk in jener Gestalt verschaffen, die der Augenblick der Not erfordert. Daß wir Deutschen unsere Waffen abliefern mußten [1], hat eine sehr geringe Bedeutung, soweit ich die materielle Seite dabei im Auge behalte. Und das ist doch die einzige, die unsere bürgerlichen Politiker sehen. Das Bedrückende in unserer Waffenablieferung liegt höchstens in den Begleitumständen, unter denen sie erfolgte, in unserer Gesinnung, die sie ermöglichte, sowie in der erbärmlichen Art der Durchführung, die wir erlebten [2]. Viel schwerer wiegt die Zerstörung der Organisation unseres Heeres. Allein auch dort ist das Hauptunglück nicht in der Beseitigung der Organisation als Trägerin unseres Waffenbesitzes zu sehen, als vielmehr in der Aufhebung einer Institution der Erziehung unseres Volkes zur Mannbarkeit, wie sie kein anderer Staat der Welt besessen hat und allerdings auch kein Volk wohl so nötig brauchte als unser deutsches. Das Verdienst unseres alten Heeres an der allgemeinen Disziplinierung unseres Volkes für Höchstleistungen auf allen Gebieten ist nicht abmeßbar [*sic!*]. Gerade unser Volk, das in seiner inneren rassischen Zerrissenheit so sehr die Eigenschaften vermissen läßt, die z. B. den Engländer auszeichnen - geschlossenes Zusammenstehen in Zeiten der Gefahr -, hat wenigstens einen Teil dieser, bei anderen Völkern natürlichen, instinktmäßig

1 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 25, 47, 75, 79.
Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 legten die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verboten jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

2 Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

verankerten Veranlagung auf dem Wege der Erziehung durch das Heer erhalten. Die Menschen, die so gerne von Sozialismus reden, begreifen alle nicht, daß die höchste sozialistische Organisation überhaupt das deutsche Volksheer gewesen ist. Daher auch der grimmige Haß des typisch kapitalistisch veranlagten Judentums gegen eine Organisation, in der nicht Geld identisch ist mit Stellung, Würde oder gar Ehre, sondern Leistung und in der überhaupt die Ehre, zu Menschen einer bestimmten Leistung zu gehören, größer geschätzt wird, als Vermögen und Reichtum zu besitzen[3]. Eine Auffassung, die dem Juden ebenso fremd wie gefährlich erscheint, und die, wenn sie erst Allgemeingut eines Volkes sein würde, einen immunen Schutz gegen jede weitere jüdische Gefahr bedeuten würde. Würde z. B. in der Armee eine Offiziersstelle zu kaufen sein, so wäre dies dem Judentum verständlich. Unverständlich, ja unheimlich aber ist ihm eine Organisation, die einen Mann mit Ehre umgibt, der entweder überhaupt gar kein Vermögen besitzt, oder dessen Einkommen nur ein Bruchteil eines anderen ist, der gerade in dieser Organisation gar nicht geehrt oder geschätzt wird[4]. Und darin aber lag die Hauptstärke dieser alten unvergleichlichen Einrichtung, die nur leider in den letzten 30 Friedensjahren allerdings auch langsam angefressen zu werden drohte. Sowie es Mode wurde, daß einzelne Offiziere, besonders adeliger Abstammung, sich ausgerechnet mit Warenhausjüdinnen paarten, stieg für das alte Heer eine Gefahr auf, die sich bei fortschreitender gleicher Entwicklung eines Tages übel ausgewachsen hätte. Jedenfalls war in der Zeit Kaiser Wilhelms I.[5] für solche Vorgänge kein Verständnis (gezeigt) übrig gewesen. Dennoch war, alles in allem genommen, noch um die Jahrhundertwende das deutsche Heer die grandioseste Organisation der Welt und seine Wirksamkeit für unser deutsches Volk eine mehr als segensreiche. Die Zuchtstätte deutscher Disziplin, deutscher Tüchtigkeit, gerader Gesinnung, offenen Mutes, kühnen Draufgängertums, zäher Beharrlichkeit und granitener Ehrlichkeit. Die Ehrauffassung eines ganzen Standes wurde langsam aber unmerklich Gemeingut eines ganzen Volkes[6].

Daß diese Organisation durch den Friedensvertrag von Versailles zerstört wurde, war für unser deutsches Volk um so schlimmer, als unsere Gegner im Inneren damit endlich freie Bahn zum Auswirken ihrer schlimmsten Absichten bekamen, unser unfähiges Bürgertum aber mangels jeder Genialität und improvisatorischer Fähigkeit auch nicht den primitivsten Ersatz zu finden vermochte.

Damit allerdings hat unser deutsches Volk Waffenbesitz und Waffenträgerin verloren. Allein dies ist in der Geschichte der Völker unzählige Male der Fall gewesen, ohne daß diese daran zu Grunde gegangen wären. Im Gegenteil: Nichts ist leichter zu ersetzen als ein Waffen-

---

3 Zum Militärdienst deutscher Juden vgl. Rolf Vogel, Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813-1976, Mainz 1977, S. 37 ff. Zum speziellen Fall Preußen vgl. Manfred Messerschmidt, Die preußische Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, Zweiter Teil: Strukturen und Organisationen, München 1979, S. 10-301, hier 210 f.

4 Zur Rekrutierung des preußisch-deutschen Offizierkorps vgl. Detlef Bald, Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert, München 1982, S. 38 ff.

5 Wilhelm I. (1797-1888), 1858 Regent für Friedrich Wilhelm IV., 1861 preußischer König, 1871 deutscher Kaiser.

6 Zur Dominanz militärischer Verhaltensmuster in der preußisch-deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs vgl. Emilio Willems, Der preußisch-deutsche Militarismus. Ein Kulturkomplex im sozialen Wandel, Köln 1984, S. 70 ff.

verlust, und jede organisatorische Form kann wieder erschaffen oder erneuert werden. Was unersetzbar ist, ist das verdorbene Blut eines Volkes, der vernichtete innere Wert.

Denn der heutigen bürgerlichen Auffassung, daß der Friedensvertrag von Versailles unser Volk waffenlos gemacht habe, kann ich nur entgegenhalten, daß die wirkliche Waffenlosigkeit in unserer pazifistisch-demokratischen Vergiftung liegt, sowie im Internationalismus, der die höchsten Kraftquellen unseres Volkes zerstört und vergiftet. Denn die Quelle aller Macht eines Volkes liegt nicht in seinem Waffenbesitz oder in seiner Heeresorganisation, sondern in seinem inneren Wert, der repräsentiert wird durch die rassische Bedeutung, also den Rassenwert eines Volkes an sich, durch das Vorhandensein höchster Einzelpersönlichkeitswerte sowie durch seine gesunde Einstellung zum Gedanken der Selbsterhaltung.

Wenn wir als Nationalsozialisten mit dieser Auffassung über die wirkliche Kraft eines Volkes vor die Öffentlichkeit treten, dann wissen wir, daß damit die gesamte öffentliche Meinung heute gegen uns steht. Allein, dies ist ja der tiefste Sinn unserer neuen Lehre, die uns als Weltanschauung von den anderen trennt.

Indem wir von dem Grundsatze ausgehen, daß Volk nicht gleich Volk ist, ist auch Volkswert nicht gleich Volkswert. Wenn aber Volkswert nicht gleich Volkswert ist, dann hat mithin jedes Volk, ganz abgesehen von seiner Zahl als summarischem Wert, noch einen besonderen spezifischen Wert, der ihm zu eigen ist und der keinem anderen Volke vollständig gleich sein kann. Die Auswirkungen dieses jeweiligen besonderen Volkswertes können verschiedenster Art sein und auf den verschiedensten Gebieten liegen; zusammengefaßt aber ergeben sie doch einen Maßstab für die allgemeine Wertung eines Volkes überhaupt. Der letzte Ausdruck dieser allgemeinen Wertung ist das geschichtliche Kulturbild eines Volkes, in dem sich die Summe aller Ausstrahlungen seines Blutswertes oder der in ihm vereinten Rassenwerte widerspiegeln.

Dieser besondere Volkswert ist aber keineswegs nur ein ästhetisch-kultureller, sondern ein allgemeiner Lebenswert an sich. Denn er bildet das Leben eines Volkes überhaupt, formt und gestaltet es und liefert damit auch all jene Kräfte, die ein Volk zur Überwindung von Lebenswiderständen einzusetzen hat. Denn jegliche kulturelle Tat ist in Wahrheit die Besiegung einer, vom Menschen aus betrachtet, bisher bestandenen Barbarei, jede kulturelle Schöpfung (damit) eine Hilfe zum Aufstieg der Menschen über eine bisher gezogene Begrenzung und damit eine Stärkung der Stellung dieser Menschen, so daß auch im sogenannten kulturellen Wert eines Volkes in Wahrheit eine Kraft zur Lebensbehauptung liegt. Je größer aber mithin die inneren Kräfte eines Volkes in dieser Richtung sind, um so stärker auch die unzähligen Möglichkeiten zur Lebensbehauptung auf allen Gebieten des Lebenskampfes. Je höher mithin der Rassenwert eines Volkes ist, um so größer sein allgemeiner Lebenswert, (durch) den es dann zugunsten seines Lebens einzusetzen hat, im Kampfe und im Ringen mit anderen Völkern.

Die Bedeutung des Blutswertes eines Volkes wird allerdings erst dann restlos wirksam, wenn dieser Wert von einem Volk erkannt, gebührend geschätzt und gewürdigt wird. Völker, die diesen Wert nicht begreifen oder mangels eines natürlichen Instinktes ihn nicht mehr empfinden, beginnen ihn damit auch sofort zu verlieren. Blutsvermischung und Rassensenkung sind dann die Folgen, die allerdings am Beginn nicht selten eingeleitet werden durch eine sogenannte Ausländerei, in Wirklichkeit also ein Minderschätzen eigener kultureller Werte gegenüber denen fremder Völker. Sowie ein Volk (seine) den (Ausdruck) kulturellen Ausdruck

des durch sein Blut bedingten eigenen Seelenlebens[7] nicht mehr würdigt oder sich seiner sogar zu schämen beginnt, um fremden Lebensausdrücken seine Sinne zuzuwenden, verzichtet es auf die Kraft, die in der Harmonie seines Blutes und dem daraus entsprossenen kulturellen Leben liegt. Es wird zerrissen, unsicher in seiner Beurteilung des Weltbildes und seiner Äußerungen, verliert die Erkenntnis und das Gefühl für eigene Zweckmäßigkeiten, um an Stelle dessen im Wirrwarr internationaler Vorstellungen, Auffassungen und dem daraus entsprossenen Kulturdurcheinander zu versinken. Dann kann der Jude in jeder Form seinen Einzug halten, und dieser Meister der internationalen Giftmischerei und Rassenverderbnis wird dann nicht eher ruhen, als bis er ein solches Volk restlos entwurzelt und damit verdorben hat. Das Ende ist dann der Verlust eines bestimmten einheitlichen Rassenwertes und damit der endgültige Verfall.

Daher ist auch jeder vorhandene rassische Wert eines Volkes so lange wirkungslos, wenn nicht gar gefährdet, als nicht ein Volk bewußt sich seiner erinnert und ihn mit aller Sorgfalt pflegt, seine gesamten Hoffnungen aber in erster Linie auf ihn stützt und auf ihn aufbaut.

Damit ist die internationale Gesinnung aber als Todfeindin dieses Wertes anzusehen. Statt ihr muß das Bekenntnis zum eigenen Volkswert das gesamte Leben und Handeln eines Volkes erfüllen und bestimmen.

So sehr nun auch im Volkswert der wahre Ewigkeitsfaktor für die Größe und Bedeutung eines Volkes zu suchen ist, sowenig wird dieser Wert an sich in seiner Gesamtheit zur Wirksamkeit gelangen, wenn nicht die zunächst schlummernden Energien und Talente eines Volkes ihre Erwecker finden.

Denn sowenig die Menschheit einen gleichmäßigen Durchschnittswert besitzt, sondern aus verschiedenen Rassenwerten zusammengesetzt erscheint, so wenig ist der Persönlichkeitswert innerhalb eines Volkes bei allen seinen Angehörigen der gleiche. Jede Tat eines Volkes, sie mag liegen auf was immer für einem Gebiete, ist das Ergebnis des schöpferischen Wirkens einer Persönlichkeit. Es gibt keine Not, die ihre Behebung findet allein durch den Wunsch der von ihr Betroffenen, solange nicht dieser allgemeine Wunsch seine Erlösung findet im Handeln des für diese Aufgabe aus einem Volk erkorenen Menschen. Niemals haben Majoritäten schöpferische Leistungen vollbracht. Niemals Mehrheiten Erfindungen der Menschheit gegeben. Immer ist die einzelne Person Begründer des menschlichen Fortschrittes gewesen. Nun wird allerdings ein Volk eines bestimmten inneren Rassenwertes, soferne dieser Wert überhaupt sichtbar wird in seinen kulturellen oder sonstigen Leistungen, von vorneherein die Persönlichkeitswerte besitzen müssen, da ja ohne deren Auftreten und schöpferische Betätigung das Kulturgemälde eines solchen Volkes nie entstanden wäre und damit die Möglichkeit jedes Rückschlusses auf den inneren Wert eines solchen Volkes fehlen würde. Indem ich den inneren rassischen Wert eines Volkes erwähne, taxiere ich ihn aus der Summe der mir vor Augen liegenden Leistungen und bestätige damit zugleich das Vorhandensein der jeweiligen Persönlichkeitswerte, die als Repräsentanten des Rassenwertes eines Volkes handelten und das Kulturbild schufen. So sehr also an sich Rassenwert und Persönlichkeitswert miteinander verknüpft erscheinen, weil ein rassisch wertloses Volk zumindest aus dieser Quelle keine bedeutenden schöpferischen Persönlichkeiten bekommen kann, wie es umgekehrt unmöglich erscheint, beim

7 Hitler bezieht sich hier auf die Pseudo-Wissenschaft, die jeder Rasse eine eigene Seele zuschrieb. Vgl. z. B. Ludwig Ferdinand Clauß, Rasse und Seele. Eine Einführung in die Gegenwart, München 1926.

Fehlen schöpferischer Persönlichkeiten und deren Leistungen auf einen etwa vorhandenen rassischen Wert zu schließen, so sehr kann aber dennoch ein Volk durch die Art der formalen Konstruktion seines Organismus, der Volksgemeinschaft oder des Staates das Auswirken seiner Persönlichkeitswerte fördern oder wenigstens erleichtern oder aber sogar verhindern.

Sowie ein Volk die Majorität zum Regenten seines Lebens einsetzt, also die Demokratie heutiger westlicher Auffassung einführt, wird es der Bedeutung des Persönlichkeitsgedankens nicht nur Abbruch tun, sondern der Wirksamkeit der Persönlichkeitswerte einen Riegel vorschieben. Es verhindert durch eine formale Konstruktion seines Lebens die Entstehung und die Arbeit einzelner schöpferischer Personen.

Denn dies ist der doppelte Fluch des heute herrschenden demokratisch-parlamentarischen Systems: Es ist nicht nur selbst unfähig, wirklich schöpferische Leistungen zu vollbringen, sondern es verhindert auch das Emporkommen und damit die Arbeit solcher Männer, die über [*das*] Niveau des Durchschnitts irgendwie bedrohlich hinausragen. Denn der Majorität schien zu allen Zeiten am bedrohlichsten der Mensch, dessen Größe über dem Durchschnittsmaß der allgemeinen Dummheit, Unzulänglichkeit, Feigheit, aber auch Überheblichkeit liegt. Hiezu kommt noch, daß durch die Demokratie auf nahezu gesetzmäßigem Wege minderwertige Personen Führer werden müssen, so daß dieses System, auf irgendeine Institution konsequent angewendet, die gesamte Führermasse, soweit man dabei von einer solchen überhaupt noch reden kann, entwertet. Dies beruht auf der im Wesen der Demokratie liegenden Verantwortungslosigkeit. Majoritäten sind zu wenig faßbare Erscheinungen, als daß sie irgendwie mit Verantwortung belastet werden könnten. Die von ihnen aufgestellten Führer sind in Wahrheit nur Vollzugsstrecker [*sic!*] des Willens der Majoritäten. Ihre Aufgabe ist daher weniger, geniale Pläne oder Ideen zu produzieren, um sie dann gestützt auf einen vorhandenen Verwaltungsapparat durchzusetzen, als vielmehr die jeweiligen Majoritäten zusammenzubringen, die für die Durchführung bestimmter Absichten notwendig sind. Dabei richten sich aber weniger die Majoritäten nach den Absichten, als vielmehr die Absichten nach den Majoritäten. Ganz gleich, wie aber das Resultat eines solchen Handelns sein mag, es gibt keinen irgendwie faßbar dafür Verantwortlichen. Dies um so mehr, als ohnehin jede wirklich getroffene Entscheidung das Resultat zahlreicher Kompromisse ist, die sie dann auch in ihrem Wesen und Inhalt zeigen wird. Wen will man aber dann dafür verantwortlich machen?

Sowie nun die rein persönlich umrissene Verantwortlichkeit beseitigt wird, fällt der zwingendste Grund für das Entstehen eines kraftvollen Führertums weg. Man vergleiche die auf die Autorität und Verantwortlichkeit der Einzelperson im höchsten Ausmaße eingestellte Heeres(einrichtung)organisation mit unseren demokratischen Zivileinrichtungen, und zwar in bezug auf die Resultate der beiderseitigen Führerausbildung, und man wird entsetzt sein. Im einen Fall eine Organisation von ebenso mutigen wie verantwortungsfreudigen und ihre Sache könnenden Männern (auf der anderen), im anderen verantwortungsfeige Nichtskönner. 4 ½ Jahre hat die deutsche Heeresorganisation der größten Feindesvereinigung aller Zeiten standgehalten. Die zivile, demokratisch zersetzte innere Führung brach buchstäblich auf den ersten Anhieb einiger hundert Lumpen und Deserteure zusammen[8].

8 Zum Forschungsstand über Ursachen und Bedeutung der Revolution von 1918/19 vgl. Heinrich August Winkler, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Die Armseligkeit des deutschen Volkes an wirklich großen führenden Köpfen findet ihre einfachste Erklärung in der wüsten Zersetzung, die wir durch das demokratisch-parlamentarische System, das unser ganzes öffentliches Leben langsam anfrißt, vor uns sehen.

Die Völker müssen sich entscheiden. Entweder sie wollen Majoritäten oder Köpfe. Beide zusammen vertragen sich nie. Großes aber auf dieser Erde haben bisher immer noch Köpfe geschaffen, und was sie schufen, wurde freilich dann meist durch Majoritäten dann [*sic!*] wieder vernichtet.

So kann ein Volk sehr wohl auf Grund seines allgemeinen Rassenwertes berechtigte Hoffnung besitzen, wirklichen Köpfen das Leben schenken zu können, allein es muß dann auch in der Art der Konstruktion seines Volkskörpers Formen suchen, die nicht künstlich, ja planmäßig solche Köpfe in ihrem Wirken unterbinden, eine Mauer von Dummheit dagegen aufrichten, kurz, sie nicht zur Wirksamkeit gelangen lassen.

Sonst wird eine der gewaltigsten Machtquellen eines Volkes verschüttet.

(Als dritten Faktor der inneren Kraft eines Volkes haben wir die Erziehung zur Selbstbehauptung.)

Der dritte Faktor der Kraft eines Volkes ist sein gesunder natürlicher Selbsterhaltungstrieb. Aus ihm resultieren dann zahlreiche heldische Tugenden, die einem Volke allein den Existenzkampf aufnehmen lassen. Keine Staatsleitung wird große Erfolge zu erzielen vermögen, wenn das Volk, dessen Interessen sie zu vertreten hat, zu feige und zu erbärmlich ist, sich selbst für diese Interessen einzusetzen. Keine Staatsleitung freilich wird erwarten dürfen, daß ein Volk Heroismus besitzt, das es [*sic!*] nicht selbst zum Heroismus erzieht. So wie der Internationalismus den vorhandenen Rassenwert schädigt und damit schwächt, die Demokratie die Persönlichkeitswerte zerstört, so lähmt der Pazifismus die natürlichen Kräfte der Selbsterhaltung der Völker.

Diese 3 Faktoren: der Volkswert an sich, die vorhandenen Persönlichkeitswerte sowie der gesunde Selbsterhaltungstrieb sind die Kraftquellen, aus denen eine weise und kühne Innenpolitik immer wieder die Waffen ziehen kann, die zur Selbstbehauptung eines Volkes notwendig sind. Dann werden Heereseinrichtungen und waffentechnische Fragen stets die Lösungen finden, die geeignet sind, einem Volke im schweren Kampf um die Freiheit und das tägliche Brot beizustehen.

Verliert die innerpolitische Leitung eines Volkes diese Gesichtspunkte aus den Augen oder glaubt sie, nur waffentechnisch allein für einen Kampf sich rüsten zu müssen, dann kann sie Augenblickserfolge erzielen, soviel sie will, die Zukunft aber gehört einem solchen Volke dann nicht. Es war deshalb die Aufgabe aller wahrhaft großen Gesetzgeber und Staatsmänner dieser Erde nie die beschränkte Vorbereitung für einen Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes, so daß nach aller menschlichen Vernunft seine Zukunft fast gesetzmäßig gesichert erscheint. Dann verlieren auch Kriege den Charakter einzelner, mehr oder minder gewaltiger, Überraschungen, sondern gliedern sich ein in ein natürliches, ja selbstverständliches System einer gründlichen, gut fundierten, dauerhaften Entwicklung eines Volkes.

Daß die derzeitigen Staatsleitungen diese Gesichtspunkte wenig beachten, liegt teils im Wesen der Demokratie, der sie selbst ihre Existenz verdanken, zum anderen aber darin, daß der Staat ein rein formaler Mechanismus geworden ist, der ihnen als Selbstzweck erscheint,

ohne sich im geringsten mit den Interessen eines bestimmten Volkes decken zu müssen. Volk und Staat sind zwei verschiedene Begriffe geworden. Es wird Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, für Deutschland hier einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen.

[*KAPITEL IV*]

[*AUSSENPOLITISCHE KRITIK UND VORSCHLÄGE*]

Wenn mithin die Aufgabe der Innenpolitik - neben der selbstverständlichen Befriedigung der sogenannten Tagesfragen - die Stählung und Stärkung eines Volkskörpers sein muß, indem sie planmäßig seine inneren Werte hegt und fördert, dann ist es Aufgabe der Außenpolitik, diese innere Ausbildungsarbeit eines Volkskörpers nach außen zu decken und mitzuhelfen, die allgemeinen Lebensvoraussetzungen zu schaffen und zu sichern. Eine gesunde Außenpolitik wird dabei als letztes Ziel unverrückbar immer die Gewinnung der Ernährungsgrundlagen eines Volkes im Augen behalten müssen. Die Innenpolitik hat einem Volke die innere Kraft zu sichern für seine außenpolitische Behauptung. Die Außenpolitik hat einem Volk das Leben zu sichern für seine innenpolitische Entwicklung. Innenpolitik und Außenpolitik sind damit nicht nur auf das engste miteinander verbunden, sondern haben gegenseitig ergänzend zu wirken. Die Tatsache, daß in großen Zeitläufen der menschlichen Geschichte die Innenpolitik sowohl als die Außenpolitik anderen Grundsätzen gehuldigt hat, beweist nichts für die Richtigkeit dessen, sondern hat nur den Beweis für den Irrtum eines solchen Handelns erbracht. Ungezählte Völker und Staaten sind als warnende Beispiele für uns zugrunde gegangen, weil sie die oben angeführten elementaren Grundsätze nicht befolgt hatten. Es ist bemerkenswert, wie wenig der Mensch in seinem Leben an die Möglichkeit des Todes denkt. (Wie wenig beim einzelnen) Wie wenig er im einzelnen sein Leben einrichtet nach den Erfahrungen, die ungezählte Menschen vor ihm bereits machen mußten und die ihm an sich alle bekannt sind. Immer sind es nur Ausnahmen, die dies bedenken und kraft der Bedeutung ihrer Persönlichkeit nun versuchen, ihren Mitmenschen Lebensgesetze aufzuzwingen, denen die Erfahrungen vergangener Zeiten zugrunde liegen. Es ist dabei bemerkenswert, daß ungezählte hygienische Maßnahmen, die zum Segen eines Volkes ausschlagen müssen, jedoch im einzelnen unbequem sind, durch die autokratische Bedeutung einzelner Personen der Allgemeinheit zur Befolgung förmlich aufgezwungen werden müssen, um aber im selben Moment wieder zu vergehen, in dem die Autorität der Persönlichkeit abgelöst wird durch den Massenwahn der Demokratie. Der Durchschnittsmensch hat vor dem Tode die meiste Angst und denkt in Wirklichkeit am seltensten an ihn. Der Bedeutende beschäftigt sich mit ihm am eindringlichsten und scheut ihn trotzdem am wenigsten. Der eine lebt blind in den Tag hinein, sündigt darauf los, um plötzlich vor dem Allbezwinger zusammenzusinken. Der andere betrachtet in aller Sorgfalt sein Kommen und blickt ihm dann allerdings gefaßt und ruhig ins Auge.

Im Völkerleben ist es genauso. Es ist oft unheimlich zu sehen, wie wenig die Menschen aus der Geschichte lernen wollen, wie gleichgültig blöde sie über ihre Erfahrungen hinwegschreiten, wie gedankenlos sie sündigen, ohne zu bedenken, daß gerade durch ihre Sünden schon soundso viel Völker und Staaten untergegangen, ja von der Erde verschwunden sind. Überhaupt, wie wenig sie sich mit der Tatsache beschäftigen, daß selbst in der kurzen Spanne Zeit, in die wir einen geschichtlichen Einblick besitzen, Staaten und Völker von manchmal fast gigantischer Größe entstanden sind, um 2.000 Jahre später spurlos zu vergehen, daß Weltmächte

Kulturkreise beherrschten, von denen nur mehr die Sage kündet, Riesenstädte in Trümmer gesunken sind, daß kaum die Schutthalden übrigblieben, um der heutigen Menschheit wenigstens den Ort ihrer Lage zu zeigen. Fast außer aller Vorstellung aber liegen die Sorgen, Nöte und Leiden der Millionen und Millionen einzelner Menschen, die einst als lebendige Substanz Träger und Opfer dieser Ereignisse gewesen sind. Unbekannte Menschen, unbekannte Soldaten der Geschichte. Und wie gleichgültig ist in Wirklichkeit die Gegenwart. Wie unbegründet ihr ewiger Optimismus und wie verderblich ihre gewollte Unwissenheit, ihr Nichtsehenmögen und ihr Nichtlernenwollen. Käme es auf die breite Masse an, so würde sich das Spiel des Kindes mit dem ihm unbekannten Feuer auch im größten Umfang ununterbrochen wiederholen. Es ist deshalb die Aufgabe der sich als Erzieher eines Volkes berufen fühlenden Menschen, für sich aus der Geschichte zu lernen und ihr Wissen nun praktisch (nun) anzuwenden, ohne Rücksicht auf Einsicht, Verständnis, Unkenntnis oder auch Ablehnung durch die Masse. Die Größe eines Mannes ist um so bedeutender, je größer sein Mut war, im Gegensatz zu einer allgemein herrschenden, aber verderblichen Ansicht seine bessere Einsicht zum allgemeinen Siege zu führen. Sein Sieg wird um so größer erscheinen, je gewaltiger die Widerstände waren, die überwunden werden mußten, und je aussichtsloser zunächst der Kampf schien.

Die nationalsozialistische Bewegung hätte kein Recht, sich als eine wahrhaft große Erscheinung im Leben des deutschen Volkes ansehen zu wollen, wenn sie nicht den Mut aufbrächte, aus den Erfahrungen der Vergangenheit [*zu*] lernen, die von ihr vertretenen Lebensgesetze allen Widerständen zum Trotz dem deutschen Volke aufzuzwingen. So gewaltig ihre innere Reformationsarbeit dabei auch sein wird, so (muß) darf sie dabei doch nie vergessen, daß es einen wirklichen Wiederaufstieg unseres Volkes auf die Dauer nicht gibt, wenn es ihrer außenpolitischen Tätigkeit nicht gelingt, unserem Volk die allgemeinen Ernährungsvoraussetzungen zu sichern. Sie ist damit im höchsten Sinne des Wortes zur Kämpferin für Freiheit und Brot geworden [1]. Freiheit und Brot ist die einfachste und [*in*] Wirklichkeit doch größte außenpolitische Parole, die es für ein Volk geben kann. Die Freiheit, das Leben eines Volkes nach dessen eigenen Interessen ordnen und regeln zu können, und das Brot, das dieses Volk zu seinem Leben nötig hat.

Wenn ich heute dabei als Kritiker der außenpolitischen Leitung unseres Volkes der Vergangenheit und Gegenwart auftrete, dann bin ich mir bewußt, daß die Fehler, die ich heute sehe, auch von anderen gesehen wurden. Was mich vielleicht von diesen unterscheidet, ist nur die Tatsache, daß es sich (in einen Fall) in den meisten Fällen dabei nur um kritische Erkenntnisse gehandelt hat, ohne praktische Konsequenzen, während ich mich bemühe, aus meiner Einsicht in die Fehler und Irrtümer der früheren deutschen Innen- und Außenpolitik die Vorschläge zur Änderung und Besserung abzuleiten und das Instrument zu bilden, mit dem dereinst diese Änderungen und Verbesserungen verwirklicht werden können.

Die Außenpolitik z. B. der wilhelminischen Periode wurde von nicht wenigen Menschen in Deutschland in vielen Fällen als verhängnisvoll empfunden und demgemäß charakterisiert. Besonders aus Kreisen des damaligen Alldeutschen Verbandes kamen ungezählte Warnungen,

1 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des "Völkischen Beobachters" überschrieben.

die im höchsten Sinne des Wortes berechtigt waren[2]. Ich selbst kann mich in die Tragik hineinversetzen, der damals alle diese Warner verfallen waren, zu sehen, wie und an was ein Volk zugrunde geht, und dabei doch nicht helfen zu können. In den letzten Jahrzehnten der unseligen Außenpolitik der Vorkriegszeit war in Deutschland das Parlament, also die Demokratie, nun nicht mächtig genug, die Köpfe für die politische Leitung des Reiches selbst bestimmen zu können. Dies war noch ein kaiserliches Recht, an dessen formaler Existenz man damals noch nicht zu rütteln wagte. Allein, der Einfluß der Demokratie war immerhin schon so stark geworden, daß den kaiserlichen Entschlüssen eine bestimmte Richtung bereits vorgeschrieben schien. Dies war deshalb von unheilvollen Wirkungen, weil nun ein nationaler Warner auf der einen Seite nicht mehr rechnen konnte, gegen die ausgesprochene Tendenz der Demokratie mit einem verantwortungsvollen Posten bekleidet zu werden, während er umgekehrt aus allgemein patriotischen Vorstellungen heraus gegen Seine Majestät den Kaiser nicht mit der letzten Waffe der Opposition ankämpfen konnte. Der Gedanke eines Marsches nach Rom[3] wäre im Deutschland der Vorkriegszeit absurd gewesen. So befand sich die nationale Opposition in der allerschlimmsten Lage. Noch hatte die Demokratie nicht gesiegt, allein sie stand schon im wütenden Kampf gegen den monarchischen Staatsgedanken. Der monarchische Staat selbst beantwortete den Kampf der Demokratie nicht mit der Entschlossenheit der Vernichtung derselben als vielmehr mit ewigen Konzessionen. Wer damals gegen eine der beiden Einrichtungen Stellung nahm, lief Gefahr, von beiden angefallen zu werden. Wer gegen einen kaiserlichen Entschluß aus nationalen Gründen opponierte, wurde ebensosehr vom Patriotismus verfemt als von der Demokratie beschimpft. Wer gegen die Demokratie Stellung nahm, wurde von ihr bekämpft und vom Patriotismus im Stich gelassen. Ja, er lief Gefahr, vom Regierungsdeutschland schmählichst (geopfert) verraten zu werden, in der traurigen Hoffnung, durch ein solches Opfer das Wohlgefallen Jehovas erringen zu können und der jüdischen Pressemeute eine Zeitlang die Mäuler zu stopfen. Wie die Verhältnisse damals lagen, war eine Aussicht, gegen den Willen der Demokratie oder gegen den Willen S[*einer*] Maj[*estät*] des Kaisers in eine verantwortliche Stelle der Reichsleitung zu kommen und damit den Kurs der Außenpolitik ändern zu können, nicht vorhanden. Dies führte dazu, daß die Beanstandungen der deutschen Außenpolitik ausschließlich auf dem Papier vorgebracht werden konnten, daß mithin eine Kritik einsetzte, die je länger, um so mehr die Charaktereigenschaften der Journalistik annehmen mußte. Die Folge davon aber war, daß immer weniger Wert, mangels jeder praktischen Realisierbarkeit, auf positive Vorschläge gelegt wurde, während die rein kritische Betrachtung Anlaß zu zahllosen Ausstellungen [*sic!*] gab, die man in ihrer Vollständigkeit um so eher vorbringen konnte, als man dadurch hoffte, das verantwortliche schlechte Regiment zum Sturz zu bringen.

---

2 Hitler bezieht sich wahrscheinlich auf Justizrat Heinrich Claß (1868-1953), 1895 Rechtsanwalt beim Landgericht Mainz und Oberlandesgericht Darmstadt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, 1902 stellvertretender Vorsitzender, 1908-1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der "Deutschen Zeitung" sowie Verfasser folgender Bücher: "Bilanz des Neuen Kurses" (1903), "Deutsche Geschichte" (1908 unter dem Decknamen: Einhart), "Wenn ich der Kaiser wär'" (1912 unter dem Decknamen: Fryman), "Zum deutschen Kriegsziel" (1914). Claß war 1933 für die DNVP in den Reichstag gewählt worden, dem er bis 1945 angehörte (seit November 1933 als Hospitant der NSDAP-Fraktion).

3 Anspielung auf Mussolinis Marsch auf Rom am 27./28.10.1922, mit dem dieser seine Ernennung zum italienischen Ministerpräsidenten erzwang.

Dies haben allerdings die Männer der Kritik von damals nicht erreicht. Nicht das damalige Regiment wurde gestürzt, sondern es stürzte das Deutsche Reich und mithin das deutsche Volk. Was sie jahrzehntelang vorhergesagt hatten, war nun eingetroffen. Man kann nicht ohne tiefstes Mitgefühl der Männer gedenken, die vom Schicksal verdammt waren, 20 Jahre lang hindurch einen Zusammenbruch vorauszusagen und nun, ohne gehört worden zu sein und ohne damit helfen zu können, die tragischste Katastrophe ihres Volkes miterleben mußten.

An Jahren gealtert, vergrämt und verbittert und doch erfüllt von dem Gedanken, helfen zu müssen, versuchten sie nun nach dem Sturz des kaiserlichen Regiments, ihren Einfluß zur Wiedererhebung unseres Volkes geltend zu machen. Es war dies aus einer ganzen Anzahl von Gründen allerdings vergeblich.

Als die Revolution den kaiserlichen Stab zerbrach und die Demokratie auf den Thron hob, da besaßen die Kritiker von damals sowenig eine Waffe, die Demokratie zu stürzen, als sie früher vermochten, die kaiserliche Regierung zu beeinflussen[4]. In ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit hatten sie sich so sehr auf eine reine literarische Behandlung der Probleme eingestellt, daß ihnen nun nicht nur die[5] realen Machtmittel fehlten, ihrer Meinung einem Zustand gegenüber Ausdruck zu verleihen, der nur auf den Schrei der Straße reagiert, sondern es war ihnen auch die Fähigkeit abhanden gekommen, an die Organisation eines Machtausdrucks heranzugehen, der, wenn er wirksam sein sollte, mehr sein mußte als eine geschriebene Protestwelle. Sie alle hatten in den alten Parteien den Keim und die Ursache des Verfalls des Reiches gesehen. Im Gefühl ihrer inneren Sauberkeit mußten sie die Zumutung weit von sich weisen, nun selbst Parteien spielen zu wollen. Und doch konnten sie ihre Meinung praktisch nur dann durchsetzen, wenn sie die Möglichkeit erhielten, sie von einer großen Anzahl vertreten zu lassen. Und wenn sie tausendmal die Parteien zerschmettern wollten, so mußten sie zunächst eben immer noch erst die Partei bilden, die es als ihre Aufgabe ansieht, die Parteien zu zerschmettern. Daß es dazu nicht kam, lag aber auch noch im folgenden: Je mehr der politische Widerstand dieser Männer einst gezwungen war, sich rein journalistisch zu äußern, um so mehr stellte er sich auf eine Kritik ein, die wohl alle Schwächen des damaligen Systems auch deckte[6], die Fehlerhaftigkeit der einzelnen außenpolitischen Maßnahmen beleuchtete, allein mangels jeder Möglichkeit einer persönlichen Verantwortung positive Vorschläge um so mehr unterließ, als es naturgemäß im politischen Leben keine Handlung gibt, die neben ihren Lichtseiten nicht auch Schattenseiten besäße. Es gibt keine außenpolitische Kombination, die man jemals als restlos befriedigend ansehen wird können. Der Kritiker, der seine Hauptaufgabe, so wie die Dinge damals lagen, in der Beseitigung des im gesamten als unfähig erkannten Regiments erblicken mußte, besaß keine Veranlassung, außer der dafür nützlichen, kritischen Betrachtung der Handlungen dieses Regiments, mit positiven Vorschlägen zu kommen, die infolge der auch ihnen anhaftenden Bedenken ebenso leicht einer kritischen Beleuchtung hätten unterzogen werden können. Der Kritiker wird nie die Bedeutung seiner Kritik schwächen wollen durch das Vorbringen von Vorschlägen, die selbst einer Kritik unterliegen könnten. All-

4 Zur Situation der deutschen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg vgl. George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. ²1991, S. 251 ff.

5 In der Vorlage: "an die".

6 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "aufdeckte".

mählich aber ging das rein kritische Denken den damaligen Vertretern der nationalen Opposition so sehr in Fleisch und Blut über, daß sie auch heute noch Innen- und Außenpolitik kritisch betrachten, auch nur kritisch behandeln. Sie sind zum größten Teil Kritiker geblieben, die sich deshalb auch heute weder innen- noch außenpolitisch zu einem klaren, eindeutigen, positiven Entschluß durchringen können, teils aus eigener Unsicherheit und Unentschlossenheit, teils aber auch aus Angst, dadurch den Gegnern einen billigen Stoff für deren eigene Kritik zu liefern. So möchte man in tausend Dingen Besserungen und kann sich doch zu keinem einzigen Schritt entschließen, weil eben auch dieser Schritt wieder nicht restlos befriedigt, bedenkliche Momente besitzt, kurz seine Schattenseiten hat, die sie erkennen und die sie verängstigen. Nun handelt es sich bei der Heilung eines Volkskörpers aus tiefen und schweren Krankheiten nicht darum, ein Rezept zu finden, das selbst vollkommen giftfrei ist, sondern nicht selten darum, ein Gift durch Gegengift zu brechen. Man muß den Mut haben, zur Beseitigung von als tödlich erkannten Zuständen auch Entschlüsse durchzusetzen und auszuführen, die selbst Gefahren in sich bergen. Als Kritiker steht mir das Recht zu, alle außenpolitischen Möglichkeiten durchzusehen und im einzelnen zu zerzausen je nach den bedenklichen Seiten oder Möglichkeiten, die sie in sich tragen. Als politischer Führer, der aber Geschichte machen will, muß ich mich zu einem Weg entschließen, auch wenn mir tausendmal die nüchterne Überlegung sagt, daß auch ihm gewisse Gefahren anhängen und daß auch er nicht zu einem vielleicht restlos befriedigenden Ende führt. Ich kann nicht auf einen Erfolg deshalb Verzicht leisten, weil er nicht hundertprozentig ist. Ich darf nicht einen Schritt unterlassen, weil er vielleicht kein voller sein wird, wenn der Ort, auf dem ich mich augenblicklich befinde, schon in nächster Zeit meinen unbedingten Tod mit sich bringt. Ich darf auch eine politische Aktion nicht deshalb ablehnen, weil sie außer einem Nutzen für mein Volk auch einen Nutzen für ein anderes Volk bringen wird. Ja, ich darf dies nicht einmal dann tun, wenn der Nutzen der anderen größer sein wird als der eigene, wenn im Falle der Unterlassung der Aktion das Unglück meines Volkes mit unbedingter Sicherheit feststeht.

Ich habe heute gerade aus der rein kritischen Betrachtungsweise vieler Menschen die schwersten Widerstände vorgelegt erhalten [*sic!*]. Man erkennt das und das und das als gut und als richtig an, allein man kann trotzdem nicht mitmachen, weil das und das und das bedenklich ist. Man weiß, daß Deutschland und unser Volk zugrunde gehen wird, allein man kann sich der Aktion der Rettung nicht anschließen, weil man auch bei ihr dieses oder jenes entdeckt, was zumindest ein Schönheitsfehler ist. Kurz, man sieht den Verfall und bringt nicht die Entschlußkraft auf, sich ihm entgegenzustemmen, weil im Widerstand und in dieser Tat selbst schon wieder irgendeine bedenkliche Möglichkeit herausgewittert wird.

Dieser traurigen Mentalität (entspringt) verdankt noch ein weiteres Übel sein Dasein. Es gibt heute nicht wenige und besonders sogenannte gebildete Menschen, die, wenn sie sich schon entschließen, eine bestimmte Tat zu decken oder gar zu fördern, erst sorgfältig abwägen, wieviel Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens besteht, um dann die Größe ihres Einsatzes ebenfalls nach diesen Prozenten zu berechnen. Das heißt also: Weil zum Beispiel irgendein außenpolitischer oder innenpolitischer Entschluß nicht restlos befriedigend ist und dabei nicht ganz sicher im Erfolg erscheint, darf man ihn auch nicht restlos in voller Hingabe aller Kraft vertreten. Diese Unglücklichen haben gar kein Verständnis dafür, daß im Gegenteil ein Entschluß, den ich an sich für notwendig erachte, der aber in seinem Erfolg nicht vollkom-

men sicher erscheint, oder dessen Erfolg nur eine teilweise Befriedigung bieten wird, mit erhöhter Energie durchgefochten werden muß, daß, was an Prozenten der Erfolgsmöglichkeit fehlt, an Energie der Durchführung ersetzt werden muß. Daß also immer nur die eine Frage zu prüfen ist, ob eine Situation einen bestimmten Entschluß erfordert oder nicht. Ist ein solcher Entschluß aber als notwendig einwandfrei festgestellt und erkannt, dann muß seine Durchführung mit brutalster Rücksichtslosigkeit und höchstem Krafteinsatz erfolgen und wenn tausendmal auch das endgültige Resultat selbst wieder unbefriedigend oder verbesserungsbedürftig sein wird oder möglicherweise überhaupt nur mit wenig Prozent Wahrscheinlichkeit eintreffen wird.

Wenn ein Mensch dem Krebs verfallen erscheint und unbedingt sterben muß, dann wäre es unsinnig, eine Operation abzulehnen, weil sie entweder nur mit wenig Prozent Sicherheit gelingt und der Kranke aber selbst im Falle des Gelingens immer noch kein 100prozentig Gesunder sein wird. Noch viel unsinniger aber wäre es, wenn der Arzt die Operation selber infolge dieser beschränkten Aussichten nur mit beschränkter oder halber Energie ausführen würde. Dieses Unsinnigste aber erwarten diese Menschen in innen- und außenpolitischen Dingen ununterbrochen. Weil eine politische Operation im Erfolg nicht ganz sicher ist oder im Resultat nicht restlos befriedigend sein wird, verzichten sie nicht nur auf die Durchführung, sondern erwarten, im Falle diese trotzdem stattfindet, daß sie zumindest nur mit zurückgehaltenen Kräften erfolgt, ohne vollständige Hingabe, immer in der stillen Hoffnung, sich vielleicht ein Hintertürchen des Rückzuges offenhalten zu können. Das ist der Soldat, der auf freiem Felde von einem Tank angegriffen wird und (infolge der) in Ansehung der Unsicherheit des Erfolgs seines Widerstandes diesen von vorneherein auch nur mehr mit halber Kraft führt. Sein Hintertürchen ist dabei die Flucht und sein Ende der sichere Tod.

Nein, das deutsche Volk ist heute von einer Meute beutegieriger Feinde innen und außen überfallen. Die Fortdauer dieses Zustandes ist unser Tod. Jede Möglichkeit, ihn zu brechen, muß ergriffen werden, und wenn ihr Resultat tausendmal ebenfalls Schwächen oder bedenkliche Seiten an sich haben wird. (Wer dem Teufel verfallen ist, hat wenig Wahl in seinen Bundesgenossen) Und jede solche Möglichkeit muß dabei durchgefochten werden mit äußerster Energie.

Der (Sieg) Erfolg der Schlacht von Leuthen[7] war unsicher, der Kampf aber notwendig. Friedrich der Große hat nicht gesiegt, weil er deshalb nur mit halber Kraft den Gegnern gegenübertrat, sondern nur, weil er die Unsicherheit des Erfolges ersetzte durch das Übermaß seiner Genialität, der Kühnheit und Entschlossenheit seiner Anordnungen und der Verwegenheit, mit der seine Regimenter fochten.

Ich fürchte ja allerdings, ich werde von meinen bürgerlichen Kritikern nie verstanden werden, zumindest so lange, bis nicht der Erfolg ihnen die Richtigkeit unseres Handelns beweisen wird. Der Mann des Volkes hat hier einen besseren (Instinkt) Berater. Er setzt an Stelle der klügelnden Weisheit unserer Intellektuellen die Sicherheit seines (Gefühls) Instinkts und den Glauben seines Herzens.

7 Am 5.12.1757 hatte das zahlenmäßig weit unterlegene preußische Heer unter Führung Friedrichs II., des Großen, österreichische Verbände und Reichstruppen unter Führung des Prinzen Karl von Lothringen bei Leuthen in Niederschlesien vernichtend geschlagen.

Wenn ich mich aber hier in diesem Werke mit Außenpolitik beschäftige, dann tue ich dies nicht als Kritiker, sondern als Führer der nationalsozialistischen Bewegung, von der ich weiß, daß sie einst Geschichte machen wird. Wenn ich dabei dennoch gezwungen bin, Vergangenes und Gegenwärtiges kritisch zu betrachten, dann nur, um den eigenen positiven Weg zu begründen und verständlich erscheinen zu lassen. So wie die nationalsozialistische Bewegung innenpolitisch nicht nur Kritik übt, sondern ihr eigenes weltanschaulich begründetes Programm besitzt, so hat sie auch außenpolitisch nicht nur zu erkennen, was andere falsch gemacht haben, sondern aus dieser Erkenntnis ihr eigenes Handeln abzuleiten.

Damit weiß ich genau, daß auch unser höchster Erfolg kein 100prozentiges Glück schafft, weil bei der Unzulänglichkeit der Menschen und der dadurch bedingten allgemeinen Umstände die letzte Vollendung ewig nur in der programmatischen Theorie liegt. Ich weiß auch weiter, daß kein Erfolg errungen wird ohne Opfer, so, wie kein Sieg erfochten wird ohne eigene Verluste. Niemals aber wird mich die Erkenntnis der Unvollkommenheit eines Erfolges davon abhalten können, dem erkannten vollkommenen Untergang einen solchen unvollkommenen Erfolg vorzuziehen. Ich werde mich dann dafür einsetzen, [*zu*] versuchen, das was an Erfolgswahrscheinlichkeit oder Erfolgsgröße fehlt, durch größere Entschlossenheit noch aufzuwiegen und diesen Geist (der) auf die von mir geführte Bewegung zu übertragen. Wir kämpfen heute gegen eine feindliche Front, die wir durchbrechen müssen und durchbrechen werden. Wir ermessen die eigenen Opfer, wägen ab die Größe des möglichen Erfolges und werden zum Angriff schreiten, ganz gleich, ob er 10 oder 1.000 Kilometer hinter den heutigen Linien zum Stehen kommen wird. Denn wo immer auch unser Erfolg endet, er wird stets nur der Ausgangspunkt eines neuen Kampfes sein.

[*KAPITEL V*]

[*DIE POLITIK DER NSDAP*]

Ich bin deutscher Nationalist. Das heißt, ich bekenne mich zu meinem Volkstum. Mein gesamtes Denken und Handeln gehört ihm. Ich bin Sozialist. Ich sehe vor mir keine Klasse und keinen Stand, sondern jene Gemeinschaft von Menschen, die blutsmäßig verbunden, durch eine Sprache geeint, einem allgemeinen gleichen Schicksal unterworfen sind. Ich liebe das Volk und hasse nur seine jeweiligen Majoritäten, weil ich in ihnen ebensowenig eine Repräsentantin der Größe wie des Glückes meines Volkes ersehe.

Die nationalsozialistische Bewegung, die ich heute führe, sieht als ihr Ziel die Befreiung unseres Volkes innen und außen an. Sie will unserem Volke im Innern jene Formen des Lebens geben, die seinem Wesen angepaßt erscheinen und als Ausdruck dieses Wesens ihm selbst wieder zugute kommen. (Es) Sie will damit das Wesen dieses Volkes erhalten und durch planmäßige Förderung seiner besten Menschen und besten Tugenden höher züchten. Sie tritt ein für die äußere Freiheit dieses Volkes, weil nur unter ihr dieses Leben jene Gestaltung zu finden vermag, die dem eigenen Volke dienlich ist. Sie kämpft für das tägliche Brot dieses Volkes, weil sie (im Hunger) das Recht des Lebens dieses Volkes verficht. Sie kämpft für den notwendigen Raum, weil sie die Lebensrechte dieses Volkes vertritt.

Damit versteht die nationalsozialistische Bewegung unter dem Begriff "Innenpolitik" die Förderung, Stärkung und Festigung der Existenz unseres Volkes durch die Einführung von Lebensformen und Lebensgesetzen, die dem Wesen unseres Volkes entsprechen und seine grundsätzlichen Kräfte zur Auswirkung zu bringen vermögen.

Sie versteht unter Außenpolitik die Sicherung dieser Entwicklung durch Erhaltung der Freiheit und Beschaffung der notwendigsten Voraussetzungen zum Leben.

Damit unterscheidet sich außenpolitisch die nationalsozialistische Bewegung von den bisherigen bürgerlichen Parteien etwa in folgendem: Die Außenpolitik der nationalen bürgerlichen Welt ist in Wahrheit stets nur eine Grenzpolitik gewesen, die der nationalsozialistischen Bewegung wird demgegenüber immer eine Raumpolitik sein. Das deutsche Bürgertum wird in seinen kühnsten Plänen etwa bis zum Zusammenschluß der deutschen Nation gelangen, in Wirklichkeit aber meist in stümperhaften Grenzregulieren aufgehen.

Die nationalsozialistische Bewegung wird demgegenüber stets ihre Außenpolitik von der Notwendigkeit bestimmen lassen, dem Leben unseres Volkes den nötigen Raum zu sichern. Sie kennt kein Germanisieren oder Deutschisieren [*sic!*], wie dies beim nationalen Bürgertum der Fall ist, sondern nur eine Ausbreitung des eigenen Volkes. Sie wird im unterworfenen, sogenannten germanisierten Tschechen oder Polen niemals eine nationale oder gar völkische Stärkung erblicken, sondern eine rassische Schwächung unseres Volkes. Denn ihre Nationalauffassung wird nicht bestimmt von bisherigen patriotischen Staatsgedanken als vielmehr von völkischen, rassischen Erkenntnissen. Damit ist der Ausgangspunkt ihres Denkens ein ganz anderer als der der bürgerlichen Welt. Manches, was dem nationalen Bürgertum deshalb als politischer Erfolg der Vergangenheit und Gegenwart erscheint, ist für uns entweder ein Mißer-

folg oder die Ursache eines späteren Unglücks. Und vieles, was wir als selbstverständlich ansehen, erscheint dem deutschen Bürgertum als unbegreiflich oder gar grauenhaft.

Dennoch wird mich besonders ein Teil der deutschen Jugend aus bürgerlichen Kreisen zu verstehen vermögen. Und weder ich noch die nationalsozialistische Bewegung rechnen überhaupt damit, aus den Kreisen des heutigen tätigen politisch-nationalen Bürgertums eine Unterstützung zu finden, wohl aber wissen wir, daß zumindest ein Teil der Jugend den Weg in unsere Reihen finden wird.

(Für sie) [1]

1 Text bricht ab.

[*KAPITEL VI*]

[*VON DER REICHSEINIGUNG ZUR RAUMPOLITIK*]

Die Frage der Außenpolitik eines Volkes wird bestimmt durch Faktoren, die teils innerhalb eines Volkes liegen, teils durch die Umwelt (bestimmt) gegeben sind. Die inneren Faktoren sind im allgemeinen Gründe der Notwendigkeit für eine bestimmte Außenpolitik sowie der Umfang der Kraft, die zu ihrer Durchführung vorhanden ist. Völker auf unmöglicher Bodenfläche werden grundsätzlich, zumindest solange sie gesund geführt sind, stets das Bestreben haben, ihren Boden, mithin Lebensraum, zu erweitern. Dieser ursprünglich nur in der Nahrungssorge begründete Vorgang erschien in seiner glücklichen Lösung so segensreich, daß er allmählich den Ruhm des Erfolges an sich erhielt. Das heißt, die Raumerweiterung, die ihren ersten Grund in reinen Zweckmäßigkeiten besaß, wurde im Laufe der Menschheitsentwicklung zur heroischen Tat, die dann auch stattfand, wenn die ursprünglichen Voraussetzungen oder Veranlassungen auch fehlten. Aus dem Versuch, den Lebensraum der gestiegenen Volkszahl anzupassen, wurden später unmotivierte Eroberungskriege, die in ihrer Nichtmotivierung den Keim zum späteren Rückschlag in sich trugen. Die Antwort darauf ist der Pazifismus. Es gibt auf der Welt einen Pazifismus, seit es Kriege gibt, die ihren Sinn nicht mehr in der Eroberung von Boden für die Ernährung eines Volkes hatten. Er ist seitdem der ewige Begleiter des Krieges geworden. Er wird wieder verschwinden, sowie der Krieg aufgehört hat, ein Instrument beute- oder machthungriger Einzelpersonen oder Völker zu sein, und sowie er wieder die letzte Waffe wird, mit der das Volk um das tägliche Brot ficht.

Die Erweiterung des Lebensraumes eines Volkes zur Brotgewinnung wird aber auch in alle Zukunft den gesamten Krafteinsatz eines Volkes erfordern. Wenn es die Aufgabe der Innenpolitik ist, diesen Krafteinsatz vorzubereiten, dann ist es die Aufgabe der Außenpolitik, ihn so zu führen, daß ein möglichst hoher Erfolg gesichert erscheint. Dies ist allerdings bedingt nicht nur durch die Kraft des jeweils handeln wollenden Volkes, sondern auch durch die Macht der Widerstände. Das Mißverhältnis der Kraft der miteinander um Boden ringenden Völker führt immer wieder zu dem Versuch, auf dem Wege von Zusammenschlüssen entweder selbst erobernd aufzutreten oder dem übermächtigen Eroberer Widerstand zu leisten.

Dies ist der Beginn der Bündnispolitik.

Das deutsche Volk hatte nach dem siegreichen Kriege des Jahres 1870/71 in Europa eine unendlich geachtete Stellung errungen. Eine große Anzahl deutscher Staaten, die bisher untereinander nur lose verbunden waren, ja, in der Geschichte sich nicht selten feindlich gegenüberstanden, wurden dank den Erfolgen Bismarckischer[1] Staatskunst und preußisch-deutscher Heeresleistung zu einem Reich zusammengefaßt. Eine 170 Jahre vorher verlorene Provinz des alten Deutschen Reiches, die damals von Frankreich in einem abgekürzten Raubverfahren

1 Otto (seit 1865 Graf, seit 1871 Fürst) von Bismarck-Schönhausen (1815-1898), 1849 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1851 preußischer Gesandter am Bundestag, 1859 preußischer Gesandter in St. Petersburg, 1862-1890 preußischer Ministerpräsident, 1867-1871 norddeutscher Bundeskanzler, 1871-1890 Reichskanzler.

endgültig annektiert worden war, kam zum Mutterlande zurück[2]. Zahlenmäßig war damit der größte Teil der deutschen Nation, zumindest in Europa, in einem einheitlichen Staatsgebilde vereint. Bedenklich war es, daß schließlich dieses Staatsgebilde ...[2] Millionen Polen und ...[3] zu Franzosen gewordene Elsässer und Lothringer umschloß[4]. Es entsprach dies weder der Idee eines Nationalstaates noch der eines völkischen. Der Nationalstaat bürgerlicher Auffassung mußte dann zumindest die Einheitlichkeit der Staatssprache sicherstellen, und zwar bis herunter zur letzten Schule und zur letzten Straßentafel. Er mußte weiter (die) in Erziehung und Leben diese Menschen dem deutschen Gedanken einfügen und zu Trägern dieses Gedankens machen.

Man hat dies schwächlich versucht, ernstlich vielleicht nie gewollt und in der Praxis das Gegenteil erreicht[5].

Der völkische Staat durfte umgekehrt unter gar keinen Umständen Polen mit der Absicht annektieren, aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen. Er mußte im Gegenteil den Entschluß fassen, entweder diese rassisch fremden Elemente abzukapseln, um nicht das Blut des eigenen Volkes immer wieder zersetzen zu lassen, oder er mußte sie überhaupt kurzerhand entfernen und den dadurch freigewordenen Grund und Boden den eigenen Volksgenossen überweisen.

Daß zu einer solchen Tat der bürgerlich-nationale Staat nicht fähig war, ist selbstverständlich. Weder hat man je daran gedacht, noch hätte man so etwas nie[6] getan. Aber selbst wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre, so hätte die Macht nicht ausgereicht, dies durchzuführen, weniger wegen den [*sic!*] Rückwirkungen in der übrigen Welt als wegen dem [*sic!*] vollkommenen Unverständnis, das eine solche Aktion in den Reihen des eigenen sogenannten nationalen Bürgertums gefunden hätte. Die bürgerliche Welt hat einst vermeint, die feudale stürzen zu können, während sie in Wirklichkeit nur deren Fehler durch bürgerliche Pfeffersäk-

---

2 Bis 1681 waren weite Teile der linksrheinischen Gebiete im Südwesten des Deutschen Reichs als "province allemande" unter französische Herrschaft geraten, bis 1798 wurde das gesamte Gebiet links des Rheins als Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin der Französischen Republik angegliedert. Der Frankfurter Friede vom 10.5.1871 legte fest, daß Frankreich die nun als "Reichsland Elsaß-Lothringen" bezeichneten Gebiete an das Deutsche Reich abzutreten habe. Vgl. Eberhard Kolb, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989, S. 113 ff.

3 Auslassungen in der Vorlage; Hitler hatte die notwendigen Ziffern während des Diktats offenbar nicht im Kopf; weder an dieser oder ähnlichen Stellen des Dokuments wurden solche Ziffern zu einem späteren Zeitpunkt eingefügt.

4 Im Jahr 1900 wurden im Deutschen Reich 3.086.489 Menschen gezählt, welche als Muttersprache die polnische angaben (= 5,47%); 169.634 (= 0,30%) beherrschten die polnische und deutsche Sprache etwa gleichwertig. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 55.
1910 lebten im Reichsland Elsaß-Lothringen 1.874.014 Menschen; von diesen beherrschten damals 87,3% die deutsche, 10,7% die französische Sprache. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 3 sowie Karl-Heinz Rothenberger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975, S. 43.

5 Zur preußischen Polenpolitik vgl. Richard Blanke, Prussian Poland in the German Empire (1871-1900), New York 1981.
Zur deutschen Politik in Elsaß-Lothringen vgl. Hermann Hiery, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918. Düsseldorf 1986.

6 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "je".

ke, (Professoren) Advokaten und Journalisten weiterführen ließ. Sie hat nie eine eigene Idee besessen, wohl aber maßlos viel Einbildung und Geld.

Damit allein kann man aber keine Welt überwinden, noch eine andere aufbauen. Daher wird die Periode der bürgerlichen Regierungszeit in der Weltgeschichte eine ebenso kurze wie unanständig erbärmliche sein.

So hat zunächst die Gründung des Reiches auch Giftstoffe in den neuen Staatskörper mit aufgenommen, deren destruktive Wirkung um so weniger ausbleiben konnte, als zu allem Überfluß die bürgerliche Gleichberechtigung[7] dem Juden die Möglichkeit gab, sich ihrer als sicherste Stoßtruppen zu bedienen.

Davon abgesehen aber hat das Reich wenn auch den größten, so doch nur einen Teil der deutschen Nation erfaßt. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß wenn der neue Staat schon kein großes außenpolitisches Ziel besessen hätte völkischer Art, daß er dann aber zumindest als sogenannter bürgerlicher nationaler Staat, als kleinstes außenpolitisches Ziel, die weitere Einigung und Zusammenfassung der deutschen Nation hätte im Auge behalten müssen. Etwas, das der bürgerliche, nationale italienische Staat nie vergaß[8].

So hatte das deutsche Volk einen Nationalstaat erhalten, der die Nation in Wirklichkeit nicht restlos umfaßte.

Damit waren die neuen Reichsgrenzen, nationalpolitisch genommen, unvollständige. Sie liefen quer durchs deutsche Sprachgebiet, und zwar durch Teile, die wenigstens vordem noch, wenn auch in losester Form, zum Deutschen Bund gehört hatten.

Noch viel unbefriedigender waren diese neuen Grenzen aber von militärischen Gesichtspunkten aus besehen. Überall ungedeckte, offene Gebiete, die, besonders im Westen, zu allem Überfluß noch von ausschlaggebender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft weit über die Grenzgebiete hinaus waren. Diese Grenzen waren militärpolitisch um so ungünstiger, als sich (am Rande) um Deutschland einige Großstaaten gruppierten mit ebenso aggressiven außenpolitischem Ziel wie militärisch ausgiebigen Mitteln. Rußland im Osten, Frankreich im Westen. Zwei Militärstaaten, von denen der eine nach Ost- und Westpreußen schielte, während der andere sein außenpolitisches jahrhundertelanges Ziel der Errichtung einer Rheingrenze unermüdlich verfolgte. Dazu kam noch England, die maritim gewaltigste Macht der Erde. So weit und ungedeckt die deutschen Landgrenzen im Osten und Westen waren, so ungünstig beengt demgegenüber die mögliche Operationsbasis eines Seekrieges. Nichts hat denn auch die Bekämpfung des deutschen U-Boot-Krieges mehr erleichtert, als die räumlich bedingte Einschnürung seines Auslaufgebietes. Das nasse Dreieck[9] war leichter zu sperren und zu überwachen, als dies bei einer Küste von sagen wir 600 oder 800 km Ausdehnung der Fall gewesen wäre. Alles in allem genommen haben die neuen Reichsgrenzen, vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, nichts Befriedigendes an sich gehabt. Nirgends ein natürliches Hindernis oder ein natürlicher Schutz. Dafür aber überall militärisch hochentwickelte Machtstaaten mit Deutschland

7 Zur politischen Emanzipation der Juden vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987, S. 7 ff.

8 Bezieht sich auf den italienischen Irredentismus, der nach 1870 auf italienisch besiedelte Gebiete Österreich-Ungarns Anspruch erhob. Vgl. Theodor Vetter, Die Italiener in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie, München 1965, S. 93 ff.

9 Bezeichnung für die südöstliche Bucht der Nordsee im Bereich der deutschen Grenzen.

feindlichen außenpolitischen Hintergedanken. Die Bismarckische Vorausahnung, daß das von ihm gegründete neue Reich seinen Bestand noch einmal mit dem Schwerte wahren werde müssen [10], war zutiefst begründet. Bismarck sprach aus, was 45 Jahre später sich erfüllt hat.

Sowenig genügend also die neuen Reichsgrenzen national- und militärpolitisch sein konnten, so waren sie doch noch viel ungenügender vom Standpunkte der Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes aber.

Deutschland war eigentlich stets ein übervölkertes Gebiet. Es lag dies in der Natur der Einkeilung des deutschen Volkes in Mitteleuropa einerseits, der kulturellen und tatsächlichen Bedeutung dieses Volkes und seiner rein menschlichen Fruchtbarkeit andererseits. Das deutsche Volk befand sich seit seinem historischen Eintritt in die Weltgeschichte stets in Raumnot. Ja, sein erstes politisches Auftreten überhaupt wird erzwungen durch diese Not. Und seit dem Beginn der Völkerwanderung hat unser Volk niemals mehr seine Raumnot zu beseitigen vermocht, außer durch Schwerteroberung oder durch eigene Volksverminderung. Diese Volksverminderung besorgten bald der Hunger, bald die Auswanderung, manches Mal endlose unglückliche Kriege, und sie wird besorgt in der letzten Zeit durch die freiwillige Geburtenbeschränkung.

Die Kriege der Jahre [*18*]64, [*18*]66 und [*18*]70/71 [11] hatten ihren Sinn im nationalpolitischen Zusammenschluß eines Teiles des deutschen Volkes und in der dadurch endgültigen Beendigung der deutschen Zersplitterung staatspolitischer Art [12]. Die Fahne des neuen Reiches, schwarz-weiß-rot, hatte deshalb auch nicht die geringste weltanschauliche Bedeutung, sondern nur eine deutschnationale im Sinne der Überwindung bisheriger staatspolitischer Zerrissenheit [13]. Die schwarz-weiß-rote Flagge war damit zum Symbol des die Zersplitterung überwin-

10 Beleg hierfür nicht ermittelt. Einen Verteidigungskrieg zur Sicherung des Erreichten hat Bismarck nach 1871 nicht ausgeschlossen, weitere Eroberungen aber entschieden abgelehnt. Vgl. z. B. Bismarcks Bemerkung am 18.5.1893: "Aggressive Kriege, ehrgeizige Kriege, Eroberungskriege werden wir niemals führen. Was sollten wir erobern? Man könnte uns eine ganze Menge Dinge schenken, wir würden sie gar nicht nehmen, und um so weniger möchten wir Gut und Blut unserer Kinder und Angehörigen aufs Spiel setzen und die gesunden Knochen unserer Landsleute, um zu erobern. Eroberung liegt dem deutschen Charakter ja absolut fern, und wir werden auf eine so wunderliche Politik, wie die französische jahrhundertelang gewesen ist, uns nicht einlassen. Auf Eroberungs- und Renommierpolitik ist der Deutsche überhaupt nicht berechnet; dazu sind unsere Landwehren, unsere Familienväter nicht da. Sie würden sich wehren wie die Bären, wenn sie im Lager angegriffen werden, aber sie werden ebensowenig wie die Bären erobern wollen." Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918, S. 27 f. (Nr. 136). Allgemein hierzu Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980, S. 503 ff.

11 Bezieht sich auf den Deutsch-Dänischen Krieg (16.1.-30.10.1864), den Preußisch-Österreichischen Krieg (21.6.-26.7.1866) und den Deutsch-Französischen Krieg (19.7.1870-26.2.1871). Vgl. Othmar Hackl, Politische Leitung und militärische Führung im Krieg Österreichs und Preußens gegen Dänemark 1864. In: Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung. Festschrift für Werner Hahlweg zur Vollendung seines 65. Lebensjahres am 29.4.1977. Hrsg. von Dermot Bradley u. a., Osnabrück 1977, S. 103-117; Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966; Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970.

12 Zu Bismarcks außenpolitischen Zielen vor der Reichsgründung vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 41 ff.

13 Artikel 55 der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26.7.1867 bestimmte die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne zur Fahne der Kriegs- und Handelsmarine, ebenso Artikel 55 der Verfassung des Deutschen

denden deutschen Bundesstaates geworden. Daß sie nichtsdestoweniger und trotz ihrer Jugend eine geradezu abgöttische Verehrung genoß, lag begründet in der Art ihrer Taufe, die ja auch die Geburt des Reiches selbst so unendlich heraushob über ähnliche Vorgänge sonst. Drei siegreiche Kriege, von denen der letzte zu einem förmlichen Wunder deutscher Staatskunst, deutscher Heeresleitung und deutschen Heldensinns wurde, sind die Taten, aus denen das neue Reich entsteht. Und als es endlich in der Kaiserproklamation durch seinen größten Reichsherold[14] sich selbst der Mitwelt verkündet, da (dröhnen) tönt in die Musik der Fanfaren das Dröhnen der Batterien der Pariser Einschließungsfront[15].

So wurde noch nie ein Kaiserreich proklamiert.

Die schwarz-weiß-rote Flagge aber erschien dem deutschen Volk als das Symbol dieses einzigartigen Vorgangs genauso, wie die schwarz-rot-gelbe das Symbol der Novemberrevolution ist und bleiben wird[16].

So sehr nun auch unter dieser Fahne die deutschen Einzelstaaten mehr und mehr miteinander verschmolzen und so sehr das neue Reich ihnen die staatspolitische Geltung und Anerkennung nach außen sicherte, so wenig hat die Gründung aber an der Hauptnot, dem Raummangel unseres Volkes, etwas geändert. Die größten militärpolitischen Taten unseres Volkes hatten nicht vermocht, dem deutschen Volk eine Grenze zu geben, innerhalb deren [*sic!*] es sich selbst hätte zu ernähren vermocht. Im Gegenteil: In eben dem Maß, in dem durch das neue Reich das Ansehen des Deutschtums gehoben wurde, wurde es dem einzelnen schwerer, als Auswanderer einem solchen Staate den Rücken zu kehren, während umgekehrt ein gewisser nationaler Stolz und eine uns heute fast unverständliche Lebensfreude in Kinderreichtum nicht etwas Belastendes, sondern eher Beglückendes sehen lehrte.

Seit dem Jahre 1870/71 war die Volkszunahme Deutschlands eine sichtbar schnelle[17]. Zum Teil wurde ihre Ernährung gedeckt durch den emsigen Fleiß und die große wissenschaftliche Tüchtigkeit, mit der der Deutsche nunmehr innerhalb der gesicherten Begrenzung seines Vol-

---

Reiches vom 16.4.1871. Bismarck, dem die heraldische Frage gleichgültig war, begründete diese Lösung später damit, es handle sich hier um die Kombination des preußischen Schwarz-Weiß mit dem Rot-Weiß der Hansestädte. Im Vordergrund stand jedoch die Ablehnung der Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold durch Wilhelm I. Erst Wilhelm II. bestimmte durch Verordnung vom 8.11.1892 die schwarz-weiß-rote Fahne zur Nationalflagge. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 20 ff.

14 Gemeint ist Otto von Bismarck.

15 Am 18.1.1871 war im Spiegelsaal von Versailles der preußische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden, während die Kampfhandlungen noch andauerten. Der Waffenstillstand wurde erst am 28.1.1871 unterzeichnet. Vgl. Kolb, Weg, S. 324 f., 348.

16 Ursprung der schwarz-rot-gelben Farbkombination war vermutlich die Uniformierung des Lützowschen Freikorps während der Befreiungskriege. Nach 1815 wurde diese Farbkombination von den Burschenschaften als Symbol der Freiheit und der deutschen Einheit aufgenommen, bis sie die deutsche Nationalversammlung mit Gesetz vom 31.7.1848 zur deutschen Kriegs- und Handelsflagge bestimmte. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 versuchte, zumindest teilweise, an diese Tradition anzuknüpfen; Artikel 3 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Vgl. Hattenhauer, Nationalsymbole, S. 11 ff.

17 Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung des Deutschen Reichs stieg mit geringen Schwankungen von 0,47% 1871 auf 1,57% 1902 an und flachte bis 1914 nur leicht ab. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. [Bd. 2:] Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 29 f.

kes seine Äcker bestellte. Allein ein großer Teil, wenn nicht der größte, der Steigerung der deutschen Bodenproduktion wurde verschlungen von einer mindest ebenso großen Steigerung der allgemeinen Lebensansprüche, die der Bürger des neuen Staates nun ebenfalls erhob. Das "Volk der Sauerkrautfresser und Kartoffelvertilger", wie die Franzosen es höhnisch bezeichneten, begann nun seinen Lebensstandard der anderen Welt nun [*sic!*] langsam anzupassen. Damit blieb aber nur mehr ein Teil der Ergebnisse der Steigerung der deutschen Landwirtschaft für die reine Volkszunahme verfügbar.

Tatsächlich hat auch das neue Reich die Not nie zu bannen gewußt. Auch im neuen Reich versuchte man zunächst durch eine dauernde Auswanderung das Verhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche in möglichen Grenzen zu bewahren. Denn der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung für die überragende Bedeutung des Verhältnisses zwischen Volkszahl und Grundfläche liegt ja darin, daß infolge dieses Mißverhältnisses gerade im Deutschland der 70[*er*], 80[*er*] und 90iger Jahre die Not zu einer Auswanderungsepidemie führte, die noch zu Beginn der 90er zu Ziffern von nahezu 1 ¼ Millionen Menschen im Jahr anschwoll [18].

Damit aber war das Ernährungsproblem des deutschen Volkes selbst für die vorhandene Menschenmasse auch durch die neue Reichsgründung nicht gelöst worden [19]. Eine weitere Vermehrung der deutschen Nation konnte aber ohne eine solche Lösung überhaupt nicht stattfinden. Ganz gleich, wie eine solche Lösung nun ausfiel, sie mußte jedenfalls gefunden werden, und das wichtigste Problem der deutschen Außenpolitik nach dem Jahre 1870/71 mußte damit die Frage der Lösung des Ernährungsproblems sein.

---

18 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. ebenda, S. 38 f.

19 Während des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung kontinuierlich. Der zunehmend geringere Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben der Familienhaushalte macht dies bereits deutlich. Wurden um 1800 schätzungsweise noch rund 70% der durchschnittlichen Familieneinkommen für Lebensmittel ausgegeben, so waren es um 1900 nur noch rund 45%. Zwischen 1850 und 1913 stieg in Deutschland der pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von 22 kg auf 44,93 kg, der an pflanzlichen Produkten von 308,73 kg auf 462,64 kg, der an tierischen Produkten insgesamt von 297,9 kg auf 465,62 kg. Vgl. Hans J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388. Zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland vgl. Kap. VII, Anm. 42.

[*KAPITEL VII*]

[*DIE VERFEHLTE WIRTSCHAFTS- UND BÜNDNISPOLITIK DES ZWEITEN REICHES*]

Unter den zahllosen Aussprüchen Bismarcks ist kaum einer, den die bürgerlich politische Welt lieber zitiert hätte, als der, daß die (Kunst) Politik eine Kunst des Möglichen sei [1]. Dieses Wort hatte eine um so größere Anziehungskraft, je kleiner die politischen Geister waren, die das Erbe des großen Mannes zu verwalten hatten. Denn mit diesem Satz konnte man dann allerdings selbst die erbärmlichsten politischen Stümper verbrämen, ja sogar rechtfertigen, indem man sich dann einfach auf den ganz Großen berief und nachzuweisen versuchte, daß augenblicklich etwas anderes als das, was man tut, nicht möglich sei und Politik aber die Kunst des Möglichen wäre und man mithin mit Bismarckischen Geist und in Bismarckischem Sinne handle. Damit kann dann selbst ein Herr Stresemann [2] etwas olympischen [*Lorbeer?*] auf dem, wenn schon nicht Bismarckischen, aber dann doch zumindest auch kahl aussehenden Kopf herumbekommen [*sic!*].

Bismarck hatte ein genau abgestecktes und klar umrissenes politisches Ziel vor Augen. Es ist eine Unverfrorenheit, ihm zuschieben zu wollen, er hätte sein Lebenswerk nur erreicht durch eine Anhäufung jeweiliger politischer Möglichkeiten und nicht durch eine Meisterung der jeweiligen Situationen im Hinblick auf ein ihm vorschwebendes politisches Ziel. Dieses politische Ziel Bismarcks war Lösung der deutschen Frage durch Blut und Eisen [3]. Beseitigung des habsburgisch-hohenzollerischen Dualismus. Bildung eines neuen Deutschen Reiches unter preußisch-hohenzollerischer Führung. Höchstmögliche Sicherung dieses Reiches nach außen. Organisation seiner inneren Verwaltung nach preußischem Vorbild.

In der Befolgung dieses Zieles hat Bismarck jede Möglichkeit ausgenützt, mit Mitteln diplomatischer Kunst gearbeitet, solange sie den Erfolg versprachen, das Schwert in die Waagschale geworfen, wenn nur mehr die Gewalt eine Entscheidung herbeizuführen in der Lage war. Ein Meister der Politik, die ihr Operationsgebiet für Bismarck vom Parkett des Salons bis zur blutgetränkten Erde des Schlachtfeldes besaß.

Das war der Meister der Politik der Möglichkeiten.

Seine Nachfolger haben weder ein politisches Ziel noch auch nur einen politischen Gedanken, wursteln demgegenüber von heute auf morgen und morgen auf übermorgen dahin, um

---

1 "Politik ist die Lehre des Möglichen", Bismarck in einem Gespräch mit Friedrich Meyer von Waldeck am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte, S. 19.

2 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

3 "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut." Bismarck in seiner ersten Rede als Ministerpräsident vor dem preußischen Landtag am 30.9.1862. Vgl. Bismarck-Worte, S. 18.

sich dann mit eingebildeter Frechheit auf jenen Mann zu berufen, dem gerade zum Teil sie selbst, zum Teil ihre geistigen Vorläufer die schwersten Sorgen und bittersten Kämpfe verursacht hatten[4], um ihr politisches sinn- und zielloses, verderbliches Gestammel als Kunst des Möglichen hinzustellen.

Als Bismarck in seinen drei Kriegen[5], alles aber dank seiner genialen politischen Tätigkeit, das neue Reich errichtet hatte, war dies die Höchstleistung, die zunächst überhaupt erzielt werden konnte. Es war dies aber auch die unumgänglich notwendige Voraussetzung für jede kommende politische Vertretung der Lebensinteressen unseres Volkes. Denn ohne die Schaffung des neuen Reiches hätte das deutsche Volk niemals die machtmäßige Gestaltung erfahren, ohne die der Schicksalskampf auch in der Zukunft nicht durchgeführt werden könnte. Ebenso klar war, daß das neue Reich zunächst wohl auf dem Schlachtfeld zusammengefügt, im Inneren aber erst aneinander gewöhnt werden mußte. Es mußten Jahre der Anpassung vergehen, bis diese Zusammenfügung deutscher Staaten zu einem Bund zunächst auch nur einen wirklichen Bundesstaat ergeben konnte. Es war dies die Zeit, in der sich der eiserne Kanzler der Kürassierstiefel entledigte[6], um nun mit unendlicher Klugheit, Geduld, mit weisem Verständnis und wundervollem Gefühl den Druck der preußischen Hegemonie zu ersetzen durch die Macht des Vertrauens. Die Leistung, aus einer auf dem Schlachtfeld vollzogenen Staatenkoalition ein in rührender Liebe zusammenhängendes Reich zu machen, gehört zu den größten, die [*sic!*] politische Kunst bisher vollbracht hatte[7].

Daß Bismarck zunächst sich darauf beschränkte, lag ebensosehr in der Weisheit seiner Einsicht, als es ein Glück für die deutsche Nation war. Diese Jahre des inneren friedlichen Ausbaues des neuen Reiches waren notwendig, wollte man nicht einer Eroberungsmanie verfallen, die in ihren Resultaten um so unsicherer gewesen wäre, als die durchführende Kraft im Inneren selbst noch jene Homogenität hätte vermissen lassen, die die Voraussetzung zum Anschmelzen [*sic!*] weiterer Gebiete gewesen wäre.

Bismarck hat sein Lebensziel erreicht. Er hat die deutsche Frage gelöst, den habsburgisch-hohenzollerischen Dualismus beseitigt, Preußen zur deutschen Vormacht erhoben, die Nation daraufhin geeint, innerhalb der Grenzen des damals Möglichen das neue Reich im Inneren konsolidiert und den militärischen Schutz in einer Weise ausgestaltet, daß dieser ganze Prozeß

4 Bezieht sich auf den preußischen Verfassungskonflikt 1861-1866, bei dem Bismarck seit 1862 als Ministerpräsident die Interessen der königlichen Regierung gegen die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses vertrat, den Kulturkampf gegen die Katholische Kirche und das Zentrum 1871-1887 und die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, die im von 1878-1890 geltenden Sozialistengesetz gipfelte.

5 Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Preußisch-Österreichischer Krieg 1866 und Deutsch-Französischer Krieg 1870/71. Vgl. Kap. VI, Anm. 11.

6 Bismarck, der seit 1852 als Seconde-Lieutenant dem 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiment angehörte, trug häufig Uniform. Dessen ungeachtet blieb für sein politisches Handeln der Primat des Politischen stets ausschlaggebend. 1861 Major d. L., 1866 Generalmajor, 1871 Generalleutnant, 1890 Generaloberst wurde Bismarck 1894 Chef des Kürassier-Regiments Nr. 7, dem korrespondierenden Linienregiment des 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiments. Vgl. Jürgen Olmes, Bismarck als Soldat. Der militärische Werdegang des Altreichskanzlers. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 24 (1960), H. 169, S. 33-35 sowie Hans Kling, Bismarck als Soldat. In: ebenda 26 (1962), H. 181-184, S. 37 f.

7 Zur inneren Ausgestaltung Deutschlands nach der Reichsgründung vgl. Otto Pflanze (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1983.

der inneren deutschen Reichsneugründung, der ja nun jahrzehntelang dauern mußte, von niemanden wesentlich gestört werden konnte.

So sehr damit Bismarck als greiser Altreichskanzler auf ein abgeschlossenes Werk seines Lebens zurückblicken konnte, sowenig aber bedeutet dieses Werk den Abschluß des Lebens der deutschen Nation. Durch Bismarcks neue Reichsgründung hatte die deutsche Nation nach Jahrhunderten eines staatlichen Verfalls wieder eine organische Form gefunden, die nicht nur das deutsche Volk zusammenschloß, sondern die diesen zusammengeschlossenen Menschen damit einen Kraftausdruck verlieh, der ebenso realer wie ideeller Natur war. Wenn das Fleisch und Blut dieses Volkes die Substanz war, deren Erhaltung auf dieser Welt versucht werden muß, dann war im neuen Reich das Machtinstrument entstanden, durch das die Nation ihr Lebensrecht künftighin im Rahmen der übrigen Welt wieder wahrnehmen konnte.

Es war die Aufgabe der nach Bismarck kommenden Zeit, sich über die weiteren Schritte schlüssig zu werden, die im Interesse der Erhaltung der deutschen Volkssubstanz getan werden mußten.

Von diesen Entschlüssen, die grundsätzlicher Art sein mußten und die damit eine neue Zielsetzung bedeuteten, hing dann die weitere politische Einzelarbeit ab. Das heißt also: So wie Bismarck als einzelner Mann sich für sein politisches Handeln eine Zielsetzung vorgenommen hat, die ihm dann erst gestattete, von Fall zu Fall nach allen Möglichkeiten zu verfahren, um diese Ziele zu erreichen, so mußte auch die Zeit nach Bismarck sich ein bestimmtes, ebenso notwendiges wie mögliches Ziel aufstellen, dessen Erreichung die Interessen des deutschen Volkes gebieterisch erforderten und zu dessen Erreichung man sich dann allerdings ebenfalls aller Möglichkeiten bedienen konnte, angefangen von den Künsten der Diplomatie bis zu der Kunst des Krieges.

Diese Zielsetzung aber ist unterblieben.

Es ist nicht notwendig, alle die Gründe aufzuführen und wohl auch kaum möglich, die die Ursache dieser Unterlassung waren. Der Hauptgrund liegt zunächst im Fehlen einer wirklich genialen, überragenden politischen Persönlichkeit. Aber fast nicht minder schwer wiegen die Gründe, die zum Teil im Wesen der neuen Reichsgründung selbst zu suchen sind. Deutschland war ein demokratischer Staat geworden, und wenn auch die Leitung des Reiches kaiserlichen Entschlüssen oblag, so konnten sich doch diese Entschlüsse selbst schwer dem Eindruck jener allgemeinen Meinung entziehen, die ihren besonderen Ausdruck in der parlamentarischen Institution fand, deren Fabrikanten aber die politischen Parteien sowie die Presse waren, die selbst wieder von wenig erkenntlichen Drahtziehern ihre letzten Instruktionen erhielten. Damit traten die Interessen der Nation mehr und mehr in den Hintergrund gegenüber den Interessen bestimmter und besonderer Gruppen. Dies war um so mehr der Fall, als über die wirklichen Interessen der Nation in der breitesten Öffentlichkeit nur sehr wenig Klarheit herrschte, während umgekehrt die Interessen bestimmter politischer Parteien oder der Zeitungswelt viel konkretere waren. Denn Deutschland war ja nun wohl ein Nationalstaat. Allein der Begriff nationale Gesinnung war am Ende doch nur ein rein staatlich-patriotisch-dynastischer. Mit völkischen Erkenntnissen hatte er nahezu gar nichts zu tun. Daher herrschte auch über die Zukunft und über die Zielrichtung der außenpolitischen Tätigkeit der Zukunft allgemeine Unklarheit. Vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre die nächste Aufgabe des Staates nach Vollendung seines inneren Staatsaufbaues die Wiederaufnahme und endgülti-

ge Durchführung der nationalen Einigung gewesen. Kein Ziel hätte dem damaligen rein formalen Nationalstaat außenpolitisch näherliegen können, als die Angliederung jener deutschen Gebiete in Europa, die zum Teil schon durch ihre bisherige Geschichte ein selbstverständlicher Bestandteil nicht nur der deutschen Nation, sondern eines Deutschen Reiches sein müssen. Dennoch war eine solche selbstverständliche Zielsetzung nicht vorgenommen worden, weil abgesehen von sonstigen Widerständen der sogenannte Nationalbegriff eben viel zu unklar war, zu wenig durchdacht und durchgearbeitet, um sich aus einem solchen Schritt genügend motivieren zu können. Es wäre gegen patriotisch-legitimistische Vorstellungen, sowie gegen Gefühle schlecht definierbarer Sympathien gewesen, nun mit allen Mitteln als nächstes Ziel die Eingliederung des Deutschtums der alten Ostmarken des Reiches[8] (durchzuführen) ins Auge zu fassen und durchzuführen.

Das "altehrwürdige" Haus Habsburg hätte damit allerdings seinen Thron verloren. Auch würde man den gesamten Biertischpatriotismus damit auf das schwerste verletzt haben, aber trotzdem wäre dies die einzig vernünftige nächste Aufgabe gewesen, die das neue Reich sich hätte stellen können, und zwar vom Gesichtspunkte eines sogenannten Nationalstaates aus. Nicht nur, daß damit ziffernmäßig die im Reichsgebiet lebenden Deutschen eine wesentliche Stärkung erfahren hätten, die naturgemäß auch militärisch zum Ausdruck gekommen wäre, hätte man damit allein das retten können, dessen Verlust man heute beklagt. Würde Deutschland selbst an der Aufteilung des unmöglichen Habsburgerstaates teilgenommen [*haben*], (dann) ja, hätte es diese Aufteilung aus nationalpolitischen Gründen als eigenes politisches Ziel aufgestellt, dann würde die ganze Entwicklung Europas eine andere Bahn genommen haben. Deutschland wäre nicht in Verfeindung geraten mit einer ganzen Anzahl von an sich nichts gegen Deutschland habenden Staaten, und im Süden würde die Grenze des Reiches nicht über den Brenner laufen. Zumindest der vorwiegend deutsche Teil Südtirols wäre heute bei Deutschland.

Allein, daß dies verhindert wurde, lag nicht nur im Mangel der damaligen nationalen Auffassung, sondern ebensosehr im bestimmten Interesse bestimmter Gruppen. Zentrumskreise wünschten unter allen Umständen eine Politik der Erhaltung des sogenannten "katholischen" Habsburgerstaates[9], wobei man in verlogener Weise von "Stammesbrüdern" redete, während man sehr genau wußte, daß gerade diese Stammesbrüder in der Habsburgermonarchie langsam aber sicher an die Wand gedrückt wurden und ihrer Stammeszugehörigkeit beraubt wurden. Aber für das Zentrum waren ja selbst in Deutschland nicht deutsche Gesichtspunkte maßgebend. Jeder Pole, jeder elsässische Verräter und Franzosenfreund war den Herren lieber als der Deutsche, der nicht einer solch verbrecherischen Organisation sich anschließen wollte[10].

8 Im 9. Jahrhundert Bezeichnung für die Gebiete zwischen Enns und Leitha, hier historisierend für "Österreich".

9 Die Option des Zentrums für Österreich resultierte aus seiner konfessionellen Bindung und dem traditionell großdeutschen Standort des politischen Katholizismus, aber auch aus der Opposition gegen die preußische Hegemonie und in Einzelfällen einer völligen Ablehnung des deutschen Nationalstaats. Vgl. Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

10 Nach der Reichsgründung schlossen sich die polnischen Abgeordneten, die Bayerische Patriotenpartei, die protestantischen Welfen und seit 1875 auch die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen eng an die Reichstags-

Unter dem Vorwand, katholische Interessen zu vertreten, hat diese Partei schon im Frieden mitgeholfen, das Hauptbollwerk einer wirklich christlichen Weltanschauung, Deutschland, nach allen Möglichkeiten zu schädigen und zugrunde zu richten. Und diese verlogenste Partei scheute dabei auch nie davor zurück, mit erklärten Gottesleugnern, Atheisten, Religionsschändern in innigster Freundschaft Arm in Arm zu gehen, sowie man damit glaubte, den deutschen Nationalstaat und damit das deutsche Volk schädigen zu können[11].

So hat bei der Festlegung der unsinnigen deutschen Außenpolitik das Zentrum, das christlich-katholische, fromme Zentrum, denn auch stets den jüdisch-gottesleugnerischen Marxismus als lieben Bundesgenossen zur Seite gehabt.

Denn so wie das Zentrum gegen eine antihabsburgische Politik sich mit Händen und Füßen gewehrt hat, genauso die Sozialdemokratie als damalige Vertreterin der marxistischen Weltanschauung, wenn auch aus anderen Gründen[12]. Die Schlußabsicht allerdings war bei beiden Parteien dieselbe: möglichste Schädigung Deutschlands. Die Herrschaft dieser Parteien wird eine um so unbeschränktere und damit für ihre Leiter einträglichere sein, je schwächer der Staat ist.

Wollte das alte Reich aus nationalpolitischen Gesichtspunkten heraus den Zusammenschluß des Deutschtums in Europa wieder aufnehmen, dann mußte mit der dadurch zwangsläufig verbundenen Auflösung des habsburgischen Staatenkonglomerats eine eigene Gruppierung europäischer Mächte verbunden sein. Es war selbstverständlich, daß an eine solche Auflösung des Habsburgerstaates nicht gedacht werden konnte, ohne in Beziehung zu treten zu anderen Staaten, die ähnliche Interessen verfolgen mußten. Damit aber wäre von selbst zur Erreichung dieses Ziels und in Verfolg aller Möglichkeiten eine europäische Koalition entstanden, die wenigstens die nächsten Jahrzehnte das Schicksal Europas bestimmt haben würde.

---

fraktion des Zentrums an, zum Teil traten sie sogar in ein Hospitantenverhältnis. Diese Kooperation beruhte nicht nur auf klerikalen Motiven, ihr lagen auch partikularistische Interessen und antipreußische Ressentiments zugrunde. Im seit 1871/72 aufbrechenden Kulturkampf waren diese Splittergruppen zunächst die einzigen Verbündeten des Zentrums, so daß diese bald als die Gruppe der "Reichsfeinde" diskreditiert wurde. Vgl. Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, Köln 1927.

11 Die Reichstagsfraktion des Zentrums stimmte 1889 gegen die von Bismarck angestrebte Verlängerung des Sozialistengesetzes und lehnte 1899 auch die gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerichtete Zuchthausvorlage ab. Ungeachtet des politisch und sozial heterogenen Charakters des Zentrums beharrte seine Führung jedoch auf einer grundsätzlichen Ablehnung des Sozialismus, den sie durch Entwicklung einer eigenen christlichen Soziallehre und den Aufbau von spezifisch christlichen Arbeitervereinen zu ersetzen suchte. Vgl. Ernst Heinen, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland, Bd. II: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979, S. 193 ff. sowie Loth, Katholiken.

12 Der linke Flügel der SPD-Fraktion lehnte die unbedingte Stützung des Bundesgenossen Österreich-Ungarn entschieden ab, die Reichskanzler Bethmann Hollweg im Dezember 1912 vor dem Reichstag angesichts der zunehmenden Spannungen auf dem Balkan angekündigt hatte. Georg Ledebour warf dem Reichskanzler vor, mit dieser einseitigen Erweiterung des 1879 abgeschlossenen reinen Defensivbündnisses die österreichische Kriegspartei zu einer aggressiven Politik zu ermutigen. Das Bündnis selbst stellte die großdeutsch orientierte SPD jedoch nicht in Frage. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973, S. 374 ff.

Allerdings mußte dann zunächst der Dreibund [13] auch tatsächlich liquidiert werden. Ich sage tatsächlich, denn praktisch war die Liquidation schon längst vollzogen.

Das Bündnis mit Österreich hatte für Deutschland so lange einen wirklichen Sinn, solange es hoffen durfte, durch dieses Bündnis für die Stunde der Gefahr einen Machtzuwachs zu erhalten. Es war sinnlos von dem Augenblick an, in dem der militärische Machtzuwachs kleiner war als die durch dieses Bündnis hervorgerufene militärische Belastung Deutschlands. An sich war dies vom ersten Tage des Dreibundes an der Fall dann, wenn etwa infolge dieses Bundes oder aus diesem Bund heraus Rußland zum Gegner Deutschlands wurde. Dies hat Bismarck auch genauestens abgewogen und sich deshalb auch veranlaßt gesehen, mit Rußland den sogenannten Rückversicherungsvertrag [14] abzuschließen. Der Sinn des Rückversicherungsvertrages war ganz kurz der, daß, wenn Deutschland durch den Bund mit Österreich in einen Konflikt mit Rußland getrieben werden würde, es Österreich dabei fallen ließe. Damit hat Bismarck die problematische Bedeutung des Dreibundes schon zu seiner Zeit erkannt und nach seiner Kunst des Möglichen für alle Fälle das Notwendige vorgesorgt.

Dieser Rückversicherungsvertrag hat seinerzeit mitgeholfen, dem größten deutschen Staatsmann der Neuzeit die Verbannung einzutragen [15].

Tatsächlich ist aber seit der Okkupation Bosniens durch Österreich-Ungarn [16] und infolge der dadurch mächtig angeflammten panslawistischen Bewegung [17] der von Bismarck befürchtete Zustand bereits am Beginn der 90er Jahre eingetreten. Der Bund mit Österreich hat die Feindschaft mit Rußland gebracht [18].

Diese Feindschaft mit Rußland aber war [*der*] Grund, warum der Marxismus mit allen Mitteln, wenn auch nicht etwa die deutsche Außenpolitik deckte, dann doch eine andere in Wirklichkeit unmöglich machte [19].

---

13 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zusicherten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5.1915 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland. Vgl. Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960.

14 Der 1887 für drei Jahre zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossene geheime Rückversicherungsvertrag legte die wechselseitige Neutralität bei einem Angriff Dritter auf einen der Vertragspartner fest und erkannte russische Ansprüche auf dem Balkan und auf die türkischen Meerengen an. Vgl. Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 1989, S. 20 f.

15 Bismarck begründete sein Rücktrittsgesuch vom 18.3.1890 auch damit, daß die von Wilhelm II. geforderte Änderung der Außenpolitik das gute deutsch-russische Verhältnis gefährde. Vgl. Gall, Bismarck, S. 705 f.

16 Am 7.10.1908 erfolgte die formelle Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, nachdem der österreichischen Regierung auf dem Berliner Kongreß 1878 hierzu das Recht eingeräumt worden war. Damit verschärften sich die österreichisch-serbischen Spannungen.

17 Nach der russischen Revolution von 1905 erhielt die Anfang des 19. Jahrhunderts entstandene Idee des Panslawismus einen neuen nationaldemokratisch bestimmten Impuls vor allem bei Tschechen und Serben, der sich auf den Slawenkongressen von 1908 bis 1910 manifestierte und indirekt den Bestand des Habsburgerreichs bedrohte. Vgl. John Erickson, Panslavism, London 1964, S. 30 ff.

18 Der Rückversicherungsvertrag wurde von Bismarcks Nachfolger, Reichskanzler Leopold Graf von Caprivi, nicht verlängert, weil er der Überzeugung war, er sei unvereinbar mit anderen von Deutschland abgeschlossenen Verträgen. Vgl. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 28 f.

19 Das Rußlandbild der deutschen Sozialdemokratie war von antirussischen Affekten bestimmt, die bereits in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland sichtbar geworden waren. Lediglich die Revolution von 1905/06

Das Verhältnis Österreichs zu Italien war dabei an sich immer dasselbe. Italien ist einst aus Vorsicht gegen Frankreich in den Dreibund eingetreten, aber nicht aus Liebe zu Österreich. Im Gegenteil, Bismarck hat auch hier die "innere Herzlichkeit" des italienisch-österreichischen Verhältnisses richtig erkannt, wenn er ausspricht, daß es zwischen Österreich und Italien überhaupt nur zwei mögliche Zustände gäbe: entweder Bund oder Krieg. Wirkliche Sympathie war in Italien - von einigen frankophilen Fanatikern abgesehen - nur für Deutschland vorhanden. Und das war auch erklärlich. Es spricht für die ganz bodenlose politische Unbildung und Unwissenheit des deutschen Volkes und besonders seiner sogenannten bürgerlich-nationalen Intelligenz, daß man den staatsrechtlichen Dreibund auf das Gebiet freundschaftlicher Zuneigung übertragen zu können glaubte. Das war nicht einmal zwischen Deutschland und Österreich der Fall, denn selbst hier war der Dreibund oder richtiger das Bündnis mit Deutschland menschlich verankert nur im Herzen eines verhältnismäßig kleinen Teils der Deutschen in Österreich. Niemals hätten die Habsburger ihren Weg in diesen Dreibund genommen, wenn es eine andere Möglichkeit der Konservierung ihres Staatskadavers gegeben haben würde. Als in den Julitagen 1870 das deutsche Volk unter der unerhörten Provokation Frankreichs in Empörung aufflammte und zum Schutz des deutschen Rheins den alten Wahlstätten [*sic!*] zueilte, da hoffte man in Wien die Stunde der Rache für Sadowa[20] gekommen[21]. Eine Besprechung jagte die andere, ein Kronrat wechselte mit dem nächsten, Kuriere flogen hin und her, und die ersten Einberufungsordres waren hinausgegeben, da trafen allerdings auch schon die ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatze ein. Und als nach Weißenburg ein Wörth folgt, nach Wörth ein Gravelotte, ein Metz, ein Mars-la-Tour und endlich ein Sedan[22], da erst begannen die Habsburger unter dem Drucke der nun plötzlich wie erlöst aufschreienden neuen deutschen Meinung ebenfalls ihr deutsches Herz zu entdecken. Hätte damals Deutschland auch nur die ersten Schlachten verloren, dann hätten die Habsburger und mit ihnen Österreich das vollzogen, was sie später Italien so sehr zum Vorwurf gemacht haben. Und was sie übrigens im Weltkrieg nicht nur zum 2. Mal beabsichtigten, sondern auch als gemeinsten Verrat an dem

---

nährte in der SPD kurzfristig die Hoffnung, daß der Beginn einer fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzung gerade im "Hort der Reaktion" zu erwarten sei. Noch 1914 sorgte auch die Furcht vor dem "russischen Despotismus" für eine zunächst weitgehend reibungslose Unterstützung der Politik des Burgfriedens durch weite Teile der SPD. Vgl. Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992, S. 19 ff.

20 Dorf an der Bistritz in Böhmen, wo am Morgen des 3.7.1866 die von preußischer Seite später als Schlacht von Königgrätz bezeichnete preußisch-österreichische Entscheidungsschlacht begann. Besonders in der französischen Terminologie wird diese Schlacht seitdem Schlacht bei Sadowa genannt. Vgl. Gordon A. Craig, Königgrätz, Wien 1966, S. 153 ff., 303, Anm. 4.

21 Ungeachtet der vorherrschenden antipreußischen Stimmung in Österreich-Ungarn hielt die Regierung das Vorgehen der französischen Regierung in der Juli-Krise 1870 für falsch und wenig erfolgversprechend. Vgl. Heinrich Lutz, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1870, Frankfurt a. M. 1979, S. 196 ff.

22 Die verbündeten deutschen Armeen besiegten in der ersten Phase des Deutsch-Französischen Kriegs Teile der französischen Streitkräfte am 4.8.1870 bei Weißenburg, am 6.8.1870 bei Wörth, am 16.8.1870 bei Vionville-Mars-la-Tour und am 18.8.1870 bei Gravelotte-St. Privat. Am 19.8.1870 gelang die Einschließung eines großen Teils der französischen Armee in Metz. Nach der Schlacht bei Sedan am 1.9.1870, in der Kaiser Napoleon III. in Gefangenschaft geriet, kapitulierte der Rest des kaiserlich französischen Heeres. Vgl. Eberhard Kaulbach, Der Feldzug 1870 bis zum Fall von Sedan. In: Entscheidung 1870, S. 44-104.

Staat, der für sie das Schwert gezogen hat, verübt hatten[23]. Um diesen und für diesen Staat hat Deutschland die schwerste Blutnot auf sich genommen, und von diesem Staat wurde es nicht nur in 1.000 Einzelfällen, sondern endlich vom Repräsentanten selbst verraten[24], lauter Dinge und Wahrheiten, die unser bürgerlicher nationaler Patriotismus lieber verschweigt, um heute gegen Italien schreien zu können.

Wenn das Haus Habsburg später im Dreibund unterkroch, dann wirklich nur, weil ohne den Dreibund dieses Haus schon längst dorthin gefegt worden wäre, wo es sich heute befindet. Wenn ich die Sünden aber dieses Hauses an der Geschichte des deutschen Volkes übersehe, dann erscheint mir eines schmerzlich, daß Gottes Mühle dieses Mal von Kräften angetrieben wurde, die außerhalb des deutschen Volkes liegen.

Dabei hatten die Habsburger aber auch sonst allen Grund, das Bündnis besonders mit Deutschland zu wollen, weil dieses Bündnis ja in Wirklichkeit das Deutschtum in Österreich preisgab. Niemals wäre den Habsburgern ihre Entnationalisierungspolitik in Österreich, ihre Vertschechung und Verslawung[25] des Deutschtums möglich geworden, hätte nicht das Reich selbst seinen moralischen Schirm darübergehalten. Denn was hatte der Deutschösterreicher für ein Recht, gegen eine Staatspolitik zu protestieren, und zwar aus nationalen Gründen heraus, die vom Inbegriff des deutschen nationalen Gedankens, wie er sich für den Deutschösterreicher im Reich verkörperte, gedeckt wurde. Und umgekehrt konnte Deutschland nun überhaupt noch einen Druck ausüben zur Verhinderung der langsamen Entdeutschung in Österreich, wenn doch die Habsburger selbst Verbündete des Reiches waren? Man muß die Schwäche der politischen Leitung des Reiches kennen, um zu wissen, daß alles andere eher möglich gewesen wäre, als auch nur der Versuch einer wirklich energischen Einwirkung auf den Bundesgenossen, die dessen innere Verhältnisse betroffen hätte. Das wußten die schlauen Habsburger sehr genau, wie denn überhaupt die österreichische Diplomatie der deutschen an Pfiffigkeit und Schläue (der deutschen) turmhoch überlegen war. Und umgekehrt, eben diese deutsche, wie mit Blindheit geschlagen, keine Ahnung von den Vorgängen und Zuständen im Innern ihres Bundesgenossen zu haben schien. Erst der Krieg hat dann wohl den meisten die Augen geöffnet[26].

Damit aber war gerade die Bundesfreundlichkeit der Habsburger für Deutschland um so verhängnisvoller, als durch sie ja die endgültige Unterminierung der Voraussetzung für diesen Bund gewährleistet wurde. Denn indem nun die Habsburger in aller Ruhe und ohne Sorge vor deutschen Einmischungen das Deutschtum in Österreich auszulöschen in der Lage waren, mußte der Wert dieses ganzen Bundes für Deutschland selbst ein immer problematischerer

23 Am 3.11.1918 hatte Österreich-Ungarn einen Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnet. Vgl. Bogdan Krizman, Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch. In: Die Auflösung des Habsburgerreichs. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Hrsg. von Richard Georg Plaschka und Karlheinz Mack, München 1970, S. 83-114, hier S. 102.

24 Kaiser Karl I. hatte im Frühjahr 1917 über seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma Fühlung mit der französischen Regierung aufgenommen, um Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden einzuleiten. In diesem Zusammenhang deutete er auch seine Bereitschaft an, Frankreichs Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zu unterstützen. Vgl. Francis Roy Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373, hier S. 356 ff.

25 In der Vorlage: Verslavung (ebenso im folgenden stets slavisch, Slaven, Slaventum usw.).

26 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 133 ff.

werden. Was sollte ein Bund für Deutschland bedeuten, der vom Herrscherhaus niemals ernst gemeint war, denn nie hätte das Haus Habsburg daran gedacht, den Bundesfall auch für deutsche Interessen als gegeben anzusehen, und unter dessen Wirksamkeit die einzigen wirklichen Freunde dieses Bundes langsam der Entdeutschung verfallen mußten. Denn im übrigen Österreich war der Bund im günstigsten Fall als gleichgültig angesehen, in den meisten Fällen aber innerlich verhaßt.

Schon die hauptstädtische Presse in Wien war in der Zeit der letzten 20 Jahre vor dem Kriege viel mehr profranzösisch als prodeutsch orientiert. Die Presse der slawischen Provinzen aber war bewußt deutschfeindlich. In eben dem Maß, in dem aber durch die Habsburger das Slawentum nach Möglichkeit kulturell gefördert wurde und nun in seinen Hauptstädten Mittelpunkte einer eigenen nationalen Kultur erhielt, entstanden damit aber auch Zentren eines besonderen politischen Wollens. Es ist die historische Strafe für das Haus Habsburg, nicht gesehen zu haben, daß dieser Nationalitätenhaß, den man zunächst gegen das deutsche Volk mobilisierte, eines Tages den österreichischen Staat selbst verzehren würde. Das Bündnis mit Österreich war aber für Deutschland besonders unsinnig in dem Augenblick geworden, in dem, dank dem Wirken des volksverräterischen deutsch-österreichischen Marxismus, das sogenannte allgemeine Wahlrecht die Vorherrschaft des Deutschtums im österreichischen Staat endgültig gebrochen hatte[27]. Denn tatsächlich zählte ja das Deutschtum nur ein Drittel der Bevölkerung Cisleithaniens, also der österreichischen Reichshälfte des österreichisch-ungarischen Staates. Sowie das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage der österreichischen Volksvertretung wurde, war die Lage des Deutschtums damit eine hoffnungslose, um so mehr, nachdem die klerikalen Parteien eine bewußte Vertretung nationaler Gesichtspunkte ebensowenig wollten, wie sie durch die Marxisten überhaupt bewußt verraten wurden. Dieselbe Sozialdemokratie, die heute heuchlerisch vom Deutschtum in Südtirol redet, hat im alten Österreich bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit das Deutschtum in der schamlosesten Weise verraten und verkauft[28]. Sie stand selbst stets an der Seite der Feinde unseres Volkes. Die unverschämteste tschechische Anmaßung hat in der sogenannten deutschen Sozialdemokratie stets ihre Vertreter gefunden. Jeder Akt einer deutschen Unterdrückung fand ihre Billigung. Und jeder Vorgang einer deutschen Zurückdrängung sah die deutsche Sozialdemokratie als Mithelferin. Was hatte unter solchen Umständen Deutschland noch von einem Staat zu erwarten, dessen politische Führung, soweit sie sich besonders im Parlamente äußerte, wohl zu $^{4}/_{5}$ bewußt und gewollt antideutsch gewesen ist?

Die Vorteile des Bündnisses mit Österreich lagen wirklich alle nur auf seiten Österreichs, während Deutschland die Nachteile zu tragen hatte. Und sie waren ihrer nicht wenige.

---

27 Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns geschaffen. Zugleich wurden die deutsche und italienische Nationalität begünstigt, so daß die Deutschen bei einem Bevölkerungsanteil von 35,8% in Cisleithanien (nach der Volkszählung von 1900) 45,15% der Mandate bei der folgenden Wahl zum Abgeordnetenhaus erhielten. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339, hier S. 290 f.

28 Anspielung auf das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie von 1899, in dem eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten gefordert, aber auch die "Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der Reichsidee" proklamiert wurde. Vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976, S. 65 ff.

Das Wesen des österreichischen Staates brachte es mit sich, daß eine ganze Anzahl umliegender Staaten als Zielsetzung ihrer Nationalpolitik die Auflösung Österreichs im Auge hatten. Denn was in Deutschland die nachbismarckische Zeit nie fertiggebracht hat, haben selbst die kleinsten Balkanstaaten besessen: nämlich ein bestimmtes außenpolitisches Ziel, das sie mit und nach allen Möglichkeiten zu erreichen versuchten. Alle diese zum Teil erst frisch entstandenen, an Österreichs Grenzen liegenden Nationalstaaten sahen ihre höchste politische Zukunftsaufgabe darin, die volklich zu ihnen zählenden, aber unter Österreichs und Habsburgs Zepter lebenden Volksgenossen zu "befreien". Daß diese Befreiung nur durch militärische Auseinandersetzungen erfolgen konnte, war selbstverständlich. Daß dies zu einer Auflösung Österreichs führen mußte desgleichen. Ein Hindernis bildete dabei die österreichische eigene Widerstandskraft um so weniger, als sie ja auf die zu Befreienden mit in erster Linie angewiesen war. Im Falle eines Koalitionskrieges Rußlands, Rumäniens und Serbiens gegen Österreich fielen aus dem Gehalt des österreichischen Widerstandes von vorneherein die nord- und südslawischen Elemente aus, so daß höchstens Deutsche und Magyaren als Träger des Hauptkampfes übrigblieben. Nun führt aber erfahrungsgemäß das Ausscheiden bestimmter Kampfkräfte aus völkischen Gründen zu einer Zersetzung und damit Lähmung seiner Front überhaupt. Von sich aus hätte Österreich einem solchen allgemeinen Angriffskrieg wirklich nur sehr wenig Widerstand entgegenzusetzen gehabt. Dieses wußte man sowohl in Rußland als auch in Serbien, in Rumänien sehr genau. Was Österreich gehalten hat, war damit nur der mächtige Bundesgenosse, auf den es sich zu stützen vermochte. Was war aber natürlicher, als daß sich nunmehr in den Gehirnen der österreichfeindlichen leitenden Staatsmänner sowohl als in der Meinung der Öffentlichkeit die Auffassung bildete, daß der Weg nach Wien damit über Berlin führen muß.

Je mehr Staaten Österreich zu beerben gedachten und es infolge der deutschen Waffengenossenschaft nicht konnten, um so mehr Staaten mußte Deutschland selber als Feinde erhalten.

Um die Jahrhundertwende war das Gewicht dieser durch Österreich gegen Deutschland aufgebrachten Gegner schon um ein Vielfaches größer als die mögliche Waffenhilfe, die Österreich selbst jemals für Deutschland stellen konnte.

Damit aber war der innere Sinn dieser Bündnispolitik geradezu ins Gegenteil verkehrt.

Erschwert wurde die Sache noch durch den dritten Bundesgenossen Italien. Wie schon erwähnt, war das Verhältnis Italiens zu Österreich nie eine Herzensangelegenheit gewesen, ja kaum eine solche der Vernunft, sondern eigentlich nur das Ergebnis und die Folge eines übermächtigen Zwanges. Das italienische Volk vor allem und die italienische Intelligenz vermochten jederzeit für Deutschland Sympathien aufzubringen. Ein Bund Italiens mit Deutschland allein hatte um die Jahrhundertwende bereits alle Gründe für sich. Die Meinung, daß Italien an sich als Bundesgenosse treulos wäre, ist so stupid und dumm, daß sie nur die Politikaster unseres unpolitischen sogenannten nationalen Bürgertums verzapfen können. Den schlagendsten Gegenbeweis liefert die Geschichte unseres eigenen Volkes, nämlich damals, als Italien schon einmal mit Deutschland, allerdings gegen Österreich, verbündet gewesen ist[29]. Freilich war das damalige Deutschland das durch Bismarcks Genialität geführte Preußen und nicht das durch die politische Unfähigkeit der späteren Murkser mißhandelte Reich.

---

29 Gemeint ist das gegen Österreich gerichtete Geheimbündnis zwischen Italien und Preußen vom 8.4.1866. Vgl. Walter Bussmann, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. [4]1968, S. 85 f.

Gewiß hat das damalige Italien auf den Schlachtfeldern zu Lande und zur See Niederlagen erlitten[30], aber seine Bundesgenossenpflichten hat es ehrenhaft erfüllt, wie dies Österreich im Weltkriege, in den Deutschland durch Österreich hineingetrieben wurde, nicht getan hat. Denn als man damals Italien einen Sonderfrieden anbot, der ihm alles gegeben hätte, was es auch später nur erreichen konnte, da hat es diesen stolz und entrüstet zurückgewiesen[31], trotz der militärischen Niederlagen, die es erlitten hat, während die österreichische Staatsleitung nicht nur nach einem solchen Sonderfrieden girrte [*sic!*], sondern bereit war, ganz Deutschland fahren zu lassen[32]. Wenn er nicht zustande kam, dann lag dies nicht in der Charakterfestigkeit des österreichischen Staates, sondern vielmehr im Wesen der Forderungen, die der Gegner an ihn stellte und die in der Praxis seine Auflösung bedeuteten. Daß aber das Italien des Jahres 1866 militärische Niederlagen erlitten hat, konnte wirklich nicht als Zeichen seiner Bundestreulosigkeit aufgefaßt werden. Denn sicher hätte man sich statt Niederlagen lieber Siege geholt, aber das damalige Italien konnte ja nicht verglichen werden mit dem damaligen Deutschland und auch dem späteren, weil ihm jene überragende militärische Kristallisationsmacht eben fehlte, die Deutschland in Preußen gehabt hat. Ein deutscher Bund ohne das Fundament der preußischen Heeresmacht wäre dem Angriff einer so alten und damals noch nicht national zerfressenen Militärmacht, wie sie Österreich besaß, genauso unterlegen, wie es bei Italien der Fall war. Das Wesentliche lag aber daran, daß das damalige Italien die Entscheidung in Böhmen zugunsten des späteren Deutschen Reichs ermöglicht hat, indem es einen wesentlichen und großen Teil der österreichischen Armee gebunden hat. Denn wer die kritische Situation am Tage der Schlacht von Königgrätz sich vor Augen hält, der wird nicht behaupten können, daß es für Deutschlands Schicksal gleichgültig gewesen wäre, ob Österreich mit 140.000 Mann mehr auf dem Schlachtfelde gewesen wäre, als es so infolge der italienischen Bindung sein konnte[33].

Daß natürlich das damalige Italien diesen Bündnisvertrag nicht abgeschlossen hat, um dem deutschen Volk die nationale Einigung zu ermöglichen, sondern dem italienischen, ist selbstverständlich. Da gehört schon wirklich die sprichwörtliche politische Naivität eines vaterländischen Verbändlers dazu, darin den Anlaß zu einem Vorwurf (sehen zu können) oder zu einer Schmähung sehen zu können. Die Meinung, ein Bündnis zu erhalten, bei dem von vorneherein

30 Am 23.6.1866 erlitt die italienische Armee bei Custoza eine Niederlage gegen die zahlenmäßig unterlegene österreichische Südarmee; am 20.7.1866 wurde die italienische Flotte vor Lissa besiegt. Vgl. Walter Wagner, Die k. (u.) k. Armee - Gliederung und Aufgabenstellung. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 142-633, hier S. 327; Lothar Höbelt, Die Marine. In: ebenda, S. 687-763, hier S. 696 ff.

31 Am 2.7.1866 hatte die österreichische Regierung Frankreich um die Vermittlung eines Waffenstillstands mit Italien ersucht, was jedoch durch den preußischen Sieg bei Königgrätz am 3.7.1866 keinen Einfluß auf den Kriegsausgang mehr hatte. Vgl. Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten, S. 233.

32 Anspielung auf die geheimen Absprachen zwischen Frankreich und Österreich vor dem Krieg von 1866, bei denen vereinbart wurde, im Fall eines österreichischen Sieges die preußische Rheinprovinz zu einem selbständigen Staat zu machen. Vgl. Michael Derndarsky, Das Klischee von "Ces Messieurs de Vienne..." Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 - Symptom für die Unfähigkeit der österreichischen Außenpolitik? In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 289-353.

33 Nach der italienischen Kriegserklärung am 20.6.1866 standen etwa 138.000 österreichische Soldaten, eingeteilt in drei Armeekorps, etwa 270.000 italienischen Soldaten gegenüber. Vgl. Wagner, k. (u.) k. Armee, S. 348.

nur einer Aussichten auf Erfolg oder Gewinn besitzt, ist kindische Dummheit[34]. Denn genauso hätten ja die Italiener das Recht, dem damaligen Preußen und Bismarck denselben Vorwurf vorzuhalten, nämlich, daß es nicht nur aus Liebe zu Italien, sondern auch in Verfolgung eigener Interessen den Bund abgeschlossen habe. Leider möchte ich fast sagen, ist es beschämend, daß diese Dummheit nur nördlich der Alpen verbrochen wird und nicht auch südlich.

Verständlich könnte einem eine solche Dummheit nur werden, wenn man den Dreibund betrachtet oder, noch besser, das Bündnis Deutschland und Österreich, nämlich den wirklich seltenen Fall, in dem ein Staat, nämlich Österreich, von einem Bund alles hatte und der andere, nämlich Deutschland, gar nichts. Ein Bund, in dem der eine seine Interessen einsetzte und der andere seine "schimmernde Wehr"[35]. Der eine (zweckmäßige Vernunft) kalte Zweckmäßigkeit und der andere Nibelungentreue[36]. Zumindest in solchem Umfange und in dieser Art hat es das nur einmal in der Weltgeschichte gegeben, und Deutschland hat die furchtbarste Quittung für diese Art von politischer Staatsleitung und Bündnispolitik erhalten.

Wenn also das Bündnis mit Italien, soweit es sich um das Verhältnis Österreichs zu Italien handelte, von Anfang an von zweifelhaftestem Wert war, dann nicht deshalb, weil es sich bei Italien etwa um einen grundsätzlich falschen Partner handeln könnte, sondern, weil für Italien gerade dieses Bündnis mit Österreich nämlich nicht einen einzigen realen Gegenwert versprach.

Italien war Nationalstaat. Seine Zukunft mußte zwangsläufig an den Rändern des mittelländischen Meeres liegen. Jeder Anrainer ist damit mehr oder weniger ein Hindernis für die Entwicklung dieses Nationalstaates. Rechnet man dazu noch, daß Österreich selbst über 800.000 Italiener[37] innerhalb seiner Grenzen hatte, und (umgekehrt) weiter dieselben Habsburger, die auf der einen Seite die Deutschen der Verslawung auslieferten, auf der anderen sehr wohl Slawen und Deutsche gegen Italiener auszuspielen verstanden, alles Interesse besaßen, diese 800.000 Italiener langsam zu entnationalisieren, dann war die Zukunftsaufgabe der italienischen Außenpolitik kaum zweifelhaft. Sie mußte, so deutschfreundlich sie sein konnte, eine österreichischfeindliche sein. Und diese Politik fand dann auch den lebhaftesten Rückhalt, ja glühende Begeisterung im italienischen Volk selbst. Denn was die Habsburger, und Österreich war dabei ihre politische Waffe, an Italien im Laufe der Jahrhunderte gesündigt hatten, war, vom italienischen Standpunkt aus besehen, himmelschreiend[38]. Jahrhunderte hindurch war Österreich das Hindernis für die Einigung des italienischen Volkes gewesen, immer wieder

34 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 148, wo Hitler behauptet, ein Bündnis könne es nur auf der Grundlage "eines gegenseitigen Geschäfts geben". Im Sinne dieser Theorie soll Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop am 12.11.1940 zum sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow gesagt haben, "beide Partner des deutsch-russischen Paktes hätten gemeinsam gute Geschäfte gemacht". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd. XI/1, Bonn 1964, Dok. 325, S. 452.

35 Richtig: "schirmende Wehr". Wilhelm II. am 7.5.1908 bei einer Ansprache in Wien.

36 Den Begriff "Nibelungentreue" für das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn prägte Reichskanzler Bernhard von Bülow am 29.3.1909 vor dem Reichstag.

37 Auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 wird die italienisch sprechende Bevölkerung im damaligen Österreich-Ungarn auf 795.000 Menschen geschätzt. Vgl. Umberto Corsini, Die Italiener. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III/2, S. 839-879, hier S. 852.

38 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 136.

hatten die Habsburger die korrupten italienischen Dynastien gestützt, ja noch um die Jahrhundertwende schloß in Wien kaum ein Parteitag der klerikalen und christlichsozialen Bewegung anders als mit der Aufforderung, dem Heiligen Vater Rom wieder zurückzugeben. Man machte kein Hehl daraus, daß man dies als Aufgabe der österreichischen Politik ansehe, hatte aber auf der anderen Seite die Unverschämtheit, dann zu erwarten, daß man in Italien selbst helle Begeisterung über das Bündnis mit Österreich zeigen müßte. Dabei hat die österreichische Politik Italien gegenüber im Laufe der Jahrhunderte sich keineswegs immer zarter Glacéhandschuhe bedient. Was Frankreich jahrhundertelang für Deutschland gewesen ist, war Österreich jahrhundertelang für Italien. Die norditalienische Tiefebene war immer wieder das Operationsfeld, auf dem der österreichische Staat seine Freundschaftspolitik gegen Italien betätigte. Kroatische Regimenter und Panduren waren die Kulturbringer und Träger der österreichischen Zivilisation und es ist nur ein Jammer, daß dies alles zum Teil auch am deutschen Namen dann hängen blieb. Wenn man heute häufig aus italienischem Munde eine überhebliche Unterschätzung, ja verächtliche Beleidigung der deutschen Kultur hört, dann hat sich das deutsche Volk dafür bei jenem Staat zu bedanken, der nach außen als ein deutscher getarnt war, dem Italiener aber die Art seines inneren Wesens durch eine Soldateska enthüllte, die im eigenen österreichischen Staat selbst von den damit Beglückten als wahre Gottesgeißel empfunden wurde. Der Schlachtenruhm des österreichischen Heeres war zum Teil auf Erfolgen aufgebaut, die den unvergänglichen Haß des Italieners für alle Zeiten wachrufen mußten.

Es war ein Unglück für Deutschland, dies nie eingesehen zu haben, ein Unglück, das im Gegenteil, wenn auch nicht direkt, so indirekt zu decken. Denn so hat Deutschland den Staat verloren, der wie die Dinge lagen, unser treuester Bundesgenosse hätte werden können, wie er schon einmal ein sehr verläßlicher für Preußen gewesen ist.

Besonders entscheidend für das innere Verhältnis Italiens zu Österreich war dabei die Haltung der breitesten Öffentlichkeit in Österreich anläßlich des Tripolitanischen Krieges[39]. Daß man in Wien mit scheelen Augen italienischen Versuchen, in Albanien Fuß zu fassen, zusah, war nach Lage der Dinge noch verständlich. Österreich glaubte sich dort in seinen eigenen Interessen bedroht. Unverständlich aber war dafür die allgemeine und entschieden künstlich geschürte Erregung gegen Italien, als dieses sich anschickte, Tripolitanien zu erwerben. Dabei war der italienische Schritt ein selbstverständlicher. Kein Mensch konnte es der italienischen Staatsregierung verargen, wenn sie versuchte, die italienische Fahne in Gebieten aufzuziehen, die schon nach ihrer Lage das gegebene Kolonialgebiet für Italien sein mußten. Nicht nur, daß dabei die jungen italienischen Kolonisatoren auf altrömische Spuren stießen, wäre gerade für Deutschland und Österreich das italienische Vorgehen auch noch aus einem anderen Grunde begrüßenswert gewesen. Je mehr Italien in Nordafrika engagiert wurde, um so mehr mußten sich einst die natürlichen Gegensätze zwischen Italien und Frankreich entwickeln. Eine überlegene deutsche Staatsleitung zumindest hätte mit allen Mitteln versuchen müssen, der bedrohlichen Ausbreitung der französischen Hegemonie über Nordafrika, überhaupt der französischen

39 Italien nutzte die durch die jungtürkische Revolution hervorgerufene innere Schwäche des Osmanischen Reichs, um am 25.9.1911 die bereits diplomatisch vorbereitete Eroberung von Tripolis, der Cyrenaica und der Inselgruppe des Dodekanes zu eröffnen. Im Frieden von Lausanne konnte sich Italien am 18.10.1912 den Besitz seiner Eroberungen sichern. Vgl. Lowe, C. J. and F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 114 ff.

Erschließung des schwarzen Kontinents Schwierigkeiten zu bereiten, schon unter Berücksichtigung der sonst möglichen militärischen Stärkung Frankreichs auch auf europäischen Schlachtfeldern. Denn die französischen Regierungen und insbesondere ihre militärische Leitung haben gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß für sie die afrikanischen Kolonien schon noch eine andere Bedeutung hatten, als (Plantagen) Demonstrationsobjekte französischer Zivilisation zu sein. Schon längst erblickte man in ihnen die Soldatenreservoire für die nächste europäische Auseinandersetzung. Daß diese nur mit Deutschland stattfinden konnte, war ebenfalls klar. Was wäre da natürlicher gewesen, als von Deutschland aus jedes Dazwischenschieben einer anderen Macht zu begünstigen, besonders wenn diese andere Macht ein eigener Bundesgenosse war? Dazu kam noch, daß das französische Volk steril war[40], eine Erweiterung seines Lebensraumes nicht notwendig hatte, während das italienische Volk genauso wie das deutsche irgendeinen Ausweg finden muß. Man sage dabei ja nicht, daß es sich um einen Raub an der Türkei gehandelt hätte. Alle Kolonien sind dann eben Raubgebiete. Nur kann der Europäer ohne sie nicht leben. Wir hatten aber kein Interesse daran und durften keines besitzen, aus vollkommen unwirklichen sympathischen Gefühlen für die Türkei eine Entfremdung mit Italien herbeizuführen. Wenn je in einer außenpolitischen Aktion, dann konnten Österreich und Deutschland gerade in dieser restlos hinter Italien treten. Wie sich damals aber die österreichische Presse, ja die gesamte Meinung einem italienischen Vorgehen gegenüber verhielt, das im letzten Ziel nichts anderes war als die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich selbst, war einfach skandalös. Damals flammte plötzlich ein Haß auf, der die wirkliche innere Gesinnung dieses österreichisch-italienischen Verhältnisses um so klarer zeigte, als eben ein tatsächlicher Grund dafür nicht vorhanden gewesen war. Ich befand mich in dieser Zeit selbst in Wien[41] und war innerlich empört über die ebenso dumme wie unverschämte Art, mit der man damals dem Bundesgenossen in den Rücken fiel. Unter solchen Umständen aber dann eben von diesem Bundesgenossen eine Treue zu verlangen, die in Wirklichkeit der Selbstmord Italiens gewesen wäre, ist mindest ebenso unverständlich wie naiv.

Denn dazu kam noch folgendes: Die natürliche militärgeographische Lage Italiens wird diesen Staat stets zwingen, eine Politik zu machen, die ihn nicht in Konflikt mit einer übermächtigen Seemacht bringt, der Widerstand zu leisten die italienische Flotte und die ihr verbündete nach menschlicher Voraussicht nicht in der Lage sein würden. Solange England im Besitz der unbestrittenen Suprematie zur See ist und solange diese Vorherrschaft noch durch eine mittelmeerländische französische Flotte gestärkt werden kann, ohne daß Italien plus mit [*sic!*] seinen Verbündeten einen aussichtsreichen Widerstand zu leisten vermag, wird Italien

40 Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Frankreich mit durchschnittlich 0,18% die weitaus geringste jährliche Bevölkerungszunahme aller europäischen Großmächte. Das Bevölkerungswachstum in Italien (0,63%), Österreich-Ungarn (0,87%), Großbritannien (0,87%), Deutschland (1,36%) und Rußland (1,37%) war deutlich größer. In einigen Jahren zwischen 1890 und 1911 überstieg in Frankreich die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 3* sowie Histoire de la Population Française. 4 - De 1914 à nos jours. Dirigée par Jacques Dupâquier, Paris 1988, S. 8 f.

41 Entgegen der Behauptung in Mein Kampf (Bd. I, S. 132) lebte Hitler zur Zeit des Tripolitanischen Kriegs noch in Wien und zog im Mai 1913 nach München, um der polizeilichen Fahndung wegen seiner Gestellungsflucht zu entgehen. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 25 ff.

nie eine antienglische Haltung einnehmen können. Man darf aber von einer Staatsleitung nicht verlangen, daß sie endlich aus blöder Sympathie für einen anderen Staat, dessen Gegenliebe gerade der Tripoliskrieg deutlich aufgezeigt hatte, den eigenen der sicheren Vernichtung preisgibt. Wer aber die Küstenverhältnisse des italienischen Staates nur der flüchtigsten Überprüfung unterzieht, muß ohne weiteres zur Überzeugung kommen, daß ein Kampf Italiens gegen England unter den obwaltenden Umständen nicht nur aussichtslos, sondern absurd ist. Damit befand sich aber Italien in genau derselben Lage, in der sich Deutschland ebenfalls befunden hatte, nämlich: so wie für Bismarck einst das Risiko eines durch Österreich veranlaßten Krieges mit Rußland für Deutschland so ungeheuerlich erschien, daß er sich für einen solchen Fall durch den berühmten Rückversicherungsvertrag zur Außerachtlassung des sonst gegebenen Bündnisfalles verpflichtete, so war auch für Italien das Bündnis mit Österreich uneinhaltbar im Augenblick, indem es dadurch England zum Feind erhielt. Wer dies nicht begreift oder verstehen will, ist unfähig, politisch zu denken, und damit dann höchstens fähig, in Deutschland Politik zu machen. Das Resultat aber der Politik dieser Sorte von Menschen hat die deutsche Nation heute vor sich liegen und die Folgen zu tragen.

Alles dies sind Gesichtspunkte, die den Wert des Bündnisses mit Österreich auf ein Minimum herabdrücken mußten. Denn es war damit sicher, daß Deutschland für sein Bündnis mit Österreich vermutlich auch noch, außer Rußland, Rumänien und Serbien, Italien als Gegner erhalten würde. Denn es gibt, wie gesagt, keinen Bund, der auf idealen Sympathien oder auf ideale Treue oder ideale Dankbarkeit aufgebaut sein könnte. Bündnisse werden um so stärker sein, je mehr die einzelnen Kontrahenten hoffen dürfen, persönliche Vorteile daraus zu ziehen. Einen Bund auf einer anderen Basis gründen zu wollen, ist phantastisch. Niemals werde ich erwarten, daß Italien in ein Bundesverhältnis mit Deutschland treten würde, aus Sympathie für Deutschland, aus Liebe zu Deutschland und in der Absicht, Deutschland einen Nutzen zu verschaffen. Ebensowenig würde ich jemals aus Liebe zu einem anderen Staat, aus Sympathie für diesen oder aus Sehnsucht, ihm zu nützen, ein Vertragsverhältnis einzugehen vermögen. Wenn ich heute für ein Bundesverhältnis zwischen Italien und Deutschland eintrete, dann nur deshalb, weil ich glaube, daß dabei beide Staaten nützliche Vorteile erlangen können. Beide Staaten werden dabei gute Geschäfte machen.

Der Nutzen des Dreibundes lag aber ausschließlich auf der Seite Österreichs. Schon infolge der bestimmenden Faktoren in der Politik der einzelnen Staaten konnte immer nur Österreich Nutznießer dieses Bundes sein. Denn der Dreibund hatte seinem ganzen Wesen nach keinerlei aggressive Tendenz. Es war ein Defensivbund, der in höchstem Falle schon dem Laute seiner Bestimmungen nach nur die Erhaltung des Bestehenden sichern sollte. Deutschland und Italien waren infolge der Unmöglichkeit der Ernährung ihrer Volkszahl gezwungen, eine offensive Politik einzuschlagen. Nur Österreich allein mußte glücklich sein, den an sich schon unmöglichen Staatskadaver wenigstens zu erhalten. Da die eigene defensive Kraft Österreichs dafür niemals mehr ausgelangt hätte, wurden durch den Dreibund die offensive Kräfte Deutschlands und Italiens in diesen Dienst der österreichischen Staatserhaltung gespannt. Deutschland blieb im Geschirr und ging damit zugrunde, Italien sprang aus und hat sich gerettet. Darüber einen Vorwurf erheben zu wollen, könnte nur ein Mensch fertigbringen, für den die Politik eben nicht die Verpflichtung ist, einem Volk das Dasein mit allen Mitteln und nach allen Möglichkeiten zu erhalten.

Selbst wenn das alte Deutschland als formaler Nationalstaat sich als außenpolitisches Ziel nur die weitere Einigung der deutschen Nation gesetzt hätte, mußte man den Dreibund augenblicklich fahren lassen, bzw. das Verhältnis mit Österreich ändern. Eine Unzahl von Feindschaften wäre dadurch erspart geblieben, die durch den Krafteinsatz Österreichs in keiner Weise aufgehoben werden konnten.

Nun durfte aber schon das Deutschland der Vorkriegszeit seine Außenpolitik nicht mehr von rein formalen nationalen Gesichtspunkten aus bestimmen lassen, wenn diese nicht zu völkisch notwendigen Zielen führte.

Schon in der Vorkriegszeit war die Zukunft des deutschen Volkes eine Frage der Lösung des Ernährungsproblems. Das deutsche Volk konnte aus dem vorhandenen Raum heraus sein tägliches Brot nicht mehr finden. Aller Fleiß und alle Tüchtigkeit sowie alle wissenschaftliche Methode in der Bodenbearbeitung konnten diese Not höchstens etwas mildern, allein nicht mehr endgültig verhindern. Selbst in Jahren außerordentlich guter Ernte gelang eine vollständige Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs nicht mehr. Bei Durchschnitts- oder gar schlechten Ernten war man schon zu einem sehr beträchtlichen Prozentsatz auf Einfuhr angewiesen. Auch die Rohstoffversorgung mancher Industrien stieß auf ernste Schwierigkeiten und konnte nur aus dem Auslande besorgt werden[42].

Die Wege zur Behebung dieser Not konnten verschiedene sein. Auswanderung und Geburtenbeschränkung mußten selbst vom Standpunkt des damaligen Nationalstaates kategorisch abgelehnt werden. Wobei weniger die Erkenntnis über die biologischen Folgen als die Angst vor der zahlenmäßigen Dezimierung bestimmend wurde. Somit konnte es für das damalige Deutschland tatsächlich nur mehr zwei Möglichkeiten geben, die Erhaltung der Nation für fernere Zeit sicherzustellen, ohne die Volkszahl selbst einschränken zu müssen. Entweder man versuchte, die Raumnot zu beheben, also neuen Boden zu erwerben, oder man wandelte das Reich in eine große Exportfirma um. Das heißt, man steigerte die Produktion bestimmter Güter über den Umfang des Innenbedarfs hinaus, um dann auf dem Wege des Exportes Lebensmittel und Rohstoffe eintauschen zu können.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vergrößerung der deutschen Lebensfläche war, wenn auch damals wenigstens teilweise, vorhanden. Man glaubte in ihrem Sinne am besten zu handeln, wenn man Deutschland in die Reihe der großen Kolonialvölker hineinführte. In Wirklichkeit lag aber besonders durch die Form der Durchführung dieses Gedankens bereits ein Bruch der inneren Logik vor. Denn der Sinn einer gesunden Bodenpolitik liegt darin, daß man den Lebensraum eines Volkes erweitert, indem man dem Überschuß der Volkszahl neue Gebiete zur Besiedlung zuweist, die dann aber, wenn nicht der Charakter einer Auswanderung eintreten soll, in enger politischer und staatlicher Beziehung zum Mutterland stehen müssen. Dies traf bei den Kolonien, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts überhaupt noch greifbar waren, nicht mehr zu. Sowohl die räumliche Entfernung als aber besonders die klimatischen Verhältnisse dieser Gebiete verbaten von selbst eine Besiedelung, wie sie vordem die Engländer

42 Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erzeugte Deutschland keine landwirtschaftlichen Überschüsse mehr. Lediglich beim Roggenanbau wurde nach 1900 wieder ein Ausfuhrüberschuß erzielt. Zwischen 1870 und 1910 verdoppelte sich der Anteil des Nahrungsmittelimports am Gesamtimport von 13,9% auf 26,7%, der Anteil des Rohstoffimports schwankte im gleichen Zeitraum zwischen 45% und 48,5%. Vgl. Karl Erich Born, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914), Stuttgart 1985, S. 27 f., 73.

in ihren amerikanischen Kolonien durchführen konnten, die Holländer in Südafrika und wieder die Engländer in Australien. Dazu kam noch die ganze Art der inneren Einrichtung der deutschen Kolonialpolitik. Das Siedelungsproblem trat dabei vollkommen in den Hintergrund, um an Stelle dessen Gesellschaftsinteressen einzusetzen, die nur zum geringsten Teil identisch waren mit allgemeinen deutschen Volksinteressen. So lag denn auch der Wert der deutschen Kolonien von Anbeginn an mehr in der Möglichkeit, nunmehr gewisse Märkte zu erhalten, die als Lieferanten verschiedener Kolonialprodukte und teilweise auch Rohstoffe die deutsche Wirtschaft vom Ausland unabhängig zu machen.

Dies würde bis zu einem gewissen Grad in der Zukunft auch sicher gelungen sein, hätte aber damit nicht im geringsten das deutsche Übervölkerungsproblem gelöst, außer, man entschloß sich, die Ernährung des deutschen Volkes grundsätzlich durch die Steigerung seiner Exportwirtschaft zu garantieren. Dann konnten natürlich die deutschen Kolonien eines Tages durch günstigere Rohstoffbelieferung verschiedenen Industrien eine größere Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Absatzmärkten gewähren. Damit aber war die deutsche Kolonialpolitik im tiefsten Grunde eben keine Bodenpolitik, sondern ein Hilfsmittel für die deutsche Wirtschaftspolitik geworden. Tatsächlich war ja auch die ziffernmäßige direkte Entlastung der deutschen innenländischen Übervölkerung durch Besiedelung der Kolonien vollständig unbedeutend.

Wollte man übrigens zu einer wirklichen Raumpolitik übergehen, dann war die vor dem Kriege betriebene Kolonialpolitik um so unsinniger, als sie zu einer fühlbaren Entlastung der deutschen Übervölkerung doch nicht führen konnte[43], umgekehrt aber eines Tages nach aller menschlicher Voraussicht zu ihrer Durchführung denselben Bluteinsatz notwendig machen mußte, wie er im schlimmsten Fall für eine wirklich nützliche Raumpolitik erforderlich gewesen wäre. Denn indem diese Art deutscher Kolonialpolitik im günstigsten Fall nur eine Stärkung der deutschen Wirtschaft bringen konnte, mußte sie eines Tages mit eine Ursache zu brachialer Auseinandersetzung mit England werden. Denn eine deutsche Weltwirtschaftspolitik konnte um den Entscheidungskampf mit England nie herumkommen. Exportindustrie, Welthandel, Kolonien und Handelsflotte mußten dann mit dem Schwerte vor jener Macht in Schutz genommen werden, die aus denselben Selbsterhaltungsgesichtspunkten heraus wie Deutschland schon längst vorher zum Betreten dieses Weges sich gezwungen gesehen hatte. Solange also England rechnen konnte, mit rein wirtschaftlichen Mitteln die deutsche Konkurrenz zum Zusammenbruch zu bringen, solange konnte dieser wirtschaftsfriedliche Kampf um die Eroberung eines Platzes an der Sonne[44] stattfinden, weil wir eben dann aus dem Schatten nie herauskamen. Gelang es aber Deutschland, auf diesem wirtschaftsfriedlichen Wege England zurückzudrängen, dann war es selbstverständlich, daß das Phantom dieser wirtschaftsfriedlichen Welteroberung vom Widerstand der Bajonette abgelöst werden würde.

43 1913 lebten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reichs insgesamt 22.386 Deutsche. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 442. Zur Bedeutung der Kolonien als potentielles Siedlungsgebiet vgl. Francesca Schinzinger, Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee, Stuttgart 1984, S. 128 ff.

44 Am 6.12.1897 rechtfertigte der Staatssekretär des Auswärtigen Bernhard von Bülow vor dem Reichstag die Inbesitznahme von Kiautschou: "Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."

Ohne Zweifel war es immerhin ein politischer Gedanke, dem deutschen Volk die Vermehrung seiner Zahl zu gestatten durch Steigerung seiner industriellen Produktionen und deren Absatz auf dem internationalen Weltmarkt. Völkisch war dieser Gedanke nicht, aber er entsprach den Vorstellungen der damals herrschenden bürgerlich-nationalen Welt. Auf alle Fälle konnte dieser Weg beschritten werden, nur legte er dann der deutschen Außenpolitik eine ganz bestimmte, eng umrissene Verpflichtung auf: Das Ende der deutschen Welthandelspolitik konnte nur der Krieg mit England sein. Dann hatte aber die deutsche Außenpolitik die Aufgabe, durch weitschauende Bündnismaßnahmen sich zur Auseinandersetzung mit einem Staate zu rüsten, der auf Grund einer mehrhundertjährigen Erfahrung selbst nichts unterlassen würde, eine allgemeine Mobilisation von Hilfsstaaten herbeizuführen. Wollte Deutschland gegen England seine Industrie- und Wirtschaftspolitik verfechten, dann mußte es seine erste Rückendeckung bei Rußland suchen. Rußland war dann der einzige Staat, der als wertvoller Bundesgenosse in Frage [*kam*], weil er allein dann keine wesentlichen Gegensätze zu Deutschland, wenigstens für den Augenblick, zu haben brauchte. Allerdings der Kaufpreis für dieses russische Bündnis konnte, wie die Dinge nun lagen, nur in der Preisgabe des Bündnisses mit Österreich liegen. Denn dann war der Zweibund mit Österreich ein Irrsinn, ja, ein Wahnsinn. Nur wenn Deutschland volle Rückendeckung durch Rußland hatte, konnte es zu einer maritimen Politik übergehen, die bewußt auf den Tag der Abrechnung hinzielte. Dann konnte man auch [*am*] ehesten die enormen Mittel einsetzen, die für den Ausbau einer Flotte notwendig waren, die dann nicht in allem und jedem, konstruktiv besonders aber in Schnelligkeit und damit Deplacement[45], fünf Jahre nachhinkte[46].

Allein die Verstrickung in das österreichische Bündnis war eine so große, daß man eine Lösung daraus nicht mehr finden konnte und mithin Rußland, das sich an sich nach dem Russisch-Japanischen Krieg[47] neu zu orientieren begann, endgültig abstoßen mußte. Damit war aber dann die ganze deutsche Wirtschafts- und Kolonialpolitik eine mehr als gefährliche Spielerei. Tatsache war, daß man ja auch die endgültige Auseinandersetzung mit England scheute und demgemäß jahrelang sein Verhalten von dem Grundsatz bestimmen ließ, den Gegner nicht zu reizen. Dieser bestimmte alle deutschen Entschlüsse, die zum Schutz der deutschen Wirtschaftskolonialpolitik notwendig gewesen wären, bis am 4. August 1914 die englische Kriegserklärung diese Periode unseliger deutscher Verblendung abschloß.

Würde das damalige Deutschland weniger von bürgerlich-nationalen als völkischen Gesichtspunkten beherrscht gewesen sein, wäre nur der andere Weg einer Lösung der deutschen Not in Frage gekommen, nämlich der einer großzügigen Raumpolitik in Europa selbst.

Die deutsche Kolonialpolitik, die uns zwangsläufig in Konflikt mit England bringen mußte, wobei Frankreich immer als auf der Seite der Gegner stehend angesehen werden konnte, war

---

45 Wasserverdrängung eines Schiffs.

46 Vgl. die fast identischen Ausführungen in Mein Kampf, Bd. I, S. 149 ff.

47 Im Zuge der Ausdehnung seiner Einflußsphäre in Ostasien hatte Rußland japanische Interessen verletzt. Japan war nicht bereit, sich aus Korea zurückzuziehen und brach am 6.2.1904 die diplomatischen Beziehungen zu Rußland ab, zerstörte am 8.2.1904 die russische Flotte vor Port Arthur und erklärte am 10.2.1904 den Krieg. Nach mehreren Niederlagen zu Land und zu See mußte Rußland im Frieden von Portsmouth (N. H.) am 5.9.1905 die japanische Vorherrschaft in Korea und der Südmandschurei anerkennen sowie den südlichen Teil Sachalins an Japan abtreten.

für Deutschland deshalb besonders unvernünftig, weil unsere europäische Basis schwächer war als die irgendeines anderen Kolonialvolkes von weltpolitischer Bedeutung. Denn endlich wurde selbstverständlich das Schicksal der Kolonien in Europa entschieden. Mithin war jede deutsche Außenpolitik daraufhin angewiesen, in erster Linie die militärische Stellung Deutschlands in Europa zu festigen und zu sichern. Wir konnten von unseren Kolonien dabei nur sehr wenig ausschlaggebende Hilfe erwarten. Umgekehrt hätte jede Erweiterung unserer (in Europa) europäischen Raumbasis von selbst zu einer Stärkung unserer Lage geführt. Es ist nicht gleich, ob ein Volk ein geschlossenes Siedelungsgebiet von 560.000 oder sagen wir 1 Million qkm besitzt. Ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Ernährung im Falle eines Krieges, die möglichst unabhängig von der Einwirkung des Gegners bleiben soll, liegt in der Größe der Raumfläche selbst schon ein militärischer Schutz, insoferne dann unsere Operationen, die zur Kriegführung auf eigenem Boden zwingen, wesentlich leichter zu ertragen sind.

Überhaupt liegt schon in der Größe eines Staatsgebietes ein gewisser Schutz gegen leichtsinnige Angriffe.

Vor allem aber konnte nur durch eine Raumpolitik in Europa das dorthin abgeschobene Menschengut unserem Volke bis einschließlich der militärischen Verwertung erhalten bleiben. 500.000 qkm Boden in Europa mehr[48] kann Millionen deutscher Bauern neue Heimstätten bieten, der deutschen Volkskraft für den Entscheidungsfall aber Millionen von Soldaten zur Verfügung stellen.

Das einzige Gebiet, das in Europa für eine solche Bodenpolitik in Frage kam, war dann Rußland. Die an Deutschland angrenzenden dünnbesiedelten westlichen Randgebiete[49], die schon einmal deutsche Kolonisatoren als Kulturbringer empfangen hatten, kamen auch für die neue europäische Bodenpolitik der deutschen Nation in Frage. Dann mußte das Ziel der deutschen Außenpolitik aber unbedingt sein, den Rücken gegen England freizubekommen und umgekehrt Rußland möglichst zu isolieren. Dann war mit rücksichtsloser Konsequenz unsere Wirtschafts- und Welthandelspolitik aufzugeben, wenn notwendig auf die Flotte restlos zu

---

48 Es ist aufschlußreich, Hitlers Angaben mit der Größe folgender Staaten zu vergleichen (Stand 1928): Frankreich: 551.000 km^2; Polen: 388.000 km^2; Italien: 310.000 km^2; Jugoslawien: 249.000 km^2; Tschechoslowakei: 140.000 km^2; Österreich: 84.000 km^2. Deutschland hatte mit dem Versailler Friedensvertrag etwas über 70.000 km^2 verloren. Wenn Hitler die Grenzen von 1914 als Ziel verwarf, so spricht dies für sich. Am 2.5.1928 hatte Hitler in seiner gegen Stresemann gerichteten Rede erklärt: "Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, jede deutsche Außenpolitik muß sich frei halten von der phantastischen Meinung, das deutsche Schicksal könne besser gestaltet werden durch sogenannte Grenzkorrekturen im Sinne der Grenzen vom Jahre 1914. Das hat für Deutschland gar nichts mehr zu sagen. *Die Grenzen von 1914 sind für uns keinerlei Befriedigung unserer Lebensnotwendigkeiten.* Sie könnten höchstens romantische Erinnerungen bei uns befriedigen, aber nicht die Zukunft dieses 70- oder 80-Millionenvolkes; denn das wird nicht zu Leben gebracht durch 50.000 oder 60.000 qkm Grundfläche mehr. Entweder wir werden wieder eine Wirtschaftsmacht, d. h. wir bauen unsere gesamte Kraft wieder auf dem Boden der Weltwirtschaft auf, *oder wir suchen Grund und Boden zu gewinnen, und dann brauchen wir nicht nur 60.000, sondern drei- und vierhunderttausend Quadratkilometer.*" Vgl. Bd. II/2, Dok. 268, S. 815.

49 Mit "dünnbesiedelten" Gebieten meint Hitler wohl Gebiete, die ihm für Siedlungszwecke vorteilhaft erschienen und die nach der "Aussiedlung" der meisten Einwohner als dünnbesiedelt gelten würden.
Vgl. auch Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994, S. 9-54.

verzichten, um die gesamte Kraft der Nation wieder wie einst auf das Landheer zu konzentrieren. Dann mußte man aber erst recht das Bündnis mit Österreich fahren lassen, denn nichts stand dann einer Isolierung Rußlands dann [*sic!*] mehr im Wege als der durch Deutschland gewährleistete Schutz eines Staates, dessen Aufteilung eine ganze Anzahl europäischer Mächte wünschten, allein nur mit Rußland im Bunde durchzuführen vermocht hätten. Indem aber diese Staaten in Deutschland den mächtigsten Schutz der Erhaltung Österreichs erkannt hatten, mußten sie um so mehr gegen eine Isolierung Rußlands sein, als ihnen das Zarenreich dann erst recht als einzig möglicher Kraftfaktor zur endlichen Zertrümmerung Österreichs erscheinen konnte.

Daß alle diese Staaten aber eine Stärkung der einzigen Stütze Österreichs auf Kosten des stärksten Gegners des Habsburger Staates erst recht nicht wünschen konnten, liegt auf der Hand.

Da auch in diesem Falle Frankreich immer auf der Seite der Gegner Deutschlands gestanden hätte, würde immer die Möglichkeit einer deutschlandfeindlichen Koalitionsbildung vorhanden gewesen sein, wenn man sich eben nicht entschloß, das Bündnis mit Österreich zumindest um die Jahrhundertwende endgültig zu liquidieren, den österreichischen Staat seinem Schicksal zu überlassen, die deutschen Länder aber für das Reich zu retten.

Es kam anders. Deutschland wollte den Weltfrieden. Es vermied deshalb eine Bodenpolitik, die an sich nur aggressiv ausgefochten hätte werden können, und wandte sich endgültig einer uferlosen Wirtschafts- und Handelspolitik zu. Man gedachte mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln die Welt zu erobern, stützte sich dabei weder auf die eine noch auf die andere Macht, sondern klammerte sich, je mehr nun als Folge eine allgemeine politische Isolierung eintrat, immer krampfhafter an den absterbenden Habsburgerstaat. Große Kreise innerhalb Deutschlands begrüßten dies, teils aus wirklich politischer Unfähigkeit, aus falsch verstandenen patriotisch-legitimistischen Gedankengängen und endlich auch zum [*Teil*] in der still genährten Hoffnung, dadurch das verhaßte Hohenzollernsche Kaiserreich eines Tages zum Zusammenbruch führen zu können.

Als am 2. August 1914 der Weltkrieg blutrot aufschoß, hat die Bündnispolitik der Vorkriegszeit ihre tatsächliche Niederlage tatsächlich bereits quittiert erhalten. Um Österreich zu helfen, war Deutschland in einen Kampf gedrängt worden, der sich dann nur mehr um seine eigene Existenz drehen sollte. Seine Feinde waren die Gegner seines Welthandels sowie seiner allgemeinen Größe überhaupt und die Anwärter auf Österreichs Zerfall. Seine Freunde das unmöglichste Staatsgebilde Österreich-Ungarn auf der einen Seite und die ewig kranke und schwache Türkei auf der anderen. Italien aber vollzog jenen Schritt[50], den Deutschland hätte vollziehen müssen und den es vollzogen hätte, wenn statt schwächlichen Philosophen[51] und bramarbasierenden Hurrapatrioten die Genialität eines Bismarcks seine Geschicke geleitet hät-

50 Vgl. Anm. 13.

51 Gemeint ist wahrscheinlich Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), Philosoph und Politiker, 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayerischer Ministerpräsident und Außenminister, November 1917 bis September 1918 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

te. Daß es später endlich offensiv gegen einen ehemaligen Bundesgenossen vorging, entspricht wieder nur jener prophetischen Voraussicht Bismarcks, daß es eben zwischen Italien und Österreich überhaupt nur zwei Zustände geben könne: Bund oder Krieg.

[*KAPITEL VIII*]

[*NOTWENDIGKEIT DER MILITÄRMACHT - DIE GRENZEN VON 1914 KEIN ZIEL*]

Am 11. November 1918 wurde im Walde von Compiègne der Waffenstillstand unterzeichnet[1]. Das Schicksal hatte dazu einen Mann ausersehen, der einer der Hauptschuldigen am Zusammenbruch unseres Volkes war. Matthias Erzberger[2], Abgeordneter des Zentrums, nach verschiedenen Behauptungen außerehelicher Sohn eines Dienstmädchens und eines jüdischen Dienstherrn[3], war der deutsche Unterhändler, der seinen Namen dann auch unter ein Dokument setzte, das verglichen und gemessen mit der 4½jährigen Heldenzeit unseres Volkes unverständlich erscheint, wenn man nicht die bewußte Absicht der Zerstörung Deutschlands annimmt.

Matthias Erzberger selbst war kleiner bürgerlicher Annexionspolitiker gewesen, also einer jener Männer, die besonders zu Beginn des Krieges versucht hatten, dem Mangel eines offiziellen Kriegszieles auf ihre eigene Art und Weise abzuhelfen[4]. Denn wenn auch im August 1914 das ganze deutsche Volk instinktmäßig empfunden hat, daß dieser Kampf um Sein- oder Nichtsein geht, so war man sich doch, sowie die Flammen der ersten Begeisterung verlöschten, weder über das drohende Nichtsein, als über das notwendige Sein irgendwie im klaren. Die Größe der Vorstellung einer Niederlage und deren Folgen wurde langsam getilgt durch eine Propaganda, die im inneren Deutschland[*s*] vollkommen freien Lauf erhalten hatte und die die wirklichen Kriegsziele der Entente in ebenso geschickter wie verlogener Weise verdrehte oder überhaupt abstritt. Im 2. und besonders im 3. Jahre des Krieges war es dann auch schon gelungen, dem deutschen Volk die Angst vor der Niederlage insoferne zu nehmen, als man an die Größe der Absicht des Vernichtungswillens der Gegner dank dieser Propaganda nicht mehr glaubte. Dies war um so furchtbarer, als umgekehrt nichts getan werden durfte, dem Volke eine Kenntnis dessen zu geben, was im Interesse seiner künftigen Selbsterhaltung und als Lohn seiner unerhörten Opfer als mindestens erreicht werden mußte[5]. Die Diskussion über ein mögliches Kriegsziel fand deshalb auch nur in mehr oder weniger unverantwortlichen Kreisen

1 Zu den Umständen der Waffenstillstandsverhandlungen vom 8. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 20 ff.

2 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni 1919 bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

3 Diese Behauptung war unwahr, wurde aber von Erzbergers Gegnern geflissentlich verbreitet. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 18 f.

4 Vgl. ebenda, S. 118 ff.

5 Vom Herbst 1914 bis zum Herbst 1916 verbot die Reichsregierung jede öffentliche Kriegszieldiskussion. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 247.

statt und erhielt nun auch den Ausdruck der Denkweise sowie der allgemeinen politischen Vorstellungen ihrer jeweiligen Vertreter. Während nun der schlaue Marxismus in genauer Kenntnis der lähmenden Wirkung des Fehlens eines bestimmten Kriegszieles sich ein solches überhaupt verbat und im übrigen nur von der Wiederherstellung des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen redete, versuchte wenigstens ein Teil der bürgerlichen Politiker, die Größe des Bluteinsatzes und den Frevel des Überfalls mit bestimmten Gegenforderungen zu beantworten[6]. Alle diese bürgerlichen Vorschläge waren reine Grenzkorrekturen und hatten mit raumpolitischen Gedanken gar nichts zu tun. Höchstens gedachte man noch die Anwartschaft einzelner, zur Zeit nicht beschäftigter deutscher Prinzen zu befriedigen durch Bildung von Pufferstaaten, und so erschien denn der bürgerlichen Welt, von Ausnahmen abgesehen, selbst die Gründung des polnischen Staates als ein nationalpolitisch weiser Entschluß[7]. Einzelne schoben wirtschaftliche Gesichtspunkte dabei in den Vordergrund, nach denen die Grenze gestaltet werden müsse, z. B. die Notwendigkeit der Gewinnung des Erzbeckens von Longwy und Briey, andere wieder strategische Meinungen, z. B. die Notwendigkeit, die belgischen Maasfestungen in die Hand zu bekommen usw.

Daß dies kein Ziel war für einen Krieg eines Staates gegen 26[8], in dem dieser den bisher ungeheuersten Bluteinsatz der Geschichte auf sich nehmen mußte, während zu Hause ein ganzes Volk buchstäblich dem Verhungern ausgeliefert war, sollte selbstverständlich sein. Die Unmöglichkeit dieser Begründung der Notwendigkeit des Durchhaltens des Krieges hat mitgeholfen, seinen unglücklichen Ausgang herbeizuführen.

Als daher der Zusammenbruch der Heimat eintraf, war eine Kenntnis von Kriegszielen um so weniger vorhanden, als ihre bisherigen schwächlichen Vertreter unterdes sich selbst vom wenigen ihrer einstigen Forderungen noch entfernt hatten. Und das war eigentlich verständlich. Denn einen Krieg führen zu wollen in diesen unerhörten Ausmaßen, damit dann die Grenze statt über Herbesthal[9] über Lüttich läuft oder damit statt einem zaristischen Kommissar oder Statthalter über irgendeine russische Provinz ein deutsches Prinzlein als Potentat eingesetzt wird, wäre wirklich unverantwortlich und frevelhaft. Es lag in der Natur der deutschen Kriegsziele, soweit sie überhaupt zur Diskussion standen, daß sie später allesamt verleugnet wurden. Denn wahrhaftig um solcher Lappalien wegen durfte man wirklich ein Volk auch nicht eine Stunde länger in einem Kriege belassen, dessen Schlachtfelder langsam zu einer Hölle geworden waren.

---

6 Zur deutschen Kriegszieldiskussion vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

7 Am 5.11.1916 erklärten Österreich-Ungarn und Deutschland öffentlich ihre Absicht, nach Beendigung des Kriegs ein selbständiges Königreich Polen zu schaffen. Für die Regentschaft dieses von den Mittelmächten abhängigen Staates waren von deutscher Seite bayerische, sächsische oder württembergische Prinzen vorgeschlagen worden. Vgl. Heinz Lemke, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Wien 1977, S. 406 ff.

8 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

9 Dorf an der ehemaligen deutsch-belgischen Grenze zwischen Eupen und Aachen.

Das einzige Kriegsziel, das diesem ungeheueren Bluteinsatz würdig gewesen wäre, hätte nur in der Zusicherung an den deutschen Soldaten bestehen können, soundso viele 100.000 qkm Grund den Kämpfern der Front als Eigentum zuzuweisen oder für die allgemeine Kolonisation durch Deutsche zur Verfügung zu stellen [10]. Damit hätte auch der Krieg sofort den Charakter eines kaiserlichen Unternehmens verloren und wäre statt dessen zu einer Sache des deutschen Volkes geworden. Denn endlich haben die deutschen Grenadiere wirklich nicht ihr Blut vergossen, damit die Polen einen Staat erhalten oder damit ein deutscher Prinz auf einen plüschenen Thron gesetzt wird.

Im Jahre 1918 stand man damit am Abschluß einer vollkommen sinn- und ziellosen Vergeudung des kostbarsten deutschen Blutes [11].

Wieder einmal hatte unser Volk Unendliches eingesetzt an Heroismus, Opfermut, ja Todesmut und Verantwortungsfreudigkeit und [*sic!*] dennoch geschlagen und geschwächt die Wahlstatt [*sic!*] verlassen zu müssen. In tausend Schlachten und Gefechten siegreich und am Ende von den Geschlagenen dennoch besiegt. Ein Menetekel für die deutsche Innen- und Außenpolitik der Vorkriegszeit und der 4 ½ Jahre des blutigen Ringens selber.

Nun nach dem Zusammenbruch erhebt sich die bange Frage, ob unser deutsches Volk aus dieser Katastrophe etwas gelernt hat, ob die sein Schicksal weiter bestimmen werden, die es bisher bewußt verrieten (und), ob diejenigen (oder) auch in Zukunft mit ihren Phrasen die Zukunft beherrschen, die schon bisher so jämmerlich versagten, oder ob endlich innen- und außenpolitisch unser Volk zu einem neuen Denken erzogen wird und demgemäß sich in seinem Handeln umstellt.

Denn wenn an unserem Volke sich nicht ein Wunder vollzieht, wird sein Weg ein solcher des endgültigen Verderbens sein.

Wie ist die heutige Lage Deutschlands und wie sind die Aussichten für seine Zukunft und welcher Art wird diese Zukunft sein?

Der Zusammenbruch, den das deutsche Volk im Jahre 1918 erlitt, liegt, wie ich an dieser Stelle noch einmal feststellen will, nicht im Sturz seiner militärischen Organisation oder im Verlust seiner Waffen, sondern in seinem damals geoffenbarten und heute immer mehr in Erscheinung tretenden inneren Verfall. Dieser innere Verfall liegt ebensosehr auf dem Gebiete der Verschlechterung seines rassischen Wertes als auf dem des Verlustes all jener Tugenden, die die Größe eines Volkes bedingen, seinen Bestand gewährleisten und seine Zukunft fördern.

Blutswert, Persönlichkeitsgedanke und Selbsterhaltungstrieb drohen dem deutschen Volk langsam abhanden zu kommen. Statt dessen triumphiert der Internationalismus und vernichtet

10 In einer Denkschrift der Obersten Heeresleitung über die deutsche Volks- und Wehrkraft vom 9.9.1917 wurde unter zahlreichen anderen Maßnahmen gefordert: "Schaffung von neuem Siedlungsland (Gebietserweiterungen durch den Krieg). Landverteilung an kleinbäuerliche Kriegsteilnehmer, Bauern, Gärtner, Handwerker, Arbeiter, die landwirtschaftlich bewandert sind und aus deren Familien der Staat den körperlich besten und zahlreichsten Nachwuchs bezieht." Druck: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich Ludendorff, Berlin [2]1921, S. 214-244, hier S. 227. Zu den vor allem vom damaligen Generalquartiermeister Erich Ludendorff befürworteten Siedlungsplänen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Osteuropas vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 732 ff.

11 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

unsere Volkswerte, breitet sich die Demokratie aus, indem sie den Persönlichkeitsgedanken erstickt, und vergiftet endlich eine üble pazifistische Jauche die Denkart einer kühnen Selbsterhaltung. Das Wirken dieser Menschheitslaster sehen wir im gesamten Leben unseres Volkes in Erscheinung treten. Nicht nur auf dem Gebiete der politischen Belange, nein, auch auf denen der Wirtschaft und nicht zuletzt auf denen unseres kulturellen Lebens macht sich ein Nachabwärtsgleiten [*sic!*] bemerkbar, das, wenn es nicht einmal zum Einhalt gebracht wird, unser Volk aus der Zahl der zukunftsreichen Nationen ausscheidet.

In der Beseitigung dieser allgemeinen Verfallserscheinungen unseres Volkes liegt die große innerpolitische Aufgabe der Zukunft. Dies ist die Mission der nationalsozialistischen Bewegung. Aus dieser Arbeit muß ein neuer Volkskörper entstehen, der auch den schwersten Schaden der Gegenwart, die Klassenspaltung, an der Bürgertum und Marxismus gleichmäßig schuld sind, überwindet [12].

Das Ziel dieser Reformationsarbeit innerpolitischer Art muß aber endlich die Wiedergewinnung der Kraft unseres Volkes zur Durchführung seines Lebenskampfes sein und damit die Kraft zur Vertretung seiner Lebensinteressen nach außen.

Dadurch wird auch unserer Außenpolitik die Aufgabe gestellt, die sie zu erfüllen hat. Denn so sehr die Innenpolitik der Außenpolitik das völkische Kraftinstrument liefern muß, so sehr muß aber auch die Außenpolitik durch die von ihr eingeschlagenen Handlungen und Maßnahmen die Bildung dieses Instruments fördern und unterstützen. [13]

Wenn die Aufgabe der Außenpolitik des alten bürgerlich-nationalen Staates zunächst die weitere Einigung der Angehörigen der deutschen Nation in Europa gewesen wäre, um sich dann zu einer höheren, völkisch empfundenen Raumpolitik aufzuschwingen, dann muß die Aufgabe der Außenpolitik der Nachkriegszeit zunächst eine solche der Förderung des inneren Machtinstruments sein. Denn dem außenpolitischen Wollen der Vorkriegszeit stand ein völkisch vielleicht nicht sehr hoch anzusprechender Staat, aber dafür mit wundervoller Heereseinrichtung zur Verfügung. Wenn auch das damalige Deutschland schon längst nicht mehr eine solche Betonung des Militärischen besaß wie etwa das alte Preußen und deshalb besonders im Umfang der Heeresorganisation von anderen Staaten übertroffen wurde [14], so war doch die in-

---

12 Ähnlich charakterisierte Hitler die innenpolitischen Aufgaben seiner Regierung in einer Ansprache vor den Befehlshabern des Heeres und der Kriegsmarine am 3.2.1933: "1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!) Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wachsen. Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!" Vgl. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: VfZ 2 (1954), S. 397-436, hier S. 434 f.

13 Eine überarbeitete Fassung des folgenden Abschnitts ist als Aufsatz Hitlers, jedoch ohne einen Hinweis auf das zugrundeliegende Manuskript im Juni 1930 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" erschienen. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 3: Januar 1930 - September 1930. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann, München 1995, Dok. 68.

14 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden bei den zunächst kriegführenden Staaten folgende Stärkeverhältnisse:

nere Güte der alten Armee allen ähnlichen Einrichtungen unvergleichlich überlegen. Dieses beste Instrument der Kriegskunst stand einer kühnen außenpolitischen Staatsleitung damals zur Verfügung. Infolge dieses Instrumentes sowie der allgemeinen Hochachtung, die es genoß [15], war die Freiheit unseres Volkes nicht nur ein(e Angelegenheit) Ergebnis unserer tatsächlich erprobten Stärke, sondern des allgemeinen Kredits, den wir infolge dieses einzigartigen Heeresinstruments sowie auch zum Teil infolge des übrigen vorbildlich sauberen Staatsapparates (genossen) besaßen.

Dieses wichtigste Instrument zum Schutze der Interessen eines Volkes besitzt das deutsche Volk heute nicht mehr oder zumindest in einem vollkommen ungenügenden Umfang und weit entfernt von der Grundlage, die seine frühere Stärke bedingte.

Das deutsche Volk hat ein Söldnerheer bekommen [16]. Diese Söldnertruppe läuft in Deutschland Gefahr zu einer, mit besonderen technischen Waffen ausgerüsteten Polizei herabzusinken [17]. Der Vergleich des deutschen Söldnerheeres mit dem englischen fällt zuungunsten des deutschen aus. Das englische Söldnerheer war stets die Trägerin des militärischen Verteidigungs- und Angriffsgedankens sowie der militärischen Tradition Englands gewesen. England hat in seiner Söldnertruppe und seinem eigentümlichen Milizsystem die Heeresorganisation besessen, die bei seiner insularen Lage für die Durchfechtung der englischen Lebensinteressen genügte, ja passend schien [18]. (Die Art diese) Der Gedanke, der die englische Widerstandskraft in einer solchen Form sich äußern ließ, war dabei keineswegs der Feigheit entsprungen, dadurch den allgemeinen Bluteinsatz des englischen Volkes erübrigen zu können.

	Einwohnerzahl (in Millionen)	Kriegsstärke des Heeres	Gesamtzahl der Ausgebildeten
Deutschland	67,0	3.823.000	4.900.000
Österreich-Ungarn	51,3	2.500.000	3.034.000
Mittelmächte	118,3	6.323.000	7.934.000
Frankreich	39,6	3.580.000	4.980.000
Rußland	173,3	4.800.000	6.300.000
England	45,3	350.000	1.000.000
Serbien	4,0	300.000	400.000
Montenegro	0,3	40.000	60.000
Entente	262,5	9.070.000	12.740.000

Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930, S. 221.

15 Zum damaligen Verhältnis von Gesellschaft und Armee im Deutschen Reich vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland, Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960, S. 117 ff.

16 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

17 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte u. a.: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

18 Zu Organisation und Soziologie der britischen Streitkräfte vgl. Correlli Barnett, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Im Gegenteil. England kämpfte mit Söldnern, solange die Söldner für die Verfechtung englischer Interessen genügten. Es rief Freiwillige, sowie der Kampf einen größeren Einsatz erforderte. Es führte die allgemeine Wehrpflicht ein, sowie die Not des Vaterlandes es gebot[19]. Denn ganz gleich, wie die jeweilige Organisation der englischen Widerstandskraft aussah, sie wurde stets zum rücksichtslosen Kampf für England eingesetzt. Und die formale Heeresorganisation war in England stets immer nur ein Instrument zur Verfechtung englischer Interessen, eingesetzt von einem Willen, der auch nicht davor zurückscheute, wenn notwendig, das Blut der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen[20]. Dort, wo übrigens Englands Interessen ausschlaggebend auf dem Spiele standen, hat es sich ohnehin eine Vorherrschaft zu wahren gewußt, die, rein technisch betrachtet, bis zur Forderung des Zweimächtestandards[21] geht. Wenn man die darin liegende unendlich (besorgte) verantwortliche Besorgtheit vergleicht mit der Leichtsinnigkeit, mit der Deutschland, und zwar das nationale bürgerliche Deutschland, seine Waffenrüstung in der Vorkriegszeit vernachlässigte[22], muß einem heute noch tiefe Trauer erfassen. Wer so wie England wußte, daß seine Zukunft, ja seine Existenz überhaupt von der Stärke seiner Flotte abhängt, so hätte das bürgerliche nationale Deutschland wissen müssen, daß Existenz und Zukunft des deutschen Reiches abhängen von der Stärke unserer Landmacht [*sic!*]. Dem Zweimächtestandard zur See hätte Deutschland in Europa den Zweimächtestandard zu Lande entgegenstellen müssen. Und so wie England in eisener Entschlossenheit in jeder Verletzung dieses Standards einen Anlaß zum Krieg erblickte, so mußte Deutschland in Europa jeden Versuch der Überflügelung seiner Wehrmacht durch Frankreich und Rußland durch eine militärische Entscheidung, die selbst herbeizuführen war und für die sich mehr als eine günstige Gelegenheit geboten hat, verhindern. Auch dabei hat dieses Bürgertum ein Bismarckisches Wort in der unsinnigsten Weise mißbraucht. Die Äußerung Bismarcks, er gedächte keinen Präventivkrieg zu führen[23], wurde von allen schwächlichen, energie- und aber auch verantwortungslosen Politikastern mit Freude aufgegriffen zur Deckung ihrer von verheerenden Folgen sein müssenden Politik des Allesgeschehenlassens. Dabei hat

19 Mit dem Military Service Act wurde in Großbritannien am 27.1.1916 die allgemeine Wehrpflicht für unverheiratete oder verwitwete Männer zwischen 18 und 41 Jahren eingeführt. Vgl. R. J. Q. Adams and Philip P. Poirier, The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18, London 1987.

20 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 151 f.

21 1889 hatte der britische Erste Lord der Admiralität, Lord George Hamilton, den Naval Defence Act als Rüstungsprogramm mit den Worten begründet: "Ich bin der Ansicht, daß unsere Rüstung zur See so zu bemessen ist, daß wir wenigstens zwei anderen Seemächten gewachsen sind." Dieser angestrebte Zwei-Mächte-Standard richtete sich damals gegen die französische und russische Kriegsmarine. Vgl. Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. von Jürgen Rohwer, München 1974, S. 315.

22 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

23 Über den Präventivkrieg hat Bismarck rückblickend geäußert, er sei dieser Idee "stets entgegengetreten in der Überzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehn kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigner Berechnung vorzugreifen". Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 105.

man nur ganz vergessen, daß alle drei Kriege, die Bismarck geführt hat[24], Kriege gewesen sind, die, zumindest nach den Auffassungen dieser Anti-Präventivkriegs-Friedensphilosophen, zu vermeiden gewesen wären. Man denke, was z. B. der deutschen Republik von heute im Jahre 1870 an Beleidigungen durch Napoleon III. hätten zugefügt werden müssen, damit sie sich entschlossen hätte, Herrn Benedetti[25] zu bitten, seinen Ton etwas zu mäßigen. Weder Napoleon noch dem ganzen französischen Volk hätte es je gelingen können, die deutsche Republik von heute zu einem Sedan zu reizen. Oder glaubt man, daß der Krieg von 1866, wenn Bismarck nicht die Entscheidung gewünscht hätte, nicht zu verhindern gewesen wäre? Nun könnte man einwenden, daß es sich hier um Kriege zur Erreichung von klar vorgesteckten Zielen gehandelt hat und nicht um solche, deren Grund nur in der Angst vor einem Angriff des Gegners lag. Das ist in Wirklichkeit aber Wortspalterei. Weil Bismarck überzeugt war, daß der Kampf mit Österreich unausbleiblich wäre, bereitete er sich auf ihn vor und führte ihn in einer für Preußen günstigen Veranlassung durch[26]. Die französische Heeresreform durch Marschall Niel[27] ließ deutlich die Absicht erkennen, der französischen Politik und dem französischen Chauvinismus die schlagkräftige Waffe zum Angriff gegen Deutschland zu geben. Tatsächlich wäre es Bismarck ohne Zweifel möglich gewesen, den Konflikt im Jahre 1870 friedlich zu irgendeiner Beilegung zu bringen[28]. Allein, es war zweckmäßiger, ihn in einer Zeit durchzufechten, da die französische Heeresorganisation noch nicht zur vollen Wirksamkeit gekommen war. Im übrigen kranken alle diese Interpretationen Bismarckischer Aussprüche an einem, daß sie nämlich den Diplomaten Bismarck verwechseln mit einem republikanischen Parlamentarier. Wie Bismarck selbst solche Aussprüche beurteilte, zeigt am besten seine Antwort auf einen Frager vor Ausbruch des Preußisch-Österreichischen Krieges, der gerne wissen wollte, ob Bismarck wirklich beabsichtige, Österreich anzugreifen, worauf dieser mit undurchdringlicher Miene erwiderte: "Nein, ich habe nicht die Absicht Österreich anzugreifen, aber ich hätte auch nicht die Absicht, falls ich es angreifen wollte, es ihnen zu sagen."[29]

Im übrigen war der schwerste Krieg, der je von Preußen ausgefochten worden war, ein Präventivkrieg. Als Friedrich der Große endgültige Kenntnis von der Absicht seiner alten Gegner durch eine Schreiberseele erhalten hatte, wartete er nicht aus grundsätzlicher Ablehnung eines Präventivkrieges, bis die anderen angriffen, schon [*sic!*] (schritt) ging selbst sofort zum Angriff über[30].

24 Vgl. Kap. VI, Anm. 11.

25 Vincent Comte de Benedetti (1817-1900), französischer Diplomat, 1864-1870 Botschafter in Berlin. Im Juli 1870 überbrachte er die französischen Forderungen zur spanischen Thronkandidatur dem sich in Bad Ems aufhaltenden Wilhelm I.

26 Anspielung auf den Preußisch-Österreichischen Krieg 1866, vgl. Kap. VI, Anm. 11.

27 Adolphe Niel (1802-1869), Marschall, seit 1867 französischer Kriegsminister, Reorganisator der französischen Armee.

28 Zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs vgl. Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970 sowie ders., Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987.

29 Am 16.3.1866 zum österreichischen Gesandten in Berlin, Alois Graf von Károlyi. Vgl. Robert von Roosbroeck, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866, S. 11-76, hier S. 70.

30 Möglicherweise Anspielung auf den bestochenen sächsischen Kanzlisten Friedrich Wilhelm Mentzel, der Friedrich II., dem Großen seit 1753 Abschriften der diplomatischen Berichte aus Wien und St. Petersburg verschaffte. In Frage kommen ferner Maximilian von Weingarten, Sekretär des österreichischen Gesandten de

Jede Verletzung des Zweimächtestandards solange[31] hätte für Deutschland der Anlaß zum Präventivkrieg sein müssen. Denn (wäre) was wäre wohl leichter vor der Geschichte zu verantworten, ein Präventivkrieg, der im Jahre 1904, als Rußland in Ostasien gefesselt schien[32], Frankreich niedergeworfen hätte, oder der infolge dieser Unterlassung entstandene Weltkrieg, der ein Vielfaches an Blut erforderte und unser Volk in die tiefste Niederlage stieß?

England hat solche Bedenken nie gehabt. Sein Zweimächtestandard zur See schien die Voraussetzung der Erhaltung der englischen Unabhängigkeit. Solange es die Kraft hatte, ließ es an diesem Zustande keine Änderung vornehmen. Wenn aber seit dem Weltkrieg dieser Zweimächtestandard aufgegeben wurde, dann nur unter dem Drucke von Verhältnissen, die stärker waren als jede entgegengesetzte englische Absicht. In der amerikanischen Union ist ein neuer Machtfaktor entstanden von Ausmaßen, der die gesamten bisherigen Kraft- und Rangordnungen der Staaten über den Haufen zu werfen droht.

Jedenfalls aber war die englische Flotte bisher immer noch der schlagendste Beweis dafür, daß ganz gleich, wie die Form der Organisation des Landheeres aussah, der Wille zur Erhaltung Englands ausschlaggebend bestimmte [*sic!*]. Daher aber hat das englische Söldnerheer nie die üblen Eigenschaften anderer Söldnertruppen bekommen. Es war ein Kampf- und Streithaufe von wundervoller Einzelausbildung bei ausgezeichneter Ausrüstung und sportlich empfundener Dienstauffassung. Was dabei diesem kleinen Heereskörper eine besondere Bedeutung verlieh, war die unmittelbare Berührung mit den sichtbaren Lebensäußerungen des britischen Weltreiches. Dieses Söldnerheer hat ebensosehr für Englands Größe gefochten in fast allen Teilen der Welt, als es dabei auch Englands Größe kennenlernte. Die Männer, die bald in Südafrika, bald in Ägypten und bald in Indien Englands Interessen vertraten als Inhaber seiner Waffengeltung, bekamen dadurch aber auch unauslöschliche Eindrücke von der ungeheueren Größe des britischen Imperiums.

Diese Möglichkeit fehlt der heutigen deutschen Söldnertruppe vollständig. Ja, je mehr man unter dem Eindruck pazifistisch-demokratischer, in Wirklichkeit volks- und landesverräterischer Parlamentsmajoritäten sich bemüßigt sieht, diesem Geist in der kleinen Armee selbst Konzessionen zu machen, hört sie immer mehr auch auf, ein Instrument des Krieges zu sein, um statt dessen zu einer Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, d. h. aber in Wirklichkeit der friedlichen Unterwerfung zu werden[33]. Man kann keine Armee ausbilden von hohem Eigenwert, wenn das Ziel ihrer Existenz nicht die Vorbereitung zum Kriege ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges. Je mehr man endlich in Deutschland die Reichswehr aus der Tradition des alten Heeres zu heben versucht[34], um so mehr wird sie selber traditionslos. Denn der Traditions-

---

la Puebla, oder der preußische Gesandte im Haag, Heller; ein Bericht Hellers, der wiederum auf einem Bericht des holländischen Gesandten in St. Petersburg basierte, war für Friedrich ausschlaggebend, 1756 den später als Siebenjährigen Krieg bezeichneten Präventivkrieg gegen die antipreußische Koalition zu eröffnen.

31 Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist "zu Lande" (siehe oben S. 68 die gleiche Formulierung sowie in Bd. III/3, Dok. 68).

32 Durch den Russisch-Japanischen Krieg 1904/05. Vgl. Kap. VII, Anm. 47.

33 Vgl. Anm. 17. Zu Kriegsbild und operativer Planung der Reichswehrführung vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 188 ff.

34 Im Selbstbewußtsein der Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1921 regelte General Hans von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die

wert einer Truppe liegt nicht in ein paar gelungenen Überwindungen innerer Streikrevolten oder in der Verhinderung von Lebensmittelplünderungen, sondern im Ruhm errungener siegreicher Schlachten. Die deutsche Reichswehr entfernt sich aber in Wirklichkeit von der Tradition dieses Ruhmes in eben dem Maße von Jahr zu Jahr mehr, als sie aufhört, eine Repräsentantin des nationalen Gedankens zu sein[35]. Je mehr sie endlich in ihren eigenen Reihen den bewußt nationalen, also nationalistischen Geist tötet und dessen Repräsentanten entfernt[36], um statt dessen Demokraten und überhaupt gewöhnlichen Strebern Posten zu geben, um so mehr wird sie volksfremd. Denn die schlauen Herren mögen sich ja nicht einbilden, daß sie durch Konzessionen an den pazifistisch-demokratischen Teil unseres Volkes den Anschluß an das Volk finden. Diesem Teil des deutschen Volkes nämlich ist jede militärische Organisation an sich innerlich verhaßt, solange sie eben Militär ist und nicht Wach- und Schließgesellschaft international-pazifistischer Börseninteressen. Der einzige Teil, zu dem eine Armee in militärisch wertvollem Sinn eine innere Beziehung haben kann, ist jener national bewußte Kern unseres Volkes, der nicht nur aus Tradition soldatisch denkt, sondern der auch aus nationaler Liebe als einziger bereit ist, den grauen Rock zum Schutz von Ehre und Freiheit anzuziehen. Es ist aber notwendig, daß ein Heereskörper die inneren Beziehungen zu denen aufrechterhält, aus denen er sich in der Stunde der Not ergänzen kann und nicht zu denen, die ihn bei jeder Gelegenheit verraten. Daher können die heutigen Führer unserer sogenannten Reichswehr noch so demokratisch tun, so werden sie dennoch niemals dadurch in nähere Verbindung zum deutschen Volk gelangen können, weil das deutsche Volk, das dafür geeignet ist, sich nicht im Lager der Demokratie befindet. Indem aber besonders der frühere Chef der deutschen Reichswehr, General von Seeckt[37] der Entfernung knorriger, bewußt nationalgesinnter Offiziere und Führer nicht nur keinen Widerstand entgegensetzte, sondern sogar noch (selbst) befürwortete, haben sie sich endlich selbst das Instrument geschaffen, das ihn dann verhältnismäßig leichten Herzens fahren ließ.

Seit dem Rücktritt des Generals von Seeckt[38] aber ist der demokratisch-pazifistische Einfluß unermüdlich tätig, um aus der deutschen Reichswehr zu machen, was den Regenten dieses heutigen Staates als schönstes Ideal vorschwebt: eine republikanisch-demokratische Parlamentswache.

Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, hier S. 229 f.

35 Vermutlich Anspielung auf die von Seeckt bewußt geförderte unpolitische Haltung der Reichswehr.

36 Anspielung auf jene Offiziere und Soldaten, die wegen ihrer Beteiligung am Kapp-Putsch 1920 und am Hitler-Putsch 1923 aus der Reichswehr entlassen worden waren. Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 104 ff., 203 ff.

37 Hans von Seeckt (1866-1936), 1886 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs der 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung als Generaloberst, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang-Kai-scheks.

38 Seeckt hatte Anfang September 1926 die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 501 ff.

Mit einem solchen Instrument aber kann man selbstverständlich nicht Außenpolitik betreiben.

Daher wäre es heute zunächst Aufgabe der deutschen Innenpolitik, dem deutschen Volk wieder eine zweckmäßige militärische Organisation seiner nationalen Kraft zu geben. Da aber die Formen der heutigen Reichswehr diesem Zwecke nie genügen können und umgekehrt durch außenpolitische Momente bestimmt sind, ist es Aufgabe der deutschen Außenpolitik, alle Möglichkeiten herbeizuführen, die die Wiederorganisation eines deutschen Volksheeres gestatten könnten. Denn das muß das unverrückbare Ziel jeder politischen Leitung in Deutschland sein, daß das Söldnerheer eines Tages wieder von einem wahrhaften deutschen Volksheer abgelöst wird[39].

Denn so schlecht in der Zukunft die allgemeinen Qualitäten der deutschen Reichswehr sich entwickeln müssen, so hervorragend sind die rein technisch-militärischen der Gegenwart. Dies ist ohne Zweifel das Verdienst des Generals von Seeckt und des Offizierskorps der Reichswehr überhaupt. Damit könnte die deutsche Reichswehr wirklich das Rahmenheer sein für das kommende deutsche Volksheer. Wie denn überhaupt die Aufgabe der Reichswehr selbst sein müßte, unter erzieherischer Betonung der nationalen Kampfaufgabe die Masse der (späteren) Offiziere und Sergeanten für das spätere Volksheer auszubilden.

Daß dieses Ziel als ein unverrückbares im Auge gehalten werden muß, wird kein wahrer nationaldenkender Deutscher bestreiten können. Ebensowenig aber auch, daß seine Durchführung nur möglich wird, wenn die außenpolitische Leitung der Nation die allgemein notwendigen Voraussetzungen sichert[40].

Damit ist zunächst die erste Aufgabe der deutschen Außenpolitik die Schaffung von Verhältnissen, die die Wiedererstehung eines deutschen Heeres ermöglichen. Denn erst dann werden die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes ihre praktische Vertretung finden können.

Grundsätzlich ist aber weiter zu bemerken, daß die politischen Aktionen, die die Wiederentstehung eines deutschen Heeres gewährleisten sollen, im Rahmen der an sich für Deutschland notwendigen Zukunftsentwicklung liegen müssen.

Es braucht dabei nicht betont zu werden, daß eine Änderung der derzeitigen Heeresorganisation, ganz abgesehen von der derzeitigen innerpolitischen Lage, auch aus außenpolitischen Gründen so lange nicht stattfinden könne, solange für eine solche Änderung allein deutsche Interessen und deutsche Gesichtspunkte sprechen.

Es lag im Wesen des Weltkrieges und in der Absicht der Hauptgegner Deutschlands, die Liquidation dieser größten Kampfhandlung der Erde so durchzuführen, daß an ihrer Verewigung möglichst viel Staaten interessiert sind. Erreicht wurde dies, indem durch ein System von Landverteilungen selbst Staaten mit sonst sehr auseinandergehenden Wünschen und Zielen durch die Angst, bei einem Wiedererstarken Deutschlands jeweils Verluste erleiden zu können, als geschlossene Gegnerschaft zusammengehalten werden. Denn wenn es in 10 Jahren nach Beendigung des Weltkrieges[41] immer noch möglich ist entgegen allen bisherigen Erfah-

39 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

40 Ende des in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" gedruckten Auszugs. Vgl. Anm. 13.

41 Ein weiterer Beleg dafür, daß der vorliegende Text 1928 enstanden ist.

rungen der Weltgeschichte, eine Art Koalition der Siegerstaaten aufrechtzuerhalten, dann liegt der Grund nur in der für Deutschland wahrhaft ruhmvollen Tatsache der Rückerinnerung an jenen Kampf, in dem unser Vaterland insgesamt 26 Staaten die Stirne geboten hat[42].

Dies wird so lange auch bleiben, solange die Angst, durch ein wiederentstehendes deutsches Machtreich Verluste zu erleiden, größer ist als die Schwierigkeiten dieser Staaten untereinander. Und es ist weiter selbstverständlich, daß solange auch nirgends ein Wille vorhanden ist, dem deutschen Volk eine Waffenrüstung zu genehmigen, die von diesen "Siegerstaaten" dann als Bedrohung aufgefaßt werden könnte. Aus der Erkenntnis aber, daß erstens eine wirkliche Vertretung deutscher Lebensinteressen in der Zukunft nicht durch eine ungenügende deutsche Reichswehr, sondern nur durch ein deutsches Volksheer stattfinden kann, daß zweitens die Bildung eines deutschen Volksheeres so lange unmöglich ist, solange nicht die derzeitige außenpolitische Abwürgung Deutschlands nachläßt, daß aber drittens eine Änderung der außenpolitischen Widerstände gegen die Organisation eines Volksheeres erst dann möglich erscheint, wenn in einer solchen Neubildung nicht allgemein eine Bedrohung empfunden wird, ergibt sich für die zur Zeit mögliche deutsche Außenpolitik folgende Tatsache:

Das heutige Deutschland darf seine außenpolitische Aufgabe unter keinen Umständen in einer formalen Grenzpolitik sehen. Sowie als außenpolitische Zielsetzung der Grundsatz aufgestellt wird: Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914, wird Deutschland einer geschlossenen Phalanx seiner ehemaligen Feinde gegenüberstehen[43]. Damit ist dann aber jede Möglichkeit, der durch den Friedensvertrag bestimmten Form unseres Heeres eine andere, unseren Interessen mehr dienende entgegenzustellen [*ausgeschlossen*]. Damit aber ist die außenpolitische Parole: Wiederherstellung der Grenzen eine reine Phrase geworden, weil sie mangels der hiezu notwendigen Macht nie realisiert werden kann.

Es ist charakteristisch, daß gerade das sogenannte deutsche Bürgertum, und zwar hier wieder an der Spitze die vaterländischen Verbände[44], [*sich*] zu dieser allerdümmsten außenpolitischen Zielsetzung aufgeschwungen haben. Sie wissen, daß Deutschland machtlos ist. Sie wissen weiter, daß, ganz abgesehen von unserem inneren Verfall, zur Wiederherstellung unserer Grenzen militärische Machtmittel notwendig wären, sie wissen weiter, daß wir durch die Friedensverträge diese Mittel nicht besitzen und daß wir infolge der geschlossenen Front unserer Gegner sie auch nicht erhalten können, (sie wissen weiter, daß wir die Grenzen von 1914) aber sie stellen trotzdem eine außenpolitische Parole auf, die gerade durch ihr innerstes Wesen uns die Möglichkeit für immer nimmt, zu jenen Machtmitteln zu kommen, die zu ihrer Durchführung notwendig wären.

---

42 Vgl. Anm. 8.

43 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 312.

44 Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags eine zentrale Forderung nahezu aller Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 535 f. Der Stahlhelm vertrat seit 1927 ähnliche Forderungen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 103 ff.

So etwas heißt dann bürgerliche Staatskunst und zeigt dann allerdings an den Früchten, die wir vor uns sehen, den unvergleichlichen Geist, der sie beherrscht.

Sieben Jahre haben von 1806 auf 1813 dem damaligen Preußen genügt zur Wiedererhebung [45]. (Und in 10 Jahren) In derselben Zeit hat die bürgerliche Staatskunst im Verein mit dem Marxismus Deutschland bis zu Locarno [46] geführt. Was dann in den Augen des bürgerlichen Bismarcks der heutigen Zeit, Herrn Stresemann, ein großer Erfolg ist, weil er das Mögliche darstellt[47], was eben besagter Herr Stresemann erreichen konnte. Und Politik ist eine Kunst des Möglichen. Wenn Bismarck jemals geahnt hätte, daß er vom Schicksal dazu verdammt ist, mit diesem Ausspruch die staatsmännischen Qualitäten des Herrn Stresemann zu bestätigen, dann würde er diesen Ausspruch entweder sicher unterlassen haben oder Herrn Stresemann in einer ganz kleinen Bemerkung ausgeschlossen haben von dem Recht, sich darauf zu berufen[48].

Die Parole der Wiederherstellung der deutschen Grenzen als außenpolitische Zielsetzung für die Zukunft ist dabei doppelt dumm und gefährlich, weil sie in Wirklichkeit überhaupt kein irgendwie nützliches und erstrebenswertes Ziel umschließt.

Die deutschen Grenzen des Jahres 1914 waren Grenzen, die genauso etwas Unfertiges darstellten, als sie die Grenzen der Völker zu allen Zeiten sind. Die Raumverteilung der Erde ist in jeder Zeit das augenblickliche Ergebnis eines Ringens und Werdens, das damit keineswegs abgeschlossen ist, sondern selbstverständlich weiter fortgeht[49]. Die Grenze irgendeines Stichjahres aus der Geschichte eines Volkes zu nehmen und kurzerhand als politisches Ziel überhaupt hinzustellen, ist dumm. Ebensogut wie man nämlich dann die Grenze des Jahres 1914 aufzustellen vermag, könnte man die des Jahres 1648 nehmen oder die von 1312 usw. usw. Dies um so mehr, als ja die Grenze des Jahres 1914 weder national-, noch militär-, noch raumpolitisch irgendwie befriedigend war. Sie war nur der damals augenblickliche Zustand im Lebenskampf unseres Volkes, der seit Jahrtausenden sich abrollt [*sic!*], und auch wenn der Weltkrieg nicht gekommen wäre, im Jahre 1914 nicht seine Beendigung besessen hätte.

Würde das deutsche Volk die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 tatsächlich erreichen, so wären nichtsdestoweniger die Opfer des Weltkrieges umsonst gewesen. Aber

---

45 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

46 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sogenannte Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

47 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

48 Stresemann rechtfertigte seine Politik wiederholt mit dem Vorbild Bismarcks, nicht zuletzt um seine Kritiker von rechts zu widerlegen, z. B. in der Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover am 30.3.1924: "Aber gerade weil wir uns bekennen zum Bismarckschen Gedanken der Realpolitik, müssen wir verlangen, daß auch die anderen, die sich zu Bismarck bekennen wollen, Realpolitik treiben und nicht in eine Politik der Illusion hineintreiben." Druck: Stresemann. Reden und Schriften, Politik-Geschichte-Literatur 1897-1926, Bd. 2, Dresden 1926, S. 164-193, hier S. 167.

49 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 310 f.

auch die Zukunft unseres Volkes würde nicht im geringsten gewinnen durch eine solche Wiederherstellung. Diese rein formale Grenzpolitik unseres nationalen Bürgertums ist ebenso unbefriedigend im möglichen Endresultat als unerträglich gefährlich. Sie darf auf sich auch ja nicht den (Anspruch) Ausspruch (beziehen) von der Kunst des Möglichen beziehen, denn sie ist überhaupt nur eine theoretische Phrase, die aber geeignet erscheint, jede praktische Möglichkeit zu vernichten.

Tatsächlich kann auch einer wirklich kritischen Prüfung eine solche außenpolitische Zielsetzung nicht standhalten. Sie wird deshalb auch weniger mit logischen Gründen zu motivieren gesucht, als vielmehr mit Gründen der "nationalen Ehre".

Die nationale Ehre erfordert es, daß wir die Grenzen des Jahres 1914 wiederherstellen. Das ist so der Tenor der Ausführungen an den Bierabenden, die die Repräsentanten der nationalen Ehre allenthalben veranstalten.

Die nationale Ehre hat zunächst gar nichts zu tun mit einer Verpflichtung, eine dumme und unmögliche Außenpolitik zu betreiben. Denn das Resultat einer schlechten Außenpolitik kann der Verlust der Freiheit eines Volkes sein, dessen Folge dann die Versklavung ist, die bestimmt nicht als Zustand nationaler Ehre aufgefaßt werden kann. Freilich kann man selbst in der Unterdrückung noch einen gewissen Grad nationaler Würde und Ehre bewahren, allein dies ist dann nicht eine Frage des Geschreis oder nationaler Phrasen usw., sondern im Gegenteil der Ausdruck, der im Anstand eines Volkes zu finden ist, mit dem dieses sein Schicksal trägt.

Man rede vor allem im heutigen Deutschland nicht von nationaler Ehre und man versuche nicht, den Eindruck zu schinden, als ob man durch irgendein phrasenhaftes Gebell nach außen die nationale Ehre (wieder) bewahren könnte. Nein, das kann man nicht, und zwar deshalb, weil sie gar nicht mehr da ist. Und sie ist keineswegs deshalb nicht mehr da, weil wir den Krieg verloren haben oder weil die Franzosen Elsaß-Lothringen besetzten[50], die Polen Oberschlesien raubten[51] oder die Italiener Südtirol nahmen[52]. Nein, die nationale Ehre ist nicht mehr da, weil das deutsche Volk in der schwersten Zeit seines Lebenskampfes eine Gesinnungslosigkeit, eine schamlose Unterwürfigkeit, eine hündisch kriecherische Schweifwedelei an den Tag legte, die nur schamlos genannt werden kann. Weil wir uns jämmerlich unterworfen haben, ohne dazu gezwungen zu sein, ja weil die Leitung dieses Volkes entgegen der ewigen geschichtlichen Wahrheit und dem eigenen Wissen sich selbst der Kriegsschuld zieh[53], ja,

50 Artikel 51 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 machte die Abtretung Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich im Frankfurter Friedensvertrag vom 10.5.1871 mit Wirkung vom 11.11.1918 rückgängig. Druck: RGBl. 1919, S. 803 ff.

51 Bezieht sich auf die nach der Volksabstimmung durch den Genfer Schiedsspruch 1922 an Polen gefallenen Kreise des ostoberschlesischen Industriereviers. Druck des in Genf am 15.5.1922 geschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien: RGBl. 1922, II, S. 237 ff.

52 Artikel 27 des Friedensvertrags von Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919 legte die Grenzen der Republik Österreich so fest, daß die Teile Tirols südlich des Brenner an Italien fielen. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106, hier S. 100. Druck: Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. VI. Bd.: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250-385, hier 261 f.

53 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und asso-

unser ganzes Volk damit belastete, weil es keine Unterdrückung der Gegner gab, die im Inneren unseres Volkes nicht Tausende von Kreaturen an willfährigen Helfern gefunden hätte. Weil man umgekehrt die Zeit der größten Taten unseres Volkes schamlos beschimpfte, die ruhmvollste Flagge aller Zeiten bespie, ja mit Dreck besudelte, heimkehrenden Soldaten, vor denen eine Welt gezittert hat, die ruhmvollen Kokarden herunterriß, die Fahne mit Kotballen bewarf, Orden und Ehrenzeichen abriß und die Erinnerung selbst an Deutschlands größte Zeit tausendfältig entwürdigte[54]. Kein Gegner hat die deutsche Armee so beschimpft, wie sie die Repräsentanten der Novembergaunerei besudelten. Kein Feind hat die Größe deutscher Heerführer so bestritten, wie sie von den lumpenhaften Vertretern der neuen Staatsidee verleumdet wurden. Und was war wohl entehrender für unser Volk, die Besetzung deutscher Gebiete durch Feinde oder die Feigheit, mit der unser Bürgertum das Deutsche Reich einer Organisation von Zuhältern, Straßendieben, Deserteuren, Schiebern und Journaillen auslieferte? Die Herren mögen jetzt nicht von deutscher Ehre schwätzen, solange sie sich unter die Herrschaft der Unehre beugen. Man hat kein Recht im Namen der nationalen Ehre Außenpolitik machen zu wollen, wenn die Innenpolitik die antinationalste Schamlosigkeit ist, die je ein großes Volk betroffen hat.

Wer heute im Namen der deutschen Ehre handeln will, der hat zunächst den unbarmherzigsten Kampf anzusagen den infernalischen Besudlern der deutschen Ehre. Das sind aber nicht die Gegner von einst, sondern das sind die Repräsentanten des Novemberverbrechens. Jene Sammlung [*von*] marxistischen, demokratisch-pazifistischen und zentrümlerischen Landesverrätern, die unser Volk in den Zustand seiner heutigen Ohnmacht hineingestoßen haben.

Gegen die Feinde von einst im Namen der nationalen Ehre schimpfen und die ehrlosen Verbündeten dieser Feinde im eigenen Innern als Herren anerkennen, das entspricht der nationalen Würde dieses heutigen sogenannten nationalen Bürgertums.

Ich gestehe freimütigst, daß ich mich mit jedem der damaligen Gegner versöhnen könnte, aber daß mein Haß gegen die Verräter unseres Volkes in den eigenen Reihen ein unversöhnlicher ist und bleibt.

Was die Feinde uns antaten, ist schwer und tief beschämend für uns, was aber die Männer des Novemberverbrechens gesündigt haben, ist das ehrloseste, niederträchtigste Verbrechen aller Zeiten. Indem ich mich bemühe, einen Zustand herbeizuführen, der diese Kreaturen dereinst zur Verantwortung ziehen wird, helfe ich mit an der Reparation der deutschen Ehre.

Ich muß es aber ablehnen, daß für die Einrichtung der deutschen Außenpolitik andere Gründe maßgebend sein könnten als die Verantwortlichkeit, unserem Volke die Freiheit und die Zukunft des Lebens zu sichern.

---

ziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

54 Die Abschaffung aller militärischer Rangabzeichen, Orden und sonstiger militärischer Auszeichnungen war 1918 eine Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte. Vgl. z. B. Beschluß des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über die Kommandogewalt vom 18.12.1918. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 511.

Die ganze Sinnlosigkeit der vaterländisch-bürgerlich nationalen Grenzpolitik ergibt sich aber aus folgender Betrachtung:

Die deutsche Nation zählt, wenn man das Bekenntnis zur deutschen Muttersprache zugrunde legt, ... [55] Millionen Menschen.

Davon befinden sich im Mutterland ... [55] Millionen.

In dem [56]

55 Auslassungen in der Vorlage.
Ende 1925 wurden in allen Staaten der Erde 94.428.430 Deutsche gezählt; davon entfielen auf das Deutsche Reich 62.500.000 Menschen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

56 Dieses sind die letzten Worte auf Seite 124 der Vorlage - über die Hälfte des Blatts ist unbeschrieben. Wahrscheinlich hat Hitler das Diktat nach einer kurzen Unterbrechung fortgesetzt und dann diese letzten Zeilen durch die ersten Worte auf Seite 125 der Vorlage (hier der folgende Abschnitt) ersetzt.

[*KAPITEL IX*]

[*WEDER GRENZPOLITIK NOCH WIRTSCHAFTSPOLITIK NOCH PANEUROPA*]

Mithin befinden sich innerhalb des derzeitigen Reichsgebietes von allen Deutschen der Welt nur ... [1] Millionen, das sind ... [1] Prozent der Gesamtzahl unseres Volkes überhaupt.
Von den nicht mit dem Mutterland vereinten Deutschen müssen als infolge der Verhältnisse dem langsamen Verlust geweihte Volksgenossen angesehen werden die ....[2] d. h., eine Gesamtzahl von schätzungsweise ... [3] Millionen Deutschen befindet sich in einer Situation, die nach menschlicher Wahrscheinlichkeit eines Tages ihre Entdeutschung bedingen wird. Auf keinen Fall werden sie aber am Schicksalskampf des Mutterlandes in irgendeiner maßgeblichen Form weiter teilzunehmen vermögen, ebensowenig aber auch an der kulturellen Entwicklung ihres Volkes. Was immer auch im einzelnen das Deutschtum in Nordamerika leistet, es wird nicht dem deutschen Volke an sich zugute gerechnet, sondern verfällt der Kulturmasse der amerikanischen Union. Hier sind die Deutschen überall wirklich nur der Kulturdünger für andere Völker. Ja, in Wirklichkeit ist die Größe dieser Völker nicht selten zu einem hohen Prozentsatz den deutschen Beitragsleistungen überhaupt zu[*zuschreiben*]. Sowie man sich die Größe dieser feststehenden Volksverluste vor Augen hält, wird man die geringe Bedeutung der von der bürgerlichen Welt protegierten Grenzpolitik sofort ermessen können.

Würde eine deutsche Außenpolitik selbst die Grenzen des Jahres 1914 wiederherstellen, so wäre der Prozentsatz der innerhalb des Reichsgebietes lebenden Deutschen, also Angehörigen unserer Nation, trotzdem erst von ... [4] Prozent auf ... [4] Prozent gestiegen. Dabei käme eine Möglichkeit, diesen Prozentsatz wesentlich zu vergrößern, kaum mehr in Frage.

Wenn das Deutschtum im Auslande trotzdem der Nation treu bleiben will, dann kann es sich zunächst nur um eine sprachliche und kulturelle Treue handeln, die sich um so mehr zu einem bewußt demonstrierten Zusammengehörigkeitsgefühl steigern wird, je mehr das Mutterland der deutschen Nation in der Würde seiner Repräsentanz unseres Volkes dem deutschen Namen Ehre macht.

Je mehr also Deutschland selbst als Reich der Welt einen Eindruck von der Größe des deutschen Volkes vermittelt, um so mehr wird das staatlich endgültig verlorene Deutschtum Anreiz

---

1 Auslassungen in der Vorlage.
Vgl. Kap. VIII, Anm. 55. Auf der Grundlage der hier genannten Zahlen hätten 66,19% der genannten 94.428.430 Deutschen im Deutschen Reich gelebt.

2 In der Vorlage wurden an dieser Stelle zehn Zeilen freigelassen.

3 Hier gedachte Hitler wohl die Zahl der Deutschen in einigen außereuropäischen Ländern anzugeben, z. B. Kanada, den Vereinigten Staaten, Australien und möglicherweise Südamerika. Nur so sind die folgenden Gedankengänge verständlich.

4 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Bei einer Gesamtzahl von zusammen 94.428.430 Deutschen wäre bei einer Angliederung dieser Gebiete der Prozentsatz der im Deutschen Reich lebenden Deutschen von 66,19% auf 69,15% gestiegen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24 sowie Kap. VIII, Anm. 55.

erhalten, sich wenigstens geistig der Zugehörigkeit zu diesem Volke zu rühmen. Je erbärmlicher demgegenüber das Mutterland selbst die Interessen der deutschen Nation wahrnimmt und demgemäß nach außen hin einen schlechten Eindruck vermittelt[5], um so schwächer wird auch die innere Veranlassung empfunden werden, zu einem solchen Volke zu gehören.

Da das deutsche Volk aber nicht aus Juden besteht, wird [*das Deutschtum* ?] besonders in angelsächsischen Ländern leider trotzdem immer mehr veranglisieren und vermutlich auch geistig und ideenmäßig unserem Volke ebenso verlorengehen wie seine praktische Arbeitsleistung unserem Volke bereits verlorengegangen ist.

Soweit es sich aber um das Schicksal derjenigen Deutschen handelt, die durch die Ereignisse des Weltkrieges und der Friedensverträge von dem deutschen Volkskörper abgesprengt wurden, so muß gesagt werden, daß deren Schicksal und deren Zukunft eine Frage der politischen Wiedergewinnung der Macht des Mutterlandes ist.

Verlorene Gebiete werden nicht durch Protestaktionen zurückgeholt, sondern durch ein siegreiches Schwert. Und wer also heute im Namen der nationalen Ehre die Befreiung irgendeines Gebietes wünscht, muß damit aber auch bereit sein, mit Eisen und Blut[6] für diese Befreiung einzustehen, ansonsten mag solch ein Schwätzer seinen Mund halten. Damit ergibt sich dann allerdings die Pflicht, auch abzuwägen, erstens, ob man überhaupt die Macht besitzt, einen solchen Kampf durchzuführen, und zweitens, ob der Bluteinsatz zu dem gewünschten Erfolg führt und führen kann, und drittens, ob der erreichte Erfolg dann dem Bluteinsatz entspricht.

Ich protestiere feierlichst dagegen, daß es eine Verpflichtung der nationalen Ehre geben könnte, daß man zwei Millionen Männer auf dem Schlachtfeld verbluten zu lassen gezwungen ist, um als günstigstes Resultat dann eine Viertelmillion Männer, Weiber und Kinder zusammengezählt buchen zu können[7]. Das ist nicht nationale Ehre, die hier in Erscheinung tritt, sondern Gewissenlosigkeit oder Wahnsinn. Es ist aber für ein Volk keine nationale Ehre, von Wahnsinnigen regiert zu werden.

Gewiß wird ein Volk von Größe auch seinen letzten Staatsbürger mit dem Einsatz der Gesamtheit beschirmen. Allein, es ist ein Irrtum, dies einem Gefühl, einer Ehre zuzurechnen, sondern zunächst einer Einsicht der Klugheit und der menschlichen Erfahrung. Sowie ein Volk dulden würde, daß einzelnen seiner Bürger ein Unrecht zugefügt wird, würde es langsam die eigene Position mehr und mehr schwächen, da eine solche Duldung ebensosehr zur inneren Stärkung eines angriffsgewillten Gegners dienen würde als zur Zermürbung des Vertrauens in die Kraft des eigenen Staates. Man kennt in der Geschichte die Folgen einer dauernden Nachgiebigkeit im Kleinen viel zu genau, um nicht die notwendigen Folgen im Großen beurteilen zu können. Es wird deshalb eine besorgte Staatsleitung schon im Kleinsten die Interessen ihrer Bürger um so lieber wahrnehmen, als das Risiko des eigenen Einsatzes damit in eben

5 In der Weimarer Republik gab es eine große Zahl von privaten sowie staatlichen Organisationen, deren Ziel die kulturelle, politische und wirtschaftliche Unterstützung der Deutschen im Ausland war. Ihre Arbeit wurde im wesentlichen durch das Auswärtige Amt koordiniert und finanziell gefördert. Vgl. John Hiden, The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 273-289.

6 Vgl. Kap. VII, Anm. 3.

7 Anspielung auf Südtirol, wo nach der Volkszählung von 1921 195.650 Deutschsprachige lebten. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 19.

dem Maße sinkt, in dem das des Gegners steigt. Wenn heute dem einzelnen Angehörigen Englands in irgendeinem Staate ein Unrecht zugefügt wird und England den Schutz seines Bürgers übernimmt, so ist die Gefahr, wegen diesem einzelnen Engländer in einen Krieg verwickelt zu werden, für England nicht größer als für den anderen Staat, der das Unrecht zufügt. Daher ist das feste Auftreten eines an sich geachteten Staatswesens zum Schutze selbst einer einzelnen Person durchaus kein unerträgliches Risiko, da ja der andere Staat ebenfalls wenig Interesse besitzen wird, es wegen der Lappalie, die einer einzigen Person vielleicht zugefügt wurde, zu einem Kriege kommen zu lassen. Aus dieser Erkenntnis und der 1.000jährigen Anwendung dieses Grundsatzes, daß nämlich ein mächtiger Staat jeden einzelnen seiner Bürger in Schutz nimmt und mit der gesamten Macht verteidigt, hat sich ein allgemeiner Begriff von Ehrauffassung gebildet.

Es hat sich weiter, ermöglicht durch das Wesen der europäischen Hegemonie, im Laufe der Zeit eine gewisse Praxis herausgebildet, diese Ehrauffassung an (wenig) mehr oder weniger billigen Beispielen zu demonstrieren, um der Achtung der einzelnen europäischen Staaten auf diese Weise einen Zuwachs oder zumindest eine Stetigkeit zu verleihen. Sowie einem Franzosen oder Engländer in gewissen schwachen und militärisch wenig mächtigen Ländern ein oft auch nur vermeintliches Unrecht oder oft auch vorgetäuschtes zugefügt wurde, begann [*man*] dann, den Schutz dieser Untertanen mit Waffengewalt zu übernehmen. D. h., ein paar Kriegsschiffe veranstalteten eine militärische Demonstration, die im schlimmsten Falle ein Übungsschießen mit scharfer Munition war, oder man landete irgendein Expeditionskorps, mit dem man dann die zu bestrafende Macht züchtigte. Nicht selten war dabei der Wunsch, auf diese Weise überhaupt Anlaß zum Einschreiten zu bekommen, der Vater des Gedankens.

Es würde den Engländern wahrscheinlich nie einfallen, wegen einer Lappalie, die sie an Liberia blutig rächen, mit Nordamerika auch nur eine Note auszutauschen.

So sehr man also aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen heraus in einem starken Staat den Schutz der einzelnen Bürger mit allen Mitteln übernehmen wird, sowenig kann einem vollkommen wehrlos gemachten, ohnmächtigen Reich zugemutet werden, aus Gründen der nationalen Ehre außenpolitische Schritte zu übernehmen, die zur Vernichtung der letzten Zukunftsaussichten überhaupt führen müssen. Denn wenn das deutsche Volk seine heutige, in sogenannten nationalen Kreisen vertretene Grenzpolitik mit der Notwendigkeit der Vertretung der deutschen Ehre begründet, dann wird das Ergebnis eben nicht die Reparation der deutschen Ehre, sondern die Verewigung der deutschen Unehre sein. Es ist nämlich durchaus nicht ehrlos, Gebiete verloren zu haben, aber ehrlos, eine Politik zu betreiben, die zwangsläufig zur vollkommenen Versklavung des eigenen Volkes führen muß. Und dies alles nur, um ganz üblen Phrasen freien Lauf zu lassen und Taten vermeiden zu können. Denn es handelt sich dabei eben nur um Phrasen. Wollte man nämlich wirklich eine Politik der nationalen Ehre sich zum Ziele setzen, dann müßte man doch zumindest diese Politik Personen anvertrauen, die nach allgemeinen Ehrbegriffen geschätzt werden könnten. Solange aber des Deutschen Reiches Innen- und Außenpolitik durch Kräfte besorgt wird, die im deutschen Reichstag mit zynischem Grinsen erklären, daß es für sie kein Vaterland gibt, das Deutschland heißt[8], solange ist es zu-

8 Der Vorsitzende der USPD, Artur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne ..." Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

nächst Aufgabe dieser nationalen bürgerlichen und vaterländischen Phrasenhelden, durch ihre Innenpolitik dem Gedanken der nationalen Ehre in Deutschland erst die allereinfachste Geltung zu verschaffen. Warum tun sie denn das aber nicht, ja warum gehen sie im Gegenteil auf Kosten dieser sogenannten nationalen Ehre mit erklärten Landesverrätern in Koalitionen? Weil im anderen Fall ein schwerer Kampf nötig sein würde, auf dessen Ausgang sie wenig Vertrauen setzen, ja der vielleicht sogar zur Vernichtung ihrer Existenz führen könnte. Diese eigene Privatexistenz allerdings, die ist ihnen dann heiliger als die Verteidigung der nationalen Ehre im Inneren. Die Zukunftsexistenz der ganzen Nation aber setzen sie für ein paar Phrasen gerne auf das Spiel.

Erst recht unsinnig wird die nationale Grenzpolitik, wenn man von den Bedrängnissen und auch Aufgaben der Gegenwart hinweg zu den Notwendigkeiten einer Lebensgestaltung unseres Volkes in der Zukunft sieht.

Die Grenzpolitik unserer bürgerlich-patriotisch-vaterländischen Kreise ist deshalb besonders unsinnig, weil sie wohl den größten Bluteinsatz erfordert, aber die kleinsten Zukunftsaussichten für unser Volk in sich trägt.

Das deutsche Volk ist heute weniger noch als in den Jahren des Friedens [9] in der Lage, sich selbst auf eigenem Grund und Boden zu ernähren. Alle Versuche, sei es durch Steigerung des Bodenerträgnisses an sich oder durch Kultivierung der letzten Ödstrecken, eine Erhöhung der deutschen Lebensmittelerzeugung herbeizuführen [10], vermögen nicht unser Volk aus den Mitteln des eigenen Grund und Bodens zu ernähren. Und zwar würde selbst die heute in Deutschland lebende Volksmasse aus den Erträgnissen unseres Bodens nicht mehr satt werden [11]. Jede weitere Steigerung dieser Erträgnisse käme aber nicht einer Erhöhung unserer Volkszahl zugute, sondern würde restlos aufgebraucht von der Erhöhung der allgemeinen Lebensbedürfnisse der einzelnen Menschen [12]. Hier wird ein Lebensstandard als Vorbild geschaffen in erster Linie durch die Kenntnis der Verhältnisse und des Lebens in der amerikanischen Union [13]. So wie die Lebensbedürfnisse des flachen Landes sich steigern durch langsame Kenntnisnahme und den Einfluß des Lebens der Großstädte, so steigert sich aber auch das Lebensbedürfnis ganzer Völker unter der Einwirkung des Lebens bessergestellter reicherer Nationen. Nicht selten wird von einem Volk ein Lebensstandard als ungenügend empfunden, der noch 30 Jahre vorher als Maximum erschienen wäre, einfach nur deshalb, weil man unterdes Kenntnis erhielt

9 Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch zehn Jahre nach seinem Ende weit verbreitet.

10 Zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft vgl. Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18-1945. Wissenschaftliche Redaktion Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988, S. 235 ff. Zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland vgl. Kap. VI, Anm. 19.

11 Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1927 4.326,1 Millionen RM (= 30,4% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 4.288,2 Millionen Mark (= 27,5% des reinen Warenverkehrs). Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1927 in Höhe von 440,8 Millionen RM (= 4,1% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 in Höhe von 1.465,9 Millionen Mark (= 9,2% des reinen Warenverkehrs) ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 187 sowie Kap. VI, Anm. 19.

12 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 139 f.

13 Zum Amerikabild Hitlers vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler's Image of the United States. In: The American Historical Review LXIX (1963/64), S. 1006-1021 sowie Andreas Hillgruber, Hitler und die USA 1933-1945. In: Otmar Franz (Hrsg.), Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 125-144.

vom Lebensstandard eines anderen Volkes. So wie überhaupt der Mensch selbst in seinen untersten Kreisen heute Einrichtungen für selbstverständlich ansieht, die vor 80 Jahren noch für die obersten Schichten unerhörter Luxus waren. Je mehr aber durch die moderne Technik und besonders den Verkehr der Raum überbrückt wird und die Völker sich näher rücken, je intensiver dadurch ihre gegenseitigen Beziehungen werden, um so mehr werden auch die Lebensverhältnisse aufeinander abfärben und sich gegenseitig anzugleichen versuchen. Die Meinung, man könne einem Volke von einer bestimmten Kulturfähigkeit und auch tatsächlicher kultureller Bedeutung auf die Dauer durch einen Appell an Erkenntnisse oder auch an Ideale unter einem sonst allgemein gültigen Lebensstandard halten, ist falsch. Insbesonders die breite Masse wird dafür selten ein Verständnis aufbringen. Sie fühlt die Not, schimpft entweder über die ihrer Meinung nach dafür Verantwortlichen, etwas, was zumindest in demokratischen Staaten gefährlich ist, da sie damit das Reservoir für alle umstürzlerischen Versuche darstellen [*sic!*], oder sie versucht, durch eigene Maßnahmen, dem Umfang des eigenen Wissens entsprechend der eigenen Einsicht entspringend, eine Korrektur herbeizuführen. Es setzt der Kampf gegen das Kind ein. Man will ein Leben führen wie andere auch und kann es nicht. Was ist natürlicher, als daß man den Kinderreichtum dafür verantwortlich macht, an ihm endlich nicht nur keine Freude mehr hat, sondern als lästiges Übel möglichst zu beschränken versucht.

Es ist deshalb falsch zu glauben, daß das deutsche Volk in der Zukunft die Möglichkeit einer Weitervermehrung durch Steigerung seiner inneren Bodenproduktion erhalten könnte. Was dabei herauskommt, ist im allergünstigsten Fall eine Befriedigung der gestiegenen Lebensbedürfnisse an sich. Da aber die Steigerung dieser Lebensbedürfnisse abhängig ist vom Lebensstandard anderer Völker, die jedoch in einem viel günstigeren Verhältnis der Volkszahl zum Boden stehen, werden diese auch in der Zukunft immer in der Ausstattung ihres Lebens vorangehen. Mithin wird dieser Antrieb nie erlöschen, und eines Tages wird entweder eine Distanz entstehen zwischen dem Lebensstandard dieser Völker und dem mit Grund und Boden schlecht versorgten, oder die letzteren werden gezwungen sein oder sich zumindest gezwungen glauben, ihre Zahl sogar noch zurückzudrängen.

Die Aussichten des deutschen Volkes sind trostlose. Weder der heutige Lebensraum noch der durch eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 erreichte gestatten uns, ein Leben analog dem amerikanischen Volk zu führen. Wollte man dies, dann muß entweder der Boden unseres Volkes ganz wesentlich erweitert werden, oder die deutsche Wirtschaft wird wieder Wege einschlagen müssen, die uns schon aus der Vorkriegszeit her bekannt sind. In beiden Fällen ist dann Macht notwendig. Und zwar zunächst im Sinne der Wiederherstellung der inneren Kraft unseres Volkes und dann aber in dem einer militärischen Fassung dieser Kraft.

Das nationale heutige Deutschland, das die Erfüllung der nationalen Aufgabe in seiner beschränkten Grenzpolitik sieht, kann sich darüber nicht täuschen, daß das Ernährungsproblem der Nation damit in keinerlei Weise gelöst wird. Denn selbst der höchste Erfolg dieser Politik der Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 würde nur die wirtschaftliche Lage des Jahres 1914 erneut bringen. Mit anderen Worten, die dann genau wie heute vollkommen ungelöste Ernährungsfrage unseres Volkes würde uns gebieterisch wieder in die Bahnen der Weltwirtschaft, des Weltexports hineindrängen. Tatsächlich denken auch das deutsche Bürgertum und die sogenannten nationalen Verbände mit ihm nur wirtschaftspolitisch. Produktion, Export und Import, das sind die Schlagwörter, mit denen da jongliert wird und von denen man

sich das Heil der Nation in der Zukunft verspricht. Man hofft, durch eine Steigerung der Produktion die Exportfähigkeit zu heben und dadurch den Importnotwendigkeiten Genüge leisten zu können. Man vergißt dabei nur vollständig, daß dieses ganze Problem für Deutschland, wie schon einmal betont, gar kein Problem der Steigerung der Produktion ist, sondern eine Frage der Verkaufsmöglichkeit, daß aber die Schwierigkeit des Exports durchaus nicht behoben würde durch Senkung der deutschen Gestehungskosten [14], wie wieder unsere bürgerlichen Schlauköpfe vermeinen. Denn so sehr dies an sich infolge unseres beschränkten Innenmarktes nur teilweise möglich wird, würde eine Konkurrenzfähigmachung der deutschen Exportwaren durch Senkung der Erzeugungskosten etwa infolge eines Abbaues unserer sozialen Gesetzgebung und der daraus resultierenden Pflichten und Belastungen uns nur dorthin bringen, wo wir am 4. August 1914 [15] gelandet waren. Es gehört wirklich die ganz unglaubliche bürgerlich-nationale Naivität dazu zu meinen, daß England eine ihm gefährliche deutsche Konkurrenz dulden würde oder auch nur könnte. Dabei sind das dieselben Leute, die sehr genau wissen, und es auch immer betonen, daß Deutschland im Jahre 1914 den Krieg nicht gewollt hat, sondern daß es buchstäblich hineingestoßen wurde [16]. Und daß es England gewesen ist, das aus reinem Konkurrenzneid die sonstigen Feindschaften in Europa sammelte und gegen Deutschland losließ. Heute aber bilden sich diese unverbesserlichen Wirtschaftsphantasten ein, daß, nachdem England in einem 4½jährigen ungeheuren Weltkrieg die ganze Existenz seines Weltimperiums auf das Spiel gesetzt hat und dabei Sieger blieb, jetzt eine deutsche Konkurrenz mit anderen Augen betrachten würde wie damals. Als ob diese ganze Frage überhaupt für England eine sportliche Angelegenheit wäre. Nein. England hat jahrzehntelang vor dem Kriege versucht, die bedrohliche deutsche Wirtschaftskonkurrenz, den anwachsenden deutschen Seehandel usw., mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen zu brechen. Erst als man einsehen mußte, daß dies nicht gelingen würde, und im Gegenteil Deutschland durch die Bildung seiner Kriegsflotte anzeigte, daß es entschlossen war, seinen Wirtschaftskrieg wirklich bis zur friedlichen Eroberung der Welt durchzuführen, hat England als letzte Hilfe die Gewalt angerufen. Und nun, nachdem es Sieger geblieben ist, glaubt man, könne sich das Spiel von neuem wiederholen, wobei Deutschland zu allem Überfluß heute gar nicht in der Lage ist, eben dank seiner Innen- und Außenpolitik irgendein gewichtiges Machtmoment in die Waagschale zu werfen.

Der Versuch, durch Steigerung unserer Produktion und durch Verbilligung derselben die Ernährung unseres Volkes wiederherstellen und durchhalten zu können, wird endgültig daran scheitern, daß man mangels einer Schwertgewalt die letzte Konsequenz dieses Kampfes nicht auf sich nehmen kann. Damit wird das Ende aber ein Zusammenbruch der deutschen Volksernährung und damit all dieser Hoffnungen sein. Ganz abgesehen davon, daß zu allen europäischen Staaten, die als Exportnationen um den Weltmarkt kämpfen, nun auch noch die amerikanische Union als auf vielen Gebieten schärfster Konkurrent tritt. Die Größe und der Reichtum ihres Binnenmarktes gestatten dabei Produktionsziffern und damit Produktionseinrichtungen, die das Fabrikat so sehr verbilligen, daß trotz der enormen Löhne eine Preisunterbietung

14 Veralteter Begriff für Produktionskosten.
15 Hinweis auf die britische Kriegserklärung an Deutschland.
16 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

gar nicht mehr möglich erscheint. Als warnendes Beispiel darf (ich) hier die Entwicklung der Motorenindustrie gelten. Nicht nur, daß wir Deutsche z. B. trotz unserer lächerlichen Löhne nicht in der Lage sind, gegen die amerikanische Konkurrenz auch nur einigermaßen erfolgreich zu exportieren, [*gleichzeitig* ?] müssen wir zusehen, wie selbst in unserem eigenen Lande der amerikanische Wagen sich in beängstigender Weise breitmacht[17]. Dies ist nur möglich, weil die Größe des eigenen inneren Absatzmarktes, der Reichtum desselben an Kaufkraft und aber auch wieder an Rohstoffen der amerikanischen Automobilindustrie innere Absatzziffern garantiert, die allein schon Fabrikationsmethoden ermöglichen, die in Europa infolge des Fehlens dieser inneren Absatzmöglichkeiten einfach unmöglich wären[18]. Die Folge davon ist die enorme Exportfähigkeit der amerikanischen Automobilindustrie. Dabei handelt es sich hier um die allgemeine Motorisierung der Welt, also eine Angelegenheit von einer gar nicht abzumessenden Zukunftsbedeutung. Denn der Ersatz der menschlichen und animalischen Kraft durch den Motor ist erst am Beginn seiner Entwicklung, das Ende kann heute noch gar nicht abgeschätzt werden. Für die amerikanische Union jedenfalls steht die Automobilindustrie von heute an der Spitze aller Industrien überhaupt.

So wird aber auch auf zahlreichen anderen Gebieten unser[19] Kontinent als Wirtschaftsfaktor in aggressiver Form immer mehr in Erscheinung treten und dadurch mithelfen, den Kampf um den Absatzmarkt zu verschärfen. Die Zukunft Deutschlands muß einem unter Berücksichtigung aller Faktoren, besonders angesichts der Beschränktheit unseres eigenen Rohstoffmaterials und der dadurch bedrohlichen Abhängigkeit von anderen Ländern, als sehr trübe und traurig erscheinen.

Aber selbst, wenn Deutschland alle wirtschaftlichen Erschwerungen meistern würde, dann stände es eben immer nur dort, wo es am [*4.*] August 1914[20] schon gestanden hat. Die allerletzte Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um den Weltmarkt wird bei der Gewalt und nicht bei der Wirtschaft selber liegen.

Es ist unser Fluch aber gewesen, daß schon im Frieden[21] ein großer Teil gerade des nationalen Bürgertums durchdrungen war von der Meinung, durch die Wirtschaftspolitik der Gewalt entsagen zu können. Und auch heute sind ihre hauptsächlichsten Vertreter in jenen mehr oder minder pazifistischen Kreisen zu suchen, die als Gegner und Feinde aller heroischen, völkischen Tugenden in der Wirtschaft gerne eine staatserhaltende, ja sogar staatsbildende Kraft sehen möchten. Je mehr aber ein Volk sich zu dem Glauben bekennt, daß es durch wirtschafts-

---

17 1927 wurden Krafträder und Kraftfahrzeuge im Wert von 35.686.000 RM aus den USA in das Deutsche Reich exportiert. Entsprechende deutsche Waren wurden damals in den USA im Wert von 693.000 RM abgesetzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 327 f.

18 Hitler machte ähnliche Bemerkungen in einer Rede am 3.12.1928 in Nürnberg: "Die deutsche Automobilindustrie z. B. hat ihre Möglichkeiten bereits begrenzt, so daß z. B. die amerikanische Automobilindustrie sich ursprünglich schon Fabrikationsmethoden von einer Größe beilegen kann, daß sie selbst bei uns noch konkurrenzfähig erscheinen." Diese Rede ist in der Forschung bislang irrtümlicherweise auf den 8.12.1928 datiert worden. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 1: Juli 1928 - Februar 1929. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994, Dok. 61.

19 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "jener".

20 Vgl. Anm. 15.

21 Vgl. Anm. 9.

friedliche Betätigung allein sein Leben erhalten könne, um so mehr wird gerade seine Wirtschaft selbst dem Zusammenbruch ausgeliefert. Denn endgültig ist die Wirtschaft als eine rein sekundäre Angelegenheit im Völkerleben gebunden an die primäre Existenz eines kraftvollen Staates. Vor dem Pflug hat das Schwert zu stehen und vor der Wirtschaft eine Armee.

Indem man darauf in Deutschland verzichten zu können glaubt, muß die Ernährung unseres Volkes daran scheitern.

Sowie aber ein Volk überhaupt erst sein Leben mit dem Gedanken sättigt, durch wirtschaftsfriedliche Betätigung allein das tägliche Auskommen finden zu können, um so weniger wird es im Falle des Scheiterns dieses Versuches an eine gewaltsame Lösung denken, sondern im Gegenteil, es wird dann erst recht den leichtesten Weg einzuschlagen versuchen, der den Mißerfolg der Wirtschaft behebt, ohne das Blut dabei riskieren zu müssen. Tatsächlich befindet sich Deutschland schon heute mitten in diesem Zustand. Auswanderung[22] und Geburtenbeschränkung[23] sind die von den Vertretern der pazifistischen Wirtschaftspolitik und der marxistischen Staatsauffassung angepriesenen Medizinen [*sic!*] zur Rettung unseres Volkskörpers[24].

Das Ergebnis einer Befolgung dieser Ratschläge wird aber besonders für Deutschland von verhängnisvollster Bedeutung werden. Deutschland ist rassisch aus so ungleichwertigen Grundelementen zusammengesetzt, daß eine dauernde Auswanderung zwangsläufig die widerstandsfähigeren, kühneren und entschlosseneren Menschen aus unserem Volkskörper herauszieht. Es werden dies vor allem, wie die Wikinger von einst, auch heute die Träger des nordischen Blutes sein. Diese langsame Entnordung unseres Volkes führt zu einer Senkung unseres allgemeinen Rassenwertes und damit zu einer Schwächung unserer technischen, kulturellen und auch staatspolitischen, produktiven Kräfte. Die Folgen dieser Schwächung werden für die Zukunft deshalb besonders schwere sein, weil in die Weltgeschichte nun ein Staat als aktiv handelnder eintritt, der als wahrhaft europäische Kolonie jahrhundertelang auf dem Wege der Auswanderung die besten nordischen Kräfte Europas erhalten hat, die sich nun erleichtert durch die Gemeinsamkeit ihres ursprünglichen Blutes zu einer neuen Volksgemeinschaft von rassisch höchstem Wert ausgebildet haben. Die amerikanische Union ist nicht zufällig der Staat, in dem zur Zeit die weitaus meisten, zum Teil unglaublich kühnen Erfindungen gemacht werden. Dem alten Europa gegenüber, das durch Kriege und Auswanderung unendlich viel seines besten Blutes verloren hat, tritt das Amerikanertum als junges, rassisch ausgesuchtes Volk gegenüber[25]. Sowenig [*man*] nun die Leistung von 1.000 verkommenen Levantinern in Europa, sagen wir auf Kreta, gleichsetzen kann der Leistung von 1.000 rassisch noch viel

22 Vgl. Kap. I, Anm. 3, Kap. VI, Anm. 18.

23 Vgl. Kap. II, Anm. 7.

24 Die KPD befürwortete die völlige Freigabe der Abtreibung, in der SPD war die Haltung zum § 218 StGB umstritten. Führende Politikerinnen und Politiker von SPD und USPD forderten öffentlich immer wieder eine weitgehende Streichung des Abtreibungsparagraphen, obwohl das Spektrum der Meinungen innerhalb der Partei von der völligen Freigabe der Abtreibung bis hin zu einer vorsichtigen Reform der bestehenden Gesetzeslage durch eine Verringerung des Strafmaßes und die Einführung einer begrenzten Indikationsregelung reichte. Vgl. Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 253 ff.

25 Im Zweiten Weltkrieg sprach Hitler anders. Vgl. Gerhard L. Weinberg, World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover N. H. 1981, S. 53 ff.

wertvolleren Deutschen oder Engländern, sowenig kann man aber auch die Leistung von 1.000 rassisch bedenklichen Europäern gleichsetzen der Leistungsfähigkeit von 1.000 rassisch hochwertigen Amerikanern. Nur eine bewußt völkische Rassenpolitik könnte die europäischen Nationen davor retten, das Gesetz des Handelns an Amerika zu verlieren, infolge des minderen Wertes der europäischen Völker gegenüber dem amerikanischen. Wenn aber das deutsche Volk statt dessen, neben einer vom Juden betriebenen planmäßigen Verbastardierung mit minderem Menschenmaterial und einer dadurch bedingten Senkung seines Rassenniveaus an sich, außerdem noch durch eine Fortsetzung der Auswanderung in hundert- und aberhunderttausenden von Einzelexemplaren die besten Blutsträger nehmen läßt, wird es langsam zu einem ebenso minderwertigen wie damit unfähigen und wertlosen Volk heruntersinken. Die Gefahr ist besonders groß, seit bei vollkommener Gleichgültigkeit unsererseits die amerikanische Union selbst, angeregt durch die Lehren eigener Rassenforscher, besondere Maßstäbe für die Einwanderung aufgestellt hat[26]. Indem das Betreten des amerikanischen Bodens abhängig gemacht wird von bestimmten rassischen Voraussetzungen einerseits sowie von einer bestimmten körperlichen Gesundheit des einzelnen an sich, ist die Ausblutung Europas von seinen besten Menschen geradezu gesetzlich zwangsläufig geregelt worden. Etwas, was unsere ganze sogenannte nationale bürgerliche Welt und alle unsere Wirtschaftspolitiker entweder überhaupt nicht sehen oder zumindest dann nicht hören wollen, weil es ihnen unangenehm ist und weil es viel billiger ist, mit ein paar allgemeinen nationalen Phrasen über diese Dinge hinwegzugleiten.

Zu dieser naturnotwendigen Minderung des Allgemeinwertes unseres Volkes durch die infolge unserer Wirtschaftspolitik erzwungene Auswanderung kommt dann noch als zweiter Schaden die Geburtenbeschränkung hinzu. Ich habe die Folgen des Kampfes gegen das Kind bereits dargestellt. Sie liegen in einer Verminderung der Zahl der dem Leben präsentierten Einzelwesen, so daß eine weitere Auslese nicht mehr stattfinden kann. Die Menschen bemühen sich dann im Gegenteil, alles, was einmal geboren ist, unter allen Umständen am Leben zu erhalten. Da aber Fähigkeit, Tatkraft usw. nicht mit der Erstgeburt verbunden sein müssen, sondern erst im Laufe des Lebenskampfes im einzelnen sichtbar werden, nimmt man diesem jede Möglichkeit einer Siebung und Auswahl nach solchen Gesichtspunkten weg. Die Völker werden arm an Talenten und Energien. Wieder ist dies besonders schlimm bei Nationen, bei denen die Ungleichartigkeit der rassischen Grundelemente bis in die Familien hineinreicht. Denn nun tritt nach den Mendelschen Spaltungsgesetzen[27] in jeder Familie eine Spaltung der Kinder auf, die sie teils der einen rassischen Seite, teils der anderen zuweist. Sind diese Rassenwerte in ihrer Bedeutung für ein Volk aber verschiedene, dann wird damit sogar der Wert

26 Anspielung auf den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924, der die Einwanderung in die USA sehr viel schärfer reglementierte. Bereits der First Quota Act vom 19.5.1921 hatte Höchstwerte für die Einwanderung einzelner Volksgruppen festgelegt. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff. sowie Anm. 37.

27 Die Spaltungsregel ist Teil der Vererbungslehre nach Gregor Mendel (1822-1884): Werden mischerbige Individuen untereinander gekreuzt, so sind ihre Nachkommen nicht alle gleich, sondern es treten neben mischerbigen auch reinerbige Individuen auf.

der Kinder einer Familie schon aus rassischen Gründen heraus ein ungleichartiger sein. Es liegt im Interesse eines Volkes, daß, da keineswegs die Erstgeburten nach der rassisch wertvolleren Seite der beiden Eltern auszuschlagen brauchen, das spätere Leben wenigstens aus der Gesamtzahl der Kinder durch den Lebenskampf die rassisch wertvolleren aussucht, der Nation erhält und umgekehrt die Nation in den Besitz der Leistungen dieser rassisch wertvolleren Einzelwesen setzt. Verhindert aber der Mensch selbst die Zeugung einer größeren Kinderzahl und beschränkt er sich auf die Erst- und höchstens Zweitgeburten, dann wird er, wenn diese nicht die rassisch wertvolleren Merkmale an sich haben, der Nation nichtsdestoweniger erst recht diese rassisch minderwertigeren Elemente zu erhalten trachten. Er fällt dem Ausleseprozeß der Natur dabei künstlich in den Arm, verhindert ihn und hilft dadurch aber mit an der Verarmung eines Volkes an kraftvollen Persönlichkeiten. Er zerstört die Spitzenwerte eines Volkes.

Das deutsche Volk, das an sich nicht jenen Durchschnittlichkeitswert hat wie z. B. das englische, wird aber ganz besonders auf Persönlichkeitswerte angewiesen sein. Die außerordentlichen Extreme, die wir im Leben unseres Volkes allenthalben beobachten können, sind nur die Folgeerscheinungen unserer blutsmäßigen Zerrissenheit in höher- und minderwertige Rasseneinzelelemente. Der Engländer wird im allgemeinen einen besseren mittleren Durchschnitt haben. Er wird vielleicht nie die schädlichen Tiefen unseres Volkes erreichen, aber auch nie die glänzenden Höhen. Sein Leben wird sich deshalb auf einer mehr mittleren Linie bewegen und von einer größeren Stetigkeit erfüllt sein. Das deutsche Leben ist demgegenüber in allem unendlich schwankend und unruhig und erhält seine Bedeutung nur durch die außerordentlichen Höchstleistungen, durch die wir die bedenklichen Seiten unseres Volkskörpers wieder aufwiegen. Sowie aber durch ein künstliches System diesen Höchstleistungen die persönlichen Träger genommen werden, fallen diese selber weg. Unser Volk geht dann einer dauernden Verarmung an Persönlichkeitswerten entgegen und damit einer Senkung seiner gesamten kulturellen und geistigen Bedeutung.

Wenn dieser Zustand erst einige hundert Jahre angehalten hat, wird zumindest unser deutsches Volk in seiner allgemeinen Bedeutung so geschwächt sein, daß es keinerlei Anspruch mehr erheben wird dürfen, als Weltvolk bezeichnet zu werden, auf alle Fälle aber wird es nicht mehr in der Lage sein, mit den Leistungen des wesentlich jüngeren, gesünderen amerikanischen Volkes gleichen Schritt zu halten. Wir werden dann bei uns aus einer großen Anzahl von Ursachen heraus das erleben, was nicht wenige alte Kulturvölker in ihrer geschichtlichen Entwicklung beweisen. An ihren Lastern und infolge ihrer Gedankenlosigkeit ist der nordische Blutsträger als rassisch wertvollstes Element der Kulturträger und Staatengründer langsam ausgeschieden und hat damit ein Menschendurcheinander zurückgelassen von so geringer innerer Bedeutung, daß die Gesetze des Handelns ihnen aus der Hand gewunden wurden, um auf andere jüngere und gesündere Völker überzugehen.

Der ganze Südosten Europas, besonders aber die noch älteren Kulturen Kleinasiens und Persiens sowie die der mesopotamischen Tiefebene liefern Schulbeispiele für den Verlauf dieses Prozesses.

So wie hier die Geschichte langsam von den rassisch wertvolleren Völkern des Abendlandes gestaltet wurde, so entsteht die Gefahr, daß die Bedeutung des rassisch minderwertigeren Europas langsam zu einer neuen Bestimmung der Weltschicksale durch das Volk des nordamerikanischen Kontinents führt.

Daß diese Gefahr ganz Europa droht, wird immerhin von einzelnen heute schon erkannt. Nur was sie für Deutschland bedeutet, wollen die wenigsten wissen. Unser Volk wird, wenn es mit gleicher politischer Gedankenlosigkeit wie bisher in die Zukunft hineinlebt, dem Anspruch auf Weltbedeutung endgültig entsagen müssen. Es wird rassisch mehr und mehr verkümmern, bis es endlich zu degenerierten, animalischen Freßsäcken heruntersinkt, denen selbst die Erinnerung an die vergangene Größe fehlen wird. Staatlich im Rahmen der kommenden Weltstaatenordnung höchstens das, was die Schweiz und Holland im bisherigen Europa waren.

Das wird das Ende des Lebens eines Volkes sein, dessen Geschichte 2.000 Jahre die Weltgeschichte gewesen ist.

Mit nationalbürgerlichen dummen Phrasen, deren praktische Unsinnigkeit und Wertlosigkeit schon durch die Erfolge der bisherigen Entwicklung bewiesen sein müßte, wird dieses Schicksal nicht mehr geändert. Nur eine neue Reformationsbewegung, die der rassischen Gedankenlosigkeit ein bewußtes Erkennen gegenübersetzt und alle Folgerungen aus diesem Erkennen zieht, kann unser Volk von diesem Abgrund noch zurückreißen.

Es wird die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, die heute entweder schon vorhandenen oder durch[28] werdenden Erkenntnisse und wissenschaftlichen Einsichten der Rassenlehre sowie der durch sie geklärten Weltgeschichte in die praktisch angewandte Politik zu überführen.

Da das Schicksal Deutschlands wirtschaftlich heute Amerika gegenüber zum Teil auch das Schicksal anderer Nationen in Europa ist, findet wieder besonders bei unserem Volk eine Bewegung gläubige Anhänger, die der Union der amerikanischen Staaten eine solche Europas gegenüberzustellen wünscht, um dadurch einer drohenden Welthegemonie des nordamerikanischen Kontinents vorzubeugen.

Die paneuropäische Bewegung scheint wirklich für diese wenigstens im ersten Augenblick manches Bestechende für sich zu haben[29]. Ja wenn man die Weltgeschichte nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilen könnte, möchte das vielleicht sogar zutreffen. Für den Geschichtsmechaniker und damit mechanischen Politiker sind zwei immer mehr als eins. Im Völkerleben entscheiden aber eben nicht Zahlen, sondern Werte. Daß die amerikanische Union zu einer so bedrohlichen Höhe aufzusteigen vermag, liegt nicht in der Tatsache begründet, daß dort ...[30] Millionen Menschen einen Staat bilden, sondern in der Tatsache, daß ...[30] Millionen Quadratkilometer fruchtbarsten und reichsten Bodens von ...[30] Millionen Menschen höchsten Rassenwertes bewohnt sind. (Wobei schon die Tatsache, daß es) Daß diese Menschen dabei trotz der räumlichen Größe ihres Lebensgebietes einen Staat bilden, hat für die andere Welt in-

28 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "doch".

29 Hitler greift hier die paneuropäische Bewegung des Richard (Graf von) Coudenhove-Kalergi an. Ungefähr zur Zeit des Diktats dieser Zeilen erschienen Angriffe auf Coudenhove-Kalergi im VB, vgl. VB vom 5.7.1928, "Der paneuropäische Schwindel" sowie vom 17.7.1928, "Der aufdringliche Coudenhove-Kalergi". Zur politischen Zielsetzung der Paneuropa-Bewegung vgl. Ralph White, The Europeanism of Coudenhove-Kalergi. In: European Unity in Context. The Interwar Period. Hrsg. von Peter M. R. Stirk, London 1989, S. 23-40. Zu Coudenhove-Kalergi vgl. Anm. 36.

30 Auslassungen in der Vorlage. Die USA umfaßten 1920 eine Fläche von 9.371.749 km^2 mit einer Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 4*.

soferne eine erhöhte Bedeutung, als damit eine zusammenfassende Organisation besteht, dank deren eben der rassisch bedingte Einzelwert dieser Menschen einen geschlossenen Gesamteinsatz zur Durchfechtung des Lebenskampfes finden kann.

Wäre dies nicht richtig, läge mithin die Bedeutung der amerikanischen Union nur in der Volkszahl allein oder auch in der Größe des Raumes oder in dem Verhältnis, in dem dieser Raum zur Volkszahl steht, dann würde für Europa Rußland mindestens genauso gefährlich sein. Das heutige Rußland umfaßt ...[31] Millionen Menschen auf ...[31] Millionen qkm. Diese Menschen sind auch in einem Staatswesen zusammengefaßt, dessen Wert, traditionell genommen, sogar ein höherer sein müßte als der der amerikanischen Union, allein trotzdem wird es keinem Menschen einfallen, deshalb eine russische Hegemonie für die Welt zu befürchten. Der Zahl des russischen Volkes liegt kein solcher innerer Wert bei, daß diese Zahl zu einer Gefahr für die Freiheit der Welt werden könnte. Zumindest nie im Sinne einer wirtschaftlichen und machtpolitischen Beherrschung der anderen Erde, sondern höchstens in dem einer Überschwemmung mit Krankheitsbazillen, die zur Zeit in Rußland ihren Herd haben.

Wenn aber die Bedeutung der drohenden amerikanischen Hegemoniestellung durch den Wert des amerikanischen Volkes in erster Linie und dann erst in zweiter durch die Größe des diesem Volk gegebenen Lebensraumes und des dadurch günstigen Verhältnisses zwischen Volkszahl und Grundfläche bedingt erscheint[32], dann wird diese Hegemonie nicht beseitigt durch einen rein formalen zahlenmäßigen Zusammenschluß europäischer Völker, soferne nicht deren innerer Wert ein höherer als der der amerikanischen Union ist. Sonst müßte dieser amerikanischen Union besonders das heutige Rußland als höchste Gefahr erscheinen, wie noch mehr das mit über 400 Millionen Menschen bevölkerte China[33].

So beruht die paneuropäische Bewegung zunächst schon auf dem fundamentalen Grundirrtum, daß man Menschenwerte durch Menschenzahl ersetzen könnte. Es ist dies eine rein mechanische Geschichtsauffassung, die der Erforschung aller gestaltenden Kräfte des Lebens weit aus dem Wege geht, um statt dessen in ziffernmäßigen Majoritäten sowohl die schöpferischen Quellen der menschlichen Kultur als auch die Geschichte bildenden Faktoren zu sehen. Diese Auffassung entspricht der Sinnlosigkeit unserer westlichen Demokratie ebenso sehr wie dem feigen Pazifismus unserer Überwirtschaftskreise [*sic!*]. Daß sie das Ideal aller minderwertigen oder halbrassischen Bastarde ist, liegt auf der Hand. Ebenso, daß der Jude eine solche Auffassung besonders begrüßt, führt sie doch in ihrer konsequenten Befolgung zu einem Rassenchaos und Durcheinander, zu einer Verbastardung und Verniggerung der Kulturmenschheit und endlich damit zu einer solchen Senkung ihres rassischen Wertes, daß der sich davon freihaltende Hebräer langsam zum Weltherren aufzusteigen vermag. Wenigstens bildet er sich ein, einmal zum Gehirn dieser wertlos gemachten Menschheit (emporsteigen) auswachsen zu können.

Abgesehen aber von diesem fundamentalen Grundirrtum der paneuropäischen Bewegung ist auch der Gedanke, durch einen Zusammenschluß europäischer Völker aus dem Zwang einer allgemeinen Einsicht in eine drohende Not heraus [*sic!*] eine phantastische, geschichtlich

31 Auslassungen in der Vorlage. Die UdSSR umfaßte 1926 eine Gesamtfläche von 21.342.872 km^2 mit einer Bevölkerung von 146.989.460 Einwohnern. Vgl. ebenda, S. 1* f.

32 Vgl. Anm. 30.

33 China umfaßte 1920 eine Fläche von 11.081.000 km^2 mit einer Bevölkerung von 433.000.000 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 2*.

unmögliche Kinderei. Ich will dabei nicht sagen, daß ein solcher Zusammenschluß unter jüdischem Protektorat und auf jüdischen Antrieb an sich vornherein unmöglich wäre, sondern nur, daß das Ergebnis nicht den Hoffnungen entsprechen könnte, ob deren man den ganzen Zauber in Szene setzt. Denn man glaube nun nicht, daß eine solche europäische Koalition irgendeine Kraft mobilisieren könnte, die nach außen hin in Erscheinung träte. Es ist eine alte Erfahrung, daß dauerhafte Volkszusammenschlüsse nur stattfinden können, wenn rassisch an sich gleichwertige und verwandte Völker in Frage kommen und wenn zweitens ihr Zusammenschluß in der Gestalt des langsamen Prozesses eines Hegemoniekampfes stattfindet. So hat einst *Rom* die ladinischen [*sic!*] Staaten einen nach dem anderen unterworfen, bis endlich seine Kraft genügte, um zum Kristallisationspunkt eines Weltreiches zu werden. Dies ist aber ebenso (durch) die Geschichte der Entstehung des englischen Weltreiches. So hat weiter Preußen die deutsche Staatszerrissenheit beendigt, und so könnte auch ganz allein auf diesem Wege einst ein Europa entstehen, das in einer geschlossenen staatlichen Form die Interessen seiner Bevölkerung wahrnimmt. Allein - dies würde nur das Ergebnis eines jahrhundertelangen Ringens sein können, da eine unendliche Menge alter Überlieferungen und Traditionen überwunden werden müßte und eine Angleichung von Völkern stattzufinden hätte, die schon rassisch außerordentlich weit auseinanderklaffen. Die Schwierigkeit, einem solchen Gebilde dann eine einheitliche Staatssprache zu geben, ließe sich ebenfalls nur in einem jahrhundertelangen Vorgang lösen.

Dies alles wäre aber dann keine (Erfüllung) Verwirklichung der heutigen paneuropäischen Gedankengänge, sondern der Erfolg des Lebenskampfes der kraftvollsten Nation in Europa, und was dann übrigbliebe, würde so wenig ein Paneuropa sein, wie die Einigung der ladinischen [*sic!*] Staaten einst etwa ein Pan-Ladinien [*sic!*] war. Die Macht, die damals diesen Einigungsprozeß in jahrhundertelangen Kämpfen durchgeführt hat, hat dem ganzen Gebilde für immer auch den Namen gegeben. Und die Macht, die heute auf so natürlichem Wege ein Paneuropa schüfe, würde ihm damit zugleich auch die Bezeichnung Paneuropa rauben.

Aber selbst in diesem Falle würde der erwünschte Erfolg ausbleiben. Denn sowie heute irgendeine europäische Großmacht - und es könnte sich dabei natürlich nur um eine ihrem Volkstum nach wertvolle, also rassisch bedeutende Macht handeln - auf diesem Wege Europa zu einer Einheit brächte, so würde die letzte Vollendung dieser Einheit die rassische Niedersenkung ihrer Gründer bedeuten und damit dem ganzen Gebilde eben doch den letzten Wert nehmen. Niemals würde man damit ein Gebilde schaffen können, das der amerikanischen Union stand[*zu*]halten vermöchte[34].

Nordamerika wird in der Zukunft nur der Staat die Stirne zu bieten vermögen, der es verstanden hat, durch das Wesen seines inneren Lebens sowohl als durch den Sinn seiner äußeren Politik den Wert seines Volkstums rassisch zu heben und staatlich in die hierfür zweckmäßigste Form zu bringen. Indem aber eine solche Lösung als möglich hingestellt wird, werden sich an ihr eine ganze Anzahl von Nationen zu beteiligen vermögen, was zu einer erhöhten Ertüchtigung schon infolge der gegenseitigen Konkurrenz führen kann und führen wird.

Es ist wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung das eigene Vaterland selbst für diese Aufgabe auf das äußerste zu stärken und vorzubereiten.

34 Zu Hitlers europapolitischen Vorstellungen vgl. Paul Kluke, Nationalsozialistische Europaideologie. In: VfZ 3 (1955), S. 240-275.

Der Versuch aber, durch einen rein formalen Zusammenschluß europäischer Völker den paneuropäischen Gedanken zu verwirklichen, ohne in jahrhundertelangen Kämpfen von einer europäischen Vormacht erzwungen zu werden, würde zu einem Gebilde führen, dessen gesamte Kraft und Energie genauso durch die inneren Rivalitäten und Streitigkeiten absorbiert würde, wie einst die Kraft der deutschen Stämme im Deutschen Bund. Erst als durch die Übermacht Preußens die innere deutsche Frage endgültig gelöst war, konnte ein vereinter Krafteinsatz der Nation nach außen erfolgen. Es ist aber leichtsinnig zu glauben, daß die Auseinandersetzung zwischen Europa und Amerika nur immer wirtschaftsfriedlicher Natur sein würde, wenn wirtschaftliche Momente endlich zu bestimmenden Faktoren des Lebens anwachsen. Überhaupt lag es im Wesen der Entstehung des nordamerikanischen Staates, daß dieser zunächst wenig Interesse für außenpolitische Probleme zeigen konnte. Nicht nur infolge des Fehlens einer langen staatlichen Tradition, sondern einfach infolge der Tatsache, daß dem natürlichen Expansionstrieb der Menschen innerhalb des amerikanischen Kontinents selbst außerordentlich weite Gebiete zur Verfügung standen. Daher war die Politik der amerikanischen Union im Augenblick der Loslösung von den europäischen Mutterstaaten an bis in die neueste Zeit in erster Linie nur Innenpolitik[35]. Ja, die Freiheitskämpfe selbst waren im Grunde nichts anderes als die Abschüttelung außenpolitischer Bindungen zugunsten eines ausschließlich innerpolitisch gedachten Lebens. In eben dem Maße, in dem aber das amerikanische Volk die Aufgaben der inneren Kolonisation mehr und mehr vollzogen hat, wird der natürliche aktivistische Trieb, der besonders jungen Völkern zu eigen ist, sich nach außen kehren. Den Überraschungen aber, die die Welt dann vielleicht noch erleben mag, würde am allerwenigsten ein pazifistisch-demokratischer-paneuropäischer Durcheinanderstaat ernstlichen Widerstand entgegensetzen können. Dieses Paneuropa nach Auffassung des Allerweltsbastarden Coudenhove[36] würde der amerikanischen Union oder einem national erwachten China gegenüber einst dieselbe Rolle spielen wie der altösterreichische Staat gegenüber Deutschland oder Rußland.

Wirklich nicht widerlegt zu werden braucht aber die Meinung, daß, weil in der amerikanischen Union eine Verschmelzung von Menschen verschiedenster Volksabstammung stattgefunden hat, dies auch in Europa möglich sein müßte. Die amerikanische Union hat allerdings Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit zu einem jungen Volk zusammengefügt. Allein bei näherem Hinsehen ergibt sich, daß die überwältigende Mehrzahl dieser verschiedenen Volksangehörigen rassisch gleichen oder zumindest verwandten Grundelementen angehören. Denn da der Auswanderungsprozeß in Europa ein Prozeß der Auslese der Tüchtigsten war, diese Tüchtigkeit aber bei allen europäischen Völkern in erster Linie in den nordischen Beimischungen lag, hat die amerikanische Union tatsächlich aus an sich sehr verschiedenen Völkern

35 Anspielung auf die 1823 verkündete "Monroe-Doktrin" der USA, sich nicht in die europäische Politik einzumischen, jeden Eingriff europäischer Mächte auf dem gesamten amerikanischen Kontinent aber als unfreundlichen Akt aufzufassen. Dieser Grundsatz bestimmte die Außenpolitik der USA bis zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg 1917.

36 Richard (Graf von) Coudenhove-Kalergi (1894-1972), 1917 Dr. phil., Schriftsteller, 1923 Gründung der Paneuropa-Union (PEU), September 1929 Präsident der Paneuropa-Union, seit 1934 Unterstützung durch Engelbert Dollfuß, Kurt (von) Schuschnigg und Benito Mussolini, seit März 1938 im Exil, 1941 Lehrauftrag an der New York University, 1944 Verfassungsentwurf für die "Vereinigten Staaten von Europa".

die (rassisch) unter sie verstreuten nordischen Elemente herausgezogen. Rechnet man weiter noch dazu, daß es sich dabei um Menschen handelte, die nicht Träger irgendeiner Staatsgesinnung waren, mithin von keinerlei Tradition belastet erschienen, weiter die Größe des Eindrucks der neuen Welt, der alle Menschen mehr oder weniger erliegen, so wird es einem verständlich, warum es gelingen konnte, daß in kaum 200 Jahren aus Menschen aller europäischen Nationen ein neues Staatsvolk entstehen konnte. Es muß aber bedacht werden, daß schon im letzten Jahrhundert dieser Prozeß der Verschmelzung in eben dem Maße schwieriger wurde, in dem unter dem Zwang der Not Europäer nach Nordamerika gingen, die als Angehörige europäischer Nationalstaaten sich nicht nur volklich mit ihnen auch weiterhin verbunden fühlten, sondern besonders deren staatliche Tradition höher schätzten als die Bürgerschaft in ihrer neuen Heimat. Blutfremde Menschen mit ausgeprägt eigenem Nationalgefühl oder Rasseinstinkt hat übrigens auch die amerikanische Union nicht einzuschmelzen vermocht. Sowohl gegenüber dem chinesischen als auch gegenüber dem japanischen Element hat die Assimilierungskraft der amerikanischen Union versagt. Man fühlt dies auch genau und weiß es und möchte deshalb am liebsten diese Fremdkörper von der Einwanderung ausschalten[37]. Allein damit bestätigt die amerikanische Einwanderungspolitik selbst, daß die bisherige Verschmelzung eben doch Menschen bestimmter gleichmäßiger Rassengrundlagen voraussetzte und sofort mißlingt, sowie es sich um grundsätzlich andersartige Menschen handelt. Daß sich dabei die amerikanische Union selbst als nordisch-germanischer Staat fühlt und keineswegs als internationaler Völkerbrei, geht auch weiter hervor aus der Art der Zuteilung der Einwanderungsquoten an die europäischen Völker[38]. Skandinavier, also Schweden, Norweger, weiter Dänen, dann Engländer und endlich Deutsche erhalten die größten Kontingente zugewiesen. Romanen und Slawen sehr geringe, Japaner, Chinesen würde man am liebsten überhaupt ausschließen. Diesem mithin rassisch (dominierend) vorherrschend nordischen Staat eine europäische Koalition oder ein Paneuropa, bestehend aus Mongolen, Slawen, Deutschen, Romanen usw., in dem alles andere als Germanen dominieren würden, als widerstandsfähigen Faktor entgegensetzen zu wollen, ist eine Utopie. Allerdings eine sehr gefährliche Utopie, wenn man bedenkt, daß wieder viele ungezählte Deutsche eine rosige Zukunft sehen, ohne schwerste Opfer dafür bringen zu müssen. Daß diese Utopie dabei ausgerechnet aus Österreich[39] herauswächst, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Ist doch dieser Staat und sein Schicksal das lebendigste Beispiel für die enorme Kraft, die solchen künstlich zusammengeleimten, in sich aber unnatürlichen Gebilden zu eigen ist. Es ist der wurzellose Geist der alten Reichshauptstadt Wien, jener Mischlingsstadt von Orient und Okzident, der dabei zu uns spricht.

---

37 Mit dem First Quota Act vom 19.5.1921 versuchte die Regierung der USA, einzelne Obergrenzen für die Einwanderung in die USA festzulegen. Pro Jahr sollten höchstens 3% derjenigen nationalen Volksgruppen einwandern, deren Mitglieder 1910 bereits in den USA gelebt hatten, jedoch außerhalb der USA geboren waren. Unter die Ausnahmen dieser Regelung fielen auch die Angehörigen der sogenannten Asiatic barred zone. Vgl. Michael C. Le May, From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987, S. 74 ff. Gesetzestext: Laws Applicable to Immigration and Nationality, S. 397 ff.

38 Von den 4.107.209 Menschen, die in den Jahren 1921-30 in die USA einwanderten, kamen 58% aus Süd- und Osteuropa, 23% aus Nord- und Westeuropa, 11% aus Nordamerika, 5% aus Lateinamerika und 3% aus Asien. Vgl. Le May, Open Door, S. 5, 76.

39 Coudenhove-Kalergi lebte damals in Wien.

[*KAPITEL X*]

[*KEINE NEUTRALITÄT*]

Zusammenfassend kann also noch einmal gesagt werden, daß unsere bürgerlich-nationale Politik, deren außenpolitisches Ziel die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist, unsinnig, ja verhängnisvoll ist. Sie bringt uns zwangsläufig in Konflikt mit allen Staaten, die am Weltkrieg teilgenommen haben. Sie garantiert damit das weitere Fortbestehen der uns langsam abwürgenden Koalition der Sieger. Sie sichert dabei Frankreich immer eine günstige öffentliche Meinung in der anderen Welt bei seinem ewigen Vorgehen gegen Deutschland. Sie würde, selbst wenn sie Erfolg hätte, im Resultat für die deutsche Zukunft gar nichts bedeuten, uns aber trotzdem zwingen, mit Blut und Stahl zu kämpfen. Sie verhindert weiter aber besonders jede Stabilität der deutschen Außenpolitik überhaupt.

Es war mit ein Charakteristikum unserer Politik der Vorkriegszeit, daß sie dem außenstehenden Betrachter das Bild von ebenso schwankenden wie oft unergründlichen Entschlüssen geben mußte. Wenn man vom Dreibund [1] selber absieht, dessen Erhaltung doch kein außenpolitischer Zweck, sondern nur ein Mittel zu einem solchen Zweck sein konnte, kann man an der Leitung der Schicksale unseres Volkes in der Vorkriegszeit keine stabile Idee entdecken. Dies ist natürlich unverständlich [2]. Im Augenblick, in dem das außenpolitische Ziel nicht mehr hieß Kampf für die Interessen des deutschen Volkes, sondern Erhaltung des Weltfriedens, verlor man den Boden unter den Füßen. Die Interessen eines Volkes kann ich bestimmt umreißen, sie festlegen und, ganz gleich wie im einzelnen die Möglichkeiten ihrer Vertretung liegen, das große Ziel dennoch ununterbrochen im Auge behalten. Allmählich wird auch die übrige Menschheit eine allgemeine Kenntnis von den besonderen, bestimmten, leitenden, außenpolitischen Gedanken eines Volkes erhalten. Dies gibt dann die Möglichkeit, die Verhältnisse untereinander dauerhafter zu regeln, sei es im Sinne eines beabsichtigten Widerstandes gegen das erkannte Vorgehen einer solchen Macht oder einer billigen Kenntnisnahme davon oder auch im Sinne einer Verständigung, da eigene Interessen vielleicht auf gemeinsamem Wege erreicht werden können.

Diese Stabilität der Außenpolitik kann man bei einer ganzen Reihe europäischer Staaten feststellen. Rußland zeigt in langen Perioden seiner Entwicklung bestimmte außenpolitische Ziele, die dann sein gesamtes Handeln beherrschen. Frankreich hat im Laufe von Jahrhunderten außenpolitisch gleichmäßige Absichten vertreten, ohne Rücksicht darauf, wer jeweils in Paris die politische Macht verkörperte. Von England darf man nicht nur als dem Staat einer traditionellen Diplomatie, sondern vor allem als dem Staat einer zur Tradition gewordenen außenpolitischen Idee sprechen. Bei Deutschland war eine solche Idee nur periodisch am preußischen Staat festzustellen. In der kurzen Zeit Bismarckischer Regierungskunst sehen wir Preußen seine deutsche Mission erfüllen, und damit aber endet auch jedes weit gesteckte außenpo-

1 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.
2 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "natürlich und verständlich".

litische Ziel. Das neue Deutsche Reich hat besonders seit Bismarcks Abgang ein solches Ziel nicht mehr besessen, da die Parole der Erhaltung des Friedens, also der Aufrechterhaltung eines gegebenen Zustandes, keinerlei stabilen Inhalt oder Charakter besitzt. Wie überhaupt jede passive Parole in Wirklichkeit zum Spielball des offensiven Wollens verdammt ist. Nur wer selbst handeln will, vermag auch sein Handeln nach seinem Willen zu bestimmen. Daher hatte die Triple-Entente [3], die handeln wollte, auch alle Vorzüge, die in der Selbstbestimmung des Handelns liegen, für sich, während der Dreibund durch seine beschaulichere Weltfriedenserhaltungstendenz in eben dem Maße im Nachteil war. So wurde auch der Krieg in Zeitpunkt und Eröffnung von den Nationen mit bestimmtem außenpolitischen Ziel festgelegt, während umgekehrt die Dreibundmächte von ihm in einer alles eher als günstigen Stunde überrascht wurden [4]. Hätte man in Deutschland auch nur im geringsten selbst eine kriegerische Absicht gehabt, dann wäre es möglich gewesen, durch eine Anzahl von Maßnahmen, die spielerisch durchgeführt hätten werden können, schon (im) dem Kriegsbeginn ein ganz anderes Gesicht zu geben. Aber Deutschland hatte ja kein bestimmtes außenpolitisches Ziel im Auge, dachte an keinerlei aggressive Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles und wurde infolgedessen von den Ereignissen überrascht.

Von Österreich-Ungarn durfte man an sich kein anderes außenpolitisches Ziel zu hoffen [*sic!*], als sich durch die Fährnisse der europäischen Politik durchzuwinden, daß das morsche Staatsgebilde möglichst nirgends anstieß, um so den wirklichen inneren Charakter dieser monströsen Staatsleiche vor der Welt verbergen zu können.

Das deutsche nationale Bürgertum, von dem ich hier immer nur sprechen kann, da der internationale Marxismus ja an sich nur das Ziel einer Vernichtung Deutschlands kennt, hat aus der Vergangenheit auch heute nichts gelernt. Man fühlt auch heute noch nicht die Notwendigkeit, der Nation ein außenpolitisches Ziel zu setzen, das für die deutsche Zukunft als befriedigend angesehen werden darf und damit auf eine mehr oder minder lange Zeit unserem außenpolitischen Streben eine bestimmte Stabilität geben kann. Denn erst, wenn ein solches mögliches außenpolitisches Ziel grundsätzlich abgesteckt erscheint, kann man sich im einzelnen über die Möglichkeiten unterhalten, die zum Erfolge zu führen vermögen. Erst dann tritt also die Politik in das Stadium der Kunst des Möglichen [5] ein. Solange aber dieses ganze politische Leben überhaupt von keinem leitenden Gedanken beherrscht ist, werden die einzelnen Aktionen nicht den Charakter der Ausnützung aller Möglichkeiten zur Erreichung eines bestimmten Erfolges an sich haben, sondern sie sind dann immer nur einzelne Stationen auf dem Wege des ziel- und planlosen Fortwurstelns von heute auf morgen. Dann wird vor allem jene Beharrlichkeit abhanden kommen, die die Durchfechtung großer Ziele immer erfordert, d. h.: Man wird heute das versuchen und morgen jenes, wird übermorgen diese außenpolitische Möglichkeit ins Auge fassen und plötzlich einer ganz verkehrten Absicht huldigen, soferne nicht dieses ersichtliche Durcheinander als Durcheinander am Ende den Wünschen jener Macht entspricht, die heute Deutschland regiert und in Wahrheit nicht will, daß unser Volk je noch zu einer

3 Lose politische Verbindung zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland seit dem britisch-russischen Ausgleich in Asien 1907; 1911/12 ergänzt und gefestigt durch militärische Abmachungen.

4 Vgl. Kap. IX, Anm. 16.

5 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

Wiedererhebung komme. Nur das internationale Judentum kann ein lebendiges Interesse an einer deutschen Außenpolitik besitzen, die durch ihre ewig unvernünftig erscheinenden Sprünge jenen klaren Plan vermissen läßt und die als einzige Rechtfertigung höchstens die Äußerung besitzt: "Ja, wir wissen natürlich auch nicht, was getan werden soll, aber wir tun eben etwas, weil etwas getan werden muß." Ja, man kann nicht selten geradezu hören, daß diese Menschen vom inneren Sinn ihrer außenpolitischen Handlungen selbst so wenig überzeugt sind, daß sie als höchste Motivierung nur die Frage vorlegen können, ob denn ein anderer etwas Besseres wüßte. Das ist das Fundament, auf dem die Staatskunst eines Gustav Stresemann dann ruht.

Demgegenüber ist es aber gerade heute mehr denn je nötig, daß das deutsche Volk ein außenpolitisches Ziel sich aufstellt, das seinen wirklichen inneren Bedürfnissen entgegenkommt und umgekehrt seinem außenpolitischen Handeln für die zunächst menschlich absehbare Zeit eine unbedingte Stabilität gewährt. Denn nur, wenn unser Volk auf solche Weise seine Interessen grundsätzlich bestimmt und dann beharrlich verficht, kann es hoffen, den einen oder anderen Staat, dessen Interessen den unseren, nunmehr endgültig festgelegten nicht entgegenstehen, ja sogar gleichlaufend sind, zu bewegen, in eine nähere Verbindung mit Deutschland zu treten. Denn der Gedanke, aus dem Völkerbunde heraus die Not unseres Volkes lösen zu wollen[6], ist genauso unberechtigt, als der, aus dem Frankfurter Bundesparlament die deutsche Frage entscheiden zu lassen, gewesen war[7].

Im Völkerbund dominieren die saturierten Nationen. Ja, er ist deren Instrument. Sie haben zum größten Teil kein Interesse daran, an der Raumverteilung der Erde eine Änderung eintreten zu lassen[8], außerdem [*sic!*] sie spräche wieder zu ihren Gunsten. Und indem sie vom Recht der kleinen Nationen reden, haben sie in Wirklichkeit nur die Interessen der größten im Auge.

Wenn Deutschland noch einmal zu einer wahren Freiheit kommen will, um unter ihrem Segen dem deutschen Volk das tägliche Brot geben zu können, dann wird es seine Maßnahmen hiefür außerhalb des Völkerbundsparlaments zu Genf zu treffen haben. Dann wird es aber notwendig sein, daß es mangels einer genügenden eigenen Kraft Verbündete findet, die glauben können, im Zusammengehen mit Deutschland auch eigenen Interessen zu dienen zu vermögen. Niemals aber wird ein solcher Zustand eintreten, wenn diesen Völkern nicht das wirkliche außenpolitische Ziel Deutschlands vollkommen klar geworden ist. Und vor allem nie wird Deutschland selbst die Kraft und innere Stärke zu jener Beharrlichkeit erhalten, die nun einmal notwendig ist, um Widerstände der Weltgeschichte hinwegzuräumen. Nie wird man dann lernen, im einzelnen sich zu gedulden und wenn notwendig auch zu verzichten, um im Großen endlich das lebensnotwendige Ziel erreichen zu können. Denn auch unter Bundesgenossen wird das Verhältnis nie ein vollständig reibungsloses sein. Immer wieder werden Störungen der gegenseitigen Beziehungen auftreten können, um gefahrdrohende Formen anzunehmen, wenn eben nicht in der Größe des einmal gesteckten außenpolitischen Ziels die Kraft zur

6 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

7 Der deutschen Nationalversammlung, die vom 18.5.1848 bis 30.5.1849 in der Frankfurter Paulskirche getagt hatte, war es nicht gelungen, ihr Ziel eines deutschen Nationalstaats zu erreichen.

8 Vgl. Kap. II, Anm. 2.

Überwindung kleiner Unannehmlichkeiten und Widerstände liegt. Hier darf die französische Staatsleitung der Jahrzehnte vor dem Kriege als mustergültiges Vorbild dienen. Wie sie zum Unterschiede unserer ewig plärrenden und dabei nicht selten den Mond anbellenden Hurra-Patrioten über alles Kleine hinwegging, ja selbst zu sehr bitteren Vorkommnissen schwieg, um die Möglichkeit der Organisation des Revanche-Krieges gegen Deutschland nicht zu verlieren.

Wichtig erscheint die Aufsteckung [*sic!*] eines klaren außenpolitischen Zieles aber besonders deshalb noch, weil es sonst den Vertretern anderer Interessen im eigenen Volk stets möglich sein wird, die öffentliche Meinung zu verwirren und kleine, zum Teil sogar provozierte Vorfälle zum Anlaß einer Umstimmung der außenpolitischen Meinung zu machen. So wird Frankreich immer wieder versuchen, aus kleinen Zwistigkeiten, die sich entweder aus der Lage der Dinge selbst ergeben oder die es auch künstlich fabriziert, Verstimmungen, ja Entfremdungen unter den Völkern herbeizuführen, die nach der ganzen Natur ihrer wirklichen Lebensinteressen aufeinander angewiesen wären und zum gemeinsamen Handeln gegen Frankreich auftreten müßten. Solche Versuche werden aber immer nur dann Erfolg haben, wenn infolge des Fehlens eines unverrückbaren außenpolitischen Ziels die eigenen politischen Handlungen keine wahrhafte Stabilität besitzen und vor allem deshalb auch die Beharrlichkeit fehlt, die Maßnahmen vorzubereiten, die der Erfüllung der eigenen politischen Zielsetzung dienlich sind.

Das deutsche Volk, das weder eine außenpolitische Tradition noch ein außenpolitisches Ziel besitzt, wird an sich immer leicht geneigt sein, utopistischen Idealen zu huldigen und seine wirklichen Lebensinteressen dabei zu vernachlässigen. Für was [*hat*] unser Volk nicht alles in den letzten 100 Jahren geschwärmt. Bald waren es Griechen, die wir retten wollten vor der Türkei[9], dann wieder Türken, denen wir unsere Zuneigung schenkten gegen Russen[10] und Italiener[11], dann fand unser Volk wieder einen Zauber darin, für polnische Freiheitskämpfer zu schwärmen[12], um dann mit Buren zu fühlen[13] usw. usw. Was haben aber alle diese dümm-

9 Anspielung auf die Unterstützung, die der griechische Unabhängigkeitskrieg gegen die Türkei (1821-1829) gerade in Deutschland fand. Vgl. Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

10 Während des Krimkriegs (1853-1856) verbündete sich Österreich am 2.12.1854 mit den Westmächten gegen Rußland, ohne in den Krieg aktiv einzugreifen. Preußen, das am 20.4.1854 mit Österreich eine Defensivallianz abgeschlossen hatte, blieb neutral. Vgl. Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, S. 22 ff.
Die im Russisch-Türkischen Krieg (1877/78) errungenen und im Frieden von San Stefano vermeintlich gesicherten Erfolge Rußlands mußten auf Intervention der Großmächte, darunter Österreich-Ungarn und Deutschland, 1878 auf dem Berliner Kongreß teilweise wieder aufgegeben werden. Vgl. Der Berliner Kongreß 1878. Protokolle und Materialien. Hrsg. von Immanuel Geiss, Boppard a. Rh. 1978.

11 Gemeint ist der Tripolitanische Krieg. Vgl. Kap. VII, Anm. 39.
Zur Stimmung der politischen Führungsschicht in Deutschland notierte Hildegard Freifrau von Spitzemberg am 25.9.1911: "Der Türkei haben wir ihren Besitzstand garantiert, den unser Dreibundskamerad aufs frechste angreifen will, von England aufgehetzt natürlich." Vgl. Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches. Ausgewählt und herausgegeben von Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960, S. 533.

12 Die polnischen Aufstände gegen die russische Herrschaft (1830/31 und 1863) hatten bei den deutschen Liberalen große Sympathie gefunden. Vgl. Peter Ehlen (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

13 Das Wohlwollen, mit dem viele Deutschen den Kampf der Buren gegen Großbritannien verfolgten, fand seinen folgenreichsten Ausdruck im Telegramm Wilhelms II. vom 3.1.1896, mit dem er den Präsidenten von

sten Ergüsse einer politisch ebenso unfähigen wie gesprächigen Seele unserem Volke gekostet?

So war auch das Verhältnis zu Österreich, wie man mit besonderem Stolze betonte, kein solches des nüchternen Verstandes, sondern ein wahrer innerer Herzensbund. Hätte nur damals statt dem Herzen die Vernunft gesprochen und der Verstand entschieden, dann wäre Deutschland heute gerettet. Gerade aber, weil wir so ein Volk sind, das seine politischen Handlungen zu wenig nach Gründen einer wirklich vernünftigen, verstandesmäßigen Einsicht bestimmen läßt, und weil wir dabei so gar und gar auf keine große politische Tradition zurückblicken können, müssen wir wenigstens für die Zukunft unserem Volk ein unverrückbares außenpolitisches Ziel geben, das geeignet erscheint, politische Maßnahmen der Staatsleitung im einzelnen auch der breiten Masse verständlich zu machen. Nur so wird es möglich, daß einmal Millionen im ahnenden Glauben hinter eine Staatsleitung treten, die Entschlüsse durchführt, die im einzelnen vielleicht manches Schmerzliche an sich haben können. Es ist dies eine Voraussetzung, um ein gegenseitiges Verstehen zwischen Volk und Staatsleitung herbeizuführen, und allerdings auch eine Voraussetzung, um in der Staatsleitung selbst eine gewisse Tradition zu verankern. Es geht nicht an, daß jede deutsche Regierung außenpolitisch ihr eigenes Ziel hat. Nur um die Wege kann man sich streiten, über sie kann disputiert werden, das Ziel selbst muß einmal für immer als unabänderlich festgelegt werden. Dann kann die Politik zur großen Kunst des Möglichen [14] werden, d. h., es bleibt den genialen Fähigkeiten der einzelnen Staatsleiter vorbehalten, von Fall zu Fall die Möglichkeiten wahrzunehmen, die Volk und Reich seinem außenpolitischen Ziel näherbringen.

Diese außenpolitische Zielsetzung ist im heutigen Deutschland überhaupt nicht vorhanden. Daher wird auch die grenzenlose, schwankende und unsichere Art der Wahrnehmung der Interessen unseres Volkes verständlich, daher weiter auch das ganze Durcheinander unserer öffentlichen Meinung, daher auch jene unglaublichen Bocksprünge unserer Außenpolitik, die immer unglücklich enden, ohne daß dabei das Volk auch nur so urteilsfähig wäre, um die Verantwortlichen auch wirklich zur Verantwortung zu ziehen. Nein, man weiß nicht, was man tun soll.

Ja, es gibt allerdings nicht wenige Menschen heute, die überhaupt glauben, daß man nichts tun dürfe. Sie fassen ihre Meinung dahin zusammen, daß Deutschland heute klug und zurückhaltend sein müsse, daß es sich nirgends engagieren dürfe, daß man die Entwicklung der Ereignisse wohl im Auge behalten müsse, allein selbst nicht daran teilzunehmen habe, um eines Tages dann die Rolle jenes lachenden Dritten zu übernehmen, der den Erfolg einheimst, während zwei andere streiten.

Ja, ja, so klug und weise sind unsere heutigen bürgerlichen Staatskünstler. Ein politisches Urteil, das von keinerlei Kenntnis der Geschichte getrübt wird. Es gibt nicht wenige Sprichwörter, die für unser Volk zu einem wirklichen Fluch geworden sind. Z. B. "Der Gescheitere

---

Transvaal, Paul "Ohm" Krüger, zur Wahrung der "Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" beglückwünschte. Das bereits gespannte deutsch-britische Verhältnis wurde durch diese Stellungnahme weiter belastet. Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980, S. 219 ff.

14 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

gibt nach" oder "Kleider machen Leute" oder "Mit dem Hute in der Hand kommt man durchs ganze Land" oder auch "Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte".

Im Völkerleben zumindest trifft dieses letzte Sprichwort nur ganz bedingt zu, (Und dies aus folgendem Grunde) nämlich dann, wenn sich zwei innerhalb eines Volkes aussichtslos streiten, dann kann ein Dritter, der außerhalb eines Volkes sich befindet, siegen. Im Leben der Völker untereinander werden aber immer den endgültigen Erfolg zu [*sic!*] Staaten für sich haben, die bewußt streiten, weil nur im Streit die Möglichkeit der Zunahme ihrer Kraft liegt. Es gibt kein geschichtliches Ereignis auf der Welt, das nicht von zwei Standpunkten aus beurteilt werden könnte. Immer stehen den Neutralen auf der einen Seite die Interventionisten auf der anderen gegenüber. Und immer werden im allgemeinen die Neutralen den kürzeren ziehen, während die Interventionisten eher den Erfolg für sich beanspruchen können, daferne die Partie [15] eben nicht verliert, auf die sie setzen.

Das heißt im Völkerleben folgendes: Wenn auf dieser Erde zwei Mächtige streiten, so können die umliegenden mehr oder weniger kleinen oder großen Staaten an diesem Kampf teilnehmen oder sich von ihm fernhalten. Im einen Fall ist die Möglichkeit eines Gewinns nicht ausgeschlossen, soferne die Teilnahme auf der Seite erfolgt, die den Sieg erringt. Ganz gleich aber wer siegt, niemals werden die Neutralen ein anderes Los haben als das der Feindschaft mit dem übriggebliebenen Siegerstaat. Keiner der großen Staaten der Erde ist bisher emporgestiegen durch Neutralität als Prinzip des politischen Handelns, sondern nur durch Kampf. Wenn an sich auf der Erde überragende Machtstaaten sind, bleibt kleineren Völkern gar nichts anderes übrig, als auf ihre Zukunft entweder überhaupt zu verzichten oder unter dem Schutz günstiger Koalitionen mitzufechten und die eigene Kraft dabei zu vermehren. Denn die Rolle des lachenden Dritten setzt immer voraus, daß dieser Dritte schon eine Macht hat. Wer aber stets neutral ist, wird nie zu einer Macht gelangen. Denn so sehr die Macht eines Volkes auch in seinem inneren Wert liegt, so findet sie doch ihren letzten Ausdruck in der durch den Willen dieses inneren Wertes geschaffenen organisatorischen Form der Kampfkräfte eines Volkes auf dem Schlachtfelde. Diese Form wird aber nie entstehen, wenn sie nicht von Zeit zu Zeit der praktischen Erprobung ausgesetzt wird. Die Ewigkeitswerte eines Volkes werden nur unter dem Schmiedehammer der Weltgeschichte zu jenem Stahl und Eisen, mit dem man dann Geschichte macht. Wer die Schlachten aber meidet, wird nie die Kraft erlangen, Schlachten zu schlagen. Und wer niemals Schlachten schlägt, wird nie der Erbe derjenigen sein, die im Schwertkampf miteinander ringen. Denn die bisherigen Erben der Weltgeschichte waren nicht etwa Völker feiger Neutralitätsauffassungen, sondern junge Völker des besseren Schwertes. Weder die Antike, noch die mittelalterliche, noch die neueste Zeit kennt auch (noch) nur ein Beispiel dafür, daß Machtstaaten anders entstanden wären, außer im dauernden Kampf. Die geschichtlichen Erbvölker aber sind bisher noch stets Staaten der Macht gewesen. Gewiß kann auch im Völkerleben ein Dritter der Erbe sein, wenn zwei sich streiten, aber dann ist dieser Dritte eben von vorneherein schon die Macht, die bewußt zwei andere streiten läßt, um sie dann ohne eigene große Opfer endgültig niederzuschlagen. Damit aber verliert die Neutralität den Charakter einer passiven Teilnahmslosigkeit an den Ereignissen überhaupt und nimmt statt dessen den einer bewußten politischen Operation an. Selbstverständlich wird keine kluge

15 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "sofern die Partei".

Staatsleitung einen Kampf beginnen, ohne die Größe des möglichen eigenen Einsatzes abzuwägen und zu vergleichen mit der Größe des Gegners. Allein sie wird, wenn sie die Unmöglichkeit erfaßt hat, gegen eine bestimmte Macht kämpfen zu können, dann um so mehr gezwungen sein zu versuchen, mit dieser Macht gemeinsam zu kämpfen. Denn dann kann aus diesem gemeinsamen Kampf für den bisher Schwächeren einmal die Kraft erwachsen, um, wenn notwendig, auch gegen diesen die eigenen Lebensinteressen verfechten zu können. Man sage nun ja nicht, daß damit keine Macht ein Bündnis eingehen wird mit einem Staat, der einst vielleicht selbst eine Gefahr werden könnte. Bündnisse stellen keine politischen Zwecke, sondern nur Mittel zu den Zwecken dar. Man muß sich ihrer heute bedienen, auch wenn man 1.000mal weiß, daß die spätere Entwicklung möglicherweise zum Gegenteil führen kann. Es gibt keinen Bund mit Ewigkeitsdauer. Glücklich die Völker, die infolge des vollkommenen Auseinanderliegens ihrer Interessen für eine bestimmte Zeit in ein Bundesverhältnis zu treten vermögen, ohne nach Aufhören desselben zu einem gegenseitigen Konflikt gezwungen zu sein. Immer aber wird besonders ein schwacher Staat, der aber zu Macht und Größe gelangen will, versuchen müssen, an den allgemeinen politischen Ereignissen der Weltgeschichte aktiv handelnd teilzunehmen.

Als Preußen in seinen Schlesischen Krieg[16] eintrat, da war dies auch eine verhältnismäßig nebensächliche Erscheinung neben der gewaltigen Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich, die damals bereits in vollen Fluß geraten war[17]. Vielleicht könnte man Friedrich dem Großen den Vorwurf machen, englische Kastanien aus dem Feuer geholt zu haben. Würde aber jemals das Preußen entstanden sein, mit dem ein Bismarck ein neues Deutsches Reich schaffen konnte, wenn damals auf dem Hohenzollernthron ein Fürst gesessen hätte, der in Erkenntnis der kommenden größeren Ereignisse der Weltgeschichte sein Preußen in frommer Neutralität erhalten hätte? Die drei Schlesischen Kriege haben Preußen mehr gebracht als Schlesien. Auf diesen Schlachtfeldern wuchsen jene Regimenter heran, die in der Folgezeit die deutschen Fahnen von Weißenburg und Wörth bis nach Sedan trugen[18], um endlich im Spiegelsaal des Versailler Schlosses den neuen Kaiser des neuen Reiches zu begrüßen. Wohl war damals Preußen Kleinstaat, unbedeutend an Volkszahl und Raumgröße; allein, indem dieser kleine Staat mitten hineinsprang in die großen Handlungen der Weltgeschichte, hat er sich die Legitimation geholt für die Gründung des späteren Deutschen Reiches.

Und einmal, da haben in diesem preußischen Staat auch die Neutralisten gesiegt. Das war in der Periode Napoleons I. Damals glaubte man zunächst, Preußen neutral halten zu können, und wurde später mit der furchtbarsten Niederlage dafür bestraft[19]. Und noch im Jahr 1812 standen sich die beiden Auffassungen schroff gegenüber. Die einen für Neutralität und die an-

16 Zusammenfassende Bezeichnung für die drei Kriege, welche der preußische König Friedrich II., der Große, zwischen 1740 und 1763 gegen die deutsche Kaiserin Maria Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte.

17 Bezieht sich auf den britisch-französischen Kolonialkrieg (1754-1763).

18 Vgl. Kap. VII, Anm. 22.

19 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staates um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen Friedens zu Tilsit.

deren, der Reichsfreiherr von Stein [*sic!*][20] an ihrer Spitze, für Intervention. Daß im Jahre 1812 die Neutralisten gesiegt haben, hat Preußen und Deutschland unendliches Blut (und) gekostet und unendliches Leid gebracht. Und daß endlich 1813 die Interventionisten durchdrangen, hat Preußen gerettet.

Die deutlichste Antwort auf die Meinung, daß man durch Bewahrung einer vorsichtigen Neutralität als dritte Macht politische Erfolge erringen könne, hat der Weltkrieg gegeben. Was haben die Neutralen des Weltkrieges praktisch erreicht? Waren sie etwa die lachenden Dritten? Oder glaubt man, daß bei ähnlichem Ereignis Deutschland eine andere Rolle spielen würde? Man meine doch nicht, daß nur die Größe des Weltkrieges daran schuld gewesen sei. Nein, in der Zukunft werden alle Kriege, soweit sie die großen Nationen betreffen, Volkskriege in gigantischstem Umfange sein. Deutschland aber würde bei irgendeiner europäischen Auseinandersetzung in der Zukunft als neutraler Staat keine andere Bedeutung besitzen als Holland oder die Schweiz oder Dänemark usw. im Weltkrieg. Glaubt man dann wirklich, daß wir nach den Ereignissen aus nichts heraus die Kraft besitzen würden, gegen einen übriggebliebenen Sieger die Rolle zu spielen, die wir uns im Bunde mit einem der beiden Kämpfenden nicht zu spielen getrauten?

Der Weltkrieg hat eines jedenfalls unzweideutig bewiesen: Wer in großen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen sich neutral verhält, vermag vielleicht zunächst kleine Geschäfte zu machen, er wird aber machtpolitisch damit auch endgültig von einer Mitbestimmung der Schicksale der Welt ausscheiden.

Hätte die amerikanische Union im Weltkrieg ihre Neutralität bewahrt, so würde, ganz gleich, ob England oder Deutschland als Sieger hervorgegangen wäre, die amerikanische Union heute als Macht zweiten Ranges angesehen werden. Daß sie in den Kampf eintrat[21], hat sie maritim zur Stärke Englands emporgehoben, weltpolitisch aber zu einer Macht von ausschlaggebender Bedeutung gestempelt. Die Einschätzung der amerikanischen Union seit ihrem Eintritt in den Weltkrieg ist eine vollständig andere geworden. Es liegt in der Natur der Vergeßlichkeit der Menschheit, (zu vergessen) schon nach kurzer Zeit schon [*sic!*] nicht mehr zu wissen, welche allgemeine Beurteilung ein Zustand wenige Jahre vorher gefunden hat. So wie wir aus den Reden vieler fremder Staatsmänner heute die vollkommene Außerachtlassung der früheren Größe Deutschlands herausspüren, sowenig vermögen wir umgekehrt das Ausmaß an Wertzuwachs abzuschätzen, den in unserem eigenen Urteil die amerikanische Union seit Eintritt in den Weltkrieg erfahren hat.

Dies ist auch die staatsmännisch zwingendste Begründung für den Eintritt Italiens in den Krieg gegen seine früheren Bundesgenossen[22]. Hätte Italien diesen Schritt nicht vollzogen, so würde es heute ganz gleich, wie die Würfel gefallen wären, die Rolle Spaniens teilen. Daß es den ihm so sehr verargten Schritt zu aktiver Teilnahme am Weltkrieg vollzogen hat, brachte ihm eine Steigerung in seiner Position und eine Stärkung derselben, die ihren letzten bekrö-

20 Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757-1831), 1782 preußischer Oberbergrat, 1807/08 leitender Staatsminister, 1812/13 Berater des Zaren Alexander I., 1813/14 Leiter des Zentralverwaltungsrats.

21 Am 6.4.1917 erklärten die USA als Folge des deutschen uneingeschränkten U-Boot-Kriegs Deutschland den Krieg, am 7.12.1917 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn.

22 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.

nenden Ausdruck nun im Faschismus gefunden hat. Ohne Eintritt in den Krieg wäre auch dieser eine vollkommen undenkbare Erscheinung.

Darüber kann der Deutsche verbittert oder nicht verbittert denken. Wichtig ist es, aus der Geschichte zu lernen, besonders aber dann, wenn ihre Lehren in so eindringlicher Weise zu uns sprechen.

So ist der Glaube, durch eine vorsichtige zurückhaltende Neutralität gegenüber den sich entwickelnden Auseinandersetzungen in Europa und anderwärts eines Tages als lachender Dritter die Erfolge einheimsen zu können, falsch und töricht. Überhaupt erhält man die Freiheit weder durch Betteln noch durch Mogeln, auch nicht durch Arbeit und Fleiß, sondern ausschließlich durch Kampf, und zwar durch eigenen Kampf. Es ist dabei sehr leicht möglich, daß der Wille mehr gewogen wird als die Tat. Nicht selten haben Völker im Rahmen einer klugen Bündnispolitik Erfolge erzielt, die nicht im Verhältnis zum Erfolg ihrer Waffen standen. Allein das Schicksal mißt bei einem Volk, das sich kühn einsetzt, nicht immer nach dem Umfang der Taten, sondern sehr häufig nach der Größe des Willens. Die Geschichte der italienischen Einigung des 19. Jahrhunderts ist dafür bemerkenswert. Aber auch der Weltkrieg zeigt, wie eine ganze Anzahl von Staaten weniger durch ihre militärischen (Erfolge) Leistungen, als vielmehr durch die verwegene Kühnheit, mit der sie Partei ergriffen, und durch die Beharrlichkeit, mit der sie durchgehalten hatten, außerordentliche politische Erfolge erzielen konnten.

Deutschland muß unter allen Umständen, wenn es überhaupt seine Periode der Verknechtung durch alle beenden will, versuchen, aktiv in eine Mächtekombination einzudringen, um an der machtpolitischen künftigen Gestaltung des europäischen Lebens tätig mit Anteil zu nehmen.

Der Einwand, daß eine solche Anteilnahme ein schweres Risiko in sich berge, ist richtig. Aber glaubt man denn wirklich, daß man, ohne ein Risiko zu übernehmen, überhaupt die Freiheit werde erlangen können? Oder meint man, daß es eine Tat der Weltgeschichte gegeben hat, die nicht mit einem Risiko verbunden gewesen wäre? War etwa der Entschluß Friedrichs des Großen zum Ersten Schlesischen Krieg mit keinem Risiko verknüpft? Oder war die Einigung Deutschlands durch Bismarck gefahrlos? Nein und tausendmal nein! Angefangen von der Geburt des Menschen bis zu seinem Tode ist alles fraglich. Was sicher erscheint, ist nur der Tod allein. Gerade deshalb aber ist der letzte Einsatz nicht der schwerste, da er eines Tages so oder so gefordert wird.

Natürlich ist es eine Frage der Staatsklugheit, den Einsatz so zu wählen, daß ein möglichst hoher Gewinn herauskommt. Aus Angst aber, vielleicht das falsche Pferd zu erwischen, überhaupt nicht zu setzen, heißt auf die Zukunft eines Volkes Verzicht zu leisten. Der Einwurf, daß ein solches Handeln dann den Charakter eines Vabanquespieles an sich habe, kann am leichtesten widerlegt werden durch den einfachen Hinweis auf die bisherige geschichtliche Erfahrung. Unter Vabanquespiel versteht man ein Spiel, dessen Gewinnstmöglichkeiten [*sic!*] von vorneherein nur der Bestimmung des Zufalls unterliegen. Dies wird in der Politik nie der Fall sein. Denn so sehr auch die letzte Entscheidung im Dunkel der Zukunft liegt, so sehr baut sich die Überzeugung der Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Erfolges auf menschlich erkennbare Faktoren auf. Diese Faktoren abzuwägen, ist die Aufgabe der politischen Führung des Volkes. Das Ergebnis dieser Überprüfung muß dann aber auch zu einem Entschlusse führen. Dieser Entschluß entspringt damit einer eigenen Einsicht und wird getragen vom Glauben

an den auf Grund dieser Einsicht möglichen Erfolg. Ich kann damit eine politische, entscheidungsvolle Tat nur deshalb allein, weil ihr Ausgang nicht 100prozentig sicher ist, sowenig als Vabanquespiel bezeichnen, als ich dies bei einer Operation, die von einem Arzt vorgenommen wird, tun darf, deren Ausgang ebenfalls nicht unbedingt erfolgreich sein muß. Es entsprach von jeher dem Wesen großer Männer, selbst zweifelhafte, im Erfolg unbestimmte Taten mit äußerster Energie durchzuführen, wenn die Notwendigkeit an sich vorlag und nach reiflichster Überprüfung aller Verhältnisse eben diese eine bestimmte Tat nur mehr in Frage kam.

Die Verantwortungsfreudigkeit, im Völkerringen große Entschlüsse zu fassen, wird allerdings um so höher sein, je mehr die handelnden Menschen bei Betrachtung ihres Volkes zur Überzeugung kommen können, daß selbst ein Mißerfolg die Lebenskraft der Nation nicht zerstören wird können. Denn ein innerlich kerngesundes Volk wird auf die Dauer niemals durch Niederlagen auf dem Schlachtfelde ausgelöscht werden können. Soferne also ein Volk diese seine innere Gesundheit besitzt, unter Voraussetzung einer genügenden rassischen Bedeutung, wird der Mut zu schweren Operationen ein größerer sein können, da selbst das Mißlingen derselben noch lange nicht den Untergang eines solchen Volkes bedeuten würde. Und hier hat Clausewitz[23] recht, wenn er in seinem Bekenntnisse feststellt, daß bei einem gesunden Volk eine solche Niederlage immer wieder zu einer späteren Erhebung zu führen vermag, daß aber umgekehrt nur die feige Unterwerfung, also kampflose Ergebung in das Schicksal, zur endgültigen Zerstörung führen kann[24]. Die Neutralität aber, die man heute als einzig mögliche Handlung unserem Volk anpreist, ist tatsächlich nichts anderes als die willenlose Ergebung in ein durch fremde Gewalten bestimmtes Schicksal. Und nur darin liegt das Merkmal und die Möglichkeit unseres Verfalls. Hätte demgegenüber unser Volk selbst verfehlte Versuche zur Freiheit unternommen, so würde schon in der Bekundung dieser Gesinnung ein Faktor liegen, der der Lebenskraft unseres Volkes zugute käme. Denn man sage nicht, daß es staatspolitische Klugheit sei, die uns vor solchen Schritten zurückhalte. Nein, erbärmliche Feigheit und Gesinnungslosigkeit ist es, die man in diesem Falle wie so oft in der Geschichte mit Klugheit zu verwechseln versucht. Selbstverständlich kann ein Volk unter dem Druck fremder Gewalten unter Umständen gezwungen sein, jahrelang eine fremde Unterdrückung auf sich nehmen zu müssen. Allein, sowenig ein Volk dann äußerlich gegen übermächtige Gewalten etwas Ernstliches auszurichten vermag, so sehr wird aber sein inneres Leben nach Freiheit dringen und nichts unversucht lassen, was geeignet sein könnte, den augenblicklich gegebenen Zustand eines Tages unter Einsatz der gesamten Kraft eines solchen Volkes zu ändern. Man wird dann das Joch fremder Eroberer ertragen, aber mit geballten Fäusten und knirschenden Zähnen auf die Stunde lauern, die die erste Möglichkeit gibt, sich des Tyrannen zu entledigen. So etwas kann unter dem Druck der Verhältnisse möglich sein. Was sich aber heute als staatspolitische Klugheit präsentiert, ist tatsächlich ein Geist der freiwilligen Unterwerfung, des gesinnungslosen Verzichts auf jeden Widerstand, ja der schamlosen Verfolgung derjenigen, die an einen solchen

23 Carl von Clausewitz (1780-1831), 1795 preußischer Leutnant, 1810 Major im Generalstab, 1818 Generalmajor, Verfasser kriegsgeschichtlicher Arbeiten und des Werkes "Vom Kriege".

24 Es handelt sich um Hitlers zusammenfassende Interpretation von Clausewitz' Bekenntnisschrift von 1812. Druck: Carl von Clausewitz. Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Widerstand zu denken wagen und deren Arbeit ersichtlich der Wiedererhebung ihres Volkes dienen könnte. Es ist der Geist der inneren Selbstabrüstung, der Zerstörung aller moralischen Faktoren, die einst einer Wiedererstehung dieses Volkes und Staates dienen könnten, und dieser Geist kann sich wirklich nicht als staatspolitische Klugheit aufspielen, denn er ist tatsächlich staatsvernichtende Ehrlosigkeit.

Und dieser Geist muß allerdings jeden Versuch einer aktiven Beteiligung unseres Volkes an der kommenden europäischen Entwicklung hassen, weil ja schon im bloßen Versuch einer solchen Mitwirkung die Notwendigkeit des Kampfes gegen diesen Geist liegt.

Wenn aber eine Staatsleitung von der Fäulnis dieses Geistes angegriffen erscheint, dann ist es die Aufgabe der die wirklichen Lebenskräfte eines Volkes wahrnehmenden und vertretenden und damit repräsentierenden Opposition, (die Erziehung) den Kampf für die nationale Erhebung und dadurch für die nationale Ehre auf ihre Fahnen zu schreiben. Sie darf sich dann nicht einschüchtern lassen durch die Behauptung, daß die Außenpolitik Aufgabe der verantwortlichen Staatsleitung wäre, da es eine solche verantwortliche Leitung dann längst nicht mehr gibt, sondern sie muß sich demgegenüber bekennen zur Auffassung, daß es außer (von formalen Regierungen auch ewige) den formalen Rechten der jeweiligen Regierungen ewige Verpflichtungen gibt, die jeden Angehörigen eines Volkes zwingen, für die Existenz der Volksgemeinschaft das erkannt Notwendige zu tun[25]. Auch wenn dies tausendmal im Gegensatz steht zu den Absichten schlechter und unfähiger Regierungen.

Daher hätte heute gerade in Deutschland die sogenannte nationale Opposition die höchste Verpflichtung, angesichts der Nichtswürdigkeit der allgemeinen Führung unseres Volkes ein außenpolitisch klares Ziel zu setzen und unser Volk für die Durchführung dieser Gedanken vorzubereiten und zu erziehen. Sie muß in erster Linie schärfsten Krieg ansagen der heute weit verbreiteten Hoffnung, durch tätige Mitarbeit am Völkerbund[26] an unserem Schicksal etwas ändern zu können. Überhaupt hat sie dafür zu sorgen, daß unser Volk langsam erkennt, daß man nicht die Besserung der deutschen Lage von Institutionen erwarten darf, deren Vertreter die Interessenten unseres heutigen Unglücks [*sind*]. Sie muß ferner die Überzeugung vertiefen, daß ohne Wiedererringung der deutschen Freiheit alle sozialen Hoffnungen utopistische Versprechungen ohne jeden realen Wert sind. Sie muß ferner unser Volk zur Erkenntnis bringen, daß für diese Freiheit so oder so nur der Einsatz der eigenen Kraft in Frage kommt. Daß mithin unsere gesamte Innen- und Außenpolitik eine solche sein muß, unter deren Wirksamkeit die innere Kraft unseres Volkes wächst und zunimmt. Und sie muß endlich das Volk aufklären, daß dieser Krafteinsatz für ein wirklich wertvolles Ziel erfolgen muß und daß wir zu dem Zweck nicht allein dem Schicksal entgegentreten können, sondern Verbündete nötig haben werden.

25 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 98: "Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht."

26 Vgl. Anm. 6.

[KAPITEL XI]

[DEUTSCHLANDS POLITISCHE LAGE - KEIN BÜNDNIS MIT RUSSLAND]

Für die Frage der künftigen Gestaltung der deutschen Außenpolitik ist, abgesehen von der inneren Kraft unseres Volkes, seiner charakterlichen Stärke und Einschätzung, die Größe seines möglichen militärischen Einsatzes sowie das Verhältnis dieser Machtmittel zu denen der umliegenden Staaten von ausschlaggebender Bedeutung.

Über die moralische innere Schwäche unseres Volkes von heute brauche ich mich in diesem Werke nicht weiter auszulassen. Unsere allgemeinen Schwächen, die teils blutsmäßig begründet sind, teils im Wesen unserer heutigen Staatsorganisation liegen oder dem Wirken unserer schlechten Führung zugeschrieben werden müssen, sind vielleicht weniger der deutschen Öffentlichkeit als leider der übrigen Welt nur zu gut bekannt. Ein großer Teil der Maßnahmen unserer Unterdrücker fällt auf die Erkenntnis dieser Schwächen [*sic!*]. Allein, bei aller Anerkennung der tatsächlichen Zustände darf doch nie vergessen werden, daß dasselbe Volk von heute noch vor kaum 10 Jahren geschichtlich unvergleichliche Leistungen vollbracht hat[1]. Das deutsche Volk, das augenblicklich einen so betrübenden Eindruck hinterläßt, hat nichtsdestoweniger seinen gewaltigen Wert in der Weltgeschichte öfter als einmal bewiesen. Der Weltkrieg selbst ist das ruhmvollste Zeugnis für den Heldensinn und Opfermut unseres Volkes, für seine todesmutige Disziplin und für seine geniale Fähigkeit auf tausend und abertausend Gebieten der Organisation seines Lebens. Auch seine rein militärische Führung hat unsterbliche Erfolge erzielt. Nur die politische Leitung hatte versagt. Sie war schon die Vorläuferin der heute noch um soviel schlechteren.

So mögen die inneren Qualitäten unseres Volkes heute tausendmal unbefriedigende sein, sie werden aber mit einem Schlage ein anderes Bild ergeben, sowie eine andere Faust einst den Ereignissen in die Zügel fallen wird, um unser Volk aus seinem heutigen Verfall wieder herauszuführen.

Wie wundervoll die Wandlungsfähigkeit gerade unseres Volkes ist, sehen wir an unserer Geschichte. Preußen 1806 und Preußen 1813[2]. Welch ein Unterschied. 1806 der Staat der traurigsten Kapitulation an allen Ecken und Enden, einer unerhörten Erbärmlichkeit der bürgerlichen Gesinnung, und 1813 der Staat des glühendsten Hasses gegen die Fremdherrschaft und des patriotischesten [*sic!*] Opfersinnes für das eigene Volk, des heldenmütigsten Kampfwillens für die Freiheit. Was hat sich damals nun in Wahrheit geändert? Das Volk? Nein, es ist im inneren Wesen dasselbe geblieben wie vordem, nur seine Führung war in andere Hände gekommen. Der Schwächlichkeit der preußischen Staatsleitung in der nachfriderizianischen Periode, der verknöcherten und veralteten Führung des Heeres war nun ein neuer Geist gefolgt. Freiherr von Stein [*sic!*] und Gneisenau[3], Scharnhorst[4], Clausewitz und Blücher[5] wa-

1 Hinweis auf das Entstehungsjahr des Dokuments.
2 Vgl. Kap. VIII, Anm. 45.
3 August Neidhart (seit 1814 Graf) von Gneisenau (1760-1831), 1786 preußischer Leutnant, 1809 Oberst, Mit-

ren die Repräsentanten des neuen Preußens. Und die Welt hat in wenigen Monaten wieder vergessen gehabt, daß dieses Preußen 7 Jahre vordem ein Jena[6] erlebte.

Und war es etwa vor der neuen Reichsgründung anders? Noch kaum ein Jahrzehnt hatte genügt, um aus dem deutschen Verfall, der deutschen Uneinigkeit und der allgemeinen politischen Ehrlosigkeit ein neues Reich hervorgehen zu lassen, das die kraftvollste Verkörperung deutscher Macht und Herrlichkeit in den Augen vieler zu sein schien. Ein einziger überragender Kopf hat im Kampf gegen die Mittelmäßigkeit der Majoritäten dem deutschen Genius wieder die Freiheit seiner Entwicklung gegeben. Man denke sich Bismarck hinweg aus unserer Geschichte, und nur die erbärmliche Mittelmäßigkeit würde die Zeit ausfüllen, die für unser Volk die glorreichste seit Jahrhunderten gewesen ist.

So wie das deutsche Volk in wenigen Jahren von seiner unerhörten Größe durch die Mittelmäßigkeit seiner Führung heruntergestürzt werden konnte in sein heutiges Chaos, so kann es durch eine eiserne Faust auch wieder emporgerissen werden. Sein innerer Wert wird dann vor aller Welt so sichtbar in Erscheinung treten, daß schon die Tatsache seiner Existenz zu seiner Beachtung und Einschätzung dieses Faktums zwingen muß.

Wenn dieser Wert aber zunächst ein schlummernder ist, dann ist es erst recht notwendig, sich über den augenblicklich vorhandenen realen Machtwert Deutschlands Klarheit zu verschaffen.

Ich habe schon versucht, ein kurzes Bild des augenblicklichen deutschen militärischen Machtinstruments, der Reichswehr, zu zeichnen[7]. Ich will an dieser Stelle die allgemeine militärische Lage Deutschlands im Verhältnis zur umliegenden Welt skizzieren.

Deutschland ist zur Zeit von drei Machtfaktoren oder Machtgruppen umgeben. England, Rußland und Frankreich sind augenblicklich die militärisch bedrohlichsten Anrainer Deutschlands. Dabei erscheint die französische Macht gestärkt durch ein System europäischer Bündnisse, das von Paris aus über Warschau[8], Prag nach Belgrad reicht[9].

---

glied der Militär-Reorganisationskommission, 1813 Generalmajor, als Nachfolger Scharnhorsts Generalquartiermeister der Schlesischen Armee, 1816 Abschied als General.

4 Gerhard (seit 1804 von) Scharnhorst (1755-1813), 1778 hannoverscher Fähnrich, 1801 preußischer Oberstleutnant, 1807 Direktor des Kriegsdepartements, Vorsitzender der Militär-Reorganisationskommission, Chef des Generalstabs, 1813 Generalleutnant, Generalquartiermeister der Schlesischen Armee.

5 Gebhard Leberecht (seit 1814 Fürst Blücher von Wahlstatt) von Blücher (1742-1819), 1761 preußischer Leutnant, 1773 Abschied als Rittmeister, 1801 Generalleutnant, 1813 Befehlshaber der Schlesischen Armee, Generalfeldmarschall.

6 Vgl. Kap. X, Anm. 19.

7 Vgl. Kap. VIII, S. 67, 70 ff.

8 Anspielung auf das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten. Der Vertrag umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Defensivkrieg, deren technische und operative Details am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert wurden. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und die weitgehende außenpolitische Isolation Polens beeinträchtigten jedoch den Wert dieser Allianz. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

9 Gemeint ist die "Kleine Entente", ein von Frankreich gestütztes System bilateraler Defensivverträge zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1929: Jugoslawien) zur Sicherung des durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo in der Donauregion. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Deutschland liegt zwischen diesen Staaten mit vollständig offenen Grenzen eingekeilt. Das besonders Bedrohliche dabei ist, daß die Westgrenze des Reiches durch Deutschlands größtes Industriegebiet verläuft. (Daß weiter die Küstenlinie schutzlos dem gesamten Überseehandel auf wenige) Diese Westgrenze bietet aber auch infolge ihrer Länge und des Mangels aller wirklichen natürlichen Hindernisse nur wenig Möglichkeiten zu einer Verteidigung durch einen Staat, dessen militärische Machtmittel auf das alleräußerste begrenzt erscheinen. (Der Versuch, den Rhein als eine militärische Widerstandslinie) Auch der Rhein kann nicht als eine militärisch wirkungsvolle Widerstandslinie aufgefaßt werden. Nicht nur, daß Deutschland die Möglichkeit durch die Friedensverträge genommen ist, die notwendigen technischen Vorbereitungen hiefür zu treffen[10], bietet der Strom selbst dem Übergang modern ausgerüsteter Armeen um so weniger Hindernisse, als die geringen Mittel einer deutschen Abwehr auf eine zu lange Front verzettelt werden müßten. Dazu kommt noch, daß dieser Strom, durch Deutschlands größtes Industriegebiet läuft und mithin ein Kampf um ihn von vorneherein die Vernichtung der technisch für die Nationalverteidigung wichtigsten Industrieorte und Fabriken bedeuten würde. Käme aber infolge eines deutsch-französischen Konflikts die Tschechoslowakei als weiterer Gegner für Deutschland in Frage, dann wäre ein zweites großes Industriegebiet, das der Kriegführung industriell dienen könnte, der höchsten Kriegsgefahr ausgesetzt: Sachsen. Auch hier läuft die Grenze natürlich ungeschützt bis herunter nach Bayern, so weit und offen, daß ein erfolgversprechender Widerstand kaum in Frage käme. Würde an einem solchen Kampfe auch Polen teilnehmen, dann wäre weiter die gesamte Ostgrenze, abgesehen von wenigen ungenügenden Festungswerken, ebenfalls schutzlos dem Angriff geöffnet.

Während also einerseits die deutschen Grenzen militärisch ungeschützt und offen in langen Linien von Gegnern umsäumt sind, ist besonders unsere Nordseeküste klein und beengt. Die maritimen Machtmittel zu ihrem Schutz sind lächerliche und an sich vollständig wertlose. Das Kriegsschiffmaterial, das wir heute unser eigen nennen, ist angefangen von unseren sogenannten Schlachtschiffen höchstens Scheibenmaterial für feindliche Schießübungen. Den paar neuerbauten, an sich modernen leichten Kreuzern kommt ein ausschlaggebender, ja auch nur irgendwie in Erscheinung tretender Wert nicht zu[11]. Selbst für die Ostsee ist die uns zugestandene Flotte ungenügend. Alles in allem ist der einzige Wert unserer Flotte höchstens der einer schwimmenden Schießschule[12].

---

10 Artikel 180 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte fest, daß "alle befestigten Anlagen, Festungen und festen Plätze zu Lande, die auf deutschem Gebiete westlich einer Linie in 50 km Abstand östlich des Rheines liegen, [...] abgerüstet und geschleift" würden. Artikel 42 und 43 verboten die Neuanlage jeglicher militärischer Befestigung sowie den Aufenthalt von deutschen Streitkräften in dieser Zone. Druck: RGBl. 1919, S. 767 ff., 935 ff.

11 Artikel 190 des Versailler Friedensvertrags ließ Ersatzbauten für die dem Deutschen Reich zugestandenen Kriegsschiffe zu. Die nach den dort niedergelegten Vorgaben gebauten Kreuzer "Emden" (Stapellauf 1925), "Königsberg" (Stapellauf 1927), "Karlsruhe" (Stapellauf 1927) und "Köln" (Stapellauf 1928) besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 6.000 t und eine Geschwindigkeit von 32 Sm/h, die "Emden" von 29 Sm/h. Die "Emden" besaß eine Hauptbewaffnung von acht 15 cm-Kanonen und vier Torpedorohren, die übrigen Kreuzer eine Hauptbewaffung von jeweils neun 15 cm-Kanonen und zwölf Torpedorohren. Druck: RGBl. 1919, S. 949 ff. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXVI. Jahrgang 1930, hrsg. von Bruno Weyer, München 1930, S. 6 ff.

12 Auf die damals hochaktuelle Frage des Panzerschiffs geht Hitler hier nicht ein. Auch in der Studie Wolfgang Wackers (Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959) spielt die Haltung der NSDAP

Damit ist im Falle eines Konfliktes mit irgendeiner Seemacht nicht nur der deutsche Handel augenblicklich beendet, sondern auch die Gefahr von Landungen gegeben.

Die ganze Ungunst unserer militärischen Lage ergibt sich dabei noch aus folgender Betrachtung:

Die Reichshauptstadt Berlin ist von der polnischen Grenze knapp 175 km entfernt. Sie liegt von der nächsten tschechischen Grenze knapp 190 km, ebensoweit ist die Luftlinie nach Wismar und zum Stettiner Haff. Das heißt also, daß von diesen Grenzen aus Berlin mit modernen Flugzeugen in noch nicht einmal 1 Stunde erreicht werden kann. Zieht man in 60 km Entfernung östlich des Rheines eine Linie, so liegt innerhalb ihr [*sic!*] fast das gesamte westdeutsche Industriegebiet. Von Frankfurt bis Dortmund gibt es kaum einen größeren deutschen Industrieort, der nicht innerhalb dieser Zone liegt. Solange Frankreich einen Teil des linken Rheinufers besetzt hat[13], ist es damit in der Lage, in kaum 30 Minuten durch Flugzeuge bis in das Herz unseres westdeutschen Industriegebietes vorzustoßen[14]. Ebensoweit wie Berlin von der polnischen und tschechischen Grenze liegt München von der tschechischen Grenze entfernt. Tschechische Militärflugzeuge würden ungefähr 60 Minuten brauchen, um München zu erreichen, 40 Minuten um Nürnberg, 30 Minuten um Regensburg zu erreichen, ja selbst Augsburg liegt erst 200 km von der tschechischen Grenze entfernt und könnte mithin mit heutigen Flugzeugen ebenfalls in knapp einer Stunde leicht erreicht werden[15]. Fast ebensoweit, als aber Augsburg in der Luftlinie von der tschechischen Grenze entfernt ist, ist seine Entfernung von der französischen Grenze. Von Augsburg bis Straßburg ist die Luftlinie 230 km, bis zur nächsten französischen Grenze aber nur 210 km. Damit liegt auch Augsburg innerhalb einer Zone, die im Verlauf von einer Stunde von feindlichen Flugzeugen erreicht werden kann. Ja, wenn wir die deutsche Grenze von diesem Gesichtspunkt aus untersuchen, dann stellt sich heraus, daß innerhalb einer Stunde Flugzeit erreicht werden kann: Das gesamte Industriegebiet im

eine geringe Rolle (vgl. S. 32, Anm. 82 und S. 69). Die Reichstagsabgeordneten der NSDAP stimmten für den Neubau, aber in seiner Rede auf einer Versammlung der NSDAP in München am 10.10.1928 sagte Hitler über diesen Schiffstyp: "Ein 10.000-Tonnen-Schiff bedeutet heute gegenüber den bis zu 38.000-Tonnen-Schlachtkreuzern der Weltmächte gar nichts." Druck: Bd. III/1, Dok. 34. Diese Bewertung der Panzerschiffe erklärt die vorliegende Textstelle.

13 Erst mit der Annahme des seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeiteten Young-Plans durch den Reichstag am 12.3.1930 wurde die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis zum 1.7.1930 zugesichert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 428 ff.

14 Die französische Luftwaffe wurde 1925 als "stärkste Luftmacht der Erde" eingeschätzt. Die Friedensstärke betrug damals 42 Aufklärungs-, 32 Jagd-, 20 Tagbomber-, und 12 Nachtbomberstaffeln mit zusammen 1.549 Flugzeugen 1. Linie. Die eingesetzten Flugzeugtypen wie z. B. der Aufklärer Henry Potez 25 A/2, das Jagdflugzeug Devoitine C 1 oder der Bomber Farman B 4 repäsentierten den Höchststand moderner Flugzeugtechnik.
Von diesen Verbänden war die 5. Gemischte Luftbrigade mit sechs Aufklärungs-, drei Jagd- und acht Tagbomberstaffeln in Mainz, Wackernheim und Neustadt a. d. H. stationiert. Vgl. von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von von Oertzen, Berlin 1926, S. 231 ff.

15 1927 umfaßte die tschechoslowakische Luftwaffe 375 Flugzeuge, die auf zehn Jagd-, zwölf Aufklärungs-, zwei Tagbomber- und eine Nachtbomberstaffel verteilt waren. Die technischen Leistungen der tschechoslowakischen Flugzeuge - wie das Jagdflugzeug Avia B. H. 21 (Höchstgeschwindigkeit: 270 km/h) oder der Bomber Aero A-24 (Höchstgeschwindigkeit: 195 km/h) - entsprachen den damaligen Spitzenwerten der internationalen Militärluftfahrt. Vgl. Olaf Groehler, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1980, Berlin (Ost) 1981, S. 174 ff, sowie All the world's aircraft of 1927, S. 46a ff., 90b ff.

Westen Deutschlands einschließlich Osnabrück, Bielefeld, Kassel, Würzburg, Stuttgart, Ulm, Augsburg. Im Osten: München, Augsburg, Würzburg, Magdeburg, Berlin, Stettin. Mit anderen Worten, es gibt bei der heutigen Lage der deutschen Grenzen nur mehr ein ganz kleines, wenige Quadratkilometer umfassendes Gebiet, das nicht innerhalb der ersten Stunde bereits den Besuch feindlicher Flugzeuge erhalten könnte.

Als gefährlichster Gegner kommt dabei Frankreich in Betracht, weil dieses dank seiner Bündnisse allein in der Lage ist, schon eine Stunde nach Ausbruch eines Konflikts fast ganz Deutschland mit Flugzeugen bedrohen zu können.

Die militärischen Gegenwirkungen Deutschlands gegen die Anwendung dieser Waffe sind zur Zeit alles in allem genommen gleich Null.

Schon diese einzige Betrachtung zeigt die trostlose Lage, in die ein deutscher Widerstand auf sich selbst allein gestellt, gegen Frankreich sofort geraten müßte. Wer selbst im Felde den Einwirkungen feindlicher Fliegerangriffe oft ausgesetzt gewesen ist, weiß am besten besonders die moralischen Wirkungen abzuschätzen, die davon ausgehen.

Aber auch Hamburg und Bremen, überhaupt unsere gesamten Küstenstädte würden heute diesem Schicksale nicht mehr entgehen, seit die großen Marinen durch Flugzeugmutterschiffe [16] die Möglichkeit besitzen, schwimmende Landungsplätze in große Küstennähe bringen zu können.

Allein nicht nur Flugzeugangriffen hat Deutschland heute keine technisch wirksamen Waffen in genügendem Umfange entgegenzusetzen. Auch sonst ist die rein technische Ausrüstung unserer kleinen Reichswehr der unserer Gegner aussichtslos unterlegen [17]. Der Mangel an schwerer Artillerie würde noch leichter verschmerzt werden können als der Mangel einer wirklich erfolgversprechenden Abwehrmöglichkeit gegen die Tankwaffen. Wenn Deutschland heute gegen Frankreich und seine Verbündeten in einen Krieg hineingestoßen würde, ohne daß es vorher in der Lage wäre, wenigstens die allernotwendigsten Vorbereitungen einer Abwehr treffen zu können, dann würde in wenigen Tagen auf Grund der rein technischen Überlegenheit unserer Gegner die Entscheidung gefallen sein. Im Kampfe selbst könnten die Maßnahmen nicht mehr vorbereitet werden, die zur Abwehr eines solchen feindlichen Angriffs erforderlich wären.

Auch die Meinung, durch improvisatorische Mittel wenigstens eine gewisse Zeit lang Widerstand leisten zu können, ist falsch, denn zu diesen Improvisationen braucht man eben schon eine gewisse Zeit, die aber im Falle eines Konflikts nicht mehr gegeben erscheint. Denn die

16 Erste Versuche, Kriegsschiffe als Start- und Landeplatz für Flugzeuge einzusetzen, unternahm die amerikanische Kriegsmarine im Jahr 1910. 1928 verfügte Großbritannien über sechs einsatzbereite Flugzeugträger mit bis zu 36 Flugzeugen pro Träger, die USA über vier Flugzeugträger mit max. 72 Flugzeugen, Frankreich über einen größeren (max. 30 Flugzeuge) und zwei kleine Flugzeugträger sowie Japan über vier Flugzeugträger mit max. 50 Flugzeugen. Die Sowjetunion, Italien, Spanien und Schweden besaßen je einen Flugzeugträger bzw. ein Flugzeugmutterschiff. Vgl. Hans-Joachim Mau und Charles E. Schrell, Flugzeugträger, Trägerflugzeuge, Berlin 1991 sowie Taschenbuch der Kriegsflotten. XXIV. Jahrgang 1928. Hrsg. von Bruno Weyer, München 1928, S. 36 ff., 58 f., 76 f., 92 f., 131, 141, 154 f.

17 Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legten Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff. Zu den Versuchen, diese Beschränkungen zu umgehen und geheim aufzurüsten vgl. Anm. 31.

Ereignisse würden schneller rollen und Tatsachen dabei schaffen, als daß uns noch die Zeit übrig bliebe, gegen diese Ereignisse Gegenmaßnahmen zu organisieren.

Daher können wir auch die außenpolitischen Möglichkeiten von was auch immer für einer Seite betrachten, ein Fall scheidet für Deutschland grundsätzlich aus: Man wird niemals gestützt nur auf die eigenen militärischen Machtmittel gegen die zur Zeit in Europa mobilisierten Kräfte vorzugehen vermögen. Jede Kombination, die Deutschland, ohne ihm vorher die Möglichkeit einer gründlichen Vorbereitung zu geben, in Konflikt mit Frankreich, England, Polen, Tschechoslowakei usw. bringt, fällt damit weg.

Diese grundsätzliche Erkenntnis ist deshalb wichtig, weil es bei uns in Deutschland auch heute noch gutgesinnte nationale Männer gibt, die in allem Ernste glauben, für ein Zusammengehen mit Rußland eingehen [*sic!*] zu müssen [18].

Schon rein militärisch betrachtet, ist ein solcher Gedanke undurchführbar oder für Deutschland verhängnisvoll.

So wie vor dem Jahre 1914 können wir auch heute als unbedingt feststehend immer annehmen, daß bei jedem Konflikt, in den Deutschland verwickelt wird, ganz gleich aus welchen Gründen heraus und ganz gleich aus welchen Veranlassungen, Frankreich immer unser Gegner sein wird. Mögen in der Zukunft was immer für europäische Kombinationen auftreten, so wird Frankreich stets an der Deutschland feindlichen mitwirken. Es liegt dies im traditionell verankerten Sinn der französischen Außenpolitik [19]. Es ist falsch zu glauben, daß der Kriegsausgang daran etwas geändert hat. Im Gegenteil. Der Weltkrieg hat für Frankreich nicht die restlose Erfüllung des ihm vorschwebenden Kriegszieles erbracht [20]. Denn dieses Ziel war keineswegs nur die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, sondern im Gegenteil, Elsaß-Lothringen selbst stellt nur einen kleinen Schritt in der Richtung nach dem französischen außenpolitischen Ziel dar. Daß der Besitz von Elsaß-Lothringen keineswegs die aggressiven, gegen Deutschland gerichteten Tendenzen der französischen Politik aufhebt, beweist am schlagendsten die Tatsache, daß ja auch in der Zeit, in der Frankreich Elsaß-Lothringen schon besaß, nichtsdestoweniger die gegen Deutschland gerichtete Tendenz der französischen außenpolitischen Einstellung vorhanden war. Das Jahr 1870 hat klarer gezeigt, was Frankreich im letzten Grunde beabsichtigt, als das Jahr 1914. Damals fühlte man keine Veranlassung, den offensiven Charakter der französischen Außenpolitik zu verschleiern. Im Jahre 1914 aber hielt man es, vielleicht gewitzigt durch die Erfahrungen, vielleicht auch beeinflußt durch England, für richtiger, allgemeine Menschheitsideale auf der einen Seite aufzustellen und auf der anderen sein Ziel auf Elsaß-Lothringen zu beschränken. Diese taktischen Rücksichten bedeuten damit aber nicht im geringsten eine innere Abkehr von den einstigen Zielen der französischen Außenpolitik, sondern nur eine Verschleierung derselben. Nach wie vor ist der leitende Gedanke

---

18 Gerade bei deutschen Industriellen, aber auch hohen Vertretern von Reichswehr und Diplomatie besaß die vielfältige Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion teilweise großen Rückhalt. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

19 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

20 Zu den Kriegszielen Frankreichs im Ersten Weltkrieg vgl. David Stevenson, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

der französischen Außenpolitik der der Eroberung der Rheingrenze, wobei man als besten Schutz dieser Grenze die Zerfetzung Deutschlands in möglichst lose zueinander stehende Einzelstaaten ansieht. Daß diese dadurch erreichte europäische Sicherung Frankreichs der Erfüllung größerer weltpolitischer Ziele dienen soll, endet[21] nichts daran, daß für Deutschland diese französischen kontinentalpolitischen Absichten eine Frage über Leben und Tod sind.

Tatsächlich hat ja auch Frankreich nie an einer Koalition teilgenommen, bei der irgendwie deutsche Interessen mit gefördert worden wären. In den letzten 300 Jahren ist Deutschland insgesamt bis zum Jahre 1870 29mal von Frankreich überfallen worden. Eine Tatsache, die Bismarck bewog, am Abend der Schlacht von Sedan dem französischen General Wimpffen auf das schärfste entgegenzutreten, als dieser versuchte, Milderungen der Kapitulationsbedingungen zu erreichen[22]. Es war damals Bismarck, der auf die Äußerung, Frankreich würde ein Entgegenkommen Deutschlands nicht vergessen, sondern in aller Zukunft eine dankbare Erinnerung bewahren, sofort auffuhr und dem französischen Unterhändler die harten, nackten Tatsachen der Geschichte entgegenhielt, indem er dem Sinne nach betonte, daß Frankreich Deutschland in den letzten 300 Jahren so oft angegriffen habe, ganz gleich von welchen Regierungssystemen es beherrscht gewesen sei, daß er auch für alle Zukunft die Überzeugung habe, daß ganz gleich, wie die Kapitulation formuliert würde, Frankreich Deutschland sofort erneut anfallen werde, sowie es sich seiner durch eigene Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen dazu stark genug fühle.

Bismarck hat die französische Mentalität damit richtiger eingeschätzt als unsere heutigen politischen Leiter Deutschlands. Er konnte dies auch tun, weil er, der selbst ein politisches Ziel im Auge hatte, auch inneres Verständnis für die politische Zielsetzung anderer besitzen konnte. Für Bismarck stand die Absicht der französischen Außenpolitik klar fest. Unseren heutigen sogenannten Staatsmännern aber ist sie unverständlich, weil ihnen auch selbst jeder klare politische Gedanke fehlt.

Hätte übrigens Frankreich anläßlich seines Eintritts in den Weltkrieg nur die Absicht einer Wiedererringung Elsaß-Lothringens als bestimmendes Ziel gehabt, dann würde die Energie der französischen Kriegführung nicht annähernd so gewesen sein, wie sie war. Besonders die politische Leitung aber hätte sich dann nicht zu einer Entschlußkraft durchgerungen, die während mancher Situationen während des Weltkrieges der höchsten Bewunderung würdig erscheint. Es lag aber im Wesen dieses größten Koalitionskrieges aller Zeiten, daß eine restlose Erfüllung aller Wünsche um so weniger möglich war, als die inneren Interessen der an ihm teilnehmenden Nationen selbst sehr große Gegensätze aufzuweisen hatten. (Den französ. Wunsch) Der französischen Absicht einer vollständigen Auslöschung Deutschlands in Europa stand immer noch der englische Wunsch entgegen, eine französische unbedingte Hegemoniestellung genauso zu verhindern wie eine solche Deutschlands.

Vgl. ferner Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437, hier S. 434.

21 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "ändert".

22 Das Gespräch zwischen Bismarck und dem französischen General Emanuel Felix Freiherr von Wimpffen hatte am 1.9.1870 anläßlich der Kapitulationsverhandlungen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 stattgefunden. Vgl. Heinrich Poschinger (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille, Bd. II, Stuttgart 1898, S. 42 ff.

Wichtig für die Beschneidung der französischen Kriegsabsichten war dabei, daß der deutsche Zusammenbruch unter Formen erfolgte, die die ganze Größe der Katastrophe der Öffentlichkeit zunächst noch nicht zum vollen Bewußtsein kommen ließen. Man hatte in Frankreich den deutschen Grenadier in einer Weise kennengelernt, daß man nur mit Bedenken einer Möglichkeit entgegenzublicken vermochte, die vielleicht Frankreich gezwungen haben würde, allein für die Erfüllung seines letzten politischen Zieles einzutreten. Als man später aber unter dem Eindruck der nun allgemein sichtbar gewordenen inneren Niederlage Deutschlands zu solchem Handeln entschlossen gewesen wäre, da hatte sich die Kriegspsychose der anderen Welt doch schon so weit gelegt, daß ohne Widerspruch von seiten der bisherigen Verbündeten eine alleinige Aktion Frankreichs von so großen Schlußabsichten nicht mehr durchgeführt hätte werden können.

Damit ist aber nun nicht gesagt, daß Frankreich auf sein Ziel verzichtet. Im Gegenteil, es wird beharrlich wie bisher versuchen, in der Zukunft zu erreichen, was die Gegenwart verhinderte. Frankreich wird auch in aller Zukunft, sobald es sich aus eigener Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen dazu fähig fühlt, Deutschland aufzulösen trachten sowie das Rheinufer zu besetzen suchen, um auf diese Weise die französische Kraft an anderen Stellen im Rücken unbedroht einsetzen zu können. Daß dabei Frankreich nicht im geringsten in seinen Absichten irritiert wird durch Änderungen der deutschen Regierungsformen, ist um so verständlicher, als das französische Volk selbst ja auch ohne Rücksicht auf seine jeweiligen Verfassungen gleichmäßig seinen außenpolitischen Ideen anhängt. Ein Volk, das selbst ganz ohne Rücksicht darauf, ob es Republik oder Monarchie, bürgerliche Demokratie oder jakobinischen Terror zum Regenten hat, immer ein bestimmtes außenpolitisches Ziel verfolgt, wird kein Verständnis dafür besitzen, daß ein anderes Volk vielleicht durch den Wechsel seiner Regierungsformen auch einen Wechsel seiner außenpolitischen Ziele vornehmen könnte. Daher wird sich an der Einstellung Frankreichs zu Deutschland auch nichts ändern, ganz gleich ob in Deutschland ein Kaiserreich oder eine Republik die Nation vertritt, oder ob selbst (ein) sozialistischer Terror den Staat beherrschen würde.

Selbstverständlich steht Frankreich den inneren deutschen Vorgängen nicht gleichgültig gegenüber, allein seine Einstellung wird dabei nur bestimmt von der Wahrscheinlichkeit eines größeren Erfolges, also einer Erleichterung seines außenpolitischen Handelns durch eine bestimmte deutsche Regierungsform. Frankreich wird Deutschland die Verfassung wünschen, die für Frankreich den wenigsten Widerstand bei der Vernichtung Deutschlands erwarten läßt. Wenn daher die deutsche Republik als besonderes Zeichen ihres Wertes die französische Freundschaft anzuführen versucht, dann ist dies in Wirklichkeit das vernichtendste Armutszeugnis für sie. Denn nur weil sie dann von Frankreich als arm an Werten für Deutschland angesehen wird, wird sie in Paris begrüßt. Keineswegs aber ist damit gesagt, daß Frankreich dieser deutschen Republik anders gegenübertreten wird als analogen Schwächezuständen unseres staatlichen Daseins in vergangenen Zeiten. Man liebte an der Seine immer mehr die deutsche Schwäche als die deutsche Stärke, weil sie einen leichteren Erfolg der außenpolitischen Tätigkeit Frankreichs zu gewährleisten schien.

Diese französische Tendenz wird auch keineswegs abgeändert werden durch die Tatsache, daß das französische Volk einen Raummangel nicht besitzt. Denn in Frankreich ist seit Jahrhunderten die Politik am wenigsten durch rein wirtschaftliche Nöte bestimmt worden als viel-

mehr durch Momente des Gefühls. Frankreich ist ein klassisches Beispiel dafür, daß der Sinn einer gesunden Bodeneroberungspolitik auch leicht ins Gegenteil ausschlagen kann, sowie völkische Grundsätze dabei nicht mehr bestimmend sind und an ihre Stelle dafür sogenannte staatlich-nationale treten. Der französisch-nationale Chauvinismus hat sich von völkischen Gesichtspunkten so weit entfernt, daß man um der Befriedigung eines reinen Machtkitzels willen das eigene Blut vernegern läßt, nur um zahlenmäßig den Charakter einer "Grandnation" [*sic!*] aufrechtzuerhalten. Frankreich wird daher auch so lange ein ewiger Weltstörenfried sein, solange nicht eines Tages eine entscheidende und gründliche Belehrung dieses Volkes vorgenommen wird. Im übrigen hat niemand besser den Charakter der französischen Eitelkeit charakterisiert als Schopenhauer mit seinem Ausspruch: "Afrika hat seine Affen und Europa seine Franzosen[23]."

Aus dieser Mischung von Eitelkeit und Größenwahn hat die französische Außenpolitik stets ihren inneren Antrieb erhalten. Wer will in Deutschland hoffen und erwarten, daß, je mehr Frankreich infolge seiner allgemeinen Verniggerung dem vernünftigen klaren Denken entfremdet wird, es dennoch eines Tages einen Wandel seiner Gesinnung und seiner Absichten gegen Deutschland vornehmen werde?

Nein, ganz gleich, wie die nächste Entwicklung in Europa verlaufen wird, immer wird Frankreich dabei versuchen, unter Ausnützung der jeweiligen deutschen Schwäche und aller ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen und militärischen Möglichkeiten uns Schaden zuzufügen und unser Volk zu entzweien, um es endlich wieder zu einer vollkommenen Auflösung bringen zu können.

Damit verbietet sich für Deutschland aber von selbst jede europäische Koalition, die nicht eine Bindung Frankreichs bedeutet.

An sich ist der Glaube an eine deutsch-russische Verständigung phantastisch, solange in Rußland ein Regiment herrscht, das von dem einzigen Bestreben erfüllt ist, die bolschewistische Vergiftung auf Deutschland zu übertragen[24]. Wenn daher kommunistische Elemente für ein deutsch-russisches Bündnis agitieren[25], dann ist dies natürlich. Mit Recht hoffen sie dabei, Deutschland selbst dem Bolschewismus zuführen zu können. Unverständlich ist es aber, wenn nationale Deutsche glauben, zu einer Verständigung mit einem Staat gelangen zu können, dessen höchstes Interesse die Vernichtung gerade dieses nationalen Deutschland mit ist. Es ist selbstverständlich, daß, wenn heute ein solches Bündnis endgültig zustande käme, sein Ergebnis die restlose Herrschaft des Judentums in Deutschland genauso sein würde wie in Rußland. Die Meinung, mit diesem Rußland einen Kampf gegen die kapitalistische, westeuropäische Welt aufführen zu können, ist ebenfalls unverständlich. Denn erstens ist das heutige Rußland alles andere eher als ein antikapitalistischer Staat. Es ist allerdings ein Land, das seine eigene nationale Wirtschaft vernichtet hat, aber doch nur, um dem internationalen Finanz-

23 "Die andern Welttheile haben Affen; Europa hat Franzosen. Das gleicht sich aus." Vgl. Aus Arthur Schopenhauer's handschriftlichem Nachlaß. Hrsg. von Julius Frauenstädt, Leipzig 1864, S. 386.

24 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 321 ff.

25 Die KPD trat für eine enge Verbindung Deutschlands mit der Sowjetunion ein und hatte im Reichstag dem deutsch-sowjetischen Neutralitätsabkommen vom 24.4.1926 zugestimmt. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985, S. 191, 290 f.

kapital die Möglichkeit einer absoluten Beherrschung zu gewähren[26]. Würde dies nicht so sein, wie käme denn dann aber zweitens geradezu[27] kapitalistische Welt in Deutschland dazu, für ein solches Bündnis Stellung zu nehmen? Es sind doch die jüdischen Presseorgane der ausgesprochensten Börseninteressen, die in Deutschland für ein deutsch-russisches Bündnis eintreten. Glaubt man wirklich, daß das Berliner Tagblatt[28] oder die Frankfurter Zeitung[29] und daß alle ihre illustrierten Blätter[30] in mehr oder minder offener Form für das bolschewistische Rußland sprechen, weil dieses ein antikapitalistischer Staat sei? Es ist immer ein Fluch, wenn in politischen Dingen der Wunsch zum Vater des Gedankens wird.

Allerdings wäre es denkbar, daß in Rußland selbst ein innerer Wandel innerhalb der bolschewistischen Welt insoferne eintritt, als das jüdische Element vielleicht durch ein mehr oder minder russisches, nationales verdrängt werden könnte. Dann wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß das heutige in Wirklichkeit jüdisch-kapitalistische Bolschewikenrußland zu (einem) national-antikapitalistischen Tendenzen getrieben würde. In diesem Falle, der vielleicht sich in manchem anzuzeigen scheint, wäre es dann allerdings denkbar, daß der westeuropäische Kapitalismus ernstlich gegen Rußland Stellung nimmt. Allein, auch dann wäre ein Bündnis Deutschlands mit diesem Rußland ein voller Wahnsinn. Denn die Meinung, einen solchen Bund irgendwie geheimhalten zu können, ist ebenso unbegründet als die Hoffnung, durch militärische Vorbereitungen in der Stille sich für die Auseinandersetzung zu rüsten.

Es gäbe dabei wirklich nur zwei Möglichkeiten: Entweder dieser Bund würde von der dann gegen Rußland auftretenden westeuropäischen Welt als eine Gefahr angesehen oder nicht. Wenn ja, dann weiß ich nicht, wer wohl im Ernste glaubt, daß uns die Zeit bliebe zu Rüstungen, die wenigstens für die ersten 24 Stunden einen Zusammenbruch zu verhindern geeignet wären. Oder glaubt man wirklich im Ernst, daß dann Frankreich abwarten würde, bis wir unsere Luftabwehr und Tankabwehr ausgebaut hätten? Oder glaubt man, daß dies geheim geschehen könnte in einem Land, in dem der Verrat nicht mehr als schamlose, sondern als bewunde-

26 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

27 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "gerade die".

28 Das "Berliner Tageblatt" wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur 1906 Theodor Wolff geworden war, stand während der Weimarer Republik der DDP nahe. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

29 Die "Frankfurter Zeitung" geht zurück auf die seit 1856 erscheinende "Frankfurter Handelszeitung", seit November 1866 "Frankfurter Zeitung und Handelsblatt". Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die "Frankfurter Zeitung" schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitung in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die "Frankfurter Zeitung", deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000 Exemplaren. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

30 Gemeint sind offenbar die Zeitschriften "Berliner Illustrirte Zeitung" und "Das Illustrierte Blatt", Frankfurt a. M., die von den Verlagen des "Berliner Tageblatts" bzw. der "Frankfurter Zeitung" herausgegeben wurden.

rungswürdige, mutige Tat gilt[31]? Nein, wenn Deutschland wirklich heute mit Rußland einen Bund gegen Westeuropa schließen wollte, dann würde morgen Deutschland wieder zum historischen Schlachtfeld geworden sein. Und dann gehört eine ganz seltene Phantasie dazu, sich einzubilden, daß Rußland Deutschland irgendwie, ich weiß nicht auf welchem Wege, zu Hilfe kommen könnte. Der einzige Erfolg eines solchen Handelns wäre, daß Rußland der Katastrophe vielleicht noch auf eine gewisse Zeit dadurch auskäme [*sic!*], indem sie zunächst über Deutschland hereinbräche. Einen populäreren Anlaß für einen solchen Kampf gegen Deutschland könnte es aber besonders in den westlichen Staaten aber [*sic!*] gar nicht geben. Man stelle sich vor, Deutschland verbündet mit einem wirklich antikapitalistischen Rußland, und man male sich dann aus, wie diese demokratische Weltjudenpresse gegen Deutschland alle Instinkte der anderen Nationen mobilisieren würde. Wie besonders in Frankreich sofort die volle Harmonie hergestellt wäre zwischen dem französischen nationalen Chauvinismus und der jüdisch-börsianischen Presse. Denn man verwechsle einen solchen Vorgang nicht mit den Kämpfen weißrussischer Generale gegen den Bolschewismus von damals. Im Jahre [*19*]19 und [*19*]20 kämpfte das nationale Weißrußland[32] gegen die jüdisch-börsianische, in Wahrheit im höchsten Sinn international-kapitalistische rote Revolution. Heute aber würde der national gewordene antikapitalistische Bolschewismus im Kampfe gegen das Weltjudentum stehen. Wer die Bedeutung der Propaganda der Presse, ihrer grenzenlosen Möglichkeiten der Völkerverhetzung und Menschenverdummung kennt, der kann sich vorstellen, zu welchen Orgien von Haß und Leidenschaft die europäischen westlichen Nationen gegen Deutschland aufgepeitscht würden. Denn dann wäre Deutschland nicht mehr verbündet mit dem Rußland einer großen, bemerkenswerten, ethischen, kühnen Idee, sondern mit den Schändern der Kultur der Menschheit.

Es könnte vor allem für die französische Regierung keine bessere Möglichkeit geben, ihrer eigenen inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, als einen in solchem Falle vollkommen gefahrlosen Kampf gegen Deutschland aufzunehmen. Der französische nationale Chauvinismus könnte um so zufriedener sein, als man dann unter dem Schutz einer neuen Weltkoalition der Erfüllung des endgültigen Kriegszieles wesentlich näher rücken könnte. Denn ganz gleich welcher Art das Bündnis Deutschland zu Rußland wäre, militärisch würde die furchtbarsten Schläge Deutschland allein auszuhalten haben. Ganz abgesehen davon, daß Rußland nicht direkt an Deutschland grenzt und mithin selbst erst den polnischen Staat überrennen müßte, würde selbst im Falle einer Niederzwingung Polens durch Rußland, was an sich schon unwahr-

31 Offenbar Anspielung auf die damals streng geheime militärisch-technische Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 vor allem die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen. Durch die Berichte des "Manchester Guardian" vom 3. und 6.12.1926 wurde die Öffentlichkeit erstmals über die Existenz von geheimen Waffenschulen und Rüstungsbetrieben in der Sowjetunion unterrichtet, was am 16.12.1926 eine Debatte im Reichstag aber auch eine erregte journalistische Auseinandersetzung zwischen "Vorwärts" und "Roter Fahne" zur Folge hatte. Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 143 ff.

32 Gemeint ist nicht der geographische Raum Weißrußland (Belorußland), sondern die Gegner der sich mit der Farbe Rot kennzeichnenden Bolschewiki während des Bürgerkriegs, die als "Weiße" bezeichnet wurden, obwohl sie weder politisch noch organisatorisch eine Einheit bildeten.

scheinlich ist[33], eine solche russische Hilfe wesentlich [*sic!*] im günstigsten Falle auf deutschem Gebiet eintreffen können, wenn es kein Deutschland mehr gibt. Der Gedanke aber einer Landung russischer Divisionen irgendwo in Deutschland scheidet so lange vollständig aus, solange England und Frankreich maritim auch die Ostsee restlos beherrschen. Im übrigen würde die Landung russischer Truppen in Deutschland schon an zahlreichen technischen Mängeln scheitern.

Würde also ein deutsch-russisches Bündnis eines Tages die Probe vor der Wirklichkeit zu bestehen haben, und Bündnisse ohne Gedanken an einen Krieg gibt es nicht, dann würde Deutschland den konzentrischen Angriffen ganz Westeuropas ausgesetzt sein, ohne einen eigenen Widerstand ernstlicherer Art leisten zu können.

Es bleibt aber nun die Frage, welchen Sinn überhaupt ein deutsch-russisches Bündnis haben soll. Nur den einen, Rußland vor der Vernichtung zu bewahren und dafür Deutschland zum Opfer zu bringen? Denn ganz gleich wie das Ende dieses Bündnisses sein würde, Deutschland könnte nicht zu einer endgültigen außenpolitischen Zielsetzung kommen. An der grundsätzlichen Lebensfrage, ja an der Lebensnot unseres Volkes würde damit nichts geändert werden. Im Gegenteil, Deutschland würde damit erst recht von einer einzig vernünftigen Bodenpolitik abgetrennt werden, um seine Zukunft mit dem Raufen um unbedeutende Grenzregulierungen auszufüllen. Denn weder im Westen noch im Süden Europas kann die Raumfrage unseres Volkes gelöst werden.

Die Hoffnung auf ein deutsch-russisches Bündnis, die in den Köpfen auch vieler nationaler deutscher Politiker herumgeistert, ist aber auch noch aus einem anderen Grunde mehr als zweifelhaft.

Es erscheint im allgemeinen in nationalen Kreisen als selbstverständlich, daß man sich nicht gut mit einem jüdisch-bolschewistischen Rußland verbünden kann, da das Ergebnis aller Wahrscheinlichkeit nach eine Bolschewisierung Deutschlands selbst sein würde. Daß man dies nicht will, liegt auf der Hand. Allein, man gründet seine Hoffnung darauf, daß in Rußland eines Tages der jüdische und damit im tiefsten Grund international kapitalistische Charakter des Bolschewismus verschwinden würde, um einem nationalen weltantikapitalistischen Kommunismus Platz zu machen. Dieses dann wieder von nationalen Tendenzen erfüllte Rußland käme dann sehr wohl in Frage, mit Deutschland in ein Bundesverhältnis zu treten.

Es ist dies ein sehr großer Irrtum. Er beruht auf der außerordentlichen Unkenntnis der Psyche der slawischen Volksseele. Es darf einen dies nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, wie wenig Kenntnis selbst das politisierende Deutschland von den seelischen Zuständen seiner einstigen Verbündeten hatte. Man wäre sonst nie so tief gestürzt. Wenn diese rußlandfreundlichen nationalen Politiker dabei heute versuchen, ihre Politik durch Hinweise auf analoge Einstellungen Bismarcks[34] zu motivieren, dann lassen sie eine ganze Anzahl wichtiger Momente, die damals für eine rußlandfreundliche Politik sprachen, heute dagegen sind, außer Betracht.

---

33 Vermutlich Anspielung auf die sowjetische Niederlage im Polnisch-Sowjetischen Krieg (1918-1920). Obwohl die Rote Armee bis unmittelbar vor Warschau vorgedrungen war, befand sie sich vom Beginn der polnischen Gegenoffensive am 16.8.1920 bis zum Waffenstillstand vom 12.10.1920 auf dem Rückzug. Im Frieden von Riga vom 18.3.1921 fielen große weißrussische und ukrainische Gebiete an Polen. Vgl. Kai von Jena, Polnische Ostpolitik nach den Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980, S. 21 ff.

34 Vgl. Kap. VII, Anm. 14, 15.

Das Rußland, das Bismarck kannte, war, zumindest soweit die politische Leitung desselben in Frage kam, kein typisch slawischer Staat. Dem Slawentum selbst fehlen im allgemeinen staatenbildende Kräfte. Besonders in Rußland wurden die Staatsbildungen immer von fremden Elementen besorgt. Seit der Zeit Peters des Großen waren es vor allem sehr viele Deutsche (Balten!)[35], die das Gerippe und das Gehirn des russischen Staates bildeten. Im Laufe der Jahrhunderte sind ungezählte Tausende dieser Deutschen russifiziert worden, allein nur im selben Sinn, in dem unser Bürgertum, unser nationales, Polen und Tschechen deutschisieren oder germanisieren möchte. Sowie in diesem Falle der neugebackene "Deutsche" in Wahrheit nur ein deutschsprechender Pole oder Tscheche ist, so sind diese künstlichen Russen ihrem Blut und damit ihren Fähigkeiten nach Deutsche geblieben oder besser Germanen. Dieser germanischen Oberschicht[36] verdankte Rußland seinen staatlichen Bestand, sowie (das) den wenigen vorhandenen kulturellen Wert. Ohne diese in Wirklichkeit deutsche Ober- und Intelligenzschicht wäre weder ein Großrußland entstanden, noch hätte sich dieses zu erhalten vermocht. Solange nun Rußland ein Staat mit autokratischen Regierungsformen gewesen war, hat diese in Wahrheit gar nicht russische Oberschicht auch das politische Leben des Riesenreiches bestimmend beeinflußt. Und dieses Rußland hat wenigstens zum Teil auch noch Bismarck gekannt. Mit diesem Rußland hat der Meister der deutschen Staatskunst politische Geschäfte gemacht. Allein schon zu seinen Lebzeiten war die Zuverlässigkeit (besonders mit der man von Rußland aus) und Stabilität der russischen Politik nach innen und außen bedenklich ins Schwanken geraten und zum Teil unberechenbar geworden. Es lag dies an dem langsamen Zurückdrängen der germanischen Oberschicht. Dieser Prozeß der Umwandlung der russischen Intelligenz war bedingt teils durch ein Ausbluten des russischen Volkskörpers infolge zahlreicher Kriege, die, wie in diesem Buche schon erwähnt, in erster Linie die rassisch wertvolleren Kräfte dezimieren. Tatsächlich war ja besonders das Offizierskorps seiner Abstammung nach am meisten nicht slawischen, auf alle Fälle aber nicht russischen Blutes. Dazu kam noch die geringere Vermehrung der oberen Intelligenzschichten an sich und endlich das durch Schulen künstlich erfolgte Hinaufdressieren eines wirklich blutsmäßigen Russentums. Der geringe staatserhaltende Wert der neuen russischen Intelligenz an sich war blutsmäßig begründet und zeigte sich vielleicht am schärfsten im Nihilismus des russischen Hochschulwesens[37]. Im tiefsten Grunde aber war dieser Nihilismus doch nichts anderes als die blutsmäßige Opposition des wirklichen Russentums gegen die rassisch fremde Oberschicht.

In eben dem Maß, in dem die germanische staatenbildende Oberschicht Rußlands abgelöst wurde von einer rassisch reinrussischen bürgerlichen Schicht, trat dem russischen Staatsgedanken die panslawistische Idee gegenüber. Sie war von der ersten Stunde ihrer Geburt an völkisch-(russisch) slawisch und antideutsch.

Die antideutsche Gesinnung des neuwerdenden Russentums besonders in den sogenannten Intelligenzschichten war aber nicht nur eine reine Reflexbewegung gegen die bisherige autokratische fremde Oberschicht in Rußland, etwa aus politisch freiheitlichen Gedankengängen

35 Der eingeklammerte Zusatz so in der Vorlage.
36 In der Vorlage im folgenden durchgehend "Oberschichte", "Intelligenzschichte" usw.
37 Der Begriff "Nihilismus" schließt jeden Standpunkt der absoluten Verneinung von Wertvorstellungen oder Glaubenssätzen ein. Iwan Sergejewitsch Turgenjew nannte 1861 in seinem Roman "Väter und Söhne" die russischen revolutionären Anarchisten "Nihilisten", die sich daraufhin selbst so bezeichneten.

heraus, sondern im innersten Sinn der Protest des slawischen Wesens gegen das deutsche. Es sind zwei Volksseelen, die nur sehr wenig Gemeinsames haben, wobei sogar noch erst festgestellt werden müßte, ob nicht dieses wenige Gemeinsame seine Ursache in den durcheinandergesprengten rassischen Einzelelementen besitzt, aus denen sowohl das russische als das deutsche Volk zusammengesetzt erscheint. Daß also das, was uns Deutschen und den Russen gemeinsam ist, ebensowenig dem deutschen wie dem russischen Charakter entspricht, sondern nur unserer Blutsvermischung zuzuschreiben ist, die nach Deutschland ebensowohl ostische, slawische Elemente, als nach Rußland nordisch-deutsche gebracht hat.

Würde man aber zur Prüfung der beiden Seelenveranlagungen einen rein nordischen Deutschen, sagen wir aus Westfalen, nehmen und ihm einen rein slawischen Russen gegenüberstellen, dann würde zwischen diesen beiden Repräsentanten zweier Völker eine unendliche Kluft sich auftun. Tatsächlich hat das slawisch-russische Volk dies auch immer empfunden und daher stets eine instinktive Abneigung gegen den Deutschen gehabt. Die harte Gründlichkeit sowie die kalte Logik, das nüchterne Denken sind dem wirklichen Russen innerlich unsympathisch und zum Teil auch unverständlich. Unser Ordnungssinn wird nicht nur keine Gegenliebe finden, sondern stets Widerwillen auslösen. Was bei uns als Selbstverständlichkeit empfunden wird, ist damit aber für den Russen eine Qual, da es eine Beschränkung seines natürlichen, andersgearteten Seelen- und Trieblebens darstellt. Daher wird sich das slawische Rußland auch immer mehr zu Frankreich hingezogen fühlen. Und zwar in steigendem Maße, indem auch in Frank-reich das fränkisch-nordische Elemente zurückgedrängt wird. Das leichte, oberflächliche, mehr oder weniger weibische französische Leben vermag den Slawen mehr zu fesseln, weil es ihm innerlich verwandter ist als die Härte unseres deutschen Existenzkampfes. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn politisch das panslawistische Rußland für Frankreich schwärmte, genauso wie die russische Intelligenz slawischen Blutes in Paris das Mekka seines eigenen Zivilisationsbedürfnisses fand.

Der Prozeß des Aufsteigens eines russisch-nationalen Bürgertums (bedeutete) bedingte zugleich eine innere Entfremdung dieses neuen Rußlands gegenüber Deutschland, das nunmehr auf keine rassisch-verwandte russische Oberschicht fürderhin bauen konnte.

Tatsächlich war die antideutsche Einstellung der Vertreter des völkisch-panslawistischen Gedankens schon um die Jahrhundertwende so stark, und ihr Einfluß auf die russische Politik so gewachsen, daß selbst die mehr als anständige Haltung Deutschlands gegenüber Rußland anläßlich des Russisch-Japanischen Krieges[38] der weiteren Entfremdung der beiden Staaten keinen Einhalt mehr gebieten konnte. Es kam der Weltkrieg, der nicht wenig durch die panslawistische Hetze mit angefacht worden war. Das wirkliche staatliche Rußland, soweit es durch die bisherige Oberschicht repräsentiert worden war, kam dabei kaum mehr zu Wort.

Der Weltkrieg selbst hat dann (die letzte) eine weitere Ausblutung Rußlands von nordisch-deutschen Elementen herbeigeführt, und der letzte Rest wurde endlich von der Revolution und dem Bolschewismus ausgerottet. Nicht als ob der slawische Rasseninstinkt allein bewußt den

38 Vgl. Kap. VII, Anm. 47.
Zur rußlandfreundlichen Neutralität Deutschlands während des Russisch-Japanischen Kriegs 1904/05 und den daraus resultierenden Spannungen mit Großbritannien vgl. Jonathan Steinberg, Germany and the Russo-Japanese War. In: The American Historical Review LXXV (1970), S. 1965-1986.

Kampf der Ausrottung gegen die bisherige nichtrussische Oberschicht durchgeführt hätte. Nein, er hat unterdes seinen neuen Führer erhalten im Judentum. Das nach der Oberschicht und damit Oberleitung drängende Judentum hat mit Hilfe slawischer Rasseninstinkte die bisherige fremde Oberschicht ausgerottet. Denn wenn mit der bolschewistischen Revolution das Judentum die Führung auf allen Gebieten des russischen Lebens übernommen hat, so ist dies ein selbstverständlicher Vorgang, denn von sich aus und aus sich selbst fehlt dem Slawentum überhaupt jede organisatorische Fähigkeit und damit auch jede staatenbildende und staatenerhaltende Kraft. Man ziehe aus dem Slawentum alle nicht rein slawischen Elemente heraus, und es wird sofort auch als Staat der Auflösung verfallen. Allerdings mag grundsätzlich jede Staatenbildung zunächst ihre innerste Veranlassung im Zusammentreffen von Völkern höherer und niederer Ordnung haben, wobei die Träger des höheren Blutswertes - aus Selbsterhaltungsgründen - einen bestimmten Gemeinschaftsgeist entwickeln, der ihnen erst die Möglichkeit einer Organisation und Beherrschung der Minderwertigen gestattet. Nur die Überwindung gemeinsamer Aufgaben (für) zwingt zu organisatorischen Formen. Allein der Unterschied zwischen staatenbildenden und nichtstaatenbildenden Elementen liegt eben darin, daß den einen die Gestaltung einer Organisation zur Erhaltung ihrer Art gegenüber anderen Wesen möglich wird, während die nichtstaatenbildungsfähigen unfähig sind, von sich aus jene organisatorischen Formen zu finden, die ihren Bestand anderen gegenüber gewährleisten würden.

So hat das heutige Rußland oder besser das heutige Slawentum russischer Nationalität als Herrin [*sic!*] den Juden bekommen, der zunächst die bisherige Oberschicht beseitigt hat und nunmehr seine eigene staatenbildende Kraft beweisen müßte. Bei der gesamten am Ende doch nur destruktiven Veranlagung des Judentums wird dieses aber auch hier nur als das geschichtliche "Ferment der Decomposition" [39] wirken. Es hat Geister zu Hilfe gerufen, die es selbst nicht mehr loswerden wird, und der Kampf des innerlich antistaatlichen panslawistischen Gedankens gegen die bolschewistische, jüdische Staatsidee wird mit der Vernichtung des Judentums enden. Was aber dann übrigbleibt, wird ein Rußland sein, von ebenso geringer staatlicher Macht wie tief eingewurzelter antideutscher Einstellung. Indem dieser Staat keine irgendwie mehr verankerte staatserhaltende Oberschicht besitzen wird, wird er zu einer Quelle ewiger Unruhe und ewiger Unsicherheit werden. Ein gigantisches Landgebiet wird damit dem wechselvollsten Schicksal ausgeliefert sein und statt einer Stabilisierung der Staatsverhältnisse auf der Erde wird eine Periode unruhevoller Veränderungen beginnen.

Die erste Phase dieser Entwicklungen wird dabei sein, daß die verschiedensten Nationen der Welt versuchen werden, mit diesem gewaltigen Staatenkomplex Beziehungen anzuknüpfen, um auf solchem Wege eine Stärkung der eigenen Positionen und Absichten herbeizuführen. Es wird ein solcher Versuch aber immer gebunden sein an das Bestreben, auch einen eigenen geistigen und organisatorischen Einfluß dabei auf Rußland auszuüben.

---

39 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

Deutschland darf nicht hoffen, bei dieser Entwicklung irgendwie in Frage zu kommen. Die ganze Mentalität des heutigen und des kommenden Rußlands steht dem entgegen. Weder vom Standpunkt nüchterner Zweckmäßigkeit aus gesehen, noch von dem einer menschlichen Zusammengehörigkeit aus hat für die Zukunft ein Bündnis Deutschlands mit Rußland für Deutschland einen Sinn. Im Gegenteil, es ist ein Glück für die Zukunft, daß diese Entwicklung so stattgefunden hat, weil dadurch ein Bann gebrochen ist, der uns verhindert hätte, das Ziel der deutschen Außenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten.

[*KAPITEL XII*]

[*GRUNDSÄTZE DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK*]

Bei der Gestaltung der kommenden deutschen Außenpolitik steht angesichts der aussichtslosen militärischen Lage Deutschlands folgendes zu bedenken:

1.) Deutschland kann nicht von sich aus einen Wandel in seiner heutigen Lage herbeiführen, soweit dies durch militärische Machtmittel erfolgen müßte.

2.) Deutschland kann nicht hoffen, daß durch Maßnahmen des Völkerbundes eine Änderung seiner Lage eintreten wird, solange die bestimmenden Vertreter dieser Institution zugleich die Interessenten an Deutschlands Vernichtung sind.

3.) Deutschland kann nicht hoffen, durch eine Mächtekombination seine derzeitige Lage zu ändern, die es in Konflikt mit dem Deutschland umspannenden französischen Bündnissystem bringt, ohne daß Deutschland vorher die Möglichkeit erhält, seine rein militärische Ohnmacht zu beheben, um im Falle (einer Anwendung) des Eintritts der Bundesverpflichtungen sofort mit Aussicht auf Erfolg militärisch auftreten zu können.

4.) Deutschland kann nicht hoffen, eine solche Mächtekombination zu finden, solange nicht sein letztes außenpolitisches Ziel in voller Klarheit festgelegt erscheint und damit den Interessen derjenigen Staaten nicht widerspricht, ja ihnen sogar dienlich erscheint, die für ein Bündnis mit Deutschland in Frage kämen.

5.) Deutschland kann nicht hoffen, daß dies Staaten sein können, die sich außerhalb des Völkerbundes befinden, sondern, es muß im Gegenteil seine einzige Hoffnung darin bestehen[1], daß es gelingt, aus der bisherigen Koalition der Siegerstaaten einzelne herauszubrechen und eine neue Interessentengruppe mit neuen Zielen zu bilden, deren Verwirklichung durch den Völkerbund seinem ganzen Wesen nach nicht stattfinden kann.

6.) Deutschland darf nur hoffen, auf diesem Wege dann zu einem Erfolg zu kommen, wenn es damit seiner bisherigen schwankenden Schaukelpolitik endgültig entsagt und sich dafür grundsätzlich nach einer Richtung hin entscheidet und dabei auch alle Konsequenzen übernimmt und trägt.

7.) Deutschland soll nie hoffen, durch Bündnisse mit Völkern, deren militärischer Wert entweder durch die Tatsache ihres bisherigen Unterliegens genügend gekennzeichnet erscheint oder deren allgemeine rassische Bedeutung eine minderwertige ist, Weltgeschichte machen zu können. Denn der Kampf um die Wiedererringung der deutschen Freiheit wird die deutsche Geschichte damit wieder zur Weltgeschichte wieder emporheben.

8.) Deutschland soll keinen Augenblick vergessen, daß, ganz gleich wie und auf welchem Wege es sein Schicksal zu ändern gedenkt, Frankreich sein Gegner sein wird und daß jede Mächtevereinigung, die sich gegen Deutschland wendet, Frankreich von vorneherein für sich buchen kann.

---

1 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "sehen".

[*KAPITEL XIII*]

[*DIE MÖGLICHEN ZIELE*]

Man kann nicht die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands überprüfen, ohne erst Klarheit zu besitzen darüber, was man in Deutschland selbst will, wie also Deutschland selbst seine Zukunft zu gestalten gedenkt. Weiter wird man dann die außenpolitischen Ziele derjenigen Mächte in Europa klarzulegen versuchen müssen, die als Angehörige der Siegerkoalition die Bedeutung von Weltmächten haben.

Ich habe bereits in diesem Buche die verschiedenen außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands behandelt. Dennoch will ich noch einmal in aller Kürze die möglichen außenpolitischen Ziele aufstellen, damit (an ihnen) (durch sie) sich durch sie eine Basis ergibt zur kritischen Prüfung der Verhältnisse dieser einzelnen außenpolitischen Ziele zu denen der anderen europäischen Staaten.

1.) Deutschland kann auf eine außenpolitische grundsätzliche Zielsetzung überhaupt verzichten. Das heißt in Wirklichkeit, es kann sich zu allem entschließen, und es braucht sich auf gar nichts festlegen.

Es wird damit die Politik der letzten 30 Jahre nur unter anderen Verhältnissen auch in der Zukunft fortsetzen. Würde nun die Welt aus lauter Staaten mit ähnlicher politischer Ziellosigkeit bestehen, ließe sich dies für Deutschland, wenn auch noch lange nicht rechtfertigen, so doch wenigstens ertragen. Dies ist aber eben nicht so. So, wie aber im gewöhnlichen Leben ein Mensch mit einem festen Lebensziel, das er unter allen Umständen zu erreichen trachtet, ziellosen anderen stets überlegen sein wird, genauso auch im Leben der Völker. Damit ist vor allem noch lange nicht gesagt, daß ein Staat ohne politische Zielsetzung Gefahren, die eine solche vielleicht mit sich bringen könnte, zu vermeiden wird in der Lage sein. Denn so sehr (ja) er auch infolge seiner eigenen politischen Ziellosigkeit einer aktiven Tätigkeit enthoben erscheint, so leicht kann er in seiner Passivität das Opfer der politischen Ziele anderer werden. Denn das Handeln eines Staates wird nicht nur durch seinen Willen bestimmt, sondern auch durch den der übrigen, nur mit dem Unterschied, daß er im einen Fall das Gesetz des Handelns selbst bestimmen kann, während es im anderen Fall ihm aufgezwungen wird. Aus friedlicher Gesinnung heraus einen Krieg nicht wollen, heißt noch lange nicht, ihn auch vermeiden können. Und einen Krieg um jeden Preis vermeiden zu wollen, bedeutet noch lange nicht die Rettung des Lebens vor dem Tode.

Die Lage Deutschlands in Europa ist heute eine solche, daß es bei eigener politischer Ziellosigkeit noch lange nicht hoffen darf, einem Zustand der beschaulichen Ruhe entgegengehen zu können. Eine solche Möglichkeit existiert für ein Volk, das mitten im Herzen Europas sich befindet, nicht. Entweder Deutschland versucht, selbst aktiv an der Gestaltung des Lebens mitzuwirken, oder es wird ein passives Objekt der Lebensgestaltung anderer Völker sein. Alle Klugheit, die bisher vermeinte, Völker aus geschichtlichen Gefahren durch Erklärungen eines allgemeinen Desinteressements herausziehen zu können, hat sich bisher noch stets als ebenso feiger wie dummer Irrtum herausgestellt. Wer nicht Hammer sein will, wird in der Geschichte

Amboß sein [1]. Unser deutsches Volk hat in seiner ganzen bisherigen Entwicklung immer nur zwischen diesen zwei Möglichkeiten zu wählen gehabt. Wollte es selbst Geschichte machen, so hat es sich demgemäß selbst freudig und kühn eingesetzt, dann war es immer noch Hammer gewesen. Glaubte es aber den Verpflichtungen zum Lebenskampf entsagen zu können, dann war es bisher noch stets der Amboß, auf dem entweder andere ihren Lebenskampf ausgefochten haben, oder es diente selbst den Fremden als Nahrung.

Deutschland wird also, wenn es leben will, die Verteidigung dieses Lebens auf sich nehmen müssen, und die beste Parade war auch hier stets der Hieb. Ja, Deutschland darf überhaupt nicht hoffen, für seine eigene Lebensgestaltung noch etwas tun zu können, wenn es sich nicht zu einer klaren außenpolitischen Zielsetzung aufrafft, die geeignet erscheint, den deutschen Lebenskampf in kluge Beziehung zu den Interessen anderer Völker zu bringen.

Tut man dies aber nicht, dann wird die Ziellosigkeit im großen die Planlosigkeit im einzelnen bedingen. Diese Planlosigkeit wird uns in Europa langsam zu einem zweiten Polen machen. In eben dem Maße, in dem wir unsere eigenen Kräfte dank unserem allgemeinen politischen Defaitismus schwächer werden [*lassen?*] und die einzige Aktivität unseres Lebens sich dann nur mehr innenpolitisch austobt, werden wir außenpolitisch zum Spielball der weltgeschichtlichen Ereignisse herabsinken, deren bewegende Kräfte dem Lebens- und Interessenkampf anderer Völker entspringen.

Im übrigen werden Völker, die über ihre eigene Zukunft keine klare Entscheidung zu treffen vermögen und demgemäß am Spiel der Weltentwicklung am liebsten nicht teilnehmen möchten, von allen Mitspielern als Spielverderber empfunden und gleichmäßig gehaßt. Ja, es kann dann sogar vorkommen, daß man die in der allgemeinen außenpolitischen Ziellosigkeit begründete Planlosigkeit der einzelnen politischen Handlungen im Gegenteil als ganz raffiniertes undurchsichtiges Spiel ansieht und demgemäß beantwortet. Es war dies mit ein Unglück, das uns in der Vorkriegszeit betroffen hat. Je undurchsichtiger, weil unverständlicher, die damaligen politischen Entschlüsse der deutschen Reichsregierung waren, um so verdächtiger schienen sie, und um so mehr witterte man hinter selbst den dümmsten Schritten Gedanken von einer dafür ganz besonderen Gefährlichkeit.

Wenn also Deutschland sich heute zu einer klaren politischen Zielsetzung nicht mehr aufrafft, dann verzichtet es damit praktisch auf alle Möglichkeiten zu einer Revision unseres heutigen Schicksals, ohne (den) weiteren Gefahren für die Zukunft damit im geringsten entgehen zu können.

2.) Deutschland wünscht wirtschaftsfriedlich wie bisher die Ernährung des deutschen Volkes durchzuführen. Es will sich demgemäß auch in der Zukunft an Weltindustrie, -export und -handel maßgebendst beteiligen. Es will damit wieder eine große Handelsflotte, will Kohlenstationen und Stützpunkte in der anderen Welt und will endlich nicht nur internationale Absatzmärkte, sondern wenn möglich auch in Form von Kolonien eigene Rohstoffquellen. In der Zukunft wird man eine solche Entwicklung zwangsläufig besonders durch maritime Machtmittel zu schützen haben.

1 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

Dieses ganze politische Zukunftsziel ist Utopie, wenn nicht vorher England niedergeworfen erscheint. Es stellt alle Gründe erneut her, die im Jahre 1914 im Weltkrieg endeten. Jeder Versuch Deutschlands, auf diesem Wege seine Vergangenheit erneut aufzubauen, muß bei der Todfeindschaft Englands enden, zu der dann als sicherster Partner von vorneherein Frankreich gerechnet werden darf.

Vom völkischen Standpunkt aus ist diese außenpolitische Zielsetzung unheilvoll, vom machtpolitischen aus gesehen wahnsinnig[2].

3.) Deutschland setzt als sein außenpolitisches Ziel die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 fest.

Dieses Ziel ist ungenügend vom nationalen Standpunkt aus, unbefriedigend vom militärischen, unmöglich vom in die Zukunft blickenden völkischen und wahnsinnig von dem seiner Folgen. Deutschland hat damit die gesamte Siegerkoalition von einst auch in der Zukunft als geschlossene Front von Gegnern vor sich. Wie man aber bei unserer derzeitigen militärischen Lage, die bei einer Weiterdauer des jetzigen Zustandes von Jahr zu Jahr schlimmer werden wird, die alten Grenzen wiederherstellt, ist das undurchdringliche Geheimnis unserer nationalbürgerlichen und vaterländischen Staatspolitiker.

4.) Deutschland entschließt sich (sein Zukunftsziel), zu einer klaren weitschauenden Raumpolitik überzugehen. Es wendet sich damit von allen weltindustriellen und welthandelspolitischen Versuchen ab und konzentriert statt dessen alle seine Kräfte, um unserem Volk durch die Zuweisung eines genügenden Lebensraumes für die nächsten 100 Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen. Da dieser Raum nur im Osten liegen kann, tritt auch die Verpflichtung zu einer Seemacht in den Hintergrund. Deutschland versucht erneut, auf dem Wege der Bildung einer ausschlaggebenden Macht zu Lande seine Interessen zu verfechten.

Dieses Ziel entspricht ebenso höchsten nationalen wie völkischen Anforderungen. Es setzt ebenfalls große militärische Machtmittel zur Durchführung voraus, bringt aber Deutschland nicht unbedingt in Konflikt mit sämtlichen europäischen Großmächten. So sicher auch hier Frankreich Deutschlands Feind bleiben wird, so wenig liegt aber in der Natur eines solchen außenpolitischen Zieles für England und besonders für Italien ein Grund zur Aufrechterhaltung der Feindschaft des Weltkrieges.

---

2 Zur Haltung der NSDAP zur Kolonienfrage vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 122 ff.

[*KAPITEL XIV*]

[*DEUTSCHLAND UND ENGLAND*]

Zum näheren Verständnis dieser hier eben angeführten Möglichkeiten ist es angebracht, sich die großen außenpolitischen Ziele der anderen europäischen Mächte vor Augen zu führen. Diese Ziele sind zum Teil erkenntlich an der bisherigen Tätigkeit und Wirksamkeit dieser Staaten, zum Teil erscheinen sie auch geradezu programmatisch niedergelegt, zum anderen liegen sie in Lebensnotwendigkeiten, die so klar erkenntlich sind, daß selbst, wenn diese Staaten augenblicklich andere Wege gingen, der Zwang einer härteren Wirklichkeit sie zu diesen Zielen zurückführen müßte.

Daß England eine klare außenpolitische Zielsetzung hat, wird bewiesen durch die Tatsache der Existenz und damit der Entstehung dieses Riesenreiches. Es bilde sich doch niemand ein, daß man jemals ein Weltreich schmieden kann, ohne den klaren Willen hiezu zu haben. Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder einzelne Angehörige eines solchen Volkes dann jeden Tag zur Arbeit geht im Gedanken an die große außenpolitische Zielsetzung, aber ganz natürlich wird langsam eben doch ein gesamtes Volk von einer solchen Zielsetzung ergriffen, so daß selbst die unbewußten Handlungen der einzelnen dennoch in der allgemeinen Linie dieser Zielsetzung liegen und ihr tatsächlich auch zugute kommen. Ja, selbst im Wesen eines solchen Volkes wird sich langsam das allgemeine politische Ziel ausprägen, und der Stolz des heutigen Engländers ist nichts anderes als der Stolz des einstigen Römers. Die Meinung, daß Weltreiche dem Zufall ihre Entstehung zu verdanken hätten oder daß zumindest die Ereignisse, die deren Aufbau bedingten, zufällige geschichtliche Vorgänge gewesen wären, die immer glücklich für ein Volk ausgeschlagen hätten, ist falsch. Das alte Rom verdankte seine Größe genauso wie das heutige England der Richtigkeit des Moltkeschen [1] Ausspruches, daß auf die Dauer das Glück nur beim Tüchtigen allein ist [2]. Diese Tüchtigkeit eines Volkes liegt aber keineswegs nur im rassischen Wert, sondern auch in der Fähigkeit und Geschicklichkeit, mit der diese Werte angesetzt werden. Ein Weltreich von der Größe des antiken Roms oder des heutigen Großbritanniens ist stets das Ergebnis einer Vermählung von höchstem Volkswert und klarster politischer Zielsetzung. Sowie es an einem dieser beiden Faktoren zu fehlen beginnt, tritt als Folge zunächst eine Schwächung und endlich vielleicht sogar ein Niedergang ein.

Die Zielsetzung des heutigen England ist bedingt durch den Volkswert des Angelsachsentums an sich und die insulare Lage. Es lag im Volkswert des Angelsachsentums, nach Raum zu streben. Zwangsläufig konnte dieser Trieb nur außerhalb des heutigen Europas seine Erfüllung finden. Nicht als ob die Engländer nicht auch in Europa von Zeit zu Zeit versucht hätten, ihren Expansionsgelüsten Boden zu verschaffen, allein alle diese Unternehmungen scheiterten

---

1 Helmuth (seit 1870 Graf) von Moltke (1800-1891), 1822 preußischer Leutnant, 1858 Chef des Generalstabs der Armee, 1871 Generalfeldmarschall.

2 "... Glück hat auf die Dauer doch zumeist wohl nur der Tüchtige." In Helmut von Moltkes Aufsatz "Über Strategie" von 1871. Druck: Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 631.

an der Tatsache, daß ihnen dabei Staaten von wenigstens damals nicht minder großer rassischer Tüchtigkeit entgegentraten. Die spätere englische Expansion in den sogenannten Kolonien führte von vorneherein zu einer außerordentlichen Steigerung des englischen Seelebens. Es ist interessant zu sehen, wie das erst Menschen exportierende England endlich zum Warenexport übergeht und dabei selbst die eigene Landwirtschaft abbaut. Obwohl nun ein großer Teil des heutigen englischen Volkes, ja der Durchschnitt überhaupt, unter dem deutschen Höchstwert liegt, ist doch eine jahrhundertelange Tradition diesem Volk so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß es gegenüber unserem deutschen Volk wesentliche politische Vorzüge besitzt. Wenn die Erde heute ein englisches Weltreich besitzt, dann gibt es aber auch zur Zeit kein Volk, das auf Grund seiner allgemeinen staatspolitischen Eigenschaften sowie seiner durchschnittlichen politischen Klugheit mehr dazu befähigt wäre.

Der grundsätzliche Gedanke, der die englische Kolonialpolitik beherrschte, war einerseits, Absatzgebiete für das englische Menschenmaterial zu finden und diese in staatlicher Beziehung zum Mutterlande zu erhalten, wie andererseits, Absatzmärkte und Rohstoffquellen der englischen Wirtschaft zu sichern. Es ist verständlich, wenn der Engländer die Überzeugung hat, daß der Deutsche nicht kolonisieren kann (wie), genauso, wie es verständlich ist, wenn der Deutsche umgekehrt dasselbe vom Engländer glaubt. Beide Völker nehmen bei der Beurteilung der kolonisatorischen Fähigkeiten verschiedene Standpunkte ein. Der englische war dabei ein unendlich praktischer, nüchterner, der deutsche ein mehr romantischer. Als Deutschland nach den ersten Kolonien strebte, war es in Europa bereits ein Militärstaat und damit Machtstaat ersten Ranges. Es hatte sich den Titel einer Weltmacht durch unvergängliche Leistungen auf allen Gebieten der menschlichen Kultur sowohl als aber auch auf dem der militärischen Tüchtigkeit geholt. Es war nun bemerkenswert, daß besonders im 19. Jahrhundert ein allgemeiner Zug nach Kolonien durch alle Völker ging, wobei der ursprünglich leitende Gedanke jedoch schon vollkommen gewichen war. Deutschland motivierte beispielsweise sein Anrecht auf Kolonien mit seiner Fähigkeit und seinem Wunsche, deutsche Kultur zu verbreiten[3]. An sich ein Unsinn. Denn man kann nicht Kultur, die ein allgemeiner Lebensausdruck eines bestimmten Volkes ist, irgendeinem anderen Volk mit ganz anderen seelischen Voraussetzungen vermitteln. Dies ginge höchstens mit einer sogenannten internationalen Zivilisation, die sich aber zur Kultur verhält wie eine Jazzmusik zu einer Beethovenschen Symphonie. Aber davon ganz abgesehen, es wäre nie einem Engländer in der Zeit der Begründung der englischen Kolonien eingefallen, seine Handlungen anders als mit sehr realen und nüchternen Vorteilen zu motivieren, die sie mit sich brächten. Wenn später England für die Freiheit der Meere oder die der unterdrückten Nationen auftrat, dann niemals, um seine eigene Kolonisationstätigkeit damit zu begründen, sondern nur um üble Konkurrenten dabei zu vernichten. Daher auch die englische Kolonisationstätigkeit zum Teil aus natürlichsten Gründen sehr erfolgreich sein mußte. Denn je weniger der Engländer daran dachte, so etwas wie englische Kultur oder englische Gesittung den Wilden aufoktroyieren zu wollen, um so sympathischer mußte gerade ein solches Regiment dem absolut nicht kulturhungrigen Wilden erscheinen. Dazu kam allerdings die Peitsche, die man ebenfalls um so eher anwenden konnte, als man nie

3 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründung vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Gefahr lief, dabei in einen Widerspruch zu einer Kulturmission zu geraten. England brauchte Absatzmärkte und Rohstoffquellen für seine Waren. Und es hat sich diese Märkte machtpolitisch sichergestellt. Das ist der Sinn der englischen Kolonialpolitik. Wenn später England nun trotzdem auch das Wort Kultur in den Mund nahm, dann nur aus rein agitatorischen Gesichtspunkten heraus, um das eigene so nüchterne Handeln auch noch moralisch etwas verbrämen zu können. In Wirklichkeit waren den Engländern die inneren Lebensverhältnisse der Wilden so lange und in solchem Umfange vollkommen egal, als sie nicht die Lebensverhältnisse der Engländer selbst berührten. Daß sich später mit Kolonien von der Größe Indiens auch noch andere Vorstellungen prestigepolitischer Art verbanden, ist begreiflich und verständlich. Daß aber niemals etwa indische Interessen die englischen Lebensverhältnisse bestimmen, sondern englische die indischen, kann von niemand bestritten werden. Und daß auch in Indien der Engländer irgendeine kulturelle Einrichtung nicht macht, damit etwa der Eingeborene der englischen Kultur teilhaftig wird, sondern daß höchstens der Engländer mehr Nutzen aus seinen Kolonien zu ziehen vermag, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. Oder glaubt man, daß England die Eisenbahnen nach Indien nur brachte, um die Indier [*sic!*] in den Besitz europäischer Transportmöglichkeiten zu bringen, und nicht, um durch sie eine bessere Ausnützung der Kolonie zu ermöglichen sowie eine leichtere Beherrschung zu garantieren? Wenn heute England in Ägypten wieder auf den Spuren der Pharaonen wandelt und den Nil durch gigantische Staudämme aufspeichert[4], dann aber sicher nicht, um dem armen Fellachen sein irdisches Dasein zu erleichtern, sondern nur um die englische Baumwolle vom amerikanischen Monopol unabhängig zu machen. Das sind aber lauter Gesichtspunkte, an die Deutschland bei seiner Kolonialpolitik [*nie?*] offen zu denken wagte. Die Engländer sind Erzieher der Eingeborenen gewesen für Interessen Englands, und der Deutsche war der Lehrer. Daß sich am Ende die Eingeborenen vielleicht bei uns sogar wohler gefühlt haben mögen als unter den Engländern, würde bei einem normalen Engländer noch lange nicht für unsere, sondern erst recht für die englische Art der Kolonisationspolitik sprechen.

Diese Politik einer langsamen Welteroberung, bei der immer wirtschaftliche Macht und politische Kraft Hand in Hand gingen, bedingte die Stellung Englands den anderen Staaten gegenüber. Je mehr England in seine koloniale Weltmachtstellung hineinwuchs, um so mehr brauchte es die Herrschaft über die Meere, und je mehr es die Herrschaft über die Meere erhielt, um so mehr wurde es infolgedessen wieder Kolonialmacht, aber um so eifersüchtiger begann es endlich auch darüber zu wachen, daß niemand ihm die Herrschaft der Meere oder den Besitz der Kolonien streitig machte.

Es ist in Deutschland besonders eine sehr irrtümliche Auffassung weit verbreitet, daß nämlich England jede europäische Vormacht sofort bekämpfe. Dies ist tatsächlich nicht richtig. England hat sich eigentlich um die europäischen Verhältnisse immer so lange wenig gekümmert, solange ihm nicht aus ihnen heraus ein drohender Weltkonkurrent entstand, wobei es die

4 In den Jahren 1902 bis 1912 hatte die Protektoratsmacht Großbritannien in Ägypten und dem Sudan mehrere Staudammprojekte realisiert, um die seit Ende des 19. Jahrhunderts sinkenden Erträge in der Landwirtschaft wieder zu verbessern. 1925 wurde bei der sudanesischen Stadt Sennar ein neuer Staudamm fertiggestellt und in den folgenden Jahren weitere geplant. Vgl. The Cambridge History of Africa, Vol. 7: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, London 1986, S. 750 f., 776.

Bedrohung stets nur in einer Entwicklung empfand, die seine See- und Kolonialherrschaft eines Tages durchkreuzen mußte.

Es gibt keinen europäischen Konflikt Englands, bei dem dieses nicht seine Handels- und Übersee-Interessen in Schutz genommen hätte. Die Kämpfe gegen Spanien, Holland und später Frankreich[5] hatten ihren Grund nicht in einer bedrohlichen militärischen Macht dieser Staaten an sich, sondern nur in der Art der Fundierung dieser Macht sowie der Auswirkung derselben. Wäre Spanien nicht überseeische und damit Konkurrenzmacht Englands gewesen, hätte dieses vermutlich wenig Notiz von Spanien genommen. Das gleiche gilt von Holland. Und selbst der spätere gigantische Kampf Englands gegen Frankreich wurde nicht geführt gegen ein kontinentales Frankreich Napoleons, sondern gegen das napoleonische Frankreich, das seine Kontinentalpolitik nur als Sprungbrett und Basis für größere, durchaus nicht kontinentale Ziele ansah. Überhaupt wird die England bedrohlichste Macht infolge seiner geographischen Lage Frankreich sein. Es war vielleicht der einzige Staat, bei dem selbst eine gewisse kontinentale Entwicklung Gefahren für die Zukunft Englands in sich bergen konnte. Es ist aber um so bemerkenswerter und für uns Deutsche lehrreich, daß sich trotzdem England entschlossen hat, im Weltkrieg mit Frankreich zusammenzugehen. Lehrreich deshalb, weil damit bewiesen ist, daß bei aller Festhaltung der großen Grundgedanken der englischen Außenpolitik man dort immer mit den jeweils vorhandenen Möglichkeiten rechnet und nie auf solche einfach deshalb verzichtet, weil in irgendeiner näheren oder ferneren Zukunft daraus ebenfalls eine Bedrohung Englands entstehen könnte. Unsere deutschen "Gott-strafe-England"[6]-Politiker meinen nämlich immer, ein gutes Verhältnis zu England in Zukunft müsse schon daran scheitern, daß England im Ernste nicht daran dächte, durch ein Bündnis mit Deutschland dieses zu fördern, um es dann eines Tages wieder als gefährdrohende Macht [*sich*] gegenüberzusehen. Selbstverständlich wird man in England keinen Bund zur Förderung Deutschlands mit diesem schließen, sondern nur zur Förderung britischer Interessen. Allein, England hat bisher zahlreiche Beispiele dafür gegeben, daß sich die Vertretung seiner Interessen mit der Vertretung der Interessen anderer Völker sehr oft zu paaren vermochte und daß es dann zu Bündnissen griff, obwohl nach menschlicher Voraussicht sogar diese in spätere Feindschaft umschlagen mußten. Denn endlich unterliegen politische Ehen immer der früheren oder späteren Scheidung, da sie ja nicht einer beiden Teilen gemeinsamen Interessenvertretung dienen, sondern nur mit gemeinsamen Mitteln die an sich verschiedenen, aber zur Zeit nicht gegeneinanderstehenden Interessen zweier Staaten schützen oder fördern wollen.

Daß England nicht grundsätzlich gegen eine europäische Großmacht von überragender militärischer Bedeutung Front macht, solange die außenpolitischen Ziele dieser Macht ersichtlich rein kontinentaler Natur sind, beweist sein Verhalten Preußen gegenüber. Oder will jemand bestreiten, daß unter Friedrich dem Großen die preußische Militärmacht über allen Zweifel die

---

5 Bezieht sich auf die Kriege gegen Spanien 1587-1604 und 1654-1659, gegen die Niederlande 1652-1654, 1665-1667 und 1672-1674 sowie die mehrfache Auseinandersetzung mit Frankreich im Zeitraum zwischen 1701 und 1815, in denen England bzw. Großbritannien seine See- und Weltgeltung durchsetzte.

6 Die Wendung "Gott strafe England", welche Alfred Funkes Roman "Schwert und Myrte" (Berlin 1914) entstammt, fand während des Ersten Weltkriegs im Deutschen Reich weite Verbreitung, etwa in Form von Briefaufklebern, Plakaten, Haussegen oder Illustrierten- und Zeitungsüberschriften (Freundliche Mitteilung des Archivs der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart).

weitaus stärkste Europas gewesen ist? Man glaube ja nicht, daß England dieses Preußen damals nur deshalb nicht bekämpft habe[7], weil es an Raumgröße in Europa trotz seiner militärischen Hegemonie zu den kleineren Staaten gerechnet werden mußte. Durchaus nicht. Denn als England einst seine Kämpfe gegen die Holländer ausgefochten hat, da war das holländische Staatsgebiet in Europa räumlich noch wesentlich kleiner als das preußische der spätfriderizianischen Zeit, und von einer bedrohlichen Hegemonie oder Vormachtstellung in Europa konnte man bei Holland überhaupt nicht reden. Wenn aber England nichtsdestoweniger in jahrzehntelangen Kämpfen Holland an den Leib rückte, dann lag der Grund eben ausschließlich nur in der durch Holland durchkreuzten englischen See- und Handelsherrschaft sowie in der allgemeinen kolonialpolitischen Tätigkeit der Holländer. Und da soll man sich keiner Täuschung hingeben: Hätte der preußische Staat sich nicht so ausschließlich rein kontinentalen Zielen gewidmet, dann würde er England zu allen Zeiten als seinen schärfsten Feind gehabt haben, ohne Rücksicht auf die Größe der rein militärischen Machtmittel Preußens in Europa oder die Gefahr einer Hegemonisierung Europas durch Preußen. Es wird von unseren wenig denkenden national-patriotischen Politikern den Nachfolgern des Großen Kurfürsten[8] nicht selten der bittere Vorwurf gemacht, sie hätten die durch den Großen Kurfürsten ins Leben gerufenen überseeischen Besitzungen Preußens vernachlässigt, ja überhaupt preisgegeben und damit auch keinerlei Interessen für eine Aufrechterhaltung und den Weiterbau einer brandenburgisch-preußischen Flotte gehabt[9]. Ein Glück für Preußen und für das spätere Deutschland, daß es so war.

Es spricht nichts so sehr für die überragende Staatsklugheit besonders Friedrich Wilhelms I.[10], [*wie*] daß er die bei aller Sparsamkeit doch unendlich beschränkten Mittel des kleinen preußischen Staates ausschließlich auf die Förderung des Landheeres konzentrierte. Nicht nur, daß dadurch dieser kleine Staat in einer Waffe eine überlegene Stellung erhalten konnte, wurde ihm damit auch die Feindschaft Englands erspart. Ein auf Hollands Spuren wandelndes Preußen aber hätte nicht die drei Schlesischen Kriege[11] durchfechten können mit England im Rücken ebenfalls als Gegner. Ganz abgesehen davon, daß jeder Versuch der Erringung einer wirklichen Seegeltung für den kleinen preußischen Staat auf die Dauer fehlschlagen hätte müssen infolge der so überaus beschränkten und militärisch so ungünstig gelagerten Raumbasis des Mutterlandes. Es wäre den Engländern schon damals eine Spielerei gewesen, sich des

7 Im Österreichischen Erbfolgekrieg 1740-1748 gehörten Preußen und Großbritannien gegnerischen Bündnissen an. In der Konvention von Westminster 1756 übernahm Preußen den Schutz Hannovers und kämpfte im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) aufseiten Großbritanniens.

8 Friedrich Wilhelm (1620-1688), 1640 Kurfürst von Brandenburg.

9 Brandenburg erwarb 1683 die Gebiete um Groß-Friedrichsburg am Golf von Guinea und Arguin an der mauretanischen Küste. Auf der Antilleninsel St. Thomas besaß es Nutzungsrechte. Die brandenburgische Flotte entstand aus Kaperbriefen, die der Große Kurfürst gegen Frankreich und Schweden ausgab. 1675 wurde die Kaperflotte formell in brandenburgische Dienste übernommen, 1684 ging sie in Staatsbesitz über. Durch den Niedergang des brandenburgischen Kolonialhandels waren zu Ende des Jahrhunderts allerdings keine brauchbaren Schiffe mehr vorhanden. Vgl. Wolfgang Petter, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. VIII: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, S. 13-262, S. 23 ff.

10 Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), 1714 König in Preußen.

11 Vgl. Kap. X, Anm. 16.

gefährlichen Konkurrenten in Europa durch einen allgemeinen Koalitionskrieg zu entledigen. Daß überhaupt aus dem kleinen Brandenburg das spätere Preußen werden konnte und aus dem späteren Preußen ein neues Deutsches Reich, war nur jener weisen Einsicht in die wirklichen Machtverhältnisse sowie in die Möglichkeiten des damaligen Preußens zu verdanken, mit der die Hohenzollern sich bis in die Bismarckische Zeit hinein fast ausschließlich auf die Stärkung der Landmacht beschränkten. Es war die einzig klare, folgerichtige Politik. Wenn Deutsch-Preußen und dann später Deutschland überhaupt einer Zukunft entgegengehen wollten, dann konnte sie nur gewährleistet werden durch eine Suprematie zu Land, die der englischen zur See entsprach. Es war ein Unglück für Deutschland, daß man sich von dieser Erkenntnis langsam entfernte, die Machtmittel zu Lande ungenügend ausbaute und statt dessen zu einer Flottenpolitik überging, die im Endresultat doch auch nur halbes gewesen war[12]. Selbst das Deutschland der nachbismarckischen Periode konnte sich nicht den Luxus leisten, zu Lande und zur See zu gleicher Zeit eine überlegene Rüstung zu schaffen und zu erhalten. Es ist aber für alle Zeiten einer der wichtigsten Grundsätze, daß ein Volk die unumgänglich notwendigste Waffe zur Erhaltung seines Daseins erkennt und dann unter Einsatz aller Mittel auf das äußerste fördert. England hat dies erkannt und befolgt. Denn für England war wirklich die Seeherrschaft das Um und Auf seines Daseins. Selbst die glänzendsten militärischen Perioden auf dem Festland, ruhmvollste Kriege, unvergleichliche militärische Entscheidungen konnten die Engländer nicht bewegen, in der Landmacht für England etwas [*anderes als* ?] am Ende doch nur Untergeordnetes zu sehen und die gesamte Kraft der Nation auf die Aufrechterhaltung einer überlegenen Seeherrschaft zu konzentrieren. In Deutschland allerdings hat man sich von der großen Kolonialwelle des XIX. Jahrhunderts mitreißen lassen, vielleicht auch noch bestärkt durch romantische Erinnerungen an die alte Hansa, sowie getrieben durch die wirtschaftsfriedliche Politik, die ausschließliche Förderung des Landheeres zurückzustellen und den Bau einer Flotte aufzunehmen. Ihren letzten Ausdruck erhielt diese Politik dann in dem ebenso verkehrten wie unheilvollen Satz: "Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"[13]. Nein, ganz im Gegenteil, sie lag und liegt für uns in Europa auf dem Lande, genauso wie auch die Ursachen unseres Unterganges immer rein kontinentaler Natur sein werden: unsere unselige raummäßig und militärgeographisch furchtbare Lage.

Solange sich Preußen in seinem außenpolitischen Wollen auf rein europäische Ziele beschränkte, hat es von England ernste Gefahren nicht zu befürchten gehabt. Der Einwand, daß nichtsdestoweniger schon im Jahre 1870/71 in England eine profranzösische Stimmung geherrscht hat[14], ist nicht zutreffend und besagt auf alle Fälle gar nichts. Denn ebenso herrschte damals in England auch eine prodeutsche Einstellung, ja selbst in englischen Kirchen wurde von der Kanzel herunter Frankreichs Vorgehen als Frevel gebrandmarkt. Im übrigen entschei-

12 Zur maritimen Vorstellungswelt und Seestrategie Wilhelms II. und Hitlers vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

13 Wilhelm II. in einer Ansprache anläßlich der Eröffnung des Freihafens Stettin am 23.9.1898. Zum Aufbau deutscher Seestreitkräfte in der Ära Wilhelms. II. vgl. Michael Epkenhans, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

14 Vgl. hierzu Thomas Schaarschmidt, Außenpolitik und Öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71, Frankfurt a. M. 1993.

det die tatsächlich eingenommene offizielle Haltung. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß in einem Staat von der Bedeutung Englands auch Frankreich laufende Sympathien haben wird, um so mehr, als der Einfluß auf die Presse eines Landes nicht selten durch fremde Kapitalien ausgeübt wird. Frankreich hat es immer verstanden, in sehr geschickter Weise Sympathien für sich zu mobilisieren. Es hat dabei als vorzüglichste Hilfswaffe Paris zu allen Zeiten ausgespielt. Dies fand aber nicht etwa nur in England statt, sondern sogar in Deutschland. Befand sich doch mitten im Kriege anno 70/71 sogar in der Berliner Gesellschaft, ja am Berliner Hof, eine nicht kleine Clique, die aus ihren profranzösischen Sympathien gar kein Hehl machte und auf alle Fälle das Bombardement von Paris geraume Zeit hinauszuziehen verstand[15]. Daß im übrigen englische Kreise mit gemischter Freude auf die deutschen Waffenerfolge sahen, ist menschlich verständlich. Die offizielle Haltung der englischen Staatsregierung konnten sie jedenfalls nicht zu irgendeinem Einschreiten bewegen. Auch die Meinung, daß dies nur der russischen Rückendeckung, der sich Bismarck versichert hatte, zuzuschreiben wäre, ändert daran nichts. Denn diese Rückendeckung war in erster Linie gegen Österreich gedacht. Würde aber England damals seine neutrale Haltung aufgegeben haben, dann hätte auch die russische Rückendeckung einen umfangreichen Brand nicht zu verhüten vermocht. Denn dann wäre natürlich Österreich erst recht erneut auf den Plan getreten, und so oder so, der Erfolg des Jahres 1871 wäre kaum eingetreten. Tatsächlich hatte Bismarck eine laufende stille Angst vor der Einmengung anderer Staaten nicht nur in den Krieg, sondern sogar auch noch in die Friedensverhandlungen[16]. Denn was wenige Jahre später Rußland gegenüber stattfand[17], die Intervention anderer Mächte hätte genauso gut durch England auch gegen Deutschland inszeniert werden können.

Der Wandel der englischen Einstellung gegen Deutschland läßt sich genau verfolgen. Er geht parallel unserer Entwicklung zur See, steigert sich mit unserer Kolonialtätigkeit zur offenen Abneigung und endet endlich mit unserer Flottenpolitik beim offenen Haß[18]. Daß man in England aber in dieser Entwicklung eines so tüchtigen Volkes, wie es das deutsche ist, eine bedrohliche Gefahr für die Zukunft wittert, kann man einer wirklich besorgten Staatsleitung nicht für Übel [*sic!*] nehmen. Man darf eben niemals unsere deutschen Unterlassungssünden als Maßstab für die Beurteilung der Handlungen anderer anlegen. Der Leichtsinn, mit dem das Deutschland der nachbismarckischen Zeit seine machtpolitische Stellung in Europa durch Frankreich und Rußland bedrohen ließ, ohne Ernstliches dagegen zu unternehmen, gestattet noch lange nicht, anderen Mächten ähnliches zuzumuten oder über sie in moralischer Entrü-

15 Bismarck hatte aus innenpolitischen Gründen die Legende verbreitet, in einem Konflikt mit dem Generalstabschef Helmuth von Moltke wegen der Beschießung von Paris geraten zu sein. Vgl. Rudolf Stadelmann, Moltke und der Staat, Krefeld 1950, S. 232 ff.

16 Zu Bismarcks Bemühungen, den Deutsch-Französischen Krieg zu lokalisieren, vgl. Kolb, Weg, S. 83 ff., 297 ff.

17 Der 1878 in San Stefano abgeschlossene Vorfriede zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich wurde noch im selben Jahr auf dem Berliner Kongreß (16.3. bis 13.7.1878) revidiert. Vgl. Kap. X, Anm. 10.

18 Zur Entwicklung des deutsch-britischen Verhältnisses seit der Reichsgründung vgl. Klaus Hildebrand, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

stung den Stab zu brechen, wenn sie die Lebensinteressen ihrer Völker eben besser wahrnehmen.

Hätte das Deutschland der Vorkriegszeit statt seiner Weltfriedens- und Wirtschaftspolitik mit ihren an sich verhängnisvollen Rückwirkungen sich zu einer Fortsetzung der einstigen preußischen Kontinentalpolitik entschlossen, dann konnte [*sic!*] es erstens seine Landmacht wirklich auf jene überragende Höhe heben, wie sie der preußische Staat einst gehabt hat, und es brauchte [*sic!*] dann zweitens eine unbedingte Feindschaft mit England nicht zu fürchten. Denn soviel ist sicher, daß, wenn Deutschland die gesamten ungeheueren Mittel, die es in die Flotte hineinpulverte, zur Stärkung seines Landheeres verwendet haben würde[19], dann wären seine Interessen zumindest auf den ausschlaggebenden europäischen Schlachtfeldern anders zu verfechten gewesen, und der Nation wäre das Schicksal erspart geblieben, eine zum Teil mehr als ungenügend ausgerüstete Landarmee[20] gegenüber einer erdrückenden Weltkoalition langsam verbluten zu sehen, während die Marine wenigstens in ihren ausschlaggebenden Kampfeinheiten in den Häfen dahinrostete, um endlich in einer mehr als schmachvollen Übergabe ihr Dasein zu beschließen[21]. Man rede sich dabei nicht [*auf*] die Führer [*hin*]aus, sondern habe den Mut zuzugeben, daß dies im Wesen dieser Waffe für uns selbst lag. Denn in derselben Zeit wurde das Feldheer aus einer Schlacht heraus- und in die andere hineingeworfen, ohne Rücksicht auf Verluste und sonstige Not. Die Landarmee war wirklich die deutsche Waffe, herausgewachsen aus einer 100jährigen Tradition, unsere Flotte aber war am Ende doch nur eine romantische Spielerei, ein Paradestück, das um seiner selbst willen geschaffen wurde und wiederum um seiner selbst willen nicht eingesetzt werden durfte. Der Gesamtnutzen, den sie uns brachte, steht in keinem Verhältnis zu der furchtbaren Feindschaft, die sie uns auflud. (Ich)

(Damit werden) Hätte Deutschland diese Entwicklung nicht genommen, dann konnte [*sic!*] man noch um die Jahrhundertwende mit England, das damals verständigungsbereit war, auch zu einer Verständigung gelangen. Allerdings Dauer hätte eine solche Verständigung nur dann gehabt, wenn sie sich [*sic!*] von einer grundsätzlichen Umstellung unserer außenpolitischen Zielsetzung begleitet gewesen wäre. Noch um die Jahrhundertwende konnte Deutschland sich zu einer Wiederaufnahme der früheren preußischen Kontinentalpolitik entschließen und mit England gemeinsam der Weltgeschichte die weitere Entwicklung vorschreiben. Der Einwand unserer ewigen Zauderer und Zweifler, daß dies immerhin unsicher gewesen wäre, gründet sich auf gar nichts als auf persönliche Meinungen. Dagegen spricht auf alle Fälle die bisherige englische Geschichte. Mit welchem Recht vermutet solch ein Zweifler, daß Deutschland nicht dieselbe Rolle hätte spielen können, wie sie Japan gespielt hat. Die dumme Phrase, daß

19 Im Haushalt von 1913 waren beispielsweise für die Landstreitkräfte 775 Millionen Mark an fortdauernden sowie 580 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben veranschlagt. Die Marine erhielt 197 Millionen Mark für fortdauernde, 233 Millionen Mark für einmalige Ausgaben. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 336 ff.

20 Vgl. Kap. VIII, Anm. 22.

21 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Hochseeflotte (vgl. Kap. III, Anm. 1) wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Friedrich Ruge, Scapa Flow 1919. Das Ende der deutschen Flotte, Oldenburg 1969.

das [*sic!*] Deutschland eben den Engländern die Kastanien aus dem Feuer geholt hätte, könnte man genausogut dann auch auf Friedrich den Großen anwenden, der endlich ja auch mitgeholfen hat, auf den europäischen Schlachtfeldern die außereuropäische englische Auseinandersetzung mit Frankreich zu erleichtern[22]. Auch der weitere Einwand, daß England dann doch eines Tages gegen Deutschland gegangen wäre, ist schon fast dumm zu nennen. Denn immer würde selbst in dem Fall die deutsche Position nach einer erfolgten Niederwerfung Rußlands in Europa besser gewesen sein, als sie so zu Beginn des Weltkrieges war. Im Gegenteil, wäre der Russisch-Japanische Krieg[23] in Europa zwischen Deutschland und Rußland ausgefochten worden, dann würde Deutschland einen solchen rein moralischen Machtzuwachs erhalten haben, daß es sich auf die nächsten 30 Jahre jede weitere europäische Macht überlegt hätte, den Frieden zu brechen und sich gegen Deutschland in eine Koalition hineinhetzen zu lassen. Aber alle diese Einwände entspringen immer der Mentalität des Vorkriegsdeutschlands, das selbst als Opposition alles wußte und nichts tat.

Tatsache ist, daß man damals von England aus an Deutschland herangetreten ist, und Tatsache weiter, daß man sich deutscherseits aus der Mentalität dieser ewigen zögernden Zauderer heraus zu keiner klaren Stellungnahme entschließen konnte[24]. Was Deutschland damals ablehnte, hat dann Japan besorgt[25] und sich auf verhältnismäßig billige Weise dabei den Ruhm einer Weltmacht geholt.

Wenn man aber in Deutschland dies unter keinen Umständen tun wollte, dann hätte man sich eben auf die andere Seite schlagen müssen. Das Jahr 1904 oder [*19*]05 konnte [*sic!*] man dann zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich verwenden und hätte Rußland im Rücken gehabt. Allein auch das wollten diese Zögerer und Zauderer genauso wenig. Aus lauter Vorsicht und lauter Bedenklichkeiten und vor lauter Wissen haben sie zu keiner Stunde festzustellen vermocht, was sie nun eigentlich wollen. Und nur darin beruht die Überlegenheit der englischen Staatsleitung, daß man dort eben nicht von solchen Tausendwissern regiert wurde, die sich dann nie zu einer Tat aufraffen können, sondern von sehr natürlich denkenden Menschen, für die die Politik sehr wohl eine Kunst des Möglichen[26] ist, die aber dann auch alle Möglichkeiten beim Schopf nehmen und wirklich mit ihnen schlagen[27].

Sowie Deutschland aber einer solchen grundsätzlichen Verständigung mit England ausgewichen war, die, wie schon bemerkt, allerdings nur dann einen dauernden Sinn gehabt hätte, wenn man in Berlin zu einer klaren raumpolitischen kontinentalen Zielsetzung gekommen wäre, begann England den Weltwiderstand gegen den Bedroher der britischen Seeherrschaftsinteressen zu organisieren.

---

22 Vgl. Kap. X, Anm. 17.

23 Vgl. Kap. VII Anm. 47.

24 Anspielung auf die britischen Bündnisangebote zwischen 1898 und 1901. Vgl. Kennedy, Anglo-German Antagonism, S. 234 ff.

25 Gemeint ist das britisch-japanische Bündnis vom 30.1.1902, das Neutralität beider Partner bei einem Krieg mit nur einer dritten Macht, aber eine Beistandspflicht bei Krieg mit mehr als einer anderen Macht festlegte sowie für einen Ausgleich der kolonialen Interessen beider Mächte in Südostasien sorgte.

26 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

27 Es ist bemerkenswert, daß Hitler hier über die führenden Köpfe eines demokratischen Systems ganz andere Ansichten äußert als in seinen generellen Bemerkungen über die Demokratie.

Der Weltkrieg selbst ging angesichts der selbst in England nicht vermuteten militärischen Tüchtigkeit unseres Volkes nicht so, wie man anfangs dachte. Wohl wurde endlich Deutschland niedergerungen, allein nur nachdem auch die amerikanische Union auf dem Schlachtfeld erschienen war[28], und Deutschland endlich infolge seines inneren Zusammenbruches die Rükkendeckung der Heimat verloren hatte[29]. Damit war aber auch schon das eigentliche englische Kriegsziel nicht erreicht worden. Denn wohl wurde die deutsche Bedrohung der englischen Seeherrschaft beseitigt, allein die wesentlich stärker fundierte amerikanische ist an ihre Stelle getreten. In der Zukunft wird die größte Gefahr Englands überhaupt nicht mehr in Europa sein, sondern in Nordamerika. In Europa selbst ist der zur Zeit für England gefährlichste Staat Frankreich. Seine militärische Hegemonie hat für England eine besonders bedrohliche Bedeutung infolge der geographischen Lage, die Frankreich zu England einnimmt. Nicht nur, daß ein großer Teil wichtiger englischer Lebenszentren französischen Fliegerangriffen nahezu schutzlos ausgesetzt erscheinen, [*sondern es* ?] kann selbst eine Anzahl englischer Städte durch Ferngeschütze von der französischen Küste aus erreicht werden. Ja, wenn es der modernen Technik gelingt, noch eine wesentliche Steigerung der Schußleistungen schwerster Ferngeschütze herbeizuführen, dann liegt selbst eine Beschießung Londons vom französischen Festlande aus nicht außerhalb des Bereichs aller Möglichkeiten[30]. Wichtiger aber noch ist, daß ein französischer U-Boot-Krieg gegen England eine ganz andere Basis besitzt als der einstige deutsche während dem Weltkriege. Die breite Lagerung Frankreichs an zwei Meeren würde Absperrungsmaßnahmen, wie sie dem beschränkten nassen Dreieck[31] gegenüber leicht erfolgreich sein konnten, nur sehr schwer durchführbar machen.

Wer im heutigen Europa versucht, natürliche Gegner Englands zu finden, wird immer auf Frankreich und - auf Rußland stoßen. Frankreich als Macht mit kontinentalen politischen Zielen, die aber in Wahrheit immer nur die Rückendeckung für sehr weit gesteckte allgemeine weltpolitische Absichten sind. Rußland als bedrohlichen Feind Indiens und Besitzer von Ölquellen, denen heute die gleiche Bedeutung zukommt, wie Eisen- und Kohlengruben sie im vergangenen Jahrhundert besessen haben.

Wenn England selbst seinen großen weltpolitischen Zielen treu bleibt, dann werden seine möglichen Widersacher in Europa, Frankreich und Rußland, in der übrigen Welt in der Zukunft besonders die amerikanische Union sein.

---

28 Am 6.4.1917 hatten die USA Deutschland, am 7.12.1917 Österreich-Ungarn den Krieg erklärt.

29 Anspielung auf die sogenannte Dolchstoßlegende. Zu deren Instrumentalisierung in der zeitgenössischen politischen Auseinandersetzung vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

30 Möglicherweise Anspielung auf das sogenannte Paris-Geschütz der deutschen Armee, ein auf 21 cm herunterkalibriertes 38 cm Eisenbahngeschütz mit einer Schußweite von knapp 132 km. Seit 1918 im Einsatz hatte der Beschuß des 90 km entfernten Paris allerdings eher propagandistischen als militärischen Wert. Vgl. John Batchelor und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977, S. 29, 42. Im Zweiten Weltkrieg sollte London unter Artillerie-Beschuß liegen. Vgl. Olaf Groehler, Die "Hochdruckpumpe"(V3) - Entwicklung und Misere einer "Wunderwaffe". In: Militärgeschichte 5 (1977), S. 738-744. Zu den deutsch-englischen Beziehungen allgemein vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler and England. 1933-1945: Pretense and Reality. In: German Studies Review 8 (1985), S. 299-309.

31 Vgl. Kap. VI, Anm. 9.

Eine Veranlassung zu einer Verewigung der englischen Feindschaft gegen Deutschland ist demgegenüber nicht vorhanden. Ansonsten wäre die englische Außenpolitik nunmehr durch Motive bestimmt, die fern aller realen Logik liegen und damit vielleicht nur im Kopf eines deutschen Professors maßgeblichen Einfluß auf die Bestimmung der politischen Verhältnisse der Völker untereinander haben können. Nein, man wird in England in der Zukunft genauso nüchtern nach reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten seine Einstellung vornehmen, wie dies seit 300 Jahren geschehen ist. Und so wie seit 300 Jahren Bundesgenossen Englands zu Feinden werden konnten und Feinde wieder zu Bundesgenossen, so wird dies auch in der Zukunft immer der Fall sein, sofern allgemeine und besondere Notwendigkeiten dafür sprechen. Wenn aber Deutschland zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung kommt, die den See- und Handelsinteressen Englands nicht mehr widerspricht, sondern sich in kontinentalen Zielen erschöpft, dann ist ein logischer Grund für eine englische Feindschaft, die dann bloß Feindschaft um der Feindschaft wegen wäre, nicht mehr vorhanden. Denn auch das europäische Gleichgewicht interessiert England nur so lange, als es das Werden einer für England bedrohlichen Welthandels- und Seemacht verhindert. Es gibt gar keine außenpolitische Leitung, die weniger als die englische durch lebensunwirkliche Doktrinen bestimmt gewesen wäre. Ein Weltreich entsteht nicht durch sentimentale oder rein theoretische Politik.

Auch in der Zukunft wird deshalb bestimmend für die englische Außenpolitik die nüchterne Wahrnehmung der britischen Interessen sein. Wer diese Interessen durchkreuzt, wird damit auch in der Zukunft Englands Feind sein. Wer sie nicht berührt, dessen Dasein wird auch England nicht berühren. Und wer ihnen von Zeit zu Zeit nützlich sein kann, der wird an Englands Seite geladen ohne Rücksicht darauf, ob er früher ein Feind gewesen ist und in der Zukunft vielleicht wieder einer werden kann.

Ein nützliches Bündnis aber ablehnen, weil es später einmal vielleicht doch in Feindschaft enden kann, bringt nur ein bürgerlich-nationaler deutscher Politiker fertig. Einem Engländer so etwas zuzumuten, ist eine Beleidigung des politischen Instinkts dieses Volkes.

Wenn natürlich Deutschland überhaupt zu keiner politischen Zielsetzung kommt und damit wie bisher planlos ohne jeden leitenden Gedanken von heute auf morgen fortwurstelt, oder wenn diese Zielsetzung in der Wiederherstellung der Grenzen und Besitzverhältnisse des Jahres 1914 liegt[32] und damit am Ende erneut bei unserer Welthandels-, Kolonial- und Seemachtspolitik landet, dann allerdings wird die englische Feindschaft uns auch für die Zukunft gewiß sein. Dann wird Deutschland unter seinen Dawes-Lasten[33] wirtschaftlich ersticken, unter seinen Locarnoverträgen[34] politisch verkommen, rassisch sich immer mehr schwächen, um endlich als zweites Holland und als zweite Schweiz in Europa sein Dasein zu beschließen. Das können unsere bürgerlich-nationalen und vaterländischen Politikaster schon erreichen, dazu

32 Vgl. Kap. VIII, Anm. 44.

33 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Seit 17.5.1930 ersetzte der Young-Plan diese Regelung. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

34 Vgl. Kap. VIII, Anm. 46.

brauchen sie nur auf dem Wege ihrer heutigen Phrasendrescherei weiter fortfahren, mit dem Maul Proteste hinausschleudern, ganz Europa bekriegen und vor jeder Tat feige ins Loch kriechen. Nationalbürgerlich-vaterländische Politik der Wiedererhebung Deutschlands heißt man dann das. So, wie unser Bürgertum es verstanden hat, im Laufe von knappen 60 Jahren den Begriff national zu entwürdigen und zu kompromittieren, so zerstört es noch in seinem Untergang den schönen Begriff vaterländisch, indem es auch ihn in seinen Verbänden zu einer reinen Phrase herabdegradiert.

Allerdings tritt für die Haltung Englands Deutschland gegenüber noch ein weiterer wichtiger Faktor in Erscheinung: das auch in England maßgebenden Einfluß besitzende Weltjudentum. So sicher das Engländertum selbst die Kriegspsychose Deutschland gegenüber überwinden wird können, so sicher wird aber auch das Weltjudentum nichts unterlassen, um die alten Feindschaften rege zu erhalten, eine Befriedigung [*sic!*] Europas nicht eintreten zu lassen, um im Durcheinander einer allgemeinen Unruhe seine bolschewistischen Zersetzungstendenzen zum Zuge kommen lassen zu können.

Man kann nicht über Weltpolitik sprechen, ohne diese furchtbarste Macht in Rechnung zu stellen. Ich will mich deshalb mit diesem Problem in diesem Buche noch besonders beschäftigen[35].

---

35 Vgl. Kap. XVI, S. 183 ff. Abschnitt C. Diese letzten Zeilen stehen auf der selben Seite wie die ersten Zeilen des folgenden Abschnitts.

[*KAPITEL XV*]

[*DEUTSCHLAND UND ITALIEN*]

[*A*]

Wenn schon England nicht aus prinzipiellen Gründen gezwungen ist, seine Kriegsfeindschaft gegen Deutschland für immer beizubehalten, dann aber noch viel weniger Italien. Italien ist der zweite Staat in Europa, der nicht grundsätzlich mit Deutschland verfeindet sein muß, ja, dessen außenpolitische Ziele sich mit Deutschland überhaupt nicht zu kreuzen brauchen. Im Gegenteil, mit keinem Staat hat Deutschland vielleicht mehr gemeinsame Interessen als gerade mit Italien und umgekehrt[1].

In derselben Zeitperiode, in der Deutschland versuchte, zu einer neuen nationalen Einigung zu gelangen, fand der gleiche Prozeß auch in Italien statt[2]. Allerdings fehlte den Italienern dabei eine Zentralmacht von langsam werdender und endlich überragender Bedeutung, wie es das werdende Deutschland in Preußen besaß. Aber ähnlich so, wie der deutschen Einigung in erster Linie Frankreich und Österreich als wirkliche Feinde gegenüberstanden, so hatte auch die italienische Einigungsbewegung unter diesen beiden Mächten am meisten zu leiden. In der Hauptsache war es allerdings der Habsburgerstaat, der an der Beibehaltung der inneritalienischen Zerrissenheit ein Lebensinteresse besitzen mußte und auch besaß. Da ein Staat von der Größe Österreich-Ungarns ohne direkten Zugang zum Meere kaum denkbar ist, das einzige hiefür in Frage kommende Gebiet aber wenigstens in seinen Städten von Italienern bewohnt war, mußte schon aus Angst vor dem möglichen Verlust dieser Gebiete im Falle der Gründung eines italienischen Nationalstaates Österreich der Entstehung eines geeinten italienischen Staates ablehnend entgegentreten. Damals konnte selbst das kühnste politische Ziel des italienischen Volkes nur in seiner nationalen Einigung liegen. Dies mußte dann auch die außenpolitische Einstellung bedingen. (Das durch Savoyen) Als daher die italienische Einigung langsam Gestalt annahm, hat sein genialer großer Staatsmann *Cavour*[3] sich aller Möglichkeiten be-

1 Obwohl Mussolini Deutschland in das Konzept seiner revisionistischen Außenpolitik einzubinden suchte, war das deutsch-italienische Verhältnis bis zum Tod Stresemanns am 3.10.1929 von dessen Rücksichtnahme auf Frankreich bestimmt. Stresemanns ideologische Aversionen gegenüber dem faschistischen Staat sowie die italienische Politik in Südtirol, die von Stresemann nicht akzeptiert wurde, trugen außerdem zu einer Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen bei. Vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

2 Unter der Führung des Königreichs Sardinien-Piemont waren die Masse der italienischen Teilstaaten nach dem Krieg 1858/59 zwischen Sardinien-Piemont und Frankreich auf der einen Seite und Österreich-Ungarn auf der anderen Seite bis zum 14.3.1861 zum Königreich Italien vereinigt worden. Nach dem Krieg gegen Österreich wurde Italien 1866 durch Venetien, während des Deutsch-Französischen Kriegs (vgl. Kap. VII, Anm. 22) 1870 durch den Kirchenstaat erweitert.

3 Camillo Benso Conte di Cavour (1810-1861), italienischer Staatsmann, 1847 Mitherausgeber der Zeitung "Risorgimento", 1850-1852 sardinischer Handels- und Marineminister, ab 1851 auch Finanzminister, 1852-1859 und erneut 1860-1861 Ministerpräsident, seit 14.3.1861 erster italienischer Ministerpräsident.

dient, die diesen besonderen Zwecke dienen konnten. Italien verdankt die Möglichkeit seiner Einigung einer außerordentlich klug gewählten Bündnispolitik. Stets war dabei das Ziel, in erster Linie eine Lähmung des Hauptfeindes dieser Einigung, Österreich-Ungarns, herbeizuführen, ja endlich diesen Staat zum Verlassen der norditalienischen Provinzen zu bewegen. Damit befanden sich aber selbst nach dem Abschluß der vorläufigen Einigung Italiens allein in Österreich-Ungarn über 800.000 Italiener[4]. Das nationale Ziel der weiteren Zusammenschließung der Menschen italienischer Nationalität mußte freilich zunächst eine Zurückstellung erfahren, da zum ersten Mal die Gefahren einer italienisch-französischen Entfremdung aufzusteigen begannen. Italien entschloß sich, besonders um Zeit zu seiner inneren Konsolidierung zu erhalten, in den Dreibund einzutreten[5].

Der Weltkrieg brachte endlich Italien aus Gründen, die ich schon angeführt habe, in das Lager der Entente[6]. Die italienische Einigung ist damit einen gewaltigen Schritt weiter vorwärts getragen worden, jedoch sie ist auch heute noch nicht vollendet. Das größte Ereignis für den italienischen Staat ist aber die Beseitigung des verhaßten Habsburgerreiches. Allerdings tritt an dessen Stelle ein südslawisches Gebilde[7], das schon aus allgemeinen nationalen Gesichtspunkten heraus eine kaum weniger große Gefahr für Italien darstellt.

Denn sowenig für Deutschland auf die Dauer die bürgerlich-nationale immer nur rein grenzpolitische Auffassung den Lebensbedürfnissen unseres Volkes Genüge leisten konnte, sowenig die ebenso rein bürgerlich-nationale Einigungspolitik des italienischen Staates dem italienischen Volk.

Gleich dem deutschen Volk lebt das italienische auf einer zu kleinen und dabei zum Teil wenig fruchtbaren Bodenfläche. Diese Übervölkerung hat Italien schon seit vielen Jahrzehnten, ja wohl seit Jahrhunderten zu einem dauernden Menschenexport gezwungen[8]. Wenn auch dabei ein großer Teil dieser Auswanderer als Saisonarbeiter wieder nach Italien zurückkehrte, um dort von seinen Ersparnissen zu leben, so führte dies erst recht zu einer weiteren Anspannung der Lage. Das Bevölkerungsproblem wurde damit nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft. So wie Deutschland durch seinen Warenexport in Abhängigkeit geriet von der Aufnahmefähigkeit, der Aufnahmemöglichkeit und dem Aufnahmewollen anderer Mächte und Länder, genauso Italien mit seinem Menschenexport. In beiden Fällen mußte ein durch irgendwelche Ereignisse erfolgtes Abstoppen der Empfangsmärkte zu katastrophalen Folgen im Inneren führen.

Der Versuch Italiens, durch eine Steigerung seiner industriellen Tätigkeit dem Ernährungsproblem Herr zu werden, kann deshalb zu keinem endgültigen Erfolg führen, weil der Mangel

---

4 Vgl. Kap. VII, Anm. 37.
5 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.
6 Vgl. ebenda.
7 Gemeint ist das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, ab Oktober 1929 Jugoslawien.
8 Die starke italienische Auswanderungswelle Ende des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich vor allem auf die USA, Argentinien und Brasilien; zwischen 1876 und 1914 wanderten jeweils 871.221, 370.254 und 249.504 Italiener in diese Staaten ein. In die übrigen süd- und mittelamerikanischen Staaten immigrierten 92.762 Italiener, zusammen 1.583.741 Menschen. Vgl. Herbert S. Klein, The Integration of Italian Immigrants into the United States and Argentina. A Comparative Analysis. In: The American Historical Review LXXXVIII (1983), S. 306-329, hier S. 308.

an natürlichen Rohstoffen im Mutterlande Italien einen großen Grad der nötigen Konkurrenzfähigkeit von vorneherein raubt.

So wie in Italien die Auffassungen einer formalen bürgerlichen Nationalpolitik überwunden werden und an Stelle dessen völkisches Verantwortlichkeitsgefühl tritt, wird auch dieser Staat gezwungen sein, von seiner bisherigen politischen Auffassung abzugehen, um sich einer großzügigen Raumpolitik zuzuwenden.

Das natürliche Gebiet der italienischen Expansion ist und bleibt dabei das Randbecken des mittelländischen Meeres. Je mehr das heutige Italien von seiner bisherigen nationalen Einigungspolitik ab- und zu einer imperialistischen hingeht, um so mehr wird es auf die Wege des alten Roms geraten, nicht aus Machtdünkel heraus, sondern aus tiefinneren Notwendigkeiten[9]. Wenn Deutschland heute im Osten Europas nach Boden sucht, dann ist dies nicht das Zeichen überspannten Machthungers, sondern nur die Folge seiner Bodennot. Und wenn Italien heute am Rande des mittelmeerländischen Beckens seinen Einfluß zu erweitern sucht und endlich Kolonien gründen will[10], dann ist es ebenfalls nur die durch eine Zwangslage erfolgte Auslösung einer natürlichen Interessenvertretung. Würde die deutsche Politik der Vorkriegszeit nicht mit aller Blindheit geschlagen gewesen sein, dann hätte sie diese Entwicklung mit allen Mitteln unterstützen und fördern müssen, nicht nur weil sie eine natürliche Stärkung des Bundesgenossen bedeutet hätte, sondern weil sie vielleicht die einzige Möglichkeit geboten hätte, das italienische Interesse von der Adria wegzuziehen und damit die Reibungsflächen mit Österreich-Ungarn zu vermindern. Zu allem Überfluß aber hätte eine solche Politik die natürlichste Gegnerschaft, die es überhaupt geben kann, nämlich die zwischen Italien und Frankreich, befestigt und damit wieder in günstigem Sinne auf die Stärkung des Dreibundes zurückgewirkt.

Es war ein Unglück für Deutschland, daß damals nicht nur die Reichsleitung glatt versagte, sondern daß vor allem die öffentliche Meinung, angeführt von irrsinnigen deutschnationalen Patrioten und außenpolitischen Phantasten, gegen Italien Stellung nahm. Besonders auch noch deshalb, weil Österreich im italienischen Vorgehen in Tripolitanien[11] irgend etwas Unfreundliches entdeckte. Es gehörte aber damals zur politischen Weisheit unseres nationalen Bürgertums, jede Dummheit oder Niedertracht der Wiener Diplomatie zu decken, ja wenn möglich

9 Nach der Konsolidierung von Mussolinis Herrschaft schien sich die italienische Außenpolitik zunächst an den vorgezeichneten historischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Interessenlagen zu orientieren. Dennoch begannen sich schon bald neue Tendenzen abzuzeichnen: ein ideologisch motivierter Großmachtanspruch, die Rücksichtnahme auf die nationalistisch aufgeputschte Erwartungshaltung der Nation und der Versuch einer subversiven Einflußnahme auf das Ausland. Diese Veränderungen in Stil und Zielsetzung der italienischen Diplomatie sorgten für Konflikte mit den Nachbarn, etwa mit Griechenland (1923: Korfu-Krise), mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1924: Annexion von Fiume), mit Österreich und Deutschland wegen der forcierten Italianisierung in Südtirol oder mit Frankreich wegen der italienischen Kolonialpolitik in Nordafrika. Vgl. Ennio Di Nolfo, Mussolini e la politica estera italiana (1919-1933), Padova 1960; Jens Petersen, Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien. In: Quellen und Forschungen 54 (1974), S. 428-470.

10 Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war es Italien gelungen, seinen Einfluß auf Teile Afrikas sowie auf Teile des Mittelmeerraums auszudehnen. 1928 war Italienisch-Somaliland italienische Kolonie, Eritrea, Libyen sowie die Inselgruppe der Dodekanes standen unter italienischer Verwaltung. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini's Roman Empire, London 1976, S. 32 ff.

11 Vgl. Kap. VII, Anm. 39.

selbst zu übernehmen, um dadurch am besten die innere Harmonie und Festigkeit dieses Herzensbundes vor der Welt zu demonstrieren.

Nun ist Österreich-Ungarn ausgelöscht. Weniger denn je hat aber Deutschland eine Veranlassung, eine Entwicklung Italiens zu bedauern, die zwangsläufig eines Tages auf Kosten Frankreichs gehen muß. Denn je mehr das heutige Italien sich seiner höchsten volklichen [*sic!*] Aufgaben besinnt, und je mehr es demgemäß zu einer römisch gedachten Raumpolitik übergeht, um so mehr muß es in Gegensatz geraten zu dem schärfsten Konkurrenten im mittelländischen Meer, zu Frankreich. Frankreich wird nie dulden, daß Italien zu einer Vormacht im mittelländischen Meere wird. Es wird dies entweder durch seine eigene Kraft allein oder durch ein System von Bündnissen zu verhindern suchen. Es wird der italienischen Entwicklung Hindernisse in den Weg legen, wo immer dies nur möglich ist, und es wird endlich auch nicht davor zurückschrecken, die Gewalt zu Hilfe zu rufen[12]. Auch die sogenannte Verwandtschaft der beiden lateinischen Nationen wird daran nichts ändern, denn sie ist keine nähere als die zwischen England und Deutschland.

Es[13] kommt noch dazu, daß in eben dem Verhältnis, in dem die eigene Volkskraft Frankreichs nachläßt[14], dieser Staat an die Erschließung seiner schwarzen Menschenreservoire geht. Damit zieht für Europa eine Gefahr von nicht ausdenkbarem Umfange herauf. Der Gedanke, daß am Rhein französische Neger als Kulturwächter gegen Deutschland das weiße Blut vergiften können, ist so ungeheuerlich, daß er noch vor wenigen Jahrzehnten als gänzlich unmöglich angesehen worden wäre. Sicher wird durch diese Blutsverpestung Frankreich selbst den schwersten Schaden leiden, allein doch nur dann, wenn die anderen europäischen Nationen sich des Wertes ihrer weißen Rasse bewußt bleiben. Rein militärisch betrachtet kann Frankreich sehr wohl seine europäischen Formationen ergänzen und, wie der Weltkrieg gezeigt hat, auch wirkungsvoll einsetzen. Zum Schluß gewährt diese vollkommen unfranzösische schwarze Armee sogar noch einen gewissen Schutz gegen kommunistische Demonstrationen, da der Kadavergehorsam in allen Lagen bei einer mit dem französischen Volk blutsmäßig überhaupt nicht verbundenen Armee leichter aufrechtzuerhalten sein wird. Die größte Gefahr bringt diese Entwicklung aber in erster Linie für Italien mit sich. Wenn das italienische Volk seine Zukunft nach seinen eigenen Interessen gestalten will, wird es einmal die durch Frankreich mobilisierten schwarzen Armeen als seine Gegner haben. Es kann dabei nicht im geringsten Interesse Italiens liegen, eine Feindschaft zu Deutschland zu besitzen, die selbst im gün-

---

12 Der Gedanke an einen französisch-italienischen Krieg hat Hitler jahrelang beschäftigt. Er entstammt sichtlich Hitlers vorgefaßter Meinung über "Italiens Raumpolitik"; in der Hoßbach-Niederschrift über Hitlers Besprechung vom 5.11.1937 finden sich ähnliche Gedanken (Niederschrift des Oberst Friedrich Hoßbach vom 10.11.1937 über die Besprechung vom 5.11.1937 in der Reichskanzlei. In: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXV, Dok. 386-PS, S. 402-413, hier S. 409, 411 f.). Ungefähr zur Zeit, als Hitler den vorliegenden Text diktierte, brachte die Beilage "Der deutsche Frontsoldat" des VB (1. Teil: VB vom 3./4.6.1928, 2. Teil: VB vom 23.6.1928, sowie ein Kommentar im VB vom 3.7.1928, "Italiens Zweifrontenkrieg!") einen längeren Artikel von Konstantin Hierl "Italiens kommender Zweifrontenkrieg", wo das Szenario einer militärischen Auseinandersetzung Italiens gegen Frankreich und Jugoslawien entworfen wurde.

13 An dieser Stelle fängt Seite 240 der Vorlage an. Die Seiten 240-324 sind Durchschläge (s. o. Einleitung, Anm. 13).

14 Vgl. Kap. VII, Anm. 40.

stigsten Falle für die Gestaltung des italienischen Lebens in der Zukunft nichts Nutzbringendes beisteuern kann. Im Gegenteil, wenn ein Staat die Kriegsfeindschaft endgültig begraben kann, dann ist dies Italien. Italien hat an keiner weiteren Unterdrückung Deutschlands ein eigenes Interesse, wenn beide Staaten ihren natürlichsten Zukunftsaufgaben nachgehen wollen.

Schon Bismarck erkannte diese glückliche Fügung. Öfter als einmal stellte er das vollkommen Parallele der deutschen und italienischen Interessen fest[15]. Er ist es, der schon darauf hinweist, daß das Italien der Zukunft seine Entwicklung am Rande des mittelländischen Meeres suchen wird müssen, und er ist es auch weiter, der dabei die Harmonie der italienischen Interessen mit den deutschen feststellt, indem er betont, daß nur Frankreich an eine Störung dieser italienischen Lebensgestaltung denken kann, während Deutschland sie von seinem Gesichtspunkt aus nur begrüßen muß. Er sieht wirklich in der ganzen Zukunft keine notwendige Veranlassung zu einer Entfremdung oder gar zu einer Verfeindung Italiens mit Deutschland. Würde Bismarck statt Bethmann Hollweg[16] die Geschicke Deutschlands vor dem Weltkrieg gelenkt haben, wäre ja auch diese furchtbare Verfeindung nur wegen Österreich (nicht) nie eingetreten.

Mehr noch selbst als bei England steht es für Italien fest, daß eine kontinentale Ausdehnung Deutschlands in Nordeuropa keine Bedrohung und damit keinen Anlaß zu einer Entfremdung für Italien gegen Deutschland geben kann. Umgekehrt sind es die natürlichsten Interessen, die für Italien gegen jede weitere Steigerung der französischen Hegemonie in Europa sprechen.

Damit aber würde vor allem Italien für ein Bundesverhältnis mit Deutschland in Frage kommen.

Seit in Italien der Faschismus[17] einen neuen Staatsgedanken und mit ihm einen neuen Willen in das Leben des italienischen Volkes gebracht hat, ist die Feindschaft Frankreichs bereits offensichtlich geworden. Dabei versucht Frankreich, durch ein ganzes System von Bundesgenossenschaften sich nicht nur für die mögliche Auseinandersetzung mit Italien zu stärken, sondern auch die möglichen Freunde Italiens ein- und abzuschnüren[18]. Das französische Ziel ist

---

15 Zu Bismarcks Beurteilung Italiens als deutschem Bündnispartner finden sich eher zurückhaltende oder negative Beispiele. Zu einem Bericht des deutschen Botschafters in Wien, Heinrich VII., Prinz zu Reuss, vom 17.10.1880 bemerkte er: "Italien darf man nicht nachlaufen, wenn man etwas von ihm will; Versprechen giebt außerdem keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse am Halten hat." Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1922, S. 185. Aus dem gleichen Jahr ist von Bismarck die Bemerkung überliefert: "Italien ist das verzogene Kind, das alles von anderen bekommt, ohne je die Mühe oder das Verdienst gehabt zu haben, dafür selbst zu arbeiten; seine Losung farà da se ist die frechste Unwahrheit, die ich kenne; französisches Blut hat ihm die Lombardei verschafft, deutsches Blut Venetien, die kosmopolitischen Banden der Revolution haben ihm Neapel und die römischen Staaten gegeben; es selbst, was hat es getan? ... Italien ist keine ernste Militärmacht." Vgl. Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck. Zusammengestellt und eingeleitet von Robert Ingrim, Stuttgart 1950, S. 263.

16 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

17 In der Vorlage im folgenden durchgehend die Schreibweise Faszismus, faszistisch, usw.

18 Anspielung auf die "Kleine Entente". Vgl. Kap. XI, Anm. 9.

ein klares: Es soll ein französisches Staatensystem gebildet werden, das von Paris über Warschau, Prag, Wien bis nach Belgrad reicht. Der Versuch, Österreich in dieses System einzubeziehen, ist keineswegs so aussichtslos, als auf den ersten Blick scheinen mag[19]. Bei dem dominierenden Charakter, den die Zweimillionenstadt Wien auf das insgesamt nur 6 Millionen Menschen[20] umspannende Österreich ausübt, wird die Politik dieses Landes immer in erster Linie durch Wien bestimmt werden. Dem kosmopolitischen (Charakter) Wesen Wiens, das in dem letzten Jahrzehnt immer schärfer zum Ausdruck kommt, liegt an sich eine Allianz mit Paris weitaus näher als eine solche mit Italien. Dafür sorgt schon die durch die Wiener Presse garantierte Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Besonders wirkungsvoll droht diese Tätigkeit aber zu werden, seit es dieser Presse gelungen ist, mit Hilfe des Südtiroler Geschreis auch die vollkommen instinktlose bürgerlich-nationale Provinz gegen Italien aufzuputschen. Damit zieht eine Gefahr von gar nicht absehbarem Umfang herauf. Denn eine vieljährige konsequent durchgeführte Pressehetze kann kein Volk leichter als das deutsche zu den unglaublichsten, ja in Wirklichkeit wahrhaft selbstmörderischen Entschlüssen bringen.

Gelingt es Frankreich aber, Österreich in die Kette seiner "Freundschaft" einzufügen, dann wird Italien eines Tages zu einem Zweifrontenkrieg gezwungen sein oder es wird einer wirklichen Vertretung der Interessen des italienischen Volkes eben doch wieder entsagen müssen. In beiden Fällen besteht die Gefahr für Deutschland, daß ein möglicher Bundesgenosse auf unabsehbare Zeit für Deutschland endgültig ausscheidet und Frankreich damit immer mehr zum Herren der Geschicke Europas wird.

Was dies für Deutschland mit sich bringt, darüber mag man sich keiner Täuschung hingeben. Unsere bürgerlich-nationalen Grenzpolitiker und vaterländischen Verbandsprotestler werden dann alle Hände voll zu tun haben, um im Namen der nationalen Ehre die Spuren der Mißhandlungen immer wieder zu beseitigen, die sie von Frankreich dank ihrer weitsichtigen Politik zu ertragen haben werden.

Seit die nationalsozialistische Bewegung sich mit außenpolitischen Gedanken abgibt, habe ich unter Erwägung aller angeführten Motive versucht, sie zum Träger eines klaren außenpolitischen Zieles zu erziehen. Der Vorwurf, daß dies in erster Linie Aufgabe der Regierung sei, wird zu Unrecht erhoben, zunächst in einem Staat, dessen offizielle Regierungen dem Schoße von Parteien entstammen, die weder ein Deutschland kennen noch eine glückliche Zukunft dieses Deutschlands wollen. Seit die verantwortlichen Arrangeure des Novemberverbrechens[21] regierungsfähig geworden sind, werden nicht mehr die Interessen der deutschen Na-

---

19 In ihrem Schlußkommuniqué zur Konferenz in Bukarest vom 20. bis 22.6.1928 bezeichneten die Vertreter der Kleinen Entente ihre Beziehungen zu Österreich als freundschaftlich und erklärten ihre Absicht, diese Beziehungen weiterzuentwickeln. Die Pläne, Österreich wirtschaftlich in das System der Kleinen Entente einzubeziehen, lösten im österreichischen Nationalrat eine Debatte aus, in deren Verlauf Bundeskanzler Ignaz Seipel erklärte, Österreich habe "nichts dafür übrig, sich wirtschaftlich in ein System eingliedern zu lassen, in dem es sozusagen als Mitglied zweiter Klasse politisch nichts zu reden haben würde. Niemals werde Österreich für eine Lösung zu haben sein, in die nicht auch das große Deutsche Reich einbezogen sei." Vgl. Schulthess' europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929, S. 225, 377.

20 1920 lebten etwa 1.866.000 Menschen in Wien. Bei einer Gesamtzahl von 6.534.481 Österreichern entsprach dies einem Anteil von 28,56% der österreichischen Bevölkerung. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1*, 9*.

21 Vgl. Kap. III, Anm. 8.

tion vertreten, sondern nur mehr die Interessen der sie mißhandelnden Parteien. Überhaupt kann man nicht gut von Menschen eine Förderung deutscher Lebensnotwendigkeiten erwarten, denen Vaterland und Nation nur Mittel zum Zweck sind, die, wenn notwendig, um eigener Vorteile wegen schamlos geopfert werden. Ja, der so oft sichtbare Selbsterhaltungstrieb dieser Menschen und Parteien spricht in Wahrheit allein schon gegen jede Wiedererhebung der deutschen Nation, da der Freiheitskampf um die deutsche Ehre notwendigerweise Kräfte mobilisieren würde, die zum Untergang und zur Vernichtung der bisherigen Schänder der deutschen Ehre führen müßten. Einen Freiheitskampf ohne allgemeine nationale Wiedererhebung gibt es nicht. Eine Erhebung aber des nationalen Gewissens und der nationalen Ehre ist nicht denkbar, ohne daß sie zum Gericht über die Verantwortlichen der bisherigen Entehrung werden würde. Der nackte Selbsterhaltungstrieb wird diese verkommenen Elemente und ihre Parteien zwingen, alle Schritte zu hintertreiben, die zu einer wirklichen Wiederauferstehung unseres Volkes führen könnten. Und der scheinbare Wahnsinn mancher Tat dieser Herostraten[22] unseres Volkes, wird, sowie man erst die inneren Motive würdigt, zu einer planvoll geschickten, wenn auch infamen und erbärmlichen Handlung.

In einer solchen Zeit, da aus Parteien solcher Art das öffentliche Leben seine Gestaltung erhält und durch einzelne Menschen minderwertigsten Charakters repräsentiert wird, ist es die Pflicht einer nationalen Reformbewegung, auch ihren eigenen außenpolitischen Weg zu gehen, der dereinst nach aller menschlichen Voraussicht und Vernunft zum Erfolg und Glück des Vaterlandes führen muß. Soweit also dieser Vorwurf, eine Politik zu treiben, die nicht der offiziellen Außenpolitik entspricht, von marxistisch-demokratisch-zentrümlerischer Seite kommt, kann er mit der gebührenden Verachtung abgetan werden. Wenn bürgerlich-nationale und sogenannte vaterländische Kreise ihn erheben, dann ist er wirklich nur der Ausdruck und das Symbol einer Gesinnung der Vereinsmeierei, die sich stets nur in Protesten übte und die es im Ernste gar nicht fassen kann, daß eine andere Bewegung den unzerstörbaren Willen besitzt, einmal Macht zu werden und in Voraussehung dieser Tatsache schon jetzt die notwendige Erziehung dieser Macht vorzunehmen.

Seit dem Jahre 1920 habe ich die nationalsozialistische Bewegung mit allen Mitteln und mit aller Beharrlichkeit an den Gedanken eines Bündnisses zwischen Deutschland, Italien und England zu gewöhnen versucht[23]. Es war dies sehr schwer, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege, da der "Gott-strafe-England"-Standpunkt[24] unserem Volk zunächst noch jede Fähigkeit zum klaren und nüchternen Denken auf außenpolitischem Gebiet geraubt hatte und weiterhin gefangen hielt.

Auch Italien gegenüber war die Lage der jungen Bewegung unendlich schwer, besonders seit unter der Leitung des genialen Staatsmannes Benito Mussolini[25] eine unerhörte Reorgani-

22 Bezeichnung für einen Verbrecher aus Ruhmsucht; nach dem Griechen Herostratos, der 356 v. Chr. den Artemistempel in Ephesus in Brand steckte, um berühmt zu werden.

23 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 167 ff., hier S. 168.

24 Vgl. Kap. XIV, Anm. 6.

25 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista),

sation des italienischen Volkes einsetzte, die den Protest der gesamten durch Weltfreimaurer dirigierten Staaten auf sich zog. Denn während bis zum Jahre 1922 die Fabrikanten der öffentlichen deutschen Meinung von den Leiden der durch ihre Verbrechen von Deutschland getrennten Volksteile überhaupt keine Notiz nahmen[26], begannen sie nun auf einmal, Südtirol (auf) ihrer Aufmerksamkeit zu würdigen. Mit allen Mitteln einer gerissenen Journalistik und einer verlogenen Dialektik wurde das Südtiroler Problem zu einer Frage von außerordentlicher Bedeutung aufgebauscht, so daß am Ende in Deutschland und Österreich Italien einer Verfemung verfiel, wie sie keinem anderen der Siegerstaaten zuteil wurde. Wollte die nationalsozialistische Bewegung ihre außenpolitische Mission, getragen von der Überzeugung der unbedingten Notwendigkeit derselben, ehrlich vertreten, dann durfte sie nicht zurückzucken, den Kampf gegen dieses System der Lüge und Verwirrung aufzunehmen. Sie hatte dabei auf keinen Bundesgenossen zu rechnen, sondern mußte sich leiten lassen von dem Gedanken, daß man lieber auf Popularität billiger Art verzichten muß, als gegen eine erkannte Wahrheit, eine vorliegende Notwendigkeit und die Stimme seines eigenen Gewissens zu handeln. Selbst wenn man dabei unterliegen würde, dann wäre dies immer noch ehrenvoller, als sich an einem durchschauten Verbrechen zu beteiligen.

Als ich im Jahre 1920 auf die Möglichkeit eines späteren Zusammengehens mit Italien hinwies, schienen tatsächlich, wenigstens zunächst, alle Voraussetzungen hiezu zu fehlen. Italien befand sich im Kranze der Siegerstaaten und nahm an den tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Vorteilen dieser Lage teil[27]. Es schien im Jahre 1919 und 1920 gar keine Aussicht zu bestehen, daß sich in absehbarer Zeit das innere Gefüge der Entente lockern würde. Noch legte die gewaltige Weltkoalition allen Wert darauf zu zeigen, daß sie ein in sich selbst geschlossener Sieges- und damit auch Friedensgarant sei. Die Schwierigkeiten, die schon anläßlich der Abfassung der Friedensverträge zu Tage getreten waren, kamen der breiteren Öffentlichkeit um so weniger zum Bewußtsein, als eine geschickte Regie wenigstens nach außen hin stets den Eindruck einer vollkommenen Einheitlichkeit zu wahren vermochte. Dieses gemeinsame Auftreten war sowohl begründet in der durch die allgemeine gleichartige Kriegspropaganda erzielten öffentlichen Meinung, als aber auch in der noch immer unsicheren Furcht vor dem deutschen Riesen. Erst langsam erhielt die äußere Welt einen Einblick in die Größe des inneren Verfalls Deutschlands. Auch ein weiterer Grund wirkte bei der fast unlöslich scheinenden Zusammengehörigkeit der Siegerstaaten mit: Die Hoffnung der einzelnen, auf solche Weise bei der Beuteverteilung nicht übergangen zu werden. Endlich war es noch weiter die Angst, daß, wenn wirklich ein Staat damals sich zurückgezogen haben würde, das Schicksal Deutschlands trotzdem keinen anderen Lauf genommen hätte, nur wäre der Nutznießer un-

---

1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

26 Die Italianisierungspolitik in Südtirol hatte sich erst nach Mussolinis Machtergreifung 1922 radikalisiert. Vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 61 f., 100 sowie Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil 1, Innsbruck 1989, S. 203 ff.

27 Italien konnte seine weitgehenden Ansprüche aus dem Londoner Vertrag von 1915 auf der Pariser Friedenskonferenz nicht durchsetzen. Nach ihrem Abschluß etablierte sich in Italien die Redewendung der "vittoria mutilata". Vgl. Lowe/Marzari, Italian Foreign Policy, S. 160 ff.

seres Zusammenbruchs dann vielleicht Frankreich ganz allein gewesen. Denn in Paris dachte man natürlich nicht daran, eine Änderung der im Krieg betätigten Haltung gegen Deutschland herbeizuführen. "Der Friede ist für mich die Fortsetzung des Krieges"[28]. Mit diesem Satz drückte der alte weißhaarige Clemenceau[29] die wirklichen Absichten des französischen Volkes aus.

Dieser wenigstens scheinbaren inneren Festigkeit der Siegerkoalition mit dem von Frankreich inspirierten unverrückbaren Ziel einer noch nachträglichen vollständigen Vernichtung Deutschlands stand eine vollkommene Planlosigkeit der deutschen Absichten gegenüber. Neben der erbärmlichen Schurkerei derjenigen, die im eigenen Lande Deutschland wider alle Wahrheit und wider ihr eigenes Wissen die Schuld am Kriege zuschoben und mit aller Frechheit (die) daraus die Berechtigung der feindlichen Erpressungen ableiteten, stand eine teils verschüchterte, teils unsichere nationale Seite, die glaubte, nun nach erfolgtem Zusammenbruch durch eine möglichst peinliche Rekonstruktion der Vergangenheit der Nation helfen zu können. Wir haben den Krieg verloren infolge eines Mangels an nationaler Leidenschaft gegen unsere Feinde. Es war die Meinung der nationalen Kreise, daß man deshalb erst recht diesen unheilvollen Mangel ersetzen müsse und im Frieden den Haß gegen die ehemaligen Gegner zu verankern habe. Dabei war es bemerkenswert, daß von Anbeginn an dieser Haß sich mehr gegen England und später Italien konzentrierte als gegen Frankreich. Gegen England, weil man dank der Bethmann Hollwegschen Einschläferungspolitik bis in die letzten Stunden an einen Krieg mit England nicht geglaubt hatte und damit seinen Eintritt[30] als ein außerordentliches schändliches Verbrechen wider Treu und Glauben empfand. Bei Italien war der Haß angesichts der politischen Gedankenlosigkeit unseres deutschen Volkes erst recht verständlich. Man war von den offiziellen Regierungskreisen im Dunst und Nebel des Dreibundes[31] so gefangen worden, daß schon das Nichteingreifen Italiens zugunsten Österreich-Ungarns und Deutschlands als Treubruch empfunden wurde. Im späteren Anschluß des italienischen Volkes an unsere Feinde[32] erblickte man aber eine grenzenlose Perfidie. Dieser gesammelte Haß entlud sich dann in dem echt bürgerlich-nationalen Donnerwort und Kampfschrei: "Gott strafe England"[33]. Da der liebe Gott nun ebensosehr bei den Stärkeren, Entschlosseneren wie auch lieber bei den Klügeren ist, hat er diese Strafe ersichtlich abgelehnt. Dennoch war wenigstens während des Krieges die Aufpeitschung unserer Nationalleidenschaft mit allen Mitteln nicht nur erlaubt, sondern selbstverständlich geboten. Es war nur von Übel, daß man,

28 In einer Rede vor Offizieren der Militärschule von St. Cyr hatte Clemenceau erklärt: "Der Friede, den wir eben gemacht haben, sichert Euch zehn Jahre Konflikte in Mitteleuropa." Vgl. Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966, S. 56.

29 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

30 Zur deutschen Hoffnung auf die englische Neutralität während der Julikrise 1914 vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 21 f.

31 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. Kap. XIV, Anm. 6.

trotzdem die Leidenschaft bei uns nie zu hoch getrieben wurde, dennoch den Blick für die realen Wirklichkeiten verloren hatte. Es gibt in der Politik keinen Justamentsstandpunkt, und es war deshalb schon während des Krieges falsch, besonders aus dem Eintritt Italiens in die Weltkoalition keine anderen Konsequenzen zu ziehen als nur die einer aufflammenden Wut und Empörung. Denn man hätte im Gegenteil die Pflicht gehabt, nun erst recht immer wieder die Möglichkeiten der Lage zu überprüfen, um jene Entschlüsse zu treffen, die für die Rettung der bedrohten deutschen Nation in Frage gekommen wären. Denn mit dem Eintritt Italiens in die Front der Entente war eine außerordentliche Erschwerung der Kriegslage nicht zu vermeiden, nicht etwa nur infolge des waffenmäßigen Zuwachses, den die Entente erhielt[34], sondern viel mehr noch infolge der moralischen Stärkung, die im Neuauftreten einer solchen Macht an der Seite der sich bildenden Weltkoalition besonders für Frankreich liegen mußte. Pflichtgemäß hätte sich damals die politische Leitung der Nation entschließen müssen, koste es was es kosten wolle, den Zwei- und Dreifrontenkrieg zu beenden. Deutschland war nicht verantwortlich dafür, daß der korrupte, verschlampte österreichische Staat erhalten würde [*sic!*]. Der deutsche Soldat kämpfte auch nicht für die Hausmachtpolitik des Erzhauses Habsburg. Das lag höchstens im Sinne unserer nicht kämpfenden Hurra-Schreier, aber nicht der ihr Blut vergießenden Front. Die Leiden und Nöte des deutschen Musketiers waren schon im Jahre 1915 unermeßliche. Für die Zukunft und Erhaltung unseres deutschen Volkes konnte man diese Leiden fordern, für die Rettung des habsburgischen Großmachtswahnsinns aber nicht. Es war ein ungeheuerlicher Gedanke, Millionen deutscher Soldaten in einem aussichtslosen Krieg verbluten zu lassen, nur damit der Staat einer Dynastie erhalten bleibt, deren eigenste dynastische Interessen seit Jahrhunderten antideutsche gewesen sind. Dieser Wahnsinn wird einem erst vollkommen in seinem ganzen Umfang verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß das beste deutsche Blut vergossen werden mußte, damit im günstigsten Fall die Habsburger dann im Frieden wieder die Möglichkeit erhalten hätten, das deutsche Volk zu entnationalisieren. Für diesen himmelschreienden Irrsinn hat man nicht nur selbst an zwei Fronten den ungeheuersten Bluteinsatz vornehmen müssen, nein, man war dann sogar noch verpflichtet, immer und immer wieder mit deutschem Fleisch und Blut die Lücken auszufüllen, die der Verrat und die Korruption in die Fronten des hohen Bundesgenossen gerissen hatten. Und dabei brachte man diese Opfer für eine Dynastie, die selbst bereit war, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit den alles opfernden Verbündeten im Stich zu lassen. Und die dies dann später auch getan hat[35]. Von dem Verrat allerdings, da reden unsere bürgerlich-nationalen vaterländischen Patrioten so wenig, als sie von dem laufenden Verrat der mit uns verbündeten österreichischen Kriegsvölker sprechen, slawischer Nationalität, die regiments- und brigadeweise zum Gegner hinüberschwenkten[36], um am Ende sogar noch in eigenen Legionen[37] am Kampfe gegen die teilzu-

34 Zum Zeitpunkt des italienischen Kriegseintritts am 23.5.1915 betrug die Stärke des italienischen Heeres 35 Infanterie- und vier Kavalleriedivisionen sowie 52 Alpini-Bataillone, insgesamt etwa 850.000 Mann. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. VIII: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen im Frühjahr und Sommer, im Osten vom Frühjahr bis zum Jahresende, Berlin 1932, S. 26 ff.

35 Vgl. Kap. VII, Anm. 23, 24.

36 Das Nationalitätenproblem war für Organisation und Selbstverständnis des k. u. k. Heeres von zentraler Bedeutung. Die relativ liberale Nationalitätenpolitik, die auf die ethnische Zusammensetzung der einzelnen Regi-

nehmen, die nur durch die Handlungen ihres Staates in dieses entsetzliche Unglück hineingerissen worden waren. Dabei würde Österreich-Ungarn niemals von sich aus an einem Krieg teilgenommen haben, der Deutschland betroffen hätte. Es ist nur der grenzenlosen Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse zuzuschreiben, die in Deutschland allgemein vorherrschte, daß man vielleicht da oder dort wirklich glaubte, im Dreibund einen auf Gegenseitigkeit begründeten Schutz zu haben. Es hätte die schlimmste Enttäuschung für Deutschland gegeben, wenn der Weltkrieg durch eine deutsche Veranlassung ausgebrochen wäre. Niemals hätte der in seiner slawischen Majorität und in seinem habsburgischen Herrscherhaus grundsätzlich antideutsch und reichsfeindlich eingestellte österreichische Staat den Waffenkampf zum Schutz und zur Hilfe Deutschlands gegen eine ganze andere Welt mit aufgenommen, so, wie das dummerweise Deutschland getan hat. Tatsächlich hatte Deutschland Österreich-Ungarn gegenüber nur eine einzige Verpflichtung zu erfüllen, nämlich: das Deutschtum dieses Staates mit allen Mitteln zu retten und die verkommene, schuldbeladendste Dynastie, die das deutsche Volk je zu ertragen gehabt hat, zu beseitigen.

Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg hätte für Deutschland der Anlaß zu einer grundsätzlichen Revision seiner Stellung Österreich-Ungarn gegenüber sein müssen. Es ist nicht eine politische Tat oder gar der Ausfluß einer politischen Leitung von Klugheit und Fähigkeit, in einem solchen Fall keine andere Antwort zu finden als verbissene Wut und ohnmächtigen Grimm. So etwas ist im Privatleben schon meistens schädlich, im politischen aber ärger als ein Verbrechen. Es ist eine Dummheit.

Und selbst wenn dieser Versuch einer Änderung der bisherigen deutschen Einstellung zu keinem Erfolg geführt haben würde, dann würde er aber zumindest die politische Leitung der Nation freisprechen von der Schuld, es nicht versucht zu haben. Deutschland mußte auf jeden Fall versuchen, nach dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg zu einer Beendigung des Zweifrontenkrieges zu kommen. Es war dann ein Sonderfrieden mit Rußland anzustreben[38], nicht nur

---

menter Rücksicht zu nehmen suchte, konnte indessen nicht verhindern, daß sich die Desertion seit Beginn des Ersten Weltkriegs zu einem ernsten Problem entwickelte. Nachdem sogar geschlossene Einheiten zum Gegner übergelaufen waren, so etwa am 20.10.1914 sechs Kompanien des (tschechischen) Infanterieregiments 36, ging das österreichisch-ungarische Armeeoberkommando dazu über, ethnisch gemischte Verbände einzusetzen, ohne jedoch damit der Fahnenflucht Herr zu werden. Vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz 1993, z. B. S. 205 f., 267 ff., 282, 348 ff., 480 ff. sowie Johann Christoph Allmayer-Beck, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. V, S. 1-141, S. 88 ff.

37 Die Versuche der Alliierten, während des Ersten Weltkriegs die gegen die Mittelmächte gerichteten nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen zur Bildung militärischer Verbände auszunutzen, waren am erfolgreichsten bei der in Frankreich sowie in Italien stationierten Haller-Armee, benannt nach ihrem Kommandeur, Oberst Józef Haller de Hallenburg, die sich aus im Ausland lebenden Polen sowie Kriegsgefangenen polnischer Nationalität rekrutierte und im Oktober 1918 etwa 25.000-30.000 Mann umfaßte; außerdem bei der zunächst in Rußland, Frankreich und Italien kämpfenden Tschechoslowakischen Legion, die sich zu 2/3 aus österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen, zu 1/3 aus russischen Staatsbürgern zusammensetzte und Ende 1917 etwa 35.000 Mann zählte. Vgl. Rainer Schumacher, Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. phil. Köln 1985, S. 83; John F. N. Bradley, The Czechoslovak Legion in Russia 1914-1920, New York 1991.

38 Zu den verschiedenen, jedoch vergeblichen Bemühungen, ab 1915 einen Sonderfrieden mit Rußland einzuleiten, vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 226 ff.

auf dem Standpunkt eines Verzichts auf jede Auswertung der bisherigen von deutschen Waffen erfochtenen Erfolge im Osten, sondern sogar, wenn notwendig, unter Opferung von Österreich-Ungarn. Nur die vollkommene Loslösung der deutschen Politik von der Aufgabe, den österreichischen Staat zu retten und deren ausschließliche Konzentration auf die Aufgabe, dem deutschen Volk zu helfen, konnte noch eine Aussicht nach menschlichem Ermessen auf den Sieg gewähren.

Im übrigen wäre bei einer Zertrümmerung Österreich-Ungarns die Angliederung von 9 Millionen Deutschösterreichern[39] an das Reich an sich ein vor der Geschichte und für die Zukunft unseres Volkes wertvollerer Erfolg gewesen als der in den Auswirkungen fragwürdige Gewinn einiger französischer Kohlen- oder Eisengruben[40]. Es muß aber immer wieder betont werden, daß die Aufgabe einer auch nur bürgerlich-nationalen deutschen Außenpolitik nicht die Erhaltung des Habsburgerstaates gewesen wäre, sondern ausschließlich nur die Rettung der deutschen Nation, einschließlich den 9 Millionen Deutschen in Österreich. Und sonst gar nichts, aber auch rein nichts.

Die Reaktion der deutschen Reichsleitung auf die durch den Eintritt Italiens in den Weltkrieg geschaffene neue Lage war bekanntlich eine andere. Man versuchte, nun erst recht, den österreichischen Staat der desertierenden slawischen Bundesbürger zu retten, indem man das deutsche Blut in noch erhöhtem Maße zum Einsatz brachte und in der Heimat die Rache des Himmels auf den treulosen Verbündeten von einst herabbeschwor. Um aber sich selbst jede Möglichkeit einer Beendigung des Zweifrontenkrieges zu verriegeln, ließ man sich von der pfiffigen und gerissenen Wiener Diplomatie zur Gründung des polnischen Staates bewegen[41]. Damit war jede Hoffnung, mit Rußland zu einer Verständigung zu kommen, die sich natürlich auf Kosten Österreich-Ungarns ausgewirkt hätte, von den Habsburgern schlauerweise unterbunden. Der deutsche Soldat aus Bayern und Pommern, Westfalen, Thüringen und Ostpreußen, aus Brandenburg, Sachsen und vom Rheine hatte damit die hohe Ehre erhalten, in furchtbaren, blutigsten Schlachten der Weltgeschichte sein Leben zu Hunderttausenden hinzugeben (für die Bildung) nicht etwa für die Rettung der deutschen Nation, sondern für die Bildung eines polnischen Staates, dem bei günstig ausgehendem Weltkrieg die Habsburger einen Repräsentanten gegeben hätten und der für Deutschland dann ein ewiger Feind gewesen wäre[42].

Bürgerlich-nationale Staatspolitik. Wenn aber schon im Kriege diese Reaktion auf den italienischen Schritt unverzeihlicher Wahnwitz gewesen war, dann war die Konservierung der

39 1900 lebten im westlichen Teil Österreich-Ungarns (Cisleithanien) 9.170.939 Deutschsprachige; bis 1910 hatte sich ihre Zahl auf 9.950.266 erhöht. Vgl. Peter Urbanitsch, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III/1, S. 33-154, hier S. 38 f.

40 Gemeint ist das Erzbecken von Longwy-Briey. Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 123 ff.

41 Vgl. Kap. VIII, Anm. 7.

42 Hitler verschweigt Ludendorffs entscheidende Rolle bei diesen Planungen. Als im Zweiten Weltkrieg die deutsche militärische Führung Aufbau und Integration russischer Freiwilligenverbände vorschlug, begründete Hitler seine prinzipiell ablehnende Haltung mit Ludendorffs nicht verwirklichter Hoffnung, durch die Proklamierung eines polnischen Staates polnische Divisionen zu erhalten. So in der Besprechung am 8.6.1943. Vgl. George Fischer, Vlasow and Hitler. In: Journal of Modern History XXIII (1951), S. 58-71 sowie Hitlers Rede vor den Heeresgruppenbefehlshabern des Ostheeres am 1.7.1943. Vgl. Helmut Krausnick, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312.

stimmungsmäßigen Reaktion auf den italienischen Schritt nach dem Kriege eine noch größere, kapitale Dummheit.

Sicherlich befand sich Italien auch nach dem Kriege in der Koalition der Siegerstaaten und damit auch an der Seite Frankreichs. Aber es war selbstverständlich, da doch Italien nicht etwa aus profranzösischen Gefühlen in den Krieg eingetreten war. Die bestimmende Macht, die das italienische Volk dazu trieb, war ausschließlich der Haß gegen Österreich und die sichtbare Möglichkeit, den eigenen italienischen Interessen nützen zu können. Dies war der Grund des italienischen Vorgehens und nicht irgendeine phantastische Gefühlsregung für Frankreich. Daß nun Italien nach dem erfolgten Zusammenbruch seines verhaßten 100jährigen Gegners weitgehende Konsequenzen zog, kann man als Deutscher mit tiefstem Schmerz fühlen, darf einem aber nicht die Sinne einer gesunden Vernunft nehmen. Das Schicksal hatte sich gewendet. Einst hatte Österreich über 800.000 Italiener unter seiner Herrschaft, und nun fielen 200.000 Österreicher unter die Herrschaft Italiens[43]. Daß diese uns interessierenden 200.000 deutscher Nationalität sind, ist die Ursache unseres Schmerzes.

Mit der Aufhebung des ewigen latenten österreichisch-italienischen Konflikts sind die Zukunftsziele weder einer nationalen noch völkisch gedachten italienischen Politik erfüllt. Im Gegenteil, die enorme Steigerung des Selbst- und Machtbewußtseins des italienischen Volkes durch den Krieg und ganz besonders durch den Faschismus wird seine Kraft zur Verfolgung größerer Ziele nur erhöhen. Damit werden aber die natürlichen Interessengegensätze zwischen Italien und Frankreich immer mehr in Erscheinung treten. Und darauf konnte man schon in den Jahren 1920 [*sic!*] rechnen und hoffen. Tatsächlich zeigten sich auch schon damals die allerersten Spuren einer inneren Disharmonie zwischen den beiden Staaten. Während die südslawischen Instinkte einer weiteren Schmälerung des österreichischen Deutschtums der ungeteilten Sympathie Frankreichs sicher waren, war die italienische Haltung schon in der Zeit der Befreiung Kärntens von den Slawen[44] eine zumindest dem Deutschtum gegenüber sehr wohlwollende. Diese innere Umstellung Deutschland gegenüber zeigte sich auch in der Haltung italienischer Kommissionen in Deutschland selbst, am schärfsten anläßlich der Kämpfe in Oberschlesien[45]. Man konnte jedenfalls schon damals den Beginn einer, wenn auch zunächst nur leichten, inneren Entfremdung zwischen den beiden lateinischen Nationen feststellen. Nach aller menschlichen Logik und Vernunft und auf Grund aller bisherigen Erfahrungen der Geschichte muß diese Entfremdung sich immer mehr vertiefen und muß eines Tages beim offe-

---

43 Vgl. Kap. VII, Anm. 37 und Kap. IX, Anm. 7.

44 Seit November 1918 kam es um die von Slowenen besiedelten Randgebiete Kärntens zu Kämpfen zwischen österreichischen und slowenisch-südslawischen Truppen, bei denen 227 Österreicher und 154 Slowenen fielen. Am 5.6.1919 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, dessen Einhaltung ein italienisches Armeekorps gewährleistete. Bei der Volksabstimmung am 10.10.1920 wurden 22.025 Stimmen für die Zugehörigkeit zu Österreich, 15.279 für die zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abgegeben, so daß jede weitere Abstimmung hinfällig wurde. 10.500 Slowenen hatten sich für Österreich entschieden. Italien nahm in der Kärntner Grenzfrage eine österreichfreundliche Haltung ein. Vgl. Erwin Steinböck, Kärnten. In: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, S. 801-840, hier S. 802 ff.

45 Während des polnischen Aufstands in Oberschlesien hatte die Reichsregierung den Eindruck, daß die italienischen Besatzungstruppen sich den Aufständischen entgegengestellt, die französischen sich dagegen passiv verhalten oder jene begünstigt hätten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rh. 1972, S. 158 f.

nen Kampf enden. Italien wird, es mag wollen oder nicht, um die Existenz und Zukunft seines Staates gegen Frankreich genauso kämpfen müssen wie Deutschland selbst. Es ist dabei nicht notwendig, daß Frankreich dabei stets im Vordergrund der Aktionen steht. Es wird aber an den Drähten derjenigen ziehen, die es in kluger Weise in finanzielle und militärische Abhängigkeit von sich gebracht hat oder mit denen es durch gleichlaufende Interessen verbunden erscheint. Die italienisch-französische Auseinandersetzung kann endlich genauso am Balkan begonnen werden, wie sie in der lombardischen Tiefebene vielleicht ihr Ende findet.

Angesichts dieser zwingenden Wahrscheinlichkeit einer späteren Verfeindung Italiens mit Frankreich schien schon im Jahre 1920 gerade dieser Staat in erster Linie als ein zukünftiger Bundesstaat für Deutschland in Frage zu kommen. Diese Wahrscheinlichkeit steigerte sich zur Gewißheit, als mit dem Siege des Faschismus die schwächliche, am Ende doch internationalen Einflüssen unterliegende italienische Regierung beseitigt wurde und an ihre Stelle ein Regiment trat, das die ausschließliche Vertretung der italienischen Interessen als Parole an seine Fahnen geheftet hatte. Eine schwache italienisch-demokratisch-bürgerliche Regierung konnte vielleicht unter Außerachtlassung der wirklichen italienischen Zukunftsaufgaben ein gekünsteltes Verhältnis mit Frankreich aufrechterhalten, ein nationalbewußtes und verantwortliches italienisches Regiment aber niemals. An dem Tag, an dem das Liktorenbündel italienisches Staatszeichen wurde[46], hat der Kampf des dritten Roms um die Zukunft des italienischen Volkes seine geschichtliche Deklaration erhalten. Damit wird eine der beiden lateinischen Nationen den Platz am mittelländischen Meere räumen müssen, während die andere die Vorherrschaft als Preis dieses Ringens erhalten wird.

Als nationalbewußter und vernünftig denkender Deutscher habe ich die feste Hoffnung und den stärksten Wunsch, daß dies Italien sein möge und nicht Frankreich.

Damit wird aber mein Verhalten Italien gegenüber von zukunftsfreudigen Motiven bewegt und nicht von unfruchtbaren Rückerinnerungen an den Krieg.

Der Standpunkt, "Hier werden Kriegserklärungen entgegengenommen", war als Waggonaufschrift bei Truppentransporten ein gutes Zeichen des sieghaften Vertrauens des einzig[*artigen ?*] alten Heeres. Als politisches Bekenntnis aber eine verrückte Dummheit. Noch viel verrückter aber ist es, wenn man sich heute auf den Standpunkt stellt, für Deutschland komme kein Bundesgenosse in Frage, der im Weltkrieg auf der Seite der Gegner stand und am Nutzen des Weltkrieges zu unseren Ungunsten teilnahm. Wenn Marxisten, Demokraten und Zentrümler einen solchen Gedanken zum Leitmotiv ihres politischen Handelns erheben, dann ist dies deshalb klar, weil diese verkommenste Koalition ja überhaupt niemals eine Wiedererhebung der deutschen Nation wünscht. Wenn aber nationale bürgerliche und vaterländische Kreise solche Gedanken übernehmen, dann hört sich alles auf. Denn man nenne mir überhaupt die Macht, die in Europa als Bundesgenosse in Frage kommen könnte und die sich nicht territorial auf unsere oder unserer damaligen Verbündeten Kosten bereichert hätte. Von dem Standpunkt aus betrachtet, scheidet dann von vorneherein aus Frankreich, weil es Elsaß-Lothringen geraubt hat und das Rheinland rauben will, Belgien, weil es Eupen und Malmedy besitzt, England,

46 In Anknüpfung an das antike Symbol für die Staatsgewalt über Leben und Tod hatten die Fasci di combattimento das Liktorenbündel (fascio littorio) zu ihrem politischen Kampfzeichen erwählt. Durch Erlaß vom 12.12.1926 wurde es zum offiziellen Symbol des italienischen Staates.

weil es unsere Kolonien, wenn auch nicht besitzt, aber dann doch zumindest zum größten Teil verwaltet; was das aber im Völkerleben heißt, weiß jedes Kind. Dänemark scheidet aus, weil es Nordschleswig genommen hat, Polen, weil es Westpreußen und Oberschlesien und Teile von Ostpreußen besitzt, die Tschechoslowakei, weil sie fast 4 Millionen Deutsche unterdrückt, Rumänien, weil es ebenfalls über 1 Million Deutsche annektiert hat, Jugoslawien, weil es nahezu 600.000 Deutsche besitzt[47], und Italien, weil es Südtirol heute sein eigen nennt[48].

Damit sind die Bundesmöglichkeiten in Europa samt und sonders für unsere national-bürgerlichen und vaterländischen Kreise unmöglich. Aber sie brauchen das ja auch gar nicht, denn sie werden durch die Flut ihrer Proteste und das Dröhnen ihres Hurrageschreis den Widerstand der anderen Welt teils ersticken, teils zum Einsturz bringen. Und dann werden sie ohne jeden Verbündeten, ja auch ohne alle Waffen, nur gestützt auf die Protestfestigkeit ihres Mundwerks die geraubten Gebiete zurückholen, England noch nachträglich durch den lieben Gott strafen lassen, Italien aber züchtigen und der gebührenden Verachtung der gesamten Welt preisgeben - soferne sie nicht bis dorthin von ihren eigenen augenblicklichen außenpolitischen Verbündeten, den bolschewikischen [*sic!*] und marxistischen Juden, an die Laternenpfähle gehängt worden sind.

Dabei ist es bemerkenswert, daß unseren nationalen Kreisen bürgerlicher und vaterländischer Herkunft gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß der stärkste Beweis für die Unrichtigkeit ihrer außenpolitischen Haltung in der Zustimmung der Marxisten, Demokraten und Zentrümler liegt, überhaupt besonders in der Zustimmung des Judentums. Aber man muß besonders unser deutsches Bürgertum kennen, um sofort zu wissen, warum dies so ist. Sie sind alle unendlich glücklich, wenigstens eine Angelegenheit gefunden zu haben, in der die vermeintliche Einigkeit des deutschen Volkes hergestellt erscheint. Da kann es sich dabei ruhig schon um eine Dummheit handeln. Es ist trotzdem unendlich wohltuend für einen mutigen bürgerlichen und vaterländischen Politiker, in nationalen Kampftönen reden zu können, ohne vom nächsten Kommunisten dafür gleich eine Maulschelle zu empfangen. Daß ihnen diese aber nur deshalb erspart bleibt, weil ihre politische Auffassung national ebenso unfruchtbar wie jüdisch-marxistisch wertvoll ist, leuchtet diesen Menschen entweder nicht ein oder wird im Tiefinnersten verschwiegen. Es ist unerhört, welchen Umfang die Korruption der Lüge und Feigheit bei uns angenommen hat.

[*B*]

Als ich im Jahre 1920 die außenpolitische Einstellung der Bewegung nach Italien hin vornahm[49], stieß ich zunächst bei den nationalen Kreisen sowohl als auch bei den sogenannten vaterländischen auf vollständiges Unverständnis. Es war diesen Menschen einfach unbegreif-

47 1921 lebten 3.218.005 Deutschsprachige (= 23,6%) in der Tschechoslowakei. Die entsprechenden Zahlen belaufen sich für Rumänien im Jahr 1920 auf 715.902 Deutschsprachige (= 4,6%), für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im Jahr 1921 auf 513.472 Deutschsprachige (= 4,3%). Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 140, 145 f.

48 Vgl. die fast wörtlich übereinstimmenden Ausführungen in Hitlers Rede vom 13.7.1928. Druck: Bd. III/1, Dok. 2.

49 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 167 ff., S. 168.

lich, wie man entgegen der allgemeinen Verpflichtung zu dauernden Protesten einen politischen Gedanken fassen konnte, der praktisch genommen eine innere Liquidation einer der Feindschaften des Weltkrieges bedeutete. Überhaupt war es den nationalen Kreisen unverständlich, daß ich das Hauptgewicht der nationalen Tätigkeit nicht auf Proteste gelegt wissen wollte, die man vor der Münchner Feldherrnhalle oder irgendwo anders bald gegen Paris, dann wieder gegen London oder auch gegen Rom in den blauen Himmel hineinschmettert, sondern vielmehr auf die Beseitigung der zunächst im Innern Deutschlands für den Zusammenbruch Verantwortlichen. Anläßlich des Pariser Diktats fand ebenfalls in München eine ganz flammende Protestkundgebung gegen Paris statt, die allerdings Herrn Clemenceau wenig Sorge bereitet haben dürfte, die mich aber veranlaßte, in aller Schärfe die dieser Protestelei entgegengesetzte nationalsozialistische Einstellung herauszuarbeiten[50]. Frankreich hat nur getan, was jeder Deutsche wissen konnte und wissen hätte müssen. Würde ich selbst Franzose sein, wäre ich selbstverständlich hinter Clemenceau gestanden. Gegen einen übermächtigen Gegner aus der Ferne dauernd bellen, ist ebenso unwürdig wie blöde. Die nationale Opposition dieser vaterländischen Kreise hätte demgegenüber ihre Zähne den Verantwortlichen und Schuldigen an der furchtbaren Katastrophe unseres Zusammenbruches in Berlin zeigen müssen. Allerdings war es angenehmer, gegen Paris Flüche auszustoßen, zu deren Verwirklichung angesichts der tatsächlichen Verhältnisse keine Möglichkeit vorlag, als gegen Berlin mit Taten aufzutreten.

Dies galt insbesondere auch von den Vertretern jener bayerischen Staatspolitik, die allerdings schon durch die Tatsache ihrer bisherigen Erfolge die Art ihrer Genialität genugsam erkennen läßt. Denn gerade die Männer, die dauernd vorgaben, Bayerns Hoheitsrechte wahren zu wollen, und die dabei auch die Erhaltung des außenpolitischen Betätigungsrechtes im Auge hatten[51], wären in erster Linie verpflichtet gewesen, positiv eine mögliche Außenpolitik so zu vertreten, daß Bayern damit zwangsläufig die Führung einer wirklich von großen Gesichtspunkten aus aufgefaßten nationalen Opposition in Deutschland erhalten hätte. Gerade der bayerische Staat hätte angesichts der vollständigen Zerfahrenheit der Reichspolitik oder der beabsichtigten Negierung aller wirklichen Erfolgsmöglichkeiten sich zum Wortführer einer Außenpolitik aufschwingen müssen, die nach menschlicher Voraussicht eines Tages die Beendigung der entsetzlichen Isolierung Deutschlands mit sich gebracht hätte.

Allein auch dort, in diesen Kreisen stand man der von mir vertretenen außenpolitischen Auffassung eines Zusammengehens mit Italien vollkommen gedankenlos dumm gegenüber. Statt sich in so großzügiger Weise zum Wortführer und Wahrer höchster nationaler deutscher

---

50 Bezieht sich auf die am 6.2.1921 von den Vaterländischen Verbänden vor der Feldherrnhalle abgehaltene Protestkundgebung gegen die auf der Pariser Konferenz (24.-30.1.1921) vereinbarte Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Laut Polizeibericht "versuchte der bekannte Antisemitenführer Hitler, seine parteipolitischen Tendenzen zur Geltung zu bringen, konnte aber nicht durchdringen". Vgl. ebenda, S. 312.

51 Artikel 78 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte, daß die Pflege der auswärtigen Beziehungen "ausschließlich Sache des Reichs" sei. Dennoch wurden die Pläne, das bayerische Außenministerium aufzulösen, nicht verwirklicht. Das Ministerium, in Personalunion vom bayerischen Ministerpräsidenten geleitet, übernahm stattdessen immer wieder Aufgaben anderer Ressorts. 1928 besaß der Freistaat Bayern nur noch eine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl sowie diplomatische Vertretungen in Berlin und Stuttgart. Als einzige auswärtige Macht war Frankreich seit 1920 durch einen Gesandten in München vertreten. Vgl. Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983, S. 23 ff.

Zukunftsinteressen aufzuschwingen, blinzelte man lieber von Zeit zu Zeit mit einem Auge nach Paris[52] und beteuerte, indem man das andere zum Himmel emporschlug, die reichstreue Gesinnung einerseits, aber anderseits doch den Entschluß, Bayern zu retten, indem man den Norden bolschewikisch ausbrennen lasse. Ja, ja, es sind schon ganz besonders große geistige Phänomene, die der bayerische Staat mit der Vertretung seiner Hoheitsrechte betraut hat.

Daß man angesichts einer solchen allgemeinen Mentalität vom ersten Tage an meiner außenpolitischen Auffassung, wenn schon nicht direkt ablehnend, dann doch zumindest gänzlich verständnislos gegenüberstand, darf niemand wundernehmen. Ich habe damals, aufrichtig gesagt, auch gar nichts anderes erwartet. Ich rechnete noch mit der allgemeinen Kriegspsychose und bemühte mich nur, der eigenen Bewegung ein nüchternes außenpolitisches Denken anzuerziehen.

Irgendwelche offene Angriffe hatte ich wegen meiner Italienpolitik damals noch nicht zu erdulden. Der Grund lag einerseits wohl darin, daß man sie im Augenblick für vollkommen ungefährlich hielt und daß anderseits Italien selber ja ebenfalls eine den internationalen Einflüssen unterliegende Regierung hatte. Ja, im Hintergrund hoffte man vielleicht sogar, daß dieses Italien der bolschewistischen Seuche erliegen könnte, und dann wäre es, zumindest für unsere Linkskreise, als Bundesgenosse an sich hochwillkommen gewesen.

Außerdem konnte man damals auch nicht gut gerade von der linken Seite gegen den Abbau einer Kriegsfeindschaft Stellung nehmen, da man sich in diesem Lager ja ohnehin unausgesetzt bemühte, das häßliche, entwürdigende und für Deutschland so ungerechtfertigte Gefühl des Kriegshasses auszurotten. Es wäre nicht leicht gewesen, aus diesen Kreisen heraus gegen mich einen Vorwurf zu erheben wegen einer außenpolitischen Auffassung, die ja als Voraussetzung für ihre Verwirklichung zumindest den Abbau des Kriegshasses zwischen Deutschland und Italien bedingt hätte.

Ich muß aber noch einmal betonen, daß vielleicht der Hauptgrund, warum ich so wenig positiven Widerstand fand, für meine Gegner wohl in der vermuteten Harmlosigkeit, Undurchführbarkeit und damit auch Ungefährlichkeit meiner Aktion lag.

Dieser Zustand änderte sich fast wie mit einem Schlage, als Mussolini den Marsch nach Rom angetreten hatte[53]. Wie auf Zauberwort begann von dieser Stunde an das Trommelfeuer der Vergiftung und Verleumdung durch die gesamte jüdische Presse gegen Italien einzusetzen. Und nun erst nach dem Jahre 1922 wurde die Südtiroler Frage aufgeworfen und, die Südtiroler selber mochten das wollen oder nicht, zum Angelpunkt des deutsch-italienischen Verhältnisses gemacht. Es dauerte nicht lange, dann wurde selbst der Marxismus Vertreter einer nationalen Opposition, und man konnte nun das einzigartige Schauspiel erleben, daß Juden und Deutschvölkische, Sozialdemokraten und vaterländische Verbändler, Kommunisten und natio-

52 In einer Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen Walter Simons am 3.7.1920 schlug der bayerische Ministerpräsident Gustav von Kahr vor, die Reichsregierung solle auf die Bitte an die französische Regierung verzichten, von der Ernennung eines Gesandten für Bayern abzusehen. Es wäre zu erwarten, daß Frankreich dieser Bitte nicht Folge leisten würde. Zu seiner eigenen Position bemerkte Kahr: "Die Anwesenheit eines französischen Gesandten in München wird nie Ursache für eine Mainlinie sein; das könnte nur die Anwesenheit des Bolschewismus in Berlin." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, S. 33.

53 Vgl. Kap. IV, Anm. 3.

nales Bürgertum Arm in Arm geistig über den Brenner zogen, um nun in gewaltigen Schlachten, allerdings ohne Blutvergießen, die Rückeroberung dieses Gebietes durchzuführen. Daß sich dabei für den Freiheitskampf um das Andreas-Hofer-Land auch noch diejenigen urbajuwarischen Vertreter staatlicher bayerischer Hoheitsrechte auf das lebhafteste interessierte, deren geistige Vorfahren vor etwas über 100 Jahren den guten Andreas Hofer[54] an die Franzosen auslieferten und dann erschießen ließen, gab dieser kühnen nationalen Front noch einen ganz besonderen Reiz.

Da es nun dem Wirken der jüdischen Pressemeute und ihren nachlaufenden national-bürgerlichen und vaterländischen Dummköpfen wirklich gelungen ist, das Südtiroler Problem zur Größe einer Lebensfrage der deutschen Nation aufzutreiben, sehe ich mich veranlaßt, dazu ausführlich Stellung zu nehmen.

Der altösterreichische Staat hatte, wie schon betont, innerhalb seiner Grenzen etwas über 850.000 Italiener[55]. Genau stimmten die durch die österreichischen Volkszählungen ermittelten Nationalitätenverhältnisse übrigens nicht. Man zählte nämlich nicht die Nationalität des einzelnen, sondern nur die von ihm angegebene Umgangssprache. Daß dies kein vollkommen klares Bild zu geben vermochte, liegt auf der Hand, allein es gehörte auch zur Schwäche des nationalen Bürgertums, sich selbst über die wirkliche Lage gerne täuschen zu lassen. Wenn man eine Sache nicht erfährt oder wenigstens nicht offen von ihr spricht, dann ist sie auch nicht. Die auf Grund eines solchen Vorgehens ermittelten Italiener oder besser, Menschen mit italienischer Umgangssprache, lebten zu einem sehr großen Teil in Tirol. Nach den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1910 hatte Tirol ...[56] Einwohner, davon zählten sich ...[56] Prozent zur italienischen Umgangssprache, während der Rest deutsch oder zum Teil auch ladinisch war. Mithin befanden sich im Erzherzogtum Tirol rund ...[56] Italiener. Da diese gesamte Zahl auf das heutige von Italienern besetzte Gebiet entfällt, ist mithin das Verhältnis der Deutschen zu den Italienern in dem gesamten von Italien besetzten Gebietsabschnitt Tirols ein solches von ...[56] Deutschen zu ...[56] Italienern.

Es ist notwendig, das festzustellen, weil in Deutschland nicht wenige Menschen dank der Verlogenheit unserer Presse gar keine Ahnung davon haben, daß tatsächlich in dem unter dem Begriff Südtirol verstandenen Gebiet 2/3 Italiener und 1/3 Deutsche leben. Wer also für die Rückeroberung Südtirols im Ernst eintritt, würde dann nur einen Wandel der Dinge insoferne herbeiführen, als er statt 200.000 Deutsche unter italienischer Herrschaft 400.000 Italiener unter deutsche brächte[57].

Allerdings ist nun das Deutschtum in Südtirol vorwiegend im nördlichen Teil konzentriert, während das Italienertum den südlichen bewohnt. Würde also jemand eine national gerechte Lösung finden wollen, dann müßte er zunächst den Begriff Südtirol aus der allgemeinen Dis-

---

54 Andreas Hofer (1767-1810), Gastwirt bei Meran, 1790 Bauernvertreter im Tiroler Landtag, 1809 Führer des Tiroler Aufstandes gegen die bayerische Herrschaft, 1809 Landeshauptmann von Tirol, am 20.2.1810 in Mantua standrechtlich erschossen.

55 Vgl. Kap. VII, Anm. 37.

56 Auslassungen in der Vorlage. Nach der Volkszählung vom 1.12.1921 gaben in Südtirol 193.271 Menschen Deutsch und 27.048 Menschen Italienisch als Gebrauchssprache an. Vgl. Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus, S. 155. Dort auch die zugrundeliegenden Definitionskriterien.

57 Eine Rückgliederung des überwiegend italienisch besiedelten Trentino stand nicht ernsthaft zur Debatte.

kussion vollkommen ausschalten. Denn man kann nicht gut aus moralischen Gründen die Italiener befehden, weil sie ein Gebiet genommen haben, in dem sich neben 400.000 Italienern auch 200.000 Deutsche befinden, wenn man selbst umgekehrt als Beseitigung dieses Unrechts dieses selbe Gebiet wieder für Deutschland gewinnen will, also vom rein moralischem Standpunkt aus ein noch größeres Unrecht begehen will, als dies bei Italien der Fall ist[58].

Damit wird der Ruf nach einer Wiedereroberung Südtirols ganz dieselben moralischen Schwächen in sich haben, die man zur Zeit an der italienischen Herrschaft in Südtirol entdeckt. Damit verliert dieser Ruf aber auch seine moralische Berechtigung. Es könnten damit noch andere Gesichtspunkte geltend gemacht werden, die für eine Zurückgewinnung ganz Südtirols dann sprechen müßten. So könnte man von allgemein moralisch berechtigten Gefühlen heraus höchstens für die Zurückgewinnung jenes Teiles eintreten, der tatsächlich in überragender Mehrheit von Deutschen bewohnt ist. Dies ist ein räumlich engbegrenztes Gebiet von ...[59] qkm. Selbst auf dem treffen aber auf rund 190.000 Deutsche 64.000 Italiener und Ladiner und 24.000 sonstige Fremde, so daß das vollkommen deutsche Gebiet tatsächlich kaum 160.000 Deutsche umfaßt[60].

Es gibt nun kaum eine derzeitige Grenze, die nicht ähnlich wie in Südtirol Deutsche vom Mutterland abschneidet. Ja, insgesamt sind allein in Europa nicht weniger als ...[61] Millionen Deutsche vom Reiche getrennt. Davon leben ...[61] Millionen unter ausgesprochener Fremdherrschaft und nur ...[61] Millionen, und zwar in Deutschösterreich und der Schweiz, unter wenigstens für den Augenblick die Nationalität nicht bedrohenden Verhältnissen. Dabei handelt es sich hier in einer ganzen Reihe von Fällen um zahlenmäßig ganz andere Komplexe unseres Volkstums gegen Südtirol [*sic!*].

So furchtbar diese Tatsache für unser Volk ist, so schuldig daran sind diejenigen, die heute über Südtirol ihr Geschrei erheben. Sowenig aber kann man jedenfalls selbst bei Übernahme einer rein bürgerlichen Grenzpolitik das Schicksal des gesamten noch übriggebliebenen Reiches einfach abhängig machen von den Interessen dieser verlorenen Gebiete oder gar von den Wünschen eines einzelnen davon.

Denn etwas muß zunächst auf das allerschärfste zurückgewiesen werden: Es gibt kein heiliges deutsches Volk in Südtirol, wie die vaterländischen Verbändler daherschwätzen. Sondern dem deutschen Volkstum hat alles gleich heilig zu sein, was zu ihm gerechnet werden muß. Es geht nicht an, einen Südtiroler höher einzuschätzen als einen Schlesier, Ostpreußen oder Westpreußen, der unter polnischer Herrschaft geknechtet wird. Es geht auch nicht an, einen Deutschen der Tschechoslowakei als wertvoller anzusehen als einen Deutschen im Saargebiet oder aber auch in Elsaß-Lothringen. Das Recht, das Deutschtum der abgetrennten Gebiete nach besonderen Werten zu sortieren, könnte höchstens aus einer analytischen Prüfung ihrer jeweils

58 Hitler sollte derartige Überlegungen ignorieren, als er 1943 Südtirol und andere Teile Oberitaliens de facto annektierte. Vgl. Karl Stuhlpfarrer, Die Operationszonen "Alpenvorland" und "Adriatisches Küstenland" 1943-1945, Wien 1969.

59 Auslassung in der Vorlage. 8.691 km^2. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

60 Vgl. Anm. 56.

61 Auslassungen in der Vorlage. Nach Schätzungen von Winkler lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. sowie Kap. VIII, Anm. 55.

ausschlaggebenden und dominierenden rassischen Grundwerte erwachsen. Allein gerade diesen Maßstab legt die erhabene Protestvereinigung gegen Italien am allerwenigsten an. Er würde auch für den Tiroler in den heutigen abgetretenen Gebieten unbedingt keinen höheren Wertfaktor ergeben als, sagen wir, für einen Ost- oder Westpreußen.

An sich nun kann die außenpolitische Aufgabe des deutschen Volkes nicht bestimmt werden von den Interessen eines der vom Reich abgesplitterten Teile. Denn in Wirklichkeit wird ja diesen Interessen dadurch nicht gedient, da ja eine praktische Hilfe die wiedergewonnene Macht des Mutterlandes voraussetzt. Damit kann aber der einzige Gesichtspunkt, der für die außenpolitische Stellungnahme in Frage kommt, nur der sein, der am schnellsten und ehesten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit des staatlich zusammengefaßten Restbestandes der Nation sein [*sic!*].

Das heißt mit anderen Worten: Selbst wenn eine deutsche Außenpolitik gar kein anderes Ziel kennen würde als die Rettung des "heiligen Volkes in Südtirol", das heißt die 190.000 Deutschen[62], die dabei wirklich in Frage kämen, dann wäre aber erst die Voraussetzung hiezu die Erringung der politischen Unabhängigkeit sowie der militärischen Machtmittel Deutschlands. Denn daß der österreichische Proteststaat den Italienern Südtirol nicht entreißen wird, dürfte doch ziemlich klar sein. Ebenso klar aber muß es dann auch sein, daß selbst, wenn die deutsche Außenpolitik gar kein anderes Ziel kennen würde als die tatsächliche Befreiung Südtirols, sie ihre Handlungen aber erst recht von solchen Gesichtspunkten und Momenten bestimmen lassen müßte, die die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der politischen und militärischen Machtmittel gewähren. Damit dürfte man also erst recht nicht Südtirol in den Brennpunkt der außenpolitischen Erwägungen stellen, sondern müßte [*sich*] im Gegenteil erst recht von jenen Gedanken beherrschen und leiten lassen, die eben gestatten, die derzeitig bestehende, gegen Deutschland gerichtete Weltkoalition zu zerbrechen. Denn endlich würde auch durch Deutschland Südtirol nicht dem Deutschtum zurückgegeben werden durch das Herunterleiern einer tibetanischen Gebetsmühle von Protesten und Entrüstungen, sondern durch den Einsatz des Schwertes.

Wenn also Deutschland selbst dieses Ziel besäße, müßte es nichtsdestoweniger immer wieder und zwar dann erst recht nach einem Bundesgenossen suchen, der der deutschen Machtgewinnung Hilfe leisten würde. Nun könnte man sagen, daß für diesen Fall Frankreich in Frage käme. Da allerdings trete ich als Nationalsozialist schärfstens dagegen auf.

Es kann schon sein, daß Frankreich sich bereit erklären würde, Deutschland als Hilfsvolk gegen Italien mitmarschieren zu lassen, ja, es kann sogar sein, daß man uns dann gnädig als Anerkennung unserer Blutopfer und als spärliches Pflaster für unsere Wunden Südtirol zusprechen würde, allein, was hätte ein solcher Sieg für Deutschland zu bedeuten? Könnte unser Volk dann etwa leben, weil es 200.000 Südtiroler mehr besitzt? Oder glaubt man nicht, daß Frankreich, wenn es erst mit deutscher Waffenhilfe den lateinischen Konkurrenten am Mittelmeer geschlagen hätte, sich erst recht wieder gegen Deutschland wenden würde? Auf alle Fälle aber sein altes politisches Ziel der Auflösung Deutschlands erst recht befolgen würde?

Nein, wenn für Deutschland überhaupt eine Wahl bleibt zwischen Frankreich und Italien, dann kann nach aller menschlichen Vernunft für Deutschland nur Italien in Frage kommen.

---

62 Vgl. Anm. 56.

Denn ein Sieg mit Frankreich über Italien bringt uns Südtirol und im übrigen ein stärkeres Frankreich als nachträglichen Feind. Ein Sieg Deutschlands über Frankreich mit Hilfe Italiens bringt uns Elsaß-Lothringen als mindestes und als höchstes aber die Freiheit zur Durchführung einer wirklich großzügigen Raumpolitik[63]. Und davon allein kann auf die Dauer in der Zukunft Deutschland leben und nicht von Südtirol. Es geht aber eben nicht an, aus den gesamt abgetrennten Gebieten eines, und zwar das lebensunwichtigste herauszugreifen und die gesamten Interessen eines 70-Millionen-Volkes auf das Spiel zu setzen, ja, einfach auf seine Zukunft zu verzichten, damit der unselige deutsche phantastische Hurra-Patriotismus für den Augenblick seine Befriedigung erhält. Und dabei alles nur eines reinen Phantoms wegen, da ja in der Wirklichkeit Südtirol damit sowenig geholfen wird als jetzt.

An sich hat die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk dahin zu erziehen, daß es für die Gestaltung seines Lebens den Bluteinsatz nicht scheut. Allein ebenso ist unser Volk zu erziehen dahin, daß ein solcher Bluteinsatz wenigstens in der kommenden Geschichte niemals mehr für Phantome stattfinden darf.

Unsere Protestpatrioten und vaterländischen Verbändler mögen aber doch gefälligst einmal sagen, wie sie sich die Rückeroberung von Südtirol anders vorstellen als mit Waffengewalt. Sie mögen doch einmal die Ehrlichkeit aufbringen, um einzugestehen, ob sie im Ernst daran glauben, daß Italien, eines Tages einfach mürbe gemacht durch die Rederei und Protesteleien, Südtirol herausgeben wird, oder ob sie nicht auch überzeugt sind, daß ein Staat von einigem vorhandenen Nationalbewußtsein ein Gebiet, um das er endlich 4 Jahre lang gekämpft hat, nur unter der Not der Waffenentscheidung wieder opfern wird. Sie mögen nicht immer davon reden, daß wir oder ich auf Südtirol verzichtet hätten[64]. Diese infamen Lügner wissen sehr wohl, daß zumindest, was meine Person anbetrifft, ich in der Zeit, in der über das Schicksal Südtirols mitentschieden wurde, an der Front gekämpft habe[65], etwas, was nicht wenige der heutigen Vereinsprotestler damals versäumten. Daß aber in dieser selben Zeit die Kräfte, mit denen unsere vaterländischen Verbände und unser nationales Bürgertum heute gemeinsame Außenpolitik machen und gegen Italien hetzen, den Sieg mit allen Mitteln sabotiert haben, daß

63 Hitler erwartete offenbar, daß ein deutsch-italienischer Sieg über Frankreich ein Ausgreifen nach Osten ermöglichen würde. Auch diese Bemerkung spricht dafür, daß Hitler sein außenpolitisches Programm als eine Abfolge von "Stufen" konzipiert hatte. Vgl. außerdem Mein Kampf, Bd. II, S. 338 ff.

64 Um sich gegen Vorwürfe in der sozialdemokratischen und rechtskonservativen Presse zu wehren, seine Haltung in der Südtirolfrage sei auf italienische Gelder zurückzuführen, klagte Hitler wegen Beleidigung gegen die Artikel "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" sowie "Streiflichter aus dem Wahlkampf" im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928 bzw. vom 8.8.1928, "Redendes Schweigen" im Bayerischen Kurier vom 16.5.1928, ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167) sowie einen Artikel in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols". Im Mai 1929 wurde in erster und im Februar 1930 in zweiter Instanz verhandelt. Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 2: März 1929 - Dezember 1929. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1994, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13.

65 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

der internationale Marxismus, die Demokratie und das Zentrum schon im Frieden nichts versäumten, um die Schwertkraft unseres Volkes zu schwächen und zu lähmen, und daß sie endlich im Kriege eine Revolution organisierten, die zum Zusammenbruch der deutschen Heimat und damit des deutschen Heeres führen mußte[66].

Durch diese Tätigkeit dieser Menschen und die verfluchte Schwäche und Ohnmacht unserer heutigen bürgerlichen Protestmeier ist auch Südtirol dem deutschen Volk verlorengegangen. Es ist eine erbärmliche Fälschung dieser sogenannten nationalen Patrioten, wenn sie heute von einem Verzicht auf Südtirol reden. Nein, meine sehr geehrten Herren, winden Sie sich und drehen Sie sich nur nicht so feige um das richtige Wort herum. Sind Sie doch nicht zu feige auszusprechen, daß es sich heute nur um eine Eroberung Südtirols handeln könnte. Denn den Verzicht, meine Herren nationalen Verbandsprotestler, haben Ihre derzeitigen hohen Verbündeten, die marxistischen Landesverräter von einst, in aller Form staatsrechtlich vollzogen. Und die einzigen, die gegen dieses Verbrechen damals offen Stellung zu nehmen den Mut hatten, das waren nicht Sie, meine Herren, nationale Verbändler und bürgerliche Politikusse, sondern das war die kleine nationalsozialistische Bewegung, und das war in erster Linie ich selbst. Jawohl, meine Herren, als von Ihrer Existenz infolge Ihrer Schweigsamkeit in Deutschland kein Mensch eine Ahnung hatte, so waren Sie in den Mauslöchern verkrochen, da trat ich damals im Jahre 1919 und 1920 gegen die Schande der Unterzeichnung der Friedensverträge[67] auf. Und zwar nicht im geheimen, hinter vier Wänden, sondern öffentlich. Damals aber waren Sie noch so feige, daß Sie nicht einmal wagten, in unsere Versammlungen zu kommen, aus Angst, von ihren heutigen außenpolitischen Verbündeten, den marxistischen Straßenstrolchen, verprügelt zu werden.

Die Männer, die den Friedensvertrag von St. Germain unterzeichnet haben[68], waren so wenig als die Unterzeichner des Vertrages von Versailles Nationalsozialisten. Es waren dies Angehörige der Parteien, die durch diese Unterzeichnung nur ihrem jahrzehntelangen Landesverrat die letzte Krönung aufsetzten. Wer heute an Südtirols Schicksal etwas ändern will, der kann nicht mehr verzichten, weil schon in aller Form durch die heutigen Protestler einst verzichtet wurde, sondern der könnte es höchstens zurückerobern.

Dagegen allerdings wende ich mich auf das fanatischste und sage diesem Bestreben den alleräußersten Widerstand an und werde die Männer, die unser Volk in dieses ebenso blutige wie wahnsinnige Abenteuer hineinzusetzen versuchen, mit dem äußersten Fanatismus be-

---

66 Vgl. Kap. III, Anm. 8.

67 Z. B. in den Reden in München am 13.11.1919, "Brest-Litowsk und Versailles", am 10.12.1919, "Deutschland vor seiner tiefsten Erniedrigung", am 31.1.1920, "Der Friede von Versailles", zum selben Thema am 14.2.1920, am 28.2.1920 und am 4.3.1920, "Die Wahrheit über den 'Gewaltfrieden von Brest-Litowsk?' und den sogenannten 'Frieden der Versöhnung und Verständigung von Versailles'" sowie am 7.5.1920 in Stuttgart zum selben Thema, am 19.6.1920 in Kolbermoor, "Der Schandfriede von Brest-Litowsk und der Versöhnungsfriede von Versailles" sowie am 15.7.1920 in München, "Brest-Litowsk - Versailles". Vgl. Jäckel/ Kuhn, Hitler, S. 92 ff., 96 ff., 107, 109, 111, 113 ff., 130, 149, 162.

68 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fellner, Vertrag von St. Germain, S. 85-106. Druck: Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges, Bd. VI, S. 250-385.

kämpfen[69]. Ich habe den Krieg nicht vom Stammtisch aus kennengelernt. Ich war auch nicht einer von denen, die in diesem Kriege irgend etwas zu befehlen oder zu kommandieren hatten. Ich war nur ein gewöhnlicher Soldat[70], dem 4 ½ Jahre lang befohlen wurde, der nichtsdestoweniger seine Pflicht ehrlich und treu erfüllte. Ich hatte aber damit das Glück, den Krieg kennenzulernen, wie er ist, und nicht, [*wie*] man ihn gern sehen möchte. Ich war bis zur letzten Stunde dieses Krieges selbst als einfacher Soldat, der nur seine Schattenseiten kannte, für den Krieg, weil ich die Überzeugung besaß, daß nur im Sieg die Rettung unseres Volkes liegen könnte. Da aber nun ein Friede ist, den andere verbrochen haben, sträube ich mich auf das äußerste gegen einen Krieg, der nicht dem deutschen Volke nützen würde, sondern nur jenen, die schon einmal die Blutopfer unseres Volkes freventlich [*sic!*] für ihre Interessen verkauften. Ich habe die Überzeugung, daß es mir einst nicht an Entschlossenheit fehlen wird, wenn nötig auch die Verantwortung für einen Bluteinsatz des deutschen Volkes zu tragen[71], aber ich wehre mich, daß auch nur ein einziger Deutscher auf ein Schlachtfeld geschleppt wird, aus dessen Blut nur Narren oder Verbrecher ihre Pläne nähren. Wer die unerhörten Schrecken und den furchtbaren Jammer eines modernen Krieges überdenkt, die grenzenlose Beanspruchung der Nervenkräfte eines Volkes erwägt, der muß scheu werden bei dem Gedanken, daß ein solches Opfer verlangt werden könnte für einen Erfolg, der im günstigsten Falle diesem Einsatze niemals entsprechen kann. Und ich weiß auch, wenn heute Südtirols Volk, soweit es auch nur deutsch denkt, in einer einzigen Front versammelt würde, und vor den Augen dieser Zuschauer die 100.000 und Hunderttausende der Toten erscheinen würden, die der Kampf um sie unserem Volk auferlegen würde, dann führen 300.000 Hände abwehrend zum Himmel empor, und die Außenpolitik der Nationalsozialisten wäre gerechtfertigt.

Das Furchtbare an dem allem aber ist, daß man mit diesen entsetzlichen Möglichkeiten spielt, ohne daß man aber auch nur daran denkt, den Südtirolern helfen zu wollen.

Indem der Kampf um Südtirol heute von denen geführt wird, die einst ganz Deutschland dem Verderben preisgegeben haben, ist ihnen auch Südtirol nur mehr ein Mittel zum Zweck, das sie mit eiskalter Gewissenlosigkeit anwenden, um ihre infamen, im höchsten Sinne des Wortes antideutschen Instinkte befriedigen zu können. Es ist der Haß gegen das heutige nationalbewußte Italien, und es ist vor allem der Haß gegen die neue Staatsidee dieses Landes und am allerhöchsten der Haß gegen den überragenden italienischen Staatsmann[72], der sie veranlaßt, mit Hilfe Südtirols die deutsche Öffentlichkeit aufzuputschen. Denn wie gleichgültig ist doch in Wirklichkeit diesen Elementen das deutsche Volk. Während sie mit Krokodilstränen in den Augen Südtirols Schicksal beklagen, jagen sie ganz Deutschland einem Schicksal entgegen, das schlimmer ist als das der abgetrennten Gebiete. Während sie im Namen der nationalen Kultur gegen Italien protestieren, verpesten sie die Kultur der deutschen Nation im Inneren, zerstören unser gesamtes Kulturempfinden, vergiften die Instinkte unseres Volkes und vernichten selbst die Leistungen der vergangenen Zeiten. Hat eine Zeit ein moralisches Recht, im Namen der Kultur gegen das heutige Italien aufzutreten oder die deutsche Kultur davor in

69 Ein Krieg mit Italien wegen Südtirol stand nie zur Debatte.
70 Vgl. Anm. 65.
71 Ähnlich Hitler in seiner Rede vom 23.5.1928. Druck: Bd. II/2, Dok. 280.
72 Gemeint ist Benito Mussolini.

Schutz zu nehmen, die im Inneren unser gesamtes Theater, unsere Literatur, unsere bildende Kunst auf das Niveau von Schweinen herunterdrückt[73]? Für die deutsche Kultur der Südtiroler sind die Herren der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und selbst der marxistischen Kulturschänder besorgt, aber die Kultur der Heimat lassen sie durch die erbärmlichsten Machwerke ungestört beleidigen, liefern die deutschen Bühnen der Rassenschande eines "Jonny spielt auf" [74] aus und wehklagen heuchlerisch über die Unterdrückung des deutschen Kulturlebens in Südtirol, während sie selbst in der Heimat diejenigen auf das blutigste verfolgen, die die deutsche Kultur vor der bewußten und gewollten Zerstörung in Schutz nehmen wollten. Hier hetzt die Bayerische Volkspartei die Staatsgewalt gegen diejenigen, die Protest erheben geben die infame Schändung der Kultur unseres Volkes. Was tun sie, diese besorgten Hüter der deutschen Kultur in Südtirol, in Deutschland selbst zum Schutz der deutschen Kultur? Sie haben das Theater zum Niveau des Bordells heruntersinken lassen, zur Stätte der demonstrierten Rassenschande, lassen das Kino zur Verhöhnung von Anstand und Sitte alle Fundamente unseres Volkslebens zerstören, sie sehen zu bei der kubistischen und dadaistischen Vernarrung unserer bildenden Kunst, sie selbst protegieren die Fabrikanten dieses gemeinen Betruges oder Irrsinns, sie lassen die deutsche Literatur (auf das) in Schlamm und Schmutz versinken und liefern das gesamte geistige Leben unseres Volkes dem internationalen Juden aus. Und dasselbe erbärmliche Pack hat dann die freche Stirne, für die deutsche Kultur in Südtirol einzutreten, wobei ihnen aber naturgemäß als Ziel nur die Verhetzung zweier Kulturvölker vorschwebt, um sie am Ende desto leichter auf das Niveau ihrer eigenen kulturlosen Erbärmlichkeit drücken zu können.

So ist es aber in allem.

Sie klagen über die Verfolgung der Deutschen in Südtirol, und das sind dieselben Menschen, die in Deutschland jeden auf das blutigste befehden, der unter Nationalsein etwas anderes versteht, als sein Volk der Syphilitisierung durch Juden und Neger wehrlos auszuliefern. Dieselben Leute, die für die Gewissensfreiheit der Deutschen in Südtirol rufen, unterdrücken sie in Deutschland selbst auf das hundsgemeinste. Noch niemals ist die Freiheit der Äußerung seiner nationalen Gesinnung in Deutschland so geknebelt worden als unter der Herrschaft dieses verlogenen Parteigesindels, das sich anmaßt, für die Gewissensrechte und nationalen Freiheiten ausgerechnet in Südtirol eine Lanze zu brechen. Sie jammern über jedes Unrecht, das einem Deutschen in Südtirol zugefügt wird, aber schweigen über die Morde, die diese marxistischen Straßenstrolche in Deutschland Monat für Monat am nationalen Element verbrechen, und mit ihnen schweigt dieses ganze saubere nationale Bürgertum einschließlich der vaterlän-

---

73 Vgl. auch Hitlers ausführliche Stellungnahmen zur Kulturpolitik in seinen Reden vom 3. und 9.4.1929. Druck: Bd. III/2, Dok. 17, 21.

74 Der Wiener Komponist Ernst Křenek (1900-1991) erzielte mit seiner sogenannten Zeitoper "Jonny spielt auf" einen Welterfolg. Am 10.2.1927 in Leipzig uraufgeführt, wurde die Oper, die Elemente des Jazz aufgriff und mit technischen Geräuschen mischte, während der nächsten zwei Jahre von über hundert Bühnen nachgespielt, am 16.6.1928 erstmals in München im Theater am Gärtnerplatz (vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 8.6.1928). Nicht nur diese modernen Stilelemente, sondern auch die Hauptfigur des farbigen Jazzgeigers Jonny sorgten für wütende Proteste und Demonstrationen im rechten Lager, wie sich etwa im VB des Jahres 1928 verfolgen läßt. Křenek emigrierte 1938 in die USA. Vgl. Jost Hermand und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 317 f.

dischen Protestler. In einem einzigen Jahr, das heißt, es sind erst fünf Monate dieses Jahres verstrichen, wurden allein aus den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung neun Menschen unter zum Teil viehischen Begleitumständen ums Leben gebracht und über 600 verwundet[75]. Da schweigt diese ganze verlogene Brut, aber wie würden sie brüllen, wenn nur eine einzige solche Tat vom Faschismus am Deutschtum in Südtirol verbrochen würde. Wie würden sie die ganze Welt zur Rebellion aufrufen, wenn auch nur ein Deutscher in Südtirol von Faschisten unter ähnlichen Umständen abgeschlachtet würde, wie sie das marxistische Mordgesindel in Deutschland anwendet, ohne daß dies die Entrüstung dieser sauberen Phalanx zur Rettung des deutschen Volkes hervorruft. Und wie haben doch dieselben Menschen, die gegen die behördliche Verfolgung der Deutschen in Südtirol feierlichst protestieren, die ihnen unbequemen Deutschen im Reiche selbst verfolgt. Wie hat man hier, angefangen von den U-Boot-Helden[76] bis zu den Rettern Oberschlesiens, die Männer, die erst ihr Blut für Deutschland einsetzten, in Ketten vor Gerichtshöfe geschleift und endlich zu Zuchthausstrafen verurteilt[77] und alles nur, weil sie aus glühender Liebe zum Vaterland ihr Leben hundert- und aberhundertmal eingesetzt haben, während dieses erbärmliche Protestgesindel sich unauffindbar irgendwo verkrochen hatte. Sie mögen die Zuchthausstrafen zusammenrechnen, die in Deutschland für Taten verhängt worden sind, die in einem nationalbewußten Staat mit höchsten Aus-

75 Ein Vergleich mit Hitlers Rede vom 13.7.1928 (Druck: Bd. III/1, Dok. 2) und der Hinweis auf die verstrichenen fünf Monate des Jahres sind ein weiterer Beleg dafür, daß das Buch Ende Juni oder Anfang Juli 1928 diktiert wurde. In dieser Rede heißt es u. a.: "Wo werden mehr Menschen in einem Jahr wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet, in Südtirol oder hier[?] Würden in Südtirol in einem Jahr, sagen wir, auch neun Deutsche wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet werden, wie würde man brüllen. *Wir haben allein in unserer Bewegung, nur wir allein, in den letzten fünf Monaten 9 Tote und über 670 Verletzte gehabt.* Da schweigt das 'nationale Element'".
Die offiziöse Parteistatistik (Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis. Hrsg. von Carl Reutsch-Roeder, Berlin 1932, S. 30) nennt für den entsprechenden Zeitraum vier Todesfälle: Bernhard Gerwert, Gottfried Thomae, Heinrich Wölfel, Heinrich Kottmann.

76 Wahrscheinlich Anspielung auf den spektakulären Kriegsverbrecherprozeß gegen die Marineoffiziere Ludwig Dithmar und John Bold im Jahr 1921. Als Kommandant des deutschen Unterseeboots U 86 hatte Oberleutnant zur See Helmut Patzig am 27.6.1918 das britische Lazarettschiff "Llandovery Castle" versenken und anschließend auf dessen Rettungsboote schießen lassen, in der Absicht, alle britischen Zeugen zu töten. Patzig, von den Alliierten als Kriegsverbrecher namhaft gemacht, war seit Ende 1919 flüchtig. Die beiden anderen genannten Offiziere wurden von der Reichsanwaltschaft der Mittäterschaft bezichtigt und vom Reichsgericht wegen Beihilfe zum Totschlag zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 347.

77 Gemeint sind vermutlich die Fememorde, die von Angehörigen des Oberschlesischen Selbstschutzes in den Jahren 1920/21 verübt wurden. Ermittlungen der Behörden lassen sich jedoch nur in acht Fällen nachweisen, ohne daß ein Verfahren eröffnet wurde. Im April/Mai 1928 war jedoch u. a. gegen den Leutnant a. D. Edmund Heines - inzwischen Führer der SA-Standarte München - vor dem Stettiner Schwurgericht wegen seiner Beteiligung an einem Fememord im Juli 1920 in Pommern verhandelt worden. In diesem Prozeß erklärte ein Zeuge, daß zwischen 1920 und 1922 ungefähr 200 Fememorde in Schlesien begangen und einer Regierungsstelle gemeldet worden wären, die den Oberschlesischen Selbstschutz organisiert habe. Während Heines wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, verhinderte die Staatsanwaltschaft, daß der Komplex der oberschlesischen Fememorde, der in der Öffentlichkeit für großes Aufsehen sorgte, weiter aufgerollt wurde. Vgl. Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 33 ff., 60 ff., 244 ff.

zeichnungen belohnt worden wären. Wenn heute Italien einen Deutschen in Südtirol in Haft setzt, dann zetert augenblicklich das ganze deutsche nationale und marxistische Zeitungspack. Daß man aber in Deutschland auf bloße Denunziation hin monatelang in Gefängnisse kommen kann, daß Haussuchungen, Verletzung des Briefgeheimnisses, Telefonabhören, also lauter verfassungswidrige Beraubungen der durch die bürgerlichen Rechte garantierten persönlichen Freiheit dieses Staates an der Tagesordnung sind[78], das übergehen sie vollständig. Und unsere sogenannten nationalen Parteien mögen ja nicht sagen, daß dies nur im marxistischen Preußen möglich ist. Erstens sind sie mit denselben Marxisten heute Arm in Arm außenpolitisch verbrüdert und zweitens haben dieselben nationalen Parteien an der Unterdrückung eines wirklichen selbstbewußten Nationalismus denselben Anteil. Im "nationalen Bayern" hat man den todkranken Dietrich *Eckart*[79] trotz vorliegender ärztlicher Zeugnisse ohne auch nur die Spur von irgendeiner Schuld als höchstens der seiner unbestechlichen nationalen Gesinnung in seine sogenannte Schutzhaft geworfen und so lange in ihr verwahrt, bis er endlich zusammenbrach und zwei Tage nach seiner Entlassung starb[80]. Dabei ist dies Bayerns größter Dichter gewesen, freilich, er war ein nationaler Deutscher und hat kein "Jonny spielt auf" verbrochen, und folglich existierte er für diese Verfechter der nationalen Kultur nicht. So wie ihn diese Nationalpatrioten erst umgebracht haben, so schweigen sie heute seine Werke tot, denn er ist ja eben nur ein Deutscher gewesen und guter Bayer dazu und kein Deutschland besudelnder internationaler Jude. In dem Fall wäre er dieser Patriotenliga heilig gewesen, so aber handelten sie ihrer national-bürgerlichen Gesinnung gemäß nach dem in der Münchner Polizeidirektion offen ausgesprochenen Zuruf: "Nationales Schwein verrecke." Das sind aber dieselben deutschbewußten Elemente, die die Empörung der Welt mobilisieren, wenn man in Italien dummerweise einen Deutschen auch nur in Haft setzt.

Als man in Südtirol einige Deutsche auswies, da riefen wieder dieselben Leute das ganze deutsche Volk zur hellen Empörung auf, aber sie vergessen nur hinzuzufügen, daß man in Deutschland selbst die Deutschen am meisten gehetzt hat. Das "nationale Bayern" unter einer bürgerlich nationalen Regierung hat Dutzende von Deutschen ausgewiesen und alles nur, weil

78 Die in der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 festgelegten Grundrechte garantierten die individuellen politischen Freiheiten, ohne Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Verfassung auszuschließen. Das 1928 gültige erste Republikschutzgesetz vom 21.7.1922 widersprach weder in Theorie noch im Vollzug den durch die Verfassung festgelegten rechtlichen Rahmenbedingungen. In den ausgehenden 20er Jahren ließ allerdings der Wille der Exekutive nach, die im Republikschutzgesetz intendierten Möglichkeiten voll auszuschöpfen, was teilweise strukturell-organisatorische Ursachen hatte, vor allem aber aus der abnehmenden Bereitschaft der zuständigen Staatsorgane resultierte, sich für den Schutz der Verfassung einzusetzen. Druck des Gesetzes zum Schutz der Republik: RGBl. 1922, I, S. 585 ff. Verlängerung vom 2.6.1927: RGBl. 1927, I, S. 125. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 43 ff., 128 ff., 245 ff.; ders., Die Grundrechte in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 15 (1993), S. 163-183.

79 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB.

80 Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches war Eckart am 15.11.1923 verhaftet und in Stadelheim, dann in Landsberg inhaftiert worden. Seinem Gesuch vom 22.11.1923, ihn wegen seines "schleichenden Herzleidens" - verursacht durch seine Alkoholabhängigkeit - zu entlassen, wurde am 20.12.1923 stattgegeben. Eckart starb am 26.12.1923. Vgl. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler. Der "Völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970, S. 92 f.

sie politisch infolge ihres kompromißlosen Nationalismus der herrschenden fauligen Bürgerschichte nicht paßten. Da kannte man dann auf einmal nicht mehr die Stammesbruderschaft zum Deutschösterreicher, sondern nur mehr den Ausländer. Dabei blieb es aber bei der Ausweisung von sogenannten ausländischen Deutschen gar nicht stehen. Nein, dieselben bürgerlich-nationalen Heuchler, die gegen Italien flammende Proteste schleudern, weil man dort einen Deutschen aus Südtirol auswies und in eine andere Provinz abschob, haben aus Bayern Dutzende von Deutschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im deutschen Heere 4½ Jahre lang für Deutschland gekämpft haben, schwer verwundet worden sind und höchste Auszeichnungen hatten, aus Bayern ausgewiesen[81]. Ja, so sehen sie aus, diese bürgerlich-nationalen Heuchler, die nun in Entrüstung gegen Italien toben, während sie selbst Schande über Schande im eigenen Volk auf sich geladen haben.

Sie wehklagen über die Entnationalisierung in Italien und entnationalisieren dabei das deutsche Volk in der eigenen Heimat. Kämpfen gegen jeden, der der blutsmäßigen Vergiftung unseres Volkes entgegentritt, ja sie verfolgen jeden Deutschen, der der durch sie in Szene gesetzten und protegierten Entdeutschung, Vernegerung und Verjudung unseres Volkes in den Großstädten sich entgegenstemmt, auf das unverschämteste und rücksichtsloseste, und versuchen, sie durch das verlogene Vorbringen einer Gefährdung religiöser Einrichtungen in das Gefängnis zu bringen[82].

Als in Meran ein italienischer Exaldo[83] das dortige Kaiserin-Elisabeth-Denkmal beschädigte[84], erhoben sie ein wildes Geschrei und konnten sich nicht beruhigen, obwohl ein italienisches Gericht den Täter mit 2 Monaten Gefängnis bestraft hatte. Daß man aber in Deutschland selbst die Denkmäler und Erinnerungen an die vergangene Größe unseres Volkes ununterbrochen besudelt, das interessiert sie nicht. Daß man in Frankreich fast sämtliche an Deutschland erinnernden Monumente in Elsaß-Lothringen zerstört hat[85], ist ihnen gleich, daß die Polen planmäßig alles verwüsten, was auch nur an den deutschen Namen erinnert, regt sie nicht auf, ja daß erst in diesen Monaten in Bromberg der Bismarck-Turm ganz offiziell gesprengt wurde[86], das alles läßt sie kühl, diese Kämpen der nationalen Ehre unseres Volkes.

81 Die bayerische Regierung hatte 1924 versucht, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Vgl. Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

82 Die Nationalsozialisten provozierten zahlreiche Prozesse wegen Beleidigung, Gotteslästerung oder Religionsbeschimpfung nach §§ 166 ff., 185 ff. StGB. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 137 ff.

83 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist vermutlich "esaltato", italienisch: (politischer) Schwärmer.

84 Zur Zerstörung der Südtiroler Denkmäler seit 1919 vgl. Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus, Bd. 1, S. 244 ff.

85 Möglicherweise Anspielung auf die Pamphlete, mit denen auf deutscher Seite der französische Einmarsch in Elsaß-Lothringen kritisiert worden war. Vgl. z. B. Konrad Fischer, Wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen hausen! Die Franzosen in Metz, Berlin 1919.

86 Anfang Mai 1928 war in Bromberg der Bismarck-Turm, der 1922 in einen polnischen Freiheitsturm umbenannt worden war, gesprengt worden. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 10.5.1928 (AA), "Der Bromberger Bismarck-Turm. Die Polen zerstören ein Symbol ihrer Freiheit." sowie VB vom 23.5.1928, "Starke Er-

Wehe aber, wenn so etwas in Südtirol der Fall wäre. Denn das ist für sie auf einmal heiliges Land geworden. Das Vaterland aber selbst, die Heimat, die kann zur Hölle gehen.

Gewiß, auch in Südtirol hat es auf italienischer Seite mehr als eine unkluge Handlung gegeben, und der Versuch, das deutsche Element planmäßig zu entnationalisieren, ist ebenso unklug wie im Ergebnis fragwürdig; allein das Recht, dagegen zu protestieren, haben nicht diejenigen, die zum Teil Schuld sind an dem allen und zum anderen eine nationale Ehre ihres Volkes tatsächlich gar nicht kennen, sondern dieses Recht hätten nur diejenigen, die bisher wirklich für deutsche Interessen und deutsche Ehre kämpften. Das war in Deutschland ausschließlich die nationalsozialistische Bewegung.

Die ganze innere Verlogenheit der Hetze gegen Italien wird aber sichtbar, wenn man die Handlungen der Italiener vergleicht mit den Handlungen, die Franzosen, Polen, Belgier, Tschechen, Rumänen und Südslawen am Deutschtum verbrochen haben. Daß Frankreich insgesamt über ¼ Million Deutsche aus Elsaß-Lothringen überhaupt ausgewiesen hat[87], also mehr Menschen als ganz Südtirol Einwohner zählt, das ist ihnen Wurst [*sic!*]. Und daß die Franzosen heute jede Spur des Deutschtums in Elsaß-Lothringen auszurotten versuchen, hindert nicht, mit Frankreich sich zu verbrüdern, selbst wenn dauernde Maulschellen die Pariser Antwort sind. Daß die Belgier mit einem Fanatismus sondergleichen das deutsche Element verfolgen, daß die Polen über 17.000 Deutsche zum Teil unter geradezu bestialischen Begleitumständen hingeschlachtet haben[88], ist kein Anlaß zu einer Erregung, daß sie endliche[89] Zehntausende von Haus und Hof vertrieben und, kaum mit einem Hemd bekleidet, über die Grenze trieben[90], das sind lauter Dinge, die unsere bürgerlichen und vaterländischen Protestschwindler nicht in Harnisch zu bringen vermögen. Überhaupt, wer die wirkliche Gesinnung dieses Packs kennenlernen will, der braucht sich nur zurückerinnern an die Art und Weise, mit der man den Flüchtlingen schon damals entgegengekommen ist. Damals blutete ihnen nicht das Herz (so wenig, wie es dies heute tut), als die Zehntausende der unglücklich Vertriebenen zum Teil in förmlichen Konzentrationslagern[91] sich wieder auf dem Boden ihrer teueren Hei-

regung über die Sprengung des Bismarck-Turms". Am selben Tag sprach Hitler im Bürgerbräukeller zum Thema Südtirol. Unter den Ausführungen, welche den hier gemachten ähneln, ist auch der Satz: "In Bromberg hat man in aller Ruhe einen Bismarck-Turm gesprengt - die deutsche Presse geht seelenruhig darüber hinweg." Vgl. Bd. II/2, Dok. 280.

87 Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 150.000 Personen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen oder wanderten ins Deutsche Reich ab. Vgl. Rothenberger, Heimat- und Autonomiebewegung, S. 37.

88 Obwohl nur wenige verläßliche Zahlen über die Lage der deutschen Minderheit im damaligen Polen vorliegen, läßt sich sicher sagen, daß es Opfer in dieser Höhe nicht gegeben hat. Seit Dezember 1918 war es zu mehreren polnischen Aufständen in den Provinzen Posen und Oberschlesien gekommen, bei denen vermutlich auf deutscher wie polnischer Seite mehrere hundert Kombattanten den Tod fanden. Daneben kam es immer wieder zu einzelnen kleineren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit, zuletzt am 15.5.1927 in Rybnik. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen, Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 19 ff., 47 ff. sowie Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, S. 27 ff.

89 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "etliche".

90 Zur Politik der polnischen Regierung gegenüber den deutschsprachigen Einwohnern vgl. Stephan Horak, Poland and Her National Minorities, 1919-1939. A Case Study, New York 1961, S. 37 ff., 94 ff.

91 Der Begriff "Konzentrationslager" läßt sich in das Jahr 1895 zurückverfolgen. Während der Revolution auf Cuba internierten spanische Truppen Zivilisten in umgrenzten Lagern, sog. "Campos de concentración". Populär in einer eindeutig negativen Bedeutung wurde der Begriff während des Burenkriegs (1899-1902), als

mat befanden und nun wie Zigeuner von Ort zu Ort abgeschoben wurden. Noch sehe ich vor mir die Zeit, in der die ersten Ruhrflüchtlinge nach Deutschland kamen[92] und nun von Polizeidirektion zu Polizeidirektion abgeschoben wurden, als wenn es sich um Schwerverbrecher gehandelt hätte. Nein, da hat ihnen das Herz nicht geblutet, diesen Vertretern und Verteidigern des nationalen Deutschtums in Südtirol, aber wenn ein einziger Deutscher in Südtirol selbst von den Italienern ausgewiesen wird oder ihm sonst ein Unrecht zugefügt wird, dann zittern sie vor gerechter Empörung und Entrüstung über diese einzige Kulturschande und über diese größte Barbarei, die die Welt bisher gesehen hat. Wie sagen sie dann: "Noch niemals ist das Deutschtum und noch nirgends mit so entsetzlichen und tyrannischen Methoden unterdrückt worden wie in diesem Lande." Ja, aber nur mit einer Ausnahme, das ist nämlich in Deutschland selbst, durch euere eigene Tyrannei.

Südtirol oder besser das Deutschtum in Südtirol muß dem deutschen Volk erhalten bleiben, aber in Deutschland selbst ermorden sie jährlich durch ihre verruchte Politik der unnationalen Ehrlosigkeit, der allgemeinen Korruption und der Unterwürfigkeit unter die internationalen Finanzherren mehr als das Doppelte an Menschen als Südtirol insgesamt deutsche Einwohner zählt. Von den durch ihre Katastrophenpolitik zum Selbstmord getriebenen 17.000 - 22.000 Menschen[93] als Durchschnitt in den letzten Jahren schweigen sie, obwohl diese Zahl allein in 10 Jahren mit Kindern mehr ausmachen würde ebenfalls als [*sic!*] Südtirol deutsche Einwohner zählt[94]. Die Auswanderung protegieren sie, und die Erhöhung der Auswanderungsquoten

---

die schlechten Haftbedingungen zahllose Opfer unter den in "concentration camps" internierten Buren forderten. Nach 1918 tauchte nicht nur das Phänomen, sondern auch der Begriff während der Bürgerkriege auf oder wurde von den sich formierenden totalitären Regimen benutzt. Ziel blieb die Kontrolle und Unterdrückung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner, nun auch in Friedenszeiten.

Hitler erwähnte bereits am 20.9.1920 die britischen Konzentrationslager des Burenkriegs und forderte am 13.3.1921 erstmals, die deutschen Juden in Konzentrationslagern zu "sichern". Auch die übrigen Propagandisten der NSDAP scheuten sich nicht, bereits vor 1933 unverhohlen mit der Einrichtung von Konzentrationslagern zu drohen. Vgl. Klaus Drobisch und Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, S. 13 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 233, 348.

92 Bezieht sich auf den Ruhrkampf 1923.

93 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929 (S. 45) verzeichnet für 1927 15.974 Selbstmorde. Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht, als pro 100.000 Einwohner jährlich über 58 Selbstmorde registriert wurden (Stand 1931). Diese hohe Selbstmordquote hat sich auch nach 1933 nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 136.

94 Hitler befaßte sich oft mit der Frage des nationalen wie des individuellen Selbstmords. Er behandelte das Thema intensiv in seinen Reden vom 2.5.1928 (Druck: Bd. II/2, Dok. 268), 13.7.1928 (Bd. III/1, Dok. 2) und 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 61). Auch im VB wurde damals die Selbstmordfrage immer wieder erwähnt, z. B. am 5.1. und 21.8.1928. Ein Wahlplakat der NSDAP für die Reichstagswahl am 20.5.1928 enthält schließlich einen Hinweis auf die "Freiheit Jedermanns, den Freitod zu sterben" (Abbildung: Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte. Die Sammlung Rehse, Bd. I, München 1938, S. 195).

Auch in seiner ersten Rede zur Außenpolitik nach der Machtergreifung am 17.5.1933 klagte Hitler über die "224.000 Menschen", die seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags Selbstmord begangen hätten. Druck: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg ^{4}1988, S. 279. Die Bemerkungen Hitlers am 1.2.1943 anläßlich der Kapitulation der 6. deutschen Armee in Stalingrad drehten sich ebenfalls um die Frage des Selbstmords. Er wies hin auf die "18.000 oder 20.000" Selbstmorde in den Friedensjahren und be-

bezeichnet dieses nationale Bürgertum eines Herrn Stresemann als einen gewaltigen außenpolitischen Erfolg[95], und doch heißt dies, daß Deutschland in je vier Jahren mehr Menschen verliert als Südtirol an Einwohnern deutscher Nationalität zählt. An Geburtenabtreibung aber und Kinderverhütung morden sie Jahr für Jahr nahezu doppelt so viel[96], als das Deutschtum in Südtirol insgesamt ausmacht. Und dieses Pack nimmt dann für sich das moralische Recht in Anspruch, für die Interessen des Deutschtums im Auslande zu reden.

Oder dieses nationale offizielle Deutschland jammert über die Entdeutschung unserer Sprache in Südtirol, aber in Deutschland selbst entdeutscht man in aller offiziellen Art und Weise die deutschen Namen in der Tschechoslowakei, in Elsaß-Lothringen usw.; ja, es werden offizielle Reiseführer herausgegeben, in denen selbst unsere deutschen Städtenamen in Deutschland den Tschechen zuliebe vertschechisiert werden. Das ist alles in der Ordnung, nur daß die Italiener den heiligen Namen Brenner in Brennero umgewandelt haben, das ist ein Anlaß, den glühendsten Widerstand herauszufordern. Und das muß man dann gesehen haben, wenn so ein bürgerlicher Patriot zu glühen beginnt, wo man doch genau weiß, daß alles nur Komödie ist. Nationale Leidenschaft heucheln, paßt zu unserem leidenschaftslosen, fauligen Bürgertum genauso, als wenn eine alte Hure Liebe mimt. Es ist alles nur künstliche Mache, und am ärgsten trifft dies dann zu, wenn eine solche Erregung die Heimat in Österreich hat. Das schwarzgelbe[97] legitimistische Element, dem früher das Deutschtum in Tirol vollkommen gleichgültig gewesen ist, macht jetzt in heiliger nationaler Empörung mit. So etwas elektrisiert dann alle Spießbürgervereinigungen, besonders wenn sie dann hören, daß auch die Juden mittun. Das heißt, sie selber protestieren ja nur, weil sie wissen, daß sie dieses Mal ausnahmsweise einmal ganz laut ihre nationale Gesinnung herausschreien dürfen, ohne von den Pressejuden in die Ecke gefeuert zu werden. Im Gegenteil: Es ist doch schön für einen aufrechten national-bürgerlichen Mann, zum nationalen Kampf aufzurufen und dabei [*von*] Itzig Veitel Abrahamsohn sogar noch gelobt zu werden. Ja, noch mehr. Die jüdischen Gazetten schreien mit, damit ist zum ersten Mal die wirkliche bürgerlich nationaldeutsche Einheitsfront von Krotoschin[98] über Wien bis Innsbruck hergestellt. Und unser politisch so dummes deutsches Volk läßt sich von diesem ganzen Theater genauso einfangen, wie sich einst schon die deutsche Diplomatie und unser deutsches Volk von den Habsburgern einwickeln und mißbrauchen ließen.

Deutschland hat schon einmal seine Außenpolitik ausschließlich durch österreichische Interessen bestimmen lassen. Die Strafe dafür war eine entsetzliche. Wehe, wenn der junge deutsche Nationalismus seine Zukunftspolitik von den theatralischen Schwätzern des verfaulenden bürgerlichen Elements oder gar von marxistischen Deutschfeinden bestimmen läßt. Und wehe, wenn er dabei wieder in vollkommener Verkennung der wirklich treibenden Kräfte des österreichischen Staates in Wien von dorther seine Direktiven bezieht. Es wird die Aufgabe der na-

---

dauerte, daß sich die Führer der 6. Armee nicht erschossen hätten. Vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, Stuttgart 1962, S. 124 ff.

95 Vgl. Kap. I, Anm. 3.

96 Vgl. Kap. II, Anm. 7.

97 Die Farben Schwarz und Gelb symbolisierten die österreichische Monarchie und leiteten sich vom schwarzen Reichsadler auf goldenem bzw. gelbem Grund ab, den die Habsburger als Wappen führten. Vgl. Hattenhauer, Nationalsymbole, S. 9 f.

98 Kreisstadt in der polnischen Woiwodschaft Posen, bis 1920 beim Deutschen Reich.

tionalsozialistischen Bewegung sein, diesem Schauspielergeschrei ein Ende zu bereiten und die nüchterne Vernunft zum Regenten der kommenden deutschen Außenpolitik zu wählen.

Allerdings trifft auch Italien eine Schuld an dieser ganzen Entwicklung. Ich würde es als dumm und politisch kindisch empfinden, dem italienischen Staat einen Vorwurf zu machen, daß er anläßlich des österreichischen Zusammenbruchs die Grenze bis an den Brenner vorschob. Die Motive, die ihn dabei beherrschten, waren keine gemeineren als die Motive, die (unbestimmten) die bürgerlichen Annexionspolitiker einschließlich Herrn Stresemann und Herrn Erzberger einst bestimmten, die deutsche Grenze auf die belgischen Maasfestungen zu stützen[99]. Zu allen Zeiten wird eine verantwortlich (und) denkende und handelnde Staatsregierung sich bemühen, strategisch natürliche und sichere Grenzen zu finden. Sicherlich hat Italien nicht Südtirol annektiert, um dadurch in den Besitz von ein paar hunderttausend Deutschen zu kommen, sicher wäre es den Italienern lieber gewesen, wenn an Stelle dieser Deutschen nur Italiener allein in diesem Gebiete leben würden. Denn tatsächlich waren es in erster Linie nie [*sic!*] strategische Rücksichten, die sie veranlaßten, die Grenze über den Brenner zu legen. Kein Staat würde in einer ähnlichen Situation aber anders gehandelt haben. Es ist deshalb zwecklos, über diese Grenzgestaltung an sich Vorwürfe zu erheben, da ja endlich jeder Staat seine natürlichen Grenzen nach eigenen und nicht nach anderen Interessen bestimmt. So sehr aber nun der Besitz des Brenners militärischen Interessen und strategischen Zwecken dienen mag, so belanglos ist es dann, ob innerhalb dieser an sich strategisch festgelegten und gesicherten Grenze 200.000 Deutsche leben oder nicht, wenn das Staatsvolk selbst 42 Millionen Menschen umfaßt[100] und ein militärisch wirksamer Gegner gerade an dieser Grenze gar nicht in Frage kommt. Es würde eine höhere Klugheit gewesen sein, diesen 200.000 Deutschen jeden Zwang zu ersparen, als mit Gewalt ihnen eine Gesinnung einzuimpfen [*zu*] versuchen, die erfahrungsgemäß als Ergebnis einer solchen Veranlassung meistens ohne Wert zu sein pflegt. Man kann auch nicht in 20 oder 30 Jahren ein Volkstum ausrotten, ganz gleich, welche Methoden man anwendet und ob man dies will oder nicht will. Man wird italienischerseits mit einem gewissen Schein von Recht zur Antwort geben, daß dies zunächst auch nicht beabsichtigt gewesen sei, aber sich als Folge des provokatorischen Versuchs einer dauernden Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten von seiten außenstehender österreichischer oder deutscher Kräfte und der dadurch bei den Südtirolern selbst ausgelösten Rückwirkungen von selbst zwangsläufig entwickelte. Das ist richtig, denn tatsächlich kamen die Italiener zunächst dem Deutschtum in Südtirol sehr anständig und loyal entgegen[101]. Sowie aber in Italien der Faschismus zur Höhe kam, begann in Deutschland und in Österreich aus prinzipiellen Gründen die Hetze gegen Italien und führte nun zu einer sich steigernden gegenseitigen Gereiztheit, die in Südtirol endlich zu Folgen führen mußte, wie wir sie heute vor uns sehen. Unselig war dabei vor allem das Wirken des Andreas-Hofer-Bundes[102], der, statt den Deutschen in Südtirol

99 Vgl. Kap. VIII, Anm. 6. Zu Stresemanns Kriegszielvorstellungen vgl. Annelise Thimme, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover 1957, S. 21 ff.

100 Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1.12.1921 hatte Italien eine Bevölkerung von 38.710.576 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1*.

101 Vgl. Anm. 26.

102 Der 1919 aus dem Bund Heimat hervorgegangene Andreas-Hofer-Bund zählte zusammen mit dem VDA-Landesverband Bayern zu den radikalsten Schutzvereinen für Südtirol. Proklamiertes Ziel war die Revision

Klugheit anzuempfehlen und ihnen klarzumachen, daß es ihre Mission sei, eine Brücke zwischen Deutschland und Italien zu bilden [103], bei den Südtirolern Hoffnungen erweckte, die außerhalb jeder Realisierbarkeit liegen, die aber zu einer Aufreizung und damit zu unüberlegten Schritten führen mußten. Diesem Bunde ist es mit in erster Linie zuzuschreiben, wenn die Verhältnisse auf die Spitze getrieben wurden. Wer dabei wie ich, Gelegenheit genug besaß, wesentliche Mitglieder dieser Vereinigung auch als Menschen kennenzulernen, muß staunen über die Verantwortungslosigkeit, mit der es ein Verband von so geringen wirklich aktiven Kräften immerhin fertigbringt, unseliges Unheil anzurichten. Denn wenn ich verschiedene dieser leitenden Köpfe mir vor Augen halte und dabei noch besonders an einen denke, der seinen Sitz in der Münchener Polizeidirektion hat [104], dann wird einem doch anders bei dem Gedanken, daß Menschen, die niemals ihr eigenes Blut und ihre eigene Haut zu Markte tragen würden, eine Entwicklung veranlassen, die in ihrer letzten Konsequenz bei einer blutigen Auseinandersetzung enden müßte.

Es ist auch richtig, daß es mit den wirklichen Drahtziehern dieser Italienhetze gar keine Verständigung über Südtirol geben kann, da diesen Elementen Südtirol an sich genauso gleichgültig ist wie das Deutschtum überhaupt, sondern es sich dabei nur um ein geeignetes Mittel handelt, Verwirrung zu stiften und die öffentliche Meinung besonders in Deutschland gegen Italien in Harnisch zu bringen. Denn darauf kommt es den Herrschaften an. Und der italienische Einwand, daß ganz gleich, wie die Behandlung der Deutschen in Südtirol auch sei, diese Menschen immer wieder, weil sie es eben wollen, auch etwas finden würden, was für ihre Hetze geeignet wäre, hat deshalb auch einen gewissen Grund der Berechtigung. Allein gerade weil heute in Deutschland genau wie in Italien gewisse Elemente ein Interesse daran besitzen, eine Verständigung der beiden Nationen mit allen Mitteln zu hintertreiben, wäre es eine Pflicht der Klugheit, ihnen diese Mittel nach Möglichkeit zu entziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie dann natürlich trotzdem immer weiter suchen würden. Das Gegenteil hätte nur dann einen Sinn, wenn es in Deutschland überhaupt niemand gäbe, der entgegen dieser Hetze den Mut besäße, für eine Verständigung zu sprechen. Dies ist aber doch nicht der Fall. Im Gegenteil, je mehr das heutige Italien von sich aus alle unklugen Zwischenfälle zu vermeiden versucht, um so leichter wird es den Freunden Italiens in Deutschland werden, die Hetzer hier zu entlarven, die Scheinheiligkeit ihrer Gründe zu enthüllen und ihrer volksvergiftenden Tätigkeit das Handwerk zu legen. Glaubt man aber in Italien wirklich, daß man nicht gut unter dem Geschrei und bei den Forderungen ausländischer Organisationen irgendwie entgegenkommen kann, da dies eher einer Kapitulation ähnlich sähe und den Übermut dieser Elemente möglicherweise nur noch steigern würde, dann ließen sich Wege finden, ein solches Entgegenkommen eben grundsätzlich denen zuzuschreiben, die nicht nur nicht an dieser Hetze beteiligt sind, sondern die im Gegenteil als Freunde einer Verständigung Italiens und Deutschlands

---

der Brennergrenze und die Einbindung Südtirols in ein zukünftiges "Großdeutschland". Vgl. Isolde von Mersi, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979, S. 60 ff.

103 Auch in seiner Rede am 23.5.1928 sprach Hitler von den Südtirolern als Brücke zwischen Italien und Deutschland, bis diese gemeinsam zum Kampf gegen Frankreich antreten könnten. Druck: Bd. II/2, Dok. 280.

104 Nicht ermittelt.

selbst den schärfsten Kampf gegen die Vergifter der öffentlichen Meinung in Deutschland führen.

Das außenpolitische Ziel der nationalsozialistischen Bewegung hat weder mit einer Wirtschafts- noch mit einer bürgerlichen Grenzpolitik etwas zu tun. Unser völkisches Raumziel wird auch in der Zukunft dem deutschen Volke eine Entwicklung zuweisen, die es niemals in einen Konflikt mit Italien zu bringen braucht. Wir werden auch niemals das Blut unseres Volkes opfern, um kleine Grenzkorrekturen herbeizuführen, sondern immer nur, um Raum für eine weitere Ausdehnung und Ernährung unseres Volkes zu gewinnen. Dieses Ziel drängt uns nach Osten. Was für Italien das mittelländische Meer ist, ist für Deutschland die Ostküste der Ostsee. Deutschlands Todfeind für jede weitere Entwicklung, ja selbst für die bloße Erhaltung der Einheit unseres Reiches, ist Frankreich, genau so wie es der Todfeind für Italien ist. Die nationalsozialistische Bewegung wird niemals in ein äußeres, seichtes Hurrageschrei verfallen. Sie will nicht mit dem Säbel rasseln. Ihre Führer haben fast ausnahmslos den Krieg kennengelernt, wie er in Wirklichkeit und Wahrheit ist. Sie wird deshalb auch niemals für andere Ziele Blut vergießen als solche, die der gesamten Zukunftsentwicklung unseres Volkes dienlich sind. Sie lehnt es deshalb auch ab, um einer angesichts der deutschen Zersplitterung in Europa lächerlichen Grenzkorrektur wegen, einen Krieg mit Italien zu provozieren. Im Gegenteil, sie will, daß für alle Zukunft der unselige Germanenzug nach dem Süden ein Ende nimmt und die Vertretung unserer Interessen in der Richtung stattfindet, die unserem Volk eine Behebung seiner Raumnot möglich erscheinen läßt[105]. Indem wir aber Deutschland dabei aus der Periode seiner heutigen Versklavung und Knechtschaft erlösen, kämpfen wir damit auch am höchsten für die Wiederherstellung und damit im Sinne einer deutschen Ehre.

Wenn das heutige Italien glaubt, daß eine Änderung verschiedener Maßnahmen in Südtirol als eine Kapitulation vor fremden Einmischungen aufgefaßt werden könnte, ohne am Ende doch nicht zu einer gewünschten Verständigung zu führen, dann mag es seine Umstellung eben ausschließlich denen zuliebe vornehmen und damit auch offen begründen, die in Deutschland selbst Vertreter einer Verständigung mit Italien sind und es nicht nur weit von ich weisen, mit den Hetzern gegen eine solche identifiziert zu werden, sondern die sogar den schärfsten Kampf gegen diese Elemente seit Jahren ausgefochten haben und die die souveränen Hoheitsrechte des italienischen Staates als selbstverständlich bestehend anerkennen.

Sowenig es für Deutschland gleichgültig ist, ob es Italien zum Freunde erhält, sowenig gleichgültig ist es auch für Italien. So wie der Faschismus dem italienischen Volk einen neuen Wert gegeben hat, so darf auch der Wert des deutschen Volkes für die Zukunft nicht abgeschätzt werden nach seinen augenblicklichen Lebensäußerungen, sondern nach den Kräften, die es in seiner bisherigen Geschichte so oft bewiesen hat und die es vielleicht schon morgen wieder zeigen kann.

So wie für Deutschland die Freundschaft Italiens ein Opfer wert ist, ebensoviel wert ist aber auch für Italien die Freundschaft Deutschlands. Es würde ein Glück für beide Völker sein, wenn sich diejenigen Kräfte verständigen könnten, die in beiden Ländern Träger dieser Erkenntnis sind.

105 Vgl. Kap. VII, S. 60.

So sehr also die Hetze in Deutschland gegen Italien schuld an der unseligen Verfeindung ist, soviel Schuld liegt auch auf Seite Italiens, wenn es angesichts der Tatsache, daß in Deutschland selbst gegen diese Hetze gekämpft wird, nicht auch von sich aus ihnen die Mittel so weit als irgend möglich aus der Hand windet [106].

Wenn es die Klugheit des faschistischen Regiments fertigbringt, eines Tages 65 Millionen Deutsche zu Freunden Italiens zu machen, dann ist dies mehr wert, als wenn man 200.000 zu schlechten Italienern erzieht.

Ebenso unrichtig war das italienische Eintreten für ein Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland [107]. Schon die Tatsache, daß Frankreich in erster Linie dieses Verbot vertrat, hätte in Rom zur gegenteiligen Stellungnahme führen müssen. Denn Frankreich tut auch diesen Schritt nicht, um Italien zu nützen, sondern viel eher in der Hoffnung, ihm auch dadurch Schaden zufügen zu können. Es sind in erster Linie zwei Gründe, die Frankreich bewogen haben, das Anschlußverbot durchzudrücken: Einmal, weil man dadurch eine Stärkung Deutschlands zu verhindern wünscht, und zum anderen Mal, weil man überzeugt ist, im österreichischen Staat eines Tages eben doch ein Glied der französisch-europäischen Allianz zu erhalten. Man gebe sich doch in Rom keiner Täuschung darüber hin, daß der französische Einfluß in Wien ein wesentlich ausschlaggebenderer ist als selbst der deutsche, vom italienischen ganz zu schweigen. Der französische Versuch, den Völkerbund wenn möglich nach Wien zu verlegen [108], entspringt nur der Absicht, den an sich kosmopolitischen Charakter dieser Stadt zu stärken und in Beziehung zu bringen mit dem Land, dessen Wesen und Kultur in der heutigen Wiener Atmosphäre einen stärkeren Widerhall findet als das Wesen des Deutschen Reiches.

So ernst gemeint dabei die Anschlußtendenzen der österreichischen Provinzen an sich sind, so wenig ernst nahm man sie in Wien [109]. Im Gegenteil, wenn man in Wien wirklich mit dem Anschlußgedanken operierte, dann immer nur, um irgendeine finanzielle Schwierigkeit zu beheben, denn dann war Frankreich viel eher bereit, dem kleinen Pumpstaat wieder beizuspringen. Allmählich aber wird dieser Anschlußgedanke in eben dem Maß versiegen, in dem eine innere Konsolidierung des österreichischen Bundes stattfindet und Wien seine volle dominierende Stellung zurückerhält. Dazu kommt noch, daß die politische Entwicklung in Wien immer mehr anti-italienischen und besonders anti-faschistischen Charakter annimmt, während der Austro-Marxismus von jeher aus seinen starken Sympathien für Frankreich keinen Hehl gemacht hat.

---

106 Ähnlich schrieb Alfred Rosenberg im VB vom 6.3.1928, "Mussolinis Südtirolrede", daß Mussolini in der Südtiroler Frage "sehr schlecht beraten gewesen" sei, weil er mit seiner Rede vom 4.3.1928 den deutschen Feinden Italiens in die Hände gearbeitet habe.

107 Nach dem Ersten Weltkrieg lehnte Italien zunächst einen Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich nicht grundsätzlich ab; entscheidend blieb für die italienische Außenpolitik vielmehr eine dauerhafte Sicherung der Brennergrenze. Auf der Pariser Friedenskonferenz schwenkten die italienischen Vertreter aber auf die Linie der Alliierten ein und stimmten dem Anschlußverbot in den Friedensverträgen zu. Vgl. Josef Muhr, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (1914-1922), Göttingen 1977, S. 147 ff.

108 Diese Möglichkeit wurde 1928 in der Öffentlichkeit erörtert.

109 Zur Bedeutung des Anschlußgedankens in Politik und Gesellschaft im Österreich der Zwischenkriegszeit vgl. Walter Wiltschegg, Österreich - Der "Zweite deutsche Staat"? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik, Graz 1992.

Daß man also damals den Anschluß glücklicherweise und zum Teil mit italienischer Hilfe verhindert hat, wird dem französischen Bündnissystem eines Tages das fehlende Glied zwischen Prag und Jugoslawien einfügen[110].

Für Italien war aber die Verhinderung des österreichischen Anschlusses an Deutschland auch noch aus einem psychologischen Grund falsch gewesen. Je kleiner der abgesplitterte österreichische Staat blieb, um so beschränkter waren naturgemäß auch seine außenpolitischen Ziele. Man kann nicht von einem Staatsgebilde, das knapp ...[111] qkm Bodenfläche mit kaum ...[111] Millionen Einwohner hat, eine groß aufgefaßte raumpolitische Zielsetzung erwarten. Würde Deutschösterreich in den Jahren 1919/[*19*]20 an Deutschland angegliedert worden sein, so wäre die Tendenz seines politischen Denkens allmählich durch die großen, wenigstens möglichen politischen Ziele Deutschlands, also eines fast 70-Millionen-Volkes, bestimmt worden. Indem man dies damals verhinderte, hat man selbst die Richtung des außenpolitischen Denkens von größeren Zielen weggebracht und auf kleine altösterreichische Rekonstruktionsgedanken beschränkt. Nur so war es möglich, daß die Südtiroler Frage überhaupt zu einer solchen Bedeutung emporwachsen konnte. Denn so klein der österreichische Staat an sich war, so war er doch wenigstens groß genug, um der Träger eines außenpolitischen Gedankens zu werden, der ebensosehr seiner Kleinheit entsprach, wie er aber umgekehrt langsam das politische Denken ganz Deutschlands vergiften konnte. Je beschränkter die politischen Gedanken des österreichischen Staates infolge seiner räumlichen Beschränkung sein werden, um so mehr werden sie endlich in Problemen aufgehen, die wohl für diesen Staat Bedeutung haben können, für die deutsche Nation aber nicht als bestimmend für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik empfunden werden können.

Italien müßte, schon um das französische Bündnissystem in Europa zu durchkreuzen, für einen Anschluß Österreichs an Deutschland eintreten. Es müßte dies weiter aber auch tun, um der Zelle der deutschen Grenzpolitik infolge ihrer Eingliederung in ein großes Reich andere Aufgaben vorzulegen.

Im übrigen sind die Gründe, die Italien einst bewogen haben, gegen den Anschluß aufzutreten, nicht recht ersichtlich. Weder das heutige Österreich, noch das heutige Deutschland können als militärische Gegner für Italien zur Zeit in Frage kommen. Gelingt es aber Frankreich, gegen Italien eine allgemeine Allianz in Europa ins Leben zu rufen, an der Österreich und Deutschland teilnehmen, dann wird sich an der militärischen Lage gar nichts ändern, ob nun Österreich selbständig ist oder ob es sich bei Deutschland befindet. Übrigens kann von einer wirklichen Selbständigkeit eines so kleinen Gebildes tatsächlich ja ohnehin nicht geredet werden. (Sie werden immer) Österreich wird immer an den Schnüren irgendeiner Großmacht hängen. Die Schweiz kann nicht im geringsten das mögliche Gegenteil beweisen, da sie als Staat, wenn auch unter Zugrundelegung des Fremdenverkehrs, immerhin eine eigene Lebensmöglichkeit besitzt. Dies ist für Österreich schon unmöglich infolge des Mißverhältnisses der Hauptstadt dieses Landes zur Größe der gesamten Einwohnerschaft[112]. Ganz gleich aber, wel-

110 Vgl. Anm. 19 sowie Kap. XI, Anm. 8, 9.

111 Auslassungen in der Vorlage. Österreich umfaßte 1923 eine Fläche von 83.838 km² mit 6.534.481 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1*.

112 Vgl. Anm. 20.

che Haltung dieses Österreich selbst zu Italien einnimmt, schon [*in*] der Tatsache seines Bestandes liegt eine Erleichterung der militärisch strategischen Lage der Tschechoslowakei, die sich eines Tages so oder so gegenüber dem an sich natürlichen Bundesgenossen Italiens, Ungarn, bemerkbar machen kann.

Militärische Gründe und politische würden für die Italiener dahin sprechen, das Anschlußverbot als zumindest bedeutungslos, wenn schon nicht als zweckmäßig [*sic!*] anzusehen [113].

[*C*]

Ich kann dieses Kapitel [114] nicht schließen, ohne nun doch im einzelnen festzustellen, wer tatsächlich die Schuld daran trägt, daß es überhaupt eine Südtiroler Frage gibt.

Für uns Nationalsozialisten ist staatsrechtlich die Entscheidung gefallen, und zumindest ich, der ich mich auf das schärfste dagegen stemme, daß man Millionen Deutsche auf ein Schlachtfeld schleppt und dort für Frankreichs Interessen verbluten läßt, ohne daß für Deutschland dabei ein Erfolg erwächst, der den angewandten Blutopfern [*sic!*] nur irgendwie entspricht. Ich lehne es auch ab, den Standpunkt der nationalen Ehre hier als bestimmend anzuerkennen, da ich unter Zugrundelegung dieses Gesichtspunktes dann immer noch erst gegen Frankreich marschieren müßte, das die deutsche Ehre durch sein ganzes Handeln ganz anders verletzt hat als Italien. Ich habe (nicht d) mich über die Möglichkeit, den Begriff nationale Ehre zur Grundlage einer Außenpolitik zu machen, bereits in der Einleitung [115] dieses Buches ausgelassen und brauche deshalb hier nicht mehr weiter dazu Stellung nehmen. Wenn nun von unseren Protestvereinigungen versucht wird, diese unsere Haltung als Verrat oder Verzicht von Südtirol [*sic!*] hinzustellen, dann könnte dies nur richtig sein, wenn ohne diese unsere Haltung Südtirol entweder überhaupt nicht verloren worden wäre oder in absehbarer Zeit im Begriff stände, wieder zum anderen Tirol zurückzukehren.

Ich sehe mich deshalb gezwungen, in dieser Auslassung noch einmal ganz präzise festzustellen, wer Südtirol verraten hat und durch wessen Maßnahmen es für (Österreich) Deutschland verloren ging.

1. Südtirol wurde verraten und ging verloren durch die Tätigkeit jener Parteien, die in langer Friedensarbeit dem deutschen Volke die Schwertrüstung, die es zu seiner Behauptung in Europa brauchte, schwächten oder vollständig ablehnten und dadurch dem deutschen Volk für die kritische Stunde die notwendige Macht zum Sieg und damit auch zur Erhaltung Südtirols geraubt haben.

---

113 Hier wird ein Grund erkennbar für Hitlers Mißverständnis von Italiens Haltung in der Anschlußfrage, was 1933/34 fast zum Bruch zwischen Deutschland und Italien führen sollte.

114 In der Vorlage beginnt mit diesen Worten eine neue Seite, vom Vorhergegangenen durch einen Strich getrennt, wie er sonst zur Markierung eines Kapitels dient. Die inhaltliche Homogenität und die Verwendung des Begriffs "Kapitel" lassen jedoch darauf schließen, daß die in dieser Edition als Teile A-C gekennzeichneten Abschnitte ursprünglich zusammenhängend konzipiert waren.

115 Wenn es wirklich eine "Einleitung" gab, ist sie nicht erhalten geblieben. Da das vorliegende Dokument durchlaufend paginiert ist, könnte das "Vorwort" gemeint sein. Doch wird im Vorwort das hier behandelte Thema nicht erwähnt; die einschlägigen Erläuterungen sind vielmehr auf den Seiten 121-130 der Vorlage (hier S. 75 ff.) zu finden.

2. [*Südtirol ging verloren durch*] Diejenigen Parteien, die in langer Friedensarbeit die moralischen und sittlichen Grundlagen unseres Volkes unterwühlten und die vor allem den Glauben an das Recht der Selbstwehr zerstörten.

3. Südtirol haben verraten damit aber auch diejenigen Parteien, die als sogenannte staatserhaltende und nationale diesem Treiben gleichgültig oder zumindest ohne ernstlichen Widerstand zugesehen haben. Sie sind, wenn auch indirekt, mitschuldig an der Schwertschwächung unseres Volkes.

4. Südtirol wurde verraten und verloren durch die Tätigkeit derjenigen politischen Parteien, die das deutsche Volk zum Handlanger der habsburgischen Großmachtsidee erniedrigt hatten; die, statt der deutschen Außenpolitik das Ziel der nationalen Einigung unseres Volkes vorzulegen, in der Erhaltung des österreichischen Staates die Aufgabe der deutschen Nation sahen; die damit schon im Frieden jahrzehntelang der planmäßigen Entdeutschungsarbeit der Habsburger zugesehen, ja Vorschub geleistet haben, und die dadurch auch mitschuldig sind an dem Versäumnis, die österreichische Frage von Deutschland selbst aus oder zumindest unter bestimmender Mitwirkung Deutschlands zu lösen. In einem solchen Falle wäre sicherlich Südtirol dem deutschen Volk erhalten geblieben.

5. Südtirol ging verloren infolge der allgemeinen Ziel- und Planlosigkeit der deutschen Außenpolitik, die sich im Jahre 1914 auch auf die Festlegung vernünftiger Kriegsziele ausdehnte bzw. diese verhinderte[116].

6. Südtirol wurde verraten von all denen, die im Laufe des Krieges nicht auf das äußerste an der Stärkung der deutschen Widerstands- und Angriffskraft mitarbeiteten; sowohl durch die Parteien, die die deutsche Widerstandskraft absichtlich lähmten, als auch die, die diese Lähmung duldeten.

7. Südtirol ging verloren infolge der Unfähigkeit, selbst im Kriege eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik vorzunehmen und unter Verzicht auf die Erhaltung der habsburgischen Großmacht das Deutschtum des österreichischen Staates zu retten.

8. Südtirol ging verloren und wurde verraten durch die Tätigkeit derer, die im Kriege unter der Vorspiegelung der Hoffnung auf einen Frieden ohne Sieg[117] die moralische Widerstandskraft des deutschen Volkes gebrochen haben und statt einer Manifestation des Kriegswillens eine für Deutschland verhängnisvolle Friedensresolution[118] herbeiführten.

9. Südtirol ging verloren durch den Verrat derjenigen Parteien und Männer, die noch im Kriege dem deutschen Volk das Nichtvorhandensein imperialistischer Ziele der Entente vorlogen, unser Volk dadurch betörten, der unbedingten Notwendigkeit des Widerstandes entfremdeten und der Entente endlich mehr glauben ließen als den eigenen Warnem.

116 Vgl. Kap. VIII, Anm. 5, 6.

117 Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, hatte am 22.1.1917 vor dem Senat erklärt: "Vor allem ist der Gedanke einbegriffen, daß es ein Frieden werden muß ohne Sieg." Druck: Präsident Wilson, Der Krieg. Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. Hrsg. von T. H. Mac Carthy, Zürich 1918, S. 14-23, hier S. 18.

118 Vom Reichstag am 19.7.1917 verabschiedet. Druck: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959, S. 114 f.

10. Südtirol wurde weiter verloren durch die von der Heimat aus besorgte Zermürbung der Front und durch das Verseuchen des deutschen Denkens mit den schwindelhaften Erklärungen Woodrow Wilsons[119].

11. Südtirol wurde verraten und wurde verloren durch die Tätigkeit der Parteien und Männer, die angefangen von der Kriegsdienstverweigerung bis zur Organisation des Munitionsstreiks[120], der Armee die Empfindung von der unumstößlichen Notwendigkeit ihres Kampfes und ihres Sieges raubten.

12. Südtirol wurde verraten und verloren durch die Organisation und Durchführung des Novemberverbrechens sowie durch die erbärmliche und feige Duldung dieser Schmach durch die sogenannten staatserhaltenden nationalen Kräfte.

13. Südtirol wurde verloren und verraten durch die schamlosen Handlungen der Männer und Parteien, die nach dem Zusammenbruche die deutsche Ehre besudelten, das Ansehen unseres Volkes vor der Welt vernichteten und damit erst den Mut zu der Größe der Forderungen bei unseren Gegnern erweckten. Es wurde weiter verloren durch die erbärmliche Feigheit der national-bürgerlichen Parteien und vaterländischen Verbände, die vor dem Terror der Gemeinheit und Niedertracht überall ehrlos kapitulierten.

14. Südtirol wurde endlich verraten und verloren durch die Unterzeichnung der Friedensverträge[121] und damit durch die rechtliche Anerkennung des Verlustes auch dieses Gebietes.

Schuld an dem allen sind sämtliche deutsche Parteien. Die einen haben bewußt und gewollt Deutschland vernichtet, und die anderen haben in ihrer sprichwörtlichen Unfähigkeit und in ihrer zum Himmel emporschreienden Feigheit nicht nur nichts getan, um den Vernichtern der deutschen Zukunft das Handwerk zu legen, sondern sie haben im Gegenteil durch die Unfähigkeit ihrer innen- und außenpolitischen Leitung diesen Feinden unseres Volkes tatsächlich noch in die Hände gearbeitet. Noch nie ist ein Volk durch eine solche Vermählung von Gemeinheit, Niedertracht, Feigheit und Dummheit zugrunde gerichtet worden wie das deutsche.

In diesen Tagen wird in die Tätigkeit und das Wirken dieses alten Deutschland auf außenpolitischem Gebiet ein Einblick vermittelt durch die Veröffentlichung der Kriegserinnerungen des Chefs des amerikanischen Nachrichtendienstes, Mr. Flynns[122].

---

119 Bezieht sich auf das Friedensprogramm des Präsidenten der USA vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, S. 374 ff. Vgl. ferner Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, S. 44 ff.
Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

120 Anspielung auf die Streikwelle in Berlin und anderen Städten des Deutschen Reiches vom 28.1. bis 4.2.1918. Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. I: Die Wende des ersten Weltkrieges und der Beginn der innerpolitischen Wandlung 1916/1917,, S. 242 ff.

121 Gemeint sind die Friedensverträge von Versailles vom 28.6.1919 und Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919.

122 William James Flynn (1867-1928), 1897 Eintritt in den U.S. Secret Service, 1910-1911 Reorganisator der New Yorker Kriminalpolizei, 1912-1917 Leiter des U.S. Secret Service, 1919-1921 Leiter des Bureau of Investigation im Justizministerium (seit 1.7.1935: Federal Bureau of Investigation).
Bei den Erinnerungen handelt es sich um Flynns Artikel, "Tapped Wires", der am 2.6.1928 in der New Yorker Wochenzeitschrift "Liberty" erschienen war. Der Artikel berichtet über die während des Ersten Weltkriegs vom amerikanischen Secret Service - die für die Sicherheit des Präsidenten verantwortliche Polizeibehörde - abgehörten, politisch relativ belanglosen Telefongespräche der deutschen Botschaft in Washington.

Ich lasse darüber nur zum breiteren Verständnis ein bürgerlich-demokratisches Organ sprechen: [123]

[*Wie Amerika in den Krieg eintrat*
Flynn veröffentlicht aus dem diplomatischen Geheimdienst

von F. W. Elven [124], *Vertreter der Münchner Neuesten Nachrichten*

Cincinnati, Mitte Juni

In der hier vielgelesenen Wochenschrift "Liberty" veröffentlicht William J. Flynn einen Teil seiner Kriegserinnerungen. Flynn war während des Krieges Leiter des Geheimdienstes der Vereinigten Staaten. Dieser Dienst umfaßt das ganze Land und ist glänzend organisiert. In Friedenszeiten stellt er vor allem den persönlichen Schutz des Präsidenten. Auch was sonst noch in der Bundeshauptstadt schutzbedürftig ist oder zu sein glaubt, erfreut sich seiner Fürsorge. Er überwacht alle zweifelhaften Elemente, die irgendwie im Verdacht stehen, sich politischen Bestrebungen angeschlossen zu haben, die sich gegen den Staat und seine Träger richten. Während des Krieges war seine Hauptaufgabe, jene zu überwachen, die sich mehr oder weniger laut als Gegner des Krieges bemerkbar gemacht hatten oder auch nur in Verdacht standen, mit der Wilsonschen Kriegspolitik nicht einverstanden zu sein. Seiner besonderen Fürsorge erfreuten sich auch die Deutschen, und gar mancher ist damals in die Schlingen gegangen, die vom Bundesgeheimdienst überall gelegt wurden.

Aber aus den Erinnerungen Flynns erfährt man, daß dem Geheimdienst eine wichtige Aufgabe auch schon vor unserem Eintreten in den Krieg zugewiesen worden war. Im Jahre 1915, volle zwei Jahre vor der Kriegserklärung, wurde der tüchtigste Telephonexperte nach Washington beordert und beauftragt, die nach der deutschen und nach der österreichischen Botschaft führenden Telephondrähte so zu arrangieren, daß Beamte des Geheimdienstes jedes Gespräch, das von irgendeiner Seite mit den Botschaftern und ihrem Personal geführt wurde, und jede Unterhaltung, die aus den Botschaftsräumen herausging, belauschen konnten. Ein Raum wurde eingerichtet, mit dem die sämtlichen

123 Der Text des Artikels der Münchner Neuesten Nachrichten vom 26.6.1928 fehlt in der Vorlage, sollte aber später eingefügt werden; der Rest der Seite blieb unbeschrieben. Dieser Artikel, der den Sinn der amerikanischen Quelle entstellt, wird im folgenden eingefügt. Über dieselbe Angelegenheit berichtete der VB am 18.8.1928, "Graf Bernstorff deutscher Botschafter in USA", wobei offensichtlich nur die Münchner Neuesten Nachrichten als Quelle dienten. Der VB forderte: "Genug der Schande. Ein kommender Staatsgerichtshof möge sich die Flynnschen Veröffentlichungen als Anklagematerial zurücklegen. Der würdevolle Botschafter [*Johann Heinrich Graf von Bernstorff*] aber ist eine der außenpolitischen Kanonen der Demokratischen Partei, M.d.R. selbstverständlich und Völkerbundsvertreter Deutschlands für Abrüstungsfragen."

124 Friedrich Wilhelm Elven, 1919-1941 Herausgeber der Cincinnatier Freien Presse, berichtete seit 1923 für die Münchner Neuesten Nachrichten. Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Frankfurt a. M. 1990, Teil 1, S. 164 sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C, Bd. III/2, Göttingen 1973, S. 1090.

Drähte in sinnreicher Weise so verbunden wurden, daß auch nicht ein einziges Gespräch verlorengehen konnte. In diesem Raume saßen Tag und Nacht Geheimbeamte, die die erlauschten Gespräche den neben ihnen sitzenden Stenographistinnen diktierten. Jeden Abend erhielt der Leiter des Geheimdienstes, also der Verfasser des Artikels in der Wochenschrift "Liberty", die stenographische Niederschrift aller in den letzten 24 Stunden geführten Gespräche, so daß er imstande war, noch an demselben Abend alles Wichtige dem Staatsdepartement [*sic!*] *und dem Präsidenten Wilson mitzuteilen.*

Man beachte die Zeit - es war zu Beginn des Jahres 1915, als diese Einrichtung geschaffen wurde, also zu einer Zeit, wo die Vereinigten Staaten mit Deutschland und Österreich-Ungarn noch in Frieden lebten und Wilson nicht müde wurde zu versichern, daß er feindselige Absichten gegen Deutschland nicht hege. Auch die Zeit, wo der damalige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff[125]*, keine Gelegenheit versäumte, der freundlichen Gesinnung und der freundschaftlichen Gefühle Wilsons für Deutschland und das deutsche Volk Anerkennung zu zollen. Um dieselbe Zeit war es, als Wilson seinem Vertrauten Baruch*[126] *Weisung gab, langsam mit der Mobilisierung der Industrie für den Krieg zu beginnen; also die Zeit, in der es immer offenbarer wurde, wie auch der amerikanische Historiker Harry Elmer Barnes*[127] *in seinem Buche über die Entstehung des großen Krieges ausführt, daß Wilson zum Eintritt in den Krieg fest entschlossen war und die Ausführung seiner kriegerischen Pläne nur deshalb noch vertagte, weil die öffentliche Meinung erst noch für diese Pläne gewonnen werden mußte.*

Die Veröffentlichung Flynns muß dem törichten Gerede, Wilson sei durch den deutschen U-Boot-Krieg gegen seinen Willen in den Krieg gedrängt worden, endgültig den Boden entziehen. Die Anzapfung der nach der deutschen Botschaft führenden Telephondrähte geschah mit seinem Wissen. Auch das erfährt man aus der Veröffentlichung Flynns. Der Verfasser fügt hinzu, das auf diese Weise gegen Deutschland gesammelte Material habe ganz wesentlich zu dem schließlichen Bruch beigetragen. Was nur heißen kann, daß dieses Material Wilson die Mittel an die Hand gegeben habe, die öffentliche Meinung für den von ihm lange geplanten Krieg zu gewinnen. Und in der Tat war dieses Material dazu ganz vortrefflich geeignet. Die Veröffentlichung bestätigt in vollem Umfange, was leider immer wieder hat gesagt werden müssen, daß Deutschland damals in

125 Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862-1939), 1891-1889 preußischer Berufsoffizier, als Hauptmann verabschiedet, ab 1890 im deutschen diplomatischen Dienst, 1903 Botschaftsrat in London, 1906 Generalkonsul in Kairo, von 1908 bis Mai 1917 deutscher Botschafter in Washington, September 1917-1919 Botschafter in Konstantinopel, 1921-1928 MdR (DDP), 1922 Präsident der deutschen Liga für Völkerbund, 1926-1931 deutscher Vertreter in der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbunds, seit 1933 im Exil.

126 Bernard Baruch (1870-1965), amerikanischer Bankier, 1896 Teilhaber der A. A. Housman Bank, 1900 Multimillionär aufgrund von Börsenspekulationen, 1903 selbständiger Bankier, 1916 Mitglied der "Beratenden Kommission des Nationalen Verteidigungsrates", 1917 Leiter der Rohstoff- und Metallkommission, 1918 Vorsitzender des Kriegsindustrieamts, 1919 Teilnahme an der Friedenskonferenz von Paris, anschließend Finanzberater fast aller US-Präsidenten.

127 Harry Elmer Barnes (1889-1968), 1918 Ph. D. an der Columbia University, 1917 bis 1948 Lehraufträge für Geschichte an verschiedenen amerikanischen Universitäten.
Bei dem hier erwähnten Text handelt es sich um: The Genesis of the World War, 1926 (deutsche Übersetzung: Die Entstehung des Weltkrieges. Eine Einführung in das Kriegsschuldproblem, Stuttgart 1928).

Washington in einer geradezu unglaublich unfähigen und unglaublich würdelosen Weise vertreten war. Wenn man hört, daß Flynn an einer Stelle schreibt, die ihm täglich zugefertigten stenographischen Berichte hätten genug Material enthalten, um einen Scheidungsanwalt monatelang zu beschäftigen, dann erhält man eine ungefähre Vorstellung von dem, was vorging.

Der Geheimdienst unterhielt in Washington und Neuyork weibliche Vertraute, die die Mitglieder der deutschen Botschaft, Bernstorff eingeschlossen, aushorchen mußten, wenn irgend etwas Wichtiges vorging. Eine dieser Vertrauten hielt in Washington ein besseres Absteigequartier, in dem die Herren sich mit ihren Damen trafen und wo gelegentlich auch Staatssekretär Lansing[128] *vorsprach, um zu hören, was es Neues gebe. Am Neujahrstage 1916, als die Versenkung des Dampfers "Persia"*[129] *in der Bundeshauptstadt bekannt geworden war, rief Bernstorff der Reihe nach fünf Damen auf, um ihnen süßliche Komplimente zu sagen und ähnliche Komplimente dafür einzutauschen, obschon es wegen der Stimmung, die die Nachricht vom Untergang der "Persia" im Staatsdepartement und im Weißen Haus zurückgelassen hatte, an ernster Beschäftigung wahrlich nicht gefehlt haben kann.*

Eine der Damen machte Bernstorff das Kompliment, daß er groß sei in der Liebe - great lover - und immer sein werde, auch wenn er hundert Jahre alt werden sollte. Die übrigen Herren von der Botschaft waren nicht anders geartet. Einer, den Flynn als die beste diplomatische Kraft der Botschaft bezeichnet, hatte eine Freundin in Neuyork, eine verheiratete Frau, mit der er täglich Telephongespräche führte, die dem Deutschen Reiche jedesmal 20 Dollar kosteten, und die er häufig besuchte. Ihr erzählte er alles, was vorging, und sie sorgte dann dafür, daß es an den richtigen Stellen angebracht wurde. Auch ganz ordinäre Bemerkungen über Wilson und seine Gattin fielen in den telephonischen Unterhaltungen, und man kann sich unschwer vorstellen, daß dadurch die Stimmung im Weißen Hause Deutschland gegenüber nicht freundlicher gestaltet wurde[130].

Wie wenig man in der deutschen Botschaft Land und Volk kannte, und mit welchen kindlichen Plänen man sich beschäftigte, erfährt man aus Gesprächen, die anfangs März 1916 geführt wurden. Damals lag dem Kongreß ein vom Senator Gore[131] *einge-*

128 Robert Lansing (1864-1928), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, seit 1892 Berater der amerikanischen Regierung, 1915-1920 Außenminister der USA.

129 Am 30.12.1915 war der leicht bewaffnete britische Postdampfer "Persia" südlich von Kreta von dem deutschen Unterseeboot U 38 unter Befehl von Kapitänleutnant Max Valentiner versenkt worden, was 334 Menschen, darunter zwei Amerikanern, das Leben kostete. Das amerikanisch-deutsche Verhältnis wurde dadurch weiter belastet. Vgl. Paul G. Halpern, The Naval War in the Mediterranean 1914-1918, Annapolis 1987, S. 200 f.

130 Zur Bewertung Bernstorffs vgl. Reinhard R. Doerries, Washington-Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975 (amerikanische Überarbeitung: Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations, 1908-1917, Chapel Hill, N. C. 1989). Dort auch weiterführende Literatur zur kontroversen Beurteilung seiner Diplomatie.

131 Thomas Pryor Gore (1870-1949), 1892 Zulassung als Rechtsanwalt, 1898 erfolgloser Kandidat für den Kongreß (Populist Party), 1903-1905 Mitglied des Territorial Council von Oklahoma, 1907-1921 und 1931-1937 Senator für Oklahoma (Democratic Party).

brachter Beschlußantrag vor, dahin lautend, an das amerikanische Volk eine Warnung vor der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe zu erlassen[132]. *Präsident Wilson bekämpfte den Antrag aufs bitterste. Er brauchte Verluste von amerikanischen Menschenleben, um die Stimmung gegen Deutschland aufzupeitschen. In der deutschen Botschaft wußte man, daß die Aussichten des Antrages nicht günstig waren, deshalb beschäftigte man sich allen Ernstes mit dem Plane, den Kongreß zu kaufen. Nur wußte man zunächst nicht, woher man das Geld nehmen sollte. Am 3. März beschloß der Senat, den Goreschen Antrag vorläufig zurückzulegen. Die Abstimmung im Hause sollte einige Tage später erfolgen. So wurde denn der Plan, zunächst das Haus zu kaufen, eifrig weiterverfolgt, aber in diesem Falle wenigstens war Bernstorff vernünftig genug, von dem Plane entschieden abzuraten.*

Die Lektüre des Flynnschen Artikels muß bei jedem Menschen mit gesundem deutschen Blut in den Adern ein Gefühl heller Empörung zurücklassen, nicht bloß über die heimtückische Politik Wilsons, sondern auch und besonders über die unglaubliche Dummheit, mit der man in der deutschen Botschaft dieser Politik in die Hände arbeitete. Wilson wickelte Bernstorff von Tag zu Tag mehr ein. Als Oberst House[133], *sein Vertrauter, im Mai 1916 von seiner europäischen Reise zurückkehrte, reiste Bernstorff nach Neuyork, um ihn dort zu treffen. Wilson aber, der Bernstorff gegenüber getan hatte, als habe er gegen diese Zusammenkunft nichts einzuwenden, ließ House im geheimen die Weisung zugehen, sich mit dem Grafen nicht einzulassen und ihm unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. So geschah es. Bernstorff wartete in Neuyork vergebens. Dann ging er nach einem benachbarten Badestrand und ließ sich dort im Badekostüm mit zwei Freundinnen in sehr intimer Stellung photographieren. Das Bild ist dem Flynnschen Artikel eingefügt. Es fiel damals dem russischen Botschafter Bakmateff*[134] *in die Hände, der es vergrößern ließ und nach London schickte, wo es mit der Unterschrift "Der würdevolle Botschafter" - "The dignified Ambassador" von den Zeitungen veröffentlicht wurde und der alliierten Propaganda treffliche Dienste leistete.*]

Das schreiben heute die Münchner Neuesten Nachrichten. Der Mann, der also charakterisiert wird, war aber ein typischer Vertreter der deutschen Außenpolitik vor dem Kriege genauso, wie er auch der typische Vertreter der deutschen Außenpolitik der Republik ist. Dieses Subjekt, das in jedem anderen Staat von einem Staatsgerichtshof an einen Strick gehängt worden wäre, ist der Vertreter Deutschlands im Völkerbund in Genf.

---

132 Senator Gore hatte am 25.2.1916 eine Resolution eingebracht, in welcher der Senat vor Reisen auf bewaffneten Schiffen warnen und empfehlen sollte, hierfür keine Pässe an amerikanische Staatsbürger auszugeben. Vgl. Arthur S. Link, Wilson, Bd. 4: Confusion and Crises 1915-1916, Princeton 1964, S. 177 ff.

133 Edward Mandell House (1856-1938, Träger des texanischen Ehrentitels "Colonel"), amerikanischer Diplomat, 1892-1904 Berater verschiedener texanischer Gouverneure, 1912 persönlicher Berater von Präsident Woodrow Wilson, 1914-1916 Sonderbeauftragter des Präsidenten in Europa, 1917 Vertreter der USA im Obersten Kriegsrat der Alliierten, 1918-1919 Vertreter der USA auf der Versailler Friedenskonferenz.

134 Gemeint ist Boris A. Bachmetev (1880-1951), russischer Professor für Maschinenbau, Sympathisant der Menschewiki, 1916 Vorsitzender einer russischen Handelskommission für den Aufkauf von Kriegsgerät in den USA, 1917-1922 Botschafter der russischen provisorischen Regierung in Washington, anschließend Gründer und Vorsitzender der Bachmetev-Foundation in den USA.

Diese Menschen tragen Schuld und Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands und damit aber auch für den Verlust Südtirols. Und mit ihnen fällt die Schuld auf alle Parteien und Männer, die entweder solche Zustände veranlaßten oder sie deckten oder auch nur stillschweigend hinnahmen oder sie nicht auf das schwerste bekämpften.

Die Männer aber, die heute mit frecher Stirne die Öffentlichkeit erneut zu belügen versuchen und andere als die Schuldigen an Südtirols Verlust hinstellen möchten, müssen erst im einzelnen Rechenschaft ablegen, was sie für seine Erhaltung getan haben.

Ich darf für meine Person jedenfalls mit Stolz erklären, daß ich seit der Zeit, in der ich Mann wurde, für die Stärkung meines Volkes eingetreten bin, als der Krieg kam an der deutschen Front im Westen 4 ½ Jahre kämpfte und seit seinem Ende gegen die korrupten Kreaturen streite, denen Deutschland dieses Unheil zu verdanken hat. Daß ich seit dieser Zeit keinen Kompromiß geschlossen habe mit den Verrätern des deutschen Vaterlandes, weder innen- noch außenpolitisch, sondern unentwegt deren einstige Vernichtung als Ziel meiner Lebensarbeit und Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung proklamiere.

Ich kann das Gekläff der feigen bürgerlichen Köter sowohl als der vaterländischen Verbändler um so ruhiger ertragen, als ich die Durchschnittsmemmen dieser mir unsagbar verächtlichen Gebilde nur zu genau kenne. Daß sie mich auch kennen, ist der Grund ihres Geschreis.

[*KAPITEL XVI*]

[*SCHLUSSWORT*]

[*A*]

Als Nationalsozialist sehe ich heute in Italien zunächst den ersten möglichen Bundesgenossen Deutschlands, der aus dem Lager der alten Feindeskoalition heraustreten kann, ohne daß diese Bundesgenossenschaft für Deutschland einen sofortigen Krieg bedeutet, für den wir nicht gerüstet wären.

Dieses Bündnis wird meiner Überzeugung nach von gleich großem Nutzen sein für Deutschland wie für Italien. Selbst wenn sein direkter Nutzen einmal nicht mehr bestünde, wird es so lange nie zu einem Schaden umschlagen, solange beide Nationen im höchsten Sinne des Wortes ihre eigensten nationalen Interessen vertreten. Solange Deutschland als oberstes Ziel seiner Außenpolitik die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes ansieht und diesem Volk die Voraussetzung zum täglichen Leben sichern will, solange wird sein außenpolitisches Denken von der Raumnot unseres Volkes bestimmt werden. Und so lange werden wir keine innere oder äußere Veranlassung besitzen können, in Feindschaft zu einem Staat zu geraten, der uns dabei hinderlich nicht im geringsten im Wege steht.

Und solange Italien seinen wirklichen Lebensinteressen als wahrhaft nationaler Staat dienen will, so lange wird es, ebenfalls der Raumnot gehorchend, sein politisches Denken und Handeln auf die Bodenerweiterung Italiens einstellen müssen. Je stolzer und unabhängiger, je nationaler das italienische Volk sein wird, um so weniger wird seine Entwicklung je in Konflikt mit Deutschland geraten.

Die Interessengebiete dieser beiden Länder liegen in glücklichster Weise so weit auseinander, daß es keine natürlichen Reibungsflächen gibt[1].

Ein nationalbewußtes Deutschland und ein ebenso stolzes Italien werden auch einmal im Sinne ihrer aufrichtigen, gegenseitigen, auf Interessengemeinschaft begründeten Freundschaft die Wunden schließen können, die der Weltkrieg hinterlassen hat[2].

Südtirol wird damit dereinst eine hohe Mission im Dienste beider Völker zu erfüllen haben. Wenn die Italiener und die Deutschen dieses Gebietes erst, erfüllt von der Verantwortlichkeit für das eigene Volkstum, die großen Aufgaben, die Italien und Deutschland zu lösen haben,

1 Gemäß dieser Auffassung wollte Hitler den Krieg im Mittelmeerraum während des Zweiten Weltkriegs zunächst ganz in Mussolinis Händen lassen. Vgl. Ralph Georg Reuth, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940-1942, Koblenz 1985 sowie Gerhard Schreiber, Die politische und militärische Entwicklung im Mittelmeerraum 1939/40. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984, S. 4-277.

2 Während des Ersten Weltkriegs fielen 497.000, d. h. 9,9% von insgesamt etwa 5.000.000 mobilisierten italienischen Soldaten. Vgl. Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. VII: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938, Beilage 37.

erkennen und verstehen, werden die kleinen Streitigkeiten des Tages zurücktreten gegenüber der höheren Mission, an der einstigen Grenze Deutschlands und Italiens eine Brücke aufrichtiger gegenseitiger Verständigung zu bilden.

Ich weiß, daß dies unter den heutigen Regierungen in Deutschland genauso unmöglich ist, wie es unter einer nichtfaschistischen in Italien nicht möglich wäre. Denn die Kräfte, die heute die deutsche Politik bestimmen, wünschen keine deutsche Wiedererhebung, sondern unsere Vernichtung. Sie wünschen ebenso die Vernichtung dem heutigen italienischen faschistischen Staat und werden deshalb nichts unversucht lassen, die beiden Völker in Haß und Feindschaft zu versenken. Frankreich wird jede solche, und wäre es auch nur unbedachte Äußerung, mit tausend Freuden aufgreifen und zu eigenem Vorteil verwenden.

Ein nationalsozialistisches Deutschland erst wird mit einem faschistischen Italien den Weg zu einer letzten Verständigung finden und die Schwertgefahr zwischen den beiden Völkern endgültig beseitigen. Denn dieses alte Europa war immer ein Gebiet, das von politischen Systemen beherrscht wurde, und es wird dies wenigstens für die nächste menschlich absehbare Zeit nicht anders werden. Die allgemeine europäische Demokratie wird entweder abgelöst von einem System [*des*] jüdisch-marxistischen Bolschewismus, dem Staat um Staat verfällt, oder von einem System freier und ungebundener Nationalstaaten, die im freien Spiel der Kräfte entsprechend der Zahl und Bedeutung ihres jeweiligen Volkstums Europa den Stempel ihres Wesens aufprägen werden.

Es ist auch für den Faschismus nicht gut, als Idee in Europa vereinsamt zu bestehen. Entweder die Gedankenwelt, aus der er stammt, wird verallgemeinert oder Italien wird einst wieder den allgemeinen Gedanken eines anderen Europas verfallen.

[*B*]

Zieht man also die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands zu einer näheren Prüfung heran, dann bleiben in Europa an wertvollen, für die Zukunft möglichen Bundesgenossen tatsächlich nur zwei Staaten über: Italien und England. Das Verhältnis Italiens zu England selbst ist schon heute ein gutes[3] und wird sich aus Gründen, die ich an einer anderen Stelle schon anführte[4], in der nächsten Zeit kaum trüben. Auch dies hat nichts mit gegenseitigen Sympathien zu tun, sondern beruht vor allem auf italienischer Seite auf einem vernünftigen Einschätzen der tatsächlichen Machtverhältnisse. Beiden Staaten ist dabei gemeinsam eine Abneigung gegen [*eine*] uferlose und unbegrenzte Hegemonie Frankreichs in Europa. Für Italien, weil seine vitalsten europäischen Interessen bedroht werden, für England, weil ein in Europa übermächtiges Frankreich der heute an sich nicht mehr vollkommen zweifelsfreien See- und Weltherrschaft der Engländer[5] eine neue Bedrohung zufügen kann.

Daß dieser Interessengemeinschaft, wenn auch nur im stillen, wohl schon heute auch Spanien und Ungarn zuzurechnen sind, liegt begründet in der Abneigung Spaniens gegen die fran-

3 Zu den damaligen britisch-italienischen Beziehungen vgl. P. G. Edwards, Britain, Mussolini and the 'Locarno-Geneva System'. In: European Studies Review 10 (1980), S. 1-16.

4 Vgl. Kap. VII, S. 55 ff.

5 Zur weltpolitischen Stellung Großbritanniens nach 1918 vgl. Bernd Ebersold, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

zösische nordafrikanische Kolonisationstätigkeit[6] sowie in der Feindschaft Ungarns gegen Jugoslawien, das von Frankreich dabei gestützt wird[7].

Würde Deutschland es gelingen, in Europa an einer neuen Staatenkoalition teilzunehmen, die entweder zu einer Verschiebung der Schwergewichtslage im Völkerbund selbst führen müßte oder die bestimmenden Kraftfaktoren überhaupt außerhalb des Völkerbundes entwikkeln ließe, dann wäre die erste innerpolitische Voraussetzung für eine spätere aktive außenpolitische Betätigung erfüllbar. Die durch den Versailler Vertrag uns auferlegte Waffenlosigkeit und damit praktisch Wehrlosigkeit[8] könnte, wenn auch langsam, ein Ende finden. Nur wenn die bisherige Siegerkoalition selbst in dieser Frage zerfällt, ist dies möglich, niemals aber, sei es im Bunde mit Rußland[9] oder gar im Verein mit anderen sogenannten unterdrückten Nationen[10], gegen die uns umklammernde gemeinsame Front der koalierten Siegerstaaten von einst.

In ferner Zukunft läßt sich dann vielleicht eine neue Völkervereinigung denken, die, aus Einzelstaaten mit hohem Nationalwert bestehend, dann der drohenden Überwältigung der Welt durch die amerikanische Union[11] entgegentreten könnte. Denn mir scheint, daß den heutigen Nationen das Bestehen der englischen Weltherrschaft weniger Leiden zufügt als das Aufkommen einer amerikanischen.

Kein Paneuropa[12] aber kann zur Lösung dieses Problems berufen sein, sondern nur ein Europa mit freien und unabhängigen Nationalstaaten, deren Interessengebiete auseinandergehalten und genau begrenzt sind.

Für Deutschland aber kann dann erst die Zeit heranreifen, gesichert durch ein in seine Schranken zurückgewiesenes Frankreich und gestützt auf die erneut gewordene Wehrmacht, die Behebung seiner Raumnot in die Wege zu leiten. Sowie aber unser Volk erst einmal dieses große raumpolitische Ziel im Osten erfaßt haben wird, tritt als Folge nicht nur eine Klarheit, sondern auch eine Stabilität der deutschen Außenpolitik ein, die auf eine wenigstens menschlich absehbare Zeit politische Irrsinnigkeiten vermeiden lassen wird wie diejenigen, die unser Volk am Ende in den Weltkrieg verstrickten. Und dann wird man auch endgültig die Periode des kleinen täglichen Geschreis und der vollkommen unfruchtbaren Wirtschafts- und Grenzpolitik überwunden haben.

Deutschland wird dann aber auch im Innern zur stärksten Konzentration seiner Kraftmittel schreiten müssen. Es wird erkennen müssen, daß man Heere und Flotten nicht nach romantischen, sondern nach praktischen Bedürfnissen errichtet und organisiert, es wird sich von selbst dann wieder als unsere Hauptaufgabe herausschälen die Bildung einer überragend starken

---

6 Durch die enge spanisch-französische Zusammenarbeit war Ende Mai 1926 der 1920 ausgebrochene Aufstand der Rif-Kabylen beendet worden. Am 13.7.1926 wurde ein Marokko-Abkommen, am 15.8.1926 ein Handelsvertrag zwischen Spanien und Frankreich geschlossen. Vgl. Stanley G. Payne, Politics and the Military in Modern Spain, Stanford (Ca.) 1967, S. 216 ff.

7 Zu den damaligen ungarisch-jugoslawischen Beziehungen vgl. Ignác Romsics, István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921-1931. In: Südost-Forschungen IL (1990), S. 243-291.

8 Vgl. Kap. III, Anm. 1 und Kap. VIII, Anm. 16, 17.

9 Vgl. Kap. XI, S. 109, 112 ff.

10 Bereits in "Mein Kampf" polemisierte Hitler gegen einen "Bund der Unterdrückten" und nannte in diesem Zusammenhang "Balkanstaaten", "Ägypten" und "Indien". Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 318 ff.

11 Vgl. Kap. IX, Anm. 13.

12 Vgl. Kap. IX, S. 88 ff., insbesondere Anm. 29, 34.

Landarmee, denn unsere Zukunft liegt tatsächlich nicht auf dem Wasser [13], sondern sie liegt in Europa.

Erst wenn man die Bedeutung dieses Satzes restlos erkannt haben wird und im Sinne dieser Erkenntnis in großzügigster Weise die Raumnot unseres Volkes im Osten beendet [*sic!*], wird auch die deutsche Wirtschaft aufhören, ein Faktor der Weltbeunruhigung zu sein, der tausend Gefahren auf unser [*Haupt*] herabbeschwört. Sie wird dann wenigstens in der großen Hauptsache der Befriedigung unserer inneren Bedürfnisse dienen. Ein Volk, das seinen Landnachwuchs nicht mehr als Fabriksarbeiter [*sic!*] in die Großstädte zu schieben braucht, sondern als freie Bauern auf eigener Scholle anzusiedeln vermag, wird der deutschen Industrie ein inneres Absatzgebiet erschließen, das sie langsam vom tobenden Kampf und dem Geraufe um den sogenannten Platz an der Sonne [14] in der übrigen Welt entziehen und entheben kann [15].

Diese Entwicklung vorzubereiten und einmal auch durchzuführen, ist die außenpolitische Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Sie muß aus ihrem weltanschaulichen Gedankenkreis heraus auch die Außenpolitik in den Dienst der Reorganisation unseres Volkstums stellen. Sie hat auch hier den Grundsatz zu verankern, daß man nicht um Systeme, sondern für ein lebendes Volk kämpft, also für Fleisch und Blut, das erhalten werden muß, dem das tägliche Brot nicht fehlen darf, auf daß es infolge seiner körperlichen Gesundheit auch geistig gesund zu sein vermag.

So wie sie in ihrem innerpolitischen Reformkampf über tausend Widerstände, Unverständnisse und Bosheiten hinwegschreiten muß, so wird sie auch außenpolitisch aufräumen müssen, ebenso mit dem bewußten Landesverrat des Marxismus sowohl als auch [*mit*] dem Wust von wertlosen, ja schädlichen Phrasen und Vorstellungen unserer nationalen, bürgerlichen Welt. Je geringer dabei augenblicklich das Verständnis für den Sinn ihres Kampfes sein wird, um so gewaltiger ist einst ihr Erfolg.

[*C*]

Warum heute Italien für Deutschland in allererster Linie als Bundesgenosse in Frage kommen kann, hängt zusammen mit der Tatsache, daß in diesem Lande als einzigem die Innen- und Außenpolitik bestimmt wird von rein italienischen nationalen Interessen. Diese italienisch-nationalen Interessen aber sind es allein, die deutschen Interessen nicht widersprechen und denen umgekehrt die deutschen Interessen nicht zuwiderlaufen.

Und dies ist nicht nur aber aus tatsächlichen Gründen wichtig, sondern auch noch aus folgenden:

Der Krieg gegen Deutschland wurde von einer übermächtigen Weltkoalition geführt, bei der nur ein Teil der Staaten ein direktes Interesse an der Vernichtung Deutschlands haben konnte. In nicht wenigen Ländern erfolgte die Umstellung zum Krieg durch Einflüsse, die in keiner Weise den wirklichen inneren Interessen dieser Völker entspringen oder ihnen auch nur

13 Vgl. Kap. XIV, Anm. 13.
14 Vgl. Kap. VII, Anm. 44.
15 Hier deutet Hitler Ideen an, die später besonders von Werner Daitz weiterentwickelt wurden; vgl. Werner Daitz, Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft, Dresden [2]1943.

zugute kommen könnten. Eine ungeheure Kriegspropaganda begann die öffentliche Meinung dieser Völker zu vernebeln und für einen Krieg zu begeistern, der diesen Völkern selbst zum Teil gar keinen Gewinn zu bringen vermochte, ja manchmal den wahren Interessen geradezu zuwiderlief.

Die Macht, die diese ungeheuere Kriegspropaganda veranlaßte, war das internationale Weltjudentum [16]. Denn so sinnlos für manche dieser Nationen auch die Beteiligung am Krieg vom Standpunkt der eigenen Interessen aus besehen sein mochte, so sinnvoll und logisch richtig war sie, vom Gesichtspunkt der Interessen des Weltjudentums betrachtet [17].

Es ist hier nicht meine Aufgabe, eine Abhandlung über die Judenfrage an sich zu geben. Dies kann nicht im Rahmen einer so kurzen, gezwungenerweise gedrängten Darstellung geschehen. Nur (soviel) sei zum besseren Verständnis hier folgendes gesagt:

Das Judentum ist ein Volk mit rassisch nicht ganz einheitlichem Kern, aber als Volk dennoch mit besonderen Wesenseigenheiten, die es von allen sonst auf der Erde lebenden Völkern scheiden. Das Judentum ist keine Religionsgemeinschaft, sondern die religiöse Bindung der Juden untereinander ist in Wirklichkeit die augenblickliche staatliche Verfassung des jüdischen Volkes. Der Jude hat niemals einen räumlich begrenzten und ihm zu eigenen [*sic!*] Staat nach Art arischer Staaten gehabt. Nichtsdestoweniger ist seine Religionsgemeinschaft ein wirklicher Staat, da sie die Erhaltung, die Vermehrung und die Zukunft des jüdischen Volkes gewährleistet. Dies aber ist die Aufgabe des Staates ganz allein. Daß der jüdische Staat keiner territorialen Begrenzung unterliegt, wie dies bei arischen Staaten der Fall ist, hängt zusammen mit einem Wesen des jüdischen Volkes, das die produktiven Kräfte zum Aufbau und zur Erhaltung eines eigenen Raumstaates vermissen läßt.

So wie jedes Volk als Grundtendenz seines gesamten irdischen Handelns die Sucht der Erhaltung seiner selbst als treibende Kraft besitzt, genauso auch das Judentum. Nur ist hier entsprechend der grundverschiedenen Veranlagung arischer Völker und des Judentums der Lebenskampf auch in seinen Formen verschieden. Die Grundlage des arischen Lebenskampfes ist der Boden, der von ihm bebaut wird und der nun die allgemeine Basis für eine Wirtschaft gibt, die zunächst im inneren Kreislauf durch die produktiven Kräfte des eigenen Volkes die eigenen Bedürfnisse befriedigt.

Das jüdische Volk kann mangels eigener produktiver Fähigkeiten einen Staatsbau räumlich empfundener Art nicht durchführen, sondern braucht als Unterlage seiner eigenen Existenz die Arbeit und schöpferischen Tätigkeiten anderer Nationen. Die Existenz des Juden selbst wird damit zu einer parasitären innerhalb des Lebens anderer Völker. Das letzte Ziel des jüdischen Lebenskampfes ist dabei die Versklavung produktiv tätiger Völker. Zur Erreichung dieses Zieles, das in Wirklichkeit den Lebenskampf des Judentums zu allen Zeiten darstellte, bedient sich der Jude aller Waffen, die dem Gesamtkomplex seines Wesens entsprechen.

---

16 Hier beginnt das eigentliche Schlußwort des Buches, wobei das Thema "Judentum" relativ willkürlich und unvermittelt aufgegriffen wird, ähnlich wie in Hitlers politischem Testament. Zu den möglichen Quellen von Hitlers Antisemitismus vgl. Christian Zentner, Adolf Hitlers Mein Kampf. Eine kommentierte Auswahl, München 1974, S. 14 ff.

17 Bekanntlich lag es in Wirklichkeit genau umgekehrt. Wenn man überhaupt von einer "jüdischen" Stellungnahme im Ersten Weltkrieg sprechen kann, war diese - aufgrund der Pogrome in Rußland - eher pro- als antideutsch. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 218 ff.

Innenpolitisch kämpft er dabei innerhalb der einzelnen Völker erst um die Gleich- und später um die Überberechtigung. Als Waffen dienen ihm hiezu die Eigenschaften der Schläue, Klugheit, List, Tücke, Verstellung usw., die im Wesen seines Volkstums wurzeln. Sie sind Kriegslisten in seinem Lebenserhaltungskampf, so wie die Kriegslisten anderer Völker im Schwertkampf.

Außenpolitisch versucht er, die Völker in Unruhe zu bringen, von ihren wahren Interessen abzulenken, in gegenseitige Kriege zu stürzen und auf diesem Wege langsam mit Hilfe der Macht des Geldes und der Propaganda sich zu ihrem Herrn aufzuschwingen.

Sein Endziel ist die Entnationalisierung, die Durcheinanderbastardierung der anderen Völker, die Senkung des Rassenniveaus der Höchsten sowie die Beherrschung dieses Rassenbreies durch Ausrottung der völkischen Intelligenzen und deren Ersatz durch die Angehörigen seines eigenen Volkes.

Das Ende des jüdischen Weltkampfes wird daher immer die blutige Bolschewisierung sein, das heißt in Wahrheit die Vernichtung der mit den Völkern verbundenen eigenen geistigen Oberschichten, so daß er selbst zum Herrn der führerlos gemachten Menschheit aufzusteigen vermag.

Dummheit, Feigheit und Schlechtigkeit arbeiten ihm dabei in die Hände. In den Bastarden sichert er sich die ersten Öffnungen zum Einbruch in einen fremden Volkskörper.

Das Ende einer Judenherrschaft ist dabei stets der Verfall jeglicher Kultur und endlich der Wahnsinn des Juden selbst. Denn er ist Völkerparasit, und sein Sieg bedeutet ebensosehr den Tod seines Opfers als sein eigenes Ende.

Mit dem Zusammenbruch der antiken Welt traten den Juden junge, zum Teil noch vollkommen unverdorbene, rassisch instinktsichere Völker gegenüber, die ihm ein Eindringen in sie verwehrten. Er war Fremdling, und alle Lüge und Verstellung haben ihm nahezu 1 ½ tausend Jahre nur wenig genützt.

Erst die Feudalherrschaft und das Fürstenregiment schufen einen allgemeinen Zustand, der ihm gestattete, sich dem Kampfe einer unterdrückten Gesellschaftsschicht anzuschließen, ja diesen in kurzer Zeit zu seinem eigenen zu machen. Mit der Französischen Revolution erhielt er die bürgerliche Gleichberechtigung[18]. Damit war nun die Brücke geschlagen, über die er zur Eroberung der politischen Macht innerhalb der Völker schreiten konnte.

Das XIX. Jahrhundert gibt ihm eine beherrschende Stellung innerhalb der Wirtschaft der Völker durch den Ausbau des auf dem Zinsgedanken fußenden Leihkapitals. Über den Umweg der Aktie setzt er sich endlich in den Besitz eines großen Teiles der Produktionsstätten, und mit Hilfe der Börse wird er langsam zum Regenten nicht nur des öffentlich wirtschaftlichen, sondern endlich auch politischen Lebens. Er unterstützt diese Herrschaft durch die geistige Entartung der Völker mit Hilfe der Freimaurerei sowie durch die Arbeit der von ihm abhängig gewordenen Presse. Im neuaufstrebenden vierten Stand der Handarbeiterschaft entdeckt er die mögliche Kraft zur Vernichtung des bürgerlich geistigen Regiments, so wie das Bürgertum einst das Mittel zur Zertrümmerung der Feudalherrschaft gewesen war. Bürgerliche Dummheit und unanständige Gesinnungslosigkeit, Geldgier und Feigheit arbeiten ihm dabei in die Hände. Er formiert den Berufsstand der Handarbeiter zu einer besonderen Klasse, die er

18 Vgl. Kap. VI, Anm. 7.

nun den Kampf gegen die nationale Intelligenz aufnehmen läßt. Der Marxismus wird zum geistigen Vater der bolschewistischen Revolution. Er ist die Waffe des Terrors, die der Jude nun rücksichtslos und brutal ansetzt.

Um die Jahrhundertwende ist die wirtschaftliche Eroberung Europas durch den Juden ziemlich vollzogen, er beginnt nun mit der politischen Sicherung. Das heißt, die ersten Versuche zur Ausrottung der nationalen Intelligenz werden in Form von Revolutionen unternommen.

Die Spannung der europäischen Völker, die zum größten Teil ihrer allgemeinen Raumnot zuzuschreiben ist mit den Folgen, die daraus erwachsen, nützt er zu seinen Gunsten aus, indem er planmäßig zum Weltkriege hetzt.

Das Ziel ist die Vernichtung des innerlich antisemitischen Rußland sowohl als die Vernichtung des in Verwaltung und Heer dem Juden noch Widerstand entgegensetzenden Deutschen Reiches. Weiteres Ziel ist der Sturz jener Dynastien, denen noch nicht eine vom Juden abhängige und geleitete Demokratie übergeordnet war.

Dieses jüdische Kampfziel ist zum Teil zumindest restlos erreicht worden. Der Zarismus und der Kaiserismus [*sic!*] in Deutschland wurden beseitigt. Mit Hilfe der bolschewistischen Revolution wurde unter unmenschlichen Martern und Grausamkeiten die russische Oberschicht und auch russische nationale Intelligenz ermordet und restlos ausgerottet. Die Gesamtopfer dieses jüdischen Kampfes um die Vorherrschaft in Rußland betrugen für das russische Volk 28-30 Millionen Menschen an Toten[19]. 15mal so viel, als der Weltkrieg Deutschland gekostet hat[20]. Nach gelungener Revolution riß er sämtliche Bande der Ordnung, der Moral, der Sitte usw. (weiter) weg, hob die Ehe als höhere Institution auf[21] und proklamierte statt dessen die allgemeine Paarung untereinander mit dem Ziele, auf dem Wege einer regellosen Verbastardierung einen allgemeinen minderwertigen Menschenbrei heranzuzüchten, der aus sich selbst heraus zur Führung unfähig ist und den Juden endlich als einziges geistiges Element nicht mehr entbehren kann.

---

19 Genaue Angaben über die Menschenverluste, die durch den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg, die Aufstände der Bauern und die sie begleitenden Hunger- und Seuchenkatastrophen auf dem Gebiet der Sowjetunion verursacht wurden, liegen bis heute nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu einem Gesamtverlust von 9.000.000 Menschen, die sich wie folgt verteilen: ca. 2.000.000 Tote des Ersten Weltkriegs und 300.000-1.000.000 Tote des Bürgerkriegs; veranschlagt man 1.000.000 Flüchtlinge, so wären die übrigen Menschenverluste Folge der Seuchenkatastrophen während der Jahre 1918-1923 (vermutlich weniger als 3.000.000 Tote), der Hungerkatastrophe insbesondere während der Jahre 1920/21 und der Aufstände der Bauern. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986, S. 53 f. Zur Kritik an den von Conquest vorgelegten Zahlen vgl. Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

20 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, S. 25.

21 Die Sowjetregierung hatte im Dezember 1917 ein Dekret zur zivilen Eheschließung, im April 1918 das erste Ehegesetzbuch herausgegeben. Diese Ehegesetzgebung ermöglichte die zivile Eheschließung sowie die Ehescheidung und betonte die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Freiwilligkeit der Ehe. Am 1.1.1927 trat eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, welche offiziell registrierte und nicht registrierte Ehen gleichstellte und die Scheidung erleichterte. Vgl. Beatrice Brodsky Farnsworth, Bolshevik Alternatives and the Soviet Family. The 1926 Marriage Law Debate. In: Dorothy Atkinson, ed., et al., Women in Russia, Hassocks 1978, S. 139-165.

Inwieweit dies gelungen ist und inwieweit nun natürliche Reaktionskräfte einen Wandel dieses furchtbarsten Menschheitsverbrechens aller Zeiten noch herbeizuführen vermögen, wird die Zukunft lehren.

Augenblicklich bemüht er sich, die übriggebliebenen Staaten demselben Zustand entgegenzuführen. Er wird dabei unterstützt in seinem Bestreben und in seinen Handlungen und gedeckt von den bürgerlichen nationalen Parteien der sogenannten nationalen vaterländischen Verbände, während als offensive Kampftruppe der Marxismus, die Demokratie und das sogenannte christliche Zentrum in Erscheinung treten.

Das erbittertste Ringen um den Sieg des Judentums spielt sich zur Zeit in Deutschland ab. Hier ist es die nationalsozialistische Bewegung, die als einzige den Kampf gegen dieses fluchwürdige Menschheitsverbrechen aufgenommen hat.

In allen europäischen Staaten wird augenblicklich ein zum Teil stiller und heftiger Kampf, wenn auch oft nur unter der Decke, um die politische Macht durchgefochten.

Entschieden ist dieser Kampf zunächst außer in Rußland auch noch in Frankreich. Dort hat der Jude durch eine Anzahl von Umständen begünstigt, eine Interessengemeinschaft mit dem französischem nationalen Chauvinismus geschlossen. Jüdische Börse und französische Bajonette sind seitdem Verbündete.

Unentschieden ist dieser Kampf in England. Der jüdischen Invasion tritt dort immer noch eine altbritische Tradition entgegen. Noch sind die Instinkte des Angelsachsentums so scharfe und lebendige, daß von einem vollständigen Sieg des Judentums nicht gesprochen werden kann, sondern daß dieses zum Teil noch gezwungen ist, seine eigenen Interessen den englischen anzupassen.

Wird in England der Jude siegen, dann werden die englischen Interessen genauso in den Hintergrund treten, wie für Deutschland heute nicht mehr deutsche, sondern jüdische maßgebend sind. Siegt hingegen der Brite, dann kann eine Umstellung Englands Deutschland gegenüber noch stattfinden.

Entschieden ist der Kampf des Judentums um seine Vorherrschaft auch in Italien. Mit dem Sieg des Faschismus hat in Italien das italienische Volk gesiegt. Wenn auch der Jude gezwungenerweise heute sich in Italien dem Faschismus anzupassen versucht, so zeigt doch seine Einstellung außerhalb Italiens zum Faschismus seine innere Auffassung über ihn. Seit dem denkwürdigen Tag, da die faschistischen Legionen nach Rom zogen, ist für das Schicksal Italiens nur mehr sein eigenes nationales Interesse maßgebend und bestimmend[22].

Aus diesem Grunde ist auch kein anderer Staat so wie Italien heute für Deutschland als Bundesgenosse geeignet. Es entspricht nur der bodenlosen Dummheit und hinterhältigen Gemeinheit unserer sogenannten Völkischen, daß sie den einzigen Staat, der heute national regiert wird, ablehnen und lieber als echte Deutschvölkische mit den Juden in eine Weltkoalition

22 Im italienischen Faschismus spielte - ganz im Gegensatz zum Nationalsozialismus - der Antisemitismus zunächst nur eine marginale Rolle; war er überhaupt existent, so wurde er meistens politisch, jedoch nicht rassistisch begründet. Mussolini, der mit Italienern jüdischer Herkunft freundschaftliche Beziehungen unterhielt, bezeichnete damals den Antisemitismus der NSDAP als absurd und unwissenschaftlich. Vgl. Meir Michaelis, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978; Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

gehen würden. Es ist ein Glück, daß die Zeit dieser Narren in Deutschland ausgespielt ist[23] und damit der Begriff deutschvölkisch aus der Umschlingung ebenso kleiner wie erbärmlicher Kreaturen gelöst wird. Er wird dadurch unendlich gewinnen[24].

23 Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung hatte bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 kein Mandat erlangt.

24 Der Wortlaut der letzten Seiten und ein Schlußstrich berechtigen zu der Annahme, daß dies der Schluß des Buches sein sollte und daß keine Blätter fehlen.

Anhang

Anlage

[*Beschlagnahme-Vermerk*]

MUNICH
Centralverlag der NSDAP — Target No: 589
Thierschstr. 11 [1] — Priority: 3

Remarks:

1. This is a supplementary report[2]. Joseph Berg[3], who lives at 35 Scheubner Richter Strasse, Munich, and was technical manager of this publishing house, gave us a manuscript of an alleged unpublished work by Adolf Hitler. It was written over 15 years ago and locked up in a safe. Mr. Berg had strictest orders that the manuscript could neither be printed or shown to anybody. More information on this can be had through Mr. Berg.

2. Mr. Berg also informed us that a evacuation place (Ausweichstelle) for books of the Verlag is in the Willibalds Burg nr. Eichstaedt.

Paul M. Leake
Capt. SC[4]

[*Übersetzung*]

München
Zentralverlag der NSDAP — Ziel Nr.: 589
Thierschstr. 11 [1] — Vorrang: 3

Bemerkungen:

1. Dies ist ein ergänzender Bericht[2]. Josef Berg[3], in München, Scheubner-Richter-Straße 35 wohnhaft und früher technischer Leiter dieses Verlages, übergab uns ein Manuskript eines angeblich unveröffentlichten Werkes von Adolf Hitler. Es wurde vor über 15 Jahren geschrieben und in einen Tresor geschlossen. Herr Berg hatte strengste Anweisung, daß das Manuskript weder gedruckt noch irgend jemandem gezeigt werden dürfe. Herr Berg kann weitere Auskünfte darüber geben.

2. Herr Berg hat uns auch berichtet, daß sich eine Ausweichstelle für Bücher des Verlages in der Willibaldsburg bei Eichstätt befindet.

Paul M. Leake
Hptm. SC[4]

---

1 Dieses Gebäude wurde 1929 vom Eher-Verlag gekauft, vgl. Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP, München 1937, S. 207.
2 Ein vorhergehender Bericht ist nicht aufgefunden worden.
3 Vgl. Einleitung, S. XII mit Anm. 11.
4 Wohl für Signal Corps.

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
BA	Bundesarchiv
Capt.	Captain
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Hptm.	Hauptmann
HStA	Hauptstaatsarchiv
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
k.u.k.	kaiserlich und königlich
M.d.R., MdR	Mitglied des Reichstages
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PEU	Paneuropa-Union
Pg.	Parteigenosse
qkm	Quadratkilometer
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SC	Signal Corps
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America

USPD, USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Adams, R. J. Q. and Philip P. Poirier, The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18, London 1987.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rh. 1972.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1 und Bd. III/2, Göttingen 1971-1973.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd. XI/1, Bonn 1964.

All the world's aircraft of 1927, o. O. o. J.

Allmayer-Beck, Johann Christoph, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 1-141.

Aus Arthur Schopenhauer's handschriftlichem Nachlaß. Hrsg. von Julius Frauenstädt, Leipzig 1864.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, Köln 1927.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Bald, Detlef, Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert, München 1982.

Barnes, Harry Elmer, Die Entstehung des Weltkrieges. Eine Einführung in das Kriegsschuldproblem, Stuttgart 1928.

Barnett, Correlli, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Batchelor, John und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Der Berliner Kongreß 1878. Protokolle und Materialien. Hrsg. von Immanuel Geiss, Boppard a. Rh. 1978.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bismarck, Otto Fürst von, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922.

Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck. Zusammengestellt und eingeleitet von Robert Ingrim, Stuttgart 1950.

Bismarck-Portefeuille. Hrsg. von Heinrich Poschinger, Bd. II, Stuttgart 1898.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918.

Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire (1871-1900), New York 1981.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen, Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969.

Born, Karl Erich, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914), Stuttgart 1985.

Bradley, John F. N., The Czechoslovak Legion in Russia 1914-1920, New York 1991.

Bridge, Francis Roy, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989, S. 196-373.

Broszat, Martin, Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch. In: VfZ 9 (1961), S. 417-429.

Bussmann, Walter, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. [4]1968.

The Cambridge History of Africa, Vol. 7: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, London 1986.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Christ, Karl, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J.

Clauß, Ferdinand Ludwig, Rasse und Seele. Eine Einführung in die Gegenwart, München 1926.

Clauss, Manfred, Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation, München 1983.

Collotti, Enzo, Il 'secondo libro' di Hitler. In: Studi Storici 3 (1962), S. 161-167.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Corsini, Umberto, Die Italiener. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/2: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 839-879.

Craig, Gordon A., Königgrätz, Wien 1966.

Daitz, Werner, Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft, Dresden ^{2}1943.

Dallin, Alexander, German Rule in Russia 1941-1945. A Study of Occupation Policies, London 1957.

De Felice, Renzo, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

Demdarsky, Michael, Das Klischee von "Ces Messieurs de Vienne..." Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 - Symptom für die Unfähigkeit der österreichischen Außenpolitik? In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 289-353.

Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. und eingeleitet von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Di Nolfo, Ennio, Mussolini e la politica estera italiana (1919-1933), Padova 1960.

Doerries, Reinhard R., Washington-Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bemstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975.
(Amerikanische Überarbeitung: Imperial Challenge: Ambassador Count Bemstorff and German-American Relations, 1908-1917, Chapel Hill, N. C. 1989).

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg ^{4}1988.

Dresler, Adolf, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dresler, Adolf, und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte. Die Sammlung Rehse, Bd. I, München 1938.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Dull, Paul S., The Assassination of Chang Tso-lin. In: Far Eastern Quarterly 11 (1952), S. 453-463.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Ebersold, Bernd, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

Eckhof, Marliese, "Gegen die Abtreibungsseuche!" Ärzte und § 218 in der Weimarer Republik. In: dies. und Petra Finck, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 79-240.

Edwards, P. G., Britain, Mussolini and the 'Locarno-Geneva System'. In: European Studies Review 10 (1980), S. 1-16.

Ehlen, Peter (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966.

Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970.

Epkenhans, Michael, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, Panslavism, London 1964.

Farnsworth, Beatrice Brodsky, Bolshevik Alternatives and the Soviet Family. The 1926 Marriage Law Debate. In: Dorothy Atkinson, ed., et al., Women in Russia, Hassocks 1978, S. 139-165.

Fellner, Fritz, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

Fischer, George, Vlasow and Hitler. In: Journal of Modern History, XXIII (1951), S. 58-71.

Fischer, Konrad, Wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen hausen! Die Franzosen in Metz, Berlin 1919.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil 1, Innsbruck 1989.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18-1945. Wissenschaftliche Redaktion Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Groehler, Olaf, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1980, Berlin (Ost) 1981.

Groehler, Olaf, Die "Hochdruckpumpe" (V3) - Entwicklung und Misere einer "Wunderwaffe". In: Militärgeschichte 5 (1977), S. 738-744.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1922.

Gusy, Christoph, Die Grundrechte in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 15 (1993), S. 163-183.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Hackl, Othmar, Politische Leitung und militärische Führung im Krieg Österreichs und Preußens gegen Dänemark 1864. In: Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung. Festschrift für Werner Hahlweg zur Vollendung seines 65. Lebensjahres am 29.4.1977. Hrsg. von Dermot Bradley u. a., Osnabrück 1977, S. 103-117.

Hagemann, Karen, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis. Hrsg. von Carl Reutsch-Roeder, Berlin 1932.

Hale, Oron J., Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review LX (1955), S. 830-852.

Hale, Oron J., The Captive Press in the Third Reich, Princeton [2]1973.

Halpern, Paul G., The Naval War in the Mediterranean 1914-1918, Annapolis 1987.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers Mein Kampf. In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983.

Harris, Robert, Selling Hitler. The Story of the Hitler Diaries, New York 1986.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

Heiber, Helmut (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, Stuttgart 1962.

Heiden, Konrad, Der Fuehrer. Hitler's Rise to Power, Boston 1944.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinen, Ernst, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland, Bd. II: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Hiden, John, The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 273-289.

Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918. Düsseldorf 1986.

Hildebrand, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 1989.

Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Hillgruber, Andreas, Die 'Endlösung' und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252-275.

Hillgruber, Andreas, Hitler und die USA 1933-1945. In: Otmar Franz (Hrsg.), Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 125-144.

Hiroharu, Seki, The Manchurian Incident, 1931. In: James W. Morley (Hrsg.), Japan Erupts. The London Naval Conference and the Manchurian Incident, 1928-1932, New York 1984, S. 139-230.

Histoire de la Population Française. 4 - De 1914 à nos jours. Dirigée par Jacques Dupâquier, Paris 1988.

Hitler, Adolf, L'expansion du IIIe Reich, Paris 1963.

Hitler, Adolf, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927.

Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bde. I-III/3, München 1992-1995.

Hitler's Secret Book, Einleitung von Telford Taylor, übersetzt von Salvator Attanasio, New York 1962.

Hitler's Table Talk 1941-1944, übersetzt von Norman Cameron und R. H. Stevens, London 1953.

Höbelt, Lothar, Die Marine. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 687-763.

Horak, Stephan, Poland and Her National Minorities, 1919-1939. A Case Study, New York 1961.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Hugenberg, Alfred, Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands, Straßburg 1891.

Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart [3]1991.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn, Zu einer Edition von Aufzeichnungen Hitlers. In: VfZ 29 (1981), S. 304 f.

Jena, Kai von, Polnische Ostpolitik nach den Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980.

Kater, Michael, In Pursuit of Hitler. In: Canadian Journal of History 16 (1981), S. 433.

Kaulbach, Eberhard, Der Feldzug 1870 bis zum Fall von Sedan. In: Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970, S. 44-104.

Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Klein, Herbert S., The Integration of Italian Immigrants into the United States and Argentina. A Comparative Analysis. In: The American Historical Review LXXXVIII (1983), S. 306-329.

Kling, Hans, Bismarck als Soldat. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 26 (1962), H. 181-184, S. 37 f.

Kluke, Paul, Nationalsozialistische Europaideologie. In: VfZ 3 (1955), S. 240-275.

Kolb, Eberhard, Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987.

Kolb, Eberhard, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

Kolb, Eberhard, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Krause, Jens-Uwe, Die Familie und weitere anthropologische Grundlagen. Bibliographie zur römischen Sozialgeschichte 1, Stuttgart 1992.

Krause, Karl Wilhelm, Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler, Hamburg 1949.

Krausnick, Helmut, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312.

Krizman, Bogdan, Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch. In: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Hrsg. von Richard Georg Plaschka und Karlheinz Mack, München 1970, S. 83-114.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Kroll, W. und E. Weiss, Kinderaussetzung. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Bd. XI, Stuttgart 1922, Sp. 463-472.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Lemke, Heinz, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Wien 1977.

Le May, Michael C., From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987.

Link, Arthur S., Wilson, Bd. 4: Confusion and Crises 1915-1916, Princeton 1964.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932. Düsseldorf 1970.

Linse, Ulrich (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983.

von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von von Oertzen, Berlin 1926.

Loth, Wilfried, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

Lowe, C. J. and F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Lüdecke, Kurt G. W., I knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge, New York 1937.

Lutz, Heinrich, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1870, Frankfurt a. M. 1979.

Mack Smith, Denis, Mussolini's Roman Empire, London 1976.

Maser, Werner, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981.

Mau, Hans-Joachim und Charles E. Schrell, Flugzeugträger, Trägerflugzeuge, Berlin 1991.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Mersi, Isolde von, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979.

Messerschmidt, Manfred, Die preußische Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, Zweiter Teil: Strukturen und Organisationen, München 1979, S. 10-301.

Michaelis, Meir, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978.

Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Mosse, George L., Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. ²1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Muhr, Josef, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (1914-1922), Göttingen 1977.

Nagel, Irmela, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991.

Oehler, J., Heloten. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, 15. Halbband, Stuttgart 1912, Sp. 203-206.

Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. VII: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938.

Olmes, Jürgen, Bismarck als Soldat. Der militärische Werdegang des Altreichskanzlers. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 24 (1960), H. 169, S. 33-35.

Payne, Stanley G., Politics and the Military in Modern Spain, Stanford (Ca.) 1967.

Pese, Walter Werner, Hitler und Italien 1920-1926. In: VfZ 3 (1955), S. 113-126.

Petersen, Jens, Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien. In: Quellen und Forschungen 54 (1974), S. 428-470.

Petter, Wolfgang, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichem Forschungsamt, Bd. VIII: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, München 1977, S. 13-262.

Petwaidic, Walter, Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pflanze, Otto (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1983.

Phelps, Reginald H., Die Autoren des Eher-Verlages. In: Deutsche Rundschau 81 (1955), S. 30-34.

Plewnia, Margarete, Auf dem Weg zu Hitler. Der "Völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

Poliakov, Léon, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. von Jürgen Rohwer, München 1974.

Präsident Wilson, Der Krieg. Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. Hrsg. von T. H. Mac Carthy, Zürich 1918.

Price, Billy F., Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen, Zug/Schweiz 1983.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXV und XXVII, Nürnberg 1948.

Rauchensteiner, Manfred, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz 1993.

Reuth, Ralph Georg, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940-1942, Koblenz 1985.

Ritschel, Karl Heinz, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966.

Ritter, Gerhard (Hrsg.), Henry Picker. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42, Bonn 1951.

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland, Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960.

Romsics, Ignác, István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921-1931. In: Südost-Forschungen IL (1990), S. 243-291.

Roosbroeck, Robert von, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866, Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76.

Rosen, Edgar R., Mussolini und Deutschland 1922-1923. In: VfZ 5 (1957), S. 17-41.

Rosenberg, Alfred, Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik, München 1927.

Rothenberger, Karl-Heinz, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975.

Ruge, Friedrich, Scapa Flow 1919. Das Ende der deutschen Flotte, Oldenburg 1969.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaarschmidt, Thomas, Außenpolitik und Öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71, Frankfurt a. M. 1993.

Schinzinger, Francesca, Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee, Stuttgart 1984.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schramm, Percy Ernst (Hrsg.), Dr. Henry Picker. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1965.

Schreiber, Gerhard, Die politische und militärische Entwicklung im Mittelmeerraum 1939/40. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen For-

schungsamt, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984, S. 4-277.

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.

Schulthess' europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929.

Schumacher, Rainer, Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. phil. Köln 1985.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [Bd. II:] Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speer, Albert, Erinnerungen, Berlin 1969.

Speer, Albert, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975.

Stadelmann, Rudolf, Moltke und der Staat, Krefeld 1950.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913-1929, Berlin 1913-1929.

Steinberg, Jonathan, Germany and the Russo-Japanese War. In: The American Historical Review LXXV (1970), S. 1965-1986.

Steinböck, Erwin, Kärnten. In: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, S. 801-840.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stevenson, David, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

The Story of Mein Kampf, Wiener Library Bulletin 6 (1952), S. 31-32.

Stresemann, Gustav, Vermächtnis, Bd. III: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1933.

Stresemann. Reden und Schriften, Politik-Geschichte-Literatur 1897-1926, Bd. 2, Dresden 1926.

Stuhlpfarrer, Karl, Die Operationszonen "Alpenvorland" und "Adriatisches Küstenland" 1943-1945, Wien 1969.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339.

Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches. Ausgewählt und hrsg. von Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960.

Taschenbuch der Kriegsflotten, XXIII. Jahrgang - XXVI. Jahrgang 1930, hrsg. von Bruno Weyer, München 1928-1930.

Teuteberg, Hans J., Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

Thimme, Annelise, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover 1957.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.

Urbanitsch, Peter, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 33-154.

Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich Ludendorff, Berlin ^{2}1921.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. I-III, Berlin o. J.

Vetter, Theodor, Die Italiener in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie, München 1965.

Vogel, Rolf, Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813-1976, Mainz 1977.

Vogelsang, Thilo, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: VfZ 2 (1954), S. 397-436.

Vogelsang, Thilo, Hitlers Brief Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437.

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. Bd. IV: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagner, Walter, Die k. (u.) k. Armee - Gliederung und Aufgabenstellung. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 142-633.

Wandycs, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Wehler, Hans-Ulrich, Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970.

Weinberg, Gerhard L., The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936, Chicago 1970.

Weinberg, Gerhard L., The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939, Chicago 1980.

Weinberg, Gerhard L., Guide to Captured German Documents, Montgomery, Ala. 1952.

Weinberg, Gerhard L., Hitler and England. 1933-1945: Pretense and Reality. In: German Studies Review 8 (1985), S. 299-309.

Weinberg, Gerhard L., Hitler's Image of the United States. In: The American Historical Review LXIX (1964), S. 1006-1021.

Weinberg, Gerhard L., Hitler's Private Testament of May 2, 1938. In: Journal of Modern History 27 (1955), S. 415-419.

Weinberg, Gerhard L., Why Hitler Declared War on the United States. In: MHQ: The Quarterly Journal of Military History (Spring 1992), S. 18-23.

Weinberg, Gerhard L., World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover N. H. 1981.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994, S. 9-54.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I und VIII, Berlin 1930-1932.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

White, Ralph, The Europeanism of Coudenhove-Kalergi. In: European Unity in Context. The Interwar Period. Hrsg. von Peter M. R. Stirk, London 1989, S. 23-40.

Willems, Emilio, Der preußisch-deutsche Militarismus. Ein Kulturkomplex im sozialen Wandel, Köln 1984.

Wiltschegg, Walter, Österreich - Der "Zweite deutsche Staat"? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik, Graz 1992.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

Zeidler, Manfred, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993.

Zentner, Christian, Adolf Hitlers Mein Kampf. Eine kommentierte Auswahl, München 1974.

Zoller, Albert, Hitler privat: Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949. (Französische Übersetzung: Douze ans auprès d'Hitler, Paris 1949).

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN SCHRIFTEN ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 – September 1930

Teil 1: Juli 1928 – Februar 1929

München · New Providence · London · Paris
1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. III. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September
1930 / hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A.
Lankheit unter Mitw. von Christian Hartmann.
Teil 1. Juli 1928 – Februar 1929. – 1994
ISBN 3-598-21934-2
NE: Dusik, Bärbel [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Textservice Zink, Epfenbach
Druck / Binden: Jos. C. Huber KG, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Mit dem Teilband 1 von Band III, der aus verlagsinternen Gründen einige Zeit vor der Fertigstellung der Teilbände 2 und 3 erscheint, wird die Edition "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen" fortgesetzt. Daß diese Fortsetzung scheinbar eine Lücke aufweist, da Band II/2 mit dem Monat Mai 1928 aufhört und Band III/1 erst mit dem Monat Juli 1928 einsetzt, ist darauf zurückzuführen, daß sich Hitler nach dem Wahlkampf nach Berchtesgaden zurückgezogen hatte und den Text für das "Zweite Buch" diktierte. Dieses Manuskript, das zu Hitlers Lebzeiten unter Verschluß blieb, ist 1961 - eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg - in einer Reihe des Instituts für Zeitgeschichte veröffentlicht worden.

Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wird in diesem Band der Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze unterrichtet, nochmals abgedruckt, außerdem in jeden Teilband gesondert ein Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Auch für diesen Teilband ist das Quellenmaterial in seinen wesentlichen Teilen seit 1980 von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik erschlossen und gesammelt worden. Die Kommentierungsarbeiten haben zunächst Bärbel Dusik (für die Monate Juli bis Dezember 1928) und Klaus A. Lankheit (Januar und Februar 1929) geleistet. Letzterer hat dann zusammen mit Christian Hartmann den bereits vorliegenden Kommentar einer umfassenden Über- und Umarbeitung unterzogen. Für Bibliotheks- und Archivrecherchen stand Regina Vossen bereit, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte | München, im September 1993

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnittshaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und seit 1990 nur noch an einigen Orten, insbesondere in der ehemaligen DDR fortgesetzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Berlin Document Center, Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Staatsarchiv Dresden, Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt a.M., Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Weimar, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wroclaw in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive sowie Bibliotheken der Bundesrepublik und der DDR mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

6. Juli 1928 [1]
"Sinn und Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung" [2]
Rede auf SA-Versammlung in München [3]

Dok. 1

Masch. Aufzeichnung [4] mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/55 [5].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Seit das deutsche Volk politisch souverän geworden ist und seine Geschicke selbst, wenigstens behauptungsweise, entscheidet, seit dieser Zeit kennen wir auch in Deutschland ausgeprägt den Begriff "politische Parteien". Diese politischen Parteien sind zum Träger bestimmter allgemeiner Meinungen, Überzeugungen, zum Teil auch einer Weltanschauung geworden. Sie sind aber vielleicht noch mehr die Lehrer solcher Überzeugungen. Sie gehen von ihnen aus, sie sammeln die Anhänger, die sie gewonnen haben, und setzen sie erneut ein zur Vergrößerung der Massen, die dieses bestimmte Ziel nun einmal vertreten wollen.

Dieser ganze Kampf soll auf rein geistigem Wege erfolgen. Auf rein geistigem Wege soll die politische Bewegung kämpfen, auf geistigem Wege ihre Ideen vertreten, auf geistigem Wege Anhänger werben und die Menschen wieder zu nur geistigem Kampfe zusammenschließen. Ohne Zweifel ist das der Sinn unserer sogenannten modernen Demokratie, und ohne Zweifel haben die bürgerlichen und im allgemeinen damals die nationalen Parteien nichts anderes unter politischer Tätigkeit verstanden, als eben auf geistigem Wege Ideen zu vertreten, für diese Ideen zu kämpfen und diese Ideen auf geistigem Wege auch zum Siege zu führen.

In diese rein geistige Arbeit schob sich schon in Friedenszeiten eine Partei hinein, die entschlossen war, ihre ganz besonders ausgeprägte Weltanschauung, wenn notwendig, auch mit brutalster Gewalt zu vertreten, die vom ersten Tage an den Standpunkt vertrat, daß zum Siege ihrer Ideen jedes Mittel recht ist und jede Waffe ergriffen werden muß, die diesen Sieg irgendwie gewährleistet. Der Marxismus hat vom ersten Tage an sich vollkommen losgelöst von dieser nur geistigen Auffassung des politischen Kampfes und hat vom ersten Tage an den Standpunkt vertreten, daß die geistige Idee, wenn notwendig, mit Brachialgewalt in die Köpfe hineingehämmert werden muß, und daß besonders

---

1 Datierung nach Ankündigung im VB vom 4.7., 5.7. und 6.7.1928, masch. Aufzeichnung sowie Polizeibericht. Der VB-Bericht vom 8./9.7.1928 und der Lagebericht des Reichskommissars geben als Datum den 7.7.1928 an.

2 Titel laut masch. Aufzeichnung.

3 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.500 Personen teilnahmen, wurde von SA-Standartenführer Hans Zöberlein geleitet.

4 Kopf: "Reden des Führers. Werbe-Abend der S.A. der Nat.Soz. Deutschen Arbeiterpartei am 6. Juli 1928 im Bürgerbräukeller in München".

5 Gekürzte Fassung: VB vom 8./9.7.1928, "Die Kämpfer für des hl. deutschen Reiches Wiederauferstehung". Sowie Lagebericht N/Nr. 68 der Polizeidirektion München vom 13.7.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 126 vom 20.7.1928; BA, R 134/40.

der Gegner, den man geistig nicht treffen kann, wenn notwendig durch Gewalt, durch die Faust niedergeschlagen werden muß.

Jahrzehntelang hat sich dieser Kampf mit ungleichen Waffen abgespielt. Auf der einen Seite das feig erliegende Bürgertum und auf der anderen die Brachialgewalt der Marxisten, auf der einen Seite die geistigen Ideen von manchmal mehr als schwächlicher Wirksamkeit und auf der anderen Seite brutale Rücksichtslosigkeit, Massenterror und Einzelterror. Das Ergebnis konnte nicht ausbleiben. Langsam gewann die Idee Boden, die vom ersten Tage an den Standpunkt vertrat, daß zur Verfechtung ihrer Sache jede Waffe und jedes Mittel recht ist.

Allmählich sahen nun die Bürgerlichen die Notwendigkeit ein, dieser Bewegung auch mit anderen Waffen entgegenzutreten; denn sichtbar wuchsen Anhang und Bedeutung und Einfluß der neuen Bewegung außerordentlich schnell, und jeder nicht blind in die Zukunft Sehende mußte schon in der Vorkriegszeit erkennen, daß eines Tages bei diesem dauernden Wachstum die Marxisten Herr in Deutschland werden mußten; denn wenn innerhalb einer Volksgemeinschaft eine Bewegung schneller wächst, als das Volk in seiner Gesamtheit jährlich zunimmt, muß diese Bewegung eines Tages zum Herrn der Volksgemeinschaft werden. Es handelt sich dabei um ein ganz nüchternes, mathematisches Prinzip.

Nun hatte die bürgerliche Welt sich selbst vollkommen von dem Gedanken entfernt, daß Politik die werdende Geschichte eines Volkes ist und nicht nur nach außen mit Blut und Eisen gemacht wird, sondern daß es manchmal auch im Innern notwendig ist, mit Gewalt Ordnung zu schaffen. Sie hat von sich aus als politische Bewegung das nicht gekonnt und hat dafür den Staat ersucht, diese Mission zu übernehmen, wie denn das Bürgertum überhaupt auf dem Standpunkt steht, daß nur der Staat allein das Recht hat, Gewalt mit Gewalt zu beantworten, und die anderen die Pflicht haben, die Gewalt, wenn notwendig, schweigend zu ertragen. Der darf dann nur zum Kadi gehen und hinterher erklären, ich bin geschlagen worden, sehen Sie hier meine Wunden, oder zum nächsten Schutzmann laufen und ihn um Hilfe anrufen, wenn es an sich natürlich schon zu spät ist, wenn er schon geprügelt wurde, oder er kann den Staatsanwalt ersuchen, unsere Versammlung ist gesprengt worden - gesprengt ist sie natürlich bereits -, suchen Sie die Täter, die sie gesprengt haben. Das war nach der Auffassung der bürgerlichen Welt das einzig Mögliche.

Nun mußte sie zum Widerstand greifen, und diese Notwendigkeit des Widerstandes hat kein anderer eingesehen als Bismarck, indem er versuchte, die Staatsgewalt gegen die Brachialgewalt der Marxisten einzusetzen. Es begann die Zeit der Sozialistengesetzgebung [6], die Zeit, in der man meinte, durch staatliche Maßnahmen eine Weltanschauung langsam niederzwingen und brechen zu können. Dieser Kampf ist ausgegangen, wie er ausgehen mußte, wenn auf der einen Seite eine im Volke wurzelnde, fanatisch vertretene Weltanschauung mit allen Mitteln kämpft und auf der anderen Seite nur die rein formale Staatsgewalt entgegengesetzt wird, die nie Träger einer anderen Weltanschauung ist. Da wird stets die Weltanschauung siegen und der Staatsgewalt [*sic!*] ei-

6 Aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. war am 21.10.1878 das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" in Kraft getreten.

nes Tages unterliegen. Das war, solange es eine Geschichte gibt, bisher stets selbstverständlich; denn die Staatsgewalt ist ein rein formaler Begriff, sie ist abhängig vom Volk, und wenn dieses in sich einen neuen Umwandlungsprozeß durchmacht, wandelt sich auch die Staatsgewalt um. Indem man die Sozialistengesetzgebung den Händen einer Institution anvertraute, die selbst nur geistig gewesen ist, nämlich dem Parlament, mußte sie zugrunde gehen gegenüber der urwüchsigen Kraft der um den Sieg kämpfenden Weltanschauung. Selbstverständlich findet ein solcher Prozeß nicht in 2 oder 3 Jahren seine Beendigung. Es ist ein jahrzehntelanges dauerndes Ringen. Endlich hat aber die Staatsgewalt vor dem roten Terror kapituliert, der rote Terror hat gesiegt, und die Gründung des neuen Reiches ist das Ergebnis des roten Terrors gewesen. Was man als das Produkt höchster Demokratie heute bezeichnen möchte, ist das Ergebnis eines brutalen Terrors, einer ganz verschwindenden Minorität, die ihren Willen der Majorität aufgepreßt hat. Vergessen Sie nicht, die Mehrheitssozialdemokratie legt selbst immer Wert darauf zu versichern, daß sie die Revolution nicht gewollt und gewünscht hat; sie sagt immer, wir waren dagegen. Gut, wer hat sie dann gewollt? Ein kleiner Flügel von ihr, die USPD. Vergessen Sie da nicht, daß die USPD in Bayern anläßlich der Wahlen in den bayerischen gesetzgebenden Landtag damals insgesamt 11 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnte [7]. Wenn also richtig ist, daß der andere Flügel des Marxismus das nicht gewollt hätte, dann haben zumindestens 11 % ihren Terror der Majorität aufgepreßt und so das demokratische Reich von heute geschaffen.

Mit dem November 1918 ist aber auch der Kampf, der schwache Kampf der sogenannten legalen Staatsgewalt gegen den marxistischen Terror endgültig abgeschlossen worden; denn seit dieser Zeit sehen wir, wie in großen Gebieten unseres Reiches die Staatsgewalt selbst im Dienste dieses Terrors steht, wie die Staatsgewalt selbst zersetzt ist von diesen Elementen, in den Händen dieser Elemente kämpft für den Sieg dieser Bewegung. Da allerdings begann in den Jahren 1919 und 1920 auch durch die Reihen des deutschen Bürgertums die schwache Erkenntnis zu gehen, daß man irgendein Instrument braucht, um dem Terror der Straße Widerstand leisten zu können. Aus dieser Sehnsucht, einen Schutz zu haben, den die zerfressene Staatsautorität nicht bieten konnte, wurden die vaterländischen Verbände geboren, aus dieser Sehnsucht erwuchsen die Einwohnerwehr, die Freikorps und was wir sonst an Wehrverbänden in dieser Zeit sehen. Dabei war der leitende Gedanke sämtlicher Verbände nur der, wir wollen einen Schutz haben für unser Haus und unseren Hof, wollen einen Schutz für unsere Arbeit, für das Gewerbe, für unsere Wirtschaft und in kühnstem Gedankengang vielleicht noch das eine, wir wollen eine Waffe haben zur Wiederherstellung des alten Reichs; denn größere Pläne konnten die damaligen Begründer unserer gesamten Wehrorganisationen nicht aufweisen als höchstens die einer Rekonstruktion des alten, verfallenen, zerbrochenen Kaiserstaats, des alten Kaiserreichs, das man wieder einsetzen wollte ebenso wie die übrigen Dynastien, die alten Fürstenhäuser usw. Das war der größte Gedanke, den sie zu fassen vermochten. Daß es darüber hinaus noch etwas anderes gibt, nämlich, daß

7 Bei den bayer. Landtagswahlen vom 6.6.1920 hatte die USPD 12,9 % der Stimmen erhalten. Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 91.

man nicht das Leben eines Volkes einfach gestalten kann, indem man in die Vergangenheit blickt und die Vergangenheit in der Zukunft wieder zu erneuern sucht, sondern daß man manchmal versuchen muß, das Rad der Weltgeschichte in eine andere Richtung zu bringen und nicht in die Zukunft wieder zurückzudrehen [*sic!*], ist ihnen fremd und lag ihnen vollkommen fern. Das konnten sie nicht verstehen, und so sind sie tatsächlich nichts anderes geworden als Truppen zur Erhaltung des Staates und der Weltanschauung, die sie gerne hätten bekämpfen mögen. Alle sind endgültig gelandet auf dem Boden der Tatsachen. Mangels eigener großer Ideen mußten sie sich den Tatsachen fügen und sind eines Tages von den Tatsachen selbst aufgefressen worden [8].

Dazu kam noch, daß es an sich ein Wahnsinn ist zu meinen, man könne Geschichte machen unter Trennung von Gewalt und Idee, da doch die Gewalt stets nur die Dienerin der Idee sein kann, und die Idee nur die Leiterin der Gewalt sein darf. Es ist wahnwitzig zu meinen, man könne in Zeitläufen einer Revolution, der Empörung, des Aufruhrs, des Sturzes von Weltanschauungen die Geschichte machen durch politische Parteien ohne Kraft, ohne politische Ideen. Beides ist gleich sinnlos. Entweder - oder, entweder man will der Weltanschauung des Marxismus, der Geist und Terror in einer Form ist, wirklich den Kampf ansagen bis zum äußersten, dann ist es notwendig, daß nicht die Staatsgewalt einen ideenlosen Kampf der Verfolgung durch den Polizeiknüppel oder durch den Staatsanwalt unternimmt, sondern aus dem Volke eine Gegenbewegung erwächst, daß also Gift und Gegengift gebrochen wird [*sic!*] und eine neue Idee sich formt, die selbst kampfkräftig genug ist, um die bisherige Idee zu beseitigen und das von ihr geschaute Bild der Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen, eines Tages den Zustand zu gestalten, den sie als richtig und einzig möglich und wahr empfindet und ansieht.

Das ist die Aufgabe der Bewegung, die wir 1919 gegründet haben. Die nationalsozialistische Bewegung, die nicht in der bloßen Vergangenheit wurzelt, sondern in die Zukunft blickt, hat vom ersten Moment erkannt, die Weltgeschichte kann man nicht zurückdrehen, sondern sie muß geschmiedet werden für die Zukunft. Unsere Ideen müssen eines Tages das neue Reich formen und nicht die Ideen der vergangenen Zeit, die damals nicht Widerstand leisten konnten gegenüber den Gewalten, denen sie Widerstand hätten entgegensetzen sollen. Nicht die werden das neue Reich zu formen vermögen und die Kräfte der Zerstörung eines Tages beseitigen, die einst schon unterlegen sind diesen Kräften der Vernichtung. Es mußte eine neue Ideenwelt kommen, ein neuer Geist, ein neuer Wille, ein neues Wollen und neuer Mut, neuer Mut, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, und dafür einzutreten, und das war die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. In der Erkenntnis, daß des Volkes Schicksal auf dem Spiele steht, daß es geht um Sein oder Nichtsein in der Zukunft, in dieser Überzeugung sucht sie die vorhandenen Kräfte unseres Volkes zu mobilisieren, zusammenzufassen, die Klüfte zu beseitigen und aus der zerrissenen Masse eine gemeinsame Herde zu for-

8 Die Freikorps wurden nach dem Einsatz im Ruhrgebiet bis zum 10.6.1920 offiziell aufgelöst. Vgl. Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969, S. 324 f. Die Einwohnerwehren wurden auf Druck der Alliierten offiziell am 28.6.1921 aufgelöst. Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, S. 175 f.

men, die einem Ziel nachgeht, nur ein Ziel kennt und von dem gleichen Opfermut beseelt kämpft, glaubt, hofft und sich für den Gedanken auch einsetzt.

Da hat die junge Bewegung vom ersten Tage an den Standpunkt vertreten, die alten Parteien, sie konnten nach dem Staatsanwalt rufen, wir können das nicht, denn der Staatsanwalt schützt nur einen Zustand, den er selbst kennt, einen Zustand, den er selbst nicht kennt, vermag er nicht zu schützen, und der Zustand, der uns vorschwebt, ist ihm so fremd, wie er selbst unseren politischen Gegnern nicht fremder sein kann; er kann ihn nicht einmal ahnen. Er tritt uns nicht gegenüber als Mensch gleichen Herzens, sondern als kleiner Bürokrat, der nur Paragraphen sieht. (Lebhafter Beifall.) Ihr wollt ein neues Reich formen! Das interessiert mich nicht, aber der Weg, den ihr dabei beschreitet, interessiert mich; ich muß nachsehen, ob er nicht anstößt an Paragraphen, die das alte Reich einst geschaffen hat. Wenn notwendig, wird der Staatsanwalt sogar das Jahr 1770 und 1836 hervorkehren und irgendeine Verordnung finden, die er uns um die Ohren schlagen, auf Grund derer er uns verfolgen kann. Nein, die junge Bewegung durfte vom ersten Tage an nicht hoffen, die Träger dieser Zeit oder ihre Repräsentanten zu ihrem Schutze aufrufen zu können, sondern mußte vom ersten Tage an bereit sein, aus eigener Kraft den eigenen Schutz zu übernehmen. (Beifall.)

Damit sind wir keine Wehrbewegung. Unsere Aufgabe ist nicht, dem einzelnen linksum und rechtsum einzudrillen, ihm Gewehrgriffe beizubringen, auch nicht, ihm das Schießen beizubringen oder militärisches Exerzieren, sondern unsere Aufgabe ist, eine Schar von Männern zu erziehen, die im Herzen den Glauben an unsere Bewegung hat und in der Stirn den Willen, sich dafür einzusetzen, Schritt für Schritt sich dafür einzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist eigentlich jeder SA-Mann, ist SA-Mann der Parteikämpfer [*sic!*], der Parteigenosse, der in der Fabrik steht, dort verfolgt wird und trotzdem sagt, ihr könnt sagen, was ihr wollt, ich glaube das, und das wird uns einmal den Sieg bringen, und ist Kämpfer der Bergmann und genauso auch der kleine Geschäftsmann, der bedroht wird, der Opfer zu bringen hat und trotzdem erklärt, ich lasse davon nicht, und ist Kämp[*fer*] der Redner, Kämpfer der Vertreter, der sich für die Bewegung einsetzt, und damit muß auch Kämpfer der junge Volksgenosse sein, der weder reden kann, der auch nicht in der Lage ist, viel sonst einzusetzen, der nicht in der Lage ist, auf sein Geschäft hinzuweisen, das er der Bewegung vielleicht zum Opfer bringt, der nichts hat als seine Jugend, sein eigenes Leben, sein Dasein, seine Freiheit, seine Sorglosigkeit, die er sonst hat. Das hat der junge Mensch einzusetzen. Die Aufgabe des jungen Deutschen von heute ist nicht, große politische Reden zu halten, überhaupt nicht, zum politischen General erzogen zu werden. Zunächst muß er vielmehr lernen, Soldat der großen Bewegung zu sein, und dann werden langsam herauswachsen [*sic!*] und aus den Tausenden von Soldaten kommen einzelne Führer. Aus den Soldaten kann man sie erst auslesen.

Wenn mancher sagt, Sie dressieren ein neues militärisches Instrument, nein, wir dressieren dem deutschen Volk seine zukünftigen Staatsbürger, weil diese zukünftigen Staatsbürger keine disziplinlosen Straßenstrolche sein können, sondern weil die zukünftigen Staatsbürger wieder Vorbilder und Beispiele deutscher Manneszucht und Disziplin sein müssen. Das war der Deutsche, der durch sein Auftreten einst die Welt für sich ge-

wonnen hat, der es uns ermöglicht hat, konkurrenzfähig zu sein gegenüber der anderen Welt. Nicht die zügellose Herde, die sich prügelt, schreit und tobt, nicht die hat uns Weltgeltung verschafft, sondern was uns Weltgeltung verschafft hat, war die unendliche Disziplin, die das alte Heer einst Millionen von jungen Deutschen beigebracht hat. Diese Disziplin muß ihre Auferstehung wieder feiern, und da der Staat in seiner ganzen jetzigen Form die Verkörperung der Disziplinlosigkeit darstellt, wird diese Bewegung diese Disziplin in ihre Hut [*sic!*] übernehmen. Sie wird die jungen Männer einfügen in die große Gemeinschaft und in ihnen den Corpsgeist erwecken; denn was die Deutschen heute untereinander trennt, sind nicht nur weltanschauliche Gründe. Das kennen die Jungen häufig gar nicht. Kleinigkeiten, eitler Tand, Kleidungsunterschiede sogar, Berufsunterschiede, Elternunterschiede, der Blick auf den eigenen Reichtum oder die Armut des anderen, das sind die Dinge, die heute den Unterschied ausmachen. Da kommt das braune Hemd, und das zieht der Junge an, und damit wird einer dem anderen gleich. Aus der zerfetzten und atomisierten Masse Volk formen wir heraus ein neues Corps der Gemeinsamkeit, der Brüderlichkeit, des Zusammenhalts, ein Corps, in dem nicht der eine das und der andere das ist, der eine Arbeitnehmersohn und der andere Prolet, nein ein Corps, in dem jeder kämpft für des Heiligen Deutschen Reiches Wiederauferstehung. (Stürmischer Beifall.) Das ist mit die große Aufgabe dieser Bewegung, daß sie unser Volk erlösen soll aus dem Bruderkrieg, Bruderstreit und Bruderhaß, aus der gegenseitigen Zerfleischung und gegenseitigen Anfeindung, aus dem Klassenwahn und Standesdünkel. Das ist die große Aufgabe, daß sie Hunderttausende langsam zusammenfügt und in ihnen das Gefühl wachruft, daß sie Angehörige eines Volkes sind, und daß es Dinge gibt, die erhabener und größer sind als aller Firlefanz der bisherigen politischen Erziehung oder der bisherigen politischen Armut und Unbildung.

Damit ist eigentlich schon die Aufgabe unserer S.A. umrissen. Die Aufgabe unserer S.A. ist die gleiche wie die Aufgabe der Hand gegenüber der Stirn. Sie ist die Hand, die Faust der Bewegung, sie ist die körperliche Armee der Bewegung neben ihrer geistigen, der Propaganda. Ihre Aufgabe ist, der geistigen Propaganda die Wege frei zu machen, ihre Aufgabe ist, den Terrormenschen beiseite zu schieben, der es wagt, dem Propagandazug sich entgegenzustellen, ihre Aufgabe ist es, das zu tun, was das Bürgertum nicht fertiggebracht hat. Die nationalsozialistische Bewegung will auch mit Geist kämpfen. Sie ist heute die einzige Trägerin einer wahrhaften Weltanschauung, und keine der bisherigen Parteien vermag im Wortkampf oder Geistesgefecht, diese Weltanschauung irgendwie niederzukämpfen. Aber je weniger sie das können, um so mehr versuchen sie, ihren alten Kampf aufzunehmen, nämlich: Kämpft ihr mit geistigen Waffen, so setzen wir euch entgegen die rote Faust. Und da sollen sie uns kennenlernen. Wenn einer glaubt, auf einen nationalsozialistischen Schädel die rote Faust fallen lassen zu können, sieht er plötzlich, daß über seinem Kopf eine andere Faust steht. (Stürmischer Beifall.) Terror gegen Terror! Niemals feige kapitulieren vor der Gewalt, sondern mutig sich einsetzen für die eigene Bewegung denen gegenüber, die versuchen, mit Gewalt sie zu unterdrücken, mit Gewalt ihre Träger niederzuschlagen, mit Gewalt einzelne mürbe zu machen. Das ist die Aufgabe, das ist die Mission der Hunderttausende von Braunhemden, die wir langsam für diese Weltanschauung ausbilden und heranziehen. Nicht

eine Wehrbewegung sind wir, nicht ein Freikorps, auch nicht Verschwörertruppen. Was wir sind? Die Träger einer neuen Weltanschauung, die im gleichen Hemd den gleichen Geist und das gleiche Herz haben - das sind wir - und die zugleich diesen Geist umsetzen in unbändigen Willen und bereit sind, diesem Willen auch die eigene Existenz, wenn notwendig, unterzuordnen. Das ist die Aufgabe der S.A. der nationalsozialistischen Bewegung, und wenn andere unsere äußere Form nachäffen, eines werden sie nie können, den inneren Geist der Bewegung werden sie nie zu treffen vermögen. Wenn das Judentum heute hunderttausend Mann des Reichsbanners ausrüstet mit Windjacken [9], so weiß ich, diese hunderttausend haben nicht jenen inneren Wert wie sechstausend meiner Jungen, die sich von ihren Arbeitsgroschen ihr Hemd absparen müssen. (Lebhafter Beifall.) Wenn ihnen dieses Hemd zerrissen wird, kämpfen sie darum, und wenn dem anderen das Hemd zerrissen wird, ist er froh, wenn er eine neue Jacke erhält. (Heiterkeit - Beifall.) Deshalb, liebe junge Freunde, wenn es auch manchmal für den einzelnen schwer ist, bös und bitterschwer, diesen ganzen Kampf auf sich zu nehmen, die Opfer zusammenzuscharren, bitterschwer, zu einer Tagung zu kommen, bitterschwer, sich die Uniformstücke zu kaufen, glauben Sie [*mir*], das ist notwendig; denn wer das nicht fertig bringt, gehört nicht zu uns, darf zu uns auch nicht herein. Wer nicht bereit ist, diese persönlichen Opfer zu bringen, gehört nicht dazu; denn wer das nicht kann, kann auch dem Schwereren einst nicht entgegensehen, das vielleicht von ihm gefordert wird. Daß das möglich ist, beweist die Gegenwart, und daß diese Entwicklung richtig ist, wird die Zukunft einmal zeigen.

Damit aber stehen wir vor einer großen Aufgabe der Bewegung. In diesen Wochen haben Sie alle erlebt, wohin die Reise in Deutschland geht [10]. Ich glaube, es gibt keinen denkenden Menschen mehr, der wirklich glaubt, daß diese seit 70 Jahren stattfindende Entwicklung nach links noch aufgehalten werden kann durch die schwächlichen, schon vollkommen im Sterben liegenden Gebilde der bürgerlichen Parteien. Nein, was das Bürgertum unter Aufhalten versteht, ist nur die Genehmigung der Mitarbeit, in Wirklichkeit also des Mitgenießens, des Mitessens. Das bezeichnet man als Aufhalten. Wenn heute die Deutsche Volkspartei erklärt, wir werden uns der roten Flut entgegenstemmen - man muß sie nur kennen die einzelnen Herren, die sich der Flut entgegenstemmen, mit breiten Schultern und hochgewölbter Brust. (Heiterkeit.) Wenn die sagen, wir stemmen uns entgegen, so heißt das nichts anderes, als wir schauen, daß wir auch hineinkommen in die Reihe, auf daß der Trog des Vaterlandes nicht nur von einer Partei allein ausgeleert und ausgefuttert wird. Für das deutsche Volk springt dabei wahrhaftig nichts heraus. Ob die nationalen Parteien mitregieren oder nicht, ob sie da sind oder nicht, ist vollkommen einerlei. Wenn sie nicht da wären, wäre es besser; denn sie könnten dann nicht den Namen "National" kompromittieren, könnten nicht diesen

9 Zur Finanzierung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 75 ff.

10 Anspielung auf die nach den Reichstagwahlen im Mai 1928 erfolgte Regierungsbildung aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP unter Vorsitz von Reichskanzler Hermann Müller (SPD).

Begriff identisch machen mit Feigheit, Erbärmlichkeit, Gewissenlosigkeit, Nachgiebigkeit, Kompromiß usw.

Damit aber, meine lieben Freunde, werden wir gerade jetzt mehr denn je die einzigen Träger der nationalen Opposition. Glauben Sie, was auch das Schicksal in den nächsten Wochen und Monaten mit uns vor hat, und ganz gleich, wo wir stehen, die eine Überzeugung dürfen Sie haben, wir werden immer und stets die jungen Kämpfer bleiben, die ihr Ziel nie aus dem Auge verlieren; das ist so selbstverständlich wie nur irgend etwas.

Sie sagen, in unseren Reihen stehen die Buben. Jawohl, die Buben, aus denen einmal die werden, die wir heute nicht haben, nämlich deutsche Männer! (Stürmischer Beifall.) Wenn eine ganze Zeit in ihren Männern eben versagt, dann ist es Zeit, daß die Buben in diese Lücke hineintreten und die Buben in sich den Vorsatz haben, wir wollen einmal Männer werden. Einmal ist es schon so gewesen. Als die Front leer war, als 1914 unsere Front ausgeblutet war und als wir keine Männer mehr hatten, als diese gefallen waren, da sind die deutschen Buben gekommen, die 17- und 18jährigen, und haben gekämpft für des Vaterlandes Bestand. (Stürmischer Beifall.) Da sind sie damals hinausgegangen, diese jungen Freiwilligen-Regimenter, in denen von 3.000 Mann oft nicht hundert den Flaum über den Lippen hatten, und haben gefochten und ihrem Namen Ehre bereitet und Ehre dem Namen unseres Volkes. Wenn die Nachwelt einmal ehrenvoll die Generation sehen wird, wird sie verstehen, warum wir den Appell an die Buben gerichtet haben, an die Jugend, daß sie hereinkommt in unsere Reihen, daß sie sich in diesen Reihen wieder das holt, was sie sonst nirgendmehr heute bekommt, den Glauben an die deutsche Zukunft. Denn wenn andere heute wursteln, wenn sie bei anderen nichts sehen als die bloße Angst um ein paar Mandate, nichts sehen als das Glück, irgendwo hineinrutschen zu können, werden sie bei uns etwas anderes kennenlernen, nämlich den Glauben, einmal ist unser der Sieg, und dieser Sieg heißt dann, einmal wird Deutschland wieder auferstehen, sie mögen tun, was sie wollen. Diesen Glauben, meine Jungen, den nehmt denn in eure Herzen auf, und dann werdet ihr Sturmtruppen einer kommenden deutschen Wiederauferstehung; denn wenn wir S.A. sagen, so heißt Sturmabteilung eigentlich noch keineswegs Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Heute seid ihr die Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, aber einmal seid ihr S.A.-Leute des deutschen Volkes. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

13. Juli 1928 Dok. 2
"Deutsche Außenpolitik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

Der Angriff vom 17.6.1929, "Adolf Hitler zeigt uns den Weg!" [3].

Wenn wir als Nationalsozialisten an der außenpolitischen Tätigkeit der Vorkriegszeit und besonders der Zeit nach dem Kriege Kritik üben, dann ist diese Kritik *nicht* etwa der Ausfluß eines reinen *Nörgelgedankens.* Nicht wird uns diese Kritik von der Absicht bestimmt, im einzelnen herumzumäkeln und alles, was andere machen, als schlecht zu bezeichnen, da wir persönlich ja eine Verantwortung nicht zu tragen haben. Im Gegenteil! *Wenn wir heute Kritik üben, dann tun wir das als die Männer einer Bewegung, die felsenfest überzeugt sind, daß eines Tages aus unserer Kritik die Tat werden wird.*

Wir können deshalb auch gar keine *unfruchtbare* Kritik treiben, d. h., wir werden uns nie erlauben, *nur um der Kritik willen* zu sagen, daß das und das falsch wäre. Für uns ist vielmehr die Kritik nur das Mittel, um unsere eigenen Gedanken zu erläutern.

Für uns ist die Prüfung der Vergangenheit nur ein Mittel, die Richtigkeit unserer Ideen an den Ergebnissen des Handelns der Vergangenheit zu bezeugen. Für uns ist unsere eigene politische Einstellung nicht eine negative Kritik, sondern, indem wir auf der einen Seite kritisieren, die Fehler der anderen beleuchten,

weisen wir auf der anderen Seite auch den Weg,
von dem wir wünschen, daß er einst gegangen wird.

Wir können freilich erleben, daß heute gerade die am meisten gegen unsere Kritik Stellung nehmen, die früher jahrzehntelang nichts getan haben, als zu kritisieren, und zwar schon in einer Zeit, in der immerhin des Reiches außenpolitische Belange wesentlich besser gewahrt worden sind, als dies heute der Fall ist, heute, da die Kritiker von einst die tatsächlichen *Regierenden* sind.

Wenn wir Nationalsozialisten heute die Außenpolitik des Reiches kritisieren, dann wird uns meistens gleich zu Beginn ein Satz vorgehalten, und zwar immer von Menschen, die einst den Präger dieses Satzes aufs bitterste befehdet und verfolgt haben. Man sagt,

Politik ist eine Kunst des Möglichen.

---

1 Titel laut Ankündigung in Der Angriff vom 9.7.1928.

2 Im Saalbau Friedrichshain, nach 20.30 Uhr. Die geschlossene Mitgliederversammlung, an der laut VB etwa 5.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Joseph Goebbels geleitet und gegen 20.00 Uhr mit einer Vorführung des Films über den Nürnberger Reichsparteitag 1927 eröffnet. Goebbels gibt in seinem Tagebuch an, Hitler habe bis 24.00 Uhr gesprochen. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 245.

3 Gekürzte Fassung: VB vom 18.7.1928, "Mit Versailles gibt es keine Gesundung". Vgl. auch Berliner Lokalanzeiger vom 14.7.1928 (AA), "Hitler in Berlin"; Der Angriff vom 16.7.1928, "Adolf Hitler spricht!"; VB vom 17.7.1928, "Außenpolitische Rede Hitlers in Berlin"; Berliner Arbeiterzeitung vom 22.7.1928, "Adolf Hitler in Berlin!"; Die Flamme, Nr. 30 vom Juli 1928, "Außenpolitische Rede Hitlers in Berlin".

Was heißt das in Wirklichkeit? Die Leute sagen, *Bismarck* selbst habe einst erklärt, daß Politik die Kunst des Möglichen ist [4]. Wir tun aber, was möglich ist; folglich ist unser Tun *richtig*.

Hier darf ich gleich eines einwenden. Dieser Satz wird, wie so vieles von Bismarck, jämmerlich verdreht. Bismarck hat *niemals* die Auffassung vertreten, daß Politik die Kunst des Möglichen *an sich* wäre, sondern er vertrat stets die Ansicht, daß Politik die Kunst ist, *ein bestimmtes, klar vorgezeichnetes Ziel nach allen Möglichkeiten zu verfechten*, wobei er unter Möglichkeiten alles auffaßte und alles umfaßte, was es zur Verfechtung politischer Interessen überhaupt geben kann, ebenso die Möglichkeiten des diplomatischen Parketts wie auch die Möglichkeit des *Schlachtfeldes*. Dieses Ziel lautete bei ihm: Hinausdrängen Österreichs aus dem Deutschen Bund, Festigung der preußischen Hegemonie und als Resultat oder als Schlußziel dieser Festigung

Formung eines neuen Reiches

unter preußischer Hohenzollernvorherrschaft. Das war sein Gedanke, und dieses Ziel hat er allerdings nach allen Möglichkeiten verfochten und hat es zu einem grandiosen, wundervollen Ende geführt.

Seine Nachfolger hingegen haben ein politisches Ziel irgendwelcher klaren Art *überhaupt nicht mehr* gehabt. Daher auch dieses entsetzliche Ergebnis.

Denn wenn wir heute an der deutschen Außenpolitik Kritik üben, dann gibt uns das Recht dazu die gewaltige Tatsache, daß kein Volk der Welt eine solche Unsumme von Opfern im Laufe der letzten eineinhalb- bis zweitausend Jahre gebracht hat als dieses deutsche Volk, daß weiter kein Volk der Welt für seine Existenz *soviel Blut vergossen* hat als das deutsche und daß kein Volk der Welt, gemessen am allgemeinen Weltfortschritt oder an der Entwicklung der anderen Welt, raummäßig und zahlenmäßig so sehr *zurückgeblieben* ist als unser *deutsches* Volk.

Wenn ein Volk in seiner ganzen Geschichte ungeheure Opfer bringt - wir selber sind Zeuge des furchtbarsten Blutopfers gewesen, das je ein Volk überhaupt bringen konnte -, und wenn ein Volk eine Unmenge unsterblicher Taten verrichtet und *trotzdem* seine Stellung nicht zu halten vermag, sondern nach und nach zurückrückt, dann müssen hier Gründe maßgebend sein, die nicht allein etwa im Mangel dieses Volkstums *an sich* liegen, sondern die in der fehlerhaften Ansetzung dieses Volkes liegen, d. h. in der fehlerhaften Verwendung der Kraft, die dieses Volk zu allen Zeiten besessen hat, in der Vergeudung, in der *Verschleuderung dieser Kraft*, ja, in der Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Volkskraft überhaupt sich stets im Inneren verzehrte und verblutete. Diese Tatsache müssen wir erkennen, daß unser Volk trotz seiner Opfer endlich doch nicht erreicht hat, was es hätte erreichen müssen.

Wenn Sie bedenken, daß heute eine Weltmacht emporsteigt - die *Amerikanische Union* -, die erst vor knapp einem Jahrhundert überhaupt langsam einen ausgesprochen englischen Charakter, soweit es sich um das Volkstum handelte, erhielt, wenn Sie weiter bedenken, daß dieser Staat kurze Zeit später erst endgültig die Staatssprache festlegte, mit einer lächerlichen Majorität von *einer* Stimme sich für *Englisch* gegenüber Deutsch

4 Am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 19.

entschied [5], und wenn Sie weiter bedenken, daß dieser Staat heute raummäßig und auch zahlenmäßig mehr und mehr zur ersten Weltmacht emporrückt, und wenn man schließlich dem gegenüber die Stärke unseres Staates, die Größe *unseres* Reiches und die Zahl *unserer* Menschen gegenüber hält, dann ist es entsetzlich, bei diesem Vergleich feststellen zu müssen, daß *leider Gottes das Ergebnis der ungeheuren Blutopfer, die unser Volk gebracht hat, negativ war.* Zum Teil deshalb, weil unser Volk in großen Perioden

kein klares politisches Ziel besessen

hat, weder ein klares innenpolitisches noch ein klares *außenpolitisches* Ziel.

Das gibt einem wohl das *Recht zur Kritik*, besonders *dann*, wenn man bedenkt, daß Politik doch nicht etwa die Kunst des Möglichen an sich ist, sondern in Wahrheit die werdende Geschichte eines Volkes, daß Politik damit aber in Wirklichkeit den Lebenskampf eines Volkes um sein *irdisches Dasein* darstellt. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wenn wir Nationalsozialisten in unserer außenpolitischen Haltung mit allen bestehenden heutigen Parteien in Konflikt geraten, dann liegt das daran, daß die nationalsozialistische Bewegung als einzige heute eine

ganz klar umrissene Weltanschauung vertritt,

daß sie sich in ihrem ganzen Gedankenkreis sowohl von der bisherigen marxistischen als auch von der bürgerlichen Welt vollkommen entfernt hat. Ich betone es ausdrücklich: auch von der bürgerlichen Welt, die politischen bürgerlichen Parteien haben keine Weltanschauung gehabt, außer, daß sie zum Teil vom Marxismus selbst bereits vergiftet waren. Die bürgerliche Welt hat keine klare Vorstellung über das, was notwendig wäre. Das sehen wir vielleicht nirgends besser als in ihrer außenpolitischen Auffassung.

Bismarck hatte planmäßig die preußische Hegemonie nicht nur vorbereitet, sondern auch waffenmäßig durchgesetzt und damit die anderen gezwungen, sich eines Tages die Hand zu reichen. Es war das ein ganz natürlicher Entwicklungsprozeß, natürlich deshalb, weil er eben nicht auf der Phantasie beruhte, man könne auf Grund einer bloßen *Einsicht* menschliche Formen oder Organisationen eines Tages zusammenfügen. Das war nicht möglich, besonders *dann* nicht, wenn dem große Interessentengruppen und Traditionen entgegenstehen. Die Traditionen mußten gebrochen und die Interessentengruppen mußten beseitigt werden, und das ging eben nur durch die Sprache der Gewalt, durch die Sprache der Macht. Sein Satz, daß die deutsche *Geschichte nicht durch Majoritätsbeschlüsse und Abstimmungen entschieden wird*, sondern durch Blut und Eisen [6], war logisch und richtig.

Der Bismarcksche Gedanke einer nationalpolitischen Einigung der deutschen Stämme und Staaten hat im Januar 1871 seine Krönung in der Gründung des Deutschen Reiches gefunden. Dieses Deutsche Reich war nun selbstverständlich keineswegs als ein abgeschlossenes Ergebnis eines politischen Kampfes unseres Volkes überhaupt anzusehen.

5 Zur Legende, wonach sich der Kongreß der USA kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg mit einer Stimme Mehrheit gegen Deutsch als Landessprache ausgesprochen habe, vgl. Albert B. Faust, Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur, Leipzig 1912, S. 136 f.

6 Am 30.9.1862. Vgl. Bismarck-Worte, S. 18.

Es war nur die grandiose Meisterleistung eines überragenden Menschen, der in seinem Leben gestaltet hat, was ein Mensch überhaupt gestalten konnte. Keineswegs war aber damit endgültig festgelegt, daß dieses Ziel tatsächlich das Höchstzuerreichende für ewige Zeiten wäre und daß es darüber hinaus nichts mehr geben könne, daß die weitere außenpolitische Tätigkeit der deutschen Nationen [*sic!*] nur darin bestehen könne, das so Erreichte nun zu *erhalten* und zu *bewahren*, so wie es die bürgerliche Auffassung der Nachkriegszeit war.

Das war ein vollkommen *negatives* Ziel. Es gilt für dieses Ziel der alte Grundsatz, der im ganzen Leben gilt: *Was rastet, das rostet.* Man kann nicht eine Form, die noch so vollendet ist, als etwas Vollendetes ansehen, um für alle Zukunft nur dafür zu kämpfen, daß diese Form erhalten bleibt. An diesem folgenschweren Irrtum ist das Bismarckreich unter seinen schwachen Nachfolgern dann auch zerbrochen.

Ja, - das war wirklich ein *grenzenloser* Irrtum, denn nicht nur allgemein nationalpolitisch war dieses neue Reich in seiner Grenzgestaltung unbefriedigend, sondern auch militärgeographisch war es unbefriedigend. Es war noch besonders unbefriedigend in bezug auf die

Ernährungsmöglichkeiten der deutschen Nationen [*sic!*];

denn wenn Politik die Aufgabe ist, einem Volk den Daseinskampf auf der Erde zu ermöglichen, ja die Kunst, ihn zu führen, und letztes Ziel eben ist dabei, das Dasein eines Volkes zu ermöglichen, dann, meine lieben Freunde, ist ihre erste Aufgabe stets, einem Volk die notwendige Ernährungsbasis zu schaffen. Das hat die bürgerliche Welt zum Teil auch empfunden, allein ganz *unvollständig.*

Hier hat das Wesentliche gefehlt, das Wesentliche ist folgender

grundsätzlicher Gedankengang.

Das Leben eines Volkes wird endgültig durch das Verhältnis seiner Volkszahl zu seiner Raummenge bestimmt, wobei selbstverständlich auf der einen Seite für dieses Volk sein innerer Wert, d. h. sein *rassischer,* sein *Persönlichkeitswert*, seine *Energie*, seine *Tatkraft*, kurz, die allgemeine *Bedeutung* eines *Volkes* eingesetzt wird. Aber davon abgesehen, wird letzten Endes das Schicksal jedes Volkes an die Raummenge, an die Bodenfläche, die ihm zur Verfügung steht, gefesselt sein. Diese Frage kann auf einigen Wegen gelöst werden. Entweder dadurch, daß man den Raum anpaßt, oder dadurch, daß man durch Auswanderung die Volkszahl an den zurückgebliebenen Raum anpaßt, oder, daß man durch Geburtenbeschränkung die Volkszahl anpaßt, oder, daß man endlich durch Wirtschaft die Volkszahl künstlich ernährt.

Da muß ich eines sagen. Durch Wirtschaft die Volkszahl künstlich zu ernähren, ist typisch bürgerliche Auffassung. Durch Anpassung des Raumes die Bodenfläche zu vermehren, ist typisch nationalsozialistische Auffassung, u[nd] die Auffassung, durch Minderung der Volkszahl, d. h. durch Geburtenbeschränkung und Auswanderung die Volkszahl an den Raum anzupassen, ist typisch marxistisch, jüdisch, demokratisch. Das sind die drei wesentlichen Unterschiede.

Heute stehen wir nun vor folgender Tatsache. Deutschland hat 62 Millionen Menschen, die auf 460.000 Quadratkilometern leben [7]. Sie können sich nicht ernähren. Die Folge davon ist, daß auf der einen Seite Hunger und Not wüten, auf der anderen Seite jährlich 20[*.000*] bis 16.000 Selbstmorde stattfinden [8], daß zweitens jährlich 80[*.000*] bis 100.000 Menschen auswandern [9], und daß drittens 3[*00.000-*]400.000 Menschen nicht mehr geboren werden [10]. Mit anderen Worten, Deutschland nimmt jährlich um 5[*00.000*]-600.000 Menschen weniger zu und damit, gemessen am Wachstum der anderen Welt, ab. *Wie lange kann das so weitergehen?* Wenn diese Entwicklung andauert, dann wird Deutschland in 100 Jahren höchstens 50 bis 60 Millionen Menschen zählen, rassisch entwertet, degeneriert sein, während die Schicksale der Welt von Großmächten unerhörter Art bestimmt werden. *Mit anderen Worten: Deutschland wird zu einem zweiten Holland oder zu einer zweiten Schweiz in Europa werden.*

Dieser Zustand wird heute als gegeben aufgefaßt.

Das deutsche Bürgertum hat keine eigene politische Meinung mehr, und der Marxismus wünscht nichts anderes als wehrlose Haltung Deutschlands, Dezimierung unseres Volkes, Abbau unserer inneren Kraftquellen und endlich Anpassung an den Zwang der äußeren Verhältnisse. Da treten wir Nationalsozialisten ein.

Wenn wir Nationalsozialisten uns heute mit Außenpolitik beschäftigen, dann tun wir das mit der ausgesprochenen Absicht, *diese Entwicklung zu verhindern*, dieser Entwicklung in den Arm zu fallen und unser Volk aus diesem Zustande wieder zu *erlösen*, es herauszuheben und in eine Zukunft hinüberzuführen, die eines Volkes, dessen Geschichte seit 2.000 Jahren Weltgeschichte war, würdig ist.

Die heutigen Machthaber haben nur eine *einzige* Angst, nämlich die, daß das Volk die Ketten abschütteln könnte. Das ist ihre einzige Angst, und ihr ganzes politisches Leben wird von der Sorge diktiert, diejenigen Maßnahmen treffen zu können, die Gewähr bieten, daß dieses Volk schön geduldig *sein Joch weiter auf sich nimmt.*

Gewiß hat man recht, wenn man uns sagt, wir können heute doch keinen Krieg beginnen. Nein, nach außen nicht, aber der erste Krieg bei jedem Menschen ist der mit seinem eigenen Innern. *Es sage mir keiner, er werde eine große Zukunft noch erleben, wenn er nicht in der Lage ist, sich selbst zu bezwingen*, selbst seinen schlechten Eigenschaften den Krieg anzusagen. *Wer sich nicht selbst bekämpfen kann, der wird nicht dem Schicksal den Kampf ansagen können.* Und das Volk, das sich nicht selbst zu reinigen vermag, das nicht selbst seiner Giftstoffe Herr wird, das wird auch niemals die Ketten nach außen sprengen können. Es ist ein Wahnwitz, wenn heute jemand meint, durch

7 Das Deutsche Reich hatte, einschl. Saargebiet, zum damaligen Zeitpunkt eine Fläche von 470.656 km^2 und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 5.

8 Das Statistische Jahrbuch verzeichnet für 1927 15.974 Selbstmorde. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 45.

9 Im Jahr 1928 wanderten 57.241 Deutsche aus; die Auswanderung hatte 1923 mit 115.431 Personen ihren Höchststand zwischen 1919 und 1933 erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 35.

10 Der Geburtenüberschuß betrug 1913 833.800; 1928 442.889 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 30.

militärische Machtmittel könne man Deutschlands Lage ändern. Nein, den *deutschen* Sklaven muß man erst beseitigen; den Sklaven in seiner Gesinnung, in seiner erbärmlichen kriecherischen Unterwürfigkeit muß man beseitigen. Ist er beseitigt, dann werden die Kämpfer eines Tages die Ketten sprengen; *denn für den, der die Freiheit aus heißem Herzen will, der jedes Opfer dafür zu bringen bereit ist, öffnet sich auch eines Tages der Weg zur Freiheit.*

Wenn man mich heute fragt: Was ist Ihr außenpolitisches Ziel, dann möchte ich
zwei Ziele
feststellen. Das erste ist, die Freiheit zu bekommen, und das zweite ist, Grund und Boden zu bekommen, auf daß wir niemals mehr in eine Situation geraten, wie sie der Weltkrieg und bereits die Zeit vor dem Kriege mit sich gebracht haben.

Solange es uns nicht gelingt, die übermächtige Siegerkoalition aufzulösen und den einen oder anderen Staat aus dieser Koalition *herauszuziehen*, ist jeder Versuch einer Befreiung vergeblich. Wenn wir aber so in die Zukunft blicken, dann
ergibt sich an Bündnismöglichkeiten
für uns im allgemeinen folgendes:

England hat als sein großes außenpolitisches Ziel die Beseitigung *jeder* ihm drohenden kontinentalen Macht im Auge, sofern diese kontinentale Macht auch weltpolitische Ziele verfolgt. England hat sein Kriegsziel zunächst erreicht, soweit *Deutschland* in Frage kommt. Es hat aber sein Kriegsziel nicht erreicht, soweit *die Welt an sich* in Frage kommt; denn an Stelle Deutschlands mit seinem Zweidrittelstand zur See ist heute Nordamerika mit einer gleichstarken Flotte getreten, und an Stelle des industriellen Deutschland ist das industrielle Nordamerika gekommen, und an Stelle endlich der Landmacht Deutschlands von einst tritt die werdende Landmacht der Union. Mit anderen Worten, England hat sein Kriegsziel an sich *nicht* erreicht.

Ein weiterer ähnlicher Kampf gegen Deutschland ist für England um so unsinniger, als der Zukunftsfeind einmal Nordamerika sein wird. Glauben Sie nur nicht, Verwandtschaftsgrade könnten das aufhalten. *Im Völkerleben gibt es keine Verwandtschaft.* So wie Preußen und Österreich miteinander gekämpft haben, und so wie die deutsche Geschichte unzählige Bruderkämpfe gesehen hat, so ist es auch bei anderen Nationen. Verwandtschaften heben nicht Interessengegensätze auf, sondern Interessengegensätze werden eines Tages ausgefochten.

Neben der englischen wäre noch eine *weitere* Bündnismöglichkeit zu erwägen: *Rußland.* Es ist staunenswert, wie wenig besonders der bürgerliche Deutsche das heutige Rußland kennt, aber auch das frühere Rußland kannte, wie wenig man wußte, daß dieses alte Rußland in seiner führenden Oberschicht gar nicht slavisch, sondern blutsmäßig germanisch war, wie aber diese Oberschicht beseitigt ist und wie der reine Slave seinem ganzen Wesen nach innerlich uns vollkommen fremd gegenübersteht, wie weiter dieser Slave wesentlich mehr nach Paris hin gravitiert. Der Franzose erscheint der weibischen und weiblichen Veranlagung des Slaven wesentlich näherstehend als der harte Deutsche.

Nun hat der heutige Russe keinen Staat durch sich selbst, so wie er auch früher nie einen Staat durch sich selbst hatte. Einst waren die staatenbildenden Kräfte die Deutschen, und jetzt sind die Rußland beherrschenden Kräfte

die internationalen Juden.

Die jüdische Oberleitung ist es, die heute diesen Staat zusammenhält. Wenn heute jemand in Deutschland aber meint, sich mit dem bolschewistischen Rußland verbünden zu können, dann müßte er fast überzeugt sein, daß die Zukunft Deutschland selbst den Bolschewismus bringt!

Aber abgesehen davon, was hat das Bündnis mit Rußland für einen Wert für Deutschland, wenn wir bedenken, daß zuletzt zwischen Rußland und Deutschland ein Pufferstaat steht und daß wir wieder einen Bundesgenossen von militärisch minderwertigsten Qualitäten bekämen? Ich glaube nicht daran, daß man mit Sklavenarmeen Weltgeschichte machen kann.

Deshalb glaube ich auch nicht, daß Rußland Geschichte im großen Sinne machen wird. Ich glaube nicht, daß man mit Sklaven die Welt erschüttern kann. Durch Gift, jawohl, durch Propaganda, jawohl, aber durch den Kampf Brust gegen Brust, das glaube ich *nicht.* Dazu gehört etwas anderes als Sklavengehorsam.

Wenn wir Nationalsozialisten diese ganze Lage in Europa heute ansehen, dann gestehen wir, daß in unseren Augen

zunächst als möglicher Bundesgenosse Italien

in Frage kommt. Wir setzen uns damit - das wissen wir - in Widerspruch mit unserer ganzen bürgerlichen Welt, mit den Marxisten, dem Judentum, Demokraten, Zentrum usw. Und warum setzen wir uns in Widerspruch? Der Widerspruch des Judentums ist für mich der Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung.

Und *weshalb?* Weil die Interessen *Italiens* und *Deutschlands* dann, wenn sie jeweils gewahrt werden, sich niemals *zu kreuzen* brauchen.

Wenn ich aber für ein Zusammengehen Deutschlands und Italiens heute plädiere und das seit dem Jahre 1920, also seit 8 Jahren tue [11], dann tue ich es aus der Erkenntnis heraus, daß, wenn Italien nur rein *italienische* Interessenpolitik betreibt und Deutschland nur *deutsche* Interessenpolitik, dann diese beiden Länder *gemeinsame* Interessen haben; denn der gemeinsame Feind von beiden Staaten wird eines Tages Frankreich sein.

Wenn man mir heute sagt: Sehen Sie denn nicht, daß Italien imperialistischen Ideen huldigt? Ja, Gott sei Lob und Dank, daß es das tut. Ich bin glücklich darüber, wenn ich sehe, daß es dadurch sich einmal mit Frankreich entzweien wird; denn *ich sehe in Frankreich unseren Todfeind jetzt und in alle Zukunft. (Lebhafter Beifall.)*

Je mehr aber das heutige Italien *bewußt* nationalistisch wird, um so mehr wird dieser Prozeß der Entfremdung beschleunigt werden. Gleichgültig, was man in Rom redet, gleichgültig, was man in Paris spricht, die natürlichen Interessengegensätze werden sich immer schärfer hervordrängen, und der Tag wird einmal kommen, an dem

Frankreich und Italien sich als Todfeinde gegenüber stehen

werden.

---

11 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 168.

Im Mittelländischen Meere werden eines Tages zwei Mächte miteinander um die Hegemonie ringen, *Italien und Frankreich*, und ich gestehe freimütig, ich habe den einzigen großen Wunsch, *daß bei diesem Kampf Frankreich unterliegt und Italien als Sieger hervorgeht. (Stürmischer Beifall.)*

Denn ich weiß, wenn Frankreich siegt, wendet sich seine ganze neu gewonnene Kraft *gegen uns.* Wenn Italien siegt, dann wird es seine Kräfte verwenden müssen, um seine Gebiete dort zu kolonisieren. *Wir haben gar keine Gegensätze;* denn wir werden, wenn dieser Zustand einmal kommt, woanders *auch* kolonisieren, aber sehr weit auseinander. Es sind so wenig natürliche Interessengegensätze da, daß, wenn nicht boshafter Wille oder Dummheit auf *beiden* Seiten regiert und damit in Wirklichkeit nicht Interessenvertretung, ein Grund zum Kampf, zum Streit für die Zukunft gar nicht *da ist.*

Wenn nun der Bürger sagt: ja, aber dieser

"treulose Bundesgenosse [12]?"

Meine lieben Freunde, Italien war im Jahre 1866 einmal mit Preußen verbündet [13]. Gewiß hat es damals Niederlagen bezogen. Aber es hatte auch nicht die militärische Zentralmacht, die Preußen für Deutschland darstellte. Es war ein zusammengestoppelter *junger* Staat. Aber die Bündnispflicht hat er Preußen gegenüber nicht gebrochen. Im Gegenteil, als man dem damaligen Italien von Wien aus einen Sonderfrieden anbot, hat es den Sonderfrieden abgelehnt und ist bei der Stange geblieben. Und wenn Sie nun sagen: Im Weltkrieg! Das Verhältnis Italiens zu Österreich ist kein anderes als das Bismarcksche Verhältnis gewesen. Bismarck hat sich durch einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland [14] gegen das Verderben gesichert und hat es noch ausdrücklich in seinen "Erinnerungen" [15] niedergelegt, daß es ein Wahnwitz ist, für eine politische Staatsleitung nur aus prinzipiellen doktrinären Gründen einen Bund zu halten selbst auf Kosten des Verlustes oder der Vernichtung der Geltung des eigenen Volkes. Er hat auch selbst die Konsequenzen gezogen, indem er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland abschloß, der besagte, wenn Deutschland oder Österreich in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden, dann wird Deutschland in dem Falle den Bund nicht mehr als gegeben erachten. Das *ist nichts anderes in grün, als was Italien in rot gemacht hat.*

Für uns handelt es sich um die Erhaltung des Deutschen Reiches, und was hierfür an Opfern gebracht werden muß, wird *rücksichtslos* gebracht. Wir kennen kein Bündnis aus

---

12 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem franz. Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zugesichert hatten. Der Vertrag wurde im Mai 1915 gekündigt, nachdem Italien mit Abschluß des Londoner Vertrags vom 26.4.1915 auf seiten der Alliierten in den Krieg eingetreten war.

13 Gemeint ist das gegen Österreich gerichtete Geheimbündnis zwischen Italien und Preußen vom 8.4.1866.

14 Hinweis auf das 1887 für drei Jahre abgeschlossene geheime Neutralitätsabkommen zwischen Rußland und Deutschland.

15 "Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie 'in dem Kampf um's Dasein' auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen." Vgl. Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 287.

Nibelungen-Treue [16], keine schimmernde Wehr [17], sondern wir kennen nur eines, das heißt *Pflicht zur Erhaltung der deutschen Nation mit allen Mitteln.* Das ist die einzige außenpolitische Richtlinie, die man anerkennen kann. Ich verwahre mich dagegen, daß das deutsche Bürgertum sagt, das seien materialistische Gedankengänge. Wenn ein Volk vor der Vernichtung steht, dann greift es zu *jeder* Waffe, um die Vernichtung aufzuhalten, und jede Waffe ist mir heilig, die dem dienen kann, und ich frage nie danach, wie die andere Welt sie beurteilt! *(Stürmischer Beifall.)*

Nun kommt das deutsche Bürgertum wieder - ich erwähne immer das Bürgertum; denn von den Juden erwarte ich nichts anderes - und sagt: Mit Italien kann man aber nicht zusammengehen, denn dazwischen steht *Südtirol.* Da kann ich nur eines zur Antwort geben: Wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen, dann können wir also nicht mit Italien zusammengehen, weil Südtirol dazwischen steht; wir können nicht mit Frankreich zusammengehen, weil Elsaß-Lothringen, das Rheinland und das Saargebiet dazwischen stehen; wir können nicht mit *Belgien* zusammengehen, weil Eupen-Malmedy dazwischen steht; wir können nicht mit *England* zusammengehen, weil unsere Kolonien dazwischen stehen; wir können nicht mit *Dänemark* zusammengehen, weil Nordschleswig dazwischen steht; wir können nicht mit *Polen* zusammengehen, weil ein Teil von Oberschlesien, von West- und Ostpreußen und *Posen* dazwischen stehen, mit der *Tschechoslowakei* nicht, weil die Deutschen in der Tschechoslowakei dazwischen stehen; wir können meinetwegen nicht mit *Rumänien* zusammengehen, weil dort auch über 1 1/2 Millionen Deutsche dazwischen stehen [18], mit *Jugoslawien* nicht, weil dort über eine halbe Million Deutsche dazwischen stehen [19]. Mit wem *wollen* Sie denn zusammengehen? Mit den unterdrückten Völkern in Indien oder in Oberägypten mit Negerstämmen? Es ist doch eine so kindische politische Auffassung zu sagen, wir können nicht mit dem Staat zusammengehen, weil das dazwischen steht. Es ist so kindisch deshalb, weil Sie das Gebiet nicht dadurch befreien, daß Sie nicht mit dem Staat zusammengehen.

Nun sagen diese Leute freilich: Indem Sie das predigen,

verzichten Sie auf Südtirol,

verraten Sie Südtirol. Meine sehr verehrten Herren, das möchte ich schärfstens zurückweisen. *Südtirol haben die Menschen verraten, die Deutschland jahrzehntelang vor dem Kriege schon so schwächten, daß es endlich unfähig war, sich zu verteidigen.* Südtirol haben diejenigen verraten, die Deutschland an Österreich ketteten, statt Deutschland gegen Österreich zur Rettung der deutschen Österreicher zu stellen. Südtirol haben weiter diejenigen verraten, die während des Krieges Deutschland sabotierten. *Südtirol haben die Menschen verraten, die während des Krieges den Siegeswillen gebrochen haben,* die

16 Reichskanzler Bernhard von Bülow am 29.3.1909 vor dem Reichstag über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn.

17 Richtig: "schirmende Wehr". Wilhelm II. am 7.5.1908 bei einer Ansprache in Wien.

18 Nach der Volkszählung vom 1.12.1920 lebten in Rumänien 715.902 Deutschsprachige. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 19.

19 Nach der Volkszählung vom 31.1.1921 lebten im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen 513.472 Deutschsprachige. Vgl. ebenda, S. 18.

Friedensresolution [20] dafür einsetzten, die den Generalstreik, den Munitionsarbeiterstreik [21] organisierten und endlich die Revolution machten. Südtirol haben schließlich diejenigen verraten, die in konkreten Verträgen darauf verzichtet haben; denn wenn heute der Bürger herkommt und sagt: Sie verzichten darauf - ja, wo leben Sie denn eigentlich? Ist Ihnen unbekannt, daß darauf schon längst staatsrechtlich verzichtet wurde? Nicht ein Nationalsozialist, sondern *Sozialdemokraten,* Ihre heutigen außenpolitischen Verbündeten haben darauf verzichtet, schwarz auf weiß. Ein Sozialdemokrat, *Herr Renner* [22], hat es im Vertrag von St.-Germain [23] unterschrieben. Und damals, als darauf verzichtet wurde, mein teurer bürgerlicher Kämpe, *wo waren Sie damals?* Da staken Sie im Mauseloch und wenn Sie hinausgingen, dann banden Sie sich eine rötlich schimmernde Krawatte um, daß Sie nicht der Bolschewistenjüngling auf der Straße erkannte. Und wenn er vorbeikam, dann zogen Sie sich den Hut tief herunter. So sind Sie damals um die Ecken geschlichen. Damals traten Sie nicht heraus und sagten: Wir protestieren dagegen, daß Südtirol verraten wird. Damals sind wir Nationalsozialisten als die ersten in Massenversammlungen aufgetreten und sagten Protest gegen diese Verträge. Da wurde in den Massenversammlungen geschossen, da gab es Blut, und du, mein lieber Bürger, hast dann zähneklappernd nächsten Tages deine Zeitung gelesen und gesagt: Immer diese Unruhe; es wäre so schön gewesen; kaum haben sie sich ein klein wenig beruhigt, da müssen die wieder beginnen.

So bist du damals herumgeschlichen. So hast du dich aufgeführt und jetzt, da durch unsere Arbeit der rote Terror gebrochen wurde, jetzt, da die Straße frei ist, kommst du und schmetterst deinen "Protest" heraus: *Wir verzichten niemals.* Mein lieber Freund, es handelt sich nicht um Verzicht, *wenn man etwas nicht mehr hat.*

Freilich sagen die Regierenden nicht laut: Wir wollen es wiedererobern. Und wenn man es einmal laut sagt, und es kommt dann von Rom eine Antwort zurück, *dann ent-*

---

20 Vom Reichstag am 19.7.1917 verabschiedet. Druck: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959, S. 114 f.

21 Anspielung auf die Streikwelle in Berlin und anderen Städten des Deutschen Reiches vom 28.1. bis 4.2.1918. Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Erster Band, Die Wende des Ersten Weltkriegs und der Beginn der innerpolitischen Wandlung 1916/1917, Berlin o.J. (1958), S. 242 ff.

22 Karl Renner (1870-1950), Politiker und Publizist, 1898 Dr. jur., 1907-1918 Mitglied des öster. Parlaments (SPÖ), seit 1911 Mitglied des niederöster. Landtags, 1918/19 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung und Leiter der Staatskanzlei, 1919 Staatssekretär für Inneres und Unterricht, 1919/20 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und Staatssekretär für Äußeres, 1919 Präsident der öster. Friedensdelegation in St.-Germain, März 1919 bis Juli 1920 Staatskanzler, 1920-1934 Mitglied des öster. Nationalrats (SPÖ), 1945 Staatskanzler der Provisorischen Österreichischen Regierung.

23 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.

schuldigt man sich doch 8 Tage später mit tiefen Bücklingen [24]. Sehen Sie, das halte ich für entwürdigend.

Erstens stehe ich an sich auf dem Standpunkt, wenn ich gefesselt bin und die Ketten nicht brechen kann, dann schweige ich. Ich kann ins Gefängnis kommen, ich werde nie eine Klage über meine Lippen bringen, weil ich sage: Ihr habt die Macht, folglich schweige ich. Es ist unwürdig, zu heulen und zu jammern, und tausendmal unwürdiger, sich immer wieder zu entschuldigen. Es ist feige, dann zu Kreuze zu kriechen. Es ist feige, erst zu schreien, um dann Erklärungen abzugeben und Noten abzuschicken.

Unsere innerpolitischen Feinde sagen: Verfolgungen! Du lieber Gott, wo gibt es die gemeinsten Ausnahmegesetze gegen national fühlende Menschen, in Italien oder hier? Wo werden mehr Menschen in einem Jahr wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet, in Südtirol oder hier[?] Würden in Südtirol in einem Jahr, sagen wir, auch neun Deutsche wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet werden, wie würde man brüllen. *Wir haben allein in unserer Bewegung, nur wir allein, in den letzten fünf Monaten 9 Tote* [25] *und über 670 Verletzte gehabt.* Da schweigt das "nationale Element".

Sie sagen, die deutsche Kultur wird in Südtirol unterdrückt. Ja, wer vergiftet die Kultur am meisten, und wo wird sie am meisten vergiftet? Haben Sie ein Recht, sich als Schützer der deutschen Kultur aufzuspielen? Sehen Sie sich die Kultur bei uns an: Negertanz, Jimmy [26], Jazzband, erbärmlicher Kubismus und Dadaismus, eine verhunzte Literatur, ein erbärmliches Theater, ein miserables Kino, wo Sie hinschauen Kulturzerstörung. Das sehen Sie nicht. *In einer einzigen Stadt wie Berlin werden jährlich mehr Deutsche verdorben und ihrem Volke entfremdet und blutsmäßig vergiftet, als in Südtirol überhaupt Deutsche leben.*

Uns tut es auch weh, wenn in Südtirol von italienischer Seite Dummheiten gemacht werden. Es tut uns genauso weh als irgendwo anders. Aber wir müssen freimütig gestehen: Wir sind nicht schuld daran. Heute aber handelt es sich für Deutschland nicht darum, Südtirol zu befreien, sondern dem deutschen Volk das Leben zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Wir glauben auch, daß aus einem Zusammengehen heraus zwischen uns und Italien das Verhältnis für die Südtiroler sich *eher bessern* wird als heute unter der feindseligen Behandlung des faschistischen Regiments und des italienischen Staates. Ich glaube, daß *unser* Weg einmal zum Ziele führen wird!

Dann wird man über die Periode der jetzigen außenpolitischen Verirrung lächelnd zurücksehen, und auch die Menschen in Südtirol werden dann den Deutschen "verzeihen", die

---

24 Anspielung auf die Kritik mehrerer öster. Nationalratsabgeordneter an der ital. Südtirolpolitik Ende 1927/Anfang 1928, woraufhin Italien seinen Gesandten in Wien, Giacinto Auriti, abberief. Nach einem Notenwechsel zwischen Mussolini und Seipel bezeichnete der öster. Bundeskanzler in einem Anfang Juli 1928 veröffentlichten Kommuniqué die Südtirolfrage als rein inneritalienische Angelegenheit, in die sich Österreich nicht einmischen dürfe. Vgl. Klaus Weiß, Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitik im Jahr 1928, Wien 1989, S. 111 ff.

25 Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 30, nennt vier Todesfälle im genannten Zeitraum (Bernhard Gerwert, Gottfried Thomae, Heinrich Wölfel, Heinrich Kottmann).

26 Gemeint: Shimmy, Gesellschaftstanz der zwanziger Jahre im 2/2- oder 2/4-Takt.

Versailles gebrochen haben und Deutschland wieder die Zukunft bringen. (Lang anhaltender, *stürmischer* Beifall.)

18. Juli 1928 Dok. 3
"General-Mitgliederversammlung"
Anordnung

VB vom 26.7.1928, "Aus der Bewegung" [1].

Gelegentlich der *Generalmitgliederversammlung am Samstag, den 1. September* [2], findet am Sitze der Bewegung *in München*, in den Tagen von Freitag, den 31. August 1928, mit Sonntag, den 2. September 1928, eine Führertagung [3] statt.

An allen drei Tagen haben teilzunehmen:

1. alle Herren der Hauptleitung,

2. alle Gauführer, mit je einem Begleiter (stellv. Gauführer, Gaukassier oder Gaugeschäftsführer, je nach Bestimmung des Gauleiters),

3. die Vorsitzenden des Kampfbundes für deutsche Kultur, des Nationalsozialistischen Studentenbundes und des Deutschen Frauenordens.

Am Samstag und Sonntag:

1. die von Osaf aufgeforderten S.A.-Führer [4],

2. die Führer der Hitlerjugend,

Am Sonntag:

1. die Abgeordneten - möglichst schon Teilnahme an der Generalmitgliederversammlung am Freitag,

2. die Schriftleiter unserer Parteipresse.

Die entsprechenden Tage sind unter allen Umständen freizuhalten, und die Anwesenheit *muß mit allen Mitteln möglich gemacht werden.* Mit der Vorbereitung und Leitung der Tagung ist von mir Pg. *Gregor Straßer* [5] beauftragt, an den alle Anfragen zu richten und umgehend die Mitteilungen über Namen der Teilnehmer einzusenden sind. Für z. T. - kostenlose - Quartier-Anforderung ist die Hauptgeschäftsstelle zuständig.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 27.7., 1.8. und 8.8.1928, "Aus der Bewegung".
2 Die Generalmitgliederversammlung fand am 31.8.1928 statt. Vgl. Dok. 13.
3 Vgl. Dok. 12-15.
4 Zur Teilnahme der SA-Führer vgl. das ungezeichnete Rundschreiben an die Gauleitungen der NSDAP vom 4.8.1928; BA, Slg. Schumacher 373.
5 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Untergaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

Alle benötigten Unterlagen wie Kassenausweis, Arbeitsberichte, Arbeitsprogramme, Redneranforderungen, Mitgliederzahlen, Material zur Klärung besonderer Gau-Fragen usw. sind von den Gauleitern mitzubringen.

Arbeitsprogramm der Tagung folgt rechtzeitig.

Außer den aufgeführten oder aufgeforderten Unterführern kann niemand an der Tagung teilnehmen.

Wiederholter Nachdruck in der Parteipresse wird gefordert.

München, den 18. Juli 1928

Adolf Hitler

25. Juli 1928 Dok. 4
Schreiben an Artur Dinter [1]

Das Geistchristentum 1 (1928), Heft 9/10, S. 353-356.

Verehrter Herr Dr. Dinter!

Ich muß mich heute einer Aufgabe unterziehen, die mir sehr peinlich ist. Sie kennen meine Einstellung zu Ihren religions-reformatorischen Arbeiten. Ich maße mir weder das Recht noch die genügende Fähigkeit zu [*sic!*], eine Kritik an Ihren religions-philosophischen Ideen zu üben oder Ihre wissenschaftlichen Forschungen in Zweifel zu ziehen. Meine eigene Einstellung wird ausschließlich bestimmt von den Besorgnissen, die ich als Politiker hege. Auf diesem Gebiete habe ich allerdings die Kühnheit, für mich dieselbe Unfehlbarkeit in Anspruch zu nehmen, die Sie, lieber Herr Doktor, auf Ihrem reformatorischen Gebiete sich vorbehalten. Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung und als Mensch, der den blinden Glauben besitzt, einst zu denen zu gehören, die Geschichte machen, sehe ich in Ihrer Tätigkeit solange eine Schädigung der nationalsozialistischen Bewegung, als diese mit Ihren reformatorischen Absichten in Verbindung gebracht werden kann [2]. Diese Überzeugung wurzelt, wie schon betont, ausschließlich in politischen Erwägungen und nicht in religiösen. Ebenso entspringt sie keiner persönlichen Abneigung gegen Ihre Person. Ich bin weiter überzeugt, daß selbstverständlich die Beweggründe, die Sie, Herr Doktor, zu Ihrer Tätigkeit bestimmen, aus-

1 Artur Dinter (1876-1948), Schriftsteller, 1902 Dr. phil. nat., 1917 Verfasser von "Die Sünde wider das Blut", 1919 Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1924 Gründer der GVG in Thüringen, 1924-1929 MdL in Thüringen (Vereinigte Völkische Liste, ab 1925 NSDAP), 1925-1927 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1927-1937 Gründer und Leiter der Deutschen Volkskirche, 1928-1936 Herausgeber der Zeitschrift "Das Geistchristentum" (ab 1933 unter dem Titel "Die Deutsche Volkskirche"), Okt. 1928 Parteiausschluß, 1933 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags, 1939 Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer.

2 Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" bereits im Sep. 1927 als Gauleiter des Gaues Thüringen ersetzt worden; sein Nachfolger wurde Fritz Sauckel. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183, sowie Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 118 ff.

schließlich Gründe einer inneren Überzeugung sowie der Notwendigkeit Ihres Handelns sind. Nur wende ich mich gegen die Auffassung, daß religiöse Missionen ihre gestaltende Kraft aus politischen Erkenntnissen gewinnen könnten. Im Gegenteil, sie stehen diesen nicht selten fremd gegenüber. Unter gar keinen Umständen aber werden politische Notwendigkeiten von heute auf morgen eine Kirche zu stürzen vermögen. Dafür aber sind nicht selten politische Bewegungen mit bestimmten konkreten Zielen gescheitert, weil sie glaubten, religions-reformatorische Missionen erfüllen zu müssen. Mit Sorge sehe ich ja auch in dem vorliegenden Falle, meine Befürchtungen sich verwirklichen. In einer Zeit, in der vielleicht wenige Jahre entscheidend sind für das Leben und die Zukunft unseres Volkes überhaupt, wird die nationalsozialistische Bewegung, in der ich die einzige wirkliche Kraft gegen die drohende Vernichtung unseres Volkes sehe, durch die Verquickung mit religiösen Problemen innerlich geschwächt. Denn während ich früher sorgfältigst darüber wachte, die Bewegung von Streitfragen fernzuhalten, die ihrem ganzen Wesen nach verschiedentlich beurteilt werden können und für deren endgültige Entscheidung zumindest keine unbedingt anerkannte Autorität vorhanden ist, schlittert die Bewegung nun in religiöse Diskussionen hinein, die die Mitgliederschaft zumindest beunruhigen, wenn auf die Dauer nicht gar zerreißen müssen. Als Politiker - und ich muß schärfstens betonen, daß ich weiter nichts bin und auch nichts sein will -, als fanatischer Kämpfer für ein anderes Deutschland, sehe ich diese Gefahr in ihrem ganzen Umfange und wende mich, meinem inneren Gewissen gehorchend und von der mir zur Verfügung stehenden Einsicht geleitet, pflichtgemäß gegen eine solche Entwicklung. Das Schicksal unseres Volkes, zumindest als Rassenproblem, wird sich schneller entscheiden als die Durchführung einer religiösen Reformation dauern würde. Entweder unser Volk wird auf dem schnellsten Wege von dem Verfall, der ihm besonders blutsmäßig droht, zurückgerissen, oder es wird darin verkommen. Ich zähle, lieber Herr Doktor, heute 39 Jahre, so daß mir, wenn das Schicksal an sich nicht anders entscheidet, selbst im günstigsten Falle noch knapp 20 Jahre zur Verfügung stehen, innerhalb deren mir noch jene Energie und Tatkraft beschieden sein kann, die allein der Lösung einer solchen ungeheuren Aufgabe zu genügen vermag. In diesen 20 Jahren kann sehr wohl eine neue politische Bewegung den Kampf um die politische Macht siegreich bestehen. Für eine religiöse Reformation jedoch sind 20 Jahre in der Zeit ihres Beginnens erst den neun Monaten zu vergleichen, ehe der Mensch das Licht der Welt erblickt. Zum Kampf der Gegenwart kommt heute eine religiöse Reformation zu spät, für den Kampf um die Zukunft aber zu früh. Ich weiß, daß sie unbeabsichtigt, aber im Effekt dennoch mithilft, die Bewegung zu schwächen, die allein den Lebenskampf unserer Generation durchzufechten in der Lage wäre und die damit erst die Voraussetzung schaffen könnte für die zukünftige Entwicklung unseres Volkes. Indem ich selbst mich aber dem Kampf der Gegenwart widme, glaube ich gerade dadurch die Bausteine für ein Fundament zu sammeln, das dereinst ein universales Gebäude zu tragen befähigt sein wird.

So sehr durch diese Befürchtungen meine Einstellung an sich gegeben ist, so sehr habe ich mich bisher zurückgehalten, von mir aus gegen Vorgänge und Zeitschriftenartikel Stellung zu nehmen, die ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung als für diese abträglich ansehe. Obwohl mir das Recht zu einer solchen Stellungnahme zukäme,

da ich jedermann entschiedenst bestreite, die Interessen und Notwendigkeiten der nationalsozialistischen Bewegung besser zu verstehen als ich, ihr Gründer. Ich habe das nur unterlassen in der stillen Hoffnung, daß Sie selbst, lieber Herr Doktor, im Laufe der Zeit die Richtigkeit meiner Auffassung doch noch anerkennen würden, während es mir persönlich mehr als schmerzlich gewesen wäre, gegen einen Mann Stellung nehmen zu müssen, den ich persönlich verehre und dessen allgemeine Lebensarbeit unserer großen völkischen Idee so unschätzbare Beiträge geleistet hat.

Vor einigen Wochen erhielt ich nun Kenntnis von Artikeln [3] in Ihrer neuen religionsphilosophischen Zeitschrift, die von Ihnen, Herr Doktor, selbst verfaßt, sich mit der Person unseres Pg. Grafen zu Reventlow [4] beschäftigen. Es ist an sich schon unendlich bedauerlich, wenn Parteigenossen sachliche Meinungsverschiedenheiten vor einem breiteren Kreis der Öffentlichkeit ausfechten. Es ist aber für die Bewegung gänzlich unerträglich, wenn sich ein solcher Kampf in Formen vollzieht, wie Sie, verehrter Herr Doktor, im vorliegenden Falle es für angebracht fanden. Religiöse Überzeugungen oder Ansichten können jedenfalls auf einem solchen Wege nur schwerlich einem anderen beigebracht werden. Dies aber müßte doch in meinen Augen der Zweck einer solchen Diskussion sein. Sie werden aber doch selbst, mein sehr verehrter Herr Doktor, kaum glauben, den Herrn Grafen Reventlow nunmehr überzeugt zu haben. Im Gegenteil! Damit jedoch ist schon an einem Beispiel schlagend die Richtigkeit meiner Auffassung bewiesen; denn was Ihnen in dem Falle Reventlow nicht gelungen ist, gelingt Ihnen ebensowenig an zehntausend anderen Anhängern unserer Bewegung. Dafür wird sich aber im einzelnen immer wieder ein ähnliches Schauspiel wiederholen, das der Bewegung jetzt im großen geboten wurde. Glauben Sie aber nun wirklich, daß das die Schlagkraft und die Siegesaussicht unserer Bewegung im politischen Kampf enorm erhöhen wird? Als Gründer und Führer dieser Bewegung bin ich felsenfest vom Gegenteil überzeugt. Ich bedaure besonders die Form Ihrer Kritik deshalb so außerordentlich, weil sie durch die angezogene Arbeit des Grafen Reventlow in keiner Weise bedingt war. Graf Reventlow ist Parteigenosse und hat ein Recht zu verlangen, daß nicht ein anderer Parteigenosse, und noch dazu in führender Stellung, sich ihm gegenüber so unmöglicher Formen bedient. Denn hätte Graf Reventlow mit gleicher Münze geantwortet, dann stünden wir heute vor einem Schauspiel, das zumindest einer neuen Reformation eine schlechte Einleitung geben würde. Es muß Graf Reventlow hoch angerechnet werden, daß er trotz der durch nichts begründeten Herabsetzung und Verletzung seiner Ehre die Parteiinteressen höher gewahrt hat. Mein persönliches Urteil - und wenn sich zwei Parteigenossen in führender Stellung öffentlich gegenüberstehen, habe ich das Recht zu einem solchen Urteil - ist die schärfste Mißbilligung Ihrer Artikel im neuen Geistchristentum in allen jenen Stellen, die ehrkränkend und verletzend für den Pg. Grafen Reventlow sein müssen und auch sind. Daß Graf Reventlow verzichtet hat, in ähnlicher

3 Bezieht sich auf Dinters Besprechung von Ernst Graf zu Reventlows Buch "Für Christen, Nichtchristen, Antichristen. Die Gottfrage der Deutschen", Berlin 1928. In: Das Geistchristentum 1 (1928), S. 212-215, 243-247, 286-295 und 411-428.

4 Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943), Schriftsteller, Kapitänleutnant a. D., 1920-1943 Herausgeber der Wochenschrift "Der Reichswart", 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924-1933 MdR (DVFP, ab 1927 NSDAP), 1933 stellv. Führer der Deutschen Glaubensbewegung.

Form zu antworten, dafür danke ich ihm im Namen der Bewegung sowie im Namen all der ungezählten Parteigenossen, denen ein solcher Kampf ein Greuel ist. Daß er aber eine Wiederherstellung seiner Ehre fordert, erscheint mir selbstverständlich, billig und gerecht.

Ich habe nun vor einigen Tagen eine Zuschrift des Untersuchungsausschusses erhalten, die ich Ihnen abschriftlich beilege [5]. Der Untersuchungsausschuß tritt in ihr als Wahrer der Ehre eines in ihr verletzten Parteigenossen auf und fordert für diesen Genugtuung. Ich habe es zunächst abgelehnt, die Angelegenheit durch den Untersuchungsausschuß selbst bereinigen zu lassen, dem jeder Parteigenosse einschließlich meiner Person untersteht, sondern will versuchen, von mir aus persönlich diese peinliche und unmögliche Angelegenheit zu ordnen. Ich richte deshalb als Führer der Bewegung an Sie die herzliche Bitte, die dem Grafen Reventlow zugefügten Beleidigungen in geeigneter Form und mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Ich sehe die Erfüllung dieser Bitte als selbstverständlich an, da es in meinen Augen würdiger ist, ein Unrecht wiedergutzumachen als in ihm zu verharren. Der Angriff gegen den Grafen Reventlow war, vom Standpunkt eines Parteigenossen aus besehen, ein Unrecht.

Ich darf Sie deshalb bitten, lieber Herr Doktor, mir mitzuteilen, ob Sie meinem Wunsche nachzukommen bereit sind und die ausgesprochenen Beleidigungen gegen den Pg. Grafen Reventlow in Ihrer Zeitung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen wollen [6].

Ich habe mich zu dieser persönlichen Bitte nur entschlossen, um Weiterungen zu vermeiden, die weder Ihnen noch dem Ansehen der Partei zuträglich wären. Ich gebe von diesem Brief dem Grafen Reventlow Kenntnis.

Sollten Sie das Bedürfnis hegen, lieber Herr Doktor, mit mir persönlich zu sprechen, so würde ich das sehr begrüßen und stünde Ihnen jederzeit zur Verfügung. Der Termin der Aussprache könnte mit Herrn Heß [7] vereinbart werden [8].

Mit vorzüglicher Hochachtung
und deutschem Gruß
Ihr ergebener

gez. Adolf Hitler

---

5 Druck: Das Geistchristentum 1 (1928), S. 357.

6 In seinem Antwortbrief an Hitler vom 19.8.1928 lehnte Dinter jede Entschuldigung gegenüber Reventlow ab, da er dessen Buch nur sachlich kritisiert habe. Druck: Das Geistchristentum 1 (1928), S. 358-370.

7 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

8 Die Unterredung fand am 30.10.1928 in Coburg statt. Dinter, der es abgelehnt hatte, an der NSDAP-Führertagung in München (31.8. bis 2.9.1928) teilzunehmen, wurde am 11.10.1928 aus der Partei ausgeschlossen (Dok. 35). Zum Konflikt vgl. die von Dinter erstellte Dokumentation "Der Kampf um die Vollendung der Reformation. Mein Ausschluß aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei". In: Das Geistchristentum 1 (1928), S. 352-390.

26. Juli 1928 Dok. 5
Schreiben an Wilhelm Tempel [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift vom 26.7.1928; StA Würzburg, RSF II 47 a.

Sehr geehrter Herr Tempel,

nachdem es auf meine Veranlassung bereits im Völkischen Beobachter [2] geschah, möchte ich Ihnen hiermit noch direkt im Namen der Bewegung herzlichen Dank zum Ausdruck bringen für Ihre aufopfernde Arbeit, welche Sie in der vergangenen Zeit im Rahmen des NSDStB leisteten, dessen Bestehen und dessen heutige Bedeutung in erster Linie Ihnen zu verdanken ist.

Ich hoffe, daß Sie der NSDAP auch nach Ihrem Rücktritt vom Posten des Reichsleiters des Studentenbundes [3] Dienste leisten werden.

Mit besten Wünschen für Ihre Zukunft und deutschen Grüßen

Adolf Hitler

31. Juli 1928 Dok. 6
Anordnung

VB vom 3.8.1928, "Aus der Bewegung" [1].

Achtung!

Ich *verbiete* die Abhaltung von Gau-Mitgliederversammlungen vor der Generalmitgliederversammlung und Führertagung am 31. August bis 2. September [*1928*] [2]. Bereits angesetzte Veranstaltungen der bezeichneten Art sind sofort rückgängig zu machen.

München, den 31.7.[*19*]28

gez. Adolf Hitler

---

1 Wilhelm Tempel (1905-1983), Rechtsanwalt, Dr. jur., 1922 Vorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes, 1926 Mitbegründer des NSDStB (zusammen mit Helmut Podlich), 1926-1928 Reichsleiter des NSDStB, 1933 Reichsführer des "Nationalsozialistisch-faschistischen Kulturverbandes", 1936 Rechtsanwalt und Vizevorsteher des Ratsherrenkollegiums in Leipzig.

2 VB vom 21.7.1928, "Wechsel in der Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes".

3 Zum Rücktritt Tempels, dessen Nachfolger Baldur von Schirach wurde, vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, Bd. 1, S. 61 ff.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 4.8.1928, "Aus der Bewegung".

2 Vgl. Dok. 3, 12-15.

31. Juli 1928 Dok. 7
Anordnung

VB vom 3.8.1928, "Aus der Bewegung".

Bekanntmachung

Die O[*rts*-]Gr[*uppen*] *Worms am Rhein* und *Ostheim in Mittelfranken* der N.S.D.A.P. werden wegen Verfehlung gegen die Satzung (§ 5, Absatz 3 [1]) aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen.

Ich erwarte, daß sich unter den bisherigen Mitgliedern dieser O[*rts*]-Gr[*uppen*] Pgn. finden, die den Neuaufbau in die Hand nehmen.

Diese wollen sich mit dem Gau Hessen-Nassau-Süd, bzw. der Hauptgeschäftsstelle der Parteileitung in Verbindung setzen.

München, 31.7.[*19*]28

gez. Adolf Hitler

1 § 5, Abs. 3 der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926 lautete: "Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Generalversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt. Grundsätzlich wird bestimmt, daß Gauleitungen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 20 %, selbständige Ortsgruppen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 50 % der jeweiligen monatlichen Mindestbeiträge an die Parteileitung abzuführen haben." Vgl. Bd. I, Dok. 146.

1. August 1928 Dok. 8
Erklärung

VB vom 3.8.1928, "Gegen die marxistisch-jüdische Hitlerhetze".

Ein Teil der Presse bringt die Behauptung, ein Adjutant [1] Ehrhardts [2], dessen Name nicht genannt wird, habe Ende des vorigen Jahres [*1927*] in einem als "streng vertraulich" bezeichneten Brief folgendes geschrieben: "Hitler kriegt Geld von Deterding [3] (Shell-Kompagny [*sic!*]; das ist vertraulich, nur für Sie). Jedenfalls ist Hitler dadurch außenpolitisch prowestlich festgelegt, was ja auch aus seinen Äußerungen vor der Öffentlichkeit hervorgeht. Er hat erst kürzlich in Essen [4] erklärt, daß für uns als Bundesgenossen nur Italien und England in Frage kommen [5]."

Ich stelle fest, daß ich niemals Geld von Deterding, noch vom Shell-Konzern, noch von der Royal-Dutch-Gesellschaft, noch von irgendeiner Seite, durch die ich außenpolitisch oder innenpolitisch festgelegt worden wäre, Geld erhielt [6]. Ich habe gegen einige der Blätter, welche die Nachricht verbreiteten, Klage gestellt. Gegen den angeblichen Adjutanten wird sofort nach Feststellung seines Namens gleichfalls Klage gestellt [7].

---

1 Hartmut Plaas (1899-1944), Marineoffizier, 1919/20 Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch und an den Kämpfen in Oberschlesien, 1922 wegen Beihilfe zum Mord am Reichsminister des Auswärtigen Walther Rathenau zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, 1928 Herausgeber von "Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie", 1931 Mitarbeiter bei mehreren nationalistischen Zeitschriften, Herausgeber von "Die Schwarze Fahne. Die Zeitung des Schlesischen Landvolkes", 1934 Tätigkeit beim Amt für Luftforschung, 1939 Oberregierungsrat, 1944 im KZ Buchenwald umgekommen.

2 Hermann Ehrhardt (1881-1971), Marineoffizier, 1919 Gründer und Kommandeur der Brigade Ehrhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Mitbegründer der Organisation Consul, 1922 Verhaftung, 1923 Flucht aus dem Gefängnis, 1923 Mitbegründer des Bund Wiking (1926-1928 Vorsitzender), 1925 amnestiert, 1933 Eingliederung der Brigade Ehrhardt in die SS, 1934 nach dem sog. Röhm-Putsch Flucht nach Österreich, 1944 zeitweilig verhaftet.

3 Sir Henri W. A. Deterding (1866-1939), 1896 Inspektor der Royal Dutch Oil Company in Java (1907 Fusion mit der Shell Transport & Trading Company), 1901-1936 Generaldirektor.

4 Am 5.12.1927. Vgl. Bd. II/2, Dok. 201.

5 Vgl. z. B. Münchener Post vom 27.7.1928, "Nationalsozialistische Geständnisse". Sowie VB vom 1.8.1928, "Von wem ist Hitler 'bestochen'?".

6 Vgl. Henry Ashby Turner, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 327 f.

7 Plaas bekannte sich wenig später in einem Schreiben an Hitler als Verfasser des Briefs und widerrief darin seine Äußerung. Vgl. Dok. 11 sowie VB vom 7./8.10.1928, "Das Ende einer marxistischen Hetze".

3. August 1928 Dok. 9
Erklärung

VB vom 3.8.1928, "Gegen die marxistisch-jüdische Hitlerhetze" [1].

An die Schriftleitung des "Hamburger Anzeigers", Hamburg

In Nr. 174 Ihres Blattes vom 27. Juli 1928 bringen Sie einen Bericht unter der Überschrift:

"*Nationalheros Hitler*

Er ist der Nationalste der Nationen [2], aber die tschechischen Deutschenfresser sind seine Freunde!"

In diesem Bericht wird angeblich auf Grund der Broschüre [3] eines ehemaligen Mitgliedes [4] des tschechischen Faschistenrates [5] behauptet, "daß zwischen den tschechischen Faschisten und den Hitlerleuten wiederholt Besprechungen über eine gemeinsame Zusammenarbeit gepflogen wurden".

An den Verhandlungen, die im vorigen Jahre [*1927*] in München stattgefunden hätten, sei Bauer selbst beteiligt gewesen. Direkte Verhandlungen zwischen den bayerischen Hitlerleuten und dem General Gajda [6] hätten im Vorjahre in Eisenstein im Böhmerwalde stattgefunden. Gajda habe "mit dem Schwager Hitlers, dem Nürnberger Fabrikanten Schmidt", verhandelt.

Es wird desweiteren von der "engen Freundschaft zwischen Hitler und den tschechischen Faschisten" gesprochen. Die tschechischen Faschisten seien "die Leute, mit denen Herr Hitler Brüderschaft trinke und die er in ihren finanziellen Sorgen betreue".

Auf Grund § 11 des Presse-Gesetzes fordere ich Sie auf, folgende Berichtigung abzudrucken:

1.) Es ist unwahr, daß "zwischen den tschechischen Faschisten und den Hitlerleuten" wiederholt Besprechungen über eine gemeinsame Zusammenarbeit gepflogen worden seien.

---

1 Vgl. auch Hamburger Anzeiger vom 7.8.1928, "Herr Hitler berichtigt", der Hitlers Gegendarstellung kritisch kommentiert.

2 Hamburger Anzeiger vom 27.7.1928, "Nationalheros Hitler": "Nation".

3 František Bauer, Moje zkušenosti z Národní obce fašistické, Praha 1928. Vgl. auch Deutsche Zeitung Bohemia vom 27.7.1928, "Gajda, Hitler und Mussolini".

4 František Bauer (1897-1967), Publizist und Historiker, PhDr., Redakteur der Zeitung "Národní politika".

5 Gemeint ist der "Oberste Faschistische Rat" (Nejvyšší Fašistická Rada), das leitende Organ der von General Radola Gajda 1925 gegründeten "Nationalen Faschistischen Gemeinschaft" (Národní obec fašistická). Vgl. Joseph F. Zacek, Czechoslovak Fascisms. In: Peter F. Sugar (ed.), Native Fascism in the Successor States, 1918-1945, Santa Barbara 1971, S. 56-62, 61.

6 Radola Gajda (1892-1948, urspr. Rudolf Geidl), General, 1924 stellv. Generalstabschef der tschechoslowak. Armee, 1925 Gründer und seit 1927 Leiter der Nationalen Faschistischen Gemeinschaft (Národní obec fašistická), 1926 Generalstabschef der tschechoslowak. Armee, 1926 Entlassung wegen Landesverrats, 1929-1931 Mitglied des tschechoslowak. Parlaments (Nationalliga gegen gebundene Kandidatenlisten), 1931 Gefängnisstrafe und Mandatsverlust wegen Teilnahme an einem Umsturzversuch, 1938/39 Mitglied der Nationalen Volksgemeinschaft (Národní Souručenství).

Wahr ist, daß seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei niemals an eine Zusammenarbeit mit tschechischen Faschisten gedacht wurde, geschweige denn Besprechungen über eine solche gepflogen wurden.

2.) Es ist unwahr, daß direkte Verhandlungen der "bayerischen Hitlerleute" mit dem General Gajda im Vorjahre in Eisenstein im Böhmerwald stattgefunden hätten.

Wahr ist, daß weder in Eisenstein noch sonstwo Verhandlungen zwischen von mir Beauftragten oder mir bekannten Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und dem General Gajda stattfanden.

3.) Es ist unwahr, daß Gajda mit einem Schwager von mir, einem Nürnberger Fabrikanten Schmidt, verhandelt hätte.

Wahr ist, daß ich keinen Schwager oder sonstigen Verwandten namens Schmidt [7] habe oder hatte. Wahr ist, daß überhaupt kein Schwager von mir lebt [8].

4.) Es ist unwahr, daß ich mit den tschechischen Faschisten "Brüderschaft getrunken und sie in ihren finanziellen Sorgen betreut" hätte.

Wahr ist, daß ich keinerlei Verbindungen zu den tschechischen Faschisten besitze und ich vergangenes Jahr, als ein tschechischer Faschist um eine Unterredung mit mir in München nachsuchte, jede Zusammenkunft mit diesem ablehnte.

5. August 1928 — Dok. 10
Rede auf NSDAP-Versammlung in Erbendorf [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

7 Ein Onkel Hitlers hieß Anton Schmidt. Er war Bauer in Spital und mit Theresia Pölzl, einer Schwester von Hitlers Mutter, Klara Pölzl, verheiratet. Vgl. Werner Maser, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München [6]1974, S. 50, 538.

8 Hitlers Schwager, Leo Raubal, der 1903 Hitlers Halbschwester Angela Hitler geheiratet hatte, war 1910 in Linz gestorben. Hitlers Schwester, Paula Hitler, blieb unverheiratet. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 38, 265 f.

1 In der Turnhalle, nach 20.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die anläßlich des "Oberpfälzischen Hitlertages in Erbendorf" am 4./5.8.1928 stattfand, nahmen laut VB-Bericht etwa 1.000 Personen teil. Hitler hielt eine 2 1/2 stündige Rede über tagespolitische und weltanschauliche Fragen.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. die Programmankündigung im VB vom 1.8. und 2.8.1928; VB vom 26./27.8.1928, "Adolf Hitler in Erbendorf". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 769 der Regierung der Oberpfalz vom 2.8.1928; StA Amberg, Regierung der Oberpfalz 13909.

6. August 1928 Dok. 11
Erklärung

Münchener Post vom 6.8.1928, "Ein Dementi Adolf Hitlers".

In Nummer 172 Ihres Blattes vom 27. Juli 1928 bringen Sie eine Notiz unter der Überschrift:

"Nationalsozialistische Geständnisse".

In dieser Notiz behaupten Sie, die Führer der einzelnen nationalsozialistischen Grüppchen beschimpften sich, wobei man die interessantesten Dinge erfahre, und führen als Beispiel ein angebliches Schreiben des *Adjutanten* [1] *von Ehrhardt* an. In dem Schreiben soll stehen:

"Hitler kriegt Geld von Deterding (Shell Compagnie; das ist vertraulich, nur für Sie). Jedenfalls ist Hitler dadurch außenpolitisch prowestlich festgelegt ..." [2].

Sie fügen hinzu: "... Unbekannt war bisher, daß dieser nationale Mann und Vorkämpfer gegen den westlichen Kapitalismus sich und seine Partei auch von dem einstigen 'Erbfeind' besolden oder besser bestechen läßt."

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie auf, folgende Berichtigung in Ihrem Blatte abzudrucken:

1. Es ist unwahr, daß der Adjutant von Ehrhardt Führer eines nationalsozialistischen Grüppchens sei. Wahr ist, daß weder Ehrhardt noch seine Organisation, noch demgemäß sein Adjutant mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei etwas zu tun haben.

2. Es ist unwahr, daß ich Geld von Deterding bekomme. Wahr ist, daß ich und die von mir geführte Partei weder von Deterding, noch von der Shell Compagnie, noch sonst von jemandem, durch den ich in irgendeiner Richtung außenpolitisch festgelegt worden wäre, Geld erhielt.

3. Es ist unwahr, daß ich mich und meine Partei von dem "Erbfeind" Frankreich hätte besolden, oder besser, bestechen lassen. Wahr ist, daß ich und meine Partei von niemandem besoldet, bestochen oder gekauft wurde.

gez. A[*dolf*] *Hitler*

1 Hartmut Plaas.
2 Vgl. Hitlers Erklärung vom 1.8.1928 (Dok. 8).

31. August 1928 Dok. 12
Rede auf NSDAP-Führertagung in München [1]

VB vom 2./3.9.1928, "Führertagung und Generalmitgliederversammlung" [2].

Adolf Hitler eröffnet die Tagung kurz nach 9 Uhr und skizziert kurz die Aufgaben der dreitägigen Besprechungen. Die Wahlen haben der Bewegung große Pflichten aufgeladen. Sie muß sich jetzt über die Wege der nächsten Zukunft klar werden und alle Arten von organisatorischen Schwierigkeiten beseitigen. Jeder einzelne Unterführer kann das, wenn er selbst allen kleinen lokalen Konflikten gegenüber durch größte Geduld, durch Beharrlichkeit und persönlichen Takt Herr zu werden versucht. Dadurch kann er den übergeordneten Führern sehr wesentliche Hindernisse aus dem Wege räumen. Die Führer brauchen vor allem Versöhnungswillen, höchste Gerechtigkeit und die Fähigkeit, sich in den Mitarbeiter einzufühlen, zu ihrem schweren Amte. Es ist stets besser, Entscheidungen nach ruhiger Sichtung und mit höchster Vorsicht als sofort zu fällen. Es gehört nicht viel dazu, jemanden von seinem Posten abzusetzen, aber viel Umsicht dazu, auch einen wirklich Besseren als Nachfolger zu finden. Ordnung und Disziplin sind die Fundamente der Organisation. Nicht aber ist eine solche Führertagung dazu da, breite Erörterungen *prinzipieller* Natur anzustellen und wohl gar über die Grundprobleme zu diskutieren. Diskussion über sie ist im Rahmen einer politischen Partei ebenso unmöglich wie etwa über Weltanschauung und Religion. Sowenig der Nationalsozialist die Fragestellung Monarchie oder Republik, bürgerlich oder proletarisch, Preuße oder Bayer kennt, sowenig gibt es für ihn die Frage katholisch oder protestantisch. Das Hauptproblem, um das er sich zu kümmmern hat, heißt *Staat und Volk*. Am wenigsten ist Religion eine nationalistische Angelegenheit. Religionsstifter haben jedenfalls unter gar keinen Umständen Platz in unserer Bewegung [3]. Der oberste Führer mahnt die Gauleiter als die verantwortlichen Repräsentanten der Bewegung ausdrücklich, sich [*nicht*] in derartige Diskussionen einzulassen. Scharf geißelt Adolf Hitler auch ein gewisses Ratgeber- und Schwätzersystem, das die Gauleiter oder Ortsgruppenleiter am besten dadurch beseitigen, daß sie den sich aufdrängenden Schwätzern einmal eine tüchtige Portion Arbeit aufbürden. Die Herrschaften verschwinden dann gewöhnlich schnell.

Ortsgruppen-, Bezirks- und Gauleiter dürfen unter keinen Umständen alles und jedes, was ihnen als Konflikt erscheint, an einen einzelnen Menschen, etwa den obersten

1 In der Hauptgeschäftsstelle der NSDAP, nach 9.00 Uhr. Die Führertagung, die aus finanziellen Gründen anstelle des alljährlichen Parteitags stattfand (vgl. die Anordnung im VB vom 26.7. und 27.7.1928, "Kein Reichsparteitag 1928") wurde von Gregor Straßer geleitet. Goebbels gibt in seinem Tagebuch eine Redezeit von zwei Stunden an. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I, Bd. 1, S. 259. Zur Programmabfolge vgl. die Ankündigung im VB vom 31.8. und 1.9.1928. Zum Teilnehmerkreis vgl. Dok. 3.

2 Vgl. auch Berliner Arbeiterzeitung vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!" (wortgleicher Bericht: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!"). Sowie Lagebericht N/Nr. 70 der Polizeidirektion München vom 16.10.1928; StA München, Polizeidirektion München 6735. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 127 vom 31.10.1928; BA, R 134/41.

3 Anspielung auf den Konflikt zwischen Hitler und Artur Dinter. Vgl. Dok. 4.

Führer selbst, herantragen und ihn damit überlasten. Dem obersten Führer können so beste Kräfte gespart werden. Adolf Hitler betont, daß die verschiedenen Stellen der Reichsleitung ihre ganz bestimmten *Kompetenzen* haben, die unbedingt respektiert werden müssen. Ihren Entscheidungen muß sich der Gauleiter fügen, so gut [*sic!*] der Gauleiter verlangen muß, daß seine Unterführer seine, des Gauleiters, Kompetenzen achten.

Am Ende seiner Eröffnungsworte stellt Adolf Hitler den im nächsten Jahre stattfindenden Reichsparteitag[4] als ein ganz besonders bedeutungsvolles Ereignis hin, da er der zehnjährige Gründungstag der N.S.D.A.P. sein wird. Tag und Ort werden noch möglichst im Verlauf der kommenden Verhandlungstage besprochen, auf jeden Fall alle Dispositionen diesmal frühzeitig genug getroffen, um den Tag in den gebührenden Ausmaßen auszugestalten.[5]

4 Vom 1.8. bis 4.8.1929 in Nürnberg. Vgl. Bd. III/2.

5 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf. Laut VB-Bericht sprachen anschließend Franz Xaver Schwarz über Finanzfragen, Gregor Straßer über Organisationsfragen, Walter Buch über den Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Heinrich Himmler über Propaganda und Philipp Bouhler über den Geschäftsverkehr zwischen Gauen und Reichsleitung. Nach der Mittagspause und der Diskussion hielt Hans Frank ein Referat über "Rechtsfragen für den nationalsozialistischen Funktionär und die Rechtslage der Partei".

31. August 1928 Dok. 13
Rede auf Generalmitgliederversammlung der NSDAP/NSDAV e. V. in München [1]

VB vom 2./3.9.1928, "Die Generalmitgliederversammlung der N.S.D.A.P." [2].

Hierauf [3] ergriff der Führer der Bewegung,

Adolf Hitler,

von stürmischen Heilrufen begrüßt, zum *"Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden"* das Wort. Auch er betonte, daß das Bürgerliche Gesetzbuch, das selbstverständlich dem inneren Wesen des parlamentarisch-demokratischen Staates entspricht, auch für eine Bewegung, die einer grundsätzlich anderen Weltanschauung huldigt, keine Ausnahmen gestatten kann. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich von der Verparlamentarisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens, die das Ziel dieses heutigen Staates ist, bisher freigehalten, weil gewisse Dinge, die in anderen Parteien eine große Rolle spielen, bei uns mehr oder weniger bedeutungslos sind. Für die nationalsozialistische Bewegung war jede bisherige Generalmitgliederversammlung von demselben Geiste beherrscht. Dieser Geist greift immer mehr um sich und zeitigt überall, wenn irgendwo Besprechungen oder Ortsgruppensitzungen stattfinden, ähnliche Resultate. So ist es selbstverständlich, daß die gesamte Kraft unserer Bewegung sich zum *Kampf nach außen* konzentriert. An sich ist die Stelle, in der unsere Bewegung sich berät, niemals die Generalmitgliederversammlung gewesen, sondern stets *der Parteitag.* Wir haben heuer *aus finanziellen Gründen* keinen Parteitag abhalten können [4]. Weil wir so maßlos vom Kapital

---

1 Im Bürgerbräukeller, von 20.30 bis 22.30 Uhr. Die Generalmitgliederversammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde von Gregor Straßer geleitet. Der Eintrittspreis betrug 30 Pfennig. Zur Tagesordnung vgl. Ankündigung im VB vom 17.8., 21.8., 29.8., 30.8. und 31.8.1928.
Die Versammlung begann mit dem Kassenbericht für das Jahr 1927/1928 vom Reichsschatzmeister der NSDAP Franz Xaver Schwarz. Der PND-Bericht macht dazu folgende Angaben: "Das Rechnungsjahr 1927 schließt ab mit 254.996 M. Einnahmen und mit 252.146 M. Ausgaben. Der Kassenbestand war somit am 31.12.[*19*]27 2.850 M. An Schulden habe die Partei zur Zeit noch 14.000 M. zu decken. An ausstehenden Mitgliedsbeiträgen sei ein Betrag von ca. 6.000 M. zu verzeichnen. An größeren Ausgaben führte Schwarz den Parteitag 1927 mit 45.000 M. und die Wahlen mit 8.000 M. an. Die Schuld vom Reichsparteitag sei heute bereits vollständig abgedeckt. Die Einnahmen zu dem verdoppelten Betrag (im Vorjahre waren es 114.582 M.) seien hauptsächlich auf das Anwachsen der Mitgliederzahl zurückzuführen. Wie bisher, so trägt auch im neuen Rechnungsjahr die Ortsgr[*uppe*] München die größten finanziellen Lasten und bildet mit 12 % Beitragsleistung die Hauptstütze für die Zentrale. Zur Zeit bestehen 1.124 Ortsgruppen und ist damit zu rechnen, daß im nächsten Monat bereits ein Mitgliederstand von 100.000 erreicht wird."

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 4.9.1928, "Hitler und der Katholizismus"; Münchener Post vom 4.9.1928, "Autokrat Hitler"; Berliner Arbeiterzeitung vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!" (wortgleicher Bericht: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!"); Der Angriff vom 10.9.1928, "Die Generalmitgliederversammlung in München". Sowie PND-Bericht Nr. 626, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6735. Lagebericht N/Nr. 70 der Polizeidirektion München vom 16.10.1928; ebenda. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 127 vom 31.10.1928; BA, R 134/41. Auszug vom 15.5.1929 aus der (nicht überlieferten) Niederschrift über die Generalmitgliederversammlung; IfZ, Fa 88/91.

3 Nach Entlastung des Schatzmeisters.

4 Vgl. Ankündigung im VB vom 26.7. und 27.7.1928, "Kein Reichsparteitag 1928".

unterstützt sind und vom Ausland Geld bekommen [5] (Heiterkeit), war es uns *nicht möglich, außer für die Wahlen auch noch Geld für einen Parteitag zu reservieren.* Deshalb haben wir uns entschlossen, heuer auf einen Parteitag zu verzichten, ihn aber dafür im nächsten Frühjahr in einem Maßstabe durchzuführen [6], daß schon an dem rein äußeren Bild zu sehen ist, wie die nationalsozialistische Bewegung gewachsen ist, die sich in diesen zwei Jahren wirklich wieder verdoppelt hat. Beim letzten Parteitag zählte sie rund 60.000 Mitglieder, jetzt nahezu 100.000 [7], und wird bis zum nächsten Parteitag sicher 120[.*000*]-130.000 haben, d. h. *das Doppelte des vergangenen Jahres.*

Hitler fügt bei, daß andere Verbände gerne mit approximativen Zahlen operieren und fantastische Ziffern nennen; wir haben von der ersten Zeit der Entwicklung an das nicht getan, denn auch der gewöhnliche Parteigenosse soll wissen, *wie schwer seine Bewegung wächst*, wie schwer es ist, Parteimitglieder zu gewinnen und eine Bewegung aufzubauen. Den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit unserer Zahlen hat er bei den *Wahlen* gehabt; wir haben 85.000 Mitglieder gehabt und genau das Zehnfache der Wähler bekommen [8], d. h. genau das Verhältnis der Mitgliederzahl zur Wählerzahl. Unsere höchste Pflicht ist es, jedem einzelnen Parteigenossen zur Wahrhaftigkeit innerhalb unserer Bewegung zu erziehen.

Hitler betont, daß es nicht Aufgabe eines Rechenschaftsberichtes sei, im einzelnen aufzuzählen, was an dem und dem Orte gemacht wurde. Das sei weder möglich noch notwendig, denn wir wissen alle: *Jeder tut an seinem Posten das, was notwendig ist, aus seinem Pflichtbewußtsein heraus.* Unter uns ist ein einziger, der die undankbarste Arbeit zu erfüllen hat, unser Reichsschatzmeister [9], weil er der bekannte Steuereinnehmer ist, der jeden Gau ununterbrochen anstänkert, wenn er nicht pünktlich zahlt. So erscheint es begreiflich, wenn die Leute draußen sagen: Alle kann ich leiden, nur diesen einzigen Menschen kann ich nicht leiden, der sich immer wieder so aufdringlich bemerkbar macht. (Große Heiterkeit.) Es ist die undankbarste und *notwendigste Arbeit*, denn ihr verdanken wir das Wachsen der Bewegung. Die Organisation kann nur entstehen auf dem Rücken unserer Parteigenossen, die selbst die Mittel aufbringen müssen, um dieses Gebilde am Leben zu erhalten. Es ist unser Stolz, daß unsere Einnahmen aus den Mit-

---

5 Anspielung auf Pressemeldungen. Vgl. Dok. 8.

6 Der 4. Reichsparteitag der NSDAP fand vom 1.8. bis 4.8.1929 in Nürnberg statt. Vgl. Bd. III/2.

7 Dazu vermerkt der Lagebericht N/Nr. 70: "Die angegebene Mitgliederzahl, die jetzt etwa 90.000 betragen soll, ist weit übertrieben. Es ist zwar richtig, daß die jetzt ausgegebenen Mitgliederkarten etwa die Nr. 90.000 betragen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Partei so viele Mitglieder wirklich hat, da die Numerierung seit der Neugründung fortlaufend erfolgt, ohne Berücksichtigung der seither erfolgten Austritte. Dazu kommen auch noch die vielen Ausschlüsse wegen rückständiger Beitragsleistung sowie die große Zahl jener, die zwar nicht ausgeschlossen wurden, aber keine Beiträge bezahlen, sich auch gar nicht um die Bewegung kümmern und sohin nur auf dem Papier stehen. Diese Tatsache steht im auffallenden Gegensatz zu der ständigen Versicherung Hitlers, seine Partei habe keine sogen. 'schlafende Parteigenossen' wie andere Verbände."

8 Bei den Reichstagswahlen am 20.5.1928 hatte die NSDAP 810.127 Stimmen (2,6 %) erhalten. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41, 44.

9 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), Oberamtmann, 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

teln unserer Parteigenossen, aus den *Beiträgen*, sich verdoppeln. Wir haben gesehen, *daß in knapp 6 Monaten die Beitragsleistung sich verdoppelt hat.*

Wenn die Kommunistische Partei einige Millionen aus Rußland erhält, so ist das gewiß gewichtiger, aber sie werden *nicht so verwaltet werden wie die Gelder, die pfennigweise beigebracht werden müssen.* (Lebhafter Beifall.) Sonst müßte die *Wirkung* dieser Gelder auf der anderen Seite *eine ganz andere* sein, als es tatsächlich der Fall ist.

Ich will den Parteigenossen die Größe der gesamtzuleistenden Arbeit vor Augen halten und ihnen umgekehrt auch sagen, was noch geleistet werden muß. Da ist es notwendig, den Blick zurückzuwerfen und nie zu vergessen, daß die Bewegung, die heute mit 100.000 Mitgliedern arbeitet, noch vor 8 bis 9 Jahren ein ganz kleines Gebilde von ein paar Männern gewesen ist. Heute 1.200 Ortsgruppen mit durchschnittlich je 80 bis 90 Köpfen, aber noch vor acht Jahren *eine einzige, die damals sieben Mann zählte* [10].

Wir können das Werk unserer Bewegung in zwei Teile zerlegen. Der erste Teil von 1919 bis 1923 hat wieder einzelne Abschnitte. Der erste Abschnitt um ungefähr 1919 ist in Wirklichkeit der Versuch, die Bewegung hier in München bekannt zu machen. Allgemeine Formulierungen wurden gesucht, die ersten kleinen Versammlungen gehalten, die ersten Druckschriften herausgegeben. So wuchs die Bewegung, bis sie endlich im Münchener Hofbräuhausfestsaal am *24. Februar 1920 die erste große Versammlung* [11] abhielt, dem Tage, an dem sie zum erstenmal in dieser Stadt in die weiteste Öffentlichkeit trat. Die Fahne [12], erst entstanden, wurde zum erstenmal im Laufe des Jahres 1920 gezeigt, ein Parteiabzeichen entstand. In Inseraten mußten wir bei anderen Blättern betteln gehen und unsere Artikel in uns befreundete Blätter lancieren. Zu Beginn *des Jahres 1920 zählten wir erst 64 Mitglieder.*

Der zweite Abschnitt umfaßt die Jahre 1920/22. Dieser Abschnitt brachte schon ein verhältnismäßig erfreuliches Wachstum der Bewegung. Zum erstenmal erhielten wir eine eigene Zeitung [13]. In ganz Deutschland war noch kein nationalsozialistisches Organ vorhanden. Im Dezember 1920 wurde mit schweren Lasten, die unser unvergeßlicher Freund *Eckart* [14] *aufbrachte*, die Zeitung erworben. Es kam die Umstellung auf den Boden einer nationalsozialistischen Auffassung, es kamen die Auseinandersetzungen mit den Schutz- und Trutzbünden, den Einwohnerwehren. Schon von Anfang an wurde von uns betont, daß die Führung der ganzen nationalen Opposition diese

Partei der 64 Mann

---

10 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 198 f., Anm. 118.

11 Auf dieser Versammlung hatte Hitler das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Druck eines Polizeiberichts: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

12 Die Hakenkreuzfahne war auf dem Parteitag der deutsch-österreichischen Nationalsozialisten vom 7./8.8.1920 in Salzburg zur offiziellen Fahne der NSDAP erklärt worden.

13 "Völkischer Beobachter". Zum Erwerb vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 120 ff.

14 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB.

in die Hände bekommen werde. Daran haben wir nie gezweifelt. Im Jahre 1920 zählte die bayerische Einwohnerwehr 370.000 Mitglieder! Und doch waren wir überzeugt, daß die 64 Menschen die nationale Führung in die Hand bekommen werden. Ende 1920 und besonders anfangs 1921 gingen wir hinaus auf das Land. Die erste Ortsgruppe wurde in *Rosenheim* [15] gegründet. Dann kam eine zweite, eine dritte, es kam *Landshut* [16] mit Niederbayern, es kam Ingolstadt [17]. Die Bewegung begann sich langsam über das Land auszubreiten. Einzelne Redner begannen aufzustehen, Menschen, die man vorher nicht gekannt hatte. Und im Jahre 1922 konnte man sagen, daß in München jedermann die verdammten Hakenkreuzler kannte und jeder diesen schwerauszusprechenden Namen langsam auswendig lernte. Immer mehr Menschen fingen an zu wissen, was wir wollen. Das Jahr 1922 bedeutete für uns noch den Abschluß einer gewissen Periode, weil wir in diesem Jahre *zum erstenmal auf die Straße* gegangen sind. Im Spätsommer marschierten wir in München zum Königsplatz auf [18], und zum erstenmal versuchten die Roten, den Zug auseinanderzutreiben. *Die Roten wurden verhaut* [*sic!*] *und auseinandergetrieben*, und seit der Zeit konnte uns niemand mehr von der Straße wegbringen, ausgenommen die *von der Polizei geschützten roten Organisationen*. Wo keine Polizei auftrat, waren die Roten stille Zuschauer an den Straßenrändern von unseren Aufzügen. Wenn irgendwo Unruhe und skandalöse Szenen vorkamen, war ausschließlich die Polizei schuld, die sich zwischen die Roten und unsere Kolonnen stellte, so daß diese sich nicht wehren konnten, wenn die anderen mit Steinen auf sie warfen.

Im Jahre 1923 versuchte unsere Bewegung zum ersten Male *Einfluß auf das größere deutsche Schicksal zu gewinnen*. Das war bedeutungsvoll für die Bewegung, weil es uns emporführte, um uns dann doch den Erfolg zu verweigern und bei einem sogenannten Zusammenbruch zu enden [19]. Die Meinung unserer Gegner, daß durch die Ereignisse des Jahres 1923 die Bewegung vernichtet worden sei, war falsch, weil man eine Bewegung, die auf einer grundsätzlich richtigen Idee beruht und deren Anhänger entschlossen sind, diese Idee zu vertreten, *durch Mißerfolge nie vernichten kann*. Wenn das möglich wäre, hätte sie keine Mission gehabt, und es wäre nicht schade gewesen, wenn sie verschwunden wäre. Im Jahre 1923 hat die Partei, die mit 7 Leuten begonnen hat, eine Mitgliederzahl von rund 60.000 erreicht. Das war zum Teil Inflationsgewinn. Wir selbst gaben uns keiner Täuschung über die Festigung der Bewegung hin. Wenn einer einen Juden als Untermieter nicht aus der Wohnung brachte, oder wenn er seine Steuer nicht zahlen wollte, dann sagte er: Das wird mir zu dumm, jetzt gehe ich zu den Nationalsozialisten. (Heiterkeit.)

15 Am 21.4.1920. Vgl. VB vom 21.4.1921, "Ein Jahr nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Rosenheim".

16 Am 4.10.1920. Vgl. Donald Morse Douglas, The Early Ortsgruppen. The Development of National Socialist Local Groups 1919-1923, Kansas 1968, S. 100 f. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 7, gibt als Gründungsdatum den 20.9.1920 an.

17 Am 14.12.1922. Vgl. VB vom 30.12.1922, "Aus der Bewegung".

18 Am 16.8.1922 anläßlich einer Kundgebung der Vaterländischen Verbände. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 678 ff.

19 Hinweis auf den gescheiterten Hitlerputsch vom 8./9.11.1923.

Dann kommt das eine Jahr, in der die Bewegung endgültig "gestorben" war. Im Jahre 1925 kam sie wieder empor, und dieser *zweite Teil der Bewegung* liegt uns näher. Die Gründung der Partei war fast eine Neugründung, denn die Bewegung der Partei hat von vorne beginnen müssen [20]. Wenn sie von nichts auf ungefähr 35.000 gekommen ist, dann in ungefähr der gleichen Zeit auf 100.000, so beweist das, daß sie auch *innerlich gewachsen* ist. Das Jahr 1925 hat uns vor eine Reihe von Aufgaben gestellt. Die erste Aufgabe lautete:

Kampf dem Bruderkampf!

Der Nationalsozialismus mußte aus der Atmosphäre des sogen. *völkischen Krieges* [21] herausgehoben werden, nicht durch faule Verständigung sich selbst entwürdigen. Diese Bereinigung konnte nur stattfinden auf der Basis der *Proklamierung der alten Partei*, wobei an jeden einzelnen die Frage zu richten war: Willst du mittun oder nicht? Wenn ja, dann schließe mit der Vergangenheit, wenn nein, dann heraus! Das Wesentliche war: Es ist notwendig, daß die Bewegung wieder entsteht und daß in ihr jeder Kampf schweigt.

Die zweite Notwendigkeit war der *Neuaufbau der Organisation der Partei und der S.A.* unter Verwertung der Erfahrungen der Jahre 1923/24. Es war nicht leicht, die in voller Demokratisierung befindliche Bewegung zurückzuführen auf den Boden der strammen Zentralisation und des *Führergedankens*. Die S.A. wurde erst später, 1926/27, organisiert [22].

Die dritte Aufgabe war der *Ausbau und die Vertiefung unserer geistigen Unterlagen*. In den letzten 4 Jahren ist auf diesem Gebiete Unglaubliches geleistet worden. Wenn man früher höhnisch sagte, die Nationalsozialisten haben keine innere geistige Vertiefung, so möchte ich heute die Partei und Wehrverbände sehen, die sich bezüglich der Idee mit uns messen können, in dem, was sie *aus sich selbst und nicht von uns gestohlen haben*. (Starker Beifall.) Wir haben das beglückende Gefühl, daß der von uns eingenommene Standpunkt neue Einblicke in das allgemeine Leben gewährt und Dinge, die vordem verworren schienen, klar macht, Dinge, an denen unser Bürgertum scheitert.

Die 4. Notwendigkeit ist der *Wiederaufbau unserer Propagandamittel*, an der Spitze unsere *Presse*. Das war eine schwere und große Arbeit. Was ist nach 4 Jahren erreicht worden? Der Bruderkampf ist beendet, aber unsere Gegner haben den Bruderkrieg. Auch die *Deutschnationalen* schreien nicht mehr, sondern haben sehr viel mit sich selbst zu tun. Die Wahlen haben eines gezeigt: Nur die bürgerliche Welt allein ist vom Bruderkrieg zerrissen, und nur die nationalsozialistische Partei hat glänzend gezeigt, daß sie das einheitlichste Gebilde ist, das es gibt. In München war die

Generalabrechnung

mit der sogen. *völkischen Konkurrenz* eine entscheidende. Wir können stolz sein, bei den Wahlen in München 37.000 Stimmen erhalten zu haben, während die völkischen Gegner

20 Vgl. Bd. I, Dok. 1-4.

21 Zu den Auseinandersetzungen im völkisch-nationalen Lager vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

22 Vgl. Bd. II/1, Dok. 31, 135.

nur knapp 700 Stimmen erhielten[23]. Da kann man nicht sagen "Völkischer Bruderkrieg", nein, sondern: Es gibt *Querulanten*, mit denen wir nichts zu tun haben wollen. Die nationalsozialistische Bewegung wird niemandem jemals den Gefallen tun, daß sie zerfällt. Leute, die das hoffen, haben keine Ahnung von der *Festigung unserer Organisation* und Partei, und wenn alle politischen Parteien zersplittern können, dann wird wie ein Fels die nationalsozialistische dastehen. Diese Überzeugung können wir alle mit uns nehmen.

(Stürmischer Beifall.)

Die erste Aufgabe ist schon jetzt restlos gelöst: *Es gibt nur mehr eine nationalsozialistische Bewegung*, und was sich sonst noch herumtreibt, wird verschwinden. Die zweite Aufgabe: Neubau der Organisation ist soweit gelöst, als man sie mit menschlichen Kräften in 4 Jahren lösen konnte. Es wird niemals einen Zustand geben, mit dem wir uns selbst zufrieden erklären können, denn in jedem Zustand sehen wir nur den Ausgangspunkt eines neuen Kampfes. Langsam hat sich diese Organisation über das Reichsgebiet hinaus verbreitet, auch Deutsch-Österreich hat sich langsam konsolidiert und wird sicher hineinwachsen in die Bewegung und nicht mehr umzubringen sein, und auch dort wird die Konkurrenz eines Tages verschwinden[24]. Den sichtbaren Ausdruck des Wachstums haben wir nun in unserer *Mitgliederzahl*. Jetzt haben wir keine Inflationsgewinne mehr in unseren Reihen, und ich lege schärfste Verwahrung ein dagegen, daß man sagt, *wir* haben 100.000 Mitglieder und die *Demokraten* haben auch 100.000 Mitglieder. Nein, dann haben wir 100 Millionen Mitglieder. Es ist ein Unterschied, ob ich Mitglied der demokratischen Partei bin mit der Aussicht, eines Tages einen Dolmetscherposten in Genf zu bekommen oder Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung und eines Tages ins Gefängnis zu wandern!

Der dritte Punkt, die

Vertiefung der Idee,

erleben wir in diesem Jahre nicht nur in unserer Presse, sondern in zahlreichen grundlegenden Werken, die im Geiste unserer Idee erschienen sind, so daß wirklich die gesamte sonstige Presse an der nationalsozialistischen Milchflasche hängt. Die zentrale Organisation hat sich wundervoll entwickelt. Sie hat einen Umsatz von einer halben Million M[*ark*] im Jahre erreicht und ist damit eine der größten Anstalten in München geworden.

Hitler greift aus dem *letzten Jahr* die beiden Ereignisse heraus: den *Nürnberger Parteitag 1927*[25] und die *Wahlen des Jahres 1928*[26].

23 In München hatte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 36.924 Stimmen (10,7 %), die Völkische Arbeitsgemeinschaft (Völkisch-Nationaler Block) 715 Stimmen (0,2 %) erhalten. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 60 (1928), S. 437 ff.

24 Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in Österreich hatte sich im Mai 1926 in die NSDAP (Schulz-Gruppe) unter der Führung von Karl Schulz und die NSDAP (Hitler-Bewegung) gespalten. Letztere unterstellte sich Ende August 1926 unter der Führung von Landesleiter Friedrich Jankovic offiziell der NSDAP im Deutschen Reich. Daneben bestand der von dem ehemaligen DNSAP-Obmann Walter Riehl 1924 gegründete Deutschsoziale Verein, der sich 1930 der NSDAP (Hitler-Bewegung) anschloß. Vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 45 ff.

25 Vom 19.8. bis 21.8.1927. Vgl. Bd. II/2, Dok. 161-168.

Den Parteitag werden viele von Ihnen miterlebt haben und wissen, daß 100.000 Menschen in diese Stadt einströmten. Sie haben gesehen, mit welcher Begeisterung unsere Braunhemden ihren Dienst taten, Sie haben den Gesamteindruck erlebt und diese *unzerstörbare Einigkeit*, die unsere Bewegung beherrscht. Dieser Parteitag wird glücklich ergänzt durch die *Wahlen*. Zum ersten Male waren wir *auf uns selbst gestellt*, belastet mit einer sehr üblen Vergangenheit, und wir können mit Stolz sagen, wir haben einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Nicht nur, daß wir 12 Mandate durchbrachten; nur durch einen teuflischen Zufall verloren wir zwei [27], die Stimmen dafür hätten gereicht. Wir haben die gegnerische Konkurrenz beseitigt; es ist nur noch *eine* völkische Bewegung da, ohne eine Anleihe bei den Wehrverbänden aufnehmen zu müssen.

Es ist für uns schon ein kleiner Triumph, daß *die* Parteien, die die Unterstützung der Wehrverbände hatten, verloren haben, während wir, die diese Unterstützung nicht hatten, gewonnen haben. (Lebhafter Beifall.) Wenn jetzt wieder Wahlen kämen, würden wir schon wieder 100.[*000*] bis 150.000 Stimmen mehr haben, noch mehr in einem halben oder einem ganzen Jahr. Wenn unser Bürgertum vor Neuwahlen zittert, wir zittern nicht - sie *müssen* uns Erfolg bringen, es geht nicht anders. Es erfüllt sich alles, was wir die Jahre hindurch prophezeit haben. Die Wahlen freuen uns noch aus einem anderen Grund, einem boshaften Grund: Haben wir doch in der Stadt [28] gekämpft, in der uns die Ehre zuteil ward, Neudeutschlands größten Mann [29] als Gegner zu besitzen (Bewegung und Heiterkeit), der in Paris die ganze öffentliche Meinung in Bewegung setzt [30], den Philosophen von Gottes Gnaden, er hatte diese Stadt für würdig erachtet, hier kandidieren zu lassen. Es war eine hohe Ehre für uns, diesem hohen Geist gegenübertreten zu dürfen, weil die gesamte Presse für diesen Geist eingetreten ist. Die "M.N.N." [31] konnten sich nicht genug tun, die außerordentlichen Qualitäten dieses Mannes hervorzuheben und festzustellen, daß unsere Bewegung nur ein paar tausend Anhänger zählt *und Herr Stresemann einen großen Sieg erringen wird.* Es ist anders gekommen. Wenn heute die

26 Am 20.5.1928 hatten Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt stattgefunden.

27 Bezieht sich vermutlich auf das Ergebnis von NSDAP, Deutschsozialer Partei und Völkisch-nationalem Block bei den Reichstagswahlen 1928, die zusammen 1.121.785 Stimmen erzielt hatten. Aufgrund getrennter Listen hatte jedoch nur die NSDAP 12 Mandate erhalten, während bei den Reichstagswahlen im Dez. 1924 die in einem Wahlbündnis zusammengeschlossene NSDAP und DVFB 907.915 Stimmen und 14 Mandate verzeichnen konnten. Vgl. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 126 vom 20.7.1928; BA, R 134/40.

28 München.

29 Gemeint ist Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächs. Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, Aug. 1923 bis Nov. 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, Nov. 1923 bis Okt. 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand, Sir Austen Chamberlain und Charles Dawes).
Stresemann hatte bei den Reichstagswahlen als Spitzenkandidat der DVP für den Reichstagswahlkreis Oberbayern-Schwaben kandidiert.

30 Der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann hatte am 27.8.1928 in Paris den Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtungspakt) als Vertreter Deutschlands unterzeichnet. Vgl. Anm. 44 sowie Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 409 ff.

31 Münchner Neueste Nachrichten.

"M.N.N." Herrn Stresemann gleichgültig behandeln - schrieben sie doch gleich nach den Wahlen: Herr Stresemann konnte die nötige Stimmenzahl nicht aufbringen[32] - (Heiterkeit), nicht mehr so dem Ausmaß eines Bismarck gleichsetzen, und auch aus dem Zentrum Stimmen kommen, daß Herr Stresemann doch nicht der allergrößte Staatsmann gewesen wäre, dann haben wir ein großes Verdienst an dieser Entwicklung. Ich kenne diese Skribenten. Wenn diese heute wagen, gegen Herrn Stresemann schüchtern anzutippen, dann nur deshalb, weil wir gewagt hatten, ihnen ein Bild der öffentlichen Meinung zu geben. Das ist bestimmend für diese Menschen: *Sie machen die öffentliche Meinung und werden von ihr gemacht.*

Und wenn die "M.N.N." mit ihrem etwas verlängerten Riechorgan herausbekommen, daß die öffentliche Meinung irgendetwas nicht will oder will, werden sie mit fabelhafter Geschwindigkeit ihr eigenes Wissen umstellen und eines Tages verfluchen, was sie angebetet haben, und einmal anbeten, was sie verflucht haben, wovor uns der liebe Gott bewahren möge. (Heiterkeit und Beifall.)

Hitler stellt für das letzte Jahr vor allem die *langsame Durchsetzung der gesamten Bewegung mit dem grundsätzlichen Gedanken unserer Ideen fest.* Er betont hauptsächlich das langsame Vordringen des Führerprinzips. Die Bewegung dürfte stolz sein darauf, daß sie die einzige ist, die auf logischer Grundlage aufgebaut ist. Das sei notwendig, um die Minderheit der Zahl zu ersetzen durch ein Höchstmaß an innerer Disziplin, Festigkeit, Kampfkraft, kurz an Energie.

Eines ist vor allem wichtig: die Notwendigkeit, daß die Bewegung für alle Zukunft freigehalten wird von allen religiösen Diskussionen und Kämpfen[33]. (Zurufe: sehr wahr! lebhafter Beifall.) Ich persönlich werde, so lange ich Führer bin, niemals dulden, daß in die Bewegung religiöse Diskussionen hineingetragen werden. Ich werde jeden entfernen, der versucht, die Bewegung zur Tenne religionsphilosophischer Auseinandersetzungen zu machen. Ich lege allen Wert darauf, daß unsere Partei gerade die Kluft schließt, die unser Volk zerreißt, hier muß Protestant und Katholik sich restlos zusammenfügen können: Wir kämpfen nur für eines - (die folgenden Worte gehen in Beifallsstürmen unter) - Ich habe nur den einzigen Wunsch, daß in der Partei niemals der Zustand einreißt, daß es einem Katholiken oder Protestanten Gewissenskonflikte unmöglich machen würden, der Partei anzugehören. Die Partei muß stets so geleitet werden, daß jeder fromme Katholik, ohne in Konflikt mit seinem Gewissen zu kommen, ihrer Politik zustimmen kann. Wenn jemand sagt: Dann werden Sie Diener einer Konfession, so sagen wir im Gegenteil: nicht Diener einer Konfession, sondern

Diener des deutschen Volkes

(lebhafter Beifall) im Kampf um die Zukunft unseres deutschen Volkes gegen die Todfeinde unseres Volkes, gegen die jüdische Blut- und Rassenvergiftung, gegen die Kulturvergiftung unseres Volkes. Hier kennen wir nur Deutsche, die bereit sind, für unser Volk sich aufzuopfern, ganz gleich ob Katholik oder Protestant.

Wer seinem Volke nicht hilft, ist in unseren Augen schlecht, sei er wer immer, und wer ihm hilft, ist in unseren Augen ein wahrhaftiger Christ, mag er hierhin oder dorthin beten, das ist seine persönliche Angelegenheit. Wenn wir gegen das Zentrum kämpfen,

32 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 21.5.1928, "Die Entscheidung des 20. Mai".
33 Anspielung auf den Konflikt zwischen Hitler und Artur Dinter. Vgl. Dok. 4.

so nicht, weil es vorgibt, eine katholische Partei zu sein, sondern, weil es Christentum und Katholizismus verrät. Wir betrachten es als eine Heuchelei, das Christentum in den Mund zu nehmen, um damit *Wahlgeschäfte* zu machen. *Denn wäre das Zentrum wirklich christlich, dann würde es an unserer Seite stehen.* Es müßte wie Christus im Tempel mit der Peitsche gegen die Händler, gegen diejenigen vorgehen, die heute Deutschland zugrunde richten. Ich kann Sie nur auf das inständigste bitten: Dulden Sie niemals, daß religiöse Diskussionen bei uns Platz greifen. Die ältesten Mitglieder wissen, daß es dies bei uns *nie gegeben hat.* Wir konnten jedem sagen: Geh in deine Kirche und bete dort zu deinem Herrn, erziehe deine Kinder zu anständigen Christen und sei überzeugt, daß es wichtiger ist, für dieses Christentum gemeinsam zu kämpfen, statt sich zu zerfleischen im Interesse eines Dritten: des ewig lachenden Juden. Wenn wir das immer beherzigen, werden wir niemals hereinfallen auf die Fragen: *Bist du Monarchist oder Republikaner?* Nein, in erster Linie sind wir *Deutsche!* Für euch Bürgerliche ist die Staatsform alles, für uns ein *Mittel zum Zweck.* Der Inhalt, das Volk, ist das Wichtigste. In unseren Reihen sind Menschen, die

Monarchisten und Republikaner

sind. Was wir verlangen, ist, daß jeder in unseren Reihen ein Deutscher ist. Wir haben diesen Stall sauber zu machen, auszumisten alle, die heute in Deutschland Geschäfte machen an der Not unseres Volkes, Deutschland zu säubern von Schiebern und Betrügern, Deutschland frei zu machen, Brot zu bringen unserem Volke. Erfüllen wir diese Aufgabe und überlassen wir es der Zukunft, dem Volke die Staatsform zu geben, die ihm angemessen ist.

Daß dieser Kampf notwendig ist, das sehen Sie heute besser vor sich wie je zuvor. Bei nüchterner Betrachtung der

Lage Deutschlands

müssen wir feststellen, daß der Teil des Volkes, den man in den Begriff "national" zusammenfaßt, in einem rettungslosen Auflösungsprozeß begriffen ist. Wir sehen, daß in Deutschland die *Verjudung* fortschreitet in der Literatur, beim Theater, in der Musik und im Film, daß unsere Ärzteschaft verjudet, unser Richterstand, daß an unseren Universitäten immer mehr und mehr Juden auftreten, und es wundert mich nicht, daß ein Prolet hergeht und sagt: Was kümmert das mich? Verwunderlich dagegen ist es, daß es aber *nationale bürgerliche* Menschen gibt, die sagen: Das interessiert uns nicht, diesen Antisemitismus verstehe ich nicht. *Sie werden ihn verstehen, wenn ihre Kinder unter der Knute des jüdischen Aufsichtsbeamten schmachten.*

In *Bayern* haben wir eine "nationale" Regierung[34]. Das Ergebnis ist eine langsame Zerstörung all der Faktoren, die wirklich Träger des nationalen Gedankens sein müßten. Langsam wird der Verwaltungskörper demokratisiert. Auch der

Reichswehr

34 Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Heinrich Held (BVP) bestand überwiegend aus Mitgliedern der BVP.

geht es an den Kragen. Langsam wurden alle nationalen Offiziere abgebaut, bis endlich die Wehr so schwach geworden ist, daß man den General Seeckt[35] absetzen zu können glaubte[36]. Trotz aller Nachgiebigkeit werden auch seine Nachfolger[37] gehen müssen, und eines Tages wird *Hörsing*[38] oder *Severing*[39] erscheinen. Wir werden einen neuen Reichswehrkandidaten bekommen, *die Armee wird demokratisiert.* Ich glaube fast, das wird für Deutschland besser sein, dann können auch wir wieder *offen werben!* Die Zersetzung greift langsam, aber unheimlich sicher um sich, und irgendein ernster Widerstand findet kaum statt. *Als Idee wächst aber der Antisemitismus.* Was vor 10 Jahren kaum da war, ist heute da: Die Judenfrage ist auf das Tapet gebracht, sie wird nicht mehr verschwinden, und wir werden dafür sorgen, daß sie zur internationalen Weltfrage wird, wir werden sie nie zur Ruhe kommen lassen, *bis einmal die Frage gelöst wird.* Den Tag glauben wir noch erleben zu können. (Stürmischer Beifall.)

Etwas können wir mit stolzer Befriedigung feststellen: Alle unsere Organe sind zu wirklichen aufrechten Kampforganen geworden. Wir Nationalsozialisten können mit tiefster innerer Befriedigung die Tätigkeit unserer

parlamentarischen Fraktionen

heute schon feststellen - sie führen heute tatsächlich die Opposition. *Im Deutschen Reichstag wird heute die brutale Wahrheit nur mehr von 12 Männern*[40] *ausgesprochen.* (Stürmischer Beifall.) So wie dort, ist es auch im Landtag. Es ist ein Kampf, den eine kleine Minorität rücksichtslos und zäh durchführt, die dauernd Verzicht leistet auf alle sogen. parlamentarischen Vorteile, auf jeden Kompromiß, bei dem die geringsten deutschen Interessen verletzt werden könnten.

Hitler verweist hier auf die Ergänzung der nationalsozialistischen Bewegung, den *Deutschen Frauenorden*[41], die Gründung des Roten Hakenkreuzes, um dann zum

35 Hans von Seeckt (1866-1936), Generaloberst, 1887 Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs der 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Nov. 1923 bis Feb. 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang Kai-scheks.

36 Seeckt hatte Anfang Sep. 1926 in eigener Veranwortung die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 501 ff.

37 Wilhelm Heye (1926-1930) und Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1930-1934).

38 Otto Hörsing (1874-1937), Metallarbeiter, 1906 Sekretär des SPD-Bezirks Oberschlesien, 1919 Reichskommissar für Schlesien und Posen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR (SPD) bis 1922, 1925-1932 MdL in Preußen, 1920-1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen, 1924-1932 Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1932 Ausschluß aus SPD und Reichsbanner.

39 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Okt. 1926 und Okt. 1930 bis Juli 1932 preuß. Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

40 Mitglieder der NSDAP-Reichstagsfraktion: Walter Buch, Wilhelm Dreher, Franz Xaver Ritter von Epp, Gottfried Feder, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Ernst Graf zu Reventlow, Franz Stöhr, Gregor Straßer, Josef Wagner, Werner Willikens.

41 Der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz) wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

Schluß noch die *trostlose außenpolitische Lage Deutschlands* zu berühren und das unerhörte Leid, das unser Volk unter der Leitung dieses Außenministers hat auf sich nehmen müssen, vom Dawesvertrag [42] bis Locarno [43] und jetzt zum *Kriegsächtungsschwindel* [44]. Schon die Tatsache, daß Deutschland im Völkerbund gelandet ist [45], ist für uns entsetzlich. Wir verstehen es, daß es Völker gibt, die ein Interesse haben, einen Völkerbund aufzurichten. Denn wie die Welt *jetzt* ist, so muß sie bleiben. Das ist der Zustand des ewigen Friedens. *Allein diesen Völkern stehen andere Völker gegenüber, denen die heutige Weltbodenverteilung den Tod für die Zukunft gibt.* Wir haben ein Recht, Stunde für Stunde gegen den Zustand zu protestieren, den man als Recht hinzustellen beliebt, der *Raub an unserem Eigentum* seit vielen Jahren ist. Der Völkerbund ist der Garant des Friedensvertrages von Versailles und damit der internationalen Weltbörse. *Wir haben in ihm nichts zu suchen.* Gerade dieser Außenpolitik gegenüber hat unsere Bewegung eine große Mission. Sie können nicht abstreiten, daß sie dieser Mission nachkommt. Vor wenigen Tagen las ich in völkischen Zeitungen den Bericht, daß zwischen Frankreich und England ein Vertrag [46] abgeschlossen wurde, auf Grund dessen Frankreich beim nächsten Kampf mit Italien *sofort in Süddeutschland einrückt* und als Operationsbasis benützen wird, und dieselben Blätter greifen uns an, weil wir sagen: Nicht warten, bis man das Messer an der Gurgel hat, sondern Widerstand organisieren! Wenn eine tschechische Zeitung sagt, daß ich ein Störer des Weltfriedens bin, und betont wird, daß unsere Bewegung eine *Gefahr für den Weltfrieden* bedeute, so sage *ich*: Ja, wir wollen für *den* Frieden eine Gefahr bedeuten! (Stürmischer Beifall.) Wir werden nicht rasten und sorgen, soweit es in unseren Kräften steht, daß Unruhe entsteht, *daß die Welt solange nicht zur Ruhe kommt, als diese Ruhe Deutschlands Tod bedeutet.*

Damit stehen wir wieder vor der Notwendigkeit, eine

42 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Es war vorgesehen, die vereinbarten deutschen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 um eine am Wohlstandsindex orientierte Quote zu erhöhen. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

43 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff. Druck: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

44 Gemeint ist der am 27.8.1928 in Paris unterzeichnete Briand-Kellogg-Pakt, in dem der Krieg "als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle" verurteilt und die beteiligten Staaten "auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen" (Artikel 1) verzichteten. Druck: RGBl. 1929, II, S. 97 ff.

45 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

46 Mit dem Flottenkompromiß vom 28.7.1928 hatten sich Großbritannien und Frankreich die Anerkennung ihrer gegenseitigen Interessen in der See-, bzw. Landabrüstung zugesichert. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 506 ff.

Parole des Kampfes
für die Zukunft aufzustellen. Unser Gegner ist nach wie vor der *Marxismus*. Die nationalen Verbände, die uns bei der Bekämpfung desselben nicht stören, werden von uns nicht angegriffen werden. Aber die Parteien, die in dem Kampfe zum Marxismus stehen, den Juden schützen, werden mit uns die Klinge kreuzen müssen. Wir verlangen: *Geht aus dem Zwischengelände heraus!* Wenn ihr drinnen bleibt, bekommt ihr etwas auf euren Kopf. Dann beschwert euch nicht über uns, sondern zieht euren Kopf beizeiten zurück! Das ist die einzige Parole, die es für uns für die nächste Zeit gibt. *Kampf gegen den Marxismus* und die Hoffnung, daß bei der einen oder anderen Gruppe unseres Volkes die Überzeugung aufdämmert, daß es unrichtig ist, die nationalsozialistische Bewegung zu bekämpfen, sondern richtiger, sich hinter sie zu stellen, die nun einmal die tatkräftige Bewegung ist, und sie *anzuerkennen als*
die Vorhut des deutschen Volkes.

Wenn ich heute schließe, dann bitte ich Sie: *Geben Sie wie bisher Ihre Liebe dem deutschen Volk, alle Liebe unserem unglückseligen Vaterland und der Not dieses Volkes. Geben Sie Ihren Glauben und Ihre Hoffnung auf unsere Bewegung, auf den Sieg dieser Bewegung, und schenken Sie Ihren Dank denjenigen, die dafür kämpfen, ausnahmslos und am allermeisten denen, die dafür als Opfer ihr eigenes Leben auch in diesem Jahre hingegeben haben.* (Stürmische Heilrufe und anhaltender Beifall. Alles erhebt sich und jubelt dem Führer zu.)

[...] [47]

Adolf Hitler ergreift ebenfalls zu diesem Antrag das Wort und erklärt sich als *Todfeind aller Räte*, sogar der Justizräte, und zwar deshalb, weil es ungezählte Menschen gibt, die bereit sind, einen Rat zu erteilen, aber nicht zu arbeiten. Er werde niemals den Rat von Menschen einholen, die nicht mit voller Verantwortung ein Amt verwalten und mit ihrer ganzen Person dafür einstehen. Außerdem sei jede Organisation, so wie sie als reine Ratsorganisation aufgezogen sei, bereits Parlamentarismus. Die Bewegung habe mit solchen Organisationen schon früher schlechte Erfahrungen gemacht. Wenn er Aufklärung benötige über eine Angelegenheit des Reichstags, so wende er sich an *Frick* [48],

47 Folgt Bericht über die einstimmige Wahl des Vorstandes: 1. Vorsitzender: Hitler; Reichsschatzmeister: Franz Xaver Schwarz; Schriftführer: Karl Fiehler (anstelle des beruflich versetzten Hermann Schneider). Anschließend stellte Schwarz den Antrag, den monatlichen Mitgliedsbeitrag von 80 Pfennig beizubehalten, der "gegen eine kleine Minderheit" angenommen wurde. Danach verlas Straßer einen Antrag Artur Dinters, der die Bildung eines beratenden Senats vorsah, "der aus den fähigsten Köpfen bestehen und vom Vorsitzenden persönlich ernannt werden" sollte.

48 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

über den Landtag an *Buttmann* [49], über die S.A. an Hauptmann *Pfeffer* [50] und seine Mitarbeiter.

Wenn er den Senat in einer religiösen Frage einberufe, so wähle er Männer, die klug und weise sind. Klug und weise seien aber diejenigen, die alle religiösen Fragen *ausschalten*. [51]

49 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayer. Staatsbibliothek.

50 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentl. Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 als Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932 MdR, 1941 Parteiausschluß.

51 Folgt einstimmige Ablehnung des Antrags und abschließende Rede Gregor Straßers.

2. September 1928 Dok. 14
Rede auf NSDAP-Führertagung in München [1]

VB vom 4.9.1928, "Abschluß der nationalsozialistischen Führertagung" [2].

Adolf Hitler nahm zu diesem Gedanken [3] sofort Stellung, indem er betonte, daß *die Partei nur Mittel zum Zweck* ist und unsere gesamte Arbeit dem Volke gehört.

Die Partei ist nur ein Instrument für den Kampf um die Auferstehung, Erneuerung und künftige Gestaltung des Lebens des deutschen Volkes. Nur deshalb kann auch der höchste Einsatz bedenkenlos gefordert werden.

Wenn ich gefragt werde: Wie können Sie es verantworten, Menschen auf Lastkraftwagen in die Nacht hinauszuschicken, um sich totschlagen zu lassen, so erwidere ich, daß ich dies niemals verantworten könnte, Menschen unter Umständen sterben zu lassen für die nationalsozialistische Bewegung.

Wer in unseren Reihen stirbt, stirbt als Nationalsozialist für unser Volk. Nur diese Opfergemeinschaft selbst wird bestimmt und umrahmt durch die Organisation, durch unsere Partei.

Sie stellt eine Gemeinschaft von Menschen dar, die für ihre Aufgabe nach bestimmten Grundsätzen kämpfen und selbstverständlich deshalb zusammengefaßt kämpfen. Schlimm ist es, wenn gewisse Fragen an einzelne Führer herantreten. Die Gefahr besteht darin, daß er nicht nur das Ganze sieht, sondern seine persönliche Verantwortung und seinen Aufgabenkreis, daß ein bestimmter Kampf beginnt, eine Konkurrenz einsetzt, *weil der einzelne Führer erfüllt ist von der Bedeutung seiner besonderen Aufgabe* und er dadurch in Konflikt gerät mit der gesamten noch größeren Aufgabe.

Hitler zeigt dies mit einem Beispiel aus dem Felde, wo durch die Gegenüberstellung des Bedarfes der Heimat mit dem Bedarf des Frontkampfes jene Konflikte entstanden und Zustände, aus denen schließlich die Revolution herauswuchs. Bei einer jungen Organisation ist es erst recht notwendig, daß in jeder Stunde der einzelne Unterführer gewissermaßen auf seine eigene Seele, auf seine Wünsche Verzicht leistet und *sich hineindenkt in die große gemeinsame Arbeit.*

Der Höchstzweck der S.A., der viel wichtiger ist als nur der Schutz einer Versammlung, ist, die innere Organisation selbst zu erhalten und durchzuführen durch [*sic!*] die

1 Im Augustinerbräu, nach 9.00 Uhr. Die Führertagung wurde von Gregor Straßer geleitet. Vor Hitler sprachen Alfred Rosenberg über die Ziele nationalsozialistischer Kulturarbeit und Franz von Pfeffer über "Politische Bewegung und S.A.". Zum Teilnehmerkreis vgl. Dok. 3.

2 Vgl. auch Berliner Arbeiterzeitung vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!" (wortgleicher Bericht: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!"). Sowie Lagebericht N/Nr. 70 der Polizeidirektion München vom 16.10.1928; StA München, Polizeidirektion München 6735. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 127 vom 31.10.1928; BA, R 134/41.

3 Der VB-Bericht vermerkt dazu folgendes: "Der Führer der S.A., *Hauptmann v. Pfeffer*, gab nun ein gedankenreiches Referat über das Thema *politische Bewegung und S.A.*, bei dem er auf die Entstehung der S.A. aus dem soldatischen Instinkt und blutsmäßigen Gefühl heraus näher einging. Dann ging er auf die Stellung der S.A. als Produkt der politischen Bewegung näher ein und umschrieb die Aufgaben, die dem Gauführer auf der einen, dem S.A.-Führer auf der anderen Seite innerhalb der ureigensten Bezirke obliegen."

Gefahren unseres demokratischen Vereinsgesetzes [4], *das den Anlaß zur Zerstörung jeglicher Organisation bietet.* Notwendig ist es, dem Vereinsgesetz, das zersetzend wirken muß, einen Gegenstand gegenüberzustellen, nämlich innerhalb der Organisation des Vereinsgesetzes eine weitere Organisation, *die den Führergedanken bis zur letzten Konsequenz durchsetzt,* das Instrument der Einheit der Bewegung gegenüber allen Versuchen, sie zu zertrümmern, aufrechtzuerhalten.

Wenn der Gauführer begreift, daß die deutsche Zukunft abhängig ist von der Schärfung einer Organisation, die von keiner Macht der Welt zertrümmert werden kann, muß er sich hinter diese Organisation stellen. Opfern Sie sich auf für den Gau oder in einem Gau für das deutsche Volk? (Lebhafte Zustimmung.)

Hitler nennt sich den Führer des Kampfes für unser Volk, nicht einer Bewegung. Jeder einzelne Gauführer begreift, daß unser ganzer Kampf nur dann einen Sinn hat, wenn die Bewegung so organisiert ist, daß sie niemals zerfällt. Niemals darf der Glaube verlorengehen, daß diese Bewegung der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist. *Daraus ergibt sich diese Doppelstellung zwischen S.A. und politischer Bewegung.*

Genau wie im Frieden das Verhältnis zwischen der militärischen und der politischen Leitung das Ergebnis jahrhundertelangen unbewußten Studiums gewesen ist und das sich langsam im Staatsleben verankert hat [*sic!*]. Die politische Leitung war von der militärischen vollständig getrennt und vereinigte sich nur in den obersten Spitzen, wenn bestimmte Anforderungen dies verlangten.

Die S.A. ist ein politisches Instrument zur Durchführung des Lebenskampfes dieser Bewegung, die in Wirklichkeit für deutsches Leben kämpft.

Es handelt sich nicht um den Gau, sondern [*darum,*] *dem deutschen Volk die Organisation zu geben, mit der man siegen kann.* Alle Parteien sind zugrunde gegangen, weil sie die Erfahrungen einer tausendjährigen Geschichte nicht berücksichtigt haben.

Hitler betont, daß ihn nichts bewegen werde, abzugehen von den Lehren der Geschichte und von den Erfahrungen, die unser deutsches Volk ganz besonders zeigt, denn kein Staat und keine Organisation kann bestehen, die den demokratischen Einflüssen gegenüber nicht ein Instrument zentralistischer Art besitzen [*sic!*].

Hitler verbreitet sich nun noch kurz gegenüber [*sic!*] der Psychologie des deutschen Volkes über die Taktik, die anzuwenden ist, um das wertvolle Menschenmaterial der uns gegenüberstehenden Verbände, die nicht jene Zweiteilung besitzen, in den Dienst unserer Idee zu stellen. Man dürfe nicht glauben, beim Stahlhelm oder Wehrwolf [5] etwas erreichen zu können, wenn [*man*] sie Tag für Tag rücksichtslos angreift. Es ist ein logischer Trugschluß zu sagen, daß man auch dann die Kommunisten nicht bekämpfen dürfe. Hier trennt uns eine sichtbare Weltanschauung.

Es gibt mit den Kommunisten kein Zusammengehen - entweder werden wir oder die andern vernichtet.

---

4 Grundlage des Vereinsrechts bildete Art. 124 der Reichsverfassung. Das Vereinsgesetz vom 19.4.1908 (RGBl. 1908, S. 151 ff.) blieb gültig, wurde aber u. a. durch das Gesetz zum Schutz der Republik (RGBl. 1922, I, S. 585 ff.) eingeschränkt.

5 Nationaler Wehrverband, gegr. 1923 in Halle/Saale durch Studienrat Fritz Kloppe, 1933 in die SA überführt.

Wenn es uns gelingt, im Kampfe gegen den Marxismus immer mehr in den Vordergrund zu treten, und wenn man sieht, daß die Nationalsozialisten die einzigen sind, die gegen die Judenpest ankämpfen, werden wir langsam und sicher das beste Menschenmaterial aus den anderen Verbänden herausholen. [6]

2. September 1928 — Dok. 15
"Zukunftsarbeit der Bewegung" [1]
Rede auf NSDAP-Führertagung in München [2]

VB vom 4.9.1928, "Adolf Hitler über die inneren Energien der nationalsozialistischen Partei" [3].

Es ist notwendig, daß der einzelne Parteigenosse in seinem Vertrauen zum Sieg der ganzen Bewegung gestärkt wird. Ich kann heute diese Tagung nicht beenden, ohne zu versuchen, in Ihnen das Vertrauen und [*sic!*] den Erfolg dieser Bewegung zu stärken. Das kann geschehen dadurch, daß man Hoffnungen erweckt oder Versprechungen macht. Es gibt aber noch einen anderen Weg, den einer nüchternen, logischen Überprüfung einer Bewegung.

Das Vertrauen wird um so stärker sein, je mehr die Überzeugung erhalten: Diese Bewegung wird auf Grund ihrer geistigen Verfassung und Organisation mit mathematischer Sicherheit zum Siege kommen müssen, weil die geistigen Unterlagen an sich unbedingt richtig sind. Ein Blick auf die Weltgeschichte zeigt von Zeit zu Zeit einzelne Erscheinungen auftauchen, die im Verlauf schon verhältnismäßig geringer Zeitspannen eine Welt umdrehen [*sic!*] und neue Ansichten zum Erfolg führen, obwohl zunächst die Träger dieser Ideen unendlich klein an Zahl sind, während der Widerstand scheinbar unüberwindlich ist.

Es ist unverständlich, wie es möglich ist, daß in Europa zum Beispiel der Marxismus langsam zum Erfolg und Sieg kam, obwohl ihm entgegenstand die gesamte bestehende Weltordnung; trotzdem siegt nach einer bestimmten Frist eine solche Neuerscheinung

6 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf. Nach einer einstündigen Mittagspause sprach Hitler über die "Zukunftsarbeit der Bewegung". Vgl. Dok. 15.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 30.8., 31.8. und 1.9.1928.

2 Im Augustinerbräu, nachmittags. Die Führertagung wurde von Gregor Straßer geleitet. Zum Teilnehmerkreis vgl. Dok. 3.

3 Gekürzte Fassung: Die Flamme, Nr. 38 vom September 1928, "Adolf Hitlers Rede in München am 2. Sept. anläßlich der Generalmitgliederversammlung der NSDAP"; Nassauer Beobachter, Nr. 37 vom September 1928, "Adolf Hitler über die inneren Energien der nationalsozialistischen Partei". Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 8.9.1928, "Eine staatsphilosophische Rede Adolf Hitlers"; Berliner Arbeiterzeitung vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!" (wortgleicher Bericht: Der nationale Sozialist für Sachsen vom 9.9.1928, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft!"). Sowie Lagebericht N/Nr. 70 der Polizeidirektion München vom 16.10.1928; StA München, Polizeidirektion München 6735. Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 127 vom 31.10.1928; BA, R 134/41.

über den bestehenden Zustand. So wundervoll das erscheinen mag, so tiefbegründet ist es. Es hängt zusammen mit einem Prozeß der Auslese der Menschen nach ihrem inneren Werte, der in tausend Einzelvorgängen stattfindet, bedingt durch die Anforderungen, die das Leben an die Menschen im allgemeinen stellt. Unser ganzes Leben innerhalb einer Volksgemeinschaft wird in allem und jedem *geregelt von einer Minorität*. Immer sind es nur *wenige*, die regelnd und bestimmend das allgemeine Leben beeinflussen. Woran liegt das? Es liegt daran, daß das Leben selbst einen dauernden *Ausleseprozeß* infolge der Härte des Lebens durchführt, weil dadurch ein kleiner bestimmter Prozentsatz ausgelöst wird und damit in sich einen bestimmten Wert darstellt, weil die Menschen nicht nur einen zahlenmäßigen Wert haben, sondern auch einen *spezifischen*. Es ist die *Aufgabe einer Zeit, die Menschen zu sortieren, die* herauszufinden, deren spezifischer Wert ein besonders hoher ist, weil aus irgendeiner Organisation oder Gesamtzahl derjenige Bruchteil herausgezogen wird, der einen besonders großen eigenen Wert hat.

Jeder Mensch hat außer seiner Wahlziffer noch eine zweite Ziffer. Nach dem demokratischen Gesichtspunkt ist diese Ziffer eins *für alle gleich*. Ein Fürst Bismarck hat nach diesem Prinzip auch die Ziffer eins, genau wie neben ihm die Mayer [*sic!*] und Schulz. Sie haben alle nur eine einzige Stimme. Neben dieser Eins, die jeder darstellt, befindet sich ein zweiter Wert, der gigantisch verschieden ist. Die deutsche Nation bestand aus 56 Millionen Menschen und einem Bismarck, oder einem Moltke, oder aus 14 Millionen Menschen und einem Friedrich dem Großen, oder die Menschheit besteht aus 1,5 Milliarden Menschen und einen Professor Röntgen [4]. Es gibt nicht 10 Menschen, die vollkommen gleichwertig wären an Tatkraft, Entschlußkraft, Weisheit, Leistungsfähigkeit usw., sie sind alle tausendfältig verschieden. Wenn ich aber es fertigbringe, aus diesem Durcheinander durch einen ganz bestimmten Vorgang die höchstwertigen Leistungen herauszuziehen und zu sammeln, dann liegt das Schwergewicht dieser Gesamtheit in diesem Teil, der einen spezifischen Wert in höchstem Umfang in sich vereinigt. Wenn eine Idee es fertigbringt, sich die höchsten spezifischen Einzelwerte zu sichern, dann stellt sie

die geschichtliche Minorität

dar, die Geschichte macht. Dann hat sie jenes Kraftzentrum, das der Masse die Gesetze des Handelns bestimmt.

Wie kann nun eine Idee sich dieser einzelnen Höchstwerte versichern?

Ich darf vielleicht zum besseren Verständnis noch beifügen: Jede Maschine besitzt irgendwo einen Punkt, an dem sie am verwundbarsten ist. Wenn ich von einem Kraftwagen den Magnet entferne oder eine kleine Zündungsstörung hervorrufe, steht die Maschine still. Wenn ich am Herzen einen bestimmten Muskel ansteche, steht der gesamte Organismus still. Umgekehrt, wenn ich in einem Staat eine bestimmte Stelle besitze, habe ich den ganzen Organismus in der Faust. Die ganze Herrschaft Englands in Indien beruht darauf, daß dieser gesamte Organismus in den lebenswichtigen Stellen durch *Engländer* besetzt ist. Wenn eine Idee heute es fertigbringt, daß sie die höchsten Werte

4 Wilhelm Conrad Röntgen (1845-1923), Physiker, 1875 Professor an der Hochschule Hohenheim, 1879 Universität Gießen, 1888 Universität Würzburg, 1900 Universität München, Entdecker der nach ihm benannten Röntgen-Strahlen, 1901 Nobelpreis für Physik.

an Energie, Tatkraft, Weisheit, Einsicht usw. in sich vereinigt und in ihr konzentriert, dann wird sie in der Lage sein, einem Gebilde ein Leben zu entziehen oder umgekehrt neues Leben zu geben.

Wie wird es einer *Bewegung* möglich, daß sie langsam aber sicher diesen höchsten Wert herauszieht? Darauf gibt uns Antwort die bisherige geschichtliche Erfahrung: Jede Weltanschauung, die wenigstens der äußeren Prüfung nach richtig zu sein scheint, die aber einem bestehenden Zustand sich absolut konträr entgegenstemmt, der in sich erhärtet ist, wird dann eines Tages die Majorität der Energie besitzen, wenn sie ihren Kampf rücksichtslos aufnimmt und von der anderen Seite rücksichtslos unterstützt wird.

Es gehört nicht viel Mut dazu, in einer bestehenden Organisation schweigend einen Dienst zu verrichten, aber schon mehr Mut, gegen einen bestehenden Zustand anzukämpfen. So wie ein Mensch oppositionell, angriffsweise gegen einen bestehenden Zustand vorgeht, wird er mehr Mut aufbringen müssen, als der, der ihn verteidigt. Die Bewegung erfordert mehr Mut als das nackte Beharren. Der Angriff zieht die Personen an sich, die mehr Mut besitzen. So wird ein Zustand, der eine Gefahr in sich birgt, zum Magneten für Menschen, die gerne eine Gefahr aufsuchen. Ein Programm mit radikalen Ideen wird radikale Menschen an sich ziehen. Eine Organisation wie "Rotfront" [5], die von vorneherein den brutalsten Angriffssinn hat, wird auch nur Menschen gewinnen, die analog eingestellt sind. Bewegungen mit radikaler Tendenz ziehen durch die Art ihrer Tendenz Menschen mit radikaler Gesinnung an sich, solche mit feiger Tendenz dagegen nur Menschen mit feiger Gesinnung.

Wenn ich nun eine Bewegung an sich mit radikalen Tendenzen ausstatte, so kommt hinzu die Reaktion des bestehenden Zustandes. Der Widerstand der Masse beginnt, auch diese kleine Zahl noch einmal zu sieben. Was übrigbleibt, ist eine Minorität von entschlossenen harten Menschen. *Dieser Prozeß ist es, der geschichtlich allein erklärlich macht, daß bestimmte Umwälzungen stattgefunden haben, die ausgegangen sind von ganz wenig*[*en*] *Menschen und die der Welt ein neues Antlitz gegeben haben.*

Nun kommt aber dazu der aktive Widerstand des bestehenden Staates. Alle Parteien, die öffentliche Meinung nehmen gegen uns Stellung.

Darin allein liegt der unbedingte, ich möchte sagen, geradezu der mathematische Grund für den einstigen sicheren Erfolg unserer Bewegung. Solange wir die radikale Bewegung sind, die öffentliche Meinung uns scheut, die bestehenden Faktoren des Staates uns entgegentreten, solange werden wir dauernd in uns wertvollstes Menschenmaterial ansammeln, auch dann, wenn, wie man sagt, alle menschlichen Vernunftgründe dagegen sprechen. Darin liegt die Zukunft unserer Bewegung, daß wir durch diesen Prozeß langsam, unzerstörbar die historische Minorität sammeln, die vielleicht in Deutschland 600.000 bis 800.000 Menschen ausmachen wird. Wenn sie diese in einer Bewegung in ihrer Mitgliedschaft vereinigt haben, dann haben sie das Schwergewicht dieses Staates geschaffen.

---

5 Der Rote Frontkämpferbund (RFB) war 1924 als paramilitärische Organisation der KPD gegründet worden; er wurde 1929 offiziell verboten. Bundesvorsitzender war Ernst Thälmann. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Wenn ich die bisherige Entwicklung ansehe, so folgt:

1. Unser Programm gilt als radikal, und die Menschen scheuen sich, zu uns zu kommen infolge der Radikalisierung unserer Denkungsart.

2. Der öffentliche Zustand unterdrückt uns mit allen Möglichkeiten, denn er sieht die Gefahr, daß das Menschenmaterial, das sich bei uns ansammelt, das beste ist, das wir in Deutschland besitzen. Solange das anhält und nur die Mutigeren sich zu uns bekennen, solange wird [*sic!*] wir auf dem richtigen Weg und marschieren mit eherner Richtigkeit dem Sieg entgegen. Wenn die große Masse mit Hurrageschrei bei uns einschwenken würde, dann stünde es übel um uns. Deshalb unterscheiden wir zwischen Mitgliedern und Anhängern. Diese sind das ganze deutsche Volk, die Mitglieder 6[*00.000*]-800.000. *Das ist die Zahl, die etwas taugt.* Alles andere geht nur mit, wenn wir in Marschkolonnen antreten. Dieses *Ausleseprinzip*, das durch den ewigen Kampf stattfindet, ist der Garant für den einstigen Erfolg unserer Bewegung. Wir werden zunächst die ganze nationale Welt, endlich auch die internationale auszehren an ihren wertvollen Menschen. Was übrigbleibt, sind dann die Einser. Nicht als Person, sondern als die Nummer, die den Wahlzettel abgibt. *Das ist die große Masse.*

Wenn wir uns die Frage vorlegen: In welchem Verhältnis steht diese Zahl zur Idee, oder wie steht die Idee nun ihrerseits zu dieser Zahl, dann müssen wir erkennen: Die Idee selbst wird, wenn sie siegen will, weltanschaulich dem heutigen Zustand diametral entgegenstehen müssen, weil nur diese Idee es fertigbringt, wirkliche Kampfnaturen auf sich zu vereinigen. Es ist notwendig, daß diese Menschen in eine bestimmte Ordnung gebracht werden. Organisation ist immer ein Hilfsmittel, das etwas ersetzen soll, was einmal da war, aber nicht mehr da ist. *Bei Wesen gleicher Art und Rasse müßte eine Organisation überflüssig sein.* Das ist in der Praxis nicht der Fall, am wenigsten beim deutschen Volk, das blutsmäßig das zerrissenste ist, das wir in Europa haben, zum Unglück, weil kein Herdeninstinkt wie bei anderen Völkern da ist, zum Glück, weil wertvolle Elemente noch erhalten geblieben sind, so daß wir ein *Ziel* haben, auf das wir losarbeiten können. Durch das Nebeneinanderliegen der einzelnen Grundelemente ist ein Rasseninstinkt nicht vorhanden. In der Gesamtheit verdanken wir dem den

Verlust der Weltherrschaft.

Rasseneinheit und -reinheit bedeutet an sich schon Herdeninstinkt, Herdentrieb und damit ein gewisses gemeinsames Fühlen und Denken. Je mehr ein Volk rassisch zersetzt ist, um so mehr muß das fehlende gemeinsame Blut und der fehlende Instinkt ersetzt werden durch den starren Buchstaben. Je mehr ein Volk rasseneinheitlich ist, desto mehr kann es auf äußere Organisationsformen verzichten, je rassisch zerrissener, um so mehr muß durch Organisation ersetzt werden, was an rassischer Einheit fehlt. Was die *Erziehung* leisten kann, bei konsequenter Anwendung, um ein Volk tatsächlich auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, das sehen wir Deutschen am besten an unserer früheren *Heeresorganisation*. Es wurde auf eine Durchschnittsleistung abgestellt, hundert Mann bilden eine Kompagnie, aus ihr schält sich der Held heraus, der den anderen vorangeht. Dieser einheitliche Wert ist gleich dem nächsten, den übernächsten und so fort durch 5 bis 6 Regimenter, bei denen man sagen kann: Regiment ist gleich Regiment. Das ist so geworden durch Erziehung, das ist die Aufgabe der Organisation. Sie soll die

Differenzen der Menschen geistiger und physischer Art überbrücken und einen gemeinsamen Nenner aufstellen, der den Befehl für die Leistungen gibt. Es wird notwendig sein, daß *einer* eine bestimmte Route vorschreibt und die *anderen* sich darauf einigen. Die Organisation ist tatsächlich eine Bedrohung des Individualismus - bis zu einem gewissen Grad. Die Organisation ist nur denkbar auf dem Boden des autokratischen Führergedankens, undenkbar auf dem Boden der Demokratie oder der Massenbestimmung. Organisation ist, die Masse auf den Nenner bringen, der durch eine Person bestimmt wird. Die Demokratie wird in letzter Konsequenz *Zerstörer der Organisation.*

Auf unsere Bewegung angewendet, möchte ich folgende *Nutzanwendung* ziehen:

1. Das Programm unserer Bewegung hat sich niemals der heutigen Weltanschauung anzupassen, sondern unverrückbar den Kampf um eine deutsche Erneuerung nach unserer Auffassung im Auge zu behalten, gleichgültig, wie die andere Menschheit dazu steht.

2. Der Kampf der Bewegung darf niemals aufgegeben werden, weil vielleicht der Gegendruck zu groß ist. Im Gegenteil: Je größer dieser Gegendruck, um so sicherer wird der Erfolg sein.

3. Notwendig ist, daß die Menschen, die bereit sind, diesen Kampf zu führen, auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden.

Es ist daher notwendig, daß wir dieser demokratischen Massenauffassung den Kampf ansagen. Sieger wird die Truppe, die eine gemeinsam aufgegebene Parole blind befolgt. Darin liegt eine gewisse Gefahr, da unter Umständen eine solche Organisation eines Tages Selbstzweck werden kann, in sich erhärtet, eine hierarchische Gliederung darstellt und den eigentlichen Zweck vergißt. Auf etwas verzichten, weil die menschliche Unzulänglichkeit aus dem an sich Richtigen etwas Falsches machen könnte, geht nicht an. Es gibt bei den Menschen keine Ewigkeitswerte. Keine *Generation hat das Recht, auf den Kampf zu verzichten, weil vorhergegangene Generationen diesen Kampf noch nicht siegreich zu Ende geführt haben oder die Gefahr wieder aufgekommen ist.* Solange Deutschland wehrfähig war, hat es gesiegt. Die Generation, die zu feige ist, sich zu wehren, verdient nichts als die Sklavenpeitsche. Niemand darf sagen: Weil vielleicht ihr Kampf auch schwache Seiten besitzt, dürfen sie nicht ringen: Zunächst garantieren *wir*, wenn wir nicht mehr sind, mögen *die* garantieren, die nach uns kommen, und wenn sie es nicht können, mögen sie vergehen. *Es gibt kein Mitleid auf dieser Welt.* Der denkende Führer muß sich sagen: Über allem steht die Notwendigkeit, daß wir diese Organisation aufbauen, denn ohne sie werden wir nicht zum Erfolg kommen können.

Indem die Gegner uns schlagen, machen sie uns hart. Sie werden sich täuschen, bis endlich der Tag der größten Enttäuschung kommen wird. Das alles liegt an uns. Was wir erreichen müssen, ist

ein politisches deutsches Heer.

Was einst die alte Armee als reiner Waffenkörper war, muß unsere Bewegung werden als *politische Organisation*, die überall einen kleinen Durchschnittsnenner aufweist, streng aufgebaut auf dem Gedanken der Persönlichkeit, und die eines Tages unser Volk vom Abgrund wegreißen wird. Sie kann leicht aber auch zur Gefahr werden, dadurch, daß der Mechanismus so erstarrt, daß der Befehl "Nicht schießen" genauso blind befolgt wird, als wenn er gelautet hätte: "Wehrt euch um euer Leben!" Das Gebäude des alten

Reiches ist plötzlich schlecht geworden, weil die Erkenntnis und der Geist in diesem Gebäude gefehlt haben und durch einen 4 1/2jährigen Krieg ausgeblutet war und unsere Gegner vieles lernten, was wir vergessen hatten. Das hat nichts [*zu*] sagen. Die nationalsozialistische Bewegung wird zur stärksten und kraftvollsten Organisation werden müssen. Sie werden sie nur zu halten vermögen auf dem Gedanken der *Führerautorität* und der rücksichtslosen Bekämpfung eines in Erscheinung tretenden demokratischen Gesichtspunktes und dadurch, daß wir durch die Organisation eine Minorität versammeln und einmal Geschichte machen. Wir werden sterben, und die nachkommende Generation wird das Werk zu verteidigen haben. Wird sie faul sein, dann wird das Werk unter ihren Händen zerbrechen wie unser Deutsches Reich. Sie müssen von der Überzeugung und dem Glauben durchdrungen sein an den notwendigen und unbedingten Sieg unserer Organisation. Dieser Glaube wird Ihnen durch nichts zerstört werden.

Hitler appelliert an die Gauführer, bei auftretenden Schwierigkeiten sich als Repräsentanten der nationalsozialistischen Bewegung zu fühlen, vor sich das deutsche Volk zu sehen, das ringt und kämpft, "das Sie braucht und von dem Sie eine Mission übertragen erhalten haben. Sie führen sie aus gemäß dem Auftrag, den Ihnen das Wohl und die Zukunft des Volkes gibt." (Stürmischer Beifall.) [6]

3. September 1928 — Dok. 16
"Neueinteilung der Gaue"
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Auf der Führertagung in München [1] wurde eine *durchgreifende organisatorische Neueinteilung* in der Weise durchgeführt, daß die Gebiete und Grenzen der Gaue unserer Bewegung mit der Wahlkreis-Einteilung für den Deutschen Reichstag zusammenfallen.

In Verfolg dieser prinzipiellen Entscheidung gilt ab 1. Oktober (Ausnahmen sind besonders gekennzeichnet) die nachfolgende Gau-Einteilung der N.S.D.A.P.:

1. *Gau Ostpreußen* [2], umfassend den Wahlkreis Ostpreußen. Leiter: Erich *Koch* [3], Königsberg, Hinterroßgarten Nr. 14.

---

6 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf mit abschließender Rede Gregor Straßers.

1 Vom 31.8. bis 2.9.1928. Vgl. Dok. 12-15.

2 Vgl. Dok. 22.

3 Erich Koch (1896-1986), Reichsbahnbeamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1928 Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ruhr, 1926 Gaugeschäftsführer und stellv. Gauleiter des Gaues Ruhr, 1926 Dienstentlassung wegen politischer Betätigung, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ostpreußen, 1929 Mitglied des Provinzialausschusses und NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Ostpreuß. Provinziallandtag, Vorsitzender der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion in Königsberg, 1930-1933 MdR, 1933 Mitglied des Preuß. Staatsrats, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 1942-1944 Reichskommissar für die Ukraine, 1959 in Polen zum Tode verurteilt, Urteilsrevision zu lebenslanger Haft.

2. *Gau Groß-Berlin* [4], umfassend das gesamte Verwaltungsgebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin. Leiter: Dr. *Goebbels* [5], Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 77/II.

3. *Gau Brandenburg* [6], umfassend die Provinz Brandenburg. Leiter: Emil *Holtz* [7], Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 77/I. (Unter diese beiden Gaue wurden die Wahlkreise Berlin, Potsdam und Potsdam II sinngemäß aufgeteilt.)

4. *Gau Ostmark*, umfassend Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder. Leiter: Wilhelm *Kube* [8], Berlin-Schöneberg, Stübbenstraße 3.

5. *Gau Pommern*, umfassend den Wahlkreis Pommern. Leiter: Walther von *Corswant* [9], Cuntzow, Post Jarmen, Pommern.

6. *Gau Schlesien*, umfassend den Wahlkreisverband Schlesien. Leiter: Helmuth *Brückner* [10], Breslau 9, Brigittental 22.

7. *Gau Magdeburg-Anhalt*, umfassend den Wahlkreis Magdeburg. Leiter: Friedrich Wilh[*elm*] *Loeper* [11], Dessau, Fürstenstraße 16.

4 Vgl. Dok. 17.

5 Joseph Goebbels (1897-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin-Brandenburg (ab 1928 Groß-Berlin), 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

6 Vgl. Dok. 17.

7 Emil Holtz (geb. 1873), Oberschullehrer, 1920 Vorsitzender der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1927 Leiter des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses im Gau Berlin-Brandenburg, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Brandenburg, Sep. 1930 Austritt aus der NSDAP.

8 Wilhelm Kube (1887-1943), Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1928 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Reichskommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

9 Walther von Corswant (1886-1942), Rittergutsbesitzer, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Gauleiter des Gaues Pommern, 1929 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Provinziallandtag Pommern, 1930-1933 MdR, 1931 Mitglied der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung, 1936 Landrat des Landkreises Greifswald.

10 Helmuth Brückner (geb. 1896), Schriftleiter, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 aller Ämter enthoben und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

11 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), Hauptmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichswehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1926 stellv. Gauleiter, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord (ab 1928: Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933-1935 Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.

8. *Gau Halle-Merseburg*, umfassend den Wahlkreis Merseburg. Leiter: Paul *Hinkler* [12], Freyburg-Unstrut, Steinstr. 13. (Die Durchführung der Abgrenzung zwischen Gau Magdeburg-Anhalt und Gau Halle-Merseburg erfolgt ab 1. Januar 1929.)

9. *Gau Thüringen-Erfurt*, umfassend den Wahlkreis Thüringen. Leiter: Fritz *Sauckel* [13], Weimar, Watzdorfstraße 61.

10. *Gau Schleswig-Holstein*, umfassend den Wahlkreis Schleswig-Holstein. Leiter: Hinrich *Lohse* [14], Altona, Hamburger Straße 105.

11. *Gau Weser-Ems* [15], umfassend den Wahlkreis Weser-Ems. Leiter: Carl *Röver* [16], Oldenburg i. O.

12. *Gau Ost-Hannover* [17], umfassend den Wahlkreis Ost-Hannover. Leiter: Otto *Telschow* [18], Buchholz, Kreis Harburg.

13. *Gau Süd-Hannover-Braunschweig* [19], umfassend den Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig. Leiter: Bernhard *Rust* [20], Hannover, Braunschweiger Str. 2/III.

---

12 Paul Hinkler (1892-1945), Lehrer, 1922-1924 Mitglied des Stahlhelms, 1923/24 Führer des Wehrwolfs im Gau Saale-Unstrut, 1924/25 Abschnittskommandeur des Frontbanns, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppen- und Bezirksleiter in Halle-Merseburg, 1926 Entlassung aus dem Schuldienst, 1926-1931 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, 1927 Stadtrat in Halle (NSDAP), 1928-1933 MdL in Preußen und Geschäftsführer der NSDAP-Landtagsfraktion, 1933-1939 Polizeipräsident von Altona-Wandsbek und Leiter der Geheimen Staatspolizei von Schleswig-Holstein, 1939-1943 Polizeipräsident von Wuppertal.

13 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thür. Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

14 Hinrich Lohse (1896-1964), Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925 NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissar. Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preuß. Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland.

15 Vgl. Dok. 18.

16 Carl Röver (1889-1942), Kaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Ortsgruppenleiter in Oldenburg des Völkisch-Sozialen Blocks und Mitglied des Stadtrats von Oldenburg, 1925 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Oldenburg, 1926 Bezirksleiter, 1928-1933 MdL in Oldenburg (NSDAP), 1928-1942 Gauleiter des Gaues Weser-Ems, 1930-1933 MdR, Juni 1932-1942 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, 1933-1942 Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen.

17 Vgl. Dok. 18.

18 Otto Telschow (1876-1945), Polizeiobersekretär, 1901-1924 Verwaltungsbeamter bei der Polizeibehörde Hamburg, 1905 Eintritt in die Deutschsoziale Partei (DSP), 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1928 Gauleiter des Gaues Lüneburg-Stade, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ost-Hannover, 1929-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1933 Präsident des Hannoverschen Provinziallandtags und Preuß. Staatsrat, 1945 Selbstmord.

19 Vgl. Dok. 18.

20 Bernhard Rust (1883-1945), Studienrat, 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter des Gaues Hannover(-Nord), 1928-1940 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd-Braunschweig, 1930 Entlassung aus dem Schuldienst, 1930-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Niedersachsen, 1933-1945 preuß. Kultusminister, 1934-1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1945 Selbstmord.

14. *Gau Westfalen* [21], umfassend den Wahlkreis Westfalen. Leiter: Josef *Wagner* [22], Bochum, Lennéstraße 26.

15. *Gau Hessen-Nassau*, umfassend den Wahlkreis Hessen-Nassau. (Dieser Gau bleibt bis 1. Januar 1929 noch untergeteilt in: Gau *Hessen-Nassau-Nord*, Leiter: Karl *Weinrich* [23], Kassel, Jordanstraße 18/3, und Gau *Hessen-Nassau-Süd*, Leiter: Jakob *Sprenger* [24], Frankfurt a. M., Niederrad, Melibokusstraße 13.)

16. *Gau Rheinland* [25], umfassend die Wahlkreise Köln, Aachen, Koblenz, Trier. Leiter: Robert *Ley* [26], Köln a. Rh., Ubierring 51.

17. *Gau Sachsen*, umfassend den Wahlkreisverband Sachsen. Leiter: Martin *Mutschmann* [27], Plauen, Bärenstraße 61.

18. *Gau Württemberg*, umfassend den Wahlkreis Württemberg. Leiter: Wilhelm *Murr* [28], Eßlingen, Bahnhofstraße 19.

19. *Gau Baden*, umfassend den Wahlkreis Baden. Leiter: Robert *Wagner* [29], Karlsruhe, Hirschstraße 20.

---

21 Vgl. Dok. 19.

22 Josef Wagner (1899-1945?), Volksschullehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923-1926 Ortsgruppenleiter in Bochum, 1927 Bezirksleiter, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1928-1941 Gauleiter des Gaues Westfalen (ab 1931: Westfalen-Süd), 1932 Gründung einer "Hochschule für Politik" zur Heranbildung des Parteinachwuchses, 1933 Vizepräsident des Preuß. Staatsrats, 1935-1941 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1935-1941 Oberpräsident der Provinzen Nieder- und Oberschlesien, 1936 Reichskommissar für die Preisbildung, 1940 Staatssekretär, 1941 Entzug aller Ämter, 1942 Parteiausschluß, 1944 Verhaftung durch die Geheime Staatspolizei.

23 Karl Weinrich (1887-1973), Obersteuersekretär, 1919 Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Kassel, 1927-1943 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Nord (ab 1934: Kurhessen), 1929 Stadtverordneter in Kassel und Mitglied des Kommunallandtags (NSDAP), 1930-1933 MdL in Preußen, 1943 Absetzung als Gauleiter.

24 Jakob Sprenger (1884-1945), Oberpostinspektor, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Frankfurt a. M. und Bezirksleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1925-1929 Stadtverordneter in Frankfurt a. M. (NSDAP), 1927-1945 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd (ab 1933: Hessen-Nassau), 1929 ehrenamtl. Stadtrat in Frankfurt a. M., 1929-1933 Sachbearbeiter für Beamtenfragen in der NSDAP-Reichsleitung, 1930-1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag von Hessen-Nassau und stellv. Mitglied im Preuß. Staatsrat, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Südwest, 1933-1945 Reichsstatthalter in Hessen, 1933-1945 Führer des Deutschen Beamtenbundes, 1945 Selbstmord.

25 Vgl. Dok. 19.

26 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei IG-Farben Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, Dez. 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preuß. Staatsrats, 1933-1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

27 Martin Mutschmann (1879-1948), Fabrikant, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 Gauleiter der NSDAP des Gaues Sachsen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter in Sachsen, 1935-1945 Ministerpräsident von Sachsen.

28 Wilhelm Murr (1888-1945), kaufmännischer Angestellter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Württemberg, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1933-1945 Staatspräsident, Innen- und Wirtschaftsminister von Württemberg, 1933-1945 Reichsstatthalter in Württemberg, 1945 Selbstmord.

29 Robert Wagner (1895-1946), Hauptmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus dem Militärdienst, 1925-1945 Gauleiter des Gaues Baden, 1929-

20. *Gau Hessen-Darmstadt,* umfassend den Wahlkreis Hessen. Leiter: Friedrich *Ringshausen* [30], Offenbach a. M., Friedrichsring 3.

21. *Gau Hamburg* [31], umfassend den Wahlkreis Hamburg. Mit der Führung beauftragt: Hinrich *Lohse*, Altona, Hamburgerstraße 105/III.

22. *Gau Mecklenburg*, umfassend den Wahlkreis Mecklenburg. Leiter: Friedrich *Hildebrandt* [32], Parchim i. M., Bauhofstraße 2.

23. *Gau Danzig,* umfassend das Gebiet des Freistaates Danzig. Leiter: in Stellvertretung Walter *Maaß* [33], Danzig-Hagelsberg, Neue Kaserne.

24. *Gau Saargebiet.* Leiter: Jak[*ob*] *Jung* [34], Saarbrücken, St. Arnual, Löhmühlenstr. 5.

Das Gebiet des Freistaates *Bayern* wurde von dieser allgemeinen Regelung abweichend folgendermaßen eingeteilt:

25. *Gau Bayern*, umfassend das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern, unter Führung *Adolf Hitlers*, untergeteilt in folgende 8 selbständige Untergaue:

1. *Oberbayern-Schwaben.* Leiter: Fritz *Reinhardt* [35], Herrsching (Obby.).
2. *Niederbayern-Oberpfalz.* Leiter: Gregor *Straßer*, München, Schellingstraße 50.
3. *Mittelfranken* [36]. Leit[*er*]: Willi *Grimm* [37], Ansbach, Goethestraße 5.

1933 MdL in Baden (NSDAP), 1932 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 Ministerpräsident und Reichsstatthalter in Baden, 1940 Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, 1946 hingerichtet.

30 Friedrich Ringshausen (1880-1941), Lehrer, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Gauleiter des Gaues Hessen, 1929/30 Abgeordneter des Provinziallandtags der Provinz Starkenburg und des Stadtrats von Offenbach a. M. (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1935 Ministerialrat im hess. Staatsministerium.

31 Vgl. Dok. 20.

32 Friedrich Hildebrandt (1898-1948), Landarbeiter, 1919 Angehöriger des Freikorps von Brandis, 1919 Mitglied der DNVP, 1920 Angehöriger der Sicherheitspolizei in Halle, Entlassung wegen Teilnahme am Kapp-Putsch, 1924-1926 und 1929-1932 MdL in Mecklenburg (DVFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1930 und 1931-1945 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1930-1933 MdR, 1933-1945 Reichsstatthalter in Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, 1948 hingerichtet.

33 Walter Maaß (geb. 1901), Verwaltungsangestellter beim Landeszollamt Danzig, 1921 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und Angehöriger der Organisation Consul, 1922 Mitglied der Deutschsozialen Partei (DtsP), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926 SA-Führer und Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses des Gaues Danzig, 1928-1930 stellv. Gauleiter des Gaues Danzig, 1930 Mitglied des Danziger Volkstags (NSDAP), 1931-1933 Gaupropagandaleiter von Danzig, 1943 Oberregierungsrat und SS-Sturmbannführer.

34 Jakob Jung (geb. 1895), Verwaltungsbeamter, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Mitbegründer der Ortsgruppe Ueberherrn, 1927-1929 Gauleiter des Gaues Saar, 1929 Rücktritt.

35 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers.

36 Vgl. Dok. 21.

37 Wilhelm Grimm (1889-1944), Verwaltungsoberinspektor, 1922 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Ansbach, 1926 Kreisleiter, 1928-1933 MdL in Bayern (NSDAP), 1928/29 Gauleiter des Untergaues Mittelfranken, 1932 NSDAP-Reichsleiter, 1932 Beisitzer im Untersuchungs- und Schlich-

4. *Unterfranken* [38]. Leiter: Dr. *Hellmuth* [39], Marktbreit.
5. *Oberfranken* [40]. Leiter: Hans *Schemm* [41], Bayreuth, Leonrodstraße 2.
6. *Rheinpfalz*. Leiter: Josef *Bürckel* [42], Neustadt a. H., Goethestraße 8.
7. *München*. Geschäftsstelle: München, Schellingstraße 50.
8. *Nürnberg-Fürth* [43]. Leiter: Julius *Streicher* [44], Nürnberg, Hirschelgasse 28.

Mit dieser Neu-Einteilung hört die von der Reichsleitung am 15. Februar 1928 getroffene Einteilung in Arbeitsbezirke zu bestehen auf. Die Einteilung der Untergaue ist Sache der jeweiligen Leiter.

Die Republik *Österreich* ist organisatorisch eingeteilt als: *Landesverband Österreich*, die Gauführung befindet sich in Linz a. d. D., Schubertstraße 45, Anschrift: N.S.D.A.P. (Hitlerbewegung), Landesleitung [45]. Untergeteilt in:

---

tungsausschuß bei der NSDAP-Reichsleitung, 1934-1944 Vorsitzender der II. Kammer des Obersten Parteigerichts.

38 Vgl. Dok. 21.

39 Otto Hellmuth (1896-1968), 1922 Dr. med. dent., 1919 Angehöriger des Volkswehrregimentes "Würzburg" und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 Gründer des völkischen Wehrverbandes "Bund Frankenland", 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Mitbegründer der Ortsgruppe Würzburg, 1926 Stadtrat in Marktbreit (NSDAP), 1928-1933 MdL in Bayern, 1928-1935 Gauleiter des Untergaues Unterfranken, 1933 Reichsstatthalter in Sachsen, 1934 Regierungspräsident von Unterfranken, 1935-1945 Gauleiter des Gaues Mainfranken.

40 Vgl. Dok. 21.

41 Hans Schemm (1891-1935), Volksschullehrer, 1919 Angehöriger des Freikorps Bayreuth, 1920/21 Leiter eines bakteriologischen Instituts in Thale/Harz, 1921-1928 Rückkehr in den Schuldienst und Dozent an der Volkshochschule in Bayreuth, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Mitglied des Völkischen Bundes in Bayreuth, 1925 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bayreuth, 1928-1932 MdL in Bayern (NSDAP), 1928-1933 Gauleiter des Gaues Oberfranken, 1929 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bayreuther Stadtrat, 1929-1935 Leiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), 1930-1933 MdR, 1933-1935 Gauleiter des Gaues Bayerische Ostmark sowie bayer. Kultusminister.

42 Josef Bürckel (1895-1944), Volksschullehrer, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1926-1935 Gauleiter des Gaues Rheinpfalz, 1935-1942 des Gaues Saarpfalz, 1942-1944 des Gaues Westmark, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1934 Saarbevollmächtigter der Reichsregierung, 1935 Reichskommissar für die Rückgliederung des Saargebietes, 1936 Reichskommissar für das Saarland, 1938 Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 1939/40 Gauleiter des Gaues Wien und Reichsstatthalter in der Ostmark, 1940 kurzfristig Reichsstatthalter im Reichsgau Wien, 1940-1944 Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, 1941-1944 Reichsstatthalter in der Westmark.

43 Vgl. Dok. 21.

44 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 1. Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

45 Nach dem Rücktritt von Landesleiter Friedrich Jankovic im April 1927 waren die öster. Gaue unmittelbar der Reichsleitung der NSDAP in München unterstellt worden; zu seinem General-Bevollmächtigten für die Belange der öster. NSDAP (Hitler-Bewegung) hatte Hitler Gregor Straßer ernannt. Am 29.9.1928 wurde der DNSAP- Landesleiter für Böhmen, Hans Krebs, mit der kommissarischen Leitung der öster. NSDAP (Hitler-Bewegung) beauftragt. Vgl. Pauley, Weg, S. 61.

Gau Kärnten. Leiter: Hugo *Herzog* [46], Forstbeamter, Rosenbach in Kärnten.
Gau Niederösterreich. Leiter: *Leopold* [47], Krems a. d. D., Margaretenstraße 14.
Gau Oberösterreich. Leiter: Alfred *Proksch* [48], Linz, Schubertstraße 45.
Gau Wien. Leiter: Walter *Rentmeister* [49], Wien 8, Florianigasse 16.
Gau Steiermark. Leiter: Heinrich *Schmidt* [50], Graz, Schillerstraße 4.
West-Gau (umfassend Tirol, Vorarlberg und Salzburg). Leiter: Heinrich *Suske* [51], Innsbruck, Adolf-Pichler-Straße 6.

Außerdem bestehen noch zwei der Reichsleitung direkt unterstehende selbständige, die Wahlkreise *Düsseldorf-West und -Ost* umfassende Bezirke:

1. *Bezirk Essen* [52], Leiter: Joseph *Terboven* [53], Essen.
2. *Bezirk Bergisch-Land, Niederrhein* [54], Leiter: Fritz *Härtl* [55], Düsseldorf.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

(Von allen Parteiblättern nachzudrucken.)

---

46 Hugo Herzog (1896-1971), Forstbeamter, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927 stellv. Gauleiter, 1927-1933 Gauleiter des Gaues Kärnten.

47 Josef Leopold (1889-1941), Hauptmann a. D., 1919 Eintritt in die DNSAP, 1924 Ortsgruppenleiter in Krems, 1925 Kreisleiter im Waldviertel, 1926 Übertritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927-1938 Gauleiter des Gaues Niederösterreich, 1932/33 Mitglied des niederöster. Landtags, 1933-1936 wiederholt inhaftiert, 1935-1938 Landesleiter der öster. NSDAP, 1938 NSDAP-Reichsinspekteur, 1941 als Bataillonskommandeur gefallen.

48 Alfred Proksch (1891-1981), Eisenbahnbeamter, 1912 Eintritt in die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) Österreichs, 1918/19 Mitglied der Delegation der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei, 1923 Landesobmann der DNSAP von Oberösterreich, 1923-1932 Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender in Linz (DNSAP, ab 1926 öster. NSDAP (Hitler-Bewegung)), 1926-1928 Gauleiter des Gaues Oberösterreich, 1928-1931 stellv. Landesleiter, 1931-1934 Landesleiter der öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1936 Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP, 1938 Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Österreich (Ostmark), 1938/39 für das Sudetenland, 1940 für das Wirtschaftsgebiet Wien-Niederdonau.

49 Walter Rentmeister (geb. 1894), Apotheker, 1919 Mitbegründer der Ortsgruppe der DNSAP in Klagenfurt, 1920 Stadtverordneter in Klagenfurt (DNSAP), 1923-1925 Landesleiter in Kärnten, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1926-1928 Gauleiter des Gaues Wien, 1928-1933 Kreisleiter im Viertel unter dem Wiener Wald und Nordburgenland, 1932 Mitglied des niederöster. Landtages, 1933 Übersiedelung nach Deutschland, 1934 Abteilungsleiter im Zentralbüro der DAF, 1943-1945 Stadtrat in Wien.

50 Heinrich K. Schmidt, 1926-1928 Gauleiter des Gaues Steiermark der öster. NSDAP (Hitler-Bewegung).

51 Heinrich Suske (1879-1946), Ingenieur, 1926 Eintritt in die öster. NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927 Gauleiter des Gaues Tirol, 1928-1931 Gauleiter des Westgaues (Tirol, Salzburg, Vorarlberg), 1932 Parteiausschluß.

52 Vgl. Dok. 19.

53 Joseph Terboven (1898-1945), Bankangestellter, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1923 Ortsgruppenleiter in Essen, 1927 Bezirksleiter, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Essen, 1930 Stadtverordneter in Essen (NSDAP), 1930-1933 Abgeordneter im Rheinischen Provinziallandtag, 1930-1933 MdR, 1933 Preuß. Staatsrat, 1935-1945 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1940-1945 Reichskommissar für Norwegen, 1945 Selbstmord.

54 Vgl. Dok. 19.

55 Fritz Härtl (geb. 1892), Kaufmann, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928/29 Gauleiter des Gaues Düsseldorf (Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein), 1933 NSDAP-Gauschatzmeister im Gau Magdeburg-Anhalt, 1938 Beauftragter des Reichsschatzmeisters für die Finanz- und Parteiverwaltung in München.

3. September 1928 Dok. 17
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 wird vom bisherigen Gau *Berlin-Brandenburg* die Provinz Brandenburg abgetrennt und aus ihr der Gau Brandenburg gebildet. Zum Leiter des Gaues Brandenburg ernenne ich den Parteigenossen Emil *Holtz*, Berlin.

Bei dieser Gelegenheit danke ich dem bisherigen Gauleiter, Parteigenossen Dr. *Goebbels*, für die ausgezeichnete Bearbeitung des abgetrennten Gebietes, die dort die Bildung des [*sic!*] eines eigenen Gaues ermöglichte.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

3. September 1928 Dok. 18
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 werden in den Gebieten der bisherigen Gaue Hannover, Lüneburg-Stade und Göttingen folgende Neueinteilungen getroffen:

Aus dem bisherigen Gau *Hannover* wird der Wahlkreis *Weser-Ems* herausgenommen und als eigener Gau gebildet.

Zum Leiter dieses Gaues ernenne ich den Parteigenossen Carl *Röver*, Oldenburg i. O.

Der Wahlkreis *Süd-Hannover-Braunschweig* bleibt als Gau unter Führung des Parteigenossen Bernhard *Rust*, Hannover, Braunschweiger Straße 2/III.

Der Wahlkreis *Ost-Hannover* (Lüneburg-Stade) bleibt als Gau unter der Führung des Parteigenossen Otto *Telschow*, Buchholz, Kreis Harburg.

Der bisherige Gau Göttingen, der zum Wahlkreis *Süd-Hannover-Braunschweig* gehört, wird mit dem gleichnamigen Gau vereinigt.

Bei dieser Gelegenheit danke ich dem langjährigen Gauleiter von Göttingen, Pg. *Ludolf Haase* [1], für seine ausgezeichnete Führung des Gaues, wie den Parteigenossen *Rust* und *Dincklage* [2] für die ausgezeichnete Bearbeitung der an den Gau Weser-Ems abgetretenen Gebiete, die dort die Bildung eines eigenen Gaues ermöglichten.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

---

1 Ludolf Haase (geb. 1898), Arzt, 1921 Vorsitzender des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Göttingen, 1922 Eintritt in die NSDAP und Ortsgruppenleiter in Göttingen, 1925-1928 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches verhaftet, 1943 Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

2 Karl Dincklage (1874-1930), Major a. D., 1919 DNVP-Sekretär in Hannover, 1922 Übertritt zur DVFP und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, 1925 Eintritt in die NSDAP, stellv. Gauleiter des Gaues Niedersachsen und SA-Gauführer, 1929/30 OSAF-Stellvertreter Nord.

3. September 1928 **Dok. 19**
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 wird der bisherige *Gau Ruhr*, der seinerzeit aus den Gauen Westfalen und Rheinland-Nord gebildet wurde, wieder in diese beiden Gaue zurückgeteilt [*sic!*].

Zum Führer des Gaues Westfalen ernenne ich den Parteigenossen Josef *Wagner*, Bochum.

Der frühere Gau Rheinland-Nord wird in zwei selbständige, der Reichsleitung direkt unterstellte Bezirke geteilt. Zum Leiter des *Bezirkes Essen* ernenne ich den Parteigenossen Josef *Terboven*, Essen, zum Leiter des Bezirkes *Bergisch-Land/Niederrhein* den Parteigenossen Fritz *Härtl,* Düsseldorf.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

3. September 1928 **Dok. 20**
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Der Gauleiter Pg. *Dr. Krebs* [1] hat um Enthebung von dieser Stelle gebeten, da ihm auf die Dauer neben seiner beruflichen Arbeit die notwendige Zeit zur Führung des Gaues nicht zur Verfügung steht. Ich enthebe ihn, indem ich ihm für seine ausgezeichnete Arbeit im Gau meinen Dank ausspreche.

Mit der Leitung des Gaues *Hamburg* beauftrage ich den Pg. Hinrich *Lohse*, Altona.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

1 Albert Krebs (1899-1974), Mittelschullehrer, 1922 Dr. phil., 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Bildungsreferent beim DHV, 1926-1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Hamburg, 1928 kurzfristig Gauleiter von Hamburg, 1928-1930 Chefredakteur des "Hamburger Volksblatts" und der "Hansischen Warte", 1931/32 Chefredakteur des "Hamburger Tageblatts", 1932 Parteiausschluß.

3. September 1928 Dok. 21
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Innerhalb der Regelung im Gau *Bayern* beauftrage ich mit der Leitung des Untergaues *Mittelfranken* den Parteigenossen Willi *Grimm*, Ansbach; mit der Leitung des Untergaues *Oberfranken* Pg. Hans *Schemm*, Bayreuth; mit der Leitung des Untergaues *Unterfranken* Pg. Dr. Otto *Hellmuth*, Marktbreit;

mit der Leitung des Untergaues *Nürnberg* Pg. Julius *Streicher*, Nürnberg.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

3. September 1928 Dok. 22
Anordnung

VB vom 5.9.1928, "Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung".

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 werden die im Wahlkreis *Ostpreußen* vorhandenen Ortsgruppen der N.S.D.A.P. zu einem Gau Ostpreußen zusammengefaßt.

Zum Leiter des Gaues Ostpreußen ernenne ich den Parteigenossen Erich *Koch*, Elberfeld.

München, den 3. September 1928

Adolf Hitler

13. September 1928 Dok. 23
"Aufruf!"

VB vom 13.9.1928, "Aus der Bewegung" [1].

An die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei angehörigen Juristen. (Rechtsanwälte, Assessoren, Richter, Staatsanwälte, Verwaltungsbeamte usw. usw.)

Zur Förderung der allgemeinen Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei hat sich ein Bund "Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" mit dem Sitze in

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 16./17.9., 11.10. und 13.10.1928, "Aus der Bewegung".

München bei der Reichsleitung gebildet [2]. Der Bund ist bestimmt, zu allen Fragen rechtlicher Art, die die Partei und ihre Idee oder Angehörigen betreffen, Stellung zu nehmen und die Entwicklung des Deutschen Rechtslebens von nationalsozialistischem Standpunkte aus ideell und praktisch zu beeinflussen.

Ich richte an alle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei angehörigen Juristen Deutschlands und Deutsch-Österreichs die dringende Aufforderung, sich diesem Bunde anzuschließen. Die Not des Deutschen Rechts ist eine notwendige Zeitangelegenheit und ein im Vordergrund unserer Parteibestrebungen stehendes Aufgabenfeld.

Ich habe mit den organisatorischen Vorarbeiten den Rechtsbeistand der Parteileitung, Herrn Rechtsanwalt Dr. Hans *Frank II* [3], München, Barerstraße 57, beauftragt. Beitrittserklärungen sind daher an diesen unmittelbar zu schicken.

Der Bund gilt als freie Vereinigung der Nationalsozialistischen Juristen, er erhebt keine Beiträge und bestimmt seine Satzungen selbst [4].

Dieser Aufruf ist von der gesamten Parteipresse nachzudrucken.

gez. Adolf Hitler

---

2 Die Gründung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen wird in der offiziösen Parteigeschichte auf den 11.10.1928 datiert. Vgl. Volz, Daten, S. 25. Am 16.5.1936 wurde er in "Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund" umbenannt.

3 Hans Frank (II) (1900-1946), Rechtsanwalt, 1924 Dr. jur., 1919 Mitglied in der Münchner Thulegesellschaft und im Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der NSDAP-Reichsleitung, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung der NSDAP-Reichsleitung, 1931/32 Leiter der Rechtspolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung, 1933/34 bayer. Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements, 1946 hingerichtet.

4 Vgl. Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Frankfurt a. M. 1990, S. 21 ff.

14. September 1928 Dok. 24
"Wirtschaft und Politik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Elster [2]

Vogtländischer Anzeiger vom 16.9.1928, "Ein Vortrag Adolf Hitlers in Bad Elster" [3].

Politik sei die Kunst, das Leben eines Volkes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu gestalten, sie sei die werdende Geschichte. Der ständige Begleiter der deutschen Geschichte sei die *Not* und der *Raummangel* gewesen und sei es auch heute noch. Es gebe *mehrere Wege*, einen Ausgleich zu schaffen: Durch Erweiterung des Grund und Bodens durch Kriege, die nicht dem Ruhm und dem Tatendrang, sondern lediglich der Not entspringen; durch *Verminderung der Volkszahl*, sei es durch einen Naturprozeß, der sich zum Segen eines Volkes auswirken könne, wenn er nicht zu lange dauert, oder sei es durch *Auswanderung*. [*Der*] Redner weist auf die Schädigung durch die Auswanderung hin und kennzeichnet *Amerika* als Lehrbeispiel. Die *pazifistische Tendenz*, durch *Geburtenbeschränkung* die Verminderung der Volkszahl zu erreichen, sei im Interesse der Auslese geradezu als gefährlich zu bezeichnen. Auch die Annahme, daß die *Wirtschaft* durch *Überproduktion* der [*sic!*] Not auf die Dauer steuern könne, sei *irrig*, da ein großes *Absatzgebiet* nicht vorhanden sei und das jetzige sich ständig durch die Zunahme der ausländischen Konkurrenz verkleinerte. Die *letzte Entscheidung* in dem Kampfe liege einzig und allein in den *politischen Werten* eines Volkes.

Die *politischen Tugenden* seien das Primäre, die *Wirtschaft* jedoch das Sekundäre, denn auf ersteren beruhe die Wirtschaft. *Ausschlaggebend* sei also die *politische Macht*. Der *Waffenbesitz* spiele dabei eine untergeordnete Rolle, vielmehr sei der *innere Wert* des Volkes die Hauptsache. Der blutmäßige Wert, der Persönlichkeitswert und der Opfermut bildeten diesen inneren Wert. Und diese Qualitäten seien abhängig von der *Erkenntnis* und der *Erziehung*.

Heute herrsche überall die Regierung der Persönlichkeit, die Phrase von der Macht der Majorität und die Verantwortungslosigkeit. Hitler übte dann scharfe Kritik an der *deutschen Außenpolitik* seit 1924. Die heutige wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands zeichnete er in schwarzen Farben; er sehe *nur einen Ausweg* in der Schaffung und Erstarkung des inneren Wertes des Volkes. Diese Urkräfte seien gegen den heute herrschenden Pazifismus, Internationalismus und Demokratismus zu mobilisieren, und zwar unter Führung von wirklichen Köpfen. Der *Marxismus* habe das deutsche Volk in zwei Lager zerschlagen; die Schuld liege aber nicht nur bei ihm allein, sondern die Intelligenz sei dafür mit verantwortlich zu machen, da sie sich nicht um den vierten Stand gekümmert habe und auch noch nicht kümmere. Die Kluft müsse, wenn Deutschland

1 Titel laut Der nationale Sozialist für Sachsen.

2 Im Münchener Hof, abends. Die geschlossene Versammlung, an der laut Vogtländischem Anzeiger zahlreiche geladene Gäste teilnahmen, wurde von Gauleiter Martin Mutschmann geleitet und mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Hitler hielt einen etwa 2 1/2 stündigen Vortrag. Laut Pressebericht sollte die Versammlung zunächst im Saal des Hotels "Wettiner Hof" stattfinden, der Pächter hatte aber seine Zusage zurückgezogen.

3 Vgl. auch Der nationale Sozialist für Sachsen vom 7.10.1928, "Adolf Hitler in Bad Elster".

noch gesunden solle, unter allen Umständen überbrückt werden. Die *einzige* Möglichkeit hierzu sieht Hitler in der Erfüllung des nationalsozialistischen Programms, das er im Anschluß daran näher entwickelte. [4]

15. September 1928 Dok. 25
"Richtlinien für die Untergliederungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei" [1]
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 374.

I. Gliederung

1. Die von dem Vorsitzenden der Partei bestimmte und ihm zur Seite stehende Reichsleitung (R.L.), Sitz München, ist gegliedert in:

Hauptgeschäftsführung	(G)	siehe Satzung [2]
Propaganda- und Presse	(P)	
Organisation	(O)	
Kassenverwaltung	(K)	
Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuß	(US[*chl*]A)	
Oberste SA-Führung	(OSAF)	

2. Die Vorsitzenden dieser Abteilungen sind innerhalb ihres Geschäftsbereiches Stellvertreter des Vorsitzenden der Partei und - ausgenommen OSAF - bei Entscheidungen innerhalb ihres Referats den Gauleitern gegenüber übergeordnete Stellen. OSAF ist vorgesetzte Stelle sämtlicher SA-Gliederungen.

3. Die Gesamtmitgliedschaft ist von unten nach oben organisatorisch erfaßt. Die Ortsgruppe (O.Gr.), d. i. die Gemeinschaft von Parteigenossen (Pg.) an einem Ort, bildet die Urzelle.

4. Die Ortsgruppen sind zusammengefaßt zu Gauen, und zwar so, daß die innerhalb des Gebietes eines Reichswahlkreises liegenden Ortsgruppen einen Gau der NSDAP bilden, der den Namen des Reichstagswahlkreises trägt; in einigen besonderen Fällen erfolgt die Zusammenfassung innerhalb des Wahlkreisverbandes. Selbständige O.Gr. sind nur außerhalb des Reichsgebietes vorhanden, sie stehen ebenso unmittelbar unter der Reichsleitung wie die Gaue. Taktische Unterteilung großer O.Gr. in Sektionen, desgl. die Unterteilung von Gauen in Bezirke und Kreise ist den betreffenden O.Gr. bzw. Gauen freigestellt, muß jedoch der R.L. mitgeteilt werden. Jedoch arbeitet die R.L. nur mit den Gauen, bzw. selbständigen O.Gr. Mindestens 15 Mitglieder bilden eine

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Bd. II/1, Dok. 1.
2 Vom 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

O.Gr. Sind an einem Ort weniger Mitglieder vorhanden, so werden diese als Einzelmitglieder bei den zuständigen Gauen geführt. Organisatorisch und propagandistisch können Einzelmitglieder am selben Ort als Zellen oder Stützpunkte zur späteren Gründung einer O.Gr. vom Gau zusammengefaßt werden.

5. Das Gebiet der Republik Österreich, eingeteilt in 6 Gaue der NSDAP [3], ist zu einem Landesverband zusammengefaßt. Sonst gibt es keine Landesleitungen. Bestehen in einem Bundesstaat mehrere Gaue, so kann in besonderen Fällen bei Landtags- oder Reichstagswahlen einer der Gauleiter oder ein anderer Pg. mit der Oberleitung im Bereiche des betreffenden Bundesstaates von der R.L. beauftragt werden.

6. In einzelnen besonders gelagerten Fällen behält sich die R.L. eine Sonderregelung vor.

7. Da die NSDAP eine große Arbeitsgemeinschaft darstellt, so haben kleinere Arbeitsgemeinschaften als Zusammenschluß einzelner Gaue keine Berechtigung.

8. *Die Ortsgruppe* (O.Gr.)

a) Sie wird verantwortlich geleitet vom Ortsgruppenführer.

Er bestimmt

seinen	Stellvertreter,	Ortsgruppenleitung
sowie einen	Kassenwart	oder
und einen	Schriftführer	Vorstand (ehrenamtlich)

b) Der Ortsgruppenführer wird gewählt von einer ordentlichen Mitglieder-Versammlung der O.Gr. durch Zuruf. Eine Ausnahme macht München, dessen Führung mit der Reichsleitung verbunden ist. Der gewählte Ortsgruppenführer muß vom zuständigen Gauleiter bestätigt werden.

c) Weiter wird vom O.Gr.-Führer ein Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuß aus 3 älteren Pg. (ehrenamtlich) bestellt, der die Streitfälle und Ausschlußanträge innerhalb der Ortsgruppe behandelt. Er ist Beirat des O.Gr.-Führers. Der Vorsitzende des US[chl]A gehört zum erweiterten Vorstand. Für seine Arbeit sind die "Richtlinien des US[chl]A" maßgebend. Ortsgruppen, die noch nicht im Besitz dieser Richtlinien sind, können diese bei der Hauptgeschäftsstelle anfordern.

9. *Der Gau.*

a) Er wird verantwortlich geleitet von dem vom Vorsitzenden der Partei ernannten *Gauleiter.*

Er bestimmt

seinen	Stellvertreter,
ferner	einen Kassenwart
und einen	Schriftführer.

b) Der Gauleiter ist ehrenamtlich, in Ausnahmefällen durch den Gau besoldet. An Stelle des Schriftführers kann ein besoldeter Geschäftsführer treten, soferne der Gau infolge seiner Größe eine volle Arbeitskraft erfordert und bezahlen kann.

c) Der Gauleiter ist verantwortlich für die Tätigkeit des Gaues in allen seinen Gliedern. (Wahrung der Übereinstimmung des Wirkens mit Programm und Zielen der

3 Vgl. Dok. 16.

NSDAP und mit den Weisungen der Reichsleitung. Überwachung des Geschäftsbetriebes innerhalb des Gaues einschließlich Kassenangelegenheiten.)

d) Für das Wirken der SA ist er nur soweit verantwortlich, als durch diese das politische Gebiet direkt berührt wird. Tätigkeit als Versammlungsredner entbindet ihn nicht von seinen Pflichten und seiner Verantwortung als Gauleiter.

e) Als US[chl]A des Gaues wirkt der US[chl]A der O.Gr. am Gausitz.

f) Der Stellvertreter des Gauleiters muß von der R.L. bestätigt werden.

g) Der Gauleiter kann zusammen mit dem Gaukassenwart jederzeit die Kassen der Ortsgruppen prüfen.

h) Die Richtlinien für Gaue finden analoge Anwendung auf die der Reichsleitung *unmittelbar* unterstellten Bezirke bzw. Untergaue [4].

II. Schriftverkehr mit der Reichsleitung

1. Sämtliche Schreiben an die Reichsleitung sind zu richten "An die Hauptgeschäftsstelle der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, München, Schellingstraße 50" (Abkürzungen unzulässig).

2. Verschiedene Abteilungen betreffende Angelegenheiten sind gesondert auf getrennten Briefbögen zu behandeln. Die betreffende Abteilung ist am Kopf des Briefes anzugeben, z. B. "Abtlg. O.".

3. Höflichkeitsformeln fallen bei parteidienstlichen Schreiben am Eingang und am Ende weg.

4. Die Ortsgruppen und einzelnen Parteigenossen haben bei Schreiben an die Reichsleitung den Dienstweg über ihre zuständige übergeordnete Stelle einzuhalten. Persönliche Briefe an den Vorsitzenden der Partei sind möglichst einzuschränken. Diese Briefe werden, soweit sie parteidienstlicher Natur sind, den zuständigen Abteilungen zur Bearbeitung zugeleitet. An den Vorsitzenden persönlich auszuhändigende Einschreibbriefe laufen Gefahr, bei dessen Abwesenheit zurückzugehen.

III. Kassawesen

1. Für die Kassenführung ist der Gauleiter zunächst dem Gau, der O.Gr.-Führer zunächst der Ortsgruppe verantwortlich, beide darüber hinaus dem Vorsitzenden der Partei. Der Kassenwart führt nach den Anweisungen des Gau- bzw. Ortsgruppenführers die Geschäfte und bleibt diesem verantwortlich. Jede Einnahme und Ausgabe muß mit Beleg gebucht werden.

2. Im Februar jeden Jahres ist die Kasse und Buchführung durch 2 vom Gau- bzw. Ortsgruppenführer zu bestimmende Mitglieder zu prüfen. Das Ergebnis ist schriftlich niederzulegen. Auf Grund des Prüfungsprotokolls erteilt die Mitgliederversammlung der O.Gr. bzw. die Gautagung Entlastung. Die Ortsgruppen haben der Gauleitung, die Gauleitungen der Reichsleitung beglaubigte Abschriften von Rechenschafts- und Prüfungsberichten vorzulegen.

3. Der Reichsschatzmeister ist berechtigt, jederzeit ohne Ansage die Kassen und Bücher sämtlicher Untergliederungen der Partei zu prüfen.

---

4 Vgl. Dok. 16.

4. Als Kassenwarte von Gauen und Ortsgruppen sollen nur Parteigenossen mit gesichertem Einkommen bestimmt werden.

IV. Zeiteingaben

1. *Zugänge.* Mit den Aufnahmeerklärungen (deutliche Schrift, erschöpfende Angaben über Stand und Beruf) sind die Aufnahmegebühren und Werbebeiträge *sofort* der Reichsleitung zu überweisen. Die R.L. stellt auf Grund dieser Anmeldungen provisorische Mitgliedskarten aus. Nach einjähriger Mitgliedschaft werden, falls das Mitglied seinen eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen ist, gegen Einsendung der provisorischen Mitgliedskarte samt 2 Paßbildern und 50 Pfg., Mitgliedsbücher ausgestellt. (Siehe Bestimmungen vom 19. Januar 1927, erschienen im V.B. Nummer 20 vom 26. Januar 1927.) Mitgliedskarten bzw. -bücher werden erst nach Eingang der Gebühren ausgefertigt.

2. *Ausschlüsse.* Sie sind namentlich mit Mitgliedsnummern in vollem Wortlaut (Abdruck der Ausschlußverfügung und des Beschlusses der US[chl]A) *sofort* einzureichen.

3. *Mitgliederstandsmeldung und Abrechnung.*

a) Ortsgruppen haben zum 5. an die Gaue und letztere zum 15. jeden Monats a[*n*] d[*ie*] R.L. für den abgelaufenen Monat Mitgliederstand und Abrechnung nach Formblatt - Anlage I bzw. II [5] - einzureichen. Die Formblätter Anlage I sind ausschließlich bei der Hauptgeschäftsstelle München gegen Erstattung der Selbstkosten - 100 Stück 90 Pfg. zuzüglich Porto - zu beziehen.

b) Die Überweisung von verzogenen Mitgliedern an die zuständigen Ortsgruppen erfolgt durch die R.L. über die Gaue.

c) Formblätter für Mitgliedergrundbücher - Anlage III [6] - können beim Streiter-Verlag, Fritz Tittmann [7], Zwickau, Amalienstraße, bezogen werden. Die Mitgliedergrundbücher sind von allen Ortsgruppen auf das peinlichste zu führen.

4. *Beschaffenheitsberichte.* Sämtliche Ortsgruppen reichen zum 15. jeden Monats an ihre Gauleitungen Berichte ein. (Siehe Anlage IV [8]). Die Gauleitungen geben auf Grund der Ortsgruppen-Beschaffenheitsberichte Sammelberichte an die Reichsleitung.

5. Gautage, Gausportfeste und ähnliche Veranstaltungen größeren Rahmens können nur abgehalten werden, wenn die schriftliche Genehmigung der Reichsleitung vorliegt.

V. Presse

1. Alle für den Völkischen Beobachter (V.B.) bestimmten Berichte sind schnellstens durch die zuständigen Gauleitungen an die R.L. einzusenden, die den Druck veranlaßt

5 Liegt der Vorlage nicht bei.

6 Liegt der Vorlage nicht bei.

7 Fritz Tittmann (geb. 1898), Maschinenschlosser, 1920 Geschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1921 Eintritt in die NSDAP und Mitbegründer der Ortsgruppe Zwickau, 1921-1923 und 1925 Gauleiter des Gaues Sachsen, 1924 MdR (NSFP), 1926-1929 MdL in Sachsen (NSDAP), 1932/33 Mitglied des Preuß. Landtags, 1932 Ernennung zum Gauinspekteur im Gau Kurmark, 1933 kommissar., 1935-1941 ehrenamtl. Bürgermeister von Treuenbrietzen, 1934 NSDAP-Gebietsinspekteur für Berlin, Kurmark und Schlesien, 1941 Höherer SS- und Polizeiführer von Nikolajew (Ukraine).

8 Liegt der Vorlage nicht bei.

(möglichst kurz, einseitig beschrieben, mit Datum und Unterschrift des verantwortlichen Verfassers). Berichte, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, werden nicht aufgenommen.

2. Zur Herausgabe national-sozialistischer Zeitungen ist die Genehmigung der Reichsleitung zu erholen [*sic!*].

3. Von jedem anerkannten Parteiorgan sind 5 Freiexemplare an die R.L., eines an die Schriftleitung des V.B. zu senden.

München, den 15. September 1928

gez. *Adolf Hitler*

18. September 1928 [1] Dok. 26
"Ein Kampf um Deutschlands Zukunft" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dresden [3]

Masch. Aufzeichnung [4], o. D.; BA, NS 26/55 [5].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

In diesen Tagen hat ein Teil des deutschen Volkes eine schwere, tiefe Enttäuschung erlebt. Ich sage, ein Teil, weil vielleicht Millionen seit Jahren nichts anderes erwartet haben und auch nichts anderes voraussagten. Ein Teil aber hat seit Jahren Hoffnungen gehegt, die nun durch eine einzige Rede [6] eines gegnerischen Staatsmannes [7] jäh zer-

1 Datierung nach masch. Aufzeichnung und Polizeibericht. Der VB-Bericht vom 20.9.1928 nennt als Datum den 19.9.1928.

2 Titel laut Polizeibericht.

3 Im Zirkus Sarrasani, von 20.20 bis 22.50 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 5.000 Personen teilnahmen, wurde von Ortsgruppenleiter Hermann Gerischer geleitet. Neben mehreren NSDAP-Reichstagsabgeordneten nahmen auch die Vertreter der DNSAP im tschechoslowakischen Parlament, Hans Knirsch, Rudolf Jung, Leo Wenzel und Hans Krebs, teil.

4 Übertragung einer stenographischen Mitschrift. Kopf: "Hitler-Kundgebung. Dienstag, den 18. September 1928 abends 8 Uhr im Zirkus Sarrasani in Dresden".

5 Vgl. auch Dresdner Anzeiger vom 19.9.1928, "Hitlerkundgebung in Dresden"; Dresdner Nachrichten vom 19.9.1928, "Hitler-Versammlung im Zirkus Sarrasani"; Dresdner Volkszeitung vom 19.9.1928, "Zurück zum Faustrecht! Hitler in Dresden"; Sächsische Staatszeitung vom 19.9.1928, "Hitlerversammlung"; Sächsische Volkszeitung vom 20.9.1928, "'Adolf hat's erfaßt'"; VB vom 20.9.1928, "Adolf Hitler in Dresden"; VB vom 23./24.9.1928, "Adolf Hitler in Dresden" (Auszug aus Pirnaer Anzeiger); Der nationale Sozialist für Sachsen vom 30.9.1928, "Adolf Hitler in Dresden" (wortgleicher Bericht: Berliner Arbeiterzeitung vom 30.9.1928, "Adolf Hitler in Dresden"). Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen im September 1928 vom 20.10.1928; StA Dresden, MdI 11126/2.

6 Gemeint ist die Rede des franz. Außenministers Briand am 10.9.1928 vor der Völkerbundversammlung in Genf, in der er die Stellung Frankreichs in der Abrüstungsfrage dargelegt und die von Reichskanzler Hermann Müller am 7.9.1928 vor dem Völkerbund geäußerte Kritik an der alliierten Abrüstungspolitik scharf zurückgewiesen hatte. Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928, septième séance plénière 7 septembre 1928, S. 56 ff.; dixième séance plénière, 10 septembre 1928, S. 79 ff.

schlagen worden sind. Man soll und darf darüber nicht klagen und jammern, im Gegenteil, man soll und muß glücklich sein, daß wenigstens einmal dieses ganze Netz aus Lüge, Dunst und Trug zerrissen worden ist und daß wenigstens einmal die große Mehrheit des deutschen Volkes sieht, wie wirklich die Lage unseres Volkes und unseres Vaterlandes gestaltet ist. Angesichts dieser furchtbaren Rede, deren Sinn kein anderer ist, daß Deutschland solange gedrückt, bedrückt, unterdrückt und ausgepreßt werden soll, solange dieses Deutschland als Volk überhaupt lebt, das heißt, solange hier 60 Millionen Menschen sind, die ihren Arm besitzen und sich regen, 60 Millionen, die Köpfe haben, um zu denken. Solange dieses Volk aus Fleisch und Blut besteht, solange wird Frankreich dafür Sorge tragen, daß dieses Volk unterdrückt, ausgepreßt, ausgeplündert und ausgebeutet wird. (Sehr richtig.)

Angesichts dieser entsetzlichsten Kriegsansage, die man sich denken kann, müssen wir mit einem Blick auf die deutsche Heimat feststellen, daß wir zerfallen sind und ohnmächtiger denn je zuvor, und zwar zerfallen nicht etwa in unserer militärischen Größe, sondern zerfallen im Wesen unseres Volkes selbst, zerfallen in all den [*sic!*] Millionen Menschen, die einander nicht mehr verstehen, aneinander vorbeigehen und sich nicht hören wollen, und die sich selbst im Innern zum Teil blutiger befehden, als sie jemals nach außen Feindschaft gehegt hatten, ein Volk, das vollkommen uneins ist, zerfallen in zwei große Hälften, die selbst wieder unsicher in ihrer Programmatik und in ihrem Glauben sind. Nur in einem, da sehen wir unser Volk einig, und dieses eine heißt: Unzufriedenheit. Die herrscht auf allen Seiten, in allen Teilen unseres Volkes, nicht nur rechts, sondern auch links, nicht nur links, sondern auch rechts, und nicht nur innerhalb dieser ganz großen Gruppen, sie herrscht auch innerhalb dieser Gruppen. Wir sehen das an dem ewigen Wandern in unserem politischen Leben. Alles ist unzufrieden. Zunächst unzufrieden mit der allgemeinen Lage, aber auch unzufrieden mit dem Erreichten der einzelnen Parteien, unzufrieden auch selbst mit den programmatischen Zielen, ein Streit und ein Hader geht durch unser Volk. Sie können fast jeden Tag einmal den Beweis sehen. Der stärkste Beweis, der liegt in der Wanderung, die die Millionen Deutschen heute durchmachen, und zwar in ihrer politischen Wanderung. Da ist der Mann von ganz links; eines Tages fühlt er, daß die Sozialdemokratie ihm nicht genügt, und er geht weiter nach links zu der unabhängigen Partei [8], und da er eines Tages auch dort nicht mehr Befriedigung findet, geht er zur kommunistischen Partei. Wenn er dann dort nicht mehr Befriedigung findet, geht er weiter. Dasselbe ist auf der rechten Seite der Fall. Heute ist man deutschnational, morgen Deutsche Volkspartei, übermorgen geht man zu den Demokraten und dann wieder zurück. Ein ewiges Hin- und Herwandern dieser Massen. Was beweist das alles? Es beweist im letzten Grunde eins, daß alle diese

7 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär der Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter der franz. Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer der Parti Républicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Sir Austen Chamberlain, Charles Dawes und Gustav Stresemann).

8 Hinweis auf die USPD.

Menschen nicht befriedigt sind von dem, was diese einzelnen Parteien ihnen bieten. Diese Menschen haben den Glauben an den Erfolg und die Möglichkeit ihres bisherigen Parteigebildes verloren, sie irren hin und her und vermeinen, eines Tages vielleicht eine bessere Bewegung zu finden, die ihre Interessen vertritt. Und mit Recht wandern diese Menschen herum, denn, wenn wir naturgemäß die einzelnen kleinen Tagesfragen nehmen, so wird jede Partei mit spielender Leichtigkeit auf Erfolge hinzuweisen vermögen, ob wir Parteien von rechts oder links nehmen, keiner Bewegung wird dies schwerfallen, an den einzelnen Tagesproblemen scheinbar nachzuweisen, daß ihre Tätigkeit tatsächlich von Erfolg begleitet gewesen wäre. Sowie wir aber den Blick von diesen ganz kleinen Mätzchen des Alltags wegwenden auf die große Entwicklung unseres Volkes, dann müssen wir feststellen, daß beide große Richtungen unseres Volkes versagt haben, daß weder die eine noch die andere politische Richtung ihrem Ziel irgendwie nähergekommen ist. Ich sage: weder die eine noch die andere politische Richtung. Gibt es denn überhaupt in Deutschland nur zwei politische Richtungen? Ich möchte sagen: ja. Ich möchte mich dabei ganz loslösen von dem alltäglichen Parteibegriff, das heißt also, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei usw. usw. oder Sozialdemokratie, Unabhängige Partei, Alte Sozialdemokratische Partei, Neue Demokratische Partei oder Kommunistische Partei, 3., 4. [*sic!*], 2. oder 1. Internationale usw. Ich möchte mich loslösen von diesen Auffassungen und anstelle dessen nun die großen weltanschaulichen Zusammenhänge in den Vordergrund schieben. Da können wir sagen, wer kann heute ganz genau unterscheiden, wo die Grenze liegt zwischen Deutschnational[*er*] und Deutsche[*r*] Volkspartei. Wer kann genau feststellen, du bist deiner Gesinnung nach deutschnational, du könntest gar nicht Deutsche Volkspartei sein, deiner ganzen Weltauffassung nach. Nun durchaus nicht. Der Mann kann morgen genausogut Deutsche Volkspartei sein. Man wird keine besonderen Wandlungen an ihm entdecken. Es gibt, ich möchte so sagen, heute eine Gruppe von Parteien, die man zur bürgerlichen Welt rechnen mag, und eine Gruppe von Parteien, die man zur sogenannten internationalen Weltauffassung rechnen kann, wenn ich das deutsche Volk in diese beiden Richtungen auseinanderlege, tatsächlich kämpft heute auf jedem Plakat einmal das sogenannte deutsche Bürgertum gegen das international eingestellte Proletariat. Wenn ich aber nun unser deutsches Volk nach diesem Gesichtspunkt einmal auseinanderhalte, dann stellt sich folgendes heraus: Die beiden großen Richtungen unseres Volkes, oder sagen wir lieber das politische Leben unseres Volkes, haben ihre besonderen, ganz groß umrissenen Ziele, die sich nicht auf Tagesfragen erstrecken. Wenn wir diese großen Ziele ins Auge fassen, dann müssen wir feststellen, daß beide Richtungen ihre Ziele nicht erreicht haben. Unsere bürgerliche Welt hat ihre großen Ziele: Die Erhaltung und Vermehrung des deutschen Nationalstaates, Sicherung des Staates durch eine starke Armee, durch eine kraftvolle Marine, weiteren Ausbau dieses Staates auf einer antiparlamentarischen Verwaltungsgrundlage, weiter Bekrönung dieses Staates durch die monarchische Staatsform, weiter unabhängige nationale Wirtschaft und, kurz und gut, Erringung eines großen, mächtigen, nationalen Deutschen Reiches. Das ist das große Ziel unserer sogenannten bürgerlichen Parteiwelt. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, was ist davon erreicht worden? Gar nichts! Im Gegenteil, ein Ge-

danke nach dem anderen ist praktisch widerlegt worden durch die Wirklichkeit. Das Ziel ist nicht nur nicht erreicht worden, sondern das Gegenteil ist eingetroffen: Der Nationalstaat ist zertrümmert, die Wehrmacht ist zerbrochen, das Kaisertum ist gestürzt, der nationale Gedanke ist in Millionen von Menschen ausgerottet worden und die nationale Wirtschaft, sie ist einmal gewesen und heute ist sie nicht mehr. (Sehr richtig.)

Wenn naturgemäß gleich zu Beginn tausende Fragen kommen, und ich weiß, daß mancher von Ihnen schon einen Zwischenruf auf den Lippen hat: Mein lieber Freund, über das Warum will ich später reden. Ich stelle fest, daß es zunächst so ist: Die linke Seite hat genauso ihre weltanschaulichen Ideale gehabt, ihre großen Ziele, die Weltrevolution, Aufbau einer Konföderation von proletarischen Staaten auf dieser Erde, Abschaffung des Militarismus, Abschaffung des Kapitalismus, Einführung der Sozialisierung usw. usw. Wenn wir uns hier die Frage vorlegen, was ist tatsächlich erreicht worden, und zwar nicht an kleinen Mätzchen, sondern auch in großer Wirklichkeit, so müssen wir feststellen, das Ziel ist nicht nur nicht erreicht worden, sondern das Gegenteil ist eingetroffen. Der kapitalistische Gedanke herrscht heute mehr in der Welt als jemals zuvor. (Beifall, Händeklatschen.)

Gewiß, in einem Staat hat man begonnen, den Kapitalismus zu zertrümmern, in Deutschland, aber den Kapitalismus jener ganz kleinen Menschen, die ihre Spargroschen einst in Friedensjahren zusammengetragen haben, den Kapitalismus dieser ganz kleinen Sparer hat man vernichtet. Kein Mensch glaubt, daß das Großkapital zerschmettert worden ist. (Beifall.)

Es herrscht heute nicht mehr als jemals noch vor [*sic!*] und es herrscht heute unverschämter als jemals vordem. (Sehr richtig, Beifall.)

Sozialisierung! Was ist sozialisiert worden? Das einzige könnte man wirklich wieder sagen, die Spargroschen. Nichts Großes ist geschehen. Ja etwas, sie haben es gesagt, das Institut, das als größtes und mustergültigstes der ganzen Welt bereits sozialisiert gewesen ist, hat man dem Privatkapital wieder zugeführt [9]. Wie heißt es doch in diesen Tagen: Abschaffung der drei Klassen auf unserer Staatsbahn, das heißt, sie ist ja keine Staatsbahn mehr, sondern derzeitig eine Privatbahn. Man schafft das Zweiklassensystem ab, erhöht die unterste Klasse um 12 %, erniedrigt die Polsterklasse, und dann hört man zum Erstaunen, daß noch eine erste Klasse bleibt, und zwar auf Luxus-D-Zügen und Fernzügen [10]. Wozu wird sie dann überhaupt abgeschafft? Ein praktisches Beispiel dafür, wie die Sozialisierung bei uns rasende Fortschritte macht! (Lebhafte Zustimmung.)

Weltabrüstung! Wer hat abgerüstet? Ein einziger Staat: Deutschland! (Zustimmung.)

Warum haben wir abgerüstet? Damit wir mit unseren Groschen die anderen Rüstungen zu bezahlen in der Lage sind. Die Welt hat noch nie so in Waffen gestarrt wie jetzt und noch nie hat sie so gelacht, wie sie heute lacht darüber, daß man uns dadurch noch

9 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Mrd. Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden. Vgl. Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 10.8.1924. RGBl. 1924, II, S. 272 ff.

10 Die Reichsbahn führte am 7.10.1928 zu Beginn des Winterfahrplans das Zwei-Klassensystem ein, bestehend aus Polster- (2.) und Holzklasse (3.). Die 1. Klasse blieb nur in besonders wichtigen Schnellzügen sowie in den Schlafwagen erhalten. Vgl. RGBl. 1928, II, S. 401 ff., 609.

leichter zu erdrücken vermag. Das ist der Sinn und Geist dieser Abrüstung. (Zustimmung.)

So sehen wir auch den Achtstundentag als die größte Errungenschaft der sozialen Revolution zur Lächerlichkeit verurteilt [11]. Millionen wären glücklich, wenn sie bloß vier Stunden arbeiten könnten. Sie können nicht. Und Millionen andere, sie wären glücklich, wenn sie nur acht Stunden arbeiten brauchten, und sie können davon nicht leben und müssen froh sein, wenn ihnen noch gnädig eine Stunde mehr gegeben wird. Über all dem sieht man nicht, daß die Wirtschaft in die Hände des Proletariats kommt, sondern man sieht, daß das deutsche Proletariat in die Hände der internationalen Hochfinanz kommt. (Beifall.)

Beide großen Weltanschauungen, die in Deutschland das politische Leben bestimmten, haben tatsächlich versagt und ihre Ziele nicht erreicht. Aber glauben Sie nur nicht, daß ich an diesem Versagen ihrer konkreten Ziele in erster Linie das Zeichen des Mißerfolges sehe. Das möchte ich nicht behaupten. Es kann schon sein, daß in Zeitläuften eine Weltanschauung ihre positiven Ziele nicht erreichen kann, aus irgendwelchen äußeren Umständen heraus, allein, da muß ich zumindest die Aussicht besitzen, daß sie demnächst erreicht werden können. Wenn ich aber einer Bewegung nachweisen kann, mathematisch, daß sie das überhaupt auf Grund ihrer ganzen Entwicklung, noch der Grundlage ihres ganzen Sinnes niemals wird erreichen können [*sic!*], dann ist erst der Beweis erbracht für die Unmöglichkeit und Unrichtigkeit einer solchen Bewegung. Das können wir in Deutschland an einem System zunächst feststellen. Sie wissen, was mir heute das deutsche Bürgertum entgegenhält. Es ist ja richtig, der Nationalstaat ist zertrümmert. Unsere nationalen Ziele sind nicht erreicht worden, die Monarchie konnte nicht erhalten werden, und die nationale Wirtschaft konnte nicht in Unabhängigkeit bleiben, die Armee nicht erhalten werden, und die Verwaltung konnte auch nicht erhalten werden, aber wenn sie sagen könnten: Wir haben das ganze deutsche Volk geistig, ideenmäßig, in den Bann einer einzigen Überzeugung gebracht, dann würde ich ihnen zur Antwort geben, dann haben Sie trotzdem das Unterpfand des späteren Sieges in Ihrer Faust. Wenn es Ihnen gelingt, Millionen mit einer einzigen Idee zu erfüllen, dann haben Sie trotzdem den Sieg eines Tages mit notwendiger Sicherheit zu erwarten. Das ist der schwerste Mißerfolg, den Sie zu verzeichnen haben, daß Sie das Kaiserreich nicht zu halten vermochten, daß Sie weiter den Nationalstaat nicht zu erhalten vermochten, ist auch anderen Staaten und Völkern öfter passiert, daß Sie es weiter nicht fertigbrachten, die nationale Wirtschaft unabhängig zu bewahren, das ist bedauerlich, bedeutet aber nicht den Ruin des deutschen Volkes. Daß Sie es aber nicht fertigbrachten, Ihre Überzeugung zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen, das spricht Ihnen das Todesurteil. (Stürmischer Beifall.)

Wenn die linke Seite nun ihrerseits erklärt, was wollen Sie uns vorwerfen, wir haben die ganze Welt gegen uns, wir haben die und die Schwierigkeiten zu überwinden, wir

11 Der Rat der Volksbeauftragten hatte mit Aufruf vom 12.11.1918 die Einführung des "achtstündigen Maximalarbeitstages" angekündigt (Druck: RGBl. 1918, S. 1303 f.) und mit der "Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter" vom 23.11.1918 festgelegt. Druck: RGBl. 1918, S. 1334 ff. Vgl. auch Sabine Bischoff, Arbeitszeitrecht in der Weimarer Republik, Berlin 1987.

könnten das und das einfach nicht durchsetzen, so kann ich nur eines zur Antwort geben, daß Sie nicht [*die*] Weltabrüstung herbeiführen konnten, kann Ihnen verziehen werden, um so leichter, nachdem es das nicht gibt, daß Sie weiter nicht zur vollen Sozialisierung kamen, kann Ihnen verziehen werden, weil es ein Glück ist für die deutsche Nation. Alles kann Ihnen verziehen werden, aber der Urteilsspruch ist gegen Sie gefällt. Die Tatsache, daß Ihre sozialistischen Ideale beschränkt blieben auf Ihre 10 Millionen Menschen und daß Sie nicht die deutsche Nation zum Träger dieses sozialistischen Ideals machen konnte, da sage ich: Ein nationaler Gedanke, der nur im Bürgertum bleibt, und ein sozialistischer Gedanke, der nur bei der Handarbeiterschaft bleibt, sie sind beide gleichmäßig zum Mißerfolg verdammt für jede Zukunft, und wann [*sic!*] je der Erfolg kommen sollte, dann wird der Erfolg zugleich die Konzession sein, das heißt, Sie selbst werden in Kompromissen diesen Erfolg zu bezahlen haben. Sie werden von Ihren ganzen weltanschaulichen Idealen heruntersteigen müssen und werden dann woanders beginnen müssen, etwas, was wir in der Praxis heute bereits voraussehen, denn Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß das, was heute beispielsweise die Sozialdemokratie ist, etwas anderes ist als Kompromiß. Konzession über Konzession auf einem Wege, der weder zur Rettung des Vaterlandes führt noch zum Segen der einzigen sozialistischen Idee, höchstens den Bestand der sozialdemokratischen Partei garantiert. (Sehr richtig.)

Das ist aber noch nicht der Beweis für die Richtigkeit einer Weltanschauung an sich oder gar für den Erfolg derselben. Das also ist das Schwerste, daß die beiden Bewegungen heute in Deutschland, die beide bekennen müssen, wir sind in unserer Anhängerschaft in der Verbreitung unserer Gedanken beschränkt geblieben auf ein bestimmtes Reservoir von Menschen, das durch natürliche Dinge gegeben erscheint, über das wir nicht weiter hinauszukommen vermögen. Wir können arbeiten, soviel wir wollen, wenn wir unser politisches Leben in Deutschland heute ansehen, müssen wir feststellen, die Wanderung findet fast nur noch statt innerhalb der gegebenen großen Gruppen und nicht von einer Gruppe zur anderen. Wenn heute das Bürgertum sagt: Geht zur Wahlurne! Wählt deutschnational! Dann muß man hell auflachen. Ob bei der nächsten Wahl 120 Deutschnationale und 50 Volksparteiler oder bei der übernächsten Wahl 70 Deutschnationale und 85 Volksparteiler einziehen, ändert gar nichts an der Tatsache, daß einer bestimmten Gruppe bürgerlicher Kräfte eine bestimmte Gruppe marxistischer Kräfte gegenübersteht. Es ist in Wirklichkeit ein Spiel, ein trügerisches Spiel, das hier getrieben wird. Anders würde es sein, wenn Sie mir sagen könnten: Wählt deutschnational, und wenn nun bei der nächsten Wahl die Deutschnationale Volkspartei, sagen wir, mit 210 Mandaten gegen die Sozialisten mit 25 hervorginge, dann könnte man annehmen, jawohl, Sie sind auf einem Wege, der eines Tages die Einheit der Nation zu dem ideenmäßigen Geistigen [*sic!*] wieder herstellen muß. Aber auf dem Wege befinden Sie sich nicht nur nicht, sondern Sie entfernen sich sogar von diesem Weg, denn die beiden weltanschaulichen Gruppen werden immer unabhängiger voneinander, immer geschlossener in sich, und eines Tages bestehen auf dieser Erde keine Deutschen mehr, sondern Menschen proletarischer und Menschen bürgerlicher Gesinnung. (Zustimmungsrufe.)

Sie können dazu rechnen, wen Sie dazu rechnen wollen. Das ist nun das Bemerkenswerte, und das ist auch das Entscheidende für die ganze Zukunftsmöglichkeit, denn wenn jeder deutsche Bürger mir zur Antwort gibt, aber trotzdem glauben wir an unseren Sieg, dann muß ich fragen, was verstehst du unter Sieg. Verstehst du darunter einen günstigen Ausgang einer Parlamentswahl, da kannst du wohl hundertmal siegen, Deutschland wird trotzdem zugrunde gehen. Verstehst du aber unter Sieg das Ende der deutschen Not, das heißt, verstehst du unter Sieg die Möglichkeit, daß Deutschland jene Methoden überwindet, die Briand uns vorschreibt, dann wirst du das nur erreichen können, wenn zu deinem Freiheitsgesang eines Tages auch die Bataillone marschieren, (stürmischer Beifall) und wenn aus der Fabrik heraus die Hunderttausende und Millionen Menschen strömen und gläubigen Herzens für diese Freiheit sich wieder einsetzen. Gelingt ihr das nicht mit Gesängen, Hurrageschrei und Studentenformationen, dann macht kein Staat sich frei. (Beifall.)

Das Gleiche gilt von der linken Seite. Was wollt ihr? Eure sozialistische[*n*] Ideale? Ich begebe mich auf eine eigene Basis und nehme an, daß ihr ideenmäßig, geistig recht habt. Aber könnt ihr dann eure eigene Basis verwirklichen ohne Freiheit? Könnt ihr dann das verwirklichen, was ihr nach eurer Weltanschauung für richtig haltet ohne Freiheit, ohne Kraft? Ihr habt einst geschrien: die Waffen nieder, und habt die sozialistische Republik wehrlos ausgeliefert einer kapitalistischen Welt. (Stürmischer Beifall.)

Was wollt ihr? Ihr seht ja, wie sich der Sozialismus nun in der Praxis auswirkt Tag für Tag. Wo bleibt hier das ganze Menschheitsideal? Lächerlich! Lächerlich! Wollt ihr aber wirklich die Freiheit, dann merkt euch nur, man erringt sie nicht nur durch die drohende Faust, sondern es gehört dazu auch das Gehirn. Den Tag der Freiheit kann man kalendermäßig festlegen, nämlich an dem Tag, an dem wir nicht mehr in Stirn und Faust getrennt sind, sondern einig beide vereint sind. Dann kann daran gedacht werden, der geistigen Vorstellung eines Briand den realen Boden zu entziehen und ihn in Wirklichkeit anders zu gestalten, als dieser französische Menschenfreund es wünscht. Da aber kommt nun die Frage, können die beiden Gruppen zueinander [*finden*]? Zunächst war unser deutsches Volk ja einmal eins. Wenn mir heute ein bürgerlicher Parteipolitiker gegenübertritt und sagt, ja, was uns nicht gelungen ist, werden wir demnächst zuwege bringen, da sage ich, mein Herr, es handelt sich heute nicht nur darum, daß nun Ihre bürgerliche Parteiwelt die Aufgabe hätte, das deutsche Volk zu einen. Sie sind allerdings schuldig mit an dem Zerfall. Das deutsche Volk ist unter Ihrer Herrschaft erst zerfallen. Das mag Ihnen tausendmal unangenehm sein, und Sie mögen es nicht gern hören, aber trotzdem ist es so. Sie selbst tragen die Schuld daran, wenn das Volk heute zerfallen ist in zwei Hälften, die nicht mehr einander kennen. Sagen Sie nicht, Sie werden das schon jetzt machen, die bisherige Entwicklungslinie zeigt im Gegenteil eine Vertiefung der Kluft, und was Ihnen heute nicht gelingt, ich bezweifle, daß das morgen Ihnen gelingen wird. Dasselbe von der linken Seite! Auch sie kam ja hinein in ein geschlossenes Volk, das die wirtschaftsanschaulichen [*sic!*] Probleme vertritt. Das hat gar nichts zu tun mit der Zerreißung unseres Volkes in zwei Gebilde, die einander gar nicht mehr kennen und sich nicht mehr verstehen. Wenn man sich dieses Deutschland von heute vorstellt, dann bleibt einem nur eine einzige Erkenntnis übrig, nämlich, daß entweder eine der beiden

Gruppen oder beide dieser Gruppen in ihrer Ideenwelt falsch sein müssen. Denn den anderen Vorwand, daß der andere Teil zu dumm ist oder zu schlecht, den kann man wirklich nicht hinnehmen. Wenn heute mir der eine sagt, zum Beispiel, ja, besonders von bürgerlicher Seite, junger Mann, freilich es ist uns nicht gelungen, dieses Proletariat, diese Arbeiterschaft zu erobern, in unsere geistige Ideenwelt einzubeziehen, allein sehen Sie doch die Menschen an, wie geistig beschränkt sie sind. Diese Menschen nur, sie sind dumm und borniert. Wie oft kann man von bürgerlichen Politikern hören in einem Gespräch, das Volk ist so saudumm und blöde. Ja, mein Lieber, für was kämpfen Sie überhaupt? Wenn also diese 12 oder 13 oder 14 Millionen, die nicht [*sic!*] nach Ihrer bürgerlichen Weltanschauung grundsätzlich alle dumm sind, dann ist jedoch die Zukunft des deutschen Volkes vergeblich, denn mit dem Bleigewicht von 14 Millionen Dummköpfen kann man doch nichts machen, auch wenn die anderen 14 Millionen lauter weise Männer wären, welchen Eindruck man aber nicht leicht gewinnen kann von diesen 14 Millionen. Wenn das wäre, ist doch die deutsche Zukunft vergeblich. Es lohnt sich dann auch gar nicht zu kämpfen. Aber dann sagen sie mir außerdem meistens noch, wissen Sie, dieses Volk ist so gemein und so schlecht, so erbärmlich, es verdient nicht, daß man sich darum bekümmert [*sic!*]. Das ist ein Vorwurf, den ich so häufig besonders aus bürgerlichem Munde und von bürgerlichen Politikern höre. Sowie ihnen vorgehalten wird, daß es ihnen nicht gelingt, das Volk in seiner Gesamtheit zu gewinnen, dann erklären sie, daß dieses Volk gar nicht wert ist, daß man es gewinnt. Darauf will ich eine Antwort geben. Warum kämpfen Sie denn? Wenn diese 14 Millionen an sich Pofel [12] sind, Bagage oder Gesindel, warum kämpfen Sie dann? Dann sind Sie ehrlich und sagen Sie, der ganze Kampf um die Zukunft ist vergeblich. Auf der einen Seite sind anständige Menschen, auf der anderen Lumpen und die sind [13] in der Majorität. Also, werter Herr, geben Sie dann Ihre politische Tätigkeit auf, gehen Sie aus dem Parlament heraus und überlassen Sie die Sache seinem Schicksal. Das tun Sie aber nicht, im Gegenteil, vor der Wahl sind Sie doch manchesmal nicht ganz sicher von dem Grad der Schlechtigkeit dieser anderen 14 Millionen. (Heiterkeit.)

Sie versuchen dann manchesmal durch verschiedene zarte Hinweise eine Brücke zu schlagen, daß etliche dieser schlechten Elemente Ihnen noch die Stimme geben könnten. Nein? Warum das alles? Dieser Vorwurf würde auch von der anderen Seite erhoben, umgekehrt, und in beiden Fällen ist er unsinnig, unberechtigt und dumm. Kann man überhaupt den Wert eines Menschen beurteilen? Beurteilt man den Wert eines Menschen so leicht hinweg nach seinem Beruf, seiner Stellung, nach seinen Einnahmen, seiner Kleidung? Es ist ja alles so lächerlich. Es sind lauter vollständig vergängliche Werte. Keiner weiß, ob er morgen bereits gedemütigt erscheint, kein Reicher, ob er morgen arm ist, keiner weiß, ob er in einer armseligen Stellung steht und in verhältnismäßig wenigen Jahren in einer ganz anderen Stellung sich befindet. Wenn Sie jeden einzelnen durchgehen, so müssen Sie feststellen, daß Tausende und Hunderttausende einen Wandel durchmachen im Verlauf von kaum zwei Menschenaltern. Viele aus dem Bauernstand, aus dem Knechtestand oder, sagen wir, zum [*sic!*] ganz kleinen Handwerk,

12 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.
13 In der Vorlage: "sich".

dann steigt die eine Kurve empor und zu gleicher Zeit sinkt die andere ab. Die eine steigt ganz hoch und sinkt auch dann wieder, und andere kommen empor. Wie wollen Sie hier einen absoluten Wertmesser aufstellen, der begründet wird durch die Lebensstellungen oder durch Stand oder geistige oder körperliche Arbeit? Nein, das ist alles lächerlich! Der Wert eines Menschen in einer Volksgemeinschaft ergibt sich aus seiner Ersetz- oder Unersetzlichkeit. Wenn Sie aber den letzten Straßenfeger annehmen [*sic!*], der sein Stück Quadratmeter pflegt und reinigt, so können Sie nicht sagen, er ist wertlos. Wenn Sie ihn wegnehmen würden, müßten Sie einen anderen an seine Stelle setzen. Aber, daß er ersetzt werden muß, das beweist, daß er zugleich einen bestimmten Wert repräsentiert. Der höchste Wert ist dem zuzubilligen, der bereit ist, seine ganze Tätigkeit in den Dienst einer Allgemeinheit zu stellen, das heißt, der persönlich sogar noch Verzicht leistet auf das außerordentliche Hervortreten seiner eigenen Persönlichkeit, und da bitte ich, korrigieren Sie den Ausspruch, den Sie tausendfältig hören aus bürgerlichem Munde: Ja, mein Gott, wenn die Leute intelligenter wären, oder geschickter, fleißiger oder tüchtiger werden, dann würden sie nicht Arbeiter sein, sondern wären etwas anderes. Ja, wieso denn? Es ist also immerhin ein gewisser Idealismus notwendig für einen Menschen, seine Pflicht zu erfüllen, obwohl er weiß, daß das Schicksal ihn nicht auf Rosen betten wird, ihn nicht und selbst seine Kinder nicht. Es gehört mehr Idealismus dazu, seine Pflicht zu erfüllen und dabei trotzdem zu wissen, daß man niemals vom Glück überschüttet werden wird. Es gehört viel mehr Idealismus dazu, Tag für Tag seine Pflicht zu erfüllen und trotzdem zu wissen, daß diese Pflichterfüllung nie ihr Ende nimmt. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Das Volk ist zu bedauern, das für die stille Pflichterfüllung kein Verständnis und keine Achtung mehr besitzt. Wenn wir von dem Standpunkt aus den Wert unseres Volkes ansehen, dann wächst mein Glaube riesengroß an unserem deutschen Volke und vor allem an den 14 Millionen, die der Glaube des Bürgertums aufgibt, (Beifall) die das Bürgertum nicht mehr kennt, nicht mehr versteht und nicht mehr verstehen will. Dann sehe ich plötzlich die Größe der Prüfung unseres Volkes vor Augen, die Zeit, in der wir eigentlich dasselbe gewesen sind. Da sehe ich vor mir jenen ganz kleinen Menschen, der plötzlich den Waffenrock anziehen mußte für sein Volk und für sein Land, und sehe neben ihm auch den Sohn der wohlbegüterten Bürgersfamilie, der ebenso den Rock anzog, und ich sehe diesen Bürgerssohn hinausgehen, ihn kämpfen, ihn auch fallen, aber ich weiß auch eins, dieser Mann hat eine bestimmte Vorstellung von dem, für das er fiel und für das er kämpfte. Dieser Fliegeroffizier dort oben, er hat eine bestimmte Vorstellung, wenn er fällt. Er kennt Deutschland und weiß, was es ist. Er hat seine Erziehung zu Hause genossen, die ihm das Vaterland im anderen Licht erscheinen läßt, wie es Millionen sonst nur sehen. Er konnte teilnehmen an der Kultur, Kunst, Literatur, litt nie Not, und als er groß und erwachsen war, konnte er eine Familie gründen, ein Haus mit Weib und schönen Kindern, und niemals kannte er Sorge und Not im bösen Sinne des Wortes, denn alle die Sorgen sind leicht zu ertragen, sofern nicht dieser ewig nagende Hunger kommt, die Unsicherheit des täglichen Lebens von heute auf morgen. Der Mensch, der teilnimmt an kulturellem Leben, er weiß, für ihn ist Deutschland ein Begriff, erhaben, rein und schön, der es lohnt, daß man dafür kämpft. Aber demgegen-

über steht der andere im Rock. Der stammt aus einem ärmlichen, kleinen Loch heraus und war schon als Kind gezwungen, sich die bitteren Kröten zu verdienen, und später wurde er selbständig und muß schuften und kommt doch zu nichts. Heiratet er, ist die Not manchmal größer als zuvor. Heiratet er nicht, ist er wurzellos an sich, und seine Arbeit, sie gibt ihm kaum das tägliche Brot, und da kommt Arbeitslosigkeit. Er weiß nicht, woher nehmen und wird herumgetrieben und von anderen sogar über die Achsel angesehen dafür. Er weiß gar nicht, was Deutschland ist, denn die Kunst ist nicht für ihn da, auch Kultur ist nicht für ihn da, das Leben ist nicht für ihn da. Er ist nur für den Staat da. Eines Tages kommt der Staat, zieht ihm den Rock an (Händeklatschen, Beifall), und dann bekommt dieser arme Teufel zum erstenmal vorübergehend einen anständigen Anzug und manchesmal zum erstenmal eine ausreichende Verpflegung, aber hinter ihm steht zugleich die Pflicht, das Leben einzusetzen. Nun mußte er hinaus. Monate um Monate steht dieser arme Teufel neben dem anderen. Monate für Monate, Jahr für Jahr, wankt nicht und weicht nicht, als ob des Deutschen Vaterlandes ganze Zukunft und sein Schicksal nur auf seinen Schultern liege. Das ist der deutsche Grenadier des Weltkrieges gewesen. Der soll plötzlich wertlos sein? Es ist zum Lachen darüber! (Langanhaltender stürmischer Beifall, lebhafte Bravorufe.)

Das ist im Gegenteil mit des deutschen Volkes größter Schatz. Nur hat man ihn nicht zu heben vermocht und hat ihn Händen überlassen, die ihn verdarben. Das ist der eigentliche Grund. (Sehr richtig.)

So können Sie niemals anerkennen, daß nur aus solchen Gründen heraus eine Einigung auf eine bestimmte gemeinsame Überzeugung nicht würde gelingen können, im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, daß angesichts dieses Volkes die Nichteinigung dieses Volkes auf andere Ursachen zurückgeführt werden muß. Haben Sie den Mut, einmal kritisch zu prüfen, ob die Ideenwelt, die Sie als Bürgertum vertreten haben, ob die Ideenwelt, die Sie als Proletarier vertreten haben, wie Sie sich klassenbewußt bezeichnen, ob die überhaupt geeignet ist, ob sie richtig gewesen ist, um Millionen von Menschen gemeinsam aus allen Lebensschichten auf diese einzige Auffassung zu verpflichten und zu vereinigen. Untersuchen Sie, ob die weltanschauliche Basis, der Grundgedanke Ihrer Ideenwelt richtig ist, oder ob nicht die allein schon falsch ist, so falsch, daß jedes weitere Tun von Ihnen keinen Zweck haben kann, daß ein zwangsläufiger Zerfall einsetzen muß, weil stets auf Grund des inneren Wesens Ihrer ganzen Ideenwelt nur ein Teil der Nation darauf verpflichtet werden kann, und wenn ich mich nun als Nationalsozialist zu dieser Erkenntnis durchgerungen habe und mir vornehme, frei von Vorurteilen die derzeitige Parteiwelt zu prüfen, da muß ich zwangsläufig mich auf einige allgemeine Gesichtspunkte, ich möchte fast sagen, einschwören, einige Grundsätze anerkennen, um von innen heraus diese Prüfung vorzunehmen. Da ist zunächst ein Grundsatz als erster, das eigene Schicksal. Millionen von Menschen finden ihre Stellung zum allgemeinen politischen Leben nur vom Gesichtspunkt des eigenen Lebens, des eigenen Schicksals, des eigenen Daseins, und es ist nun unendlich leicht, aufbauend auf diesem rein persönlichen Gedanken, nur auf diesen persönlichen Wünschen ihnen ein Weltbild [*zu*] zeigen, das ebenso falsch ist, wie es gerade ihren persönlichen Wünschen entspricht. Da muß ich als Mann einer neuen Bewegung, der die Dinge kritisch und doch objektiv

prüfen will, mich zu einem anderen Gesichtspunkte bekennen, nämlich zu der kategorischen Einsicht, daß, so sehr auch der einzelne unter seinem Schicksal leidet, daß eben dieses Schicksal nicht das Schicksal des Vaterlandes bedingt, sondern daß umgekehrt das Schicksal des Vaterlandes, das heißt, das Schicksal der Gesamtheit, sein Schicksal bedingt, (Beifall) und daß es falsch ist, vom eigenen Schicksal ausgehend, das allgemeine ändern zu können, sondern im Gegenteil, daß der Wille von Millionen zusammengefaßt werden muß zur Wahrung des Schicksals der Gesamtheit, auf daß daraus eines Tages sich dann das Schicksal des einzelnen ebenfalls zu bessern vermag, und zweitens, daß es ebenso trügerisch und falsch ist zu meinen, daß ein örtliches Schicksal, sei es nun ein kommunales Schicksal, ein Landesschicksal, die Not des einzelnen Menschen an der Not der Gesamtheit [*etwas*] ändern könnte, sondern wichtig ist die Erkenntnis, daß das Schicksal jeder Kommune und jedes einzelnen Kreises und jedes Landes unzertrennbar verbunden ist ebenfalls mit dem Schicksal der Gesamtheit des gesamten Landes, daß also die Meinung derjenigen, die glauben, daß durch eine geschickte, tüchtige kommunale Politik in solchen Zeitläuften, wie wir sie zur Zeit durchleben, vielleicht das Schicksal eines Gebietes retten zu können [*falsch ist*]. Diese Meinung ist falsch, da das Schicksal jedes Gebietes bis zur kleinsten Kommune endgültig bestimmt wird vom Schicksal des gesamten Staatsgebietes. Das ist richtig schon deshalb, weil ja Deutschland als Staat läppisch und lächerlich klein ist, weil wir in gar keinem Verhältnis stehen zu den anderen Großmächten der Erde, weil wir, territorial gemessen, ja, selbst nur gemessen an den Größen der anderen Weltstaaten, nur mehr provinzielle Bedeutung besitzen, so daß eine einzelne Untergliederung dieses Gebietes an sich kaum mehr in die Waagschale fällt. Die Meinung bayerischer Patrioten, daß eine besondere bayerische Politik vielleicht dem allgemeinen Zusammenbruch zu entgehen vermag, ist genauso lächerlich, als wenn eine solche Meinung irgendwo anders herrscht, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiete. Wenn z. B. ein sächsischer Strumpffabrikant der Überzeugung ist, mag auch das andere Deutschland zugrunde gehen, wir fabrizieren Strümpfe, denn auf diese Strümpfe baut sich unsere Zukunft auf. Nein, mein lieber Freund, Deutschlands Schicksal wird eines Tages auch deine Strümpfe zerreissen. Du wirst genauso mitgehen, wie die anderen mitgehen. (Beifall.)

Gewiß wird das Schicksal nicht gleichmäßig auf alle seine Hammerschläge niedersausen lassen, auf einen Betrieb früher, auf den anderen später. Aber in der Gesamtheit kann sich kein Wirtschaftszweig auf die Dauer retten vor einem allgemeinen Zusammenbruch. Den Beweis dafür gibt die deutsche Geschichte, und noch ein weiterer Beweis für das Wirtschaftsschicksal ist das politische Schicksal, das heißt, die politische Not eines Volkes bestimmt endgültig auch die Wirtschaft, und nie wird die Wirtschaft etwa die politische Not zu meistern vermögen, wie ganz geniale deutsche Politiker vom Schlage Stinnes'[14] einst geglaubt haben. Zum dritten: Wenn ich die Dinge prüfe, dann sehe ich nicht vor mir einzelne Personen. So sehr die Persönlichkeit auch der Träger von

14 Hugo Stinnes (1870-1924), Reeder und Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Ideen ist und Gedanken und Vorstellungen, so sehr können bestimmte Gedanken und Vorstellungen langsam zum Allgemeingut werden, sich gewissermaßen entpersönlichen, und dann ist nicht mehr die Frage der Güte der einzelnen Persönlichkeit für die Richtigkeit entscheidend, sondern die Richtigkeit der Idee an sich, das heißt, in einer Zeit, wie wir sie heute vor uns sehen, ist nicht mehr entscheidend, ob die einzelnen handelnden politischen Persönlichkeiten anständige oder unanständige Menschen sind. Wir müssen leider feststellen, daß im politischen Leben an sich jede Bewegung ein paar Phasen durchläuft. Sie entsteht und wird als nichts geachtet und damit totgeschwiegen. Zweitens: Sie wächst, wird gescheut und nunmehr lächerlich gemacht. Drittens: Sie wird bedrohlich und nunmehr verfolgt. Viertens: Man versucht sie auszurotten, wird ihrer nicht Herr, der Sieg scheint sich an ihre Fahne zu heften, und nun beginnt ein gewaltiges Wandern. Minderwertige Elemente strömen plötzlich in großen Massen herbei, ergreifen die Fahnenstange, klammern sich daran. Dann nämlich, wenn der Kampf beendet ist und der Einzug in die eroberte Stadt stattfindet, dann beginnen diese wankelmütigen feigen Egoisten in hellen Scharen herbeizuströmen, um an der Spitze der Kämpfer einzuziehen in die eroberte Burg, nicht als Stürmer, sondern als eine Bagage, die nur mit einer gewissen Schnelligkeit die Front vertauscht hat, (Zustimmung) und dann weit voran, daß man zuerst zum Erfolg kommt! Das sind an sich Lumpen. Diese Lumpen sind in jeder Bewegung zu finden, sobald sie zum Siege kommt. Wehe, wenn eine solche Bewegung sich nicht sperrt gegen solche Elemente und [*nicht*] versucht, sie zu entfernen. Sie wird eines Tages diese Elemente besitzen. Das ist aber kein Grund, das Wesen dieser Elemente als ausschlaggebend anzusehen. Ausschlaggebender ist die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Idee an sich, das heißt, wenn Sie nachzuweisen vermögen, daß eine Idee ihrem geistigen Inhalt nach an sich unfähig ist, ein Volk zu retten, weil sie auf prinzipieller falscher Grundlage beruht. Dann ist es gleichgültig, ob in ihren Reihen die größten Idealisten sind oder Dummköpfe oder Schurken, wenn ihre Idee, die Grundlage ihres ganzen geistigen Gebäudes falsch ist. Nicht die einzelne Person entscheidet, sondern die Richtigkeit der Ideenwelt, die dieses Gebilde beherrscht. Viertens: Bei dieser Prüfung ist nicht maßgebend der augenblickliche Zeiteindruck, das heißt, das Bild, das sich im Moment ergibt, und was selbstverständlich Menschen und besonders die Politiker so gern den anderen als Spiegel der Richtigkeit ihres ganzen Daseins vorhalten, indem sie sagen, seht doch her, es geht ja mit uns, wir haben zunächst 5 Jahre regiert, wir können uns auch 6 Jahre halten. Das ist ein grundsätzlicher [*sic!*] falscher Gesichtspunkt. Grundsätzlich muß folgendes festgestellt werden: Eine Idee erweist sich nicht dadurch als richtig, daß sie im Augenblick, sagen wir, die Durchführung oder Weiterfortführung des Lebens noch ermöglicht, sondern sie würde sich nur dann als richtig erweisen, wenn sie die Grundlage des Lebens sein könnte. Wir sehen bei der Menschheit oft allgemein selbstverständliche Rechte, die, nur wenn wir durchprüfen, in Wahrheit Lasten und Unglück sind. Primitiv ausgedrückt, Sie können heute sehr wohl einen Menschen anfahren wegen seines widerlichen Lebens. Er kann Ihnen die Antwort geben, jeden Tag betrinke ich mich, ich bin gesund, ich bin noch gesünder wie Sie. Das ist nicht der Beweis, daß in der Betrunkenheit ein besonders wertvoller Grund zur Gesundheit liegt. Das ist ein Beweis dafür, daß dieser Mensch eine außerordentliche Gesundheit besitzt. Man müßte

aber fragen, wie würde dieser Mensch sein Leben heute gestalten können, wenn seine Vorfahren acht bis zehn Generationen hindurch ganz das Gleiche getan hätten, überhaupt, wenn man erst den Mut hätte, jede Tat, die bedenklich erscheint, von dem höheren Gesichtspunkte zu prüfen, was würde sein, wenn das, was wir augenblicklich als Recht ansehen, unsere Vorfahren auch schon als Recht angesehen und auch schon getan hätten. Wenn Sie das tun, da sehen Sie auf einmal, daß zahlreiche Rechte der Gegenwart für die Vergangenheit Laster gewesen wären. Nun protestiere ich dagegen, daß ein Laster der Vergangenheit heute ein Recht sein könnte. Im Gegenteil, ich muß mich auf den Standpunkt stellen, was ich natürlich wünsche, daß unsere Vorfahren getan haben oder getan hätten, daß das ich [*sic!*] auch nicht decke, weil wir es auch tun und es augenscheinlich unangenehm ist. Endlich kann man nie dem Grundsatz huldigen, wesentlich ist, daß wir leben, sondern man muß letzten Endes dem Grundsatz huldigen, wesentlich ist, daß die leben können, die nach uns kommen; eine Politik, wie sie heute ist, wir werden durchkommen, wir schauen überhaupt nicht zurück, eine solche Politik ist eben dann nicht die Gestaltung des Lebenskampfes eines Volkes, sondern sie zehrt an den Gütern, an den Tugenden, an den Schätzen und Vorräten, die die Vergangenheit gemacht hat. Wir sehen das auf allen Gebieten riesengroß und plastisch vor uns, so daß der einzelne das leicht merkt. Es ist einmal so, daß die Menschheit viel mehr die Geißel der wirtschaftlichen Not fühlt als irgendwelche Schmerzen ideeller Art, politischer Art, ja, selbst gesundheitlicher Art. Darüber geht man vielleicht leichter hinweg. Wenn ich heute irgendeinem sogenannten geistreichen Menschen unseres Volkes sage, das und das Laster darfst du nicht tun, dann gibt er einem zur Antwort, ach, das ist ein Vorurteil. Bitte, wenn man das früher getan hätte? Ach früher, die Zeit ist eben nicht gleich. Ja gut, mein lieber Freund, übermorgen kommt der Steuerbote zu dir, dann sagst du auf einmal, du, das ist ein Laster. Warum denn? Das kann man nicht aushalten, ja warum? Du liebst deine altmodische Vorstellung. Wie lange geht denn das? Solange etwas von dem da ist, was unter einem anderen Regiment früher angesammelt wurde, genauso, wie du mit deiner Gesundheit sündigst, solange sie da ist, die die Generationen vor dir dir übertragen haben. Du sündigst darauf los, du klagst über deine Steuern, du willst aber keineswegs die Konsequenz ziehen. Man muß sich eine zweite Frage vorlegen. Was würde sein, wenn schon hundert Jahre das so gewesen wäre, wenn hundert Jahre die deutsche Steuergesetzgebung so gearbeitet hätte wie jetzt, dann säßen wir alle nicht hier, weil es den Zirkus gar nicht gäbe, (Heiterkeit) es gäbe aber auch sonst sehr wenig in dieser Stadt. Es gäbe keine, die die Steuer eintreiben könnten, weil nichts mehr da wäre, was man versteuern könnte. Es wäre überhaupt nichts da. Nun kann ich nicht ein Regiment für richtig empfinden nur deshalb, weil es im Augenblick auf einer von ihm gar nicht geschaffenen fremden Basis arbeitet. Die Frage müßte lauten: Kann dieses Regiment das auch aufbauen, wovon es heute zehrt? Diese Wirtschaftssubstanz, sie wird wieder leichter verstanden, weil der einzelne das nicht fühlt. Der Landmann sagt, es wäre wahnwitzig, zehn Jahre, wenn das so fort geht, gehört mir bald mein Hof nicht mehr. Aber sage das doch heute einem Vertreter des jetzigen Staates. Er wird zur Antwort geben, ja, zehn Jahre später. Jetzt wollen wir uns nicht den Kopf zerbrechen. Zur

Zeit haben wir noch etliches da, was wir verpumpen [*sic!*] können. Solange wir können, wird gepumpt. (Beifall.)

Freilich, dieser ideale Mensch vergißt nur, daß er das nur kann, weil Menschen da waren, die das schön zusammengelegt haben, auf was man jetzt pumpen kann. Wenn diese Menschen damals so wie jetzt gehandelt hätten, dann wäre nichts da, denn das Vertrauen und die Solidität unserer deutschen Republik ist keineswegs so überwältigend, daß man ohne reale Pfänder etwas in der Welt haben könnte. Nein, niemand sagt: Aufgrund eurer Staatsform, eurer Staatsverfassung, aufgrund eures Glaubens an die Verfassung von Weimar geben wir euch jetzt 10 Milliarden Kredit. Das tut niemand. (Zustimmung, Heiterkeit.)

Sondern die Geldgeber sagen: Wir lieben diese neue Staatsverfassung, aber finanziell rechnen wir nur mit den Schätzen der alten Staatsverfassung. Das Resultat des früheren Regiments, das ist eine finanziell mögliche Basis, auf der man verhandeln kann. Politisch vergönnen wir euch den heutigen Zustand, wirtschaftlich möchten wir den früheren als Pfand haben. Mein lieber Freund, so handeln wir aber auch mit einem anderen Gut, das es gibt und das noch viel kostbarer ist als die wirtschaftliche Substanz, nämlich der Mensch selbst, dieses Wesen aus Fleisch und Blut, das am Ende doch der Träger dieses ganzen Erlebens ist. Die bürgerliche Welt erklärt, der Staat ist der Mittelpunkt alles Geschehens. Als Nationalsozialist sage ich: Der Inhalt alles Geschehens ist das Volk. Denn das Volk ist der Träger dieses Lebens, es ist die lebendige Substanz; die Staatsform kann wandelbar sein, wenn das Volk bleibt, ist der Zweck des ganzen Ringens um das Dasein erfüllt. Und die Staatsform mag die richtige sein, die augenblicklich von Fall zu Fall die Existenz eines Volkes am ehesten und besten gewährleistet. Wenn wir fragen, was ist der primärste Wunsch aller dieser einzelnen Menschen, dann müssen wir bekennen, am tiefsten ist immer nur ein Wunsch verankert: am Leben zu bleiben! So wenig der einzelne Mensch an sich weiß, warum er geboren ist, so sehr klammert er sich an dieses Leben, wie jedes andere Wesen eben auch. Er weiß nicht, weshalb er da ist, aber indem er da ist, möchte er dieses Leben nicht mehr verlassen. Der Drang zum Leben ist ein ausschlaggebender, alles überragender, es gibt keine Leidenschaft, die größer ist als die Zähigkeit, mit der der Mensch an diesem Leben hängt, für sich und seine Nachkommen. Der moderne Mensch protestiert gegen solche animalische Auffassung des Lebens. Lieber Freund, zunächst bist du dieser animalischen Auffassung entsprungen. Zweitens kannst du wohl sagen, ich protestiere dagegen, aber später, vielleicht gleich nachdem ich gesprochen habe, gehst du und huldigst dieser Auffassung, indem du noch einmal kräftig ißt. Du schwelgst und du futterst genauso wie die anderen, und dein Leben wird genauso regiert wie das aller anderen. Hunger und Liebe, es sind die beiden gewaltigen Kräfte, die alle Wesen auf ihrem Erdenleben begleiten, die sie im Leben bestimmen, zu ihren Handlungen zwingen und nicht verlassen bis ins Grab hinab. Der Mensch hat aber noch die Hoffnung, wenn er das irdische Leben beendet, noch weiter zu leben, wenn auch nicht in dieser sichtbaren Form, so doch in anderen Formen, aber leben will er, wenn nicht hier, so im Jenseits. Sehen Sie, dieser Drang zum Leben, der so ungeheuerlich ist und der alle Vorstellungen zerbricht, der läßt den Menschen manchmal selbst in der Periode seiner höchsten Kultur tief zurücksinken zur primitiv-

sten Urzeit. Sie hören von der Galanterie und dem männlich ritterlichen Sinn der Frau, dem sogenannten schwachen Geschlecht, gegenüber, Sie hoffen soviel von der Pflicht des Mannes, dieses Geschlecht zu unterstützen. Nehmen Sie an, daß plötzlich hier ein Erdbeben stattfindet und in diesem Augenblick plötzlich die Halle zu wanken anfangen würde und plötzlich die Galerien hereinstürzten. In diesem Augenblick, dann schauen Sie die Menschen an, sehen Sie die Männer an, auch die Ästheten darunter, schauen Sie nur an und dann sollen Sie feststellen können, wie plötzlich der Mensch sich ans Leben klammert. Die Bande einer sogenannten Ordnung sind dahin, und Sie sehen, wie der Mensch wieder in seiner ganzen ungebundenen Wildheit dasteht. Mein lieber Freund, dir sehe ich es am Gesicht an, daß du, der Ästhet, der erste bist, der sich zu retten versucht, ohne sich um die anderen zu kümmern. Du siehst so wenig heroisch aus, als ob du dein Leben in die Schanze schlägst, damit andere gerettet werden. Er [*sic!*] ist einmal so. Wenn plötzlich der Tod in die Nähe kommt, dann beginnt von dem Menschen alles abzufallen, was ihm andressiert wurde, und dann zeigt sich der Drang zum Leben. Das Gesetz der Kraft tritt dann in seine Geltung. Der Mensch sagt nicht mehr: Auf Grund dieses oder jenen Opfers trete ich zurück, sondern sobald die letzten Bande brechen, fühlt jeder für sich die Pflicht, nach vorn zu streben. Sehen Sie, dieser Drang zum Leben bedingt damit zwangsläufig eine Erscheinung des Lebens, die wir mit dem Worte "Kampf" bezeichnen. Wenn auf einer bestimmt umgrenzten Grundfläche eine unbegrenzte Zahl von Milliarden an Lebenwesen vorhanden ist, dann beginnt aus diesem unbegrenztem Trieb heraus der Kampf ums Dasein, und zwar zwangsläufig. Wenn mir irgendein Pazifist proletarischer oder bürgerlicher Auffassung sagt: Das ist animal[*isch*]! Mein lieber Freund, die Menschheit wäre selbst nicht da, wenn das Gesetz nicht Geltung besäße. Und wenn du sagst, ei, du hast kein Recht, einen Zustand zu preisen, der der Vergangenheit zum Verderben gereichte, dann antworte ich: Du bist da, indem die Menschheit durch Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch diesen Kampf aufgenommen hat, auf diesem begrenzten Erdenball gegen die Widersacher ihres Daseins. Dieser Kampf, von dem gesagt ist, daß er der Vater aller Dinge ist, er hat den Menschen entwickelt, im ewigen Ringen um das Dasein hat der Mensch sich die Waffen für dieses Dasein geformt, und die Waffen sind der Ausdruck unserer Kultur. Was die Menschheit besitzt, Dolch, Schwert und Geschütz, auch seine gesamten Erfindungen, seine geistige Tätigkeit, sie sind Ziel und Zweck des Kampfes für das Dasein, indem sie den Menschen herausheben aus dem allgemeinen Niveau der Lebewesen, nicht etwa durch pazifistische Unterredungen oder Besprechungen oder durch Verträge ist dies erfolgt, sondern durch Bluteinsatz, der sich schon seit Jahrtausenden vollzogen hat. Dieser Kampf, sagen sie, ist heute zu Ende. Im Gegenteil, er tobt weiter! Der Mensch kämpfte einst gegen die wilden Bestien des Urwaldes, er hebt sich langsam empor, bis sein Wesen in Erscheinung tritt, bis er nach und nach eine dominierende Stellung einnimmt, und heute ist dieser Kampf durchaus nicht entschieden. Derselbe Pazifist, der kommt und sagt: Der Grundgedanke des Kampfes ist einmal Wirklichkeit gewesen, heute sind wir aber darüber hinaus. Dem muß ich erwidern: Das ist nicht wahr! Du hustest, mein lieber Freund, warum hustest du? Weil du die Lungentuberkulose besitzt. Was tust du dagegen? Du gehst zum Arzt und erwartest, daß er die Krankheit wegbringt. Was heißt das? Du erwartest, daß

der Arzt nun einen blutigen Kampf beginnt gegen die Tuberkulose-Bazillen. Das sind auch Lebewesen, die gar nicht wissen, warum sie da sind, genausowenig wie auch du weißt, warum du da bist. Du weißt nicht, was dereinst der Mensch gewesen ist, du hast keine Ahnung davon, wie wir uns entwickelt haben, und jetzt bist du auf einmal brutal und grausam, du Pazifist. Ausrotten, sagst du auf einmal. Jawohl, der Kampf ist noch immer nicht entschieden. Erst waren es wilde Bestien, und heute sind es die Bakterien. Und wenn du beide besiegt hast, es werden neue Gegner kommen, du kennst sie noch nicht, aber eins sollst du wissen, an dem Tage, an dem du nicht bereit bist, für dein Dasein einzutreten, wird es dir genommen! (Beifall.)

Denn dieses Dasein als Mensch verdankst du ausschließlich der höheren Züchtung, der du den Kampf selbst wieder verdankst, weil der Kampf, der Vater aller Dinge, im einzelnen die Auslese hat, weil das Ergebnis stets ist, daß das Faule und Morsche verschwindet, und was übrig bleibt, das Gesunde sein muß, so daß dein ewiges Ringen auch einen ewigen Prozeß der Verbesserung bedeutet. Wenn Menschen kommen und sagen, ich proklamiere hiermit ein neues Gesetz, ein Gesetz, das dieses Verbrechen des Kampfes ausschaltet, denn Kampf wird verpönt, dann kann ich nur sagen, mein lieber Freund, Prinzip bleibt Prinzip, Recht bleibt Recht, Unrecht bleibt Unrecht, Laster bleibt Laster. Du kannst nicht sagen, hier ist der Kampf falsch, hier ist er richtig. Entweder du erkennst das Recht zur Vernichtung anderer Wesen an, prinzipiell, oder du leugnest es. Leugnest du es, dann gibst du es auf, erkennst du es an, dann kannst du nicht deiner Weltanschauung nach Pazifist sein. Dann kannst du nicht diejenigen als minderwertig ansehen, die durch ihren Einsatz die Entstehung der Kultur erst ermöglicht haben. Mein kleiner Mensch, du kannst tausendmal hingehen und deine Meinung niederschreiben, du kannst Kundgebungen und Manifeste als pazifistische Leitgedanken proklamieren, aber das Weltbild formt sich nicht nach deiner Meinung. Du kannst nicht sagen: Ich hebe laut § 3 meines Manifestes die Kraft und das Vorrecht der Kraft als gestaltende Kraft dieses Lebens auf. Mein lieber Freund, ein Gesetz, daß das ganze Universum beherrscht, das Planeten und Sonne zwingt, ein Gesetz, von dem du nicht weißt, ob nicht plötzlich eines Tages die Erde selbst zertrümmert wird, das kannst du kleiner Wurm, du, die Rippe aus Knochen und Fleisch, das kannst du nicht ändern! Du kannst dir ein paar kleine lächerliche Sätze aufnotieren, die Welt, das Universum, stürzt du nicht ein, im Gegenteil, du stürzt aus deinem Universum zur Erde nieder. Die Erde hat bestanden viele Hunderte von Millionen Jahre ohne Menschen, sie kann auch wieder bestehen ohne Menschen, und du weißt ja gar nicht, ob nicht dein Manifest schon morgen abgelöst wird, ob sich nicht plötzlich die Erdbeben vermehren und eine gigantische Katastrophe die Rinde zu verändern beginnt und ein neuer Himalaja aus dem Ozean aufsteigen wird und Schlammfluten niedergehen. Lieber Freund, wenn die Erde zu dröhnen beginnt, dann kannst du dein Manifest proklamieren von der Ausschaltung der Kraft des Kampfes. Dann kannst du deine Formeln herleiern und dann wirst du als letzter Mensch noch pazifistische Ideale haben, während um dich herum die Welt in Trümmer sinkt. Mein lieber Freund, es ist lächerlich! Du hast den Menschen nicht geschaffen, du kannst auch nichts ändern, du kannst ihn nur zugrunde richten. Du kannst vor allen durch deinen Geist Dein Volk als erstes zugrunde gehen lassen, das kannst du, die Welt

aber geht ihren Weg, und die ewigen Gesetze, die werden durch dich nicht im geringsten außer Wirksamkeit, außer Kraft gesetzt. Dann ein Zweitens: Wenn der Kampf der Vater aller Dinge ist, und wenn dieser Kampf erst den Menschen in seine heutige Front gerückt hat, dann ist der Mensch selbst in diese Front nicht gekommen etwa durch Nichtstun, durch pazifistische Verträge unter sich, sondern durch Kampf, durch geistige und sonstige Qualitäten, da die einzelnen Menschen nicht gleich sind. Zum zweiten Male treffe ich nun in einem weltanschaulichen prinzipiellen Gegensatz mit dir [15] zusammen. Denn du, ob von rechts oder links, du sagst, alle Menschen sind letzten Endes gleich. Wieso, mein lieber Freund, wie kannst du das behaupten? Sind sie äußerlich zunächst gleich? Äußerlich? Nein, du kannst die Differenzen nicht wegleugnen, die diese Menschen äußerlich darstellen, in der Hauptfarbe [*sic!*] usw. Wenn du den Papua, den Buschmann, den Australneger, den Zulu usw. vergleichst, so würdest du feststellen müssen, daß Unterschiede ungeheuerlichster Art da sind, die man nicht wegstreiten kann. Du könntest das höchstens für das Innerliche behaupten. Du sagst ja, die Menschen sind gleich, du sagst, was Menschenantlitz trägt, ist Mensch und damit gleich. Die Lebensäußerungen, die werden dir zum Bewußtsein gebracht durch das Bild der Kultur, das du siehst, das allgemeine Lebensbild, was dir vor Augen tritt. Dieses allgemeine Lebensbild, ist der Ausdruck des inneren Lebens der Menschheit. Nun könntest du recht haben, denn das Lebensbild, das wir vor Augen sehen, ist das Ergebnis des Wirkens und Schaffens aller Menschen, und du sagst, daß, was vor uns ist, an dem haben alle Menschen gleichmäßig gearbeitet. Das ist nicht wahr! Wenn du abwägst die Leistungen der einzelnen Rassen auf dieser Erde, dann wirst du sehen, wie einzelne Völker federleicht werden, während andere tief niedersinken. Dann wirst du feststellen müssen, daß [*wir*] ganze Perioden einer menschlichen Kultur nur der schöpferischen Tätigkeit bestimmter Völker verdanken. Daß eine Antike uns vor Augen tritt, in erster Linie aufgebaut auf hellenisch-römischen Thesen, daß zum zweiten Male eine neue Kultur uns entgegentritt, in der wir selbst uns heute befinden, aufgebaut auf hellenischem Schönheitsempfinden und neugermanischer Technik. Was du heute vor dir siehst, das ist heute fast ausschließlich diesen beiden Kulturkreisen zu verdanken. Du selbst sagst, du bist ein moderner Mensch, sprichst eine bestimmte Sprache. Sie ist nicht gleich dem Gezwitscher der Australneger, ihr ganzer Bau ist ihr nicht gleich. Du sagst weiter, was ich zum Leben anfordere, das ist das und das und das. Mein lieber Freund, wer hat das geschaffen? Wer hat das geschaffen, welche Völker haben dazu beigetragen? Nicht der Neger hat den Beitrag geleistet! Wenn du dich heute auf den Standpunkt zu stellen bequemst, daß der Neger auch ein Kulturfaktor ist, weil du seine Tänze nachäffst, dann ist der Unterschied dieses Negergetrampels zu meinem deutschen Kulturempfinden der gleiche wie der einer erbärmlichen Jazzmusik zu einem Straußschen Walzer ...! (Stürmischer Beifall.)

Das ist nur eine Schande der Zeit, die wieder vergehen wird, sie bleibt nicht im Volke. Diese paar verdorbenen Oberschichten, die das Volk kompromittieren, die werden vergehen, was bleiben wird, ist die Seele dieses Volkes und die Lebensäußerung dieser Seele und das Verständnis zur Seele des Volkes. Die Kraft wird sich durchringen

15 Vorlage: "ihr".

durch die Perioden einer solchen Überfremdung, solange das Blut eines Volkes in sich gleich bleibt. Das ist der Träger der Kultur! Wenn Sie die heutige Welt ansehen, die Technik angenommen, vom Luftschiff, vom Flugzeug, bis herunter zur Eisenbahn, vom Kraftwagen bis zu den gigantischen Dampferbauten und weiter die großen Städte, und dann abwägen, dann können Sie sagen, das hat uns der Arier gegeben, und was die anderen? Das Weltbild hat der Arier gestaltet, es dringt siegreich über die ganze Erde. Selbst alte Kulturvölker, wie Chinesen und Japaner, beginnen sich dem Weltbild der Arierkultur anzupassen, die heute tatsächlich die Kultur der Erde darstellt. Amerikanische, englische, französische, deutsche Technik und Ingenieure, Kunst und Wissenschaft, Erfindergabe usw. befruchtet die ganze Erde heute. Und dann kommt ihr her und sagt: Und trotzdem sind alle Menschen gleich. Es ist so lächerlich, weil man versucht wird, zu blöden primitiven Vergleichen zu kommen. Denn genauso kannst du sagen, alle Katzen sind gleich, die Hauskatze, der Tiger, alle Hunde sind gleich, der Pudel, Bernhardiner, Windhund oder Mops, nur die Erziehung macht das. Ja, wenn man einen Neger längere Zeit abrichtet, kann er auch das elektrische Licht anknipsen und das Grammophon aufziehen, ja, das kann auch vielleicht ein wohldressierter Zirkuspudel, erfinden kann er aber nicht! Es ist noch ein Unterschied zwischen der Fähigkeit, die Kraft der Natur zu gestalten oder sie zu mißbrauchen. Das ist zweierlei. (Beifall.)

Damit muß ich mich auf den zweiten Standpunkt stellen: die Menschheit. Es ist ein Unterschied unter ihnen [*sic!*]. Ich kann sie nicht gleich einschätzen. Ich kann nicht sagen, auf dieser Erde leben 1.700 Millionen Menschen, sondern ich muß sagen, auf dieser Erde leben soundso viel hundert Millionen Arier, soundso viel Malayen, Chinesen, Neger usw. Ich muß die Menschen klassifizieren, denn neben ihrem Ziffernwert, neben ihrem Zahlenwert, den ihr errechnet, gibt es noch einen anderen, der persönliche Wert dieser Rassen, von dem ich sagen muß, Volk ist nicht Volk, so wie Körper nicht gleich Körper ist. Die menschliche Kultur ist nicht entstanden als Produkt der Gesamtheit von 1.700 Millionen Wesen, sondern entstanden aus der Leistung, aus dem Kopfe überragender Menschenrassen, die anderen überlegen waren und diese Überlegenheit zur vollen Auswirkung brachten, durch den ewigen Kampf, so, wie der Olympiasieger sich die Überlegenheit seiner Konkurrenten sichert durch Kampf. Dann kommt also noch als drittes dazu der Persönlichkeitswert innerhalb der einzelnen Rassen. Ich sage Persönlichkeitswert. So, wie unter der gesamten Völkergemeinschaft Volk nicht gleich Volk ist, so ist in den einzelnen Ländern nicht gleich Kopf dem Kopf, sondern es ist ein Unterschied, ein ewiger, ewiger Unterschied. Die Natur verteilt ihre Gaben nie gleichmäßig. So, wie es nicht zwei Menschen mit den gleichen Fingerabdrücken gibt, mit gleicher Gehirnbildung, mit vollkommen gleichem Haardurchschnitt [*sic!*], so gibt es auch nicht zwei Menschen mit vollkommen gleichen Fähigkeiten; nicht zwei mit gleichen Temperamenten oder Kenntnissen. Unsere zwei großen Dichterfürsten Schiller und Goethe, zwei Riesen und doch nicht gleich. Zwei Künstler, ein Beethoven und ein Wagner, beide gigantisch und doch nicht gleich. Sie können Hunderttausende von Namen prüfen, und nicht zwei werden Sie finden, die vollkommen gleich sind, und kein Menschenwerk gelingt gleich dem anderen, keine Uhr kann gleich gehen einer anderen Uhr, alles ist verschieden. In einer Volksgemeinschaft aber ist es wichtig, eine Konstruktion des staatli-

chen Lebens zu erhalten, die den Fähigkeiten den notwendigen Spielraum gibt, das heißt mit anderen Worten: Der Grundsatz, Kopf ist gleich Kopf, ist falsch. Der Wert der Persönlichkeit ist dominierend. Alles, was Menschen geschaffen haben, ist nicht das Ergebnis einer Majorität, sondern ist schöpferisches Erlebnis einer einzelnen Persönlichkeit. Und wenn du sagst, du protestierst gegen diese Auffassung, mein lieber Freund, das hat mit Weltanschauung nichts zu tun, weil die Natur es bestimmt und nicht der einzelne sich selbst gibt. Wesentlich ist nur die Erkenntnis, wer beispielsweise zum Mathematiker geboren ist, der soll es sein. Wer geboren ist zum Musiker, der soll es sein, nicht die Majorität wird Sinfonien komponieren, und wer zum Staatsmann geboren ist, soll es sein, nicht die Majorität wird jemals staatsmännische Leistungen vollbringen. (Lauter Beifall und Händeklatschen.)

Stets wird dies alles gebunden sein an die Fähigkeit der einzelnen Person. Das aristokratische Prinzip der Autorität der Person ist dabei nicht gefesselt an die Erstgeburt. Das ist etwas anderes. Mit Erstgeburt hat das nicht irgend etwas zu tun, nein, die Fähigkeit ist entscheidend. Aber wehe dem Volk, das sich in seinem Staatsleben einer Konstruktion ausgesetzt hat, die die Fähigkeit unterbindet und an ihre Stelle die zahlenmäßige Mehrheit setzt. Dann wundern Sie sich nicht, wenn solche Völker langsam zugrunde gehen. Im Wettkampf der Völker untereinander wird das Volk siegreich bleiben, das auf Grund seiner natürlichen, kulturellen und schöpferischen Fähigkeiten die Führung der Gesamtheit denen überträgt, die auf Grund ihres ganzen angeborenen Könnens dazu bestimmt sind, und unterliegen wird das Volk, das zum Regent seines Daseins die Dummheit, Feigheit und Unzulänglichkeit erhebt. Wenn Sie sagen, wieso? Die Majorität ist zu allen Zeiten der Repräsentant der Dummheit, Unzulänglichkeit, Unwissenheit und Feigheit gewesen! (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Warum ist das gerade für Deutschland als weltanschauliches Ergebnis von überwältigender, grundsätzlicher Bedeutung? Warum müssen die drei Gedankengänge, nämlich der Kampfgedanke, der Blutgedanke und der Persönlichkeitsgedanke, warum müssen gerade diese drei von überwältigender Wichtigkeit sein für unser deutsches Volk? Aus dem einen Grunde, weil das deutsche Volk zu seiner Existenz heute Macht braucht, mehr als je zuvor. Wenn wir uns die Frage vorlegen, weshalb Macht? Dann müssen wir feststellen, daß unser deutsches Volk zur Zeit die bitterste Not leidet, die es überhaupt geben kann, nämlich Not an Raum und Boden, denn Tausende von Erscheinungen unseres täglichen Lebens, die Sie als peinigend und quälend empfinden, die resultieren bei letzter Prüfung aus dem Mißverständnis [*sic!*] unserer Volkszahl zur Grundfläche. Und weshalb? Jedes Volk stellt zunächst in seiner Zahl einen veränderlichen Faktor dar, das heißt, die Volkszahl wird sich bei jedem gesunden Volk dauernd verändern, während umgekehrt die Raummengen zuletzt gleich bleiben. Das heißt aber, bei jedem gesunden Volk wird bei der natürlichen Entwicklung die Volkszahl eines Tages in Mißverhältnis geraten zur Raummenge. Der Raum bleibt zurück, und die Zahl vermehrt sich. Wenn aber bei einem Volk Grundfläche und Volkszahl außer Verhältnis geraten sind, das heißt, wenn die naturgemäße Erhaltung und Ernährung eines Volkes von eigenem Grund und Boden nicht mehr möglich erscheint, dann treten in einem solchen Volkskörper Spannungen und krankhafte Zustände auf, dann tritt allmählich ein Zustand ein,

der unmöglich weiter gedeihen kann, und eines Tages muß dann das unmögliche Verhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche so oder so gelöst werden. Jahrhunderte kann das Volk an dieser Not kranken, kann es bereits überall das Leben angefressen sehen, ohne daß es sich dessen klar bewußt wird. Aber trotzdem ist bei einer gründlichen Prüfung letzten Endes stets dieses Mißverhältnis der Vater aller inneren Verfallserscheinungen. Wem ist die soziale Not von heute zuzuschreiben? Dem Mißverhältnis unserer Grundfläche zur Volkszahl und umgekehrt. Wir haben im letzten Jahrhundert langsam, infolge der Unmöglichkeit, unseren Nachschub aus eigenem Grund und Boden zu ernähren, diesen Nachschub in unseren Großstädten konzentriert. Sie sind die Keimzellen industrieller Entwicklung der Riesenstädte, der technischen Fortschritte, der konstruktiven Genialität, der wirtschaftlichen Fähigkeiten, aber auch aller sozialen Krankheiten und aller Wurzellosigkeit dieser Menschen geworden. Und endlich die Unmöglichkeit, sie zu ernähren: Es entstehen soziale Krankheiten, die dann allmählich einen weltanschaulichen Charakter annehmen, bis endlich der blutige Bruderkrieg im Innern ausbricht, eine Folge des Mißverhältnisses zwischen Volk und Grundfläche. Dasselbe ist es [*sic!*] mit der Wirtschaft. Sie klagen über die Wirtschaftsnot. Weshalb? Die Wirtschaft selbst ist heute auf künstlicher Basis, sie wurzelt nicht mehr im Volkseigenen, sie muß außerhalb des Kreislaufes der Innenwirtschaft sich bewegen, sie muß in ihrem Kreislauf ihr eigenes Volk verlassen. Darum bedeutet jede politische Niederlage den Zusammenbruch einer Wirtschaft, auf der selbst wieder die Ernährung und die ganze Nation aufgebaut ist. Not, Elend, soziale Erkrankungen, endlich auch natürliche Erkrankungen, sie alle folgern aus diesem Mißverhältnis heraus. Wenn Sie heute die deutschen Streitigkeiten betrachten um den 8-Stunden-Tag oder 10-Stunden-Tag, oder wenn Sie den Streit um Kapitalismus oder Nichtkapitalismus, oder wenn Sie den Streit um Sozialisierung oder Nichtsozialisierung, über Abrüstung oder Nichtabrüstung betrachten, alles das sind Vorgänge, die an der Oberfläche dahin plätschern und die nicht die wirkliche Tiefe berühren. Denn etwas bringen Sie durch diese Streite [*sic!*] nicht weg, die Tatsache, daß hier 137 Menschen auf einen Quadratkilometer Boden leben müssen [16], der sie nicht ernähren kann, ganz gleich, ob sie sozialdemokratische, kommunistische, bürgerliche oder kapitalistische Wirtschaft haben, ob sie ab- oder aufgerüstet haben, einerlei, ob sie den 8- oder 12-Stunden-Tag besitzen, ob sie eine bürgerliche oder eine proletarische Kulturauffassung besitzen. Einerlei, die Sorge um das tägliche Brot wird sie langsam immer mehr und mehr zermürben, und eines Tages wird riesengroß über all den Streitigkeiten des Tages die größere Frage erscheinen, nämlich die: Von was schafft ihr Brot? Clemenceau [17] hat recht, als er erklärte, ihr habt 20 Millionen Menschen zuviel [18],

16 Die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs (einschl. Saargebiet) betrug im Juni 1925 134,23 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 5.

17 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der franz. Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 franz. Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

18 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions

Briand hat recht, wenn er erklärt, ihr habt 20 Millionen zuviel. Was heißt das? Das heißt: Ihr könnt euch nicht auf eigener Grundfläche ernähren und folglich seid ihr eine Gefahr für alle anderen Völker. Damit kommen wir zum wesentlichsten Problem. Was geschieht nun, wenn im Völkerleben die Volkszahl außer Verhältnis gerät zur Grundfläche? Dann muß an dem Volke von Zeit zu Zeit eine Korrektur dieses Mißverhältnisses vorgenommen werden, und diese Korrektur, die Durchführung dieser ewigen Korrektur, ist in Wirklichkeit die Politik. Die Politik hat die Lebensverhältnisse eines Volkes zu ermöglichen, den Daseinskampf zu ermöglichen, die Herstellung einer Ernährungsbasis, ganz gleich auf welchem Wege. Es gibt drei große Wege dazu. Der eine, der natürliche: Ein Volk ist gewachsen und folglich braucht es auch mehr Raum. Der moderne Pazifist entgegnet: Was, wir protestieren gegen diese militaristisch-imperialistische Auffassung. Mein lieber Freund, was heißt denn Imperialismus? Bist du Vater? Jawohl! Hast du ein Kind? Jawohl! Liebst du dein Kind? Jawohl! Willst du, daß es am Leben bleibt? Jawohl! Dann mußt du für Brot sorgen und willst du für Brot sorgen, mein lieber Freund, dann mußt du, wenn sich die Zahl deines Volkes nur um eine erhöht, dann mußt du Imperialist sein, ob du willst oder nicht. (Lebhafter Beifall.)

Oder stirb, wenn du ein Kind bekommst, damit die Zahl deines Volkes gleich bleibt. Freilich, du sagst, nein, ich bin Pazifist. Deshalb stirbst du nicht selbst, sondern läßt lieber die Kinder sterben. Du machst lieber Einschränkungen in der Volkszahl als Vermehrung des Grund und Bodens. Lieber Freund, dieser zweite Weg, statt Grund zu erwerben die Volkszahl einzuschränken, er wird gegangen, aber das Resultat ist dabei, unsere Vernichtung durch die Auswanderung. Sie können es heute lesen als einen Triumph der deutschen Außenpolitik, den Bemühungen des Reichsaußenministers [19] ist es gelungen, die Auswanderungsquote nach Nordamerika um 20% zu erhöhen [20]. (Pfui-Rufe.)

Allerdings, ein gigantischer Triumph. Diesen hat das deutsche Volk aber früher vor der Reichsgründung in weitaus höherem Umfange auch gehabt. Das ist später unsere Niederlage geworden. 100 Jahr hindurch hat Europa sein bestes Blut durch Auswanderung hingegeben, 100 Jahr hindurch seine tatkräftigen Erscheinungen nach Amerika ziehen lassen, und im August 1918 haben wir die Quittungen erhalten. Was damals gegen uns antrat, das sind die Söhne aus der Heimat vertriebener Deutscher gewesen. Die Söhne unseres eigenen Volkes. Diese langen, hochgeschossenen Burschen, die damals so plötzlich unser[*e*] Feind[*e*] waren, das war zum großen Teil unser eigenes Blut. (Zustimmung.)

Wenn ein Volk durch Auswanderungen seine besten Elemente herauszieht und in das Ausland schickt, dann wird eines Tages dieses Ausland die Geschicke der Welt bestimmen. Die Kolonialvölker werden kräftiger sein als das Mutterland. (Sehr richtig.)

---

d'Allemands de trop." Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

19 Gustav Stresemann.

20 In die USA und Kanada wanderten 1927 47.151 bzw. 4.515, 1928 45.504 bzw. 4.144 Deutsche aus. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 35.

Wir sehen heute drohend die ganze europäische Welt [*sic!*] den amerikanischen Kontinent emporwachsen, während sie hier noch streiten und sich balgen um proletarische oder bürgerliche Auffassung, um kapitalistische Abrüstung oder militärische Aufrüstung. Während sie um blödsinnige Phrasen streiten, wächst ein großer Kontinent als Konkurrent der Welt empor und wird gebieterisch seine Ansprüche geltend machen, pochend auf das bessere Blut, auf die starke Menschheit, die wir ihm selbst gegeben haben. Dann werden wir nicht sagen können, wir streiten doch um Weltideale. Der Kampf der amerikanischen Motorenindustrien ist nicht der Kampf um Weltideale, es ist ein Kampf um den Absatzmarkt, sonst gar nichts, und der Schwächere unterliegt. Dieser Kontinent ist zum stärkeren geworden. Dieser zweite Weg, also das Volk anzupassen an die Grundfläche, wird im Endergebnis von verhängnisvoller Folge sein, von dem dritten gar nicht zu reden, nämlich der Geburteneinschränkung. Ich weiß, daß mir der eine oder der andere sofort kommt von der rechten Seite: Das ist ein unmoralischer Standpunkt, und von der linken Seite: Das ist vernünftig. Das hat weder mit Moral noch mit Sitte, noch mit Anstand, sondern hat nur zu tun mit einer naturgemäßen Erwägung: Was gibt uns auf der Welt überhaupt erst das Recht, als ein Volk von Größe aufzutreten? Die Tatsachen [*sic!*] nicht, daß wir 60 Millionen sind, das ist lächerlich, sondern die Tatsache, daß diese 60 Millionen eine Kulturbedeutung repräsentieren, in tausendjähriger Arbeit. Wem verdanken wir aber dies? Den Personen, die die Kultur schufen, nicht der Majorität! Zählen Sie alles das zusammen, was in Deutschland uns die Kulturbedeutung gegeben hat. Da können Sie anfangen vom Mittelalter, unsere ganzen deutschen großen Staatsmänner, unsere damalige deutsche Kaisergeschichte mit einzelnen Persönlichkeiten, später deutschen Sängern, Dichtern, Erfindern, immer wieder einzelne Köpfe und markante Erscheinungen. Ein einziger Albrecht Dürer wiegt mehr als 900.000 andere Menschen auf einer Waagschale genommen von damals. Immer sind es einzelne Riesen: ein Haydn, Gluck, ein Beethoven, Mozart, Wagner, Weber, Bruckner usw., eine endlose Zahl von gigantischen Heroen. Wer hat endlich dieses unser Reich geschmiedet, das ein Hort deutscher Kraft gewesen ist, angefangen vom Großen Kurfürsten, Friedrich d[*en*] Großen, Bismarck, es sind immer einzelne Erscheinungen gewesen, nicht die Majorität. Und wehe der Zeit, die keine Köpfe mehr hat. Wir haben heute nicht solche Erscheinungen, die die ganze Menschheit überragen. Wenn Sie fragen: Was hat das für eine Bedeutung für mich, ob ihr große Köpfe besitzt oder nicht? Lieber Freund, du rechnest nur mit materiellen Dingen. Daß das deutsche Volk im Jahre 1914 einen Bethmann Hollweg [21] besessen hat und keinen Bismarck als Kopf, hat als Bedeutung gehabt, daß dieses Volk seit 1918 niedergeschlagen erscheint. Daß dieses Volk endlich auf Jahrzehnte zu einer Fronlast verdammt ist, daß dieses Volk Opfer zu bringen hat, Not zu leiden hat und Millionen an Arbeitslosen, kurz und gut, daß ein Volk Milliarden von seinen materiellen Werten opfert und opfern muß, das verdankt es dem Fehlen eines einzigen, überragenden von Gott begnadeten Kopfes. Sagen Sie nicht, das kann uns egal

21 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preuß. Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

sein. Es ist nicht egal. Im Gegenteil, Sie brechen darunter zusammen. Wenn Sie fragen, was hat das damit zu tun? Große Köpfe sind nicht die Erstgeburten. Wenn dem so wäre, müßten unsere deutschen Fürsten die größten Köpfe der Welt gewesen sein, das waren lauter Erstgeburten. Große Köpfe sind heute erst die zweiten, dritten, fünften, neunten, elften Kinder. Wenn Sie aus unserer deutschen Kulturgeschichte alle die Köpfe herausnehmen, die unser ganzes Leben gestaltet haben, dann sehen Sie, daß nichts übrig bleibt, wenn Sie nur Erstgeburten am Leben ließen. Was Sie heute tun, das ist der Fluch der Geburteneinschränkung. Nicht moralische Gründe sind es, auch nicht ziffernmäßige. Genau wie die Auswanderung von uns Nationalsozialisten nicht ziffernmäßig beklagt wird, nein, sie verändern den biologischen Wert eines Volkes. Sie führen zur Zerstörung, die eines Tages den Zusammenbruch bedeutet, weil der Durchschnittswert beseitigt und die Geburtenbeschränkung uns die höchsten Werte wegnimmt. Es gibt noch einen anderen Weg, ein Volk auf einer unmöglichen Grundfläche zu ernähren. Dieser Weg heißt Weltwirtschaft. Was heißt Weltwirtschaft? Da lacht der deutsche Industrielle förmlich auf, wenn er diesen Begriff hört. Weltwirtschaft heißt, ein Volk produziert bestimmte Güter mehr, als es im Kreislauf der eigenen Wirtschaft an sich braucht. Es verkauft von diesen Gütern in das Ausland und bezieht vom Auslande dann diejenigen Rohstoffe zurück, die ihm selber fehlen. Damit ist aber die Wirtschaft nicht eine Frage der Produktion, sondern eine Frage der Verkaufsmöglichkeit, und diese Verkaufsmöglichkeit wird nicht bestimmt von dem produzierenden Volk, sondern wird bestimmt von der allgemeinen Weltkonjunktur. Bestimmend nun für diese Verkaufsmöglichkeit ist nicht die rein wirtschaftliche Konjunktur, sondern letzten Endes bestimmend die politische Macht. Das heißt, das Volk, das bereit ist, in die Waagschale seiner Konkurrenz das Schwert hineinzuwerfen, hat für sich das Recht, das zu allen Zeiten das Schwert gehabt hat. Wo das Schwert liegt, liegt [*sic!*] das Recht auf dieser Erde doch noch entscheidend. Die geistige Kraft, und nicht Pazifismus. Die geistige Stärke, nicht Verständigung; Selbstvertrauen und Selbsteinsatz, und nicht Verträge, Bitten und Betteln. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Sie heißt Volkskraft, und nicht Völkerrecht! (Sehr richtig, Händeklatschen.) Volkskraft, jawohl, ob ein Volk eine Grundfläche vermehren will, oder ob ein Volk durch Wirtschaft sein Dasein bewahrt, es braucht stets Kraft. Das heißt, hinter dem Wunsche, Boden zu bekommen, sowohl als hinter dem Wunsche, Geschäfte zu machen, muß stets die gesammelte Kraft eines Volkes in die Waagschale geworfen werden können. Was ist die Kraft eines Volkes, ist das etwa der Kanonenbesitz, ist es der Maschinengewehrbesitz? Wenn Sie heute einem Staatsmann einen Vorwurf machen für den schmählichen, sagen wir, Einsatz des deutschen Volkes, für die schmähliche Vertretung der Lebensinteressen, dann werden Sie stets die Antwort bekommen: Was wollt ihr denn, Deutschland ist ja entwaffnet. Mein lieber Freund, ihr, die ihr alle nur im Materiellen seht [*sic!*], ewig nur in Ziffern rechnet, Einnahmen und Ausgaben vergleicht, ihr habt ganz vergessen, daß es auch andere Werte gibt als nur ziffernmäßige. Ihr seht nur im Besitz von Maschinengewehren einen Besitz und die Kraft eines Volkes. Umgekehrt ist es. Die technischen Kampfmittel sind zu allen Zeiten tote gewesen. Die Seele lag in ihren Trägern. Solange die Träger diese[*r*] technische[*n*] Kampfmittel heroisch angelegte Naturen sind, solange hatten diese Kampfmittel Sinn

und Zweck, wenn die Träger selbst korrumpierte Pazifisten, nationale Selbstverleugner und internationale Demokraten geworden sind, (sehr gut) dann haben alle Kanonen nichts genützt. (Beifall.) Denn verteidigt und beschirmt wird ein Volk nicht von einer toten Mauer von Material, sondern von jener lebenden Mauer der Gemeinschaft seiner Bürger, die bereit ist, für den Schutz des eigenen Heims, der eigenen Volksgemeinschaft, für den Schutz des Lebens von Mann und Weib und Kind und Kindeskindern das augenblickliche Dasein einzusetzen. Wenn das fehlt, dann nützen alle Kanonen nichts! Man kann immer wieder nur sagen: Geben Sie dem deutschen Volke von heute Kanonen, so viel Sie wollen, geben Sie jetzt unter seiner heutigen Führung jedem zweiten und dritten ein Maschinengewehr, ein Flugzeug, oder was Sie wollen, und sechs Monate später da halten Sie einen Appell, was davon noch da sein wird. (Beifall.) Da können Sie vielleicht erleben, daß selbst die höchsten Staatsrepräsentanten sich an den Verschrottungsfirmen beteiligt haben und sich bemüht haben, (Beifall, Händeklatschen) und sich bemüht haben, diesen toten Waffenbesitz in flüssiges Geld umzuwandeln. Waffenbesitz ist eben toter Besitz, solange nicht ein Volk dahintersteht, das bereit ist, sein Dasein zu vertreten. Die Kraft eines Volkes liegt in anderen Faktoren. Zahlenmäßig repräsentiert Deutschland heute keine Kraft mehr. Wir zählen 62 Millionen und haben uns gegenüber eine Welt, deren Schicksal gestaltet wird von Staaten, die zum Teil ein vielfaches der Volkszahl unseres Vaterlandes umfassen. Raummäßig ist unser Gebiet lächerlich. Wir sind keine Weltmacht. Die modernsten Flugzeuge, die zwischen 4[*00*] und 500 km in der Stunde zurücklegen, brauchen nur mehr zwei Stunden von Nord nach Süd, um über das gesamte Siedlungsgebiet des deutschen Volkes zu kommen[22]. Das ist keine Raummenge mehr für eine weltgeschichtliche Bedeutung. Wenn aber ein Volk zahlenmäßig unbedeutend ist, auch seiner Raummenge nach unbedeutend ist, dann kann ich den Appell nur richten an seine spezifischen Werte: 1. an seinen Wert an sich, 2. an seine Persönlichkeiten, 3. an seinen Kampfwillen. Das heißt, ein Volk muß dann appellieren an die natürliche Kraft, die es gibt. Da ist die erste Frage, ist das deutsche Volk nach seinem spezifischen Wert berechtigt, auf eine andere Zukunft zu hoffen. Wir können mit dem Blick auf eine tausendjährige Vergangenheit, mit dem Blick an jene Millionen, die für Deutschlands Größe im Laufe von 1,5 tausend [*sic!*] Jahren gefallen sind, mit Recht sagen: Jawohl, dieses Volk hat ein Recht dazu. Wir können dieses Jawohl endlich zum zweitenmal aussprechen mit dem Blick auf die Leistungen dieses Volkes. Welches Volk hat mehr Recht zum Leben in Europa als das Volk, das die Mutter der europäischen Kultur ist? Kein Volk kann mehr beanspruchen, das Dasein zu haben als dieses deutsche, und kein Volk (Beifall, Händeklatschen) darf überzeugter sein, mehr Recht auf Grund seiner tatsächlichen Leistungen zu haben als dieses deutsche. Da sinkt das Geschwätz des M[*on*]s[*ieur*] Briand zu einem unverschämten und lächerlichen Zeug zusammen. Diesem Gerede dieses alten Franzosen steht die Tatsache einer Kulturleistung gegenüber, die, wenn heute das deutsche Volk ausgerottet werden würde, niemals von dieser Erde vergehen könnte. (Beifall.)

22 Die Entfernung zwischen östlichstem und westlichstem Grenzpunkt des Deutschen Reiches betrug 1.155 km, vom nördlichsten zum südlichsten 894 km. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1.

Zweitens, welches Volk hat mehr Persönlichkeitswerte zu verzeichnen als das deutsche? Da haben wir wieder das Recht zu glauben: Kein Volk hat mehr Persönlichkeitswerte der Welt geschenkt als gerade wir. Endlich die Zahl unserer großen Geister, die Zahl deutscher Erfinder, deutscher Heroen der Wissenschaft, der Dichtung, Musik, Philosophie, auf allen Gebieten. Eine mächtige Kultur kann unser deutsches Volk mit größtem Einsatz mit Recht nachweisen. Drittens, welches Volk hat mehr Kampfsinn gehabt? Zu allen Zeiten sehen wir in unserem Volk die unglaublichsten heroischen Leistungen, die es mit Selbsteinsatz vollbracht hat. Dieser Weltkrieg ist für uns der letzte Beweis. Wenn alle Länder Monumente dem Unbekannten Soldaten errichten, dann kann das heute geschlagene deutsche Volk mit mehr Recht als jedes andere seinem siegreichen unbekannten Grenadier ein Denkmal errichten. (Minutenlanger, stürmischer Beifall.) Er hat tatsächlich ein Wunder vollbracht und ist nicht gefallen durch seine Schuld, sondern durch die Schuld anderer. (Zuruf: Juden!)

Drittens, hat dieses Volk in dieser jetzigen Zeit seinen Mut bewiesen. Richten Sie nur nicht die Äußerungen dieses Volkes nach den Äußerungen seiner Staatsmänner. (Heiterkeit, Zustimmung.) Wäre dieses Volk selbst so mutlos, so elende verzagt wie seine Staatsmänner, würde es heute gar nicht mehr leben. (Tobender Beifall.) Damit komme ich zur Frage, warum sind wir aber dennoch die Geschlagenen? Wir sind geschlagen, weil wir die Werte, die wir besitzen, weder kennen, noch pflegen, noch anerkennen, weil wir selbst von ihnen nichts wissen wollen. Sie sagen, mein lieber bürgerlicher Freund, wir treten doch für den Blutswert [*sic!*], für den spezifischen Wert des Volkes ein. Nein, das tut ihr nicht. Redet nur nicht von einem Nationalismus. Das ist ein sehr hohles, oberflächliches, fades Zeug, das vermag nicht Menschen zum Sterben zu begeistern, das ist eine objektive Sache, und objektive Sachen wirken bekanntlich nicht. Wir wirken nur aus subjektiver Erkenntnis und subjektivem Glauben, und das hat dein Nationalismus nicht. Was ist dein Nationalismus? Gebunden an wirtschaftlichen Vorstellungen, gebunden an dynastischen Begriffen, an Legitimitätsvorstellungen, an äußeren Erscheinungen, an Klassenbegriffe, mein lieber Freund, du hast keine Ahnung von der Urkraft des wirklichen nationalen Gedankens, hast keine blasse Ahnung von der Leidenschaft gehabt. Du willst sie gar nicht ahnen und zitterst vor ihr, weil sie vielleicht dein gemächliches Leben zerstören kann, und du hast keine Ahnung von den Forderungen, die ein wahrer Nationalismus dem einzelnen auferlegt, du hast keine Ahnung, was National-Sein bedeutet in bezug auf seine Selbstaufgabe und Selbsthingabe. Ja, mein lieber Freund, eine bürgerliche Weltauffassung! Du siehst schon als selbstverständlich an, daß für des Vaterlandes Größe Millionen von Soldaten ihr Blut opfern, aber, lieber Freund, wenn des Vaterlandes Not, wenn die Not der Nation an dich herantritt, bist du dann auch genauso bereit, dein Gut in die Waagschale zu werfen? Wer von euch ist bereit zu sagen: Ich bin entschlossen, für die Wiederaufrichtung meines Volkes meine Existenz zu Trümmer[*n*] zu schlagen, wenn Deutschland aus seiner Not wieder ersteht. Die bürgerliche Partei nicht! Sie ist nicht bereit, das Letzte hinzugeben für ihr eigenes Ideal. Ich frage die Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung: Wer von euch ist bereit, der roten Gegenseite auf der Barrikade Kopf an Kopf gegenüberzutreten, sich zusammenschlagen zu lassen, den Standpunkt zu wahren: Möglich, daß ihr mich besiegt,

daß ich kapituliere; niederschlagen könnt ihr mich, aber von meiner Überzeugung wegbringen niemals. (Beifall.)

Wer wird das tun und wer ist von dieser Seite bereit, seinen nationalen Idealismus so weit zu spannen, daß er plötzlich vor sich nicht mehr seine Klasse sieht, nicht mehr seinen Stand sieht, sondern, entkleidet von diesem hohlen Scheine, diese 62 Millionen Menschen, Proletarierkinder, Arbeiterkinder, Bürgerkinder, plötzlich alle, und von einem Gedanken beseelt ist, dieser ganzen Gesamtsumme von Menschen zu helfen, ihr und den ihren den Weg zu ebnen. Wer ist heute bereit, die zweite Konsequenz zu erfüllen: Tod der Demokratie, des Zählwahnsinns der Majorität, und wer ist bereit, für [*die*] Autorität der Persönlichkeit einzutreten? Sagen Sie mir nur nicht: Wir sind die Vertreter dieses Gedankens. Jawohl, in Ihrer Fabrik treten Sie dafür ein, daß der Persönlichkeitsgedanke entscheidet, und sagen, ich kann keine Massenabstimmung brauchen. Auch beim Militär und der Grünen Polizei ist die Autorität des Führers entscheidend, nicht die Kompagnie kann abstimmen, ob sie ausrückt oder angreift oder nicht. Nicht Majorität kann Gemälde oder ein Kunstwerk schaffen, eine Idee fassen, das weißt du alles. Selbst auf dem Bauernhof begreifst du das auch. Aber den Staat lieferst du der Majorität aus! Auf einmal sagst du, über das ganze setzen wir die Dummheit zum Regenten ein, und das Volk muß dabei gedeihen. Die andere Seite wagt zu sagen, daß das Volksherrschaft ist. Also ist Volksherrschaft gleichbedeutend mit einem System, das in Wahrheit Herrschaft der Dummheit bedeutet? Nein, Volksherrschaft heißt aus dem Volke die besten Köpfe zum Herrschen zu bringen. (Beifall.)

Und wie schmähen Sie beide diese Begriffe, wie schmähen Sie den Begriff national. Die Autorität der Persönlichkeit, wie ziehen Sie das heute in die Gosse. Negerkultur, Shimmy, Jazzband, miserable kubistische Kunst, Dadaismus! Und Sie gehen hin und sind so feige, sich zu beugen. Sie gehen in ein Konzert und sagen innerlich: Ein widerliches Geräusch, schade, daß ich die Watteproppfen habe vergessen mitzunehmen. Aber wagen Sie aufzutreten? Nein, sagen Sie, das fällt mir nicht ein. Man muß sich fügen der Majorität, ja, Sie sinken so tief, daß Sie zu dem Schmutz eine Stellung einnehmen, indem Sie sagen: Wie geistig hoch muß doch dieser Schmutz sein, nachdem ich ihn gar nicht einmal verstehe. (Heiterkeit.)

Sie haben nicht den Mut, ihn abzulehnen. Bismarck hat einst erklärt, ein Volk, das die Todesstrafe abschafft, aus Angst, dabei einmal einem Justizirrtum zu unterlaufen, ist impotent und scheidet von selbst aus [23]. Nun ist das aber nicht das deutsche Volk, sondern nur einzelne Teilchen sind es, die nur den Ton bestimmen. Genausowenig, wie das deutsche Volk nicht pazifistisch ist, sondern nur einzelne Teilchen desselben. Glauben Sie mir, wenn einmal in Deutschland die Gasse gezeigt wird, die zur Freiheit führt, dann erleben Sie, wie das Proletariat und das Bürgertum bereit ist, des deutschen Volkes Freiheit zu erkämpfen. Sie werden sehen, wie plötzlich herauswächst der urgewaltige Wille, das Volk will leben, weil es leben muß, und muß leben, weil es leben will. (Beifall.)

23 Vgl. Bismarcks Rede am 1.3.1870 anläßlich der Reichstagsdebatte über die Abschaffung der Todesstrafe. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes 1870, 1. Legislaturperiode, Bd. 1, S. 129 ff.

Wenn unser Volk also heute sein Schicksal beenden will, da braucht es Kraft, und die Kraft liegt im Bekenntnis zu diesen drei Grundgesetzen, und diese drei Grundgesetze bilden die weltanschauliche Basis der nationalsozialistischen Bewegung. Sie sind so unzerstörbar richtig, daß man gegen diese Bewegung deshalb tun kann, was man will, man wird sie niemals wieder aus der Geschichte unseres Volkes zu entfernen vermögen. Deshalb ist es lächerlich, wenn die Behörden heute mit Maßnahmen und Drohungen kommen. Es ist lächerlich! Diese Bewegung wird auf Grund ihrer allgemeinen geistigen Weltanschauung zwangsläufig den endgültigen Erfolg für sich haben, soweit die Wahrheit das letzte Wort spricht, wenn sie mutig vertreten wird. (Beifall.)

Und das wollen wir tun! Wenn Sie fragen, wie umschreibst du das Ziel der Bewegung? Das Ziel ist einfach, es heißt, Ehre als die Voraussetzung zur Freiheit, Freiheit als die Voraussetzung zu Brot. Wir erkennen keine Klassen an. Für uns gibt es in Deutschland nicht Proletariat und nicht Bourgeoisie, die Begriffe, die sie trennen, die sind bei uns die einenden [*sic!*]. Sie sagen, Sozialismus muß der Feind der Bourgeoisie sein, Nationalismus muß der Gegner des Proletariats sein, und ich sage Ihnen: Sozialismus ist in seiner reinsten Form grenzenlose Hingabe für die Existenz und Zukunft eines Volkes, ist die Lehre des Bejahens der Wege, die ein Volk in die Zukunft zu führen vermögen. Wenn aber Sozialismus nichts anderes ist als die Lehre, ein Volk zu einer großen Zukunft zu führen, dann ist dieser Sozialismus zugleich reinster Nationalismus, denn Nationalismus ist nicht hohles Herunterplappern von Liedern, Abhalten von Gedenkfeiern, Schwärmereien über eine Staatsform, sondern Nationalismus ist grenzenlose, fanatische Hingabe für das Glück eines Volkes, nicht für eine Klasse. (Beifall.)

Wenn du sagst, ich bin Bürger der politischen Überzeugung nach und bin zugleich national, muß ich sagen: Lüge nicht, beides kannst du nicht sein. Entweder, du bist Bürger, dann bist du nicht national, oder du bist national, dann bist du nicht mehr Bürger, denn wenn du national bist, kannst du bloß noch Deutscher sein. (Stürmischer Beifall.) Dein Begriff vom Bürgertum hat dann genau zu sinken wie der Begriff des Proletariats, du hast kein Recht zu sagen, wir wollen das Proletariat beseitigen. Bitte, Freund, beseitige erst das Bürgertum! (Bravorufe.) Klasse gegen Klasse. Jawohl, oder das Volk für das Volk, es gibt nur diese zwei Möglichkeiten. Solange Sie als Appell des Kampfes eine Klasse aufstellen, wundern Sie sich nicht, wenn auf der anderen Seite ebenfalls eine Klasse in Erscheinung tritt. Heben Sie sich über den Begriff Klasse hinweg! Sehen Sie vor sich ein Volk, dann haben Sie erst das Recht, den zu zermalmen, der nur immer die Klasse sehen will. (Beifall.)

Das brauche ich nicht zu sagen, daß die alten Parteigebilde nicht mehr fähig sind, sie sind verknöchert, erstarrt in Formen und schwächlichen Ideen, erstarrt und tatsächlich impotent geworden. Wenn Sie fragen, weshalb impotent, weil sie nicht mehr bereit sind, für den Glauben, den sie zu vertreten vorgaben, notwendig das Letzte zu opfern. Indem das Bürgertum sagt, wir treten ein für Ruhe und Ordnung, tritt es ein für den jeweils gegebenen Zustand, und indem es eintritt für den jeweils gegebenen Zustand, kapituliert es vor diesem Zustand. Die Kraft muß zu allen Zeiten den Mut besitzen, den Kampf bis zur Vernichtung anzusagen. Das kann nur eine junge neue Bewegung, die unbelastet ist mit der ganzen Vergangenheit dieser alten Gebilde. Aus diesem Grund heraus ist die

nationalsozialistische Bewegung entstanden: Ihr Ziel liegt klar vor Augen. Ihr Programm ist umfassend. Die Basis einer Weltanschauung gibt die Möglichkeit zur Betrachtung aller Probleme und [*zur*] besondere[*n*] Stellungnahme zu allen Fragen. Eine gewaltige Literatur baut sich auf dieser Basis allmählich auf. Andere Gedankengänge beherrschen die Forschung, die Universalität tritt in Erscheinung, und aus allen nur ein neuer Glaube [*sic!*], das, was unsere alten Parteien nicht verstehen können, was sie zunächst lächelnd sagen: dieser Fanatismus dieser Menschen. Jawohl, sie verstehen es nicht. Sie rechnen, sie vergessen, daß die Kraft, die Berge versetzt, keine ziffernmäßige ist, sondern daß sie im Glauben begründet ist, Millionen von Menschen im blinden Glauben an die Zukunft zu erfüllen. Setzt in unser Volk die gewaltige Kraft hinein[*!*] Wenn Sie die braunen Jungen vor uns sehen, fragen Sie einen: Gehst du morgen zu einer anderen Bewegung? Er wird Ihnen hellauf ins Gesicht lachen, genauso, wie ich lachen müßte, wenn Sie mich fragen würden, vielleicht gehen Sie morgen zu einer anderen Partei. Das (auf die Fahnen zeigend) ist die Flagge, mit der lebe ich, mit der kämpfe ich, und wenn ich einmal sterbe, habe ich den einen Wunsch, daß diese Flagge dann als Tuch über meinem Sarg liegt, und die Überzeugung, daß meine braunen Jungen aufgehört haben, bürgerlich zu sein, proletarisch zu sein, sondern: Deutscher bin ich, deutsch bleibe ich, Deutscher will ich sein! (Minutenlanger stürmischer Beifall.) [24]

21. September 1928 — Dok. 27
"Das Ende des Völkerbunds-Schwindels" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 23./24.9.1928, "Der größte Schädling im deutschen Volke. Eine Abrechnung Adolf Hitlers mit Gustav Stresemann" [3].

Es ist zuweilen notwendig, daß man beizeiten Irrtümer richtigstellt. Öfter als einmal konnten wir es in den letzten 6 Jahren erleben, daß Vorgänge von uns als verhängnisvoll gebrandmarkt worden sind entgegen der allgemeinen Auffassung, daß diese *unsere Feststellungen totgeschwiegen* worden sind, daß später *die Wirklichkeit uns recht gegeben hat*

24. Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 20.9. und 21.9.1928. Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10033): "Briands Antwort - Stresemanns letzte Erledigung". Die ursprünglich für den 18.9.1928 geplante Versammlung war auf den 21.9.1928 verschoben worden. Vgl. Ankündigung im VB vom 18.9.1928.

2 Im Löwenbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht überfüllt war, wurde von Rudolf Buttmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Wegen des großen Andrangs wurde eine Parallelversammlung im Arzbergerkeller abgehalten, auf der Hitler anschließend noch kurz sprach.

3 Vgl. auch Der Angriff vom 1.10.1929, "Hitlerrede in München". Sowie Lagebericht N/Nr. 70 der Polizeidirektion München vom 16.10.1928; StA München, Polizeidirektion München 6735.

und endlich dieselben Menschen, die vorher einem bestimmten Zustand ihre Unterstützung gaben, plötzlich davon weghüpften und eines Tages mit frecher Stimme erklärten: Das haben wir schon längst vorausgesehen! Besonders in *München* kann man dies häufig erleben: Gibt es doch hier eine Zeitung [4], die mit der Schnelligkeit eines Chamäleons ihre Farben wechselt, alles im Brustton einer Selbstverständlichkeit, daß der normale Bürger hypnotisiert wird und selbst glaubt, daß dieser Standpunkt *immer* vertreten worden sei, während dasselbe Blatt vor wenigen Wochen noch das Gegenteil vertreten hatte. Am Tage vor der Wahl [5] war Gustav Stresemann nach diesem Blatt der aussichtsreichste Kandidat und seine Gegner selbstverständlich ein paar Tausend unheilbare Narren. Nicht 14 Tage nachher, nein, am nächsten Morgen schon schrieb dieselbe Zeitung [6]: Stresemann ist es nicht gelungen, die notwendige Stimmenzahl für ein Mandat zu bekommen! Schluß, fertig, kein Wort darüber! (Große Heiterkeit.)

Jetzt scheint wieder so ein Augenblick gekommen zu sein, in dem es notwendig wird, seine *Ansprüche anzumelden* darauf, daß man zu einer Zeit, wo die Öffentlichkeit irregeführt worden ist, das vorher gesagt hat, was eingetroffen ist. *Diesen Anspruch müssen wir anmelden* im Interesse unserer Anhänger, für die es eine innere Genugtuung ist festzustellen, daß diese Bewegung, der sie ohne persönliche Vorteile anhängen, recht gehabt hat.

Jetzt vollzieht sich praktisch in Deutschland ein Schicksal, wenn man die *Abfertigung eines Ministers* in einem solchen Staate, wie wir ihn weiland besitzen, so nennen darf. Herr Stresemann verliert jetzt wesentlich an Popularität. Stattdessen rückt seine Erkrankung mehr und mehr in den allgemeinen Mittelpunkt des Interesses [7]. (Heiterkeit.) Die Politiker haben die Untersuchung seines Standpunktes aufgegeben, an ihre Stelle sind die Ärzte getreten. Man kann also sagen, daß Herr Stresemann jetzt unheilbar erkrankt ist, daß er nerven- oder nierenkrank ist und infolgedessen verschwindet. Dann wird in der "M.N.N." [8] ein Artikel erscheinen, in dem dieses Blatt feststellen wird, daß es seit Jahren dieser Politik den schärfsten Widerstand entgegengesetzt hat (große Heiterkeit), daß endlich sich vollzogen hat, was sich schon längst hätte vollziehen müssen.

Inzwischen benützen wir die Zeit, um festzustellen, daß wir diejenigen gewesen sind, die erklärten, daß Stresemanns Politik *verfehlt ist in den Grundlagen, in ihrem ideenmäßigen Inhalt und in der Art der Durchführung*. Dies erklärten wir, als es nicht populär war, sondern das ganze schlafmützige Spießertum uns mit Injurien bewarf, weil wir es wagten, diesen auserlesenen Gott näher unter die Lupe zu nehmen. Die Unterstützung des Herrn Stresemann durch die deutsche Presse war ein Beweis für die Richtigkeit unseres Kampfes. Denn in der Haltung der Gegner liegt der Prüfstein für die Richtigkeit einer Auffassung. *Wann jemals wird Frankreich eine Ministertätigkeit preisen, die in absehbarer Zeit eine Erhebung Deutschlands nach sich ziehen könnte?*

4 Anspielung auf die Münchner Neuesten Nachrichten. Vgl. VB vom 16./17.9.1928, "Abrechnung mit den 'M.N.N.'".

5 Am 20.5.1928 hatten Wahlen zum Reichstag sowie zu den Landtagen in Anhalt, Bayern, Oldenburg, Preußen und Württemberg stattgefunden.

6 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 21.5.1928, "Die Entscheidung des 20. Mai".

7 Gustav Stresemann war am 9.5.1928 schwer erkrankt und erlitt am 6.8.1928 einen Schlaganfall.

8 Münchner Neueste Nachrichten.

Es wird nur diejenige Tätigkeit preisen, von der es annehmen kann, daß sie *nicht zum Wohle des deutschen Volkes* auslaufen wird. (Lebhafte Zurufe; sehr richtig! Beifall.)

Wilson [9] *und Stresemann*

Das gilt auch im Innern. Wenn Stresemann zum Wohle des deutschen Volkes gehandelt hätte, dann hätte er diejenigen zu seinen bittersten Feinden gehabt, die ihn bisher beschützten. Eine *deutsche* Politik, die sich stützen kann auf die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt, die Vossische Zeitung, kämpft gegen die Interessen des deutschen Volkes, weil diese Blätter seit Jahrzehnten die deutschen Interessen verwerfen und verraten. (Laute Zustimmung.) Das waren dieselben Gazetten, die 1917 dem deutschen Volke einen Wilson mundgerecht gemacht haben, dieselben Gazetten, die unser Volk in das maßlose Unglück hineingestürzt haben. Diese selben Gazetten sind die Stützen des Herrn Stresemann gewesen. Dieselben Phrasen der Unergründlichkeit und Undefinierbarkeit wie bei Wilson findet man, wenn auch in das Plebejische übersetzt, in den Äußerungen des Herrn Stresemann. (Stürmischer Beifall.)

Stresemanns Politik ist von uns schon aus gefühlsmäßigen Erwägungen abgelehnt worden. Wir haben keine Kundgebung abgehalten, ohne daß wir der in unseren Augen schädlichen Auffassung des Reichsaußenministers Stresemann die nationalsozialistische Auffassung entgegengestellt hätten. Auch heute will ich den Auffassungen der außenpolitischen Tätigkeit des Herrn Stresemann nationalsozialistische Gedankengänge entgegenstellen und an ihnen prüfen, inwieweit

Stresemanns Tätigkeit falsch

sein mußte. Das Wesentliche scheint mir zu sein, daß *eine allgemeine politische Auffassung, die in der heutigen Zeit verankert erscheint, sich als falsch und trügerisch herausgestellt* hat. Stresemann ist für uns ein Objekt der Verhältnisse und kein Mann, der sie schafft. *Köpfe, die Weltgeschichte machen, schauen wesentlich anders aus als der Kopf des Herrn Stresemann.* (Stürmische Zustimmung.) Diese Kugelerscheinung ist dorthin gerollt, wo jeweils die schiefe Ebene endete. Er ist der *Typus der heutigen Zeit*, genauso wie die heutige Zeit in Stresemann ihre Verkörperung gefunden hat: Schwäche, Halbheit, Oberflächlichkeit und eine riesenhafte Portion - jetzt ist es schwer, im Hinblick auf das Republikschutzgesetz [10] den richtigen Ausdruck zu finden -, eine außerordentlich große Portion von Selbstvertrauen, die auf keinerlei reale Gründe sich stützen kann. (Stürmischer Beifall.)

Heute ist nun dieses ganze System an sich *gerichtet*. Die Rede Briands [11] ist am Ende *mehr als eine Erledigung des augenblicklichen deutschen Außenministers*, sie ist die *Feststellung*, daß die ganze Basis, auf der die Gedankenwelt unserer Außenpolitik von heute, sofern man von einer solchen sprechen kann, aufgebaut ist, von A bis Z *falsch* ist. *Sie besagt, daß Deutschland einfach als Volksgebilde, als eine Summe von 60-70 Millionen Men-*

9 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

10 § 8 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21.7.1922 stellte die Beschimpfung oder Verleumdung von Mitgliedern der Reichs- oder Landesregierungen unter Strafe. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

11 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

schen, an sich für Frankreich den Feind bedeuten wird. Ganz gleich, wie diese Menschen organisiert sind, ob monarchisch oder republikanisch, die Tatsache, daß ein Komplex von 60-70 Millionen Menschen eine bestimmte Nationalität darstellen, deren Fähigkeiten groß sind, diese Tatsache genügt, um Frankreich stets als Feind dieser Volksmassen auftreten zu lassen.

"Scherben" [12]

Wenn heute eine Münchener Zeitung schreibt: *Scherben, wohin man blickt: Scherben!*, so kann man sagen: Diese Scherben wären gar nicht möglich gewesen, wenn die ganze Außenpolitik, die von den "M.N.N." gestützt wurde, nicht ein schwaches Tongefäß gewesen wäre, das leicht in Scherben gehauen werden konnte.

Warum ist es so gekommen? Darauf gibt die Zeitung keine Antwort. Das ist typisch für die ganze bürgerliche Zeitungswelt: Die Blätter stellen fest, daß alles zusammengebrochen ist, untersuchen aber nicht, ob es nicht so kommen *mußte* und *wer dafür verantwortlich* ist, und am allerwenigsten, *wer nun eigentlich das Recht hat, sich über diese Dinge aufzuregen und solche pessimistische Feststellungen zu treffen.*

Einige grundsätzliche Erwägungen:

1. *Der Herr Minister und seine Stellung im Staate.* Nehmen wir den Friedenszustand: *Wann mußte im Frieden ein Minister zurücktreten?* Wenn seine Politik einen Mißerfolg erlitten hat. Was verstand man im Frieden unter einem Mißerfolg? Daß beispielsweise ein Staat von *einer* außenpolitischen Katastrophe in die andere hineingetrieben wurde, oder nicht einfach die Tatsache, daß eine bestimmte von dem jeweils in Frage kommenden Minister ins Auge gefaßte Aktion nicht zu dem Erfolg geführt hat, der erwartet wurde? *Das letztere!* Wir wissen alle, wie leicht im Frieden ein Minister straucheln konnte, daß nur ein Zehntel jener Mißerfolge, die Herr Stresemann im Laufe seiner reichen außenpolitischen Tätigkeit eingesammelt hat, genügt haben würde, *um sechs Kabinette zu stürzen.* (Vielfaches sehr richtig!) Damals gab es noch den Begriff *"Ministerverantwortlichkeit"*. Die Sozialdemokratie erhob dauernd das Geschrei nach Ministerverantwortlichkeit in einer Zeit, in der diese Verantwortlichkeit tatsächlich dagewesen ist, während sie heute faktisch gar nicht dasein kann. *Denn Ministerverantwortlichkeit und Parlamentarismus scheiden sich gegenseitig aus.* Im parlamentarischen Staat kann es keine Ministerverantwortlichkeit, sondern höchstens eine parlamentarische Verantwortlichkeit geben. Wie es damit aussieht, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Der Minister ist nur der Schieber

jener *Geschäfte*, die der Majorität passen. Im günstigsten Falle muß er versuchen, eine Majorität zusammenzuschieben für Geschäfte, die ihm passen würden. *In diesem Staat trägt niemand die Verantwortung*, und wenn ein ganzes Volk in die furchtbarste Katastrophe hineingejagt wird, dann ist das Ende höchstens, daß man sagt: Seht hin, nun liegen lauter Scherben da! Damit ist die Sache erledigt.

Man gewöhnt sich mit der Zeit auch, auf Scherben zu schlafen, zu leben, daraus wird ein Berg, ein *Scherbenberg*, auf dem ein ganzer Staat steht, nein, dauernd darauf herumschwankt. Solange dieser Zustand herrscht und die praktische Verantwortlichkeit ausgeschaltet wird durch das Wesen des parlamentarischen Systems, solange ist nicht einer

12 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 12.9.1928, "Scherben".

einzelnen Person der ganze Vorwurf zu machen. Er muß gemacht werden *einem ganzen System*, das dieses ganze Reich und sein Volk angefressen hat.

Verantwortlichkeit bedingt auf der anderen Seite auch *Autorität*. Ich kann nur *den* verantwortlich machen, der die Autorität zur Durchführung seiner Ideen besitzt. Wer nur *Büttel fremder Wünsche* ist, kann nicht verantwortlich gemacht werden. Es muß also auch festgestellt werden, daß *das ganze System, das einen Stresemann ertragen hat, versagt hat*. (Beifall.)

2. Müßte ich grundsätzlich folgendes sagen: Es ist selbstverständlich, daß man jedem Staatsmann eine gewisse Freizügigkeit des Handelns zubilligen muß, die Wahl der Mittel, daß man nicht von vornherein den Weg vorschreiben kann. Das hat Bismarck gemeint, wenn er sagte: Politik ist die Kunst des Möglichen [13].

Allein es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen dieser allgemeinen Auffassung Bismarcks und derjenigen Stresemanns. Denn bei Bismarck war diese Kunst beschränkt auf die Heranziehung und die Anpassung der jeweils günstigen Umstände, *wobei die Ziele dauernd festliegen*, während Herr Stresemann nie ein Ziel gehabt hat. Bei Stresemann bestand diese Kunst darin, von heute auf morgen fortzuwursteln ohne jedes Ziel, von seinen früheren Gedanken Lügen gestraft, *ein Mann, der mit seinen Reden am meisten vernichtet werden konnte*.

3. *Welche Möglichkeiten stehen im allgemeinen der außenpolitischen Leitung eines Volkes zur Verfügung?* Da müssen wir sagen:

Macht gegen Macht!

Jede außenpolitische Vertretung eines Volkes wird die letzte Generalprobe abzulegen haben auf dem Schlachtfeld. Auch im Sowjetstaat ist die allerletzte Konsequenz die Möglichkeit, sich auf dem Schlachtfeld behaupten zu können. Wenn nicht, dann ist die außenpolitische Leitung von vorneherein dem Verderben ausgesetzt. Der Staat, der in diesem Falle sich nicht mit der Waffe zu bewahren vermag, kann tausendmal eine geschickte diplomatische Leitung besitzen, er wird der letzten Anforderung nicht standzuhalten vermögen. Wer der Gewalt des Gegners nicht die eigene entgegenzusetzen vermag, wird Verzicht leisten auf eine aktive Vertretung seiner Interessen, wird von einem Diktat zum anderen gedrängt, statt von einem Vertrag zum anderen. Mit dieser schwindelhaften Behauptung muß aufgeräumt werden, als ob Deutschland in den letzten Jahren Verträge abgeschlossen hätte: *Diktate wurden unterzeichnet* infolge einer vollkommen ziel- und planlosen Außenpolitik.

Das Ziel der Außenpolitik ist die Erhaltung der Lebensmöglichkeit eines Volkes, ist kein anderes, als einem Volke das Dasein zu bewahren. Der Weg wird in letzter Konsequenz immer der *Kampf* sein, und die [*sic!*] Mittel dazu wird die Volkskraft sein in der *militärischen Organisation* und, selbstverständlich, plus einer *genialen Staatsleitung*, die den Weg richtig wählt und die Mittel genial ansetzt. Damit wird jede Außenpolitik gefesselt sein an das Vorhandensein einer elementaren Volkskraft und einer genialen Organisation dieser Volkskraft, also militärischen Organisation. *Unsere Außenpolitik ohne ein Heer zu machen, ist auf die Dauer unmöglich.* Der Erfolg wird sonst stets ein negativer sein. Die Innenpolitik hat die Armee zu schaffen, mit der die Außenpolitik die letzten Konse-

13 Am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte, S. 19.

quenzen verfolgen kann. Sie hat den Weg zu gehen, der die Bildung einer Wehrmacht ermöglicht. Nur wenn Außen- und Innenpolitik zusammenarbeiten, kann die Frage der Lebensmöglichkeit des Volkes gelöst werden.

Bismarck hatte ein *Machtinstrument* hinter sich, hatte einen Staat mit sauberer Verwaltung, mit einer kraftvollen Armee, mit einer sicheren Tradition, hatte die Staatsform der Monarchie. Dieser selbe Bismarck hat nichtsdestoweniger empfunden, daß die Vertretung seiner außenpolitischen Gedankengänge nicht möglich wäre, nur gestützt auf die vorhandenen Kraftfaktoren, er hat sie außenpolitisch unterbaut und durch die preußische Heeresreorganisation das Instrument geschaffen, um diese Außenpolitik eines Staates in die praktische Wirklichkeit zu überführen.

Was ist der größte Irrsinn der Novemberverbrecher gewesen? Man kann nicht sagen, die Revolution an sich, sondern die Form der Durchführung der Revolution, d. h. die Wehrlosmachung des deutschen Volkes. Denn damit hat man außenpolitisch den jungen sozialistischen Staat der kapitalistischen Welt ausgeliefert und die Festigung dieses Gebildes unmöglich gemacht.

Tatsache ist, daß heute das deutsche Volk als Volk keine Kraft mehr repräsentiert und daß es kein Heer mehr besitzt von irgendwelcher über das Volk hinausgehender Bedeutung. Damit kann die deutsche außenpolitische Aufgabe nicht gelöst werden, solange nicht hier der Hebel zur Lösung angesetzt wird. Es handelt sich für die Außenpolitik nicht etwa nur um die Liquidation des Friedensvertrages von Versailles. Denn dann wäre erst der Zustand vom August 1914 hergestellt, d. h., grundsätzlich wäre die Lebensmöglichkeit der deutschen Nation nicht sichergestellt. Auch damit würden wir vor der Frage stehen: *Wie ernähren wir dieses übermäßig angeschwollene Volk?* Entweder durch mehr Raum oder durch mehr Wirtschaft. In beiden Fällen würde dieses Problem wieder *Macht* nötig haben, um eine günstige Lösung für Deutschland zu beschaffen.

Raum, keine kleine "Grenzberichtigung"!

Wenn heute der Friedensvertrag von Versailles beseitigt wäre, würde Deutschland augenblicklich in jene Stellung gedrängt wie 1914. Dann würde es am 5. August wieder die ganze Welt gegen sich haben, weil diese Konkurrenz den anderen Völkern das Brot wegnehmen würde. Wir stehen dauernd vor dieser Lebensfrage: Kann das deutsche Volk sich auf der eigenen Grundfläche selbst ernähren? Mehr Raum, dann würde es Macht brauchen - mehr Wirtschaft, dann braucht es wieder Macht. Zwanzig Millionen sind zu viel, und um diese zwanzig Millionen entbrennt der Kampf, muß das Schicksal entscheiden. Damit aber braucht man, auch wenn der Friedensvertrag beseitigt werden würde, was aber lächerlich ist unter den heutigen Umständen, immer wieder Macht, um für die Zukunft die Lebensfrage des deutschen Volkes zu lösen.

Den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit dieser These gibt

Briands Rede.

Er sagt: Jawohl, ihr habt abgerüstet, euer Hunderttausend-Mann-Heer nicht überschritten, und trotzdem seid *ihr eine Gefahr, weil ihr da seid!* (Große Unruhe und Zustimmung.) Weil ihr leben wollt und weil wir wissen, daß dies nur auf unsere Kosten erfolgen kann, da es nicht im Rahmen eures Reiches möglich ist. Euer Fleiß, eure Ar-

beitsamkeit, Genialität, eure Erfindungen und Kunst, eure ganze Kulturfähigkeit *ist genau so ein Grund des Kampfes gegen euch wie es früher eure militärische Rüstung war* [14].

Nur konnten wir früher das nicht sagen und nicht durchführen, und jetzt, wo ihr verloren habt, *können wir Fraktur reden!* (Laute Zustimmung.)

Damit kann es für die deutsche Außenpolitik nur *einen* Leitstern geben: Wie kommen wir wieder in den Besitz von Macht? Dabei scheidet Frankreich vollkommen aus. Frankreich ist nicht nur ein Gegner einer deutschen Regierung, auch nicht der Gegner einer deutschen Staatsform oder einer bestimmten Mentalität. *Das französische Volk ist der Erbfeind des deutschen Volkes.* (Stürmische Zustimmung.) Und wenn heute ein Kommunist sagt: Klasse gegen Klasse - mein lieber Freund, wenn die Welt zu klein wird, steht nicht mehr Klasse gegen Klasse, sondern Volk gegen Volk, und der Urkampf wird in seiner ganzen Gewalt wieder lebendig. Dann brechen Deine lächerlichen Klassenbegriffe wie nichts zusammen, und übrig bleibt *Volk gegen Volk.*

Immer gegen Frankreich

Und damit ist das Motto für jede mögliche deutsche Außenpolitik:

Immer gegen Frankreich,

und niemals wird es eine deutsche Regierung fertigbringen, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. Zur Zeit regieren in Deutschland nicht die ultraradikalen Imperialisten, sondern internationale Völkerbunds- und Weltgedankenbrüder, zur Zeit regiert ein Splitter einer der verschiedenen Internationalen. *Herr Müller* [15], *der die Ohrfeige bekommen hat* [16], *ist nicht Nationalsozialist, sondern ein Sozialdemokrat hat die Ohrfeige des französ*[*ischen*] *Genossen bekommen.* (Stürmischer Beifall.)

14 Bezieht sich auf folgende Passage der Rede Briands vom 10.9.1928 vor der Völkerbundsversammlung: "[...] l'Allemagne est desarmée. Pas totalement, disons la vérité. Il n'est pas de peuple, quand il s'agit d'un pays comme l'Allemagne surtout, qui soit totalement désarmé. L'Allemagne a une armée de 100.000 hommes, mais c'est une armée très particulière; elle est composée d'officiers et de sous-officiers; c'est ce qu'on appelle une armée de cadres; lorsqu'il existe à côté un immense réservoir d'hommes magnifiques, courageux, qui ont fait leurs preuves d'héroïsme durant la guerre et qui, pendant huit ou dix ans encore, sont capables de servir, on ne peut pas dire que le désarmement soit complet. Monsieur le Chancelier lui-même ne le soutiendrait certainement pas s'il se plaçait sur un autre plan que celui de la propagande.
Mais il y a autre chose. L'Allemagne a cessé sa résistance, elle y a mis le temps, mais cela se comprend après tout, et ce sont des résistances qui probablement se seraient produites dans mon pays comme dans tout autre; le matériel qu'elle avait pendant la guerre a été très réduit. Qui pourrait cependant soutenir qu'un grand pays si puissamment outillé pour la paix, c'est-à-dire pour l'industrie, se trouverait embarrassé s'il lui fallait fournir de matériel de guerre une armée? L'Allemagne vient de donner au monde un exemple magnifique des efforts qu'elle peut accomplir; sa marine commerciale avait été réduite à rien: en quelques années, par sa puissance de construction, par l'ingéniosité admirable de sa race, elle l'a créée: dès maintenant cette marine compte parmi les premières marines commerciales du monde." Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, S. 81.

15 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz (SPD), 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellv. Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Verkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion.

16 Anspielung auf Briands Rede vor der Völkerbundsversammlung. Vgl. Anm. 14 sowie Dok. 26, Anm. 6.

Wenn man die Größe der Aufgabe der deutschen Außenpolitik erfaßt hat, muß einem klar werden, daß sie nie gelöst wird mit der Phrase der Wiederherstellung irgendeiner deutschen Grenze. *Nicht Grenzprobleme stehen bei uns auf dem Spiel, sondern die Existenz der deutschen Nation und ihrer* [*sic!*] *Gesamtheit.* Nicht ein Grenzproblem ist die Losung, sondern: *wie in Mitteleuropa für 70 Millionen Deutsche die Lebensmöglichkeiten geschaffen werden können.* Die Grenzen von 1914 würden diese Frage nicht im geringsten lösen. Das Jahr 1914 trieb uns in den Krieg, der August 1914 war die Bestätigung dafür, daß das deutsche Volk auch innerhalb der damaligen Grenzen nicht existieren konnte.

Nicht Grenzpolitik, sondern Raumpolitik!

Nicht eine Grenzkorrektur, sondern Boden muß geholt werden. Tausend Schäden im Innern Deutschlands resultieren aus dem unmöglichen Verhältnis von Volkszahl zur Grundfläche. Sobald man erkennt, daß der deutsche Kampf ein Kampf um den Boden, nicht um eine Grenzregulierung ist, wird einem klar, daß Deutschland eine unendliche Freizügigkeit erhält in der Wahl seiner Bundesgenossen, es braucht nicht mehr kleinlich zu sein und kann sagen: Heute könnt ihr uns bewerfen, einmal kommt die Stunde, in der ihr uns segnen werdet, genauso, wie man Bismarck bewarf, weil er den Bruderkrieg entfesselte und später segnete, weil er ein geordnetes deutsches Reich geschaffen hat. (Beifall.)

Das Ziel der Außenpolitik ist die Schwächung der Hegemonie Frankreichs über Europa u[*nd*] der Versuch, dies auf politischem Wege durchzuführen. Aus Freundschaft gibt es keinen Völkerbund, sondern nur aus gemeinsamen Interessen heraus. Gibt es in Europa Staaten, die nicht Freundschaft für Deutschland zu empfinden brauchen, aber ein Interesse daran besitzen müssen, daß nicht Frankreich zur ausschließlichen Hegemoniestellung emporwächst?

Da ist ein Staat, der in dem Maße, in dem er sich nationalisiert, zum Gegner Frankreichs werden muß, wenn nicht eine wahnwitzige deutsche Außenpolitik ihn von Zeit zu Zeit in Frankreichs Arme zurücktreibt - *das ist Italien.* Schon Bismarck hat erkannt, daß Italien *der* Staat ist, der für alle Zukunft die geringsten Kreuzungspunkte für Deutschland besitzt, daß kein Lebensinteresse eines Volkes so weit mit Deutschland parallel läuft wie gerade das Italiens.

Hitler verweist auf die von Frankreich inaugurierte *Abstimmung im Burgenland* [17], um daraus einen Zankapfel zwischen Österreich und Ungarn zu machen - während das dringendste Ziel gewesen wäre, sofort einen Bund zwischen Österreich und Ungarn herzustellen. Das hat man genial verhindert! Nur der Deutsche war politisch unfähig und flog hinein! Eine überlegene Staatsleitung in Wien hätte erklären müssen: Auch ich bin überzeugt, daß dieses Burgenland zum deutschen Gebiet gehört, allein den Zeitpunkt

17 Aufgrund ital. Vermittlung hatte im Raum Ödenburg im Dez. 1921 eine Abstimmung über die künftige Zugehörigkeit dieses Gebietes stattgefunden. Für Ungarn votierten 15.338 (65,2 %), für Österreich 8.223 (34,8 %) der stimmberechtigten Bevölkerung. Vgl. László Fogarassy, Die Volksabstimmung in Ödenburg (Sopron) und die Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze im Lichte der ungarischen Quellen und Literatur. In: Südostforschungen 35 (1976), S. 150-182, S. 173.
Im Friedensvertrag von Saint-Germain (10.9.1919) waren die westlichen Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg ursprünglich Österreich zugesprochen worden.

bestimmen *wir* - Frankreich geht das einen Dreck an! (Stürmischer Beifall.) Von Frankreichs Gnaden lassen wir uns keine Einigung der deutschen Nation aufoktroyieren, weil wir den Hintergrund dieser Einigung genau durchschauen! Diese 200.000 Deutsche im Burgenland [18] sind nicht befreit worden, sondern noch mehr in das Zwangsjoch der internationalen Hochfinanz geraten. Es entspricht der deutschen Mentalität, für den Freiheitskampf in Griechenland, für den Freiheitskampf der Buren zu schwärmen, immer für die Freiheitskämpfe anderer Völker, *aber nie für den Freiheitskampf des eigenen Volkes.* (Starker Beifall.) Hitler fordert *Anlehnung Deutschlands an Italien*, den Versuch, hereinzubeziehen Ungarn und Österreich, und Ausspielen des vorhandenen Gegensatzes zwischen Frankreich und England. Nur *eines* war grundfalsch! Sich zusammen[*zu*]setzen mit einem Staat, der seinem Wesen nach der Feind Deutschlands sein muß, wie er seit 300 Jahren der Feind Deutschlands gewesen ist. Sagen Sie mir *eine* Periode der Geschichte, in der Frankreich Deutschland Freundschaft entgegengebracht hätte, *außer es lag darnieder!*

Wenn die deutsche Außenpolitik nicht versucht, auf diesem Wege eine Lockerung der französischen Hegemoniestellung herbeizuführen, kann es auch nie gelingen, eine Lockerung der deutschen Fesseln zu erwirken. Ich bekenne feierlich, daß uns kein Vertrag gehindert haben würde, diese Verträge nach Möglichkeit zu durchlöchern, weil die Freiheit eines Volkes etwas Würdigeres, Verpflichtenderes ist als der tote Buchstabe des Gesetzes eines abgepreßten Diktats. (Starker Beifall.)

Hitler zeichnet in weiterem in erschütternden Bildern das Schicksal des deutschen Volkes, wenn es ihm nicht gelingt, durch die deutsche Außenpolitik den Weg zu finden zur Bildung neuer Widerstandsfähigkeit und *Frankreich außenpolitisch zu isolieren:* Dann wird unser Volk das schmähliche Los einer zweiten Schweiz oder eines zweiten Hollands zuteil, Heruntersinken zu einem Bettlervolk von Oberkellnern und Hoteliers, seine eigenen Kunstschätze anpreisen, zum Jahrmarktshanswurst werden und glücklich sein, wenn Fremde kommen und ihm einen Groschen als Trinkgeld entgegenschleudern. Wenn wir diese Zukunft vor Augen haben, können wir uns fragen: *Was hat Herr Stresemann tatsächlich getan?* Inwieweit hat er gegen die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Nation gehandelt?

1. Er hat ziellos und planlos gehandelt. *Er ging dorthin, wo er niemals hätte hingehen dürfen, nach Paris* [19]. Den ewigen Erbfeind des deutschen Volkes meint er zu versöhnen durch seine freimaurerische Übereinstimmung mit dem Staatsmann dort drüben. Als sein Zug in Paris eintraf, klatschte ein kleiner Teil der Zuschauer Beifall. Das waren die amtlich bestellten Claqueure. Der größere Teil *pfiff: Das war das französische Volk.* Er geht nach Frankreich und versucht, den ewigen Erbfeind umzustimmen. Weshalb soll sich Frankreich umstellen? Briand sagte es: Weil ihr nicht mehr bewaffnet seid, das ist nicht der Grund unserer Feindschaft,

18 Nach der Volkszählung vom 7.3.1923 lebten 227.869 Personen im Burgenland, die Deutsch als Umgangssprache angaben. Vgl. Gerald Schlag, Burgenland. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Bd. 2, Graz 1983, S. 747-800, S. 797.

19 Der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann hatte am 27.8.1928 in Paris den Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtungspakt) als Vertreter Deutschlands unterzeichnet.

wir hassen euch, weil ihr da seid.

Er hätte Frankreichs Freundschaft nur gewinnen können, wenn er unterzeichnet hätte, daß das deutsche Volk keine Kinder mehr zur Welt kommen läßt, daß es verzichtet auf jegliche kulturelle Äußerung, seine gesamte geistige Intelligenz an das Kreuz nagelt, und daß Deutschland Selbstmord begeht. Dann erst wird Frankreich Deutschlands "Freund" sein.

2. Versuchte er mit allen Mitteln, unsere Widerstandsfähigkeit zu entwickeln, militärische Möglichkeiten zu erforschen und durchzuführen? Im Gegenteil: *Er wandert in den Völkerbund* [20] *und verstrickt Deutschland in eine Unzahl von weiteren Verträgen,* deren furchtbarste Wirkung ist nicht, daß sie uns die technische Bewaffnungsmöglichkeit rauben, sondern die moralische Möglichkeit nehmen, daß sie uns vergiften und verseuchen, daß er glaubt, *ein Volk mit einem Palmwedel in der Hand* vertreten zu können. Was ist der Sinn der Unterschrift des Kellogg-Paktes gewesen? *Deutschland ist wehrloser gemacht worden als zuvor, und die anderen haben mehr gerüstet als je zuvor!*

Früher war die Entwaffnung geboten durch sogen. Sieger. Jetzt ist die deutsche Waffenlosigkeit *ein Recht der anderen,* gegeben durch Unterschrift und internationale Verträge. Wir haben das Gebot des Siegers umgewandelt in ein *anerkanntes, allgemeines Völkerrecht.*

Deutschland isoliert!

Herr Stresemann hat Deutschland isoliert. Er hat es fertiggebracht, England wieder zu Frankreich hinzudrängen, so daß Frankreich erklären konnte: Jetzt könnt ihr die Komödie der Versöhnung wieder beenden, nun haben wir den Vertrag mit England [21] in der Tasche und können unsere naturgemäße logische Rolle euch gegenüber weiterspielen! Wir sind politisch isoliert worden durch diese unfähige außenpolitische Leitung, auch die uns wesentlich näher stehenden Staaten sind verprellt und zurückgedrängt worden. Jetzt schreien die nationalen Gazetten: Deutschland muß nach neuen Nationen suchen. Seit jeher haben wir das verlangt und sind verspottet worden. Man hat uns vorgeworfen, daß die Gesinnung von uns erbärmlich wäre, weil wir erklärten: *Wenn 70 Millionen dem Untergang geweiht sind, dann muß alles andere zurücktreten.* In der gleichen Zeit ist es Stresemann gelungen, die ganzen politischen Verträge zu *privatrechtlichen* umzuwandeln. Nicht Frankreich ist unser Gläubiger, Herr Stresemann hat die Weltfinanz zu unserem Gläubiger eingesetzt, eine Tat, die jeden Staatsmann zu anderen Zeiten vor den Staatsgerichtshof gebracht haben würde. *Warum diese Wahnsinnspolitik? Weil Deutschlands Schicksale nicht geleitet werden von deutschen Interessen, sondern von Anhängern internationaler Interessen.* Vor allem solchen, die den Interessen des *Judentums* entsprechen. Das ist der einzige Faktor, der als Sieger aus diesem ganzen Kampf hervorgegangen ist. Sie sind die Gewinner des Weltkrieges, die Nutznießer des Friedens und der Außen- und Innenpolitik, die seither getrieben worden ist.

Heute sagt die nationale Presse, die Rede Briands lasse alle Hoffnung schwinden! Nein, nun wird wieder die große Hoffnung lebendig, denn wenn das Volk zum Sehen kommt, ist eine große Hoffnung schon erfüllt!

20 Vgl. Dok. 13, Anm. 45.
21 Vgl. Dok. 13, Anm. 46.

Nun sind wir um eine Hoffnung reicher geworden. Das deutsche Volk wird leichter lernen, und daß es lernt, dafür werden wir sorgen. (Stürmischer Beifall.) Wir können dafür sorgen, indem wir jene Stelle im einzelnen Menschen berühren, wo er am empfindlichsten ist: *die praktische Auswirkung am eigenen Leben.* Der Politik dieses Mannes verdanken wir das, was euch heute quält, verdankt ihr den Verzicht auf alle Hoheitsrechte des Staates, den Verzicht auf die Erhaltung unserer nationalen Wirtschaft, *dem Manne verdanken wir den Zusammenbruch.* (Stürmische Zustimmung.) Herrn Stresemann verdankt ihr Locarno, die Selbstabrüstung, den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, das Durchmarschrecht durch Deutschland, die Internationalisierung der Rheinlande [22]. *Ihm verdankt ihr alle wirtschaftliche Not.* Und die Zeit wird dieses Verständnis schärfen, und wir Nationalsozialisten werden sorgen, daß diese Waffe richtig angewendet wird. (Beifall.)

Das größte Verbrechen

Eine einzige Tat Stresemanns ist allein so unerhört, daß Millionen Deutsche sie zur Zeit nicht fassen können. Indem Stresemann durch den Dawesvertrag die deutsche Reichsbahn geopfert hat [23], hat er mitgeholfen, jede Mobilmachung deutscher Wehrkräfte zu unterbinden. Das war eine Tat, die diesen Mann einmal im nationalsozialistischen Staat vor den Staatsgerichtshof bringen wird. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Was würde Bismarck, was würde der Alte aus dem Sachsenwald einem Stresemann entgegendonnern, wenn er mit verschränkten Armen dieser Politik der neuen Zeit gegenübertreten würde? Was würden die im Weltkrieg Gefallenen zu dieser deutschen Außenpolitik sagen? Wenn ihr dazu fähig seid, hätte man uns die Opfer ersparen können, dafür sind wir nicht gefallen, wir glaubten, daß aus unserem Blut ein besseres Reich erstehen würde, und ihr habt aus diesem Reich eine Räuberhöhle gemacht! (Donnernder Beifall.)

Herr Stresemann wird gehen, aber

bleiben wird das System,

jener Grund, aus dem dieser Mann zu entstehen und der ihn zu tragen vermochte. Die Parteien bleiben, die zu dieser Vergiftung des Volkes den Keim gelegt haben.

Es bleibt die *Presse*, die unser Volk langsam verseuchte und verpestete, jener Klüngel, der aus eigenstem Interesse eine Wiedererstehung Deutschlands nicht wünschen wird. Deshalb geht der Nationalsozialismus von der Einzelperson Stresemanns auf das gesamte System. Es ist der Mantel gefallen, der Herzog muß nach [24]. *Wir werden nicht dulden, daß eine neue Verdummungswelle einsetzt,* unser Volk verblödet und mit eitel Hoffnung erfüllt wird. Unsere ganze Arbeit wird darin bestehen, unser Volk aufzuklären, die Mentalität des deutschen Denkens umzugestalten, eine neue Bewegung zu schaffen, die unser Volk reformiert an Haupt und Gliedern bis hinein in die Seele des einzelnen kleinen deutschen Menschen. Eine neue Bewegung, *die drei große Voraussetzungen schafft, ohne die später eine Außenpolitik nicht zu führen ist:*

22 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

23 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

24 Nach Friedrich Schiller, Verschwörung des Fiesko zu Genua, 5, 16: "Nun, wenn der Purpur fällt, muß auch der Herzog nach!"

Neue Wege

1. Unser Volk muß aus dem trüben Durcheinander internationaler Gesinnungen erlöst und bewußt planmäßig zum fanatischen Nationalismus erzogen werden. Wir werden nicht erklären, unser Ziel ist, daß das deutsche Volk wieder künftig deutsche Lieder singt, nein, unser Ziel ist, daß das deutsche Volk wieder Ehre und Gesinnung erhält, daß es wieder niederkniet in Anbetung vor seiner eigenen Geschichte, das ehrt, was ihm früher seine Bedeutung gab, und das verflucht, was seiner Ehre Schaden zufügt. (Stürmischer Beifall.) Wir kennen nur zwei Götter: einen Gott im Himmel und einen auf Erden, und das ist *unser Vaterland*.

2. Indem wir dieses Volk erziehen zum Kampfe gegen den *Wahnwitz der Demokratie*, wieder hinführen zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Autorität, des Führertums, der Persönlichkeit. Wegreißen von dem Unsinn des Parlamentarismus, erlösen aus dieser Atmosphäre der Unverantwortlichkeit und hinführen zur Verantwortlichkeit, zum Pflichtbewußtsein der einzelnen Person.

3. Indem wir dieses Volk herausreißen aus dieser Atmosphäre des erbärmlichen Glaubens an Möglichkeiten, die außerhalb der eigenen Kraft liegen, des Glaubens an Versöhnung, Verständigung, Weltfrieden, Völkerbund, internationale Solidarität. Indem wir diese Begriffe zerschlagen. Es gibt ein Recht auf dieser Welt, und dieses Recht heißt *eigene Kraft*.

Indem dieses Volk erkennen muß, daß seine Zukunft nicht gestaltet wird durch den feigen Glauben an Hilfe von anderer Seite, sondern durch gläubige Hingebung an die eigene Tat, denn aus ihr ganz allein muß eines Tages die Erlösung kommen, die Freiheit und damit das Glück und damit das Leben.

Das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung heißt: Volk und Vaterland, unsere Parole heißt: Ehre, Freiheit und Brot, und der Weg heißt: Kampf.

(Stürmischer Beifall. Die Versammlung erhebt sich und huldigt Hitler unter donnernden Heilrufen.) [25]

24. September 1928 Dok. 28
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 27.9.1928.

Nach dem Parteitag in Weimar im Juli 1926 [1] erschien zum ersten Male die Folge 1 des Illustrierten Beobachters [2]. In kurzer Zeit darauf wurde der Illustrierte Beobachter monatlich und dann 14täglich herausgegeben.

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Am 3./4.7.1926. Vgl. Bd. II/1, Dok. 3-7.

2 Der "Illustrierte Beobachter", gegründet von Max Amann und Heinrich Hoffmann, erschien von Juli 1926 bis 1945 im Franz-Eher-Verlag. Chefredakteur von 1926 bis 1932 war Hermann Esser.

Heute nach zwei Jahren hat der Illustrierte Beobachter als die einzige Zentralbilderzeitung der Bewegung eine ständige Auflage von 60.000 Exemplaren erreicht, einzelne Werbe- und Parteitagnummern haben sogar die Grenze der Hunderttausend-Auflage weit überschritten.

Die Entwicklung des Illustrierten Beobachters ist ein Beweis für die *Notwendigkeit dieses Kampfblattes*, ein Beweis auch dafür, daß die *allergrößte Möglichkeit* besteht, dieses Organ unserer Bewegung in einem *unerhörten Umfange* auszubauen und zu *verbreiten.*

Den *bisherigen Erfolg* dankt der Verlag jedem einzelnen Parteigenossen, der sich für die *Werbung* immer neuer Bezieher *mit eisernem Fleiß* eingesetzt hat.

Und der bisherige Erfolg ist es, der uns in die Lage versetzt und zum Entschluß veranlaßt hat, den "Illustrierten Beobachter"

ab 1. Oktober 1928 wöchentlich

erscheinen zu lassen. Der *monatliche Bezugspreis* beträgt *86 Pfennig* einschließlich Postzustellgebühren.

Der Monatsbezugspreis von 86 Pfennig ist lächerlich gering, wenn man berücksichtigt, daß wir nicht eine Inseraten-, sondern eine Bilderzeitung herausbringen. Alle *großen jüdischen Bilderorgane* sind für die jüdischen Verlage ein gewaltiges Geschäft, nur durch ihren Umsatz an Anzeigen. Die *Inserenten der jüdischen Bilderpresse scheiden bei uns aus*, weil sie entweder wieder jüdische Markenkonzerne sind oder, soweit es sich um deutsche Firmen handelt, aus *Angst oder Abhängigkeit vom Juden* bei uns nicht inserieren können.

Der Pressefachmann weiß, was die Herstellung eines Bilderblattes allein an Klischees, aktueller Bildberichterstattung und vor allem an Druck kostet. *Bei den fehlenden Anzeigenaufträgen kann das wöchentliche Erscheinen und der fortgesetzte Ausbau des "Illustr*[*ierten*] *Beobachters" nur sichergestellt werden durch unermüdliche Werbung neuer Bezieher und dadurch herbeizuführende Steigerung der Auflage* auf mindestens eine Festauflage von 100.000 Exemplaren.

Nur der Fortdruck verbilligt die Herstellungskosten und schafft dadurch die Möglichkeit auch des redaktionellen Ausbaus.

Es ist den Parteigenossen im gesamten deutschen Sprachgebiet immer noch zu wenig bekannt, daß unser *Parteiverlag Franz Eher Nachf. G.m.b.H.* kein *privatkapitalistisches Unternehmen* eines einzelnen Parteigenossen *od*[*er*] *gar unseres Führers Adolf Hitler ist*, sondern daß praktisch jeder einzelne Parteigenosse Teilhaber des Zentralparteiverlages ist. Mag die Firma und die Form der G.m.b.H. manchmal zu Mißverständnissen Anlaß geben, Tatsache ist: Die sämtl[*ichen*] Gesellschaftsanteile der G.m.b.H. Franz Eher Nachf. sind Eigentum der Partei [3]. Gesetzlicher Vertreter der Partei ist Adolf Hitler. Die gesetzliche Verantwortung für den Verlag trägt der nach dem Gesetz über die G.m.b.H. gestellte Geschäftsführer, der seinerseits die volle Verantwortung gegenüber dem Führer der Partei und nach außen zu tragen hat.

Mit der *wöchentlichen Herausgabe* des *"Illustrierten Beobachters"* hat der Parteiverlag ein *verantwortungsvolles Verlagsprodukt* in Angriff genommen. *Die Parteigenossen sollen*

3 Zu den Besitzverhältnissen vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945. Düsseldorf 1965, S. 25 ff.

wissen, daß bei diesem Verlagsprodukt ein jährlicher Selbstkostenetat von über einer Viertelmillion Reichsmark zu decken ist. Diese Verantwortung zu tragen ist nur möglich, wenn jeder einzelne Parteigenosse für seine Person Anteil nimmt. Dann allerdings wird der Parteiverlag und jeder einzelne Parteigenosse auf den nahen Erfolg stolz sein können.

Die Ausstattung des I[llustrierten] B[eobachters] soll ab 1. Oktober [1928] unter Mitarbeit der gesamten Redaktion des Völkischen Beobachters *nach jeder Richtung Verbesserungen* erfahren. Nicht nur *hochaktuell, interessant, reich mit Bildern aus aller Welt versehen*, soll die Zeitung sein, als Neuheit wird ein politischer Wochenspiegel eingeschaltet, der im Auftrag der Parteileitung eingeführt wird [4].

Ein *spannender Roman*, der gute *Unterhaltungsteil,* Funkzeitung und Kreuzworträtsel werden den Inhalt der Zeitung *prächtig ergänzen.*

Mitarbeit eines jeden einzelnen Parteigenossen ist ebenso *erwünscht und ein Gebot* wie die unermüdliche *Werbung.*

Es war ein großer *Mangel* der 14tägigen Erscheinungsweise, daß nicht alle Vorgänge der Bewegung wie Massenaufmärsche usw. weder rechtzeitig noch überhaupt bildlich untergebracht werden konnten. *Dem ist jetzt abgeholfen.* Die Wochenbilderzeitung ist in der Lage, *alle Bilder der abgelaufenen Woche* zu bringen. Voraussetzung ist natürlich die *rechtzeitige und brauchbare Berichterstattung* durch alle Gliederungen der Partei.

Die Zeit für die Postbestellung für Oktober ist äußerst kurz.

Wir bitten also, schon jetzt augenblicklich mit der Werbung zu beginnen und diese Woche für Woche fortzusetzen. Werbematerial und Handzettel stehen kostenlos zur Verfügung.

Der Parteiverlag hat bis jetzt noch kein Verlagsprodukt herausgebracht, das nicht ein Erfolg für die Partei war. Der *wöchentlich erscheinende I[llustrierte] B[eobachter]*, das bisher in seiner finanziellen Auswirkung größte und bedeutendste Verlagsprodukt, *wird den gleichen Erfolg bringen,* weil wir auf unsere siebenjährige Verlagserfahrung, auf die Mitarbeit aller Parteigenossen und auf die Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit jedes einzelnen Werbers bauen.

---

4 Unter der Rubrik "Politik der Woche" erschien ab 6.10.1928 im "Illustrierten Beobachter" ein Kommentar, der auf aktuelle politische Ereignisse Bezug nahm. In der offiziösen Pressegeschichte der NSDAP (Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 171) wird behauptet, Hitler habe seit diesem Zeitpunkt diese Artikel verfaßt. Doch sind diese Artikel erst ab 3.11.1928 mit seinen Initialen gekennzeichnet (vgl. Dok. 44), zudem wird Hitler im Artikel vom 6.10.1928 in der dritten Person genannt. Auf die Aufnahme dieses und der ungezeichneten Artikel vom 13., 20. und 27.10.1928 in die vorliegende Edition wurde daher verzichtet.

5 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

Parteigenossen, an die Arbeit! Nicht der Sinn nach Erwerb, sondern der Glaube an unsere Bewegung befehlen uns.

Verlag Franz Eher Nachf., G.m.b.H.
Abteilung Illustrierter Beobachter
gez. Amann [5]

Vorstehender Aufruf ist in allen Parteiblättern nachzudrucken.
München, den 24. September 1928

gez. *Adolf Hitler*

27. September 1928 Dok. 29
"Parteigenossen! Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 27.9.1928.

In wenigen Jahren hat die Bewegung den sogenannten Zusammenbruch der Jahre 1923/1924 [1] überwunden. *Stärker als zuvor steht die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei heute vor uns. In Zehntausenden von Versammlungen und Kundgebungen* wurden die Gedankengänge der Bewegung vertreten, ihre Stellung zu wichtigen Tagesproblemen klargelegt. *Hunderttausende und abermals Hunderttausende von Menschen wurden* dadurch überhaupt erst von dem Vorhandensein dieser Bewegung und dem Wesen ihrer Ziele *unterrichtet.*

Planmäßig und gewollt wird diese Tätigkeit fast von der gesamten deutschen Presse totgeschwiegen. So war die Bewegung wirklich nur auf das eigene gesprochene Wort angewiesen.

Soll aber die mündliche Propaganda in wirkungsvoller Weise ergänzt werden, dann kann nur auf *unsere eigene nationalsozialistische Presse* gerechnet werden. Der *"Völkische Beobachter", als das Zentralorgan der Bewegung,* und zahlreiche Wochenzeitschriften dienen diesem Zwecke.

Vor nunmehr 2 Jahren wurde die erste Bilderzeitung der Bewegung gegründet, der *"Illustrierte Beobachter"* [2].

Auch er ist ausschließliches Eigentum der Partei. Seine Auflage konnte bis auf rund 60.000 im Durchschnitt gesteigert werden.

Nunmehr wird ab 1. Okt[*ober*] *1928 diese einzige und größte Bilderzeitung der Bewegung* wesentlich ausgebaut werden und, statt 14tägig, *wöchentlich* erscheinen. Die Parteigenossen werden durch das neue Organ eine Zeitung erhalten, die ebenso sehr reinen Unterhaltungs- wie aber auch politischen Bedürfnissen genügt.

1 Zur Geschichte der NSDAP 1923/24 vgl. Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution.
2 Vgl. Dok. 28.

In diesem Augenblicke ist es die Pflicht aller Parteigenossen, auch ihrerseits ein Opfer für die Verbreitung unserer Idee zu bringen.

Wenn zahlreiche Redner Stimme und Gesundheit für die Bewegung auf das Spiel setzen, ungezählte S.A.-Männer zum Schutze der Partei ihr Leben gefährden, dann kann zumindest von jedem wirklich gewonnenen Parteigenossen verlangt werden, daß er seinerseits nicht nur Bezieher des neuen illustrierten Bilderdienstes der Bewegung wird, sondern neue Abonnenten wirbt. *Kein Nationalsozialist, dem die Zugehörigkeit zur Bewegung mehr ist als bloßes äußerliches Geschwätz, darf eine der illustrierten Judenzeitungen in seinem Hause haben oder gar als Bezieher abnehmen!*

Es ist nicht nur eine *Pflicht der Vernunft,* sondern auch ein Gebot des Anstands, *daß jeder, der sich nun einmal zu unserer Bewegung bekennt, auch für sich die Konsequenzen zieht und die Presse hält, die seiner Weltanschauung dient und letzten Endes auch seine Interessen vertritt.*

Millionen von Deutschen mit sogenannter nationaler Gesinnung halten in gedankenloser Dummheit die Zeitungen derjenigen Parteien und Unternehmungen, die im letzten Grunde nur die Existenz ihrer Leser untergraben.

Millionen von Geschäftsleuten lesen jüdische illustrierte Zeitungen und sorgen durch die Groschen ihrer eigenen Arbeit für die Bildung des Kapitals, das sie dann später aus ihren eigenen Geschäften vertreibt und jüdische Zentral-Warenpaläste an ihre Stelle setzt.

Landwirte nehmen noch immer jüdische Bilderzeitungen in ihre Hand und *stärken damit die Parteien,* die mit brutaler Beharrlichkeit *den deutschen Bauer um Haus und Hof bestehlen.*

Und ungezählte Arbeiter lesen mit Aufmerksamkeit die Organe jener internationalen Hochfinanz, die sie dann selbst zu recht- und hirnlosen Kulis niederdrückt. Wer den Parteien und verantwortlichen Personen, die Deutschland in dieses namenlose Elend getrieben haben, den tödlichen Streich versetzen will, werfe deren Presse aus dem Haus!

Ein Nationalsozialist zumindest liest neben seinem lokalen Wochenblatt grundsätzlich nur sein Zentralorgan, den "Völkischen Beobachter", und ausschließlich die Bilderzeitung der Bewegung, den *"Illustrierten Beobachter".* Er sorgt weiter dafür, daß die Erkenntnis über seine Bewegung und Weltanschauung sich dadurch verbreitet, daß er neue Leser für diese Organe wirbt.

Es muß der Stolz eines jeden Parteigenossen sein, auch seinerseits der Bewegung, die für ihn kämpft, einen Dienst zu erweisen. Es muß weiter für jeden eine Freude sein, auch selbst den verfluchten Schädlingen an unserem Volk Abbruch tun zu können. Wer aber in der Zukunft für den *"Illustrierten Beobachter"* wirbt, schadet den Feinden unseres Volkes u[*nd*] stärkt unsere Bewegung.

Ich erwarte, daß jeder Parteigenosse im höchsten Sinne seine Pflicht erfüllt, auf daß den Feinden unseres Volkes dereinst das Lachen vergehen möge.

Adolf Hitler

30. September 1928 Dok. 30
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dingolfing [1]

Dingolfinger Anzeiger vom 2.10.1928, "Adolf Hitler in Dingolfing" [2].

Hierauf begann Hitler unter starkem Applaus der Zuhörer seine Rede, die er mit einleitenden Worten eröffnete [3], die zum besseren Verständnis des Hauptthemas dienen sollten. Er zergliederte im besonderen, was Weltanschauung ist und sein soll, nämlich, die Einstellung des einzelnen zu den Geschehnissen des Tages von einem gewissen Standpunkt aus, und daß der einzelne nicht auf sein Eigenwohl in erster Linie bedacht sein darf, weil sein eigenes persönliches Wohl nur von der Wohlfahrt des Staates abhängt. Es muß deshalb jeder Politik treiben, die auf das Wohl des Staates gerichtet ist. Reichsschicksal ist Einzelschicksal. Wir Nationalsozialisten vertreten ein neues System, indem wir uns von einem neuen Standpunkt aus zu den Fragen des Tages einstellen. Der Wertmesser für die Richtigkeit einer solchen neuen Weltanschauung ist die Wertschätzung seitens der bisherigen Machthaber. Die nationalsozialistische Bewegung ist in Deutschland heute gleichmäßig gehaßt von allen Kreisen der Rechten und der Linken, weil die bisherigen Machthaber das Ende ihrer Herrschaft befürchten, wenn die nationalsozialistische Bewegung zur Macht gelangen würde. Der Nationalsozialistischen Partei kann niemals der Vorwurf gemacht werden, daß sie am Zusammenbruch Deutschlands beteiligt sei, weil sie vorher gar nicht existiert habe, sondern die Schuld treffe diejenigen, die vorher und heute noch am Ruder sind. Er leitete dann auf Stresemanns Erfüllungspolitik über und stellte fest, daß es ganz falsch sei, mit unserm Erbfeind Frankreich irgendeine Abmachung zu treffen, weil nach der Einstellung Frankreichs es ganz gleichgültig sei, ob Deutschland erfülle oder nicht; denn allein schon das Vorhandensein eines 60-Millionen-Volkes, das leben will, hält Frankreich schon für eine Gefahr für seinen Bestand. Ein Gutes hätte die Politik Stresemanns aber doch gehabt, nämlich das, daß sich jetzt auch die harmlosesten Pazifisten klar geworden sein müssen, wie groß Frankreichs Vernichtungswille Deutschland gegenüber ist. Briand hat endlich

1 In der Turnhalle, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Dingolfinger Anzeiger überfüllt war, wurde von Ortsgruppenleiter Engelbert Pappenberger geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Hitler sprach etwa 2 1/2 Stunden.

2 Vgl. auch Isar-Zeitung vom 2.10.1928, "Isar-, Vils- und Aitrachtal". Sowie Halbmonatsbericht Nr. 543 der Regierung von Niederbayern vom 3.10.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 1122.

3 Ergänzend berichtet die Isar-Zeitung: "Herr Hitler betonte einleitend, daß er seinem eigentlichen Thema einige Kleinigkeiten vorausschicken müsse, weil, wo immer Nationalsozialisten auftreten, ihnen gewisse Vorwürfe gemacht würden. Er betonte, daß sie heute ein Recht hätten zu reden, weil es einmal eine Zeit gab, in der sie nicht reden durften, sondern als Soldaten schweigend ihre Pflicht erfüllen und gehorchen mußten. Damals hätten andere geredet, und das Ergebnis dieser Reden sei die völlige Nutzlosigkeit aller damals gebrachten Opfer, und darum hätten sie heute das Recht zu reden, während die anderen schweigen müßten. Hitler wandte sich dann dagegen, daß seine Bewegung nur als neue Partei betrachtet werde, sondern betonte deren weltanschaulichen Charakter, wodurch sie sich wesentlich von den anderen Parteien unterscheide. Sodann beschäftigte sich Hitler mit der Haltung seiner Gegner, die es immer versuchten, ihn mundtot zu machen, die es aber nicht fertig gebracht hätten, es anders zu machen."

die Maske fallen lassen und sein wirkliches Gesicht gezeigt [4], weil er auf Grund inzwischen getroffener Abmachungen mit England [5] auf Deutschland keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Trotz der vielen Namen von Parteien gebe es in Deutschland nur zwei große Gruppen, und zwar die bürgerlich Nationalen und die sozialen Internationalen. Die durch die Politik erhoffte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei nirgends zu Tage getreten und konnte nicht zu Tage treten, weil Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nur dort möglich ist [*sic!*], wo alle gleichmäßig zu essen haben. Der Boden Deutschlands sei aber zu klein, um ein 60-Millionen-Volk zu ernähren. Deshalb müsse jede Politik darauf gerichtet sein, die Bevölkerungszahl mit der Bodenfläche in Einklang zu bringen, um jedem gleichmäßig Brot geben zu können. Zwar haben einzelne Parteien diesen Grundsätzen bisher Rechnung getragen, aber auf falschem Wege, nämlich auf dem Wege der Auswanderung und der Geburtenbeschränkung. Die Auswanderung entziehe aber jedem Volke die besten Kräfte, weil nur derjenige auswandere, der die Fähigkeit, die Kraft und den Mut besitzt, sich auch im Ausland durchzusetzen. Die Geburtenbeschränkung hingegen entziehe jedem Volk 3/4 der Möglichkeit, führende Männer hervorzubringen, weil ja nach der Statistik gerade die größten Männer nicht immer auf die Erstgeburten fallen, sondern nachweisbar auf die 5., 6. oder 11. Erreicht könne die Anpassung der Bevölkerungszahl an die Fläche nur werden durch Beschaffung von Ernährungsboden auf irgendeine Weise, denn die Steigerung der Produktion sei Unsinn, wenn der Absatz nicht vorhanden ist. Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus sei ein Aufstieg nur auf Grund von drei großen Faktoren möglich, und zwar dem Blutswert, dem Persönlichkeitswert und dem Kraftgedanken. Lediglich weil die deutsche Nation fast alle Kulturwerte geschaffen hat, hat das Volk Recht auf die Hoffnung zum Wiederaufstieg. Wenn es sich um 60 Millionen tiefstehender Rassen handeln würde, wäre diese Hoffnung falsch. Aber auch beim deutschen Volke kann die Hoffnung nur erfüllt werden, wenn man sich [6] abwendet von dem Gedanken, daß hundert verschiedene Meinungen (Parteien) eine einheitliche Politik durchführen können. Es sei ganz klar, daß, wer sich einen Anzug machen lassen will, zum Schneider gehen müsse, und wer sich Schuhe sohlen läßt, den Schuster in Anspruch nehme. Nur das deutsche Volk glaube, daß jeder zu regieren berufen sei. Nur *ein* Gehirn könne auch in der Politik eine große Linie erdenken und durchführen. Darum sei das System des Parlamentarismus und der Parteien falsch, weil schon der Wahlgang keine Gewähr dafür gibt, daß wirkliche Köpfe zum Zuge kommen. Sie wählen 400 Menschen in eine Korporation hinein, sie haben aber keine Gewähr dafür, daß auch die Fähigsten den Stimmzettel erhalten. Hinter der Hitlerbewegung, und wenn sie auch noch jung ist, stehen Jahrtausende der geschichtlichen Erfahrung, hinter dem jetzigen System stehen 10 Jahre verrückter Geschichte. Der dritte Punkt seiner Faktoren sei der Machtgedanke, zu dem sich das deutsche Volk aufraffen müsse, denn das Leben sei Kampf und wird es bleiben, solange die Welt besteht. Ohne Kampf kein Sieg! Es gebe nur ein Recht auf dieser Welt, und dieses Recht heißt Kraft; es gebe nur ein Ziel: Ehre, Freiheit und Brot für das

4 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.
5 Vgl. Dok. 13, Anm. 46.
6 In der Vorlage "sie".

deutsche Volk. Und der Weg hiezu heißt Kampf. Darum soll sich das deutsche Volk zusammenschließen, um ein Machtfaktor in der Weltgeschichte zu werden, befähigt, entsprechend dem Zuwachs seines Volkes, den notwendigen Nährboden zu verschaffen. Obwohl die Bewegung von 7 Männern [7] aufgegriffen worden und trotzdem sie überall verlacht worden sei, zählt sie heute über 850.000 Mitglieder [8]. Es erscheine ihm das Anwachsen von 7 auf die heutige Zahl viel schwieriger zu sein als das weitere Wachsen auf mehrere Millionen, und die Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] werden nicht rasten und ruhen, bis sie den nationalen Gedanken und ihr Programm in die deutschen Gehirne so eingehämmert haben, bis sie Gemeingut des ganzen deutschen Volkes geworden sind. Er schloß seine durch großen Beifall oft unterbrochenen, begeisternden, sachlichen Ausführungen in der Überzeugung, es gibt noch eine Zukunft, es gibt noch einmal ein Deutsches Reich der Größe, der Macht und der Herrlichkeit. [9]

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.
8 Muß heißen: Wähler. Vgl. Dok. 13, Anm. 7, 8.
9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. Oktober 1928 Dok. 31
Schreiben an Wilhelm Kube

Hs. Schreiben vom 2.10.1928. Faksimiledruck: Der Märkische Adler vom 7.8.1936, "Die Nationalsozialistischen Jahrbücher als Quellenwerke für die Geschichte unserer Partei".

Lieber Herr Kube!

Nehmen Sie bitte für Ihren Kampf im Landtag um meine Redefreiheit in Preußen [1] meinen ergebensten Dank entgegen und übermitteln Sie bitte diese meine Empfindung auch den anderen Herren der Fraktion vor allem unserem alten treuen Kämpfer Herrn Haake [2].

Mit deutschem Gruß
Ihr
Adolf Hitler

7. Oktober 1928 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ingolstadt [1]

Polizeibericht mit hs. Korrekturen, o. D.; Stadtarchiv Ingolstadt, A III/21 [2].

Hitler gab seiner Freude über den dichtgefüllten Saal, es mögen ca. 1.2[*00*]-1.300 Personen anwesend gewesen sein, Ausdruck und brachte vor, daß er deswegen nach Ingolstadt gekommen ist, weil er bei seinem letzten Hiersein [3] den Eindruck gewonnen hat, daß gerade in Ingolstadt Aufklärung nottut.

1 In Preußen bestand für Hitler vom 25.9.1925 bis zum 28.9.1928 öffentliches Redeverbot.

2 Heinrich Haake (1892-1945), Bankangestellter, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, März bis Juni 1925 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd, 1925-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1932 Leiter des Organisationsamtes der NSDAP und Landesinspekteur West, 1933 Landeshauptmann der Rheinprovinz, 1934 Reichsinspekteur der NSDAP.

1 Im Schäffbräukeller, von 18.20 bis 20.40 Uhr (VB vom 9.10.1928: 21.30 Uhr). Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht 1.200-1.300 (Halbmonatsbericht: 800) Personen teilnahmen, wurde von Ortsgruppenleiter Dr. Ludwig Liebl geleitet.

2 Vgl. auch Ingolstädter Zeitung vom 8.10.1928, "Nachrichten aus Ingolstadt und den angrenzenden Kreisen"; Der Donaubote vom 9.10.1928, "Adolf Hitler im Schäffbräukellersaale"; VB vom 9.10.1928, "Adolf Hitler in Ingolstadt"; Der Donaubote vom 11.10.1928, "Der Hitlertag in Ingolstadt"; VB vom 12.10.1928, "Der Hitler-Tag in Ingolstadt" (Auszug aus Der Donaubote vom 11.10.1928). Sowie Halbmonatsbericht Nr. 35/II vom 15.10.1928; Stadtarchiv Ingolstadt, A III/23. Lagebericht N/Nr. 71 der Polizeidirektion München vom 28.11.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.

3 Am 30.3.1928. Vgl. Bd. II/2, Dok. 245.

Hitler verbreitete sich nun in seiner knapp 2 Stunden dauernden Rede über die allgemeine Weltwirtschaft[*s*]lage. Besonders führte er Deutschland gegenüber Amerika auf, wies auf die besseren Lebensbedingungen des amerikanischen gegen die des deutschen Volkes hin, führte an, daß in Deutschland heute 1/3 der Gesamtbevölkerung nicht aus eigenen Erzeugnissen des Landes ernährt werden kann. Ferner schilderte Hitler den Wirtschaftskampf zwischen Deutschland und England vom Jahre 1876 bis zum Ausbruch des Krieges, wies auf die bessere Existenzmöglichkeit der englischen Bevölkerung durch die englische Kolonialpolitik hin und streifte dabei in kurzen Worten die verwerfliche Politik gegen den Panzerkreuzerbau [4].

Besonders führte Hitler an, daß mit dem Internationalismus der linken Parteien dem deutschen Volke nichts genützt ist, geißelte in treffenden Bemerkungen die deutsche Gesinnungseselei der linken Parteien, die auf eine internationale Hilfe für das deutsche Volk hoffen. Hitler kam auch auf die Verpfändung der Eisenbahnobligationen zur früheren Räumung des Rheinlandes zu sprechen [5], bezeichnete diesen angegebenen Grund als einen Schwindel und führte aus, daß dieser vorgebrachte Grund eine Verschleierung sei, um dem Volke die Wahrheit über die Vergeudung deutscher Substanz verheimlichen zu können.

Zum Schlusse forderte Hitler alle deutschen Männer und Frauen auf, sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen, um an der Lösung des Problems, wie kann Deutschland vor der völligen Ausbeutung und Aushungerung geschützt werden, mitzuarbeiten. Dabei geißelte er in ziemlich scharfen Worten das Vorgehen der kommunistischen und sozialistischen Parteien, die mit ihrem Kampf gegen das Kapital das Volkswohl ganz und gar vergessen und durch ihre verkehrte internationale Duselei das deutsche Volk an den Abgrund bringen. [6]

4 Der Bau des Panzerschiffs A war am 27.3.1928 im Reichstag gegen die Stimmen von KPD, SPD, DDP und Teilen der Wirtschaftspartei beschlossen, wegen fehlender Finanzmittel zunächst aber nicht begonnen worden. Als das Kabinett am 10.8.1928 dem Bau geschlossen zustimmte, stellte die SPD-Fraktion im Reichstag (gegen den von ihren Ministern unterstützten Kabinettsbeschluß) am 31.10.1928 den Antrag, den Bau des Panzerschiffs einzustellen; dieser wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Da die vier SPD-Minister mit ihrer Fraktion gestimmt hatten, kam es zu einer Regierungskrise. Vgl. Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.
Zusätzlich hatte die KPD ein Volksbegehren gegen den Panzerschiffsbau angestrengt, dessen Listen in der Zeit vom 3. bis 16.10.1928 auflagen und für das 1.216.968 (2,94 %) gültige Stimmen abgegeben wurden. Vgl. Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle "Aufwertung", "Fürstenenteignung", "Panzerkreuzerverbot" und "Youngplan", Frankfurt a. M. 1989, S. 67 ff.

5 Anspielung auf die Genfer Verhandlungen vom 5. bis 16.9.1928, bei denen die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans über das Räumungs- und Reparationsproblem beraten hatten. Zur Verknüpfung von Reparations- und Räumungsfrage wie zur geplanten Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 400 ff., 427 ff. sowie Krüger, Außenpolitik, S. 455 ff.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

8. Oktober 1928 Dok. 33
Telegramm an Artur Dinter

Telegramm vom 8.10.1928. Druck: Das Geistchristentum 1 (1928), Heft 9/10, S. 375.

Ich entziehe Ihnen hiermit die seinerzeit erteilte Vollmacht zur Wahrung der nationalsozialistischen Interessen im Thüringer Landtag [1].

gez. *Adolf Hitler*

10. Oktober 1928 Dok. 34
"Die Panzerkreuzer-Narretei der Kommunisten" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB-Sondernummer (Nr. 239a) vom 13.10.1928: "12. Sondernummer: Gegen den Panzerkreuzer-Rummel!" [3].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Wir leben wirklich in einer ungemein interessanten Zeit. In unsere Periode fällt eine Jahrhundertwende, die ein Denkstein [*sic!*] in der ganzen Menschheitsgeschichte deshalb sein wird, weil sie zwei Jahrhunderte verbindet, die ersichtlich den größten Fortschritt auf dem Gebiete der Technik in sich bergen. So wie wir auf diesem Gebiete eine fabelhafte Schnelligkeit der Entwicklung beobachten können, genauso auch auf dem allgemeinen politischen Gebiet. Auch hier sehen wir, wie die Ereignisse sich jagen, manchmal geradezu überstürzen, und wie Ideen, die vor wenigen Jahrzehnten noch selbstverständlich schienen, nun plötzlich durch die Ereignisse der Gegenwart widerlegt sind.

Den wenigsten wird heute klar, daß wir uns augenblicklich in einer Periode befinden, die so ziemlich alles bereits widerlegt hat, was vor 10 Jahren das Evangelium der Menschheit gewesen ist. Am 8. Januar 1918 hat Wilson seine bekannten 14 Punkte her-

---

1 Zum Konflikt zwischen Hitler und Artur Dinter vgl. Dok. 4, 35.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 9.10. und 10.10.1928 sowie Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10035). Der Lagebericht gibt als Titel "Panzerkreuzerrummel und marxistischer Volksverrat" an.
2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Hermann Esser geleitet.
3 Gekürzte Fassung: VB vom 12.10.1928, "Panzerkreuzerrummel und marxistischer Volksverrat". Sowie Lagebericht N/Nr. 71 der Polizeidirektion München vom 28.11.1928; StA München, Polizeidirektion München 6779.

ausgegeben [4], diese 14 Punkte, die dann später die Grundlage geworden sind nicht nur für die deutsche Entwaffnung und Abrüstung, sondern auch für den Friedensschluß von Versailles und damit in der Praxis für die Neugestaltung der Verhältnisse Europas, ja fast der ganzen Welt. *Diese 14 Punkte, die Wilson am 8. Januar 1918 herausgab und die damals in der Lage waren, fast das gesamte Denken der Welt - wenigstens scheinbar - zu revolutionieren und umzuwandeln, diese 14 Punkte sind heute durch die Entwicklung der Dinge so gut wie vollkommen widerlegt worden: Weltfriede, Weltabrüstung, Völkerbund, Beseitigung des Militarismus, Beseitigung der Geheimdiplomatie usw. - Begriffe, über die man heute nur mehr lachen kann. In der Praxis ist alles anders gekommen: keine Weltabrüstung, keine Beseitigung des Militarismus, keine Beseitigung der Geheimdiplomatie. Und der Völkerbund selbst: Er wurde zuerst von der Macht verlassen, die ihn der Menschheit mundgerecht gemacht hatte* [5]. Kurz und gut, wir können sehen, daß in der Praxis die ganzen Gedankengänge, die damals im Jahre 1918 das politische Leben bestimmten, heute durch die Tatsachen widerlegt sind.

Auch der Marxist kann das nicht ableugnen; denn was gibt es für eine schlagendere Widerlegung der Meinung von damals, man könne zu einer Weltabrüstung gelangen, als die Tatsache, daß der Sowjetstaat, d. h. die idealste Verkörperung marxistischer Gedanken, selbst heute mitten im Wettrüsten begriffen ist. Und wenn heute ein Kommunist sagt: "Ja, das ist ein ganz anderes Rüsten!" - Mein lieber Freund, das ist es nicht! *Ihr habt nicht gesagt: Wir wollen das Rüsten der kapitalistischen Welt beseitigen, um dann an seine Stelle das Rüsten der kommunistischen Welt zu setzen, sondern einmal habt ihr behauptet, das Rüsten an sich wäre das Merkmal einer kapitalistischen Welt, aber eine marxistische, sozialistische, internationale, kommunistische Welt kenne kein Rüsten.* Genauso wie ihr einst nicht etwa gesagt habt: Der Militarismus ist nur schädlich als äußerliche Erscheinung des kapitalistischen Staates, *sondern ihr sagtet: Der Militarismus ist eine Schande der ganzen Menschheit!* - Und was habt ihr damals unter Militarismus verstanden? Ihr verstandet damals darunter die organisierte Wehrkraft eines Volkes und vor allem die ganze äußere Form des Militärs. *Damals schrie man: Das Grüßen ist das Zeichen einer devoten, unwürdigen Gesinnung! Und heute? Nirgends wird zur Zeit so famos gegrüßt wie im Sowjetstaat. Damals sagte man: Parademärsche, das sind Mätzchen, Mätzchen des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, die nicht in die moderne Zeit hineinpassen, weil sie menschenunwürdig sind. Aber der rote Parademarsch, bei dem die Fußspitzen genauso hoch fliegen - der paßt schon hinein! Allerdings, er wird von anderen abgenommen. Vor kleinen polnischen Juden den Parademarsch machen, das paßt, das geht, das ist würdig!*

Gerade die Tatsache, daß der Sowjetstaat heute mitten im Rüsten steht, ist die schärfste Widerlegung der ganzen Gedankenwelt, die vor 10 Jahren Europa, ich muß fast sagen, pestartig überzogen hat. Die Wilsonschen Gedankengänge scheinen heute die letzte Erledigung zu finden. *Und nicht der Völkerbund ist das Sammelbecken der Nationen, sondern die*

4 Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin o.J., S. 374 ff.

5 Die USA sind dem Völkerbund nicht beigetreten.

Nationen finden sich außerhalb des Völkerbundes wieder in neuen besonderen Verträgen, die mit dem Völkerbund nichts zu tun haben. Nur durch Zufall erfährt man diese Verträge, durch Verrat, durch Indiskretionen. Die Geheimdiplomatie arbeitet fleißiger als je zuvor. Die Staaten, die vor 10 Jahren gemeinsam in Europa auf den Schlachtfeldern standen, beginnen sich, teilweise wenigstens, voneinander zu lösen, und wir kommen in eine neue Periode von großen Spannungen und machtpolitischen Auseinandersetzungen. *Die alte Entwicklung auf der Erde wird wieder ihre Fortsetzung finden; es wird wieder einsetzen das Ringen, der Kräftigere, der Stärkere wird übrigbleiben und wird den Schwächeren niederzwingen.* Die ganze Zeit in den Jahren vor dem Weltkrieg ist in Wirklichkeit keine normale gewesen; *denn die Erde kennt tatsächlich kaum einen 40- bis 50jährigen Friedenszustand. Dieser war nur möglich in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege, da die eiserne Waffe und die eiserne Macht und Wehr des Deutschen Reiches sich vor diesen Frieden gestellt hat. In dem Augenblick aber, in dem Deutschland nicht mehr fähig ist, im höchsten Sinne des Wortes den Schirm des Friedens zu übernehmen, schlägt die Welt wieder ihren normalen Weg ein, das freie Spiel der Kräfte beginnt wieder, und Kampf ist wieder die Losung des Tages und wird es sein.*

Wir Nationalsozialisten begrüßen nun diese Entwicklung auf das äußerste, ganz unabhängig davon, ob Deutschland in der Lage ist, aktiv irgendwie teilzunehmen oder nicht: Denn

1. Es ist für uns Deutsche heute ein wahres Glück, wenn diese Welt wieder zu machtpolitischen Auseinandersetzungen kommt, *weil dadurch zunächst wenigstens die Fiktion zerstört wird, als ob Deutschland allein die Ursache solcher machtpolitischer Auseinandersetzungen gewesen wäre, eine Fiktion, die uns jahrelang auf das furchtbarste in der anderen Welt belastet.*

Tatsächlich bedeutet jede Störung heute für Deutschland den Freispruch von der Schuld am Vergangenen [6]. Der Beweis wird erbracht, daß jede Behauptung dieser Art eine gemeine, niederträchtige Lüge war, um unser Volk in den Augen der Welt herabzusetzen und um es im Innern zu zermürben, auf daß es die Schuld selbst nicht nur anerkannte, sondern auch "sühnte". - *Durch diese neue, jetzt in der Entwicklung befindliche Auseinandersetzung wird Deutschland aber auch freigesprochen von der Schuld am Weltkrieg selbst.* Denn das kommende Ringen wird genau wieder so ein Ringen sein, das die ganze Erde umfaßt, einschließlich der Länder, die zuvor glaubten, sich in kluger Weise von den allgemeinen Zeitereignissen fernhalten zu können. Man wird dann sehen, daß Deutschland sowenig der Anzettler des Weltkrieges gewesen ist, wie es der Anzettler des kommenden Ringens ist, sondern daß es ganz andere Kräfte sind, die die Völker in diese gewaltigen Katastrophen hineinpeitschten.

2. Wir glauben, daß in einer solchen Periode der allgemeinen Unruhe, der Spannungen und der machtpolitischen Entscheidungen mehr Möglichkeiten vorhanden sind zur Lösung

6 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

der derzeitigen Knechtschaft, unter der unser Volk seufzt und schmachtet, als in einer Periode der Ruhe, die in Wirklichkeit nichts ist als die garantierte Erfüllung des Friedensvertrags von Versailles. Heute können wir sagen: Solange Ruhe herrscht, hat Deutschland gar nichts zu hoffen, und erst wenn diese Welt wieder in Unruhe geworfen wird, kann es einer genialen deutschen Staatsleitung möglich sein, die deutschen Interessen wahrzunehmen und nach Möglichkeit dem deutschen Volk Vorteile bei diesen Auseinandersetzungen zu sichern.

2 1/2 Milliarden gegen 7 Millionen:

Wir stehen nun heute wieder vor solchen Weltentscheidungen. Wir können das mit am besten an den indirekten, sagen wir, Wirkungen feststellen, die den großen Ereignissen in Deutschland immer vorausgehen und sie somit anzeigen. Es ist bemerkenswert: *Sowie in Deutschland gewisse Parteien der linken Seite die allgemeine Aufmerksamkeit unseres Volkes auf eine an sich ganz unbedeutende Angelegenheit zu konzentrieren verstehen, geht immer irgend etwas ganz Großes vor.* Plötzlich wird die ganze Nation in Aufruhr gebracht wegen einer fast belanglosen Sache, die allgemeine Aufmerksamkeit wird absorbiert, das deutsche Volk in einen Taumel, ja, beinah Wahnsinn versetzt, auf daß es vergißt, zu gegebener und glücklicher Stunde seine Interessen wahrzunehmen. Als seinerzeit die Sache von Locarno [7] spruchreif wurde, da erlebten wir in Deutschland den *Fürstenabfindungs-Rummel* [8]. Sie werden darüber heute lachen. Was für eine Erregung! Ein Tschin-tschin: Deutschlands Zukunft hängt davon ab! Gebrüll, Geschrei, Getue, Getöse! Und das Ergebnis? *Im selben Augenblick bereitete man die Schlinge vor, die sich dem ganzen deutschen Volke um den Hals legte, eine Schlinge, deren Druck Sie heute alle spüren und die noch immer nicht ganz zugezogen ist.*

Und das gleiche kann man auch heute wieder sehen. *Panzerkreuzer-Volksbegehren* [9]*!* Das deutsche Volk soll einen Panzerkreuzer bauen. Und nun beginnt eine maßlose Erregung! *Eine ungeheure Erregung, künstlich von einigen Leuten in das deutsche Volk hineingetragen. Eine Erregung, die Hunderttausenden, ja Millionen den Blick vollkommen blendet für alles andere, was sonst zur Zeit in der Welt vorgeht.*

Da möchte ich zunächst eines gleich herausgreifen. Basiert diese Erregung etwa auf dem finanziellen Opfer, das mit dem Bau dieses Panzerkreuzers verbunden ist? Es handelt sich, wie Sie wissen, zunächst um eine Rate von 7 Millionen Mark [10]. *Ist also das kommunistische Volksbegehren wirklich bedingt durch die Sorge, dem deutschen Volke 7 Millionen Mark zu ersparen?* Da können wir gleich zur Antwort geben: *Diesen infamen Schwindel glauben doch die Herren selbst nicht!* Warum denn sonst so ein kleines Begin-

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

8 Anspielung auf das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten im März 1926, für das nach amtlichem Endergebnis 12,5 Millionen gültige Stimmen abgegeben wurden. Der im Juni 1926 durchgeführte Volksentscheid erreichte mit 14,4 Millionen gültigen Stimmen nicht die erforderliche Stimmenzahl. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

9 Vgl. Dok. 32, Anm. 4.

10 Als erste Rate für den Bau des Panzerschiffs A waren im Reichshaushaltsplan 9,3 Millionen RM vorgesehen. Vgl. Wacker, Bau, S. 33, 62 ff.

nen? Warum überhaupt so in die Ferne tasten, wenn das ganz Große doch so nahe liegt?

Warum denn mit 7 Millionen anfangen in einem Staate, der jährlich 2,7 Milliarden bezahlen muß? Warum denn nicht ein Volksbegehren, ob das deutsche Volk noch weiter die internationalen Finanzverpflichtungen zahlen soll?

(Stürmischer Beifall.)

Die Herren sind so stark, daß, wenn ihr starker Arm es will, alle Räder stillstehen. *Warum [wird] denn nicht zusammengeholfen von den verschiedenen Lagern der Internationale her und dafür gesorgt, daß man endlich im Auslande die Stimme des deutschen Volkes hört: Dieses Volk fühlt sich nicht schuldig und will daher nicht mehr bezahlen* - es denkt nicht mehr daran! *Aber das Gegenteil wird getan.* Wenn irgendwo Deutsche sich aufraffen und gegen diese internationale Schande protestieren und ihr Volk erlösen wollen von solchen Verpflichtungen, dann sind es dieselben Kommunisten, die jetzt dem deutschen Volke 7 Millionen ersparen wollen, die gegen diese Volksgenossen mit den brutalsten, gemeinsten Mitteln vorgehen. *Siehe die Überfälle auf unsere Parteigenossen in Berlin anläßlich des Märkertages* [11].

Da sieht man die innere Verlogenheit der Herrschaften! Nein, das Finanzielle ist ihnen vollkommen gleichgültig! *Im Gegenteil, sie wünschen den finanziellen Druck, weil er ihnen das Volk gibt, das sie brauchen, weil er ihnen die Möglichkeit gibt, das Volk zu jener Wahnsinnsreife zu bringen, die diesen Herren dann erfahrungsgemäß am meisten zugute kommt.*

Die finanzielle Seite ist es also nicht, was sie bewegt. Andere Gründe sind es, und zwar so ungeheuerlicher, so verbrecherischer Art, daß jeder Deutsche, wenn er diese Gründe durchgehend kennen würde, die ganze Gesellschaft in einer Weise zur Verantwortung zöge, daß sie noch nach Jahrtausenden geschichtlich vermerkt würde. Nun sehen Sie, wir Nationalsozialisten sprechen oft von der Notwendigkeit der Reform des Strafgesetzbuches, ja, überhaupt unseres gesamten Rechtswesens. Als Beispiel folgendes: *Es ist irrig und falsch, wenn unser Rechtsleben einen Unterschied macht zwischen einem Verräter, der dem Feind eine Kanone verrät, und einem Verräter, der dem Feinde eine Festung verrät. Wir sagen: Es gibt gewisse Delikte, die nicht bestraft werden können nach dem Ausmaß des Schadens oder nach Maßgabe des Gelingens, sondern nur nach der Gemeinheit, die im Begehen dieser Delikte an sich liegt.*

Es spielt also keine Rolle, ob einer nun ein Gewehr dem Ausland verrät oder eine Kanone oder eine Festung oder eine chemische Erfindung oder sonst etwas: *Das Wesentliche ist, daß es ein Mensch fertigbringt, eine Waffe der Selbsterhaltung seines Volkes dem Feinde zu denunzieren. Nach der Gesinnung allein kann hier bestraft werden.* Denn wer will in der Praxis die Wirkung eines Verrats nach rein materiellen Begriffen abschätzen? Wer will zum Beispiel sagen, wie der Verkauf eines ganz gewöhnlichen Planes eines Forts sich auswirkt? Wer weiß, ob nicht gerade in diesem Fort einst der Komman-

11 Am 30.9.1928 war es anläßlich des "Dritten Märkertages", einer NSDAP-Versammlung im Berliner Sportpalast, zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Gegendemonstranten und der Polizei gekommen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 1.10.1928 (AA), "Ausschreitungen vor dem Sportpalast".

deur der Festung sich befinden wird, ja, wer weiß, ob nicht gerade er der Kopf ist, der allein die Nation retten könnte, und wer weiß, ob nicht gerade durch die Lieferung des Plans dieses Forts eben dieses Fort als erstes einem feindlichen Vernichtungsfeuer zum Opfer fallen wird, das auf Grund der genauen Kenntnis der Gesamtanlage, der Panzerstärken, der Betonstärken usw. in solcher Form zusammengefaßt wird, daß augenblicklich der Erfolg kommen muß? *Wer will im vorhinein beurteilen, was dieser Verbrecher durch seinen Verrat der Nation an Schaden zugefügt hat?! Nein! Die Tatsache allein, daß dieser Mensch diesen Verrat ausübt, verdient mit der höchsten Strafe belegt zu werden.*

Die antimilitaristische Gesinnungslumperei:

Und so interessiert uns jetzt nicht im geringsten etwa die Größe des Objektes bei der marxistischen Haltung in diesem Kampfe gegen den Panzerkreuzer. Unsere Meinung über diesen Panzerkreuzer an sich können wir ganz ruhig frei heraussagen. Das ist ein Schiffchen, eine Nußschale, mit der man wirklich heute das Meer nicht wird erobern können. *Was uns interessiert ist die Gesinnung, aus der diese Haltung entspringt, die Gesinnung, die durch sie zum Ausdruck gebracht wird, und die als Gesinnung unser Volk tausendmal mehr schädigt, als der Verlust dieses Panzerkreuzers uns schaden könnte.*

Dieser Panzerkreuzer ist für uns ein ganz kleines Objekt, an dem wir die Gesinnung der marxistischen Herrschaften prüfen können, und das möchte ich hier tun.

Die deutsche Kriegsmarine:

Da will ich zunächst sachlich eines vorausschicken, nämlich die Frage: Was bedeutet unsere heutige Reichskriegsmarine überhaupt? Sie wissen, durch den Friedensvertrag von Versailles ist unsere alte Flotte zerstört worden [12]. *Es blieb uns die Erlaubnis, zunächst 6 Schlachtschiffe, 6 Kreuzer, 12 Torpedoboote und 12 Torpedobootszerstörer zu behalten. Die Schlachtkreuzer oder Schlachtschiffe dürfen nicht schwerer sein als 10.000 Tonnen, die leichten Kreuzer nicht schwerer sein als 6.000 Tonnen,* die Torpedoboote und die Torpedobootszerstörer sind ebenfalls in minimalen Grenzen, von ungefähr 900 Tonnen im höchsten, gehalten. Vorerst war uns gestattet, für diese 6 uns genehmigten Schlachtschiffe 6 unserer früheren Deutschland- [13] oder Braunschweig-Klasse [14] zu behalten, Schiffe von 13.200 Tonnen Deplacement mit vier 18-Zentimeter-Kanonen [15] und einigen ziemlich veralteten 17-Zentimeter-Kanonen als Mittelartillerie, die überhaupt keinen modernen Gefechtswert besitzen. *Diese Schiffe würden, in einer modernen Seeschlacht verwendet, höchstens Artilleriezielscheiben abgeben und sofort zusammengeknallt werden.* Der einzige technisch-militärische Wert, der in diesen Schiffen liegt, ist höchstens der, daß sie für unsere Artillerie eine Ausbildungsmöglichkeit darstellen, wichtig besonders deshalb, weil wir zu Lande keine schwere Artillerie haben dürfen. Es kommt diesen Schiffen also nur der Charakter von Schulschiffen zu, neben der artilleristischen Ausbildung, für die Ausbildung im Schiffsdienst an sich, vielleicht auch noch für die Ausbildung der Offiziere zum Fahren im Geschwaderverband usw. Das ist aber auch

12 Vgl. Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten. Druck: RGBl. 1919, S. 943ff. (Abschnitt II. Bestimmungen über die Seemacht, Art. 181-197).

13 Baujahre 1905/06.

14 Baujahre 1902/03.

15 Muß heißen: 28 cm.

der einzige praktische Wert. *In irgendeine Seeschlacht mit einer modernen Großmacht könnten wir mit dieser Flotte uns nie einlassen;* sie würde augenblicklich erledigt werden. *Denn von der Schwäche der Einheiten abgesehen, fehlt dieser Flotte jeder U-Boots-Schutz, dazu fehlt aber weiter jede Fliegerwaffe, und besonders fehlen die Flugzeugmutterschiffe, ohne die eine moderne Marine nicht mehr auskommen kann. Kurz: Im Weltmeer können wir diese Flotte nicht ansetzen [sic!], ihr einziger Wert wäre vielleicht - unter Berücksichtigung der wohl nicht ganz auf der Höhe befindlichen Qualität der Sowjetflotte und der polnischen Flotte - der, daß sie in der Ostsee Überraschungen für Deutschland verhindern könnte.*

Wenn nun Deutschland heute dazu übergeht, ein Zehntausend-Tonnen-Schiff zu bauen, dann bedeutet das an sich keine wesentliche Änderung in der Kampfkraft dieser Flotte; denn diese 13.200-Tonnen-Schiffe sind zum Teil bereits 30 Jahre alt, also längst überlebte, unmögliche alte Kästen, die eigentlich schon bei ihrem Stapellauf nicht auf der Höhe der Zeit gestanden sind. Weil bereits damals der Deutsche Reichstag da abzwackte und dort abzwackte und hier abzwackte und die Marineleitung zwang, jedes neue Schiff von vornherein mit ganz ungenügendem Deplacement und demgemäß ungenügender Armierung zu bauen. Kurz und gut, wie gesagt, wird tatsächlich auch durch dieses Schiff am Wert unserer Flotte kaum etwas geändert.

Nun nimmt die K.P.D. gegen den Bau des Schiffes Stellung. Der finanzielle Grund scheidet, wie ich schon betonte, ganz aus. *Als Grund bleibt nur übrig, daß sie nicht wünscht, daß Deutschland auch nur diesen an sich lächerlich geringen Zuwachs an Macht bekommt. Und dabei muß ich weiter betonen: Nicht die K.P.D. allein ist von diesem Wunsche durchdrungen, sondern genauso auch die Sozialdemokratie. Es ist ganz falsch zu meinen, daß die Sozialdemokratie etwa aus innerer Überzeugung für diesen Panzerkreuzerbau eintritt. Sie tut das sowenig, als es die K.P.D. tut.*

Nur um die Ministerposten nicht zu verlieren, hat das derzeitige sozialdemokratische Kabinett für den Panzerkreuzer gestimmt.

Tatsache ist, daß Herr Severing ganz offen erklärt, die Haltung der Herren sei nicht etwa bestimmt worden von dem Wunsch, die deutsche Wehrmacht selbst im Rahmen des uns durch Versailles Gegebenen zu erhöhen [16], *sondern ausschließlich von dem Wunsch, in dieser Legislaturperiode im Amte bleiben zu können.* Innerlich steht auch die Mehrheit der Sozialdemokraten auf ganz demselben Standpunkt. *Es sind höchstens taktische Unterschiede, die die Herren heute von der Haltung der K.P.D. abweichen lassen.* Das festzustellen ist deshalb wichtig, weil gerade jetzt wieder in den bürgerlichen Kreisen Deutschlands nicht wenige kommen, die erklären: Ja, sehen Sie, es ist doch ein Unterschied im Marxismus, es ist doch ein Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus! Sie vergessen ganz, *daß das, was heute der Kommunismus tut, 50 Jahre hindurch die Sozialdemokratie getan hat.*

Sie können heute die Sozialdemokratie nicht nachträglich freisprechen von den Verbrechen, die genau derselben Gesinnung entsprangen, die heute bei den Kommunisten sich uns offenbart. Der gesamte Marxismus nimmt tatsächlich in der Panzerkreuzerfrage dieselbe

16 Vermutlich Anspielung auf Severings Rede vom 20.1.1928 vor dem Reichstag. Druck: Verhandlungen des Reichstags, III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, S. 12253.

Haltung ein, nur daß die Sozialdemokraten augenblicklich wegen der Ministerposten ihrer Gesinnung eine Konzession machen müssen.

Zur weiteren Prüfung der Haltung des Marxismus müssen wir folgendes einflechten: Was ist eigentlich der Marxismus? Ich möchte sagen, *der Marxismus ist die Lehre vom irdischen Glück, und zwar die Lehre vom absoluten irdischen Glück.* Das besagt eigentlich schon alles. *Er ist damit auch die Lehre des Irrsinns,* weil es ein absolutes irdisches Glück gar nicht geben kann, und jede Behauptung, es könnte jemals ein Zustand eintreten, der den Menschen auf dieser Erde jede Sorge, jede Not, jedes Leid abnähme, entweder Lüge und Betrug oder Irrsinn ist. *Es zeigt das ja auch schon die Tatsache, daß marxistisch regierte Länder keineswegs weniger Sorgen haben als andere Länder, sondern im Gegenteil, Sorgen, Not, Elend, Hunger in den marxistisch regierten Ländern größer sind als irgendwo sonst in der Welt.*

Die Lehre vom irdischen Glück:

Marxismus als Lehre vom irdischen Glück! Und dabei ist dieses irdische Glück ganz eng begrenzt. *Es besteht wirklich nur im Materiellen ganz allein.* Der Marxismus hat die langen Friedensjahre nur gekämpft mit dem Versprechen, daß seine Herrschaft die Summe der irdischen Lebensgüter, die dem einzelnen zukommen, unendlich vermehren würde. Der Marxismus hat seine ganze Taktik darauf eingestellt, daß er dem Mann zunächst mehr Lohn versprach, wobei sein Lohnversprechen nicht etwa nur ein Gehaltsversprechen war, sondern der Mann glaubte selbstverständlich, daß er damit mehr zum Leben erhalten würde. *Mithin war die gesamte marxistische Theorie zunächst in ihrer propagandistischen Arbeit aufgebaut auf der Zusicherung von mehr Gütern.* Mehr Güter! Da sehen wir zum ersten Male den Bruch zwischen Theorie und Praxis. Ich stelle nur sachlich fest: *Der Marxismus hat einst theoretisch versprochen: 1. Beseitigung jeder Brotsorge, mehr Brot, mehr Lebensmittel; denn wenn er sagte "Verbilligung der Lebensmittel", so meinte er nichts anderes als "mehr Lebensmittel für den einzelnen". 2. Sogar mehr Teilnahme an allen sonstigen Gütern dieser Erde, auch an höherer Bildung; manchmal sprach man selbst von mehr Kunst, die dem Volke zukommen sollte. 3. Mehr Wohnungen und bessere Wohnungen! 4. Sozialisierung der gesamten Betriebe, der gesamten Produktion, die die Voraussetzung bieten sollte für die Befriedigung dieser Wünsche.*

Wenn wir uns die Frage vorlegen, was ist nun tatsächlich erreicht worden, so müssen wir feststellen: *1. In dem Lande, das an sich am meisten Brot haben könnte, weil es das reichste Brotland fast der Erde ist, nämlich in Rußland, herrscht seit der marxistischen Regierung beinahe dauernd Hungersnot.* 2. Das Versprechen, daß die Kunst dem Volke zukommen sollte, hat eine Erfüllung gefunden, die den einzelnen wohl zum Erstaunen bringen muß. *Kaum je hat unser Volk an der Kunst so wenig Anteil gehabt als heute.* Immer größeren Massen wird ein wirklicher Kunstgenuß ganz unmöglich gemacht. *Weiter ist niemals die Erlangung höherer Bildung für die ärmeren Menschen so wenig erreichbar gewesen als heute. 3. Niemals war die Wohnungsnot so katastrophal, als sie unter dem marxistischen Regime geworden ist, man sehe sich nur die Verhältnisse in Wien* [17] *und*

17 Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Wien hatte bis 1927 ihr erstes Wohnbauprogramm mit insgesamt 25.000 Wohnungen bereits früher als geplant abgeschlossen. Das folgende Programm vom 27.5.1927 sah für einen Zeitraum von sechs Jahren die jährliche Errichtung von 5.000 Wohnungen

andernorts an. 4. Niemals ist so wenig sozialisiert worden zur Erfüllung dieser Wünsche als unter dem marxistischen Regime. Denn Tatsache ist, daß man nicht nur in Deutschland das Sozialisierte wieder entsozialisiert hat, siehe die Eisenbahn [18]*, sondern daß man in Rußland wohl theoretisch sozialisierte, aber de facto die ganze russische Produktion ausländischen Gesellschaften untertan gemacht und vor allem einen großen Teil des russischen Bodenbesitzes ausländischen Gesellschaften überantwortet hat* [19]*. Kurz und gut, in der realen Wirklichkeit wurden die Versprechen des Marxismus nicht erfüllt.*

Wenn wir uns aber fragen, warum, so ist die Antwort darauf eine sehr einfache: Der Marxismus geht an den wichtigsten Problemen und Fragen vorbei - und zwar mit Absicht -, die allein eine Erfüllung seiner, sagen wir Zukunftsideale, garantieren würden.

Für die Erfüllung seiner Zukunftsmusik wäre notwendig:

1. Die Behandlung der Frage des Bodens an sich.

2. Die Frage der Steigerung der Produktion.

3. Die Frage der Menschen, die den Boden bewohnen und für die Steigerung der Produktion in Frage kommen können.

4. Die Art der Organisation dieser Produktion, womit aufs engste der Gedanke des Persönlichkeitswertes verknüpft ist.

Die Bedeutung des Bodenproblems:

Ich beginne gleich beim ersten: *Der Marxismus geht über die Bedeutung des Bodenproblems vollkommen hinweg.* Er kennt seine Bedeutung gar nicht. Und weshalb kennt er sie nicht? *Weil der Marxismus eine Lehre so spezifisch jüdischer Art ist, daß sich auch in seiner Ideenwelt unbedingt jüdisches Denken offenbart. Und dieses jüdische Denken ist typisch raumlos, vollkommen ungebunden in Beziehung auf Grund, Erde, Boden, weil es nicht urproduktiv ist, weil es eben nicht grundschöpferisch ist.* Und weshalb nicht? Es ist selbstverständlich, daß bei der Ernährung der Menschheit der Boden zunächst die allerwichtigste Rolle mitspielt und mitspielen muß. Ich nehme zwei ganz gleiche Bodenflächen und besiedele sie gleichmäßig. Eine Bodenfläche besteht aus Wüstenboden, die andere aus hochwertigem Ackerboden - und dieser wird bekanntlich nicht durch kommunistische Theorien erzeugt, sondern ist eben da; ich habe jedenfalls noch keinen Kommunisten erlebt, der durch einen Zauberspruch nach Karl Marx Steinhalden plötzlich in fruchtbare Felder verwandelt hätte. Was Steinboden ist, bleibt Steinboden; was Wüste ist, ist zunächst Wüste, und was fruchtbare Erde ist, ist fruchtbare Erde. Wenn ich also ein Stück Sahara-Boden nehme und ein gleichgroßes Stück Mississippi-Boden, und überall stelle ich 100.000 Menschen hin, so würden Sie sofort sehen, *welche Bedeu-*

---

vor. Damit konnte freilich die Wohnungsnot in Wien auch nach 1919 nur zum Teil gelindert werden, auch weil es nicht gelang, einen effektiven rechtlichen Mieterschutz festzulegen. Mit der Reformierung des Mietengesetzes von 1922 am 14.6.1929 verschlechterte sich die Situation der Mieter zusätzlich. Vgl. Rainer Bauböck, Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919-1934, Salzburg 1979, S. 26 ff., 108 ff.

18 Vgl. Dok. 26, Anm. 9.

19 Seit 1921 hatte die sowjetruss. Führung mit der sog. Neuen Ökonomischen Politik die gravierenden wirtschaftlichen Mängel aufzufangen versucht, die der Erste Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus verursacht hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Alan M. Ball, Russia's Last Capitalists. The Nepmen 1921-1929, Berkeley [2]1990.

tung der Boden für die Güter der Menschheit besitzt, daß es nicht gleichgültig ist, wo der Mensch lebt, und daß man nicht sagen kann: Ja, das hängt davon ab, ob marxistisch regiert wird oder ob kapitalistisch regiert wird. Nein, nicht im geringsten! Wenn heute in der Sahara eine kommunistische Staatsorganisation kommt, glauben Sie nur nicht, daß sie den Boden fruchtbarer machen wird, daß sie mehr Brot erzeugen wird, als sie das heute in Rußland fertigbringt, im fruchtbarsten Getreideland, das in der alten Welt überhaupt vorhanden ist. Nein! Der Boden ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Ernährung der Menschen. Und Menschen, die das Unglück haben, auf dem vielleicht jahrzehntausendlangen Wanderprozeß ihrer Vorfahren auf einer schlechten Bodenfläche seßhaft geworden zu sein, sind Nöten unterworfen, die den Menschen, denen das Glück einen guten Boden beschert hat, fremd sind. Zunächst also ist schon die Güte des Bodens von ausschlaggebender Bedeutung für das Leben der Menschen. Weiter aber auch die Größe des Bodens, der den Menschen zur Verfügung steht. Dieser zweite Satz ist deshalb zu betonen, weil der Marxismus selbst gar keine Rücksicht nimmt auf die Tatsache, daß in der Größe des Bodenbesitzes mit ein Faktor für die Menge der Gütererzeugung eines Volkes liegt, für das Glück des irdischen Lebens eines Volkes. Man kann nicht sagen: Ob 50 Menschen auf einem Quadratkilometer leben oder 100 oder 300 ist ganz gleich, wenn nur eine marxistische Regierung da ist. Die Kommunisten freilich bringen Wunder zuwege, so daß, selbst wenn 800 auf einem Quadratkilometer lebten, unglaubliche Mengen von Getreide erzeugt werden könnten und man dabei bloß drei Stunden im Tag oder gar nur zwei Stunden zu arbeiten bräuchte. - *Wissen Sie, diese Wünschelrutengänger der neueren Politik, die alles aufspüren, alles wissen und alles können, haben doch zum mindesten eines nicht fertiggebracht, daß nämlich in einem Lande, in dem auf den Kopf der Bevölkerung 18mal so viel Grund und Boden trifft als in Deutschland, auch nur das Notwendigste zum Leben da ist.* Insofern haben sie vielleicht schon recht, daß die Größe des Bodenbesitzes gleichgültig ist für die Ernährung eines Volkes, *dann nämlich, wenn Kommunisten darüber regieren:* Hunger leidet das Volk so und so.

Regieren aber keine Kommunisten, ist die Größe des Bodens von ungeheurer Bedeutung. Denn Sie werden eines nicht von der Hand weisen können: Wenn Sie heute Deutschland mit Nordamerika vergleichen - wir haben in Deutschland für 63 Mill[*ionen*] Menschen 0,47 Mill[*ionen*] Quadratkilometer, und in Nordamerika sind rund 105 Mill[*ionen*] Menschen auf 9,5 Millionen Quadratkilometern [20] - so sehen Sie, daß das amerikanische Volk einen inneren Spielraum, eine Größe seiner Ernährungsgrundfläche hat, daß bei gleichem Fleiß und gleicher Genialität und Arbeitsamkeit wie in Deutschland pro Kopf auf den Amerikaner ein Vielfaches an Lebensmitteln treffen muß wie in Deutschland. Wie ausschlaggebend die Größe des Bodens ist, mag Ihnen folgendes beweisen: Nordamerika und Deutschland - *Deutschland das Land der ältesten sozialen Gesetzgebung,* das Land der ersten Sozialversicherung, das Land der ersten Anfänge einer Altersversorgung, das Land des Beginns einer Invaliditätsversorgung, weiter

20 Das Deutsche Reich umfaßte, einschl. Saargebiet, zum damaligen Zeitpunkt eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern und eine Fläche von 470.656 km^2; die USA eine Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern und eine Fläche von 9.371.749 km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1* ff.

das Land von Arbeitslosenversorgung, endlich das Land von Kinderschutz, Frauenschutz usw. usw. Die ganze soziale Gesetzgebung ist ein Gebäude, das heute in der ganzen anderen Welt nicht seinesgleichen hat. *Nordamerika dagegen ist das Land des krassesten Erwerbslebens, das Land, das keine Altersversorgung kennt, keine Invaliditätsversorgung, keine Rücksicht, weil es einfach heißt: Vogel arbeite, dann friß, und wenn du nicht arbeiten kannst, dann stirb!*

Das Beispiel Amerika:

Wenn Sie nun beide Länder und diese Tatsachen gegeneinander halten, hier das Land mit der grandiosen Sozialgesetzgebung, dort das Land mit der brutalen kapitalistischen Rücksichtslosigkeit, dann müssen Sie feststellen, *daß das Land mit der sozialen Gesetzgebung trotzdem an Lebensgütern pro Kopf nur einen Bruchteil dessen hat, was das Land des krassen Kapitalismus seinem Volke zur Verfügung stellen kann. Wenn Sie sehen, daß bei uns trotz aller sozialer Gesetzgebung die Not die dauernde Begleiterin ist, während in Nordamerika ein Lebensstandard herrscht, der uns geradezu zauberhaft und unglaubhaft scheint* und den der Amerikaner gar nicht schätzt, weil er ihn so gewöhnt ist. Wenn man bedenkt, *daß in Amerika zur Zeit 23 Millionen Kraftwagen verkehren, von insgesamt 26 Millionen auf der ganzen Erde,* wenn man bedenkt, daß in diesem Lande heute jede Familie einen Kraftwagen besitzt, daß auf 5 1/2 Köpfe ein Kraftwagen trifft [21], daß ein Nationalreichtum, eine Lebensbreite der Massen unerhörtester Art gegeben ist, und zwar in einem Land, das, ich wiederhole, weder sozialistische Gedanken noch eine soziale Gesetzgebung hat, so fragt man sich: Woran liegt das?

Die Antwort lautet: Amerika besitzt statt sozialistisch-marxistischer Staatskünstler genügend Weizenboden, genügend Naturschätze, riesenhafte Waldungen, riesenhafte Erzlager, riesenhafte Kohlengebiete, riesenhafte Ölquellgebiete, kurz und gut, *Amerika ist das Land der ungeheuren Bodenschätze. Und von denen lebt man, nicht von marxistischen Phrasen und Theorien.* Und wenn eine Lehre das vergißt, dann bringt sie es bloß so weit, daß selbst dann, wenn alles an Naturschätzen vorhanden ist wie in Rußland, am Ende doch nichts zum Leben entsteht.

Das ist also zunächst das Erste und Wichtigste, daß der Boden von ausschlaggebender Bedeutung ist und daß, wenn ein Volk ungenügenden oder nicht genügend fruchtbaren Boden besitzt, *man nicht durch theoretische Versicherungen, durch neue Gesellschaftsideen nun plötzlich aus Steinen Brot machen kann,* sondern, daß eben dort die Not so lange sein wird, als dieses Volk nicht genügenden Boden hat. Wenn also der Marxist nicht bewußt lügen wollte, müßte er vor allem erklären: *Weil wir euch mehr Lebensgüter zu geben beabsichtigen, müssen wir erst die unmögliche Bodenfläche Deutschlands ändern.*

Schon damit, daß der Marxismus das nicht erklärt, sondern über die Bodenfrage ganz gleichgültig hinweggeht, beweist er, daß sein ganzes Glückversprechen innerlich verlogen ist.

Zum weiteren spielen die Menschen eine gewaltige Rolle. *Es ist nicht nebensächlich, ob ich auf eine bestimmte Grundfläche Hottentotten setze oder Deutsche, ob Sioux-Indianer oder Armenier, Juden oder Gelbe.* Verschiedene Menschen werden aus demselben Boden

21 Im Jahr 1928 waren in den USA 23.127.315 Kraftfahrzeuge in Betrieb; dies entspricht etwa einem Verhältnis von 1 Kraftfahrzeug auf 5 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 71*.

am Ende Verschiedenes herauszuheben vermögen. Und man sage nun nicht: Ja, es muß eben den Menschen möglich sein, auch den anderen Völkern Kultur beizubringen!

Kultur kann man niemand beibringen.

Entweder hat ein Volk Kultur oder es wird nie Kultur bekommen.

Beibringen kann man nur Zivilisation, und zwar im übelsten Sinne des Wortes, Zivilisation als rein mechanischen Ausdruck des geschäftigen Lebens des Tages, als rein äußerlicher, sagen wir ruhig, Revue-tschin-tschin, Revue-tam-tam. Das kann man beibringen. Das hat nichts zu tun mit wirklicher Kultur. Man kann sehr wohl Menschen z. B. zum Shimmy-Tanzen dressieren, aber daß sie ein Verhältnis zu Goethe, zu Schiller, zu Richard Wagner gewinnen, das kann man ihnen nicht anerziehen. Das ist entweder diesen Menschen auf Grund ihres Blutes mitgegeben oder sie werden es nie erhalten. Ich kann höchstens Fähigkeiten, die schlummern, heben, aber im tiefsten Grunde müssen sie vorhanden sein.

Wenn demgemäß der Marxismus Güter verspricht, deren Produktion Menschen bestimmter Fähigkeiten voraussetzen [*sic!*], dann muß er auch die entsprechenden Menschen fordern und darf nicht sagen: Alle Menschen sind gleich. In demselben Augenblick, in dem der Marxismus seine Menschheits-Gleichheitstheorie aufstellt, im selben Augenblick leugnet er die Möglichkeit der Steigerung der Güter für die Menschheit. Besonders wenn diese Güter außer dem reinen Magenbedürfnis auch noch anderen Bedürfnissen zu dienen haben; denn ein Hottentott z. B. hat gar nicht unsere Bedürfnisse und will sie nicht haben. *Daher ist es auch der größte Unfug, daß beispielsweise der Europäer ununterbrochen seine Missionare hinschickt und die Hottentotten bekehren läßt, wobei diese Menschen weder glücklich werden, noch in eine wirklich christliche Auffassung hineinwachsen.*

Es ist Tatsache, daß im ganzen Orient, in ganz Indien, in ganz China, genauso wie in den Nordrandgebieten von Afrika und anderwärts das christliche Element zum großen Teil das moralisch durchaus Bedenklichste ist. Und zwar deshalb, weil unsere christlichen Ideen diesen Menschen, diesem Volksblut- und Volkswesen völlig ungemäß sind und nicht liegen. Was sie daraus machen, ist etwas uns ganz Fremdes. *Betrachten Sie das abessinische Christentum oder das Christentum gewisser kurdischer Stämme oder die Verzerrungen des Christentums in China!* Nein! Man kann nicht bestimmte Güter oder Ideen anderen Völkern aufoktroyieren. Wohl kann der Germane das Griechentum verstehen, weil er selbst das nordische Blut besitzt, das die Griechen einst hatten. Niemals aber kann die Griechen ein Ostasiate voll erfassen oder gar ein Neger.

Wenn sohin der Marxismus erklärt: Alle Menschen sind gleich, und daraus nun gleiche Rechte der Menschen ableiten will, mit denen er logischerweise gleiche Pflichten verbinden müßte, zerstört er die Voraussetzungen der Kultur und der Güterproduktion. Und sagen Sie ja nicht, an Rußland sehe man den Gegenbeweis. Was sehen Sie dort? *Daß der russische Marxismus nach dem Westen Europas gehen und dort betteln muß: Gebt uns Ingenieure, gebt uns Chemiker, gebt uns Techniker!* Ja, warum bringt Rußland diese nicht selbst hervor? Eigentlich müßte es doch Westeuropa versorgen mit Ingenieuren und Technikern und Konstrukteuren! Statt Konstrukteure hat der russische Marxismus aber nur Destrukteure herauszuschicken, die auch den Westen verwüsten sollen.

Der Marxismus setzt sich also über das Bodenproblem und über die Verschiedenheit der Menschen als Rassen hinweg.

Darüber hinaus aber übergeht er den Persönlichkeitswert und zerstört damit wieder eine Voraussetzung zum Schaffen der Kulturgüter, die er seinen gläubigen Anhängern verspricht.

Und endlich: Die Produktion wird verstaatlicht oder versozialisiert. Nun bedeutet die Sozialisierung der Produktion nichts im Hinblick auf das, was der Marxismus verspricht. Er verspricht doch mehr Güter. Mit seinen verallgemeinerten, ganz toten, mechanischen Sozialisierungsformen, die er erfunden hat, erzeugt er aber nicht nur nicht mehr Güter, sondern lähmt im Gegenteil die Gütererzeugung. Sie haben ein praktisches Beispiel in Wien: Dort hat der Marxismus begonnen, das Wohnungswesen zu sozialisieren. Ergebnis: Die Wohnungen werden nicht mehr, sondern im Gegenteil weniger als vor dem. Sie haben das hier bei uns im kleinen erlebt. Seit wir das marxistische Regime besitzen, ist die Produktion von Wohnungen maßlos zurückgegangen und mußte zwangsläufig zurückgehen [22].

Nun frage ich Sie: Wo liegt der Sinn einer Idee, die auf der einen Seite behauptet, der Menschheit mehr an Gütern zu geben, als Lehre vom irdischen Glück, die aber auf der andern Seite Methoden ersinnt, die zwangsläufig die Produktion der irdischen Güter, die man verspricht, noch einschränkt und vermindert?

Rathenaus [23] *Kriegswirtschaft* [24]*:*

Welche Bedeutung der marxistischen Idee der Sozialisierung zukommt, kann man weiter aus einem klassischen Beispiel ersehen. Der Marxismus erklärt: Wir wollen vor allem die Verteilung der Güter sozialisieren, d. h. einheitlich regeln, dadurch wird eine Vermehrung der Güter für den einzelnen erfolgen. Wieder ein Trugschluß! Denn die Verteilung der Güter hat nichts zu tun mit der Gesamtsumme der Güter an sich, sondern die Verteilung der Güter muß als rein mechanischer Vorgang aufgefaßt werden, der nicht den geringsten Einfluß auf die Gütermenge an sich besitzt. Beispiel: Die Kriegswirtschaft! Deutschland hatte in der Kriegswirtschaft das gesamte Wirtschaftsleben während des Krieges praktisch sozialisiert, vor allem die Ernährungswirtschaft [25].

---

22 Zu den spezifischen Problemen des deutschen Wohnungsmarktes seit 1919 vgl. Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

23 Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller, 1889 Dr. phil., 1892 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, 1899 Vorstandsmitglied der AEG, 1902 Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, 1907 erneut Vorstandsmitglied der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung beim preuß. Kriegsministerium, 1915 Präsident der AEG, 1919 Mitglied der DDP, Mai bis Okt. 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, Feb. bis Juni 1922 Reichsminister des Auswärtigen, am 24.6.1922 ermordet.

24 Aufgrund der mangelhaften wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung hatte Rathenau am 13.8.1914 im Auftrag der deutschen Führung die Kriegsrohstoffabteilung beim preuß. Kriegsministerium ins Leben gerufen. Nachdem der institutionelle Aufbau einer zentralisierten Rohstoffbewirtschaftung abgeschlossen war, hatte Major Joseph Koeth am 1.4.1915 die Leitung dieser Abteilung übernommen. Vgl. Gerhard Hecker, Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg, Boppard a. Rh. 1983, S. 201 ff.

25 Vgl. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985, S. 94 ff., 230 ff., 369 ff.

Ergebnis: Obwohl die Ernährungswirtschaft in Deutschland im Kriege sozialisiert war, d. h. der gesamte Verteilerapparat staatlich war und die gesamte Verteilung staatlich vorgenommen wurde, war die Menge des zu Verteilenden auf den einzelnen viel kleiner als zuvor. Und weshalb? Weil ein Nationalsozialist das organisiert hat oder ein Reaktionär? Nein! Herr Paul [*sic!*] Walther Rathenau ist kein Antisemit gewesen, sondern im Gegenteil ein Mann, der, hundertfacher Aufsichtsrat, den roten Genossen so nahe steht, daß sie Plätze und Straßen nach ihm benennen. Dieser Mann hat das organisiert. Erfolg: Not und wieder Not. Ja, warum? Er hat den Weizenboden nicht vermehren können, das ist das Wesentliche. Hätte Deutschland mehr Weizenboden gehabt, dann hätte es nie einen Paul Walther Rathenau gebraucht. Nordamerika hat ihn nicht gehabt und hat trotzdem glänzend gelebt. In derselben Zeit, in der wir bittere Not litten und zu wenig Brot hatten, hat man dort Maschinen mit Weizen geheizt. Warum? Weil seine Weizenproduktion ungeheuer ist infolge des vorhandenen Bodens. Und glauben Sie ja nicht, wenn die kommunistische Partei morgen die Regierung in Deutschland übernimmt, daß dann etwa die Korn- und Weizenproduktion steigen wird! Nicht im geringsten! Sie bleibt nicht einmal auf dem heutigen Stand, sondern wird im Gegenteil sicher noch fallen.

Ich wiederhole also:

Der Marxismus, die Lehre des irdischen Glücks, hat tatsächlich schon durch die Art seiner Ideensetzung die Erfüllung seiner Versprechen von vornherein unmöglich gemacht.

Denn endlich, wo nichts ist, hat auch der Kaiser das Recht verloren und kann auch kein Marxist Wunder vollbringen. Im Gegenteil: Er wird wahrscheinlich durch die verfehlte Wirtschaftsauffassung das wenige, das ist, noch zum Einsturz bringen, um dann am Ende zu den kapitalistischen Staaten gehen zu müssen und dort zu betteln: Helft uns jetzt, wir können nicht mehr weiter! Denn das ist das Grandiose, daß die Menschheits-Erlösungsidee nur denkbar ist, weil andere Länder da sind, die noch nicht erlöst sind. Wenn die nicht wären, wäre die Not und das Elend riesengroß. Freilich, etwas hätte der Zustand dann für sich: Es wäre keine Vergleichsmöglichkeit mehr gegeben. Die Kommunisten könnten dann mit Recht sagen: Die Weltrevolution ist marschiert, die Millionen, die alle gleich sind, ob Neger, Chinesen oder Arier, können jetzt zugrunde gehen, sie wissen gar nicht mehr, wie es anders aussieht.

Aber solange noch ein Staat vorhanden ist, der der Weltrevolution standhält und sich der internationalen Diktatur nicht einordnet, solange ist die Gefahr vorhanden, daß die Unterdrückten eines Tages trotz aller Absperrungen vom Auslande sehen, wie es anderswo ist, und daß sie dann die Nase vollbekommen. Ich muß betonen: Rußland ist das hermetischst abgesperrte Land der Welt. Ja, wenn Rußland jenes Paradies des Glücks und des Wohllebens ist, warum öffnen sich nicht die Tore, und warum sagt man nicht: Hereinspaziert! Schaut euch Sowjetrußland an! Und warum haben die russischen Machthaber solche Angst, daß Russen ins Ausland gehen? Sie müßten doch den Standpunkt vertreten, jeder Russe, der nach Deutschland kommt, kann dort erklären: Oh, ihr armen Schlucker, ihr armen Proleten! Herrgott, wie geht es euch schlecht! Wie ist das demgegenüber in Rußland? Kinder, haben wir in Rußland ein Leben gegen euch! - Ja, warum sperrt ihr euer Paradies denn ab? Warum habt ihr Angst, daß andere es ken-

nenlernen?! Warum führt ihr hinkommende Kommissionen herum: Halt, da dürft ihr nicht hinsehen und dort auch nicht! Ja, warum? Ihr wißt genau, warum die andere Welt sich diesen Staat nicht zu genau ansehen darf. Und ihr wißt ganz genau, warum die Sowjetrussen nicht die Welt betrachten und hinausdürfen? Weil sie sonst sagen würden: Es ist ja entsetzlich, wo wir heute sind! - Ihr erklärt: Wir schließen die Grenzen Rußlands - damit die Konterrevolution nicht einzieht -, wie lange wollt ihr die Konterrevolution durch eine chinesische Mauer abhalten? Habt ihr eine Angst!! Ihr schenkt der Welt das Paradies und habt Angst, daß die Konterrevolution kommt!

Nein, es ist schon anders! Tatsache ist, daß in dem größten Experimentierfeld, das dem Marxismus gegeben wurde, das eingetroffen ist, was *Bismarck* einst vorausgesagt hat. Bismarck meinte einst, man müßte den Marxisten - er nannte sie damals Sozialisten, da es noch keine anderen Sozialisten gab - ein Gebiet geben und sie ersuchen, das Gebiet nach ihren Gedanken, Methoden und Ideen zu regieren, und nach 30 Jahren würde die Welt den grandiosen Irrsinn der ganzen Ideen erkennen. Und nach weiteren 10 Jahren, sagte Bismarck, würden die Leute mit aufgehobenen Händen zu den andern kommen und bitten, sie aus ihrem Paradies zu erlösen.

Wenn aber der Boden an sich eine der Voraussetzungen für das Leben ist, dann kann selbstverständlich nicht nur der Marxismus nicht darum herumgehen, sondern auch keine andere Regierungsform, keine politische Idee kann dieses Problem beiseite liegen lassen.

Gerade der Nationalsozialismus wurzelt in erster Linie in der Bodenfrage; er geht von der Tatsache aus, daß der ungenügende Boden dem deutschen Volk in Europa auf die Dauer das Leben unmöglich machen muß, und zwar im Hinblick auf die Verhältnisse in der anderen Welt.

Wenn wir das Leben des heutigen deutschen Volkes in Vergleich setzen zum Leben anderer großer Nationen, dann erklärt sich aus der ungenügenden Bodenmenge sofort die Not, die wir in tausend Einzelerscheinungen heute vor uns sehen, ganz gleichgültig, wie wir im einzelnen das Leben selbst organisieren. Es ist klar, daß, je mehr das Volk in seiner Zahl wächst, um so mehr eines Tages der Boden zu eng werden muß, daß ein solches Volk eines Tages entweder dieser Beengung seines Bodens unterliegt und zusammenbricht, oder daß es diese Beengung sprengt, sich irgendwo mehr Boden erwirbt. Hier aber liegt der Grund, warum der Marxismus über das Bodenproblem hinweggeht: Wer das Bodenproblem in seiner Bedeutung anerkennt, erkennt die Notwendigkeit der Organisation der Macht eines Volkes an, weil man nur durch Macht allein die Bodenverteilung der Erde regeln kann. *Denn die Bodenverteilung der Erde ist nicht vom Himmel vorgenommen, sondern die Völker selbst haben sie vorgenommen.*

Wenn aber der Marxismus die Bodenfrage als wichtig anerkennen würde, müßte er als ebenso wichtig das Problem des Bodenausgleichs anerkennen und damit die einzig mögliche Art des Ausgleichs: Krafteinsatz und Gewalt; damit aber auch die Organisation dieser Gewalt und damit den Wert des Volkes. Er müßte mit seiner Theorie der Gleichheit der Menschen und der Möglichkeit der Unterjochung dieser Menschen durch den Internationalismus brechen und müßte in demselben Augenblick in sich zusammenfallen, weil dann sein letzter gedanklicher Zweck, die Judenherrschaft in der Welt zu erringen, unmöglich wäre.

Der volksverräterische Sinn des marxistischen Volksbegehrens

Verzicht auf Raum, daher Verzicht auf Macht:

Denn das ist am Ende der tiefste Sinn des Marxismus: Er ist das große Instrument zur Vernichtung der arischen Völker, zur Vernichtung der Intelligenz dieser arischen Völker und zur Einsetzung einer dünnen jüdischen Oberschicht.

Das ist der Sinn, die Idee der marxistischen Weltlehre.

Deshalb geht sie am Bodenproblem weit vorüber, deshalb geht der Marxismus am Machtproblem weit vorüber, deshalb geht er am Wertproblem der Menschen weit vorüber und deshalb lehnt er auch den Kampf ab, d. h. den Kampf für diese Gedanken. Dafür predigt er den Kampf für seine Idee. Er ist nicht grundsätzlich Pazifist, *sondern nur Pazifist insofern, als es sich um die Vertretung der Lebensrechte der Völker nach außen handelt. Für den Klassenkampf nach innen ist er Terrorist, kennt er keinen Pazifismus.* Er ist nicht Pazifist aus weltanschaulicher, grundsätzlicher Überzeugung, *sondern nur Pazifist aus allgemeinem Verrat an seinem eigenen Volkstum; und er ist Terrorist in der Unterdrückung seiner ihm nicht zustimmenden eigenen Volksgenossen.*

Es gibt bei einem Volke, das eine bestimmte Menschenzahl erreicht hat und bei dem der Boden gleichgeblieben ist, nur zwei Möglichkeiten, die Ernährung dieses Volkes sicherzustellen:

mehr Grund oder weniger Menschen.

Weniger Menschen, das heißt also *Menschen-Export*: Auswanderung, das heißt Menschen-Export ins Ausland; *Geburtenbeschränkung*, das heißt Menschen-Export ins Jenseits. Beides ist dasselbe. Beide bringen ein Volk um seine wertvollsten Kräfte, beide senken langsam das Niveau des Volkes, beide führen am Ende zum Zusammenbruch; die Ergebnisse können wir am deutschen Volk sehen.

Diese doppelte Auswanderung muß auf die Dauer beim deutschen Volk dahin führen, daß, während die Welt allmählich mit 400-, 600-, 700-Millionen-Volksstaaten besiedelt wird, Deutschland von seinen 60 Millionen sogar noch zurücksinkt und endlich vielleicht 40 Millionen übrigbehält. Dann aber treten folgende zwei Möglichkeiten ein: Entweder die Welt wird nach demokratischen Gesichtspunkten regiert; dann herrscht die Masse, die Mehrheit, dann ist das deutsche Volk an sich ohne jede Bedeutung, ja nicht nur das - die große arische Menschheit ist ohne jede Bedeutung. Und warum? Zunächst:

Der Mensch, der am ehesten auf seinem Grund und Boden kein Auslangen [*sic!*] mehr findet. Wer findet kein Auslangen mehr? Der Mensch, der die meisten Kulturansprüche stellt. Wer stellt die meisten Kulturansprüche? Der höchst-kulturfähige Mensch, am wenigsten zum Schluß der Neger. Wer wird also stets zuerst mit der Einschränkung seiner Zahl beginnen? Der höchststehende Mensch. Was heißt das am Ende? Die höchststehenden Völker schränken sich ein und die niedrigstehenden vermehren sich. Und endlich wird eine Waagschale der Welt zuungunsten der Höchststehenden sinken, und die Niedrigstehenden werden das Übergewicht bekommen. Mit anderen Worten: Geht die Welt einmal einem Zeitalter marxistischer Theorie entgegen, so wird der höchste Menschenwert vernichtet sein. An wen aber will der Marxismus dann die großen Güter seiner Kultur verteilen? Und werden diese Kulturgüter dann von Negern

hervorgebracht werden? (Heiterkeit.) Nein, der Marxismus ist die Lehre der Zerstörung des ganzen menschlichen Daseins.

Würde aber die Welt einmal nicht nach demokratischen Gesichtspunkten regiert, sondern nach autokratischen, natürlichen, nach dem Grundsatz der Vormacht der Kraft, dann würde erst recht das Gesetz des Handelns auf die Völker übergehen, die sich vermehrt haben, und die Völker würden sinken, die sich selbst ihres überschüssigen Menschengutes beraubten. Und zwar aus folgendem Grund: Das deutsche Volk ist heute rassisch nicht ganz einheitlich. Wir haben in unserem Volke *rassisch wertvolle Zellen* und Keime, und wir haben *rassisch nicht so wertvolle*. Das gleiche sehen wir fast bei allen europäischen Völkern. Überall bestehen diese Volksmassen aus verschiedenen Keimen. Wenn ich aber heute durch die Auswanderung aus jedem Volke dauernd die besseren Keime herausnehme und durch die Geburtenbeschränkung jede natürliche Emporzüchtung verhindere, dann wird langsam der beste Teil dieses Volkes zum Absterben gebracht.

Es besteht ein raffiniertes Verfahren, um aus allen europäischen Völkern langsam die rassisch hochwertigen, einzelnen Elemente herauszugreifen und zu vernichten. Damit wird nicht die Menschenzahl in Europa allein dezimiert, sondern der spezifische Wert Europas wird langsam vernichtet. Und wenn dieses Europa allmählich zu einer rein pazifistischen, abstrakten Geistigkeit geworden ist, d. h. ohne tatsächliche Kraft der Lebensbehauptung, dann wehe, wenn das Schicksal der Erde regiert wird nach dem primitiven Gesichtspunkt der Kraft und Stärke; dann wird über dieses Europa, wie schon einmal, die Stärke asiatischer Horden oder vielleicht afrikanischer Neger hinwegbrausen.

Dann kommt erst recht die Zeit einer Kulturbeschränkung, und der Arbeiter, der heute kämpft für mehr Glück, der kämpft in Wirklichkeit für eine Summe von Leid, Elend, Not, die er heute gar nicht ermessen kann.

Allerdings sagt man: In Deutschland liegt das Problem in Wirklichkeit so, daß wir heute gar nicht Menschen zu exportieren brauchen, sondern uns durch die Wirtschaft ernähren können.

Die Wirtschaft kann ein Volk grundsätzlich nur dann gesund ernähren, wenn sie im inneren Kreise des Volkes bleibt. Wie oft haben wir Nationalsozialisten auch von dieser Stelle aus den Grundsatz vertreten: Gesund ist eine Volkswirtschaft dann, wenn die Urproduktion des Bodens die industriellen Kräfte ernährt, wenn der eine Teil der Abnehmer des anderen ist. Dann ist das Volk unabhängig von außen, und der Körper ist gesund im Inneren organisiert. Sowie aber das Volk zu klein ist, um diesen inneren Kreislauf zu ermöglichen, und gezwungen ist, mit seiner Wirtschaft den äußeren Kreislauf anzutreten, im gleichen Augenblick tritt dieses Volk in den Machtkampf ein. Denn dann entscheidet nicht mehr die bessere Produktion, sondern es entscheidet am Ende die bessere Waffe.

Es ist wichtig, daß wir uns zur Verständlichmachung dessen, besonders auch für unsere deutsche Intelligenz, immer wieder die Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege vor Augen halten. Deutschland, ungenügend in seiner Bodenfläche, exportierte Jahrhunderte lang Menschen, Menschen und wieder Menschen. Dazu kam die Not und schränkte die Geburten ein, oder besser, sie beseitigte das Geborene wieder. Das dauert

Jahrhunderte. Dann wird Deutschland stark, und man geht mehr und mehr dazu über, im Laufe von vielen Jahren, den Menschenexport einzuschränken und mit dem Warenexport zu beginnen. Damit aber stößt Deutschland an bereits bestehende Besitzverhältnisse der Welt. Denn im Grunde ist das Leben zwischen den Völkern genau das gleiche wie das Leben zwischen den Einzelpersonen. Es ist ein Kunstgriff unserer modernen politischen Verziehung [*sic!*], das Leben als so kompliziert erscheinen zu lassen, daß die Menschen ihren natürlichen Instinkt dabei verlieren und statt dessen von weiß Gott was für gekünstelten Voraussetzungen ausgehen, die in Wirklichkeit innerlich falsch sind. Es ist im großen dasselbe wie im kleinsten.

Schmutzkonkurrenz:

So mancher Marxist hat einst geplappert: Ja, Deutschland hat eben Schmutzkonkurrenz getrieben. Oh, du lieber Dummkopf! Was heißt denn Schmutzkonkurrenz? Wenn jetzt in einem Orte zwei Bürstenbinder sind, und du kommst als dritter Bürstenbinder hin, dann kommst du hin, nicht um die zwei Bürstenbinder zu vernichten, sondern um zu leben. Du mußt leben. Du gehst an den Ort nicht als dritter Bürstenbinder und sagst dir vorher, philosophisch nachgrübelnd: Habe ich überhaupt das Recht hinzugehen? Da sind doch eigentlich schon zwei Bürstenbinder, jetzt komme ich als dritter Bürstenbinder. Ich nehme eigentlich den zweien etwas Brot weg. Ja, ist das moralisch? Ist das ethisch recht? Ist das sozialistisch recht, wenn ich hingehe und denen das Brot wegnehme? Das sagst du nicht, du denkst gar nicht daran! Wenn dir der Magen knurrt, meinst du: Hoffentlich kriege ich bald Arbeit. Du vergißt ganz, daß die Arbeit, die du kriegst, einem anderen weggenommen wird. Denn deshalb, weil du als dritter Bürstenbinder hinkommst, bestellen nicht die Leute, die alle schon zwei Bürsten haben, eine dritte und kommen zu dir, sondern die Leute, die Bürsten brauchen und die sie vielleicht sonst bei einem der zwei Bürstenbinder nehmen würden, gehen wohl zu dir; das heißt, wo anders wird eine weniger gekauft. Und warum gehen sie zu dir? Nicht, weil du der Dritte bist oder gar eine marxistische Weltauffassung hast, sondern sie gehen zu dir, wenn deine Bürste billiger ist oder besser. Du wirst, wenn du irgendwohin gehst, zunächst schauen müssen, daß du billiger arbeitest oder besser, das heißt, mein lieber Genosse, daß du Schmutzkonkurrenz treibst. (Lebhafter Beifall.)

Das aber wirfst du im großen deinem Volke vor. Du vergißt vollkommen, daß das, was du mit dem Worte Schmutzkonkurrenz bezeichnest, in Wirklichkeit die Ursache der dauernden Verbesserung der Produktion, der dauernden Verbesserung der Güter, der dauernden Steigerung der Güterproduktion ist, kurz und gut, daß es in Wirklichkeit die Ursache dessen ist, was du als Marxist gern haben möchtest, nämlich die Vermehrung der Güter, die auf dich treffen sollen. Das vergißt du vollständig.

Und siehst du, an dieser Schmutzkonkurrenz hat Deutschland teilgenommen, *nicht aus sozialistischem Gefühl,* nein, *sondern weil jährlich neunhunderttausend Kinder gekommen sind* [26], die in Wirklichkeit pro Jahr ein Gebiet gebraucht hätten, wie etwa Oberbayern und Niederbayern, damit sie sich hätten richtig ernähren können. So ein Gebiet hätte Jahr für Jahr zu Deutschland kommen müssen, damit diese neunhunderttausend

26 Vgl. Dok. 2, Anm. 10.

Menschen sich aus eigenem Grund und Boden hätten ernähren können. Das war aber nicht der Fall. Folglich mußten sie das Brot woanders hernehmen.

Und diese neunhunderttausend Menschen konnten nicht damit befriedigt werden, daß man zu dem kleinen Wurm sagte: Schrei nicht so, wir müssen erst unsere marxistischen Gedankengänge prüfen! Sondern dieser kleine Wurm wollte sein Essen haben, und das mußte geschafft werden. Es kamen eben mehr wie neunhunderttausend Menschen Jahr für Jahr dazu, die Tag für Tag dreimal Futter verlangten. Das ist das einfache Problem. Und wie hat man Futter beschafft? Dadurch, daß man gearbeitet hat, daß man produzierte. Und wie produzierte man? Man versuchte billiger und besser zu produzieren als die anderen. Und warum? Damit einem das, was man produziert hatte, abgekauft wurde. Denn man mußte in die Welt hinaus, man mußte mehr Waren produzieren, als man selbst bedurfte, und mußte die Überproduktion verkaufen. Der Heimatboden konnte die Menschen nicht mehr ernähren.

Nun hatte *England* seit Jahrhunderten sich selbst auf diesen Export umgestellt, der an sich leicht ist. England hatte es so weit gebracht, daß es sogar die eigene Landwirtschaft vernachlässigte. England war am Ende die große Weltfabrik, das große Handelskontor, die große Zentralschiffahrts-Genossenschaft. England herrschte über die Meere. Allerdings waren die Engländer so vorsichtig, sich die Gebiete, die sie für ihren Absatz brauchten, machtpolitisch zu sichern. Das ist der Kern der englischen Kolonialpolitik: Die Engländer haben Kolonien erworben, nicht etwa um englische Kultur zu verbreiten, englische Gesittung, englische Gesinnung, englisches Recht, das ist ihnen ganz egal gewesen, sondern nur um englische Baumwolle zu haben und englische Garne verkaufen zu können, um für die Maschinenfabriken englische Rohstoffe zu besitzen, um englischen Gummi zu bekommen, um englische Maschinen wieder liefern zu können. Also machtpolitische Sicherung des Absatzmarktes und der Rohstoffquellen. Das ist der Sinn der englischen Kolonialpolitik.

Und nun kommt *Deutschland*! Und Sie müssen sich vorstellen, daß dieses England damals nicht nur in der anderen Welt beherrschend war, sondern selbst bei uns hier, daß es kaum eine deutsche Stadt gab, die nicht englische Gesellschaften hatte, englische Fabriken, englische Tramways, englische Gasgesellschaften, kurz und gut, England hatte einen Absatzmarkt in unserem eigenen Vaterland. Auf einmal beginnt Deutschland langsam den Menschenexport einzustellen und den Warenexport zu steigern. Es verdrängt England von Jahr zu Jahr mehr, und schon in den 50iger und 60iger Jahren beginnt England die deutsche Konkurrenz zu fühlen. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie vor allem beginnt England den Weltmarkt abzugraben.

Dann kommt die neue chemische Industrie, und zum ersten Male versetzt eine deutsche technische Erfindung einem gewaltigen englischen Handwerk den Todesstoß: Die englische Lieferung von Indigo aus Indien wird mit einem Schlage unterbunden, weil in Deutschland der künstliche Indigo erfunden wird und seine Anilin-Farben sich ständig die Welt erobern.

Es kommt die elektrotechnische Industrie. Immer mehr schiebt sich Deutschland herein. Dann beginnt England abzuwehren. Der Genosse freilich sagt: Das ist eben ein friedlicher Kampf! *Friedlicher Kampf?* Mein Freund, das ist ein Kampf um das Leben;

denn wer dabei unterliegt, der kann seine neunhunderttausend Menschen Zuwachs nicht mehr ernähren.

Wenn heute Deutschland zweitausend oder dreitausend Lokomotiven irgendwo liefert, dann sind diese Aufträge England entzogen worden, das heißt, soundso viel zehntausend englische Arbeiter haben damit für soundso viel Monate ihr Brot verloren. Und wenn diesen Auftrag England erhält, haben damit eben soviele zehntausend deutsche Arbeiter ihr Brot verloren. Sage nur nicht: Das ist ganz wurscht! Nein, das ist nicht ganz wurscht. Wenn man auch im Moment stempeln gehen kann, dieses Stempeln ist nur vorübergehend möglich als eine verschleierte Aufzehrung einer früher angesammelten Substanz. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn aber einmal diese Substanz endgültig beseitigt ist, dann, mein lieber Freund, hört auch das Stempeln auf. Das heißt, man kann es schon tun, aber die Rationen der Gesamtheit werden immer gekürzter, immer schmäler werden, allmählich wird immer größere Not eintreten, und eines Tages wird man schon sehen, daß es nicht gleichgültig ist, ob Deutschland fabriziert oder ob England fabriziert. England hat schon früh und - im Gegensatz zu Deutschland - immer zur richtigen Zeit eingesehen, daß das nicht gleichgültig ist; es hat zur richtigen Zeit Abwehrmaßnahmen ergriffen. England stand stets auf dem Standpunkt: Bedroht ein Wirtschaftskonkurrent die Ernährung des englischen Volkes, wird England zunächst wirtschaftlich versuchen, diesen Konkurrenten zu beseitigen. Geht das nicht, dann muß das Schwert entscheiden. Und das traf auch uns. Wenn heute die Lage Deutschlands so trostlos ist, dann deshalb, weil durch den englischen Schwertsieg - es war ein Sieg am Ende: allerdings nicht ein Sieg durch die Niederlage des deutschen Schwertes, sondern durch die Niederlage des deutschen Geistes - alles getan ist, um für die Zukunft die deutsche Wirtschaftskonkurrenz zu beseitigen. Deshalb stehen wir heute vor einer geradezu trostlosen Zukunft. Denn in 30 Jahren Friedenszeit hat sich unter bestimmten Voraussetzungen das deutsche Menschheitsreservoir um 20 Mill[*ionen*] Menschen vermehrt, die wir nicht selbst ernähren konnten. Heute fallen diese Voraussetzungen, die Ernährung durch Export zu gewährleisten, fort, und die 20 Millionen drücken auf das Leben der ganzen deutschen Nation - ein Kessel, der sich unter Hochspannung befindet.

Verzicht auf Macht = Verrat an der deutschen Zukunft:

Wir Nationalsozialisten müssen daher heute sagen: Es ist ein Glück, daß sich in der Welt Ereignisse vorbereiten, die auf eine machtpolitische Auseinandersetzung hindrängen. Und es ist ein Verbrechen, wenn die Kommunisten in Deutschland der ganzen Welt zu dokumentieren suchen: Ganz gleichgültig, wie die Welt sich auch entwickeln wird, Deutschland wird niemals wieder machtpolitisch sein Recht auf das tägliche Brot vertreten.

Das ist der Sinn des Panzerkreuzer-Votums: der nackte Verrat am eignen Volk, der Verrat an Millionen von Arbeitern, der Verrat an Millionen von Kindern, der Verrat an Millionen unserer deutschen Zukunft.

Ich habe heute, wie immer in diesen Tagen, eine ganze Unzahl von Briefen und Karten von kommunistischen Helden - immer ohne Unterschrift (Heiterkeit) - bekommen.

Das heißt, einer hat sich [*sic!*] unterschrieben: Absender: Epp [27], Mordgeneral (Heiterkeit). Darin wird mir vorgeworfen: Du - mit den Herren bin ich brieflich immer per Du! (Heiterkeit) - trittst also auch für den Panzerkreuzer ein. Du willst also auch wieder einen neuen Krieg! Nun, mein Freund, du baust verdammt wenig auf die Kraft deiner internat[*ionalen*] Solidarität. Wenn andere Staaten Milliardenrüstungen machen, rührst du dich nicht. Aber wenn bei uns ein Schiffchen gebaut wird, dann klapperst du vor Angst, die andere Welt könne uns den Krieg erklären. Du armer Hase, wo bleiben denn deine internat[*ionalen*] Beziehungen? (Stürmischer Beifall.) Warum spielst du sie nicht einmal zugunsten Deutschlands aus? Geht es deinem Volke zu gut? Warum versprichst du dauernd mehr Güter und ein besseres Leben für die Zukunft, wenn deine Handlungsweise klar zeigt, daß du sie ja gar nicht ehrlich willst?

Nein, nicht deshalb, weil wir den Krieg wollen, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß Völker, die keine Macht besitzen, ob mit Krieg oder ohne Krieg, zugrunde gehen, wollen wir unserem Volke wieder eine Macht schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Es handelt sich ja nicht darum, ob wir bewaffnet sind oder nicht bewaffnet, sondern die Welt steht uns feindlich gegenüber, weil die Ernährung unseres Volkes uns zwangsläufig zu ihrem Konkurrenten machen muß. Von einem Deutschen glaubst du das nicht, aber da du immer das Ausland anbetest, höre, was dein französischer Genosse - nicht ein Nationalsozialist! - Monsieur Briand, alter Freimaurer u[*nd*] alter Sozialist, sagt [28]: Daß ihr abgerüstet habt, weiß ich. Daß ihr heute an sich keinen Krieg mehr führen könnt, weiß ich auch. Daß ihr eure sonstigen militärischen Verpflichtungen eingehalten habt, ist auch richtig. Aber ihr seid da, ihr seid intelligent, ihr seid fleißig, ihr seid arbeitsam und deshalb seid ihr für uns eine Gefahr. - So spricht Monsieur Briand, nicht etwa zu dem Nationalsozialisten Adolf Hitler, sondern zu dem Genossen Müller! Zwei Genossen haben sich ausgesprochen. (Stürmischer Beifall.) Er kann das allerdings auch nur sagen, weil eben in Deutschland ein Genosse Müller da ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Kanonen her! Fort mit den Daweszahlungen! [29]

Würde es nämlich in Deutschland niemals einen *Genossen Müller* gegeben haben, sondern nur Nationalsozialisten, dann würde *Genosse Briand* mit uns anders reden. Wir sind überzeugt, daß er dann nicht sagen würde: Eure Lebensrechte streiten wir euch ab. Wir würden eben von vorneherein nicht am grünen Tisch darüber reden, sondern das Lebensrecht unseres Volkes würden wir uns nehmen. Und wir werden es uns auch einmal nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Der Marxismus will heute keine Panzerschiffe bauen und zahlt Milliarden als Tribut - wir werden Kanonen bauen und keine Tribute zahlen!

Wir glauben, daß man internationale Verwicklungen viel weniger zu fürchten hat, wenn man wie ein Igel mit Bajonetten gespickt erscheint, als wenn man wie ein Friedensengel nur

27 Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1947), Generalleutnant a. D., 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayer.) Division, 1923 Verabschiedung, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP.

28 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

29 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

in Watte eingewickelt ist. Wir glauben, daß Deutschland besser fahren wird, wenn es einmal wieder in eigener Wehr dasteht als heute, da es als Bettler von Zeit zu Zeit vor den Toren des sog. Friedenspalastes in Genf antreten darf, um erbärmliche Bettelsuppe in Empfang zu nehmen, für die man es zum Überfluß in unerhörter Weise auspreßt. Und wir glauben, daß es niemals so weit gekommen wäre, wenn nicht der Marxismus Deutschland jahrzehntelang vorher schon zugunsten der internationalen Hochfinanz entwaffnet hätte. Denn das ist das Werk der Marxisten.

Wie sie es heute im kleinen mit diesem Panzerkreuzer machen, so machten sie es *jahrzehntelang im großen*. Sie haben jahrzehntelang die nationale Wehr geschmäht und geschmälert, und das Furchtbarste ist dabei nicht einmal, daß sie uns technisch soundso viel Kanonen, im ganzen soundso viel Armeekorps verweigert haben, sondern das Furchtbarste ist, daß sie den Geist des deutschen Volkes vergiftet haben, daß sie in das deutsche Volk jene Mentalität hineinbrachten, die später den fruchtbaren Boden für die 14 Punkte Wilsons bilden konnte, daß sie das deutsche Volk moralisch innerlich zersetzt haben und daß sie es in den Wahn eingelullt haben, es könnte einmal von der Weltgerechtigkeit seine Rechte fordern oder vom Völkerbund sein Leben erhalten. Am Furchtbarsten aber ist, daß sie in der anderen Welt die Überzeugung erweckt haben, daß das deutsche Volk dieser Sinnlosigkeit fähig sei. Denn schwerlich hätte man in Paris gewagt, gegen Deutschland zu gehen, wenn nicht die deutschen Marxisten den Franzosen tausendfältig zugerufen hätten: "Deutschland wird in der kritischen Stunde nicht schlagen, das garantieren wir."

Und es ist interessant, nachträglich heute die Sitzungsprotokolle über die französischen Kabinettssitzungen im August 1914 zu lesen. Der Tenor der ganzen Verhandlungen lautet: "Ist denn noch immer nicht die Revolution in Deutschland ausgebrochen? Man hat es uns so oft zugesichert, die Revolution *muß* kommen!" Damit hat man gerechnet, das hat den Herren den Mut gegeben! Freilich - sie haben auch nicht umsonst gehofft, sondern die Erfüllung ihrer Hoffnung hat ihnen endlich den Sieg gegeben. Denn der Schwertsieg der Entente wäre nie möglich gewesen, *ohne den Meineidsverrat unseres deutschen Marxismus: Er hat den deutschen Siegfried gefällt, hat ihm den Speer in den Rücken gestoßen, auf daß er so dem äußeren Gegner unterliegen mußte.*

Daher ist für uns heute der ganze Panzerkreuzer-Rummel viel mehr als bloß die Ablehnung der Quote für den Bau eines an sich unbedeutenden Schiffchens. Er ist die freche Dokumentierung einer Gesinnung, die wir, das können wir versprechen, einmal mit Stumpf und Stil ausrotten werden. (Stürmischer Beifall.) Ein kommunistisches Käseblättchen schrieb heute, daß uns eine Versammlung, die im Saal über uns stattfinden sollte, im Magen gelegen hätte [30]. Ach nein, so etwas liegt uns wirklich nicht im Magen. Ich habe mich noch niemals in München an die Polizeidirektion mit der Bitte gewandt, sie möge unseren Schutz übernehmen. Im Gegenteil, ich hatte immer nur den Wunsch, wenn wir eine Auseinandersetzung mit den Herren von der Rotfront hatten, keine Poli-

30 Vermutlich Anspielung auf den II. Landeskongreß der Roten Hilfe Bayerns, dessen Eröffnungskundgebung am 6.10.1928 im Bürgerbräukeller stattgefunden hatte. Vgl. Neue Zeitung vom 6.10.1928, "Werktätige Münchens heraus zur Eröffnungskundgebung der Roten Hilfe Bayerns" sowie "Dem Rote-Hilfe-Kongreß zum Gruß!".

zei in der Nähe zu sehen. (Lebhafter Beifall.) Das machen wir ganz allein und wir werden es auch später einmal ganz allein machen; denn der bürgerliche Staat - das sehen Sie gerade an dem Panzerkreuzer-Possenspiel -, der hat wirklich versungen [*sic!*] und vertan. Ein Staat, in dem es überhaupt möglich ist, daß über so etwas ein Volksbegehren stattfindet, der hat sein Spiel aufgegeben! (Stürmischer Beifall.)

Das ist für uns das zweite Große, das sich in dieser Kleinigkeit zeigt: *Daß die ganze bürgerlich-nationale Welt wirklich verkracht ist, reif ist zum Untergehen.* So jämmerlich hat noch nie eine Idee sich selbst vertreten und beschützt und verteidigt. Gegenüber dieser erbärmlichen Kapitulation vor der Straße, vor den niedrigsten Instinkten einer internationalen Gesellschaft, hat der Kampf der Feudalherrschaften immer noch heroische Züge getragen. Man wird mir entgegenhalten, daß dies der Beweis für die Erbärmlichkeit von Millionen von Volksgenossen sei. Nein, durchaus nicht! Es ist mir der *Beweis für die tiefe Krankheit,* in der sich das deutsche Volk befindet, die es einer ganz kleinen Schicht heute möglich macht, unser Volk am Narrenseil zu führen, unser Volk in den Wahnsinn zu treiben.

Was aber vom Standpunkte der deutschen Kommunisten Wahnsinn und Narretei ist, das ist kalte Logik vom Standpunkte derer, die den Marxismus leiten. Kalte, nüchterne Logik! Denn, wer ist der Sieger bei den heutigen Weltgeschehnissen? Der internationale Finanzjude! (Lebhafte Zustimmung.) Und wer wird der Sieger bei den kommenden sein? *Der internationale Finanzjude!* Und das wird der Fall sein, solange das Volk nicht zur Besinnung kommt und die Lenkung seiner Geschicke in die Hände derer gibt, die bewußt Nationalsozialisten, aber auch im letzten Sinne des Wortes Nationalsozialisten sind.

Wenn der Jude heute Deutschland ohne Wehr und Waffen sehen will, so darum, weil er Deutschland schon [*als*] seine sichere Beute glaubt und weil er sich mit Recht sagt: Völker, die aus einem so tiefen Zusammenbruch plötzlich wieder einmal herausgerissen werden, könnten dabei Kräfte entwickeln, die außerhalb seiner Berechnung liegen. Damit aber hat er Recht. Ganz sicher ist Deutschland heute das geschmähteste und verachtetste Land der Welt. Unsere Lage ist die traurigste, erbärmlicher und schamloser hat sich kein Volk benommen. Und trotzdem, neben den tiefsten Schatten unseres Volkes, sehe ich glänzende Lichter.

Vielleicht hat uns das Schicksal verdammt, zerrissen zu sein: auf der einen Seite stets niedrigstes und jämmerlichstes Wesen zu zeigen und auf der anderen im hellsten Glanze zu erstrahlen. Was heute Finsternis ist, kann morgen Feuerglut sein. Wenn die Welt Deutschland heute niederdrücken kann, so kann dieses Deutschland morgen schon dieser Welt mit freier Stirne entgegentreten. Und wenn wir heute geradezu das Verächtlichste tun, was Menschen tun können, uns selbst preisgeben, uns selbst herabsetzen, uns selbst hingeben an andere, uns selbst bezichtigen, uns selbst verraten - morgen können wir wieder jener Heldentaten fähig sein, die wir selbst viereinhalb Jahre lang erlebt, gesehen, bewundert, mitgefühlt haben. Das alles kann morgen wieder sein, das alles ahnen unsere Feinde und darum sehen sie darauf, daß ja nirgendwo der Geist sich zu wenden beginne, daß nirgends die Gesinnung eine andere Farbe bekomme, daß nicht plötzlich ein neuer Sinn das deutsche Volk erfasse.

Deswegen aber treten wir dem Volksbegehren entgegen, nicht wegen des Panzerschiffchens, sondern in der Hoffnung, daß aus Kleinstem heraus vielleicht einmal der große Wandel erfolgen könne. Deshalb aber - und nur deshalb - haben die Führer der Kommunisten recht: Es kann ihnen vielleicht sogar ein solches Panzerschiffchen zum Verderben werden - dann nämlich, wenn aus der Idee der Wehrhaftigkeit heraus der neue Geist ersteht, der eines Tages die Ketten zerbricht und die Glieder denen um den Kopf schlägt, die als letzte Verantwortlichen an dem Betrug der Völker anzusehen sind, wenn eines Tages das deutsche Volk die große Wandlung vornimmt, Knechts- und Sklavensinn ablegt, wieder zum freien Mann wird und dem ewigen Urfeind der Menschheit entgegentritt, ihm die Abrechnung vor Augen zu halten:

Freund, nun steh' und fechte!

Die Abfertigung eines kommunistischen Diskussions-Schwätzers [31]

Die Antwort Adolf Hitlers auf die Ausführungen des kommunistischen Diskussionsredners:

Sie dürfen meinem Vorredner, den ich schon von früher her kenne, keinen Vorwurf machen; denn man darf den Menschen nur Vorwürfe machen über das, was sie selbst denken. Das war aber gar nicht selbst gedacht, sondern das, was andere gedacht haben und was der Mann auswendig gelernt hat. Mich freut es aber jedenfalls, wenn man einmal einen der roten Genossen, und zwar sogar einen Führer, bei uns sieht.

Mein Vorredner sagt erstens: "Sie wollen den alten Zustand vor dem Kriege wieder herstellen." Er täuscht sich. Seit ungefähr 9 Jahren kämpfen wir Nationalsozialisten gegen den alten Zustand vor dem Kriege. Das weiß er aber im Grunde auch ganz genau, da er uns seit Jahren kennt. Gerade wir erklären, daß schon der Zustand vor dem Kriege bedingt war durch die allgemeine Herrschaft des marxistischen Geistes auf allen Gebieten. Denn dieser Geist hat tatsächlich genauso im sogenannten Bürgertum geherrscht, das so demokratisch-international oder zum mindesten verschwommen national war wie der Marxismus selbst.

Sie sagen, daß wir in der Bodenfrage das Um und Auf sehen und deshalb Imperialisten sind. Zunächst sehen wir das Um und Auf im täglichen Hunger jedes einzelnen Menschen. Das heißt: Wenn in einem Volke ein Kind zur Welt kommt, dann muß für dieses Kind Nahrung beschafft werden, und in dem Augenblick, in dem man für ein neues Wesen Nahrung beschafft, wird man Imperialist. Man erhöht nämlich die Lebensansprüche auf dieser Erde. Sie sagen, daß dieser Imperialismus etwas Schädliches sei und versuchen nach Ihrer Art, diesem ganzen Problem am einfachsten die Spitze abzubrechen, indem Sie sagen, die moderne Wissenschaft hat Mittel und Wege zur Geburtenbeschränkung gegeben. Mein lieber Freund, zunächst möchte ich nebenbei feststel-

31 Ewald Thunig (1897-1991), Schreiner, Mitglied der KPD, Chefredakteur der "Neuen Zeitung", 1933-1938 Inhaftierung im KZ Dachau.
Den Diskussionsbeitrag gibt der VB vom 12.10.1928 wie folgt wieder: "So faselt er [*Thunig*] davon, daß Hitler den Zustand vor dem Krieg wieder herstellen möchte, daß die nationalen Grenzen von der kapitalistischen Klasse gezogen worden seien und daß man dem Geburtenüberschuß durch eine Geburtenregelung (!!) vorbeugen könne und darüber hinaus einfach die nationalen Grenzen beseitige und zur internationalen Verbrüderung schreite. Zum Schluß hat er die Frechheit, die Versammlung zur Zeichnung für das Volksbegehren aufzufordern."

len, daß Sie da von einer Wissenschaft Gebrauch machen, die nicht auf Ihrem Krautakker gewachsen ist. Das nämlich ist bemerkenswert, daß dieselben Kommunisten, die die ganze Menschheitsentwicklung ablehnen, von Zeit zu Zeit westeuropäische Ingenieure, Ärzte, Universitätslehrer, ja eigentlich die ganze westeuropäische Wissenschaft brauchen, um sie für ihre Zwecke umzumodeln. Sie sagen das so ganz selbstverständlich, leichthin: "Geburtenbeschränkung". Mein lieber Freund, wir wollen lieber sagen: "Lebensbeschränkung". Denn was heißt Geburtenbeschränkung? Geburtenbeschränkung heißt, daß man sinnlos Wesen von der Welt nimmt, deren Bedeutung für die Menschheit man gar nicht wissen kann.

Dieser marxistischen Geburtenbeschränkung wären ungefähr 99 Prozent aller derjenigen großen Geister zum Opfer gefallen, die Sie als wissenschaftliche Voraussetzung heute benötigen. Geburtenbeschränkung ist deshalb eine grenzenlose Dummheit, weil man das Höchstwertige mit fortnimmt. Sie wissen ja gar nicht, ob nicht ein Kind kommt, das zum Erlöser der Menschheit vorausbestimmt wäre, und ob Sie nicht den Erlöser der Menschheit umbringen. Mein lieber Freund, wenn man schon Leben einschränkt, dann wäre nach nationalsozialistischer Logik das wertlose Leben einzuschränken. Ich möchte aber Sie sehen, wie Sie protestieren würden, wenn bei der Auswahl der Menschheit nach Wert oder Unwert plötzlich einer oder eine Mehrheit auf Sie tippen und sagen würde: "Sie sehen ganz wertlos aus, Sie kommen jetzt als erster an die Reihe!" Wenn der Kommunismus statt der Geburteneinschränkung eine Lebensbeschränkung vornehmen würde, dann gäbe es bald kaum noch Kommunisten, da die Lebenseinschränkung im kommunistischen Lager eine ungeheure Ernte halten müßte, wenn man als wertlos für ein Volk alle die Menschen ansähe, die ausscheiden müßten, damit die Nation nicht zugrunde geht. Jedenfalls wäre das viel leichter zu verantworten, als ein Wesen umzubringen, von dem man nicht weiß, was aus ihm einmal wird. Wenn man schon auf dem Standpunkt steht, daß die Menschen beschränkt werden müssen, dann muß man auch die letzte Konsequenz ziehen und sagen: Was nicht ganz gesund ist, muß wieder fort. Das haben schließlich die Spartiaken [*sic!*] gemacht. Wir Nationalsozialisten sind daher zunächst dafür, daß man beispielsweise sämtliche Verbrecher und alle Menschen, die unheilbar sind, auch wenn sie (mit einem Blick auf den Vorredner) geistig unheilbar sind, sterilisiert. Das bedeutet selbstverständlich sofort eine Beschränkung. Aber dagegen sind ja Ihre Freunde von der Menschenliga [32], die jetzt beim Volksbegehren mit unterzeichnen, Ihre Drahtzieher, die sind für alles, was den Wert der arischen Völker ruiniert.

Ihr Vorschlag, mein lieber Freund, würde vor allem die Brotfrage gar nicht lösen, und zwar deshalb, weil die Brotfrage zugleich auch - ich habe das vorhin ausgeführt, aber das ist an Ihrem Ohr anscheinend ganz spurlos vorübergegangen - eine Frage der menschlichen Intelligenz ist. Denn wenn wir uns heute in Deutschland auf unserem Grund und Boden noch ernähren können, so verdanken wir das unzähligen Erfindungen, die uns die

32 Anspielung auf die Deutsche Liga für Menschenrechte, die 1922 aus dem 1914 gegründeten und 1916-1918 verbotenen Bund Neues Vaterland hervorgegangen war. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. 1, Leipzig 1983, S. 749 ff.

technischen Mittel an die Hand gegeben haben, mittels deren wir des Klimas usw. Herr geworden sind. Der gleiche Boden wie heute hat vor 2.000 Jahren nur einen Bruchteil der jetzigen Bewohnerzahl zu ernähren vermocht. Nehme ich aber die Geburtenbeschränkung zu Hilfe, so vermindere ich damit die Menge derjenigen Menschen, die als Erfinder uns überhaupt erst die Möglichkeit gegeben haben, für die vorhandenen Menschen Brot zu schaffen. Die Broterzeugung und die übrige Produktion wird also verringert, weil der Volkswert sinkt. Es ist möglich, daß ein Volk, das dauernd die Geburten beschränkt, trotzdem an Hunger ausstirbt. Aus der Geschichte der Papuas und der Australneger weiß man, daß diese Menschen durch üble Laster und ihre geringe Kinderzahl langsam zugrunde gingen, während andere Negervölker unendlichen Kinderreichtum hatten und sich dadurch erhielten, weil sie das Leben unter diesen Umständen härtete.

Nun sagen Sie, die Brotfrage kann nicht durch einen Krieg gelöst werden. Mein lieber Freund! Auf dieser Welt gibt es an sich kein Recht, das nicht von jedem Menschen stets erneut erkämpft und verteidigt werden müßte; denn die Natur selbst ist zunächst der unfriedlichste Geselle, den es gibt. Was die Natur vernichtet, steht in keinem Verhältnis zu dem, was der Mensch vernichten könnte. Sie sind gegen den Krieg, weil er Menschen vernichtet. Aber im selben Atemzug treten Sie dafür ein, daß man die Kinder vernichte! Wo ist da die Logik?

Und der Friede, den ihr uns beschert habt, was hat er vom deutschen Volke für Opfer gefordert! Es ist richtig, daß Deutschland nach einem 40jährigen Frieden einen Krieg gehabt hat, der uns zwei Millionen Tote kostete [33]. Daß das der Fall war, ist aber Ihren Parteien und Ihrem Treiben zuzuschreiben; denn würde damals in Deutschland nicht das marxistische Gift unser ganzes Denken verpestet haben, dann wäre nicht der Krieg im Jahre 1914 gekommen. Denn Sie dürfen überzeugt sein, die Nationalsozialisten hätten 1904/05 gegen Frankreich den Krieg geführt, und zwar um den Weltkrieg zu vermeiden. Die Nationalsozialisten hätten nicht gewartet, bis die Weltkoalition zusammengebracht war, die dann wiederum auf die günstigste Stunde lauerte, um über Deutschland herzufallen.

Ein nationalsozialistisches Deutschland hätte seinerseits den geeignetsten Augenblick ausgenützt, der Nation freie Luft zu schaffen, einen Augenblick, in dem vielleicht 200.000 Blutopfer die Nation auf weitere 50 Jahre gesichert hätten. Daß es so kam, wie es kam, ist in erster Linie Ihrer Geistesrichtung zuzuschreiben. Man meinte, klug zu sein und dem Kriege zu entgehen, und hat Deutschland endlich um so mehr in den Krieg versponnen.

Sie sagen, man dürfe überhaupt keinen Krieg führen, und in Zukunft würden die Lebensfragen der Völker auf anderem Wege geregelt werden. Ich frage Sie: Warum baut Sowjetrußland dann eine Flotte, warum baut es Tanks, Flugzeuge, Kanonen, hat es Gas? Weshalb eigentlich? Man ist also anscheinend doch der Überzeugung, daß gewisse Probleme durch den Krieg entschieden werden. Sowjetrußland hat die Überzeugung, und wir haben sie auch. Nur treten Sie dafür ein, daß durch Blut das System Ihres Wahnsinns

33 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

der Welt aufoktroyiert wird, wir aber wollen unserem Volke das tägliche Brot sichern, und nur dies. (Stürmischer Beifall.)

Sie werfen uns vor, daß wir Imperialisten sind, und gleichzeitig hoffen Sie, daß Ihre Ideen die Welt erobern werden mittels Kanonen und Gewalt. Ist das nicht Imperialismus, wenn auch Imperialismus des Wahnsinns und der Destruktion?!

Wir wollen keine Kriege. Nur leben wollen wir! Tribute zahlen wollen wir nicht und werden wir einmal auch nicht, weil unser Volk an ihnen zugrunde geht.

Sie sagen, kapitalistische Interessen hätten die Völkergrenzen geformt. Oh, du lieber Gott! Sie haben eine Ahnung, z. B. von der Entstehung des russischen Weltreiches! Ich weiß nur eines, daß der Bolschewismus die durchaus nicht von kapitalistischen, sondern von rein machtpolitischen Gedankengängen zusammengefügten russischen Einzelstaaten nicht freigegeben hat, sondern, daß er mit nacktestem Imperialismus die Freiheit dieser Einzelstaaten unterdrückt, daß er wie eine Pestgeißel über diese einzelnen Staaten hinweggeht, daß er sie mit Krieg überzog, sich mit blutigstem Terror und gemeinsten Mitteln diese Gebiete unterworfen hat. Sie sagen zum Beweis dafür, daß kapitalistische Gesichtspunkte die Grenzen geformt haben, daß im letzten Kriege die Erzbecken von Longwy und Briey verlangt wurden. Ja, mein lieber Freund, vor dem Kriege hatte man immerhin noch die Meinung, ein Volk müsse sich durch eigene Arbeit ernähren. Sie haben erst die Überzeugung in Deutschland flügge gemacht, daß man auch vom Pump leben kann.

Vor dem Kriege glaubte man, man müsse für ein Volk Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Sie haben heute eine neue Möglichkeit des Lebens erfunden, nämlich, stempeln zu gehen. (Stürmischer Beifall.)

Sie brauchen keinen Absatz, keine Rohstoffquellen, keine Kohlengruben, auch keine Eisengruben, nein, nur Stempelstellen brauchen Sie! Mit ihnen und mit der kommunistischen Idee ernähren Sie ein Volk. Sie schreien dauernd: zu wenig Brot! Und im gleichen Atemzug verkünden Sie, es sei unrecht, die Grenzen zu verändern. Mein lieber Freund, ich protestiere dagegen, daß das deutsche Volk als Industriekuli der Welt arbeiten soll, während die anderen Völker von seinem Schweiße leben, zum Teil auf Überfluß an Grund und Boden. Wer hat den Russen den Grund und Boden gegeben? Wenn Sie es fertigbringen, daß Sowjetrußland erklärt: Wir sehen, daß die Bodenverteilung der Welt ungerecht ist, folglich geben wir 800.000 qkm Grund den Deutschen, gut, dann wollen wir über andere Methoden reden. Aber zunächst hat Sowjetrußland selber Landhunger und möchte noch gerne Polen und die Randstaaten wieder schlucken. Es ist nicht so, daß Sowjetrußland heute einen anderen Weg weist.

Sie sagen ja selbst, warum Sie gegen den Panzerkreuzer sind: Weil Sie fürchten, daß er dem Imperialismus Sowjetrußlands entgegentreten könnte! Sie haben am Ende unklugerweise die Katze aus dem Sack gelassen. Ich möchte dabei nicht auf Ihre schiffstechnischen Kenntnisse näher eingehen bezüglich der Bedeutung von 10.000-Tonnen-Schiffen. Ich möchte nur eines feststellen: Ein 10.000-Tonnen-Schiff bedeutet heute gegenüber den bis zu 38.000-Tonnen-Schlachtkreuzern der Weltmächte gar nichts. Nur gegen Sowjetrußland gegenüber [*sic!*] würde er etwas bedeuten, weil ein Sowjetschiff,

auch wenn es 60.000 Tonnen schwer ist, infolge Indisziplin [*sic!*] und allgemeiner Korruption nicht ein Zehntel des Gefechtswertes der Schiffe der anderen Länder besitzt.

Wenn Sie sagen, wir wollten Frankreich Boden wegnehmen, nein, von Frankreich wollen wir nur Freiheit! Oder wir wollten England Boden wegnehmen, nein, wir wollen nur von Englands wirtschaftlichem Druck freikommen. Wir wollen den Boden dort wegnehmen - und zwar auf Grund eines Naturrechtes wegnehmen -, wo Boden ist, der nicht so bebaut ist, wie wir ihn bebauen werden. Sie sagen: Ich bin Internationalist, ich bin Sozialist, ich bin sogar Kommunist und fordere daher gleiches Recht für alle. Aber beim primitivsten Naturrecht bekommen Sie auf einmal Schwächeanfälle. Das primitivste Naturrecht aber heißt: Die Erde gehört dem, der sie mit Fleiß bebaut. Völker, die faul sind, die unfähig sind, die dumm sind, haben kein Recht, Boden der Erde zu besitzen, den sie nicht nutzbar machen können, während gleichzeitig andere Völker an Hunger infolge Bodenmangels zugrunde gehen. Es ist verbrecherisch, von einem Intelligenzvolke zu fordern, daß es seine Kinder einschränke, damit ein faules und dummes Volk nebenan eine riesenhafte Bodenfläche buchstäblich mißbrauchen kann. Das muß in den Augen des Höchsten gemeiner Frevel sein! Und wo bleibt Ihr Kommunismus? Sie treten vor das Volk hin und sagen: Gleiches Recht für alle! Aber Ihrem eigenen Volk wollen Sie nicht gleiche Rechte unter den anderen Völkern geben!

Sie sagen, daß Sie einmal in der Zukunft die unbefriedigenden Zustände in der Welt ändern werden, und zwar auf dem Wege der internationalen Verbrüderung. Mein lieber Freund! Bleiben Sie mir weg mit dem Geschwätz einer Verbrüderung zwischen Chinesen, Mongolen, Tataren, Engländern, Franzosen, Zulukaffern usw., wenn Sie zunächst nicht einmal mit Ihren eigenen marxistischen Gesinnungsgenossen sich verbrüdern können und sich mit ihnen in Geesthacht prügeln bis zum Totschlag, nur damit Sie ein paar Stimmzettel mehr bekommen [34]. Diesen ganzen Unsinn einer Weltverbrüderung hat unser deutsches Volk bitter büßen müssen. Diese Sirenenklänge, mit denen Sie schon im Jahre 1918 unser Volk verführt haben, als Sie ihm beispielsweise vorlogen: Zieht die rote Fahne auf, die anderen haben sie auch schon parat! Dann marschiert die Weltrevolution, und das Recht hält seinen Einzug. Was hat seinen Einzug gehalten? Elend u[*nd*] Not für unser Volk, Verrat auf allen Seiten. Und jetzt plötzlich sagen Sie, der Völkerbund könne nie helfen. Und früher hat doch Ihre Partei mitgewirkt, daß das deutsche Volk auf den Wilsonschen paralytischen Wahnsinn hereingefallen ist!

An der Rede dieses Kommunisten vermögen Sie den bodenlosen Leichtsinn und die Oberflächlichkeit zu sehen, mit der man über Probleme spricht, die Sein oder Nichtsein unseres Volkes angehen. Können Sie sehen, wie man einfach Behauptungen aufstellt, ohne sie zu begründen, Behauptungen, die bei jeder näheren Prüfung sich als Unsinn erweisen. Unverantwortliche Schwätzer ohne gründlichere Vorbildung zur Beurteilung

34 Am 30.9.1928 war es anläßlich der Stadtvertretungswahlen in Geesthacht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Rotfrontkämpferbundes und des Reichsbanners gekommen. Daraufhin waren die Wahlen abgebrochen und am 7.10.1928 wiederholt worden. Vgl. Wolfgang Blandow, Gewalt in der Geesthachter Kommunalpolitik. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung von SPD und KPD in der Weimarer Republik. In: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, hrsg. von Uwe Danker, Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Rolf Schulte und Jürgen Weber. Bd. II, Kiel 1987, S. 213-228.

der Dinge behandeln die wichtigsten Fragen: Kindereinschränkung, Schlachtschiffe, Raumfrage usw. Hier aber liegt mit die tiefere Ursache unseres deutschen Unglücks. Mein lieber Freund, wenn Sie jetzt am Blinddarm etwas bekommen, gehen Sie todsicher zu einem von der kapitalistischen Wissenschaft ausgebildeten Blinddarmoperateur, weil nur der es versteht. Sie gehen sicherlich nicht zu einem Kurpfuscher, auch wenn er tausendmal Kommunist ist. Aber Deutschland soll sich von euch Kurpfuschern regieren lassen!

11. Oktober 1928 Dok. 35
Schreiben an Artur Dinter

Einschreibebrief vom 11.10.1928. Druck: Das Geistchristentum 1 (1928), Heft 9/10, S. 379 f.

Auf Grund [*des*] Antrages des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung schließe ich Sie hiermit aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aus [1].

Begründung: Sie haben in Ihrer Zeitschrift *"Das Geistchristentum"*, Heft 7/8 des 1. Jahrgang[*es*], einen Aufsatz *"Religion und Nationalsozialismus"* veröffentlicht, in dem Sie neben Aufstellung verschiedener unwahrer Behauptungen das Parteiprogramm in parteischädigender Weise angreifen. Damit haben Sie den Bestrebungen des Vereines zuwidergehandelt. (§ 4, 1 b der Satzung vom 22.5.[*19*]26 [2]).

Der Ausschluß ist endgültig.

Mitgliedsbuch und Parteiabzeichen wollen Sie an die Gauleitung Thüringen zurückgeben.

gez. *Adolf Hitler*

1 Zum Konflikt zwischen Hitler und Dinter vgl. Dok. 4, 33.
2 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

14. Oktober 1928 Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Heide [1]

Heider Anzeiger und Zeitung vom 15.10.1928, "Hitler-Tag in Heide" [2].

Hitler begann zunächst mit einigen mehr allgemein und fast akademisch gehaltenen Darlegungen über die Kunst, in Volksversammlungen die Zustimmung der Massen zu gewinnen. Dies sei leicht, wenn der Redner eine einheitlich zusammengesetzte Zuhörerschaft vor sich habe. Er brauche sich dann nur auf die Wünsche einzustellen, welche das Wohlergehen des einzelnen wie der vertretenen Volksschichten betreffen. Daraus ergebe sich vielfach die verwerfliche Methode, der wechselnden Zusammensetzung des Auditoriums die Versprechungen anzupassen, was zur Lüge und Demagogie verführe. Noch leichter hätten es diejenigen Redner, welche Parteien berufsständischer Interessen vertreten, wie sie jetzt wie Pilze aus der Erde schießen. Diese pflegen ihren Hörern für den jeweiligen Berufsstand alle möglichen Versprechungen zu machen, die aber unerfüllbar seien. Denn es gehe nicht an, daß ein einzelner Volksteil aus der allgemeinen Not herausgehoben werden könne, vielmehr sei das Schicksal des einzelnen wie der verschiedenen Volksschichten abhängig von der Gestaltung des Schicksals der Volksgesamtheit. Da die nationalsozialistische Bewegung dem Volksganzen und nicht einzelnen Klassen dienen wolle, könne sie hinsichtlich der den einzelnen Volksschichten von den Parteien gemachten Versprechungen nicht Schritt halten, sondern müsse die wahren Aufgaben der Politik vertreten, nämlich, die Organisation und Durchführung der Lebensnotwendigkeiten der Nation sich angelegen sein lassen.

[*Der*] Redner legte dann dar, welches die Hauptaufgaben einer deutschen Politik sein müßten: die Sicherstellung der Ernährung für die Gegenwart und Zukunft, die Schaffung der wirtschaftlichen und sonstigen Voraussetzungen für eine angemessene Volksvermehrung, die Regelung der staatlichen Organisation im Sinne einer natürlichen und gesunden Volksentwicklung. Der Redner behandelte in Verknüpfung mit diesen Kernforderungen die sich .hieraus ergebenden politischen Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten.

1 Im großen Saal des Stadttheaters, von 14.30 bis etwa 17.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.800 (VB: 3.000) Personen teilnahmen, wurde vom stellv. Gauleiter Paul Schneider geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Die Versammlung fand anläßlich der Bezirkstagung des Gaues Nordmark der NSDAP statt. Anschließend nahm Hitler auf dem Marktplatz, auf dem sich etwa 15-18.000 Menschen versammelt hatten, den Vorbeimarsch der SA ab.

2 Vgl. auch Schleswig-Holsteinische Landeszeitung (Rendsburg) vom 15.10.1928, "Aus den politischen Strömungen der Zeit. Adolf Hittlers [*sic!*] Rede in Heide über die Ziele der Nationalsozialisten"; Itzehoer Nachrichten vom 16.10.1928, "Hitler spricht in Heide"; Kieler Neueste Nachrichten vom 16.10.1928, "Aus der Presse und den Parteien. Adolf Hitler in Heide."; Kieler Zeitung vom 16.10.1928, "Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei"; Nordischer Kurier vom 16.10.1928, "Nationalsozialistische Massenkundgebung in Heide"; Stör-Bote vom 16.10.1928, "Heide"; VB vom 16.10.1928, "Adolf Hitler in Heide"; Wilstersche Zeitung vom 16.10.1928, "Heide"; VB vom 18.10.1928, "Adolf Hitler in Schleswig-Holstein"; VB vom 19.10.1928, "Adolf Hitler vor den Dithmarschen Bauern". Sowie Polizeibericht vom 15.10.1928 und Bericht des Regierungspräsidenten vom 20.10.1928; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Abt. 301, Nr. 4555.

Die Brotfrage sei keineswegs als eine rein materielle aufzufassen, denn nur im gesunden Körper könne eine gesunde Seele wohnen. Unzureichende Ernährung eines Volkes führe zur Schwächung und Degenerierung und schließlichen Vernichtung. Als natürlichste Lösung der Frage ergebe sich die Ernährung durch Erzeugnisse vom eigenen Grund und Boden. Es müsse eine nationale Ausgleichswirtschaft eingerichtet werden. Volkszahl und Bodenraum müßten einander entsprechen. Aus einem Mißverhältnis zwischen beiden Faktoren, wie es jetzt in Deutschland schon vorhanden ist, bzw. sich bei entsprechender Volksvermehrung im wachsenden Maße noch entwickelt, entstehen jene nationalen Schwierigkeiten, deren Lösung eine unzulängliche pazifistisch eingestellte Politik durch Industrialisierung, Waren- und Menschenexport, Geburteneinschränkung herbeizuführen versucht. Zu anderen Lösungen könne eine pazifistisch eingestellte Politik nicht kommen, denn eine noch größere Intensität der Bodenbearbeitung, wie sie jetzt in Deutschland betrieben werde, sei mit wesentlichem Erfolg der Produktionssteigerung nicht möglich; der deutsche Bauer marschiere an der Spitze der Landwirtschaft der ganzen Welt. (Beifall.)

137 Menschen kommen jetzt in Deutschland auf einen Quadratkilometer [3]. Wenn ein Volk über seine Bodenfläche hinauswächst, so braucht es neues Land und neuen Raum. Wir müssen uns aber angemessen vermehren, und zwar in einer Weise, die sich dem Wachstum der andern Nationen anpaßt, sonst werden wir von der Überzahl der anderen erdrückt. Jedes Volk hat ein Recht auf die ihm notwendige Bodenmenge und diese muß es sich verschaffen, muß es sich nehmen. Denn immer ist es so gewesen. Die Verteilung von Grund und Boden ist nicht vom Himmel gemacht, sondern von den Menschen. Zu allen Zeiten ist Land von den Völkern in Besitz genommen worden, welche die Kraft dazu hatten. Man tue diese Auffassung nicht mit dem Schlagwort "Imperialismus" ab. Es gibt im Völkerleben keine Ruhe, keinen Stillstand, alles ist auf Kampf eingestellt.

[*Der*] Redner kritisiert in diesem Zusammenhang die Bestrebungen des Volksbundes [4], die saturierten Nationen in ihrem Besitz zu erhalten, die andern zu entwaffnen, sich selbst aber ihre Wehr zu bewahren. Weiter verurteilt er den "Weltwirtschaftsfimmel" und die in Deutschland geprägte Formel der "friedlichen" Weltmarkteroberung, die schließlich doch zu einem kriegerischen Austrag führen müsse - wie der Weltkrieg gezeigt habe.

Weiter wendet er sich gegen den gänzlich verfehlten Ausweg, durch Auswanderung der Übervölkerung zu begegnen. Amerika nehme nur das beste Menschenmaterial bei sich auf, wir würden dadurch rassisch geschädigt und geschwächt. Das glänzende Menschenmaterial, das Amerika im Weltkrieg gegen uns ins Feld geschickt habe, sei zum großen Teil aus deutschem Bauernblut entsprossen. Amerika wachse sich überhaupt als eine Auslese der weißen Rasse zu einer großen Gefahr für Europa aus, schon oft habe die Geschichte gezeigt, daß Kolonialländer sich zu Beherrschern der Mutterländer aufgeschwungen hätten.

Ferner weist [*der*] Redner auf die rassenschädliche Wirkung der von mancher Seite empfohlenen Geburteneinschränkung hin. Es handele sich dabei nicht um Behinderung

3 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.
4 Muß heißen: Völkerbundes.

der schwachen lebensunkräftigen [*sic!*] Elemente, vielmehr könne man ja gar nicht wissen, welche Elemente man damit treffe; vielleicht könne sich ja unter den auf diese Weise am Leben Verhinderten gar derjenige befinden, der die sozialistischen Ideale zur Durchführung zu bringen in der Lage sei. (Heiterkeit.)

"Quatsch" sei es, die maßlose Steigerung der Warenproduktion zu predigen, während wir zwei Millionen Arbeitslose [5] im Lande hätten. Was nütze uns die Massenfabrikation, wenn wir nicht den nötigen Absatz fänden. England habe sich den Absatzmarkt wie die Rohstoffquellen machtpolitisch gesichert, aber bei uns liege das ganz anders, zumal Amerika sich jetzt die alte Welt als Absatzmarkt suche.

In diesem Zusammenhang zeichnete der Redner ein trübes Bild unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die nur durch Zehrung von der früher aufgespeicherten Substanz und durch Pump künstlich aufrechterhalten werde. "Nach uns die Sintflut", das sei die herrschende Regierungsweisheit. Man wolle es nicht einsehen, daß die Wiedergewinnung der politischen Macht die Voraussetzung für die wirtschaftliche und nationale Gesundung sei.

Demgegenüber wolle die nationalsozialistische Bewegung die Geister aufrütteln und Aufklärungs- und Erziehungsarbeit leisten. Der machtpolitische Wiederaufstieg werde uns nicht geschenkt, wir müßten ihn uns erobern. Der Einwand, daß wir keine Waffen hätten, sei nicht stichhaltig, auf die Gesinnung und den Willen kommt es an. Wenn wir jetzt nicht den Ring brechen, der uns die Lebensnotwendigkeiten abschneiden will, werden wir in hundert Jahren die Kraft dazu nicht mehr aufbringen. (Zustimmung.) Es gibt kein Recht ohne Macht. Das Märchen von der internationalen Solidarität ist Unsinn. Dieser Wahnsinn muß ausgerottet werden, jeder Deutsche und namentlich die Jugend muß erkennen, daß ein Wiederaufstieg nur möglich ist, wenn jeder sich mit seiner Person für die nationalen Notwendigkeiten und Ideale einsetzt. (Beifall.) Keine größere Schande gibt es als feige Unterwerfung. Wir müssen an unser Volk und dessen Zukunft glauben.

Der Redner übte im weiteren scharfe und oft bissig-ironisch gefärbte Kritik an dem demokratischen und parlamentarischen System, an dem er kein gutes Haar läßt. An dessen Stelle müsse verantwortliches Führertum treten, der Majoritätsfimmel sei Unsinn, dabei komme nichts heraus. Auch Ausländerei, Fremdtümelei, schwächliches Ästhetentum müsse bekämpft werden. Die Staatskonstruktion müsse die wahrhaft tüchtigen und fähigen Köpfe an die Spitze bringen. Ein Beispiel hierfür biete der nationalsozialistische Organisationsaufbau. "In Deutschland finden Sie keine Menschen, die so von ihrer Kraft durchdrungen sind, als meine braunen Jungen." (Stürmische Zustimmung.) Nur aus solchem deutschen Geist, der gleichzeitig den deutschen Willen darstellt, kann [*für*] uns die Rettung kommen. [6]

5 Im Okt. 1928 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 1.307.690 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 274.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. Oktober 1928 — Dok. 37
"Was wir wollen" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oldenburg [2]

Masch. Aufzeichnung [3] mit hs. Korrekturen, o. D. [4]; BA, NS 26/55 [5].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Wir leben augenblicklich in einer Zeit, in der zahlreiche Parteigründungen sich vollziehen. Neue Vereine entstehen. Bünde werden geboren. Und im allgemeinen kann man feststellen, daß sich alle diese Neuerungen immer an bestimmte Klassen unseres Volkes wenden, z. B. die einen nur an Landwirte, andere an Gewerbetreibende, wieder andere an Menschen, die etwas von einer neuen Aufwertung erhoffen, wieder andere an Hausbesitzer, andere an Mieter, Angestellte und so weiter. Wir sind in einer Zeit heute, in der unser politisches Leben sich langsam zersplittert in ein Vereinsleben, dessen Inhalt in der Pflege oder zum mindesten in dem Versprechen der Pflege berufsständischer Interessen liegt. Im allgemeinen gehen die Menschen in eine Versammlung und hoffen, daß der Redner ungefähr das sagt, was sie selbst gern hören. Und im allgemeinen hört jeder am liebsten, wenn ihm eine Besserung seiner persönlichen Existenz zugesichert wird. Sowie ein Redner kommt und seinen Zuhörern, die er genau kennt auf Grund der Einladung, eine bessere Existenz zusichert - der Landwirtschaft Schutzzölle, den Arbeitern billige Lebensmittel und hohen Lohn, den Beamten höhere Gehälter, überhaupt jedem ungefähr das, was er gern möchte -, dann sind die Leute zufrieden und gehen befriedigt wieder hinaus. Allerdings es bleibt bei diesem platonischen Befriedigtsein. Denn in Erfüllung kann es nicht treten, weil die Not der einzelnen nicht die Not der Gesamtheit ausmacht. Und da bin ich bei dem ersten Grundsatz der nationalsozialistischen Auffassung. Uns interessiert nicht das Schicksal des einzelnen, denn dies leitet sich ab von dem Schicksal der Gesamtheit. Das eigene Schicksal kann ich nur dadurch bessern, daß ich das Gesamtschicksal eines Volkes bessere. Es ist schwer, vor eine Volksver-

1 Titel laut masch. Aufzeichnung.
2 Im "Ziegelhof", von 20.00 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Lagebericht etwa 2.000 (VB: 3.000) Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Carl Röver geleitet.
3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 18. Oktober 1928 abends 8 Uhr im 'Ziegelhof' in Oldenburg i. O.".
4 Übertragung einer stenographischen Mitschrift.
5 Vgl. auch Der Gemeinnützige (Varel) vom 19.10.1928, "Adolf Hitler in Oldenburg"; Münsterländische Tageszeitung vom 19.10.1928, "Adolf Hitler hat das Wort"; Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg) vom 19.10.1928, "Hitler in Oldenburg"; Weser-Zeitung vom 19.10.1928 (AA), "Hitler in Oldenburg"; Bremer Nachrichten vom 20.10.1928, "Hitler in Oldenburg"; Bremer Zeitung vom 20.10.1928, "Adolf Hitler spricht in Oldenburg"; VB vom 20.10.1928, "Adolf Hitler in Oldenburg"; VB vom 27.10.1928, "Unser Führer in Oldenburg" (Auszüge aus Bremer Zeitung, Weser Zeitung und Bremer Nachrichten); VB vom 30.10.1928, "Die Wahrheit bricht sich Bahn" (Auszug aus Der Gemeinnützige); VB vom 13.11.1928, "In den Augen der Anderen" (Auszüge aus Das Landvolk und Münsterländische Tageszeitung). Sowie Lagebericht Oldenburg Nr. 6 vom 1.11.1928; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1574/257.

sammlung hinzutreten, weil man nicht in der Lage ist, jedem einzelnen das zu versprechen, was er wünscht. Man kann nicht sagen zum Proletarier: "Wir wollen, daß ihr billige Lebensmittel bekommt", und zum Landwirt: "Wir wollen, daß ihr bedeutend höhere Preise für eure Lebensmittel erhaltet." Wenn die Redner nur vor Bauern sprechen, können sie sagen: "Wir sind dafür, daß durch Schutzzölle eure Produktion geschützt wird." Sie können aber zu den Arbeitern sagen: "Wir sind dafür, daß die Schutzzölle aufgehoben werden." Sowie Menschen nur für einen Berufsstand sprechen, brauchen sie keine Rücksicht zu nehmen auf die Gesamtheit. Aber in Erfüllung kann nichts gehen, weil die Nation nicht aus *einem* Stand und Beruf besteht, sondern weil jeder Beruf sein Auskommen zu finden suchen muß. Das ist die erste Erschwerung, die eine Partei an sich hat, die grundsätzlich nicht an eine einzelne Klasse appelliert. Sie kann nicht uferlos versprechen. Und ich kann Ihnen versichern, daß alle diejenigen, die in unsere Versammlung kommen, die Versprechungen über ihr Wohlergehen hören wollen, daß alle diese Menschen schwer enttäuscht sein werden. Wir können jedem einzelnen nur sagen: "Solange ihr dauernd nur das einzelne Schicksal seht und nicht das Schicksal unserer Nation anseht, solange werden alle eure Hoffnungen auf Besserung eurer Verhältnisse enttäuscht werden. In 5 Jahren", können wir ihnen sagen, "sehen wir uns wieder; und in 5 Jahren werdet ihr alle die gleiche Enttäuschung haben." Das Schicksal der Nation müßte geändert werden, um dem Schicksal des einzelnen entgegenzukommen. Wir müssen all den Parteien von vornherein entgegentreten, die vorherrschend Berufsinteressen vertreten wollen, weil schon mit der Dokumentierung einer solchen Absicht der Beweis für die Unmöglichkeit der Erfüllung gegeben ist. Niemals werden Leute in unsere Bewegung hineingehen, die sich von einer Partei eine Aufwertung versprechen. Denn um das zu ersetzen, was eine schändliche Luderwirtschaft vergeudete, müßte Deutschland erst wieder zur Macht kommen. Wenn die nationale Produktion erst wieder dem eigenen Volk zugute kommen könnte, erst dann könnten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nation bessern. Solange dieser Wunsch nur darin besteht: "Wir verlangen, daß wir das aufwerten", während keine Stärkung der Nation in dem Umfang erfolgt, solange ist der Wunsch sehr schön, wird aber niemals in Erfüllung gehen. Das ist das erste Schwere, was uns Nationalsozialisten bedrückt, daß wir nicht allen Versprechungen machen können. Würden wir nur zu einem Stande reden, das wäre spielend leicht. Und doch muß jeder einzelne begreifen: Jede Hoffnung auf einen Sieg einer Klasse in Deutschland auf Kosten einer anderen Klasse ist trügerisch und falsch, läßt sich niemals verwirklichen. Entweder es wird das ganze Reich eine Erneuerung erleben, oder es wird mit dem Zusammenbruch des deutschen Reiches auch der Beruf oder Stand zugrunde gehen. Es gibt Menschen, die glauben, daß durch besonders kluge Selbstverwaltung das Ortsschicksal vielleicht eine Ausnahme erfahren könnte vom gesamten Nationalschicksal. Das ist trügerisch. Deutschland ist in der Welt schon so klein. 470.000 Quadratkilometer stehen augenblicklich dem deutschen Volk als Siedlungsgebiet im Mutterlande zur Verfügung. Die anderen Staaten wie Frankreich, Rußland, England usw. dürfen wir zum Vergleich nicht allein nach dem europäischen Bestand rechnen, sondern ihre überseeischen Besitzungen gehen hinzu. Da handelt es sich um gigantische Staatengebilde. Demgegenüber ist die deutsche Grundfläche verschwindend klein. Augenblicklich ist in

Berlin die Ila, die Internationale Luftfahrtausstellung [6]. Da gibt es bereits die allerschnellsten Modelle. Ein deutsches Flugzeug braucht nicht mal 2 Stunden, um über das ganze deutsche Gebiet zu fliegen. Wie lächerlich ist es zu meinen, daß man von dieser Raummenge noch ein kleines Raumgebilde auslösen könnte. In Nord und Süd können wir erleben, daß bei allen Kommunalwahlen immer wieder unendliche Versprechungen gemacht werden, die eine Voraussetzung haben, nämlich, daß das Schicksal Deutschlands in der Gesamtheit geändert wird. Erst dann könnten diese Versprechungen erfüllt werden.

Dann möchte ich den dritten Grundsatz gleich hier erwähnen. Wenn wir Nationalsozialisten heute kämpfen und manchmal gezwungen sind, auch gegen Personen zu kämpfen, dann glauben Sie leicht, daß wir der Meinung sind, daß heute einzelne Personen das Schicksal Deutschlands im günstigen oder ungünstigen Sinne beeinflussen könnten. Das ist nicht so. Wenn das grundsätzliche Programm einer Partei falsch ist, dann nützt auch der Idealismus einzelner Personen gar nichts. Wenn dagegen das Programm richtig ist, würden auch einzelne schlechte Personen den Erfolg nicht verhindern können. Wenn bestimmte Ideen ein ganzes Volk ergriffen haben, wird das ganze Volk entweder von einer bestimmten Gesundheit erfüllt oder von einer bestimmten Krankheit angesteckt. Wenn das ganze Volk innerlich in der Gesinnung vergiftet ist, dann kann das Wirken einzelner Personen nichts mehr nützen, das Schicksal zu ändern. Jede Partei wird, je näher sie dem Siege kommt, um so mehr zweifelhafte Elemente in ihre Reihen bekommen. Eine neue Bewegung wird erst mißachtet, dann unterdrückt, dann kommt die blutige Verfolgung, und endlich kommt eines Tages der Sieg. Ehe aber der Sieg in Erscheinung tritt, beginnen Schlauköpfe sich solchen Bewegungen zu nähern, und zwar so, daß sie die Richtung etwas abbiegen und sich möglichst weit nach vorn zu schieben versuchen, um sich ein gutes Pöstchen zu sichern. Diese Elemente werden Sie in jeder Bewegung finden, die zum Siege kommt. Das Wesentliche wird immer sein, ob eine Bewegung an sich prinzipiell richtige Grundgedanken hat und auf Grund aller menschlichen Logik, auf Grund der Wissenschaft und geschichtlicher Beweise die richtigen Ziele verfolgt. Das ist von unendlicher Wichtigkeit. Und deshalb, weil heute manchmal von Menschen geglaubt wird, es liege das nur an einer Person - es gibt z. B. nicht wenige Bürgerliche, die meinen, wenn heute ein bürgerlicher Reichspräsident gewählt wird, muß das das Schicksal ändern; das ist aber nicht der Fall; wenn heute ein Sozialdemokrat ans Ruder kommt, so wird der nur der Sprecher der Mentalität der marxistischen Auffassung sein. - Heute kann ich nicht das politische Leben verstehen, wenn ich immer nur einzelne Personen nehme; sondern notwendig ist es, daß man sich Klarheit verschafft über die Systeme, die Deutschland beherrschen. Dann wird man erst erkennen, wie unbedeutend da einzelne Personen sind, wenn sie in die herrschende Gedankenwelt eingekeilt erscheinen.

Dann möchte ich zu dem vierten Punkt kommen. Heute bekommen wir häufig den Gegeneinwand, "daß alles ja ganz gut geht", daß man gut lebt; Regierungsstellen nehmen zu, mehr an Umfang als an Weisheit. Und man sagt, daß mit dieser Zunahme der Beweis erbracht wäre für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit dieses ganzen Regi-

6 Vom 7. bis 28.10.1928 auf dem Messegelände.

ments. Die Frage wäre immer, ob dieser Zustand, von jeher angewandt, ein Volk auch am Leben erhalten könnte. Mit anderen Worten: Die Krankheit, die ein Mensch augenblicklich besitzt, kann man erst in der Bedeutung für den Menschen ermessen, wenn man die Wirkung kennt, falls mehrere Generationen lang diese Krankheit herrschen würde. So ist es auch im Leben der Völker. Es wird sich immer herausstellen, daß manches, was die Gegenwart als heiliges Recht ermißt, in der Vergangenheit ein Laster gewesen wäre. Als Beispiel nenne ich unsere deutsche Steuergesetzgebung. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie von der Substanz zehrt; d. h., man prüft nicht, ob der einzelne aus seinem wirklichen Einkommen, d. h. aus seiner Mehreinnahme, die Steuerlast tragen könnte, sondern man prüft nur, ob er an sich in der Lage ist, das zu bezahlen. Und dabei rechnet man seine Zahlungsfähigkeit nicht etwa nun an seinem Einkommen, sondern an seinem Besitz nach. "Du hast noch Hof und Vieh. Verkauf etwas!" Und weiter sagt man: "Nimm eine Hypothek auf, um das zu bezahlen!" Man betreibt eine Steuergesetzgebung, die unhaltbar ist, weil sie auf die Substanz aufgebaut ist. Und dabei wird gesagt: "Das geht doch alles, also wird es wohl richtig sein mit der Regierung." Ja gewiß, es geht, aber wie lange wird das gehen? Würde das heute gehen, wenn unsere Vorfahren auch bereits von einer solchen Steuergesetzgebung gesegnet gewesen wären? Man zehrt von der Substanz. Ich kann nicht einen Grundsatz als richtig anerkennen, weil er augenblicklich durchführbar erscheint, weil jede Prüfung ergibt: Wenn dieser Grundsatz 80 Jahre angewandt wäre, wäre heute nichts mehr da, was Steuern zahlen könnte. Man muß sich also an die Vergangenheit wenden, um das richtige Urteil zu gewinnen. Wenn man das nicht tut, ist es eine Feigheit, den Grundsatz "nach uns die Sündflut"! zum Prinzip zu erheben. Wenn wir selbst nur leben! Also wollen wir sehen, daß wir augenblicklich herausholen, was herauszuholen ist. Dieser Grundsatz ist ein verbrecherischer. Er führt ein Volk langsam zur Vernichtung. Es kommt darauf an, daß man sagt: Das, was ihr betreibt, ist ein Laster. Ihr denkt heute nicht an die Zukunft. Aber es wird einmal eine Zukunft kommen, die euch fluchen wird. Es ist also nicht damit getan, daß man im Augenblick sagt "wir leben", sondern die Frage lautet: "Wie lange kann man damit leben?" Und damit komme ich zum Wesentlichen. Ich sage: Wir leben. Was heißt das? Ich weiß, wir leben heute in einer unendlich ästhetischen Zeit. Man sagt, der Inhalt des Lebens wäre die Vergeistigung des Lebens. Dabei darf man aber doch nicht vergessen, daß die Menschen auch materielle Bedürfnisse haben und daß man für das Volk das tägliche Brot schaffen muß. Nicht umsonst hat das Christentum das Gebet: Herr, gib uns unser täglich Brot! Das heißt: Gib uns die Möglichkeit, dies tägliche Brot für das Volk zu schaffen! Der moderne Ästhet würde sofort sagen: Natürlich, wenn man die Welt von so animalischem Gesichtspunkt betrachtet, ist das verständlich. Wenn der Ästhet schon zu Abend gegessen hat, hat er schon gesündigt wider den heiligen Geist, und wenn er das noch nicht hat, wird er noch sündigen. Das tägliche Brot ist eben notwendig. Zu dem reinen "Magenfüllenmüssen" kommt noch Kleidung und sonstige Bedürfnisse, aber alles muß geschaffen werden. Und wenn man sich die Frage vorlegt: Was ist der Lebenskampf im einzelnen? Der Lebenskampf im einzelnen ist zunächst bei jedem bedingt durch die Sorge um das tägliche Brot. Kein Mensch kann dieser Sorge entgehen oder er hat sie bereits überwunden, oder sein Vorfahre hat sie für ihn überwunden. Wenn nun

Politik die Kunst ist, ein Volk zu erhalten, einem Volk das Dasein zu sichern, ihm die Existenz zu bewahren, dann ist die erste Aufgabe der Politik, das tägliche Brot zu sichern. Und glauben Sie nicht, daß diese Forderung an sich ganz selbstverständlich ist; sie ist es in Wirklichkeit nicht. Und zwar aus folgendem Grunde:

Die Welt selbst ist in ihrer Oberfläche begrenzt. Besondere Grenzen haben die Menschen selbst gezogen. Jedes Volk zunächst lebt innerhalb einer bestimmten Umgrenzung. Es hat eine bestimmte Raummenge. Wir nehmen nur die Tatsache an, daß jedes Volk eine bestimmte Raummenge hat, daß mithin zwischen der Raummenge und der Volkszahl ein bestimmtes Verhältnis da ist. Jedes Volk wird nun im Ursprung sein Leben aus seiner Raummenge ziehen. Der moderne Großstädter hat das vergessen. Er denkt an Industrie, an Welthandel usw. Ursächlich kann ein Volk sich nur ernähren aus der Grundmasse, die ihm zur Verfügung steht. Wenn auch die Menschen manchmal meinen, irgendwie da herumzukommen, eines Tages werden sie wieder zurückgestoßen. Im letzten ist die Ernährung des Volkes nur sichergestellt aus den Erzeugnissen des eigenen Grund und Bodens. Wenn nun ein Volk mit einer bestimmten Volkszahl angenommen wird, und auf der anderen Seite dies Volk auf einer bestimmten Grundfläche ernährt werden kann, dann ist es selbstverständlich, daß in dem Maß, in dem die Volkszahl wächst, auch die Grundfläche mit wachsen müßte. Und wenn ein Volk gesund ist, wird es sich so aufführen, wie sich der einzelne Mensch aufführt. Wenn der einzelne Mensch sich selbst erhält und dafür sorgt, daß er auch weiter erhalten bleibt, so ist aber auch ein Volk nur dann als gesund anzusehen, wenn es diesen natürlichen Funktionen gehorcht, d. h., wenn es sich nicht nur selbst erhält, sondern wenn es wächst. Das Wachstum eines Volkes ist genau so natürlich, wie das Wachstum eines einzelnen Körpers. So wie kein Körper als gesund bezeichnet werden kann, der nur im Kindesstadium bleibt, so kann man auch ein Volk nur als gesund bezeichnen, wenn es wächst. Sowie aber ein Volk sich vermehrt, wird die Frage des Angleichs [*sic!*] des Bodens von ausschlaggebender Bedeutung. Z. B. wenn das deutsche Volk sich im Frieden jährlich um 900.000 Menschen vermehrt, müßte dafür jedes Jahr ein Bodenzuwachs von 20.000 Quadratkilometern kommen, um diese 900.000 bis 1.000.000 Menschen dauernd aus eigenem Grund und Boden ernähren zu können. Nun wissen Sie alle, daß das tatsächlich nicht stattfindet, sondern die europäischen Nationen wachsen ohne Raumerhöhung. In dieser Tatsache liegt für jedes Volk eine Quelle dauernder Beunruhigung, eine Quelle späterer Not, die eines Tages gelöst werden muß, wenn eben nicht das Verhältnis zwischen Raummenge und Volkszahl allmählich zu einem ganz ungenügenden werden soll. Und wenn wir nun die Politik im großen Ganzen ansehen, dann ist die größte Aufgabe der Politik zu allen Zeiten gewesen, den Ausgleich zwischen Grundfläche - ich sage lieber Ernährungsvoraussetzung - und Volkszahl wieder zu schaffen. Glauben Sie mir, diese Grundaufgabe bestimmt das ganze Dasein eines Volkes in einer so ungeheuren Weise, daß der einzelne Wurm, der nur dem eigenen Parteiprogramm lebt, nicht ahnt, wie der ganzen Nation ihre Zukunft und ihr Dasein oder ihr Untergang davon vorgezeichnet wird. Es sind dabei zwei Fragen zu klären. Erstens, hat ein Volk das Recht, auf dieser Welt seinen Boden überhaupt zu erweitern, oder muß ein Volk seine Zahl dem Boden anpassen? In einem Fall heißt das mehr Boden, im anderen Falle heißt es weniger Volk. Ent-

weder es wird die Raummenge der Volkszahl angepaßt, oder es wird die Volkszahl der Raummenge angepaßt. Entweder man faßt das Volk auf als das ewig Bleibende und muß die Bodenmenge danach anpassen, oder man sieht den Boden als das für alle Ewigkeit Gegebene an und muß die Volkszahl danach anpasssen. Die heutige Welt ist mit einer festen Bodenbegrenzung bereits aufgezeichnet, und es gibt nicht wenige Menschen, die sagen: Jede Forderung nach mehr Boden ist Imperialismus und muß verdammt werden. Die derzeitigen Bodenverhältnisse der Welt sind nicht das Ergebnis irgendeiner höheren Fügung. D. h., Sie können mir keinen Staat und kein Volk nennen, das seine Grenzen erhalten hätte durch eine überirdische Macht; sondern alle haben die Grenzen sich selbst gezogen. Die Völker, die gesund, natürlich und stark waren, haben sich einen großen Platz gesichert. Die Völker, die schwach geworden sind, haben auf eine genügende Sicherung von Grund auf dieser Welt Verzicht geleistet. Die Völker, die genial geführt sind, haben sich mehr Raum verschafft; und die Völker, die nicht gut geführt sind, sind zurückgedrängt worden. Kein Jahrhundert gibt es mit einem ewigen Stillstand. Wir sehen, wie auf der Erde gigantische Völkerverschiebungen eintraten. Wir sehen, wie die Antike zerbrach. Wir sehen, wie der Westen sich zuerst genügend Boden gesichert hat. Wir sehen, wie Australien von der weißen Rasse besiedelt wird und ebenso Afrika. Eine dauernde Entwicklung. Heute im Jahre 1928 ist das unwürdig, was bisher natürlich und richtig war? Heute kann man sagen: Das Jahr 1928 ist für die Dinge von Bedeutung, aber nicht für die Weltgeschichte, denn die Welt besteht länger? Nicht du, kleiner Wurm, kannst sagen, heute nimmt das alles ein Ende. Was würdest du sagen, wenn Europa plötzlich einer Vereisung entgegenginge, langsam wieder Gletschermassen von Norden nach Süden zögen? Würdest du dann auch sagen: Ich bleibe aber hier, denn das ist der Boden, den uns - wer gegeben hat? Den unsere Vorfahren sich genommen haben. Wir wissen ganz gut, was die Ursache der größten Völkerwanderung gewesen ist. Es war die Landnot. Und sicher ist, daß ich heute nicht sagen kann: 7.000 Jahre - so lange reicht zurück eine menschliche Geschichtswissenschaft - sind die Grenzen der Völker dauernd verändert worden; nun 1928 ist damit Schluß, nun bleibt es, wie es war. Wenn jemand das sagt, dann verewigt er das größte Unrecht, das es auf der Welt geben kann. Denn er sagt, die Völker, die es verstanden haben, viel Grund und Boden an sich zu ziehen, die mögen ihn behalten, und die, die zu wenig haben, mögen zu wenig behalten; die können schuften und schuften und haben doch nie genug zum Leben. Das größte Unrecht, das man sich denken kann, würde damit stabilisiert werden für immer. Auf das innere Leben angewandt würde das, was der deutsche Marxist als richtig anerkennt, etwa folgendes sein: Wer Reichtum hat, muß ihn behalten für immer; und wer Armut hat, soll immer arm bleiben. (Starker Beifall!) Hier sieht man die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des freien Spiels der Kräfte. Für den einzelnen Menschen willst du nicht anerkennen, daß der Arme immer arm bleiben muß, aber für das eigene Volk in der Gesamtheit erklärst du: Dies Volk hat kein Anrecht auf mehr Güter der Welt. Wie notwendig der Grund und Boden für die Ernährung des Volkes ist, siehst du an einem Beispiel: Wenn du jetzt 10 Millionen Menschen nimmst und siedelst sie an auf einem Boden von 1 Million Quadratkilometer, aber am Mississippi in einem Gebiet fruchtbarer schwarzer Erde. Und du nimmst wieder 10 Millionen Menschen und siedelst

sie an in der Sahara in einer Steinwüste. Wie will man die 10 Millionen Menschen in der Sahara ernähren? Du sagst vielleicht: Das ist eine Frage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nein, das würde auch ein Marxist nicht fertigbringen. Zunächst, schon der Boden ist von ausschlaggebender Bedeutung. Aber du sagst: Es liegt mehr in den Wirtschaftsformen begründet, ob diese kapitalistisch oder marxistisch fortentwickelt sind. Ich nehme 2 Völker, das eine, das den Weg der sozialen Versicherung gegangen ist. Jedenfalls ist das deutsche Volk als erstes den Weg gegangen. Und dann nehme ich ein anderes Volk, das diesen Weg nicht gegangen ist, das amerikanische. Das kennt keine Sozialgesetzgebung. Und trotzdem: Nach deiner Theorie müßte in Deutschland zumindest ein besseres Leben herrschen, weil wir dem Sozialismus mehr entgegengekommen sind. Und es müßte die deutsche Industrie viel besser sein als in Nordamerika. Trotzdem ist es umgekehrt. Warum? In Deutschland leben erstens 63 Millionen Menschen auf 470.000 Quadratkilometer, und in der amerikanischen Union leben nur 130 Millionen Menschen auf 110 Millionen Quadratkilometer [7]. Also dort haben sie eine viel größere Raummenge pro Kopf der Bevölkerung und dazu viel fruchtbareres Land. Und du hast den Beweis, daß es nicht auf die Sozialisierung, sondern auf die genügende Bodenfläche ankommt für das Wohlergehen des Volkes. Es gab einmal eine Zeit, da haben wir in Deutschland die Sozialisierung der Wirtschaft betrieben. Das war die Zeit, als an der Spitze der deutschen Ernährungswirtschaft Dr. Paul Ratenau [*sic!*] [8] stand. Der gehörte zu dir und nicht zu uns. Und trotzdem hat es dieser Mensch nicht fertiggebracht, dem deutschen Volke das Notwendige an Brot zu geben; die ganze sozialisierte Kriegswirtschaft brachte es nicht fertig. Hätten wir statt dieser Kriegswirtschaft mehr Weizenboden gehabt, dann hätten wir die Kriegswirtschaft nicht gebraucht. Warum? Am Beginn steht der Boden. Allerdings wendet sich der heutige Mensch davon ab; aber nur deshalb, weil er krank geworden ist. Er will das nicht mehr verstehen. Er sagt nicht mehr, wenn ein Volk leben will, muß es auch aus seinem Boden das Notwendige ziehen können, sondern er sagt: Auswanderung, Sozialisierung der Bodenwirtschaft, Welthandel, Weltwirtschaft usw. Und an diesem Fimmel geht er zugrunde. Wenn unser Volk den Weg weiter geht, wird in 50-80 Jahren ein deutsches Volk von einigermaßen mitbestimmender Bedeutung überhaupt nicht mehr da sein. Der Sozialdemokrat sagt: Das sind Unkenrufe. Die Unkenrufe werden bestätigt an den Stempelämtern. Ein Franzose namens Briand hat gesagt, das deutsche Volk sei eine Gefahr, weil es lebt [9]. Der Franzose will damit sagen: Weil hier 60 Millionen sind, die sich innen nicht ernähren können, sondern einen Ausweg suchen. Deswegen heißt das französische Ziel Dezimierung des deutschen Volkes. Angenommen, das deutsche Volk erkennt deine sozialistische Idee an, was wird die Folge sein? Wir haben 20 Millionen Menschen zuviel. Wir beginnen zu dezimieren durch Geburtenbeschränkung, durch Auswanderung. Weiter wird nun die andere Welt noch zu wachsen vermögen. Die Völker, die 18mal soviel Grund und Boden haben wie wir, können ihre Zahl noch dauernd erhöhen, z. B. die amerikani-

7 Vgl. Dok. 34, Anm. 20.
8 Gemeint ist Walther Rathenau, der 1914/15 die Kriegsrohstoffabteilung beim preuß. Kriegsminsterium leitete. Vgl. Dok. 34, Anm. 24.
9 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

sche Union und Rußland, auch Frankreich. England wird seine Bevölkerungszahl erhöhen können auf 6[*00*]-900 Millionen Menschen. Mit anderen Worten: Das alte Kulturvolk der Welt beschneidest du auf 40 Millionen - das ist dein Volk -, und die Welt wird dann regiert von Völkern von 3[*00*]-400 Millionen. Du deklarierst für alle Zeiten den Verzicht deines Volkes auf das Leben auf dieser Welt, und du erwartest, daß eine Lösung kommt durch irgendeine theoretische Phrase. Du sagst: Nein, ich bestimme nur den Verzicht auf eigene Kraft; aber ich glaube an die Gewalt der internationalen Solidarität. Darüber muß man doch lachen. Heute erhebst du deinen Protest gegen den einen Panzerkreuzer [10]. Du willst damit dein eigenes Volk schwach erhalten. Aber die starken Nationen entscheiden das Schicksal der Welt. Was ihr in Geesthacht [11] nur um ein paar Stimmzettel getan habt, nämlich, euch blutig geschlagen habt, das hat die Welt sonst getan für ein paar Quadratkilometer Grund. Solange in Deutschland Marxisten sind, die im Innern den Terror predigen und nach außen die Entwaffnung, solange wird das Ende immer sein: Not, Elend, Hunger, Sorgen. Denn deine Theorien schaffen dem deutschen Volke kein Brot, dein Appell an das Weltgewissen ist lächerlich. Vor 10 Jahren haben die ganzen Führer der Nationen gepredigt: Wenn Deutschland Verzicht leistet auf gewalttätige Betonung seiner Macht, dann kommt der Weltfriede; der deutsche Militarismus ist es, der Deutschland zwingt zum Rüsten; er ist das Hindernis für den Weltfrieden. Und heute? Heute sieht man, wie der Weltfrieden wächst mit Kanonen, wie er [*sic!*] sich eine Auseinandersetzung anbahnt, die eines Tages donnern wird über den Ozean. Man sieht den Frieden förmlich wachsen! (Großer Beifall!) Jene berühmten deutschen Marxisten, die ihr eigenes Volk wehrlos gemacht haben, dies Friedensgesäusel wird unter dem Donner der 16- bis 42-Zentimeterbatterien [12] nicht gehört werden. Zu allen Zeiten hat es Völker gegeben, die Verzicht geleistet haben, ihr Schicksal aus eigener Kraft zu formen, und deshalb der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt wurden. Immer aber hat nicht der Verzicht, sondern der Kampf ein Volk stark gemacht.

Ich möchte also darauf zurückkommen: Die Anpassung des Bodenraums an die Volkszahl erscheint der heutigen Zeit als verwerflich, weil sie verbunden ist mit der Verpflichtung zur Bodenerwerbung, d. h. zur Kraft. Und nun stellt man die Theorie auf, das ist ein Verbrechen. Würde die Menschheit diese Theorie von jeher anerkannt haben, dann gäbe es heute überhaupt keine Menschheit mehr. Jede neue Idee ist der Sieg über eine bisherige Gepflogenheit. Es gibt nichts auf der Welt, was nicht durch ein gegenseitiges Ringen erfochten worden wäre. Du selbst hast den alten Staat überwunden. Wodurch? Durch Kampf! Der Kampf hat dich stark gemacht. Wenn du nicht die Muskel[*n*] übst, wirst du immer schwach bleiben. Du bist der lebendige Beweis dafür, daß man nur durch Kampf stark werden kann. Aber du willst nicht verstehen, daß dein Volk auch im Kampfe stark werden mußte. Du hast immer noch den heiligen Glauben an die Güte, Liebe, Zuneigung, Freundlichkeit und den Opfersinn der anderen. Du sagst: Ich

10 Vgl. Dok. 32, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 34, Anm. 34.

12 Anspielung auf das im Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922, Artikel IV, für die Kriegsflotten der Großmächte festgelegte Höchstkaliber 16 inch bzw. 406 mm für Geschütze von Großkampfschiffen. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Bd. 1, Washington 1938, S. 247 ff.

hoffe und glaube bestimmt, daß eines Tages andere Völker ihren eigenen Lebensstand einschränken werden, damit wir Deutschen zu einem besseren Lebensstand kommen. Du hoffst, daß Frankreich sagen wird: Wir Franzosen können es nicht länger mehr ansehen, daß die Deutschen Not leiden. Folglich wollen wir Franzosen etwas von unserem Rentnerdasein aufgeben, wir wollen jeder etwas mehr Steuern bezahlen, damit die Deutschen die Reparationen zahlen können, wir wollen euch sogar das zurückerstatten, was ihr bezahlt habt, aus freien Stücken. Dieser doktrinären Auffassung kann man die ganze Erfahrung der Weltgeschichte gegenüberstellen. Nenne mir ein Volk aus der Weltgeschichte, das auf dem Wege frei geworden wäre. Nenne mir ein Volk, das trotz Arbeit, Fleiß, untertäniger Gesinnung, Bitten und Betteln frei geworden wäre. Es gibt kein solches Volk. Im Gegenteil, mit dem Essen wächst der Appetit der herrschenden Völker. Und sowie ein Volk erst diese Kulirolle übernommen hat, sehen die anderen Völker es als ihr Recht an, von diesem Volk zu leben. Immer wieder sehen wir, daß die deutschen Bettler mit Erstaunen erleben müssen, wie die Türen verschlossen bleiben.

Nun freilich sagt ihr: Ja, das ist die eine Auffassung der Ernährung eines Volkes, daß man immer den Grund und Boden erweitert; statt dessen kann das Volk dem Boden angepaßt werden. Nun möchte ich nur dazu Stellung nehmen, weil die allgemeinen Auffassungen darüber, bedingt durch unsere offizielle Wirtschaft, vollkommen falsch sind. Zunächst die Auswanderung. Da muß ich zunächst vorausschicken: Die staatspolitische Weisheit, ein Volk, das man auf eigenem Boden nicht mehr ernähren kann, zur Auswanderung zu bringen, ist sehr beschränkt. Ja, wohin willst du denn auswandern? Nach Nordamerika? Dies Nordamerika hat einst einem ganz anderen Volke gehört, nämlich den Indianern. Die Weißen haben ihnen das Land weggenommen, sie auf einen immer engeren Raum zurückgetrieben und ihnen schließlich noch das Feuerwasser gegeben. Und nachdem der Weiße die Millionen von Rothäuten auf ein paar Hunderttausend zusammengeschossen hatte, will er die bescheidenen Überreste im Käfig beobachten. Man sieht, du willst dein Volk in Europa nicht vertreten, aber am Landdiebstahl anderswo nimmst du teil. Hier weg von jeder imperialistischen Idee, aber hinüber in das Land, das den Imperialismus in Reinkultur darstellt! Da gehst du hin, und ich weiß genau: Da drüben wirst du dich deiner deutschen Nationalität schämen. Du kannst dem Fluch gar nicht entgehen: Wenn du auf dem Wege der Auswanderung dein Volk verläßt, stiehlst du anderswo jemand[*em*] das Brot weg. Man wartet dort nicht auf Johannes Meyer, wenn dieser tatsächlich kommt. Indem du deine Heimat verläßt, bekennst du dich zu dem Grundsatz, aus dessen Verleugnung du die Heimat verlassen hast. Nun sagst du: Dadurch stelle ich das richtige Verhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche her. Nun ist aber ein Volk nicht nur zahlenmäßig zu werten. Wenn sich irgendein Volk erhalten will, so hat jeder einzelne Mensch neben einem ziffernmäßigen Wert auch noch einen besonderen Wert. Der ziffernmäßige Wert ist eine Numerierung dieses Volumens, während der spezifische Wert den inneren Wert darstellt. Wenn Sie zwei Menschen nehmen, finden Sie nicht zwei, die sich vollkommen gleich sind. Ihr äußeres Aussehen ist verschieden. Ihre Größe ist verschieden. Auch ihre Gehirnsubstanz ist an der Oberfläche [*sic!*] verschieden. Ihr ganzes Wesen ist verschieden. Ihr Temperament ist verschieden. Kein Mensch gleicht vollkommen dem anderen. Wenn aber zwei Men-

schen sich nicht gleich sind, muß ich zugeben, daß, vom Standpunkte des nationalen Interesses betrachtet, ein Mensch den höheren Wert haben wird. Wenn Sie nun einen Tuberkulösen nehmen und einen gesunden, normalen Menschen, so wird der Tuberkulöse nicht so wertvoll sein wie der Gesunde. Nun, in einem ganzen Volk sind Hunderttausend, die als besonders wertvoll anzunehmen sind. Da denkt jeder an seine Klasse. Das hat aber für eine Nation nichts zu sagen. Wenn Sie ein Volk ansehen für [*sic!*] eine Spanne von hundert Jahren, können Sie sehen, wie eine Familie steigt von unten nach oben oder fällt von oben nach unten. Das Wesentliche ist nicht die jeweilige Stellung, sondern die Gesundheit und Leistungsfähigkeit an sich. Der Mann, der restlos körperlich gesund ist und dem Volk ein Kind gibt, ist wertvoller als der Mann von größtem Reichtum, der körperlich krank ist. Er muß irgend etwas seinem Volke geben, entweder eine Idee, eine große Leistung oder ein gesundes Kind. Er muß etwas geben können, aus dem die Gesamtheit einen Nutzen zieht. Nehmen Sie das ganze Volk und nehmen Sie sämtliche Männer heraus und sortieren sie auf ihre natürliche Widerstandsfähigkeit, ihren Opfersinn, Mut usw., dann werden Sie langsam die Werte auseinanderklauben. Wenn aber aus einem Volke die höchstwertigen Menschen herausgezogen werden, muß das Zurückgebliebene langsam zugrunde gehen. Eine amerikanische Einwanderungsbehörde verlangt, daß jeder ganz gesund ist. Es wird ausgeschlossen, was degeneriert ist, was erblich belastet ist, was körperlich nicht ganz gesund ist. Das heißt, jedes Jahr werden aus dem deutschen Volk 80.000 gesundheitlich und geistig hochwertige Menschen herausgesucht und im amerikanischen Kontinent konzentriert [13]. Millionen Deutsche lesen nichts als die Zahl 80.000. Sie vergessen aber, daß es sich um 80.000 grundsätzlich gesunde Menschen handelt, während die schwächeren, weniger robusten hier bleiben. Wenn das Jahrzehnte weitergeht, dann heißt das in 10 Jahren 800.000, in 20 Jahren 1 Million 600.000. Und dann kommen die Kinder dazu. Nun ist aber diese Auswahl durch die amerikanische Einwanderungsbehörde gar nicht mal notwendig. Denn das Entsetzliche ist, daß diese Auswahl an sich schon stattfindet durch die Auswanderung selbst. Denn die gleiche Not tritt an verschiedene Menschen heran und wird verschieden aufgenommen. 2 Millionen Arbeitslose sind es, die unter der gleichen Not heute leben. Und davon gehen viele fort. Welche gehen fort? Diejenigen, die von der größten Widerstandskraft sind, nämlich Menschen, die erklären, wenn die Heimat mir nicht Brot gibt, werde ich über dem Ozean es mir erwerben. Das sind nicht die Schwächlinge. Der Mensch, der das tut, ist schon ein Mensch von außerordentlicher Lebenszähigkeit. So ganz ungeheuer wird einem das klar, wenn man sich vorstellt, daß dieser Prozeß schon seit 300 Jahren so gewesen ist. Von dem schweren Entschluß zur Auswanderung bis zur Ausführung ist ein langer Weg voller Schwierigkeiten. Und bis die Auswanderer hinkommen, sind schon viele gestorben, so daß schließlich nur ein kleiner Rest dort ankommt. Das sind die Tatkräftigsten in ihrem Heimatsort gewesen. Fälschlicherweise spricht man immer von Kulturdünger. Nein, Blutdünger ist es gewesen. Wenn heute Hunderttausende nach der Union sehen und sagen, es wäre wunderbar, wie der Ameri-

13 1928 wanderten 55.279 Deutsche nach Nord- und Südamerika aus; die Auswanderung nach Amerika hatte 1923 mit 114.292 ihren Höhepunkt zwischen 1919 und 1933 erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 35.

kaner so frei arbeiten könne, so ist das die Auslese von Europa. Es ist für den Deutschen tragisch zu wissen, daß als im Juli 1918 südlich der Marne uns zum ersten Mal Amerikaner gegenübertraten, daß diese großen langgewachsenen Burschen Söhne deutscher Eltern waren. Und das Entsetzliche ist, daß dieser Prozeß kein Ende nimmt, sondern dauernd weitergeht. Denn jetzt sagt der Amerikaner: Gesetzlich suchen wir die Auswahl heraus [14]. Das deutsche Volk gilt als *ein* Volk. Allein dies deutsche Volk ist nicht rassisch vollständig einheitlich. Das heißt, die einzelnen Elemente, aus denen unser Volk zusammengesetzt ist, sind verschieden[*er*] rassischer Grundart. Man sieht den Unterschied, wenn man als Redner durch die verschiedenen Teile Deutschlands kommt. Wenn man in Ostsachsen, Baden, Westfalen, Holstein und dann wieder in Oldenburg spricht, dann sieht man an dem Menschen sofort, wie gewaltig der Unterschied ist. In Pirna komme ich mir vor wie ein Leibgardist. Dagegen in Süddithmarschen glaubte ich, ich wäre ein Zwerg. Das ist nur das Verhältnis zu den anderen. In unserm Volke sind die verschiedensten rassischen Grundelemente vorhanden. Aber auch hier gilt der Grundsatz: Wenn zwei Menschen nicht vollkommen gleich sind, dann kann ihr Wert auch nicht vollkommen gleich sein. Da könnten wir nun sagen, daß in Deutschland die Elemente mit nordischem Grundeinschlag an sich die wertvollsten sind, weil sie die stark bildende kulturschöpferische Kraft besitzen. Wenn aber aus einem Volk dauernd die kraftvollsten Naturen herausgezogen werden, heißt das, rassisch die wertvollsten Grundelemente herauslesen. Wenn Sie aus Ostsachsen ein Regiment zusammenstellen würden mit der Voraussetzung einer Größe von 1,80 m, dann würden Sie lauter Nordische in diesem Regiment haben, weil die Ostischen gar nicht die Größe erreichen. Wenn Sie nun diese Menschen wegziehen, so heißt das, Sie ziehen langsam aus der Gesamtsumme die wertvollsten heraus. Nun sagt der Mann von links: Das ist ja uns ganz wurscht. Das ist nicht wurscht. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Volk diese fähigen Köpfe besitzt oder nicht. Die amerikanische Union geht heute auf dem Gebiete zahlreicher Erfindungen bahnbrechend voran. Nun sagst du: Was hat das mit der Person zu tun? Sieh dir einmal die Konstrukteure dieser amerikanischen Autofabriken an, z. B. den größten: Ford! [15] Ein absoluter Norde. Das ist nicht gleichgültig, ob dieser Mensch in Deutschland wäre und hier für Hunderttausende Brot schaffte, oder ob dieser Mensch in Amerika sitzt. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Mensch hochwertig ist oder nicht. Die Auswanderung ist das furchtbarste Verhängnis für ein Volk, weil es langsam die wertvollsten Elemente heraussucht und aus einem Volk hinwegzieht. Es ist kein Zufall, daß z. B. das Geschick der deutschen Nation endgültig von den Menschen bestimmt wurde, die in Kolonialgebieten lebten und nicht in den alten Gebieten. Warum? Weil die kraftvollsten Naturen in die Kolonialgebiete gekommen sind. Dort, wo die größte Kraft sich konzentriert, sind auch die Nachkommen am wertvollsten. Wenn nun das deutsche Volk

14 Mit dem Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924 war die Einwanderung in die USA auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt worden. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 408 ff.

15 Henry Ford (1863-1947), amerik. Ingenieur, 1903 Gründer und Präsident (1903-1919, 1943-1945) der Ford Motor Company.

der Auswanderung nach wie vor huldigt, wird folgendes eintreten: Wir bleiben auf der Grundfläche von 470.000 Quadratkilometern. Wir werden Stück für Stück an unseren Randgebieten verlieren. Wir sinken zu einem kleinen Volk, wie etwa Holland, zurück. Das ist das Schicksal einer Nation, die die Weltherrschaft haben könnte.

Dann komme ich zum zweiten Punkt, der Volksanpassung durch Geburtenbeschränkung. Du sagst ununterbrochen, daß du nicht gebunden bist an irgendwelche bisherigen Ansichten. Aber du bist unlogisch. Was heißt Geburtenbeschränkung? Das heißt Lebensbeschränkung. Und was heißt Lebensbeschränkung? Das heißt, ein Volk vernichtet einen Teil seines jungen Nachwuchses. Gewiß ist es heute für viele unmöglich, eine Familie mit 7-8 Köpfen zu ernähren. Aber wenn die Konsequenz dieser Tatsache prinzipiell zur Geburtenbeschränkung führt, wäre das das Ende der Nation. Ich sage, unlogisch ist dabei der Vorgang. Was würde vernünftig sein? Wir haben in der Weltgeschichte einen Staat gehabt, der eine Auslese seines Nachwuchses trieb. Das war Sparta. Die Natur läßt alles geboren werden und setzt es unter so schwere Not, daß ein Teil wieder zugrunde geht. Die Natur nimmt das Schwächere wieder zu sich, d. h., sie treibt Auslese. Der Mensch macht es umgekehrt. Er läßt das gesunde Leben nicht geboren werden und päppelt das wenige Geborene künstlich empor. Die Spartaner haben das Lebende, was nicht ganz gesund war, vernichtet. Das ist ein grausamer Standpunkt. Dadurch wurden die Nachkommen von vielen Krankheiten befreit und den wenigen Einwohnern ein leichtes Dasein ermöglicht. Lebensbeschränkung wäre vom Standpunkte des Staates aus dann vernünftig, wenn ein Volk die wertlosen Elemente heraushebt und vernichtet. Aber durch die Geburtenbeschränkung wird das Wertlose künstlich am Leben gehalten, während das gesunde Leben vernichtet wird. Da du, Marxist, dich doch gewiß nicht zu den Wertlosen, sondern zu den Gesunden rechnest, so wärest du selbst gar nicht geboren worden, wenn deine Theorie angewandt wäre. (Heiterkeit!) Wenn wir das ganze deutsche Volk durchsehen nach seinen bedeutendsten Köpfen, so müssen wir feststellen, daß nur ein Bruchteil davon als Erstgeburt zur Welt gekommen war. Wo soll bedeutendes Leben denn herkommen? Wenn du aber von deinem Prinzip ausgehst, dann hätten deine Vorfahren auch so handeln können. Die Vorfahren mußten auch kämpfen. Aber du verdankst diesen Vorfahren die Größe deines Volkes. Wir wollen die Lebensgüter vermehren. Erst müssen wir sie schaffen. Wer hat sie denn geschaffen? Du mit deiner Theorie nicht. Denn du sagst ja: "Ich spucke auf alle großen Männer." Was die Menschheit heute Großes besitzt, verdankt sie ihren bedeutendsten Köpfen. Das ist der Fluch der Geburtenbeschränkung. Auswanderung heißt Dezimierung des Durchschnittwertes. Auswanderung und Geburtenbeschränkung heißt Vernichtung eines Volkes. Wir sagen Konzentration eines Volkes, um einmal wieder leben zu können. (Bravo!)

Nun kommt der Bürger und tritt mir entgegen, besonders der deutsche Wirtschaftspolitiker, und sagt: "Es gibt noch einen anderen Weg. Warum soll man Menschen exportieren? Man exportiert statt dessen Waren." Das heißt Wirtschaft im äußeren Kreislauf. Diese Wirtschaft im äußeren Kreislauf ist an sich schon ungesund. Gesund ist die Wirtschaft dann, wenn sie den Ausgleich darstellt zwischen den Gütern der Bodenproduktion und den Gütern der industriellen Produktion. Das heißt, wenn Güter der Industrie konsumiert werden von denen, die den Boden bearbeiten, und Güter des Bodens von

denen, die in der Industrie arbeiten, wenn also die Gesamtwirtschaft im inneren Kreislauf bleibt. Nur das ist gesund, weil dann jede Steigerung dem eigenen Volke zugute kommen wird, und zwar aus einem natürlichen Grundgedanken heraus. Wenn ein Volk z. B. statt 14 Millionen Tonnen Kohlen 20 Millionen Tonnen Kohlen fördert und dank seiner eigenen Wirtschaft selbst abnehmen kann, dann hocken sich auf diese 6 Millionen Tonnen nicht etwa ein paar Millionäre, sondern sie kommen dem ganzen Volke zugute. Solange die Produktion im inneren Kreislauf bleibt, kommt sie der eigenen Wirtschaft zugute. Sowie ein Volk gezwungen ist, einen Teil seiner industriellen Produktion nach außen zu verkaufen, um vom Erlöse sich seine Lebensmöglichkeit zu verschaffen, beginnt ein Volksanteil [*sic!*] an der sogenannten Weltwirtschaft. Das hat nun zunächst Folgen schwerer Art für besondere Krisenzeiten; das hat schwere Folgen für kriegerische Perioden; es hat schwere soziale Folgen und es hat schwere Folgen durch vollkommene Zerstörung des gesunden Denkens des Volkes überhaupt. Sowie ein Volk exportiert, um dadurch sich das Leben zu sichern, pflegt es der Wirtschaft verführerische Seiten abzugewinnen. Viele Menschen ziehen dann in die Großstadt. Man kann dazu übergehen, sich das Leben zu erleichtern. Die Maschine gibt neue Möglichkeiten der Erleichterung. Der Mensch geht lieber in die Großstadt, und langsam verödet das Land. Diese Landverödung kann soweit getrieben werden, daß ein Volk auch nicht annähernd aus dem Boden seinen Unterhalt ziehen kann. Auf diesem Prinzip steht England. Es hat seinen eigenen Boden vernachläßigt, die Landwirtschaft abgebaut, riesenhafte Parks bekommen usw. Das englische Volk hat seine eigene Landwirtschaft verloren und fußt ganz und gar auf seiner Weltwirtschaft. Was heißt nun Weltwirtschaft? Es muß produzieren und versuchen, das zu verkaufen. Denn das Schwerste für ein solches Volk ist die Sicherung des Absatzes. Man darf nicht vergessen, daß nicht allein die Produktionssteigerung es tut, man vergißt, daß eine ganze Zahl anderer Völker sich in derselben Lage befindet. Das englische Volk hat auch die Absatzgebiete in seinen Besitz gebracht. Das ist die machtpolitische Sicherung des Absatzes. England verstand es zu allen Zeiten, seine politische Macht in wirtschaftliche Erwerbungen umzugießen und aus jeder wirtschaftlichen Erwerbung neue politische Macht zu ziehen. Es hat fast die ganze Welt in den Kreis seiner handelspolitischen Betätigung gezogen. Und nun kommt Deutschland als Konkurrent. Der Mann von links hat oft gesagt: Wir machen uns die Welt zum Feinde, weil wir Schmutzkonkurrenz machen. Was heißt Schmutzkonkurrenz? Wenn du z. B. Konditor bist und gehst in einen Ort, in dem schon 2 Konditor[*en*] sind, so gehst du zunächst hin, um selbst zu leben. Du wirst dir nicht die Frage vorlegen: "Handelst du auch moralisch richtig, daß du den andern Bäckern Konkurrenz machst? Die wollen doch auch noch etwas verkaufen, um leben zu können", sondern: "Johannes, was mußt du tun, um Brot zu verkaufen?" Die anderen Leute werden nicht mehr Brot essen als bisher, sondern sich nur überlegen, ob sie bei dem alten Bäcker bleiben oder zu dem neuen gehen wollen. Sie werden es nur von dir nehmen, wenn es billiger oder besser ist. Nur wenn du billiger oder besser lieferst, kannst du dein Geschäft machen. Was tust du dann? Schmutzkonkurrenz. Du tust dasselbe, was du deinem Volk als Verbrechen vorgeworfen hast. Die 800.000 Würmer, die jährlich geboren sind, haben nicht geschrieen: "Wir möchten Brot haben, aber ohne daß unsere Eltern Schmutzkonkurrenz

treiben", sondern: "Hunger haben wir, Hunger!" Und wenn du im Ausland deine Waren verkaufen willst, dann werden sie dir auch nicht deshalb abgekauft, weil du ein Deutscher bist, sondern nur, wenn es besser oder billiger ist. Nur auf diese Weise können wir unsern Absatz und unsere Produktion steigern. Derselbe Industrielle, der heute sagt: "Wir müssen billiger produzieren, damit wir unsern Absatzmarkt wieder erhalten können", vergißt, daß wir durch dies billige Produzieren schon einmal mit den anderen in Konflikt geraten sind. Das deutsche Volk hat den blutigsten Krieg der ganzen Geschichte führen müssen, weil es billiger und besser produziert hat. (Sehr richtig!) Glauben Sie [*mir*], wenn es uns heute möglich würde, wieder den Weltmarkt friedlich für unsere Produkte zu erobern, hätten wir morgen wieder den Krieg. Warum? Weil andere Völker in derselben Lage sind. Wenn 10.000 deutsche Arbeitslose beschäftigt werden, wird dadurch 10.000 Engländern die Arbeit entzogen. Die Oberhand behält das Volk, das zu seiner industriellen Produktion eines Tages auch die Faust in die Waagschale werfen kann. (Sehr richtig!) Zu allen Zeiten ist die Wirtschaft gebunden gewesen an die politische Kraft eines Volkes; unsere deutsche Geschichte gibt uns entsetzliche Beispiele dafür. Sowie die politische Macht der Hansa brach, brach auch die Handelsmacht zusammen. Vorher Handel und Wandel überall. Dann bricht die politische Macht im Dreißigjährigen Kriege zusammen, und nun kommt Verarmung auch in der Wirtschaft. So ist es auch jetzt wieder; die Wirtschaft geht am deutschen politischen Zusammenbruch langsam zugrunde. Es ist falsch, wenn man meint, daß das alte Deutschland entstanden ist in unseren Fabriken. Nein, die Fabriken sind entstanden in dem Staat, der auf den Schlachtfeldern geschaffen wurde. Das Schlimmste der ganzen Industrialisierung ist, daß das Volk verlernt, gesund zu denken. Die Volksmassen beginnen langsam, die Politik zu bestimmen. Sie sagen: Wir wollen billiges Brot; öffnet alle Grenzen, um das zu befriedigen. Das Volk stellt sich ein auf die Industrie. Damit geht ein Teil der Landwirtschaft planmäßig zugrunde. Ein Teil der Landwirte geht nun zur Industrie über. Dadurch verstärkt sich wieder der schädliche Einfluß der Industrie. Alles wandert in die Industrie, und schließlich ist keine Absatzmöglichkeit mehr da. Und während das Volk angewiesen ist auf Weltabsatz, vernichtet es die Kraft, die einen Weltabsatz garantieren könnte, vernichtet es seine politische Macht. Der Besitz wird langsam aus den Händen des Volkes und in den Besitz eines anderen Volkes gebracht. Was ist heute für das Schicksal des deutschen Volkes bestimmend? Da könnte man die Antwort geben: Erstens, die Tatsache, daß 137 Menschen auf einem Quadratkilometer [16] nicht ernährt werden können, zweitens, daß diese Menschen, die aus dem eigenen Boden nicht ernährt werden können, auf den Absatz ihrer Industrieprodukte im Ausland angewiesen sind, drittens, daß diese Absatzmöglichkeit immer beschränkter wird durch die Industrialisierung der Welt überhaupt und weil die Zahl der Nationen, die auf dieser Ernährungsbasis beruhen, immer mehr zunimmt. Das ist für unser Volk von entscheidender Bedeutung deshalb, weil damit tatsächlich das Wort von Clemenceau Geltung behält: Das deutsche Volk hat 20 Millionen Menschen zuviel [17]. Die Dezimierung tritt langsam ein, oder man muß sämtliche Energien des Volkes wieder loslösen und zur Belebung

16 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.
17 Vgl. Dok. 26, Anm. 18.

bringen. Das Problem ist: Wie kommt Deutschland wieder in den Besitz der politischen Macht? Die heutige offizielle Auffassung sieht in dem Begriff politische Macht nur den Ausdruck der Waffenmacht. Man sagt immer: Was wollen Sie mit einem wehrlosen Volk? Warum ist es wehrlos? Sie haben keine Waffen mehr. Nein, wir sind nicht wehrlos, weil wir keine Waffen mehr haben, sondern wir haben keine Waffen mehr, weil wir wehrlos sein wollten, weil das deutsche Volk seine Gesinnung verändert hat, weil es an Dinge glaubte, die vollkommen fiktiver Natur sind, d. h. unwirklicher Natur sind, weil unser Volk phantastischen Wünschen nachhing und weil unser Volk Konsequenzen zog, die man sonst als schurkenhaft ansieht. Der Waffenbesitz eines Volkes ist so wie der Waffenbesitz eines einzelnen Mannes. Geben Sie dem Feigling ein Maschinengewehr in die Hand und sagen Sie ihm: "Geh durch den Wald!" Und dem Mutigen geben Sie einen Stock in die Hand und sagen ihm ebenfalls: "Geh durch den Wald!" Und wenn dann der Feigling von einem Mörder angefallen wird, dann wird er rufen: "Halt, oder ich schieße!" Und wenn der Betreffende näher kommt, wird er sich sagen: "Ich schieße nicht, Gewehre gehen manchmal auch rückwärts los; ich will überhaupt kein Blutvergießen." Er wird weglaufen. Jeder, der einem Mörder in die Hand fällt, versichert, daß er ihm nichts tun will, was der Mörder sehr gut weiß. Auf der anderen Seite geht der mutige Mann getrost durch den Wald. Er wehrt sich mit seinem Stock, wenn er angegriffen wird. So ist es im großen auch mit den Völkern. Es gibt Völker, die können sich in Waffen einkleiden und beim ersten Kanonendonner kapitulieren sie. Andere Völker schaffen sich Waffen, wenn es nötig ist. Der Mensch, der sich wehren will, hat tausend und hunderttausend Möglichkeiten. Das Gehirn des Menschen ist so erfindungsreich für Völker, die sich nicht unterwerfen wollen. Dagegen, wenn Völker sich nicht wehren wollen, finden sie tausend Ausreden, warum sie sich nicht wehren wollen. Das deutsche Volk ist nicht wehrlos, weil es keine Waffen hat. Wenn man ihm heute Waffen in Hülle und Fülle in die Hand geben würde, so wäre in 2 Monaten nichts mehr davon da. Warum? Weil auch hohe Regierungsstellen sich weniger beteiligen würden an der Waffenübung als an der Waffenverschrottung. (Beifall!) In einem solchen Volke kann man von einer Entwaffnung gar nicht reden; da ist bereits der Geist entwaffnet. Wenn in einem Volk man so weit gesunken ist, daß es selbstverständlich erscheint, daß selbst Staatsminister ihre Provision beziehen an Waffenverschrottung, dann ist der Geist des ganzen Volkes ungesund. Das Volk ist wehrlos, weil seine ganze innere Anständigkeit abhanden gekommen ist. Wenn jemand dem deutschen Volke helfen will, kann er zuerst einen Satz festhalten: Solange unser Volk glaubt, daß ihm das Leben in der Welt geschenkt wird, und solange es glaubt, wenn andere streiten, daß es zusehen kann, um sich vielleicht einige Brosamen wegzuholen, solange ist ihm nicht zu helfen. Jedes Volk liegt so, wie es sich selbst bettet. Jedes Volk verdient das Schicksal, was es durch sein Handeln sich schafft. Kein Mensch hat das Recht, den Himmel anzurufen: "Herr mach uns frei!" Der Herrgott hat etwas anderes zu tun, als sich um diese Sorgen der Völker zu kümmern. Der Himmel wacht nur darüber, daß kein Feiger zur Freiheit kommt. (Starker Beifall!) Der Ruf "Herr mach uns frei!" ist Verzicht, aber der Himmel sagt: "Arbeite und bete!" Gewiß, hinter jeder Arbeit steht das Fragezeichen des Erfolges. Aber kein Bauer kann sich auf den Segen verlassen, kann sagen: "Heuer will ich fleißig

beten und nichts tun und abwarten, ob etwas kommt." Moltke sagt: "Auf die Dauer ist das Glück nur bei dem Tüchtigsten." Um die Lebensfrage unseres Volkes kommen wir nicht herum. Auch wenn ein Kommunist an die Regierung kommt, kommt er nicht um die Frage herum: 137 Menschen stehen auf einem Quadratkilometer; wie soll ich diese Menschen ernähren? Und wollen Sie dann ein Experiment marxistischer Art machen, dann machen Sie es wie in Rußland. Rußland ist ein Land des Kornreichtums, und trotzdem hat man durch dies Experiment das russische Volk zum Hungervolk gemacht. Wollen Sie das deutsche Volk ernähren, dann müssen Sie an die Spitze immer den Machteinsatz stellen. Ohne Macht werden Sie niemals dem deutschen Volk den Grund geben können, der ihm auf Grund seiner Kraft, seiner Zahl und der Faulheit der umliegenden Völker zusteht. Nun sagen ja die bürgerlichen Parteien: Das tun wir ja. Nein, so etwas kann man nicht nur rein äußerlich auffassen. Wenn Sie das deutsche Volk wieder erziehen wollen zu Machtgedanken, d. h. zum Selbsterhaltungstrieb, dann müssen Sie diesen Trieb einpflanzen in die eigenen Organisationen. Sie haben Organisationen, meine Damen und Herren, der nationalen bürgerlichen Welt. Die Organisationen wagen nicht mal, in vielen Gebieten des Reichs öffentlich aufzutreten. Wir wollen das deutsche Volk zum gesunden Selbsterhaltungstrieb erziehen. Diese Erziehung findet nicht statt auf theoretische Art, daß man hinter verschlossenen Türen das Kaiserlied singt oder ein gedämpftes Kaiserhoch ausbringt, aus Angst, es könnten andere hören. Damit löst man dies Problem nicht. Wenn Sie das deutsche Volk wieder zum Selbsterhaltungstrieb bringen wollen, muß jeder Mann entschlossen sein, sich dafür einzusetzen. Wir sind nicht eine Organisation, die durch die Gnade und Barmherzigkeit am Leben erhalten bleibt. Das Leben nehmen wir uns [*sic!*]. Wir kämpfen mit dem Geist jederzeit. Wir sind immer glücklich, wenn andere kommen, um mit geistigen Waffen mit uns zu kämpfen. Und wenn uns einer die Faust entgegenhält, wird er auch die Faust wieder bekommen. Wenn einer uns mit der Faust begrüßt, dem werden wir die Faust auch zeigen. (Großer Beifall!) Wir sind eine Organisation, die entschlossen ist, sich selbst zu wehren, und in der jeder einzelne Mann sich rücksichtslos dafür einsetzt. Und dieser Grundgedanke hat die ganze Erziehung der Nation zu beeinflussen. Sie hat jedem zu sagen: Es ist nicht richtig, daß du kein Recht zum Leben hast; der Himmel gibt dir alle Rechte auf dieser Welt, die er jedem anderen Menschen gibt; der Himmel sagt, auf dieser Erde sind alle Wesen gleich in ihrem Recht zum Leben, und sie haben das Recht, dies Recht zu verfechten. Der Himmel hindert nicht den freien Entschluß zur Selbstbehauptung. Jedes einzelne Reh und jeder Hase hat das gleiche Recht zum Leben. Das stärkere Tier vernichtet das schwächere, und nur das gesunde bleibt übrig. Der Mensch vernichtet das Tier und kümmert sich nicht um andere Rechte. Seine Existenz setzt er voran. Wer das Leben nicht selbst behauptet, der hat kein Recht zu diesem Leben. Dieser Grundsatz muß an die Spitze der ganzen Erziehung eines Volkes treten. Wenn aber ein Volk diesen Grundsatz in sich aufnimmt, so wird es noch nicht zu einem imperialistischen Eroberervolk. Nicht um zu herrschen wollen wir irgend etwas erobern, denn nicht einem cäsarischen Wahnsinn haben wir zu dienen, sondern nur der Erhaltung des eigenen Volkes. Der Anteil an der Herrschaft über die Erde, der uns zusteht, muß von uns erkämpft werden. Das Spiel der freien Kräfte wird im Völkerleben weiter walten. Schließ-

lich wird das tüchtigste Volk die Erde beherrschen. Wir wissen nicht, welches Volk es sein wird. Aber wir möchten unser Volk nicht ausscheiden von diesem Wettbewerb. (Bravo!) Und zweitens, wenn ein Volk ganz gebrochen erscheint, schwach ist an äußerer Kraft, dann muß es versuchen, seine inneren Kraftquellen wieder lebendig zu machen. Und da kommen wir zum zweiten großen Grundsatz der nationalsozialistischen Weltauffassung. Der Marxist sagt: "Zuerst sind wir Pazifisten." Und wir sagen: "Zuerst sind wir Deutsche." Das ist der Gegensatz. Der erste ist Internationalist, der zweite ist Nationalist. Wir sind verankert im Blut unseres Volkes und möchten diese Verankerung niemals lösen. Wenn der Marxismus sagt: "Alle Menschen sind gleich", sagen wir: "Alle Menschen sind verschieden". Der Buschmann hat nicht den selben Wert wie ein Skandinavier. Und ein Papua hat nicht den selben Wert wie ein Deutscher oder Engländer. Die Kultur wird getragen von wenigen bedeutenden Rassen. Ich kann nicht sagen, das deutsche Volk hat ein Lebensrecht, weil es 60 Millionen Menschen hat. Nein, das Lebensrecht meines Volkes leite ich nicht ab vom Anspruch auf Leben allein. Wir haben heute in Deutschland eine Lebensmöglichkeit, die ein Hottentotte nicht besitzt. Wir könnten heute unser Leben so organisieren, daß wir immer noch besser existieren als ein Negerstamm. Nein, das Recht zum Leben leite ich ab vom Wert, den ein Volk hat. Und dieser Wert sichert uns ein höheres Leben, als es ein Neger hat. Gewiß, der Neger mag glücklich sein, er kann auch die Fortschritte der Wissenschaft und der Technik genießen. Es ist einfach, das elektrische Licht anzuknipsen; aber es war schwer, die Erfindungen dahin zu führen. Das Recht, das wir am Leben haben, liegt begründet in unserer eigenen Arbeit und in dem Wert, den unser Volk auf der Erde darstellt. Aber zu diesem Wert muß sich ein Volk auch bekennen. Wenn ein Volk protestiert gegen ein Unrecht und leugnet seinen eigenen Wert, dann hat es kein Recht zu protestieren. Wir haben in Deutschland Parteien, die sagen: "Wir sind national." Was heißt national? Sehen Sie den kulturellen Ausdruck der nationalen Welt kritisch, dann sehen Sie überall Mist, Kapitulation. Die deutsche Kultur hat in den Bewegungen, die sich heute als nationale Parteien bezeichnen, keine Hüter mehr. Sagen Sie nur nicht: Was hat das für Bedeutung für die Zukunft? Wenn Sie in einem Volk die Quelle seiner eigenen Größe verschütten, dann verlangen Sie keinen Nationalstolz. Auf was sollen wir stolz sein? Sie, die nationalen Parteien, rauben die Voraussetzung für den Stolz. Ein Vater, der ruhig zusieht, wie sein Kind langsam an einem Laster zugrunde geht, ist schuldig daran. Wenn man sich verantwortlich fühlt für sein Volk, hat man dafür zu sorgen, daß das Volk einen solchen Weg nicht beschreitet. Hat sich der nationale Gedanke zu einem universellen Gedanken der Hingabe an das ganze Volk umgewandelt? Ist die Form nicht mehr als äußerlich geblieben? Und wo ist das Ziel dieser ganzen nationalen Erziehung? Sie selbst sagen: "Wir möchten gern ein nationales Volk haben", und leisten Vorschub an der blutmäßigen Vergiftung unseres Volkes. Sie sehen nicht, wie das Volk in der Großstadt blutmäßig vergiftet wird. Sie selbst geben große Teile des deutschen Volkes in die Hand von Führern, die ihrem Blut nach gar nicht Deutsche sind. (Bravo!) Aber Sie erwarten, daß dieses Volk eines Tages nationale Geschichte machen wird. Ja, wieso denn? Das ist doch nicht möglich. Wenn mir heute z. B. ein deutscher Arbeiter sagt: "Mir ist es gleichgültig, wer in Deutschland regiert, ein Arier oder ein Jude", dann würde ich das von sei-

nem Standpunkt aus begreiflich finden. Wenn aber ein Gebildeter dasselbe sagt, dann sage ich: Warum läßt du denn deinen Sohn studieren; die Ärzte werden doch in kurzer Zeit zu 96 % Juden sein, die Rechtsanwälte und die Professoren ebenfalls, der Handel ebenfalls. Zu was läßt du deinen Sohn studieren? Dann spar doch dein Geld! Du gibst die Leitung deines eigenen Volkes fremden Menschen preis und sagst zugleich: Wir sind national. Glauben Sie mir, wenn nicht in Deutschland eine Bewegung kommt, die den Menschen lehrt, daß sie in ihrem eigenen Blut das höchste sehen, wird Deutschland niemals wieder aus seiner Verseuchung herauskommen. Es gibt hunderttausend Intellektuelle, die sagen: Deutschland wird nicht untergehen; einmal wird sich unser Volk erheben. Ja, wer wird sich erheben? Unser Volk wird sich einmal wehren. Wer wird sich wehren? Es wird einmal kämpfen. Was heißt denn das? Es wird einmal sein Blut einsetzen. Was setzt denn du ein im Schicksalskampf deines Volkes? Bist du auch bereits zu jenem großen Opfersinn herangereift, für die Nation alles hinzuschleudern? Nein, dein ganzer Nationalismus ist hohl, oberflächlich. Du kannst nicht verstehen, wenn unten auf der Straße Tumult ist, und du siehst da braune Hemden, die da kämpfen. "Wieder diese Nationalsozialisten! Keine Ruhe können die geben!" Und am nächsten Tage sagst du: Die deutsche Nation wird einmal wieder auferstehen. Auferstehen werden nicht diejenigen, die unterm Bett da stecken, sondern auferstehen wird das Volk, das heute schon kämpft für seine Auferstehung. (Beifall!) Wenn sie zu dir kommen würden und sagen: "Opfere ein Zehntel deiner Zeit", würdest du sagen: "Das macht im Jahre soundso viel aus; bist du verrückt?" Von dieser Opferbereitschaft geht dieser Geist aus, der weiter wirkt. Du sagst: "Wir werden es ja nicht machen, aber unsere Kinder." Deine Kinder? Wenn du welche hast, dann lernen sie ja nur pazifistische Unterwürfigkeit. Sie lernen nur die Wirkung eines dauernden Bittens vor Genf [18]. Sie werden in der Beharrlichkeit im Kriechen, im Knechtsdienst erzogen. Wie sollen die Kinder etwas anderes kennen, wenn sie es nicht lernen? Glaube mir, wenn die Welt deinen Weg weiterginge, die Kinder würden nur die Vollstrecker deines Verbrechens werden. Ein anderer Geist muß in das Volk hineinkommen. Wir bauen auf die Kinder, weil die Kinder von einst wieder die Männer von jetzt sein werden [*sic!*]. Wenn die braunen Männer aufmarschieren, werden die Kinder fragen: Was wollen diese Männer? Und dann werden sie wieder Mut bekommen. Dann werden sie wieder das Gefühl erhalten, daß die Unterwürfigkeit etwas Erbärmliches ist. Dann werden die Kinder nicht mehr anbeten Gustav Stresemann, sondern Clausewitz. Dann werden diese Kinder einst wieder Mitfechter für die deutsche Freiheit. (Bravo!) Freilich, wir wissen, dies ist überschwengliche Leidenschaft. Leidenschaft vom Völkerschicksal. Bilde dir nicht ein, daß nüchterne Kälte der Erwägungen Völker zum Siege führt. Das ist die beliebte Taktik der Feigen, daß sie ihre Taten als den Ausfluß reiflicher Überlegung hinstellen. Diese kluge Vorsicht hat noch niemals die Freiheit der Völker ausgemacht. Die Freiheit erlangen sie erst dann, wenn die Völker ihrer Freiheit alles untergeordnet haben. Die ganzen sozialen Versprechen sind eitel Humbug. Versprechen kann man dir alles; erfüllt wird nichts. Erfüllt könnte es erst dann werden, wenn eines Tages das Schicksal deines Volkes selbst entschieden wäre. Ich weiß, mancher verflucht mich. Es wäre viel leichter, wenn ich so reden würde wie an-

18 Sitz des Völkerbunds.

dere. Das Geschwätz, was andere führen, machen [*sic!*]? Ich glaube, ich hätte mich mit 16 Jahren geschämt, wenn ich nicht darüber hinausgewachsen wäre. (Bravo!) Das Geschwätz von Kapitalismus usw. ist spielend leicht. Wenn ich das mitgemacht hätte, dann wäre kein Redeverbot [19] gekommen, dann hätte ich immer reden dürfen. Da wäre ich vielleicht würdig befunden worden, unter den Weisen in Berlin in einer gewissen Straße zu sitzen und an den Geschicken des deutschen Volkes mitzumachen.

Dann komme ich zum dritten Faktor, der notwendig ist, daß er ein ganzes Volk erfaßt, nämlich zur Anerkennung des Persönlichkeitswertes. Tausende von Bürgern sind heute stolz darauf, in einem demokratischen Staate zu leben. Sie wissen gar nicht, was das Wort Demokratie heißt. Demokratie heißt tatsächlich Herrschaft der Dummheit. Und weshalb heißt es Herrschaft der Dummheit? Weil Demokratie Herrschaft der Majorität ist, und die Majorität ist zu allen Zeiten der Ausdruck der Minderbegabung. Wenn Sie z. B. 100 Männer nehmen, eine Kompanie, und Sie lassen dort durch Majorität abstimmen, dann wird stets der schwächere Entschluß kommen, weil in einer Kompanie nicht 99 Helden sind, sondern vielleicht 2-5. Unter 100 Männern sind auch nicht 99 Weise, sondern vielleicht keiner, vielleicht auch einer. Wenn du nun abstimmen läßt, wird niemals der Kluge zur endgültigen Herrschaft gelangen können, weil sich die Dummheit stets gegen den Klugen verbünden wird. Zu allen Zeiten ist die Dummheit der größte Gegner gegen die bedeutendsten Köpfe gewesen. Nun sagst du: Was brauchen wir bedeutende Köpfe; es geht ja nach der Majorität. Wenn ich mir deine Repräsentanten im Parlament ansehe, muß ich sagen: Gott sei dank, die Demokratie trägt ihre Früchte. (Großer Beifall!) Das ist jene Geistigkeit, die allein aus der Demokratie herauskommen kann. Es ist erfreulich, das zu sehen. Man lebt in einer Zeit, die die ungeheuersten Umwälzungen gebracht hat. Ungeheure Schlachten, wie die Erde sie noch niemals gesehen hat. Revolution. Staaten brechen zusammen. Und man blickt in den deutschen Reichstag hinein: alles wie einst; dieselben Köpfe, auch inwendig dieselben Köpfe. Der gleiche Betrieb, wie er stets gewesen ist. Die Demokratie allerdings hat gesiegt. Die Majoritäten haben gesiegt. Das deutsche Volk aber wird daran zugrunde gehen. Das deutsche Volk braucht Kühnheit, Entschlossenheit. Und das suchen Sie in der deutschen Volksvertretung vergebens. (Beifall.) Freilich sagt der Mann von rechts: Sie Revolutionär, was wollen denn Sie eigentlich tun? Wer ist Revolutionär? Nicht ich, sondern du. Die ganze Menschheitsperiode hat, soweit sie gestaltend war, die Demokratie nicht gekannt. Weder Rom noch England sind Demokratien gewesen. In England hat eine ganz kleine Gruppe von Menschen tatsächlich regiert. Auch in der westlichen Demokratie würde der Bürger ganz anders sprechen, wenn ich sagen würde: "Also, Sie wollen Demokratie. Fangen wir in Ihrer Fabrik an, sie nach den Grundsätzen der Demokratie zu leiten, indem über alles die Majorität bestimmt!" Nein, da geht es nicht so. Vielleicht auf dem Bauernhof, indem kein Bauer mehr bestimmt, sondern die Majorität

19 Anspielung auf die Redeverbote, die mehrere Länder gegen Hitler verhängt hatten. In Bayern von März 1925 bis Mai 1927, in Baden von April 1925 bis April 1927, in Preußen von Sep. 1925 bis Sep. 1928, in Hamburg von Okt. 1925 bis März 1927, in Anhalt von Okt. 1925 bis Nov. 1928, in Sachsen von Feb. 1926 bis Jan. 1927, in Oldenburg von Feb. bis Mai 1926, in Lippe seit März 1926 sowie in Lübeck von März 1926 bis Mai 1927. Vgl. Tyrell, Führer, S. 107 f.

der Knechte und Mägde? Da geht es auch nicht. Ja, aber dann in der Kunst. Lassen wir die Symphonien machen nach Majoritäten! In der Wirtschaft, in der Verwaltung geht es auch nicht. Vielleicht beim Militär? Man kann doch nicht in der Kompagnie abstimmen lassen, ob sie angreifen wollen oder nicht. Nirgends geht es, aber beim Staat, in der Gesamtheit, da soll es gehen. Wenn bei dir eine Hose zerreißt, gehst du nicht zum Konditor oder zum Schuster, sondern zum Schneider. Und wenn du ein paar Stiefel reparieren lassen willst, gehst du nicht zum Schneider sondern zum Schuster. Hosen kann nur derjenige machen, der es gelernt hat, und Stiefel kann auch nur derjenige reparieren, der es gelernt hat. Aber den Staat regieren, das kann jeder, wenn er gewählt wird! (Bravo!) Da steht z. B. ein Kandidat der Volkspartei gegenüber einem Kandidaten der Sozialdemokratie. Es handelt sich um *eine* Stimme, und diese Stimme wird in Berchtesgaden abgegeben. Und wer gibt sie ab? Die Zenzi, die Sennerin auf der Alm. Und die Zenzi gibt sie auch nicht nach eigener Überlegung ab, sondern der geistliche Herr sagt ihr, welche Stimme sie abgeben soll. Und durch die Stimme des Fräulein Zenzi von der Alm kommt der Mann einer Weltanschauung in den Reichstag. Wenn nun eine wichtige Frage zur Debatte steht, dann gibt vielleicht dieser Mann den Ausschlag; d. h., die Zenzi von der Alm hat Deutschland gerettet. (Bravo!) Glauben Sie, daß die Kandidaten ausgewählt werden mit Vernunftgründen? Wenn Friedrich der Große käme und der Staatsmann bringt es nicht fertig, eine Majorität zusammenzubringen, dann muß er gehen. Es geht danach, daß er Majoritäten zusammen bekommt. Damit wird das Amt des Staatsmannes zu einem Amt des gewöhnlichen kleinen Schiebers. Zur Zeit der Befreiung Deutschlands 1813 gab es Staatsmänner wie Freiherr vom Stein, überhaupt Männer. 1920 und folgende Jahre gibt es nur Majoritäten und Majoritätenbändiger. Alles, nur keine Köpfe. Da sagen nun die bürgerlichen Parteien: Wir sind ja auch gegen den Parlamentarismus. Aber sie haben ja den Parlamentarismus in ihren eigenen Parteien. Die einzige Bewegung, in der es keine Majoritätenabstimmung gibt, sondern der ganze Apparat aufgebaut ist auf dem Prinzip der jeweiligen Verantwortlichkeit, ist die nationalsozialistische Bewegung. Als ich den Versuch machte, das Deutsche Reich wieder aufzurichten, hatten wir bei unserm Beginnen auch eine Mehrheit. Aber die Mehrheit versagte. Jeder setzte nun seine Persönlichkeit ein. Und niemand würde ihn der Verantwortung entbinden, wenn er sagen würde: "Damals hat eine Majorität abgestimmt." Entweder man ist Führer oder man ist Knecht, eins von beiden. Man kann nicht der Diener von Majoritäten und zugleich der Diener seines Volkes sein. Wenn ich der Diener meines Volkes sein will, muß ich der Feind aller Majoritäten sein. Man kann seinem Volke nur dienen, wenn man dafür sorgt, daß der Majoritätsgedanke vernichtet wird und statt dessen der Führergedanke wieder in Erscheinung tritt. Sie sehen ja die Konsequenz aller Demokratie. Das Bürgertum selbst hat die Demokratie eingesetzt und wundert sich, wenn der marxistische Redner ihren Repräsentanten von früher die Köpfe herunterreißt. Entweder man glaubt an die Majorität, dann verzichtet man auf die Persönlichkeit, oder man glaubt an die Persönlichkeit, dann muß man die Majoritäten vernichten, wo man sie antrifft. Das ist die weltanschauliche Plattform für eine große deutsche Reorganisationsbewegung. Unser Volk ist immer mehr zersplittert in Konfessionen, Parteien, Sozialisten, Nationalisten usw. Euer Sozialismus und euer Nationalismus wird bei uns vereint.

Ein Mensch, der mir sagt: "Ich bin Bürger und Nationalist zugleich", der sagt etwas Unmögliches. Nationalist kann ich nur sein, wenn ich nicht einer Klasse angehören will. Ich kann nur Nationalist sein, wenn meine ganze Hingabe sich konzentriert auf den Begriff Nation an sich. Auch der Staat ist nur ein Mittel zum Zweck. Das Volk lebt und formt sich seinen Staat. Der Inhalt ist das Volk selbst. Damit wird der Begriff "national" losgelöst von allem äußeren Hurrageschrei, von allen bestimmten wirtschaftlichen Ansichten usw. Denn Gegensätze, die in der Wirtschaft liegen, sind stets vorhanden, die werden niemals vergehen. Aber der Nationalismus erklärt nur, daß kein wirtschaftlicher Gegensatz größer sein kann und darf als die gemeinsamen Bindungen, die ein Volk besitzt. Wenn ein Volk dies Gemeinsame verliert, verliert es die Kraft zur Erfüllung der Wünsche, die alle Wirtschaftsgruppen hegen. Sowie ein Volk seine Kraft, die es besitzt, vergeudet im inneren Kampf der Berufe und Stände gegeneinander, opfert es die Kraft, die es braucht, um nach außen vor der Welt zu bestehen. Das haben wir heute. Während auf der einen Seite die Kommunisten schreien: "Nieder das Bürgertum!", und die anderen: "Hoch das Bürgertum, nieder mit dem internationalen Proletariat!" steht oben darüber der Völkerbundskommissar [20]. Und wenn seine Stimme erschallt, schweigen die beiden. Denn die beiden bringen es nicht fertig, das gegenseitige Gezänke zu lassen und diesem Herrn gegenüber wieder das deutsche Volk zu setzen. Über unseren Wirtschaftskämpfen liegt eine große gemeinsame Not. Und so sage ich weiter: Weil wir nationalistisch sind, müssen wir Sozialisten sein. Niemals wäre die Kraft unseres Volkes zu mobilisieren, wenn dieser Kraftausdruck beschränkt wäre auf eine Klasse. Die ganze deutsche Intelligenz erwartet nationale Freiheit und vergißt, daß sie sie nie erreicht, wenn nicht eines Tages auch die Regimenter der Arbeiter hinzukommen und sich genauso in den Dienst der Freiheit stellen wie die Intelligenz allein. Das ist die erste Voraussetzung für jede deutsche Wiederauferstehung, für jede Befriedigung deutscher sozialer Wünsche und für jede Befriedigung deutscher nationaler Hoffnungen. Und wenn Sie fragen: "In welchem Rahmen gedenken Sie, die sozialen Probleme zu gestalten?" so sage ich: "Erhaltung der nationalen Volksgesundheit und Erhaltung der nationalen Wirtschaft." Wir werden von unsern Leiden nicht erlöst, solange wir von Welthandel, Weltwirtschaft und so weiter phantasieren. Wenn schon unser Volk Kraft braucht zum Leben, dann lieber es in der nationalen Wirtschaft suchen als in der Weltwirtschaft. Es ist eine grundsätzliche Gesinnung, die wir dem ganzen Staat aufprägen wollen. Es darf nicht bei uns so werden, daß eines Tages nichts übrig ist von unserm Bauernstand und nur Großstädte da sind. Es heißt nicht, uferlosen Schutzzoll oder uferlosen Freihandel, sondern Förderung der natürlichen Lebensvoraussetzungen unseres Volkes, auch wenn es im Augenblick dem Volk hart erscheint. Es ist staunenswert, wie einheitlich die nationalsozialistische Bewegung heute schon ist und wie diese junge Bewegung in wenigen Jahren sich eine Festigkeit der Organisation zuzulegen vermochte. Die Parteien der Bürgerlichen rechnen nur mit Zahlen, um ihre Stärke zu messen. Die nationalsozialisti-

20 Gemeint ist: Seymour Parker Gilbert (1892-1938), Rechtsanwalt, 1921-1923 Staatssekretär im amerik. Finanzministerium (Republican Party), 1924-1930 Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen.

sche Bewegung hat heute ihr 100.000stes Mitglied bekommen [21]. (Beifall!) Ich protestiere aber dagegen, daß man heute sagt, damit habe sie so viel wie die Demokraten, 100.000 an der Zahl. Denn an Gewicht sind sie gleich 10 Millionen der anderen. (Bravo!) Das ist erreicht worden in 9 Jahren. Diese 9 Jahre nationalsozialistischer Bewegung sind 9 Jahre des bitteren Kampfes gewesen. Sie wurde bekämpft, erst mit Totschweigen, dann wurde sie der Lächerlichmachung preisgegeben, dann der Verfolgung preisgegeben, der Unterdrückung, des blutigen Terrors. Aber wir haben durchgehalten, und aus den 7 von einst [22] sind 100.000 geworden. Und was jetzt da ist als Hunderttausend, das ist im wahren Sinne deutsches Volk. Das sind nicht Bürger und Marxisten, das sind Deutsche, sonst gar nichts. Sie können uns verfolgen, uns das Brot nehmen. Aber die Bewegung wird weiter wachsen, wie sie bisher trotz aller Unterdrückung, trotz aller Redeverbote gewachsen ist. Man sieht es an den überfüllten Versammlungen, wie die Menschen Sehnsucht haben nach neuen Ideen, neuer Pflichtbestimmung. Sie warten auf die Stunde, daß ein neuer Geist kommt und daß dieser Geist der deutschen Erneuerung siegen wird. (Stürmischer, anhaltender Beifall!)

23. Oktober 1928 — Dok. 38
"Weihnachtsfeier"
Anordnung

VB vom 26.10.1928 [1].

Wie in früheren Jahren, so wird auch heuer wieder an Weihnachten eine große

Zentral-Weihnachtsfeier [2]

stattfinden, und zwar am *Freitag*, den *7. Dezember 1928* [3], im großen Saal des Bürgerbräukellers.

Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wird unter dem Vorsitz des Pg. Stadtrat Christian *Weber* [4], München, ein *Weihnachts-Festausschuß* gebildet.

21 Am 1.10.1928 war die Mitglieds-Nummer 100.000 der NSDAP vergeben worden; da freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden, ist die tatsächliche Mitgliederzahl niedriger anzusetzen. Vgl. Tyrell, Führer, S. 352 sowie Dok. 13, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 30.10.1928.

2 Vgl. auch den Aufruf Christian Webers im VB vom 10.11.1928, "Aufruf".

3 Die Weihnachtsfeier wurde auf den 11.12.1928 verschoben (Dok. 65). Am 7.12.1928 sprach Hitler auf einer NSDAP-Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller (Dok. 62).

4 Christian Weber (1883-1945), Pferdehändler, 1921 Eintritt in die NSDAP, Angehöriger des "Stoßtrupp Hitler", 1921-1923 Organisator der NSDAP-Reichsleitung, 1923/24 Schutzhaft wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926-1934 Stadtrat in München, 1931-1933 Kreisrat, 1935-1945 Ratsherr und Ratspräsident der Stadt München, 1933-1945 Präsident des Kreistags von Oberbayern.

Pg. *Weber* ist von mir beauftragt und bevollmächtigt, den Weihnachtsausschuß aus geeigneten Pgg. und Pggn. zusammenzusetzen, und wurde mit der Leitung der gesamten Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung dieser Feier betraut.

München, den 23. Oktober 1928

gez. *Adolf Hitler*

23. Oktober 1928 Dok. 39
"Warum Volksbegehren gegen 50 Millionen zum Panzerkreuzerbau und nicht Volksbegehren gegen den Dawestribut von 2.500 Millionen jährlich?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [2]

Deutscher Michl vom 2.11.1928, "Versammlung der N.S.D.A.P. im Ludwigsbau am 23. Oktober 1928. Brandfackeln, Panzerkreuzer, 2.500 Millionen Dawestribut" [3].

Die "Roten" haben geglaubt, für sich allein das Recht beanspruchen zu müssen, öffentlich auf Straßen und Plätzen zu demonstrieren gegen die 1. Rate von ca. 7 Millionen [4] zum Bau des Panzerkreuzers A. Der Zweck der Marxisten sei gar, dagegen in der Tat zu demonstrieren, denn sie haben ja dem Bau dieser Panzerkreuzer selbst zugestimmt [5]. Der Grund der roten Demonstration läge viel, viel tiefer. Zur Zeit wird nämlich geschachert um die Eisenbahnobligationen und sonstiges Volks- und Nationalvermögen und um die Abführung von *jährlich 2,6 Milliarden* Dawestribut [6]. Um diesen Schacher zu verdecken, wird durch derartige marxistische Betrugsmanöver das Volk davon abgelenkt und der Schwindel mit dem Bau der Panzerkreuzer aufgewärmt. Diese wässerigen Machenschaften werden begründet, daß die roten Irrlehrer schreien: "Baut mit dem Geld Wohnungen, speist damit arme Kinder u.s.f."

In Wirklichkeit diktiert der Reparationsagent Parker Gilbert aber den Wohnungsbau und dirigiert die Finanzen des deutschen Volkes, das überhaupt keine Finanzhoheit mehr besitzt.

Mit diesen 7 Millionen könne zudem auch gar nicht so viel ausgerichtet werden, als mit den jährlich zu zahlenden Dawestributen von 2,6 Milliarden Mark. Hitler betont weiter, daß das deutsche Volk seit 5 oder 6 Jahren nur vom "Pump" lebt, und für diese

1 Titel laut Deutscher Michl.
2 Im Ludwigsbau, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung wurde von MdL Karl Wahl geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Hitler sprach etwa zwei Stunden.
3 Vgl. auch VB vom 31.10.1928, "Die Werbewoche unserer Augsburger Parteigenossen".
4 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.
5 Anspielung auf die Kabinettssitzung am 10.8.1928, auf der einstimmig der Bau des Panzerkreuzers beschlossen worden war. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 61 ff.
6 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

geborgten Gelder wird ein Stück Volksvermögen nach dem andern verpfändet. Die Steuern, Zölle, Einnahmen der "Reichsbahn" u.s.f. In diesen Dingen schreien die *Roten* nicht nach ihrer Internationale. Heute sei Deutschland nun soweit, daß es in etwa zwei Jahren nichts mehr zu verpfänden haben wird, darum wird jetzt schon an einem Tabakmonopol gearbeitet, ein Luftverkehrsmonopol wird erstrebt, und so werden alle Milliardenwerte konzentriert, gegen welche die Summe der Panzerkreuzer eine Null bedeutet. Es sind nur Ablenkungsmanöver, um diese räuberischen Machenschaften zu verdecken.

Hitler meinte, er wollte gerne sehen, wieviel Wohnungen z. B. der Kommunistenhäuptling Thälmann [7] für die 7 Millionen gebaut haben würde, wenn man ihm diese 7 Millionen gegeben hätte. (Großes Händeklatschen und lärmende Zustimmung!)

Die Sozialdemokratie sagt: Deutschland ist der Friedensstörer, Deutschland bedroht die Welt, Deutschland muß abrüsten usw., aber nur Deutschland allein. Nach den Sozialdemokraten brauchen dies die anderen Staaten nicht. England und die anderen Staaten rüsten um die Wette mit 38.000-Tonnen-Kreuzer[*n*] [8], gegen die sich die Panzerkreuzer von 10.000 Tonnen, wegen denen sie jetzt das Geschrei anhuben, sich wie winzige Nußschalen ausnehmen, und die Kommunisten schreien in Deutschland: "Waffen nieder!"

Es fiele der N.S.D.A.P. gar nicht ein, dagegen Stellung zu nehmen, wenn nicht gerade jetzt die Gefahr bestünde, daß durch diesen marxistischen Betrug und Schwindel das deutsche Volk auch *innerlich* abrüste, infolge bewußter Irreführung dieser Herren.

Die Republik hat das ganze Volks- und Nationalvermögen weggenommen, sagt Hitler weiter und zählt das wenige, was uns noch an Schiffen belassen [*wurde*], auf. Es handelt sich dabei um alte schwache Kästen, die zu einer Verteidigung gegen Polen oder Rußland nicht einmal ausreichen würde[*n*]. Dies ist jedoch nicht *seine* Ansicht, sondern das Urteil der Engländer.

Zudem ist uns sogar von unseren Feinden in dem Schandvertrag von Versailles noch zugestanden worden, daß wir das Recht haben, die uns belassenen sechs alten unmodernen Kreuzer von 13.000 Tonnen durch sechs brauchbare 10.000-Tonnen-Kreuzer zu ersetzen [9]. Und gegen das, was uns die Feinde zuerkannten, demonstrieren heute die mehr als erbärmlichen Roten.

Hitler fährt fort: Es liegt in der Natur, daß immer die Kämpferstaaten bestimmen, aber nie ein Volk, das unfähig und feige den Kämpfen zusieht, mitreden können wird. Ein Beispiel dafür wäre, wenn zwei Athleten miteinander ringen, dann würde sich nie der Sieg[*er*] von diesen von einem danebenstehenden Zwerg, der dazu noch ein Feigling sei, niederringen und um seinen Sieg bringen lassen. Scharnhorst stellte sich auch zum

7 Ernst Thälmann (1886-1944), Arbeiter, 1903 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, 1919 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (USPD), 1920 Eintritt in die KPD, 1924 Führer des Roten Frontkämpferbundes und stellv. Parteivorsitzender, 1924-1933 MdR, 1925-1933 Parteivorsitzender der KPD, 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

8 Anspielung auf die im Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922, Artikel V, für die Kriegsflotten der Großmächte festgelegte Höchstwasserverdrängung von 35.000 t für Großkampfschiffe. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Bd. 1, S. 247 ff.

9 Vgl. Dok. 34, Anm. 12.

Kampfe gegen Napoleon, und dadurch war es möglich, daß dann Preußen mitzureden hatte.

Er stellte dann die Frage: Hat es Deutschland notwendig, in Zukunft an der Neugestaltung der Weltgeschichte teilzunehmen oder nicht? Mit Abliefern von Tributen, Sparen und Hungern kann man nirgends mitbestimmen. Die Sieger passen sich mit der Zeit den Tributzahlungen an, stellen sich darauf ein und dann verlangen sie diese immer weiter. Der französische Staat braucht unseren Tribut, um konkurrenzfähig zu werden auf dem Weltmarkt, ebenso die übrigen feindlichen Staaten. Wenn z. B. China oder sonst ein Staat einen großen Auftrag zu vergeben hat, so wird ihn immer derjenige erhalten, der am billigsten liefern kann. Mit den Tributzahlungen werden die Feindbundstaaten aber immer billiger sein können, weil sie die hohen Abgaben wie wir Deutsche nicht draufschlagen müssen. Die Ursache der Tributzahlungen sind [*sic!*] daher die Ausschaltung des deutschen Volkes aus der Weltwirtschaft.

Die Kommunisten sagen: Zur Wirtschaft braucht man keine Machtmittel, das geht alles friedlich. Warum baut denn dann Sowjetrußland nicht ab, sondern verstärkt sein Heer und seine Flotte? Gewehrgriffe, Paraden und Gleichtritt sind überflüssig, schreien die Kommunisten weiter, warum aber sind dann dieselben in Sowjetrußland nicht überflüssig?

Hitler kommt dann auf die "Errungenschaften" der Revolution zu sprechen und frägt: Was hat sich seit der Revolution vermehrt? Was ist größer geworden? Die Vermehrung besteht nur in Paragraphen und in marxistischem Geist. Früher waren Kaiser und Könige mit Paragraphen geschützt, heute dagegen ist auf Grund des Republikschutzgesetzes jeder Beamte geschützt [10]. Und der Geist? "Den kennen wir, namentlich, wenn man die Köpfe von euch ansieht," sagte er. (Langanhaltender Beifall!) Der Marxismus versprach: "Freiheit, Schönheit und Würde" [11]; aber wie sieht es damit aus? Wo ist die Freiheit, daß man nicht einmal kann, was man gerne möchte, und die Schönheit und Würde besteht in Hungern und Stempeln. Wäre der Marxismus ehrlich geblieben, dann hätte er [*dafür*] sorgen müssen, daß die Lebensbedingungen des Volkes erträglichere geworden wären und daß namentlich der deutsche Arbeiter auskömmlicher leben kann. Dazu ist nicht bloß die Steigerung der Produktion nötig, sondern auch die Teilnahme an dieser Steigerung erforderlich.

Italien hat beispielsweise heute zu wenig Weizen, um sein Volk zu ernähren, es kann daher den Kopfverbrauch verteilen, aber nicht erhöhen. Das Judentum hat den Völkern das Verständnis für Boden und Erhöhung der Produktion genommen. Walther Rathenau, der hundertfache Aufsichtsrat hat auch die Produktionsgüter, ähnlich seinem Vorfahren "Josef aus Ägypten", durch Zwangswirtschaft verteilt, aber erhöht hat er sie nicht [12]. Hätte man dem Volke die Zwangswirtschaft nicht aufgedrängt, dann wäre sicher die Produktion erhöht worden; so ist die Produktion aber nur "verschoben" worden.

10 Vgl. Dok. 27, Anm. 10.

11 Aus einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 13.11.1918. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, Dok. 42.

12 Anspielung auf Walther Rathenaus Tätigkeit als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung beim preuß. Kriegsministerium 1914/15. Vgl. Dok. 34, Anm. 24.

Deutschland ist auch das einzige Land, das entsprechend den marxistischen Theorien die Sozialgesetzgebung ein- und durchgeführt hat. Aber trotzdem man diese Soz[*ial*]Vers[*icherung*] in anderen Ländern überhaupt nicht kennt [13], haben diese alle weit bessere Lebensbedingungen wie das deutsche Volk. Die Lebensvoraussetzungen sind daher nicht marxistische Theorien, sondern die Raum- und Bodenvoraussetzung der Erde, die das Volk bewohnt. Der Redner kommt dann auf die Verschiebung der Bodenverhältnisse durch die Eiszeit und den dadurch entstandenen Kampf der Völker um die Bodenverhältnisse, um darauf Volksgüter für sich zu erzeugen. Das Gesetz der Kraft wird stets die Lebensmöglichkeit des Volkes entscheiden, und es ist daher richtig, daß die Völker den Boden bearbeiten und Schätze erzeugen. Menschen erzeugen Kultur, Kultur verfällt und vergeht. Nach tausenden von Jahren entsteht aus Trümmern immer wieder neue Kultur; aber nur durch die Kraft des Menschen. Der Marxismus müßte [*dafür*] sorgen, daß genügend Grund zur Erzeugung und Schaffung von Lebensmöglichkeiten herkommt. Dem deutschen Volk gehört mehr Raum und Grund, und deshalb muß das deutsche Volk zuerst die Bodenfrage lösen, um seine Ernährung zu gewährleisten. Der Marxismus aber sagt: Das ist nicht notwendig. Er verlangt Verringerung der Geburten (Abtreibung! Die Red.) und verlangt Lebensbeschränkung, aber nur für Deutsche, für andere gilt das nicht! Die Not des Volkes wird also dazu hergenommen, die Geburten usw. einzuschränken. Zur Auswanderung nehmen sie z. B. ca. 80.000 Menschen heraus [14], die aber alle gesund und fehlerfrei sein müssen, also von den Besten die Besten. Was dann im Verlauf noch übrig bleibt, ist klar. Deutschland hat ca. 137 Menschen auf einen Quadratkilometer [15], wir müßten daher auf 40 oder 45 Millionen heruntersinken, durch Geburtenrückgang nach Ansicht der Marxisten. Alle anderen Völker dürfen noch ins Ungemessene wachsen, nur Deutschland nicht.

Es gab einmal eine Zeit, wo deutsche Geschichte Weltgeschichte war. Das war die Zeit der deutschen Hansamacht. Diese Macht konnte sich aber nur halten, solange die politische Macht dahinterstand. England kehrt heute die Wirtschaftsmacht und Politik in Wirtschaft und Wirtschaft in Politik um. Wir produzieren mehr als wir brauchen. Mehr abzusetzen ist daher auch der Kampf. England hat sich machtpolitisch den Absatz gesichert. England beherrscht die Völker nicht, um sie etwa zu kultivieren sondern um sie auszunützen.

Wenn nun die marxistische Partei mithilft, ihr eigenes Volk auszurotten, so ist dies das Erbärmlichste ihrer Wahnlehre, denn sie nimmt damit dem Volk die Kraft zum Wiederaufstieg. Deshalb ist der Marxismus lauter Schwindel und bewußte Lüge. Nicht der Marxismus, sondern der Reparationsagent [16] baut Wohnungen, und wenn wir Nationalsozialisten sagen, wir bauen Panzerkreuzer, dann fällt das rote Gesindel über uns her.

---

13 Die ersten Gesetze zur Sozialversicherung datieren im Deutschen Reich von 1883, in Österreich-Ungarn von 1887, in Frankreich von 1910, in England von 1911. Vgl. auch Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England im Vergleich, München 1983.

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 9.

15 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.

16 Parker Gilbert.

Solange das deutsche Volk sein Schicksal nicht selbst ändert, ist ihm nicht zu helfen, die anderen ändern es nicht. England kämpfte um die Erhöhung seines Absatzes und Gewinnung zuerst Spanien nieder [*sic!*], dann Holland, dann kam Frankreich an die Reihe. Als dann Deutschland an Frankreichs Stelle trat, richtete England Bündnisse auf, um das deutsche Volk niederzuknüppeln und vom Weltmarkt zu verdrängen, und nahm ihm seine Kolonien weg. Jetzt richtet England seinen Kampf gegen Amerika, das hinsichtlich Weltmarkt und Flotte Deutschlands Platz besetzt hat.

Deutschland verliert jährlich z. Zt. rund ca. 800.000 Menschen durch Geburtenrückgang, Selbstmord aus Not u.s.w. Wenn dieser Menschenverlust etwa 80 Jahre weitergeht, dann wird das deutsche Volk von selbst verschwinden, das sind dann auch alles marxistische Errungenschaften.

Unsere Aufgabe ist es daher und muß es daher sein, das Volk von diesen phantastischen marxistischen Versprechungen und Irrlehren wegzureißen. (Minutenlanger Beifall!) Marxismus ist soviel, daß, wenn der Kampf der Nationen beendet ist, der Kampf der Internationalen beginnt; denn soviel Führer wie diese unter sich haben, hätten gar nicht an der marxistischen Futterkrippe Platz. (Großer Beifall.)

Die Marxisten haben uns belogen: Wenn das Volk nur abrüstet und die Fürsten abdanken, dann will niemand mehr was von ihm. Wenn es die Schiffe und die Waffen abliefert, dann ist alles gut; dann kommt die Selbstbestimmung und Freiheit des deutschen Volkes. Wie steht es heute mit diesem Betrug? Das deutsche Volk wird weiter geplagt und ausgesaugt. Das deutsche Volk wird erst durch Kämpfen wieder aufsteigen, das ist unser Wunsch und Ziel. [17]

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

27. Oktober 1928 **Dok. 40**
"Unser Schicksal heißt Deutschland" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Passau [2]

Masch. Aufzeichnung [3] mit hs. Korrekturen vom 27.10.1928; BA, NS 26/55 [4].

Deutsche Volksgenossen u[*nd*] -genossinnen!

Innerhalb weniger Tage bin ich nun wieder einmal im Norden und Süden des Deutschen Reiches gewesen, wie Holstein [5], Oldenburg [6], Schwaben [7] u.s.w., u[*nd*] kam heute nun wieder nach Passau [8]. Überall fand ich dieselben Säle, die viel zu klein sind, um unserer Bewegung gerecht zu werden, überall die gleiche Sehnsucht nach einer neuen Idee. Was führt uns nun hinein in diese Massenversammlungen? In unserer Bewegung können wir heute, wie immer, nur *Fortschritte* verzeichnen, woraus sich ergibt, daß es sich hiebei eben um mehr und Höheres als um die Behandlung von Tagesfragen dreht. Wenn unseren Gegnern zur Jetztzeit die Lösung von Tagesfragen auch als das Genialste erscheint, so sind wir denn doch anderer Ansicht: Wenn die allgemeine Betrachtungsweise des Gedankens, Versprechens gänzlich falsch ist, od[*er*] wenn Bewegungen gänzlich auf falschen Ideen beruhen, oder wenn gänzliche Gemeinheit, Niedertracht, diebische Gesinnung regieren, wird jeder Lösung ... der Tagesfragen ... dies bestimmt sein ... Es ist nicht so, als ob die Lösung der Tagesfragen etwas Neues wäre, nein, Tagesfragen werden stets u[*nd*] zu allen Zeiten gelöst, wie auch früher, ehe es die genialen Staatskünstler des Augenblicks gegeben hat. Die grundsätzliche Genialität, die Weisheit der Menschen, die heute die Tagesfragen lösen, kann nicht unterboten, höchstens überboten werden. Es ist unmöglich, daß wir im gesamten auf ein tieferes Niveau sinken könnten als heute. Eine erbärmlichere Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes könnte es gar nicht geben. Das Ganze bedeutet den *Volkstod!* Heute steht zur Debatte, ob das

---

1 Titel laut masch. Aufzeichnung.

2 Im Schmeroldkeller, von 20.12 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Passauer Zeitung "zum Erdrücken voll" war, wurde von Ortsgruppenleiter Georg Fischer geleitet. Zu der Versammlung waren auch zahlreiche Teilnehmer aus Österreich angereist. Hitler sprach anschließend noch auf einer weiteren Versammlung im Omnibus, auf der zuvor Hans Krebs gesprochen hatte.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der NSDAP in Passau abends 6 Uhr am 27. Okt. 1928 im Schmeroldkeller-Saal."
Der Übertragung der stenographischen Mitschrift von Max Vogl ist folgende Anmerkung vorangestellt: "Die protokollarische Wiedergabe dieser Rede ist nicht einwandfrei!" Die Auslassungszeichen entsprechen der Vorlage.

4 Vgl. auch Donau-Zeitung vom 29.10.1928, "Hitler in Passau."; Passauer Zeitung vom 29.10.1928, "Hitler in Passau"; VB vom 30.10.1928, "Hitler in Passau". Der im VB angekündigte ausführliche Bericht ist nicht erschienen. Sowie Halbmonatsbericht Nr. 618 der Regierung von Niederbayern vom 4.11.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 1122.

5 Am 14.10.1928 in Heide. Vgl. Dok. 36.

6 Am 18.10.1928. Vgl. Dok. 37.

7 Am 23.10.1928 in Augsburg. Vgl. Dok. 39.

8 Hitler war zuletzt am 12.8.1926 anläßlich einer NSDAP-Führertagung in Passau gewesen. Vgl. Bd. II/1, Dok. 21.

deutsche Volk diese Krisis überwinden [*kann*] u[*nd*] aus dem derzeitigen Unglück herauskommt. Hitler forderte auf, nun alles andere zu vergessen u[*nd*] einige Stunden lang nur daran zu denken, daß wir der Teil einer ganzen, großen Schicksalsgemeinschaft sind, daß tatsächlich das Schicksal *Deutschlands* das einzelne Schicksal bestimmt u[*nd*] nicht etwa umgekehrt, es muß das Schicksal des ganzen Reiches geändert werden. Nur einer bestimmt begrenzten Volksgruppe Versprechungen zu machen, sei allerdings wesentlich leichter, als den Interessen der großen breiten Masse gerecht zu werden. Einzelne Volksgruppen sind eben viel leichter zu erfassen, zumal, wenn man sie individuell behandelt; so ist es unschwer, ausschließlich vor Handarbeitern zu sprechen, u[*nd*] ihnen Erhöhung der Löhne u[*nd*] Senkung der Lebensmittelpreise zu versprechen, u[*nd*] einer Gruppe von Bauern Senkung der Löhne u[*nd*] Erhöhung der Getreidepreise mundgerecht zu machen. Die meisten Menschen erwarten von der Rede des Politikers nichts anderes als die Befriedigung ihrer *eigenen* Hoffnungen, zumindestens eine rednerische. Insoferne ist die Tätigkeit in agitatorischer Hinsicht einzelnen Volksgruppen gegenüber wesentlich erleichtert - ohne Rücksicht darauf, ob nicht der Tod des einen zugleich den Tod des anderen nach sich zieht. Heute geht man sogar noch weiter: Man gründet Parteien für Hausbesitzer = Hausbesitzerpartei, Beamtenparteien, Aufwertungsparteien, Wirtschaftsparteien u.s.w. [9] Der reale Erfolg solchen Vorgehens muß jedoch ausbleiben aus dem sehr einfachen Grunde, weil das Problem, z. B. der Aufwertungspartei, in erster Linie von der nationalen Wiedergewinnung abhängt, es handelt sich also nicht um ein Problem, das rechtsverschieden [*sic!*] wird, sondern um ein solches, das in *ganz Europa* zu lösen ist!

... Das Schicksal des einzelnen ist verbunden mit der *Gesamtheit.* Die N.S.D.A.P. zielt [*darauf*] ab: Das *ganze* deutsche Volk allmählich wieder zu einen, u[*nd*] zwar *alle* Volks- u[*nd*] Berufsstände, und nicht etwa, gleich anderen, nur bei einzelnen Volksgruppen zu agitieren. Es muß in *Gesamtheit* ein Volk an sich existieren können. Indessen können wir nicht von einer sozialen Befriedigung der Gesamtheit sprechen, insolange der Volkstod so fortschreitet!

Hitler erörterte sodann, inwiefern sich die bürgerl[*ichen*] Parteien von der sozialdemokratischen Partei im wesentlichen unterscheidet [*sic!*], und legte in markanten Umrissen die drei großen Gesichtspunkte dar, die die N.S.-Bewegung vollkommen trennen von der ganzen anderen politischen Welt, sowohl den Bürgerl[*ichen*] wie den Marxisten, jene Gesichtspunkte, die kein Gegner irgendwie zu entkräften oder zu widerlegen vermag. Hitler ging nun in näheren Ausführungen ein auf das junge Ereignis betr. Panzerkreuzer-Volksbegehren [10]. Bekanntlich sollte das deutsche Volk einen Panzerkreuzer bauen, wozu zunächst eine Rate mit 7 Millionen [*RM*] [11] bewilligt werden sollte und vorgesehen war. Statt dessen wurde das kommunistische Volksbegehren inszeniert, das sich eigentlich ja nur auf ein paar Gesichtspunkte stützen könnte, so insbesondere in er-

9 Anspielung auf die zeitgenössischen Splitterparteien. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd., IV, S. 189 f.

10 Vgl. Dok. 32, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.

ster Linie auf den finanziellen, insoferne, als die Kommunisten sagen, für diese 7 Millionen M[*ar*]k sollen Wohnungen gebaut werden. Allein, dieser Gesichtspunkt ist völlig bedeutungslos. Angenommen, der Panzerkreuzerbau würde unterbleiben, trotzdem würden für diese 7 Millionen Mark keine Wohnungen gebaut werden, im Gegenteil, infolge Unterlassung des Panzerkreuzerbaues würden nur wieder einige Tausend Arbeiter brotlos werden, das Geld würde zweifellos anderweitig Verwendung finden, letzten Endes durch den Reparationsagenten [12]. Das deutsche Volk hat jährlich 2,5 Milliarden [*RM*] Reparationsschulden zu tilgen, welche Leistungen nicht eingehalten werden können. So versucht man in Deutschland auch z. Zt. wieder, um die fehlende Milliarde für *dieses* (!) Jahr zu decken, ein *Pfand* zu finden, und dazu hat man die Reichseisenbahnobligationen im objektiven Wert von 7 Milliarden, den letzten Rest, der sich noch in deutschen Händen befindet, auserkoren [13]; diese Obligationen sollen hingegeben werden, angeblich um das Rheinland um zwei Jahre früher frei zu bekommen, wobei man hoffte, Millionen des deutschen Volkes würden dazu einstimmen! Der *wahre* Grund für dieses Vorhaben war jedoch nicht, das Rheinland früher zurückzugewinnen, sondern: eine wirtschaftlich notwendige Transaktion politisch verwerten zu können! Die Rheinländer selbst aber haben diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung gemacht, da sie dieses Ansinnen ablehnten [14]. Nun rückt man mit den wahren Farben heraus: Diese Reichseisenbahnobligationen im Werte von 7 Milliarden M[*ar*]k sollten zwecks Erlangung einer neuen *Anleihe* von vielleicht einer (!) Milliarde Mark, die zudem zu verzinsen gewesen wäre, einem internationalen Finanzkonsortium *verpfändet* werden. Und wenn man sich jetzt schon mit dem Gedanken trägt, ein neues Verkehrsmonopol einzuführen in der Gestalt des gesamten Flugwesens, so geschieht dies, um vielleicht in drei Jahren ein neues Pfand zur Verfügung zu haben, d. h. sozusagen großzügig die letzten Reste des deutschen Nationaleigentums verkitscht [*sic!*]!

Warum protestiert man nicht gegen dieses 7[-]Milliarden-Vorhaben, warum denn nicht ein Volksbegehren gegen den Dawes-Vertrag [15]? Die Antwort der Marxisten hierauf lautet: "Das können wir nicht tun, weil die andere Welt dafür kein Verständnis hätte", die andere Welt, die internationale Solidarität hätte dafür kein Verständnis!!! (Lebhafter *Beifall.*)

Nach Ansicht der deutschen Marxisten sei all das notwendig zu Gunsten des ganzen deutschen Volkes, das nach mehr Brot, billigeren Lebensmitteln u[*nd*] mehr Wohnungen u.s.w. lechze. Dabei gebe sich der deutsche Marxismus weiter der irrigen Überzeugung hin, in Zukunft würden die Schicksale der Nationen nicht etwa durch Waffengewalt, sondern durch Friedensgesänge und Friedensduselei, sei es in Genf oder anderswo,

12 Parker Gilbert.

13 Zu den Überlegungen, die Reichsbahnobligationen als Gegenleistung für eine frühere Rheinlandräumung zu mobilisieren, vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 71, 93.

14 Vermutlich Anspielung auf die Sitzung des pfälzischen Kreistags am 26.9.1928, in der eine Entschließung verlesen worden war, die u. a. "eine frühere Räumung des besetzten Gebietes durch Preisgabe weiterer Lebensrechte des deutschen Volkes" ablehnte. Zit. nach VB vom 28.9.1928, "Die Pfalz gegen den Genfer Verrat".

15 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

zum Austrag gebracht werden (große Heiterkeit!), verkennen dabei aber vollkommen, daß der rote Staat [16] selbst rüstet, offenbar aus der unabweisbaren Erkenntnis heraus, daß auch in aller Zukunft die Lebensfragen der Völker durch andere Mittel geregelt werden als durch Friedensgesänge, daß dazu also im Ernstfalle etwas anderes erforderlich ist, während dieser gleiche rote Staat Deutschland gegenüber jedwede Rüstungen verübelt! ... Wer kann glauben an eine internationale Völkerversöhnung, wenn diese ganz feinen Farben sich miteinander schon nicht vertragen? Kurz und gut: In Verfolg des weltkapitalistischen Gedankens werden die beiden pazifistischen Völker aufeinander losplatzen und werden sich gegenseitig die Schädel einschlagen. Und die Völkervertretung? Ich weiß es nicht. - In diesem Zusammenhang erörterte Hitler sodann das sogen. "Abrüstungsproblem", das in Wirklichkeit sonst nichts ist als ein Rüstungsproblem für den künftigen Krieg, für die große Weltauseinandersetzung, die kommen wird und kommen muß. Wer sich von diesen Rüstungen ausschließt, der wird eben der Schwächere bleiben u[*nd*] als solcher von seinen Gegnern dereinst mit leichten Mitteln niedergerungen und unschädlich gemacht werden.

Nun kam Hitler zum *Bodenproblem.*

Wenn ich heute mit einem Marxisten, ob Kommunist oder Sozialdemokrat, über die Zukunft des deutschen Volkes spreche, so wird er sagen: Die Einführung einer marxistischen Weltanschauung und ihre Ausstrahlung ist notwendig, weitere Voraussetzung ist Kampf, Vernichtung des Kapitalisten und Einsetzung eines rein marxistischen Volksregimes ... Er sagt, man muß kämpfen um die Erhaltung der "Errungenschaften der Revolution". Doch, was sind denn das für "Errungenschaften"? Freiheit? Arbeit? Wann waren denn die Gefängnisse je einmal so überfüllt von Leuten, die politischen Delikten verfielen? Auch früher mußte man sich in acht nehmen, es gab auch "Seine Majestät", "Seine Majestät der König von Bayern" u.s.w. Und heute? Wer kennt die Namen alle, die z. Zt. durch Majestäts-Schutz-Gesetze beschirmt werden [17]? Jeder Minister, nicht nur solange er lebt, sondern auch, wenn er einmal tot ist. Jeder Regierungspräsident, jeder Polizeipräsident. Es gibt heute so viele Majestätsbeleidigungen, daß man einen Katechismus mitführen müßte. Manchmal weiß man's, es ist so, dann heißt es: Das ist eine "Lappalien-Juri" [*sic!*]. Das zu sagen, hast du kein Recht, sonst wirst du eingesperrt, dafür sorgt der Staat. "Freiheit" heißt man den Zustand. Im heutigen Deutschland gibt es eine nationalistische [*sic!*] Gesetzgebung = eine Gesetzgebung für jene, die sich nicht absolut abstempeln lassen wollen auf den derzeitigen Zustand. Siehe: Reichsbanner haut auf Rotfront und umgekehrt [18], und wie dann der Staatsanwalt kommt und einsperrt = Justizkatastrophe. Heißt das Freiheit? Sind das die Errungenschaften der Revolution? Selbstverständlich, wir werden nie davon reden können. Die Errungenschaften der Revolution sind doch *nur* in der *Phantasie* vorhanden! Hitler zitierte sodann noch weitere Opfer dieser "Errungenschaften" der Revolution u[*nd*] setzte auseinander, daß all das für eine Wirtschaft geschehe, die man im Frieden als "Sauwirtschaft" bezeichnet hat. Man braucht ja nur von oben herunter zu sehen, wie splendid z. B. die

16 Sowjetunion.
17 Vgl. Dok. 27, Anm. 10.
18 Vgl. Dok. 34, Anm. 34.

Regierung vorgeht, da sie einem Reichseisenbahnpräsidenten [19] ein jährliches Gehalt von 600.000 RM und weiter eine Leistungszulage von über 1/2 Million RM gewährt u.s.w. Worin soll dann diese "Errungenschaft" der Revolution *real* bestehen? Mehr Güter oder mehr Geld? Es gab einmal eine Zeit, wo man jedes Lohnerhöhungsproblem unterstützte, x[*-mal*]. Der Lohn des einzelnen stieg u[*nd*] stieg, stieg in Millionen, bis wir in jenes selige Zeitalter kamen, wo jeder Millionen verdienen konnte - wofür er allerdings schon am nächsten Tage keine Semmel mehr bekommen konnte [20]. Das war das *positive* Ergebnis!

Hitler erörterte sodann in weiteren Ausführungen, daß der Grund- u[*nd*] Bodenbesitz grundsätzlich von höchster Bedeutung für die Erhaltung des deutschen Volkes ist. Dieser Ansicht stehe zwar die marxistische Auffassung gegenüber, die jedoch an der Produktion selbst gar nichts zu ändern, sie höchstens zu schmälern vermag, was sie ja auch schon durch die Tat bewiesen haben während der Kriegswirtschaft [21]. Damals hätte man auch den H[*er*]r[*n*] *Rathenau* nicht gebraucht, um zu "sozialisieren" [22], wenn Deutschland um 200/300.000 qkm [23] mehr Bodenfläche gehabt hätte. Der *Boden* ist eben schließlich die Vorausssetzung für das Leben. Ich kann heute aus einem Boden um 10 Millionen Tonnen Kohle mehr gewinnen als anderswo. Diese sind aber nur wertvoll, wenn sie unter die Volksmasse verteilt werden können. Eine angehäufte Produktion selbst ist wertlos. Der reale Besitz besteht eben darin, daß die Güter tatsächlich *abgesetzt* werden!

Deutschland ist das Land der ältesten Sozialgesetzgebung, die es zuerst eingeführt hat, wie z. B. Altersversorgung, Schutz des Kindes, Schutz der Frau u.s.w. Es ist damit in Deutschland begonnen worden und wird fortgesetzt von den Menschen, die die ganze Ideenwelt gepachtet haben, nämlich den Marxisten selbst. Der amerikanische Staat kennt solche Gesetze nicht. In diesem Zusammenhang statuierte Hitler noch einige schlagende Vergleiche in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen Deutschland und Amerika mit der zwingenden Schlußfolgerung, daß tatsächlich der Boden selbst von ausschlaggebender Bedeutung ist für Güte und Umfang der Produktion!

Die Grundlage, oder besser gesagt, die Voraussetzung unserer *Not* ist in erster Linie eine Frage unseres Bodens und das Mißverhältnis zwischen Volk und Boden! Gewiß wird man dagegen Zauderei einzuwenden haben, man wird aber immer wieder dahin kommen: Wenn ein Volk nicht mehr in der Lage ist, aus *eigenem* Grund und Boden sein Dasein zu fristen, daß es irgendwie Auswege suchen muß und dadurch in eine gewisse Spannung gerät, bis es seine Ernährungsbasis wieder ergänzt hat, bis es wieder ausgeglichen hat. Hitler stellte hierauf folgende Vergleiche an, die allein ja eine Sprache für sich sprechen: in nachstehenden Ländern entfallen an Land:

---

19 Julius Heinrich Dorpmüller (1869-1945), 1898 preuß. Regierungsbaumeister, 1908-1917 Chefingenieur der Kaiserlichen Chinesischen Staatsbahn, 1926-1937 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, 1937-1945 Reichsverkehrsminister.

20 Anspielung auf die Inflation 1923.

21 Vgl. Dok. 34, Anm. 25.

22 Vgl. Dok. 34, Anm. 24.

23 In der Vorlage: "qm".

a) Deutschland:	auf 137 Menschen		1 qkm [24]
b) England:	" 167 "		1 qkm
c) Nordamerika knapp:	" 15-20 "		1 qkm
d) Rußland:	" 11-17 "	durchschn.	1 qkm
e) China:	" 370 "		1 qkm [25].

Wir haben heute große Gebiete der Erde, die unendlich dünn bevölkert sind. Deutschland selbst liegt in der Mitte, während England noch stärker besiedelt ist als Deutschland. Die Ansprüche, auch die Kulturansprüche Deutschlands, sind so unendlich groß, daß sie mit China gar nicht verglichen werden können.

Für Deutschland ergibt sich:

Ein Teil der deutschen Nation kann von ihrem Grund u[*nd*] Boden nicht mehr ernährt werden. Dieser Teil kann auf 20 Millionen Menschen geschätzt werden. Clemenceau sagt, diese Menschen sind in Deutschland zuviel [26], sie müssen durch künstliche Maßnahmen am Leben erhalten werden. Bei der Weitervermehrung muß entweder der Grund erneuert oder auf andere Weise Lebensmöglichkeit beschafft werden.

Wege der Lösung:

Daß ein Volk, das außerhalb einer vernünftigen Raummenge ist, sich den Raum wieder besorgt, der ihm gebührt! Darin trennen wir uns vom Marxismus. Dieser erklärt, das sei imperialistisch und deshalb verfluchenswert. Unsere Meinung ist hingegen: Wenn das jemand als fluchwürdig ansieht, der kann kein Sozialist mehr sein, oder er kann in Wirklichkeit sein Volk nicht mehr erhalten. Er verspricht mehr Lebensgüter, mehr Konsumwürdigkeit, verweigert aber der steigenden Volkszahl die steigende Grundzahl. Womit verbessern Sie das? Durch eine geniale Wirtschaft? Lassen Sie sich nicht auslachen! Entweder Sie verzichten auf eine Mehrung des Volkes oder Sie verzichten auf die Steigerung der Lebensgüter! Ich sage: Wenn die Welt vollkommen gleich aufgeteilt = besiedelt und [*die*] Bodengüte gleich wäre, dann würde der sozialistische Gedanke vielleicht momentan verständlich sein, definitiv auch nicht, weil Konkurrenz bestehen würde. Was jedoch die Völker miteinander emporbringt, ist der ewige fließende Kampf um das tägliche Brot, gesteigerte Kraftentfaltung bringt diese Fähigkeit zur Entfaltung. Auf einen Russen trifft 18mal so viel Grund u[*nd*] Boden wie auf einen Deutschen. Da muß ich die Sozialisten fragen: Wer hat die Erde aufgeteilt, vielleicht der liebe Gott?! Nein, die Bodenverteilung der Erde ist durch Menschen erfolgt im ewigen Kampfe. Wenn heute jemand auftritt und sagt: Nun ist aber Schluß, der verweigert [*sic!*] das größte Problem der Welt. Das wünschen die Engländer, daß an der Landkarte nichts mehr geändert werde! Verständlich. Aber wenn ein bei der Bodenverteilung zu kurz Gekommener das sagt, ist es unverständlich, das hieße: Wer viel hat, behält viel, wer wenig hat, behält wenig! Das ist die Ansicht der Sozialisten. Das ist recht so, daß sie so

24 In der Vorlage durchgehend: "qm".

25 Die Bevölkerungsdichte betrug im Deutschen Reich 134,24, in Großbritannien 187,42, in den USA 13,48, in der UdSSR 24,34 und in China 39,08 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1* ff.

26 Vgl. Dok. 26, Anm. 18.

sind, sie bedenken dabei aber gar nicht, welche Geschäfte sie damit besorgen. Nicht etwa die Interessen ihrer Genossen vertreten sie damit, die können sich den Riemen enger schnüren, du - Sozialist - trittst für die Interessen derjenigen ein, wofür der Sozialist nicht eintreten dürfte, du sagst, du kämpfst für die Unterdrückten ... Das deutsche Volk aber, das heute den internationalen Gedanken des Marxismus verbreitet, vergißt, daß der Marxist nur verspricht: Zukunft, Leben, soziale Gerechtigkeit, und er negiert die Voraussetzungen, die allein dazu führen könnten. Sie sagen ja: 10 Jahre dieser Politik, und die Not unseres Volkes ist grenzenlos geworden! Das deutsche Volk kann aus seiner Grundfläche nicht leben. Der Marxist weiß das auch. Ihr habt kein Recht zur Bodenerweiterung, sondern ein Recht zur Selbsttötung durch Auswanderung u[*nd*] Bodenbeschränkung = siehe Abwanderung nach Amerika, wohin alljährlich 80 Tausend der gesündesten deutschen Männer auswandern und damit Deutschland verloren gehen[27]. Das Ergebnis hievon ist: eine langsame Schwächung der zurückgebliebenen Menschen. Du Marxist sagst freilich wieder: "Das ist ja ganz egal." Nein! es ist nicht egal, daß das zurückgebliebene deutsche Volk aus Schwächlingen besteht oder ungesunden Menschen. Vergleich: Akkordarbeit; keiner wird sagen, es ist gleich, ob du gesund bist und die Arbeit leisten kannst oder nicht, nein! Nur wer Höchstleistungen vollbringt, wird siegen! So ist es auch mit dem Produktionsprozeß. Der Beste und Billigste wird genommen, hat Absatzmöglichkeit! Die Widerstandskraft der Völker ist heute mehr denn je entscheidend für das Dasein, die Existenz. Die Auswanderung ist ein Mittel, um ein Volk auf dem Konkurrenzkampf-Gebiet zu betrügen!

Geburtenbeschränkung = Mordmittel = Lebensbeschränkung:

Der Marxist erklärt dauernd: Der Marxismus ist die Lehre der nüchternen ... (?) [*sic!*] auf allen Gebieten, wie Kultur u.s.w. - Gut, wenn das richtig wäre, müßte er zur Lebensbeschränkung Stellung nehmen, müßte sagen, existieren können wir nicht alle, da, wo Marxisten sind, müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß ein Teil unseres Volkes sterben muß, daß selbstverständlich der weniger wertvolle Volksteil [*sic!*] sterben muß wie Tuberkulöse, Degenerierte, Idioten, Nichtstuer, nichtswürdige Menschen; der Marxist müßte tatsächlich seine Lebensbeschränkung am Leben beschränken (Heiterkeit!), weil die geistigen Väter des Marxismus keine Erstgeburten waren. Wenn es schon Minder- oder Mißgeburten waren, kamen sie an 3. oder 4. u.s.w. Stelle. Der Marxismus selbst würde sich außer Wirklichkeit setzen, wenn diese Lehre stets anerkannt worden wäre. Wohin führt die Lebensbeschränkung der Marxisten? Daß ein Volk seine größten Köpfe verlieren muß = Staatsmänner, Kriegführer, Ingenieure, auch Kulturmenschen, Dichter u.s.w. Massenmenschen = massenverseucht, auch außer Ergebnis [*sic!*] auf kulturellem Gebiet = Massenmist! ...

Es läßt sich überhaupt nichts befehlen; wenn ich eine Erfindung hätte und würde mir einer sagen, "Sie müssen etwas erfinden", würde ich erwidern, "erst recht nicht!" Erfindungen lassen sich eben nicht erzwingen.

Es müßte also doch da möglich sein, daß man die großen Zeitprobleme löst. Nein, sie - Marxisten - können sie nicht lösen, wenn die einzelnen Menschen sie nicht zu lösen versuchen. Und werden sie dann zusehen, welchen Wert die einzelne Person hat. Vor

27 Vgl. Dok. 37, Anm. 13.

allem, was ein Mensch für einen Wert hat; ideell gibt man das hier (Marxisten) nicht zu, aber real kann man das auch messen: Daß wir z. B. 1914 einen Bethmann Hollweg gehabt haben, der unfähig war zu handeln, zu verstehen, um früher loszuschlagen, einzelne Feinde ins Auge zu fassen, was 1905/06 [28] versäumt worden ist - bis wir 1914 zur Unglücksstunde Bethmann Hollweg als Führer hatten, einen Träumer, ein Mensch, schwach und lahm, einen Mann von Schwäche auf allen Gebieten.

Ergebnis: Daß Deutschland endlich im Innern zerfiel, die eiserne Faust fehlte, um sich Atem zu verschaffen, ein Teil der Nation maßlos ausgeplündert wurde, während von oben herunter nichts geschah, daß der Geduldfaden riß und die Nation jenen zum Opfer fiel, die auf der anderen Seite die Schuldigen waren, - Frontzusammenbruch, heute 2 Millionen Arbeitslose [29], daß jeder 1/4 seines Einkommens opfern muß [30] u[*nd*] Verlust der Reichseisenbahn [31], weiter Finanzhoheit verloren u.s.w., daß mindestens weitere 2 Millionen Deutsche für das Ausland Sklavenarbeit zu leisten haben, und wir zudem noch eine Unsumme von wirtschaftlichen Opfern zu ertragen haben. Dazu kommt noch, daß alljährlich 16-20 Tausend Menschen durch Selbstmord zugrunde gehen [32], die Unzahl der Auswanderer Deutschland verloren gehen und alljährlich über 320 Tausend Menschen nicht geboren werden, was für Deutschland insgesamt einen jährlichen Ausfall von rund 600 Tausend Menschen bedeutet! Und alles das ist so gekommen, weil uns *ein* fähiger Kopf gefehlt hat, wie z. B. *Bismarck*. Glauben Sie [*mir*], daß es anders gekommen wäre in und für Deutschland. (Beifall.)

... Wenn ein Volk beginnt, seine Not durch die Fruchtbarkeit einschränken zu wollen, ändert es nicht seine Not, sondern beginnt erst recht, in die Not hineinzukommen. Wenn z. B. bei den Demokraten oder den Marxisten einmal gepredigt würde: Jeder, der nichts taugt, muß weg, die möchte ich einmal hören. Wenn unser deutsches Volk seinen Raum nicht mehr erweitert, wird es eines schönen Tages 40 Millionen minderwertige Menschen haben. Die Welt wird regiert von 900 Millionen Menschen. Die Kultur wird zugrunde gehen. ... Dann sind aber auch die sozialdemokratischen Versprechungen Humbug, aus dem deutschen Volke werden dann noch Riemen geschnitten. Dem tritt aber der Bürger entgegen. ...

Hitler kam hierauf auf die *kapitalistische Schmutzkonkurrenz* zu referieren.

Wirtschaftspolitik ist in Wirklichkeit ein Problem des Absatzmarktes. Dieser Absatzmarkt ist kein unbegrenzter, sondern [*ein*] beschränkter. Nicht das deutsche Volk

---

28 Anspielung auf die Erste Marokkokrise 1905/06; die deutsche Initiative für eine internat. Regelung der marok. Verhältnisse hatte bis an den Rand des Kriegsausbruches geführt und die außenpolitische Isolierung Deutschlands weiter vertieft. Vgl. Heiner Raulff, Zwischen Machtpolitik und Imperialismus. Die deutsche Frankreichpolitik 1904/06, Düsseldorf 1976, S. 80 ff.

29 Vgl. Dok. 36, Anm. 5.

30 Der Grundfreibetrag lag bei 1.100 RM Jahreseinkommen, der niedrigste Steuersatz, bis zu einem Jahreseinkommen von 8.000 RM, bei 10%. Bis zu einem Jahreseinkommen von 28.000 RM mußten 25% Einkommensteuer entrichtet werden. Vgl. RGBl. 1925, I, S. 200.

31 In den Jahren 1925 bis 1929 erwirtschaftete die Reichsbahn Betriebsüberschüsse. 1928 betrugen diese nach Abzug der Reparationszahlungen 206,5 Mio. RM. Vgl. Julius Dorpmüller, Die Deutsche Reichsbahn 1918-1936. In: Probleme des deutschen Wirtschaftslebens. Erstrebtes und Erreichtes, Berlin 1937, S. 19-59, S. 37.

32 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

allein konkurriert, sondern die ganzen Nationen. Wenn jemand meint, daß dies durch Vernunftgründe beseitigt werden könnte, vergißt, daß hinter diesen der *Hunger* von 40-50 Millionen Menschen steht.

Beispiel: Du bist ein Bäcker, kannst nur leben, wenn du Brot backst, verkaufst und hiefür auch Käufer findest. Du gehst in die Stadt, dort willst du Brot backen und verkaufen. Tust du das, machst du dir keine Überlegung, ob du das auch verantworten kannst, ob du anderen keine Konkurrenz machst, nein, du hast nur den einen Gedanken: Kann ich mein Brot überhaupt verkaufen? Weil dort schon zwei Bäcker sind. Jeder Kunde bleibt zunächst bei seinem alten Bäcker, *außer du* kannst entweder billigeres oder besseres Brot liefern! Willst du die Konkurrenz der beiden bereits ansässigen Bäcker vertreiben, so mußt du dir dazu Mühe geben. Auf alle Fälle mußt du versuchen, durch Schmutzkonkurrenz den anderen zu vertreiben. Der ganze Wirtschaftskrieg ist kein anderer = ein Krieg der bereits in der Wirtschaft Ansässigen und derer, die erst in die Wirtschaft kommen.

Beispiel: England und Deutschland. Die Engländer erobern die Wirtschaft und verteidigen und beschützen sie durch das Schwert. Das ist die gesamte englische Kolonialpolitik = eine *Macht*politik zum Schutze der politischen Wirtschaft. So hat England tatsächlich fast 1/4 der ganzen Erdoberfläche gebunden. Nun kommt Deutschland, es will vordringen. Wenn heute China ein Schiff zum Bau in Auftrag gibt, leben 5-6 Tausend engl[*ische*] Arbeiter, und ebenso viele deutsche Arbeiter sind dadurch brotlos. Wer den Weltabsatzmarkt sich erwirbt, der kann leben, wer ihn sich nicht erwirbt, der muß sterben. Es gebe eine friedliche Eroberungsmöglichkeit der Welt: Das ist die marxistische Ansicht! England: Hinter der englischen Produktion geht der engl[*ische*] Kolonialsoldat. Grund: Weil unser Leben auf unserer Wirtschaft beruht, muß sie auf das eminenteste geschützt werden. Die Engländer werden niemals dulden, daß ihre Wirtschaft bedroht wird. Wir Deutsche? Vielleicht können wir einmal ganz abrüsten, weil wir die Welt friedlich erobern = Wahnsinnstheorie! ...

Wenn das deutsche Volk glaubt, daß ihm eines Tages etwas geschenkt oder freiwillig ein Platz gegeben werden würde, weil wir nicht gekämpft haben, daß uns das Leben als Geschenk präsentiert werden würde, so wäre das grundirrig [*sic!*].

Hinter der Arbeit muß stets der *Mut* stehen, die Arbeit auch zu *schützen!*

Wir gehen sogar noch weiter: Je mehr sich unser deutsches Volk in den Wirtschaftstaumel hineinläßt, je mehr treten die schädlichen Wirkungen desselben auf. Z. B. Schrei nach Öffnung der Grenzen, um billigere Lebensmittel zu bekommen: Die eigene Landwirtschaft geht damit zugrunde, und nun wandert wieder ein Teil dieser Wirtschaft hinüber. Die Grenzen werden noch mehr geöffnet, wieder geht ein Teil der deutschen Wirtschaft verloren, wieder Geschrei nach billigeren Lebensmitteln - wieder ein Teil der Grundwirtschaft ruiniert!

Und eines Tages werden wir ein 60-Millionen-Volk haben, das bei der ersten Katastrophe am 1. [*sic!*] zusammenbrechen wird, das bei der geringsten Bedrohung seiner internationalen Wirtschaftsbeziehungen seinem *Hungertod* ausgesetzt ist!

England hat das zwar auch gemacht, war aber stark genug, seine Wirtschaftspolitik zu schützen. Deutschland hingegen kann heute nur als Schmarotzer auftreten. Die Soziali-

sten sagen, die sozialen Abgaben lassen sich aus dem Friedensvertrag von Versailles teils mit herabmindern. Wenn wir Deutsche heute wieder ernstlich am Weltmarkt Konkurrenz machen könnten, würden wir wieder in den Krieg hineingetrieben! Nämlich durch England, das 4 Jahre lang gekämpft hat, um uns niederzuringen.

Man muß sich vorbereiten, bei einer Konstellation in einem für Deutschland günstigem Sinne mitzuwirken. Für Deutschland gibt es nur eine Möglichkeit: Frühzeitig zu erkennen, wenn um Völker gespielt wird zur Erringung der Freiheit, und daß nur darin die Befriedigung großer Sorgen liegt, wo Millionen sich befinden. Wer nicht mitspielt, über den wird gewürfelt werden! Eine solche Umstellung erfordert ein neues und anderes Volk. Daß das deutsche Volk keine Waffen hat, wäre zu ertragen, daß es aber keine Gesinnung hat, das ist das Niederträchtigste! (Beifall.) Würde unser Volk heute eine andere Gesinnung haben, würde es auch tausend Wege zu einer Waffe finden, ebenso wie ein Mann, der mutig ist, [*der*] wird immer eine Waffe finden zu seiner Verteidigung. Etwas gibt es stets, womit man sich zu wehren vermag, wenn nur der *Wille* dazu vorhanden ist. Ein neuer Wille muß geschaffen werden. Erste Voraussetzung hiefür ist eine Umbildung des *Charakters!* Nicht Waffenschmiede brauchen wir, sondern einen Charakterschmied. Der Waffenschmied wird kommen an jenem Tage, wo das deutsche Volk wieder würdig ist, Waffen zu tragen. Willensschmiede, Charakterschmiede, das ist die Aufgabe, die die N.S.D.A.P. sich gestellt hat. (Lebhafter Beifall!) - Nicht Waffen brauchen wir in erster Linie, sondern eine anständige *Gesinnung,* Wille und Zucht!

Was hat z. B. England in seinen Kolonien für Niederlagen erlitten, wie hätte man da in Deutschland die Armee verachtet. In England wurden mehrere Armeen von den Buren vernichtet [33], die Engländer haben aber solange gekämpft, bis sie die Buren vernichtet hatten. Und unser deutsches Volk von heute, es ist so erbärmlich gesinnungslos, daß es in seiner Waffenlosigkeit einen Freispruch in seiner erbärmlichen Handlung sieht. ...

Die *inneren* Werte des Volkes sind die ewigen, sie sind die ständigen, sie sind jederzeit vorhanden, sie stehen an der Spitze des Volkes. Von den Marxisten trennt uns, wie schon angeführt, das Bodenproblem an sich als Ausgangspunkt der ganzen Betrachtung. Der marxistischen Überzeugung über den Wert der Menschen, nämlich: "alle Menschen sind gleich", treten wir entgegen. Wir verneinen diese Anschauung, denn alle Menschen sind nicht gleich. Jeder Mensch hat außer seinem summarischen Wert auch noch einen *spezifischen* Wert in sich. Jeder Mensch ist als Mensch eine Erscheinung, er ist aber in seinem *Wert* verschieden. Es ist überall ein Unterschied, und zwar [*ein*] prinzipieller Unterschied.

Hitler beleuchtete hierauf überzeugend und klar den Wert, den qualitativen Wert der einzelnen Menschen und verschiedensten Menschenrassen durch Anführung von entsprechenden Beispielen und führte sodann weiter aus:

---

33 Während des Burenkriegs (1899-1902) waren insgesamt 450.000 brit. Soldaten in Südafrika eingesetzt; 357.000 Mann gehörten brit. Einheiten an, 93.000 Mann entstammten den Dominions. Von diesen fielen bzw. starben 21.000 Mann (davon 62% durch Krankheit), 52.000 wurden verwundet. Von den ca. 500.000 eingesetzten Pferden gingen 67% verloren. Vgl. Michael Barthorp, The Anglo-Boer Wars. The British and the Afrikaners 1815-1902, Poole 1987, S. 164.

Wenn ich nun von Volksrecht spreche, der Möglichkeit der Vertretung von Volksrechten, muß ich diesen Volkswert einsetzen. Marxist: Warum schreist du denn?! Ja, weil der Mensch ein ganz anderer ist, der diese Ansprüche stellt. Du hast ein Ziel vor dir, das aus deinem Volk herausgeboren worden ist, dein Volk hat diese Kultur mitgeschafft [*sic!*], kannst also nicht sagen, die Menschen sind gleich, damit begibst du dich nämlich deines Grundrechtes, deines Volksrechts überhaupt. Als Volk haben wir einen bestimmten Kulturanspruch, weil wir unseren Beitrag an unser Volk geleistet haben und weil wir einen spezifischen Wert haben, darum glauben wir auch an die Erlösung des deutschen Volkes! Freund! 60 Millionen machen heute keine Weltgeschichte mehr, wenn nicht eine gewisse Majorität [*sic!*] die Tatkraft repräsentiert. Es gibt Kraftquellen, die nur dann wirksam werden, wenn man sie kennt, wenn man sich ihrer bedient. Auch solche: Wenn ich an die Zukunft des deutschen Volkes glaube, ist die Voraussetzung für die Zukunft des deutschen Volkes die Steigerung des eigenen Wertes und das *Bewußtsein* hiefür = das deutsche Volk auf seine Kraftquellen zurückzubringen!! Ich wende mich gegen alle diejenigen, die es wagen, den eigenen Volksbegriff niedriger einzuschätzen als in ihrer phantastischen Theorie.

Derselbe Bürger, der sagt, ja, Sie haben recht, geht abends ins Kaffee, tanzt Shimmy, tanzt Negermist nach, vergißt, daß das eigene Volk schöne, leichtere Musik hat, statt dessen hüpft er den erbärmlichen Negerrhythmus nach. Er selbst glaubt an eine Wiederauferstehung des deutschen Volkes! Er selbst kennt den Blutwert nicht, erwartet aber, daß Millionen für den Blutwert kämpfen, sagt nicht, "unser Volk" tun wir wieder aufrichten, sondern "unsere Wirtschaft" müssen wir wieder aufrichten.

Marxist: Unsere Wirtschaft wird Deutschland wieder aufrichten. Sagt er: "Sie Materialist" ... Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es wider. - Er redet stets von Wiedererrichtung unserer Wirtschaft u.s.w. einerseits, zittert aber andererseits, wenn man Schiedsgerichte, Arbeitszeitregelungen, Lohnregelungen trifft u[*nd*] schimpft auf das "verfluchte Wirtschaftsleben" drauf los, über den verfluchten wirtschaftlichen Gedanken. Die einzigen, die gegen beide Regeln Stellung nehmen, davor warnen, sind die Nationalsozialisten. Ihr werdet niemals das erreichen, wenn nicht über die Wirtschaft die drohende Göttin der eigenen Kraft schwebt, wenn nicht jeder dafür die größten Opfer bringt!

Klasseninteressen können größer sein als Blutbindung. Diese nationale Zerrissenheit kann man heute noch feststellen. Diese nationale Erziehung ist sogar ins Gegenteil verdreht und gekehrt worden, ist umgewandelt worden zu einem ganz kleinen, engherzigen Klassenbegriff: "national". Es ist Aufgabe der N.S.D.A.P., daß es diesen Begriff wieder loslöst von allen ihm anhaftenden Übeln. ... Persönlichkeitswert: Wenn ein Volk sein eigenes Volkstum pflegt und hegt in der Überzeugung, daß dereinst daraus Rettung kommen kann, ist notwendig, daß es die fähigsten Köpfe an die Spitze bringt, daß der Persönlichkeitsgedanke im Staatsgedanken verankert wird. "Wir werden es nicht mehr erleben, aber unsere Kinder", sagen die alten Herren, sie verzichten darauf, tun selbst nicht mehr mit. Damals, 1813, haben das deutsche Volk *Männer* freigemacht, heute hat das deutsche Volk keine Männer mehr, sondern *Majoritäten*! - Feigheit, Dummheit, Unwissenheit!

Die Weltgeschichte wird stets durch *Köpfe* gemacht, nicht aber durch Majoritäten!

Erziehung zur Kampfgesinnung: ... Grundgedanke ist die feige Hoffnung, daß durch irgendwelche Zufälle etwas erfüllt wird, wozu man sich selbst nicht mehr stark genug fühlt. Wenn aber ein Volk in diesem großen Gedanken erzogen wird, erzogen wird zur "Friedensliebe, [*zu*] Verständigungskonferenzen, Völkerverbrüderung, internationaler Solidarität", so wird ein Volk seine ganzen Hoffnungen immer darauf konzentrieren, und es muß zugrunde gehen! Nur darin liegt die Rettung, daß die Freiheit durch *eigene* Kraft erfochten werden kann. Ein Volk, das darauf Verzicht leistet, leistet zugleich auch Verzicht auf seine Freiheit!

Rassengedanke, Persönlichkeitsgedanke u[*nd*] Kampfgedanke, aus allen drei quillt die Verantwortlichkeit aufs eigene Volkstum und [*den*] Nationalgedanken. Der ist sehr wohl in der Lage, in Deutschland zu überklüften [*sic!*], das beweist uns Tag für Tag [*sic!*]. Durch den grenzenlosen Opfersinn, der Millionen heute bereits beseelt, ein Opfersinn, der hinausgreift auch über die Grenzen des Landes. Sie [*sic!*] hat ein Symbol bereits hinausgetrieben über die abgesteckten deutschen Grenzen. Es ist die Staatsfarbe des kommenden neuen Geschlechts. Es mögen die bürgerl[*ichen*] Parteien über die Grenzpfähle sehen, das *neue* Deutschland sieht bereits die *neue* Form vor sich, das durchgehends hinwegsieht über diesen Plunder, jene Form, die alle die Voraussetzungen schaffen wird, die nach außen hin notwendig sind. Für uns ist das Parlament ein Fechtboden, auf dem unsere Weltanschauung vertreten wird. Namentlich glauben wir nicht, daß durch das Parlament Deutschland gerettet wird, daß eine deutsche Nationalversammlung das vermöchte, vielmehr, daß der Gedanke der *Führerpersönlichkeit* Deutschland eines Tages retten kann! Diese Bewegung hat eine außerordentliche Operationsfreiheit bekommen, die im höchsten Sinne des Wortes gestattet, alles zurückzustellen, was irgendwie trennen könnte im Volke. Wir sind verschieden gläubig in Deutschland, sind aber eins: Welcher Glaube den anderen besiegt, das ist nicht die Frage, vielmehr, *ob* das *Christentum* steht oder fällt, das ist die Frage! - Wir sehen heute vor uns den Erbteil der Menschen, sehen ihn alles antasten. Es gibt kein damals, in das irgendein Stück von seinem Himmels hineingerichtet wird [*sic!*]. Wir werden niemals dulden, daß in dieser Bewegung ein religiöser Streit entsteht [34], wir sagen vielmehr: Die Kirche möge die Parteien erziehen zum religiösen Dienst, *wir* erziehen sie zum Kampfe und zur Erhaltung seiner Weltanschauung und seiner Grundlagen! Wir sind überzeugt: Wenn heute Christus auf Erden herunterkommt, daß er den Segen denen nicht verweigern wird, die sich bemühen, das Christentum praktisch anzuwenden, gegenseitige Selbsthilfe zu üben, Klassenkampf und Standesdünkel herauszunehmen, werden wir uns bemühen, bemühen, jedem klarzumachen, daß es eine Schande ist, die Not nicht sehen zu wollen, nachdem wir bemüht sind zu unterdrücken, daß deutsche Kultur heruntergezerrt wird. In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt, der einem anders Gesinnten Widerstand entgegenträgt, ihn bekämpft oder sich als Erbfeind des Christentums provoziert. Diese unsere Bewegung ist tatsächlich *christlich.* Wir sind erfüllt von dem Wunsche, daß Katholiken und Protestanten sich einander finden mögen in der tiefen Not unseres eigenen Volkes. Wir werden jeden Versuch unterbinden, den

34 Anspielung auf den Konflikt zwischen Hitler und Artur Dinter. Vgl. Dok. 4, 33, 35.

religiösen Gedanken in unserer Bewegung irgendwie zur Diskussion zu setzen [*sic!*]. Und wenn wir das Zentrum bekämpfen, tun wir es nicht aus religiösen Gründen, sondern weil es mit dem Wort "Christentum" Spott und Hohn treibt, weil es bereit ist, für den Ministerstuhl das Christentum über Bord zu werfen. Aus nationalpolitischen Gründen bekämpfen wir das Zentrum, nicht, weil es eine katholische Partei sein will. - Hütet euch vor denen, die im Schafspelz einhergehen! *Wir* verwahren uns, das Christentum zu politischen Diensten zu degradieren.

Ein weiterer Grund trennt uns vom Marxismus - ein innerlicher: die sogen. "Staatsvereinfachung" [35] = Tagesfrage, die vollkommen wertlos ist. Warum Staats- und Verwaltungsvereinfachung? Aus Ersparnis! Für wen? Herrn Reparationsagenten Parker Gilbert! Wir wissen genau, warum Vereinheitlichung durchgeführt werden soll: Man sieht in Berlin noch die Möglichkeit des organischen *Widerstandes* gegen die Verreichlichung [*sic!*]. Wir sind stets gegen solche Bestrebungen aufgetreten, wir sehen, je mehr heute die Reichshauptstadt und überhaupt das übrige Reich in die Krallen des internationalen Giftes verfällt, ist es notwendig, daß Keimzellen des Widerstandes aufrechterhalten bleiben! Wir werden uns dagegen stemmen, wir werden auch hier feststellen, daß die Parteien, die hier erklären, in den föderalistischen Gedanken eintreten zu wollen, feige kapitulieren! Uns hat man vorgeworfen, wir sind Unitaristen! ...

... Wir sind der Überzeugung, daß wir zu vielseitig sind. [*Der*] Amerikaner ist Geschäftsmann, [*der*] Engländer Staatsmann. Das *deutsche* Volk könnte Großes leisten, wenn seine innere Organisation logisch wäre. Heute wissen wir, daß die, welche den Einheitsstaat machen wollen, die letzten Zellen des einheitlichen Widerstandes auszurotten suchen. Das Problem Republik oder Monarchie spielt dabei gar keine Rolle. Die Frage der Zukunft wird nicht sein "Republik oder Monarchie", sondern: Wie machen wir Deutschland in seinen Grundlagen so sauber und kräftig und stark, daß es für alle Zukunft Katastrophen wie am 9.11.1918 [36] nicht mehr erleben kann. (Starker Beifall!)

Diese Umgestaltung des ganzen deutschen Lebens ist notwendig. Wir kämpfen nicht für die Republik, kämpfen nicht für die Monarchie, darüber mögen unsere Nachkommen einmal sich entscheiden. Ob eines Tages die Form einer Monarchie oder Republik gewählt ist, ist solange belanglos, bis nicht der *Untergrund* zu einem graniternen Fundament sich gestaltet hat. Es gibt Dinge, die überhaupt nicht theoretisch entschieden werden, die vielmehr die Lebensformen schaffen, und das letztere entscheidet. Weder wird die Republik sich mit Maschinengewehren halten können, noch wird die Monarchie sich mit Maschinengewehren stützen können. Notwendig ist die *Überzeugung*, daß die allgemeinen Staatsgrundgesetze, das sittliche Gefühl den allgemeinen Staatsgrundsätzen entsprechen! Solange das nicht der Fall ist, solange Dinge möglich sind, die im Privatleben als Diebstahl bezeichnet werden, ist nicht daran zu denken, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Zu diesem Problem noch etwas: Wie heißt es doch immer, denken Sie aber

35 Am 23.10.1928 hatte sich die Reichsregierung über die Grundsätze für die zu beratende Reichsreform geeinigt. Dabei sollten die Länder in ihrer Leistungsfähigkeit und Entwicklung nicht durch die Reichsgewalt beeinträchtigt werden. Vgl. Ludwig Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980, S. 117 ff.

36 In der Vorlage: "9.9.1918".

nur an die Erlösungsarbeit! Es gibt keine Losung [*sic!*] unseres Volkes, die nicht Hand in Hand ginge mit der äußeren Wahrnehmung unserer Interessen, aus den Gesichtspunkten einer nüchternen Erkenntnis heraus! Einmal: Wer ist unser Todfeind, wer bedroht uns am schwersten? Das ist Frankreich. Das muß von uns kapiert werden. Es gibt niemals ein Geschäft, das 100 % seines Nutzens nur für einen abwirft. Wenn wir aber unser Volk für diese Aufgabe überhaupt reifen wollen, zur Vorsicht und eigenes Vertrauen auf uns selbst stärken [*sic!*], unser Volk aufklären, daß wir am Weltkrieg nicht schuld sind, u[*nd*] daß die Gegenwart uns bereits Recht gibt mit dieser Behauptung, Deutschland hat abgerüstet, die Weltabrüstung ist aber nicht da, und daß aus der allgemeinen Überschätzung der Schuldlosigkeit das Gefühl für den Widerstand erweckt wird. In diesem ganzen Kampf wollen wir viel weniger Negatives = Auseinandersetzung mit unseren Gegnern, sondern die Erreichung unserer eigenen *Ziele* = unsere Weltanschauung vertreten! Das ist der Geist der N[*ational*]S[*ozialist*en], wir, in unserer Partei organisieren vor allem uns Deutsche und wehren uns gegen jene, die diesem Kampf Widerstand entgegensetzen.

Wir geben jedem deutschen Volksgenossen ausnahmslos die offene Hand, der ehrlich mit uns geht. Wer uns aber entgegentritt mit geballter Faust zum Gruß, dem werden wir diese Faust aber brechen. Unseren bürgerlichen Parteien können wir nur das eine sagen: Sie werden vergehen, sie sind kraftlos geworden, alle ihre Reorganisationsbestrebungen sind lächerlicher Art. Denn, das Wesentliche wird stets sein die *innerliche* Übereinstimmung zwischen Führer und Masse, diese Übereinstimmung, die bei unserer Bewegung *erzogen* wird; bei den bürgerlichen Parteien regiert ausschließlich die Majorität. Wenn ein Volk bereit ist, seine *eigene* Kraft zu mobilisieren, so kann dieser Kampf nur unter den qualitativ wertvollen Menschen beginnen. Ein Kampf, der lediglich unter parlamentarischer Majorität zustandekommt, ist hiezu nicht geeignet. Wenn andere Parteien dazu übergehen, Führer mit diktatorischer Gewalt einzusetzen, werden sie erleben, daß hinter diesen Führern keine Massen stehen - (siehe Münchner Künstler! [37]) -. Die bürgerlichen Parteien werden alle schwächer und schwächer und werden langsam absterben. Sie werden erkennen müssen, daß die *Zukunft* nicht mehr bei ihnen, sondern bei der deutschen *Jugend* liegt. Mit Greisen kämpfen wir nicht, sie können aber ruhig mit uns gehen, wir geben ihnen die Hand, aber - *kompromißlos*! Niemals werden wir uns bequemen, Konzessionen zu machen, auf dem Gebiet sind wir starr wie irgendein totes Gesetz. Auf anderen Gebieten sind wir an sich bereit, uns mit ihnen an den grünen Tisch zu setzen, leider müssen wir aber meistens die Wahrnehmung machen, daß diese anderen Parteien selbst meistens aus *zwei* Flügeln bestehen.

Wir werden unseren Weg unentwegt weitergehen. Sie können morgen sagen: "Der Mensch hat gestern wieder drei Stunden lang gegen das Proletariat geschimpft oder gegen die Kirche gehetzt", es wird alles nichts nützen. Die höhere göttliche Gerechtigkeit wird in der letzten Stunde den entscheidenden Ausschlag geben. Man kann wahrhaft sagen: Über uns ist der Segen des Herrgotts ersichtlich, so wie wir uns durchgekämpft ha-

37 Anspielung auf die Münchner Räterepublik 1919 und ihre führenden Personen, u. a. die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam.

ben. Wie haben sie uns in der Millionenstadt Berlin bekämpft, verboten, eingesperrt! [38] Die Bewegung ist aber da!

Vor 7-8 Jahren waren wir 7 Männer [39], und heute hat uns anläßlich der Wahlen fast eine Million Deutsche das Vertrauen geschenkt [40]. Vor zwei Wochen haben wir den 100.000. als Mitglied eingeschrieben [41]. In den kommenden 8 Jahren, glaube ich, werden wir auf so viele Millionen emporgewachsen sein als notwendig sind, um das Schicksal Deutschlands besser zu gestalten. Und wenn wir Sie heute auffordern, uns Ihr Vertrauen zu schenken, Ihre Tatkraft u[*nd*] Ihre Kampfeskraft, und ihr fragt mich, was ihr dafür bekommt, so sage ich euch:

"Ihr nichts, aber die Zukunft das Leben." (Beifall!)

Ihre Aufgabe ist es nun, mitzuarbeiten, mitzuhelfen und lebendiges Zeugnis denen entgegenzuhalten, die sagen, das sei Phantasie, nie erreichbare Ziele. Wenn eine Bewegung es fertigbringt, Zehntausende aus den verschiedensten Berufsständen heraus in *ein* Gewand zu bringen, wird daran nicht gezweifelt werden können. Dabei darf keineswegs verkannt werden, mit welch' großen persönlichen und finanziellen Opfern die heutigen Mitglieder der N.S.D.A.P. zu kämpfen haben, da sie für ihre wenigen Groschen immer wieder neue Farben, immer wieder Hemden x[*-mal*] zu kaufen, für Verpflegung und Reisekosten x[*-mal*] aufzukommen haben, wenn sie von der Arbeit weg- und in die Nacht hinausgehen, nicht etwa, um höherer Provision oder höherer Tantiemen willen, nein, *um* für ihr *Vaterland* eintreten zu können. Dafür tun sie das, mein lieber Bürger. Und könntest du das, würdest auch du diesen Opfersinn begreifen, begreifen, daß die Zukunft eines Volkes nur dort liegen kann, wo die Menschen bereit sind, sich fürs Vaterland aufzuopfern, würdest auch begreifen [*sic!*] Bürgerstolz und Standesdünkel, würdest dich auch einstellen in diese Sturm-Armee, die sich einstellt, den Tag herbeizuführen, den Tag der deutschen Schande zu beendigen, würdest auch du mitmarschieren und nicht sagen: "Meine Kinder werden einst das Vaterland retten", sondern: "*Ich* bins!" [42]

38 Vom 5.5.1927 bis 31.3.1928 war die NSDAP in Berlin verboten.
39 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.
40 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.
41 Zur damaligen Mitgliederzahl der NSDAP vgl. Dok. 13, Anm. 7, Dok. 37, Anm. 21.
42 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

29. Oktober 1928 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 31.10.1928, "Im Münchner Zentralsprechabend" [2].

In einem Augenblick, in dem man ahnt, daß vielleicht ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte eintritt, im gleichen Augenblick, wo in Berlin um die *Eigenstaatlichkeit Bayerns und der Länder* [3] gekämpft wird, hat die Münchner Polizei nichts anderes zu tun, als uns Sammlungen zu verbieten. Das zeigt den ganzen Horizont dieser Leute.

Wir erleben zur Zeit das Abrüstungs-Geschrei. Wer in der Kriegsgeschichte das Verhältnis von Tat [*sic!*], Verwundeten einerseits und der Anzahl der Kämpfenden auf der anderen Seite vergleicht, der wird sehen, daß die modernen Kriege nicht blutiger sind als die der vergangenen Jahrhunderte.

Würde man der Welt alle Waffen nehmen, der Krieg wäre nicht verbannt, denn die Menschen kämpften eben dann mit den primitivsten Mitteln, um ihr Leben und ihre Lebensnotwendigkeiten zu verteidigen. *Durch das Abrüstungsgeschrei werden nicht die Kämpfe, sondern nur die Waffen verboten.*

An Stelle der Unsichtbarkeit des Schlachtfeldes würde nur das sichtbare Kampffeld, das heißt, der Kampf Mann gegen Mann, treten. Denn Kriege werden bleiben. Sie sind zu allen Zeiten eine Entspannung der Lage gewesen.

Die ganze Weltabrüstungsidee aber ist keine Idee des Friedens, sondern eine Vorbereitung zum Kriege. Früher wurden Kriege vorbereitet durch Rüstungen, heute durch Verleitung eines der Gegner zum Abrüsten.

Der ganze Abrüstungsrummel hat nur den Hintergedanken, den Gegner zu bewegen, daß er einen Teil seiner Waffen preisgibt, damit man ihn bei der nächsten Abrechnung leichter niederzwingen kann.

Das ist heute das Tragische, daß das deutsche Volk immer noch in der Abrüstungsidee die Gewähr für den Frieden sieht, während die ganze Welt in ihr den kommenden Krieg vorbereitet.

Ein kleines Bild bietet *Österreich*. Dort will man an die innerliche Abrüstung gehen [4]. Ausgeht [*sic!*] der Gedanke von den Marxisten, den *Urhebern des Terrors* selbst. Von jeher hat die Sozialdemokratie mit Terror gearbeitet, überall, auf der Straße, in der Fa-

1 In den Mathäser-Bierhallen, nach 20.00 Uhr. Der 2. Zentralsprechabend, an dem laut VB etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde von Hermann Esser geleitet.
Auf Wunsch Hitlers sollten zukünftig die Zentralsprechabende wieder jeden Montag um 20.00 Uhr im Festsaal der Mathäser-Bierhallen stattfinden. Vgl. Rundschreiben an die Sektionen der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P. vom 13.10.1928; BA, Slg. Schumacher 204. Vgl. auch die Ankündigung im VB vom 19.10. und 20.10.1928, "Aus der Bewegung".

2 Vgl. PND-Bericht Nr. 634, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6739. Lagebericht N/Nr. 71 der Polizeidirektion München vom 28.11.1928; StA München, Polizeidirektion München 6779.

3 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.

4 Anspielung auf die Rede Karl Renners (SPÖ) im öster. Nationalrat vom 3.10.1928, in der er für die Abrüstung der Wehrverbände eintrat. Anlaß war der für den 7.10.1928 in Wiener Neustadt geplante Aufmarsch der Heimwehr und des Republikanischen Schutzbundes. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich, 1918 bis 1938, München [2]1983, S. 164 ff.

brik, im Bergwerk. Die Straße glaubte sie allein gepachtet zu haben. Und jetzt, da auch nichtmarxistische Verbände und Formationen das Recht für sich in Anspruch nehmen, auf die Straße zu gehen, schreit der Marxismus von Gewalt. *Ruft nach Abrüstung und denkt dabei, den andern zu übertölpeln*, denn der Jude als Führer der Marxisten ist groß geworden in der Lüge.

Jetzt also schreit in Österreich die gesamte Sozialdemokratie nach Abrüstung. Und wir müssen erleben, daß im bürgerlichen Lager die unsterblichen Mumien wieder lebendig werden und diesen Plan mit Freuden aufnehmen.

Wenn man in Österreich abrüstet, werden wir erleben, daß der Marxismus dann tausend Waffen findet, um den gläubigen Gegner niederzuschlagen. Daß die Juden das alles propagieren, ist verständlich, daß sich aber dafür immer wieder Deutsche finden, ist uns unerklärlich.

Die bürgerlichen Patrioten, die heute immer von Abrüstung sprechen, wollen nie, daß klare Verhältnisse geschaffen werden.

In dieses Kapitel gehört das Schlagwort der sogenannten *Entpolitisierung der Wehrmacht* [5]. Wenn in einem Staat eine Partei entsteht, die das Ziel hat, das Vaterland zu zerstören, und andere kämpfen dagegen, so ist das nicht Bürgerkrieg, nicht politischer Kampf, sondern Kampf gegen Schweine, denn unter Bürger verstehen wir jeden Menschen, der mit seinem eigenen Ich den Bestand des Vaterlandes zu schützen bereit ist. Der Beruf und die Stellung tut nichts dazu.

Ein gesunder Staat wird kein Parteiwesen dulden, das den Staat negiert. Im Frieden, bedingt durch das Geschrei der Marxisten, hatte das Bürgertum schon eine Angst vor der Politisierung, besser gesagt, Nationalisierung der Armee. Dafür verseuchte sie der Marxismus mit seinen zerstörenden Lehren.

Der sichtbarste Ausdruck der marxistischen Tätigkeit und Politisierung waren die Soldatenräte. Bewußt wurde die Armee politisiert von den Marxisten.

Nun aber, nachdem das Militär politisiert war, mußte das eintreten, was der Jude nicht begreifen kann. Denn vom heldischen Wesen versteht er nichts: daß nämlich ein Mensch, der eine Waffe in der Hand hat, mit dieser Waffe verschmilzt und eines Tages Ideale höher einschätzt als reale Momente. Denn für Geld stirbt niemand, sondern nur für Ideale.

Wenn man einen Heeresorganismus aufstellt, so wird eines Tages die Armee zum Träger der Ehre der Nation werden.

Und wenn nun um die Seele des Soldaten auf der einen Seite reale Sozialdemokraten, auf der anderen ideale Nationalisten werben, so wird eben der Soldat dahin gehen, wo die Ehre steht.

Sonst ist er nur Soldempfänger, und dann schlägt er den nieder, der schlechter bezahlt.

Wir sehen das aus der Geschichte der letzten Jahre. Schon ein halbes Jahr nach Bestand der Republik kamen die Männer betteln zu den Nationalisten, ihnen die Republik zu schützen. *Und aus Pflichtbewußtsein taten sie es und retteten diesen Staat.*

---

5 Bezieht sich auf § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921, der aktiven Soldaten die politische Betätigung, die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verbot sowie das Wahl- und Stimmrecht entzog. Vgl. RGBl. 1921, S. 329 ff.

Im Jahre 1920 wurde die Armee mehr und mehr nationalistisch. *Ein paar Jahre noch und die Armee wäre die Trägerin des nationalistischen Kampfes geworden.* Und das haben die Marxisten gefühlt.

Entpolitisierung lautete jetzt das Feldgeschrei. Die Marxisten überließen es den Bürgerlichen. So riefen die Bürgerlichen, die Armee muß entpolitisiert werden, und sie entpolitisiert die Armee in dem Moment, *wo sie nationalisiert worden wäre, wo sie den Gedanken der Befreiung des Vaterlandes aufgegriffen hätte.*

Aber hier haben wir den Beweis in *Österreich*. Der Jude Deutsch [6] führte die Politisierung der Armee durch. Jahrelang. Die Armee wurde marxistisch. Die Bürgerlichen schwiegen. *Nun aber, nachdem die nationalen Gewerkschaften die Mehrheit haben, rufen die gleichen Marxisten, die vorher die Armee politisiert hatten: Entpolitisiert die Armee! Und die Bürgerlichen fallen wieder darauf herein.* Für uns Nationalsozialisten sind das Lehrbeispiele!

In das gleiche Gebiet gehört das *Volksbegehren des Stahlhelms* [7]. Man sagt, der Parlamentarismus muß gebessert werden. Wir Nationalsozialisten haben keinen Grund, dem Parlamentarismus eine Injektion zu geben, daß er noch ein paar Jahre sich halten kann. Laßt doch die Gesellschaft verfaulen, je eher, desto besser!

Das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen. Wir haben ein prinzipielles Denken und wünschen nur möglichst bald den Tod des Parlamentarismus [8].

Was reif ist zum Sterben, darf man nicht vom Sterben aufhalten. Was sich zu den Toten legen will, das soll sich legen. Die deutsche Frontkämpfergeneration hat das Recht, endlich auf den Plan zu treten.

Zum Schlusse möchte ich noch auf Bayerns Kampf zu sprechen kommen. Wir Nationalsozialisten haben seit Jahren *den Kampf geführt gegen Berlin*. Nicht gegen den Berliner, sondern gegen den, der den Geist Berlins heute verkörpert, den Juden.

---

6 Julius Deutsch (1884-1968), 1908 Dr. jur., 1909 Sekretär der öster. Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), 1918/19 Unterstaatssekretär und 1919/20 Staatssekretär für das öster. Heer, 1919/20 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung (SDAP), 1920-1934 Mitglied des Nationalrats, 1920-1932 Parlamentskommissar für Heeresangelegenheiten, 1923-1933 Gründer und Obmann des Republikanischen Schutzbundes, 1926-1934 Präsident des Arbeiterbundes für Sport- und Körperkultur, 1934 Flucht in die ČSR, 1936-1938 Militärberater und General der republikan. Truppen im Spanischen Bürgerkrieg, 1938 Mitglied der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS) in Paris.

7 Das vom Bundesvorstand des Stahlhelm am 22./23.9.1928 auf einer Tagung in Magdeburg beschlossene Volksbegehren zur Änderung der Weimarer Verfassung (Abschaffung des Art. 54 und Änderung des Art. 37) wurde nicht durchgeführt. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 119 ff. sowie Bd. III/2.

8 Ergänzend hierzu der Polizeibericht: "Besonders verärgert tat Hitler über den derzeitigen Parlamentarismus, dem er das Sterben wünsche. Die 12 nationalsozialistischen Vertreter habe er nicht in den Reichstag gesandt, um dort zu wirken, sondern sie hätten ausdrücklich den Auftrag, mitzuhelfen, daß der Parlamentarismus recht bald sterbe. Ein Unsinn sei es, wenn der ihn Stahlhelm [*sic!*] durch sein Volksbegehren vom Sterben aufhalten wolle. Wiederholt sprach Hitler von der Errichtung des nationalsozialistischen Staates. Er legte Gewicht darauf, daß jeder Versammlungsteilnehmer hörte, daß die Nationalsozialisten das neue Deutschland mit *legalen* Mitteln erstreben. Dabei richtete er sein Augenmerk immer auf einen besondern Tisch mit der Zwischenrede, der Polizeiberichterstatter möchte jetzt doch genau aufschreiben."

Wir Nationalsozialisten nehmen gegen diese Veränderung des Reiches selbstverständlich Stellung. *Sämtliche Staatstraditionen der Ehre zerschlagen, das ist das Ziel der Verreichlicher* [*sic!*]. Dieses Problem wird aber nicht in Berlin ausgekämpft, sondern hier selbst, in Bayern, durch die *Art des Widerstandsgedankens*, den man in das Volk hereinbringt.

Würden an Stelle der Vertreter der "Bayerischen Volkspartei" heute im Landtag Nationalsozialisten sitzen, würden die Berliner Juden diese Töne sich *nicht anzuschlagen* getrauen.

Wenn heue Bayern das nationalistische Zentrum wäre, würde es anders um uns stehen. Wir Nationalsozialisten treten dafür ein, daß Bayern der Wortführer und Fürsprecher der deutschen Nation wird. Wir werden den Kampf Bayerns auf eine breitere Basis stellen. Hätte man 1923 uns nicht niedergedolcht, dann würden heute Millionen nach Bayern sehen, als dem Zentrum des Nationalismus, und Bayern müßte nicht fürchten, aus Macht- und Parteiwillen von Marxisten verreichlicht zu werden.

Aus all dem geht für uns Nationalsozialisten eine Folgerung hervor: uns loszumachen und loszulösen von allem Hergekommenen. *Die Zukunft gehört dann uns, denn wir glauben, daß dereinst auch die Zeit kommt, in der neben dem Gewicht der Zahl der Wert der Zahl gemessen wird.* [9]

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Ergänzend der Polizeibericht: "Nach einer kleinen Pause ergriff Hitler noch einmal das Wort. Er sprach über die Zwistigkeiten, wie sie bei einem Ortsgruppenführer vorkommen können und der dann ausgeschlossen werden müsse. Der Führer komme aber dann immer wieder. Bei Versammlungen schleiche er sich um das Versammlungslokal, bis er wieder eingelassen werde. Die einmal gewonnenen Mitglieder seien eben seelisch gefesselt und können sich von der Partei nicht mehr trennen. Dann kam er auf den November 1923 zu sprechen. Seine besten Mitarbeiter seien Hauptmann Göring und Scheubner-Richter gewesen. Göring sei der Bewegung erhalten geblieben und arbeite wieder mit wie seinerzeit. Hitler schloß seine Ausführungen, daß nunmehr die alte Garde wieder stehe (besonders Göring meinend) und daß sich nichts geändert habe."

2. November 1928 Dok. 42
"Rundschreiben an alle Gauleitungen und Bezirksleitungen, an alle nationalsozialistischen Zeitungen"
Anordnung

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Bouhlers vom 2.11.1928; BA, Slg. Schumacher 260.

In einem Rundschreiben vom 17.9.[*19*]28 [1] aus meiner Kanzlei wurden die Zeitungen der Bewegung auf den nach außen zu richtenden Kampf in ihren Spalten hingewiesen.

Ich benutze die Gelegenheit, die darin enthaltene Weisung nochmals zu unterstreichen. Ich werde künftig jeden Schriftleiter, in dessen Zeitung sich ein Angriff gegen einen Pg. in versteckter oder offener Form findet, maßregeln oder, wenn nötig, aus der Partei ausschließen [2].

Heute besteht Veranlassung auf folgendes hinzuweisen:
Mit der weiteren Verbreitung unserer Gedankenwelt und mit der wachsenden Mitgliederzahl wird sich immer wieder der Wunsch nach einer örtlichen neuen Zeitung einstellen. Diese soll anhand der täglichen Begebenheiten im beschränkten örtlichen Bereich unsere Weltanschauung vertiefen und neue Mitglieder werben.

Es ist klar, daß durch solche neu entstehende Zeitungen bereits erscheinende in Mitleidenschaft gezogen werden, dadurch, daß ein Teil ihrer Leser zu der neuen Zeitung greift, die mehr die örtlichen Belange vertritt. Es ist möglich, daß dadurch die ältere Zeitung Abnehmer verliert, wenn sie sich nicht den durch den Wettstreit entstandenen höheren Anforderungen gerecht zeigt. Ebenso wird die neue Zeitung sich gegen die älteren Zeitungen nur durchsetzen können, wenn sie ihren Leserkreis in besserer Weise befriedigt, als dies die ältere vermocht hat.

Es ist dies eine Erscheinung, die jeder Konkurrenzkampf hervorbringt, wie sie im ganzen Leben auf allen Gebieten der Natur sich abspielt. Der Stärkere setzt sich durch. Im freien Spiel der Kräfte wird immer der Schwächere unterliegen, der Stärkere obsiegen. Es entsteht ein Kampf, in dem beide Teile zu ihrer Erhaltung größere Anstrengungen entfalten müssen. Die Leistungen werden gehoben. Und das ist gut so.

Auch für den Wettstreit zwischen Zeitungen gilt dies. Im freien Spiel der Kräfte erweist es sich, wer der Stärkere ist. Darum ist es unbedingt zu verwerfen, wenn irgendeine Dienststelle zur Förderung einer Zeitung bei den ihr unterstellten Mitgliedern die Verbreitung einer bisher schon mit Willen und Wissen der Reichsleitung erscheinenden Zeitung untersagt. Es kann kein Pg. gezwungen werden, eine bestimmte Zeitung zu lesen oder das Lesen einer andern Zeitung zu unterlassen. Ein Eingriff in dieser Richtung bedeutet eine Einschränkung seiner persönlichen Rechte, zu der keine Dienststelle befugt ist. Auf der andern Seite stellt aber auch ein Verbot einer bisherigen Zeitung eine unhaltbare Handlungsweise gegen diese [*dar*], die ebenso wie die neue einstmals unter großen Opfern aufgezogen wurde und der Bewegung lange Zeit treue Dienste geleistet

1 Ungez. Rundschreiben vom 17.9.1928, "An die Schriftleitungen der Nationalsozialistischen Blätter"; BA, Slg. Schumacher 260.
2 Vgl. z. B. Dok. 35.

hat. Genügt die alte Zeitung den Anforderungen der Leser tatsächlich nicht mehr, wird sich auch ohne einen Eingriff einer Parteidienststelle die neue Zeitung aufgrund ihrer besseren Leistung durchsetzen. Die Parteileitung verbietet daher allen Parteidienststellen, in den Konkurrenzkampf der Zeitungen, die durch Parteitagsbeschluß im Jahre 1927 nur mit Genehmigung der Parteileitung erscheinen können, sei es fördernd oder bremsend, einzugreifen. Vor allem geht es nicht an, den Vertrieb oder die Verbreitung bereits mit dem Willen und dem Wissen der Reichsleitung herausgegebener Zeitungen durch parteidienstliche Anweisungen einzuschränken oder zu verhindern.

Als nationalsozialistische Zeitungen [3], deren Schriftleiter der Partei angehören und damit ihrer Disziplin unterstehen, sind anzusehen:

1. Völkischer Beobachter	(Tageszeitung)
2. Illustrierter Beobachter	(Wochenblatt)
3. Der Nationalsozialist	(Wochenblatt)
4. Der Nationale Sozialist für Norddeutschland	(Wochenblatt)
5. Der Nationale Sozialist für Westdeutschland	"
6. Der Nationale Sozialist für Mitteldeutschland	"
7. Der Nationale Sozialist für Rhein und Ruhr	"
8. Der Nationale Sozialist für [*die*] Ostmark	"
9. Der Nationale Sozialist für Sachsen	"
10. Berliner Arbeiter-Zeitung (B.A.Z.)	"
11. Niedersächsischer Beobachter	"
12. Westdeutscher Beobachter	"
13. Saardeutsche Volksstimme	"
14. Volksstimme	"
15. Der Stürmer	"
16. Der Streiter	"
17. Der Führer	"
18. Die Flamme	"
19. Hitler-Jugend-Zeitung	(Monatsschrift)
20. Der Donaubote	(Tageszeitung)
21. Der Angriff	(Wochenblatt)
22. Hamburger Volksblatt	"
23. Frankfurter Beobachter	"
24. Nassauer Beobachter	"
25. Die neue Front	"
26. Der Kampfruf	"
27. Der Weckruf	"
28. Niederdeutscher Beobachter	"
29. Reichswart	"
30. Weltkampf	"
31. Nationalsozialistische Briefe	(Halbmonatsschrift)

3 Zur NS-Presse vgl. Peter Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Nur die unter 1 mit 19 aufgeführten haben die Berechtigung, das Hoheitszeichen der Bewegung zu führen.

Die Dienststellen sind verpflichtet, dienstliche Anordnungen, die sie zu veröffentlichen wünschen, den mit dem Hoheitszeichen der Partei versehenen, an ihrem Sitz erscheinenden Zeitungen zur Verbreitung *rechtzeitig* zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht an, mit diesen Veröffentlichungen nur Zeitungen zu betrauen, die nicht das Hoheitszeichen tragen, während Zeitungen mit diesem Zeichen übergangen werden.

Unter keinen Umständen ist es statthaft, Mitgliederbeiträge für den Betrieb von Zeitungen heranzuziehen.

Selbstverständliche Pflicht aller Parteidienststellen, aller von Pgg. herausgebrachten Zeitungen sowie sämtlicher Parteigenossen ist es, für die Zentralblätter der Bewegung, den V[*ölkischen*] B[*eobachter*] und den I[*llustrierten*] B[*eobachter*] zu werben.

München, den 2. November 1928

gez. Adolf Hitler
Für die Richtigkeit: Bouhler [4]

2. November 1928 Dok. 43
"Rasse und Zukunft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Fränkischer Kurier vom 4.11.1928, "Adolf Hitler über 'Rasse und Zukunft'" [3].

Immer wieder betonte er [*Hitler*] in seinem Gedankengang, daß das Schicksal eines jeden einzelnen Deutschen ohne Unterschied des Berufes und der Konfession mit dem Schicksal des ganzen Volkes verknüpft sei. Zum Schluß seiner Darlegungen sprach er noch sehr eindringlich von der Zerrissenheit unseres Volkes, das auch angesichts seines Sklaventums im Dienste fremder Völker und der ihm drohenden vollen Verarmung nicht davon lassen könne, sich gegenseitig zu zerfleischen. Seine Mahnung zur Einigkeit, die er in diesem Zusammenhang vor allem an die Konfessionen richtete, fand bei der

4 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellv. Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

1 Titel laut Fränkischer Kurier.
2 Im Kolosseum, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB 4.000 Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat Georg Gradl geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Vor Hitler, der eine ca. 1 1/2 stündige Rede hielt, sprach Julius Streicher.
3 Vgl. auch VB vom 4./5.11.1928, "Adolf Hitler in Nürnberg"; Bayerische Volkszeitung vom 5.11.1928, "Und Adolf der Große spricht"; Die Flamme, Nr. 45, Nov. 1928, "'Rasse und Zukunft'. Hitler spricht in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 138/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.12.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

Versammlung besonders starken Widerhall. Der Vortrag schloß mit der Aufforderung zu einer Gemeinschaft auf Leben und Tod, die Versammlung mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.[4]

3. November 1928 Dok. 44
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 3.11.1928.

Als Woodrow Wilson seinen Kreuzzug gegen die "Gewalt an sich" einleitete, hatten die amerikanischen Rüstungen den Höhepunkt erreicht [1]. Die amerikanische Union war entschlossen, ihre eigene Gewalt zugunsten der Deutschland bedrängenden Weltkoalition in die Waagschale zu werfen. Dieser innere Widerspruch zwischen dem Gerede und dem Handeln eines Staatsmannes war dem deutschen Volke allerdings nicht genügend zum Bewußtsein gekommen. Die Idee des menschheitsbeglückenden Yankees wurde von Judentum und Freimaurerei geschickt aufgegriffen und durch eine gründliche Presseverarbeitung dem deutschen Volk mundgerecht gemacht. Vielleicht krankte die Gegenwehr schon damals daran, daß man es in der bürgerlichen Presse nationaler Färbung nicht fertigbrachte, den Un- und Widersinn dieses amerikanischen Geflunkers unserem Volke in zwingender, allgemeinverständlicher Weise klarzumachen. Die Frage der Abrüstung ist und wird zu allen Zeiten überhaupt keine solche der Technik sein. Selbstredend wird im Kampf der Völker untereinander auch der besseren und umfangreicheren technischen Rüstung eine hohe Bedeutung zukommen. Sowie jedoch versucht wird, durch eine allgemeine technische Abrüstung die Schrecken des Krieges zu mildern oder diesen selbst unmöglich zu machen, wird man erleben, daß die Austragung völkischer Differenzen dann eben mit jenen Mitteln erfolgt, die für eine solche Auseinandersetzung vorhanden sind. Und wenn dies am Ende nur die Zähne wären, so würde das nicht im geringsten die Gewalt solcher Auseinandersetzungen zu mindern vermögen. Denn es ist ein grundsätzlicher Irrtum zu glauben, daß der Krieg heute grausamer oder blutiger wäre als früher. Er entspricht nur in seinen Kampfwaffen der allgemeinen technischen Kultur der Zeit, so wie er vor zweitausend Jahren in seiner technischen Waffenanwendung den allgemeinen technischen Zuständen der damaligen Zeit entsprach. Immer aber bleibt der Einsatz derselbe: Mit dem Leben wird um das Leben gekämpft. Und wenn man heute technisch noch so viel abrüstet, so werden die Kriege sich eben anderer

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Wilsons Rede vom 5.3.1917 anläßlich des Beginns seiner 2. Amtsperiode als Präsident der USA. Druck: Präsident Wilson, Der Krieg - Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918, Zürich 1918, S. 30 ff.

und wenn auch tausendmal primitiverer Waffen bedienen, wobei aber das letzte Opfer immer der höchste Einsatz ist: der Mensch. Nun bliebe allerdings die Frage offen, ob es nicht eine Abrüstung der Gesinnung zum Kriege gäbe oder geben könnte. Sie kann glatt verneint werden. Für die Beurteilung von Kriegen oder von Kriegsnotwendigkeiten können niemals die sogenannten äußeren Anlässe einen Anhalt bieten. Wesentlich hierfür sind die inneren Beweggründe, die in der Konkurrenz von Lebensnotwendigkeiten der Völker untereinander liegen.

Die Richtigkeit dieser Auffassung wird heute mehr denn je bestätigt. Die scheinbare technische Abrüstung entspricht schon längst nicht mehr einer inneren Absicht der Völker, dem Kriege an sich zu entsagen, als vielmehr taktischen Erwägungen. Man hofft jeweils den "anderen" zu einer Abrüstung verleiten zu können, nur um ihn dadurch zu schwächen. Wobei man allerdings auch die oft als selbstverständlich vorausgesetzte Weigerung, an einer solchen Abrüstung teilzunehmen, selbst wieder als Schwächung ansehen kann, da sie, propagandistisch geschickt ausgenützt, den hartnäckigen Weigerer als moralisch minderwertigen, friedensfeindlichen Staat nicht nur in den Augen der übrigen Welt, sondern auch in den Augen eigener dummer, charakterloser Volksgenossen hinzustellen vermag. Man hofft dadurch, ihn einst leichter besiegen zu können. Das ist aber immer der Hintergedanke. Die amerikanische Union, die damals gegen die Gewalt wetterte, strebt seitdem unermüdlich nach der größten Seegewalt. England, das einst gegen die militärischen Rüstungen zu Lande schrie, organisiert eine militärische Koalition gegen den amerikanischen Bundesgenossen von damals. Es versucht, die amerikanische Seeherrschaft durch internationale Flottenverträge zu entkräften, und ist dabei bereit, Frankreich größte Konzessionen in seiner europäischen Politik zu machen [2]. Die wahnsinnige oder verbrecherische Unfähigkeit der außenpolitischen Leitung Deutschlands beginnt sich zu rächen. Das Buhlen um Frankreichs Gunst hat seine Quittung erhalten im Abschluß des französisch-englischen Bündnisses, dessen letzte Konsequenzen auch heute noch nicht restlos klar sichtbar sind. In Rom aber verfolgt man mit steigendem Mißtrauen die endgültige Freigabe der französischen Rüstungen auf dem Kontinent. So spricht man zur Zeit überall von Abrüstung und organisiert doch insgeheim alles für die kommende Auseinandersetzung. Ein einziger Staat kann als wirklich abgerüstet bezeichnet werden. Weniger noch, weil dieser Staat selbst seine militärischen Formen und seine Waffen vernichtete, als vielmehr weil seit 10 Jahren hierzulande ein wahrer Abrüstungsfanatismus gegen Ehre, Gesinnung und Staatsmoral tobt. Nicht als ob dadurch die kommende Weltauseinandersetzung verhindert werden könnte oder sich daraus eine Nichtinteressiertheit Deutschlands ergäbe. Nein! Die Ereignisse werden so oder so ihren Lauf nehmen, aber wehe unserem Volk, wenn es in den Lauf dieser Ereignisse gerät.

Der ganze Abrüstungsschwindel von heute ist tatsächlich nichts anderes als die verlogenste Vorbereitung für den nächsten Krieg.

Wenn man von Abrüstung redet, fällt einem unwillkürlich ein, daß es außer einer Weltabrüstung auch noch eine ganz besondere europäische Abrüstung gibt. Der österreichische Staat befindet sich zur Zeit ebenfalls in einem, wie ich allerdings fürchte,

2 Vgl. Dok. 13, Anm. 46.

chronischen Abrüstungszustand. Ich meine damit nicht die allgemeine Abrüstung dieses Staates laut St. Germain [3], so daß in kurzer Zeit an sich nur mehr der "Astralleib" übrigbleiben wird, sondern die Abrüstung jener beiden feindlichen Heerhaufen, Heimwehren [*sic!*] und Republikanischer Schutzbund, über die augenblicklich so viel debattiert wird [4]. Der Republikanische Schutzbund [5] in Österreich ist eine rein marxistische Terrororganisation. Seine Aufgabe besteht darin, das bürgerliche Federvieh von öffentlichen Straßen und Plätzen zu verscheuchen, die Gewissens- und Meinungsfreiheit zu knebeln, die Wahlfreiheit aufzuheben und dem Gesinnungszwang die notwendigen Druckmittel zur Verfügung zu stellen. Der ewigen Drangsalierungen müde, hat sich nun ein Teil des Bürgertums aus dem Banne der "geistigen Waffen" gelöst und versucht in sogenannten Heimwehren [6] dem marxistischen Terror gegenüber das Recht auf ein eigenes bescheidenes Dasein zu verteidigen. Die heutige Sozialdemokratie besteht nicht aus Helden. Am wenigsten sind bei ihren Führern heroische Tugenden vorhanden. Sowie der offene Straßenraub, die Freiheitsbedrängung auf den ersten Widerstand stieß, entdeckte man dort die Notwendigkeit, den Staat von militärischen Formationen zu befreien, also auch innen abzurüsten. Und dabei ist der Gedankengang im kleinen ganz der gleiche wie wir ihn im großen vor uns sehen. Die österreichische Sozialdemokratie denkt nicht daran, der Terrorgesinnung zu entsagen. Sie benötigt dabei allerdings keinen republikanischen Schutzbund, denn sie besaß diesen auch früher nicht und hat trotzdem immer den schwersten Terror auszuüben vermocht. Gewerkschaftliche Organisation, Massendemonstration und Generalstreik sind die Mittel, die jederzeit genügen, das Bürgertum unter der marxistischen Faust zu halten. Aber nur solange nicht dieses Bürgertum oder überhaupt das nationale Element sich selbst eine Organisation aufbaut, mittels der es dem organisierten sozialistischen Terror einen organisierten antimarxistischen Widerstand entgegensetzen kann. Heute hofft die Sozialdemokratie durch ihr Geschrei genauso wie einst Woodrow Wilson eine Abrüstung herbeizuführen, wobei sie voraussieht, daß der, der endlich am meisten abrüsten wird, genauso unterliegen muß, wie jener, der früher am wenigsten gerüstet hat. Wenn man in Österreich dumm genug ist, auf diesen Abrüstungsfimmel hineinzufallen, dann wird man dieselbe bittere Lehre innerpolitisch erhalten, wie sie Deutschland außenpolitisch bekam. Selbstverständlich müßte in Österreich "abgerüstet" werden, aber nur in der Form einer restlosen Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Pestilenz.

Nachdem nun schon von Österreich die Rede ist, erscheint es nicht unangebracht, auf einen Vorgang hinzuweisen, der sich unter ganz ähnlichen Voraussetzungen im Jahre 1920 auch in Deutschland abspielte. Maßgebende österreichische Politiker, und zwar

3 Die Höchststärke des öster. Heeres war im Friedensvertrag von Saint Germain-en-Laye auf 30.000 Mann festgelegt worden. Vgl. Peter Broucek, Heerwesen. In: Österreich 1918-1938, Bd. 1, S. 209-224 sowie Dok. 2, Anm. 23.

4 Vgl. Dok. 41, Anm 4.

5 Der Republikanische Schutzbund war 1923 unter der Leitung von Julius Deutsch als Selbstschutzorganisation der öster. Sozialdemokraten gegründet worden. Vgl. Christiane Vlcek, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

6 Zur Geschichte der öster. Heimwehr vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, München 1985.

bürgerlich-nationaler Färbung, fordern die Entpolitisierung der Bundeswehr. Das heißt, sie wünschen ein Verbot der politischen Aufklärung und politische[*n*] Betätigung der Soldaten. Genau wie nach dem Kapp-Putsch [7] in Deutschland. Auch damals waren es in erster Linie sogenannte nationale Politiker, die dieses Verlangen aufstellten, und tatsächlich ist damals die Entpolitisierung der Reichswehr durch die nationalen Kreise selbst durchgeführt worden [8]. Es ist dies aber ein Beweis für die ebenso große Gerissenheit der jüdischen Drahtzieher wie für die wahrhaft kosmische Dimensionen annehmende Dummheit desjenigen Teils unserer Nation, der unter dem Schlagwort "bürgerlich-national" in Politik macht. Da das alte deutsche Heer einst unpolitisch war, und zwar in solchem Maße, daß für den Soldaten eine Beschäftigung mit politischen Dingen geradezu als verächtlich galt, waren es in erster Linie die Demokratie und der Marxismus, die für die Politisierung der Wehrmacht eintraten. Man erinnere sich des damaligen ewigen Geschreis von der unwürdigen Behandlung des Soldaten, die in erster Linie in der Nichtgewährung der politischen Vollberechtigung bestehen sollte. Der Marxismus war es, der endlich die Armee politisch zersetzte, während die bürgerlich-nationalen Patrioten noch immer mit der Gleichmäßigkeit einer tibetanischen Gebetmühle ihren Spruch vom unpolitischen Charakter des Heeres als höchste Weisheit herunterleierten. So konnte der angreifenden politischen Propaganda des Marxismus nichts Ähnliches entgegengesetzt werden, und so mußte denn endlich die Armee dieser zersetzenden marxistischen Säure erliegen. In den Soldatenräten fand die Politisierung der Armee zunächst ihren Abschluß. Damit aber war nun die Bahn der politischen Aufklärung auch anderen freigegeben worden. Und wer die Psyche und Seele des Soldatentums auch nur ahnt, der muß wissen, daß, sowie erst der nationale Gedanke mit dem international-pazifistischen und marxistischen um die Seele des Soldaten ringt, der nationale Gedanke als Sieger hervorgehen muß. Kaum dämmerte aber diese Erkenntnis im Verlauf des Kapp-Putsches den marxistischen Armeevergiftern, als sie auch sofort für die Entpolitisierung der Reichswehr eintraten. Das heißt, sie taten das schlauerweise nicht selbst, sondern ließen sich die Einleitung von anderen besorgen. Sie kannten das politische deutsche Bürgertum haargenau. Kaum war von irgendeinem Freimaurer die Entpolitisierung der Reichswehr als Schlagwort in die Masse geworfen worden, ohne daß der Marxismus dagegen aufbrüllte, als sich auch schon das deutsche Bürgertum, das heißt die mehr oder minder geistreiche Erbschaftsmasse der bürgerlichen Fraktionen, gierig auf die Möglichkeit einer so eminent nationalen Tat warf. Daß etwas, das vom Marxismus empfohlen oder auch nur geduldet wird, der deutschen Nation nie von Nutzen sein kann, sondern ewig von Schaden sein muß, geht über das politische Auffassungsvermögen von Menschen hinaus, deren Horizont auf diesem Gebiete zumeist über die Mauern einer Fabrik oder die Grenzen eines Kirchspiels nicht hinausreicht. Hätte man im Jahre 1920 die Entpolitisierung der Reichswehr nicht durchgeführt, dann wäre

7 Im März 1920 war ein Putsch rechtsradikaler Kräfte unter Führung des ehem. Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Generals Walther Frhr. von Lüttwitz am passiven Widerstand der Beamtenschaft sowie einem Generalstreik gescheitert. Vgl. Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

8 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.

sie zwangsläufig zum Instrument der nationalen Wiedererhebung geworden und hätte im Innern wenigstens vorläufig dem Marxismus den Kragen umgedreht. So hat man sie der Politisierung, das heißt in dem Fall der Nationalisierung entzogen, um sie dafür zu einem gut dressierten Verein zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung umzuwandeln. Der Marxismus kann nunmehr erst in aller Ruhe seine politische Verbrecherlaufbahn bis zum Ende durchführen.

Seit der Revolution kann man immer wieder erleben, daß Regierungsstellen plötzlich entweder taub werden oder die Sprache verlieren. So wird in ausländischen deutschen Zeitungen der sogenannten "Deutschen Reichsbahn" immer wieder die Frage vorgehalten, ob es wahr sei, daß die deutsche Reichseisenbahngesellschaft die deutschen Eisenbahnbesitzrechte in den tschechischen Grenzbahnhöfen, besonders in Eger, aufgegeben habe oder nicht [9]. Die Frage ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, weil in diesen der Bevölkerungszusammensetzung nach deutschen Grenzorten durch die Wegziehung des deutschen Eisenbahnpersonals und dessen Ersatz durch tschechisches eine außerordentliche Schwächung des an sich dauernd bedrohten deutschen Elementes eintreten müßte. Die Deutsche Reichsbahn verweigert darauf beharrlich jede Antwort. Nun verlautet, daß die Reichsbahn dafür einen Betrag von einigen hundert Millionen tschechischer Kronen als Entschädigung erhalte. Das heißt also auf deutsch, um dem Dawesmoloch [10] noch mehr abliefern zu können, werden erneut Tausende und Tausende deutsche Existenzen brotlos gemacht, und es werden damit erneut deutsche Gebiete der langsamen Versklavung ausgeliefert. Die deutsche Grenzbedrohung im Osten aber wird gesteigert, und zusehen tun bei allem dem jene "glühenden deutschen Patrioten" (besonders auch in Bayern), die das Schicksal Deutschsüdtirols keine Minute ruhig schlafen läßt, denen es aber vollkommen entgeht, daß heute bereits ihr innerstes eigenstes Schicksal der bedenklichsten Bedrohung ausgesetzt ist.

Aber wer will sich darüber wundern. In Deutschland werden in deutschen Fremdenführern durch deutsche Behörden Städte- und Ortsnamen in den deutschen Gebieten in der Tschechei tschechisch gedruckt und tschechische Briefe mit vertschechten Ortsnamen von der deutschen Reichspost brav und pünktlich zugestellt. Das gehört aber alles in das Kapitel deutsch-bürgerlicher Toleranz oder besser Beschränktheit.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

9 Vgl. Bericht des Ministerialdirektors Gerhard Köpke vom 3.11.1928 über seine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Kamil Krofta (PA-AA, Abt. II, Handel 13, Tschechoslowakei, Bd. 11): "Herr Krofta ging sodann auf die Verhandlungen über die Grenzeisenbahn über. Auch hier sei man in allen wichtigen Punkten zu einer Einigung gelangt. Insbesondere sei die recht schwierige Frage des Bahnhofs Eger zu allseitiger Zufriedenheit geregelt. Die in einigen rechtsstehenden deutschen Zeitungen erschienenen Angriffe und Verdächtigungen, daß man den Egerer Bahnhof an die Tschechoslowakei verkauft hätte, seien bekanntlich völlig abwegig und unsinnig. Das Gegenteil sei der Fall: Die deutsche Delegation könne sich die Regelung gerade der Egerer Bahnhofsfrage als einen vollen Erfolg anrechnen. Auch wegen der anderen drei Strecken sei man dicht vor der Einigung. Bezüglich der Strecke Reichenberg - Zittau sei nur die Kaufsumme noch im Streit, eine Frage, die die tschechoslowakische Delegation noch mit den inneren Finanzressorts ausfechten müßte. Grundsätzlich sei man also auch hier in allen Punkten zur Einigung gelangt."

10 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

9. November 1928 Dok. 45
"10 Jahre ungesühnter Verrat" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3] mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/55 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

In einem alten Lexikon las ich unter dem Kapitel "Deutsche Geschichte" als Einleitung folgenden Satz: "Das deutsche Volk hat zum Unterschied vergangener Zeiten der Ohnmacht und des Verfalls wieder Zeiten einer unglaublichen Kraft und Stärke von sich gegeben. Es scheint, als ob unser Volk vom Schicksal dazu ausersehen wäre, dereinst noch eine große Rolle wieder in der Welt spielen zu dürfen [5]." Dieser Satz stammt aus dem Jahre 1871 und wurde gedruckt, während sich noch der Krieg abspielte.

Wir können es heute kaum ermessen, was es für die damalige Zeit bedeutete, daß nach einer Periode des tiefsten Zerfalls, des Zerfalls der deutschen Kaiserwürde, des Zerfalls der deutschen Nation, des Vergehens einer deutschen nationalen Ehre, ja, einer deutschen nationalen Gesinnung, in einer solchen Zeit plötzlich wieder ein Deutsches Reich erstand. Der Name, der dieses Reich gründete, Sie wissen es, er heißt nicht Majorität, nicht Demokratie, sondern Bismarck. Ein einzelner hat dem deutschen Volk ein neues Reich gegeben und, was vielleicht noch mehr wert ist als die rein äußerliche Form, hat dem deutschen Volk mit diesem neuen Reich auch wieder einen neuen nationalen Begriff geschenkt, eine neue nationale Ehre gegeben, eine neue Auffassung der nationalen Ehre. Wir haben ja selbst noch dieses Reich vor uns gesehen. Wir wissen, es hatte unzählige Fehler, wie es ja überhaupt auf der Welt nichts gibt, wo sich nicht neben Licht auch Schatten zeigen würde. Es hatte zahlreiche Fehler, wie ja jeder Mensch im einzelnen mit Fehlern behaftet ist. Dieses Deutsche Reich von damals, sicher ist es in manchem bürokratisch gewesen, und der Vorwurf der Bürokratie wurde auch erhoben. Allein neben dieser Bürokratie stand doch als Gegenleistung zunächst eines, die Unbestechlichkeit, die unbestechliche Ehrlichkeit der Träger des damaligen Staatsgedankens bis herunter zum letzten Weichensteller. Eine Bekundung, daß z. B. dieser oder jener, sagen wir für einen Ministerposten vorgeschlagene Mann, bisher noch nicht wegen gemeingefährlicher Delikte mit dem Strafgesetz irgendwie in Berührung gekommen ist, gab es damals nicht. Man sah das als selbstverständlich an. Wenn man heute die Anpreisungen liest, mit denen die Kandidaten empfohlen werden, muß man lächeln bei einem

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 8.11. und 9.11.1928, Lagebericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10043). Die masch. Aufzeichnung nennt als Thema "Untergang des alten Reiches".

2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Lagebericht sehr gut besucht war, wurde von Hermann Esser geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 9. November 1928. Bürgerbräukeller".

4 Gekürzte Fassung: VB vom 11./12.11.1928, "'10 Jahre ungesühnter Verrat'". Vgl. Lagebericht N/Nr. 71 der Polizeidirektion München vom 28.11.1928; StA München, Polizeidirektion München 6779.

5 Nicht ermittelt.

Vergleich mit vergangenen Zeiten. Solche Anpreisungen kannte man nicht. Unbestechlichkeit und Ehrenhaftigkeit waren selbstverständlich. Gewiß, also bürokratisch auf der einen Seite, aber neben der Bürokratie und dem Bürokratismus stand auf der anderen Seite die größte, ehrenhafteste Gesinnung, die edelste Staatsgesinnung, die man sich nur denken kann. Pedantisch bezeichnete man damals das ganze Reich in seinem inneren Staatsapparat, in der Wahl dieses Apparates. Gewiß, auch das war richtig. Zugleich war das aber doch die sparsamste Verwaltung, die je ein Staat gehabt hat, die sparsamste Verwaltung, die besonders Deutschland wohl je hatte. Wenn man weiter über die hohen Steuern klagte, so muß man sagen, gewiß, der Steuerdruck war außerordentlich hoch, aber noch nie sind die Steuereinnahmen vorsichtiger ausgegeben worden, noch nie ist das Geld mehr geschätzt und mehr geachtet und geehrt worden, das man von den Bürgern einzog, als in diesem damals so sehr bekämpften alten Reich. Wenn man weiter klagte, der ganze Staat hat militaristische Formen besessen, so darf man auf der anderen Seite nicht vergessen, daß dieser Militarismus zugleich die größte Erziehungsinstitution unseres Volkes gewesen ist (lebhafter Beifall) und daß dieser Militarismus jahre-, ja jahrzehntelang dem deutschen Volk die beste Erziehung gegeben hat, daß das deutsche Volk durch diesen Militarismus diszipliniert wurde zu jenen Leistungen, die die ganze Welt zum Erstaunen brachten, daß das deutsche Volk dadurch jene Organisationsfähigkeit erhielt, die damals einzig dastand fast in der ganzen Welt. Es war das nicht etwa blutsmäßig in uns, sondern es ist uns damals in eiserner Entschlossenheit und Energie, in ewig gleicher Beharrlichkeit anerzogen worden durch den sogenannten Militarismus. Wenn man sich weiter darüber beklagt, daß das alte Reich kapitalistisch gewesen wäre, ja gewiß, aber dieses alte Reich hat immerhin für jeden Staatsbürger Arbeitsmöglichkeit und das tägliche Brot herbeigeschafft. Es hat jedem Arbeitsmöglichkeit gesichert, ja, es hat sogar die Möglichkeit gehabt, Fremde aufzunehmen und auch ihnen leider noch Arbeit in Deutschland zu geben. Wenn weiter geklagt wird, daß Deutschland reaktionär gewesen sei, verzeihen Sie, man kann schon sagen, es ist vielleicht manches reaktionär gewesen, aber dem steht gegenüber die Tatsache, daß das Deutschland von damals der fortschrittlichste Staat auf allen Gebieten der Kultur, der Technik und der Wissenschaft gewesen ist. Hat ein Volk uns damals etwa übertroffen in unseren kulturellen Fortschritten, auf dem Gebiete der Technik, der Wissenschaft oder auf einem anderen Gebiete? Deutschland ist tatsächlich trotz der behaupteten Reaktion der fortschrittlichste Staat gewesen, den es gegeben hat. Wenn man weiter sagt, es war ein Polizeistaat, auch möglich, es gab eine Polizei, und vielleicht wäre besser manches unterblieben. Aber dem steht gegenüber die Tatsache, daß das damalige Deutschland dem einzelnen Bürger die höchste Sicherheit zu bieten vermochte, und daß eine unbestechliche Justiz für die Aufrechterhaltung der Staatsgrundsätze sorgte, und daß das Deutschland von damals nicht seine Bürger bestohlen, betrogen und begaunert hat (stürmischer Beifall), daß dieses Deutschland von damals seine Verpflichtungen treu und redlich einlöste, wie das schwarz auf weiß auf den Papieren zugesichert worden war. Wenn man weiter den Vorwurf erhebt, daß das damalige Deutschland antimarxistisch, antisozialistisch gewesen wäre, so muß man sagen, es hat allerdings schwächliche Versuche gemacht, sich der marxistischen Gefahr zu erwehren, allein dieses Deutschland war nebenbei das Land,

das als erstes überhaupt wenigstens versuchte, eine soziale Gesetzgebung durchzuführen, den Weg einer solchen Gesetzgebung zu beschreiten, das zum mindesten in dem, was geschaffen wurde, der ganzen anderen Welt vorbildlich vorangegangen ist. Alle anderen haben gelernt von dem, was das damalige Deutschland geschaffen hat, und am meisten könnte davon lernen der heutige Staat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Gewiß, kann man weiter vom völkischen Standpunkt aus einwenden, das damalige Deutschland, das alte Reich, hatte keine völkische politische Auffassung. Jawohl, aber es hat zum mindesten eine nationale Ehre gehabt und hat diese nationale Ehre zu vertreten versucht, versuchte, sie in Redlichkeit zu wahren, soweit das möglich war. Wenn man den Vorwurf erhebt, das damalige Deutschland ohne völkischen Staatsgedanken habe auch keinen völkischen Raumgedanken besessen, so ist auch das richtig. Nebenbei steht aber doch die Tatsache, daß Deutschland versuchte, durch die Art seiner Wirtschaft dem deutschen Volk zum mindesten im Innern das Brot zu sichern, auf daß es nicht gezwungen war, die Heimat zu verlassen und als Kuli und Frondienstarbeiter draußen irgendwo das tägliche Brot zu suchen.

Das Deutschland von damals hat zahllose Fehler gehabt. Aber glauben Sie, daß man nur durch die Feststellung von Fehlern allein einer Sache gerecht zu werden vermag? Nehmen Sie ein Kind, das völlig ohne Fehler wäre. Ich glaube, manches Kind beginnt man erst gerade deshalb zu lieben, weil man sieht, daß es neben allen Vorzügen auch Fehler hat. Gerade das ist es auch, was einen zur Liebe zum damaligen Deutschland noch hinzieht. Es war fehlerhaft, aber neben den Fehlern standen tausendfältige Vorzüge, und neben Schatten war in Deutschland Licht, und neben allen Bedenken konnte jeder wenigstens mit Stolz damals sagen, ich bin ein Deutscher (*Zurufe:* Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.), gleich wohin er in der Welt verschlagen wurde, ganz gleich, ob nach dem fernen Osten oder nach dem Westen. Überall gab es eine Flagge, über die nicht debattiert wurde [6], über die nicht Abänderungsanträge gestellt wurden, sondern die selbstverständliches Symbol des deutschen Volkes gewesen ist, bei der man nicht befehlen mußte, ihr müßt diese Flagge heraushängen, bei der man nicht durch Gesetz den einzelnen zwingen mußte, sie aufzuziehen, sondern die flatterte, weil sie verankert war im Herzen unseres Volkes. Millionen Menschen, die ganze Nation kann man sagen, hat in dieser Fahne das Symbol der Größe des deutschen Volkes erblickt.

Wichtig erscheint aber vor allem eine Feststellung. Eines ist sicher niemals richtig, und das muß festgestellt werden, niemals hat dieses alte Deutschland den Weltfrieden bedroht. Es gab überhaupt kaum eine Periode von 47 Jahren, in der die Welt in Europa so in Frieden lebte als gerade in der Periode, da Deutschland in höchster Kraft und Blüte stand. Das alte Reich ist wirklich ein Schirmherr des Friedens gewesen, ob mit Recht oder Unrecht, spielt hier nicht herein, ist eine andere Frage. Der Vorwurf aber, daß das alte Deutschland den Frieden bedroht hätte, muß zurückgewiesen werden als gemeine erbärmliche Verleumdung. Sehen Sie nur die heutige Zeit an. Heute gibt es kein solches Deutschland mehr. Wo ist aber heute der Friede in der Welt? Suchen Sie ihn jetzt! Terror herrscht gegenüber den Schwachen, gegenüber den Kleinen, und nie-

6 Zum Flaggenstreit vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 240 ff.

mals ist die Welt unfreier gewesen als jetzt. Noch etwas muß festgestellt werden: Dieses damalige Deutschland hat niemals Anlaß zu Rüstungen gegeben, war im Gegenteil selbst immer der zum Rüsten Gezwungene und hat dies nur notdürftigst tatsächlich auch immer getan. Hätte dieses Volk wirklich gerüstet, so wie Frankreich oder Rußland oder England das für selbstverständlich ansah, dann, glauben Sie, wären die Würfel anders gefallen, als sie so fielen. Hätte Deutschland den Standpunkt eingenommen, den Frankreich einnahm, den letzten Mann der nationalen Volkskraft heranzuziehen und in den Dienst der Wehrpflicht zu spannen, dann wären im Jahre 1914 nicht unausgebildete Rekruten vor den Feind geschickt worden (lebhafter Beifall), sondern Divisionen angetreten von gleicher Güte wie die Regimenter, die den Vormarsch gegen Paris angetreten hatten. Hätte Deutschland das gleiche Recht für sich in Anspruch genommen wie England, hätte es gesagt, ihr nehmt zur See, weil ihr davon abhängig seid, das Recht für euch in Anspruch, zwei Mächte dürfen nicht stärker sein als England, wir beanspruchen zu Land das gleiche Recht, zwei Mächte dürfen nicht stärker sein als Deutschland, hätte das deutsche Volk, das alte Reich, diesen Standpunkt vertreten, es wäre anders gekommen, ganz anders. Deutschland wäre nicht im Jahre 1914 überrumpelt worden und einer Weltkoalition gegenübergestanden, die erdrückend war in ihrer Übermacht. Man muß also im Gegenteil leider sagen, das deutsche Volk hat vor allem keine Schuld gehabt am Ausbruch des Weltkrieges selbst [7]. Seine Parole lautete in der ganzen Zeit nicht Krieg, sondern im Gegenteil Frieden um jeden Preis. Es ist kaum jemals ein Staat in einer solchen Machtfülle auf der Erde gewesen, der so sehr den Frieden wahrte und beschirmte als das alte Deutschland. Wenn andere Völker von Zeit zu Zeit Friedenstöne reden, so weiß man nur zu häufig, warum sie das tun. Es ist das nur eine Verschleierung ihrer Kriegsabsichten. Oder wenn andere Völker heute vom Frieden reden, man weiß, es geschieht aus innerer Schwäche. Schätzen kann man das nur bei dem, dessen Kraft es ermöglichen würde, den Frieden zu brechen und Krieg zu führen. Deutschland hätte diese Kraft gehabt und hat es leider nicht getan. Was wir Deutschland, unserem alten Reich vorzuwerfen haben, ist gerade das, was andere an ihm aussetzen. Wir werfen ihm vor, daß dieses Deutschland eben nicht genügend gerüstet hat. Das ist die einzige Schuld, die es in unseren Augen auf sich geladen hat, daß es sich nicht genügend vorbereitet hat für die eines Tages doch kommende notwendige Auseinandersetzung in Europa, daß es sich viel zu viel in den Friedensgedanken hineingelebt hatte, daß die Parole Erhaltung des Weltfriedens um jeden Preis damals bereits zum leitenden Staatsgedanken geworden war. Weiter werfen wir diesem alten Deutschland vor, daß es nicht zur rechten Zeit angegriffen hat, daß es gerade das nicht getan hat, was die Gegner ihm vorgeworfen haben. Hätte es das getan, hätte es den Krieg gewollt und im rechten Augenblick die Konsequenz gezogen, es hätte die Möglichkeit dazu gehabt, es hätte gegen Frankreich kämpfen können. Das war möglich, besonders in der Zeit von 1904/05, als teils Rußland in Ostasien blutete [8], und zum anderen Teil die Wunden noch nicht vernarbt waren. Wäre Deutschland damals marschiert, Frankreich wäre in 3-4 Monaten zu Boden ge-

7 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

8 Anspielung auf den russisch-japanischen Krieg 1904/05.

zwungen gewesen, und die ungeheueren Verluste des Weltkrieges wären erspart geblieben. Das ist das, was wir zum zweiten dem alten Deutschland vorzuwerfen haben. Und zum dritten das, daß es, selbst als die Stunde der Not kam, bis zur letzten Minute nicht an den Krieg geglaubt hat, daß noch am Morgen des 4. August [*1914*] Bethmann Hollweg in Berlin der Überzeugung war, England will uns nicht den Krieg erklären[9]. Und wir haben Beweise dafür: Wenn ein Staat so etwas wie einen Weltkrieg beabsichtigt, dann wird ein solcher Staat sich entsprechend rüsten. Alle Tatsachen sprechen aber dafür, daß man leider Gottes in Deutschland selbst wenige Stunden vor der Katastrophe noch nicht an die Katastrophe geglaubt hat. Denken Sie nur an die Verzettelung der Handelsflotte. Wäre es nicht möglich gewesen, auf radiotelegraphischem Wege sofort die ganze deutsche Handelsflotte in die Heimat zurückzubeordern. Heute wissen wir aus dem Munde der englischen Admiralität, daß England bereits im Juni und anfangs Juli dazu überging, Direktiven an die Marine auszugeben, daß man schon damals die deutschen Schiffe dauernd überwachte [10]. Deutschland ging ahnungslos in den Monat August hinein, tat nichts, um seine Handelsflotte zu retten und verzettelte genau so auch seine Kriegsflotte. Wie leicht wäre doch eine Konzentration möglich gewesen, wenigstens der Schiffe, die sich in nächster Nähe befanden. Wie leicht hätte man z. B. die Goeben [11] aus dem mittelländischen Meer zurückrufen können. Das wäre eine außerordentliche Verstärkung unseres Kreuzergeschwaders gewesen. Man glaubte aber nicht an den Krieg. Genau so unvorbereitet waren wir in unserer Rohstoffversorgung, in unseren gesamten sonstigen wirtschaftlichen Vorbereitungen. Alles war unvorbereitet, weil alles dem Gedanken oblag, es würde auch dieses Gewitter dank der Friedfertigkeit Deutschlands wieder vorbeigehen, ohne daß es zu Blitz und Donner käme. Das Wesentlichste aber ist für uns folgendes: Das alte Deutschland ist, darin liegt eine gewisse Tragik, in den Weltkrieg gestürzt infolge seines Wunsches nach Frieden. Es ist tragisch, heute zu sehen, daß die Friedenspolitik Deutschlands von damals zwangsläufig eines Tages beim Weltkrieg enden mußte. Die Versuche Deutschlands, ohne räumliche Erweiterung auf dem Wege der friedlichen Wirtschaftskonkurrenz sich auszubreiten, mußten uns eines Tages in diesen wütenden Konkurrenzkampf mit England bringen, und die letzten Auseinandersetzungen konnten nicht mehr wirtschaftlicher Natur sein, sondern mußten mit dem Schwert erfolgen. Die Schwertauseinandersetzung mußte entscheiden, ob England recht behielt oder Deutschlands Wirtschaft sich die Welt erobern würde. Es ist entsetz-

9 Der deutsche Botschafter in London, Karl Max Fürst Lichnowsky, hatte in einem Telegramm, das am Morgen des 4.8.1914 in Berlin einging, gemeldet, "daß die hiesige Regierung zunächst nicht beabsichtigt, in den Kampf einzugreifen und ihre bisherige Neutralität zu verlassen". Druck: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Bd. 4: Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland, Charlottenburg 1919, S. 44 f.

10 Vom 10. bis 16.7.1914 fand eine, im März angekündigte, Probemobilmachung der brit. "Home Fleets" mit anschließenden Manövern statt. Vgl. History of the Great War. Based on Official Documents by Direction of the Historical Section of the Committee of Imperial Defence, Naval Operations, Vol. 1, To the Battle of the Falklands December 1914, by Sir Julian S. Corbett, London 1920, S. 22.

11 "Goeben", deutscher Schlachtkreuzer (23.000 t), Indienststellung 1911, 1914 Flaggschiff der Mittelmeerdivision unter Konteradmiral Wilhelm Souchon. Der Schlachtkreuzer ging unter dem Namen "Jawus Selim" an die türk. Marine, nachdem es ihm am 7.8.1914 zusammen mit dem Kleinen Kreuzer "Breslau" gelungen war, die brit.-frz. Sperre bei Messina zu umgehen.

lich, diese Verstrickung Deutschlands in die Notwendigkeit eines Krieges zu verfolgen dank oder infolge seiner Friedenspolitik. Deutschland trieb Friedenspolitik, d. h., das alte Deutschland wünschte durch den Ausbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen, durch den Ausbau seines Handels usw., auf friedlichem Wege das deutsche Volk zu ernähren. Die Folge war, Deutschland gerät in Konkurrenz zu England, England wird sein Todfeind. Deutschland will diese friedliche Entwicklung stärken durch den Dreibund [12], durch ein Bündnis, das seinem ganzen Wesen nach nur defensiven Charakter haben konnte. Gerade durch diesen Dreibund wird Deutschland in den Krieg hineingerissen. Österreich ist reif zum Zerfall. Die Türkei will man beerben. Langsam gewinnt in den umliegenden Staaten der Gedanke Boden, daß, wenn Österreich zerschmettert werden soll, vorher Deutschland niedergeschlagen werden muß. Der Gedanke, in Europa einen Bund zur Erhaltung des Friedens aufzurichten, treibt die halbe Welt als Gegner an uns heran. Eine entsetzliche Verkettung von Umständen mit dem Ende, daß der friedfertigste Staat infolge seiner Friedenspolitik in der ungünstigsten Minute vom Krieg überfallen wurde. Diese ganzen Jahre können wir eigentlich feststellen, daß alle die Taten, die Deutschland aus Friedensabsicht heraus tat, später durch den Krieg quittiert wurden. Als Frankreich schwer darniederlag und Deutschland die Möglichkeit gehabt hätte, infolge des Ausscheidens von Rußland gegen Frankreich vorzugehen, tat Deutschland das nicht. Ergebnis: Dieses selbe Frankreich beginnt neue Hoffnungen zu hegen. Es folgert aus der Untätigkeit Deutschlands in einer solchen Stunde eine innere Schwäche Deutschlands, und in demselben Augenblick beginnt Frankreichs Geneigtheit, auf englische Einflüsse zu hören, sich zu einer Koalition zusammenzuschließen, auf große Wünsche kolonialer Art zu verzichten, um dem größeren Wunsche dienen zu können, einer Auseinandersetzung mit Deutschland entgegenzugehen. In England sehen wir die gleiche Tatsache. Die Engländer höhnen über die ewige Friedensbereitschaft des deutschen Kaisers [13]. Sie erklären, dieser Mann wird niemals schlagen, er redet stets nur. Man setzt das als selbstverständlich voraus. Dieses dauernde Friedensgerede wird dann als Eingeständnis der eigenen Schwäche und Unfähigkeit und Dummheit angesehen und wirkt auf alle ermunternd zu eigenem Vorgehen, und das Ergebnis ist schließlich der August 1914. Eine Kugel hat damals ein großes Weltdrama eingeleitet [14]. Heute wissen wir, daß sie nicht von ungefähr kam, sondern in der Gift- und Hexenküche der Freimaurerei gegossen wurde, daß man hoffte, durch diese Kugel, die ein Beauftragter [15] abfeuerte, zunächst einmal das ganze Balkanproblem ins Rollen bringen zu können. Die Schüsse von Sarajewo ließen tatsächlich plötzlich die Welt aufschrecken, und im gleichen Augenblick hat, wenn auch nicht schon die Regierungen, so doch der gesunde Instinkt des Volkes gefühlt, nun kommt eine Zeit, die wahrscheinlich eine Entspannung bringen wird, so oder so. Überall konnte man hören, es kann nicht mehr so weitergehen,

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.
13 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.
14 Hinweis auf die Ermordung des öster.-ung. Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie Herzogin von Hohenberg am 28.6.1914 in Sarajewo durch den bosn. Studenten Gavrilo Princip.
15 Gavrilo Princip (1894-1918), bosn. Student, 28.6.1914 Attentat auf den öster.-ung. Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, Okt. 1914 Verurteilung zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

es müssen Änderungen eintreten, so oder so, und man sagte damals lieber ein Ende mit Schrecken als dieser Schrecken ohne Ende, so kann es nicht mehr weitergehen. Und dann kam der Juli, und im Laufe des Juli begannen sich die Nachrichten zu jagen. Die Welt begann zu rüsten, und Deutschland glaubte immer noch nicht daran. Rußland hielt eine Probemobilmachung ab, die britische Flotte hielt eine Probemobilmachung [*ab*], und nur Deutschland blieb ruhig in seinen Lagerplätzen und exerzierte in der Friedensuniform. Der deutsche Kaiser machte eine Nordseereise [16]. Die offiziellen Regierungsstellen glaubten nicht an den Krieg. Sie hofften infolge der Friedensabsichten Deutschlands, auch diesmal wieder den Konflikt wenigstens lokalisieren zu können. Die ganze übrige Welt dachte längst nicht mehr daran, sie war im Gegenteil entschlossen, den günstigen Augenblick zu ergreifen und Deutschland zu zwingen: Nun steh und wehre dich! Und endlich brachten die Ereignisse die notwendige Klarheit, und was vielleicht die Regierungen noch nicht so recht fühlten, fühlte plötzlich das deutsche Volk. Es kam jene Zeit, die in der Geschichte unseres Volkes für immer und ewig die größte sein wird, auch wenn sie unglücklich ausging. Ich glaube, daß einst die Weltgeschichte in ihrer ewigen Wahrheit doch feststellen wird, daß mechanische Sieger zwar die Staaten der Entente gewesen sind, daß aber moralischer Sieger für ewige Zeiten Deutschland sein wird. (Lebhafter Beifall.) Es wird die Zeit kommen, da man abwägen wird, und dann wird das Schwergewicht des deutschen Heldentums die Waagschale tief niedersinken lassen, und die 26 Staaten [17] werden in die Höhe steigen, und die Weltgeschichte wird dann feststellen, daß das der heroischste Kampf gewesen ist, den je ein Volk um seine Freiheit geführt hat und vielleicht jemals noch führen wird. Wenn wir nach einem Motto suchen für diesen Krieg, dann gibt es in meinen Augen dafür nur den einzigen Satz aus einem deutschen Studenten- und Volkslied, der dafür paßt, und der heißt: Das Volk steht auf, der Sturm bricht los. Man konnte wirklich im Jahre 1914 sagen, das ist keine Mobilmachung der deutschen Armee, kein Vorgang, den die Heeresleitung einleitet, nein, das ist der Aufstand eines Volkes, das fühlt, daß es um Sein oder Nichtsein geht. Das deutsche Volk ist in diesen Tagen hellsichtig gewesen wie nie vordem und seitdem nicht mehr, hellsehend über die eigene Zukunft und über das Schicksal und die Notwendigkeit, dem Schicksal zu trotzen, und hellsehend über die Art der Waffen, die diesem Schicksal allein Einhalt gebieten konnten. Wir wissen alle, soweit wir die damalige Zeit noch in Erinnerung haben, daß nicht von oben herunter etwas befohlen werden mußte. Sie können sich an die Stunden zurückdenken [*sic!*], in denen jeder einzelne wartete auf seine Einberufungsorder, jeder einzelne genau seinen Militärpaß nachsah, an welchem Tage er kommen mußte. Jeder kam, einer um den andern, und außer denen, die kommen mußten, standen 2 Millionen drängend vor den Toren der Kasernen und warteten, daß auch sie genommen würden. Es war eine Zeit, in der neben dem alten

16 Kaiser Wilhelm II. befand sich vom 6. bis 27.7.1914 auf einer Nordlandreise.

17 Während des Ersten Weltkrieges befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

Greis der Junge stand mit kaum 16 Jahren, den man wieder zurückschickte, weil er nicht das notwendige Alter hatte, in der viele niederstürzten und unter Tränen baten, nehmt mich, in der einzelne das Geburtsdatum fälschten, um kämpfen zu können für Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Es war das die Zeit, in der Mütter kamen und baten, es möchten ihre Söhne genommen werden, die Zeit, in der wirklich das deutsche Volk aus innerstem Bewußtsein und heiligster Überzeugung den grauen Rock anzog, der später zum Symbol eines ganzen Weltgeschehens geworden ist. Es kamen dann, das wissen Sie ja, diese Tage, in denen das Volk in der Heimat angsterfüllt, halb selbstverständlich in seinen Hoffnungen und halb doch bedrückt von der Schwere und Unsicherheit der Zukunft die Straßentafeln absuchte, jede kleinste Depesche las, bis plötzlich die Nachricht kam "Ein deutscher Handstreich auf Lüttich" [18]. Am ersten Tage hieß es schließlich wieder, er ist mißglückt, und man schlich sich davon von diesen Tafeln, und in jedem einzelnen krallte sich etwas zusammen, bis dann am nächsten Tag die Nachricht kam: "Lüttich gefallen", und in Deutschland das Volk zum ersten Mal aufjubelte. Man wußte, unsere Söhne werden das halten, was einst die Väter geschaffen. Das deutsche Volk hat jenes grenzenlose Vertrauen bekommen zu seinen Söhnen im grauen Rock, zu den Vätern und den blutjungen Jungen in diesem grauen Rock. Es kam die Zeit, in der das deutsche Heer im Westen von Sieg zu Sieg eilte, eine einzige Schlachtenfolge und ein einziger Siegeslauf. Die Fahnen brauchten nicht mehr eingezogen zu werden. Dann kam wieder eine Zeit der Bedrückung. Im Osten brachen Rußlands Horden in deutsches Gebiet ein, und wieder kommt eine Periode der Unsicherheit, der Angst um deutsches Land, und dann kam plötzlich Tannenberg [19]. Eine russische Armee war geschlagen und neben einem alten Generaloberst [20] tauchte zum ersten Mal in der deutschen Geschichte der Name eines jüngeren Offiziers [21] auf, der dann später zum Träger des deutschen Widerstands geworden ist. (Stürmischer Beifall.) Die beiden Namen verbinden sich und werden plötzlich zum Symbol, das leider im Volk wieder mehr empfunden wird als an der obersten Stelle des Reiches. Und nun beginnt im Osten der unerhörte Sieges-

18 Das X. deutsche Armeekorps hatte bis zum 16.8.1914 die belg. Forts in Lüttich erobert; diese Festungwerke besaßen für die belg. Verteidigung eine Schlüsselstellung. Zum militärischen Verlauf des Ersten Weltkrieges vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde., Berlin 1925-1944; Der Krieg zur See 1914-1918. Hrsg. vom Marine-Archiv, bzw. vom Arbeitskreis für Wehrforschung in Verb. mit dem Bundesarchiv-Militärarchiv, 7 Bde., Berlin 1922-Frankfurt a. M. 1966.

19 Zwischen dem 26. und 31.8.1914 hatte die 8. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalleutnant Erich Ludendorff die russische Narew-Armee bei Tannenberg, zwischen dem 5. und 15.9.1914 die russische Njemen-Armee bei den Masurischen Seen vernichtend geschlagen.

20 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), Generalfeldmarschall, 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis Aug. 1934 Reichspräsident.

21 Erich Ludendorff (1865-1937), General a.D., 1882 Leutnant, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee, 1916 Erster Generalquartiermeister der (3.) OHL, Okt. 1918 Entlassung, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 vor Gericht freigesprochen, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenschaft, 1925-1933 Führer des Tannenberg-Bundes, 1930 Leiter der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk" (zusammen mit Mathilde Ludendorff), später umbenannt in "Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff)".

zug, jenes gewaltigste Ringen, das die Weltgeschichte je gekannt, gigantisch deshalb, weil immer eine Handvoll gegen eine Übermacht focht, weil nur die Genialität der Bewegung und die außerordentliche Todesbereitschaft der deutschen Landwehrmänner den Ausschlag geben konnte damals, da im Westen nur geschlagen werden konnte, wenn der Osten pausierte, und der Osten nur schlagen konnte, wenn der Westen pausierte, da stets die eine Armee als Schildarm auf der Wacht stand, während der Schwertarm nach der anderen Seite schlug. Es kamen jene Wochen, in denen grenzenloser Stolz Deutschland erfüllte in dem Bewußtsein, Deutschland hält tatsächlich einer Welt stand. Wir sehen das in tausend Einzelfällen. Da geht ein Geschwader im fernen Ostasien in den Stillen Ozean und versucht dort Englands Handel zu beunruhigen. Es wird angegriffen bei Coronel [22] und schlägt sich, und zum ersten Mal sinken britische Schiffe ins Meer, geschlagen von deutschen. Es kommt dann zu einer zweiten Seeschlacht [23]. Großbritannien zieht seine Panzerkreuzer zusammen, eine doppelte Übermacht steht gegen die alten Schiffe, die schließlich sinken, und die Kunde berichtet, als die Scharnhorst sank, da stand am Heck die Mannschaft und hielt die alte Fahne hoch und schrie Hurra. Die alte Flagge! Glauben Sie, die heutigen Republikaner werden nicht diesen Schrei ausstoßen, wenn einmal ihre Flagge ... (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Und dann macht ein deutscher Kreuzer die Weltmeere unsicher, und der Name Emden wird unvergänglich in der Geschichte eingezeichnet sein. Als sie endlich, zu Tode gehetzt, auch der Übermacht erliegt [24], rettet sich ein einzelner Kapitänleutnant [25] mit einer Handvoll Menschen auf einem gekaperten kleinen Schiff und gewinnt die Küste Arabiens und schlägt sich durch gegen Tod und Teufel und kommt nach Konstantinopel. Und dann zieht Kapitänleutnant Mücke mit seinen 59 ... (Stürmischer Beifall.) In derselben Zeit kündet sich eine andere Waffe an. Drei englische Kreuzer werden versenkt, ein deutsches U-Boot, von Weddigen [26] geführt, läßt zum ersten Mal englische Kreuzer versinken, und wieder jubelt das ganze deutsche Volk. Als das Jahr 1914 zu Ende geht, ist allerdings an der Marne der Kampf zum Stehen gekommen. Die deutschen Heere mußten zurück, aber das Vertrauen auf den Sieg hatte nicht gelitten. Was will es besagen, wenn nach solchen Schlachten ein Gebiet geräumt werden muß. Noch nie sind in so wenig Monaten heroischere Taten vollbracht worden als in den Sommer- und Herbsttagen des Jahres 1914. Unterdessen wächst eine junge Armee in Deutschland heran. Im Monat Oktober da rollen zum ersten Mal endlose Transportzüge an die Front, es kommen zur Unterstützung der Aktiven die Kriegsfreiwilligen, die 17-jährigen Knaben und

22 Am 1.11.1914 hatte westlich der chilenischen Hafenstadt Coronel das deutsche Ostasien-Kreuzergeschwader unter Vizeadmiral Maximilian Reichsgraf von Spee einen brit. Kreuzerverband besiegt.

23 Am 8.12.1914 war das deutsche Ostasien-Kreuzergeschwader - mit Ausnahme des Kleinen Kreuzers "Dresden" - von brit. Seestreitkräften bei den Falklandinseln vernichtet worden.

24 Der Kleine Kreuzer "Emden" hatte seit August 1914 selbständig Kaperkrieg im Indischen Ozean geführt; nachdem er am 9.11.1914 bei den Kokosinseln vernichtet wurde, hatte sich ein Teil der Besatzung unter Kapitänleutnant von Mücke zur Arabischen Halbinsel durchgeschlagen.

25 Hellmuth von Mücke (1881-1951), Kapitänleutnant a. D. und Schriftsteller, 1900-1918 Marineoffizier, 1919 Gründer des Hellmuth-von-Mücke-Bundes in Greifswald, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1926-1927 MdL in Sachsen (NSDAP), 1929 Austritt aus der NSDAP, danach antinationalsozialistische Agitation.

26 Otto Weddigen (1882-1915), Kapitänleutnant und U-Boot-Kommandant, hatte am 22.9.1914 drei brit. Panzerkreuzer versenkt, 1915 gefallen.

die Männer, und kaum sind sie ausgeladen aus den Zügen, da kommen sie in die Schlacht und gebärden sich wie Löwen und machen neuerdings dem deutschen Namen höchste Ehre. Als dann endlich das Jahr 1914 in den Weihnachtsmonat übergeht, da steht im Westen die Front. Ein neuer Begriff ist damit in die Weltgeschichte gekommen, so gigantisch, wie man ihn bisher nicht kannte. Ein Volk wird zur Festung, umgürtet sich mit einem Panzer und hält dort 4 Jahre stand, weicht manchmal zurück 1, 2, 3 km, auch 10 oder 15, greift wieder an, macht Ausfälle und ist eine elastische Linie in ewiger Bewegung. Eine Übermacht von Gegnern schlägt auf sie ein, und trotzdem finden die Angegriffenen Zeit und Waffen und Kraft genug, von Zeit zu Zeit zu neuen Hieben auszuholen.

Es kommt das Jahr 1915. Im Westen beginnen die großen Abwehrschlachten von der Champagne bis hinauf nach Norden [27], bis vor Ypern. Dabei wird diese Front entblößt von allem, was sie überhaupt nur entbehren kann. Divisionen um Divisionen werden herausgezogen und rollen nach Osten zusammen mit der schweren Artillerie. Die Reserven schmelzen zusammen zu fast nichts. Eine dünne Front, in der jeder angewiesen ist auf sich selbst und in der jeder weiß, du stehst und du darfst nicht weichen, darfst höchstens sterben. Es gibt kein zurück. Und Millionen prägen sich diesen Befehl ins Gehirn ein und sterben getreulich, wie das Vaterland es befohlen hat. In derselben Zeit holt die andere Armee im Osten zu einem gewaltigen Hiebe aus, und am 2. Mai [*1915*] zertrümmert eine gigantische Artillerie die Russen bei Tarnow und Gorlice [28]. Das russische Heer weicht, und es folgt Schlag um Schlag und Stoß um Stoß, und am Ende stehen die deutschen Armeen tief hinter den früheren Grenzen, alle russischen Westfestungen sind gefallen. Noch nie hat ein Volk in so kurzer Zeit eine solche Unsumme von Festungen gebändigt und erstürmt und besiegt und sich zu Füßen gelegt.

Das Jahr 1915 bringt den Zusammenbruch des Dreibunds. Österreich ist schwach geworden, Italien fällt ab [29], die Türkei wird aufs schwerste berannt, und wenn nicht Deutschland in letzter Stunde eingreift, wird es die Hauptstadt seines Landes verlieren. Um Gallipoli tobt ein unendlicher Kampf. Da rafft sich im Spätherbst Deutschland auf und beginnt den Kampf, den Österreich nicht mehr auszufechten vermag. Die Serben werden niedergeworfen, werden ausgelöscht, und die neue Front im Süden wird vor Saloniki aufgerichtet [30]. Die Türkei wird gerettet. Ein neuer Bundesgenosse ist wohl gekommen, allein groß sind die Opfer des deutschen Volkes.

Im Innern unseres Volkes sehen wir aber zum ersten Mal die Hydra des Verrats sich erheben. Es tauchen Namen auf, die den nationalen Widerstand zu sabotieren begin-

27 In der Winterschlacht in der Champagne (Dez. 1914/16.2.-19.3.1915), der Frühjahrsschlacht im Artois (9.5.-18.6/23.7.1915) und der Herbstschlacht im Artois (22.9.-14.10.1915) hatten franz. und brit. Truppen unter hohen Verlusten vergeblich versucht, die deutsche Westfront zu durchbrechen.

28 Zwischen dem 2. und 7.5.1915 hatte die 11. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst August von Mackensen die russ. Front durchbrochen und anschließend Kurland, Litauen und Polen besetzt.

29 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

30 In der Zeit von Okt./Dez. 1915 bis Feb. 1916 hatten deutsche, öster.-ung. und bulg. Truppen Serbien, Montenegro und Albanien weitgehend besetzt. Bis zum Januar 1916 war der Durchbruchsversuch eines brit.-franz. Landungskorps, das seit 25.4.1915 auf der türk. Halbinsel Gallipoli gelandet war, gescheitert.

nen, der Name Liebknecht [31] und der der Jüdin Rosa Luxemburg [32]. Man vernimmt plötzlich, daß es möglich ist, daß im Augenblick der höchsten Not sich Menschen finden, die bewußt die Verteidigung der nationalen Ehre ablehnen und Deutschland der Schuld zeihen. Die feindliche Kriegspropaganda greift das auf, und zum ersten Mal fallen besonders über die Westfront in unzähligen Mengen jene Aufrufe herab, die von sogenannten Deutschen verfaßt sind, und mithelfen, langsam das Gift in den herrlichsten Heereskörper aller Zeiten zu streuen.

Es wird wieder Winter, es beginnt das Jahr 1916. Das deutsche Volk gerät in neue Abwehrschlachten, versucht, ihnen zu entgehen, indem es zunächst zum Angriff ausholt. Verdun [33], eine Schlacht, die unentschieden ausgeht, aber für jeden, der sie mitgemacht hat, die unheimlichste Bedeutung besitzt, ein Heldengrab unseres Volkes, ein Heldengrab, wie wir nie eines in unserer Geschichte hatten. Kaum geht Verdun zu Ende, da trifft uns ein Schlag im Osten [34]. Brussilow [35] bricht mit einer Offensive vor, die österreichische Armee wankt und bricht auseinander. Ganze Divisionen, Tschechen, Polen usw. gehen zum Gegner über. Deutschland muß seine letzten Reserven im Osten zusammenraffen, um die Lücken wieder zuzustopfen, um den versuchten Einbruch wieder abzudämmen. Im selben Augenblick bricht die Offensive der Engländer und Franzosen an der Somme los [36], und [*es*] beginnt eine neue gigantische Materialschlacht zu toben, wie die Erde bisher keine gesehen hatte. Die menschlichen Nerven glauben kaum mehr, diesem Höllenfeuer standhalten zu können, das Anfang Juni beginnt, und Tag um Tag und Nacht um Nacht weitergeht. Einen Monat, zwei Monate lang hört man an der Front von Süden herauf dieses ewig wütende Grollen und Rollen und Dröhnen, und das Feuer leuchtet in der Nacht, und Divisionen um Divisionen kommen hinein und wissen, wir müssen bleiben, bis wir 60 oder 70 % Verluste haben, und dann kommen wir heraus, und die nächsten kommen hinein, und nach 6 Wochen kommen die gleichen ein zweites

31 Karl Liebknecht (1871-1919), Rechtsanwalt, 1897 Dr. jur. et rer. pol., 1900 Eintritt in die SPD, 1902-1913 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Berlin (SPD), 1907-1910 Mitbegründer und Präsident der Sozialistischen Jugendinternationale, 1908 Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses, 1912-1917 MdR (Aberkennung des Mandats), 1915 Mitbegründer und Leiter der Spartakusgruppe, 1916 Ausschluß aus der SPD-Reichstagsfraktion, 1918 Mitglied der Leitung des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute in Berlin, 1918 Mitbegründer der KPD, am 15.1.1919 ermordet.

32 Rosa Luxemburg (1871-1919), Politikerin, 1897 Dr. jur. publ. et rer. cam., 1899 Mitglied der SPD, 1907 Dozentin an der SPD-Parteischule in Berlin, 1907, 1912 und 1914 Teilnahme an den internationalen Sozialistenkongressen, 1915/16 mehrmalige Verhaftung, 1918 Mitbegründerin der KPD, am 15.1.1919 ermordet.

33 Der Chef der Obersten Heeresleitung, General Erich von Falkenhayn, hatte vergeblich gehofft, durch den am 21.2.1916 beginnenden Angriff auf die franz. Festungsanlagen bei Verdun eine Entscheidung zu erzwingen. Mit der franz. Gegenoffensive im Dez. 1916 war das unter großen Verlusten beider Seiten eroberte Gelände wieder verlorengegangen.

34 In der Zeit vom 4.6. bis 9.8.1916 hatten öster.-ung. und deutsche Truppen die Offensive von vier russ. Armeen im Raum zwischen Tarnopol und Czernowitz abgewehrt.

35 Alexej Alexejewitsch Brussilow (1853-1926), General, 1916 Oberbefehlshaber der russ. Südwestfront, 1917 Oberster Befehlshaber des Heeres, 1920 Eintritt in die Rote Armee, 1923/24 Generalinspekteur der sowjet. Kavallerie.

36 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten brit. und franz. Verbände unter Führung der Generale Douglas Haig und Ferdinand Foch vergeblich versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrükken. Beide Seiten hatten höchste Verluste.

und drittes Mal zurück, und trotzdem hält Deutschland stand. In dem Augenblick bricht Rumänien los, und Deutschland findet die Kraft, in diesem Jahre auch noch Rumänien niederzuwerfen [37]. Das Jahr 1916 geht zur Neige, und ein neues Oberkommando [38] flößt den Deutschen neuen Glauben, neues Vertrauen ein. Die Namen Hindenburg und Ludendorff sind an der Spitze der Armee, und langsam beginnt man dort, zu einem emporzuschauen von diesen beiden, zu dem jüngeren, in dem man die Kraft und Energie und Willensstärke empfindet, die Deutschland noch aufrechtzuerhalten vermag. Es kommt wieder der Winter, wieder Weihnachten, zum dritten Mal das Weihnachten an der Front, und die Fronten, sie stehen überall tief im Feindesland. Und wieder kommt ein Frühling, und nun muß die Westfront ihre letzte Generalprobe bestehen. Es beginnt zunächst die Schlacht vor Arras, und kaum ist sie beendet, so greift sie zunächst über nach Süden und wenige Monate später nach Flandern [39]. Was sich in diesem Jahr an Heldentum abspielt, ist so ungeheuer, daß unser Volk ein zweites Mal vielleicht nie wieder zu einer solchen Leistung fähig sein dürfte. Die deutschen Armeen halten stand in dieser endlosen Todesgefahr und Not, und als dieses Jahr endet, krönt wieder ein gigantischer deutscher Sieg den Widerstand. Auf der einen Seite bricht Rußland endgültig zusammen [40], und im Süden erfolgt der Vernichtungsschlag gegen Italien [41]. Deutschland geht in das Jahr 1918 hinüber zum ersten Mal mit der Hoffnung, nunmehr den Kampf siegreich beenden zu können. Allein ein Schatten fällt auf das ganze gigantische Ringen der deutschen Armeen. Während sie in Frankreich die ungeheueren Stürme aushalten und Rußland zu zerfallen beginnt, beginnt man in Deutschland, eine Friedensresolution [42] zu verfassen, und treibt so in das Volk zum ersten Mal den Glauben hinein, als könnten die Opfer gar nicht notwendig gewesen sein, als gäbe es eine Möglichkeit, ohne diese Opfer und ohne die Fortsetzung des Kampfes bis zum Sieg einen Frieden des Erträglichen zu erreichen. Millionen werden zuhause damit vergiftet, und auch der Mann an der Front wird langsam angegriffen. So sehen wir, wie in diesem Jahre durch die Friedensresolution in Deutschland langsam die Meinung entsteht, der Krieg könnte durch eine Verständigung vielleicht in glücklichem und für Deutschland günstigem Sinne beendet werden. Man läßt sich soweit treiben, daß man feierlich erklärt, keine Kriegsziele zu haben, man glaubt, dadurch den Vernichtungswillen der anderen besänftigen zu können. So frißt das Gift weiter und wird wieder von den Gegnern selbst an der Front verbreitet, und es regnet Hunderttausende, ja Millionen von Flug-

37 Nach der rum. Kriegserklärung am 27.8.1916 hatte die 9. deutsche Armee unter Führung des Generals von Falkenhayn die rum. Armee geschlagen und bis Dez. 1916 weite Teile des Landes besetzt.

38 Gemeint ist die sog. 3. Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, die am 29.8.1916 eingesetzt wurde.

39 Nachdem die deutsche Front im März 1917 auf die sog. Siegfriedlinie zurückgenommen worden war, war die franz.-brit. Offensive unter der Führung von General Georges Nivelle bei Arras und in der Champagne trotz großen Truppen- und Materialeinsatzes bis Mai 1917 gescheitert. Heftige Meutereien in der franz. Armee waren die Folge.

40 Die bolschewistische Regierung Rußlands hatte am 15.12.1917 mit den Mittelmächten einen Waffenstillstand geschlossen.

41 Im Okt. 1917 war die ital. Front während der 12. Isonzoschlacht zusammengebrochen, so daß öster.-ung. und deutsche Truppen bis zum Piave vordrangen.

42 Vgl. Dok. 2, Anm. 20.

blättern und Karten herunter, alle oben am Eck den schwarz-rot-gelben oder schwarz-rot-goldenen Streifen und mit der Aufforderung: Deutsches Volk, wenn du dich lossagst von deiner dich vernichtenden monarchischen Tradition, wenn du dich lossagst von diesen Kreisen, wenn du an die Republik glaubst, wirst du Frankreich zum Freund haben, werden wir euch mit offenen Armen aufnehmen. Wenn ihr kommt mit dem Ruf "Deutsche Republik", werdet ihr in unseren offenen Armen aufgenommen werden. Langsam beginnt so doch der eine und andere, in seinen Nerven zusammenzubrechen, beginnt, auf dieses Gaukelspiel zu vertrauen. Er kommt dann in die Heimat zurück, und die bestärkt ihn erst recht in seinem Glauben, und außerdem sieht er dort das Treiben der Schieber und Wucherer, und daß man nicht wagt, gegen sie vorzugehen. Er sieht, in der Heimat wird Mißbrauch getrieben mit dem sogenannten Unabkömmlichkeitssystem, gegen das man nicht anzugreifen wagt. Die Frontarmee, sie wagt es zwar einmal, Ludendorff erklärt, es müßte festgestellt werden, wer in der Heimat ist [43]. Da tritt die Frankfurter Börse auf und erklärt, wenn ihr feststellt, welcher Konfession oder welcher Nationalität die zuhause Befindlichen angehören, können wir jetzt schon garantieren, daß die nächste Kriegsanleihe einen anderen Ausgang nimmt. (Pfuirufe.) Statt dieses Gezücht an die Wand zu schmettern, beugt man sich. (Lebhafter Beifall.) Allmählich hat sich in Deutschland etwas herausgebildet: Der Frontsoldat wird eingesetzt für das kleinste Stück Graben, die Frontdivision, sie weiß, du mußt kämpfen. Da schont man kein Blut, aber das Blut derer, die zuhause sind, die Deutschland zugrunde richten, ist heilig und unverletzlich. Es wird ein Unterschied gemacht zwischen dem deutschen Soldaten, der an der Front zu sterben hat, und dem deutschen Gezücht, das die Heimat auspowert, dem deutschen Ungeziefer, das uns langsam ruiniert und vergiftet, es wird vor allem ein Unterschied gemacht zwischen dem Deutschen überhaupt und den uns vergiftenden Hebräer. (*Zurufe:* Sehr richtig!) So geht das Jahr 1917 zu Ende, militärisch mit dem glänzendsten Ausblick, den man sich überhaupt denken konnte. Deutschland konnte ja hoffen, zwei Armeen freizubekommen. Politisch, innerpolitisch geht das Jahr aus trübe und traurig. In der Heimat greift das Gift der Zersetzung um sich, und niemand findet die Kraft, diesem Gift entgegenzuwirken.

Nun beginnt das Jahr 1918. An die Westfront rollen seit dem Winter 1917/18 ununterbrochen die Divisionen, Nacht um Nacht rollen Batterien über Batterien heran, und der Soldat, der drei oder vier Jahr an der Westfront stand, bekam selbst wieder grenzenloses Vertrauen. Wir erinnern uns alle an diese Tage, da wir hinter der Front in Ruhe lagen, in Ausbildung für die große Offensive, da wir sehen konnten, daß Nacht um Nacht neue Truppen herankamen aus Rußland, weit vom Süden her bis aus der Krim, vom Balkan, neue Regimenter und neue Batterien aus der deutschen Heimat, die die Front auffüllten zum Generalangriff. In diesen Tagen hat die ganze Front die Überzeugung bekommen, wir werden nun ebenso, wie die italienische Front gebrochen wurde, auch diese Front brechen. Mit klopfendem Herzen hat die Armee darauf gewartet, daß

43 Anspielung auf die vom preuß. Kriegsministerium am 11.10.1916 verfügte Zählung der aktiven, zurückgestellten sowie dienstuntauglichen Wehrpflichtigen jüdischen Glaubens. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 f.

endlich diese zermürbende Abwehr ein Ende nimmt, und daß man ausholt zum Schlag. Da organisiert man zuhause den Munitionsstreik [44]. (Zuruf: Ebert [45]!) Glauben Sie mir, was dieser Streik an Munition gekostet hat, spielt keine Rolle gegenüber dem, was dieser Streik an Glauben gekostet hat, an Glauben raubte; denn für was sollte der Soldat nun noch kämpfen. Bisher standen die Divisionen in der großen grenzenlosen Not in der Überzeugung, es muß so sein. Keiner hat den Krieg geliebt, jeder hat darunter geseufzt und doch hat jeder gehorcht, weil er sich sagte, es muß so sein. Jeder hielt sich vor Augen, wir haben das Elend vor uns, wehe, wenn es nach Deutschland kommt, und daß man einen Frieden schließen kann mit einer solchen Schamlosigkeit, wie man es später tat, hat kein Mensch damals für möglich gehalten. Der letzte Grenadier, wenn man ihm gesagt hätte, Freund, du kannst Frieden haben, aber wir müssen verzichten auf das und das, du kannst Frieden haben zu den Bedingungen, die wir später im Dawespakt [46] unterschrieben haben, im Vertrag von Versailles [47] und im Vertrag von Locarno [48], er hätte gesagt, nein, Handgranaten her! (Stürmischer Beifall.) Nicht, weil er vielleicht als Hurrapatriot sterben wollte, wie es sich etwa der Biertischphilister zuhause träumte, sondern weil er zutiefst durchdrungen war von dem Gefühl der Pflicht standzuhalten. Es liegen schon 1 1/2 Millionen unter der Erde, sollen die umsonst gefallen sein? Sie sind unsere Kameraden gewesen, und was für sie gut und billig war, ist auch für uns gerecht. Das war ein selbstverständlicher Grundsatz für den anständigen Mann von damals. In dem Augenblick, da der Munitionsstreik ausbrach, mußte sich der Mann zum ersten Mal sagen, für was kämpfen wir, die Heimat will das ja gar nicht. Die Heimat, für die wir eigentlich die ganzen Opfer bringen, an die wir dauernd dachten, die allein uns diese Opfer wert erscheinen ließ, dieses geliebte Deutschland will nicht, daß wir das tun, die Heimat selbst wünscht, daß wir nicht mehr kämpfen. Das hat vergiftend gewirkt, und noch vergiftender als bei uns wirkte es auf die Gegner. Als die letzte Offensive im Jahre 1917 in Schlamm und Sumpf vor Ypern erstickte, blutig zusammenbrach, und deutsches E[*is*]en plötzlich mit einem Ruck die italienische Front aufbrach, als Rußland endgültig kapitulierte und in Friedensverhandlungen eintrat, begann zum ersten Mal der Mut der Entente-Soldaten zu sinken. Zum ersten Mal sah man drüben nicht mehr nur Narren, da sagte sich auch der Tommy und der Poilu [49], diese Deutschen sind doch keine Narren, sie werden am Ende noch siegen. Wenn wir sie jetzt nicht brechen konnten, dann kommt die gigantische Übermacht, und wehe uns, wenn Deutschland in Übermacht gegen uns antritt. Damals stand Kraft gegen Kraft im Westen, und siegen mußte derjenige, der zu der rein technischen Kraft, die in dieser Zeit vollwertig war, noch die Kraft des Willens in die Waagschale legen konnte. In der Zeit, da die gegnerische Front angster-

44 Vgl. Dok. 2, Anm. 21. Friedrich Ebert war in die Leitung des Berliner Munitionsarbeiterstreiks eingetreten, um ihn zu beenden.

45 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, Nov. 1918 bis Feb. 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Feb. 1919 bis Feb. 1925 Reichspräsident.

46 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

47 Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

48 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

49 Volkstüml. Bezeichnung für den brit. bzw. franz. Soldaten.

füllt auf jedes Geräusch herüberhörte, kam plötzlich die Nachricht: Deutschland steht vor der Revolution. Heute haben Engländer und Franzosen in zahllosen Veröffentlichungen ihre Meinungen von damals bekundet. Sie sagen, wir waren alle überzeugt, daß noch 1914 in Deutschland die Revolution ausbrechen würde. Welchen Fluch haben die Menschen auf sich geladen, die in Deutschland diese Überzeugung erweckt haben. Hunderttausende von jungen Menschen haben sie auf dem Gewissen, die gefallen sind, weil der Gegner die Meinung hatte, Deutschland würde zusammenbrechen. Wir können das am furchtbarsten 1918 sehen. Der Munitionsstreik hat den gegnerischen Armeen wieder ihre Widerstandskraft gegeben. Er gab ihnen wieder das Selbstgefühl. Die Presse riß den wankenden Soldaten wieder empor, und man schrieb, es ist gleichgültig, ob wir jetzt bei der nächsten Offensive von diesem Deutschland geschlagen werden, siegen werden doch wir; denn der Krieg wird nicht mehr auf dem Schlachtfeld entschieden, sondern die Entscheidung fällt in Deutschland selbst. Die Revolution wird unseren Sieg vollenden. Und daran glaubte der Soldat. Und als die erste Offensive [50] losbrach und die Front durchstieß, da trafen die Deutschen nicht mehr auf die wankenden und zuversichtslos gewordenen Soldaten, sondern sie trafen wieder auf einen gefestigten Körper, der der Überzeugung war, auch wenn wir zurück müssen, ihr habt den Tod in eueren eigenen Reihen. Die feindliche Kriegspropaganda setzte in unerhörter Weise ein, überschwemmte die Front mit neuem Material, das die deutschen Juden in die Welt fabrizierten, und die Heimat lieferte ihnen die Illustrationen dazu. Die erste Offensive steht, es kommt die zweite, und wieder überrannten deutsche Heeresgruppen die französische Front am Chemin-des-Dames [51], dringt weit vor und erreicht am Ende die Marne, den Fluß, der einst das Schicksal im Jahre 1914 gewendet hat. Eine dritte Offensive wird aufgenommen. Sie kommt zum Stehen, der Nachschub aus der Heimat versagt, die Heimat selbst, sie meutert bereits stellenweise. Überall herrscht Unfriede und Unzufriedenheit, überall Kleingläubigkeit, und doch verteidigt sich die Front, kommt einige Male ins Wanken und schließlich wieder zum Stillstand. Als endlich der Oktober kommt, ist die Front soweit gefestigt, daß das Ärgste als überwunden angesehen werden darf, wenn nicht unterdessen die Heimat sich entschlossen hätte, Revolution zu machen. In dem Augenblick, wo alles davon abhing, daß Deutschland standhaft blieb, in dem Augenblick, der uns den Erfolg bringen konnte! Heute erklärt Marschall Foch [52]: Selbst im November 1918 war ihre Sache noch nicht verloren, wenn sie damals standhaft geblieben wären. Sie konnten da immer noch eine neue Linie einnehmen, und es wäre dann manches anders gekommen [53]. Wenn sie standhaft geblieben wären! Jawohl, und

---

50 Nach dem deutsch-russ. Sonderfrieden von Brest-Litowsk vom 3.3.1918 war die am 21.3.1918 eröffnete deutsche Offensive an der Westfront bis August 1918 gescheitert. Im Zuge der seit 8.8.1918 einsetzenden alliierten Gegenoffensive wurden die deutschen Truppen bis auf die Antwerpen-Maas-Stellung zurückgeworfen.

51 Gemeint ist ein 30 km langer Weg auf dem Höhenrücken zwischen den Flüssen Aisne und Ailette im Département Aisne, südlich von Laon, den Ludwig XV. für seine Töchter angelegt hatte.

52 Ferdinand Foch (1851-1929), franz. Marschall, 1914 Befehlshaber der 9. Armee, 1915/16 Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, 1917 Chef des Generalstabs und Mitglied des Obersten Kriegsrats, 1918 Oberbefehlshaber über die verbündeten Heere in Frankreich.

53 In einem in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 9.11.1928 veröffentlichten Interview ("Konnte Deutschland den Krieg fortsetzen?") hatte Foch u. a. geäußert: "Ich möchte selbst soweit gehen, zu be-

die deutsche Front wäre standhaft geblieben, wenn nicht die Front der Zuhälter und Deserteure Deutschland von rückwärts erdolcht hätte. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.) Man sage nicht, daß die Front zusammenbrach. Die Front stand solange, solange hinter ihr sich die Heimat befand, die würdig und wert war, daß man für sie starb. (Stürmischer Beifall.) Die Front kam in dem Augenblick ins Wanken, in dem sich hinter ihr eine Heimat befand, die es gar nicht mehr verdiente, daß für sie irgendeiner sein Blut opferte. Das hat die Front endlich ins Wanken gebracht.

Und die Männer, die die Front ins Wanken brachten, sind die Begründer des neuen deutschen Staates gewesen. In der Zeit, in der Stunde der tiefsten Not unseres Volkes, in der Zeit des größten Elends wurde in München, in Berlin, in Stuttgart, Dresden usw. die deutsche Republik ausgerufen [54]. Und nun liebe Freunde, schon die Stunde, in der sie es taten, müßte man diesen Menschen ewig zum Vorwurf machen. Den Fluch aller Zeiten aber verdienen sie durch die Form, in der sie es taten. Damals konnte man immer noch den Zusammenbruch wenden in eine nationale Erhebung unseres Volkes. Wären damals die Novemberrevolutionäre wie die italienischen Deputierten im Jahre 1917, als die italienische Front zusammenbrach, den Regimentern entgegengegangen und hätten sie aufgefordert, wieder umzukehren, hätten sie so gehandelt, glauben Sie mir, Millionen von Deutschen würde das mit der Republik versöhnt haben. Daß sie aber in dieser Stunde die deutsche Macht zerbrochen haben und die deutsche Armee den Gegnern auslieferten, daß sie nichts kannten als die Befestigung ihres Thrones und daß ihnen zu diesem Zweck die Entwaffnung des deutschen Heeres gerade recht war, das wird ihnen niemals verziehen werden können. (Zurufe: Sehr richtig!) Das ist jene Schandtat gewesen, die in der Geschichte als größtes Verbrechen bewertet werden muß. Zum ersten Mal wurde in einer solchen Stunde ein derart heimtückischer und gemeiner Zusammenbruch herbeigeführt. Die Tat ist so ungeheuerlich, daß ihre Folgen nur ungeheuerliche sein konnten. Damals haben Millionen Deutsche gejubelt und geschrien in ihrer Verblendung, daß der Krieg zu Ende war. Was aber erreicht war, war nur das Ende des Schwertkrieges, und ein anderer Krieg hat begonnen, der Krieg der langsamen Ausrottung unseres Volkes. Sie haben wohl im Augenblick den Kampf beendet, aber sie haben nun den Kampf in der Heimat bekommen. Seitdem datiert die ewige Unruhe unseres Volkes, seitdem sind wir zerrissen, seitdem versteht ein Deutscher den anderen nicht mehr, seitdem schreit der eine Republik und der andere Monarchie, seitdem schreit einer Bürgertum und der andere Proletariat, seitdem gibt es kein deutsches Volk mehr, sondern nur mehr eine Sammlung von Klassen, von Berufen, von Ständen, von Weltanschauungen, Parteien und weiter nichts. (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie mir, wenn Sie wieder ein deutsches Volk sich wünschen, ein Volk der Kraft und der Stärke, auf daß in Zukunft wieder einmal in den Büchern der Geschichte geschrieben steht "Das deutsche Volk hat wieder staunenswerte Zeichen seiner Kraft und inneren Stärke gegeben", dann muß erst der Tag des 9. November [*1918*] seine gerichtliche Sühne finden.

haupten, daß Deutschland sich noch im November 1918 hätte hinter den Rhein zurückziehen können. Hätte das deutsche Volk damals einen Gambetta gehabt, so wäre der Krieg noch weit hinausgezogen worden - wer weiß."

54 Zwischen 3. und 9.11.1918.

Was das deutsche Volk diesem Tag insgesamt verdankt, ist ganz ungeheuerlich. Zuerst begann es mit dem Waffenstillstand. Die erste große Lüge! Genauso, wie wir es dann im Dawes-Vertrag erlebten, war man damals bereits zu feig, dem deutschen Volk die Wahrheit zu sagen. Als die Waffenstillstandsbedingungen nach Deutschland gedrahtet wurden, ließ man alles weg, was irgendwie das Volk beunruhigen konnte. Das deutsche Volk erfährt erst tagelang nach dem 11. November [*1918*], was am 11. November überhaupt unterzeichnet wurde [55]. Genauso wie Stresemann dem deutschen Volk den Originaltext des Dawespaktes nicht zu Gesicht gebracht hat, sondern vorsichtigerweise, damit das deutsche Volk ihn nicht allenfalls zerreißt, damit zurückgehalten hat [56], so war es damals schon mit dem Waffenstillstand. Der Waffenstillstand war eine Lüge. Das war kein Waffenstillstand, sondern die Kapitulation Wehrloser, die restlose Kapitulation mit Folgen, die kaum auszudenken waren. Deutschland lieferte seine gesamten Machtmittel ab, opferte seine gesamten, mühsam mit Millionen von Toten besiegelten militärischen Stellungen, rüstete ab, lieferte Heer und Flotte aus, auch seine Handelsflotte. Man muß sich ins Gedächtnis zurückrufen, wie es bei uns Stück für Stück weiterging, wie man eine Schiffskategorie nach der anderen herausholte, indem man sagte: Ihr wollt Lebensmittel, jawohl, ihr könnt sie bekommen, aber ihr müßt die Schiffe abstellen. Und Deutschland stellt die Schiffe ab und bekommt sie nicht wieder. Zwei Monate später das gleiche Schauspiel. Und so kommt der Tag, da man in Brüssel verhandelt. Deutschland muß mit den Kohlenlieferungen beginnen [57]. Es kommt der Tag, da man in Paris verhandelt. Deutschland unterschrieb den Friedensvertrag von Versailles und an der Spitze ein Dokument der unglaublichsten Schande [58]. Glauben Sie mir, es kann ein Volk einen Friedensvertrag unterschreiben müssen. Es liegt aber sehr an der Form, in der es unterschreibt, in der es die Bedingungen aufnimmt. Es kann ein Volk die härtesten Bedingungen unterschreiben. Es liegt aber an der Form, in der es erfüllt. Niemals aber kann ein Volk unterschreiben, daß es selbst gemein ist. (Lebhafter Beifall.) Alle Artikel konnte Deutschland am Ende noch unterschreiben, wenn es den Willen hatte, sie eines Tages zu brechen, einen aber niemals, nämlich daß wir entgegen aller Wahrheit, entgegen allem geschichtlichen Wissen, entgegen unserer eigenen Überzeugung schuld wären am Kriege. (Zurufe: Sehr richtig!) Das konnte und durfte man nie unterschreiben. Und doch, man vollzog nur, was andere bereits angebahnt hatten. Während noch die ersten Verhandlungen über die Formulierung der Verträge stattfinden, geht der Jude Kurt

55 Zu den Umständen der Waffenstillstandsverhandlungen vom 8. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 20 ff.

56 Der vollständige Text des Dawes-Vertrages war am 30.8.1924 veröffentlicht worden. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff.

57 Am 14.3.1919 hatten Deutschland und die Alliierten in Brüssel ein Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die deutsche Handelsflotte und Finanzfragen unterzeichnet. Zur Bezahlung von Lebensmitteln waren deutsche Kohlelieferungen vorgesehen. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 2: Die Ausführungs-Verhandlungen und -Abkommen zu den Waffenstillstandsverträgen, S. 179 ff.

58 Vgl. Dok. 34, Anm. 6.

Eisner [59] her und bestätigt von hier aus bereits, daß Deutschland schuld ist am Kriege; sein Sekretär [60] fälscht Dokumente zu Ungunsten Deutschlands. Er kommt später ins Zuchthaus, und eine bayerische Regierung begnadigt ihn schließlich wieder. (Pfuirufe.) Es beginnt eine Periode dauernder Entwürdigung und Entehrung. Im Friedensvertrag findet sie nur ihre Krönung. Dann erst setzt die Zeit der Diktate ein. Nach Versailles kommt Paris, nach Paris London, dann wieder Paris, dann Lausanne und Genf, wieder Paris [61], und endlich kommt jener Pakt, den Sie alle kennen, der Dawesvertrag, und schließlich infolgedessen der Vertrag von Locarno und die Zusammenkunft von Thoiry [62], und kommt endlich die Einleitung des Verzichts auf die weiteren Hoheitsrechte der deutschen Eisenbahn [63]. In dieser Zeit hat das deutsche Volk so ziemlich alles verloren, was es im Laufe von 50 Jahren durch Fleiß und Sparsamkeit an eigenen Gütern angesammelt hatte. Alles ging als Pfand darauf, all das hat das deutsche Volk auf den sogenannten Altar der Freiheit gelegt, in Wirklichkeit damit sein Sklaventum dauernd festgelegt. Da hat auch der deutsche Arbeiter seinen Lohn erhalten für den Glauben an den Marxismus. Er ist allerdings aus den Banden des deutschen Kapitalismus erlöst worden und ist nun der Kuli der internationalen Hochfinanz. (Zurufe: Sehr richtig!) Dort, wo er der Hochfinanz dient, darf er nicht mehr streiken. Wenn er einst sagte "Generalstreik für den 8-Stundentag", wenn jetzt die Dawesbahn den 11-Stundentag festsetzt, so gibt es keinen Generalstreik mehr. Nun heißt es, sich fügen und dankbar sein für jedes Stück Brot, das einem von dieser internationalen Gesellschaft überhaupt noch verabreicht wird. Der deutsche Arbeiter ist am schwersten betrogen worden, mithin auch der deutsche Unternehmer, der vielleicht gleichfalls eine Zeitlang glaubte, er würde Deutschland durch wirtschaftliche Manipulationen wieder aufbauen können. Wir haben ja gesehen, wohin das führt. Hier in diesem Saale wurde einmal versucht, die deutsche Geschichte zu ändern [64], und da dieser Versuch zusammenbrach, trat die deutsche Wirtschaft auf und schrie: Überhaupt wird nicht die Politik Deutschland wieder emporführen, sondern die Wirtschaft wird das machen. Wo sind sie, die Rufer von damals? Und als in diesem Saale hier im Jahre 1925 die nationalsozialistische Bewegung

59 Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayer. Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

60 Felix Fechenbach (1894-1933), Journalist, 1912 Gewerkschaftsfunktionär in München, 1918/19 Privatsekretär Kurt Eisners und Mitglied des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern, 1922 wegen Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt, Ende 1924 Entlassung auf Bewährung, 1929-1933 Redakteur des "Detmolder Volksblattes", 1933 beim Transport in das KZ Dachau ermordet.
Fechenbach war 1921 von Paul Nikolaus Cossmann, dem Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", beschuldigt worden, ein von Eisner veröffentlichtes Dokument zur Kriegsschuldfrage gefälscht zu haben. Zum Beleidigungsprozeß Fechenbach gegen Cossmann, der 1922 zwar die Unschuld Fechenbachs feststellte, ansonsten jedoch die wahrheitswidrige Fälschungsthese bekräftigte, vgl. Hermann Schueler, Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894-1933. Eine Biographie, Köln 1981, S. 162 ff.

61 Zu den verschiedenen Etappen der Reparationsverhandlungen vgl. Krüger, Außenpolitik.

62 In Thoiry hatten sich am 17.9.1926 die Außenminister Gustav Stresemann und Aristide Briand zu einer vertraulichen Besprechung getroffen. Gegenstand war die Normalisierung der deutsch-franz. Beziehungen. Vgl. ebenda, S. 356 ff.

63 Vgl. Dok. 26, Anm. 9.

64 Anspielung auf den Hitler-Putsch am 8./9.11.1923.

zum zweiten Male gegründet wurde [65], trat dieselbe Wirtschaft wieder auf und erklärte, ihr stört nur den Wiederaufbau Deutschlands, die Wirtschaft wird Deutschland sanieren und wieder zur Größe emporführen. Wo sind heute diese genialen Wirtschaftspolitiker? Wir können ja jetzt den Wiederaufbau Deutschlands durch die Wirtschaft wieder einmal so schön verfolgen. Der Zerfall unseres deutschen Volkes, der Klassenhaß, ist das Ergebnis dieses Wirtschaftsaufbaues. Nicht Deutschland steigt empor, auch nicht die Wirtschaft steigt empor, sondern der internationale Besieger und Besitzer kommt langsam empor. Langsam geht die deutsche Wirtschaft in fremde Hände über.

Wenn wir die Bilanz der letzten 10 Jahre ziehen, müssen wir feststellen, daß diese 10 Jahre die Zeit des größten politischen Verfalls der deutschen Nation sind, daß sie zweitens die Zeit des größten wirtschaftlichen Verfalls sind und drittens die Zeit der größten inneren Zersetzung, daß in diesen 10 Jahren das deutsche Volk innerlich jeden Halt verloren hat, daß Millionen heute überhaupt kein Ziel mehr vor Augen haben, daß sie einfach blöde und blind in die Zeit hineintaumeln und höchstens ihren Shimmy und Foxtrott heruntertrotteln. Das ist das einzige, was Millionen dieses Volkes heute noch fertigbringen. Nicht Schönheit, Freiheit und Würde [66] ist gekommen, sondern Vernichtung und Zusammenbruch und vor allem, Treu und Glauben, wohin sind sie entschwunden. Einst konnte der einzelne im Staate dieses und jenes aussetzen, aber er hatte doch innere Beziehungen dazu. Die Staatsgrundsätze waren immer noch identisch mit der allgemein anerkannten Moral. Heute ist das längst vorbei. Der Staat selbst geht den Bürgern mit dem schlimmsten Beispiel voran. Wohl sperrt er den kleinsten Schuhdieb ein, er selber aber hat den Diebstahl in größtem Umfang betrieben und gutgeheißen und gedeckt und beschirmt. (Lebhafter Beifall.) Dies ging soweit, daß diese Republik heute von sich sagen darf: Wir fürchten nicht das Ausland, wir fürchten nur das Inland. (Zurufe: Sehr richtig!) Einst hatten wir einen Staat, der seine Sorge darauf verwandte, Deutschland nach außen hin zu schützen. Heute haben wir eine Republik, die sich schützt vor ihren Bürgern. Einst hatten wir einen Staat, der auf seine Bürger baute, heute haben wir eine Republik, die sich auf das Ausland stützt. Das sind die wesentlichsten Unterschiede, und wenn Sie die Politik der letzten Wochen wieder übersehen, können Sie als einzige Rechtfertigung für sämtliche Maßnahmen unserer derzeitigen Regierungen immer nur das eine hören: Wir sind die einzigen, die das Ausland anerkennen wird. Wir glauben euch das, wir haben nie daran gezweifelt, daß ihr die einzigen seid, die das Ausland liebt, weil Deutschland euch zu fürchten hat. Wer Deutschlands größter Schaden ist, wird stets in Paris am höchsten angesehen werden, nicht in bezug auf Achtung, sondern in bezug auf Zweckmäßigkeit. (Lebhafter Beifall.) Deshalb auch der Unterschied: einst schwache Polizeitruppen und ein zum Kampf nach außen ausgebildetes Volk, heute ein dem Kampf entwöhntes, ja entzogenes Volk und dafür eine gigantisch angeschwollene Polizeiarmee. (Zurufe: Sehr gut!) Einst die einzige Sehnsucht, jeden Bürger zum Waffentragen zu unterrichten, heute eine einzige Angst, daß der Bürger die Waffe überhaupt in die Hand nehmen könnte. Einst die einzige Überzeugung, daß das

65 Am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.
66 Vgl. Dok. 39, Anm. 11.

Volk nach außen hin frei sein muß, und heute die einzige Überzeugung, daß man nur, solange Deutschland unfrei ist, dieses Regiment überhaupt aufrecht zu erhalten vermag.

Meine lieben Freunde! Wenn wir nüchtern die wirtschaftliche Bilanz im einzelnen ziehen, so sehen wir vor uns: Verluste bei jedem einzelnen, Zusammenbruch gigantischer Wirtschaftsgruppen, Zusammenbruch von Millionen Einzelexistenzen, ein Millionenheer von Arbeitslosen - die selbständigen Berufe, sie sind verschwunden - und vor allem eine trostlose Zukunft. Früher hatte man wenigstens immer noch den Glauben an die Zukunft, heute sehen wir nur dieses unbedingte Mißtrauen in die Zukunft, diese Hoffnungslosigkeit und Lethargie. Das ganze deutsche Volk ist von Sorge gequält, der Unfriede ist eingekehrt, und in Millionen von Menschen ist jeder Glaube an die Zukunft verloren gegangen. Die Republik selbst wird nicht mehr von denen beschützt, die sie gründeten, sondern sucht Schutz bei jenen gutmütigen Idealisten, die in ihrer grenzenlosen Dummheit ihr eigenes Leben opfern, damit ein Zustand erhalten bleibt, der einst am 9. November 1918 im Todeskampf des deutschen Volkes gegründet wurde.

Nun, liebe Freunde, hat sich in diesen langen Jahren in Deutschland eine Bewegung gebildet, eine Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, diese ganze Zeit der Schmach und Knechtschaft zu beenden, die sich zum Ziel gesetzt hat, das deutsche Volk wieder zusammenzufügen, die Klassen aufzulösen und einen Volkskörper anstelle dessen zu erzeugen, eine Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Volkskörper zu stählen, ihm wieder den Glauben zu geben und eines Tages sich einzusetzen für die Freiheit. Und da glauben Sie eines: Millionen in Deutschland, auch in den bürgerlichen Parteien, sie reden vom Wiederaufstieg, reden von der Hoffnung auf den Wiederaufstieg, reden von dem Glauben an die Zukunft und haben doch alle eines nicht begriffen, daß es nämlich auf dieser Welt auch ein Gesetz gibt, das heißt: "Aug um Aug und Zahn um Zahn", und daß dies das primitivste Gesetz, die primitivste Rechtsauffassung ist, und daß ein Volk, das an einem solchen Verbrechen, wie die Revolution des Jahres 1918 es darstellt, zugrunde geht, nicht auf den Wiederaufstieg hoffen darf, wenn nicht dieses Verbrechen gesühnt erscheint. Es gibt auch hier ein höheres Recht, als der Mensch sich es vorstellt. Glauben Sie mir, wenn jemand fragt, wann wird Deutschland wieder auferstehen, so kann ich ihm die Antwort geben: Nicht eher, als bis der 9. November 1918 gerächt ist. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Denn eine Wiederauferstehung ist am Ende eine Frage der Änderung der Gesinnung unseres Volkes, eine Frage der inneren Umwandlung und Umänderung unseres Volkes, und diese innere Gesinnungswandlung hat sich auch nach außen zu dokumentieren. Sie haben in Deutschland kein Recht, einen Mann ins Gefängnis zu werfen, weil er einen Diebstahl verübt hat, sie haben in Deutschland kein Recht, einen Mann ins Gefängnis zu werfen, weil er jemand betrogen hat, sie haben in Deutschland kein Recht, einen Mann ins Gefängnis zu werfen und zu bestrafen, weil er einen anderen um sein Hab und Gut gebracht hat. Sie haben in Deutschland kein Recht, jemand ins Gefängnis zu werfen und zu bestrafen, weil er einen anderen ermordet hat, sie haben kein Recht, in Deutschland jemand ins Gefängnis zu werfen und zu bestrafen, weil er ein Zuhälter gewesen ist. Sie haben kein Recht, in Deutschland überhaupt irgendeinen Verbrecher abzuurteilen, solange die Generalverbrecher unserer Nation frei zwischen uns umherwandeln. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Öffnen Sie

heute alle Gefängnisse, reißen Sie alle Tore der Zuchthäuser auf, lassen Sie diese ganze Unterwelt über die Nation herfallen, aber säubern Sie Deutschland von den Schuldigen dieser Meineidstat, und Deutschland wird trotzdem genesen, Deutschland wird trotzdem dann ein sauberer Staat sein und wird trotzdem emporsteigen; denn alle Schandtaten und Verbrechen und Bubenstücke dieser Landesverräter und sonstigen Elemente zusammengenommen reichen nicht heran an das Verbrechen derjenigen, die im November 1918 Millionen Menschen um ihr Leben betrogen haben, die kalten Herzens damals das deutsche Volk um seine Geschichte betrogen, die es um alles gebracht haben und die nun kalten Herzens seit 10 Jahren das deutsche Volk versklaven, nur damit ihr System zu regieren vermag und sie selbst in diesem System Stellungen einzunehmen vermögen. Es gibt kein Recht, solange dieses Unrecht nicht gesühnt ist, und ich habe nur den einen einzigen Wunsch für die nationalsozialistische Bewegung: Ich glaube an die Wiederauferstehung meines Volkes, ich glaube an den Tag, der die Verbrecher des Novembers 1918 so oder so zur Rechenschaft zieht, und nur eine Bitte an den Himmel habe ich, er möge dann diese Bewegung Rächerin sein lassen des deutschen Volkes, er möge diese Bewegung zu seinem Arm machen, und wir wollen ihm versprechen, daß dieser Arm hart und schwer niederfallen wird auf die Verräter des Vaterlandes in der Stunde seiner größten Not. Dann kommt der Tag, an dem durch diese Tat nicht nur der November 1918 gerächt wird, sondern auch der Tag, an dem durch diese Tat das deutsche Volk wieder seine Ehre zurückerhält. Dann erst kann der Deutsche wieder hinausgehen in die Welt, wenn dieses Verbrechen gesühnt ist, dann erst sind alle wieder Deutsche und können erwarten, daß der Himmel die Deutschen nicht wieder untergehen läßt, sondern einmal uns die Kraft schenkt, in eigenem Kampf und eigenem Bluteinsatz wieder das zurückzuerringen, was uns Lüge und Trug und Verrat im November 1918 geraubt haben: das deutsche Vaterland. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.)

10. November 1928 — Dok. 46

"Politik der Woche"

Artikel

Illustrierter Beobachter vom 10.11.1928.

Es ist schon ein wirkliches Unglück für die bayerische Regierung, daß augenblicklich weder Salvator noch Bock ausgeschenkt werden kann, kein Oktoberfest stattfindet, und seit ein paar Wochen auch kein neues Eisenbahnunglück die öffentliche Meinung in Anspruch nimmt [1]. So beschäftigt sich das müßige Volk mit Dingen, die eigentlich nur die Öbersten [*sic!*] der Bayerischen Volkspartei etwas angehen. Denn ob Deutschland am

1 Anspielung auf das Eisenbahnunglück am 15.7.1928 in München. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.7.1928, "Die Eisenbahn-Katastrophe in München".

Ende ein Einheitsstaat wird oder nicht [2], und ob Bayern in diesem Einheitsstaat endgültig verschwindet oder nicht, betrifft ja viel weniger das deutsche Volk, die Bayern, Preußen, Württemberger usw. als vielmehr die Parteien. So sieht es wenigstens aus. Und da alles, was mit dem alten Parteiwesen etwas zu tun hat, innerlich zumeist unwahr und verlogen ist, braucht man sich auch über die Unwahrheiten und Lügen nicht zu wundern, mit denen der Scheinkampf zwischen altaufgefaßtem Föderalismus und neuaufgefaßtem Unitarismus ausgefochten wird. Scheinkampf, jawohl! Denn, weder ist es den derzeitigen Unitaristen ernst mit der Bildung eines mächtigen deutschen Einheitsstaates, noch vertreten die augenblicklichen Föderalisten die Ideale eines bismarckisch empfundenen Bundesstaates.

Was ist die Absicht der Männer, die heute den Gedanken des deutschen Einheitsstaates vertreten? Zuerst müßte man da allerdings die Frage stellen, wer die Männer selbst sind. Sie ist leicht zu beantworten. Im allgemeinen vertreten den deutschen Einheitsstaat heute dieselben Männer und Parteien, die vor zehn Jahren Deutschland in die Revolution trieben, die die Novemberrepublik begründeten und seit dem das ganze unermeßliche Elend unseres Volkes auf dem Gewissen haben! Also Zentrümler [*sic!*], Demokraten und Marxisten aller Schattierungen. Dazu muß dann allerdings noch jener wandelnde Flügel der Stresemannpartei gerechnet werden, der sich je nach der Witterung bald zum Geiste des großen Gustav, bald zu jenem der "Frankfurter Zeitung" bekennt. Die inneren Gründe, die die Parteien der deutschen Demokratie vom Marxismus bis zum Zentrum zum Kampf für den Einheitsstaat anfeuern, sind doppelter Natur. Erstens braucht man den Einheitsstaat, um der Erfüllungspolitik genügen zu können; und zweitens fürchtet man den Föderativstaat als Gefahr für die Durchführung der durch die Erfüllungspolitik bedingten Verträge. Will man von Versailles bis Locarno die Unterwerfungspolitik aufrechterhalten, braucht man ein moralisch charakterlos gemachtes Volk. Staatstraditionen, die irgendwie mit Ehre verbunden sind, oder auch nur Vorstellungen an frühere Größe in sich bergen, sind dabei hinderlich. Am liebsten möchten die Novembermänner, wenn es überhaupt ginge, die ganze deutsche Geschichte bis zum November 1918 auslöschen und wegwischen, damit niemand mehr weiß, daß das deutsche Volk einst so etwas wie Größe besessen hat, dafür aber jedermann glaubt, daß die Novemberlumperei wirklich die größte Tat unseres Volkes und der Beginn einer wahren deutschen Größe ist. Immer haben die Novembermänner die Angst, daß in irgendeinem deutschen Land plötzlich ein organisierter Widerstand, gestützt durch staatliche Traditionen, gegen die Verschlampung deutscher Ehre und deutschen Gutes einsetzen könnte. Denn endlich ist es natürlich ein Unterschied, ob ein solcher Widerstand seinen Ausgang nimmt von einer Reichsprovinz von 6 Millionen Menschen oder von einem selbständigen Staat der gleichen Menschenzahl. Das ist der wirklich innere Grund, warum die Novembermänner, denen die deutsche Größe und gar die deutsche Kraft nicht nur vollkommen wurst, sondern sogar verhaßt ist, nun plötzlich für den Einheitsstaat schwärmen und die schwarz-rot-goldene Flagge anständiger Märzrevolutionäre in ihre schmutzigen Finger genommen haben. Die 48er Patrioten glaubten einst unter dieser Fahne die Zeit der elenden deutschen Ohnmacht beenden zu können, während sie

2 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.

den neudeutschen Revoluzzern als Symbol der Abrüstung der deutschen Ehre und der deutschen Kraft gilt.

Es wäre natürlich gewesen, wenn Bayern, als zweitgrößter ehemaliger Bundesstaat, den Kampf gegen diese Tendenzen aufgenommen hätte. Es mußte den Führern dieses Kampfes dann aber auch einleuchten, daß ein Erfolg nur dann beschieden sein konnte, wenn es ihnen gelang, diesem Kampf für die Beibehaltung oder Wiederherstellung eines bismarckisch aufgefaßten Bundesstaates den Stempel einer großen deutschen Mission aufzuprägen. Nicht um Bayern eine Extrawurst zu erhalten, sondern um Deutschland die verlorene Ehre wiederzugeben, mußte man für die Aufrechterhaltung alter, ehrenvoller Staatstraditionen eintreten. Diese Führer hatten damit die Aufgabe, die von der Novemberdemokratie verlumpte Größe des Reiches in ihren Schutz zu nehmen und die einzelnen Bundesländer nicht zu Keimzellen einer bürgerlichen Ruhe und Ordnung Kahrscher [3] Geistigkeit, als vielmehr zu Brandstätten nationaler Leidenschaften der Freiheit und des Erhebungswillens zu machen. Wenn Bayern auf diesem Wege vorangegangen wäre, hätte es rechnen dürfen, bei Millionen und abermals Millionen anderen Deutschen Verständnis für den Kampf um seine Eigenstaatlichkeit zu finden. Ohne die großdeutsche Mission interessiert die bayerische Eigenstaatlichkeit im übrigen Reich keinen Menschen, und mit dem Gejammer um verlorengegangene Eisenbahnschranken bayerischer Färbung, Postillione weißblauer Tracht usw. lockt man im übrigen Reich keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Deutschland aber ist eine Demokratie, und die bayerischen Regierungsparteien sind selbst demokratische Gebilde und erkennen mithin das Recht der Majorität an. Wie will man aber auf sogenanntem "legalen" Wege, also unter Anerkennung der demokratischen Grundauffassung die bayerischen Selbstrechte erhalten, wenn es nicht gelingt, diesen Kampf so zu führen, daß eine Majorität von Menschen daran ein allgemeines Interesse besitzt? Diese Majorität wäre tatsächlich da. Es sind dies Millionen und abermals Millionen anständiger Menschen in ganz Deutschland, die mit dem infamen Revolutionsschwindel und allem was drum und dran hängt, nichts zu tun haben wollen. Daß man diese Menschen für die Erhaltung der bayerischen Eigenstaatlichkeit nicht zu interessieren vermochte, kann man der bodenlosen Unfähigkeit, wenn nicht Dummheit derer zuschreiben, die diesen Kampf in Bayern geführt haben. Die Bayerische Volkspartei selbst ist die Vernichterin der bayerischen Eigenstaatlichkeit. Sie hat ihren Föderalismus in einer Form und Weise betätigt, daß das andere Deutschland dafür nicht nur kein Verständnis erhalten konnte, sondern ihn als eine für das Reich gänzlich belanglose, ewige, bayerische Eigenbrödelei ablehnte. Die Isolierung, die die bayerische Regierung der föderativen bayerischen Interessenvertretung unter den anderen anständigen Deutschen bereitet hat, ist das vernichtendste Urteil über das wahrhaft katastrophale Format, das diese Plebejer der Staatskunst aufzuweisen haben.

3 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, seit 1902 im Innenministerium, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis Sep. 1921 bayer. Ministerpräsident, Sep. 1923 bis Feb. 1924 Generalstaatskommissar in Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

Heute ist das ganze Gefecht zwischen bajuwarischem Föderalismus und Frankfurter Unitarismus ohnehin nur mehr ein Scheinkampf. Wollte man in München ernstlich für eine Erhaltung der bayerischen Staatstraditionen eintreten, dann dürfte man nicht im selben Atemzug eine Unterwerfungspolitik des Reiches billigen und mit unterstützen, die schon in ihren finanziellen Folgen zur Vernichtung jeder Eigenstaatlichkeit führen muß. Man kann nicht in Berlin Dawespakt [4] und Locarno [5] unterschreiben [6] und in München von bismarckischem Föderalismus schwärmen. Man kann nicht den bayerischen Staatscharakter betonen, für eigene Gesandtschaften eintreten und die irrsinnige Franzosenpolitik des Reiches mitmachen und decken. Hätte man sich in München aufgerafft, den ganz Deutschland in die Verdammnis führenden außenpolitischen Kurs Stresemanns mit einer bewußt durchgeführten Annäherungs- und Verständigungspolitik mit Italien zu beantworten, um dadurch einen Weg für die Zukunft zu öffnen, der doch einst so oder so beschritten werden muß, dann hätte zum Beispiel die Beibehaltung eines außenpolitischen Ministeriums in München [7] für Millionen Deutsche einen ersichtlichen national gerechtfertigten Sinn und Zweck erhalten. Wenn aber die ganze Bedeutung eines bayerischen Außenministeriums nur in der widernatürlichen Fütterung von ein paar uralten Hofratsmumien liegt, dann hoffe man nicht, das ganze übrige Deutschland in einen Begeisterungsrausch für die Erhaltung bayerischer Hoheitsrechte versetzen zu können. Ich erinnere mich noch wie heute des Tages, da im großen Prozeß im April 1924 ein Vertreter dieses bayerischen Außenministeriums [8] als "Sachverständiger" für eine wankende und schwankende Staatsanwaltschaft zu Hilfe gerufen wurde. Der äußeren Erscheinung nach ein Reisender für Schmieröl und Fette, der geistigen Bedeutung nach aber ein winziger Journalist des "Altöttinger Liebfrauenbotens". Und dieses in den Gerichtssaal hereinschlürfende, außenpolitische Phänomen war der Vertreter der jüngsten Garnitur jener außenpolitischen bayerischen Staatskunst, die als lebender Beweis für die Notwendigkeit der Erhaltung bayerischer Hoheitsrechte heute auftreten müßte. Nein! Solange der bayerischen Eigenstaatlichkeit nicht auch ein im anderen Deutschland sichtbarer nationaler Sinn und Zweck zukommt, kämpft man auf verlorenem Posten. Und damit ist dieser Kampf zunächst auch schon entschieden. Denn die Bayerische Volkspartei, die in Berlin für die Unitarisierung und in München für den Föderativstaat eintritt, kann schon infolge ihrer eigenen Zwiespältigkeit keinen Kampf führen, der, wenn er überhaupt Aussicht auf Erfolg haben soll, nicht als Kriegsgeschrei

4 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

5 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

6 Im Reichstag hatte die BVP am 29.8.1924 dem Dawesplan und am 27.11.1925 bei drei Stimmenthaltungen den Locarno-Verträgen zugestimmt. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 109, 131 ff.

7 Der bayer. Ministerpräsident Held war gleichzeitig Staatsminister des Äußern.

8 Gemeint ist vermutlich Karl Sommer, 1924 Oberregierungsrat im bayer. Außenministerium. Er war im Hitler-Prozeß nur einmal als Zeuge vernommen worden; seine Aussage beschränkte sich allerdings auf die Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller am Abend des 8.11.1923. Vgl. Protokoll des Hitler-Prozesses; BayHStA, NL Ehard 319 I, Bl. IX/73 ff.
Karl Sommer (1881-1953), Jurist, 1920 Regierungsrat, 1923 Oberregierungsrat, 1927 Ministerialrat im bayer. Außenministerium, 1923/24 Verbindungsreferent des Generalstaatskommissars von Kahr, 1933-1945 Ministerialrat im bayer. Wirtschaftsministerium.

nur ein widerliches Geflenne um Einsicht und Gnade haben darf. Das rührt die Lumpen, die Deutschland vernichtet haben, nicht im geringsten. Solange Bayern eine Faust hatte, hielt das Berliner Judentum die Nase vorsichtig zurück. Seit man nur mehr ein Gerede hört, geht man über Bayern zur Tagesordnung über. Denn die Faust sah man damals in der nationalsozialistischen Bewegung und keineswegs im Bäuchlein des Dompropstes Wohlmuth [9].

Nun kam es also doch zur Aussperrung von Hunderttausenden von Arbeitern im Ruhrgebiet [10]. Das ist ja freilich eine ganz andere Melodei, die jetzt gespielt wird, als die, die wir im Jahre 1925/26 hören konnten. Als in den Februartagen 1925 zu München die nationalsozialistische Bewegung erneut gegründet wurde [11], spuckte ein nicht geringer Teil des deutschen Bürgertums Gift und Galle. Das wäre nicht nötig, es gäbe keine bolschewistische Gefahr, Deutschland sei im Wiederaufbau begriffen, die Sanierung sei eingeleitet, die Wirtschaft sei im Begriffe, Deutschland endgültig aufzurichten, die Politik müsse deshalb überhaupt nun in den Hintergrund treten, usw., usw. Das waren die Einwände und Vorwürfe, mit denen man die junge Bewegung damals überschüttete. Es gab gar nichts, was zu blöde gewesen wäre, um uns nicht vorgehalten zu werden. Wer will sich wundern, wenn auch hier wieder die direkt vom Himmel erleuchtete Bayerische Volkspartei durch ihre Münder am klarsten die Gründe bekanntgeben ließ, die gegen die Wiederauferstehung der nationalsozialistischen Bewegung, besonders "hierorts" sprächen? Wenn das übrige Deutschland durch die Wirtschaft gerettet wurde, dann Bayern damals durch den Fremdenverkehr. Und um diesen nur ja nicht zu stören und den Wiederaufbau Bayerns nur ja nicht zu hemmen, wurde über die nationalsozialistische Bewegung sogar noch das Redeverbot verhängt [12]. So hüteten die volksparteilichen Ammen das bayerische Kindlein in seinem Schlafe, auf daß es nicht durch das wüste Geschrei nationalsozialistischer Hetzer aufgeweckt würde. Das war aber alles, wie gesagt, vor drei und vier Jahren. Heute ist die große Rettungsaktion durch Wirtschaft im Reiche und Fremdenverkehr in Bayern zu Ende. Die Not trommelt allerorten an die Wohnungen der deutschen Menschen, und eine Wirtschaftskatastrophe jagt die andere. Das deutsche Volk ist nicht mehr Herr über seine eigene Wirtschaft. Der Arbeiter, der nicht bestehen kann, schreit nach mehr Lohn, der Unternehmer, der nicht mehr zu existieren vermag, ruft nach höheren Preisen. So treibt ein Sklave den anderen, und das Ende ist noch gar nicht abzusehen. Die Arbeiter werden mehr Lohn erhalten, die Unternehmer höhere Preise bekommen, und damit ist der kaum genehmigte Lohn auch schon wieder entwertet, und das Spiel kann wieder von vorne beginnen. Wie das aber

9 Georg Wohlmuth (1865-1952), Dompropst, Dr. phil., 1890 Ordination, 1895 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayer. Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Vorsitzender der BVP-Fraktion, 1924 Dompropst in Eichstätt.

10 Ungeachtet des Schiedsspruchs von Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell vom 31.10.1928 waren Anfang Nov. 1928 250.000 Arbeiter der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr ausgesperrt worden. Vgl. Michael Schneider, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Hamburg 1974.

11 Vgl. Bd. I, Dok. 6.

12 Das Redeverbot für Hitler hatte in Bayern vom 9.3.1925 bis zum 5.3.1927 bestanden.

ausgeht, haben wir schon einmal erlebt [13]. In Deutschland ist alles Ringen und Kämpfen auf wirtschaftlichem Gebiet im Endeffekt so lange fruchtlos, solange nicht die politische Freiheit der Nation errungen wird, das Dawesjoch bricht, und die deutsche Arbeit dem deutschen Menschen wieder selbst zugute kommt. Denn selbst eine Steigerung unserer Leistung nützt heute weniger uns, als denen, die die Nutznießer unserer Arbeit sind: jüdisch-internationale Hochfinanz und deren internationale Völkerbundspolizei.

Der Panzerkreuzerschwindel nimmt kein Ende. Die Sozialdemokratie trat in den Reichstag ein im Kampfe gegen die Panzerkreuzer. Das heißt, sie hat damit die Wahl gemacht. Später stimmten ihre Minister für den Panzerkreuzerbau. Nun kommt von ihr wieder ein Antrag, den Bau der Panzerkreuzer einzustellen. Die kommunistische Partei Deutschlands kämpft grundsätzlich gegen den Panzerkreuzer, genauso, wie es vor dem Krieg die Sozialdemokratie stets getan hat [14]. Die nationalsozialistische Partei tritt grundsätzlich für jede Stärkung der nationalen Wehrkraft ein. Der obersten Leitung der Reichswehr aber, als auch der Leitung der Marine gelten die marxistischen Parteien als "staatserhaltend", die nationalistische dagegen als "staatsgefährdend". Daß aber so etwas möglich ist, ermöglicht auch den ganzen Panzerkreuzerschwindel. Reichswehr und Marineleitung werden vom Marxismus nicht anders behandelt, als sie es tausendmal verdienen. In keinem Balkanstaat, ja nicht einmal in einer Negerrepublik, wäre so etwas möglich. Allerdings fühlt sich dort überall die militärische Leitung als Wahrerin der nationalen Ehre des Staates, während sie in Deutschland ihre oberste Mission in der Aufrechterhaltung einer Ruhe und Ordnung sieht, die zur langsamen Vernichtung der deutschen Nation führen muß. Der größte Feind einer wirklichen nationalen Leidenschaft ist heute die Organisation, die die fanatische Pflegerin derselben sein müßte. Sie hat mit dem Teufel paktiert und wundert sich jetzt, daß sie der Teufel betrügt.

In dieser Woche jährt sich zum zehnten Male der Tag der Novemberrevolution. Als unter der Lüge, eine allgemeine Weltrevolution wäre ausgebrochen, die von den damaligen marxistischen Gaunern verbreitet wurde, sich Menschen bereit fanden, in der Stunde der größten Not unseres Volkes einen Umsturz zu machen, und andere in pflichtvergessener Feigheit dagegen nicht auftraten, versprach man der deutschen Nation für die Zukunft ein Leben der Freiheit, Schönheit und Würde [15]. Noch niemals in der Weltgeschichte ist aber eine fluchwürdige Tat furchtbarer bestraft worden als die des Novembers 1918. Das Schicksal hat sich seitdem gegen uns verschworen, unser Volk krümmt sich unter seinen Schlägen. Not, Sorge und Unfriede ist bei uns nun zu Gast, und das Ende scheint schrecklicher zu werden als der Anfang. Die bürgerliche Gesellschaftsklasse bricht zusammen, der Marxismus beweist sich selbst als Wahnsinn und im Inneren schreit das Volk nach einer neuen Erlösung. Das Zeitalter der bürgerlichen und marxistischen Wirtschaftsverwirrung geht wieder seinem Ende entgegen, und das Geschrei von Geld und Handel wird abgelöst vom eisernen Tritt kampfbereiter Regimenter. Die Weltgeschichte wird wieder entschieden von den ewigen Tugenden des Opfersinns, der Hingabe und des Heroismus. Möge das deutsche Volk seinen Wiedereintritt

13 Anspielung auf den Höhepunkt der Inflation im Deutschen Reich 1923.
14 Vgl. Dok. 32, Anm. 4.
15 Vgl. Dok. 39, Anm. 11.

in sie vollziehen unter der Führung jener Bewegung, auf die schon heute Millionen Augen ahnend und sehnend blicken. Der Tag der Rache für den November 1918 muß einst der Tag der nationalsozialistischen Bewegung sein.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

14. November 1928 Dok. 47
Schreiben an die Oberste SA-Führung

Masch. Ausfertigung mit hs. Korrekturen und Unterschrift Hitlers vom 14.11.1928. Faksimiledruck: Helmut Klotz, Wir gestalten durch unser Führerkorps die Zukunft!, Berlin 1932, S. 19 [1].

Auf Grund meines Einblickes in die Akten über die Angriffe des Kapitänleutnants von Killinger [2] gegen Kapitänleutnant von Mücke [3] habe ich die Überzeugung erhalten, daß der von Kapitänleutnant von Killinger dem Oberkommando [4] zur Verfügung gestellte Brief [5] vom Anf[*an*]g September [6] in keiner Weise geeignet ist, die dem Kapitänleutnant von Mücke einst zugefügten schwersten Beleidigungen aus der Welt zu schaffen. Ich habe keinen Zweifel darüber belassen, daß die Bereinigung dieser Angelegenheit aber die Voraussetzung ist für einen Eintritt des Kapitänleutnants von Killinger in die Partei. K[*a*]p[*i*]t[*än*]l[*eutnan*]t von Mücke ist seit 6 Jahren Mitglied der Bewegung und darf verlangen, daß ihm, dem damals so schweres Unrecht zugefügt wurde, eine einwandfreie Genugtuung geboten wird.
Ich sehe mich deshalb veranlaßt, zur Wiedergutmachung des damals dem Kptlt. von Mücke zugefügten schweren Unrechtes sowie zur Ermöglichung eines Eintritts des Kptlt. von Killinger in die NSDAP folgendes zu verfügen:

1 Druck: VB vom 2.7.1931.
2 Manfred Freiherr von Killinger (1886-1944), Kapitänleutnant a. D., 1919/20 Führer eines Sturmbataillons in der Brigade Ehrhardt, dann in der Organisation Consul, 1921/22 wegen Verdachts auf Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger inhaftiert, 1923-1927 nach Freispruch Führer des Bundes Wiking in Sachsen, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1928-1933 MdL in Sachsen, 1928-1932 OSAF-Stellvertreter Mitte (Dresden), 1932 SA-Inspekteur Ost, 1932/33 MdR, 1933-1935 Reichskommissar für Sachsen und sächs. Ministerpräsident, 1935 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1936-1938 Generalkonsul in San Francisco, 1940 Gesandter in Preßburg, 1941-1944 Gesandter in Bukarest, 1944 Selbstmord.
3 Killinger hatte Mücke der Unterschlagung im Zusammenhang mit der Sammeltätigkeit des "Deutschen Volksopfers", das 1923 unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung gegründet worden war, beschuldigt. Vgl. Hellmuth von Mücke, Linie. Rückblicke persönlicher und politischer Art auf das letzte Jahrzwölft der Republik, Bd. 1: Revolution, Nationalsozialismus und Bürgertum, Beuern/Hessen 1931, S. 211 f. Der zweite Band, für den eine "aktenmäßige Darstellung" der Vorgänge angekündigt war, ist nicht erschienen. Zum Unterschlagungsvorwurf vgl. Fränkische Tagespost vom 3.8.1929, "Hellmuth v. Mücke an Adolf Hitler" sowie vom 6.8.1929, "Volksopfer für Nationalsozialisten".
4 Hs. geändert: "Osaf".
5 Nicht ermittelt. Vgl. Anm. 3.
6 Die letzten beiden Worte hs. eingefügt.

1.) die Aufnahme des Kptlt. von Killinger in die NSDAP wird aufgehoben,

2.) Kptlt. von Killinger gibt eine Ehrenerklärung, deren Text ich im nachstehenden formuliert habe [7] an mich, die ich dem Kptlt. von Mücke persönlich zustellen werde [8].

Adolf Hitler

14. November 1928 Dok. 48
"Nationalsozialisten!"
Anordnung

VB vom 17.11.1928, "Für die ausgesperrten Parteigenossen an der Ruhr!" [1].

Ein schwerer Wirtschaftskampf wird an der Ruhr ausgefochten [2]! Die "rettenden" Auslandskredite des Dawesplanes [3] sind verbraucht - als Daweszahlung wieder abgegeben. Die ungeheuren Zinsverpflichtungen für die Kredite sind geblieben, die Milliarden-Abgaben wurden erhöht! Arbeitgeber und Arbeitnehmer kämpfen um die endgültig "zu kurz gewordene Decke"! Das Verbrechen der Annahme der Dawesgesetze durch die Parteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer rächt sich furchtbar - rächt sich, wie es die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vorausgesagt hat.

Unsere Parteigenossen im Ruhrgebiet müssen unschuldig mit den Angehörigen der schuldigen Parteien leiden. Grenzenlos ist ihre Not; denn sie erhalten nichts von den gnädigen Unterstützungen der Hauptteilhaber am Dawesverbrechen, den Gewerkschaften.

---

7 "*Erklärung.*
Alle in dem von mir unterschriebenen Briefe an den Kptlt. von Mücke vom 29.10.1924 ausgesprochenen, die Ehre des Kptlt. von Mücke irgendwie antastenden Behauptungen, entbehren jeder Grundlage und haben immer jeder Grundlage entbehrt.
Dasselbe gilt von allen ähnlichen Behauptungen irgendwelcher Art, die schriftlich oder mündlich die gleiche Angelegenheit betreffend irgendwann oder irgendwo von mir aufgestellt worden sind.
In diese Erklärung werden ausdrücklich noch alle sonstigen Schreiben einbezogen, die in gleicher Angelegenheit an Herrn von Mücke oder an wen es sonst sei, gerichtet worden sind, soweit ich an diesen Schreiben beteiligt bin oder meine Beteiligung von irgend jemand behauptet werden sollte.
Mit den vorstehenden Feststellungen fallen alle irgendwann oder irgendwo auf diese unbegründeten Behauptungen aufgebauten Rückschlüsse in sich zusammen.
Ich stelle ausdrücklich fest, daß zu keiner Zeit und in keiner Hinsicht jemals die allergeringste Berechtigung vorlag, Zweifel zu hegen, daß Herr von Mücke in jeder Hinsicht als Ehrenmann makellos dasteht.
Ort: Nossen Datum: der 17. November 1928
Unterschrift: Manfred v. Killinger".
Faksimiledruck: Helmut Klotz, Wir gestalten durch unser Führerkorps die Zukunft!, Berlin 1932, S. 20.

8 Nicht ermittelt. Vgl. Anm. 3.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 18./19.11.1928 und 25./26.11.1928.

2 Vgl. Dok. 46, Anm. 10.

3 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

Nationalsozialisten! Wir dürfen unsere hungernden Mitkämpfer an der Ruhr nicht im Stich lassen! Denkt an den Tag von Nürnberg [4], wie Ihr den Abordnungen mit ihren Grubenlampen zugejubelt habt! Sie sind jetzt im Elend - mit ihren Frauen, mit ihren Kindern!

Für die Mitglieder der N.S.D.A.P. wird bis auf weiteres als Mindestgabe eine monatliche Sonderumlage von 50 Pfennig auf den Kopf festgesetzt. Jeder vermögendere Parteigenosse muß es sich aber zur Ehre anrechnen, die festgesetzte Sonderumlage von sich aus zu erhöhen. Einzahlungen sind zu leisten auf das Postscheck-Konto der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei München, 23319, mit dem Vermerk "Hilfsaktion" [5].

München, den 14. November 1928
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

gez. *Adolf Hitler*

14. November 1928 Dok. 49
Anordnung

VB vom 17.11.1928, "Für die ausgesperrten Parteigenossen an der Ruhr!" [1].

Verfügung

Zum Treuhänder der Unterstützungsaktion [2] setzte ich den Pg. Dr. Frick, M.d.R., ein. Die in Betracht kommenden Ortsgruppen senden sofort namentliche Listen der ausgesperrten Parteigenossen mit genauer Angabe der Familienverhältnisse (ledig, verheiratet, Zahl der Kinder usw.) und der genauen Adressen an Pg. Bezirksleiter Josef Terboven, Essen, Witteringstraße 48/50.

Die Verteilung erfolgt durch Pg. Dr. Frick auf Vorschlag Terbovens an Hand der Listen.

München, den 14. November 1928

gez. *Adolf Hitler*

4 Der 3. Reichsparteitag der NSDAP vom 19. bis 21.8.1927. Vgl. Bd. II/2, Dok. 161-168.
5 Vgl. auch Hitlers Anordnung vom 14.11.1928 (Dok. 49) und die vom Reichsschatzmeister der NSDAP Franz Xaver Schwarz gezeichneten Ausführungsbestimmungen vom 14.11.1928, veröffentlicht im VB vom 17.11., 18./19.11. und 25./26.11.1928.

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 18./19.11.1928.
2 Vgl. Dok. 48.

16. November 1928 Dok. 50
"Der Kampf, der einst die Ketten bricht" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

VB vom 21.11.1928, "Der Kampf, der Ketten bricht" [3].

"Das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht", schrieb vor 10 Jahren die "Frankfurter Zeitung" [4], und Zehntausende schienen sich dieser Revolution zu freuen. Aber vielleicht war es weniger Jubel als Tumult, weniger Begeisterung als Geschrei. Sieger des Ringens blieben denn auch die, die damals diese Revolution durch die "Frankfurter Zeitung" gegrüßt [*sic!*] haben. Das tiefste Leid folgte der Revolution auf dem Fuße. Millionen wagten nicht aufzusehen, sie empfanden das kommende Unheil schon im voraus.

Die "Frankfurter Zeitung" log, wenn sie behauptete, Deutschland habe die Revolution gemacht. Deutschland stand damals in den Gräben von der Nordsee bis zur Schweiz und tat seine Pflicht. Dies Deutschland wollte auch Frieden, aber nicht um den Preis der Selbstaufgabe.

Wir verstehen unter einer Revolution den elementaren Aufstand eines Volkes gegen seine Unterdrücker. Diese "Revolution" aber war nur ein

bewaffneter Diebstahl der Waffen.

Das Volk befand sich in seiner ernstesten Schicksalsstunde. Kein Augenblick in unserer Geschichte sah unser Volk in so schwerem Schicksalskampfe. Es stand vor der Frage, ob es noch Kinder gebären und ernähren könnte. *Es war kein Kampf um Grenzkorrekturen und Wirtschaftserfolge, es ging um das Leben von 70 Millionen.*

Das deutsche Volk wollte stark sein, um seinen Frieden zu sichern. Seine ganze Politik stand unter dem Gesichtspunkt des Friedens. Durch den Dreibund [5] wollte es den europäischen und damit den Weltfrieden sichern. Nennen Sie mir ein Volk, dem es bei so grundsätzlich widersprechenden Ideen, wie sie auf der Erde herrschen, gelang, 45 Jahre Frieden zu halten. Wir kämpften um die Tendenz, unser Brot zu sichern.

Heute sind wir ausgeschaltet aus dem Weltgeschehen. *Heute werden alle Interessen auf Deutschlands Rücken ausgefochten,* während alles rüstet und kämpft, genau so wie zu der Zeit, als Deutschland da war.

---

1 Titel laut Plakatankündigung. Druck: Arena der Leidenschaften. Der Berliner Sportpalast und seine Veranstaltungen 1910-1973. Hrsg. v. Alfons Arenhövel, Berlin 1990, S. 265.

2 Im Sportpalast, nach 20.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB etwa 18.000 Personen teilnahmen, wurde von Joseph Goebbels geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Hitler sprach zum ersten Mal in einer öffentlichen Versammlung in Berlin nachdem am 28.9.1928 das Redeverbot in Preußen aufgehoben worden war. Goebbels gibt in seinem Tagebuch an, Hitler habe 1 1/2 Stunden (VB: 2 1/2) gesprochen. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. I, S. 291 f.

3 Vgl. auch Berliner Lokalanzeiger vom 17.11.1928 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 17.11.1928, "Der Trommler. Adolf Hitler spricht in Berlin"; Deutsche Zeitung vom 17.11.1928, "Geist und Faust zusammengeschmiedet für unsere Freiheit! Hitlers Rede im überfüllten Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 18.11.1928, "Hitlers Berliner Visite"; VB vom 18./19.11.1928, "Das erwachende Berlin!"; Der Angriff vom 19.11.1928, "'Der Kampf, der einst die Ketten bricht!'"; VB vom 20.11.1928; "Die Hitler-Kundgebung im Sportpalast"; Illustrierter Beobachter vom 24.11.1928, "Hitler in Berlin"; VB vom 24.11.1928, "Die Hitlerkundgebung im Sportpalast im Spiegel der Presse"; Berliner Arbeiterzeitung vom 25.11.1928, "Adolf Hitler im Berliner Sportpalast!"; Der Angriff vom 26.11.1928, "Vom Schmutz zur Ehrlichkeit"; Nassauer Beobachter, Nr. 48 vom November 1928, "Die Hitler-Rede in Berlin" (Nachdruck: VB vom 21.11.1928);

4 Gemeint ist vermutlich der Kommentar "Vom Volke", vgl. Frankfurter Zeitung vom 10.11.1918.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Ein freier Staat nur kann eine freie Wirtschaft schützen. Die Freiheit ist das Primäre. *Ist ein Volk nicht frei, so sinkt auch die Wirtschaft in die Unfreiheit.* Schon einmal hat es in unserer Geschichte solchen Verfall gegeben, und immer waren es politische Kräfte, die das Volk herausrissen. Wieder sehen wir ein Ruinenfeld der deutschen Wirtschaft, und es erscheint beinahe aussichtslos, sie noch einmal zu erheben.

1914 ging es nicht um ein Kohlenbecken oder Lothringen, sondern darum: Wird Deutschland frei bleiben, oder sind 70 Millionen zum wirtschaftlichen Zusammenbruch verurteilt? *Es gibt da nur den*

Kampf mit der Waffe oder Aktie.

Der eine kostet Blut, der andere Hunger, aber am Ende von beiden steht im Falle der Niederlage der Volkstod.

Das Volk fühlte das, sonst hätte es nicht 4 1/2 Jahre ausgehalten, und wird das heute auch geleugnet, so wird die Geschichte über die Lügner hinweggehen.

Wir haben nicht für Kronen gekämpft, sondern nur für eine, die hieß: deutsches Vaterland und deutsche Freiheit.

Verlust der Freiheit bedeutet Verlust des Vaterlandes.

Die Riesenfrage mußte sich aufrollen, ob

Brot für 70 Millionen

geschaffen werden könne. Damit ging es auch um die Ehre. Was heißt Ehre? Selbsterhaltung des eigenen Ichs. Ehre haben heißt, sein Leben zu erhalten, und ehrlos ist ein Volk, das selbst darauf verzichtet. Für diese Ehre haben Völker wiederholt das Höchste eingesetzt. Vier Jahre lang wiederholten Tag für Tag Millionen diese Selbsteinsetzung. Da schien das gigantische Ringen sich zum Letzten zuzuspitzen. Als die Heimat der Front entgegentreten und mahnend auf das Kind weisen sollte, als die Zweifel eintraten, da begann die Revolution und wurde damit zum Verbrechen. Nicht die Revolution an sich war ein Verbrechen, sondern die Tat. Völker haben sich oft erhoben, aber gegen Tyrannei. Damals gab es die nicht, da waren wir auch keine Revolutionäre; wäre sie gewesen, dann wären auch wir Revolutionäre gewesen. *Die Revolutionäre von damals eroberten nur Posten und wurden Landräte, die anderen bekamen Hunger und Elend. Die "Rettung" des Volkes um jeden Preis brachte die Vernichtung,* die sich immer grauenhafter auswirkt. Das machen wir den heutigen Gewalten zum Vorwurf, daß sie wohl eine Gewalt mit Fehlern stürzten, aber nur eine mit noch größeren Fehlern einsetzten. *Um der Schatten eines Lichtes willen wurde das Licht selbst ausgelöscht.*

Sie begannen mit der größten Ehrlosigkeit. Sie erklärten: Deutschland ist schuld am Kriege [6]. *Diese Lüge ist zur nimmermüden*

Quelle des Elends

geworden, sie hat uns zum Paria gemacht und das Recht der Selbstverteidigung genommen, sie stand Wache bei jedem Vertrag und war das Motto bei jeder Vergewaltigung.

Die besten Deutschen waren damals tot, und die nicht tot waren, waren so entsetzt, daß sie schweigen mußten. Die schlechten Deutschen redeten, und die Nichtdeutschen dirigierten. Der Verräter galt alles. *Der Feigling war ein Held,* und der Held wurde beschimpft. Das Entsetzlichste war, daß es 1918/19 kein deutsches Volk gab. *Wir hatten*

6 Vgl. Dok. 34, Anm. 6 sowie Dok. 45, Anm. 7.

Republikaner und Reaktionäre, Proletarier und Bürger, Katholiken und Protestanten; eine Sammlung von Berufen, Parteien, Weltanschauungen, nur durch eine gemeinsame Sprache verbunden, mit der sie sich beschimpfen konnten. Einen Grundsatz hatten sie alle: *Über dem Vaterland steht die Partei.*

Keiner hatte die Aussicht, den Sieg zu erringen und das ganze Volk mit seinen Ideen zu erfüllen. Hie bürgerlich, hie proletarisch; hie Marxist, hie Nationalist; hie Masse der Faust [*sic!*], hie Intellektualismus. *Nur in der Vermählung der beiden liegt die Gewähr für die Freiheit des Volkes.* Zwischen ihnen, zwischen Verrätern und Idealisten, zwischen Nichtstuern und Schaffern liefen Phantasten, um zu einen. Sie vergaßen, daß aus dem Volk heraus die Ideen wachsen müssen, die stark genug sind, um alle Deutschen die Schicksalsfragen ganz erfassen zu lassen.

Das gefesselte Volk stritt sich über Kleinigkeiten des Tages, unterdessen ging die Freiheit verloren.

Damals traten wir, sieben Mann, Arbeiter und Soldaten, zusammen [7], mit dem Wissen, den Wahnsinn der Klassenspaltung zu bekämpfen, das Volk wieder zusammenzufügen zu einer Gemeinschaft der anständigen Menschen. Wer blutsmäßig Deutscher ist, anständig lebt und ehrlich schafft, der kann und muß dem Nächsten die Hand reichen. Aus diesem Fundament der Front der Anständigen wird wieder die Volksgemeinschaft anwachsen. Und *wer ist unanständig? Wer nicht bereit ist, für sein Volk zu kämpfen und sein Leben dafür einzusetzen.*

Über alle Konfessionen und Klassenbegriffe hinweg gibt es nur die Zugehörigkeit zur Schicksalsgemeinschaft der 70 Millionen im Guten oder Bösen.

Die Voraussetzung zur Freiheit ist Macht; ihre Voraussetzung wieder ist Glaube und Volkswert, ohne den es keine Führer und Persönlichkeiten gibt. Kein Volk kann bestehen, hat es nicht einen Prozentsatz Helden, und kein Staat kann existieren, wenn seine Führer nicht heldisch sind.

Wer dem deutschen Volke die Faust zeigt, dem werden wir sie aufbrechen und werden ihn zwingen, Bruder zu sein. Wer nicht Deutscher sein will, hat in unseren Reihen keinen Platz. Wir werden dafür sorgen, daß in diesem Staat 60 Millionen sind, die als ersten Satz ihres politischen Glaubensbekenntnisses nicht sagen: "Ich bin Demokrat" oder: "Ich bin Volksparteiler", sondern:

"Ich bin Deutscher!"

Die *Rassenschande* schreitet vorwärts. Die Verbastardierung großer Staaten hat begonnen. Die Vernegerung der Kultur, der Sitten, nicht nur des Blutes, schreitet fort. *Die Welt wird demokratisch*, der Wert der Person sinkt. Die Masse siegt scheinbar über die Persönlichkeit; die Zahl ist zum neuen Gott erwählt.

Das Gift des Pazifismus wird immer wieder ausgestreut. Die Welt vergißt, daß Kampf Vater der Dinge ist [8]. Staat um Staat wird von Gedanken durchtränkt, die zur Erlöschung eines Volkes führen müssen. Aber wenn der Bastard gegen den Reinen und der Neger gegen den Weißen steht, so siegt der blutsmäßig Starke. Der einzelne ist schöpferisch

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

8 Nach Heraklit: "Der Krieg ist der Vater aller Dinge, aller Dinge König, die einen macht er zu Göttern, die andern zu Menschen, die einen zu Sklaven, die andern zu Freien."

und hat der Welt Kultur gegeben. Wenn sich der Feigheit Mut und dem Pazifismus Kühnheit entgegenstellt, so siegen Mut und Kühnheit. *Der Staat wird siegen, der den Lastern der Feigheit und des Pazifismus nicht verfällt.*

Das Volk, das dem Pazifismus den Kampfgedanken entgegensetzt, wird sich mit mathematisch genauer Sicherheit zum Herrn seines Schicksals machen.

Ein Volk, das sich der Verbastardierung seines Geistes und Blutes widersetzt, kann gerettet werden. *Das deutsche Volk hat seinen spezifischen Wert und kann nicht*

70 Millionen Negern gleichgesetzt

werden. Wenn es seinen Wert erkennt, kann es Kräfte gestalten, die zum Siege führen.

Negermusik herrscht, aber setzten wir einem Jimmy [9] eine Symphonie Beethovens entgegen, so ist der Sieg entschieden. Besinnen wir uns auf die deutsche Seele, dann werden Glaube, Schöpferkraft und Zähigkeit nicht versiegen. Unser Volk hat noch immer Männer gefunden, die die Not gebrochen haben. Jetzt glaubt man, Männer entbehren zu können, und macht nicht Welt-, sondern Unterwerfungsgeschichte.

Aus unserem starken Glauben wird die Kraft kommen, um Selbsthilfe dieser Verbastardierung gegenüber anzuwenden.

Das ist das Ziel, das sich die N.S.D.A.P. gestellt hat: Die Begriffe Nationalismus und Sozialismus aus ihrer bisherigen Bedeutung herauszuheben.

National ist, kann nur sein, wer zu seinem Volke steht, und Sozialist kann nur sein, wer für das Recht seines Volkes auch nach außen eintritt.

Damit ist die N.S.D.A.P. nicht mehr nationalistisch oder sozialistisch allein, nicht mehr bürgerlich oder proletarisch, sondern sieht vor sich Menschen, die ehrlich die Volksgemeinschaft aufbauen wollen, Klassenstolz und Dünkel ablegen, um gemeinsam zu kämpfen. *Damit ist die Partei eine Bewegung, die sich mit Stolz Arbeiterpartei nennen kann,* denn niemand ist in ihr, der nicht schafft und arbeitet am Leben des Volkes. Jetzt steht schon der Prolet neben dem Bürgerlichen, eine einzige Armee der Stirn und der Faust, zusammengeschweißt für ein Ziel. Das sind unsere Siegeszeichen (Hitler zeigt auf Fahnen), denn wir sind Deutsche.

Damit beginnt die Bewegung einen *gigantischen Kampf gegen den Internationalismus* mit allen seinen Auswirkungen, gegen links wie rechts. *Allen Völkern der Erde stehen wir gleichgültig gegenüber, aber zu einem stehen wir mit heißer Liebe, zu unserem Volke. Erst wenn das gedeiht, interessieren uns die anderen.*

Wir bekämpfen den Gedanken der Zahl und des Massenwahnsinns, wir wollen dem Besten die Zügel der Regierung in die Hand legen. *Hunderttausend stehen bei uns, für die gilt keine Abstimmung, sondern die*

Autorität des Führers,

und diese Hunderttausende wissen, daß Demokratie an sich ein Irrtum ist. Die Bewegung hat in sich ein Vorbild geschaffen von dem, was werden soll. Sie ist deutsch, reinblütig und bewußt aristokratisch aufgebaut, sie will gar nicht objektiv sein, *sondern subjektiv deutsch.* Sie kämpft gegen die heutige Welt und wird eine neue Welt einleiten. *Nicht Versöhnung mit allen oder Gemeinsamkeit mit allen, wohl aber Hand dem Guten und Tod, legal, dem Schlechten.*

9 Gemeint: Shimmy, Gesellschaftstanz der zwanziger Jahre im 2/2- oder 2/4-Takt.

Damit betritt sie den Weg großer Auseinandersetzungen. Kampf allen Klassen. *Wenn Parteien sich noch stolz als proletarisch bezeichnen, so müssen sie wissen, daß die Macht wächst, die einmal alle Klassen zerschlägt, die*

den Marxismus überwindet:

nicht damit das Bürgertum siegt, sondern das deutsche Volk leben bleibt.

Wir wollen Raum und Brot schaffen, denn jetzt sind wir Sklaven der Weltwirtschaft, Sklaven auf eigenem Grund und Boden. Wir bekennen, daß es unsere Absicht ist, dem Volk wieder Boden zu geben.

An der Spitze unserer Waffen steht unser Wille, die höchste Waffe, um Weltanschauungen zu zertrümmern. *Wir haben keine Waffen materieller Art, sondern die*

Waffen des anständigen Menschen,

nämlich den Willen zum Leben, den Selbsterhaltungstrieb, und diese Waffen können uns nicht genommen werden. Die Republik verfolgt uns, nimmt uns Freiheit und Existenz, aber sie schmiedet damit die Waffen zum Kampfe für das Dritte Reich. Wenn die Bewegung durch Unterdrückung beseitigt werden könnte, dann stünden wir nicht hier. Drei Jahre Verbot haben den größten Saal des Reiches gefüllt. Jede Sorge, jede Qual ließ uns hart werden und stärkte den Willen.

Gerade jetzt wollen wir unser Glaubensbekenntnis wiederholen: *Wir haben große*

Liebe nur zu unserem Volk.

Unser Glaube ist, daß das Volk Recht hat zu leben. Und unsere Hoffnung ist, daß der gnädige Herrgott unserem Kampfe zusieht und sagen wird, ihr habt verdient, daß ihr

antretet zum Kampf.

Wir haben den Willen, jeder Versuchung zu widerstehen, alle Unterdrückung auszuhalten und vor keiner Not zu zerbrechen, darum wird unser Wille auch die Ketten zerhauen und die Not zerbrechen. [10]

17. November 1928 — Dok. 51
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 17.11.1928.

Die amerikanische Präsidentschaftswahl [1] hat mit einem durchschlagenden Sieg Hoovers [2] geendet. Dieser Erfolg der Republikanischen Partei ist um so bemerkens-

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Am 6.11.1928.

2 Herbert C. Hoover (1874-1964), Bergbauingenieur, 1917-1919 Organisator der amerikan. Lebensmittelversorgung, 1921-1928 Handelsminister, 1929-1933 31. Präsident der USA (Republican Party).

werter, als ihr Gegenkandidat Smith [3] zum Teil über ganz außerordentliche persönliche Sympathien verfügte. Unter den vielen, zum Teil wohl nur schwer feststellbaren Gründen, die für den Erfolg Hoovers in Betracht gekommen sein mögen, stehen an der Spitze zwei, denen auch für Deutschland ein großes Interesse zukommt. Hoover ist der Kandidat des Schutzes der nationalen Produktion gewesen. Er versprach, Industrie und Landwirtschaft durch eine entschlossene Zollpolitik zu stützen und zu fördern. Er ist damit eigentlich ein nationaler Kandidat. Damit wird sich an den wirtschafts-imperialistischen Plänen der amerikanischen Union von vorneherein nichts ändern. Als zweiter wesentlicher Grund kann für Hoovers Erfolg seine Einstellung zur Prohibition angesehen werden [4]. Hoover stammt selbst aus einer quäkerischen Umgebung. Er gehört zu jenen Männern, die sich wenigstens grundsätzlich zur Trockenlegung [*sic!*] bekennen. Das Votum des amerikanischen Volkes ist nun deshalb interessant, weil es diejenigen Lügen straft, die von einem vollkommenen Zusammenbruch der Antialkoholgesinnung des Amerikanertums so gerne sprechen. Besonders in Deutschland wurde man nicht müde, immer wieder aufs neue mit einem gut gespielten Entsetzen auf die furchtbare Korrumpierung hinzuweisen, der das amerikanische Volk dank seinem Kampf gegen den Alkoholteufel verfallen sei. Die Besorgtheit dieser Kreise um die durch den Kampf gegen den Alkohol bedrohte Moralität der Yankees schien manchesmal so groß zu sein, daß dabei der Blick für die im "feuchten" Deutschland sich zeigenden bedenklichen Schäden auf moralischen Gebieten auffällig getrübt wurde. Dieser unmoralischen Heuchelei hat das amerikanische Volk durch seine Stimmenabgabe für den Kandidaten der Prohibition eine sehr deutliche Antwort erteilt. Außenpolitisch wird sich nichts ändern. Hier entscheidet ja nicht eine Partei, sondern die Kräfte des amerikanischen Lebens überhaupt. Nach wie vor wird das amerikanische Kapital versuchen, sich in den Besitz von Monopolen zu setzen, und nach wie vor werden sich daraus Gegensätze mit ähnlich handelnden Wirtschaftsfaktoren anderer Völker ergeben. Besonders der Interessengegensatz mit England wird bleiben.

Der Kampf im Ruhrgebiet [5] zieht langsam weitere Kreise. Augenblicklich hat die Zahl der Ausgesperrten eine Viertelmillion bereits überschritten. Außer der Stahl- und Eisenindustrie greift die Aussperrung oder besser Kündigung von Belegschaften nun auch auf die Kohlenförderung sowie auf andere Betriebe über. Der Gesamtschaden, der dadurch der nationalen Wirtschaft zugefügt wird, ist ein ungeheurer. Dabei wird selbstverständlich auch durch diesen Riesenkampf, ganz gleichgültig, wie er ausgehen mag, eine Lösung und Behebung der allgemeinen großen Sorgen unseres Volkes nicht erfolgen. Nein, wirtschaftlich kann aus diesem Streit keiner der beiden Teile als "Sieger" hervorgehen, höchstens wird das deutsche Volk als solches wieder einmal "besiegt". Denn, "siegen" die Arbeitnehmer, das heißt, werden deren Forderungen im gewünschten Umfange angenommen, so wird dies am Ende doch wieder vom deutschen Volke bezahlt.

3 Alfred E. Smith (1873-1944), Arbeiter, 1918-1921 und 1923-1928 Gouverneur von New York, 1928 Präsidentschaftskandidat der Democratic Party, 1934 Gründer der Liberty League.

4 Die Prohibition wurde in den USA durch Bundesgesetz am 16.1.1920 eingeführt; zu diesem Zeitpunkt bestand in 32 Bundesstaaten Alkoholverbot.

5 Vgl. Dok. 46, Anm. 10.

Und zwar in seiner Gesamtheit bezahlt. Denn die erhöhten Forderungen werden auf die Preise der Fabrikate gelegt und führen damit zu einer allgemeinen Verteuerung des Lebens überhaupt. Damit kann schon jetzt vorausgesagt werden, daß, ehe sich die Lohnerhöhungen noch richtig auszuwirken beginnen, durch eine allgemeine Preissteigerung der Erfolg bereits wieder verschluckt wird. Aber selbst wenn es gelingen sollte, diese Lohnerhöhungen nur auf die sogenannten "Gewinne" zu legen, so führt dies zu einer Schwächung flüssiger Kapitalmittel und damit zu einer Beschränkung jeder weiteren Ausbaumöglichkeit und Entwicklungsfähigkeit der Werke. Dies ist besonders für die deutsche Industrie vernichtend, die infolge tausender wirtschaftspolitischer Knebelungen ohnehin nur durch eine ewige "Wiederumstellung" auf neue Produktionen, Erfindungen usw. eine gewisse Exportfähigkeit behält. Je geringer die Gewinnüberschüsse werden und je mehr dadurch die Ansammlung von verfügbarem, flüssigem Kapital verhindert wird, um so mehr werden die Werke gezwungen sein, ihren Kapitalsbedarf dann dort zu decken, wo es heute allein noch Kapital gibt. Die Verschuldung der deutschen Industrie an die Hochfinanz wird weitere Fortschritte machen, und nur ein Blinder kann dann der Meinung sein, daß dies entweder für den deutschen Unternehmer oder für die deutsche Arbeiterschaft von Nutzen sein könnte. Siegt aber die Unternehmerschaft in diesem Kampf, so sind die wirtschaftlichen Folgen genauso unbefriedigend. Das miserable Einkommen von Millionen von Menschen drückt die Kaufkraft des inneren Marktes nieder, während die Erinnerung an die erlittene Niederlage Hunderttausende mehr denn je verbittern wird. Und das ist das Schlimmste. Der Kampf, der sich zur Zeit im Ruhrgebiet abspielt, ist in Wahrheit kein Kampf der Wirtschaft allein. Hinter diesem Kampf stehen politische Kräfte, die gewillt und entschlossen sind, ganz gleich, wie die Ergebnisse auch ausfallen mögen, rein politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Siegt die Arbeiterschaft, wird der Marxismus dies zum Anlaß nehmen, die Möglichkeit eines solchen Sieges seinen Anhängern auf das schärfste einzuhämmern und die Notwendigkeit eines weiteren Angriffs schon für morgen ableiten. Denn sein Ziel ist ja die Vernichtung der nationalen Wirtschaft und ihre Überführung in den Besitz der internationalen Hochfinanz. Unterliegt die Arbeitnehmerschaft, so wird der Marxismus das Gefühl der Niederlage in verstärkten Haß zu verwandeln versuchen. Beide marxistische Flügel werden der Arbeiterschaft klarmachen, daß es nur der noch nicht restlos durchgeführten Hingabe an den Marxismus zuzuschreiben ist, wenn dieser Kampf noch keinen Erfolg gezeitigt hat. Und der Kommunismus wird nicht müde werden, seinen Anhängern dies als einen Beweis für die Richtigkeit der Auffassung vorzuhalten, daß der Kampf gegen die Bourgeoisie überhaupt nur mit Messer und Handgranate durchgeführt werden kann. Der Klassenhaß wird größer als je, die Spaltung tiefer als zuvor, und statt Sieger wird es nur Besiegte geben. Das deutsche Volk hat die Zeche zu bezahlen, und die Hochfinanz schiebt das Geld in ihre Tasche.

Dieser Zustand kann sich erst dann ändern, wenn der Marxismus einst vernichtet sein wird. Wenn in einem nationalsozialistischen Staat Arbeitgeber und Arbeitnehmer Diener einer neuen Volksgemeinschaft geworden sind, und wenn aus der Kraft dieser Gemeinschaft heraus die Freiheit der Nation erkämpft und gewährleistet werden kann, so daß der Lohn der Arbeit nur dem eigenen Volke zugute kommt.

Berlin ist augenblicklich wieder einmal die Stätte eines erbärmlichen Skandals [6]. Wie überall, stand auch in Rußland die Revolution im Zeichen des Diebstahls. Eigentlich müßten Republiken, die durch solche Revolutionen der Welt geschenkt wurden, alle Wappentiere wie Adler, Hähne, Bären und auch sonstige Symbole ausmerzen. Statt dessen wären vorzuschlagen: Rucksäcke, Hände mit abnorm langen Fingern, Zirkel usw. Die russische Revolution hat sich jedenfalls geistig zu diesen Symbolen bekannt. Raub, Plünderung und Diebstahl waren genauso wie in Deutschland auch dort die heroischen Gründe der Staatsumwälzung. Nun braucht das heutige Rußland Geld, und trotzdem es ein kommunistisch-sowjetistischer [*sic!*] Staat ist, kapitalistisches, ausländisches Geld. Geld riecht bekanntlich nicht. Und so wie sich der kommunistische Sowjetfunktionär nicht scheut, "kapitalistisches", ausländisches Geld in Empfang zu nehmen, so scheut sich auch leider ein Teil des Auslandes nicht, gestohlenes Gut der Sowjetdiebe zu verkaufen, wenn man daran selbst wieder Geld verdienen kann. Allerdings nur ein Teil des Auslandes schämt sich dessen nicht, denn zur Ehre der Franzosen, Engländer und Amerikaner muß festgestellt werden, daß man es dort abgelehnt hat, den Sowjetdieben den Hehler zu machen. Auf alle Fälle haben dort die Behörden dieser Hehlerei sofort ein Ende bereitet. In Berlin waren die Behörden der Republik zunächst zu einer solchen Stellungnahme nicht zu bewegen. Sie beriefen sich auf ein Gesetz, wonach in Rußland der Diebstahl gesetzlich gerechtfertigt gewesen sei. So ein Gesetz aber wird von den Behörden der deutschen Republik hoch und heilig respektiert. Ein Berliner Auktionshaus versuchte nun, das Diebesgut an den Mann zu bringen. Es muß als Zeichen eines letzten Restes von Anstands- und Rechtsempfinden angesehen werden, daß sich wenigstens ein paar preußische Gerichte gefunden haben, die die Diebesware nunmehr teilweise mit Beschlag belegten bis die "Eigentumsverhältnisse gerichtliche Klärung gefunden haben werden". Bei den innigen Beziehungen der Moskauer zu den deutschen Regierungsstellen kann man gespannt sein, was am Ende dabei herauskommen wird. Ob das Recht siegt oder die gemeinsame "weltanschauliche" Solidarität gegenüber der Frage eines Privateigentums, das einem nicht selbst, sondern einem anderen gehört.

Der 9. November wurde als 10jähriger Erinnerungstag an das Ende des Weltkrieges in Deutschland je nach der Parteizugehörigkeit und Gesinnung verschieden gefeiert. Die Republik selbst, die eigentlich einen rabiaten Taumel von Freudenskundgebungen über ihre von vor 10 Jahren gelungene Geburt hätte veranstalten müssen, hielt sich ziemlich verschämt zurück. Auch die Parteien, die sie damals aus der Taufe hoben, waren bemerkenswert wortkarg. Es will eigentlich niemand so recht mit der Sache etwas zu tun gehabt haben. Die Sozialdemokraten feierten statt dessen die 50jährige Wiederkehr der Aufhebung der Sozialistengesetze [7]. Und dazu hatten sie allerdings allen Grund. So wirkungslos die Sozialistengesetzgebung auf die Dauer einst sein mußte, so kindlich naiv waren die bürgerlichen Gründe und Hoffnungen, die zu ihrer Aufhebung führten. Der

6 Das Berliner Auktionshaus Lepke sollte im Auftrag der sowjet. Regierung russ. Kunstgegenstände versteigern. Emigranten hatten dagegen Klage erhoben. Vgl. Berliner Tageblatt vom 27.11.1928 (AA), "Der Russen-Prozess".

7 Zum 50. Jahrestag des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes fand am 21.10.1928 im Berliner Lustgarten eine Massenkundgebung der SPD statt. Vgl. Vorwärts vom 22.10.1928, "Riesenkundgebung der SPD. Hunderttausende sind mit uns marschiert!".

Marxismus hat nicht im Jahre 1918 das Bürgertum besiegt, sondern das Bürgertum hat vor 50 Jahren die erste Kapitulation vollzogen. Das war damals der innerpolitische "Waffenstillstand", und der November 1918 brachte den Friedensvertrag, oder besser die endgültige Unterwerfung unter die marxistische Diktatur. Ein Teil der "deutschen bürgerlich-nationalen" Presse nahm in lendenlahmen Artikeln Stellung zum Ende des Weltkrieges, ohne es auch nur mehr zu wagen, die Novembergaunerei für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen. Sie haben sich alle schon so sehr auf den Boden der "Tatsachen" hinübergerettet, daß sie, um sich nicht zu stark zu kompromittieren, die Tatsachen von einst umfälschen müssen. Ein Teil der vaterländischen Verbände brachte noch den Mut auf, das unbesiegte alte Heer zu feiern und die Revolution als den Schuldigen am Zusammenbruch zu bezeichnen. Die Nationalsozialisten endlich begingen diesen Tag in doppelter Trauer, aber auch in höchster Zuversicht. Ihr Kampf gegen die Novemberdemokratie ist ein unerbittlicher, ihr Haß gegen die Revolutionsmänner ein unversöhnlicher und ihre Verachtung über die bürgerliche Feigheit und Charakterlosigkeit eine grenzenlose. Die nationalsozialistische Bewegung trat überall als Verfechterin eines neuen Deutschlands auf und beklagte dabei außer den Toten des Weltkriegs, die durch die Novembermänner ebensosehr um ihr Leben bestohlen worden waren, wie diese später die Nation um ihre Ersparnisse begaunerten, auch noch die Toten aus ihren eigenen Reihen. Die Opfer der Münchner Feldherrnhalle, die an diesem 9. November vor 5 Jahren gefallen sind [8] im Glauben an Deutschlands Wiederauferstehung, wurden wie alljährlich an ihren Gräbern geehrt. Im oberbayerischen Kreistag aber setzten es zum ersten Male in Deutschland die vier dort vertretenen Nationalsozialisten [9] durch, daß sich eine öffentliche Körperschaft zur Ehrung unserer Gefallenen von den Sitzen erheben mußte [10]. Die Aufgabe dieser Bewegung wird es sein, unermüdlich dafür zu sorgen, daß der 9. November 1918 einst seine gerechte Sühne erhält, die Opfer des 9. November 1923 aber den verdienten Dank der Nation in nachträglicher Ehrung erhalten.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

8 Vgl. Halbmast, S. 21.
9 Max Amann, Hermann Esser, Heinrich Hoffmann, Michael Schmeidl.
10 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 12.11.1928, "Kreistag von Oberbayern".

20. November 1928 Dok. 52
"Nicht schöne Worte, sondern Taten" [1]
Rede auf NSDStB-Versammlung in München [2]

VB vom 22.11.1928, "Von der alten zur neuen Front" [3].

Es gibt ein Wort, für das man heute in diesem Staate wenig Verständnis besitzt. Es heißt *Ehre.* Vielleicht wohl auch deshalb, weil sich so viele angewöhnt haben, in diesem Wort Ehre einen Begriff zu sehen, der mit realen Notwendigkeiten nichts zu tun hat. Wir befinden uns in einer realen Republik, die nur Realpolitik kennt, und man glaubt, daß man sehr wohl auf Begriffe verzichten kann, die so unrealer Natur sein sollen. Doch wissen wir, daß der Begriff Ehre im Leben des einzelnen Menschen schon eine ganz bestimmte Bedeutung besitzt, nämlich die, sein Dasein ordentlich führen und ordentlich behaupten gegen jedermann, der dieses Dasein bedroht. Im Völkerleben können wir einem Volke in dem Augenblick die Ehre absprechen, in dem es nicht mehr entschlossen ist, für sein irdisches Dasein alles einzusetzen, *Leben zu opfern, um das Leben erhalten zu können.* Wenn das alte Deutschland einst in einen gigantischen Kampf hineingezogen wurde, und dieser Kampf nach außen hin mit der Notwendigkeit, die deutsche Ehre zu wahren, begründet wurde, dann stand hinter diesem Begriff riesengroß das deutsche Schicksal überhaupt. Unser Volk selbst war durch Umstände in den Weltkrieg hineingetrieben worden, die vielleicht heute als Verhängnis angesehen werden können, aber zwangsläufig infolge des Selbsterhaltungstriebes kommen *mußten*, und die nur *einen* Vorwurf gestatten, *daß man diese Notwendigkeit nicht klar genug und früh genug erkannt hat,* und daß die Regierungen glaubten, um diese notwendigen Auseinandersetzungen herumkommen zu können. Das war

der größte historische Trugschluß,

an dem das deutsche Volk heute zu leiden hat und vielleicht noch lange zu leiden haben wird und, wenn es nicht zu einer inneren Einkehr kommen wird, daran zugrunde gehen wird.

Die Lebensfrage des deutschen Volkes vor dem Krieg war naturgemäß ein *Problem der Ernährung. Das deutsche Volk konnte sich vor dem Krieg auf seiner Scholle nicht mehr ernähren.* Das ist ein Satz von ungeheuren Konsequenzen. Eine solche Tatsache zwingt ein Volk, nach bestimmten innen- und außenpolitischen Grundsätzen zu handeln, die in der Folge von ungeheuerster Bedeutung für das gesamte Schicksal und Wesen des Volkes nach innen und außen sind. Zwei Möglichkeiten bleiben ihm: Entweder dieses deutsche Volk erweitert eines Tages die Scholle oder es muß über den Umweg eines günsti-

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 18./19.11. und 20.11.1928, Lagebericht sowie Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10048).

2 Im Löwenbräukeller, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Lagebericht etwa 2.500 Studenten und geladene Gäste teilnahmen, wurde vom Leiter der Münchner Hochschulgruppe des NSDStB, Dipl. rer. pol. Walther Schmitt, geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Vor Hitler sprach der Reichsleiter des NSDStB Baldur von Schirach.

3 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 637, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6737. Sowie Lagebericht N/Nr. 71 der Polizeidirektion München vom 28.11.1928; ebenda.

gen Wirtschaftsprozesses das Fehlende an Rohstoffen und sonstigen Gütern von außen hereinzuholen suchen. Dieser natürlichste Prozeß, die Grundfläche entsprechend zu erweitern, fordert eine klare Einstellung zu den Begriffen *Raum und Macht*.

Jedes Kind, das geboren wird, stellt eine Verpflichtung zum Imperialismus dar,
d. h. *für das Leben dieses Kindes zu sorgen.* Ein solches Volk muß den Bodenerwerb als etwas Rechtes ansehen, es darf nicht pazifistischen Ideen zuneigen, die besagen, daß die Raumverteilung auf dieser Erde für immer erfolgt sei und Korrekturen nicht mehr erfolgen dürfen. Zu dieser *heroischen Auffassung des Lebenskampfes* konnte sich das alte Deutschland nicht mehr entschließen. Infolge des schweren Druckes der innenpolitischen Erscheinungen, Parteien und Institutionen, die selbst pazifistisch-demokratisch-international eingestellt waren und langsam die allgemeine politische Meinung des deutschen Volkes *vergifteten* und in die Richtung drängten, die langsam den Begriff "Krieg" schieden in einen *Verteidigungskrieg* und in einen *Angriffskrieg* und *den* festnagelten, der es wagte, den Angriffskrieg zu propagieren, so daß das deutsche Volk in die *ungünstigste Form der Verteidigung gedrängt* wurde. Im Augenblick dieser Scheidung, daß Krieg nicht gleich Krieg wäre, mußte die Nation um die höchste Möglichkeit ihrer Verteidigung betrogen werden, mußte verlernen, im Krieg etwas Rechtes zu sehen, wenn er dem eigenen Volk notwendig und nützlich ist. *Recht ist, was meinem Volke nützt und unrecht ist, was meinem Volke Schaden zufügt.* (Großer Beifall.)

So wandte man sich damals der zweiten Möglichkeit der Ernährung der überschüssigen Volksmasse der Nation zu: der Wirtschaft. Man muß sich klar werden über die unendlichen Schwächen, die diesem System anhängen.

1. Der Gedanke, ein Volk dadurch zu ernähren, daß man statt den Grund zu erweitern, die *Innenproduktion* auf gewissen Gebieten so fördert, daß durch den Überschuß dieser Produktion die fehlenden Rohstoffe eingekauft werden können, macht die Ernährung abhängig von Faktoren, deren letzte Bestimmung *außerhalb des eigenen Volkes* liegt.

2. *Wenn ein Volk erst einmal diesen Weg beschreitet und zu einem großen Fabrikunternehmen wird, das nur auf Export eingestellt ist, oder eine Großhandelsgesellschaft, die diesen Export praktisch vermittelt und durchführt, dann wird es langsam in seinem Denken eine Veränderung erleiden, es wird aufhören, im Grundbesitz das Fundament der Nation zu sehen, wird angesteckt von weltwirtschaftlichen Phantasien, daß die Zukunft eines solchen Volkes nicht im eigenen Grund und Boden wurzelt, sondern durch andere Faktoren gestaltet wird. Lauter Irrtümer, die sich eines Tages bitter rächen müssen, deshalb, weil ein solches Wegbringen des Volkes von einer gesunden naturgemäßen Grundauffassung nicht plötzlich irgendwie korrigiert werden kann.*

Dieser Prozeß erzeugt langsam *Großstädte*, wo gigantische Industrien entstehen. Eine große Volksmasse wird dem Boden entzogen, so daß eine langsame Verschiebung stattfindet und endlich der Bauer selbst in die Minderzahl kommt. Wenn ein solcher Staat durch die Demokratie regiert wird, dann entscheidet *die Mehrheit derer, die kein Verständnis für den Boden mehr hat.* Die Politik eines solchen Volkes wird gestaltet von den entwurzelten Massen des Volkes. Die Politik wird eines Tages *bodenfeindlich* werden.

Die Großstadt wird auf Kosten des Bauerntums immer größer, immer mehr wird der restliche Bauernstand vernichtet.

England hat uns das gezeigt, nur hat es parallel der Entsiedlung seines eigenen Bodens eine grandiose Raumpolitik außerhalb England getrieben. Die englische Kolonialpolitik hat das eine an sich, daß sie ihre Absatzmärkte und Rohstoffquellen staatspolitisch sicherte, die sich in Kolonien unter Englands Szepter verwandelten. Deutschland mußte damit rechnen, daß der Versuch, in die allgemeine Weltkonkurrenz einzutreten, außer zu inneren Schwierigkeiten, sozialen Erkrankungen, am Ende auch zu einer ungeheuren *außenpolitischen Bedrohung* sich auswachsen muß.

Warum soll ein anderer Staat nun dieser friedlichen Wirtschaftspolitik mit Gewalt antworten? Weil der Grad des Verzichtes nicht überall der gleiche ist, weil es noch Völker gibt, die über Theorien hinweg die Notwendigkeit der Erhaltung des Lebens vor sich sehen.

Andere Völker sagen: Hier steht Leben gegen Leben, ich werde in friedlichem Konkurrenzkampf unterliegen, *folglich werfe ich das Schwert hinein* in die Waagschale einer solchen Konkurrenz. *Infolgedessen werden solche friedlichen Völker plötzlich, eines Tages an die Spitze eines Schwertes stoßen.*

Das Ergebnis war, daß Deutschland in einen *Weltkrieg* hineintaumelte, bei dem wir nur einen einzigen Vorwurf erheben konnten: *Ihr habt zu lange nicht an ihn geglaubt* (stürmischer Beifall), daß er kommen würde und daß er kommen *mußte.*

Da fielen plötzlich im Juni 1914 ein paar Pistolenschüsse, und Europa geriet in eine Erregung, nicht über diese Pistolenschüsse, sondern sie waren der elektrische Funke, der die angesammelten Pulvermassen zum Aufflammen bringen mußte [4].

Und in Deutschland glaubte man noch immer an Wunder.

Das Gerede von Weltversöhnung, Haager Schiedsgericht [5] usw. zerflatterte in nichts, und übrig blieb die *Mobilmachung.* Das müssen wir dem alten Reich auch anrechnen: Es hat ideenmäßig falsch gedacht, hat eine falsche Außenpolitik getrieben, eine falsche Innenpolitik getrieben, alles in der Sehnsucht und Hoffnung, dadurch den Frieden bewahren zu können. *Aber es war in der Stunde der Not bereit, den letzten Appell anzutreten, um die Ehre der Nation zu bewahren.* Diese Bereitwilligkeit hat dieses alte Reich im August 1914 vollzogen.

Die Jüngeren unter Ihnen können ahnen, welche Bedeutung diese Zeit für Millionen haben mußte, die mit glühender Liebe an ihrem Volk hingen und im gläubigen Vertrauen aufblickten nach oben, und die im vierten Jahre erleben mußten, daß das, was sie als Autorität anbeteten, jammervoll kapitulierte vor der Straße, sich zurückzog und denen die Herrschaft in die Hand gab, von denen man glaubte, daß für sie nur das Gefängnis bestimmt sei. (Starker Beifall.) Sie können nicht ermessen, was das für die aktiven Mitkämpfer im Weltkrieg bedeutet hat.

Die Mobilmachung bedeutete für uns keinen Zwang. Jeder wußte, morgen, am 3., am 7., ist dein Tag, am 11. rückst du ein. Stunde für Stunde steht Mann für Mann auf dem Platz, auf den er in langer Friedensarbeit hingewiesen wurde. Stunde für Stunde rollen die endlosen Transporte hin an die Front. Was wir früher im *Angriff* hätten haben kön-

4 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.
5 Gemeint ist der dem Völkerbund angegliederte Ständige Internationale Gerichtshof im Haag.

nen, *Frankreich allein als Gegner,* das haben wir aus Friedensliebe versäumt. Nun, da wir selbst in die Verteidigung gedrängt waren, die Gegner den Angriff diktierten, muß dieses Volk nach allen Fronten sich wehren. Mit der Kriegserklärung dämmert im Volke auf, daß es ein Kampf ist

um Sein oder Nichtsein.

In dem Augenblick glaubt niemand mehr an Brüderlichkeit und Haager Schiedsgericht. Jeder weiß mit somnambuler Sicherheit: Es gibt nur *Vernichtung oder Sieg.* Nur in dieser Erkenntnis sind die Menschen fähig, Opfer zu bringen. Glauben Sie, daß ein Volk bereit ist, zu einem Tannenberg [6] zu schreiten, wenn noch ein dritter Weg offen ist?

Hitler schildert nun die ungeheure Schlachtenfolge des Weltkrieges von den Vogesen bis zum Meere, von den Karpaten zu den Masuren, vom Bosporus bis zum Isonzo, mit derselben Wucht und Konzentration, wie wir dies vor einigen Wochen im Bürgerbräukeller [7] erleben durften. Er schildert hinreißend das gigantische Ringen bis zu den Tagen, da über den Fronten im Westen die Karten des Verrats mit den schwarz-rot-goldenen Streifen herniederflatterten, bis der *Munitionsstreik* [8] die Front im Rücken erdolchte, bis die Heimat das Wort Revolution sprach, der gegenüber der Redner die Psyche des heimkehrenden Frontsoldaten bloßlegte. Zu Hause kapitulierte die Staatsgewalt vor einem Haufen Zuhälter, Drückeberger und Deserteure. Dem Frontsoldaten war die Heimat etwas Märchenhaftes geworden. Er wurde tiefgerührt, als er die ersten deutschen Giebel wiedersah, als er die Kölner Domtürme im grauen Nebel erblickte, als er an den Rhein kam. Das alles war ihm unverständlich und unbegreiflich. Das Treue-Gelöbnis der Beamten galt nichts mehr, der Fahneneid nichts, alles brach zusammen, das deutsche Volk hatte jeden Funken von Ehre verloren. Der Gruß der Heimat war: Abzeichen herunter, Kokarden herunter! (Zurufe: Pfuiteufel!) Es gab kein deutsches Volk mehr, nur Proletarier auf der einen Seite, Bürger auf der anderen. Man schämte sich zu betonen:

Ich bin ein Deutscher.

Das war ein überlebter, veralteter Begriff. Die alten Uniformen durften nicht mehr getragen werden [9], die Wunden waren Zeichen der Dummheit, der Feigling war hochgeehrt, und der Held war ein Idiot geworden. So zeichnet Hitler den ganzen Sumpf je-

6 Vgl. Dok. 45, Anm. 19.
7 Am 9.11.1928. Vgl. Dok. 45.
8 Vgl. Dok. 2, Anm. 21.
9 Die Abschaffung aller militärischen Rangabzeichen, Orden und sonstiger militärischen Auszeichnungen war eine Forderung der Revolution von 1918. Vgl. z. B. Beschluß des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über die Kommandogewalt vom 18.12.1918. Druck: Ursachen und Folgen. Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o.J., S. 511.

ner Zeit, wo das Schiebertum sich breit machte und ein Matthias Erzberger [10] ein Dokument unterschreibt [11], das vor wenig Wochen noch undenkbar gewesen wäre.

Als Foch diesen rundlichen, schwabblichen Herrn vor sich sieht, um dieses unglaubliche Dokument zu unterzeichnen, da entfährt dem Franzosen, der bisher nur Stahlhelme kannte, der Ausruf:

Ist das Deutschland? [12]

Nein, das war nicht Deutschland, das waren diejenigen, die sich in der Stunde der größten Not des Volkes in den Besitz der Macht gesetzt hatten, *nicht aber in den Besitz des Rechtes.* Dieses neue Regiment setzte seine Unterschrift unter das schandvollste Dokument aller Zeiten.

Da haben sich eine Anzahl von Frontsoldaten, sieben Mann [13]*, zusammengetan mit dem Entschluß, dieser ganzen Verderbnis, dieser jämmerlichen Aufopferung der deutschen Ehre, dieser Preisgabe der deutschen Vergangenheit und der deutschen Zukunft den Kampf anzusagen. Sieben Mann erklärten: Wir werden nicht auf den Boden dieser Tatsachen treten, sondern wir geloben, diesen Tatsachen einen Kampf anzusagen, mit der Energie, die wir einst als Soldaten gehabt haben. (Tosende Heilrufe und anhaltender Beifall.)*

Ob wir siegen, wir wissen es nicht. Aber wir wußten auch als Soldaten nie, ob wir siegen würden. Ob wir dabei zugrunde gehen - wir wissen es nicht. Auch als Soldaten wußten wir nicht, ob wir untergehen würden. Wann wir siegen - wir wissen es nicht. Aber wir wußten es auch als Soldaten nicht, wann der Kampf sein Ende nimmt. Eines haben wir gewußt: Es ist nicht notwendig, daß wir leben, sondern *daß wir unsere Pflicht erfüllen* unserem Volke gegenüber. Das wissen wir heute: Ob wir siegen, Erfolg haben oder zugrunde gehen, ist gänzlich belanglos, notwendig ist, daß wir unsere Pflicht erfüllen *gegen Destrukteure des Vaterlandes.*

Kriege allein haben Völker noch nicht vernichtet, wenn nicht das innere Mark der Völker angegriffen war. Verlorene Schlachten können stets in Siege umgewandelt werden, wenn der Geist bleibt, der zum Siege fähig ist. Wehe einem Volk, das die Quellen der Kraft sich verschließt, die eines Tages gestatten können, daß sein Schicksal noch einmal sich wendet. Wenn diese Republik bleibt, das Wesen unseres Volkes sich nicht ändert und die politische Leitung die Wege beibehält, die sie heute geht, werden wir einer langsamen Verelendung entgegengehen, unser Lebensstandard wird weiter herabgedrückt werden, die Volkszahl weiter dezimiert. In der bürgerlichen und marxistischen Presse finden wir die Anleitung:

10 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Feb. bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni 1919 bis Okt. 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsfinanzminister (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

11 Gemeint ist der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten.

12 Vgl. die Tagebucheintragung des Grafen Kessler vom 14.11.1918: "Gleich nachher traf ich im Amte Erzberger. [...] Seine Reise ins französische Hauptquartier hat bei ihm einen sehr schlechten Eindruck hinterlassen. Die Behandlung sei gemein gewesen; Foch eisig und ganz von oben herab." Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 30.

13 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

Geburteneinschränkung und Auswanderung.

Wenn ein Volk, wie es Amerika heute tut, einem anderen durch Auslese das wertvollste Menschenmaterial entzieht, das in Wirklichkeit der Träger der Zukunft der Nation wäre, so wirkt das genau so wie die Geburtenbeschränkung, die eine *Verarmung an Köpfen* bedeutet, da die Höchstwerte niemals die Erst- und Zweitgeburten sind, sondern bekanntlich immer erst die vierten, fünften und sechsten Geburten. *Wie arm wir an Köpfen geworden sind, das sehen Sie am Deutschen Reichstag in Berlin.* (Große Heiterkeit und Beifall.) Daß unsere Zeit arm an Köpfen ist, verdanken Sie [*sic!*] auch dem demokratischen Recht, das planmäßig das Emporsteigen von Köpfen unmöglich macht und erklärt: *Wir brauchen keine Köpfe, sondern nur Majoritäten.*

Die Kraft, an die unser Volk appellieren müßte, auf daß sich die Zeit seiner Knechtschaft wendet, liegt zutiefst verborgen in unserem eigensten Wesen. Ein Volk wird nur Herr, wenn es sich auf die entgegengesetzte Kraft seines eigenen Innern beruft. Dem jüdischen Jimmy [14] gegenüber können wir mit Symphonien aufwarten. Wenn das Volk sich auf seine bessere Art besinnt, wenn es sich seines eigenen Blutes bewußt wird und ausrottet, was diesem Blute fremd ist, wenn beharrliche Menschen beginnen, die Quellen dieses Blutes fließen zu lassen, und überzeugt werden, daß deutsche Kultur nur in deutschem Wesen wurzelt, wenn eine Bewegung es fertigbringt, das deutsche Volk in allen Klassenschichten herauszuheben aus der Anbetung des Auslandes, und wenn unser Volk wieder zu den Wurzeln seiner Kraft zurückkehrt: Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an - wenn eine Bewegung diese Umformung eines Volkes als erstes Ziel verfolgt, dann hilft sie mit, die Kraft zu mobilisieren [15], die dereinst der Welt wieder zeigen wird, daß wir durch eine Periode der Erniedrigung gehen mußten, daß aber nun auch wieder eine *Periode der Auferstehung folgt.*

Wenn eine Bewegung es fertigbringt, den Götzen "Masse", "Zahl", "Massenmensch" den Kampf anzusagen, und wieder die Autorität der Persönlichkeit in ihr wirkliches Recht einsetzt, dem Wahnsinn der Demokratie wieder zu Leibe geht und statt dessen die ewige Weisheit propagiert, *daß alle Größe nur das Ergebnis des Schaffens des einzelnen Schädels ist,* wenn sie heute einer Welt der Demokratie ein autokratisch organisiertes Volk entgegensetzen, *dann wird dieses Volk Herr über die Demokratie.* (Stürmischer Beifall.)

Noch niemals hat auf dieser Erde der Geist der Unterwerfung gesiegt.

Wenn heute eine Bewegung es fertigbringt, den Persönlichkeitsgedanken anzuerkennen und sich selbst im Kampfsinne zu erziehen, dann wird unser Volk Kräfte mobilisieren, *die eines Tages die Ketten sprengen werden.* Gewiß, das sind Erkenntnisse, aber diese Erkenntnisse verpflichten zur *Tat*. Und diese Tat besteht darin, daß wir Sieben damals diese Erkenntnis nicht nur als theoretische Erkenntnis propagierten, sondern uns vorgenommen haben, *aus dieser Erkenntnis heraus ein neues deutsches Volk zu bilden,* und zwar nicht in der Meinung, die alten Gebilde regenerieren zu können. Nein, das Alte stürzt. Die alten Bewegungen sind nicht fähig gewesen, das Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren, geschweige denn, es wieder zu erheben. Nicht die alten Parteien haben Ita-

14 Gemeint: Shimmy, Gesellschaftstanz der zwanziger Jahre im 2/2- oder 2/4-Takt.
15 In der Vorlage: "zum Mobilisieren".

lien gerettet, sondern eine junge neue Bewegung, die von vorneherein erklärte: Wir ziehen einen Strich unter die Vergangenheit, die faul und verlottert ist [16]. Es ist wie im Felde, wenn eine Stellung unhaltbar geworden ist: Man löst sich vom Feinde los, um weit rückwärts eine neue Armee aufzubauen, die frei ist von den Lastern der Geschlagenen. Das haben wir in diesen neun Jahren getan. Während ganz Deutschland kapitulierte, während das Reich zerfiel, während wir überall nur Reden hörten, haben wir eine Bewegung gebildet, die sich bewußt denen entgegenstemmt, die da rufen: Ich bin Parteimensch, ich bin Monarchist, ich bin Republikaner, bin Katholik oder Protestant, Bürger oder Proletarier, sondern die da sagt:

Zuerst bin ich Deutscher!

(Heilrufe - stürmischer Beifall.) Als Deutscher fühle ich mich verbunden mit der Schicksalsgemeinschaft meines Volkes. Höchster Ehre ist es würdig, Freund seines Volkes zu sein, sich zu ihm zu bekennen, *wenn es geschmäht und geknechtet ist.* Weder das Bürgertum noch die Arbeiterschaft werden Deutschland die Freiheit bringen. Die deutsche Freiheit wird erkämpft an dem Tage, wo die deutsche Faust und die deutsche Stirne wieder eins werden. Wir können diese alte Welt nicht mehr umformen, wir sollen es auch gar nicht, deshalb *appellieren wir an die Jugend*, an die Kameraden der Front, an die jungen Arbeiter und an alles in Deutschland, das im Geiste und im Herzen jung geblieben ist. Das ist *die größte Tat*, die wir dem deutschen Volke gegeben haben: inmitten des Zerfalles eine neue Bewegung, die die Arbeiter der Stirne und der Faust umfaßt, eine Bewegung, die heute vorwärts marschiert, die auf der einen Seite als Flügelmann einen ehemaligen Kommunisten und auf der anderen Seite einen ehemaligen "reaktionären" Offizier zu den ihren zählt, die begriffen haben, daß es wieder eine Auferstehung gibt, und daß es kein soziales Glück, keine nationale Freiheit gibt, außer das deutsche Volk besinnt sich wieder auf sich selbst und schließt die tiefste Wunde, die es besitzt, die *Klassenspaltung*. Wenn Tausende früher sagten: Das gibt es nicht, so sage ich, *das gibt es*. (Großer Beifall.) Angefangen haben wir mit sieben Mann, und hatten gegen uns die ganze Welt, sämtliche Parteien, die ganze öffentliche Meinung, das ganze jüdische Gold und Geld. Wenn Sie bedenken, daß ein kurzer Appell genügt, einen solchen Saal zu füllen, trotz aller Versuche, das zu verhindern, dann müssen Sie zugeben: Die Sehnsucht nach den neuen Erkenntnissen ist groß. *In neun Jahren von sieben Mann auf eine Million* [17]*!* Sagen Sie nicht, das ist der 30. Teil der Wähler. Der 30. Teil ist die demokratisch errechnete Wählermenge, *aber nicht der 30. Teil der deutschen Energie.* (Starker Beifall.)

Hitler kommt auf die *Riesenversammlung im Berliner Sportpalast* [18] zu sprechen und die sich daran anschließenden marxistischen Überfälle auf Kameraden der S.A., wobei *ein Mann* [19] ermordet und 11 Mann schwer verletzt wurden: Wenn eine Bewegung stark

---

16 Anspielung auf die Machtergreifung der ital. Faschisten im Jahr 1922.

17 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

18 Am 16.11.1928. Vgl. Dok. 50.

19 Hans Georg Kütemeyer (1895-1928), Kaufmann, Scharführer im SA-Sturm 15 Schöneberg.
Im Anschluß an die Versammlung war es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Straßenbauarbeitern gekommen, in die Kütemeyer verwickelt war, der am nächsten Morgen ertrunken im Landwehrkanal aufgefunden wurde. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte am 19.6.1929 mehrere Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung, schloß aber aufgrund des Obduktionsbefundes einen

sein soll, um einmal das deutsche Schicksal neu zu schmieden, muß sie selbst aus bestem Stahl bestehen. Die Bewegung, die einmal das Deutsche Reich auf sich nimmt, muß durch das Schicksal erst geschmiedet werden. Indem die Republik uns heute verfolgt, unterdrückt, knebelt, in Zuchthäuser sperrt, der Marxismus heute seine Mörder gegen uns schickt, *schmieden sie die Waffen zum Kampf für das kommende dritte Reich.* Das ist nicht etwas, was uns entsetzt, das ist etwas, das uns zum höchsten Glauben anspornt. Wir wissen warum und sind stolz darauf. Und *aus jeder Verfolgung geht die Bewegung härter hervor,* und übrig bleibt ein Granit, auf den sie beißen. Wir sehen die deutsche Republik nicht als Granit an! (Heiterkeit.) So aber hat die Bewegung dem deutschen Volk zunächst *eines* wiedergegeben, nämlich

die Liebe zum deutschen Volk.

Das zweite ist, daß wir diesem Volk den großen Glauben gaben, daß es nicht verloren ist. Jeden von Ihnen bitte ich, gehen Sie in eine Versammlung alter patriotischer Parteien *und dann kommen Sie zu uns.* Dann wird Ihnen zum Bewußtsein kommen: dort Lethargie, höchstens eine Phrase, hier *unbedingter Glaube,* hier diese Hunderte von Braunhemden, die dastehen und grüßen und von denen jeder im Auge einen Glanz hat, den Glauben an die Zukunft.

Wenn Sie diese Menschen ansehen und diese Bewegung kennenlernen, werden Sie etwas Drittes bemerken: *die unbegrenzte Hoffnung und Zuversicht auf die Lebenskraft des Volkes.* Da sehen Sie tausend Beispiele von Heroismus, die ihre Hoffnung unendlich stärken werden. Hier sieht der alte Frontsoldat, daß sich eine neue Welt auftut, daß sich eine

Sturmarmee des neuen Deutschland

gefunden hat. Und wer diesen Kampf sieht, der sieht *den Willen zum Kampf*, überall Widerstand zu leisten, nirgends zu kapitulieren. Den Terror der Kommunisten werden wir brechen, *denn wir stellen Terror gegen Terror.* (Starker Beifall.) Wenn man uns frägt: Schon wieder ein Zusammenstoß? Warum geben Sie keine Ruhe? Ruhe wird erst dann, wenn das Novemberverbrechen gerächt ist. Unsere Unruhe besteht nur darin, daß wir die Rechte des Deutschen wahrnehmen.

Das ist *die neue Front,* die hineintritt in diesen zerfallenen Staat von Klassen, Parteien, Ständen, Berufen und Konfessionen. Das ist die neue Front, die den Begriff national und sozialistisch gelöst hat, indem sie beide zu einem einzigen verschmilzt und feststellt, daß der Sozialist und Nationalist derselbe ist, der im höchsten Sinn für sein Volk in seiner Gesamtheit eintritt, der ficht für das Recht seines Volkes nach außen, das aus dem Fluch der Klassenspaltung von einst herauswächst, ein Volk zusammengefügt im *Glauben* an eine Notwendigkeit des Kampfes, in der *Liebe* zum eigenen Volk und in der *Hoffnung*, daß diese Knechtschaft beendet wird und daß wir dieser Gemeinschaft den eisernen Willen geben, unter keinen Umständen sich zu beugen, lieber die schwersten Bedrückungen zu erleiden als selbst zu kapitulieren. Nie werden sie das Haupt der Nationalsozialisten beugen.

---

direkten Zusammenhang zwischen der Schlägerei und dem Tod Kütemeyers aus. Vgl. Berliner Tageblatt vom 17.11.1928 (AA), "Ein politischer Mord?"; Berliner Tageblatt vom 19.6.1929 (AA), "Der Fall Kütemeyer vor Gericht" und vom 20.6.1929 (MA), "Urteil im Prozess Kütemeyer".

Auflösen, verbieten, unterdrücken können sie uns, beugen können sie uns nie. Erschlagen können sie uns, bekehren durch Andersgesinnte können sie uns niemals. Dies wird bleiben, bis einmal in dieser Armee die Deutschen in ihrer besten Qualität vereint sind, und das Gebäude von Versailles ins Wanken gerät und die Fesseln, die bis dahin geduldig getragen wurden, zu klirren beginnen werden, und das Dichterwort Wirklichkeit wird: "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los [20]!"

(Donnernder, anhaltender Beifall!)

23. November 1928 — Dok. 53
Rede auf NSDAP-Versammlung in Mannheim [1]

Bericht der Landespolizeistelle Karlsruhe vom 15.1.1929; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1774/304 [2].

Hitler verbreitete sich in 2-stündiger Rede über die Wiederaufrichtung der deutschen Nation durch den Nationalsozialismus, vermied aber jedes Eingehen auf den Weltkrieg, die Revolution und auf politische Tagesfragen. Dagegen gab er seiner Zuversicht Ausdruck, daß seine Partei ihr Ziel bald erreichen werde. Es komme nicht darauf an, eine zahlenmäßige Übermacht zu erringen. Wenn die Partei erst einmal 20 % des deutschen Volkes hinter sich habe, dann sei es geschafft, denn dann habe sie zugleich 80 % der gesamten deutschen Energie.

24. November 1928 — Dok. 54
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 24.11.1928.

Seit 10 Jahren hat sich in Deutschland eine eigentümliche Regierungspraxis herausgebildet. Die sozialdemokratische Partei ist "Regierungspartei". Sie gilt den Staatsmännern der Republik als sog. "staatserhaltende" Partei, zum Unterschied der radikal-nationalen

20 Aus dem Gedicht "Männer und Buben" von Theodor Körner vom Aug. 1813.

1 Im Nibelungensaal des Rosengartens, von 21.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht über 7.500 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet und mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Etwa 1.000 SA-Mitglieder waren aus Baden, der Pfalz, Hessen und Frankfurt a. M. angereist.

2 Vgl. auch Neue Mannheimer Zeitung vom 24.11.1928, "Und Hitler sprach"; VB vom 25./26.11.1928, "Hitler in Mannheim"; Der Führer vom 1.12.1928, "Hitler in Mannheim"; Hakenkreuzbanner vom 23.11.1939, "Als Mannheim erstmals dem Führer zujubelte".

Parteien, die "staatsgefährdend" sind. Die Tendenz der neudeutschen Regierungskunst verläuft damit im Sinne der marxistischen Sozialdemokratie. Sie führt deshalb zu dauernden gemeinsten Rechtsbrüchen gegenüber den Parteien, die nicht in dieser Koalition sich befinden, und deren Anhängern. Sozialdemokratie und Zentrum verteilen unter sich die Verwaltungsstellen des ganzen Staatsapparates. Der parteimäßige Mißbrauch dieser Ämter wird allgemein empfunden. Trotzdem geht aber die Sozialdemokratie unbekümmert her und bringt von Zeit zu Zeit Anträge ein, die nur ihrem demagogischen Bedürfnis entspringen, deren Annahme aber zwangsläufig zu dem Zusammenbruch der sozialdemokratischen Politik, ja des Staates überhaupt führen müßte. Sie rechnet dabei auf die Gutmütigkeit, um nicht zu sagen Dummheit, der nationalen Parteien, die in solchen Fällen nun als Retter in der Not immer wieder einspringen müssen. Das heißt, es ergeht bei solchen Anträgen regelmäßig von gewissen Berliner Regierungsstellen aus plötzlich der Appell an das "selbstverständliche nationale Gewissen" der anderen Parteien zur Ablehnung solcher rein demagogischer sozialdemokratischer Anträge. Das führt dann zu folgendem Ergebnis: Die sozialdemokratische Partei stärkt durch ihre demagogischen Anträge ihre Position in der Masse: Das Bürgertum oder die "nationalen" Parteien überhaupt verhindern aber durch ihre Ablehnung den sonst notwendigen Zusammenbruch der sozialdemokratischen Politik. Jetzt ist es genauso. Dasselbe Reichswehrministerium, das sonst bei jeder Gelegenheit vor dem Marxismus den Rücken krumm zieht und immer wieder den "staatserhaltenden" Charakter der Sozialdemokratie betont und umgekehrt den "staatsgefährdenden" der Nationalsozialisten feststellt, ruft nun auf einmal die nationalen Instinkte empor zur Ablehnung eines Antrags einer ihr "staatserhaltenden" Parteien [1]. Hindenburgs Geist wird von der Laterna Magica des Reichswehrministeriums dem deutschen Volk nun wieder als getreuer Ekkehard vorprojektiert, und der Gimpelfang nach den idiotischen Nationalen, die zum Regieren zu schlecht, aber zum Helfen gut genug sind, wird wieder eifrigst betrieben. Daß so etwas die Vollbärte aus den Reihen der Deutschen Volkspartei bis weit hinein in die der Deutschnationalen in heftige Bewegung versetzt, weiß man allseits. Es kann für diese Patrioten gar keine Ohrfeige zu groß sein, als daß sie nicht am Ende doch immer glücklich wären, in letzter Stunde gerufen zu werden. Und wenn es sich auch nur darum handelt, der Republik die Abortkübel auszuleeren, so sind sie auch dazu gerne bereit, wenn man sie zu anderem doch nicht brauchen kann.

Es wird notwendig, daß sich die nationalen Parteien, soweit sie überhaupt Anspruch darauf erheben, national zu sein, sehr klar überlegen, ob man nicht einmal bei nächster Gelegenheit das Reichs[*wehr*]ministerium nebst allem, was drum und dran hängt, tatsächlich den Geistern überlassen soll, die die Herren Groener [2] und Genossen selbst herausgekitzelt haben. Seit dem Jahre 1918 war es immer so, daß die Männer dieser

1 Reichswehrminister Wilhelm Groener hatte sich am 15.11.1928 im Reichstag für den Bau des Panzerschiffs "A" eingesetzt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 341 ff. Vgl. auch Dok. 32, Anm. 4.

2 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württ. Leutnant, 1916/17 Chef des Kriegsamtes im preuß. Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, als Generalleutnant, Juni 1920 bis Aug. 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Jan. 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Okt. 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

Republik wohl den Begriff national in der unerhörtesten Weise schändeten, aber die nationalen Elemente immer dann brauchten und nach ihnen winselten, wenn sie an ihrer eigenen Unmöglichkeit im Begriffe waren, zugrunde zu gehen. Leider haben sich dann immer "nationale" Männer gefunden, den republikanischen Saustall auszumisten, und sie wurden dann hinterher dafür aber auch stets mit dem bekannten Fußtritt des Dankes der Republik entlohnt.

Der rote Herr Finanzminster Hilferding [3], der Mann, der einst dem deutschen Volke die Inflation geschenkt hatte [4], konnte in diesen Tagen feststellen, daß im nächsten Jahr der Finanzhaushalt des Reiches mit über 700 Millionen Mark Defizit abschließen wird. Es ist selbstverständlich, daß dieses Defizit irgendwie gedeckt werden muß. Entweder durch einen neuen Pump, d. h. einer weiteren Verpfändung von deutschem Nationaleigentum und einer weiteren Zinsbelastung unseres Volkes, oder durch ein noch größeres Anziehen der Steuerschraube und durch ein noch größeres Aushungern der Länder. Und das ist recht so. Das deutsche Volk braucht kein Nationalvermögen, es braucht auch keine lebensfähigen Länder, es braucht nicht einmal eine eigene Wirtschaft, es braucht auch gar nicht zu essen, es braucht nur eins: den Geist der Erfüllung, den Geist des eigenen Schuldbewußtseins, kurz, den Geist Gustav Stresemanns. Wenn unser Volk erst diesen Geist ganz in sich aufgenommen haben wird, daß es selbst nur mehr ein Teil dieses Geistes ist, dann wird es endlich in den Zustand jener indischen Selbstzufriedenheit versinken, die alle gleichmäßig zum Glücke führen kann: die Deutschen als die indo-europäischen Arbeitskulis und die Juden als ihre Herren. Der jüdische Finanzminister der Novemberdemokratie wird deshalb sein Möglichstes tun, um unser Volk in diesen Zustand des Selbstverzichtes immer tiefer zu versenken.

Im Bayerischen Landtag war es der bayerische Finanzminister Schmelzle [5], der sein Klagelied anstimmte. Der bayerische Staatshaushalt wird für das nächste Jahr mit schon jetzt sichergestellten 44 Millionen Mark Fehlbetrag abschließen. Herr Dr. Schmelzle hat dies zum Anlaß einer staunenswerten heftigen Polemik gegen das Reich und - gegen den Reparationsagenten Parker Gilbert benützt [6]. Herr Dr. Schmelzle ist persönlich sicherlich ein anständiger Mann. Es kann geglaubt werden, daß es ihm mit seinen Ausführungen aufrichtig ernst ist. Aber dann hätte er wirklich vor einem anderen Forum sprechen müssen, als er dies tat. Über die Dawesschuld [7] vor dem Bayerischen Landtag

3 Rudolf Hilferding (1877-1941), 1901 Dr. med., 1904-1923 Herausgeber der Zeitschrift "Marxstudien", 1910 Publikation seines Hauptwerkes "Das Finanzkapital", 1917-1922 Mitglied der USPD, ab 1922 SPD, 1918-1922 Chefredakteur der USPD-Zeitschrift "Die Freiheit", 1919 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, 1920-1925 Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Aug. bis Okt. 1923 und Juni 1928 bis Dez. 1929 Reichsfinanzminister (Rücktritt), 1924-1933 MdR (SPD), 1924-1933 Herausgeber des Parteiorgans "Die Gesellschaft", 1933 Emigration, 1933-1936 Chefredakteur der "Zeitschrift für Sozialismus", 1941 Verhaftung im unbesetzten Frankreich, nach Auslieferung an die Gestapo vermutlich Selbstmord.

4 Zu den tatsächlichen Ursachen vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

5 Hans Schmelzle (1874-1955), 1898 Dr. jur., 1901 Eintritt in den bayer. Staatsdienst, 1919 Direktor der Bayer. Landwirtschaftsbank, 1920 Ministerialrat, 1921 Staatsrat im bayer. Außenministerium, 1927-1930 bayer. Finanzminister (BVP), 1931-1938 Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes.

6 Druck der Rede vom 13.11.1928: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Bd. 1, S. 69 ff.

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

sprechen, ist ungefähr das gleiche, als wenn ich über die kriminellen Folgen von Eigentumsvergehen in einem Dorf böhmischer Taschendiebe Vortrag halten wollte. Im Bayerischen Landtag sitzen ganz dick die Vertreter der Parteien, die in Berlin für den Dawesvertrag gestimmt haben [8]. Und noch mehr als das, die Vertreter der Partei, die seit praktisch zehn Jahren die Unterwerfungspolitik in all ihren Phasen mitgemacht haben. Und weiter die Vertreter der Parteien, die jeden Versuch einer Änderung dieses allgemeinen Zustandes auf das blutigste verfolgten und bekämpften. Daher ist die Adresse, an die Herr Schmelzle seine Kritik richtete, eine ganz falsche. Herr Parker Gilbert wird dadurch weder berührt, noch in seinem Handeln zu etwas anderem bestimmt werden. Denn warum soll der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert anders handeln oder auch nur denken, als die Vertreter z. B. der Bayerischen Volkspartei in Berlin zu denken und zu handeln bereit sind? Hier muß die Kritik einsetzen. Nicht Herr Parker Gilbert ist schuld am Elend Bayerns, sondern die Bayerische Volkspartei ist mitschuldig am Elend Deutschlands. Und solange nicht hier ein Wandel der Gesinnung eintritt, ist es naiv, auf eine solche bei Herrn Parker Gilbert zu rechnen.

Wenn aber die Vertreter einer Partei es dann ablehnen, gegen Herrn Parker Gilbert zu demonstrieren, und statt dessen verlangen, daß endlich die Lumpen zur Verantwortung gezogen werden, denen wir es zu verdanken haben, daß in Berlin heute ein 33jähriger Amerikaner dem deutschen Volke seine Brotration vorschreibt, und daß man weiter die Ursachen unseres antinationalen Gebarens beseitigt und damit die Voraussetzung für eine andere deutsche Außenpolitik schafft, dann zischen die bürgerlichen Lügenwische sofort schlangenhaft auf, spritzen ihr Gift dagegen und verhindern auf solche Weise jeden Versuch einer wirklichen Änderung der Lage. Zehn Jahre lang dauert dieser Betrug, und er wird weiter dauern, so lange, bis ihm die nationalsozialistische Bewegung ein Ende bereitet.

Wenn in Wien eine Anschlußkundgebung [9] stattfindet, dann tauchen u. a. regelmäßig auch gewisse deutsche Parlamentarier auf, die dann als "Vertreter Reichsdeutschlands" ihr Wort für den Zusammenschluß der "deutschen Brüder" erheben und das billige Geklatsche des Beifalls einer urteilslosen, blöden Masse dafür einstecken. Es sind das nicht selten die gleichen "Anschlußfreunde", die in Deutschland jeden Deutschösterreicher am liebsten verbrennen würden, wenn er nicht ihrer politischen Parteigesinnung huldigt. Auf alle Fälle versucht man solche "deutsche Brüder" dann schleunigst über die Reichsgrenzen hinauszuwerfen, und es ist das auch natürlich. Wenn Herr Löbe [10] z. B. über den Zusammenschluß der deutschen Nation redet als Vertreter einer Partei, die gar kein Deutschland kennt, dann ist das ähnlich, als wenn ein Fuchs vor Gänsen über Humanität predigen wollte. Um nun diesen sozialdemokratischen und auch bürgerlichen Anschluß-Fanatikern den Stein vom Herzen zu nehmen, haben die Vertreter der

8 Vgl. Dok. 46, Anm. 6.

9 Am 21./22.7.1928 anläßlich des 10. Deutschen Sängerfestes in Wien. Vgl. Berliner Tageblatt vom 23.7.1928 (AA), "Der Festzug der 200.000".

10 Paul Löbe (1875-1967), Schriftsetzer, 1900-1920 Chefredakteur der "Volkswacht" in Breslau, 1915-1920 Mitglied des schles. Provinziallandtags (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1933, 1924-1932 Reichstagspräsident, 1933 Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

nationalsozialistischen Gruppe im Reichstag einen Antrag eingebracht [11], in dem die deutsche Reichsregierung aufgefordert wird,

1. den Anschluß Deutschösterreichs an das Reich mit allen Mitteln zu erstreben und,
2. da man nun schon einmal im Völkerbunde sitzt, wenigstens dort für das Selbstbestimmungsrecht auch der 6 Millionen Deutschösterreicher endlich einmal einzutreten.

Ergebnis: Sowie die Anschlußfrage ernst behandelt wird, zeigen sich die sozialdemokratischen Schwindler samt ihren bürgerlichen Mitläufern in ihrer wirklichen Gesinnung. Der Antrag wurde von den "Anschluß-Freunden" mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, d. h., es stimmten dafür die Nationalsozialisten und wenige Deutschnationale, denen es also allein wirklich mit einem Zusammenschluß der deutschen Nation ernst ist.

Nun wurden im ganzen Reich die Totenfeiern abgehalten [12]. Da solche Feiern nur von Lebenden veranstaltet werden können, also von solchen, die einst dem Tode ausgekommen sind, hat sich langsam der usus eingebürgert, daß damit am meisten für die Abhaltung dieser Feiern diejenigen geeignet erscheinen, die überhaupt am wenigsten in ihrem Leben bedroht waren. Besonders in Bayern ist die Ehrung der Toten ausschließliches Vorrecht der Etappe in der Heimat geworden. Die Frontsoldaten haben das Recht zur Teilnahme an solchen Feiern eben seinerzeit verpaßt. Wenn sie einst zur richtigen Zeit gestorben wären, würden jetzt auch vor ihnen die Zylinder abgenommen. Denn jedem das Seine. Der eine hat sich nach dem Stahlhelm gerissen und erhielt dafür die hohe Ehre und das seltene Vorrecht, zu sterben. Die anderen griffen bescheiden nach dem Zylinder und haben nun dafür die Pflicht, im schwarzen Frack alljährlich einmal den Toten des Weltkrieges ihr bürgerliches Halleluja nachzusingen. Für diesen alttestamentarischen Gesang eignet sich selbstverständlich besonders das Volk, daß sich am meisten der deutschen Nation erhalten hat. Bürgerliche Patriotenvereinigungen und jüdische Frontberserker machen seit einigen Jahren gemeinsam in der Feier der Toten des Weltkrieges. Das ist nun endlich dem Waffenring der Münchener studentischen Korporationen so auf die Nerven gegangen, daß diese als waffentragende Studiker es ablehnten, an einer solchen Feier teilzunehmen [13]. Und das ist gut so. Die Toten werden aufgeatmet haben, daß sich wenigstens ein Teil der Nation von dieser sich alljährlich wiederholenden Beleidigung der gefallenen Helden fernhält. Denn diese ganzen Trauerkundgebungen haben nur ein einziges Schwein: nämlich, daß das "Frontschwein" von einst ja eben wirklich tot ist und aus seiner Gruft nicht heraus kann, sonst würde es diese Zylinderträger herumhauen, daß ihnen Hören und Sehen verginge. Der Platz vor dem Armee-Museum wäre nicht zu groß, als daß nicht fünf Minuten später kein Frack mehr darauf zu sehen wäre. Denn für die Vertreter der heutigen deutschen Generation ist das, was man zu verehren vorgibt, verdammt, nicht gefallen. Im Gegenteil, würden die dreizehntausend [14] vor dem Münchener Armee-Museum zu ihren Lebzeiten nur

11 Am 12.11.1928. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 252 f.

12 Gemeint sind die Totengedenkfeiern, die am 11.11.1928 im Deutschen Reich anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Waffenstillstands stattfanden.

13 Vgl. VB vom 14.11.1928, "Eine Erklärung des Münchner Waffenringes".

14 Laut Münchner Neueste Nachrichten vom 13.11.1928 ("Den Heldensöhnen Münchens") waren im Ersten Weltkrieg 13.000 Münchner gefallen.

einen einzigen Blick auf die ihnen zu Ehren später gemachte Trauerveranstaltung werfen können, dann wären sie von Frankreich raus, und auf und davon. Gestorben wäre jedenfalls keiner mehr.

Die Totenfeier für die zwei Millionen Helden des Weltkrieges [15] liegt nicht in verlogenen Zylinderparaden, sondern im Kampf für die Freiheit der deutschen Nation. Die Bewegung, die den deutschen Adler einst aus seinen Ketten erlöst, gibt den toten Helden erst die ewige Ruhe und den Frieden.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

26. November 1928 Dok. 55
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 28.11.1928, "Hitler und Buttmann im 6. Zentralsprechabend" [2].

Stresemann ist wieder gesund. Zweimal hat er gesprochen [3] und hat festgestellt, daß nichts in Erfüllung gegangen ist, von dem, was er, der Dr. *Gustav Stresemann* selbst, gepredigt hat. Nichtsdestoweniger müsse nach seiner Ansicht auf dem bisherigen Wege weitergefahren werden. *Schuld an der ganzen Entwicklung ist Gustav Stresemann.* Es ist ungeheuerlich, daß ein Staatsmann vier Jahre nur Niederlage auf Niederlage erleiden darf und dann noch sagen kann, auf diesem Wege müsse weiterhin Politik gemacht werden.

Es ist das Vernichtendste für Stresemann, daß nichts geschieht, um die Kräfte unseres Volkes zu sammeln, um Macht zu schaffen für eine richtige Politik. Wir haben heute ein Regierungssystem, das keine Macht will und die Fehler der Politik damit entschuldigt, daß keine Macht vorhanden wäre.

Wir sehen heute ein großes Volk vor uns, das keinen Glauben, keine Hoffnung und Zuversicht mehr besitzt. Der Glaube an die eigene Kraft aber ist die Voraussetzung zum Sieg. *Die erste Frage der Reform eines Volkes muß sein: Dem deutschen Volke wieder die Selbstzuversicht zu geben.*

Unser ganzes Bürgertum hat seit der Revolution nichts getan, als die *Firmenschilder geändert.* Unsere bürgerliche Parteiwelt wechselt die Haut und glaubt, Neues schaffen zu

15 Vgl. Dok. 34, Anm. 33.

1 In den Mathäser-Bierhallen, abends. Der 6. Zentralsprechabend wurde von Hermann Esser geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprach Rudolf Buttmann über die Bayerische Volkspartei.
2 Vgl. Lagebericht N/Nr. 72 der Polizeidirektion München vom 17.12.1928; StA Landshut, Rep. 168/5, 458.
3 Am 19.11.1928 im Reichstag und am 24.11.1928 auf der Tagung des Zentralvorstands der DVP. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 191 ff., 197 f.

können. Bluff, sonst nichts! Mit Namen glaubt man Geschichte machen zu können und nicht mit Männern. Damit kann man sich nur selbst betrügen.

Wir verstehen die Mißerfolge Stresemanns. Wir machen ihm zum Vorwurf, daß er die Kraft des eigenen Volkes vernichtete, während er Tribute bezahlte. Hätten die Herren, die heute uns zu Tode regieren, unser Volk gesehen, wie es an der Front kämpfte, würden sie heute anders darüber sprechen.

Wenn heute unsere Bewegung kolossale Fortschritte macht, so verdanken wir es mit der Tatsache, daß wir vor Jahren schon die wirtschaftliche Katastrophe voraussagten, da die anderen an einen Aufstieg glaubten. *Die Wirtschaft vernichtet das politische Denken.* Rechts wie links. *Auf der einen Seite Dividende, auf der anderen Lohn.*

Jetzt zeigt sich, daß auch die Hoffnungen der Lösung innerpolitischer Probleme durch die Wirtschaft Schiffbruch gelitten [sic!] haben. Die Völker, die heute nur von der Wirtschaft geleitet werden, haben den größten innerpolitischen Kampf aufzuweisen.

Die Forderungen unserer Arbeiterschaft im Ruhrgebiet [4] *sind voll und ganz gerechtfertigt. Umgekehrt aber steht fest, daß jede weitere Belastung der Eisenindustrie ihr jede Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkte nimmt.*

Wir gehen jetzt einer langsamen, schleichenden Inflation entgegen. Rettung allein kann nur kommen durch den Weg zur Freiheit. *Die Not müßte dazu führen, Energien in unserem Volke wachzurufen, um das Tor zur Freiheit einzuschlagen.*

Unsere Reichstagsfraktion hat einen sehr vernünftigen Vorschlag gemacht [5]: Zuerkennung höherer Löhne für die Arbeiter, Steuererleichterung der Industrie und Abzug der Steuerverminderung von den Daweslasten [6].

Wo bleibt heute die internationale Schwindelsolidarität, wenn Deutschland ausgepreßt wird, wenn der deutsche Arbeiter hungert?

Solange in Deutschland eine marxistische Lumpenorganisation bestehen kann, wird es in Deutschland nicht besser werden. Das muß die Konsequenz aus dem Ruhrkampf sein. Gleich wie dieser Kampf ausgeht, er wird die Kluft in unserem Volke nur vergrößern.

Adolf Hitler geht dann dazu über, von der Gefahr zu sprechen, die unsere engere Heimat bedroht: *Die tschechische Gefahr an der bayerischen Grenze.* Eine Tatsache, an der sowohl die "Bayerische Regierung", wie auch die sonst so gern protestierenden vaterländischen Organisationen achtlos vorübergehen. Was Serbien für Österreich war, das wird die Tschechoslowakei für uns Bayern. Doch wie immer, will man auch diesesmal die Gefahr nicht erkennen, bis es zu spät ist. Das Volk hat die Zeche zu bezahlen, die Parlamentarier verschwinden.

Der unaufhörliche Vormarsch der nationalsozialistischen Idee aber, die wie nie zuvor in gleichem Maße sich ausbreitet, gibt uns trotz allem die Hoffnung, daß Deutschland wieder frei wird. [7]

4 Vgl. Dok. 46, Anm. 10.
5 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 304 ff.
6 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.
7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

28. November 1928 Dok. 56
Schreiben an Else Vogl [1]

Hs. Schreiben; IfZ, F 19/8.

München den 28/Nov. 1928

Sehr verehrte Frau Vogel!

Mit großer Freude erhielt ich Kenntniß von der glücklichen Geburt Ihres Knaben [2]. Gott sei Lob daß Sie selbst die schweren Stunden so gut überstanden haben. Ihnen und dem Jungen wünsche ich von Herzen alles Gute. Um so mehr tut es mir leid, daß ich Ihrem Wunsch die Patenschaft zu übernehmen nicht nachkommen kann. Meiner innersten Überzeugung nach hat jedes Kind ein Recht von seinem Paten wenigstens eine gewisse Aufmerksamkeit zu erwarten. Bei meinem unsteten Leben, der Unsicherheit meines ganzen Daseins und besonders meiner Zukunft wäre eine solche Hingabe meinerseits mehr als zweifelhaft. Es ist dies ja der Grund weshalb ich selbst mich nicht zu einer Heirat entschließen kann. Ich habe deshalb schon seit Jahren grundsätzlich jede Patenschaft abgelehnt. Meine letzte Patenschaft übernahm ich während meiner Festungshaft für den kleinen Jungen von Esser dessen Vater sich damals auf der Flucht im Ausland befand. Aber schon in diesem Falle war es mir nicht möglich dem Jungen die Aufmerksamkeit zu widmen die er vielleicht von seinem Paten hätte erwarten dürfen. Abgesehen davon daß mir mein damaliger Schritt von vielen Seiten sogar noch übel genommen wurde. Ich habe deshalb erst recht den unabänderlichen Entschluß gefaßt niemals wieder eine Patenschaft zu übernehmen.

Überzeugt daß Sie verehrte Frau Vogel und Ihr lieber Herr Gemahl diese Gründe verstehen werden, bitte ich Sie nochmals meine herzlichsten Glückwünsche entgegen zu nehmen und bin mit bestem Gruß

Ihr Adolf Hitler

1 Else Vogl (geb. 1901), geb. Arnold, Sängerin, verheiratet mit Adolf Vogl (1873-1961), Kapellmeister, Komponist und Schriftsteller in München.
2 Franz Adolf Vogl (geb. am 24.11.1928).

30. November 1928 Dok. 57
"Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hersbruck [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D. [3]; StA Nürnberg, Slg. Streicher 174 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Es ist eigentlich in ganz Deutschland überall dasselbe Bild. Die Bewegung, die man jahrelang totgeschwiegen hat, verleugnet, lächerlich gemacht und verspottet hat, und die dann tot sein sollte, diese Bewegung bringt es heute fertig, in ganz Deutschland die ungeheuersten Massenkundgebungen zu füllen, Tausende, ja Zehntausende von Menschen auf die Beine zu bringen in einer Zeit, in der im besten Sinne des Wortes die alten politischen Parteien abgewirtschaftet haben, daß sie überhaupt eine Versammlung nicht mehr abzuhalten vermögen. Der Grund ist eigentlich leicht erklärlich. Unser Volk ist gerade in diesen Tagen und Monaten im Zustand teils einer gelinden Verzweiflung, teils einer Lethargie und Gleichgültigkeit. Überall aber sehen wir etwas, was die Menschen eigentlich eint, und das ist das Gefühl der Unzufriedenheit, ein Gefühl der Unzufriedenheit, das sich verschiedentlich bemerkbar macht; bei dem einen darin, daß er sich sagt, ich kümmere mich um politische Dinge nicht mehr, es ist mir gleichgültig, was jetzt geschieht, beim anderen darin, daß er zu irgendeiner Partei springt, von der er hofft, daß sie alles zusammen hat [*sic!*], ohne Rücksicht darauf, was dann geschieht. Wieder ein anderer sagt, es ist ohnehin gleichgültig, wem ich meine Stimme gebe bei den Wahlen, und wieder andere erklären, ich werde mich mein Leben lang um diesen Mist nicht mehr kümmern, kümmere mich nur um wirtschaftliche Probleme und sonst nichts. Und wir sehen die Folgen dieser Unzufriedenheit in ganz Deutschland vor uns. Wir erleben, daß augenblicklich eine Unzahl von neuen Parteien, Verbänden und Vereinen entsteht, daß unser politisches Leben geradezu zerrissen wird, und daß jeder, der besonders mit einer wirtschaftlichen Versprechung kommt, damit erreicht, daß augenblicklich Tausende, ja Millionen ihm nachlaufen und daß sie allerdings in kurzer Zeit wieder fortgehen. Das Bemerkenswerte erscheint mir noch zu sein, daß augenblicklich in Deutschland sogenannte Berufsgruppen als Parteien auftreten, als politische Parteien. Und das allein ist schon etwas, was für die Nation in der Zukunft zum mindesten von außer-

1 Titel laut masch. Aufzeichnung.
2 In der Turnhalle, nach 20.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Lagebericht etwa 400 Personen teil.
3 Die maschinenschriftliche Übertragung einer stenographischen Mitschrift wird in ihrer ursprünglichen Fassung ohne die handschriftlich erfolgte redaktionelle Überarbeitung wiedergegeben. Druck einer überarbeiteten Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175) unter dem Titel "Das deutsche Volk braucht Raum" mit falscher Datumsangabe: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 122-146.
4 Vgl. auch VB vom 4.12.1928, "Hitler in Hersbruck"; VB vom 14.12.1928, "Nachklänge zur Hitlerversammlung in Hersbruck". Sowie Lagebericht Nr. 138/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.12.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

ordentlicher Bedeutung werden wird. Sowie nämlich politische Probleme von nur wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus aufgefaßt werden, wird ihre Lösung stets entweder überhaupt unmöglich oder zum mindesten eine falsche sein müssen. Schon beim gewöhnlichen Agitator gilt das. Die Bewegung, in deren Namen ich hier spreche, ist keine Bewegung einer bestimmten Klasse oder eines bestimmten Standes oder Berufes, sondern sie ist im höchsten Sinne des Wortes eine deutsche Volkspartei. Alle Schichten der Nation will sie erfassen, alle Berufsgruppen dabei umschließen, will an jeden Deutschen herankommen, der nur guten Willens ist, seinem Volk zu dienen und der mit seinem Volke leben will und blutmäßig zu seinem Volke gehört. Das bedeutet für uns eine gewisse Erschwerung der Propaganda. Wenn ich heute zum Beispiel nur vor Menschen eines bestimmten Berufes hintrete, so wird mir die politische Propaganda ungeheuerlich dadurch erleichtert werden. Ich weiß von vorneherein, mit welchen Wünschen und welchen Hoffnungen viele Menschen heute in eine öffentliche Versammlung hineintreten. Der Arbeiter zum Beispiel erwartet, daß der politische Redner ihm höhere Löhne verspricht und kürzere Arbeitszeit und billige Lebensmittelpreise. Der Bauer erwartet, daß der politische Redner ihm billigere Löhne und teuerere Lebensmittelpreise verspricht. Der Mieter erwartet, daß ihm der politische Agitator Herabsetzung der Miete bringt, und der Hausbesitzer, daß er die Hinaufsetzung verspricht. Je mehr man sich an nur einen Stand allein wendet, um so leichter ist es dann, Versprechungen zu bieten. Man weiß von vornherein, was jeder Stand wünscht. Die Beamten wollen Aufbesserung der Gehälter, die Pensionisten wünschen Aufbesserung ihrer Bezüge, die Arbeiter Erhöhung ihrer Löhne, die Bauern Erhöhung der Lebensmittelpreise, die einen Sperrung der Grenzen, die anderen Öffnung der Grenzen. Wenn Sie immer nur an eine Kategorie sich wenden, ist die politische Propaganda eine unendlich leichte. Sie sehen dies aber am besten an der neuesten Zeit, wohin dieser Glaube oder diese Sucht, sich nur an eine Schicht zu wenden, in der Praxis führt. Da läuft einer herum und verspricht einem Teil der Nation Aufwertung, und sofort erleben wir, daß in Deutschland Millionen darauf hineinfliegen [*sic!*]. Jeder, der nur einen Tausendmarkschein zu Hause hat, sagt sich, da gehörst du auch hin. Da kommen ein paar Millionen Stimmen dann zusammen für die Aufwerter, und wenn zwei, drei Jahre vergangen sind, ist alles natürlich genau wie es zuvor war. Was des einen Leid ist, ist des anderen Freud. Wenn der eine Erhöhung der Lebensmittelpreise will und der andere Erniedrigung, so muß sich das wieder irgendwo aufheben. Wenn nichts geschieht, um der Nation die Kraft zu geben, daß sie den Ereignissen trotzen kann, die zur Vernichtung unserer ganzen nationalen Wirtschaft führen kann und muß, ist jede solche Hoffnung lächerlich. Millionen werden damit geblendet, geben ihre Stimme ab und erleben, daß sie als Betrogene nach 4 Jahren wieder zur Wahl gehen können und laufen hin und geben einem anderen wieder die Stimme. Als nationalsozialistischer Redner hat man es wesentlich schwerer. Ich habe nicht eine Versammlung von Arbeitern, denen ich eine Erhöhung der Löhne verspreche, eine Verbilligung der Lebensmittelpreise, hier sitzen Bauern, und ich könnte mit bestem Willen dem einen Stand nicht das versprechen, was den anderen Stand zugrunde richten wird, da eben das deutsche Volk eine Gemeinschaft von Menschen der verschiedensten Stände darstellt, und es Wahnwitz ist zu sagen, daß ein Stand überhaupt nur auf Kosten

des anderen Standes gedeihen könnte, sondern die Stände werden zusammen nur zu existieren vermögen, wenn die gesamte Nation auf Grund ihrer Kraft sich die Stellung zu erringen vermag in der Welt, die der ganzen Nation das Leben zu gewähren vermag, wenn man versteht, daß die Zukunft der deutschen Nation nicht die Zukunft eines Berufs, einer Klasse, eines Standes usw. ist, sondern daß es die Zukunft der gesamten Volksgemeinschaft ist, um die gekämpft wird, und daß selbstverständlich auch in alle Zukunft innerhalb einer solchen Volksgemeinschaft ewige Differenzen bestehen, daß es aber nicht gleichgültig ist, ob eine Volksgemeinschaft in der Gesamtheit am [*sic!*] absteigenden Ast ist und zugrunde geht, oder ob sie in der Gesamtheit sich selbst emporentwickelt und die Lebensvoraussetzungen besitzt. Genau wie es nicht gleich ist für die Angestellten eines Geschäfts, ob das Geschäft überhaupt geht, ob es tragfähig ist oder ob es überhaupt zum Untergang bestimmt ist. Auch beim besten Geschäft werden immer Wünsche und Hoffnungen und Forderungen da sein und Differenzen zwischen dem Geschäftsinhaber und Angestellten oder zwischen einzelnen Betrieben eines Geschäftes. Aber wichtig ist, daß das gesamte Geschäft überhaupt zu existieren vermag und daß nicht das gesamte Geschäft überhaupt dem Untergang geweiht ist. Wenn heute in Deutschland die einzelnen Berufe und Klassen mit ungeheuren Forderungen kommen, sind die Forderungen illusorischer Art. Sie haben in kurzer Zeit nichts mehr zu fordern, da diese gesamte Volksgemeinschaft, die wir mit deutschen [*sic!*] bezeichnen, einer Zukunft ausgesetzt erscheint, die, wenn nicht jetzt, zum mindesten in 30 bis 40 Jahren eine trostlose sein wird. Und es ist ein Wahnwitz, wenn bei einer so trostlosen Zukunft einer einem Teil verspricht, daß er zu existieren vermag. Wenn in Deutschland unsere gesamte Landwirtschaft, unsere gesamte Industrie und Handel, unsere Wirtschaft überhaupt zugrunde geht, wird nicht das Proletariat in einem glänzenden Leben übrig bleiben, und es besteht ebensowenig, wenn heute einer der Wirtschaft verspricht, er wird die Wirtschaft zum Siege führen. Wenn in Deutschland Millionen von Menschen kaum das Notwendige zum Leben haben, wenn Millionen von Deutschen als Arbeitslose herumschleichen und die Landwirtschaft zugrunde geht, darf man nicht glauben, daß der Handel und Wandel übrig bleiben darf, und daß die Wirtschaft auch nur produktionsfähig sein würde. Es fehlt die Kaufkraft. Es ist ein Irrsinn, heute einer Klasse etwas zu versprechen, das auf Kosten der anderen Klassen geht, wenn man nicht den Mut besitzt, die Lage der ganzen Nation ins Auge zu fassen, und diese Lage ist trostlos im Innern und Äußern.

Da komme ich zu dem ersten wichtigen Punkt. Was mich Nationalsozialisten unterscheidet von den Menschen, die heute Politik in Deutschland machen, ist zunächst der Grundsatz: Alle diese Parteien treten vor einen Stand, eine Klasse hin und versprechen diesem Stand eine Hebung, diesem Stand oder Klasse eine Besserung des Daseins. Das geht von der Voraussetzung aus, daß das Schicksal einer Nation etwa gestaltet wird durch das Schicksal der Klasse, daß das Schicksal der Gemeinschaft sich vom Schicksal des einzelnen ableitet. Das Schicksal der Gesamtheit ist aber das Primäre, davon leitet sich das des einzelnen ab und eine Korrektur am Schicksal des einzelnen, der einzelnen Gemeinschaften der Nation ist unerfüllbar, wenn nicht das Schicksal der Gesamtheit dieses Begriffes Deutschland als Volk und Staat gebessert wird.

Da komme ich gleich zum zweiten Punkt. Es gibt nicht wenige Menschen, die sich heute beruhigen damit, daß sie sagen, wir werden in unserer Kommune Sauberkeit haben, wir wollen in unserem Lande dafür sorgen, daß wir vom Zusammenbruch befreit bleiben. Es gibt Menschen, die beispielsweise der Überzeugung sind, daß eine Kommunalwahl nur nach kommunalpolitischen Gesichtspunkten entschieden wird, ohne zu bedenken, daß das Schicksal allerletzten Endes das Schicksal des Reiches ist. Das Schicksal des Reiches bestimmt das der Länder und der Orte. Sie können tausendmal vorweisen, daß die und die Gruppe in dem Ort das geschaffen hat. Wenn diese Gruppe nicht in der Lage ist, Deutschland als Gesamtbegriff zu heben, nützt alle Reformtätigkeit der Kommune nichts. Nicht das Schicksal der Kommune, der einzelnen Länder bestimmt das Schicksal Deutschlands. Das gilt auch für sämtliche Länder in Deutschland, schon deshalb, weil ja rein territorial bemessen, das, was wir heute in Deutschland als Einzelstaat bezeichnen, von so kleiner räumlicher Bedeutung ist, daß in einer Zeit, in der das Weltschicksal von Riesenstaaten bestimmt wird, Staaten von 11 bis 17 Millionen Quadratkilometern Grundfläche, in der Hundertmillionenmenschenstaaten das Weltschicksal bestimmen, von einer Souveränität von Kleinstaaten nicht mehr gesprochen werden kann. Eine Staatensouveränität besteht in mehr als einer Feststellung zu München, daß man eine solche Staatssouveränität hat. Sie besteht in der Realität, das heißt, in dem Vorhandensein einer Staatssouveränität, und die besitzt heute ganz Deutschland nicht. Man sage nicht, daß ein Bundesstaat eine Staatssouveränität besitzt. Ganz Deutschland hat keine Staatssouveränität. Unter dieser ist mehr zu verstehen als eine Verzugsorganisation [*sic!*] für fremden Willen und Aufsichtsbehörden. Die ganze deutsche Staatsautorität ist nichts anderes zur Zeit als eine Institution, die die Befehle einer uns übergeordneten Macht zu erfüllen hat. Der ganze deutsche Reichstag handelt nicht nach einer Weimarer Verfassung, sondern nach einer Unzahl von Pakten, Verträgen, Diktaten, angepaßt dem Friedensvertrag von Versailles [5], und im Rahmen dieser Bestimmungen hat der deutsche Reichstag zu versuchen, die Nation am Leben zu erhalten, daß sie diese Verpflichtungen erfüllen muß. Und wenn er einmal wagt, aus diesem Rahmen herauszufallen, spricht der Reparationsagent [6] ein einziges Wort, und der deutsche Reichstag wird an seine Pflicht erinnert, daß er nicht eine souveräne Stellung einnimmt in den Nationen, sondern ausschließlich seine Verpflichtung ist zu sorgen, daß dieser Betrieb Deutschland die notwendigen Reparationslieferungen erfüllen kann. Das ist die Aufgabe des Reichstages. Im Friedensvertrag heißt es klar, daß das gesamte Einkommen der deutschen Nation dazu zu dienen hat, die sogenannten Schäden des Krieges, die wir auf Grund unserer selbst anerkannten Kriegsschulden zu reparieren verpflichtet sind, auch tatsächlich zu reparieren [7]. Das ist das Schicksal der deutschen Nation, es ist selbstverständlich nicht das Schicksal von einem Ort. Die Lasten sind in Wirklichkeit nur Folgeerscheinungen des gesamten Unheils, das die deutsche Nation betroffen hat.

Nun zum dritten Punkt. Erwarten Sie von mir nicht, daß ich mir einzelne Personen herausziehe, daß die und die schuld sind. Gewiß, als Nationalsozialist messe ich stets die

5 Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.
6 Parker Gilbert.
7 Vgl. Dok. 34, Anm. 6.

Person. Aber wenn im Volksleben keine bedeutenden Personen da sind, das scheint mir das Bemerkenswerte des heutigen deutschen Zustandes zu sein, daß keine irgendwie bedeutenden Persönlichkeiten da sind! In meinen Augen ist das Kriterium der deutschen Republik, daß sie keine genialen Köpfe hervorgebracht hat, sondern nur Mittelmäßigkeiten, Durchschnittsfiguren. Dieser absolute Durchschnitt der Minderwertigkeit hat gar keinen Einzelrepräsentanten zur Zeit, sondern kann nur gekennzeichnet werden durch [*einen*] [8] zusammenfassenden Begriff, durch ein System. Das ist das Gesamtsystem, und wenn wir dabei Personen herausgreifen, sind es nur Vertreter dieses Systems. Sie würden uns als Personen nicht interessieren. Wir sind gezwungen, daß wir uns Personen herausgreifen. Denn Deutschland leidet heute unter Verfallserscheinungen, die allgemeiner Natur sind, an denen die ganze Nation teilnimmt. Ich möchte damit sagen, daß ich niemals eine Person angreife, weil sie persönlich schlecht ist, sondern ich greife sie nur an, wenn sie der Träger eines an sich verfehlten Systems ist, von dem ich sagen muß, daß, gleichgültig welche Person an der Spitze dieses Systems steht, in der Unrichtigkeit der Tendenz, der Ideengebung dieses bestimmten Parteigebildes der Grund zu dem Zusammenbruch liegt. Es handelt sich nicht um einzelne schlechte Menschen, sondern um grundsätzlich falsche, irrige Systeme, unter denen die Nation zugrunde gehen muß am allgemeinen Laster.

Da komme ich zum vierten Punkt. Es spielt gar keine Rolle, wenn jemand kommt und sagt: Ja, aber wir regieren doch heute. Wenn ich die Art der deutschen Steuergesetzgebung herausgreife und sage, die deutsche Steuergesetzgebung ist ein Wahnwitz, so wird zur Antwort gegeben: Aber der beste Beweis ist die Tatsache, daß es geht. Die Menschen gewöhnen sich an vielen Dingen an [*sic!*], deshalb eine Sache als richtig zu bezeichnen, weil das momentan geht, und die Menschen sind meist so feig, daß sie nicht wagen, einen Zustand zu prüfen von dem Gesichtspunkt aus, wie es wäre, wenn dieser Zustand immer gewährt hätte. Sowie der Mensch den Mut erhält, bestimmte Zustände zu prüfen von dem Gesichtspunkt aus, was sein würde, wenn ihn unsere Vorfahren 200 Jahre lang auch schon angewandt hätten, wird er zur sonderbaren Feststellung kommen, daß hundert Gewohnheiten, die wir heute als Freiheit bezeichnen, in Wirklichkeit Laster wären. Weil wir es machen, sagen wir, daß es richtig ist. Diese Feigheit, gewisse Zustände zu prüfen, vom Gesichtspunkt der Vergangenheit, ist der Zustand des Nichtverstehens der Gefahr dieser Zustände.

Nehmen wir die Steuergesetzgebung. Wenn heute die Landwirtschaft unter dem Steuerdruck lastet und die Nationalsozialisten dagegen Stellung nehmen, heißt es, ja es geht. Das ist richtig. Aber wodurch geht es? Der Bauer muß eben etwas verkaufen. Wie lange kann man das aber machen? Wenn unsere Vorfahren hundert Jahre lang einen solchen Steuerdruck gehabt hätten, würde heute keine Substanz mehr da sein, auf die man eine Hypothek nehmen könnte, wäre überhaupt nichts mehr da zum Versteuern. Wenn man erklärt, wir haben uns 10 Jahre durchgewurstelt! Durch einen ewigen Pump, durch ewige Anleihen und deshalb, weil wir dauernd verpfändet haben, Nationaleigentum verpfändet haben. Wir konnten das nur, weil unsere Vorfahren anders gewirtschaftet haben. Man sage nicht, daß das ein richtiger Zustand ist. Der eine Zustand baut auf,

8 Ergänzt nach Preiß, Hitler, S. 126.

der andere verpfändet das, was der andere aufgebaut hat. Glauben Sie mir, das gilt aber nicht nur für dieses Gebiet, für ein sogenanntes rein wirtschaftliches. Das gilt für alle Gebiete. Das gilt für ein Problem, das nationale Problem. Es ist richtig, daß in einer Stadt 92 % der Ärzte Juden sind, daß langsam 60 % der Mittelschüler in Berlin Juden sind. Was würde sein, wenn, sagen wir, 8 Generationen das schon so gewesen wäre. Es gäbe überhaupt keine deutsche Intelligenz, gäbe überhaupt keine deutsche Kunst. Sie sehen, was zur Zeit produziert wird an Musik, nicht weil der Bronnen des deutschen Kunstempfindens verschlossen wäre, sondern weil er zugehalten wird, weil ein ganz anderer da ist, der dieses Empfinden nicht besitzt. Und da gibt man zur Antwort, man lebt so auch. Wie würden wir heute leben, wenn unsere Vorfahren vor 200 Jahren genau so gedankenlos gewirtschaftet hätten? Sowie man bestimmte Zustände von heute, die selbstverständlich erscheinen, von dem Gesichtspunkt ernst überprüft, was würde sein, wenn unsere Vorfahren auch so gehandelt hätten, in derselben Not das getan hätten, dann würden wir in tausend Fällen mit Entsetzen feststellen können, es würde unser Unheil geworden sein, wir würden heute nicht mehr existieren.

Da möchte ich nun gleich zu etwas Wesentlichem noch ganz kurz übergehen, zu der Frage, was ist das Entscheidende. Man weiß doch, daß am nächsten Tage die Presse, wenn sie nicht weiß, was sie schreiben soll, z. B. in Berlin studiert, was muß man sagen, um trotzdem die Geschichte zu schmähen, und da sagen die meisten: Aber der Redner hat vergessen, zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Ich darf Ihnen eine Versicherung geben: Das Stellungnehmen zu den Tagesfragen ist das Leichteste, was es gibt, weil alle Menschen in diesen Tagesfragen gleichmäßig urteilen. Sie werden beseelt von dem Wunsch, daß es ihnen besser geht. Das gilt auch sachlich. Es ist für den politischen Agitator nicht schwer, in diesem Falle etwas zuzusichern. Was praktisch dabei herauskommt, sehen Sie in den letzten Jahren in Deutschland vor sich. Keineswegs eine Besserung des Lebens, sondern in Wirklichkeit ein dauerndes Heruntersinken, weil durch die Manipulation mit solchen Tagesfragen die Nation von den großen Schicksalsfragen planmäßig weggeholt wird, weil planmäßig die Augen dafür geschlossen werden. Je mehr man mit Tagesfragen herumoperiert, um so mehr wird das deutsche Volk verlernen, seine großen Schicksalsfragen zu erkennen und zu lösen, und wir können geradezu sehen, daß wenn irgendwo in Deutschland eine Schicksalsfrage von Bedeutung zur Diskussion kommt, daß auf einmal die Nation mit lauter Tagesfragen überschwemmt wird. Es wird zum Beispiel ein neuer Vertrag unterzeichnet. Es soll jetzt z. B. neuerdings der letzte Rest der deutschen Reichsbahn verkitscht [*sic!*] werden, ungefähr 7 1/2 Milliarden Reichsbahnobligationen [9] sollen in das Ausland fließen, damit der Deutsche überhaupt kein Recht mehr hat. Diese Frage ist zu einer ungeheuren Bedeutung für die Nation geworden. Sie betrifft die Frage der zukünftigen Freiheit. Jede Mobilmachung ist praktisch unmöglich gemacht, jede Vorbereitung wird damit unmöglich, wir werden damit Sklaven des Auslandes. Durch die Bahn kann die Nation ausgeplündert werden, weil jedes Produkt durch die Bahn läuft, manchmal zehnmal, Rohstoffe, alles läuft durch die Eisenbahn. Wenn man dieses Verkehrsmittel in der Hand hat, dann hat man die Nation am Kragen, und was sehen Sie momentan? Lauter Tagesfragen. Nun beginnt ein riesiges

9 Vgl. Dok. 40, Anm. 13.

Geschrei über Staatsvereinfachung [10]. Dabei sind alle diese Dinge läppische Probleme. Staatsvereinfachung? Wenn man etwas vereinfachen kann, soll man es vereinfachen. Warum noch lange Unterredungen darüber. Aber es ist ganz gleichgültig, ob man in Deutschland etwas einfacher macht oder nicht. Diese Tagesfrage ist vollkommen ohne jede Bedeutung. Wir haben aber einen Friedensvertrag, daß das gesamte Einkommen der Nation in erster Linie der Wiedergutmachung der Kriegsschuldigen [*sic!*] zu dienen hat, haben einen Dawesvertrag [11], der die jährliche Last für Deutschland mit 2,5 Milliarden festlegt, drittens haben wir dazu nicht die Möglichkeit, diese 2,5 Milliarden zu bezahlen, das heißt, was in Deutschland wieder erspart wird, dient nur dazu, damit diese Leistung etwas mehr erfüllt werden kann. Was wir heute am Staat vereinfachen können, zahlen wir mehr für die Wiedergutmachung. Für uns Nationalsozialisten ist deshalb die Staatsvereinfachung ohne jede Bedeutung, weil das ganz gleichgültig ist, ob wir 100 Millionen ersparen und 100 Millionen mehr zu zahlen haben dank einer Politik, die immer nur Tagesfragen sieht und nicht die großen Probleme des Lebens, weil wir im Gegenteil auf dem Standpunkt stehen, lieber 100 Millionen an deutsche Beamte zu zahlen als an Parker Gilbert. (Beifall.)

Ich habe eigentlich schon vorausgegriffen. Das Endziel, was uns Nationalsozialisten vorschwebt, darf ich Ihnen näher begründen und Ihnen ein Bild der deutschen Lage ganz kurz entwickeln, wie sie im Großen ist. Wenn Sie dieses große Bild vor sich sehen, ganz nüchtern, werden Sie sich selbst sagen, was alle diese Detailversprechungen für einen praktischen Wert besitzen. Wie ist die Lage der deutschen Nation? Da darf ich eines feststellen. Das Gebet der Christenheit hat heute für die Großstadt zunächst scheinbar die Bedeutung verloren, das heißt, die Großstadt empfindet die Tiefe dieses Satzes zum Teil nicht mehr, deshalb, weil sie dem Boden entfremdet ist, weil Millionen Menschen in der Großstadt wohnen, die wohl dreimal am Tage essen, ohne sich aber Rechenschaft zu geben, wo das Essen herkommt. Sie arbeiten in einer Fabrik, im Büro, im Betrieb und sind überzeugt, daß sie damit ihr Brot verdienen, aber sie vergessen, daß dieses Brot nun irgendwo hergeholt werden muß, daß die Steigerung einer rein industriellen Arbeit noch lange nicht die Steigerung des täglichen Brotes bedeutet. Denn das tägliche Brot eines Volkes ist zunächst bedingt durch die Größe des eigenen vorhandenen Lebensraumes. Ursprünglich nährte sich jedes Volk von dem Lebensraum, den es einnimmt, das heißt, jedes Volk steht in einem bestimmten Verhältnis zu seiner Grundfläche, und dieses Verhältnis ergibt sein Leben. Nun wird beim gesunden Volk sich die Zahl erhöhen. Ein Volk wird niemals in der Zahl gleichbleiben. Es darf dies auch nicht, wenn sich die Zahl der Menschen überhaupt erhöht. Wenn in einer Welt, in der sich Völker in ihrer Zahl erhöhen, ein Volk allein zurückbleibt, wird dieses Volk langsam in dieser Welt die Bedeutung verlieren, es wird ziffernmäßig heruntersinken. Mit anderen Worten: Ein gesundes Volk wird schauen, daß seine Zahl gegenüber dem Wachstum der anderen Völker ebenfalls dauernd steigt. Wenn aber die Zahl eines Volkes steigt, dann müßte logischerweise auch der Boden mitsteigen. Wenn die deutsche Nation im Frieden

10 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.
11 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

jährlich um 900.000 Menschen sich vermehrt hat [12], hätte jährlich etwa der deutsche Boden um ein Fünftel der Größe Bayerns zunehmen müssen. Dann hätte man für alle Zeiten aus eigenem Boden heraus das deutsche Volk zu ernähren vermocht. Da der Mensch nicht allein vom Brot lebt, wird ein Teil eines Volkes andere Güter produzieren, industrieller Art, während der andere Teil die Urgüter des Lebens produziert, und der Handel besorgt normal den Austausch dieser beiden Güter, das heißt, die Landwirtschaft ernährt die Gesamtsumme eines Volkes mit Brot, und die Gesamtsumme eines Volkes produziert umgekehrt durch ihre Industrie wieder das, was die Landwirtschaft ebenfalls an Gütern braucht. Es findet hier eine unglaubliche Differenzierung statt. Aber ein gesundes Volk wird sich selbst in sich erhalten und wird sich in sich ernähren [*sic!*]. Wenn bei einem Volk aber langsam die Zahl so groß wird, daß sie in keinem Verhältnis zur Grundfläche steht, wenn der Grund dauernd gleich bleibt, während die Zahl darauf sich vermehrt und die Ansprüche des einzelnen Menschen zunehmen, kommt einmal ein Augenblick, in dem ein solches Volk vom eigenen Grund und Boden nicht mehr ernährt werden kann, und diese scheinbar so ganz leichte These ist dann von ungeheurer Bedeutung für das Dasein eines Volkes. Diese These zwingt ein Volk zu ungeheuren innen- und außenpolitischen Entschlüssen, die so gewaltig sind, daß sie das Leben jedes einzelnen mitbestimmen. Ich darf Ihnen die Folgen dieses Zustandes vor Augen führen. Wenn in einem Volk die Volkszahl größer ist als die Grundfläche, gibt es einige Möglichkeiten, trotzdem ein solches Volk am Leben zu erhalten, ohne es dem Hungertod auszuliefern. Die erste ist die, daß die Grundfläche von Zeit zu Zeit vergrößert wird, das heißt, daß ein Volk seinen Grund vermehrt, indem es andere Gebiete zu sich holt. Das tun primitive Völker stets, gesunde, natürliche Völker. Wenn Völker aber in eine gewisse Überkultivierung hineingeraten, wenn sie von fremden Einflüssen geleitet werden, verlieren sie nicht selten diese ganz natürlichen Instinkte sicherer Kraft und beginnen anstelle dessen die Volkszahl zu erniedrigen, das heißt, nicht mehr der Boden wird vermehrt, sondern die Volkszahl wird erniedrigt. Es beginnt anstelle einer Raumpolitik eine sogenannte Volksbewegungspolitik, und diese Volksbewegungspolitik basiert dann auf zwei Erscheinungen. Erstens auf einer großzügigen, organisierten Auswanderung und zweitens auf einer langsam einsetzenden Geburtenbeschränkung. Beide Erscheinungen sind aber für ein Volk von einer entsetzlichen Bedeutung. Nicht etwa deshalb, weil zahlenmäßig ein Volk zurückbleibt, wie die deutsche Universitätswissenschaft erklärt, sondern weil durch diese beiden Erscheinungen ein Volk in seinem inneren Wert demeziert [*sic!*] und vernichtet wird. Weshalb? Wenn bei einem Volk jährlich 200.000 Menschen auswandern, aus einem Volk jährlich 200.000 Menschen herausgezogen werden, so verliert ein Volk zunächst 200.000 einzelne Menschen. Aber außer diesen einzelnen Menschen kann es dabei auch 200.000 seiner besten Menschen verlieren und das ist in Wirklichkeit der Fall. Die Auswanderung findet bekanntlich nicht durch eine gesetzliche Regelung statt, sondern die Auswanderung findet statt durch die jeweils persönliche Not, das heißt, jeder einzelne Mensch steht selbst vor dem freien Entschluß

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 10.

zu bleiben oder auszuwandern. Wir haben in Deutschland 2 Millionen Arbeitslose [13]. Diese haben ein Dasein, das der eine auf sich genommen hat, das dem anderen unerträglich erscheint. Nun können aus Deutschland jährlich 150.000 auswandern. Was heißt das? Das heißt: An zwei Millionen Arbeitslose tritt dieselbe Not heran. Von diesen zwei Millionen entschließen sich 100.000 auszuwandern. Wer sind diese? Glauben Sie, daß das die Faulsten sind? Daß das die Feigsten sind oder die körperlich Schwächsten? Nein! Von diesen zwei Millionen Arbeitslosen wandern diejenigen 100.000 aus, die körperlich am gesündesten, am tatkräftigsten, am fleißigsten sind und die sich sagen, ich mache das nicht länger mit. Lauter einzelne Menschen einer bestimmten Energie und Tatkraft und damit allein schon körperlicher Gesundheit. Das heißt, die Auswanderung zieht jährlich 100.000 gesunder Menschen, die besten aus einem Volk heraus. In der amerikanischen Union ist die Einwanderung bedingt durch Vorlage bestimmter Gesundheitsatteste, ja, sie verlangt von dem, der einwandert, er muß ganz gesund sein, muß gerade gewachsen sein, darf keine ansteckende Krankheit besitzen, seine Eltern dürfen nicht irgendwann eine geistige Erkrankung gehabt haben, er darf nicht wegen irgendeines schweren Deliktes eingesperrt gewesen sein [14]. Sie [*die amerikanische Union*] sucht moralisch und körperlich die gesündesten Menschen heraus, das heißt, wir verlieren 80[*.000*] bis 100.000 der gesündesten Menschen, die ärztlich untersucht werden [15]. Wenn das 300 Jahre fortgeht, so sind das in Wirklichkeit 30 bis 50 Millionen Menschen gesündester Art, die ein Volk verliert, während auf der anderen Seite alles Ungesunde und Kranke zurückbleibt. Das hat eine entsetzliche Bedeutung. Wenn Sie heute in die amerikanische Union kommen, können Sie große Gebiete sehen mit Menschen, wie wir sie nicht kennen, großgewachsene Menschen besten Blutes. Wir haben ja Jahrhunderte lang unser bestes Menschenmaterial fortgeschickt. Heute erleben wir, daß die amerikanische Union zu einer Weltgefahr wird, nicht deshalb, weil sie hundert Millionen Einwohner hat [16], sondern wegen des Wertes der hundert Millionen Einwohner. Rußland hat 170 Millionen [17] und ist keine Weltgefahr, außer daß sie die Welt vergiften mit ihren Bazillen. (Beifall.) Die 170 Millionen Russen sind ein minderwertiges Volk, eine minderwertige, niedere Rasse. Aber dieses Amerikanertum, diese 100 Millionen Amerikaner würden mehr wiegen als 1.000 Millionen Russen. Die amerikanische Industrie, die amerikanische Erfindergabe überschwemmt die ganze Welt. Hier sehen wir den Schlüssel, warum schon im Altertum Kolonien nicht selten später zum Herren der Mutterländer geworden sind. In Deutschland haben auch unsere Kolonien das Schicksal des Reiches geformt. Die Kolonialbevölkerung besteht immer aus den besten Menschen des Volkes.

Das zweite mit der Geburtenschränkung ist dasselbe. Was heißt das? Geburtenbeschränkung müßte eigentlich übersetzt werden mit dem Wort Lebensbeschränkung. Es

---

13 Im November 1928 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 1.762.552 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 274.

14 Vgl. Dok. 37, Anm. 14.

15 Vgl. Dok. 26, Anm. 20.

16 Die USA hatten zum damaligen Zeitpunkt eine Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 4*.

17 Die Sowjetunion hatte zum damaligen Zeitpunkt eine Bevölkerung von 146.989.460 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1* f.

wird doch Leben damit beschränkt. Wenn der Marxismus, der sagt, wir sind für die Geburtenbeschränkung, wirklich so klar und logisch denken würde, wie er vorgibt, müßte er sich sagen, Lebensbeschränkung hat nur dann einen Sinn, wenn man das am Leben wenigst Wertvolle beseitigt. Der Marxismus erklärt, wir haben keinen Gott, überhaupt nichts, nur unseren marxistischen klaren Verstand. Der müßte ihm doch sagen, daß wir die Lebensbeschränkung so vornehmen, daß das, was am wenigsten Wert hat, beseitigt wird. Die Spartaner haben alles Kranke beseitigt, das ist auch eine Art der Lebensbeschränkung. Der Marxismus macht es aber umgekehrt. Er beschränkt das, was er gar nicht weiß, was es wird. Dieser Irrtum geht am besten daraus hervor, daß auch der Marxismus gar nicht da wäre, wenn er schon vor hundert Jahren angewandt worden wäre. (Beifall.) Man muß sich eines vorstellen. Hier sehen wir zum ersten Male, wie eine ganz fremde Macht bei uns hereinregiert, die kein Interesse besitzt, daß die Kraft unseres Volkes erhalten bleibt. Wer ist in Wirklichkeit der Träger der Geburtenbeschränkung und des Auswanderungsgedankens? Das internationale Judentum! Und weshalb? Weil es damit seine rassisch zurückgebliebenen Werte verdeckt. Und weil man genau weiß, dieses zurückgebliebene Pack, das keine große Intelligenz besitzt, wird dann leichter zu regieren sein. Wenn das deutsche Volk 100 Jahre hindurch das getrieben hätte, hätten wir heute gar keine großen Männer. Der Marxist gibt zur Antwort, ich pfeife auf die großen Männer. Lieber Freund, um was kämpfst du dann? Um besser leben zu können? Worin besteht das? Ich will anständig gekleidet sein, an der Kultur teilnehmen, ordentlich gepflegt sein! Ja, wer hat das alles gemacht, die Kultur? Das waren lauter große Köpfe. Das hat doch nicht eine Fraktion erfunden, eine Fraktion macht z. B. gar nichts. Wenn heute die deutsche Nation flüssigen Brennstoff braucht und die Kohle umwandeln will in flüssigen Brennstoff, das erfindet doch immer ein Mensch, und das ist immer ein bedeutender Mensch, der mehr nützt als alle Schwätzer in den Fraktionen zusammengenommen. Wenn eine reine Symphonie komponiert wird, das hat auch ein Mensch gemacht, das könnte auch kein Rat, kein Betriebsrat. Dieser einzelne Mensch läßt sich nicht in eine allgemeine Kategorie einreihen. Nicht weil du sagst: Du mußt es machen, sondern er macht es mit Freude. Wenn der Marxist sagt und manchmal auch Bürgerliche, was haben große Köpfe in einer Nation für eine Bedeutung? Ja, rechnen Sie Kultur der Menschheit für gar nichts? Nein, leben wollen wir! Das deutsche Volk stolperte in den Krieg hinein, weil der gewisse Bethmann Hollweg deutscher Reichskanzler gewesen ist. Das deutsche Volk hat diesen Krieg verloren, deshalb, weil Bethmann Hollweg deutscher Reichskanzler gewesen ist und hinter ihm ein Graf Hertling [18] kam, womöglich noch etwas unfähiger als der erstere. Das deutsche Reich hat infolge des verlorenen Krieges Lasten auf sich nehmen müssen. Die Folgen dieser Lasten sind Friedensverträge. Die Folgen des Friedensvertrages sind das Diktat von Brüssel [19], London [20], usw.

18 Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), Philosoph und Politiker, 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayer. Ministerpräsident und Außenminister, Nov. 1917 bis Sep. 1918 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

19 Vgl. Dok. 45, Anm. 57.

Die Folgen sind Verlust der deutschen Finanzhoheit, der deutschen Zoll- und Steuerhoheit, des deutschen Nationalvermögens, der deutschen Reichsbahn, jährlich 2.000.000 Arbeitslose, Verlust unserer ganzen Handelsmöglichkeiten usw., Verlust von jährlich mindestens drei [*bis*] vierhunderttausend Kindern, die nicht geboren werden können, 150.000 Auswanderern, 17.000 Selbstmorde [21], eine ungeheure Summe an materiellen und tatsächlichen Verlusten und das deshalb, weil das deutsche Volk im Jahre 1914 statt einen großen Kopf einen Bethmann Hollweg gehabt hat. Hätte es einen Schädel gehabt von frederizianischer [*sic!*] Größe oder Bismarck, wäre das anders gekommen. Lege auf die Waagschale die Opfer der deutschen Nation seit 10 Jahren und auf die andere den einzigen großen Kopf, dann hast du den realen Wert eines solchen großen Kopfes, von dem du sagst, es ist belanglos, was brauchen wir große Köpfe.

Wenn eine Nation grundsätzlich zur Geburtenbeschränkung kommt, schafft sie die Fähigkeit, große Köpfe zu züchten, zum größten Teil ab. Die größten Köpfe sind keine Erstgeburten. Der Sozialdemokrat wußte, daß diese Erstgeburten nichts taugen, aber bei seinen Erstgeburten glaubt er, daß das lauter Fürsten einst sein werden. Glauben Sie mir, wenn eine ganze Nation zu dem Prinzip übergeht, geht sie daran zugrunde. Nun werden Sie mir freilich sagen, was sollen wir da machen. Wir sagen nur eines. Wenn eine Nation unter einem schweren Druck leidet, so kann sich dieser Druck nach 2 Richtungen hin äußern, entweder in einer vollkommenen Lethargie und Hingabe oder in einem Trotz, eines Tages diese Not zu beenden. Sie gehen den Weg der Hingabe, der Kapitulation, und wir den Weg des Trotzes. Sie glauben, daß sie Deutschland durch Hingabe, Demut, durch friedliche Bekenntnisse, durch Arbeit freimachen werden. Wir sind der Überzeugung, daß, je friedfertiger ein Volk ist, es um so mehr unterdrückt werden wird. Die Welt hat kein Verständnis für solche Gesinnung, hat nur Verständnis für die Möglichkeit, ein Volk auszunützen. Der Franzose Briand ist kein Nationalsozialist, sondern Sozialdemokrat, und er hat keinem Nationalsozialisten gesagt [22]: Ihr Deutsche habt allerdings alles erfüllt, ihr Deutsche habt allerdings abgerüstet, ihr Deutsche habt allerdings den Friedensvertrag erfüllt, aber ihr seid ein Volk von Intelligenz und Fleiß, und deshalb seid ihr für uns eine Gefahr. Das sagte er nicht einem Nationalsozialisten, sondern dem Sozialdemokraten Müller. Die zwei Genossen haben sich untereinander ausgesprochen [23] und haben festgestellt, daß Frankreich unser Feind ist, trotz unserer Arbeit und Friedensliebe und Fleißes, unserer Unterwürfigkeit, unseres hündischen Nachlaufens und Schweifwedelns, trotzdem sind sie unsere Feinde. Den Franzosen verstehe ich, aber nicht den Deutschen, der das nicht verstehen will. Gegen die Deutschen protestiere ich, die dieses Volk in dieses Unglück hineingestürzt haben und immer da-

20 Mit dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag aufgefordert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

21 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

22 Vgl. Dok. 26, Anm. 6 sowie Dok. 27, Anm. 14.

23 Reichskanzler Müller und der franz. Außenminister Briand hatten sich am 5.9. und 7.9.1928 zu einer gemeinsamen Unterredung getroffen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 6.9.1928 (AA), "Die Rheinlandfrage in Genf"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.9.1928, "Reichskanzler Müller bei Briand"; Münchner Neueste Nachrichten vom 8.9.1928, "Briands Gegenbesuch bei Müller".

mit operieren, daß wir nach ewiger Nachgiebigkeit doch eines Tages zur Freiheit kommen können. Das ist der Unterschied. So machen sie es auf allen Gebieten. Die Not zwingt zur Abschaffung unseres eigenen Volksgutes. Wir sagen, diese Not zwingt uns, dieses Volksgut wieder einzusetzen zu [*sic!*] seiner Freiheit. Sie irren, wenn sie glauben, durch Lieferung Frankreich jemals zufriedenzustellen. Frankreich will nicht jährlich diese Lieferung, sondern will die Überlieferung Deutschlands, wenn sie meinen, durch Unterwürfigkeit das Schicksal der deutschen Nation ändern zu können, durch Fleiß die Freiheit erreichen zu können. Im Gegenteil, faule Völker hat man überhaupt noch nicht unterjocht, und die Kraft, die heute in der Welt thront, ist der internationale Jude. Der unterjocht keine Hottentotten oder Zulukaffern, der unterjocht die fleißigen Arbeiter, die zu dumm waren, den Fleiß ihrer Arbeit für sich selbst zu sichern. Augenblicklich hat Deutschland die ganze Zeit erfüllt. Nun hat vor wenigen Wochen Stresemann eine Rede gehalten [24], in der er zugibt, daß seine ganze Politik zusammengebrochen ist. Dr. Stresemann erklärt nun, es besteht eine große Gefahr, wir haben bekanntlich im Dawesvertrag einen sogenannten Wohlstandsindexparagraphen [25] mit unterschrieben, das heißt, von Zeit zu Zeit kann der Reparationsagent, unterstützt durch eine Kommission, den deutschen Wohlstand prüfen und kann uns dann zur Last von 2,5 Milliarden eine weitere Last unbegrenzter Höhe Jahr für Jahr aufbürden, d. h., das ist ein Paragraph, der besagt, daß, wenn die deutsche Nation ganz frei ist und 2,5 Milliarden bezahlt, dann kann Frankreich erklären, in dieser Bezahlung liegt der Beweis für einen Wohlstand dieses Volkes. Wir verlangen deshalb, weil ihr das bezahlt, daß die Quote hinaufgesetzt wird. Das hat Stresemann einst unterschrieben. Nun jammert Stresemann über dieselbe Gefahr, nämlich, es liegt der Bericht einer Kommission [26] vor, der sich stützt auf das Leben unserer Großstädte und auf das Leben in Berlin W[*est*], auf dieselben Leute, die keine Deutschen sind, und weist damit nach, daß wir in einem Wohlstand uns befinden, der uns gestattet, daß wir jährlich 300 Millionen mehr zu zahlen in der Lage sind. Das ist die Antwort auf den Fleiß, und da sagen wir Nationalsozialisten, unsere Herren Gegner ziehen aus der Not immer nur die eine Folgerung, sich immer mehr zu fügen, d. h. Kinder einzuschränken, auszuwandern, zu arbeiten, abzuliefern, und wir sagen, die Not muß umgewandelt werden in Energie, die anderen wandeln sie in Ergebung. Damit möchte ich diese 2 Punkte Auswanderung und Geburtenbeschränkung als verheerend für ein Volk besonders für die Zukunft kennzeichnen. Es handelt sich in Deutschland nicht darum, daß wir nicht mehr Menschen bekommen, sondern daß wir schon 20 Millionen

24 Am 19.11.1928 im Reichstag. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 414 ff.

25 Der Dawesplan sah vor, die vereinbarten deutschen Reparationsleistungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 zu erhöhen. Grundlage bildete hierfür der sog. Wohlstandsindex, dem als Parameter u. a. die deutsche Ein- und Ausfuhr, der Reichs- sowie einige Länderhaushalte dienten, ferner die Menge der im Eisenbahnverkehr beförderten Güter, der Verbrauch an Zucker, Tabak, Bier, Branntwein und Steinkohle sowie die demographische Entwicklung im Deutschen Reich. Vgl. RGBl. 1924, II, S. 300 ff.

26 Kap. II des Dawesplans legte fest, daß zur Errechnung des jährlichen Wohlstands-Index ab 1928 eine Kommission aus je zwei Vertretern der deutschen Reichsregierung und der Reparationskommission gebildet wurde. Vgl. RGBl. 1924, II, S. 300 f.

zu viel haben, daß wir in langen Friedensjahren ein Menschenreservoir aufstapeln, das wir nicht mehr zu ernähren in der Lage sind.

Neben Auswandern und neben Geburtenbeschränkung gibt es eine weitere Möglichkeit, ein Volk am Leben zu erhalten, und die heißt Wirtschaft, und dieses Zauberwort hören Sie immer wieder. Und hier können diese Millionen von Deutschen sich keine Klarheit verschaffen über die Wirtschaft. In den Wirtschaftskongressen sagt man, die Zukunft unseres Volkes liegt auf [*sic!*] der Wirtschaft und in ihr, und das ist lächerlich aus vielerlei Gründen. Die wesentlichsten sind, erstens, die Wirtschaft selbst ist immer eine Zweiterscheinung und keine erste. Die Wirtschaft baut nicht Staaten, sondern die politische Kraft baut Staaten. Niemals kann die Wirtschaft die politische Kraft ersetzen, sondern wenn ein Volk keine politische Kraft besitzt, fällt seine Wirtschaft in sich zusammen. Die Wirtschaft ist eher belastend als aufbauend. Sie sehen heute viele Deutsche, besonders in bürgerlichen Schichten, die immer sagen, die Wirtschaft wird unser Volk zusammenschmieden. Nein, die Wirtschaft ist ein Faktor, der ein Volk eher zerreißt. Ein Volk hat politische Ideale. Wenn aber ein Volk nur mehr in Wirtschaft aufgeht, muß die Wirtschaft ein Volk damit zerreißen, weil in unserer Wirtschaft stets Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gegenüberstehen. Auch in einer sogenannten kommunistischen Wirtschaft. Dort heißt der Arbeitgeber jüdischer Kommissar, hier heißt er der arische Besitzer. In Rußland will man genauso streiten wie anderswo. Wenn Menschen nur auf Wirtschaft allein sehen, wird ihre auseinanderreißende Tendenz offenbar. Wir sehen das am besten in der großen Bewegung. Die größten Bewegungen der Weltgeschichte sind solche gewesen, die am wenigsten mit den realen wirtschaftlichen Momenten verknüpft waren. Wenn der Mensch gar kein politisches Ideal mehr hat, gar kein weltanschauliches Ideal, kein Glaubensideal, sondern nur die Wirtschaft, so sieht der eine nur die Dividende, der andere nur den Lohn. Eines haben unsere Wirtschaftspolitiker vergessen, daß der Arbeitnehmer eines Tages genauso zu rechnen beginnt, daß diese Wirtschaft dank des Unternehmers sich überträgt auf den Angestellten und daß die Nation zerfällt, weil den Interessen des Arbeitgebers die des Arbeitnehmers gegenüberstehen und nicht mehr zusammengehalten wird durch nationalpolitische Interessen. Hier sehen Sie den Verfall von heute. Diese selbe Wirtschaft zerbricht heute selbst, sie zerreißt das Volk mehr denn je, der größte Wirtschaftskörper der deutschen Nation, die westfälische Industrie, befindet sich in den größten Zuckungen. Die Wirtschaft hat nicht Deutschland emporgehoben. Aber ein anderer Punkt ist von größter Wichtigkeit. Was heißt (für ein) [*sic!*] Weltwirtschaft? Weltwirtschaft heißt, ein Volk produziert an bestimmten Gütern mehr als es selbst konsumiert, verkauft diese Güter ins Ausland und holt sich von dem Erlös dieser Güter aus dem Ausland diejenigen Rohstoffe herein, die ihm selbst fehlen. Damit aber ist es ein Unsinn, wenn heute unsere Wirtschaft sagt, die Frage der deutschen Wirtschaft ist eine Frage der Steigerung der Produktion. Nein. Die Frage der Wirtschaft ist eine Steigerung des Absatzes. Es ist die totale Verkennung von der Wirtschaft selbst, der großen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte, wenn sie sagt, Steigerung der Produktion. Die Produktion kann man leicht steigern. Unsere Automobil-Fabriken zum Beispiel können sie sofort steigern. Aber nicht den Absatz. Weil unser Binnenabsatz zu klein ist, und weil dadurch aber die Pro-

duktionskosten zu hoch sind, daß wir ausländische Konkurrenz nicht machen können [*sic!*]. Die Frage der Wirtschaftsexpansion eines Volkes ist eine Frage der Sicherstellung der Absatzmärkte, und diese sind auf der Welt begrenzt. Ein großer Teil der Absatzmärkte ist von anderen Ländern bereits okkupiert. England hat fast ein Viertel aller Absatzmärkte der Welt kolonialpolitisch sichergestellt. Auch die Rohstoffe sind sichergestellt. Deutschland kommt zu spät. Um den vorhandenen Absatzmarkt tobt ein heftiger Konkurrenzkampf, bei dem es sich um Leben und Tod handelt. Wenn heute China in England 1.000 Lokomotiven bestellt, und es konkurrieren noch Deutschland und Frankreich mit, so heißt das, der Staat, der den Auftrag bekommt, bekommt für 10.000 Arbeiter Brot. Die deutschen Politiker vergessen, daß dieser Kampf am letzten [*sic!*] entschieden wird durch die größere Kraft. Wenn die Engländer z. B. einsehen, daß sie uns wirtschaftlich nicht beseitigen können, werden sie zum Schwert greifen. Das ist der Sinn des Krieges von 1914 gewesen, um Deutschland damit wieder so hart zu treffen, und England hat getan, was es dreimal vorher gemacht hat. Es hat die Spanier niedergeschlagen, die Holländer, später die Franzosen und jetzt uns Deutsche mit Hilfe der ganzen Welt. Und mobilisiert jetzt bereits aufs neue gegen den amerikanischen Konkurrenten. Sie sehen, wie England bereits die Einkreisung Amerikas beginnt, und der amerikanische Konkurrent ebenfalls zu mobilisieren anfängt, wie scheinbar das Kapital an der Spitze steht, aber hinter diesem stehen Millionen von Menschen, die leben wollen. Das Kapital sind nur die silbernen Kugeln, die rollen, bis die anderen Kugeln später kommen. Glauben Sie nicht, daß England den Kampf aus Raubsucht beginnt. In England leben 167 Menschen auf den Quadratkilometer [27]. Dieses England kann sich selbst nicht ernähren. Es ist angewiesen auf Welthandel und Weltproduktion. Sie können erleben, daß Amerika heute fast die ganze Motorisierung der Welt besorgt. England war von jeher entschlossen, seine größte Kraft, wenn notwendig, einzusetzen. Wir haben durch den Friedensvertrag und den Dawesvertrag eine solche steuerliche Belastung, daß die deutsche Wirtschaft niemals ganz konkurrenzfähig wird, sondern zunächst mit friedlichen Mitteln, durch die natürliche Lage, unsere Stellung gebessert werden muß. Wenn heute die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig würde, glauben Sie ja nicht, daß wir dann leben könnten, dann würde England wiederum zum Schwert greifen. Es ist der Kampf auf Leben und Tod, und die Phantasie der deutschen Wirtschaftspolitiker, die meinen, 1914 hat uns England den Krieg erklärt, weil wir Wirtschaftskonkurrenz gewesen sind, aber jetzt, wenn wir billiger produzieren könnten, werden die Engländer sagen, ihr wollt auch leben, wir wollen gerne zurücktreten, wenn ihr die Welt erobert, treten wir Engländer zurück. Man braucht nur einen Vergleich zu ziehen zwischen einem normalen Engländer und einem normalen deutschen Marxisten. Hier der zähe Brite, dort der Allerweltsphantast, der vor allem schwefelt [*sic!*] (Beifall) und dabei vollkommen übersehen [*sic!*], daß die Welt geteilt ist in Herrenstaaten und die sagen, ihr Deutschen sollt schwefeln, ihr sollt in Internationalen fabrizieren, sollt die Kulturgemeinschaft aufgeben, und wir Briten beherrschen die Welt. Die Welt ist ein Schiff, und England wird der Steuermann sein, und die Deutschen werden die Schiffsprediger. (Beifall.) Das Furchtbare ist aber

27 Die Bevölkerungsdichte in Großbritannien betrug zum damaligen Zeitpunkt 187,42 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1 *.

folgendes: Sowie ein Volk beginnt, seine Zukunft auf dem Boden einer sogenannten Weltwirtschaft lösen zu wollen, vergißt es langsam, daß die Wurzeln der Kraft im eigenen Boden liegen, und das ist der Fluch der sogenannten Wirtschaftspolitik. Was heißt Wirtschaftspolitik? Es heißt, wir beginnen die Wirtschaft nicht im eigenen Kreislauf zirkulieren zu lassen, sondern wir gehen nach außen, damit dann ungezählte große Städte Fabrikcharakter erhalten, wir ziehen immer mehr Menschen von der eigenen Landwirtschaft heraus und konzentrieren sie in unseren Großstädten. Langsam verlieren diese Menschen das bodenständige Denken, sie haben kein Gefühl für eigene Landwirtschaft. Diese Menschen haben nur einen Wunsch, billige Lebensmittel zu bekommen. Nun kann das Ausland billigere Lebensmittel liefern als wir. Die amerikanische Union hat Weizenflächen [28] von 700.000 Hektar [29]. Dort gedeiht der Weizen in einer Größe, wie wir sie nicht kennen. Eine Weizenernte erfordert dort fast nur das Säen und Ernten. Die Produktion ist lächerlich billig. Der Mann in der Großstadt will billige Lebensmittel, und da in der Demokratie die Majorität entscheidet, entscheidet der Schrei der Demagogie, der Schrei der Straße. Die Majorität entscheidet, man öffne die Grenzen, das Ergebnis ist, daß die eigene Landwirtschaft nicht konkurrieren kann, daß sie langsam zusammenbricht. Das Ergebnis, daß wieder mehr Menschen in die Großstadt hineinsiedeln [30], daß die Großstadt noch mehr schreit, billige Lebensmittel, Öffnung der Grenzen. Sie werden noch mehr geöffnet. Das Ergebnis: Daß die Landwirtschaft noch mehr zusammenbricht, und so sehen wir einen riesigen Kreislauf, und dann bauen sie den Körper auf, der keinen Leib mehr besitzt, einen Kopf ohne Körper. Der Bauch ist noch daran und der Kopf, der denkt. Aber er wurzelt nicht mehr im eigenen Grund und Boden. Wenn das die Engländer gemacht haben, so waren die so vorsichtig und haben sich ihren Weltabsatzmarkt politisch erobert, d. h., England hat kolonialpolitisch sich ein Viertel der Erdoberfläche gesichert, hat Stützpunkte angelegt. Wenn Deutschland das heute macht, vernichten wir die Grundlagen unserer Existenz, und wir werden immer mehr durch die Weltkonkurrenz abgeschnürt, und eines Tages wird die Not immer noch größer, und die Nation wird zusammenbrechen, wenn aus dieser Entwicklung heraus nicht eine neue Machtgestaltung erfolgt.

Da kommen wir zum wesentlichsten Punkt. Der Marxist und unsere Demokratie, beide gehen gemeinsam diesen Weg, die einen, weil sie hoffen, Dividende zu bekommen, die anderen, weil sie gute Löhne erhalten, und keiner denkt an die Zukunft. Nur wenn die augenblickliche Not dringend wird, schreit man und geht noch mehr den Weg des Verderbens. Ein dritter steht lächelnd dahinter und sieht, wie dieses Volk dabei sein ganzes Nationaleigentum verliert, wie es das, was es früher angeschafft hat, langsam verpfändet. Wir besitzen noch Reichsbahnobligationen, die wir weggeben, und können den Dawesvertrag noch erfüllen in diesem Jahr. Wir werden dafür Darlehen bekommen, das bleibt aber gleich wieder dort, aber wir dürfen es zu 17 % verzinsen. Das nächste Jahr aber sind die 7 Milliarden verkitscht [*sic!*], was dann? Wir können dann erst recht

28 In der Vorlage: "Eisenflächen", berichtigt nach Preiß, Hitler, S. 136.

29 1928 wurde in den USA auf einer Fläche von 23.360.000 ha Weizen angebaut. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 28*.

30 In der Vorlage: "einheinsiedeln".

nicht diese Summe bezahlen, unterdessen müssen wir fast 400 Millionen Zinsen aufbringen jährlich für das Darlehen. Was wird die weitere Folge sein? Wir werden wieder etwas verpfänden, vielleicht dann noch einmal die deutsche Industrie belasten. Es wird dann wieder ein Teil der deutschen Produktionswirtschaft in ausländischen Besitz übergehen. Die Folge wird nach einem weiteren Jahr sein, daß wir versuchen, ein neues Monopol zu schaffen, das macht man nicht, daß die Nation eine sozialisierte Wirtschaft bekommt, sondern daß man für 1931 ein Pfand besitzt. Sie haben nur ein Interesse, die ganze deutsche Wirtschaft pfandfähig zu machen, das heißt, verkitschungsreich [*sic!*] zu machen, daß man nur, wenn man das in große Komplexe zusammenfaßt, in große stattlich [*sic!*] organisierte Komplexe. Wenn das auch vorbei ist, was dann? Dann wird man vielleicht noch einmal versuchen, den Bergwerksbesitz, den Kohlenbesitz zu realisieren, wie Stresemann es heißt. Wenn auch das weg ist, kommt einmal die Stunde, in der man nicht mehr kann. Selbstverständlich, wenn Sie heute einen Menschen nehmen, der sein väterliches Erbe verklopft, wenn Sie ihm das im ersten Jahre sagen, wenn Sie so fortmachen, haben Sie in 6 Jahren nichts mehr, wird er nicht hören wollen, und wenn Sie heute die Repräsentanten der deutschen Republik fragen, wie lange machen Sie die Wirtschaft. Sie brechen doch dabei zusammen, und das Ende ist der Zusammenbruch, dann sagen sie, das ist doch lächerlich. Wir möchten eines feststellen, daß wir 10 Jahre mit unserer Prophezeiung rechtbehalten haben. Heute muß Herr Stresemann erklären, der Dawesvertrag ist unerfüllbar, er richtet Deutschland zugrunde, unsere Wirtschaft bricht darüber zusammen. Das haben wir vor 3 Jahren gesagt. Heute sind wir wieder die Propheten. Ich habe Ihnen ein Zukunftsbild gegeben, und wir werden erleben, daß unsere ganze Presse das totschweigt, einfach gar nicht erwähnt. Aber in einem Jahre werden Sie erleben, daß unsere Gegner sagen, denken Sie nicht, daß das ein besonderes Kunststück ist. Wenn ich weiß, daß eine Nation ein bestimmtes Nationalvermögen hat, das im Frieden auf 370 Milliarden geschätzt wurde und heute an sich nur ein Bruchteil ist. Wenn man bedenkt, daß dieses Nationalvermögen nur teilweise realisierbar ist, wenn man einen großen Teil Wucherern in die Hände geben muß, wenn man den Weg beschreitet und das deutsche Nationalvermögen kennt, kann man leicht sagen, in 4 bis 5 Jahren sind wir am Ende des Verfalls. Der Marxist sagt, das kann uns wurst sein. Aber du, lieber Freund, wirst ein Erwachen erleben. Ohne Zweifel, in Deutschland gibt es Tausende von Industriellen, die nicht so viel Verständnis haben für ihre Mitmenschen, für ihre Arbeitnehmer. Aber solange die Wirtschaft in deutschem Besitz ist, kann man sich mit ihnen auseinandersetzen. Wenn sie aber einmal im internationalen Besitz ist, wirst du, Genosse, erst sehen, was deine internationale Solidarität ihnen gegenüber ausrichtet. Die Deutsche Reichsbahn von einst konnte man zwingen, daß sie ihren sozialen Verpflichtungen nachkommt, die heutige kann man nicht zwingen. Das ist den internationalen Herren gleich. Glauben Sie, daß ein Bankier, der in New York sitzt oder in London, in Mitleid vergeht für unsere deutschen Arbeiter und Volksgenossen, und glauben Sie, daß da drüben einer sich rührt, der internationalen Solidarität [*zuliebe*]? Warum ruft man sie jetzt nicht an? Wenn die Nationalsozialisten erklären, man soll jetzt angesichts dieser drohenden Verschleuderung des letzten Restes der Deutschen Reichsbahn zum Generalstreik aufrufen und die Nation mobilisieren, da sagen die Genossen,

das können wir nicht! Ausländische Verwicklungen! Wo bleibt heute die Solidarität? Das bringen wir nicht fertig, daß die Nation vor der Ausplünderung bewahrt wird, da seid ihr zu schwach. Aber das können wir garantieren, daß wir keine Waffen brauchen. Die internationale Solidarität garantiert, daß Deutschland nicht angegriffen wird. Werden wir auch nicht. Hat man nicht notwendig. Solange wir Deutschen von unseren Steuergroschen bezahlen, haben sie keinen Grund uns anzugreifen. Es genügt eine Drohung, vor einer Division im Ruhrgebiet kapituliert ganz Deutschland. Glauben Sie mir, daß ein Mensch Mitgefühl hat? Die Zirkusspieler vom einstigen Rom eröffnen uns einen Einblick in den tatsächlichen Zustand der menschlichen Seele, der besagt, daß man Mitleid nur mit dem hat, der kämpft. Der Gladiator, der feig war, hat keine Rettung zu erhoffen. Das Volk schrie: In den Tod mit ihm. Der Gladiator, der sich verteidigt, hat die einzige Hoffnung auf Rettung. Das Volk schrie: Er lebe. Die Menschen ändern sich nicht. Wenn sich ein Volk heroisch wehrt, wenn es Widerstand leistet, hat es eine gewisse Aussicht, auf Mitgefühl in der anderen Welt zu rechnen. Wenn sich ein Volk feige, erbärmlich, gemein aufführt, soll [*es*] [31] ja nicht denken, daß die anderen Mitleid haben werden. Sie sehen das Mitleid mit Deutschland. Anspucken tut man uns im Namen der internationalen Solidarität. Und zwar von beiden Kategorien, nicht nur von dem proletarischen, auch das Bürgertum hat eine internationale Solidarität. Wenn ein Bürger sagt, wie können Sie so großen Glauben an den deutschen Arbeiter haben? Weil ich den deutschen Arbeiter kenne. Vor allem, weil mich die feinen Töne und die Vornehmheit nicht zu rühren vermögen. Wenn mir heute ein Prolet seine Meinung brutal sagt, habe ich die Hoffnung, daß die Brutalität eines Tages nach außen gekehrt werden könnte. Wenn mir ein Bürgerlicher als überästhetisch [*sic!*] seine Meinung entgegensäuselt, sehe ich, daß hier die Schwachheit und die Feigheit dazukommt. Wenn ein Bürger traumverloren daherwandelt und nur von der Kultur und Zivilisation und ästhetischer Weltbefriedigung [*sic!*] redet, muß ich sagen [32]: Du bist verloren für die ganze deutsche Nation, du paßt nach Berlin W[*est*], gehe dorthin in diesen Schmutz und verrecke dabei. (Großer Beifall!) Hopse deine Negertänze zu Ende. Entweder das deutsche Volk wird trotzdem siegen oder es geht kaputt. Es ist also tatsächlich nicht etwa nur eine Frage der linken Seite, es ist eine Frage auch der rechten Seite, ob aus diesem Volk überhaupt noch die große Not zu einer Komprimierung des Willens erfolgen kann. Eines muß uns klar sein. Wenn wir diesem drohenden Zustand, der eintreffen wird, entgehen wollen, muß die deutsche Nation zunächst aufhören, eine Sammlung von Berufen, Ständen, Klassen, Betriebsgemeinschaften zu sein, muß dieses Volk sich wieder besinnen auf die inneren Quellen seiner Kraft. Wenn uns heute das Bürgertum bei unserer außenpolitischen Auffassung entgegentritt, und sagt, was wollen Sie, wir haben doch keine Waffen. Herr Stresemann hat wieder erklärt [33], die Politik, die ich mache, ist verrückt - gebe ich zu, aber ich kann nur eine solche Politik machen, weil ich kein anderes Volk hinter mir habe, weil ich keine Waffen besitze. Die Frage ist nicht mehr die, ob die Politik gemacht wird, weil man keine Waffen hat, sondern ob die Politik, die man

31 Ergänzt nach Preiß, Hitler, S. 138.
32 In der Vorlage: "sehen".
33 Vgl. Anm. 24.

macht, jemals noch zu einer Kraft führen kann. Die Leute, die wir heute am Ruder haben, sagen: ruhig! Keine Gefühlsäußerungen, keine Willensäußerung, keine Aufrüstung, keine militärische Ertüchtigung. Wenn einer so etwas tut, sperren wir ihn ein. Wenn sie eine Außenpolitik machen, sagen sie, wir können keine machen, weil wir hinter uns kein Volk haben, das Kraft besitzt. Das Volk rührt sich ja gar nicht. Wir haben ein totes Volk hinter uns. Wir haben keine Waffen da, das machen wir diesen Menschen zum Vorwurf, daß sie auf der einen Seite jeden Willen töten und sich auf der anderen Seite darauf berufen, daß wir keinen Willen haben, daß sie unterdrücken, was Willensäußerung sein könnte und auf der anderen Seite entschuldigen damit, daß man keine Willensäußerung hat. England hat Jahrhunderte hindurch von Zeit zu Zeit ein schwaches Landheer gehabt, selbst die englische Flotte war zeitweise nur bemessen nach dem möglichen Gegner, aber dahinter stand ein unbegrenzter Wille, wenn notwendig, die ganze Nation sofort einzusetzen zur Verteidigung der englischen Lebensrechte. Ich kann da immer nur primitive Beispiele nehmen. Nehmen Sie heute einen Mann, der wenig Mut hat, sagen wir Herrn Stresemann, und sagen Sie ihm: Sie gehen jetzt durch den Wald, in dem Wald sind Räuber, hier haben Sie ein Maschinengewehr, also los! Stresemann wird zu gehen anfangen. Glauben Sie, wenn wirklich Räuber kämen, Stresemann würde schießen? Glauben Sie, wenn wirklich Räuber kämen, er würde schreien: Halt, oder ...! Er würde vielleicht in den Wald hineingehen und rufen: Ich heiße Gustav Stresemann, ich bin grundsätzlich friedlich eingestellt, tue keinem Menschen etwas zuleide und bin überzeugt, daß mir niemand etwas zuleide tut, bin Vertreter im Völkerbund. Und wenn wirklich ein Räuber kommt, wird ihm Stresemann das Gewehr hinhalten und wird sich nicht verteidigen. Er würde niemals sich mit einer Pistole verteidigen, sondern ich sehe ihn vor mir, wie er auf den Knien bitten würde, daß man Einsicht haben möge. Schicken Sie aber jemand in den Wald, der nur einen Stock in der Hand hat und ein Herz besitzt, wenn der angegriffen wird, würde er wohl nicht sagen: Erbarmen Sie sich, sondern er wird sich mit dem Stock wehren. Das Wesentliche ist der Mann, die Gesinnung. Wenn Sie dem deutschen Volke heute Kanonen geben würden und Gewehre, glauben Sie nicht, daß wir dann mehr Kraft hätten. Drei Monate später wäre alles verschoben und verkitscht [*sic!*]. (Lachen!) Sie würden hören, wie der deutsche Reichswehrminister [34] am Verschrottungsgesetz sich beteiligen würde, aber Sie würden nicht erleben, daß Widerstand geleistet würde. Der Geist ist es, der hier entscheidet.

Und da müssen wir als Nationalsozialisten sagen, was gestaltet werden muß, ist nicht eine Armee, nicht ein Waffenbesitz, sondern es ist ein Volk. Ein Volk, das von den kleinen Tagesproblemen weg die große Notwendigkeit seiner Existenz erkennt und entschlossen ist, für diese Notwendigkeit einzutreten, und das jeden Weg wahrnimmt, der zur Freiheit führen kann. Ein Volk, das jede Stunde nur prüft, von dem Gesichtspunkt aus kann sie uns nützen. Wenn Sie fragen, kann man denn ein Volk zur Macht bringen, wenn es keine Waffen hat, dann will ich Ihnen den Weg nur kurz skizzieren. Erstens liegt die Kraft jedes Volkes in seinem Wert, und da treten wir als Nationalsozialisten vor die ganze heutige bürgerliche und sozialistische Welt, die sagt, Mensch ist gleich Mensch, und erklären, Mensch ist nicht gleich Mensch. Jeder Mensch hat wohl eine

34 Wilhelm Groener.

Nummer. Aber außer dieser Nummer hat jeder Mensch einen spezifischen Wert, das heißt: Ich kann alle Körper hier in dem [*sic!*] mir vorstellen. Jeder Mensch hat einen Körper, aber der Inhalt dieses Körpers ist nicht gleich dem Inhalt des anderen Körpers; der eines germanischen Körpers ist nicht gleich dem eines Buschmenschen. Wenn das das Gleiche wäre, müßte das Kulturbild der Welt gleich sein. Weder äußerlich noch innerlich sind die Menschen gleich! Und diese Erkenntnis der Ungleichheit der Menschen ist in Wirklichkeit die Voraussetzung für die Möglichkeit einer Wiederauferstehung des deutschen Volkes. Wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, Mensch ist gleich Mensch, kann der Engländer mit Recht sagen, dann halte das Maul, was willst du eigentlich. Wir haben 60 Millionen Hottentotten, Zulukaffern, denen geht es schlechter als euch. Dir geht es noch viel zu gut. Wenn ich für mein Volk Rechte haben will, muß ich mich berufen auf den spezifischen Wert meines Volkes, auf seine besondere Bedeutung. Wir sind keine Zulukaffern. Die kann man so behandeln, aber uns nicht. Und vor allem, wenn ich wirklich Kraft äußern will, muß ich mich auf mein Volkstum berufen, wie überhaupt zu allen Zeiten der Appell an das eigene Wesen die höchste Kraft bedeutet. Heute lebt die Welt im Negertanz. Die Fabrikanten sind lauter Juden. Warum? Weil wir Deutsche das nicht können. Wir sind wahrscheinlich nicht musikalisch! Wenn ein Deutscher heute versuchen will, mit einem Juden in Konkurrenz zu treten in der Fabrikation von Negertänzen, muß er unterliegen, absolut, weil das ganz außerhalb unseres Wesens liegt. Auf mein Blut muß ich mich berufen. Wenn dieser Hebräer einen Negertanz vorhält, kann ich ihm eine Symphonie vorhalten. Das sind ganz andere Werte. Wenn heute der Jude beginnt, mit mir dialektisch zu streiten, können wir nicht mit [*ihm*] konkurrieren, weil jedes seiner Worte Lüge ist, weil er nicht redet, was er denkt, sondern das, was verhindert, daß man sieht, was er denkt. Meine Kraft liegt nicht in der Dialektik mit Juden, sondern im positiven Schöpfen. Unsere Vorfahren hatten schon Kämpfe mit den Juden auszufechten. Der Jude wollte die Bauern zu Hörigen machen. Das deutsche Volk von damals sagte, wir verbieten durch politische Machtmittel, daß du überhaupt Grund und Boden aufkaufst. Wenn heute gemeine Schiebergeschäfte triumphieren, und heute besonders auf dem Bankgebiet der Jude die Führung in die Hand bekam, sagen viele Deutsche, weil er intelligenter ist, das heißt, ihr müßt eben auch mitbetrügen und konkurrieren in der Gaunerei. Wir werden ihm eines Tages die politische Faust unter die Nase halten und ihn aufmerksam machen, daß dieses System nicht mehr geduldet wird. Das gilt auf allen Gebieten. Wenn ein Volk sich auf seine Kraft besinnt, ist es stark. Nehmen Sie den deutschen Bauern. Seine Kraft ruht in der Ehrlichkeit, im Fleiß, in der Tüchtigkeit, in der Sparsamkeit. Beim Hebräer liegt die Kraft im Reden, Schwindeln, Betrügen, in Finanzgeschäften usw., immer im Äußeren. Wenn der Bauer versucht, auf diesem Boden mitzukämpfen, muß er verlieren. Er muß sich auf seine Kraft berufen. Wenn er nicht mit seiner Waffe kämpft, muß er verlieren, und abgesehen davon, daß der Kampf dann gar keinen Sinn hat. Wenn wir das deutsche Volk mit einem Judenkopf krönen wollen, wird es eine Mißgeburt geben. Wenn das deutsche Volk Widerstand leisten will, muß es der Ausländerei auf allen Gebieten den Kampf ansagen. Das ist die erste Mission der Nationalsozialisten. Wir werden ihr den Krieg ansagen auf allen Gebieten. Sagen Sie nicht von rechts, das ist recht, wenn man

diesen Menschen von links, diesen Proleten, die internationale Gesinnung austreibt. Wir treiben sie auch hier aus, ziehen dich aus deinen ausländischen Wagen, ausländischen Etablissements, aus deinen Tänzen, aus deiner ganzen Ausländerei mit eiserner Faust heraus und hauen die ausländischen (stürmischer Beifall, in dem der Rest des Satzes verloren geht). Wenn du sagst, ja es ist schon recht, wenn diese Arbeiterschaft in ihrer Politik ihre ausländische Tendenz verliert. Mein Lieber, wir werden den Arbeiter aus seiner ausländischen Verführung herausbringen, aber auch den deutschen Bürger aus seinem ausländischen Vergifter. Wir werden die ausländischen Proletenzeitungen vernichten, so daß das deutsche Volk eine deutsche Presse erhält, daß diese Ausländerei mit Stumpf und Stiel ein Ende nimmt. Glauben Sie [*mir*], das ist mit eine der Voraussetzungen, daß unser Volk wieder zur Kraft kommt, schon weil Kraft gebunden ist an einen bestimmten inneren Glauben. Niemals werden Sie einen Bastard zur Überzeugung von Kraft bringen. Der Mensch, der zerrissen ist an Körper und Geist, entwickelt keine Kraft. Sie wird immer nur der von sich geben, der äußerlich und innerlich vollkommen eins ist, der in seiner Scholle wurzelt, der Bauer, dauernd der Bauer. Und noch aus dem Grund, weil er durch die Art seiner Wirtschaft dadurch [*sic!*] gezwungen ist, eine Unzahl von Entschlüssen zu treffen. Er mäht, er weiß nicht, ob nicht schon am nächsten Tag Regenwetter kommt und seine ganze Ernte ersäuft wird. Er sät und weiß nicht, ob nicht am nächsten Tag Frost kommt. Seine ganze Arbeit ist dauernd Zufälligkeiten ausgesetzt, und doch muß er immer wieder zu einem Entschluß kommen, und wenn er sehen muß, es geht zugrunde, muß er zu einem Entschluß kommen. Wenn ein Volk noch gesund organisiert ist, daß immer Blut von unten nach oben nachströmt, kann ein solches Volk aus der tiefsten Quelle seiner Kraft [*un*]unterbrochen Kräfte neu schöpfen. Es wird dann auch in seiner Führung immer Männer besitzen, die auch die brutale Kraft des Menschen ihrer Scholle haben, die Kraft, die Entschlüsse trifft. Es ist kein Zufall, daß der größte Staat der antiken Welt im tiefsten Grunde ein Bauernstaat gewesen ist, der die größten Köpfe gezogen hat.

Da komme ich zum zweiten, was uns Nationalsozialisten heute demokratisch organisiert [*sic!*] und Deutschland besonders. Was heißt Demokratie? Das heißt, eine Mehrzahl von Menschen entscheidet immer bestimmte Vorgänge usw. Wenn Sie den Sinn der Demokratie in einem klaren Beispiel erkennen wollen, gibt es kein besseres als den Bauernhof. Nehmen Sie zwei Bauernhöfe, in einem lassen Sie jede Entscheidung treffen von einem Beschluß sämtlicher Knechte und Mägde durch die Majorität und im anderen setzen Sie einen Bauern ein, der die Verantwortung trägt. Dann sehen Sie nach 10 Jahren die Höfe an. Sie werden sehen, daß der eine kaputt gegangen ist, während der andere besteht. Der Deutsche Reichstag: Jeder von Ihnen soll in einem maßlosen Respekt auf diese Auslese der deutschen Nation hinsehen - deutsche Auslese soll das sein. Man kann sie auf zweierlei Wegen gewinnen, dadurch, daß sie zu Boden sinkt, oder nach oben schwimmt. Mir scheint, daß diese Auslese oben schwimmt. Ich habe das Gefühl, daß das keine Köpfe, sondern bloß Blasen sind, ganz kleine Bläschen, die man ein ganzes Jahr nicht hört und [*die*] nur ein beschauliches Dasein führen. Aber jeder dieser Auserlesenen der Nation hat eine Stimme, kann unter Umständen Deutschlands Schicksal entscheiden. Das heißt, es kann sein, daß da z. B. eine Abstimmung kommt, ob

Deutschland den Weg der Außenpolitik einschlagen soll oder den anderen, und da wird abgestimmt, und endlich hängt es von einem Mann ab, und das ist, sagen wir, der Hieronymus Oberhuber, der die deutsche Außenpolitik so oder so entscheiden wird. Der Mann gibt seine Stimme ab. Nun müssen Sie sich aber vorstellen, wie der gewählt wurde. Der ist nämlich auch selbst wieder nur mit einer Stimme Majorität gewählt worden, und diese Stimme ist ein Kuhfräulein. Dieses Fräulein Zenzi soll zur Wahl. Sie wäre eigentlich nicht gegangen. Aber durch geistlichen Zuspruch und Rat hat sie sich bewogen gefunden. Man hat ihr gesagt, auf die Nummer 7 kommt das Kreuz hin. Diesem Zettel verdankt der Oberhuber seine Wahl. Denken Sie, dieser guten Dame verdankt die deutsche Nation ihre außenpolitische Leistung! (Sehr richtig!) Diese Fräuleins laufen genug herum. Bis in die feinsten Familien hinein findet man sie. Ich möchte sie nicht zählen, die genau so wenig wissen, was die Folgen dieses Kreuzes sein werden. Es ist auch ganz gleichgültig. Tatsache ist, daß durch ein System des Wahnsinns Menschen gewählt werden, die nun entscheiden müssen für die Nation. Das ist aber zunächst nur das Grobe. Ich möchte nun dazu übergehen, warum das parlamentarische System das Sinnloseste ist, was es gibt.

Die Majorität besteht niemals aus Helden und Weisen. Sie kann das gar nicht. Sie hat 560 Abgeordnete, davon sind 30 Bauern, 25 Ärzte, 70 Professoren, 170 Advokaten, 220 Gewerkschaftsonkel usw. [35] Das ist die Zusammensetzung dieser Auslese der Nation, d. h., wenn hier irgendwie eine präzise Frage zur Beantwortung kommt, so kann immer nur ein Bruchteil Verständnis für die Frage besitzen. Über eine rein landwirtschaftliche Angelegenheit entscheidet der Advokat und der Rechtsgelehrte, und Leute, die keinen Dunst haben. Es kommt eine Frage der Hygiene. Darüber entscheiden die, die überhaupt erst vor 3 Jahren entdeckt haben, was Hygiene ist. Es kommt eine Frage des Verkehrs. Darüber entscheiden Menschen, die keine Ahnung haben, mit was eine Lokomotive getrieben wird. Kommt der Panzerkreuzerbau, über den ein Herr Wels [36] redet, der in seinem Leben noch auf keinem Schiff gewesen ist. Kurz und gut, immer können wir erleben, daß nur ein Bruchteil der Menschen, die abstimmen, die Sache verstehen können. Das heißt in Wirklichkeit, es werden Menschen dort planmäßig zum Lügen erzogen. Man bringt sie so weit, daß sie tun, als ob sie es verständen, während sie es gar nicht verstehen können und in Wirklichkeit nicht verstehen. Warum werden aus diesen Abgeordneten einzelne Sachverständige genommen, weshalb lassen sie eine Sache von einem Sachverständigen von den 540, die es nicht verstehen, bearbeiten? Wo liegt da der Sinn? Wenn Sie schlechte Stiefel haben, gehen Sie nicht zum Konditor, sondern zum

35 Der Reichstag hatte in der IV. Wahlperiode 490 Abgeordnete, darunter waren 64 in der Landwirtschaft beschäftigt, 5 waren Ärzte und Apotheker, 20 Rechtsanwälte und 66 Gewerkschaftsangestellte und Verbandsvorsitzende bzw. -direktoren. Die Zahl der Professoren ist von der Reichstagsstatistik nicht erfaßt. Vgl. Reichstags-Handbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 259, 474.

36 Otto Wels (1873-1939), Tapezierer, 1901-1913 Mitglied, seit 1906 Obmann der Pressekommission des "Vorwärts", 1907-1919 SPD-Bezirksparteisekretär der Provinz Brandenburg und Redakteur der "Fackel", 1912-1933 MdR (SPD), 1913-1933 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1918 Stadtkommandant von Berlin, 1919/20 Mitglied und 1920-1933 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der SPD-Reichstagsfraktion, 1923-1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI), 1931-1933 Vorsitzender der "Eisernen Front", 1933 Emigration.

Schuhmacher. Aber die ganze Nation können Sie in die Hand von 540 Pfuschern geben. Wenn Ihnen heute das Schicksal einen Staatsmann schenken würde von Bismarckscher Größe, erwarten Sie, daß der Staatsmann vor dieses Forum hingeht und dort von Fall zu Fall fechtet, daß diese Leute das tun, was er will, wobei er überhaupt Schwierigkeiten hat, ihnen begreiflich zu machen, was er will. Von denen hängt das Schicksal der Nation ab. Dann sagt man, die Demokratie ist der einzige vernünftige Zustand. Mein Herr Industrieller, führen Sie doch die Demokratie in Ihrem Betrieb ein, in Ihrer Fabrik! Da sagen Sie dann doch, das ist die Zerstörung. Führen Sie sie in einem Bauernhof ein, in der Verwaltung! Nur die Autorität der Person kann dort entscheiden! Beim Militär! Bei der Polizei! Führen Sie sie in der Kultur ein! Ja, wo führen Sie dann ein [*sic!*]? Im Staat führen wir sie ein! (Lebhafter Beifall.) Dann sagt man, das ist doch ganz natürlich. Die Juden haben es fertiggebracht, die das so lange vorschwatzen, bis auch du so sagst. In der Kunsthalle hängt unter anderem auch ein Bild, von dem kein Mensch mit gesunder Vernunft sagen könnte, was es ist. Der gute Schlachtermeister schaut alles an, und endlich sagt der Jude, hier ist auch noch ein Bild, aber das ist schwer zu verstehen, etwas ganz Modernes, das verstehen nur sehr wenige. Der Jude redet und redet, und der Schlächter versteht eigentlich gar nichts. Er müßte sagen, das Bild ist schrecklich. Der andere sagt, es ist außerdem noch sehr teuer. Da sagt sich der Schlächter, das muß dann schon etwas Außerordentliches sein. Und der Jude redet so lange, bis der andere mit dem Bild unter dem Arm hinausgeht. So ist es in der Nation. Sie verstehen nie, um was es sich handelt, aber was es kostet, wissen sie. Man hat sich die Demokratie angewöhnt, man hat vergessen, daß die Welt die Periode der Demokratie nur ganz kurz gehabt hat, und daß es Verfallserscheinungen waren, daß der römische Staat oder England keine demokratischen Republiken in der heutigen Auffassung gewesen sind, sondern daß sie aristokratische Republiken gewesen sind, daß England noch vor 25 Jahren kaum eine Million Wähler gehabt hat, kein allgemeines Wahlrecht [37]. Und warum? Nicht, weil man das Volk nicht regieren lassen wollte, sondern weil die Frage die ist, wenn Volksregierung Dummheit ist, muß man die Demokratie regieren lassen, ist aber Volksregierung eine Regierung der Vernunft und des Glückes für ein Volk, muß ein Volk versuchen, zu einer Staatskonstruktion zu kommen, bei der seine fähigen Köpfe regieren, und zwar nicht belastet durch 550 Nullen, sondern auf eigene Verantwortung. Und damit komme ich zum allerletzten, weil die Demokratie den Führergedanken glatt vernichtet. Wenn Sie heute einen Menschen haben, der etwas kann, wird er die Verantwortung übernehmen, und wenn Sie jemand haben, der vom anderen die Verantwortung übernehmen läßt, ist er ein Strohkopf. Ein anständiger Mensch wird sich nicht drücken, sondern wird sagen, dafür stehe ich ein. Stresemann erklärte, der Dawesvertrag ist vernichtend, wir gehen zugrunde. Wer hat die Verantwortung heute? Der Reichstag hat es gewollt. Wer ist der Reichstag? Nehmen Sie doch den Reichstag und eine Fraktion, sagen Sie zu einem Demokraten: Sie sind schuld! Er wird antworten: Ich? Warum? Die

37 1911 gab es in Großbritannien 7.904.465 Wahlberechtigte. Vor der Wahlrechtsreform von 1918 waren nur männliche Haushaltsvorstände wahlberechtigt. Vgl. Hans Setzer, Wahlsystem und Parteienentwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832 bis 1948, Frankfurt a. M. 1973, S. 98 f., 245 f.

demokratische Partei hat damals nicht geschlossen abgestimmt, und ich bin draußen gewesen! Keiner hat eine Verantwortung, jeder drückt sich. Das ist ein System, das ein Volk zugrunde richten muß, weil ein solches System alle feigen Naturen anzieht, während es verantwortungsbewußte Männer zurückstößt. Das ist, als wenn Sie einen Betrieb nehmen und einen Verwalter einsetzen und sagen, er hat hier nichts zu reden, es entscheidet die Majorität. Früher bestand die Aufgabe des Staates darin, daß er geniale Gedanken in die Wirklichkeit umsetzte, heute sucht er für seine Ungenialität eine Majorität zusammenzukleistern. Wenn einer diese Gewandtheit hat, ist er ein großer Staatsmann, und wenn er sie nicht hat, könnte er Friedrich der Große sein, würde er gekreuzigt werden. Glauben Sie, Friedrich der Große würde mit dem Reichstag arbeiten oder umgekehrt? Auch unsere sogenannten bürgerlich-nationalen Parteien sind vom Gift der Verantwortungslosigkeit vollkommen angesteckt. Wenn heute plötzlich, sagen wir, in Potsdam die Gruft aufbrechen würde, und Friedrich der Große würde in den Reichstag kommen, sie würden nicht sagen, Gott sei Lob und Dank. Sie würden sagen, schnell eine Ergänzung zum Republikschutzgesetz [38]: Königen ist das Verlassen der Grüfte in der Republik polizeilich verboten. (Beifall!) Sie wollen es in Wirklichkeit nicht mehr, denn es ist angenehm für kleine Köpfe, keine Verantwortung zu haben. Da kann jeder Minister werden, und wenn Sie sehen, wie sie anstehen, die Herren. Wenn einer zu lange sitzen bleibt, stoßen schon die anderen. Endlich geht einer, dann kommt der nächste. Es kommt ja jeder früher oder später dran, vorausgesetzt, daß er nicht ein Mann ist. In der Demokratie muß jeder, damit er zu einer führenden Stellung kommt, das ärztliche Attest erbringen, daß er kein Mann ist. Vor einem Mann haben sie Angst, denn er könnte uns eines Tages zum Teufel hauen. Wenn ein Volk von dieser Krankheit ergriffen wird, wundern Sie sich nicht, wenn es zugrunde geht. Preußen ist bei seiner Befreiung einst geführt worden von Köpfen. Deutschland hat den Locarnovertrag unterzeichnet [39]. Aber Deutschland hat auch keine Männer. Sie können nicht sagen, daß Stresemann etwa der Freiherr vom Stein wäre, oder Heye [40] etwa Blücher wäre, oder Groener Scharnhorst oder Wels etwa Gneisenau, das ist der wesentliche Unterschied. Einst ist Preußen gerettet worden durch Männer, und Deutschland wird vernichtet durch seine Majorität. Deutschland ist nicht gegründet worden durch Majorität. Dieses Deutsche Reich ist gegen die Majorität gegründet worden, wie auch der bayerische Staat nicht das Ergebnis von Parlamentsbeschlüssen ist.

Und zum dritten Punkt noch, der heißt der Kampfgedanke. Wenn ein Volk sich dauernd erzieht mit der Hoffnung auf außen, mit dem Glauben, durch irgendwelche Wunder erlöst zu werden, geht es zugrunde. Wenn eine ganz bürgerliche Welt z. B. vollkommen vergiftet wird mit Pazifismus, geht sie zugrunde. Sagen Sie mir nicht, das Le-

38 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau verabschiedet worden. Druck: RGBl., I, 1922, S. 585 ff.

39 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

40 Wilhelm Heye (1869-1946), 1888 preuß. Leutnant, 1906-1908 Generalstabsoffizier in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1919 Chef des Stabs des Truppenamts im Reichswehrministerium, 1920-1922 Chef des Truppenamts, 1922/23 Chef des Heerespersonalamts, 1926-1930 Chef der Heeresleitung, 1930 Generaloberst.

ben ist entsetzlich. Das Leben ist stets entsetzlich. Wenn mir heute einer sagt, wir stehen dafür, daß dieses Leben ganz ideal wird, dann mußt du zu leben aufhören. Die höchste Lebensweisheit für den Menschen, der das Leben nur als das Erhebenste [*sic!*] betrachten will, ist am Ende dann der Selbstmord. Ein Wesen trinkt das Blut des andern, indem das eine stirbt, ernährt sich das andere. Man soll nicht faseln von Humanität. Diese Welt ist nicht grausam, sondern aufgebaut auf eine Höherzucht durch Kraft, Genialität, Tatkraft, ewigen Kampf. Der Kampf bleibt. Als das deutsche Volk abgerüstet hat, da haben unsere Dummköpfe geglaubt, nun hört die Weltrüstung auf und Kriege sind künftighin nicht mehr möglich. In einer Welt, in der sich Planeten und Sterne nach den Gesetzen der Kraft bewegen, wird auch auf der Erde sich alles bewegen nach dem Gesichtspunkt der Kraft, und wenn du dich entkräftest, hört die Kraft nicht auf, sondern der Stärkere wird der Sieger sein. Wenn Deutschland heute abrüsten wird, bilde dir nicht ein, daß die Welt damit aufhört. Die Welt bleibt, wie sie ist, nur ein Volk verschwindet von der Welt, und wie es verschwindet, sehen wir heute vor uns. Und da stemmen wir uns als Nationalsozialisten gegen diese Entwicklung. Unser Programm aber lautet an der Spitze, es kann kein Mensch Nationalsozialist sein, außer er vergeht in Liebe zu seinem Volk, und keiner kann Sozialist sein, außer er vertritt die Rechte seines Volkes. Keiner kann sagen, er ist national, wenn er einer Klasse angehört. Nationalsozialismus [41] und Sozialismus sind zwei sich ergänzende Begriffe. Indem ich national bin, kämpfe ich für mein Volk, indem ich Sozialist bin, vertrete ich mein Volk der ganzen Welt gegenüber. Die zwei Begriffe, die unser Volk zerrissen haben, werden damit zum zusammenschmiedenden Ideal. Wenn das nicht gelingt, daß wir in Deutschland diese beiden Klassen wieder zusammenführen zum großen politischen Kampf der Nation, dann glauben Sie nicht, daß das Bürgertum siegt und daß das Proletariat siegt, sondern dann wird die deutsche Nation besiegt, Bürgertum und Proletariat hören auf zu existieren.

Ich höre oft den Einwand von bürgerlicher Seite, es sind noch so wenige. Es ist stets das Merkmal der Feigheit gewesen, niemals eine Sache anzuerkennen, ehe sie nicht gesiegt hat. Als wir vor 7 Jahren zu arbeiten begonnen haben, hatten wir nicht solche Säle vor uns. Als ich in München begann, waren wir 7 Mann [42]. Da hatte ich keine Aussicht, etwa in Berlin reden zu können. Und trotzdem haben wir es gewagt und haben begonnen. Als man Luther in den Bann schlug, hat er es dennoch gewagt. Wer die Majorität hat, braucht keinen Mut mehr. Wenn man uns fragt, warum eine neue Partei? Weil die alten versagt haben. Wenn Sie sagen, die alten Parteien haben sich auch regeneriert. Nein! Die Firmenschilder haben sie geändert, sonst ist alles beim Alten geblieben. Als die alten Parteien den Zusammenbruch erlebten, sagten sie nicht, wir müssen einen anderen Weg gehen, sondern sie sagten, das Volk wird uns auf unseren Namen keine Stimme mehr geben, folglich denkt nach, was für einen Namen wir uns nehmen können. Man tat auf die alten Gebilde die neue Bezeichnung und hat die Nation damit wieder eine Zeit lang betrogen. Um Deutschland zusammenzuhalten, ist eine junge Kraft nötig. Sie können nicht von einem Deutschland der Zukunft reden, nicht links und rechts,

41 Muß heißen: Nationalismus.
42 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

nicht von dem Deutschland der Einheit. Sie sind ja selbst die lebendigen Zeugen der deutschen Zerrissenheit. Wenn heute ein Bürgerlicher sagt, wir treten auf für die Zukunft, indem du sagst, daß du Bürgerlicher bist, bist du bereits ein Zeuge für die Zerreißung der deutschen Nation. Ich kann nicht sagen, ich bin ein Bürgerlicher, bin Proletarier und habe Glauben an die Zukunft meines Volkes. Das Glaubensbekenntnis der Bewegung, die das kommende Deutschland repräsentiert, kann nicht lauten, wir sind Proletarier oder Bürgerliche, sondern der erste Satz dieses Glaubensbekenntnisses kann nur lauten: Wir sind Deutsche. (Lebhafter Beifall!) Weit hinter uns erst kommen andere Begriffe, und wenn Sie sagen, sie werden doch auch den Kampf zwischen Industrie und Wirtschaft nicht beseitigen können? Wir lügen das unserem Volk auch gar nicht vor. Über diesem Zwiespalt gibt es einen Willen für die gemeinsame Notwendigkeit. Je mehr unser Volk die großen Notwendigkeiten erkennt, um so mehr wird es sich gegenseitig fügen lernen in den kleinen Belangen, je mehr unser Volk das große Schicksal sieht, um so mehr wird der einzelne Industrielle weggehen müssen von seinem einseitigen Dividendenstandpunkt und der Arbeiter von dem bornierten Klassenstandpunkt, und um so mehr wird jeder Stand etwas opfern müssen, daß es eine gemeinsame Grundlage gibt. Glauben Sie nicht, daß diese Bewegung, die mit 7 Mann begonnen hat, sich damit zufrieden gibt, daß sie vor alten Gewalten kapituliert. Sie wird den alten Gestalten des Bürgertums und Proletariats die Waffen des Bruderkampfes aus den Fäusten schlagen. Wir werden lehren, daß es etwas Höheres gibt als Klassenstandpunkte, werden ihnen die Erkenntnis beibringen von der Notwendigkeit der Einheit der Nation und der Unterordnung des einzelnen unter diese Notwendigkeit, weil es eine Lächerlichkeit ist, an das Proletariat zu appellieren, vergießt euer Blut für die Wiederaufrichtung Deutschlands, während andere nicht bereit sind, weniger zu opfern. Ein Staat des Opfers muß es werden, an dem jeder seinen redlichen Beitrag zur Wiederauferstehung zu geben hat. Wer sich dieser Verpflichtung nicht unterwerfen will, wird gebrochen werden. Das Bürgertum sagt, ihr seid doch eine kleine Partei. Vor 9 Jahren habe ich das erste Mal zu 7 Mann gepredigt. Langsam wurden 60 nach einjähriger Tätigkeit daraus. Kein Mensch wußte etwas. Die Presse schwieg uns tot. Die Säle wurden größer und größer. Man begann das Lachen einzustellen, begann zu lügen, man sagte, wenn sie sprechen, sprechen sie gegen das Proletariat. Zwei Stunden hat er gegen die Arbeiterschaft gehetzt, die anderen zwei Stunden hat er die heilige Religion heruntergezogen, die anderen zwei Stunden hat er bolschewistische Tendenzen enthüllt, die anderen zwei Stunden war er absolut monarchisch. Sie haben es nicht verhindern können, daß diese Bewegung gewachsen ist. Sie haben nur etwas erreicht, wofür wir ihnen zu Dank verpflichtet sind: Alles, was feig und blöde gewesen ist, ist nicht zu uns gekommen. Er wußte, er hat bei uns nichts zu erwarten. Das danke ich der Republik, daß sie das getan hat. Sie schickte mir eine Eskorte aus allen Stellungen des deutschen Volkes, angefangen vom Straßenfeger bis zum Regierungsrat, Handarbeiter und Kopfarbeiter, alles durcheinander, aber keinen, außer denen, die nicht bereit gewesen sind, sich für Deutschland einzusetzen. Das verdanke ich denen, daß sie uns eine Garde geschickt haben, die das neue Deutschland repräsentiert. Wenn das Bürgertum erklärt, hier Bürgertum, hier Proletariat, dann haben wir bewiesen, daß sehr wohl ein neues Deutschland erstehen kann, daß

man in diesem Deutschland einen Staat aufzurichten vermag, der die Wesenszüge des kommenden Staates in sich trägt, eine Organisation aus allen Berufen und Ständen, die auch alle einzeln ihren besonderen Lebenskampf durchzufechten haben, die aber erkennen, daß sie die Verpflichtung haben, sich einzusetzen für die große Gemeinschaft. Wir haben gezeigt, daß es möglich ist, daß sich Zehntausende zusammenfinden können in einem großen Glauben an eine neue Zukunft, haben bewiesen, daß diese Zehntausende eine glühende Liebe bekommen können, vor allem aber, daß diese Zehntausende den Gedanken der Autorität anerkennen, daß von oben bis unten kein Ausschuß entscheidet, wenn immer einer dasteht, der befiehlt und dem gefolgt wird, nicht weil er ein Mensch ist, sondern weil er der mit dem Vertrauen der anderen beglückte Führer ist, und weil sie wissen, daß der Führer irren kann, daß sein Irrtum aber lange nicht so gefährlich ist als der dauernde Irrtum der Demokratie an sich. So haben wir eine Organisation aufgebaut, die über die engen Grenzen Münchens weit hinaus wuchs, bis das Jahr 1923 einen schweren Druck brachte, und alles schrie: Tot sind sie, vernichtet, nun ist alles vorbei. Man hätte meinen können, daß Deutschland nun aufatmete. Aber die Not ist größer geworden als zuvor. Die Bewegung ist wieder entstanden, als ob nichts geschehen wäre, und sie hat vor knapp 4 Wochen das erste Hunderttausend an Mitgliedern erreicht [43], und in knapp 4 Wochen wieder 5.000 dazu, und wenn dieses Jahr vergangen ist, werden wir 200.000 Mitglieder zählen und im nächsten Jahr 400.000 und im anderen 7[*00.000*] und 800.000. In allen Parteien herrscht Ruhe. Hier wird gearbeitet, 60 oder 80 mal wird täglich in Deutschland gesprochen, in einem Jahr finden 18[*.000*]-20.000 Versammlungen statt, und diese Welt [*sic!*] der Aufklärung wird einmal das ganze deutsche Volk erfassen und wird einmal aus diesem Volk eine Million Köpfe herausziehen, wird dieses Heer anschwellen lassen zu einem Millionenheer und wird dann nicht Majorität der Zahl, sondern die der Entschließung und Kühnheit. Die Republik ist die große Schmiede, die uns hart macht zur Lösung der Zukunftsaufgaben der deutschen Nation. Sie sorgt dafür, daß das deutsche Volk aus dieser Not die Formation erhält, die das kommende Deutschland repräsentiert. Das kommende Deutschland ist nach außen hin nicht mehr das Deutschland der Unterdrückten und Dulder, sondern das Deutschland des Widerspruchgeistes und auch der Entschlossenheit, eines Tages diese Fesseln zu zerbrechen und unseren Unterdrückern die Trümmer vor die Füße zu schleudern. Das ist die große Hoffnung, die wir Nationalsozialisten hegen.

Vor 9 Jahren haben wir mit 7 Mann begonnen und vor wenigen Tagen stand ich zum ersten Mal in Berlin [44], nachdem man mir jahrelang das Reden verboten hatte [45]. Und das Ergebnis? Berlins größte Halle war mit über 18.000 Menschen gefüllt, ebenso gläubigen Vertretern des neuen Deutschlands.

Wenn man heute hinaufkommt nach Holstein, Oldenburg, an die Ruhr, nach Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Mitteldeutschland, Ostpreußen, Königsberg: Überall dasselbe: Eine neue Bewegung kämpft, das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit her-

43 Vgl. Dok. 37, Anm. 21.
44 Am 16.11.1928. Vgl. Dok. 50.
45 In Preußen bestand für Hitler vom 25.9.1925 bis 28.9.1928 öffentliches Redeverbot.

auszubringen, zu zeigen, daß das, was man heute zu Deutschland formt, nicht Deutschland ist, und daß dieser Klassenwahnsinn überwunden werden kann.

Glauben Sie [*mir*], es wird die Zeit kommen, da wird den Schuldigen an Deutschlands Zusammenbruch das Lachen vergehen. Es wird sie die Angst erfassen. Sie sollen dann wissen, daß dann der Rächer und Richter kommt, der die Tat [*sic!*] des November 1918 zur Verantwortung ziehen wird, und der Richter sie einer gerechten Strafe zuführen wird in dem Glauben, daß keine Aufrichtung stattfindet ohne Recht und Gerechtigkeit, und wir glauben, daß hier eine neue Rechtserfassung kommen wird und aus dieser heraus eine unendliche Quelle von Kraft, die unser Volk befähigen wird, den letzten großen Gang anzutreten, denn wir glauben, daß die nationalsozialistische Bewegung einmal dafür sorgen wird, daß die Sonne herabblickt auf ein Deutschland nicht der Knechtschaft, sondern auf ein Deutschland der Freiheit und der Macht und der Größe und der Herrlichkeit. (Starker Beifall.)

1. Dezember 1928 Dok. 58
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.12.1928.

Wunderbar und unerforschlich ist der Wille des Herrn. Er läßt die Menschen gesund sein, er läßt sie krank werden und aufs neue gesunden, ohne daß der kleine Sterbliche einen Einblick in den tieferen Sinn dieser Vorgänge erhält. Und doch soll nichts ohne Grund geschehen und überall ein höherer Zweck seine Erfüllung finden. Wer daran zweifeln möchte, der kann leicht eines Besseren belehrt werden. Da hat das deutsche Volk z. B. einen Außenminister [1], über dessen Fähigkeiten und Genialität die Meinungen noch so weit auseinander gehen mögen, von dem aber allseits versichert wird und von dem bekannt ist, daß er an einer schweren Krankheit leidet [2]. Und wie wunderbar! Selbst in diesem Leiden, dessen Sinn vielleicht dem gewöhnlichen gehirnlosen Staatsbürger unverständlich erscheint, äußert sich die weise Vorsehung auf ihren geheimnisvollen Wegen. Man denke, Stresemann ist krank. Was könnte ein kranker Stresemann? Könnte er etwa kandidieren für eine Reichstagswahl, in der er doch so notwendig als Glanznummer der Deutschen Volkspartei auftreten muß, Wahlreden zu halten hat, herum und hinum reisen muß, dabei den bayerischen Stier bei den Hörnern packen soll, könnte das ein kranker Stresemann? Mitnichten, er könnte das nicht! Und siehe da, ein Wunder! Stresemann gesundet. Frisch und kühn fährt der Geheilte eilig hin, um im Streit für die "Weltanschauung" der Deutschen Volkspartei den verwegenen Kampf aufzunehmen. So vertauscht der Toreador [3] die Arena des Genfer Völkerbunds mit der des Münchner Bürgerbräukellers [4]. Allein welch ein Unterschied! In Genf lauter Brüder, zu München aber ein störrisches Pack, dessen "Waffe die Dummheit ist, von Unverstand gebläht, durch niedrige Instinkte aufgepeitscht", ganz unfähig, der Sprache des Meisters auch nur zu folgen. Deutschlands größter Außenpolitiker wird in dieser Stadt nicht verstanden, nicht nur, weil man ihn nicht verstehen kann, sondern weil man ihn auch gar nicht verstehen will. Da verwandelt sich das blühende Rot des Kämpfers plötzlich wieder in die bleiche Farbe des Kranken. Wie ein leidender Christus vor dem blutgierigen Volke sieht Stresemann aus und - wie damals in der Urheimat seiner Gattin [5] - so schreit diesesmal das Volk zu München: "Weg mit ihm! Wir wollen ihn nicht mehr se-

1 Gustav Stresemann.
2 Vgl. Dok. 27, Anm. 7.
3 Span.: Stierkämpfer zu Pferde.
4 Anspielung auf eine Wahlkundgebung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller am 25.4.1928 für die Reichstagswahl vom Mai 1928, die von der NSDAP so stark gestört worden war, daß sie vorzeitig abgebrochen werden mußte. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann" und "Stresemanns Bürgerbräu-Katastrophe".
5 Käte Stresemann, geb. Kleefeld (1885-1970), 1903 Heirat mit Gustav Stresemann.
Anspielung auf Matthäus 27, 15-26; Markus 15, 6-15; Lukas 23, 13-25; Johannes 18, 28-40.

hen! Gebt uns einen anderen her!", und man nannte dabei einen abscheulichen Namen. Stresemann zuckte betroffen zusammen und wollte vergrämt gehen, um niemals wiederzukommen [6]. Aber die hohen und sonstigen Brüder der Partei waren anderer Meinung. Sie bestellten schnell einen noch größeren Saal und verlangten gebieterisch, daß Stresemann noch einmal komme zum Kampf und Streit gegen den verhaßten Volksaufwiegler und Hetzer der Hakenkreuzler. Trüben Sinnes sah Stresemann sein Schicksal vor sich. Noch einmal nach München? Nein niemals wieder! Und der liebe Gott hatte seine Not und Klage vernommen. Fünf Tage später - und die Zeitungen konnten berichten, daß sich die schleichende Krankheit bedrohlich des Körpers des großen Mannes bemächtigt habe. Und wundervolles Walten! Immer mehr griff die Krankheit um sich, schon drohte er ihr fast zu erliegen, da kam endlich der Tag der Wahl. Stresemann wurde aber daraufhin wieder gesund. Bewegt konnten die Blätter von der wunderbaren Besserung des Befindens Gustav Stresemanns berichten, solange dieser nach Paris mußte zur Unterzeichnung des Friedenspaktes [7]. Und bis Monsieur Briand sich anschickte, in unbeherrscht heftiger Weise seine wahre innere Meinung über die Verständigungspolitik mit Deutschland auszuplaudern [8]. Da aber war es wieder der liebe Gott, der es nicht zuließ, daß Gustaven dieser große Schmerz zugefügt wurde. Stresemann ward wieder krank. Nun jedoch begann das treulose Zentrum, Stresemanns Außenpolitik in frommer Bedenklichkeit zu überprüfen und verschiedenes festzustellen, was anders hätte sein können oder nicht so gekommen ist, wie es gedacht und versprochen worden war [9]. Und siehe da, der liebe Gott hebt die Krankheit wieder hinweg. Stresemann ist wieder gesund. Niemand wundere sich über solche Dinge. Sie sind noch lange nicht alles von dem, was die Vorsehung mit einem so großen Staatsmann vorhaben kann. Sie kann ebensogut einem solchen Erwählten den unfehlbaren Blick in die silberne Zukunft öffnen, wie sie ihn wenige Monate darauf in selige Vergessenheit zu versenken vermag. Weiß Stresemann heute, was Stresemann vorgestern wußte, oder braucht er etwa in drei Monaten zu wissen, was er heute weiß? O dummes, blödes Volk! Wann wirst du endlich der Größe eines Staatsmanns gerecht zu werden vermögen, den die deutsche Republik mit Fug und Recht als ihren größten Kopf benennen darf?

Stresemann ist also wieder gesund. Er redet wieder! Im Deutschen Reichstag sah er sich veranlaßt, einen kurzen Überblick über die politische Lage zu geben [10]. Selbst Stresemann kommt sie heute trostlos vor. Man greift sich aber an den Kopf, wenn man nur die Art und Weise vernimmt, mit der sich dieser Staatsmann über die Tatsachen

6 Zur Rede Stresemanns am 25.4.1928 in München vgl. Anm. 4 sowie Bayerischer Kurier vom 27.4.1928, "Der 'zwanglose' Einheitsstaat"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.4.1928, "Stresemanns erste Bayernrede"; Tägliche Rundschau vom 27.4.1928, "Dr. Stresemann in München".

7 Der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann hatte am 27.8.1928 in Paris den Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtungspakt) als Vertreter Deutschlands unterzeichnet. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 409 ff.

8 Anspielung auf die Rede des französischen Außenministers Briand vor dem Völkerbund am 10.9.1928. Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

9 Zur außenpolitischen Orientierung des Zentrums in der Zeit der Weimarer Republik vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 374 f.

10 Am 19.11.1928. Druck: Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 414 ff.

hinwegsetzt, daß seine gesamte Außenpolitik ein einziger Mißgriff nach dem anderen gewesen ist. Daß es in ihr überhaupt nichts gibt, was nicht mit einer Niederlage geendet hätte. Daß alle Hoffnungen unerfüllt geblieben sind, alle Versprechungen sich als hohle Phrasen erwiesen haben und daß alles anders kam, als es Herr Stresemann prophezeite. Restloser Zusammenbruch der Stresemannpolitik auf allen Gebieten und an allen Enden. Stresemann klagt über die Annäherung Englands an Frankreich, aber es ist dies doch nur das zwangsläufige Ergebnis der wahnsinnigen Franzosenpolitik desselben Herrn Stresemann. Stresemann klagt über die Nichträumung des Rheinlands. Aber es ist doch nur die Schuld des Herrn Stresemann, durch die Art seiner Außenpolitik die einzigen Staaten vor den Kopf gestoßen zu haben, die ein Interesse an einer früheren Räumung des Rheinlandes hätten haben können oder deren Interessen zumindest einer solchen nicht entgegenzustehen brauchen: England und Italien. Stresemann erklärt, daß er für die frühere Räumung keinerlei finanzielle oder politische Opfer zu bringen gedächte, aber derselbe Herr Stresemann hat ganz vergessen, daß er erst vorgestern noch versuchte, den letzten Rest der deutschen Reichsbahn dafür anzubieten, und nur der Protest des Rheinlandes selbst dies zunächst verhinderte [11]. Herr Stresemann klagt über die mangelnde Abrüstung, aber er vergißt wieder, daß ja nur er allein derjenige war, der in das Gehirn unseres Volkes solche Flunkereien hineingepflanzt hat, so daß dies wirklich von vielen ernst genommen wurde. Herr Stresemann klagt über den Mangel einer "realen Macht" in Deutschland, aber er verschweigt, daß seine Außenpolitik die Machtlosigkeit verewigt und die durch ihn beeinflußte Innenpolitik die Bildung jeder auch nur willensmäßigen Machtäußerung des deutschen Volkes unterdrückt. Herr Stresemann klagt über die Unerfüllbarkeit unserer Reparationsverpflichtungen, aber er verschweigt, daß er und seine Presse einst jeden auf das fanatischeste verfolgten, der dies voraussah zu der Zeit, als Herr Stresemann im Dawespakt [12] noch die ruhmvollste und größte Leistung der deutschen Außenpolitik erblickte. Usw., usw. ... Herr Stresemann sieht alles ein. Er sieht ein, daß der heutige Zustand ein unerträglicher ist, aber er sieht nur eines nicht ein, daß nämlich der Verantwortliche für diesen Zustand Gustav Stresemann heißt. Und deswegen sieht er auch nicht ein, daß, wenn der Zustand geändert werden soll, in erster Linie Herr Stresemann verschwinden müßte. Im Gegenteil: Gustav Stresemann verkündet steif und fest, daß allerdings seine gesamte Politik Schiffbruch gelitten [*sic!*] hätte, gerade deshalb aber diese Politik erst recht als einzig mögliche konsequent fortgeführt werden wird. Bei welcher Ankündigung die politischen Kahlköpfe der Deutschen Volkspartei in lebhaften Beifallsbezeugungen zu wackeln beginnen. Wenn da Bismarck hineingekommen wäre! -

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat im Berliner Sportpalast eine Versammlung abgehalten [13], die, alles in allem genommen, als größte politische Kundgebung nicht nur der Bewegung selbst, sondern auch der Reichshauptstadt angesprochen werden darf. Rund 18.000 Menschen waren anwesend, und trotzdem eine überwältigende Disziplin und Geschlossenheit. Nicht ein Zwischenruf störte die Riesendemon-

11 Vgl. Dok. 40, Anm. 14.
12 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.
13 Am 16.11.1928. Vgl. Dok. 50.

stration. Erst als die Versammlung vorüber war, trat das lichtscheue Gesindel der marxistischen Börsenschutzparteien in Aktion. Das heißt, die Verfechter der "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" überfielen in Massen einzelne Parteigenossen und verletzten diese mehr oder weniger schwer [14]. Das gehört im Reich der Demokratie zur Selbstverständlichkeit. Wenn aus einer nationalsozialistischen Versammlung ein provokatorisches, betrunkenes Subjekt entfernt wird, dann gilt dies als Anlaß und Rechtfertigung zum Verbot einer ganzen Ortsgruppe. Wenn aber von den Strolchen und Zuhältern sogenannter "Regierungsparteien" friedlich nach Hause gehende Menschen überfallen werden, dann bekümmert dies in dieser pazifistischen Republik keinen Menschen, außer höchstens die davon Betroffenen. Ein 32jähriger, braver Mann, Hans Kütemeyer, Frontsoldat von einst, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei jetzt, fiel den vertierten marxistischen Wegelagerern in die Hände. Nachdem man den Unglücklichen erst mit Eisenstangen und Schlägeln auf das furchtbarste mißhandelt, das Nasenbein einschlägt, das Unterkiefer [*sic!*] zertrümmert usw., verfolgt man ihn, als er mit schwachen Kräften zu flüchten versucht, solange, bis man ihn wieder einholt. Und nun wird der schon halb Betäubte über den Rasen getrieben, über ein Gitter gezerrt und in den Landwehrkanal geworfen. Dort zieht man ihn als Leiche heraus. Ein bestialischer, infamer Mord! Man müßte meinen, daß angesichts einer solchen viehischen Tat, die ihr letztes Beispiel höchstens in der von Kommunisten- und Reichsbannergaunern vollzogenen Abschlachtung des Nationalsozialisten Hirschmann [15] in München hat, eine ganze Millionenstadt aufschreit und alle anständigen Menschen in fiebernder Empörung an der Verfolgung dieser Mordkanaillen teilnehmen. Aber weit gefehlt! Die Mordlumpen haben das Glück, derselben Partei anzugehören, zu der sich ihre notwendigen Richter bekennen. Die Berliner Polizei weiß augenblicklich, daß es sich um keinen Mord, sondern um einen Selbstmord handelt. Als sich dies nicht mehr aufrechterhalten läßt, da man die schweren Verletzungen an dem Ertrunkenen feststellt, weiß sie sofort, daß dies nur die Folge der Rettungsversuche an dem Ertrunkenen ist. Als sich auch dies nicht mehr aufrechterhalten läßt, weiß sie sofort, daß der Ermordete in einen Streit mit Straßenbauarbeitern verwickelt wurde, weil er anscheinend betrunken war. Als sich auch dies nicht mehr aufrechterhalten läßt, weil die unterdes vorgenommene Obduktion das Gegenteil einwandfrei feststellt, weiß sie, daß der Mann wohl verletzt wurde, daß er aber aus Ohnmacht in den Kanal hinunterstürzte. Als man aber weiter feststellt, daß der

14 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.

15 Georg Hirschmann (1888-1927), Schuhmacher, SA-Mann. Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Hirschmann starb. Daraufhin erließ die Münchner Polizeidirektion für den 27. bis 29.5. ein Verbot der Veranstaltungen des Reichsbanners, der Vereinigten Vaterländischen Verbände und der NSDAP. Vgl. Anordnung der Polizeidirektion München vom 27.5.1927; StA München, Polizeidirektion München 6730. Vgl. auch Münchener Post vom 27.5.1927, "Zusammenstoß"; Bayerischer Kurier vom 28.5.1927, "Polizei und Reichsbannertag in München"; Berliner Tageblatt vom 28.5.1927 (AA), "Das Verbot des Münchener Republikanertags"; Münchner Neueste Nachrichten vom 28.5.1927, "Verbot der Reichsbanner-Tagung" und "Verbotene Kundgebungen"; vom 29.5.1927, "Der Vorfall in der Humboldtstraße"; vom 30.5.1927, "Das Verbot des Reichsbannertages". Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, S. 657 ff.

Ohnmächtige dann nicht hätte über das Gitter steigen können, weiß man auf einmal einen ganz anderen Platz, wo das Gitter eben niedriger ist. Wer dieses ungeheure Vorgehen zur Zeit in Berlin verfolgt, dem muß Wut und Empörung das Blut in die Wangen treiben. Wenn der letzte Rest einer sogenannten anständigen bürgerlichen Presse dies ohne weitere Erregung hinnimmt, dann kann sich dieses Bürgertum selbst eines Tages auf etwas gefaßt machen. Wenn Polizei und Justiz in einem Staate sich zur Hure der Politik herabwürdigen, dann ist dies immer ein Zeichen des beginnenden Endes der Dinge gewesen.

Die nationalsozialistische Bewegung wird die Aufklärung des Mordes an Kütemeyer nicht ruhen lassen und sie wird trotz aller Polizeidirektionen die Spuren der Mörder finden und sie wird diese Mörder dem Gericht überstellen und sollten 20 Jahre vergehen. Der Name Kütemeyer soll nicht mehr aus der Öffentlichkeit verschwinden, bis die Verbrecher entdeckt und ihre Vertuscher entlarvt sind. Die nationalsozialistische Bewegung hat zunächst von sich aus 1.000 Mark für die Ergreifung oder Anzeige der Mörder ausgesetzt [16]. Sie wollte diese Prämie durch Plakatanschlag bekanntgeben. Wenn jemand ein Handtäschchen mit 100 Mark verliert oder wenn jemandem ein Paar Stiefel gestohlen werden, dann kann in öffentlichen Plakatanschlägen eine Belohnung für die Aufhellung des Falles ausgesetzt werden.

Die Berliner Polizeidirektion unter dem Oberbefehl des Genossen Zörgiebel [17] hat den Anschlag des Plakates über die Aussetzung einer Prämie von 1.000 Mark zur Ergreifung der Mörder Kütemeyers nicht zugelassen, sondern verboten!!!

Die inneren Beziehungen zwischen Marxismus und internationaler Hochfinanz werden am besten durch deren beiderseitige Geschäfte enthüllt. Der "Vorwärts" in Berlin ist bekanntlich das klassenkämpferische Organ jener Sozialdemokratie, die den "Kapitalismus" vernichtet. Der größte Finanzkapitalist, den Deutschland heute hat und kennt, heißt Jakob Goldschmidt [18]. Was ist selbstverständlicher, als daß der Finanzkapitalist Jakob Goldschmidt die antikapitalistische Sozialdemokratie unterstützt? Der Finanzkapitalist Goldschmidt "leiht" dem Berliner "Vorwärts" 800.000 Mark (achthunderttausend Mark) zur gründlicheren Durchführung des sozialdemokratischen Kampfes gegen den Kapitalismus [19]. Nun heißt es, daß das kommunistische Zentralorgan für Sachsen, die "Sächsische Arbeiterzeitung", von der Allgemeinen Creditanstalt ebenfalls 300.000 Mark (dreihunderttausend Mark) erhalten hat [20]. Wenn das stimmt, dann wäre

16 Vgl. VB vom 22.11.1928 sowie Der Angriff vom 26.11.1928, "Politischer Mord!".

17 Karl Friedrich Zörgiebel (1878-1961), Küfer, 1910-1922 SPD-Bezirksparteisekretär für die Obere Rheinprovinz, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der deutschen Republik, 1919-1921 MdL in Preußen (SPD), 1920-1924 MdR, 1922-1926 Polizeipräsident von Köln, 1926-30 von Berlin, 1931/32 von Dortmund, 1933 Versetzung in den Ruhestand.

18 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1934 Emigration.

19 Anspielung auf einen Zwischenkredit in Höhe von 800.000 RM, den die Darmstädter und Nationalbank einer Untergesellschaft der Vorwärts-Buchdruckerei im Jahr 1926 gewährt hatte. Vgl. Vorwärts vom 11.10.1928 (AA), "Völkisch-kommunistische Schwindelattacke".

20 Nicht nachweisbar.

das die beste Illustration für die rücksichtsvolle Schonung der Bank- und Börsenhyänen durch die kommunistischen Proletariatsvertreter. Eine Hand wäscht die andere.

A[dolf] H[itler]

2. Dezember 1928 Dok. 59
Stellungnahme auf Vorbesprechung für die Protestversammlung am 9. Dezember 1928 [1]

PND-Bericht Nr. 639, o. D. (Auszug vom 20.12.1928); StA München, Polizeidirektion München 6795.

Hitler habe den Kampf um Bayerns Eigenstaatlichkeit als gegenwärtig Vordringlichstes hingestellt. Der Kampf gegen die Marxisten sei der beste Auftakt, für die Eigenstaatlichkeit Bayerns zu kämpfen. Er gab zu, sich in einer Sache einmal die Finger verbrannt zu haben, ein 2. Mal würde er dies in der gleichen Sache nicht tun.

3. Dezember 1928 Dok. 60
"Parteibefehl"
Anordnung

VB vom 5.12.1928 [1].

Die verlogenen Wolffschen Telegraphen- und jüdischen Zeitungsnachrichten über angebliche militärische Übungen nationalsozialistischer Formationen bei Kirchhain [2] ver-

1 In der Hauptgeschäftsstelle der NSDAP in München, Schellingstr. 50, nach 11.00 Uhr. An der Besprechung, zu der Philipp Bouhler im Auftrag Hitlers eingeladen hatte, nahmen Vertreter mehrerer vaterländischer Verbände und Funktionäre der NSDAP teil. Die Unterredung diente der Vorbereitung einer vom Bayerischen Landesbürgerrat, einem Zusammenschluß verschiedener vaterländischer Verbände, auf den 9.12.1928 im Münchner Zirkus Krone angesetzten Protestkundgebung zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns. Zwei weitere Vorbesprechungen, an denen Rudolf Heß als Vertreter der NSDAP teilgenommen hatte, waren vorausgegangen. Vgl. Einladungsschreiben Bouhlers, o. D.; BA, Slg. Schumacher 373, sowie Bayerischer Kurier vom 10.12.1928, "Massenversammlung im Zirkus"; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.12.1928, "Für ein selbstständiges freies Bayern"; Münchener Post vom 11.12.1928, "Das wahre Gesicht der 'bayerischen' Volkskundgebung".

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 19./20./21.5.1929. Vgl. auch Schreiben des Obersten SA-Führers von Pfeffer vom 2.12.1928; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 309 sowie Lagebericht Nr. 128 des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 20.2.1929; BA, R 134/43.

2 Im Kreis Kirchhain (Hessen-Nassau) hatten bis Herbst 1928 Feldjäger-Patrouillen der Reichswehr unter Beteiligung der NSDAP und SA militärische Übungen abgehalten. Landrat Adolf von und zu Gilsa hatte es unterlassen, das Regierungspräsidium darüber zu informieren. Um ein allgemeines Verbot der NSDAP zu verhindern, verfügte Gregor Straßer den Parteiausschluß der NSDAP-Ortsgruppe Speckswinkel bei Kirchhain. Vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen,

anlassen mich erneut [3], sämtliche Parteigenossen zu warnen, sich durch irgendwelche, wenn auch behördliche Versuche, zur Teilnahme an Verbänden mit militärischem Charakter und deren Übungen bestimmen zu lassen.

Grundsätzlich ordne ich deshalb erneut folgendes an und mache alle Führer der Bewegung für die genaue Befolgung dieser Befehle verantwortlich:

1. Kein Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung darf irgendeinem Wehrverbande angehören, auch wenn selbst von behördlichen Stellen versucht werden sollte, die Teilnahme als im vaterländischen Interesse liegend zu empfehlen.

2. Parteigenossen, an die von irgendeiner und sei es auch behördlicher Stelle herangegangen wird, um sie zum Eintritt in militärische Verbände zu veranlassen, sind verpflichtet, dies augenblicklich der Parteileitung zu melden, die künftighin das Notwendige veranlassen wird, um solchen amtlichen Spitzel- und Provokationsversuchen ein Ende zu bereiten.

[*3.*] Parteigenossen, die an irgendwelchen militärischen Übungen teilnehmen, ganz gleich, ob diese bewaffneter oder nichtbewaffneter Natur sind, verstoßen gegen das ausdrückliche Verbot der Parteileitung.

4. Parteigenossen, die unberechtigter Weise entweder selbst Waffen besitzen oder Kenntnis von solchen Waffenvorräten haben, müssen dies sofort der nächstgelegenen Reichswehrformation gegen Bestätigung der Meldung mitteilen, beziehungsweise ihre Waffen abliefern. Ebenso ist augenblicklich Meldung an die Parteileitung zu erstatten.

5. Parteigenossen, die gegen diese angeführten Befehle der Parteileitung verstoßen, werden sofort aus der Partei ausgeschlossen. Da die Gefahr besteht, daß es sich in diesem Fall entweder um vollständig disziplinlose Subjekte, möglicherweise aber auch um von Behörden in die Bewegung hereingeschickte Spitzel handelt, werden solche die Bewegung gefährdende und dem Befehl der Leitung nicht gehorchende Mitglieder künftighin sofort zur Anzeige gebracht.

6. S.A.-Führer, die Kenntnis von solchen Verfehlungen bei ihnen unterstellten S.A.-Mitgliedern besitzen oder durch Leichtsinn es an der nötigen Überwachung haben fehlen lassen, werden aus der S.A. ausgestoßen und aus der Bewegung entfernt.

7. Ortsgruppenführer, die Kenntnis von solchen Verstößen seitens einzelner Mitglieder gegen die ausdrücklichen Befehle der Parteileitung besitzen, werden abgesetzt und aus der Bewegung ausgeschlossen.

8. S.A.-Abteilungen, die entgegen den ergangenen Anordnungen handeln, sich ungesetzlich bewaffnen oder auch nur sonst militärische Übungen abhalten, werden aufgelöst und in ihrer Gesamtheit aus der Partei ausgeschlossen. Führer, die von solchen Vorgängen Kenntnis haben, ohne sie sofort der Zentrale zu melden, werden ohne Rücksicht auf sonstige Verdienste sofort aus der Bewegung ausgeschlossen.

Meisenheim am Glan 1972, S. 123 ff. sowie Berliner Tageblatt vom 29.11.1928 (AA), "Maßregelung eines Landrats"; Frankfurter Zeitung vom 30.11.1928 (1. MA), "Das Verfahren gegen Landrat von Gilsa".

3 Vgl. Anordnung Hitlers vom 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69) und sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75).

9. Ortsgruppen, innerhalb deren sich in größerem Umfange solche Verstöße gegen die Befehle der Parteileitung zeigen, werden in der Gesamtheit aufgelöst und aus der Partei ausgeschlossen.

Ich mache hiermit die politischen Gauleiter verantwortlich für die rücksichtslose Durchführung dieser Befehle. Diejenige Parteidienststelle, die trotz Kenntnis solcher Vorgänge nicht augenblicklich an die Zentrale Meldung erstattet und im eigenen Wirkungsbereich die oben gegebenen Befehle rücksichtslos durchführt, wird von mir persönlich zur Verantwortung gezogen, die verantwortlichen Leiter werden sofort entfernt und durch mich persönlich aus der Partei ausgeschlossen.

Dieser Befehl ist in der gesamten Parteipresse nachzudrucken, er ist mindestens monatlich einmal zu wiederholen und mindestens monatlich einmal jeder S.A.-Formation im Appell vorzulegen.

Der Nationalsozialist, und in erster Linie der S.A.-Mann und S.S.-Mann, hat keine Veranlassung für den heutigen Staat, der kein Verständnis für unsere Ehrauffassung besitzt und der das Unglück unseres Volkes nur verewigen kann, auch nur einen Finger zu rühren. Alle derartigen Organisationen haben es bisher nur fertiggebracht, die Feinde unseres deutschen Volkes in den Sattel zu heben und sie in ihm zu beschützen. Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung heißt nicht "Schutz der Republik", sondern Schutz dem deutschen Volk und Vaterland. Das neue Reich, um das wir ringen, verpflichtet uns allein zum Einsatz unserer Persönlichkeit. So wie unsere Redner nur für dieses Reich kämpfen, hat auch unser S.A.-Mann nur den Schutz der Propaganda für dieses Reich zu übernehmen und sich selbst als Propagandist des kommenden Staates zu fühlen. Versuche von behördlichen Stellen, gleich welcher Art, ihn unter heuchlerischen "nationalen" Vorspiegelungen zum Eintritt in irgendeine nicht nationalsozialistische Formation, sei es ein Wehrverband oder etwas anderes, zu bewegen, finden nur statt, um damit die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei belasten zu können. Denn Deutschlands Lage ist in Wirklichkeit solchen Stellen gleich. So wenig, wie sie die heutige Not rührt, bewegt sie die Zukunft. Was sie nicht wünschen, ist ausschließlich der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung, weil sie von ihr allein ein Ende jener Schmach befürchten, die für diese Stellen öfter als einmal das tägliche Brot bedeutet.

Nationalsozialisten lernt aus Kirchhain, hütet euch vor feindlichen Spitzeln, seid treu auf der Wacht und befolgt peinlichst die Befehle eurer Leitung, dann kämpft ihr in Wahrheit am höchsten für ein besseres Deutsches Reich.

München, den 3. Dezember 1928

gez. *Adolf Hitler*

3. Dezember 1928 [1] Dok. 61
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D. [3]; StA Nürnberg, Slg. Streicher 116 [4].

Sehr verehrte Damen und Herren!

Am 8. und 9. November 1918 erfolgte ein Zusammenbruch. Ich glaube, es gibt keinen Deutschen, ganz gleich auf welchem Boden er stehen mag, der nicht ebenfalls der Überzeugung ist, daß es sich damals um einen Zusammenbruch gehandelt hat. Nur vielleicht über die Art des Zusammenbruchs gehen die Meinungen in Deutschland auseinander. Ein Teil des deutschen Volkes sieht den Zusammenbruch als militärischen, ein Teil sieht ihn als politischen, ein dritter, und dazu rechnen wir uns, sieht ihn als einen allgemeinen und inneren Zusammenbruch an. Wenn ein Staat von solch gewaltiger Größe im Verlaufe weniger Tage zusammenzustürzen scheint und alles mit sich reißt, was Generationen heilig war und was für die Ewigkeit gebaut zu sein schien, dann kann ein solcher Einsturz nicht durch einen Sturm erfolgen, sondern er wird schon lange vorbereitet gewesen sein. Es wird sich schon im Laufe von Jahrzehnten irgendeine emsige Arbeit der Unterhöhlung feststellen lassen, eine schon lange währende Arbeit und schon lange bestehende Absicht.

Die militärischen Zusammenbrüche sind meist nicht von einer ausschlaggebenden Bedeutung für das Volk. Nicht selten sind militärische Zusammenbrüche der Beginn einer inneren Gesinnung der Völker gewesen. Der militärische augenblickliche Zusammenbruch konnte zu einer Ursache werden und führte nicht selten dazu, daß ein solches Volk aus dieser Überprüfung die Kraft schöpfte, bisher schädliche Kräfte zu beseitigen, neue Kräfte zu gestalten und ein neues Leben zu beginnen, das oft schon nach wenigen Jahren auch militärischerseits zu einer Korrektur des bisherigen Zusammenbruches geführt hat. Am grandiosesten war der militärische Zusammenbruch der Jahre 1805 und 1806, der das ganze Deutsche Reich erfaßte und der seinen letzten Ausdruck findet im Zusammenbruch Preußens. Trotzdem scheint, wenn auch schon damals dieser Zusammenbruch im einzelnen in die Tiefe zu gehen scheint, dieser Zusammenbruch nicht so katastrophaler Art gewesen zu sein wie der heutige, weil bestimmte Fundamente nicht berührt worden sind. Nach wie vor blieb die Autorität des Staates, der Staatsform unan-

1 Datierung nach Lagebericht und Presseberichten. Die masch. Aufzeichnung datiert die Rede irrtümlicherweise auf den 8.12.1928.

2 Im Lehrerheim, nach 20.00 Uhr. An der geschlossenen Versammlung nahmen laut VB etwa 700 geladene Gäste teil. Hitler sprach etwa drei Stunden. Der bei Preiß, Hitler, angegebene Versammlungsort "Deutscher Hof" und das Lehrerheim befanden sich im selben Gebäude am Frauentorgraben 29.

3 Korrigierte Fassung: StA Nürnberg, Slg. Streicher 174. Druck einer weiteren, redaktionell überarbeiteten Fassung (StA Nürnberg, Slg. Streicher 175) unter dem Titel "Nicht die Majorität entscheidet, sondern die Kraft" mit falscher Datumsangabe: Preiß, Hitler, S. 88-107.

4 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 5.12.1928, "Nürnberg. Eine Hitler-Versammlung"; VB vom 8.12.1928, "Hitler in Nürnberg"; Der Stürmer, Nr. 49 vom Dezember 1928, "Hitler in Nürnberg". Sowie Lagebericht Nr. 138/II 28 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 15.12.1928; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

getastet, nach wie vor blieb die Festigkeit garantiert. Bloß an der Oberfläche sieht man damals einen militärischen Zusammenbruch sich in einen inneren verwandeln. Diesen Versuchen wird sofort ein kräftiges Halt geboten und bald darnach sehen wir, wie dieser Staat den Angreifern einen Widerstand entgegensetzt. Einen zweiten ähnlichen Zusammenbruch sehen wir 1870/71 auf französischer Seite. Auch dort militärisch eine Katastrophe nach der anderen. Kaum ein Feldzug in der Weltgeschichte, der seinen Sieg so eindeutig an die Fahnen heftet. Im Gegenteil, während noch die Ruinen von den Schlachtfeldern weggeräumt werden, kann man sehen, wie in Frankreich schon wieder ein neuer Glaube wächst. Das Kaisertum ist tot, es lebe die Republik. Es hieß, der schwächende Widerstand ist tot, und der kraftvollere Widerstand soll beginnen. Allein dieser Zusammenbruch ist nicht erfolgt, so ist er bereits überwunden. Das franz[*ösische*] Volk hat an Ansehen in der Welt kaum etwas eingebüßt, das politische, das wirtschaftliche Leben hat die Schläge in kurzer Zeit überwunden und Frankreich blieb bündnisfähig. Kaum hat der letzte deutsche Soldat den franz[*ösischen*] Boden verlassen, so beginnt der Franzose zu arbeiten an der Wiedergutmachung nicht nur der eigenen Schäden. Schon beginnt die Außenpolitik nach Bundesgenossen zu suchen, um dieser Reparation der inneren Schwäche auch eine Reparation der nationalen Ehre anzuschließen. Das scheint zunächst ein Merkmal zu sein, was das Jahr 1918 davon unterscheidet. Daß zunächst nach einer unerhörten Ruhmesfolge von beispiellosen Siegen ein Volk eine militärische Niederlage erleidet und an dieser stirbt. Auch bei anderen Staaten war die Kapitulation nicht aus Leichtsinn erfolgt. Etwas anderes war es in Deutschland auch nicht. Daß es richtig ist, wird am besten bewiesen durch das Beispiel an der Türkei. Nicht nur Deutschland hat 4 1/2 Jahre entsetzliche Lage ertragen, viel stärker war die Belastung der Türkei. Ein Staat, in dem in gewissen Gebieten vierzehn Frauen auf einen erwachsenen Mann treffen, dieser Staat, der noch an den Wunden seiner inneren Revolution zu arbeiten hat [5], um sie zu schließen, dieser Staat wird in einen Weltkrieg hineingestürzt, blutet entsetzlich. Dann bricht langsam dieser Staat buchstäblich an Hunger, an Mangel an allem und jedem zusammen. Ein Zusammenbruch, der genauso gewaltig ist wie der deutsche Zusammenbruch, nur auf türkisch übertragen. Fünf Jahre später führte er zum Frieden von Sèvres [6], mit dem Ergebnis, daß das türkische Reich wieder gegründet ist und daß die Welt von diesem türkischen Staat mit höchster Achtung spricht. Die innere Kraft ist geblieben, sie ist sofort wieder mobilisiert worden, sowie nur der Mann [7] kam, der es fertigbrachte, das Volk wieder an seine große Tradition

5 Gemeint ist die jungtürk. Revolution 1908/09. Vgl. Feroz Ahmad, The Young Turks. The Committee of Union and Progress in Turkish Politics 1908-1914, Oxford 1969.

6 Am 10.8.1920. Der Friedensvertrag wurde von der "Vereinigung der Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien" unter Führung von Mustafa Kemal, die 1920 im Parlament die Mehrheit bildete, nicht anerkannt. Da es den Alliierten nicht gelang, ihre differierenden Interessen gegenüber der Türkei zu koordinieren, konnte die neue türk. Regierung unter Mustafa Kemal die Friedensbedingungen mit dem Vertrag von Lausanne vom 24.7.1923 revidieren und damit die Unabhängigkeit der Türkei sicherstellen.

7 Mustafa Kemal Pascha (1881-1938, ab 1934 Ehrenname Atatürk), türk. Offizier und Politiker, 1908/09 Teilnahme an der jungtürk. Revolution, 1917 Kommandeur der 2. Armee, 1919 Führer der national-republikanischen Bewegung, 1920 Vorsitzender der Großen Nationalversammlung mit Oberbefehl über

zu erinnern und es wieder nach vorwärts zu führen. Das ist das, was uns Deutsche entscheidet [*sic!*].

Bei uns erfolgte ein militärischer Zusammenbruch. Aber es ist die Frage, ist dieser militärische Zusammenbruch die Ursache unseres seither zu verfolgenden allgemeinen Zusammenbruches oder ist es nicht umgekehrt gewesen? Ist der Rückzug, der doch dauernd im Feindesland stattfand, die Ursache dieser Katastrophe, ist dieser Zusammenbruch von damals die Ursache, oder ist nicht dieser militärische Zusammenbruch eine Folgeerscheinung einer inneren Deflation unseres Volkskörpers. Was uns am Jahre 1918 als wesentlich erscheint, ist das, daß es mehr ein Zusammenbruch des sittlichen Willens, ein seelischer und allgemein moralischer Zusammenbruch gewesen ist. Es ist ein Zusammenbruch gewesen, der sich in schamlosen Exzessen zeigt, die nicht vorkommen dürfen in einem Volk, das nicht seelisch gebrochen ist. Als die franz[*ösischen*] Heere im Jahre 1870/71 geschlagen worden waren, klagte das franz[*ösische*] Volk die an, die an dem Unglück schuld waren, in Deutschland war es umgekehrt, das Volk klagte die an, die Widerstand leisten wollten. Es verfemte die, die in der Zukunft versuchten neu zu mobilisieren. Man jubelte über den Zusammenbruch, man freute sich, man bekundete ganz offen, daß dieser Zusammenbruch der Beginn eines neuen Aufstiegs in Deutschland wäre. Man ging soweit, daß der Berliner Vorwärts schreiben durfte:
Niemals dürfen die deutschen Regimenter ihre Fahnen siegreich in die Heimat bringen[8]. Das war so der Ausdruck eines Zusammenbruches, der mehr war als ein bloßer militärischer Zusammenbruch, nämlich eine Zerstörung unseres ganzen Volkskörpers. Wenn wir diese Tatsache als gegeben hinnehmen müßten, ganz gleich, ob einer ganz rechts oder ganz links steht, jeder wird zugeben müssen, daß seit 1918 das deutsche Volk sich nicht auf einer Linie des Aufstiegs, sondern sich immer mehr in ganz großen Zügen auf einer Linie des Abstiegs, des Verfalls bewegt. Von Zeit zu Zeit muß zugegeben werden, daß alle die Hoffnungen auf eine Sanierung sich bisher nicht erfüllt haben, ja, daß es ganz unsicher ist, ob der Kelch des Leidens schon vollkommen geleert ist. Wenn wir untersuchen, dann kommt es uns vor, als ob die Not noch lange kein Ende gefunden hätte, sondern daß alle Rettungsversuche an einem Ende angekommen wären, daß wir in zwei, drei Jahren an einem Ende angekommen sein werden, das dann heißt: Ende der deutschen Substanz auf allen Gebieten. Wir befinden uns in derselben Lage eines Menschen, der sein väterliches Erbe verpfändet hat und von dem Erlös lebt und der für den kommenden Tag keinen Ausweg und keinen Weg sieht für das, was dann kommen soll. Jeder hütet sich, diesem Tag ins Auge zu sehen, man möchte ihm am liebsten aus dem Wege gehen. Er nähert sich mit unheimlicher Schnelligkeit und ungeheurer Sicherheit von Stunde zu Stunde fast mehr. Wir sehen schon jetzt Anzeichen katastrophaler Art, die diesen Zusammenbruch anzeigen. Da genügt es nicht, wenn wir uns auf einen

die nationalrepublikan. Truppen, 1923 Ausrufung der Republik, 1923-1938 Präsident der Republik, 1924 Abschaffung des Kalifats.

8 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

Standpunkt stellen, nun ist der Staat zerbrochen, und auf dem Schutt weiterbauen und ein Gebäude errichten, das vom ersten Tage an die Schwächen in sich trägt, an denen der große Staat wieder zugrunde geht.

Glauben Sie, ein gesunder Staat würde über so etwas lächeln können? Was sich 1918 ereignete, war die Feldzugsstrecke einer planmäßigen Zerstörung unseres Volkes, es war nur der Abschluß eines großen Entwicklungsprozesses. Es scheint mir nun notwendig zu sein, wenn man ernstlich an eine Besserung der deutschen Zukunft glaubt, daß ein solch kurioser Zusammenbruch nicht korrigiert [*zu*] werden vermag durch Ereignisse der Tagespolitik, durch kleine Mätzchen. Wir sind zugrunde gegangen an einer grundsätzlich falschen und fehlerhaften Einstellung unseres Volkes auf alle Probleme. Deutschland ist gestürzt, weil unser Volk zu den richtigen, klaren Lebensfragen keine Stellung mehr genommen hat, weil es traumverloren, phantasiebegabt, Problemen nachforschte, die sich stets als eine Fata Morgana beweisen werden, weil unser Volk aufgehört hat, seelisch eine Einheit zu sein. Im Jahre 1918 haben Sie kein deutsches Volk mehr vor sich, sondern eine Sammlung von Berufen, von Ständen, von Klassen, nicht mehr aber eine Volksgemeinschaft; das Primäre des einzelnen war nicht das Bekenntnis zu einer Mutter, sondern das Bekenntnis zu seinem Berufe, seinem Stande, seiner Klasse. Das deutsche Volk ist damit zerfallen. Es ist notwendig, sich eisigkalte Erklärungen zu verschaffen über die inneren Ursachen des Verfalls. Kein Volk zerfällt von heute auf morgen.

Da darf ich dann zunächst mit einem beginnen: Was war der alte, deutsche Nationalstaat? Als Bismarck das Reich gegründet hat, hat er in Wirklichkeit eine Zusammenfügung von deutschen Stämmen vollzogen. Primär war ein Nationalgefühl, ein deutsches von früher her nicht vorhanden. Seit dieser Zeit aber wurde der große nationale Gedanke unseres Volkes langsam aufgezogen von patriotischen und dynastischen Versuchen. Das deutsche Volk lernte nun bayrisch, sächsisch, württembergisch, österreichisch und preußisch fühlen. Im Hintergrund war noch schlummernd vorhanden ein deutsches Nationalgefühl. Dieses Fühlen wurde nun langsam durch die deutsche Kunst, in erster Linie durch das Dichten und Denken größeren Kreisen der Nation wieder erschlossen. Es fand belebten Ausdruck in den Siegen eines Friedrich d[*es*] Großen. In deutschen Familien, die an sich vielleicht kleinstaatlich orientiert waren, beginnt in dieser Zeit wieder zum ersten Male ein Name aus dem engen Gefüge der kleinen Staaten herauszuspringen.

In den Schles[*ischen*] Kriegen [9] hebt sich Friedrich d[*er*] Große bereits hinein in deutsche Geschichte [*sic!*]. Da geht der Preuße auf im Deutschen, da geht der preußische König bereits auf in den Ruhm, der größte germanische König der Neuzeit zu sein. Viele beginnen zu ahnen, daß sie doch mehr sind, als nur Mitglieder oder Untertanen einzelner, beschränkter Staaten. Dieses Gefühl hat zum ersten Male seine blutige

9 Zusammenfassende Bezeichnung für die drei Kriege, welche der preuß. König Friedrich II., der Große, zwischen 1740 und 1763 gegen die deutsche Kaiserin Maria-Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte.

Weihe gefunden in den Napoleonischen Kriegen [10]. Das Gefühl findet seine Erlösung in einem großen Staatsmann, der zu einer neuen Reichsgründung schreitet, indem er das deutsche Problem löst, das Eine aus dem Reich hinaustreibt und das Andere zusammenfügt. Bismarck hat nationalpolitisch ein neues Reich geschaffen. Die Flagge schwarz-weiß-rot empfing ihre Weihe durch einen ganz großen Krieg und diese Fahne selbst war nun das Symbol des geeinten Deutschland [11]. Damit war diese alte schwarz-weiß-rote Fahne in erster Linie aber ein nationalpolitische[*s*] Ideal, keineswegs aber war diese Flagge irgendwie ein weltanschauliches Symbol. Weltanschaulich hatte diese Flagge keine Vergangenheit, sie war vollkommen neu erstanden. Sie hatte keine Vergangenheit, nur die Geburt dieser Fahne hat sich jedem Deutschen sehr ins Herz gesenkt. Diese Fahne hat kein weltanschauliches Symbol für sich und weshalb? Im Zeitalter der Industrialisierung begann langsam eine allgemeine Wendung des deutschen Denkens einzutreten, aber auch eine Wendung des Denkens der anderen Völker. Dieses Denken beginnt nun, über den formellen Zusammenschluß weit hinauszugehen, es umfaßt dieses Denken die ganze deutsche Nation. Die Gründe und die Ursachen ließen sich später aufklären. Das Denken lag in einer ganzen Zeitentwicklung, und es war die Frage, ob in dieser Zeit der deutsche Staat den Weg finde hinaus zu einer großen weltanschaulichen Tat, zu einem großen weltanschaulichen Ziel oder ob der deutsche Staat in einem reinen nationalpolitischen Ziel beharren würde. Konnte er aus der Beengung herauskommen und das nationalpolitische Ziel in ein völkisches umwandeln, dann konnte der Staat Kräfte mobilisieren, die den zerstörenden Kräften der herrschenden Weltanschauung entgegentraten. Bismarck hat die Einigung der deutschen Stämme vollzogen. Wir sehen, wie in die gesamte Nation ein Riß hineinkommt. Nationalpolitisch wird geeinigt, die Nation in ihrer Gesamtheit aber wird aufgelöst. Die Nation der Gesamtheit hört auf, als Nation zu bestehen, und löst sich auf in Klassenbegriffe. Es ist eine ungeheure Umwandlung, die wir da vor uns sehen. Wir sehen, wie es in Deutschland nun zu einer Verwischung der nationalpolitischen Tradition kommt. Anstelle dessen wird gesetzt eine Gemeinsamkeit, die bloß fiktiv mehr da ist, während in der Wirklichkeit dieses Volk überhaupt kein Volk mehr darstellt, sondern in seinem großen politischen Denken und Wollen in zwei Gruppen auseinanderklafft, die sich nicht mehr zu verstehen vermögen. Gruppen, bei denen bloß mehr der eine Wunsch herrscht, daß jeweils die eine oder andere Gruppe zum Siege gelangen möge auf Kosten der anderen Gruppe. Die klassische Splitterung wird so groß, daß sich die Mitglieder einer Klasse mehr zu den Mitgliedern derselben Klasse eines anderen Volkes hingezogen fühlen. Wenn wir uns nun dieses ungeheure Geschehen zu erklären versuchen, das von einer ungeheuren Bedeutung für unser Volk sein mußte, dann müssen wir erst zu prüfen versuchen, was eigentlich die zwei wesentlichen Klassen bei uns sind. Dann müssen wir in erster Linie die Handarbeiterschaft im Proletariat sehen, während wir unter Bürgertum in erster Linie die geistige Arbeiterschaft und Arbeitgeberschaft vor uns sehen. Es ist nicht so, daß man sagen

10 Zusammenfassende Bezeichnung für die Kriege, die der franz. Kaiser Napoleon I. zwischen 1803 und 1815 gegen die europäischen Mächte führte.

11 Die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne war 1867 als Handelsflagge des Norddeutschen Bundes eingeführt worden. Von 1871 bis 1918 war sie Fahne des Deutschen Reiches.

könnte, der Begriff "proletarisch" sei identisch mit besitzlos und umgekehrt, sondern diese Begriffe sind ganz außerordentlich verworren. Wieso kann ein Volk in zwei Gruppen verfallen, die sich wirtschaftlich verfolgen lassen, wenn auch langsam diese wirtschaftlichen Grenzen sich auch weltanschaulich abzuzeichnen beginnen? Wie ist es möglich, daß unser Volk heute aus einer Volksgemeinschaft in ein Bürgertum und Proletariat, in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft zerfallen konnte? Die Ursache des Zerfalls liegt in einem allgemeinen Denken.

Sie werden den Satz oft hören: Die Wirtschaft wird Deutschland wieder aufbauen. Kaum ein Satz ist oberflächlicher durchdacht worden wie dieser. Die Wirtschaft selbst wird stets einen auseinanderteilenden Charakter und Wirkung besitzen. Wenn Menschen nur ausschließlich wirtschaftlich denken, dann liegt es in deren Natur, daß sie zerteilend wirken müssen, weil man um die beiden ewigen Pole des Arbeitgebertums und des Arbeitnehmertums, des Organisators und des Organisierenden nie herumkommen kann. Perioden, die wirtschaftlich denken, sind zu jeder Zeit Perioden des Zerfalls von Nationen gewesen. Wenn nun heute ein Unternehmer nur wirtschaftlich denkt, dann liegt sein Sinn nach Gewinn, entgegengesetzt dem Denken des Arbeitnehmers nach höherem Lohn. Kurz und gut, wenn nur mehr wirtschaftlich gedacht wird, dann beginnt ein Volk, sich nicht nur etwa in zwei, sondern es beginnt sich langsam in zahllose Klassen aufzulösen. Wenn der Arbeiter der Großstadt nur mehr wirtschaftlich denkt und billigeres Brot fordert, dann heißt es für den Bauern, der dann auch nur wirtschaftlich denkt, eine Verschmälerung seiner Lebenssubstanz und umgekehrt. Man wird niemals um die zum Teil vorhandenen Gegensätze im Wirtschaftsprozeß herumkommen, wenn nicht über diesen Gegensätzen sich ein höheres Ideal befindet, das die zerteilenden Tendenzen der Wirtschaft irgendwo durch einen hohen Gesichtspunkt wieder zusammengefügt [*hat*] und zusammenhält. Daher wird stets eine Weltanschauung nur auf allgemeinen idealen, politischen und religiösen Gesichtspunkten beruhen können. So kann ein Volk diese staatspolitischen Gegensätze ausgleichen, indem es von einem höheren staatspolitischen Gesichtspunkt aus durch höhere staatspolitische Ideale diese Tendenzen zerteilt. Nur eine dritte Stelle allein kann für ewig den Ausgleich schaffen. Es kann sein die innige Einwirkung einer Weltanschauung oder die große nationalpolitische Idee eines Staates, die den einzelnen zwingen kann, von seinen Forderungen abzugehen, oder ein Gesichtspunkt, der noch höher ist als dieser zweite, nämlich der Gesichtspunkt einer Volksgemeinschaft, die vom Standpunkt der Erkenntnis der Notwendigkeit vom Bestehen dieser Blutsgemeinschaft den einzelnen zwingt, daß die Gesamtheit nicht darunter zerbricht, daß der Wirtschaftskampf nicht größer wird, als die allgemeinen völkischen Gesichtspunkte dies zulassen. Über der Wirtschaftsklasse thront die Volksgemeinschaft, und jeder Kampf darf nur soweit geführt werden, als er nicht die Volksgemeinschaft bedroht. Sowie dieser Kampf die höheren Ideale zu bedrohen beginnt, muß er sofort abgebaut werden, wobei diese Volkswirtschaft [*sic!*] der Garant der Existenz der Zukunft ist. Wo diese beiden Größen sich miteinander vereinen, ergeben sie die Gemeinschaft. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, wieso konnte das deutsche Volk, das an sich als ideales Volk erscheint und das wir alle als ideales Volk kennen, wie konnte dieses deutsche Volk sich gerade einem solch wirtschaftlichen Denken hingeben, daß heute bei

beiden Teilen dieses Volkes dieser als der allein ausschlaggebende im staatlichen Leben angesehen wird. Die linke wie die rechte Seite sieht alles nur von wirtschaftlichen Rentabilitätsstandpunkten aus an. Was für den einen die Organisation der Arbeit ist, ist für den anderen die Verwirklichung der Arbeitszeit [*sic!*] [12]. Beide geraten in einen Widerspruch. Notwendig ist, daß das wirtschaftliche Denken des Unternehmers seinen Widerhall findet im Arbeitnehmer, und die Frage ist nur, wer der Stärkere ist, wobei aber nicht ausschlaggebend ist, wer der Stärkere ist, weil der Stärkere doch wieder bereits durch seinen Sieg unterliegt. Es ist eine Gedankenverwirrung, die eingerissen ist. Wie ist das denkbar, wie kann die Wirtschaft den Staat bauen? Wie ist das denkbar, daß die Träger der deutschen Intelligenz die Wirtschaft für das Prinzip betrachten? Die Wirtschaft ist im Völkerleben stets die sekundäre Erscheinung gewesen, während die primäre Erscheinung immer schon der völkische Gedanke war. Die Wirtschaft konnte stets unter dem Schutze eines starken Staates gedeihen, niemals aber konnte ein starker Staat unter einer starken Wirtschaft gedeihen. Diese Vogel-Strauß-Tendenz ist heute fast Allgemeingut geworden. Dinge, die unangenehm sind, Dinge, die plötzlich in einem Chaos enden, darf man nicht mehr weiterdenken, man muß aufhören zu denken, die Augen schließen und eben sich dann so hintrollen lassen, bis endlich der Abgrund da ist. Der Abgrund, der sich im Jahre 1918 aufgetan hat, wurde von vielen gezeigt, von vielen prophezeit. Blind, wie das heutige Zeitalter unseren Prophezeiungen gegenübersteht, stand das damalige blind dem Elend gegenüber, das damals über das deutsche Volk hereinbrach. Es wußte eben dann plötzlich nicht mehr ein noch aus.

Ein Teil der zersplitterten deutschen Nation wurde durch Bismarck zu einem Staat geeinigt. Als Deutschland damals gegründet war, da hat man nicht das letzte Lebensproblem der Nation zu lösen vermocht. Als das Deutschland von Bismarck geeinigt wurde, hat das Deutschland das Problem gelöst, es wurde geeinigt, aber es wurde nicht gelöst, dieser geeinten festen Masse eine Existenz zu geben. Wir waren nicht mehr in der Lage, ein gesundes, naturgemäßes Eigenleben zu führen. Das deutsche Volk hat wohl nationalpolitisch seine Einigkeit zum großen Teil gefunden, hat machtpolitisch eine gewisse sichere Stellung in der Welt eingenommen, aber nur unter Anerkennung europäischer Staaten, denn Deutschland lag inmitten einer Reihe von großen Mächten, raummäßig beengt, übervölkert und hat nicht im geringsten durch die Kriege 1870/71 die Lösung der deutschen Bodennot erhalten oder gar die Lösung unserer heutigen Bodennot. Nein, in derselben Zeit, in der unser Volk entpolt [*sic!*] ist in der Welt, müssen Hunderttausende von Deutschen ins Ausland ziehen, weil das Mutterland eine weitere Ernährung nicht mehr ermöglichen konnte. Noch in den neunziger Jahren wurden 200.000, in den achtziger Jahren sogar 260/270.000 Deutsche gezwungen auszuwandern [13]. Der deutsche Staat konnte nicht mehr für sie das Brot schaffen. Von allen europäischen Völkern hätte das deutsche Volk zuerst den Weg zur völkischen, raumpo-

12 Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

13 Im Zeitraum von 1871 bis 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl z. T. deutlich unter 200.000. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 38 f.

litischen Macht schreiten müssen. Deutschland besaß damals 540.000 q[*k*]m Boden [14]. Das deutsche Volk mußte mithin, wenn nicht die Grundfläche erhöht wurde, in seiner Zahl erheblich zurückbleiben, durch Abschiebung des Volkes und Einschränkung der Geburten, oder es mußte langsam ein[*em*] Lebensstandard erliegen, der für ein Volk von solcher Kultur für die Dauer unmöglich geworden wäre. Deutschland behalf sich damit, daß es Menschen abschob. Diese Auswanderung ist für ein Volk von entsetzlicher Bedeutung, denn durch diesen Prozeß wird ununterbrochen eine Unsumme tatkräftigster Menschen aus dem Volkskörper herausgenommen. Es liegt in dieser Art der Stellung eigentlich schon die Beantwortung. Wenn heute in Deutschland 2.000.000 Arbeitslose [15] sind, so werden von diesen nicht 80 % der Feigsten, Schwächsten und körperlich Degenerierten auswandern, sondern diejenigen, die auswandern, das sind noch die Entschlossensten, die Kühnsten, die sich sagen, ich werde mir irgendwo, und sei es drüben über dem Ozean, über dem Atlantik, eine Existenz aufbauen. Diese beiden Erscheinungen müssen zu einer Senkung der Spitzen sowie zur Verflachung der Tiefenwirkung eines Volkes führen. Tausendmal furchtbarer wie die Niederlage auf dem Schlachtfeld ist diese Bekämpfung des besten völkischen Lebens. Eine Niederlage auf dem Schlachtfeld bedeutet gar nichts gemessen an einer ewigen Ausblutung eines Volkes, weil sie in einem Volkskörper ganz einseitig das Gute herausgeholt [*sic!*] und das Schlechte zurückläßt. Wir haben scheinbar noch ein großes Gebilde vor uns, sind aber im Inneren schon so schwach geworden, daß man den ganzen Riesenbau, der nur auf Ton fundiert ist, zum Einsturz bringen kann. Nun lag die Auswanderung nicht im Sinn und im Wesen der nationalpolitischen Auffassung der damaligen Zeit. Man las Jahr für Jahr die Zunahme unseres Volkes und sah nun diese rein ziffernmäßigen Ergebnisse vor sich. Man erforschte nicht die Innenwerte des Volkes. Die Schwächung hätte abzulehnen sein müssen, weil sie uns militärisch ebenfalls schwächen mußte. Das Ergebnis hätte nun folgendes sein können: Deutschland beginnt, sich nun einer völkischen Raumpolitik zuzuwenden. Wir bekennen uns dazu, daß jedes Lebewesen auf dieser Welt das gleiche Recht zu leben hat und daß die Natur zu unterscheiden hat, wer der Stärkere und wer der Schwächere ist. Dann hätte Deutschland also dazu übergehen müssen, irgendwo im Osten neuen Raum zu suchen, um Grund zu bekommen für deutsche Bauern, aber nicht um etwa Polaken in Deutsche umzuwandeln, nicht um Fremde deutsch plappern zu hören, sondern Deutsche in diesen Raum zu versetzen. Diese Auffassung lag uns ferne. Statt dessen meldete sich eine andere. Die erste Aufgabe erfordert heroisches Denken. Ein Volk, das raumpolitisch größer werden will, muß sich unbedingt zu einer heroischen Denkart umstellen können. Ein solches Volk wird stets zwischen zwei Kräften stehen, zwischen Bauern und Soldaten. Raumpolitische Nationen sind zu allen Zeiten Bauern- und Soldaten-Völker gewesen. Das Schwert schützte den Pflug, und der Pflug ernährte das Schwert. Soldatische Völker sind innerlich meist kraftvoll, sie haben eine in sich beruhende Kraft und Stärke und können den Forderungen der Zeit viel besser standhalten

---

14 Das Deutsche Reich besaß 1913 eine Fläche von 540.857,6 km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 1.

15 Im Dezember 1928 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.545.383 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 274.

als Völker, die diesen Weg verlassen haben und den zweiten Weg beschreiten und sich durch wirtschaftliche Überproduktion das Leben erhalten zu wollen [*sic!*]. In Deutschland sieht man, wie langsam der zweite Teil Fuß fassen will, man sagt, es gibt ein paar Möglichkeiten: unser Volk bei steigender Zahl auf gleichem Grund und Boden zu exportieren. Langsam bekennt man sich in Deutschland zu jenem Grundsatz: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Dabei war an eine wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands gedacht. Wir können Menschen exportieren, aber wir können auch Waren exportieren. Statt daß wir die menschliche Arbeitskraft exportieren, verwandeln wir diese gleich in Waren und exportieren die Waren. Wir können Boden gewinnen durch die Eroberung. Wir können diesen Boden aber auch dadurch gewinnen, daß wir in der Heimat Menschen auf anderen Gebieten arbeiten lassen. Die erste Schwäche dieses weltwirtschaftlichen Denkens liegt darin, daß nicht ein Volk diesen Weg beschreitet, sondern daß auf diesen Weg eine ganze Anzahl von Völkern angewiesen sind. Diese Produktionssteigerung hat nun irgendwo eine Begrenzung. Diese Begrenzung heißt Absatzmarkt. Man hört heute oft den Satz: Die Zukunft Deutschlands liegt in einer Steigerung der Produktion. Dieser Satz ist so einfach wie unwahr. Das Schwerste ist, den Absatz zu finden für die gesteigerte Produktion. Die deutsche Automobilindustrie z. B. hat ihre Absatzmöglichkeit bereits begrenzt, so daß z. B. die amerikanische Automobilindustrie sich ursprünglich schon Fabrikationsmethoden von einer Größe beiliegen [*sic!*] kann, daß sie selbst bei uns noch konkurrenzfähig erscheinen.

Das Problem der Ernährung eines Volkes auf dem Wege heißt nicht Steigerung der Produktion, sondern Sicherung des Absatzmarktes. England hat seit vielen Jahrhunderten bereits begonnen, seine Wirtschaft auf eine Weltwirtschaft umzustellen, es hat den gleichen Weg beschritten, den man uns empfohlen hat. Nur hat England weitblickend dieses Verlassen des inneren Wirtschaftskreislaufes dadurch gesichert, daß es sich machtpolitisch und staatspolitisch gesichert hat. Aus diesem Gedanken heraus ist die ganze englische Kolonialbewegung heraus [*sic!*] entstanden, ausschließlich, um für England ein Absatzgebiet sicher zu stellen. Es ist eine Sicherung der Rohstoffquelle Großbritanniens. Nun ist selbstverständlich heute die Welt in ihren Absatzmärkten schon dadurch begrenzt, daß es eine ganze Reihe von Staaten gibt, die sich rein kolonialpolitisch sicherstellen. Dazu kommt die langsam einsetzende Industrialisierung der Völker selbst. In Deutschland glaubte man in der Zeit der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, durch diese Art der Weltwirtschaft die Möglichkeit erhalten zu haben, die Existenz der Nation wieder sicherzustellen. Unser außenpolitisches Ziel heißt, wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt. Dieses Problem ist genauso ein Lebensproblem, wie das raumpolitische Problem ein Lebensproblem ist. Gekämpft wird mit Aktien um Dasein oder Nichtdasein. Das Entsetzliche ist, daß ein Volk, wenn es sich mit dieser Welterscheinung und mit diesem Gedanken beschäftigt, so gefangen genommen wird, daß es darüber die eigene Landwirtschaft zu vernachlässigen beginnt. Das Volk zieht in die Großstadt, und das Übergewicht der Großstadt wird langsam so bedeutend werden, daß die Großstadt eines Tages auch politisch das Leben der Nation erstickt. Sie verlangen billigere Lebensmittel, billiges Brot, Öffnung der Grenzen, Demolierung der Landwirtschaft, Abschieben der Landwirtschaft usw. Das Entsetzliche ist, daß dieses Umwandeln

auf allen Gebieten beginnt. So erleben wir, wie in diesem Kreislauf der eigene landwirtschaftliche Grundbesitz zertrümmert wird und wie er nur die Großstädte füttern muß. Die Millionen Menschen vergessen, daß dieses Gebäude von außen einen Stoß zu bekommen vermag und dann plötzlich zusammenbricht. Die Umwandlung des Denkens vollzieht sich nun auf allen Gebieten. Es wird angekränkelt von unserem Großstadtwahn, daß das Bild sehr verlockend erscheint, Licht und Zauber der Großstadt, Luxus, und das dort nicht so in Erscheinung tretende Elend für den oberflächlichen Beobachter wie ein Magnet wirkt. Daher kommt es, daß vor allem ein großer Teil der Nation jene primitive, harte Entschlußkraft und Opferwilligkeit verliert, die der Bauer hat, jedes Jahr, jahraus, jahrein, zahllose Entschlüsse zu treffen, deren Ausgang und deren Erfolg vollkommen ungewiß ist. Sagen Sie einem Arbeiter, du mußt sechs Wochen arbeiten, ohne daß du einen Lohn bekommst, und das ist noch unbestimmt, der Arbeiter lacht und hält es für undenkbar. Der Bauer sät, der Bauer erntet. Er weiß nicht, ob nicht ein Unwetter alles vernichtet. Er muß einen Entschluß treffen, und dieses ewige rein persönliche Eintreten für etwas erzeugt im Laufe der Jahrtausende diese knorrige, harte, diese kerntief gläubige Frömmigkeit, selbst alles zu tun und auf den zu vertrauen, der über uns steht. Nicht zu ruhen, sondern weiterzugehen. Wenn ein Volk diese Kraft langsam verliert, dann wird es zu diesem wurzellosen Großstadtelement, das sofort zusammenbricht, weil das ganze Denken nur mehr Wirtschaft ist, wirtschaftlich im kleinsten und gemeinsten Sinne des Wortes. Menschen, die endlich vor lauter Beten keinen Einsatz mehr wagen, verspielen dann auch damit ihr Leben. Wie konnte das deutsche Volk zu dieser Umstellung des Denkens kommen? Raum wollen wir haben, das war der innere Sinn der Völkerwanderung. Ein Gedanke, der Millionen von uns bewogen hat, in die amerikanischen und brasilianischen Urwälder auszuwandern. Sie haben mit den Indianern gekämpft, haben sie ausgerottet, haben den Urwald gerodet und die Wüsteneien fruchtbar gemacht. Unser Volk ist genauso wie die Angelsachsen ein ganz gesundes Bauernvolk, das nur die zwei Grundsätze kennt:

Land und Volk.

Land und Kraft, es zu bewahren, kannte unser Volk immer. Aus dieser Überzeugung kam ein grenzenloses Rechtsbewußtsein. Land nehmen und andere arbeiten zu lassen, das ist gemein. Boden nehmen und ihn selbst bearbeiten und ihn selbst pflügen, das ist unser Recht. Wenn wir uns die Frage vorlegen, wie konnte dieses Volk, das früher stets raumpolitisch gedacht hat, sich auf ein reines Wirtschaftsleben umstellen? Dann müssen wir daran denken, daß in diese ganze Periode hinein ein anderer Prozeß fällt, ein Prozeß, von dem gewisse Menschen nicht gern etwas hören mögen. Ein Prozeß, der da ist, [*ist*] nämlich die Tatsache, daß sich in unserem Volkskörper langsam ein fremder Volkskörper hineingedrängt hat, und, daß dieser andere Volkskörper sich langsam zur Regierung emporgearbeitet hat, daß er zu herrschen begann und daß die Wirtschaft langsam im Sinne der Mentalität dieses anderen Volkskörpers umgeleitet wurde. Das deutsche Volk hat seit der Völkerwanderung in sich verschiedene Fremdkörper aufgenommen und hat diese Fremdkörper zu assimilieren versucht. Wir sind hier zu 99 % keine reinen germanischen Menschen mehr. Zahllose andere Völker wurden langsam aufgesaugt, und die deutsche Seele ist heute das Ergebnis einer Vermengung dieser

Volksteile mit uns, eine Vermengung, die zahllose Brüche besitzt. Bei blutsmäßig gleichen Menschen würden in Stunden der Not alle äußeren Gegensätze vergehen und im selben Augenblick das Einende zum Ausbruch kommen und das Leben des Volkes bestimmen. In uns Deutschen sind die nordischen Volksteile die gewordene Organisation. Wir besitzen viele Volkssplitter, die dieser Fähigkeit nicht teilhaft geworden sind und die ein Ferment abgeben, das man organisieren [*muß*] [16]. Dazu hat noch gewirkt die Erziehung durch das Heer, die das deutsche Volk zu einer Disziplin brachte, daß dieses Volk wunderbare organisatorische Leistungen hervorbringen konnte. Wir haben nun so viele dieser fremden Volkskörper aufgenommen, sie assimiliert und, wenn sie noch nicht ineinandergeschoben sind, so liegen sie doch fest nebeneinander, und wir haben nun auf einmal so ein allgemeines, großes, gemeinsames Seelenleben entstehen sehen, die deutsche *Volksseele*. Daß wir Deutsche nicht nur auf dem Gebiet der Heeresleitung, der Wissenschaft, der Musik wunderbare Leistungen erzielt haben, was zu dem ganzen deutschen Volksleben beigesteuert hat, zu einer universalen Bildung anderen Völkern gegenüber. Auf alle Fälle mögen wir Deutsche darüber glücklich sein, daß die innere Gliederung unseres Volkskörpers uns Fähigkeiten fast universaler Art verleiht. In dieser Zeit aber hat das deutsche Volk auch stets einen Fremdkörper in sich gehabt, der nie assimiliert wurde, und das war das Judentum. Sie haben aber niemals eine politische Gleichberechtigung gehabt. Das deutsche Volk hat sich in Erkenntnis des Nichtangliederbaren und Nichtverschmelzbaren dieses Volkes sich stets das Gastgeberrecht bewahrt. Dieses Recht hat das deutsche Volk erst zur Zeit der neuen Reichsgründung freigegeben. Seit dieser Zeit datiert die Emanzipation der Juden im äußeren Sinn, was im inneren Sinn nicht sein kann, weil hier zwei Wesen streng gegeneinander stehen. Das deutsche Volk ist das typische Raumvolk, das jüdische Volk ist das typische raumlose Volk. Während das deutsche Volk nur eine Produktionsmöglichkeit kennt, Boden zu gewinnen, bilden die anderen nur die Brücke, die den Prozeß der Herstellung der Produktion über sich ergehen lassen. Während das deutsche Volk sich aus dem Bauern- und Soldatentum zusammensetzt, setzt sich das jüdische Volk aus Händlern zusammen. Deutsche und Juden sind zwei Völker, die in ihrem Grundwesen auseinander gehen, das eine Volk von universaler Fähigkeit, das andere stets abhängig von einem zweiten oder besser dritten, der erst den Boden für die Existenzen dieses Volkes abgibt. Dem deutschen Volk als raumvollem Volk steht das jüdische Volk als raumloses, dem deutschen Volk als Soldatenvolk, steht das jüdische als Händlervolk gegenüber. Unser Volk kann aus Urwald und Wüsteneien Kultur schaffen, das andere Volk hingegen kann nur hingehen, wo sich bereits Kultur befindet. Unser Volk kann deshalb selbst Kultur aufbauen, phantasievolle, das andere mehr mechanische, unser Volk treibt mehr Philosophie, das andere mehr Mathematik. Unser Volk ist mehr staatspolitisch, das andere mehr wirtschaftspolitisch. Kurz und gut, wir sehen, wie hier zwei Völker nebeneinander stehen, die unendlich verschieden sind. Wenn Sie glauben, daß sich dennoch Berührungspunkte ergeben können, dann vergessen Sie nicht die Blutsvermischung der Jahrtausende. Die Brücken sind selbst wieder unhomogen, sind selbst wieder unglückselig zerrissen. Das eine ist das Staatsvolk, das andere das Gastvolk. Das Staatsvolk bestimmt, und das

16 Ergänzt nach Preiß, Hitler, S. 98.

Gastvolk wird vom Staatsvolk gemäß seinen Fähigkeiten verwendet. So wie nun der Gedankengang in der politischen Emanzipation des Judentums aufgegeben wurde, sehen wir eine Verabschiedung des deutschen Denkens eintreten, weil langsam ein anderes Volk sein Denken dem deutschen Volk aufzuzwingen vermag.

Langsam sehen wir, wie die Presse in die Hände d[*es*] anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie das Theater in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie die Literat[*ur*] in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie die Kunst in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie der Handel in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie die Wirtsch[*aft*] in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie das politische Parteileben in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie das Rechtsw[*esen*] in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie die Justiz in die Hände des anderen Volks übergeht, langsam sehen wir, wie d[*as*] Ärztew[*esen*] in die Hände des anderen Volks übergeht. Langsam sehen wir, wie unser ganzes öffentliches Leben und alle Kräfte, die unser Leben gestalten, in die Hände des anderen Volkes hinübergeleitet werden, von diesem schließlich gestellt werden, und wie langsam diese Erscheinungen unserem Volksempfinden entfremdet werden, wie die Literatur, die Kunst, das Theater, die Justiz, das Rechtswesen entfremdet werden. Wir sehen, wie langsam Tausende uns nicht mehr verstehen können und wie Tausende einer fremden öffentlichen Meinung gegenüberstehen. Wir sehen, wie alle die ewig blutgebundenen Werte einem dauerndem Wechsel unterworfen sind, wie plötzlich alles zu jagen beginnt. Kaleidoskopartig zieht das alles an uns vorbei. Die Kunst beginnt zu jagen, das Theater, wir sehen, wie selbst die Tracht zur Mode wird. Nichts mehr ist verankert, nichts mehr wurzelt in unserem Inneren, alles ist äußerlich, flieht an uns vorbei, unruhig und hastig wird das ganze Denken unseres Volkes, restlos wird das ganze Leben zerrissen, und der gewöhnliche Mann versteht heute die Intelligenz der deutschen Nation nicht mehr. (Starker Beifall.) Glauben Sie, daß der Mann aus dem Volke das alles versteht, daß ein ganz Fremder unsere Sprache mißbraucht? Langsam sieht die breite Masse das nicht mehr, versteht das nicht mehr. Langsam beginnt unser Volk zu zerfallen, ganz andere Gedanken wie einst beherrschen unser Volk, und langsam wird in Deutschland das Raumpolitische der deutschen Nation in das Wirtschaftspolitische verwandelt. Nicht mehr der Soldat steht im Vordergrund, sondern der Kaufmann, nicht mehr der Bauer, sondern der Unternehmer, der produziert industrielle Fabrikate, die Stadt rückt an die Stelle des Dorfes.

Wir sehen, wie unser Volk in dieser allgemeinen Gedankenveränderung politisch den gleichen Weg nimmt, wir sehen den Abbau aller raumpolitischen Ansprüche. Es werden Gesellschaften gegründet. Selbst die neue Kolonialpolitik hat nichts mehr zu tun mit unseren früheren Auffassungen, sie hat als furchtbarstes die Zerstörung des Soldatengedankens, was das Zerfallen der Nation bringt. Es setzen ein die ewige Verhöhnung des Soldatengedankens, die Verseuchung mit internationalen Ideen, die Ausrottung des Persönlichkeitsgedankens. Bei diesen Prozessen unterläuft aber ein Irrtum. Man glaubt, durch diese Umwandlung des Soldatenvolkes in ein Wirtschaftsvolk der Macht entbehren zu können. Der Jude baut sie planmäßig ab und weiß nicht, daß dieses Volk eines

Tages auch nicht die Wirtschaft ohne Macht ausführen kann. Man will die Macht erhalten, der Machtglauben im Volke wird aber zerstört, eine allgemeine Zersetzung setzt ein, die ihren lebendigsten Ausdruck findet in der Organisation der Klassen. Dieses Volk kann keinen Weltkrieg mehr gewinnen. Das deutsche Volk versinkt wieder in seinen Schlummer, die wenigen, die sich dagegen stemmen, werden zu gegebener Stunde beseitigt.

Das deutsche Volk macht eine Revolution und führt diese in einer Form durch, die für ewige Zeiten ein Schandblatt in unserer Geschichte sein wird [17]. Revolution ist auch nicht Revolution. Revolution kann gemacht werden. Es schwangen sich schon oft Völker durch Revolutionen zu einem höheren Anstand empor. Das deutsche Volk hat die Revolution der Unanständigkeit gemacht, weil ihre Ziele die unanständigsten waren. Daß wir am Ende auf dem Schlachtfeld verlieren, das wäre keine Schande, daß man selbst aber eines Tages die eigenen Armeen beschimpft, die die Schlachten geschlagen haben, das ist eine Schande. Daß man in der Heimat selbst die Fahnen, die vier Jahre lang von keinem Gegner genommen werden konnten, zu Hause in die Gosse getreten hat, das war die Schande. Kein Gegner konnte uns das antun, das konnten nur die Träger der Revolution von 1918. Daß die Franzosen sagen, wir sind Hunnen, das ist keine Schande, daß aber Deutsche aber [*sic!*] selbst sagen, wir sind schuldig, das ist die Schande. Unsere Begeisterung hat in ihrer wahnsinnigen Friedensduselei versäumt, das Schwert zu ziehen. (Reicher Beifall.) Der Zusammenbruch vollendete nur das, was sich in dieser Zeit angebahnt hat. Die Nation zerfällt. Mit dem Geschrei des Sieges [18] des Internationalismus hört ein großes Volk auf zu bestehen. Wir erleben eine Unwürde nach der anderen, einen Verfall auf allen Gebieten und einen Verfall mehr auf moralischem Gebiete, dessen Charakterlosigkeit ein Clausewitz feststellt, wenn er erklärt:

... Wir leben in einer Periode, die den Dichterspruch bewahrheitet, daß eine Schande, die man auf sich genommen hat, wie etwas Böses sich ewig neu gebären [19] muß. Die erste Schande führt zur zweiten, und diese wieder führt zur dritten, jede neue Schande ist immer die Einlösung einer alten, und das geht so weiter, bis unser Volk grundsätzlich im Inneren anders gesinnt ist. Bis über Stände, Berufe, Gruppen und Klassen hinweg unser deutsches Volk sich wieder erhebt. [20]

Wie ist die Lage des deutschen Volkes heute? Die Lage ist eine entsetzliche. Raumpolitisch sind wir beengt. Wir haben Grund verloren. Auf 460.000 Quadratkilometer entfallen augenblicklich in Deutschland 62 Millionen Menschen [21]. Eine Ernährung auf dieser Basis ist unmöglich. Früher haben wir den Kessel, als den ich Deutschland bezeichnen möchte, auf Überdampf gebracht. Die Exportwirtschaft ist uns heute erschwert durch die finanzwirtschaftlichen Knebelungen der Friedensverträge, durch rein friedliche Methodik, die in den Friedensverträgen wurzelt, und drittens in unserer Machtlo-

17 Gemeint sind die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich während des November 1918.

18 Korrigiert nach Preiß, Hitler, S. 100.

19 Korrigiert nach Preiß, Hitler, S. 101.

20 Es handelt sich vermutlich um Hitlers zusammenfassende Interpretation von Clausewitz' Bekenntnisdenkschrift von 1812. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

21 Vgl. Dok. 2, Anm. 7.

sigkeit. Wenn einer sagt "billigere Produktion", dann vergißt er das eine: Wir sind ja mit Blut und Eisen vom Weltmarkt verhaut [*sic!*] worden und haben nicht die Kraft gehabt, ihn zu halten. Sie haben den Friedensvertrag so gemacht, daß er aller menschlichen Voraussicht nach die Eroberung des Weltmarktes unmöglich macht. Jede Lieferung, die wir Deutsche heute von einem Auftraggeber in der Welt erhalten, wird einem Engländer abgezogen. In diesem Kampf entscheidet am Ende nicht mehr die billige Fabrikation oder das bessere Fabrikat, sondern hier entscheidet am letzten Ende die Macht, das Schwert. Heute hat es England, Deutschland hat es zunächst verloren. Damit aber gäbe es nun einen Weg, und das wäre der, daß die Nation ihre Volksvermehrung propagandistisch so auswertet, daß ein allgemeiner Haß gegen das Joch der Fremdherrschaft in uns aufkäme. Dem steht aber entgegen das Volk, das wir heute in uns haben, das Volk, das heute an unserer Spitze steht. Dadurch wird hier die Konsequenz einer Regelung vom Schicksal gezogen. Durch die, die nicht dagegen sind, sondern die damit kapitulieren: Die Auswanderung und weiter die Geburtenbeschränkung. Tatsächlich sehen wir folgendes Ergebnis: Deutschland verliert zur Zeit jährlich 150.[*000*] - 160.000 Menschen durch Auswanderung [22], 20.[*000*] - 30.000 durch Selbstmord [23], 380.000 durch Kindermord [24]. Jährlich verliert die deutsche Nation 600.000 Menschen, die wir haben könnten und die wir preisgeben. Das deutsche Volk wird in hundert Jahren einen Standard von ungefähr 40 [*Millionen*] Menschen, andere Völker dagegen einen Standard von vielleicht 300.[*000*] - 400.000 Millionen Menschen haben. Das deutsche Volk scheidet damit als großes Weltvolk aus der Geschichte endgültig aus. Den inneren Wert verringern wir durch die Geburtenbeschränkung und die Köpfe durch die Auswanderung um die eigentlichen Werte. Nach Amerika dürfen wir jedes Jahr 80.000 Menschen schicken, aber sie müssen ganz gesund sein [25]. Wenn dieses Prinzip weiter dauert, und es wird weiter dauern, dann ist die Zukunft der deutschen Nation die, daß wir langsam zu einem Volk der Armenier werden, oder daß wir langsam zu einer zweiten Schweiz, zu einem zweiten Holland werden. Wenn ein Volk eine so große Geschichte gehabt hat, dann pflegt ein solcher Sturz der seelische Zusammenbruch eines Volkes zu sein. Das ist die trostlose Zukunft. Die Tagesfragen sind zwar dazu angetan, den Blick für das Große zu trüben. Das sind zwar lauter Erfolge, die aber in der Gesamtheit die Linie des Mißerfolges nicht zu beseitigen vermögen. Wir sehen ein Verspielen unserer wirtschaftlichen Substanz, wir sehen ein Verspielen unseres Volkes an sich. Wir zehren zur Zeit noch von Gütern, die die Vergangenheit geschaffen hat, und wenn diese verzehrt sind, dann kommt die katastrophale Auswirkung dieser Jahre, dann wird der Zusammenbruch auf der ganzen Li-

22 Vgl. Dok. 2, Anm. 9.

23 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

24 Die Abtreibungen werden für die Zeit der Weimarer Republik auf 200.000 bis 400.000 pro Jahr geschätzt, einzelne Schätzungen belaufen sich bis auf 1.000.000. Die Zahl der wegen Verstoßes gegen den § 218 StGB rechtskräftig Verurteilten erreichte mit 7.193 im Jahr 1925 ihren Höhepunkt. Vgl. Marliese Eckhof, "Gegen die Abtreibungsseuche!" Ärzte und § 218 in der Weimarer Republik. In: Dies./Petra Finck, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 79-240.

25 Vgl. Dok. 37, Anm. 13 und 14.

nie kommen. Da kommt einem nun die Frage, was soll man dagegen tun, was soll dagegen geschehen?

Da muß ich gleich einen großen Glauben zerstören. Es gibt in Deutschland heute viele Menschen, die sind national oder glauben, es zu sein. Sie glauben, daß die vaterländischen Bewegungen in der Lage wären, das deutsche Schicksal zu heben. Wenn im Völkerleben Kräfte einmal im Kampf unterliegen, dann werden erfahrungsgemäß die gleichen Kräfte niemals mehr in der Lage sein, das zu beseitigen, was angerichtet worden ist, außer es geschieht eine innere Umgestaltung. Sie werden einem Drucke erliegen und eine Umwälzung nur mehr als Kanonenfutter oder eine zweite spätere Flucht erleben. Die Geschichte bietet uns zahllose Beispiele. Wir wissen das angefangen von der römischen Geschichte, wir wissen das aus unserer deutschen Geschichte, daß es fast Jahrhunderte gedauert hat, bis das deutsche Volk wieder in den Besitz einer militärischen Macht kam, die es einst hatte. In Deutschland haben nicht nationale mit internationalen Parteien gerungen. Glauben Sie, wenn ja im Frieden im Laufe der letzten Jahrzehnte ein Ringen stattgefunden hätte zwischen Marxismus und nationalem Bürgertum, dann hätte man vielleicht sagen können, warum soll dieser Kampf nicht einmal zu unseren Gunsten ausgehen? Aber das Deutschland vor dem Kriege kannte eben einmal den Marxismus nicht. Man hat eine Macht entstehen sehen, ewig vor ihr kapituliert. Das ist der schmählichste Verlust, den man sich überhaupt denken kann, den das nationale Deutschland hier erlebt hat. Wenn ein solches nationales deutsches Bürgertum früher nicht in der Lage war, den Marxismus in der Entstehung zu zerteilen, dann wird es heute auch nicht in der Lage sein, das, was gemacht worden ist, zu beseitigen, wenn nicht vorher eine vollkommene Umgestaltung erfolgt ist. Und das deshalb, weil ja auch unser politisches Bürgertum sich auf den Gedanken des Primären zugewandt hat und weil die Umwandlung nach der Revolution der Gebiete nicht erfolgt ist. Wenn Bewegungen den großen Glauben verloren haben, dann versuchen sie stets die Weltgeschichte zu düpieren. Dann glaubt man, mit Schilderänderungen etwas erreichen zu können, was nicht mehr zu ändern ist. Man verwechselt immer Kraft mit neuen Namen, mit Schilderänderungen. In dem Ringen nationales Bürgertum contra internationaler Marxismus hat zunächst der internationale Marxismus gesiegt. Der Marxismus hat zunächst einen vollkommenen Sieg errungen. Die ihm gegenüberstehenden Parteien mußten Kräfte organisieren, die sie gegenwärtig nicht haben. Was wäre nun nötig gewesen? Es wäre nötig gewesen, daß man versucht hätte, eine große Organisation zusammenzutun. Das tat einst der Freiherr vom Stein. Was taten unsere bürgerlichen Parteien? Sie wechselten nur ihre Bezeichnungen, sie wechselten nur die Schilder. Es hat sich sonst nichts gewandelt. Es ist keine innere Reorganisation vorgenommen worden. Nur die Schilder sind heruntergenommen worden, auf ihren Schildern heißt es nun so oder so. Die Gestalten, das Zukunftsbild sind dieselben geblieben. Wer die Parteiprogramme aus dem Jahre 1918/19 [26] durchstudiert, der muß sagen: geradezu armselig. Hier siegt eine Weltanschauung, vernichtet alles, was dieser Staat an Größe alles besaß, und die Gegenspieler stellen ein winzigstes, kleinstes, oberflächlichstes Tagesprogramm auf. Sie finden nicht

26 Vgl. mit der Übersicht bei: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960. S. 425 ff.

den Absprung hinein in die Nation. Indem wir einen Teil der Nation in einen Klassenbegriff zusammenfassen, in dem gleichen Augenblick ist das Bekenntnis zu diesem Klassenbegriff allein schon die Formierung des Gedankens gegen den anderen Klassenbegriff. Bei dem Kampf der beiden Klassen müßte eingesetzt werden. Das Bekennen zum Begriff bürgerlich als politischen Begriff heißt auf der anderen Seite Bekennen zum Proletariat, zum politischen Programm. Man geht über die Geschichten ganz oberflächlich hinweg. Die Geschichte hat gar keine Bedeutung. Die Kraft, die in solchen Parteigebilden steckt, ist solch eine Kraft, daß sie auf die geschichtlichen Erfahrungen verzichten zu können glauben.

Meine lieben Freunde! Glauben Sie mir, die Geschichte ist sehr lehrreich für die Völker. Sie beginnen sich oft sehr schnell umzuwandeln, schnell und energisch. Da scheint mir die Klärung eines Begriffes grundsätzlich notwendig zu sein. Wenn in Deutschland der Kampf gegen die Tendenz mit Aussicht auf Erfolg gekämpft werden soll, dann muß das von einer Bewegung geschehen, die entgegengesetzt zu den zersplitternden Tendenzen der heutigen Zeit ein großes weltanschauliches Ideal trägt. Die Träger dieses Ideals müssen dann Idealisten in dem Sinne sein, als für sie das Ideal absolut mehr sein muß als irgend etwas anderes. Da muß festgestellt werden, daß eine solche Bewegung nur wurzeln kann im breitesten Volk. Die Einstellung, die durch Vermögen sichtbar wird, hat gar keinen Zweck. Sie hat keinen Wert. Wenn ein Volk aus lauter leseunkundigen Menschen besteht, von denen aber jeder ein großer Organisator ist, dann hat das Volk keine Zukunft für sich. Ein anatolischer Bauer hat mehr Wert als ein deutscher Literat mit dem höchsten Einkommen. Das Volk muß fähig sein, für ein Ideal sich zu opfern. Wenn ein Volk bereit ist, für sein Dasein das Leben einzusetzen, dann ist dieses Volk glücklich zu preisen. Wenn heute eine Bewegung gebildet wird, dann kann ich den Wert ihrer Mitglieder nicht ermessen nach ihren Zivilberufen, Ständen oder Klassen, sondern nur nach der Bereitwilligkeit des einzelnen, sich für das Ideal der Bewegung einzusetzen und zu opfern. Da steigt der ganz kleine Schlosserjunge zu einem Wertobjekt empor, das sich neben jedem anderen sehen lassen kann. Da wird auf einmal der ganz verachtete Straßenkehrer zu einem Träger des kommenden Staates, weil er fähig ist, sich dafür einzusetzen. Der Mann mit der rußigen Hand, er wird zu einem Träger des kommenden Staates, weil er bereit ist, sich dafür einzusetzen. (Starker Beifall.) Das gibt das Material, mit dem man große Reorganisationen vollführen kann, das gibt das Material, mit dem man Staaten aufbauen kann, sowie dieses Material in der geklärtesten Form auf dem Schlachtfeld die Staaten verteidigt.

Das gilt auch für das politische Schlachtfeld. Auch hier wird das Schicksal des Volkes entschieden durch die Frage, ob es noch einmal möglich sein wird, in Deutschland eine Gemeinschaft von Menschen zu bilden, deren politisches Glaubensbekenntnis nicht mit dem Satz beginnt: Ich bin Bürger ... ich bin Proletarier, sondern deren politisches Glaubensbekenntnis mit dem Satz beginnt: Ich bin Deutscher! Dieses Bekenntnis ist für mich das Primäre. Es ist in Wirklichkeit ein Bekenntnis, das mich über alle Zersetzungstendenzen emporhebt, das gerade durch das Hervorkehren dieses ganz großen Problems des Lebens die Wucht und Stoßkräfte der kleinen Ereignisse immer mehr abnimmt. Es ist ein Bekenntnis, das mir die Möglichkeit gibt, daß nunmehr Menschen, die durch die

Nöte des Lebensprozesses gegeneinander geführt worden sind, in den großen Fragen der Nation miteinander marschieren, bis endlich diese Menschen nur die großen Ziele sehen und über die Kleinlichkeiten hinweggehen. Der wird am meisten unter der Not des Tages leiden, der am wenigsten Ideale besitzt. Wer wird am meisten vom Hasse der Klassen in einer Nation verzehrt? Wer am allerwenigsten Beziehungen zur gesamten Nation hat. Eine solche Bewegung muß versuchen, langsam zu der großen Kulturgemeinschaft hinüberzuführen durch den Appell an den in jedem Menschen wurzelnden Stolz auf sein Volk. Eine solche Bewegung, die die Beziehung zur Gesamtheit besitzt, muß diesen Stolz dauernd fördern, daß aus den zerteilenden Kräften einzelne sich hervorheben, die sich vereinen können, daß ein Volk aus seinen Tagesfragen herausgehoben wird, daß langsam Namen emporgehoben werden, die jeder kennt und die für jeden gemeinsames Eigentum sind, daß ein Volk hinübergeführt wird zu ganz großen Zielen, zu ganz großen Idealen, und daß es kennenlernt die ganz großen Männer seiner Geschichte. Das kann aber keine Bewegung vollbringen, die tatsächlich selbst Trägerin des Giftes ist, sondern das kann nur eine junge, vollkommen neue Bewegung. Wenn so mancher Mensch von heute erklärt: Ja, Sie können doch nicht durch ein Gebilde, das erst entsteht, die Nation reformieren wollen, kann man ihm sagen: Alte Gebilde haben noch nie die Nation reformiert. Jede wahrhaft große Erscheinung der Welt hat sich stets aus kleinsten Anfängen heraus zwangsläufig entwickelt. Der Druck der widerstrebenden Zeit wirkt läuternd, bessernd auf die Mitgliedschaft. Sie hören heute häufig Kritik an Bewegungen. Jede Bewegung hat wohl ihren Führer oder ihre Führung, nebenher aber eine allgemeine Tendenz. Wenn ich eine Bewegung gründe mit radikaler Tendenz, dann wird sie als Mitglieder Menschen von radikaler, gleicher Tendenz bekommen. Es wird erklärt, daß ein Christentum siegen konnte, nicht weil es die Majorität der Zahl, sondern die Majorität der Energie bekam. Wenn ich durch einen Prozeß verstehe, aus einem Staat wertvolle Menschen herauszuziehen, wenn dann die Kräftigsten herausgezogen sind, und zu einem gewissen Zeitpunkt konzentriert erscheinen, dann gibt es diese neue Bewegung. Das ist das, was mir vorschwebte, als ich daran ging, eine neue Organisation zu bilden. Da ist mit eine Bewegung gestaltet worden, die alle Menschen sammelt und für den Kampf reif macht, weil sie schon anfangen, daß jeder neben dem anderen steht, daß schon hier im Rahmen der Bewegung sich ein Bild der Volksgemeinschaft ergibt.

Wenn Sie nun sagen, das wird es nie geben, dann gibt es auch keine Auferstehung der deutschen Nation mehr. Wenn ich daran glaube, dann muß ich auch an dieses Wunder glauben, nicht weil ich sage: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen. Dieses Wunder hat Jahrhunderte, Jahrtausende bestanden, und ich glaube daran, weil nur menschliche Erdenwesen im Laufe von siebzig Jahren etwas zerstörten, und ich glaube, daß Menschen mit größerer Energie das wieder schaffen werden. Der Herr schenkt seine Gnade den Völkern, die sie verdienen. Das deutsche Volk hat Gnade genug gehabt, das deutsche Volk hat diese Gnade nicht zu würdigen vermocht, denn denen, denen das Leben des Soldaten an der Front nichts war, denen ist das Leben des Verbrechers zu Hause alles gewesen. (Starker Beifall.) Wir glauben, daß die Gnade kommen wird, wenn das Volk sich seiner Laster entwöhnt und den Weg zurückfindet zu seiner

inneren Gesundung. Dazu ist aber zuerst notwendig die Erkenntnis des Blutwertes als des primären Wertes im Leben des Volkes. Wenn mir ein Mensch gegenübertritt und sagt: Alle Menschen sind gleich, dann hat er kein Recht sich zu beklagen. Wir haben einen besonderen Wert, und das ist unser Blutwert. Außer dem Ziffernwert besteht auch noch ein spezifischer Wert. Dieser letzte ist bei unserem Volk ein ganz unendlicher. Er wird aber nur dann wirksam, wenn er erkannt und gefördert wird. Der Gegner kämpft mit den Werten seines Volkes. Wenn ein Volk seinen Blutwert preisgibt, dann gibt es damit seinen höchsten Volkswert preis. Wehe mir, ganz besonders dann, wenn der Gegner mit Waffen kämpft, die mir vollkommen fern liegen. Wenn der eine einen Panzerkreuzer besitzt, dann kann der andere nicht mit der Lüge konkurrieren. Ein Panzerhügel [*sic!*] z. B. wird ewig nur mit dem Schwert zerhaut, sie können niemals durch Verträge von Genf das deutsche Volk erlösen [27]. Es gibt Zustände der Lüge, die nur durch das Schwert gebrochen werden können. Wenn ein Volk sich nicht auf die Quellen der Kraft beruft, dann ist es nicht konkurrenzfähig. Jeder Volksgenosse steht mir näher als irgend etwas, als irgendeiner, der von auswärts kommt. Erst *mein* Volk, dann das andere. Erst gehöre ich meinem Volk, erst dann interessiert mich die andere Welt. Ob Recht oder Unrecht, ich werde zu meinem Volke stehen in allen Dingen, ich bin ein Deutscher! Wenn ich aber von oben beginne, die Bande der Blutsgemeinschaft zu zerreissen, wenn ich eben aufgehe in Weltbürgerlichkeit, dann wundern Sie sich nicht, wenn das rauhe Echo von unten kommt und sagt: Was heißt Nation? Wo es mir gut geht, dort ist mein Vaterland, und da habe ich keines. Eine Regierung hat sich zu fügen, wie ein Vater seinen Kindern gegenüber. Nicht die Majorität hat zu entscheiden, nicht die Demokratie, sondern die Minorität, die Kraft der persönlichen Werte. Wenn andere sagen: Das wollen wir auch, dann sage ich: nein! Sie sind selbst Demokratien, in denen die Majorität und nicht die Persönlichkeit das Entscheidende ist. Die Person hat überhaupt keine Bedeutung mehr. Die Majorität entscheidet: Das haben wir. Dann wird niedergerissen, was an Großem da ist. Es beginnt der Kampf gegen die Persönlichkeit, gegen die Größe der Persönlichkeit auf allen Gebieten.

Auf vielen Gebieten weiß man dies ja. Auch unsere Fabrikanten wissen dies. Der Fabrikherr weiß, daß man die Demokratie nicht einführen kann bei der Armee, bei der Polizei, in der Fabrik, da er sonst die Fabrik sperren muß. Der Fabrikherr weiß, daß die Demokratie nicht Geltung besitzt für die Wissenschaft. Aber den Staat in der Gesamtheit, den kann [*man*] sehr wohl diesem demokratischen Majoritätsprinzip ausliefern. Sie sind ja selbst zu Demokraten geworden, überall haben sie Ausschüsse, ihre Parteien sind Demokraten geworden, überall wird abgestimmt, überall entscheidet die Majorität. Sie haben ja selbst das Gift in sich, das sie bekämpfen möchten, weil sie nicht die tatkräftigsten Menschen, sondern die schwächsten an die Spitze bekommen. Das Merkmal jeder Demokratie ist, daß sie Angst hat vor der Macht der Persönlichkeit. Das ist der zweite fundamentale Grundsatz: Eine Bewegung, die einmal Fuß fassen will, die muß den Kampf aufnehmen auf allen Gebieten. Der dritte, ein Volk, das sich den Hoffnungen hingibt, durch irgendwelche Zufälligkeiten die Freiheit zu bekommen, ist von vorneherein verloren. Ein Volk, das nicht durchdrungen ist von der Überzeugung des Kampfes

27 Anspielung auf den Völkerbund, der seit 1920 seinen Sitz in Genf hatte.

auf Leben und Tod, ist von vornherein auf dieser Welt verloren. Jedes Gebilde strahlt nach außen die Kraft, die es im Innern bewegt. Wenn das deutsche Bürgertum im Jahre 1918 gestürzt worden wäre unter blutigen Kämpfen, nach blutigen Schlachten, oder wenn es so gefochten hätte, wie die Inder, die schwer ausgebeutet worden sind und sich endlich empörten und Tausende niedermetzelten, wenn so, wie damals die Engländer aber auch gefochten haben [28], wenn so das deutsche Bürgertum im Jahre 1918 gefochten hätte, oder wenn die deutschen Fürsten das getan hätten, dann könnte man mit Recht sagen, eine solche Bewegung hat die innere Reorganisationskraft in sich. Aber so ist es nicht. Wissen Sie, wenn ich einen Kampf beginne, dann muß ich ihn auch durchkämpfen. Da muß schon die eigene Bewegung zeigen, jawohl, wir wollen das deutsche Volk wieder herausreißen aus seiner Not. Wer uns mit Terror entgegentritt, dem treten wir wieder mit Terror entgegen. Entweder der stürzt, oder wir stürzen. Da kommt in Berlin ein Republikschutzgesetz [29]. Draußen steht der Pöbel. Glauben Sie, wenn in einer Versammlung 200 Nationalsozialisten drinnen gewesen wären, die hätten kapituliert? Nein! Das ist das wesentliche, daß diese Bewegung, die ich vertrete, erfüllen soll, daß sie nicht nur von Freiheit spricht und von einer Volksgemeinschaft, sondern daß sie in sich bereits dieses Programm der Entwicklung entgegenführt, daß sie in sich bereits ein Teil der kommenden Volksgemeinschaft ist. Das ist das Wesentlichste, daß diese Bewegung beweist: Es ist möglich, daß Deutsche aller Berufe, Stände und Klassen für einander kämpfen, daß diese Deutschen ihr Blutideal höher schätzen wie ihren Beruf, ihren Stand, ihre Klasse. Das Wesentlichste ist, daß sie beweist: Es ist möglich, daß diese Deutschen sich wieder unterordnen, daß sie sich wieder disziplinieren unter der Autorität der Persönlichkeit. Daß sie weiter beweist: Es ist möglich, daß diese Deutschen dann wieder höher als ihre eigene Existenz die Notwendigkeit der Vertretung ihres Ideals auffassen, es ist möglich, daß in Deutschland wieder Zehntausende von Menschen bereit sind, für ein Ideal zu sterben. Aus dieser Bewegung wird jener harte Stahl herauskommen, der einmal fähig zu sein scheint, dem deutschen Volk wieder die Waffe zu geben, die deutsche Freiheit zu erringen. Glauben Sie [*mir*], wer nur als Mathematiker die Zukunft prüft, der täuscht sich sehr oft, er vergißt, daß im Völkerleben nicht die Größe das Entscheidende ist, sondern der Opfersinn, der die Völker bewegt. Die Werte erscheinen manchmal den Ziffern und Zahlen entgegengesetzt gelagert. Die innere Homogenität ist es, die emporführt, der Glaube, der eine Bewegung erfüllt, und die Kraft, die sie ausstrahlt. Wer anders glaubt, der vergißt noch, daß die größten Erscheinungen der Weltgeschichte nicht etwa als komplette Einrichtungen erschienen sind, sondern daß sie oft in einem ewigen schweren Ringen aus einem scheinbaren Nichts entstanden sind, um endlich zu einer weltbewegenden, völkergestaltenden Kraft zu werden.

28 Anspielung auf die antibrit. Demonstration in der indischen Provinzhauptstadt Amritsar am 13.4.1919. Der brit. General Reginald Dyer hatte befohlen, Maschinengewehrfeuer auf die Demonstranten zu eröffnen, was 379 Tote und über 1.500 Verletzte kostete. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1919, 2. Teil, S. 441.

29 Vgl. Dok. 57, Anm. 38.

Da kann ich sagen, der Weg ist ein ungeheurer. Es ist neun Jahre her, daß wir mit sieben Mann begonnen haben, unter ihnen waren Schlosser und Soldaten [30]. Die Lehre, die ich hier vertrete, wird einmal die Lehre der deutschen Nation sein. Die Fahnen, die ich emporziehe, wird [*sic!*] einmal die Fahne des neuen Reiches sein, hinter der Millionen und Millionen marschieren werden. Unter ihr wird einmal gefochten werden, sie ist die Fahne der Zukunft, die Fahne des kommenden Deutschlands, die Fahne des Freiheitskampfes, und unter ihr werden einmal die Fesseln zu Boden sinken. Wir wurden damals elf, dreizehn, fünfzehn und mehr, wurden geringschätzig angesehen, verhöhnt und verlacht, wir hörten aber nicht auf, trotzdem weiter zu arbeiten, so daß es uns möglich war, nach einem Jahre auf sechzig zu kommen und aus diesen sechzig langsam 3.000, dann 20.000, dann 36.000 zu machen. Dann kommt der Staat, löst uns auf, verbietet uns [31], und die alten Gebilde erklären: Wir sind tot. Wir sind aber nicht tot, und wieder beginnt man mit einem [32], und es werden 10 und 1.000, 70.000 und 100.000 [33]. Wir halten Versammlungen ab, und kaum sind wir versammelt, kommen schon wieder 5.000 hinzu. Im ganzen Deutschen Reich sind Riesenkundgebungen entstanden, und langsam wächst die Bewegung und erfaßt Millionen. Wir können sehen, wie die Gegner den Terror anrufen. Sie sehen, wie gegen den Terror die Überzeugung tritt, gegen die Lüge das Recht. Wir sehen, wie anstelle der Lüge das Recht tritt, und wie dieses nun langsam in Deutschland eine Bewegung der Aufklärung hervorruft. Tausende von Bürgern, sie lesen tagtäglich wohl ihre Zeitungen, aber sie lesen eines nicht, sie lesen nicht, daß die Bewegung täglich 60 Versammlungen in Deutschland abhält [34]. Sie vergessen ganz, daß jeden Abend Tausende von Braunhemden hinausziehen und irgendwo Säle schützen. Diese Braunhemden geben keine Ruhe und werden keine Ruhe geben, bis die Schande des November 1918 gesühnt ist. Wir werden ruhelos arbeiten und unser Volk ruhelos machen, bis die Tat von 1918 ihre Sühne gefunden hat und auf den Trümmern von Versailles ein neues Deutschland sich aufbaut. Wir werden ruhelos arbeiten, bis die Deutschen verlernt haben, sich als Stände, Berufe und Klassen zu dünken und bis sie gelernt haben, Deutsche zu sein, bis eine große Armee entstanden ist, eine Armee, auf die die Germania heruntersehen mag als auf ihr Kind. Eine Armee, die den Schwur hinausschreit: Wir kennen außer Gott im Himmel noch einen Gott auf Erden, und das bist Du, Vaterland!

---

30 Vgl. Dok. 13, Anm. 10. Zu den Berufen der ersten NSDAP-Mitglieder vgl. den Auszug aus dem Mitgliederverzeichnis der NSDAP bis August 1921. Druck: Tyrell, Führer, S. 22 f.

31 Am 23.11.1923 hatte General von Seeckt, dem am 9.11.1923 als Chef der Heeresleitung die vollziehende Gewalt im Deutschen Reich übertragen worden war, u. a. die NSDAP verboten. Vgl. Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.

32 Vgl. Bd. I, Dok. 1.

33 Vgl. Dok. 37, Anm. 21.

34 Nach parteieigenen Angaben verfügte die NSDAP 1928 insgesamt über 300 Redner, die in diesem Jahr im Deutschen Reich 20.000 Veranstaltungen bestritten haben sollen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 125.

7. Dezember 1928 — Dok. 62
"Die jüdisch-marxistischen Zentralisationsbestrebungen zur Erleichterung der einheitlichen Begaunerung und Ausbeutung der Kolonie Deutschland zugunsten der internationalen Hochfinanz" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3] mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NS 26/55 [4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Man muß manchesmal ordentlich dankbar sein, daß sich so Herren von der Presse die Mühe nehmen, das eigene Gewissen von unsereinem zu erforschen. Da liest man manchesmal die sonderbarsten Dinge. Zum Beispiel der Journalist von der Staatszeitung [5] weiß, daß ich etwas mit Bedauern zurückgenommen hätte oder daß ich mit Bedauern von etwas Kenntnis genommen hätte. Ein Berliner Journalist [6] vom, glaube ich, "Montag" [7] heißt dieser Wisch, "Zeit am Montag" oder "Montag in der Zeit" oder wie er heißt, der hat mich gesprochen irgendwo im Westen bei einem reichen Klienten von mir [8]. Ich weiß nicht, wer das sein soll. Ich bin gar nicht im Westen jemals bei einem

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.12. und 7.12.1928. Die masch. Aufzeichung nennt "Die nationale Ehre".

2 Im Bürgerbräukeller, abends. Die öffentliche Versammlung wurde vom Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Bayer. Landtag, Rudolf Buttmann, geleitet und mit einer Stellungnahme zur Föderalismuspolitik der BVP eröffnet.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 7. Dezember 1928 im Bürgerbräukeller München".

4 Gekürzte Fassung: VB vom 9./10.12.1928, "Der Kampf um Bayern - ein Kampf für die Wiederherstellung der deutschen Ehre". Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 72 der Polizeidirektion München vom 17.12.1928; StA München, Polizeidirektion München 6738.

5 Bayerische Staatszeitung vom 6.12.1928, "Die Aussprache im Landtag" (ungezeichneter Artikel).

6 Hans Wesemann (geb. 1895), Journalist, 1919 Eintritt in die SPD, 1922 Dr. phil., Tätigkeit u. a. als Korrespondent des "Vorwärts", der "Volkswacht", der "Welt am Montag" und der "Weltbühne", 1925 Parteiausschluß, 1933 Exil, seit 1934 Kontakte zur deutschen Botschaft in London und zur Gestapo, Jan. 1935 Beteiligung an der Entführung des ehem. deutschen Gewerkschaftssekretärs Karl Balleng aus Dänemark, März 1935 Verhaftung in Ascona wegen Beteiligung an der Entführung des deutschen Publizisten und Pazifisten Berthold Jacob Salomon aus der Schweiz, 1935-1938 in schweizer. Haft, anschließend Ausreise nach Venezuela, Aufenthalt in verschiedenen lateinamerik. Staaten und den USA.

7 Welt am Montag vom 19.11.1928, "Begegnung mit Adolf Hitler". Der Verfasser Hans Wesemann hatte sich in ein inoffizielles Treffen von NSDAP-Mitgliedern mit Hitler eingeschlichen und darüber satirisch berichtet.

8 In dem Artikel heißt es u. a.: "Nachher [*nach der Rede im Berliner Sportpalast vom 16.11.1928*] aber versammelte Adolf seine Prätorianer um sich. In der durchaus eleganten Privatwohnung eines seiner zahlungsfähigen Klienten im Berliner Westen." Der "Klient" wurde nicht näher benannt.
Am 10.12.1928 veröffentlichte die "Welt am Montag" Hitlers Gegendarstellung: "Aus *München* erhalten wir folgende *Berichtigung*: In Nr. 47 der 'Welt am Montag' vom 19. November 1928 (Beilage) befindet sich ein Aufsatz, betitelt 'Begegnung mit Adolf Hitler'. Die Behauptung des Stattgefundenhabens dieser Begegnung ist frei erfunden. Den betreffenden Abend weilte Herr Hitler überhaupt nicht in einer Pri-

Klienten gewesen. Aber der hat mich dort gesprochen und weiß massenhaft zu erzählen, was ich dort erklärt haben solle. All das ist von A bis Z erschwindelt und erlogen. Aber das gehört einmal zur Presse, und das gehört eigentlich doch auch und paßt so ganz zum Wesen der alten Parteien, die seit zehn Jahren nichts anderes tun, als sich durch so ganz kleine geistige Schiebungen am Leben zu erhalten und ihr Leben weiter fortzufristen, die seit 10 Jahren nichts anderes tun, als selber von Jahr zu Jahr die Meinung ändern, die Überzeugung ändern, so daß sie wahrscheinlich gar nicht verstehen können, daß ein anderer jahrelang, ja ein Jahrzehnt ununterbrochen die gleiche Meinung haben könnte. Und dann kommt noch dazu, daß die Herren manchesmal gar nicht wissen wollen, was man eigentlich selber will. Das wollen sie gar nicht, sie haben gar kein Interesse daran, sondern sie sind glücklich, wenn ihnen von irgendeiner Seite etwas gesagt wird, daß man das oder das will - was sie selber dann gerne hören; und dann lesen sie das immer und immer wieder, und wenn ein anderer sagt: Das will der gar nicht, dann hat man Watte in den Ohren. So etwas will man gar nicht hören. Nur wenn man eines Tages es nicht mehr verhören [*sic!*] kann, wenn es eines Tages gehört werden muß, dann sagen sie plötzlich: Ja, der hat sich ja plötzlich geändert, das hat man von ihm früher nie gehört. - Freilich, ihr macht ja die Ohren nicht auf. Seit zehn Jahren ungefähr haben wir Ungezähltes gesagt, was ihr hören hättet können, was man aber nicht gern hören wollte. Und wenn es dann eingetroffen ist, da sagte man plötzlich: Ach, die Nationalsozialisten haben sich getäuscht gehabt, die mußten sich jetzt auch umstellen. In Wirklichkeit sind die Leute auf unseren Standpunkt gekommen, aber nicht wir haben uns umgestellt. Nicht wir haben uns geändert, sondern die anderen sind auf unseren Standpunkt herübergerückt. So ist es seit Jahren jetzt ununterbrochen gewesen. Ich habe mit Erstaunen vor ein paar Tagen Töne gehört in dem Kampf, Töne, die mir deshalb bekannt sind, weil sie von hier aus zum großen Teil zum erstenmal erklungen sind. (Sehr richtig!) Jetzt höre ich diese Töne, diese Ansichten, bei ganz anderen Menschen. Nun sagen diese aber ganz frech: Herr Hitler hat sich gründlich geändert, jetzt ist er zu unserer Meinung gekommen. (Große Heiterkeit.) Ja, wissen Sie, alles ist relativ. Manchesmal sitzt man im Eisenbahnzug, und dann fährt ein anderer Zug vorbei, und dann glaubt man, daß der eigene fährt. Manchesmal ist es auch umgekehrt, und man meint, der andere Zug fährt, während es der eigene ist. Und die Leute fahren da ununterbrochen in den Zügen, und nun glauben sie, daß die anderen fahren und daß sie stehen. Das sind nur relative Sehfehler, die die Leute haben. (Heiterkeit.) Diese alten Parteien können heute nicht ableugnen, daß ihr gesamter bisheriger Kampf, nicht etwa nur auf dem Gebiet, das wir heute zu be-

---

vatwohnung. Demgemäß sind auch alle im Zusammenhang mit dieser angeblichen Begegnung aufgestellten Behauptungen frei erfunden. Dr. Hans Frank II, Rechtsanwalt.
Dazu erwidert der Verfasser der betreffenden Hitler-Plauderei: Sehr geehrter Herr Hitler! Natürlich stimmt es, daß Sie niemals einen Korrespondenten der 'Welt am Montag' *offiziell* empfangen haben. Aber gute Kriegslist schafft vielleicht auch andere Möglichkeiten, sich Ihnen zu nähern, ohne daß Sie den Wolf im Schafspelz merken. Dieser Wolf im Schafspelz war ich. Ihr ergebener Hans Wesemann."
Rechtsanwalt Hans Frank erhob im Auftrag Hitlers am 5.2.1929 gegen Wesemann und Chefredakteur Richard Langen Beleidigungsklage beim Amtsgericht München. Diese wurde mit Beschluß vom 19.4.1929 zurückgewiesen; seine Beschwerde dagegen vom 1.5.1929 beim Landgericht München I zog Frank am 4.5.1929 wieder zurück. Vgl. StA München, AG 36972.

handeln haben, sondern auf allen Gebieten überhaupt negativ im Resultat gewesen ist. Sie brauchen bloß einen Blick in die heutige Wirklichkeit zu tun. Vor wenigen Tagen lasen Sie, daß die Industrie im Westen Deutschlands nunmehr Herrn Severing als Schiedsrichter anerkennt [9]. Das lesen Millionen von Deutschen, das erscheint ihnen selbstverständlich, und sie bedenken dabei alle nicht, daß dies das Eingeständnis einer so katastrophalen Niederlage der ganzen bürgerlichen Wirtschaft und auch der bürgerlichen Politik ist, eine so katastrophale Niederlage, daß normal eigentlich die deutschen Wähler ihren ganzen Parteien sofort den Abschied geben müßten. Aber das bedenken die Millionen nicht. Und genauso ist es auch in dem Kampf, den wir heute hier vor uns sehen. Auch hier müssen wir sagen: ein jahrelanger Kampf für irgendein Ziel; und im Resultat kann heute nicht abgeleugnet werden, daß das Ziel nicht nur nicht erreicht worden ist, sondern daß das Gegenteil eingetreten ist, ein Gegenteil, das wir aber vorausgesagt haben, und zwar vorausgesagt auf Grund 1. der Zielsetzung von früher, 2. der Art des Kampfes und 3. auch auf Grund der Parteien, die den Kampf führten, der Kräfte, wollen wir lieber sagen, die den Kampf führten. Denn wir können nun einmal nicht in einem einzelnen deutschen Vorgang von jetzt etwas sehen, was für sich allein betrachtet werden müßte, sondern für uns sind alle diese einzelnen Vorgänge, als da sind z. B. Raub der Sparvermögen [10] oder Abbau unserer Wehrorganisationen [11] oder Abbau unserer Eigenstaatlichkeiten [12] oder Abbau, sagen wir, unserer unparteiischen Justiz usw., das sind für uns nicht besondere und gesonderte Vorgänge, sondern das sind für uns alles nur ganz logische Folgeerscheinungen eines Regiments, das in seinem gesamten Wirken gar nicht anders sich auswirken kann, als in tausenderlei einzelnen Vorgängen. Das alles gehört am Ende zusammen und ergibt zusammen das Bild des deutschen Staates oder sagen wir lieber der deutschen Republik seit dem Jahre 1918. Und das wird so lange andauern, solange dieses spezifische Staatsgebilde mit seinem spezifischen heutigen Inhalt erfüllt bleibt und erfüllt sein wird. Daran wird sich gar nichts ändern. Und wenn heute jemand glaubt, er könne beispielsweise durch Gründung einer Aufwertungspartei etwas ändern [13], oder ein anderer, er könne durch den Kampf für einen Wehrverband etwas bessern, oder wieder ein Dritter, er könne nur für den Kampf oder sagen wir im Kampfe für irgendeine Eigenstaatlichkeit etwas ändern, dann täuschen sich die alle. Das können sie nicht, wenn sie nicht den Feind an sich sehen, der letzten Endes schuld ist an dieser gesamten Entwicklung.

Und da, das wissen Sie selbst, haben wir früher immer den Grundsatz befolgt: Wenn man eine Gefahr bannen will, dann ist es notwendig, daß man ihre inneren Motive un-

9 Der Reichsminister des Innern Severing war am 28.11.1928 von der Reichsregierung beauftragt worden, im sog. Ruhreisenstreit zu vermitteln. Vgl. Dok. 46, Anm. 10 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 250 ff.

10 Anspielung auf die Entwertung der Sparguthaben und der Festverzinslichen Wertpapiere durch die Inflation. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 264 ff.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 8.

12 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.

13 Vermutlich Anspielung auf die im Nov. 1926 aus der Volksrecht-Partei hervorgegangene Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung sowie die Gruppierungen mit gleichlautender Zielsetzung. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 739 ff.

tersucht. Man kann von einem Zustand nicht einfach sagen, daß er nur dem schlechten Willen oder der Bösartigkeit eines einzelnen Menschen oder selbst von einigen tausend Menschen zuzuschreiben ist, sondern es ist notwendig, daß man ganz gründlich untersucht: Was sind die inneren Motive, die inneren Anlässe, die inneren Gründe, die zu diesem Zustand führen müssen, überhaupt? Sind da Gründe vorhanden, die zwangsläufig zu diesem Zustand hinführen? Wenn nämlich das so ist, dann nützt es gar nichts, wenn man nun im einzelnen vielleicht an einzelnen Personen oder selbst an einzelnen Erscheinungen herumdoktert, sondern da muß man sich eben entschließen, die Gründe selbst, die Ursachen zu beseitigen, die zu einem solchen Zustand führen. Freilich gibt es heute Menschen, die gerne kämpfen und von vornherein gar nicht wollen, daß ihr Kampf einen Erfolg hat. Es gibt heute nicht wenige, die aus einem solchen Kampf nur Nutzen ziehen wollen und die dabei gar nicht die Absicht haben zu erreichen, daß das geändert wird, was sie zu bekämpfen vorgeben. (Sehr richtig!) Für diese Leute genügt dann der Kampf gegen die äußeren Erscheinungen. Da hauen sie herum, schreien sie, machen Proteste und weiß Gott was noch, mit dem Ergebnis, daß sich natürlich nichts ändern kann, weil es sich nur um Auswirkungen handelt; so wenig wie man die Tuberkulose wegbringt dadurch, daß man den Kranken aufschminkt, ihm etwas Rot auf die Lippen legt usw., so wenig wird man die heutigen Krankheitserscheinungen wegbringen, wenn man eben nicht die Krankheitsursachen erforscht und diesen Ursachen auf den Leib rückt.

Und da dürfen wir doch eines sagen. Man kann sich gegen uns Nationalsozialisten stellen, wie man sich stellen will. Aber ich möchte irgend jemand auffordern, aufzutreten und zu behaupten, daß wir seit diesen neun oder acht oder sieben Jahren uns irgendwie jemals widersprochen hätten und daß wir unsere Linie geändert hätten und daß wir mit unseren Voraussagungen nicht Recht behalten hätten. Wer das sagen kann, der möge auftreten! (Lebhafter Beifall.)

Auch in diesem Falle, der uns heute beschäftigt, ist es so. Auch in dem Falle haben wir in den Jahren 1919, 1920, 1921 ununterbrochen vorausgesagt, daß der Kampf, wenn er so geführt wird, aussichtslos ist und aussichtslos sein muß. Die Geschichte hat uns recht gegeben. Er war nicht aussichtslos, weil wir gewesen sind, das muß ich vorausschicken, denn wir waren ja teilweise tot, besonders seit dem Jahre 1924 sind wir ganz tot gewesen [14], ergo hätte von 1924 an zum mindesten, oder von 1923 an besser gesagt, dieser Kampf, nachdem wir tot waren als Widerstand gegen diesen Kampf, die eminentesten Fortschritte machen müssen. Es ist umgekehrt gewesen. In der Zeit, in der wir tot waren, hat die andere Seite ganz eminente Fortschritte gemacht. Ich glaube nicht, daß dieses Berlin, was für uns nicht die preußische Hauptstadt Berlin ist, sondern was für uns nur zufälligerweise Berlin ist und was für uns genau so gut Wien, New York, Budapest sein könnte, was für uns eben Jerusalem ist (lebhafter Beifall), ich glaube

14 Anspielung auf die von harten Auseinandersetzungen begleitete nationalsozialistische Vertretertagung in Weimar am 20.7.1924 und den sog. Einigungsparteitag vom 15. bis 17.8.1924 in Weimar, der mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands endete. Vgl. Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution, S. 103 ff., 118 ff.

nicht, daß dieses Jerusalem sich heute die Sprache erlauben könnte, die es sich selbst hierzulande erlaubt, wenn wir Nationalsozialisten eben nicht zeitweise tot gewesen wären; die Sprache würde dann todsicher nicht geredet werden, todsicher nicht, schon weil auch andere Leute empfindliche Stellen besitzen und weil die Frage nur immer die ist, ob man in christlicher Demut etwas hinnimmt auf die eine Backe, um dann die zweite hinzuhalten oder ob man in nationalsozialistischer Ungezogenheit sofort auf die andere Backe eine zurückhaut. Das wäre unsere Taktik gewesen. (Lebhafter Beifall.) Und sie ist es selbstverständlich auch heute. Auch heute noch stehen wir auf dem Standpunkt: Gegen einen andauernden Angriff gibt es eben nichts als den eigenen Angriff. (Sehr richtig!) Es genügt dann gar nicht, daß man sagt: Ich bitte Sie, gehen Sie endlich weg, lassen Sie ab, gehen Sie zurück! Solche Teufelsbeschwörungen und Geisterbeschwörungen wirken bei Berlin gar nicht und überhaupt nicht. Da gibt es nur eines: Der Feind muß wissen: Wenn er zuhaut, ehe er überhaupt noch getroffen hat, kommt augenblicklich ein Hieb zurück. Davor haben gewisse Menschen von einer gewissen Rasse allein Verständnis und davor allein haben sie auch Respekt.

Wir möchten aber nun und wollen nun einmal in der Geschichte zurückgehen. Als Bismarck die Reichsgründung einst vorgenommen hatte, da schwebte ihm zweierlei vor:

1. Dieses neue Reich ist ein Staat höchster nationaler Ehre, höchster nationaler Kraft nach außen und kann damit zwangsläufig außerordentliche Freiheiten im Innern geben.

2. Dieses Reich ist ein Gebilde mit sauberster, sparsamster Verwaltung, mit engen Kompetenzen, die an sich begrenzt sind; folglich brauchte dieses Reich finanziell verhältnismäßig kleine Aufwendungen, und folglich brauchte man nicht die finanzielle Hoheit der einzelnen Länder anzutasten, sondern konnte sie belassen, und die Länder selbst konnten auf dem Wege von Beiträgen die Reichsnotwendigkeiten decken und erfüllen.

Diese Bismarckische Auffassung wird einem nur verständlich, wenn man die Voraussetzungen prüft, unter denen Bismarck überhaupt dieses neue Reich schaffen konnte; denn es gibt im Leben nun einmal keine absoluten Grundsätze, wenn diese Grundsätze nicht Lebensnotwendigkeiten entsprechen. Das Leben steht an der Spitze, keine Grundsätze; das Leben, dieses ewige Leben eines Volkes ist das Wesentliche, und richtig sind dann die Grundsätze, die diesem Leben am meisten zu dienen vermögen. Wenn sich die Lebensnotwendigkeiten ändern würden, dann müßten sich auch wieder diese sogenannten Grundsätze ändern; denn die Menschen leben eben nicht, um den Grundsätzen zu dienen, sondern die Grundsätze sind da, um dem Leben zu dienen. Damals nun war die Möglichkeit einer Reichsgründung etwa durch folgendes gegeben und auch beschränkt: Dieses deutsche Volk besaß in der Vergangenheit einmal einen sogenannten nationalen Gedanken und ein sogenanntes nationales Gefühl. Seit Beendigung des 30jährigen Krieges, seit dem Westfälischen Frieden ist dieses Nationalbewußtsein langsam versikkert, weil sich auf die Dauer bei einem Volk Nationalbewußtsein nur aufrechterhalten läßt in Verbindung mit einer Staatssouveränität, die realer Art ist, d. h. einer Staatssouveränität, die nicht auf dem Papier steht, die vorhanden ist und in der Lage erscheint, einem Volke nicht nur die Unabhängigkeit zu bewahren, sondern einem Volke sogar noch die Wege zu öffnen zur Erfüllung der eigenen Lebensnotwendigkeiten. Das hat ei-

gentlich mit dem 30jährigen Kriege aufgehört. Wir haben viele Staaten gehabt, aber eine wirkliche Staatssouveränität hat sich erst bei einzelnen Staaten langsam wieder insoferne herausgebildet, als wenigstens begrenzt innerhalb Deutschlands diese Staaten einen gewissen Machtfaktor darstellten, aber einen Machtfaktor, der eigentlich nach außen hin vollkommen versagen mußte, ausgenommen vielleicht den Habsburgischen Erbstaat und den langsam nun werdenden preußischen Staat. In der deutschen Geschichte können wir nun folgendes feststellen. Je mehr das deutsche Volk sich von einem Reiche entfernte, das eine wirkliche Souveränität nach außen verkörperte, um so mehr konzentrierte sich das Denken des einzelnen Deutschen auf die verbliebenen und verbleibenden Kleinstaaten, und an Stelle eines großen, allgemeinen nationalen Denkens setzt nun ein patriotischer Sinn, patriotische Empfindung, dynastische Empfindung, dynastische Einstellung [*ein*]. Diese Entwicklung führt langsam in das Zeitalter des beginnenden Nationalitätenprinzips. Nun beginnt sich auch in Deutschland langsam wieder, aber nun von einer ganz anderen Richtung her, ein nationaler Gedanke zu entwikkeln, der seine lebendigste Förderung erfährt durch die Kunst und der tatsächlich, so eigentümlich das ist, erhärtet wird durch die ersichtlichen Staatsfortschritte einzelner deutscher Staaten, d. h. durch Persönlichkeiten, die sich nunmehr dem Deutschen wieder aufdrängen und die ihm nun zeigen, daß der Deutsche tatsächlich zu mehr fähig ist, als nur innerhalb der Grenzen des Legitimitätsprinzips und, sagen wir, der Grenzen, die unser Sprachgebiet umfaßt, Politik zu machen, d. h. sich durchzusetzen im eigenen Lebenskampf. Einzelne Namen aus der deutschen Geschichte treten hervor, reißen Millionen von Deutschen mit, und langsam beginnen diese Menschen nun zu Mittelpunkten einer deutschen Auffassung zu werden. Sie hören nun plötzlich auf, nur Preußen, sagen wir, allein zu sein oder nur Sachsen allein oder nur Thüringer allein zu sein. Wir sehen das auf allen Gebieten, sowohl der Kunst als auch der Politik, wir sehen, wie sich einzelne Menschen, obwohl in einem bestimmten Rahmen, so sehr emporheben, daß sie für die andere Nation langsam die Bindung mit einem einzelnen Staat, ja selbst Stamm verlieren und an Stelle dessen nun plötzlich erscheinen als nationale Heroen. Diese Umwandlung nun, die stattfindet, erhält einen lebendigen Antrieb durch die Freiheitskriege und erhält endlich die praktische staatliche Gestaltung durch Bismarck - gegen die damalige Majorität!

Diese neue Staatsgestaltung nun mußte auf folgendes Rücksicht nehmen. Traditionen realer Natur hatten nur die Einzelstaaten. Das neue Reich besaß keine Tradition an sich, keine Staatstradition, sondern dieses Reich mußte sich erst selbst eine solche Tradition schaffen. So genial und groß die Gründung des Reiches gewesen ist, so konnte sie doch nicht die jahrhundert[*e*]alte, halbtausendjährige Tradition von festen Staaten ersetzen. Wenn das neue Reich mithin höchste Kraft brauchen würde, dann war nach Bismarckscher Überzeugung diese Kraft nicht zunächst im neuen Staat an sich zu suchen, sondern sie mußte zunächst noch liegen in der Kraft, die in der Tradition der vorhandenen Staaten lag; denn diese Kraft war die dauerhaftere. Sie hat halbtausendjährig bereits ihre Wirkungen ausgeübt und hat tatsächlich sich bewährt. Wenn man diese einzelstaatliche Tradition nunmehr neu beleben wollte, wenn man ihr den großen Schwung geben wollte, besonders nach außen hin, dann paßte dazu das große, deutsche National-

gefühl; also eine Vermählung des großen deutschen Nationalgedankens mit dem Soliden, mit der soliden Staatstradition, die nun im einzelnen überall vorhanden war. Je mehr und je inniger diese Vermählung gelang, um so kraftvoller mußte das neue Reich werden. Das war der Grundgedanke, und es war nun selbstverständlich, daß bei einem solchen Grundgedanken die Auffassung nicht die zu sein brauchte, die sie etwa heute ist - es muß zentralisiert werden, was zentralisiert werden kann -, sondern es kann zentralisiert nur werden, was zentralisiert werden muß. Also eine wesentlich andere Auffassung, wie wir sie heute sehen!

Das war damals möglich aus einer Reihe von Gründen, und zwar sehr realer Natur: 1. Das alte Reich basierte auf der Auffassung von Ehre. Es war ein Staat der nationalen Ehre. Heute hören Sie häufig, daß dieser Begriff lächerlich ist und nichts zu bedeuten hat. Aber er hat unendlich viel zu bedeuten im Völkerleben, praktisch alles; wenn ein Volk auf diesen Begriff Verzicht leistet, leistet es damit Verzicht auf seine eigene Lebensvertretung, weil diese Lebensvertretung zutiefst verbunden ist mit dem Begriff Ehre, auf allen Gebieten, und manches, was im ersten Moment nur als scheinbare, sagen wir unrealisierbare Ehre erscheint, die praktisch keine Auswirkungen besitzt, ist bei tieferem Zusehen eben doch nichts anderes als der Beginn einer lebendigen Vertretung der Interessen eines Volkes, wobei das Ende im anderen Falle nicht selten der tödliche Untergang, der Zusammenbruch sein würde. Dieser Gesichtspunkt, der damals den neuen Staat beherrschte, bedingte Kraft und Stärke zur Vertretung der deutschen Nationalinteressen. Diese Kraft und diese Stärke versuchte der neue Staat zu organisieren, und er hat dabei nun einen großen Teil der deutschen Kraft bewußt absorbiert und nach außen gelenkt. Das alte Deutsche Reich hat einen großen Teil der an sich stets vorhandenen Kräfte einer Nation im Innern gefesselt und nach außen eingestellt, für die aktive Lebensinteressenvertretung der deutschen Nation mithin verwendet. Das bedeutet aber, daß zahllose Reibungsflächen, zahllose Konfliktsmöglichkeiten aus dem Innern dadurch weggenommen wurden, wie wir denn überhaupt sehen können: Je größer die Ideale sind, um so kleiner werden die Reibungsflächen, und je kleiner die Ideale sind, um so größer entwickeln sich die Reibungsflächen, so daß, wenn ein Zustand ohne jedes Ideal ist, die Reibungsflächen dann alles sein werden. Wenn z. B. ein Zustand wie der heutige nur auf Wirtschaft aufgebaut ist, dann werden die Reibungsflächen alles ausmachen, während umgekehrt in Perioden, in denen das ganze Denken der Menschen nur von Idealen beherrscht wird, diese inneren Reibungsflächen fast vollkommen verschwinden, in religiösen Zeiten manchesmal überhaupt nicht da sind, so daß die Völker in solchen Zeiten über Beschwerden und Kümmernisse und Sorgen im einzelnen wie blind hinweggehen. Sie sehen das gar nicht, sie fühlen das gar nicht; denn der Mensch, der irgendein großes Ideal vor sich hat, fühlt nicht die Nadelstiche des Alltags. Nur wer dieses Ideal nicht mehr besitzt, der wird Tag für Tag gequält von den kleinlichsten Sorgen, dessen ganzes Sein geht eben auf im Ringen, sagen wir, um das tägliche Brot und damit im ewigen Konflikt mit seinen Nachbarn.

Indem dieses alte Reich diese ganz großen nationalen Ideale einerseits erfüllte und andererseits stets wach hielt und die Kraft der Nation immer wieder erneut dafür zu mobilisieren versuchte, hat es zahllose Konfliktstoffe weggeräumt und konnte deshalb

im Innern ein außerordentlich großes Maß von Freiheit gewähren, wie denn überhaupt das immer in einem inneren Zusammenhang stehen wird; Kraft nach außen gibt immer Freiheit nach innen, wohlgemerkt, nicht Disziplinlosigkeit, sondern Freiheit im Sinne eines freien Auswirkens, allerdings bedingt durch die Notwendigkeiten des gemeinsamen Zusammenlebens aller. Und umgekehrt wird Sklaverei, Unfreiheit nach außen stets den Zwang nach innen bedingen, stets die Unterdrückung des Denkvermögens, des freien Denkens, der freien Meinung usw. bedeuten. Je erbärmlicher ein Volk sich nach außen aufführt, um so tyrannischer werden zu allen Zeiten die Gesetze nach innen sein. Man muß dann die Menschen niederhalten, damit sie sich nicht aufbäumen gegen das Gesetz. Wenn aber nun ein Staat oder sagen wir ein Staatsmann es fertig bringt, einem Volk ganz große Ideale zu zeigen, so daß diese Ideale das ganze Denken, Sinnen und auch Handeln eines Volkes gefangennehmen, und damit die ganze Kraft des Volkes sich daraufhin einstellt, dann kann ein solcher Staatsmann die Liebe des Volkes zum Staate erringen ohne Zwang. Und das scheint uns das Bemerkenswerteste dieser ganzen damaligen Zeit gewesen zu sein und ist es für heute noch: diese unglaubliche Verbindung mit dem Reich ohne Zwang, ohne Terror, ohne daß der einzelne dazu durch Gesetze angehalten wurde. Man hat das Reich geliebt, es hat wirklich eine Reichsfreudigkeit gegeben, weil dieses Reich die Instinkte und Triebe der Nation auf so große Ziele konzentrierte, daß dadurch allein schon eine außerordentlich große liberale Freiheit im Innern möglich wurde und der einzelne im Innern sich gar nicht gefangen fühlte. Das Wesentliche wird immer sein, es den Menschen leicht zu machen, d. h., das Wesentliche wird immer sein, daß die Menschen selbst gar nicht fühlen, daß sie etwas aus Zwang tun, sondern daß sich allmählich in ihrer inneren Überzeugung festsetzt, daß ihr Handeln der Ausdruck und der Ausfluß ihres eigensten Wollens ist. Sowie das gelingt, werden die Menschen freudigen Herzens selbst zu den größten Opfern bereit sein. Da ist es möglich, daß Millionen freiwillig an eine Front hinauseilen. Befehlen Sie das! Sie würden das Gegenteil erleben! Lassen Sie die Republik, die heute mit Verboten und Befehlen ihr Dasein schützt und ihre Farben heute nur mit Befehlen in die Straßen hineinhängt [15], lassen Sie diese Republik einmal den letzten Appell richten an die Nation zur Verteidigung! Glauben Sie mir, je grimmiger der Befehl, um so größer wird der Unwille sein, ihn zu befolgen. (Beifall.)

Das alte Reich brauchte das gar nicht, es brauchte gar keine solchen Befehle. Als die Stunde der Not kam, haben Millionen mit dem Unterbewußtsein, daß sie ihrem eigenen Wunsche dienten und ihn erfüllten, ohne weiteres den schwersten Weg angetreten, den ein Mann nun einmal für sein Volk antreten kann. Millionen haben jahrelang das getan, solange sie glaubten, daß tatsächlich das Ziel das wäre, für das sie einst angetreten sind. Das war der erste Grundgedanke dieses alten Staates, der dazu führen konnte, daß im Innern eine außerordentlich liberale Freiheit herrschen konnte. Wenn heute von Seiten unserer Linken oder besser - denn heute sagen sie es ja nicht mehr -, wenn damals er-

15 Anspielung auf den preuß. Antrag im Reichsrat, den Verfassungstag (11. August) zum Nationalfeiertag zu erklären. Der Antrag, der in § 2 die Beflaggung aller öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben vorsah, war am 24.5.1928 im Reichsrat mit 47 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen worden. Vgl. Jaspers, Schutz der Republik, S. 240 ff.

klärt wurde, das alte Reich wäre ein Polizeistaat gewesen, so ist das die frechste, dümmste und lügenhafteste Behauptung. (Sehr richtig!) Vergleichen Sie dieses alte Reich mit dem heutigen republikanischen Deutschland! Damals gab es vor allem eines nicht. Wenn man fragt: Was ist der Unterschied des alten Deutschland zum heutigen? Dann würde mancher sagen: Ja, damals war die Pickelhaube [16]! Jawohl, damals war die Pickelhaube das Symbol der Autorität des Staates. Und jetzt ist der Gummiknüttel das Symbol des Staates [17]! (Lebhafter Beifall.) Man kann es jedem Menschen überlassen zu beurteilen, was für ein Volk ehrenhafter ist, sich einem stählernen Helm zu fügen oder sich einem Gummiknüttel zu beugen. Das alte Reich kannte bekanntlich keinen Gummiknüttel, weder auf der Straße noch in den Gesetzen. Es war wirklich ein Staat von einer grenzenlosen Liberalität und Freiheit. Viel zu frei insoferne, als die Freiheit so weit ging, daß selbst gemeinste Elemente, erbärmliche Naturen unter dieser Freiheit ihr schädliches, volkszersetzendes Wirken ausüben konnten.

2. war damals das Wesentliche, daß die Liebe zum Staate an sich vorhanden war, sagen wir lieber, die Liebe zum Reich. Dadurch konnten auch die Machtmittel des Reiches in außerordentlich beschränkten Grenzen gehalten werden. Das war zunächst in erster Linie die außerordentliche Sparsamkeit des Verwaltungskörpers des alten Reiches, eine Sparsamkeit, von der man sich heute gar keine Vorstellungen mehr machen kann, jene außerordentliche Sparsamkeit, die aber eigentlich auch wieder ihren letzten Grund darin hatte, weil alles doch eine gewisse Ehre war. Sehen Sie, es ist doch ein Unterschied, im alten Deutschland irgendwo ein Minister gewesen zu sein und im neuen Deutschland, sagen wir, der Präsident der Dawesbahn [18] zu sein. Es ist ein Unterschied, genauso wie es ein Unterschied ist, im alten Deutschland irgendwo ein Kammersänger gewesen zu sein oder ein Hofschauspieler gewesen zu sein und im neuen Deutschland hohe Honorare zu beziehen. Damals hat mancher unter Verzicht auf glänzendes Honorar sich dabei begnügt, die Ehre zu haben, an einer solchen Stätte wirken zu können. Das heutige Deutschland kennt das nicht, ja, man würde das gar nicht verstehen. Man würde heute sagen: Ehre? Ja, wie hoch ist Ihr Honorar? Und wenn der nicht antworten würde, so und so hoch, dann würde man sagen: Aber, Sie bekommen ja doch dort mehr, ja, aber Ehre, das verstehe ich nicht, Sie kriegen doch dort mehr! Die Ehre ist heute dort, wo man am meisten bezahlt bekommt. Das ist die Auffassung von heute. Daher sind heute alle oder sehr viele zu allem fähig, wenn sie entsprechend honoriert werden. Das Honorar ist entscheidend. Wo anständig bezahlt wird, da laß dich ruhig nieder, dort ist gut sein. Sehen Sie, das ist scheinbar ohne Bedeutung. Es hat aber doch eine Bedeutung. Denn dieser Ehrenstandpunkt hat damals den ganzen Staat erfaßt. Träger dieses

---

16 Im Rahmen der Neuuniformierung der deutschen Polizeiverbände war 1919 die Pickelhaube - in der Vorstellung der SPD Symbol des wilhelminischen Polizeistaats - abgeschafft und durch den Tschako ersetzt worden. Vgl. Johannes Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986, S. 94 ff.

17 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der preußischen Schutzpolizei nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi als Nahkampfwaffe eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 65.

18 Julius Heinrich Dorpmüller. Vgl. auch Dok. 26, Anm. 9.

Ehrenstandpunkts war jeder Angestellte von unten bis oben, und dabei ging man oben sogar noch vorbildlich vor. Wir hatten vor allem eine Institution, nämlich die ganze Armee, eine Rieseninstitution, die überhaupt nur aus dem Begriff Ehre aufgebaut war. Denn was heißt Gehalt? Es ist ja lächerlich: Für den Soldaten diese lumpigen paar Pfennige, für den Offizier, für den Leutnant 70 M oder 75 M [19]. Blödsinn! Und da läßt sich einer vielleicht auch noch dazu totschießen für das Honorar! Die Republik hat sofort Bereitschaftsgebühren einführen müssen [20], bloß damit die Leute auf die Wache gezogen sind, nicht damit sie gekämpft haben. Gekämpft haben die überhaupt nicht. Gekämpft haben nur die Reste der alten Armee, die auch noch diesen Ehrenstandpunkt kannten. Die von der Republik Besoldeten haben überhaupt nicht gekämpft, die haben das alle abgelehnt. Die gigantischen Einrichtungen des alten Reiches sind in ihrer finanziellen Beschränktheit überhaupt nur denkbar, weil eben überall eine gewisse Ehre dabei war, irgendein solches Amt bekleiden zu dürfen. Heute hat man dafür kein Verständnis. Aber die Folgen zeigen sich.

Dann kam damals noch etwas dazu, nämlich das vollkommene Fehlen jeglicher Korruption. Das kann man heute ohne weiteres feststellen: Das alte Reich hat wirklich korruptionslos gearbeitet. Der beste Beweis dafür ist die Sozialdemokratie, die nämlich im Verlaufe von 40 Jahren 2 oder 3 Fälle herausgeknobelt hat, wovon der größte der war, daß im Artillerieschießplatz in Meppen [21] in einer dortigen Kruppschen Kantine für Unteroffiziere der Artillerieprüfungskommission gratis Essen abgegeben wurde. Man hat damals nachgerechnet, daß dieses Essen ein paar mal pro Kopf bis zu 5 M gemacht hat. Das war der größte Korruptionsfall [22], und da hat der Berliner "Vorwärts" gebrüllt und geschrien, und die Sozialdemokratie trat als Retterin der Reinheit und Sauberkeit der Verwaltung auf. Du lieber Gott! Wenn heute jemand in eine Reichsinstitution hineinkommt, dann würde er sich schämen, das zu sagen, 5 M oder 10 M! Der würde den Orden für Unbestechlichkeit der Republik bekommen. (Heiterkeit und Beifall!) 40 Jahre hat man so herumgeschnüffelt und herumgesucht und hat kein Fehl und keinen Makel gefunden. Sie werden sagen: Ja, Sie finden ja jetzt auch nichts. Weil man jetzt nicht schnüffeln darf. Aber man braucht gar nicht schnüffeln, manches riecht so, daß man unwillkürlich darauf stößt. Wissen Sie, die Republik sorgt besser für sich. Das verstehen diese Herren. Sie panzert sich besser, nicht nach außen, da ist sie offen, da zeigt sie ihre Weichteile, aber nach innen panzert sie sich, da umgürtet sie sich mit Stahl und Erz, und

19 Ein bayer. Secondeleutnant verdiente 1898 monatl. mindestens 90 M, 1909 mindestens 125 M. Diese Zuwendung entsprach der in allen deutschen Bundesstaaten. Vgl. Hermann Rumschöttel, Das bayerische Offizierskorps 1866-1914, Berlin 1973, S. 118.

20 Der Forderung der preuß. Polizei, die Dienstaufwandsentschädigung für den Außendienst von jährlich 600 RM auf 3.000 RM zu erhöhen, wurde von der preuß. Verwaltung nicht Rechnung getragen. Vgl. Buder, Reorganisation der preußischen Polizei, S. 508 f.

21 Die Krupp-Werke hatten den Artillerieschießplatz Meppen 1876 erworben. Vgl. Willi A. Boelcke (Hrsg.), Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten. Krupp-Korrespondenz mit Kaisern, Kabinettschefs und Ministern 1850-1918, Frankfurt a. M. 1970, S. 66, Anm. 5.

22 Der größte Korruptionsfall, in den die Firma Krupp vor 1914 verwickelt war, stellte der "Fall Brandt" dar. Dieser ehem. Feuerwerker, welcher der Berliner Vertretung der Firma Krupp zugeteilt war, wurde am 23.10.1913 wegen Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. Gert von Klass, Die drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens, Tübingen 1953, S. 337 ff.

da schwingt sie dann auch ihre Waffe. Ja, meine lieben Freunde und Freundinnen! Wenn ein Staat in einer sparsamen Verwaltung absolut korruptionslos arbeitet und wenn als einzige Ausgaben an sich nur vielleicht die Ausgaben des Heeres in erster Linie zu buchen sind, dann kann man sagen: So ein Staat kann es sich auch erlauben, daß er auf eine eigene Finanzhoheit verzichtet. Das konnte man damals tun. Dazu kam noch eines, nämlich diese allgemeine Stabilität und Sauberkeit, die zum Teil in dem damaligen monarchischen System lag, das unbedingt ein Garant für eine gewisse Sparsamkeit war. Wenn man später, im Jahre 1919, erklärte, daß die Republik mit dieser maßlosen Verschwendung aufräumen würde, so kann man heute nur lächeln darüber. Damals haben die Staatsbeamten um einen geringen Gehalt [*sic!*] gearbeitet, heute muß die Republik ihren höchsten Beamten das Fünf-, Sechs- und Achtfache bezahlen [23]. Billiger ist nichts geworden, wohl aber haben gewisse Einwirkungen nachgelassen, gewisse Einwirkungen einer gewissen Verantwortlichkeit, und diese Verantwortlichkeit, die damals vom Reiche ausging und in allen Ländern vorhanden war, sie hat tatsächlich ersparend gewirkt für das ganze deutsche Volk.

Und da möchte ich gleich nun zu dem kommen, was vielleicht als einziges, als große Ausgabe damals zu buchen war, nämlich die Armee, der Militarismus und die Marine. Ohne Zweifel hat das im Frieden rund 1 1/2 Milliarden pro Jahr erfordert [24]. Aber diese 1 1/2 Milliarden sind zum ersten restlos im eigenen Lande geblieben, kein Pfennig kam davon ins Ausland, und es ist also in Wirklichkeit nur ein Kreislauf von 1 1/2 Milliarden gewesen, die sofort wieder in die nationale Volkswirtschaft zurückgeflossen sind. Zweitens sind ungefähr 870.000 Menschen der nationalen Produktion insofern vorübergehend entzogen worden [25], als sie nicht auf den nationalen Arbeitsmarkt drückten. Wenn man heute sagt: Ja eben, das haben wir geschafft - ja, nur mit einem Unterschied, daß die Republik dafür zwei Millionen Arbeitslose hat [26]. Das ist der Unterschied! Damals hat man wohl 800.000 Mann, fast 350.000 pro Jahr [27], aus der Nation herausgezogen. Aber man hat diese 800.000 Mann in der Zeit nicht etwa verschlampen lassen oder versauen lassen, sondern man hat sie in einer Weise diszipliniert, daß der finanzielle Nutzen, der durch diese dauernde Disziplinierung der deutschen Nation dem deutschen Volk zugute gekommen ist, ein Vielfaches davon ist, was ausgegeben wurde. Wer die Leistungsfähigkeit der deutschen Nation im Gesamten ansieht, der kann sagen: Es hat sich nichts für Deutschland so bezahlt gemacht als diese 1 1/2 Milliarden pro Jahr, nichts hat sich in der Folgewirkung so bezahlt gemacht wie diese 1 1/2 Milliarden, die

23 Auf der Grundlage der Beamtenbezüge von 1913 steigerten sich die Nominalbezüge des einfachen Dienstes bis zum Jahr 1927 auf das 1,67fache, des höheren Dienstes auf das 1,14fache. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 101 f.

24 1913 beliefen sich die Militärausgaben des Deutschen Reiches auf 1,772 Mrd. Mark. Vgl. Lutz Köllner, Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland, München 1982, S. 143.

25 Friedenspräsenzstärke der Kontingente der deutschen Bundesstaaten umfaßte am 1.10.1913 750.861 Mann, die der kaiserlichen Marine 73.149 Mann. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 329 f.

26 Vgl. Dok. 61, Anm. 15.

27 Im Jahr 1911 wurden beispielsweise 223.925 Wehrpflichtige eingezogen, 68.230 Rekruten traten freiwillig in die Streitkräfte ein. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 331 f.

unser an sich so sehr zum Durcheinander neigendes Volk, zur Desorganisation neigendes Volk disziplinierten und zum Gehorsam brachten, aber auch 800.000 Männern den Begriff des Befehlens beigebracht haben, so daß man wirklich sagen konnte: Es sind jährlich 300.000 Menschen als Männer in die Nation zurückgekehrt. Als Lausbuben sind sie oft hinein, aber als Männer sind sie zurückgekehrt. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir das zusammenfassen, dann müssen wir sagen: Das alte Reich hat eigentlich außerordentlich kleine Kompetenzen gehabt, wenn man sie dem Umfang nach mißt, aber gewaltige, wenn man sie der Wirkung nach ansieht. Klein, wenn man sie den finanziellen Folgen nach ansieht; aber das Ergebnis war auf der anderen Seite Ruhm und Kraft nach außen und Erfolg zuhause, die Möglichkeit einer sehr großen Freiheit, ja sogar das bewußte Stützen auf ganz bestimmte Staatstraditionen, weil man der Überzeugung war, daß aus einer Vermählung dieser Staatstraditionen mit dem jungen nationalen Sinn, dem nationalen Gefühl und dem nationalen Geist eine außerordentlich große Kraft erwachsen mußte.

Bei den außerordentlich kleinen finanziellen Anforderungen war die Möglichkeit gegeben, die finanziellen Bedürfnisse des Reiches auf dem Wege von Zuschlägen, auf dem Wege der Erhebung von Stempeln und Gebühren usw. zu decken [28]. Diese Gelder wurden aber in erster Linie von den Ländern selbst wieder eingehoben, so daß die Finanzhoheit der Länder an sich bestehen blieb. Das war eine Möglichkeit, die damals allseits befriedigte. Es wurden die großen nationalen Erfordernisse und Bedürfnisse gedeckt und auch der patriotische Sinn wurde dabei befriedigt. Es war eine meisterhafte Lösung und Leistung eines großen genialen Staatsmanns [29].

Das Ergebnis von dem allem war, daß der damalige Staat, das Reich, auskommen konnte ohne ein besonderes Monarchieschutzgesetz. Das war nicht notwendig. Es wurde höchstens der Träger der letzten Staatsautorität geschützt [30]. Aber die Monarchie selbst brauchte das nicht. Wenn mancher heute sagt: ja, aber die Sozialistengesetzgebung [31]? Das war wirklich kein Monarchieschutzgesetz, sondern ein Volksschutzgesetz. Leider hat man nur vergessen, diesem Gesetz die richtige Spitze zu geben gegen die, gegen die das Gesetz eigentlich hätte gerichtet sein müssen. Aber das Sozialistengesetz ist bei Beginn der Regierung von Kaiser Wilhelm II. verschwunden. Das Republikschutzgesetz [32] dauert seit Gründung der Republik ununterbrochen an, und zwar scheinen sich alle Parteien zu der Überzeugung durchgerungen zu haben, daß das notwendig ist, einschließlich derer, die an sich eigentlich nicht auf dem Boden der Tatsachen stehen müßten, aber doch wieder jeden verfolgen, von dem sie glauben, daß er nicht darauf stehen könnte, also selbst einschließlich der Parteien, die heute sehr empört sind über die Aus-

28 Zur Finanzverwaltung des Deutschen Reiches vgl. Herbert Leidel, Die Begründung der Reichsfinanzverwaltung, Bonn 1964, S. 34 ff. sowie Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 486 ff.

29 Otto Fürst von Bismarck.

30 Anspielung auf die §§ 94-101 StGB. Sie enthielten die Bestimmungen, welche den Kaiser und die Landesherrn vor Beleidigungen schützen sollten. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig [4]1903, S. 152 ff.

31 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

32 Vgl. Dok. 57, Anm. 38.

wirkungen der Republik, die sie durch das Republikschutzgesetz in Berlin von Zeit zu Zeit sanktionieren und festigen und stützen [33].

Wenn wir die heutige Republik, das heutige Deutschland ansehen, dann müssen wir zunächst eines feststellen: Mit dem November 1918 hat dieses neue Staatsgebilde auf eine Betonung der nationalen Ehre Verzicht geleistet. Ja, im Gegenteil, man stand sogar auf dem Standpunkt, daß eine solche Betonung nicht zu dem Charakter dieses neuen Staatsgebildes taugen und passen würde. Man sagte: Die Republik ist eine demokratische, friedliche Republik, folglich hat sie alles zu tun, was diese Friedensgesinnung beweisen könnte. Und wenn ein Mensch an sich so ganz wehrlos und gebunden ist und er bemüht sich dann außerdem noch, seine friedliche Gesinnung zu beweisen, dann muß er sich ganz gemein hündisch aufführen, ganz ehrlos; denn ein Wehrloser kann sich sonst gar nicht mehr friedlich zeigen, weil er sowieso ein Entwaffneter ist. Als sich also die Republik nach ihrer Entwaffnung noch bemüßigt fühlte, erst recht friedlich zu erscheinen, hat sie die Grenze überschritten, die eigentlich die nationale Ehre einem Volk zieht und auch einem Staat zieht. In demselben Augenblick aber begann etwas, was man vielleicht im Anfang nicht in der vollen Wirkung übersehen hat. Im selben Moment, in dem die Republik selbst Verzicht leistete auf die positive Bekundung ihres Willens, der nationalen Ehre des deutschen Volkes zu dienen, hat sie das größte Ideal beiseitegestellt, das ein Volk besitzen kann, und hat damit der sogenannten realen Entwicklung die Türe geöffnet. Diese reale Entwicklung, die wir nun seit neun Jahren erleben, die hat als höchste Begriffe Profit, Gewinn, Dividende, Lohn, Arbeitszeit, Ausfuhr, Einfuhr, kurz und gut, lauter Dinge, die die Menschen auseinanderbringen müssen und die sie gar nicht zueinander führen können. Sowie die Republik sich entschlossen hat, auf eine Fortführung der alten Traditionen der nationalen Ehre usw. zu verzichten, im selben Augenblick hat sie aber auch sich bereits hingegeben dem skrupellosesten Geschäftsgeist und Geschäftssinn mit allen seinen verhängnisvollen Auswirkungen. Das sehen wir seitdem von oben bis unten. Überall können Sie heute feststellen: Der Begriff "Ideal" ist geradezu zu etwas Lächerlichem geworden. Millionen von Menschen verspotten einen, wenn man überhaupt dieses Wort bloß ausspricht. Aber die rechten Meister der Republik vergessen ganz, daß, wenn sie das letzte Ideal getötet haben, sie auch die letzte Kraft beseitigt haben, die die Menschen bestimmen könnte, aus etwas Höherem als aus Egoismus irgendeine Pflicht zu erfüllen, irgendeinen Dienst zu erfüllen. Sie haben damit selbst begonnen, diese ganze Republik umzuwandeln in eine Erwerbs- und Verkaufsgenossenschaft. (Lebhafter Beifall.) Sie haben selbst begonnen, es dahin zu bringen, daß nunmehr in diesem Staat ausschließlich geschäftliche Interessen herrschen, und daß der Spruch: "Die Wirtschaft wird den Staat aufbauen und wird sein Wesen bestimmen", allgemein gültig geworden ist. Das hat bewirkt, daß die Nation dabei in zwei Hälften zerflog, von denen jede diesen Spruch jeweils für sich anwendet: der Industrielle, der Arbeitgeber auf der einen Seite, der Arbeitnehmer, der Handarbeiter auf der anderen

33 Das Gesetz zum Schutze der Republik war am 18.7.1922 mit den Stimmen von SPD, Zentrum, DDP sowie der großen Mehrheit der DVP im Reichstag angenommen worden. Gegen das Gesetz stimmten DNVP, BVP, BBMB und Teile der DVP. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. IV, S. 660 ff. Zur Rechtspraxis vgl. Jasper, Der Schutz der Republik, S. 312 ff.

Seite, und daß nun die Interessen dieser beiden gegeneinanderprallen, und daß nun durch diesen Kampf innerhalb der Nation die ganze Kraft unseres Volkes aufgezehrt wird, die wir sonst ansetzen könnten zur Verteidigung unserer Lebensinteressen nach außen, zur Erkämpfung der Möglichkeiten unseres Volkstums in der Zukunft.

Wir sehen dabei die Tatsache, daß die Republik Gehälter bezahlen muß, die einem nach Friedensauffassung geradezu, ich muß schon sagen, irrsinnig erscheinen, und zwar muß sie von oben beginnen. Je höher oben, um so wahnwitziger sind diese Gehälter. Es ist auch schwer, ohne sehr großes Gehalt einen Menschen zu finden, der seine Hand reicht zur Ausführung der Dawesverträge [34]. Es ist sehr schwer zu allen Zeiten gewesen, Männer zu finden, die bereit sind, ich muß schon sagen, an der Unterdrückung ihres eigenen Volkstums mitzuarbeiten, mitzuarbeiten ohne eigentlichen zwingenden Grund. Da muß man sich das Geld kosten lassen [*sic!*]. Und das beginnt oben und endet unten, und wir sehen, wie dieser ganze Apparat der Republik teuer geworden ist, wahnsinnig teuer, wie dieser ganze Apparat allein schon Milliarden verschlingt, und wie dazu noch kommt die langsame Verparlamentarisierung dieses Apparats, wie langsam dieser ganze Apparat den Händen einer wirklichen Berufsbeamtenschaft herausgewunden wird und in die Hände von reinen und in Deutschland meist gar nichts könnenden Politiker gerät. Wir können sehen, wie dadurch aber wieder der anständige Beamte langsam, sagen wir, abgesägt oder in seiner Gesinnung schwankend gemacht wird; denn gewisse oberste Verwaltungsstellen des Reichs werden überhaupt keinen Fachleuten mehr zugewiesen, sondern nur mehr Parlamentariern, d. h. also Menschen, deren Fähigkeit nicht auf dem in Frage stehenden Gebiet liegt, sondern darin, sich im Parlament eben mit Gewandtheit durchzusetzen, oder sagen wir lieber, auf einem gewissen erpresserischen Gebiet liegt, nämlich die Kraft ihrer Parteien zu verwenden. Das heißt aber, daß Hunderttausende von Beamten heute von vornherein wissen: Die letzten Stellungen wirst du und kannst du nie erreichen, weil diese Stellungen nicht etwa offen sind für den, der auf dem Gebiete des Verkehrs usw. das Höchste leistet, sondern für den, der die jeweils zugkräftige und zweckmäßige parlamentarische Gesinnung hat. (Sehr gut!) Diese Stellen werden heute nach unten immer mehr und mehr. Früher war das vielleicht nur bei den Ministern der Fall, es ging aber weiter und endlich sogar zu den ganz gewöhnlichen Staatsräten herunter, ja selbst die Verwaltung des Landes wird vollkommen aus den Händen eines Berufsbeamtentums genommen. Sie können z. B. in Berlin sehen, daß an der Spitze der Berliner Polizei lauter Menschen stehen, die eigentlich aufgrund ihres Berufes an sich dazu nicht berufen wären. (Sehr richtig!) Das heißt aber in Wirklichkeit, daß tausend andere Beamte von vornherein wissen: Du kannst der fähigste Kopf auf dem Gebiete sein, niemals wirst du diese Stelle mehr erreichen, außer du bekommst die Gesinnung. Das führt also entweder zu einer Gesinnungslumperei (sehr richtig!) oder es führt dazu, daß diese Beamten faul werden, nicht mehr ziehen wollen, worauf sie der Staat ebenfalls besser bezahlen muß. Denn die mangelnde Aussicht auf eine wirklich souveräne Stellung ergänzt er durch einen höheren [*sic!*] Gehalt. Da ist man nun splendid und muß es sein. Man muß den Apparat in der Hand haben, man braucht dabei dieses Beamtentum, folglich zahlen, zahlen! Es beginnt oben und endet ganz unten. Ideale

34 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

sind keine mehr vorhanden. Für den Dawesstaat verblutet kein Mensch. Die oben tun es am wenigsten, das weiß jeder ganz genau. Dort oben herrscht am allerwenigsten das Ideal, folglich gibt es unten auch keine Ideale mehr, und jeder beginnt das Jagen und Laufen und sucht sich mit den Ellenbogen vorwärtszudrängen, das heißt gar nicht nach vorwärts, sondern irgendwohin, wo Geld klimpert. Das ist das Wesentliche. Aber wenn eine solche Entwicklung einmal andauert, Jahr für Jahr, dann reißt das solche Lücken in den Finanzsäckel eines Staates, daß man eben auch ungeheure Mittel braucht, um diese Lücken wieder zuzustopfen. Und weiter kommt dazu nun folgendes. Die Kräfte, die einst in der unglaublichsten Weise gegen die "Korruption" des alten Staates gewettert hatten, ohne daß ihnen auch nur der geringste Nachweis je gelungen wäre, die aber genauso logen, wie sie eben heute in Lüge machen, dieselben Kräfte haben nun den neuen Staat gegründet, und man kann wohl sagen: Noch niemals ist in der deutschen Geschichte im Laufe von zehn Jahren mehr an Korruption geleistet worden als in den zehn Jahren, die nun hinter uns liegen. (Sehr richtig!) Noch niemals hat unser Volk so viel an Korruption erlebt, und zwar in wirklich so großzügigem Maßstab, in wirklich durchgreifendem Zuge wie jetzt. Man muß staunen, angefangen von der Liquidation des Krieges bis in die jüngste Zeit! Die letzte Kriegsanleihe, wo ist sie hingekommen? Weiß man das? Wer kann so viel Geld zählen? Kriegsrohstoffe im Werte von 27 Milliarden lagen da [35]. Ja, sie sind weg. Wo sind sie hingekommen? Verkauft! Was haben Sie erlöst? Man muß doch für den Kauf etwas bezahlen, sonst hätte man nicht verkaufen dürfen! Ja, was ist praktisch erlöst worden? Der praktische Erlös war: Die Lager sind freigeworden! (Große Heiterkeit!) Das ist der praktische Erlös. Was haben Sie für Geld eingenommen? Eingenommen haben wir soundso viel, aber um die Sachen zu verkaufen, haben wir soundso viel Ausgaben gehabt, folglich hat das Reich ein Minus von soundso viel hunderttausend Mark. (Heiterkeit.) Das ist der Erlös für Dinge im Werte von 27 Milliarden Mark. Und der Beweis dafür, wie man damals gewirtschaftet hat. Wir alten Nationalsozialisten, die wir uns ja seit den Jahren 1919, 1920 kennen, wissen, daß wir ihnen damals dauernd diese Korruptionsfälle aufgedeckt haben und daß sich kein Mensch damals darum gekümmert hat. Ein paar hundert Millionen, das war eine Lappalie. Man wird sich nicht mit den Kerlen streiten, mit diesen Demagogen um ein paar hundert Millionen! Wenn es ein paar hundert Milliarden wären! Ein paar hundert Millionen hat man nicht gerechnet. Die Geschichte der sogenannten Deutschen Werke A.-G. [36], das ist eine einzige Reihe von riesenhaften Korruptionen. Im alten Staat hätte ein Tausendstel, nein, ein Millionstel von dem genügt, um 10 Ministerien von A bis Z

35 In der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges herrschte insbesondere am Ende des Krieges ein zum Teil empfindlicher Mangel an Roh- und Betriebsstoffen. Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Berlin (Ost) 1969, S. 306 ff.

36 Die Deutschen Werke AG Berlin waren 1919 auf Beschluß der Nationalversammlung als reichseigenes, rechtsunabhängiges Unternehmen gegründet worden, um die ehemaligen Marine- und Heeresbetriebe friedensmäßig umzugestalten und weiterzuführen. Das Aktienkapital der Deutschen Werke befand sich im Besitz der "Vereinigten Industrieunternehmungen AG" (Viag), einer 1923 gegründeten Holdinggesellschaft für die reichseigenen Betriebe. 1925 wurde das Unternehmen in die "Deutsche Werke Kiel A.G." und die "Deutsche Industriewerke A.G. Berlin" geteilt.

wegzuwischen. Heute bemerkt man so etwas gar nicht. Im Gegenteil, man weiß, daß das geschehen ist, und man sagt, man solle die Toten ruhen lassen (Heiterkeit), man solle endlich einmal aufhören mit diesem ewigen unästhetischen Hineinbohren. Überhaupt, muß denn immer Gestank sein? Und Gestank kommt stets, wenn man in diesem Staate nun zu bohren anfängt, da beginnt es überall zu riechen, und das will man nicht. Und es gibt heute eine Methode, und diese Methode heißt: darüber hinwegsehen. Ein vornehmer Mann sieht so etwas nicht. Uns wirft man an sich immer vor, daß wir infolge unserer mangelnden Vornehmheit uns immer mit so unästhetischen Problemen beschäftigten und immer unsere Finger hineinhängen ließen und daß das charakteristisch wäre für uns; es sei das ganz charakteristisch, daß diese Menschen nichts anderes fänden, als sich mit solchen Sachen zu beschäftigen. Die anderen gehen großzügig hinweg darüber. Leben und leben lassen! (Große Heiterkeit.)

Das alles bedeutet an sich schon eine ungeheure finanzielle Anspannung. Nun kam aber noch etwas dazu, nämlich nun kam dazu der Zinsendienst der Kriegsanleihen [37]. Auch da werden Sie sich erinnern können, wie oft wir Nationalsozialisten dagegen gesprochen haben, daß die Kriegsanleihe verzinst wird. Wir erklärten, das wäre Wahnwitz und müßte zwangsläufig zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen. Damals schrie man gegen uns Zeter und Mordio und doch haben wir Recht gehabt; denn dieser Zinsendienst bedeutet allein mehr als das Doppelte, nämlich fast 10 Milliarden Mark bei Kriegsausgang, von dem, was im Frieden jährlich unser ganzer Reichshaushalt überhaupt verschlungen hat. Eine gigantische Summe! Es war selbstverständlich, daß das Aufbringen dieser Riesenbeträge nahezu unmöglich war, wenn man sich eben nicht alle Einnahmequellen der Nation sicherte. Alle die Parteien, auch in Bayern, die damals für die Aufrechterhaltung dieses Zinsendienstes eingetreten sind, sind mit schuldig 1. am Zusammenbruch unserer Kriegsanleihe an sich und 2. am Zusammenbruch der Finanzhoheit der Länder.

Und dann kamen weiter dazu die Friedensschlüsse, die abgeschlossen wurden ausgehend von dem Standpunkte: Nationale Ehre ist ein phantastisch reaktionärer Begriff, der Fortschritt der Völker belastet sich nicht mit solchen Mätzchen. Folglich hat man bei diesen Friedensschlüssen angenommen, was der Gegner diktierte, ohne jemals sich in seiner nationalen Ehre dagegen einstellen zu lassen. Ergebnis: eine wahnsinnige Belastung unseres Volkes, und zwar nunmehr eigentlich dauernd laufend [*sic!*]. Damit haben eigentlich jene Unsummen von Verpflichtungen begonnen, die wir seitdem nun auf uns fühlen. Motiviert erschienen diese Verpflichtungen der Welt durch ein Bekenntnis,

---

37 Im Gegensatz zu den bisherigen Reichsanleihen mit einer Verzinsung von 4% hatte die Reichsbank für die ab Sep. 1914 aufgelegte sog. (erste) Kriegsanleihe attraktivere Zinsen vorgesehen. Die verzinslichen Schatzanweisungen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von fünf Jahren besaßen eine effektive Gesamtrentabilität von 5,63%, die Reichsanleihen mit einer kündigungsfreien Laufzeit von zehn Jahren eine effektive Gesamtrentabilität in Höhe von 5,38%. Seit März 1916 wurde zusätzlich ein neuer Typ verzinslicher Schatzanweisungen mit einem Zins in Höhe von 4,5% ausgegeben, bei dem innerhalb von 50 Jahren jährlich 5% des Ausgabebetrags für Verzinsung und Tilgung aufgewendet werden sollte. Insgesamt wurden durch die neun Kriegsanleihen bis Sep. 1918 96,9 Millarden Mark aufgebracht. Vgl. Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967, S. 54 ff., 133 f., 206.

nämlich durch das Bekenntnis der deutschen Unehre. Im selben Augenblick, in dem sich Deutsche gefunden haben, die nach außen hin unterschrieben, daß Deutschland die Schuld am Kriege habe und im selben Moment, in dem große Parteien für diese Lüge, aber auch für diese grenzenlose Schande eingetreten waren, im selben Moment haben wir der Welt ein Zertifikat ausgestellt, daß sie im Recht ist, wenn sie nun uns als verantwortlich an diesem ganzen Kriegswahnwitz und Unheil auch zur Verantwortung zieht [38], das heißt, wenn nunmehr Frankreich erklärt: So, eure Unterschrift haben wir, nun könnt ihr nicht mehr bestreiten, daß ihr verpflichtet seid zu zahlen; denn wer selbst zugibt, daß er das verbrochen hat, der kann sich nicht von der Verpflichtung drücken, auch die Konsequenzen zu tragen. Ihr seid die Weltattentäter gewesen, nun macht gut, was ihr verbrochen habt. Von dem Augenblick an war jeder Protest der Parteien, die erst die Lüge an der deutschen Schuld am Kriege zugegeben haben, ja von sich selbst aus weitergaben, lächerlich, er war sinnlos, man konnte mit Recht darüber hinweggehen. Vor allem, es fehlte nun das moralische Anrecht der eigenen Nation gegenüber. Nun kamen Millionen und Millionen von wahnsinnigen, verblendeten Menschen, die von der Presse dieser Parteien betört worden waren, und hatten gar kein Verständnis mehr für diese nationalen Proteste. Was wollt ihr denn? Die haben ganz recht! Sie erinnern sich der Zeit, wo in unseren Versammlungen Menschen aufgetreten sind, die damals mit tiefster Überzeugung einfach erklärten: Die haben Recht da drüben, denn wir sind ja doch schuldig.

Das hat nun eine Reihe von Diktaten eingeleitet, deren letztes wir als finanzielles Diktat im Dawesabkommen vor uns haben. Damit ist, nachdem Deutschland so ungeheure Opfer bereits gebracht hatte, neuerdings wieder die deutsche Leistung in einer Höhe festgelegt worden, die deshalb unbegrenzt erscheint, weil nämlich dabei noch ein bestimmter Paragraph von Herrn Stresemann mit unterzeichnet wurde, der besagt: Wohl muß Deutschland pro Jahr 2 1/2 Milliarden leisten. Wenn sich aber herausstellen sollte, daß das deutsche Leben ein besonders glänzendes ist, dann kann nach Prüfung des Wohlstandsindexes eine Erhöhung dieser Leistung vorgeschlagen werden. Das heißt: Wenn Deutschland diese 2 1/2 Milliarden bezahlt und dann noch lebt, dann ist das ein Beweis, daß wir noch mehr bezahlen können. Und das heißt: In Wirklichkeit ist die Leistung unbegrenzt und wird stets so gehalten sein, daß wir gerade noch am Leben bleiben.

Das ist der eine Grund, warum das Reich gezwungen war, den alten Bismarckschen Standpunkt zu verlassen. Wenn mir heute jemand sagt: Sehen Sie, das Reich greift unsere Finanzhoheit an und hat sie beseitigt [39]! So kann ich ihm nur sagen: Mein lieber Freund, das war selbstverständlich in dem Moment, in dem Sie einer Reichsregierung oder den Reichsregierungen die Vollmachten gaben, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die nach normalem menschlichem Verstand ja gar nicht gedeckt werden können. Nun konnte man nicht hergehen und sagen: Die Länder zahlen aus Matrikularbeiträgen

38 Vgl. Dok. 34, Anm. 6.
39 Bezieht sich auf die Finanzreform des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war und die Steuerhoheit von den Ländern auf das Reich übertrug. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

diese Summe, die wir da brauchen, um das abzudecken. Jetzt hieß es vielmehr: Der letzte Pfennig muß mobilisiert werden; denn laut Friedensvertrag steht das ganze deutsche Nationaleigentum nur im Dienste dieser Wiedergutmachung. Das bedeutet, daß die Kräfte, die sich diese "Wiedergutmachung" selbst als Ziel vorgesetzt haben, nun kühl und rücksichtslos über die Finanzhoheiten der Länder sich hinwegsetzen mußten. Wenn Sie das erfüllen wollen, dann müssen Sie das brechen, und wer dagegen nun kämpfen will, der muß den Kampf gegen die Wurzel ansetzen. (Sehr richtig!) Hier in München gegen den Verlust der Finanzhoheit protestieren und in Berlin die Außenpolitik des Deutschen Reiches decken, das ist ein Widerspruch in sich und kann nur zum Zusammenbruch führen [40]. (Stürmischer Beifall.) Ich sage Reichsaußenpolitik, weil dazu ja die gesamte Art dieser außenpolitischen Vertretung Deutschlands überhaupt gehört, diese Art, die wir nun einmal als vollkommen entgegengesetzt der Art bezeichnen müssen, mit der Bismarck einst Deutschlands Rechte und Deutschlands Ehre vertreten hat. Ich glaube, wenn heute Bismarck kommen würde und er müßte eine Kritik abgeben über die Außenpolitik des heutigen Deutschen Reiches, so würde diese Kritik entweder diese Außenpolitik beseitigen oder Bismarck in das Gefängnis bringen. Er könnte gar nicht anders sprechen, wie heute Tausende und Tausende deutscher Patrioten über diese Außenpolitik reden. Ihr Grundmotto, wie schon betont, ist, daß es eine nationale Ehre an sich nicht gibt, sondern daß es nur reale Lebensnotwendigkeiten gibt, daß aber auch die Vertretung dieser realen Lebensnotwendigkeiten nicht möglich erscheint, weil keine Macht da ist, daß man aber weiter, weil man keine Ehre anerkennen will, auch nie zu einer Macht kommen kann, ja, daß man deshalb gar keine Macht will. Das ist das, was aus Stresemanns letzter Rede geradezu so ungeheuerlich hervorgeht [41]. Er sagt: Wir können das nicht tun, ich kann nicht anders, weil ich keine Macht hinter mir habe und kein entsprechendes Volk habe. Die Frage muß dann immer nur lauten: Ja, was tut ihr, um diese Macht zu gestalten und ein anderes Volk zu erzielen? Was tut ihr denn eigentlich? Und darauf kann man nur eine einzige Antwort haben: Ihr tut gar nichts, im Gegenteil, ihr tut alles, was diese Machtbildung, und wäre sie selbst nur willensmäßig, im deutschen Volke verhindern kann. Ihr bekämpft alle, die es dahin zu bringen versuchen, daß dieses deutsche Volk wieder zu einem Machtbewußtsein kommt und daß dieses Machtbewußtsein sich eines Tages in reale Kraft umgießt, mit der ihr deutsche Außenpolitik machen könntet. Das wollt ihr aber gar nicht. Im Gegenteil, ihr seid selbst überall die schärfsten Feinde dieser Macht. Wir können ja in diesen Tagen wieder fühlen und sehen, wie man selbst von diesen sogenannten Regierungsstellen und Regierungsparteien aus den kleinsten Gründen nachforscht, die irgendwo vielleicht auf das Vorhandensein einer neuen Machtbildung schließen lassen könnten, wie man dort nachforscht, um diese Machtbildung im Keime zu ersticken. Sie wollen gar keine Macht, und dann erklären sie: Weil wir keine Macht haben, müssen wir diese Politik betreiben. (Sehr richtig!) Glauben Sie mir: Dieser Standpunkt des Verzichts auf eine nationale Ehre und damit auf eine nationale Macht - denn Ehre und Macht sind zwei unzertrennliche Begriffe im Völkerleben -, dieser Standpunkt führt aber in der Folge gerade zum

40 Anspielung auf die Politik der BVP.
41 Vgl. Dok. 58, Anm. 10.

Verlust derjenigen Hoffnungen und zum Fehlschlagen der Hoffnungen, mit denen die Republik ihren Verzicht auf die Ehre motivieren will; nämlich die realen Erwartungen, die wirtschaftlichen Hoffnungen fallen damit erst recht weg. Wir sehen als Folge dieser ganzen Politik den totalen Zusammenbruch auf allen Gebieten. Wir sehen besonders den Zusammenbruch der berühmten Wirtschaft und wir wissen ganz genau, daß, wenn heute Nordamerika plötzlich irgendwo die Schlinge zuzieht und gewisse Kredite kündigt, dann das ganze deutsche Wirtschaftsgebäude mit einem lauten Krach zusammenstürzt [42]. Wir wissen, daß in den nächsten Jahren diese Wirtschaftspolitik an sich immer unmöglicher wird, wir sehen vor uns, wie das Reich immer mehr und mehr um sich greifen muß, wie man jetzt den letzten Rest der deutschen Reichseisenbahn mobilisiert und dem ausländischen Kapital in den Rachen schmeißt [43], um dafür wieder eine Galgenfrist zu bekommen. Wir sehen, wie man sich anschickt, neue Reichsmonopole zu gründen, ein Tabaksmonopol, wir wissen auch, daß man hier nur den Gedanken hat, ein neues Pfand zu bekommen; mit anderen Worten: Die Politik der nationalen oder antinationalen Ehrlosigkeit führt zwangsläufig zum Verlust der nationalen deutschen Wirtschaft. Und da beginnt das Volk eben doch da und dort etwas zu fühlen, d. h., da wird das Volk doch an manchen Stellen rebellisch; denn wenn der deutsche Spießer schon kein Gefühl für Ehre hat, dann hat er aber eines für sein Geschäft. Indem er auf die Ehre verzichtet, glaubt er, um so mehr auf das Geschäft rechnen zu können, das hat man ihm doch versprochen, und jetzt, jetzt sieht er, daß gerade das Geschäft nachläßt, daß das, was bisher sein liebstes Kind gewesen ist, auf das er seine Sorgfalt allein verwendete, jetzt verreckt. Und das Gleiche gilt vom Proletarier, der auch keine nationale Ehre mehr kannte; denn die Revolution fand nicht statt unter dem Symbol etwa des neuen Reichsadlers, sondern die Revolution fand statt unter dem Symbol eines etwas weitbauchigen Rucksacks. Das war das Revolutionsideal. (Lebhafter Beifall.) Und dieser Rucksack hat die Massen seitdem dauernd im Geiste begleitet und schwebte ihnen dauernd vor so als Polarstern der neuen Staatsentwicklung, und dem ging man nach. Und auf einmal sieht man da, wie statt des Glückes die Not kommt, Not, Not, Aussperrung, Arbeitslosigkeit, Hunger, Auswanderung, Geburtenbeschränkung, Selbstmord, Selbstmord! Das ist der reale, klingende Lohn für den Verzicht auf die Ehre, auf die nationale Kraft und Selbständigkeit und Unabhängigkeit und Freiheit, auf die nationale Armee usw. usw.

Und da bekommt man an gewissen Stellen ein unangenehmes Gefühl. Denn wer nämlich keine Ehre hat, hat auch keinen Mut, und wer keinen Mut hat, hat dauernd Angst vor seinen eigenen schlechten Taten, und die Kräfte, die zu dieser Entwicklung getrieben haben, zittern nun seitdem, und in jeder Nacht gaukeln ihnen in wüsten Traumgebilden die Erscheinungen von Revolutionen, Aufständen, Putschen vor. Wenn Sie so eine Regierungszeitung nehmen im zehnten Jahre der absolut sanierten, felsenfesten Republik, dann sehen Sie nichts als Putsche, wieder Putsche, Aufruhr, Zusammenrottung. Gummiknüttel her! Die Leute werden herumgepeitscht von ihrem eigenen

42 Im Rahmen der sog. Dawes-Anleihe war das Deutsche Reich im Dez. 1929 mit einer Summe von 91.845.300 US $ (von ursprünglich 110.000.000 US $) bei den USA verschuldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 424.

43 Vgl. Dok. 40, Anm. 13.

schlechten Gewissen. (Stürmischer Beifall.) Und da sehen sie nun überall die Geister, die sie ängstigen und quälen und peinigen, und dann fallen ihnen in erster Linie die Länder ein. Das sind Staatsgebilde, die noch etwas Tradition haben, Tradition von früher her, und die Tradition von früher, das ist nicht die Tradition von jetzt, im Gegenteil, das ist eine ganz andere Tradition. Und da konzentriert sich aus der Angst heraus ein gewisser Haß gegen diese Tradition, und da beginnt man zunächst diese Länder zu hassen als Träger einer bestimmten Staatsauffassung, die der heutigen weitaus entgegengesetzt scheint, als Träger einer zum Teil halbtausendjährigen Tradition, ja sogar einer halbtausendjährigen Kultur. Vor allem hat man Angst, ob das Kultur ist oder Staatstradition, Tradition der Ehre, ganz gleich, was dem heutigen Zustand entgegengesetzt ist, ist eine Gefahr, da hat man Angst.

Also zunächst vor den Ländern an sich. Da hat man Angst, daß die Staatstradition dieser Länder übergreifen könnte und langsam Flecken hineinbringen könnte in die schöne Staatstradition der Republik [44]. Da hat man weiter Angst sogar vor den Erinnerungen, die man in diesen Ländern an die Vergangenheit haben könnte. Da hat man Angst vor der Justiz dieser Länder. Man weiß nicht, ob die Justiz in diesen Ländern auch die entsprechenden Auffassungen hat, die die Justiz von dem neuen Deutschland haben muß, wenn sie überhaupt den Staat beschirmen will, wenn sie überhaupt das erfüllen soll, was man von ihr erwartet, ob sie also, wie ein sehr hoher Justizbeamter sagt, mit der Macht geht. Da hat man Angst vor dieser Länderjustiz, weil man immer das Gefühl hat, dort könnte so einer stecken, der so einen Begriff hat von nationaler Ehre, von nationalen Auffassungen usw. Was sind das für Begriffe in der Republik, und daher die Angst! Und da hat man weiter Angst vor der Erziehung in diesen Ländern. Man sagt sich: Man hat gar keine Kontrolle, wie dort die Menschen erzogen werden. Werden sie so erzogen, wie wir sie brauchen, oder tobt sich dort vielleicht noch eine Erziehung aus, wie man sie früher brauchte? Und da hat man endlich Angst vor allem, was mit dem traditionellen Staatsgedanken, mit den Erinnerungen eines Staates, mit Tradition, mit seinem Finanzwesen, mit seinem Erziehungswesen, mit seiner Justiz usw. zusammenhängt. Und aus dem heraus kommt tatsächlich der Haß gegen die Länder und der Wille zur langsamen Vernichtung dieser Länder. Diese Menschen sagen sich, und vielleicht mit Recht: Sicher ist unsere neue Staatstradition der Ehrlosigkeit erst dann, wenn die letzten Traditionen der Ehre beseitigt, ausgerottet erscheinen. Das muß man herausreißen aus diesem rückständigen Preußen und Bayern und Württemberg und Sachsen usw. Man muß ihnen die Erinnerung nehmen, daß es einmal auch Staaten gegeben hat, die eine andere Auffassung hatten, als wir sie heute haben. Erst dann, wenn die letzte Erinnerung an die vergangene Größe dieser Gebilde erlischt, wird endlich diesen Leuten die Weimarer Verfassung wirklich als die Geburt einer bedeutenden Neuerscheinung auch erscheinen. Das kann ihnen dann einmal so vorkommen, wenn wir sie erziehen, wenn die Justiz nach unserem Willen ist, wenn wir die Finanzen in der Hand haben, wenn wir die Jugend erziehen, wenn wir mit anderen Worten diese anderen Staatsgebilde vernichten. Da wird dann diese Angst im Grunde genommen etwas allgemeiner. Sie wird zur Angst vor dem deutschen Volk, sie wird zur Angst vor allen Äußerungen dieses deut-

44 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.

schen Volkes, und man schnüffelt nun nach, wo dieses deutsche Volk überhaupt ist. Und da nun das Reich in erster Linie dem Novemberverbrechen des Jahres 1918 zum Opfer gefallen ist, in zweiter Linie erst die Länder, weil schließlich die Länder eine wesentlich tiefere und stärkere Konstitution besitzen, deshalb sieht man die Notwendigkeit, die Länder zu vernichten, weil man in ihnen am ehesten noch die Wurzeln sieht für die Möglichkeit der Wiederauferstehung eines deutschen nationalen Bewußtseins, weil man in ihnen in erster Linie mit die Keimzellen des deutschen Volkes und des Widerstandes des deutschen Volkes sieht.

Das ist der Grund, und damit kommt nun eine Frage: Wer sind dann die Schuldigen? Die Schuldigen sind die Kräfte, die im Jahre 1918 im November nach einem fast 70jährigen Wirken, nach 70jähriger Unterhöhlungs- und Minierarbeit das alte Reich zum Einsturz brachten, dem neuen Reich den Stempel aufprägten und dieses neue Reich seitdem in seiner geistigen Einstellung und in seinem geistigen Gebaren dirigieren und leiten. Und da können wir eines feststellen. Es ist unrichtig, wenn irgend jemand die Zentralisierungsbestrebungen mit irgendeinem deutschen Bundesstaat identifiziert. Das sind so wenig Preußen als es Bayern sind oder als es meinetwegen Sachsen sind oder Württemberger; sondern das sind in Wirklichkeit jene wurzellosen Elemente, denen jeder deutsche Staat von Ehre ein Dorn im Auge war und die diesen Staat nun zur Auflösung bringen wollen. (Stürmische Zustimmung.) Das sind die wurzellosen Elemente, die in Wirklichkeit zu neun Zehnteln überhaupt nicht deutscher Nationalität sind, sondern die zu neun Zehnteln ihre Staatsangehörigkeit eigentlich im palästinensischen Staat haben müßten, die dorthin gehören würden und die auch in einem nationalen Staat, in einem völkischen Staat absolut nur als Gäste mit dieser fremden Staatsangehörigkeit hier geduldet werden würden. Es sind das weiter jene Elemente, die ein lebendiges Interesse an der Zerstörung dieser Staatstraditionen in Deutschland besitzen. Nennen Sie mir den Staat von einst, dessen Traditionen in der Republik ihre Fortsetzung gefunden hätten! Am wenigsten hat die Fortsetzung in der Republik gefunden die Tradition des preußischen Staats, genau so wenig wie die des bayerischen Staats. Wenn es diesen Elementen gelingt, Millionen von Menschen für sich zu mobilisieren, dann ist ihnen das in allen Ländern gelungen, und sie werden mit allen Mitteln arbeiten, um ihr Ziel zu erreichen. Hätte einst bei uns Kurt Eisner restlos gesiegt, glauben Sie, dann wäre mit bayerischen Motiven der jüdische Bolschewismus ins andere Reich getragen worden, genau so, wie man sich auch nicht scheut, von Zeit zu Zeit mit preußischen Motiven die heutige Reichsauffassung zu decken. In Wirklichkeit steht unter jeder solchen Larve der ewige Feind der deutschen Nation, der in allen diesen Verkleidungen nichts anderes will, als die letzten Kraftzellen des deutschen Volkstums auszurotten und zu beseitigen.

Nun hat die Gegenwehr gegen diese Tendenz der sogenannten Verreichlichung bereits im Jahre 1919/20 überall eingesetzt. Wenn wir uns nun fragen: Was war der Erfolg?, so müssen Sie zugeben: gleich null! Ja, im Gegenteil, die Anhänger dieser Verreichlichungstendenzen sind selbst hier z. B. in Bayern maßlos gewandt. (Sehr richtig!) Hier selbst haben sie die schärfsten Fürsprecher bereits im Lande mitten herinnen sitzen; und weshalb? Weil dieser ganze Kampf von Anfang an falsch geführt worden ist,

und zwar im Ziel. Man wußte nicht, erstens, um was es sich handelte, zweitens, man wußte nicht, um wen es sich handelte, und drittens, man wußte auch nicht, wie man den Betreffenden treffen kann.

Man wußte nicht, um was es sich handelte. Man glaubte immer, daß diese sogenannte Zentralisierung ein besonderer, einzelner Vorgang an sich wäre, statt daß man vom ersten Tag an begriffen hätte, daß es sich hier nur um eine logische Auswirkung der allgemeinen Tendenzen handelte, die mit dem November 1918 in Deutschland zum Regierungsprinzip erhoben worden ist.

Man wußte nicht, wer der Feind ist, man wußte nicht, daß es sich hier nicht etwa um Traditionen von einzelnen Staaten handelt, die gegen andere mobilisiert werden, sondern daß es sich hier um Traditionslosigkeit und Kulturlosigkeit dieses neuen Gebildes handelt, das im Gegenteil die einzelnen Traditionen ausrotten möchte und ausrotten will.

Man wußte nicht, wie man diesen Feind trifft, deshalb, weil man den Feind selbst nicht ganz genau und klar fixierte, weil man nicht erkannte, daß der Feind, oder sagen wir der Schuldige, in dieser Entwicklung derjenige Faktor ist, dem wir vom Jahre 1918 an unser ganzes Unglück überhaupt zuzuschreiben haben, eigentlich schon angefangen 20 Jahre vordem unser Unglück zuzuschreiben hätten, das heißt jener Feind, der Deutschland zerschlagen hat und der dieses zerschlagene Deutschland nun langsam der restlosen Auflösung entgegentreibt und der die letzten Reste von sachlichen Traditionen dabei beseitigt. Da konnten wir in diesen langen Jahren es erleben, daß dieser Kampf in der verschiedensten Weise geführt wurde, daß die einen oder die anderen z. B. den Kampf einst führten gegen Preußen. Man sagte, Preußen ist daran schuld. Nun, glauben Sie mir, wir können hier gleich eines feststellen. Wenn jemand diesen Kampf gegen die Zentralisierung mit Aussicht auf Erfolg antreten will, dann muß er diesen Kampf so motivieren, daß auch im übrigen Deutschland Millionen von Deutschen in ihrem Innersten bewegt werden und bereit sind, für diesen Kampf mit einzutreten. Sonst kann ich diesen Leuten nur eines sagen: Sonst müssen Sie Revolutionäre werden mit Pistole und Handgranaten! Denn Sie alle erkennen ja das Gesetz der Demokratie an, und nachdem Sie dieses Gesetz anerkennen, können Sie auf einen Erfolg nur rechnen, wenn Sie Ihrem Wunsch und Ihrer Absicht eine gewisse Vielzahl von Menschen zuzuführen vermögen, d. h., wenn das nicht beschränkt bleibt nur auf Bayern, auch nicht auf die sogenannten Süddeutschen, sondern wenn tatsächlich in Deutschland sich eine absolut kompakte Masse von Menschen in allen Ländern findet, die bereit ist, für dieses Ziel einzutreten. Vergessen Sie eines nicht: Selbst die sogenannte Einheit der süddeutschen Länder würde nichts bedeuten, weil ja in diesen süddeutschen Ländern selbst überall die Träger des Giftes mit drinsitzen. Sie brauchen nur die bayerische Presse in den nächsten Tagen zu lesen, lesen Sie sie heute, lesen Sie die "A.Z." [45], die "Münchener Post", lesen Sie aber auch andere Blätter, lesen Sie selbst Blätter, die eigentlich zu den Parteien gehören müßten, die diesen Kampf für die föderative Gestaltung des Reiches auf die Fahne geschrieben haben, und dann können Sie sehen, wie tatsächlich selbst hier im Lande heute bereits dieser Feind, der im übrigen Reich dominiert, groß geworden ist, sehr groß ge-

45 Allgemeine Zeitung am Abend.

worden ist, und wie jeder Versuch heute, wenn nicht dieser Feind herausgegriffen wird, einfach daran scheitern muß, daß man im übrigen Reich diesen Kampf gar nicht verstehen wird. Wenn dieser Kampf motiviert wird als Kampf für bayerische Rechte, für bayerische Interessen, wenn er motiviert wird mit der Notwendigkeit eines Ringens gegen Preußen, wenn er motiviert wird mit der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der alten Zustände, dann versteht man im anderen Reiche das nicht, weil dort eine gigantische Presse sofort tätig sein wird, um diesen ganzen Kampf der Lächerlichkeit zu weihen. Lesen Sie nur jetzt die Blätter im Norden, sehen Sie sich ihre Karikaturen an, wie man das darstellt: Der bayerische Löwe kämpft wieder für seine Weißwürste, eine Barrikade von Bierkrügen, und dahinter wird die Verteidigungsfront eingenommen von der Schützenkette des Herrn Escherich [46] usw. So macht man das lächerlich. Unterschätzen Sie diese Presse nicht! Man soll ihr keine Waffen liefern. Wer heute den Kampf beginnen und führen will, der muß aus dem 10jährigen Versagen dieses Kampfes lernen und er muß eines verstehen: Dieser Kampf hat dann Aussicht, wenn er in seiner Motivierung geeignet ist, im ganzen Deutschen Reiche sofort Millionen von Menschen mit sich zu reißen, weil sie in diesem Kampf eine Wiederherstellung der deutschen Ehre sehen, die daran gebunden erscheint ...

(Stürmischer Beifall.)

Freilich, damit wird der Kampf zu einem gewaltigen und großen Ereignis, denn damit hört er auf, ein nur bayerisches Interesse zu haben, hört aber auch auf, innerhalb der bayerischen Dimensionen sich abzuspielen. Damit beginnt er zu einer großen nationalen deutschen Angelegenheit emporzuwachsen, und erst dann, aber dann können Sie rechnen, daß dieser Kampf überhaupt nach menschlicher Aussicht Erfolg haben kann. Gelingt das nicht, dann erstickt dieser Kampf und muß ersticken; denn die Parteien, die vorgeben, diesen Kampf kämpfen zu wollen, sind selbst alle gefesselt durch die Demokratie, gebunden durch ihre Gesetze, stehen auf dem Boden der Tatsachen und können nicht wider den Stachel lösen [*sic!*], den sie selbst eingesetzt haben. Die Parteien können heute nicht hergehen und können sagen: Wir wollen von hier aus einen Trotz organisieren und dann, ja, was denn dann? Dann wird man mit einer Abstimmung und mit Majoritäten lächelnd darüber hinweggehen. Entweder diese Parteien hätten wirklich durch Trotz die Frage lösen wollen, dann hätten sie das früher tun müssen, vor 4 Jahren! (Sehr gut!) Heute müssen sie versuchen, das Problem zu lösen durch die Gewinnung von Millionen von Menschen im ganzen Deutschen Reich. Das ist die einzige Möglichkeit. Im anderen Falle erstickt der ganze Kampf in seiner Kleinheit und an seiner Kleinheit. Und glauben Sie nicht, daß Sie dann irgendeine Aussicht haben werden, diesen Kampf außer die bayerischen Grenzpfähle hinauszutragen! Im Gegenteil, ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Sie werden im Kampfe innerhalb Bayerns sogar unterliegen. Selbst hier werden Sie unterliegen; denn selbst hier ist der Gegner bereits so groß und so stark, daß Sie nur durch das Wegnehmen aller Scheuklappen ihn wirklich in seiner ganzen Größe zu er-

46 Georg Escherich (1870-1941), Oberforstmeister, 1897 Dr. rer. pol., 1912-1914 Expeditionen nach Kongo und Spanisch-Guinea, 1919 Landeshauptmann der bayer. Einwohnerwehren, 1920 Gründer und Reichshauptmann (1920/21) der Organisation Escherich (Orgesch), 1928 Gründer und bis 1933 Leiter des Bayerischen Heimatschutzes, 1931 Ruhestand.

kennen vermögen und daß Sie nur noch bei äußerster Konzentration den Kampf gegen diesen Gegner heute gewinnen. Einst hat Deutschland verloren, weil das Ausland wußte, daß wir im Innern den Feind hatten. Einst hat Deutschland verloren, weil das Ausland in dieser Erkenntnis, daß der Feind im Innern sitzt, eine unendliche Kraft geschöpft hat, das Vertrauen auf das Durchhalten. Und Sie werden hier verlieren, weil man in Berlin genau weiß, daß Sie den Feind im Lande haben, weil man genau weiß, daß das niemals zu einer Tat werden kann, weil man ganz genau weiß, daß dieser Kampf in Bayern selbst erstickt, außer Sie bringen diesen Kampf in jene Form, die ihn augenblicklich, schlagartig über das bayerische Gebiet hinaushebt und die ihn eingliedert in den großen Schicksalskampf der deutschen Nation an sich. (Stürmischer Beifall.) Das erfordert natürlich Kraft, das erfordert Mut, das erfordert auch Beharrlichkeit, das wird man nicht von heute auf morgen leisten können. Das erfordert vor allem gute Nerven, gesunde Nerven und damit junge Kräfte; denn da wird das Trommelfeuer losgehen, da werden die Verleumdungen einsetzen, da wird der Haß Sie zu überspülen versuchen, und da heißt es dann: Landgraf, bleibe hart, werde noch härter! Da heißt es, standhalten allen diesen Versuchungen, und da heißt es, den Kampf hier im Innern bewußt aufnehmen und mit allen Mitteln der Aufklärung, der Propaganda, der Agitation zum siegreichen Ende führen. So wie Deutschland nur im Kriege hätte gewinnen können, wenn dieses Deutschland es fertiggebracht hätte, im eigenen Lande eine einzige Kraft anzusetzen, das heißt, den Feind im Innern zu besiegen, so können auch Sie nur gewinnen, wenn es Ihnen möglich wird, den Gegner zunächst im eigenen Leibe zu schlagen, den Gegner hier zu beseitigen. Dann wird langsam die Kraft dieses Staates wieder in die Erscheinung treten, und dann wird langsam wieder das Kapital flüssig werden, das man in vier Jahren verschleudert hat, nämlich wir werden wieder glauben können, daß aus solcher Eigenstaatlichkeit Nutz und Frommen für das ganze heilige deutsche Reich kommen kann und kommen wird. Und dann werden Sie im ganzen Deutschen Reich Mitkämpfer finden, dann werden Sie erleben, daß dann Preußen aufsteht genauso wie Mecklenburg, daß Pommern aufsteht und Westfalen, Sie werden erleben, daß in Mitteldeutschland Millionen von Menschen aufstehen und sich einschreiben in Ihre Kampffront gegen die nationale Entehrung, gegen diese Verschleuderung nationaler Werte, gegen die Verkitschung der deutschen Wirtschaft, kurz und gut, gegen die ganze Tradition, die seit 1918 unseren Staat und unser Reich beherrscht.

Und da, glaube ich, sind wir nun dort, wo wir Nationalsozialisten stets gewesen sind. Ich habe nun wieder das gesprochen, was ich jahrelang ununterbrochen hier redete, und von dem unsere alten Mitglieder, soweit sie hier sind, alle zeugen können: kein Wort anders, nichts dazu, gar nichts weg! Das habe ich geglaubt vor neun Jahren, vor acht Jahren und vor sieben Jahren. Das glaubte ich im Jahre 1923, das glaube ich heute und das werde ich auch in zehn Jahren glauben. Und die Geschichte wird uns recht geben. Sie wird uns recht geben, sie wird entweder in Bayern eine Bewegung sehen, die sich zur Fahnenträgerin einer großen deutschen Mission emporwächst, oder sie wird eines Tages den bayerischen Staat ausgelöscht sehen. Ein Kreuz darüber - hier war einst ein Staat mit einer eigenen Tradition; dieser Staat wurde von Kräften, die das nicht brauchen konnten, ausgelöscht. Und weil die Träger dieses Staates diese Kräfte nicht kannten,

sind sie zugrunde gegangen. Und die Geschichte wird ihnen keine Träne nachweinen, sie kennt keine Trauer, sie kennt kein Mitleid, sie kennt nur ein Gesetz der Kraft. Und wer sich auf Grund dieses Gesetzes durchficht, hat recht und alles für sich, und wer gegen dieses Gesetz zu handeln glaubt, wird unterliegen. Er hat nichts mehr für sich als die Feststellung seiner Niederlage in der Geschichte.

Und da, glaube ich, stehen wir heute an einem großen und wichtigen Wendepunkt. Breiten Kreisen ist es nun zum Bewußtsein gekommen, daß das Ergebnis der vierjährigen Sanierungsperiode in Wirklichkeit ebensosehr Vernichtung Bayerns als Vernichtung des Reiches bedeutet. Beides geht da Hand in Hand. Vernichtung muß man dann sagen, wenn man eben unter "Reich" etwas anderes versteht als eine von Völkerbunds Gnaden konzessionierte Ausbeutungsorganisation der deutschen Nation, als einen Verwaltungsorganismus des zur Ablieferung bestimmten deutschen Volkes. Ich fühle, daß in dieser Zeit Millionen wieder hellsehend geworden sind und daß allgemein wieder begriffen wird, daß die Versprechungen usw. vergangen sind. Ich glaube, wir wollen jetzt wieder das aussprechen, was ich an dieser Stelle schon ein paarmal getan habe. In jedem Jahre tat ich es einmal. Am Tage unserer ersten Versammlung [47] habe ich es getan und an den späteren Jahrestagen der Gründungsfeier unserer Bewegung tat ich es immer wieder, nämlich auszusprechen, daß unserer Überzeugung nach es ein Wahnsinn ist, wenn sogenannte nationale Verbände, Parteien, die vorgeben, national zu sein, ihre Kraft im Kampfe gegeneinander anwenden, sondern daß es im höchsten Sinn vernünftig ist, wenn diese Kräfte, auch wenn sie in der einzelnen Motivierung nicht zusammenpassen, wenn sie nur in den großen Zielen das Gleiche wünschen und wollen, wenn sie wenigstens die Wiederherstellung einer deutschen Ehre wünschen und wieder wollen, daß sie dann wenigstens miteinander gehen und sich nicht selbst töten. (Sehr richtig!) Ich habe das einst am 27. Februar 1925 hier von dieser Stelle erklärt und ich sagte damals: Unser Kampf ist wider den Erbfeind der deutschen Nation, den Todfeind unseres Volkes, der Kampf gilt dem Marxismus! Und ich habe damals eine traurige Antwort bekommen. Sie wissen es selbst. Meine Feststellung, die schriftlich und mündlich hier vorlag, daß der Marxismus unser Feind ist, sie wurde verwendet, um gegen uns vorzugehen. Man sagte damals: Sie haben gesagt, daß Sie über die Leiche des Marxismus gehen wollen. Das ist wieder ein Aufruf zur blutigen Tat! Und die Parteien, die sich jetzt beklagen, daß dieser Marxismus ihnen ihren Staat vernichtet, diese Parteien haben damals gegen uns gewütet, haben Redeverbote verhängt [48], haben versucht, uns zu schädigen, wo sie nur konnten, verhängten wieder die Plakatzensur und haben unsere Propaganda geknebelt und haben nicht den Lohn dafür empfangen, das heißt den Lohn, den sie sich erhofften. Sie haben den geschichtlichen Lohn bekommen, den man stets erhält, wenn man Unrecht tut, sie haben den Lohn bekommen, den sie vielleicht verdienten, aber nicht den, den sie sich erhofften. Denn was sie erreichen wollten, ist nicht eingetroffen: Weder konnten sie die nationalsozialistische Bewegung vernichten und ihren Aufmarsch verhindern - im Gegenteil, in dieser Zeit ist die Bewegung erst recht gewachsen und ist hart geworden -, noch konnten sie verhindern, daß der Marxismus in dieser Zeit größer und größer und

47 Am 27.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 6.
48 Vgl. Dok. 37, Anm. 19.

größer wurde. Sie haben es erreicht, daß die Hydra, die nicht durch die Kräfte dieser Parteien einst zertreten worden ist, sich wieder erhoben hat. Sie haben erreicht, daß diese Hydra wieder frech in Bayern aufzischt und sie haben erreicht, daß jetzt, wo sie für Bayerns Belange eintreten wollen, diese Hydra sie selbst angreift, daß jetzt ihre eigene Presse, die sie hier großgezügelt haben, die sie hier dulden und fördern und schützen und vor uns in Schutz nahmen und deckten, die sie durch Plakatverbote beschirmten, daß die jetzt Front macht gegen sie und daß sie ihnen jetzt in der bösesten Stunde in den Rücken fällt. Das haben sie erreicht.

Man könnte bitter sein und verbittert sein, man könnte verbissen sein, und trotzdem wollen wir heute dasselbe wiederholen: Wenn man bei uns auf diesem Wahnsinn weiter beharrt, so mag man es sich gesagt sein lassen, daß man nicht die nationalsozialistische Bewegung treffen wird. Die wird ihre Mission, die Abrechnung mit dem Marxismus, durchführen, sie wird sie durchführen, und wenn der Herr Dr. Wohlmuth oder andere tausendmal vor dem Marxismus stehen, unsere Faust wird einst in unserem Geist den Marxismus treffen. (Stürmischer Beifall.) Wir werden dieser Kraft ein Ende bereiten. Wir haben kein anderes Ziel. Diese Pest wird und muß ausgerottet werden aus Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Die Parteien, die heute vor uns hintreten, können sich zwei Dinge gesagt sein lassen. Hindern sie uns, so wird dieser Kampf eben einmal dann entschieden werden, wenn sie selbst nicht mehr sind. Das heißt: Wenn die Parteien einer bayerischen sogenannten Staatstradition sich vor den Marxismus stellen, dann wird dieser Marxismus vielleicht eben erst dann getroffen werden können, wenn es kein Bayern mehr gibt. Hindern sie uns nicht daran, dann wird diese Auseinandersetzung früher stattfinden. Wir scheuen nicht die geistige Auseinandersetzung mit dieser Lehre. Im Gegenteil, wir haben bewiesen, daß wir überall unsere geistige Klinge mit diesen Erzeugnissen kreuzen können und daß überall unsere Klingen bisher gesiegt haben. Wir scheuen den Marxismus nicht. Im Gegenteil, wir haben die Überzeugung, daß wir den Marxisten überlegen sind, nicht nur durch die Wahrhaftigkeit unserer Ziele, sondern überlegen an Tatkraft, überlegen an Beharrlichkeit, überlegen an allem, überlegen an Überlegung, an Glauben unserer Mitglieder, überlegen an Opfersinn unserer Mitglieder. Denn schließlich siegen ewige Ideale und nicht ein aufgebauschter Rucksack. Wir werden den Marxismus besiegen, so oder so. Nur eine Frage steht: Wollen Sie, daß das einst stattfindet, wenn es kein Bayern mehr gibt, oder wollen Sie, daß das noch stattfindet, solange es noch ein Bayern gibt? Jawohl, und wenn diese sogenannten patriotischen Parteien, die hierzulande vorgeben, die Hoheitsrechte dieses Staates verteidigen zu wollen, nicht von aller Welt verlassen sind, dann müssen sie zum mindesten jetzt, jetzt einsehen, wer den Nutzen ihrer sogenannten berühmten Plakatzensur hatte. Denn heute schreibt die "Münchener Post": Wo bleibt die Plakatzensur? Und heute schreibt die "A[*llgemeine*] Z[*eitung*]": Wo bleibt die Plakatzensur [49]? Die Leute wissen genau: Die Plakatfreiheit nützt ihnen nichts. Denn der Marxismus kann heute auch nicht erklären, es ist schön in unseren Landen, es ist herrlich geworden, und was wir versprochen haben, es ist in Erfüllung gegangen. Aber

49 Vgl. Münchener Post vom 7.12.1928, "Polizei und Heimatschützler" sowie Allgemeine Zeitung am Abend vom 7.12.1928, "Plakatierter Kriegsalarm".

sie wissen, daß die anderen erklären können: Deutsches Volk, Bayern und Preußen und Württemberger und Sachsen, wir fragen euch: Was ist in Erfüllung gegangen von dem, was diese Teufelslehre einst verkündet hat? Was ist in Erfüllung gegangen von dem, was die vorgaben, euch geben zu wollen und geben zu können? Wir scheuen sie nicht bei dieser Auseinandersetzung. Wir wissen, keine drei Jahre wird es dauern und dann würden zunächst die Zungen verstummen, die hier im Lande selbst die Träger der Kräfte sind und die Vertreter der Kräfte, die in Berlin die Enteignung der einzelnen Bundesstaaten in Tradition und auch *in allen Sachwerten* betreiben. Das ist heute die Frage, die geklärt werden muß. Wir Nationalsozialisten, wir sind nicht kleinlich, wir sind nicht blöde. Denn nicht etwa, sagen wir, aus Verärgerung oder irgendeinem vergrämten Gefühl kämpfen wir, sondern wir kämpfen in der tiefsten Überzeugung von der Notwendigkeit dieses Kampfes für unser Volk. Das ist gewaltiger als alle Erinnerung, gewaltiger als alle Verärgerung, gewaltiger als alle Vergiftung. Denn wenn wir selbst dem Mann der linken Seite, der einst nach uns mit Handgranaten geworfen hat, die Hand geben und sagen: Glaubst du an uns, glaubst du an dein Volk, glaubst du an Deutschland und die Zukunft, dann komme zu uns!, dann können wir die Hand auch jedem anderen genauso geben, jeder einzelne, der die Hand will, kann sie haben, der kann Frieden haben. Wer sie nicht will, der kann auch den Kampf haben, der kann auch den Krieg haben, der kann auch uns kennenlernen, wie wir ununterbrochen uns wehren und dabei angreifen und nicht eher lockerlassen, bis der Gegner entweder bricht oder seine böse Gesinnung ändert und bereit ist, uns, die wir das Beste wollen für Deutschland, wieder die Hand zu geben zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Kampf. (Stürmischer Beifall.)

Das ist die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und deshalb begrüßen wir es, wenn andere nun kommen und ebenfalls versuchen, sich auf diesen Weg zu begeben [50], begrüßen es, wenn nun andere Verbände mobilisieren, wenn sie nun auch mit in die Öffentlichkeit treten, wenn sie auch bekennen und erkennen, daß man sich wehren muß, daß es nicht so weitergehen kann. Ich will nur hoffen, daß sie auch den Feind richtig treffen, daß nicht der ganze Kampf aussieht wie ein Kampf für kleinste Extrawünsche, sondern daß er wird zu einem großen Ringen und zu einem großen Kampf um die deutsche Ehre und damit um die Zukunft der deutschen Nation. Wenn sie das tun werden, wird aus ihren Demonstrationen einmal Großes herauskommen, wenn sie das fertigbringen, wenn am nächsten Sonntag hier im Zirkus [*Krone*] eine Proklamation in dem Sinne erfolgt, daß man den großen Feind erkennt und man dann eine Motivierung findet, die es jedem Deutschen nicht nur ermöglicht, sondern zur Pflicht macht, hier mitzukämpfen, dann werden wir einmal erreichen, was sie und wir wollen und was jeder brave Deutsche wollen muß: ein Reich nach außen schwertgewaltig und nach innen vielgestaltig. (Stürmischer Beifall.)

50 Vgl. Dok. 59, Anm. 1.

8. Dezember 1928 **Dok. 63**
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.12.1928.

Man hat wirklich allerhand Grund, sich für das heutige Deutschland zu schämen. Da wird in Paris gegen den Mörder [1] des italienischen Vizekonsuls Nardini [2] das Urteil verkündet [3]. Es handelt sich selbstverständlich um einen Marxisten, der gemäß der Parole "Nie wieder Krieg", "Nieder die Waffen" und "Weg mit der Todesstrafe" seinen politischen Gegner umbrachte. Das französische Gericht, das ansonsten marxistische Mörder überhaupt freizusprechen pflegt, denn es handelt sich dort um eine demokratische Republik, in der die Justiz von jeher die feige Dirne der Politik gewesen ist, verdammte in diesem Fall den marxistischen Mordbuben immerhin wenigstens zu zwei Jahren Gefängnis. Ergebnis: Ganz Italien flammt auf, ungeheure Protestaktionen gegen dieses als Schande empfundene Urteil, Umzüge und Demonstrationen an allen Orten und Enden, Karabinieri und Miliz haben das zweifelhafte Vergnügen, die französischen Konsulate zu beschützen, während eine tobende Masse ihr unentwegtes "Schande über Frankreich", "Nieder mit den Franzosen", "Sie sind zum Ankotzen" usw., usw. hinausschreit. Ja, es ist wirklich zum Schamrot werden, wenn man sieht, wie andere Völker für ihre Ehre eintreten. Als das Rouzier-Volk [4] die Mörder an Deutschen überhaupt freisprach, hat sich in Deutschland außer den Nationalsozialisten kein Mensch erregt. Am wenigsten die deutschen Behörden, die seit zehn Jahren nichts anderes gewöhnt sind, als eine Ohrfeige um die andere hinaufgeknallt zu bekommen, was für Herrn Gustav Stresemann dann trotzdem "mächtige außenpolitische Erfolge" ergibt. Wäre die Republik nicht so stark, könnte sie die Ohrfeigen nicht aushalten, folglich ist für Gustav Stresemann in solchen Fällen gerade die beherrschte Ruhe, mit der die Republik die Ohrfeigen hinnimmt, der Beweis ihrer inneren Stärke und der Richtigkeit ihrer politischen Leitung. Punkt.

Allerdings könnte man dabei noch über etwas anderes rot werden, nämlich über die bodenlose Ungeschicklichkeit, oder was richtiger ist, über das einfache Nichtwollen, mit

1 Sergio di Modugno (geb.1902), ital. Tagelöhner, 1927 Attentat auf den ital. Vizekonsul Carlo conte Nardini, 1928-1930 in franz. Haft, anschließend Exil in der Sowjetunion, 1935 verhaftet und vermutlich in einem sibir. Straflager umgekommen. (Freundliche Mitteilung des Istituto Gramsci, Rom)

2 Carlo conte Nardini (1871-1927), ital. Diplomat, 1916 Vizekonsul in Paris, nach Attentat am 12.9.1927 verstorben.

3 Sergio di Modugno hatte am 12.9.1927 auf den ital. Vizekonsul in Paris, Carlo conte Nardini, ein Attentat verübt, an dessen Folgen Nardini starb. Modugno war Ende Nov. 1928 zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Vgl. Berliner Tageblatt vom 13.9.1927 (MA), "Graf Nadini [*sic!*] seinen Verletzungen erlegen"; Frankfurter Zeitung vom 13.9.1927 (2. MA), "Die Ermordung des italienischen Vizekonsuls Nardini"; Berliner Tageblatt vom 14.9.1927 (AA), "Der Mörder Nardinis"; Frankfurter Zeitung vom 27.11.1928 (AA), "Das Pariser Attentat gegen Nardini".

4 Anspielung auf den franz. Unterleutnant Pierre Rouzier, der in der Nacht vom 26./27.9.1926 in Germersheim drei deutsche Passanten durch Schüsse verletzt hatte, einen davon tödlich. Er war vom französischen Kriegsgericht in Landau am 21.12.1926 freigesprochen worden. Vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

dem man in Deutschland über die Entwicklung Italiens zu Frankreich hinweggeht, ja, über sie hinwegsieht. Als der Krieg durch die glorreiche Revolution [5] abgelöst war und das deutsche Volk im Friedensvertrag von Versailles die Quittung für die Lumperei seiner Novembermänner erhalten hatte, da entschuldigte man die hündische Unterwerfungssucht damit, daß die Entente durch die Einheit und Festigkeit ihres Gefüges einen Machtfaktor darstelle, gegen den das von aller Welt verlassene Deutschland allein eben nicht ankämpfen könne. Damals, im Jahre 1919 auf [*19*]20, wurde von der nationalsozialistischen Bewegung bereits darauf hingewiesen [6], daß weder England noch Italien ewig mit Frankreich verheiratet sein werden, daß besonders Italien eines Tages in einen natürlichen Gegensatz zu Frankreich geraten muß, der sich in eben dem Maße steigern wird, in dem sich Italien von einer durch internationale Freimaurerinteressen bedingten Politik entfernen und zu einer natürlichen italienischen Interessenvertretung durchdringen wird. Mit dem Siege des Faschismus hat Italien aufgehört, für französische Interessen zu kämpfen, und statt dessen begonnen, die Probleme einer italienischen Zukunft zu erwägen und sich ihnen zu widmen. Dies muß zwangsläufig Italien immer mehr von Frankreich entfernen, ja, es endlich zu Frankreichs Gegner machen. Hier lagen die Möglichkeiten einer Erfolg versprechenden deutschen Außenpolitik. Hier mußte angesetzt werden. Von hier aus konnte die Lockerung des Gefüges der Entente ihren Anfang nehmen und zu einer neuen Mächtegruppierung in Europa führen. Unter Verzicht auf jede phrasenhafte, sentimentale Politik mußte Deutschland die Verbindung mit Italien suchen. Eine Möglichkeit, die schon Bismarck in ihrem ganzen Umfang begriffen und als notwendig erkannt hatte, vermochte man damit zu verwirklichen. Was tat die deutsche Außenpolitik? Sie lief nach Paris und holte sich dort Ohrfeigen über Ohrfeigen, belastete aber dabei zugleich die deutsche Nation mit Ketten, die uns heute zu erwürgen drohen. Dafür hetzte man gegen Italien, begann Südtirol zu "retten", allerdings auch nur mit dem Maul, und verspielt langsam fast alle Aussichten auf eine bessere Zukunft des Vaterlandes. In Italien aber ist eingetroffen, was wir vorhergesagt hatten. Der Widerstand gegen die freche ungezogene, französische Bevormundung des italienischen Volkes ist ein allgemeiner. Man wehrt sich in Italien ebensosehr vor dem Pesthauch der französischen Zivilisation und "Kültür", wie man es ablehnt, sich von diesem Frankreich die Zukunft des italienischen Volkes vorschreiben und damit beschneiden zu lassen [7]. Hier ist die Entente tatsächlich gesprengt, und sie wäre heute schon längst zerfallen, wenn die deutsche Außenpolitik von Deutschen und nicht von Juden und Freimaurern dirigiert würde. So aber wird man mit Absicht und bewußt jede Möglichkeit einer Rettung des Vaterlandes vorüberziehen lassen, solange bis nicht eine andere Faust das Verrätertum bei uns zu Boden zwingt und dem deutschen Volk die Tore in die Zukunft aufreißt.

5 Gemeint sind die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich im November 1918.
6 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.
7 Ungeachtet einer zum Teil parallelen außenpolitischen Interessenlage gelang es nicht, die am 19.3.1928 aufgenommenen franz.-ital. Verhandlungen über einen Freundschaftsvertrag zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Grund dafür bildeten die unüberbrückbaren Differenzen in der franz. und ital. Kolonialpolitik. Vgl. C.J. Lowe/ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 211 ff.

Man hat nun wieder ein typisches Beispiel für die Richtigkeit der Behauptung Schopenhauers, daß die Juden wirklich die größten Meister in Lügen seien [8]. Da bringt die jüdische Telegraphenagentur, genannt "Wolffsches Büro", eine Nachricht, daß in Kirchhain bei Magdeburg große nationalsozialistische Übungen mit Waffen und unter Schießereien stattfänden [9], unter Wissen eines Landrates [10], der auch bereits seines Amtes enthoben sei. Wie Haie stürzten sich die Berliner Journaillen auf diesen Bissen und schreiben ihre jüdischen Kommentare dazu, als da sind: "Bevorstehender Staatsstreich in Kirchhain", "Nächtelange Schießereien", "Ungeheure Übungen bewaffneter nationalsozialistischer Formationen", "Aufruhr der Bevölkerung" usw. Und in Wirklichkeit ist an der ganzen Meldung auch nicht ein Wort wahr. Ein paar Tage später können selbst die verlogenen preußischen Offiziösusse [*sic!*] nicht mehr behaupten, daß in Kirchhain bewaffnete nationalsozialistische Formationen geübt hätten. Aber nun lügen die preußischen Amtsstellen im Verein mit dem jüdischen Telegraphenbüro, es wären "harmlose" Übungen nationalsozialistischer Formationen gewesen. Die Parteileitung der nationalsozialistischen Bewegung kann in aller Form mitteilen, daß weder in Kirchhain noch Umgebung überhaupt jemals eine nationalsozialistische Übung, gleich mit oder ohne Waffen, stattgefunden habe, und sie kann weiter erklären, daß der preußische Regierungsbeamte [11], der das Gegenteil behauptet, ein impertinenter, beamteter Lügner und Schwindler ist, ein verlogenes Subjekt, ähnlich jenem beamteten Lügner der Berliner Polizeidirektion [12], der im Fall Kütemeyer [13] der Presse die Information gab, daß dieser betrunken gewesen sei, nachdem er vorher mit der Kasse durchgebrannt wäre. Das sind aber alles Zustände, die nur in einem Staat denkbar sind, dessen begründende Revolution einst von Zuhältern, Deserteuren und ähnlichem Lumpengesindel inszeniert wurde.

Noch zittert alles in Empörung über den Mord an dem Nationalsozialisten Kütemeyer in Berlin, und schon hat die marxistische Blutbestie sich ein neues Opfer geholt. Ein Nationalsozialist namens Jürdens [14] wurde in einem Berliner Zuge von Marxisten, das heißt also von Angehörigen der Regierungsparteien, überfallen, furchtbar mißhandelt, und in diesem Zustand auf die Schienen geworfen. Auch diese Mordtat wird so wenig ihre Aufklärung finden wie der Mord an Kütemeyer, wenn nicht aus den Kreisen der nationalsozialistischen Bewegung heraus selbst die Verfolgung der Mörder in die

8 Zum Antisemitismus Arthur Schopenhauers vgl. Henry Walter Brann, Schopenhauer und das Judentum, Bonn 1975.

9 Vgl. Dok. 60, Anm. 2.

10 Adolf von und zu Gilsa (1876-1945), 1905 Regierungsassistent im Landratsamt Kreis Regenwalde, 1907 im Landratsamt Kreis Marienwerder, 1911-1914 und 1919-1928 Landrat des Kreises Kirchhain, 4.12.1928 Entlassung, 1929 Oberregierungsrat in Hannover, 1933-1945 Landrat des Kreises Schlüchtern.

11 Gemeint ist vermutlich Ferdinand Friedensburg (1886-1972), Jurist und Bergbaufachmann, 1911 Dr. phil., 1919 Eintritt in die DDP, 1921-25 Landrat des Kreises Rosenberg (Westpreußen), 1925-27 Polizeivizepräsident von Berlin, 1927-33 Regierungspräsident in Kassel, danach schriftstellerische Tätigkeit, 1935 Verhaftung durch die Gestapo. Vgl. auch Schön, Entstehung, S. 123 ff.

12 Gemeint ist vermutlich der Leiter der Berliner Politischen Polizei Regierungsdirektor Ernst Wündisch. Vgl. Berliner Tageblatt vom 19.11.1928 (AA), "Der Tod des Nationalsozialisten".

13 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.

14 Gustav Jürdens, Schmied. Vgl. Berliner Tageblatt vom 26.11.1928 (AA), "Politik mit den Fäusten" sowie VB vom 29.11.1928, "Von 'politischen Gegnern' auf die Schienen geworfen". Ein Hinweis auf die Parteizugehörigkeit des Verletzten findet sich in den Meldungen nicht.

Hand genommen wird. In dieser Erkenntnis hat die Parteileitung der nationalsozialistischen Bewegung die vom Gau Berlin ausgesetzte Prämie von 1.000 Mark zur Ergreifung der Mörder an Kütemeyer von sich aus auf 2.000 Mark erhöht [15]. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich Deutsche fänden, die aus eigenen Mitteln diese Prämie noch weiter erhöhen würden, denn endlich muß dieser Mord seine Sühne finden, und es muß Licht in ein Vorgehen einer Polizei kommen, das dem normalen Menschen unverständlich erscheint. Auch sonst geht das brutale Vorgehen der Regierungsparteien ungehindert weiter. In Berlin wird ein 17jähriges Mädchen von Angehörigen dieser Regierungsparteien mißhandelt [16], daß sie endlich blutüberströmt auf der Straße zusammenbricht, alles nur, weil sie ein gegnerisches Abzeichen trägt. In Bochum sprengt man eine nationalsozialistische Versammlung und mißhandelt Dutzende von Nationalsozialisten auf das furchtbarste [17]. In Altenburg dasselbe Schauspiel [18], kurz und gut: Überall tobt sich die Blutgier der marxistischen Regierungsparteien an den Mitgliedern der nationalsozialistischen Opposition aus. Und trotz alledem wird die Stunde kommen, in der das Regiment der deutschen Schande und Unterdrückung zerbrochen werden wird!

Der König von England [19] ist krank. Man müßte meinen, daß in einer so aufrechten demokratischen Republik, wie wir sie in Deutschland besitzen, davon gar keine Notiz genommen würde, daß zumindest die republikanischen Zeitungsfabrikanten in ihren Presseorganen sich äußerster Zurückhaltung befleißigen würden, denn was interessiert und was geht es ein "aufgeklärtes republikanisches" Volk an, wenn in einem monarchistisch-rückständigen Staat der Repräsentant der Reaktion irgendeinen Schnupfen oder Keuchhusten bekommt? Aber weit gefehlt! Da kennt man die republikanischen Schmocks unserer Großstadtpresse verdammt schlecht. Man muß sie gesehen haben, wie die Itzigs und Kohns lebendig wurden, als Aman Ullah [20] sie zu Berlin seines Besuches würdigte. Gott, welche Ehre! Ein König! Der erste König kommt wieder nach Berlin [21]! Allerdings keiner aus Europa, sondern zunächst nur einer aus den schwarzen Bergen bei Kabul, aber was hat das zu sagen! Ist es nicht der Beweis für das hohe Anse-

15 Vgl. VB vom 2./3.12.1928, "An Alle!".

16 Grete Arndt. Vgl. VB vom 29.11.1928, "Ein 17jähriges Mädchen mit der 'Reichsbanner'-Fahne blutig geschlagen".

17 Am 27.11.1928 im Vereinshaus in Bochum. Vgl. Friedrich Alfred Beck (Hrsg.), Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 200 f.; VB vom 29.11.1928, "Kommunistische Störungen einer nat.-soz. Versammlung".

18 Gemeint sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Nationalsozialisten auf dem NSDAP-Bezirkstag in Altenburg am 17./18.11.1928. Vgl. Altenburger Landeszeitung vom 19.11.1928, "Zusammenstoß beim Freiheitstag der Nationalsozialisten"; Altenburger Zeitung für Stadt und Land vom 19.11.1928, "Politischer Zwischenfall in Altenburg"; Ostthüringer Volkszeitung vom 19.11.1928, "Stadt- und Landkreis Altenburg. Ganz rechts und ganz links"; VB vom 29.11.1928, "Die skandalösen Ausschreitungen der Polizei in Altenburg".

19 George V. (1865-1936), 1910-1936 König von England und Irland (seit 1921 von Nordirland), 1911 Krönung zum Kaiser von Indien.

20 Aman Ullah (1892-1960), 1919 Emir, 1926-1929 Padischah von Afghanistan, 1929 Abdankung, Exil in Italien.

21 Aman Ullah hatte sich zusammen mit seiner Gemahlin vom 22.2. bis 28.4.1928 zu einem Staatsbesuch in Berlin aufgehalten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 63, 102.

hen der Republik, daß selbst ein König aus so fernem Morgenlande kommt? Und man baute damals Triumphpforten und Bögen, und Girlanden wanden sich über die Straßen, und eine Eskadron hopste vor dem Wagen Seiner und Ihrer Majestät voran, und eine andere republikanische Eskadron hopste hinterher, und die republikanischen Juden schrien hoch und noch einmal hoch, und immer und so lange, bis ihre Majestäten den Augen der republikanischen Aufwärter entschwunden waren. Denn das ist auch ein Zeichen jener echt republikanischen Mannbarkeit und Gesinnung, die wir heute in Deutschland überall sehen. Die deutschen Fürsten waren ja eine Schande, aber wenn der König von England einen Schnupfen hat, da beginnt die Republik betroffen aufzuhorchen und ihr devotes "Helf Gott" herzusagen.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

10. Dezember 1928 Dok. 64
"'Völkische' und 'nationalbürgerliche Politik'"
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 12.12.1928, "Die Entwicklung unseres Parteiverlages" [2].

Völkisch und national sind zwei grundverschiedene Begriffe. *Der bürgerliche nationale Politiker sieht nur die äußere Zahl, der völkische Politiker das Wesen, den Inhalt.*

Worin zeigte sich gegenüber Elsaß-Lothringen die bürgerlich-nationale Auffassung? Es wurde die Erziehung der Bevölkerung zum Deutschtum versucht. Aber selbst dieses Ziel wurde vom Bürgertum *nicht mit Entschlossenheit* durchgeführt. Die Notwendigkeit des Sieges eines Volkstums hat das Bürgertum nie verstanden und ausgenützt.

Innerpolitisch wird ein völkischer Staat darauf bestrebt sein, die Güte des Volkstums zu steigern. Denn das endgültig Bleibende eines Volkes ist: *der innere Wert*. Der völkische Staat muß das höchste Menschenmaterial schützen und unterstützen, während der nationale Staat nur auf die Zahl sieht.

In allem sieht der national-bürgerliche Politiker nur den Zahlen- und Ziffernstaat, wir aber wollen den Wertstaat. Darauf baut sich die gesamte Staatsauffassung auf. Wir versuchen stets, daß der Höchstwert zur Geltung kommt, während der bürgerlich-nationale Staat sich der Demokratie, der Zahl unterworfen hat.

Diese große völkisch-politische, raumpolitische Ansicht gibt auch uns die außenpolitische Linie. Jahrelang hat man in Deutschland alles versucht, mit Frankreich ins reine zu kommen. Durch diesen unanständigen, ergebnislosen Versuch wurde England wieder zu

1 In den Mathäser-Bierhallen, von 21.45 bis 23.00 Uhr. Laut Polizeibericht war der 8. Zentralsprechabend nur "mittelmäßig" besucht (VB: "gewaltiger Besuch"). Vor Hitler sprach Hermann Esser über "Unsere Presse im Kampf gegen eine ganze Welt". Vgl. Ankündigung im VB vom 9./10.12.1928, "VIII. Zentralsprechabend".

2 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 640, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6739.

Frankreich geführt. Und jetzt bekennt der Franzose wieder ganz offen, daß seine alten Ziele auch heute noch die gleichen seien: keine Rheinlandräumung, keine Selbstbestimmung der Völker.

Nun gibt es außer England nur noch einen Staat in Europa, der einmal als Gegner Frankreichs auftreten wird, der *italienische Staat*. Diesen Machtstaat sieht man nicht, aber *Jugoslawien*, den in sich selbst uneinigen Staat. *Gerade dieses Land rottet das Deutschtum auf das rücksichtsloseste aus* [3].

Außenpolitik darf nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gemacht werden. Wenn wir Nationalsozialisten für ein deutsch-italienisches Bündnis eintreten, dann nur aus Zweckmäßigkeits- und Lebensinteressen für unser Volk. Auch jeden von uns schmerzt das Schicksal der Südtiroler. In Deutschland aber werden die Deutschen mehr ermordet als in Italien, und zwar durch die Marxisten. Wir Nationalsozialisten haben alles getan, um die Verträge zu verhindern, die Deutsche preisgaben.

Dieselbe Presse aber, die die Südtiroler aufputscht, zerstört in Deutschland alles, was an nationaler Kraft in Deutschland vorhanden ist.

Das Schicksal der 70 Millionen Deutschen in Mitteleuropa steht auf dem Spiel. Darum dreht sich unsere Sorge und unser Kampf.

11. Dezember 1928 — Dok. 65
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 13.12.1928, "'Wir deutschen Kämpfer fühlen uns innerlich schon frei!'".

Wenn wir Nationalsozialisten das Christfest feiern, dann hat das für uns eine ganz besondere Bedeutung [2]. Stehen wir doch heute in einem Kampf, der ganz gleich ist dem Ringen, das die Zeit erfüllte, die wir heute feiern. Vor rund zweitausend Jahren hatte die Welt ungefähr das gleiche Aussehen und die gleichen charakteristischen Züge wie heute: Machtstaaten, die scheinbar die Erde beherrschten, aber über diesen Machtstaaten noch eine größere Macht; so wie heute herrschte damals das Gold, der Materialismus, herrschten das Unideal, der Egoismus, herrschten alle äußerlichen Triebe, damals so wie heute und heute wie damals wird *das Innenleben preisgegeben* zugunsten eines rein äußerlichen Lebens. Und so wie damals nun ein gigantischer Kampf anhub, *der*

3 1921 wurden im "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" 513.472 Deutschsprechende gezählt. Zu ihrer Situation vgl. Hans-Ulrich Wehler, Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918-1978, Göttingen 1980, S. 9 ff.

1 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die als "Deutsche Weihnachtsfeier" angekündigte Versammlung hatte um 17.00 Uhr mit einer Bescherung für Kinder von NSDAP-Mitgliedern in Anwesenheit Hitlers begonnen. Vgl. Programmabfolge im VB vom 9./10.12.1928. Faksimiledruck des Plakatanschlags: Adolf Dresler/Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 206.

2 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 110 ff.

heute noch nicht entschieden ist, so stehen wir auch jetzt wieder mitten in diesem selben Ringen, zwei Jahrtausende, können wir fast sagen, ein Kampf, der noch nicht zu einem siegreichen Ende gekommen ist, sondern heute nur eine Zwischenstufe erreicht hat. Es ist ein Kampf, der manchesmal verebbte, zum Stillstand gelangte, manchesmal in einem faulen Frieden endete, der nur einen Waffenstillstand bedeutete, der aber immer wieder losbrach und die ganze Welt mit wütendem Toben erfüllte.

Wenn wir Nationalsozialisten das Christfest feiern, dann haben wir in unserem Kampfe ganz plastisch die Vorstellung bekommen, daß dieser Tag der Geburtstag des Mannes ist, der den heftigsten, gewaltigsten Kampf durchgeführt hat, solange er lebte, gegen die Gewalt und die Verderbnis dieser Gewalt, die wir heute bekämpfen, bei dem es keine Rücksicht und keine Konzession gab, sondern bei dem der Kelch bis zur blutigen Neige ausgeleert worden ist in der Überzeugung, daß die Durchfechtung dieses Kampfes notwendig ist, um der Menschheit willen.

Ich weiß, daß viele in solchen Zeiten das Gefühl der Notwendigkeit der *Nächstenliebe* in sich empfinden, und auch wir möchten alle gerne Frieden halten, Frieden mit allen den Menschen, *die eines guten Willens sind.* Denn das ist die einzige große Einschränkung, denn, der das Gebot erließ, kannte auch keinen Frieden mit denen, die keines guten Willens waren, kannte nur Kampf bis zur allerletzten Konsequenz. Der Mann, den man so gerne nur als Friedensfürst hinstellt, ist für uns der hehrste Kriegsheld aller Zeiten, der den Gegner erkannt hatte, verfolgte und nie zur Ruhe kommen ließ und dessen Testament die ewige Auffrischung des Kampfes gegen diese Gegner ist.

Wenn manche sagen, es wäre unchristlich die anderen Völker zu bekämpfen und zu unterjochen, so können wir antworten: Wir wollen nichts anderes tun, als was dieser Friedensfürst getan hat:

den Tempel unseres Volkes säubern

von denen, die aus diesem Tempel eine Räuberhöhle gemacht haben, die aus ihm eine üble Stätte gemacht haben, den deutschen Tempel säubern von denen, die in ihm nur Geschäfte machen wollen, die keine Ideale kennen, alles in den Kot herunterziehen, säubern von denen, die kein Gefühl für irgend etwas Großes, Ideales, Hehres besitzen. Wir wollen diesen Kampf genau so durchführen, wie uns dieser Friedensfürst dereinst gelehrt hat. Christus ist für uns der Kämpfer, dessen Eintritt in die damalige Welt ein Fanfarenstoß gewesen ist, der von den Feinden dieser Welt erkannt wurde und verfolgt bis zum Tode, gehaßt bis über den Tod hinaus, so daß fast zwei Jahrtausende diesen Haß nicht auslöschen konnten. Christus ist für uns das Symbol eines *grenzenlosen Glaubens* und einer grenzenlosen Zuversicht. Wenn ein ganzes Volk darniederliegt, verzweifelt in die Zukunft schaut und ewig erfüllt mit Verzagtheit, können wir feststellen, daß es nicht wahrhaftige Christen sind. Als *Christen* sehen wir den Riesenkampf, der vor 2.000 Jahren begonnen hat. Das ist für uns die Quelle dieses großen Glaubens, daß wir sehen können, *daß ein Ideal tatsächlich sich durchzusetzen vermag, wenn es heroisch verfochten wird,* bereit, sich bis zum letzten einzusetzen, daß es ohne dieses Einsetzen keinen Sieg geben kann, sondern daß es notwendig ist, sich einzusetzen bis zum alleräußersten. Wenn dieser Opfersinn des einen, dessen Geburt wir feiern, Gemeingut eines Volkes würde, könnte keine Teufelsmacht der Welt es niederzwingen. Nur unsere Verzagt-

heit zwingt es nieder. Hätten wir einen Bruchteil dieser heroischen Zuversicht, könnte die Macht, die damals zu Boden geworfen wurde, niemals so kühn und frech das Haupt erheben, um sich über uns hinwegzusetzen.

Wir befinden uns inmitten eines heroischen Ringens, das erst im Anfang seines Wirkens steht, im Beginne des heroischen Ringens, das alle Tiefen der menschlichen Geschichte erfaßt, das in die fernste Vergangenheit zurückgreift, das überall ein Licht hineinträgt, das Millionen von Menschen tiefinnerlich zufrieden und glücklich machen kann. Denn dieser Kampf erläutert uns zugleich das Ringen Christi, unseres Herrn, vor 2.000 Jahren. Dessen Ringen gibt uns einen ganz neuen Blick für diesen Kampf, läßt uns daraus ungeheure Kräfte schöpfen, die uns zu stärken vermögen für den Kampf, den wir verpflichtet sind durchzuführen. Warum feiern wir die Geburt dieses Einzigen? Wenn die Welt so bleibt wie sie ist, hätte dieser Einzige ganz vergebens gelebt und gelitten und wäre vergebens gestorben. Nein, diese Welt muß gewandelt werden, sie muß hinführen, wo dieser Einzelne sie hinwies. Wie dieser damals den Standpunkt vertrat: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist [3], so können wir heute sagen:

Gebt dem Volke, was des Volkes ist,

aber nehmt denen weg, denen nichts gegeben werden soll, weil sie auf Grund ihrer Würdigkeit nichts verdienen, sondern das, was sie besitzen, auf Grund der Eigenschaften erworben wurde, auf Grund deren sie einst gegeißelt und aus dem Tempel vertrieben wurden. Wenn dieser Kampf nicht weiter fortgeführt wird, würde das damalige Ringen vergebens sein und bleiben. So befinden wir uns heute auf demselben Wege und nehmen das ewige Ringen des Geistes um des Ideals willen gegen Gold und Materialismus wieder auf, mobilisieren ein großes Volk und können heute schon sehen, wie, wenn auch unter verschiedenen Fahnen, in den verschiedensten Nationen der gleiche Geist sich zu regen beginnt, nach vorwärts drängt, seine Gestaltung findet, die den Völkern angemessen erscheint und überall doch der gleiche Geist ficht, wie dieser Geist sich überall dieselben Formen schafft, die geeignet erscheinen, den Kampf durchzuführen gegen die Träger des Giftes der heutigen Welt.

Wir sind die Kämpfer in Deutschland. Für uns ist das Christfest mehr als eine bloße sentimentale Erinnerung, ist zugleich eine *Verpflichtung:* Wir Nationalsozialisten sind die Kämpfer in Deutschland. Dieses Volk ist die Walstatt, auf die wir treten und für die wir kämpfen, es muß von uns *erobert* werden, d. h., wir müssen es den anderen entreißen. Es ist ein schweres Ringen für uns. Jahr für Jahr erfordert es Opfer, allein in der Bewegung siegt nur der, der bereit ist, Opfer zu bringen. Wir können mit Stolz sagen: Nationalsozialist sein, heißt heute geschlagen werden, gequält werden, verfolgt werden. Nationalsozialist sein, heißt heute Opfer bringen auf allen Gebieten, seinen persönlichen Egoismus überwinden. Herr werden über sich selbst und aufgehen im Dienste unserer Gemeinschaft. Wenn 70 Millionen diesen Geist in sich aufgenommen haben, dann, glauben Sie [*mir*], wird die äußere Knechtschaft wie Zunder abfallen. Auch unser Volk wird wieder frei werden. Während dieses materielle Deutschland geknebelt erscheint, *sind wir heute innerlich schon längst frei.* (Starker Beifall.) Während dieses materielle Deutschland die Beengtheit der Fesseln sieht, sehen wir vor uns grenzenlos gebreitet die

3 Matthäus 22, 21.

Zukunft, während das offizielle Deutschland den Untergang empfindet, *reißt uns der Glaube empor, in die deutsche Zukunft hinein.* Wir glauben an diese Zukunft. Unser Leben, unser Kampf gehört dieser Zukunft, und das macht uns innerlich glücklich. *Während ein ganzes Volk in Ketten liegt, fühlen wir uns innerlich frei.* Wir können heute sagen: Wir sind äußerlich begrenzt, aber innerlich ist unser Leben heute schon ein unbegrenztes. Das innere Leben der anderen ist das begrenzte, unbegrenzt ist nur ihre Profit- u[*nd*] ihre Geldgier. Das ist ihre Welt, in die sie hineinpassen, in der sie kämpfen, nach außen eine großartige Entwicklung nehmen, nach innen langsam absterben und verdorren!

Nationalsozialisten!

In wenigen Wochen beginnt ein neues Jahr: Dieses Jahr ist für uns wieder ein Kampfjahr wie keines zuvor. Wir wollen in diesen Wochen zurückgehen und jeden Tag abwägen, ob er wirklich richtig u[*nd*] nützlich verwendet und verwertet wurde, u[*nd*] wollen geizen mit jeder Minute u[*nd*] den letzten Gedanken einsetzen für den Kampf u[*nd*] die Erlösung unseres Vaterlandes. Und wenn wir uns selbst zu dieser höchsten Pflichterfüllung durchgerungen haben, wird das irdische Leben reich. Dann sehen wir vor uns dieses große, heroische zukünftige Ziel, das niemals aus unseren Augen entschwinden wird. Das deutsche Volk wird in diesem Jahr nach außen noch unendlich mehr zu erdulden haben, nach innen um so gewaltiger sich zu entwickeln vermögen, um so gewaltigere Kräfte zu mobilisieren vermögen [*sic!*] und dank dieser Kräfte *die Fesseln sprengen.* Und dann wird die Zeit kommen, in der das Christfest wirklich zum deutschen Fest werden wird, dann kommt die Zeit, in der wir sagen und singen können: Friede auf Erden für die, die eines guten Willens sind! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [4]

12. Dezember 1928 Dok. 66

"An alle Gauleiter und Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P.!" Anordnung

Gedrucktes Exemplar vom 12.12.1928; IfZ, MA 1216 [1].

In der letzten Zeit wurden zweimal Opfersammlungen der ganzen Partei veranstaltet, bzw. namhafte Zuschüsse der Reichsparteikasse gefordert, um den Hinterbliebenen erschlagener Pg. über die erste Not geldlich hinwegzuhelfen. In beiden Fällen mußte auf diese Weise ausgeholfen werden, weil die zuständigen Parteistellen nicht für den Versicherungsschutz der beiden Erschlagenen gesorgt hatten. Die in die Tausende gehenden Opfer der Allgemeinheit und der Reichsparteikasse mußten also gefordert werden, um

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Veröffentlicht im VB vom 19.12.1928 und 9.4.1929, "Aus der Bewegung".

organisatorische Unterlassungssünden einzelner Parteistellen wiedergutzumachen. Diese Taktik ist grundsätzlich verfehlt.

In Zukunft werde ich nicht wieder zulassen, daß die Folgen solcher Unterlassungssünden irgendwie auf die Allgemeinheit oder die Reichsparteileitung abgewälzt werden. Vielmehr werde ich feststellen, welche Summe die Not der Geschädigten und das Ansehen der Partei erfordert. Diese Summe hat die zuständige Gauleitung (gegebenenfalls zum Teil die S.A.-Führung) aufzubringen; es bleibt ihr überlassen, ob und wie sie die Summe ganz oder teilweise von ihren Unterstellen wieder einzieht. Gleichzeitig bestimme ich die Zahlungsraten.

In kleinerem Umfange gilt dies für anderweitige Schäden, wenn nicht für den erforderlichen Versicherungsschutz gesorgt war. Die Statistik der S.A.-Versicherung weist aus, daß im ablaufenden Jahre fast für 15.000 M Schadenersatz bei ordnungsmäßig durchgeführtem Versicherungsschutz mehr hätte ausgezahlt werden können. Unsere Partei kann es sich nicht leisten, auf solche Summen aus Nachlässigkeit zu verzichten und die einzelnen Pg. auf solchen Summen hängen zu lassen.

Ich mache es nicht nur allen S.A.-Führern, sondern gerade auch den Gauleitern und den Ortsgruppenleitern zur Pflicht, im kommenden Jahre mehr als bisher ihre Organisation zur Durchführung der S.A.-Versicherung einzusetzen [2]. Jeder Führer muß es fertig bekommen, daß in dem herannahenden schweren Streitjahre alle seine Pg. - nicht nur die S.A.-Männer - unter gebührendem Versicherungsschutz stehen. Von jedem Führer kann die notwendige Einsicht und Übersicht verlangt werden.

gez.: *Adolf Hitler*

2 Es handelte sich um eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pfennig folgende Leistungen umfaßte: 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität, 3 RM tägliches Krankengeld, 10.000 RM Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 RM Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. SA-Befehl 5 Sturmf[*ührer*] vom 5.11.1926; IfZ, Fa 107/1. Der Versicherungsvertrag war "bei einer der größten Versicherungsgesellschaften" abgeschlossen worden. Am 14.12.1928 kündigte die SA-Führung an, die Masse der Versicherungsfälle künftig selbst zu bearbeiten. Dafür werde die Form der Wohltätigkeits- und Unterstützungskasse, nicht die eines Versicherungsgeschäfts gewählt. Vgl. VB vom 14.12.1928, "S.A.-Versicherung".
Die SS, die bis Juli 1934 der SA unterstellt war, hatte einen Versicherungsvertrag bei der "Albingia A.G. Versicherungsgesellschaft" abgeschlossen. Vgl. VB vom 10.9.1926, "Aus der Bewegung".

12. Dezember 1928 Dok. 67
Diskussionsbeitrag auf Versammlung der Wehrpolitischen Vereinigung in München [1]

Lagebericht N/Nr. 72 der Polizeidirektion München vom 17.12.1928; StA München, Polizeidirektion München 6738 [2].

Auch Adolf Hitler, welcher der Versammlung von 9-12 Uhr [3] beiwohnte, beteiligte sich an der Diskussion und sprach längere Zeit über die Verwendung von Tanks bei Zukunftskriegen.

13. Dezember 1928 Dok. 68
Erklärung

VB vom 16./17.12.1928.

Allen Parteigenossen und -genossinnen sowie Freunden und Gönnern der Bewegung, die durch ihre Mitarbeit und durch Beisteuerung von Gaben zum Gelingen unserer diesjährigen Zentral-Weihnachtsfeier [1] beigetragen haben, spreche ich hiermit meinen herzl[*ichen*] Dank aus.

München, 13. Dez[*ember*] 1928

Adolf Hitler

1 Im Restaurant "Wittelsbacher Garten". Die erste Versammlung der von Ernst Röhm im Dez. 1928 gegründeten "Wehrpolitischen Vereinigung", an der laut Polizeibericht etwa 55 Personen, Mitglieder von NSDAP und wehrpolitischen Verbänden, teilnahmen, wurde von Major a. D. Curt Freiherr Loeffelholz von Colberg (VB: Rittmeister a. D. Hidolf Freiherr von Thüngen) geleitet. Oberst a. D. Konstantin Hierl sprach "Vom Kriege der Zukunft".

2 Vgl. VB vom 15.12.1928, "Vom kommenden Krieg". Sowie Auszug aus PND-Bericht Nr. 640 vom 21.12.1928; StA München, Polizeidirektion München 10080.

3 Abends.

1 Am 11.12.1928 im Bürgerbräukeller in München. Vgl. Dok. 65 sowie Hitlers Anordnung vom 23.10.1928 (Dok. 38).

14. Dezember 1928 Dok. 69
"Parteigenossen! SA.-Kameraden! Deutsche Studenten!"
Aufruf

VB vom 14.12.1928, "Aufruf!" [1].

Der große Aufmarsch der

Nationalsozialistischen Studentenbewegung,

der wieder bei den letzten Asta-Wahlen zum Ausdruck kam (in München allein bekannten sich über 1.000 Studenten zum Nationalsozialismus [2]), fordert auch eine Verkörperung in unserer Presse. Die Reichsleitung des N.S.D.Stb. hat sich daher entschlossen, ab *1. Januar 1929* eine Monatsschrift herauszugeben, die den Namen

"Akademischer Beobachter" [3]

tragen wird. In dieser Zeitschrift soll die nationalsozialistische Bewegung einen Vorkämpfer auf den Hochschulen Großdeutschlands besitzen. Wie der

"Völkische Beobachter"

und der

"Illustrierte Beobachter"

soll auch der

"Akademische Beobachter"

eine unentbehrliche Kampfwaffe des Nationalsozialismus werden. Ein hervorragender Mitarbeiterstab, der neben den Führern der N.S.D.A.P. Männer umfaßt, deren Namen zum unvergänglichen Gut des deutschen Volkes gehören, gewährleistet einen vollen Erfolg dieser Neugründung. Der

"Akademische Beobachter"

wendet sich nicht nur an den deutschen Studenten, sondern an jeden S.A.-Mann und Parteigenossen, der sich mit den großen Fragen einer nationalsozialistischen Gestaltung der deutschen Zukunft beschäftigen will.

Wir glauben damit, eine schmerzlich empfundene Lücke im Schrifttum der Bewegung ausfüllen zu können. Nur dann aber können wir mit Gewißheit auf Erfolg rechnen, wenn *jeder Parteigenosse* seine ganze Kraft einsetzt, um an der Verbreitung des "Akademischen Beobachters" mitzuwirken.

Wir fordern daher jeden Parteigenossen auf, der hierzu in der Lage ist, die Zeitschrift bei dem Verlage Franz Eher, München, Thierschstraße 11, zu bestellen. Wer für den

"Akademischen Beobachter"

---

1 Gekürzte Fassung: Akademischer Beobachter. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, Nr. 1 vom Januar 1929, "Aufruf".

2 Bei der Wahl zum Allgemeinen Studentenausschuß der Universität München im Wintersemester 1928/29 konnte der NSDStB seinen Stimmenanteil von 6,6% auf 10% steigern und hatte damit drei der insgesamt 30 Sitze gewonnen. Vgl. Faust, Studentenbund, Bd. 2, S. 145.

3 Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter des Akademischen Beobachters, der sein Erscheinen nach zwölf Nummern Ende 1929 einstellte, war Baldur von Schirach.

wirbt, kämpft für die
nationalsozialistische Bewegung!

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
gez. Baldur *v[on] Schirach* [4]

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
gez. Adolf *Hitler*

14. Dezember 1928 Dok. 70
"Freiheit und Brot" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schweinfurt [2]

Polizeibericht mit Vermerk "Abschrift", o. D.; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 1740 [3].

Hitler sprach im allgemeinen ruhig und vorsichtig, wenn er es auch nicht unterließ, nach rechts und links, mehr aber nach rechts, scharfe Hiebe auszuteilen. Die ironische und herbe Kritik der bürgerlichen Parteien und der sogen. nationalen Kreise wurde von eben diesen Zuhörern ebenso andächtig und beifällig aufgenommen wie die Hiebe nach links. Es mußte dem aufmerksamen Zuhörer auffallen, daß Hitler gegen rechts schärfer im Angriff war als gegen links. Der Grundgedanke seines Vortrages war, daß Deutschland in der großen Linie seiner Politik im Niedergang begriffen sei und unterzugehen drohe, wenn nicht dem Volke mehr Boden und der Industrie neue Absatzgebiete verschafft werden und das Volk nicht die sittliche Kraft und den Willen aufbringe, unter Einsatz auch der Person, eine bessere Zukunft der Nation zu erzwingen. Nicht der Besitz von Waffen, sondern der Wille zur Einigkeit und eine einheitliche nationale Auffassung werde die jetzigen Schwierigkeiten, wenn auch erst allmählich, überwinden. Hiezu sei die Demokratie ungeeignet; erreicht werde es nur bei Anerkennung des Führerprinzips. Die Lösung bringe daher nur der Nationalismus [*sic!*]. Die Begriffe national und sozial sind voneinander nicht zu trennen. Die Bewegung, welche im Jahre 1920 mit

4 Baldur von Schirach (1907-1974), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1932 Reichsführer des NSDStB, 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 Reichsleiter der NSDAP für die Jugenderziehung, 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10055).
2 Im Saalbau, von 20.20 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde von Oberzollsekretär Schnellrieder geleitet. Eine ursprünglich geplante Parallelveranstaltung fiel wegen mangelnder Teilnahme aus.
3 Vgl. auch Schweinfurter Tagblatt vom 15.12.1928, "Nationalsozialistische Versammlung"; Fränkischer Volksfreund vom 18.12.1928, "Hitler in Schweinfurt"; VB vom 18.12.1928, "Hitlerversammlung in Schweinfurt". Sowie Lagebericht Nr. 142/II 29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.1.1929; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

7 Mann eingesetzt habe [4], werde sich weiterhin fortschreitend in die Millionen von Anhängern steigern und noch das ganze Volk erfassen. Unter anderem erwähnte er, daß im Vergleich zu den großen weltbewegenden Fragen der Kampf eines kleinen Staates mit 70.000 qkm Fläche um die Staatsform ganz nebensächlich sei [5]. Für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung und für das Entstehen des Kommunismus macht er den bürgerlichen Staat verantwortlich. Der Krieg sei verloren worden, weil keine Führerpersönlichkeiten, sondern ein Bethmann Hollweg an der Spitze gestanden seien. Er stellte die überragende Persönlicheit des Staatsmannes F[*rei*]h[*er*]r vom Stein mit Stresemann in Parallele und beurteilte gleich abfällig im Vergleich zu Gneisenau die demokratischen Generäle Groener und Heye. Die Judenfrage berührte Hitler nicht direkt, doch führte er aus, daß jedes Volk seine spezifischen Werte habe und daß ein Afrikaneger eben kulturell minderwertiger sei als das deutsche Volk, das Anspruch auf Erfüllung seiner Lebensbedingungen habe. Er erwähnte lediglich die Beherrschung der Kunst und Literatur durch das Judentum. Die Schlußfolgerungen aus den Darlegungen zu ziehen und den Weg, der nach Hitler zu gehen ist, zu finden, überließ Hitler dem Nachdenken seiner Zuhörer [6].

15. Dezember 1928 Dok. 71
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 15.12.1928.

Das sind aber Erfolge! Das sind Erfolge! Selbst Gustaven [1], der in Deutschland die Staatskunst meistert, scheint es langsam unheimlich zu werden. Wenigstens kommt ihm augenblicklich die Zukunft nicht mehr ganz so schimmrig vor, wie weiland in den Zeiten, da er noch als Rattenfänger mit süßen Flötentönen die bürgerlich-plebejische Kinderschar nach Locarno lockte [2]. "Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!" rief Kaiser Wilhelm I. im Schlußsatz jener berühmten Depesche [3] aus, die der Heimat den Zu-

4 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.
5 Bezieht sich wahrscheinlich auf die Auseinandersetzungen um die Eigenstaatlichkeit Bayerns. Bayern hatte eine Fläche von 76.420,5 km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 5 sowie Dok. 71, Anm. 18.
6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Gustav Stresemann.
2 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.
3 Gemeint ist die Depesche des preuß. Königs Wilhelm I. an Königin Augusta vom 2.9.1870: "Die Capitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit dem General Wimpffen geschlossen, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Commando führte. Der Kaiser hat nur sich selbst Mir ergeben, da er das Commando nicht führt und Alles der Regentschaft in Paris überläßt. Seinen Aufenthaltsort werde Ich bestimmen, nachdem Ich ihn gesprochen habe in einem Rendez-

sammenbruch von Sedan und den Sturz des letzten Napoleoniden [4] anzeigte. "Welch wunderbarer Wandel durch Stresemanns Genialität!" könnte man heute sagen angesichts unserer Lage und unserer derzeitigen Stellung. Vor fünf Jahren war es, als Europa einen noch sehr verworrenen Eindruck machte. Alles war noch in Gärung, alles war in Fluß, jeden Augenblick schien das Faustrecht erneute Geltung zu bekommen, ja selbst zwischen den Staaten der großen Koalition des Weltkriegs herrschte Uneinigkeit und Zerwürfnis, und nur Habgier und Futterneid vermochten sie immer wieder zu gemeinsamen Aktionen zu bestimmen, deren Kosten Deutschland bezahlte. In dieser Zeit der Unruhe und Unsicherheit hat der ehemalige sächsische Industriesyndikus das Steuer des Reiches in seine fleischige Hand genommen, um mitzuhelfen an der Entwirrung der gesamteuropäischen Lage, so wie sich dies für einen Mann geziemt, dessen Wirkungsbereich eben ein größerer ist als der eines begrenzten einzelnen Staates. Stresemann hat seitdem ruhe- und rastlos versucht, die Zwistigkeiten in Europa zu beheben, die Konfliktstoffe aus der Welt zu schaffen, der Brüderlichkeit gemäß seinem hohen Auftrag an allen Orten die Wege zu ebnen, um so dieses zu zerfallen drohende alte Europa wieder mit frischen Kräften zu erfüllen und in Einigkeit aufs neue aufzurichten. Zudem versicherte er allseits die vollständigst friedliche Gesinnung Deutschlands, den feierlichen Verzicht auf alles, was einer anderen Deutung unterliegen könnte, und versprach immer zu erfüllen, was im Interesse der Befriedigung Europas oder, wie sich dieser große Syndikus besser ausdrückte, der "Sanierung" Europas erforderlich sei und von uns verlangt würde.

Und das wahrhaft stresemännisch große Ziel wurde erreicht. Es ist in erster Linie dem Walten dieses ganz Großen zuzuschreiben, wenn über alle diese Gegensätze hinweg die Koalitionsmächte des Weltkriegs in Europa sich langsam wieder zu finden beginnen [5]. Allerdings nicht so wie sich dies Herr Stresemann vielleicht zuvor vorgestellt haben mag. Die Fähigkeit zum Syndikus sächsischer Strumpffabrikanten scheint eben doch nicht unter allen Umständen ein genügender Ausweis für die Verwaltung des Erbes eines Bismarcks zu sein. Sintemalen [6] wenn dieses Erbe so heruntergewirtschaftet ist wie heute in Deutschland. Herr Stresemann hat vielleicht geträumt, vom sächsischen Industriellensyndikus eines Tages zum Syndikus der "Vereinigten Staaten Europas" emporzusteigen. Aber damit ist es jetzt aus. Deutschland ist in den Konzern nicht mit aufgenommen worden. Im Gegenteil. Herr Stresemann hat durch die Art seiner außenpolitischen Leitung es erreicht, daß das englisch-französische Bündnis des Weltkriegs in aller Form erneut hergestellt wurde [7] und daß sich Deutschland zur Zeit nicht nur außerhalb jeder möglichen Kombination befindet, sondern daß die neue, von Stresemann so sehr geförderte "Vereinigung von Europa" sogar noch auf Kosten Deutschlands begrün-

vous, das sofort stattfindet. Welch' eine Wendung durch Gottes Führung [*sic!*]!" Druck: Sämmtliche amtliche Depeschen vom Kriegs-Schauplatz 1866, 70 u.71, o. O., o. J.

4 Napoleon III.

5 Vgl. Dok. 63, Anm. 7. Jedoch VB vom 14.12.1928, "Italiens Beitritt zur Entente Paris - London!".

6 Veralteter Ausdruck für: da, weil.

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 46.

det wurde. Wenn demnächst Herr Stresemann nach Lugano [8] geht, dann wird er dort eine "gereinigte" Atmosphäre vorfinden, und zwar ganz gründlich gereinigt, so daß sie Herr Stresemann selber vielleicht gar nicht verträgt und möglicherweise, wie schon so oft, noch vorher erkrankt [9]. Die Regie der Franzosen und der Engländer hat jedenfalls glänzend vorgearbeitet. Was die Stresemannsche Außenpolitik in den letzten 14 Tagen an Niederlagen eingesteckt hat, hätte früher genügt, um 20 Ministerien zu stürzen. "Rheinlandräumung? Lächerlich! Unsinn! Wir denken gar nicht daran." So erklärt man in Paris mit frechem Hohn dem "deutschen Bruder". Saarproblem ist keines vorhanden! Anschlußfrage gibt es nicht! Genosse und Bruder Briand erklärt mit schneidender Stimme, daß Frankreich nie und nimmer so etwas zulassen würde. Ja, aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker?! Wird gar nicht bestritten, aber das Buch, das den Deutschen darüber zu belehren hat, heißt "Friedensvertrag von Versailles". Wie sagt Herr Briand? "Ohne Zweifel hat jedes Volk ein Selbstbestimmungsrecht, aber es hat kein Recht zum Selbstmord [10]." Das heißt: Ohne Zweifel kann Deutschösterreich den Anschluß wünschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, aber auf Grund der realen Machtverhältnisse würde Frankreich dagegen einschreiten, und das wäre eben dann für Deutschösterreich praktisch der Selbstmord, und das kann die Welt nicht dulden. Auch eine Auslegung von Wilsons Psalmen [11]! "Ja, aber der Geist von Locarno und der von Thoiry [12]?" Geist? Quatsch! Macht heißt das bei den anderen und Dummheit ist es meist bei uns. Indem aber Franzosen und Engländer heute, schon vor der neuen Konferenz, ihre Gesinnung in so brüsker Weise offenbaren, kennen sie genau die Wirkung, die sie dadurch auf das deutsche Gemüt ausüben. So war es seit zehn Jahren fast immer. Wütende Drohungen, die man nicht selten durch militärische Gesten unterstrich, genügten vollständig, um schon vor der Mahlzeit den Mut unserer republikanischen Staatsgestalter in jene Stimmung zu verwandeln, die den Esel beschleicht, wenn er in der Ferne das Brüllen des Löwen vernimmt. Schon jetzt kann man sagen, was in Locarno [*sic!*] vor sich gehen und was unter Stresemanns kühn genialer Leitung Deutschland erreichen wird: gar nichts von dem, was man erhofft, und die anderen mehr als sie erwarten.

---

8 Auf der 53. Tagung des Völkerbundsrats vom 10. bis 15.12.1928 in Lugano wurde Stresemann von Briand und Chamberlain u. a. eine zügige Räumung des besetzten Rheinlands in Aussicht gestellt, sobald die Reparationsfrage gelöst sei. Auch bei einer Nichteinigung in der Reparationsfrage werde über die Räumung weiterverhandelt. Eine vorgezogene Regelung der Saar-Frage wurde von Briand indessen abgelehnt. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B: 1925-1933, Bd. X, Dok. 216, 234.

9 Vgl. Dok. 27, Anm. 7.

10 In einer Rede vom 5.12.1928 vor der franz. Abgeordnetenkammer hatte sich Briand zu den genannten Themen geäußert: "Le chancelier Müller m'a dit: 'L'Allemagne peut exiger l'évacuation immédiate de la Rhénanie. Telle est ma position juridique.'
Je lui ai dit: 'Non! Traité en main, vous n'avez pas ce droit.' [...] L'Anschluss ne peut pas se faire sans une certaine formalité qui découle de l'article 88 du traité de Saint-Germain: l'indépendance de l'Autriche est inaliénable sans l'autorisation du conseil de la Société des nations. [...] Et le droit des peuples de disposer d'eux -mêmes? a-t-on dit. Je dis que ce droit n'est pas le droit de se suicider." Druck: Le Temps vom 6.12.1928, "Discours de M. Aristide Briand".

11 Anspielung auf das Friedensprogramm des Präsidenten der USA vom 8.1.1918, die sog. vierzehn Punkte. Vgl. Dok. 34, Anm. 4.

12 Vgl. Dok. 45, Anm. 62.

Der Ruhrkonflikt [13] ist abgebrochen. Die Aussperrung der Unternehmer wurde zurückgenommen. Man hätte sich schon wundern dürfen, wenn auch diese Schlacht anders geendet hätte als mit einer Niederlage unseres bürgerlich-nationalen Elements. 70 Jahre lang hat der Marxismus die deutsche Wirtschaft berannt, endlich den Staat zertrümmert und nunmehr das Bürgertum so mürbe gemacht, daß die großmächtigen Führer der deutschen Industrie endlich den Genossen Severing anbetteln, als oberster Herr und Schiedsrichter seinen Spruch zu fällen, dem sie sich dann bedingungslos zu fügen versprechen. (!) Das sind Kämpfer, diese bürgerlichen Wirtschaftspolitiker, das sind Kämpfer! "Deutschland wird durch die Wirtschaft wieder aufgerichtet!" So schmetterten sie vor etlichen Jahren noch in kühnem Übermut ihren wirtschaftlichen Streitruf über die deutschen Lande hinaus. Einstweilen aber laufen sie jetzt zum marxistischen Politiker, auf daß sich die Wirtschaft an ihm wieder aufzurichten vermag. Ob es auf der Welt noch etwas Widerlicheres und Ekelhafteres geben wird als bürgerliche Politik oder gar bürgerliche Wirtschaftspolitik?!

In Jugoslawien verschärft sich der Gegensatz zwischen Kroaten und Serben zusehends. Nicht nur religiöse Differenzen (die Kroaten sind Katholiken, die Serben zum überwiegendsten Teil griechisch-orthodox), sondern auch völkische spielen dabei eine große Rolle. Endlich mögen auch bestimmte Traditionen, wenn auch im Äußeren unsichtbar und unmeßbar, besonders bei den Kroaten gegen das Serbentum in Erscheinung treten, und weiter die Tatsache der entschieden größeren Kultur der altösterreichischen Gebiete gegenüber den altserbischen. Jedenfalls tobt in Agram mehr oder minder offen der Aufruhr gegen das Belgrader Regiment [14]. Wenn nun auch gerechnet werden kann, daß im Falle einer außenpolitischen Belastung, zum Beispiel im Falle eines Krieges gegen Italien, diese Differenzen bei dem gemeinsamen slawischen Haß gegen das romanische Italienertum überbrückt werden würden, so führt doch diese innere jugoslawische Entzweiung zu einer Schwächung des ganzen Staates an sich. Es scheint der Fluch der altösterreichischen Erbmonarchie zu sein, daß selbst ihre Nachfolgestaaten an der Nationalitätenzersplitterung zu leiden haben. Dies wirkt sich in den seit den Friedensverträgen gebildeten jungen Staaten aber um so schneller und verheerender aus, als in ihnen jener große staatserhaltende Faktor fehlt, der im alten Österreich durch das Deutschtum immer wieder die verschiedenen Nationalitäten zusammenkittete. Im heutigen Jugoslawien aber wird gerade das Deutschtum am allergemeinsten und schärfsten unterdrückt [15]. Und darin sind sich Serben und Kroaten vollkommen gleich und einig. Es wäre aber nun logisch, wenn Deutsche und Italiener diesem gemeinsamen Feind in gleicher Einigkeit entgegentreten würden. Aber da kennt man wieder die deutsche Außenpolitik im besonderen und den deutschen Michel im allgemeinen verdammt schlecht. Mit jenem Scharfblick, den man schon im Frieden an uns bewundern konnte, forschen wir auch jetzt wieder die Staaten aus, die am meisten der eigenen Zersetzung

13 Vgl. Dok. 46, Anm. 10.

14 Am 5.12.1928 hatte die Kroatische Bauernpartei in Agram eine Trauerfeier für die Opfer veranstaltet, die am 5.12.1918 bei einer antiserbischen Demonstration getötet worden waren. Vgl. Bayerische Staatszeitung vom 6.12.1928, "Der Freiheitskampf der Kroaten".

15 Vgl. Dok. 64, Anm. 3.

unterliegen. Sie begrüßen wir dann als "Bundesgenossen". Kampf gegen den einheitlichen, von einem gewaltigen nationalen Willen und einer vorbildlichen Disziplin erfüllten italienischen Staat und Freundschaft für das zerfressene Geschwür des Balkans [16]. Die Juden und Freimaurer wollen es so, und der deutsche Michel läuft geduldig nach, an der Spitze die patriotischen Spießer und Heimatkrieger unserer bürgerlich nationalen Parteien.

"Ehen werden im Himmel geschlossen" [17] heißt ein Schandstück, das das Judentum augenblicklich dem deutschen Volk auf seinen Theatern vorführt. Eine infame Verhöhnung des Christentums beider Konfessionen, wie man es sich ärger schwer vorzustellen vermag. In den verschiedenen Städten kam es zum Teil zu scharfen Demonstrationen, in Frankfurt zu heftigen Auftritten, bei denen sich Geistliche beider Konfessionen gegen diese gotteslästerliche Verhöhnung unseres Glaubens verwahrten. Alles ganz schön! Aber in der Praxis gehen dann die politischen Vertreter der beiden christlichen Konfessionen, Zentrum und nationale bürgerliche Parteien, her und unterstützen bei jeder Gelegenheit die Schandwirtschaft, die zu solchen lästerlichen Exzessen führt und führen muß. Im Reichstag hocken sogenannte "christliche" Zentrumsmänner mit atheistischen marxistischen Gottesleugnern innigst zusammen und knobeln das Schicksal des deutschen Volkes aus. Wenn aber an irgendeinem Ort die Nationalsozialisten sich aufraffen, um dieser Zerstörung der Grundlagen unserer gesamten Kultur, ja unseres ganzen deutschen Volkes entgegenzutreten, dann fallen die "christlichen" Vertreter der "christlichen" Parteien über die "Störenfriede" gemeinsam her, die noch in letzter Stunde retten möchten, was durch die pflichtvergessene Schlampigkeit, um nicht zu sagen Gewissenlosigkeit, dieser sogenannten nationalen, patriotischen und christlichen Parteien verludert wird.

Die bayerische Regierung schwingt augenblicklich das Kriegsbeil gegen Berlin [18]; das heißt, das Beil hat man irgendwo verloren, es ist nur ein alter, ziemlich dürrer Stecken, den die parlamentarischen Dompteure des bayerischen Löwen gegen Berlin zücken. Es soll ein Kampf werden "auf Leben und Tod", aber es soll kein Blut dabei fließen, so versichern sie, und man darf es ihnen auch glauben. Denn sowie sie den bayerischen Löwenkäfig verlassen und den Boden ihres "preißischen" Todfeindes betreten, hat sich auch schon der Stiel der Streitaxt zum milden Stab des Wanderers verwandelt. Wenn dann die nationalsozialistische Partei, wie das jüngst geschah, gegen den Haupt- und

16 Die deutsche Außenpolitik war damals bemüht, sich aus den Spannungen im Balkanraum herauszuhalten und diese - so weit wie möglich - abzubauen. Bis Juni 1927 war es ihr in Kooperation mit Frankreich und England gelungen, die von Italien geschürten Spannungen zwischen Jugoslawien und Albanien auszugleichen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 364 ff.

17 Walter Hasenclevers Komödie "Ehen werden im Himmel geschlossen" war am 12.10.1928 in den Berliner Kammerspielen uraufgeführt worden. Da es als blasphemisch empfunden wurde, waren erregte Proteste, in Österreich sogar das Verbot die Folge. Vgl. Günther Rühle, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 888 ff.

18 Nach einer langen Debatte war am 6.12.1928 die von BVP, BBMB und NSDAP unterstützte Resolution für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns mit 68 gegen 4 Stimmen (KPD) angenommen worden. SPD und DVP hatten sich der Stimme enthalten. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte Nr. 1-35, Bd. I: 8. Sitzung vom 29.11.1928, S. 155 ff., 9. Sitzung vom 4.12.1928, S. 185 ff., 10. Sitzung vom 5.12.1928, S. 209 ff. und 11. Sitzung vom 6.12.1928, S. 229 ff.

Erzzentralisten, Bürgertöter und Bayernverschlinger Severing ein Mißtrauensvotum ausbringt [19], dann stimmen die Vorposten der bayerischen Streitmacht zu Berlin keineswegs in dieses Mißtrauensvotum ein. Weit gefehlt! Im Gegenteil! Ihr tiefer Groll entlädt sich dann gegen die Nationalsozialisten, die dem "verehrten", "deutschen" Herrn Reichsinnenminister in ihrer Heimtücke wieder einmal gerne ein Bein stellen möchten. Die Berliner staunen nicht wenig über den inneren Sinn dieser "Bayerntreue" und nicht wenig über den unbegreiflichen Edelmut, den die "Letzten derer vom Lande Bayern" zu Berlin besitzen. In München, ja dort heißt es: "Hoch Bayern!" und "Nieder mit Berlin!", in Berlin aber: "Nieder mit den Bayern!" und "Hoch dem Severing!" Ob die "Preißen" jemals die Tiefen des bayerischen Gemüts verstehen werden? Man kann es bezweifeln. Es soll sogar in Bayern heute welche geben, die darüber den Kopf schütteln!

A[dolf] H[itler]

17. Dezember 1928 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 19.12.1928, "Im 9. Zentral-Sprechabend" [2].

Das ganze deutsche Volk von links bis rechts trägt die Schuld, daß nun Italien und Frankreich für die nächsten Jahre gemeinsam marschieren werden [3]. Nie haben diese Parteien den Weg gewiesen, der gegangen werden müßte an Stelle jenes des Herrn *Stresemann*. Sie können es nicht und wollen es nicht, weil sie die jüdische Kritik fürchten.

Eine Außenpolitik, die vom Juden bekämpft wird, ist allein richtig. Die große Mehrheit in unserem Volke, auch nationaler Kreise, fügt sich dem jüdischen Diktat. *Es genügt nicht zu erklären, Stresemanns Politik ist falsch. Man muß den Mut finden, einen neuen, besseren Weg zu zeigen.*

Das Vernichtendste an der deutschen Außenpolitik und der Unfähigkeit, die unser deutsches Volk beherrscht, ist die Tatsache, daß jetzt, zehn Jahre nach Kriegsende, sich die ehemaligen Kriegsgegner wieder zusammengefunden haben. [4]

---

19 Der von der DNVP eingebrachte und von der NSDAP unterstützte Mißtrauensantrag gegen den Reichsminister des Innern Severing war am 30.11.1928 mit 269 zu 101 Stimmen abgelehnt worden. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 569 f.

1 In den Mathäser-Bierhallen, von 22.00 bis 22.30 Uhr. Der 9. Zentralsprechabend, der laut Polizeibericht nur zu 3/4 besetzt war (VB: "Massenversammlung großen Stils"), wurde von Hermann Esser geleitet. Vor Hitler sprach Hermann Göring über die Ziele der NSDAP.

2 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 640, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6739.

3 Vgl. Dok. 63, Anm. 7.

4 Der Polizeibericht gibt die Rede Hitlers wie folgt wieder: "Er [*Hitler*] befaßte sich gleichfalls mit der Außenpolitik und bezeichnete sie [*als*] katastrophal. Die größte Blamage habe sich Deutschland ohne

22. Dezember 1928
"Politik der Woche"
Artikel

Dok. 73

Illustrierter Beobachter vom 22.12.1928.

Gustav [1], der Staatsmann, hat einen neuen Triumph errungen. Seine Bemühungen um die Wiederherstellung der europäischen Harmonie werden von immer größeren Erfolgen gekrönt. Daß es ihm gelang, die Differenzen zwischen Frankreich und England auszuglätten und durch die geschickte Art seiner außenpolitischen Stellungnahme die beiden Hauptweltkriegsstaaten wieder aneinanderzuketten und zusammenzuschmieden, ist bekannt. Nur Italien verharrte noch in seiner nationalistischen Verstocktheit. Betrübten Sinnes beobachtete Herr Stresemann die störrische Eigenwilligkeit des faschistischen Pfahls im Fleische der europäischen Demokratie, die ewigen Gereiztheiten, die sich aus dem Wesen der mussolinischen Diktatur gegen den Geist der europäischen "Zivilisation" ergeben mußten. Insbesonders betrübte Herrn Stresemann der Gegensatz, der sich zwischen Italien und Frankreich von Zeit zu Zeit offenbarte und der dem weltbürgerlichen Gewissen Gustavens die schwersten Bedenken für die Zukunft des Weltfriedens einflößte. Noch vor wenigen Tagen erst führte sich das italienische Volk anläßlich eines französischen Gerichtsurteils [2] so randalsüchtig und skandalös gegen die lateinische Schwesternation auf, daß der große deutsche Staatsmann durch seine Presse nur mit Bedauern diese Entzweiung der europäischen Solidarität feststellen lassen konnte. Nun ist Stresemanns Sehnsucht erfüllt. Wenigstens vorübergehend erfüllt. Italien ist dank Stresemanns Außenpolitik zu Frankreich und England abgeschwenkt. In Lugano trat zum erstenmal die neue Koalition in Erscheinung [3]. Das Unmögliche hat der Geist der deutschen Außenpolitik möglich gemacht: Über alle Vernunft hinweg, allen Gegensätze[*n*] zum Trotz, hat die deutsche Außenpolitik es fertig gebracht, Italien und Frankreich (wenigstens oberflächlich) auszusöhnen. Von jetzt ab wird also die alte Entente in aller Form Deutschland wieder entgegentreten. Die Folgen werden für unser Volk furchtbar traurige sein. Deutschland, das hundert Möglichkeiten durch seine verhängnisvolle außenpolitische Leitung fallenließ, ja mit Füßen trat, wird nun selbst wie-

---

Zweifel damit geholt. Längere Ausführungen machte Hitler über die Demonstrationen in Italien, die sich gegen Frankreich richten. Die Presse habe dabei außerordentlich geschickt gearbeitet. Deutschland müßte unbedingt Gelegenheit suchen für ein Bündnis mit einem vollwertigen Staate. Ein solcher Staat sei Italien. Am Schlusse seiner Ausführungen befaßte er sich mit der Bewegung. Im kommenden Jahre müsse genau so gearbeitet werden wie im vergangenen. Der Glaube an die Erstehung des 3. Reiches müsse bei jedem Parteigenossen unerschütterlich sein. Jeder habe auf seinem Platz zu stehen, ganz gleich, ob er einen Posten bekleide oder nur gewöhnliches Mitglied sei. Jedes Mitglied sei zugleich Propagandist der Bewegung. Es werde gelingen, daß die N.S.D.A.P. ihr Ziel auf legalem Wege erreiche. Ein Volk, das so heldenhaft gekämpft habe, sei auch innerhalb der Grenzen Deutschlands zu Großem fähig."

1 Stresemann.
2 Vgl. Dok. 63, Anm. 3.
3 Gemeint ist die 53. Tagung des Völkerbundsrats in Lugano vom 10. bis 15.12.1928. Vgl. Dok. 71, Anm. 8.

der getreten werden. Angesichts dieses Erfolges Stresemannscher Außenpolitik kann man sich wirklich nur zwei Empfindungen hingeben: entweder der des Schmerzes und der Traurigkeit über das maßlose Unglück und Leid, das unser Volk auszukosten hat, oder der der Wut und des fressenden Hasses gegen die Schuldigen an all diesem Jammer. Ich verschreibe mich der zweiten Empfindung, da sie mir wenigstens den Trost gibt zu glauben, daß einst in einer furchtbaren Abrechnung mit den schuld- und fluchbeladenen Vernichtern Deutschlands doch noch die Möglichkeit einer Korrektur unseres Unglücks liegen kann.

Die Annäherung Italiens an England und Frankreich mußte dank unserer Außenpolitik zwangsläufig kommen. Seit dem Jahr 1918 begannen die italienischen Interessen in ihrer natürlichen Verfolgung sich von den französischen zu trennen. Italien war besonders nach dem Siege des Faschismus in einer so selbstherrlichen Entwicklung begriffen, daß die Wiederaufnahme römisch-imperialistischer Gedanken natürlich erschien. Dies mußte für Deutschland dann von glücklichster Bedeutung sein, wenn eine überlegene deutsche außenpolitische Leitung in klarer Erkenntnis der natürlichen Interessen unseres Volkes eine nach großen Gesichtspunkten eingestellte Zielsetzung ihres Handelns vornahm. Denn dann lag die Aufgabe der deutschen Außenpolitik nicht in einer rein schematischen Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914, die notwendigerweise an den sich dagegenstemmenden allgemeinen europäischen Interessen von vorneherein scheitern mußte, mithin nur Phrase war, als viel mehr in einer klaren Herausarbeitung der gesamten Lebensnotwendigkeiten für eine Masse von 70 Millionen Menschen in Mitteleuropa überhaupt. Denn dieses Problem steht zur Diskussion und nicht die Frage irgendeiner Grenzkorrektur und mögen deren ideelle und traditionelle Momente scheinbar noch so sehr ins Gewicht fallen. Sowie die deutsche Außenpolitik ihre Entschlüsse sich durch die allgemeinen Lebenserfordernisse der Zukunft unseres Volkes, im großen gesehen, diktieren läßt, muß ihr Blick unbedingt auf Italien fallen. Es ist der Staat, dessen Interessen, bei egoistischster Selbstbefolgung, am wenigsten ebenso selbstsüchtig verfolgte deutsche Interessen zu kreuzen brauchen. Im Gegenteil: Je nationalistisch-egoistischer Italien und Deutschland ihre notwendigen nationalen großen Belange vertreten, um so näher müssen sich beide Staaten kommen. So unüberbrückbar der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich immer bleiben wird, so unüberbrückbar ist auch der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien. Nur ungeheuerste außenpolitische Fehler deutscherseits vermögen den natürlichen Gegensatz zwischen Frankreich und Italien aufzuheben oder wenigstens vorübergehend in Rom als kleineres Übel erscheinen zu lassen.

Diese Fehler aber sind gemacht worden, und zwar nicht nur von der außenpolitischen Leitung der deutschen Nation allein, sondern vom ganzen deutschen Volk. Daß das Judentum mit allen seinen Hilfsorganisationen eine Freundschaft haßt, die zu einer Auferstehung Deutschlands führen könnte, liegt ebenso auf der Hand wie seine Abneigung gegen eine Politik, die das faschistische, antidemokratische und antifreimaurerische Italien noch mehr stärken würde. Die Haltung der deutschen Demokratie ist deshalb ebenso wie die des Marxismus verständlich. Schon weniger verständlich ist die Haltung des deutschen Zentrums. Denn wenn die Demokratie in Deutschland endgültig siegt,

dann siegt nicht ihre schwächste Spielart, sondern am Schlusse ihr schärfster Repräsentant, und das ist der Marxismus. Nur die parteipolitisch verrannte Engstirnigkeit unserer Zentrumsgrößen kann übersehen, daß der Sieg des Marxismus früher oder später die Vernichtung des Christentums bedeutet. Und zwar beider Konfessionen. Im vorbereitenden Prozeß der Unterhöhlung und Unterminierung des Christentums auf allen Gebieten befinden wir uns bereits. Der Einsturz solcher Gebäude pflegt oft schneller zu erfolgen, als die Inwohner es vermeinen. Auch auf diesem Gebiete sind Revolutionen denkbar. Und eine 50jahrelang dauernde Arbeit der Vorbereitung findet nicht selten in der Geschichte ihren Abschluß in einer Katastrophe von wenigen Wochen, ja oft Tagen. Siehe deutsche Revolution 1918.

Unverständlich, vollkommen unverständlich, ist die Haltung des "nationalen Bürgertums". Das heißt, wenn man dieses Bürgertum wieder näher kennt, dann allerdings erscheint einem diese Haltung doch wieder als etwas weniger Unverständliches. Seit zehn Jahren behauptet das nationale bürgerliche Element, in Opposition zum heutigen Staat zu stehen. Wenigstens aus ihren Parteiprogrammen müßte dies hervorgehen. In der Praxis haben die bürgerlichen Parteien aber die ausschließlich jüdischen Interessen dienende Außenpolitik zehn Jahre lang gedeckt und auf alle Fälle ihr nie einen eigenen Gedanken entgegengestellt. Der "Gedanke" des Bürgertums heißt in Bayern Kahr und in Preußen Stresemann. Ein Gedanke, der sich sowohl im körperlichen als auch im geistigen Volumen in beiden Fällen verdammt ähnlich sieht. Süddeutscher, bayerischer Lokalpatriotismus und norddeutscher Geschäftstrieb enden am Ende bei den gleichen politischen Phänomenen. Der Freimaurerantrieb der außenpolitischen Leitung des Reiches führt zum selben Ergebnis wie der vaterländisch-patriotische Fimmel bajuwarischer Verbandspolitiker: Haß und Kampf gegen Italien.

Die Juden liefern die Requisiten, und die bürgerlichen Schlauköpfe schlagen damit zu. Am bewundernswertesten unter ihnen sind noch jene "deutsch-völkischen" Freiheitshelden, die aus lauter Protest gegen "Judentum", "Freimaurerei" und "Jesuitismus" an der Spitze der von Juden und Freimaurern dirigierten deutschen Außenpolitik stramm voraus marschieren [4]. Zur besseren Motivierung ihres Handelns wird dann der von der Weltfreimaurerei bekämpfte italienische Staat zu einer "Freimaurerzelle" erklärt, Mussolini [5] aber, der seit 1910 (also schon zu einer Zeit, in der in Deutschland weder eine Regierungs- noch eine militärische Stelle einen blassen Schimmer vom Wesen der Freimaurerei besaß) diese bekämpfte und endlich im faschistischen neuen Staat verfolgte, die Logen schloß, das Vermögen derselben einzog und seitdem ein halbes Dutzend mehr oder minder gelungener Attentate aus diesen Reihen zugedacht erhielt, wird nun "Hochgradmaurer". Es gibt keinen Unsinn, den man nicht ausgedacht hat, um Stimmung gegen Italien in allen Lagern der Deutschen machen zu können, um so der

4 Vermutlich Anspielung auf Erich Ludendorffs Artikel "Jesuitismus und römische Kirche", welcher in der Deutschen Wochenschau vom 2.12.1928 erschienen war.

5 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 ital. Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der ital. Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

jüdisch-freimaurerisch geleiteten Außenpolitik zum Siege zu verhelfen. Angefangen von unseren bürgerlichen National-Industriellen und National-Patrioten bis zur exaltierten Weiblichkeit völkischer Seherinnen [6] ist man eifrig bemüht, Gründe zu sammeln oder zu erfinden, die gegen eine deutsch-italienische Verständigung oder gar gegen ein Bündnis sprechen könnten. So ist ihnen denn gemeinsam mit ihren vermeintlichen geistigen Antipoden das große Werk gelungen: Stresemann hat gesiegt! Eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien ist glücklich verhindert! England und Frankreich haben einen neuen Bundesgenossen erhalten, und Deutschland bezahlt die neue Zeche.

Bis die nationalsozialistische Bewegung in unserer außenpolitischen Hexenküche einst aufräumen wird und die Köche dorthin schickt, wo der Pfeffer wächst. Einschließlich dem "völkischen" Klimporium [*sic!*].

Nach diesem Kunststück der deutschen Außenpolitik ist mit einer Änderung des Dawesabkommens [7] in der Richtung einer Erleichterung unserer Lasten natürlich nicht mehr zu rechnen. Das Defizit des Reiches, das so bereits feststeht, wird sich im ersten Volljahr der Dawesverpflichtung gewaltig erhöhen. Der sozialistische ehemalige Inflationsminister Hilferding brütet deshalb augenblicklich über neue Steuern nach. Es liegt im Sinne der marxistischen Volksbelügung, wenn diese Steuern wieder von dort her genommen werden, wo der Druck schon jetzt zum Zusammenbruch zahlloser Existenzen führt. Man denkt an Biersteuern, redet von Weinsteuern, von denen besonders die zweite für ungezählte deutsche Weinbauern von vernichtenden Folgen sein muß. Die Steuer, die am nächsten läge, nämlich eine gründliche Börsensteuer, führt der Marxismus natürlich nicht ein. Als Schutztruppe und Kampforganisation des Börsenkapitals kann man dies von ihm auch nicht erwarten. Sonst würden die jüdischen Bankherren den marxistischen "Arbeiterzeitungen" den Brotkorb gleich etwas höher hängen.

Augenblicklich rüstet die ganze Welt. Die verlogene Behauptung der marxistischen Arbeiterbetrüger, daß Deutschland die Schuld am Kriegs- und Wettrüsten trage, ist heute entlarvt. Je mehr Deutschland entwaffnet wird, um so höher steigen die Rüstungen der anderen. Die modernsten Mittel der chemischen und technischen Industrie der Welt werden in den Dienst der kommenden Kämpfe gestellt. Im Deutschen Reichstag hat deshalb der nationalsozialistische Vertreter General v. Epp in schärfster Form dafür Stellung genommen [8], daß man wenigstens den Schutz der deutschen Zivilbevölkerung vor Gasangriffen in die Hand nimmt und vorbereitet. Denn obwohl uns dies nicht verboten ist, haben die deutschen Regierungen der Novembermänner sich noch nicht veranlaßt gesehen, auch nur das Geringste zum Schutze unseres wehrlosen Volkes gegen Gasangriffe durchzuführen. Der nationalsozialistische General hielt der Regierung und der linken Seite im Reichstag mit Recht deshalb die Frage vor, ob sich das deutsche Volk im Ernstfall vor Angriffen etwa mit dem Fetzen Papier irgendeines Vertrages zu-

6 Vermutlich Anspielung auf Mathilde Ludendorff, geb. Spieß, verw. von Kemnitz (1877-1966), Dr. med., Autorin zahlreicher Schriften zur "Gotterkenntnis", gegen das Judentum, die Freimaurerei und das Christentum, 1926 Heirat mit Erich Ludendorff. 1930 Gründung (zusammen mit Erich Ludendorff) des religiös-weltanschaulichen Vereins "Deutschvolk".

7 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

8 Am 11.12.1928 anläßlich der Beratung des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskriegs. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 696 ff.

decken kann? Der Reichstag bewilligte nunmehr "zunächst" 10 Millionen zum Schutz unseres eigenen Volkes - 2.500 Millionen liefert dieser selbe Reichstag jährlich aber an das Ausland ab.

Zu den großen Errungenschaften, die die Revolution mit sich bringen sollte, gehörten in erster Linie zwei: Sozialisierung der Betriebe und Einführung des Achtstundentages [9]. Millionen von Arbeitern sind diesen marxistisch-demokratischen Versprechungen zum Opfer gefallen. Denn nicht nur, daß selbstverständlich nichts sozialisiert wurde, hat man das wenige, das schon im Frieden mustergültig sozialisiert war, an der Spitze die deutsche Reichsbahn, dem allgemeinen Besitz der Nation wieder genommen und der privaten internationalen Hochfinanz ausgeliefert [10]. Freilich, wenn ein Marxist von "Sozialisierung" spricht, dann meint die Masse, daß dies Überführung in den Gemeinbesitz heißt, während der jüdische marxistische Führer darunter "Wegnahme eines Objektes aus dem Gemeinbesitz eines Volkes und Überführung desselben in den Besitz der Weltfinanz" versteht. Aber auch die zweite Versprechung ist damit selbstverständlich erledigt. In der Dawesbahn gibt es keinen Achtstundentag mehr, sondern ausschließlich Rentabilität für den neuen Besitzer. Hundert und aber Hunderttausende von Angestellten und Arbeitern hat damit der deutsche Marxismus zu wehrlosen Opfern internationaler Ausbeutung gemacht.

In Berlin wird lustig weiter gemordet. Noch sind die Bestien, die den Nationalsozialisten Kütemeyer ertränkten [11], von der Berliner Polizei immer noch nicht gefunden, noch schwankt der auf die Schienen geworfene Jürdens [12] zwischen Leben und Tod, da wurde bereits ein neues Opfer der Blutgier unserer Halb- und Ganz-Regierungsparteien gemeldet. Diesmal ist es ein Jungdo-Mann [13], der von marxistischen Kanaillen niedergedolcht wurde, und ein paar Tage darauf schon fällt denselben Wegelagerern wieder ein Reichswehrmann [14] zum Opfer. So geht es im Deutschland der Demokratie ununterbrochen weiter. Die verlogene "bürgerliche" und "vaterländische" Presse aber, die sofort empört aufschreit, wenn in Südtirol einem Deutschen ein Haar gekrümmt wird, zeigt sich angesichts der fortlaufenden Morde im Reich selbst in ihrer ganzen schamlosen Erbärmlichkeit. Man kann heute wirklich sagen, daß in der ganzen Welt das Deutschtum nicht so verfolgt und geknebelt wird als in der eigenen Heimat, und daß nirgends mehr Deutsche wegen ihrer überzeugten nationalen Gesinnung mit dem Leben zu büßen haben als in Deutschland selbst. Der "Terror des Faschismus" in Südtirol, von dem unsere hinterhältigen heuchlerischen Organe andauernd reden, ist nicht ein Bruchteil jenes blutigen Terrors, der von den Anhängern der Regierungsparteien in Deutschland gegen die nationale Opposition ausgeübt wird. Als in Meran ein Kaiserin-Elisa-

9 Vgl. Dok. 26, Anm. 11.
10 Vgl. Dok. 26, Anm. 9.
11 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.
12 Vgl. Dok. 63, Anm. 14.
13 Günther Schaffer, Student, Vorsitzender der Ortsgruppe Karlshorst des Jungdeutschen Ordens. Vgl. Berliner Tageblatt vom 10.12.1928 (AA), "Ein Student erstochen".
Zum Jungdeutschen Orden vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
14 Der Obergefreite Willy Rottschalk war durch einen Messerstich schwer verletzt worden. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.12.1928 (AA), "Nächtliche Ausschreitungen".

beth-Denkmal von einem Italiener besudelt wurde [15], stand der Täter wenige Monate später vor dem Gericht und ward zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Polizeidirektion Berlin hat den Mörder an Kütemeyer bis heute noch nicht gefunden und wird ihn allem Anschein nach auch in der Zukunft nicht finden. So sieht der Schutz des Deutschtums in der Heimat aus!

Republiken sind überall gleich. Nicht umsonst hat das Judentum zu allen Zeiten für Republiken geschwärmt. In Paris hat der ehemalige Finanzminister der Republik, Klotz [16], selbstverständlich, wie es sich für Republiken geziemt, ein Angehöriger des auserwählten Volkes, Scheckfälschungen vorgenommen. Sie sind jetzt zum Teil, trotz aller Vertuschungsversuche, aufgekommen. Es handelt sich um Kleinigkeiten: 60.000 Franken, 125.000 Franken und noch um einige ähnliche Lappalien. Man kann sich ja nicht vorstellen, daß zum Beispiel im alten Deutschland ein Finanzminister Scheckfälscher gewesen wäre, nein, verdammt noch einmal, das kann man sich nicht vorstellen. Aber ebensowenig kann man sich vorstellen, daß in einer modernen Republik ein Scheckfälscher verfolgt wird, wenn er Finanzminister war und Jude noch dazu. Nein, das kann man sich auch nicht vorstellen. Deshalb wundert sich auch kein Mensch darüber, daß Monsieur Klotz augenblicklich erkrankt ist und sich in einer Nervenheilanstalt befindet. Wie sagt sein Rechtsanwalt?: "Monsieur Klotz ist augenblicklich infolge seiner angegriffenen Gesundheit nicht in der Lage, des näheren auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen einzugehen." Punkt! Schluß! Und nun ziehe deine Nase zurück, plebejisches Schwein, sonst erhältst du vom Schutzgesetz, der Republik der Gloire und des Triumphes natürlich, eine solche hinauf, daß dir das Schnüffeln vergeht. Wenn man schon in der Republik stiehlt und fälscht, dann hat man aber wenigstens den Anstand, davon nicht zu reden. Also, man lasse den armen Kranken in Ruhe und beleidige nicht die Staatsehre.

Nun kommt wieder das liebe Christkind auf Erden. Es bringt den Frieden. Jedes Jahr kommt es aufs neue. Es könnte aber gar nicht mehr kommen, wenn es einen solchen Frieden schon gäbe. Der holde Himmelsengel wirkt ja gerade deshalb so lieb, weil er immer wieder in eine Welt kommt, die manches Mal, scheint es, von Teufeln besessen ist. Während in deutschen Landen Millionen von Menschen zum Lichterbaum hintreten, von ihrer Jugend träumen und sich nach Erlösung sehnen vom Unglück und Leid der Zeit, auf eine bessere Zukunft hoffen und vom Weltfrieden reden, knattern über dem großen Wasser bereits wieder die Maschinengewehre, Handgranaten bellen, und es ist vielleicht nur mehr die Frage von Tagen, daß sich der Donner der Batterien unter die

15 Zur planmäßigen Zerstörung der Südtiroler Denkmäler seit 1919 vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Bd. 1, Innsbruck 1990, S. 244 ff.

16 Louis-Lucien Klotz (1868-1930), Rechtsanwalt, 1896-1925 Abgeordneter der franz. Nationalversammlung (Radicaux socialistes), 1911-1913 und 1917-1920 Finanzminister, 1913 Innenminister, 1920 Übertritt zum Bloc National, 1925-1928 Senator, 1928 wegen Wechselfälschungen und Betrugs Verurteilung zu 2 Jahren Haft.
Zur Affäre Klotz vgl. Berliner Tageblatt vom 13.12.1928 (MA), "Der geisteskranke Herr Klotz"; Frankfurter Zeitung vom 15.12.1928 (AA), "Die Affäre Klotz" sowie Dictionnaire des Parlementaires Français. Notices Biographiques sur les Ministres, Députés et Sénateurs Français de 1889 a 1940, publié par Gaston Monnerville et Jacques Chaban-Delmas, Tome VI, Paris 1970, S. 2056.

himmlische Musik der Weihnachtszeit mengt. Zwei kleine südamerikanische Staaten, Bolivien und Paraquay, sind es, die in diesen Tagen der inneren Friedenssehnsucht die fromm-gläubigen Menschen an die harte Wirklichkeit zurückerinnern [17]: Solange es Friedenssehnsucht unter Menschen geben wird, gibt es auch Krieg. Und wer dem einen nicht standzuhalten vermag, wird nie das andere erlangen. Denn der Friede lohnt stets nur die, die des Willens waren, durch Kampf sich ihn zu verdienen.

A[*dolf*] *H*[*itler*]

23. Dezember 1928 Dok. 74
"Bauern, hütet Euch vor Provokateuren!"
Aufruf

VB vom 23./24.12.1928.

Was die N.S.D.A.P. seit Jahren vorausgesagt hat, was sie vor Annahme der Feindverträge, vor allem des Dawes-Vertrages [1], warnend hinausrief, ist fürchterliche Wirklichkeit geworden: Die Landwirtschaft droht unter den ungeheuerlichen Steuerlasten zusammenzubrechen, ein Hof nach dem andern vermag die Abgaben nicht mehr aufzubringen, ein Anwesen nach dem andern wird gepfändet. Man geht daran, die letzte Kuh aus dem Stall zu treiben. Über Zehntausenden von Bauern steht der Bankrott [2]!

Im gleichen Maße, wie sich zeigt, daß die N.S.D.A.P. allen anderen Parteien zum Trotz recht behalten hat, im gleichen Maße wie ihre Aufklärung über den ungeheuren Betrug am deutschen Volke zunimmt und immer weitere Kreise erfaßt, wächst bei den Schuldigen die Angst vor der Abrechnung. Sie wissen sehr wohl, daß die Drohung mit einem kommenden, vom deutschen Volk eingesetzten Gericht, bei den Führern der N.S.D.A.P. keine leere Redensart ist. Die 50 bis 60 *täglichen* Aufklärungsversammlungen der N.S.D.A.P. im ganzen Deutschen Reich verfehlen ihre Wirkung nicht. *Der Augenblick kommt vielleicht schneller, als manche sich träumen lassen, da das Volk selbst in all seinen Schichten der organisierten Ausbeutung zugunsten der internationalen Hochfinanz auf dem Wege über die Steuereintreibung des Staats ein Ende bereitet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.*

Die Schuldigen wissen selbst nur zu genau, woran sie sind! In geheimen Rundschreiben an die ihnen willfährigen und sie schützenden Parteien usw. weisen sie darauf hin, daß die einzige, aber um so größere Gefahr die N.S.D.A.P. sei. Es müßte daher mit allen Mitteln -

17 Nach einem Zwischenfall am 7.12.1928 war zwischen Bolivien und Paraguay ein vorerst begrenzter Konflikt um das Gebiet des Gran Chaco ausgebrochen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 409 ff. sowie Pierre Mondain, La guerre du Chaco. Paraguay contre Bolivie (1932-1935). In: Revue Historique 267 (1982), S. 43-64.

1 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

2 In den Jahren 1928/29 waren die gesamten Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 10.179 Mio. RM mit einer Zinslast in Höhe von insgesamt 920 Mio. RM (8,93 %) belastet. Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1978, S. 206.

vor allem mit geheimen und unsichtbaren Mitteln - der Kampf gegen sie *in verstärktem Maße* geführt werden.

Und schon versucht man Mitglieder der N.S.D.A.P. zur Teilnahme an verbotenen militärischen Übungen zu verleiten, um dann einen Grund zu haben, gegen die N.S.D.A.P. vorzugehen [3]. Und schon schickt man Spitzel in ihre Reihen, die dann Broschüren über andere hineingesetzte dunkle Elemente oder frei erfundene Geschichten abfassen müssen. Und schon läßt man durch bewußte und unbewußte Helfer verbreiten, die N.S.D.A.P. stehe unter jesuitischem Einfluß oder bereite gar eine "völkisch-jesuitische" Diktatur vor [4]. Schon wird eine nationalsozialistische Zeitung nach der andern unter nichtigsten Gründen verboten. Schon hebt der Reichstag - zum erstenmal in seiner Geschichte - die Immunität eines Abgeordneten, des Nationalsozialisten Straßer, wegen Vergehens gegen das "Republikschutzgesetz" auf [5].

Vor allem aber hat man in klarer Erkenntnis des Machtzuwachses, welcher der N.S.D.A.P. aus den Reihen des immer mehr sich zu ihr wendenden, verzweifelten Landvolkes zufließt, eine besondere Taktik ersonnen. Plötzlich werden sich radikal gebärdende bäuerliche Bünde gegründet [6]; gegründet durch Leute, von denen man während der ganzen vergangenen Jahre, da die Versklavungsverträge [7] geschlossen wurden, kaum etwas hörte, geschweige denn, daß sie damals einen Widerstand organisierten. Parteien, die durch ihr "Ja" die Annahme der Dawes-Gesetze mit verschuldeten - auf die die vernichtenden Steuerlasten in erster Linie zurückzuführen sind -, spielen sich plötzlich als Retter des Landvolkes auf und hetzen aus dem Verborgenen zu Gewalttaten. In der Angst vor Stimmverlusten bei der nächsten Wahl versuchen sie die N.S.D.A.P. an Radikalismus zu übertrumpfen. Sie können es sich leisten: Die neu erstandenen Konjunkturbünde, die sich nur auf kleine Gebiete und auf eine einzelne Bevölkerungsgruppe beschränken, stellen ebensowenig eine wirkliche Gefahr für die Nutznießer des heutigen Systems dar wie die alten Parteien, die letzten Endes doch immer wieder willfährig sind und bei dem nächsten Versklavungsdiktat abermals "Ja" sagen werden. *Sie* werden daher auch nicht aufgelöst. Was kümmert es die derzeitigen Machthaber, wenn einige kleine Steuereintreiber - die ihre Befehle ausführen -, niedergeschlagen werden, wenn eine Bombe gegen einen untergeordneten Amtmann geschleudert wird, wenn ein paar Finanzämter in Flammen aufgehen [8] -, *solange sie selbst und ihr System unangetastet*

3 Vgl. Dok. 60, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

5 Am 16.12.1928 hatte die Mehrheit des Reichstags die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Gregor Straßer wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik und Beleidigung in mehreren Fällen gestattet. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S. 847 sowie Bd. 433, Anlagen, Nr. 698.

6 Im Januar 1928 hatte sich in Schleswig-Holstein aus Protest gegen die sich verschärfende Agrarkrise die sog. Landvolkbewegung konstituiert; sie wirkte als Vorbild für ähnliche, wenn auch kleinere Initiativen im übrigen norddeutschen Raum. Vgl. Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933, Düsseldorf 1962.

7 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

8 Im Nov. 1928 hatte sich der bislang passive Widerstand der Landvolkbewegung gegen die finanzielle Belastung der Landwirtschaft erstmals in gewalttätigen Aktionen manifestiert. Zentrum dieser Unruhen war Schleswig-Holstein. Vgl. Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 123 ff.

bleiben! Dafür haben sie aber schon gesorgt: Die Machtmittel des Staates schützen sie und treiben die unbotmäßigen Bauern schließlich doch zu Paaren. Das Ergebnis sind lange Gefängnis- und Zuchthausstrafen gerade für die Besten und Entschlossensten unter dem Landvolk, oft endgültig zerstörte Existenzen, ohne daß sich aber sonst etwas ändert. Die betreffenden Bünde und Parteien jedoch lassen die Opfer beim bitteren Ende im Stich, wie sie sie bisher schon im großen und kleinen im Stich ließen!

Für die Verantwortlichen am heutigen Unglück könnte sich aber aus den Vorfällen eine Gelegenheit wie kaum eine zweite ergeben, die ihnen wirklich gefährliche - weil das ganze Reich und die energischsten Teile des ganzen Volkes allmählich umfassende - Bewegung zu schädigen, indem sie die N.S.D.A.P. für die Vorgänge verantwortlich machen und entsprechend gegen sie vorgehen. Sie brauchen einen formalen Grund zum Handeln gegen diese Bewegung, bevor es für sie endgültig zu spät ist! Ihr ganzer Haß richtet sich gegen diese Bewegung! Sie fahnden daher danach, wenigstens *ein* Mitglied der N.S.D.A.P. als Beteiligten bei irgendeinem Gewaltakt feststellen zu können.

Um so peinlicher müssen sich die Mitglieder der N.S.D.A.P. hüten, den Regierungen den Gefallen zu erweisen, irgendwelche Handhaben zum gewünschten Vorgehen zu bieten. Die Nationalsozialisten dürfen, ja müssen mit allen erlaubten Mitteln gegen den heutigen Steuerbolschewismus Front machen. Ihre beste und wirksamste Waffe bleibt in der großen Linie die Aufklärung und Propaganda für *die* Bewegung, die das deutsche Schicksal und damit das Schicksal auch jedes einzelnen Bauern wandeln wird. *Niemals aber darf er sich zur Beteiligung an gesetzwidrigen Handlungen verleiten lassen, die bei einem noch so glänzend scheinenden örtlichen Teilerfolg die Fortentwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im großen und damit den Enderfolg in Frage stellen. Desto sicherer wird die letzte Abrechnung mit den heutigen Machthabern und ihren Hintermännern kommen, die dann völlig legal, aber nicht weniger peinlich für diese sein wird!*

Es kommt der Tag! Nur Geduld!

Nat[*ional*]-sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei
gez. Adolf Hitler

23. Dezember 1928 Dok. 75
"Parteigenossen! Parteigenossinnen! Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 25./26./27.12.1928, "Aufruf!" [1].

Ungeheuer ist die Propagandaarbeit, die von unserer Bewegung geleistet wird. Ungeheuer sind die Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, *denn ungeheuer ist auch das Ziel*, das uns vor Augen schwebt. Je mehr die nationalsozialistische Bewegung die rednerisch bedeutendsten Köpfe der deutschen Nation in ihren Reihen vereint, desto notwendiger ist die einheitliche Schulung aller dieser einzelnen Führer und Unterführer, die nur zum Teil früher keinem politischen Lager angehörten. So erwächst die Aufgabe, die Menschen, die eine innere Gewissensstimme zu uns kommen läßt, durch eine andauernde Erziehungsarbeit für immer zusammenzuschmieden, auf daß sie selbst fähig sein können, die Gedanken unserer Bewegung anderen zu vermitteln. *Die Masse unseres Volkes wird durch die Macht der Rede gewonnen werden, die Schulung der Redner selbst aber erfolgt durch unsere Presse und unser Schrifttum.* Je mehr aber die Zahl dieser Zeitungen und unserer Parteibroschüren zunimmt, um so nötiger ist auch hier die Anleitung zu einem einheitlichen Denken, zu einheitlichen Stellungnahmen gegenüber den großen Fragen der Zeit.

Das Zentralorgan der nationalsozialistischen Bewegung ist der "Völkische Beobachter".

Es war im Jahre 1920 - die Partei besaß bis dahin keine eigene Zeitung -, als sich die Leitung der Bewegung entschloß, den damals noch unabhängigen sogenannten "Völkischen Beobachter" zu erwerben [2]. Es war ein unendliches Wagnis. Das Blatt erschien wöchentlich einmal. Die Auflagenzahl war eine lächerlich geringe, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens eine trostlose. *Seit dem im August 1921 eingeleiteten Wechsel in der Geschäftsleitung der Partei* [3] *und später des "Beobachters"* [4] *setzte ein außerordentlicher Aufschwung des Unternehmens ein.* Das Blatt erschien in kurzer Zeit wöchentlich zweimal, wurde anfangs 1923 Tageszeitung und erhielt Ende August desselben Jahres sein heutiges Format. Nach dem Verbot wurde der "Völkische Beobachter" am

1 Nochmals veröffentlicht im VB vom 3.1.1929, "An alle Parteigenossen, Bezieher und Leser des 'Völkischen Beobachters'!" Der Aufruf diente der Unterstützung einer Werbeaktion des Eher-Verlags zur Gewinnung neuer Abonnenten des Völkischen und des Illustrierten Beobachters. Vgl. den Aufruf des Eher-Verlags im VB vom 22. und 28.12.1928.

2 Zur Geschichte des VB vgl. Sonja Noller, Die Geschichte des "Völkischen Beobachters" von 1920-1923, Diss. phil. München 1956; Roland V. Layton, The Völkischer Beobachter 1920-1933. The Nazi Party Newspaper in the Weimar Era. In: Central European History 3 (1970), S. 353-382; Margarete Plewnia, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dieter Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 381-390.

3 Hitler war auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der NSDAP am 29.7.1921 zum 1. Vorsitzenden gewählt worden. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 116 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 449 f.

4 Schriftleiter des VB war seit 11.8.1921 Dietrich Eckart, ab 10.3.1923 Alfred Rosenberg. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 79 ff.

3. März 1925 erneut ins Leben gerufen [5] und befindet sich seitdem in einem ununterbrochenen, andauernden Aufstieg. Von vier Druckseiten Stärke ging das Blatt allmählich in seiner Bayernausgabe auf sechs Seiten über. *Nunmehr soll die Reichsausgabe* [6] *ab 1. Januar ebenfalls mit sechs Seiten erscheinen.* Und schon ab 1. Februar wird eine abermalige Vergrößerung und Verbesserung unseres Zentralorgans eintreten. Das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nämlich den "Völkischen Beobachter" zum großen Zentralorgan einer neuen Bewegung zu machen, werden wir mit immer gleicher Beharrlichkeit verfolgen.

Allein, wenn Geschäfts- und Schriftleitung unserer Zeitung auch das Höchste leisten, kann doch ein endgültiger Erfolg nur dann errungen werden, wenn jeder einzelne Parteigenosse zum Mitkämpfer am Emporstieg dieser größten völkisch-antisemitischen Zeitung wird. Gewiß sind die *Nöte der Zeit sehr schwere, aber sie werden nicht gelindert durch Nachgiebigkeit und Sich-fügen, sondern nur durch Kampf, und Kampf heißt immer Opfer bringen.* Was immer aber auch ein Parteigenosse an Opfer für sein Blatt bringt, indem er dieses bezieht und um neue Bezieher wirbt, steht trotzdem in keinem Verhältnis zu dem, was jeder Redner an Gesundheit für unsere Bewegung ausgibt, jeder S.A.-Mann an Leben für sie einsetzt. *Wenn 30.000 S.A.-Männer unter Hingabe ihres eigenen Blutes bereit sind, für die Bewegung, an die sie glauben, zu kämpfen, dann müßten 60.000 Parteigenossen wenigstens ebenso entschlossen und gewillt sein, das Zentralorgan der Bewegung zu beziehen.* Wer das Kampforgan der nationalsozialistischen Bewegung für sein Haus hält, hilft dadurch mit an der *Munitionierung des Riesenkampfes gegen die Feinde des Vaterlandes.* Denn unser *Zentralorgan ist heute die große Munitionsfabrik, deren Geschosse der Vernichtung unserer Gegner auf allen Fronten dienen. Wenn Millionen von Deutschen einst die Munition machten und verschossen gegen einen sogenannten "äußeren" Feind, dann muß jeder Nationalsozialist entweder Kämpfer oder Munitionsarbeiter sein im Krieg gegen die Front der Volksverräter, Vaterlandsfeinde und Arbeiterbetrüger. Der internationale Plutomarxismus muß in Deutschland gebrochen werden. Nationalsozialisten! In den nächsten drei Monaten setzt ein gewaltiger Propagandafeldzug für unsere beiden großen Parteiorgane, den "Völkischen Beobachter" und "Illustrierten Beobachter" ein.* Die Verlagsdirektion hat einen umfassenden Feldzugsplan ausgearbeitet, nach dem vorgegangen wird. *Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, sich in den Dienst dieses Kampfes zu stellen. Jede Parteigenossin hat die Pflicht, dieses Ringen zu unterstützen. Jede Parteiorganisation hat die Pflicht, die Durchführung dieses Kampfes als edelste Aufgabe anzusehen, sich ihrer mit aller Hingabe zu widmen, ja den sportlichen Ehrgeiz wachzurufen, Rekordleistungen im Werbefeldzug für unsere Zentralorgane aufzustellen.* Jedes vermögende Mitglied des nationalsozialistischen Arbeitervereins [7] hat die Pflicht, Geschenke als Prämien zur Belohnung für die Werbetätigkeit dem Verlage zur Verfügung zu stellen. Eine eigene Hilfsorganisation [8] der gei-

5 Eine Sonderausgabe des VB, in der Hitler u. a. zur Bildung eines Pressefonds aufrief (Bd. I, Dok. 3), war bereits am 26.2.1925, die 2. Ausgabe am 7.3.1925 erschienen. Ab 4.4.1925 war der VB wieder Tageszeitung. Vgl. auch Dresler, Geschichte, S. 102 ff.

6 Seit 1.2.1927 erschien eine um den Lokalteil der Bayernausgabe gekürzte Reichsausgabe des VB. Vom 1.3.1930 bis 12.3.1931 wurde zusätzlich eine Berliner Ausgabe verbreitet. Ebenda, S. 114.

7 Vgl. Bd. I, Dok. 63, 64.

8 Die Bildung einer Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP erfolgte erst am 1.8.1931. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183.

stigen Vertreter und Mitkämpfer unserer Bewegung wird gebildet werden, deren Aufgabe es in der Zukunft sein wird, überall Material für die innere Ausgestaltung unserer Zentralorgane zu sammeln und zu sichten und den Redaktionen zur Verfügung zu stellen. *Jeder Redner der Bewegung hat in diesen drei Monaten die Pflicht, auf die Notwendigkeit des Bezugs der Zentralorgane unserer Bewegung hinzuweisen, jeder Versammlungsleiter hat die Pflicht, zum Bezuge selbst aufzufordern. Auf jedem Plakat und jedem Flugblatt hat immer wieder die eine Forderung zu erscheinen: Lest unsere Kampf- und Zentralorgane, den "Völkischen Beobachter" und den "Illustrierten Beobachter".* Ich gestehe es, *wir haben einen brennenden Ehrgeiz: Unser Zentralorgan muß - koste es, was es kosten wolle - in die Reihe der großen Tageszeitungen vorgetrieben werden, und unser "Illustrierter Beobachter" muß zur großen Bilderzeitung des jungen nationalbewußten Deutschlands werden.* Was Juden fertigbringen, *muß* auch uns gelingen. Wir hätten kein Recht, auf uns und unser Volkstum stolz zu sein, wenn wir nicht fähig wären, auch auf diesem Gebiete am Ende trotz allem den Hebräer zu schlagen. Denn mögen auch heute Millionen blöde lachen über unsere Hoffnung, daß unser *Zentralorgan dereinst zum politisch diktierenden Blatte Deutschlands werden wird,* so ist diese Hoffnung doch von dem Augenblick an *berechtigte Zuversicht,* in dem jeder Parteigenosse im heiligen Glauben an die Notwendigkeit unseres Kampfes sich mit restloser Hingabe diesem Kampfe widmet.

Nationalsozialisten, Parteigenossen!!!

Zeigt den anderen, daß wir Propaganda machen können, und zeigt, wie wir Propaganda machen können. Es werbe jeder in seinem Bereich mit höchster Kraft für den Ausbau unserer Zeitungen und schmiede damit die Waffen mit zur Zertrümmerung der Front unserer Feinde.

Der Kampf beginnt am 1. Januar! Das Ergebnis wird geprüft am 5. April, der Erfolg aber muß unser sein. Dies sei jedes einzelnen Wille!

München, den 23. Dezember 1928

Adolf Hitler

23. Dezember 1928 Dok. 76
Schreiben an Julius Friedrich Lehmann [1]

Hs. Schreiben; BA, NS 10/523.

23/XII 1928

Lieber, verehrter Herr Lehman!

Nehmen Sie bitte meinen herzlichsten Dank entgegen für die prachtvollen Werke Ihres Verlages die Sie mir so oft zusenden. Ich verfolge mit höchstem Interesse den ungeheuren Fortschritt den die Kenntnis der Rassenfrage, nicht zuletzt dank der Tätigkeit Ihres Verlages, nimmt.

Daß sie mich darüber so am Laufenden erhalten danke ich Ihnen besonders

Herzliche Glückwünsche Ihnen und Ihrer werten Familie von

Ihrem sehr ergebenen Adolf Hitler

1 Julius Friedrich Lehmann (1864-1935), Verleger, 1890 Gründer eines medizinischen Verlages in München, Verleger zahlreicher rasseideologischer Schriften, Mitglied der Thulegesellschaft, 1919 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes und des Beirats des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Herausgeber der Zeitschrift "Deutschlands Erneuerung", 1931 Eintritt in die NSDAP.

5. Januar 1929 Dok. 77
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.1.1929.

"Als die Franzosen kamen, wurde bei uns mit vielen Glocken geläutet, wenn sie aber einst wieder gehen werden, läuten alle." So äußerte vor ein paar Jahren nach der französischen Besetzung der ehemaligen Reichslande irgendein Elsässer. Seitdem ist die Richtigkeit dieser Behauptung wohl an tausend einzelnen Beispielen wahrscheinlich gemacht worden. Die Autonomisten-Bewegung [1] hat im Laufe weniger Jahre so großen Umfang angenommen, daß die französische Regierung zu den drakonischesten Mitteln greifen muß, um dieser ihr besonders unliebsamen Erscheinung Herr zu werden. Eine verdammt schwierige Sache in einer Zeit, in der man in der Völkerbundsbude zu Genf gezwungen ist, vom "Rechte der kleinen Nationen" und vom "Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten" mehr oder weniger oft zu sprechen. Denn man kann selbst in Paris nicht gut leugnen, daß es nun einmal im heutigen Frankreich ebenfalls ein Nationalitätenproblem gibt. Man ist auch in Paris entschlossen, dieses Problem zu "lösen". Natürlich nicht so, wie sich dies der deutsche Einfaltspinsel, der seinerzeit dem Wilsonschen Weltbetrug [2] zum Opfer fiel, vorstellt. Es gibt ja nicht wenige Deutsche, die (besonders in Bayern) den ehemaligen deutschen Regierungen vorgeworfen hatten, die elsässische Frage nicht richtig anzupacken. Man wetterte gegen die "preußischen" Methoden und behauptete, daß nur durch sie allein das Elsaß in keine nähere Beziehung zum übrigen Reich gebracht würde. Man wies dabei nicht selten auf Frankreich hin, das es in ähnlichen Fällen immer besser verstanden habe, Völker zu sich heranzuziehen. Und viele gutmütige, politisch aber beschränkte Spießer mochten dies auch geglaubt haben. Nun kann man die französischen Methoden heute studieren. Sie heißen Brutalität und Terror. Allerdings liegt in ihrer konsequenten Anwendung eine sehr große Erfolgsmöglichkeit. Deutschland hätte einst sowohl die polnische als auch die elsässische Frage lösen können, wenn es ebenso konsequent und beharrlich eine völkische Politik betrieben hätte [3]. Das Schlimmste war aber der ewige Wechsel zwischen Strenge und Milde. Besonders im Elsaß war es verhängnisvoll, daß nach jeder Periode eines gewissen straffen Regiments immer eine solche der Nachlässigkeit kam, in der von den deutschfeindlichen Elementen unter Bezugnahme auf die vergangene strengere Zeit erst recht gehetzt werden konnte. Trotzdem scheint es das alte Reich dennoch besser verstanden zu haben, das Elsaß an sich heranzuziehen, als es das heutige Frankreich kann. Im alten Reich wurde Straßburg wieder zu einer bedeutenden Stadt. Heute wird sie zu einem französischen Provinznest heruntersinken, wie sie alle gleich öde und ausgestorben und tot zu Dutzenden und aber Dutzenden in Frankreich vorhanden sind. Dies und der gesamte

1 Zur Autonomistenbewegung im Elsaß vgl. Karl-Heinz Rothenberger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Bern [2]1976.
2 Vgl. Dok. 34, Anm. 4.
3 Zur Politik der Reichsregierung im Reichsland Elsaß-Lothringen vgl. Hans-Ulrich Wehler, Elsaß-Lothringen von 1870-1918. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109 (1961), S. 133-199.

Druck, den das Franzosentum gegen das deutsche Element im Elsaß ausübt, führt nunmehr zu einer Gegenwirkung, die die erste gewaltsame Katastrophe zu verzeichnen hat.

Fast ein Jahrzehnt hat Frankreich jede selbständige Lebensregung im Elsaß brutal unterdrückt. In einem Jahrzehnt über eine Viertelmillion Menschen heimatlos gemacht und ausgewiesen [4]. Tausende wegen geringfügigster Vergehen in die Gefängnisse geworfen. Nun schreit das gequälte Volk zum erstenmal in einer Weise auf, daß es die ganze Welt vernehmen muß. Ein Elsässer, Georges Benoit [5], fährt nach Paris, um dort Abrechnung zu halten mit dem tödlichsten Feind des elsässischen Volkes. Es ist der Generalstaatsanwalt Fachot [6], der Mann, der als verantwortlicher Ankläger gegen die autonomistische Bewegung auftrat [7], den das Schicksal nun selbst zur Verantwortung zieht. Der Elsässer schießt den Feind seiner Heimat nieder [8]. Noch während der Franzose zwischen Leben und Tod im Sanatorium liegt, stellt sich der Täter freiwillig dem französischen Gericht und bekundet, daß er aus freiem Willen und unbeeinflußt von jedermann, nur angetrieben durch die Not seines Volkes, gehandelt hat. Der Pflicht des französischen Beamten stellt er gegenüber die Pflicht des Angehörigen des eigenen Volkstums. Ein Grundsatz, bei dem es z. B. einer bajuwarischen Ministerseele Kahrscher Dimension unverständlich vor den Augen flimmern wird. In Deutschland staunen nicht wenige Menschen über die Tat, die nun plötzlich Vorgänge enthüllt, die von der offiziellen Presse bisher beharrlich totgeschwiegen worden waren. Und totgeschwiegen werden mußten, da es doch für die offizielle deutsche Außenpolitik eine elsässische Frage nicht mehr gibt und auch gar nicht mehr geben darf, denn Herr Gustav Stresemann, Deutschlands unvergleichlicher Staatsmann, hat ja infolge des für ihn nicht daseienden elsässischen Problems im Vertrag von Locarno [9] den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht nur feierlichst noch einmal bestätigt, sondern sogar noch für alle Zukunft als gegeben und unveränderlich unterschrieben, um dafür jene französischen Sympathien und jene französische Freundschaft zu erhalten, die erstens zu einer Behebung der deutsch-französischen Mißverständnisse führen werden, zweitens zu einer Verkürzung der Besatzungsfristen führen müssen und drittens, ja und drittens, zu einer neuen unglaublichen Blamage unserer Außenpolitik geführt haben. Denn daß Herr Stresemann noch einmal auf das Elsaß verzichtet hat, könnte man ihm viel weniger zum Vorwurf machen, als daß er nichts tat, um es eines Tages wieder für Deutschland zu gewinnen. Denn günstige Folgen hat sein Verzicht für Deutschland ja doch nicht gehabt. Stattdessen stolzt der große Staatsmann auf den Gipfeln und Graten des Brenners umher und erwägt in seiner voluminösen Denkerstirne die Möglichkeit einer Befreiung Südtirols

4 Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 150.000 Personen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen oder wanderten ins Deutsche Reich ab. Vgl. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. von Carl Petersen, Otto Scheel, Paul Hermann Ruth, Hans Schwalm, Bd. 2, Breslau 1936, S. 319, 432.

5 Georges Benoît (geb. 1900), Metzger, 8.7.1929 Freispruch.

6 Charles Henry Roger Fachot (1869-1939), Jurist, 1892 Eintritt in den Staatsdienst, 1925 Generalstaatsanwalt in Colmar, 1928 Ankläger im Autonomistenprozeß von Colmar, 1928 Rat am Kassationsgericht in Paris, Kommandeur der Ehrenlegion.

7 Zum Colmarer Autonomistenprozeß vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Bd. X, Dok. 40, 155.

8 Am 21.12.1928. Vgl. Vossische Zeitung vom 22.12.1928, "Attentat auf den Ankläger von Colmar".

9 Vgl. Dok. 13, Anm. 43.

und einer Aufrollung der Mussolinischen Diktatur [10]. "Stresemann ante portas" wird es eines Tages in Rom heißen, und die Welt kann sich dann auf was gefaßt machen!

Was lange währt, wird gut, heißt es in einem alten Sprichwort. Wenn Gustav Stresemann über politische Taten brütet, währt es auch stets lange und wird daher dann auch immer gut. So beginnt jetzt die Konferenz von Lugano [11] erst langsam in ihren Früchten sichtbar zu werden. Die deutsche, belgische, französische, englische, italienische und japanische Regierung haben einen "Auftrag" erteilt [12]. Der Auftrag richtet sich an die sogenannten "unabhängigen" Sachverständigen. Das sind jene sogenannten unabhängigen Sachverständigen, die allerdings von den Völkern unabhängig sind, weil sie nämlich von der über den Völkern stehenden internationalen Hochfinanz abhängen, bzw. deren Geschäfte und Interessen wahrzunehmen haben. Diese unabhängig-abhängigen oder abhängig-unabhängigen Sachverständigen sollen nun beraten und Vorschläge unterbreiten, wie das Reparationsproblem endlich vollständig und endgültig geregelt werden könnte. Das heißt: Sie haben sich den Kopf zu zerbrechen, was man alles aus Deutschland herauspressen kann, wie man es herauspressen kann und womit man es herauspressen kann. Denn daß die internationale Hochfinanz selbstverständlich nicht daran denkt, das Schicksal des deutschen Volkes zu erleichtern, leuchtet, ausgenommen unseren deutschen Diplomaten, wohl jedermann ein. Also kommt eine neue Auflage des Dawes-Diktates [13] heraus, nur wahrscheinlich noch etwas raffinierter, etwas gründlicher und noch etwas gemeiner. Denn seit dem Jahre 1918 unterschieden sich die deutschen Diktate voneinander nur dadurch, daß das nächstfolgende immer härter war als das vorangegangene, was Stresemann dann aber erst recht stets als ganz großer politischer Erfolg vorkam. So kann sich das deutsche Volk denn in der nächsten Zeit wieder zusammenreißen und stark machen, damit ihm nicht die Augen vor der neuen Wunderleistung Stresemannscher Außenpolitik übergehen werden. Die politischen Parteien aber beginnen schon jetzt mit der Vernebelung und Verblödung unserer öffentlichen Meinung und bereiten solcher Art die Nation auf die neue Erpressung vor.

Angesichts der vollständig verfahrenen Außenpolitik des Reiches beschäftigt sich nun sogar ein Teil der Regierungspresse mit der Frage einer Änderung der deutschen Außenpolitik. Man blickt dabei auf Nordamerika. Man vergißt aber immer auf [*sic!*] das allerwichtigste einer solchen Änderung: Daß sich nämlich mit dem heutigen Deutschland überhaupt kein Staat von Ehre und Anstand verbünden wird und kann. Denn jeder Staat erwartet sich von einem Bündnis eine Verstärkung seiner militärischen Kraft für den Kriegsfall, während die pazifistisch-demokratische Führung des Reiches einschließlich der Spitzen unserer Reichswehr [*sich*] unter einem außenpolitischen Bündnis nur die Garantie eines ewigen Friedens vorstellt. Es ist ja zu blödsinnig, zum Beispiel auf ein Zusammengehen mit Amerika zu rechnen, das augenblicklich die ungeheuersten Rü-

10 Anspielung auf Stresemanns Rede vor dem Reichstag vom 9.2.1926. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388, S. 5359 ff.

11 Vgl. Dok. 71, Anm. 8.

12 Am 22.12.1928 war der Beschluß über die Einsetzung des neuen Sachverständigenausschusses zur Durchführung des Dawes-Planes bekanntgegeben worden. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 444.

13 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

stungen für die wahrscheinlich geschichtlich gewaltigste Auseinandersetzung, die die Erde überhaupt bisher gesehen hat, vornimmt, während in Deutschland ein lumpiger Panzerkreuzer schwächster Art fast zu einer Staatskrise führt [14], der Reichswehr die Patronen zu jeder Schießübung vorgezählt werden und als schwerster Verdacht und als größtes politisches Verbrechen die Ausbildung zur Wehrhaftigkeit nicht nur allgemein anerkannt ist, sondern von emsigen Staatsanwälten und Richtern mit drakonischer Strenge verfolgt wird [15]. Will Herr Stresemann seinen außenpolitischen künftigen Partnern die deutsche Nation vielleicht mit Bierflaschen [16] ausgerüstet zur Verfügung stellen, um solcher Art gewappnet an den großen weltgeschichtlichen Entscheidungen teilzunehmen? Weniger Studium, Herr Doktor der Außenpolitik, weniger Studium mit Flaschenbier, viel weniger Studium mit Flaschenbier und dafür etwas mehr mit Kanonen, Maschinengewehren, Tanks, Flugzeugen, Panzerschiffen und all diesen Dingen, die in der Republik heute verboten sind [17]. Nur wer das gründlich beherrscht und hat [*sic!*] und das Volk besitzt, das sich dieser Waffen bedienen will und auch bedienen kann, der allein vermag nach Bundesgenossen zu suchen, mit denen man, statt ewigen Diktaten zu erliegen, selbst diktieren kann.

Unter den Dingen, die das Zeichen, das charakteristische Zeichen des alten reaktionären Staates ausmachten, wurden bekanntlich von den Novembermännern auch die Titel und Ehrenzeichen angeführt [18]. Man durfte also berechtigt hoffen, daß die Republik diesem "typisch monarchistischen Klimbim" ein radikales Ende bereiten würde. Aber man traut oft kaum seinen eigenen Augen mehr. Eine Sintflut von Titeln und Orden und Ehren- und Abzeichen hat sich seitdem so über unser Volk ergossen, daß es in kurzer Zeit überhaupt nur mehr bemerkenswert sein wird, wenn ein Mensch tatsächlich keinen Titel und keine Abzeichen besitzt. Seit der November-Revolution 1918 gibt es nur mehr "Räte". Wohin man blickt: überall "Räte": Arbeiter-Räte, Soldaten-Räte, Bauern-Räte, Justiz-Räte, Kommerzien-Räte, Regierungs-Räte (1. und 2. Klasse), Gewerbe-Räte, Ökonomie-Räte, Arbeits-Räte usw. In einem Amt, in dem es früher einen Rat gegeben hat, gibt es jetzt drei und vier und manchesmal sechs und zehn Räte. Und so ist es auch mit den anderen Titeln und mit den Abzeichen und Ehrenzeichen. Den "Klimbim" hat die Republik also reichlich von der Monarchie übernommen, nur das Gescheite und Vernünftige, das Sparsame und Ordentliche hat man als "reaktionär" ausgerottet und beseitigt. Dafür hat das deutsche Volk seine Steuerlast zu tragen, die Millionen von Menschen zu Boden preßt und Hunderttausende an Existenzen vernichtet.

---

14 Vgl. Dok. 32, Anm. 4.

15 Vgl. Dok. 60, Anm. 2.

16 Stresemann hatte 1901 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

17 Art. 164-172 des Versailler Friedensvertrags legten Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

18 Vgl. Dok. 52, Anm. 9.

12. Januar 1929 "Politik der Woche" Artikel

Dok. 78

Illustrierter Beobachter vom 12.1.1929.

Es wird einem in der heutigen Zeit wirklich nicht leicht, über die politischen Ereignisse einer Woche zu schreiben, wenn sie, gemessen an der Größe der zur Entscheidung gelangenden Schicksalsfragen der Nation, zu einer fast vollkommenen Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen. Ja, es besteht sogar die Gefahr, daß das Interesse der deutschen Leserschaft dadurch zersplittert wird, indem man es von den wichtigsten Fragen unseres Daseins ablenkt und mit ansonsten auch ganz interessanten, aber am Ende doch belanglosen Vorgängen beschäftigt. Doppelt gefährlich erscheint mir dies in solchen Wochen, in denen sich ersichtlich ein neues ganz großes Unheil für unser Volk zusammenbraut. Seit es den Künsten Stresemanns gelungen war, Deutschland in den Völkerbund hineinzuschleppen [1], und wir damit das Suchen nach eigenen Wegen aus unserer Not aufgaben, erleben wir eine entsetzliche Enttäuschung nach der anderen. Enttäuschungen freilich nur für einen bestimmten Teil unseres Volkes. Denn Herr Stresemann selbst ist von Fall zu Fall persönlich baß erstaunt über die wundervollen Erfolge seiner Politik, und wir, die Männer der nationalen Opposition, können gar nicht enttäuscht werden, weil ja immer nur eingetreten ist, was für jedes nicht diplomatisch verdorbene Gehirn aller menschlichen Voraussetzung nach eintreten mußte. So haben wir auch vom ersten Tag an nichts Gutes erwartet, als die Gazetten des Herrn Stresemann die neue Konferenz von Lugano [2] ankündigten. Wir konnten gar nicht verstehen, wieso die geschwätzige Presse unseres behäbigen Herrn Außenministers schon wieder von einem "Erfolg" ihres politischen Auftraggebers reden konnte. Wir waren im Gegenteil überzeugt, daß die neue Stresemannsche Aktion genauso jammervoll ausgehen würde wie alle bisherigen. Wem aber in den letzten Wochen die Augen über den blutigen Dilettantismus der heutigen außenpolitischen Leitung des Reiches noch nicht geöffnet worden sind, dem, fürchten wir, werden sie jetzt bald übergehen. Herr Parker Gilbert hat sich zu Wort gemeldet. Er hat anläßlich des neuen Jahres, wie es sich geziemt, eine neue "Denkschrift" ausgearbeitet [3], über die nun die Pariser Presse vor Freude und Wohlgefallen förmlich tobt. Herr Parker Gilbert, den die Novembermänner des Zentrums, der Demokratie und des Marxismus als Hohenzollern-Ersatz zum Beherrscher Deutschlands gemacht haben, weist in seinem Gutachten, das er an die "unabhängigen" (?) Sachverständigen richtet, des längeren und breiteren nach, daß Deutschland nicht nur die zweieinhalb Milliarden jährlichen Dawestribut [4] leisten kann, sondern daß es sogar bei dieser Leistung außerordentlich blühe und gedeihe. Herrn Stresemann wird sich ordentlich der

1 Vgl. Dok. 13, Anm. 45.

2 Vgl. Dok. 71, Anm. 8.

3 Am 1.1.1929 war der vorläufige Jahresbericht über das 4. Annuitätenjahr (1.9.1927 bis 31.8.1928) des Reparationsagenten Parker Gilbert veröffentlicht worden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 474 ff.

4 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

Brustkasten wölben vor Stolz über dieses Zeugnis der glänzenden Führung und Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Der Reparationsagent hat nur noch einen einzigen Schmerz: Nun da bewiesen ist, daß Deutschland alles bezahlen kann, muß man sich doch endlich klar darüber werden, wie lange bezahlt werden soll. Die nächste Konferenz also wird sich, dank der Geschicklichkeit des Herrn Stresemann, überhaupt nicht mehr mit der Höhe des Dawestributes beschäftigen, den man uns jährlich abzapft, sondern nur mehr mit der Dauer dieser Abzapfungen. Die Pariser Presse aber läßt schon jetzt durchblicken, daß diese Dauer auch nicht bestimmt wird durch Forderungen, die in der Größe der Schäden, die wiedergutzumachen seien, lägen, als vielmehr von dem Gefühl diktiert werde, daß Deutschland mit Recht nicht weniger bezahlen dürfe, als die anderen Länder an Lasten aufzubringen hätten. Wobei allerdings diese Pariser Presse in gewohnter Weise verschweigt, daß Deutschland überhaupt nur bezahlen kann, nachdem das Reich seine eigenen Bürger um ihre gesamten Sparguthaben betrogen hat, die Kriegsanleihen wertlos erklärte [5] und weiter die ganze Wirtschaft einer ungeheuren Überschuldung auslieferte [6]. Aber das ist ja das Ziel der "unabhängigen" Sachverständigen sowohl als auch des Reparationsagenten: Vernichtung der nationalen deutschen Wirtschaft, ihre Überschuldung und damit ihr langsamer Übergang in den Besitz der internationalen Hochfinanz. Und für dieses jüdisch-kapitalistische Weltziel kämpft das deutsche Zentrum, kämpft die deutsche Demokratie und kämpft vor allem jene verlogenste Partei, die jemals ein Volk dumm und unglücklich gemacht hat: der Marxismus. Und indirekt kämpfen dafür alle die Millionen von Deutschen, die sich von diesen verbrecherischen Parteigebilden entweder am Gängelband führen lassen oder in ihrer Feigheit und spießbürgerlichen Gemächlichkeit keinen ernstlichen Widerstand dagegen aufbringen. Es werden noch sehr schlimme Zeiten über unser Volk kommen, bis es endlich denen folgen wird, die beabsichtigen, dieses ganze Regiment der Dummheit, der Lüge und des Verbrechens auszurotten.

Und noch etwas kann man jetzt wieder einmal sehen. Nämlich das famose Zusammenspiel der Vertreter der internationalen Hochfinanz von außen mit den zentrümlerisch, marxistisch-demokratischen Volksverderbern im Innern. Schon vor Jahren war es so, daß, wenn sich diese saubere Koalition zur Durchführung antinationaler verbrecherischer Anschläge zu schwach fühlte, in geeigneter Form das Ausland zu Hilfe gerufen wurde. Als sich zum Beispiel in Deutschland eine Art nationaler Widerstand gegen den roten Straßenterror in der Form bestimmter Wehrorganisationen bildete, mobilisierte man augenblicklich von Berlin aus dagegen das Ausland und ließ durch Frankreich die Auflösung dieser Verbände fordern. Man kannte die Idiotie des normalen deutschen Michels so ausgezeichnet, daß man wußte, daß, wenn zum Beispiel die Entwaffnung der Einwohnerwehren aus "höheren außenpolitischen" Gründen gefordert würde, das blöde Luder dann ohne weiteres mit einem schmerzlichen Seufzer seine eigenen Waffen zertrümmern würde, ja, wenn notwendig, sogar seine eigene Mannbarkeit preisgibt. Als zum Beispiel Bayern in der Zeit des Herrn von Kahr sich in seiner Einwohnerwehr so etwas wie ein besonderes nationales Rüstzeug zulegte, das den Berliner internationalen

5 Vgl. Dok. 62, Anm. 10.
6 Vgl. Dok. 62, Anm. 42.

Regierungskräften natürlich nicht passen konnte und diesen nachgerade als unbequem, ja gefährlich erschien, forderte plötzlich zur Rettung von Demokratie, Zentrum und Marxismus der französische Geschäftsträger in Berlin [7] in einer Note die Abrüstung und sogar die Auflösung dieser Verbände [8]. Solchem außenpolitischen Ansinnen vermochte aber der vom Geiste des Herrn von Kahr zusammengeleimte Verein einer bayerischen Haus- und Hofverteidigung wirklich nicht zu widerstehen. Frankreich hatte Berlin gerettet. Wenn aber heute noch etwas dem Berliner Judentum unangenehm erscheint, dann ist es jener Rest von (besonders bayerischer!) Eigenstaatlichkeit, der angesichts der sich nun fortsetzenden weiteren Ausplünderung unseres Volkes den möglichen Kristallisationspunkt eines allgemeinen nationalen Widerstandes abgeben könnte. Und wieder ist es das Ausland, das den Berliner Juden zu Hilfe kommt. Herr Parker Gilbert ist der Überzeugung, daß Deutschland nur dann seinen Verpflichtungen leicht nachkommen könne, wenn das Reich den letzten Rest der Finanzhoheit der Länder beseitigen würde. Denn das ist der Sinn seiner Denkschrift. Aus so autoritativem Munde bekehrt, werden nun unsere bajuwarischen frommen Obristen das störrische Pack zwischen Ulm und Neuötting zu jenem gemäßigten und verständigen, Gott wohlgefälligen Föderalismus bekehren, der der Einfalt unserer Hofbräuhaus-Politiker entspricht, das goldene Kalb der Wallstreet nicht ärgert, und seinen Dienern in Deutschland keine Sorgen bereitet.

Die Denkschrift Parker Gilberts über das "Wohlleben" in Deutschland hat übrigens in der Januarwoche eine neue Illustration erfahren. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf eine Million dreimalhunderttausend gestiegen. Das heißt: in Wirklichkeit stimmt diese Zahl natürlich nicht, denn es handelt sich hier immer nur um die sogenannten "Unterstützungsberechtigten" [9]. Dies ist aber ein Bruchteil der Gesamtsumme, die mit rund 2,8 Millionen eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt wird [10]. Rechnet man nun Weiber und Kinder in diese Zahlen ein, dann ergibt sich eine Summe von laufend 10 bis 15 Millionen Menschen, deren Erhaltung infolge der Arbeitslosigkeit der Ernährer von der übrigen Nation versorgt werden muß. Herr Parker Gilbert aber sieht in Deutschland ein allgemeines Wohlleben, und die Presse des Herrn Stresemann quasselt von einem allgemeinen "Aufstieg".

Wenn schon vom Wohlleben die Rede ist, dann kann um der Gerechtigkeit wegen doch nicht verschwiegen werden, daß es bei der allgemeinen Arbeits- und Verdienstlosigkeit auf der einen Seite im neuen Deutschland auch wieder ungeahnte Verdienst- und

7 Henri Chassain de Marcilly (geb. 1867), 1891 Eintritt in den franz. diplomatischen Dienst, 1919-1921 Geschäftsträger in Berlin, 1921 Botschafter in Athen, 1924 Botschafter in Den Haag, 1926 Kommandeur der Ehrenlegion, 1928 Botschafter in Bern, 1933 Ruhestand.

8 Bezieht sich auf die Ausführungsbestimmungen General Claude Marie Nollets, des Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission, vom 12.5.1921 zum Londoner Ultimatum (vgl. Dok. 57, Anm. 20). Darin war u. a. die Verringerung der deutschen Polizei und die Auflösung der Einwohnerwehren gefordert worden. Die bayer. Regierung unter Gustav Ritter von Kahr versuchte bis zuletzt, die Durchführung dieser Maßnahmen zu verweigern. Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S. 173 ff.

9 Am 31.12.1928 zählte die Arbeitslosenversicherung 1.774.571 Hauptunterstützungsempfänger. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 323.

10 Im Januar 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.895.893 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Ebenda, S. 316.

Arbeitsmöglichkeiten auf der anderen gibt. In Berlin haben sich unter den Augen einer hochlöblichen marxistischen Polizeibehörde gewalttätige und nicht gewalttätige Langfinger, also Taschendiebe, Einbrecher, Zuhälter, Räuber, Falschspieler usw., in besonderen Vereinen zusammengeschlossen. Heute, im Zeitalter der Organisation, hat man auch dort die Notwendigkeit einer solchen berufsmäßigen Zusammenfassung erkannt und gewerkschaftsähnlich vollzogen. Wie die Berliner Polizei gesprächig mitteilt, handelt es sich um etwa 25 Vereinigungen, die sich wieder in eine Art von Konzerne gliedern. Vier solche "Ringe" sollen existieren und auf genossenschaftlicher Basis in umfassender Weise den Rechtsschutz sowie soziale Hilfstätigkeit ausüben. Verbrecher erhalten nicht nur freien Rechtsschutz, sondern hinterher wieder die Werkzeuge, die sie zur Ausübung ihres Gewerbes brauchen. Das Interesse der Öffentlichkeit für diese großartige Organisation, die sich unter den Augen der Berliner Polizei gebildet hat, wurde durch eine wilde Schießerei wachgerufen, die eines Mädchens wegen zwischen einer dieser Gilden und Hamburger Zimmerleuten stattfand [11]. Der Kampf hat unterdes auch auf die Provinz übergegriffen. In Kiel wurde ein Versammlungsraum der Zimmerleute ebenfalls gestürmt und diese übel zugerichtet [12]. Jedenfalls zeigt sich hier wieder einmal die liberale Gesinnung der Berliner Polizei. Wenn zum Beispiel Nationalsozialisten ein besoffenes, notorisch stänkerndes Subjekt aus einer Versammlung hinausfeuern, so ist das für die Berliner Polizeidirektion Grund genug, nicht einen Verein, nein, eine ganze politische Partei für Berlin zu verbieten [13]. Wenn aber Verbrecher Verbände gründen zur Erleichterung ihrer lichtscheuen Tätigkeit, und wenn dabei offene Straßenschlachten stattfinden, die anständige Bevölkerung ganzer Stadtteile verängstigt wird, dann steht diese selbe Berliner Polizei vor einer anscheinend unmöglichen Aufgabe. Auch das ist ein Kapitel vom langsamen Zusammenbruch des gesamten deutschen Rechtswesens. Dazu gehört auch, daß diese gleiche Berliner Polizei die Mörder des Nationalsozialisten Kütemeyer bis heute noch immer nicht gefunden hat [14]!

Trotz aller Konsolidierung des kommunistischen Regiments in Rußland zuckt es im Innern des riesigen Reiches ununterbrochen in Widerständen auf [*sic!*]. In diesen Tagen sind fünf neue Todesurteile gegen Bauern verhängt worden, die einen "Korrespondenten" - so tituliert der Kommunismus schamhaft seine Polizeispitzel - erschlagen hatten [15]. Die Gesamtzahl der in Rußland Hingerichteten geht in die Millionen [16]. Und das verübt dieselbe Partei, deren ungewaschene Mäuler bei uns die Frechheit haben, die Abschaffung der Todesstrafe als "sittliche" Forderung einer höheren "Menschlichkeit"

---

11 Vgl. Berliner Tageblatt vom 31.12.28 (AA), "Die Straßenschlacht" und Vossische Zeitung vom 1.1.1929, "Verbrecherschlacht am Schlesischen Bahnhof".

12 Vgl. Kieler Zeitung vom 2.1.1929, "Silvesterfeier des RotfrontSportclubs 'Siegfried'" und Kieler Neueste Nachrichten vom 3.1.1929, "Die Schlacht in der Alten Reihe".

13 Anspielung auf die NSDAP-Versammlung in Berlin am 4.5.1927 und das darauf erfolgende Verbot der Partei für Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 120.

14 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.

15 Vgl. VB vom 4.1.1929, "Wieder Todesurteile in Rußland".

16 Eine Justizstatistik wurde in der Sowjetunion nicht veröffentlicht. Vgl. Reinhart Maurach, Todesstrafe in der Sowjetunion. In: Osteuropa 13 (1963), S. 745-753. Zu den Menschenverlusten auf dem Gebiet der Sowjetunion im Ersten Weltkrieg, im Bürgerkrieg und während der Hungersnöte vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986, S. 53 f.

hinzustellen [17]. So ein Jude bringt es fertig, im gleichen Augenblick bei uns im Namen der Menschlichkeit zu sprechen, in dem seine Rassegenossen in Rußland im Lande ihrer Regentschaft jede Menschlichkeit im Blut ersäufen. Wenn sich auch unsere faule bürgerliche Welt durch diese marxistischen Tiraden gefangennehmen läßt, so wird dafür der Nationalsozialismus einst um so ungehinderter dieser Pest an den Leib rücken. Auch er wird den Standpunkt vertreten: Abschaffung der Todesstrafe - aber erst dann, wenn der letzte Bandit beseitigt erscheint. Die größten Lumpen aber sind unzweifelhaft die, die ein Volk belügen und in das Verderben führen!

16. Januar 1929 Dok. 79
Diskussionsbeitrag auf Versammlung der Wehrpolitischen Vereinigung in München [1]

PND-Bericht Nr. 643 vom 19.1.1929; StA München, Polizeidirektion München 10080 [2].

In der Aussprache meldeten sich Hitler und General von Epp zum Wort. Hitler betonte, daß die völkische Bewegung unentwegt den Wehrgedanken hochhalte und dafür eintrete, daß die Jugend bereits vom 6. (?) Lebensjahre an ausgebildet werden soll. Erst nach der abgeleisteten Militärdienstzeit, die 2 Jahre zu dauern habe, seien dann die Männer Staatsbürger und sollten sich erst dann verehelichen dürfen. Ein solches Militär, wie sich's der Nationalsozialist denkt, koste keineswegs mehr, als heute die Regierung an Dawesschuld [3] abzutragen habe. Man könnte beinahe behaupten, daß Deutschland mit seinem Gelde die französische Militärmacht unterhalte. Es würde schließlich doch besser sein, wenn dieses Geld für das Militär im eigenen Lande verwendet werden würde. Bei einem künftigen Kriege dürften nicht wie früher bei Anfang die Elitetruppen sofort eingesetzt, denn diese müßten entsprechend auch später mit weniger brauchbaren Soldaten verwendet werden. Auch mit den Geldern, die für die Erwerbslosen benötigt werden, könnte man ein ansehnliches Heer erhalten. [4]

17 Zur Diskussion über die Todesstrafe in Deutschland 1928/29 vgl. Bernhard Düsing, Die Geschichte der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland, Offenbach 1952, S. 170 ff.

1 Im "Wittelsbacher Garten", nach 20.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht 80 Personen teilnahmen, wurde von Rittmeister a. D. Hidolf Freiherr von Thüngen geleitet. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Oberst a. D. Konstantin Hierl zum Thema "Gedanken über den Zukunftskrieg". Der erste Teil des Vortrags hatte am 12.12.1928 am selben Ort stattgefunden. Vgl. Dok. 67.

2 Vgl. auch VB vom 22.1.1929, "Vom Krieg der Zukunft".

3 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. Januar 1929 Dok. 80
Schreiben an Alois Jegg

Hs. Schreiben; BA, NS 26/14 [1].

Lieber Vater Jegg! [2]

Soeben erfahre und lese ich vom Tode Ihrer lieben Frau [3]. Außerdem erzählt mir soeben Schaub [4] daß Sie auch Ihre Tochter [5] verloren haben. Zu diesem großen Unglück lieber Jegg nehmen Sie meine allerherzlichsten und aufrichtigen Beileidsempfindungen entgegen. Ich fühle mit Ihnen.

In aufrichtigem Mitleid
Ihr Adolf Hitler

19. Januar 1929 Dok. 81
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 19.1.1929.

Die Denkschrift Parker Gilberts [1] hat nunmehr selbst den Teil der deutschen Presse zu kritischen Äußerungen veranlaßt, der in dem amerikanischen Reparationsagenten bisher eine förmlich geheiligte und unantastbare Person erblickt hatte. Es fehlte oft nicht viel, daß diese Presse nach dem Staatsanwalt rief, wenn sich böse Nationalsozialisten unterstanden hatten, die wirkliche Tätigkeit dieses Herrn wahrheitsgetreu zu beleuchten. Als die Nationalsozialisten Berlins eines Tages mit einem Plakat aufwarteten, in dem Dr. Goebbels Parker Gilbert als wirklichen Kaiser Deutschlands hinstellte und in einer großen Versammlung der unheimlichen Tätigkeit dieses Wallstreet-Agenten gedachte [2], da schrie fast die gesamte Demokratenpresse des außenpolitischen Hexenmei-

---

1 Faksimiledruck: Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf 1973, S. 152.

2 Alois Jegg (1852-1935), Schreinermeister, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch.

3 Antonie, geb. Bednár, (1853-1929), 1925 Eintritt in die NSDAP.

4 Julius Schaub (1898-1967), Drogist, 1924 Verurteilung zu 15 Monaten Haft wegen Teilnahme am Hitlerputsch, 1924-1945 persönlicher Adjutant und Fahrer Hitlers, 1943 SS-Obergruppenführer.

5 Franziska (1888-1929).

1 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

2 Vgl. Goebbels Rede vor dem Reichstag am 10.7.1928. Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, S.149 ff.

sters von Locarno [3] wie von einer Tarantel gestochen empört auf, verfluchte die Unverschämtheit der nationalsozialistischen Demagogie und hob Stresemanns Reparationsliebling in den Himmel empor. Kein Engel war damals so rein wie Parker Gilbert. So schrieben die Stresemann-Zeitungen. Und keinen besseren Freund besitze Deutschland heute als diesen besagten Mann! Und wie vornehm und taktvoll sich dieser wahrhaft bedeutende Kopf in Deutschland verhalte! Der Stresemannschen Dawes-Presse [4] erschien ein solches taktvolles Verhalten anscheinend unfaßbar! Und wie loyal er dabei die Interessen Deutschlands wahrnehme! Es ging nur noch ab, daß man damals überhaupt gleich versicherte, daß es (vielleicht Stresemann ausgenommen) selbst in Deutschland niemanden gäbe, der die Interessen unseres Volkes warmherziger beschütze als dieser kaltschnauzige amerikanische Finanz- und Reparations-Spitzel. Dabei schwindelte man den biederen deutschen Zeitungslesern immer aufs neue vor, daß dieser Mann vollständig "unabhängig" wäre. Man verstand es dadurch, in den ahnungslosen, ebenso gutmütigen als politisch dummen Lesern unserer marxistischen und bürgerlichen Stresemann-Presse ein gewisses Vertrauen für diesen Mann zu erwecken. Endlich also, wenigstens ein Mann, der, von gar niemand abhängig als [*sic!*] nur seinem Gewissen verantwortlich, im Geheimen aber sogar am Wohl Deutschlands interessiert, ein gerechter Mittler zwischen uns und den anderen sein kann und sein wird. Die internationale Verfilzung dieser jüdischen Finanzpresse offenbarte sich damals insoferne besonders deutlich, als die deutsch geschriebene, im übrigen aber vollständig jüdische Neuyorker [*sic!*] Staatszeitung [5] in den Empörungschor gegen die "taktlose" nationalsozialistische Flegelei gegen den so hoch zu verehrenden, sein schweres Amt in so bewundernswerter, hingebungsvoller wie selbstloser Weise auffassenden und ausübenden Herrn Parker Gilbert mit einfiel. Allerdings verschwieg man zur besseren Illustration dieser Hingabe und Selbstlosigkeit dieses wahrhaft bedeutenden Mannes die 360.000 Mark Gehalt (sprich und sage dreihundertsechzigtausend Mark!), die dieser Liebling der Demokratie aus den Steuergeldern des deutschen Volkes für seine Amtstätigkeit jährlich bezieht. Und nur die nationalsozialistische Presse und Bewegung fügte dem schon damals immer hinzu die Tatsache, daß dieser Mann in Wirklichkeit ein ebenso gerissener wie rücksichtsloser Vertreter und Agent der internationalen Hochfinanz sei, daß nur im Gehirn von Mondsüchtigen die naive Meinung existieren könne, daß man es ausgerechnet hier mit einem "unabhängigen" Mann zu tun habe, der nur die deutschen Interessen vertrete oder bloß seinem Gewissen verantwortlich sei. Nun ist seitdem eine gewisse Zeit vergangen. Der glattgestriegelte, eisig kalte, höfliche Amerikaner sah sich veranlaßt, ein paarmal aus seiner Reserve hervorzutreten. Das eine Mal, als er sehr kurz und bestimmt Stellung nahm gegen eine Reform der Besoldung deutscher Staatsbeamter und Angestellter [6]. Schon damals war es besonders der marxistischen Dawes-Presse nicht leicht, ihren sympathischen Reparationsagenten der Masse des dummen Proletariats gegen-

3 Gustav Stresemann. Vgl. Dok. 13, Anm. 43.
4 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.
5 New-Yorker Staats-Zeitung und Herold.
6 In einem am 6.11.1927 von der Reichsregierung veröffentlichten Memorandum zur Finanzpolitik hatte Parker Gilbert die im Reichstag zur Debatte stehende Erhöhung der Beamtenbezüge kritisiert. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 170 f., 490 ff.

über wieder weiß zu waschen. Dennoch ist den jüdischen Bemitleidern des deutschen Arbeiterloses das Kunststück noch gelungen. Dieses Mal wird es schon wesentlich schwerer. Selbst die quabbelige Geschäftigkeit des ganz großen Herrn Außenministers wird sich schwer tun, die Stimmen seiner eigenen Presse auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Der Reparationsagent Parker Gilbert ist nun nicht mehr der "taktvolle", "vornehme" und "zurückhaltende", "selbstlose" und "unabhängige" Freund Deutschlands, sondern er ist endlich doch das, was er von jeher gewesen war: nämlich der im Dienste der internationalen Hochfinanz stehende Agent für die Ausfindigmachung der höchst möglichen Auspressung unseres Volkes. Die nationalsozialistische Bewegung hat auch hier wie in tausend anderen Fällen wieder recht behalten. Augenblicklich glotzt allerdings ein großer Teil unserer bürgerlichen Lesergemeinschaft etwas erstaunt in seine Leibgazetten hinein. Aber das wird wieder anders werden. Dem großen Jongleur [7] der Weltgeschichte wird unterdes schon wieder etwas Neues einfallen, um die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in anderer Richtung abzulenken. Irgendeine neue Konferenz oder eine Tagung oder ein Kongreß oder eine Besprechung oder auch nur eine Zusammenkunft oder sonst irgend etwas, es wird sich in des drei Teufels Namen bei eisernem Willen doch auch dieses Mal etwas ausknobeln lassen, was wenigstens bis zum Zeitpunkt des Eintritts als neuer, ganz großer und unvergleichlicher Erfolg unseres herrlichen Herrn Außenministers dem deutschen Volk klargemacht werden kann. Leicht müßte das sogar sein, wenn man den dreimal verfluchten Nationalsozialisten dabei das vorlaute Maul stopfen könnte!

Bekanntlich hat das Deutschland der Friedenszeit nur einen Bruchteil jener Steuern aufbringen müssen, mit denen die gesegnete Republik ihre Bürger erfreut [8]. Damals aber, als es in Deutschland noch "Untertanen" gab, da schrie über diese Steuern niemand lauter als die sogenannte deutsche Sozialdemokratie. Und besonders eine Art von Steuern war es, die diese Volksretter auf das maßloseste empörte: die sogenannten "indirekten", oder wie man das im sozialdemokratischen Sprachschatz taufte, die "Konsumsteuern" [9]. Einer der Männer, deren Entrüstung gegen eine solche Art von Steuern keine Grenzen kannte, war der damalige Wiener Jude Hilferding. Die Konsumsteuer wurde als Verbrechen am "schaffenden Volk", als "niederträchtig kapitalistische Ausplünderung" der Arbeiterschaft betitelt. Und das Kampfgeschrei der marxistischen Weltverbesserer lautete damals auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung ganz kurz: "Nieder mit den arbeitermörderischen, kapitalistischen, indirekten Steuern", "Nieder mit den volksausbeutenden kapitalistischen Lebensmittelverteurern"! Wenn der damalige Wiener Jude Dr. Hilferding heute noch leben würde, könnte er sich vielleicht des Geschreies noch erinnern. So ist der gute Mann des Kampfes gegen die indirekten Steuern tot, denn der, der seit der Revolution auf den Namen Hilferding hört, ist selbstverständ-

7 Gustav Stresemann.

8 Die Gesamtsteuereinnahmen betrugen im Rechnungsjahr 1913/14 4.051.400.000 Mark, im Rechnungsjahr 1925/26 10.120.600.000 RM. Das entspricht einer Steigerung der Pro-Kopf-Belastung um 131,26%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 540 f.

9 Im "Erfurter Programm" von 1891 hatte die SPD die "Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern", gefordert. Vgl. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 352.

lich ein anderer Hilferding als jener Hilferding, der vor der Revolution also gerufen wurde. Das ist nämlich jetzt der Herr Minister Dr. Hilferding. Und daß dieser Minister Dr. Hilferding mit dem ehemaligen Wiener Juden Dr. Hilferding nichts zu tun hat, geht am besten wohl daraus hervor, daß der Herr Minister Dr. Hilferding gerade für dieselben indirekten und Konsumsteuern eintritt, die dem marxistischen Wiener Juden Dr. Hilferding von einst als das fluchwürdigste und niederträchtigste Verbrechen an der schaffenden Arbeiterschaft, ja überhaupt am schaffenden Volk erschienen sind. Herr Hilferding, das heißt also der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, hat augenblicklich höchstpersönlich eine neue Steuervorlage ausgearbeitet [10]. Es handelt sich um das lumpige Sümmchen von, na so rund 500 Millionen. So groß etwa wird die Lappalie sein. Die Bürger der Republik brennen zum Unterschied der einstigen Untertanen des alten Reiches alle maßlos darauf, ihren Teil zum Einbringen dieses lächerlichen Sümmchens beisteuern zu dürfen. Um den ganzen Vorgang zu erleichtern, hat aber doch der republikanische Reichsfinanzminister Hilferding nähere Anhaltspunkte dafür aufgestellt, wie er sich die Sache denkt. Und da liest man denn und würde kaum seinen Augen trauen, wenn dieser Hilferding eben identisch wäre mit dem früheren Hilferding, daß davon hundert Millionen aus einer Erhöhung der Biersteuer aufgebracht werden sollen, hundert Millionen aus einer solchen der Branntweinsteuer, hundert Millionen sollen die Länder aufbringen, wie, das ist ihre Sache, und das andere will man dann eben noch durch andere Steuern zusammenkratzen. Ja, früher wäre das eine solche "Infamie" am "schaffenden Volk" gewesen, daß die sozialdemokratische Partei zu einer Revolution aufgerufen hätte. Heute aber in der Republik, in der es keine geknechteten "Untertanen" mehr gibt, sondern "freie Bürger", die nicht mehr von einer groben Pickelhaube erschreckt werden können [11], sondern in "selbstgewählter, freiwilliger Disziplin" dem leisen Winken jeglichen Gummiknüttels gehorchen [12], ist alles nur hochglücklich und begeistert, auch auf solchen Wegen zur Stärkung und Festigung des Reiches Parker Gilberts und seines Reichsfinanzministers Hilferding beitragen zu können.

In dieser Zeit einer geradezu trostlosen außenpolitischen Lage, dank der verhängnisvollen Führung Deutschlands durch Gustav Stresemann, ist wieder eine Äußerung Mussolinis erfolgt, die deshalb bemerkenswert erscheint, weil es die einzige Behandlung dieses Themas ist, die durch einen Staatsmann erfolgt. Und zwar eines Staatsmannes, der sich selbst neben der alles verfinsternden kolossalen Figur unseres heutigen deutschen Olympiers der Staatskunst immerhin noch etwas sehen lassen kann. Mussolini behandelte in einer Rede neuerdings die Frage einer Revision der Friedensverträge und bezeichnete diese abermals als in ihrer heutigen Form für Europa gänzlich unhaltbar

10 In der Kabinettsvorlage vom 7.1.1929 zum Reichshaushaltsplan waren die Erhöhung der Biersteuer, der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, die Änderung des Erbschaftssteuergesetzes und ein Zuschlag von 20% zur Vermögenssteuer vorgesehen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 358 f.

11 Vgl. Dok. 62, Anm. 16.

12 Vgl. Dok. 62, Anm. 17.

und glaubt, daß eine Änderung etwa um 1935 nicht mehr aufzuhalten wäre [13]. Es ist der einzige Staatsmann eines im Kriege gegnerischen Staates, der eine solche Feststellung trifft. Sie wird gehört werden in Budapest und wird selbstverständlich nicht beachtet in Berlin. Wozu auch! Die Ungarn haben leicht nach Italien hinhorchen [*sic!*], ihnen fehlt eben selbst der große überragende Kopf, aber Deutschland, die mächtige freie Republik Deutschland, hat es wirklich nicht notwendig, von Mussolini etwas über die Änderung der Friedensverträge zu hören. Mussolini soll gefälligst in einer Sache, die er nicht versteht, Gustav Stresemann nicht in das Handwerk pfuschen. Stresemann braucht nicht Italien, um eine Änderung von Versailles herbeizuführen. Seine geniale Fähigkeit hat schon jetzt die einzelnen Stationen erkannt, über die der Weg zur Erlösung unseres Volkes laufen wird: Das sind Orte wie: Genf [14], Locarno, Thoiry-Lugano [15], und weitere wird die "geographische Abteilung zur Erforschung von möglichen Kongreßorten" des Auswärtigen Amtes in Berlin noch ausfindig machen. So viel aber kann heute schon gesagt werden: Rom ist nicht unter ihnen. Die ganze deutsche Presse geht über die Tatsache der Äußerung des italienischen Staatsmannes entweder geflissentlich oberflächlich oder überhaupt spöttisch drüber hinweg. Und warum? Das Zusammengehen Deutschlands mit Italien könnte vielleicht tatsächlich zu einer Revision von Versailles führen, tatsächlich eine Milderung der Dawestribute bringen, tatsächlich die Wiederauferstehung unseres Volkes bedeuten. Die internationale jüdisch-kapitalistisch-marxistische Presse Deutschlands aber kann kein sich erhebendes Volk brauchen, sondern nur ein solches der Knechtschaft. Nur wenn ganz Deutschland verramscht wird, können diese Kräfte ihre Geschäfte machen, und nichts hassen sie mehr als jede Möglichkeit, die einer solchen profitablen Verkitschung [*sic!*] des deutschen Nationaleigentums ein Ende bereiten könnte.

Eine Sowjetkommission hat soeben das kommunistische Paradies im Osten verlassen, um einen Besuch in der kapitalistischen Hölle abzustatten [16]. Bürger der Sowjetunion haben sich auf den Weg gemacht nach Nordamerika, um aus diesem verruchten Land des Kapitalismus der bürgerlichen Welt Verschiedenes zu holen und zurückzubringen. Da die gewöhnlichen Russen, trotz kommunistischer Aufklärung und Belehrung, im Reisen zu unerfahren sind, haben sich nach langem Drängen endlich ein paar Juden bereit erklärt, die Beschwernisse einer solchen Überfahrt von Leningrad nach Wallstreet in den Staatszimmern und Luxuskajüten eines großen kapitalistischen Schnelldampfers auf sich zu nehmen. Sowjetrußland braucht Traktoren, Sowjetrußland braucht Maschinen, Sowjetrußland braucht Stahl und Eisen, und Sowjetrußland braucht Automobile, Sowjetrußland braucht endlich am allernotwendigsten aber Geld. Kapitalistisches Geld! Man fragt sich nur, was gekommen wäre, wenn schon die Sowjetjuden die ganze Welt erobert hätten. Dann wäre die einzige Rettung für dieses Sowjetreich der Mars gewesen,

13 Am 9.1.1929 in einem Presseinterview. Vgl. Vossische Zeitung vom 10.1.1929, "Die Revision muß kommen!". Zum damaligen Verhältnis zwischen Deutschland und Italien vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986, S. 175 ff.

14 Sitz der Völkerbundsversammlung.

15 Vgl. Dok. 45, Anm. 62; Dok. 71, Anm. 8.

16 Anfang Januar 1929; Zweck der Reise war die Regelung kreditpolitischer Fragen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 380.

von dem die kommunistischen Weltbeglücker dann das Zeug hätten holen müssen, das sie selbst nicht zu fabrizieren in der Lage sind, aber doch anscheinend nicht entbehren können. Wenn man die unverschämten und blöden Tiraden unserer deutschen Sowjetapostel liest und hört, ihren ganzen Vernichtungskrieg gegen den "Kapitalismus" ansieht und dann erlebt, wie diese selben Apostel winselnd und bettelnd zur internationalen Hochfinanz nach Neuyork [*sic!*] walzen, um dort ihrem elenden Staat wieder etwas auf die kranken Beine zu helfen, dann könnte einem schon wirklich übel werden. Aber im Grunde genommen ist alles dies selbstverständlich. Juden hier und Juden dort. Die einen zertrümmern mit Hilfe der dummen Masse des Proletariats die unabhängigen nationalen Kulturen, und die anderen richten auf dem Trümmerhaufen ihre internationale Finanzherrschaft auf. Ein ebenso schreckliches wie genau organisiertes Zusammenspiel. In Italien ist diesem Weltbetrug der Faschismus in die Flanke gefahren und wird deshalb von allen Juden und Freimaurern auf das maßloseste gehaßt. In Deutschland aber wird die Abrechnung mit diesem Völkerbetrug der Nationalsozialismus halten. Der Kampf der ganzen jüdischen Presse gegen diese Bewegung ist damit ebenfalls erklärlich.

20. Januar 1929 Dok. 82
Anordnung

Masch. Ausfertigung, o. D. (Abschrift) [1]; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317.

Verfügung

(Nur für die S.S., nicht für die Presse)

Der Reichs-Führer der Schutzstaffel, Pg. Erhard Heiden [2], bat mich bereits am 1. Dezember 1928, ihn von seiner Dienststelle als Reichs-Führer der SS aus familiären sowie wirtschaftlichen Gründen zu entheben.

Am 6.1.1929 habe ich Pg. Heiden von seiner Stelle als Reichs-Führer der SS enthoben und spreche ihm meinen Dank aus, daß er in drei Jahren, seitdem er mit einigen Kameraden zusammen in München die erste Schutzstaffel gründete, in der Schutzstaffel treu und ehrlich der Bewegung gedient hat.

---

1 Mit Fußvermerk: "Für die Richtigkeit gez. Hustert, Reichsgeschäftsführer der SS".

2 Erhard Heiden (1901-1933), Kaufmann, 1922 Mitglied des Stoßtrupp Hitler, 1924 Verurteilung zu 15 Monaten Haft wegen Teilnahme am Hitlerputsch, 1925-1927 Stellv. Reichsführer der SS, 1927-1929 Reichsführer der SS, 1930 Parteiausschluß.

Ich betone, daß die Amtsenthebung des Pg. Heiden auf seinen Wunsch erfolgt und in keiner Weise mit den Verleumdungen der sozialdemokratischen Presse in Verbindung zu bringen ist [3].

Zum Reichs-SS-Führer ernenne ich den bisherigen stellv[*ertretenden*] Reichs-SS-Führer, Pg. Heinrich Himmler [4].

München, den 20. Januar 1929

gez. Adolf Hitler

20. Januar 1929 Dok. 83
Rede auf NSDAP-Führertagung in Weimar [1]

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 21.1.1929, "Führertagung der Nationalsozialisten in Weimar" [2].

Er [*Hitler*] betonte, daß die nationalsozialistische Bewegung sich als politische Tatseherin [3] des großen Volkskampfes betrachte, der in den Augusttagen 1914 begonnen habe und von der Internationale verraten worden sei. Wie damals Arbeiter und Bürger zusammenstanden, so gelte es, diese Front im Dienst eines neuen Staatsgedankens zusammenzuschmieden. In diesem Sinne sei die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht ein Zweck an sich, sondern ein Mittel zur Erkämpfung einer bewußten Volkseinheit und der Freiheit nach außen. [4]

---

3 Heiden war Steuerhinterziehung und persönliche Bereicherung bei der Beschaffung von SA- und SS-Uniformen vorgeworfen worden. Vgl. Münchener Post vom 16.1.1929, "Juden als Hitlerlieferanten. Der 'gemeine Nutzen' der Hitler-Wirtschaftsstelle".

4 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplomlandwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitlerputsch, 1926-1930 stellv. Reichspropagandaleiter, 1927 stellv. Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer der SS, 1930-1933 MdR, 1934 stellv. Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

1 Im Saal des Bürgervereins, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der Gauleiter und Abgeordnete der NSDAP teilnahmen, wurde von Gregor Straßer geleitet.

2 Vgl. nahezu gleichlautend: Weimarische Zeitung vom 22.1.1929, "Führertagung der Nationalsozialisten"; VB vom 23.1.1929, "Nationalsozialistische Führertagung in Weimar"; Der Nationalsozialist vom 26.1.1929, "Führertagung der Nationalsozialisten". Sowie Lagebericht N/Nr. 73 vom 31.1.1929 der Polizeidirektion München; StA München, Polizeidirektion München 6779.

3 VB: "Fortsetzerin".

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

26. Januar 1929
"Politik der Woche"
Artikel

Dok. 84

Illustrierter Beobachter vom 26.1.1929.

Nun wird der unsagbare Fluch des Dawesvertrages [1] erst in seinem vollen Umfange fühlbar. Bis zu diesem unseligen Abkommen hatte Deutschland in erster Linie eine politische Schuld abzutragen. Ganz gleich, wie hoch die Erpressung jährlich sein mochte. Sie war doch abhängig von der Lage der politischen Verhältnisse überhaupt. Ein Umschwung derselben, und Deutschland konnte frei sein. Und nicht nur politisch frei, sondern damit auch finanziell. Denn politische Verschuldungen solcher Art werden einem Volke wohl durch ein siegreiches Schwert aufgebürdet, können aber jederzeit auch wieder durch ein siegreiches Schwert ihre Löschung erfahren. Unterdrückte Staaten müssen deshalb als obersten Leitgedanken ihrer Außenpolitik stets den Wunsch nach einer andauernden Beunruhigung der politischen Machtverhältnisse haben. Nur in Perioden politischer Gärungen, revolutionären Zeiten, Spannungen der Kräfte untereinander, können geknebelte Völker hoffen, bei günstiger Gelegenheit ihrem eigenen Leben wieder Geltung zu verschaffen. Sowie im Spiel der Kräfte ein unterdrücktes Volk wieder seine politische Freiheit erhält, sind alle Verpflichtungen finanzieller Art, die aus der vorhergegangenen Niederlage resultieren, beseitigt. Nach diesen Grundsätzen haben die Leitungen geschlagener Staaten, soferne sie nicht pflicht- und ehrvergessen wider die Interessen ihrer Völker handelten, stets gearbeitet. Es blieb der deutschen Republik vorbehalten, beziehungsweise ihrer außenpolitischen Leitung unter Gustav Stresemann, diese natürlichen Verpflichtungen einer Staatsleitung eines unterdrückten Volkes zu verleugnen und im gegenteiligen Sinne sich zu betätigen. Herr Gustav Stresemann hat das Ungeheuerliche fertiggebracht: erstens, die politische Schuldverpflichtung Deutschlands in eine wirtschaftliche Schuld umzuwandeln, zweitens, die wirtschaftliche Schuldverpflichtung in ihren Jahresraten festzulegen, die endgültige Summe aber offenzulassen, und drittens, durch die vertragsgemäße Regelung dieser Verpflichtungen sowie durch eine feierliche Anerkennung des gegebenen Zustandes in Europa sowie durch den diesen Zustand sanktionierenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund [2], an einer langsamen Erstarrung des europäischen Zustandes und damit der Verewigung der deutschen Not mitzuwirken. Jetzt erst beginnt für viele Deutsche der Dawesvertrag, sich in seinem wahren Segen zu zeigen. Das deutsche Volk, das heute in großen, ja geradezu tragenden Schichten vor dem vollen Zusammenbruch steht, kann sich nun bei jenem Manne bedanken, dessen innerpolitische Parole heißt: Verhinderung jeder nationalistischen Kraftbildung, und dessen außenpolitische Führung dann nur die Unterwerfung und Erfüllung kennt, da eine nationalistische Kraft zu einer anderen Politik nicht vorhanden sei. Wer die Ära Gustav Stresemanns verfolgt, der muß feststellen, daß gerade in ihr ein langsamer Abbau jedes impulsiven, lebendigen Kraftgefühls sowie aller

1 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.
2 Vgl. Dok. 13, Anm. 45.

tatsächlichen Kraftäußerungen in Deutschland mit allen Mitteln betrieben wurde. Es entsprang dies dem Wunsch eines Mannes, der für seine verhängnisvolle Außenpolitik nur im Fehlen jeglicher völkischer Stärke unserer Nation eine passende Motivierung finden konnte. Die Größe der Schuld dieses Mannes wird erst die unerbittliche Nachwelt ganz ermessen können. Wir können heute nur den einen inbrünstigen Wunsch hegen: Der Himmel möge ihn nicht vorzeitig aus diesem Leben nehmen, auf daß dereinst dieser Mann, der heute durch den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gedeckt wird, durch einen Staatsgerichtshof zum Schutz der Ehre und des Lebens des deutschen Volkes jene Aburteilung erhält, wie sie für Taten dieses Formats bisher die Geschichte zu vollstrecken pflegte. Aber nicht nur diesen Mann trifft die Schuld, sondern nicht minder auch jene Parteien, die durch ihr Wollen und ihre Unterschrift die Taten dieses Mannes ermöglicht haben. Man hat kein Recht, auf einen Wiederaufstieg der deutschen Nation zu rechnen, solange jene verfluchten Parteigebilde unser Volk belasten, die, ob mit hundert oder mit fünfzig Prozenten ist einerlei, ihre Unterschrift unter das schandvollste Versklavungsedikt aller Zeiten [3] setzten. Man sperre die Menschen, die diese schmachvollste Unterwerfung unseres Volkes unter das Diktat einer internationalen Hochfinanz vollzogen haben, in die Gefängnisse und öffne die Tore aller Zuchthäuser selbst der gemeinsten Verbrecher, und der Gerechtigkeit würde dennoch gedient sein.

Die von der nationalsozialistischen Bewegung vorausgesagten Folgen des Dawesvertrages sind (trotz allem haßvollen Geschrei der Anhänger des Dawesvertrages gegen diese Partei) nunmehr eingetreten. Das heißt, der volle Umfang der Katastrophe liegt noch vor uns. Vor fünf Jahren, da schwätzten sie noch, von der Deutschnationalen Volkspartei angefangen bis zu den Sozialdemokraten, von den Segnungen, die der Dawesvertrag mit sich bringen würde. Wie wurden damals die Nationalsozialisten beschimpft und begeifert, als sie erklärten, daß durch den Dawesvertrag nach Deutschland kein Kapitalzustrom käme [4], sondern daß durch diesen Vertrag nur eine Kapitalausblutung erfolge! Wie brandmarkte man damals diese Nationalsozialisten als "Lügner", als sie erklärten, daß dieser Vertrag der Tod der deutschen Wirtschaft, der Industrie sowohl als der Landwirtschaft sein müsse! Wie schrie die Sozialdemokratie empört auf, als wir behaupteten, daß durch den Dawesvertrag die Arbeitslosigkeit nicht nur keine Behebung finden könne, sondern im Gegenteil eine Verewigung erfahren müsse! Und heute? Die deutsche Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch, die Landwirtschaft vor einer Katastrophe wie noch nie [5], die Arbeitslosigkeit nimmt wahnsinnige Formen an [6], und nur Herr Stresemann lächelt wie immer. Die Dawesparteien aber sinnen nach neuen Schwindelmöglichkeiten, um von den bösen Wählermassen nicht aus dem politischen Sattel geworfen zu werden. Es wird die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, die verantwortlichen Schuldigen an diesen Katastrophen dem Volke immer wieder zu zeigen und auf ihre Bestrafung hinzudrängen. Wenn Herr Stresemann beruhigen will, um am Ende dadurch die deutsche Not zu verewigen, so wollen wir wenigstens das deut-

3 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag.
4 Vgl. Dok. 62, Anm. 42.
5 Vgl. Dok. 74, Anm. 2, 6.
6 Vgl. Dok. 78, Anm. 10.

sche Volk in jene "Bewegung" versetzen, die einmal zur Vernichtung seiner Bedränger führen wird.

Die Arbeitslosenzahl, die in der vergangenen Woche rund eine Million dreihunderttausend Unterstützungsberechtigte betrug, ist nunmehr in dieser Woche auf über eine Million siebenhunderttausend gestiegen [7]. Der Steuerdruck führt allenthalben zu Revolten gegen Finanzämter [8], der Hunger und die Not zu Tumulten, das allgemeine wirtschaftliche Elend zum Zusammenbruch zahlloser Unternehmungen. Die Konkurse jagen einander. Das neue Jahr fängt bitter an und wird böse enden.

In Jugoslawien hat der König [9] die Diktatur ergriffen [*sic!*] [10]. Da wir in einem demokratischen Staat leben, in dem das Parlament als unverletzlich und unantastbar, ja fast geheiligt gilt, ist es interessant, angesichts dieses Ereignisses die Haltung derjenigen Presse zu verfolgen, die infolge ihrer nächsten Verwandtschaft mit diesem demokratisch-parlamentarischen Gebilde, deutsche Republik genannt, aus grundsätzlichen Einstellungen heraus gegen jede Diktatur sein müßte. Im Jahre [*18*]48 gab es bekanntlich Demokraten, die in ihrer doktrinären Veranlagung für das wirkliche Leben so wenig Verständnis aufbrachten, daß sie selbst die gelungene Gründung des Reiches durch Bismarck ablehnen zu müssen glaubten, weil sie sich nicht in jenen formalistischen Bahnen vollzogen hatte, die ihrer achtundvierziger Überzeugung entsprachen. Dabei waren diese Menschen (zum einen Teil wenigstens!) noch redliche Patrioten, bereit, für ihr großdeutsches Ideal, wenn notwendig, auf die Barrikade zu steigen. Diese Art von parteidoktrinärem Fanatismus hat Bismarck das Leben öfter als einmal sauer genug gemacht und fügte der deutschen Nation und dem Reiche nicht geringen Schaden zu. Aber man konnte diesen Menschen eine, wenn auch verrückte, Geradlinigkeit nicht abstreiten. Es waren verbohrte, aber im übrigen doch auch wieder wertvolle Menschen, die, so wie sie erst die Beengtheit ihres Parteikreises überwunden hatten, wertvolle Dienste und wertvolle Arbeit leisten konnten. Karl Schurz [11] ist hier als Beispiel anzuführen. Es tut dabei diesen Menschen keinen Abbruch, daß die tatsächlichen Drahtzieher der damaligen Revolution und der damaligen Demokraten die ewigen Unruhestifter der Menschheit von jeher gewesen sind. Wie immer haben die Juden geblasen und geschrieen bzw. geschrieben, während den eigentlichen Sturm auf die Mauern Jerichos [12]

---

7 Am 15.1.1929 zählte die Arbeitslosenversicherung 2.046.269, am 31.1.1929 2.287.872 Hauptunterstützungsempfänger. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 323.

8 Vgl. Dok. 74, Anm. 8.

9 Alexander Karajordjević (1888-1934), 1914 serb. Prinzregent, 1921-1934 König des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (seit 1929 Jugoslawien), 1934 in Marseille ermordet.

10 Am 6.1.1929 hatte der König die gewählte Volksvertretung aufgelöst und die Verfassung suspendiert. Am nächsten Tag wurde ein Gesetz erlassen, das alle staatliche Gewalt in der Hand des Königs vereinigte, zahlreiche Grundrechte aufhob und die Parteien auflöste. Vgl. Johann Albrecht von Reiswitz, Die politische Entwicklung Jugoslawiens zwischen den Weltkriegen. In: Osteuropa-Handbuch Jugoslawien. Hrsg. von Werner Markert, Köln 1954, S. 67-98, S. 84.

11 Karl Schurz (1829-1906), Journalist und Rechtsanwalt, Teilnahme an der Revolution 1848/49, Emigration in die USA, 1861 amerikanischer Gesandter in Spanien, 1861-1863 General der Unionstruppen, 1869-1875 Senator für Missouri, 1877-1881 Innenminister der USA.

12 Anspielung auf Josua 6, 1-20.

die demokratischen Goys [13] auszuführen hatten. Bekanntlich sind [*sic!*] die Mauern damals teilweise widerstanden. Aber wenn auch die demokratischen Goys draußen blieben, so sind dafür die blasenden Juden hineingekommen. Und seit der Zeit hat eine innere Umwandlung der demokratischen Partei, vor allem der demokratischen Presse stattgefunden. Konnte man früher wild werden über diese verbohrte, wahnsinnige, doktrinäre Verbissenheit von Menschen, die in ihrem Parteikram so festgefahren waren, daß sie selbst die Erfüllung ihrer Wünsche ablehnten, sowie sie nicht auf ihren Wegen erfolgte, so kann man heute die Namensträger dieser Partei und besonders deren Presse nur auf das maßloseste verachten. Man nehme Gesinnungslosigkeit und Feigheit zusammen, gebe beides in einen Topf und stelle einen Juden als Koch dazu und man hat vor sich die demokratische Partei. Wenigstens wenn man sie von deutschem Gesichtspunkt aus besieht. Denn so konsequenzlos sie von diesem aus ist, so planmäßig und logisch arbeitet umgekehrt die Demokratie allerdings für den Juden. Das zeigt sich gerade heute wieder an einem schlagenden Beispiel. Nach alter Achtundvierziger-Auffassung müßte die deutsche demokratische Presse gegen die Diktatur des Königstums in Jugoslawien Stellung nehmen. Alte Achtundvierziger-Demokraten hätten das natürlich auch getan. Die demokratische heutige Presse Deutschlands aber, die sonst gegen jede Diktatur aufschreit und von dem einzigen Recht ihres parlamentarischen demokratischen Systems schwafelt, tritt plötzlich für die Diktatur in Jugoslawien ein. Und zwar für eine nackte Diktatur des Militärs. Sie begrüßt diese Diktatur, sie verspricht sich von ihr alles Mögliche, und warum?! Sie hofft, daß durch die Diktatur in Jugoslawien der latente Konflikt zwischen den Kroaten und Alt-Serben, der an sich nur schwer zu überbrücken ist, auf einfachere Weise aus der Welt geschafft wird. Und sie erhofft sich dadurch eine Stärkung des jugoslawischen Staates. Und sie braucht diese Stärkung, weil Jugoslawien der linke Arm Frankreichs ist [14] und weil nur ein kräftiges und einheitliches Jugoslawien den Wünschen genügen kann, die die Drahtzieher der demokratischen Partei und ihrer Presse innerlich hegen. Und dieser Wunsch ist einfach der, daß nur durch ein solches schlagkräftiges Jugoslawien eines Tages der Kampf an der Seite Frankreichs gegen das faschistische Italien aufgenommen werden kann. Und daß nur durch ein solches, durch die Diktatur gefestigtes Jugoslawien der Sturm gegen jenen Mann zu entfesseln ist, der als erster positiv seinen Staat von Freimaurern gesäubert hat: Mussolini. So können wir es erleben, daß dieselbe demokratische Presse, die sonst gegen jede Diktatur außer der sowjetischen die Feuer des Himmels herabfleht, sofort zu freundschaftlichstem Verständnis bereit ist, sowie es sich um eine Diktatur handelt, die irgendwo und irgendwie einmal jüdischen Interessen zu dienen verspricht.

Nun würde man ungerecht sein, wenn man die politischen Verhältnisse so darstellen wollte, als ob nur das deutsche Volk das Unglück empfände, sein erlauchter außenpolitischer Führer aber für jederlei Schmerz gänzlich unzugänglich wäre. Dem ist nicht so. Stresemann ist im Gegenteil ein tiefer Schmerz zugestoßen. Sein großer und mächtiger

13 Richtig: Gojim. Hebr.: Nichtjuden.

14 Frankreich hatte 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen einen Bündnisvertrag abgeschlossen. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988, S. 62 f.

Freund, auf den er weitschauend das Gebäude seiner politischen Pläne aufrichtete, Aman-Allah [15], ist nicht mehr. Das heißt, er ist an sich schon noch, aber er ist nicht mehr so wie er war, als ihn Herr Stresemann mit seinem herzlichen Lächeln in Berlin begrüßen durfte [16]. Die treuen Afghanen haben ihren Herrscher auf und davon gejagt. Das kommt daher, weil sich der gute Aman-Allah, oder, wie die Berliner sagen, "Mulli-Mulli", aus der Republik wohl Auto und Kintops, Grammophone und Flugzeuge sowie seiner Suraja bei Wertheim und Tietz die notwendigen Toiletten mitnahm, aber auf [*sic!*] das Wichtigste vergessen hat: das Republikschutzgesetz. Hätte Aman-Allah sich statt diesem ganzen Zeug das Republikschutzgesetz mitgenommen und ein paar deutsche Polizeipräsidenten, sagen wir zum Beispiel den Herrn Bernhard Weiß [17] aus Berlin dazu, dann säße er heute ebenso fest im Lande der Afghanen wie Stresemann in dem der Deutschen. So irrt der Flüchtige jetzt in der Welt herum, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er eines Tages wieder in Berlin auftaucht. Und dann beginnt für Gustav eine schwere Not. Soll er seinen Freund wieder empfangen oder soll er ihn pfänden lassen? Was tun? Vielleicht könnte man den Exoten auch bei Tietz oder Wertheim für Eintrittsgeld sehen lassen, und vielleicht könnte dabei Gustav den Ausrufer machen. "Hereinspaziert, hereinspaziert, meine Herrschaften, hier ist zu sehen Aman-Allah, Aman-Allah von Afghanistan, das ist der Mann, den Sie sehen müssen; für drei Millionen Mark hat die deutsche Republik einst seinen Empfang vorbereitet, und noch größer sind die Summen, die dieser Mann aus Afghanistan an Deutschland schuldig geblieben ist, weil er vieles kaufte, auch, was er zu bezahlen vergaß. Hereinspaziert, hereinspaziert, immer alles herein, Arbeitslose haben freien Eintritt." Damit auch sie sehen, wie in der sozialen Republik eine geniale Außenpolitik die Gelder verhaut!

Das Berliner Reichstagsgebäude hat eine neue Attraktion in seine Mauern bekommen. Eine Pariser Mamsell oder Madam namens Noël hielt dort einen Vortrag. Und zwar über eine kolossal wichtige Frage, nämlich über die Schönheitspflege [18]. Da die Würde der Republik erst nach der Freiheit kommt und vor der Freiheit noch die Schönheit steht [19], ist es verständlich, wenn das hohe Präsidium jener erlauchten Korporation, die Tag und Nacht für die Schönheit, Freiheit und Würde des deutschen Lebens schuftet, diese Pariser Künstlerin als Sachverständige und Lehrerin geladen hat bzw. ihr den Reichstag zur Verfügung stellte. Madam hält die Schönheit bei den Menschen für das Wichtigste, was es gibt. Nur schöne Menschen, meint sie, können Hervorragendes leisten. Wem leuchtet nun nicht, beim Anblick der Gesichter unserer Volksführer, sofort verschiedenes ein? Und wem wird nun nicht augenblicklich manches klar? Man sehe ihre Gesichter an, und man kann sie nicht mehr verdammen. Nur wer aber im Schlechten verharrt, ist wirklich schlecht, doch wer sich zu bessern wünscht, verdient immer Nachsicht. Wie es heißt, soll denn auch der Vortrag dieser geistreichen Französin im

15 Richtig: Aman Ullah.
16 Vgl. Dok. 63, Anm. 21.
17 Bernhard Weiß (1880-1951), 1906 Dr. jur., 1914 Amtsrichter, 1918 Assessor im preuß. Innenministerium, 1920 Leiter der politischen Polizei, 1925 Leiter der Kriminalpolizei, 1927-1932 Polizei-Vizepräsident von Berlin, 1933 Emigration.
18 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 18.1.1929, "Schönheitspflege im Reichstag".
19 Vgl. Dok. 39, Anm. 11.

"hohen Haus" maßlos besetzt gewesen sein. Auch Herr Stresemann sei dort gewesen und auch seine Frau, heißt es. Und die anderen großen Männer unseres Volkes, die leider, wie man jetzt weiß, gar nicht groß sein können, weil sie ja nicht die Köpfe dazu besitzen, bzw. weil ihnen die nötige Schönheit fehlt, waren anwesend. Die Französin hat nun eine ganz kleine reizende Operation, mit der sie der mangelnden Natur nachhilft. Sie erzählte dem diesesmal gierig lauschenden Publikum des "hohen Hauses", wie sie in Paris die ungeheuersten Erfolge erzielt, indem sie der schwabbeligen und quabbeligen Menschheit durch ganz kleine und völlig schmerzlose Operationen (Herr Stresemann soll dabei besonders laut bravo gerufen haben) Fleisch- und Fettstückchen unter der Haut herausschneidet und diese dann so zusammenzieht und anspannt und verheftet und vernäht, daß dadurch die Runzeln verschwinden, ja, selbst die Bäuche und dicken Backen und fetten Beine sich wieder verdünnen und jugendlich geformte schöne Körper zum Vorschein kommen. Das aber wäre, so erklärt Frau Noël, die Voraussetzung für eine wahrhaft große Leistung eines Menschen. Da diese Äußerung nun mit einem unverkennbaren Hinweis auf die französischen Staatsmänner gefallen sei, soll sich der Herr Reichsaußenminister, glaubhaften Gerüchten zufolge, als erster entschlossen haben, zur Verschönerung seines Hauptes und damit zur weiteren Steigerung seiner staatsmännischen Leistungen etwas aus seinem Kopf herausnehmen zu lassen. Hoffentlich ist nun diese Französin keine Spionin und schaut bei der Operation etwa in den Kopf des Herrn Reichsaußenministers hinein! Und ausgerechnet jetzt, wo Landesverrat straflos sein soll [20]!

26. Januar 1929 Dok. 85
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover [1]

Niedersächsischer Beobachter vom 16.2.1929, "Adolf Hitler gegen falsche Hoffnungen und verhängnisvolle Schlagworte" [2].

Ungeheuer ist der Zusammenbruch unseres Volkes. Es gibt kaum ein Beispiel in der Weltgeschichte, daß ein Volk im Verlaufe von kaum zehn Jahren einen solchen Absturz, einen solchen Niederbruch erlitten hat wie unser deutsches Volk seit 1918. Und weil

20 Im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches waren mildere Bestimmungen über Landesverrat vorgesehen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 284 ff.

1 In der Stadthalle, nach 20.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB rund 4.000 Personen teilnahmen, wurde durch eine Rede von Joseph Goebbels eröffnet. Nach einer Rede von 1 1/2 Stunden sprach Hitler noch kurz auf einer weiteren Versammlung, die aufgrund des starken Andrangs in der Ausstellungshalle stattfand und an der 2.000 Personen teilnahmen. Bis zu Hitlers Eintreffen sprach hier MdR Josef Wagner.

2 Vgl. auch Hannoverscher Anzeiger vom 28.1.1929, "Hitler spricht in Hannover"; Niederdeutsche Zeitung vom 29.1.1929, "Adolf Hitler in der Stadthalle"; VB vom 29.1.1929, "Hitler in Hannover". Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Hannoverscher Kurier vom 28.1.1929, "Hitler spricht in Hannover"; ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 323 f.

dieser Niederbruch so unermeßlich, so kaum faßbar erscheint, deshalb müssen auch die Mittel unermeßlich sein, die dieses Volk wieder emporzureißen vermögen. Man kann nicht einen weltgeschichtlichen Zusammenbruch erleben von diesem Ausmaß und dieser Tragweite und dann hoffen, durch kleinliche Mittel ein solches Volk wieder herauszureißen aus seinem Jammer, seinem Elend und seiner Not. Weil dieser Zusammenbruch so unermeßlich ist, müssen auch unermeßlich groß sein die Anstrengungen und unermeßlich groß sein die Mittel und unermeßlich groß sein der Wille, dieses Volk wieder aus der Not herauszuziehen. Und weil dieser Zusammenbruch so ungeheuerlich ist, ist es unmöglich, daß Gebilde, die diesen Zusammenbruch ergaben, sei es positiv oder negativ, diesen Zusammenbruch in allen seinen Nöten überwinden. *Wer einst Deutschlands Größe nicht wollte, kann auch seinen Wiederaufstieg nicht wünschen. Und wer einst zu schwach war, seinen Zusammenbruch zu verhindern, hat auch nicht die Kraft, die Wiederauferstehung vorzubereiten, es wieder aufzurichten. Deshalb muß aus diesem Volke eine neue Bewegung erstehen*, eine neue, die vor allem lebensfähig, willensfähig ist, aus sich herauszugehen in der Lage ist. Kein gewöhnliches Parlament wird in der Lage sein, einen Staat, der so versklavt erscheint und so versklavt ist wie unser deutscher, wieder aus der Not zu retten. Nicht Mandate in den sogenannten gesetzgebenden Körperschaften werden jemals die Kräfte aufbringen, einen Staat aus solchem Unheil und Jammer wieder herauszuziehen. Das vermag nur eine Bewegung, die mit Liebe die Tiefen eines Volkes aufzurühren vermag, *das kann eine neue Bewegung, die Kräfte mobilisiert, die anderen vollkommen entgehen, die sie gar nicht zu bewegen vermögen, weil sie diesen Kräften vollkommen abhold sind*. Das kann eine Bewegung, die sich nicht festbinden läßt auf den Soldatenratsspruch: "Ruhe und Ordnung, die wollen wir halten" [3], sondern eine Bewegung, die gelernt hat, daß Ruhe und Ordnung bloß Sinn haben, wenn sie Leben bedeuten. Ruhe und Ordnung durch einen Soldatenratsspruch sind nur jener Schrecken ohne Ende, jener Schrecken, der zweckmäßig abgelöst wird von einem Ende mit Schrecken, weil unser Volk eines Tages wieder auferstehen kann, niemand aber sich wieder erheben wird, wenn sein langsamer Blutverlust soweit führt, daß niemand mehr übrig bleibt, der überhaupt noch eine Erinnerung besitzt an eine bessere und größere Zeit, eine größere Vergangenheit. Keine politische Partei und kein Parlament werden das deutsche Volk mehr retten, auch keine Wahl. Warten Sie ruhig ab. Wir erklären Ihnen, daß keine dieser Parlamentswahlen Ihr Schicksal ändern wird und kann. *Es mag im Laufe der Zeit vielleicht die Waagschale sich auf eine andere Seite hinneigen, heute rechts und morgen links, aber die allgemeine Linie ist die des Zerfalls.* Das, was allein unser Volk wieder emporzuziehen vermag, das wäre nicht ein Wandel parlamentarischer Macht, ein Wandel in Koalitionen, sondern das wäre ausschließlich ein Wandel der gesamten Sinne in unserem Volke, ein Wandel unseres Denkens in unserem Volke, eine Besinnung auf seine Gemütskräfte. Das kann eine Bewegung, die weit über den Parlamentarismus hinausschießt, die im höchsten Sinne des Wortes Weltanschauung ist, die dem einzelnen wieder eine feste Plattform gibt, von der aus er die Welt und ihren Wandel zu betrachten

3 In einem Aufruf forderte der Soldatenrat in Berlin am 9.11.1918: "Wir bitten Euch im Interesse unserer großen Sache, Ruhe und Ordnung zu halten und den Soldatenräten in den Kasernen unbedingt Folge zu leisten." Druck: Vorwärts vom 9.11.1918 (5. Extraausgabe), "An alle Militärpersonen von Groß-Berlin".

vermag, und eine Bewegung vor allem, die dem einzelnen die Kraft und den Glauben gibt: Wir sind doch noch nicht verloren, Deutschland ist auch noch nicht verloren. Nicht etwa, weil der Zufall uns einst retten wird, sondern, weil wir glauben, den Weg zu kennen, der zur Rettung führt, und weil wir den Willen dazu besitzen. Das werden Tausende unserer sogenannten bürgerlichen Mathematikusse nicht verstehen, die nur mit Zahlen und Ziffern rechnen, diese Hexenmeister der Republik, die nichts weiter kennen als Ausfuhr und Einfuhr, Tonnenzahlen von Eisen und Kohle und Majoritäten sowohl in den Parlamenten als auch in den Verwaltungskörpern. Sie werden es nicht verstehen, denn sie lächeln alle, wenn man ihnen von Kräften redet, die nicht Kräfte ihrer rein ziffernmäßigen Ansicht und Anschauung sind. Und doch mögen Sie überzeugt sein. Das, was bisher Staaten geformt hat, sind nicht mechanische Wirtschaftsanschauungen gewesen, sondern das sind die lebendigen Kräfte von allen Seiten gewesen, die die Völker mobilisieren im Schicksalskampf, im Daseinskampf, im Ringen um ihre nüchterne Existenz. Und da möchte ich an die Spitze dieser Betrachtungen *vier Grundsätze* stellen, die uns allen schon entfielen wie unseren ganzen bisherigen Parteien.

Jede dieser bisherigen Parteien vertritt eine bestimmte Gruppe des Volkes und verspricht dieser Gruppe gerade die Zukunft. Die eine tritt vor die Arbeiterschaft und verspricht ihr das Blaue vom Himmel. Die andere aber verspricht ihr Besitz, Dasein und Existenz. Wieder eine andere tritt vor den Landmann und Bauern und verspricht dem Bauern die Zukunft im Staat. Eine andere wieder begibt sich zu den Menschen, die etwas aufzuwerten haben, und wenn es nur wenige tausend Mark sind, und verspricht Erfüllung und macht Hoffnungen. Und wieder andere treten vor jene Menschen, die etwas erspart haben und es wieder zurückhaben wollen. Und alle diese Gruppen, nun, sie leiden an einem kapitalen Fehler. Sie glauben, daß das Schicksal der Nation geformt und gestaltet werden könnte ausgehend vom Schicksal einzelner, das mithin das Schicksal der Gesamtheit ist. Die Folgeerscheinung ist das Schicksal des einzelnen, während in Wirklichkeit das Schicksal der Gesamtheit das Schicksal des einzelnen bestimmt, während in Wirklichkeit niemals ein einzelner sich dem Wandel seines Schicksals zu entziehen vermag, der nicht vor sich sieht das gesamte Schicksal. Das Volksschicksal meistert bestimmt das Schicksal der einzelnen. Und wer heute hinaustritt in einen Kreis und mit diesem Kreis spricht und redet, und redet vom göttlichen Charakter, er muß unterliegen, wenn vor ihm nicht steht die gesamte Nation. Ein Menschenschicksal ist unbedeutend, das Volksschicksal bedeutet alles!

Und zweitens, *auch das örtliche Schicksal ist ohne jede Bedeutung* für das Schicksal des ganzen Reiches. *Was ist das Schicksal eines einzelnen Landes, was das eines einzelnen Bezirks, was das einer einzelnen Kommune?* Sie mögen irgendwelcher Bewegung Ihr Vertrauen schenken, die am besten zu wirtschaften versteht. In den engen Grenzen des Bezirks ist das alles lächerlich, wenn das gesamte Volksschicksal im ganzen Staat nicht zu bestehen vermag, wenn der ganze Staat als Allbesitz dem Untergang entgegeneilt. Und es ist das besonders lächerlich in einer Zeit, in der Deutschland selbst geradezu vergiftet erscheint am Charakterbesitz, in einer Zeit, in der Parlamente Unheil formen, in der Zeit ist ein Ortsschicksal lächerlich und unbedeutend, denn ganz Deutschland mit sei-

nen knapp 470.000 Quadratkilometern [4] ist ja räumlich genommen ein lächerlicher Begriff geworden. Ein modernes Flugzeug huscht in kaum drei Stunden über das gesamte Reich hinweg, von Ost nach West und von Nord nach Süd [5]. Belanglos ist es und zwecklos, ohne jede Bedeutung ist es, was im einzelnen Bezirk gemacht wird. Wesentlich ist aber, wie das Schicksal dieser Gesamtheit des gesamten Reichsgebietes sich entscheidet.

Und drittens: *Entscheidend ist nicht etwa dabei eine einzelne Person oder überhaupt Personen.* Es kann vorkommen, daß man Personen als typische Vertreter eines Gedankens herauszuziehen gezwungen ist nur deshalb, damit das ganze Volk in ihnen die typischen Vertreter dieses bestimmten Systems sieht, einer bestimmten Gedankenbewegung. Aber auch dann steht an der Spitze dieses Gedankens das System einer Person. Auch wenn sie die Trägerin der Gedanken ist, so werden diese doch langsam übergehen in den Kreislauf des ganzen Denkens eines Volkes, in das Blut eines Volkes. Und dann wird ein ganzes Volk von Ideen beherrscht, mögen sie nun richtig sein oder unrichtig. *Falsche Systeme können nicht von Idealisten vertreten werden, und sie vermögen nicht, ein Volk aus dem Unheil emporzuführen, wenn ein System ideenmäßig als falsch nachgewiesen werden kann,* als unlogisch, unmöglich und unfähig, Menschen zum Glück zu führen. Dann könnten selbst Idealisten ein solches System nicht segensreich gestalten, viel weniger aber dann, wenn die große Masse nicht handelte als Idealisten. Dieses System würde aus allem anderen eher bestehen als aus Idealisten.

Viertens: *Es beweist nicht die Richtigkeit eines Systems oder irgend einer Handlung der augenblickliche Erfolg der Zeit oder gar die Tatsache, daß man mit einem bestimmten System eine gewisse Zeit zu regieren vermag.* Da man uns dauernd vorwirft: Was wollen Sie denn eigentlich? Wir können doch damit regieren. Wir haben das schon zehn Jahre gemacht. Was bedeuten im Völkerleben zehn Jahre, während vorher Hunderte von Jahren aufbauten, von denen wir dann zehn Jahre zu zehren vermögen! Was sind im Völkerleben zehn Jahre, mit denen man sich fortzuwursteln vermag, gemessen aber an den Jahrhunderten, ja Jahrtausenden, denen ein Volkskörper trotzen soll und trotzen können muß.

Wir können Ihnen die Richtigkeit beweisen in vielen Dingen, daß Sie doch sehen müssen, daß es geht. Jawohl, es geht. Aber es fragt sich nur, weshalb. Weil Generationen vorher nicht Ihre Auffassung gehabt haben. *Sie können sagen, daß die Substanz die heutigen Steuern trägt. Ja, aber nur, weil es Generationen gab, in denen man die Substanz bildete, sonst wäre sie nie geschaffen worden.* (Beifall.) Sie leben vom Wirken anderer Zeiten. Und das gilt nicht nur wirtschaftlich etwa, es gilt auch auf allen Gebieten. Tausend Dinge tun die Menschen und sehen sie als ganz recht an, nur weil sie entweder zu feige geworden sind, sich die Frage vorzulegen: Wie wäre es denn eigentlich, wenn unsere Vorfahren das auch schon getan hätten? Denn es kann nicht ein Vorrecht sein für diese Zeit, daß in der Vergangenheit etwas recht gewesen wäre. Es kann nicht sein ein Vorrecht sein [*sic!*] einer Zeit, was früher als Laster gebrandmarkt worden wäre. Sowie die Menschen erst den Mut erhalten, die Dinge zu prüfen vom Gesichtspunkt ihrer Anwendbarkeit in Vergangenheit und in die Zukunft hinein, dann sieht man auf einmal zu

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 26, Anm. 22.

seinem Entsetzen, daß tausend liebgewordene Anspruchslosigkeiten des Lebens verhängnisvoll geworden wären, wenn unsere Vorfahren sie auch schon gehabt hätten. Dann sieht man, daß man die Richtigkeit der Vorgänge im Augenblick nicht prüfen kann, daß man sie nur prüfen könnte, gemessen an Vergangenheit und angewandt auf die Zukunft, und daß sich bei tausend Dingen des Lebens herausstellt, daß, wenn die Völker nur fünf Generationen einen bestimmten Zustand gehabt hätten, sie gar nicht mehr existieren würden. Alle diese Gerechtsame der Zeit, diese Vorrechte der Zeit, diese sogenannten Freiheiten, dann vergehen sie auf einmal und, es bleibt nichts übrig als purer Wahnsinn. Dann kann auf einmal dieser Apostel, der heute für Volksverminderung eintritt, für die Vermehrung des Volkes eintreten. Auswanderung und Geburtenbeschränkung kann da nichts helfen. Mein lieber Freund, wenn unsere Vorfahren in zwölf Generationen immer bei Not so gehandelt hätten wie heute, was würde dann recht sein? Mein lieber Freund, ich glaube, manchem würde der Angstschweiß auf die Stirn treten, wenn es plötzlich im Schicksalsbuch verzeichnet würde; dann wäre auch sein Name gelöscht und du wärst nie geboren. Es gibt Millionen Menschen, die diesen Grundsatz vertreten: "Uns alles und nach uns die Sintflut." Aber sie vergessen ganz, daß dieser Grundsatz auch vor ihnen hätte ausgesprochen werden können und daß die Sintflut entweder vor ihnen gekommen oder sie selbst weggespült hätte.

Wenn wir uns fragen, was steht an der Spitze eines Volkes, dann müssen wir zugeben: An der Spitze steht und stand zu allen Zeiten der ewige Kampf um das tägliche Brot. Es kann Tausende von verbildeten Menschen unserer Großstädte geben, die den wahren Sinn des christlichen Lebens, die soziale Lebensform, gar nicht erkennen, die gar nicht wissen, daß an der Spitze eines Volkslebens von Großstadtwahn und Kinofimmel doch immer wieder die Not ums tägliche Brot steht, d. h. die Sorge um die Ernährungsmöglichkeiten eines Volkes. Das ist zu allen Zeiten das Bestimmende im Völkerleben gewesen. Brotnot, d. h. Nahrungssorgen formen das Leben der Völker, bestimmen das Leben der Völker, zwingen dieses Leben in ganz bestimmte Bahnen.

Jede Anordnung im Staatsleben eines Volkes findet ihre Begründung in einer dringenden Notwendigkeit, einer dringenden Sorge. Daß England heute Weltmacht ist, Weltwirtschaftsmacht, hat seinen Grund in der Not der Ernährung dieses Volkes, geradeso wie umgekehrt unser eigenes Elend von heute wie der ganze Weltkrieg dieser selben Not zuzuschreiben ist. Brotsorgen, Nahrungsmittelsorgen, sie bestimmen in allererster Linie das Leben der Völker. Nicht ästethische Belange sind es, die an der Spitze stehen. An der Spitze steht der Trieb: "Herr, gib uns unser täglich Brot!" Woher kommt dies tägliche Brot? Es gibt Millionen, die über einer besonderen Lehre (d. h. dem Marxismus) ganz vergessen haben, daß dieses tägliche Brot gebunden ist an den Grund und Boden eines Volkes. Wir haben heute Millionen von Menschen, die auf Grund ihrer Lehren so verbildet sind, daß sie wirklich meinen, die Brotnot eines Volkes, die Lebenssorgen eines Volkes würden entschieden durch bestimmte Wirtschaftssysteme, Wirtschaftsauffassungen, durch sozialistische Gedankengänge, durch kommunistische Gedankengänge und durch kapitalistische Gedankengänge. Der Marxismus lehrt: An der Spitze steht nicht das Brotproblem, sondern an der Spitze steht das Wirtschaftsproblem. Oder besser, an der Spitze steht die Form der Wirtschaft. Und doch zeigt uns eine ein-

fache Betrachtung den Irrsinn dieser ein ganzes Volk verwirrenden Lehre. Nehmen wir an, ich habe heute, sagen wir zwei Millionen Quadratkilometer Land, sagen wir in Nordafrika, in der Sahara, mit zehn Millionen Menschen besiedelt und zwei Millionen Quadratkilometer Grund am Mississippi auch mit zehn Millionen Menschen, dann werden Sie die Zeit erleben, daß trotz allen Fleißes und aller Arbeitslust ausschlaggebend für das Leben dieser zehn Millionen die Muttererde ist und der Mensch auf diesem Bodenbesitz zugrunde gehen muß, und daß die Menschen, die auf der fetten Erde des Mississippi-Gebietes leben, die Lebensmöglichkeit besitzen, die den anderen versagt bleibt. An der Spitze des Bodenproblems selbst steht die Güte des Bodens. Wenn es anders wäre, wenn wirklich, wie uns der Marxismus lehrt, mechanische Formen hier wesensbestimmend wären für das Leben eines Volkes, dann müßte beispielsweise das deutsche Volk, das sich am meisten marxistischen Theorien genähert hat, den glänzendsten Lebensstandard besitzen, während das amerikanische Volk, das am weitesten entfernt ist von deutscher marxistischer Auffassung, den schlechtesten Lebensstandard besitzen müßte, doch ist es umgekehrt! Das bedeutet nunmehr, das sozialistisch-marxistisch regierte Deutschland hat einen erbärmlichen Lebensstandard, gemessen an dem des nach marxistischer Auffassung kapitalistischen nordamerikanischen Staates. Weshalb? Weil dort auf ungefähr 120 Millionen Menschen über zehn Millionen Quadratkilometer Grund treffen, während in Deutschland auf 62 Millionen Menschen ca. 470.000 Quadratkilometer Grund entfallen [6]. Das ist wesentlich: Wo Steine sind, kann auch kein Marxist plötzlich Brot hervorzaubern, wohl aber haben es die Marxisten bisher fertig gebracht, daß dort, wo bisher Brot gebaut wurde, Steine hingekommen sind. Nicht ihre Gedanken und Redensarten sind entscheidend, sondern an der Spitze steht das Brotproblem. Bekannt ist die Tatsache, daß wir in Deutschland schon einmal, am großen Umfang gemessen, ein sozialistisches Experiment der Wirtschaftsordnung hatten, nämlich Rathenaus Kriegsgesellschaft [7], mit dem Ergebnis, daß diese damals vollzogene Normierung unserer Ernährungswirtschaft nicht Brot gebracht hat, sondern nur Nöte. Hätte damals Deutschland statt Walther Rathenau 400.000 Quadratkilometer Weizenboden mehr gehabt, dann, glauben Sie [*mir*], wäre die Not nicht gewesen, ganz gleich, wie man experimentiert hätte. An der Spitze steht das Brotproblem, d. h., an der Spitze des Lebens eines jeden Volkes steht das Verhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche, die Ernährungsbasis. Und da unnormal ein Volk wächst und mithin seine Zahl verändert, während die Lebensbasis zunächst gleichbleibt, muß jedes Volk im Laufe seiner Entwicklung von Zeit zu Zeit in ein Mißverhältnis geraten zwischen seiner Volkszahl und seiner Ernährungsbasis, d. h., es treten hier Spannungen auf. In gewissen Zeiten guter Ernten vermag das alles ausgeglichen zu [*sic!*] werden. In Zeiten schlechter Ernten wird aber langsam eine Not fühlbar, die sich verbreitert, bis endlich diese Not ein Volk zwingt, Entschlüsse zu fassen, und damit wird die Politik, d. h. der Lebenskampf eines Volkes, maßgebend beeinflußt durch das Verhältnis zwischen Grundfläche und Volkszahl.

6 Vgl. Dok. 34, Anm. 20.
7 Vgl. Dok. 34, Anm. 24.

Ein Volk beginnt, verschiedene Wege zu suchen, je nach seiner Mentalität, je nach seinem Wesen, je nach seiner Umgebung, nach seiner Lage, um diese Not zu beheben. Der erste Weg, das ist der primäre, urgesunde, den ein jedes Volk einschlägt, wenn ihm sein Lebensraum eng geworden ist, das ist der Weg nach der Suche um neuen Grund und Boden. Wenn Sie heute in Genf, dem Sitz des Völkerbundes, diese komische Gesellschaft über die Stabilität der Völker diskutieren hören, so erscheint es fast, als ob diese Erde irgendwie durch eine höhere Instanz eine Einteilung erhalten hätte, eine Grenzeneinteilung, die nur diese Gesellschaft zu kontrollieren, zu überwachen hat. Glauben Sie [*mir*], dieser ganze Klub, der doch niemals zusammenhält, ist lächerlich, gemessen an der ewigen Umwälzung, in der sich diese Erde befindet, eine Umwälzung, die nicht nur etwa Eilande verschlingt, nein, die Kontinente in Meerestiefen taucht und andere wieder emporhebt, die Menschen und anderen Wesen auf dieser Welt stets neue Kräfte zuweist, die alles in ewigem Fluß und Wandel hält, die jedem Volk das gibt, was die Kraft eines Volkes zu erwerben vermag und die Kraft eines Volkes zu erhalten vermag, und jedem Volke das zubilligt, was der Fleiß eines Volkes zu bearbeiten vermag, fruchtbar machen kann.

Wenn wir den Blick von diesen lächerlichen Zeiterscheinungen des Augenblicks wegheben und zurückfliegen lassen über die Geschichte dieser Erde, dann sehen wir, wie ewiger Wechsel und Wandel Gebiete verschiebt, Kontinente verbindet und damit Lebensgrenzen zieht und wieder ändert, neue Vegetationen schafft, neue, ich möchte fast sagen, Welten der Lebewesen begründet und langsam wieder vergehen läßt. Warum? Weil die Natur selbst diese Wesen zwingt, sich zu verändern. Wenn wir den Blick in die Vergangenheit zurückfliegen lassen und sehen, wie alles das, was heute ist, nur dem Spiel dieser ewig freien Kräfte zuzuschreiben ist, die sich miteinander messen, die nicht etwa eine Einteilung gefunden haben durch ein Gotteswort, sondern stets durch die Kraft der Menschen, dann muß man lächeln, die Konstitution [*sic!*], Völkerbund genannt, über große Weltanschauungen verhandeln zu hören: So wie es jetzt im Jahre anno 1929 ist, so muß es nun bleiben, für alle und für alle ewigen Zeiten. Kleine menschliche Würmer, die so einen verwegenen Spruch ausstoßen, wobei die andern Menschen die leidtragenden sind. Denn die Weltverteilung von heute ist für verschiedene Völker von höchstem Glück. Es gibt zwei Sorten von Nationen, die einen sind die, die saturiert erscheinen auf dieser Welt, die ungeheure Gebiete erworben haben und die wohl sagen mögen: So, wie es jetzt ist, so ist es gut und schön, und so soll es bleiben für alle Zukunft! Dem gegenüber stehen die Völker, die in diesem Spiel der Kräfte der Welt zu kurz gekommen sind, die ewig Not zu dulden haben. Die können nicht erklären: So wie es jetzt ist, ist es schön und gut, und so muß es ewig bleiben, sondern diese Völker sind auch heute noch angewiesen zu versuchen, neue Lebensgrenzen zu finden, die ihrer Volkszahl entsprechen. So sucht jedes Volk den Raum, den es braucht. (Beifall.) Und wenn heute ein Marxist gegen uns auftritt und erklärt: Wir lehnen diese Theorie ab, dann wollen wir nur sagen: Mein lieber Freund, dann, wenn du das nicht anerkennen willst, dann darfst du auch niemals mehr Vater sein und dein Weib niemals mehr Mutter sein; denn mit jedem Kleinen, den ein Volk zeugt, mit jedem Kind, das es bekommt, wird es um einen Grad auf diese Bahn des Bodenerwerbs,

der die Ursache des Imperialismus ist, getrieben. Wenn du sagst: Wir wollen Gegner des Imperialismus sein, dann darfst du niemals Vater sein, denn indem du ein Kind zeugst, bist du ein Imperialist. Du zeugst einen, der Hunger hat, der Essen will, und den du nicht speisen kannst mit Völkerbundstheorien. Nach Brot schreit der kleine Wurm. Da wird der Marxist einwenden: So wollen wir das nicht, und es kommt der Vorschlag: Geburtenbeschränkung. Richtiger hieße es: Lebensbeschränkung.

Was heißt denn Geburtenbeschränkung? D. h., du beschränkst das Leben um Wesen und deren Wert, den du noch gar nicht kennst. So mancher Marxist, der diese Politik vertritt, ahnt gar nicht, daß bei einer Durchführung dieses Gedankens sein eigenes Leben, seine Lehre nicht bestehen würde, ahnt gar nicht, daß er nie geboren wäre.

Auswanderungen, Geburtenbeschränkung als Ersatz für Bodenerweiterung sind die ersten Kennzeichen schwacher Völker. (Beifall.) Wenn ein Volk den Weg überhaupt einmal beschreitet, dann begibt es sich auf eine Bahn, auf der es abwärts gleitet. Dann hört es auf, gesund und vernünftig zu denken, und spinnt sich stattdessen in graue Theorien ein. Die weitere Theorie lautet dann: Wenn wir den Boden nicht erweitern und doch der Not erliegen und wenn wir nicht genügend Menschen auswandern lassen können und nicht genügend die Geburten einschränken können, dann gibt es noch einen Weg, der heißt: Wirtschaft, d. h., statt Menschen exportieren wir Waren. Wir beginnen dann einen Teil der natürlichen Produktion über die eigene Notwendigkeit hinaus zu steigern, und kaufen uns für den Erlös das Fehlende, was wir brauchen.

Sowie ein Volk den Weg zur Volksvermehrung ohne Bodenerweiterung betritt, beginnt es, sein Leben abhängig zu machen von Faktoren, die außerhalb seiner eigenen Kräfte liegen. Es beginnt, Sklave seiner Wirtschaft zu werden, in Wirklichkeit aber Sklave von Kräften, die außerhalb seines Vermögens und seiner Kräfte liegen. Ein solches Volk hat nichts anderes als die Sorge um die Steigerung der Produktion, die Sorge um die Schaffung des notwendigen Absatzmarktes. Wenn wir das alles auf die Gegenwart anwenden, dann können wir etwa folgendes feststellen:

1. Der deutsche Raum ist zu beengt für unser Volk. Wir können auf diesem Boden unser Auskommen nicht finden.

2. Unser Volk will keine Raumerweiterung. Es ist ideenmäßig so vergiftet, so zerstört, daß es in dem Gedanken an Raumerweiterung etwas Unverantwortliches sieht. Folglich muß

3. unser Volk entweder durch Geburtenbeschränkung oder Auswanderung sich in diesen Raum hineinzwängen, wie er einmal da ist, und da nun frühere Generationen die Volkszahl über Gebühr erhöht haben, so bleibt nur eins übrig:

4. die Ernährung dieser Massen durch Wirtschaft zu versuchen.

Wir haben in Deutschland heute zwei große Lager: die Demokratie. Sie sagt: Wirtschaft! Und der Marxismus sagt: Volksminderung! Am Ende kommen beide auf das gleiche Ziel, denn auch die Wirtschaft kann der Volksverminderung auf die Dauer nicht widerstehen. Nehmen wir gleich unser deutsches Land als Beispiel. Deutschland zählt 62 Millionen Menschen. Diese 62 Millionen sollen ernährt werden von den 470.000 Quadratkilometern Boden, das sind auf den Quadratkilometer rund 136 Menschen [8],

8 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.

d. h., unser Volk kann von seinem Grund und Boden nicht ernährt werden. Darüber hilft keine marxistisch-kommunistische Theorie hinweg. Ganz gleich, welche Regierung sie einsetzen, immer steht als drohendes Schreckgespenst die Tatsache vor ihnen, daß vom eigenen Grund und Boden unser Volk nicht ernährt werden kann, besonders, da der Lebensstandard eines Volkes nicht nur gegeben erscheint durch den Wandel der Volkszahl, sondern auch durch das Leben anderer Völker, d. h., man sieht wie andere Völker leben und man will genauso leben. Das aber setzt auch ein ähnliches Bodenverhältnis voraus. Und da dies nun fehlt, will man in Deutschland versuchen, das zu kontrollieren, d. h., die marxistische Republik sagt: Geburtenbeschränkung; die marxistische Republik sagt weiter: Auswanderung. Sie vergißt dabei eins, daß Geburtenbeschränkung und Auswanderung zur Vernichtung dieser marxistischen Republik führen werden. Denn entweder die Welt wird regiert nach dem Gesetz der Demokratie (da entscheiden die zahlenmäßig großen Völker und Staaten), oder sie wird regiert nach dem Gesetz der Kraft, der natürlichen Kraftordnung. Dann regieren auch nicht mehr die Völker, die sich durch Geburtenbeschränkung und Auswanderung selbst geschwächt haben.

Auswanderung heißt: Herausziehen der besten Kräfte eines Volkes im Laufe vieler Jahrhunderte. Was wir Auswanderung heute nennen, das hat die amerikanische Union von vornherein erklärt: Ihr dürft 80.000 Auswanderer jährlich schicken, allein, sie müssen so groß sein, müssen gesund sein, dürfen niemals eine ansteckende Krankheit gehabt haben, dürfen niemals eine ansteckende Krankheit in ihren Familien gehabt haben. Sie müssen geistig gesund sein und körperlich gesund sein [9]. Wenn diese Auslese gesetzlich in eine solche Form gebracht wird, so heißt das: Wir verlieren jährlich 80.000 Menschen höchsten Wertes [10]. Das bedeutet aber eine Veränderung des zurückbleibenden Volkes. Sie können nichts mehr herausziehen aus einem Volke an wertvollsten Kräften, ohne nicht eines Tages eine Veränderung des inneren Wesens vorzubereiten, und damit wird dieses Volk eines Tages nicht mehr die Lebenskraft besitzen, um im Konkurrenzkampf um das Leben mit anderen Völkern mitzuringen, die die guten Kräfte von uns jahrhundertelang bezogen haben. Wenn wir von Geburtenbeschränkung reden, dann sieht man auch nur die ziffernmäßige Verminderung, sieht aber nicht, daß man durch die Geburtenbeschränkung die Auswahl der Natur nach Köpfen vermindert. Denn würde ein Volk nur mehr Erstgeburten, höchstens Zweitgeburten haben, dann würde es versuchen, diese Erst- und Zweitgeburten zu hegen und zu pflegen. Hätte Deutschland stets nur Erst- u. Zweitgeburten gehabt, dann hätte es nicht das erreicht, was es heute ist, d. h. aber in Wirklichkeit: Ein Volk bringt sich damit um seine großen Männer, um seine großen Köpfe. Denn wenn Sie die deutsche Geschichte nach den großen Köpfen durchforschen auf allen Gebieten, der Wissenschaft, der Technik, der Industrie, der Staatskunst, der Heeresführung usw., der Kunst selbst, dann werden Sie feststellen können, daß neun Zehntel dieser großen Köpfe nicht die Erst- und Zweitgeburten gewesen sind, sondern 3., 4., 5., 7., 11. und 12. Kinder waren. Da kommt nun der

9 Vgl. Dok. 37, Anm. 14.

10 1929 wanderten 38.188 Personen in die USA aus; die Auswanderung in die USA hatte 1926 mit 51.144 Personen ihren Höchststand zwischen 1919 und 1933 erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 35.

Marxist und Demokrat und sagt: Was heißt Geist, was heißt große Männer? In der Zukunft entscheiden nicht einzelne Personen das Leben der Nation, es entscheidet die Masse, die Zahl. Die Majorität ist das Fundament des Zukunftsstaates und der zukünftigen Menschen. Schön, dann antworten wir: Du wirst also von den Majoritäten ein Bild machen lassen, du wirst den Majoritäten Monumente bauen lassen. Und man sieht sie schon heute, deine Monumente. Verdammt! Sie schauen nach Majoritäten aus (Beifall). Wenn uns ein Marxist entgegentritt und erklärt: Was hat eigentlich ein großer Kopf für ein Volk für einen Wert? Dann können wir nur antworten: Große Köpfe lassen sich zu allen Zeiten nicht nur geistig, sondern auch wirtschaftlich abwägen. Der Mensch, der die Verflüssigung der Kohle in Deutschland entdeckt und praktisch durchführt [11], hat national-ökonomisch, möchte ich fast sagen, genau feststellbaren Wert. Und wenn sie uns fragen: Was ist das rein mathematisch-rechnerische Ergebnis dessen, daß Deutschland im Jahre 1914, als es in den Krieg eintrat, keinen großen Staatsmann hatte? Das hat zur Folge, daß wir den Krieg verloren haben, und das hat wieder zur Folge, daß das deutsche Volk seit 1918 eine Unsumme von Diktaten zu erfüllen hat [12], von wirtschaftlich meßbaren Diktaten, die jeden einzelnen belasten, daß wir seit zehn Jahren Milliarden unseres Volksvermögens opfern, daß jeder Prolet einen Teil seiner Arbeit opfert, daß seit zehn Jahren große Gebiete unseres Lebens verpfändet erscheinen, daß alles in eine Waagschale gelegt, aufgewogen wird auf der anderen Seite durch einen einzigen großen Staatsmann, den wir nicht gehabt haben. Das ist der reale Wert. Kriegsentschädigungen auf der anderen Seite sind der Wert für den Staatsmann, der gefehlt hat, um den Krieg günstig ausgehen zu lassen. Auf allen Gebieten können wir die Mißerfolge immer nur durch ein Fehlen von hervorragenden Personen erklären. Wenn demgegenüber der Marxist heute sagt: "Das ist uns egal, wir machen das nicht mit, wenn wir irgendeinen Kopf sehen, der über den normalen Durchschnitt hinausragt, schneiden wir ihn einfach ab." So erwidern wir: "Dann lügen Sie dem Volke auch nicht vor, daß Sie ihm soziales Glück, Schönheit, Freiheit und Würde [13] bringen würden. Völker ohne Köpfe sind von jeher Sklaven von Köpfen gewesen; d. h., wenn ein Volk nicht eigene Köpfe hat, die es führen und denen es sich unterordnet, dann wird es sich unter fremde Köpfe beugen lernen." (Lebhafter Beifall.)

Ich bekenne mich zum eigenen Volke, zum Machtwillen, zur Notwendigkeit, eigenen Volksgenossen als Führer zu gehorchen, mich unterzuordnen, ihnen meinen Geist und meine Kraft zu leihen im Dienste des Volksganzen. Ich will Deutscher sein, Gegner von Fremden, ich will der Fremdherrschaft trotzen. (Lebh[*after*] Beifall.) *Die marxistische Theorie führt in der Beschränkung der Lebenskraft eines Volkes zwangsläufig am Ende zur Schwächung der Kraft an sich, und damit beginnt die Unterwerfung und Versklavung. Vor allem aber vergeht dann die Möglichkeit, jene sozialen Hoffnungen und Wünsche zu erfüllen, die sie selbst einst ausgesprochen haben und die sie bei Millionen erweckten. Ich kenne*

11 Friedrich Bergius (1884-1949), Chemiker, 1907 Dr. phil., 1909 Habilitation, 1911 Entwicklung der Kohlehydrierung, 1916 Leiter des Kohleforschungslabors Mannheim-Rheinau, 1928 Entwicklung eines Verfahrens zur Gewinnung von Holzzucker, 1931 Nobelpreis für Chemie.

12 Bezieht sich auf die Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

13 Vgl. Dok. 39, Anm. 11.

kein größeres Verbrechen, keinen größeren Frevel, als Millionen Glück, Freiheit und Freuden zu versprechen und dann durch ein verruchtes System jene Möglichkeit der Erfüllung zu verhindern.

Von seiten der Wirtschaftsdemokratie wird Deutschland erklärt: *Wir werden durch die Wirtschaft unseren Staat retten*, die Ernährung unseres Volkes durch Wirtschaftlichkeit sicherstellen, das Problem der wirtschaftlichen Ernährung unseres Volkes ist ein Problem der Steigerung der Produktion. Es ist gedankenlos, über die Tatsache hinwegzugehen, daß die Steigerung der Produktion erst in zweiter Linie kommt, in erster Linie aber die Steigerung des Absatzes steht, d. h. der Absatzmarkt ist das Wesentliche. Wenn nun ein Volk wie das deutsche seinen inneren Markt langsam planmäßig ruiniert, wenn es z. B. über den Stand des Bauern gleichgültig hinwegsieht und nicht erkennt, daß der innere Absatzmarkt das Wertvollste ist, dann bleibt nur die Hoffnung auf den äußeren Absatzmarkt. Und dieser äußere Absatzmarkt ist sehr umworben nicht nur vom deutschen Volke, sondern von zahllosen anderen Völkern der Welt auch. Genauso wie Deutschland kämpft um die Welt als Absatzgebiet, genauso kämpft Frankreich, kämpft England, so kämpft auch ein großer Teil der anderen Staaten. Und dieser Wille, über den eigenen Boden hinweg durch Weltexport, Welthandel usw. ein Volk zu ernähren, hat so viel Verführerisches an sich, daß das gesunde Denken eines Volkes aufhört.

Wenn man verzinst [*sic!*], daß die Wurzel aller Kraft im eigenen Boden liegt, und sich statt dessen durch wahnwitzige Ideen gefangennehmen läßt, wird man zum Industriekuli in den Großstädten, wo die Menschen nichts weiter sehen als Weltexport, Weltwirtschaft, Weltindustrie. Dann liegt die Zukunft nur noch auf dem Wasser, dann blicken die Völker hinaus in die Fremde, rechnen mit Faktoren, die am Ende unbestimmt erscheinen. Die Menschen verlieren dann die Fühlung mit dem eigenen Boden, aber auch die Beziehungen zum bodenständigen Denken. Diese Menschen haben nur einen Gedanken, sie denken nur an Export und an billigen Import, d. h. Öffnung der Grenzen für Lebensmittel. Diese Massen in den Großstädten ruinieren ihren eigenen Bauernstand. Dieser Bauernstand aber flüchtet wieder in die Großstadt. Der Schrei wird noch größer, der Welthandel muß noch mehr einspringen. Export und Import werden noch grandioser, und dadurch wird wieder ein Teil des Bauernstandes vernichtet, und dieser flutet abermals in die Großstadt. Das wieder verstärkt neu den Schrei nach Öffnung der Grenzen und bringt abermals einen Teil des Bauernstandes in Gefahr, und so verwandelt sich in 70, 80 Jahren ein Volk, das eng im eigenen Boden verwurzelt ist, zu einem Industrievolk, das nur in den Großstädten haust, das am Ende keine eigene Landwirtschaft mehr besitzt, das den inneren Absatzmarkt verliert und das nun angewiesen ist auf einen Absatzmarkt, um den auch zahlreiche andere Völker kämpfen. Wenn nun ein Volk diese Umwandlung verbindet mit staatspolitischem Denken, d. h. verbindet mit Entschlossenheit, um diesen Weltmarkt zu erobern, dann ist es gut. Das hat England getan. *Wenn aber ein Volk diesen Wettkampf um den Weltabsatzmarkt mit einem Palmzweig in der Hand ausfechten will, wenn ein Volk sich damit Platz erobern will, dann kann man schon von vornherein sagen: Ihr werdet eines Tages in irgend einem Absatzgebiet auf einen anderen stoßen, der auch dort Geschäfte machen will. Und wenn ihr sagen werdet: Wir ha-*

ben eine bessere Ware und bieten billigere Preise, darum werden wir das Geschäft machen, dann wird der andere mit dem Schwert dazwischenschlagen. (Beifall.)

Was haben wir erreicht, als das Deutschland, das wirtschaftsfriedlich die Welt erobert hatte, plötzlich an Englands Panzer stieß? Daß England plötzlich erklärte: Halt, keinen Schritt mehr weiter, wir sehen, daß wir wirtschaftlich mit Euch nicht mehr konkurrieren können, aber unser Wirtschaftskampf ist kein Kampf der Illusionen, sondern ein Kampf der Ernährung von soundsoviel Millionen Engländern im Mutterlande, ein Kampf auf Leben und Tod. Und der Deutsche sah, daß hinter jedem wirtschaftsfriedlichem Kampf am Ende das Leben der Menschen steht. Vor dieser Tatsache stehen wir heute. Deutschland ist machtpolitisch vom Weltmarkt zurückgeschlagen, machtpolitisch abgeschnitten. Jeder deutsche Industrielle, der heute noch meint: Wenn wir nur billiger produzieren könnten, dann würden wir uns den Weltmarkt erobern, der vergißt, daß dann nicht etwa der Engländer sagen wird:

"Jawohl, im Jahre 1914 haben wir gegen euch Krieg geführt, weil ihr durch die Produktion die Welt erobert habt. Weil ihr aber so friedliebend seid, so gut, so anständig, weil ihr so billig produzieren könnt, wollen wir lieber vom Weltmarkt zurücktreten und ihn euch geben." Ihr lieben Deutschen, glaubt ihr, daß der Engländer sagen würde: "Wir haben allerdings 4 1/2 Jahre gegen euch gekämpft und das Bestehen des britischen Reiches samt seinen Dominions aufs Spiel gesetzt, aber nun sehen wir ein, daß wir euch Unrecht getan haben, daß es unanständig wäre, wenn wir noch länger gegen euch kämpfen würden?" Es ist dies so blödsinnig. Und wer sich einbildet, nur durch die billige Produktion den Weltmarkt erobern zu können, der vergißt ganz, daß hinter jeder Eroberung eine Waage steht. Auf der einen Seite, da liegt die Produktion, auf der andern Seite das Schwert. Und die Schale sinkt, in die stets das Schwert geworfen wird. Das Recht hört in dem Augenblick auf, in dem Völkerinteressen gegeneinander stehen. Und das Volk, das schnell entschlossen ist, seine Interessen bis zum Äußersten zu wahren, hat den Erfolg, und nicht das, das die billigsten Produkte liefert oder auch nur die besten Produkte. *Sehen Sie, heute ist mancher Kommunist oder Sozialdemokrat hier, der mir entgegentritt und sagt: Wir lehnen das ab. Mein lieber Freund, ich verfolge deinen Weg. Dich wird der Hunger quälen, und die Not wird kein Ende nehmen, und dein friedlicher Kampf ums tägliche Brot wird überall auf Widerstand stoßen. Und eines Tages wird von deinen Augen die Binde der marxistischen Verdummung herunterfallen, und du wirst wieder sein ein Mensch, der um sein Leben kämpft.* (Lebhafter Beifall.) *Und du wirst nicht mehr sagen: Auf Grund meiner Theorien und Bekenntnisse lehne ich mich dagegen auf, sondern du wirst eines Tages schreien: Schlagt das Tor der Mauer, die uns umgibt, ein, und wir folgen euch nach.* (Beifall.) Unsere Aufgabe wird es nun sein, dies bloß zu vollziehen. Wir müssen in unserem Volke den Geist sammeln, daß es endlich über die kleinen Dinge, die es noch zu trennen vermögen, hinweggleitet und nur die großen Lebensnotwendigkeiten vor sich sieht, die große Not, der unser Volk ausgeliefert erscheint, und daß diese Not nur gebändigt wird durch gemeinsame Verbindung von Kopf und Faust. Das ist die Lage Deutschlands heute, daß wir wohl wünschen mögen, wirtschaftsfriedlich das tägliche Brot zu erwerben. Denn wer will von den Führern des heutigen Deutschlands bestreiten, daß sie friedliebend sind, daß aber die Widerstände stärker sind als ihre Absichten und

daß sie scheitern an mangelnder Macht, daß aber die nationale Macht eines Tages wieder notwendig wird. Und da tritt uns der bürgerliche Demokrat entgegen als auch der Mann von links und erklärt uns: Ja, Macht! Was wollen Sie denn? Macht heißt Waffen, und Waffen, die haben wir nicht. Nein, mein lieber Freund, Macht heißt Kraft, und Kraft wieder heißt in erster Linie Wille. Und Wille ist der Weg, der auch die Waffen schmiedet. *An der Spitze steht nicht der tote Waffenbesitz, sondern an der Spitze steht der lebendige Selbsterhaltungstrieb eines Volkes.* Sagen Sie nicht, Herr Stresemann: "Wenn ich Waffen hätte ..." Lieber Herr Stresemann, wenn Sie Waffen hätten, dann wüßten Sie ganz genau, was Sie damit tun würden. Sie würden die Waffen auch nur wieder vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachten. Wir glauben, daß in erster Linie an der Spitze der Mut steht. Wenn ich zwei Männer nehme, der eine ist mutig und der andere ist es nicht, und dem mutigen Manne gebe ich einen Stock und dem anderen gebe ich ein Maschinengewehr und ich sage: Nun tragen Sie das in den Wald, so weiß ich von vornherein: Der Feigling wird, wenn er mit Waffen gespickt ist, tausend Gründe für die Nichtanwendung der Waffe finden. Sowie der Feind kommt, wird er sich überlegen, ob er nicht vielleicht die Waffe hingeben könnte, um dadurch den Feind zu besänftigen, oder ob er sie lieber nicht schnell verkaufen, verschrotten könnte. (Lebhafter Beifall.) Aber der Mann mit dem mutigen Herzen, mit dem Knotenstock, wird sich auf alle Fälle wehren, gleichgültig, welche Aussichten es haben mag, aber wehren wird er sich. Und das scheint mir das Wesentliche zu sein.

2. Februar 1929 Dok. 86
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.2.1929.

Zu den Staaten, auf die sich in Europa das französische Bündnissystem stützt, gehören in erster Linie Jugoslawien und die Tschechoslowakei [1]. Wenn durch Jugoslawien Italien bedroht wird, so hat dieses sich dafür in Ungarn einen Bundesgenossen erworben [2], der als Rückenbedrohung gegen Jugoslawien betrachtet wird. Es ist nun die Aufgabe der Tschechoslowakei, Ungarn in einem solchen Fall lahmzulegen. Würde die Tschechoslowakei in Europa für Frankreich ausfallen, so wäre damit auch Jugoslawien in seiner Waffenhilfe gegen Italien zumindest behindert, wenn nicht gar ausgeschaltet, denn dann könnte Ungarn als Entlastung Italiens gegen Jugoslawien in Stellung gehen. Dies ist auch der Grund, warum (vermutlich auf französische Anregungen) in Jugoslawien durch die Diktatur der innere Konflikt zwischen dem Serben- und Kroatentum aus der Welt geschafft werden soll [3]. Die Kroaten besitzen augenblicklich eine andere Möglichkeit, als sie in den politischen Parteien liegt, zur Vertretung ihrer nationalen Rechte und Ansprüche nicht. Indem nun durch die ersten Verfügungen der neuen Diktatur alle bisherigen Parteien außer Kraft gesetzt wurden, trifft dieser Schlag tatsächlich ausschließlich die Kroaten, da die Serben ihre Vertretung nach wie vor im Königtum selbst haben. Wie sehr diese Entwicklung französischen und im tiefsten Grund antiitalienischen Interessen dient, zeigt der Chor der Juden- und Freimaurerpresse Europas nur zu deutlich. Zur weiteren Sicherung des französischen Vorgehens gegen den faschistisch-italienischen Staat und seinen antifreimaurerischen Führer [4] bemüht man sich, nun auch die inneren Schwierigkeiten der Tschechoslowakei so schnell als möglich zu überwinden. Denn so, wie in Jugoslawien der Zwiespalt zwischen Kroaten und Serben die innere Kraft dieses französischen Hilfsstaates zu schwächen drohte, so in der Tschechoslowakei der Gegensatz zwischen Tschechen und Slowaken. Infolge der alten Taktik des Totschweigens erfährt man hierüber im Ausland, besonders in Deutschland, nur sehr wenig. Tatsächlich ist der tschechoslowakische Nationalitätenstaat denselben inneren Krisen ausgesetzt, wie sie einst das alte Österreich erschütterten. Der bedeutsamste Führer der Minderheiten-Opposition slawischen Charakters in diesem Staate ist der Slowakenführer Dr. Tuka [5]. Es ist nun kein Zufall, daß im selben Augenblick, in dem man sich in Bel-

1 Frankreich hatte 1924 mit der Tschechoslowakei und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Bündnisverträge abgeschlossen. Vgl. Adám, Richtung Selbstvernichtung, S. 62 f.

2 Am 5.4.1927 war ein ital.-ung. Freundschafts-, Versöhnungs- und Schiedsvertrag abgeschlossen worden. Zum ital.-ung. Verhältnis vgl. Ignác Romsics, István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921-1931. In: Südost-Forschungen 49 (1990), S. 243-291, S. 264 ff.

3 Vgl. Dok. 84, Anm. 10.

4 Benito Mussolini.

5 Vojtěch Tuka (1880-1946), Jurist und Journalist, 1907 Dozent für Völkerrecht in Fünfkirchen, 1914-1921 Professor in Preßburg, 1921-1928 Chefredakteur der autonomistischen Zeitung "Slovak", 1929 Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat, 1939 Innenminister der Slowakei, 1939-1944 Ministerpräsident, 1946 hingerichtet.

grad auf französische Anregung hin entschließt, gegen die kroatische Opposition die großserbische Diktatur auszurufen [6], in Prag der Haftbefehl gegen den slowakischen Oppositionsführer vollzogen wird. Unter der Behauptung, Dr. Tuka hätte in hochverräterischer Weise mit dem Ausland - Ungarn und Italien - konspiriert [7], wurde dieser zunächst in Haft genommen. Inwieweit man sich zu weiteren Schritten gegen die slowakische Opposition veranlaßt sehen wird, muß noch abgewartet werden. So viel aber ist sicher, daß Frankreich mit allen Mitteln darauf dringen wird, zur Hebung der äußeren Schlagkraft der Tschechoslowakei die inneren Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, und wenn das nicht im Guten geht, dann eben im Bösen. Ob durch die Verhaftung Dr. Tukas die slowakische Opposition wirklich überwunden werden kann, ist allerdings mehr als zweifelhaft. Im Gegenteil! Soviel sich heute schon übersehen läßt, ist sie der Anlaß zu einer neuen Welle von Empörung und führt zu einer nur noch größeren Erbitterung. So bleibt dann am Ende auch hier nichts anderes mehr übrig, als durch Gewaltmaßnahmen die demokratische Freiheit über Bord zu werfen, um mit Hilfe der Diktatur der Schwierigkeiten Herr zu werden. Tatsächlich wird auch dieses Wort in Europa immer geläufiger. Man soll sich aber über eines nicht täuschen: Was in Italien gelungen ist, kann und wird nicht überall gleich gelingen. Was dem geborenen Massenbeherrscher Mussolini gelang, bringt nicht jeder politische Dreikäsehoch der nächstbesten bürgerlich-demokratischen Partei auch fertig, wenn infolge des vollkommenen Abwirtschaftens einer solchen Parlamentserscheinung der bekannte Esel nach dem Ausnahmezustand zu schreien anfängt. Wie wir das zum Beispiel in Bayern schon zu erleben, Gelegenheit hatten [8].

Im übrigen gibt es in der Tschechoslowakei außer den Slowaken rund 3,9 Millionen Deutsche [9]. Auch sie müßten eigentlich eine Opposition darstellen, um so mehr, als gerade ihr völkisches Leben von den Tschechen am meisten vergewaltigt wird. Wenn dem nicht so ist, also aus dieser Tatsache der Tschechoslowakei keinerlei wirksame und merkbare Opposition erwächst, dann ist dies zwei Tatsachen zuzuschreiben: erstens dem Bestand bürgerlich-demokratischer deutscher Parteien [10], die in der Tschechoslowakei genau so charakterlos und erbärmlich sind und die Belange des Deutschtums genau so verraten wie in Deutschland selbst, und zweitens einer deutschen Außenpolitik, die durch den Namen Gustav Stresemann auch in dieser Hinsicht genügend gekennzeichnet erscheint. Denn wenn dem Slowakenführer Dr. Tuka die Verbindung mit Ungarn und Italien nachgesagt werden kann, so ist dies für den Mann im tschechischen Staat juristisch heute vielleicht belastend, für Ungarn aber und Italien der Beweis einer ebenso aktiven wie klug vorbauenden außenpolitischen Tätigkeit. So was wird man aber Herrn

6 Vgl. Dok. 84, Anm. 10.

7 Zum Fall Tuka vgl. Jörg K. Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1978, Stuttgart [2]1978, S. 52 f.

8 Anspielung auf die Verhängung des Ausnahmezustands durch die bayer. Regierung am 26.9.1923.

9 Die Volkszählung von 1921 ergab 3.217.885 Deutsche. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, S. 18.

10 Zu den Parteien der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei vgl. Ladislav Lipscher, Die parteipolitische Struktur der Minderheiten und ihre staatsrechtlichen Vorstellungen zur Lösung der nationalen Frage in der Tschechoslowakei (1918-1930). In: Bohemia 22 (1981), S. 343-380, S. 343 ff.

Stresemann niemals nachzusagen in die Lage kommen. Herr Stresemann wird niemals mit dem Deutschtum in der Tschechoslowakei konspirieren, er wird niemals versuchen, eine deutsche Opposition in diesem Staat zu fördern, ja, er wird im Gegenteil an einer solchen Opposition gar keine Freude haben, denn er wandelt ja schon längst nicht mehr in Deutschland, das von Frankreich und seinen europäischen Bundesstaaten auf das furchtbarste bedroht und bedrückt wird, als vielmehr im Völkerparadies des Weltenbaumeisters und mit seinem geistreichen Auge sieht er in der Zukunft kein mögliches Kriegstheater in Europa, sondern ausschließlich die Marionettenbühne zu Genf [11], allwo er gewichtiglich einherstolziert und große Reden zur Verbrüderung der Völker näselt.

Während die Arbeitslosenziffer die Zahl von einer Million siebenhunderttausend schon wieder um ein Gewaltiges überschritten hat [12], geht die Zahl der Konkurse, Geschäftsschließungen in die Zehntausende [13]. Unter der Industrie [*sic!*], die in der letzten Zeit in Deutschland sehr ins Wanken kam, steht an der Spitze die der Automobil- und Motorenfabrikation. So erfährt man in diesen Tagen, daß nunmehr auch die größte deutsche Automobilfabrik, Opel in Rüsselsheim, vom amerikanischen Finanzkapital verschluckt wurde [14]. Man nennt dabei als Kaufsumme den netten Betrag von 120 Millionen Mark. Für die Geldgeber der General-Motors-Korporation allerdings nur ein Pappenstiel. Damit ist eines der wenigen Werke, die sich in Deutschland noch in Privatbesitz befanden, zum größten Teil wenigstens aus deutschem in fremden Besitz übergegangen. Der Kampf gegen den Kapitalismus, den die verlogenen marxistischen Börsenzutreiber-Parteien einst als Parole für ihren Revolutionsschwindel verwendeten, trägt überall seine Früchte. Ein deutsches Werk nach dem anderen geht aus unserm Nationalbesitz in den der Weltbörse über. Und damit aber erlischt bei einem politisch an sich entrechteten Volk auch jede wirtschaftliche Wehr- und Widerstandsfähigkeit. Denn wenn erst einmal die ganze deutsche Wirtschaft in internationalen Finanzbesitz übergegangen ist, nimmt das Streikrecht bald sein Ende. Der deutsche Arbeiter wird dann der Leidtragende sein, und der deutsche Beamte und deutsche Angestellte ebenso. Das Schicksal, das sich jetzt am Bauern vollzieht, wird sie nicht verschonen. Auch sie werden rechtlose Arbeitskulis einer Macht, die vor jedem Zugriff sicher ist. Ihre Parteien aber werden dann nicht mehr vom "8-Stunden-Tag" reden [15], von "Volksrechten", vom gerechten Lohn und schändlichem Gewinn, denn sie haben ja dann das Ziel erreicht, das die marxistischen Verbrecherorganisationen vom ersten Tag an hatten: Vernichtung eines blühenden unabhängigen Volkes und Verwandlung desselben in eine Kolonie der internationalen Hochfinanz. Daher auch der grimmige Haß dieser Parteien gegen jene Bewegung in Deutschland, die seit zehn Jahren auf diesen ungeheuren Volksbetrug hinweist und von der sie befürchten, daß sie im Falle ihres Sieges diese internationalen Al-

11 Anspielung auf die Völkerbundsversammlung.
12 Vgl. Dok. 78, Anm. 10.
13 1928 waren 10.595 Konkurse eröffnet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 399.
14 Bezieht sich auf die am 24.1.1929 vollzogene Umwandlung der Opel-Werke in eine Aktiengesellschaft, die zur Vorbereitung der Übernahme durch die General-Motors-Corporation diente.
15 Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

lerweltsgauner einst an Laternen und Masten aufhängen lassen wird: die Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

Zu den beliebtesten Mittelchen marxistischer Kampfwaffen gehört anderen Parteien gegenüber die Verdächtigung, sie seien vom Auslande bezahlt und mithin von ihm abhängig. Die ganze Größe dieser unverfrorenen Frechheit liegt dann darin, daß solche Verdächtigungen durch Menschen und Parteien verbreitet werden, die selbst in monatlich genau bekannten Zuschüssen ausländischer Geldgeber ihr mehr oder minder luxuriöses politisches Dasein bestreiten. So schleudert zum Beispiel dieselbe Kommunistische Partei, die nur durch Sowjetrußlands Geld und Gnaden ihr deutsches Dasein fristet, mit den wütendsten Anschuldigungen über "ausländische Geldgeber" ihre Angriffe gegen die politisch so sehr gehaßte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Als einer dieser Geldgeber besonders verächtlicher Art fungierte dabei immer wieder der Name "Ford". Jener Mann, der das unwürdigste kapitalistische System der Menschenausbeutung ersonnen haben soll [16], unterstützt also die N.S.D.A.P. [17]. Wer traut da seinen Augen, wenn er nun liest, und zwar in der Pariser Ausgabe der "Chicago Tribune", daß nunmehr dieser ganz selbige Herr Ford, von der ganz allein richtigen Staatsleitung, der ganz allein richtigen Sowjetunion eingeladen wurde, in Moskau eine Ford-Fabrik zu gründen und mit ihr und nach seinen Methoden jährlich hunderttausend Ford-Autos herzustellen [18]. Aber sie sind überall die gleichen Betrüger und Schwindler. Überall wettern sie gegen den "Kapitalismus", brüllen gegen die "kapitalistische Wirtschaft", vernichten die nationalen Produktionen, holen dann die internationale Finanzwelt und verpfänden ihr, was nicht niet- und nagelfest ist [19]. Nun ist der Ford-Betrieb auf einmal nicht mehr "kapitalistisch", sondern "modernst wirtschaftlich", und der Arbeiter, der dagegen in Moskau das Maul aufreißen wird, kann sich im Namen des zivilisatorischen Fortschritts der Sowjetunion an die Wand stellen. Allerdings muß zum leichteren Verständnis noch hinzugefügt werden, daß der heutige Ford doch nicht mehr ganz der Ford von einst ist. Denn der Ford von einst war ein Antisemit, und deshalb waren seine Methoden "arbeiterfeindlich", der Ford von jetzt hingegen soll sich mit den Juden ausgesöhnt haben, und deshalb ist auch gegen seine Methoden vom Standpunkt des Arbeiters nichts mehr einzuwenden [20].

Als im Deutschen Reichstag über die Frage der Bewilligung oder Nichtbewilligung der ersten Rate zum Bau des neuen Panzerkreuzers debattiert wurde [21], sah sich bekanntlich Herr Groener veranlaßt, in einer besonderen, unbedingt als geheim zu betrachtenden Denkschrift die Notwendigkeit des Ausbaus der deutschen Flotte zu be-

16 Ford gilt als Erfinder der Fließbandproduktion.
17 Es gibt keine Hinweise dafür, daß Ford die NSDAP finanziell unterstützt hat. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 75, 442.
18 Vgl. Vossische Zeitung vom 20.1.1929, "Ford in Sowjetrußland".
19 Vgl. Dok. 34, Anm. 19.
20 Henry Ford war Verfasser einer antisemitischen Artikelfolge in der Wochenzeitung "Dearborn Independent". 1927 versuchte er, das Buch vom Markt zurückzuziehen. Deutsche Ausgabe: Der internationale Jude, 2 Bde., Leipzig 1921/22; [31]1934.
21 Am 15./16.11.1928. Vgl. Dok. 32, Anm. 4.

gründen [22]. Diese Denkschrift sollte nur wenigen Personen zugestellt werden, darunter auch den Führern der Parlamentsparteien. An sich war die Denkschrift wenigstens für diese Menschen vollkommen überflüssig, denn wer eines guten Willens ist, wird dem Reich auch ohne Denkschriften nicht verweigern, was es zu seinem Schutze braucht, wer aber diesen Willen nicht hat, kann auch durch keine Denkschrift eines Besseren belehrt werden. Den Herren unserer jüdisch-marxistisch-zentrümlerischen Demokratie fehlt aber in erster Linie der gute Wille. Ihnen ist Deutschlands Zukunft heute genau so gleichgültig, wie sie es ihnen vor zehn oder zwanzig Jahren war. Diesen Menschen beweisen wollen, daß eine Sache für Deutschland verhängnisvoll sei, heißt, sie für diese Sache erst recht interessieren und diese Sache erst recht vertreten. Man beweise einem waschechten Marxisten, daß ein bestimmter Vorgang Deutschland unbedingt ruinieren muß, und er wird dann mit aller Entschiedenheit und Hinterhältigkeit gerade für diesen Vorgang eintreten oder ihn herbeiwünschen. Denn endlich kann eine Stärkung der deutschen Wehrkraft nur zur Erhaltung des Deutschen Reiches dienen und damit zur Stärkung der nationalen Kraft unseres Volkes, während diese Mischpoche [23] doch nur die Vernichtung dieser Kraft wünscht, mithin die Schwächung des Reiches verfolgt, damit die hinter ihnen stehenden internationalen Kräfte dann ein um so leichteres Spiel haben. Es ist auch sonst blöde zu glauben, daß Menschen, die keine Ehre besitzen, jeden Ehrenkodex ablehnen, nun plötzlich eine Denkschrift geheimhalten würden. Eine solche Hoffnung erscheint insbesondere unverständlich in Zeitläufen, in denen selbst ein Reichswehrminister höchstpersönlich den Fahneneid nur als eine mehr oder weniger formale Angelegenheit behandeln konnte [24]. Es war also zum Voraussehen, daß die Denkschrift augenblicklich in die Hände des Auslandes kommen würde. Und es war weiter zum Voraussehen, daß sie in die Hände eines ausländischen Journalisten kommen mußte. Denn so weltanschaulich "ideal" auch die Gründe unserer demokratisch-zentrümlerisch-marxistischen Landesverräter immer hinzustellen versucht werden, so ist der wirkliche letzte Grund bei diesen verräterischen Kanaillen ja doch nur das Geld. Es wird ein schönes Sümmchen gewesen sein, das diesen sauberen Ehrenbürger der Republik aus "innerem Gewissensdrang" heraus verpflichtet hatte, das Exposé des Herrn Groener der Welt zur Kenntnis zu bringen. Der Versuch, den Täter festzustellen, ist mehr als kindlich. In einem Staat, in dem offen darüber diskutiert wird, ob Landesverrat überhaupt eine strafbare Sache wäre [25], und in dem unzweifelhaft die Landesverräter von einst höchste Ehren- und Würdenstellen einnehmen, ist die Suche nach einem Landesverräter eine vermaledeit kitzlige Sache. Wohl gemerkt, natürlich nicht kitzlig für den Lumpen als vielmehr für den redlichen Dummkopf, der einen solchen Lumpen wirklich aufzuspüren sich anmaßen wollte. Herr Groener hat die 25 Denkschriften, die

22 "Das Panzerschiff" vom Nov. 1928. Teildruck: Schüddekopf, Heer und Republik, S. 251-254. Die Denkschrift war in einer Übersetzung in der englischen Zeitschrift "Review of Reviews" vom 15.1.1929 erschienen.

23 Hebr.-jidd.: Familie, Verwandtschaft; auch: üble Gesellschaft.

24 Groener hatte am 9.11.1918 gegenüber Wilhelm II. den Fahneneid als "Illusion" bezeichnet. Vgl. Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen. Jugend-Generalstab-Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 461.

25 Vgl. Dok. 84, Anm 20.

ausgegeben worden sind, wieder zurückbekommen. Wer muß da nicht hell auflachen! Glaubt man wirklich, daß so ein Schweinekerl so blöde sein wird, das Original wegzugeben, oder hat man noch nie etwas davon gehört, daß man solche Dinge auch abschreiben kann? Das interessiert die Öffentlichkeit wirklich nicht, das sind Mätzchen, aus denen höchstens hervorgeht, daß man die Täter ernstlich sich gar nicht zu suchen traut. Die Öffentlichkeit würde aber eines interessieren: Wer sind die Herren, die überhaupt diese Denkschrift zugestellt erhalten haben. Heraus mit den Namen dieser Empfänger! In solchen Dingen hat das Volk eine bessere Nase. Was ja doch kein Staatsanwalt finden wird und keine Polizei entdeckt - siehe die Nichtauffindung der Mörder des Nationalsozialisten Kütemeyer [26] durch das Polizeipräsidium Berlin -, riecht der gesunde Instinkt des Volkes vielleicht schon von weitem. Man nenne die 25 Namen, und es sollte doch mit dem Teufel zugehen, wenn nicht Millionen Deutsche, ohne darüber ein Wort zu verlieren, den Ehrenmann zu ahnen vermöchten.

Im übrigen wird der nationalsozialistische Staat solche Zustände deshalb unmöglich machen, weil in ihm wahrlich nicht diskutiert werden soll über die Strafbarkeit oder Nichtstrafbarkeit des Landesverrates, ja nicht einmal darüber, in welcher Größe und Vollendung ein Landesverrat als strafbar zu gelten hat. Es wird ein einziger Satz nur sein, der dann etwa lautet: Wer ein für die Nation lebenswichtiges Geheimnis verrät oder der Öffentlichkeit preisgibt oder den Versuch hierzu unternimmt, wird ganz gleich, aus welchen Gründen oder Motiven er das getan haben mag, oder in welchem Umfange der Verrat gelang, mit dem Tode bestraft. Und dann, Herr Minister Groener, wird ein solcher Denkschriftenverrat nicht mehr vorkommen. Freilich ist auch das mit ein Grund, warum alle diese politischen Parteilumpen nichts so sehr hassen wie die nationalsozialistische Bewegung.

9. Februar 1929 Dok. 87
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.2.1929.

Eine der beliebtesten Spottfiguren im alten Österreich bildete der König "Peterl" von Serbien [1]. So hieß nämlich der Mann im Volksmund, der durch seine rücksichtslose, vor nichts zurückschreckende Entschlossenheit die Dynastie der Obrenowitsch in Serbien gestürzt hatte [2]. Der Mann wurde teils als Mordgeselle, teils als bedauerlicher Balkanidiot oder auch als beliebte Operettenfigur von einer gewissen Presse mit Absicht der öf-

26 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.

1 Peter I. Karajordjević (1844-1921), 1903-1921 König von Serbien.

2 König Alexander Obrenović von Serbien war am 10.6.1903 ermordet worden. Peter I. stand im Verdacht, in diese Tat verwickelt zu sein.

fentlichen Meinung vorgestellt. Die Taktik des Lächerlichmachens, die ganz und gar der vollkommen verjudeten und verblödeten Wiener Atmosphäre entsprach, hat sich später furchtbar gerächt. Die "verlausten Serbianer" entpuppten sich als erstklassige Soldaten, der lächerliche König als verbissen kämpfender Feind, das ungebildete Volk aber erwies sich als vom höchsten Patriotismus beseelt. Während die serbischen Regimenter mit dem Löwenmut der Verzweiflung fochten und jeden Quadratmeter Boden mit ihrem Blute röteten, desertierten österreichische Divisionen slawischer Nationalität fast geschlossen bei sich bietenden günstigen Gelegenheiten zum Feinde hinüber [3]. Den Wienern aber ist das blöde Witzeln wenigstens über Serbien so ziemlich gründlich vergangen. Damals nun, vor dem Kriege war es, als eine bekannte Wiener Journaille östlicher Herkunft seine Eindrücke, die er anläßlich eines Besuches am serbischen Hof empfangen hatte, wiedergab. Neben verschiedenem Orgienhaften, das der "Schornalist" seinem Leserpublikum erzählte und das er am serbischen Königshof erlebt haben wollte, befand sich auch eine Darstellung seines Besuches bei dem älteren Prinzen des Königs [4]. Die Prinzen [5] galten in Wien dank den Bemühungen einer wahrheitsliebenden Presse als Mischungen einer bedauerlichen balkanischen Vertrottelung und einer gewissen westeuropäischen Moulin-Rouge-Verworfenheit. So etwas zu vernehmen, liebte der Wiener Pfahlbürger sehr. Und noch etwas wurde dabei erzählt: Der Berichterstatter hatte mit eigenen Augen im Salon des Kronprinzen in Belgrad eine Landkarte aufgehängt gesehen, auf der österreichische Gebiete als zu Groß-Serbien gehörend eingezeichnet waren. Das schien der letzte und schlagendste Beweis für die vollständige Verrücktheit der königlich serbischen Idiotenfamilie zu sein. Weil der normale Wiener über seinen Backhendel-Horizont hinaus keinerlei größere Interessen kannte, die sein Leben bewegen konnten, setzte er ganz das gleiche auch bei allen anderen Menschen voraus. Er war überzeugt, daß, so wenig er daran dachte, Montenegro oder Serbien Österreich einzuverleiben, ein Serbe noch viel weniger daran denken konnte, Bosnien, die Herzegowina oder gar Dalmatien und Krain zu erobern. Die Serben wissen gar nicht, wie sehr sie diesen politischen Strohköpfen an der "schönen blauen Donau" zu Dank verpflichtet sind. Ohne diese Sorte von Menschen wäre am Ende ja doch alles anders gekommen, als es später kam. Nun lebt diese Sorte von Menschen auch heute noch, und zwar sowohl an der Isar als auch an der Spree. Da wird einem gemeldet, daß in der Tschechoslowakei von tschechisch-nationalen Verbänden eine Karte der Öffentlichkeit übergeben wurde, in der außer gewichtigen Grenzkorrigierungen [*sic!*] gegen Sachsen auch bestimmte bayerische Gebiete zu dem neuen großtschechischen Reich gerechnet werden. Regensburg und Passau sind in dieser Karte als Stützpunkte des Tschechentums an der Donau angemalt [6]. Es ist selbstverständlich, daß ein bayerischer Ministerialkopf etwa vom

3 Bezieht sich auf die Unzuverlässigkeit einzelner tschech. und slowak. Regimenter seit dem Frühjahr 1915. Vgl. Anton Graf Bossi Fedrigotti, Kampfwert der Nationalitäten im k.u.k. Heer. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 18 (1969), S. 179-183, S. 181 f.

4 Georg Karadjordjević (1887-1972), 1903-1909 serb. Kronprinz.

5 Georg und Alexander Karadjordjević.

6 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 27.1.1929, "Tschechisierungs-Bestrebungen".

geistsprühenden Aussehen des Herrn Schweyer [7] einer solchen phantastischen Karte gegenüber in überlegener weiser Einsicht lächelnd das Haupt schütteln wird. Und es ist ebenso selbstverständlich, daß dies und alles andere den noch größeren außerpolitischen Künstler an der Spree überhaupt nicht interessieren dürfte. Man kann doch nicht erwarten, daß sich der großmächtige Herr Außenminister Dr. Gustav Stresemann durch solche tschechische Narreteien aus seiner olympischen Ruhe bringen lassen wird. Er ist klug und weise, und ihn erschreckt man nicht. Allein wer sich von dieser ganz großen Atmosphäre staatspolitischen Waltens losreißt und aus dem Dunst der Theorien und Phrasen dieser Menschen in die Wirklichkeit zurückkehrt, der wird das Lachen aufgeben müssen. An der Ostseite Deutschlands ist heute ein Staat, der planmäßig und methodisch gegen Deutschland rüstet und der in Wirklichkeit auch die öffentliche Meinung auf Möglichkeiten vorbereitet, die nur dem Gehirn von Ministern als "phantastisch" vorkommen können, weil ihnen selbst aber auch jede Spur von Phantasie fehlt. Und in der Politik ist manches Mal auch Phantasie vonnöten, nämlich jene Fähigkeit, sich in Zustände hineinzudenken, die nicht nur menschenmöglich sind, sondern unter Berücksichtigung aller vorhandenen Imponderabilien einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit besitzen. Aber was rede ich da von Denken, es ist ja alles lächerlich. Es ist ein Glück, daß die Vergangenheit uns in Büsten und Porträten [*sic!*] nicht wenig Staatsmänner aufbewahrt hat, denen schon ihre Mitwelt das Zeugnis ausstellen mußte, daß sie denken könnten. Man vergleiche nun diese Köpfe mit denen unserer heutigen Staatsleiter, und man wird jegliche Hoffnung für immer begraben. Man nehme doch einmal den Kopf eines Julius Cäsar und halte in seine Nähe das Haupt Gustav Stresemanns, und wer dann selbst denken kann, wird sich die richtigen Gedanken ohne weiteres machen. Kommentar überflüssig.

Nun haben die Berliner endlich Bayern wild gemacht. Seit vierzehn Tagen rührt es sich in den Wespennestern des bayerischen Freistaates gewaltig. Denn endlich haben die Berliner dort hineingestochen, wo in Bayern das Wespennest ist. Hilferding proklamiert einen Reichskreuzzug gegen das Münchener Hofbräuhaus [8]. Nieder mit dem Bier, heißt es, und der Kampf wird mit modernen Waffen ausgefochten. Solange die Steuergesetzgebung des Reiches nur die Bauern ruiniert, liegt nicht viel daran, und das kann in München verschmerzt werden. Wenn aber Herr Hilferding nunmehr gegen den Nockherberg [9] loszieht, werden Bayerns Lebensgeister lebendig. Nun rüstet die Bayerische Volkspartei zum Kampf. "Hier", erklärt die Bayerische Volkspartei, "gibt es kein Zurückweichen mehr, hier gibt es kein Paktieren, hier gibt es kein Kompromisseln, hier gibt es keine Kuhhändelei, hier hört endlich die Geduld auf [10]." Und das ist gut so. Wegen irgend etwas muß der Kampf ja doch einmal beginnen. Die Nationalsozialisten

---

7 Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Dr. jur. et oec. publ., seit 1898 im bayer. Verwaltungsdienst, 1911 Regierungsrat im bayer. Innenministerium, 1919 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1920/21 Staatssekretär im bayer. Innenministerium, Sep. 1921 bis Juni 1924 Innenminister (BVP), anschließend in der Wirtschaft tätig.

8 Anspielung auf den Konflikt um die von der Reichsregierung geplante Biersteuererhöhung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 306 f., 314 ff., 336 f.

9 Ort des traditionellen Münchner Salvator-Starkbierausschanks im März.

10 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 26.1.1929, "Eine Erklärung der Bayerischen Volkspartei".

glaubten, daß man sich gegen die Reichsregierung wenden müsse wegen ihrer dauernden unnationalen Versklavungspolitik, wegen ihrer ewigen Unterwerfung unter die internationale Hochfinanz, wegen ihrer fortgesetzten Preisgabe deutscher Hoheits- und Lebensrechte, wegen ihrer Zerstörung der deutschen Wirtschafts- und Volkssubstanz. Da macht die Bayerische Volkspartei nicht mit. Erst im Bierkrieg Hilferdings sieht sie den Anlaß zum Kampf, wie sie sagt, bis aufs Messer. So hat eben jede Partei ihre besondere Weltanschauung!

Der Konflikt zwischen England und Amerika, der von Zeit zu Zeit teils zu überkleistern versucht, teils auch überhaupt weggeleugnet wird, frißt in der Tiefe weiter. Das Washingtoner Flottenabkommen [11] hat die Rivalität dieser beiden Mächte um so weniger zu beseitigen vermocht, als es ja für beide Staaten in erster Linie nur eine Atempause bedeutete, einerseits um neue Kraft zu schöpfen, andererseits um die Zeit zum Ausschau nach Verbündeten zu benützen. Nun setzt der gegenseitige Kampf schon wieder mit aller Energie ein. England versucht durch den Ausbau seiner eigenen Kreuzerflotte sowie durch ein System von Bündnissen, Amerika langsam einzukreisen, während dieses nunmehr immer lauter und deutlicher erklärt, daß es sich gezwungen sehen wird, eine Flotte zu bauen, die nicht nur der englischen gleich, sondern die ihr sogar überlegen sein soll. In den letzten Tagen wurde ganz offen zugegeben, daß man in Washington beabsichtige, die amerikanische Flotte so stark wie die englische und französische zusammen zu bauen [12]. Wenn nun auch in Deutschland mancher politische Linker deshalb wieder meinen wird, daß nur Rüstungen zum Kriege führen, so ist in Wirklichkeit doch auch hier wieder der Beweis erbracht, daß Interessengegensätze der Völker nicht eher aufhören, ehe nicht eine militärische endgültige Entscheidung erfolgt ist. Für Deutschland ist es jedenfalls wichtig zu wissen, daß dieser große herannahende Konflikt auch unserem Volke die Freiheit bringen kann, wenn die politische Leitung nicht dem historischen Irrsinn huldigt, neutral bleiben zu wollen, und wenn sie aber auch nicht unserer alten deutschen Tradition verfällt, sich möglichst den schwächsten und elendsten Staat zum Bundesgenossen auszusuchen. Die größte Gefahr ist dabei die bei uns immer herumspukende Hoffnung auf Rußland [13]. Ein Phantom, das aber eines Tages für Deutschland einen geradezu katastrophalen Zusammenbruch bedingen könnte.

Weil ich gerade von Rußland rede, möchte ich mich hier auch gegen die immer wiederkehrende Nachricht vom "Wachsen des Antisemitismus" in Rußland mit aller Vorsicht wappnen. Zum großen Teil beruht diese Auffassung auf einer sehr schwachen Kenntnis des Judentums. Man lasse die Juden irgendwo ausschließlich regieren, und man wird sehen, daß sie sich selbst in kurzer Zeit zerfleischen. Es wird dann immer der Kampf einsetzen zwischen den liberalen Besitzjuden und den machtgierigen jüdischen Literaten. Die Umwelt glaubt dann nicht selten in einem solchen Kampf, den eine jüdische Opposition gegen die zur Zeit am Ruder befindlichen Juden führt, den Beweis für

11 Im Washingtoner Flottenabkommen von 1922 hatten sich Großbritannien, die USA, Japan, Frankreich und Italien zur Begrenzung der Zahl und Größe der Großkampfschiffe verpflichtet. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Bd. 1, S. 247 ff.

12 Zum Konflikt, der sich aus dem Scheitern der Folgeverhandlungen zum Washingtoner Abkommen ergab, vgl. Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 58.

13 Hinweis auf das am 25.1.1929 unterzeichnete deutsch-sowjet. Schlichtungsabkommen.

das Vorhandensein antisemitischer Kräfte zu sehen. Seit zwölf Jahren wird in Rußland ununterbrochen der "Vormarsch des Antisemitismus" angezeigt. Auch völkische Schriftsteller meinen das häufig. In Wirklichkeit ist aber der Jude dort heute fester im Sattel als je zuvor. Die Angabe, daß Stalin [14] kein Jude sein soll, beweist gar nichts, denn von Lenin [15] wurde einst ganz dasselbe behauptet. Man soll im übrigen in Deutschland vorsichtig sein, daß der sogenannte Kampf der Opposition in Rußland, ob gewollt oder ungewollt, nicht zur Komödie wird, gut genug um Herrn Trotzki [16] einen Freibrief für seine Tätigkeit in Berlin auszustellen [17]. Sollte wirklich Herr Braunstein [*sic!*] in Berlin landen, dann werden unsere gläubigen Seher des "antisemitischen Geistes" in Rußland jedenfalls bald über die ausgezeichnete Zusammenarbeit der Opposition dieser jüdischen Emigranten mit dem scheinbar antisemitischen Herrn Stalin aufgeklärt werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat bekanntlich ein neues Wehrprogramm herausgegeben [18]. Hier war der Vater des Gedankens der Wunsch, den dort genügend durchschauten Reichswehrgeneralen rötlichen Sand in die Augen zu streuen. Diese schlaue Taktik wird nun allerdings von den Genossen selbst zum Teil nicht kapiert. Zum Teil ist aber auch die emsige Tätigkeit der K.P.D. schuld daran, wenn aus den Reihen der Mitglieder der Sozialdemokratie plötzlich heftigster Widerstand kommt. Die K.P.D. erinnert die sozialdemokratischen Massen an das, was die Reichswehrgenerale vollkommen vergessen haben: nämlich, daß die Sozialdemokratie eine Partei der prinzipiellen Verneinung des Wehrgedankens an sich ist und, weiter, jede organisatorische Auswirkung dieses Gedankens mit allen Mitteln bekämpfen und sabotieren muß. Und das ist auch gut so. Denn so wird ein sozialdemokratisches Schwindelmanöver gerade noch zur richtigen Zeit entlarvt. Der deutsche Offizier, der im Frieden geradezu stolz war, von Politik keine Idee zu haben, hatte diese Ideenlosigkeit nicht nur selbst bitter zu büßen, sondern in ihrer weiteren Konsequenz das deutsche Volk in sein namenloses Unglück gestürzt. Jede Balkanarmee hat mehr Verständnis für die nationalen Aufgaben ihres Staates, als sie der Großteil unseres deutschen Offizierskorps besaß und leider auch heute noch besitzt. Es befreit Deutschland aus einer gewissen Gefahr, wenn aus den Kreisen der Parteigenossen der Sozialdemokratie die wehrpolitischen Lügen ihrer Füh-

---

14 Jossif Wissarionowitsch Stalin (eigentl.: Dschugaschwili, 1879-1953), 1894-1899 Besuch des orthodoxen Priesterseminars in Tiflis, seit 1898 Sozialdemokrat, 1903 Bolschewik, 1912 Aufnahme in das Zentralkomitee der Partei, 1917 Volkskommissar für das Nationalitätenwesen, 1922-1953 Generalsekretär der KPdSU, 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1946-1953 Vorsitzender des Ministerrates.

15 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentl.: Uljanow, 1870-1924), Rechtsanwalt, seit 1887 Verbannung, seit 1900 Exil, seit 1903 Führer der Bolschewiki, 1917 Rückkehr aus dem Exil und Organisator der Oktoberrevolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1919 Begründer der III. Internationale.

16 Leo Trotzki (eigentl.: Leib Bronstein, 1879-1940), seit 1898 Verbannung, seit 1902 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1917 Volkskommissar für Äußeres, 1918-1925 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

17 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hatte am 6.2.1929 vor dem Reichstag die Möglichkeit angedeutet, daß Deutschland Trotzki Asyl gewähren könnte. Am 7.4.1929 beschloß die Reichsregierung jedoch, dem Einreisegesuch nicht stattzugeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1053, sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 530 f.

18 Druck des Entwurfs: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 214 f. Vgl. hierzu Bd. III/2.

rer aufgedeckt werden. Denn das Offizierskorps der Reichswehr selbst würde sie ja doch nicht durchschauen.

13. Februar 1929 Dok. 88
Schreiben an Albert Eckhard [1]

Masch. Abschrift, o. D.; Nds. HStA Hannover, Hann 80a, Hann Abg. 40/71, Nr. 7 [2].

Sehr geehrter Herr Doktor,

besten Dank für die Übersendung Ihrer Tierschutzbroschüre [3], die ich nunmehr gelesen habe - wie Sie sich denken können, mit tiefer Empörung. Der Völkische Beobachter brachte bereits einen Auszug [4], den Sie vielleicht gelesen haben. Er wird demnächst nochmals auf Ihren Vortrag zurückkommen und dabei auf Ihr Heft und die Bezugsmöglichkeit hinweisen. Dasselbe kann gar nicht weit genug verbreitet werden.

Sie können überzeugt sein, daß im kommenden nationalsozialistischen Staate diese Zustände sehr schnell beendet werden.

Mit deutschem Gruß
gez. Hitler

16. Februar 1929 Dok. 89
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.2.1929.

Was zu befürchten war, ist eingetroffen: Die Ungeschicklichkeit der bayerischen Regierung und die Gewandtheit der jüdisch-marxistischen Demokratie haben es fertiggebracht, den Kampf zwischen München und Berlin [1] auf ein Geleise zu schieben, das für

1 Albert Eckhard (1881-1946), Dr. med., 1924 Arzt in Hannover, Vorsitzender des Tierschutzvereins "Tierfreund", 1938/39 in Untersuchungshaft.

2 Druck: Albert Eckhard, Der Kampf der N.S.D.A.P. gegen Tierquälerei (Tierfolter und Schächten), o. O., o. J. [Hannover 1931], S. 3.

3 Grausamkeit des Menschen gegen das Tier mit besonderer Bezugnahme auf die wissenschaftliche Tierfolter, Hannover o. J. [1929].

4 VB vom 12.2.1929, "Die Grausamkeit des Menschen gegen das Tier".

1 Am 31.1.1929 hatte die bayer. Regierung in einer vertraulichen Pressekonferenz die Politik angegriffen, die Preußen gegenüber dem Reich und den Ländern verfolge. Diese Stellungnahme wurde in ganzer

Bayern wenig Hoffnungsvolles erwarten läßt. Ich habe mich öfter als einmal bemüht nachzuweisen, daß heute keine Zeit ist, in der man irgendein Verständnis für bajuwarische Sonderwünsche erwarten dürfte. Der Kampf, der die Geister bewegt und bewegen kann, muß anderer Art sein. Wer heute vor die deutsche Nation mit einem so jämmerlichen Programm hintritt, wie dies die bayerischen Regierungen volksparteilicher Herkunft zu tun pflegen, wird nicht nur von den Gegnern Bayerns verlacht, sondern selbst von den Freunden nicht mehr verstanden. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß eine bayerische Forderung, die ihren Sinn nur in der Erhaltung gewisser Eigenrechte besitzt, ohne diese Eigenrechte und den Kampf um sie als allgemeine nationale, ja völkische Notwendigkeit hinzustellen, von vornherein erfolglos ist. Die Parteien, aus denen sich die heutige bayerische Regierung zusammensetzt [2], sind demokratische Gebilde. Sie stehen restlos auf dem Boden der heute herrschenden parlamentarisch-demokratischen Ansichten. Sie verfolgen jeden auf das ingrimmigste, der dem verrückten Irrsinn dieses parlamentarischen Systems gesündere Gedanken entgegenstellen will. Aber sie führen dabei ihren Kampf für "Bayerns Lebensrechte" (wie sie sich ausdrücken) in einer Form, die gerade infolge der von ihnen selbst vertretenen Demokratie nicht zu verwirklichen ist. Denn so, wie dieser Kampf nicht auch im übrigen Deutschland bei Millionen von Menschen Verständnis findet, muß er auf Grund des zahlenmäßigen Verhältnisses für Bayern immer schlimm ausgehen. Nun kranken unsere gesamten bürgerlichen Parteien an einer gewissen Feigheit, die Dinge beim Namen zu nennen. Man könnte sich die Haare ausraufen, wenn man da sieht, wie so ein bayerischer Parteipolitiker andauernd von "Preußen" redet, während es sich um Juden handelt. Das war schon vor dem Kriege so und ist aber seit dem Kriege zu einer wahrhaft grassierenden Krankheit geworden. Sowie irgendein Hebräer zu einem schandbaren Hieb gegen das infolge seiner nationalen Eigenart verhaßte Bayern ausholt, sehen die "berufenen" Repräsentanten bajuwarischer Hoheitsrechte auf einmal nicht mehr den Juden, sondern plötzlich einen "Preißen" vor sich. Man könnte sagen, saudumm, aber man darf es nicht, denn es ist in Wirklichkeit nur erbärmlich feige. Die Leute wissen ganz genau, daß die Weimarer Verfassung nicht von Preußen gemacht wurde; sie wissen ganz genau, daß die Unitarisierung nicht von "Preußen" ausgeht [3]; sie wissen überhaupt ganz genau, daß die Leitung der Innen- und Außenpolitik Deutschlands schon seit vielen Jahren fast ausschließlich entweder durch Juden oder durch mit jüdischen Interessen verbundene Personen erfolgt. Aber obwohl sie das genau wissen, ist jedes dritte Wort doch immer wieder "der Preiß". Wie gesagt, man kann bei einem Mitglied einer traditionellen bayerischen Regierungspartei [4] schon allerhand geistige Beschränktheit voraussetzen, aber das hat damit wirklich gar nichts mehr zu tun. Es ist das alles nur die Folge der Feigheit, den Juden anzupak-

Schärfe veröffentlicht, was den Widerspruch der preuß. Regierung hervorrief. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 2.1.1929, "Der innerdeutsche Streit"; vom 4.2.1929, "Die Ansprüche der Länder an das Reich"; vom 5.2.1929, "Helds Antwort an Braun"; vom 6.2.1929, "Die bayerische Regierungserklärung in Berlin überreicht", und "Eine Erklärung der 'Münchner Telegramm Zeitung'".

2 Die bayer. Minister gehörten mehrheitlich der BVP an, dazu kamen je ein Minister der DNVP und des BBMP.

3 Vgl. Dok. 40, Anm. 35.

4 Gemeint ist die BVP.

ken. Damit aber ist der Kampf um die sogenannten "bayerischen Rechte" von vornherein verloren. Das Ende eines solchen Aufbäumens des bayerischen Löwen in München wird immer ein schweifwedelndes Umverzeihungsbitten in Berlin sein. Hätte sich die bayerische Regierung zur Trägerin des Kampfes gegen den jüdischen Marxismus emporgeschwungen, hätten gerade heute im übrigen Deutschland Millionen aufgehorcht. Für das Geplänkel mit "Preußen" hat man gar kein Verständnis. Die bayerische Regierung hätte vom ersten Tage an peinlichst das Wort "Preußen" aus jeder Debatte ausschalten müssen, um dafür auf das hartnäckigste immer wieder zu betonen, daß es sich nur um einen Kampf gegen die Rechtsauffassung (sagen wir gelinde ausgedrückt) bestimmter Personen handelt, die man dann aber allerdings auch den Mut haben muß, genügend zu brandmarken. Einem aus höheren nationalen Gesichtspunkten von Bayern heraus aufgenommenen Kampf gegen die Herren Braun [5], Severing, Grzesinski [6] usw. usw. würden Millionen andere Deutsche zujubeln. Eine Parole, "unser Gegner ist Preußen" [7], trägt dagegen bereits in sich die Ursache des Mißerfolgs. Damit aber haben die Juden ihr Ziel erreicht. Es ist von jeher ihre alte Taktik gewesen, daß sie, sowie ihnen jemand ans Leder zu rücken drohte, den Kampf auf andere Gebiete hinüberschoben, also: Monarchisten gegen Republikaner, Protestanten gegen Katholiken und umgekehrt, Bürgerliche gegen Proletarier und Proletarier gegen Bürgerliche, Unitarier gegen Föderalisten und Bayern gegen Preußen usw. ausspielten. Es gibt immer genügend dumme deutsche Gimpel, die dann gegeneinander losgehen, dumme Luder, die sich gegenseitig die Schädel einschlagen, während ihnen der Jude die Musik dazu macht. Das wird so lange dauern, bis eben nicht [*sic!*] die nationalsozialistische Bewegung mit harter Faust dem inneren deutschen Kampf ein Ende bereiten wird, um dann den jüdischen Unfriedenstifter beim Wickel zu nehmen und an das Tageslicht zu ziehen.

Während man sich in München beeilt zu versichern, daß der Krieg gegen die "Preißen" überhaupt gar nicht als richtiger Krieg gedacht war und daß man daher immer noch hoffe, daß auch dort Verständnis eintreten würde, hat Herr Severing die Kampfhandlungen gegen Bayern fortgesetzt, die sein Genosse Hilferding aufgenommen hat. Hilferding läßt das bayerische Bier ab [8], und Severing packt das Volk an der Isar bei seinen Ordens- und Ehrenzeichen. Das heißt, der Herr Reichsinnenminister hat Bayern beim Staatsgerichtshof verklagt, daß es in Zukunft keine Titel mehr verleihen darf [9]. An

5 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, Nov. 1918 bis April 1921 preuß. Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, Nov. 1921 bis Feb. 1925, April 1925 bis Feb. 1933 preuß. Ministerpräsident, 1933 Emigration.

6 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamts, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preuß. Landespolizeiamts, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Okt. 1926 bis Feb. 1930 preuß. Innenminister, 1933 Emigration.

7 Anspielung auf Worte des bayer. Ministerpräsidenten in der Pressekonferenz vom 31.1.1929.

8 Vgl. Dok. 87, Anm. 8.

9 Am 6.2.1929 hatte der Reichsminister des Innern Severing vor dem Staatsgerichtshof Klage gegen den Freistaat Bayern wegen verfassungswidriger Verleihung von Ehrentiteln erhoben. Am 9.12.1929 ent-

sich eine köstliche Sache, wenn man sieht, wie in dieser auf dem Granit der Weimarer Verfassung fundierten Republik die verschiedenen Länder- und Staatsoberhäupter abwechselnd zum Kadi laufen, um sich dort gegenseitig anzuschwärzen. Da sind Klagen wegen Verfassungsbrüche[*n*], Klagen wegen Rechtsbrüche[*n*], Klagen wegen Geldvorenthaltung, Klagen wegen Amtsmißbräuche[*n*] (denn, wenn die bayerische Regierung wirklich Titel verleihen würde, ohne dazu berechtigt zu sein, müßte das ja für ein nicht juristisch verbildetes Gehirn eigentlich auch so eine Art von "Amtsmißbrauch" sein !) usw. Für den gewöhnlichen freien Bürger dieser Republik ist es jedenfalls ein erhebendes Gefühl zu wissen, innerhalb solcher allgemeiner Rechtszustände leben zu dürfen. Wenn das oben schon so ist, wie kann es dann unten überhaupt anders sein. Das Komische an diesem Krieg Bayern kontra Berlin ist dabei die Haltung der Bayerischen Volkspartei. Hierzulande schnaubt sie gar grimmig gegen den "preißischen" Erbfeind, während ihre Minister zu Berlin, allwo dieser Erbfeind sein Unwesen treibt, immer brav an der Tafel sitzen. Doch halt, die Gazetten melden, daß Herr Schätzel [10] gegen die Klage Severings auf Verbot der bayerischen Titelverleihungen gestimmt habe [11]. So ein rabiater Bayer! Wenn das wirklich so ist, dann kann sich das bayerische Gemüt ja beruhigen. In früheren Zeiten wäre allerdings ein Minister einer Partei in einem solchen Fall sofort aus der Regierung ausgeschieden. Aber das wäre früher der Fall gewesen, in der Zeit der engstirnigen bornierten Ehrbegriffe des alten Regiments. Heute aber?!

Das Zentrum wird bockig. Es will auf einmal nicht mehr mitmachen. Es hat kein Interesse an einer großen Koalition und es hat auch sonst kein Interesse mehr an der Teilnahme an der Regierung [12]. Es sind wirklich Schlauköpfe, die Nachfolger des Herrn Erzberger. Nun, da die Suppe ausgelöffelt werden soll, die diese Partei in erster Linie mit [*sic!*] dem deutschen Volk eingebrockt hat, möchte man sich gerne vor der Verantwortung drücken und zur Opposition übergehen. Denn nun können auch diese frommen politischen Religionsverteidiger nicht mehr ableugnen, daß ihre Politik zu den unchristlichsten Zuständen geführt hat, die Deutschland bisher vielleicht überhaupt je besaß. Denn diese Partei ist schuldig an dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918, ist schuldig an der Aufoktroyierung des Waffenstillstandes, schuldig am Friedensvertrag von Versailles [13], schuldig an sämtlichen Unterwerfungsdokumenten, die seit dieser Zeit unterzeichnet wurden, schuldig an der wirtschaftlichen Ausplünderung unseres Volkes, an der steuerbolschewistischen Vernichtung unserer Wirtschaftssubstanzen, ist schuldig an der Verluderung unseres nationalen Ehrgefühls, an der Verlotterung

schied das Gericht zugunsten des Reiches. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 29, 220.

10 Georg Schätzel (1874-1934), Dr. jur., 1914 Oberpostrat, 1923-1927 Leiter der 6. Gruppe (Bayern) der Reichspostverwaltung, Jan. 1927 bis Mai 1932 Reichspostminister (BVP).

11 In der Kabinettssitzung vom 17.1.1929. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 367.

12 Am 6.2.1929 hatte sich das Zentrum zunächst aus der Reichsregierung zurückgezogen, da es seine Forderungen sowohl bei den Koalitionsverhandlungen für die Reichsregierung, als auch bei denen für die preuß. Regierung nicht durchsetzen konnte. Erst am 13.4.1929 traten wieder Minister des Zentrums in die Reichsregierung ein. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1., S. 408 ff., 550. Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 369 ff.

13 Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

unserer öffentlichen Moral usw. Nun, da der grauenvolle Zusammenbruch vor der Türe steht, möchten sich die dunklen Ehrenmänner sachte beiseite salvieren und so, als ob gar nichts geschehen wäre, plötzlich Opposition spielen. Auch diesen Brüdern wird die nationalsozialistische Bewegung die Larven herunterreißen und dereinst das Handwerk legen. Wir werden dafür sorgen, daß die Nation das Schuldkonto gerade dieser Partei im Gedächtnis behält. Im übrigen erfährt den Undank des Zentrums nun auch jener Mann, der auf Grund eigener Meinung sowie des Geschreibsels seiner Presse der größte Staatsmann sein soll, so, wenn schon nicht die Welt, dann mindestens aber Deutschland bisher gehabt habe. Gustav paßt dem Zentrum nicht mehr. Er selbst soll die Überzeugung haben, daß er zu groß für das Zentrum sei, um ertragen werden zu können, während das Zentrum das Gegenteil behauptet. Am Ende wird sich aber vielleicht herausstellen, daß Herr Stresemann weniger ein unsterblicher Außenminister als ein geborener Flaschenbiervertriebsmann ist [14]. Vielleicht schickt sich überhaupt die Sache gerade jetzt sehr gut. Wenn Herr Stresemann als Reichsaußenminister abdanken muß, könnte man ihm ja die Führung des bayerischen Bierkriegs anvertrauen. Einem Mann von solchen Ausmaßen muß es ein leichtes sein, den Kampf Helds gegen Hilferding, als erfahrenster Stratege auf diesem Gebiet, zu einem für Bayern siegreichen Ende zu führen. Und dann, oh weise Vorsehung, könnte sich vielleicht sogar noch erfüllen, was dieser bedeutende Mann in einer großen Stunde anläßlich des 20. Mai 1928 [15] dem bayerischen Volk als Wahlspruch der Deutschen Volkspartei zudonnerte: "Mogst' dei Ruah und a dei Bier, dann wählst' allein die Liste 4." Also jetzt aber schnell zugreifen, berufene Vertreter der bayerischen Eigenwerte, auf daß es nicht auch hier dereinst wieder heiße: verpaßte Gelegenheiten!

In Berlin, der Stadt jener mustergültigen Polizei, die bis heute noch nicht die Mörder an dem Nationalsozialisten Kütemeyer zu finden vermochte [16], hat eine Bande von Bankräubern einen ebenso verwegenen wie ergebnisreichen Raubzug gegen ein Unternehmen durchgeführt, das, wenn auch durch andere Methoden, sich sonst ähnlich an der Mitwelt betätigt. Einbrecher haben der Diskontbank einen Besuch abgestattet [17]. Die Polizei schnüffelt fieberhaft herum, um der Täter habhaft zu werden. Das ist ebenso verständlich wie der bisherige Mißerfolg begreiflich erscheint. Denn erstens sind die Geschädigten Juden, also Grund genug zur höchsten Beschleunigung der polizeilichen Aktion, zweitens aber sind die Täter keine nationalsozialistischen Versammlungsbesucher, sondern eben echte Raudis, und das erklärt wieder das langsame Tempo des polizeilichen Erfolges. Für die Nation kam dabei nur etwas Interessantes an das Tageslicht, nämlich die horrenden Summen, die in diesen Banktresors, dem Wissen der Öffentlichkeit entzogen, verborgen liegen. Da erfährt man plötzlich von Millionen-Beträgen, die diese Juden in Schmuck und Papieren dort lagern haben. Es erhebt sich nur die Frage, wieso es kommt, daß dieses doch sonst geschäftstüchtigste Volk bei solchen Riesenbe-

14 Stresemann hatte 1901 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.
15 Vgl. Dok. 58, Anm. 4, 6.
16 Vgl. Dok. 52, Anm. 19.
17 Am 30.1.1929, vgl. Berliner Tageblatt vom 31.1.1929 (AA), "Der große Bankraub".

trägen auf einmal auf eine zinsenbringende Anlage verzichtet? Hat man etwa Angst vor einer neuen Inflation, oder sollen diese ungeheuren Vermögenswerte der Steuerbehörde nicht bekannt werden? Dieser selben Steuerbehörde, die es sonst fertigbringt, dem Bauer den letzten Pfennig aus dem Säckel herauszuziehen, die ihm die Kuh aus dem Stalle treibt, ja, in letzter Zeit sogar den Misthaufen pfändet [18]? Sollte diese Steuerbehörde nun wirklich vom Dasein solcher Vermögen ganz und gar ahnungslos sein? Ist sie darüber nicht unterrichtet? Man wäre versucht, hier rein formal zu sagen: Wir sind nun neugierig, was dabei herauskommen wird? Das wäre aber nur eine ganz formale Frage, ohne Vernunft und Sinn, denn wir wissen ja ohnehin, was dabei herauskommen wird: Nichts, gar nichts wird herauskommen, im Gegenteil: "Es ist alles in schönster Ordnung," wird herauskommen, und wenn durch irgendeinen Schnüffelfritzen "unverantwortlicherweise" doch etwas anderes herauskommen sollte, dann wird sich schon mit Gottes und der Behörden Hilfe Verschiedenes finden lassen, was die Aufmerksamkeit in günstiger Weise abzulenken geeignet ist.

Soeben verlautet, daß der Kampf zwischen Vatikan und Quirinal in Rom sein Ende gefunden haben soll. Wenn dies zutrifft, hat Mussolini einen sehr großen politischen Erfolg errungen, dessen volle Tragweite heute gar nicht abgeschätzt werden kann [19]. Der junge italienische Nationalstaat beginnt, auf allen Gebieten im Inneren langsam Ordnung und Frieden zu schaffen, und wird in eben diesem Maße immer mehr Kräfte nach außen zu mobilisieren in der Lage sein. Am unangenehmsten wird diese Nachricht in Paris empfunden werden.

18. Februar 1929 — Dok. 90
"Der Römische Friede und der Nationalsozialismus"
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 22.2.1929, "Der Römische Friede und der Nationalsozialismus" [2].

Wer die Lage Deutschlands heute nur an seinen inneren Zuständen prüft, könnte leicht an jedem Wiederaufstieg unseres Volkes verzweifeln. Verelendung und Zusammenbruch überall, wohin man blickt. Dabei verüben die regierenden Parteien heute am deutschen Volke gerade das, was sie früher selbst am schärfsten bekämpften. Die Sozi-

18 Vgl. Dok. 74, Anm. 2, 8.

19 Am 11.2.1929 waren die "Lateranverträge" zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet worden, die den seit der Besetzung des Kirchenstaates 1870 bestehenden Konflikt beilegten und das Rechtsverhältnis der Vertragspartner regelten. Vgl. John F. Pollard, The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A study in conflict, Cambridge 1985, S. 48 ff.

1 Im Mathäser-Bräu, von 20.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die laut Polizeibericht "bis auf den letzten Platz gefüllt" war, wurde von Hermann Esser eröffnet. Vor Hitler sprach Stadtrat Karl Fiehler.

2 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 647, o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6739.

aldemokratie vernichtet durch ihre wahnwitzige Steuer- und Zollpolitik große Lebensstände unseres Volkes. Sie vernichtet durch ihre Bauernfeindlichkeit den wichtigsten Absatzmarkt, den es für Deutschland gibt. Diese Partei ist deshalb auch verantwortlich für das Ansteigen unserer Arbeitslosenzahl, die man sich heute schon nicht mehr zu veröffentlichen traut [3]. Die Wirtschaftspolitik unserer marxistischen und bürgerlichen Parteien läßt die Großwarenhäuser wie Pilze aus der Erde schießen und rottet dafür den Mittelstand aus. Ein allgemeiner kultureller Verfall begleitet diese wirtschaftlichen Erscheinungen.

Diese Entwicklung wird beim Vorherrschen der heutigen Parteien auch in der Zukunft anhalten. Sie ist dabei durch allgemeine außenpolitische Begleitumstände so sehr bedingt, daß überhaupt nur ein Wechsel der gesamten deutschen Innen- und Außenpolitik Hilfe bringen kann.

Die genialste innenpolitische Reform muß versagen, sowie nicht auch die Lage Deutschlands außenpolitisch verbessert wird.

An einer solchen Verbesserung haben diejenigen Parteien kein Interesse, die ihre Größe der Revolution, mithin der Vernichtung des Vaterlandes, zu verdanken haben. Im Gegenteil, sie scheuen die kommende nationale Erhebung, da ihnen ihre Ahnung mit Recht sagt, daß es keine völkische und staatliche Wiedergeburt ohne Beseitigung der Schädlinge am Volk und Staat geben kann. Daher ist auch ihre außenpolitische Einstellung bewußt so gehalten, daß sie eine Befreiung Deutschlands nicht befürchten läßt.

Demgegenüber hat die nationalsozialistische Bewegung sowohl innerpolitisch als auch außenpolitisch nicht nur Kritik geübt, sondern auch einen neuen Weg gewiesen. Wir lehnen die frankophile Politik Gustav Stresemanns ab.

Für uns Nationalsozialisten ist aber trotzdem auch das von uns angestrebte Verhältnis zu Italien nicht etwa nur gefühlsmäßig begründet, sondern es entspricht dies sehr egoistischen Erwägungen.

Allerdings setzen wir die gleiche Denkart auch von vornherein von unserem künftigen Partner voraus. Die große politische Reformaufgabe, die sich die nationalsozialistische Bewegung gestellt hat, verpflichtet uns dabei, alle Kräfte im Dienste der Erhaltung unseres Volkstums zu sammeln.

Wir Nationalsozialisten werden daher niemals die Religion als politisches Kampfmittel für unsere Partei verwenden, wohl aber versuchen, die im Christentum beider Konfessionen liegenden unermeßlichen Werte unserem Volke zu erhalten und zu Nutz und Frommen seines künftigen schweren Ringens zugutekommen zu lassen. Wir stehen daher auf dem Standpunkt eines positiven Christentums, indem wir jeden Angehörigen der beiden Konfessionen bitten, in seiner Religionsgemeinschaft, gleich ob protestantischer oder katholischer, seine Pflichten zu erfüllen,

untereinander aber als deutsche Menschen am Kampfe für die Existenz unseres Volkes gemeinsam teilzunehmen.

Heute ist in unserem Volk das Christentum beider Konfessionen genauso bedroht, vom zersetzenden jüdischen Gift der Zeit vernichtet zu werden wie das deutsche Volks-

3 Zur Monatsmitte waren die Arbeitslosenzahlen des Vormonats bekanntgegeben worden. Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 17.2.1929, "Fast 2,4 Millionen Arbeitslose".

tum selbst. Es möge daher jeder ein treuer Anhänger seiner Kirche bleiben, aber untereinander Frieden halten und den Kampf gegen den internationalen Todfeind aufnehmen. Die nationalsozialistische Bewegung wird niemals einen religiösen Streit in ihren Reihen dulden. Sie wird aber auch niemals sich zu jener sog. "liberalen Anschauung" bekennen, die in Wirklichkeit am meisten geeignet ist, die Freiheit der Völker zu untergraben ...

Es ist daher auch eine Sinnlosigkeit, heute über kirchliche Dinge zu streiten. Denn wir können im Schicksalskampf des Volkes nicht auf jene Kräfte verzichten, die im Glauben leben. Und wir werden in unseren Reihen keinen Hader konfessioneller Art dulden [4].

So werden uns von diesem Standpunkt aus auch alle Dinge anders erscheinen als den anderen. Auf der Konferenz in Paris [5] *wird die Verknechtung Deutschlands weitergehen. Die Parteien, die einen Staat voll Macht und Größe übernommen haben und ihn zu Tode regierten, werden nie und nimmer uns aus dem Chaos retten.*

Frankreich wird nie dulden, daß die Last, die auf uns liegt, je verkleinert wird. Es wünscht, daß Deutschland unter dieser Last zusammenbricht, um dann die Hegemonie in Europa antreten zu können.

Und da die deutsche Außenpolitik ein Problem der Erhaltung des Deutschtums an sich und nicht einzelner abgesplitterter Teile ist, suchen wir Bundesgenossen, die einst mit Frankreich in Konflikt kommen müssen. Und da blicken wir auf Italien. Der natürliche Verbündete Deutschlands muß der natürliche Feind Frankreichs sein [6].

Wir arbeiten bewußt auf einen europäischen Block hin und suchen dazu nur jenen als Bundesgenossen, der selbst jung und kräftig ist, der selbst ein Übermaß an Lebenskraft hat. Und das ist wiederum Italien.

Die Geschichte wird künftig auch die Geschicke der Völker auf der Walstatt messen. Was Frankreich haßt, das liebe ich, was Frankreich liebt, das hasse ich, und wenn unsre deutschen Politiker nicht wissen, was uns nützt, so wissen die Franzosen haargenau, was uns schadet.

Alles, was Italien heute stärkt, kommt uns zugute. Darum begrüßen wir die jetzige Regelung [7] *in Italien auf das herzlichste.*

Denn die Beseitigung des inneritalienischen Konflikts zwischen der Regierung und dem Vatikan bedeutet einen Kraftzuschuß für das italienische Volk.

Es ist bewundernswert, wie der italienische Staatsmann [8] zielbewußt alle Kräfte seines Volkes zusammenfaßt und alle Gegensätze abbaut. Wenn aber die Kurie heute mit dem Faschismus Frieden schließt, so beweist das, daß der Vatikan diesem politischen System Vertrauen entgegenbringt. Jedenfalls mehr als dem liberaldemokratischen Staat von einst, mit dem er keinen Frieden zu schließen vermochte.

---

4 Anspielung auf die Auseinandersetzung mit Dinter. Vgl. Dok. 4, 33, 35.

5 Gemeint sind die Beratungen des Sachverständigenausschusses zur Regelung des Reparationsproblems vom 9.2. bis 7.6.1929 in Paris. Vgl. Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchges. u. eingel. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 37 ff., 170 ff. sowie Link, Stabilisierungspolitik, S. 452 ff.

6 Vgl. Dok. 63, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 89, Anm. 19.

8 Benito Mussolini.

Wenn nun heute Zentrums-Organe oder in München z. B. der Bayerische Kurier zu erklären versuchen, daß die Demokratie für die Katholiken nach wie vor vorzuziehen sei [9], so setzen sie sich damit in offenen Widerspruch mit dem Geiste jenes Vertrages, den der römische Stuhl heute mit dem faschistischen Staate abgeschlossen hat.

Damit maßen sich diese Organe an, aus ihren parteipolitischen Gründen heraus die weltanschauliche Auffassung des Heiligen Vaters einer Korrektur zu unterziehen.

Denn wenn die Kirche heute mit dem faschistischen Italien zu einer Verständigung kommt, die mit dem liberaldemokratischen undenkbar gewesen wäre, dann ist damit unzweifelhaft bewiesen, daß die faschistische Gedankenwelt mit dem Christentum näher verwandt ist als die jüdischliberale oder gar atheistisch-marxistische, mit der sich die sog. katholische Partei des Zentrums heute zum Schaden jeglichen Christentums und unseres deutschen Volkes so sehr verbunden fühlt. Wenn der Papst [10] heute mit dem Faschismus zu einer solchen Verständigung kommt, dann ist zumindest er der Ansicht, daß der Faschismus und damit der Nationalismus für die Gläubigen vertretbar und mit dem katholischen Glauben vereinbar ist. Wie kann dann aber z. B. der Münchener "Bayerische Kurier" als sog. "katholisches Organ" die Gläubigen der Politik des Papstes gegenüber mit Zweifel über ihre eigene Einstellung erfüllen? Ich sehe die Zeit noch kommen, da der Papst es begrüßen wird, wenn die Kirche vor den Parteien des Zentrums durch den Nationalsozialismus dereinst in Schutz genommen werden wird.

Eines steht fest, und darin sehe ich die große Bedeutung des zwischen dem Papst und Mussolini abgeschlossenen Vertrages: *Es ist nunmehr durch ein historisches Ereignis nachgewiesen, daß der Nationalsozialismus nicht, wie das deutsche Zentrum und seine Organe lügenhafterweise behaupten, an sich antichristlich und antikirchlich ist. Die nationalistische Weltanschauung - gleichgültig, ob in Italien faschistisch oder in Deutschland nationalsozialistisch - ist eine positiv christliche, und jeder gute Katholik kann ebenso wie jeder überzeugte Protestant ein Gegner des Parlaments und ein Anhänger der Diktatur der nationalen Idee sein.*

23. Februar 1929 — Dok. 91
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 23.2.1929.

Der Friedensschluß zwischen Vatikan und italienischem Staat [1] ist nicht nur das Ende des Streites des geeinten Königreichs Italien mit der römischen Kirche, sondern er ist

9 Vgl. Bayerischer Kurier vom 16.2.1929, "Faschismus und Katholizismus".

10 Pius XI. (eigentl.: Achille Ratti, 1857-1939), 1888 Bibliothekar an der Ambrosiana in Mailand, 1912 Bibliothekar an der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 Erzbischof von Mailand, 1922-1939 Papst.

1 Vgl. Dok. 89, Anm. 19.

zugleich das Ende der liberalen Periode. Es ist bemerkenswert zu sehen, mit welcher Leichtigkeit Staat und Kirche nun über Schwierigkeiten hinweggekommen sind, die noch vor einem Jahrzehnt als unüberwindlich galten. Man versucht vielfach, dies nur einem Entgegenkommen der beiden Seiten zuzuschreiben, das heute vielleicht wesentlich größer war als bisher. Allein, so sehr man das außerordentlich kluge Maßhalten des Vatikans in der rein gebietsmäßigen Forderung feststellen mag - das neue Staatsterritorium soll ja kaum den vierten Teil der Grundfläche des Englischen Gartens zu München umfassen - und so sehr man weiter das ebenso große Entgegenkommen des italienischen Staates im Verzicht auf eine, wenn auch räumlich kleine, so doch an Kunstwerken unermeßlich reiche und bedeutungsvolle Fläche der Ewigen Stadt festzustellen versucht, so würde doch dies alles nicht zu einem Frieden geführt haben, hätten sich nicht gegen[*über*] früher die gesamten Zeitverhältnisse überhaupt verschoben und verändert. Die liberale Ära war in ganz Europa eine Periode unfruchtbarer innerer Kämpfe. Vielleicht war sie notwendig, um die Völker durch ihr lebendiges Beispiel zu einer späteren besseren Einsicht zu bringen. Seit der Französischen Revolution und der durch sie eingeleiteten restlosen Emanzipation [2] des Judentums wurde durch dieses auserwählte Volk Europa und endlich fast die ganze Welt in eine dauernde innere Unruhe versetzt, ohne daß irgendwelche den Völkern nützliche große Aufgaben dabei gelöst worden wären. Im Gegenteil. Es ist die Zeit der planmäßigen Bekämpfung aller jener Gedanken und Kräfte, die der Größe der Völker zu dienen vermögen. Es ist die Zeit der Förderung aller jener Untugenden und Laster, die umgekehrt die Ursachen und Zeugen des Verfalls der Menschen zu allen Zeiten waren und sind. Es ist weiter die Zeit eines geschickten Abwendens der Menschen von den unerbittlichen Erkenntnissen realer Notwendigkeiten und dafür des Hineinführens in gänzlich unfruchtbare, rein doktrinäre Meinungskämpfe, die im günstigsten Falle an der Welt, wie sie ist, nichts ändern können, zumeist aber die Kräfte verzehrten, die zur Besiegung wirklicher Übelstände im Völker- und Staatsleben notwendig gewesen wären. Je mehr sich diese Zeit von staatspolitisch wirklich großen Aufgaben entfernte, je mehr sie die Völker ihren völkischen Traditionen und Aufgaben entriß und je mehr sie die Menschen aus überlieferten Traditionen heraushob und die mühsam im Laufe langer Zeiträume aufgerichteten Autoritäten zertrümmerte, um so mehr zwang sie sie zur Beschäftigung mit Dingen und Problemen, deren Lösung im höchsten Falle nur ein theoretischer Erfolg sein konnte, in den meisten Fällen aber ein das praktische Leben gefährdender war. Was in tausend Jahren im freien Spiel der Kräfte unter Zugrundelegung der Menschen, wie sie nun einmal sind, entstand, rissen oft Jahrzehnte blind ein unter Berufung auf Menschen, die es nicht gibt, auch wenn es noch so schön wäre, wenn es solche geben würde. Es war das Bemerkenswerteste dieser liberalen Periode, daß sie keinem Volk eine wirklich weltbewegende große Idee zu geben vermochte, dafür aber um so gründlichere Auflösungstendenzen gebar. Sie gab den Menschen Zeit und Gelegenheit, nach inneren Schwächen zu suchen und dort, wo sich keine fanden, solche zu konstruieren, um an ihrer Behebung dann die Kräfte der Völker zu verbrauchen, die sonst nötiger für größere Lebenszwecke

2 Zur politischen Emanzipation der Juden vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987, S. 7 ff.

eingesetzt hätten werden müssen. Es war die Zeit vor allem eines ewigen Nörgelns, Kritisierens, Um- und Durchwühlens religiöser Probleme, dogmatischer kirchlicher Grundsätze usw., wobei das Komische nur war, daß der geistige Urheber und Lenker dieses ganzen Treibens selbst am starrsten in seiner talmudischen Lehre verharrte. Hunderttausende der Besten der Völker sind in der liberalen Zeit dieser jüdischen Völkerverführung zum Opfer gefallen. Und Tausende gibt es auch heute noch - und selbst im völkischen Lager -, die als bewußte und unbewußte Werkzeuge des ewigen Welten- und Völkerzerstörers dessen Geschäfte besorgen. Warum das frühere Italien mit der römischen Kirche zu keiner Verständigung kommen konnte, lag nicht daran, daß es keinen Mussolini als Unterhändler hatte, sondern es lag daran, daß auch dieses Italien genauso wie die anderen europäischen Staaten kein großes, das gesamte Volk bewegende Lebensziel besaß. Keine große erhabene Lebensaufgabe, keine die gesamten Kräfte der Nation anspannende völkisch-nationale Mission. Daran litt aber nicht nur das Königreich, sondern indirekt auch der Vatikan. Denn die Gewalt eines völkisch-nationalen Gedankens ist unermeßlich, und seine Kräfte strahlen auch durch die Mauern eines kirchlichen Palastes. Daß das heutige Italien diesen Konflikt beenden konnte, lag also nicht daran, daß es einen geschickten Unterhändler namens Mussolini hatte, sondern daß es in diesem Namen einen Führer erhielt, der das italienische Volk aus der Unfruchtbarkeit des inneren (und nur nach innen gerichteten) Kampfes erlöste und an Stelle dessen die Kraft der Nation zusammenballt zum Lebenskampf des italienischen Volkes und Staates überhaupt. Und darin liegt der Unterschied gegen früher. Der liberale Theoretiker verzehrt die Kraft seines Volkes im Streit um Dogmen im Innern, in der Faust des völkischen Diktators werden die Dogmen zu Waffen für den Kampf nach außen. Der eine ersieht in der durch den Priester erfolgenden Freisprechung des irdischen Sünders von seinen Verfehlungen eine Streitfrage von höchster Lebenswichtigkeit, während sie für den anderen als Stärkung der Regimenter erscheint und damit dem Volke nützt, das im Angesicht des Schlachtengottes auf der Walstatt zu kämpfen hat für Sein und Zukunft. Der liberale Theoretiker wird nie erfassen, was den anderen bewegt. Ihm fehlt das erhabene Ziel und damit auch der alles besiegende Glaube, den der sein Volk zur Größe führende nationale Gedanke in sich birgt. Indem der Faschismus dem italienischen Volke den Glauben an eine Zukunft gab, schenkte er ihm die Kraft, über tausend innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ihrer Herr zu werden, ja das, was den Liberalen einst als wissenschaftlich falsch erschien, als psychologisch wertvoll in den Dienst des Lebenskampfes der Nation zu stellen. Der liberale Staat, dessen ganze Kraftäußerung nur nach innen gerichtet war, hatte deshalb auch die Kirche zu scheuen, für den faschistischen kann sie eine mächtige Verbündete werden nach außen.

Wenn ich zu den jüngsten Vorgängen in Rom Stellung nehme, so kann und will ich dies nur als Deutscher tun. Das heißt, ich kann auch dieses Ereignis nur überprüfen von den möglichen Folgen für unser Volk und Vaterland. Ich habe seit neun Jahren, das ist seit dem Jahre 1920, ununterbrochen die Auffassung vertreten, daß die natürlichste und vernünftigste Bündnismöglichkeit in Europa die zwischen Deutschland und Italien ist [3]. Ich habe jeden Gedanken an eine Verständigung mit Frankreich als absurd abgelehnt.

3 Vgl. z. B. Rede vom 1.8.1920. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 168.

Meine Auffassung hat sich dabei von Jahr zu Jahr mehr und mehr verstärkt. Sie war nicht bedingt durch den Sieg des Faschismus in Italien, sondern sie wurde durch diesen Sieg nur weiter gerechtfertigt. Denn das Wesentliche für eine deutsch-italienische Verständigung scheint mir zu sein, daß dieses Bündnis gerade dann die höchsten Aussichten auf Wert und Nutzen besitzt, wenn beide Staaten am nüchternsten und egoistischsten ihren natürlichen Lebensinteressen dienen und nützen wollen. Ich habe Bündnisse, wie das zwischen Deutschland und Österreich, immer als phantastisch abgelehnt [4].

Die "Nibelungentreue" [5] der "schimmernden Wehr" [6] war mir als eine Phrase von höchster Gefährlichkeit erschienen. Ich würde es ablehnen, als Führer eines Volkes dieses für solche Begriffe in einen Krieg zu bringen, wenn ich mir nicht versprechen könnte, dabei den eigensten Interessen meines Volkes in erster Linie dienen zu können. Ich habe deshalb aber gerade Italien als den für Deutschland möglichsten [*sic!*] Bundesgenossen angesehen, weil die nüchternste Verfolgung italienischer Interessen diesen Staat einst zwangsläufig in den entscheidenden Konflikt mit Frankreich bringen muß [7]. Ich gestehe, daß ich in Frankreich den ewigen Todfeind unseres Volkes sehe und demgemäß jede Macht als für Deutschland nutzbringend empfinde und ansehe, die, ebenfalls von Frankreichs Hegemoniebestrebungen bedroht, diesem Widerstand entgegensetzt. Ich gestehe deshalb auch, daß ich aus meinem brennenden Haß gegen Frankreich heraus auch den sehnlichsten Wunsch hege, die Zukunft möge im entscheidenden Ringen um die Vorherrschaft am Mittelländischen Meer Frankreichs Macht brechen und Italien den Sieg gewähren. Der unruhevolle gierige Neid der französischen Nation wird jedes natürliche Gedeihen und jede Blüte auch unseres deutschen Vaterlandes immer wieder verfolgen. Würde in Europa Frankreichs Vorherrschaft endgültig begründet werden, wäre dem deutschen Volk jede weitere Lebensmöglichkeit geraubt. Da bekenne ich denn, daß ich immer noch lieber den Brenner als Grenze sehe als den Rhein. Dabei muß ich weiter gestehen, daß die Lage des deutschen Volkes schlimmer als die Italiens und unsere Not größer ist. Italien kann unter Umständen wenigstens auf eine gewisse Zeit der Auseinandersetzung mit Frankreich entgehen, wenn es sich rücksichtslos an der Beraubung Deutschlands beteiligt. Deutschland aber kann nicht leben, wenn es sich nicht der von Frankreich auferlegten Fesseln entledigt. So bitter daher auch im einzelnen das Schicksal im Jahre 1918 für uns entschieden hat, so kann es und darf dies doch kein Hindernis sein, um damit eine deutsch-italienische Verständigung zu hintertreiben. Sowie erst beide Nationen die Größe des vor ihnen liegenden gemeinsamen Schicksalskampfes vollkommen erkannt und erfaßt haben, werden auch hier die dazwischen liegenden Schwierigkeiten zu unbedeutenden kleinen Angelegenheiten zusammenschrumpfen. Sie werden keine Barriere mehr abgeben, um Deutschland und Italien dadurch zu trennen.

4 Bezieht sich auf den "Zweibund", das 1879 abgeschlossene Defensivbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.
5 Vgl. Dok. 2, Anm. 16.
6 Vgl. Dok. 2, Anm. 17.
7 Vgl. Dok. 63, Anm. 7.

Als Deutscher, der in Italien den kommenden Bundesgenossen und den wohl für immer befreundeten Staat sieht, begrüße ich jede innere Stärkung dieses Volkes. Der Abschluß des Friedens zwischen Vatikan und Rom ist aber ein heute noch gar nicht abwägbarer Kraftzuwachs des jungen italienischen Staates, der sich gegen Frankreich auswirken wird. Nicht nur, daß damit Italiens Stellung als katholische Macht in der Levante eine wesentliche Stärkung erfahren wird, ist dies auch die beste Rückantwort auf die von Paris aus inszenierte Diktatur in Jugoslawien [8]. Der Faschismus hat damit in geschickter Weise mit dem Kroatentum eine innere Verbindung hergestellt, die schon einst im alten Österreich für das Kroatentum zum großen Teil stärker war als die blutmäßige. Aber von all dem abgesehen, scheint mir das Wesentlichste immer zu sein, daß der Faschismus damit die letzten kraftverzehrenden inneren Streitprobleme beseitigt hat. Was sich seit dem Oktober des Jahres 1922 in Italien abspielt, ist die wunderbarste Sammlung eines Volkes zur Erfüllung seiner höheren Lebenausfgaben. Die Kirche aber wird erkennen, daß sie ihrer höchsten Mission am ehesten in solchen Staaten genügen kann, die im Gefühl ihrer inneren Kraft in großer, die Welt bewegender Art die Interessen ihrer Völker nach außen wahrzunehmen vermögen. Das ohnmächtige, nach außen kraftlose Mexiko reibt seine Kräfte im inneren Streite auf [9]. Der ätzenden Wirkung dieser Kämpfe entgeht auch die Kirche nicht. Das kraftvolle, nationalbewußte Italien wendet heute seine Blicke nach außen und kann deshalb in der Religion nur einen mächtigen Verbündeten erblicken. Möge es der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland gelingen, zwischen und mit beiden Kirchen den Frieden herzustellen, um so auch diese unermeßlichen Kräfte dem Schicksalskampfe und der inneren Genesung unseres Volkes zugute kommen zu lassen. Allerdings ist dabei die erste Aufgabe immer die Vernichtung jener Partei, die unter dem Deckmantel religiöser Bestrebungen in Deutschland seit jeher die Geschäfte der Feinde des Christentums und des Vaterlandes besorgte [10].

23. Februar 1929 — Dok. 92
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 27.2.1929.

Die Unter-Gauleiter von *Mittelfranken* und *Nürnberg* haben beantragt, die Untergaue aus geschäftstechnischen und organisatorischen Gründen zusammenzulegen, nachdem auch Pg. Landtagsabg[*eordneter*] *Grimm* als Schriftführer der bayerischen Landtagsfraktion außerordentlich stark in Anspruch genommen ist. Im Verfolg dieses Antrages

8 Vgl. Dok. 84, Anm. 10.
9 Anspielung auf den Konflikt zwischen Staat und Kirche in Mexiko. Vgl. Hans Werner Tobler, Die mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch, 1876-1940, Frankfurt a. M. 1984, S. 396 ff.
10 Gemeint ist das Zentrum.

werden mit Wirkung vom 1. März ab die *Untergaue Mittelfranken und Nürnberg-Fürth* zu einem *Untergau Mittelfranken*, umfassend den bayerischen Regierungskreis Mittelfranken, vereinigt. Als Leiter des Untergaues Mittelfranken bestimme ich Pg. Julius *Streicher*, als seinen Stellvertreter Pg. Wilhelm *Grimm*.

Mit Wirkung vom 1. März 1929 ernenne ich den Pg. Otto *Erbersdobler* [1], Fürstenzell bei Passau, auf Vorschlag des Organisationsleiters [2] zum *Leiter des Untergaues Niederbayern*.

Mit Wirkung vom 1. März 1929 wird der Gauleiter von Ostpreußen, Erich *Koch*, Königsberg, gleichzeitig mit der kommissarischen Leitung des *Gaues Danzig* beauftragt.

München, den 23. Februar 1929

gez.: Adolf Hitler

24. Februar 1929 Dok. 93
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Masch. Aufzeichnung [2] mit hs. Vermerk "Nur für General v. Epp persönlich", o. D.; BA, NL Epp 24/3 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Wenn wir heute von vielen Seiten eine Kritik erfahren, die unserer Bewegung nicht gerecht wird, dann zum Teil wohl auch deshalb, weil nicht alle sich zurückversetzen können in die Zeit, aus der wir entstanden sind und in der wir entstanden sind. Würden alle unsere Kritiker von heute sich hineinzudenken vermögen in die Zustände der Jahre 1918 und 1919, so würden sie die ganzen damaligen Vorgänge sich plastisch vor Augen zu halten vermögen; und würde nun mancher damit vergleichen, was seitdem entstanden ist, so würde vielleicht mancher das unfruchtbare, lächerliche Kritisieren einstellen, würde mancher das Besserwissen zurückstellen und würde mancher den Weg in unsere Reihen finden und würde mancher mitkämpfen, statt zu kritisieren, würde mancher auf einmal erst verstehen, was in diesen neun und zehn Jahren tatsächlich geleistet worden

1 Otto Erbersdobler (1895-1981), Kaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Bayreuth, 1927 Kreisleiter, 1929 Untergauleiter und Gauhauptamtsleiter des Untergaues Niederbayern, 1932/33 MdR, 1933-1943 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau.

2 Gregor Straßer.

1 Im Hofbräuhaus, von 11.00 bis 13.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die anläßlich des neunten Jahrestages der ersten öffentlichen Kundgebung der NSDAP stattfand und die laut Polizeibericht "gut besucht" war, wurde von Hermann Esser geleitet. Hitler sprach 1 1/2 Stunden.

2 Kopf: "Rede Adolf Hitlers am 24. Februar 1929".

3 Druck einer redaktionell überarbeiteten Fassung: VB vom 26.2. und 27.2.1929, "Der Weimarer Staat schmiedet den Nationalsozialismus". Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 75 der Polizeidirektion München vom 23.3.1929; StA München, Polizeidirektion München 6779.

ist und wie ungeheuer die Umwandlung war, die sich wenigstens in einem Teile der deutschen Nation seitdem vollzogen hat.

Das Jahr 1918 war für viele Menschen der Zusammenbruch der äußeren Macht des alten Deutschen Reiches. Für uns war das Jahr 1918 schon damals mehr. Es war im tiefsten Grunde die Vollstreckung eines Urteils, das wir uns selbst in vielen, vielen Jahren einer Fehlentwicklung zugezogen hatten, einer Fehlentwicklung, die eigentlich gar nirgends anders enden konnte als bei diesem Jahre 1918. Allerdings, wir hätten vielleicht den Krieg zu gewinnen vermocht, wenn die damaligen staatlichen Gewalten etwas mehr Energie in der Niederdrückung oder, sagen wir, in der Beseitigung der Destrukteure, der offensichtlich arbeitenden Destrukteure des Vaterlandes, gezeigt hätten. Allein, nichtsdestoweniger waren die Gesamtzustände und -verhältnisse schon damals doch eine dauernde, schleichende Krankheit gewesen. Deutschland hätte vielleicht dieses Jahr überstehen können und wäre doch, trotz allem, innerlich nicht gesund gewesen. Es hätte innerlich weiter gekrankt, weil seit vielen, vielen Jahrzehnten bereits die ganze Entwicklung unseres inneren Lebens von Krankheitserscheinungen erfüllt war, die eines Tages so oder so zum Ausbruch kommen mußten. Das, was für uns das Wesentliche war im Jahre 1918, das war nicht der augenblickliche Sieg der Linksparteien, sondern das war im Grunde genommen der Sieg jener Gruppen, die seit vielen, vielen Jahren unermüdlich Deutschland innerlich aushöhlten, innerlich zerfraßen, ein Sieg, der allerdings dann ermöglicht wurde durch die Verschiebung der inneren Machtverhältnisse. Der Krieg wirkte hier als mächtiger Verbündeter dieser Destrukteure unseres Volkstums, denn durch diesen Krieg hat unser Volk im Verlauf eines 4 1/2jährigen ungeheuren Ausleseprozesses den besten Teil seines Volksgutes verloren. Dieser Krieg, der in Tausenden und Tausenden von einzelnen Vorgängen immer wieder die Besten an die Front rief, immer wieder die Besten herauszog aus der Nation, der mußte dazu führen, daß endlich das höchstwertige Volksgut, das höchstwertige Blut unseres Volkes hingeopfert wurde, zugrunde ging, während parallel dieser Erscheinung das mindestwertige Blut sich durch die eigentümlichen Verhältnisse, die der Krieg mit sich brachte, zu erhalten vermochte. Daher war im Jahre 1918 auf der einen Seite eine lose Organisation der Gemeinheit vorhanden, das war jene Organisation, deren höchstes Bindeglied die gemeine Gesinnung ist, die erbärmliche Gesinnung, der plötzlich verbindende Egoismus dieser Menschen, während auf der anderen Seite eine solche Organisation der Besten nicht mehr gegenüberstand. Wir konnten das am schärfsten in einzelnen Formationen der Wehrkraft selbst verfolgen, in jenen Formationen, in denen ebenfalls durch einen besonderen Ausleseprozeß der beste Teil einer Truppe herausgezogen war, sagen wir, zu den U-Bootsbesatzungen, während der Rest, der zurückblieb, eigentlich doch das weniger Gute umfaßte. Wenn nun dieser Prozeß 4 1/2 Jahre dauerte und eigentlich niemals zum Stillstand kam, dann mußte eben der Augenblick eintreten, in dem auf der einen Seite ein Höchstmaß an Schlechtigkeit sich zusammenfindet und vereint ist, während auf der andern Seite die Besten langsam verbluteten und langsam ausschieden.

Dazu kam nun, daß im Grunde genommen damals kein Unterschied war zwischen den Parteien der linken und der rechten Seite. Schon im Jahre 1918 mußten wir schärfsten Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die sogenannte bürgerliche Opposi-

tion oder die nationale Opposition der bürgerlichen Parteien jemals noch würden Deutschland retten können. Sie waren von genau denselben Krankheitskeimen erfüllt, genauso krank und morsch wie die andere Seite auch. Nur etwas hat sie vielleicht unterschieden: Äußerlich wollte man dort wenigstens einen sogenannten nationalen Gedanken haben. Innerlich war man von Neid erfüllt über den Fortschritt der anderen Seite. Im Grunde genommen war die nationale Opposition seit dem Jahre 1918 schon, wie sie sich in den Parlamenten zeigte, nichts als ein ganz nackter Neid um Parlamentsstühle und Ministerposten. Das war alles so, daß ein wesentlicher Unterschied nicht vorhanden war. Die "nationale Opposition" war genau so verparlamentarisiert, genau so demokratisch, genauso erbärmlich wie die anderen. Sowie es sich darum handelte, irgendwo die letzte Konsequenz zu ziehen, da zögerte sie genauso zurück, war genauso opportun wie die anderen Parteien auch. Nur daß vielleicht die Linke etwas mehr Stoßkraft besaß und daß sie sich im Laufe der Jahre eben ein Instrument der Macht geschaffen hatte in den Gewerkschaften, vor allem aber in jenen Organisationen, die zu Straßenaufzügen geeignet waren. Das allein war ja schon das vernichtendste Armutszeugnis für die sogenannte bürgerliche Parteiwelt. 30 Jahre hindurch hat diese bürgerliche Parteiwelt Gelegenheit gehabt zu sehen, wie der Marxismus neben seiner sogenannten geistigen Lehre sich das Machtinstrument schuf, um zur Ergänzung der Idee den Terror einsetzen zu können. 30 Jahre lang haben diese bürgerlichen, sogenannten nationalen Parteien gesehen, wie der Marxismus die Straße eroberte und wie er langsam über den Umweg der Straße, über den Umweg der Massenversammlungen, über den Umweg des Terrors auf der Arbeitsstätte die großen Massen, besonders der Arbeiterschaft, in seinen Bann zwang. Und 30 Jahre hat das Bürgertum und hat die bürgerliche Politik geglaubt, gegen solche Erscheinungen mit rein theoretischen Aufklärungen oder mit pazifistischen Ermahnungen vorgehen zu können. Wenn heute ein bürgerlicher Politiker mir entgegentritt und gegen unsere Bewegung etwas sagen will, kann ich ihm nur eines zur Antwort geben: Jeder bürgerliche Politiker, der vor dem Kriege bereits lebte und politisch tätig war, hat damit den Wahrheitsbeweis für seine Unfähigkeit bereits erbracht. (Lebhafter Beifall.)

Denn wenn ein Mann sieht, wie sein Gegner zur letzten Entscheidung sich eine Waffe schmiedet, und das selbst nicht tut, dann beweist er, daß er entweder ein Feigling ist oder daß er ein Dummkopf ist. Eines von beiden. (Sehr richtig!)

Zu denken, daß ein Gegner sich eine solche Waffe schmiedet, um sie eines Tages doch nicht anzuwenden, weil der andere sie ja auch nicht hat, das zu denken bringt nur ein, sagen wir, bürgerliches politisches Gehirn fertig. In der Wirklichkeit wird es so etwas nie geben. Es ist selbstverständlich, daß in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie, der Marxismus sich Terror-, Sprengkolonnen organisierte, man auch entschlossen war, sie eines Tages einzusetzen und anzusetzen. Und nichts war vernichtender für die Beurteilung der sogenannten nationalen Oppositionsparteien als das, daß sie auch im Jahre 1918 das noch nicht begriffen hatten, daß sie selbst im Jahre 1919 noch keine Idee davon hatten, daß man dem Terror nicht entgegentritt durch sanfte Erklärungen, sondern daß dem Terror nur entgegengetreten werden kann selbst wieder nur durch Gewalt, daß sie auch damals noch immer glaubten, sie könnten in einer Welt, die tatsäch-

lich von Waffenlärm erdröhnt, mit ihrer schwachen, bürgerlich-pazifistischen Idee kämpfen, und daß sie selbst im Jahre 1918 noch immer glaubten, sie könnten den Marxismus beseitigen durch eine überlegene Geistigkeit, wobei selbst diese überlegene Geistigkeit unendlich zweifelhaft war und fraglich erschien. Aber sie meinten wenigstens, daß eine solche überlegene Geistigkeit eines Tages doch die andere Seite entwaffnen würde, während die andere Seite ihren Terror ja einsetzte zur Ausfüllung der Lücke ihrer Geistigkeit und den Terror in den Dienst ihrer Geistigkeit stellte. Das allein war das Vernichtendste. Dazu kam noch, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien des Jahres 1918/19 gar kein irgendwie in der Zukunft liegendes Ziel besaßen. Die damaligen Parteiprogramme waren schwächliche Auffrischungen der alten Parteiprogramme [4]; im allgemeinen war das kühnste bürgerliche Ziel der Gedanke der Restauration der Vergangenheit. Der kühnste Gedanke unserer großen bürgerlichen Parteien war die Wiederherstellung des früheren Zustandes, innerpolitisch die Wiederherstellung der Monarchie, Einsetzung aller einzelnen Fürsten, Einsetzung des deutschen Kaisers, Einsetzung aber selbstverständlich auch des deutschen Parlaments, des Reichstags von früher; das soll alles so bleiben, wie es einst war. Außenpolitisch die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914, kurz und gut, alles wieder auf den Punkt zurückzustellen, wie es war, das war das kühnste Ziel einer Bewegung, die den Marxismus hätte vernichten sollen, eine Pest hätte ausrotten müssen aus unserem Volk. Und es war selbstverständlich, daß man mit solchen rückblickenden Gedanken, zurückblickenden Zielen niemals in der Lage sein konnte, einer vorwärtsstürmenden Idee entgegenzutreten. Und tatsächlich haben ja auch die Jahre 1919 und die darauffolgenden, bis heute, gezeigt, daß die deutschen bürgerlichen Parteien vollkommen unfähig sind, den Verfall der deutschen Nation aufzuhalten, vollständig unfähig sind, den Kräften gegenüberzutreten, die verantwortlich sind für den deutschen Zusammenbruch, vollständig unfähig sind aber vor allem, das neue Deutschland aufzubauen, und daß es Wahnsinn ist, von diesen Gebilden zu erwarten, daß sie in der Zukunft das nun fertigbringen würden, ich möchte sagen, in ihren alten Tagen das zu vollbringen, was sie in den Tagen ihrer vermeintlichen Kraft nicht zuwege brachten.

Das Jahr 1918/19 hat weiter eines gezeigt, daß nämlich den bürgerlichen Oppositionsparteien, die damals die nationale Idee zu vertreten gehabt hätten, es nicht gelang, irgendeine neue Konzentration der wertvolleren Elemente der Nation durchzuführen. Und weshalb? Wenn wir den Wert eines Volkes nur ziffernmäßig betrachten, dann ist dieser Wert überall derselbe; d. h., ich kann sagen, das Volksmitglied Nr. 1 hat denselben Wert wie das Volksmitglied Nr. 10.000, und das Volksmitglied Nr. 10.000 hat denselben Wert wie das Volksmitglied Nr. 39.798.744. Wenn ich aber bedenke, daß der Wert der einzelnen Menschen eben nicht nur ein ziffernmäßiger ist, daß er nicht nur ein summarischer ist, sondern daß der Wert der Menschen zugleich ein spezifischer ist, und wenn ich bedenke, daß dieser Wert damit ein verschiedener ist, dann ist es logisch, daß die Kraft der Nation nicht nur in Ziffern allein auszudrücken ist, sondern daß die Stärke der Nation dort liegen wird, wo die Besten der Nation konzentriert sind, vereinigt sind. Das heißt also: Wenn es irgendeiner Idee gelingt, aus irgendeinem Anlaß in der Nation

4 Vgl. Dok. 61, Anm. 26.

eine Sammlung bestimmter, wertvollster Elemente durchzuführen, und diese Menschen nun an irgendeinen Punkt hinzukonzentrieren, dann wird dadurch das Schwergewicht der Nation verschoben und auf den Punkt hinkonzentriert, wo die tatkräftigsten Menschen dieses Volkes eben vereint sind. Dieser Vorgang kann auch umgekehrt stattfinden. Das heißt, wenn ich aus einem Volkskörper heraus die schlechtesten Elemente ziehe und die schlechtesten Elemente geschlossen organisiere und an einem Teil einsetze, dann kann auch dorthin das Gesetz des Handelns verschoben werden. Umgekehrt kann ich auch, wenn ich die besseren Elemente herausziehe und zusammengliedere oder zusammenschließe, dadurch das Gesetz des Handelns in diese Gruppe hineinlegen. Der Krieg hat es fertiggebracht, die schlechtesten Elemente zu konzentrieren und zu erhalten und die besten Elemente zu beseitigen. Damit ging auch das Gesetz des Handelns auf die schlechtesten Elemente langsam über.

Es war nun eine Aufgabe, die Gegenkonzentration der besten Elemente wieder durchzuführen, und zwar eine Gegenkonzentration, die selbstverständlich auch politischer Art sein mußte, und auch physischer Art. Denn wenn jemand mit der Faust gegen den Gegner angeht, dann wird dieser auf die Dauer sich nur zu wehren vermögen, wenn auch ihm die Faust zur Verfügung steht. Was heißt Krieg? Krieg heißt selbst nichts anderes als der letzte Kampf eines Volkes mit der letzten Waffe. Und die letzte Waffe auf dieser Welt war von jeher und wird zu allen Zeiten bleiben die Gewalt.

Wenn ich also in der Neubildung eines Volkskörpers versuchen muß, die organisierte Gemeinheit zu überwinden, dann geht das nur dadurch, daß ich ihr eine Organisation des besten Menschentums gegenüberstelle, eine Organisation, die ebenso geistiger Art sein muß, als sie aber auch, wenn notwendig, brachialer Natur zu sein hat.

Das hat die bürgerliche Parteiwelt von vornherein nicht mehr fertiggebracht. Dazu langte schon ihre ganze demokratisch-parlamentarische Einstellung nicht; denn die Demokratie und besonders der Parlamentarismus, so wie wir ihn kennen, werden zu allen Zeiten nur zur Sammlung der schwächeren Elemente führen. Sie werden vor allem ausscheiden die energischen, tatkräftigen Führernaturen, und zwar zwangsläufig. Sowenig durch Majoritätsbestimmung Führer gefunden werden können, sowenig werden sich wirklich geborene Führer Majoritätsbestimmungen zu unterwerfen vermögen. Das sind Begriffe, die sich ausschließen. Wer Majoritäten wünscht, verzichtet damit auf Köpfe; wer Köpfe wünscht, muß damit auf Majoritäten verzichten. Beides zugleich kann man nicht haben. Wenn also ein Volk den Gedanken der Majorität anbetet, muß es damit auch auf überragende, geniale Köpfe Verzicht leisten. Und wenn ein Volk überragende Köpfe wünscht, kann es nicht parlamentarisch-demokratisch regiert sein. Wenn eine Partei nun einen schweren Schicksalskampf durchführen soll, dann muß ein Volk durch diese Partei zur Organisation seiner tatkräftigsten Menschen gelangen. Und zu dieser Organisation taugt eine demokratische Einrichtung nicht. Unsere Parteien, die scheinbar den Parlamentarismus bekämpfen wollen, sind selbst lauter typische parlamentarische Gebilde. Unsere gesamten bürgerlichen Oppositionsparteien sind lauter Parlamente im kleinen, Parlamente, bei denen es genauso zugeht wie im großen Parlament. Sie sind alle aufgebaut auf dem Gedanken der Verantwortlichkeit nach unten und der Autorität nach oben, d. h., jeder ist verantwortlich nach unten, weil er von unten gewählt

wird, jeder hat Autorität nach oben, weil er nach oben selbst wieder wählt, weil er das Recht hat, die ober [*sic!*] ihm befindlichen Instanzen zu kritisieren, ja, ihr Befehle zu erteilen. Wenn Sie aber eine Organisation auf diese Basis stellen, können Sie niemals zu einer Sammlung tatkräftiger Menschen gelangen. Das schließt dieses System aus. Daher ist auch die bürgerliche Welt selbst langsam in ihren politischen Parteien schwach, armselig und krank geworden. Das Jahr 1919 mußte schon jedem zeigen, daß diese Parteien die deutsche Not deshalb nie wenden können, sondern daß es notwendig sein wird, daß in das deutsche Volk eine Bewegung hineingesetzt wird, die schon aufgrund ihrer inneren Art der Parteikonstruktion, ich möchte sagen, mechanisch, maschinenmäßig sicher zu einer Auslese der besten Elemente führen muß.

Das war auch der Grundgedanke, der uns im Jahre 1919 bei der Bildung der jungen nationalsozialistischen Bewegung beherrschte. Es sollte in diese Parteiwelt nun eine Organisation hineingebaut werden, die in sich die strengste Autorität der Persönlichkeit verkörpern sollte. Es sollte eine Organisation hineingestellt werden in diesen parlamentarisch-demokratischen Staat, die selbst vollkommen autokratisch gedacht war. In einer Zeit, in der über alles beraten wurde, in der überall Räte waren, in der überall die Majorität entschied, angefangen von den kleinsten Kommunen bis hinauf zum Reichstag, angefangen vom kleinsten Bierverein bis hinauf zu den großen politischen Parteien, in der Zeit sollte nun eine Organisation gebildet werden, in der grundsätzlich nur die Autorität des Führers entscheidet, [*in der*] von oben bis hinunter in die einzelne Gruppe befohlen und in der nicht abgestimmt wird. Es war selbstverständlich, daß damals zunächst die ganze Öffentlichkeit den Kopf über eine so wahnwitzige Idee schüttelte und sagte: Das ist Irrsinn! Wir befinden uns noch mitten in der Periode des Eingehens in die westliche Demokratie, wir befinden uns mitten in der Periode der Übernahme des parlamentarischen Gedankens auf sämtliche Korporationen, und jetzt wollen diese Nationalsozialisten eine Organisation bilden, die unsere ganze parlamentarisch-demokratische Idee auf den Kopf stellen soll. Ein Unsinn, unmöglich ist so etwas!

Und sehen Sie, weil die anderen alle glaubten, daß es unmöglich wäre, und weil sich so der allgemeine Widerstand, ich möchte sagen, aus sich heraus, dagegen stemmte, mußte diese Organisation zwangsläufig zu einer Organisation der besten Menschen werden; denn wenn die Menschen mit dem Strome schwimmen, brauchen sie keine Kraft. Nur wer sich gegen den Strom wendet, der muß Kraft besitzen. (Beifall.)

Wer mit der öffentlichen Masse läuft, wer in ihr bleibt, der braucht keine Kühnheit, der braucht auch keinen Mut. Wer die Zeitereignisse anerkennt, wer sich ihnen fügt, der braucht keinen Heroismus, der braucht keinen Opfersinn. Er kann stets dabei nur verdienen. Nur wer es wagt, dem Geiste der Zeit den Krieg anzusagen, der braucht Mut und der braucht Heroismus. Nur wer es wagt, sich gegen eine zur Gewohnheit gewordene Tatsache zu stemmen und eine andere Idee, eine andere Absicht zu verkünden, der muß dann auch Opfer bringen. Und nur wer Mut braucht und wer Opfer bringen muß, wird eben auch zu Mut und Opfer fähig sein. Es ist das Wundervolle, daß zwischen dem Programm und den Menschen eben doch ein innerer Zusammenhang besteht. Ich muß heute oft lächeln, wenn ich so manchmal die Anläufe von unseren nationalen bürgerlichen Parteien sehe, nationalsozialistische Politik zu betreiben oder, sagen wir lie-

ber, nationalsozialistische Energie plötzlich vorzutäuschen. Ich muß hellauf lachen, wenn man meint, das könne man dadurch tun - meistens sind es sehr mumienhafte Erscheinungen, die man irgendwo aus einer Gruft herauszerrt -, daß man nun einen alten Namen [5] vorne hinstellt vor diese Parteien, einen Wauwau, der in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken soll: Was ist jetzt da für ein Wandel vor sich gegangen! Nun seht diese Partei an, kennt ihr sie noch, ist das nicht ein ganz anderes Gebilde? Nein! Es ist ganz das gleiche, nur hat man wieder einmal die Kokarde umgedreht. Bald sieht sie so aus, bald sieht sie so aus. Es ist wirklich nur ein Farbenwechsel, der vorgenommen wird, auch wenn die Personen wechseln. Das Innere kann gar nicht mehr wechseln. Wer ein Programm verkündet, gewinnt die Menschen, die von Natur aus für dieses Programm geeicht erscheinen. D. h., wenn ich ein Programm der Schwäche vertrete, werde ich die Menschen gewinnen, die zur Schwäche hinneigen. Wenn ich ein Programm der Tat verkünde, werde ich langsam die Menschen gewinnen und sammeln, die zur Tat hinneigen. Niemals wird z. B. zu unseren radikalen Ideen ein Schwächling kommen, im Gegenteil, er wird von vornherein erklären: Das ist mir viel zu radikal, der ganze Ton, die ganze Aufführung dieser Leute! Nein, das ist eben auch nichts für dich, du gehörst in die anderen Läden hinein, dort ist für dich die Partei, dort kannst du selig werden, und diese Partei kann auch nur selig werden, wenn sie solche Leute hat, wie du einer bist. (Beifall.)

Wenn nun plötzlich eine solche Partei, die doch gebildet wurde durch das Vorzeigen einer Idee unendlich gemächlicher, friedsamer Art, wenn nun eine solche Partei einen Fanatiker als Führer bekäme, so würden die meisten Anhänger sagen: Ja, deshalb bin ich doch nicht in die Partei hineingegangen, daß da so ein Radikalinski vorne steht und weiß Gott was anrichtet. Ich bin doch in diese Partei nur gegangen, weil ich in ihr eine geruhsame, friedsame Bewegung sehe. Wenn ich das nicht wollte, wäre ich doch zu den Nationalsozialisten gegangen, da wäre ich doch auf der Seite und nicht hier. Also, wenn bei einer solchen Partei ein Mann von Energie käme, so könnte er sich nicht halten, weil die Masse darauf nicht eingestellt ist, weil die Menschen darauf nicht reagieren und umgekehrt. Wenn eine Bewegung von Anfang an ein kühnes Ziel hat, ein Ziel, dessen Erringung ersichtlich mit Opfern verbunden ist, ersichtlich Kampf bedeutet, letzten Manneseinsatz erfordert, dann wird eben in eine solche Bewegung nur der kommen, der irgendwie in seinem Innern ähnlich eingestellt ist, bei dem irgendeine innere Stimme sagt: Ich gehöre auch dorthin, ich bin auch irgendwie Kämpfer, ich will mich betätigen, ich will nicht zusehen, wie Deutschland zugrunde geht, ich habe das satt. Dann summieren sich diese einzelnen Menschen und ergeben endlich ein großes Gebilde von vielen, vielen Hunderttausenden, die, aus der großen Nation herausgezogen, dennoch eines Sinnes und eines Denkens, eines Weges und eines Wesens sind.

Und dann entsteht langsam ein neuer Staat im Staate, dann kann eben aus einem Staate der Demokratie, aus einem Staate des Parlamentarismus ein Staat der Staatsgläubigkeit wieder entstehen. Und dann wird eine solche Organisation genausowenig einen schwachen Führer zu ertragen vermögen wie eine andere einen starken verdauen kann.

5 Wahrscheinlich Anspielung auf die Wahl Alfred Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP am 20.10.1928.

Meine lieben Volksgenossen! Im Jahre 1919 kannte man selbstverständlich keine großen theoretischen Abhandlungen. Die Zeit war damals noch hart, und während wir in manchen Sälen sprachen, platzten draußen Handgranaten. Das Bellen der Maschinengewehre war noch an der Tagesordnung. Man wußte, daß der Lebenseinsatz ununterbrochen die Voraussetzung zum Erfolg war und jeden Tag praktisch begleitete. Aber eines war damals bereits sicher: Wenn in dieser Periode des Terrors der einen und, ich möchte sagen, der unmännlichen Fügsamkeit der anderen Seite eine neue Bewegung hineintrat, die vom 1. Tag an den Kampf nicht scheute, sondern dem Gegner entgegenging, dann mußte diese Bewegung gerade in der damaligen Zeit eine Unzahl, möchte ich sagen, tatkräftiger Naturen fesseln. Es mußten Zehntausende kommen, die vielleicht im Laufe des Krieges sich wenig mit parteipolitischen Problemen beschäftigen konnten, die aber im Herzen doch irgendetwas Unbestimmtes besaßen, das ihnen sagte: So kann es nicht weitergehen! Das Deutschland von jetzt ist nicht unser Deutschland, für das wir gekämpft haben, und dieses Deutschland wird nicht das Deutschland der Zukunft sein, das wir unseren Kindern wünschen möchten, sondern es muß ein anderer Staat wieder entstehen! Und diese Menschen, die selbst an Taten gewöhnt waren, sie mußten zwangsläufig in eine solche Bewegung hineingeraten, die ihnen Taten zeigte.

Und das war der Beginn der jungen nationalsozialistischen Partei. Im Jahre 1919 traten wir, wie die ältesten Parteigenossen von Ihnen wissen, zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, ganz klein, ich möchte sagen, unverhältnismäßig klein. Denn gegen uns stand alles das, was die sogenannte öffentliche Meinung machte. Gegen uns war zunächst das gesamte Kapital, gegen uns war weiter die gesamte Presse, gegen uns war weiter aber auch damit die gesamte öffentliche Meinung, gegen uns waren damit sämtliche Parteien, die linken, weil sie in uns ihre zukünftigen Rächer sahen, und die rechten, weil sie in uns die unbequemen Konkurrenten empfanden. Sie sahen in uns die jugendliche Bewegung, die frischer war wie sie selbst. Und da für alle diese Parteien die Partei am Ende schon Selbstzweck geworden war, konnten sie sich nie zu dem Gedanken durchringen: Wir haben nun einmal abgewirtschaftet, wir müssen die Jungen an unsere Stelle lassen. Im Gegenteil, sie sahen in uns nur die unfreundliche Konkurrenz, sie empfanden das als unfreundlich, daß wir überhaupt entstehen konnten, sie sagten: Schon wieder eine neue Zersplitterung! Als ob das in Deutschland überhaupt etwas ausgemacht hätte. Wenn Deutschland zugrunde geht, ist es ganz einerlei, in wieviel Splittern es zugrunde geht. Wenn aber Deutschland nicht zugrunde gehen soll, so ist es sicher, daß es von den heutigen Parteien nicht gerettet werden wird. Mithin, warum sich über Splitter beklagen? Wir jammern niemals über Splitter. Wer selbst im Gefühl der Kraft ist, braucht die Splitter der anderen nie zu scheuen. Im Gegenteil, sie mögen zersplittern. Es wird eine Kraft sich zwischen sie hineinsetzen, und es wird diese Kraft eines Tages diese Splitter beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird auch in Deutschland wieder einmal ein Volk sein, das dieser Splitter ledig sein wird. Die bisherigen Parteien bringen das an sich nicht fertig. Der Gedanke, daß die Zersplitterung nur dann einsetzt, wenn etwa eine Rechtspartei sich teilt, ist schon Irrsinn. Es gibt in der Nation Probleme, angesichts derer überhaupt keine Partei bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Jede Partei ist da bereits Zersplitterung. Es gibt in einem Volkstum Aufgaben, denen überhaupt nur die ganze Nation gegenüberstehen kann und nicht eine Partei. Wenn mir heute jemand sagt: Sie bedeuten eine Zersplitterung, dann muß ich ihm sagen: Nein, zersplitternd wirkt in einem Volk, das in einer Lage wie das deutsche sich befindet, jede Partei an sich; da sie die Zersplitterung nicht überwinden werden, da den Parteien jede weltanschauliche Kraft fehlt, die Nation irgendwie geschlossen in sich zu vereinen, und ihnen selbst die Kraft mangelt, diese Vereinigung mit allen Mitteln durchzuführen, wird eine junge Bewegung kommen müssen, die sich selbstherrlich eines Tags in den deutschen Thron hineinsetzt und erklärt: Deutschland sind wir ganz allein. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nicht dieses Problem der deutschen Wiedergeburt gelöst werden können auf dem Gebiete der Parität [*sic!*]. Glauben Sie [*mir*], im Jahre 1919 konnte man theoretisch wenig sprechen. Dazu stand man zu sehr im Tageskampfe. Aber wesentlich war, daß dieser Tageskampf doch von uns im Sinne einer großen Idee geführt wurde und daß im Sinne dieser großen Idee viele Zehntausende von Menschen auf diese Idee sich verpflichteten. Im Jahre 1920 war die Bewegung so weit fortgeschritten, daß sie aus ihren kleinsten Anfängen heraus zum ersten Male nun wagen durfte, in die Öffentlichkeit zu treten [6], und zwar in die Öffentlichkeit zu einer Zeit, da andere Parteien entweder nur in ihren Kreisen sprachen oder die Öffentlichkeit mieden, weil es damals gefährlich war, öffentlich aufzutreten. Wenn heute in dieser Stadt eine Behörde mit sicherem Selbstbewußtsein sagt: Der Schutz des Bürgers ist Aufgabe des Staates, dann können wir doch sagen, daß damals diese Herren überall herumgesucht haben um einen Schutz, der sie selbst in Schutz genommen hat. (Lebhafter Beifall.)

Alle diese Herren, die heute so selbstsicher und selbstbewußt vom selbstverständlichen Schutz des Bürgers durch den Staat sprechen, waren damals sehr beängstigt und verängstigt über ihren eigenen mangelnden Schutz. Und ich muß sagen, als wir diese erste Versammlung hier hatten, war alles erfüllt von Gegnern, eine tobende Rotte, aber ich sah keinen Repräsentanten des staatlichen Schutzes hier herinnen, auch draußen konnte man keinen sehen. Der Staat hat erst später erkannt, daß er eigentlich die Bürger beschützen muß. Auch jetzt weiß er das noch nicht ganz genau. Nur manchmal dämmert es ihm plötzlich auf, daß es eigentlich Aufgabe des Staates wäre, die Bürger zu beschützen. Besonders wo Nationalsozialisten irgendwo sich um diesen Schutz [*sic!*] annehmen, entdeckt man auf einmal diese hohe, hehre Aufgabe des Staates von neuem. Damals war, wie gesagt, das nicht so, sondern der Kampf mußte von uns selbst ausgefochten werden. Diese erste Kundgebung, die wir hier abgehalten haben, unterschied sich von allen anderen dadurch, daß diese Kundgebung ein Appell an die breite Masse war, daß die breite Masse eingeladen war und daß zum ersten Mal eine nichtmarxistische Partei in dieser Stadt nicht in ihrem Parteikreis auftrat, sondern in der Öffentlichkeit, und daß zum ersten Mal damit eine Bewegung es wagte, den Kampf um die Straße tatsächlich aufzunehmen. Sie sind später Zeugen dieses Ringens gewesen, das seit dem Jahre 1920 einsetzte, ein Ringen, das heute noch nicht abgeschlossen ist, das jetzt dauernd weitergeht, ein Ringen, das sich in jeder Stadt erneut abspielt, das erst in jeder

6 Am 24.2.1920 im Münchner Hofbräuhaus. Druck eines Polizeiberichts: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

Stadt ein Ringen um Versammlungssäle ist, dann ein Ringen um die Straße und das einmal ein Ringen um die Staatsgewalt sein wird, selbstverständlich mit legalen Mitteln. (Stürmischer Beifall.)

Es ist ein Ringen, das sich immer und überall wiederholt und das sein Ende erst dann finden wird, nicht wenn wir zu einer achtunggebietenden Fraktion im Deutschen Reichstag geworden sein werden, auch sein Ende nicht finden wird, wenn wir koalitionsreif geworden sein werden, auch sein Ende nicht finden wird, wenn wir regierungsfähig geworden sind, ja, wenn wir selbst regieren können, sondern ein Ringen, das sein Ende finden wird, dann, wenn der letzte Marxist in Deutschland vernichtet ist. (Stürmischer Beifall.)

Und darüber hinaus wird dieses Ringen immer erfüllt sein von einer Sorge für alle Zukunft, schon durch die Konstruktion unseres ganzen staatlichen Lebens und durch die Art der Auffassung des Verhältnisses dieses Staatslebens zum Wirtschaftsleben zu verhüten, daß jemals wieder eine solche Gefahr für das [*sic!*] Deutschland kommen kann. (Lebhafter Beifall.)

Das wird die große Aufgabe dieser Bewegung sein, von der es keinen Freispruch gibt, ganz gleich wie im einzelnen die Erfolge sein mögen. Daher auch die für andere Parteien unbegreifliche Intensität der Arbeit dieser Bewegung! Während andere Parteien nach einer Wahl aufschnaufen und glückselig sind, daß diese Belastung nun endlich wieder vorbei ist und daß man sich im Deutschen Reichstag zu Berlin viereinhalb Jahre [7], wenn möglich, gütlich tun kann, um dann wieder 3 Monate diese Last des Wahlkampfes auf sich zu nehmen, wird unsere junge Bewegung das nie können. Ganz gleichgültig, ob Wahl oder Nichtwahl, wird dieselbe Arbeit weitergehen. Und selbst wenn wir heute unumschränkt gesiegt haben werden, wird diese Arbeit der dauernden Volksaufklärung, der dauernden Volksbelehrung niemals stocken. Sie wird selbstverständlich weitergehen, weil wir der Überzeugung sind, daß genauso wie ein Kind dauernd belehrt werden muß, und diese Belehrung nie aussetzen darf, auch ein Volk dauernd geführt werden muß, und diese Führung nie aussetzen darf, zu keiner Stunde. (Beifall.)

Denn wenn auch die inneren Konflikte einst entschieden sind, dann steht doch dieses Volk ununterbrochen im Schicksalskampf um sein Dasein gegenüber der äußeren Welt. Und gerade für diesen Kampf braucht man ein dafür erzogenes Volk. Es ist der Fehler unserer bürgerlichen Parteienwelt gewesen, vollkommen zu verkennen, daß man nicht Weltgeschichte mit Volkseinsatz machen kann, ohne den Einsatz selbst dafür präpariert zu haben, ohne daß dieser Einsatz ununterbrochen dafür erzogen wurde, daß man glaubte, in der heutigen Zeit, in der die Völker im Kampfe den ungeheuersten seelischen Beanspruchungen ausgesetzt sind, mit dem reinen formalen staatlichen Mechanismus auskommen zu können, und ganz vergaß, daß dieser Mechanismus nur bestehen kann, wenn ein Volk da ist, das in seinen inneren Qualitäten, in seinem inneren Werte einer höchsten Beanspruchung geeignet erscheint. Fehlt dieses Volk, dann wird die beste staatliche Organisation zerbrechen, weil sie in dem Falle nur ein äußerer Mechanis-

7 Art. 23 der Reichsverfassung lautete: "Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden. Der Reichstag tritt zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen." Druck: RGBl. 1919, S. 1388.

mus sein wird, aufgepropft auf ein nicht würdiges, schlechtes, erbärmliches Volk, in keinem inneren lebendigen Zusammenhange mit dem Volk, dem Volkskörper und dem Volksleben stehend.

Im Jahre 1920 hat die junge Bewegung eine Arbeit begonnen, die sie auch heute noch ununterbrochen durchführt und die sie niemals aufgeben wird, auch in den kommenden Jahren und kommenden Jahrzehnten, kann ich Ihnen versichern, wird der Geist dieser Bewegung sich nie ändern. Er wird immer heißen Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Es wird ein ununterbrochenes Denken sein auf der einen Seite und auf der andern Seite eine ununterbrochene Bearbeitung der breitesten Masse selbst. Es wird auf der einen Seite eine Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen unseres Lebens sein, ein Erforschen der seelischen Kräfte unseres Volkes, auf der andern Seite aber auch eine ununterbrochene Bearbeitung aller dieser Kräfte. Es wird weiter sein eine ununterbrochene Aufklärung, die nie versiegen wird, bis endlich das deutsche Volk im Ringen auf dieser Welt dorthin gekommen sein wird, wohin wir es wünschen. Denn für uns ist diese Erde Spielball für alle, und wir gestehen auf das freimütigste, daß wir Nationalsozialisten keinen Augenblick verzichten wollen auf den Einsatz unseres Volkes im Spiel der Kräfte auf dieser Welt (lebhafter Beifall), daß wir keinen Augenblick, niemals, uns selbst bescheiden wollen, daß wir keinen Augenblick daran denken zu sagen: Unser Volk hat nur das Recht der Mitkonkurrenz bis hierher, weiter nicht; sondern wir glauben im Gegenteil, daß im Konkurrenzkampfe der Völker auf dieser Welt bis ans Ende der Tage das deutsche Volk mitkämpfen wird (lebhafter Beifall) und daß wir stets alles tun werden, dieses Volk reif auch zum letzten Kampfe zu machen. Und dann mag eine Nachwelt, eine späte Nachwelt wieder entscheiden über ihr Tun und über ihr Lassen in diesem riesenhaften Kampfe.

Nun hat sich das erfüllt, was wir einst vorhergesehen haben. Die Bewegung wurde verfolgt. Erst verfiel sie dem Fluch der Lächerlichkeit, dann verfiel sie der Lüge, der öffentlichen Verfemung durch die Lüge, und dann endlich verfiel sie dem Terror, dem Hasse, der Unterdrückung mit allen Mitteln, selbst mit den Mitteln der staatlichen Gewalt. Wir haben das vorausgesehen. Diese drei Methoden unserer Gegner haben uns die Menschen gebracht, die die junge Bewegung brauchte. Das ununterbrochene Unwetter der Lüge brachte uns Menschen, die langsam hart geworden sind gegenüber den Lügen unserer Gegner. Das Totschweigen brachte uns Menschen, die von vornherein darauf verzichteten, von den Gegnern gelobt zu werden, und endlich der Terror brachte uns Menschen, die von vornherein bereit waren, Opfer auf sich zu nehmen, dem Kampfe nicht auszuweichen. Mit anderen Worten: Die Republik von Weimar hat die geistige Armee des kommenden Deutschland mühevoll geschmiedet. (Sehr richtig!)

Sie hilft mit, die Waffen zu erzeugen zur Gestaltung eines kommenden neuen Deutschen Reiches. Alle die Kräfte, die in diesem Staate unsere Bewegung sei es totschwiegen, sei es lächerlich machten, sei es verfolgten, haben mitgeholfen, die Kräfte zu erzeugen, die eines Tages zu ihrer eigenen Überwindung notwendig sind. Sie haben die Menschen bei uns zusammengefügt und zusammengeführt, die zusammengehörten. Und sie haben diese Menschen langsam erzogen, über all das hinwegzusehen, was die öffentliche Meinung von uns spricht, ob sie uns verschweigt oder lobt, kritisiert oder verleumdet

oder ob sie lügt, es ist für uns Nationalsozialisten das heute alles so lächerlich bereits geworden. Wir sind nichts anderes gewöhnt. (Stürmischer Beifall.)

Ja, im Gegenteil. Wir sind beglückt vom Haß unserer Feinde, wir wollen ihre Freundschaft gar nicht, wir wollen ihre Zuneigung nicht, wir wollen vor allem niemals ihr Lob haben. Im Gegenteil, jeder von uns wäre todunglücklich, wenn er heute in gewissen Organen unserer sogenannten öffentlichen Meinung gelobt werden würde, wenn sie sagen würden: Welch ein Kopf! Nein, im Gegenteil! Bleibt uns doch weg! Je feindseliger ihr uns behandelt, um so besser wird unsere Stimmung einst sein, je mehr ihr uns unterdrückt, um so kristallklarer wird einst der Wille dieser Bewegung sein, mit euch abzurechnen. (Stürmischer Beifall.)

Es gab eine Zeit, da waren wir selbst auch noch befangen in zahllosen Vorurteilen. Ich weiß ganz genau, hätte unserer Bewegung, angenommen sie hätte im Jahre 1919 bestanden, das Schicksal den Sieg gegeben, wir würden nur schwach und zögernd an die Lösung gewisser Fragen herangetreten sein. Man wird selbst voreingenommen oder vielleicht weniger voreingenommen als beeindruckt von früher. Man hatte nun eine gewisse Stellung im Laufe der Jahrzehnte zu dem Begriffe "Staatsbeamter" bekommen, hat eine gewisse Stellung zu dem Begriffe "Minister" bekommen, hat eine gewisse Einstellung bekommen zu dem Begriffe "Regierungspräsident", zu dem Begriffe "Polizeipräsident", man hat eine gewisse Einstellung zu diesen Dingen bekommen, die zu einem gewissen Teil der Staat vermittelte, weil dieser alte Staat unzweifelhaft in allen diesen Einrichtungen sauber, anständig und ordentlich gewesen ist. So war man beeindruckt und hat das mechanisch übertragen auf eine Zeit, in der die Voraussetzungen unterdes sich vollkommen geändert hatten. Man hatte vor allem eine Einstellung blinder Gläubigkeit der Justiz gegenüber. Der Gedanke eines Justizirrtums war einem peinlich. Aber wenn schon, dann konnte es nur ein Irrtum sein. Der Gedanke an eine bewußt einseitige, schlechte Justiz war einem unverständlich. Und sehen Sie, und doch muß hier überall einst reformiert werden. Und es ist gut, daß der heutige Staat alle diese Bedenken von einst langsam wegräumt und daß er uns zeigt seine wahre Gestalt und daher den Kommenden die Kraft gibt, unbefangen ihm gegenüberzutreten und das zu tun, was die Stunde einmal erfordern wird. Wir sehen heute alle diese Stellen anders an. Für uns ist heute der Begriff "Minister" anders geworden, der Begriff "Reichskanzler" ist ein anderer, der Begriff "Polizeipräsident" ist ein anderer (Heiterkeit), der Begriff "Richter" ist ein anderer, jeder Begriff hat sich seitdem verschoben, und in Deutschland entsteht eine Organisation von Menschen, die allen diesen Begriffen in der Zukunft unbefangen und neu gegenübertreten werden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist aber bei diesem unglaublichen Terror, der nun gegen uns einsetzte, in der Bewegung auch eine gewisse Härte in der Ertragung von Opfern entstanden und dann auch von Zeit zu Zeit eine gewisse Säuberung unserer Bewegung eingetreten. Wenn heute unsere gegnerischen Parteien wieder sagen: Staunenswert, die Nationalsozialisten haben sich wieder gefaßt und außerdem haben sie die beste Organisation und außerdem haben sie einen Fanatismus usw., so haben sie eines vollkommen verkannt: Wenn eine Bewegung, die auf einer weltanschaulichen Basis beruht, die an sich richtig ist, wenn eine solche Bewegung schwer verfolgt wird, dann bringt man durch eine solche Verfolgungs-

welle nur die Schwächlinge von ihr weg, nur die Feigen, die Erbärmlichen, jene Menschen, die vielleicht hoffen, bei ihr Geschäfte machen zu können, die werden dadurch von Zeit zu Zeit wieder abgestreift. Glauben Sie, diese Bewegung würde nicht das sein, was sie heute ist, wenn nicht der Staat für ihre dauernde Säuberung von allen Feiglingen, von allen schlechten und erbärmlichen Elementen, von Geschäftemachern sorgen würde. (Stürmischer Beifall.)

Das danken wir unseren Regierungen inständigst und tausendfältig, daß sie diese mühsame und geniale Arbeit übernommen haben. (Heiterkeit.)

Glauben Sie [*mir*], als man mir einst das Reden verboten hat [8], haben diese ganz Klugen die Meinung gehabt, nun würde die Bewegung sterben. Sie haben dadurch nur erreicht, daß sehr schwache Menschen, denen wirklich nur am Äußerlichen lag, vielleicht nicht zur Bewegung kamen oder von ihr wieder gegangen sind. Eines aber konnten sie nicht erreichen: Die Auflösung der inneren Bindung der wirklich aufrichtigen Nationalsozialisten untereinander und auch zu ihren Führern. Das konnten sie nicht erreichen. Im Gegenteil, sie haben die ganze Mentalität des Volkes verkannt, das sich in einem solchen Falle, soweit es gut und edel ist, nur mehr anklammert an die, von denen es sieht, daß sie ungerecht verfolgt werden. Sie haben ganz verkannt, daß das nicht zur Lösung des inneren Verhältnisses zwischen Führern und Masse führen würde, sondern ganz im Gegenteil, daß das erst den richtigen Kitt abgibt, der stärker ist als dieser ganze staatliche, ungeschickte, dumme Terror. Man hat wahrscheinlich seitdem schon einige Male nachgedacht über die Klugheit, über die staatsmännische Klugheit des Redeverbots und hat nachgedacht über die Folgen, die dieser geniale Streich nach sich gezogen hat. Ich kann sagen, nichts hat unsere Bewegung mehr zusammengeschmiedet und ihr ein gewaltigeres Agitationsmaterial gegeben als gerade dieser Versuch, durch Terror, durch Mißbrauch staatlicher Einrichtungen und Gesetze usw. die Bewegung zu behindern, zu verbieten oder zu belästigen.

Es ist nun neun Jahre dieser Kampf geführt worden, und er geht in Deutschland weiter. Er greift mehr und mehr über auf die Justiz. Jeden Tag können wir erleben, daß Nationalsozialisten wegen lächerlicher Delikte zu drei, sechs, acht und zwölf Monaten Gefängnis verurteilt werden. In der letzten Zeit können wir es erleben, daß jüdische Sittlichkeitsverbrecher, Mädchenschänder en gros freigesprochen werden, frei ausgehen usw. Jeden Tag können Sie sehen, daß ein Nationalsozialist, bloß weil er irgendeine Äußerung gebraucht, sechs, acht, zehn Monate Gefängnis erhält, während ein Nationalbetrüger, ein Staatsbankrotteur drei oder vier Monate bekommt, meist bloß eine läppische Geldstrafe erhält. Jeder Schieber wird wesentlich anders betrachtet beim Ausmaß der Strafe als ein Nationalsozialist [9]. Es genügt, daß einer unserer Jungens irgendwo sich selbst zur Wehr setzt, um ihn drakonisch zu bestrafen, während die Immertreu-Banditen [10] usw. mit lächerlichen Strafen davongehen. Meine lieben Freunde! Es mag man-

8 Vgl. Dok. 37, Anm. 19.

9 Zum Vorwurf der Einseitigkeit der Justiz vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 147 ff.

10 Am 9.2.1929 waren die Urteile gegen eine Berliner Verbrecherorganisation, die am Jahresende 1928 eine heftige Schießerei begonnen hatte, verkündet worden. Vgl. Vossische Zeitung vom 10.2.1929, "Mildes Urteil gegen 'Immertreu'".

chen Richter geben, der überzeugt ist, damit dem Staate von Weimar zu dienen, in Wirklichkeit dient er uns, in Wirklichkeit dient er dieser Bewegung. Jede Strafe, die da verhängt wird, sie härtet einen Menschen. Ich habe noch keinen erlebt, der nach dem Gefängnis zu mir gekommen wäre und gesagt hätte: Ich mache jetzt nicht mehr mit. Sondern im Gegenteil, wenn sich das Tor öffnet, kommen sie mit zusammengebissenen Zähnen heraus, und jeder hat nur den einen Wunsch: Herrgott, gib uns einmal die Macht, gib uns einmal die Macht, wir werden dann dafür sorgen, daß in Deutschland die Justiz wieder weiß, wem sie zu dienen hat, ob der Nation des deutschen Volkes oder dem auserwählten Volk. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sie erreichen das Gegenteil mit ihren Maßnahmen. Sie glauben, Böses zu machen, und es wird dennoch wieder gut. Und so wie dieser Terror heute von staatswegen die Justiz ergreift und diese Bewegung zu knebeln versucht, so sehen wir das in der Verwaltung, so sehen wir das in der Ämterbesetzung, so sehen wir es sogar im Geschäftsleben. Überall dasselbe: Nationalsozialist sein, heißt heute Opfer bringen. Wer in diese Bewegung hineingeht, muß auf viel verzichten, muß viel auf sich nehmen, muß das Höchste einsetzen und hat gar keine andere Aussicht als die Wege des kommenden Erfolgs. Gelingt dieser Erfolg, gut, dann ist Deutschland gerettet; und gelingt dieser Erfolg nicht, dann hat jeder ein Menschenleben voll Arbeit hineingehängt, umsonst! Und sehen Sie, das ist ja auch am Ende das Große, das alle die Führer zusammenhält! Das sind auch lauter Menschen. Jeder hat seine besondere Mentalität, seine besondere Einstellung, jeder hat seinen besonderen Charakter, jeder sein besonderes Wissen, jeder seine besonderen, sagen wir, Fähigkeiten und auch Besonderheiten im gesellschaftlichen Verkehr, und doch gehören sie am Ende wieder alle zusammen, gehören zusammen angesichts dieser Methoden des Kampfes, angesichts dieser notwendigen Gemeinsamkeit im Kampfe. Und sie können das nicht lassen, weil es nun für jeden der einzige Lebenszweck geworden ist. Das ist am Ende unser Unterschied gegenüber den andern: Wer Nationalsozialist geworden ist, der kann das gar nicht mehr ablegen, er kann gar nicht mehr zu einer anderen Partei gehen. Wenn mir jemand sagen würde: Gehen Sie zur Deutschnationalen Volkspartei als Generalsekretär oder gehen Sie zur Demokratie als, sagen wir, König dieser Partei, sagen wir mit einem Monatsgehalt von 30.000 [*R*]M, so wie die Dawesrepublik [11] die Gehälter bezahlt, oder, wenn man mir sagen würde: Treten Sie aus Ihrer Partei aus und übernehmen Sie ein Ministerium, Sie bekommen 300.000 [*R*]M Gehalt - ich würde mir vorstellen die Leute sind verrückt! Könnte man uns so etwas überhaupt nur anbieten? Es ist ja alles so lächerlich für uns, der Gedanke so sinnlos, daß wir jemals die Bewegung verlassen könnten. Überhaupt, das ist unser Lebenswerk, mit dem sind wir alle geworden, mit dem leben wir und mit dem gingen wir alle auch zugrunde. Es gibt nur einen Emporstieg für uns, das ist der Sieg dieser Bewegung, und nur eine Vernichtung, das ist die Niederlage dieser Bewegung. Und wenn jeder von uns nur in der Ferne den Sieg sieht, ist er tausendmal glücklich, ihn wenigstens sehen zu dürfen, auch wenn er ihn gar nicht einmal erleben sollte. Es ist ganz einerlei, jeder kennt nur den einen großen Glauben an den Sieg dieser Idee und damit an die Re-

11 Vgl. Dok. 13, Anm. 42.

formation [*sic!*] des deutschen Elends, an die Reformation des heutigen Deutschen Reiches.

Und das, was die Führer zusammenhält, überträgt sich natürlich auch immer mehr auf die Masse. Die Bewegung, die vor neun Jahren aus ungefähr 60 Mitgliedern bestand, ist nunmehr auf über 115.000 Mitglieder gewachsen, 115.000 Mitglieder [12], denen bei der nächsten Wahl todsicher 1 1/2 Millionen Wähler gegenüberstehen werden. Sehen Sie, wir müssen auch wieder lachen, wenn andere Parteien heute herumzittern und zögern vor einer Reichstagsauflösung. Wir lachen darüber. Lassen Sie den Reichstag jeden dritten Monat aufgelöst werden, jede Auflösung muß für uns ein Erfolg werden. Und selbst wenn wir einen Erfolg haben, d. h., wenn wir 30 Mandate bekommen, setzen wir uns hinterher nicht zusammen und sagen: So, nun haben wir einen Erfolg, nun können wir ein paar Jahre Ruhe geben. Im Gegenteil, wir würden geradezu Angst haben, daß sich das nächste Mal der Erfolg vermindern könnte, und wir würden doppelt soviel zu arbeiten versuchen, soweit das möglich wäre. Jeder würde sich sagen, was sind Mandate, was sind Wahlstimmen! Aber wesentlich ist, daß wir in Deutschland die Organisation jener Kraft zusammenschmieden, die eines Tages berufen sein wird, die Not unseres Volkes zu beheben. Das ist das große Ziel, und alles andere sind nur Mittel zum Zweck.

Neun Jahre sind nun vergangen. Wir stehen jetzt ja in einer bewegten Zeit: In Paris eine Konferenz von sogenannten Sachverständigen, die das deutsche Schicksal zu entscheiden haben [13], in Berlin ein Wirrnis, ein Wirrwarr, ein Durcheinander, so daß heute auch die Führer der anderen Parteien langsam zugeben müssen: Dieses parlamentarische System hat abgewirtschaftet. Auch die Führer dieser anderen Parteien müssen heute einsehen: So kann es nicht mehr weitergehen, es muß irgend etwas kommen. Nur glauben sie, daß das, was kommt, in irgendeiner Gestalt doch wieder sie selber sein werden. (Große Heiterkeit.)

Sie äugeln deshalb auch schon herum um jene Maske [*sic!*], die vielleicht tragfähig sein könnte oder die vielleicht so in die neue Zeit hineinpaßt. Vielleicht wird das Zentrum plötzlich eine Faschistenmütze aufsetzen. (Große Heiterkeit.)

Vielleicht wird dann - man weiß es nicht - Herr Wohlmuth eines Tages auch mit einem schwarzen Hemd statt mit einem schwarzen Talar herumsteigen (große Heiterkeit) als Faschist der Bayerischen Volkspartei. Vielleicht wird sie dann auch gar nicht mehr Bayerische Volkspartei heißen, sondern vielleicht heißt sie dann Bayerische Faschistenpartei. Kurz und gut, man weiß nicht, was noch alles kommt. Aber eines wissen wir: Daß man die Weltgeschichte nicht bluffen kann, daß alle diejenigen, die meinen, durch eine Änderung ihrer Larve noch einmal Geschichte machen zu können, sich täuschen werden. Die Geschichte der Zukunft wird vom jungen Deutschland gemacht, d. h. von jenem Deutschland, das nichts zu tun hat mit der Vergangenheit, ganz gleich, ob die Menschen, die zu diesem jungen Deutschland gehören, 17jährige Jungens sind oder 70jährige Greise. Es wird auf alle Fälle jenes neue Deutschland sein, das sich nie mit dem alten innerlich identifiziert hat, jenes neue Deutschland, das mit dem alten inner-

12 Vgl. Dok. 37, Anm. 21.
13 Vgl. Dok. 90, Anm. 5.

lich nie etwas zu tun hatte, das nur überbrüllt, überschrien worden ist, das damals beiseite stand und das jetzt aus der Betäubung erwacht und zusammengefügt wird.

Die nächsten Monate werden für unsere Bewegung große Arbeit bringen, und wir werden dann im August zum zweiten Male in Nürnberg die große Heerschau abhalten über die in den letzten zwei Jahren geleistete Arbeit [14]. Und wir wissen schon jetzt, daß diese Arbeit eine vielfache sein wird in ihrem Ergebnis gegenüber dem, was wir vor zwei Jahren in Nürnberg [15] hatten. Und dieses Nürnberg wird wieder vergehen, und das übernächste Jahr wird wieder eine solche Generalschau bringen und das über-übernächste Jahr wieder eine und vielleicht noch und noch und noch eine. Und einst wird dann die große Generalschau kommen, die große Generalschau, in der das deutsche Volk erkannt haben wird, daß seine Rettung nicht von den verkommenen Gebilden des Parlamentarismus aus erfolgen kann, sondern nur durch eine junge Bewegung zu geschehen vermag, eine junge Bewegung, die entgegen dem parlamentarisch-demokratischen Geist in sich bereits den neuen Staat verkörpert. Es wird dann die Stunde kommen jener großen Heerschau, in der das deutsche Volk kraft seines eigenen Willens, wie die Verfassung sagt, sich sein Schicksal neu formen wird, neu gestalten wird und in der dann das deutsche Volk auch im Innern jene Gestaltung erhält, die für alle Zukunft die Wiederkehr vergangener Katastrophen zu verhindern geeignet ist.
Unsere Aufgabe nun, meine lieben Volksgenossen, ist, in diesem Kampfe nicht zu erlahmen. Und da wende ich mich nun an Sie selbst. Was der Führer will und was die einzelnen Führer tun, kann noch so gut gemeint sein, es wird vergebens sein, wenn das Wollen nicht Widerhall findet bei jedem einzelnen unserer Parteigenossen, wenn Sie nicht zunächst alle Parteigenossen werden, wenn nicht jeder Deutsche, der überhaupt sich innerlich mit dieser Bewegung verbunden fühlt, damit auch sagt: Damit gehöre ich in diese Partei hinein und muß teilnehmen an diesen Opfern. Es geht nicht an, daß jemand erklärt: Auch ich gehöre zu euch, begrüße euren Sieg, aber ich sehe von seitwärts zu, sondern es ist notwendig, daß der, der diesen Sieg wünscht, auch für ihn kämpft (lebhafter Beifall), daß der, der wünscht, daß diese Bewegung zum Erfolg kommt, auch seine Arbeit in den Dienst dieses Erfolges stellt, daß z. B. der Mann, der immer hofft, daß das deutsche Volk wieder zum alten Geist des Opfers des Jahres 1914 zurückkehrt, auch selbst ein Vorbild in diesem Opfer gibt, und daß der Junge, der wünscht, daß einmal das deutsche Volk wieder aus seiner Desorganisation und aus der daraus resultierenden verächtlichen Stellung in der Welt erlöst wird, daß der nicht nur sagt, einmal wird es anders kommen, sondern daß er mithilft, daß es anders wird, daß er nicht nur hofft, daß einmal wieder dieses deutsche Volk mit klingendem Spiel aufmarschiert in dieser Weltgeschichte, sondern daß er schon jetzt das braune Hemd anzieht, um diesen Aufbau in der Zukunft vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.)

Es ist notwendig, daß er hineingeht in die braunen Kolonnen und daß er in ihnen vor allem wieder lernt, sich in erster Linie als Deutscher zu fühlen, daß er das Hemd anzieht, das im Dienste des Vaterlandes alle gleichmacht, ganz gleich, ob sie von rechts oder links kommen, ob sie aus sogenanntem bürgerlichen Stand kommen oder ob sie

14 Vgl. Bd. III/2.
15 Vom 19. bis 21.8.1927. Vgl. Bd. II/2, Dok. 161-168.

Sprößlinge einer Arbeiterfamilie sind, daß sie hier in diesem braunen Hemd wieder lernen, daß es Verpflichtungen gibt, die uns alle gemeinsam treffen, und daß es damit auch notwendig ist, diese Gemeinsamkeit nach außen zu betonen, und daß der einzelne deshalb alles zurücklassen muß, was trennend wirken könnte: Klassenhaß und Standesdünkel, Größenwahn und Verachtung, kurz und gut, daß sie sich wieder brüderlich fühlen und verstehen lernen. Und es ist weiter notwendig, daß auch die deutsche Frau in unsere Reihen wieder hereinkommt, daß sie sich nicht auf den Standpunkt stellt: Das ist doch alles gleichgültig, was da geschieht. Gewiß, Sie wissen, wir setzen Ihnen keine politischen Frauen als Rednerinnen vor, und wir haben in unseren Ausschüssen keine Frauen. Gewiß, diese Partei ist eine Bewegung des Kampfes der Männer. Allein hinter diesen Männern haben die Frauen zu stehen. Sie gehören in diese Kampffront mit herein. Wir werden nicht, wie die Kommunisten, jemals Frauen an die Spitze schicken. Aber wir wünschen, daß ihr Geist unbedingt hinter uns ist. Das wünschen wir, und daß dann, wenn mancher Mann vielleicht unter den Sorgen des Tages schwach wird, daß dann, wenn bei manchem Mann vielleicht tausend sogenannte Erkenntnisse der abstrakten Vernunft zu arbeiten beginnen, zu mahnen beginnen, ihn zum Abwägen zu bringen versuchen der Vorteile und der Nachteile, wenn Kritiksucht ihn beschleicht, daß dann das Gefühl des Weibes dahintertritt und daß dann das Gefühl des Weibes ewig gleichmäßig, unerschütterlich hinter ihm steht und daß in solchen Stunden das Weib von heute etwa die Stellung einnimmt, die die Weiber unserer Vorfahren einnahmen, wenn die Truppen ins Wanken kamen und die Männer wichen und dann die Frauen sie baten, zurückzukehren und den Kampf weiter aufzunehmen. Das ist die große Mission des deutschen Weibes. Sie sollen hinter diese Reihen treten, sie gehören hier hinter den deutschen Mann. Sie haben den Mann zu stärken, zu stützen, dafür zu sorgen, daß dieser Mann niemals überwältigt von reinen Vernunftgründen, die doch trügerischer Natur sind, plötzlich zurückweicht, sondern daß in dem Falle das Gefühl des Weibes unbedingt sicher ihn wieder zurückbringt zur Erfüllung seiner Pflicht seinem Volke gegenüber.

Wenn wir so diese Gemeinschaft formen von Männern und Weibern, eingeschworen auf eine einzige große Idee und eine einzige große Tat, dann wird eines Tages dieser ganze Kampf und dann werden diese Opfer auch nicht vergeblich gewesen sein. Es gibt, glaube ich, auf dieser Welt schon eine Gerechtigkeit. Man sage nicht, daß der Zusammenbruch des Jahres 1918 unverdient gewesen wäre. Er war so verdient, wie auch der Wiederaufstieg verdient werden muß. Es gibt aber eine Gerechtigkeit. Und wenn in einem Volke eine Bewegung so arbeitet wie unsere und wenn sie niemals ermüdet, Jahr für Jahr, und wenn es Jahrzehnte sein sollen, und wenn in dieser Arbeit Weib und Mann, Kind und Greis zusammengeschweißt werden und wenn diese Arbeit so unermeßlich ist, daß alles andere demgegenüber zurücktritt, und wenn aus dieser Arbeit dann ein Glaube kommt, kraftvoll genug, um Berge zu versetzen, und ein Wille, um alle irdischen Gewalten zu brechen, dann rechnen Sie auch auf die Gnade des Herrn. Er hat noch nie den verlassen, der selbst entschlossen war, niemals sich zu ergeben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AG	Aktiengesellschaft
AZ	Allgemeine Zeitung am Abend
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BVP	Bayerische Volkspartei
ČSR	Československá Republika
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DSP	Deutschsoziale Partei (1900-1914)
DsP	Deutschsozialistische Partei
DtsP	Deutschsoziale Partei (1921-1928)
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
Ila	Internationale Luftfahrtausstellung
k.u.k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
M, Mk	Mark
MA	Morgenausgabe

masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NL	Nachlaß
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
O.Gr.	Ortsgruppe
Osaf, OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
Rep.	Repertorium
RFSS	Reichsführer der SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.L., RL	Reichsleitung
S.A., SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
Sturmf.	Sturmführer
USA	United States of America
USA, USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der mehrfach zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II. Bearb. von Martin Vogt, Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, Boppard a. Rh. 1970.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. X: 1. September bis 31. Dezember 1928, Göttingen 1977.

Beck, Friedrich Alfred (Hrsg.), Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Biewer, Ludwig, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980.

Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung. Berlin 1918.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München ^{2}1983.

Buder, Johannes, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986.

Deutschland im Ersten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Berlin (Ost) 1969.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Douglas, Donald Morse, The Early Ortsgruppen. The Development of National Socialist Local Groups 1919-1923, Kansas 1968.

Dresler, Adolf, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dresler, Adolf und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchges. u. eingel. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

Falter, Jürgen, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973.

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Hale, Oron J., Presse in der Zwangsjacke 1933-1945. Düsseldorf 1965.

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Hrsg. von Carl Petersen, Otto Scheel, Paul Hermann Ruth und Hans Schwalm, Bd. 2, Breslau 1936.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1978.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Frankfurt a. M. 1990.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. von Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.

Klotz, Helmut, Wir gestalten durch unser Führerkorps die Zukunft!, Berlin 1932.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Layton, Roland V., The Völkischer Beobachter 1920-1933. The Nazi Party Newspaper in the Weimar Era. In: Central European History 3 (1970), S. 353-382.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u.a., 4 Bde., Leipzig 1983-1986.

Liang, Hsi-Huey, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Maser, Werner, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München [6]1974.

Maser, Werner, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf 1973.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Bd. 1, Washington 1938.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Plewnia, Margarete, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dieter Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 381-390.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Schneider, Michael, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Hamburg 1974.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Schüddekopf, Ernst Otto, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover 1955.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1919-1929. Hrsg. von Ulrich Thürauf, München 1920-1930.

Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969.

Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1913-1930.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933, Düsseldorf 1962.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987.

Turner, Henry Ashby, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. I-III, Berlin o.J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, München 1927-1928.

Verhandlungen des Reichstags. Bde. 388-424, Berlin 1926-1929.

Vlcek, Christiane, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 – September 1930

Teil 2: März 1929 – Dezember 1929

Herausgegeben und kommentiert
von Klaus A. Lankheit

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler, Adolf:
Reden, Schriften, Anordungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. III. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September
1930 / Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit.
Teil 2. März 1929 – Dezember 1929. – 1994
ISBN 3-598-21938-5
NE: Lankheit, Klaus A.

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republik of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Wie im vorangegangenen Teilband wird auch in diesem Band zur leichteren Handhabung für den Benutzer der Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze unterrichtet, nochmals abgedruckt, außerdem für jeden Teilband gesondert ein Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist wiederum im wesentlichen seit 1980 von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik gesammelt worden. Ein besonders interessantes Dokument stellt Hitlers Stellungnahme zu einem Ermittlungsverfahren (Dok. 7) dar, das Dr. Reinhard Frommelt zur Verfügung gestellt hat. Unterstützung bei Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Regina Schlemmer, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte

München, im Mai 1994

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnitthaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und 1990-1992 nur noch an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergie-

big bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Berlin Document Center, Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Staatsarchiv Dresden, Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Weimar, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wroclaw in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

1. März 1929 Dok. 1
Aufruf

Gedruckte Ausfertigung; BA, NS 26/517.

Sehr geehrte Parteigenossin! [1]

5 Jahre nach Kriegsbeginn, inmitten der Wirren des Jahres 1919, wurde die nationalsozialistische Bewegung gegründet [2]. Sie soll dereinst erfüllen, wofür die deutschen Millionen-Heere auf den Schlachtfeldern Europas zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft stritten und kämpften, 4 Millionen an Verwundeten und 2 Millionen an Toten verloren [3].

Seitdem sind 10 Jahre vergangen, Jahre einer beispiellosen Arbeit unserer jungen Bewegung und aber auch einer beispiellosen Entwicklung. Im ununterbrochenen Kampfe gegen fast alle Kräfte des öffentlichen Lebens, angefangen von der Kapitalsdemokratie, über die Presse, die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, bis zu den Gewalten des Staates, *wuchs die Sieben-Mann-Gruppe* [4] *von damals zur heutigen Millionen-Partei empor* [5].

Ungezählt sind die Opfer, die diese Entwicklung erforderte. Unmeßbar sind die Mühen und Sorgen zahlreicher Redner, SA- und SS-Männer.

Zahlreiche Kämpfer büßten ihre Liebe zu unserem Volke mit Gefängnis, viele besiegelten ihre Treue zur Bewegung mit ihrem Blute. Vom unbekannten SA-Mann bis zum bekannten Führer hat die Bewegung Tote zu beklagen, die der von einer gewissenlosen jüdischen Presse ausgehenden Mordhetze zum Opfer gefallen sind.

Aus dieser gewaltigen Arbeit, ihren ersichtlichen Ergebnissen sowohl, als auch aus der erneut bewiesenen Bereitwilligkeit einzelner, das eigne Ich hinzugeben für die Errettung von Volk und Land, ist aber ein Glaube erstanden, der zahlreichen Menschen einen neuen Lebensinhalt gibt. Je elender und verkommener die Äußerungen unseres politischen Lebens ansonsten sind, je mehr Deutschland dem Diktat seiner internationalen Todfeinde verfällt, innerlich aber dank seiner marxistisch-demokratisch-zentrümlerischen Leitung in immer zunehmende Ehrlosigkeit, Schande und Not versinkt, um so größer wird die Hoffnung des Nationalsozialisten sein.

Hundert- und abermals Hunderttausende sind durch diese junge Bewegung von der mystischen Zuversicht erfüllt worden, daß, wenn die Not unseres Volkes am höchsten gestiegen sein wird, sich damit auch seine Erlösung naht.

---

1 Gedruckte Ausfertigung mit der Anrede "Sehr geehrter Parteigenosse"; BA, NS 26/391.

2 Gemeint ist die Gründung der "Deutschen Arbeiterpartei" durch Anton Drexler und Karl Harrer am 5.1.1919.

3 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

4 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 198 f., Anm. 118.

5 Die NSDAP hatte bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 810.127 Stimmen (2,6 %) erhalten, die Zahl der Mitglieder wurde von der Polizeidirektion München Ende Februar 1929 auf 60.000-70.000 geschätzt. Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 41, 44 sowie Lagebericht N/Nr. 74 der Polizeidirektion München vom 23.2.1929; BayHStA, MA 101235/3.

Die Größe einer Arbeit vermag die Menschheit zu allen Zeiten nur am Ergebnis anzuerkennen. *Ich halte es deshalb für notwendig, daß die junge Partei wenn möglich alljährlich einmal nicht nur der Umwelt, sondern auch ihren eigenen Angehörigen zeigt, was in den verflossenen Monaten geleistet wurde und was aus dieser Leistung entstand. Die*

Parteitage der nationalsozialistischen Bewegung

sind deshalb keine Einrichtungen zu unfruchtbaren Diskussionen - wie bei anderen Parteien -, sondern allen verständliche Kundgebungen des Wollens und der Kraft dieser Idee und ihrer Organisation.

Gerade jetzt im Augenblick der größten Wirrnis und des allen ersichtlichen Zerfalls unseres gesamten öffentlichen Lebens werden Millionen Menschen ein beglücktes Verständnis empfinden für die Abhaltung unseres kommenden Parteitages, der eine

Demonstration der nationalen Disziplin

sein soll.

Die nationalsozialistische Bewegung ist einst aus dem Fronterlebnis herausgewachsen. Der Geist des heldenmütigsten Heeres aller Zeiten möge für immer ihr Geist sein. Die Einigkeit des deutschen Volkes in Waffen ist ihre Einigkeit. Die Partei, die als einzige in Deutschland keine Bürger und keine Proletarier, sondern nur mehr deutsche Volksgenossen kennt, hat allein das Recht, ja die Pflicht, sich jenes Tages zu erinnern, an dem eine internationale Weltverschwörung unser Volk zum Kampf um sein nacktes Dasein zwang [6].

Die ersten Augusttage des Jahres 1914 sind für uns die Stunden, in denen das deutsche Volk in die Zeit seines größten und unsterblichsten Ruhmes eingetreten war [7].

Zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen der nationalsozialistischen Bewegung, zur Erinnerung an den vor 15 Jahren erfolgten Eintritt Deutschlands in den Weltkrieg und den Ausmarsch des deutschen Heeres findet deshalb in der alten deutschen Reichsstadt *Nürnberg* vom

1. bis 4. August
der Reichsparteitag 1929
der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

statt [8].

Der Größe dieser beiden Erinnerungen soll die Größe der Veranstaltung entsprechen.

1. August:	Eröffnung sämtlicher Sondertagungen Beginn des Antransportes von Parteigenossen und Anhängern der Bewegung durch Sonderzüge. Massenversammlungen.
2. August:	Fortsetzung der Sondertagungen. *Eröffnung des großen Kongresses der Delegierten der Partei.* Begrüßungsfeiern. Fortsetzung des Antransportes von Parteigenossen und Anhängern der Bewegung durch Sonderzüge. Nachts Ankunft der ersten SA-Sonderzüge.

6 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

7 Vgl. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

8 Vgl. Dok. 60-65, 67.

3. August: Fortsetzung des großen Kongresses der Delegierten der Partei.
Fortsetzung der Sondertagungen und Abschluß derselben.
Antransport der gesamten SA und SS in Sonderzügen.
Abends Riesenfackelzug zu Ehren des ausmarschierenden Heeres von 1914. Als Abschluß ein Gigantenfeuerwerk: "Die Westfront".

4. August: *Niederlegung von 3.000 Kränzen durch Abordnungen der Ortsgruppen und der SA am Kriegerdenkmal zu Nürnberg.*
Standartenweihe und Generalappell.
Marsch des großen historischen "Deutschen Festzuges" durch Nürnberg; als Abschluß Vorbeimarsch der gesamten SA und SS.
Schließung des Kongresses.
Fest- und Abschließfeiern [*sic!*].
Beginn des Abtransportes der SA und SS und der Parteigenossen in Sonderzügen.

Der Parteitag 1929 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird nicht nur die größte Kundgebung der Bewegung, sondern die größte
Demonstration des politisch-nationalen Deutschlands
überhaupt.

Ungeheuer werden die Massen der Teilnehmer sein!

Ungeheuer sind die schon jetzt zu leistenden Vorarbeiten.

Ungeheuer sind aber auch die dafür erforderlichen Mittel!

Als das marxistische Zentralorgan der Sozialdemokratie, der "Vorwärts", einst Geld benötigte, stellte ihm sofort der Groß-Bank-Kapitalist Goldschmidt [9] 800.000 Mark zur Verfügung [10]. Solche Möglichkeiten kommen für die nationalsozialistische Bewegung nicht in Frage.

Ich richte deshalb meinen Appell an die einzelnen Mitglieder unseres nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins [11] *und fordere sie auf, von sich aus für die Durchführung dieser Riesenkundgebung unserer Partei und Ehrenfeier unseres Volkes das Höchste beizutragen.*

Es muß der verbissene Stolz jedes einzelnen Vereinsmitgliedes und Parteigenossen sein, dafür zu sorgen, daß es jedem SA-Mann möglich gemacht wird, nach Nürnberg zu fahren!

Es muß der Ehrgeiz jedes einzelnen Vereinsmitgliedes und Parteigenossen sein, den Festzug, der unsere Helden von einst verherrlichen soll, zur überwältigenden Dankeskundgebung unseres Volkes auszugestalten.

---

9 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1934 Emigration.

10 Anspielung auf einen Zwischenkredit in Höhe von 800.000 RM, den die Darmstädter und Nationalbank einer Untergesellschaft der Vorwärts-Buchdruckerei im Jahr 1926 gewährt hatte. Vgl. Vorwärts vom 11.10.1928 (AA), "Völkisch-kommunistische Schwindelattacke".

11 Zur Satzung des NSDAV e. V. vgl. Bd. I, Dok. 64 und 146.

Ich habe deshalb den Reichsschatzmeister [12] beauftragt, diese meine Aufforderung zur Beitragsleistung an der Ausgestaltung unseres Parteitages den einzelnen Mitgliedern unseres nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins persönlich zuzustellen.

Ich erwarte dabei, daß auch Sie, verehrte Parteigenossin [13], nach Ihren Möglichkeiten opfern und daß auch Sie nicht eine Entschuldigung suchen, die, wenn sie allgemein angewendet würde, auch im Großen einen Wiederaufstieg unseres Volkes unmöglich machen müßte.

Es geht nicht an, daß Sie sagen: "Es lohnt sich nicht, nur 50 Pf[*enni*]g einzuschicken, und mehr könnte ich doch nicht geben." Denn wenn nur 50.000 Parteigenossen so denken, entziehen sie dem Vereine 25.000 M[*ar*]k. und nehmen vielleicht 3.000 SA-Männern damit die Möglichkeit, nach Nürnberg zu kommen, um dort, nach 2 Jahren schwerster Arbeit, endlich auch das Glück zu erfahren, den Erfolg zu sehen.

Und sagen Sie nicht, verehrte Parteigenossin [14]: "Ich könnte und würde auch gerne etwas geben, wenn nur die Mühe des Einbezahlens nicht wäre." Wenn Sie diese Mühe scheuen, mit welchem Recht wollen Sie die Arbeit anderer erwarten, deren Mühe wohl eine tausendmal größere ist? *Was ist diese lächerliche Mühe gegenüber der, die jeden Tag Tausende unserer SA- und SS-Männer auf sich nehmen, indem sie nach acht- und neunstündiger Dienstzeit aus Büro, Werkstatt und Fabrik kommend, im braunen Hemd auf den Lastkraftwagen steigen und in die kalte Nacht hinausrollen zum Schutze unserer Versammlungen und Redner?* Und sagen Sie auch weiter nicht: "Es geht nicht, da man ohnehin so viele Opfer bringen muß." Denn was sind Ihre Opfer gegenüber denen des gewöhnlichen SA-Mannes, der schon ein größeres Opfer bringt, indem er sich nur das braune Hemd kauft und von seinem kärglichen Lohn die Pfennige abspart, um jene Fahrten mitmachen zu können zum Kampfe für unser Volk, bei denen er selbst so oft sein Blut und nicht selten sein Leben einsetzt?

Hätte unser Volk für die nationalsozialistische Freiheits-Bewegung nur ein Tausendstel von dem freiwillig geopfert, was der Dawes-Staat [15] und die verlumpte Parteiwirtschaft von ihm mit Zwang einzieht, dann würde Deutschland längst gerettet sein.

Ich erwarte deshalb von dieser Aufforderung, daß jeder einzelne Parteigenosse - und damit auch Sie -, das gibt, was er geben kann. Und ich erwarte, daß, ganz gleich ob dieser Betrag nur 50 Pf[enni]g ist oder mehr, sich niemand deshalb dieser Ehrenpflicht entzieht, nur weil er die kleine Umständlichkeit des Gebens scheut.

---

12 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), Oberamtmann, 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

13 Vgl. Anm. 1.

14 Vgl. Anm. 1.

15 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Es war vorgesehen, die vereinbarten deutschen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 um eine am Wohlstandsindex orientierte Quote zu erhöhen. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

Wer dann am 1. - 4. August selbst in Nürnberg ist, der wird in vielen Zehntausenden von glanzerfüllten Augen einen Dank für seinen Beitrag sehen, der ihn beglückt.

Und ich weiß, daß in diesen Stunden dann niemand mehr bereut, auch selbst zum großen Werk mitgeholfen zu haben, daß es dafür aber manchen innerlich leid tun wird, nicht großzügiger gewesen zu sein.

Alle die Opfer aber, verehrte Parteigenossin [16], die Sie heute bringen, sie sind ja überhaupt nichts, gemessen an den Opfern, die das alte Heer in seinen Millionen Soldaten brachte, die wir feiern wollen.

Und sie sind nichts, verglichen mit jenen Opfern, die das junge Deutschland, das zu Nürnberg an Ihnen vorbeimarschieren wird, einst zu bringen hat, damit die Dawes-Schande des Tributstaates erlischt und ein

neues Reich von nationaler Ehre und sozialem Glück
entsteht.

Adolf Hitler [17]

2. März 1929 Dok. 2
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.3.1929.

Diktatur zur Rettung Stresemanns [1]? -
Der Kampf um die Ministersessel -
Die Waffenlager der Austromarxisten

Das Schauspiel, welches die parlamentarische Demokratie in Deutschland der betrachtenden Welt gibt, ist ein so erbärmliches, daß man sich langsam im Lande selbst darüber zu schämen beginnt. Seit zehn Jahren steht die nationalsozialistische Bewegung Deutschlands im heftigsten Kampf gegen ein System, das nach aller menschlichen Voraussicht sowie auf Grund aller historischen Erfahrungen nur zum Ruin unseres Volkes führen muß. Dieser Kampf war der Anlaß zu ebenso haßerfüllten wie erbärmlichen Methoden der Unterdrückung, da man in der Ab-

16 Vgl. Anm. 1.
17 Folgt Aufruf des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz.

1 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

lehnung der parlamentarischen Demokratie einen Kampf gegen die allein gesetzlich zulässige Staatsform erblickte. Daß in der Weltgeschichte dieses parlamentarisch-demokratische System nur in verschwindend kleinen Zeitläufen herrschte und zwar regelmäßig in Perioden des Verfalls von Völkern und Staaten, interessiert die Träger dieser Idee um so weniger, als sie ja seine Nutznießer sind. Sowenig man aber einen Dieb von der Notwendigkeit der Beibehaltung des Eigentumsbegriffes zu überzeugen vermag, solange es sich um das Eigentum anderer handelt, sowenig wird man jemals einen Parlamentarier zu belehren vermögen über den Irrsinn der parlamentarischen Demokratie, solange er aus ihr sein tägliches Brot bezieht. Und wenn heute aus Kreisen der Parlamentsparteien eigentümliche Klagetöne über das "Versagen des Parlamentarismus" laut werden [2], dann entspringt ein solcher scheinbarer Wandel der Gesinnung keineswegs einer nunmehr beginnenden Einsicht in die innere Unmöglichkeit des parlamentarisch-demokratischen Gedankens als vielmehr nur dem Ärger über entgangene Geschäftsmöglichkeiten oder der Angst vor einer kommenden Katastrophe. Dabei würde auch eine solche Katastrophe das Herz dieser wärmsten Anwälte unseres Volkes ziemlich kühl lassen, wenn sie sich nur auf Deutschland als Volk und Staat bezöge. Was sie allein heute in beweglichen Tönen über das Unwürdige des "der Welt gebotenen Schauspiels" reden läßt, ist nur die Empfindung, daß das ganze Theater der parlamentarischen Demokratie eines Tages infolge seiner Durchschauung durch das Volk auffliegen könnte. Und wenn dabei gewisse dieser typischen, sogenannten "nationalen" Parlamentsparteien heute mit einem Auge vorsichtig nach einer Diktatur hinblinzeln [3], dann geschieht auch das nicht, um durch eine solche Diktatur das Deutsche Reich zu erretten - das ist diesen Parlamentswanzen vollkommen gleichgültig -, sondern es geschieht nur, um vielleicht durch ein solches verständnisvolles Eingehen auf die allgemeine Volksstimmung jenen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihrem ganzen Wesen nach einer Erfüllung der inneren Sehnsucht des deutschen Volkes dienen könnten. Die Parole würde dann nicht lauten: "Rettet durch die Diktatur die Nation", sondern "Verhindert durch einen Diktator die Vernichtung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Nutznießer". Was das deutsche Volk aber von einer solchen Parole zu erwarten hätte, braucht nicht gesagt [*zu*] werden. Grundsätzlich hat an die Spitze aller Erkenntnisse deshalb immer die eine zu treten: "Ohne die restlose Vernichtung all der am deutschen Zusammenbruch beteiligten und verantwortlichen Parteien (möge diese Verantwortung eine positive im Sinne der Förderung des Zusammenbruchs oder eine negative im Sinne der Duldung des Zusammenbruchs sein, spielt keine Rolle) gibt es keinen deutschen Wiederaufstieg." Die zehn Jahre seit der Re-

---

2 Der frühere Reichskanzler Josef Wirth schrieb in einem vielbeachteten Artikel von der "Krise des Parlamentarismus". Vgl. Deutsche Republik vom 15.2.1929, "Ende des Vertrauens?" sowie Frankfurter Zeitung vom 16.2.1929 (2. MA), "Dr. Wirth zur Koalitionsfrage". Gustav Stresemann benutzte diese Worte ebenfalls in einer Grundsatzrede vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am 26.2.1929. Druck: Berliner Tageblatt vom 26.2.1929 (AA), "Stresemann an die Parteien".

3 Auf dem württembergischen Parteitag der DNVP in Heilbronn am 24.2.1929 hatten der Reichtagsabgeordnete Reinhold Quaatz, Mitglied des Parteivorstandes der DNVP, und der württembergische Kultusminister Wilhelm Bazille unter anderem über die Möglichkeit einer Diktatur gesprochen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 26.2.1929 (1. MA), "Deutschnationale in Schwaben", Vossische Zeitung vom 27.2.1929 (PA), "Panikmacher" sowie Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 65.

volution [4] haben den Kredit jedes deutschen Regierungs- und damit auch Staatsgedankens so verwirtschaftet, daß man nicht mehr hoffen darf, die Nation aus ihrem Verfall zu befreien, ohne daß das neue Regiment sich schon durch die Größe und Entschlossenheit seiner inneren politischen Säuberungsaktion sich [*sic!*] einen neuen Kredit des moralischen Ansehens und der scheuen Achtung erkämpft. Die Meinung aber, daß zu einer solchen Aktion das Schicksal den wohlbeleibten Korpus des Herrn Dr. Gustav Stresemann ausersehen haben könnte, ist ohne Zweifel eine frevlerische Lästerung der Allmacht des Herrn.

Der liebliche Kampf, der zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei tobt, soll sich, wie die Öffentlichkeit vernimmt, in erster Linie um Ministerstühle drehen [5]. Auch das ist für das deutsche Volk unendlich beglückend, daß, während in Paris eine Sachverständigen-Konferenz unser deutsches Wirtschaftsleben durchforscht [6], um die Größe der "tragbaren" Tribute festzustellen, in Deutschland dabei die Not katastrophenartige Orgien feiert, unsere Parteien, d. h. also die politischen Vertretungskörper des souveränen deutschen Volkes, Indianerkämpfe aufführen um ein paar erhabene Stühle, auf die sich dann, so oder so und ganz gleich wie immer, jene Zierden unseres Parteiwesens niederlassen, bei denen das Schwergewicht weniger im Kopf als vielmehr in einem entgegengesetzten Körperteil zu liegen pflegt. Sehr erfreulich ist das für die Nation. Allein so ganz stimmt die Sache nicht einmal. Der Sieg der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen [7] ist ein Sieg gewesen, vor dem heute mancher Parteigröße bereits im stillen graust. Es mag manchen erfahrenen Parlamentsspezialisten marxistischen Geblüts geben, der sich im stillen wünscht, daß die Regierung doch zum Teufel gehen möge, damit die Partei wenigstens erhalten bleibe. Das schlaue Zentrum, das schon bei der letzten Wahl eine tüchtige Abreibung erfahren hat [8], will jedenfalls immer weniger mit einer Entwicklung zu tun haben, die in den Augen der öffentlichen Meinung für die verantwortlichen Träger wenig Popularität einbringen wird. Jahrelang haben diese Parteien brüderlich das deutsche Volk verschachert und verjobbert [*sic!*]. Nun wird ihnen langsam unangenehm zumute. Es kommen Folgen von grauenhaften Ausmaßen. Die machtvolle vorwärtsschießende nationalsozialistische Bewegung wird die Augen sehr offen halten müssen, um zu verhüten, daß aus einer fluchbeladenen Regierungspartei von einst nun plötzlich eine von nichts wissende Oppositionspartei wird. Denn ohne die Hilfe des Zentrums hätte Deutschland weder eine Revolution bekommen,

4 Hinweis auf die Ereignisse im November 1918.

5 Am 6.2.1929 hatte sich das Zentrum zunächst aus der Reichsregierung zurückgezogen, da es seine Forderungen sowohl bei den Koalitionsverhandlungen für die Reichsregierung als auch bei denen für die preußische Regierung nicht durchsetzen konnte. Am 13.4.1929 traten wieder Minister des Zentrums in die Reichsregierung ein. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 408 ff., 550 sowie Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 369 ff.

6 Gemeint sind die Beratungen des Sachverständigenausschusses zur Regelung des Reparationsproblems vom 9.2. bis 7.6.1929 in Paris. Vgl. Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 37 ff., 170 ff. sowie Link, Stabilisierungspolitik, S. 452 ff.

7 In der Reichstagswahl am 20.5.1928 konnte die SPD ihren Stimmenanteil von 26% auf 29,8% steigern. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 44.

8 In der Reichtagswahl am 20.5.1928 verringerte sich der Stimmenanteil des Zentrums von 13,6% auf 12,1%. Vgl. ebenda.

noch wäre in diesen zehn Jahren jener furchtbare Tiefstand unseres Lebens eingetreten, aus dem das Zentrum selbst nunmehr sich am liebsten mit parlamentarischer Geschmeidigkeit herausschwingen möchte. Die Herren haben die Suppe eingebrockt, die Herren mögen sie nun auch genießen!

Es gab bekanntlich im Frieden eine marxistische Parole, die da hieß: "Diesem System keinen Pfennig an Steuern und keinen Mann zur Verteidigung [9]." Das war dazumal, als die heute "staatserhaltende" Sozialdemokratie sich selbst noch in der Opposition befand. Dabei hatte diese selbe Sozialdemokratie damals eine Flut von Anträgen eingebracht, die in den Augen der Masse ebenso populär waren, wie sie auch undurchführbar sein mußten, besonders bei der Haltung einer Partei, die auf der einen Seite wohl durch ihre Anträge den proletarischen Massen Millionen in Aussicht stellte, aber, wie schon oben bemerkt, die Pfennige als Steuergelder verweigerte. Das war aber eine schöne Zeit für diese Volkspartei der "werktätigen" Arbeiterschaft. Man nannte das die "Eroberung des bourgeoisen Klassenstaates durch das sozialdemokratische Proletariat". Diese Taktik versucht nun die Sozialdemokratie manchesmal auch heute noch anzuwenden, obwohl sie zur Zeit den bürgerlichen Klassenstaat hohenzoller[*n*]scher Prägung in eine marxistisch-zentrümlerische Republik verwandelt hat. Und regelmäßig fallen besonders die bürgerlichen Parteien sogar heute noch auf den marxistischen Schwindel herein. Erst seit den letzten Wochen scheint hier im Reichstag ein Wandel eintreten zu wollen. Wer die ganze verlumpte Demagogie der marxistischen Arbeiterbetrüger und Volksverräter entlarven will, braucht nur heute deren eigene Anträge, mit denen sie jahrzehntelang gekämpft haben, aufnehmen und den Herren so zur Abstimmung vorlegen, daß die Entscheidung über die Annahme oder Nichtannahme bei ihren Stimmen liegt. Und dann kann man seine blauen Wunder erleben. Dann kann man sehen, wie diese Allerweltsschwindler auf einmal erschrocken und kleinlaut ihre eigenen Anträge von einst niederbügeln, kurzerhand ablehnen oder am liebsten darüber überhaupt zur Tagesordnung übergingen. Und was bei ihnen früher der "berechtigte Kampf des Proletariats gegen den bürgerlichen Klassenstaat" war, das ist dann heute auf einmal hundsgemeine Demagogie. Es ist überall dasselbe. Die Sozialdemokratie, der Marxismus hat das Recht, Versammlungen abzuhalten. Wenn es andere tun, dann ist dies eine unzulässige Beunruhigung der öffentlichen Meinung. Der Marxismus hat das Recht, auf der Straße zu demonstrieren. Wenn andere dasselbe tun, ist es eine Provokation des Proletariats. Der Marxismus hat das Recht, demagogische Anträge zu stellen. Wenn das andere ebenfalls versuchen, ist es eine niederträchtige Obstruktion. Kurz, was der Marxismus tut, ist immer recht; nur wenn andere dasselbe tun, dann verwandelt sich dieses Tun plötzlich in ein Verbre-

9 Bezieht sich wahrscheinlich auf eine Aussage im aktuellen Wehrprogramm des linken Parteiflügels der SPD: "'*Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!*' Nach diesem politischen Grundsatz hat die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege ihre wehrpolitischen Handlungen eingerichtet." Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter), S. 18.
Zum Verhältnis der Sozialdemokratie zum Budgetrecht und zur Wehrfrage vor 1914 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer. Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959, S. 29 ff. sowie Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 13 ff., 50 ff.

chen. Die nationalsozialistische Bewegung wird dieser marxistischen Theorie einst die Faust unter die Nase halten [*sic!*], daß den Herren noch Hören und Sehen vergehen wird. Natürlich ist das geistig gemeint!

Der Marxismus hat auch das Recht, Waffen zu sammeln. Jawohl, wenn nichtmarxistische Elemente sich eine Waffe beilegen, dann ist dies der Ausdruck einer "fluchwürdigen militaristisch-imperialistischen Gesinnung". Es ist dies das sichtbare äußere Merkmal einer "verkommenen, blutrünstig-kapitalistischen Zeit". Die Waffen selbst sind nur die "Werkzeuge verrotteter, unmenschlicher Schandflecke", die nicht mehr in die fortgeschrittene Zeit einer neuen, schönen, friedlichen Kulturepoche hineinpassen. Wenn Marxisten nun dasselbe tun, ist es dabei dennoch etwas ganz anderes. Wer erinnert sich nicht des unsinnigen Geheuls alter marxistischer Sprachrohre unseres politischen Gaunertums über die "nationalsozialistischen militärisch bewaffneten Haufen", die in Kirchenhain [*sic!*] bei hellichtem Tage und stockfinsterer Nacht Übungen abgehalten haben sollten [10]. Empörung über Empörung. Denunzierung durch die roten Ehrenmänner an die internationale Ausbeuterkonferenz zu Genf [11]: "Achtung! Deutschland hat immer noch Waffen, die es nicht haben soll." Charakterlose ehemalige Offizierssubjekte, Majore a. D. [12] usw. fanden sich sogar bereit, in der Uniform des Reichsbanners [13] an diesem erbärmlichen Treiben teilzunehmen [14]. Das Ergebnis war die Feststellung, daß, wie es bei Marxisten nicht anders zu erwarten ist, die ganze Aktion von A bis Z ein aufgelegter Judenschwindel war. Alles erfunden und erlogen. Nun tappt durch irgendeinen Zufall die Wiener Polizei in das Gebäude der marxistischen Zentralverwaltung in Wien hinein und stößt dabei mit der Nase auf etliche höchst unzweckmäßig erscheinende Vermauerungen unterirdischer Gewölbe. Bei der bekannten polizeilichen Neugierde bohrt man sich in diese geheimnisvollen Gänge - während die Herren Obergenossen mit pumpernden Herzen und käsig gewordenem Antlitz nebenan stehen - etwas mehr hinein und stößt dabei auf einmal statt auf eine Schwammerlzucht für die Tafel der marxistischen Hautevolée auf Maschinengewehre, Karabiner, Stutzen, Infanteriegewehre, Infanteriemunition, Maschinengewehrmunition, Maschinen-

10 Im Kreis Kirchhain (Hessen-Nassau) hatten bis Herbst 1928 Feldjäger-Patrouillen der Reichswehr unter Beteiligung der NSDAP und SA militärische Übungen abgehalten. Landrat Adolf von und zu Gilsa hatte es unterlassen, das Regierungspräsidium darüber zu informieren. Um ein allgemeines Verbot der NSDAP zu verhindern, verfügte Gregor Straßer den Parteiausschluß der NSDAP-Ortsgruppe Speckswinkel bei Kirchhain. Vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 123 ff., Berliner Tageblatt vom 29.11.1928 (AA), "Maßregelung eines Landrats"; Frankfurter Zeitung vom 30.11.1928 (1. MA), "Das Verfahren gegen Landrat von Gilsa" sowie Bd. III/1, Dok. 60.

11 Anspielung auf die Völkerbundsversammlung.

12 Gemeint ist möglicherweise Karl Mayr (1883-1945), 1903 bayerischer Leutnant, 1919-1920 Leiter der Abteilung Ib (Aufklärung und Propaganda) im Reichswehrgruppenkommando München, Vorgesetzter Hitlers, 1920 Abschied als Major i. G., 1924 Eintritt in die SPD, bis 1933 führende Funktion im Reichsbanner, 1933 Emigration nach Paris, 1940 von der Gestapo verhaftet, 1945 im KZ Buchenwald umgekommen.

13 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war 1924 als republikanische Selbstschutzorganisation von SPD, Zentrum und DDP gegründet worden. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

14 Das Reichsbanner hatte 1927 eine Einladung der Fédération Interalliée des Anciens Combattants zu einer internationalen Frontkämpfertagung angenommen und pflegte Kontakte zur Conférence Internationale des Associations des Mutilés de Guerre et Anciens Combattants. Die geheimen Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr lehnte das Reichsbanner ab. Vgl. ebenda, S. 147 ff., 170 ff.

gewehr- und Gewehrbestandteile usw. [15] Und siehe da, augenblicklich verwandeln sich die abscheulichen Werkzeuge einer blutrünstigen Bourgeoisie in vollkommen harmlose Spielsachen. "Ei, ei! Das sind ja Gewehre - komische, harmlose Dinge sind das. Wie die nur überhaupt hierhergekommen sind?" So staunen die weltgewandten Schwindler der Partei des Proletariats. Ja, wo sie nur hergekommen sind und wie sie da hineingekommen sind und wieso die Mauern da plötzlich entstehen konnten. Sonderbar, wirklich sonderbar. Im übrigen, sprechen wir doch von etwas anderem als von diesen Lappalien. Ja, natürlich, wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht das gleiche. Wenn ein Nationalist zur Verteidigung des Vaterlandes ein Gewehr besitzt, so handelt es sich hier um eine niederträchtige Mordwaffe, und der Besitzer ist ein Mordgeselle. Wenn die Marxisten in ihrer Hauptgeschäftsstelle Hunderte an Gewehren und Maschinengewehren für den Bürgerkrieg bereitlegen, dann sind das harmlose Kleinigkeiten, Zahnstocher usw. - Ob es in der Weltgeschichte wohl jemals etwas Unwahrhaftigeres und Betrügererisches gegeben hat als den Marxismus?

6. März 1929 Dok. 3
"Ein neues Deutschland tut not" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3], o. D.; BA NS 26/56 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Wenn man in den letzten Tagen die Zeitungen in die Hand nimmt, dann ist es wirklich notwendig, daß man vorher auf den Kopf hinaufblickt; denn wenn man ihren Inhalt liest, wird man manchmal ganz wirr und ganz irr. Man bekommt Dinge vorgetragen, daß man sich denkt, schreibt das der Völkische Beobachter. Dreht man dann das Blatt um, so sieht man auf der ersten Seite, daß es die Münchner Neuesten Nachrichten sind [5]. (Heiterkeit.) Oder man sagt

15 Vgl. Bayerischer Kurier vom 16.2.1929, "Waffenfunde in einem sozialistischen Zeitungsgebäude" sowie Vossische Zeitung vom 16.2.1929 (PA), "Waffenfunde in Wien".

1 Titel laut masch. Aufzeichnung. Titel laut Polizeibericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10069): "Zusammenbruch der deutschen Innen- und Außenpolitik".

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.28 bis 22.10 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teil.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 6. März 1929".

4 Druck einer gekürzten Fassung: VB vom 8.3.1929, "Angst vor der Kraft, Angst vor dem Entschluß, Angst vor dem Mann, Angst vor der Tat". Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 75 der Polizeidirektion München vom 23.3.1929; StA München, Pol. Dir. München 6779. Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Polizeibericht der Polizeidirektion München vom 6.3.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740.

5 Bezieht sich möglicherweise auf die Artikel in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 28.2.1929, "Der Wirrwarr auf der Höhe"; vom 1.3.1929, "Neuer Versuch - Neuer Fehlschlag" und vom 2.3.1929, "Die Große Koalition gescheitert", die sich kritisch mit der innenpolitischen Lage befaßten.

sich, hat das ein Nationalsozialist gesprochen oder vor 5 Jahren geredet, und dann sieht man auf einmal, daß es ein nationaler bürgerlicher Politiker ist. Ja manchmal kommt es sogar vor, daß diejenigen über den Zusammenbruch reden, die noch vor wenigen Monaten jeden auf das maßloseste begeiferten, der es wagte, die Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit, ja, die Sicherheit des kommenden Zusammenbruches anzudeuten. Vor ein paar Tagen sah ich in einer Berliner Zeitung eine kleine Karikatur. Es stand da ein großer ovaler Spiegel, und vor diesem Spiegel standen in modernster Tracht Herr Stresemann und Herr Müller [6] und beide schimpften in den Spiegel hinein, und natürlich schimpften aus dem Spiegel auch wieder heraus Herr Stresemann und Herr Müller, und darunter stand, Müller und Stresemann rechnen mit den Zerstörern des Parlaments ab [7]. (Heiterkeit - Beifall.) Es ist das ein guter Witz, nur, daß alle diese Zeitungsorgane, die jetzt solche Witze machen, vor wenigen Jahren noch selbst zu den treuesten Verfechtern der Stresemannschen Außenpolitik gehörten und noch vor wenigen Monaten zu den treuesten Hütern der Müllerschen Innenpolitik und der Severingschen [8] Innenpolitik, wenn sie auch vielleicht parteimäßig manchmal dagegen Stellung nahmen. In ihren ganzen Richtlinien standen sie aber auf ganz demselben Standpunkt wie Müller und Stresemann, innen und außen.

In diesen Tagen vollzieht sich nun ein Zusammenbruch, der deshalb nicht mehr abgeleugnet werden kann, weil er den Deutschen an der Stelle trifft, an der er heute überhaupt allein noch empfindlich ist. Solange der Zusammenbruch bloß Gesichtspunkte der Ehre umfaßte, der Staatsmoral, der Staatsehre, der nationalen Ehre, solange hatte die große Masse unseres Volkes dafür kein Verständnis, und wenn einer wagte, auf diese Zusammenbrüche hinzuweisen, hielt ein Teil sich die Ohren zu, und der andere beschimpfte den, der es wagte, mit solchen Mätzchen zu kommen. Was heißt überhaupt Ehre? Wirtschaft ist die Parole! Was heißt nationale Ehre? Export, Import, Handelsbilanz! Das ist das Wesentliche.

Nun hat langsam der Zusammenbruch gerade diese Gebiete ergriffen, auf denen allein normale Deutsche noch empfindlich sind. Die Republik, die glorreiche Republik, ist nicht mehr in der Lage fortzuwirtschaften. Um im letzten Monat die Gehälter auszahlen zu können, mußte man zu den Banken gehen und schnell 156 Millionen [*RM*] pumpen [9]. All das Gerede von der

---

6 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz (SPD), 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Verkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

7 Nicht ermittelt.

8 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

9 Der außerordentliche Bedarf von 150 Millionen RM im März 1929 wurde durch Schatzwechsel finanziert, die ein Bankenkonsortium übernahm. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 63 ff. Die Zahl von 156 Millionen RM bezeichnet die Devisenverluste der Reichsbank zum 15.2.1929. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.2.1929, "Reichsbank".

wirtschaftlichen Sanierung ist heute lächerlich. Eine Millionenarmee von Arbeitslosen ist erstanden. In den letzten Tagen traute man sich die Zahl gar nicht mehr zu nennen [10]. Es sind sicher bereits über 3 Millionen [11], und dabei greift die Arbeitslosigkeit zwangsläufig immer weiter um sich. Die Konkurse gehen in die Zehntausende [12], und in kurzer Zeit wird die Pleite riesengroß werden. Sie wird alles in ihren Strudel hineinziehen. Und jetzt auf einmal, jetzt sehen die alten Parteien, d. h. jetzt können sie es nicht mehr ableugnen, daß der Zusammenbruch da ist, auch außenpolitisch. Sie müssen das zugeben, daß die ganze Politik des Herrn Gustav Stresemann nun jämmerlich sichtbar den Zusammenbruch erlitten hat. Ich erinnere daran, daß nach den Wahlen noch die ganze Münchener bürgerliche Presse sich hinter die Außenpolitik des Herrn Gustav Stresemann stellte und diese Außenpolitik als einzig möglich und richtig und vernünftig hinstellte. Heute rückt diese selbe Münchener Presse von Gustav Stresemann mit jener fabelhaften parlamentarischen Gewandtheit ab, als ob sie nie mit ihm näher zu tun gehabt hätte. Wenn man heute die Münchener Presse in die Hand nimmt, fragt man sich, wie müssen diese Menschen Stresemann die ganzen Jahre über bekämpft haben? Das nimmt man wenigstens aus ihrer ganzen jetzigen Haltung an. Doch im Gegenteil, sie haben ihn nicht nur nicht bekämpft, sondern sind im schönsten Trab hinter dieser unmöglichen Außenpolitik nachgelaufen [*sic!*]. Nur jetzt, da der Unsinn dieser Außenpolitik jedermann ersichtlich ist, jedem klar vor Augen liegt, da kein Mensch mehr sich vorsagen kann, vielleicht können wir mit Frankreich doch zu einer Verständigung kommen, da man überall sieht, daß Frankreich gar nicht daran denkt, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, sondern im Gegenteil jede Verständigungsmöglichkeit dazu benützt, um auf Deutschland einzuschlagen [13], es stumm zu machen und eine weitere Schwächung Deutschlands vorzubereiten, jetzt erst, da die Katastrophe nicht mehr weggeleugnet werden kann, beginnen auf einmal die ganzen nationalen bürgerlichen Organe ebenfalls die Außenpolitik des Herrn Gustav Stresemann als falsch zu bezeichnen.

Neben den Juden hat in Deutschland die größte Nase zu allen Zeiten das Zentrum gehabt. (Heiterkeit.) Immer hatte es die beste Nase. Wenn man feststellen will, ob eine Sache zusammenbricht, dann braucht man eigentlich nur die Haltung des Zentrums zu beobachten. Wenn das Zentrum von einer Geschichte wegrückt, dann steht diese vor dem Zusammenbruch, und wenn das Zentrum sich einer anderen Sache nähert, dann steht diese vor dem Erfolg. Wenn das Zentrum heute plötzlich entdeckt, daß der Parlamentarismus an sich erledigt ist, daß er eigentlich falsch ist, grundfalsch überhaupt, dann steht es schlimm um den Parlamentarismus [14], und wenn das Zentrum plötzlich Kräfte entdeckt, die außerhalb des Parlaments Geschichte machen können, so ist das ein Beweis, daß es mit solchen Kräften langsam zu rechnen beginnt.

10 Am 4.3.1929 hatte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Stand der Arbeitslosigkeit zum 15.2.1929 veröffentlicht. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.3.1929 (2. MA), "Noch geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit".

11 Im Februar 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 3.115.868 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 316.

12 Im Jahre 1928 waren 10.595 Konkurse eröffnet worden. Vgl. ebenda, S. 399.

13 Trotz Rückschlägen bei der Normalisierung der Beziehungen war Ende 1928, Anfang 1929 das deutsch-französische Verhältnis besser als in der Öffentlichkeit sichtbar. Vgl. Hermann Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987, S. 425.

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Wenn das Zentrum dem bisherigen System den Rücken kehrt, so ist das ein schlagender Beweis, meine lieben Zuhörer, daß es mit diesem System endgültig rettungslos vorbei ist. Es ist nichts mehr zu holen dabei, nicht einmal ein Ministerposten [15].

Wissen Sie, wenn heute die Parteien sagen, der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet, wir müssen nun mit den Kräften rechnen, die außerhalb des Parlaments stehen, dann glauben Sie nur ja nicht, daß diese Parteien, das Zentrum etwa [16], von einer Diktatur träumen, die die Nation retten soll, sondern in der Erkenntnis, daß der Parlamentarismus vor dem Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten ist [*sic!*], versuchen sie, durch Überschwenken auf eine neue Plattform ihre Partei zu retten. Deutschland ist ihnen gleichgültig. Was sie retten möchten, sind die Parteikadaver. Die Partei bekommt wieder einen neuen Anstrich, eine neue Färbung. Es ist wirklich bewundernswert, mit welch fabelhafter Schnelligkeit diese Parlamentarier zur Diktatur übergehen. Heute Parlament, morgen, wenn das nicht mehr geht, Diktatur, übermorgen schließlich Monarchie, wenn nur der Parteikadaver dadurch gerettet wird! Der muß bleiben! Ob Deutschland dabei zugrunde geht, ist heute so gleichgültig, wie es früher vollkommen gleichgültig war.

Gerade jetzt, in dieser Zeit, erscheint es uns Nationalsozialisten wichtig zu sein, auch jetzt schon wieder als Warner aufzutreten, damit das gutmütige, dumme deutsche Volk nicht etwa den alten Betrügern neuerdings auf die Leimruten fliegt, sondern langsam immer mehr und mehr sehend wird und lernt, hinter den veränderten Masken die alten Gesichter zu erkennen, damit das deutsche Volk fähig wird zu begreifen, daß die Gebilde, die sein Schicksal seit vielen Jahren mißhandelt haben, auch in der neuen Form nicht in der Lage sein können, dieses Schicksal irgendwie besser zu gestalten einfach deshalb, weil ja die treibenden Kräfte dieser Parteien, ja die ganze Gedankenwelt dieser Parteien sich in nichts geändert hat, weder nach 1918, noch sich ändern wird nach 1929 oder 1930. Sie werden bleiben, was sie sind. Wenn Sie das vielleicht als unverständlich ansehen oder empfinden wollten, so nehmen wir nur einmal eine Partei heraus, eine bayerische Partei, die Sie gut kennen, sagen wir die Bayerische Volkspartei. Glauben Sie, daß sich an dieser Partei, sagen wir, an ihren Fähigkeiten irgend etwas ändern würde, wenn diese Partei plötzlich zu der Überzeugung käme, daß man mit dem Parlament nicht arbeiten kann, sondern zur Rettung des Vaterlandes, sagen wir, eine andere Konstitution notwendig wäre? Glauben Sie, daß da nun ein Wandel der vorhandenen Qualitäten in dieser Partei eintreten würde, eine Verbesserung dieser Qualitäten? Herr Wohlmuth [17] würde als Diktator ebenso Herr Wohlmuth sein. Er würde auch gar nicht Diktator werden, weil etwa ein innerer Beruf ihn dazu zwingt, sondern er würde nur Diktator, weil seine Parteigenossen ihm sagen: Lieber Herr Dompropst, jetzt ist es höchste Eisenbahn. Wenn jetzt nicht etwas ge-

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

16 Der Zentrumsabgeordnete Johannes Bell hatte am 1.3.1929 vor dem Reichstag die Position des Zentrums gegenüber der Diktatur zusammengefaßt: "Die mehr oder weniger verborgene Sehnsucht nach einer Diktatur und der wehleidige Ruf nach einem starken Mann helfen dem deutschen Volk gar nichts ..." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1374.

17 Georg Wohlmuth (1865-1952), Dr. phil., 1890 Ordination, 1895 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayerischen Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Vorsitzender der BVP-Fraktion, 1924 Dompropst in Eichstätt.

schieht, geschieht etwas, und es muß etwas geschehen, damit nichts geschieht. (Heiterkeit - Lebhafter Beifall.) So könnte es passieren, daß Herr Wohlmuth sich den Talar etwas enger schnürt und Stiefel anzieht und nicht eine rote, sondern eine schwarze Jakobinermütze aufsetzt und zu einem Diktator solcher Art wird. Sehen Sie, was wir hier so im Kleinen feststellen können, sehen wir auch im Großen. An den Parteigebilden, an den Geschichte machenden oder Geschichte machen wollenden Köpfen ändert sich nichts. Ob man diese Köpfe meinetwegen in einer konstitutionellen Monarchie das Regiment führen [*läßt*] oder in einer demokratischen Republik oder in irgendeinem anderen Staat, das ändert nichts an der Tatsache, daß die gesamten Parteigebilde an sich vollkommen verrottet sind, daß sie vollkommen morsch und faul sind und daß diese Parteigebilde daher Deutschland um so weniger retten können, als die Rettung Deutschlands notwendigerweise ihre eigene Beseitigung bedingen würde. Sie können aber nicht erwarten, daß ein Mensch sich selber abschlachtet, damit ein anderer leben kann. Das ist von einem Parlamentarier zum mindesten zu viel erwartet oder gehofft. Das wird er niemals tun, sondern im Gegenteil, jeden Wandel, den diese erhabene Vereinigung vornimmt, nimmt sie nur vor, um dadurch ihr Innerstes unberührt zu erhalten. Das war auch der Grund, warum im Jahre 1918 in Wirklichkeit kein Wandel eingetreten ist. Die Firmenschilder wurden teils frisch lackiert, zum andern Teil umgedreht, aber die Menschen sind dieselben geblieben. Die Triebkräfte waren die gleichen, die Fähigkeiten, die ganzen handelnden Faktoren hatten sich nicht geändert. Alles blieb wie zuvor, bloß die Titel sind anders geworden. Eine Partei nannte sich nicht mehr Zentrum, sondern nahm einen anderen Namen an, die andere nannte sich nicht mehr konservativ oder nationalliberal, sondern nahm auch einen anderen Namen. Die Liberalen haben einen anderen Namen angenommen und doch war es klar, alle sind dieselben geblieben [18]. Daß sich der einzelne Mensch das klar vor Augen hält, scheint deshalb wichtig zu sein, weil überall versucht wird, die Massen zu düpieren. Dieselben Presseorgane, die jahrelang für den Zusammenbruch verantwortlich waren und ihn deckten, wenden nun mit einer Leichtigkeit, die eben eines Journalisten würdig ist, plötzlich ihr Mäntelchen nach dem anderen Wind, und wenn dann der Unbefangene, nein, sagen wir lieber, der nichtsahnende Leser ein solches Organ in die Hand nimmt, sagt er sich, wenigstens eine Zeitung, die einsieht, daß es so nicht mehr weitergeht. Die Zeitung wird übermorgen vielleicht schon etwas anderes einsehen. Sie sieht immer das ein, was augenblicklich eingesehen werden muß. Das sieht sie ein und wird sie vertreten. Nur ist die Frage, ob damit dem Volke gedient ist. Das haben wir ja schon 1918 erlebt. Ist dem deutschen Volke gedient gewesen oder gedient worden, daß die alten Parteigebilde, die den Zusammenbruch nicht verhindern konnten, plötzlich den Anschein erweckten, als wären sie zu neuen Gebilden geworden? Ist dem deutschen Volke dadurch ein Nutzen zugefügt worden? Im Gegenteil, die ungeheuren Kräfte, die vielleicht sonst nach einer neuen Form ihres politischen Handelns gesucht hätten, sind damals gefangen, sind lahmgelegt worden, sind im alten Gleis geblieben, und das Ergebnis war gleich Null. Dann bedenken Sie, daß

18 Das Zentrum nannte sich in einigen Gebieten Deutschlands für kurze Zeit Christliche Volkspartei, der bayerische Landesverband spaltete sich als selbständige Regionalpartei unter dem Namen BVP ab. Altkonservative, Nationalkonservative und Freikonservative gingen in der DNVP, die Nationalliberalen teils in der DDP, teils in der DVP auf. Vgl. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 116-157.

im Jahre 1918 nicht nur Verbrecher in Deutschland waren, sondern auf der anderen Seite die ungeheuere Front bestand, die Front, die mit diesen Destrukteuren nichts zu tun haben wollte, die den Frieden wollte, aber nicht den Verrat liebte oder gar die hündische Unterwerfung gepriesen hat [19]. Wenn man bedenkt, daß diese Riesenfront in der Heimat sich in die Parteien ergoß, und weiter bedenkt, daß aus dieser ganzen konzentrierten Kraft gar nichts geworden ist, als wenn sie nicht dagewesen wäre, so fragt man sich, weshalb? Weil sie in die Schläuche der alten Parteien hineingefüllt wurden! Wären diese riesenhaften Massen, die damals von der Front zurückkamen, damals, sagen wir, in die Form einer neuen jungen Bewegung geleitet worden, so wäre das Spiel der November-Gauner in wenigen Wochen beendigt gewesen. (Lebhafter Beifall.) Daß sie wieder hineinkamen in die unfähigen alten Parteien, hat ihre ganzen Opfer an der Front und ihre ganze Kraft zwecklos verpuffen lassen. Nochmals erlebten wir das, als im Jahre 1919 die Republik selbst zu wanken begann und leider damals Hunderttausende junger deutscher Idealisten, statt kalten Herzens zuzusehen, ihr Blut neu opferten, um die Republik zu retten, und damit bewiesen, daß sie die einzigen waren, die wirklich lebendige Kraft verkörperten [20]. Wenn man bedenkt, daß diese Hunderttausende von Menschen es in der Hand gehabt hätten, dem Staat neue Gesetze des Handelns zu diktieren, und dann sieht, daß die ganzen Opfer zwecklos gewesen sind, ja, daß man es später wagen durfte, diesen Helden, die sich 1919 für das Vaterland opferten, den Prozeß zu machen, sie ins Gefängnis zu sperren, als Zuchthäusler zu behandeln [21] (Pfuirufe), muß man dafür eine Erklärung suchen. Diese Erklärung ist sehr einfach. Indem dieses Heldentum politisch am Ende immer wieder in den alten Parteien mündete und dort endete, war dieses ganze Heldentum und Heldenblut vergeblich und vergeblich [*sic!*] geflossen. Es war alles wie zuvor, die ganzen Kräfte wurden lahmgelegt.

Wir Nationalsozialisten haben schon damals gegen die bürgerlichen Parteien gekämpft, nicht weil sie, sagen wir, gewollt Böses tun, sondern weil sie unfähig sind, Gutes zu tun, vor allem aber unfähig, das Böse auszurotten, und weil sie unter dem Deckmantel einer nationalen Betätigung Hunderttausende einer jungen tatkräftigen Energie absorbieren [*sic!*] und damit politisch eigentlich lahmlegen bzw. herausheben aus den anderen Bewegungen, die berufen wä-

---

19 Zur Instrumentalisierung der sogenannten Dolchstoßlegende in der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

20 Bezieht sich auf den Einsatz von Reichswehr und Freikorps zur Niederschlagung der inneren Unruhen. Vgl. Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover 1955, S. 42 ff. sowie Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 98 f., 122 ff.
Die Freikorps wurden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aus Formationen der alten Armee sowie aus Freiwilligen gebildet. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages unterstanden sie der Obersten Heeresleitung, danach der Reichswehrführung. Sie wurden gegen die kommunistischen Aufstände im Reich sowie im Baltikum und in Oberschlesien eingesetzt. Nach der inneren und äußeren Stabilisierung der Weimarer Republik wurden sie in die Reichswehr überführt oder aufgelöst. Vgl. hierzu Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969.

21 Aktueller Anlaß für diese Anspielung war wahrscheinlich der am 25.2.1929 eröffnete zweite Heines-Prozeß in Stettin. Vgl. Irmela Nagel, Femenorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 273 ff.

ren, einen Wandel herbeizuführen. Diesen Kampf haben wir Nationalsozialisten im Jahre 1919 begonnen und dann 1920, [*19*]21 und [*19*]22 durchgeführt bis 1923. Damals, 1923, meine lieben Freunde, konnten Sie sehen, wie, als das alte Regiment plötzlich ins Wanken kam, diese junge Bewegung, die wir ins Leben gerufen hatten, die alten Parteien veranlaßte, sich eine junge Maske aufzusetzen. Damals wurde mit jenen Begriffen gespielt, die wir heute wieder vor uns sehen. Damals begann man den Begriff Diktatur zu empfinden, beschäftigte sich damit, nicht in der Absicht, durch einen solchen Zwang dem deutschen Volk eine saubere Verwaltung zu geben, sondern nur, um, indem man diesen Begriff übernahm, den anderen den Wind aus den Segeln zu nehmen und somit alles beim alten zu lassen [22]. Sowie tatsächlich die Niederschlagung der jungen nationalen Bewegung für die Freiheit der Nation gelungen war [23], zeigten die Parteien sofort wieder ihr altes Gesicht. Kein Wort mehr von der Säuberung des Parlaments, von der Reinigung der politischen Parteien, alles blieb beim alten. Im Gegenteil, ein Jahr später konnte man hören, daß nur diese Parteien allein überhaupt in der Lage sind, Deutschland einmal zu sanieren und aus dem Zusammenbruch zu retten. Und Tatsache ist, daß die Parteien sich dadurch wieder auf 5 Jahre sanieren konnten und daß Deutschland 5 Jahre lang in einem latenten Zusammenbruch verblieb und langsam jener Katastrophe entgegengeführt wurde, die heute die offiziellen Parteien wieder etwas ängstlich aufhorchen und um sich blicken und suchen läßt nach einem neuen Rettungsanker.

Wenn wir heute vor dieser Entwicklung warnen, so besonders deshalb, weil die ganzen Bewegungen, die heute in Deutschland existieren, auf Grund ihres inneren Wesens, ich möchte fast sagen, gesetzmäßig gar nicht in der Lage sein können, Deutschland zu retten. Im allgemeinen wird es doch so sein, daß, wenn durch bestimmte Methoden ein Unternehmen zugrunde gegangen ist, man diese Methoden, die sichtbar zum Zusammenbruch geführt haben, nicht zum Wiederaufstieg anwendet, sondern mit neuen wird beginnen müssen. Es wird im menschlichen Leben immer so sein, daß, wenn eine Institution zugrunde geht, man erforschen muß, warum sie zugrunde gegangen ist, und wenn man dann die Ursachen des Verfalls genau kennt, muß man doch das Gegenteil von dem tun, was den Zusammenbruch eigentlich verschuldet hat. Das ist allein schon ein Beweis, daß es unmöglich ist, daß Deutschland von den heutigen Parteigebilden gerettet werden kann, daß alle diese Parteien gerade in den Lastern besonders groß sind, die den Zusammenbruch einst bedingten. Ich mag mich heute - wir zählen jetzt 1929 - nicht mit jenen marxistischen Spruchbeuteln herumraufen, die damals Schlagworte in die Welt hineinsetzten: Warum ist Deutschland zugrunde gegangen? Wegen seines Kaiserismus [*sic!*], seines Imperialismus, seines Militarismus und Kapitalismus! Ich glaube, selbst in dem Lager wird die Zahl derer, die an diese Phrasen glauben, heute ganz wesentlich zusammengeschrumpft sein. Wenn natürlich ein Mensch als tägliche politische Kost bloß die jüdischen Press[*e*]pamphlete liest, ist es möglich, daß er noch daran glaubt. Aber selbst die einfachste Prüfung muß jedem zeigen, daß das nicht die Ursachen unseres Zusammenbruches von

22 Bezieht sich auf die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, vom 26.9.1923 bis 29.2.1924. Vgl. Denkschrift des Reichswehrministeriums über den Ausnahmezustand vom 12.8.1924. Druck: Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 4, Düsseldorf 1980, S. 334-362.

23 Hinweis auf den gescheiterten Hitlerputsch vom 8./9.11.1923.

1918 sein können, weil das Nichtvorhandensein aller dieser Dinge heute keineswegs eine Erleichterung der deutschen Lage bedeutet.

Wenn z. B. jemand sagt, durch den Kaiserismus allein sind wir gestürzt worden, wenn er sich alle jene Doktrinen zu eigen macht, die unsere Gegner verpflanzt [*sic!*] haben, indem sie sagten, wir kämpfen nur gegen euren Kaiser, nur gegen den Begriff Dynastie, die Monarchie ist die Ursache des Kampfes gegen Deutschland, sie müßt ihr beseitigen [24], so sehen wir doch, an der Einstellung der Gegner Deutschlands hat sich, trotzdem die Monarchie beseitigt ist, nichts geändert, außer daß sich diese Einstellung heute nur noch klarer zeigt wie früher. Für uns war das alles eben nicht ein Problem der Staatsform nach außen, sondern nur ein Problem der Wirkung der Staatsform nach innen. D. h., ganz gleich, welche Staatsform Deutschland besitzen wird, jede Staatsform wird unserem Volk den Frieden zu bewahren vermögen, die die großen Kräfte unserer nationalen Macht zu mobilisieren versteht, und jede Staatsform wird Deutschland nicht vor dem Zusammenbruch zu bewahren vermögen, die es nicht fertigbringt, die lebendigen Kräfte unseres Volkes nutzbringend für den Kampf um das Dasein unseres Volkes zu mobilisieren. Wenn wir z. B. in Deutschland eine Staatsform haben, die von unseren Gegnern gepriesen wird, so wird sie vermutlich der Sammlung unserer Kräfte im Innern nicht dienlich sein. Allerdings wird auch der Gegner deshalb seine Haltung nicht ändern. Im großen ganzen wird er nur vor dem Deutschland Respekt haben, das er scheut, und wird deshalb auch die Staatsform hassen, die ihm diesen Respekt abnötigt, weil Haß und Respekt auf der Welt näher beieinander liegen als Liebe und Achtung. (Stürmischer Beifall.) Wenn also die Auffassung der roten Freunde von einst richtig gewesen wäre, daß nur deshalb, weil Deutschland den Kaiserismus hatte, die Weltfeindschaft gegen uns in Erscheinung trat, ich bitte, heute wird Deutschland repräsentiert durch rote Ballonmützen [25]! Und wo ist jetzt die Freundschaft für Deutschland, wo denn eigentlich? Was hat sich denn geändert in der Haltung unserer Gegner Deutschland gegenüber? Nur eines: Die Frechheit, das zynische Auftreten hat sich geändert. (Lebhafter Beifall.) Früher wurde diese Frechheit gebändigt durch die Angst vor der Kraft des Deutschen Reiches. Heute braucht man eine solche Angst nicht mehr zu haben, und deshalb tobt sich ihre Frechheit nun voll aus. Es ist bemerkenswert, daß die sozialistisch-demokratische Republik es nicht einmal wagen darf zu erklären, daß die Verträge, die Frankreich mit Belgien abgeschlossen hat [26], im Widerspruch stehen zu den Verträgen, die

24 Bezieht sich auf den Notenwechsel der Reichsregierung mit dem Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, über einen Waffenstillstand seit 3.10.1918, in dem Wilson mehrfach eine Demokratisierung Deutschlands gefordert hatte. So erklärte z. B. in der Note vom 23.10.1918 Außenminister Robert Lansing im Namen des Präsidenten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands." Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin o. J., S. 431.

25 Gemeint ist die Sozialdemokratie.

26 Am 24.2.1929 hatte das "Utrechtsch Dagblatt" den angeblichen Text der geheimen Militärkonvention zwischen Frankreich und Belgien von 1920 mit einem Zusatz von 1927 veröffentlicht, der Angriffspläne gegen die Niederlande und Deutschland enthielt, sich jedoch als Fälschung erwies. Vgl. Jonathan E. Helmreich, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976, S. 314 f. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bd. XI, Göttingen 1978, Nr. 89, 178.

es mit Deutschland abschloß und mit denen damals die Welt düpiert wurde [27]. Wenn die Presse wagt, so etwas zu behaupten, dann schreibt das kleine Belgien, das wir ja alle aus eigener Erfahrung kennen [28], germanische Frechheit, unverschämte Frechheit! So springen die jetzt mit Deutschland um. Mit der demokratischen Republik! Mit dem alten Deutschland hätte man das nicht wagen dürfen. Daher auch die geringere Liebe für das alte Deutschland als für das neue. Ich kann aber immer nur wieder sagen, von meinen Feinden will ich nie geliebt werden.

Oder es heißt, der Imperialismus ist schuld. Was heißt denn Imperialismus? Der Lebensdrang, ins Deutsche übersetzt, des deutschen Volkes; denn etwas anderes war es nicht. Freilich, die Republik tut sich leicht, sie pumpt. Aber sie pumpt, sie kann nur pumpen, weil die imperialistische Periode von einst ihr die Objekte geschaffen hat, die sie verpfänden kann. Wenn diese Objekte nicht vorhanden wären, könnte die demokratische Republik keine drei Tage wirtschaften, und sie wäre erledigt. Heute sagt Herr Müller und Genossen - das sind keine Nationalsozialisten, sondern das sind ... [29] man muß sich sehr in acht nehmen, weil sich der Majestätsbeleidigungsparagraph [30] in der freien Republik vertausendfacht hat [31] (Stürmischer Beifall.), die freie Republik wird nicht von Nationalsozialisten vertreten, sondern von Genossen des internationalen Proletariats - heute sagen diese Genossen des internationalen Proletariats mit den gesteiften Frackhemden, der Bericht des amerikanischen Reparationsagenten [32] ist ganz falsch, es geht uns gar nicht gut, wir leben nur dadurch, daß wir in den letzten paar Jahren - wieviel haben wir eigentlich aufgenommen? - so rund 12 Milliarden [*RM*] [33] gepumpt haben, nur dadurch können wir existieren. Teuerste Genossen, habt ihr dafür, daß euch 12 Milliarden [*RM*] gepumpt wurden, etwa eure Bewegung als Kreditobjekt hingegeben, oder habt ihr persönlich Bürgschaft geleistet mit eurer Ehre oder eurer persönlichen Bedeutung? Nein, ihr habt mit den Objekten die 12 Milliarden [*RM*] ausgepumpt, die der alte, von euch verfluchte deutsche Imperialismus dem deutschen Volke angesammelt hat. (Zurufe: Sehr rich-

---

27 Bezieht sich auf den Vertrag von Locarno und den Briand-Kellogg-Pakt.
Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sogenannte Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.
Der am 27.8.1928 in Paris unterzeichnete Briand-Kellogg-Pakt verurteilte den Krieg "als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle". Die beteiligten Staaten verzichteten "auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen" (Artikel 1). Druck: RGBl. 1929, II, S. 97 ff.

28 Gemeint sind die Kriegserfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg.

29 Auslassung so in der Vorlage.

30 Anspielung auf die §§ 94-101 StGB. Sie enthielten die Bestimmungen, welche den Kaiser und die Landesherrn vor Beleidigungen schützen sollten. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig [4]1903, S. 152 ff.

31 Vgl. § 8 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21.7.1922, der die Beschimpfung oder Verleumdung von Mitgliedern der Reichs- oder Landesregierungen unter Strafe stellte. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

32 Am 1.1.1929 war der vorläufige Jahresbericht über das 4. Annuitätenjahr (1.9.1927 bis 31.8.1928) des Reparationsagenten Parker Gilbert veröffentlicht worden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 474 ff.

33 Am 31.3.1929 betrug die Summe der Schulden von Reich, Ländern und Großstädten 14,3 Milliarden RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 516.

tig! - Beifall.) Diese haben euch die ganze Pumpwirtschaft erst ermöglicht. Und wenn die letzten Objekte, die der alte deutsche Imperialismus ansammelte, beseitigt sein werden, wird natürlich die Pumpwirtschaft auch aufhören, und dann hört auch eure Regierungskunst auf: Denn seit 10 Jahren heißt bei euch Regierungskunst ungefähr das, was man bei uns im Felde, sagen wir, Feuer machen hieß. Man suchte nämlich, wo es etwas zu verbrennen gab. Man muß das verstehen. Wenn die Häuser zusammengeschossen waren, so sagte sich der Soldat, da werden wir nicht frieren, und es gab ingeniöse Menschen, die mit Scharfblick überall herausfanden, was herausgeholt werden konnte, ohne den völligen Einsturz des Hauses herbeizuführen, z. B. Türfüllungen, die man verbrennen konnte, die Rückwände von Kästen, Stuhllehnen usw., und das ging so weiter, bis einer entdeckte, daß auch nicht die ganze Bodenfläche notwendig war, daß man also auch hier einen Teil verbrennen konnte, und ein anderer, daß das Dach noch hielt, auch wenn man ein paar Stützen herausnahm. Das ist also die ganze Regierungskunst dieser Herren. Sie reißen aus dem Deutschland von einst alles heraus und verpulvern und verbrennen es. (Stürmischer Beifall.) Der alte deutsche Imperialismus, der nichts anderes war als die Befriedigung des Lebensdranges der deutschen Nation, er kann gar nicht die Ursache des Zusammenbruches gewesen sein, vielleicht, Sie haben recht, die Ursache des Krieges, deshalb, weil hart im Raume sich die Sachen stoßen [34], und weil die Lebensinteressen des einen häufig gegen die Lebensinteressen des anderen gehen. Mein lieber Volksgenosse, du weißt das aus dem Wirtschaftskampf zu Hause. Da weißt du auch und stehst auf dem Standpunkt, meine Lebensinteressen sind entgegengesetzt denen des Unternehmers, und was im Kleinen gilt, gilt erst recht im Großen. Die Lebensinteressen des deutschen arbeitenden Volkes sind manchmal entgegengesetzt gewesen denen des britischen Unternehmer-Volkes. Es sind mit anderen Worten in der Welt Völker aneinandergeprallt im Kampf um das nackte Dasein, und in diesem Kampf hat Deutschland damals eben zu bestehen vermocht dank seiner Konstitution, dank seiner inneren Kraft. All das ist nun beseitigt, und der imperialistische Gedanke ist ausgerottet. Ballonmützen bekrönen keinen Imperialismus, besonders dann nicht, wenn sie rötlich gefärbt sind. Darunter herrscht nur der Gedanke nach Weltverbrüderung, nach Verzicht auf das eigene Ich usw. Es müßte demgemäß, wenn allein der Imperialismus die Ursache des Zusammenbruchs gewesen wäre, der Wiederaufstieg eingetreten sein in dem Augenblick, wo der Imperialismus aus dem deutschen Volke herausgerissen wurde. Das habt ihr aber getan, teuere Genossen. Eure ganze Staatskunst in den letzten 10 Jahren basiert darauf, daß ihr erklärt, damit das deutsche Volk leben kann, muß es weniger werden, mit allen Mitteln weniger werden. Niemals Vermehrung, das sind imperialistische Tendenzen, sondern Verminderung der Zahl! Und das Ergebnis? Ihr habt nicht etwa damit nun die Republik befriedet in dieser Welt, sondern die anderen hauen auf sie ein und hacken an ihr herum, und der Franzose Briand [35], auch ein Genosse,

34 Nach Friedrich von Schiller, Wallensteins Tod, 2. Aufzug, 2. Szene: "Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

35 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär des Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer des Parti Républicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Gustav Stresemann).

sagt, ganz ruhig und kühl, ob ihr abrüstet, mithin der Machtmittel entsagt, oder ob ihr euren Imperialismus betätigt oder nicht, spielt für uns keine Rolle, sondern Ihr seid einfach zuviele [36].

Das gleiche gilt vom Militarismus. Da sagt einer, der Militarismus ist schuld am Zusammenbruch. Auch das kann nicht stimmen; denn heute haben wir keinen Militarismus mehr. Es sage doch niemand, daß etwa Groener [37] Militarist ist. Von früher her vielleicht, aber jetzt noch - nein! Oder war etwa Geßler [38] Militarist, oder sind etwa die Reichsminister Militaristen, oder ist etwa die Reichswehr ein militaristisches Instrument? Gott bewahre! Sagen Sie den Führern dieser Institution nicht eine solche Beleidigung! Die Reichswehr ist kein militaristisches Instrument, sondern ein Instrument des Friedens, jetzt nicht mehr des Weltfriedens. Früher war das deutsche Heer, wie man sagte, ein Instrument des Weltfriedens. Heute ist die deutsche Reichswehr nur ein Instrument des inneren deutschen Friedens, d. h., sie hilft mit, daß das deutsche Volk seinen staatsbürgerlichen Verpflichtungen ordentlich und ruhig und gefügsam nachkommt. Das ist ihre einzige Aufgabe [39]. (Lebhafter Beifall.) D. h. also, sie ist eine Art modifizierte Polizeitruppe, eine verbesserte Polizei, eine verbesserte innere Friedenspolizei, sagen wir, nachdem wir uns im Völkerbund befinden, eine kleine Okkupationstruppe des Völkerbundes für Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Dieses vollständig unmilitaristische Instrument mußte doch jetzt nach der Periode des Zusammenbruchs infolge des damaligen Militarismus den Wiederaufstieg mit sich bringen, mußte ihn sichtbar in die Erscheinung treten lassen. Und was sehen wir? Deutschlands Lage wird von Jahr zu Jahr schlimmer. In dieser Woche werden Dokumente veröffentlicht [40], die echt sind, auch wenn Paris und Brüssel und Berlin sich bemühen, einen Fälscher zu finden, ein Subjekt zu finden, das erklärt, ich habe die Fälschung begangen, auch wenn man gegen Bezahlung ein solches Subjekt findet. Die Dokumente sind echt, das kann nicht mehr bestritten werden. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß unsere ganze Abrüstung Frankreich nicht im geringsten hindert, bereits neue Pläne für einen neuen Krieg mit Deutschland im einzelnen vorzubereiten. Glauben Sie [*mir*], fünfzig Jahre Frieden wird Europa solange nicht mehr bekommen, solange es nicht wieder eine deutsche Heeresmacht gibt. (Zurufe: Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.)

---

36 Gemeint ist wahrscheinlich die Rede des französischen Außenministers Briand vom 10.9.1928 vor der Völkerbundsversammlung in Genf, in der er die Stellung Frankreichs in der Abrüstungsfrage dargelegt und die von Reichskanzler Hermann Müller am 7.9.1928 vor dem Völkerbund geäußerte Kritik an der alliierten Abrüstungspolitik scharf zurückgewiesen hatte. Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928, septième séance plénière 7 septembre 1928, S. 56 ff.; dixième séance plénière, 10 septembre 1928, S. 79 ff. sowie Hagspiel, Verständigung, S. 414 ff.

37 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1916/17 Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1916 Generalleutnant, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

38 Karl Otto Geßler (1875-1955), 1898 Dr. jur., 1910-1913 Erster Bürgermeister von Regensburg, 1913-1919 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1919-1920 Reichsminister für Wiederaufbau, 1920-1924 MdR (DDP), 1920-1928 Reichswehrminister, 1927 Austritt aus der DDP, 1931-1933 Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

39 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages bestimmte unter anderem: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

40 Vgl. Anm. 26.

Über den letzten Begriff, Kapitalismus, will ich nicht weiter reden. Wir haben ja keine kapitalistische Republik, sondern selbstverständlich eine sozialistische. Die Genossen Müller, Grzesinski [41] und Severing und Braun [42] werden doch nicht die Führer einer kapitalistischen Republik sein. Das tut ein Sozialdemokrat bei seiner Ehrenhaftigkeit niemals. Nein, sie sind die Führer einer antikapitalistischen, sozialistischen Republik. Es müßte also diese sozialistische Republik eigentlich eine maßlose Freundschaft in der ganzen Welt genießen. Sie ist auch da, aber weniger aus Sympathie für die sozialistische Republik als Institution, sondern diese Freundlichkeit und Zuneigung ist etwa die eines Diebes zu einem Haus, um das kein Zaun gelegt ist (Heiterkeit), wo man also leicht einbrechen kann und bei dem alles schlecht verwaltet ist, oder sie ist die Zuneigung, die der geborene Wucherer zu einem schlechtverwalteten Geschäft hat, eine Zuneigung, die begründet ist auf der Hoffnung, nicht etwa sich eines Tages an dem Geschäft beteiligen zu können, sondern eines Tages das ganze Geschäft verschlucken zu können. Das ist die ganze Sympathie, die heute Deutschland hat. Wer der heutigen Welt sympathisch gegenübersteht, betrachtet sie mit dem weltfreundlichen Blick, mit dem ein Fuchs eine Gans anschaut. Das ist die einzige Zuneigung, die sie erobert haben.

Da kann ich nur eines sagen: Wenn Deutschland an den Dingen einst zugrunde gegangen wäre, dann müßte es jetzt anders sein. Weil es aber nicht so ist, müssen es also andere Dinge gewesen sein, an denen Deutschland zugrunde ging, und diese anderen Dinge sind leicht zu erkennen.

Der erste Grund, der das alte Deutschland zusammenbrechen ließ, war unsere allgemeine Internationalisierung, also gerade das, was Sie seit 1918 in höchster Reinkultur vor Ihren Augen weiter blühen sehen. Das langsame Einsetzen der Internationalisierung unseres ganzen Volkes, seines ganzen Denkens und Lebens, seines politischen Lebens, der langsame innere Kräfteverbrauch war die erste Ursache unseres Verfalls; denn wäre Deutschland stark genug gewesen, wäre es nicht gefallen. Daß wir nicht die inneren Kräfte zu mobilisieren vermochten, um der feindlichen Macht Widerstand zu leisten, das hat uns den Zusammenbruch gebracht. Es glaube niemand, daß plötzlich ein Wunder kommt. Noch nie ist ein Staat zugrunde gegangen, weil er zu mächtig war. Kein Staat fiel, außer er war zu schwach, sein Leben zu bewahren. Das gilt auch für Deutschland. Wir sind gefallen, weil uns die Kraft zum Widerstand fehlte, und die Widerstandskraft kann man nicht nur militärisch ausdrücken, sondern sie ist im Grunde genommen die innere lebendige Volkskraft. Es sind die tausendfachen Äußerungen des Lebens, die die Stärke eines Volkes am Ende ergeben. Und die Kraft des Volkes, sie geht zugrunde, wenn es eben nicht einheitlich, national, völkisch geleitet wird. In allen seinen Le-

41 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Innenminister, 1933 Emigration.

42 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

bensäußerungen, nicht nur in politischer Hinsicht, nein, auch in kultureller Art [*sic!*]. Da können wir sehen, wie in dem Deutschland der Friedenszeit bereits das internationale Gift sich ausbreitet. Der Marxismus war nur der konzentrierte Ausfluß dieses Giftes, der unverschämte politische Ausdruck, und wenn Deutschland nicht in seinen ganzen oberen Schichten bereits entnationalisiert gewesen wäre, wenn nicht überall der nationale Begriff nur eine rein äußerliche Phrase gewesen wäre, hätte dieses Deutschland niemals dieses marxistische Gift geduldet; denn wer noch gesund ist, läßt sich nicht eine Lehre aufoktroyieren, in der die Krankheitskeime wissenschaftlich herausgearbeitet sind [*sic!*] und das ganze Lehrfundament dieser Idee bedingen und ausmachen. Daß das alte Deutschland überhaupt den Marxismus duldete[43], war schon der Beweis der inneren völkischen Erkrankung. Der Begriff national war im alten Deutschland zu sehr verbunden mit tausend nebensächlichen Dingen, die ursprünglich überhaupt nichts mit diesem Begriff zu tun hatten. Dieser Begriff war bereits zum Klassenbegriff heruntergesunken. Er war auch zum Wirtschaftsbegriff geworden und er war damals, das ist in meinen Augen vielleicht das Schlimmste, zu einer rein äußerlichen Phrase geworden, zu einer Phrase, die man nach Bedarf herunterlaufen ließ, wie man etwa eine Grammophonplatte ablaufen läßt, war aber nicht mehr der Ausdruck des inneren Glaubensbekenntnisses. Millionen von Menschen, die sich damals zum nationalen Lager rechneten, waren nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen, die diese Zugehörigkeit bedingte, nicht mehr bereit, die höchsten Grundsätze anzuerkennen, die im nationalen Begriff wurzelten. Sie waren nicht mehr bereit, Opfer zu bringen und eine Verantwortung zu übernehmen. Es war eine allgemeine Feigheit eingerissen. Der Rentabilitätsgedanke, der Wirtschaftlichkeitsgedanke beherrschte das alte Reich restlos. Bis in die höchsten Spitzen hinauf, überall gab es weniger den Begriff Ehre, mehr den Begriff wirtschaftlicher Vorteil, Rentabilität, Prosperität. Kurz und gut, es regierte bereits die Wirtschaft dieses Zeitalter, und in einer Zeit, in der die Wirtschaft bestimmend regiert, sinkt zwangsläufig das ideale politische Glaubensbekenntnis. Beide können nicht nebeneinander bestehen. Entweder es dominiert der ideale politische Gedanke, und die Wirtschaft dient ihm, oder es rentiert die Wirtschaft, und der politische Idealismus wird zum Knecht erniedrigt. Wenn ein Volk in eine solche Wandlung eintritt, wird nicht mehr die Entschlossenheit dasein, Verfallserscheinungen den Kampf anzusagen. Wir können ja auch sehen, wie im alten Deutschland überall Halbheit einriß, um nicht zu sagen bodenlose Feigheit, wie man sich überall drückte, den wahren Feind beim rechten Namen zu nennen, wie man gegen die kleinen, untergeordneten Organe vorging, aber vor den Drahtziehern zurückwich, wie mit einem Wort in Deutschland dadurch die Demokratie herrschen konnte, die Parlamente die Entscheidungen trafen[44], statt daß man diese Schwätzervereinigungen in ihre Schranken gewiesen und erklärt hätte, mit solchen Schwätzern kann man nicht regieren, ihr seid dazu als Extrakt der Dummheit nicht fähig. (Beifall.) Es ist unmöglich, daß eine Korporation, die auf Grund des Systems der Auslese der Feigsten, Dümmsten, Schwächsten und Unwissendsten gebildet wird, eine Nation führen kann in dem Augenblick, wo diese zum schwersten Lebenskampf antritt. Man mußte den Mut haben,

---

43 Anspielung auf das am 30.9.1890 ausgelaufene, aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. am 21.10.1878 in Kraft getretene "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie".

44 Die Kompetenzen des Reichstags waren im Kaiserreich begrenzt, erst im Verlauf des Weltkriegs konnten sie erweitert werden. Vgl. Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

dieser Meute entgegenzutreten, und hatte ihn nicht mehr; denn langsam war die ganze Presse, und auf dem Umweg über die Presse die ganze öffentliche Meinung von diesem Begriff erfaßt worden. Ganz Deutschland schwang sich hinüber in das Lager der Demokratie, und die wenigen, die Widerstand leisten wollten, wurden als Reaktionäre verschrien und hatten dabei keine klaren Gedanken und Vorstellungen. Sie verstanden es nicht mehr, aus der Nation die jungen Kräfte zu mobilisieren, die allein vermocht hätten, gegen die Demokratie zu kämpfen. Wenn heute jemand sagt, was kann gegen die Demokratie eingesetzt werden? Nicht etwa die Aristokratie der sogenannten Geburt, sondern nur die Aristokratie der Vernunft, der Genialität und Entschlossenheit! Wenn mir heute ein Kommunist entgegentritt und sagt, Sie sind gegen die Demokratie, sind gegen das Regiment des Volkes - nein, ich bin nicht gegen das Regiment des Volkes, nur gegen das Regiment der Auslese der Dummheit eines Volkes bin ich; das ist alles; denn ich protestiere dagegen, daß die Repräsentation einer Nation nur in der Dummheit gelegen sein soll, und bekenne mich zu der Auffassung, daß die einzig wahre Repräsentanz einer Nation in der Genialität liegt, in seiner Kühnheit, in der überlegenen Vernunft. Gib die Besten des Volkes an die Spitze und unterordne ihrer Herrschaft das Volk! Solange man sich dem Pofel[45] hingibt, herrscht nicht das Volk, sondern der Abhub, nicht das regiert dann, was auf Grund seines Wertes zum Boden sinkt, sondern was auf Grund seines Unwertes oben schwimmt und aufdringlich dort Blasen treibt. Das ist die einzige Gegenerklärung gegen die Demokratie, die Berechtigung hat. Da konnte aber das alte Regiment der Demokratie nicht mehr entgegentreten, denn all das war bei ihm selbst nicht mehr vorhanden. Es ist charakteristisch, daß das alte Regiment und besonders die Parteien, die die Wahrer des alten Regiments hätten sein müssen, selbst vollkommen verkalkt und veraltet waren, daß sie Angst hatten vor jeder jungen Kraft, daß es in Deutschland selbstverständlich wurde, daß nur mit einem gewissen Alter jemand in gewisse Stellungen einrücken konnte[46] und daß darüber noch unbedingt die Überzeugung bestehen mußte, daß man es mit keinem hundertprozentigen Mann zu tun hat. Diese Angst war damals bereits eingerissen, diese Angst, die die Bürgerlichen heute noch erzittern läßt. Wer in einer solchen Bewegung Führer werden will, muß ein Attest beibringen, daß er kein 100 %iger Mann ist. (Beifall.) Wenn er das beweisen kann, dann erträgt man ihn, wenn man aber von ihm auch nur ahnt, daß er vielleicht einmal Widerstand übt und nicht davor zurückscheut, wenn notwendig auch einmal fest aufzutreten, wünscht man einen solchen Mann nicht. Den Marxismus bekämpfen - ja! Aber nicht mit solchen Waffen! Den Kampf kämpft man aber doch am zweckmäßigsten mit der Waffe, die tödlich trifft, und das Richtigste ist stets der Stoß ins Herz hinein, und wer nicht die Kraft hat, zu diesem Stoß auszuholen, wird das Volk in diesem schweren Schicksalskampf nicht wieder emporzureißen vermögen. Das wollten die Parteien von einst nicht - sie sind sich [*sic!*] auch heute noch die gleichen geblieben - das wollte der alte Staat nicht. Und den klassischen Ausdruck des Unvermögens, die

45 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.

46 Gemeint sind die konservativen Parteien im Reichstag bis 1918. Der Vorsitzende der Deutschkonservativen Partei Ernst von Heydebrand und der Lasa übernahm 1912 dieses Amt im Alter von 61 Jahren, Kuno Graf Westarp war 48 Jahre alt, als er den Fraktionsvorsitz im Reichstag übernahm. Die Freikonservative Partei kannte keinen Parteivorsitzenden, 1902 wurde der 56jährige Karl Freiherr von Gamp ihr Fraktionsführer im Reichstag. Die Genannten hatten diese Positionen bis 1918 inne. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 25 ff.

Energie, die Tatkraft gegen die Fermente des Verfalls einzusetzen, sehen wir am besten in der Zeit des Krieges. Deutschland ist von einer Welt von Feinden umgeben. Alles hängt davon ab, daß man standhält und nicht zusammenbricht, alles davon, daß nicht nur draußen die Armee kämpft und standhält, daß die Bataillone und Kompanien sich an die Gräben klammern, sondern daß hinter der oft zu dünnen Front die Heimat steht, die stets neue Energien hinausspeit und die Front, die ins Wanken kommt, nach vorne peitscht. Das war notwendig. Es ist aber klar, daß man Fanatismus nicht predigen lassen kann durch Menschen, denen selbst jeder Fanatismus fremd ist, daß man nicht Heroismus predigen lassen kann durch Menschen, die selbst jedem Heroismus entfremdet sind, und nicht Begeisterung in die Herzen der anderen versenken kann, wenn man nicht selbst begeisterungsfähig ist. Was haben andere Völker in dieser Stunde getan, als es notwendig war, die Nation zu identifizieren mit den Handgranatentrupps in der vordersten Linie? Sie haben an die Spitze der Nation die kühnsten, verwegensten Köpfe gesetzt, eiskalte Menschen, die wenn notwendig über Blut hinwegschreiten konnten, die genau wußten, wenn Destrukteure die Heimat vernichten, vergießt der, der sie beseitigt, kein Bürgerblut, sondern nur das Blut von minderwärtigsten, elenden Lumpen; denn die Bürger stehen an der Front [47]. (Stürmischer Beifall.) Die kämpfen, um deren Blut kümmert sich niemand, ja ihr Blut ist das einzige Gewicht, das Tag für Tag in die Waagschale hineinfließt, und die Heimat hat die Pflicht, daß sie diesen gleich würdig gegenübersteht. Die anderen Völker erkannten das und haben eisenharte Köpfe, gleichgültig ob jung oder alt, an die Spitze der Nation gesetzt [48]. Da setzten die Franzosen einen Greis an ihre Spitze [49], zusammengekrümmt aber verbissen wie nur ein Alter sein kann, der kein Herz mehr kennt, sondern nur noch den Begriff Nation und Staat in sich aufgenommen hat und der das verwegene Wort aussprach: Es ist ganz gleichgültig, ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris und schlage mich hinter Paris [50]. Und der Engländer nimmt einen Munitionsminister [51], einen genialen Massenagitator und läßt durch ihn das englische Volk aufpeitschen, läßt durch ihn eine riesenhafte Propaganda entfalten, so daß dieses Volk 4 1/2 Jahre standhält. Und Deutschland? Deutschland sucht in diesem kritischsten Moment den schwächlichsten greisen Mann [52], von dem man von vorneherein

47 Wahrscheinlich Anspielung auf die Legende von der blutigen Niederschlagung der Meutereien in der französischen Armee 1917. Vgl. Fred Kupferman, L'opinion française et le défaitisme pendant la Grande Guerre. In: Relations internationales, Nr. 2, 1974, S. 91-100.

48 Bei Frankreich und Großbritannien, die Hitler hier als positive Vorbilder nennt, handelt es sich um parlamentarische Demokratien.

49 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

50 Clemenceau soll mit diesen Worten auf den Erfolg der deutschen "Michael"-Offensive reagiert haben, bei der im März 1918 zunächst ein letzter Durchbruch und große Geländegewinne erzielt wurden, die aber nicht gehalten werden konnten.

51 David Lloyd George (1863-1945), 1884 Rechtsanwalt, 1890 liberales Mitglied des Unterhauses, 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, 1916 Kriegsminister, 1916-1922 Premierminister.

52 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

wußte, daß er selbst in friedlichen Augenblicken schwach und ohnmächtig ist, daß er kaum zwei Stunden des Schlafes zu entbehren vermag. Sitzungen, die über zwei Stunden dauern, vermag er nicht mehr zu verfolgen, Vorträge, die über zwei Stunden dauern, treffen ihn nur schlafend an. Alles ist glücklich und glaubt, durch diese Düpierung Weltgeschichte machen zu können, glaubt, das Schicksal betrügen zu können, glaubt, daß man genauso, wie man vielleicht seine Aktienmehrheit vertreten lassen kann durch irgendeinen, den man als Vertreter hinschickt, so auch das Volk vertreten lassen kann, in einem Weltkrieg durch einen, der zu Hause die Majorität bekommen hat. Dieser Geist, der uns damals mit allem gesegnet hat, was schwach war, und dazu führte, daß man sich schließlich plötzlich sagte, wie wäre es, wenn man die nehmen würde, die die ganze Zeit geschrien haben gegen dieses Reich, vielleicht hören sie dann zu schreien auf, gab diesen endlich das Reich sogar in die Hand. Ja, sehen Sie, das ist der Geist, den wir im Jahre 1902, 1903, 1907, 1910, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 dauernd hatten, die Angst vor der Kraft, die Angst vor dem Mann, die Angst vor dem Entschluß, die Angst vor der Tat, und das ist auch die Kraft, die seit November 1918 in Deutschland unbeschränkt zur Regierung gekommen ist, Feigheit und Angst. Sehen Sie sich nur diese politischen Gebilde an! Herrgott, wenn Volksretter so ausschauen, wie die Parlamentarier unserer sogenannten Regierungsparteien, Himmel noch einmal, ich weiß gar nicht, ob wir uns nicht einmal schämen müßten vor der Nachwelt, durch solche Götter überhaupt gerettet worden zu sein. (Heiterkeit - Beifall.) Wer will sie je der Nachwelt präsentieren? Müssen sie nicht bis in die fernsten Zeiten die öffentliche Moral vergiften! Schauen Sie doch die Köpfe an, die diese Parteien heute als Vaterlandsretter präsentieren! Biedere Staatsmänner, biedere alte Parlamentarier, frumbe [*sic!*] Landsknechte des parlamentarischen Kampfes. Schauen Sie sich nur diese Menschen an, es sind die alten, die früher schon da waren. Die Parteien haben ja Angst vor jeder neuen jungen Kraft. Schauen Sie nur, was in unsere Bewegung hereinkommt; wie glücklich sind wir, wenn wir Redner bekommen, und warum bekommen wir sie? Ich staune oft; sie waren einmal bei dieser oder jener Partei, man läßt sie ruhig gehen, ist im Gegenteil froh, daß sie gehen, man will sie nicht. Sie scheuen ja nichts mehr als eine Kraft, die ihnen selbst überlegen erscheint. Glauben Sie, daß man mit solchen Gebilden einen Staat regieren kann? Wie er einst daran zugrunde ging, so wird der Abstieg weiter andauern. Es kann sich da nichts ändern. Dabei ist die ganze Konstitution des Staatslebens so, daß zwangsläufig, mechanisch, maschinenmäßig, mathematisch nur solche Naturen emporkommen können, wie sie das Gesetz der Demokratie züchtet. Man hat sich ein Gesetz beigelegt, man weiß genau, wenn man im Volk die Demokratie installiert, werden nur kleine Geister überhaupt geduldet werden. Wenn nur 10 Menschen die Erlaubnis bekommen, sich selbst einen Führer zu wählen, werden sie nicht eine überragende Autorität, sondern stets einen Schwachen wählen. Das Gesetz der Erniedrigung nach oben und der Autorität nach unten allein züchtet heroische Menschen. Daraus kann eine Armee sich aufbauen, die in den schwersten Stunden standhält, nur da können ungeheuere Heerwürmer [*sic!*] sich den Fronten zuwälzen, da jeder weiß, wenn die Stunde der Not und der Gefahr kommt, wenn der Tod in unsere Reihen greift, sind hier Tausende von Führern, angefangen vom kleinen Gruppenführer, von denen jeder seine Pflicht tut und stirbt, wenn die Not es erfordert. Zu Hause aber hat man das Gesetz der Demokratie, weil man genau weiß, daß nach diesem Gesetz nur Schwächlinge kommen können. So löst man auch den Führer, der auf dem Boden der Autorität als Held die Kompanie führt, sofort ab und ersetzt ihn

durch den Soldatenrat [53]. Wenn die Kompanie selbst zur Wahl schreitet, warum soll sie da einen Menschen als Führer wählen, der von ihr Schlimmes verlangt? Warum soll eine Kompanie einen Menschen zum Kompanieführer wählen, der Dienst ansetzt, daß alles krumm wird? Man hat ja doch auch andere, die einen solchen Dienst nicht ansetzen. Warum sollen die politischen Parteien einen Führer wählen, der Gehorsam verlangt, diktiert und bestimmt? Man hat ja doch viele, die froh sind, wenn sie nicht zu befehlen brauchen, die glücklich sind, wenn sie keine Verantwortung zu übernehmen haben. Dort können dann die kleinen Geister brillieren. Je mehr eine Organisation aufgebaut ist auf dem Gesetze der Demokratie, um so mehr kommen die kleinen Geister zum Vorschein. Da können sie dann eine große Rolle spielen, können Geschichte machen, wenn auch nicht, sagen wir, aktive, so doch wenigstens passive Geschichte, wie wir das in Deutschland seit 10 Jahren erleben. Aktive Geschichte machen wir nicht, aber man kann ja seinen Namen in die Tafeln der Weltgeschichte nicht nur durch Siege, sondern auch durch Niederlagen eintragen, nicht nur durch ein Versailles [54], das auf einem Sedan fußt [55], sondern auch durch einen Friedensvertrag, der in Versailles abgeschlossen wird [56]. Warum soll denn etwa der Name Müller oder Bauer [57] in der Weltgeschichte nicht genauso lange dauern als der Name Bismarck oder Moltke, weshalb nicht? Ein kleiner Unterschied ist natürlich, aber die Menschheit vergißt das auch mit der Zeit (Heiterkeit) und endlich wird sie vielleicht nach Jahrtausenden, nein, nein, mit Jahrtausenden rechnen die Bauer und Müller an sich nicht, aber vielleicht durch die aufgeregte Tätigkeit der Presse doch einmal es vielleicht fertigbringen zu sagen: Bismarck war nicht unbedeutend, aber Bauer ...! Bismarck hatte es leicht, er hatte gesiegt, Bauer aber hatte verloren. Wer ist der Größere, wer nach einem Sieg den Kopf hoch trägt, oder Bauer, der eine Niederlage heroisch erträgt? Wer ist der Größere, Bismarck, der eine offensive Politik machen konnte - der konnte ja leicht reden, und es gehört keine Kunst dazu, nach einem Sedan oder nach einem Königgrätz [58] usw. Geschichte zu machen - aber Stresemann! Nach einem Locarno Politik zu machen, nach einem Dawes-Vertrag [59], nach einem

53 Die Gründung von Soldatenräten im November 1918 führte nicht zur generellen Ausschaltung des Offizierskorps als militärische Führungsinstanz. Das Fachwissen der Offiziere wurde benötigt, ihre Autorität daher im allgemeinen grundsätzlich anerkannt. Vgl. Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 160 ff.

54 Anspielung auf die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18.1.1871.

55 Anspielung auf den Sieg der verbündeten deutschen Heere gegen die Armee Napoleons III. bei Sedan am 1.9.1870.

56 Am 28.6.1919 unterzeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

57 Hermann Müller und Gustav Bauer hatten für das Deutsche Reich den Versailler Friedensvertrag unterzeichnet. Gustav Adolf Bauer (1870-1944), 1884-1893 Anwaltsbürogehilfe in Königsberg, 1893-1902 Bürovorsteher, 1908-1918 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Juni 1919 bis März 1920 Reichskanzler, Mai/Juni 1920 Reichsverkehrsminister, Mai 1921 bis November 1922 Reichsschatzminister und Vizekanzler im Kabinett Wirth, 1912-1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1925, 1924 wegen indirekter Verwicklung in den Barmat-Skandal aus der SPD ausgeschlossen, 1925 rehabilitiert.

58 Hinweis auf die Schlacht bei Königgrätz am 3.7.1866, in der die preußischen Truppen die österreichisch-sächsischen Hauptkräfte schlugen und damit dem preußisch-österreichischen Krieg die entscheidende Wendung gaben. Vgl. Gordon A. Craig, Königgrätz, Wien 1966.

59 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

Abkommen von Thoiry [60], nach dem ganzen Geist dieser Zeit Politik zu machen, da staunt die Mitwelt, und das bewundert einmal die Nachwelt, und dann wird man ermessen können, was es heißt, bei solchen Leistungen auch noch lächeln zu können. (Heiterkeit - Stürmischer Beifall.) Ja, es ist bemerkenswert, daß das Ergebnis dieser ganzen Periode ein laufender und ununterbrochener Verfall des Führergedankens war. Vor dem Kriege bereits und seit dem Kriegsende erst recht sehen wir auf dem Gebiete Orgien feiern. Was jetzt führt und leitet, würde in normalen Zeiten in der Weltgeschichte zum Mist gekehrt werden, zum Mist gefegt werden, könnte überhaupt nicht erscheinen. Bei uns gilt das als weiß Gott was Großes, und es ist daher nicht zu wundern [*sic!*], wenn die ganze Nation langsam zu einer Art Vogel-Strauß-Politik erzogen wird. Das war vor dem Kriege so und ist nach dem Kriege so geblieben. Das war schon vor dem Kriege innen- und außenpolitisch so, innenpolitisch, indem man die dräuendste Gefahr nicht mehr sehen wollte. Warum immer auf etwas hinschauen, wenn es doch unangenehm ist? Also den Blick weg! Warum sich immer mit der Sozialdemokratie beschäftigen, die doch eine unangenehme Sache ist, wo es doch ganz andere, angenehmere Seiten des Lebens gibt. Man sah diese Bewegung nicht vom Standpunkt der Gefahr an, sondern vom Standpunkt eines vielleicht doch irgendwie Mitregierenkönnens. Und seit dem Kriege ist das Regierungsprinzip geworden, überhaupt nichts mehr vom Standpunkt der Gefahr zu betrachten, sondern von verschiedenen anderen Möglichkeiten aus, in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus, kann man unter diesem Zustand noch Geschäfte machen. Wenn ja, dann ist dieser Zustand gar nicht schlecht. Warum soll ein Zustand schlecht sein, bei dem man noch Geschäfte machen kann? Dieser Gedanke, der schon vor dem Krieg die ganze Politik beherrschte, solange man noch profitieren und Geschäfte machen, solange man rein wirtschaftlich noch etwas erreichen kann, dieser Gedanke ist heute dominierend geworden. Der Herr Reichsbankpräsident [61] illustriert das, indem er ganz nüchtern sagt: Meine Herren, wir haben 12 % Dividende [62]. Allerdings muß uns klar sein, wir haben diese Dividende nur verteilen können, weil der allgemeine Lebensstandard zusammenbricht. Bravo! Allgemeines Klatschen. Also selbst im Zusammenbruch kann man noch Geschäfte machen! Warum ist dann der Zusammenbruch überhaupt schlecht, wenn man noch Geschäfte machen kann. Liebe Freunde! Das war früher so; selbst wenn sich über Europa dauernd Ungewitter zusammenballten und die Lage trostlos erschien, sah man nur das Blühen der deutschen Wirtschaft und wurde so über alles hinweggetäuscht. Heute ist es genauso. Man sieht nur das Blühen der deutschen Wirtschaft oder will nichts anderes sehen. Es gab eine Zeit, da mußte man den Leuten den Kopf aus dem Sandhaufen herausziehen und ihnen zeigen, so ist die Lage, und sie haben im nächsten Augenblick den Kopf wieder drin ge-

60 In Thoiry hatten sich am 17.9.1926 die Außenminister Gustav Stresemann und Aristide Briand zu einer vertraulichen Besprechung getroffen. Gegenstand war die Normalisierung der deutsch-französischen Beziehungen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 356 ff.

61 Hjalmar Horace Greeley Schacht (1877-1970), 1900 Dr. phil., 1908-1915 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, 1916-1923 Direktor der National-Bank für Deutschland (später Darmstädter Nationalbank, Danat), 1923 Reichswährungskommissar, 1923-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident, 1934-1937 Reichswirtschaftsminister, 1935-1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1937-1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

62 Nach der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am 4.2.1929 war bekanntgegeben worden, daß die Reichsbank für das Jahr 1928 auf das ausgegebene Kapital 12% Dividende ausschüttete. Vgl. Vossische Zeitung vom 5.2.1929 (PA), "Unverändert 12% Reichsbank-Dividende".

habt. Wirtschaft ist alles, Aufstieg der Wirtschaft ist alles. Das sind also die Geister, die ein Volk regieren.

So wie man hier reine Illusionspolitik getrieben hat, treibt man sie auch außenpolitisch. Dazu kommt noch etwas besonderes. Die alte deutsche Außenpolitik zeichnete sich aus durch ein Ausweichen vor allen unangenehmen Entscheidungen. Man wollte unter allen Umständen um solche Entscheidungen herumkommen. Es gab hier in Europa zwei Möglichkeiten für Deutschland - ich muß das immer wieder betonen -, entweder mit Rußland gegen die Engländer zu gehen oder mit England gegen die Russen. Da mußte man die letzte Konsequenz ziehen und konnte nicht einsetzen halb und halb. Jeder Soldat weiß, wenn ein Kampf auf zwei Fronten stattfindet, kann man nicht auf beiden Fronten zugleich kämpfen; denn dazu reicht es nicht. Es ist immer ein Wesenszug großer Kriegskunst gewesen, auf der einen Seite den Feind hinzuhalten und auf der anderen Seite mit Übermacht zu schlagen, auf der einen Seite unter Umständen sogar Verzicht zu leisten, Opfer zu bringen, um auf der anderen Seite in einer Offensive die ganzen Kampfmittel zusammenzuballen, zusammenzuballen dort, wo man schlagen will. Politisch kannte man das nicht, kannte man nicht das Grundgesetz, schließlich auch etwas einzustecken dort, wo nicht geschlagen wird, um alle Kräfte zu sammeln an dem Ort, wo die Entscheidung fallen wird. So kam eines Tages der Zustand, da Deutschland zwischen all den Stühlen, auf die es sich setzen wollte, am Boden saß und endlich nur noch lauter Feinde hatte, weil man glaubte, durch diese Allerweltspolitik nirgends anzustoßen, durch alle Fährnisse des Lebens sich durchschlängeln zu können. Es kam aber anders. Nach dem Kriege sehen wir diese Katastrophe wieder, innen- und außenpolitisch. Früher hatte man innenpolitisch versucht, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen, nicht anzustoßen. Konzessionen zu machen, war am Ende das ganze Regierungsprinzip, die ganze Staatsweisheit. Man kannte nur noch den Begriff der Koalition, d. h., man machte zusammen Geschichte, jeder einen Teil, einigt sich auf einem mittleren Programm, d. h. auf der Basis der Schwäche; denn jede Koalition bedeutet Schwäche. Man verficht damit Grundsätze, die keine Grundsätze mehr sind, Gedanken, die keine Gedanken mehr sind, Ziele, die keine Ziele mehr sind, man treibt vielmehr Opportunitätspolitik von heute und morgen, wurschtelt so dahin. Seit dem Kriege ist das einziges Regierungsprinzip geworden. Man kennt nichts anderes mehr. Nennen Sie mir eine Partei, die nach dem Kriege den Grundsatz vertreten hätte, wir wollen den Marxismus restlos beseitigen, wollen ihn ausrotten! Alle haben mit dem Marxismus verhandelt, alle mit ihm zusammengearbeitet. Jede vertrat den Grundsatz, wir wollen schauen, daß wir bei den nächsten Wahlen etwas mehr Mandate bekommen, dann setzen wir eine Regierung unserer Richtung ein und werden vier Jahre nach unserem Gedanken regieren, und nach 4 Jahren werden wir schon weitersehen. Wenn dann die Marxisten zu regieren anfangen, sollen die regieren. Das macht nichts, in 4 Jahren haben wir dann einen solchen Saustall, daß diese froh sind, wenn sie nicht mehr regieren brauchen. Heute erleben wir das in Deutschland wieder. Zur Zeit sind es die Marxisten selbst, die so denken. Sie sagen, wir sind am Ende unseres Lateins, jetzt sollen andere kommen; und das Zentrum sagt auch, jetzt sollen andere kommen, und tritt zurück. Die andern, die haben jetzt genug auszufressen, wenn die das ausfressen müssen, was wir gekocht haben, daran verrecken sie sicher. (Stürmischer Beifall.) Wenn sie dann verreckt sind, dann kommen wieder wir, dann ist wieder Zentrum Trumpf, dann wird wieder das Zentrum vorgerückt. Und die anderen, die anderen sagen sich dasselbe. Sie sagen sich,

wenn wir jetzt 3 Jahre regieren, dann haben die genug, die hinter uns kommen. Sehen Sie, keine dieser Parteien hat das größere, erhabenere Ziel, die Schädlinge am nationalen Körper grundsätzlich auszurotten, das zu tun, was wir in Italien sehen [63], keine hat den Mut, die ganze Verantwortung zu übernehmen und die anderen zu beseitigen. Bei uns sehen wir das nicht, vor dem Kriege nicht, nicht während des Krieges und auch heute nicht.

Eine einzige Bewegung hat seit 1919 unermüdlich den Grundsatz vertreten, wenn uns einmal der Himmel die Macht gibt, werden wir sie unumschränkt, legal selbstverständlich, ausnützen. Wir werden uns auf legalem Wege jene legalen Waffen schmieden, die geeignet sind, den Sieg der Bewegung bis ins Letzte zu vollenden, und wir werden den Sieg der Bewegung nur darin sehen, daß wir die Destrukteure unseres Volkes auslöschen und ausrotten. (Stürmischer Beifall.) Wir werden uns nie mit ihnen verständigen können, uns nie mit ihnen versöhnen. Wir wollen nie mit ihnen zusammengehen; denn wir haben nur das eine Ziel, saubere, grundsätzlich saubere Verhältnisse zu schaffen. Sie haben alle recht, wenn sie jetzt schon sagen, her mit einer parlamentarischen Diktatur. Eine parlamentarische Diktatur schwebt ihnen vor. Sie haben allen Grund dazu, denn es wird einmal eine nichtparlamentarische, eine deutsche Volksdiktatur kommen, eine völkische Diktatur der Tatkraft, Entschlossenheit und Kühnheit, und die wird, selbstverständlich vollkommen legal, die Demokratie beseitigen, die Demokratie, die auch nicht vom lieben Gott legalisiert worden ist, sondern nur durch freche Vertreter, die sich anmaßen, im Namen der Demokratie die Völker zu mißhandeln. Die Demokratie ist auch nicht legaler als ein anderes Regiment. Wesentlich ist es aber selbstverständlich [*sic!*], daß man mit legalen Mitteln ein anderes Regiment herstellen will. Wenn auf legalem Wege dieses andere Regiment begründet ist, wenn es damit legal geworden ist, dann möge der Herr sie in Schutz nehmen vor dieser Legalität. (Stürmischer Beifall.)

Seit Jahren sehen wir bei diesen Parteien nicht mehr die Entschlossenheit, saubere, klare Verhältnisse zu schaffen, aus Mangel an Mut, und daher sehen wir bei all diesen Parteien auch nicht mehr den Mut, eine klare, eindeutige Entscheidung nach außen zu treffen. Vor dem Kriege bereits war die deutsche Bündnispolitik ein Jammer sondergleichen. Immer das Suchen nach demjenigen in Europa, der auf dem letzten Loch pfiff, weil man annahm, der wird froh sein, wenn er die gewaltige Macht Deutschlands hinter sich bekommt. Weiter sehen wir das gleiche, was im einzelnen im bürgerlichen Leben bereits als wesentlich bestimmender Grundsatz angesehen wurde, nämlich keinen Mann an eine Stelle zu bringen, von dem man nicht überzeugt ist, daß er nichts macht, und mit keinem Staat sich verbünden, von dem man nicht überzeugt sein kann, daß er niemals irgendwie aggressiv, offensiv, tatkräftig hervortritt,

63 Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini am 3.1.1925 in einer grundsätzlichen Ansprache erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernehme. Diese Rede markiert den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien, die sich sofort in der Unterdrückung der oppositionellen Presse zu manifestieren begann. Als erste Partei wurde die Partita Socialista Unitario bis Oktober 1925 verboten. Nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 hatte der italienische Ministerrat am 5.11.1926 die Auflösung aller übrigen oppositionellen Parteien und Organisationen, die Einführung der Pressezensur und der Verbannung für politische Straftäter sowie die Errichtung einer politischen Polizei beschlossen. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 257 ff.

so wie man im bürgerlichen Leben diese Garantie nur bei dem hat, der gar nicht die Kraft besitzt, etwas zu tun. Wenn einer sagt, ich tue nichts, und man sieht, er ist ein Mann, so traut man ihm schon nicht, denn man weiß nicht, was kommt, und Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. So wagte man bei uns auch außenpolitisch, sich mit keinem Staat zu verbünden, von dem man annehmen konnte, daß er etwas tun könnte, verbündete sich mit keinem, der etwa nur sagte, ich will nichts tun. Am sichersten sind solche Bündnisse mit Staaten, die infolge ihrer inneren Ohnmacht zu aggressiven, offensiven Handlungen von vorneherein nicht fähig sind. Das sind dann wirklich granitene, solide Friedensbündnisse. Die anderen Völker machen Bündnisse für den Krieg, Deutschland machte Bündnisse für den Frieden. Natürlich muß man sich im Krieg verteidigen. Wir wollen aber keinen Krieg, also Friedensbündnisse, also der Friedensdreibund [64]. Heute erleben wir dasselbe. Wie sucht doch heute nicht etwas die offizielle deutsche Außenpolitik, die sucht überhaupt nicht, die offizielle deutsche Außenpolitik schaut bloß und paßt auf, daß sie ja nicht durch einen dummen Zufall einen Griff tut, der Deutschland nützen könnte, das ist ihre einzige Angst (Beifall), davor hütet sie sich, wie suchen unsere bürgerlichen Parteien überall herum, wo sie einen Staat finden könnten, der auch unterdrückt ist. Unterdrückte Völker, verbündet euch miteinander, dann kommt todsicher nichts heraus, dann ist das bürgerliche Ziel erreicht [65]. Bündnisse! Aber nicht für den Krieg! Nein, bei einem Mann, der dauernd lächelt, wird man auch nicht erwarten können, daß er plötzlich ein Schwert in die Hand nimmt. Können Sie sich zum Beispiel vorstellen Herrn Gustav Stresemann als Schlachtenkanzler (Heiterkeit), Herrn Gustav Stresemann als Anfeuerer von Kriegsheeren? Können Sie sich das vorstellen? Herr Gustav Stresemann als Diplomat, der Krieg anrührt? Niemals! Man weiß ganz genau, so etwas tut er nicht. Man darf auch nicht zuviel verlangen bei einem Mann, der die Hälfte seines Lebens sich mit Flaschenbier [66], Schokolade und Seidenstrümpfen [67] beschäftigt. Man kann nicht erwarten, daß ein solcher Mann zum Sturze von Staaten plötzlich andere Kräfte verwendet. Das liegt ihm nicht. Seien Sie also beruhigt, die deutsche Außenpolitik wird Sie solchen Eventualitäten nicht aussetzen. Auch die bürgerlichen Parteien werden das nicht tun, von den Roten ganz zu schweigen. Für die blüht ja nur der Weizen, wenn Deutschland zugrunde geht. Hinter ihnen steht der internationale Jude, der darauf lauert einzusacken, was von den Roten locker gemacht wird, das, was man verschieben kann, zu verpacken, einzustecken, was man wirtschaftlich greifbar ma-

64 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zugesichert hatten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5. folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland.

65 Bereits in "Mein Kampf" polemisiert Hitler gegen einen "Bund der Unterdrückten" und nennt in diesem Zusammenhang "Balkanstaaten", "Ägypten" und "Indien". Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 318 ff.

66 Stresemann hatte 1900 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

67 Anspielung auf Stresemanns Tätigkeit als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller 1912-1918. Sachsen galt als ein Schwerpunkt der Schokoladeherstellung und Textilindustrie, darunter Strickereien und Wirkereien, in Deutschland. Daneben waren allerdings auch der Maschinenbau und die keramische Industrie stark vertreten.

chen kann. Darunter versteht man in den letzten Jahren alles, was man verjoppern [*sic!*], verschachern, verkitschen kann. Das ist das Ziel der Sozialdemokratie. Dafür lebt sie, dafür kämpft sie und daran wird sie auch sterben. Wenn nichts mehr da ist, hat sie ihre Mission erfüllt. Vom Bürgertum, das doch eine andere Mission haben müßte, kann man aber auch nichts erwarten, denn es vergeht vor Angst. Da treten wieder wir Nationalsozialisten auf. Seit 10 Jahren nehmen wir dauernd dagegen Stellung und betonen, eine deutsche Außenpolitik, die sich scheut vor der letzten Konsequenz, ist keine Außenpolitik. Eine Opposition, die nur Stresemann kritisiert und nicht wagt zu sagen, was getan werden soll, ist keine Opposition. Das sind nur journalistische Nörgler, sind Kritikaster. Es gehört keine Kunst dazu festzustellen, daß Gustav Stresemann Schiffbruch [*er*]leidet. Das kann auch ein Blinder greifen, dazu gehört kein Sehen mehr. Selbst Stresemann hat das schon begriffen, sieht das ein. Wenn jemand wirklich Opposition treiben will, muß er den Mut haben zu sagen, was gemacht werden müßte. Da ist es zunächst notwendig, sich dieser allgemeinen Tendenz der deutschen Außenpolitik entgegenzustemmen, die da glaubt, daß durch eine friedliche Entwicklung Deutschland nochmals zur Freiheit kommen könnte. Goethe sagt einmal, daß der Jude an sich nur dann etwas zu hoffen hat, wenn und wo Unruhe herrscht [68]. Unsere Parteien sind an sich vollkommen verjudet. Man müßte also glauben, daß sie auch geistig davon etwas angenommen hätten. Sie sind aber geistig das geblieben, was sie früher waren, dumm und blöd. Sie glauben tatsächlich, daß Deutschland im Frieden nochmals frei wird. Sie lügen dem Volke ein soziales Glück vor und eine nationale Wiedergeburt und einen Aufstieg und wollen es nicht verstehen, daß es hiezu nur eine Möglichkeit gibt, nämlich die, daß Unruhe in die Welt hineinkommt. Solange die Welt geschlossen bleibt, wird Deutschland seiner Fesseln nicht ledig werden. Erst wenn neue Interessengruppen sich zusammenballen und der Friede seine trügerische Art erweist und an Stelle des Friedens der lebendige Kampf der Gegensätze tritt, kann Deutschland rechnen, irgendwo bei diesem Kampf sich zu beteiligen. Da ist es dann Aufgabe der Staatsleitung, ebenso kühl und klug wie kalt und entschlossen den Partner sich auszusuchen und nicht die blöde Phrase als außenpolitisches Programm aufzustellen von der Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 [69]. Oh, ihr Mummelgreise, ihr politischen! Mit was stellt ihr denn die her? Allein durch unsere eigene Kraft, so sagt ihr. (Heiterkeit.) Mit keinem verbündet ihr euch, alle lehnt ihr ab.

---

68 Bezieht sich wahrscheinlich auf das Drama "Das Jahrmarktsfest zu Plundersweilern", zweite Fassung 1778. Goethe läßt die - als Judenfeind ausgewiesene - Figur des "Haman" sagen: "Und dieses schlaue Volk [*die Juden*] sieht einen Weg nur offen: So lang die Ordnung steht, so lang hat's nichts zu hoffen." Eine mögliche Quelle Hitlers ist: Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes. Hrsg. von Theodor Fritsch, Hamburg [28]1919, S. 73. (Mitteilung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin).

69 Bereits in "Mein Kampf" polemisiert Hitler gegen den "Ruf nach den alten Grenzen". Vgl. Mein Kampf, Bd. 2, S. 310 ff.
Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags eine zentrale Forderung aller bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 535 f. Der Stahlhelm erhob seit 1927 ähnliche Forderungen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 103 ff.

Überall sucht ihr die Schwachen, aber die Ketten werdet ihr eines Tages sprengen. Man sieht es direkt, wie ihr sie zerreißt, Tag für Tag nähert ihr euch mehr dieser Station.

Sehen Sie, was wir seit 1918 vor uns sehen, trägt den Keim des Zusammenbruches in sich. Auf der einen Seite eine wirtschaftspolitische Auffassung genauso wie früher, innerlich vollkommen antinational und unvölkisch und auf der anderen immer benebelt von dem Gedanken, man könnte durch friedliche Entwicklung, dadurch, daß man seinen Kohl baut und Seidenstrümpfe fabriziert, der deutschen Nation das Leben bewahren, ohne zu bedenken, daß andere auch Seidenstrümpfe fabrizieren und sie verkaufen wollen, daß es Irrsinn ist zu glauben, daß der Engländer, der mit uns 4 1/2 Jahre Krieg geführt hat, um uns vom internationalen Weltmarkt zu vertreiben, nun sagen wird, ihr Deutschen könnt kommen und uns Konkurrenz machen. Es ist klar, solange mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verträgen es gelingt, unsere Wirtschaft zu zerstören, wird das auf friedlichem Wege geschehen. In dem Augenblick aber, wo es nicht mehr möglich ist, dem üblen Konkurrenten so zu begegnen, wird man ihn mit Macht hindern. Die Meinung also, daß man auf friedlichem Wege, durch Strumpffabrikation, Schokoladenerzeugung oder Biermacherei Deutschland heben könnte - in Bayern kommt als höchste Weisheit noch der Fremdenverkehr dazu, Bier und Fremdenverkehr müssen Bayern retten, müssen uns wieder die alte Stellung verschaffen - ist falsch. Sie sagen, es muß gelingen. Jawohl, es wird euch gelingen, man sieht es ja. Zunächst gelingt es euch sogar, den deutschen Binnenmarkt zu ruinieren, die deutsche Landwirtschaft zu vernichten, ein Millionenheer von Arbeitslosen zu erzeugen. Blind sieht man über die Gefahr hinweg, die darin liegt, daß in Deutschland heute 3 Millionen, nein 6 Millionen Menschen vorhanden sind, die seit Monaten nichts mehr tun können und noch viele Monate nichts zu tun bekommen [70]. Daß sie es nicht begreifen, welch enorme Gefahr da entsteht, daß die bürgerlichen Parteien ihren alten Trott dahinwandeln und nicht begreifen, daß sich hier Kraftgruppen zusammenballen, die eines Tages so oder so gefaßt werden müssen, daß sie es nicht begreifen, daß diese Kräfte, wenn sie nicht im Dienste des neuen offensiven Staatsgedankens gefaßt werden, in den Dienst des destruktiven Staatsgedankens sich stellen, daß sie nicht erkennen, daß es Irrsinn ist zu meinen, es genügt, dieser Millionenarmee ihre Unterstützungen zu zahlen, und im übrigen brauche man keine Notiz von ihnen zu nehmen, das ist die politische bürgerliche Weisheit. Diese Menschen sehen das nicht, wie sie es einst nicht gesehen haben, daß sich in ihren Industrien ein vierter Stand gebildet hat, der eine politische Kraft repräsentierte und seinen Ausdruck erhalten mußte im politischen Leben. So sehen sie auch heute nicht, daß ein fünfter Stand sich bildet, der irgendwie gefaßt werden muß. Benebelt und blöd gehen sie dahin und tanzen ihren Foxtrott [71] weiter, bis die Flammen auflodern und es dann plötzlich ein grausames Erwachen gibt. Da werden sie dann auf einmal sehen, daß man nicht Kräfte formen kann, ohne ihren Einsatz zu überdenken, daß man nicht Menschen zusammenballen kann, ohne eines Tages befürchten zu müssen, daß dieser Koloß auch einmal ins Rollen gerät. Glauben vielleicht die bürgerlichen Parteien, daß diese neuen großen Kräfte, die in der Nation, wenn sie auch vielleicht heute scheinbar äußerlich noch schlummern, im Innern doch rege sind, eines Tages bei der Deutschen

70 Vgl. Anm. 11.
71 Gesellschaftstanz im 4/4 Takt, 1910 in den USA entstanden. Wurde nach 1918 auf dem europäischen Kontinent bekannt.

Volkspartei ihre Mitgliedschaft anmelden werden? Was meint man da überhaupt? Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder diese Kräfte münden eines Tages in einer jungen neuen Bewegung, die einen neuen Staatsgedanken, einen neuen nationalen Begriff, einen neuen nationalen Gedanken aufrichtet, oder sie münden dort, wo dieser Gedanke überhaupt grundsätzlich abgelehnt wird und an Stelle dessen die Diktatur des Proletariats, sprich des internationalen Finanzjuden proklamiert wird.

Meine lieben Freunde! Wir sehen, daß in Deutschland heute Hunderttausende dieser Entwicklung entgegenträumen, sehen, wie die ganzen bürgerlichen Parteien seit Jahren blöde dieser Entwicklung gegenüberstehen. Man begreift nicht, daß es so nicht weitergehen kann, sondern eines Tages die Entscheidung kommt. Man soll auch nicht glauben, daß sie deshalb, weil sie vielleicht auswendig lernen, was wir sagen, nun neue Menschen geworden sind. Wenn Lämmer Wolfspelze umlegen, so bleiben sie doch Lämmer und wenn Schafe Löwenfelle umziehen, bleiben sie doch Schafe, und wenn bürgerliche Politiker plötzlich nationalsozialistische Gedanken in ihrer Presse vertreten [72], so bleiben sie trotzdem bürgerliche Politiker. Alle Welt weiß, was sie sind. Die Wiedergeburt unseres Volkes ist auch ein Problem des Kredits. Wer in einem Volk sich nicht erneut Kredit verschafft, jene Achtung, die man nicht ziffernmäßig belegen kann, sondern die begründet sein muß im Respekt und in der Überzeugung, daß der andere handelt, daß er entschlossen ist, wenn notwendig auch das Äußerste zu tun, wird keine Geltung haben. Sie wissen ganz genau, unsere Freunde von links, daß hinter der bürgerlichen Diktatur nur Tiraden stehen, wissen genau, welche Kräfte dahinter zu suchen sind, wissen, daß, wenn Herr Stresemann die Flöte plötzlich weglegen und statt dessen eine Posaune nehmen würde, er trotzdem der Herr Stresemann bliebe. Die Töne mögen aus einer Flöte oder aus einer Posaune herausklingen, jeder weiß, so tutet allein Herr Stresemann, so tuten nur die bürgerlichen Parteien, und alles würde hellauf lachen. Mit solchen Bluffs glaube man nicht, dem Marxismus zu imponieren. Glauben Sie mir, das Alte hat versungen [*sic!*] und vertan. Diese ganzen bürgerlichen Parteigebilde laufen heute dahin wie ein Rad läuft, das nicht mehr am Wagen ist, aber noch Schwung hat, wobei aber der Schwung auch nur sehr bescheiden ist, so daß es eigentlich nur noch dahintorkelt, wobei die Speichen obendrein noch abgenützt sind. Eines Tages wird dieses ganze Rad zusammenbrechen, und das deutsche Volk kann sich glücklich schätzen, wenn dann neben den Kräften der linken Seite eine Vertretung der nationalen Ehre da sein wird. Und das ist seit 10 Jahren die Tätigkeit unserer Bewegung. Ohne Rücksicht auf die momentane Konjunktur, ohne Rücksicht auf die augenblickliche Einstellung, ob es zweckmäßig erscheint oder nicht, ohne Rücksicht auf Befehdung und auf dummes Geschwätz sogenannter Einheitsfrontler [73] haben wir eine Bewegung aufgerichtet, die in allem und jedem von den Krankheitsstoffen frei ist, die einst den Zusammenbruch bedingten und jetzt einen Wiederaufstieg verhinderten. In dieses Deutschland eine Bewegung hineinzuschieben, die in sich bereits den neuen Staat der Autorität, der Kühnheit, des Mutes, der Kraft, der Entschlos-

72 Vgl. Anm. 5.

73 Wahrscheinlich Anspielung auf den sogenannten Einigungsparteitag vom 15. bis 17.8.1924 in Weimar, der mit der Verkündung des von Hitler nicht gebilligten Beschlusses zur Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands endete. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 118 ff.

senheit repräsentiert, das ist die Aufgabe gewesen, die wir uns vor 10 Jahren stellten und unterbrochen erfüllt haben, manchmal verfolgt, manchmal belächelt, manchmal vielleicht auch anerkannt, namentlich dann, wenn man den Mißerfolg der anderen Seite nicht mehr leugnen konnte, nicht aber anerkannt, indem man ehrlich sagte, diese junge Bewegung hat recht, sondern indem man dann unsere Prinzipien und Gedanken sich aneignete und mit ihnen herumlief wie man ein Löwenfell anzieht und in diesem dann herumläuft, damit aber doch nicht vollkommen bedeckt ist. Dieses Fell, es konnte die Blößen der bürgerlichen Politik auch nicht vollkommen bedecken. Man vermochte es nicht ganz überzuziehen, und überall sieht daher das alte Gebilde noch durch, dieses alte Gebilde, das sich nicht ändert. Nur das Schild ist anders angestrichen worden.

Nun, meine lieben Freunde, stehen wir heute insofern an einem Wendepunkt, als große Massen nun reif werden für diese Erkenntnis. Was Sie heute an innen- und außenpolitischen Zusammenbrüchen erleben, ist nur die logische Konsequenz des Inhalts unserer gesamten deutschen Parteien. Es konnte gar nicht anders kommen, und wir haben es ja auch schon jahrelang dauernd vorhergesagt. Man versucht, einen Staat aus dem Zusammenbruch zu erlösen durch die Mittel, die ihn einst in den Zusammenbruch getrieben haben. Man versucht, den Staat, der am Parlamentarismus zugrunde ging, durch den Parlamentarismus wieder hochzubringen, man versucht das Reich, das an den Parteien zugrunde ging, durch die Parteien wieder zu heben, Deutschland durch den Marxismus, der es vernichtete, wieder zu neuem Leben zu bringen. Man versucht, durch eine innerpolitische Auffassung, der man alle Offensivkraft nahm, plötzlich neue Kräfte zu gewinnen, versucht, durch eine unmögliche Außenpolitik, die uns einst schon mit aller Welt verfeindete, dem deutschen Volke plötzlich Geltung in der Welt zu verschaffen. Mit anderen Worten, sie setzen all das planmäßig für die Förderung Deutschlands ein, was Deutschland einst vernichtet hat, und sie setzen die Politik fort und suchen, Kräfte zu mobilisieren, wo keine sind, und haben auch die alte Scheu vor jeder wirklichen Kraft. Die Parteien sind die alten geblieben. Nur eine Angst beherrscht sie, daß irgendwo in Deutschland ein Gebilde entstehen könnte, das über die Parteien hinweg eines Tages mit eiserner Faust Deutschlands Schicksal entscheidet. Das scheuen sie am meisten.

Nun kämpfen wir seit 10 Jahren und können heute wohl sagen, daß wir jetzt langsam zur Ernte kommen. Was wir jahrelang predigten, tritt nun ein, geht in Erfüllung. Wir Nationalsozialisten können feststellen, daß in ganz Deutschland nun Zehntausende und Zehntausende von Menschen zu uns kommen. Wir wissen genau, daß jede Wahl uns stärken wird, gewaltig stärken wird. Sie können ja nicht mehr ableugnen, daß wir vor dem Zusammenbruch stehen, und können auch nicht leugnen, daß wir als einzige das dauernd vorausgesagt haben. Ich kann Ihnen auch heute voraussagen, was nun in Zukunft kommen wird. Sie werden nun versuchen, zunächst die Verantwortung gegenseitig abzuschieben und anderen aufzubürden. Sie werden versuchen zu verkitschen, was in Deutschland noch zu verkitschen ist. Sie werden versuchen, sich außenpolitisch neu zu orientieren, d. h., sie werden ganz genau schauen, welche Neuorientierung ihnen ungefährlich ist, d. h., Deutschland nicht nützt; denn alles, was Deutschland dient, haben sie zu scheuen, da sie ganz genau wissen, wenn unser Volk aus diesem entsetzlichen historischen Zusammenbruch, der der tiefste aller Zeiten ist, überhaupt nur noch einmal erwachen wird, dann wehe denen, die den Zusammenbruch verschuldeten. Sie ahnen selbst, es gibt keinen historischen Wiederaufstieg ohne eine rechtliche Unterlage, und die Rechtsunterlage

besteht nicht in der bürgerlich gedachten Legalität, sondern die Rechtslage liegt zu allen Zeiten in der Wiederherstellung des Rechtszustandes, und die Wiederherstellung des Rechtszustandes erfordert, daß der Staat nicht die kleinen Diebe hängt, sondern daß die großen Nationalverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. (Stürmischer Beifall.) Es ist ein Unsinn, überhaupt von Wiederauferstehung zu reden, wenn Menschen ungestraft in einem Volke wandeln können, die Millionen um ihre letzten Groschen bestohlen haben. Da sagen Sie mir nun nicht, was wir brauchen, ist eine Aufwertung unserer Kriegsanleihen [74], eine Aufwertung unseres alten Geldes [75]. Freund, nötiger tut uns eine Aufwertung des Rechts; das ist das erste. (Lebhafter Beifall.) Eine Aufwertung des Rechts, das über den einzelnen, wenn nötig, hinwegschreitet! Sie haben das genau erkannt, daß die Größe eines historischen Zusammenbruchs auch der Größe der Rehabilitierung einer Nation entsprechen muß. Wenn Deutschland heute eine andere Regierung bekommt, glauben Sie doch ja nicht, daß Deutschland damit eine neue Achtung erhält. Die Achtung hat man uns in der Welt nicht versagt, weil wir etwa keine gute Regierung besaßen, die Achtung hat man uns in der Welt versagt, weil wir nicht fertigwurden mit den gemeinsten Kreaturen, die unseren Staat vernichteten. Und wenn Sie heute wünschen, daß die Welt uns wieder achtet, so seien Sie überzeugt, die Achtung erhält in Deutschland automatisch das Regiment, das die Novemberverbrecher zur Verantwortung zieht (stürmischer Beifall), das den Grund der Verachtung beseitigt. Liebe! Nein, Liebe wird die neue Regierung nicht bekommen, höchstens bei dem Verständnis, der hoffen kann, dabei selbst nützliche Geschäfte machen zu können. Liebe! Auf die werden Sie verzichten müssen! Deutschland und das deutsche Volk wird sich wieder anzugewöhnen haben, seine Regierungen wieder an ihrem Wert zu messen, an der Größe des Hasses und der Abneigung, die sie in Paris finden. Solange ein Franzose einem deutschen Staatsmann freundlich die Hand schüttelt, ist dessen Handeln tödlich für Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Erst wenn in Frankreich man im deutschen Staatsmann wieder den Inbegriff des Hassenswerten sehen wird, wird das deutsche Volk wieder die Achtung der Welt bekommen haben, und diese Achtung bekommt es in dem Augenblick, in dem das Ausland das Gefühl erhält, daß nun die Zeit der Täuschung vorbei ist. So wie man bei uns weiß, welche Kräfte es sind, die sich immer mit neuen Masken zu verschönen suchen, weiß man es auch im Ausland. Wenn man heute in Deutschland eine bürgerliche oder auch eine rote Diktatur einrichtet, weiß man doch genau, was darunter zu verstehen ist. Man weiß genau, es wird sich in den Grundlagen nichts ändern, nicht wird vernichtet werden das, was vernichtet werden muß. Erst wenn das Ausland an den Taten sieht, daß das, was in Deutschland regiert, nicht mehr identisch ist mit dem Deutschland von einst, daß das, was in Deutschland regiert, nicht mehr identisch ist mit dem Deutschland von jetzt, sondern daß es ein neues Deutschland ist, das sich jetzt ersichtlich zeigt in seinen Taten, in seinem ganzen Denken und

---

74 Die Reichsbank hatte ab September 1914 die sogenannten Kriegsanleihen mit attraktiveren Zinsen als bei den bisherigen Reichsanleihen aufgelegt. Insgesamt wurden durch die neun Kriegsanleihen bis September 1918 96,9 Millarden Mark aufgebracht. Vgl. Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967, S. 206.

75 Die Einführung der Rentenmark am 15.11.1923 trug zur Beendigung der Inflation bei. Das am 20.11.1923 festgelegte Umtauschverhältnis betrug eine Billion alte Mark zu einer Rentenmark, deren Wert der Goldmark entsprach. 1924 wurde die Rentenmark durch die Reichsmark ersetzt. Vgl. Steven B. Webb, Hyperinflation and Stabilization in Weimar Germany, New York 1989, S. 8, 63.

Handeln, wird das Ausland Deutschland auch wieder jene Achtung schenken, die die Basis abgeben kann für eine Völkerverständigung, für eine Völkerverständigung, die nicht darauf beruht, daß einer kommt und sich selbst entmannt, sondern für eine Völkerverständigung, die darauf beruht, daß in jede Waagschale zugleich das Schwert gelegt wird, und dieses heißt zu allen Zeiten nationale Kraft, nationaler Wille, nationale Energie, nationale Entschlossenheit. Und erst wenn diese Stunden eingetreten sind, können wir wieder hoffen, daß die Zeit von jetzt ihre Liquidierung erreicht. Vorläufig kommt in Zukunft nur der Verfall in seiner Fortsetzung. Regiment um Regiment wird abwirtschaften. Man wird immer neue Formen versuchen und nichts desto weniger immer und überall am gleichen Ende enden, bis endlich einmal das Ende kommt, von dem wir hoffen, daß es unsere Bewegung zum Siege führen wird, endlich kommt die Stunde, in der die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk herausreißen wird aus dem inneren Zerfall, in der das deutsche Volk wieder aufhören wird, ein Gemengsel zu sein von Wirtschaftsgruppen, von politischen Parteien, von Proletariern und Bürgern, von Unternehmern und Arbeitnehmern usw., und an Stelle dessen wieder treten wird eine zum äußersten entschlossene Volksgemeinschaft. An dem Tage, an dem die Bewegung zertrümmern wird die Vorurteile und positiven Erscheinungen der Vergangenheit und aufräumen wird mit dem ganzen Wust von Feigheit, an dem Tage, wo die junge Bewegung selbst den Appell hinausgehen lassen wird an die jungen deutschen Kräfte, die Bewegung, die sich nicht scheut, in ihren Reihen die Energien zusammenzufassen, die sich sehnt nach Männern, an dem Tage, an dem diese Bewegung das deutsche Schicksal verkörpert, wird dann Herr Marschall Foch [76] das andere Deutschland kennenlernen und wird dann nicht mehr sagen wie einst am 11. November 1918, als Erzberger [77] in den Pullmanwagen im Wald von Compiegne eintrat [78], das also ist Deutschland, sondern dann wird Herr Marschall Foch das Deutschland wieder sehen, das er von früher her kennt, das nicht den Zylinder sieht [*sic!*], weil der Stahlhelm mit dem Riemen unterm Kinn festgebunden ist. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

---

76 Ferdinand Foch (1851-1929), 1873 französischer Leutnant, 1914 Befehlshaber der 9. Armee, 1915/16 Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, 1917 Chef des Generalstabs und Mitglied des Obersten Kriegsrats, 1918 Marschall von Frankreich, Oberbefehlshaber über die verbündeten Heere in Frankreich.

77 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni 1919 bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsfinanzminister (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

78 Anspielung auf die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich vom 8. bis 11.11.1918. Vgl. die Tagebucheintragung des Grafen Kessler vom 14.11.1918: "Gleich nachher traf ich im Amte Erzberger. [...] Seine Reise ins französische Hauptquartier hat bei ihm einen sehr schlechten Eindruck hinterlassen. Die Behandlung sei gemein gewesen; Foch eisig und ganz von oben herab." Vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937. Herausgegeben von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 30.

9. März 1929 Dok. 4
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.3.1929.

Der außenpolitische Gedanke Gustav Stresemanns - insoweit es bei diesem Kopfe gestattet ist, von Gedanken zu sprechen - war der, durch eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich die vorhandenen europäischen Zündstoffe abzubauen und (das glaubte dieser Mann als Folge davon) dadurch dem Friedensvertrag von Versailles [1] eine mildere, für Deutschland erträglichere Auslegung zu geben. Es ist falsch, bei Gustav Stresemann von einer "Westorientierung" zu reden. Dieser Politiker hat stets nur Wert auf eine Ausgestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses gelegt [2]. England wurde dabei zunächst überhaupt nicht berücksichtigt, Italien sogar öfter als einmal auf das ungeschickteste vor den Kopf gestoßen [3]. Diese Meinung Stresemanns nun, mit Frankreich zu einer inneren Aussöhnung kommen zu können, widerspricht ebensosehr aller Wahrscheinlichkeit für die Zukunft, wie sie durch die bisher vorliegenden Erfahrungen in der Vergangenheit als widerlegt erscheint. Frankreich wird in jeder deutschen Genesung, auch wenn sie sich wirklich nur auf das innerste Leben Deutschlands bezöge, eine Störung des europäischen Gleichgewichts erblicken. Schon die Tatsache des Vorhandenseins der Volksmasse von 70 Millionen Menschen [4], einer sehr tüchtigen, fleißigen und tatkräftigen Rasse, erscheint Frankreich als ein bedrohlicher Faktor. Diese Gefahr wird in den Augen jedes Franzosen nur gemindert durch die staatliche Desorganisation dieses Volkes. Daher wird Frankreich alle Verfallserscheinungen Deutschlands begrüßen und fördern und alle Schwächemomente begünstigen, die der staatspolitischen Kraft unseres Volkes Abbruch tun könnten. Und daher sympathisiert es auch mit Gustav Stresemann. Wenn Deutschland dreißig Jahre lang von solchen Köpfen regiert wird, ist für Frankreich auf die nächsten hundert Jahre der schlimmste Rivale erledigt. Wer also innerlich zu einer Aussöhnung mit Frankreich kommen will, muß Deutschland und deutsche Interessen preisgeben. Nur für eine solche Preisgabe deutscher Lebensrechte kann man dann von Zeit zu Zeit in Paris ein paar freundliche Phrasen und ein paar feuchte Händedrücke als Dank eintauschen [5]. Daß aber hinter all diesem äußerlichen

1 Unterzeichnet am 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

2 Vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 165 ff., Krüger, Außenpolitik, S. 211 ff. sowie Jacques Bariéty, Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik 1919-1927. In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. Hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber, München 1983, S. 319-345.

3 Vermutlich Anspielung auf Stresemanns Rede vor dem Reichtag vom 9.2.1926. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388, S. 5359 ff. sowie Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986, S. 126 ff.

4 Das Deutsche Reich hatte, einschließlich Saargebiet, im Juni 1925 eine Fläche von 470.656 km^2 und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 5.

5 Der Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann hatte am 27.8.1928 in Paris unter großer öffentlicher Anteilnahme den Briand-Kellogg-Pakt (Kriegsächtungspakt) als Vertreter Deutschlands unterzeichnet. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 409 ff.

Getue der Franzosen trotzdem immer wieder die innere Absicht einer Vernichtung Deutschlands überhaupt vorherrschend ist, wurde jetzt abermals bewiesen. Während die deutschen Gazetten die Außenpolitik Gustav Stresemanns noch bis in den Himmel loben und von Verständigungswillen mit Frankreich triefen [6], jeden aber mit geiferndem Haß verfolgen, der diese Verständigungspolitik als unmöglich ansieht, hat eine holländische Zeitung für einen Augenblick Frankreich die Maske des friedensliebenden Locarnobruders [7] abgenommen und sein wirkliches Antlitz gezeigt [8]. Die durch dieses Blatt erfolgte Enthüllung der französisch-belgischen militärischen Geheimverträge ist die niederschmetterndste Verurteilung der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Während dieser Mann mit seinem ewig lächelnden Gesicht die ganze deutsche Nation in seinen Verständigungstraum zu versenken versucht, organisiert Frankreich schon wieder in aller Ruhe seinen nächsten Krieg. Bismarcks prophetisches Wort, daß Frankreich in knapp 200 Jahren Deutschland 29mal angegriffen hat und auch in der Zukunft immer wieder angreifen wird, sowie es sich, sei es aus eigener Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen, dazu fähig fühlt [9], sehen wir vor unseren eigenen Augen sich verwirklichen. Während in Genf falsche, verlogene Phrasen ausgetauscht werden, die Herrn Stresemann in eine verzückte Glückseligkeit versenken, während man dort vom Locarnogeist, Völkerbundsgedanken usw. schwätzt, rüstet Frankreich insgeheim gegen das ohnehin schon wehrlos gemachte Deutschland [10]. Und dabei ist es selbstverständlich, daß dieses Frankreich solche Verträge nicht nur mit Belgien abgeschlossen hat, sondern genauso mit der Tschechoslowakei [11]. Und es gehört der ganze verbotene Irrsinn unserer Regierungen und in Bayern auch unserer sogenannten "nationalen" Parteien und Verbände dazu, sich von den jüdischen Provokateuren wegen Südtirol gegen Italien hetzen zu lassen [12], während auch hierzulande vielleicht schon morgen der von Frankreich geführte und organisierte Feind einbrechen kann. Der politische Zusammenbruch unseres deutschen Bürgertums vollzieht sich wirklich in gloriosen Formen. Noch nie ist eine Gesellschaftsklasse an einer solchen, geradezu orgienhaften Dummheit zugrunde gegangen. Freilich, wenn ein Volk einen Gustav Stresemann als Reichsaußenminister besitzt, braucht man sich über nichts mehr zu wundern. Man sehe in der deutschen Geschichte nach und verfolge die Perioden unseres Verfalls und unserer Knechtschaft und man betrachte

---

6 Zur Unterstützung von Stresemanns Außenpolitik in der deutschen Presse vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 406 ff.

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 27.

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

9 Bezieht sich auf Äußerungen Bismarcks in einem Gespräch mit dem französischen General Emanuel Felix Freiherr von Wimpffen am 1.9.1870 anläßlich der Kapitulationsverhandlungen im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Vgl. Heinrich von Poschinger (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898, S. 42 ff.

10 Die französische Armee hatte 1925 eine Friedenssollstärke von 739.000, 1929 von 671.000 Mann, einschließlich aller überseeischen und kolonialen Truppen. Vgl. v. Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1926, S. 61 sowie Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929, S. 84.
Der Versailler Friedensvertrag legte die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verhinderte jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

11 Frankreich hatte 1924 mit der Tschechoslowakei einen Bündnisvertrag abgeschlossen. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988, S. 61 f.

12 Zur Agitation gegen die Südtirolpolitik der italienischen Regierung in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 100 ff.

die Köpfe, die dann unserm Volke wieder die Freiheit schenkten, und man vergleiche mit ihnen diesen politisierenden Flaschenbierkenner [13], den das scharfe Auge des deutschen Bürgertums wieder einmal auf den richtigen Platz gesetzt hat, und man wird den Sinn des römischen Sprichwortes verstehen, daß den, den die Götter verderben wollen, sie vorher mit Blindheit schlagen!

Der Inhalt des nunmehr veröffentlichten Geheimabkommens ist typisch französisch. Frankreich verpflichtet Belgien im Falles eines Krieges mit irgendeiner europäischen Macht, sich sofort mit ganzer Waffengewalt gegen Deutschland zu wenden, sowie die Vermutung besteht, daß Deutschland, sei es offen oder geheim, mit dieser anderen Macht sympathisiert oder sie gar unterstützt. Ob dies der Fall ist, entscheidet Frankreich. Dabei richtet sich dieser Vertrag ebensosehr gegen Deutschland als ganz offen auch gegen Holland. Die Macht, die Frankreich aber als kommenden Feind ansieht, ist Italien. Schon früher wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß im französischen Generalstab die Pläne für eine Okkupation Süddeutschlands im Falle eines Krieges mit Italien niedergelegt seien. An der Richtigkeit dieser Behauptung konnte in der letzten Zeit nicht mehr gezweifelt werden. Wer die ununterbrochenen Rüstungen, besonders der Tschechoslowakei [14], die sich nur gegen Süddeutschland wenden, verfolgt, der kann wissen, wieviel es geschlagen hat. Daß unsere "vaterländischen" Politikaster diese ihnen an der Gurgel sitzende Gefahr nicht erkennen und statt dessen bei jeder passenden Gelegenheit versuchen, mit Italien anzustänkern [*sic!*], ist nur eine Fortsetzung jener grandiosen deutschen Außenpolitik vor dem Kriege, die über eine gelbe Gefahr jammerte und vor ihr warnte [15], die aber die tödliche Bedrohung Deutschlands in Europa selbst nicht sah und nicht sehen wollte. Daß der Jude ein Interesse daran besitzt, mit allen Mitteln eine Verständigung Italiens mit Deutschland zu hintertreiben, ist selbstverständlich. Gustav Stresemann aber leitet doch nur die deutsche Außenpolitik deshalb, weil das Judentum genau weiß, daß unter dieser geistreichen Führung eine Wiederauferstehung Deutschlands nicht zu befürchten ist. Der Freimaurer Stresemann wird niemals mit dem faschistisch-antidemokratischen Italien und seinem freimaurerfeindlichen führenden Staatsmann [16] in eine nähere Beziehung treten. Daß aber eine aufgeregte völkische Weiblichkeit [17] es fertigbringt, den der Weltfreimaurerei gefährlichsten Mann

13 Stresemann hatte 1900 über "Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Eine wirtschaftliche Studie" promoviert.

14 Die tschechoslowakische Armee hatte 1925 eine Friedenssollstärke von 150.000, 1929 von 140.00 Mann. Vgl. v. Löbells Jahresberichte, S. 141 sowie Rüstung und Abrüstung, S. 178.

15 Das um die Jahrhundertwende aufgekommene politische Schlagwort "gelbe Gefahr" drückte vor allem nach dem chinesischen Boxeraufstand 1900 und dem japanischen Sieg über Rußland 1904/1905 die vor dem Bevölkerungsdruck und den verstärkten politischen Emanzipationsbestrebungen der asiatischen Staaten aufgekommene Furcht aus.

16 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

17 Anspielung auf Mathilde Ludendorff, geb. Spieß, verw. von Kemnitz (1877-1966), Dr. med., Autorin zahlreicher Schriften zur "Gotterkenntnis" und gegen das Judentum, die Freimaurerei und das Christentum, 1926 Heirat mit Erich Ludendorff, 1930 Gründung (zusammen mit Erich Ludendorff) des religiös-weltanschaulichen Vereins "Deutschvolk".

selbst zum Hochgradfreimaurer zu stempeln und solcher Art dem angeblich zu bekämpfenden Judentum die liebevollsten Hilfsdienste leistet, ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte [18]. Auch hier herrscht im Kleinen schon der Geist, an dem Deutschland im Großen zugrunde gegangen ist: "Kriegserklärungen werden hier entgegengenommen" - schrieb einst der kleine Musketier auf seinen Transportwaggon und verhöhnte damit ungewollt eine Staatsleitung, die es fertiggebracht hatte, am Ende alle zum Feinde zu haben. Und ganz dasselbe erleben wir heute bei den letzten Überresten dieses alten Geistes erneut. Daß es mit Frankreich keine Verständigung gibt, ist wohl klar nach dem, was jetzt vorgefallen ist. Daß die Tschechoslowakei für einen deutschen Bund nicht in Frage kommt, ebenfalls. England wird als "perfide" abgelehnt [19]. Italien fällt weg, weil es als einziger antifreimaurerischer und antidemokratischer Staat einen "Hochgradmaurer" zum Führer hat. Polen scheidet von vornherein aus und ist außerdem ebenfalls "katholisch". Ja, wir landen wieder dort, wo wir schon einmal waren: "Der Starke ist am mächtigsten allein [20]." Wer aber heute in Wochenzeitungen Weltanschauungen zertrümmert und Kirchen zerbricht, an dessen Stärke zweifle niemand!

Es wird die Aufgabe des Nationalsozialismus sein, gegen diesen blutigen Dilettantismus in aller Schärfe Front zu machen und besonders die nervös gewordene Weiblichkeit in die ihr natürlichen Grenzen zurückzuweisen. Es wird die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, nicht nur Stresemanns Außenpolitik zu kritisieren, sondern den einzigen gangbaren Weg zu weisen. Weil Italien Frankreichs kommender Feind sein wird, muß es unser kommender Verbündeter werden. Da sich dieser Bund nun nicht mehr nach alten Dreibundsauffassungen im Frieden [21], sondern ausschließlich dereinst im Kriege zu bewähren hat, ist jede Stärkung unseres künftigen Partners ureigenstes Lebensinteresse. Wer heute die Weltgeschichte durch konfessionelle Brillen sieht, der ist um 300 Jahre zu spät geboren worden. Über diese Dinge dachte schon Anno 1756 ein Preuße, der das Verdienst besaß, nicht nur ein großer Feldherr, sondern auch ein ebenso großer Staatsmann gewesen zu sein, wesentlich genialer als man es heute zu tun beliebt [22]. Daß Italien in der Sammlung seiner inneren Kräfte zu einer Verständigung mit seiner Staatskirche gekommen ist [23], kann uns einmal auf den Schlachtfeldern zum größten Nutzen gereichen. Denn endlich kämpft nicht ein Mechanismus, auch nicht die Nerven

18 Gemeint ist vermutlich Erich Ludendorffs Artikel "Die Weltherrschaft des römischen Papstes" in der Deutschen Wochenschau vom 3.3.1929, in dem Mussolini als "Hochgradmaurer und Judenfreund" bezeichnet wurde und der einen Angriff auf die italienfreundliche Haltung Hitlers enthielt.

19 Der Kampfbegriff "perfides Albion" zur Bezeichnung Großbritanniens stammt aus der Französischen Revolution. Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 629 f.

20 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 1. Aufzug, 3. Szene.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

22 Anspielung auf eine Randbemerkung Friedrichs II., des Großen, von 1740 zur konfessionellen Toleranz: "Die Religionen müßen alle tolleriret werden und muß der Fiscal nuhr das Auge darauf haben, daß keine der andern Abbruch tuhe, den hier muß ein jeder nach seiner Fasson selich werden." Vgl. Ihr Wintbeutel und Erzschäker. Die Randbemerkungen Friedrichs des Großen, nach Georg Borchardt neu bearb. und erläutert durch Erich Murawski, Bad Nauheim 1963, S. 131.

23 Am 11.2.1929 waren die "Lateranverträge" zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet worden, die den seit der Besetzung des Kirchenstaates 1870 bestehenden Konflikt beilegten und das Rechtsverhältnis der Vertragspartner zueinander regelten. Vgl. John F. Pollard, The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A study in conflict, Cambridge 1985, S. 48 ff.

allein sind es, sondern es kämpfen Menschen, deren geschlossener Lebenseinsatz von zahlreichen Imponderabilien abhängig ist und nicht am wenigsten von der Verankerung in einer religiösen Überzeugung. Es ist eine Vermessenheit aber zu meinen, daß das italienische Volk für die zweckmäßige Ausgestaltung seines religiösen Lebens und Verhältnisses deutscher Ratschläge bedürfe. Als national bewußter, allerdings wenig phantastischer Deutscher sehe ich mit innerem Bangen jede Schwäche des italienischen Staates und verfolge mit klopfendem Herzen jede Stärkung desselben, da ich die Größe des deutschen Bluteinsatzes in der Zukunft nicht wenig bedingt sehe durch die Größe des Einsatzes unseres künftigen Verbündeten. Würde aber Italien im kommenden Kampf gegen Frankreich unterliegen, Deutschland untätig beiseite stehen und zusehen, wie der natürlichste Verbündete unseres Volkes unserem eigenen Schicksal verfällt, dann käme mir Deutschlands Zukunft zum erstenmal wirklich trübe vor. Dann könnte ich zum erstenmal wirklich glauben, daß das Schicksal unsere staatliche Auslöschung beschlossen hat. Denn die Tiraden überspannter Frauenzimmer haben noch niemals Völker gerettet.

Wer noch eine weitere Illustration über Frankreichs innere Gesinnung braucht, bekam sie in dem französischen Veto gegen den Bau von drei neuen deutschen Rheinbrücken[24]. Frankreich hat nicht den geringsten Rechtstitel, weder aus dem Friedensvertrag noch auch aus späteren Abmachungen, der ihm gestatten würde, die drei Neubauten zu verbieten. Aber was schert man sich in Paris um ein "Recht". Solange England noch zwischen Deutschland und Frankreich schwankte und in Berlin Herr Stresemann zu düpieren war, hatte man für Deutschland honigsüße Worte. Nun, da sich England zunächst entschieden hat[25], kann man ja Deutschland die wohlverdienten Fußtritte geben. Daß ein Teil der öffentlichen deutschen Meinung es überhaupt auch nur wagt, auf das Unerklärliche der französisch-belgischen Geheimverträge hinzuweisen, und die Unvereinbarkeit dieser Abmachungen mit dem sagenhaften Geist von Locarno feststellt, wird von den Pariser Zeitungen in zynischer Offenheit als "deutsche Frechheit" bezeichnet. Ja selbst belgische offizielle Organe überbieten sich in den unverschämtesten Ausfällen gegen Deutschland und zwar wohlgemerkt gegen ein Deutschland, an dessen Spitze heute kein "Hohenzoller[*n*]scher Imperialist", sondern ein marxistischer Sozialdemokrat steht[26], und dessen Außenpolitik nicht von einem deutschen Nationalisten als vielmehr von einem auf den Völkerbund eingeschworenen Freimaurer betrieben wird. Frankreich braucht heute keine Rücksichten mehr zu nehmen. Es läßt die Maske fallen und zeigt sein ewig wahres Angesicht, in das als bemerkenswertester Zug der unveränderliche Haß gegen Deutschland eingegraben erscheint. Als im Deutschen Reichstag zu dem französischen Brückenbauverbot Stellung genommen wurde[27], herrschte gerade eine allgemeine Pleitestimmung. Selbst der dümmste Stroh-

24 Die seit 1920 bestehende Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans in Paris sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums, die sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages befaßte, hatte die Entscheidung über die Genehmigung dreier neuer Rheinbrücken Ende 1928 vertagt. Am 21.2.1929 brachte die Zentrumsfraktion eine Interpellation zu dieser Frage im Reichstag ein. Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 434, Anlagen, Nr. 844.

25 Im Winter 1928/29 unterstützte die britische Regierung vollständig die französische Haltung in der Frage der Rheinlandräumung und enttäuschte damit deutsche Hoffnungen. Vgl. David G. Williamson, The British in Germany, 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 334 ff.

26 Reichskanzler Hermann Müller.

27 Am 27.2.1929. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1297 ff.

kopf kann nicht mehr bezweifeln, daß das parlamentarische System bis in den Grund abgewirtschaftet hat. Und zu dieser innerpolitischen Erkenntnis kommt die Erledigung einer deutschen Außenpolitik, die den schwachen politischen Äuglein unserer Industriemagnaten geraume Zeit als etwas ganz enorm Geniales vorgekommen war, sintemalen sie von der ganzen Sache selbst weder etwas verstanden noch begriffen haben. Während so außer den Nationalsozialisten im schönen Wallotbau [28] alles die Köpfe hängen ließ, fehlte der Mann, dessen innen- und außenpolitische Hexereien das ganze Durcheinander mitangerührt hatten. "Stresemann, wo bist du?" rief ein Nationalsozialist [29]. Allein der Gute vermochte nicht zu antworten. Er schwebt bereits wieder nach Genf [30].

15. März 1929 Dok. 5
Schreiben an Heinrich Himmler [1]

Zitiert nach Fördernde Mitglieder. Merkblatt. o. D.; Archiwum Panstwowe we Wroclawiu, Rejencja Opolska, I/1800.

Die Schutzstaffel hat seit dem Jahre 1925 das Recht, fördernde Mitglieder [2] zu werben, da sie von der Partei keine Mittel zur Verfügung bekommt. Ich bestätige der SS erneut dieses Recht, in allen Gauen Deutschlands für die Finanzierung ihrer Organisation fördernde Mitglieder zu werben.

---

28 Bezieht sich auf das Reichtagsgebäude, 1884-1894 erbaut von Paul Wallot.
Paul Wallot (1841-1912), Architekt, 1894-1911 Akademie-Professor in Dresden.

29 Bezieht sich auf den abgelehnten Antrag des NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Frick, den abwesenden Reichsminister des Äußern Stresemann zu einer Stellungnahme in der Frage der Rheinbrücken aufzufordern. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1298.
Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

30 Stresemann nahm an der 54. Tagung des Völkerbundsrates vom 4. bis 9.3.1929 in Genf teil.

1 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplomlandwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitlerputsch, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer der SS, 1930-1933 MdR, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

2 Vgl. Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison (Wis.) 1983, S. 25.
Zu den Pflichten und Aufgaben fördernder Mitglieder der SS vgl. Hans Buchheim, Fördernde Mitgliedschaft bei der SS. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, [Bd. 1], München 1958, S. 350-351.

Mitglieder von Opfer-Ringen der Partei [3] dürfen durch die Werbung als fördernde Mitglieder der SS von ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht abspenstig gemacht werden.

gez. Adolf Hitler

15. März 1929 Dok. 6
"Wir und die Reichswehr - Unsere Antwort an Seeckt [1] und Geßler" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929: "Reichswehrsondernummer: Sonder-Nummer 15" [4].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wir leben wirklich in keiner friedlichen Zeit. Nicht nur außen sehen wir rings um uns drohende Ungewitter aufsteigen, sondern auch im Inneren zuckt es ununterbrochen. Unsere junge Bewegung hat fast in jeder Woche Opfer zu beklagen. Es sind allerdings nur wenige, gemessen an den Opfern, die das deutsche Volk insgesamt Jahr für Jahr zu bringen hat. Wir wissen doch, daß jährlich zur Zeit unser Volk nahezu 500.000 Menschen verliert. *500.000 Menschen, die entweder durch Selbstmord sterben, die auswandern oder die nicht geboren werden können.* Das deutsche Volk bringt augenblicklich so viele Opfer, daß ein Krieg im Jahre kaum viel mehr fordern könnte. Wir wissen, daß das größte Ringen, das je an das deutsche Volk herangetragen ist, der Weltkrieg, am Ende 1.860.000 Tote [5] von uns gefordert hatte, mit den Ver-

3 Den Opferringen der NSDAP gehörten Parteimitglieder an, die sich bereit erklärt hatten, außergewöhnliche finanzielle Opfer zu bringen. Vgl. Henry Ashby Turner jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 150.

1 Hans von Seeckt (1866-1936), Generaloberst, 1887 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs des 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der vollziehenden Gewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang Kai-scheks.

2 Titel laut Plakatankündigung (BayHStA, Plakatslg. 10072).

3 Im Bürgerbräukeller, Beginn 20.00 Uhr. Die Veranstaltung, laut Polizeibericht gut besucht, wurde vom Vorsitzenden der NSDAP-Sektion München-Süd, Josef Bauer, geleitet. Hitler sprach mehr als zwei Stunden.

4 Die Verbreitung dieser Sondernummer im Heer und in der Marine wurde vom Reichswehrministerium verboten. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 61 f.
Gekürzte Wiedergabe: VB vom 17./18.3.1929, "Die Reichswehr am Scheidewege".

5 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, S. 25.

mißten [6] rund 2 Millionen, daß heißt jährlich - auf viereinhalb Jahre umgerechnet - nicht ganz 500.000. *Das ist noch nicht einmal soviel, als der "Friede", der Scheidemann-Friede* [7], *dem deutschen Volk* [*sic!*] *kostet.* Heute nun können wir sehen, daß von der Stelle, die des Reiches Wehr vertreten soll oder zum [*sic!*] geistig auch weiter vertreten müßte, daß von dieser Stelle Äußerungen fallen, die unsereinem vollkommen unverständlich sind und unverständlich sein müssen. Herr General von Seeckt und der ehemalige Reichswehrminister Geßler haben in einer Rede [8] Auffassungen geäußert, *aus denen immer noch der Zweifel hervorgeht,*

ob der Soldat politisch sein darf,

oder ob er im Gegenteil unpolitisch sein muß, ob es besser gewesen wäre, das Heer einst für politische Zwecke einzusetzen, oder ob es doch richtiger war, es diesen politischen Zwekken wegzunehmen. Und das geschieht in einer Zeit, in der wir auf der einen Seite eine Panzerkreuzerdebatte [9] erleben und auf der anderen Seite vielleicht ein sozialdemokratisches Wehrprogramm [10] erhalten, in einer Zeit, in der die Friedensverbände alles tun, um die Widerstandsmöglichkeiten bei uns schon im Keime zu ersticken [11], in einer Zeit, in der das Reichsbanner erklärt, daß seine edelste und erhabenste Mission die sei, in gegebener Stunde einem deutschen Versuche Widerstand zu leisten, die Waffen aus der Faust zu schlagen [12]. (Rufe: "Pfui!"). *In*

---

6 "Es ist anzunehmen, daß der größte Teil der noch vermißten Heeresangehörigen (170.000) tot ist. Die Zahl der Toten wird sich daher auf annähernd 2.000.000 erhöhen." Vgl. ebenda.

7 Philipp Scheidemann (1865-1939), Buchdrucker, 1903-1933 MdR (SPD), 1911-1921 Mitglied des Parteivorstandes, 1917-1919 Mitvorsitzender der SPD, Oktober 1918 Staatssekretär im Kabinett Max von Baden, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Juni 1919 Reichskanzler, 1920-1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration.
Während der Kanzlerschaft Scheidemanns wurde der Versailler Friedensvertrag verhandelt.

8 Am 5.3.1929 hatte der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, in Königsberg über die Stellung des Heeres zur Außenpolitik gesprochen. Vgl. Das Deutsche Tageblatt vom 7.3.1929, "Soldat und Außenpolitik" sowie Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 585. Der ehemalige Reichswehrminister Karl Otto Geßler hatte einen Artikel in der Berliner Börsenzeitung vom 6.3.1929, "10 Jahre Reichswehr", veröffentlicht. Vgl. Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 432 ff.

9 Der Bau des Panzerschiffs A war am 27.3.1928 im Reichstag gegen die Stimmen von KPD, SPD, DDP und Teilen der Wirtschaftspartei beschlossen, wegen fehlender Finanzmittel zunächst aber nicht begonnen worden. Als das Kabinett am 10.8.1928 dem Bau geschlossen zustimmte, stellte die Reichstagsfraktion der SPD (gegen den von ihren Ministern unterstützten Kabinettsbeschluß) am 31.10.1928 den Antrag, den Bau des Panzerschiffs einzustellen; dieser wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei acht Enthaltungen abgelehnt. Da die vier SPD-Minister mit ihrer Fraktion gestimmt hatten, kam es zu einer Regierungskrise. Vgl. Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.
Zusätzlich hatte die KPD ein Volksbegehren gegen den Panzerschiffsbau angestrengt, dessen Listen in der Zeit vom 3.10. bis 16.10.1928 auflagen und für das 1.216.968 (2,94 %) gültige Stimmen abgegeben wurden. Vgl. Otmar Jung, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle "Aufwertung", "Fürstenenteignung", "Panzerkreuzerverbot" und "Youngplan", Frankfurt a. M. 1989, S. 67 ff.

10 Vgl. unten, Anm. 38.

11 Das Deutsche Friedenskartell, der Dachverband der pazifistischen Organisationen Deutschlands, forderte als Endziel eine Totalabrüstung aller Staaten, wollte aber eine langfristige, stufenweise Durchführung zulassen. Die im Reichstag vertretenen Pazifisten forderten die Abschaffung der Reichswehr. Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231, S. 191 ff.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 14.

dieser Zeit fallen Äußerungen, die einfach unverständlich sind. Und das scheint mir Grund genug, um einmal von unserer Seite aus diese Probleme grundsätzlich zu behandeln und dafür zu sorgen, daß diese unsere Auffassungen nun in Hunderttausenden von Exemplaren in das deutsche Volk hinauskommen. Wir möchten das schon deswegen tun, *um zur richtigen Zeit unsere Auffassungen geschichtlich einzutragen*, damit sie nicht später wieder einmal, wie so oft, gefälscht zu werden vermögen oder damit sich nicht später wieder einmal andere dieser Überzeugung bedienen, um sie dann erst recht zu verfälschen. (Sehr richtig!)

Ich möchte deshalb folgendes Grundsätzliches ausführen: *Für uns Nationalsozialisten ist die Reichswehr, sowohl als eine Miliz, ein Volksheer, oder eine stehende Armee, immer nur ein Mittel zum Zweck. Eine Auffassung, die in einer dieser Einrichtungen den Zweck an sich sieht, müssen wir Nationalsozialisten ablehnen.* Unser Standpunkt wird niemals sein: Nützt das der Reichswehr oder nützt das vielleicht dem stehenden Heer, sondern wir werden immer diese Fragen von dem Standpunkt aus betrachten: *Nützt das unserem Volk?* (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich: "Nützt das unserem Volk" deshalb, *weil für uns Nationalsozialisten der Begriff "Volk" noch höher steht als der Begriff "Staat".* (Lebhafte Zustimmungen.) Denn all diese Einrichtungen, sowohl der Staat, als auch das Heer, sind kein Selbstzweck und können auch kein Selbstzweck sein. Es kann sein, daß ein Staat so morsch und faul ist, daß es nur im Interesse eines Volkes liegt, diese Form zu beseitigen. (Stürmische Zustimmungen.)

Denn an der Spitze von allem steht das Leben eines Volkstums.

Wenn ein Staat diesem Leben nicht mehr zu dienen vermag, wenn er dieses Leben nicht mehr zu erhalten vermag, wenn er es nicht fertigbringt, diesem Leben innere Kräfte zu konservieren und diese für die Zukunft anzulegen und sie zur Auswirkung zu bringen, dann hat ein solcher Staat seine Mission vollkommen verfehlt, dann könnte ein Volk genausogut ohne einen solchen Staat leben, denn der Staat ist nicht dazu da, um eine Summe von Menschen zu begünstigen und zu fördern, ihnen Stellungen zu verschaffen usw., sondern diese Organisation ist nur da, um einem Volk einen lebendigen Organismus zu schenken, *einen lebendigen Organismus, der den Kampf um die Erhaltung des Daseins eines Volkes auf dieser Welt erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht.* (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk also steht im Mittelpunkt, und zwar so, wie wir als Nationalsozialisten diesen Begriff auffassen wollen, nicht als eine Sammelmasse von Wesen, denen man vielleicht mit Ach und Krach eine gemeinsame Verständnismöglichkeit andressiert, indem man ihnen eine Sprache aufzwingt, wobei doch jeder die Gedanken seines Blutes zum Ausdruck bringt, sondern wir Nationalsozialisten verstehen unter dem Begriff "Volk" eine Summe von Menschen, die körperlich und seelisch gleiche Wesen sind oder die sich zum mindesten im Laufe von Jahrtausenden so sehr vereint haben, daß sie heute als ein einheitlicher Begriff nach beiden Richtungen hin gelten können. Dann dient sowohl der Staat als auch die gesamten Einrichtungen des Staates nur mehr zum Schutze und der Erhaltung dieses Volkstums.

Dann müssen wir eines feststellen: *Das Leben des einzelnen bedeutet in Wahrheit zu allen Zeiten Kampf, ganz gleich, wie weit wir diesen Begriff auffassen wollen. Jede Entwicklung, was ist sie anderes, als eine Spielart gegenseitigen Ringens und damit eine Form des Kampfes?* Jeder Fortschritt bedeutet eine Veränderung der Verhältnisse und damit eine Verschiebung des bisherigen Gleichgewichts. Was dem einen Freude bereitet, bedeutet für den anderen Leid. Indem die Menschen leben wollen, sind sie gezwungen, andere Wesen zu töten. Der ganze Le-

benskampf ist ein Sichhineindrängen des einen in die Lebensmöglichkeiten des anderen und ein Hinausdrängen von anderen aus ihren Lebensmöglichkeiten. Im einzelnen können wir vielleicht feststellen, daß hier die Volksgemeinschaft als Gesamtheit regelnd eingreift. *Die Völker selbst aber werden immer, solange es auf dieser Welt überhaupt Völker gibt, gezwungen sein, ihre Rechte auch als Gesamtheit wahrzunehmen, genauso wie im ohnmächtigen Staat sogar der einzelne gezwungen sein kann, seine Lebensrechte anderen gegenüber zu verteidigen. Es ist fast komisch, daß man dieses Selbstverständiche des Ringens und des Kampfes nach außen gerade in der Zeit abstreiten will, in der man dafür den Kampf im Inneren als etwas Natürliches proklamiert.*

Es gibt keine schärfere Widerlegung für die Behauptung des Marxismus, daß der Kampf und Streit auf dieser Welt an sich nicht notwendig wäre, als die einfache Tatsache, daß dieser Marxismus selbst den schärfsten Kampf im Inneren vertritt. Man sage nicht, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Nein! Denn dann müßte zumindest der Marxismus dort, wo er siegte, langsam die Kräfte abbauen, die dem Kampf im Inneren dienen. Wir sehen aber das Gegenteil. Kampf heißt gerade dort die ewige Parole.

Dabei müssen wir vor allem eines sehen: *Es gibt in Wirklichkeit keinen klaren Unterschied zwischen Frieden und Krieg.* Das Leben, ganz gleich in welcher Form es sich abspielt, ist stets ein Vorgang, der zum gleichen Resultat führt. Einerlei, ob mit friedlichen oder mit kriegerischen Mitteln. Am Ende steht stets die Lebenserhaltung als Ziel des einzelnen und der Volksgemeinschaft, und das bedeutet so oder so das Zurückdrängen der Lebensmöglichkeiten anderer.

Ja, selbst unter uns könnten wir heute nicht zehn Tage ohne blutigsten Kampf leben, wenn nicht die Volksgemeinschaft als Gesamtheit diesen Teil des Kampfes auf sich nähme, das heißt, im Kampf gegen das Verbrechertum Diebe, Mörder usw. beseitigt. Ja, selbst zwischen den einzelnen Berufen und Ständen gäbe es ewigen Krieg und das Faustrecht würde entscheiden, wenn nicht der Staat sich dieser Faust versichern würde. Allein, wenn auch hier der Staat diesen Kampf übernimmt, so wird dadurch nicht das Wesen des Kampfes beseitigt.

Der Kampf ist da, und er bleibt auch.

Er wird immer bleiben, solange es Menschen gibt, Menschen aus Fleisch und Blut, er wird sich verschlimmern, je schlechter die Menschen werden, und wenn der Marxismus siegt, ist Kampf ewige Parole und zwar in seiner blutigsten Form!

Und nun wollen wir weiter noch folgendes festhalten: Jeder Kampf bedeutet den Einsatz des einzelnen Menschen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Dabei ist es an sich gleichgültig, welcher Art die Mittel sind. Solange es Menschen auf dieser Welt gibt, *wird Kampf stets Mencheneinsatz bis zur letzten Konsequenz bedeuten.* Die Waffen des Kampfes mögen sich ändern, die Formen des Kampfes mögen andere werden, die Formationen mögen im Laufe der Zeit sich wandeln, *so wird aber doch letzten Endes immer wieder der Lebenseinsatz das Entscheidende sein, gleichgültig welcher Waffen er sich bedient.*

Wenn zum Beispiel heute eine marxistische Theorie erklärt, daß die Rüstungen die Ursachen des Kampfes seien, so ist das ein ebenso blödes, dummes wie verlogenes Geschwätz, auf das man als beste Antwort nur eine Frage stellen müßte: *Wenn der Kampf wirklich nur durch Rüstungen bedingt ist, dann Genossen, warum rüstet Sowjetrußland?* (Lebhafte Zustimmungen.) Weshalb dann eigentlich? Es könnte doch ohne Rüstung viel leichter dem Kampf entgehen! Da allerdings, Genossen, sagen eure jüdischen Führer: "Rußland ist gezwungen zu rüsten, weil

die anderen auch rüsten!" [13] Ja, liebe Freunde, das behaupten doch wir. *Denn auch wir sind gezwungen zu rüsten, weil die anderen rüsten. Aber nicht deshalb entsteht der Kampf. Der Kampf käme auch so.* Nur die Form, in der er sich abspielt, wäre vielleicht eine andere. Die Menschen haben stets die zeitgemäßen Waffen zum Kampf, würden aber in Ermangelung solcher sich der primitivsten Fäuste und Messer bedienen. Und wenn einer selbst tausendmal nicht kämpfen will, und es wollen es andere, dann ist dies trotzdem sein Tod, wie wir es soeben in Holstein [14] erlebt haben. *Daß unsere Seite ungerüstet und wehrlos war, hat die kommunistischen Mörder nicht zurückgehalten, den Überfall auszuführen, im Gegenteil: das machte ihnen erst den Mut, Wehrlose niederzustechen.*

Je wehrloser der einzelne, um so leichter fällt er dem Bewehrten zum Opfer. Je mehr er selbst sich der Waffen bedienen kann, um so größer ist die Aussicht auf Erhaltung des eigenen Lebens, und so wie es im Kleinen ist, ist es auch im Großen. Am Ende steht immer der Lebenseinsatz, auch wenn der Kampf nicht mit sogenannten "blutigen" Waffen ausgeführt wird.

Wir haben dafür ein treffendes Beispiel: Es ist der sogenannte Wirtschaftskrieg. Es gibt bei uns Millionen von Menschen, die sagen: Würden wir nicht unserem imperialistischen, militärischen Wahne huldigen, sondern nur auf der wirtschaftlichen Basis unser Leben suchen, dann wäre jeder Kampf und jedes Opfer in diesem Kampfe vollkommen überflüssig. Und doch zeigt uns die ganze geschichtliche Entwicklung der Menschheit, *daß die Kriege nichts anderes sind, als Vollzugsvollstreckungen* [*sic!*] *wirtschaftlichen Ringens, wirtschaftlicher Verhältnisse, das heißt der Not der Völker; denn am Anbeginne steht stets der Hunger, steht stets die Not, die die Menschen zwingt, irgendeine Veränderung ihres Daseins vorzunehmen.* Wenn aber die Welt in gewisse gutabgewogene Verhältnisse gerät, die dem einen Volke Segen bringen, dem anderen aber nur Leid und Unglück, dann bedeutet jede Veränderung dieses Verhältnisses nicht nur für den einen ein rosiges Glück, sondern für den anderen die Beseitigung seiner glücklichen Lage. Jedes Volk wehrt sich dagegen, jedes Volk sieht als Recht an, was es hat, und keines fragt: Wir wollen abwägen, ob vielleicht, gemessen an dem Zustand anderer Völker, unser Leben zu gut gestaltet ist.

Nun sehen wir bei uns eine Meinung einreißen, als ob Krieg und Frieden zwei verschiedene Dinge wären. Man sagt auf alle Fälle: Friedenspolitik müsse man betreiben und nicht Kriegspolitik. Es ist dies ein bornierter Unsinn, bei dem es fast traurig ist, daß man ihn erst noch widerlegen muß. Denn die

Politik ist werdende Geschichte,

und die *Geschichte eines Volkes ist der Ablauf seines Lebenskampfes, und der Lebenskampf eines Volkes wird stets mit allen Machtmitteln durchgefochten werden, mit friedlichen, solange sie genügen, und mit Waffengewalt, wenn nur sie allein mehr hilft. Der liebe "Genosse"*

---

13 1929 umfaßte die Sowjetarmee 562.000 aktive Soldaten, gedacht als Kader für eine erheblich größere Milizarmee. Erst zu Beginn der dreißiger Jahre wurde eine moderne Ausbildung und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte eingeleitet. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 283 ff., 763.

14 Bezieht sich auf die "Blutnacht von Wöhrden" am 7.3.1929, in der bei einer Straßenschlacht zwischen etwa 160 Nationalsozialisten und etwa 130 Kommunisten ein Kommunist und zwei Nationalsozialisten ums Leben kamen. Vgl. Rolf Rietzler, "Die Blutnacht von Wöhrden". Zur nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt. In: Journal für Geschichte 1/1983, S. 4-7, 58-59, sowie Dok. 8, 9.

aber, der das bestreitet, möge sich dessen erinnern, wenn er selbst in seinem "Klassenbewußtsein" zum Kampfe antritt. Da sagt er dann nicht: "Wir kämpfen grundsätzlich nur mit friedlichen Mitteln", sondern da ruft er plötzlich. "Wenn unser Staat nicht will, wird unser starker Arm die Räder stillstehen lassen [15], und wenn sich der Staat weigert, die Räder stillstehen zu lassen, dann gehen wir auf die Straße und hauen alles zusammen, auf daß sie stillestehen." Mein lieber Freund! *Du tust genau dasselbe, was die Völker tun, nur siehst du deine Klasse vor dir, während sich die Völker als Gesamtheit zu sehen haben, das heißt als jene Summe von aufeinander angewiesenen Menschen, die zumindest nach außen hin um ihr gemeinsames Dasein zu ringen haben.* Da heißt es natürlich auch: Solange die Räder der anderen Welt nicht über uns gehen, oder wir sie eher zum Stillstehen zu bringen vermögen, ist alles gut und noch dazu, wenn das durch die Wirtschaft geht. *Wenn aber die Wirtschaft hier versagt, muß das Schwert freie Bahn schaffen.* Freilich, dann schreist du, lieber Genosse: Nein, hier ist ein Unterschied, die Klassen eines Volkes dürfen sich blutig bekämpfen. Die Völker untereinander aber dürfen ihr Dasein nicht verteidigen. Das dürfen die Völker höchstens erst dann, wenn sie wie in Sowjetrußland einer bestimmten Herrschaft unterstehen. Und diese Herrschaft, die bestimmst dann du, das heißt in Wahrheit diejenigen, die dich, teurer Genosse, zu deinem Werk reif gemacht haben, denn was du weißt, das weißt du ja nicht von dir, was du tust, das tust du nicht aus dir, und was du willst, das willst nicht du, sondern *du bist nur das Werkzeug anderer, die hinter dir stehen, die dein eigenes Schicksal bestimmen und die es wollen, daß aus deinem Handeln für dein eigenes Volk nur Elend kommt.*

Ein Unterschied zwischen Frieden und Friedenspolitik einerseits und Krieg und Kriegspolitik andererseits läßt sich nicht ziehen. *Ebensowenig kann ich jemals einen Menschen in zwei Hälften teilen, in seine kriegerische und in seine friedliche.* Wenn der Mensch friedlich um sein Dasein ringt, wird er dies solange tun, als ihm entweder nur ein friedlicher Widerstand entgegengesetzt wird, oder er glaubt und weiß, die Widerstände des Lebens mit friedlichen Mitteln beseitigen zu können. *Derselbe Mensch wird aber, sowie die Lage bedrohlich wird und durch friedliche Mittel ersichtlich nicht mehr zu retten ist, zur Waffe greifen, ohne daß deshalb erst eine besondere Umstellung des eigenen Inneren notwendig wäre.* Es kommt stets im Leben der Völker der Augenblick, in dem die einzelnen gezwungen sind, sich des Lebens zu wehren.

Daher ist im Anbeginn der Mensch immer Bauer und Soldat zugleich, das heißt, er ist Kämpfer.

Erst später, als sich im Laufe der Jahrtausende das Leben gliederte und spezialisierte, wurde der Kampf bestimmten Abteilungen eines Volkes oder bestimmten Sonderorganisationen überwiesen. Das ändert aber nichts am grundsätzlichen Sinn und Zweck dieser Instrumente für den Kampf. *Krieg und Frieden sind im Beginn immer eines und dasselbe.* Ein Volk wird solange im Frieden bleiben, solange es in ihm zu leben vermag, und es wird gezwungen zum Kampfe, sowie der Friede das Leben nicht mehr gewährt.

Das deutsche Volk ist heute in dieser Lage. Es kann im Frieden bleiben, solange es auf sein Leben verzichtet. Sowie eine Generation kommt, die nicht mehr auf das Leben verzichten will, muß sie wieder zum Schwerte greifen.

---

15 "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Aus dem 1863 von Georg Herwegh gedichteten Bundeslied für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Die Einheit zwischen Politik und Kriegführung
Der künstliche Gegensatz zwischen dem Politiker und dem Soldaten

Im Anfang also ist jeder Mensch zugleich Kämpfer. Der Führer der Völker ist im Beginn jeder Geschichte immer gleich Feldherr. Soldat und Volksgenosse sind eins. König, Feldherr und Staatsmann sind eine Person, und erst später tritt die Trennung ein zwischen dem König und dem Feldherrn und noch später die zwischen dem König, Feldherrn und Politiker. In neuester Zeit sind die "Politiker" eine besondere Gilde geworden (Heiterkeit), die alljährlich oder zumindest alle vier Jahre durch einen besonderen Ausleseprozeß aus dem Volkskörper herausgesucht wird [16]. (Schallende Heiterkeit, Händeklatschen.) *Die Soldaten und die Feldherren werden erzogen, das heißt, sie erhalten für ihren Beruf, der den Bestand einer Nation ermöglichen soll, eine ganz besondere Ausbildung. Der "Politiker" aber wird gewählt, und zwar werden diese Politiker nicht gewählt von solchen, die wieder etwas verstehen auf diesem Gebiete, sondern von denen, die selbst nie gewählt werden könnten, weil sie davon gar nichts verstehen. (Stürmischer Beifall.) Denn es wird doch niemand behaupten wollen, daß alle Deutschen, männlichen und weiblichen Geschlechts, fähig wären, ein Volk zu regieren; aber dafür behauptet man, daß sie fähig seien, die zu wählen, die das Volk regieren könnten.* Und zwar liegt der seherische Blick, durch den die Nation die großen Geister erkennt, im Stimmzettel der Wähler. Es ist das der wundervollste Vorgang, den es gibt. Niemand kann zweifeln, daß große Männer ihre Bestimmung schon vorher in sich tragen, niemand kann zweifeln an den Fähigkeiten, die sie schon vorher besitzen müssen, niemand kann zweifeln, daß das Schicksal der größten Männer selbst im Buche der Vorsehung vorgezeichnet ist, *aber heute darf man erst recht nicht zweifeln daran, daß gerade der Teil der Menschheit, der selbst gar keine Fähigkeiten besitzt, durch den Stimmzettel ausgerechnet diejenigen erwischt, die das Schicksal solcher Art vorherbestimmt hat.* (Große Heiterkeit und Händeklatschen.)

Seit nun besonders die Politik von dieser auserwählten und damit auserlesenen Schar mehr "erwerbsmäßig" als gewerbsmäßig betrieben wird, beginnt die

Kluft zwischen Staatsbürger und Soldat,

Feldherrn und Politiker sich immer mehr zu erweitern. Es ist eine zwangsläufige Entwicklung, die diesen Riß von Jahr zu Jahr größer werden läßt. Am Ende wird aber dann immer diese Frage stehen:

Wenn diese Kluft nicht einst wieder geschlossen wird, geht am Verlust dieser inneren Einheit naturgemäß eine Nation zugrunde. Soll sie aber geschlossen werden, dann bitte wollen Sie folgendes bedenken: Wollen Sie die Armee auf das Niveau der "Politiker" herunterziehen, oder wollen Sie nicht das Niveau der heutigen Politik beseitigen, auf daß es wieder dorthin komme, wo die Armee steht? (Stürmischer Beifall.)

Heute mutet dies geradezu lächerlich an: Zur Verteidigung einer Nation hat man eine ungeheure Einrichtung - diese ungeheure Einrichtung lernt und arbeitet -, diese ungeheure Einrichtung bildet aus und züchtet sich mühsam einen Nachwuchs heran - mit unglaublicher Sorgfalt und unglaublicher Genauigkeit wird jeder einzelne gewogen und geprüft, ob er auch wirklich

16 Artikel 23 der Reichsverfassung lautete: "Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden. Der Reichstag tritt zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen." Druck: RGBl. 1919, S. 1388.

tauglich und seiner Aufgabe gewachsen ist. Das geht herunter bis zum kleinen Gruppenführer und geht hinauf endlich bis in die Spitze des Heeres [17]. Und dieses ganze so sorgfältig ausgesuchte und aufgebaute Instrument, das geben Sie dann in die Hand von politischen Dilettanten und Narren. (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)

Wenn man sagt, daß der Soldat selbst nicht politisch sein dürfe, so kann das immer nur teilweise eine Berechtigung haben. Wenn ein Volk politisch glänzend geführt ist, wenn es also eine Leitung besitzt, die den innersten Lebensbedürfnissen der Nation vollkommen gerecht wird, wenn eine Regierung als sehr gut anzusprechen ist, dann mag das angehen. In der Spezialisierung auf ein bestimmtes Gebiet liegt die Möglichkeit zu Höchstleistungen. Folglich bleibt jeder bei seinem Fache.

Der politische Führer sei politischer Führer, der militärische Führer militärischer. *Ich glaube, daß es bei einer sehr guten Regierung daher auch möglich ist, daß der militärische Führer nichts oder wenig von Politik versteht, aber selbst dann bin ich überzeugt, daß es nicht angängig ist, daß der politische Führer nichts von Militär versteht.*

Ich glaube aber weiter, daß, sowie ein politischer Führer von Militär nichts versteht, es vollkommen unmöglich ist, daß dann der militärische Führer von Politik nichts zu verstehen braucht. (Zahlreiche Zurufe: Sehr richtig!) *Sondern in demselben Maßstab, in dem dem politischen Führer das Verständnis für militärische Notwendigkeiten abgeht, muß der Soldat zum Träger des politischen Gedankens werden.* (Stürmischer Beifall.)

Unterbleibt dies, dann wird das Heer in absehbarer Zeit zu einem toten, ja häufig das Volk geradezu belastenden Mechanismus, zu *einem rein mechanischen Instrument, das eines Tages wurzellos in der Luft hängt. Denn das Heer ist kein Ding an sich, sondern es hat nur einen Sinn in seiner Verbundenheit mit seinem Volkskörper, mit einem wirklich lebendigen Staatsorganismus.* Fällt das weg, dann ist dieses ganze Instrument nur ein äußerer lebensloser toter Mechanismus, der eine gewisse Zeit lang sich vielleicht noch als Organisation fortretten mag, dem aber das Blut sowohl als das Feuer fehlt. Denn glauben Sie [*mir*]: *Im Völkerleben wird immer noch eher ein Heer siegen, dessen mechanische Formen schwächer sind, dessen Geist aber Leben bedeutet, als eine Armee, deren Mechanismus erstklassig, deren Seele aber tot ist.* (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn ich hier nun ein Wort einschiebe, dann tue ich es, um den Begriff dieses Wortes zu erklären. Sie hören häufig von unserer linken Seite das Schlagwort Militarismus, bekommen aber doch nie eine vernunftsgemäße Definition.

Was heißt Militarismus?

Heißt Militarismus etwa - Organisation eines Heeres an sich? Oder versteht man unter Militarismus die Form der Organisation oder die Art der Ausbildung? Nein, das kann nicht sein. Denn dann müßte doch auch Sowjetrußland "militaristisch" sein, denn auch Sowjetrußland hat ein Heer, hat eine Ausbildung, eine Disziplin, und die Parademärsche werden dort genauso ausgeführt wie anderswo [18]. Darin kann demnach der Sinn des Militarismus nicht liegen. Die

17 Vgl. hierzu Adolf Reinicke, Das Reichsheer 1921-1934. Ziele, Methoden der Ausbildung und Erziehung sowie der Dienstgestaltung, Osnabrück 1986.

18 Im Rahmen der von Michail W. Frunze eingeleiteten Reorganisation der Roten Armee 1924/25 war auch die Formalausbildung wieder eingeführt worden. Vgl. Mark Louis von Hagen, School of the Revolution: Bolsheviks and Peasants in the Red Army, 1918-1929, Ann Arbor 1985, Bd. 1, S. 236 ff.

Organisation der Wehrkraft eines Volkes an sich kann nicht dem Begriff Militarismus entsprechen. Wohl aber hat dieser Begriff etwas zu tun mit dem Sinn einer solchen Organisation. Wenn nämlich eine solche Organisation in keinem lebendigen inneren, sinngemäßen Zusammenhange mehr mit seinem wirklichen Zweck steht, sondern als Organisation Selbstzweck geworden ist, sich als toter Mechanismus jeder Regierung zur Verfügung stellt, mag diese selbst aus dem Volke Riemen schneiden, soferne [*sic!*] sie nur den Bestand dieses Mechanismus garantiert, dann haben wir vor uns eine Erscheinung, die wir begrifflich als "Militarismus" bezeichnen dürfen. Eine äußerliche, innerlich vollkommen lebensfremde, tote Organisation als Machtinstrument in den Händen derer und aller, die bereit sind, dieses Instrument um seiner selbst willen zu erhalten. (Lebhafte Zustimmungskundgebungen.)

Dann müßten wir eines sagen: Den allerwenigsten Militarismus hat dann unser altes Deutsches Reich gehabt. Denn in ihm war dieses Instrument noch bis zu einem höchsten Grade verbunden mit unserem Volke, ja es war die beste Schule desselben, Auftakt der disziplinären Erziehung unseres Volkes. Viel mehr hat sich unsere heutige Wehrorganisation dem Begriff "Militarismus" genähert. Sie ist viel mehr mechanisch geworden, viel weniger verbunden mit dem Leben der deutschen Nation und den großen Aufgaben unserer Zukunft. Am meisten aber trifft der Begriff Militarismus in Sowjetrußland zu. Nämlich in dem Lande, in dem der erste Hauptzweck der Armee nur der Kampf um die Erhaltung einer bestimmten Staatsform selbst gegen das eigene Volk ist.

Wenn wir nun von einer politischen Einstellung des Heeres sprechen, dann ist es selbstverständlich, daß sie keine parteipolitische im heutigen Sinne des Wortes sein kann. Vergessen wir aber nicht, daß die heutige Art der Parteiauffassung ja selbst bereits der Krebsschaden ist und daß mithin schon dessentwegen allein das Heer eine bestimmte politische Haltung einnehmen müßte. *Schon hier hätte das Heer eine politische Mission zu erfüllen, nämlich die, mitzuhelfen, nicht etwa parteipolitisch zu denken, sondern das parteipolitische Getriebe und Ungeziefer selbst zu vernichten.* (Stürmischer Beifall.) Das wäre mit eine der ersten Aufgaben. Denn wenn Sie heute erklären: das Heer könne nicht parteipolitisch eingestellt sein, so ist es ja gerade der Fluch Ihrer nicht klaren nationalistischen Einstellung, daß wir überhaupt so eine Art von Parteipolitik besitzen. (Lebhaftes Sehr richtig!) *Würde man zum Beispiel nationalsozialistisch gedacht haben, und wäre man demgemäß eingestellt gewesen, dann hätte Deutschland niemals in diesen Sumpf von Parteipolitik, von Parteien und Parlamentswirtschaft geraten können. Das italienische Heer, das sich einst zum Faschismus bekannte, hat damit auch Italien gerettet*[19]! (Stürmische Zustimmung.)

Wir haben nun vor uns eine ganz kurze Betrachtung der Lage unseres Volkes. Denn das ist für alle ja das Entscheidende. Deutschland mit seinen ziffernmäßig 62 Millionen Einwohnern, - andere 15 Millionen sind in Europa zerstreut[20] - ist raummäßig so ungünstig gelagert wie kaum ein zweiter Staat. Eingeengt im Westen und Osten, im Norden und Süden, mit den denk-

19 Ungeachtet einzelner Sympathien für den Faschismus ging die italienische Armee bis zur Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung durch König Viktor Emanuel III. an Mussolini am 28.10.1922 aktiv gegen den faschistischen Putsch vor. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 89 ff.

20 Nach Schätzungen lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reiches, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff.

bar ungünstigsten militärischen Grenzen, dabei seine Volksmasse auf ein Gebiet zusammengepreßt, das das Leben selbst bei größtem Fleiß nicht mehr gewähren kann. Wenn wir überhaupt nur die Zahl von 62 Millionen erhalten wollen, müssen wir schon wirtschaftliche Expansionspolitik betreiben oder unsere Raumnot beheben. Vergrößern wir den Raum, so brauchen wir Macht. Treiben wir wirtschaftliche Expansionspolitik, so begeben wir uns wieder in einen Konkurrenzkampf mit unseren Kriegsgegnern von einst. Es ist aber ein Wahnwitz, zu meinen, daß England, das uns wegen unserer Wirtschaftspolitik bekämpfte, heute Deutschland freiwillig die Tore der Welt öffnen werde. Deutschland hat sich im Laufe eines durch eine große Armee geschützten Friedens langsam ein Volksreservoir angefüllt, das bei unseren derzeitigen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten nicht mehr ernährt werden kann.

Deutschlands Lage erfordert die Waffenentscheidung
Die Freiheit des deutschen Volkes ist abhängig von seiner Vorherrschaft in Europa

Wenn daher heute jemand sagt: Wir müssen unsere Vermehrung der Volkszahl für die Zukunft einschränken, so ist das irreführend. Er müßte sagen: Wir müssen schon die Gegenwart beschränken; *denn bei uns handelt es sich nicht darum, daß wir in der Zukunft nicht mehr jährlich 900.000 neue Menschen zu ernähren vermögen*[21]*, sondern daß für die bereits vorhandenen 62 Millionen das Brot nicht mehr langt.* Natürlich kann bei der eigentümlichen Art unserer weltwirtschaftlichen Verhältnisse unser Volk auch heute noch eine gewisse Zeit lang leben, aber doch nur von Krediten auf vergangene Zeiten. Das heißt, solange diese deutsche Kolonie noch irgendwelche rentable Einrichtungen aus vergangener Zeit besitzt, die als Pfänder veräußert werden können. Sowie einmal aber erst diese letzten Pfänder verkitscht sind, steht der Zusammenbruch in seiner grausamen Wirklichkeit vor uns. Nicht nur ein Zusammenbruch von Illusionen, sondern der Zusammenbruch der realen Lebensmöglichkeiten von über 62 Millionen Menschen.

Es ist in unseren Augen für die Zukunft unseres Volkes nur eine Frage maßgebend: Wollt ihr vielleicht durch Verluste auf dem Schlachtfelde die Freiheit bekommen oder wollt ihr 20 Millionen im Frieden verlieren? Eines von beiden!

Zu meinen, daß es in der Zukunft genau so gehen könnte, wie wir jetzt in der Gegenwart verschlampen, ist ein Irrsinn. Sie sehen ja, wie sehr unsere Prophezeiungen über den wirklichen inneren Wert des blöden, dummen Geschwätzes von der "Blüte der Wirtschaft" eingetreten sind[22]. Sie wissen alle, wie wir Jahr für Jahr immer wieder darauf hingewiesen haben, daß das ein Unsinn ist, weil es einfach unmöglich ist. *Heute lacht man auch im bürgerlichen Lager nicht mehr. Im Gegenteil, heute können wir sehen, wie gerade die Parteien, die noch vor kurzem über unsere Prophezeiungen die Achseln zuckten, nun ebenfalls zur Erkenntnis kommen, daß die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht, daß es nicht mehr so weitergehen*

---

21 Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in Deutschland betrug 1929 0,53%, was einer Zahl von rund 340.000 Menschen entspricht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 32.

22 Zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit Mitte der zwanziger Jahre vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 81 ff.

kann wie bisher, daß unser ganzes politisches Leben vollständig verkommen und verfahren ist, und daß wir mit unserem parlamentarischen System weder die Freiheit erringen noch auch nur das Leben bewahren können. Ja, alles, was wir seit langer Zeit entgegen den offiziösen politischen Auffassungen vorhersagten und prophezeiten, erkennt man nunmehr nachträglich sogar auch in gewissen militärischen Stellen als richtig an. *Dort sieht man sich veranlaßt, darüber in Erwägungen einzutreten, ob man nicht doch besser gehandelt hätte, wenn man einst zugunsten einer Diktatur gegen das Parlament vorgegangen wäre, man hätte es ja in der Hand gehabt, oder ob es besser war, daß man es nicht tat* [23].

Man erwägt also schon! Wenn man sich nun doch wenigstens auf den Pfad des Nachdenkens und des Erwägens begibt, dann kann man ja zufrieden sein und hoffen, daß die hehre Vernunft doch endgültig den Sieg davonträgt. Unsere Lebensbedingungen sind so einfach. Wir müssen Brot schaffen für 62 Millionen. Wir können das nicht, weil wir nicht mehr von unserem Grund und Boden leben können. Wir müssen entweder das Volk dezimieren, oder wir müssen irgendwie den Grund erweitern, oder wir müssen wirtschaftspolitisch versuchen, durch etwas Großexport den notwendigen Import zu decken.

Das bedeutet endlich Kampf, bedeutet am Ende Waffenentscheidung, ganz gleich, wie Sie das tun wollen! Glauben Sie mir, meine Genossen von der Linken, glauben Sie [*mir*], ich weiß, es wäre viel leichter und für mich viel populärer, wenn ich auch so wie die anderen hintreten und sagen würde: "Genossen! Proletarier! Proletarierinnen!" (Stürmischer Beifall; Händeklatschen.) "Wir werden den Bürgerstaat zusammenhauen, die Bourgeoisie zerschmettern - und dann, und dann, und dann!" Ja dann!! (Große Heiterkeit; Händeklatschen.)

Und glauben Sie mir, meine lieben Genossen, ich könnte auch so feurig reden wie eure großen Redakteure, ich könnte auch so feurig hier die Zukunft ausmalen in allen Herrlichkeiten, ich lasse mich dann einmal von der Sowjetbotschaft in Berlin einladen und mich dort "aufgeistigen" (Heiterkeit), daß ich am nächsten Tage die Not des Proletariats restlos durchschaue und umgekehrt auch die Segnungen kenne, die man versprechen kann! Mein lieber Genosse! Das alles brächten auch wir fertig - und da wäre ich populär, dann wäre ich eben auch ein Führer des Proletariats, dann wäre ich eben auch einer von denen, die in Deutschland das Recht haben zu reden, das Recht haben, euch zu regieren! Mein lieber Freund! Weil ich nicht so rede, bringe ich mich um alle Chancen, populär zu werden, bringe ich mich um alle Chancen, mitregieren zu dürfen, kurz und gut, bringe ich mich um alle Gegenwart! Da ich nicht so rede, werde ich in Deutschland herumgehetzt, weil meine Anhänger nicht so reden, werden sie niedergeschlachtet, feige niedergedolcht!

Aber lieber Freund! *Wir reden deshalb nicht so, weil wir ebenso überzeugt sind, daß das nicht wahr wäre, wie wir umgekehrt überzeugt sind, daß die Zeit kommen wird, in der uns einst das ganze deutsche Volk noch recht gibt.* (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Heilrufe.)

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 22. In der Denkschrift des Reichswehrministeriums über den Ausnahmezustand wurde betont: "Es ist nicht Sache der Wehrmacht, für längere Zeit den Zivilbehörden die Verantwortung für die Dinge der täglichen Verwaltung abzunehmen. Die politische Neutralität der Reichswehr, das Ergebnis der Arbeit dreier Jahre, mußte darunter leiden, wenn Stäbe und Truppen auf lange Zeit gezwungen wurden, sich mit politischen Einzelfragen zu befassen." Vgl. Das Krisenjahr 1923, S. 353. Zu weitergehenden Motiven und Plänen der Reichswehrführung vgl. Heinz Hürten, Reichswehr und Ausnahmezustand. Ein Beitrag zur Verfassungsproblematik der Weimarer Republik in ihrem ersten Jahrfünft, Opladen 1977, S. 41 ff.

Und wenn ich deshalb heute erkläre, daß die Zukunft Deutschlands entweder eine Lösung durch das Schwert erfährt oder tot ist, dann weiß ich weiter, lieber Genosse, daß du sofort in deinem Inneren mich als "Kriegshetzer" entlarvt siehst! Und doch hast du unrecht. Ich bin kein General und bin es nie gewesen, kein Großindustrieller, der an Rüstungen verdient, und auch kein Großkapitalist, ich habe mit all dem nichts zu tun. In meinem Militärpaß steht nur, daß ich bei dem Bezirkskommando München I gegebenenfalls wieder als Soldat einrücken müßte [24]. Aber deshalb kann und will ich doch nichts anderes reden als ich rede, und nicht nur weil es nicht wahr wäre, sondern weil ja doch kommt, was wir voraussagen: *denn Großdeutschland wird nicht sterben, es wird leben! (Tosender Beifall.) Trotz denen, die es heute töten wollen, wird es dennoch einmal wieder leben!* (Erneuter stürmischer Beifall.)

Keiner kommt um sein Schicksal herum, und sowie die Menschen glauben, sehr klug zu sein und der Natur Herr werden zu können, wird sie die Natur zu Boden zwingen, und da lernen sie erst dann diese grausame Göttin der Vernunft kennen. Unser deutsches Volk ist sehr klug. Es kennt alles und ist überaus zu Hause [*sic!*]. Nur eines sieht es augenblicklich nicht. Hier hat es die Zipfelmütze tief über das Auge gezogen und schlägt lieber gegen seinesgleichen, als daß es erkennen würde, wo sein wahrer Feind steht. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Volk entgeht seinem Zukunftskampfe nicht.

Denn ob Deutschland wirtschaftsfriedlich leben will oder nicht, es wird am Ende doch gezwungen sein, einmal für sein Dasein wieder einzutreten. Ja, wenn Sie das deutsche Volk selbst zurückschrauben wollten zur Größe eines Hollands, dann können Ihnen jetzt die französischen Enthüllungen mit erschreckender Deutlichkeit zeigen [25], daß selbst ein solcher Kleinstaat nicht der Gefahr des Krieges entkommt, wenn es dem bösen Nachbar[*n*] also gefällt [26].

Allerdings, Genosse, wendest du dann wieder ein: "Ja, bis dorthin wird die Welt sozialistisch sein!" Kommunistische Granaten sind dann wahrscheinlich auch nicht angenehmer als bürgerliche Granaten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, im Wesen wird sich dieses Zeug alles ziemlich gleichbleiben. Nur der Segen, mit dem man es abschickt, wird sich ändern. Ich persönlich kümmere mich nicht um solche Sachen. *Ich sehe nur eines: Am Ende steht der Kampf! So oder so! Da muß ich sagen: Wann wird Deutschland diesen Kampf der Zukunft, den ich kommen sehe, der kommen wird und der kommen muß, überhaupt noch einmal mit Aussicht auf Erfolg zu bestehen vermögen? Dann, wenn jeder deutsche Bürger ausnahmslos durchdrungen ist von der Erkenntnis, auch selbst Kämpfer sein zu müssen!* Das ist ein gewaltiges Erziehungsproblem der nationalsozialistischen Bewegung. Sie weiß, welche unpopuläre Aufgabe sie sich damit aufgeladen hat. Wir wissen, wie unpopulär die Aufgabe ist, heute eine Bewegung ins Volk hineinzutragen, um dadurch einen Staat zu errichten, in dem jeder nicht nur Bürger, sondern in erster Linie Soldat sein wird. Und doch tun wir das, weil es sein muß. Außerdem haben wir keinen Staat mehr; denn die Organisation der Futterkrippen für unsere Parteien wird wieder zugrunde gehen. Dann werden Sie, deutsche Volksgenossen, erleben,

24 Hitler war im Zuge der Demobilmachung am 31.3.1920 aus dem Militärdienst entlassen worden. Die von ihm genannte Bedingung enthält sein Wehrpaß nicht. Vgl. IfZ, F 19/6.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

26 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 4. Aufzug, 2. Szene, "Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt".

daß dieselben Marxisten als Habichte nicht dem Kampfe vorauseilen, sondern als Geier über dem Kampffelde schweben werden, wenn sonst nichts mehr zu gewinnen ist.

Das Deutsche Reich wird schweren Erschütterungen entgegengehen. Es kann nicht ewig so im "Frieden" weiterleben. Wir haben uns alle angewöhnt, mit Vorkriegsmaßstäben zu messen. *Das war aber damals nur denkbar, weil unser Volk in Waffen gerüstet die andere Welt zum Frieden zwang. Dieses Schwert allein hat den Frieden für Europa erhalten. Es ist heute zerschlagen.*

Es gab Zeiten, in denen es kein Preußen, kein Deutschland gab, aber es gab keine Zeit, in der es keinen Krieg gegeben hat.

In dem notwendig kommenden Kampfe um die deutsche Freiheit werden wir unserer Überzeugung nach überhaupt nur dann zu siegen vermögen, wenn das ganze Volk zum Träger des Kampfes geworden ist, und wenn damit die ganze Nation erkennt, daß das Schicksal es fordert, daß auch jeder einzelne für sich sich restlos einsetzt. Daß jeder sich für seine Klasse einsetzt, sieht der Kommunist als selbstverständlich an, daß alle sich für das Volk einsetzen müssen, das will er nicht verstehen. *Wenn aber damit das Heer die Nation sein muß und die Nation das Heer, dann ist die Frage berechtigt:*

Was ist unsere heutige Reichswehr?

Das deutsche Volk wird, wenn es den heutigen Zuständen für alle Zeiten entrinnen will, sich zunächst auf eines besinnen müssen: *Infolge unserer Lage in Europa dürfen wir niemals dulden, daß wir machtmäßig einem anderen Staat unterlegen sind.* Solange dieser eigentlich selbstverständliche Grundsatz nicht in die Gehirne des ganzen deutschen Volkes eindringt, wird fast jede kommende Generation dasselbe Leid zu tragen haben, das die heutige trägt und die frühere trug. Wir reden so oft von England, vom "kaufmännisch, perfiden" England [27]! Wir vergessen dabei aber zumeist, daß dieses England seine Lebensnotwendigkeiten klarer und klüger als Deutschland erkannt hat. *England wußte, daß seine Existenz abhängt von der Beherrschung der Meere.* Und es ist wahrhaft bewundernswert zu sehen, wie England immer alle Kräfte zusammenraffte, um die jeweilige Konkurrenz, die diese Wirtschaftsmacht bedrohte, zu beseitigen. *Nur wir Deutsche wußten nicht, daß unser Leben abhängig ist von unserer militärischen Vorherrschaft in Europa.*

Es gibt hier nicht zwei Möglichkeiten: Entweder wir schlängeln uns friedlich durch die Weltgeschichte, durch die Wirtschaft, oder *wir legen uns jene Rüstung bei, die genügt, um uns der "Angriffe der anderen zu erwehren". Es gibt auch hier nur das harte "Entweder - Oder". Wer nicht Hammer sein will, ist Amboß* [28]. *Und da gestehen wir Nationalsozialisten feierlichst, daß es unser Wille ist,*

das deutsche Volk wieder zum Hammer zu machen.

(Tosender Beifall.)

Und dann kann jeder Mensch, der sein Volk wirklich lieb hat, gar nichts anderes als wünschen, daß die Kräfte dieses Volkes zur Verteidigung des eigenen Volksdaseins möglichst große und umfangreiche sind.

---

27 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

28 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

Im gesunden Volk kann es damit gegen das Heer an sich überhaupt keine grundsätzliche Opposition geben. Es kann vielleicht eine verschiedene Meinung vorhanden sein über die Heeresform, über die Ausrüstung. Über die Dienstzeit, über die Rekrutierung usw. Jawohl, darüber kann es vielleicht Meinungsverschiedenheiten geben.

Niemals aber über die Notwendigkeit des Bestandes einer Organisation für den Kampf um die Erhaltung des Volkes an sich.

Wer gegen den Gedanken des Heeres grundsätzlich an sich Stellung nimmt, zeigt damit, daß ihm das Dasein seines Volkes gleich ist. Es beweist aber auch seine Inkonsequenz, wenn er auf der einen Seite das Dasein seines Volkes im Großen nicht vertritt, aber im Innern ein soziales Glück sich erwünscht und dabei selbst als Marxist dieses soziale Glück nur im persönlichen Wohlergehen sieht. Wenn Sie sagen würden: Unser marxistisches Glück ist ein vollkommen weltabgewandtes, ein vollkommen lebensfernes Glück, wir sind Asketen (Heiterkeit), wir wollen weniger Löhne, wir wollen weniger zum Essen, wir wollen ein indisches Dasein der Selbstaufgabe, dann könnte man sagen, braucht ihr keine Armee. Das bekommt ihr auch so! (Große Heiterkeit.) Ihr sagt aber: Wir wollen mehr zum Leben, mehr zum Essen, wir wollen mehr Löhne!

Zugleich bringt ihr aber unser ganzes Volk ums nackte Dasein, um dann zu erklären: Wir nehmen das alles der Bourgeoisie weg! Darauf kann man wirklich nur eines zur Antwort geben: Oh ihr armseligen Wichte! In Rußland habt ihr ja so gehandelt! Ihr müßt dort unendlich reich sein, es muß euch dort doch blendend gehen! Dort habt ihr ja der Bourgeoisie ohne Zweifel alles weggenommen! Und trotzdem müßt ihr dort heute noch um Brot anstehen [29]. (Tosender Beifall.) In eurem Rußland! (Brausender Beifall.)

Ihr werdet doch wohl nicht behaupten, daß euch dort etwa heute noch die Bourgeoisie das Brot wegißt? Wäre das so, dann könnten es höchstens die Kommunisten tun! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Sonst niemand, aber mit so dummen und irrsinnigen Redensarten bringt ihr es fertig, über das Schicksal eurer Nation hinwegzugehen. *Erst predigt ihr Glück im Inneren und soziale Wohlfahrt - dann stürzt ihr den ganzen Staat und das ganze Volk in endloses Elend - und endlich schickt man euch zum Stempeln.* (Stürmischer Beifall.)

Es ist ein Irrsinn, wenn jemand grundsätzlich gegen das Heer an sich Stellung nimmt, gegen den Gedanken einer Wehrmacht und gegen die Notwendigkeit einer Wehrmacht.

Aber diesen Irrsinn, der zugleich ein Verbrechen ist, predigt die marxistische Schar.

Die Zerstörung der Armee durch Marxismus und Judentum

Ich will Ihnen nur in ganz großen Zügen das Wesen des Marxismus und das, was er will und für unser Volk bedeutet, erklären.

Erstens das Ziel:

Das Ziel des Marxismus in der letzten Konsequenz heißt Judenherrschaft.

Und warum?

Das jüdische Volk hat genauso einen Selbsterhaltungstrieb wie jedes andere auf der Welt. Es kämpft wie jedes andere um sein Dasein. Nur seine Waffen in diesem Kampf sind andere. Das jüdische Volk ist zu allen Zeiten kein Volk des Kampfes mit dem Schwert gewesen, son-

29 In mehreren Städten der Sowjetunion waren Mitte März 1929 Brotkarten wieder eingeführt worden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 385.

dern blieb im Streite der anderen möglichst weit rückwärts, um als erstes aus dem Kampf zurückzukommen und Vorteile ziehen zu können. Es war das Volk, das seinen Kampf mit besonderen Künsten führte. Vergiftung der anderen Völker, Zersetzung derselben, Zerstörung ihrer Staatsformen und vor allem Zerstörung ihrer Widerstandskräfte an der Spitze ihre Heere. Kurz, Auflösung der Völker in einzelne Menschen. Je mehr die Volkskörper zerfallen, um so eher kann das Judentum als letztes Volk zu seiner höchsten Herrschaft gelangen.

Es ist nun der Zweck und die Aufgabe der marxistischen Lehre und ihrer Organisation, die Spaltung unseres Volkes zu besorgen. Es ist dabei kein Zufall, daß sich das Judentum hier in erster Linie der Arbeiter der Faust bedient. Nur der Wahnsinn kann die Taten vollbringen, die das Judentum braucht. Wenn aber Menschen der rohen Faustgewalt plötzlich von Verbrechern geführt werden, sind sie stets noch zu jeder Wahnsinnstat fähig gewesen. *Dann bringt es der Wahnsinn fertig, daß derselbe Mensch, der auf der einen Seite für den "Weltfrieden" schreit und die "Waffen nieder" ruft, sich ein Messer nimmt, es schleift und seinen eigenen Volksgenossen, der nicht seiner Meinung ist, ohne weiteres niedersticht.* Die Beseitigung der eigenen nationalen Intelligenz durch die Blutherrschaft des Proletariats kann den Juden zum Herrn der Völker machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, verfährt die Lehre dieser Organisation nach drei Gesichtspunkten:

1. *Massenherrschaft!* Meine lieben Freunde, nicht Volksherrschaft; denn Volksherrschaft kann niemals identisch sein mit Dummheit. Mein lieber Freund, du wirst nicht behaupten wollen, daß dein Ziel ist, ein Volk durch die Dummheit regieren zu lassen, du wirst auch nicht behaupten können, daß deiner Meinung nach die Dummheit besonders geeignet sei, ein Volk zu regieren, du kannst aber noch viel weniger leugnen, daß dein demokratisches System zwangsläufig die Dummheit zum Regiment erhebt. Das ist das erste.

2. *Internationalismus!* So wie du die Bedeutung der Person beseitigst, beseitigst du die Bedeutung des Blutes, der Rasse. Du sagst, ob Goethe oder Johannes Mayer, ist vollkommen einerlei. Es gibt keine Größe! Wenn sich 10 zusammentun, so sind das mehr als einer, und wenn sich hundert zusammentun, sind es hundertmal mehr. Was heißt Staatsmann? Wenn ein Mensch 70.000 Stimmen bekommt[30], ist er ein Staatsmann (Heiterkeit), denn sonst hätte er die 70.000 Stimmen nicht bekommen. Was heißt Armeeführer? Wenn einer mit Majorität gewählt ist, ist er ein Armeeführer; denn sonst wäre er nicht gewählt worden. Mit anderen Worten also: *Kampf gegen die Person!* Und wenn du die Person vernichtest, ist es logisch, daß, wenn unter den Personen kein Unterschied ist, noch weniger ein Unterschied sein kann zwischen Völkern. Ob Neger oder meinetwegen Schwede, ist einerlei. Hundert Neger sind mehr als zehn Schweden. Und umgekehrt sind hundert Schweden mehr als zehn Neger. Sonst sind sie aber vollkommen gleich. Alle Menschen sind gleich bis zum Papua herunter! Das plapperst du in deinem Irrsinn nach, lieber Genosse, und siehst nicht, wie hinter dir der Jude steht, der sich wälzt vor Lachen über deine Narrheit. (Lebhafter Beifall.) *Der denkt nicht daran, daß vielleicht er auch auf der Stufe der Papuas stehen könnte. Nach seinem Willen sollst du zum Bastard werden, und er ist dann dein Herr.*

30 Um ein Reichstagsmandat zu erlangen, mußte ein Kandidat 60.000 Stimmen auf sich vereinigen. Vgl. Reichswahlgesetz vom 6.3.1924, §§ 30-32, RGBl. 1924, I, S. 162.

Und das Mittel zu dem allen heißt dann Klassenkampf. Klassenkampf, das heißt Terror im Innern gegen die, die nicht der gleichen Überzeugung sind, und weiter Lüge und Verleumdung u[*nd*] bewußte Volksverdummung; Volksverdummung, indem man die Angehörigen des Volkes von den natürlichen Bedürfnissen ihres Lebens geistig entfernt, indem man ihnen das *Verständnis für die Lebensvoraussetzungen* raubt und statt dessen ihr Gehirn vollstopft mit lauter blödsinnigem, spintisierendem Zeug, mit lauter Ismen. Jeder ratscht das Alphabet herunter, das ihm eingetrommelt wird, und wenn du einen fragst, "Genosse, was heißt denn das, [*was*] verstehst du unter dem, unter dem, was du sagst", so gibt er zur Antwort, "das habe ich gelesen". Denken könnte er das ja gar nicht. Man gibt ihm Fremdworte, damit er selbst nicht denken kann. Würde man ihm das deutsch sagen, so käme er vielleicht zu der Ansicht, halt, jetzt verstehe ich das, das ist ja Blödsinn. So aber sagt er sich, "Du sagst 'Proletarier', an sich weiß ich nicht, was das ist, aber wenn du sagst, es ist ein Ehrenbegriff, dann bin ich Proletarier, und wenn es heißt, Proletarier aller Länder vereinigt euch [31], gut, wir vereinigen uns, wir Proletarier aller Länder vereinigen uns, gleichgültig, ob Chinesen oder Hottentotten oder Zulukaffern, alle Proletarier vereinigen sich." Lieber Freund, unser lieber Herrgott hat ganz genau gewußt, warum er nicht selbst diesen Stall gemacht hat. Er hätte es tun können. Glaube nicht, daß du dazu da bist, die Natur zu korrigieren! (Stürmischer Beifall.)

Diese Lehre, die in Deutschland die Völkerzerstörung betrieb, ist dabei nur ein Werkzeug in der Hand des internationalen Juden. Geistig wird unser Volk verpestet und vergiftet durch die Freimaurerei. Die breiten Massen werden zerstört durch die Presse, und als Gewaltmittel hat oder vielmehr hatte dann der Marxist die Straße, denn auf die Straße sind unterdessen wir Nationalsozialisten getreten. (Beifall.)

Die Bekrönung dieses ganzen Denkens heißt dann für den Marxismus Diktatur des Proletariats. Nun, wenn 70.000 Menschen schon schwerlich einen genialen Staatsmann wählen können durch ihre Stimmzettel, so können sie noch viel schwieriger diktieren, sondern es ist selbstverständlich, *daß nur die diktieren, die sich schlauerweise in den Besitz des willigen Werkzeugs dieser 70.000 Menschen gesetzt haben.* Es diktieren also diejenigen, die den 70.000 tatsächlich das Material für ihr Denken liefern und für ihr Handeln, und das sind die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, sind in Wirklichkeit die Inhaber der Presse, die die öffentliche Meinung machen, *in Wahrheit also das Großkapital, das dahintersteht, und damit immer wieder der internationale Weltjude.* So handelt in Wirklichkeit der Jude nur, wie er handeln muß. Er braucht dazu nicht befohlen zu werden, er handelt gemäß seinem Blut, und sein Handeln führt naturnotwendig zur Zerstörung der anderen.

Da müssen wir allerdings sagen, eine Lehre, die so zum Instrument eines anderen Volkes wird, die so sehr das eigene Volk zerstört, so sehr ein Volk untergräbt, eine solche Lehre müßte ausgerottet werden und zwar restlos. (Zurufe, sehr richtig.)

Da ist es staunenswert zu sehen, welche Haltung diese Lehre zur sogenannten Wehrfrage einnimmt. Es ist wieder bemerkenswert, daß die Hauptschriften, die von dieser Seite aus zur Wehrfrage Stellung nehmen, fast nur von Juden redigiert sind. Es scheint fast so, daß das Proletariat, das doch sonst an die Majorität glaubt, in seiner Majorität nicht fähig ist, eine solche

31 Schlußsatz des 1848 veröffentlichten Manifests der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels.

Frage zu behandeln, sondern nur die auserwählten Juden, Herr Professor *Max Adler* [32] - meist sind diese Adler Lämmergeier (Heiterkeit) - Herr *Paul Levi* [33], auch so ein Löwe vom Libanon, Herr *Kurt Rosenfeld* [34], Herr Seydewitz [35] - den kenne ich nicht - und Herr Ströbel [36] - das wird wohl der Renommiergoy [37] sein. (Heiterkeit.) Ich lese nur die Namen herunter von der interessanten Schrift

"Sozialdemokratie und Wehrproblem" [38].

Es ist eine von der Sozialdemokratie höchst selbst herausgegebene Broschüre über die Stellung der Sozialdemokratie zum Wehrproblem mit einer ganz besonderen Ergänzung "Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie" von Dr. Paul Levi. Ich meine, daß ja diese Herren das Wehrproblem alle genau kennen müssen, schon von ihren Fronterfahrungen her. (Heiterkeit - Beifall.) Wenn nun die Sozialdemokratie tut, als ob sie überhaupt eine bestimmte Einstellung zu einem Wehrprogramm hätte, so ist das an sich schon eine Lüge. Sie hat überhaupt keine "Einstellung", sondern kennt nur eines, Zerstörung aller Wehrkeime, Wehrzellen, Wehrformationen, Wehrorganisationen, die ihr in den Weg kommen, solange sie nicht in der Hand des Judentums sind. Das ist ihre einzige Aufgabe, ihr Wehrmachungsprogramm ist an sich schon lächerlich, weil ich selbstverständlich doch nicht ein Volk wehrhaftig [*sic!*] machen kann, wenn ich es innerlich zerstöre. Die Sozialdemokratie braucht nicht zu erklären, daß sie den Ausdruck organisierte Wehrkraft nicht will, daß sie keine organisierte Wehrmacht will. Ihre Tätigkeit im Volksinnern zerstört ja an sich die Basis jeder Wehrkraft, zerstört die Nation, das Volk an sich. Prüfen Sie doch einmal, was der Marxismus heute in Deutschland an Volkszerstörung vollbringt! Sie können prüfen, was Sie prüfen wollen, jede Handlung dieser Partei zerstört ir-

---

32 Max Adler (1873-1937), Universitätsprofessor, 1896 Dr. jur., 1919 Privatdozent für Gesellschaftslehre an der Universität Wien, 1920-1923 Abgeordneter im österreichischen Nationalrat, 1921 außerordentlicher Professor der Soziologie an der Universität Wien.

33 Paul Levi (1883-1930), Rechtsanwalt, 1905 Dr. jur., Mitglied des Spartakusbundes, 1918/19 Mitbegründer der KPD, 1919 Vorsitzender der KPD, 1921 Parteiausschluß, 1920-1930 MdR (KPD, 1922 USPD, später SPD).

34 Kurt Rosenfeld (1877-1943), Rechtsanwalt, 1899 Dr. jur., 1910-1920 Stadtverordneter in Berlin (SPD, 1917 USPD), November 1918 bis Januar 1919 preußischer Justizminister, 1919/20 MdL in Preußen, 1920-1932 MdR (USPD, 1922 SPD), 1931 Ausschluß aus der SPD, 1931 Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), 1933 Emigration.

35 Max Seydewitz (1892-1987), Schriftsetzer, 1919-1920 Chefredakteur der "Volksstimme" Halle, 1920-1931 Chefredakteur des "Sächsischen Volksblatts" Zwickau, 1924-1932 MdR (SPD), 1927-1931 Chefredakteur und Mitherausgeber von "Der Klassenkampf - Marxistische Blätter", 1933 Emigration.

36 Heinrich Ströbel (1869-1944), Journalist, 1900-1916 Redakteur des "Vorwärts", November 1918 bis Januar 1919 Kabinettschef der provisorischen preußischen Regierung (USPD), 1924-1932 MdR (SPD), 1931 Übertritt zur SAP, im gleichen Jahr Wiedereintritt in die SPD, 1933 Emigration.

37 Goy. Hebräisch: Nichtjude.

38 Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter). Vgl. Dok. 2, Anm. 9.
Die Broschüre enthielt die Forderungen des linken Parteiflügels der SPD zu einem Wehrprogramm und wurde auf dem Parteitag in Magdeburg (26. bis 31.5.1929) beraten und in veränderter Form als "Richtlinien zur Wehrpolitik" mit 242 gegen 147 Delegiertenstimmen angenommen. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 144 f.

gend etwas an der Kraft unseres Volkes. Ob das die Einstellung dieser Partei, sagen wir, zur Jugenderziehung ist oder sagen wir besser, zur Jugendvergiftung, ob das Programm dieser Partei etwa Stellung nimmt zur Frage der Volksvermehrung, ob sie Stellung nimmt zu den Problemen Kunst, Theater, Literatur, ob sie Stellung nimmt zur eigenen nationalen Wirtschaft, zur Substanz unserer Wirtschaft, ganz einerlei, wo Sie hinsehen, das Programm heißt immer planmäßige Zerstörung und Vernichtung auf allen Gebieten. Man braucht dabei schon gar nicht mehr zu sagen, daß diese Partei wehrpolitisch negativ eingestellt ist. *Sie muß es ja sein, weil sie zunächst innerlich ja alles vernichtet, weil sie die Basis jeder Wehrpolitik unterhöhlt, nämlich das gesunde eigene Volkstum.* Es ist auch nicht verwunderlich, wenn die Sozialdemokratie vor allem gegen das besonders Stellung nimmt, was vielleicht rückwirkend Widerstand gegen die Zerstörung des Volkstums ausüben könnte. Daher auch einst der gewaltige Kampf gegen das alte deutsche Heer [39].

Das haben so viele unserer höchsten Reichswehroffiziere doch anscheinend heute vergessen, daß die deutsche Sozialdemokratie 50, 60 Jahre lang ihr Wehrprogramm praktisch ausgeübt hat und so lange ausübte, bis endlich die deutsche Armee zusammenbrach [40].

Man sage nicht, "das war nur ein Teil"! Nein! wenn Sie sagen, daß das, was heute da ist, doch ein Beweis dafür ist, daß nicht alle Sozialdemokraten den Standpunkt einnehmen, so kann ich nur zur Antwort geben, den heutigen Staat erkennt die Sozialdemokratie ja gar nicht als ihren Staat an. Die sagt dauernd, "das ist ein bürgerlicher Staat". Sie hat ihr Ziel nicht aufgegeben, sondern erklärt in ihrem Wehrprogramm ausdrücklich, daß der Kampf gegen den Staat ihr Programm ist, und zwar sagt sie, daß der Kampf, wenn notwendig, mit allen revolutionären Mitteln der Straße durchgeführt werden muß [41]. Das ist ja auch ganz selbstverständlich. Diese Partei wird solange in den Parlamenten herummurxen, solange sie auf diesem Wege die Nation vernichten zu können glaubt. Sowie sie sieht, daß sich dort gegnerische Majoritäten bilden, wird sie wieder auf die Straße gehen, sie wird dann mit allen Mitteln wieder überall zersetzen, wie sie das schon 60 Jahre lang vorher gemacht hat, und es gehört der gänzlich unpolitische Blick der höchsten Reichswehrspitzen dazu zu glauben: Paul Levi schreibt nur so, er ist vielleicht doch im Inneren ein geheimer Militarist. (Heiterkeit.) Das ist jener Glaube, der nicht erschüttert wird, bis die Tatsachen andere sind. Und dann, ja dann muß man sich wieder umstellen.

Auch der Kampf gegen die alte Staatsform ist nur zu verstehen aus dem Bestreben heraus, das ganze alte Reich, die Basis unseres Volkes, die Quelle unserer Kraft langsam zu vernichten. Dabei fühlte man noch, daß dort eine besondere Gefahr lag, insofern, als Kaiser und Heer

39 Zum Verhältnis zwischen SPD und Heer im Kaiserreich vgl. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II sowie Butterwegge/Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, S. 13 ff., 50 ff.

40 Bereits am 28.9.1918 forderte der Erste Generalquartiermeister der OHL, General Erich Ludendorff, von der Reichsregierung ultimativ, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen, da die Armee nicht länger in der Lage sei, Widerstand zu leisten. Das deutsche Waffenstillstandsangebot vom 3.10.1918 erfolgte für die deutsche Öffentlichkeit überraschend und trug zur Beschleunigung des militärischen Zusammenbruches und zum Ausbruch der Revolution bei, die Ende Oktober, Anfang November 1918 mit Meutereien der kaiserlichen Flotte begann. Zu Ursachen und Umständen des Zusammenbruchs vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff. sowie Dok. 3, Anm. 19.

41 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 18 f.

identische Begriffe waren und noch zusammengehörten [42]. Das mußte durchschnitten werden, das durfte nicht sein. Politik und Wehrmacht müssen getrennt, vollkommen getrennt werden, d. h., die Politik wird von Gaunern gemacht, und an die Spitze der Wehrmacht müssen unpolitische Köpfe treten, gänzlich unpolitische Köpfe. Dann allein kann das Gaunertum ein Volk mit aller Seelenruhe beherrschen, dann hat das Gaunertum die offiziellen Machtmittel zur Seite, dann kann das Parteitum eine Nation zugrunde richten. Unpolitische Offiziere und geriebene Parlamentarier als Repräsentanten eines Volkes! So kann dann das Ziel, das der Jude sich gesteckt hat, am ehesten erreicht werden.

Der Mißbrauch der "unpolitischen Reichswehr" durch Marxisten und Demokraten
Ein Appell an das deutsche Offizierskorps

Was wir heute erleben, ist die Folge von Fehlern, die immer wieder begangen wurden. Im Jahre 1918/19 mußte man die Reste der alten Armee, die sich zur Verfügung stellten, zur Niederschlagung des Aufruhrs einfangen, und man hat sie eingefangen

für Ruhe und Ordnung

im Dienste der Erhaltung des kleineren Übels für den neuen Staat [43]. Nun, da langsam die Quellen der Unordnung und Unruhe zugestopft werden, d. h., das Volk teils zermürbt ist, teils in den Gefängnissen liegt, kann man langsam das Instrument für Ruhe und Ordnung abbauen, bzw. so verwandeln, daß es später seiner Mission mehr und mehr gerecht wird. Da kann ich zunächst nur eines sagen: *Wer hat einst das alte Reich zerstört? Das ist eine Gewissensfrage, die meiner Überzeugung nach ein Offizier von Ehre nicht anders als wahr beantworten kann. Wer hat es zerstört? Der Marxismus! Und heute glaubt man, mit ihm regieren zu können!* Glauben Sie mir, es ist entsetzlich, wenn Offiziersehre sich nicht mehr deckt mit dem höchsten Ehrbegriff an sich. (Lebhafter Beifall.) Wir sind keine Offiziere. Ich war nur gewöhnlicher Musketier [44]. *Aber ich kenne keine Versöhnung und keine Verständigung mit Verrätern und mit Vernichtern des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen uns mit ihnen nicht versöhnen, wollen nicht teilhaben an ihrer Herrschaft, sondern wir wollen nur vor der Geschichte die Mission erfüllen, die erfüllt werden muß, nämlich, daß jede böse Tat einmal ihre Sühne finden muß.* Sowie überhaupt der Offizier hier ins Wanken geraten kann, sowie er überhaupt nur glaubt, sich auf irgendeiner mittleren Linie mit den Zerstörern des Vaterlandes, die er tausendfältig vor sich enthüllt und entlarvt sehen muß, vielleicht doch treffen zu können, sowie er das tut, verläßt er seine Stellung. Im selben Augenblick setzt er sich selbst herunter, im selben Augenblick bricht etwas zusammen, was früher fast graniten und unerschütterlich schien, im selben Augenblick verliert er den Nimbus, den er früher hatte, wird er vielleicht reif, an parla-

42 Kaiser und Armee hatten eine hervorgehobene verfassungsrechtliche Stellung zueinander. Artikel 63 der Reichsverfassung von 1871 übertrug dem Kaiser die Kommandogewalt über die Streikräfte, darüber hinaus verfügte er über ein parlamentsunabhängiges Militärverordnungsrecht. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV, S. 515 ff.

43 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

44 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 99 ff.

mentarischen Diners teilzunehmen, wird er reif, bei einem diplomatischen Zirkel angesprochen zu werden, wird er vielleicht reif, von einem Sowjetbotschafter eingeladen zu werden. *Ja, aber je mehr er an solchen Ehren teilnimmt, um so mehr entfernt er sich vom Herzen seines Volkes, das allein ihm die Kraft geben kann und das allein ihn zu schützen und zu decken vermag, ihm aber auch allein, wenn es nötig ist, die Menschen gibt, die ihm zu dienen gewillt sind, um das zu erfüllen, was er eigentlich erfüllen sollte, und für was er da wäre.*

Die deutsche Reichswehr

Sie ist einst entstanden in den Jahren 1918/19 und [*19*]*20 und nicht etwa aus Soldatenratsformationen, sondern diese deutsche Reichswehr, sie ist damals entstanden aus deutschen Soldaten, die sich innerlich wiedergefunden haben, die gegen den Saustall Stellung genommen haben.* (Beifall.)

Wenn Sie nun sagen, sie sei doch für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung entstanden, meine sehr geehrten Herren, so nehmen Sie Stellung für das, was Ihnen damals als recht erschien; denn leider waren Sie ja auch damals "unpolitisch".

Wären die Freikorps 1919 nicht unpolitisch gewesen, sondern hätten sie bewußt nationale Politik getrieben, dann wäre Deutschland heute nicht da, wo es heute ist, dann hätte diese Menschenmenge, die ihr Blut einsetzte, das Schicksal des Reiches in seine Hand nehmen können, und das wären dann Volksbeauftragte gewesen, nicht jene, die sich damals dazu gemacht haben; denn Volksbeauftragter ist in meinen Augen der, der die höchste Aufgabe einer Nation erfüllt, nämlich sein Blut einsetzt und nicht der, der zu Hause seine Nation verjobbert [*sic!*]. (Lebhafter Beifall.) Aber schon damals hatten sie keine politische Idee, und was die Freikorps nicht hatten, hatten dafür ihre politischen Befehlshaber, die hatten eine politische Idee und haben sie in eine entsprechende Form gebracht; und wieder sind Tausende von jungen deutschen Menschen für dieses ganze schmierige Parteipack gefallen, und ihr Tod bewirkte nur, daß das Regiment der Unfähigkeit stabilisiert wurde, das wir zur Zeit vor und über uns sehen.

Das war das positive Ergebnis des unpolitischen Charakters der Reichswehr.

Dann ist dieses Instrument wieder in eine bestimmte Form gekommen, hat sich auf Grund des Friedensvertrages eine bestimmte Stärke beigelegt [45], hat wieder eine bestimmte Schulung vorgenommen, wurde langsam wieder diszipliniert und stand dabei immer wieder vor der Frage, sollen wir politisch denken, oder dürfen wir nicht politisch denken, und hat schließlich nie politisch gedacht [46].

So können wir die Tatsache erleben, daß in der Zeit, in der unser Volk eine organisierte Wehrmacht von 100.000 Mann hatte, die politische Entwicklung im Innern katastrophal nach unten ging.

Man spreche sich nicht frei von Schuld! Es gibt keine Armee, die nur Selbstzweck hätte, sondern ihr Zweck heißt, Dienst an der Nation. Mit hunderttausend Mann kann man natürlich nicht Krieg nach außen führen, aber die Nation kann eine solche Armee in jenen Zustand brin-

45 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages legte die Stärke des Heeres auf 100.000 Mann, Artikel 183 die Stärke der Marine auf 15.000 Mann fest. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943.

46 Anspielung auf die vom Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, bewußt geförderte unpolitische Haltung der Reichswehr. Vgl. Schüddekopf, Heer und Republik, S. 67 ff.

gen, der ihr einmal wieder die Macht gibt, das Schicksal zu verteidigen. Sie sagen, "wir sind nur dazu da, daß wir Ruhe und Ordnung erhalten" [47]. *Ich frage Sie: ist das Ruhe, was Sie beschützen? Heißen Sie das Ordnung, was Sie beschirmen?* Die Weltgeschichte wird das einmal anders bezeichnen.

Es gibt einen anderen Staat, in dem die Armee über diese Notwendigkeiten eine andere Auffassung gehabt hat. Das war in dem Staat, in dem im Oktober 1922 sich auch eine Schar anschickte, die Zügel des Staates aus den Händen der Verderber zu nehmen [48], und da sagte die italienische Armee nicht, "wir sind nur dazu da, Ruhe und Ordnung zu bewahren", sondern sie sagte, wir sind dazu da, dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten [49]. (Stürmischer Beifall.) Und die Zukunft liegt nicht bei den Parteien der Destruktion, sondern bei den Parteien, die in sich tragen die Kraft des Volkes, die bereit sind und sich verpflichten wollen, mit dieser Armee eines Tages auch für die Interessen des Volkes einzutreten. Dagegen sehen wir bei uns die höchsten Reichswehrspitzen noch heute nachträglich sich über den Gedanken abquälen, inwieweit man mit der Sozialdemokratie zusammengehen kann. Ja, meine sehr verehrten Herren, glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich mit einer Weltanschauung überhaupt nur berühren können, die ihrem inneren Wesen nach die Auflösung dessen bedingt, was Sie als Voraussetzung für den Stand einer Armee brauchen? Sie brauchen zunächst ein Volk, das gesund ist. Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht, ob sie ein Ideal vor sich hat oder nicht, uns ist es gleich, ob junge Menschen geboren werden oder nicht. Das können Sie nicht sagen. Sie brauchen das alles, sonst ist Ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat.

Sie können zweitens auch nicht sagen, uns ist es gleich, ob wir am Ende eine Demokratie haben oder nicht. Meine Herren, *Gesetze sind entweder richtig, oder sie sind nicht richtig.* Führen Sie die Demokratie bei Ihnen ein! Der Marxismus verlangt die Demokratisierung der Armee, die Einführung parlamentarischer Methoden in der Armee. Ist Ihnen das gleich? *Wenn Sie wirklich nur an den Zweck des Heeres denken, können Sie sich nicht zusammensetzen mit einer Organisation, deren innerste, rein geistige Verfassung schon, ich möchte sagen, dem Wesen jedes Heeres widerspricht. Sie brauchen die Autorität der Person, und der Marxismus braucht die Autorität der Masse. Und Sie brauchen Köpfe, und der Marxismus braucht Zahlen. Sie brauchen Gehorsam, und der Marxismus predigt Widerstand. Sie brauchen Disziplin, und der Marxismus predigt Zerfall, Wirrnis. Sie brauchen Kameradschaft, und der Marxismus predigt Klassenhaß.*

Kämpfen Sie doch mit marxistischen Formationen! Ja, es ist entsetzlich, wir wissen es alle. Der Reichswehrgeneral, der vielleicht glaubt, politisch mit den Marxisten zusammengehen zu können, weiß ganz genau, daß, wenn seine Truppen aus Überzeugung zum Marxismus stünden, er nicht mehr General sein würde. (Beifall.)

Zum Kämpfen sieht er sie nicht, die Marxisten. Er weiß auch ganz genau, er kann sie nicht brauchen. *Und wenn heute der Appell an das Volk kommt zur Ausführung einer Tat, dann*

47 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.
48 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.
49 Vgl. Anm. 19.

wird dieser Appell, wenn die Tat Blut erfordert, nicht mit dem Sprachrohr nach links ausgestoßen, sondern dann erinnert man sich plötzlich wieder der anderen Seite. Die Marxisten predigen den Pazifismus nach außen, predigen den Pazifismus als Weltanschauung [50]. *Kämpfen Sie doch mit den Bataillonen des Pazifismus! Wenn dieser die Religion des jungen Heeres wird, werden Sie napoleonische Taten nicht vollbringen!* Ich glaube, der General, der heute noch sich mit dem Gedanken beschäftigt, mit dem Marxismus irgendwie sich verständigen zu können, hat infolge seines unpolitischen Denkens keine Ahnung,

daß Marxismus und Heer, Marxismus und Heeresgedanke, ja Marxismus und Soldatengedanke vollkommen weltenfern getrennte Dinge sind

und daß das Dasein des Einen zur Vernichtung des Daseins des Anderen führt. Entweder man hat einen gesunden Staat mit einer wirklich wertvollen Heeresorganisation, dann heißt das Vernichtung des Marxismus, oder man hat einen blühenden marxistischen Staat, dann heißt das Vernichtung einer Heeresorganisation, die höchsten Zwecken dienen kann.

Das landesverräterische "Wehrprogramm" der Sozialdemokraten

Sie sehen, das wahre Gesicht der Sozialdemokratie, das nie geändert werden kann, es zeigt sich auch hier in diesem Wehrprogramm.

"Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß, parlamentarische Kontrolle der Reichswehr!" [51] Da danke ich. Ich bin nicht Offizier, aber von einem Parlamentarier mich kontrollieren zu lassen, würde ich ablehnen (Beifall), denn was heißt Parlamentarier? Von Dokumentendieben, von Vaterlandsverrätern, von Dokumentenverrätern [52] lassen Sie sich kontrollieren! (Beifall.)

"Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat!" [53] Ja, das ließe sich hören, wenn das paritätisch vorgenommen würde, wenn angefangen vom Gehalt des Chefs der Reichswehr eine Herabsetzung erfolgen würde. Vielleicht würde das erzieherisch von ausgezeichneter Wirkung sein. Da es sich aber hier um die Herabsetzung jener Mittel handelt, die die Armee braucht, um überhaupt bestehen zu können, muß ich erinnern an die Erfahrungen des Jahres 1914, da Sie doch alle genau wußten, was es bedeutet, daß der Reichstag uns schamlos jahrzehntelang die Mittel zur Ausbildung der Jugend verweigerte, so daß die Jugend als wehrloses Kanonenfutter vor den Feind getrieben wurde [54].

---

50 "In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb *lehnt* die Sozialdemokratie *jeden Krieg ab*, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden." Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 14.

51 Vgl. ebenda, S. 31.

52 Die geheime Panzerkreuzerdenkschrift des Reichswehrministeriums war in nur in wenigen Exemplaren an Reichstagsabgeordnete abgegeben worden, aber dennoch in einer Übersetzung in der englischen Zeitschrift "Review of Reviews" vom 15.1.1929 erschienen. Vgl. "Das Panzerschiff" vom November 1928. Teildruck: Schüddekopf, Heer und Republik, S. 251-254.

53 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.

54 Bis 1912 strebte die Reichsregierung einschließlich des Kriegsministeriums eine volle Ausschöpfung der Wehrkraft nicht an. Bei Kriegsausbruch 1914 waren daher von 10,4 Millionen 20 bis 45jährigen Wehrpflichtigen 5,4 Millionen militärisch nicht ausgebildet. Vgl. Wiegand Schmidt-Richberg, Die Regierungszeit Wilhelms II. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V, S. 52.

"Abschaffung der Kriegsflotte!" [55] Was heißt das? Das ist eine Verneigung vor Sowjetrußland. Die Kriegsflotte soll überhaupt weg, damit die Ostsee vollkommen frei und ungedeckt ist, und damit vor allem Ostpreußen verlorengeht. Das ist das Ziel. (Zuruf: Lumpenbande.)

"Verbot der Wehrverbände!" [56] Weshalb? Weil man genau weiß, wenn heute die Stunde der Not kommt, aus dem Reichsbanner bekommt das Heer für die ärgsten Entscheidungen keine Rekruten. (Heiterkeit.) Man fürchtet nur, daß für die großen Generalauseinandersetzungen, sei es im Innern oder nach außen, vielleicht noch die Wehrverbände in Frage kommen könnten. *Vor allem sind sie aber die Träger des Geistes von einst.* In ihnen lebt noch etwas wie Tradition, und eine Organisation, die demokratisch ist, kann nicht Traditionen wünschen.

"Änderung des bestehenden Rekrutierungssystems, Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung!" [57] (Heiterkeit.) Nicht nur der fähige Staatsmann wird also ausgelost, sondern auch der Soldat wird künftig ausgelost!

"Wahl einer Personalvertretung durch die Soldaten zum Schutz ihrer Rechte, Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten!" [58]

Es ist bemerkenswert, daß es Reichswehroffiziere, höchste Reichswehroffiziere gibt, die sehr wohl sagen, "wir können mit dem Marxismus zusammengehen" [59], dabei aber selbst sehr dafür sind, daß ihre Truppe nicht die staatsbürgerlichen Rechte ausübt [60]. Wir wären einverstanden damit, wir wären einverstanden, weil wir überzeugt sind: *Wenn heute eine Armee, in der nicht Charakterlosigkeit Trumpf ist, sondern Ehre, die staatsbürgerlichen Rechte erhält, dann steht sie eines Tages im Lager der Nation.*

"Demokratisierung des Disziplin[*ar*]*rechts und des Militärstrafrechts!"* [61] Demokratisierung des Militärstrafrechts? Ein Militärstrafrecht kennen wir praktisch nicht [62]. Aber Demokratisierung des Disziplinarrechts - ich weiß nicht, vielleicht kommt als Berufungsinstanz dann ein parlamentarischer Ausschuß mit Herrn Levi als Vorsitzenden. (Heiterkeit.)

"Planmäßige Förderung des Friedensgedankens auf allen Volks- und höheren Schulen?" [63] Besonders wichtig für die Vorbereitung zum guten Soldaten. (Heiterkeit.)

"Parlamentarische Kontrolle aller Verträge der Heeresverwaltungen!" [64] Ich glaube nicht, daß das rein destruktiven Gedanken entspringt, sondern ich glaube eher, daß dabei kommerzielle Möglichkeiten im Auge behalten werden. (Heiterkeit.) In einer Zeit, in der alles mit Prozenten gemacht wird und überall Kommissionsabgaben geleistet werden, kann man vielleicht

55 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.
56 Vgl. ebenda.
57 Vgl. ebenda, S. 34.
58 Vgl. ebenda.
59 Zur versuchten Annäherung zwischen Reichswehr und SPD Ende 1928 vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 55 ff.
60 § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 verbot aktiven Soldaten die politische Betätigung, die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen und entzog ihnen das Wahl- und Stimmrecht. Vgl. RGBl. 1921, S. 329 ff.
61 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 34.
62 Die besondere Militärgerichtsbarkeit war am 12.8.1920 aufgehoben worden, das Militärstrafgesetzbuch galt jedoch weiter in der Fassung vom 16.6.1926. Druck: RGBl. 1920, S. 1579 ff. sowie RGBl. 1926, I, S. 275 ff.
63 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 34.
64 Vgl. ebenda, S. 38.

auch durch solche Geschäfte kleine Nebeneinnahmen für das notleidende parlamentarische Volk erschließen.

"Parlamentarische Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden können!" [65] Das heißt also, jedes Werk kann künftighin von so einem sauberen Ehrenmann und Dokumentenverkäufer [66] kontrolliert werden. Auch da glaube ich, wieder handelt es sich nicht so sehr um eine rein militärische Sache, als vielmehr um das Kommerzielle, um das Finanzielle. Wenn man so in allen Fabriken herumschnüffeln kann, müßte es [*sic!*] doch der Teufel holen, wenn sich nicht nebenbei Geschäfte machen ließen. (Heiterkeit, Beifall.)

"Keine Subventionen aus öffentlichen Mitteln an private Industrien, die zu illegalen Rüstungen mißbraucht werden könnten, Ablehnung der Zuwendungen für die Luftschiffahrt!" [67] Auch im maßlosen Interesse des Heeres gelegen, dieser Antrag! "Endlich: Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen!" [68], d. h. also,

Abbau der Landesverrats-Paragraphen [69] (Zuruf: Tät ihnen passen! - Heiterkeit.)

Meine lieben Freunde! Das ist die wahre Gesinnung des Marxismus, das ist die Gesinnung der Sozialdemokratie; denn das sind keine Kommunisten. Die gehen weiter, die sagen, den Offizieren muß der Kopf abgeschnitten werden, den Generälen zuerst. Die Kommunisten haben ein radikaleres Programm [70]. Das hier sind die "gemäßigten" Sozialdemokraten. Es ist die maßhaltende Sozialdemokratie, die dieses Programm aufgestellt hat. *Und trotzdem gibt es heute Generäle, die der Meinung sind, daß diese Partei ihnen näher stehe als die rechte Seite.*

Da kann man sich wirklich fragen, glauben die dann noch an die Aufgaben des deutschen Heeres, *oder ist für die das deutsche Heer wirklich nur noch das Vollzugsorgan des Völkerbundes, eine kleine Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands, damit die Sklavenkolonie in Ruhe funktioniert?*

Da mögen sich die Herrn Reichswehrgeneräle folgendes vor Augen halten:

Es liegt zum Teil mit in der Hand der Armee, welche Richtung in Deutschland siegen wird, ob der Marxismus siegen wird oder ob wir Sieger werden. Es ist nur notwendig, daß man sich über die Konsequenzen klar wird. *Siegt die linke Seite durch Ihr geniales unpolitisches Verhalten, dann schreiben Sie über die deutsche Reichswehr: "Ende der deutschen Reichswehr."* Denn dann, meine sehr verehrten Herren, werden Sie doch politisch werden müssen, dann

65 Vgl. ebenda.

66 Vgl. Anm. 52.

67 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 38.

68 Vgl. ebenda.

69 Bezieht sich auf die Diskussion des § 115 a im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, der in der Fassung vom 2.3.1929 lautete: "Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht bekanntgibt, eine nicht anders abwendbare, unmittelbar drohende, erhebliche Gefahr für den verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reiches abzuwenden, wird mit Gefängnis bestraft. - Die Tat wird auf Verlangen der Reichsregierung verfolgt. - Der Täter ist straffrei, wenn er die Gefahr aufgedeckt oder abgewendet hat." Das Kabinett strich am 7.3.1929 die Worte "nicht anders abwendbare". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 472 f.

70 Die KPD lehnte die Reichswehr als Ordnungselement des bürgerlichen Klassenstaates ab und plante nach dessen Beseitigung den Aufbau einer "Roten Armee". Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/VI, S. 142.

wird man Ihnen rote Jakobinermützen über den Kopf stülpen, und dann werden Sie sich schleunigst umstellen auf den Boden der neuen Tatsachen, dann werden Sie Kommandeur einer Organisation, die mit dem deutschen Volk nichts mehr zu tun hat, dann wird auch hier eine Truppe entstehen ähnlich der russischen Henkerarmee, die nur die eine Aufgabe hat: das eigene Volk dem Juden fügsam und willig zu machen. *Dann verzichten Sie aber auch auf das Glück einer Wiedererhebung unseres Volkes und darauf, daß der Ruhm der deutschen Reichswehr die Fortsetzung ist des Ruhmes der alten Armee.*

Nichts ist unveränderlich. Heute ist jeder deutsche Offizier noch übersonnt von dem Ruhm einer dreihundertjährigen ehrenvollen Tradition [71]. (Beifall.) Heute ist jeder deutsche Offizier noch der Repräsentant eines Standes, der früher als Ehrenstand angesehen wurde. So wie in zwölf Jahren aber das neue Regiment den Begriff Reichskanzler aus der zauberhaften Höhe eines Bismarck herunterziehen konnte auf das Niveau von heute, so genügen sechzig Jahre, ich möchte sagen, um mich nicht ungerecht auszudrücken, einer antinationalen Heeresorganisation, um den Offizier aus seiner früheren Stellung zu beseitigen und hinunterzuziehen zum Polizeiwachtmeister.

Siegt diese linke Seite, dann begraben Sie zugleich aber auch die Zukunft des deutschen Volkes. Vergessen Sie dabei jedoch eines nicht: daß das, was Rußland ertragen konnte, was dieses große Agrargebiet an Hunger zu ertragen vermochte, Deutschland *nicht* ertragen kann, und vergessen Sie auch nicht, daß die Weltgeschichte weiterrollt, und daß sie dabei vor Deutschland nicht haltmachen wird, weil Sie endlich bei der demokratisch-marxistischen Armee angelangt sind. Im Gegenteil, es wird die Stunde kommen, in der sich das Schicksal unseres Volkes vollzieht. Das sind die Aussichten, die Sie haben bei einem Sieg der linken Seite, und bilden Sie sich nicht ein, daß dort dann plötzlich eine andere Gesinnung kommen könnte. Büttel des neuen Regiments können Sie dann sein und politische Kommissare, und wenn Sie nicht funktionieren, werden Weib und Kind hinter geschlossene Riegel gesetzt, und wenn Sie dann immer noch nicht funktionieren, fliegen Sie hinaus und werden vielleicht an die Wand gestellt; denn ein Menschenleben gilt wenig bei denen, die ein Volk vernichten wollen.

Das nationalsozialistische Bekenntnis zur deutschen Aufrüstung
Heeresdienst als Voraussetzung zur Ausübung der Staatsbürgerrechte

Umgekehrt sollen Sie auch wissen, was geschieht, wenn wir siegen. Wir gehören nicht zu denen, die angsterfüllt zusammenzucken, wenn vom Wehrprogramm gesprochen wird. Wir gehören nicht zu denen, die augenblicklich es als entsetzlich ansehen, wenn der Gedanke geäußert wird, daß wir wieder Macht haben wollen. Im Gegenteil, seit 10 Jahren predigen wir, daß unser Gedanke überhaupt nur der einzige ist: Wie kommen wir wieder zur Macht. Seit 10 Jahren ist unser ganzer Gedankengang darauf gerichtet: Wie wird Deutschland wieder frei, wie bekommen wir wieder Waffen in die Faust, um das Volk aus seinen Banden zu erlösen. Das ist unser einziger Gedanke, das künden wir frei und offen an.

71 Im Selbstbewußtsein der Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1921 regelte General Hans von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, S. 229 f.

Wenn unsere Bewegung siegt, dann werden wir, das bekennen wir ebenso frei und offen, Tag und Nacht bemüht sein, Formationen zu schaffen, deren Bildung uns der Friedensvertrag verbietet [72]. (Stürmischer Beifall.) Wir bekennen feierlich, daß wir jeden als Schandbuben ansehen, der nicht Tag und Nacht sinnt, wie man diesen Vertrag durchlöchern kann. *Wir haben ihn nie anerkannt und werden ihn niemals anerkennen.* (Lebhafter Beifall.) Sollte uns die Macht der Gegner zwingen, ihn mit schwarzer Tinte erneut anzuerkennen, so würde uns das nie entbinden von der Überzeugung, *daß es etwas gibt, was höher steht als alle Verträge, als alle Unterschriften: das Leben unseres Volkes.* (Lebhafter Beifall.)

Wir bekennen deshalb, daß für uns die deutsche Reichswehr in ihrer jetzigen Form nichts Dauerhaftes sein kann. Für uns wird sie einmal die große Kaderarmee sein, das Offiziers- und Sergeanten-Depot. Im übrigen werden wir aber ununterbrochen sinnen, die Kader aufzufüllen, sei es auf dem oder jenem Weg [73].

Wir legen uns heute nicht fest, sondern werden, das gestehe ich offen, jeden Weg gehen, der die Waffen stärkt, ihre Zahl vermehrt und die Kräfte unseres Volkes erhöht. Jeden Weg werden wir gehen. Ich bekenne weiter, daß wir jeden zermalmen werden, der es wagt, uns daran zu hindern. Und wenn die Herren von links heute hoffen, daß die Landesverratsparagraphen verschwinden [74], so mögen sie sich beeilen, daß sie dereinst nicht unter den einzigen Paragraphen fallen, den wir aufsetzen werden:

Wer nur an Landesverrat denkt, stirbt.

(Stürmischer Beifall.) *Die Diskussionen werden wir einmal blitzschnell abbrechen, was und wie weit etwas unter Strafe fällt* (Zuruf: An die Wand!), *und zwar selbstverständlich im nationalsozialistischen Staat mit seinen legalen Mitteln.*

Wir bekennen weiter, daß für uns dann dieses neue Heer wieder die große Erziehungsschule sein wird, die aus den jungen Menschen, ja selbst aus Taugenichtsen und leichtfertigen Burschen wieder Männer machen kann. (Beifall.) Wir bekennen, daß dieses Heer für uns einst die große Schule sein wird, um diesen Deutschen ihren Standesdünkel und Klassenwahn auszutreiben. (Beifall.) *Der gleiche Rock, das gleiche Futter, die gleichen Aufgaben und die gleiche Disziplin soll alle zusammenfügen und in ihnen mit das erzeugen, was wir wünschen: das Ende des heutigen Klassen- und Parteistaates und den Beginn eines neuen deutschen Volksstaates.*

Wir Nationalsozialisten machen weiter kein Hehl daraus, daß für uns das Staatsbürgerrecht überhaupt nicht etwas ist, was man durch Geburt allein erwirkt [*sic!*]. *Wohl ist das Blut die Voraussetzung, aber der Dienst im Heer ist die Erfüllung.*

Staatsbürger wird nur, wer als Soldat seiner Pflicht am Volkstum genügt hat.

Wer diese Pflicht nicht auf sich nimmt, kann nie Staatsbürger sein. (Beifall.) An dem Tag, an dem der junge Soldat das Tor der Kaserne verläßt, erhält er zwei Dokumente: ein ärztliches Zeugnis, das ihm gestattet, sich ein Weib zu nehmen, und ein Diplom, das ihn zum Staatsbür-

72 Für Anzahl und Stärke militärischer Formationen waren im Versailler Friedensvertrag Obergrenzen festgelegt. Militärische Ausbildung außerhalb der Reichwehr war verboten. Die Aufstellung von Milizformationen oder Bildung einer Reserve sollten damit verhindert werden. Vgl. RGBl. 1919, S. 919 ff.

73 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

74 Vgl. Anm. 69.

ger macht. (Beifall.) Nicht Geld und nicht Gut sollen entscheiden können über diese Ehre, und wir wollen damit ausrotten die Auffassung von jetzt, diese echt marxistische und im Grunde genommen jüdisch-kapitalistische Auffassung des jetzigen Staates, das Staatsbürgerrecht könne irgendwie mit Geld erkauft werden [75].

Weiter sollen damit unsere jungen Deutschen auch wieder zu einer inneren Frömmigkeit gebracht werden. Der Heeresdienst, er soll den jungen Menschen angesichts der schweren Zukunft erziehen zur Frömmigkeit, nicht zur pazifistischen, sondern erziehen dazu, wenn notwendig, im Angesicht der Allmacht auch sein Leben einzusetzen. Wer einmal diesen Einsatz vollzieht, findet ganz von selbst wieder den Weg zu einem inneren Verhältnis zu unserem Herrgott, wird wieder ganz von selbst zu einer besseren Frömmigkeit kommen als der andere mit seinem leeren äußeren Tun und seinem noblen äußeren Zeug. (Lebhafter Beifall.) So wird der junge Mensch wieder verinnerlicht [*sic!*] werden und wird dann als treuer und braver Soldat seines Volkes Kämpfer sein für dessen Zukunft und damit auch für die Zukunft seiner eigenen Kinder.

Was bedeutet Kampf? Wenn das deutsche Reichsheer von heute dem Gedanken des Kampfes entsagt hat, darf es unsere Herrschaft niemals wünschen, wenn das deutsche Reichsheer den Friedensvertrag von Versailles als ewige Verfassung Deutschlands ansieht, darf es uns nie lieben; *wenn das Reichsheer aber will, daß dieser Vertrag zerbricht, dann kann es nur die lieben, die ihn zerbrechen wollen, und nur die hassen, die diesen Vertrag als ihr Werk dem deutschen Volk aufgebürdet haben.* (Beifall.)

Wenn dieses Reichsheer zu dieser größeren politischen Einsicht gekommen ist, wenn es erkannt haben wird, daß es nie Selbstzweck ist, nicht Selbstzweck zu sein vermag in alle Zukunft, sondern jeder einzelne bis oben hinauf erfüllt ist von der Überzeugung, daß ein Heer nur einen Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient, dann wird aus dieser Erkenntnis eine große Erleichterung kommen, eine große Erleichterung der Arbeit zur Befreiung unseres Volkes aus seinem heutigen Joch, und dann wird einmal wieder die glückliche Stunde schlagen, in der das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit erwacht; denn das bekennen wir: Uns macht niemals frei der Völkerbund in Genf, nie frei ein Locarno [76], niemals frei ein Vertrag, solange wir als Unterzeichner nur gedemütigte Unterdrückte sind. Unser Recht wird nie vertreten von anderen, unser Recht findet erst dann seinen Schutz, wenn die Spitzen des deutschen Degens wieder hinter dem Deutschen Reiche stehen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

---

75 Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 regelte den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Einbürgerung setzte unter anderem voraus, daß der Antragsteller "sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist" (§ 8). Die Auslegung dieser Bestimmung oblag der im Einzelfall entscheidenden Behörde, die den Nachweis eines Mindestvermögens fordern konnte. Für die Anträge wurde lediglich eine normale Verwaltungsgebühr erhoben. Vgl. Ernst Isay, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929, S. 30 f., 282.

76 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

Stellungnahme zu einem Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats [1] Dok. 7

Masch. Manuskript [2] mit hs. Korrekturen, o. D.; Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ, F 19/19 [3].

Wenn ich zu der Anklage des angeblichen Hochverrates in so ausführlicher Weise Stellung nehme, geschieht es aus zwei Gründen:

1. Sind mir die Gründe, die die Ursache dieses Vorwurfes bez[*üglich*] dieser Anklage bilden sollen, in so wenig präziser Form mitgeteilt worden, daß ich dadurch gezwungen bin, in eingehender und gründlicher Weise die Punkte selbst zu behandeln und zu klären, die die Substanz eines Hochverrates in sich enthalten sollen.

2. Sind mir diese Punkte als aus dem Zusammenhang einer Rede herausgegriffen nicht zu klären, ohne sie in Zusammenhang zu bringen mit den großen Zielen einer Bewegung, die eigentlich mit dieser Anklage getroffen werden soll. Denn ich bin mir darüber klar, daß der innere Sinn dieser Anklage nicht in dem Bestreben liegt, einen vermeintlichen oder angeblichen Hochverrat aufzudecken oder zu sühnen, als vielmehr einen der zahllosen Versuche darstellt, den Sieg einer Bewegung zu hindern, von der man die Sühne für den Hochverrat des Jahres 1918 befürchtet [4]. Die nationalsozialistische Bewegung soll getroffen werden. Das ist der Sinn dieser Anklage. Zu dem Zwecke versucht man, aus Zitaten den hochverräterischen Charakter einer Bewegung abzuleiten. Und dies zwingt mich zu einer um so gründlicheren Aufklärung des hier wirklich vorliegenden Problems.

Wie aus der vorliegenden Anklage durchsichtig genug hervorgeht, soll der Zweck dieses Verfahrens nicht der sein, hochverräterische Absichten des Autors einer gedruckten Rede festzustellen, als vielmehr aus einer Rede hochverräterische Tendenzen der Bewegung abzuleiten. Die Justiz dürfte ja auch kaum in der Lage sein, die inneren Absichten oder gar Gedanken der einzelnen Staatsbürger daraufhin zu erforschen und zu prüfen, ob sich in ihnen etwa Wünsche

---

1 Der Reichsminister des Innern, Carl Severing, forderte in einem Schreiben vom 26.6.1929 den Oberreichsanwalt, Karl August Werner, auf, die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Hochverrats gegen Hitler zu prüfen. Er berief sich dabei auf Hitlers Rede vom 15.3.1929 (Druck: Dok. 6) und auf einen auf diese Rede Bezug nehmenden Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Der Oberreichsanwalt sagte am 16.9.1929 diese Prüfung zu und eröffnete ein Ermittlungsverfahren gegen Hitler. Das Verfahren wurde am 24.12.1931 eingestellt, da die bisherigen Ermittlungen "keinen ausreichenden Verdacht für die Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens ergeben" hatten. Vgl. BA Potsdam; RMJ 5036/21 sowie Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 61 f.; Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967, S. 12 ff.
Der vorliegende Entwurf Hitlers ist vermutlich als Reaktion auf die Emittlungen zwischen September 1929 und März 1930 entstanden, wurde aber nie veröffentlicht, da es nicht zur Anklage kam. Da das Dokument nicht datiert ist, wird es der Rede (Dok. 6) nachgestellt, auf die es sich inhaltlich bezieht.
Der von Gerhard Schulz angenommene Zusammenhang des vorliegenden Dokuments mit Hitlers Aussage anläßlich des Prozesses gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig (vgl. Bd. III/3) erscheint inhaltlich nicht begründet und wenig plausibel. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 276 ff.

2 Einleitender masch. Vermerk: "Betreff: Anklage gegen Adolf Hitler wegen Hochverrat."

3 Vermutlich Schreibmaschinenmitschrift eines Diktats. Die hs. korrigierte Fassung liegt der Edition zugrunde.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

widerspiegeln, die den Machthabern des heutigen Staates als hochverräterisch erscheinen. Sie wäre auch kaum in der Lage, aus solchen Feststellungen heraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Ich befürchte, die Zuchthäuser der gesamten Welt wären zu klein, alle diejenigen Deutschen in sich aufzunehmen, die, mit den bestehenden Zuständen unzufrieden, in ihrem Inneren eine Änderung um jeden Preis ersehnen, ohne sich im einzelnen dabei stets in Übereinstimmung mit der Weimarer Verfassung zu befinden. Endlich geht ja behauptungsweise im heutigen Deutschen Reich alle Macht und auch alles Recht vom Volke aus [5]. Wenn nach dem Gesetz der Demokratie 51 Prozent dieser gesamten Volksmasse etwa die Überzeugung hätte, man müßte den heutigen Staat durch Gewalt umstellen, dann wären nach demokratischem Rechte diese 51 Prozent das Volk, das heißt, ihr Denken müßte in Wirklichkeit Gesetz sein [6]. Dieses Denken und Wünschen kann daher überhaupt keiner juristischen Beurteilung unterliegen, solange es nicht als organisierter politischer Wille in Erscheinung tritt. Die Frage, die allein der Prüfung durch eine Justiz unterstellt werden könnte, wäre dann die, ob sich im Staate eine politische Organisation eines bestimmten Willens befindet, die, *ohne im Besitz der demokratischen Majorität zu sein*, mit Gewaltmitteln durch gewaltmäßige Eroberung der politischen Macht ihre Gedanken zu verwirklichen bestrebt.

Es geht schon aus diesem Grunde aber nicht an, aus persönlichen Meinungen und Äußerungen einzelner eine bestimmte Tendenz eines organisierten politischen Willens konstruieren zu wollen. Es ginge dies selbst dann nicht an, wenn es sich dabei um prominente Führer einer solchen Bewegung handeln würde. *Die sozialdemokratische Partei beispielsweise legt nach außen hin Wert darauf, als eine sogenannte "verfassungsmäßige" Bewegung zu gelten. Dennoch befinden sich in ihren Reihen nicht wenige politische Führer, die sowohl durch ihre Tätigkeit in der Vergangenheit wie durch Äußerungen in der Gegenwart auf das bestimmteste erkennen lassen, daß ihnen diese verfassungsgetreue Tendenz nicht nur nicht liegt, sondern daß sie im Gegenteil nach wie vor auf die große marxistische Revolution hoffen und sich zu ihr bekennen* [7]*!* Ich habe noch nicht vernommen, daß ein Staatsanwalt aus dem Bouquet marxistischer Redeblüten sich die Unterlagen herausgeholt hätte für die Begründung der Behauptung, die Sozialdemokratie plane Hochverrat. Im allgemeinen wird die politische Tendenz einer Bewegung nur aus ihren ordnungsmäßig aufgestellten und allgemein anerkannten programmatischen Richtlinien abgeleitet werden können. Jeder andere Versuch ist ein politisches Manöver zu durchsichtigem Zweck, und man sollte dann zumindest vermeiden, in einem sogenannten Rechtsstaat die Justiz zum Helfer eines solchen Vorgehens zu degradieren. Ich werde mich freuen, vor dem Gericht eine unübersehbare Fülle von Zitaten sozialdemokratischer Red-

5 Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung lautete: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

6 Artikel 76 der Weimarer Reichsverfassung schrieb bei Verfassungsänderungen durch den Reichstag die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Abgeordneten und die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln dieser Anwesenden vor. Bei einem verfassungsändernden Volksentscheid mußten über die Hälfte der Stimmberechtigten der Änderung zustimmen. Druck: Ebenda, S. 1397.

7 In ihrem Heidelberger Programm von 1925 erklärte die SPD: "Die demokratische Republik ist der günstige Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein." Druck: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 464.

ner zu unterbreiten, aus denen dann der hohe Gerichtshof, in Gleichsetzung aller vor dem Gesetz [8], die hochverräterische Absicht der Partei des Herrn Genossen Ministers Severing ebenso leicht festzustellen in der Lage sein wird, wie man dies umgekehrt heute bei der nationalsozialistischen Bewegung zur Zeit zu tun können glaubt!

Überhaupt ist der Versuch, aus der Zahl solcher zusammengetragener Zitate und Äußerungen auf die Allgemeinheit einer Tendenz zu schließen, gänzlich ungeeignet zur Beurteilung des politischen Wollens einer politischen Partei. Je umfangreicher und größer eine politische Bewegung ist, um so divergierender werden in Einzelheiten die Meinungen der Mitglieder sein können. Eine im Wachstum befindliche politische Bewegung holt ihre Anhänger nicht aus Menschenmassen mit einem politischen Ideenvakuum, sondern mit zum Teil sogar sehr fest eingefressenen früheren Ansichten und Überzeugungen heraus. Es ist aber nun unsinnig, die Tendenz einer Bewegung aus Äußerungen von Menschen feststellen zu wollen, von denen der Außenstehende nicht einmal weiß, aus welchem Überzeugungslager heraus sie zur neuen Bewegung stießen und wie sehr sie noch mit früheren Ansichten belastet sind, sondern es ist klar, daß die Absichten der neuen Partei ausschließlich aus ihrem Programm und ihrer einwandfrei vorliegenden offiziell anerkannten Parteigesetzgebung und Zielsetzung sowie Wegebestimmung gefolgert werden können! Versuche, wie die neudeutscher Regierungsmänner, aus wahllos zusammengerafften Zitaten, Zeitungsartikeln, Liederbruchstücken usw. die politische Absicht einer Partei feststellen zu wollen, sind zu allen Zeiten als Ausdruck des eigenen schlechten politischen Gewissens und als Beweis für die damit selbst zum Ausdruck gebrachte innere Haltlosigkeit solcher Vorwürfe gewertet worden. Als die sozialdemokratische Partei des Herrn Minister Severing einst in Opposition gegen den früheren Staat stand, bezeichneten die Parteimänner desselben Herrn Minister Severing, der heute als mein Ankläger auftritt, diese Methoden als politische Schwindeleien.

Sollte man nun aber durch das vorliegende Verfahren dieses Unterfangen als moralisch zu rechtfertigen versuchen, dann könnte dies nur geschehen unter der Anerkennung der autoritativen Führung der nationalsozialistischen Bewegung durch meine Person. *Nur wenn man sich zur Tatsache bekennt, daß für die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung sowie für die Bestimmung ihres Handelns ausschließlich ich als ihr erster Führer verantwortlich bin, kann man in einer Rede, die von mir gehalten wurde, vielleicht auf die daraus abzuleitende Tendenz der Bewegung schließen. Bekennt sich die oberste deutsche Rechtsbehörde aber zu dieser Auffassung, dann werde ich mich weiter freuen, vor dem Gericht Punkt für Punkt die von mir hinausgegebenen Anordnungen über die Art des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung und über die Durchführung dieses Kampfes zu vertreten und zu belegen*, und es wird dann vor aller Öffentlichkeit eine Erledigung der ewigen schamlosen Versuche, unserer Partei hochverräterische Tendenzen zu unterschieben, stattfinden.

Tatsache ist nun, daß die vorliegende Anklage gegen mich erhoben wird, um aus dem angeblich hochverräterischen Charakter einer Rede von mir die "hochverräterische" Absicht der nationalsozialistischen Bewegung zu beweisen. Ich stelle deshalb an den Beginn meiner Aus-

8 Artikel 109 der Weimarer Reichsverfassung bestimmte unter anderem: "Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten." Druck: RGBl 1919, S. 1404.

führungen zunächst eine Darstellung des Sinnes der nationalsozialistischen Idee, des Zieles, dessen Verwirklichung diese Idee erstrebt, des Instrumentes, dessen sie sich dabei bedient, und des Weges, den sie dabei geht. Da der heutige Staat mir die Bedeutung zuspricht, aus einer Rede von mir die Tendenz der gesamten Bewegung beweisen zu können, wird er umgekehrt auch nicht abzuleugnen vermögen, daß die von mir herausgegebenen Anordnungen für diese Partei, die ich als unbedingt gültig erlassen habe - was ich beweisen werde -, zumindest dieselbe tendenzbestimmende Kraft und damit auch Geltung haben müssen als sie schon einer bloßen Rede von mir gütigerweise zugebilligt wird.

Die nationalsozialistische Idee:

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung fußt auf drei fundamentalen Überzeugungen, die sie wesentlich vom Geiste der heutigen Zeit trennen:

Sie ist anti-international.

Sie sieht die tiefsten Werte der Menschen als blutsmäßig bestimmte an. Sie sieht im Volke das zu Erhaltende, das Seiende und das Bleibensollende [*sic!*]. Sie sieht jegliche Entwicklung des Volkes als eine durch seine rassischen Grundelemente bedingte an. Sie sieht die Größe der Zukunft eines Volkes gegeben durch die rassischen Qualitäten und die Art und den Umfang der Erhaltung, Verbesserung und Steigerung derselben. Sie sieht in ihnen allein das Fundament einer gewissen Gleichheit, die niemals durch ökonomische Prozesse erzielt zu werden vermag. Sie sieht in der rassischen Qualität den einzigen gerechten weil vernunftgemäßen Koeffizienten für die jeweilige Stellung eines Volkes innerhalb der übrigen Welt. Sie sieht in diesen Qualitäten ebenso sehr die Möglichkeit einer ewigen Vernichtung wie umgekehrt aber auch den ewigen Anspruch auf eine dieser Qualität entsprechenden Stellung in der Welt. Sie sieht in ihnen unbeschadet der Tücke der Zeit oder der augenblicklichen Unzulänglichkeit der Menschen - etwa der Regierungen - den ewigen Quell einer Kraft, die sich, wenn nicht heute, dann eben morgen und wenn nicht morgen, dann eben übermorgen wieder durchsetzen wird, und zwar in einem Ausmaße, der dieser Kraft auf Grund ihres inneren Wertes zukommt. Sie sieht in der rassischen Qualität und dem Vorwerte derselben den Garanten für den dauernden Fortschritt der Menschheit. Sie sieht im Internationalismus die Kapitulation des Besseren vor dem Schlechteren, die Rassensenkung und in ihrem Gefolge die Kulturerstarrung, wenn nicht endlich ihre Zerstörung. Sie sieht im Internationalismus damit den zwangsläufigen Feind des menschlichen Fortschritts.

Die nat[*ional*]*soz*[*ialistische*] *Idee ist antidemokratisch:*

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung sieht im Persönlichkeitswert die Grundlage jeder Leistung des Menschengeschlechtes, gleich auf welchem Gebiete sie liegen mag. Sie lehnt die Auffassung: Zahl ist gleich Kraft, ab. Sie setzt im Inneren eines Volkskörpers die Fähigkeit der einzelnen Person über die Fähigkeit der Masse, ganz gleich auf welchem Gebiete. Sie lehnt das Primat der Masse ab und setzt daher an ihre Stelle das Primat der Persönlichkeit. Sie verdammt die demokratische Verantwortlichkeit nach unten und die daraus zwangsläufig resultierende Überheblichkeit nach oben und setzt ihr entgegen die Verantwortlichkeit nach oben und die Autorität nach unten. Sie lehnt demgemäß alle jene rein konstruktiven Formen unseres Lebens ab, die als Ausdruck der Massenherrschaft zugleich die Träger geringster Geistigkeit, beschränktester Einsicht und schwächster Willenskraft sind, weil ein

Volk zu seinem Bestehen auf dieser Welt notwendigerweise der Führung seiner besten Köpfe bedarf. Massenherrschaft und Führergenialität aber schließen sich zumindest auf die Dauer gegenseitig aus. Die nationalsozialistische Idee sieht in der Demokratie und ihren Auswirkungen die Ursache der Abschaffung jeder wahrhaften Verantwortlichkeit, den Grund für das Fehlen jeder wirklichen Führerqualität, die Ermöglichung der Herrschaft des Minderwertigen und damit notwendigerweise den Beginn des Verfalls eines Volkes. Die nationalsozialistische Idee lehnt daher auch die demokratische Staatsgestaltung ab und setzt an ihre Stelle eine Konstruktion des öffentlichen Lebens vom Kleinsten bis zum Größten, die im Höchsten, bei der allgemeinen menschlichen Unzulänglichkeit möglichen Umfange, die Persönlichkeit zu führender Bedeutung erhebt, ihre Autorität einerseits, ihre absolute Verantwortlichkeit andererseits festlegt!

Und die nationalsozialistische Idee ist antipazifistisch: Sie sieht im Kampf die Voraussetzung für jede Stufenbildung, sie sieht in der Stufenbildung die große historische Leiter zum Emporstieg aller Lebewesen, einschließlich des Menschen. Die nationalsozialistische Idee sieht im Kampfe den Förderer jeglicher Kraft, den Beseitiger aller kranken Schwäche und damit den Reiniger sämtlicher Organismen. Die nationalsozialistische Idee sieht in der Erhaltung der Möglichkeit eines allgemeinen Ringens der Kräfte miteinander die Voraussetzung für die qualitative Steigerung der Leistung sowohl als für das Erkennen des durch die Leistung erst ausgezeichneten Kopfes. Sie sieht im Pazifismus den Ausdruck einer menschlichen Schwäche, die naturwidrig ist und in ihrer Folge nicht zu einer Befriedigung und Glücklichmachung der Menschheit als vielmehr zu ihrer Vernichtung führt, ja führen muß. Der zum Widersinn verkehrte Humanismus führt endlich zur grausamen Vernichtung aller.

Die nationalsozialistische Idee lehrt, daß ein Volk von guten rassischen Qualitäten, entschlossen, diese im höchsten Sinne zu wahren und zu vertreten, dann, wenn es seine Führung vom Kleinsten bis zum Größten seinen fähigsten Köpfen anvertraut und nicht auf pazifistische Menschheitswunder als vielmehr nur auf eigene Kraft baut, auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann. Die Größe der inneren Qualitäten eines Volkes in seiner Rasse, der Konstruktion seines öffentlichen Lebens sowie der Stärke seines Selbsterhaltungstriebes ist der Maßstab für seine Freiheit. Diese aber bleibt die immerwährende Voraussetzung für alles soziale Glück.

Das nationalsozialistische Ziel:

Das nationalsozialistische Ziel ist die praktische Anwendung dieser weltanschaulichen Grundsätze für das Leben unseres Volkes. Die Beseitigung der Fäulniserscheinungen des internationalen pazifistischen und demokratischen geistigen und tatsächlichen Regiments. Die Errichtung eines gesunden Volkskörpers. Die Überwindung des heutigen Klassenstaates, der Klassenspaltung und die Herbeiführung einer wahrhaften Volksgemeinschaft. Die Erringung der unbedingten außenpolitischen Freiheit dieser deutschen Volksgemeinschaft zur Förderung ihres inneren sozialen Glücks und ihres kulturellen Emporstiegs.

Das nationalsozialistische Instrument:

Der praktischen Verwirklichung dieser Weltanschauung und der Erreichung dieses Zieles dient die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Sie ist eine politische Partei, auf dem Boden der oben skizzierten Weltanschauung stehend, erfüllt von der Aufgabe, in unserem deutschen Volk den Sieg dieser Weltanschauung herbeizuführen.

Der nationalsozialistische Weg:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei versucht die Durchführung ihrer weltanschaulichen Gesichtspunkte durch die Eroberung der politischen Macht in Deutschland. *Sie bedient sich dabei aller Mittel, soweit sie nicht durch Gesetz verboten sind.* Sie besitzt kein Instrument, das in Absicht oder Handhabung einer Gesetzwidrigkeit dienen soll. Sie fordert für sich ausschließlich dieselben politischen Rechte der Aufklärung und Propaganda, wie sie die herrschenden Regierungsparteien beanspruchen und tatsächlich auch ihr eigen nennen. Sie will nicht eingreifen in die Rechte der exekutiven Gewalt des Staates, aber sie erzieht auch ihre Anhänger dazu, sich bei ersichtlicher Unfähigkeit des Staates oder bei einem eklatanten Vorliegen des Nichtwollens auch selbst nicht wehrlos abschlachten zu lassen. Sie erzieht ihre Anhänger dazu, gegen die vom Staate des Herrn Minister Severing geduldete Parole, "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft" [9], das heilige Recht der Notwehr in Anspruch zu nehmen und dem blutigen Terror der Anhänger unserer Regierungsparteien sowohl als der Kommunisten mit Mut zu begegnen und ihn durch diesen Mut zu brechen.

Die nationalsozialistische Partei verbietet ihren Anhängern jede Ungesetzlichkeit sowie jede Gewalttat gegen den Staat. Sie schließt Mitglieder, die sich an solchen Gewalttaten beteiligen, konsequent aus. Sie bekämpft auf das schärfste das politische Attentat, sei es im Kleinsten oder im Größten. Sie besitzt keine bewaffnete Organisation von irgendwelchem militärischen Charakter, sondern legt im Gegenteil selbst in der Bezeichnung ihrer organisatorischen Einheiten Wert auf eine möglichst unmilitärische Namens-, in der Organisation selbst auf eine möglichst unmilitärische Formgebung [10]. *Sie tut das nicht, um etwas zu verdecken oder zu verschleiern, sondern sie tut es, um selbst durch solche Äußerlichkeiten einen Anschein zu vermeiden, der der Partei und ihren Organisationen innerlich nicht zukommt und auch nicht gewünscht wird.*

Die Waffe der nationalsozialistischen Bewegung kennt Herr Minister Severing sehr genau. Sie ist schärfer als Dolch und Handgranate, schärfer als jedes Maschinengewehr, schlagender als jede Gewalt und verläßlicher als jede militärische Formation: Sie ist die sieghafte Richtigkeit ihrer Idee. Es ist die granitene Festigkeit ihres Glaubens. Sie ist der heroische Opfermut ihrer Anhänger und S.A.-Männer, ihrer Redner und Agitatoren in der Verkündung und Vertretung dieser Idee. Es ist die Tatsache einer tausendjährigen menschlichen Erfahrung, die als Gewicht in die Waagschale der Erkenntnis fällt und sie tief niederdrückt.

Die nationalsozialistische Bewegung erobert das Deutsche Reich durch die Gewalt ihrer unwiderleglichen Thesen. Und nur infolge der Erkenntnis der eigenen vollkommenen geistigen Ohnmacht, um der neuen Lehre entgegentreten zu können, greift man zu dem Mittel der Unterschiebung von Tendenzen, die rechtlich niemals zu begründen sind.

Daher auch der Versuch dieser neuen Anklage.

Ich werde dem Schicksal nur dankbar sein, wenn es mir die Möglichkeit bietet, in einem umfangreichen Verfahren vor aller Welt die heimtückische Unwahrheit der uns unterschobe-

---

9 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" - Hinweis auf die Enstehungszeit des Dokuments. Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

10 Vgl. Bd. I, Dok. 4, 69, Bd. II/1, Dok. 28, 31, 44, 75, 130, 135, Bd. III/1, Dok. 60.

nen Tendenzen aufzuklären. Ich hoffe, daß dann dem Gewicht meiner zahllosen Anordnungen und Befehle dieselbe Bedeutung zugemessen wird als meiner [*her*]angezogenen Reichswehrrede.

Die nationalsozialistische Idee als Weltanschauung wendet sich an alle Deutschen ohne Ausnahme. Ihr Sieg bedingt die Durchsetzung der gesamten Nation mit ihren Gedankengängen. Die nationalsozialistische Partei ist überzeugt, daß sie auf rein natürlichem Wege [*sic!*] durch die Kraft der Richtigkeit ihrer Ideen die Nation eines Tages zur Gefolgschaft verpflichten wird. Da laut Weimarer Verfassung in der deutschen Republik alle Macht und alles Recht vom Volke ausgehen, werden sich damit einst auch die Verantwortlichen des Novembers 1918 vor dem festgestellten Willen des deutschen Volkes beugen müssen. Die Willensäußerung wird sich dabei jener verfassungsmäßigen Möglichkeiten bedienen, die der deutschen Republik von ihren Begründern als legale Mittel durch die Weimarer Verfassung auf den Weg mitgegeben worden sind. Wenn heutige deutsche Amtsstellen von einem nahe bevorstehenden nationalsozialistischen Umsturz reden, dann kann ihnen hier nur ihr eigenes Gewissen als ängstlicher Zeitmesser gedient haben. Ich selbst glaube, daß es noch einer viele Jahre langen Aufklärungsarbeit bedürfen wird, um unter Ausnützung aller verfassungsmäßig niedergelegten Möglichkeiten der nationalsozialistischen Idee das Deutsche Reich zu geben. *Ich lehne aber schon jetzt auf das feierlichste die Unterschiebung ab, als ob unser Kampf überhaupt ein Kampf gegen den "Staat" wäre.* Diese Unterschiebung ist nur denkbar aus den Kreisen von Menschen heraus, die selbst einst im Rahmen einer Partei das alte Deutsche Reich mitzerstören halfen, und indem sie den alten Staat zerbrachen, unser Volk einem grauenhaften Schicksal auslieferten [11]!

Als Nationalsozialisten kämpfen wir nicht gegen den "Staat", nicht gegen eine Republik und nicht für eine Monarchie, sondern wir kämpfen ausschließlich gegen einen geistigen Zustand und seine materiellen Auswirkungen, die das deutsche Volk wohl in den Besitz eines bestimmten "Staates", aber um den Besitz jeglicher Macht gebracht haben. Der heutige Staat wird nicht als Form von *uns* bekämpft, sondern am meisten von denen, die ihm seinen schlechten Inhalt geben. Der heutige Staat könnte auch in der Praxis gar nicht gestürzt werden, da er an sich nur als Fiktion existiert [*sic!*]. Denn alles, was das Wesen eines Staates erst ergibt, der Umfang jener Souveränität, die im Gesamten erst den Ausdruck "Staat" rechtfertigt, sind von den Schöpfern und Erhaltern des heutigen Deutschen Reiches längst preisgegeben worden.

Die nationalsozialistische Idee sieht nicht wie einst die Partei des heutigen deutschen Reichsinnenministers Herrn Severing, meines Anklägers, im Sturz des Staates ihr Ziel. Sie würde nie - so wie die Partei meines öffentlichen Anklägers einst das alte Reich -, die Republik angesichts des Feindes stürzen, sondern sie erstrebt ausschließlich eine Mehrung der deutschen Kraft gegenüber unseren unbarmherzigen Feinden. Allerdings hat sie ein Recht, von einem neuen Staat und von einem neuen Reich zu reden. Denn was wir alle aus tiefstem Herzen ersehnen, ist nicht ein deutsches Chaos, sondern eine deutsche Ordnung, die einst die unerschöpflichen Quellen der inneren Werte und Kräfte unseres Volkes wieder zum Fließen

11 Anspielung auf die Rolle der Sozialdemokratie in der Revolution. Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

bringt und der Welt das Schauspiel weiterhin erspart, das heldenmütigste Reich und Volk des größten Krieges aller Zeiten in hündischer Unterwürfigkeit vor sich zu sehen. So wird durch den neuen Geist, den die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volk vermitteln will, dann allerdings auch die Form einst auch neu und anders erscheinen. Denn beide bedingen sich gegenseitig.

Dieser Appell der nationalsozialistischen Bewegung an das Gehirn, an das Gefühl und nicht zuletzt an das Ehrvermögen aller Deutschen ist ein durch die Verfassung nicht verbotenes Unternehmen. Dies gilt selbst auch dann noch, wenn sich dieser Appell an das Reichsheer richtet.

Laut Verfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetze gleich. Alle besitzen gleiche Rechte und Pflichten. Zu den Grundrechten gehört das Recht einer freien Meinung und einer freien Überzeugung [12]. Der Staat kann keinem einzigen Bürger das Recht dieser freien Meinung und Überzeugung beschneiden oder gar bestreiten. Der Staat selbst hat einst unter dem Druck der Parteien meines Herrn öffentlichen Anklägers dem Soldaten die politischen Gerechtsame im Umfange aller Bürger ausdrücklich gegeben [13]. Die Partei, der Herr Minister Severing angehört, war es, die einst die Notwendigkeit des Sturzes des alten Staates auch damit motivierte, daß dieser den Soldaten zum politisch entrechteten Heloten heruntergedrückt habe, weil ihm das aktive und passive Wahlrecht versagt sowie die Betätigung im parteipolitischen Sinne - also Mitgliedschaft und Kampf für eine Partei - verboten war [14]. Die Partei meines öffentlichen Herrn Anklägers hat unter dieser Parole die Revolution gemacht und in Arbeiter- und Soldatenräten den Soldaten sogar zum politisch ausschlaggebenden Faktor erhoben! Diese Partei hat allerdings, als die politische Betätigung des Soldaten nicht mehr im Sinne ihres parteipolitischen Programms zu verlaufen drohte, den Soldaten entgegen der bei der Revolution feierlich gemachten Zusicherungen das Wahlrecht wieder genommen und genau wie der alte Staat die Teilnahme an politischen Parteien untersagt [15].

Allein, wann hat jemals die nationalsozialistische Bewegung versucht, Soldaten zu bewegen, entgegen ihrem Verbot an Wahlen teilzunehmen oder in die nationalsozialistische Partei einzutreten, oder sich an unserer Partei-Arbeit irgendwie zu beteiligen? Niemals!

Niemals!

Das allein aber ist es, was uns als "gesetzwidrig" ausgelegt werden könnte, wenn es geschehen wäre!

---

12 Artikel 118 der Reichsverfassung legte fest: "Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig." Druck: RGBl. 1919, S. 1405 f.

13 § 3 der "Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz)" vom 30.11.1918 lautete: "Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet." Druck: RGBl. 1918, S. 1345.

14 Seit 1869 ruhte das Wahlrecht der Soldaten während ihres aktiven Dienstes. Vgl. Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II, S. 155 ff.

15 Vgl. Dok. 6, Anm. 60.

Wenn die Ideen und Gedanken der nationalsozialistischen Bewegung nicht an sich gesetzwidriger Natur sind, wenn sie nicht gegen die gute Sitte oder die öffentliche Moral verstoßen, kann niemand der nationalsozialistischen Bewegung befehlen, die Verbreitung ihrer Gedanken in einer Form vorzunehmen, die die Kenntnisnahme dieser Ideen durch Angehörige der Wehrmacht verhindert. Im Gegenteil! Es ist das Recht der nationalsozialistischen Bewegung wie jeder anderen ebenfalls, den Inhalt ihrer Lehre dem ganzen deutschen Volke zu vermitteln. Es ist ihr Recht, ihre Ziele der Öffentlichkeit so bekanntzugeben, daß jeder Deutsche ausnahmslos sie kennenlernt und sie zu prüfen vermag!

Es ist das Recht unserer Bewegung wie jeder anderen, vor den Augen und Ohren der Gesamtöffentlichkeit den Weg, den sie zu gehen gedenkt, zu erklären und um Aufmerksamkeit und gütiges Verständnis zu bitten.

Der Staat, in dem Falle Herr Severing, kann auf Grund verfassungseinschränkender Bestimmungen den Soldaten die aktive Beteiligung am politischen Leben untersagen. *Allein den Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung Grenzen für die Propagierung ihrer Idee zu ziehen, weisen wir als eine ungesetzliche Anmaßung zurück!*

Die Berechtigung der Propagierung weltanschaulich-politischer Ziele sowohl als die Darstellung ihrer Auswirkungen [*sic!*], die Erklärung des zu beschreitenden Weges, ist eine selbstverständliche, besonders deshalb, weil das Heer höchstens in der Theorie, niemals aber in der Praxis "unpolitisch" ist oder "unpolitisch" sein kann. Selbstverständlich kann man einen Heereskörper vor dem Aufgehen in parteipolitischer Betätigung bewahren. Es ist dies die letzte Rettung innerlich kranker Staaten. Gesunde Staatsgebilde besitzen keinerlei politische Bewegungen, deren Wirken als von vorneherein staatsungesund oder staatsfeindlich abgelehnt werden müßte! Aber ganz gleich wie der einzelne Soldat in seinem Verhältnis zu den Parteien reglementiert wird, der gesamte Körper als solcher kann der Politik nicht entzogen werden.

Politik ist werdende Geschichte. Die Geschichte eines Volkes ist die Darstellung seines Lebenskampfes. Mithin ist Politik praktisch angewandte Geschichte, das heißt, die tatsächliche Durchführung des Existenzkampfes von Völkern und Staaten. Einer der wesentlichsten Faktoren bei der Durchführung dieses Lebenskampfes ist die militärische Kraft einer Nation oder des Staates. Man kann tausendmal theoretisch das Heer von der Parteipolitik fernhalten, so ist es doch im höchsten Sinne des Wortes der letzte Träger der Staatspolitik. Wenn aber das Heer in staatspolitischer Hinsicht ein Faktor von höchster politischer Geltung ist, kann es nicht an jenen Kräften und Erscheinungen interesselos vorübergehen, die am Ende auch den staatspolitischen Kurs einer Nation bestimmen. Tatsächlich ist scharf gesehen jede Armee der Träger eines bestimmten politischen Gedankens. Die alte Armee konnte tausendmal ihr parteipolitisches Desinteressement erklären, so war sie doch ein tragender Faktor des politisch-monarchischen Gedankens. In tausend Zügen ihres Wesens fand dies den Niederschlag oder zum Teil sogar den bestimmenden Ausdruck [16]. Die Armee des heutigen bolschewistischen Rußland ist eine Säule des politischen Prinzips, das heute in Rußland herrscht. Sie trägt das Gesicht des politischen Rußlands in jedem einzelnen ihrer Züge [17]. Die Armee der Republik ist heute ein lebendiger Ausdruck der politischen Lage unseres Volkes.

---

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 42.

17 Die Rote Armee war zunächst als parteieigene bewaffnete Organisation gegründet worden. Vgl. Erickson, The Soviet High Command, S. 25 ff.

Tatsächlich nimmt das Heer auch in gewichtiger Weise an der Entwicklung des politischen Lebens teil. Verfassungsmäßig besitzt es einen Vertreter seiner Interessen in der Regierung. Auch wenn dieser von politischen Parteien abgestellt wird, vertritt er doch ein Instrument, dessen Lebensinteressen und Notwendigkeiten er aus Unterlagen kennenlernt, die ihm das Instrument und nicht die Parteien liefern. Würde es umgekehrt sein, gäbe man ja zu, daß das Heer sogar ausschließlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet, regiert und geführt wird! In der Gestaltung der großen Politik fällt das Heer als praktisches Instrument der nationalen Kraft schwer in die Waagschale als mitbestimmender Faktor. Wenn auch der Politiker den Einsatz des Instrumentes befiehlt, so ist doch dieser Befehl nur die Folge entweder einer inneren Übereinstimmung mit dem Heer, bez[*ziehungsweise*] seiner Leitung, oder die Reaktion auf einen aufgezwungenen Kampf von außen. Die politische Leitung kann und wird die Entwicklung des Heeres bestimmen, allein der Zustand des Heeres bestimmt mindest ebenso oft die politischen Leitungen und ihre Entschlüsse.

Innenpolitisch besteht die politische Tätigkeit des Heeres in parlamentarisch regierten Staaten in der parlamentarischen Verfechtung seiner Lebensinteressen. Es ist ein Irrsinn behaupten zu wollen, daß das Heer als Organisation der nationalen Wehrkraft kein Interesse an einer besonderen Gestaltung der innerpolitischen Lage besäße, sondern allem gleichmäßig objektiv gegenüberstehen könne. Im Gegenteil! *Das Heer versucht höchstens, die parteipolitische Betätigung des einzelnen Soldaten zu unterbinden, um das politische Gewicht des gesamten Instruments zu erhöhen!* Auch Regierungen beschneiden die politischen Rechte der einzelnen Mitglieder der Heeresorganisation fast immer nur, um eine Mehrung der gesamtpolitischen Bedeutung des Instruments als Träger eines bestimmten politischen Gedankens, einer Idee, einer Staatsform, kurz eines bestimmten politischen Zustandes herbeizuführen.

Außenpolitisch besteht die politische Tätigkeit des Heeres in der Vorbereitung der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wie Clausewitz den Krieg definiert [18]. Diese Politik mit anderen Mitteln erfordert schärfstes politisches Zusammengehen von Staatsleitung und Heeresführung. Dort, wo beide Künste am meisten miteinander verschmolzen sind, werden die größten Erfolge in Erscheinung treten.

Die kommenden Kriege werden Volkskriege im weitesten Umfange des Wortes sein. Eine verantwortliche Heeresleitung, die das ihr anvertraute militärische Gut zum wirkungsvollen Instrument des Krieges ausgestalten will, kann nicht ihre Gleichgültigkeit den politischen Erscheinungen gegenüber betonen, die die Kraft der Nation in der Gesamtheit entweder erhöhen oder schwächen. So wie der Heeresorganismus in seinem Werte im Falle des Einsatzes abhängig ist von dem politischen Zustand im Inneren eines Volkes, so hat umgekehrt eine jede politische Bewegung das Recht, dem Heere Kenntnis ihres Wollens zu geben, da nur auf Grund einer solchen allgemeinen Kenntnis das Heer selbst seine Interessen im innerpolitischen Ringen zu vertreten vermag. Die Interessen des Heeres sind dabei nicht nur die einer eng gesehenen Aufrechterhaltung der Organisation in ihren disziplinären Belangen, sondern der Ausgestaltung der gesamten Kampfkraft einer Nation zum Zwecke ihrer militärischen Verwendbarmachung. Diese Erfassung aller irgendwie militärisch verwendbaren Kräfte im Inneren eines

18 "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel." Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640.

Staates ist aber ebensosehr die Aufgabe des Heeres wie ein Problem der politischen Leitung und Gestaltung.

Das Heer selbst wird dabei öfter als einmal das Gewicht seiner Meinung, seiner Erfahrung, seiner Befürchtungen oder seiner Einsicht und Erkenntnis in die Waagschale der politischen Entscheidungen legen. Auch daraus folgert, daß es eine selbstverständliche Aufgabe jeder ernsten politischen Bewegung ist, das Heer in Kenntnis von ihrem Wollen zu setzen.

Wie sehr im übrigen die herrschende politische Tendenz auf das Heer abfärbt und dieses damit - ob gewollt oder ungewollt ist einerlei - zum Träger eines politischen Gedankens wird, liegt in der behandelten Anklage. Denn meines Wissens geht der eigentliche Anlaß für das vorliegende Klageverfahren vom Reichswehrministerium aus [19]. Auch aus zahlreichen anderen Vorkommnissen wissen wir, daß das Reichswehrministerium die deutsche Reichswehr als das Instrument eines bestimmten politischen Zustandes ansieht, und sich aus diesem Grunde bemüht, das Herantreten anders gearteter politischer Gedankengänge an das Heer zu verhindern. Auch das ist eine politische Stellungnahme und zeigt die eminente politische Bedeutung des Heereskörpers.

Der Einwand, daß das Heer nur Instrument der jeweils verfassungsmäßigen Regierung sei, ist hinfällig, weil eine verfassungsmäßige Regierung *gegen* den ausgesprochenen Willen dieses Instrumentes auch auf verfassungsmäßigem Wege in den verschiedensten denkbaren Fällen gar nicht zustande kommen kann. Der Wunsch des Heeres hat schon öfter als einmal politische Entwicklungen begünstigt und auf ganz natürlich verfassungsmäßigem Wege zu legalen Regierungen geführt, die ansonsten niemals zustande gekommen wären. Schon rein in der Bedeutung der vorliegenden technischen Erfahrung dieses Instrumentes liegt ein Faktor, dessen politische Bedeutung von den im Staate ringenden politischen Parteien nicht übersehen werden kann. Um so wichtiger für diese, das Heer von ihren eigenen Kenntnissen zu unterrichten! Der Unterricht im demokratischen Zeitalter liegt aber nun nicht in der Belehrung eines Führers als vielmehr in der Aufklärung der Masse hüben und drüben.

Es ist nicht unsere Schuld, daß es so ist.

Ich habe bereits betont, daß sich die nationalsozialistische Bewegung an keinen Soldaten gewendet hat, um ihn zum Ungehorsam oder zu irgendeiner Gesetzesverletzung zu verleiten. Wir fordern von keinem, daß er sich parteipolitisch betätige entgegen der ihm auferlegten Beschränkung auf diesem Gebiete. Wir fordern keinen auf, irgendwie Mitglied, sei es offen oder geheim, einer unserer Organisationen zu werden. Im Gegenteil: Würde ich davon Kenntnis erhalten, würde ein solcher Versuch sofort durch Ausschluß beseitigt, und zwar nicht nur durch Ausschluß des eintretenden Soldaten, sondern auch durch Ausschluß des dafür verantwortlichen Führers der in Frage kommenden Unterorganisation der Partei [20]. *Wir fordern keinen Soldaten auf zum Ungehorsam gegen seine ihm vorgesetzten Offiziere. Keinen Offizier*

19 Der Oberreichsanwalt lehnte es in allen Fällen ab, die von Reichswehrminister Groener wegen der Rede vom 15.3.1929 (Druck: Dok. 6) beantragten Verfahren einzuleiten. Die NSDAP ging jedoch davon aus, daß das Ermittlungsverfahren von Groener beantragt worden war. Vgl. Wilhelm Weiß, Der General Groener. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (1930), S. 131-139, S. 136; Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 14.

20 In einem Parteibefehl vom 3.12.1928 verbot Hitler Parteimitgliedern den Eintritt in militärische Verbände und drohte dafür den Betroffenen und den zuständigen Parteifunktionären mit sofortigem Ausschluß aus der Partei. Vgl. Bd. III/1, Dok. 60.

zur Revolte gegen seinen General[21]. *Wir unterbreiten nur der gesamten deutschen Öffentlichkeit einschließlich der deutschen Reichswehr unsere Weltanschauung und unsere Gedanken und Ziele, die Darstellung unseres Weges in der Überzeugung, daß es für das gesamte deutsche Volk - und auch für das deutsche Heer - wichtig ist zu wissen, welche Ziele die nationalsozialistische Partei verfolgt, welche Gedanken sie hat.* Wenn dies strafbar sein soll, dann könnte eine solche Strafbarkeit nur vorliegen, wenn die Ziele als solche den Gesetzen der menschlichen Gesellschaft zuwiderlaufen würden, unsittlich, unmoralisch, oder verkommen wären. Was immer aber auch unsere Gegner uns Nationalsozialisten zur Last legen mögen:

Der Glaube an das Recht seines eigenen Volkes, die grenzenlose Liebe und Hingabe zu seinem Volk, der Wille, die Größe seines Volkes mit allen Mitteln und auf allen Wegen wiederherzustellen, sind Werte von Ewigkeitsdauer, die auch von keiner Reichswehrbehörde ihres sittlichen Gehalts und ihrer moralischen Berechtigung entkleidet werden könnten. Etwas anderes wollen wir aber nicht. Wenn das Reichswehrministerium heute die nationalsozialistische Bewegung der glühendsten Vaterlandsliebe dem marxistischen Landesverrat gleichstellt, Nationalsozialisten gleich Kommunisten behandelt wissen will, dann ist dies eine menschliche Irrung etwa analog des Feme- und Haftbefehls des alttürkischen Kriegsministeriums in Konstantinopel gegen den ihm unbequemen Nationalisten Kemal Pascha[22] und dessen Anhänger[23]. Die Geschichte wird dieses Vorgehen einst als Blatt beifügen der Sammlung politischer Dokumente und Darstellungen aus der Periode des tiefsten deutschen Verfalls.

Wir wenden uns also höchstens an das Heer, weil wir uns an alle Deutschen wenden und weil wir überzeugt sind, *daß der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in erster Linie auch die moralische Rehabilitierung des deutschen Heeres vor der Welt wiederbringen soll und bringen wird.*

Wir wenden uns damit an das Heer auch, um diesem gesamten Körper durch die Vermittlung des nationalsozialistischen Weltbildes das Verständnis für die unmögliche Lage des Vaterlandes von heute zu geben!

Und wir wenden uns endlich in unserer Verkündung der nationalsozialistischen Weltanschauung an das Heer, weil wir überzeugt sind, daß bei voller Kenntnis unserer Ideen und unserer Ziele das Heer die innere Notwendigkeit unseres Sieges ersehen wird und demgemäß uns in unserem legalen Kampf um die Macht durch das Gewicht seiner moralischen Empfehlung im verfassungsmäßig möglichen Rahmen unterstützen wird. Es wird sich einstmals ein Teil des Volkes mit der Bewegung eins fühlen, die das Sprachrohr der besten Teile unseres Volkes ist!

Die Gründe, die uns ein moralisches Anrecht geben, von der Wichtigkeit der Kenntnis unserer Ziele für das Heer zu sprechen, liegen in den großen weltanschaulichen Gesichtspunkten

21 Vgl. hierzu Hitlers Aussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930. Druck: Bd. III/3.

22 Mustafa Kemal Pascha (1881-1938, ab 1934 Ehrenname Atatürk), türkischer Offizier und Politiker, 1908/09 Teilnahme an der jungtürkischen Revolution, 1917 Kommandeur der 7. Armee, 1919 Führer der nationalrepublikanischen Bewegung, 1920 Vorsitzender der Großen Nationalversammlung mit Oberbefehl über die nationalrepublikanischen Truppen, 1923 Ausrufung der Republik, 1923-1938 Präsident der Republik, 1924 Abschaffung des Kalifats.

23 Eventuell Anspielung auf die mehrwöchige Haft Mustafa Kemals 1905 wegen oppositioneller Aktivitäten. Vgl. Bernd Rill, Kemal Atatürk, Reinbek 1985, S. 25 ff.

unserer Idee und den Auswirkungen sowie Beziehungen dieser Grundsätze auf das Heer und zum Wehrgedanken.

Die nationalsozialistische Weltanschauung verkörpert in ihrem Antipazifismus den Widerstandswillen an sich. Dieser Widerstandswille ist im Völkerleben als Selbsterhaltungstrieb verankert. Trotzdem vermag eine verderbliche Lehre diese natürlichste Empfindung zu schwächen, ja, am Ende fast zu beseitigen. Indem der Pazifismus die feige Selbstaufgabe geistig zu einer heroischen Tat umfälscht, bringt er in das Völkerleben ein Ferment der Eigenzerstörung hinein, dessen Auswirkungen entsetzliche sind. Sowie dieses alte Menschheitslaster zum politischen Glaubensbekenntnis einer Zeit wird, verpestet es langsam durch Erziehung und Beeinflussung die Menschen in ihrem natürlichsten Denken, entwurzelt sie und macht sie endlich zu willenlosen unterwürfigen Kreaturen, denen jede Selbstwehr verhaßt ist und jegliches Fremdjoch erträglich erscheint. Wenn dieses Gift erst einmal offizielle politische Staatsauffassung geworden ist, erübrigt sich jede weitere Existenz eines Heeres. Pazifistisch verseuchte Völker und Staaten verwenden ihre Soldtruppen nur mehr als Zuchtrute gegen den störrisch-aufrechten Mann, der sich nicht dem allgemeinen Laster fügen will. Diese Gesinnung, die sich dann mit tausend blödseligen [*sic!*] Phrasen von Klugheit, Abwartenkönnen, weiser zurückhaltender Vernunft, überlegener Selbstbeherrschung usw., verbrämt, kann es nicht vertragen, von aufrechten Naturen als das bezeichnet zu werden, was sie in Wahrheit ist, als feige Dummheit und dumme Feigheit.

Die nationalsozialistische Bewegung sagt dieser Gesinnung als Idee und Ausdruck unbarmherzig den Kampf an! Sie wird die Nation von der Fäulnis der pazifistischen Selbstaufgabe dereinst wieder befreien! Die nationalsozialistische Bewegung wird heute im Kleinen, einst im Großen den Geist der Unbotmäßigkeit gegen die fremden Unterdrücker in die Herzen der Volksgenossen pflanzen! Sie wird den Sinn des Selbsterhaltungstriebes zu einer fanatischen Leidenschaft entwickeln! Sie wird in Schule und Erziehung den Heroismus wieder zu seiner ewigen Geltung bringen! Sie wird die pazifistische Feigheit brandmarken als das, was sie ist! Die nationalsozialistische Bewegung wird die gesamte politische Erziehung der Nation im Sinne der Heldenverehrung und Heldenanerkennung umstellen! Sie wird alle Möglichkeiten erschöpfen, die Kampfkraft der Nation auf das äußerste zu steigern, und sie wird alle Lebensäußerungen des Volkes in den Dienst dieser Kampfkraft stellen! Sie wird alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens betrachten und behandeln vom Standpunkt ihrer möglichen Auswertung im Kampf um die Existenz der Nation! Sie wird ruhe- und rastlos auf den Tag hinarbeiten, der unser Volk frei machen soll vom Joch der heutigen Knechtschaft! Sie wird dem Heere wieder geben, was des Heeres ist! Sie wird der Welt in Waffen wieder ein bewaffnetes deutsches Volk eingliedern. Sie wird die höchste Einheit herstellen zwischen Volks- und Soldatentum! Bürger dieses Reiches soll nur sein, wer Soldat gewesen ist, bereit, die Existenz von Volk und Reich mit eigenem Einsatz des eigenen Blutes zu schützen!

Dies ist *ein* Grund, der uns angezeigt sein läßt, ja, der uns verpflichtet, vor aller Öffentlichkeit und damit auch vor den Augen des Heeres die Gedanken unserer Weltanschauung zu vertreten.

Der zweite Grund ist folgender:

Die nationalsozialistische Bewegung ist die schärfste Verfechterin des Persönlichkeitsprinzips. Die nationalsozialistische Bewegung sieht in der heutigen Demokratie die Verfalls-

erscheinungen der Menschheit! Sie muß sich selbst in ihrem legalen Kampfe heute demokratischer Mittel bedienen, allein sie wird einst nach ihrem Siege an Stelle des demokratischen Massen- und Minderwertigskeitswahnes die Autorität der Persönlichkeit wiederherstellen. Sie wird das gesamte Leben, soweit es sich von den Grundlagen einer tausendjährigen Tradition entfernt hat, reorganisieren. Sie wird die höchsten Kräfte der Nation mobilisieren, indem sie ein System der Auslese der fähigsten Köpfe propagiert und einführt! Sie wird die Autorität der Persönlichkeit wiederherstellen durch die Art ihrer Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor der Größe und Bedeutung der historischen Persönlichkeit! Sie wird dieses Erziehungsproblem verbreitern und vertiefen durch die allgemeine politische Ausbildung der Nation. Sie wird die Kraft der Nation erhöhen durch die Erhöhung der Autorität ihrer fähigsten Köpfe sowie durch die ehrfürchtige Verehrung der großen Traditionen unseres Volkes. Sie sieht in dieser Wiederherstellung des Persönlichkeitswertes und der Autorität der Person einen eminenten Faktor zur Stärkung der Wehrkraft der Nation! Es ist ein Widersinn, einem demokratischen Staat auf die Dauer eine autokratische, undemokratisch sein müssende [*sic!*] Armee aufpfropfen zu wollen! Die nationalsozialistische Bewegung wird auch hier Heer und Nation zu einer inneren Einheit bringen.

Die nationalsozialistische Bewegung hält es deshalb für notwendig, auch aus diesem Grunde dem gesamten Volk einschließlich des Heeres Kenntnis ihres Wollens und ihrer Ziele zu geben.

Der dritte Grund ist folgender:

Die nationalsozialistische Bewegung verficht den Gedanken der Wertunterschiede der Völker. Auf Grund ihrer Rassentheorie bekennt sie sich zur Überzeugung von der Ungleichartigkeit des spezifischen Wertes der einzelnen Rassen. Sie sieht im Blute den wesentlichsten Wertfaktor einer Nation und erst in zweiter Linie schätzt sie die Bedeutung der Zahl. Die nationalsozialistische Bewegung sieht den Wert eines Volkes nicht in der Zahl, die Energie nicht im Volumen, sondern sie schätzt die Bedeutung und damit auch die Kraft einer Nation nach ihren rassischen Grundelementen. Damit ist die nationalsozialistische Bewegung aber zugleich bestrebt, aus weltanschaulichen Erkenntnissen heraus den einzelnen Träger des Volkstums in seiner inneren Kraft und Gesundheit zu erhalten. Sie sieht vor sich nicht Klassen und Stände, sondern eine bis zu einem gewissen Umfange vollzogene Blutsgemeinschaft. Die physische Gesundheit aller einzelnen Träger dieser Gemeinschaft ist nicht weniger notwendig als die geistige. Sie kämpft daher als sozialistische Partei für eine höchstmögliche Steigerung der Lebensgrundlagen aller, indem sie auch nach außen hin die Voraussetzung hiefür zu schaffen bereit ist. Sie vertritt als nationalsozialistische Bewegung das Recht auf das Leben der gesamten Nation gegenüber ihren äußeren Feinden und leitet daraus ab das Recht des einzelnen Volksgenossen zum Leben innerhalb der Gemeinschaft. Sie erzieht damit geistig und körperlich Soldaten! *Jeder Bürger in ihrem Staate ist Soldat des eigenen Volkstums, das Heer aber ist die letzte große Schulung, die zusammenfassende Organisation dieses allgemeinen Selbstbehauptungswillens!*

In einer Welt internationaler Theorien ist ein nationales Heer eine widersinnige Erscheinung. *Das Verständnis für die deutsche Wehrmacht wird um so mehr sinken, je höher der Glaube an internationale Prinzipien und deren Heilwirkung steigt! Wir halten es deshalb für nötig, daß das Heer genauso wie das gesamte übrige Volk Kenntnis des Wollens und der Absichten der nationalsozialistischen Bewegung erhält!*

Aus diesen Gründen erachten wir es nicht nur als ein Recht, sondern als eine selbstverständliche Pflicht, die gesamte Nation auch einschließlich der Reichswehr von unseren Ideen zu unterrichten. *Ich betone aber dabei ausdrücklich, daß ich niemals auf dem Wege einer verbotenen Konspiration es versucht habe, in Heeresformationen einzudringen. Der Weg, den wir beschreiten, ist der eines offenen Appells an Volk und Heer, den jeder lesen kann, der ihn lesen will, den jeder aber auch abzulehnen vermag, der die Ohren dagegen lieber schließt.* Ich selbst müßte es bedaueren und würde es als großes Unglück ansehen, wenn es den heutigen Machthabern gelänge, die Kenntnis unseres politischen Glaubens und unserer Ziele der Reichswehr vorzuenthalten. Das Heer kann eine Nation sowohl schützen als aber auch, wie die Geschichte an ungezählten Beispielen zeigt, auf das furchtbarste belasten. Diese Nation aber sind wir alle. Wir sind selbst einst Soldaten gewesen [24] und haben heute als Nichtsoldaten schwer zu tragen an einem Schicksal, das nicht zum geringsten infolge der politischen Unbildung des Heeres über Deutschland hereingebrochen ist. So wollen wir in der Zukunft bessermachen, was die Vergangenheit so schlecht gemacht hat. Wir wollen das politische Gewicht der Stimme des Heeres auf legalem Wege der Bewegung zuwenden, die so oder so einst die Trägerin des deutschen Wehrgedankens sein wird!

Für uns Nationalsozialisten ist die Heeresleitung nicht nur Intendanturbehörde. Ohne politische Kenntnisse gibt es keine Vorbereitung jener Politik, die sich zu ihrer Durchführung militärischer Waffen bedient.

Ist dies etwa Hochverrat? Nein!

Wir vertreten heute als Nationalsozialisten eine Idee, die einst das Evangelium des deutschen Soldaten sein wird!

Es stünde uns dabei frei, selbst weiter zu gehen und vor der ganzen Nation einschließlich dem Heere sogar für eine kommende Freigabe der parteipolitischen Betätigung des Heeres einzutreten! Und Volk und Heer über die Gründe, die hiefür sprechen könnten, aufzuklären! Selbst dies wäre nicht Hochverrat, solange wir nicht die Absicht hegen, diesen Wandel mit Gewalt herbeizuführen.

Wir haben aber nicht die Absicht, ein Instrument zu bilden oder auszurüsten, das eine solche verfassungsändernde Entwicklung mit Gewalt herbeiführen soll!

Das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung ist die geistige Revolutionierung des gesamten Denkens unseres Volkes, auf daß sich aus ihm heraus unter Anwendung aller legalen Mittel und Wege eine analoge Änderung des Inhaltes und Kurses unseres Staates vollzieht!

Die in Frage kommende Parole heißt da von vorneherein nicht "Republik" oder "Monarchie", sondern höchstens deutscher Staat oder internationale Finanzkolonie.

Ist aber diese Parole etwa hochverräterisch?

Zu der angezogenen Rede vom 15. März 1929 über Nationalsozialismus und Wehrmacht habe ich eigentlich nur wenig zu sagen. Die Rede ist eine Darstellung der Auffassung des Wehrproblems vom nationalsozialistischen Standpunkt. Welcher Art die Parteiauffassungen der nationalsozialistischen Bewegung über das Wehrproblem sind, geht außer die Bewegung selbst niemanden etwas an. Wir lehnen darüber jede Zensur sowohl eines Innenministeriums als auch die des Reichswehrministeriums ab. Die nationalsozialistische Bewegung könnte ja

24 Zu Hitler Kriegsdienst vgl. Dok. 6, Anm. 44.

programmmäßig die Wehrmacht überhaupt ablehnen, und auch das könnten weder die Herren des Wehrministeriums noch die des Innenministeriums ändern. Solange die nationalsozialistische Partei ihr Programm nicht mit ungesetzlichen Mitteln vertritt oder auf ungesetzlichem Wege zu erreichen versucht, steht es natürlich jedermann frei, sein abfälliges Urteil darüber zu äußern, aber das Recht zu einem juristischen Vorgehen dagegen besitzt niemand.

Ich habe mich bei meiner Darstellung des nationalsozialistischen Wehrgedankens des Mittels der öffentlichen Rede in einer Volksversammlung bedient. Dieses Mittel ist kein ungesetzliches oder verbotenes. Es geht mithin die Art des Vorbringens unserer Überzeugung weder das Innenministerium noch das Reichswehrministerium etwas an! Es wäre etwas anderes gewesen, wenn ich diese Rede in einem Kasernenhof oder sonst irgendwo nur vor Angehörigen der Wehrmacht gehalten hätte. Nur dann allein könnte man vielleicht von dem Versuch der Beeinflussung von Soldaten unter Umgehung von Vorschriften reden! Ich machte meine Ausführungen in einer öffentlichen Versammlung. Ich habe keine Veranlassung, Sorge dafür zu tragen, daß unsere Ansichten etwa *nicht* der Reichswehr zu Gehör kommen, sondern im Gegenteil: Ich habe nur die eine Sehnsucht, daß alle Deutschen ausnahmslos die Idee, das Ziel und die Wege unserer Bewegung kennenlernen! Die Rede ist (wie die meisten meiner Reden) im Zentralorgan der Nationalsozialistischen Bewegung, im Völkischen Beobachter, behandelt worden [25] und wurde endlich auch als Sondernummer dieser Zeitung herausgegeben [26]. Auch das ist unser gutes Recht und auch das geht weder das Reichswehrministerium noch den Minister des Inneren irgend etwas an. Denn es ist kein ungesetzliches Vorhaben oder Vorgehen gewesen. Hätte ich diese Rede etwa im Stile der von den Parteiangehörigen des Herrn Innenministers im Kriege in die Armee hineinlancierten, verkappten Hetzschriften gemacht [27], würde man ein Recht haben, dagegen vorzugehen. Meine Rede ist nicht einmal als eine besonders für Soldaten geschriebene Abhandlung abgefaßt und verbreitet worden, *sondern als Sondernummer unseres Zentralorgans im Format und in der Aufmachung unseres Zentralorgans und mit der Überschrift bezw. dem Kopf des Völkischen Beobachters. Ja, diese Nummer ist nicht einmal gratis etwa für propagandistische Zwecke vertrieben worden, sondern sie wurde wie jede andere verkauft [28]!* Sie stellt auch kein besonderes Novum dar, sondern solche Sondernummern sind über die verschiedensten Reden von mir in derselben Form und Aufmachung bereits erschienen [29]. Es ist also unzweifelhaft so, daß zunächst die Art des Vorbringens unserer nationalsozialistischen Grundauffassung zum Wehrproblem nichts Gesetzwidriges als Vorgang an sich hat.

Der Inhalt der Rede: *Es scheint mir die vernichtendste Abfertigung der unterschobenen Hochverratstendenz zu sein, daß man überhaupt nicht wagt, diese Tendenz in der gesamten Rede an sich zu sehen, sondern daß man einzelne winzige Absätze aus dem Gesamtinhalt her-*

25 VB vom 17./18.3.1929, "Die Reichswehr am Scheidewege". Vgl. Dok. 6, Anm. 4.

26 VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929: "Reichswehrsondernummer: Sonder-Nummer 15". Druck: Dok. 6.

27 Zur Haltung der Sozialdemokratie während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 179 ff.

28 Die Einzelnummer kostete 20 Pfennige, bei Bestellung größerer Mengen bot der Eher-Verlag gestaffelte Rabatte an.

29 Vgl. Bd. II/1, Dok. 104, Bd. II/2, Dok. 237, 258, 268, Bd. III/1, Dok. 34.

ausreißen muß, also beim berühmten Zitat endet. Nicht aus der Tendenz der gesamten Rede soll der Hochverrat abgeleitet werden, sondern aus einzelnen, aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten eine hochverräterische Tendenz!

Ich werde mich freuen, nach gleicher Methode die hochverräterische Tendenz aus zahllosen Zitaten der sozialdemokratischen Presse und Partei vor Gericht schlagend beweisen zu können!

Aber selbst in den mir bekannt gegebenen "anstößigen" Stellen läßt sich aber auch nur die Spur eines Grundes für einen so ungeheuerlichen Vorwurf [*nicht*] auffinden.

Es wird nachstehende Stelle [*her*]angezogen:

"Ich möchte deshalb folgendes Grundsätzliches ausführen: *Für uns Nationalsozialisten ist die Reichswehr, sowohl als eine Miliz, ein Volksheer oder eine stehende Armee, immer nur ein Mittel zum Zweck. Eine Auffassung, die in einer dieser Einrichtungen den Zweck an sich sieht, müssen wir Nationalsozialisten ablehnen.* Unser Standpunkt wird niemals sein: Nützt das der Reichswehr oder nützt das vielleicht dem stehenden Heer, sondern wir werden immer diese Fragen von dem Standpunkt aus betrachten: *Nützt das unserem Volk?* (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich sage ausdrücklich: 'Nützt das unserem Volk' deshalb, *weil für uns Nationalsozialisten der Begriff 'Volk' noch höher steht als der Begriff 'Staat'.* (Lebhafte Zustimmungen.) Denn all diese Einrichtungen, sowohl der Staat, als auch das Heer, sind kein Selbstzweck und können auch kein Selbstzweck sein. Es kann sein, daß ein Staat so morsch und faul ist, daß es nur im Interesse eines Volkes liegt, diese Form zu beseitigen. (Stürmische Zustimmungen.)

Denn an der Spitze von allem steht das Leben eines Volkstums." [30]

Worin bei dieser Feststellung der Hochverrat liegen soll, ist mir unersichtlich. Ich betone aber hier zur Erläuterung noch einmal ganz ausdrücklich: Für uns Nationalsozialisten sind der Staat sowohl als sämtliche Einrichtungen desselben nur ein *Mittel zum Zweck.* Der Zweck kann nur die Erhaltung der Existenz des Lebens von Menschen sein, in dem Falle also die Erhaltung des Lebens eines Volkstums. Staatformen und Staateinrichtungen sind im Laufe der Zeit deshalb einem andauernden, bald schnelleren bald langsameren Wandel unterworfen. Das Bleibende ist der Volkskörper. Hier vermag nur rassische Zersetzung eine Veränderung herbeizuführen. Heeresorganisationen, Heeresformationen kommen und vergehen. Sie sind nichts Ursächliches, nichts Primäres, sondern etwas Zweckbestimmtes, Sekundäres. Auch die deutsche Reichswehr ist kein sakrosankter Ewigkeitswert, sondern ein, wie ich hoffe, sehr vergängliches Instrument. Es wird, und das ist das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, aus ihr dereinst wieder ein großes starkes Heer werden, wurzelnd in der allgemeinen Dienstpflicht jedes einzelnen deutschen Bürgers [31]. Die Güte und den Wert des Staates als Form, sowohl als sämtlicher Einrichtungen desselben, bestimmt nicht irgendein Minister, sondern ausschließlich der Grad des Nutzens, den sie für die Erhaltung eines Volkskörpers besitzen. Ein Staat, der einem Volk nicht mehr die Existenzmöglichkeit zu erhalten oder zu sichern vermag, ist in seiner

30 In das Manuskript eingeklebter Zeitungsausschnitt aus der "Reichswehrsondernummer". Vgl. Dok. 6. Hs. Vermerk von dritter Hand: "einrücken", "engzeilig".

31 Vgl. Dok. 6, Anm. 73.

organischen Konstruktion irgendwie krank oder falsch und wird geschichtlich entweder einer Verbesserung unterliegen oder am Ende auch das Volk in den Strudel seines eigenen Zusammenbruchs hineinreißen. Daß das Volk im übrigen der primäre Faktor ist - etwas, was den Ministern der heutigen deutschen Republik unangenehm in die Ohren klingen mag -, haben die Väter der Weimarer Verfassung in einer schwachen Stunde übrigens selbst verfassungsmäßig niedergelegt. In der Verfassung heißt es nämlich nicht, daß alle Macht und alles Recht vom *"Staate"* sondern *"Volke"* ausgeht. Wenn aber diese Auffassung zutreffend ist, dann liegt es auch jederzeit nur im Ermessen des Volkes, eine untaugliche Form kraft seines souveränen Willens und seines Rechtes zu beseitigen und durch eine andere zu ersetzen. Dieser Prozeß ist ein verfassungsrechtlich um so zulässigerer, als das heutige Deutsche Reich durch einfache Zweidrittel-Majoritäten den Charakter von verfassungsmäßigen Grundrechten ohnehin schon längst zerstört hat [32]. Ich habe aber mit keinem Wort darauf hingewiesen, daß uns etwas anderes vorschwebt, als daß das Volk kraft des ihm auch nach der Weimarer Verfassung innewohnenden souveränen Willens diese Reformen durchführt. Die nationalsozialistische Partei nimmt an jenen gesetzgebenden Korporationen aktiv Anteil, die zur Zeit das legale Operationsfeld dieses Volkswillens sind.

Im übrigen kann unsere Auffassung, daß der Staat und alle seine Einrichtungen einschließlich der Reichswehr sekundäre Erscheinungen sind, das Volk und sein Wohl und Wehe aber das entscheidende bleibt, selbstverständlich heute von den Regierenden nicht anders als höchst abfällig beurteilt werden. Ein Staat, der wie das heutige Deutsche Reich, die Lebensinteressen seiner Bürger so wenig zu wahren versteht, daß jährlich Zehntausende in der Verzweiflung zum Selbstmord greifen müssen [33], Hunderttausende auswandern [34], Hunderttausende nicht geboren werden können und Millionen ohne Arbeit dastehen [35], hat natürlich alle Veranlassung, die nationalsozialistische Definition zu Sinn und Zweck eines Staates zu scheuen. Ich weise aber die Unterschiebung, daß diese Definition hochverräterischen Charakter in sich trage, auf das entschiedenste zurück!

In die Linie der gleichen Betrachtung gehört auch die zweite als hochverräterisch bezeichnete Stelle meiner Rede:

> "Wenn ein Staat diesem Leben nicht mehr zu dienen vermag, wenn er dieses Leben nicht mehr zu erhalten vermag, wenn er es nicht fertigbringt, diesem Leben innere Kräfte zu konservieren und diese für die Zukunft anzulegen und sie zur Auswirkung zu bringen, dann hat ein solcher Staat seine Mission vollkommen verfehlt, dann könnte ein Volk genausogut ohne einen solchen Staat leben, denn der Staat ist nicht dazu da, um eine

32 Wahrscheinlich Anspielung auf das "Gesetz zum Schutze der Republik", das wegen verfassungsändernder Bestimmungen mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden mußte. Vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 76 ff.; Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

33 Das Statistische Jahrbuch verzeichnet für 1927 15.974, für 1928 16.036 und für 1929 16.665 Selbstmorde. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 37.

34 Im Jahr 1929 wanderten 48.734 Deutsche aus; die Auswanderung hatte 1923 mit 115.431 Personen ihren Höchststand zwischen 1919 und 1933 erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 35.

35 Im März 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.555.094 Arbeitssuchende registriert, im Dezember 1929 2.894.798. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

Summe von Menschen zu begünstigen und zu fördern, ihnen Stellungen zu verschaffen usw., sondern diese Organisation ist nur da, um einem Volk einen lebendigen Organismus zu schenken, *einen lebendigen Organismus, der den Kampf um die Erhaltung des Daseins eines Volkes auf dieser Welt erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht.* (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk also steht im Mittelpunkt, und zwar so, wie wir als Nationalsozialisten diesen Begriff auffassen wollen, nicht als eine Sammelmasse von Wesen, denen man vielleicht mit Ach und Krach eine gemeinsame Verständnismöglichkeit andressiert, indem man ihnen eine Sprache aufzwingt, wobei doch jeder die Gedanken seines Blutes zum Ausdruck bringt, sondern wir Nationalsozialisten verstehen unter dem Begriff 'Volk' eine Summe von Menschen, die körperlich und seelisch gleiche Wesen sind oder die sich zum mindesten im Laufe von Jahrtausenden so sehr vereint haben, daß sie heute als ein einheitlicher Begriff nach beiden Richtungen hin gelten können. Dann dient [*sic!*] sowohl der Staat als auch die gesamten Einrichtungen des Staates nur mehr zum Schutze und der Erhaltung dieses Volkstums ..." [36]

Auch diese Stelle spricht für sich selbst. Wie man in ihr auch nur eine Spur von Hochverrat sehen kann, bleibt mir unerfindlich. Meine Feststellung, daß ein Staat, der einem Volke das Dasein nicht mehr zu geben vermag, der es nicht fertigbringt, die lebendigen Volkskräfte zu erhalten, zu stärken und nutzbringend für die Zukunft anzulegen, keinen inneren Sinn mehr hat, ist für jeden Menschen mit klarer Vernunft eine Selbstverständlichkeit. Daß heute die Herren republikanischen Minister eine gegenteilige Ansicht vertreten, zeigt, daß sie in ihren Auffassungen in das Zeitalter eines Metternich zurückgerutscht sind, allerdings leider ohne Metternich'schen Geist [37]. Ihre eigene Verfassung zeugt wider sie.

Folgende Stelle wird mir ebenfalls als "hochverräterisch" angegeben:

"Wenn wir nun von einer politischen Einstellung des Heeres sprechen, dann ist es selbstverständlich, daß sie keine parteipolitische im heutigen Sinne des Wortes sein kann. Vergessen wir aber nicht, daß die heutige Art der Parteiauffassung ja selbst bereits der Krebsschaden ist und daß mithin schon dessentwegen allein das Heer eine bestimmte politische Haltung einnehmen müßte. *Schon hier hätte das Heer eine politische Mission zu erfüllen, nämlich die, mitzuhelfen, nicht etwa parteipolitisch zu denken, sondern das parteipolitische Getriebe und Ungeziefer selbst zu vernichten.* (Stürmischer Beifall.) Das wäre mit eine der ersten Aufgaben. Denn wenn Sie heute erklären: das Heer könne nicht parteipolitisch eingestellt sein, so ist es ja gerade der Fluch Ihrer nicht klaren nationalistischen Einstellung, daß wir überhaupt so eine Art von Parteipolitik besitzen. (Lebhaftes Sehr richtig!) *Würde man zum Beispiel nationalsozialistisch gedacht haben, und wäre man demgemäß eingestellt gewesen, dann hätte Deutschland niemals in diesen Sumpf von Parteipolitik, von Parteien und Parlamentswirtschaft geraten können. Das italienische Heer, das sich einst zum Faschismus bekannte, hat damit auch Italien gerettet* [38]! (Stürmische Zustimmung.)" [39]

---

36 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "*einrücken!*", "*engzeilig!*"

37 Der österreichische Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst zu Metternich-Winneburg war Symbolfigur der seit 1815 einsetzenden Restauration im Deutschen Bund.

38 Vgl. Dok. 6, Anm. 19.

39 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "*einrücken!*", "*einzeilig!*"

Meine Auffassung, daß es mit eine Aufgabe des deutschen Heeres gewesen wäre, statt einst Soldatenräte [40] *zu bilden, das revolutionierende Parteigesindel zu zermalmen, halte ich aufrecht!* Mir daraus den Vorwurf eines Hochverrates konstruieren zu wollen, ist ein ungeheuerliches Unternehmen. Nicht ich werde von diesem Vorwurf getroffen, sondern jene, die Eid und Rang und verpflichtende Dankbarkeit soweit vergaßen, daß sie die Armee zur Diensttruppe der revolutionierendén Parteien herabwürdigten [41]. Jene Parteien, die im November [*19*]18 unter der verlogenen Behauptung, dem deutschen Volk Glück, Freiheit und Schönheit, Würde [42] und soziales Wohlleben zu bringen, gegen den alten Staat Hochverrat übten und die Revolution anzettelten, das deutsche Volk aber durch ihr gewissenloses und betrügerisches Vorgehen in das heutige unsagbare Elend stürzten.

Und ich wiederhole an dieser Stelle erneut meine ausgesprochene Behauptung, daß, wenn das Heer damals Kenntnis von den nationalsozialistischen, weltanschaulichen Gedanken gehabt hätte, Deutschland sein heutiges Schicksal erspart geblieben sein würde. Inwieferne diese meine Auffassung hochverräterisch sein soll, kann ich nicht ergründen. Ich bekunde sie aber hier an dieser Selle noch einmal und werde sie der Welt noch tausendmal in das Gesicht schreien, denn es ist meine heiligste Überzeugung, daß es nicht nur notwendig ist, diese Ansicht zu haben, sondern sie auch zu vertreten!

Oder soll etwa der Hinweis "hochverräterisch" sein, daß das italienische Heer sich zum Faschismus bekannte und damit Italien gerettet hat? Dann würde das also zunächst heißen, daß das italienische Heer sich eines hochverräterischen Vorgehens schuldig gemacht hat, das nachzuahmen ein Verbrechen sei? Ich glaube nicht, daß Herr Reichsminister Groener den Mut und die Stirne besitzt, vor der ganzen Welt etwa öffentlich zu behaupten, daß das italienische Heer seinen König [43] verlassen, daß es die Fahne als ein rein "äußerliches" farbiges Symbol preisgegeben habe, daß es seine Kokarde beschimpfte und den italienischen Staat gestürzt hat! Herr Minister Groener wird das nicht behaupten können, und ich sehe nun nicht ein, *wieso es bei mir Hochverrat sein soll, wenn ich auf einen Vorgang hinweise, den auch der deutsche Herr Reichswehrminister in eigener Person schwerlich als Hochverrat zu bezeichnen die Stirne haben wird!* Im übrigen lasse ich mir meine geschichtliche Betrachtung nicht von anderen Menschen zensurieren, korrigieren oder gar aufdrängen. Ich bin nun einmal der Überzeugung, daß es falsch war, im Heer unpolitisch zu denken, sondern daß es richtig gewesen wäre, Kenntnis von unseren nationalsozialistischen weltanschaulichen Ideen zu besitzen und demge-

40 Die Soldatenräte bildeten sich im November 1918 improvisiert und dezentral als Entscheidungs- und Verwaltungsinstanzen, regional unterschiedlich in Aufbau und Zusammensetzung. Vgl. Kluge, Soldatenräte und Revolution, S. 107 ff.

41 In einem Befehl an das Westheer vom 9.11.1918 hatte Generalfeldmarschall von Hindenburg unter anderem erklärt: "Die OHL will nicht neues Blutvergießen oder den Bürgerkrieg entfesseln. Sie will im Einvernehmen mit den neuen Regierungsgewalten für Ruhe und Sicherheit sorgen und der Heimat das Schlimmste ersparen." Druck: Dokumente der deutschen Politik. Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914-1933. Bd. III: Novemberumsturz und Versailles 1918-1919. Bearb. von Hans Volz, Teil 1, Berlin 1942, S. 393.

42 Aus einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 13.11.1918. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, Dok. 42.

43 Viktor Emanuel III. (1869-1947), 1900-1946 König von Italien.

mäß auch zu handeln! Dieses Ergebnis meiner persönlichen historischen Betrachtungsweise kann richtig oder falsch sein, es untersteht aber keinesfalls einer juristischen Beaufsichtigung und hat mit der Verfassung von Weimar so wenig zu tun wie mit der Verfassung von Honolulu.

Ein weiteres "hochverräterisches" Zitat:

"Dort sieht man sich veranlaßt, darüber in Erwägungen einzutreten, ob man nicht doch besser gehandelt hätte, wenn man einst zugunsten einer Diktatur gegen das Parlament vorgegangen wäre, man hätte es ja in der Hand gehabt, oder ob es besser war, daß man es nicht tat [44]."

Hier soll also die einfache Feststellung der Tatsache, daß Offiziere heute, und zwar sogar in ihren Memoiren, die Frage erörtern, ob sie einst gegen das Parlament hätten vorgehen sollen oder nicht, oder warum sie nicht vorgegangen sind zugunsten einer nationalen Diktatur, das Wesen eines "hochverräterischen" Vorgehens in sich tragen. Ich weiß nicht; ist es nun hochverräterisch von den betreffenden Offizieren, daß sie solche Gedanken anstellen und niederschreiben, oder von mir, daß ich feststelle, daß sie solche Gedanken haben und von ihnen niedergeschrieben wurden? Daß man aber in diesen Kreisen sich zumindest "geistig" mit solchen Erwägungen beschäftigte, kann schwerlich abgeleugnet werden, und ich bin jederzeit bereit, das Erinnerungsvermögen der Öffentlichkeit (einschließlich verschiedener Reichswehrgenerale) wenn notwendig im Gerichtssaal darüber aufzufrischen [45]. Ich wiederhole aber noch einmal, daß ich persönlich nichts weiter als eine Feststellung über diese tatsächlichen Vorgänge gebracht habe.

Und auch das soll nun hochverräterischen Charakter haben:

"Das mußte durchschnitten werden, das durfte nicht sein. Politik und Wehrmacht müssen getrennt, vollkommen getrennt werden, d. h., die Politik wird von Gaunern gemacht, und an die Spitze der Wehrmacht müssen unpolitische Köpfe treten, gänzlich unpolitische Köpfe. Dann allein kann das Gaunertum ein Volk mit aller Seelenruhe beherrschen, dann hat das Gaunertum die offiziellen Machtmittel zur Seite, dann kann das Parteitum eine Nation zugrunde richten. Unpolitische Offiziere und geriebene Parlamentarier als Repräsentanten eines Volkes! So kann dann das Ziel, das der Jude sich gesteckt hat, am ehesten erreicht werden." [46]

Ich wiederhole also hier erneut, daß das Bestreben, die Wehrmacht von der Politik zu trennen, nur unternommen wird von jenen Kräften, das heißt Parteien, die sich in der Wehrmacht ein unpolitisches Instrument ihrer politischen Mißwirtschaft erhalten wollen. Ich sehe persönlich die Revolutionsparteien des Jahres [*19*]18 ausnahmslos als das parteipolitisch verkommenste und elendeste an, was jemals politisch in Erscheinung getreten ist. Ich halte das Regiment dieser Parteien für das verderblichste und beklagenswerteste Schicksal, das unser Volk zu treffen vermochte. Ich sehe in der Herrschaft dieser Parteien den Ruin meines Volkes und Vaterlandes. Und ich sehe, daß dieser Ruin nur zustande kommen konnte, weil der unpoliti-

44 Vgl. Anm. 30 sowie Dok. 6, Anm. 23.

45 Zur Beurteilung von Revolution und Bürgerkrieg durch höchste deutsche Offiziere vgl. Gotthard Breit, Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard a. Rh. 1973, S. 46 ff., 105 ff.

46 Vgl. Anm. 30. Hs. Vermerk von dritter Hand: "einrücken", "einzeilig".

sche Offizier das - natürlich ungewollte - Werkzeug ohne jeden Eigenwillen in der Hand des parlamentarisch geriebenen Schiebers geworden ist. Und ich bin überzeugt, daß die Entpolitisierung der Armee im Jahre 1920 nur vorgenommen wurde [47], um eine Gefahr der Bildung eines eigenen, der Nation besser gerecht werdenden Willens von der Wehrmacht fernzuhalten.

Das ist meine Überzeugung. Auch sie ist das Ergebnis einer zurückblickenden historischen Betrachtung. Diese Betrachtung kann in ihren Folgerungen entweder richtig oder falsch sein, sie kann aber nie etwas mit "Hochverrat" zu tun haben. Es geht aus ihr nichts hervor, was der Anlaß für einen solchen Vorwurf bieten könnte.

"*Wären die Freikorps* [48] *1919 nicht unpolitisch gewesen, sondern hätten sie bewußt nationale Politik getrieben, dann wäre Deutschland heute nicht da, wo es heute ist, dann hätte diese Menschenmenge, die ihr Blut einsetzte, das Schicksal des Reiches in seine Hand nehmen können, und das wären dann Volksbeauftragte gewesen, nicht jene, die sich damals dazu gemacht haben; denn Volksbeauftragter ist in meinen Augen der, der die höchste Aufgabe einer Nation erfüllt, nämlich sein Blut einsetzt* [49]*, und nicht der, der zu Hause seine Nation verjobbert* [*sic!*]. (Lebhafter Beifall.) Aber schon damals hatten sie keine politische Idee, und was die Freikorps nicht hatten, hatten dafür ihre politischen Befehlshaber, die hatten eine politische Idee und haben sie in eine entsprechende Form gebracht; und wieder sind Tausende von jungen deutschen Menschen für dieses ganze schmierige Parteipack gefallen, und ihr Tod bewirkte nur, daß das Regiment der Unfähigkeit stabilisiert wurde, das wir zur Zeit vor und über uns sehen.

Das war das positive Ergebnis des unpolitischen Charakters der Reichswehr.

Dann ist dieses Instrument wieder in eine bestimmte Form gekommen, hat sich auf Grund des Friedensvertrages eine bestimmte Stärke beigelegt [50], hat wieder eine bestimmte Schulung vorgenommen, wurde langsam wieder diszipliniert und stand dabei immer wieder vor der Frage, sollen wir politisch denken, oder dürfen wir nicht politisch denken, und hat schließlich nie politisch gedacht [51].

So können wir die Tatsache erleben, daß in der Zeit, in der unser Volk eine organisierte Wehrmacht von 100.000 Mann hatte, die politische Entwicklung im Innern katastrophal nach unten ging.

Man spreche sich nicht frei von Schuld! Es gibt keine Armee, die nur Selbstzweck hätte, sondern ihr Zweck heißt, Dienst an der Nation. Mit hunderttausend Mann kann

---

47 Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches hatte der kommissarische Chef der Heeresleitung, Generalmajor von Seeckt, am 3.4.1920 in einem Befehl erklärt: "Die Hauptaufgabe der Reichswehr besteht für die nächste Zukunft - soweit sie nicht für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zur Sicherung verfassungsmäßiger Zustände in Anspruch genommen wird - in der Festigung des durch die Ereignisse der letzten Wochen schwer erschütterten inneren Gehalts der Truppe." Druck: Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 3, Düsseldorf 1979, S. 120.

48 Zum Ursprung der Freikorps vgl. Dok. 3, Anm. 20.

49 Georg und Heinrich Ebert, Söhne des späteren Volksbeauftragten Friedrich Ebert, sind im Ersten Weltkrieg gefallen.

50 Vgl. Dok. 6, Anm. 45.

51 Vgl. Dok. 6, Anm. 46.

man natürlich nicht Krieg nach außen führen, aber die Nation kann eine solche Armee in jenen Zustand bringen, der ihr einmal wieder die Macht gibt, das Schicksal zu verteidigen. Sie sagen, 'wir sind nur dazu da, daß wir Ruhe und Ordnung erhalten' [52]. *Ich frage Sie: Ist das Ruhe, was Sie beschützen? Heißen Sie das Ordnung, was Sie beschirmen?* Die Weltgeschichte wird das einmal anders bezeichnen.

Es gibt einen anderen Staat, in dem die Armee über diese Notwendigkeiten eine andere Auffassung gehabt hat. Das war in dem Staat, in dem im Oktober 1922 sich auch eine Schar anschickte, die Zügel des Staates aus den Händen der Verderber zu nehmen [53], und da sagte die italienische Armee nicht, 'wir sind nur dazu da, Ruhe und Ordnung zu bewahren', sondern sie sagte, wir sind dazu da, dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten [54]. (Stürmischer Beifall.) Und die Zukunft liegt nicht bei den Parteien der Destruktion, sondern bei den Parteien, die in sich tragen die Kraft des Volkes, die bereit sind und sich verpflichten wollen, mit dieser Armee eines Tages auch für die Interessen des Volkes einzutreten. Dagegen sehen wir bei uns die höchsten Reichswehrspitzen noch heute nachträglich sich über den Gedanken abquälen, inwieweit man mit der Sozialdemokratie zusammengehen kann. Ja, meine sehr verehrten Herren, glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich mit einer Weltanschauung überhaupt nur berühren können, die ihrem inneren Wesen nach die Auflösung dessen bedingt, was Sie als Voraussetzung für den Stand einer Armee brauchen? Sie brauchen zunächst ein Volk, das gesund ist. Sie als Offiziere können nicht sagen, uns ist das gleich, wie die Nation aussieht, ob sie vergiftet oder verpestet ist, ob sie an Gott glaubt oder nicht, ob sie ein Ideal vor sich hat oder nicht, uns ist es gleich, ob junge Menschen geboren werden oder nicht. Das können Sie nicht sagen. Sie brauchen das alles, sonst ist Ihre ganze Tätigkeit nur oberflächlich, nur Scheintat." [55]

Auch dieser vorstehende Absatz soll den Charakter des Hochverrates in sich bergen. Auch dieser ganze Absatz ist eine rein retrospektive Betrachtung der historischen Geschehnisse in einer Periode, die heute bereits Geschichte geworden ist. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Haltung der deutschen Freikorps im Jahre 1918 auf [*19*]19 falsch war! Ich halte noch heute ihre unpolitische Stellung für verhängnisvoll. *Bis zur Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung, gab es in Deutschland keine legale Regierungsgewalt, die als Beweis ihrer Legalität sich auf etwas anderes hätte berufen können als auf die Inbesitznahme der sogenannten öffentlichen Gewalt!* Dieses Recht mußte aber damit jedem zugesprochen werden, der es verstand, sich nach dem Zusammenbruch des alten Regiments tatsächlich in den Besitz der Macht zu setzen! Moralisch betrachtet hatten die Soldaten, die noch damals ihr Blut einsetzten für Deutschland, mehr Recht als die Desserteure und Zuhälterhaufen der Revolution! Das deutsche Volk war damals nicht durch diese Auswurfshaufen der politischen Novemberrevolution verkörpert, sondern durch die Regimenter der Front. Die Revolution war aber nicht gemacht worden von diesen am Ende vielleicht allein hiezu berechtig-

52 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.
53 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.
54 Vgl. Anm. 38.
55 Vgl. Anm. 30.

ten Angehörigen unseres Volkes, sondern vom Parteiabhub plündernder, sozialdemokratischer und kommunistischer Großstadtelemente. Ich spreche nur aus, was der Geschichte einst als Schanddokument unserer Revolution für ewig niederschreiben wird [*sic!*]: *Daß die Revolution des Jahres 1918 keine Erhebung des deutschen Volkes, sondern nur eine Erhebung seiner lichtscheuen Elemente gewesen ist*[56]*!* Ich weiß, daß eine Zeit kommen wird, in der in Deutschland diese Feststellung der historischen Wahrheit eine Selbstverständlichkeit sein wird, daß dann nicht mehr die Interessen der regierenden Parteien die Geschichte verfälschen werden, sondern die Geschichte diese Parteien gerichtet haben wird! Ich betone abermals, daß ich die gesamte Entwicklung dieser Revolutionsjahre als eine unselige ansehe und es als ein Verhängnis empfinde, daß den destruktiven Tendenzen dieser Zeit kein klarer politischer Wille des Heeres entgegengetreten ist. Und ich sehe den tiefsten Grund darin, daß das Heer sich selbst nicht klar darüber war und ist, welche politische Mission es zu erfüllen hat. Und ich halte es für notwendig, daß dies vor aller Öffentlichkeit als unsere nationalsozialistische geschichtliche Auffassung über diese Revolutionsperiode festgestellt wird. Dies ist die Feststellung einer historischen Ansicht, die niemals mit "Hochverrat" etwas zu tun haben kann.

Und dann wird mir folgendes Zitat vorgehalten als auch im höchsten Grade "hochverratsverdächtig":

> "*'Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß, parlamentarische Kontrolle der Reichswehr!'* [57] Da danke ich. Ich bin nicht Offizier, aber von einem Parlamentarier mich kontrollieren zu lassen, würde ich ablehnen (Beifall), denn was heißt Parlamentarier? Von Dokumentendieben, von Vaterlandsverrätern, von Dokumentenverrätern [58] lassen Sie sich kontrollieren! (Beifall.)" [59]

Ich wiederhole hier, daß ich mich bedanken würde, als Offizier von einem Parlament kontrolliert zu werden, in dem Dokumentendiebe, Vaterlandsverräter oder Dokumentenverräter sitzen! Im deutschen Reichstag sitzen Männer, die erklären, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt [60]. Im deutschen Reichstag sitzen Männer, die sich öffentlich rühmen, den Landesverrat vom Jahre [*19*]18 mit organisiert zu haben! Im deutschen Reichstag sitzen Personen, welche anläßlich einer geheimen Panzerkreuzerdebatte, die ihnen zur Kenntnis gekommene geheime Denkschrift über den neuen deutschen Panzerkreuzer an das Ausland verrieten [61]! Herr Paul Levi hat nun ein Wehrprogramm entworfen [62] - und zwar in Verbindung mit einigen anderen palästinensischen Soldaten des deutschen Reichstags -, das für künftighin fordert, es dürfe keine Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß stattfinden, und die Reichswehr müsse dauernd der parlamentarischen Kontrolle unterstellt sein! *Dieses Wehrprogramm der*

56 Zum Forschungsstand über Ursachen und Bedeutung der Revolution von 1918/19 vgl. Heinrich August Winkler, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

57 Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 31.

58 Vgl. Dok. 6, Anm. 52.

59 Vgl. Anm. 30.

60 Der Vorsitzende der USPD, Arthur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne ...". Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

61 Vgl. Anm. 58.

62 Vgl. Dok. 6, Anm. 38.

Sozialdemokratie linker Observanz, das überhaupt gar keine Gesetzeskraft besitzt, sondern nur ein Parteiprogramm ist, wird von mir kritisiert, abgelehnt, indem ich betone, daß ich nicht Offizier bin, aber mich trotzdem nicht von einem Parlamentarier kontrollieren ließe. Denn was heißt "Parlamentarier", was für ein Abhub verbirgt sich nicht mit unter diesem schönen Sammelbegriff. Und Herr Reichswehrminister Groener fährt daraufhin auf und sieht darin alle Anzeichen eines "Hochverrates". Denn ich glaube, daß in der deutschen Republik für die Beurteilung militärischer Angelegenheiten und Stellungnahmen ja doch noch in erster Linie der Reichswehrminister zuständig sein dürfte! Hier kann mein deutscher Laienverstand nicht mehr folgen!

Und weiter wird folgendes Zitat als Grund zur Anklage wegen Hochverrat benannt:

> "Da kann man sich wirklich fragen, glauben die dann noch an die Aufgaben des deutschen Heeres, *oder ist für die das deutsche Heer wirklich nur noch das Vollzugsorgan des Völkerbundes, eine kleine Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands, damit die Sklavenkolonie in Ruhe funktioniert?*
>
> Da mögen sich die Herrn Reichswehrgeneräle folgendes vor Augen halten:
>
> *Es liegt zum Teil mit in der Hand der Armee, welche Richtung in Deutschland siegen wird, ob der Marxismus siegen wird oder ob wir Sieger werden.* Es ist nur notwendig, daß man sich über die Konsequenzen klar wird. *Siegt die linke Seite durch Ihr geniales unpolitisches Verhalten, dann schreiben Sie über die deutsche Reichswehr: 'Ende der deutschen Reichswehr.'* Denn dann, meine sehr verehrten Herren, werden Sie doch politisch werden müssen, dann wird man Ihnen rote Jakobinermützen über den Kopf stülpen, und dann werden Sie sich schleunigst umstellen auf den Boden der neuen Tatsachen, dann werden Sie Kommandeur einer Organisation, die mit dem deutschen Volk nichts mehr zu tun hat, dann wird auch hier eine Truppe entstehen ähnlich der russischen Henkerarmee, die nur die eine Aufgabe hat: das eigene Volk dem Juden fügsam und willig zu machen. *Dann verzichten Sie aber auch auf das Glück einer Wiedererhebung unseres Volkes und darauf, daß der Ruhm der deutschen Reichswehr die Fortsetzung ist des Ruhmes der alten Armee.*
>
> Nichts ist unveränderlich. Heute ist jeder deutsche Offizier noch übersonnt von dem Ruhm einer dreihundertjährigen ehrenvollen Tradition [63]. (Beifall.) Heute ist jeder deutsche Offizier noch der Repräsentant eines Standes, der früher als Ehrenstand angesehen wurde. So wie in zwölf Jahren aber das neue Regiment den Begriff Reichskanzler aus der zauberhaften Höhe eines Bismarck herunterziehen konnte auf das Niveau von heute, so genügen sechzig Jahre, ich möchte sagen, um mich nicht ungerecht auszudrücken, einer antinationalen Heeresorganisation, um den Offizier aus seiner früheren Stellung zu beseitigen und hinunterzuziehen zum Polizeiwachtmeister." [64]

Ich kritisiere in diesem Abschnitt jene Generale, die ganz offen nach außen hin die Überzeugung vertreten, mit dem Marxismus zusammenregieren zu können, trotz Kenntnis dieser programmatischen Absichten des gemäßigteren Teils der marxistischen Bewegung, der Sozialdemokraten. Und ich muß angesichts eines solchen vorliegenden Programms auch hier wieder

63 Vgl. Dok. 6, Anm. 71.
64 Vgl. Anm. 30.

die Frage stellen, ob solche Generale dann noch an die innere Möglichkeit glauben, ein deutsches Heer organisieren zu können, das den Aufgaben gewachsen ist, die man nun einmal notwendigerweise an ein Heer stellen muß: nämlich die Aufgaben der Verteidigung des Vaterlandes, ja in unserem Falle sogar der Befreiung des Vaterlandes - oder ob sie sich endgültig damit abgefunden haben als Hunderttausend-Mann-Heer die, wenn auch tausendmal ungewollte Vollzugstruppe des internationalen Kapitals, des Völkerbundes usw. zu sein, zur einfachen Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Kolonie Deutschland!

Im nationalsozialistischen Staat wird die Armee wieder mit allen Mitteln der Aufgabe entgegengeführt werden, für die zu lösen sie allein berufen ist. Wenn ich dann weiter davon rede, daß es zum Teil mit in der Hand der Armee liegt, welche Richtung in Deutschland siegt, der Marxismus oder der Nationalsozialismus, so ist es klar, daß ich dabei nichts anderes im Auge haben kann, als daß in dem großen politisch-geschichtlichem Ringen der nationalsozialistischen Weltanschauung, das auf dem Boden unserer heutigen Verfassung ausgekämpft wird um die politische Macht, das Gewicht der politischen Überzeugung des Heeres zu unseren Gunsten sprechen möge. Dies ist keine Aufforderung zu irgendeinem Hochverrat, da wir selbst unseren Kampf ja nur mit legalen Waffen durchfechten. Wohl aber wissen wir, daß selbst bei parlamentarischen Entscheidungen der Wunsch der Armee nicht ohne alle Bedeutung ist und auch nicht ohne Bedeutung bisher war. *Hätte die deutsche Reichswehr einen durch und durch gehenden, klaren politischen Willen, dann wäre einfach durch die Tatsache des Bestandes dieses Willens auf rein legalem Wege ein Faktor in Erscheinung getreten, der von der politischen Vernunft respektiert hätte werden müssen und der auch selbstverständlich zu allen Zeiten geschichtlich respektiert wurde!* Dieser Wunsch ist aber um so selbstverständlicher, als im anderen Falle, nämlich im Falle des Sieges des Marxismus, das Ende jener deutschen Reichswehr, die wenigstens dem Wunsche nach die Formerhalterin der Tradition unseres unvergleichlichen alten Heeres sein soll, gekommen sein wird!

Auch hier finde ich nicht die Spur für die Berechtigung einer solchen Unterschiebung und einer solchen Anklage.

Und vollends unverständlich erscheint mir die Motivierung des Hochverrates durch das nachstehende Zitat:

> "*Wenn unsere Bewegung siegt, dann werden wir, das bekennen wir ebenso frei und offen, Tag und Nacht bemüht sein, Formationen zu schaffen, deren Bildung uns der Friedensvertrag verbietet*[65]. (Stürmischer Beifall.) Wir bekennen feierlich, daß wir jeden als Schandbuben ansehen, der nicht Tag und Nacht sinnt, wie man diesen Vertrag durchlöchern kann. *Wir haben ihn nie anerkannt und werden ihn niemals anerkennen.* (Lebhafter Beifall.) Sollte uns die Macht der Gegner zwingen, ihn mit schwarzer Tinte erneut anzuerkennen, so würde uns das nie entbinden von der Überzeugung, *daß es etwas gibt, was höher steht als alle Verträge, als alle Unterschriften: das Leben unseres Volkes.* (Lebhafter Beifall.)" [66]

Es ist geradezu entwürdigend, sich als Deutscher infolge eines solchen Satzes wegen "Hochverrat" verteidigen zu müssen. Und Herr Minister Groener kann überzeugt sein, daß es

65 Vgl. Dok. 6, Anm. 72.
66 Vgl. Anm. 30.

keinen Heeresminister der Welt gibt, der sich unterstehen würde, gegen einen Mann wegen der Bekundung einer solchen Gesinnung auf Eröffnung eines Hochverratverfahrens zu dringen! Herr Reichsminister Groener soll nicht die Freude erleben, daß ich von dem, was ich in dieser Versammlung über diesen Punkt sagte, auch nur das Geringste revoziere! Im Gegenteil, ich bekunde hier in meiner Rechtfertigung an den Oberreichsanwalt [67] erneut folgendes:

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft in Deutschland um die Eroberung der politischen Macht. Sie wird diesen Kampf mit allen jenen Waffen durchführen, die uns das heutige Gesetz gestattet. Wir werden mit diesen Waffen der unermüdlichen Aufklärung und Propaganda den heutigen Staat erschüttern! Wir werden uns aber durch nichts vom strengsten Wege der Gesetzmäßigkeit abbringen lassen. Wir werden auf diesem Wege einst den Sieg erringen und dem deutschen Staate einen neuen Inhalt geben! Dieses neue Reich wird dann als seine erste Aufgabe den Kampf um die deutsche Freiheit ansehen! Wir werden dann, Herr Minister Groener, Tag und Nacht nur dem einen Gedanken leben, die französische Hegemonie über Europa, die auf unserem Volke am schwersten lastet, mit brechen zu helfen, um den europäischen Völkern wieder die Freiheit ihrer natürlichen Entwicklung, dem deutschen Volke aber den notwendigen Frieden und das notwendige Brot zu geben. Wir werden, Herr Reichswehrminister Groener, zu diesem Zwecke die Macht unsres Volkes zu stärken suchen auf allen Wegen, sie [sic!] sich uns bieten! Wir werden den Friedensvertrag [68] nicht anerkennen! Sollte uns aber das Schicksal zwingen, ihn erneut zu unterschreiben, so würden wir dennoch diesen Vertrag niemals als rechtsgültig ansehen! Wir werden jede Möglichkeit wahrnehmen, diesen Vertrag zu umgehen, ihn zu durchbrechen, seinen Sinn in der Auswirkung ins Gegenteil umzufälschen, wo immer wir nur können! Wir werden jeden Deutschen nur dann als Ehrenmann ansehen, wenn er zum Brechen dieses Vertrages bereit ist. Wir werden die Nation sichern vor dem Verrat! Wir werden schon die bloße Gesinnung des Landesverrates mit der unbarmherzigen Vernichtung des Individuums beantworten, das eine solche Gesinnung verlautbart. Wir werden der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Heer die hundertprozentige Sicherheit geben, alles Notwendige für das Vaterland vorbereiten zu können, ohne jemals Angst haben zu müssen, durch Verrat dem Ausland preisgegeben zu werden! Wir werden unter dem Schutz dieser Sicherheit die Nation rüsten, wie immer wir sie rüsten können! Es soll kein Schulbuch im nationalsozialistischen Staat in Druck gelangen, ohne der höchsten Aufgabe zu genügen, das Kind zum kommenden Verteidiger des Vaterlandes zu erziehen! Wir werden keine Zeitung dulden, die nicht diese Erziehung im großen fortsetzt. Es soll keine Erfindung geben, die nicht der Selbsterhaltung unseres Volkes dienstbar gemacht wird! Keine Organisation, die nicht Trägerin dieses glühenden Entschlusses ist. Wir werden unser gesamtes Volk ausbilden zum Waffendienst, wenn nicht offen, dann verstohlen! Wir werden nichts unterlassen, was geeignet sein könnte, unser Volk auf den Tag der Abrechnung mit Frankreich mit vorzubereiten! Und wir werden das alles tun unter Durchbrechung aller Verträge, unter Ausschaltung aller moralischen Bindungen und Verpflichtungen, die aus diesen Verträgen scheinbar kommen könnten,

---

67 Karl August Werner (1876-1936), 1907 Amtsrichter in Dammerkirch im Elsaß, 1908 Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Colmar, 1919 Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat im Reichsjustizministerium, 1923 Abteilungsleiter im Reichsjustizministerium, 1926-1936 Oberreichsanwalt, 1933 Mitglied des BNSDJ.

68 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

weil es ein Band gibt, das gewaltiger uns fesselt als tausend Verträge es vermöchten: die Pflicht, unserem Volke die Freiheit wieder zu geben, der unerhörten Ausplünderung und Erpressung ein Ende zu bereiten, auf daß die deutsche Arbeit wieder dem deutschen Volke zugute komme, und die großen kulturellen Aufgaben unseres Volkes wieder erfüllt werden können. Denn auch wir wollen keinen Eroberungskrieg, keinen Kampf um des Kampfes, kein Blut um des Blutes wegen. Wir stehen in scheuer Ehrfurcht vor dem entsetzlichen Unglück des Krieges, aber wir sehen als größtes Unglück für ein Volk den Verlust seiner Freiheit und den Verzicht auf seine Ehre und in der Folge die dauernde Not!

Und deshalb, Herr Reichswehrminister Groener, ist auch die Reichswehr für uns Nationalsozialisten nur ein "Mittel zum Zweck". Der Zweck heißt: Kampf um die Freiheit. Und deshalb werden wir dieses Mittel einst dementsprechend ausgestalten! Der nationalsozialistische Staat wird einst einen großen Schatz besitzen, der mit der größten Sorge und Liebe gehegt und mit der höchsten Anhänglichkeit aller gehütet werden wird: Das deutsche Heer.

Mag das in Ihren Augen, Herr Reichswehrminister Groener, "Hochverrat" sein, in unseren heißt es zuerst: deutsche Pflicht.

Und dieses Zitat, das als letztes mir vorgelegt wurde zur Begründung des behaupteten "Hochverrats", scheint mir in Wirklichkeit als einziges schon zu genügen, den ganzen ungeheuerlichen Vorwurf zu erledigen und in sich zusammenbrechen zu lassen.

> *"... wenn das Reichsheer aber will, daß dieser Vertrag zerbricht, dann kann es nur die lieben, die ihn zerbrechen wollen, und nur die hassen, die diesen Vertrag als ihr Werk dem deutschen Volk aufgebürdet haben.* (Beifall.)
>
> Wenn dieses Reichsheer zu dieser größeren politischen Einsicht gekommen ist, wenn es erkannt haben wird, daß es nie Selbstzweck ist, nicht Selbstzweck zu sein vermag in alle Zukunft, sondern jeder einzelne bis oben hinauf erfüllt ist von der Überzeugung, daß ein Heer nur einen Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient, dann wird aus dieser Erkenntnis eine große Erleichterung kommen, eine große Erleichterung der Arbeit zur Befreiung unseres Volkes aus seinem heutigen Joch, und dann wird einmal wieder die glückliche Stunde schlagen, in der das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit erwacht; denn das bekennen wir: Uns macht niemals frei der Völkerbund in Genf, nie frei ein Locarno [69], niemals frei ein Vertrag, solange wir als Unterzeichner nur gedemütigte Unterdrückte sind. Unser Recht wird nie vertreten von anderen, unser Recht findet erst dann seinen Schutz, wenn die Spitzen des deutschen Degens wieder hinter dem deutschen Reiche stehen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)" [70]

In diesem Zitat ist die Forderung, die "hochverräterische" Forderung an das Reichsheer enthalten, bestimmte Konsequenzen aus meiner Rede, ja, aus der gesamten nationalsozialistischen Propaganda zu ziehen, nämlich: die zu lieben, die das Heer zu fördern gedenken, die zu hassen, die es vernichten wollen, und zu jener politischen Einsicht zu kommen, daß das Heer selbst nicht Selbstzweck ist und nie zu sein vermag, sondern daß jeder Angehörige des Heeres von unten bis oben von der Überzeugung erfüllt sein soll, daß ein Heer nur dann einen inneren Sinn hat, wenn es dem Leben der Nation dient! Ich kenne keine Stelle der Verfassung, kenne

69 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.
70 Vgl. Anm. 30.

keine spätere Korrektur dieser Verfassung, nach der es verboten ist: erstens, daß das Heer eine solche Gesinnung oder Überzeugung habe, oder zweitens, daß man wünsche, es möge keine solche Gesinnung erhalten. Denn der Wunsch des Herrn Reichswehrministers Groener oder des Herrn Ministers Severing kann nicht gleichgesetzt werden der Verfassung, besitzt zumindest keine verfassungsrechtliche Bedeutung, um ein Zuwidergehen gegen einen solchen ministeriellen Wunsch einfach als "Hochverrat" abtun zu können.

Wenn glühende Liebe zum eigenen Volk und der Versuch, es zu retten vor seinem Verderben in der heutigen Republik, als hochverräterisch angesehen werden könnte, dann wäre ich allerdings fast mein ganzes Leben nichts anderes als ein Hochverräter gewesen. Denn seit ich als Knabe zum ersten Male politisch zu denken begann, hat mich bis in den Krieg hinein, durch ihn, als deutschen Soldaten, hindurch und darüber hinaus bis heute immer nur ein einziger Gedanke beschäftigt:

Mein Volk und mein Vaterland.

Es ist dies auch der Grund, warum ich heute wieder angeklagt werden soll von jenen, die in Theorie und Praxis kein Vaterland kennen und haben wollen, das Deutschland heißt.

16. März 1929 Dok. 8
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.3.1929.

Es ist schon ein starkes Stück, das man sich heute in der Beschwindelung der sogenannten "öffentlichen Meinung" herausnimmt. Vor ein paar Tagen passierte in Berlin eine komische Geschichte. Im amerikanischen Senat gibt es ein paar Ehrenmänner [1], die in bemerkenswerter Weise für Sowjetrußland Propaganda machen. Sowjetrußland soll "gar nicht so arg sein", wie immer behauptet wird, und die amerikanische Union täte Unrecht, diesen Musterstaat nicht anzuerkennen! Wenn nun irgendwo jemand für Juden so außerordentlich zu schwärmen beginnt, pflegt es sich meist selbst wieder um einen Juden zu handeln oder um einen "Christen", der "nähere Beziehungen" zum auserwählten Volk angeknüpft hat. Es braucht nicht bemerkt zu werden, daß es sich bei "Beziehungen" zu dem geschäftstüchtigsten Volk der Welt immer um solche finanzieller Natur handelt. Das kann wohl am meisten dann gelten, wenn der Partner selbst aus dem Lande stammt, in dem Zeit Geld, und Geld alles ist. Daher soll es niemand verwundern, wenn die öffentliche Meinung in Amerika auf die Sowjetverteidiger im Senat mit Fingern hinweist und ihre finanzielle Interessiertheit als selbstverständlich annimmt. Tatsäch-

1 Gemeint sind: William Edgar Borah (1865-1940), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, 1906-1940 Senator für Idaho (Republikanische Partei), 1911-1940 Mitglied, 1924-1933 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. George William Norris (1861-1944), 1883 Zulassung als Rechtsanwalt, 1903-1913 Mitglied des Repräsentantenhauses für Nebraska (Independent Republican), 1913-1943 Senator für Nebraska.

lich sind denn auch über eine Reihe von Senatoren in der letzten Zeit so vernichtende Dokumente bekanntgeworden, daß ein Teil der Öffentlichkeit gebieterisch um Aufklärung ersuchte [2]. Nun ist sie gekommen. Im Lande der Antikorruption und der sprichwörtlichen Sauberkeit, im Reiche Gustav Stresemanns, wurde jener Mann entdeckt, der die belastenden Dokumente gegen die amerikanischen Senatoren über deren finanzielle Verbindung mit Sowjetrußland fälschlicherweise hergestellt haben will [3]. Es ist eine erschröckliche Räubersgeschichte [*sic!*], die man durch die Berliner Polizeidirektion über diesen geheimnisvollen Vorgang vorgesetzt erhält. Ein amerikanischer Journalist [4], der selbstverständlich jener Presse angehört, die sowjetfreundlich ist, wittert, durch eine Kette von unglaublichen Glücksfällen geführt, die Spur des Verbrechers, weiß sofort als echter Sherlock Holmes, um was es sich handelt, ahnt auch gleich, was und wer hinter der ganzen Sache steckt, heftet sich an das verruchte Dokumenten erzeugende Subjekt an und entlarvt endlich mit Hilfe der sofort bereitstehenden Berliner Polizei des Herrn Bernhard Weiß [5], Sohn des bekannten Synagogenvorstehers [6] und Mitglied der zionistischen Vereinigung, den häßlichen Wahrheitsverbrecher. Wer die Pfiffigkeit und Schnelligkeit der Berliner Polizei in diesem Fall mit ihrer langsamen Einfalt anläßlich des Mordes an dem Nationalsozialisten Kütemeyer [7] vergleicht, kann sich seine Gedanken machen. Jedenfalls erscheinen damit die kompromittierten Senatoren reingewaschen. Denn man muß die amerikanischen Journalisten kennen, und man wird keinen Augenblick zweifeln, daß es ihrer jüdischen Rabulistik ohne weiteres gelingen wird, die öffentliche Meinung so zu bearbeiten, daß die verdächtigten Herren am Ende sogar noch als Märtyrer dastehen. Wenn man nun diese Berliner Zaubergeschichte liest, erinnert man sich unwillkürlich an einen Vorgang, der, wenn er sich auch in ganz anderer Richtung abspielte, doch zur Genüge die Fähigkeiten

---

2 Borah und Norris traten für eine Normalisierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ein. 1928 waren Dokumente veröffentlicht worden, die beweisen sollten, die Senatoren seien für ihre prosowjetische Haltung bezahlt worden. Vgl. Albert Norden, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1960, S. 138 ff.; Günter Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1922-1933, Köln 1984, S. 335 f. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XI, Nr. 122, 200, 231.

3 Wladimir Orlow, Journalist, ehemaliger russischer Untersuchungsrichter, am 11.7.1929 vom Vorwurf der Urkundenfälschung freigesprochen, wegen Betrugs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

4 Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949), Journalist, 1919-1920 Studium in München, 1920-1922 Reporter der "New York Evening Post", 1924-1925 Korrespondent bei der "New York Evening Post" und dem "Philadelphia Public Ledger" (Hearst-Presse) in Berlin, 1925-1927 Korrespondent des International News Service in Moskau, 1928-1933 Leiter des Berliner Büros der "New York Evening Post" und des "Philadelphia Public Ledger".

5 Bernhard Weiß (1880-1951), 1906 Dr. jur. et rer. pol., 1920-1924 Leiter der Berliner politischen Polizei, 1925-1927 Leiter der Kriminalpolizei, 1927-1932 Polizei-Vizepräsident von Berlin, 1933 Emigration.

6 Max Weiß (1843-1926), Getreidegroßhändler, Mitglied des Vorstandes der Synagogengemeinde an der Fasanenstraße, Mitglied des Kuratoriums der "Hochschule für die Wissenschaft des Judentums".

7 Hans Georg Kütemeyer (1895-1928), Kaufmann, Scharführer im SA-Sturm 15 Schöneberg.
Nach Hitlers Auftritt am 16.11.1928 im Berliner Sportpalast (Vgl. Bd. II/1, Dok. 50) war es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Straßenbauarbeitern gekommen, in die Kütemeyer verwickelt war, der am nächsten Morgen ertrunken im Landwehrkanal aufgefunden wurde. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte am 19.6.1929 mehrere Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung, schloß aber aufgrund des Obduktionsbefundes einen direkten Zusammenhang zwischen der Schlägerei und dem Tod Kütemeyers aus. Vgl. Berliner Tageblatt vom 17.11.1928 (AA), "Ein politischer Mord?"; Berliner Tageblatt vom 19.6.1929 (AA), "Der Fall Kütemeyer vor Gericht" und vom 20.6.1929 (MA), "Urteil im Prozess Kütemeyer".

enthüllte, über die die Berliner Polizei manchesmal verfügt. Vor kurzem wurde von einem Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei [8] erneut die Anfrage eingebracht, wie es sich mit jener Photographie verhalte, die vom Berliner Polizeipräsidium zum Kampf gegen die völkische Bewegung in die Öffentlichkeit lanciert wurde, und auf der sich eine, in der Art des Ku-Klux-Klan vermummte Gesellschaft, ganz ersichtlich (zu Verschwörungszwecken versammelt!) abgebildet war [9]. Die Photographie soll nun im Berliner Polizeipräsidium selbst unter Mitwirkung von Kriminalbeamten als Statisten aufgenommen worden sein. Das wurde also der Regierung erneut vorgehalten, ohne daß bis heute diese oder die Polizeidirektion es gewagt hätte, zu diesem einfach ungeheueren Vorwurf Stellung zu nehmen. Ja, wir leben schon wirklich in einer vorbildlich sauberen Republik!

Es ist schwer festzustellen, ob diese Berliner Fälscherkomödie noch den Anspruch hat, originell zu sein. Vielleicht ist sie nur mehr eine Nachäffung, vielleicht aber auch ist sie das Vorbild für eine andere Komödie, deren Schauplatz Brüssel [10] ist. Trotz allen frechen Bemerkungen der französisch-belgischen Presse ist den Wortführern der "Nation des Triumphes, der Glorie und der Zivilisation" [11] die Enthüllung der geheimen Kriegsvorbereitungen gegen Italien und Deutschland und im weiteren Sinn auch gegen Holland schwer auf die Nerven gefallen. Besonders in den Niederlanden will sich die öffentliche Meinung gar nicht beruhigen, während in Deutschland die Zeitungen des Herrn Stresemann das Feuer der Erregung schon nach Möglichkeit zu löschen trachten. Man empfindet in Frankreich immerhin die Affäre so unangenehm, daß man am liebsten sie einfach aus der Welt schaffen möchte. Erst hüllte man sich allerdings in betroffenes Schweigen, später sollten die Behauptungen nicht wahr sein oder zumindest nicht in dem vorliegenden Umfange stimmen, endlich gab man zu, daß Abkommen zwischen Frankreich und Belgien beschlossen worden seien, aber man behauptete, daß davon ja die ganze Welt Kenntnis gehabt hätte, in erster Linie Deutschland. Nun konnte man trotz all dieser verlogenen Ausflüchte eines nicht aus der Welt schaffen, nämlich die Tatsache des Skandals, daß trotz Völkerbund und trotz Locarno [12] unter der Decke Kriegsbündnisse abgeschlossen werden, und militärische Vorbereitungen für den nächsten Krieg stattfinden. Wer also wirklich so dumm war, an das ganze Gefasel von Völkerversöhnung und Völkerverständigung, an Weltfrieden und Völkerbund, an Minderheitenschutz [13] und Abschaffung der Ge-

8 Wilhelm Kube (1887-1943), Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1928 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Reichskommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

9 Am 18.1.1929. Das fragliche Foto war unter anderem in der Berliner Morgenpost vom 11.9.1925 erschienen. Bereits am 23.9.1925 hatten die Abgeordneten Kaiser (Anklam), Wiegershaus, Stock und Voß von der Deutschvölkischen Freiheitspartei eine kleine Anfrage dazu im Preußischen Landtag eingebracht. Druck: Preußischer Landtag, Sammlung der Drucksachen, 2. Wahlperiode, Bd. 6, Berlin 1926, Nr. 1044 H.

10 Vgl. Dok. 3, Anm. 26.

11 Gemeint ist Frankreich.

12 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

13 Indirekt nennt die Satzung des Völkerbunds Völkerverständigung, Weltfrieden und Minderheitenschutz als Ziele, denen die Organisation dienen soll. Vgl. Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924, S. 155 f., 188 f.

heimdiplomatie zu glauben [14], - und in Deutschland haben es die Juden fertiggebracht, wenigstens einen Teil unseres Volkes zu solchen Idioten zu verwandeln - dem können zumindest jetzt die Augen aufgehen. Und das ist vielleicht der Hauptgrund, warum in Frankreich die Sache unangenehm berührt. Wie leicht kann dadurch in Deutschland eine Erkenntnis kommen, die den französischen Strauchrittern ihre künftigen Pläne zu durchkreuzen in der Lage wäre! Und vor allem, wie leicht kann aus dieser Aufhellung des ganzen Völkerbundschwindels und aus dieser vernichtenden Bloßstellung der deutschen Außenpolitik ein solcher Sturm von Empörung entstehen, daß darüber nicht nur Herr Stresemann verschwinden muß, sondern daß damit die ganze Richtung dieser von Juden und Franzosen benebelten Friedensphantasten überhaupt beseitigt wird, und an ihre Stelle Menschen mit nüchterner und kalter Logik treten. Denn so schwer durch diese Enthüllungen Frankreich belastet wurde, so fällt das doch kaum ins Gewicht gegenüber der Belastung, die die deutsche Außenpolitik erhält. In jedem anderen Staate säße Herr Stresemann heute im Gefängnis. Das Unheil, das dieser Mann dem deutschen Volk durch seine verhängnisvolle Außenpolitik zugefügt hat, ist unermeßlich. Nun ist durch die in Holland erfolgte Enthüllung der französischen Kriegsvorbereitungen endgültig bewiesen worden, daß nicht nur die Unterlagen der Stresemannschen Außenpolitik falsch waren, sondern daß dieser Mann überhaupt mit einer Leichtfertigkeit, die nur juristisch geahndet werden könnte, das Schicksal unseres Volkes an Voraussetzungen knüpfte, die nicht nur die bloße Vernunft widerlegen mußte, sondern die nun endgültig durch Tatsachen widerlegt sind. Vor nichts zittert man aber in Paris mehr als vor einem vorzeitigen Abgang Gustav Stresemanns. Der Schwindel, der deshalb nun in Brüssel inszeniert wurde, dient sicherlich weniger dazu, Frankreich rein zu waschen - denn das könnte den Franzosen infolge ihrer Machtstellung an sich gleich sein - als vielmehr der Rettung der deutschen Außenpolitik und ihres Führers Gustav Stresemann. Über den Schwindel selbst braucht man wirklich wenig zu sagen. Man hat in Brüssel ein Subjekt bezahlt, das nun erklären mußte, die in Holland veröffentlichten Dokumente seien von ihm gefälscht [15]. Schon heute kann das Schwindelmanöver als restlos entlarvt und erledigt gelten. Der bezahlte Gauner war natürlich gegen Geld bereit, diese Behauptung auf sich zu nehmen, aber anscheinend nur unter der vorhergegangenen feierlichen Zusicherung, daß ihm nichts Ernstliches passieren würde. Einsperren wollte sich der "Dokumentenfabrikant" für Geld doch nicht lassen. So wurde denn der angebliche Fälscher "mangels geeigneter Paragraphen" sofort wieder in Freiheit gesetzt und hat dort sein wohlgelungenes Geschäft mit einer solennen [16] Sektkneiperei gefeiert. Ja, die Herrn Belgier und Franzosen haben keine "gesetzlichen Handhaben"! Wer fängt da nicht hellauf zu lachen an? Das Rouzier-Volk [17], das

14 Bezieht sich auf Punkt I des Friedensprogramms des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow Wilson, vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte): "Offene Friedensverträge, die offen zustande gekommen sind, und [*sic!*] danach sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt arbeiten." Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 375.

15 Albert Frank-Heine (geb. 1896), niederländischer Redakteur und Lektor. Vgl. auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XI, Nr. 108, 178.

16 Neulateinisch: Festlich.

17 Anspielung auf den französischen Unterleutnant Pierre Rouzier, der in der Nacht vom 26./27.9.1926 in Germersheim drei deutsche Passanten durch Schüsse verletzt hatte, einen davon tödlich. Er war vom französischen Kriegsgericht in Landau am 21.12.1926 freigesprochen worden. Vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

ohne ein Spur von Beweisen es immer fertigbrachte, Deutsche zu verurteilen und auf Jahre hinter Kerkermauern zu werfen, leidet jetzt auf einmal am "Mangel an entsprechenden Paragraphen"! Man soll doch wenigstens nicht die ganze Menschheit für so stupide und blöde halten, so etwas zu glauben. Nein! Der belgische Gauner wurde einfach deshalb nicht eingesperrt, weil er vorher erklärte: "Ich bin bereit, gegen soundsoviel hunderttausend Franken zu behaupten, daß ich diese Dokumente gefälscht habe, aber ich bin selbstverständlich nicht bereit, mich für diese Gefälligkeit, die ich euch erweise, hinter Schloß und Riegel setzen zu lassen." Und endlich war das ja auch gar nicht notwendig, denn der Zweck wurde auch so erreicht. Mit einem Seufzer der Erleichterung stürzten sich die Zeitungen unseres unvergleichlichen Herrn Außenministers auf diesen Rettungsanker und bemühen sich nun, der gläubigen Mehrheit unseres politischen Bürgertums die Richtigkeit der Außenpolitik ihres Herrn und Meisters erneut und erst recht zu beweisen.

Während unsere scheinheilige bürgerliche Presse Krokodilstränen über die Verfolgung der Deutschen in Südtirol vergießt [18], geht die Verfolgung der Deutschen im Reich ungehindert weiter. Nur ist sie dieser bürgerlich-patriotischen Presse zu wenig interessant und wohl auch zu wenig nützlich, als daß sie davon besondere Notiz zu nehmen geruhen würde. Man stelle sich vor, in Südtirol würden alle Wochen ein paar Dutzend Deutsche von Faschisten mehr oder weniger schwer verletzt, man stelle sich weiter vor, daß dort das positiv nationale Element alle paar Wochen ein oder zwei von Faschisten Ermordete zu beklagen hätte, und man ermesse dann das Gebrüll, ja das Toben unserer Patriotenpresse. Daß in Deutschland seit Jahren der wirklich national Bewußte geradezu als Freiwild gilt, das interessiert diese Gazetten nicht. Noch ist in Berlin das Blut des ermordeten Stahlhelmmannes [19] kaum getrocknet und schon meldet der Telegraph eine neue Schreckensnachricht. Dieses Mal haben die roten Meuchelmörder wieder zwei nationalsozialistische Arbeiter abgeschlachtet [20]. Das unter dem Schutz der Regierungsparteien stehende feige marxistische Mordgesindel hat mit 400 Mann [21] einen Trupp nationalsozialistischer Arbeiter in Wöhrden überfallen, zwei durch Messerstiche getötet, ein anderer ist nachträglich noch gestorben, während über ein Dutzend mehr oder weniger schwer verwundet sind [22]. Obwohl die Täter schon jetzt offen genannt werden, haben die Behörden, während ich diese Zeilen niederschreibe, noch nicht Veranlassung genommen, gegen die von den Regierungsparteien gedeckten roten Mordlumpen vorzugehen. Ja, die Berliner Polizeidirektion hat bis heute noch nicht einmal die Mörder an dem Nationalsozialisten Kütemeyer in Berlin, der von den roten Meuchlern im Landwehrkanal ertränkt wurde, aufzufinden gewußt. Wie gesagt, wenn in Südtirol jemals Deutsche von Faschisten ermordet worden wären, wie sie im Schatten der Weimarer Republik von den Angehörigen unserer sauberen Regierungsparteien abgeschlachtet werden, dann würde das ganze Bürgertum brüllen und schreien, denn dort wären es "deutsche Volksgenossen", während es hier in Deutschland

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 12.

19 Herbert Kleier, Gymnasiast, Angehöriger des "Jungstahlhelms", am 22.2.1929 in Berlin erschossen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 23.2.1929 (AA), "Der Mord in Pankow".

20 Hermann Schmidt und Otto Streibel.

21 Nach dem Bericht des Landrates des Kreises Süderdithmarschen vom 8.3.1929 waren an dem Zusammenstoß etwa 160 Nationalsozialisten und etwa 130 Kommunisten beteiligt. Vgl. Dok. 9, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 6, Anm. 14 sowie Dok. 9 und Dok. 10.

selbst ja nur "nationalistische Schweine" sind, über deren Beseitigung sich die bürgerliche Journaille nicht aufzuregen braucht. So furchtbar für den einzelnen das grausame Schicksal ist, so entsetzlich die Wirkung und die Folgen für die Angehörigen sein müssen, so ingrimmig wird aber auch langsam der Haß gegen ein System, dem das nationale Bürgerblut von allen Fingern herunterträufelt. Wer auch heute von den Anhängern der Novemberrevolution in Deutschland gemordet wird, es wird einst der Tag einer Rache kommen, die sich um so furchtbarer auswirken soll, je mehr sie sich dann dieser Entwicklung der legalen, gesetzlichen Waffen wird bedienen können. "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber schrecklich fein, was an Eile sie versäumen, holen sie durch Schärfe ein[23]!" Der Herr gnade einst den Mördern, der Justiz, die sie nicht findet, und den Parteien, die sie decken.

16. März 1929 Dok. 9
"Das todbringende heutige Verbrechen: Sein Volk und Vaterland zu lieben! Die Beerdigung unserer ermordeten Kameraden in Schleswig-Holstein"
Artikel

VB vom 16.3.1929[1].

Langsam löst sich der Tag aus grauen Nebeln, als der Zug über Harburg der größten Hanseatenstadt [*sic!*] des Reiches zueilt. Wenige Minuten später donnern wir über die riesenhaften neuen Elbebrücken. Dann schieben sich Kanäle und kleine Hafenanlagen am Geleise heran. Das schmutzig-grün-gelbe Wasser ist nur in kleinen Rinnen sichtbar, so stark treibt überall das Eis. Mühsam winden sich zwischen den zerstoßenen großen Schollen die kleinen Schlepper durch und schieben die unordentlich verteilten Blöcke aufeinander. Aus dem Dunst tauchen wuchtige Schornsteine auf und verblassen wieder. Dann senkt sich der Zug und gleitet immer tiefer zwischen endlosen Speichern, Schuppen, Lagerhäusern zur Erde nieder. Man sieht noch verschwommen die Konturen des zehnstöckigen Ballin[2]-Hauses, ahnt den riesenhaften Nachbarn, das Chile-Haus, und dann rasseln links und rechts Mauern an uns vorbei, der Zug rollt in die gewaltige Halle des Hamburger Hauptbahnhofes hinein. Selbst hier in der Halle herrscht eine unfreundliche Mischung von Nebel und Qualm, so daß die zahllosen Lichter die Flächen

23 Das Sprichwort geht auf Sextus Empiricus (um 180 n. Chr.) zurück. Vgl. Geflügelte Worte, S. 143 f.

1 Vgl. auch Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen. Eingehende Darstellung des kommunistischen Mordüberfalls und des marxistischen Polizeiterrors mit zahlreichen Bildern und einem Beitrag von Adolf Hitler, Itzehoe o. J. [1929] sowie Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962, S. 207 ff. Bildbericht über die Beerdigung in: Illustrierter Beobachter vom 23.3.1929, "Der Mord in Schleswig-Holstein".

2 Albert Ballin (1857-1918), Reeder, 1886 Eintritt, 1889 Vorstandsmitglied, 1899 Generaldirektor der HAPAG (Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG), 1918 Selbstmord.

und Wände des ungeheueren Raumes nicht sichtbar machen. Hauptmann von Pfeffer [3], Major Buch [4] und unser Partei-Photograph Hoffmann [5] sind meine Begleiter.

Bis wir den Bahnhof verlassen und auf die glitschige Straße treten, rieselt gerade ein ganz feiner dünner Regen nieder. Fröstelnd schauen wir, so schnell als möglich über den Platz zu kommen, und sind ordentlich froh, die Halle des Hotels ordentlich gewärmt zu finden. Da ich in der Nacht nur wenig schlafen konnte, lege ich mich noch einmal nieder und versuche einzudösen. Um 10.30 Uhr werde ich geweckt und um viertel nach 11 Uhr begrüße ich neben verschiedenen Hamburger Herren der Partei den Gauleiter Lohse [6]. Es wird mir die Begleitung vorgestellt, und da sehe ich so recht wieder, daß hier oben das Land der Riesen ist. Wir fahren mit zwei Kraftwagen um 11.30 Uhr aus Hamburg ab. Die Fahrer, zwei Parteigenossen, die uns liebenswürdigerweise ihre Wagen zur Verfügung stellten, sind Hünen. Lohse selbst ist eine sprechende Verkörperung dieses holsteinischen Schlages. Vor unserer Abfahrt erzählt er mir noch einmal in großen Zügen den Hergang der Sache [7]. Im Wagen ergibt sich Gelegenheit, genaueres zu hören. Unwillkürlich wird einem der kleine "Adler" [8] zu enge.

Es ist der gleiche Hergang wie immer. In Wöhrden, einem kleinen Ort in der Nähe von Heide, soll eine Versammlung von uns stattfinden. Da die Kommunisten schon eine vorausgegangene zu sprengen versuchten [9], verbietet der Landrat [10] nicht etwa das Auftreten der Kommunisten, sondern das Abhalten unserer Versammlung.

---

3 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 als Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

4 Walter Buch (1883-1949), Major a. D., 1919 Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts, Selbstmord.

5 Heinrich Hoffmann (1885-1957), Fotograf, seit 1919 mit Hitler bekannt, 1920 Eintritt in die NSDAP, Reichsbildberichterstatter der NSDAP und als einziger autorisiert, Hitler zu fotografieren, Verfasser mehrerer Bildbände über Hitler.

6 Hinrich Lohse (1896-1964), Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925 NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissarischer Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland.

7 Die Kommunisten hatten aus einer Seitenstraße heraus versucht, die Kolonne der Nationalsozialisten bei ihrem Propagandamarsch durch Wöhrden zu durchbrechen. Schlagringe, Messer, Stahlschläger und Gummiknüppel sollen beim anschließenden Handgemenge von beiden Seiten eingesetzt worden sein. Landjäger trennten die Parteien. Vgl. Johann Wilhelm Thomsen, Landleben in der Weimarer Republik, Heide 1989, S. 118 ff. sowie die Berichte des Landrates des Kreises Süderdithmarschen Dr. Pauly vom 8.3.1929, "Zusammenstoß von Kommunisten und Nationalsozialisten", vom 9.3.1929, "In der Landfriedensbruchsache Wöhrden" sowie des Landrates des Kreises Norderdithmarschen Dr. Kracht, "Zusammenstoß in Wöhrden" vom 9.3.1929; Landesarchiv Schleswig, Abt. 309, Nr. 22875.

8 Kraftfahrzeug aus den Adlerwerken Frankfurt a. M.

9 Am 18.2.1929 im Gasthaus "Dithmarscher Hof" in Wöhrden.

10 Ernst Kracht (1890-1983), 1911 Dr. jur., 1914 Dr. rer. pol., 1919-1936 Landrat des Kreises Norderdithmarschen, des Großkreises Dithmarschen (1932) und des Kreises Süderdithmarschen (1939), 1919-1929 Mitglied des Provinziallandtages Schleswig-Holstein, 1.5.1933 Eintritt in die NSDAP, 1936-1945 Oberbürgermeister von Flensburg.

Das Verbot kommt aber zu spät, so daß die zu ihrem Schutz befohlene S.A. nicht mehr vollständig zurückgerufen werden kann. Es findet also eine reine Mitgliederversammlung statt. Die S.A. sammelt und will den Ort wieder verlassen, da beginnen die Kommunisten, ihrerseits Umzüge zu veranstalten. Und schon setzten die ersten Provokationen ein. Die S.A. antwortet darauf nicht. Was soll sie auch tun! Die einzige Antwort, die man dieser Nationalschande geben könnte, fällt aus. Die S.A. will keinen Kampf gegen eigene Brüder. Sie hat auch keine Waffen hierzu. Getreu den immer wieder eingeschärften Befehlen von Partei- und S.A.-Oberleitung, haben die Führer der Trupps und Stürme auch immer wieder die einzelnen Abteilungen durchsucht und das Mitführen jeder, auch selbst der kleinsten Waffe unmöglich gemacht [11]. Dr. Grantz [12], ein überlegener ruhiger Mann, leitet persönlich die eingesetzte S.A. der Partei. So kommt es, daß die Parteigenossen nicht einmal ein Taschenmesser besitzen.

Diese planmäßige Entwaffnung, die durch die Behörden veranlaßt wird und die sich nur gegen Nationalsozialisten richtet, läßt den Mut des feigen Mordgesindels um so höher schwellen.

Um den Eindruck der roten Demonstrationen auf die eingeschüchterte Bevölkerung des Dorfes abzuschwächen, will die S.A. selbst noch einmal durch den Ort ziehen. Um aber ja jeder Möglichkeit eines Zusammenstoßes aus dem Weg zu gehen, wird gewartet, bis die Kommunisten abgezogen sind und den Ort verlassen haben.

Nun marschiert die S.A. durch die stillen Straßen im gleichen Schritt und Tritt. *Als sie gerade über eine Querstraße zieht, die etwas von oben kommend, die Marschlinie kreuzt, sehen die paar Glieder, die im Kreuzungspunkt sich befinden, eine schwarze Masse im rasenden Lauf plötzlich durch diese Quergasse auf sich einstürmen.*

Der Anprall war so heftig, daß die zwei Gruppen S.A. sofort auseinandergesprengt waren. Und im selben Augenblick floß auch schon das Blut. Die Angreifer hatten sich auf ihre Heldentat gründlich vorbereitet. Bewaffnet mit langen Kohlmessern, die zum Teil an Stöcken befestigt waren und mithin Lanzen glichen, hauen und stechen sie auf die wehrlosen S.A.-Männer ein. Todbringende Knüppel schmettern auf die Köpfe der Überfallenen nieder, Stahlketten, schwere Schläuche mit Eisenmuttern, Stücke mit spitzen Nägeln gespickt, helfen bei der kommunistischen Heldentat mit. Im Augenblick fast sinken auch schon die ersten Opfer zu Boden.

Mit zahllosen Stichen fällt der junge brave Pg. Schmidt [13], Parteigenosse Streibel [14] folgt ihm in der Sekunde nach, Pg. Jansen [15] stürzt blutüberströmt mit schweren Kopfverletzungen nieder, Pg. Claußen [16] sinkt in die Knie, will sich wieder aufraffen und kann es doch nicht

11 Bereits in seinen "Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei" vom 26.2.1925 hatte Hitler der SA das Waffentragen verboten und Zuwiderhandlung mit dem sofortigen Ausschluß bedroht. Vgl. Bd. I, Dok. 4 sowie Bd. II/1, Dok. 60.

12 Emil Grantz, 1926 Dr. med. vet., Februar/März 1928 Eintritt in die NSDAP, August 1928 SA-Standartenführer, Oktober 1929 Austritt aus der NSDAP, 3.6.1930 Gründung der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen, 13.9.1930 Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, Übertritt zur Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten, 1933 Schutzhaft, 1934/35 Haft im Konzentrationslager Lichtenburg. Vgl. Uwe Karstens, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

13 Hermann Schmidt (1908-1929), Arbeiter aus St. Annen, SA-Mann.

14 Otto Streibel (1894-1929), Tischler in Röst, SA-Mann.

15 Christian Jansen, Landarbeiter aus Waldstedt, SA-Truppführer.

16 Emil (?) Claußen, Maler, SA-Sturmführer.

mehr, es sind zu viele Stiche im Gesicht, in die Schulter, Schläge über die Nase, ja selbst die Hände sind zerschnitten. Pg. Krogmann [17] *bricht nieder, der Unterkiefer ist ihm zerschmettert. Pg. Cieskowsky* [18], *ein halber Junge noch, blutet unter den Stichen der Angreifer und wird ohnmächtig, usw.*

Das alles spielt sich im Bruchteil einer Minute ab. Dann allerdings wird das Dithmarsche Blut lebendig. Rasende Wut erfaßt die auseinandergedrängten S.A.-Teile. Sie eilen den Kameraden zu Hilfe; und damit setzt der zweite, fast noch häßlichere Akt der Bluttat ein. Denn nun stürzen sich die Wehrlosen, Entwaffneten, Niedersachsen, Holsteiner und Friesen den roten Mordbuben entgegen und haben doch nichts als ihre blanken Bauernfäuste. Mit ihnen fahren sie in die Messer der Angreifer, und trotzdem nun bei so vielen die Hände jämmerlich zerschnitten werden, siegt die Wut und der Grimm

und noch ehe 5 Minuten vergangen sind, liegen die meisten der vorherigen roten Angreifer unter dem eisernen Griff der zerschnittenen, blutüberströmten Bauernfäuste am Boden.

Der kommunistische Rädelsführer [19] selbst krümmt sich bereits auf der Erde. Mit Hurra fegt die S.A. das kommunistische Pack aus der Straße weg - als der dritte Akt beginnt. Denn nun, da der Spieß sich umdreht, und die wehrlosen Überfallenen ihrer bewaffneten Angreifer trotzdem Herr werden,

kommt die Polizei und drischt mit dem Kolben auf die sich zum Teil im eigenen Blut wälzenden und am Boden liegenden Nationalsozialisten hinein.

Das alte Spiel, das die Parteigenossen von überall her kennen. Erst läßt man die roten Arbeitermörder und Bluthunde die Nationalsozialisten überfallen und dann geht man gegen die sich zur Wehre [*sic!*] setzenden "im Namen der Staatsautorität" vor. Ha, es ist eine grimmige Liebe, die dieser Staat für sich ansammelt, und jeder von uns, der im Wagen ist, ballt die Faust und nagt mit den Zähnen an den Lippen und fühlt ein würgendes Brennen in sich. Es wird und muß einmal anders kommen und dann, wehe den Mördern und denen, die schuld an all dem Frevel sind!

So jagt der Wagen durch die holsteinische Landschaft, während wir am Ende alle schweigend in ihm sitzen.

Da uns noch ein kleines Unglück trifft - das Benzin geht unerwartet zur Neige -, können wir in St. Annen, unserem ersten Ziele, nicht mehr an der Beerdigung in der Kirche teilnehmen. Es ist aber vielleicht gut so, denn man hat Gelegenheit, sich dafür das äußere Bild des nur aus wenigen Häusern bestehenden Fleckchens anzusehen. Was einem zunächst ins Auge springt, ist Polizei. Ja, nun sind sie da, die Hüter der Ruhe und Ordnung! Überall, wohin man blickt. Si[*cherheits*]po[*lizei*] über Si[*cherheits*]po[*lizei*]. Unser geliebter Staat zeigt uns seine Machtmittel.

An den Straßenrändern stehen sie herum, kein Mensch weiß, weshalb und zu welchem Zweck. Vor der Wirtschaft wimmelt es von ihnen. Bis zum Friedhof sorgen sie "für Ruhe und Ordnung"! Ich selbst lege nur im Gasthaus den Mantel ab und begebe mich dann mit Lohse -

17 Hermann Krogmann (geb. 1898), 1928 Eintritt in die NSDAP und in die SA, 1929 Austritt, 1931 Wiedereintritt, 1938 Ortsgruppenleiter in Arkebek.

18 Nicht ermittelt.

19 Christian Heuck (1892-1934), Angestellter, als Rädelsführer vom Amtsgericht Meldorf zu einen Jahr und neun Monaten Haft verurteilt, 1930-1933 MdR (KPD), 1933 verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Haftstrafe verurteilt, 1934 in der Haft ermordet.

der erste Wagen von uns war schon vorher eingetroffen - zum Gottesacker. Auch dort behütet noch die Polizei den Eingang. Sie stehen alle da, teils mit nichtssagenden, teils mit mürrischen und teils auch mit lachenden Gesichtern,

die Hände in den Taschen

und schauen bald neugierig, bald möglichst gemacht lustig oder auch gleichgültig um sich. Am Friedhof ist aber auch viel Volk. Lauter großgewachsene Menschen mit verbitterten und auch schmerzlichen Gesichtern. Frauen sind da, denen man am Rot der Augen ansieht, daß sie schwer mit ihren Tränen zu ringen haben. *Als ich die Kirche entlang durch den Friedhof zum Grab schreite, sehe ich rechts eine Abordnung des Stahlhelms*[20] *mit Fahne und freue mich innerlich, denn es wird ja nun doch einmal so kommen, daß der Bund der Front-Soldaten von einst und die Partei der Soldaten der Zukunft sich finden werden.*

Und dann stehen in langen, im Viereck geöffneten Kolonnen unsere braunen Hemden da. Hinter ihnen zahlreiche Menschen, viele in Schwarz und darunter Frauen und Mädchen. Es ist eine eigentümlich wehe Stimmung, die über allem liegt. Obwohl sich die Leiche des Ermordeten noch in der Kirche befindet, wird kaum ein Wort gesprochen. Man kann auch gar nicht reden. Sowie einer den Mund zu öffnen versucht, füllen sich die Augen mit Wasser. Und dann erstickt Schmerz und Wut ja doch jedes weitere Wort.

Die Glocke auf dem kleinen Turm beginnt nun zu läuten. Die trauernde Weise der S.A.-Kapelle wird hörbar, und dann biegt um das Kircheneck der Zug, der unseren Kameraden bringt. Fahnen und die Standarte begleiten den toten Freund. Die Angehörigen folgen schmerzerfüllt nach. Ein großer hagerer Mann kann die Tränen kaum verbeißen, während die Mutter ihnen erliegt. Schwestern und Brüder vervollständigen das Bild der Klage.

Und dann spricht der Pastor die letzten Worte, die Fahnen senken sich über dem Sarg und der tote Kamerad gleitet langsam in die Erde, während die Mutter und die Frauen schluchzen und die Männer die Tränen nicht verbergen können. Tausend Hände sind erhoben und grüßen zum letzten Mal und nehmen den letzten Abschied.

Und nun soll ich sprechen. Aber was kann man da sagen?

Es liegt einer vor uns, dessen ganze Schuld nur war, sein Volk und Vaterland mehr geliebt zu haben, als die Verderber von beiden.

Dann tritt *Lohse* vor. Und aus ihm schreit endlich die Volksseele auf. Er spricht in der uralten Mundart des für sein Volk, für Deutschland Ermordeten. Ich kann nicht plattdeutsch, aber nun verstehe ich doch jedes Wort, und was er spricht, greift einem so zu Herzen, daß es uns alle in der Kehle würgt. "Sie haben ihn totgemacht, den Kameraden Schmidt, und warum haben sie ihn totgemacht? Nur weil er sich nicht fügen wollte denen, die unser ganzes Volk und unser ganzes Land totmachen,

nur weil in ihm etwas von dem Trotz lebt, der in der Freiheit und in der Ehre ein höheres Gut sieht als im feilen Lob der erbärmlichen Zeit.

Sie haben ihn totgemacht, und wir sollen zusehen und sollen dazu schweigen? Nein, in uns allen erhärtet sich der Schwur, daß der junge Kamerad nicht umsonst gefallen sein darf. Er mußte sterben, wir aber wollen kämpfen."

---

20 Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten. Der am 13.9.1918 von Franz Seldte in Magdeburg gegründete Verband war seit September 1919 reichsweit organisiert und hatte 1929 etwa 240.000 Mitglieder.

Das kann man - wie sehr empfand ich es in diesem Augenblick - in Schriftdeutsch gar nicht sagen. Die Seele eines Volkes hat ihre eigene Sprache. Sie springt über die Schwere des Verstehens hinweg und packt uns am Gefühl. Und als Lohse hier oben in der Sprache des Volkes redete, da war er selbst ein Stück dieses Volkes, und seine Anklagen waren der innere Schrei dieses Volkes. Und sein Versprechen war der fromme Schwur aller.

Und dann überbringt Hauptmann von Pfeffer noch die letzten Grüße, dann der Gau Holstein und dann Hamburg und Altona. Gruppe um Gruppe folgt nach, und der braune Erdaufwurf des offenen Grabes verschwindet unter dem Grün und den Blumen, die nun zum letztenmal den braven S.A.-Mann Hermann Schmidt aus St. Annen in Dithmarschen umkränzen.

Er gehört schon zur großen Armee der zwei Millionen von einst [21] *und in dieser Empfindung wohl legt ihm der Stahlhelm-Mann den letzten Kranz zu seinem Haupt.*

Dann wird der Friedhof wieder langsam leer. Draußen sammelt die S.A. Im elften Jahre des Friedens dieser Republik hat wieder ein Vater und eine Mutter einen Sohn verloren im Kampfe für Deutschlands Zukunft. Und in dieser Erkenntnis wandelt sich der Schmerz um in ein neues Bekenntnis. Die Augen der S.A. glühen, als ich an ihr vorbeischreite, die Männer herum haben die Rücken geradegezogen, und in den Taschen stecken geballte Fäuste. Hier sagt einem der Geruch der Erde, daß ein Wind gesät wird, der einst einen Orkan als Ernte hat. (Schluß folgt [22].)

17. März 1929 — Dok. 10

"Beim Adel des deutschen Volkes Der schleswig-holsteinische Bauer - Pg. Otto Streibels letzter Gang" Artikel

VB vom 17./18.3.1929 [1].

(Schluß [2].)

Ein Parteigenosse, Herr *Schneider* [3] aus Itzehoe, in dessen gastfreundlichem Hause wir am nächsten Tage inmitten einer lieben Familie noch einige Stunden verbringen durften, hat die Freundlichkeit, uns in seinem Wagen nach einem Hof bei St. Annen zu bringen. Der Sohn des Hauses, ein junger, langer, blonder Holsteiner im braunen Hemd, begleitet uns und stellt uns dann seinen Eltern, Herrn und Frau Guth, vor [4]. Bauern sollen das sein und der Hof sei ein

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.
22 Vgl. Dok. 10.

1 Vgl. Dok. 9, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 9.
3 Paul Schneider (1892-1974), Lehrer, seit 1918 Fabrikant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1927 Ortsgruppenleiter in Itzehoe, 1931-1933 Gaukulturamtsleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1940-1943 Kreisleiter der NSDAP in Steinburg.
4 Nicht ermittelt.

"Bauerngut", so sagt man, und doch sieht das alles hier aus wie Edelsitze. Und die Besitzer selbst: Das ist in Wirklichkeit der Adel unseres Volkes. Wenn man dieser herrlichen Rasse gegenüber das vielfach verjudete Bastardenzeug [*sic!*], das sich in unseren Großstädten unter dem Sammelnamen "Adel" herumtreibt, betrachtet, könnte man wieder einmal mit allem und jedem in Hader geraten. Abends kommt der ältere Bruder mit Frau zu Besuch, der nicht weit weg schon selbständig einen Hof bewirtschaftet. Nun sitzt man beisammen, plaudert und ist beglückt zu sehen, wie sehr unsere nationalsozialistische Idee in all diesen Köpfen hier Form und Gestalt gewonnen hat. Ich mußte zurückdenken an die Zeiten sechs bis acht Jahre vorher, da mir gewisse Herren der späteren Freiheitspartei [5] immer wieder versicherten, daß auf Grund ihrer genauen Kenntnis der Psyche der Menschen im Norden die nationalsozialistische Idee dort kein Verbreitungsgebiet besäße! Ich habe recht behalten.

Am Morgen verabschiedeten wir uns um 10 Uhr von der ehrwürdigen Frau des Hauses - Herr Guth ist bereits früher fort, um am Begräbnis in Albersdorf teilzunehmen - und werden von dem jüngeren, langgewachsenen [*sic!*] Sohn im Wagen zum Gut des Bruders gefahren, wo uns Lohse erwartet. Wir sprechen noch kurz vor, verabschieden uns und fahren dann mit Herrn Schneider nach Waldstedt.

Dort soll einer unserer Schwerstverwundeten liegen, Parteigenosse Jansen.

Wir müssen einige Male fragen und kommen endlich an eine lange Waldschneise, in die wir links von der Straße weg abbiegen. Es ist ein Glück, daß der Boden noch nicht ganz aufgetaut ist, denn sonst wäre der Wagen kaum durchgekommen. Endlich sehen wir rechts von uns einen Hof liegen. Der junge Guth, der schon zu Fuß dort war, führt uns hinein. An der Türe erwartet uns die Frau. Frau Jansen ist schwer abgehärmt. Sie begrüßt uns mit Händedruck und führt uns ohne weitere Förmlichkeit in das Zimmer ihres Mannes. Der liegt zu Bette, den Kopf schwer verbunden. Trotz der furchtbaren Verletzungen, die durch einen schweren Schlag auf die Schädeldecke entstanden waren, läßt es sich der Mann, der S.A.-Truppführer ist, nicht nehmen, zu erzählen. Und wie der nun so spricht und ruhig und breit und trotz alledem doch knapp schildert, wie es kam, wird einem das Wort "Wehrwolf" zu einem inhaltsreichen. Was ist doch das für ein wunderbarer Menschenschlag. Da liegt ein Mann, der heute vielleicht auch tot sein könnte, und redet in einer Ruhe von dem, was geschah und von dem was geschehen muß, als wäre dies die ebenso natürlichste wie naturnotwendigste Sache der Welt. Und daneben steht die Frau und ist von einer ebenso selbstverständlichen Ruhe erfüllt wie der Mann. Als der junge Guth das Braunhemd des Verletzten bringt und mir hinhält, da klebt es noch von Blut. Es ist schon so, wie ich es bisher hörte: Ein feiger, jämmerlicher Überfall dieser bewaffneten roten Arbeitermörder auf unsere wehrlosen S.A.-Männer [6]. Da, an dieses Bett, hätte man bei den Ohren diese Berliner jüdische Journaille hinziehen müssen, die in der "Vossischen Zeitung" [7] und im "Berliner Tageblatt" [8] die Wahrheit verhunzte und das rote Mordge-

5 Vermutlich Anspielung auf Reinhold Wulle, Albrecht von Graefe und Wilhelm Henning, die Gründer der DVFP.

6 Vgl. Dok. 9, Anm. 7.

7 Vgl. Vossische Zeitung vom 9.3.1929 (PA), "Kommunisten gegen Hitlerleute" und vom 12.3.1929 (PA), "Die Lehre von Wöhrden".

8 Vgl. Berliner Tageblatt vom 8.3.1929 (AA), "Zusammenstösse in Holstein: 3 Tote und 7 Verletzte", vom 9.3.1929 (MA), "Die Zusammenstösse in Wöhrden" sowie vom 10.3.1929 (MA), "Der Fortgang der Holsteiner Hetze".

sindel in Schutz nahm. Allerdings sind sie einander verwandt. Die roten Meuchelmörder der Straße und die jüdischen Mörder der Seele.

Wir verabschieden uns. Die tapfere Frau bringt uns noch bis vor die Türe, und dann fahren wir ab nach Heide. Dort liegt im Krankenhaus

unser schwerst verwundeter Kamerad, Parteigenosse Claußen,

an dessen Aufkommen immer wieder gezweifelt wurde. Gerade als wir zum Tore hinein wollen, kommt der junge Cieskowsky. Gestern lernte ich ihn mit anderen Verwundeten am Grabe des Parteigenossen Schmidt kennen. Er war dort so ergriffen, daß er das Weinen nicht zu verbeißen vermochte. Eigentlich sollte er im Krankenhaus liegen, denn er hat besonders schwere Stichwunden. Allein, er war ausgerissen, um seinem toten Kameraden noch die letzte Ehre erweisen zu können. Heute ist er wieder im Krankenhaus. Er strahlt, als er uns sieht, und bittet, uns zum Parteigenossen Claußen begleiten zu dürfen. Klein ist die Krankenstube, in der unser verwundeter Kamerad liegt. Es ist wenig von ihm zu sehen.

Das Gesicht hat schwere Stiche erhalten, das Nasenbein ist zerschlagen, in der Schulter und in der linken Seite sitzt ein Messerloch am anderen.

Die Hand, die sich zur Abwehr erhob, ist ebenfalls durchstoßen und zerschnitten. So liegt der Sturmführer der S.A., in seinem Zivilberuf Arbeiter, Parteigenosse Claußen vor uns. Und wieder dasselbe. Ob er Schmerzen hat? "Nein. Es sei nicht der Rede wert." Wie er sich fühle? "Gut." Und dann erzählt er, so wie die anderen alle, und ist nur der einen Hoffnung, daß er möglichst bald wieder gesund sein möge und daß dann einst der Tag der Abrechnung käme. *Der Tag der ganz großen Abrechnung.* Jetzt sei er im Augenblick zufrieden, denn er dürfe rauchen, und zweitens fühle er sich überhaupt nicht als im Krankenhaus liegend, denn für ihn sei das ein Lazarett. Als wir uns verabschieden, sprechen wir noch kurz mit einem der leitenden Ärzte, der auf Grund der bisherigen Einsicht die Überzeugung aussprach, daß auch das Opfer der Kommunisten [9] selbst die eigenen Leute am Gewissen haben.

Arkebek. Wieder ein ganz kleiner Flecken. Am Ortsausgang liegt das Haus des Parteigenossen *Krogmann.* Frau und Mutter sind in der kleinen Stube, ein alter Mann kommt noch, unter dessen schwarzem Zylinder sich wie aus Stahl geschnitten ein Gesicht befindet, das einem Adlerschädel gleicht. Im Bett liegt der Parteigenosse, den Kopf im Verband, und kann noch immer nur schwer reden.

Der Unterkieferknochen ist zerschlagen.

Wir selbst können ebenfalls nicht viel sprechen. Über den Personen, die sich im Zimmer befinden, liegt ausnahmslos verbissener Grimm. Der junge Guth frägt ganz ruhig dazwischen durch um nähere Einzelheiten, während Lohse sich um den Hergang der Sache erkundigt. Der Alte, der seitwärts sitzt neben den beiden Frauen, raucht aus einer kurzen Pfeife und gibt hin und wieder auf Plattdeutsch eine knappe Bemerkung dazu. Als wir uns entfernen, wird wieder ein fester Händedruck ausgetauscht, die Gesichter der Frauen, Mutter und Weib, sind entschlossener denn je, während die blauen Augen des weißen Alten Funken sprühen. Es ist schon gut so, November-Republik, es ist gut so! Du sorgst selbst für die zärtliche Liebe deiner Untertanen.

Albersdorf, ein großer, schöner Marktflecken, gleicht einem Heerlager von Braunhemden. Auf allen Zufahrtsstraßen stehen am Wegrand Personenwagen, Lastkraftwagen, Omnibusse

9 Johann Stürzebecher, RFB-Mann.

und auch Pferdegespanne. Im Ort wimmelt es wieder von Hütern der republikanischen Ruhe und Ordnung. Die Si[*cherheits*]po[*lizei*] ist da. Man weiß nicht, mit wieviel Wagen sie ausrückte, um dem Trauerzug die Staatsautorität in ihren gelungensten Repräsentanten genügend vor Augen zu halten. Als ich in einem Gasthof, der überfüllt von S.A.-Männern ist, absteige, begrüßt mich die Wirtin so, daß man sofort die Parteigenossin erkennt. Und so ist es denn auch. In dem kleinen Ort gibt es über 150 eingeschriebene Mitglieder, und heute nacht werden es über 200 sein, und morgen schon wieder über 250.

In drei Tagen nach dem Mord konnte der Gau über 500 neue Aufnahmen einschicken. Am Abend der ersten Beerdigung traten an manchen Orten die Einwohnerschaften geschlossen zur Partei über.

Hier in Albersdorf ist auch die Beteiligung der übrigen Bevölkerung eine ganz ungeheure. Schon jetzt sind die Straßen links und rechts von Menschen eingesäumt, die zu einem großen Teil Trauerkleidung angelegt haben. Ich gehe noch kurz zu unserem Standartenführer, Parteigenossen Dr. Grantz, um ihm im Namen der Bewegung für sein so überaus besonnenes Verhalten in der roten Mordnacht den Dank auszusprechen. Am Grabe des Parteigenossen Schmidt in St. Annen, da gehörte es zu den erschütterndsten Eindrücken, als dieser Standartenführer vor dem toten Kameraden erneut feierlichst bekundete, was alle wußten: Die S.A. hat nicht provoziert, im Gegenteil. Jeder ist sich seiner Verantwortung bewußt. Allein feige unterwerfen tun wir uns nicht. Die zwei Frauen des Hauses sind in Schwarz gekleidet und sehen besonders ergriffen aus.

Als der Leichenzug sich in Bewegung setzt, marschiert eine endlose Kolonne von S.A.-Männern, von Parteigenossen und sonstigen Teilnehmern dem Friedhof zu.

Der Ermordete, Parteigenosse Streibel, ist selbst nur ein armer Arbeiter.

Er konnte nicht früher zur S.A., da es ihm nicht möglich war, das braune Hemd zu kaufen. Nun, da er sich dies zusammengespart hatte, trug er es gerade zum zweiten Male. Die Mutter selbst ist siech und krank. Der Vater vor kurzem gestorben, ein Bruder desgleichen. Unglück über Unglück.

Die kleine Kirche mit dem wundervollen alten Taufbecken ist in kurzem überfüllt. Es kann nur ein Bruchteil der Trauergäste an der letzten Einsegnung teilnehmen. Vorne in der Mitte der Sarg, auf ihm darauf [*sic!*] unsere Flagge, Kränze herum und dann die Führer der Bewegung, der Bruder des Ermordeten und Bürger und Bauern und Arbeiter in allen Bänken auf den Gängen und auf der Empore. Der Pastor spricht, wird aber doch dem Unglück nicht gerecht. Er meint, man müsse sich eben fügen, und Gottes Wille geschehe. Wir alle aber wissen, daß es nicht Gottes Wille ist, daß das deutsche Volk zugrunde geht, und wissen, daß es nicht Gottes Wille war, daß eine Revolution gemacht wurde, wissen, daß es nicht Gottes Wille sein kann, daß unser Volk innerlich und äußerlich verdirbt, und wir wissen auch, daß es nicht dem Willen Gottes entspricht, daß der Mensch das Böse und Schlechte herrschen läßt, sondern daß es nach Gottes Willen geschieht, wenn sich die Menschen gegen ihre Verderber zur Wehr setzen und sich gegen sie erheben. Und so wie die ersten Christen ihre Blutopfer zu bringen hatten und vor Gott dem Herrn die Verantwortung auf die Mörder fiel, so ist es auch heute.

Wieder ist das Grab umsäumt von den Kolonnen unserer Braunhemden. Wieder gibt eine *Stahlhelmgruppe* dem Toten die letzte Ehre, und wieder sind Tausende Menschen, Männer und Frauen und Mädchen im Friedhof versammelt. Mit ernsten, verbitterten und oft auch ver-

weinten Gesichtern. Während sich die Fahnen über das Grab senken, die Standarte zum Gruß sich vor dem toten Kameraden neigt, der nun in die Tiefe sinkt, jammert die kranke Mutter herzzerbrechend.

Wieder muß ich sprechen, und dieses Mal glaube ich, ist es notwendig, besonders zu bekunden,

daß, ganz gleich wen und wie viele die roten Meuchelmörder in Deutschland noch treffen, der Kampf um die Freiheit des Vaterlandes nie aussetzen darf und nie aussetzen wird. Und als ich diesen kurzen Gedanken nun ausdrücke, schreit es aus tausend und aber tausend Stimmen über das Grab des S.A.-Mannes Streibel aus Albersdorf zum Himmel empor. Das Volk hat verstanden.

Lohse redet noch einmal und findet in der Mundart die Sätze, die jedem einzelnen hier wie Feuer an das Herz greifen. Hauptmann v. *Pfeffer* überbringt den letzten Gruß, Pg. *Hüttmann* [10] aus Hamburg und Pg. *von Allwöhrden* [11] aus Altona, Schleswig-Holstein und ungezählte Ortsgruppen desgleichen. Und während sich so über das Grab der irdischen Hülle unseres Parteigenossen die Kränze legen und es langsam verhüllen, steigt sein Name empor zu den Märtyrern im Freiheitskampf unseres Volkes.

Tief erschüttert verlassen wir alle den Friedhof.

Als sich der dichte Menschenstrom in den Straßen langsam abzuschieben beginnt, erscheint hinter uns wieder der "Staat". *Blaue Polizei* [12] *beginnt plötzlich zu brüllen, und dann ertönen Kommandos, und dann läßt man scharf laden - und alles schaut sich gegenseitig an - ist starr über diesen Wahnsinn - kein Mensch weiß warum - die Bauern aber beginnen nun langsam grimmig zu lachen. Und dieses Lachen pflanzt sich fort, und es ist die vernichtendste Antwort, die man dieser sogenannten "Autorität" überhaupt erteilen kann.* Wenn es nicht zu traurig wäre, könnte man die Tragödie fast als Komödie auffassen. Sie haben der Bewegung und damit am Ende dem deutschen Volke doch einen großen Dienst erwiesen.

---

10 Wilhelm Hüttmann (geb. 1887), Bankkaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1927 Wiedereintritt, 1927-1929 Ortsgruppenleiter in St. Pauli, 1927-1930 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1929-1930 stellvertretender Gauleiter des Gaues Hamburg, 1938 Parteigerichtsverfahren wegen Devisenvergehen (amnestiert).

11 Wilhelm von Allwöhrden (1892-1955), Kaufmann, 1924-1925 stellvertretender Ortsgruppenleiter des Völkisch-Sozialen Blocks in Altona, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1930 Propagandaleiter in Altona und Schleswig-Holstein, 1928-1930 Ortsgruppenleiter in Altona, 1926-1929 SA- und SS-Führer in Schleswig-Holstein, 1930-1932 NSDAP-Gaugeschäftsführer in Hamburg, 1929-1930 Stadtverordneter und Fraktionsführer im Stadtparlament Altona, 1931-1933 Fraktionsführer der NSDAP in der Hamburger Bürgerschaft, 1933-1945 Senator in Hamburg.

12 Gemeint ist die lokale Ordnungspolizei im Gegensatz zur von 1919 bis 1922 grün, dann ebenfalls blau uniformierten Schutzpolizei.

18. März 1929 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 651, o. D.; StA München, Pol. Dir. München 6739.

Besondere neue Momente brachte er [*Hitler*] nicht. Er wies darauf hin, daß sich das Besatzungsheer z[*ur*] Z[*ei*]t wieder besonders aktiv zeige [2], ein Zeichen dafür, daß gegen Deutschland wieder ein neuer Schlag geführt werden soll. (Reparationsverhandlungen in Paris [3]). Im ganzen besetzten Gebiet werden plötzlich wieder die Truppen gewechselt. Dies werde deshalb gemacht, um das deutsche Volk einzuschüchtern und es den neuen Plänen gefügiger zu machen. In ein bis zwei Jahren werde die Zeit da sein, wo in Deutschland nichts mehr zu verpfänden sein werde. Dann aber auch werde die Zeit gekommen sein, wo sich die Schuldigen von heute vor einem "Deutschen Gericht" zu verantworten hätten. Die heutigen Machthaber täuschen sich, wenn sie glauben, mit dem Gummiknüppel den Unzufriedenen Liebe zu ihrem System beibringen zu können [4].

In der anschließenden Aussprache trat ein unbekannter junger Mann für Gewährung des Asylrechts für Trotzki [5] ein [6] und forderte zum Kampfe gegen den Kapitalismus als den Hauptfeind des schaffenden Volkes auf.

Hitler erwiderte, daß er sich freuen würde, einmal Führer der K.P.D. hier zu hören. Die Ausführungen des Redners seien wohl als Pro[*pa*]ganda für einen Aufenthalt Trotzkis in Deutschland anzusehen. Trotzki, der bestimmt Anweisung habe, die Revolution in Deutschland vorzubereiten, werde aber damit kein Glück haben. Daß es nicht soweit kommen werde, dafür werden die Nationalsozialisten sorgen. Wie weit es mit dem Kommunismus her sei, könne man in

---

1 Im Mathäser Bräu, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Der Zentralsprechabend, der laut Polizeibericht gut besucht war, wurde von Hermann Esser geleitet. Vor Hitler sprach Reichspropagandaleiter Heinrich Himmler.

2 In den ersten drei Monaten des Jahres 1929 waren von französischen Gerichten in der Pfalz 40 Deutsche zu Freiheits- oder Geldstrafen, davon 24 wegen Waffenbesitz, verurteilt worden. Vgl. Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 346.
In der bürgerlichen Presse wurde zu dieser Zeit nur über die hohe Todesrate der französischen Besatzungsarmee berichtet. Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 12.3.1929 (PA), "200 Besatzungssoldaten gestorben".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

4 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der preußischen Schutzpolizei nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi als Nahkampfwaffe eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 65.

5 Leo Trotzki (eigentlich: Leib Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, seit 1902 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar und Organisator der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

6 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hatte am 6.2.1929 vor dem Reichstag die Möglichkeit angedeutet, daß Deutschland Trotzki Asyl gewähren könnte. Am 7.4.1929 beschloß die Reichsregierung jedoch, dem Einreisegesuch nicht stattzugeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1053 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 530 f.

Rußland sehen, wo nunmehr wieder die Brotkarten eingeführt worden seien [7]. In seinem Schlußworte warnte Hitler die Kommunisten vor Entfachung einer Revolution in Deutschland.

22. März 1929 Dok. 12
Rede auf NSDAP-Führertagung in Nürnberg [1]

VB vom 29./30.3.1929, "Reichsparteitag Nürnberg 1929".

Der Führer entwickelte zunächst in großen Zügen Sinn, Zweck und voraussichtlichen Verlauf des Parteitages [2], der im Zeichen des zehnjährigen Bestehens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei [3] und des Gedenktages vor 15 Jahren stehen wird, da die feldgraue Armee Deutschlands in den Krieg zog [4].

22. März 1929 [1] Dok. 13
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Polizeibericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 25.3.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth 1740 [3].

Die NSDAP habe die besten Redner von ganz Deutschland in ihren Reihen [4]. Der Grund hiefür sei, daß die Redner mit ihrer ganzen Seele bei der Sache seien und daß sie nicht für eine

7 Seit Mitte März 1929. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 385.

1 Im Deutschen Hof. An der Besprechung zur Vorbereitung des Parteitages nahmen Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, der Oberste SA-Führer Franz von Pfeffer, der Verlagsdirektor des Parteiverlages Max Amann, der Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, MdL Julius Streicher sowie Nürnberger Parteifunktionäre teil. Vgl auch Lagebericht Nr. 148/II der Polizeidirektion Nürnberg vom 9.4.1929; StA München, Pol. Dir. München 6736.

2 Vom 1. bis 4.8.1929. Zum Programm vgl. Dok. 1.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Am 1.8.1914 hatte Deutschland die Mobilmachung ausgelöst und Rußland den Krieg erklärt. Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Datiert nach Polizeibericht und Ankündigung im VB vom 22.3.1929, "Die tägliche Versammlung".

2 Im Herkulessaalbau, von 22.15 bis ca. 23.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Julius Streicher geleitet. Vor Hitler sprach Ludwig Münchmeyer über das Thema: "Abrechnung mit den Volks- und Vaterlandsverrätern".

3 Vgl. VB vom 26.3.1929, "Riesenkundgebung in Nürnberg", sowie Münchener Post vom 3.4.1929, "Nationalsozialistische Kampfansage an Preußen!".

4 1928 hatte die NSDAP nach eigenen Angaben 300 Redner zur Verfügung, die 20.000 Veranstaltungen durchführten. Nach Eröffnung einer parteieigenen Rednerschule im Sommer 1928 gelang es in kurzer Frist, die Zahl der Redner zu verdreifachen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 125.

leere Partei, sondern für eine große Idee kämpfen. Der Glaube an die Idee sei es, der die Anhänger der NSDAP immer wieder und so fest zusammenschließe. Deshalb seien alle Verbote und Unterdrückungsversuche vergebens gewesen, deshalb brächten die Parteigenossen Tag für Tag neue Blutopfer, deshalb könne der brutalste Terror der Gegner Nationalsozialisten nicht einschüchtern, denn sie tragen das Bewußtsein in sich, Kämpfer einer neuen Idee zu sein. Der derzeitige Staat wirtschafte immer mehr ab. Überall spreche man von Bankrott der Weimarer Verfassung. Wir Nationalsozialisten sind gerne bereit, diesen Bankrott anzumelden und durchzuführen. Längere Ausführungen macht Hitler nun gegen die Bestrebungen, dem Juden Trotzki [5] die Einreiseerlaubnis nach Deutschland zu geben, die zusammengefaßt darin gipfeln, daß, wenn die Regierung diesen Blutmörder trotz alledem hereinlassen sollte, schließlich das Volk selbst zu dieser Frage Stellung nehmen würde. Trotzki sei trotz aller anderen Darstellung nichts anderes als der Agent der Sowjetjuden, die glauben, die Zeit sei gekommen, auch in Deutschland ihren Blutrausch zu stillen. Aber diesmal würden sie nicht wieder wie 1918 die Straße beherrschen, sondern Tausende von Braunhemden würden aufstehen und für die Freiheit Deutschlands kämpfen. Der Parteitag in Nürnberg [6], für den überall schon jetzt mit großer Begeisterung gearbeitet würde, solle kein Fest sein, sondern, wenn die 60.000 Braunhemden [7] durch die Straßen ziehen, solle Deutschland und die ganze Welt erkennen, daß die Nationalsozialistische Partei nicht tot, sondern gewachsen sei. Der Parteitag sei auch kein Haltepunkt, denn die Nationalsozialisten werden dann erst recht und mit um so größerem Eifer weiterarbeiten müssen, bis die 60.000 Braunhemden sich vervielfacht haben.

23. März 1929 — Dok. 14
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 23.3.1929.

Es ist immer ein schlechtes Zeichen für die Lage Deutschlands, wenn sich der Herr Außenminister Gustav Stresemann in "Erholung" begibt [1]. In diesem Manne schenkte uns das Schicksal ein Abbild größter Köpfe. "Der Staat bin ich", war ein Ausspruch, den sich große Könige und Regenten zu allen Zeiten zu eigen machten [2]. Und glücklich die Völker, in denen sich Staat und Führer im guten Sinne deckt [*sic!*]. Niemand kann bestreiten, daß das friderizianische Preußen tatsächlich Friedrich der Große war, sowenig ein wahrheitsliebender Mann ableugnen kann, daß das heutige Italien Mussolini heißt. Ein Dummkopf aber wäre vor allem derjenige,

---

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 5, 6.
6 Vgl. Dok. 60-65, 67.
7 Die SA erreichte die Zahl von 60.000 Mitgliedern erst im Herbst 1930. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 93.

1 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 12.3.1929, "Dr. Stresemann reist nach San Remo".
2 Der Ausspruch "L'Etat c'est moi" wird König Ludwig XIV. von Frankreich zugeschrieben.

der nicht sehen wollte, daß des Deutschen Reiches heutiges Wesen sich am vollkommensten in Gustav Stresemann äußert. Das Konterfei dieses Kopfes trägt alle bemerkenswerten Züge unseres glorreichen Novemberstaates in sich. Innerlich und äußerlich. Es ist deshalb nichts, was einen verwundern dürfte, daß, wenn Stresemann leidet, auch Deutschland leidet, und wenn Stresemann der Erholung bedarf, Deutschland krank ist. Und es ist wieder nichts als das Zeichen einer wunderbaren Übereinstimmung dieser beiden Erscheinungen, wenn Herr Stresemann sich nicht, wie es vielleicht einer pausbackigen [*sic!*], alten Anschauung entsprochen hätte, irgendwo in Deutschland erholt, sondern, daß er zur alten, befreundeten Nation an die Riviera eilt!

Während also der Novemberrepublik großer Geist in Nizza oder Monte Carlo neue Kräfte sammelt, tagt in Paris die sogenannte Sachverständigenkonferenz [3] rüstig weiter. Allerdings weiß kein Mensch, über was momentan beraten wird oder wie beraten wird. Das brauchen aber auch vor allem die deutschen Bezahler gar nicht zu wissen. Wesentlich ist, daß ihnen eines Tages eine Rechnung vorgelegt wird, die sie dann zu begleichen haben. Im Reichstag zirkuliert augenblicklich ein Gerücht, wonach Herr Schacht nur eineinhalb Milliarden jährlich zubilligen wollte, allein in Berlin die strikte Order erhielt, wenn nötig, auch darüber hinaus zu gehen [4]. An sich wäre das gar nicht notwendig. Denn es ist ja nun einmal so weit mit Deutschland gekommen, daß unter dem derzeitigen Regiment jeder Mensch in der Welt genau weiß: Sie werden alles unterschreiben. Die deutsche Presse aber beginnt ihrerseits die öffentliche Meinung wieder zu kneten, auf daß sie weich und fügsam werde. Zu dem Zweck verwendet man wohlerprobte Mittel, die seit vielen Jahren, besonders der Mentalität des Bürgertums gegenüber, nie versagten. Ich habe schon sehr oft auf sie hingewiesen. Wenn zum Beispiel in den Jahren 1919, 1920 und 1921 (und selbst später kam die Sache noch öfter zur Anwendung) das deutsche Volk nicht so recht parieren wollte, wie seine Regierungen es wünschten, dann tauchten plötzlich in der Presse kleine Alarmnachrichten auf über bedrohliche Operationen französischer Truppen an der deutschen Grenze - Aufmarsch von Senegalnegern, Zusammenziehung von Tankgeschwadern, Verstärkung der Luftstreitkräfte usw. - Unsere Pressejuden kennen den Heroismus des deutschen Bourgeois viel zu gut, um nicht zu wissen, daß solche scheinbar ganz unbeabsichtigten Hinweise immer unglaublich wirksam sind. Mit diesen Vorbereitungen hat man gut ein Dutzend Verträge dem deutschen Volk mundgerecht und schmackhaft gemacht. Heute operiert man genauso. Französisch-englische Manöver an der deutschen Grenze, Truppenzusammenziehungen, vor allem aber: Verhinderung der Rheinlandräumung [5]! Es ist wirklich unglaublich, zu was diese Rheinlandräumung alles herhalten muß. Pariser Zeitungen - so meldet die deutsche Presse anschaulich - "ventilieren den Gedanken

---

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

4 Gregor Straßer hatte diese Behauptung in seiner Reichstagsrede am 14.3.1929 aufgestellt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1435.
Reichsbankpräsident Schacht hatte am 12.3.1929 persönlich dem Reichskabinett in Berlin über die Pariser Sachverständigenkonferenz berichtet. Bei dieser Gelegenheit wurde die mögliche Höhe der Annuitäten erörtert, Schachts Verhandlungsführung jedoch nicht kritisiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 483 ff.

5 Zur Bedeutung der Frage der Rheinlandräumung in der innenpolitischen Auseinandersetzung vgl. Hagspiel, Verständigung, S. 436 ff.

einer Hinausschiebung" der Rheinlandräumung, wenn die Sachverständigenkonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen sollte [6]. Das heißt also: Michel friß oder stirb! Und der Michel wird fressen, er wird wieder alles fressen, er würde sogar, um nicht heute sterben zu müssen, für morgen Zyankali fressen. Aber eines ist sicher: Sowie das Sachverständigengutachten unter Dach und Fach kommt, wird Herr Stresemann wieder krank sein. Mit Recht wird er dann wieder nach der Riviera gehen. Denn wenn schon alles kaputt geht, muß sich wenigstens der Mann erholen, in dessen Person das Reich sich zur Zeit verkörpert.

Unterdes schreitet die Auflösung in Berlin weiter. Das Reichsdefizit, das mindestens 750 Millionen betragen wird, hat noch immer keine Deckung gefunden [7]. Alle Finanzkünste Hilferdings [8], des berühmten Inflationsministers, versagen. Das Reich kann kaum die Gehälter mehr begleichen. Man spricht schon davon, daß nicht nur sämtliche Pensionen, sondern auch sämtliche Bezüge gekürzt werden. Die Arbeitslosenversicherung schwankt ebenfalls. Dazu kommt noch die Ebbe in den Kassen der Länder [9]. Sie wird in diesem Jahr noch zunehmen, da das Reich noch immer rücksichtsloser und tiefer in die Steuersubstanzen der Länder hineingreift [10]. Nun erfüllt sich der Fluch auch jener bajuwarischen Parteien, die Jahr für Jahr die ruinöse deutsche Innen- und Außenpolitik deckten und nun für die Kosten aufzukommen haben. Denn es ist ein durch und durch unwahres und vor allem unberechtigtes Geschrei, das heute zum Beispiel in Bayern die Bayerische Volkspartei gegen die finanzielle Erdrosselung des Landes durch das Reich erhebt [11]. Wer A sagt, kann sich vom B nicht mehr freimachen. Gerade diese Partei war seit vielen Jahren der blinde Schildknappe einer Reichspolitik (in deren Regierung sie stets vertreten war! [12]), die zwangsläufig zum Zusammenbruch führen mußte. Wenn wir Nationalsozialisten aber die Katastrophe voraussagten, dann wurden wir grimmig verfolgt, weil wir uns nicht "auf den Boden des derzeitigen Staates" stellten. Wir haben uns

6 Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.3.1929 (AA), "Französische Bilanz von Genf".

7 In seiner Reichstagsrede vom 14.3.1929 hatte Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding bekanntgegeben, daß der außerordentliche Etat ein Defizit von 738 Millionen RM aufwies. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Band 424, S. 1403 sowie Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, S. 63 ff.

8 Rudolf Hilferding (1877-1941), 1901 Dr. med., 1904-1923 Herausgeber der Zeitschrift "Marxstudien", 1910 Publikation seines Hauptwerks "Das Finanzkapital", 1917-1922 Mitglied der USPD, ab 1922 SPD, 1918-1922 Chefredakteur der USPD-Zeitschrift "Die Freiheit", 1919 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, 1920-1925 Mitglied des Reichswirtschaftsrats, August bis Oktober 1923 und Juni 1928 bis Dezember 1929 Reichsfinanzminister (Rücktritt), 1924-1933 MdR (SPD), 1924-1933 Herausgeber des Parteiorgans "Die Gesellschaft", 1933 Emigration, 1933-1936 Chefredakteur der "Zeitschrift für Sozialismus", 1941 Verhaftung im unbesetzten Frankreich, nach Auslieferung an die Gestapo vermutlich Selbstmord.

9 Der Gesamtschuldenstand der Länder und Hansestädte betrug am 31.12.1928 2.143,3 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 516.

10 Der prozentuale Länderanteil der nach den Gesetzen über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern zu teilenden Steuereinnahmen sank bis zum Ende der zwanziger Jahre ständig. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 496 ff.

11 Der Widerstand der BVP gegen die Finanzpolitik des Reiches hatte den Parteitag vom 2.12.1928 bestimmt und war Grundlage ihrer Politik in der Reichsreformfrage. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 221 ff.

12 Die BVP gehörte der Reichsregierung nicht ununterbrochen an; sie stellte in der Reichsregierung vom November 1922 bis August 1923 den Postminister, vom November 1923 bis zum Mai 1924 den Justizminister, und seit Januar 1925 den Postminister, der vom 7.2. bis 13.4.1929 auch kommissarischer Verkehrsminister war.

aber in Wirklichkeit nur nicht auf den Boden der heutigen Mißwirtschaft gestellt. Allein das war genügend, um uns jahrelang sogar das Reden zu verbieten [13]. Es hat aber doch alles nichts genützt. Heute ist die nationalsozialistische Bewegung glänzend gerechtfertigt. Es ist alles genau so eingetroffen, wie wir es voraussagten. Das Reich und mit ihm die Länder stehen heute vor dem katastrophalen Zusammenbruch gerade dessen, was nach den bürgerlichen Schlauköpfen das Reich retten sollte: Die deutsche Wirtschaft liegt in den letzten Zügen. Eines ist aber bemerkenswert, daß unter allen Vorschlägen zu einer Behebung der Finanznot einer nicht auftaucht, nämlich der, das gesamte seit der Revolution widerrechtlich in die Verwaltung eingedrungene Parteipack und Parteibonzentum augenblicklich hinauszufeuern [14]. Nein, darüber berät man nicht. Dafür fordert die Sozialdemokratie und das Zentrum die Einschränkung der Mittel für die Reichswehr [15]. Es gibt bei uns Halunken, denen Deutschland selbst jetzt noch immer nicht genug wehrlos erscheint. Man kann zusammenfassend etwa folgendes sagen: Programm der heutigen marxistisch-zentrümlerisch-bürgerlichen Demokratie: Kürzung der Wehrmittel im Innern zur Aufbringung der Gelder für das Ausland.

Programm der nationalsozialistischen Bewegung: Steigerung der Mittel für die deutsche Wehrkraft und Verweigerung der Tribute.

Zum Kapitel der planmäßigen deutschen Wehrlosmachung, die von den Novemberparteien durch Kürzung des deutschen Wehretats fortgesetzt werden soll, gehört noch folgendes: Die Rüstung jedes Volkes wird waffenmäßig eine um so bessere sein, je mehr die künftigen Gegner erkannt sind und überhaupt eine klare Vorstellung über die den Staat bedrohenden Gefahren herrscht. Wenn also Parteien bewußt einen Staat machtpolitisch ruinieren wollen, dann wird die Sabotage der technischen Kriegsrüstung um so leichter sein, je blinder das Volk für die ihm wirklich drohenden Gefahren gemacht wurde. Und dies kann nicht nur dadurch geschehen, daß man einem Volk einen vorhandenen Gegner verschweigt, sondern, daß man es mit ganz anderen Vorgängen und Kräften beschäftigt, die öffentliche Aufmerksamkeit mithin von der wirklichen Gefahr ablenkt. Was hier besonders in Bayern auf dem Gebiet verbrochen wird, ist unglaublich. Hart an unserer Grenze liegt ein Staat, der heute vollkommen an den Drähten der französischen Politik hängt. Nicht nur die tschechoslowakische Politik, sondern vor allem das tschechoslowakische Heer steht restlos unter französischem Einfluß [16]. Frank-

---

13 Anspielung auf die Redeverbote, die mehrere Länder gegen Hitler verhängt hatten. In Bayern von März 1925 bis Mai 1927, in Baden von April 1925 bis April 1927, in Preußen von September 1925 bis September 1928, in Hamburg von Oktober 1925 bis März 1927, in Anhalt von Oktober 1925 bis November 1928, in Sachsen von Februar 1926 bis Januar 1927, in Oldenburg von Februar bis Mai 1926, in Lippe seit März 1926 sowie in Lübeck von März 1926 bis Mai 1927. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 107 f.

14 Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 legitimierte die NSDAP nach der Machtergreifung ihrerseits die Durchsetzung der Beamtenschaft mit ihren Anhängern. Vgl. Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S. 20 ff.

15 Im Reichshaushaltsplan war eine Veringerung der Ausgaben für militärische Zwecke um 30 Millionen RM vorgesehen. In der Reichstagssitzung vom 14.3.1929 hatten der Abgeordnete Paul Hertz (SPD) sowie der Abgeordnete Heinrich Brüning (Zentrum) darüber hinaus Streichungen im Wehretat gefordert. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 424, S. 1412 ff, 1432.

16 Neben dem Bündnis- und Freundschaftsvertag von 1924 gab es keine institutionalisierte militärische Zusammenarbeit. Vgl. Adám, Richtung Selbstvernichtung, S. 61.

reichs Absicht einer vollkommenen Zertrümmerung Deutschlands wurde im Weltkrieg nicht erreicht [17]. Die Geheimräte der bayerischen Außenpolitik werden allerdings schwer zu überzeugen sein, daß Frankreichs Ziel sich selbst einer so friedfertigen Bevölkerung, wie sie die von ihnen geführte bayerische darstellt, nicht geändert hat, und trotzdem immer und immer noch auf eine Auflösung des Reiches durch militärisches Zerschlagen desselben hindrängt. Hier langt eben der Verstand nicht. Aber das Volk selbst müßte klüger sein. Es könnte unterdes wirklich schon gelernt haben, was es von seiner politischen und diplomatischen Leitung zu erwarten hat, wie sich hier Dummheit, Einfalt und überheblichster Dünkel paaren. Die Tschechoslowakei rüstet seit Jahren im Dienste Frankreichs gegen Deutschland [18]. Unsere Judenpresse begünstigt dies, indem sie eine maßlose Hetze gegen Italien entfacht und dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit ablenkt. Frankreich wird nicht ruhen, bis es durch irgendeinen europäischen Krieg einen Vorwand gefunden hat, um in Deutschland wieder einzurücken, und dann können unsere Münchner Patriotenvereinigungen vielleicht wirklich noch zum Brenner kommen [19]. Dann nämlich, wenn ihnen die tschechischen Bajonette im Rücken sitzen. Es ist ein himmelschreiender und unverantwortlicher Leichtsinn, mit dem gerade diese vaterländischen Kreise heute handeln, indem sie sich von der niederträchtigen jüdischen Pressemeute ins Schlepptau nehmen lassen und deren Geschäfte besorgen, statt für Deutschland und damit auch für Bayern einzutreten. Wenn die Sozialdemokratie heute durch den Juden Paul Levi ein Wehrprogramm aufstellen läßt, das die Abschaffung der Reichsmarine überhaupt fordert [20], dann ist auch hier der Hintergedanke nur die dadurch herbeigeführte endgültige Unterbrechung der Verbindung mit Ostpreußen. Die Partei, deren Zentralorgan im Jahre 1918 in frecher Offenheit zynisch erklärte, daß "die deutschen Fahnen nicht mehr siegreich heimkehren dürfen" [21], geht auf ihrem Wege der Zerstörung Deutschlands planmäßig weiter.

So sehen wir im Norden und im Süden das gleiche Schauspiel. Man blendet uns, damit wir eines Tages vor Ereignissen stehen, denen man, weil man sie früher nicht ins Auge faßte, auch nicht gewachsen sein wird. Wenn dann wieder der Zusammenbruch kommt, werden wie immer die verantwortlichen parlamentarischen Brüder das Weite suchen, von der Regierung zurücktreten und sich irgendwo in der Schweiz oder an der Riviera zur Erholung hinsetzen. Denn das ist ja das Empörende an dem parlamentarischen Regiment, daß keiner dieser Brüder je verantwortlich gemacht werden kann. Bis die nationalsozialistische Bewegung einst siegt und dann ohne Rücksicht auf frühere Paragraphen durch die legalen Mittel und Möglichkeiten des neuen Staates die Verräter an Volk und Vaterland und Diebe unseres Nationaleigentums zur Verantwortung zieht.

---

17 Zu den Kriegszielen Frankreichs im Ersten Weltkrieg vgl. David Stevenson, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

19 Gemeint ist vermutlich der "Andreas Hofer Bund", der gegen die Italianisierungspolitik in Südtirol agitierte. Vgl. Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin, S. 102 ff.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 38, 55.

21 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

28. März 1929 Dok. 15
Anordnung

VB vom 31.3.1929, "Anordnung".

Für die kommenden Wahlen zum Sächsischen Landtag [1] beauftrage ich den Leiter der Organisationsabteilung, Pg. *Gregor Straßer* [2], mit der Durchführung aller zu dieser Wahl nötigen Arbeiten und Anordnungen.

München, 28. März 1929.

gez. Adolf Hitler

30. März 1929 Dok. 16
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 30.3.1929.

Ich fürchte sehr, daß sich, dank vor allem der Einfalt unseres politisch so jammervollen deutschen Bürgertums, in diesen Tagen in Deutschland etwas vollzieht, dessen Folgen kaum abzusehen sind. Trotzki soll nach Deutschland kommen [1]. Selbst wenn im Augenblick die Einreiseerlaubnis nicht erteilt werden sollte, muß man doch bei der Beharrlichkeit der jüdischen Fürsprecher mit der Wahrscheinlichkeit seiner Einreise immer wieder rechnen. Ich glaube nicht, daß man sich in den Kreisen unserer sogenannten nationalen Parteien über die Bedeutung dieses Vorgangs ganz im klaren ist. Dieses Ereignis kann von tieferen Folgen sein für die deutsche innere Entwicklung als zehn Parlamentswahlen zusammengenommen.

Ich habe es immer als schlimm angesehen, daß in unserer fast gesamten nationalen und sogar auch völkischen Presse mit einer gewissen beängstigenden Regelmäßigkeit Nachrichten über den "Vormarsch" des Antisemitismus in Rußland kolportiert werden [2]. Aus zahlreichen

1 Am 12.5.1929. Der Staatsgerichtshof beim Reichsgerichtshof in Leipzig hatte die vorhergehende Wahl vom 31.10.1926 für ungültig erklärt. Die Neuwahl fand am 12.5.1929 statt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 58, 78. Zur Vorgeschichte des Urteils vgl. Joachim Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933, S. 11 ff.

2 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Untergaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

1 Vgl. Dok. 11, Anm. 5, 6.

2 In den zwanziger Jahren wurde der Antisemitismus von der sowjetischen Regierung aktiv bekämpft. Vgl. Bernhard D. Weinryb, Antisemitism in Soviet Russia. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Hrsg. von Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 300-332, S. 305 ff.

Belegen will man dies wissen. Sieht man die Gründe, die zu einer solchen optimistischen Beurteilung der Lage in Rußland Anlaß geben aber jedesmal Punkt für Punkt genauer durch, dann kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß nur zu häufig auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Daß sich in einem Riesenreiche von der Größe Rußlands laufend an den verschiedensten Orten auch Äußerungen antisemitischen Charakters zeigen werden, bedeutet gar nichts, gemessen an der Stabilität des jüdischen Regiments im großen und gesamten. Das Judentum hat in Rußland reinen Tisch gemacht. Mit fanatischer Konsequenz wurde die ohnehin nicht blutmäßig slawische Intelligenzschicht ausgerottet. Der Henker von vielleicht mehr als 3 Millionen Menschen, die die geistige Führung Rußlands auf allen Gebieten des Lebens betätigten, heißt Bronstein; es ist dies der Jude Trotzki, ein Name, unter dem ihn die Welt etwas besser kennt [3]. Seit nun die Judendiktatur sich so der Herrschaft in Rußland bemächtigte, hat sie zum einen Teil die Leitung des Riesenreiches in die eigene Hand genommen, zum anderen sich aber eine blind ergebene gehirnlose Masse herandressiert, der der Kommunismus, wenn auch nicht in der Praxis, dann aber doch zumindest in der Idee, im [*sic!*] Fleisch und Blut sitzt. Solche Dressurkunststücke hat der Jude im Laufe der Jahrtausende schon einige Male geleistet. Eine Riesenpropaganda hat die breite Masse in ihrem Denken teils zerstört, teils umgebogen, während eine brutale Blutherrschaft, gegenüber der die Schrekken der Inquisition verblassen, jeden geheimen oder offenen Widerstand im Keime erstickt. Wenn ein Volk, das ohnehin selbst keine staatsbildende Kraft besitzt, ja kaum staatserhaltende Fähigkeiten sein eigen nennt, eine so entschlossene Führung als Herrn erhält, dann kann nach allem menschlichen Ermessen ohne äußeren Anstoß ein Wandel der Verhältnisse nicht mehr eintreten. Die alte, im großen und ganzen dem Blute nach germanische Oberschicht Rußlands wurde von den Juden abgehoben und umgebracht. Das war der Sinn der Oktoberrevolution im Jahre 1917. Nur wenn eine neue Herrenschicht in Rußland kommen sollte, die das Judentum tötet und sich selbst an dessen Stelle setzt, wird der Bolschewismus wieder zu vergehen vermögen.

Daran ist heute gar nicht zu denken. Daß es dem russischen Volk schlecht geht, bedeutet deshalb nichts, weil die einzig statthafte und wirklich stattfindende Volksaufklärung eben nur in den Händen der Juden liegt. Diese aber belehren die dumme Masse nicht gegen sich selbst. Nicht, daß er Kommunist ist, wird dem russischen Arbeiter als Ursache seines Elendes gesagt, sondern daß die andere Welt noch nicht aus Kommunisten besteht. Man soll darüber gefälligst ja nicht staunen, am wenigsten in sogenannten bürgerlichen Kreisen. Denn was man sich die-

---

3 Anspielung auf Trotzkis Rolle als Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees und als Volkskommissar für Krieg. Genaue Angaben über die Menschenverluste, die durch den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg, die Aufstände der Bauern und die sie begleitenden Hunger- und Seuchenkatastrophen auf dem Gebiet der Sowjetunion verursacht wurden, liegen bis heute nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu einem Gesamtverlust von 9.000.000 Menschen, die sich wie folgt verteilen: ca. 2.000.000 Tote des Ersten Weltkriegs und 300.000-1.000.000 Tote des Bürgerkriegs; veranschlagt man 1.000.000 Flüchtlinge, so wären die übrigen Menschenverluste Folge der Seuchenkatastrophen während der Jahre 1918-1923 (vermutlich weniger als 3.000.000 Tote), der Hungerkatastrophe insbesondere während der Jahre 1920/21 und der Aufstände der Bauern. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986, S. 53 f. Zur Kritik an den von Conquest vorgelegten Zahlen generell vgl. Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

sen geistreichen Staatsbürgern gegenüber an Vertrottelungskünsten leisten kann, ist auch allerhand. Wenn zum Beispiel in Bayern über den Fremdenverkehr getagt wird, dann bringen es die Führer unserer destruktiven und das ganze Volk vernichtenden Parlamentsschweinerei immer wieder fertig, ihren Zuhörern allen Ernstes zu versichern, daß das einzige Unglück für den Fremdenverkehr die Partei ist, die nicht an der Parlamentsschweinerei teilnehmen will, nämlich die Nationalsozialisten. Und diese verlumpten Schwindler werden dafür nicht sofort in das Maul hineingeschlagen, nein sie werden ernst genommen. Um wie viel leichter kann ein solcher Betrug bei einem Volk stattfinden, daß sicher auch heute noch zu fünf Siebtel vom Lesen und Schreiben nicht die blasseste Ahnung hat.

So sitzt der Jude tatsächlich heute in Rußland fester denn je im Sattel. Daß man aber aus all den kleinen antisemitischen Zuckungen große Aktionen macht, hängt nicht zum wenigsten mit dem Bedürfnis gewisser Emigrantenkreise zusammen, die noch immer von der Wiedereinsetzung des Hauses Romanow träumen [4] und zum Teil auch davon leben. Wie unwahrscheinlich dabei solche Hoffnungen sind, könnte einem das Studium der Geschichte lehren. Wenn Revolutionen wieder gebrochen werden, sind die neuen Herren trotzdem nicht mehr die alten. Im Kampf gegen die Revolution erwächst ein neues Kämpfer- und Führergeschlecht. Es ist ebenso kindlich wie unanständig zu denken, daß Köpfe mit eisernem Willen und Männer mit mutigsten Herzen dann nach dem durch ihren Kampf errungenen Sieg die Führung wieder in die Hände jener schwachen Menschen zurücklegen werden, die schon einmal das Ruder nicht zu halten vermochten und dann vor dem Sturm ins Ausland flohen. Daß die Emigranten selbst sich nicht von einer solchen Hoffnung loszulösen vermögen, ist verständlich und menschlich begreiflich. Wie einem denn überhaupt ihr Schicksal tief an das Herz rühren kann. Allein die Geschichte der Völker hat wenig zu tun mit Sentimentalität, dafür aber um so mehr mit kalter Logik.

Der Bolschewismus kann nun allerdings auf die Dauer nur bestehen, wenn er zu einer universalen, die Welt beherrschenden Einheitslehre wird. Und dies ist ja auch das Ziel des Judentums. Alle Völker sollen als Nationen verschwinden, alle Menschen als Köpfe vergehen und übrigbleiben darf nur mehr ein Gewimmel von innerlich und äußerlich in eine gleichmäßige niedere Form gebrachter Lebewesen, über denen dann das auserwählte Volk als Führung thront. Diese Alberichs-Herrschaft [5], die heute nur in Rußland restlos vollzogen ist, nunmehr auf die anderen Völker weiter auszudehnen, scheint den Juden möglich zu sein. Es ist natürlich klar, daß man in Moskau, ja, daß überhaupt das Judentum genauestens den fortschreitenden Verfall Deutschlands beobachtet und den kommenden Zusammenbruch errechnet. Unsere bürgerliche Demokratie hat, selbst angefressen von marxistischen Giften, Deutschland glücklich an den Rand des Verderbens gebracht. Impertinente, unverschämte Parlamentszwerge bürgerlicher Observanz haben sich der Nation gerade in dem Augenblick als Führer aufgedrungen, in dem sie Riesen gebraucht hätte. Diese elende Fabriksware der Politik steht nun vor dem grauen Nichts. Und jetzt kommt für den Juden die Stunde des Handelns.

---

4 Aus der Familie der Romanows galten Großfürst Kirill, Großfürst Dimitrij und Großfürst Nikolaj als Thronprätendenten. Zu den politische Zielen und Aktivitäten der monarchistischen russischen Emigranten vgl. Bettina Dodenhoeft, "Laß mich nach Rußland heim". Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945, Frankfurt a. M. 1993, S. 178 ff.

5 Im Werk Richard Wagners wird die Figur des Alberich auch als kapitalistischer Ausbeuter gedeutet.

Alles funktioniert in Deutschland. Die bürgerlichen Parteien und ihre sogenannten Staatsmänner hängen an der jüdischen Strippe. Die Sozialdemokratie macht die Masse gehirnlos, die Freimaurerei die Intelligenz, die Presse verblödet das ganze Volk, die Wirtschaft vernichtet alle unabhängigen Existenzen und treibt die Nation langsam zur Verzweiflung. Nur eines versagt: die Stoßtruppe des Judentums. So wie im Laufe des Krieges der Jude aus der damaligen Sozialdemokratie sich in der unabhängigen Partei [6] die politische, im Spartakusbund [7] die brachiale Avantgarde geschaffen hat, so organisierte er heute die K.P.D. und den roten Frontkämpferbund [8] zum gleichen Zweck. Die kommunistische Partei soll die geistige Revolutionierung betreiben, der rote Frontkämpferbund aber eines Tages die brachiale Entscheidung herbeiführen, um so der jüdischen Welt- und Golddiktatur einen neuen Staat zu unterwerfen. Allein gerade dieses Entscheidungsinstrument ist unter den jüdischen Waffen das schwächste. Und zwar nicht etwa schwach in seinem Menschenmaterial, sondern nur schwach in seiner Führung. Es heißt den Juden verdammt schlecht einschätzen, wenn man glaubt, daß ihm selbst die Mängel der deutschen kommunistischen Partei nicht bekannt seien. Er kennt sie, aber er kann sie nicht beheben, da die K.P.D. vom Anbeginn an zu viele Führer hatte, unter denen aber nicht ein einziger überragende Qualitäten aufzuweisen vermochte. Es begann der Kampf des Menschlichen. Die Eifersucht ließ jeden Stellung nehmen gegen den ihm scheinbar Überlegenen, mit dem Endergebnis, daß keiner überlegen werden konnte. Und hier hat das Judentum nun sich ersichtlich entschlossen, seinen geschicktesten und zugleich blutigsten Revolutionsmacher mit der Führung der K.P.D. in Deutschland zu betrauen.

Es war natürlich nicht leicht, Trotzki nach Deutschland hineinzuschieben. Nur durch eine Riesenkomödie ließ sich so was arrangieren. Daß dem berühmten Weltkomödianten dies am Ende doch noch gelingt, darf man so lange nicht bezweifeln, als besonders unseren deutschen bürgerlichen Politikern der markanteste Ausdruck immer noch durch längste Eselsohren verliehen wird. Es war dem bolschewistischen Regiment sicher ein leichtes, Nachrichten in die Weltpresse zu lancieren, die vom Anfang bis zum Ende erlogen sein konnten, Verhaftungen bekanntzugeben, die niemals stattfanden, Trotzki nach Sibirien zu verbannen, während in Wirklichkeit dieser jüdische Menschenschlächter sich irgendwo in aller Ruhe seinen Kriegsplan zurechtlegte. Selbst unsere völkische Presse fällt nur zu gerne auf etwas herein, das einem eben gefällt, weil es schön wäre und dem eigenen Wunsch entspräche. Diese Feststellung soll keine Verurteilung, sondern nur eine Warnung sein. Man erfährt heute zum Beispiel, daß die russische Regierung, daß also Herr Stalin [9] (ebenfalls ein alter Revolutionsgauner,

6 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), gegründet am 6.4.1917. Vgl. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

7 Konstituierte sich am 11.11.1918 aus der Ende 1915, Anfang 1916 gebildeten "Spartakusgruppe", Keimzelle der KPD. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 75 ff., 95 ff.

8 Der Rote Frontkämpferbund (RFB) war 1924 als paramilitärische Organisation der KPD gegründet worden; er wurde 1929 offiziell verboten. Bundesvorsitzender war Ernst Thälmann. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

9 Jossif Wissarionowitsch Stalin (eigentlich: Dschugaschwili, 1879-1953), 1894-1899 Besuch des orthodoxen Priesterseminars in Tiflis, seit 1898 Sozialdemokrat, 1902-1904 Verbannung, 1903 Bolschewik, 1912 Aufnahme in das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1917 Volkskommissar für das Nationalitätenwesen, 1922-1953 Generalsekretär der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1946-1953 Vorsitzender des Ministerrats.

Menschenschlächter und Busenfreund des Herrn Trotzki) sich schon seit über einem Jahr immer wieder an die deutsche Regierung mit der Bitte gewendet hat, Trotzki hereinzulassen [10]. Das heißt also: Herr Stalin will, daß sein angeblicher "Todfeind", von dem er behauptet, daß er ein Verräter des Kommunismus sei, ausgerechnet nach Deutschland kommt, um dort unter Umständen das kommunistische Proletariat gegen Rußland einzustellen? Diesen Unsinn wird doch kein Mensch im Ernst glauben! Viel näher liegt der Gedanke, daß man erst versuchte, Trotzki auf kürzestem Wege nach Deutschland zu schieben, und nur, nachdem diese Absicht mißlang, die riesenhafte Komödie inszenierte, die endlich diesen jüdischen Bluthund und Generalverbrecher der Menschen sogar noch krank werden ließ, um solcher Art für dieses Scheusal rührselige Empfindungen zu erwecken. Und gerade das ist bemerkenswert. Man kennt die deutschen Pappenheimer. Alle anderen Völker würde das ganz kalt lassen. Ob dieser jüdische Massenmörder krank ist oder nicht krank ist, wird niemals einen Engländer rühren. In Deutschland aber war es von jeher so, daß man Millionen eigener Volksgenossen sehr ruhig verrecken ließ, fremdes Schicksal aber zutiefst zu Herzen nahm. Kommt nun über diese Komödie dieser Meuchelmörder tatsächlich nach Deutschland, dann wird unser irrsinniges Bürgertum bald sehen, wie schnell in der K.P.D. Ordnung und Festigkeit um sich greift. Als Nationalsozialist frage ich mich, ob das nicht sogar gut ist, denn es kann dies eine Entwicklung beschleunigen, die wir ersehnen. Unser Bürgerzeug verdient nichts anderes, als daß ihm der Jude den roten Hahn aufs Dach setzt. Ehe nicht dem dummen Luder das Bettstroh zu brennen anfängt, wird es doch nicht munter, und ehe nicht in Deutschland die rote Faust die Demokratie zerschlägt, werden unsere bürgerlichen Parteiknirpse ihre Rolle als Staatsmänner nicht ausspielen. Kommt Trotzki nach Deutschland, so würde für mich das nur der Beweis sein, daß das Geschick unerbittlich und endgültig die Vernichtung und Beseitigung einer Gesellschaftsschicht beschlossen hat, deren Regiment Deutschland aus seiner höchsten Höhe in sein tiefstes Elend riß. Die nationalsozialistische Bewegung scheut die kommende Entwicklung nicht. Wie der Herr es bestimmt hat, so wird es werden. An unserer Entschlossenheit soll es nicht fehlen. Es wird die Stunde kommen, da das rote Feuer die Anstifter selbst verzehrt.

10 Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Maximowitsch Litwinow, hatte zum ersten Mal am 30.1.1929 beim deutschen Botschafter in Moskau, Herbert von Dirksen, um eine Einreiseerlaubnis für Trotzki nachgesucht. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie B, Bd. XI, Nr. 42.

3. April 1929 Dok. 17
"Reinhardt [1] spielt auf und München zahlt" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NS 26/56 [4].

Meine lieben Volksgenossen und -genossinnen!

Über die Sache selbst braucht man wenig zu sagen. Um was es sich handelt, wissen Sie [5]. München soll heuer eine besondere Verstärkung seines Kunstlebens erhalten, und zu dem Zweck hat man sich Herrn Reinhardt - früher hieß er einmal Goldmann - verschrieben, der nun mit seiner Truppe hier in München Festaufführungen veranstalten will. Über das Nähere berichtet vielleicht am einwandfreiesten die "Frankfurter Zeitung" [6]. (Heiterkeit.) Die "Frankfurter Zeitung" schreibt, daß die Festspiele also im Prinzregententheater stattfinden, daß man ein paar etwas anrüchige Stücke ausgelassen und dafür annähernd annehmbare eingeschoben hat [7], und schreibt dann weiter, daß das Gastspiel der [*sic!*] Stadt München einiges kosten wird; und zwar erhält zunächst Herr Reinhardt ein persönliches Honorar von 60.000 [*R*]M, dazu eine Dienstaufwandentschädigung von 20.000 [*R*]M, sowie weitere 20.000 [*R*]M für Einnahmeentgang in Berlin und Wien. Also zunächst erhält Herr Reinhardt persönlich allein 100.000 [*R*]M. Dazu kommen weiter die Gagen, die im Höchstfalle 148.340 [*R*]M ausmachen sollen. Die Gage der gesamten Künstlerschaft macht also 148.000 [*R*]M aus, die Einnahme

---

1 Max Reinhardt (eigentlich: Goldmann, 1873-1943), Schauspieler, Regisseur und Theaterleiter, 1894-1903 Schauspieler am "Deutschen Theater" in Berlin, 1901 Mitbegründer der Kabarettbühne "Schall und Rauch" in Berlin (seit 1902 "Kleines Theater"), 1903-1905 Leiter des "Kleinen Theaters", 1903-1906 Eigentümer des "Neuen Theaters" in Berlin (später "Theater am Schiffbauerdamm"), 1905-1920 Leiter des "Deutschen Theaters", 1906-1920 Leiter der "Kammerspiele des Deutschen Theaters", 1920 Mitbegründer der Salzburger Festspiele, 1922 Übersiedlung nach Wien, 1923-1937 Leiter des "Theaters in der Josefstadt" in Wien, 1924-1932 Leiter der "Kommödie am Kurfürstendamm" in Berlin, Dezember 1924-1931/32 wieder Leiter seiner Berliner Bühnen, 1933 Emigration.

2 Titel laut Ankündigung in VB vom 1./2./3.4.1929.

3 Im Hofbräuhaus-Festsaal, ca. 20.00 Uhr. Laut VB wurde die von Philipp Bouhler geleitete Versammlung ab 19.30 wegen Überfüllung polizeilich gesperrt.

4 Druck einer redaktionell bearbeiteten Fassung, VB vom 5.4.1929, "'Reinhardt-Goldmann spielt auf und - die Münchner zahlen'".

5 Im November 1928 hatten zwischen dem Münchner Stadtrat und Max Reinhardt über die Durchführung von Festspielen im Sommer 1929 in München Verhandlungen begonnen, die im Frühjahr zum Abschluß gebracht worden waren. Der bayerische Minister für Unterricht und Kultus Franz Xaver Goldenberger hatte zunächst seine Einwilligung mit dem Argument verweigert, dieses Gastspiel repräsentiere einen "fremden Kunstwillen". Auf Druck seiner Landtagsfraktion zog er seinen Einspruch jedoch zurück. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.3.1929, "Das verhinderte Reinhardt-Gastspiel", vom 23.3.1929, "Das Nein des Kultusministers" sowie Bayerischer Kurier vom 28.3.1929, "Der Stadtrat und die Reinhardt-Festspiele".

6 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 28.3.1929 (2. MA), "Die Reinhardt-Gastspiele in München".

7 Laut "Frankfurter Zeitung" wurden die Stücke "Die deutschen Kleinstädter" von August von Kotzebue, "Artisten" von Gloryl Watters und Arthur Hopkins sowie "Stella" von Johann Wolfgang von Goethe abgelehnt; zur Aufführung sollten "Kabale und Liebe" von Friedrich von Schiller, "Der lebende Leichnam" von Leo N. Tolstoi, "Dantons Tod" von Georg Büchner und "Viktoria" von W. Somerset Maugham kommen. Vgl. Anm. 6.

des Herrn Reinhardt allein, sein persönliches Honorar, beträgt 100.000 [*R*]M! Auch eine Illustration für das maßlose soziale Empfinden, das beim auserwählten Volk, das berufen ist, die sozialen Belange des deutschen Volkes zu vertreten, vorhanden ist.

Dazu kommen weiter die Kosten der bayerischen Staatstheater für Urlaubsabkäufe, Propaganda, Tantiemen usw. im Gesamtbetrag von 105.000 [*R*]M. Diesem Gesamtaufwand von voraussichtlich 354.000 [*R*]M steht eine Einnahmeerrechnung von rund 210.800 [*R*]M gegenüber, so daß der Fehlbetrag 143.000 [*R*]M beträgt. Nun wissen wir, was heutzutage ein Voranschlag bedeutet. Es ist, glaube ich, noch nie der Fall gewesen, daß ein Voranschlag unterschritten worden wäre; höchstens in der Richtung des Defizits, das man zu niedrig einsetzt. Erfahrungsgemäß sind sämtliche Voranschläge, oder sagen wir die meisten, überschritten worden, d. h., es hat sich immer herausgestellt, daß aus dem und dem Grunde eine Erhöhung der Ausgaben eintrat, der eine gleichmäßige Erhöhung der Einnahmen nicht gegenüberstand, so daß das Defizit sich in den meisten Fällen, und zwar sehr anständig sogar, noch erhöht hat.

Zunächst ist also eines feststehend, nämlich daß diese Gastspiele einen schönen Betrag an Geld kosten. Nun ließe sich darüber ja reden. Ich gehöre nicht zu denen, die vielleicht meinen, daß 150.000 [*R*]M, wenn die Sache wirklich einen Zweck hat, nicht ausgegeben werden dürften. Aber es steht zunächst fest, daß ein Defizit da ist.

Dieses Defizit wird nun großzügig von München gedeckt, und zwar selbstverständlich nicht vom Münchener Stadtrat, sondern selbstverständlich decken es die Münchener Steuerzahler, das ist doch auch klar. Es wird jetzt immer so dargestellt, als ob da nur eine bestimmte Anzahl von Menschen überhaupt ein Recht hätte, sich dazu zu äußern. Wenn der Münchener Stadtrat das Defizit aus den Taschen des Fremdenverkehrsvereins decken würde, wenn es die Mitglieder des Fremdenverkehrsvereins decken würden, dann wäre das eine Sache, die die ganze andere Bevölkerung gar nichts anginge. Solange aber dazu sämtliche Steuergelder verwendet werden, hat zum mindesten jeder einzelne ein Recht, dazu Stellung zu nehmen und sich des näheren über die Zweckmäßigkeit der ganzen Sache zu unterhalten.

Dem feststehenden Defizit steht nun gegenüber ein durchaus nicht feststehender künstlerischer Gewinn. Es besagt noch gar nichts, daß ein Teil unserer Presse in dem Herrn Reinhardt einen Apostel sieht, einen Kunstapostel von überragender Größe. Denn diese Presse sieht heute in, weiß Gott was, eine Kunst. Wir wissen ganz genau, daß das, was von dieser Presse und von dieser Clique heute als Kunst angesehen wird, nicht etwa die Jahrhunderte überdauert, ja nicht einmal die Jahrzehnte. Wir wissen ganz genau, daß das, was diese Presse, diese Clique heute dem deutschen Volk als Kunst aufzuoktroyieren versucht, vielleicht schon in wenigen Jahren, sicher aber dann, wenn die nationalsozialistische Bewegung an das Ruder kommt, erledigt werden wird, restlos erledigt werden wird. (Lebhafter Beifall.) Denn es wird dann die Feigheit aufhören, mit der sich die Leute von unverschämten Burschen einen Mist als Kunst aufschwätzen lassen, der keine Kunst ist, sondern der einfach eine freche Verhöhnung jedes Kunstempfindens darstellt.

Damit also, daß ein Teil unserer offiziellen bürgerlichen Presse auch heute in Herrn Reinhardt einen großen Künstler sieht, ist noch nicht bewiesen, daß er ein Künstler ist. Dadurch, daß man in seinen Aufführungen unvergleichliche Kunstwerke sieht, Kunstleistungen sieht, ist noch nicht bewiesen, daß das wirklich auch Kunstleistungen sind. Das steht zunächst, wenn man sich ganz objektiv über die Sache unterhält, gar nicht fest. Im Gegenteil, es stehen den

Hunderttausenden, die in den Reinhardt-Aufführungen eine überwältigende Kunstleistung sehen, sicherlich Millionen gegenüber, die dafür gar kein Verständnis haben. Vielleicht ist hier einmal die Nachwelt berufen, festzustellen, wer hier richtig geurteilt hat.

Es bleibt also dann die Frage: Warum hat man an sich die Sache unternommen [*sic!*]?

Sehen Sie, das Wesentliche scheint mir folgendes zu sein. Ein bayerischer Kultusminister, der nicht unserer Partei angehört, hat ja eigentlich schon gesagt, um was es sich handelt. Herr Goldenberger [8] sagte, er wolle sich wehren, daß ein fremder Kunstwille uns aufgezwungen wird. (Zuruf: Sehr richtig!) Das ist unbedingt richtig, und der Herr Minister hat damit eigentlich das ausgesprochen, was in Wirklichkeit hier vorgeht: Es ist der Versuch, uns einen fremden Kunstwillen aufzuzwingen, aufzudrängen. Der Herr Minister konnte natürlich das nicht ganz so sagen, wie er es eigentlich hätte sagen müssen. Das konnte er nicht, weil er Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist. Wäre er nämlich Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, dann hätte er das noch genauer präzisiert. Er würde nicht gesagt haben: Es handelt sich hier um den Versuch, uns einen fremden Kunstwillen aufzuzwingen, sondern er würde gesagt haben: Es handelt sich um den Versuch, uns jüdische Kunst aufzuoktroyieren. Das hätte er gesagt. (Lebhafter Beifall.) Was könnte denn sonst Herr Minister Goldenberger unter dem Begriff "fremder Kunstwille" überhaupt verstanden haben? Der Berliner Kunstwille ist uns durchaus nicht fremd. Er unterscheidet sich, soweit es sich um deutsche Produktion handelt, in gar nichts zum Schluß vom Kunstwillen der Deutschen überhaupt. Was uns fremd ist, ist nur ein ganz besonderer Kunstwille, der sich heute in Berlin ausdrückt, und zwar hervorragend ausdrückt, prägnant ausdrückt, und dieser Kunstwille ist überhaupt nicht deutsch. Er ist auch nicht französisch, auch nicht englisch, sondern dieser Kunstwille entstammt jenem Volk, das aus sich heraus überhaupt gar kein Kunstempfinden hat, das nicht, wie manche Mitglieder unseres Münchener Stadtrats meinen, besonders groß ist im Kunstempfinden, sondern das niemals überhaupt eine eigene Kunst gehabt hat, das grundsätzlich unproduktiv ist und nur die Kunst anderer Völker zu annektieren in der Lage war, zu allen Zeiten! Das ist dem Referenten im Münchener Stadtrat [9] natürlich nicht bekannt. Er ist ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei, das besagt alles, oder ein Demokrat, das ist noch schlimmer. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat das Judentum an sich überhaupt keinen ausgeprägten Kunstwillen, sondern das Judentum sieht in der Kunst genau das, was es in allem sieht, nämlich eine Geschäftsmöglichkeit. (Sehr richtig!) Es trennt sich von unserer Kunstauffassung darin meilenweit.

Und sehen Sie, das ist gleich das Charakteristische! Würde es Herrn Reinhardt darum zu tun sein, hier in München einmal seine Kunst zu zeigen, dann müßte der erste Posten der Ausgaben ganz wegfallen, vollkommen wegfallen! Der Mann dürfte dann nicht sagen: Dafür verlange ich zunächst 100.000 [*R*]M für mich als Honorar. Glauben Sie [*mir*], wer sich innerlich berufen fühlt, der Menschheit ein Kunstwerk zu schenken oder eines vorzuführen, der wird das durchführen, auch wenn er persönlich gänzlich ohne Honorar ausgeht. Wir wissen, daß unsere deutschen Künstler oft genug überhaupt honorarlos ausgegangen sind, daß mit den von

---

8 Franz Xaver Goldenberger (1867-1948), 1898 Eintritt in der bayerischen Staatsdienst, 1918 Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1926 Ministerialdirektor, 1926-1933 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus.

9 Gebhard Hörburger (1870-1940), rechtskundiger Stadtrat.

ihnen geschaffenen Kunstschätzen nur andere Geschäfte machen. Sehen Sie, wir erleben es heute, daß man einen Schubert für Operetten verwendet [10]. Warum? Ja, weil ein Geschäft damit gemacht wird, weil das Geld einbringt. Glauben Sie, daß Schubert einst seine Lieder nur komponiert hat, weil er Geschäfte machen wollte? Nein! Er mußte das niederschreiben, weil er eben innerlich Künstler war, weil ein höheres Gebot ihn zwang, das zu tun (stürmischer Beifall), während heute nur die Rechnerei den inneren Antrieb für das "Kunst"-Schöpfen gibt. Das ist der wesentliche Unterschied. Es ist ein fremder Kunstwille, das heißt ein Wille, der aus der Kunst ein Geschäft macht und weiter nichts.

Man könnte nun zunächst sagen: Ja, an sich sind viele Nachteile bei diesen Festspielen gerade für das Münchener Kunstleben ohne Zweifel da. Es ist eine alte Erfahrung, daß, sowie man z. B. in einem Theater das Gästewesen einführt, das heißt sogenannte Weltkanonen auftreten läßt, das Spiel in diesem Theater langsam selbst nachläßt, daß keineswegs etwa eine Steigerung der künstlerischen Leistungen eintritt. Weil aber die Künstler dieses Theaters abzuwägen beginnen, inwieweit eigentlich die Leistung des Gastes der ungeheuren Gage würdig ist, die dafür bezahlt wird, werden auch sie allmählich anfangen zu rechnen, sie werden anfangen, ihre Stellung auszunützen; mit anderen Worten, es wird jener Gagenwahnsinn einreißen, der uns heute schon so sehr drückt. Es beginnt eben langsam das Ideal in der Kunst überhaupt zu vergehen, und an dessen Stelle tritt die reale Berechnung des Nutzens, wie wir das bei Reinhardt schon vorbildlich sehen. Wenn solche Beispiele gegeben werden, dürfen Sie es dem Künstler, der z. B. von seiner Stimme leben muß, dessen Kunstschatz in seiner Stimme liegt, nicht zum Vorwurf machen, wenn er auch zu rechnen beginnt. Er wird sich sagen: Meine Stimme ist in 18 bis 20 Jahren wertlos, sie ist dann tot, und wenn dieser Theatermanager da für ein paar Tage 100.000 [*R*]M bekommt, dann habe ich, der ich nach 18 Jahren meine Stimme versungen habe, auch das Recht, eine ähnliche Gage zu bekommen. Es beginnt dann der Gagenwahnsinn einzureißen, und man hat gar kein Recht, dagegen Stellung zu nehmen; denn entweder - oder! Was dem einen billig ist, ist dem anderen recht, oder umgekehrt!

Aber auch künstlerisch pflegt es meist nicht zum Vorteil einer Stadt zu gereichen, wenn man einen so großen Unterschied macht zwischen sogenannten Festspielen und zwischen gewöhnlichen Aufführungen. Das Ziel einer Stadt wie München müßte sein, keine Aufführung herauszubringen, die nicht festspielreif wäre. Man müßte den Ehrgeiz haben, das Theater an sich auf eine Höhe zu bringen, die in Deutschland zum mindesten unerreicht ist. Das müßte das ideale künstlerische Ziel sein. Das erreicht man aber nicht dadurch, daß man einmal ein fremdes Ensemble kommen läßt und mit Hunderttausenden von [*Reichs*]Mark aufpulvert und dann spielen läßt und dann 8 oder 10 Aufführungen herunterrollen läßt, die in Wirklichkeit sich doch mehr durch mechanische Geschicklichkeit auszeichnen, durch das äußere Drum und Dran, als daß sie irgendwie stilbildend sein könnten für unser hiesiges Kunstleben an sich.

Das wäre dagegen einzuwenden. Es wäre noch weiter dagegen einzuwenden, daß es sich hier um Produktionen einer Truppe oder sagen wir lieber zunächst eines Mannes handelt, der selbst mithilft, das Gefühl für deutsche Kunst planmäßig zu unterhöhlen, zu ersticken, und der mithilft, auf die deutsche Bühne Schandstücke zu bringen, die er allerdings hier momentan

10 Anspielung auf das 1916 in Wien uraufgeführte Singspiel "Das Dreimäderlhaus" des Ungarn Heinrich Berthé, der darin zahlreiche Schubert-Melodien verwendet hatte.

nicht aufführen darf - eine Inkonsequenz! Denn charakteristisch für Reinhardt ist mehr diese Art von Stücken, wie z. B. "Ehen werden im Himmel geschlossen" [11], als etwa meinetwegen ein Schillersches Stück. Das ist nicht charakteristisch! Die Herren im Stadtrat von der Bayerischen Volkspartei, die den Herrn Reinhardt einladen, müßten den Mut haben zu sagen: Herr Reinhardt, führen Sie das hier auf, was wesentlich für Sie ist, führen Sie hier in München das auf, was charakteristisch für Sie ist. Das müßten sie sagen, aber das trauen sie sich eben doch nicht, das ist immerhin für München augenblicklich noch ungenießbar. Wenn die Bayerische Volkspartei noch längere Zeit die Kunstbelange der Stadt vertritt, dann kommt das schon noch her, todsicher kommt das noch her. (Große Heiterkeit.) Sie sind schon heute auf dem besten Weg dazu, daß es herkommt.

Das wäre also auch dagegen einzuwenden.

Wie Sie wissen, hat Herr Kultusminister Goldenberger mit seiner Auffassung, daß es notwendig wäre, diese Aufzwingung eines fremden - sprich jüdischen - Kunstwillens zu verhindern, Schiffbruch gelitten [*sic!*]; das heißt, die öffentliche Meinung lief gegen ihn Sturm, und zwar jene öffentliche Meinung, die in München von ein paar Blättern fabriziert wird. Und der Herr Kultusminister mußte einen Rückzieher antreten. Ich muß gestehen: Der Mann ist uns Nationalsozialisten in dem Augenblick, in dem er das ausgesprochen hat, sympathisch geworden. Wir haben das Gefühl: Da ist wenigstens einer, der, wenn er es auch nicht laut ausspricht, doch im Innern weiß, um was es sich da handelt, daß es sich gar nicht um Kunst handelt, sondern um etwas ganz anderes, was dahinter lauert, nämlich darum, daß München langsam auf dasselbe Niveau herabgezogen werden soll, das wir heute überall sehen, auf das ganz selbe Niveau, daß die Eigenart Münchens zerstört werden soll zugunsten des internationalen allgemeinen Kitsches. Dieses Gefühl scheint der Mann gehabt zu haben, und das macht ihn uns sympathisch. Daß er dann umfiel, das wundert uns nicht; denn das gehört zum Wesentlichen bürgerlicher politischer Nackensteifigkeit, daß der Mann erst ja sagt und dann wieder umstürzt. (Heiterkeit.) Es ist aber nun interessant: Wer hat diesen Umsturz nun veranlaßt? Zunächst das allgemeine Judentreiben. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" sind beileibe natürlich kein jüdisches Organ. Sie haben allerdings ein paar Juden darin, ja, Cossmann [12] und Pflaum [13] und verschiedene sitzen drin, aber ein jüdisches Organ sind die "Münchner Neuesten Nachrichten" keineswegs, im Gegenteil, sie sind ein bürgerlich-nationales, großdeutsches Organ. (Heiterkeit.) Diese "Münchner Neuesten Nachrichten" also haben in erster Linie hier eine Scharte auszuwetzen gehabt. Es ist nämlich nicht gelungen, den größten deutschen Dirigenten,

---

11 Walter Hasenclevers Komödie "Ehen werden im Himmel geschlossen" war am 12.10.1928 in den Berliner Kammerspielen uraufgeführt worden. Da es als blasphemisch empfunden wurde, waren erregte Proteste, in Österreich sogar das Verbot die Folge. Vgl. Günther Rühle, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 888 ff.

12 Paul Nicolaus Cossmann (1869-1942), Publizist, 1903 Mitbegründer und Herausgeber der "Süddeutschen Monatshefte", 1905 Übertritt vom jüdischen Glauben zum Katholizismus, 1920 Übernahme der Verlagsleitung Knorr & Hirth, politischer Berater der "Münchner Neuesten Nachrichten", 1933 Verhaftung, 1942 im KZ Theresienstadt umgekommen.

13 Otto Pflaum (1873-1930), Rechtsanwalt, 1920 Mitarbeiter beim Verlag Knorr & Hirth, 1926-1930 Geschäftsführer des Verlages.

nämlich Herrn Bruno Walter [14], dessen Abgang von München seinerzeit ein enormer Kunstverlust gewesen ist [15], wieder nach München hereinzubringen. Das ist mißlungen. Es ist eigentlich ein wunderbarer Zufall: Der Mann war gerade in dem Moment daran, stellenlos zu werden, als in München entdeckt wurde, daß Knappertsbusch [16] unter jeder Kritik ist, einfach untragbar geworden ist für München. Nun ist Bruno Walter von Berlin weg [17], ohne daß Berlin deshalb plötzlich in der Judenpresse als im künstlerischen Abstieg befindlich bezeichnet wird. Das trifft eben nur für München zu. Daß Bruno Walter aus München fortgegangen ist, ist entsetzlich. Aus Berlin konnte er schon fortgehen, dort ist es nicht entsetzlich, dort laufen die Bruno Walter sehr dick herum, dort ist genügend Ersatz vorhanden. (Große Heiterkeit.) Aber für München ist es sehr schlimm, daß er weggegangen ist, und der Mann sollte wieder her. Und das ist mißlungen. Aber nun haben sich die "Münchner Neuesten Nachrichten" in den Sattel gesetzt und sind zum zweiten Mal angeritten, und dieses zweite Mal ist man auf keinen Knappertsbusch getroffen, sondern das zweite Mal stieß man auf einen Mann der Bayerischen Volkspartei. Und das geht immer so aus wie das Turnier oben am Rathausturm [18]. Wenn ein Jude gegen einen Bürgerlichen, besonders aber gegen einen Bayerischen Volksparteiler anrennt, dann fällt letzterer vom Gaul herunter. (Große Heiterkeit.) Und das ist auch hier so gegangen. Herr Goldenberger wurde in diesem Turnier niedergestoßen, vom Pferd heruntergestoßen, und die "Münchner Neuesten Nachrichten" traben jetzt mit Stolz dahin, sie haben gesiegt!

Diese Gruppe also, die hier den Sieg errungen hat, das sind in Wirklichkeit Juden, Juden, weiter gar nichts.

Das Zweite ist das allgemeine Geschrei von Münchens Kunstniedergang [19]. Da darf ich eines sagen: Wer viel in Deutschland herumkommt, der muß wirklich sagen: Der Niedergang

---

14 Bruno Walter (eigentlich: Schlesinger, 1876-1962), Dirigent, 1898-1900 Erster Kapellmeister am Stadttheater Riga, 1900-1901 Kapellmeister an der Königlichen Oper Berlin, 1901-1912 kaiserlich königlicher Hofopernkapellmeister in Wien, 1913-1922 Bayerischer Generalmusikdirektor, 1922-1923 Gastdirigent in den USA, 1924 Gastdirigent in London, 1925-1929 Generaldirektor an der Städtischen Oper in Berlin, 1929-1933 Leiter des Leipziger Gewandhauses, 1935-1938 Generaldirigent der Wiener Staatsoper, 1938 französischer Staatsbürger, Emigration in die USA, 1946 amerikanischer Staatsbürger.

15 Bruno Walter hatte München Ende 1922 nach einer antisemitischen Hetzkampagne verlassen. Münchner Künstler und Intellektuelle, darunter auch Nikolaus Cossmann von den "Münchner Neuesten Nachrichten", setzten sich für sein Bleiben ein. In seinen Erinnerungen macht Walter in erster Linie persönliche Gründe für seinen Weggang geltend. Vgl. Bruno Walter, Thema und Variationen. Gedanken und Erinnerungen, Stockholm 1947, S. 354 ff.

16 Hans Knappertsbusch (1888-1965), Dirigent, 1910-1912 Kapellmeister in Mülheim/Ruhr, 1912/13 Kapellmeister am Stadttheater in Köln, 1913-1918 Operndirektor in Elberfeld, 1919 Erster Kapellmeister am Stadttheater Leipzig, Generalmusikdirektor der Dessauer Oper, 1922-1935 Leiter der Staatsoper München, 1923 Verleihung des Professortitels, 1935 Dirigierverbot.

17 Vgl. Vossische Zeitung vom 27.3.1929 (PA), "Ende des Opern-Krieges" sowie vom 4.4.1929 (PA), "Bruno Walter geht".

18 Anspielung auf das Glockenspiel des Münchner Neuen Rathauses, das täglich um 11.00 Uhr unter anderem ein mittelalterliches Turnier zeigt.

19 Mit seinem Programm zur Kulturpolitik hatte Oberbürgermeister Scharnagl 1925 eine Diskussion über den Niedergang der Münchner Kultur ausgelöst. Höhepunkt war eine Protestveranstaltung unter dem Motto "Kampf um München als Kulturzentrum" am 30.11.1926, auf der Thomas Mann, Heinrich Mann, Leo Weismantel, Willi Geiger, Walter Courvoisier und Paul Renner sprachen. Vgl. Jürgen Kolbe, Heller Zauber. Thomas Mann in München 1894-1933, Berlin 1987, S. 384 ff.

der deutschen Kunst ist in München noch am wenigsten zu fühlen. (Zuruf: Sehr richtig!) Am meisten ist er dort zu fühlen, wo man mit dem meisten Geschrei eine Kunst vortäuschen will, nämlich in Berlin. Wenn der Kitsch, den man dort heute produziert, Kunst ist, wenn das, was man im Schauspielhaus, im ehemaligen Königlichen Schauspielhaus, der Öffentlichkeit vorzusetzen wagt, Kunst ist, diese Ausgeburt der Phantasie des Herrn Jeßner [20], dann ist das eben keine deutsche Kunst mehr, mit deutscher Kunst hat das jedenfalls nichts zu tun! Und die Öffentlichkeit scheint es auch richtig einzuschätzen. Es ist doch interessant, daß diese Kunsttempel heute alle zusammen nicht mehr bestehen können. Früher war das noch wesentlich leichter. Das Volk hat schon das richtige Gefühl! Die Presse kann tausendmal schreiben: Das ist Kunst! Das Volk selbst fühlt das viel besser, es geht in die Buden auf die Dauer nicht mehr hinein. Ein paar Mal kann man das Volk verblüffen mit diesen Inszenierungen, mit dem ganzen äußeren Drum und Dran und dem ganzen Tamtam, ein paar Mal kann man billige Erfolge erringen. Aber auf die Dauer erträgt das kein Mensch. Die Masse bleibt weg und dann stehen die Kunsttempel leer, beziehungsweise man füllt sie durch Freibillette, Freikarten, und es sind riesenhafte Defizite zu decken.

Der Niedergang der Kunst ist heute in Deutschland überall stärker, als er in München bis jetzt fühlbar ist. Wir wissen auch, daß dieser Niedergang der Münchener Kunst immer nur von Leuten beklagt wird, die verdammt gar kein Interesse an einer wirklichen deutschen Kunst haben, höchstens am Geschäft. Wenn z. B. bei Herrn Reinhardt das Gastspiel nicht zustande gekommen wäre, dann bliebe noch immer die Frage: Warum klagt nun der Mann? Weil in München die Kunst niedergeht oder weil ihm hunderttausend [*Reichs*]Mark entgehen? (Große Heiterkeit.) Es würde sehr schwer sein, meine Damen und Herren, das festzustellen. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben natürlich, daß Reinhardt nur klagen würde wegen der Münchener Kunst. Ich glaube, daß dieser geschäftstüchtige Jude nur klagt wegen seiner 100.000 [*R*]M. Wenn ihm an diesem Geld nichts liegen würde, warum stellt er dann die Forderung? Es wäre viel leichter gewesen, wenn er das nicht getan hätte. Wir sind überzeugt, daß es sich bei all diesen Menschen um Kunst erst in zehnter und zwölfter Linie handelt, in erster Linie stets und überall um das Geschäft und nur um das Geschäft allein.

Das Geschrei also über Münchens Kunstniedergang wird von den Leuten ausgestoßen, die primär überhaupt gar kein Interesse an der Kunst haben, sondern nur am Geschäft, das die Kunst heute vermittelt. Wohin aber die Kunst kommt, wenn sie nur als Geschäft aufgefaßt wird, das sehen wir heute überall vor uns.

Dann ist das Dritte der Fremdenverkehr, der Schrei nach dem Fremden, könnte man sagen. Und sehen Sie, das ist natürlich schon gefährlicher; denn mit dem Fremdenverkehr kann die bayerische Regierung alles abtöten, das ist ein Wort, mit dem man politische Parteien mundtot machen kann. Man braucht nur zu sagen: Ja, wenn diese Partei auftritt, wo sollen denn dann die Fremden herkommen? Oder wundert ihr euch, daß keine Fremden herkommen, wenn in dem Ort *die* Partei Versammlungen abhält? Und zwar tut man das jetzt schon in ganz Deutsch-

20 Leopold Jeßner (1878-1945), Schauspieler und Regisseur, 1902/03 Direktor des Deutschen Theaters in Hannover und des Residenztheaters in Dresden, 1904-1915 Regisseur am Thalia-Theater in Hamburg, 1915-1919 Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg, 1919-1930 Intendant (seit 1928 Generalintendant) der Staatlichen Schauspiele in Berlin, 1920 Mitbegründer des Verbandes deutscher Volksbühnen, 1930-1933 Direktor des Staatstheaters Berlin, 1933 Emigration.

land! Früher war das nur eine besondere bayerische Erfindung der Bayerischen Volkspartei. Unterdes hat sich diese Weisheit verbreitet. In Wiesbaden ist es so, in Frankfurt ist es so, in Dresden ist es so, in Köln am Rhein, überall, überhaupt überall ist es so. Man sagt: Ja, wenn die Nationalsozialisten hier Versammlungen halten, wie sollen da die Fremden hierher kommen, wie sollen wir da die Fremden hierher kriegen? Pardon, nachdem wir in ganz Deutschland Versammlungen abhalten und die Fremden nicht dorthin gehen, wo wir Versammlungen abhalten, so möchte ich nur die bescheidene Frage einfügen: Wo gehen denn dann die Fremden hin? (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Wo gehen sie denn dann hin? Die müssen doch irgendwo hingehen, diese Fremden!

Nun kenne ich Orte in Deutschland, in die kein nationalsozialistischer Mann hineingeht, weil die ganze Luft für Nationalsozialisten dort unerträglich ist. Da also müßten dann die Fremden dort sein. Sie sind auch nicht dort! Der Schrei nach dem Fremden tobt dort genau so wie überall, wie an den anderen Orten auch.

Und sehen Sie, mit dem Schlagworte "Fremdenverkehr" macht man so viel Unfug heute, daß es einmal notwendig ist, von unserem Gesichtspunkt aus auch diese Frage grundsätzlich zu prüfen. Es ist das notwendig, weil auch hier, wie fast überall, unser Bürgertum ganz gedankenlos einfach nachplappert, was ihm ein paar schlaue Juden vorsetzen. Und das ist für mich heute eine Aufgabe des Abends, darüber zu sprechen. Der Fremdenverkehr gibt, ich möchte fast sagen, ein Schulbeispiel ab für das Denken, für die Logik, die wir heute überall bei uns sehen.

Zunächst der Fremdenverkehr als Einnahmequelle! Von was lebt ein Volk? Ursprünglich lebt natürlich kein Volk vom Fremdenverkehr. Der Fremdenverkehr ist an sich sehr unproduktiv. Wenn alle Menschen nur auf den Fremdenverkehr spekulieren würden, müßten sie zugrunde gehen. Wenn kein Mensch auf den Fremdenverkehr rechnen würde, bräuchte niemand zugrunde gehen. Völker, die nur auf den Fremdenverkehr allein rechnen, werden langsam, sagen wir, gewisse Manieren annehmen, gewisse Hotelmanieren, die dann allgemein werden. Völker, die einmal mit solchen Manieren behaftet sind, werden erfahrungsgemäß für andere Tätigkeiten untauglich. Sie sind aber damit auch abhängig von Faktoren, die ganz außerhalb ihres eigenen Bestimmungsvermögens liegen. Mit anderen Worten: Der Fremdenverkehr selbst ist an sich eine vollkommen unproduktive Ernährungsweise, die demgemäß auch Schäden mit sich bringt, und zwar sowohl für die Gesinnung, sagen wir, für die Würde des Menschen an sich, auch für die Wahrheitsliebe, als aber auch Schäden für die Volksernährung in der Zukunft insofern, als das Volk abhängig ist von der produktiven Arbeit anderer. Denn das Wesentliche des Fremdenverkehrs scheint doch zu sein, daß es Menschen geben muß, die nicht vom Fremdenverkehr leben, sondern die irgendwie durch eine produktive Tätigkeit, durch eine produktive Arbeit sich die Mittel schaffen, um dann woanders hingehen zu können, um dort das verdiente Geld verleben zu können.

Und da darf ich gleich eines sagen: Der Fremdenverkehr ist zunächst und im Anfang immer ein reiner Geschäftsverkehr. Es gibt im Beginn unserer geschichtlichen Entwicklung keinen Fremdenverkehr in dem Sinne, wie wir ihn heute auffassen, sondern es gibt am Beginn nur einen Geschäftsverkehr. Der erste Fremde ist der Geschäftsreisende, das heißt der Kaufmann, der irgendwohin muß, um dort Geschäfte zu machen. Der Kaufmann ist zunächst im Altertum der Fremde an sich. Im Altertum ist es keinem Menschen eingefallen, eine ganze Industrie nur darnach einzustellen, daß man diesen Menschen in einer besonderen Weise, sagen wir, aus-

zieht und verleitet, länger zu bleiben, um ihm das Geld abzunehmen, das er verdient hat. Das fiel niemand ein. Es war nur, sagen wir, ein notwendiges Übel, daß man reisen mußte. Später kommt der Gelehrte dazu. Er reist, um die Völker, die Länder, die Natur kennenzulernen und besondere Kunstwerke, Denkmäler usw. zu besichtigen, und er schreibt das, was er gesehen hat, nieder. Erst sehr spät kommt die Masse, die den heutigen Fremdenverkehr ausmacht, diese Masse, die zum Vergnügen und, wie man sich jetzt ausdrückt, zur Erholung reist. Meist ist es für die Leute gar keine Erholung, manchmal auch kein Vergnügen, aber sie bilden es sich ein, und es wird ihnen überall gesagt, daß sie sich erholt haben. In Wirklichkeit kommen sie meist viel kaputter zurück, als sie fortgegangen sind. (Heiterkeit.) Außerdem spielt eine sehr fragliche [*sic!*] Sache dabei noch eine Rolle. Es gibt Menschen, die essen das ganze Jahr so viel, daß sie dann vier Wochen irgendwo hinmüssen, damit sie in einer Gewaltkur abnehmen; und dann brauchen sie die übrigen 11 Monate, um wieder zuzunehmen. (Heiterkeit.) Auch das ist eine Frage, ob es ein Vergnügen ist, in vier Wochen das abzunehmen, was man in 11 Monaten von vornherein wieder zuzunehmen gedenkt. Es ist in Wirklichkeit eine Kasteiung. Und der ganze Fremdenverkehr ist heute eigentlich eine Marter. Wenn es sich die Leute, die Fremden nämlich, überlegen würden, müßten sie sich sagen: Eigentlich bist du ein geschundenes Wesen! Du kommst da irgendwo hin, alles lauert auf dich, alles stürzt sich auf dich, wenn du aus der Bahn herauskommst, die Hoteliers packen dich, du bist nicht mehr Herr deines Willens, du wirst irgendwo in ein Hotel hineingeschleift, mußt dich in ein fremdes Bett legen, alles wartet darauf, was du ausgibst, man hat eigene Anstalten gegründet, die nur dazu da sind, um dir das Geld abzunehmen. Sie sehen dich überhaupt nur an von dem Standpunkt, ob du Geld hast. Wenn sie bemerken, daß du keines hast, schauen sie weg. (Große Heiterkeit.) Wenn sie aber annehmen, daß du Geld hast, dann lassen sie nicht mehr locker, sie hängen sich wie die Zecken an dich, bis du möglichst ausgeplündert bist und das, was du in 11 Monaten im Jahre gespart hast, in vier Wochen weggegeben hast. Hinterher sagst du dir: was, Erholung? Die meisten ärgern sich, wenn sie heimkommen, Ärger und immer wieder Ärger, das ist das, was in den Großstädten ein sogenannter Fremder erlebt. Die Leute schimpfen überall, wo sie hinkommen, sie nörgeln, sie sind selber alle erbost und können sich doch nicht aus diesem Wahn loslösen und kommen immer wieder.

Dieser Fremdenverkehr kann sich zunächst im eigenen Land abspielen. Er ist dann ein nationaler Fremdenverkehr. Dieser Fremdenverkehr hat von vornherein eine natürliche Begrenzung, und das ist etwas, was den Fremdenverkehrsvereinen vollkommen entgeht; der Nutzen, der aus dem Fremdenverkehr gezogen werden kann, ist bedingt 1. durch die Zahl der geldkräftigen Menschen und 2. durch die Zahl der Orte, auf die diese geldkräftigen Menschen spekulieren und lauern. Das ist das Wesentliche! Wie viele Menschen, die geldkräftig sind, so daß sie sich das leisten können, hat ein Volk? Und wie viele Orte hat dieses Volk bereits, die im Interesse ihrer Selbsterhaltung darauf lauern, daß diese geldkräftigen Menschen kommen? Wenn ein Volk wenige geldkräftige Menschen hat, dann kann sein eigener Fremdenverkehr nur gering sein. Wenn ein Volk ungezählte Orte besitzt, die auf diese geldkräftigen Menschen lauern, wird der Verdienst der einzelnen Orte zwangsläufig auch fallen. Da mögen die Orte untereinander in eine noch so rabiate Konkurrenz eintreten, es nützt nichts, es nützt gar nichts. Am Beginn steht immer die Zahl derjenigen, die sich das überhaupt leisten können; und zweitens die Zahl der Orte, die darauf warten, daß sie besucht werden.

Ganz das Gleiche gilt aber auch von dem internationalen Fremdenverkehr. Auch hier ist maßgebend die Zahl der Menschen, die sich das leisten können - und das kommt bedeutend teurer -, und zweitens die Zahl der Orte, die auf den internationalen Fremdenverkehr spekulieren, und das sind bedeutend mehr, weil da nicht nur Deutschland in Frage kommt, sondern selbstverständlich auch Holland, die Schweiz, Frankreich usw. usw., die ganze Welt kommt heute bereits dafür mit in Frage.

Wir können also zunächst eines feststellen: Der Fremdenverkehr selbst ist an ganz gewisse, ich möchte fast sagen, gesetzmäßige Voraussetzungen gebunden. Der Fremdenverkehr in Deutschland selber, unser innerer Fremdenverkehr, ist gebunden an die mögliche Zahl der Fremden überhaupt. Da möchte ich auch gleich eine Frage klären: Wer kommt denn als Fremder in Frage? Der ganz reiche Mann? Glauben Sie mir: Der ganz reiche Mann kommt in Wirklichkeit nicht in Frage, einfach deshalb, weil er zahlenmäßig in viel zu wenig Exemplaren vorhanden ist. In Deutschland gibt es vielleicht 3.000 bis 4.000 Millionäre [21]. Diese Zahl spielt im Rahmen des gesamten Fremdenverkehrs keine Rolle. Aber auch in bezug auf die Ausgabemöglichkeit unterliegen die meisten Menschen hier einem Trugschluß. Sie vergessen ganz, daß gewisse Ausgaben bei allen Menschen die gleichen sind und praktisch gar nicht wesentlich überschritten werden können, nämlich die Ausgaben für die Ernährung an sich. Hier ist der Unterschied nicht so, wie er im Vermögen etwa sein kann. Im Vermögen kann eine Differenz sein z. B. von 100 [*R*]M zu 100 Millionen [*R*eichs]Mark, aber im Essen ist die Differenz nicht wie 100 zu 100 Millionen [*Reichsmark*]. Die Ausgabemöglichkeit ist hier vielleicht zehnmal, vielleicht hundertmal so groß, aber eben nicht unbegrenzt. Die Ausgabemöglichkeit überhaupt des, sagen wir, steinreichen Menschen ist nicht so groß, daß sie seine ziffernmäßige Minderzahl ausgleichen könnte. Wichtiger als wenige Reiche ist für den Fremdenverkehr eine breite, zahlungsfähige Masse. Nicht etwa der Arme an sich, das ist ganz klar, daß der vollkommen besitzlose Teil einer Nation für den Fremdenverkehr überhaupt praktisch nicht in Frage kommt! Der besitzlose Teil der Nation kommt nicht nach München, um sich die Festpiele anzuhören, sondern in Frage kommt dafür in erster Linie der breite Mittelstand. Auch die sogenannten oberen Zehntausend, das möchte ich betonen, kommen dafür nicht in Frage. Es wäre schon vermessen, wenn sich der Münchener Fremdenverkehrsverein einbilden würde, daß wegen der Festspiele die paar tausend Juden, die unendlich reich sind, aus ganz Deutschland ausgerechnet alle nach München kämen. Das werden sie sich selbst nicht einbilden. Diese ganze kleine Schicht ganz reicher Menschen ist in Wirklichkeit nicht ausschlaggebend, sondern den Ausschlag gibt der breite Mittelstand, der immerhin in Millionen von Exemplaren fast noch da war. Er vermag wirklich die großen Hotels zu füllen, und er gibt auch für das tägliche Leben so viel aus, daß er für den Fremdenverkehr von Bedeutung ist, und man kann sagen, auf einen Millionär kommen noch 500 oder 1.000 solcher Menschen.

Da müssen wir nun zunächst eines feststellen: In Deutschland ist dieser Mittelstand zu einem Teil bereits vernichtet worden, und man ist im Begriff, ihn immer mehr und mehr zu vernichten [22].

---

21 Nach der Statistik der Vermögenssteuer-Veranlagung gab es 1928 in Deutschland 2.335 Millionäre. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 13.3.1929 (2. MA), "Vermögenstand in Deutschland".

22 Die seit 1928 verstärkt einsetzende Mittelstandspropaganda der NSDAP richtete sich vorwiegend an den sogenannten alten Mittelstand: Handwerker, Kleinhandeltreibende und Hausbesitzer. Zur Mittelstandsproblema-

Es ist allein schon das bemerkenswert, daß wir - wie wir alles bei uns heute vom rein berufsständischen Standpunkt aus betrachten - auch dieses Problem nur mehr vom Vereinsstandpunkt aus ansehen, das heißt, daß irgendein Verein hergeht und sagt: Wir wollen den Fremdenverkehr heben, und dabei ganz vergißt, daß die "Hebung des Fremdenverkehrs" eine Idiotie ist in einer Zeit, in der man die "Fremden" vernichtet, d. h., in der man die Gesellschaftsklasse ausrottet, die als Fremde in Frage kommen. Es ist auch eine Dummheit, wenn sich jemand einbildet, hier mit unpolitischer Vereinsmeierei etwas machen zu können, während es sich in Wirklichkeit um einen eminenten politischen Vorgang, um politische Entscheidungen handelt.

Wir können in Deutschland sehen, daß durch die Inflation Millionen von Menschen um ihre Sparguthaben gebracht worden sind [23]. Unter diesen Millionen wären Hunderttausende gewesen, die, hätten sie heute noch ihr Vermögen, als "Fremde" irgendwo hingehen würden. So können sie es nicht mehr. Weiter vergißt man, daß durch unsere wahnwitzigen Reparations- und Erfüllungsverpflichtungen und durch die Lasten, die wir durch eine idiotische Steuergesetzgebung auf uns genommen haben, Hunderttausende von mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen vernichtet werden, die nicht deshalb nicht mehr irgendwo hingehen, weil dort keine Festspiele sind oder weil dort Nationalsozialisten reden, sondern die nicht hingehen, weil sie nicht können. (Sehr gut!) Und selbst wenn sie wo hingehen, ist es etwas anderes. Glauben Sie [*mir*], der Münchener Fasching ist heute genauso besucht wie im Frieden [24]. Aber prüfen Sie die Ausgaben der Leute! Prüfen Sie, was heute verzehrt wird und was im Frieden verzehrt wurde, gemessen am Wert des damaligen Geldes besonders! Sagen Sie nur nicht: Ja, die Leute würden jetzt schon auch noch soviel Maß Bier mehr trinken, Flaschen Sekt mehr trinken, wenn nicht die Nationalsozialisten wären; aber jeder sagt sich: Nein, jetzt höre ich auf, an sich habe ich 3 Maß trinken wollen, aber weil da eine nationalsozialistische Versammlung gewesen ist, jetzt trinke ich bloß 2 Maß! - So etwas reden die Größen der Bayerischen Volkspartei unserem lieben Volk aber tatsächlich vor. (Große Heiterkeit.) Sie lachen hier. Sie sagen: Das ist blödsinnig, aber der Blödsinn wird von allerhöchsten Stellen aus mit rührender Unbekümmertheit verzapft.

Was weiter unseren Mittelstand vernichtet, ist die Art der Organisation unseres Kreditwesens, ein Kreditwesen, das zwangsläufig die mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen zugrunde richten muß! Sie sehen es auch: Hunderttausende von Existenzen gehen fast in einem Jahre zugrunde [25]. Da bildet man sich ein, daß man das nicht spürt. Glauben Sie denn, daß es vollkommen gleichgültig wäre, wenn wir in Deutschland keine Inflation gehabt hätten, glauben Sie, daß es belanglos ist, wenn wir in Deutschland unseren Mittelstand durch wahnsinnige Steuerbelastungen zugrunde richten, wenn wir in Deutschland durch ein unmögliches Kreditwesen die mittelständlerischen [*sic!*] Existenzen von vornherein in Nachteil bringen? Glauben

---

tik vgl. Rembert Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989, S. 16 ff., 113 ff.

23 Anspielung auf die Entwertung der Sparguthaben und Festverzinslichen Wertpapiere durch die Inflation. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 264 ff.

24 Bezieht sich auf die Jahre vor 1914.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 12.

Sie nur nicht, daß das ganz gleichgültig für den Fremdenverkehr ist. So ein Fremdenverkehrsmaster [*sic!*] bildet sich ein, das sei vollkommen belanglos, das Wesentliche wäre, daß sie ihre Bänke frisch anstreichen lassen und ihre Blumenbeete herrichten und daß es wesentlich ist, daß in München der Herr Reinhardt spielt; dann werden in München die Fremden kommen auf eine solche Attraktion hin. Aber man zerbricht sich heute überall den Kopf, was man für Mätzchen machen kann, um die Fremden herzukriegen. Dadurch werden die Fremden aber nicht mehr, sie bleiben gleich viel. Mit anderen Worten: Ein Ort versucht, die sagenhaften reichen Juden den anderen Orten irgendwie wegzufischen. In kurzer Zeit wird man soweit kommen, daß man ihnen goldene Badewannen zur Verfügung stellt. Aber glauben Sie nur nicht, daß das den Fremdenverkehr irgendwie belebt. Mehr Menschen können Sie schon kriegen, aber nichtsdestoweniger befinden wir uns in der Linie des allgemeinen Zusammenbruchs.

Und dann will ich noch auf etwas hinweisen: auf unsere großen Warenhäuser. Wir selbst erleben es, wie man heute planmäßig in unseren großen Städten Zehntausende von mittleren Geschäftsinhabern einfach zugrunde richtet [26]. Das ist ein politischer Vorgang in Wirklichkeit, kein wirtschaftlicher. Diese Leute werden nur zugrunde gerichtet, weil heute bestimmte politische Kräfte da sind, die an diesem Zusammenbruch tatkräftig Anteil nehmen. Das sieht kein Mensch. Glauben Sie, wenn z. B. eine Stadt wie München 1.000, 2.000 oder 3.000 Geschäftsleute verliert, wenn man die an den Bettelstab bringt, glauben Sie, daß sich das nicht irgendwie auch in der dritten Linie auswirkt? Aber das sehen unsere Fremdenverkehrsapostel nicht. Sie predigen den großen Fremdenverkehr und vernichten durch ihre politische Indifferenz oder Indolenz besser gesagt die Menschen, die als Fremde überhaupt kommen könnten. Und dann staunen sie, wenn keine Fremden da sind.

Dazu kommt noch ein weiteres. Ein "Fremder", der sogar zu den sehr ordentlichen Fremden zu rechnen ist, das ist der Bauer. In unsere kleineren Städtchen, aber auch in unsere Großstädte kommt der Landwirt normalerweise von Zeit zu Zeit herein und kauft ein. Sie brauchen bloß den Fremdenverkehr in einem Marktflecken draußen zu sehen! Diese Orte können nicht auf ein paar reiche Juden spekulieren, die kommen da nicht hin, sondern sie müssen damit rechnen, daß am Sonntag oder am Samstag der Bauer hereinkommt und daß er dann einkauft oder daß er am Freitag beim Markt einkauft. Und wenn wir heute erleben können, daß man einen ganz großen Berufsstand bei uns vollkommen zugrunde richtet, überhaupt von Haus und Hof bringt, dann wundern Sie sich auch wieder nicht, wenn das selbstverständlich wieder rückwirkt. Sie sehen als Folge im ganzen und großen, daß unser innerer Absatzmarkt immer mehr verarmt, daß die Möglichkeit, im Inneren Waren anzubringen, immer mehr und mehr zusammenschrumpft, und zwar deshalb, weil der Bauer, der größte Urproduzent, einfach nicht mehr kaufkräftig ist [27]. Wenn er irgendwo einen Pfennig hat, lauert schon der Steuerbeamte

26 Die Agitation gegen die Warenhauskonzerne war wichtiger Bestandteil der Propaganda der NSDAP. Am 22.2.1929 hatten Julius Streicher und Dr. Hans Buchner im Hofbräuhaus vor etwa 800 Personen über "Warenhauswucherprofite und untergehender Mittelstand" gesprochen und zum Boykott aufgerufen. Vgl. Lagebericht N/Nr. 75 der Polizeidirektion München vom 23.3.1929; BayHStA, MA 101235/3 sowie Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik, S. 111 f.

27 In den Jahren 1928/29 waren die gesamten Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 10.179 Millionen RM mit einer Zinslast in Höhe von insgesamt 920 Millionen RM (8,93 %) belastet. Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1978, S. 206.

darauf, der Zollbeamte, der Finanzbeamte, und nimmt ihm weg, was man ihm wegnehmen kann, treibt ihm zum Schluß das Vieh aus dem Stall. Es ist sogar schon vorgekommen, daß man den Misthaufen gepfändet hat. (Heiterkeit.)

Wenn wir uns das nun vor Augen halten, daß wir seit zehn Jahren in Deutschland eine planmäßige Vernichtung des Mittelstandes erleben - es sind hier unter Ihnen sicherlich viele, die das vom eigenen Leibe wissen -, wenn wir diese nüchterne Tatsache betrachten, dann ist es ein Blödsinn, wenn der Fremdenverkehrsverein kommt und sagt: Bitte, kommt zu uns. Ja, mit was überhaupt? Früher hätten viele unter Ihnen das tun können. Aber heute wissen Sie selbst genau: Jawohl, es stimmt schon, wir sind einfach vernichtet worden.

Die Kurorte versuchen, sich gegenseitig die Fremden wegzufischen durch einen immer größer werdenden Komfort. In Wirklichkeit sehen wir eine Abwanderung. Sie treiben die Menschen in immer kleinere Orte, weil man den Luxus der großen Orte gar nicht mehr bezahlen kann. Das Ganze ist heute eine uferlose Blödsinnigkeit, es ist eine phantastische Schraube, die heute angedreht wird.

Wenn wir uns die Frage vorlegen: Wer ist daran schuld? dann müssen wir sagen: die politischen Parteien, jene politischen Parteien, die seit Jahren Deutschland planmäßig zugrunde richten. Sagen Sie nur nicht: Ja, die können auch nichts dafür. Ja, wer kann denn etwas dafür? Früher hieß es einmal: Das monarchistische Regiment ist ein unverantwortliches Regiment und muß beseitigt werden durch ein verantwortliches Volksregiment. Ja, bitte schön, wer ist denn jetzt verantwortlich? Jetzt sind die Minister auch nicht mehr verantwortlich. Früher hieß es: Ministerverantwortlichkeit! und heute? Republikschutzgesetz heißt es jetzt[28]! (Lebhafter Beifall.) Wer einen Minister der deutschen Republik nicht für einen Ehrenmann hält, der kann das tun, aber wehe, wenn er das sagt. (Heiterkeit.) Wer einen Minister der deutschen Republik nicht für ein Genie hält, der kann das tun - das wissen sowieso alle -, aber wenn er es sagt, dann wird man ihm helfen. Und wenn heute jemand sagen würde: Die Minister müssen irgendwie verantwortlich sein, dann würde es heißen: Ja, wieso? Wieso denn? Die Minister? Die Minister machen doch nichts, das macht doch der Reichstag! Und wenn man dann sagen würde: Ja, der Reichstag soll verantwortlich sein! dann würde es heißen: wieso? Das war doch damals nur eine Abstimmung! Und wenn man dann sagen würde: Ja, die Leute, die abgestimmt haben, sind verantwortlich! dann würde es heißen: Da hat niemand abgestimmt. Wenn Sie darauf sagen: Aber es ist doch damals so und so abgestimmt worden! Dann wird man Ihnen antworten: Ja, ich bin nicht dabeigewesen! Partei um Partei erklärt feierlich: Wir waren damals nicht da, wir waren nicht beteiligt. Wer ist schuld daran? Dieses ganze politische System, dieses System einer langsamen Korruptionierung [*sic!*] eines Volkes und einer Nation, dieses ganze westliche parlamentarische System, diese ganze Demokratie ist daran schuld, und schuld sind die Parteien, die das heute bei uns repräsentieren, und schuld sind alle Menschen, die zu diesen Parteien gehören und die mithelfen, daß diese Entwicklung stattfinden konnte. Sagen Sie nur nicht, das kann nicht anders sein! Ja, meine lieben Volksgenossen, wenn das nicht anders sein kann, dann beklagen Sie sich doch über nichts! Jammern Sie nicht über den Fremdenverkehr! Es ist ein Irrsinn, auf der einen Seite zu klagen, daß der Fremdenverkehr nachläßt bzw. daß die Kaufkraft der Menschen nachläßt - denn ziffernmäßig läßt er gar nicht nach -, und auf der an-

28 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

deren Seite zu sagen: Die Zustände oder Umstände, die dazu geführt haben, stehen über jeder Politik, daran kann man nichts ändern, das ist nun einmal so. Passen Sie auf, daran wird etwas geändert werden. Wir haben es jetzt erlebt, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß eine Nation zerfetzt und zerrissen ist. Sie haben ein Bild von Deutschland: diese Atomisierung Deutschlands, lauter Berufsgruppen, Klassen, Stände, Parteien, Parteichen, Grüppchen, Vereinigungen, Vereine usw. Sie sehen das gegenüber einem anderen Staate, wie der zusammengerissen wurde [29]; und wenn unsere blöde Presse, nein, unsere feine Presse heute schreibt, daß das nur ein Zeichen des Terrors ist: Ich würde den Terror segnen, der das deutsche Volk zu der Einheit zusammenschweißt, die wir heute an einem anderen Volke sehen. (Stürmischer Beifall.) Kein Mensch wird behaupten wollen, daß es für Deutschland schlechter wäre, wenn unser Volk einig, eines wäre, als wenn es jetzt so zerrissen ist. Jeder müßte doch sagen - die Bürgerlichen sagen es ja auch, sie sagen schon: Einigkeit tut not; wenn aber irgendwo jemand die Einigkeit herstellt, dann sagen sie: Das ist ja eine Unterdrückung der persönlichen Freiheit. Ja, es wird auch in Deutschland einmal die Einigkeit kommen, verlassen Sie sich darauf.

Schuld an dem allen sind alle die Menschen, die an dem System teilnehmen, sei es direkt als Nutznießer oder sei es indirekt als Unterstützer dieses Systems. Schuld sind aber auch weiter alle diese Grüppchen, die in ihrer Vereinsmeierei heute immer noch erklären: Wir sind nicht politisch, sondern wir vertreten nur unsere Berufsinteressen und unsere Standesinteressen oder gar die Interessen unseres Vereins. Ja freilich, meist sieht man das diesen Köpfen schon an, daß sie die Interessen ihres Vereins vertreten, daß sie den großen politischen, weltanschaulichen Auseinandersetzungen ferne bleiben. Aber diese Leute vergessen auch eines: daß die Zeit oder daß die Weltgeschichte nicht gemacht wird von Fremdenverkehrsvereinen und nicht gemacht wurde, sagen wir, von Bauernvereinigungen oder Handwerkervereinigungen oder Aufwertungsparteien [30] usw., sondern daß die Weltgeschichte gemacht wird von großen politischen Ideen und den Gruppen, die sie vertreten, und daß diese Kräfte endlich auch heute entscheidend sind für das Leben, das Wohlleben, das rein wirtschaftliche Leben einer Nation und daß daran auch irgendwie der Fremdenverkehr letzten Endes hängt. Sie können in Deutschland die Bänke noch so schön anpinseln lassen, das wird nicht die Bedeutung haben, glauben Sie mir, als wenn heute in Deutschland ein eisernes Regiment kommt, das die Nation aus ihrer inneren Zerrissenheit erlöst. Das bringt dann wieder die Voraussetzungen dafür, daß in Deutschland dereinst wieder Menschen da sind, die es sich überhaupt leisten können, irgendwohin zu fahren und sich auf eine solche Bank zu setzen. Heute läuft alles wie im Kreise herum. Die Bänke sind meistens leer.

Und weiter möchte ich nur noch ganz kurz die Orte prüfen, die sich heute um die Fremden bemühen. Ich habe schon gesagt, daß augenblicklich eine förmliche Jagd nach dem Fremden stattfindet; und das ist auch klar: Je mehr in Deutschland die produktiven Erwerbsmöglichkeiten sinken - und sie müssen sinken infolge unserer politischen Ohnmacht -, um so mehr bemü-

---

29 Anspielung auf das faschistische Italien.

30 Vermutlich Anspielung auf die im November 1926 aus der Volksrecht-Partei hervorgegangene Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung sowie die Gruppierungen mit gleichlautender Zielsetzung. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 3, Leipzig 1985, S. 739 ff.

hen sich immer mehr Orte, durch eine scheinbar unerschöpfliche und leichtere Erwerbsquelle der allgemeinen Not [*gegen*]zusteuern. Sie versuchen, Fremde zu bekommen. Wir haben heute in Deutschland kaum einen Ort, und wenn es der kleinste ist, der nicht seinen Fremdenverkehrsverein hat. Also überall nur Fremdenverkehr! Und es ist ganz klar: Wenn auf der einen Seite die Zahl der Fremden, nämlich der kaufkräftigen Menschen abnimmt, weil man eine ganze Lebensschicht einfach vernichtet, während auf der anderen Seite die Orte, die um sie buhlen, ununterbrochen zunehmen, dann muß langsam die Not eine immer größere werden. Es kommt allmählich nicht mehr viel auf diese Orte. Zum mindesten aber kommt wenig wirklich kaufkräftiges Publikum auf diese Orte; und da beginnt jeder nach dem reichen Juden zu suchen und mit was für Mitteln man ihn zu sich ködern könnte. Berchtesgaden ist da ein typisches Beispiel für die Gedankenlosigkeit, mit der unsere bürgerlichen Parteien dieses Problem behandeln. Wer geht nach Berchtesgaden? Nur der Mensch, der in erster Linie eine innere Sehnsucht nach der Natur hat. Kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort schöne Hotels findet, kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort etwa eine Kurhalle finden würde, kein Mensch geht nach Berchtesgaden, weil er dort etwa eine Kurmusik hören kann; sondern wer dorthin geht, gehört zu denen, die sich an der einzig, herrlich schönen Natur ergötzen wollen, und mancher geht auch hin, weil ihn die Menschen freuen, weil er sich wohlfühlt, wenn er unter diese primitive Menschheit herauskommt und aus diesem ganzen Großstadtpowel [31] wieder etwas hinausgelangt. Deshalb geht man nach Berchtesgaden. Nun klagt man auch dort über die Schwierigkeit der Fremdenverkehrsindustrie, des Fremdenverkehrsgewerbes. Zunächst liegen die Schwierigkeiten in der wahnsinnigen Besteuerung, die zum Teil 60 % des ganzen Einkommens ausmacht [32]. Aber man klagt auch sonst, und nun sagt man: Wir müssen ein Kurhaus bauen, dann kommen mehr Fremde. Glauben Sie, wenn Berchtesgaden ein Kurhaus baut, daß damit in Deutschland die Menschen mehr werden, die als Fremde irgendwohin reisen können? Es könnten nur Menschen kommen, die bisher woanders hingegangen sind. Nur diese könnten jetzt nach Berchtesgaden gehen. Das heißt: Ein Ort zieht die Fremden dem anderen Ort weg, das heißt, jeder Ort erhöht seine Ausgaben, das heißt, er belastet die Leute mit immer drückenderen Steuern, Kurtaxen, Kurumlagen usw. Indem er das seinen Besuchern auflastet, verteuert er ununterbrochen das Hotelwesen. Das Kurhaus beginnt mit der Kurmusik, die Hotels müssen nachkommen, alles wird teurer und teurer, und das Endergebnis ist, daß die Menschen immer mehr in die billigeren Quartiere abwandern müssen. In Wirklichkeit bleibt alles beim alten. Das Wesentliche ist, daß man nicht die Zahl der möglichen Fremden an sich erhöhen kann. Diese bleibt in Deutschland gleich. Wer in Deutschland überhaupt im Sommer aus den Großstadtkasernen fort kann, der geht ohnehin fort, ob nun irgendwo ein Kurhaus ist oder nicht. Es kann sich nur darum handeln, daß ein Ort versucht, dem anderen die paar Fremden abzujagen. Wie hypnotisiert sieht man da immer auf die reichen Juden; und dabei rechnet man mit jemand, der am allerwenigsten als wirklicher Kurgast anzusprechen ist. Berchtesgaden - ich nehme das Beispiel, weil es klassisch ist - will jetzt ein Kurhaus bauen [33].

---

31 Oberdeutsch: Schund, Auswurf, Pöbel.

32 Der gültige Einkommensteuerhöchstsatz betrug 40%. Vgl. Einkommensteuergesetz vom 10.8.1925, § 55. Druck: RGBl. 1925, I, S. 200.

33 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.4.1929, "Neues Leben in Berchtesgaden".

Es kostet so und so viele Hunderttausende. Die Hotels sind gezwungen, ebenfalls nachzukommen usw. Der Zweck soll sein, Gäste zu bekommen, insbesondere ein paar Juden. Aber glauben Sie, daß deswegen die wirklich reichen Juden nach Berchtesgaden gehen? Die sind international, sie gehen nach St. Moritz, nach Davos, an die französische Riviera, sie gehen nach Ostende, überall hin, was momentan in Mode ist, oder wo momentan valutarisch die Verhältnisse günstig sind. Die haben kein inneres Verhältnis zu Berchtesgaden. Was interessiert so einen Juden der Watzmann oder der Königssee? Gott, wenn er zum Königssee hinkommt, sagt er höchstens: Gott, wie haaßt [*sic!*]? Wo fließt das Wasser rein, wo fließt das Wasser raus? Kann man da nicht ein Elektrizitätswerk hinbauen? (Lebhafter Beifall.) Und wenn er zum Watzmann kommt, denkt er sich: Wie wäre es mit einer Bahn hinaus, mit einer Zahnradbahn oder einer Drahtseilbahn? Er denkt immer irgendwie ans Geschäft. Er geht nicht hin, damit er sich an der Natur labt. Man braucht bloß, wenn man einmal nach Reichenhall kommt, in das Gradierhaus[34] hineinzugehen, dann hört man die Juden vor sich reden und hört nur von Geschäft. Es ist sehr angenehm dort. Sie haben dort die Gebirgsluft und nebenan die Spucknäpfe. Da können sie hineinspucken. Da wird vom Geschäft geredet die ganze Zeit. Da können sie in die Telefonzellen hineinlaufen, und ständig dreht sich die Unterhaltung um Dividenden und Prozente, Dividenden und Geschäft. *Die* Leute, glauben Sie, machen unseren Fremdenverkehr gesund? Sie gehen nach Berchtesgaden, schauen vielleicht einmal hinein, Gott, sie schauen sich die Sache an, weil das Mode geworden ist, aber wenn sie Berchtesgaden einmal gesehen haben, gehen sie woanders hin. Sie sind ein fluktuierendes Element. Davon werden die bayerischen Fremdenverkehrsorte nicht glücklich. Besonders unsere bayerische Fremdenverkehrsindustrie dürfte eigentlich nur rechnen mit unserem landeingesessenen Mittelstand und jenem deutschen Mittelstand, der auch noch einen offenen Sinn für die Natur und für ein gesundes Volkstum hat. Alles andere ist ein Trugschluß.

Denn endlich, Sie können sich noch so entäußern, Sie können sich alle den Dialekt abdressieren lassen, aber Sie sind doch Bayern, und die anderen sind Menschen, die fühlen sich in Bayern nie wohl, sie gehen lieber dahin, wo alles international geworden ist, wo die Luft international duftet. Glauben Sie doch nicht, daß diese wirklich reichen Juden vielleicht an den Starnberger See kommen, weil dort vielleicht ein großes Kurhaus hingestellt wird. Glauben Sie nicht, daß diese Juden deshalb von Ostende weggehen. Sie bleiben dort, aber Sie müssen eines Tages das Kurhaus tragen. Sie machen es nur einer immer größeren Menschenklasse unseres eigenen Volkes unmöglich, überhaupt in diese Orte hinzukommen. Das ist etwas, was einem wehtun muß. Die Menschen, die es verdienen würden, können gar nicht mehr hingehen, weil durch diese verdammte Jagd nach diesen paar reichen Juden für sie alles unmöglich gemacht wird. (Stürmischer Beifall.) Dem internationalen Powel zuliebe macht man es Millionen anständigen, ehrlich schaffenden Menschen überhaupt unmöglich, die eigene Heimat noch genießen zu können.

Wenn das dann natürlich alles zwecklos ist, beginnt man auf alles Mögliche zu schimpfen. Ich darf wieder auf das Beispiel zurückkommen. Wer geht also nach Berchtesgaden? Unser Mittelstand in erster Linie. Was tut man aber mit diesem? Man vernichtet ihn nach allen Regeln der Kunst. Sehen Sie nur: Hier in München selbst baut man jetzt schon ein Warenhaus

34 Sole-Rieselanlage.

nach dem anderen, und zwar in Stadtvierteln, von denen man weiß, daß dort an sich nur lauter mittlere Geschäfte sind, das heißt Geschäfte, die in erster Linie zum Fremdenverkehr beitragen können, weil ihr Inhaber in erster Linie gerade für unsere oberbayerischen Orte in Frage kommen würde. Da stellt man nun so ein Warenhaus hinein. Man sagt: Freilich, freilich hat jedes Geschäft einen Verlust. Aber so groß ist der Verlust nicht. So groß? Der Verlust braucht gar nicht groß zu sein heute, damit ein Geschäft kaputtgeht. Es genügt oft, daß wenige Prozente fehlen, und dann geht das Geschäft zugrunde. Die Menschen können auf die Dauer nicht existieren. Wenn heute beispielsweise in die Dachauer Straße hinein ein neues großes Warenhaus gestellt wird [35], so heißt das, daß man Tausende von anderen Geschäften langsam ruiniert, ihre Besitzer an den Bettelstab bringt. Und das tun dieselben Parteien, die dann über den Fremdenverkehr reden. Sie vernichten die eigenen Menschen, die für den Fremdenverkehr in Frage kommen, und reden und klagen über den Fremdenverkehr! Und die Fremdenverkehrsvereine erklären feierlichst: Wir sind gänzlich unpolitisch, wir haben mit Politik nichts zu tun.

Ja, bei uns ist alles unpolitisch, alles ist unpolitisch! Man sehe sich nur die Menschen an! Die können gar nicht politisch sein, die Leute brauchen es gar nicht erst zu sagen, daß sie unpolitisch sind. Man sieht es doch schon an den Köpfen. (Große Heiterkeit.)

So kommt es dann auch, daß man in München krampfhaft nach Abhilfe sucht, und zu dem Zweck hat man Herrn Reinhardt nun hierher gebeten.

Und da möchten wir jetzt nur ganz kurz untersuchen: Warum kommen eigentlich die Fremden gerade nach München? Weshalb? Zunächst wegen der Natur. Ja, die Natur ist uns gegeben. Sie ist nicht ganz bei München, man braucht zu dem Zweck nicht gerade in München leben. Aber sie ist gegeben, an ihr kann nicht mehr viel verbessert werden. Man kann die Natur höchstens erschließen. Da ließe sich allerdings mancherlei tun. Es könnte die hochlöbliche bayerische Staatsregierung sich einmal auf den Weg machen und draußen die Landstraße abstiefeln. Da würde sie verschiedenes entdecken, was für den Fremdenverkehr nicht förderlich ist, sondern sehr unförderlich. Die Herren brauchen gar nicht weit zu gehen. Wenig außerhalb Münchens schon kommt man in Kraterlandschaften, die man fälschlicherweise als Straßen ausgibt. Das sind Dinge, die nicht gerade fördernd für den Fremdenverkehr wirken. Auch gewisse Bahndinge sind nicht fördernd für den Fremdenverkehr, z. B. gerade die Bahnverbindung in das schönste Gebiet, zum Königssee hin. Es dauert fünf Stunden, bis man da hineinkommt, meist geht der Strom unterwegs aus, es bleibt das Zügle [*sic!*] irgendwo stecken. Das ist sehr unangenehm, besonders wenn es Winter ist und eiskalt. Das redet sich herum, und im übrigen Deutschland glaubt man, daß der Königssee weit rückwärts im Gebirge drin liegt. Der Königssee - ach, das ist da weit rückwärts! Natürlich, man kommt auch verdammt schwer hin. Das sind Dinge, die ließen sich schon beseitigen, wenn man alle Gelder, die man für andere Dinge verbraucht, dafür anwenden würde. Da ließe sich manches besser machen, das ist ohne Zweifel richtig. Aber an der Natur selbst kann man nichts tun, man kann sie höchstens verschandeln, und in meinen Augen verschandelt man sie am allermeisten dadurch, daß man gewisse Menschen in die Natur hinausbringt, die zur Natur gar nicht passen. (Stürmischer Beifall.) Das ist aber anscheinend heute auch wieder mit der Zweck unserer Fremdenverkehrsver-

35 Gemeint ist wahrscheinlich das Warenhaus Karstadt in der Dachauer Straße 21-23, zwischen Karlstraße und Nymphenburger Straße.

einigungen. Sie bevölkern die Natur mit Subjekten, die nach kurzer Zeit die andere Menschheit vertreiben und verjagen, weil sich jeder sagt: Ich gehe da nicht mehr hin, es ist nicht zum Ausstehen, schauen Sie nur einmal dorthin. Das ist eine Sache für sich.

Nun kommen die Menschen also nach München wegen der Kunst. Kunst, das kann natürlich geschaffen werden, es liegt im Ermessen der Menschen selbst, hier eine Steigerung und eine Förderung durchzuführen. Sie können damit selbstverständlich auch auf den Fremdenverkehr einwirken.

Aber da darf ich jetzt doch einiges ganz Grundsätzliches feststellen. Die Kunst entsteht nicht, weil es einen Fremdenverkehr gibt. Niemals und zu keiner Zeit hat der Fremdenverkehr irgendwie die Kunst befruchtet, sondern die Kunst entstand aus ganz anderen Beweggründen heraus. Die Kunst ist der Ausdruck eines weltanschaulichen, eines religiösen Erlebens und zugleich der Ausdruck eines politischen Machtwillens zu allen Zeiten gewesen. (Sehr richtig!) Niemals aber entstand die Kunst durch den Fremdenverkehr. Wenn wir in die antiken Zeiten zurückgehen, glauben Sie etwa, daß die ungeheuren Bauten Babylons, deren Ruinen heute die englischen Touristen anlocken, einst geschaffen wurden, damit Fremde kommen? (Große Heiterkeit.) Oder glauben Sie, daß die Ägypter die Pyramiden geschaffen haben, daß Fremde kommen und damit die Engländer später die Bahn hinbauen konnten und daß die Leute die Pyramiden bestaunen und daß man dann Hotels hinstellen kann, in denen sich die Fremden bei Jazzmusik usw. von der Besteigung der Pyramiden am Vormittag wieder ausruhen können? Glauben Sie wirklich, daß diese ganze antike Kultur geschaffen wurde, damit Fremde kommen? Glauben Sie, daß man überhaupt nur einen Gedanken an Fremde gehabt hat? Es waren entweder Bauten für religiöse Zwecke, oder es waren Bauten, um einen politischen Machtwillen zu repräsentieren, auch Zweckmäßigkeitsbauten waren darunter. Aber was wir heute noch sehen in Athen, was wir heute noch sehen in Rom, es ist alles nicht im geringsten entstanden aus der gedanklichen Atmosphäre eines bayerischen Fremdenverkehrsvereins heraus. Auch was in Bayern die Fremden anzieht, hat kein Fremdenverkehrsverein geschaffen, darauf werde ich noch zurückkommen. Wir sehen gerade im klassischen Altertum, wie nur politische Entwicklungen die wertvollsten Anregungen gaben zu Kunstdenkmälern, die wir selbst heute noch nach 2.000 und 3.000 Jahren bewundern. Die Zeiten, in denen das Griechentum sich der Perser erwehrte, sie fanden ihren bekrönenden Abschluß im Ausbau der Akropolis. Das geschah nicht etwa, weil man glaubte, einen Anziehungspunkt für Fremde zu bekommen. Nein, es war ein sichtbarer politischer Machtausdruck, der Ausdruck aber auch des Stolzes des Griechentums, genau so, wie die großen Umwandlungen Roms nur stattfanden aus politischen Gesichtspunkten heraus. Cäsaren wollten sich eine würdige Hauptstadt schaffen, Cäsaren wollten ihr Regime verherrlichen, wollten ihre politische Macht in Stein und in Erz fixieren. Das sind die Gesichtspunkte gewesen, aus denen Werke geschaffen wurden, die man später bestaunt und bewundert. Glauben Sie nur nicht, daß etwa das Pantheon von einem römischen Fremdenverkehrsverein geschaffen wurde oder daß die Ideenwelt eines römischen Fremdenverkehrsvereins irgendwie befruchtend dabei mitgeholfen oder mitgewirkt hätte.

Und das erleben wir auch in Deutschland im ganzen Mittelalter. Was ist es, was unsere Städte an Kunstwerken sehenswert macht? Unsere Dome sind nicht wegen der Fremden gebaut worden, sondern es war ein ganz tiefes, innerliches Gefühl, ein religiöses Gefühl, das die Menschen veranlaßte, durch Jahrhunderte hindurch an einem solchen gigantischen Werk zu

arbeiten, ganz genau so, wie die Antike Jahrzehnte an einzelnen Werken schuf, um dominierende Mittelpunkte der Gemeinsamkeit zu schaffen. Das gleiche gilt für die Kaiserpfalzen. Das gleiche gilt für unsere mittelalterlichen Rathäuser. Aber auch die Mauern und die Türme, die das Stadtbild ausmachten, sind ebenfalls der Ausdruck eines politischen Machtwillens, eines politischen Gedankens, und politische Zwecke haben das alles geschaffen. Und der Reichtum unseres Stadtbildes im Mittelalter ist selbst wieder abhängig nicht nur vom wirtschaftlichen Reichtum der Stadt, sondern abhängig in erster Linie von der politischen Geltung der Stadt; denn wirtschaftliche Blüte und politische Geltung sind zu allen Zeiten eines und dasselbe gewesen, und heute muß man das in Deutschland am allerklarsten sehen, heute, da wir, ich möchte sagen, vor unseren Augen noch den großen Wandel der deutschen Geschichte sehen, nämlich den machtpolitischen Aufstieg des alten Reiches mit der Blüte der Wirtschaft von damals, und den machtpolitischen Zusammenbruch des alten Reiches mit dem Zusammenbruche der Wirtschaft von jetzt.

Und die neue Zeit, sie zeigt uns genau dasselbe wieder. Glauben Sie [*mir*], was das spätere Mittelalter und besonders die Neuzeit in Rom geschaffen haben, einschließlich von Sankt Peter, ist nicht entstanden und ist nicht gebaut worden von rentablen Gesichtspunkten aus oder von der rentablen Betrachtungsweise eines modernen Fremdenverkehrs aus. Das ist nicht der Fall gewesen. Es sollte der überragende Ausdruck einer religiösen Idee sein, der überragende Ausdruck der religiösen und auch politischen Macht einer bestimmten Institution.

Dasselbe sehen wir in Paris [36]. Alle die großen Stadterweiterungen von Paris sind geleitet worden von politischen Erwägungen. Man wollte Paris zum Zentrum des französischen Einheitsstaates machen, und man glaubte, daß man das nur dadurch erreiche, daß es mit seinen Denkmälern, in seinen Kunstwerken so turmhoch über die ganze französische Provinz gestellt würde, daß die Distanz allmählich unüberbrückbar erschiene und der gewöhnliche Franzose auf Paris hinblickte wie auf ein nie zu erreichendes Schönheitsideal. Wir sahen, daß diese Auffassung keineswegs etwa nur die französischen Könige beherrschte, sondern daß dieselbe Auffassung Napoleon I. augenblicklich wieder aufgenommen hat, auch wieder von dem gleichen Standpunkt: Seine Imperatorenherrschaft sollte verherrlicht werden und sollte damit auch wieder gefestigt werden durch gigantische Monumente, die der große Korse ins Leben rief. Wir sehen das gleiche sofort wieder bei Napoleon III., der durch den Seinepräfekten Haussmann [37] versuchte, der Stadt ein vollkommen neues Gepräge zu geben, der versuchte, das alte Paris, soweit es damals noch winkelhaft und, ich möchte fast sagen, epochenmäßig in die neuere Zeit hineinragte, wegzurasieren, der ungeheure Straßenzüge brechen läßt, der eine neue Oper bauen läßt, kurz und gut, der wieder versucht, diese Stadt zum Mittelpunkt der französischen Kultur und Zivilisation, wie man sich dort ausdrückt, zu machen. Rein politische Gedankengänge! Und die Republik nimmt sie abermals auf und führt sie weiter.

---

36 Vgl. Françoise Rioux, Vom Paris der Staatsgewalt zum Paris des Volkes. Das Bild der französischen Hauptstadt von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 327-365.

37 Georges Eugène Haussmann (1809-1891), französischer Staatsbeamter und Politiker, 1853-1870 Präfekt von Paris.

Wir sehen dasselbe aber auch bei uns. Was z. B. Wien hat, ist alles entstanden von dem Gedanken, dem habsburgischen Kaisertum äußeren Glanz und äußere Herrlichkeit zu sichern, in der Überzeugung, daß das rückwirke auf die Provinz. Ja, die größte Wiener Erweiterung, das Niederreißen der ehemaligen Festungswerke im Innern, die Anlage der Ringstraße, sie findet nur statt getragen von dem politischen Gedanken, der damals bereits von destruktiven Kräften zerrissenen Monarchie in einem großen, überragenden, herrlichen Mittelpunkt eine Zentralgewalt, eine Anziehungskraft zu geben [38]! Und dasselbe sehen wir in Berlin [39]. Das kleine brandenburgische Fürstentum versucht, sich durch überragende Staatsbauten das notwendige Prestige zu verschaffen. Friedrich der Große versucht, durch eine große Bautätigkeit sich selbst die notwendige Stellung zu sichern. Er bekundet das ganz ausdrücklich. Er läßt Bauten ausführen nur für den Zweck, um die politische Macht des Staates auch äußerlich zu repräsentieren. Und als die Freiheitskämpfe vorbei sind, beginnt dieses selbe Berlin sofort neuerdings, auf dem Wege weiterzuschreiten. Und endlich das Kaisertum versucht, das - wenn auch nicht immer in glücklicher Form - zu vollenden.

Und dasselbe sehen wir in Dresden, überall bei diesen sogenannten kleinen Residenzen war das Maßgebende, den königlichen oder überhaupt den monarchischen Gedanken repräsentativ zu verankern, ihm einen Ausdruck zu geben, den jeder einzelne empfinden mußte, den jeder sehen mußte und der auf jeden einwirkte. Der kleine Mann, der in die Großstadt kommt, der in die Residenz kommt, er soll das Gefühl haben, daß dort der König, daß dort der Herrscher lebt.

Also politische Gedanken sind es, die hier maßgebend sind, und davon zehren heute noch unsere gesamten Fremdenverkehrsvereinigungen. Wenn das nicht gewesen wäre, die Fremdenverkehrsvereinigungen hätten das nicht geschaffen, sondern das war ein königlicher Gedanke, selbst wenn er von Republiken vertreten wurde.

Und wir sehen das später wieder in der neuesten Zeit. Da sehen wir, wie in Österreich Bürgermeister Dr. Karl Lueger [40] in Wien zur Macht gelangt und wie der nun versucht, durch grandiose Werke die Herrschaft seiner Bewegung zu verankern und zu verewigen, gemäß dem Gedanken, daß, wenn die Worte nicht mehr reden, dann die Steine sprechen müssen. Überall wird hineingemeißelt: Erbaut unter Dr. Karl Lueger usw. [41]. Und wir sehen das heute in einem ganz grandiosen Beispiel in Italien, wo der Faschismus aus diesem armen Volk unglaubliche Kräfte herausholt, und diese Kräfte in monumentalen Werken verewigt, und wo man überall hinaufschreibt, nicht: Erbaut von dem Fremdenverkehrsverein von Bologna, sondern: Erbaut im dritten Jahre des faschistischen Regiments in Italien [42]. Mit anderen Worten: Es ist der

38 Vgl. Juliane Mikoletzky, Wien als österreichische Hauptstadt 1870-1938. In: Metropolis Berlin, S. 409-443.

39 Vgl. Helmut Richter, Berlin. Aufstieg zum kulturellen Zentrum, Bonn 1987 sowie Detlef Briesen, Berlin - Die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940. In: Metropolis Berlin, S. 39-77.

40 Karl Lueger (1844-1910), Rechtsanwalt, 1870 Dr. jur., 1874-1896 Rechtsanwalt in Wien, 1875/76 und 1878-1910 Gemeinderat in Wien, 1885 Mitglied des österreichischen Reichsrats, 1888 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei, 1890-1893 Mitglied des Niederösterreichischen Landtags, 1893-1895 Stadtrat in Wien, 1895-1897 Vizebürgermeister und 1897-1910 Bürgermeister von Wien.

41 Vgl. Hellmut Andics, Luegerzeit. Das Schwarze Wien bis 1918, Wien 1984.

42 Mit der faschistischen Machtergreifung wurde ein neuer Kalender eingeführt, der das Jahr 1 mit dem Oktober 1922 beginnen ließ. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 114.

Versuch, eine politische Idee auch kulturell für die ganze Menschheit zu verewigen und sie ihr aufzuzeigen in Stein und in Stahl und in Eisen. (Lebhafter Beifall.)

Sehen Sie, genauso ist es an allen anderen Orten. Natürlich kommt dann noch etwas weiteres. Das Kunstwerk kann endlich entstehen um seiner selbst wegen; das heißt, wenn die großen Monumente in Stein und in Eisen und in Erz politischen Zwecken dienen, dann pflegen bestimmte Perioden aber auch Menschen zu einem Leisten [*sic!*] anzueifern und anzuregen, das vielleicht dem einzelnen gar nicht bewußt wird als der letzte sichtbare Ausdruck eines großen politischen Zeitgeschehens, sondern das der einzelne einfach gezwungen von sich gibt, ohne zu ahnen, daß er in Wirklichkeit der Wegbereiter einer großen Sehnsucht seines Volkes ist oder daß er Verkünder einer großen Idee oder Verherrlicher eines großen Erfolges ist, einer großen Erhebung, eines großen politischen Aufstiegs.

Alle diese Menschen nun, die solche Kunstwerke von Unsterblichkeitswert schaffen, können dazu nie äußerlich gezwungen werden. Niemals ist auf dieser Welt ein Kunstwerk um des Geldes wegen entstanden. Niemals hat ein Künstler um des Honorars wegen geschaffen. Handwerker schlimmster Art sind das höchstens gewesen, Fabrikware war das, aber niemals war es wirklich schöpferische, schaffende Kunst, die die Menschheit noch nach Jahrtausenden zur Bewunderung zwingt. Diese ist stets entstanden aus einem materiell gar nicht abwägbaren, nicht ergründbaren Drang und Trieb. Diese Künstler sind oft in größter Armut gestorben, sie sind oft bei ihrem Werk verhungert, und sie haben doch das getan, was sie einfach zwangsmäßig tun mußten. Das kann man nicht durch Honorar allein bringen, sondern das liegt im Wesen einer Zeit. Jede Zeit hat auch die Künstler, die sie verdient. Eine erbärmliche Zeit, eine charakterlose Zeit, eine Zeit, in der nur mehr das Geld regiert, hat keine Kunst mehr. Sie bringt nur mehr Kitsch, billigsten Kitsch hervor (lebhafter Beifall), und den können Sie nicht auf die Dauer als großes Anziehungsmittel für die Fremden betrachten. Damit kann man wohl im Augenblick vielleicht Geschäfte machen, d. h., man kann die Menschen überrumpeln, man kann vielleicht auf die Mode spekulieren, auf diese üble Erscheinung der Zeit. Man wird aber niemals die Menschen für immer dahin zwingen können, daß sie sich bewundernd vor so etwas verbeugen...

Glauben Sie [*mir*], in München ist das alles so typisch zugetroffen [*sic!*]. Diese Stadt hier hat auch ihre ganzen Kunstwerke bekommen aus diesen drei Gedankengängen heraus. Es waren allgemeine weltanschauliche, religiöse Motive, die der ersten Kunstperiode Münchens den Stempel aufdrückten in der Zeit, aus der wir unsere Frauenkirche hier haben. Es war in der zweiten Periode, in der das Kurfürstentum nach politischer Macht ringt, das Bestreben der Kurfürsten, diesen Machtwillen auch künstlerisch zum Ausdruck zu bringen. Und dann kommt die dritte Periode, in der das Königtum versucht, die neue Würde nach außen hin zu dokumentieren, die Zeit, in der Ludwig I. sehr wohl begreift, daß die Bedeutung dieser Stadt, schon gemessen an den einmal festliegenden Größenverhältnissen und bedingt durch sie, nicht liegen kann in einer aussichtslosen Rivalität auf machtpolitischem Gebiet; sondern dieses Königtum erkennt, daß es noch andere Waffen gibt, um einer Stadt Prestige zu verschaffen, indem er betont: Ich werde dafür sorgen, daß kein Mensch behaupten kann, Deutschland zu kennen, wenn

---

Zur Baupolitik des Faschismus in Italien vgl. Margit Estermann-Juchler, Faschistische Staatsbaukunst. Zur ideologischen Funktion der öffentlichen Architektur im faschistischen Italien, Köln 1982, S. 33 ff.

er nicht München gesehen hat [43]. Darin liegt jene stolze Zuversicht, daß man durch unsterbliche, große Kulturdokumente sehr wohl einer Stadt auch politische Bedeutung sichern kann. (Sehr richtig!) Und der Mann hat das auch durchgesetzt, und zwar großzügig durchgesetzt, und er hat sich dabei nicht auf irgendeine fremde, kitschige Kunst berufen, sondern er hat versucht, wirklich beste, deutsche Kunst heranzuziehen. Und der Mann hat etwas verstanden davon. München hätte keinen Fremdenverkehr, wenn es nur Fremdenverkehrsvereinigungen besessen hätte, aber nicht Ludwig I. gehabt hätte. (Stürmischer Beifall.) Ihm verdankt München mehr als allen späteren Vereinigungen zusammen. Der Gedanke, aus dieser Stadt eine deutsche Kunststadt an sich zu schaffen, eine Stadt der deutschen Kunst, dieser Gedanke hat München überragende Bedeutung gegeben, hat aus München eine beachtenswerte Stadt gemacht, und zwar ohne Rücksicht auf die Größe. Es war der richtige Gedanke: Es gibt zweierlei Dimensionen: eine Dimension des Volumens und eine Dimension des Wertes. Dem Volumen nach war Berlin an der Spitze, dem Werte nach ist München an die Spitze gerückt worden. (Lebhafter Beifall.) Das war der Gedankengang, und dieser Gedankengang war richtig.

Und er wurde später wieder aufgegriffen von Ludwig II. Und hier tritt in den Bannkreis dieser Stadt ein Mann, der aus einem inneren Drang heraus schuf, nicht etwa deshalb, weil sich damit ein Geschäft machen ließ, sondern der gegen den ganzen Geschäftsgeist einer Zeit revolutionierte: Richard Wagner [44]. Und damals hat sich diese Stadt schwer versündigt. Was ein königlicher Geist damals wollte und was überlegenste Genialität eines grandiosen Künstlers der Stadt schenken wollte, das hat der unpolitische Sinn, in Wirklichkeit der Irrsinn dieser Stadt verhindert [45]. (Sehr gut!) Es sind die Väter derjenigen gewesen, die heute auch wieder in Vereinsmeierei machen, die heute zu unseren frommen Parteien hier gehören, die sind es gewesen, die damals die Stadt vielleicht um das größte Kunstwerk brachten, das es überhaupt gegeben haben würde und das heute ein Tempel deutscher Kunst sein könnte und sicherlich sein würde.

Glauben Sie aber, daß das alles entstanden wäre aus dem Gedanken, aus dem primären Gedanken einer Förderung des Fremdenverkehrs zu spekulativen Zwecken? Glauben Sie, daß die Stadt München das, warum man heute hergeht, bekommen hätte, wenn man damals nur daran gedacht hätte, aus spekulativen Gesichtspunkten zu schaffen? Wer nur spekulativ denkt, wird sich in den meisten Fällen am Ende verspekulieren. Er schafft niemals Ewigkeitswerte. Ewigkeitswerte können nicht aus geschäftlichen Berechnungen heraus entstehen. Im Gegenteil, je geschäftsferner, je gewinnstfremder [*sic!*] ein Kunstwerk in der Zeit der Gründung ist, um so mehr wächst es in die Ewigkeit hinein. Es ist nicht selten kennzeichnend für die größten Kunstwerke, daß die Gegenwart sie gar nicht versteht, daß die Gegenwart sie ablehnt und daß gerade jener Powel, auf dessen Urteil man heute so viel Wert legt, überhaupt kein Verständnis dafür hat, weil es noch nicht modern geworden ist (sehr richtig!), sondern weil es zunächst Bekenntnis erfordert, Bekenntnis, das dieser Powel gar nicht hat und gar nicht haben kann, weil ihm jede feste Gesinnung und Überzeugung von vornherein fehlt, weil er nichts kennt, als die-

---

43 Vgl. Stefan Fisch, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988, S. 155 ff.

44 Richard Wagner (1813-1883), Komponist.

45 Im Dezember 1865 mußte Richard Wagner nach versuchten Intrigen gegen die bayerische Regierung auf Wunsch König Ludwig II. Bayern verlassen. Vgl. Martin Gregor-Dellin, Richard Wagner. Sein Leben - Sein Werk - Sein Jahrhundert, München 1980, S. 552 ff.

sen schalen Begriff der Zivilisation, diese faule und feile Zivilisation, die äußerlich anerkannt ist und der man unbedingt dienen muß, der man sich anschließen muß und der man nun auch gehören muß. Glauben Sie [*mir*], diese Kräfte haben noch niemals einem Volk Monumente geschaffen, die später als Kunstdenkmäler für ewige Zeiten Fremde zur Bewunderung anzuziehen vermochten. Und auf die Dauer bekommt man Fremde nicht durch Kurhausmätzchen, durch spekulative Einrichtungen, durch Jazzmusik usw., sondern auf die Dauer bekommt man sie nur durch große wirkliche und wahrhafte Kunst. (Lebhafter Beifall.)

Da müssen wir nun heute folgendes sagen, um wieder zu unserem besonderen Fall zurückzukommen: Wie ist denn heute die Lage in München? München ist heute eine Stadt, die ziffernmäßig weit hinter Berlin zurückbleibt. Ja, sie wird vielleicht sogar von anderen Großstädten überholt werden [46]. Gewiß, München ist so gelegen, daß es industriell nicht so bevorzugt erscheint wie andere Orte Deutschlands. Weiter ist aber heute an sich eine großindustrielle Umstellung gar nicht mehr denkbar; denn wir wissen ja, daß der Export bei uns von Jahr zu Jahr zurückgeht [47], daß wir immer mehr und mehr geknebelt werden, ja, daß selbst unser Binnenmarkt langsam dem Ruin verfällt [48]. Damit kann man also von vornherein nicht rechnen. Wenn München seine frühere Bedeutung aufrechterhalten will, dann müßte diese Stadt sich auch jetzt bemühen, im übrigen Deutschland als etwas Besonderes betrachtet zu werden. Ich betone das ausdrücklich. In der großen Masse fällt niemals auf, wer die Tarnkappe der öffentlichen Meinung sich überstülpt; niemals fällt der auf, der im gleichen Narrengewande läuft, das die anderen alle haben; sondern im Strome sieht man nur den, der gegen den Strom sich stemmt. In Deutschland jagen heute Tausende von Kurorten und Bädern nach jener internationalen Mischpoche [49], die ihrer Gesinnung nach und ihrer ganzen Einstellung nach gar nicht deutsch ist. Diese Mischpoche ist sogar die Minorität. Glauben Sie, wenn heute in Deutschland eine Stadt sich besinnen würde zu dem Bekenntnis: Wir jagen nach denen, die deutsch geblieben sind, dann würde diese Stadt mehr an Verkehr bekommen, wie [*sic!*] alle anderen zusammengerechnet. (Lebhafter Beifall.) Denn in diesem Deutschland gibt es heute Tausende von Kurorten, die um Hunderttausende von nichtswertigen Menschen buhlen. Aber es gibt kaum eine Stadt, die sich bewußt und kühn und mutig der Millionen annimmt, die mit denen nichts zu tun haben. (Sehr gut!) Ein einziges Seebad haben wir, das den Mut hatte zu sagen - und zwar danken wir das dem Willen eines Mannes, der heute unser Parteigenosse geworden ist [50] (Beifall) -: Wir reflektieren nicht auf die Juden [51]. Im Gegenteil, wir wünschen sie nicht. Und

46 Nach der Volkszählung vom Juni 1925 lebten in Berlin 4.024.165, in Hamburg 1.079.126, in Köln 700.222 und in München 680.704 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 13.

47 Die deutsche Warenausfuhr ohne Reparations-Sachlieferungen steigerte sich von 8.930,5 Millionen RM 1925 kontinuierlich auf 11.782,8 Millionen RM 1928, die Handelsbilanz blieb jedoch negativ. Vgl. ebenda, S. 186.

48 Zwischem 1925 und 1929 wuchs das reale Sozialprodukt je Einwohner um durchschnittlich 1,6%. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 78.

49 Hebräisch, jiddisch abschätzig für: Verwandtschaft.

50 Ludwig Münchmeyer (1885-1947), evangelischer Pfarrer, 1926 Rücktritt als Pfarrer von Borkum, 1930-1933 MdR (NSDAP).

51 Zur Behandlung von Gästen jüdischen Glaubens auf Borkum und zur Agitation Ludwig Münchmeyers, vgl. Udo Beer, "Der falsche Priester". Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik. In: Emder Jahrbuch Bd. 66/1986, S. 152-163.

glauben Sie nur nicht, daß deshalb Borkum leer steht. Es ist überfüllt. (Lebhafter Beifall.) Sie müssen sich Monate lang vorher anmelden, weil Hunderttausende von Menschen froh sind, endlich wohin zu kommen, wo sie dieser arroganten Rasse entrückt sind. Wenn Sie heute um den Fremdenverkehr hier buhlen und glauben, mit denen konkurrieren zu können, die in dieser jüdischen Methode der Geschäftemacherei Virtuosen an sich schon durch die Geburt sind, dann täuschen Sie sich. Glauben Sie [*mir*], wenn heute diese Stadt den Mut hätte, eisig kalt zu wiederholen: Wir wollen sie nicht, die Juden, wir wollen sie nicht, diese Internationale, wir reflektieren ausschließlich nur auf Deutsche! Glauben Sie [*mir*], Sie würden dann in Deutschland mehr Deutsche bekommen, die dann erst recht hergingen, gerade deshalb hergingen, mehr Deutsche, als Sie heute Juden haben, die auf Ihren Zimt hereinfallen. In Wirklichkeit weiß jeder Jude: Sie wollen mich gar nicht, innerlich wollen sie mich gar nicht, man hört ihnen das am Dialekt an, sie machen das nur, damit ich herkomme und mein Geld da lasse. Ich werde ihnen was pfeifen. (Heiterkeit.) Das ist doch so! Bilden Sie sich doch nicht ein, daß die Juden Sie nicht durchschauen! Am Biertisch oder zu Hause erklären Sie: Wissen Sie, mir gengans a bis da rauf, leiden kann ich sie nicht, die Juden. Und draußen sagen Sie ganz zahm im Münchner Stadtrat: Wir wollen nichts zu tun haben mit jenen, die wo da durch ihre antisemitische Hetze usw. Die durchschauen Sie vollständig, die wissen, Sie wollen ihnen ja doch bloß das Geld abnehmen. Sie wissen ganz genau: Innerlich wollen sie uns gar nicht, können uns gar nicht wollen. Das paßt gar nicht zusammen. Wenn einer wirklicher Bayer ist, kann er damit gar nichts zu tun haben, hat innerlich nie etwas damit zu tun, ein richtiger Münchner überhaupt nicht, der hat nichts damit zu tun. Das lügt er nur nach außen, d. h., er versucht es zu lügen. Die anderen wissen das ganz genau. Die sagen: Ihr könnt doch uns nichts weismachen. Wie ihr im Innern denkt, das wissen wir ganz genau. Ihr tut bloß draußen so, als ob ihr nicht so denkt. Ihr sagt höchstens: Gebt uns nur euer Geld.

Sie werden sehen, wie enorm der Zuspruch zu diesen Festspielen sein wird. Sie werden staunen, wie enorm der Besuch sein wird, Sie werden überhaupt sehen, wie heuer durch diese Festspiele das ganze Wirtschaftsleben aufblüht in München (Heiterkeit), wie allmählich ein ganz neuer Geist hereinkommen wird. Wissen Sie, den Geist kenne ich, wenn ich ihn bloß von der Ferne klimpern höre. Das ist jener Geist, der immer nur zerstörend wirkt, der alles zu verhindern sucht und der nur deshalb zum Guten führt [52], weil er mithilft, die nationalsozialistische Bewegung zu fördern. Das ist der einzige Grund, warum auch dieser Geist am Ende Gutes schaffen wird. Er wird mithelfen, unsere Bewegung zu fördern, und diese Bewegung wird dann viel klarer wieder herausarbeiten die Aufgabe Münchens.

Glauben Sie nur nicht, daß wir jemals an der Mission dieser Stadt irre geworden wären [53]. Umsonst haben wir nicht die Zentrale dieser Bewegung hier nach München hereingelegt. Wir taten es, weil uns München noch immer als deutscheste der deutschen Städte erschienen ist. (Lebhafter Beifall.) Und wir wollen einmal dafür sorgen, daß die große Tradition dieser Stadt wieder aufgenommen wird. Auch wir gehen mit einem großen Programm für diese Stadt in die

52 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe: "Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Der Geist, der stets verneint."

53 Im Sprachgebrach der NSDAP galt München bereits als "Hauptstadt der Bewegung". Offiziell wurde dieser Titel erst am 2.8.1935 verliehen.

Zukunft. Dieses Programm wird allerdings nicht dahin lauten, Herrn Reinhardt einzuladen, Festspiele zu machen, sondern es wird dahin lauten zu versuchen, in einer Zeit der Verballhornung der deutschen Kunst im ganzen Deutschen Reich hier in dieser Stadt zum ersten Mal wieder der deutschen Kunst eine Heimstätte zu verschaffen (lebhafter Beifall), nicht einem internationalen herumzigeunernden Theaterjuden, sondern einer wirklichen guten deutschen Kunst. Und wir werden von vornherein sagen, daß das eine deutsche Kunst sein soll. Nicht eine internationale, nein, eine deutsche Kunst soll das wieder sein. Und da haben wir unser großes Programm. Wir wissen ganz genau, daß man nicht sagen kann: Wie vermag man jetzt 150.000 [*R*]M für Kunstzwecke herzugeben, während man so viel Notleidende hat! Wir wissen sehr wohl, daß, wenn heute die Stadt München für Kunst gar nichts hergeben würde, die Not im Lande keine Behebung finden könnte; denn diese Not ist nicht deshalb da, weil in Deutschland für Kunst etwas ausgegeben wird, sondern weil in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel leben, die infolge der politischen Machtlosigkeit Deutschlands keine Lebensmöglichkeit finden können, da diese politische Machtlosigkeit uns einerseits sowohl den Export verrammelt hat, den Weltabsatzmarkt verschlossen hat, als uns anderseits sogar die Macht nahm, den Boden hier in Europa zu erweitern. Wir sind also durch unsere politische Machtlosigkeit in einen Zustand der Not geworfen worden, der nicht geändert würde dadurch, daß wir heute hergehen und vielleicht nichts mehr für Kunst opfern wollten. Der Weizen wird deshalb nicht mehr und, sagen wir ruhig, unsere Kohlen werden auch nicht mehr und unser Eisen auch nicht; und selbst wenn die Kohlen und das Eisen mehr würden, so werden wir dadurch nicht mehr Absatzmärkte gewinnen, auf denen wir das verkaufen könnten, wodurch wir die fehlenden Lebensmittel hereinbringen könnten. Das ist unser Verhängnis, und dieses Verhängnis wird das deutsche Volk auszukosten haben. Wir Nationalsozialisten glauben aber, daß es gerade in einer Zeit, in der ein Volk politisch vollkommen zusammenbricht, notwendig ist, neue Kraftquellen zu erforschen und diese neuen Kraftquellen zum Fließen zu bringen. Ich gestehe, daß man nach unserer Auffassung im November 1918, nach dem politischen Zusammenbruch, sofort hätte daran gehen müssen, die Reorganisation des deutschen Gewissens, der deutschen Ehre, der deutschen Auffassung, des deutschen Willens in Angriff zu nehmen. Und da hätte man bekunden müssen: Die Welt kann uns beugen. Um so mehr werden wir uns berufen auf unsere eigenen inneren Kräfte. Wir werden diese Kräfte mobilisieren, wir werden erst recht mit Stolz uns als Deutsche bezeichnen und wir werden diesem Stolz lebendigsten Ausdruck verleihen durch unser gesamtes Kulturleben. Gerade in einer solchen Zeit muß ein Volk stolz sein und muß sich zur höheren Überzeugung durchringen, daß eine Kunst, die in einem solchen Augenblick einen inneren Stolz gibt, niemals überzahlt ist, sondern daß im Gegenteil aus einer solchen scheinbar ganz unmateriellen Sache am Ende doch Kräfte kommen, die, glücklich angewendet, einem ganzen Volk zum größten auch wirtschaftlichen Nutzen zu gereichen vermögen.

Das wäre die Aufgabe damals im Jahre 1918 gewesen. Und ich kann mir gar nicht vorstellen, daß heute die nationalsozialistische Bewegung siegen könnte, ich kann mir nie denken, daß wir wirklich ein Drittes Reich begründen, wenn dieses Dritte Reich nicht schon im Antlitz der Außenwelt zeigen würde, daß dieses Reich wieder eine Verkörperung eines anderen deutschen Geistes ist. Ich könnte mir nie denken, daß wir nur einen Staat schmieden können, einen Staat schaffen, der dann nur aus ewigen Mietskasernen besteht, einen Staat, in dem man nur

Geschäfte macht, einen Staat begründen, in dem der einzelne nur versucht, auf Kosten der anderen reich zu werden. Im Gegenteil, ich kann mir nur vorstellen, daß wir dafür sorgen, daß dieses Dritte Reich wieder zu einer ehrenhaften Repräsentation des deutschen Geistes wird (stürmischer Beifall), der sich dokumentieren muß in unsterblichen Denkmälern der Kunst und Kultur, nicht in kitschigen Theateraufführungen des Herrn Reinhardt, sondern in Werken, die dann eine Ewigkeit überdauern, so daß selbst noch fernste Zeiten sagen sollen: Das sind die Reste dieses Dritten Reiches, diese Riesenruinen hier. Wenn nichts mehr sein soll von uns, sollen sie künden von dieser neuen großen Periode und Epoche des deutschen Volkes noch nach Jahrtausenden.

So stellen wir uns von vornherein in Gegensatz zu dieser erbärmlichen kleinbürgerlichen Zeit, zu dieser geschäftsmäßigen, rein kaufmännischen Periode, die nichts Großes kannte und die das wenige Große der Vergangenheit auch nur vom Standpunkte des Versilberns aus betrachtete. Wir stellen uns gegen die Auffassung unserer Fremdenverkehrsvereinigungen usw., daß man mit dem Zeug irgendwie ein Volk, eine Nation ernähren oder erhalten könnte oder daß das überhaupt eine Lebensaufgabe wäre. Wir wollen uns demgegenüber wieder zu der Hoffnung bekennen, daß aus einer neuen Weltanschauung heraus, aus dem Gefühl politischer Kraft und politischer Macht, aus einem politischen Machtwillen heraus Dokumente in Stahl, Stein, Eisen und Erz geschaffen werden und daß diese Dokumente dann später die Bewunderung der Menschheit haben werden. Dann mögen später wieder einmal Fremdenverkehrsvereinigungen kommen und mögen die Fremden herumführen. Unser Gedanke ist es aber jedenfalls nicht, das zu diesem Zweck zu tun. Wir tun es nur, um in jedes einzelne deutsche Gehirn wieder den Stolz hineinzupflanzen, deutsch zu sein. Das ist unser Grund. (Lebhafter Beifall.)

Wenn das Schicksal uns in dieser Stadt zuerst zum Siege führen sollte, dann werden wir eben in dieser Stadt beginnen mit der Durchführung unserer Ideen, d. h., dann werden wir eben in dieser Stadt damit beginnen, daß wir der deutschen Kunst hier zum ersten Mal wieder eine würdige Stätte bereiten, daß wir sie einladen zu dem großen Werke. Und dann sind wir der Überzeugung, daß jedes Hunderttausend [*Reichs*]Mark, das man dann einer schaffenden Kunst gibt, besser angewandt ist, als wenn man es heute einem solchen internationalen Theaterjuden hineinsteckt. Denn wenn ich heute Stellung dagegen nehme, dann sage ich mir: Der Kunst wird damit nicht gedient, München wird damit nicht gerettet. Aber für 150.000 [*R*]M könnte man ein paar hundert ordentliche Künstler ernähren, die vielleicht einmal doch etwas für die Ewigkeit schaffen werden. (Lebhafter Beifall.) Denn wenn einmal eine Wiederauferstehung kommen soll, müssen wir doch zurückgreifen auf dieses anständige, ehrliche Reservoir deutscher Kunst und deutscher Künstler und können uns nicht einen internationalen, herumzigeunernden Theaterdirektor aussuchen. Dann, meine lieben Freunde, müssen wir doch wieder zurückkehren zu unserem eigenen Volk. Nur Menschen unseres Volkes werden aus ihrer Seele heraus uns die Werke schenken, die wir zur Verherrlichung dieses neuen Reiches und dieses neuen Staatsgedankens dieses Volkes brauchen.

Deshalb treten wir Nationalsozialisten heute dagegen auf, nicht, weil wir der Stadt München keinen Fremdenverkehr wünschen, sondern weil wir glauben, daß dieser Schlag in das Antlitz dieser Stadt für diese Stadt kein Nutzen ist, sondern ihr Schaden bringt. Ich sage, Schlag in das Antlitz dieser Stadt; denn das Antlitz dieser Stadt ist ein deutsches. Und ich frage mich: Wenn heute Ludwig I. käme oder Ludwig II., oder wenn Richard Wagner käme, ich

wollte mich auf diese Größeren berufen, sie mögen von sich aus sagen, ob sie das für zweckmäßig halten. Ich kenne ihr Urteil, ich weiß, hinter wem sie stehen würden. Und man sage nicht, daß die davon nichts verstünden. Sie wissen mehr als die heutigen können. Daß wir heute Fremde überhaupt hier haben, verdanken wir nur denen ganz allein. (Lebhafter Beifall.) Das sind die Menschen, die es fertigbrachten, aus einer hausbackenen kleinen Landprovinzstadt eine große Kunstmetropole zu schaffen. Und wenn die heute kämen, das Urteil würde vernichtend sein. (Sehr richtig!) Sie würden es beklagen, daß man in dieser Stadt auch so sehr dem amerikanischen Geist des reinen Geschäftemachens und Geldverdienens verfällt. Sie würden es beklagen, daß man in dieser Stadt nichts mehr übrig hat für Werke der Unsterblichkeit. Aber sie würden es noch viel mehr beklagen, daß das, was übrig ist, nicht für deutsche Kunst gegeben wird, sondern daß das, was übrig ist, heute einem fremden, internationalen Zigeuner in den Rachen geworfen wird. (Stürmischer Beifall.)

Wir nehmen nun heute Stellung und wir befinden uns in dieser Stellungnahme, meine lieben Freunde, wie Sie wissen, wie so oft, in Widerspruch mit der gesamten öffentlichen Meinung. Dieses gesamte Spießbürgervolk, diese gesamte Vereinsmeierei, dieses gesamte politische Parteipack, alle nehmen gegen uns Stellung. Und schon in wenigen Monaten werden sie uns wieder recht geben; und vor allem wird uns recht geben die Zukunft, auf die wir Nationalsozialisten unermüdlich hinarbeiten wollen. Für uns ist auch das nur ein ganz kleines Intermezzo. Die Zeit wird vergehen, der heurige Sommer wird vergehen, und es wird nichts übrig bleiben von dem ganzen Gastspiel des Herrn Goldmann alias Reinhardt. Es wird nichts mehr übrig bleiben von dem, was man sich erhofft hat, als ein trauriges Nachsehen. Aber es wird eines da sein: Die nationalsozialistische Bewegung wird wachsen und weiter wachsen, größer und größer werden, und es wird einst die Stunde kommen, in der diese Bewegung das Steuer des Deutschen Reiches in ihre Faust nehmen wird, und es wird die Stunde auch kommen, in der die deutsche Kunst wieder eine Auferstehung feiern wird. Und wir sorgen uns nicht, daß dann keine deutschen Künstler da wären. Im Gegenteil, wir sind überzeugt: Wenn das deutsche Volk noch einmal zu seiner politischen Einheit kommt, wenn das deutsche Volk noch einmal herausgerissen wird aus seinem heutigen atomisierenden Zerfall, wenn das deutsche Volk noch einmal zu einer nationalen, völkischen Wiedergeburt kommt, dann wird das ein Ereignis sein, das unser Volk aufrührt bis in die tiefsten Tiefen seiner Seele. Und dann wird aus dieser inneren, geistigen Revolution heraus die Kraft kommen, dem großen deutschen Werk der Befreiung auch die äußeren Denkmäler zu sichern. Dann wird der deutsche Genius sich wieder erheben, und dann wird man nicht eines jüdischen Theaterdirektors bedürfen, um deutsche Städte wieder sehenswert zu machen. (Stürmischer, lange anhaltender Beifall.)

[*Wortmeldung des Direktors des Verkehrsverbandes München Major a. D. Otto Schwink, der das Festspielprojekt verteidigt.*]

Entgegnung Adolf Hitlers.

Meine lieben deutschen Volksgenossen!

Haben Sie nicht selbst das Gefühl, daß hier zwei Welten einander gegenüberstehen? (Lebhafte Zustimmung.) Zwei weltenferne Welten! Ich möchte gleich die Einleitung herausgreifen. Der

Herr Vorredner [54] sagt: Ich spreche hier ohne Auftrag, rein beruflich, über eine Sache, die ich verteidigen *muß*. Ich würde niemals beruflich über eine Sache, die ich verteidigen *muß*, reden, wenn ich mich nicht selbst bis zum allerletzten damit personifiziere. (Lebhafter Beifall.)

Das allein erklärt eigentlich alles Weitere. Ich könnte gar nicht reden, wenn man mich hinaufschicken würde mit dem Befehl, etwas zu verteidigen, an was ich selbst nicht glaube. (Lebhafter Beifall.)

Sie sagen, wir Armen können ja leider heute nicht mehr bauen, können keine Kunstschätze mehr erzeugen; und Sie wissen gar nicht, wie sehr Sie sich da täuschen. Eher hätte das alte Deutschland das nicht tun können, jenes Deutschland, in dem jeder einzelne Pfennig zehnmal umgedreht wurde, ehe man ihn ausgab. Das heutige Deutschland, das in seiner Wirtschaft Millionen und Hunderte von Millionen [*Reichsmark*] verschleudert, hinausschleudert, das heutige Deutschland, das mit dem Geld um sich wirft, als wenn es Streu wäre, das könnte am leichtesten Kunstwerke herstellen - wenn der Geist dazu da wäre, wenn dieses heutige Deutschland einen anderen Geist besäße.

Glauben Sie mir, der Geist, der einst die Cheopspyramide gebaut hat, könnte als seinen berufenen Vertreter nicht diesen Direktor des Fremdenverkehrsverbandes hier besitzen. Er ist der Repräsentant des Geistes, der sie nicht bauen wird, weil er sie wirklich nicht bauen kann. Der Herr ist der lebendigste Ausdruck dieses Geistes. (Lebhafte Zustimmung.) Er hätte nur sagen brauchen: Meine Herren! Sehen Sie mich an und erwarten Sie dann noch, daß eine solche Zeit, in der ich reden kann, Cheopspyramiden bauen wird? (Große Heiterkeit.)

Er meinte, wir müssen nun einmal vom Erbe der anderen leben. Ich habe das Gefühl, daß man weniger vom Erbe der anderen lebt, als daß man das Erbe der anderen, der früheren, verschleudert, vergeudet, verschwendet, entehrt. Dieses Gefühl habe ich.

Aber selbst wenn man dieses Erbe wahren würde, auch das würde gar nicht genügen; denn man kann eben nicht dauernd von einem Erbe leben, und es muß doch einmal wieder eine Zeit kommen, die etwas schafft, damit auch die Nachwelt etwas zu erben hat. Und diese Zeit muß einen anderen Geist repräsentieren. Wie soll das deutsche Volk überhaupt noch zu einem selbständigen Schaffen kommen, solange solch ein Geist in Deutschland überhaupt lebendig ist? Das ist ja mit eine der Voraussetzungen für unser Dasein, daß eben erst dieser Geist gewandelt werden muß, damit einmal wieder ein Erbe geschaffen werden wird, auf das auch die späteren Deutschen stolz sein können. Denn ewig hält das eben nicht. Ich muß gestehen, Sie haben dieses Erbe verdammt schlecht verwaltet und sehr schnell vertan. Sie haben auch wirtschaftlich zehn Jahre vom Erbe der früheren Zeit gelebt. Aber wenn man Sie heute fragt: Wo ist das Erbe, das Sie übernommen haben? Weg ist das! Und kulturell? Sie haben auch ein Erbe übernommen. Wo ist es heute? Weg ist es! Politisch haben wir auch ein Erbe einst übernommen. Wo ist es heute? Weg ist es, verkitscht, vertan, verloren ist es. (Sehr richtig!)

Und da sagen Sie: Wir können nichts anderes, als vom Erbe leben. Wie lange wollen Sie denn vom Erbe leben? Sie haben gar kein eigenes Erbe mehr, sonst könnten Sie sich nicht fremder Kräfte heute bedienen, wenn Sie überhaupt noch ein deutsches Erbe hätten. Das ist

54 Otto Schwink (1883-1959), 1904 bayerischer Leutnant, 1906-1908 Dienst in der Schutztruppe von Deutsch-Südwestafrika, 1915 Hauptmann, 1921 als Major verabschiedet, 1925-1933 Direktor des Verkehrsverbandes München und Südbayern, 1930 Dr. rer. oec., Aufsichtsrat der Exportbierbrauerei Mönchhof, Kulmbach.

vertan, das ist heute weg, und deshalb wird unsere Bewegung kommen und wird die einmal zur Verantwortung ziehen, die dieses Erbe vergeudet und verwüstet haben. (Lebhafter Beifall.) Sie wird über die einzelnen Erscheinungen hinweggehen, die sich dann damit ausreden werden, daß sie sagen: Uns blieb nichts anderes zu tun übrig. Es heißt, daß man in Rom einst einen Mann überfiel in der Meinung, er wäre ein politischer Gegner. Und der Mann sagte darauf nur: Ich mache ja nur Verse. Und da bekam er die Antwort: Dann schlagt ihn tot wegen seiner schlechten Verse [55]. Das können wir auch heute sagen. Mancher wird in der Zukunft sagen: Ich gehöre nur einem Verein an, ich bin unpolitisch. Nein, das muß auch einmal weg; denn es ist auch mit schuld an dem ganzen Geist, den wir heute hier sehen.

Sie sagen, ein großer Kreis ist es, der daran Interesse hat. Ja, zu dem Kreis gehören wir auch. Freilich ist es ein großer Kreis, zu dem gehören wir alle, genauso wie die anderen. Vor allem ist der Kreis unendlich groß, der es bezahlen muß. Der Kreis ist sogar noch größer als der, der den vermutlichen Nutzen hat. Und am größten ist der Kreis, der sieht, daß durch diese Kunst eine Verpestung eintritt, daß ein Erbe zerstört wird, das wir uns eben erhalten wollen. Der Kreis ist am allergrößten.

Sie sagen, Berchtesgaden hat 300.000 Übernachtungen und nur 3.000 Einwohner [56], München hat 700.000 Einwohner und zwei Millionen Übernachtungen [57], folglich leben nicht nur die einen davon, sondern auch die anderen. Ja, mein sehr verehrter Herr, glauben Sie, daß die 700.000 Münchener im Durchschnitt auch nur 3 Pfennige bekommen werden von dem, was durch die Reinhardtfestspiele herkommen wird? Glauben Sie nicht, daß ein Tag des neuen deutschen Regiments ein ungezähltes Vielfaches davon vernichtet? Sie selbst predigen heute in kosmopolitischer Gesinnung und Überzeugung. Wir sehen darin aber eine Ursache des Verfalls. Sie fördern die Gesinnung, die ein paar Pfennige an sogenannten Fremden verdienen will. Wir kämpfen gegen diese Gesinnung, weil sie unser Volk jährlich um Milliarden [*Reichsmark*] bringt. Sie sagen, wir müssen auf diese 2 Millionen hier übernachtenden Fremden Rücksicht nehmen. Glauben Sie, daß die in die Festspiele hineingehen? Wer geht da überhaupt hinein? Sie sagen: 2 Millionen Übernachtungen für das ganze Jahr. Die Festspiele finden nur an ein paar Tagen statt. Wer kommt deshalb mehr nach München? Das ist die Frage. Und bringen die, die mehr nach München kommen, der Stadt das herein, was verlorengeht? Das ist die Frage. Und da können wir nur zur Antwort geben, daß die Zahl derjenigen, die mehr sein werden, noch nicht 1.000 Personen sind und daß diese 1.000 Personen pro Kopf 150 [*R*]M anbringen müßten, um nur das allein hereinzubringen, was die Stadt München wieder bezahlt. Worin der Nutzen für den Fremdenverkehr liegt, ist mir rätselhaft. Sie sagen, es ist notwendig, daß man nicht nur an der äußeren Werbekraft der Städte arbeitet, d. h., an der Propaganda für den

55 Bezieht sich auf den ehemaligen Volkstribun Gaius Helvius Cinna, Anhänger Cäsars, der 44 v. Chr. nach dessen Ermordung als vermeintlicher Täter vom Mob erschlagen wurde, weil er mit Lucius Cornelius Cinna verwechselt worden war, der am Vortag eine Rede gegen Cäsar gehalten hatte. Diese Episode ist bei Plutarch, Caesar 68,3 und Sueton, Gaius Julius Caesar 85 überliefert und bei William Shakespeare, Julius Caesar, 3. Akt, 3. Szene, literarisch umgesetzt.

56 1925 hatte Berchtesgaden eine Wohnbevölkerung von 3.772 Menschen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 58 (1926), S. 8. Im Sommerhalbjahr 1928 wurden in Berchtesgaden (Markt) 257.127 Übernachtungen gezählt. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 61 (1929), S. 93.

57 Vgl. Anm. 46. Im Sommerhalbjahr 1928 wurden in München etwa 1.225.000 Übernachtungen gezählt. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 61 (1929), S. 93.

Fremdenverkehr, sondern auch an der inneren Werbung. Wir haben nun die Überzeugung, daß durch derartige internationalisierende Experimente die innere Werbekraft Münchens vernichtet wird. (Lebhafter Beifall.) Denn diese innere Werbekraft einer Stadt muß im Wesen des Volkes einer Stadt, im Wesen der Kunsttradition einer Stadt verankert sein. Nur dann kann man von einer Steigerung der inneren Werbekraft einer Stadt reden, wenn sie selbst in dieses Wesen hineinpaßt. Wenn ich aber in eine Stadt wie München mit einer ganz bestimmten Seele nun plötzlich ein wildfremdes Gewächs hineinbringe, kann ich nicht sagen: Das steigert die innere Werbekraft. Das steigert die allgemeine, überall sichtbare Zerrissenheit, weiter gar nichts.

Sie sagen, die Natur wird nicht viel verschandelt, weil ja nur 20 % aus Bayern kommen, das andere kommt aus Norddeutschland, und folglich könne man mit Bayern an sich nicht rechnen. Als Nationalsozialist rechne ich in erster Linie mit Deutschen. Ich sage aber nur, daß durch alle diese Experimente es den Deutschen langsam unmöglich gemacht wird, die deutsche Kultur noch zu genießen. Wenn Sie heute sich die Mühe nehmen, gewisse Gebiete unseres Vaterlandes anzusehen, die eigentlich, ich möchte sagen, Nationaleigentum sein müßten, dann werden Sie feststellen können - das können Sie nicht ableugnen -, daß ein Deutscher überhaupt an viele Orte nicht mehr hingehen kann, ganz gleich, ob er ein Bayer oder ein Norddeutscher ist.

Sie sagen dann, man muß für die Kunst im Innern etwas tun. Ja, es fragt sich nur, ob man das für die Kunst tut, oder ob man das für ein Geschäft tut. Für die Kunst - ich glaube, das habe ich auseinandergesetzt - sind wir bereit, viel zu tun, mehr als Sie alle, mehr als Ihre Fremdenverkehrsvereine und mehr als die Partei, deren Geist Sie repräsentieren. Für die Kunst sind wir das Höchste einmal zu tun bereit. Für jüdische Geschäftsmache nicht einen Pfennig! (Lebhafter Beifall.)

Sie sagen, ich hätte die Festspiele angegriffen. Nein, sehr verehrter Herr, das haben Sie demokratisch mißverstanden. (Große Heiterkeit.) Ich habe nicht die Festspiele an sich angegriffen, ich sagte nur, daß die Festspiele auch bedenkliche Seiten haben. Man kann Festspiele schon veranstalten, ganz gewiß. Die Griechen haben ihre Olympiade gehabt. Gewiß, sehr schön. Aber eine Olympiade der Griechen hat sicher keinen Direktor Reinhardt gehabt. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie, daß etwa auf einer griechischen Olympiade jüdische-kosmopolitische-internationale Kunst verzapft worden ist? Glauben Sie das? Festspiele können nur ein höchster Ausdruck nationalster Kunst sein. (Stürmischer Beifall.)

Es ist also nur die Frage, ob diese Reinhardtfestspiele diesen höchsten Ausdruck nationalen Kunstlebens und Erlebens in sich tragen. Und das konnten Sie ja selbst nicht behaupten! Sie haben ja nicht die Festspiele an sich verteidigt, Sie sagen: Da kann man natürlich zweierlei Meinung sein. Sie haben nur die Rentabilität verteidigt und meinten, daß wir alle auf dem Ast sitzen. Nein! Durchaus nicht! Auf dem Ast sehe ich zunächst nur einen großen Juden sitzen (große Heiterkeit), und wenn wir den Ast abgesägt hätten, dann wäre noch lange nicht München zugrunde gegangen. Aber ein Hebräer hätte von diesen Gois [58] nicht hunderttausend [*Reichs*]Mark verdient. Das wäre das praktische Ergebnis gewesen.

Ich darf Ihnen auch ganz offen sagen, daß mir diese ganze Aufmachung auch als Nationalsozialist widerlich ist deswegen, weil sich mein ganzes Empfinden dagegen erregt, aufbäumt,

58 Richtig Gojim. Hebräisch: Nichtjuden.

daß eine Veranstaltung aus Staatsmitteln subventioniert wird, bei der ein Regisseur, ein Jude 100.000 [*R*]M verdient, während die ganzen Künstler nur 147.000 [*R*]M bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber das nur nebenbei.

Sie meinten, daß nunmehr die Würfel gefallen sind. Ja, das sind die Würfel der Republik, die da immer fallen. Es ist auch wieder charakteristisch, daß Sie bei solchen Sachen überhaupt sagen können: Die Würfel sind gefallen. Die Würfel sind gefallen [59]! Man blickt in die antiken Zeiten zurück, man denkt an Julius Cäsar. Man denkt endlich an einen Cromwell, an Napoleon vor seinem Staatsstreich. Die Würfel sind gefallen: Reinhardt kommt nach München! (Stürmische Heiterkeit.) Ein verdammt großer Ausdruck einer würdigen großen Zeit ist das. Das ist das Würfelspiel, mit dem sich die deutsche Nation heute beschäftigt.

Und Sie meinen, weil diese Würfel gefallen sind, nimmt das Schicksal nun seinen Lauf, und der gewöhnliche Staatsbürger fügt sich dem! Denn Einheit tut not!

Mein sehr verehrter Herr Direktor! Auch wir sind für Einheit, aber nur nicht immer in derselben Linie! Sie glauben, uns hier die Notwendigkeit einer einheitlichen Kunstgesinnung vorhalten zu können. Ich bitte Sie, gehen Sie in die Redaktion der "Münchner Neuesten Nachrichten" und predigen Sie das dort! Dieses Blatt stört seit Jahren die künstlerisch-einheitliche Auffassung der Stadt München durch eine Art von Kritik, die uns den schwersten Schaden zufügt, und zwar stellen sie sich in Widerspruch zu den Leuten, die einer ganz anderen Meinung sind, die auch einmal sagen könnten: der Herr Direktor Knappertsbusch ist da, die Würfel sind gefallen, also seid doch ruhig. Aber gerade das Blatt hat kein Verständnis für diese notwendige Einheit und Einheitlichkeit der Gesinnung, die Sie von uns erwarten. Mein sehr verehrter Herr Direktor! Wenn Sie heute von Einheit reden in Deutschland, jetzt von einer Einheit, dann mutet das wirklich komisch an. Wie wollen Sie von einer Einheit reden in einer Zeit, in der die ganze Nation überhaupt nicht einmal mehr weiß, was Kunst ist. Sie weiß vielleicht, was der Münchener Fremdenverkehr ist, sie weiß vielleicht, was der Fremdenverkehrsverein ist, sie weiß auch - in diesem Saale -, wer der Herr Direktor dieses löblichen Vereins ist, aber sie weiß nicht und hat gar keine Ahnung, was heute noch deutsche Kunst ist. Das weiß die Öffentlichkeit gar nicht mehr. Das ist zerrissen! Stellen Sie sich doch einmal vor eine Münchener Auslage hin, sagen wir beim Luitpoldblock [60] oder irgendwo, dann hören Sie zu, wie weit die innere Einheit in der Beurteilung des Kunstwerkes, der Kunst überhaupt heute noch da ist. Da können zehn hingehen, da sehen Sie immer, alle schütteln den Kopf, einer schaut den anderen an, ob der auch den Kopf schüttelt, und wenn er den Kopf nicht schüttelt, dann schüttelt ihn der andere erst recht, und dann gehen sie weg. Und hie und da kommt ein dunkler, langgelockter Jüngling und stellt sich hin und schildert der Umwelt, daß das das innere Erlebnis eines Künstlers ist, der damit dem brodelnden Weltodem Ausdruck geben wollte, das das der Uräther gestaltet ist, aus dem heraus sich dann erst die Kristalle bilden usw. Und dann steht der gewöhnliche Münchner da, hört zu und geht dann weg. Er will die Einheit nicht stören; denn sonst würde er ihm eine mordsmäßige Maulschelle hineinhauen. (Beifall.) Es ist doch eine Unver-

59 "Alea iacta est!" nach Sueton Julius Cäsars Ausspruch beim Überschreiten des Rubikon 49 v. Chr.

60 Im "Luitpoldblock" (Brienner Straße 6-12) befand sich das Graphische Kabinett J. B. Neumann (Brienner Straße 10), das vorwiegend zeitgenössische Kunstwerke ausstellte. Vgl. Rupert Walser/Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. 1: München, München 1989, S. 266 ff.

schämtheit, das ist Blödsinn, der Kerl ist ja irr, so würde er denken, und so denken die Leute auch. Und da kommen Sie her und sagen auf einmal: Wir müssen die Einheit doch wahren. Glauben Sie, wenn die Demokratie - und Ihr Verein ist sicher demokratisch, das habe ich aus Ihrem ganzen Wesen entnommen -, wenn die Demokratie von Einheit redet, dann ist es ein Widersinn in sich. Es gibt hier gar keine Einheit. Und wenn jemand zu einer Einheit kommen will, dann muß er diese Fermente der Dekomposition [61], die Sie hier repräsentieren, bekämpfen. Und das tun wir und werden wir mit aller Entschlossenheit tun. Wir werden diesen Kampf, den wir mit sieben Mann begonnen haben [62] und der heute in Deutschland viele Hunderttausende von Menschen umfaßt [63], weiterführen, bis aus diesen neunhunderttausend eine Million, zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen geworden sind. Es wird die Stunde kommen, da werden daraus zehn Millionen geworden sein. Es wird die Stunde kommen, da wird das die politische Macht darstellen, und es wird die Stunde kommen, da wird diese politische Macht die deutsche Nation zur Einheit führen. (Stürmischer Beifall.) Auch zu einer Einheit in *den* Dingen!

Um aber dazu zu kommen, ist es zunächst notwendig, daß man wenigstens eine geistige Einheit schafft, insofern man vor das Volk hintritt und als deutscher Bürger das ausspricht, was Hunderttausende im Innern denken und nur nicht wagen, es auszusprechen, nämlich daß das keine Kunst ist, daß das Afterkunst ist. (Sehr richtig!) Es ist notwendig, daß man vor die Menge hintritt und ihr sagt: Menschen, seid mutig, laßt euch nicht etwas aufoktroyieren, woran ihr selbst nicht glaubt. Laßt euch nicht vorreden, daß das Kunst sei! Laßt euch nicht einschüchtern! Findet euch wieder selbst! Habt als letzten Mut den Mut zu sagen: Weg mit diesem erbärmlichen Kitsch und Mist! Wir nehmen das nicht mehr an. Und wenn man sagt: Ihr habt kein Kunstverständnis, dann sagen wir: Glaubt mir, es gibt Zeiten, in denen die Weisheit in der Faust liegt, das heißt in der Kraft eines Volkes, in der Kraft, derartige Verfallserscheinungen auszujäten und auszurotten, daß es Zeiten gibt, in denen die höchste Weisheit einfach in der Tat liegt, die nicht davor zurückscheut, Verfallserscheinungen rücksichtslos an den Leib zu gehen.

Und das werden wir tun! Und ich weiß, daß wir, wenn wir heute ganz gleich wo in Deutschland reden, mit unseren Zuhörern eine andere und innigere Einheit haben, als Sie sie bekommen. Da weiß ich, daß Millionen Herzen uns entgegenschlagen, daß Millionen Herzen sich für uns erwärmen, und ich weiß, daß in Millionen Gehirnen die Überzeugung aufzuckt: Die haben recht. Und ich weiß, daß in Millionen Menschen der Wille kommt, dieser Überzeugung eines Tages zum Durchbruch zu verhelfen, und daß aus diesen Millionen einzelnen Menschen eines Tages eine einzige Tat werden wird. Das weiß ich. Und insofern kämpfen wir für die Einheit des deutschen Volkes, für die Zukunft, während Sie die Einheit der Vergangenheit genau so wie alles andere Erbe vernichten und zertrümmern. (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

---

61 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden. Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

62 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

63 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

6. April 1929 Dok. 18
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 6.4.1929.

"Mit dem Ausnahmezustand kann jeder Esel regieren", riefen einst die Sozialdemokraten, wenn der bürgerliche Staat sich durch gesetzgeberische Maßnahmen vor der Unterhöhlungs- und Revolutionsarbeit der roten Genossen zu schützen versuchte [1]. Dabei war dieser bürgerliche Staat in seiner Abwehr wirklich zahm. Außer den gekrönten Oberhäuptern, die durch Majestätsbeleidigungsparagraphen einen besonderen Schutz erhielten [2], fiel jeder sonstige Bürger unter die Normen des allgemeinen Rechtes. Es gab nur eine einzige Ehre im Staate, und die war für jeden gleich. Heute ist das wesentlich anders. Nicht als ob die regierenden Stellen schärfere Ehrbegriffe hätten als früher, nein, das kann wirklich kein Mensch behaupten, es wird nur ihre Ehre schärfer beschützt [3]. Dabei spielt es dann keine Rolle, ob der einzelne Regierungsmann seine Ehre beschützen lassen will oder nicht. Er muß es nicht. Aber wenn er will, dann kann er es. Wirft man z. B. heute irgendeinem Beamten und Würdenträger eine gemeine Unterschlagung vor, dann kann er klagen, wenn er will, und kann es nach seinem Willen auch unterlassen. An seiner Staatsstellung, ja an seiner gesamten Einschätzung ändert dies an sich gar nichts. Je mehr aber ein solcher Zustand mit Schwächen behaftete Menschen an maßgebende Stellen setzt, um so mehr muß dann die Ehre an der Stelle in Schutz genommen werden. Anstatt der Wahrung der Ehre des Herrn, sagen wir Mores Lewitzky, der augenblicklich Minister ist, tritt der Schutz des Ranges, oder besser der Rangbezeichnung. Schon das ist ein vernichtendes Zeugnis für den Wert unseres heutigen Staatsinhaltes. Denn der Titel "Reichskanzler" hat seine äußere Bewertung erhalten durch den inneren Wert der Personen, die ihn trugen. Würde Bismarck beispielsweise sich statt "Reichskanzler" "Reichsanwalt", ja sogar "Reichsschreiber" genannt haben, dann hätte dieser Name, besonders wenn noch eine Anzahl ehrenhafter Nachfolger gekommen wäre, denselben fast mystischen Klang erhalten wie der Name "Reichskanzler". Daß man heute nun nicht mehr die Wahrung der Ehre des Trägers des Amtes, sondern die Wahrung der Amtsehre selbst in den Vordergrund schieben muß, gibt doch eine schlagende Illustration für den allgemeinen Verfall des Reiches und seiner Einrichtungen und Auffassungen. Seit dem Jahre 1918 taumelt das deutsche Volk von einem Ausnahmezustand in den anderen hinein. Die Parteiwirtschaft erfordert mehr Ausnahmegesetze in fünf Jahren als sie das alte Reich überhaupt je besessen hatte [4]. Es entspricht aber ganz der einfach unmeßbar inneren Verlogenheit der Sozialdemokratie, daß gerade diese Partei, die früher am unbändigsten gegen die Ausnahmegesetze brüllte und ihre Anwendung nur als das

1 Bezieht sich auf das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Vgl. Dok. 3, Anm. 43.
2 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.
3 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.
4 Hinweis auf die Praxis, durch Ermächtigungsgesetze legislative Kompetenzen in begrenztem Umfang durch den Reichstag auf die Reichsregierung zu übertragen, sowie die Verordnungsgewalt der Reichspräsidenten nach Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 437 ff.

sichtbare Zeichen einer von Eseln besorgten Staatskunst bezeichnete, sich heute zur wärmsten Fürsprecherin einer solchen Staatskunst aufspielt.

Herr Grzesinski kündigt soeben neue Ausnahmegesetze gegen die Nationalsozialisten an [5]. Es sind im letzten Jahre von Kommunisten sowohl als von Anhängern der Partei des Herrn Grzesinski so viele Nationalsozialisten erstochen, erschlagen [6] und schwer verwundet worden [7], daß der Herr Minister damit glaubt, ein Verbot der Nationalsozialistischen Bewegung genügend rechtfertigen zu können. Denn so ist es doch in Wirklichkeit. In München bringen die Parteigenossen der Partei des Herrn Grzesinski in viehischer Weise den Nationalsozialisten Hirschmann [8] um, im Ruhrgebiet Kommunisten und Sozialdemokraten den Parteigenossen Senft [9] und den Nationalsozialisten Thomae [10], in Berlin ermorden sie den Nationalsozialisten Kütemeyer [11], in Schleswig-Holstein stechen die politischen Kinder des Herrn Severing die Nationalsozialisten Schmidt und Streibel tot [12] usw. Über die Zahl der verwundeten Opfer dieses marxistischen Mordgesindels kann man gar nicht sprechen, so hoch ist sie. Was aber geschieht? Als in Wöhrden die vollkommen wehrlosen Nationalsozialisten niedergestochen wurden, zahlreiche Verwundete und zwei Tote den marxistischen Meuchelmördern zum Opfer fielen, da verbietet man nicht etwa die Kommunistische Partei, keine Spur. Den Nationalsozialisten werden die Versammlungen verboten. Als in Berlin aus einer Versammlung ein besoffenes provozierendes Subjekt hinausgefeuert wird, verbietet man auf zwei Jahre die Nationalsozialistische Partei in Berlin [13]. Dabei wurde dem Burschen außer ein paar Maulschellen, die

---

5 Der preußische Innenminister Grzesinski hatte öffentlich gedroht, bei weiterer Zunahme politisch motivierter Gewalttaten betroffene radikale Parteien und Verbände zu verbieten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 24.3.1929, "Die Gefährdung der Vereins- und Versammlungsfreiheit" sowie Vossische Zeitung vom 24.3.1929, "Die Regierung warnt". Nationalsozialisten und Kommunisten fühlten sich jeweils einseitig herausgefordert. Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966, S. 397 f.

6 Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 30, nennt von Anfang 1928 bis einschließlich März 1929 acht Todesfälle.

7 1928 zählte die SA 360 Verletzte bei politischen Auseinandersetzungen. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Nürnberg 1964, S. 412.

8 Georg Hirschmann (1888-1927), Schuhmacher, 1926 Eintritt in die NSDAP und SA.
Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Der Zusammenstoß zog eine Interpellation im Bayerischen Landtag nach sich. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte. 153. Sitzung vom 30.5.1927, S. 657 ff. und 154. Sitzung vom 31.5.1927, S. 677 ff.

9 Otto Senft (1892-1927), Friseur, 1924 Eintritt in die SA.
Otto Senft wurde am 13.2.1927 im Anschluß an eine NSDAP-Veranstaltung in Dortmund erschossen.

10 Gottfried Thomae (1901-1928), Ingenieur, SA-Sturmführer.
Gottfried Thomae wurde in Essen am 28.4.1928 im Anschluß an eine NSDAP-Wahlveranstaltung erschossen.

11 Vgl. Dok. 8, Anm. 7.

12 Vgl. Dok. 6, Anm. 14 sowie Dok. 9 und Dok. 10.

13 Anspielung auf die NSDAP-Versammlung in Berlin am 4.5.1927 und das darauf erfolgende Verbot der Partei für Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 120.

der Provokateur erhielt, überhaupt nichts angetan [14]. Hier aber handelt es sich um blutige Mordüberfälle. Aber eine Behinderung der politischen Tätigkeit dieser Parteien, die überhaupt nur laufende Mordhetze ist, findet nicht statt. Herr Grzesinski droht dafür, gegen die "radikalen Organisationen", die er deutlich als die rechtsstehenden bezeichnet, künftig noch schärfer vorgehen zu wollen, und mobilisiert die Polizei in diesem Sinne. In bürgerlichen Gazetten aber quasseln sog. deutsche Richter über das "verlorengegangene Vertrauen in die Justiz- und Rechtspflege" [15]. Welche Einstellung glaubt man denn, daß z. B. die holsteinischen Nationalsozialisten, die erst infolge ihrer Wehrlosmachung durch das Gesetz zwei Tote und zwei Dutzend Schwerverletzte verlieren und dann dafür noch in ihrer politischen Tätigkeit verboten werden, zur "Rechtspflege" dieses Staates haben können? Oder welche Einstellung zur Rechtspflege und welches Vertrauen in die Rechtspflege der Republik vermutet man etwa bei Menschen, die es Tag für Tag mit ihren eigenen Augen sehen, wie man kleine Schnürsenkeldiebe einsperrt, während die großen Inflationsgauner, Millionenbetrüger und Milliardenräuber unseres Volkes der Justiz überhaupt unauffindbar sind [16]? Nur her mit den Ausnahmegesetzen, und zwar noch mit viel schärferen, denn es genügt noch lange nicht, dem Menschen das Reden und Schreiben gegen die Zustände dieser Republik zu verbieten, man müßte überhaupt kurzerhand das Denken bestrafen, denn wer in diesem Staate nur überhaupt nachdenkt, muß wenigstens geistig zum überzeugten Revolutionär werden.

In diesen Tagen hat der Faschismus in Italien das italienische Volk befragt, ob es mit diesem System zufrieden ist oder nicht. Die Antwort war das überwältigendste Glaubensbekenntnis der gesamten italienischen Nation zu dieser neuen Staatsidee und ihrer Verwirklichung [17]. Das ganze gequälte Geblödel unserer deutschen Presse, das Wunder einer geradezu einstimmigen Anerkennung einer Regierungsmethode zu besudeln [18], wirkt mehr als lächerlich und ändert gar nichts an der Tatsache der allen sichtbaren Entscheidung. Man lasse doch gefälligst in Deutschland einmal abstimmen, wer für die Republik ist, wer für die Weimarer Verfassung ist, wer für Herrn Stresemann ist, oder für Herrn Grzesinski, oder für Herrn Müller, oder Herrn Bauer, und Braun und Hilferding, und wie die kolossalen Staatsmänner alle heißen, die unser Volk heute aufzuweisen hat; man lasse doch das deutsche Volk einmal abstimmen darüber,

14 Zu Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen in 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

15 Bezieht sich auf die seit 1926 vom Republikanischen Richterbund aufgebrachte Diskussion um die "Vertrauenskrise der Justiz", die 1929 bereits als beendet galt. Das Schlagwort wurde jedoch von der nationalsozialistischen Propaganda weiter verwendet Vgl. Robert Kuhn, Die Vertrauenskrise der Justiz (1926-1928). Der Kampf um die "Republikanisierung" der Rechtspflege in der Weimarer Republik, Köln 1983, S. 247 ff., 266 ff.

16 Der Vorwurf, daß die Justiz große Wirtschaftsstraftäter pfleglich behandle, für geringfügige Delikte jedoch harte Strafen ausspreche, findet sich in der nationalsozialistischen Propaganda durchgängig. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 244 ff.

17 Am 24.3.1929. Die Beteiligung an der Abstimmung lag bei 89,63% der Stimmberechtigten, 8.506.576 (98,4%) stimmten mit Ja, 136.198 (1,6%) mit Nein. Vgl. Engelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1929, Stuttgart 1930, S. 221 f.

18 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 26.3.1929 (AA), "Frankfurt, 26. März" sowie Vossische Zeitung vom 26.3.1929 (PA), "Der 24. März in Südtirol".

und dann wird man gleich ein anderes Wunder erleben. Die Herrschaften kennen es sehr genau und wissen wie es aussieht [19]. Zehn Jahre marxistisch-zentrümlerische Demokratie und Parlamentsschweinerei haben Deutschland zerrissen und ohnmächtig gemacht, das deutsche Volk in unzählige Splittergruppen zersetzt. Sechs Jahre faschistisches Regiment genügten, um das italienische Volk aus derselben Zerrissenheit wieder zur nationalen Einheit zurückzuführen. Wenn heute jemand die Bedeutung dieser Tatsache übersieht oder zu leugnen versucht, und den Mann, der dieses alles durch die Kraft seiner Persönlichkeit geschaffen hat, als "geistlosen Rizinusöldiktator" [20] bezeichnen zu müssen glaubt, dann ist dies jedenfalls kein geschichtliches Urteil über Benito Mussolini, sondern höchstens ein solches über die voreilige Verkündung einer solchen Äußerung. Denn die Geschichte spricht ihre Urteile nicht über die gewollten, als vielmehr über die gelungenen Taten. Die Tatsache, daß inmitten des westeuropäisch-parlamentarisch-demokratisch versauten Europas ein Staat zu einer solchen Einmütigkeit der Auffassung emporgerissen werden konnte, ist bewundernswert und hebt den hierfür verantwortlichen Staatsmann meilenweit empor über das Zeug, das sonst hierzulande diese erhabene Bezeichnung beansprucht. Daß aber die Wahl nicht vollkommen einstimmig ausfiel, sondern sich immerhin noch 130.000 gegnerische Stimmen erhoben, begründet der Bruder Mussolinis [21], der von dieser Sache immerhin einiges verstehen dürfte, indem er erklärt, daß dies in erster Linie die Freimaurer gewesen sind, die auf diese Weise ihrer Feindschaft und ihrer Rache gegen Mussolini und den faschistischen Staat Ausdruck verliehen haben. Die Freimaurer in Italien können eben nicht so logisch denken wie die völkische Wunderfrau [22] in Deutschland, für die der große Italiener "Hochgrad-Freimaurer" ist, einfach, weil er es sein muß [23]. Punkt und Basta. Was sind das doch für Schafsköpfe, diese italienischen Freimaurer, die gegen ihren eigenen "Hochgrad-Bruder" Mussolini stimmen, wo sie doch für sage und schreibe 120 Pfennige im Monate vom Born des politischen Orakels zu München [24] alle seherische Weisheit wöchentlich einmal beziehen könnten!

19 Zum Wahlverhalten in der Weimarer Republik vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen.
20 Anspielung auf die Gewohnheit der faschistischen "Squadristi", politischen Gegnern Rizinusöl in hohen Dosen einzuflößen. Vgl. Mack Smith, Mussolini, S. 111.
21 Arnaldo Mussolini (1885-1931), Lehrer, 1918 Redakteur, 1922-1931 Direktor der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia".
22 Anspielung auf Mathilde Ludendorff.
23 Vgl. Deutsche Wochenschau vom 10.3.1929, "'Unsere Lage ist ernst'".
24 Vgl. Anm. 22.

9. April 1929 Dok. 19
"GRUSA VI. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; StA München, Pol. Dir. München 6825 [1].

Befehlsregelung

1. Jeder SA[-]F[*ührer*] hat das Recht (und nötigenfalls die Pflicht), jederzeit in die Führung jedes SA-Verbandes seines Befehlsbereiches in beliebigem Umfange einzugreifen.

2. Treffen SA-Verbände verschiedener Befehlsbereiche zusammen, so muß stets ein SAF die Führung haben. Wer dieses ist, wird vorher durch höheren Befehl geregelt.

3. Hat eine solche Regelung nicht stattgefunden, so hat derjenige SAF die Führung, der die höchste Dienststellung bekleidet; Voraussetzung ist, daß er im Dienstanzuge ist und mehrere ihm unmittelbar unterstehende Verbände seines Bereiches zugegen sind.

Sind mehrere SAF gleichhoher Dienststellung zugegen, so hat derjenige die Führung, der seine Dienststelle am längsten bekleidet. Voraussetzung wie zuvor.

Beispiel:

Zu der Sonnwendfeier einer Ortsgruppenleitung erscheinen unerwartet viele SA-Verbände, darunter 3 Sta[*ndarten*]f[*ührer*] und 2 SS[-*Verbände*] mit einem SS-Staf. Wer hat die Führung? Ein Staf hat aus seinem entfernteren Bereiche wohl allerlei Gru[ppen], aber keinen geschlossenen Sturm mitgebracht; er scheidet deshalb sofort für die Führung aus. Die beiden anderen Staf und der SS-Staf stellen an Hand der F[*ührer*]-Ausweise ihr Ernennungsdatum fest; der Dienstälteste von den Dreien übernimmt Gesamtführung und Gesamtverantwortung.

Plötzlich erscheint der Bri[*gade*]f[*ührer*], zu dessen Bereiche zwei der Staf gehören, im Dienstanzuge.

Er muß jetzt die Führung übernehmen. Schließlich erscheint noch der Ob[*er*]f[*ührer*] aus dem ferneren Nachbarbereiche, zu dem der erste Staf mit den wenigen Gru gehört. Er kommt für die Führung nicht in Betracht, weil kein ihm unmittelbar unterstehender Verband zugegen ist, sondern nur Teile von solchen.

4. Wenn eine dringende Notlage vorliegt, oder wenn sonst erheblicher Schaden im Verzuge ist, hat jeder SAF, der eine höhere Dienststelle als die Anwesenden bekleidet, das Recht und die Pflicht, sofort die Gesamtführung zu übernehmen. Ob die Notwendigkeit gegeben ist, unterliegt allein seinem eigenen Urteil. Die unter Führung genommenen SAF (und deren ordentliche Vorgesetzte) können sich erst anderen Tags nachträglich auf dem Dienstwege beschweren.

Ist der höhere SAF nicht im Dienstanzuge, so kann er aus diesem Grunde die Übernahme der Führung ablehnen, wenn er es den Umständen nach für angebracht hält.

Die Übernahme der Gesamtführung muß sofort allen SA-Verbänden unzweideutig bekanntgegeben werden. Im selben Augenblicke geht auch die gesamte Verantwortung auf den

---

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!" Fußvermerk: "bis Sturmf einschl."

neuauftretenden höheren SAF über. Ebenso ist die Beendigung der Führung bekannt zu geben. Entweder übernimmt der fremde höhere SAF solcherweise die Gesamtführung und Verantwortung oder er hat keinerlei Befehlsgewalt auszuüben. Durch einzelne Befehle und Anordnungen sich gelegentlich einzumischen, ist völlig unzulässig.

Über jede solche Übernahme der Gesamtführung muß der betreffende höhere SAF binnen 1 Woche schriftlich auf dem Dienstwege an Osaf berichten unter Darlegung der Gründe, die ihn zu diesem Entschlusse führten.

Beispiel:

Fortsetzung von Ziff. 3. Marxistische Terrorkolonnen kommen angerückt. Der erste Steinwurf trifft den Brif schwer und setzt ihn außer Tätigkeit. Der älteste Staf scheint bei seiner Sta[*ndarte*] unentbehrlich. Da übernimmt der fremde Obf die Gesamtführung.

5. Der Führer, der die Gesamtführung (gem. Ziff. 2, 3, 4) übernommen hat, ist Vorgesetzter aller anwesenden, im Dienst oder im Dienstanzug befindlichen SA- (und SS-) Männer in allen rein disziplinären Fragen; der Führer kann also nötigenfalls die sofortige Dienstenthebung (nicht endgültige Absetzung oder Ausschluß) eines SAF (SS[-]F[*ührers*]) oder SA-(SS-) Mannes aussprechen. Auch kann er die vorläufige Besetzung einer Führerstelle vornehmen.

gez. v. Pfeffer

Für die grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantworung.

Der Vorsitzende der NSDAP

gez. Adolf Hitler

9. April 1929 Dok. 20
Erklärung

VB vom 11.4.1929, "Erklärung".

In einer unlängst stattgehabten Gerichtsverhandlung [1] wurde von einem gegnerischen Rechtsanwalt [2] die Behauptung ausgesprochen, daß die Geschäftsanteile der Firma Franz Eher Nachf. [3], die den "Völkischen Beobachter" herausgibt, langsam zum größten Teil in die Hände

1 Am 4.4.1929. Max Amann hatte im Zusammenhang mit einer Kündigung die betroffene Angestellte wegen Beleidigung verklagt. Vgl. Münchener Post vom 5.4.1929, "Praktischer 'National'-Sozialismus"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.4.1929, "Beleidigungs-Prozeß wegen einer Entlassung".

2 Alfred Holl (1883-1966), Rechtsanwalt, 1924 Verteidiger von Friedrich Weber im Hitler-Prozeß.

3 Die NSDAP hatte am 17.12.1920 einen beherrschenden Anteil des stark verschuldeten Eher-Verlages gekauft und den "Völkischen Beobachter" als Parteiorgan übernommen. Die genauen Besitzverhältnisse nach 1921 sind nicht mehr zu ermitteln. Vgl. Oron James Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.

des Herrn Amann [4] persönlich übergegangen seien und dieser mithin "privatkapitalistische Tendenzen in sich verkörpere".

Diese Behauptung ist von Anfang bis zum Ende unwahr.

Die Firma Franz Eher Nachf. ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren gesamte Geschäftsanteile sich in den Händen des nationalsozialistischen deutschen Arbeitervereins, eingetragener Verein zu München [5], befinden. An der Firma gibt es mithin überhaupt keinen Privatbesitzer.

Herr Max Amann hat nach zahlreichen Zusammenbrüchen des Unternehmens als Geschäftsführer der G.m.b.H. im Jahre 1921 die Leitung derselben übernommen und durch seine ebenso fähige wie persönlich uneigennützige Tätigkeit diesen größten Parteibetrieb zu seiner heutigen Bedeutung emporgeführt. Es ist dies in einer Zeit geschehen, in der tausend und abertausend andere Zeitungen, denen sogar größte finanzielle Subventionen zur Verfügung standen, zugrunde gingen. Trotzdem unserem Parteibetrieb nicht wie dem Berliner Vorwärts 800.000 [*Reichs*]Mark Bankkapital zur Verfügung standen [6], ist es der Tatkraft und der seltenen Tüchtigkeit des Parteigenossen Max Amann gelungen, das am Ruin stehende Unternehmen über die schlimmste Zeit der Inflation sowohl als [*sic!*] des Parteizusammenbruchs hinwegzuführen und zur heutigen Größe emporzubringen.

Die sichtbare Leistung dieser Tätigkeit und ihr Erfolg erledigt meines Erachtens am besten alle Versuche, den Verlagsdirektor unseres vorbildlichen Parteiverlags anzugreifen, bieten aber vielleicht auch eine Erklärung über die inneren Beweggründe dieser Versuche!

Als verantwortlicher Führer der Nat.-Soz.D.A.P. [*sic!*] sehe ich mich aus diesem Grunde erst recht veranlaßt, dem Parteigenossen Herrn Amann für die außerordentlichen Verdienste, die er sich um den Parteiverlag und damit um die Bewegung erworben hat, meinen Dank auszusprechen.

München, den 9. April 1929.

gez. Hitler

---

4 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

5 Vgl. Bd. I, Dok. 64, 146.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

9. April 1929 Dok. 21
"Für deutsche Künstler Hungergagen, für Reinhardt-Goldmann aus den Taschen der notleidenden Münchner Steuerzahler 100.000 Goldmark" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Aufzeichnung [3], o. D.; BA, NS 26/56 [4].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Auch ich glaube, daß die Auffassung, man dürfe über eine einmal beschlossene Sache nicht mehr zweierlei Meinung sein, nicht aufrechtzuerhalten ist. Sie wissen ja, wie in Deutschland heute oft Beschlüsse zustandekommen. Es ist hinterdrein überhaupt niemand mehr da, der die Verantwortung trägt, den man zur Verantwortung ziehen könnte. Man kann mithin auch nicht sagen, daß man eine Sache zunächst einmal abrollen lassen soll, weil sie nun einmal beschlossen ist, da hinterdrein niemand dafür haftbar gemacht werden kann, weil es meist so ist, daß solche kritischen Dinge, ich möchte fast sagen, in Form einer Überrumpelung vorgenommen werden, d. h., daß die öffentliche Meinung dann plötzlich erfährt, daß dies oder jenes im Gange ist. Solche Dinge werden dann mit Blitzesschnelligkeit durchgepeitscht, und wenn die Sache vorbei ist, heißt es, es hat gar keinen Wert mehr, darüber noch einmal zu reden, es ist zweckmäßiger davon zu schweigen, es ist nun einmal geschehen, und daran läßt sich nichts ändern.

Daß es notwendig ist, zu solchen Dingen trotzdem Stellung zu nehmen, geht daraus hervor, daß sonst kein Mensch wüßte, daß eben eine einstimmige Meinung über derartige Vorgänge durchaus nicht vorhanden ist. Man würde das später glatt bestreiten, würde sagen, warum habt ihr euch nicht vorher gemeldet. Hinterdrein ist man gescheit, nachdem die Sache vorbei ist und jeder den Fehler sieht, aber vorher! Wir wissen, wie schnell die Herren dabei sind zu behaupten, vorher hätte kein Mensch etwas anderes gesagt. Die Münchner Neuesten [*Nachrichten*] z. B. sagen ganz unverfroren und unverschämt, ja, es war ein politischer Fehler von uns, Italien neuerdings in die französisch-englische Entente hineinzutreiben [5]. Das mußte nicht geschehen. Es ist aber doch eine unverschämte Frechheit, wenn heute ein solches Blatt hergeht und so schreibt, als wenn gar nichts nach der Richtung sich bereits abgespielt hätte, schreibt, daß man Italien nicht zu Frankreich peitschen dürfe, während gerade dieses Organ mitgehol-

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 7./8., 9. und 10.4.1929 sowie Polizeibericht. Titel laut masch. Aufzeichnung: "Die Reinhardtfestspiele in München", laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10077): "Reinhardt-Goldmann spielt auf - und die Münchner zahlen".

2 Im Löwenbräukeller, von 20.30 bis 22.20 Uhr. Die Versammlung leitete Hermann Esser.

3 Kopf: "Reden des Führers. Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 9. April 1929".

4 Vgl. Polizeibericht der Polizeidirektion München vom 10.4.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740 sowie VB vom 11.4.1929, "Fremdenverkehrsrummel und jüdische Kunstverballhornung".

5 Bezieht sich wahrscheinlich auf die kommentierte Meldung "Zwischenstadium" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 9.4.1929, in der das Zusammenrücken der Alliierten in der Reparationsfrage auf die zu geringen Jahresraten, die die deutsche Delegation angeboten hatte, zurückgeführt wurde.

fen hat, diese Entwicklung zu beschleunigen, und während tatsächlich in Deutschland eine ganze Bewegung seit 8 Jahren gegen diesen Wahnsinn ankämpft. Das wird jetzt glatt unterschlagen mit jener Taschenspielerfertigkeit, die wir bei diesen Patentjournalisten zur Genüge kennen und auch hier wieder sehen.

Wenn die Festspiele [6] schlimm ausgehen, und sie gehen künstlerisch auf alle Fälle schlimm aus, trotz des Geschreis der Presse, die Enttäuschung wird groß sein, und die Fremden werden auch nicht angezogen werden, dann wird man sagen, wie kann man auf solche Festspiele kommen. Diese Idee war nicht ganz richtig, und letzten Endes steht schließlich ein solches Organ als einziges da, das wenigstens nachträglich die Sinnlosigkeit eines solchen Experiments erkennt. Diese Leute sagen dann später sogar ganz unverfroren, wir haben schon immer dagegen Stellung genommen.

Ich erinnere mich noch sehr wohl an die Zeit - wir waren damals auch in diesem Saale [7] - da es der glorreiche Herr Außenminister für richtig fand, den bayerischen Stier bei den Hörnern zu packen - ich glaube er hat den bayerischen Löwen beim Schwanz erwischt und hat ein paar hinaufbekommen -, da also der Herr Außenminister glaubte, den Stier in der Hand zu haben [8]. Damals erklärten wir, daß uns Herr Stresemann nicht als Stierbändiger vorkommt, daß wir uns diesen Mann nicht gut als Stierkämpfer in der Arena vorstellen können. Wir waren die einzigen, die damals diese Meinung vertreten haben und dagegen Stellung nahmen. Die anderen Parteien, ich will nicht sagen, daß sie es vielleicht nicht gesehen haben, aber sie sehen es nicht gerne und bringen vor allem nicht den Mut auf, offen dagegen Stellung zu nehmen. Besonders die große Münchener Presse übte sich damals in Entrüstung darüber, daß wir bösen Nationalsozialisten es wagten, den unvergleichlichen Herrn Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Syndikus a. D. [9], anzugreifen und an seinen Fähigkeiten zu zweifeln. Es sind aber dann nicht 3 Tage nach den Wahlen [10] vergangen, da schrieb die Münchener Presse ganz gleichgültig über Herrn Stresemann und heute kritisiert sie ihn auch manchmal und geht sogar weiter und erklärt, was wir schon seit Jahren gesagt haben, diese Außenpolitik war nicht richtig. Das ist doch eine ganz unglaubliche Verdrehungskunst, und das verpflichtet uns beizeiten immer unseren Einspruch und Widerspruch anzumelden, und zwar so deutlich, daß er gehört wird, und da uns andere Mittel, dies zum Ausdruck zu bringen, nicht zur Verfügung stehen als die Massenversammlungen, gehen wir ins Volk hinaus trotz aller Vereinigungen, trotz Fremdenverkehr und trotz dem Wüten unserer Stadtratsfraktionen. Wir gehen in das Volk hinaus und werden immer unsere Einwände vorbringen, unseren Widerspruch anmelden und sind überzeugt, daß einmal selbst das vergeßliche deutsche Volk sich in einigen Fällen daran erinnern

6 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

7 Hitler bezieht sich wahrscheinlich auf seine Rede vom 2.5.1928, "Geist und Doktor Stresemann?", die jedoch im Bürgerbräukeller stattfand. Vgl. Bd. II/2, Dok. 268.

8 Anspielung auf eine Wahlkundgebung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller am 25.4.1928 für die Reichstagswahl vom Mai 1928, die von der NSDAP so stark gestört worden war, daß sie vorzeitig abgebrochen werden mußte. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.4.1928, "Die Stresemann-Versammlung gesprengt"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.4.1928, "Ein Sieg der Dummheit" und "Stürmische Wahlversammlung"; Berliner Tageblatt vom 26.4.1928 (AA), "Zur Stresemann-Rede in München"; VB vom 27.4.1928, "München lacht über Stresemann" und "Stresemanns Bürgerbräu-Katastrophe".

9 Bezieht sich auf Stresemanns Tätigkeit als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller von 1912-1918.

10 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

wird, daß die Nationalsozialisten es gewesen sind, die vor Zeiten schon das und das vorhergesagt haben.

Über die Tatsache brauche ich wenig zu sagen. Sie ist Ihnen allen bekannt. In München sollen Festspiele abgehalten werden.

Nun darf ich hier gleich einfügen, der Begriff Festspiele ist ebenso dehnbar wie unbestimmbar. Was heißt eigentlich Festspiele? Ich glaube, wenn kein Richard Wagner gewesen wäre, wäre der Begriff Festspiele bei uns überhaupt nicht vorhanden. Erst Richard Wagner hat den Begriff Festspiele zu einem flüssigen, zu einem allgemein geläufigen gemacht, das Wort zum mindesten [11]. Nun war bei Richard Wagner der Charakter von Festspielen insoferne gegeben, als ganz besondere Kunstwerke damals in unvergleichbaren, mustergültigen, unerreichten Aufführungen der Öffentlichkeit gezeigt werden sollten, und zwar als Dokumente deutschesten [*sic!*] Geistes. Diesen Festspielen haftete nichts an, was irgendwie international hätte empfunden werden können. Daß später nichtsdestoweniger die ganze große Welt diese Festspiele besuchte und daß Menschen aus aller Herren Länder ihre Bewunderung ausdrückten, hing damit zusammen, daß am Ende doch das germanische Blut vielfach verbreitet ist, selbst in romanischen Völkern und dort im Unterbewußtsein plötzlich Stimmen lebendig wurden, die auf diese Kunstwerke hin eben zum Klingen gebracht worden waren, so daß man nun plötzlich Verständnis dafür empfand und das eintrat, was man heute fälschlicher Weise als das Internationale der Kunst bezeichnet, daß nämlich nationalste Kunstwerke allgemeine internationale Bewunderung erringen. Diese Kunstwerke waren aber aus rein deutschem Wesen heraus geboren worden. Sie waren die Repräsentation unseres deutschen Wesens im höchsten Sinne des Wortes, und die Aufführungen standen auf einer damals praktisch sonst nicht irgendwie erreichbaren Höhe. Das waren damals die Festspiele.

Später dann, nachdem erst Richard Wagner mit seiner verrückten Idee maßlos bekämpft worden war, und zwar nicht zum wenigsten von den Vätern der heurigen Festspiele hier, später, nachdem man gesehen hatte, daß die Festspiele zu einer großen Zugkraft geworden waren, die sich weit über Deutschland hinaus auswirkte, sahen dann unsere klugen Stadtväter die Rentabilitätsmöglichkeiten derartiger Veranstaltungen, und dann begann man überall Festspiele aufzuführen. Diese Spiele verdienen aber eigentlich nicht die Bezeichnung Festspiele. Man müßte sie eigentlich Fremdenspiele oder noch besser Fremdenfangspiele, Fremdenanzugsspiele oder so etwas heißen, denn mit Festspielen haben sie an sich nichts zu tun. Besonders aber kann man nicht Festspiele so produzieren und veranstalten, daß man sich eines Tages zusammensetzt und sagt, es muß etwas gemacht werden, entweder wir kriegen eine Ausstellung her oder einen Kongreß der Bienenzüchter oder vielleicht eine Tagung sämtlicher Lebzeltermeister [12] von Deutschland oder eine große Hundeausstellung, und wenn das alles nicht möglich ist, dann müssen es eben Festspiele sein, denn etwas muß gemacht werden. Dann studiert man, wer eignet sich am besten, um einen solchen Rummel groß aufzuziehen, die große Trommel zu rühren und den notwendigen Tschintschin und Tamtam zu machen, und da sagt man dann, das bringt kein anderer fertig als Reinhardt. Es hat sich bewiesen in Salzburg und in Berlin und

11 Der Begriff "Festspiele" geht auf das Mittelalter zurück. Die 1876 von Richard Wagner begründeten Bayreuther Festspiele sollten "Bühnenweihfestspiele" sein.

12 Lebkuchenbäcker.

überall, wo er auftritt [13], die Leute laufen hinein. Wie sie dann aus den Festspielen herauskommen, ist eine andere Sache. Und außerdem hat er die ganze Presse für sich. Diese wird günstig schreiben, denn er ist aner von insere Leit [*sic!*]. Es wird dann eine maßlose, wenn auch nicht Begeisterung, so doch a [*sic!*] Aufregung in das Volk hineingebracht. Alles wird sich aufregen, die Presse wird schreiben über die graussartigen [*sic!*] Vorstellungen usw., und das wird sich verbreiten über ganz Deutschland, soweit die jüdische Zunge klingt. (Heiterkeit.)

Meine lieben Volksgenossen! Es sind das also eigentlich in Wirklichkeit keine Festspiele. Aber auch sonst kann man über die künstlerischen Qualitäten in der ganzen Sache zum mindesten geteilter Meinung sein. Wir wollen keines einzelnen Kunstmeinung hier vergewaltigen, sondern möchten nur eines feststellen, Ewigkeitswerte werden durch Reinhardt-Aufführungen auf keinen Fall geschaffen, sondern sie unterliegen der Mode, und zwar einer außerordentlich vergänglichen Mode.

Was uns und mit uns ungezählte Deutsche von diesen Festspielen zurückstößt, ist gerade das, daß sie nicht, sagen wir, eine Verkörperung des deutschen Geistes und deutschen Wesens sind, ja daß sie im Gegenteil sich sogar am Wesen der Kunstwerke selbst nicht wenig versündigen, daß man beginnt, das Wesentliche im Äußeren, im Tamtam, im Prunk zu sehen, in der Aufmachung, in der Dekoration usw., in kleinen Mätzchen und daß in Wirklichkeit der tiefere Kern des Kunstwerkes darunter leidet, manchmal überhaupt verdorben wird, indem man diese Kunstwerke künstlerisch auffrischt, auffrischt kann man eigentlich nicht sagen, denn die heutige Zeit kann Frische nicht gut vertragen, sondern einen kleinen Beigeschmack gibt, den das Wild bekommt, wenn man es längere Zeit liegen läßt, durch den es pikant wird, wodurch man hier die Menschen anlockt. Das Drum und Dran, nicht mehr das Kunstwerk an sich soll die Menschen anziehen, der Pfeffer und das Salz, wie man sich ausdrückt. Da glauben wir, daß das an sich zum mindesten kein Gewinn für die Kunst ist. Es wird dadurch vielleicht ein Werk eine gewisse Zeitlang noch genußfähig gemacht werden können, innerlich erfolgt aber erst recht eine Abtötung dadurch, daß das unverdorbene Kunstempfinden beseitigt wird, daß man ein Kunstwerk an sich so zerstört, daß es für die breite Masse eines Volkes überhaupt nicht mehr genußfähig erscheint. Da müssen wir Nationalsozialisten uns gegen die Auffassung wenden, daß es sich nur darum handeln kann, die Kunst einem ganz kleinen blasierten Kreis genießbar zu machen, indem man sie immer mehr würzt und von ihrem wahren inneren Gehalt entfernt. Als Nationalsozialisten stehen wir auf dem Standtpunkt, wenn gewisse Gesellschaftsklassen so verdorben sind, daß sie unverdorbene Kunst nicht mehr genießen können, dann ist es falsch, diesen Klassen immer wieder die Kunst zurecht zu frisieren, daß sie ihnen dennoch paßt, sondern man müßte diese Klassen ausschicken und die wirkliche Kunst in das Volk bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es finden sich nämlich, glauben Sie mir, in Deutschland ungezählte Millionen Menschen, und das sind nicht die schlechtesten, die diesen ganzen Pfeffer nicht brauchen, die man nur von Jugend an richtig zu erziehen braucht, um in ihnen das dankbarste Publikum zu bekommen, das es überhaupt gibt, und zwar das Publikum, das dann auch noch lebensfähig und gesund genug ist, um der Nation weitere Kräfte für die Zukunft zu schenken; denn ich glaube nicht, daß aus den dekadenten Kreisen, die zu den dauernden Besuchern der Reinhardt-Festspiele gehören, einmal wieder große Künstler entstehen könnten. Fri-

13 Vgl. Dok. 17, Anm. 1.

seure der Kunst vielleicht, die ihr neue Perücken aufzusetzen vermögen, aber keine wirklich gestaltenden großen Kräfte!

Wir wissen weiter, daß auch die Auswahl der Stücke heute, wie wir das am besten gerade jetzt im Falle München sehen, nicht nach höheren Gesichtspunkten erfolgt, sondern nur von der Frage diktiert ist, werden sie ziehen, sind sie ein Anreiz, der momentan, sagen wir, gangbar ist. Das ist alles gangbar und wird damit Menschen anziehen können. Das ist auch hier wieder maßgebend, und da geht Reinhardt unendlich weit. Was hat dieser Festspielbringer der Stadt München nicht schon alles aufgeführt! Wissen Sie, Richard Wagner ist am Ende eine genau und klar umrissene Persönlichkeit. Bei Reinhardt kann man so etwas nicht behaupten, auch nicht von dem Theaterdirektor Reinhardt. Reinhardt greift zu allem. Ob es nun die "Büchse der Pandora" [14] oder "Der brave Soldat Schweyk" [15] oder "Ehen werden im Himmel geschlossen" [16] ist, ist ihm einerlei, wenn es nur etwas ist, was als neu angesprochen werden kann, was das heute heißt, werde ich dann noch kurz erklären, hat es Aussicht bei Reinhardt aufgeführt zu werden. Damit begibt er sich auf ein Gebiet, das wir als Nationalsozialisten dereinst nicht betreten wollen, nämlich daß man unter moderner Kunst nur das versteht, was dem augenblicklichen Zeitgeist entspricht. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Kunst den Zeitgeist zu bilden hat. Wenn jemand behauptet, daß der Zeitgeist nur bestimmte Kunstwerke erfordert, dann müßte es doch so sein, daß die Zeiten des größten nationalen Verfalls zwangsläufig höchste Kunst erfordern würden, daß in Zeiten, in denen der politische Verfall sichtbar vor Augen steht, die Kunst erst recht die Nation wieder herausheben müßte, nicht nur aus der Auffassung des Alltags, sondern aus der ganzen Gesinnungslosigkeit der Zeit, aus der feigen Anpassungsfähigkeit der Zeit an die schlechten Erscheinungen usw. Vor allem glauben wir niemals an eine Kunst, die nur deshalb als modern gepriesen wird, weil sie sich Formenelementen bedient, die noch nicht dagewesen sind. Sehen wir nur die heutige Architektur, die Malerei und Bildhauerkunst an. Man wagt es heute, einem ganzen Volke die Erzeugnisse von verrückten Gehirnen als Kunst vorzusetzen, wagt es, diese Ergebnisse als der Zeit entsprechend zu zeigen, weil solche Dinge früher nicht produziert wurden, weil mit diesen Formenelementen nicht gearbeitet wurde. Man arbeitete aber früher nicht deshalb nicht damit, weil es früher nicht etwa nicht solche ingenieuse Köpfe gegeben hätte, die nicht auf solche verrückte Ideen gekommen wären, denn so etwas kann jedes 10jährige Kinde hinkritzeln, sondern weil man unter Kunst etwas anderes verstanden hat und weil man es nicht wagte, den Menschen, ich muß schon sagen, einen derartig gehirn- und charakterverderbenden Mist vorzusetzen. Das ist der ganze Grund. Wenn man uns nunmehr so etwas vorzusetzen wagt, müssen wir dagegen Protest einlegen.

Diese Art von Kunst wird auch nicht für die Ewigkeit gemacht. Was wahre Kunst ist, wird bleiben und wird Anerkennung finden selbst noch nach Jahrtausenden. Das, was man uns als

14 Theaterstück von Frank Wedekind. Zweiter Teil der Tragödie "Erdgeist", zusammen unter dem Titel "Lulu" aufgeführt. 1904 erste geschlossene Aufführungen, 1928 von Otto Falckenberg an den Münchner Kammerspielen inszeniert.

15 Theaterstück nach dem Roman "Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk" von Jaroslav Hašek, dramatisiert von Max Brod und Hans Reimann, am 23.1.1928 auf der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz in Berlin unter der Regie von Erwin Piscator uraufgeführt.

16 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.

moderne Kunst aufzudrängen sucht, ist Afterkultur und Kitsch und wird nicht einmal die Periode der heutigen .... [17] überleben, geschweige denn über ein Volk hinwegdauern. Das hat keine Zukunft. Was man heute als das wesentliche bei den Aufführungen ansieht, sind äußere Mätzchen, ist das ganze äußere Drum und Dran. Das hat an sich nicht Ewigkeitswerte. Es ist eine Frechheit, wenn heute jemand mit solchen Mätzchen etwa Shakespeare zu verbessern sucht [18]. Man kann das nicht. Es bleiben das Mätzchen, die wieder vergehen und verschwinden werden. Und wenn jemand sagt, das muß geschehen, damit das Volk überhaupt noch hineingeht, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Kunst sich auf Abwegen befindet; denn sie versucht nicht mehr, das Volk aus dem Mist und Schmutz zu sich heraufzuziehen, sondern begibt sich selbst in Mist und Schmutz hinein und wühlt darin herum und glaubt trotz alledem, in diesem Mist und Schmutz gefunden zu werden. Die sie aber wirklich dort finden, brauchen keine Kunst, denn die würden auch für andere Zwecke kommen, wenn sie statt dessen meinetwegen ein Wundertier oder sonst irgend etwas ausgestellt sehen. Diese Kreise werden dann auch kommen und ihre Zeit damit töten. Das ist aber nicht das Volk, das ist nicht die Nation und, wohl gemerkt, für diese ist auch keine Kunst geschaffen worden. Für diese Menschen hat weder ein Beethoven komponiert noch ein Richard Wagner seine Werke gemacht, noch dichtete für sie Schiller oder Goethe. Diese Menschen sind auch nicht die Bewahrer des Kulturguts einer Nation. Wir sehen heute fast auf allen Gebieten diese Verballhornung der Kunst, in Wirklichkeit eine Verbiegung des Kunstempfindens, eine Verdrehung des Kunstsinnes des Volkes, wobei man versucht, unter einem Wust von Phrasen dem Volke unmögliches Zeug aufzuhängen.

Glauben Sie mir, diese ganze heutige sogenannte moderne Kunst wäre gar nicht denkbar, wenn sie zu ihrer Unterstützung, zu ihrer Propagierung nicht die Arbeit der Presse hätte. Die Presse erst macht aus diesem Mist etwas, d. h., sie betört das Volk solange, bis es endlich wirklich zu glauben beginnt, daß das etwas sei. (Stürmischer Beifall.) Glauben Sie mir, dieser ganze Kunstkitsch in den Auslagen würde gar nicht da sein können, wenn wir nicht diese vollkommen korrupte Presse hätten, die es in unverschämter Weise wagt, einem Volk, das an sich ganz gesund wäre, diesen Mist als Kunst vorzusetzen, ja wenn es diese Presse nicht fertigbrächte, diejenigen, die gegen eine solche Produktion Stellung nehmen, als Banausen hinzustellen, als Kunst-Unverständige, wobei man, sagen wir, nicht zu unrecht auf eine Eigenschaft unseres Volkes spekuliert, daß nämlich in unserem Volke keiner gerne als nicht gebildet bezeichnet werden möchte, besonders von den Stellen, die nun einmal die Bildung en gros annektiert haben. Das möchte keiner, und deshalb scheut sich jeder, dagegen Stellung zu nehmen, und wagt nicht zu sagen, das verstehe ich nicht, das ist in meinen Augen Mist. Daher ringt sich auch die öffentliche Meinung zu keinem Entschlusse auf, und so sehen wir, wie langsam die Kunstfundamente unterhöhlt werden und langsam einzustürzen drohen. Das sind Erscheinungen der Zeit. Glauben Sie, nach solchen Zusammenstürzen hat sich die Kunst stets wieder

17 Auslassung so in der Vorlage.

18 Vermutlich Anspielung auf die Hamlet-Inszenierung in der Bearbeitung von Gerhart Hauptmann, am 8.12.1927 uraufgeführt in Dresden. Hauptmann hatte die Figur des Hamlet vom zögernden in einen zielgerichteten Charakter uminterpretiert und damit die Grundlage des Werkes verändert. Vgl. Rühle, Theater für dic Republik, Bd. 2, S. 831 ff.

erhoben. Ihre Lebenskraft ist nicht zu töten, ist unsterblich, solange es Menschen gibt, die blutsmäßig berufen und geschaffen sind, künstlerisch zu empfinden, und die ihren Gedanken eines Tages wieder Ausdruck zu verleihen [*ver*]mögen.

Wir sehen also an sich, daß man darüber zum mindesten heute verschiedener Meinung sein kann, und ich weiß, daß die große Masse der Nation mit diesen Dingen nichts zu tun haben will, daß dieser Kreis im Gegenteil unendlich klein ist, der durch die gepfefferte Art der Kunst Befriedigung fühlt. Das große Volk steht dem in Wirklichkeit ganz und gar fremd gegenüber. Es hat damit nichts zu tun. Aber auch unter den sogenannten gebildeten Ständen gibt es Hunderttausende, die nur unter der Angst, dieser geistigen Verfemung durch die Presse zu verfallen, diese Art von Kunst akzeptieren, und Hunderttausende, ja Millionen aus diesen Kreisen lehnen sie auch ganz bewußt ab, nur gehören sie zu jenen sogenannten anständigen Elementen, die nicht mit lauter Stimme ihr Veto entgegenschleudern, sondern sich bescheiden zurückhalten. Diesen Leuten, die von sich aus in der überwiegenden Majorität wären, aber einfach nicht mehr zu Worte kommen, die sich vergrämt und verbittert zurückziehen und die Welt nicht mehr verstehen können, diesen Menschen wollen wir Sprachrohr sein und wollen, das kann sich diese Presse auch notieren, mit ganz unverschämter Frechheit das ausdrücken, was diese Leute alles bewegt, dieser hohen Presse zum Trotz und zum Trotz den ganzen Volksverderbern. (Stürmischer Beifall.)

Das also ist zunächst die künstlerische Seite der Sache. Wir glauben nicht, daß da Großes herauskommt, besonders wenn man sieht, wie die Geschichte fabriziert wird. Man setzt sich zusammen und berät, was man tun soll, welche Stücke man aufführen soll. Endlich hat man ein Repertoire aufgestellt und dann kommt plötzlich die Bayerische Volkspartei, der das Gewissen, nicht das moralische, sondern das Wahlgewissen schlägt [19]. (Heiterkeit - Beifall.) Die Leute sagen sich, weiß der Teufel, das ist doch zu gepfeffert, das wollen wir nicht, denn da kommen die Nationalsozialisten todsicher dahinter und sagen dann, daß wir keine katholische Partei sind. Das muß also wegkommen, und dann fängt man zu streiten an und sucht etwas anderes. Auch charakteristisch! Die Leute wagen gar nicht, Herrn Reinhardt zu sagen, Herr Reinhardt, kommen Sie nach München und führen Sie das Beste auf, was Ihres Geistes ist. Richard Wagner konnte schon das Beste seines Geistes geben. Das wagen also diese Leute gar nicht. Sie wagen nicht zu sagen, kommen Sie und führen Sie auf Gemeindemittel, d. h. auf Kosten der Allgemeinheit das Beste auf, was Ihres Geistes ist. Davor haben sie doch etwas Angst, das getrauen sie sich der Öffentlichkeit doch nicht zu präsentieren, das wäre etwas zu arg, und es ist nicht gut, auf der einen Seite Aufführungen dieser Art von der Kanzel herunter als Gotteslästerung und religionsfeindlich zu bezeichnen und auf der anderen Seite die Gläubigen aufzufordern, in diese satanischen Stücke hineinzugehen und sich dort von diesem Höllengeist vergiften zu lassen und dafür dann noch 150.000 [*R*]M zu bewilligen, daß der Manager dieses Höllengeistes und Giftes das nach München bringen kann. Das getraut man sich doch nicht zu tun.

Meine lieben Volksgenossen! Künstlerisch haben diese Leute selbst das Urteil bereits gesprochen, und außerdem tun sie es ja auch nicht aus diesem Grunde. Darauf komme ich später noch zu sprechen. Das ist also die eine Sache.

19 Vgl. Dok. 17, Anm. 7.

Die andere ist die finanzielle Seite, und da schreibt die Frankfurter Zeitung, und das ist doch kein nationalsozialistisches Organ (Heiterkeit), die wird schon wissen, was wahr ist, was dahinter steckt [20]. Sie schreibt, daß Festspiele im Residenztheater stattfinden und daß dieses Gastspiel der [*sic!*] Stadt München einiges kosten wird. Herr Reinhardt erhält ein persönliches Honorar von 60.000 [*R*]M, dazu eine Dienstaufwandsentschädigung - Dienstaufwandsentschädigung? Ich weiß nicht, für was er dann das Honorar bekommt? Das Honorar ist nicht für seine Dienste, ich weiß nicht für was es gehört, - von 20.000 [*R*]M und dann noch einmal 20.000 [*R*]M, weil ihm anderes entgehen könnte. 100.000 [*R*]M bekommt also Herr Reinhardt und die Künstler müssen auch etwas bekommen. Die bekommen zusammen 143.000 [*R*]M. Dazu kommen noch die Kosten der Propaganda, die Kosten, die das Staatsschauspiel an sich hier hat. Kurz und gut zusammen macht das das erkleckliche Sümmchen von 354.000 [*R*]M aus und dem stehen an Einnahmen nach der Rechnung 210.000 [*R*]M gegenüber, so daß also ein Defizit von rund 150.000 [*R*]M bleibt und dieses deckt, großzügig wie nun einmal die Stadtgemeinde München in künstlerischen Dingen ist, die Stadtgemeinde München. Das ist der zweite Punkt. Das Defizit steht damit fest.

Nun glauben Sie mir, wir Nationalsozialisten würden absolut keinen Einwand machen, wenn es sich wirklich um große Kunst handeln würde. Ein Posten aber ärgert uns so oder so, das sind die 100.000 [*R*]M, die Reinhardt persönlich erhält, weil uns das einfach nicht in den Kopf gehen will, daß heute jemand große Kunst produziert und dabei für knapp einen Monat 100.000 [*R*]M bekommt. Das geht uns nicht in den Kopf hinein. (Stürmischer Beifall.) Wenn jemand den heißen Drang in sich fühlt, mit Recht Festspiele vorzuführen, hindert ihn kein Mensch daran. Wir wissen auch, daß Herr Reinhardt leben muß. Er soll anständig leben! Aber wissen Sie, im Frieden [21] hatte Bayern 5 Minister und davon hatten vier ein Gehalt von 16.000 M jährlich und einer hatte einen Jahresgehalt von 24.000 M; das war der Ministerpräsident [22]. Man kann sagen, für Friedensverhältnisse war das ein ganz anständiger [*sic!*] Gehalt. Heute ist Deutschland kolossal verarmt, ungezählte Menschen haben ihr ganzes Vermögen verloren, andere können kaum von heute auf morgen leben, ungezählte Künstler hungern. Wenn man in eine Stadt wie München hineinsieht, möchte man geradezu entsetzt sein, wenn man die Not der kleinen Künstlerschaft sieht. Und da zahlt man dann einem einzigen Menschen für einen Monat 100.000 [*R*]M Gehalt! Wenn das der Fremdenverkehrsverein machen würde, oder wenn das Mister Scharnagl [23] (gesprochen Schärnägl [*sic!*]) aus eigener Tasche bezahlen würde! (Stürmischer Beifall.) Ich höre gerade von einem Einsager, daß Herr Schar-

---

20 Vgl. Dok. 17, Anm. 6.

21 Gemeint ist die Zeit vor 1914.

22 Die Gehaltsordnung für die etatsmäßigen Staatsbeamten weist für 1913 in den beiden obersten Gehaltsklassen jährliche Festgehalte von 24.000 Mark bzw. 15.000 Mark aus. Alle Staatsminister wurden nach der ersten Klasse besoldet, erhielten frei Dienstwohnung sowie für den Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern 16.000 Mark, für die übrigen Minister 5.000 Mark Repräsentationsbezug jährlich. Vgl. Münchener Jahrbuch 1913. Kalender für Bureau, Comptoir und Haus, München 1912, S. 412 ff.

23 Karl Scharnagl (1881-1963), Bäckermeister, 1911-1918 und 1919-1932 MdL in Bayern (Zentrum, ab 1919 BVP), 1919-1925 Stadtrat in München, 1925-1933 Oberbürgermeister von München, 1945-1948 Oberbürgermeister von München.
Scharnagl hatte 1926 eine Reise in die USA unternommen und dort Kreditzusagen erhalten. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

nagl eine Lebensversicherung hat; die könnte er dafür einsetzen. Wenn also die das zahlen würden, würden wir nichts sagen. Wir würden nur sagen, es gibt in der Republik immer noch vermögende Leute. Es ist aber nicht so, sondern das zahlt das liebe Volk, das zahlen die kleinen Steuerträger, jeder einzelne zahlt irgendwie mit, und da muß ich doch sagen, da hat man schon ein Recht, sich die Frage vorzulegen, ob dieses Geld wirklich sinn- und zweckentsprechend angewendet wird. Diese Frage ist durchaus berechtigt. Glauben Sie mir, diese Gelder werden oft sehr hart eingetrieben (Zustimmung), und mancher vergießt Tränen, wenn die Stunde an ihn herankommt, da er bezahlen soll und oft nicht weiß, woher er die 200 [*R*]M nehmen soll, die er bezahlen soll. (Beifall.) Ist es nicht so? Es ist auch nicht so, daß wir uns heute in einer blühenden Wirtschaft befänden und sagen könnten, das spielt keine Rolle, was sind für eine Stadt wie München 100.000 [*R*]M [24]! Sie spielen eine Rolle, und sie sind ungeheuer schwer aufzubringen, und dann glauben wir eben, daß man dieses Geld besser und nützlicher verwenden könnte. Man könnte, wenn man 50[*.000*] oder 100.000 [*R*]M hinlegen würde, Dutzende und Dutzende von Künstlern dadurch wenigstens der schwersten Sorge entreißen [25], oder man könnte hergehen und ein paar andere hiesige Theater subventionieren, wobei wir allerdings auf dem Standpunkt stehen, daß wir dann auch einen Kunstreferenten haben müßten, der natürlich nicht aus dem Kulturmilieu des Herrn Scharnagl stammen darf, überhaupt nicht aus dem Kulturniveau unserer Stadtratsfraktionen, sondern er müßte eine Nummer sein und dem könnte man sagen, Sie haben dafür zu sorgen, daß die kleineren Theater hier sich von gewissen Stücken fernhalten, die sie glauben bringen zu müssen, weil sie finanziell so abhängig sind, und weiter könnte man noch eine Klausel einfügen, dafür müssen gewisse Mindestgrenzen der Gagen eingehalten werden. Ein gewisses Existenzminimum muß gewährleistet sein. Glauben Sie mir, man kann natürlich nicht alles nach den Spitzengagen beurteilen. Ganz gewiß werden selbstverständlich, sagen wir, die Träger großer Rollen, die einen berühmten Namen haben, besondere Honorarforderungen haben. Das wird immer so sein, aber bei aller Anerkennung dessen, muß auf der anderen Seite ein gewisses Mindestmaß eingehalten werden. Was sich hier in München die kleineren Theater da alles auf Kosten der kleinen Schauspieler und der kleinen Sänger leisten, ist ganz ungeheuerlich. Das dürfte die Öffentlichkeit gar nicht wissen, und leider können die Künstler gar nicht darüber reden, weil sie fürchten müssen, ihrem Ruf zu schaden, wenn die Öffentlichkeit das erfahren würde. Im Stadtrat könnte man das aber ganz genau wissen. Das wären Dinge, über die man genau unterrichtet sein könnte. Wenn man schon wirklich Geld hat, könnte man da ohne weiteres eingreifen. Wir sagen durchaus nicht, der Kunst nichts! Im Gegenteil! Ich werde später unsere Auffassung nach der Richtung noch begründen. Nur sage ich, in einer Zeit, in der es der deutschen Kunst insgesamt wahnsinnig schlecht geht, darf man nicht 100.000 [*R*]M Honorar für einen Monat Theaterschund hinwerfen und außerdem auch nicht Festspiele arrangieren, die dem deutschen Geist

24 Der ordentliche Haushalt der Stadt München wies 1929 227.998.504,86 RM Ausgaben sowie 228.280.627,23 RM Einnahmen und damit 282.122,73 RM Überschuß aus. Für Kunst, Wissenschaft und Kirchen wurden 3.743.390,12 RM Zuschüsse gewährt. Vgl. Statistisches Handbuch der Hauptstadt der Bewegung für die Jahre 1927-1937, München 1938, S. 138 f.

25 Der Gau München des Reichsverbandes bildender Künstler Deutschlands, in dem 2.385 Münchner Künstler Mitglied waren, erhielt 1928 eine Subvention der Stadt München von 55.500 RM. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 29.3.1929, "Reichsverband der Künstler".

gar nichts nützen, ihn weder verkünden noch repräsentieren. Wenn man schon das Geld hat, müßte man geradezu untersuchen, wie man durch dieses Geld der jungen Kunst, die eines Tages doch wieder werden muß, auf die Beine zu helfen vermag. Das würde eine Aufgabe sein, und ich glaube, daß die Stadt dann manches tun könnte, was sie heute ablehnt. Wenn Ihnen z. B. bekannt ist, daß wir z. Z. in unserer nationalen Bibliothek nicht einmal gewisse ausländische Journale mehr halten können, weil das Geld fehlt, daß die wichtigsten Ankäufe nicht mehr betätigt werden können, weil das Geld fehlt [26], wenn man weiß, wie die Witwen von großen Künstlern, die mitgeholfen haben, der Stadt München einen Namen zu geben, hier behandelt werden [27], muß man sagen, es steigt einem Gift und Galle auf, wenn man sieht, wie auf der anderen Seite mit dem Geld geaast wird. (Lebhafter Beifall.) Das ist das, was man über die finanzielle Seite zu sagen hätte. Bezahlen muß das die ganze Volksgemeinschaft in dieser Stadt; jeder einzelne trägt da mit.

Ich glaube, dieser Gedanke ist auch an anderer Stelle maßgebend gewesen, denn es ist Ihnen ja bekannt, daß ausnahmsweise das bayerische Ministerium zunächst Widerspruch eingelegt hat. Herr Minister Goldenberger hat sich zunächst ablehnend verhalten, und zwar mit einer Begründung, die schlagend ist. Er sagte nämlich, es liegt nicht in unserem Interesse, und wir wollen nicht, daß an unseren Staatstheatern und überhaupt in München ein fremder Kunstwille uns aufgezwungen wird [28]. Das ist sehr richtig, nur natürlich ist das, sagen wir, volksparteilich ausgedrückt. Ein Nationalsozialist würde das anders ausgedrückt haben. Er hätte nicht gesagt, ein fremder Kunstwille, denn wenn man von fremd spricht, wissen wir schon, was das für Fremde sind. Wir wissen schon, von dem Fremden ist dann ein mutiger Schritt zu den Polen und von den Polen ein noch mutigerer Schritt zu den Galiziern und von den Galiziern ist der allermutigste Schritt zu den Juden. Den letzten Schritt tut aber die Bayerische Volkspartei nicht, sondern wenn sie weit kommt in ihrem Anlauf, bleibt sie beim Galizier hängen (Heiterkeit - Beifall), bei diesem armen Galizier, der dann in der ganzen Welt für alles herhalten muß, was Böses geschieht. Wir gehen einen Schritt weiter und sagen, Herr Goldenberger wollte sagen, es wäre nicht wünschenswert, daß der Stadt München ein jüdischer Kunstwille aufgedrückt wird. Das wollte Herr Goldenberger sagen, und er hat es allerdings nur im Dialekt der Bayerischen Volkspartei ausgedrückt. In Wirklichkeit hat Herr Goldenberger damit das ausgesprochen, was tatsächlich der Grund für die Ablehnung an sich sein müßte. Wenn wir in München einmal mit diesen Mätzchen beginnen, glauben Sie nur nicht, daß dann unsere Staatstheater auf die Dauer sich von dieser Entwicklung freihalten können. (Zustimmung.) Da treibt ein Keil den anderen, und wenn Sie erst einmal die Presse auf diese Leckerbissen aufmerksam machen, dann werden Sie erleben, wie in kurzer Zeit unsere Staatstheater den Weg gehen, den wir in Berlin vor uns sehen. Von Reinhardt ist dann am Ende nur noch ein Schritt zu Jeßner und von diesem nur noch ein Schritt zu Piscator [29]. Das ist dann das Ende der deutschen

---

26 Während der zwanziger Jahre konnte die bayerische Staatsbibliothek ausländische Literatur nur eingeschränkt anschaffen. Vgl. Irmgard Bezzel, Bayerische Staatsbibliothek München. Bibliotheksführer, Geschichte und Bestände, München 1967, S. 15 f.

27 Näheres nicht ermittelt.

28 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

29 Erwin Piscator (1893-1966), Schauspieleru nd Regisseur, 1914 Volontär am Münchner Hoftheater, 1918 Eintritt in die KPD, 1919 Mitbegründer des Theaters "Tribunal" in Königsberg, 1920 Mitbegründer des "Proleta-

Kunst. Wer sich dagegen verwahrt, hat recht. Man muß sich schon im Kleinen dagegen verwahren, wenn man das Übel bewältigen will, und kann das nicht erst machen, wenn das Unglück da ist. Herr Goldenberger wollte das also verhindern, und da hat dann plötzlich, wie Sie wissen, das künstlerische Gefühl des Herrn Scharnagl zu revoltieren begonnen. Herr Scharnagl hat sich in mächtiger Kunstaufwallung zum Fürsprecher des modernen Kunstgedankens in der Stadt München emporgeschwungen, und nun wurde der Angriff gegen Herrn Goldenberger eingeleitet. Sie wissen nun, wenn in der Bayerischen Volkspartei ein Kampf beginnt, bei dem auf der einen Seite, sagen wir, ein Arier steht und auf der anderen Seite zwar auch ein Arier, dahinter aber ein fremder Kunstwille, dann pflegt meist der Arier der Bayerischen Volkspartei vor dem fremden Kunstwillen am Ende doch zu kapitulieren. Der jüdische Geist ist in diesem Falle stärker als der BVP-Geist, und das Ende vom Lied ist immer ein Umfall. Das haben wir auch diesmal wieder erlebt. Herr Goldenberger wurde zurückgedrängt. Wie er innerlich denkt, weiß ich nicht; vielleicht ist er fuchsteufelswild, äußerlich mußte er aber seinen bösen Anschauungen entsagen und sie abschwören [*sic!*], vielleicht vor einem Inquisitionsgericht der Bayerischen Volkspartei, vor das man ihn schleppte, um ihm diesen Gedanken mit dem fremden Kunstwillen für immer auszutreiben. Ich weiß das nicht, jedenfalls hat aber Herr Scharnagl gesiegt.

Wenn wir uns nun fragen, warum und weshalb das alles möglich geworden ist, so erkennen wir drei Faktoren, die mitgewirkt haben.

Dieser Ansturm, vor dem Herr Goldenberger kapitulieren mußte, ging zunächst aus von dem geistigen Zentralorgan der Stadt München, ja des ganzen Bayernlandes, ja von ganz Süddeutschland und weit darüber hinaus, von dem Organ in der Sendlingerstraße [30]. Diese Zeitung hat den Angriff eingeleitet. Dort war man an sich mit Wut geladen; denn neulich schon hatte man eine Attacke geritten und dabei eine Niederlage erlitten, war nicht zum Ziele gekommen. Die Gäule waren nicht über die Hürden gesprungen, sie waren etwas zu hoch. Diese Attacke ließ die Herren nicht schlafen. Wenn schon nicht Herr Schlesinger, Herr Bruno Walter kommen kann, dann auf alle Fälle Herr Reinhardt! Einen müssen wir haben, so war die Ansicht der Herren Pflaum, Cossmann und wie sie alle heißen, die Vertreter des fremden Kunstwillens in den Münchner Neuesten Nachrichten. Sie haben gekämpft und den Sieg errungen. Die Regierung hat vor ihnen kapituliert, dieselbe Regierung, die dauernd betont, daß sie sich von den Einflüssen, die außerhalb der Regierung liegen, absolut fern und frei zu halten weiß, dieselbe Regierung ist diesem Einfluß augenblicklich unterlegen. Sie wäre auch neulich bereits unterlegen, alle wären unterlegen, wenn nicht die Musiker Widerstand geleistet hätten [31]. Das ist das einzige gewesen, warum der Ansturm der Herren Cossmann und Pflaum und Genossen nicht restlos geglückt ist. Diesmal war die Situation anders, und es ist gelungen, Herrn Goldenberger zum Rückzug zu bringen.

---

rischen Theaters" in Berlin (1921 polizeilich geschlossen), 1922 Sekretär des Komitees Künstlerhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe, 1924 Leiter der Berliner Volksbühne, 1927-1928 Leiter der Piscatorbühne am Nollendorfplatz, 1928 Direktor des Lessing-Theaters, 1930 Leiter des Wallner-Theaters, 1931-1936 Regisseur in Moskau, 1936-1938 Lehrer an der Sorbonne, 1939 Emigration in die USA, Leiter der Theaterschule Dramatic Workshop in New York.

30 Gemeint sind die "Münchner Neuesten Nachrichten". Die Geschäftsleitung hatte ihren Sitz in der Sendlingerstraße 80.

31 Vgl. Dok. 17, Anm. 15.

Das zweite ist die sogenannte öffentliche Meinung gewesen, diese öffentliche Meinung, die man seit Jahren präpariert hat mit dem Schlagwort von dem Niedergang Münchens als Kunststadt [32]. Das ist auch so eine unverschämte Frechheit. Wenn jemand nach Berlin kommt und dort in die Staatstheater geht, hat er unbedingt das Gefühl von dem Niedergang der Kunststadt Berlin. Ich habe mir im vergangenen Jahr ein paar Stücke, von Jeßner inszeniert, angesehen und muß sagen, wenn das etwas zu tun hat mit Kunst, wenn das nicht reine Mätzchen sind, weiß ich wirklich nicht mehr, was Kunst ist. Jedenfalls, wenn Shakespeare oder Schiller oder Goethe oder Richard Wagner wieder kämen, würden sie gegen eine solche Kunstauffassung, wie sie die staatlichen Theater Berlins heute betreiben, sicher Stellung nehmen und die zum mindesten müßten doch wissen, was Kunst ist. Aber die Presse, die ganze deutsche Presse einschließlich unserer hiesigen deutschen Presse hat das Schlagwort von dem Niedergang Münchens als Kunststadt aufgenommen. Dabei kann man nur sagen, der Niedergang ist in Deutschland allgemein. Es hängt das damit zusammen, daß die Kunst jeden nationalen Charakter verloren hat, daß man sie ihrer hohen Verantwortung entkleidete, es hängt das zusammen mit der Tätigkeit von Erscheinungen, wie sie Reinhardt darstellt, denen diese Tätigkeit zu einem reinen Geschäft geworden ist. Nun sind wir aber nicht mehr so wirtschafts- und kaufkräftig wie früher, folglich leidet heute auch unsere Kunst, d. h. dieses Surrogat, das man dem deutschen Volk heute als Kunst vorzusetzen versteht. Es ist so, daß die Kunst im Rückgang begriffen ist, aber nicht in München. Wir können im Gegenteil behaupten, daß sich München auffallend lang von diesem Rückgang freigehalten hat. Nur die Presse hat das der Masse einsuggeriert, es so oft wiederholt, bis die Hunderttausende, welche dieses Schlagwort nachplapperten, das endlich als wahr nahmen. Ich weiß noch aus meiner Jugend, wie da ein Mann nach München kam, dessen Weggang dann den Niedergang Münchens als Kunststadt besiegeln sollte. Als plötzlich die Stelle des ersten Dirigenten am Münchener Hoftheater frei wurde, war in Wien als ganz unbekannter Kapellmeister ein Herr Schlesinger bzw. Bruno Walter. Mottl [33] war plötzlich gestorben, die Münchener Stelle war damit frei geworden, und zugleich begann ein eigentümliches Pressegeschiebe. Plötzlich hieß es, es soll unter den in Aussicht genommenen Bewerbern auch der Name Bruno Walter sich befinden, und am nächsten Tage schon schrieb die Neue freie Presse und das Wiener Tageblatt, man müsse vom Standpunkte Wiens als Kunststadt schärfsten Protest erheben, daß ein so bedeutender Künstler wie Herr Bruno Walter von Wien nach München übersiedle. Kein Mensch hatte bis dorthin Herrn Bruno Walter als etwas besonderes angesehen, aber im Verlauf von 3 Wochen war der Name Bruno Walter mit einer Gloriole umgeben, so daß sich auch der gewöhnliche Spießer sagte, dieser Mann lebt unter uns und dieser berühmte Bruno Walter soll nun wegkommen. Dieser Bruno Walter, an sich habe ich noch nie etwas von ihm gehört, soll ein fabelhafter Dirigent sein und den will man weglassen. München ist ganz bremsig darauf auf diesen fabelhaften Dirigenten. So haben die Juden von Wien und München zusammengespielt und haben den Kapellmeister vierten Ranges, Herrn Schlesinger aus Wien, langsam in die Höhe jongliert, und dann fiel er nach

32 Vgl. Dok. 17, Anm. 19.

33 Felix Josef Mottl (1856-1911), österreichischer Dirigent und Komponist, 1881-1903 Hofkapellmeister in Karlsruhe (seit 1893 Generalmusikdirektor), 1903-1911 Generalmusikdirektor in München, seit 1904 zugleich Musikdirektor der Königlichen Akademie der Tonkunst.

München herein, und es hieß, die glückliche Stadt München, sie hat ihn tatsächlich bekommen, und auf einmal sah alles hypnotisiert auf diesen Menschen hin, der sich nun in München befand. Und siehe, eines Tages geht er und alles beginnt zu trauern, das ist der Niedergang von München. Freilich, der Aufstieg von München ist ja doch unzertrennbar verbunden mit dem Namen Bruno Walter alias Schlesinger. Was wäre München als Kunststadt, wenn Walter nicht gewesen wäre: Nichts wäre München, kein Mensch würde hierher kommen, es gäbe überhaupt keine Münchener Kunst! Nun geht dieser einzige, dem die Stadt München es verdankt, daß sie so geschätzt wird, weg nach Berlin! Jetzt geht Herr Bruno Walter auch von Berlin wieder weg, und man müßte annehmen, daß in Berlin der gleiche Jammer losgeht. Aber siehe da, die Berliner können ihn leicht verschmerzen, vielleicht mit Rücksicht darauf, daß es in Berlin sehr viele ähnliche Kapellmeister gibt und daß er doch nicht soviel zum Kunstleben Berlins beigetragen hat wie zum Kunstleben der Stadt München. Das ist möglich. Jedenfalls erleidet Berlin keinen Niedergang, weil Herr Schlesinger nach Leipzig kommt. Vielleicht erleidet auch Leipzig keinen. Nur München! Keine Stadt erleidet einen Kunstniedergang, wenn ein Jude geht, soferne ein anderer Jude an seine Stelle kommt, nur dort tritt ein Niedergang der Kunst ein, wo ein Jude weggeht, und ein Arier, ein Christ an seine Stelle kommt. Dort beginnt das Geschrei vom Niedergang. (Lebhafter Beifall.)

Wir können heute sagen, wenn Kunst identisch ist mit dem Zeug, was heute als neu und modern produziert wird, dann ist vielleicht München nicht an der Spitze dieser Produktion, aber Gott Lob und Dank, daß das nicht der Fall ist.

Die Kunst muß immer noch, wenn sie wahr sein soll, in einem gewissen inneren Zusammenhang stehen mit dem Volk, und ich glaube, daß das in München mehr der Fall ist als irgendwo anders in Deutschland. Solche unästhetische Ausgeburten, wie wir sie in Berlin erlebt haben, sind in München auch heute noch nicht zu finden. Aber die öffentliche Meinung wurde so präpariert, und vor der öffentlichen Meinung hat man Angst, hat man eine maßlose Angst auch im hiesigen Rathaus und noch viel mehr in der Regierung. Das war der zweite Grund, warum man kapitulierte. Auf der einen Seite die große Presse und auf der anderen die öffentliche Meinung, die von dieser Presse gemacht wird.

Als drittes kam hinzu der Fremdenverkehr. Da kommen also die reinen Geschäftsinteressen, und zwar schwindelt man dabei sogar, denn was man erhofft, tritt nicht ein. Der Fremdenverkehr erfordert es, daß in München Festspiele stattfinden. Das ist an sich eine Verdrehung. Festspiele kann man nicht wegen des Fremdenverkehrs abhalten, sondern muß sie machen um ihrer selbst willen. Wenn Festspiele nur wegen des Fremdenverkehrs stattfinden, sind sie Fremdenverkehrsvorstellungen, aber keine Festspiele. Das sehen wir ja auch. Wenn immer über das Niveau unserer Festspiele geklagt wird, so können wir nur zur Antwort geben, heißt das nicht Festspiele, das können ja keine Festspiele sein, ihr erweckt mit diesem Namen, der den Vorstellungen gar nicht zukommt, Vorstellungen, die nicht erfüllt werden können. Sagt ehrlich, das sind gute Theateraufführungen, und dann sind es die Besten, die in Deutschland stattfinden! Sagt ihr das nicht, dann lügt ihr, erweckt ihr Meinungen, die sich nicht realisieren lassen. Hoffnungen, die nicht erfüllbar sind. Das kann man hier auch heute schon feststellen. Der Fremdenverkehr ist hier die treibende Kraft. Zu was muß der Fremdenverkehr in Bayern nicht alles herhalten! Wenn in Bayern etwas nicht motiviert werden kann, pfeift man den Fremdenverkehr hervor. Wenn die Nationalsozialisten irgendwo Versammlungen abhalten,

dann kommt plötzlich der Fremdenverkehrsverein und sagt, ja wie sollen denn die Fremden zu uns kommen, wenn die Nationalsozialisten hier tätig sind, oder wenn z. B. in irgendeinem Kurort ein Redner von uns auftritt, dann heißt es am nächsten Tage, wie sollen da Kurgäste kommen, wenn hier so geredet wird. Man könnte das sehr leicht widerlegen. Es gibt kaum eine Stadt oder überhaupt einen Ort mehr, wo die nationalsozialistische Bewegung noch nicht Fuß gefaßt hat, und wie gearbeitet wird, können Sie jeden Tag im Völkischen Beobachter lesen. Die nationalsozialistische Bewegung ist also in ganz Deutschland gleichmäßig verbreitet. Nun müßte man sagen, wenn die Nationalsozialisten überall sind, an jedem Ort, wo gehen dann die Fremden hin, wenn sie dort nicht hingehen, wo sie sind. (Heiterkeit.) Da sagen die Offiziösen der Bayerischen Volkspartei, die gehen überhaupt nicht mehr fort. Es bleiben also alle Leute zuhause, und an Fasching wird weniger Sekt getrunken, und zu normalen Zeiten wird weniger Bier getrunken, und wenn einer früher dreihundert Kilometer gefahren wäre, so fährt er jetzt nur noch zweihundert, und während z. B. früher einer nach Nürnberg gefahren ist, steigt er jetzt, weil dort die Nationalsozialisten sind, in Schwabach aus. (Heiterkeit.) Warum soll ich denn, so sagt er sich, dieser Bande da vielleicht gar noch helfen usw. Die große Gefahr besteht, daß die Leute in Deutschland überhaupt nirgends mehr wohnen wollen, weil die Nationalsozialisten da sind. Vielleicht hängen auch die Selbstmorde damit zusammen, die überall stattfinden. Man müßte einmal die bayerische Regierung befragen, Herrn Dr. Held [34], vielleicht sind das doch lauter Menschen, die sich nur umbringen, weil die Nationalsozialisten da sind. Der arme Fremdenverkehr! Zu was der alles mißbraucht wird! Hier ist es auch so. Wir wissen ganz genau, warum dieser Fremdenverkehr angezogen wird. Den Drahtziehern ist auch der Fremdenverkehr an sich vollkommen egal. Ihnen ist auch der Fremdenverkehr nur Mittel zum Zweck, allerdings ein angenehmes Mittel. Der Fremdenverkehrsverein ist ein unpolitischer Verein, der nicht irgendwo angeschwärzt sein kann. Da können auch die bösen Nationalsozialisten nicht sagen, da sind lauter Juden drin. Der Fremdenverkehrsverein hat damit gar nichts zu tun. Das ist also die richtige Instanz, mit der man so etwas motivieren kann, wobei dann doch wieder die Hebräer das große Geschäft machen. Das ist also der wirkliche Grund.

Glauben Sie mir, wenn Reinhardt nicht früher Goldmann geheißen hätte, sondern immer schon Reinhardt, dann läge an den Festspielen dieses Reinhardt gar nichts. Was sie kitzelt, diesen Reinhardt hereinzuholen, ist nur die Tatsache, daß er nicht Reinhardt heißt, sondern in Wirklichkeit Goldmann. Das ist es, was die Münchner Neuesten [*Nachrichten*] plötzlich lebendig macht und die öffentliche Meinung aufrührt und tausendfältige Kräfte mobilisiert, die nun für die Festspiele eintreten. Nicht daß hier ein Deutscher namens Reinhardt Aufführungen bringt, sondern das Judentum sich wieder eine Kunstposition in Deutschland eröffnet, wobei es schließlich soweit kommen wird wie in Berlin, daß an einer ehemals königlichen Oper, an dem heutigen Staatstheater, das von deutschen Steuergeldern erhalten wird, von fünf Dirigenten [35] fünf Juden sind! (Pfuirufe.) Weil die Deutschen von Musik nichts verstehen! Ja Opern

34 Heinrich Held (1868-1938), Journalist, 1907-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919-1933 MdL, 1919-1924 Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 Ministerpräsident in Bayern.

35 An der Staatsoper Unter den Linden und Oper am Platz der Republik, den ehemaligen königlichen Opernhäusern, waren in der Spielzeit 1928/29 unter der Leitung des I. Kapellmeisters, Generalmusikdirektor Erich Kleiber (1890-1956), Generalmusikdirektor Leo Blech (1871-1958), Generalmusikdirektor Otto Klemperer

haben sie komponiert, ja natürlich, das ist so eine einseitige Befähigung der Deutschen (Heiterkeit), aber aufführen können sie dieselben nicht, aufführen kann sie nur einer von dem auserwählten Volk. Stücke haben sie geschrieben, aber aufführen! Was hat Schiller zum Schluß von einem Drama verstanden oder Goethe oder Grillparzer oder einer der neueren deutschen Dichter! Zum Aufführen taugen nur andere. Außerdem hat der Aufführer mehr Geschäftsmöglichkeiten, er muß also geschäftsgewandter sein. Was braucht ein Dichter, ein Musiker, ein Komponist? Er hat ja keine Lebensansprüche. Aber ein Theaterdirektor wie Reinhardt, der weiß, was man zum Leben braucht, und der muß folglich auch das Geschäft machen. Der Reinhardt ist fähig, die geschäftlichen Dinge zu deichseln und zu drehen, und den muß man daher gebührend subventionieren. Ja, liebe Freunde, das ist der wirkliche Hintergrund.

Nun weiß ich, es gibt viele, die in solchen Augenblicken trotz der ganz erbärmlichen tatsächlichen Lage unsere Haltung verurteilen, weil sie sagen, ich weiß nicht, ob das nicht doch zu weit geht, ob man damit nicht doch der Kunst einen schlechten Dienst erweist. Für diese Menschen möchte ich das Kapitel Fremdenverkehr und Kunst und überhaupt Kunst- und Staatsidee usw. etwas näher behandeln.

Zunächst einmal die heutige Lage Deutschlands: Von was lebt unser Volk? Unser Volk lebt selbstverständlich nicht vom Fremdenverkehr, sondern die Masse unseres Volkes lebt von produktiver Arbeit [36], und da die produktiven Arbeitsmöglichkeiten eingeschnürt werden, ist Not eine selbstverständliche Folgeerscheinung. Im Ursprung findet man überhaupt keinen Fremdenverkehr; denn der Fremdenverkehr ist keine produktive Tätigkeit, er schafft keine produktiven Arbeitsmöglichkeiten. Der Fremdenverkehr ist vielmehr im Ursprung nur Mittel zum Zweck. Es gab im Anfang keine Fremden in der Welt außer dem Geschäftsmann, d. h. der erste Fremde in der antiken Zeit war der Kaufmann, der nur kam, um Geschäfte zu machen. Das ist aber ein Fremder, der anders gewertet und bewertet sein will als der heutige Fremde. Erst später kommt der Fremde, der aus anderen Gründen in andere Gebiete reist, der Gelehrte z. B., der fremde Länder besucht usw. Auch andere Handlungen, die verschiedenen Kulte z. B. führten die Menschen zusammen, und langsam beginnt sich aus dem heraus ein Gewerbe zu entwickeln, d. h. ein Gewerbe, das darin besteht, daß sich in gewissen Orten Menschen von der produktiven Tätigkeit wegwenden und anstelle dessen warten, daß Fremde kommen, und von diesen Fremden zu leben beginnen. Und damit beginnt auch das Martyrium der Fremden, weil nun der Fremde zu einem Objekt wird, ein Objekt, das glaubt zu schieben, während es in Wirklichkeit geschoben wird. Sobald einer am Bahnhof aussteigt, wird er verhaftet und kommt nicht mehr aus dem Getriebe des Fremdenverkehrs heraus. Er wird ins Hotel transportiert, und alles weitere ist dann vorgezeichnet. Er wird zu den Kunstschätzen hingeführt usw. Dabei ist alles so berechnet, wie kann man aus dem Menschen noch etwas herausziehen. Man studiert ihn ganz genau wieviel er hat, ob er soviel wird ausgeben können, mit wieviel Köpfen er da

(1885-1973), Georg Szell (1897-1970), Alexander von Zemlinsky (1871-1942) und Fritz Zweig (1893-1984) als Dirigenten beschäftigt. Vgl. Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Theatergeschichtliches Jahr- und Adressenbuch 40 (1929), S. 250.

36 Nach der Berufszählung vom 16.6.1925 waren 42,1 % der Erwerbspersonen in Deutschland in Industrie und Handwerk sowie 30,5 % in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 55.

ist, wie er angezogen ist usw., und darnach teilt man ein, darnach richtet sich der Empfang, der manchmal abweisend, manchmal gleichgültig, manchmal freundlich ist, und manchmal strahlen sie alle an den Hoteleingängen, wenn so ein Fremder daherkommt. Der wird dann hineinbegleitet und kommt nicht mehr heraus, bis man weiß, er hat alles ausgegeben, was er ausgeben will oder ausgeben kann, oder was er mitgebracht hat, und wenn er dann alles ausgegeben hat, dann schaut man, daß der Platz frei wird, dann muß ein anderer kommen, dann stürzt man sich auf einen anderen. Das ist also in Wirklichkeit eigentlich ein schamloses Gewerbe. Es ist natürlich notwendig; das gebe ich schon zu. Die Schweiz z. B. würde sonst nicht existieren können. Aber wenn man die ganze Prozedur sieht, wie die armen Fremden hereinkommen und dann nicht mehr ausgelassen werden, bis sie ganz ausgepreßt sind, worauf sie dann wieder hinausfliegen, d. h. sie gehen natürlich selber, weil sie nicht mehr bleiben können, sie würden bleiben, wenn sie noch bleiben könnten, so muß man doch sagen, das ist doch an sich keine produktive Tätigkeit, auf die Dauer kann man auch eine Nation damit nicht ernähren und vor allem, ich möchte sagen, die Qualitäten eines Volkscharakters nehmen nicht in günstigem Sinne zu, wenn ein ganzes Volk auf diesen Erwerb eingestellt wird. Langsam beginnt hier, sagen wir, ein gewisses Verderben einzureißen, und zwar ein Verderb der Sitten, der Moral, wie wir das ja heute z. B. hier erleben können. Wenn die Stadtväter Münchens heute sagen, wir tun das nur wegen des Fremdenverkehrs, so kann ich dem nur entgegenhalten, weil ihr die Fremden wollt, vergiftet ihr unser Kunstempfinden. Was ist doch das schon für eine Charakterlosigkeit, daß man selbst zugibt, man würde so etwas nicht tun um der Kunst willen, sondern daß sie, wenn sie unter vier Augen sind, selbst sagen, Kunst ist das nicht. Überhaupt, was weiß denn Herr Scharnagl von Kunst. Er wird natürlich auch einmal hineingehen, und ich weiß schon, wenn er die anderen klatschen hört, dann wird er auch klatschen, und wenn die anderen lachen, wird er auch lachen, und wenn die anderen ernste Miene machen, macht sie Herr Scharnagl auch, und wenn die anderen zu tränen [*sic!*] beginnen, wird sich sein volksparteiliches Auge auch umfloren. Man braucht sie nur anzuschauen, dann weiß man von vornherein, welch tiefes Verständnis bei diesen Städtvätern vorhanden ist. Ist es nicht charakterlos, diese ganze Komödie dem Volk nur deshalb vorzuführen, damit man den Fremdenverkehr gewinnt. Wenn sie die gemeinsten Kitschstücke aufführen können und wissen, es kommen die Fremden, dann tun sie es. Ein Beispiel: Derselbe Herr Reinhardt, der die "Büchse der Pandora" oder "Der brave Soldat Schweyk" oder "Ehen werden im Himmel geschlossen" aufführt, Stücke, gegen die die Geistlichen von den Kanzeln gewettert haben, führt in Salzburg, in der frommen Stadt Salzburg fromme Spiele auf. Mein Gott, wie's eben trefft [*sic!*]! In Salzburg kann man nicht die "Büchse der Pandora" aufführen. (Beifall.) Ich bitte Sie, ist das nicht eine ungeheure Charakterlosigkeit und führt das nicht, sagen wir, zum Verderb eines ganzen Volkes. Glauben Sie [*mir*], der Fremdenverkehr selbst hat sich sehr übel ausgewachsen. Er ist nicht produzierend, sondern wirkt in manchen Fällen geradezu zerstörend. Dabei ist dieser Fremdenverkehr vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, selbstverständlich nicht eine, sagen wir, unerschöpfliche Melkkuh, sondern er ist sehr begrenzt, und zwar begrenzt einerseits durch die Zahlungsmöglichkeiten der geldkräftigen Fremden und anderseits durch die Zahl der Orte, die auf die Fremden lauern und spekulieren. Das gilt nicht nur für innen sondern auch nach außen. Auch der internationale Fremdenverkehr ist bedingt durch die Geldkraft der reisenden Fremden, also durch die Zahl der Menschen, die sich das leisten können, und die Zahl

der Kurorte, Bäder usw., die darauf spekulieren, mit anderen Worten der Fremdenverkehr ist von Faktoren abhängig, die eigentlich durch die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge wieder ihre letzte Bestimmung erhalten. Der Fremdenverkehr in Deutschland ist also auch abhängig von der Zahl der geldkräftigen Menschen, und diese Zahl der geldkräftigen Menschen wird wieder bestimmt durch unser Wirtschaftsleben, und unser Wirtschaftsleben wieder wird bestimmt durch unsere politische Machtstellung, so daß am Ende maßgebend auch für den Fremdenverkehr die politische Machtstellung eines Volkes ist oder zum mindesten die politische Machtstellung der Völker, die zum Fremdenverkehr beisteuern sollen.

Nehmen wir Deutschland. Wer kommt hier als Fremder in Frage? Der Reiche, der ganz Reiche, jener sagenhafte Jude, auf den sämtliche Kurorte Jagd machen? Der kommt in allerletzter Linie in Frage; denn dazu zählen nur ganz wenige Menschen. Was hat es zu sagen, wenn ein Volk vielleicht 3[.000]-5.000 Millionäre hat [37]! Glauben Sie, daß 10 Millionäre in einem Kurort oder in einem gewöhnlichen Fremdenverkehrsort 3[.000] oder 4.000 andere Fremde ersetzen könnten? Nicht im geringsten! Was der Millionär verzehrt, ist auch begrenzt durch die Verzehrungsmöglichkeit [*sic!*] der einzelnen Person. 10.000 Menschen haben für einen Kurort immer mehr Wert, als 100 reiche Fremde, 100 Millionäre. Hier entscheidet die Zahl. Es kommen in erster Linie dann auch nicht in Frage die ganz Armen, die Untersten, wohl aber der solide Mittelstand, d. h. die Masse des sogen. besitzenden Bürgertums, die Menschen, die ein Geschäft haben, ein gesichertes Einkommen, eine soziale Stellung, kurz und gut, die Masse des Mittelstands überhaupt.

Da müssen wir heute feststellen, daß in Deutschland folgende Erscheinung stattfindet. Wir ruinieren den Mittelstand, der für den Fremdenverkehr in Frage kommt, mit allen Mitteln, wir vermehren durch die allgemeine wirtschaftliche Not und infolge der beschränkten Produktionsmöglichkeiten, infolge der beschränkten Absatzmärkte anderseits aber die Zahl der Kurorte, d. h. der Orte, die auf den Fremdenverkehr spekulieren. Je mehr man die normalen Einnahmemöglichkeiten begrenzt und beschränkt, um so mehr spekuliert man auf andere scheinbar leichtere Einnahmequellen. Man dezimiert mit anderen Worten die Zahl der möglichen Fremden und erhöht die Zahl der auf sie spekulierenden Orte. Wenn Sie in Deutschland herumsehen, werden Sie finden, daß immer mehr Orte alles Mögliche versuchen, um die Fremden anzulocken. Überall setzt die Jagd nach dem Fremden ein, und dabei vermehren sich durch alle diese Mittel die Fremden keineswegs. Wer eine Reise zur Erholung machen will, macht diese Reise an sich. Für ihn handelt es sich höchstens darum, daß er manchmal schwankend wird, soll ich den oder jenen Ort aufsuchen. Es wird vom nationalökonomischen Standpunkt aus betrachtet der gewöhnliche Deutsche, der überhaupt reisen will, eben irgendwo hingehen, und man wird durch neue Mätzchen, die für den Reisenden mit neuen Ausgaben verbunden sind, sicher keinen größeren Fremdenverkehr in die Wege leiten können. Die Zahl der Deutschen, die überhaupt zur Erholung fortgehen können, ist begrenzt durch unsere wirtschaftliche Not. Da sehen wir, wie gerade durch diese die Zahl dieser Menschen langsam der Vernichtung preisgegeben wird. Durch die Inflation sind ungezählte Menschen, viele Hunderttausende um ihre ganzen Ersparnisse, um ihr ganzes Vermögen, um ihre Existenz gebracht worden [38].

37 Vgl. Dok. 17, Anm. 21.

38 Von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen in Deutschland von etwa 310 Milliarden Goldmark auf 150 Milliarden Goldmark. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 275 f.

Zehntausende und Zehntausende von Geschäften wurden zum Einsturz gebracht, und diese Menschen, diese Masse von Fremden, die wir früher gehabt haben, kommt heute gar nicht mehr in Frage. Dieser Mittelstand ist einfach ausgeschaltet, und wenn solche Leute wirklich noch irgendwo hingehen, geschieht es vielleicht aus Überlieferung; sie können aber nicht mehr so leben wie früher. Das sehen wir in München ja auch im Fasching. Die Säle sind vielleicht noch besetzt, aber wenn man die Ausgaben der Leute von heute vergleicht mit den Ausgaben im Frieden, dann wird einem der Unterschied so recht klar, und da kann nicht so ein Blödian von einer Partei hergehen und sagen, das tun diese Menschen bloß, weil die Nationalsozialisten da sind. Sie tun das, weil sie nicht anders können! Zu dieser Vernichtung des Mittelstands kommen dann die Reparationsverpflichtungen. Es leben ja leider fast alle ganz gedankenlos in die Zeit hinein, in eine Zeit, die gerade für den deutschen Mittelstand furchtbar werden wird [39]. Heute hören wir zum ersten Mal die wahrscheinliche Reparationssumme. Sie geht weit über 100 Milliarden hinaus, 130 Milliarden, einzelne Pariser Blätter schreiben von 170 Milliarden, die wir bezahlen sollen [40]. Glauben Sie mir, in Deutschland wird ein mächtiger Fremdenverkehr aufblühen, wenn diese Belastung auf uns gelegt wird, unter diesem wahnwitzigen Steuerdruck und bei dieser wahnsinnigen Vernichtung unserer Volkswirtschaft, die bedingt ist durch die Einschnürung der Absatzmärkte! Wenn da ein wirtschaftliches Unternehmen nach dem anderen zusammenbricht, so wird das die Zahl der Menschen, die sich irgendwohin setzen können, kolossal vermehren! Da kann Herr Scharnagl dann die Künstler vom Libanon rufen und jüdische Theaterdirektoren kommen lassen! Er wird noch was erleben mit seinem Fremdenverkehr. Wenn er Inflation macht und der Ausländer uns wieder ausverkaufen kann, dann werden wir allerdings wieder Fremde hereinkriegen, dann wird man uns wieder das letzte Hemd vom Leib herunterholen. Wenn das nicht geschieht, dann wird es in kurzer Zeit in Deutschland überhaupt keinen Fremdenverkehr mehr geben.

Dazu kommt weiter infolge dieser Umstände natürlich unsere wahnwitzige Steuergesetzgebung, eine Steuergesetzgebung, die ganze Berufstände einfach ruiniert und zwar blödsinnig ruiniert. Man muß sich oft fragen, sind diese Menschen, die diese Steuergesetze veranlassen, überhaupt noch vernünftig. Man macht z. B. ein Kraftfahrzeugsteuergesetz [41], das zwangsläufig die Produktion von Kraftfahrzeugen so eingeschränkt hat [42], daß dadurch nicht allein viele Zehntausende von Arbeitskräften brotlos sind und Arbeitslosenunterstützung bekommen müssen, sondern auch die deutsche Industrie infolge der verminderten Produktionsmöglichkeit überhaupt nicht mehr in der Lage ist, so billig zu produzieren wie das Ausland, so daß uns in weiterer Folge der Auslandsmarkt mit billigen Wagen überschwemmt, und wieder Zehntausende und Zehntausende von Menschen um das tägliche Brot gebracht werden wegen dieser wahnsinnigen, verrückten Steuerpolitik. Das sehen wir überall so, am meisten bei der Land-

39 Vgl. Dok. 17, Anm. 22.

40 Der VB nennt in seiner Ausgabe vom 9.4.1929, "37 Jahre lang 2.000 Millionen jährlich", eine zu erwartende Reparationsgesamtsumme von 112 Milliarden RM. Am 13.4.1929 übergaben die Vertreter Hauptgläubigermächte auf der Pariser Konferenz der deutschen Delegation ein Memorandum mit der Forderung von 58 Jahresraten zu durchschnittlich 1,7 Milliarden RM. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 219 f.

41 Kraftfahrzeugsteuern wurden seit 1922 reichseinheitlich erhoben. Seit 21.12.1927 galt ein neues Kraftfahrzeugsteuergesetz. Druck: RGBl. 1927, I, S. 509 ff.

42 1928 wurden in Deutschland 101.617 Personen- und 17.053 Lastkraftwagen hergestellt. 1929 sanken diese Zahlen auf 91.936 bzw. 15.594. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 113.

wirtschaft. Auch dort eine Steuerpolitik, die die Bauern am Ende um Haus und Hof bringen muß, sie zur vollkommenen Verarmung bringt, wobei diese Leute nicht rechnen, daß sie damit die ursächlichsten inneren Absatzmärkte vernichten, so daß dadurch tatsächlich die eigene Produktion im Innern, soweit sie im Innern abgesetzt werden könnte, eine enorme Schwächung erfahren muß [43]. Millionen von Arbeitslosen werden die Folge sein, und die Folge davon wieder ist eine verminderte Kaufkraft, die weitere Folge ein neues Zusammenbrechen von zahllosen Geschäften, die von der Kaufkraft der Menschen abhängig sind, und die Folge davon erhöhte Ausgaben des Staates für Arbeitslosenunterstützungen usw., und die Folge hieraus neue Steuerlasten, die um so schwerer wirken, als der Kreis der möglichen Steuerträger immer kleiner wird, bis schließlich diese Schraube ohne Ende langsam das ganze Volk vernichtet. Wir sehen jetzt schon wie die Fremden, die für die kleinen Landstädte in Frage kommen, das sind natürlich nicht die Juden, sondern die Bauern, langsam ausfallen. Wir haben große Gebiete wie z. B. Ostpreußen, wo die Bauernschaft keine Mark mehr hat. Sie können überhaupt nichts mehr kaufen, denn sie sind vollkommen verarmt.

Dazu kommt weiter das Kreditwesen. Es ist unmöglich, daß der kleine Mann überhaupt noch Kredit zu erschwinglichen Zinsen erhält. Wenn irgendwo eine Umstellung des Betriebes vorgenommen werden will, müssen so wahnwitzige Zinsenlasten getragen werden, daß sich das von selbst aufhört [44]. Millionen von Deutschen lesen tagtäglich die Zeitung und gehen ganz belanglos und gedankenlos darüber hinweg, daß jeden Monat soundsoviel Tausende von Geschäften in Konkurs geraten [45], und bedenken nicht, daß damit langsam die Massen vernichtet werden, die allein die Masse für den Fremdenverkehr abgeben.

Dazu kommt weiter unser Großwarenhaus-Wahnsinn. Wir sehen das auch hier in unserer Stadt, gleich da drüben [46]. München hat ein unendliches Bedürfnis, daß hier große Warenhäuser errichtet werden. Herr Scharnagl fühlt dieses Bedürfnis genauso, wie er die große Kunst fühlt, das Bedürfnis nach ganz großer Kunst. Ganz große Kunst und ganz große Warenhäuser, das ist die Parole, der Schrei der Zeit. Herr Scharnagl kämpft dafür, und es gelingt ihm auch unter der Assistenz der Mittelständlerischen [*sic!*] Bayerischen Volkspartei und der anderen Parteigebilde in München langsam die Objekte aufzutreiben, die man einreißen kann, damit dort große hochstöckige Warenhäuser hingesetzt werden können. Man wird dann staunen, wenn in der ganzen Umgebung das Geschäftsleben verödet, wenn diese Geschäftsleute kaputtgehen. Der kleine Prolet sagt freilich, recht so, das ist ausgezeichnet, das sind die modernen Methoden der Wirtschaft, die Karl Marx als richtig vorausgesagt hat, bei der außerdem die kleinen Kapitalisten vernichtet werden. Daß dann die Angestellten in diesen Warenhäusern 80-110 [*R*]M Gehalt beziehen und Heimarbeiter Hungerlöhne erhalten und außerdem Tausende von kleinen Geschäftsleuten, die die Brücke hätten abgeben können für ein Emporsteigen der untersten Schichten nach oben, vernichtet werden und außerdem ein paar große Juden übrig bleiben, das erscheint vom volkswirtschaftlichen Standpunkt durch die Brille der Bayerischen Volkspartei betrachtet als kolossales Ergebnis. Je mehr hochstöckige Warenhäuser wir haben,

43 Vgl. Dok. 17, Anm. 47, 48.
44 Die Kreditkosten für einen festen Kredit lagen im März 1929 bei 9,5 %. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 334 f.
45 Vgl. Dok. 3, Anm. 12.
46 Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

um so größer der Erfolg der Bayerischen Volkspartei, je mehr in den Warenhäusern einkaufen, um so durchschlagender die moderne Gesinnung des Herrn Scharnagl. Er hat das ja in Nordamerika gesehen, und München bleibt nicht zurück, im Gegenteil, München voran! Die Stadtgemeinde hat den ersten Wolkenkratzer begonnen [47], hoffentlich folgen andere nach. Diese altmodischen Türme, diese Raditürme von der Frauenkirche sind auch ein Überrest der alten Kunst, die München so rückständig gemacht hat und München nicht in die moderne Zeit hineinhebt. Das muß alles übertrumpft werden, da muß etwas anderes herkommen, was dem Geist diesen großen Bürgermeisters und Bäckermeisters entspricht. (Heiterkeit.)

Glauben Sie mir, meine lieben Freunde, das sind die Methoden, die langsam den Fremdenverkehr vernichten. Das heißt, Sie bekommen schon Fremde her, diese Fremden sind aber nicht mehr die Fremden, die wir früher hatten. Sie sehen das praktisch z. B. im bayerischen Oberland, in Berchtesgaden z. B. Es ist überall dasselbe. Man versucht sich zu helfen, indem man immer größer Kurpaläste baut [48]. Ein Kurort jagt den andern, und so wird das ganze Leben verteuert, weil eine Institution die andere zwingt mitzumachen. Und das tut man in einer Zeit, in der ganz Deutschland verarmt ist. Es ist ein perfekter Wahnsinn, der die ganze Menschheit erfaßt hat wie in einem Taumel. Dabei verschuldet man sich wahnsinnig, und damit man Geld bekommt, beginnt man zu verpfänden, was man von früher her hat. Diesen Wahnsinn treibt man solange fort, bis das Letzte verpfändet ist, bis man vor dem vollen Zusammenbruch steht, und dann das grausame Erwachen kommt. Dann wird natürlich niemand schuld sein, dann wird die Bayerische Volkspartei sofort eine neue Dependance einrichten zur Rettung des Mittelstands, zur Rettung des Bauernstandes, eine andere zur Rettung der Angestellten, und dann werden die Herren auf das Land hinausgehen und gegen den Moloch der Großwarenhäuser, gegen den Moloch des Großkapitals, das sie selbst gefördert haben, die Massen aufrufen, aber nicht aufrufen, daß die Massen den Moloch stürzen, sondern daß sie den Wagen wieder ziehen, in dem Freund Moloch wieder drinsitzen wird, wie er heute bereits drinsitzt.

Glauben Sie mir, wenn wir heute langsam in Deutschland von einer allgemeinen Not erfaßt werden, dann kann selbstverständlich auch der Fremdenverkehr keine Ausnahme machen; denn es ist eine irrsinnige Dummheit zu glauben, daß man den ganzen Mittelstand vernichten kann - und das sehen Sie doch, daß er vernichtet wird -, aber der Fremdenverkehr wird kolossal blühen. Dann hofft man noch, daß Ausländer kommen. Glauben Sie mir, die Ausländer gehen dorthin, wohin zu gehen augenblicklich Mode ist, und die Mode wechselt verdammt schnell. Sie gehen am liebsten dorthin, wo Inflation herrscht, und dorthin, wo augenblicklich der große Zug der Fremden hingeht. Besonders die Fremden, auf die die Münchener Stadtväter dauernd aussehen, die ganz reichen, die paar ganz reichen Juden, die kommen nicht nach München, die gehen nach Ostende und Biarritz, nach der französischen Riviera und in die Schweiz. Die kommen auf die Dauer nicht hierher, besonders wenn man bedenkt, daß, ja Herr Scharnagl ist überzeugt, daß er Europäer geworden ist, Herr Scharnagl, er ist aber noch nicht einmal, ja ... [*sic!*] (Heiterkeit.) Wissen Sie, die Leute, die wirklich international für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, die können auch die Köpfe abschätzen. Wenn die so einen

---

47 Gemeint ist das zwölfgeschossige städtische Verwaltungsgebäude in der Blumenstraße 28b, das zwischen 1926 und 1929 als erstes Hochhaus in München erbaut wurde.

48 Vgl. Dok. 17, Anm. 33.

Kopf anschauen, wissen sie ganz genau, was dahinter steckt, auch wenn er Unterricht in Englisch nimmt. Kein Mensch wird ihn deshalb für einen Engländer halten, sondern jeder weiß, daß er Bayer ist und außerdem noch Stadtrat und außerdem noch Bürgermeister von München. (Heiterkeit - Lebhafter Beifall.) Das weiß jeder Mensch und, glauben Sie mir, die Leute wissen auch ganz genau und kennen ganz genau die innere Einstellung eines normalen Bayern. Sie können jetzt tausendmal Herrn Reinhardt hier spielen lassen, wenn so ein internationaler Jude bloß einen Münchener Droschkenkutscher sieht, weiß er doch, in Wirklichkeit wollen sie mich nicht, niemand will mich hier. Er will ja auch niemand. Da kann die Bayerische Volkspartei und [*kann*] Herr Scharnagl auch im Rathaus einen Empfang veranstalten, jeder Mensch weiß doch, in Wirklichkeit will kein Mensch damit etwas zu tun haben, auch der Bayer nicht, der kein Antisemit ist. Man ist aber abhängig davon. Die andern wissen das auch; sie wollen auch mit uns nichts zu tun haben. Ich glaube, der Geruch stößt sie zurück, genauso wie unsereinen auch der Geruch zurückstößt. Glauben Sie mir, sie wünschen uns nicht und wollen uns nicht und kommen nicht, Sie können machen, was Sie machen wollen. Die Leute, die nach München kommen, kommen nicht wegen der Mätzchen des Herrn Reinhardt, sondern weil sie eine innere Sehnsucht haben nach der deutschen Stadt München, und wenn sie das nicht mehr anzieht, kommen sie überhaupt nicht mehr hierher. (Stürmischer Beifall.)

Warum kommen die Fremden hierher? Wegen unserer Natur, wegen unserer herrlichen Umgebung und die steht, Gott sei Lob und Dank, fest und kann augenblicklich nicht verschoben und verkitscht werden. Das ist ein Objekt, das die Fremden anzieht. Die einzige Möglichkeit ist die der Verschandelung, und zwar dadurch, daß zuviele von gewissen Fremden hierher kommen. Wenn da zuviele hinkommen, bleiben die anderen aus. Man könnte eine Besserung auch dadurch herbeiführen, daß man sagt, bessere Straßen her, die Bahnen usw. mehr in Schuß bringen, die Verbindungen abkürzen. Es gäbe also schon Möglichkeiten, um z. B. den Verkehr in die Natur hinaus bei uns etwas zu fördern, zu erleichtern. Diese Möglichkeiten werden aber leider nicht aufgegriffen. (Zustimmung.) Das wäre vielleicht die einzige Möglichkeit, um manchen Fremden anzureizen, daß er hinausgeht. Im allgemeinen wird aber der Fremde, der in die Berge gehen will, mehr Wert darauf legen, daß nicht zuviel Komfort herrscht, weil die meisten nicht soviel [*Geld*] hinlegen können. Er hat kein Interesse an diesem übertriebenen Komfort, der Deutsche vor allem nicht, und eigentlich sind für die Deutschen die Berge doch auch noch da. In kurzer Zeit werden sie sich das so nicht mehr leisten können.

Es bliebe für München dann noch besonders die Kunst übrig. Da müssen wir sagen, da kann manches geschaffen, könnte manches gebessert werden. Aber eines wollen wir betonen, die Kunst, die ihr Entstehen primär dem Fremdenverkehr verdankt, taugt keinen Schuß Pulver, und mit der kann man auf die Dauer keine Fremden hereinholen. Aus dem Fremdenverkehr ist noch keine Kunst ursprünglich entstanden. Die Triebkräfte, die das Kunstleben der Menschheit beförderten, waren religiöser Natur, weltanschaulicher Natur und politischer Natur, und endlich lag der letzte Antrieb zum künstlerischen Schöpfen in dem inneren Zwang, der ganz unabhängig ist von äußerer Einwirkung. Ich sage, die Kunst ist begründet in religiösen, weltanschaulichen und politischen Gesichtspunkten. Sie brauchen sich da nur die großen Kulturzentren, die Kunstzentren der Menschheit vor Augen zu halten und werden sofort selbst einsehen, daß hiebei der Gedanke des Fremdenverkehrs gar nicht mitgeholfen hat, irgendwie Kunststätten zu schaffen. Was wir aus der Antike in den riesenhaften Ruinenfeldern von heu-

te, die jetzt allerdings alljährlich Zehntausende von Fremden anzuziehen vermögen, vor uns sehen, ist nicht entstanden aus dem Gedanken, später einmal Fremde anzuziehen. Keine Pyramide ist gebaut worden in dem Gedanken, daß das einmal eine Sehenswürdigkeit für die alte Welt, für Europa werden könnte. Der Zweck dieser Bauten mag vielleicht heute noch nicht ganz klar sein, sicher aber ist, daß er nicht im Fremdenverkehr gelegen war. Das gilt von allen Tempeln, von den großen antiken Palästen sowohl in der ersten Kulturperiode, die aus grauem Nebel heraus sichtbar wird, von der großen Periode der mesopotamischen Kultur und der ägyptischen Kultur wie auch von der zweiten großen Periode, die wir geschichtlich ganz genau kennen, von der griechisch-römischen Kultur. Wir sehen keine Stadt entstehen, die ihre Kunstwerke anderen Triebkräften verdankt als denen weltanschaulichen, religiösen Charakters oder denen der politischen Machtentfaltung, des politischen Machtgedankens. Alle die riesenhaften Bauwerke des alten Rom sind nur entstanden als Ausdruck der Cäsaren-Herrlichkeit und Cäsaren-Macht, und wenn Rom in Flammen aufging und wieder neu gebaut wurde, so war der Gedanke der, dem neuen Cäsaren eine würdige Repräsentationsmöglichkeit zu verschaffen. Auf der anderen Seite stand natürlich auch der religiöse Gedanke. Jedenfalls aber war alles der Ausdruck eines gewissen Machtempfindens eines Volkes, und die einzelnen Kunstwerke selbst, sie haben noch viel weniger mit dem Fremdenverkehr zu tun. Wenn die Fremden später kamen und sie bewunderten, nahm man sie gerne auf und war stolz darauf bewundert zu werden. Nicht aber sind die Bauwerke entstanden, damit die Fremden kommen und dort ihr Geld zurücklassen, damit man also Geschäfte machen kann. Das kam praktisch nicht in Frage. Das gilt auch für das ganze Mittelalter. Glauben Sie, daß der Kölner Dom, das Straßburger Münster, der Dom zu Regensburg oder zu Freiburg im Breisgau oder früher die großen monumentalen Dombauten in Speyer, Worms, Limburg a. d. Lahn entstanden sind, befruchtet von dem Gedankengang eines möglichen Fremdenverkehrs? Niemals! Sie waren der Ausdruck eines tiefen inneren, religiösen Hochgefühls. Dieses trieb die Dome empor, und später waren diese Bauten auch der Ausdruck des politischen Machtgefühls der Städte. Die ganzen Herrlichkeiten unserer deutschen Städte, die wir heute noch sehen, die Burgen, Wälle und Türme und das ganze innere Stadtbild waren der Ausdruck der politischen Kraft und dann des wirtschaftlichen Reichtums. Das sehen wir auch in die neuere Zeit übergehen. Auch da sind die großen Kultur- und Kunststätten aus demselben Gedankengang heraus entstanden.

Glauben Sie, eine Stadt wie z. B. Petersburg verdankt ihre Bauten einem spekulativen Fremdenverkehr? Nein, der Gedanke war, für die Stadt des Zaren aller Reussen einen würdigen Platz zu schaffen, eine würdige Residenz genauso, wie Berlin demselben Gedanken seine ältesten Bauten verdankt und nicht nur die ältesten. Alle die Bauten, die unter Friedrich dem Großen entstanden [*sind*], sind nur geboren aus dem Gedanken der Notwendigkeit, dem jungen, so siegreichen preußischen Königtum machtvollen Ausdruck nach außen zu verleihen [49]. Demselben Gedanken entsprangen die Bauten von Paris, die Kunstschätze von Paris [50]. Diese Stadt, sie war die Zentrale des französischen Königtums, war die Zentrale des Landes, die langsam den neuen französischen Staatsgedanken verkünden und verkörpern sollte, der die Überwindung der französischen Feudalstaaten erforderte, und diese Stadt sollte daher einen

49 Vgl. Dok. 17, Anm. 39.
50 Vgl. Dok. 17, Anm. 36.

überwältigenden Eindruck auf die anderen ausüben, damit sie die großen zentralen Kräfte mobilisiert, die der junge Staat braucht, damit sie Bewunderung erweckt, kurz und gut, damit die Tausende und Abertausende mit Bewunderung und Stolz und auch mit Ehrfurcht auf die Zentrale des Landes hinsehen. Der gleiche Gedanke beherrschte auch das erste französische Kaiserreich. Napoleon beginnt, zur Verherrlichung des neuen Imperiums riesenhafte Bauten in Paris in die Wege zu leiten, und als Napoleons Herrschaft gestürzt wird, und dann ein zweites napoleonisches Kaiserreich kommt, wird dieser Gedanke ebenso wieder aufgegriffen. Paris erleidet ungeheuere Umwälzung, riesige Stadtteile werden niedergelegt, neue Boulevards erstehen, der Bau einer neuen Oper wird begonnen und all diese von dem einen Standpunkt, von dem einen Gesichtspunkt aus, Paris muß zum Mittelpunkt nicht nur Frankreichs, sondern zum strahlenden Mittelpunkt der ganzen Welt werden. So ist Paris tatsächlich Frankreich. Dasselbe sehen wir in Österreich. Je mehr sich dort die Verhältnisse zentrifugal entwickeln, je mehr das alte Reich zu zerfallen droht, desto mehr sehen wir die Versuche, die Reichshauptstadt Wien zu einer machtvollen, großen, glänzenden Stadt zu machen, erst in der Maria Theresianischen-Josephinischen Periode und dann in jener großen Zeit Kaiser Franz Josephs, da die alten Wälle niedergerissen wurden, und anstelle der Ringmauern die neue Ringstraße trat, und ein Prachtbau nach dem andern entstand aus dem politischen Gedanken heraus, dem großen zerfallenden Reich einen Mittelpunkt zu geben, der allgemeine Bewunderung erwecken mußte [51]. Diese Entwicklung sehen wir dann zum drittenmal weitergeführt durch Bürgermeister Dr. Lueger, der versucht, durch bürgerliche Initiative der Stadt einen gewaltigen Machtausdruck zu verleihen. Wir sehen das genauso im übrigen Deutschland bei allen Residenzen. Ob das nun Dresden oder München oder eine kleine Residenz ist, überall entstehen Kunstwerke aus dem Gedanken heraus, dem Königtum, dem monarchischen Gedanken eine überwältigende Repräsentation zu geben. Das war der treibende, der leitende Gedanke, und nirgends spekulierte man dabei etwa auf den Fremdenverkehr. Am meisten gilt das gerade für München [52]. Wenn Ludwig I. München, nachdem dort eine große Kunstperiode unter den Kurfürsten bereits abgeschlossen war, zum zweitenmal zu einer Kunststadt entwickeln wollte, so geschah das auch in der Absicht, dieser Stadt dadurch eine Bedeutung zu geben, die sie machtpolitisch nicht mehr haben konnte. Er hat genau erkannt, es gibt einen Weg, der diese Stadt naturnotwendig mit Sicherheit zum Mittelpunkt Deutschlands machen muß, der darin besteht, daß diese Stadt zur größten Kunstmetropole gemacht wird, ein politischer Gedanke, den er auch klar ausspricht und der nur denkbar ist bei einem Monarchen, der durch und durch als Künstler fühlt und denkt. Glauben Sie mir, Staatsmänner, nicht allerdings solche des Formats der Bayerischen Volkspartei, sind zu allen Zeiten ein- und dasselbe gewesen, Staatsmänner, Feldherrn und Künstler. (Lebhafter Beifall.) So baut Ludwig I. ganz unverstanden von der Masse, die diese Möglichkeiten nicht erkennt, sondern im Gegenteil in ihm den närrischen König sieht, und ebenso will später auch Ludwig II. bauen, und diese beiden werden ergänzt durch einen dritten großen Menschen, der Deutschlands größter Kunstreformator wurde, nicht etwa weil er damit der Stadt München eine Einnahmequelle aus dem Fremdenverkehr eröffnen wollte, sondern der das tat, weil ein innerer Zwang ihn trieb, es zu tun. Er ist der höchste Repräsentant jener

51 Vgl. Dok. 17, Anm. 38, 41.
52 Vgl. Dok. 17, Anm. 43.

Kunst, die eben entsteht, weil sie entstehen muß, die man nicht befehlen kann, die man aber auch nicht hindern kann, sondern die herausquillt aus dem Seelenleben eines Volkes. Es taucht plötzlich einer auf, der sich aufwirft zum Verkünder einer neuen Kunstanschauung: Richard Wagner. Nun wissen Sie, wie wenig sie zu allen Zeiten verstanden wurden, die wirklich großen Kunstschöpfer und Kunstschaffer. Wir wissen, welch große Widerstände ihnen entgegentraten, wie sie alle nicht verstanden wurden, und wissen auch, daß hier zu Lande die breite Masse kein Verständnis hatte für die großen Werke dieser Könige, für die großen Werke Richard Wagners, und wissen, daß die am allerwenigsten dafür Verständnis hatten, die die absoluten geistigen und ideellen Vorfahren derjenigen sind, die heute nach München ganz große Kunst, die Wolkenkratzerkunst, die Kunst des Kaufhauses und die Kunst der Reinhardt-Festspielaufführungen hereinbringen. Die Vorfahren dieser Leute, ihre geistigen und parteipolitischen Vorfahren sind es gewesen, die München um den Festspielhügel gebracht haben, der heute in Bayreuth steht [53].

Glauben Sie mir, diese Leute haben heute noch keine Ahnung, was München braucht, um als Stadt anziehend zu wirken, daß vor allem erforderlich ist ein geschlossenes Stadtbild, d. h., daß eine Übereinstimmung stattfinden muß zwischen Volk und Kunst, zwischen Volk und Stadtbild [54]. Es muß eine Übereinstimmung geschaffen werden zwischen Tradition und dem heutigen Weiterbau. Man kann so etwas nicht einfach zerreißen und sagen, bisher war die Stadt eine Stadt der deutschen Kunst, und jetzt wird diese Stadt der deutschen Kunst plötzlich umgewandelt. Das gibt nur eine Mißgeburt. Was unsere Stadt sehenswert macht, ist die Übereinstimmung zwischen Volkscharakter, Volkstum und Stadtbild in unserem ganzen Kunstschaffen und Kunsterleben in München. Wenn Sie das zerbrechen, zerbrechen Sie das Sehenswerteste, was die Stadt besitzt. Fangen Sie an, hier den Amerikanismus einzuführen oder das Berlinertum hierher zu verpflanzen, dann sind Sie verloren; denn dann haben wir das geopfert, was an unseren Sehenswürdigkeiten das höchste ausmacht, nämlich unser eigenes Gesicht. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf hier eines einfügen. Es ist falsch, wenn Menschen einer bestimmten Fähigkeit sich verleiten lassen, mit anderen einer anderen bestimmten Fähigkeit auf deren Gebiet in Konkurrenz zu treten. Sie müssen da verlieren. Ich darf hier ein Beispiel sagen. Wenn wir unsere Kunstmission darin sehen würden, in Konkurrenz zu treten bei unseren Bauten mit den amerikanischen Wolkenkratzern, wenn wir einmal beginnen, den Wert der Bauwerke abzuschätzen nach der Zahl der Stockwerke, müssen wir unterliegen, denn das ist nicht unsere Stärke. Es ist das gerade so, wie wenn ich mich mit einem Juden in Dialektik üben würde, mit ihm auf diesem Gebiet konkurrieren wollte. Ich weiß, ich würde unterliegen, zwangsläufig unterliegen, weil der Mann nicht das spricht, was er denkt, sondern, wenn er redet, seine Gedanken verhüllt, während ein Deutscher spricht, was er denkt. Der andere spricht deutsch und denkt hebräisch. Ich weiß, daß er hebräisch denkt, daß er mich übervorteilt. Das kann ich nicht. Man sagt ja immer wieder, wenn die Juden so geschäftstüchtig sind, warum sind es die Deutschen

53 Gemeint ist das 1872 bis 1876 von Otto Brückwald erbaute Richard-Wagner-Festspielhaus, in dem die 1872 von Richard Wagner gegründeten Festspiele seit 1882 jährlich stattfinden. Vgl. auch Dok. 17, Anm. 45.

54 Zur baulichen Ausgestaltung und den Planungen für München während des Dritten Reiches vgl. Hans-Peter Rasp, Eine Stadt für tausend Jahre. München - Bauten und Projekte für die Hauptstadt der Bewegung, München 1981.

nicht auch? Weil eben das zweierlei Geschäftstüchtigkeit ist. Der eine ist ein skrupelloser Spekulant und der andere ein geschäftstüchtiger, naiver, anständiger Mensch, und da muß der anständige Mensch zwangsläufig verlieren (lebhafter Beifall), nicht weil er dümmer ist, weil er weniger kann, sondern weil er da nicht mitkommt. Das ist eine Fähigkeit, die ihm nicht liegt, die nur dem anderen liegt.

Wenn Sie z. B. sagen, ja warum haben wir denn keine deutschen Dirigenten? Ja, wenn wir Dirigieren im Sinne von Mätzchen machen auffassen, dann können wir nicht konkurrieren. Symphonien haben die Deutschen geschaffen, Opern haben sie geschrieben, Kunstwerke haben sie geschaffen, die die Ewigkeit überdauern! Mit jüdischen Dirigenten können sie aber nicht konkurrieren; das liegt ihnen nicht. Das ist genauso, wie wenn jemand sagt, bitte, warum machen sie nicht auch in kubistischer Malerei oder in dadaistischer Musik? Wir können das nicht, das können nur die anderen, und die können dafür das nicht, was wir können. Es ist Wahnsinn, wenn wir uns auf ein Gebiet begeben, das uns an sich nicht liegen kann, weil es unserem Wesen nicht entspricht, weil es uns wesensfremd ist, unserem Seelenleben nicht entspricht. Wir müssen dabei unterliegen. Das gilt gerade für dieses Kapitel hier. Wenn wir einmal anfangen, uns auf die Bahn der Berliner Staatstheater zu begeben, wenn wir in München diese in Wirklichkeit nur traditionslose Effekthascherei nachahmen, wie sie Jeßner in Berlin hat, opfern wir damit den Geist jener Münchener Kunst, die bisher von vielen als Oase im übrigen Deutschland angesehen wurde, eine Oase, auf die sich manche mit innerer Erlösung geflüchtet haben. Ich halte es für Wahnsinn, wenn München versucht, mit spezifischen Charaktereigenschaften in Konkurrenz zu treten. Ich stehe auf dem Standpunkt, diesen Eigenschaften müßten wir unsere besseren deutschen gegenüberstellen. Gefahr bestünde für München erst dann, wenn in Berlin selbst wieder wirklich deutscher Geist seinen Einzug hielte. Das allein könnte München Abbruch tun. Die Menschen aber, die gesättigt werden von jenem kosmopolitschem Kunstgefühl und Kunstsinn, den wir in Berlin sehen, können wir nie gewinnen; denn so kosmopolitisch können wir gar nicht aussehen; denn da sind wir viel zu wenig komplizierte Naturen, da ist unsere Stadt viel zu wenig interessant für diese dekadente Gesellschaft. Die geht lieber nach Berlin/W[*est*]. Dort passen die Neger und das ganze Zeug besser hin. Bei uns ist das fremd, und dort gehört es zum ganzen Milieu, bis eines Tages eine Faust kommt und dieses Milieu auskehrt. Es ist verrückt, wenn wir auf dem Boden kämpfen wollen, auf dem wir glatt ausrutschen müssen. Es ist Wahnsinn, wenn in Deutschland alle darnach gieren, sich dem internationalen Juden dienstbar zu machen, statt daß die Städte hergehen und sagen würden, wir pfeifen auf die Juden und rechnen nur mit den Deutschen. Ein einziges Seebad, Borkum, hat das gemacht [55], gemacht durch einen Mann, der unser Parteigenosse ist, Pfarrer Münchmeyer, der sagte, es ist Wahnsinn, wenn sie alle um die Juden buhlen, buhlt um die Deutschen. Und wir sehen, Borkum hat nicht gelitten. Monate vorher muß man einen Platz bestellen, wenn man hin will. Es ist bemerkenswert, daß die Leute auch sonst gerne dorthin gehen, wo keine Juden wohnen. Ich wohne z. B. in Berlin immer in einem kleinen Hotel [56], in

55 Vgl. Dok. 17, Anm. 51.
56 Gemeint ist das Hotel "Sanssouci", Linkstraße 37, Bezirk Tiergarten, in dem Hitler abstieg, bevor er das Hotel "Kaiserhof" zu seinem Berliner Hauptquartier machte. Vgl. Julius Karl von Engelbrechten und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 63, 68.

dem fast nie Juden verkehren. Vor einiger Zeit sah ich dort plötzlich die Spitzen der Zentrumspartei. Ich war ganz erstaunt und fragte den Ober, wie kommt denn Herr Schirmer[57] hier herein, wie denn Herr Esser [58], der Namenskollege unseres Parteigenossen von der Zentrumspartei - Sie können ihn durch seinen großen Vollbart von unserem Parteifreund Esser [59] unterscheiden - wie kommen die da herein? Da sagte mir der Ober ganz ruhig, weil wir keine Juden haben. Großartig! Weil wir die Juden bekämpfen, werden wir von der Zentrumspartei aus christlichem Empfinden aufs schwerste verfolgt. Aber weil in diesem Hotel keine Juden wohnen, gehen sie dorthin, und glauben Sie [*mir*], wenn in München keine Juden wären, wäre unsere Stadt ganz ungeheuer überlaufen, weil dann jeder einmal nach München kommen möchte, da er sich sagt, die Stadt möchte ich sehen, wo es keine Juden gibt. (Stürmischer Beifall.)

Ich möchte geradezu als eine Lebensfrage für München folgendes hinstellen. Gelingt es uns, dieser Stadt den so persönlichen Ausdruck zu erhalten und ihn ihr erst recht zu geben, daß sie sich restlos unterscheidet von dem kosmopolitischen, sich langsam verinternationalisierenden [*sic!*] Berlin, dann ist die Zukunft Münchens für immer garantiert; denn dann behält diese Stadt ein Gesicht, das sehenswert ist. Geschieht das nicht, begibt sich diese Stadt auch auf die Bahn der anderen Städte, dann wird sie es erleben, daß sie doch nur Halbes erreicht, denn den internationalen Firnis, den Berlin hat, bekommt sie dann doch nicht. Das kann sie nicht mehr aufholen, da kann Herr Scharnagl die weitesten Hosen anziehen und noch so amerikanisch tun, das nützt alles nichts, da kann die Bayerische-Volkspartei-Stadtratsfraktion noch so international fühlen, noch so internationale Kunst machen und sich gegenseitig einreden, daß man sachverständig sei und davon etwas verstünde. Das nützt alles nichts, denn es wäre doch alles nur halb. Es paßt das nicht zu uns, und alles, was zu einem Menschen nicht paßt, wird ihm niemals stehen, und am Ende ergibt sich ein zerrissenes Bild, das niemand ansehen will. Da kann man sagen: zum Kosmopolitischen zu bayerisch und zum Bayerischen zu kosmopolitisch, und das Ende wird sein, daß an einem solchen Zwitter kein Mensch ein Interesse hat. Das sind Promenademischungen; die will man nicht. Ich glaube, jeder Deutsche, dem gerade diese Stadt am Herzen liegt, kann nicht wünschen, daß das zu sehr Alltagserscheinung, zu sehr Bestandserscheinung wird, sondern jeder kann nur wünschen, daß diese Stadt mehr und mehr hineinwächst in ihre Rolle als deutsche Kulturstadt. Wenn man den Weg beschreitet, werden wir Nationalsozialisten immer und jederzeit dafür eintreten. Was Deutsch ist und was vorbildlich sein kann für Deutschland, werden wir Nationalsozialisten dieser Stadt fördern, und da werden wir großzügig sein; denn wir haben ein großes Programm der deutschen Er-

57 Carl Schirmer (1864-1942), Schlosser, 1893 Mitbegründer des katholischen Arbeitervereins München, 1896/97 Sekretär des katholischen Arbeitervereins, 1899-1907 MdL in Bayern (Zentrum), 1907-1918 MdR, 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (BVP).

58 Thomas Esser (1870-1948), Buchdrucker, 1900 Gründung der Spar- und Kreditgenossenschaft Euskirchen (später: Gewerbebank E.G.m.b.H.), 1921-1933 MdR (Zentrum), 1921-1933 MdL in Preußen, 1926-1933 Vizepräsident des Reichstags, 1933 mehrfach verhaftet, 1944 zwei Monate Haft in Arbeitslagern.

59 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des VB, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 Führer der GVG, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des "Illustrierten Beobachters", 1929-1933 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933-1935 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1935-1945 Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichspropagandaministerium.

neuerung und wir bilden uns ein, daß, wenn dieses Programm einmal in Erfüllung geht, Deutschland ein anderes Gesicht erhalten wird. Aber wir würden dieses Gesicht nicht lieben können, wenn es sich nur wirtschaftlich ausprägen sollte, sondern im Gegenteil, gerade weil wir Nationalsozialisten ein gewaltiges Ziel vor Augen haben und überzeugt sind, daß nur eine Umgestaltung des ganzen Denkens und Fühlens und der Staatsidee und Staatsauffassung, der gesamten Weltanschauung usw. dieses neue Gebilde ermöglichen wird, gerade deshalb wünschen wir auch, daß der neue Staat sich Jahrtausende hindurch zu erhalten vermag durch die Repräsentation seines Geistes, den er sich selbst gibt. Wir könnten uns kein Drittes Reich vorstellen, das nur Warenhäuser besitzt und Fabrikgebäude oder nur in Fremdenverkehrsziffern macht [*sic!*], das nur Wolkenkratzer und Hotels aufzuweisen hat, sondern wir bekennen freimütig, daß in unseren Augen dieses Dritte Reich Dokumente der Kunst und Kultur wird aufweisen müssen, die Jahrtausende überdauern und mehr wert sind als Warenhäuser, Hotels usw. Wir sehen die Zerrissenheit unseres Volkes und leiten sie davon ab, daß unser Volk keinen gemeinsamen, verbindenden Mittelpunkt mehr besitzt. Wir sehen die antiken Städte vor uns, die Akropolis, den Parthenon, das Colosseum, sehen die Städte des Mittelalters mit ihren riesenhaften Domen und wissen, alle diese Menschen einer solchen Stadt hatten einen geistigen Mittelpunkt, es gab dort etwas, das nicht einem gehörte, sondern allen. Nicht auf sein Haus konnte der Einzelne stolz sein, sondern auf seinen Dom und damit auf die Größe seiner Stadt. Wir wissen, daß die Menschen einen solchen Mittelpunkt, ein gemeinsames verbindendes Band brauchen, wenn sie nicht zerfallen sollen. Alles andere erweckt Neid, Eifersucht, erweckt Begierde und Haß. Nur etwas Großes, Gemeinsames vermag die Menschen zusammenzufügen, nicht nur zu gemeinsamer Arbeit, sondern auch zu gemeinsamen Grundsätzen. Wir wissen das, und deshalb soll das Dritte Reich sich wieder verkünden in der Zukunft durch große gemeinsame Leistungen. Wir empfinden es als schädlich, wenn in dieser Zeit man 60-80 Millionen [*RM*] für ein Kriegsschiff ausgibt [60], das nach 15 oder 20 Jahren wieder abgetragen wird, für einen großen prächtigen Bau aber nur 10 und 12 Millionen [*RM*]. Wir empfinden das als schädlich, weil wir wissen, daß gerade diese Werke Jahrhunderte überdauern sollen, und weil wir wissen, wenn unsere Vorfahren so jämmerlich gedacht hätten, gäbe es in deutschen Landen nichts, was sehenswert wäre. Aus solcher Gesinnung heraus ist im Mittelalter in Köln, der Stadt mit den engsten Straßen von zwei- und dreistöckigen Häusern aus Holzfachwerk und Lehmwänden, ein Dom entstanden von dieser Größe entsprechend der ganzen Gesinnung [61]. Eine solche Gesinnung ist heroisch und grandios, sie vermag die Menschen zusammenzufügen und mit hohem Geist und Sinn zu erfüllen. Sie muß und wird erneuert werden. Das Dritte Reich wird durch Jahrtausende sich zu bewahren vermögen; denn selbst wenn Taten nicht mehr reden, müssen einmal die Steine sprechen. Das ist unsere Auffassung und die möchten

60 Die genannte Summe bezieht sich wahrscheinlich auf die jährlichen Gesamtausgaben der Reichsmarine für Schiffsneubauten und Werfteinrichtungen, die 1928 bei 75,3 Millionen RM und 1929 bei 62,1 Millionen RM lagen. Für den im April 1929 in Dienst gestellten Kleinen Kreuzer "Königsberg" waren insgesamt 27 Millionen RM aufgewendet worden. Die ersten beiden Raten für den Bau des Panzerschiffes "A" sollten 22,5 Millionen RM betragen. Vgl. Übersicht über den Reichshaushalt 1929. In: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 434, Anlagen, Nr. 885, S. 40, 135.

61 In seiner heutigen Größe wurde der Kölner Dom, nachdem der Bau seit Mitte des 14. Jahrhunderts nahezu völlig geruht hatte, erst 1842-1880 fertiggestellt.

wir zunächst auf diese Stadt übertragen, auf diese Stadt München, die uns mehr am Herzen liegt als irgendeine andere. Wir haben in diese Stadt das Zentrum unserer jungen Bewegung gelegt, weil wir diese Stadt als eine der deutschesten angesehen haben, weil wir das Gefühl hatten, daß hier Tradition herrscht, und weil wir überzeugt sind, daß wir, wenn wir einmal weiterbauen wollen, einen gesunden Grund zum Bauen besitzen. München hat schon unendlich viel, viel aber liegt noch im argen, viel muß erneuert werden, und in manchem ist die Stadt in Rückstand gekommen. Wenn man aber einer Zeit Großes bieten will, muß man auch der Zeit voraneilen, d. h., die Zeit muß in einer solchen Stadt ihren lebendigsten Ausdruck erhalten.

Reinhardt ist heute bereits abgelegte Ware; das ist nichts neues mehr, das ist abgelegte Ware von Berlin, Wien und Salzburg [62], das ist keine neue Idee, ist nichts, was nicht längst durch die Mode überholt wäre. Was hierher kommen muß, muß sein der Ausdruck des Ringens unseres deutschen Volkes nach innerer und äußerer Erlösung, der Ausdruck des kommenden Dritten Reichs. Das mag vielleicht selbst noch nicht die letzte Vollendung zeigen, an dem rohen Werk aber muß man schon erkennen, es ist ein neuer Geist, der das Werk geformt hat, ein neuer Geist, der von hier seinen Ausgang nimmt und der Deutschland umgestalten wird nicht nur für jetzt, sondern für alle Zukunft. Das ist die Kunstabsicht, die uns heute beseelt und die wir durchführen werden; denn die Regiererei des heutigen kleinen Partei- und Parlamentsbürgertums neigt sich ihrem Ende entgegen. Sie klammern sich krampfhaft an die letzten Versuche, an kleinste Mätzchen, um sich noch zu retten, aber während noch die öffentliche Meinung wie hypnotisiert im Schlafe liegt, und während die alten Parlamentsgeister noch so tun, als ob sie das Volk zu repräsentieren vermöchten, regt sich im Volk eine neue Staatsidee, steigt aus dem Volk heraus der Glaube an ein neues Reich, werden die Grundfeste[*n*] des heutigen Zustandes erschüttert, und im Staate der zerfallenden Demokratie, des Pazifismus und der Internationalität erhebt sich schon das Gebilde eines neuen Staates. Der Staat im Staate ist gegründet und wird eines Tages nach Ausdruck suchen und wird ihn auch finden, und diese Stadt wird, das wissen wir alle, sicher mit eine der ersten sein, die diesen neuen Ausdruck als Gepräge erhalten wird; denn so wie der Faschismus heute auf seine Bauten schreibt "Errichtet im ersten Jahr des Faschismus, erbaut im zweiten Jahr der faschistischen Idee, geschaffen im dritten Jahr des faschistischen Staates" usw. [63], so wird einmal die Stunde kommen, in der es heißen wird, "Errichtet im ersten Jahr des Dritten Reichs, errichtet im zweiten, erbaut im dritten". Es wird eine große Periode kommen des Sturzes des alten und des Werdens des neuen jungen Staatsgedankens und eines neuen jungen Deutschen Reichs, und dann werden auch wieder Fremde kommen, nicht angelockt durch fremde Kunsterscheinungen, nicht an den Haaren herbeigezogen durch uns gar nicht liegende fremde Mätzchen, sondern sie werden kommen, um hier zu sehen, das ist das neue Reich des neuen Staatsgedankens. Wenn einmal die Stunde kommt, auf die Sie alle hoffen und die Sie alle innerlich ersehnen, in der dieses Reich nicht mehr Sklavenkolonie [64] sein wird, in der sein Schicksal nicht mehr in Paris entschieden wird, sondern das Schicksal des deutschen Volkes wieder in deutschen Fäusten liegt und von deutschem Willen entschieden wird, wird dieser Wille diesem Reich auch den äußeren Stem-

62 Für die Festspiele waren keine Neuinszenierungen vorgesehen.
63 Vgl. Dok. 17, Anm. 42.
64 Anspielung auf die Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Vgl. auch Dok. 1, Anm. 15.

pel aufdrücken und man wird lachen bei dem Gedanken, der deutschen Kunst durch Reinhardt-Goldmann eine Bahn brechen zu lassen. Man wird lachen bei dem Gedanken, daß Juden es sein müssen, die dem deutschen Volk die Kunst bringen; denn dann wird aus dem Erleben der deutschen Wiedergeburt und der Wiederauferstehung unseres deutschen Volkes heraus wieder kommen eine deutsche Kunst. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

12. April 1929 — Dok. 22
"GRUSA VII. Grundsätzliche Anordnungen der SA"
Anordnung

Masch. Abschrift, o. D. [1]; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 317.

Schutzstaffel (SS)

A. Die SS.

1. Die SS ist eine Sonderformation der SA. Die grundsätzlichen Anordnungen für die SA gelten also auch für die SS, sofern keine Sonderbestimmungen erlassen sind.

Die SS wurde im Jahre 1925 als erste zentrale Ordnungsorganisation der neugegründeten Partei auf Befehl Adolf Hitlers aufgerichtet [2]. 1926 wurde sie der neuerrichteten Obersten SA-Führung unterstellt [3]. *Hiermit wird sie als Sonderformation der SA ordnungsgemäß eingegliedert.*

2. Das künftige große Anwachsen der SA erfordert, daß aus derselben langsam ein kleinerer Verband von besonderer Güte, besondere[*r*] Verwendbarkeit, besonderem Menschenmaterial, besonders hohen Dienstanforderungen herausgezogen wird. Die Anfänge dieser Formation bildet die SS [4].

3. Die zu diesem Zweck herangezogenen SA-Männer können nun nicht an einem Orte zu einem Verbande dauernd zusammengezogen werden, vielmehr müssen sie an ihren Wohnorten bleiben. So muß also der SS-Verband, in kleine Abteilungen auseinanderzogen, über ganz Deutschland verstreut, aufgestellt werden und kann nur bei ganz besonderen Gelegenheiten zusammenkommen, um in geschlossenem Verbande eingesetzt zu werden.

Aus dieser Zwangslage ergeben sich naturgemäß organisatorische Schwierigkeiten und Sonderheiten. Wohl kann der Verband seinen Innendienst selbständig regeln und beaufsichtigen wie andere SA-Verbände auch. Aber der Einsatz und somit weite Teile des Außendienstes

1 Einleitender Vermerk: "Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch innerhalb der NSDAP!"
2 Die Schutzstaffel wurde im April 1925 unter Josef Berchtold als persönliche Leibwache Hitlers aufgestellt. Vgl. Koehl, The Black Corps, S. 21 f.
3 Am 1.11.1926. Vgl. Anordnung vom 27.10.1926. Druck: Bd. II/1, Dok. 43.
4 Seit März 1929 war Heinrich Himmler bemüht, den Elitegedanken der SS zu fördern. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, S. 357.

müssen im Rahmen der großen SA-Verbände, in deren Bereich die verstreuten SS-Abteilungen liegen, geschehen und also von den höheren SA[-]F[*ührern*] dieser Bereiche geregelt werden.

4. Die SS soll aus ausgesuchten leistungsfähigen Männern bestehen. Die Bedingungen setzt Reichsf[*ührer*] SS [5] im einzelnen fest. *Mindestalter 23 Jahre. Mindestgröße 1,70 m, mit Ausnahme für Kriegsteilnehmer. Durch sehr hohe Dienstanforderungen ist die Auslese der Leistungsfähigen zu fördern.*

5. Auf Grund dieser Zusammensetzung sind die einzelnen, verstreuten SS-Abteilungen zu besonderen Aufgaben befähigt und demgemäß einzusetzen. Überall dort, wo nicht geschlossene Abteilungen, sondern ausgesuchte Einzelmänner auftreten müssen, ist die SS am Platze. Vor allem ist jeglicher Ordner- und Sicherheitsdienst die gegebene Aufgabe der SS; ebenso schwierige Anforderungen der Propaganda; Schutz und Begleitung eines Redners oder Führers; Schlußsicherung einer Marschkolonne.

6. Der Dienstanzug der SS ist der SA-Dienstanzug gem. GRUSA V [6], jedoch schwarze Mütze mit Totenkopf und Hoheitszeichen, schwarze Halsbinde, schwarze Knöpfe, schwarzes Lederzeug, schwarze Hose. Die Spiegel sind schwarz, die Sturmnummern und Führerabzeichen silbern.

B. *Der Innendienst.*

7. Der Innendienst wird (wie es innerhalb jedes geschlossenen SA-Verbandes auch geschieht) von der SS selbständig geregelt. Sie hat dazu eigene Anweisungen, einen eigenen Dienstweg und eigene höhere F[*ührer*]. Zum Innendienst gehören: Aufbau und Disziplinierung der SS, grundsätzliche Anordnungen und Ausbildung zum Sonderdienst, alle Appelle (Ausnahme s. Ziff. 9), Aufnahme und Ausschluß, Führerernennung und -absetzung, Ausweise, Geldwirtschaft.

Die Aufgabe der höheren SS[-]F[*ührer*] (deren Abteilungen verstreut liegen) besteht in der Regelung des Innendienstes. Unbeschadet dessen sind sie zur Führung des Außendienstes im Rahmen von GRUSA VI [7] zu verwenden. Bei gelegentlichem Zusammenziehen größerer SS-Verbände haben sie natürlich stets deren Führung.

8. *Der Reichsführer SS wird vom 1. Parteivorsitzenden* [8] *auf Vorschlag von Osaf ernannt. Reichsf SS untersteht Osaf unmittelbar.*

C. *Der Außendienst.*

9. *Der Außendienst wird von den höheren SAF geregelt, in deren Bereich die SS-Abteilung liegt.* Normalerweise geschieht dieses durch die höchsten Führer am Orte, und zwar durch den SA-Sta[*ndarten*]f[*ührer*] oder -Bri[*gade*]f[*ührer*]; ist ein solcher nicht am Orte, dann durch den SA-Sturmf[*ührer*].

(In letzterem Falle kann gemäß GRUSA VI die Möglichkeit eintreten, daß die Führung des vom SA-Sturmf angesetzten gemeinsamen Außendienstes dem SS-Sturmf zufällt.)

---

5 Heinrich Himmler.
6 Vgl. Bd. II/1, Dok. 142.
7 Vgl. Dok. 19.
8 Adolf Hitler.

Zum Außendienst in diesem Sinne gehören: Massenauftreten, Propagandamärsche, Terror-Abwehr, sowie die dazu erforderlichen Vorbereitungen, Übungen, Appelle, Besichtigungen.

10. Bei Anforderung der SS durch den höheren SAF entscheidet der SSF, ob die Anforderung seine Leistungsfähigkeit übersteigt. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber, sowie bei jeder anderen Meinungsverschiedenheit, wenden sich beide sofort an ihre nächsthöheren Vorgesetzten.

11. Die Anforderung von SS durch die politische Leitung hat bei dem zur Regelung des Außendienstes zuständigen höheren SAF zu geschehen. Der SAF soll aber von diesem Rechte nur Gebrauch machen, wenn der von ihm geplante Außendienst durch die Anforderung der politischen Leitung gestört wird. In der Regel hat er die SS zu unmittelbarer Anforderung freizugeben.

Für das Verhältnis zwischen SS und politischer Leitung gilt GRUSA III [9] (vergl. GRUSA VII, Ziff. 1).

12. Der höhere SAF hat sich mit seinen Anordnungen stets an den SSF, nicht unmittelbar an die einzelnen SS-Männer zu wenden.

D. *Aufstellung von SS.*

13. Die Aufstellung der SS geschieht nach einem von OSAF festgelegten Aufstellungsplan.

Für die einzelnen SS-Verbände wird von OSAF im Einvernehmen mit dem Reichsf SS die Stärke festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Innerhalb dieses Aufstellungsplanes hat die Aufstellung durch den Reichsf SS in unmittelbarem Verkehr mit dem am Orte höchsten SA-Führer zu erfolgen.

14. Die Aufstellung der SS-Verbände erfolgt durch Abstellung von 5-10 SA-Männern der SA-Stürme und eines dafür fähigen Führers.

Die von der SA abgestellten Leute, die den Kern des neuen SS-Verbandes bilden, müssen bereits 1 Jahr Parteimitglieder sein.

Nach Abstellung der 5-10 SA-Männer wirbt die SS außerhalb der SA bis zu ihrer vom Osaf festgelegten Stärke im Rahmen ihrer Aufnahmebedingungen.

15. Übertritte von SA zu SS und umgekehrt können nur im Benehmen der beiderseitigen Führer, niemals aus willkürlichem Entschlusse der Einzelmänner erfolgen.

Die Aufnahme ausgeschlossener SS-Männer ist der SA, die Aufnahme ausgeschlossener SA-Männer ist der SS verboten. Ausschlüsse sind der anderen Dienststelle am Orte schriftlich mitzuteilen.

gez: v. Pfeffer

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der N.S.D.A.P.

gez. Adolf Hitler

9 Vgl. Bd. II/1, Dok. 139.

13. April 1929 Dok. 23
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 13.4.1929.

In Paris tagen die Sachverständigen weiter [1]. Eigentlich darf man nicht sagen "tagen", denn in Wirklichkeit vollzieht sich das alles im dunkeln, hinter verschlossenen Mauern und Türen. Wenigstens Deutschland hat keinen Einblick in die Vorgänge. Herr Schacht wird bei allen wirklich wichtigen Konferenzen hinauskomplimentiert, so, daß diese Verhandlungen so recht wieder einmal die beste Illustration zu dem Wilsonprogramm [2] der Vierzehn Punkte darstellen: Abschaffung der Geheimdiplomatie [3]. Die Amerikaner haben anscheinend damals schon gewußt, was dabei herauskommen wird. Genauso wie der Kampf gegen den "Militarismus" damit endete, daß Deutschland entwaffnet wurde [4] und die anderen nun aufrüsten, hat auch die Abschaffung der Geheimdiplomatie nur für Deutschland selbst positiv praktische Folgen gezeitigt. Denn in Deutschland ist tatsächlich heute nichts mehr geheim zu halten. Das marxistische Landesverräterpack erhebt heute frecher als je das Haupt. Man baut schon felsenfest darauf, daß demnächst der Begriff "Landesverrat" überhaupt aus dem deutschen Strafgesetzbuch verschwinden wird [5]. Auf sozialdemokratischen Parteitagen wird von Anhängern und Vertretern dieser sauberen Regierungspartei heute ganz frech und zynisch offen erklärt, daß sie es sich nicht nehmen lassen werden, jede Verfehlung Deutschlands gegen den Versailler Pakt [6] der Welt zur Kenntnis zu bringen [7]. Diese Ephialtesse [8] laufen dabei in der Republik als Ehrenmänner herum, und kein Mensch weiß, ob sie vielleicht nicht schon morgen Minister sind. Wenn nun auch in Deutschland ein Verständnis für die Größe dieser Niedertracht und Gesinnungslosigkeit nur bedingt und in verhältnismäßig kleinen Kreisen vorhanden ist, dann dafür aber um so mehr im Ausland. Die Art der Pariser Konferenz-Komödie, die hohnvolle Behandlung, die Deutschland dabei erfährt, wäre vollkommen unmöglich, ja undenkbar, wenn

---

1 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

2 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

3 Vgl. Dok. 8, Anm. 14.

4 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 25, 47, 75, 79. Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 legten die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verhinderten jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 69.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

7 Der linke Parteiflügel der SPD hatte Straffreiheit für Veröffentlichungen über illegale Rüstungen gefordert. Vgl. Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 38 sowie Dok. 6, Anm. 38.

8 Verräter. Abgeleitet von Ephialtes, der 480 v. Chr. die Perser in den Rücken der griechischen Stellung bei Thermopylä führte.

man nicht in Paris eine sehr genaue Kenntnis der Geistesverfassung des Novemberstaates hätte. Man weiß dort (und wie man sieht, nicht zu unrecht!), daß man sich dem heutigen Deutschland gegenüber alles erlauben kann! Verstärkt wird diese Auffassung noch werden durch die nicht minder genaue Kenntnis unseres hochverehrten Herrn Außenministers. Bei uns kann man sich ja jetzt sogar noch unterstehen, mit dem Namen Stresemann die deutsche Jugend gewinnen zu wollen, in Paris hat man die Fähigkeiten des ehemaligen Industriesyndikus [9] so gründlich kennengelernt, daß man alles wagen kann, ohne das geringste zu riskieren. Herr Stresemann wird lächeln -, und wenn es ganz schlimm kommt, wieder ein paar Monate an die Riviera gehen. Das einzig wirklich sichtbare Ergebnis der Tätigkeit dieses Genies ist der Zusammenschluß der alten Kriegsentente gegen Deutschland [10]. Nur Italien hat Herr Stresemann in diese Front noch nicht restlos einzugliedern vermocht. Daran arbeiten aber seine Gazetten unermüdlich. In diesen Tagen verbreiteten sie plötzlich Alarmnachrichten über italienische Mobilisierungen in der Cyrenaika [11]. An der ganzen Sache ist vom Anfang bis zum Ende kein Wort wahr. Allein das hindert die Blätter der Geistesrichtung des Herrn Reichsaußenminister nicht im geringsten, die Lügen weiter zu verbreiten und eine Aufklärung abzulehnen. Italien soll eben mit allen Mitteln in die gegnerische, Deutschland bedrohende Front eingegliedert werden. So zerrissen sonst Deutschland ist, für dieses außenpolitische Ziel hat Herr Stresemann aber eine gewisse Einheit hergestellt: Von den Finanzjuden bis zu den jüdischen Marxistenführern, vom verfreimauerten liberalen Bürgertum bis ins Lager völkischer Federwalküren [12] umschließt der außenpolitische Geist Stresemanns das geeinte Deutschland. Nur die Nationalsozialisten stehen abseits und vertreten den Standpunkt, daß es nicht sehr klug ist, Italien zu Frankreich zu treiben, sondern daß es vernünftiger wäre, sich mit ihm zu verbünden!

Mehr als überraschend kam die Nachricht vom Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Seipel [13]. Welche Gründe dafür tatsächlich maßgebend gewesen sind, ist heute noch nicht bekannt. Man spricht auch davon, daß die große Austrittsbewegung aus der Kirche in Österreich den Anlaß gegeben habe. Ob das nun so ist oder nicht, läßt sich heute nicht feststellen. Undenkbar wäre die Sache jedenfalls nicht. Der politische Mißbrauch der Religion für parlamentarische Parteien hat in Österreich zu unerträglichen Zuständen geführt. Weder die marxistische linke Seite, noch die bürgerliche rechte, ist heute voll befriedigt. Das enge Zusammen-

---

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

10 Anspielung auf die Haltung der Siegermächte in der Reparationsfrage. Vgl. Dok. 21, Anm. 40.

11 Die Cyrenaika und Tripolitanien bildeten die italienische Kolonie Lybien. 1921 bis 1930 führte Italien in der Cyrenaika Krieg gegen den Aufstand unter der Führung des islamischen Ordens der Senussi. Vgl. Giorgio Rochat, Le Guerre coloniali dell'Italia Fascista. In: Le Guerre coloniali del Fascismo. Hrsg. von Angelo Del Boca, Rom 1991, S. 173-196, S. 179 ff.

12 Vermutlich Anspielung auf Mathilde Ludendorff.

13 Ignaz Seipel (1876-1932), katholischer Priester, Dr. phil., 1909 Professor für Moraltheologie in Salzburg, 1917 in Wien, 1921 Prälat, 1919-1920 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Österreich (Christlich-Soziale Partei), 1920-1932 Mitglied des Nationalrats, Oktober bis November 1918 Minister für Soziale Fürsorge, Mai 1922 bis November 1924 und Oktober 1926 bis Mai 1929 Bundeskanzler, Juli 1928 Justizminister, September bis Dezember 1930 Außenminister.
Am 3.4.1929 hatte Ignaz Seipel den Rücktritt seiner Koalitionsregierung bekanntgegeben. In der Öffentlichkeit wurde die vom Koalitionspartner SPÖ im Juli 1928 eingeleitete Kirchenaustrittsbewegung als eine Ursache für diesen Schritt genannt. Vgl. Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 158 f.

arbeiten sogenannter "religiöser" Parteien mit den marxistischen Atheisten, Volks- und Staatszerstörern kompromittiert am Ende den Katholizismus selbst am allermeisten. Jahrelang haben sich diese klerikalen Parteien an die Bettgenossenschaft mit der Sozialdemokratie gewöhnt und haben dabei im Verlauf ihrer parlamentarischen Tätigkeit die schlimmsten Charakterzüge des marxistischen Wesens angenommen. "Im Namen der Religion" wurden übelste Wahlschiebereien genauso vollzogen, wie man hinterher aus tausend Opportunitätsgründen zu jeder politischen Schweinerei ja und Amen sagen mußte. Jetzt, da man in manchen Fällen doch nicht mehr mitkonnte, bekam man nun vom marxistischen Bundesbruder links und rechts die Ohrfeigen hinaufgeknallt. Daß daher Monsignore Seipel endlich doch nicht mehr mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn gehen konnte, wurde von dieser mit umfangreichsten Kirchenaustritten beantwortet. Der Zwiespalt hat in der letzten Zeit eine weitere Verschärfung erfahren, als durch die Heimwehrbewegung [14] wenigstens ein gewisser Widerstand gegen die ewigen terroristischen Vergewaltigungen und Angriffe der linken Seite wirksam wurde. In den nächsten Tagen wird sich in Österreich entscheiden müssen, ob man nun aus dem Vorgefallenen [15] etwas gelernt hat oder nicht. Auch dort wird man dem Kampf, und zwar der endgültigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus, nicht entgehen können. Die Heimwehrleitung verkündet jedenfalls, daß sie eine neuerliche Ehe zwischen Schwarz und Rot nicht mehr dulden werde [16]. Auch in gewissen höheren, kirchlichen Kreisen nimmt man heute dagegen auffallend stark Stellung. Möglicherweise sind dies bereits Auswirkungen der in Italien eingetretenen Veränderungen [17]. Für Deutschland darf das österreichische Beispiel jedenfalls als beachtenswert genug gelten, um zu erkennen, wohin auch hier die Tätigkeit des Zentrums führen wird. Nur die Beseitigung dieser verworfensten Partei, in der man sich nicht scheut, die Religion zum Deckmantel für niederträchtige politische Geschäfte zu mißbrauchen, kann vor Katastrophen bewahren, die sowohl den Staat als auch die Kirche gleichermaßen belasten.

Wohin die Verquickung von parlamentarischen Geschäften mit der Religion führt, sieht man an einem einfachen Beispiel im Münchener Stadtrat. München will mehr Fremde bekommen. Zu dem Zweck sollen Festspiele arrangiert werden [18]. Allein schon ein Unding, Festspiele machen zu wollen, damit Fremde kommen! Wenn Richard Wagner einst Festspiele aufführte, dann war dies die vollendetste Wiedergabe seiner genialen Werke. Der Gedanke war dabei natürlich nur der, gerade diese Werke der Menschheit in mustergültigen Veranstaltungen vorzuführen. Wenn der Münchener Stadtrat heute Festspiele abhalten will, dann geschieht das umgekehrt nur zu dem Zweck, um Fremde (auf die Bockbier und Weißwürste nicht die notwendige Anziehungskraft ausüben) mittels eines anderen Magneten heranzuholen. Der Herr Oberbürger- und Bäckermeister Scharnagl verschreibt sich deshalb die [*sic!*] hohe Kunst. Mit

14 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie. Seit 1928 wurde die Heimwehr von der italienischen und der ungarischen Regierung unterstützt. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, München 1985.

15 Vgl. Anm. 13.

16 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 6.4.1929, "Die Heimwehrführer in Wien".

17 Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

18 Zur Auseinandersetzung um das Projekt der Reinhardt-Festspiele vgl. Dok. 17 und 21.

treffsicherem Auge hat der besorgte Mann den richtigen Kunstbringer ausersehen: Reinhardt, alias Goldmann. Es wird nichts mehr ganz junges sein, was der edle Hebräer an die Isar bringt. Abgelegte Ware aus Berlin, Wien und Salzburg. Wie denn überhaupt der ganze Reinhardtrummel schon längst der Vergangenheit angehört. Aber das ist für den Fall noch nicht das bemerkenswerteste. Was sagt man nämlich zu der Tatsache, daß ausgerechnet eine sogenannte "katholische" fromme Partei einen internationalen Theaterjuden nach München holt, dessen Produktionen an anderen Orten als so gotteslästerlich empfunden werden, daß die hohe Geistlichkeit von der Kanzel herunter vor dem Besuch dieser Stücke warnen muß? "Ehen werden im Himmel geschlossen" [19], heißt so ein Miststück, das der gesuchte Festspielarrangeur in Berlin zum Beispiel zum besten gibt. Das Stück ist so hundsgemein, daß ein einziger Schrei des Protestes sich erhoben hat. Und zwar haben ausnahmsweise einmal protestantische und katholische Geistlichkeit gemeinsam Verwahrung gegen diese Schmutziade und Religionsverhöhnung eingelegt. In der strenggläubigen, unter dem Schirm der frommen, katholischen, bayerischen Volkspartei stehenden Stadt München soll derselbe Jude nunmehr aber "Festspiele" veranstalten, auf die man wahrscheinlich sogar noch den Segen des lieben Herrgotts herunterflehen wird. Zu diesem grundsätzlichen Skandal kommt noch als besondere Note die Tatsache, daß die Stadtgemeinde ohne weiteres hundertfünfzigtausend [*Reichs*-]Mark für den Rummel aus den Taschen der Steuerzahler bewilligte und davon dem idealen Festspielbringer hunderttausend Mark als bescheidenes persönliches Honorar spendiert. Das Volk bekommt die Schweinereien, die Künstler jämmerliche Gagen, der jüdische Veranstalter ein sündhaftes Geld als Geschenk und die Steuerzahler eines Tages die Rechnung! Ja, es müßte Christus wieder kommen, es wäre wirklich notwendig, daß er wieder käme, zur Peitsche griffe, und sich die verschiedenen Rathäuser, Landtagsstuben und Parlamente näher ansähe. Sie würden schön blau herauskommen, die frommen Politiker unserer katholischen, bayerischen Volkspartei [20]!

Es ist doch so herrlich in unserer deutschen Republik, und trotzdem will das boshafte Pack von einem Volk nicht überall mit der gebührenden republikanischen Begeisterung seine Feste feiern. Dem soll nun abgeholfen werden. Genosse Severing hat einen Erlaß herausgegeben, wonach in Zukunft Staatsbehörden und Vertreter von Staatsbehörden bei öffentlichen Veranstaltungen nur dann teilnehmen könnten, wenn die neuen Reichsfarben an hervorragender und allgemein sichtbarer Stelle geflaggt sind [21]. Die republikanischen Bürger sind nämlich in der Betonung ihrer Gesinnung so zurückhaltend und bescheiden, daß zumeist nur ein sehr aufmerksam forschendes Auge die spärlichen Ausbrüche der republikanischen Begeisterung festzustellen vermag. Severings Gebot ist deshalb verständlich. Allein, es bleibt zu befürchten, daß der Erfolg doch wieder nur ein halber sein wird. Denn was ist das für eine Drohung, "daß die Reichsbehörden an einer Feier nicht teilnehmen"? Wer garantiert denn, daß es in Deutschland nicht ungezählte Orte gibt, die gar kein inneres Bedürfnis besitzen, von Vertretern unserer obersten Aufsichtsbehörde beehrt zu werden? Es gibt am Ende doch nur ein einziges Mittel, um dem republikanischen Staatsgedanken zum restlosen Sieg zu verhelfen. Her mit dem

19 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.
20 Bezieht sich auf die Vertreibung der Händler und Wechsler aus dem Tempel in Jerusalem, Matthäus 21, 12-13, Markus 11, 15-17, Lukas 19, 45-46 sowie Johannes 2, 14-16.
21 Am 20.3.1929. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. VII: Die Weimarer Republik vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung, Berlin o. J., S. 81.

Taktstock des Novemberstaates [22]! Wer künftighin nicht die anerkannten Farben auf dem Giebel seines Hauses hinaushängen will, wird mit dem polizeilichen Gummiknüttel solange verdroschen, bis er sie auf dem Buckel hat! So etwas wäre wirksam. Und das erzeugt dann auch eine wirklich tiefgehende und vor allem dauerhafte Begeisterung. Und das erscheint vor allem als sehr zweckmäßig für das Auftreten der Spitzen unserer Behörden selbst. Dann werden nicht mehr so üble Vorfälle vorkommen, daß z. B. das plebejische Gesindel auf Hausschlüsseln zu pfeifen beginnt, wenn die Repräsentanten der neuen Staatsidee ihren Untertanen einen Besuch abstatten [23].

15. April 1929 Dok. 24
Anordnung

VB vom 18.4.1929, "Aus der Bewegung".

Der kommissarische Leiter des Gaues Hamburg, Pg. Hinrich *Lohse, M.d.L.*, hat mit Rücksicht auf die starke Arbeitslast in seinem Gau Schleswig-Holstein um Enthebung von der Leitung der Geschäfte im Gau Hamburg gebeten [1]. Indem ich diesem Ansuchen nachkomme, danke ich dem Pg. Lohse für seine im Gau Hamburg geleistete Arbeit.

Ich ernenne mit Wirkung vom 15. April [*1929*] den Pg. Karl *Kaufmann* [2], *M.d.L.*, zum Gauleiter des Gaues Hamburg.

München , den 15. April 1929.

gez. Adolf Hitler

22 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

23 Möglicherweise Anspielung auf eine Wahlkundgebung Stresemanns im Münchner Bürgerbräukeller am 25.4. 1928. Vgl. Dok. 21, Anm. 8.

1 Am 3.9.1928 war Albert Krebs als Gauleiter des Gaues Hamburg abgelöst worden und der Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, zusätzlich mit diesem Amt betraut worden. Vgl. Bd. III/1, Dok. 20 sowie Ursula Büttner und Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983, S. 21 f.

2 Karl Kaufmann (1900-1969), Landwirt, 1919 Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1920 Mitglied des Stahlhelm, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1925-1926 Gauleiter des Gaues Rheinland-Nord, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (März bis Juni 1926 zusammen mit Franz von Pfeffer und Joseph Goebbels), 1929-1945 Gauleiter des Gaues Hamburg, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1933 MdR, 1933 Reichsstatthalter in Hamburg.

16. April 1929 Dok. 25
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 20.4.1929, "Aus der Bewegung".

Ich ernenne den Pg. Hauptlehrer *Bauer* [1] zum Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses *der Ortsgruppe München*.

An seiner Stelle übernimmt die Sektion-Süd Pg. Max *Harbauer* [2], Forstenrieder Str[aße] 61.

München, den 16. April 1929.

gez.: Adolf Hitler

17. April 1929 Dok. 26
Rede auf NSDAP-Veranstaltung in Annaberg [1]

Obererzgebirgische Zeitung vom 18.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" [2].

Alsdann ergriff sofort

Adolf Hitler das Wort.

Derselbe legte in mehrstündigen Ausführungen seine Gedanken in der Innen- und Außenpolitik dar, von denen namentlich die zweite Hälfte der Rede stark interessierte und vielfach lebhafte Zustimmungskundgebungen auslöste.

Hitler führte u. a. aus:

Es geht eine Welle tiefer Unzufriedenheit durch das Volk. Nach Gründen hierfür braucht man nicht zu suchen. Überall stößt man dabei vor allem auf die Spuren deutscher Zerrissenheit auf allen Gebieten. Innerpolitisch haben wir 20, 30 und mehr Parteien, sogar wirtschaftliche und andere Verbände haben sich politisiert.

Diese ganze Zerklüftung

aber ist eben eine Folge des Unzufriedenseins mit den Verhältnissen und der Unsicherheit darüber, was da kommen wird. Millionen sehnen sich heraus aus dem ewigen Parteihader oder

---

1 Josef Bauer (1881-1958), Lehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Führer der NSDAP-Sektion Süd in München, 1929 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beim NSDAP-Gau München, 1930 NSDAP-Reichsredner, 1932/33 MdL in Bayern, 1933-1945 Schulrat in München und Vorsitzender des Bayerischen Lehrervereins, 1940 SS-Brigadeführer.

2 Max Harbauer (1874-1947), Verwaltungsrat, März 1928 bis April 1929 Führer der NSDAP-Sektion Sendling, seit April 1929 USchlA-Vorsitzender der Ortsgruppe München.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis ca. 23.30 Uhr. Die ausverkaufte öffentliche Versammlung, an der über 2.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter Karl Martin geleitet. Hitler sprach drei Stunden.

2 Vgl. auch Annaberger Wochenblatt vom 18.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" sowie VB vom 24.4.1929, "Adolf Hitler in Annaberg" (Auszug aus der Obererzgebirgischen Zeitung vom 18.4.1929).

mindestens aus ihrer bisherigen Parteizugehörigkeit; sie suchen nun nach anderweitiger parteipolitischer Unterkunft. So gewahren wir ein ewiges Hin- und Herfluten sowohl auf der bürgerlichen wie auf der linken Seite. Überall ein unstetes Wandern. Auch bei den Abgeordneten selbst zeigt sich dieser Zustand [3]; aber hier geboren aus der Angst um die Mandate. Unzählige in unserem Volk haben, wie man sagt, "die Nase voll" und

erklären: "Es ist ja alles Schwindel."

Wieviele muß man fast mit Seilen zur Wahl schleppen, und wenn sie dann glücklich den Stimmzettel in die Urne werfen, seufzen sie hinterher: "Schade um die Arbeit!" Das aber ist zum Teil auch begreiflich, weil ja so wenig von den vermeintlichen politischen Idealen der Parteien in Erfüllung gehen.

Wo sind die großen Ziele der Parteien?

Betrachten wir uns einmal nicht die einzelnen Grüppchen, sondern die *beiden großen Gruppen*, die sich bei uns abheben: *Die der bewußt nationalen, bürgerlichen Richtungen und die andere der bewußt sozialistischen; die ersteren* mit dem Ziele des nationalen Staates, bürgerlich eingestellte Menschen, die zweiten mit dem Blick auf den internationalen Staat, mit der Kampflosung gegen das Kapital usw. Jede dieser Richtungen hat bei uns eine Zeit lang regiert und beide haben ihre Ziele nicht erreicht. Das heutige Deutschland ist das Gegenteil des früheren geworden, wir haben keine Monarchie mehr,

alles ist verparlamentarisiert,

dahin unsere Macht nach außen, Heer, Flotte und vieles andere mehr. Nicht anders steht es bei der Gruppe der Marxisten. Wo blieb die Weltabrüstung, wo das Zeitalter des Friedens?! Nur Deutschland hat abgerüstet oder wurde, besser gesagt, entwaffnet [4]. Der Kampf gegen das Kapital ist zu einer Farce geworden; denn

noch nie hat das internationale Kapital so regiert wie heute.

Auch die Republik gerade steht unter der Diktatur der Weltbankiers.

Wegsozialisiert ist nur das Vermögen der "kleinen Leute" [5].

Gerade was man ihnen nahm, diente dazu, das große internationale Kapital zu stärken. Wir entsozialisierten ferner die Reichsbahn [6] und andere Institutionen und lieferten sie der internationalen Finanzmacht aus. Wird es anders mit der deutschen Luftschiffahrt werden, angesichts der jetzt vorgenommenen Abstriche im Reichsetat [7]?! Man wies sie auf Auslandsanleihen hin, sie, die heute zwar noch das ist, was vor über hundert Jahren etwa die Eisenbahn war, die aber in absehbarer Zeit bestimmt einen nicht kleinen Teil des Verkehrslebens zu befriedigen haben wird. Die Auslandsanleihen jedoch werden unsere Luftfahrt ohne Zweifel ebenfalls der inter-

---

3 In der IV. Wahlperiode des Reichstags gab es bis zum April 1929 keine Fraktionswechsel von Abgeordneten. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 443, Anlagen, Nr. 2432.

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 4.

5 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

6 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Milliarden Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden. Vgl. Gesetz über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 10.8.1924. RGBl. 1924, II, S. 272 ff.

7 Im Reichshaushaltsplan 1929 war vorgesehen, die Unterstützung für das Luftfahrtwesen um 20 Millionen RM zu verringern. Im Kabinett wurde die Möglichkeit eines Ausgleichs auf dem privaten Geldmarkt diskutiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 527.

nationalen Hochfinanz ausliefern. So wird dieser Drache ein Stück nach dem anderen verschlingen, wenn nicht das Volk gegen die Tendenz der Weltausbeuter sich mit einer anderen eigenen neuen Machtquelle zur Wehr setzt. Blickt ferner hin auf die deutschen Bauern! 2 Millionen von ihnen gehen zwangsweise zugrunde, ein unersetzlicher deutscher Verlust [8].

All dies macht Millionen, die den Untergang deutlich fühlen, verzweifelt. Sie werfen sich neuen Parteigründungen in die Arme, ohne sich mit den dynamischen Gesetzen zu befassen, die das Völkerleben ausmachen. Andere Millionen wieder erklären: "Da ist nichts zu machen, das ist Schicksal", oder sie sagen: "Das werden unsere Kinder schon einmal wieder gutmachen."

Dieses feige Sichgehenlassen ist aber höchst gefährlich,

denn, vereinfacht geschildert: Man läßt ein Geschäft nicht ganz zugrunde gehen, sondern sieht, daß man vor dem Konkurs noch aufbauen kann.

Eine Besserung des eigenen Schicksals ist aber, das möge sich jeder merken, nicht möglich, wenn nicht als das Primat das Schicksal des Vaterlandes gebessert wird.

Unser Volk leidet an einer sehr bedenklichen Überorganisation an allen Ecken und Enden. Dabei heben die Wünsche und Interessen eines Teiles jener Zusammenschlüsse die anderen wieder auf, und so werden große Kräfte vergeudet oder gehen verloren. Das Geschick deines Volkes ist dein eigenes, die Last, die die Gesamtheit zu tragen hat, drückt auch dich. Inmitten der vielen Parteien und Interessengruppen wird unser Blick abgelenkt vom Großen. Und wie der einzelne unter der Not Deutschlands leidet, so auch die Länder und die Gemeinden, die allesamt vom Gemeingeschick früher oder später ergriffen werden müssen.

Gewiß ist es richtig, daß gewisse Personen die Träger der Reformen und Ideen sind. Haben sie dieselben aber eingesetzt, dann werden ihre Ideen das Bewegende. Leider ist es so, daß heutzutage jede politische Bewegung, wenn sie beginnt, sich bis zu einem gewissen Teile durchzusetzen,

von Schmarotzern ausgenutzt

wird. Bei der Vielheit des heutzutage Auftauchenden nun ist es dringend nötig, sich jede Idee genau anzusehen, ob sie auf Grund der Vernunft und Logik fähig ist, ein Volk hochzubringen. Man sage nicht etwa dabei, das ginge schon, wenn nur die Menschen vernünftig wären. Wie falsch! Gerade in der Politik muß man mit den Menschen rechnen, wie sie sind. Man kann auch hier nur starke und gute Wesenszüge nützlich machen, die wirklich da sind, kann aber nun und nimmer solche aufpfropfen. Aus einem Egoisten wird nie ein Idealist. Schon die Geschichte, die der Römer Tacitus über das deutsche Volk schrieb [9], zeigt genau dieselben Charaktermerkmale, wie wir sie heute noch bei uns vorfinden. Zum Künstler kann keiner erzogen werden, indem man ihm die Pinsel in die Hand gibt, und keinen kann man dazu heranziehen, daß er eine Neunte Symphonie schreibt [10].

---

8 Der seit 1928 einsetzende Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte führte zu einer Agrarkrise. Vgl. Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft, S. 192 ff. Zur Entwicklung und zu den Problemen der statistischen Erfassung von Arbeitskräfte- und Betriebsstruktur der Landwirtschaft in der Weimarer Republik vgl. Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990, S. 52 ff.

9 "De origine et situ Germanorum", entstanden ca. 98 n. Chr. Um seiner eigenen Kultur ihre Dekadenz vor Augen zu führen, idealisierte Tacitus die Tugenden der Germanen.

10 Anspielung auf Ludwig van Beethoven.

Ebenso vergeblich ist es, den Reichstag national erziehen zu wollen.

(Stürmisches Gelächter.) Wenn man eine Idee in Wolken-Kuckucksheim sucht, so folgt ihr stets ein grausames Erwachen. Auch ist die Richtigkeit eines Gedankens keineswegs erwiesen, wenn er momentan funktioniert. Gewisse Einrichtungen erhalten sich durch ihre eigene Schwungkraft zum Teil ein Weilchen, während dann der Zusammenbruch im stillen schon früher da ist, als die meisten ahnen. Nur dann ist eine Idee gesund, wenn sie stets angewendet werden kann.

Heutzutage zum Beispiel spricht man mit Recht viel

von der Substanz.

Seht den Bauernprozeß von Itzehoe [11]. Da sagte man den Angeklagten: "Ihr habt doch Boden, Kühe, Ochsen usw., ihr könnt ja bezahlen, wenn ihr wollt"; das heißt also von der Substanz. *Man hält es also für unbedenklich, diese zu verwirtschaften!* Nun, das ist ja bei uns Brauch geworden. Unser ganzes Volksvermögen, in Jahrzehnten erworben, ist in wenigen Jahren draufgegangen. Die Geschichte lehrt es uns, daß die Substanz ganzer Völker, entstanden oft in Jahrhunderten, in sechzig bis achtzig Jahren draufging. Und so hat man

Deutschlands Machtfülle in 10 Jahren in Grund und Boden verludert.

Mit der Innenpolitik ist logischerweise

das Außenpolitische

eng verbunden. Noch vor 15 Jahren war Deutschland ein mächtiges Reich dank seiner Kraft und der Organisation seiner Kräfte; es war jederzeit in der Lage, sich für dieselbe als nationaler Staat einzusetzen. Deutschland hatte 60-70 Millionen Menschen machtpolitisch organisiert [12]. Was ist es jetzt?

Eine Kolonie der internationalen Finanzmachthaber.

Blickt hin auf die *Reparationsverhandlungen in Paris* [13], auf diese *Komödie der Welthyänen.* Niemand nimmt mehr ernst, was dort geredet wird. Deutschland und die Entente in Paris! Ist das nicht, als ob ein schmächtiger Schneider sich mit einem Riesen messen will [14]. Ja, es ist und bleibt so.

Es gibt eben gewisse Dinge, die nur mit der Faust ausgekämpft werden können. Alle Versuche, anstelle der Gewalt im Völkerleben die Vernunft zu setzen, ist an mangelnder Bereitwilligkeit, an Sonderinteressen und anderen Instinkten gescheitert.

Es ist und bleibt in Wirklichkeit so, daß die Dinge im Völkerdasein nicht mehr nach Recht und Unrecht entschieden werden! Nein,

Sieger wird immer der in der Macht Stärkere sein,

d. h. nicht der, der laut bellt, sondern der zubeißt. Die Geschichte aber fragt da denn nicht danach, ob ein Staat oder ein Volk aus Recht oder Unrecht gestürzt ist, sondern sie stellt nur fest,

---

11 Am 16.4.1929 war in Itzehoe der Prozeß gegen 57 der Bauern eröffnet worden, die am 19.11 1929 in Beidenfleth gewaltsam die Pfändung von Vieh verhindert hatten. Vgl. Michelle Le Bars, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928-1932, Berne 1986, S. 94 ff.

12 Das Deutsche Reich hatte im Dezember 1910 64.925.993 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 1.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.

14 Anspielung auf das Märchen "Das tapfere Schneiderlein" aus der Sammlung von Jakob und Wilhelm Grimm. In diesem Märchen gelingt es dem Schneider jedoch, den Riesen zu besiegen.

daß das Reich oder das Volk eben aus diesen oder jenen Gründen vergehen *mußte*. Als Deutschlands einzige Waffe wird nun heute das Recht trotzdem bezeichnet. Das ist wahrhaftig nicht viel. Wir sind leider nicht mehr das Volk, das sich mit allem, was es hat, einsetzt für seine Existenz. Wir gehen vielmehr mit großen Schildern herum, auf denen steht: *"Wir wollen ja nur, was uns rechtens zusteht, und wollen nur den Frieden der Welt."* Was wird uns zur Antwort: "Das ist ja gar nicht euer Recht, was ihr wollt". Ja, Schiller hat nicht mehr recht, wenn er sagt: "Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt [15]," denn wir können wohl, vollständig entwaffnet und täglich ausgebeutet, einen Frieden haben, aber den Frieden des Zugrundegehens. Wenn dieses Friedensstreben noch 40-50 Jahre dauert, dann allerdings sind wir fertig. Unsere Isolierung in der Welt ist vollständig.

Wir sehen zu mit gebundenen Händen,
wie sich gigantische Weltereignisse vorbereiten, wie ein noch größeres Weltenringen kommen wird, als wir es erlebt. In ihm wird Deutschland nur die Rolle des Objektes spielen. Man sage nicht, daß das nicht so wird; denn das ist alles schon dagewesen. Schon standen Deutsche früher in fremde Heere hineingepreßt, schon wurden auf unserem Boden Kämpfe ausgefochten u. a. m. Und haben wir nicht im Vertrage von Locarno Frankreich das Durchmarschrecht gesichert [16]? So sucht Deutschland einem Kriege zu entgehen, indem es sich dem Krieg für andere aussetzt.

Innenpolitisch erleben wir, wie gesagt, alledem gegenüber weiter den Zerfall der Nation bei einer furchtbaren Kräftevergeudung. Wir streiten uns herum, ob Republik, ob Monarchie, ob Protestanten oder Katholiken, ob Reaktion oder Revolution, ob zweite oder dritte Internationale usw., ins Endlose. Wir stehen da, Land gegen Stadt, Agrarier gegen Industrie usw. usw. und
dabei steht doch nur eins zur Debatte im Ernst unserer Zeit:
"Das deutsche Volk".

Es gibt ebenso gute Republiken wie gute Monarchien. Je mehr aber der politische Kampf auch wirtschaftlich durchsetzt ist, um so mehr grenzen die Menschen sich ab und zerfleischen sich. Und das alles, wo uns doch heute ein komprimierter Druck des *ganzen* Volkes so bitter not tut [*sic!*]. Diesen Zerfall begleitet eine maßlose Korrumpierung.

Zu dem politischen Unheil kommt der wirtschaftliche Verfall. Wenn Stinnes [17] einmal sagte: "Die Wirtschaft wird Deutschland wieder aufrichten" [18], so trifft dies so nicht zu. Unser Wirtschaftsleben ist zerklüftet, es kann uns kaum Brot geben und ist darum nicht das Alleinseligmachende.

15 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 4. Aufzug, 2. Szene.

16 Ein Durchmarschrecht wurde Frankreich auf der Konferenz von Locarno nicht gewährt. Deutschland erkannte den Status quo am Rhein an und bestätigte die Rechte der Alliierten aus dem Versailler Friedensvertrag hinsichtlich des Rheinlands. Vgl. Dok. 3, Anm. 27.

17 Hugo Stinnes (1870-1924), Reeder und Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

18 Stinnes vertrat die Auffassung, daß nur eine unbehinderte Privatwirtschaft die Kriegsfolgen und damit die durch den Versailler Friedensvertrag verursachten Schwierigkeiten beseitigen konnte. Vgl. Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979, S. 532 ff.

Nur durch den Faktor der Machtpolitik kann ein Volk hochkommen.

Als diese bei uns 1918 zusammenbrach, stürzte die Wirtschaft.

Unser Schicksal ist so trostlos, daß man vor 10 Jahren an einen derartigen Niedergang nicht glaubte, und wiederum in 10 Jahren wird unser Volk noch Gräßlicheres erleben, wenn es so weitergeht mit unserer Führung. Bei einem Volk aber, das so krankt, ist handgreiflich das ganze System schuld daran.

Was heißt denn Volksregierung?,

jenes Wort, mit dem man heutzutage so krebsen geht. Des Wortes Bedeutung ist doch *nicht etwa parlamentarische Regierung*, die die Torheit zum Prinzip erhebt; nein, jenes Wort bedeutet ein Regiment, das dem Volke zugute kommen soll, es hochbringt, eine Regierung von Köpfen. Statt dessen sehen wir bei uns ringsum Unzulänglichkeit; Feigheit, Unwissenheit, Bestechlichkeit usw. Ist nun unser Vaterland unter diesen Verhältnissen überhaupt noch lebensfähig für 62,5 Millionen Einwohner auf 470.000 qkm [19]? Hierbei kommen wir auf das fundamentale

Problem der Bodenfrage.

In Deutschland sitzen im Durchschnitt berechnet auf einem qkm 136 Menschen [20]. Die Dinge, die hieraus für Deutschland sprechen, werden nicht geändert durch Innenkolonisation [21] usw. Hier sieht man, wie falsch der Marxismus auf diesem Gebiete eingestellt ist, der da sagt, daß nicht die Bodenfrage, sondern nur die Gesellschafts- und Wirtschaftsform uns das Heil bringen wird. Ist es denn demgegenüber nicht unumstößliche Tatsache, daß der Boden in seiner Güte und Größe ungeheuerlich wichtig ist für die Lebensfähigkeit eines Volkes. Werfen wir einmal die Frage auf, wer der sozial am meisten entwickelte Staat seit Friedenszeit ist. Es ist unbestritten Deutschland, während Nordamerika am weitesten von jenem Ziel entfernt ist. Nach marxistischer Tendenz müßte also Deutschland den besten Lebensstandard haben, während doch dies in Amerika der Fall ist, wo auf 136 Millionen Menschen 11 Millionen qkm kommen [22], also ein Vielfaches wie in Deutschland. Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang einmal an die Walther Rathenauschen [23] Zeiten denken mit ihren Kriegsgesellschaften usw. seligen Angedenkens. Damals waren wir von aller Lebenszufuhr [*sic!*] abgeschnitten, hätten wir aber mehr Boden gehabt und einen intensiver bearbeiteten, unsere katastrophale Knappheit an Nahrungsmitteln wäre nicht gekommen, oder bestimmt nicht in diesem Ausmaß. Daß natürlich bei falschem System auch ein reichlicher und guter Boden dem Volke nichts sein kann,

19 Das Deutsche Reich (einschließlich Saargebiet) hatte im Juni 1925 eine Fläche von 470.656 km² und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 5.

20 Die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs (einschließlich Saargebiet) betrug im Juni 1925 134,23 Menschen pro km². Vgl. ebenda.

21 Anspielung auf das Heidelberger Programm vom 14.9.1925, in dem die SPD "Förderung des Siedlungswesens" forderte. Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 468.

22 Die USA umfaßten zum damaligen Zeitpunkt eine Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern und eine Fläche von 9.371.749 km². Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 4*.

23 Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller, 1889 Dr. phil., 1892 Direktor der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, 1899 Vorstandsmitglied der AEG, 1902 Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, 1907 erneut Vorstandsmitglied der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung beim preußischen Kriegsministerium, 1915 Präsident der AEG, 1919 Mitglied der DDP, Mai bis Oktober 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, Februar bis Juni 1922 Reichsminister des Auswärtigen, am 24.6.1922 ermordet.

gewahren wir heute in Rußland, der früheren Kornkammer Europas. Dort stehen die Dinge bekanntlich jetzt so, daß dieses sonst so kornreiche Land die Brotkarte einführen mußte[24].

Dahin kann ein wahnwitziges System ein Volk

führen. Trotzdem bleibt bestehen, daß der Umfang und die Qualität am Boden ein Primäres ist für des Volkes Lebensmöglichkeit. Hat aber ein wachsendes Volk nicht seinen Boden, so kommen ohne weiteres Spannungen, denn auch bei den Völkern ist es so, daß eines dem andern nachmarschieren *will und muß*, um den *gleichen Standard* zu erreichen, just wie es bei den einzelnen Volksschichten ist; und hieraus resultieren unweigerlich die Kampfziele bei Schichten und Nationen. Clemenceau hat einmal gesagt, daß es in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel gibt, und er wollte damit sagen, daß dies für die Franzosen u. a. ein Moment der Beunruhigung sei[25]. Wir wollen aus diesem Wort uns die Lehre merken, daß diese 20 Millionen wohl z. T. zu einem Bleigewicht werden, namentlich, wie gesagt, bei unseren Bodenverhältnissen, daß sie aber auch zu einer befreienden, antreibenden Kraft werden können, wenn sie nur unter dem richtigen Ideensystem stehen und für dasselbe mobilisiert werden. Nun rufen die Marxisten immer laut und nachdrücklich nach Geburtenbeschränkung. Und damit kommen wir auf das Problem der Zahl. Lassen Sie mich den Herren das eine sagen: Wo wäret ihr denn, wenn man vor Jahrzehnten diese eure Forderung in die Tat umgesetzt hätte?!!! Ihr wäret dezimiert in eurem Bestand! Nicht Geburtenbeschränkung, sondern Lebensbeschränkung, wie sie die Natur so weise in ihrem Haushalt walten läßt, ist vonnöten. Nun verspricht der Sozialdemokrat zwar dem Volke eine bessere Lebenshaltung. Ich kann doch aber, das muß man hierzu bemerken, nur verbessern, was als im Grunde Gutes schon geschaffen ist. Wer schafft nun Derartiges? Doch unbedingt stets *Köpfe*, wie andererseits wieder jeder große Mann Voraussetzung ist für qualitative Produktion. *Millionen* sind nicht imstande, einen großen Menschen zu ersetzen. Wird einem Volke ein großer Kopf genommen, so kann die Gesamtheit daran zugrunde gehen. Weder einen Beethoven, noch einen Richard Wagner oder einen Arnold Böcklin[26] kann die Masse ersetzen. Was folgt daraus?

Das eine:

Auf keinen Fall macht es die Majorität.

Andererseits können hohle Köpfe ein Volk auf Jahrzehnte ins Unglück rennen [*sic!*], wie es *Bethmann Hollweg* 1914 fertigbrachte[27]. Heute haben wir die Quittung für diesen "Kopf". Legen Sie einmal in die *eine* Schale der *Schicksalswaage* des Volkes bei uns alle Nöte, alle unsere Verluste, unsere Schulden usw. und in die *andere* Schale den Kopf eines Bismarck; *der* wiegt ganz bestimmt die Unsummen der anderen Schale auf. Edison[28] gab uns das elektrische Licht, das heutige Telefon in seinen gebrauchsmöglichen Grundlagen verdanken wir ihm,

---

24 Vgl. Dok. 6, Anm. 29.

25 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte, S. 757 f.

26 Arnold Böcklin (1827-1901), Schweizer Maler.

27 Bereits im ersten Band von "Mein Kampf" wird Bethmann Hollweg scharf kritisiert. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 291.

28 Thomas Alva Edison (1847-1931), Erfinder, 1877/78 Entwicklung des Kohlekörnermikrofons, wodurch das 1876 von Graham Bell patentierte Telefon für größere Entfernungen brauchbar wurde, 1878 Patent auf den Phonographen, 1879 Entwicklung der Kohlefadenlampe, 1899 Entwicklung eines Filmaufnahmegeräts.

einem Kopf. Millionen benutzen all dies täglich und wären doch nicht imstande zu ersetzen, was jener eine Kopf der Welt gegeben hat. So auch in der Politik! Wenn einer großen Sache der große Kopf verlorengeht, so kann man niemals sagen,

das wird unsere Fraktion schon machen!

Und weil dem so ist, darum ist die *Auswanderung deutscher Köpfe* gerade jetzt eben etwas höchst Bedenkliches. Amerika untersucht jeden Einwanderer auf Gesundheit usw. genau; nur die Tüchtigsten und Besten läßt es herein [29]. Auf diesem Wege verlieren wir ebenfalls Tausende wertvollster Bluttäger. Doch weiter! Das Steckenpferd der heutigen Zeit ist auch in Deutschland der

Ruf nach Wirtschaft und Weltwirtschaft.

Hierzu in Kürze folgendes: Hat ein Volk wenig Boden, so kann sicher die Brotnot usw. nur durch Export ausbalanciert werden, in dem wir als Gegenwerte für industrielle Ausfuhr Lebensmittel und Rohstoffe erwerben. Hieraus folgt, daß nicht die Produktion auf diesem Gebiet an der Spitze steht sondern der Absatzmarkt. Aber auch dieser ist in der Welt naturgemäß begrenzt und hängt in seiner Gewinnung vor allen Dingen von

dem Faktor der Machtpolitik

ab. Blickt hin auf England und seine Kolonialpolitik. Bei uns in Deutschland freilich ward diese zum Teil romantisches Experiment, bei dem wir versuchten, den Negern deutsche Kultur aufzuprägen [30]. Solche Dinge macht England nicht. Wenn es Bahnen baut, so schafft es dieselben nicht für die Schwarzen und Inder und nicht, um ihnen Kultur zu bringen, sondern Großbritannien baut und schafft draußen in der Welt nur für seinen Profit [31]. Eiskalt ist seine Berechnung hier, wie überhaupt. Dort drüben

auf der kleinen Insel in der Nordsee rechnen alle nach Export und Import.

Dann ein anderes. Unterdessen andere Völker sich so machtpolitisch aufbauen, gehen bei uns weitere Vernichtungsdinge vor sich. Da sehen wir, wie ein gewaltiger Menschenüberschuß Deutschlands in die Großstädte flutet [32] und hören dort den Schrei nach Öffnung der Grenzen und nach billigerem Brot, inzwischen Albion [33] sich ein Viertel der Welt erobert hat und eifersüchtig über diesen Besitz wacht. Wohin wollen wir eines Tages mit dem Zahlenüberschuß an Menschentum, der weiterhin gefährdet wird durch

die steigende kapitalistische Industrieinvasion aus Amerika?

Zunächst in handgreiflichster Form auf dem Gebiete der *Automobilindustrie.* Wir sind ja nun einmal so weit, daß der Motor die animalische Kraft ersetzt. Die größte Motorindustrie

---

29 Mit dem Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924 war die Einwanderung in die USA auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt worden. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 408 ff.

30 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründung vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

31 Zur Kolonialpolitik Großbritanniens vgl. Rudolf von Albertini, Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940, Zürich 1976, S. 15 ff., 242 ff., 349 ff.

32 Zwischen 1925 und 1933 nahm die Wohnbevölkerung in Städten über 100.000 Einwohner um 5,1 %, in Gemeinden unter 2.000 Einwohner nur um 0,9 % zu. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, Berlin 1936, S. 10.

33 Großbritannien.

der Welt u. a. hat das Dollarland. Deutschland kann auf diesem Gebiet im Export nicht auf den Beinen bleiben, und

Amerika erledigt nun Deutschland in Deutschland selbst [34].

Dank seiner Riesenländerfläche benötigt es soviel Autos für seinen Inlandsabsatz, daß es nun kapitalkräftig im Ausland (sprich Deutschland) vorgehen kann. Und so wird jenes Land über dem großen Teich nach anderer Hinsicht auch anderen Ländern gefährlich. Nicht umsonst organisiert das Reich der Briten schon heute seinen Kampf hiergegen [35]; natürlich nach englischem, altbewährtem Muster, hinter den Kulissen, damit andere wieder einmal die Suppe auslöffeln. Aber wundern wir uns denn über den Abstieg unseres Auslandsgeschäftes noch?! Wir schnüren es ja bald selbst ab. Schlitzäugige Studenten, Ingenieure, Baumeister usw. lernen und schnüffeln bei uns [36], und in China, Japan usw. baut und schafft man nach deutschem Vorbild. Hier ist ein Problem auf Leben und Tod vorhanden, und so schleicht langsam und sicher unsere Wirtschaftskatastrophe weiter. Kein kapitalistisches Interesse aber ist es, ob ein Schiff in Deutschland oder im Ausland gebaut wird. Hinter dieser Frage steht das Leben von 30.000 Menschen [37].

Der Schlüssel zum Weltmarkt hat die Gestalt des Schwertes.

Völker, die mit der Wirtschaft spekulieren, müssen bereit sein, sich für sie mit ganzer Macht einzusetzen. Andere wieder rufen: *Wir müssen billiger produzieren!* Auch das ist falsch. Hat doch England vor 15 Jahren den Krieg gegen uns eben dieserhalb inszeniert [38]. Und es wird heute nicht freundlich lächelnd zusehen, wenn wir zu dem gehaßten Billigkeitsprinzip zurückkehren. Man hat sich ja mit dem Frieden von Versailles genügend Mittel gegen uns gesichert [39].

Deutschland braucht Macht, dreimal Macht, aber kein Genf und keinen Völkerbund.

Über all diese Dinge wird man einst hohnlachen. Enttäuscht fragen wir immer: "Wird uns denn gar keine Hand gereicht?" Nein! Münchhausen hat immer noch recht, daß man sich am *eigenen* Zopfe aus dem Sumpf ziehen muß. Weder Weltbankkongresse noch der Sozialdemokrat Briand bringen uns Heil. Denn auch letzterer wird immer wieder sagen: "Gewiß, ihr Deutschen seid tadellose Abrüstler, aber ihr seid ein Volk von 60 Millionen und ein solches von Qualität, also höchst gefährlich [40]".

Kein Wort hat man in Paris von Abrüstung gesprochen.

Das ist auch kein Wunder, ebenso nicht das ewige Friedensgefasel, denn der Frieden von heute kann der Entente wegen ewig dauern. Daß aber ein Deutschland in Genf so ewig friede-

34 1928 wurden Krafträder und Kraftfahrzeuge im Wert von 50.190.000 RM aus den USA in das Deutsche Reich importiert. Entsprechende deutsche Waren wurden damals in den USA im Wert von 1.090.000 RM abgesetzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 225.

35 Vgl. Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991.

36 An den deutschen Universitäten waren im Wintersemester 1928/29 82.288 Studierende immatrikuliert, davon waren 4.145 Ausländer. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 408 f.

37 Bezieht sich auf die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Auslandsaufträge.

38 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Schöllgen, Flucht in den Krieg?

39 Artikel 428 bis 432 eröffneten den Alliierten weitgehende Eingriffsmöglichkeiten zur Sicherung der Durchführung des Versailler Friedensvertrags. Druck: RGBl. 1919, S. 1309 ff.

40 Vgl. Dok. 3, Anm. 36.

wimmernd auftritt, ist wohl die höchste Potenz des Wahnwitzes, dem wir das eine gegenübersetzen:

Wir wollen nur den Frieden, der unserem Volke das Leben gibt.

Es ist verdammt einfach, sich populär zu machen, wenn man in deutschen Versammlungen von Frieden usw. usw. spricht. *So wäre mir nie das Reden verboten worden* [41]*, und nie wäre ich so heimatlos gewesen* [42]. Wäre ich aus Ostgalizien eingewandert, man hätte mich eins-zwei-drei eingebürgert, und ich wäre heute ein deutscher Minister. Aber ich danke! Freilich es war kein Kinderspiel, gegen das heutige System zu kämpfen,

gegen Internationalismus, Demokratie und Pazifismus.

Dieser Kampf aber ist heilig. Und nun befaßte sich der Redner im Zusammenhang mit diesen drei [*Punkten*] mit der Politik des gegenwärtigen Reichsaußenministers, die er als verfehlt und zu wenig stark bezeichnete. Ein Staatsmann müsse eine Kampfnatur sein, die gegen alles Halbe und Laue ist. Aber ist es denn ein Wunder, wenn wir Mangel an starken Staatsmännern haben!? Ist doch das deutsche Volk selbst nichts Halbes und nichts Ganzes. Wir nennen uns national u[*nd*] tanzen nach der Jazzmusik Foxtrott, suchen Erholung im Ausland, erwägen, ob wir nicht etwa auch irgendwo am Weltkriege schuld sind etc. [43]! Dem Ausland äffen wir alles nach, wie eine Schicht der anderen bei uns alles nachmacht. Demgegenüber sagen wir:

Wenn man national ist, muß man konsequent sein.

Nicht der Vertreter eines Standes oder einer Gruppe zu sein, ist national. Kommt uns nicht ein neuer Begriff dieses Wortes, so kommen wir nicht hoch. Interessenvertretung des *ganzen Volkes* allein ist national. Demokratische Perioden haben in der Geschichte stets in 30-40 Jahren vernichtet, was Jahrhunderte aufbauten. Nicht das demokratische Majoritätsprinzip hat ein Volk je aufrecht erhalten, sondern nur qualitative Köpfe. Warum führen denn die Demokraten in ihren Betrieben nicht das Gesetz der Majoritätsherrschaft ein, warum lassen sie nicht von den Betriebsräten die Fabriken leiten [44], warum ist es ein Unsinn bei der Polizei, beim Militär usw., die Majoritätsherrschaft einzurichten?! *Freilich beim Staat*, meine Herren Demokraten, *da ist das ja was anderes, der kann sich ja an diesem Wahnproblem verbluten.* Wer hat denn Preußen 1813 hochgebracht [45]? Kein Majoritätenkram, sondern Köpfe. Was wurde aus Deutschland heute? Ein furchtbar regierter Parlamentsstaat!

Und solch einem sogenannten Reichstag legt man die wichtigsten Fragen der Nation zur Entscheidung vor,

---

41 Vgl. Dok. 14, Anm. 13.

42 In der Auseinandersetzung um die Abschiebung Hitlers im Winter 1924/25 nach Österreich nahm die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Seipel den Standpunkt ein, Hitler habe die österreichische Staatsangehörigkeit durch seinen Dienst in der bayerischen Armee verloren, und erließ ein bis 29.8.1932 gültiges Einreiseverbot. In Deutschland wurde Hitler in der Folge als staatenlos betrachtet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 108 f.

43 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

44 Auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes von 1920 (Druck: RGBl. 1920, S. 147 ff.) waren Betriebsräte in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften aufgenommen worden. Vgl. Die Weimarer Praxis der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 1986.

45 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

einem Parlament, in dessen ca. 500-Zahl [46] höchstens 40 Köpfe stecken, die dann aber bei den berühmten Abstimmungen einfach an die Wand gedrückt werden, wenn sie nicht mit durch dick und dünn gehen. Zu was braucht man denn auch schließlich diese Leute?!

Wer gewählt wird, kann eben alles.

Nicht die Namen auf den Straßenschildern aber machen den großen Mann, und Friedrich der Große wird nicht kleiner, wenn man ihn von seinem Postament in Berlin [47] herunterholt und eine Eintagsfliege von heute darauf setzt. Ich kann mir auch nicht recht irgendeinen der heutigen Staatsmänner in der Walhalla [48] vorstellen. Ebenso hat jeder wirkliche Kopf alle Scheu davor, etwa im Reichstag gegen Windmühlenflügel zu kämpfen. Er würde dort sagen:

"Zu die Bude, hier kann ich nicht arbeiten!".

Der oberste parlamentarische Grundsatz ist heute nicht das Vaterland, sondern der: Eine Hand wäscht die andere. Es war ein Engländer, der einmal das ehrliche Wort geprägt hat: "Wenn in der Geschichte Genies kamen und begannen sich durchzusetzen, so wandte sich meist die sogenannte Majorität gegen sie." [49] Auch heute setzt man meist Menschen von Format an Stellen, wo sie "nichts schaden können". Aber das befreit ein Volk nicht! Darum fort mit dem System.

Solange ferner eine Nation an den Pazifismus glaubt,

aber sagt: "Gott kann es ja nicht zugeben, daß ein Volk zugrunde geht," so ist darauf zu antworten, das kann das Schicksal sehr wohl, wenn es nämlich dies Volk nicht anders verdient hat. *Der Gedanke, daß das deutsche Volk nicht zugrunde gehen kann, ist Unsinn.* Schon andere große Völker sind dahingegangen.

So sind wir in Deutschland bis jetzt nur abwärts gegangen, was das Parlament freilich nicht zugestehen will. Gewiß, alles Menschliche hat Schwächen, auch *wir*. Doch eines ist sicher: Mit dieser Klassenwirtschaft, mit dem ganzen Schacher und all dem anderen, was heute Millionen empört, wollen und werden wir aufräumen. Wenn eine Bewegung, wie wir, *mit 7 Männern begann* [50], alles, aber auch alles gegen sich sah, nach einem Jahr erst 64 Zugehörige hatte [51], dann aber sehr bald 3.000, 30.000 und mehr, nach einem scheinbaren Zusammenbruch [52] innerlich weiterlebte und nun auf über 130.000 Mitgliedern [*sic!*] gekommen ist [53], so ist damit erwiesen, daß ihre Ideen die rechten sind und Bestand haben. Und darum bitte ich und bettle ich Sie nicht: Wählt uns um Himmels Willen in den Landtag [54]! Darin besteht nicht

46 In der IV. Wahlperiode umfaßte der Reichstag 490 Abgeordnete. Vgl. Reichstagshandbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 472 f.

47 Gemeint ist das von Christian Daniel Rauch zwischen 1840 und 1851 geschaffene Reiterstandbild Friedrichs II., des Großen, Unter den Linden.

48 Bei Donaustauf, 1842 eingeweiht. Errichtet im Auftrag Ludwigs I. als deutsche Ruhmeshalle.

49 Eventuell Anspielung auf den Satz des britischen Dichters Wentworth Dillon Earl of Roscommon (ca. 1633-1685): "The multitude is always in the wrong". Vgl. Geflügelte Worte, S. 268.

50 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

51 Hitler trat im September 1919 in die damalige DAP ein, das am 2.2.1920 erstellte erste alphabetische Mitgliederverzeichnis nennt bereits rund 190 Mitglieder. Vgl. Tyrell, Führer, S. 198 f., Anm. 118.

52 Am 9.11.1923 wurde die NSDAP in Bayern und am 23.11.1923 im Deutschen Reich verboten. Vgl. Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution, S. 1, 26.

53 Bezieht sich vermutlich auf die vergebenen Mitgliedsnummern der NSDAP. Da freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden, ist die tatsächliche Mitgliederzahl niedriger anzusetzen. Vgl. Tyrell, Führer, S. 352.

54 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

unser Hochziel! Ich verzichte auch auf billige Versprechungen, aber ich versichere es, daß der Kampf gegen die Verantwortungslosen von heute, gegen Betrüger und Volksaussauger, die wir bestimmt noch einmal zur Rechenschaft heranziehen werden, meine und meiner Mitkämpfer Lebensaufgabe ist, gleichviel ob die Sonne scheint oder es wettert [*sic!*]. Ich glaube an die Lebenskraft des deutschen Volkes. Darum werden wir uns unentwegt für dasselbe einsetzen, ob auch Millionen mit der Faust uns drohen. Nicht *der* ist national, der am Biertisch patriotische Lieder singt, die wir selbstverständlich auch hochzuhalten wissen, genau nicht wie der sozial ist, der internationale Lieder brüllt. National ist, wer mit uns ein Deutschland der Ordnung, der Ehrfurcht und der Macht aufrichten will und der es nicht zersetzt und zerfleischt in Klassen und Berufe, in 30 und mehr Parteien. Mit jenem Dichter halten wir es,

der das Deutschland preist, in dem der ärmste Bürger der glühendste Patriot ist [55].

Ja, das Deutschland von heute muß endlich ein besseres Deutschland von morgen werden. [56]

18. April 1929 — Dok. 27
"An alle nationalsozialistischen Zeitungen"
Anordnung

Masch. Schreiben vom 18.4.1929 [1]; BA, Slg. Schumacher 260.

1. Für den Parteitag in Nürnberg [2] ist heute schon eine ungeheuere Propaganda in Nürnberg selbst notwendig. Die Propagandamittel zu kaufen, ist weder die Ortsgruppe Nürnberg noch die Parteileitung selbst dazu in der Lage. Ich bitte alle Parteizeitungen, überschüssige alte Zeitungen, die sonst keine Verwendung mehr finden, an die Ortsgruppe Nürnberg (Anschrift: Geschäftsstelle der NSDAP Nürnberg, Hirschelgasse 28) zu schicken, wo sie für die Propaganda in den Straßen und Häusern Nürnbergs verwendet werden. Portokosten werden selbstverständlich ersetzt.

2. Zur Propagierung unserer beiden Zentralorgane V[*ölkischer*] B[*eobachter*] und I[*llustrierter*] B[*eobachter*] bitte ich die Wochenzeitungen in jeder Nummer abwechselnd einmal ein Inserat für den V.B. und einmal eines für den I.B. zu bringen.

Die Tageszeitungen bitte ich, in der Woche einmal für den V.B. und einmal für den I.B. zu inserieren.

3. Als Gegenleistung kann der Beobachter selbstverständlich nicht Gegeninserate für unsere 30 Parteizeitungen bringen [3], was jeder Pg. ohne weiteres einsehen wird; er ist jedoch bereit,

55 Nicht ermittelt.
56 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Mit Fußvermerk: "Für die Richtigkeit: H. Himmler" und Stempel.
2 Vgl. Dok. 60-65, 67.
3 Zu den von der Parteileitung anerkannten Zeitungen vgl. Bd. III/1, Dok. 42.

Inserate von Verlagswerken der nationalsozialistischen Zeitungsverlage, für die ein Klischee eingesandt wird, in regelmäßigen Abständen immer wieder zu veröffentlichen.

Matern-Klischee [4] für V.B. und I.B. liegen bei.

gez. Adolf Hitler

20. April 1929 Dok. 28
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 20.4.1929.

Vielleicht denkt sich in diesen Tagen manche unserer Regierungsgrößen, daß es gescheiter gewesen wäre, die Prozesse gegen den Farmer Langkopp [1] und gegen die holsteinischen Bauern [2] unter den Tisch fallen zu lassen. Wenn man die verlegenen Randbemerkungen liest, mit denen die Regierungspresse zu den nüchternen, im Prozeß aufgerollten Tatsachen Stellung nimmt, empfindet man sehr deutlich, wie unangenehm den Repräsentanten des Novemberstaates die dort erfolgte Enthüllung der Praxis der Vermögensenteignung, wie sie der heutige Staat betreibt, ist. Man scheint sich die Sache erst etwas anders vorgestellt zu haben. Man glaubte vielleicht, daß angesichts des aufgebotenen staatlichen Apparats die Missetäter reuig und zerknirscht in sich zusammensinken würden und daß dann die Republik wieder einmal Gelegenheit gehabt hätte, in ihrer Rolle als strafende Gerechtigkeit zu glänzen. Das war ja wohl auch die Hoffnung der Machhaber des bayerischen Staates vor Beginn des großen Prozesses in München im Jahre 1924 gewesen [3]. Je schlechter das Gewissen der Novembermänner ist, um so mehr kommt es ihnen zugute, wenn in irgendeinem Prozeß Menschen, die sich gegen ihr Regiment aufbäumen, am Ende klein beigeben und wenn möglich sogar noch feierlich abschwören. Nicht als ob sie dadurch Gnade erlangen könnten. Im Gegenteil: Das Laster und die

4 Druckstöcke.

1 Heinrich Langkopp (geb. 1876), Kaufmann und Farmer, 1897 Auswanderung nach Transvaal, Viehhändler, 1899-1902 Teilnahme am Burenkrieg, 1906 kaufmännischer Angestellter in Daressalam, 1909 Kaufmann in Iringa, 1913 Erwerb einer Farm, 1915-1917 Wehrdienst in der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, 1917-1919 britische Kriegsgefangenschaft, 1919 Rückkehr nach Deutschland, Landwirt in Mecklenburg.
Langkopp hatte versucht, seine Forderungen an das Reichsentschädigungsamt mit Gewalt durchzusetzen. Am 3.4.1929 war vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg der Prozeß gegen ihn wegen Bedrohung mit Totschlag, räuberischer Erpressung, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und unerlaubten Waffenbesitzes eröffnet worden. Vgl. Vossische Zeitung vom 4.4.1929 (PA), "Langkopp vor dem Richter".

2 Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

3 Gemeint ist der Hochverratsprozeß gegen Hitler vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München. Vgl. Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, 2 Bde., München 1924 sowie zur Analyse des Prozesses Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990, S. 32 ff.

Gemeinheit können nie "begnadigen"! Die heutigen Machthaber haben gar kein Verständnis für eine erfolgte Abbitte, denn ihr schlechtes Gewissen sagt ihnen mit Recht, daß eine solche Abbitte gar nicht aufrichtig sein kann, weil doch nicht jemand, der sich nur gegen ein Verbrechen wehrt, über diese seine Gegenwehr innerlich jemals aufrichtige Reue zu empfinden vermag. Es wiederholt sich im kleinen das, was wir im ganz großen vor uns sehen. Das reumütige Schuldbekenntnis Deutschlands im Jahre 1919 über den Krieg und die Kriegsursachen hat auf die Gegner nicht den geringsten Eindruck gemacht [4]. Innerlich wußten sie alle, daß die Behauptung, Deutschland wäre schuld am Kriege, eine Lüge war. Und weil sie das wußten, ist für sie das reumütige Kriegsschuldbekenntnis ebenfalls eine Lüge. Allerdings eine ihnen sympathische Lüge, weil sie damit die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von ihren eigenen Verbrechen und von ihrer eigenen Schuld abzuwenden vermögen. Und genauso ist es auch im Innern. Der Staat druckt auf Banknoten hinauf, daß ihr Nominalwert jederzeit in Gold eingelöst wird; der Staat gibt Kriegsanleihen aus mit der feierlichen Versicherung, daß sie einmal im Vollwerte zurückgezahlt werden; der Staat gibt Geld aus und empfängt Geld, von dem er behauptet, daß es wertbeständig sei; der Staat bettelt die Leute an, daß sie ihr letztes Goldstück wegen Staatsnotwendigkeiten abliefern und dafür ebenso wertvolles Papiergeld entgegennehmen [5] - und beschwindelt sie hinterher wider alles Recht und gegen Treu und Glauben um ihre Kriegsanleihen, um ihr Papiergeld, um ihr Gold und um ihre Ersparnisse [6]. Der Staat, der zum Schutze des Volkes da sein soll, ruiniert Millionen Existenzen, vernichtet ganze Berufsstände durch seine wahnwitzige und absurde Steuerpolitik und ist auf das maßloseste empört, wenn sich Menschen, denen man schon fast alles genommen hat, endlich gegen einen solchen Betreuer ihrer Interessen zur Wehr setzen. Das heißt, von einer wirklichen inneren Empörung kann natürlich keine Rede sein. Es ist das alles in Wahrheit nur Mache. Denn daß in Deutschland verbrecherische Elemente mit Hilfe der Inflation das Volk um ungezählte Milliarden begaunerten, hat die Justiz bis zum heutigen Tage noch nicht in Bewegung zu setzen vermocht. Weil sich aber ein paar Dutzend holsteinische Bauern, nachdem man sich anschickte, ihnen das Vieh stückweise aus dem Stall zu treiben, und ihre Höfe versteigert werden sollten, endlich zur Wehr setzten und gegen das in ihren Augen schuldige Finanzamt vorgingen, gerät der ganze Staat in Aufruhr [7]. Die gerechte Göttin der Justiz schnellt wütend empor und bringt die verfluchten bäuerlichen Missetäter unter hochnotpeinliche Anklage. Die holsteinischen Bauern sowohl als der Farmer Langkopp haben gut daran getan, daß sie sich dieser Justiz gegenüber gar nicht auf das Winseln verlegten, sondern sich einfach auf ein Recht beriefen, das immerhin noch gewaltiger ist als die Rechte sämtlicher Republiken zusammengenommen, nämlich: auf das Recht ehrlicher und fleißiger Menschen zum Leben! Ist es nicht wider alles

4 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

5 Die Ausgabe von Papiergeld mit Golddeckung, die Kriegsanleihen und die Ablieferung von Gold waren bereits zur Zeit des Kaiserreichs veranlaßt worden.

6 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

7 Anspielung auf die Ereignisse in Beidenfleth vom 19.11.1928. Vgl. Dok. 26, Anm. 11.

Recht und wider alles sittliche Gewissen, wenn in einem Staatswesen, das sich hohnvoll "soziale Republik" betitelt, Taugenichtse, Nichtstuer, Schieber und Inflationshyänen zu einem Millionenvermögen kommen können, während der fleißige, sich im Schweiße seines Angesichtes redlich abmühende Bauer nicht nur zu nichts kommt, sondern am Ende sogar noch um Haus und Hof gebracht wird? Und das alles trotz einer Arbeitsamkeit, von der unsere gesamten sogenannten "Regierungsstellen" aber auch wirklich keinen blassen Schimmer haben, sintemalen man demgegenüber deren Tätigkeit wirklich nur als höher organisierte Faulenzerei bezeichnen kann. Die Bilder, die die Prozesse gegen den Farmer Langkopp und gegen die holsteinischen Bauern enthüllten, sind einfach grauenvoll. Hier ist einmal gerichtsnotorisch die Art der Tätigkeit von Behörden festgestellt worden, die als Handlanger der internationalen Ausbeuterkräfte Deutschlands unser Volk bis an den Ruin bringen. Steuerpraktiken sind nun an das Licht des Tages gekommen, die so ungeheuerlich sind und als so ordinär und roh zugleich von Tausenden empfunden werden, daß selbst die Regierungspresse nicht gut anders kann, als sie abzulehnen. Man sieht ordentlich, wie man die blutigen Taler dem Bauer herausschindet, und wer wird nicht empört sein bei dem Gedanken an die Art, wie man sie dann verklopft [*sic!*] und verschleudert? Holsteinische Bauernhöfe gehen zugrunde, weil die Leute oft die Hunderte an Mark einfach nicht mehr aufbringen können, die man aus ihnen herauspressen will. Und so wie es dort ist, ist es in ganz Deutschland. Aber wenn ein Afghanenhäuptling Aman Allah [8] nach Berlin kommt [9], dann feuert die Republik zur Ehrung dieses ihr so sympathischen Halbwilden nicht Hunderttausende, nein, sondern ein paar Millionen Mark hinaus, als ob das überhaupt nichts wäre. Wenn einmal in Deutschland, frei vom Zwange eines Republikschutzgesetzes [10], eine Geschichte der Korruption der letzten zehn Jahre geschrieben wird, dann werden erst Millionen unserer Volksgenossen verstehen, warum und weshalb die Nationalsozialisten gegen dieses Regiment so erbittert ankämpfen. Die beiden Prozesse aber sind unbezahlbar. Sie helfen mit, die Erkenntnis zu vertiefen, daß es mit diesem Regiment parlamentarischer Erbärmlichkeit keine Verständigung geben kann und geben darf.

Herr Hilferding leidet unter Finanznöten [11]. So sehr man die Steuerschraube auch andreht, sie bringt doch nicht herein, was der Moloch der Novemberrepublik verschlingt. Statt nun durch eine entsprechende Außenpolitik dort abzubauen, wo abgebaut werden müßte, nämlich an den Reparationen, streicht man im Innern gerade das zusammen, was besonders für die deutsche Zukunft unentbehrlich ist. Auch nicht die Novemberbürokratie wird abgebaut [12] (nämlich das ganze parlamentarisch-demokratische Schiebertum, das wie ein Heuschreckenschwarm

8 Richtig: Aman Ullah (1892-1960), 1919 Emir, 1926-1929 Padischah von Afghanistan, 1929 Abdankung, Exil in Italien.

9 Aman Ullah hatte sich zusammen mit seiner Gemahlin vom 22.2. bis 28.4.1928 zu einem Staatsbesuch in Berlin aufgehalten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929, S. 63, 102.

10 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau verabschiedet worden. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.

11 Vgl. Dok. 14, Anm. 7.

12 Durch die Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs vom 27.10.1923 (Druck: RGBl. 1923, I, S. 999 ff.) baute die Republik 53.308 der aus dem Kaiserreich übernommenen Beamten bis August 1929 ab. Vgl. Jörg Grotkopp, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. 1992, S. 68 ff.

unsere einst so saubere Verwaltung abgrast), sondern - der Luftverkehr [13]. Wenn man weiß, unter was für unglaublichen Schwierigkeiten sich Deutschland gerade auf dem Gebiet eine kleine Stellung eroberte, unter was für unsäglichen Mühen und mit welcher Genialität die deutschen Erfinder, die Konstrukteure dabei arbeiten mußten, dann kann man erst das unerhörte Vorgehen Hilferdings der deutschen Luftschiffahrt gegenüber ermessen. Es wäre das alles ganz unverständlich, wenn es nicht in das System hineingehören würde, unter dem wir heute leiden. Auch die Luftschiffahrt soll natürlich dem deutschen Volke genommen werden und der Verinternationalisierung anheimfallen. So wie die Sozialdemokratie nicht eher losließ, bis es ihr endlich gelungen war, die alten im Besitz der Nation befindlichen, also tatsächlich sozialisierten Staatsbahnen dem internationalen Kapital auszuliefern [14], so sorgt sie heute dafür, daß die Luftschiffahrt ebenfalls dem Finanzkapital vorgeworfen wird. Es steckt System in der Tendenz dieser schlimmsten Partei, die das deutsche Volk und der deutsche Arbeiter je gehabt haben. Umsonst hat der Jude Goldschmidt, Zentralbankier von Deutschland und Repräsentant der internationalen Hochfinanz, dem Berliner "Vorwärts", d. h. dem Organ der Sozialdemokratie, nicht 800.000 [*Reichs*]Mark zur Verfügung gestellt [15].

Diesem Versuch gegenüber wird die nationalsozialistische Bewegung immer wieder ihr Programm vertreten, das die höchsten Einsparungen verspricht, nämlich: Weg mit den Reparationen und weg mit der Herrschaft der Novemberkorruption!

Eine neue Regierung ist soeben aus der Taufe gehoben worden [16]. Die Täuflinge sind allerdings lauter alte wohlbekannte Gesichter. Zentrumsmänner, die nun wieder in der Regierung sitzen. Wenn man weiß, mit welchen scheinheiligen "weltanschaulichen" Gründen diese Partei sich vor kurzer Zeit von der Sozialdemokratie wendete und nun sieht, aus welchen Anlässen sie wieder zurückgefunden hat, dann könnte einem wirklich der Ekel über dieses System übermannen. Denn nun steht eines fest: Der Austritt des Zentrums hat weder mit einer inneren Abkehr des Zentrums von diesem System noch mit der Not des deutschen Volkes das geringste zu tun gehabt. Das Zentrum hat nur zwei Minister damals bekommen, und es wollte drei haben. Nun, da die Sozialdemokratie anscheinend kirre geworden ist und den dritten bewilligte, ist die fromme Partei wieder zu den Atheisten und Gottesleugnern zurückgekehrt und macht mit ihnen wieder gemeinsam in politischen Schiebergeschäften. Wenn eine Partei, wie das Zentrum, aber mit dem Heiligsten, das Menschen besitzen, so erbärmlich Schindluder treibt, darf man sich dann nicht wundern, wenn ein höherer Segen nicht dabei sein kann. Und so ist es auch. Seit diese frömmste Partei in Deutschland am Ruder ist, lastet der Fluch des Herrn ersichtlich auf unserem Volke. Solange nicht die Religion den Krallen dieser nichtsnutzigen Parlamentsschieber entwunden wird, ist mit einer Wiederauferstehung unseres Volkes gar nicht zu rechnen.

Das Pariser Diktat ist jetzt fertiggestellt. In 58 Jahren soll Deutschland 128 Milliarden bezahlen [17]. Es ist eine so unverschämte Forderung, daß man sie nur dann verständlich findet,

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 7.
14 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.
16 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
17 Bezieht sich auf das Memorandum der Alliierten zur Reparationsfrage vom 13.4.1929. Vgl. Dok. 2, Anm. 6 sowie Dok. 21, Anm. 40.

wenn man das System kennt, an das man sie richtet. Es ist kein Zufall, daß diese wahnsinnige Erpressung gerade in dem Augenblick laut wird, in dem das deutsche Volk dem Zentrum und dem Marxismus restlos ausgeliefert ist. Mehr denn je müßte jetzt aber wenigstens das nationale Deutschland verstehen, daß nur ein vollständiger Bruch mit der heutigen Innen- und Außenpolitik Wandel schaffen könnte. Die Versklavung, die wir jetzt vor unseren Augen sehen, ist nur möglich infolge der Außenpolitik eines Gustav Stresemann. Langsam ist es diesem Manne gelungen, Deutschland zu isolieren, indem er es endlich selbst den Nationen entfremdete, die wirklich kein eigenstes Interesse besaßen, daß die französische Hegemonie in Europa übermächtig werde [18]. Der letzte Staat, der sich noch nicht restlos von Herrn Stresemann in die feindliche Front eingliedern ließ, ist Italien [19]. Gerade die Presse des Herrn Reichsaußenministers klagt darüber aber auf das lebhafteste. Dies sowie die Zusammenkunft zwischen Chamberlain [20] und Mussolini zeigt [21], daß es selbst jetzt noch nicht zu spät wäre, durch einen Wandel in der deutschen Außenpolitik eine Annäherung zwischen Deutschland und Italien herbeizuführen. Allerdings, solange das Reichsschicksal in den Händen eines Stresemann liegt, ist nichts zu erhoffen. Die sogenannte "nationale" Opposition aber ist in der Gesamtheit ebenso geist- wie ideenlos und besonders ohne jeden eigenen klaren Vorschlag, der sich der offiziellen deutschen Außenpolitik entgegensetzen ließe. Damit sinkt aber diese nationale Opposition immer mehr zu einem Klub kleiner politischer Nörgler zusammen, der seine Direktiven auf der einen Seite von gerissenen Journalisten (jüdischer Herkunft!) [22] und auf der anderen von schwadronierenden Hurra-Patrioten bezieht. Es geht dann nur noch ab, daß die politische Kurzsichtigkeit der Männer durch das "seherische Erleben" nachtwandelnder Damen [23] die notwendige Ergänzung erhält, um der nationalen Opposition den letzten Rest von Wert zu nehmen. Die nationalsozialistische Bewegung wird diesen politisch-phantastischen Blasenerscheinungen ebenso eiskalt gegenübertreten müssen wie der "realen Politik" des Herrn Industriesyndikus [24]. Am Ende wird die kalte Vernunft und eherne Logik ja doch über alle Narreteien hinweg zum Siege schreiten.

---

18 Nach Hitlers Auffassung Großbritannien und Italien.

19 Anspielung auf die kolonialpolitischen Differenzen zwischen Italien und Frankreich. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.4.1929 (Express-MA), "Frankreich und Italien".
Ungeachtet einer zum Teil parallelen außenpolitischen Interessenlage gelang es nicht, die am 19.3.1928 aufgenommenen französisch-italienischen Verhandlungen über einen Freundschaftsvertrag zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Grund dafür bildeten die unüberbrückbaren Differenzen in der französischen und italienischen Kolonialpolitik. Vgl. C.J. Lowe/ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 211 ff.

20 Sir Austen Chamberlain (1863-1937), britischer Staatsmann, 1892-1937 MP (Conservative Party), 1895-1900 ziviler Lord der Admiralität, 1900-1902 Finanzstaatssekretär, 1902 Generalpostmeister, 1903-1905 Schatzkanzler, 1915-1917 Staatssekretär für Indien, 1918-1919 Minister ohne Geschäftsbereich, 1919-1921 Schatzkanzler, 1921 Vorsitzender der Konservativen Partei, 1924-1929 Außenminister, 1925 Friedensnobelpreis (zusammen mit Charles Dawes), 1931 Erster Lord der Admiralität.

21 Am 2.4.1929. Neben Differenzen in Marinefragen wurden die Reparations- und Rheinlandräumungsfrage sowie die Schaffung eines engeren Verhältnisses zwischen Italien, Großbritannien und Frankreich behandelt, wobei Gegensätze zutage traten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 354.

22 Vermutlich Anspielung auf Nikolaus Cossmann.

23 Anspielung auf Mathilde Ludendorff.

24 Gustav Stresemann. Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

[24. April 1929] [1] Dok. 29
Schreiben an die Bundesleitung des Stahlhelms (Bund der Frontsoldaten)

Masch. Manuskript, o. D.; BA, NL Epp 24/3.

Herr General von Epp [2] überbrachte mir die Aufforderung der Bundesleitung des "Stahlhelms" [3], ich möchte namens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Beteiligung am Volksbegehren [4] zusagen. Ich beehre mich nun, Ihnen mitzuteilen, daß ich leider nicht in der Lage bin, Ihren Wunsch zu erfüllen, da der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das in Aussicht genommene Volksbegehren sowohl grundsätzlich wie taktisch als nicht zweckmäßig erscheint.

Ich darf die wesentlichsten Gründe, die für diese meine Stellungnahme entscheidend sind, Ihnen wie folgt darlegen:

a.) *Grundsätzliche Bedenken:*

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft für die Beseitigung jener Zustände von heute, die unser Volk zwangsläufig dem Ruin entgegenführen müssen. Sie kämpft für die Genesung des deutschen Volkskörpers auf allen Gebieten. Der inneren Wiedergesundung der Nation soll die Aufrichtung eines machtvollen Staates nach außen, von nationaler Ehre und Freiheit entsprechen. Ich halte nun die von der Leitung des "Stahlhelms" beantragten Verfassungsänderungen für die Vorbereitung und Durchführung einer solchen deutschen Wiederauferstehung als belanglos.

Der Zusammenbruch unseres Volkes hat sich in so tiefgehender und ungeheuerer historischer Katastrophe vollzogen, daß mir jeder Versuch einer Überwindung dieses Verfalles durch Korrekturen am heutigen Zustande als zwecklos erscheint. Neben vielem anderen hat das deutsche Volk seit dem November 1918 jede wirkliche Staats-Autorität verloren. Ich glaube nun nicht, daß das, was sich heute als Staats-Autorität ausgibt, durch einen Vorgang verbessert oder gestärkt werden könnte, der seinem Wesen nach selbst in der Linie der Zerstörung der Staats-Autorität liegt. Durch die demokratische Methode eines sog. Volksbegehrens können kaum Übelstände beseitigt werden, die selbst nur ein zwangsläufiges Ergebnis der Demokratie sind.

---

1 Datiert nach Dok. 56. Die Denkschrift wurde vertraulich an einzelne Parteifunktionäre versandt. Vgl. Begleitschreiben von Philipp Bouhler vom 11.5.1929; BA, Slg. Schumacher 373.

2 Franz Xaver (seit 1916 Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

3 Erster Bundesführer Hauptmann d. R. Franz Seldte, Zweiter Bundesführer Oberstleutnant a. D. Theodor Duesterberg und Bundeskanzler General a. D. Hermann von Czettritz.

4 Am 13.11.1928 hatte die Bundesführung des Stahlhelms ein Volksbegehren zu Änderung der Reichsverfassung angekündigt. Die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag sollte abgeschafft und die Immunitätsrechte der Abgeordneten verändert werden, um die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken. In der Öffentlichkeit stieß der Plan auf keinerlei Interesse, so daß der Stahlhelm zu seiner Durchführung Verbündete suchte. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 119 f., 125 ff.

Ein Volksbegehren zur Wiederherstellung einer tatsächlichen deutschen Staats-Autorität hat meines Erachtens nur dann einen Sinn, wenn die neue Staats-Autorität durch eine Kraft repräsentiert wird, die der ganzen Nation bereits sichtbar vor Augen steht und die sich durch eigenes Vermögen schon die allgemeine Anerkennung verschafft hat. Es kann sich dann bei einem Plebiszit nur um einen formalen Akt handeln, einer an sich bereits vorhandenen und tatsächlich durchgesetzten Autorität im Staate zu allem Überfluß auch noch die demokratische Sanktion zu geben. Ein Königtum, dessen Kraft und Machtfülle über allen Zweifeln erhaben ist, kann sich zur Erledigung auch der letzten ohnehin nur mehr rein formalen Einwände durch eine allgemeine Vertrauenskundgebung des Volkes eine Bestätigung der gesamten Nation erholen, - der aber selbst am Ende nur formaler Charakter zukommt. Der Faschismus, der Kraft eigenen Willens, durch eigene Arbeit und durch eigenen Kampf einen neuen Staatsgedanken und eine neue Autorität geschaffen hat, kann heute durch Befragen der italienischen Nation deren unbedingtes Einverständnis mit seinem tatgewordenen Werk feststellen lassen [5]. Würde in beiden angeführten Fällen die Nation einer anderen Überzeugung sein, würde man sie vermutlich überhaupt nicht befragen. Auf alle Fälle aber käme einem eventuellen Nichteinverständnis keinerlei praktische Bedeutung zu. Niemals aber könnte über den Weg majoritativer [*sic!*] Volksentscheidungen eine wahrhaft königliche Gewalt begründet oder gar eine neue Staatsidee und eine neue Staats-Autorität geschaffen werden.

Der Zusammenbruch des Jahres 1918, der den folgenotwendigen Abschluß unserer allgemeinen langsam fortschreitenden Demokratisierung bildete, kann nicht durch einen Kampf der Demokratie gegen die Demokratie mit demokratischen Mitteln beseitigt werden. Auch in Deutschland wird sich, verkörpert von einer prägnant umrissenen politischen Gewalt, ein neuer Staatswille und aus ihm heraus eine neue Staats-Autorität bilden müssen. Es ist möglich, daß diese neue Staats-Autorität zur endgültigen Feststellung ihrer tatsächlichen Übereinstimmung mit dem inneren Willen der Nation, diese dereinst um ja oder nein befrägt. Es ist aber unmöglich, daß die Nation durch Abstimmung an sich den Prozeß der Bildung einer solchen Staats-Autorität in die Wege leitet, beschleunigt oder auch nur fördert.

Das Unglück Deutschlands liegt - das ist die Auffassung von uns Nationalsozialisten - nicht in Mängeln seiner heutigen Verfassung. Die Weimarer Verfassung ist der Ausdruck der Verfassung unserer ganzen Zeit. Der Zustand unserer Zeit ist aber selbst wieder die notwendige Folge des Fehlens einer ihren besonderen Kräften und deren Auswirkungen entgegengesetzten gesunden Staatsauffassung und Staatsidee.

Ob die Weimarer Verfassung im einzelnen die Macht den Ministern gibt oder dem Reichskanzler, dem Reichspräsidenten oder dem Parlament, kommt am Ende immer wieder auf dasselbe heraus. Denn alle diese Faktoren sind miteinander verwandte Erscheinungen unserer "westlichen" Demokratie. Sie wurzeln in einem vermeintlichen "Volkswillen", dessen Charakteristikum aber in der Tatsache liegt, daß er den inneren wirklichen Willen des Volkes nicht im geringsten repräsentiert. Die parlamentarischen Majoritäten des Reichstags sowohl als der Reichspräsident, die Reichsminister und der Reichskanzler sind eben nicht Erwählte des "Volkswillens", als vielmehr Gewählte der öffentlichen Meinung. Diese öffentliche Meinung kann aber niemals mit dem Volkswillen an sich identifiziert werden. Sie ist nur der Ausdruck

5 Vgl. Dok. 18, Anm. 17.

der mangelhaften politischen Einsicht sowie des beschränkten politischen und ökonomischen Verständnisses der Masse. Diese mangelnde Einsicht der Masse wird in der Demokratie von den Fabrikanten der öffentlichen Meinung in geschicktester Art und Weise berücksichtigt und verwendet, um mit Hilfe der Presse sowie des Einwirkens ähnlicher Faktoren eine Meinung zu verbreiten, die, je öffentlicher sie auftritt, um so weniger dem wirklichen inneren Volkswillen entspricht. Solange aber dieser künstlich erzeugten und durch die Presse geleiteten öffentlichen Meinung und dem treibenden Kapital dahinter nicht eine politische Kraft gegenübersteht, die von diesen Faktoren unabhängig ist und nur den natürlichen inneren Willen des Volkes repräsentiert, werden Versuche, auf dem Wege von Majoritätsentscheidungen Änderungen in einer Verfassung durchzuführen, immer belanglos bleiben. Sie können aber unter Umständen sogar schädlich werden, wenn dadurch die Auffassung befestigt wird, daß man durch solche rein äußerliche Mittelchen überhaupt eine Verbesserung der bestehenden Zustände zu erreichen vermag, während in Wirklichkeit nur wieder ein Teil jener Kraft vergeudet wird, die für einen grundsätzlichen Kampf in Frage käme, so daß damit am Ende der bestehende Zustand, wenn auch auf indirektem Wege, sogar noch eine Stärkung erfährt.

Ich halte die Auffassung, daß die Gegenwart und Zukunft unseres deutschen Volkes durch einen von der öffentlichen Meinung gewählten Reichspräsidenten etwa besser betreut werden könnte als durch ein Parlament, das seine Existenz der selben öffentlichen Meinung verdankt, für falsch. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Reichspräsident einfach durch verfassungsmäßige Bestimmungen dem Parlament übergeordnet werden könnte; denn tatsächlich ist er im großen gesehen nur ein Repräsentant desselben Geistes, wessen [*sic!*] das Parlament ist. Entsprechend den gestaltenden Kräften des parlamentarischen Lebens wird auch die Kraft sein, die den Reichspräsidenten einsetzt und beseelt. Die marxistischen, die Nation bewußt zerstörenden Parteien, werden entschlossene und brutale Männer zu Reichspräsidenten zu machen versuchen, die bürgerlichen Parteien - entsprechend ihrem ganzen inneren Wesen - moluskenhafte Schwächlinge, nichtsahnende, unschöpferische Greise oder feige Anbeter der gegebenen Tatsachen. Solange in Deutschland die öffentliche Meinung von heute besteht, werden die Reichspräsidenten stets ihres Geistes Kinder sein. Es ist dann höchstens eine Frage von untergeordneter taktischer Bedeutung, inwieweit man glaubt, ein bestimmtes Interesse an einer besonderen Abgrenzung der verschiedenen Kompetenzen dieser demokratischen Einrichtungen haben zu müssen. Niemals aber kommt dem der Charakter einer das Leben der Nation wesentlich berührenden Angelegenheit zu. Wie vollständig belanglos das Volksbegehren zum Beispiel infolge dieser Tatsache ist, mag am schärfsten aus nachstehender Erwägung hervorgehen: Die Immunität der Abgeordneten soll künftighin auf Landesverräter keine Anwendung mehr finden. Dazu bräuchte man an sich gar kein Volksbegehren, denn schon heute wird diese glatt und ohne alle Schwierigkeiten aufgehoben, und zwar in allen jenen Fällen, in denen es sich um erklärte politische Gegner der augenblicklich regierenden Parteien handelt. So wie dies hier geschieht, könnte es der Reichstag auch in den Fällen von Landesverrat machen. Wenn dies aber nun bei solchen Verbrechen unterbleibt, die Abgeordneten nicht freigegeben werden, so ist das nur der Beweis einer tiefgehenden allgemeinen Korrumpierung, der das politische Leben bestimmenden Kräfte. Dagegen aber wirkt ein Volksbegehren über Aberkennung der Immunität bei Landesverrätern genauso, als wenn ich einem Tuberkulösen das Husten verbiete. Am nachdenklichsten über die Zweckmäßigkeit dieses Versuches müßte aber doch die Tatsa-

che stimmen, daß auf Grund unserer die Politik bestimmenden öffentlichen Meinung vielleicht schon morgen der Landesverrat überhaupt nicht mehr als strafbar angesehen werden kann [6], so daß sich dann der komische Zustand ergeben würde, daß durch ein Volksbegehren theoretisch ein Abgeordneter, der sich in Landesverrat übt, die Immunität verliert, während praktisch die Justiz gar nicht mehr berechtigt ist, gegen ein solches Subjekt vorzugehen. Je mehr nun die Justiz selbst zur feilen Dirne der Politik herabgewürdigt wird, die Politik aber von einer durch und durch korrumpierten öffentlichen Meinung ihre Direktiven erhält, um so zweckloser, um nicht zu sagen lächerlicher, muß ein Versuch wirken, durch verfassungsmäßige Bestimmungen niederträchtige Kreaturen einer Justiz auszuliefern, die sich selbst bereits zur selben niederträchtigen Gesinnung bekennt [7]. Wenn die November-Republik die Landesverräter als ehrenwerte Männer ansieht oder ansehen will, so ist das genauso ihre Sache, wie es die Sache des kommenden Staates sein wird, solche Subjekte zu vernichten. Selbst wenn es uns also durch den zufälligen Ausgang eines Volksbegehrens gelänge, unsere Auffassung über diesen Punkt dem heutigen System aufzuoktroyieren, so wäre das in Wirklichkeit bedauerlich, weil es nur das tatsächliche Bild des derzeitigen Zustandes verschleiern würde. Es kämen wesensfremde Züge in den Novemberstaat hinein, die aber doch vielleicht geeignet wären, manchen ehrenwerten Mann zu täuschen über den inneren Wert und das wahre Gesicht dieser Republik. Dieses aber müßte nur zu einer Lähmung des Kampfwillens derjenigen führen, die dem gesamten Wesen, dem Inhalt, der Form, ja selbst der Idee dieses Staates als Feinde gegenüberstehen müssen. Jeder Staat hat seinen eigenen Ehrbegriff. Es ist deshalb ein Fehler, wenn ich in der Erkenntnis des Unwertes eines bestimmten Staates nunmehr versuche, ihm einen anderen Ehrbegriff äußerlich aufzudrängen, als er ihm innerlich zukommt. Die Meinung aber, dadurch einer Nation zu nützen, ist falsch. Jeder Vorgang und jede Veränderung, die einen an sich und in sich schlechten Zustand immerhin erträglicher erscheinen lassen, führen zu einer Befestigung dieses Zustandes. Vor allem aber wird jede Beseitigung schon psychologisch verheerender Erscheinungen oder Fehler zu einer Beseitigung allgemein sichtbarer Angriffsflächen führen und damit am Ende zu einer Schonung der verantwortlichen Regisseure dieses Zustandes. Als Nationalsozialist habe ich nur das Interesse, alle Differenzen und besonders aber diejenigen hinsichtlich des staatlichen Ehrbegriffs, die uns von den Machthabern des heutigen Staates trennen, auf das allerschärfste herauszuarbeiten. Jede Brücke, die von unserer Staats- und Ehrauffassung zu derjenigen der Dirigenten des heutigen Staates hinüberführen könnte, halte ich für schädlich und sehr gefährlich. Insbesonders wende ich mich gegen den Bau von solchen Verbindungsmöglichkeiten. Die Meinung nämlich, daß dadurch wenigstens eine "etappenweise Besserung" der Zustände erreicht werden könnte, ist gemessen an der historischen Erfahrung nicht aufrechtzuerhalten. Es ist eine ewige Tatsache, daß, sowie man an einem grundsätzlich schlechten System und verwerflichen Regiment, in der Meinung etwas "bessern" zu können, positiv mitzuarbeiten anfängt, man die Stimmung für eine grundsätzliche Änderung verdirbt und statt dessen die Entwicklung eines gegenseitigen Anpassens in die Wege leitet. Hierbei wird aber immer der schlechtere Teil der Gewinner sein. Seit das deutsche Bürgertum an der marxistischen Republik "mitzuarbeiten" versuchte, hat es die Rolle der nationalen Opposition

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 69.
7 Zur Beziehung von Justiz und Republik vgl. Kuhn, Vertrauenskrise.

aufgegeben, um in Wahrheit in die eines charakterlosen Zuhälters herunterzusinken. Nicht die marxistische Republik wurde durch nationale Wesenszüge verschönt, sondern das nationale Bürgertum marxistisch korrumpiert. Sowie sich in so grundsätzlichen Dingen die weltanschauliche Opposition gegen ein bestimmtes Regiment bewegen läßt, einzelne ihrer Ideen und Auffassungen besonders hervorstechender Art dem gegnerischen Zustand aufzudrängen, bringt sie sich gerade um jene Elemente, die in allererster Linie für die Notwendigkeit ihres eigenen Sieges sprechen würden. Denn so wie heute der Stahlhelm am derzeitigen Zustand ganz bestimmte Schwächen als besonders entehrend und verletzend und damit als verbesserungsbedürftig ansieht, so sind ja gerade die entgegengesetzten Eigenschaften von der ausschlaggebendsten Bedeutung für die Beurteilung des Stahlhelms selbst. Welche Gründe sprechen noch - wenigstens in den Augen der breiten Masse - für die Notwendigkeit des Sieges einer nationalen Opposition, wenn die schlagendsten Unterschiede erst einmal beseitigt sind? Die breite Masse eines Volkes wird nie bis zum Wesentlichen eines Problems vorzudringen vermögen, sondern stets an äußeren typischen Erscheinungen hängen bleiben. Je mehr sich aber die typischen äußeren Unterschiede abschleifen, um so schwerer wird ein grundsätzlicher Kampf, der aber nur allein eine endgültige, für Deutschland segensreiche Entscheidung bringen könnte.

Dazu ist weiter noch folgendes zu bedenken:

Als einer der wichtigsten Gesichtspunkte, die für die Durchführung des vorliegenden Volksreferendums sprechen sollen, wird die dadurch angeblich in die Wege geleitete Wiederherstellung der Autorität der Persönlichkeit angesehen. Man folgert etwa so, daß durch die erhöhte Macht, die der Reichspräsident erhält, nicht nur eine größere Verantwortlichkeit, sondern auch eine größere Vollkommenheit dieser Stelle geschaffen wird. Man glaubt weiter, daß dadurch bei gewissen möglicherweise eintretenden besonderen politischen Anlässen, dank der ihm verliehenen größeren Macht, der Reichspräsident unter Ausschaltung des sich vollkommen zersetzenden Parlaments, ja, wenn nötig sogar gegen dieses, die Interessen der Nation würde wahrnehmen können. Manche mögen sogar glauben, daß dies eine mit legalen Mitteln in die Wege geleitete Vorbereitung für die Diktatur werden könnte.

Gegen alle diese Auffassungen muß ich mich wenden.

Naturen, die zum Herrschen geboren und veranlagt sind, bedürfen in keiner Weise der einleitenden Fürsorge oder Förderung parlamentarischer oder demokratischer Institutionen. Dafür werden aber alle diese Einrichtungen ebenso ängstlich bemüht sein, wirklich geborene Führernaturen von allen souveränen Stellungen fernzuhalten. In demokratischen Staaten wird der Umfang der Kompetenzen einer Stelle stets im umgekehrten Verhältnis zur Genialität und Tatkraft der Inhaber stehen. Die Demokratie wird sich, schon aus dem Gefühl einer primitiven Selbsterhaltung heraus, stets bemühen, auf eine Stelle mit großer Machtvollkommenheit nur Menschen mit geringen Qualitäten, also entweder mit geringer Einsicht, oder mit geringen Energien, oder beidem zu setzen. Damit aber wird der Wert der Vollkommenheit einer solchen Stelle von vorneherein von selbst wieder aufgehoben. In Deutschland zeigt sich das Bild der Demokratie in einer so erbärmlichen Weise, daß es unverständlich ist, von ihr zu erwarten, daß sie selbst auf eine Stelle mit größtem Wirkungsvermögen Männer starker Energie setzen wird, außer sie ist sich der Tätigkeitsrichtung derselben von vorneherein vollständig sicher, das heißt, die Repräsentanten werden im Sinne und im Wesen der Demokratie die Volkszersetzung weiter fortführen.

Ein Mann aber, der von der Vorsehung - und an diese ist auch hier zu glauben - zum Führer bestimmt ist, wird sich ohnehin sein Handeln niemals durch die lächerlichen Kompetenz-Grenzen einer Verfassung vorschreiben oder beengen lassen, wenn das Handeln nach der Verfassung zum Ruin seines Volkes führen muß. Sollte aber ein im öffentlichen Leben stehender politischer Führer von anderer, also dritter Seite aus zur "Diktatur" ausersehen sein und nun die Erfüllung dieses Wunsches von der Erweiterung der verfassungsmäßig festgesetzten Rechte abhängig machen, dann soll man den nur gleich zum Teufel jagen und sich nicht von solch einem Schwächling blenden lassen; denn der beweist damit klar und eindeutig, daß ihm die höhere, ihn selbst zwingende Befähigung für diese Mission vollkommen fehlt. Niemals wird ein nicht zum höchsten berufener Mann, nur durch eine von anderer Seite vorgenommene Erleichterung seines Weges, zu höchsten Entschlüssen und Taten kommen. Denn die letzte Kraft wächst ja gerade im Kampf mit den Widerständen, und die größten, entscheidenden Handlungen, die geniale Köpfe dieser Erde ausführten, waren nicht wenig bedingt durch die meist notwendige Vernichtung gegnerischer Kräfte und deren Einrichtungen. So wird auch in Deutschland niemand das Reich von seinen heutigen Verwesungserscheinungen säubern, der sich nicht selbst, von ihnen auf das schwerste bedroht, ihrer erwehren mußte und der damit lediglich in deren restloser Vernichtung die Möglichkeit der Verwirklichung der eigenen Ideen sehen kann. Nur die Kampfesentschlossenheit des um das eigene Leben Ringenden führt zur souveränen Handlungsfreiheit gegenüber dem Leben anderer. Solange es große Umwälzungen auf der Erde gegeben hat, war es so, und solange es Menschen geben wird, wird es so bleiben, auch wenn die kleinen Vertreter der politischen Alltagsgeschäfte in den Parlamenten dies tausendmal und zu allen Zeiten nicht wahr haben wollten und auch heute nicht wahr haben wollen. Durch das Vertreten der Meinung, daß man auf dem Wege einer durch demokratische Entscheidungen erfolgten Zubilligung verfassungsmäßig größerer Rechte Menschen befähigen kann, Völkerschicksale neu zu gestalten, beweist man nur, wie sehr man schon selbst - wenn auch gänzlich unbewußt - vom Gift der Demokratie angefressen ist und auch aus Angst vor der Kraft der Persönlichkeit lieber die Bedeutung des Amtes fördert. Man glaubt heute in Deutschland, Weltgeschichte machen zu können, indem man Kräfte vortäuscht, die keine Kräfte sind. Man will das Schicksal düpieren und sieht nicht, daß man sich damit selbst betrügt. Denn jeder Versuch, durch äußere Aufmachung an sich schwächliche Personen "tragfähig" zu gestalten, ist ein Selbstbetrug und muß mit bitteren Enttäuschungen enden. Die Geschichte der führenden Köpfe des deutschen Bürgertums von Bethmann Hollweg über Hertling [8] - Escherich [9] -

8 Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayerischer Ministerpräsident und Außenminister, November 1917 bis September 1918 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

9 Georg Escherich (1870-1941), Oberforstmeister, 1897 Dr. rer. pol., 1912-1914 Expeditionen nach Kongo und Spanisch-Guinea, 1919 Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, 1920 Gründer und Reichshauptmann (1920/21) der Organisation Escherich (Orgesch), 1928 Gründer und bis 1933 Leiter des Bayerischen Heimatschutzes, 1931 Ruhestand.

Kahr[10] bis Hindenburg[11], sollte genügend Lehrbeispiele bitterer Art abgeben. Mit welchen Mätzchen hat nicht das deutsche Bürgertum seit dem Jahre 1918 immer wieder versucht, seine verlorengegangenen Positionen zu retten, und es erlitt immer einen Schiffbruch nach dem anderen! Ich halte es für todgefährlich, wenn das junge Deutschland sich an solchen Versuchen einer geschichtlichen Augenauswischerei beteiligt.

Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich deshalb, schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, den Versuch, durch Teilnahme an dem von der Bundesleitung des Stahlhelms vorgetragenen Volksentscheid, eine Korrektur der verfassungsmäßigen Schwächen des heutigen Staates vorzunehmen, ablehnen. Eine solche Verbesserung wäre für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes ohne jede positive Bedeutung, für die Weiterführung des entscheidenden Ringens aber erschwerend.

b.) *Taktische Einwände.*

Wenn ich von allem Grundsätzlichen absehe, das gegen das Volksbegehren spricht, so bleiben immer noch zahlreiche Bedenken taktischer Natur übrig, die mich ebenfalls dagegen Stellung nehmen lassen.

Unter den Motiven, die für die Notwendigkeit der Durchführung des Volksbegehrens angeführt werden, erwähnt man immer wieder die dadurch in die Wege zu leitende Beendigung der derzeitigen allgemeinen politischen Stagnation. Dies ist eine vollkommen haltlose Redensart. In Deutschland stagniert das politische Leben nicht, sondern wir befinden uns im Gegenteil in einer sehr rapiden Bewegung - nämlich dem Abgrunde zu. Diese Bewegung aber wird nicht im geringsten durch das Volksbegehren behindert oder gar aufgehalten. Denn es ist natürlich irrig anzunehmen, daß eine durch tausend und abertausend Triebkräfte besorgte und in zahllosen Erscheinungen sich zeigende Auflösung und Vernichtung eines Volkskörpers durch einen so unendlich begrenzten und rein äußerlichen Vorgang, wie es das beabsichtigte Volksreferendum ist, irgendwie bemerkenswert beeinträchtigt werden könnte. Selbst im günstigsten Falle des Durchbringens des Antrages bedeutet dies gar nichts. Denn Deutschland leidet ja nicht an einer verunglückten Verfassung, als vielmehr an einer vollkommenen Verbiegung und Verdrehung des natürlichen Denkens unseres Volkes, an einer Vernichtung aller rassischen Instinkte, aller volklichen Kräfte der Selbsterhaltung, an der die ganze Nation verpestenden Demokratisierung und Verparlamentarisierung, die vom kleinsten bis zum größten geht, am Verfall unserer gesamten Kultur, der Kunst, der Literatur, des Theaters usw. usw.[12]. Was wir heute vor uns sehen, ist ein Zusammenbruch aller natürlichen inneren Kräfte und Werte, eine Vernichtung aller Kraftquellen. Dem gegenüber fällt ein Volksbegehren mit so unbedeutenden und engbegrenzten Zielen wie das beabsichtigte überhaupt nicht irgendwie in die Waagschale. Der Verfall unseres Volkes spielt sich in entsetzlichen Formen und in rasender Schnelle ab. Dieser

10 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis September 1921 bayerischer Ministerpräsident, September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar in Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

11 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), Generalfeldmarschall, 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

12 Vgl. Hitlers Ausführungen in Dok. 17 und 21.

sichtbaren Bewegung steht gegenüber die beschämende Impotenz jenes deutschen Bürgertums, das sich in ebenso hochmütiger wie unberechtigter Weise als "Hüter der nationalen Idee" bislang aufgespielt hat. Die einzige positive Gegenarbeit, die gegen den Verfall unseres Volkes heute geleistet wird, ist die gewaltige politische, rassische und kulturelle Aufklärungsarbeit der nationalsozialistischen Bewegung, die langsam, aber mit sichtbar steigendem Erfolge eine neue Weltanschauung und Staats-Auffassung in das deutsche Volk hineinträgt, und dieses auch einst zum Siege über seine heutigen Vernichter führen wird. Dieser unterbrochenen [*sic!*] ungeheuren, grundsätzlichen Erneuerungsarbeit an unserem Volk gegenüber, erscheint das vorliegende Volksbegehren in Inhalt, Umfang und seinen möglichen günstigen Auswirkungen als unwesentlich.

Ich halte aber das vorliegende Volksbegehren gerade auch taktisch für verfehlt und unter Umständen sogar gefährlich. So sicher die Kompetenzen des Reichspräsidenten vollkommen belanglos sind, solange ein sogenannter "bürgerlicher" Reichspräsident diesen Posten versieht, so groß kann ihre Bedeutung werden, wenn die Entwicklung einen Marxisten an diese Stelle beruft. Der derzeitige Reichspräsident "bürgerlicher" Wahl nützt schon die ihm durch die heutige Verfassung gewährleisteten Rechte nicht annähernd so im nationalen Sinne aus, wie dies der verstorbene Präsident Ebert [13] für die marxistischen Belange getan hat. Der Einwand, daß der derzeitige Reichspräsident infolge der ungünstigen parlamentarischen Majoritäten nicht anders handeln könne, erscheint mir für das Stahlhelm-Volksbegehren als geradezu vernichtend. Denn er stellt nur das fest, was ich bereits oben behauptete: daß nämlich der jeweilige Reichspräsident, ganz gleich welcher Art seine Kompetenzen sein werden, immer entsprechend den Kräften, die ihn bestimmen und umgeben, handeln wird. Ein Bürgerlicher wird "bürgerlich", d. h. also ewig nachgiebig, um nicht zu sagen feige, unentschlossen, schwächlich und halb handeln, während sein Gegenspieler, der Marxist, eben marxistisch, d. h. rücksichtslos, brutal gerissen und gemein sein wird. Wenn also heute durch ein Volksbegehren die Macht der Stelle eines Reichspräsidenten erweitert wird, so bedeutet dies, solange ein Bürgerlicher diese Stelle einnimmt, gar nichts. Wir sehen es ja mit eigenen Augen! In Deutschland werden heute Männer, die in der schwersten Stunde der Not des Vaterlandes für Volk und Reich ihr Leben auf's Spiel setzten und es von verräterischen Schuften zu befreien suchten, als "Fememörder" verfolgt und gehetzt, in die Zuchthäuser geworfen, ohne daß der "bürgerliche" Reichspräsident, der noch dazu selbst Offizier war, es für nötig hält oder es fertigbringt, sich für diese Offiziere und Soldaten einzusetzen [14]. Man stelle sich den umgekehrten Fall vor: An der Spitze befände sich ein roter Reichspräsident, und es wird wohl kein Mensch für einen Augenblick bestreiten, daß nicht einem roten Soldaten wegen eines ähnlichen Verhaltens auch nur ein Haar gekrümmt werden würde. Es ist selbstverständlich, daß ein roter Reichspräsident im Rahmen der ihm verfassungsmäßig schon heute garantierten Rechte tausend Möglichkeiten fände, um für die Freiheit der Verfolgten seiner Weltanschauung einzutreten. Solange "bürgerliche" Reichspräsidenten gewählt werden, ist es vollkommen gleichgültig, wie groß ihre Macht-

13 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 21.

befugnisse sind. Ihr Mut, ihre Verantwortungsfreudigkeit und ihr Handeln wird immer "bürgerlich" sein, und das besagt alles! Kommt aber morgen ein roter Reichspräsident, dann ist es nicht gleichgültig, ob ihm schon von vorneherein die Grenzen seiner Macht so erweitert worden sind, daß er damit den ausschlaggebenden Herrn im Staate zu spielen vermag. Denn dieser wird dann seine, ihm von uns selbst zugeteilten Machtbefugnisse gründlichst auszunützen wissen. Ich sehe es nun nicht als die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung an, einem roten Reichspräsidenten der Zukunft die verfassungsmäßigen Möglichkeiten zur Unterdrückung der völkischen Erneuerungsbestrebungen für Deutschland in die Hand zu geben. Daß aber der nächste Reichspräsident noch einmal ein Bürgerlicher sein wird, scheint mir nach den mehr als deprimierenden Erfahrungen der Gegenwart durchaus nicht so sicher zu sein [15].

Der Einwand, daß das beabsichtigte Volksbegehren bzw. der Volksentscheid durch den Ausgang ja am besten diese Bedenken zerstreuen würde, entbehrt in meinen Augen der inneren Berechtigung. Angenommen, das Volksbegehren gelänge, so besagt dies noch nicht, daß die Reichspräsidentenwahl zum gleichen Ergebnis führen müßte. Im Gegenteil: Die Präsidentenwahl ist ein mehr parlamentarisches Ereignis, ein Volksentscheid nur bedingt. Der Sinn der Volksentscheide liegt ja darin, daß das Volk zu einzelnen bestimmten Fragen häufig eine ganz andere Einstellung hat, als dies seinem ansonsten parteimäßig kundgegebenen Willen entspricht. Denn dasselbe Volk, das durch die von ihm gewählten Parteien eine bestimmte Frage ablehnen läßt, heißt sie gut, wenn ihm diese Frage allein zur Beantwortung vorgelegt wird. Es könnte also zum Beispiel sehr wohl das deutsche Volk eine Verfassungsänderung, die der Willensmeinung eines bestimmten Teiles der Nation entspricht, gutheißen, seine Stimme aber in der überwiegenden Mehrheit einem Reichspräsidenten zuwenden, der einem wesentlichen anderen Teil der Nation politisch nahesteht. Ich würde wirklich bitten, sich die Ergebnisse einzelner Plebiszite in verschiedenen Staaten vor Augen zu halten und mit sonstigen Wahlergebnissen in denselben Ländern und in der gleichen Zeit zu vergleichen. Aber selbst wenn die Behauptung oder die Meinung der Verfechter des Volksbegehrens zutreffend wäre, und analog der Annahme des Volksbegehrens ein politisch gleich eingestellter Reichspräsident gewählt würde, so brauchte dies dennoch die Gefahren dieses Vorganges nicht im geringsten zu mindern. Denn, entweder dieser Mann zerbricht nun der Demokratie in all ihren Erscheinungsformen in Deutschland überhaupt das Genick - dann benötigt er nicht die Hilfe verfassungsmäßiger Erleichterungen; oder er tut dies nicht bis in die letzten Konsequenzen - dann kann, wenn schon nicht heute dann eben morgen, ein roter Reichspräsident erneut diese Stelle einnehmen. Es ist aber falsch zu glauben, daß bloß der derzeitige Reichspräsident wenig tatkräftig sei, sondern es ist richtig, dies als dem innersten Wesen unserer bürgerlichen Mentalität an sich entsprechend für immer anzunehmen. Der Durchschnitt des Marxisten wird willensmäßig betrachtet immer ein besserer sein als der eines Bürgerlichen. Man betrachte sich doch die Gesamtsumme und den Gesamtdurchschnitt der marxistischen Minister seit der Revolution in Deutschland und halte diesen immerhin energischen Durchschnittsnaturen die bürgerlichen gegenüber. Wer nicht blind sein will, muß dann den Unterschied sehen! Schon deshalb halte ich, je mehr ich in die Zukunft blicke, das beabsichtigte Volksbegehren für um so verhängnisvoller.

15 Wahrscheinlich Anspielung auf die Stimmengewinne der SPD bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928. Vgl. Dok. 2, Anm. 7.

Als besonders bedrohlich betrachte ich die im Volksbegehren vorgesehene Beschränkung des parlamentarischen Einflusses auf die Regierungsbildung und auf den Regierungsbestand. Der Reichspräsident Ebert hat als Marxist bewiesen, daß er entschlossen war, mit dem Artikel 48 zu regieren [16]. Wie diese Regierung aussah, wissen wir alle. Sie war nicht nur äußerlich sozialdemokratisch, sondern vor allem innerlich marxistisch. Der Reichspräsident Hindenburg hat eine solche Möglichkeit umgekehrt bis heute noch nicht wahrgenommen, und selbst wenn es geschehen würde, wäre das Ergebnis vom nationalen Standpunkt aus betrachtet ja doch nur ein negatives. Ein roter Minister würde niemals ein Monarchieschutzgesetz [17] unterzeichnet haben, aber der "bürgerliche", "monarchische" Präsident setzte seinen Namen unter die Verlängerung des Republikschutzgesetzes [18]. Man gebe einem roten Reichspräsidenten schon in der Verfassung eine unabhängige Machtstellung und man wird sehen, wie diese Macht dann erst auf alle Regierungshandlungen abfärbt! Diese Möglichkeit steht heute vor uns. So schwach nun die parlamentarische bürgerliche Opposition ist, so stark wird die nationalsozialistische werden. Wir haben allen Grund dankbar zu sein, daß uns die heutige Verfassung wenigstens einige, wenn auch bescheidene Möglichkeiten gibt, dem heutigen Regiment als Opposition an den Leib rücken zu können. Wer die unzähligen Rechtsverletzungen, den ewigen Amts-Mißbrauch der derzeitigen Gewalthaber in der Unterdrückung einer ihnen unbequemen Opposition kennt, kann nicht wünschen, daß selbst die letzten Möglichkeiten einer rein parlamentarischen Regierungskontrolle beseitigt werden. Diese Möglichkeiten sind auch das beste Mittel, die Korruptheit der bürgerlichen Parteien selbst, die äußerlich vor den Wählermassen scheinbar Opposition betreiben, während sie sich tatsächlich mit einer politischen Zuhälterrolle abgefunden haben, zu entlarven und sie zu zwingen, von Zeit zu Zeit durch Vertrauensanträge Farbe zu bekennen. Ich habe als Nationalsozialist kein Verständnis für einen Vorgang, der die Handlungsweise des sehr leicht kommenden roten Reichspräsidenten schon jetzt auf verfassungsmäßigem Wege jeder nicht roten Einflußnahme entziehen und gegenüber der nationalsozialistischen Opposition immunisieren soll. Im Gegenteil: Je mehr uns die Tyrannei der heutigen Machthaber in unserer Aufklärungsarbeit mit ungesetzlichen Mitteln verfolgt und uns zu unterdrücken versucht, um so dankbarer müssen wir sein, daß uns wenigstens an einer Stelle eine gewisse Möglichkeit des Widerstandes offen bleibt. Daß die bürgerlichen Parteien daraus nichts zu machen verstanden, beweist nichts gegen die Möglichkeit, daraus etwas machen zu können. Denn das deutsche Bürgertum hat einst die gesamte politische Macht in der Hand gehabt und sie nur dank einer in der Geschichte noch nie dagewesenen wahrhaft zum Himmel schreienden Erbärmlichkeit verloren. Der Marxismus hat einst aber mit der parlamentarischen Waffe den bürgerlichen Staat vernichtet. Der Nationalsozialismus wird die Waffe gegen die Zerstörer selber wenden. Ich bin nicht gewillt mitzuwirken, daß uns diese Waffe so leicht aus der Hand gewunden werden kann.

---

16 Zu den von Reichspräsident Ebert erlassenen Verordnungen aufgrund Artikel 48 der Reichsverfassung vgl. Gesamtverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt 1867 bis 1929. Anhang zum Reichsgesetzblatt, Berlin 1930, S. 35 ff.

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.

18 Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde am 2.6.1927 mit Zustimmung von Reichspräsident Hindenburg um zwei Jahre verlängert. Eine abermalige Verlängerung erreichte 1929 im Reichstag nicht die notwendige Mehrheit. Druck: RGBl. 1927, I, S. 125. Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 282 ff.

Ebenso halte ich auch die Beschränkung der Immunität überhaupt aus taktischen Gründen für falsch. Wir haben keinen Anlaß, den heutigen Staat zu hindern, sich in allen Dingen auch äußerlich so zu zeigen wie er innen ist. Wenn die parlamentarische Immunität sogar Diebe, Mörder, Sittlichkeitsverbrecher, Einbrecher und Zuhälter decken würde, wie sie heute Landesverräter deckt, dann erst recht um so besser! Der Kampf gegen die Demokratie und ihre Erscheinungen wird um so erfolgreicher sein, je korrupter und verfaulter sie sich den Augen der Öffentlichkeit offenbart. Ich verwahre mich dagegen, daß unser Kampf gegen den Parlamentarismus nur ein solcher gegen Äußerlichkeiten sein soll. Gegen was ich kämpfe, das ist der Irrsinn dieser ganzen demokratischen Ideenwelt an sich, mit allem was drum und dran hängt. Es ist der Kampf des Blutes der Persönlichkeit und des Selbsterhaltungstriebes, der Kampf der nationalen Ehre gegen die alles zersetzende marxistische Demokratie, gegen den Internationalismus und die pazifistische Selbstaufgabe. Nur dieser Kampf hat einen höchsten Sinn und damit auch ein höchstes inneres Recht.

Ich muß mich auch gegen jene Auffassungen wenden, daß man das Volksbegehren schon aus taktischen Gründen, die gar nicht so sehr in der Natur der Sache selbst lägen, durchführen müsse. Hierher gehört die schon oben erwähnte Behauptung, daß das politische Leben einer allgemeinen Lethargie verfalle, aus der das Volk wachgerüttelt werden müsse. Daß mithin irgendetwas zu geschehen habe, damit dann etwas geschieht. Und man glaubt, daß dieses Volksbegehren das Geschehnis wäre, durch das andere Dinge dann später vielleicht geschehen könnten. Zunächst protestiere ich gegen die Auffassung, daß das politische Leben heute wirklich von einer allgemeinen Schlafkrankheit ergriffen sei. Die nationalsozialistische Bewegung zum Beispiel ist lebendiger und tätiger denn je und ebenso zukunftsfreudig und hoffnungsvoll. Der Marxismus in seinem radikalen Flügel ist nicht weniger tätig. Nur die bürgerlichen Parteien allein sind es, die heute schlafen. Wenn also durch das Volksbegehren jemand "aufgeweckt" werden soll, dann kann es sich bestimmt nicht um die Nationalsozialistische Partei handeln - denn diese ist ohnehin munter -, aber auch nicht um die Marxisten, sondern höchstens um die Bürgerlichen. Und da bin ich der Meinung, daß man diese schlafen lassen möge. Ich halte es für ganz unselig, diese amorphen Gebilde durch irgendeine künstliche Kampfer-Injektion aus ihrem politischen Schlummer aufrütteln zu wollen. Erstens gelingt es ja doch nicht, und zweitens wäre es für die deutsche Nation nur ein Unglück. Die Parteien, die das Deutsche Reich der Herrlichkeit, der Größe und des Glanzes, das Deutschland der Macht und der Freiheit verkommen ließen, vor einer internationalen Rotte von Deserteuren und Zuhältern feige kapitulierten und als politische Akrobaten sich immer wieder an den jeweiligen Boden der Tatsachen klammerten, gehören aus der Geschichte gelöscht. Als Nationalsozialist kann ich niemals die Hand dazu reichen, diese glücklicherweise absterbenden Gebilde durch irgendeine Aktion zu einem schwächlichen Scheinleben zurückzurufen.

Allein davon ganz abgesehen, ist das in Aussicht genommene Volksbegehren schon seinem Inhalte nach zur Durchführung überhaupt gänzlich ungeeignet, und zwar einfach aus rein psychologischen Gründen.

Zu einem Volksbegehren eignen sich immer nur solche bestimmte Fragen einer Zeit, die durch ihren nackten Inhalt allein schon die Nation zerteilen und zu einer klaren Stellungnahme reizen, ja, sie zwingen. Das heißt also: Ich kann für ein Volksbegehren nur eine solche Frage vorlegen, die die gesamte Nation bereits bis ins tiefste aufgewühlt hat, auch von Millionen

Menschen innerlich schon beantwortet wurde, und zwar mit einem ganz klaren Ja oder einem ebenso klaren Nein. Es müssen dies mithin Fragen sein, die ein Volk buchstäblich auseinanderzuspalten in der Lage sein können, ohne daß das erst durch eine künstliche Mache inszeniert werden müßte. Dabei müssen die Fragen solcher Art sein, daß es etwas anderes als Ja oder Nein überhaupt nicht gibt und auch nicht geben kann. Ich vermag zum Beispiel einem Volke in einem Volksbegehren folgende Fragen vorzulegen: Wünscht ihr das Frauenstimmrecht oder nicht; wünscht ihr die Prohibition oder nicht; wünscht ihr die Monarchie oder nicht; wollt ihr einen Panzerkreuzer bauen oder nicht [19], usw. usw. Man könnte zum Beispiel heute die Nation befragen, ob man den Dawes-Vertrag [20] noch weiter anerkennen will oder nicht; ob man Reparationen leisten will oder nicht; ja selbst ob man die Kriegsschuld Deutschlands [21] anerkennen will oder nicht. Auch die Frage, ob das Vermögen der Fürsten enteignet werden soll oder nicht [22], eignet sich zu einem Volksbegehren. Auf alle Fälle muß es sich immer um Fragen handeln, die eindeutig und klar beantwortet werden können und die durch ihre zeitgeschichtliche Bedeutung Millionen von Menschen so erregen, daß ein innerer Trieb sie geradezu zwingt, zu der vorliegenden Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ich kann aber meiner Ansicht nach niemals eine Frage zum Volksbegehren aufwerfen, die nicht von Anbeginn an des allgemeinen Interesses sicher ist und die gesamte Öffentlichkeit in geringstem Umfange beschäftigt. Ich kann nicht hoffen, nur durch Pressepropaganda, durch Belehrung oder Aufklärung im Verlaufe des Volksbegehrens selbst die öffentliche Meinung erst an der in Frage stehenden Angelegenheit zu interessieren, um sie dann zu einer bestimmten Stellungnahme zu veranlassen. Ein Volksbegehren wird immer nur dann einen Erfolg haben, wenn der größte Teil der öffentlichen Meinung aus sich selbst heraus auf das brennendste wünscht, zu dieser Streitfrage gehört zu werden, um durch das Zeugnis jedes einzelnen die innere Einstellung der gesamten Nation zu erfahren. Es müssen mithin bei einem Volksbegehren von vorneherein zwei ganz klare, wenn auch verschiedene Meinungen vorhanden sein, wobei dann im Verlaufe der Handlung natürlich jeder Teil hoffen wird, das allgemeine Interesse noch zu steigern, beziehungsweise solche der gegnerischen Richtung über den Irrtum ihrer Ansicht zu belehren und zu sich herüberzuziehen.

Diesen Forderungen aber entspricht das vorliegende Volksbegehren in gar keiner Weise. Die Fragen, die die Nation beantworten soll, interessieren die weitaus größte Mehrheit des Volkes nicht im geringsten. Dies gilt besonders für den radikalsten Teil der Nation. Denn dieser wird, wie überall so auch hier, die treibenden Kräfte abgeben. Die radikale Linke lehnt die Sache - (zum Glück vielleicht!) - aus prinzipiellen Gründen ab, während sie den nationalistisch revolutionär Denkenden teils unverständlich, teils ungenügend erscheint. Ja, diesen fehlt nicht

19 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.
20 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
21 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
22 Anspielung auf das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten im März 1926, für das nach amtlichem Endergebnis 12,5 Millionen gültige Stimmen abgegeben wurden. Der im Juni 1926 durchgeführte Volksentscheid erreichte mit 14,4 Millionen gültigen Stimmen nicht die erforderliche Stimmenzahl. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

nur das Verständnis für eine solche Handlung, die nach ihrer Meinung nur geeignet ist, das klare Bild der Lage zu verwirren, sondern sie sehen darin sogar den Anlaß zu einer neuen Kräfte-Zersplitterung, auf alle Fälle aber zu einer Bindung von nationalsozialistischem Aktionsgeist an eine aussichtslose, ja sogar schädliche Sache.

So ist die Erfolgswahrscheinlichkeit dieses Volksbegehrens aus rein psychologischen Gründen bereits, soweit es sich um den radikalen Teil der Nation handelt, als sehr ungünstig zu bewerten. Hiezu kommt aber noch, daß die breite Masse der bürgerlichen Wähler eine instinktive und unüberwindbare Abneigung besitzt, auf irgendeine Liste den vollen Namen mit Beruf und Wohnung zu schreiben [23]. Nicht nur, daß diese bürgerliche Masse an sich politisch viel zu wenig mutvoll ist, um sich auf solch unvorsichtige Weise öffentlich festzulegen, hängt sie auch nicht selten an tausend wirtschaftlichen Strippen, die sich irgendwo in den Händen ihrer politischen Gegner befinden. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die einfache Feststellung roter Zeitungen, "daß man nunmehr endlich die Namen und Träger der nationalistischen Reaktion schwarz auf weiß niedergeschrieben erhalte", genügen wird, um vielen Hunderttausenden von bürgerlichen Wählern ihren politischen Heroismus gründlichst und restlos auszutreiben. Sie werden brav zuhause sitzen, und es wird nur jeder vom anderen hoffen, daß dieser ja ohnehin hingeht und sich einzeichnet, da man es selbst leider natürlich aus diesem und tausend anderen Gründen nun einmal nicht könne. Es genügt doch schon, daß an Wahltagen bloß die Sonne scheint, um den bürgerlichen Listen ein oder zwei Millionen Stimmen zu nehmen - um wieviel mehr aber, wenn ein drohendes wirtschaftliches Hagelwetter in Aussicht steht! Die Tapferen werden hübsch daheim in ihrer politischen Hochburg zwischen den vier Wänden oder in der Stammkneipe bleiben, statt sich den zahllosen Unannehmlichkeiten einer solchen bedenklichen und für die bürgerliche Mentalität schon höchst gebürdenden [*sic!*] "Tat" zu unterziehen. Ich sage daher auch diesem Volksbegehren einen noch viel jämmerlicheren Ausgang als dem der Kommunisten voraus [24]. Und damit scheint mir ebenfalls die Schlußfolgerung, daß dadurch das politische Leben "in Bewegung", oder wie man das schön klingender ausdrückt, "ins Rollen " gebracht werden soll, ein verhängnisvoller Trugschluß zu sein.

Sicher wird man wenigstens in das nationale politische Leben nicht nur keine Bewegung hineinbringen, sondern vielmehr noch eher in gewissen Kreisen eine noch größere Lähmung erzeugen. Aus diesem einzigen Grunde würde ich vielleicht das Volksbegehren noch gutheißen, wenn ich die unbedingte Überzeugung hätte, daß diese Lähmung ausschließlich auf die bürgerlichen Parteien allein beschränkt bleiben würde und nicht am Ende auch Menschen erfassen könnte, die eines Tages doch noch den Weg zur aktiven Kampfgruppe des deutschen Volkes zu finden vermöchten.

So aber ist sehr möglich, daß nicht nur das bißchen beginnende Zuversicht, das sich vielleicht manches Mal sogar im bürgerlichen Lager zu regen beginnt, verschwindet, sondern auch ein Teil der Verbände selbst das niederdrückende Gefühl der Unterlegenheit verspürt, während der Gegner dann sicherlich nichts unterläßt, den traurigen Ausgang dieses Versuches als das charakteristische Merkmal der nationalen Opposition hinzustellen. Die Möglichkeit aber, die

---

23 Der Unterzeichner eines Antrags auf ein Volksbegehren mußte Namen, Vornamen, Beruf und Wohnung angeben. Vgl. Reichsstimmordnung vom 14.3.1924, §§ 63 ff. Druck: RGBl. 1924, I, S. 184 ff.

24 Vgl. Anm. 19, 22.

öffentliche Meinung zu führen und für sich eingenommen zu machen, haben unsere Gegner in wesentlich größerem Umfang als wir. Wenn der Marxismus als bestimmender Faktor in diesem Staat in einer seiner Spielarten ein Volksbegehren verliert, dann hat das wenig zu sagen. Jeder Schritt, der vom Marxismus heute nach vorne unternommen wird, kann dem Volk ebenso eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, wie man ihm drei Schritte nach rückwärts glatt zu unterschlagen vermag. Umgekehrt werden aber zehn Schritte, die die nationale Opposition nach vorne unternimmt, totgeschwiegen, während aber auch nur ein Schritt nach rückwärts mit allen Mitteln auf das ungeheuerlichste aufgebauscht und dem ganzen Volke eindringlichst zur Kenntnis gebracht werden wird. Ich habe aber persönlich die unbedingte Überzeugung, daß das beabsichtigte Volksbegehren nach jeder Richtung einen selten bösen Mißerfolg bringen wird. Der Stahlhelm ist keine politische Partei, sondern ein Frontverband alter Soldaten. Ihm mag vielleicht ein solcher Mißerfolg wenig Schaden zufügen. Die bürgerlichen Parteien sind anderes als Mißerfolge seit jeher nicht gewöhnt und mithin gegen einen einzelnen solchen Schlag doch mehr oder weniger immun. Die nationalsozialistische Partei, die zu führen ich die Ehre habe, würde damit aber zum ersten Male einen Schritt unternehmen, der bei vielen mit Recht Zweifel an der Leitung der Bewegung auslösen müßte. Ich weiß, das hundert- und aberhunderttausende meiner Anhänger durch einen Schlag, der die Bewegung in ihrem Kampfe trifft, nur noch fester an sie gefesselt werden. Ich weiß aber auch, daß sie jeden Verzicht auf den grundsätzlichen Kampf mir niemals verzeihen würden und verzeihen könnten. Eine Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelms hätte aber nur dann Sinn, wenn auch die nationalsozialistische Bewegung auf die Austragung der grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Idee und Idee, zwischen System und System verzichten und statt dessen in positiver Mitarbeit die Schönheitsfehler am heutigen Staat beseitigen wollte. Eine Niederlage, die bei einem solchen Beginnen dann aber der Bewegung zugefügt werden würde, wäre gänzlich unerträglich und müßte die an sich schon irre gewordenen Mitglieder auf das schwerste erschüttern. Bei aller Verehrung der hohen Ziele und der lauteren Absichten der Stahlhelm-Leitung, kann ich mich deshalb in diesem Falle als Führer der nationalsozialistischen Bewegung dem geplanten Schritt nicht anschließen.

Ich vermag aber auch als Führer einer so streng zentralisierten Partei, wie sie die nationalsozialistische Bewegung ist, selbstverständlich die Entscheidung in dieser Angelegenheit nicht dem Ermessen des einzelnen Mitgliedes anheimzustellen, sondern ich bin gezwungen, wenigstens in großen Zügen die Auffassung der Parteileitung in klarer Weise bekanntzugeben. Es ist dabei aber ebenso selbstverständlich meine Absicht, auf die Parteigenossen so einzuwirken, daß dies nicht als ein Kampf gegen den Stahlhelm, den Bund der Frontsoldaten, angesehen werden kann. Auch ändert meine Haltung in der Frage des Volksbegehrens nichts an meiner rein persönlichen Einstellung zur Leitung des Stahlhelms, deren auch in diesem Falle sie bestimmende ehrenwerte nationale Gesinnung außer jedem Zweifel steht[25]. Ich will durch diese Denkschrift nur versuchen, eine Haltung zu motivieren, die für jeden Nationalsozialisten dank seiner politischen Erziehung selbstverständlich, für nicht in unserem Lager stehende nationale Elemente im ersten Augenblick aber vielleicht unbegreiflich erscheint.

25 Der Zweite Bundesführer Duesterberg hatte eine Ehrenkarte für den Weimarer Parteitag der NSDAP 1926 erhalten. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 125.

Ich möchte diese Denkschrift auch nicht abschließen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich vielleicht in anderen Fällen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit bieten wird, die von fruchtbringendem Nutzen für unser gemeinsam geliebtes Volk und Vaterland begleitet sein soll.

Würden sich endlich aber trotzdem meine Auffassungen und Bedenken über die Zweckmäßigkeit und die Erfolgsaussicht des vorgeschlagenen Volksbegehrens und späteren Volksentscheids als unzutreffend erweisen, so mögen diese Darlegungen dann das Eingeständnis einer irrigen Ansicht sein, die durch die Wirklichkeit widerlegt wurde. Ich selbst bin leider vom Gegenteil felsenfest überzeugt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez.: *Adolf Hitler*
Vorsitzender
der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

25. April 1929 Dok. 30
Rede auf NSDAP-Versammlung in Glauchau [1]

Glauchauer Tageblatt und Anzeiger vom 26.4.1929, "Adolf Hitler in Glauchau" [2].

Was der Besucher einer Wahlversammlung [3] hören will, sind persönliche Versprechungen. Irgendwie will er seine eigensten Belange vertreten sehen. So haben sich Parteien gebildet, die sich im wesentlichen nur an *einen* Stand wenden, dem sie Erfüllung seiner Wünsche versprechen können. Da ist es besonders schwer, sich einer politischen Gruppe anzuvertrauen, die sich an *alle* Berufsstände und Schichten wenden will und muß. In einer solchen Gruppe müssen sich notgedrungen alle Einzelinteressen schneiden, nicht selten sogar einander aufheben. Trotz dieses scheinbaren Nachteils hat sich die nationalsozialistische Bewegung nach und nach durchgesetzt. Und trotz der großen Versprechungen der interessenpolitischen Parteien herrscht in ihnen wachsende Unzufriedenheit, weil trotz jahrelanger Zusicherungen die grundsätzlichen Ideale der betreffenden Stände unbefriedigt geblieben sind.

Fast alle Interessenparteien erschöpfen sich in der Behandlung von Tagesfragen. In deren eingehender Behandlung sehen sie das Reale, ohne zu berücksichtigen, daß die rein äußerlich sichtbaren Vorkommnisse nirgends einen Ausgangspunkt zur Schaffung grundsätzlicher Änderungen herstellen können. Nicht der Waffenstillstand von Compiègne [4], nicht die ihm folgen-

1 In der "Exerzierhalle", Beginn ca. 20.30 Uhr. Die von etwa 3.000 Personen besuchte öffentliche Versammlung wurde von Lehrer Arthur Göpfert geleitet.

2 Vgl. auch Zwickauer Tageblatt vom 27.4.1929, "Adolf Hitler in Glauchau" sowie VB vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler spricht".

3 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

4 Waffenstillstandsverhandlungen vom 8. bis 11.11.1918. Zu den Umständen vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 20 ff.

den Diktate von Versailles [5], London [6] und Paris [7] waren grundsätzlich, sondern wesentlich war allein der Ausgangspunkt all dieser Tageserscheinungen, nämlich die nicht durch Krieg, sondern durch Verträge erreichte Wehrlosmachung des deutschen Volkes. Überall tritt der Verfall der Wirtschaft in Erscheinung. Was nützen da Verbesserungen, Erfindungen, Fleiß und Mühe, wenn ihre Tageswirkung aufgehoben wird durch den immer sichtbarer werdenden Niedergang des Ganzen?

Darum: Nicht das Einzelschicksal formt das Gesamtschicksal einer Nation, sondern es ist umgekehrt. Nicht die Tagesfrage gibt den Aufschluß, sondern das Zurückgehen auf die letzten Ursachen ihrer Entwicklung.

Wichtig für diese Form der politischen Kritik ist gleichfalls nicht das Herumtasten an diesem Menschen oder jener Einrichtung, es sei denn, daß sie Verkörperungen des Grundsätzlichen sind, dem die Kritik gilt: dem *System.*

Wesentlich allein ist die Feststellung, ob eine Idee fähig oder unfähig ist, sich durchzusetzen in ihrer Kritik zu dem herrschenden System. Nur dann, wenn eine solche Idee einer eiskalten Logik standhält, ist sie auch fähig, sich auf lange Sicht die Gefolgschaft und den Erfolg gegen alle Widerstände zu erringen.

Ein Rundblick durch Deutschland läßt allüberall die Aufgabe und Bedeutung der politischen Kritik vom Standpunkt einer bestimmten Idee aus klar in die Erscheinung treten. Die Wege der Wirtschaftspolitik sind untragbar. Z. B. braucht der Staat viel Geld für seine sparsame Verwaltung. Man streicht 26 Millionen vom Luftfahrt-Etat [8] und macht - außer anderen zerstörenden Folgeerscheinungen - soviel Arbeitnehmer der einschlägigen Industrien brotlos, daß deren Arbeitslosenunterstützung fast wieder so viel kostet, als "eingespart" wurde. Nicht mehr der Bauer, sondern das Finanzamt schreibt vor, was und woran Geld zu verdienen ist. Ist der theoretisch errechnete Verdienst nicht vorhanden, dann hat der Bauer Schulden zu machen, um die Bedürfnisse des Finanzamts zu befriedigen [9]. Seit 10 Jahren baut die Allgemeinwirtschaft nicht mehr auf, sondern sie "wickelt ab". So wie etwa der Sohn eines durch Fleiß wohlhabend gewordenen Vaters, der gut und besser als der sparsame Vater lebt, weil er in wenig Jahren das Erbe verschwendet. Was aber hinterher, nach Aufzehren des Vorhandenen kommt, ist der Zusammenbruch. Abwicklung - das ist auch dem Wortlaut nach das Kennzeichen eines Niederganges.

Außenpolitisch erlebt man das Beisammenbleiben der weltpolitischen Koalition gegen Deutschland heute noch, 10 Jahre nach Kriegsende. Wo ist der Erfolg unserer Friedenspolitik? Es stellt sich heraus, daß unsere Außenpolitik die anderen zusammengehalten, das eigene Volk aber konsequent den Weg zur inneren Auflösung geführt hat.

Keine der bisher herrschenden Ideen in Deutschland hat vermocht, den Weg nach unten aufzuhalten, weil keine die Kraft hatte, die Gesamtheit zu erfassen. So stehen wir weiterhin

---

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

6 Mit dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag aufgefordert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

7 Vgl. Dok. 21, Anm. 40.

8 Vgl. Dok. 26, Anm. 7.

9 Anspielung auf den Prozeß in Itzehoe. Vgl. Dok. 26, Anm. 11. Zur Besteuerung der Landwirtschaft vgl. Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik, S. 210 ff.

da: Hie rechts - hie links - hie Monarchie, hie Republik - hie evangelisch, hie katholisch - hie reaktionär, hie revolutionär.

Da aber will ein neuer Gedanke diese offenen Abgründe der Trennung überbrücken; der Gedanke der wirtschaftlichen Verbundenheit aller. Aber auch hier liegen keine Hoffnungen. Denn wohl kann ein Staat - wie wir es täglich erleben - die Wirtschaft vernichten, nie aber kann die Wirtschaft einen kranken, fast leblosen Staat mit neuer Kraft versehen. Denn das Wesen der Wirtschaft ist das auf den Einzelmenschen beschränkte Streben nach Selbstentfaltung, ist eigennützig und unfähig, das Gesamtschicksal aufwärts zu führen.

Der Konflikt der Weltanschauungen kennzeichnet sich durch eine völlige Verschiebung der Daseinsgrundsätze. Im Kampf um das Dasein, den nur der Starke gewinnt, ist der ernährende Boden Ausgangspunkt aller Gedanken. Unsere künstlichen Begriffe, wie Weltwirtschaft, Kultureroberung usw., sind unfähig, das Daseinsproblem zu lösen, weil sie die Beziehung von Mensch und Boden außer acht lassen. Wäre das marxistische Lebensprinzip richtig, dann müßte das verheißene Erdenglück abhängig sein von dem Grad ihrer praktisch durchgeführten Organisation. Darin ist Rußland am weitesten vorgeschritten, ihm folgt Deutschland und weit im Hintertreffen bleibt Amerika mit seinem Mangel an marxistischer Lebensorganisation. Wie ist die Wirklichkeit? Das Amerika des reichen Bodens steht in der Befriedigung der menschlichen Daseinsbedingungen an der Spitze, endlos weit hinter ihm folgt Deutschland und Rußland [10], ist trotz seiner Bodenmöglichkeiten das Opfer der Theorien, die ihre Bedeutung hinter einer Flut künstlicher Daseinsanschauungen stellten.

Kampf um ernährenden Boden, Daseinsbedingung der Natur ist allerdings - Imperialismus. Schon das Kind ist in seinem Drang nach Nahrung ein kleiner Imperialist. 900.000 solcher kleiner Imperialisten schreien von neuem alljährlich um Brot in Deutschland [11]. Aber der Boden, auf dem wir leben, behält seinen alten, beschränkten Umfang. Da hilft sich die Weltanschauung des Marxismus, indem sie, die - als Imperialismus verschriene - Bodenvermehrung ablehnend, für die Abschaffung des Kinderzuwachses eintritt [12]. Geburtenvernichtung aber heißt Vernichtung des schöpferischen Geistes, der die Güter schafft, die von den Menschen strebend ersehnt werden. Weniger Kinder, mehr Brot! Das Land zum Brot zu erringen, kostet nicht mehr Blut als das, was durch künstliche Geburtenverringerung vom Leben ferngehalten, unterdrückt wird. Wir wollen das

Recht auf Boden

in dieser Welt! *Das* ist die alleinige Voraussetzung unseres Daseins. Mit dem Ausweg, den Volksüberschuß zur Auswanderung zu bringen, ist nichts erreicht, aber Wertvollstes zerstört. Heute schon nimmt Amerika nur geistig und körperlich Hochwertige bei sich auf [13]. Das Beste geht von uns und zurückbleibt Schwaches, was unserer Gesamtheit zur Last fällt. Wir stemmen uns gegen jede Schwächung unserer Volkskraft. -

10 1928 waren z. B. in den USA auf 23.360.000 ha 245.692.000 Doppelzentner Weizen, in der Sowjetunion auf 27.563.000 ha 234.000.000 Doppelzentner Weizen und im Deutschen Reich auf 1.728.000 ha 38.536.000 Doppelzentner Weizen erzeugt worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 26* f.

11 1928 waren im Deutschen Reich 1.182.477 Kinder geboren worden. Vgl. ebenda, S. 30.

12 Im Görlitzer Programm vom 14.9.1921 forderte die SPD "Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik". Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 456.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

Die Weltwirtschaft soll helfen, die sich ständig verringernden Daseinsmöglichkeiten auszugleichen! Export - das beweist Englands Politik - ist eine Machtfrage. Hat man die billige Konkurrenz Deutschlands dadurch mit dem Weltkrieg beantwortet, um heute willig alle Märkte uns zu öffnen?

Man schreit nach billigem Brot durch Öffnung der Grenzen! Vernichtung der heimischen Nährquellen ist die erste, Landflucht und vermehrtes Nahrungsbedürfnis in den Großstädten ist die zweite, weitere Auslandsverschuldung durch ungedeckten Import die dritte Folge.

So im Ring schließt sich auch die Machtfrage der deutschen Nation. Weil wir keine Waffen haben, müssen wir nach außen pazifistische Resignation üben. Weil wir die für die Außenpolitik brauchen, wird sie im Innern eingeführt. Weil sie im Innern da ist, kann man keine kraftvolle Außenpolitik treiben usf. Wir sind waffenlos, weil unsere heutigen Politiker unfähig sind, sie zu führen. Solange sich ein Volk, das Millionen bei den Waffen sah [14], von Leuten regieren läßt, die nicht das Soldatenhandwerk kennenlernten, zeigt es, daß es todkrank ist. -

Wir stehen auf gänzlich falschem Boden bei allen Gedanken, die sich mit der Erhaltung unserer Existenz beschäftigen. Nicht Klassen formen die zum gemeinsamen Daseinskampf zusammengeschlossene Nation. In diesem Sinne national sein, heißt auch nicht Spaltung in die Begriffe: bürgerlich - proletarisch. National sein im Sinne eines entschlossenen Ringens um das Recht zum Leben heißt *Kampf und Sturm!* Und der Sinn, der solcher Idee entstammt, er muß sich lösen in einem Schrei nach völkischer Freiheit, der hinwegtönt über Rechts und Links, der herauslockt die Flut der Entschlossenen aus Universität und Fabrik, aus Kontor und Bauernhof. *Das* schafft die Macht eines Volkes um seinen Platz an der Sonne [15]! Die Masse, die Zahl, von den Deutschen zur Autorität eingesetzt, hat nur das *eine* bewiesen: die immerdar bleibende Zerstörungskraft der Demokratie und die Zerbrechung des Einheitswillens zum Kampf ums Dasein. Nicht Bürger und Proletarier, nicht Mehrheit und Minderheit, nicht tote Ruhe und Ordnung um jeden Preis werden diesen Einheitswillen formen, sondern das Bekenntnis zu einer Idee, die zum ersten Male nach dem Kriege bewiesen hat, daß sie fähig ist, zu allen Schichten und Ständen zu sprechen, daß sie fähig ist, ungeheure Opfer zu fordern, und daß sie fähig ist, den Gedanken der Verantwortung, das Prinzip einer festen Führung in die Wirklichkeit umzusetzen. Durch endlose Bedrückung ist die Idee des Nationalsozialismus zu dem Ausdruck des stahlharten Willens gelangt, wie er heute allein imstande ist, deutsches Schicksal zu meistern. Hirn und Faust stehen im Kampf Seite an Seite um diesen deutschen Staat und um seine Zukunft. Und nur diese wiederum birgt die Hoffnung des einzelnen in sich, frei zu werden, wie es einem Deutschen geziemt. So lautet heute unsere Parole zum sächsischen Wahlkampf [16]: Zum Siege unserer nationalsozialistischen Idee, denn sie bedeutet das freie Deutschland und den freien deutschen Menschen! [17]

---

14 Die Gesamtstärke des deutschen Heeres (Feldheer und Besatzungsheer) betrug im ersten Kriegsjahr 1914/15 4,7 Millionen Mann und stieg bis zum vierten Kriegsjahr 1917/18 auf 7,9 Millionen. Vgl. Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934, S. 3.

15 Anspielung auf eine Äußerung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Bernhard von Bülow, hinsichtlich der Inbesitznahme von Kiaotschou in der Reichstagssitzung vom 6.12.1897: "Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. Mai 1929 Dok. 31
"An alle Gauleiter und Gaukassenwarte"
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 1.5.1929; BA, Slg. Schumacher 373.

Einzelne Vorkommnisse geben Veranlassung, bezüglich der Beitragsabführung noch einmal folgendes grundsätzlich festzustellen [1]:

Die von den Gauleitungen an die *Reichsleitung* abzuführenden Reichsanteile [2] stellen ausschließliches Eigentum der *Reichsleitung* dar und dürfen unter keinen Umständen zu Gauzwecken verwendet werden. Die *Gaukassenwarte* kommen für diese Gelder lediglich als Treuhänder in Frage und sind deshalb der *Reichsleitung* gegenüber für die rechtzeitige Abführung dieser Beträge verantwortlich.

Die *Gauleiter* haben über diese Gelder *keinerlei Verfügungsrecht.*

Zuwiderhandlungen werden künftighin ein Eingreifen der *Reichsleitung* zur Folge haben. Über alle übrigen beim Gau eingehenden Gelder - soweit es sich nicht um für Sonderzwecke der *Reichsleitung* bestimmte Beträge handelt - haben die Gauleiter das ausschließliche Verfügungsrecht.

Gez.: Adolf *Hitler* [3]

1 Bereits in einem Rundschreiben vom 13.3.1929 hatte Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz unter anderem eine bessere Zahlungsdisziplin der Gaue angemahnt:
"Bei einzelnen Gauleitungen bestehen immer noch falsche Anschauungen über das Wesen der Beitragszahlungen. Der verhältnismäßig geringe Prozentsatz an Beitragsanteilen, welcher an die R.-L. abzuführen ist, reicht bei weitem nicht aus, um den Geschäftsapparat der Hauptgeschäftsstelle aufrechtzuerhalten sowie den Anforderungen der Propaganda und Organisation zu genügen. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, für den richtigen Eingang wenigstens dieser, der R.-L. von *Rechtswegen gehörenden* Gelder unter allen Umständen zu sorgen. Wenn, wie es bisher noch bei einzelnen Gauen der Fall war, solche Beiträge zurückgehalten werden, so ist es für die Dauer eine Unmöglichkeit für die Hauptgeschäftsstelle, den unbedingt notwendigen Haushaltplan aufzustellen. Durch die Nichtabführung dieser Gelder wird die Einhaltung des Etats aufs schwerste gefährdet.
Die Reichsleitung hat bisher den besonderen Verhältnissen einzelner Gaue in weitestem Maße Rechnung getragen, sie kann aber von jetzt ab im Interesse der Selbsterhaltung unter gar keinen Umständen mehr irgendwelche Zugeständnisse machen."
Druck: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Reichsleitung. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 26. Juli 1926 - 31. Dezember 1934, München 1935.

2 Seit 1.10.1928 sollten vom Mitgliedsmindestbeitrag der NSDAP, der 80 Pfennig betrug, 25 Pfennig den Ortsgruppen bleiben, 25 Pfennig an die Gauleitungen und 30 Pfennig an die Reichsleitung weitergeleitet werden. Vgl. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 10.9.1928. Druck: Ebenda.

3 Fußvermerk: "Für die Richtigkeit: Schwarz".

3. Mai 1929 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig [1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.5.1929, "Adolf Hitler spricht" [2].

Nach einer stürmischen Begrüßung mit Heilrufen ergriff Hitler das Wort. Er stellte an den Anfang seiner Ausführungen, daß während des Wahlkampfes [3] alle Parteien die Lösung von Tagesfragen versprächen. Diese Lösung hindere aber nicht, daß die breite Masse unzufrieden sei. Gegen den Staat von heute gebe es mehr Aufbäumung als je vorher, nur mit Brachialgewalt könne die Staatsautorität aufrechterhalten werden [4]. Der *Taktstock der Gegenwart heiße Gummiknüppel* [5]. (Lebhafter Beifall.) Der Staat könne nicht eine Woche leben, wenn er auf die Liebe seiner Angehörigen angewiesen sei. Die Masse sei unzufrieden, weil sie fühle, daß die großen politischen Ziele nicht erreicht seien. Man dürfe nicht um Mandate, man müsse um Seelen ringen, wenn die Freiheit des Volkes wiederkommen solle. (Lebhafter Beifall.) Da weder die Linke noch die Rechte ihre Ideale zum Gemeingut der Masse habe machen können, seien beide ungeeignet zur Lösung der deutschen Zukunftsfragen. Der *Zerfall der beiden großen Weltanschauungsparteien* [6] bedinge auch den Niedergang des deutschen Vaterlandes. Man kenne weiter nichts als die vollständige Kapitulation vor dem Ausland. Der fremde Geist beherrsche uns auch immer mehr im Innern, und *wirtschaftlich* werde Deutschland eines Tages am *Ende seiner Substanz* sein. Wenn ein Reich politisch zerbreche, müsse auch die Wirtschaft zusammenbrechen. Die deutsche Außenpolitik bewege sich in dauernden Widersprüchen. Wenn ein Italiener aus seinem Volk eine Nation habe machen können [7], habe dies erst recht in Deutschland gelingen müssen, schuld sei nicht das Volk, sondern die Führung. (Brausender Beifall.) Das Volk habe ein sehr feines Gefühl, wer zum Führer geeignet sei. Das ganze System müsse geändert werden. Deshalb sei die große Aufgabe, dem Volk den *Führerglauben* wiederzugeben. Nur Macht könne aus dem Niedergang retten. Die Verantwortlichkeit müsse wiederhergestellt werden, deshalb sei die Demokratie ein Unding, an ihrer Stelle müsse die Kraft der Persönlichkeit treten und das Volk sei zum Kampf zu erziehen. So wolle es der Nationalsozialismus; er wolle, daß das deutsche Volk in Ehren bestehen könne. Das sei kein Imperia-

---

1 Im großen Saal des Leipziger Zoo, von 20.00 bis 22.30 Uhr. An der öffentlichen Versammlung nahmen laut VB 4.000 Personen teil. Die Leipziger Neuesten Nachrichten meldeten anschließende Zusammenstöße mit kommunistischen Demonstranten. Die Polizei trennte die Parteien. Der VB berichtete: "Zwischenfälle haben sich bis jetzt nicht ereignet."

2 Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 4.5.1929, "Hitler in Leipzig"; Sächsische Arbeiter Zeitung vom 4.5.1929, "Fleißner bahnt Hitler den Weg"; VB vom 5./6.5.1929, "Hitler in Leipzig"; vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler spricht" sowie Der Nationalsozialist vom 11.5.1929, "Adolf Hitler in Leipzig" (mit falscher Datierung).

3 Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

4 Eventuell Anspielung auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen RFB und Polizei vom 1. bis 3.5.1929 in Berlin. Vgl. Léon Schirmann, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991, S. 320 ff.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

6 Gemeint sind nach Hitlers Vorstellung das marxistisch-sozialdemokratische und das bürgerliche Lager.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

lismus, denn wenn der Feind von außen erst verdrängt sei, werde Deutschland mit seinen geistigen Waffen arbeiten. Der Nationalsozialist kämpfe, weil es notwendig sei.

5. Mai 1929 Dok. 33
Telegramm an Franz Schwede [1]

Druck: Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, S. 145.

Ihnen und unseren Kämpfern in Coburg Glückwünsche und Anerkennung zum großen Erfolg [2].

Adolf Hitler

1 Franz Schwede (1888-1966), Maschinenschlosser, Maschinist-Deckoffizier a. D., 1922 Betriebsinspektor der Städtischen Elektrizitätswerke Coburg, Eintritt in die NSDAP, 1923 Ortsgruppenleiter in Coburg, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1925-1930 Stadtrat in Coburg, August 1930 ehrenamtlicher Bürgermeister, 1930-1933 MdL in Bayern, Oktober 1931-1934 Erster Bürgermeister (ab 1933 Oberbürgermeister), 1932 Vizepräsident des Landtags, 1934-1945 Gauleiter des Gaues Pommern, Oberpräsident der Provinz Pommern, 1945 zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt.

2 Franz Schwede war wegen seiner radikalen politischen und antisemitischen Äußerungen als Betriebsinspektor des Elektrizitätswerks Coburg entlassen worden. Der daraufhin initiierte Volksentscheid zur Auflösung des Stadtrats und Ausschreibung von Neuwahlen brachte am 5.5.1929 eine Zustimmung von 6.914 (62%) gegen 4.266 (38%) Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 67%. Die Neuwahl fand am 23.6.1929 statt; zum Wahlergebnis siehe Dok. 44, Anm. 3. Vgl. N. F. Hayward und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988, S. 110 ff. sowie Münchner Neueste Nachrichten vom 6.5.1929, "Koburg. Auflösung des Stadtrats".

6. Mai 1929 Dok. 34
Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe [1], Josef Osterhuber [2], Thomas Wimmer [3], Adolf Dichtl [4] und Julius Zerfaß [5] Aussage vor dem Amtsgericht München[6]

VB vom 8.5.1929, "Adolf Hitlers Erklärung" [7].

Ich vertrete seit Jahren die außenpolitische Auffassung, daß der Verzicht auf Elsaß-Lothringen, auf die deutschen Gebiete in Polen, in der Tschechoslowakei [8] wesentlich schwerer wiegt, als der Verzicht auf Südtirol. Die Haltung bringt Deutschland um die Möglichkeit, mit dem einzigen Staat in ein Bündnisverhältnis zu treten, dessen Interessen sich mit denen Frankreichs widerstreiten [9], und verhindert dadurch die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Ich persönlich mache Herrn Stresemann nicht den Vorwurf, daß er auf deutsches Gebiet an sich verzichtet hat, denn in der deutschen Geschichte gibt es Beispiele, daß deutsche Staats-

1 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, Major a. D., 1887 Leutnant, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Gregor Straßer). Vgl. auch Bd. I, Dok. 110, 111.

2 Josef Osterhuber (1876-1965), Journalist, 1903-1905 Redakteur der "Augsburger Postzeitung", 1905/06 Chefredakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", 1907-1933 Chefredakteur des "Bayerischen Kuriers".

3 Thomas Wimmer (1887-1964), Schreiner, 1911 Eintritt in die SPD, 1925-1933 Stadtrat in München (SPD), 1948-1960 Oberbürgermeister von München.

4 Adolf Dichtl (1879-1950), Parteisekretär der SPD, 1933 Haft im KZ Dachau.

5 Julius Zerfaß (1886-1956), Gärtner, SPD-Mitglied, 1913 freier Journalist, 1918-1933 Feuilletonredakteur der "Münchener Post", 1933 Haft im KZ Dachau, 1934 Flucht in die Schweiz.

6 Den Vorsitz führte Amtsgerichtsdirektor Albert Frank. Graefe war ohne Rechtsbeistand erschienen, Osterhuber wurde von Rechtsanwalt Josef Warmuth, Wimmer und Dichtl von Rechtsanwalt Max Hirschberg vertreten. Hitler erschien in Begleitung von Rechtsanwalt Hans Frank II.
Anlaß für die Beleidigungsklage Hitlers waren Artikel im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928, "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" sowie vom 8.8.1928, "Streiflichter aus dem Wahlkampf"; im Bayerischen Kurier vom 16.5.1928, "Redendes Schweigen"; ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167) sowie ein Artikel in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols", in denen ihm der Vorwurf gemacht wurde, seine Haltung in der Südtirolfrage sei auf italienische Gelder zurückzuführen. Vgl. auch Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 26 ff.
Die Beklagten Osterhuber und Wimmer hatten Widerklage wegen beleidigender Äußerungen Hitlers in seiner öffentlichen Rede vom 19.5.1928 im Zirkus Krone erhoben. (Vgl. Bd. II/2, Dok. 278).
Hitlers Aussage gingen die Erklärungen der Angeklagten voraus.

7 Vgl. auch Münchener Post vom 6.5.1929, "Hitlers Mussolinipolitik"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.5.1929, "Hitler, Mussolini und Südtirol"; Bayerischer Kurier vom 7.5.1929, "Hitlers Südtirol-Politik"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 7.5.1929, "Neuer Hitler-Prozeß in München"; Frankfurter Zeitung vom 7.5.1929 (2. MA), "Adolf Hitlers Finanzierung ... und seine Preisgabe Südtirols" sowie VB vom 8.5.1929, "Zusammenbruch der Verleumdungsfront im Hitler-Prozeß".

8 Artikel 31 bis 114 des Versailler Friedensvertrags legten die Gebiete fest, die das Deutsche Reich an die Nachbarstaaten abzutreten hatte, bzw. in denen eine Volksabstimmung vorzunehmen war. Druck: RGBl. 1919, S. 761 ff.

9 Vgl. Dok. 28, Anm. 19.

männer und Fürsten gezwungen waren, jahrzehntelang einen Verzicht auszusprechen, um daraus die Möglichkeit zu schöpfen, dem verbliebenen Rest des Reiches die politische Macht zu sichern, mittels der später das fremde Joch wieder gebrochen werden könnte.

Herrn Stresemann werfe ich vor, daß er den Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hat [10], aber *nicht* zu dem Zwecke, um eine gewisse Möglichkeit der Wiederaufrichtung Deutschlands zu bekommen. Wenn nach Locarno die deutsche Reichswehr zu einer stehenden Armee von 300.000 Mann gemacht worden wäre oder zu einem Volksheer, dann würde ich diese Politik für richtig halten, und sagen: *Der Weg, der zu Machtmitteln führt, ist der richtige.* Aber die heutige Außenpolitik führt zu einer vollkommenen Lähmung unseres Volkes, so daß es in 30-40 Jahren nicht mehr die Kraft besitzt, das zu ändern, was ihm 1914-[*19*]18 zugefügt wurde. Praktisch ist in den Friedensverträgen [11], gegen die wir schärfstens protestiert haben, schon auf alles verzichtet worden. Dieser praktische Verzicht ist tatsächlich da, und es war nicht notwendig gewesen, ihn noch einmal formell zu wiederholen. Stresemann hat diesen Verzicht auf den ganzen Westen des Reiches ausgedehnt, und das im Namen eines Staates, der nicht in der Lage ist, seine Volksmassen zu ernähren. Es handelt sich um die wichtigsten Eisenerzgruben [12] und das deutsche Kalimonopol [13]. Stresemann hat praktisch gar nichts dafür bekommen: Weder ist das Verhältnis für Frankreich gestärkt worden [*sic!*], noch ist die Bedrückung leichter geworden, noch ergab sich eine Möglichkeit, die deutsche Macht zu stärken. Ich habe der Außenpolitik Stresemanns zum Vorwurf gemacht, daß es falsch ist, einen solchen formalen Verzicht - was man nicht besitzt, auf das kann man leicht verzichten - dort auszusprechen, wo nach menschlicher Voraussicht dadurch keine Mehrung der Macht die Folge sein kann.

Ich möchte betonen, daß selbstverständlich diese meine ganze Einstellung ausschließlich idealen Gesichtspunkten zuzuschreiben ist. Ich bin entschlossen, alles zu tun, was für diesen Zweck notwendig ist. Ich würde es tun, auch wenn mich meine eigenen Volksgenossen steinigen würden, weil ich weiß, daß in der Geschichte Männer verflucht worden sind, deren Handeln eines Tages dem Volke zu Nutz und Frommen gereichte. Persönlich kümmere ich mich nicht darum, daß mir Verrat vorgeworfen wird. Man hat Bismarck vorgeworfen, daß er Österreich aus dem Norddeutschen Bund [*sic!*] hinausgedrängt hat [14]. Ich weiß, daß diese Angriffe immer kommen werden.

Gegen was ich mich wehren muß, ist die Behauptung, daß diese meine außenpolitische Auffassung das Ergebnis einer finanziellen Beeinflussung seitens Italien sei,

---

10 Im Vertrag von Locarno wurden die Gebietsabtretungen des Versailler Friedensvertrages im Westen bestätigt und auf die Möglichkeit der gewaltsamen Revision der bestehenden Grenzen verzichtet. Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

12 Aus dem lothringischen Bezirk stammten im Jahr 1910 4.114.183 t der geförderten 6.940.397 t Roheisen in Deutschland. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, Berlin 1912, S. 97 ff.

13 Mit 12,4 Millionen t geförderten Rohkalisalzen lag die deutsche Produktion 1928 vor der Frankreichs mit 2,5 Millionen t aus den Lagerstätten im Elsaß, Polens mit 0,34 Millionen t und Spaniens mit 0,24 Millionen t. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 54*.

14 Im Frieden von Prag wurde 1866 der 1815 gegründete Deutsche Bund aufgelöst. Österreich war im neugegründeten Norddeutschen Bund, der sich 1871 durch den Beitritt Badens, Bayerns, Hessen-Darmstadts und Württembergs zum Deutschen Reich erweiterte, nicht mehr vertreten.

und zwar ohne jede Einschränkung. Ich beziehe diesen Vorwurf auf den nackten Hinweis, daß ich *überhaupt* finanziell irgendeine Unterstützung bekommen hätte. Ich verfolge diese Außenpolitik seit 1920 [15], also seitdem ich in der jungen nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle spiele, und habe sie verfolgt, lange bevor der Faschismus am Ruder war [16]. Im Jahre 1920 kannte ich ihn kaum dem Namen nach.

Der Vorwurf, daß ich diese Stellung einnehme aus finanziellen Gründen, ist der gemeinste, ehrverletzendste Vorwurf, den es überhaupt gibt.

Wenn mir jemand sagen würde, ich hätte jemanden erschossen, würde mich das nicht den tausendsten Teil so kränken, als wenn man sagt: Ich beziehe für meine Haltung Geld.

Am schwersten muß mich dieser Vorwurf treffen von einem Mann, der einst an meiner Seite stand und damals keinen Anlaß fand, gegen diese Außenpolitik Stellung zu nehmen, und erst *hinterher* zu der heutigen Auffassung kam. Die anderen Beklagten vertreten Parteien, die weltanschaulich meine Feinde sind. Ich finde es begreiflich, daß die *Sozialdemokratie* zum Schluß bei jeder Wahl mit solchen Mätzchen kommt; das ist alte, sozialdemokratische Wahltaktik. Sie sagt sich: Ob es wahr ist oder nicht - bis morgen wirkt es! Was die *Bayerische Volkspartei* betrifft, so ist sie mein erklärter Gegner, sie haßt meinen Nationalismus. Ich habe die Extremen angeklagt, um hier vor Gericht festzustellen, ob ich katholikenfeindlich bin oder "im Banne Roms" stehe. (Heiterkeit, Rüge des Vors[*itzenden*] [17].) Undenkbar scheint mir der Anwurf von einem Mann, der sich selbst als völkisch bezeichnet. Ich kann mir keine schwerere Ehrverletzung denken, als Herr von Graefe sie mir zugefügt hat.

Er hat einen Spielball hinausgeworfen, der von tausend Zeitungen aufgegriffen wurde und der bestimmt war, mir meine politische Ehre zu nehmen.

Ich kann nicht gegen alle klagen, weil meine Mittel hierzu nicht ausreichen. Ich bin selbst im Wahlkampf gestanden [18] und habe nachträglich erst erfahren, daß das und jenes vorgekommen sei. Ich habe die paar wesentlichsten Beleidiger herausgegriffen und drei Vertreter der ganz extremen Weltanschauungen verklagt: Ich war gezwungen, in der Öffentlichkeit sofort dagegen Stellung zu nehmen. Der "Bayerische Kurier" schrieb: "Warum redet Herr Hitler nicht [19]?" Auf diese Aufforderung hin habe ich erklärt, daß es sich um Verleumdungen handelt.

[...] [20]

Hitler fragt die Zeugin [21]*, ob er daraufhin* [22] *nicht erklärt habe: Solange in Südtirol die derzeitigen Verhältnisse zwischen Italien und Deutschland bestehen, komme eine Reise nach Italien für ihn nicht in Frage.*

---

15 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 168.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

17 Albert Frank (1874-1947), 1902 Amtsrichter, 1924 Amtsgerichtsdirektor, Januar 1933 Präsident des Landgerichts München II, 1939 Ruhestand.

18 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

19 Vgl. Anm. 6.

20 Rechtsanwalt Frank II befragt von Graefe über seine Informanten. Es folgt die Einvernahme der Zeugin Elsa Bruckmann.

21 Elsa Bruckmann, geb. Cantacuzène (1865-1946), Ehefrau des Verlegers Hugo Bruckmann.

22 Elsa Bruckmann hatte von einer Einladung an Hitler zu einer Italienreise berichtet.

[...] [23]

Hitler fragt hierauf den Zeugen nach der Dauer seiner außenpolitischen Einstellung [*sic!*], weil behauptet wird, daß diese in Verbindung mit dem Faschismus in Italien stehe. Wie lange kennen Sie meine außenpolitische Auffassung?

[...] [24]

Hitler: Ist dem Zeugen bekannt, daß ich schon immer die Auffassung vertreten habe, wie falsch es sei, Österreich als Bundesgenossen zu wählen, falsch, daß man 1915/[*19*]16 nicht alles getan hat, um Italien zu gewinnen, und daß ich die Auffassung vertreten habe, daß man versuchen muß, mit Italien zu einer Verständigung zu kommen, nachdem die französisch-italienischen Gegensätze zwangsläufig wieder ausbrechen müssen?

[...] [25]

Hitler: Ist Ihnen besonders bekannt, daß ich diese Auffassung schon vor 1922/[*19*]23, *vor dem Sieg des Faschismus* [26] vertreten habe und auch hinterher meine Meinung immer die gleiche geblieben ist, *ob Faschismus oder nicht?*

[...] [27]

Die Versuche Hirschbergs [28], aus der politischen Auffassung Hitlers während des Krieges schon so eine Art "Preisgabe" Südtirols zu konstruieren, pariert Hitler mit der Erlärung: Bei den Verhandlungen Bülows [29] wegen österreichischer Gebietsabtretungen war mit keinem Wort von Südtirol die Rede, sondern *nur von den italienischen Gebieten Österreichs* [30]. *Es ist charakteristisch, daß der von Bismarck empfohlene Staatskanzler* [*sic!*] *Bülow dieselbe Auffassung gehabt hat: Lieber einen Gegner beizeiten vom Leibe zu bekommen unter Verzicht auf an sich rein italienische Gebiete, als uferlos in einen Zehnfrontenkrieg hineinzutaumeln.*

[...] [31]

Hitler zum Zeugen [32]: Sie waren 2. Vorsitzender bis 9. November 1923. Später, als ich nicht mehr da war, existierte auch die Partei nicht mehr. *Glauben Sie, oder halten Sie es für möglich, daß ich italienisches Geld genommen habe?*

---

23 Die Zeugin bestätigt Hitlers Angaben. Es folgt die Befragung der Zeugin Gertrud von Seydlitz sowie des Zeugen Max Amann.

24 "Zeuge: Seit dem Felde im Jahre 1916. *Schon im Felde hat Hitler uns Kriegskameraden wiederholt erklärt, daß er unsere Außenpolitik für falsch halte, weil sie nicht verhindern konnte, daß Italien von vorneherein aus dem Kriege ausschied.* Bei der Gründung der Partei hat Hitler wiederholt erklärt, daß es notwendig sei, daß Deutschland sich nach Verbündeten umsehe, wobei in erster Linie Italien in Betracht käme."

25 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben.

26 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" vom 27. bis 28.10.1922.

27 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben.

28 Max Hirschberg (1883-1964), Rechtsanwalt, Mitglied der SPD.

29 Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929), 1874 Eintritt in den deutschen diplomatischen Dienst, 1884 Botschaftsrat in St. Petersburg, 1888 Gesandter in Bukarest, 1894 Botschafter in Rom, 1897 Staatssekretär des Auswärtigen, 1900 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, 1909 Rücktritt, 1914 Sonderbotschafter in Rom.

30 Anspielung auf die erfolglose Mission Bülows 1914, Italiens Kriegseintritt auf seiten der Ententemächte zu verhindern. Vgl. David Stevenson, The First World War and International Politics, New York 1988, S. 54 ff.

31 Es folgt die Fortsetzung der Befragung sowie die Befragung des Zeugen Hans Jacob.

32 Hans Jacob (1884-1949), Straßenbahnbeamter, Januar 1923 bis November 1923 2. Vorsitzender der NSDAP, Mai 1924 bis Dezember 1924 MdR (NSFP).

[...] [33]

Hitler: Es ist bekannt, daß laut Statut der NSDAP die ausschließliche Verantwortung jeweils der Vorsitzende trägt. Es wurde ein sogenannter Kontrollausschuß eingesetzt, der 4 Wochen tagtäglich kontrollierte [34]. *Ist Ihnen irgendwie bekannt, daß dieser Kontrollausschuß von italienischem Gelde Erwähnung getan hat?*

[...] [35]

Hitler, sehr erregt: *Das ist nicht wahr.* Schon im großen Prozeß [36] ist festgestellt worden, *daß das eine Lüge der "Münchener Post" ist.*

[...] [37]

Hitler zum Zeugen: Es ist Ihnen bekannt, daß wir 1923 von ausländischen Journalisten und Reportern, Amerikanern, Engländern besucht worden sind.

[...] [38]

Hitler: Wie lange kennen Sie mich?

[...] [39]

Hitler: Kennen Sie seitdem meine außenpolitische Einstellung? Hat sich daran etwas geändert oder ist sie immer die gleiche geblieben: daß Deutschland sich mit Italien verständigen muß?

[...] [40]

Hitler: Können Sie sich erinnern, daß meine außenpolitische Einstellung 1923 aufs schwerste gefährdet wurde in dem Augenblicke, als die Bewegung zu einer gewissen Bedeutung kam?

[...] [41]

Hitler: Wurden nicht damals schon die Angriffe motiviert mit dem Geschrei, daß Südtirol von uns verraten wurde?

[...] [42]

Hitler: Glauben Sie, daß es einen Mann geben konnte, der nicht meine Einstellung kannte? Auch Graefe kannte damals diese Politik.

---

33 Der Zeuge verneint die Frage. Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen zu Spenden an die NSDAP.

34 Vgl. "Satzungen des nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Vereines" vom 29.7.1921. Druck: Tyrell, Führer, S. 31 ff.

35 Der Zeuge verneint die Frage. Rechtsanwalt Hirschberg wirft daraufhin ein: "Wir wissen, daß die Führer des deutschen Kampfbundes mit Schweizer Geld bezahlt worden sind."

36 Gemeint ist der Hochverratsprozeß gegen Hitler. Vgl. Dok. 28, Anm. 3.

37 Es folgt die Befragung des Zeugen Hermann Esser.

38 "*Zeuge*: Ja, im Jahre 1923 waren Vertreter der ganzen Welt da. Franzosen aber wurden grundsätzlich nicht empfangen. *Auch Leute, die im Verdacht standen, mit der französischen Presse Beziehungen zu haben, wurden niemals vorgelassen.*"

39 "Zeuge: Ich bin im Dezember 1919 oder Januar 1920 offizielles Mitglied der Partei geworden. Seit dieser Zeit habe ich gemeinsam mit Hitler gearbeitet."

40 "*Zeuge: Schon in den ersten Vorträgen über die außenpolitischen Probleme wurde die Annäherung Deutschlands an England und Italien erörtert.* Der Faschismus kam erst 1923 [*sic!*] zum Zuge, die Reden wurden schon 1920 öffentlich gehalten. Hitler hat schon vor dem Faschismus keine andere Stellung eingenommen."

41 "*Zeuge:* Ich erinnere mich lebhaft, daß eines der Hauptargumente der Gegner unsere außenpolitische Einstellung gewesen ist. Wir sind deshalb damals so schwer angegriffen worden, und diese Angriffe haben sich verstärkt, als unsere Bewegung stärker wurde."

42 Der Zeuge bejaht Hitlers Frage.

[...] [43]

Auf eine kurze Bemerkung Graefes erinnert Hitler daran, daß er bereits 1923 in der Presse wegen seiner außenpolitischen Einstellung hinsichtlich Südtirols angegriffen wurde. Es wurden schon 1922 Reden von ihm angezogen [*sic!*], auf die der "Völkische Beobachter" sehr scharf antwortete [44]. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß die einzige Hilfe für Südtirol in einem günstigen Verhältnis zwischen Italien und Deutschland gelegen sein kann.

Je näher Italien zu Frankreich getrieben wird, desto schlechter ist die Lage für Südtirol.

[...] [45]

Hitler bemerkt auf die Frage des Vorsitzenden: "Diese Rede haben Sie gehalten?", daß sie auf höchstens ein Viertel des Inhalts zusammengestrichen ist. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß ich auch in Zukunft jeden Bluteinsatz zur Wiedereroberung von Südtirol ablehnen würde. In Südtirol leben außer etwa 230.000 Deutschen noch 400.000 Italiener [46]. Ich würde es als ein Verbrechen ansehen, wenn die deutsche Nation in einem Koalitionskrieg neuerdings Hunderttausende und Hunderttausende tatkräftiger Männer auf dem Schlachtfelde verbluten ließe für ein Gebiet, das 400.000 Italiener und im günstigsten Falle 230.000 Deutsche zählt.

Das Schicksal Südtirols kann besser gestaltet werden in dem Moment, in dem eine Einigung zwischen Italien und Deutschland erfolgt. Der Verzicht auf Südtirol wurde von der Regierung von Deutschösterreich im Friedensvertrag von St. Germains [*sic!*] *ausgesprochen und unterschrieben von Sozialdemokraten* [47].

[...] [48]

Niemand kann gezwungen werden, etwas zu unterschreiben, wenn er nicht will. Reichsaußenminister Stresemann hat formal im Vertrag von Locarno auf ganz Elsaß-Lothringen Verzicht geleistet, ohne gezwungen zu sein. Während man bei Frankreich immer Bindungsmöglichkeiten sucht, wird bei Italien grundsätzlich alles gegen dieses hervorgekehrt, zum Schaden der Zukunft Deutschlands.

[...] [49]

43 "*Zeuge: Herr v. Graefe hat mir selber 1924 über die notwendige Zusammenlegung der beiden völkischen Gruppen in Deutschland wiederholt erklärt, daß er absolut auf dem Boden der von Hitler vertretenen Grundsätze stehe.* Daraus ist wohl zu schließen, daß er mit Hitler damals einverstanden war."

44 Bis zum Frühjahr 1922 hatte Hitler in seinen Reden die Rückgabe Südtirols gefordert. Äußerungen, auf Südtirol verzichten zu wollen, lassen sich erst seit Herbst 1922 nachweisen. Vgl. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 66.

45 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben. Rechtsanwalt Hirschberg erwähnt die im VB vom 1.4.1927 abgedruckte Rede. (Am 30.3.1927 im Zirkus Krone. Vgl. Bd. II/1, Dok. 94.)

46 Bei der Volkszählung vom 1.12.1921 gaben in Südtirol 193.271 Menschen Deutsch und 27.048 Menschen Italienisch als Gebrauchssprache an. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Bd. 1, Innsbruck 1990, S. 155. Zur Problematik dieser Ergebnisse vgl. ebenda, S. 154 ff.

47 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, der die Neuordnung der Grenzen regelte, jedoch explizit keine Gebietsabtretungen vorsah, war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106, S. 100 f.

48 "Dr. Hirschberg: Erzwungen worden!"

49 Es folgt eine halbstündige Mittagspause und anschließend die Befragung des Zeugen Alfred Rosenberg.

Hitler möchte fragen, ob Rosenberg [50] etwa glaubt, daß diese seine außenpolitische Einstellung irgendwie mit dem Faschismus zusammenhängt?

[...] [51]

Hitler: Glauben Sie nicht, Herr Rosenberg, daß der Kampf gegen unsere Einstellung mit unserer Außenpolitik zur Bedeutung der Südtiroler Frage gerade deshalb geführt wird, weil man weiß, daß in Italien heute ein Regiment am Ruder ist, das nicht von Freimaurern und Sozialdemokraten bestimmt wird? Wenn dieses Regiment und diese Entnationalisierung lediglich von Freimaurern und Sozialdemokraten betrieben würde, glauben Sie, daß dann überhaupt ein Wort des Angriffes gegen uns käme?

[...] [52]

Hitler: Ist Ihnen bekannt, daß ich es abgelehnt habe, zum Unterschied von den Herren der Deutschvölkischen Freiheitspartei, nach Italien zu reisen, obwohl ich von vielen Deutschen aus Südtirol eingeladen wurde, hinzufahren,

daß ich es abgelehnt habe, mit der Bemerkung, daß es mir schmerzlich sei, daß die Deutschen schlecht behandelt würden, und daß ich solange nicht hineinfahren könnte?

[...] [53]

Es wird auf die Frage Hitlers festgestellt, daß eine große Zahl von Journalisten aus allen [*sic!*] Herren Ländern zu Informationszwecken in die Parteileitung gekommen seien, von denen aber nur die dem deutschen Nationalismus freundlich gesinnten, besonders also auch Italiener, empfangen wurden.

[...] [54]

---

50 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der GVG, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbundes für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

51 "*Zeuge*: Herr Hitler hat in vielen seiner Reden erklärt, daß seine Haltung nicht durch das jeweilige Regiment in Italien bedingt sei, *daß er aber das Auftreten des Faschismus deshalb begrüße, weil dadurch die Nationalisierung gefördert wird, und dadurch die Organisation gegeben ist, durch welche der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien eher gestärkt als geschwächt wird.*" Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen durch Anwalt Hirschberg.

52 "*Zeuge*: Ich sehe alle politischen Zeitungen aller Parteien durch und kann nur feststellen, *daß in dem Augenblicke, da in Rom zwischen dem Vatikan und dem Quirinal der Friede verkündet wurde, eine ganze Anzahl von Zentrumsblättern sofort in ganz anderer Tonart über das faschistische System geschrieben haben als vorher. Das ist ein vollgültiger Beweis dafür, daß der angebliche Kampf gegen die von Hitler vertretene Politik nicht von deutschem Interesse diktiert wird, sondern von ganz anderen Interessen.*" Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen sowie die Befragung des Zeugen Franz Xaver Schwarz und anschließend des Zeugen Rudolf Heß.

53 Der Zeuge bestätigt Hitlers Angaben. Es folgt die Fortsetzung der Befragung.

54 Es folgt die Befragung des Zeugen Joseph Stolzing-Cerny sowie die Anerkennung von Vernehmungsprotokollen anderer Gerichte und Schluß des ersten Verhandlungstages. Die Verhandlung wurde am 7.5.1929 fortgesetzt, vgl. Dok. 35.

7. Mai 1929 Dok. 35

Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß
Aussage vor dem Amtsgericht München [1]

VB vom 11.5.1929, "'Hauptsache ist, daß die Verleumdung ihre Wirkung tut'" und vom 9./10.5.1929, "Hitlers Schlußwort" [2].

Hitler: Es ist ganz unmöglich, daß ich die Zeitungen in ganz Deutschland, die solche Lügen über mich verbreiten, verklagen kann. *Heute bereits wieder bringt ein Teil der deutschen Presse den Bericht über die gestrige Verhandlung mit der Überschrift: "Hitlers italienische Gelder"* [3]. Darauf spekuliert diese Presse, daß es einem Mann unmöglich ist, schon aus finanziellen Gründen, 800-1.000 dieser Organe zu verklagen. Es ist geradezu eine internationale Verschwörung, der man gegenübersteht.

[...] [4]

Hitler: Die meisten dieser Artikel sind sehr geschickt abgefaßt, so daß man keine Möglichkeit hat zu klagen. So war es auch beim Plakat der Deutschen Volkspartei [5]. Die Form der Frage, die offengelassen wird, verhindert das.

[...] [6]

Hitler: Es wäre zweckmäßig zu wissen, wie der Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Partei aussieht.

[...] [7]

Die Basis des ganzen Prozesses ist durch die Beklagten selbst erweitert worden. Denn ursprünglich sollte nur über die Frage der "italienischen Gelder" entschieden werden. Nun hat die beklagte Seite sich bemüßigt gefühlt, meine Außenpolitik in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen und festzustellen, daß sie ein "Verrat" sei. Damit bin ich gezwungen, darauf einzugehen.

---

1 Fortsetzung des Prozesses vom 6.5.1929, vgl. Dok. 34. Befragung von Erich Ludendorff und weiterer Zeugen.

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 8.5.1929 (1. MA), "Der Beleidigungsprozeß Hitler"; Münchner Neueste Nachrichten vom 8.5.1929, "Hitler, Mussolini und Südtirol" sowie Vossische Zeitung vom 8.5.1929 (PA), "Ludendorff kann sich nicht erinnern".

3 Vermutlich ist die Überschrift "Bekommt Adolf Hitler italienisches Geld?" der Vossischen Zeitung vom 7.5.1929 (PA) gemeint.

4 Der Vorsitzende verliest einen Artikel aus dem Berliner Tageblatt vom 3.1.1929.

5 Die Verteidigung hatte darauf hingewiesen, daß auch von der DVP ein Wahlplakat mit ähnlichen Vorwürfen veröffentlicht worden war, Hitler habe jedoch nicht dagegen geklagt.

6 Es folgt die Fortsetzung der Befragung des Zeugen. Anschließend wird der Zeuge Ulrich Graf, danach der Zeuge Rudolf Buttmann befragt. Der Zeuge Philipp Bouhler wird vom Beklagten Wimmer nach einem Rechenschaftsbericht befragt.

7 Der Beklagte Wimmer legt dem Gericht einen solchen Bericht vor. Anwalt Hirschberg verliest Artikel des VB aus dem Jahr 1923. Im VB-Bericht vom 11.5.1929 folgen die Worte: "Adolf *Hitler* macht bei der Gelegenheit längere Ausführungen ..." Diese weiteren Ausführungen Hitlers sind dem VB-Bericht vom 9./10.5.1929 entnommen.

Ich stamme aus einem Gebiet, das den Sprachenkampf besser kennt als irgendwelche andere Gebiete. *Ich verlebte meine Jugend im Grenzkampf um deutsche Sprache, Kultur und Gesinnung, von dem die große Masse des deutschen Volkes in der Friedenszeit keine Ahnung hatte.* Schon als ich 13 Jahre alt war, trat dieser Kampf ununterbrochen an uns heran, in jeder Mittelschulklasse wurde er ausgefochten. In den Grenzgebieten im Süden, aber auch gegen Osten hin ging es um das Deutschtum.

Es ist selbstverständlich, daß man in diesem Kampf allmählich zu einer bestimmten Stellungnahme kommen mußte. Entweder wurde man Nationalist, man nahm überhaupt nicht teil, oder man ließ alles über sich ergehen und wurde Opportunist, d. h., man richtete sein Leben nach bürgerlichen Bequemlichkeiten ein. *Ich persönlich gehöre zu den Menschen, die den Kampf als Aktivisten aufgenommen haben bis zur letzten Konsequenz. In der Erkenntnis der Unmöglichkeit, im Rahmen der österreichischen Monarchie das Deutschtum zu retten, ging ich nach Deutschland und trat hier in das Heer ein* [8].

Aus der Zeit des Nationalitätenkampfes in Österreich stammt meine Bekanntschaft mit der Sozialdemokratie, die mich heute des Verrates am Deutschtum anklagt.

Welches waren meine Erfahrungen in diesem Kampfe?

Das Deutschtum in Österreich hatte nur einen einzigen Gegner, der wirklich tödlich wurde: die Sozialdemokratische Partei. Nicht die Tschechen, Italiener und Südslawen waren *der* Gegner - nein, ausschließlich die sogenannten deutschen Sozialdemokraten. *Die Sozialdemokratie hat überall gegen die Belange des Deutschtums Stellung genommen, sie war stets der Verbündete der Tschechen und Südslawen, mit ihrer Hilfe hat in Wien ein Tschechisierungsprozeß eingesetzt, der in jedem Fall zu verhängnisvollen Folgen geführt hätte* [9].

Die fanatischsten Feinde des Deutschtums im alten Österreich waren die tschechischen Sokolvereine [10], die Turnvereine, die zum Unterschied zu unseren deutschen Turnvereinen nicht nur im Turnen den Zweck ihres Daseins sahen, sondern bei denen die physische Betätigung zum fanatischen politischen Kampf ausgenützt wurde. *Diese Sokolvereine, die in erster Linie zur Durchbrechung des deutschen Charakters der Städte eingesetzt waren, sind immer Gäste gewesen bei den sozialdemokratischen Arbeiterkundgebungen.*

Bei dem nächsten Turnfest in Nürnberg sollen 20.000 tschechische Sokolturner im Namen der roten Internationale antreten [11].

---

8 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

9 Anspielung auf das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie von 1899, in dem eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten gefordert, aber auch die "Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der Reichsidee" proklamiert wurde. Vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976, S. 65 ff.

10 Sokol, slawisch: Falke. Name der 1862 gegründeten, nationalistischen tschechischen Turnvereinigung.

11 Gemeint ist das Bundesfest des Arbeiter Turn- und Sportbunds, das vom 18. bis 21.7.1929 in Nürnberg stattfand.
Der ATSB war Mitglied der sozialdemokratisch orientierten Sozialistischen Arbeitersportinternationale, die sich von der kommunistischen Roten Sportinternationale abgrenzte. Vgl. Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990, S. 47, 87.

Diese Tendenzen sind bei der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich. *Sie kennt mit ihrem Crispien* [12] *kein Vaterland, das Deutschland heißt* [13]. Dieser Grundsatz wurde auch praktisch überall vertreten, indem man dem kleinen Mann lehrte:

Wo es dir gut geht, ist dein Vaterland [14].

Sonst wäre es nie möglich gewesen, daß 1918/[19]19 in Deutschland Millionen von Volksgenossen den äußeren Feinden bei ihrer Unterdrückung Deutschlands recht gegeben hätten. Die Sozialdemokratie war der

Inbegriff eines dauernden Landes- und Volksverrats.

Für uns war eine Trennung von Sozialdemokratie und Volksverrat an sich nicht denkbar. Als ich ein Junge war, habe ich die schwarz-rot-goldene kleine Kokarde getragen und bin dafür wie Ungezählte meiner Jugendgenossen von Marxisten schwer verprügelt worden. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde von ihnen zerrissen und in den Kot getreten. Das habe ich als Junge erlebt in einer Zeit, als diese Fahne das Symbol eines größeren Deutschlands war [15].

Durch die Schuld der Sozialdemokratie ist der österreichische Staat unlebensfähig geworden. Durch die Sozialdemokratie wurde in Österreich die allgemeine Wahlpflicht eingeführt und dadurch die deutsche Majorität im Reichstag gebrochen [16]. Immer hat sie mit den deutschen Feinden gearbeitet, immer ist sie auf polnischer Seite gestanden, so daß man von ihrer dauernden Verratstätigkeit sagen konnte: *Österreich ist an sich verloren, denn diese Tätigkeit mußte eines Tages den 9,6 Millionen Deutschen ihre Nationalität kosten.*

Man konnte in der Tschechoslowakei sehen, wie ein Ort nach dem anderen durch die Mithilfe der Sozialdemokratie langsam dem Tschechentum ausgeliefert wurde. Dank der gegebenen Majoritätsverhältnisse, wonach unter 27 Millionen Einwohnern 9,6 Millionen Deutsche waren, würden diese, wenn sie zusammengehalten hätten, gegen die slawische Majorität an sich erfolgreich gewesen sein [17].

---

12 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der "Königsberger Volkszeitung", 1906-1912 Redakteur der "Volkswacht" Danzig, 1912-1914 Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht" Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift "Der Sozialdemokrat", 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

13 Vgl. Dok. 7, Anm. 60.

14 Nach Cicero: "Patria est, ubicumque est bene."

15 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 10.

16 Muß heißen: Wahlrecht. Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns geschaffen. Zugleich wurden die deutsche und italienische Nationalität begünstigt, so daß die Deutschen bei einem Bevölkerungsanteil von 35,8 % in Cisleithanien (nach der Volkszählung von 1900) 45,15 % der Mandate bei der folgenden Wahl zum Abgeordnetenhaus erhielten. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. v. Adam Wandruschka und Peter Urbanitsch, Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339, S. 290 f.

17 1910 lebten im westlichen Teil Österreich-Ungarns (Cisleithanien) 27.963.872 Menschen, davon 9.950.266 Deutschsprachige. Vgl. Peter Urbanitsch, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III, 1. Teilband, Wien 1980, S. 33-154, S. 38 f.

Die Erkenntnis, daß der österreichische Staat nicht zu retten war, außer im Verzicht auf das Deutschtum, beruhte auf zwei Faktoren: auf dem Hause Habsburg, das planmäßig tschechisierte, und auf der Sozialdemokratie. Diese Erkenntnis bewog mich, Österreich den Rücken zu kehren [18]. *Ich trat in die deutsche Armee ein und kämpfte an der Westfront mit* [19]. *Selbstverständlich stand ich bis zum Tag des Weltkrieges genauso wie jeder andere auf dem Standpunkt, daß jeder Quadratfuß nationalen Bodens verteidigt werden muß, wenn möglich mit dem letzten Bluteinsatz.*

In bezug auf *Italien* war ich einer anderen Auffassung: Österreich mußte Deutschland zwangsläufig in den Krieg hineinführen durch seine unglücklichen Nationalitäten-Verhältnisse. Österreich wollte beerbt werden von den Russen, Rumänen, Serben und endlich von Italien, war also *ein Staat, der an seinen Grenzen lauter Gegner hatte. Die zentralwirkenden Kräfte der Monarchie mußten verblassen gegenüber dem Nationalitätenprinzip der einzelnen Völker.*

Es war ein Wahnsinn, sich mit einem Staat zu verbünden, der Deutschland mit einem halben Dutzend von Gegnern in Kampf verstricken mußte und selbst unfähig zum Kampf war. Das war zu verdanken der Sozialdemokratie, die technisch den Heeresapparat zerstörte [20]. Es war weiter die Schuld der allgemeinen deutschen Nachlässigkeit, die sich nicht dafür interessierte, wie im alten Österreich eigentlich die Nationalitätenfrage gehandhabt wurde.

Unter den Vorwürfen, die man gegen Italien erhebt, wird auch erwähnt, daß es 1914 Verrat geübt habe [21]. Ich brauche mir hier nicht die italienische Auslegung zu eigen zu machen, die besagt, daß Österreich den Vertrag nicht gehalten habe. Bismarck hat jedoch einst in der Kenntnis der Schwäche Österreichs und der Gefahr, von Österreich in einen Weltkrieg hineingerissen zu werden, einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland abgeschlossen [22]. *Wenn Deutschland in die Lage kommen mußte, gegen zwei Fronten zu kämpfen, dann wäre der Dreibund* [23] *hinfällig gewesen und Deutschland würde nicht gegen Rußland marschieren.* Das war vertraglich das, was die Italiener tatsächlich getan haben. Bismarck wurde gestürzt, weil er den Bundesgenossen "treulos in den Rücken fiel", insoferne, als er sich im Rückversicherungsvertrag die Möglichkeit freihielt, gegen Rußland neutral bleiben zu können [24]. Das ist eine nüchterne, realpolitische Auffassung des größten Staatsmannes, der zu seiner Verteidigung im dritten Band der Erinnerungen sagt: *Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Staatsmann von*

---

18 Hitler verließ Österreich-Ungarn nicht aus politischen Gründen, sondern mit größter Wahrscheinlichkeit, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Wegen Stellungsflucht wurde nach ihm gefahndet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 25 ff.

19 Vgl. Anm. 8.

20 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der deutschen Landstreitkräfte nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

22 Hinweis auf das 1887 für drei Jahre abgeschlossene geheime Neutralitätsabkommen zwischen Rußland und Deutschland.

23 Vgl. Anm. 21.

24 Bismarck begründete sein Rücktrittsgesuch vom 18.3.1890 auch damit, daß die von Wilhelm II. geforderte Änderung der Außenpolitik das gute deutsch-russische Verhältnis gefährde. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980, S. 705 f.

Verantwortlichkeitsgefühl eine Nation an Verträgen zugrunde gehen lassen kann. Nicht für Verträge bin ich da, sondern um mein Volk zu führen [25].

Ich war tief erschüttert, als ich in Deutschland mit politisierenden Menschen zusammenstieß, die von dem österreichischen Wesen eine ganz falsche Vorstellung hatten. In Wien hat man den Dreibund nie ernst genommen. *Durch die Tat ist bewiesen worden, daß Österreich nicht der Staat war, für den man ihn hielt, und daß besonders die Kräfte, die der Staat einzusetzen hatte, weit überschätzt worden sind. Die Zahl der Gegner, die Deutschland durch Österreich erwuchsen, stand in keinem Verhältnis zu dem Kraftzuwachs, den es durch Österreich empfing.*

Hitler kommt wiederholt auf die Tatsache zu sprechen, daß Fürst Bülow zu Beginn des Krieges sich bemühte, eine Verständigung mit Italien herbeizuführen, denn es gab außer Südtirol noch andere Gebiete, nämlich Görz, Triest, Trient, Dalmatien. Gewiß hätten völkische Phantasten flammenden Protest erhoben, wenn Bülow durchgedrungen wäre [26]. Aber wäre dadurch Italien von der Entente weggeblieben, wäre der Erfolg ein ungeheurer gewesen.

Es kann kein Verrat sein, wenn man ein Volk aus einer tödlichen Umklammerung erlöst, deren Dauer seinen Untergang bedeutet. Jahrzehnte können nicht gutmachen, was ein solches Versäumnis mit sich bringt. *Denn die Frage war, Sklavenketten oder eine Freiheit, die man der Vernunft verdankt hätte. Österreich hat dauernd Verrat geübt.* Österreichische Divisionen sind geschlossen übergetreten. *Dann hat das Haus Habsburg dem Verrat die Krone aufgesetzt und Deutschland den Rücken gekehrt, nachdem es Deutschland in das Elend hineingerissen hatte* [27].

Es kam der Zerfall der Front, der von der Sozialdemokratie besorgt wurde [28]. Für mich war er das Furchtbarste, was ich mir vorstellen konnte. Ich habe damals beschlossen, mich der politischen Tätigkeit zuzuwenden [29].

Die Lage Deutschlands wird in ihrer Trostlosigkeit von den Deutschen gar nicht erkannt. Es ist eine Lage, in der die Frage an uns herantritt, ob wir in den nächsten 10 oder 20 Jahren zu einer Erhebung kommen, oder ob das Schicksal über uns hinweggeht und wir das Los Hollands und der Schweiz teilen müssen.

Die Unmöglichkeit für Deutschland, sein Volk zu ernähren, zeitigt geradezu katastrophale Folgen. Die Not wird sich nach innen auswirken. Die Sozialdemokratie gibt dagegen ein Re-

---

25 Hitlers Formulierung läßt darauf schließen, daß er eher an eine Passage aus dem zweiten Band der Gedanken und Erinnerungen dachte: "Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie 'in dem Kampf um's Dasein' auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehn auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen." Vgl. Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 287.

26 Vgl. Dok. 34, Anm. 30.

27 Kaiser Karl I. hatte im Frühjahr 1917 über seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma Fühlung mit der französischen Regierung aufgenommen, um Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden einzuleiten. In diesem Zusammenhang deutete er auch seine Bereitschaft an, Frankreichs Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zu unterstützen. Vgl. Francis Roy Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373, S. 356 ff.

28 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

29 Zum Zeitpunkt von Hitlers Entschluß, in die Politik einzutreten, vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 184 ff.

zept: *Geburtenbeschränkung und Auswanderung.* Durch diese beiden biologischen Prozesse verlieren wir jährlich soundso viel hunderttausend Menschen. Wenn dieser Prozeß hundert Jahre andauert, führt er zwangsläufig zur Vernichtung aller Werte des Volkes.

Macht als Voraussetzung der Politik
Der italienisch-französische Gegensatz - Frankreich, der Erbfeind Deutschlands

Angesichts dieser Tatsachen erhebt sich die Frage, ob man eine Außenpolitik nur von dem Standpunkt der Erfüllung nationaler Wünsche, Hoffnungen, Ideale betreiben soll, oder ob man nüchtern die Lage überprüft und danach einen Entschluß trifft.

Frankreich kann niemals Deutschlands Freund sein, es wünscht die vollkommene Balkanisierung Deutschlands. Es wird nichts unversucht lassen, um sein ewiges Ziel der Zersplitterung zu erreichen. Es wird taktisch geschickt operieren, aber dieses Ziel nie aus dem Auge verlieren.

England hat andere Interessen, es sucht heute nach Verbündeten und wird den wählen, der augenblicklich das meiste verspricht, um ihn später auf eine gebührende Größe zurückzuversetzen. Das heißt, wenn sich dieser Verbündete das gefallen läßt.

Es bleibt nach meiner Auffassung in Europa nur ein einziger Staat, der auf Grund seiner natürlichen Interessen, die schon Fürst Bismarck vorausgesagt hat, ein Gegner Frankreichs ist und immer mehr werden wird. Herr Justizrat Warmuth[30] meint, Mussolini wäre ein Egoist. *Ich kann ihm versichern, solange nicht in Italien eine absolut egoistische nationale Politik gemacht wurde, war ein wirkliches Bündnis nicht denkbar. Nur im höchsten italienischen Nationalismus liegt die Möglichkeit einer Feindschaft gegen Frankreich.* Ich erwarte nicht, daß Italien aus Sympathie zu Deutschland in Beziehung [*zu ihm*] tritt. Das sind die Hoffnungen der Sozialdemokraten gewesen, daß ihnen Frankreich, wenn sie an der Macht sind, aus Sympathie entgegenkommt.

Die Nibelungentreue[31] *lehne ich ab, sie ist das Requisit des alten Deutschen Reiches gewesen. Ich bin überzeugt, wenn heute ein Staat seine Außenpolitik auf Gründe der Sympathien einrichtet, er zwangsläufig Schiffbruch leiden muß.* Daran ist das alte Deutschland zugrunde gegangen. Was uns heute bei nüchterner Abwägung der außenpolitischen Möglichkeit leitet, ist ausschließlich die Frage: Ist es denkbar, daß in Europa ein Staat existiert, der in der Verfolgung seiner natürlichen Interessen in einen Konflikt mit Frankreich geraten kann? *Dieser Staat ist Italien. Wenn Italien seinen nationalen Interessen dient, dann muß es eines Tages in Konflikt mit Frankreich geraten. Mich leitet nichts als der*
nationale Fanatismus
und der ebenso große nationale Egoismus.

Ich glaube, daß diese Bündnismöglichkeit mit Italien nicht nur für den Augenblick gegeben erscheint, sondern infolge der vollkommen auseinandergehenden Interessengebiete zwischen Italien und Frankreich dieses Bündnis die einzige Bündnismöglichkeit von Dauer ist.

Die nationalsozialistische Bewegung hat diese Auffassung von jeher vertreten, nicht etwa erst seit dem Marsch Mussolinis nach Rom. Ich habe seit 1920 betont, daß Italien der kom-

30 Josef Warmuth (1881-1957), Dr. jur., Rechtsanwalt.
31 Die Wortschöpfung stammt von Reichskanzler Bernhard von Bülow, der sie am 29.3.1909 vor dem Reichstag über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn gebrauchte.

mende Feind Frankreichs sein wird [32]. Italien wird um so früher der Gegner Frankreichs werden, je mehr es seine Interessen vertritt. Ich persönlich habe es deshalb begrüßt, als in Italien ein Regiment kam, das den schwächlichen, unter freimaurerisch-jüdischen Einflüssen stehenden Lagern und marxistischen Methoden ein ganz klares nationales Regime entgegensetzte. *In demselben Augenblick begann die natürliche Gegnerschaft zwischen Italien und Frankreich lebendiger zu werden* [33]. *In demselben Augenblick war ich erst recht überzeugt von der Richtigkeit unserer Außenpolitik.*

Frankreich hat geschickt operiert. Es hat von Fall zu Fall gehandelt, und an dem Tage, an dem Frankreich den Vertrag mit England in der Tasche hatte [34], erklärte Briand: So, jetzt brauchen wir euch [35] nicht mehr [36].

Wenn wir unsere Außenpolitik vertreten, so ist das für uns kein Spiel, sondern eine ernste überprüfte Sache. Für Deutschland sehe ich keinen anderen Weg als den, der uns der richtige zu sein scheint, nämlich das Bündnis zu sprengen und dann mit der Macht, die selbst Interesse hat, daß Frankreich isoliert wird, ein Bündnis zu schließen.

Dieser Weg wird auch in anderen Kreisen schon langsam begriffen. Ein größerer Teil von nationalen Zeitungen sieht langsam doch ein, daß man auf ein falsches Pferd gesetzt hat, daß es das Richtigere gewesen wäre, mit Italien zu gehen, statt mit Frankreich.

Es besteht geradezu die Gefahr, daß wir von der Bayerischen Volkspartei eines schönen Tages hören, daß das *ihre* Außenpolitik sei und wir Nationalsozialisten sie übernommen haben. (Heiterkeit.)

Es war ein glücklicher Tag für mich, als ich hörte, daß Mussolini das alte Imperium erneuern will. *Denn dann wird eines Tages*
Italien gegen Frankreich
marschieren müssen. Dieses Imperium Mussolinis hat den Frieden mit dem Vatikan hergestellt [37]. *Ich vertrete die Ansicht, daß jeder nach seiner Konfession selig werden soll* [38] *und ich bin glücklich, daß die Italiener den inneren Frieden mit ihrer Kirche hergestellt haben, weil diese Stärkung der inneren Kraft für die Auseinandersetzung mit Frankreich notwendig ist.*

Ich möchte nicht einst zu den Staatsmännern rechnen, die glücklich sind, wenn sie 12 Kriegserklärungen bekommen, sondern einmal mit Übermacht kämpfen. Wenn Bismarck über 7 Millionen Deutsche aus dem Deutschen Bunde hinausgestoßen hat [39], weil das die Voraus-

---

32 Z. B. am 1.8.1920 in Nürnberg. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 168.

33 Vgl. Dok. 28, Anm. 19.

34 Wahrscheinlich Anspielung auf den Flottenkompromiß vom 28.7.1928, in dem sich sich Großbritannien und Frankreich die Anerkennung ihrer gegenseitigen Interessen in der See-, bzw. Landabrüstung zugesichert hatten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1928, S. 506 ff.

35 Gemeint ist hier Deutschland.

36 Wahrscheinlich Anspielung auf Briands Rede vor der Völkerbundsversammlung am 10.9.1928. Vgl. Dok. 3, Anm. 36.

37 Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

38 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff.

39 Vgl. Dok. 34, Anm. 14.

setzung für die Genesung des Reiches war, dann glaube ich, werden wir es vor der Geschichte verantworten können, wenn wir nicht alles das mit dem Munde erobern, was die anderen durch die Tat verloren haben.

Die Einwände gegen diese unsere Politik stammen aus der Zeit, in der Mussolini und damit der Faschismus in Italien zum Herrschen gekommen ist. Es ist kein Zufall, daß unsere Politik erst *nach* dem Jahre 1922 angegriffen worden ist. *Der Kampf gegen uns ist erst gekommen, als in Italien ein Regiment war, das unseren Gegnern nicht paßte.* Die Marxisten haben gegen den Zarismus gehetzt, heute hetzen sie gegen den Faschismus. Ich betone, *daß mich noch nie parteipolitische Erwägungen in der Außenpolitik bestimmt haben. Was mich bestimmt, sind ausschließlich nationalpolitische Erwägungen.*

Unsere Gegner sagen, Italien sei kein Verbündeter für uns, weil Italien uns verraten hat im Kriege. Ich gestehe feierlichst, *wäre damals Deutschland ein nationalsozialistischer Staat gewesen, dann hätte ich als Staatsmann Österreich fallen lassen. Ich hätte nicht die Millionen zur Schlacht geführt, um einen Staatskadaver zu retten.*

Unsere Stellung zu Italien hat nichts mit einer bestimmten Regierung oder nur mit Mussolini zu tun. Unsere Auffassung gründet sich nicht auf Phantasien, sondern auf realpolitische und wirtschaftspolitische Tatsachen. Man sagt, man könne doch nicht die 230.000 Menschen in Südtirol preisgeben [40].

Ich stelle die Tatsache fest, daß diese Menschen genauso wie die übrigen 16 Millionen durch die Friedensverträge preisgegeben wurden [41]. *Wenn jemand etwas preisgibt, muß er es haben.* Man könnte ebensogut Stresemann vorwerfen, er habe Elsaß-Lothringen verraten [42]. Man kann nicht die Ansicht vertreten, daß irgendeine Volksgruppe mehr wert ist als eine andere Gruppe.

Wenn 30 Millionen Deutsche, die nicht zum Mutterland gehören [43], *zurückgewonnen werden sollen, so kann das nur machtpolitisch erfolgen. Wir wollen an sich keinen Krieg, aber wir protestieren gegen den Verzicht auf Wiedereroberung. Da muß man den Mut haben, wenigstens für jene Wiedereroberungen einzutreten, die lebensnotwendig sind: Notwendig ist, daß wir die Gebiete im Osten und im Westen wiedergewinnen.* Ich bin aber nicht für eine Eroberung von Südtirol. Aus nüchternen, realpolitischen Erwägungen heraus. Ich bin nicht für Bluteinsetzen in Südtirol, weil ich weiß, welch große Opfer solch ein Kampf verschlingt. Ich kenne den Krieg als Grenadier, der alles mitgemacht hat, was einem die Nerven zerbrechen kann. Sie sind mir nicht zerbrochen. Wer sein Volk in ein solches Blutbad hineinführt, ohne daß das Volk entsprechenden Gewinn hat, begeht ein Verbrechen!

Niemals würden wir Nationalsozialisten uns hergeben, unser Volk leichtsinnigerweise in einen Krieg hineinzuführen!

---

40 Vgl. Dok. 34, Anm. 46.

41 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

42 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.

43 Nach Schätzungen lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reiches, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff.

Die Sozialdemokratie hat jedes nationale Ehrgefühl erstickt, sie hat jeden Versuch, durch Einsatz des Nationalgefühls den Zusammenbruch aufzuhalten, abgelehnt. Heute auf einmal will man in Südtirol nationale Gesichtspunkte hervorkehren.

Das Problem Südtirol

ist deshalb kompliziert, weil es sich um ein Gebiet handelt, in dem zwei Völker durcheinandergemengt sind. Heute liegt das Ergebnis einer Waffenentscheidung vor. Irgendeine Änderung der Waffenentscheidung durch Deutschland kommt nicht in Frage. Ich habe es 1919 und 1920 immer als Aufgabe einer verantwortungsbewußten Außenpolitik bezeichnet, daß wir bei unseren Grenzlanddeutschen keine falschen Hoffnungen erwecken, sondern sie zu jener Klugheit erziehen, die ihnen nützen kann. *Rechte werden nicht zurückgeholt durch Proteste und Artikel in den Zeitungen, sondern durch die Kraft des Mutterlandes! Und alles, was das Mutterland zu stärken geeignet ist, ist richtig, das andere ist falsch.* Das Problem heißt nicht Südtirol, sondern

das Problem heißt Deutschland

mit 62 Millionen Einwohnern [44]. Unsere Deutschen sind nur zu leicht geneigt, sich phantastischen Zielen hinzugeben. Ich bin überzeugt, daß weder Herr v. Graefe noch andere die Südtiroler Frage lösen können. Bisher ist nur eine dauernde Schwächung des deutschen Elements in Südtirol erfolgt. Das ist das Ergebnis der unseligen Einwirkung auch von Deutschland aus.

Herr v. Graefe wirft mir vor, daß ich katholisch bin. Wir haben die Überzeugung, daß es in diesem Zeitpunkt nicht angeht, religiöse Auseinandersetzungen zu pflegen. Daher lehnen wir auch die jetzigen "Religionsstifter" ab [45]. Auch bei uns soll jeder nach seiner Fasson selig werden. Im übrigen kämpfen wir gemeinsam für unser deutsches Volk.

Meine Herren Marxisten! Aber Tausende Südtiroler haben für das Plebiszit gestimmt [46]. Warum? Weil sie sich sagten, wir haben kein Vaterland, und nach der marxistischen Fibel ist dort das Vaterland, wo es einem gut geht. Nun fanden die Südtiroler, in Italien geht es uns besser als in Wien, also bekennen wir uns zu Italien und wählen es zu unserem Vaterland.

Italien bietet auf allen Gebieten, auf denen Deutschland trübste Bilder des Verfalls gibt, Sauberkeit.

Man wirft mir Bewunderung für Mussolini vor. In einer Zeit, in der nur Knirpse sichtbar sind, begrüße ich jeden *Mann*! Und das ist nicht meine Auffassung, *sondern auch die Auffassung des "Bayerischen Kuriers", der am 13. Januar 1928 schrieb, daß auch der Gegner zugeben müsse, daß es sich bei Mussolini um den größten, vielleicht einzigen, wirklichen Staatsmann handelt, den die Welt heute besitzt.* [47] Dieser Staatsmann ist der einzig mögliche Bundesgenosse für Deutschland, weil er auf nationale Ehre und innere Sauberkeit Wert legt. Ich

---

44 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.

45 Wahrscheinlich Anspielung auf Hitlers Auseinandersetzung mit Artur Dinter. Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" am 30.9.1927 als Gauleiter des Gaues Thüringen ersetzt worden und am 11.10.1928 aus der Partei ausgeschlossen worden. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183, Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35 sowie Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1, S. 118 ff.

46 Vgl. Dok. 18, Anm. 17. Von 52.700 Abstimmungsberechtigten Südtirolern stimmten 38.000 mit Ja, 2.800 mit Nein. Vgl. Engelhaafs Jahresübersicht 1929, S. 222.

47 "Je mehr man seine [*Mussolinis*] Politik beobachtet, desto mehr müssen auch jene, die zu seinen Gegnern gehören, zugeben, daß es sich hier um den größten, vielleicht um den einzigen *wirklichen* Staatsmann handelt, den die Welt heute besitzt." Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.1.1928, "Die römische Frage".

müßte nicht ein Mann von Blut sein, wenn ich nicht gestehen würde, daß ich für einen solchen Mann Bewunderung habe.

Ich habe mehr als Bewunderung: Ich habe Schmerz und - Neid, daß Deutschland der Mann fehlt! Daß es einem Mann gelingen konnte, ein solches Volk wie das italienische herauszuheben, und daß unser deutsches Volk zu so ganz jämmerlicher Gesinnung herunterrutscht.

Es stimmt nicht, daß die Kommunisten eine andere Haltung einnehmen als die Sozialdemokraten. Denn auch von den Kommunisten werde ich mit den gleichen Argumenten in der Südtiroler Frage angegriffen wie von den Sozialdemokraten. Und sie haben von ihrem Standpunkt aus ganz recht! Denn wenn unsere Bewegung zum Siege kommt, so kommt es zur Abrechnung! Der 8. [*sic!*] November 1918 [48] soll nicht ungesühnt bleiben!

Man glaubt uns hier Internationalismus wegen des Zusammengehens mit Nationalisten anderer Staaten vorwerfen zu können. Das Ziel der marxistischen Internationale ist nicht der Sieg Deutschlands, sondern der Sieg ihrer marxistischen Gedankenwelt. Wir versuchen ihren internationalen Vergiftungen der Völker ein nationales allgemeines Erwachen entgegenzusetzen. Wir sind glücklich, wenn wir einen Staat sehen, in dem die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der marxistischen Lehre erwacht.

Man wirft uns vor, wir hätten auf Südtirol verzichtet. Wann? Man kann nur verzichten auf etwas, was man besitzt. Man kann höchstens sagen, wir haben auf die *Wiedereroberung* verzichtet. Man wirft uns vor, wir haben Verrat geübt. Man kann nichts verraten, was bereits dem Vaterland entrissen worden ist. Man kann heute nur noch Deutschland raten, sich das zu erhalten, was ihm geblieben ist. Und das wird mir keiner bestreiten können, daß ich jeden Tag beginne und ende mit dem Gedanken an Deutschland.

Wenn man sagt, wir hätten Südtirol verkauft, so ist dagegen einzuwenden, daß Südtirol schon längst durch den Verrat des Marxismus verkauft worden ist, durch diese Lehre, die auch heute uns noch schwächt, die der deutschen Marine die Mittel verweigern will, die zur Erhaltung von Ostpreußen notwendig sind [49]. Und wenn wir Ostpreußen verloren haben, dann werden sie uns sagen: "Ihr habt Ostpreußen verkauft!"

Wir haben bisher unsere Außenpolitik noch nicht zu ändern gebraucht, weil die ganze Entwicklung uns recht gegeben hat. Sie hat die offizielle deutsche Außenpolitik widerlegt. Was ich seit 1920 voraussagte, ist heute erwiesen: daß der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien von Jahr zu Jahr größer geworden ist.

Die Tscheka [50] der öffentlichen Meinung
Der deutsche Frontkämpfer Hitler in Deutschland "staatenlos"

Es wird mir vorgeworfen, daß ich den Terror in Südtirol decke. Ich decke ihn nicht. Im Gegenteil. Aber regt sich die deutsche Presse auf über analoge Vorgänge in anderen Staaten? Die

48 Am 8.11.1918 wurde in München die Republik ausgerufen sowie ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern gebildet.
49 Anspielung um die Auseinandersetzung um das Panzerschiff "A". Vgl. Dok. 6, Anm. 9.
50 Russische Abkürzung für: Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage. Am 20.12.1917 als politische Polizei gegründet, 1922 in die GPU umgewandelt. Hier als Symbol für die rücksichtlose Verfolgung politischer Gegner verwendet.

deutsche öffentliche Meinung hätte vielleicht ein Recht, sich aufzuregen, wenn so vorgegangen würde, wie die Polen vorgingen, die 5.000 Deutsche massakrierten, dann später Zehntausende Deutsche hinauswarfen und um Hab und Gut brachten [51]. Hierbei aber gab es keine Aufregung. Als die Franzosen die Deutschen im Elsaß auswiesen, war keine Aufregung [52]. Als die Tschechoslowakei aufs brutalste vorging, war keine Aufregung [53]. Aber all *diese* Staaten hält man für bündnisfähig. In Deutschland sind Leute, die im deutschen Heere gedient haben und wegen ihrer ausgesprochen nationalen deutschen Gesinnung, die dem herrschenden Parteiregiment nicht paßt, ausgewiesen wurden.

In Italien ist noch kein Deutscher über die Reichsgrenzen verwiesen worden, weil er etwa gegen Italien gekämpft hätte. Ich selbst aber bin staatenlos, weil ich für Deutschland gekämpft habe [54].

Glauben Sie, daß das in Italien denkbar wäre? Das Recht zum Protest gegen fremde Vergewaltigung hat an sich nur der, der selbst nichts ähnliches tut. Und wie wird in Deutschland die Kultur geknebelt und vernichtet! Es gibt hierbei eine Vernichtung, die gefährlicher ist, als wenn man die Aufführung eines deutschen Theaterstücks verbietet, wenn man nämlich im eigenen Land in deutscher Sprache fremden Kitsch aufführt. Wir Nationalsozialisten kämpfen seit Jahren für unser deutsches Theater, gegen Besudelung und für unser Christentum. Und seit Jahren werden wir vom Staat als Staatsbürger 2. Klasse behandelt.

Sie sagen (zum Vertreter des "Bayerischen Kuriers" [55] gewandt), der Nationalsozialismus sei ein Überschwang des nationalistischen Gefühls.

Auch der Faschismus ist ein nationaler Überschwang gewesen, den man als verhängnisvoll und unchristlich gebrandmarkt hat. Und doch ist es gerade mit dieser Politik des nationalen Überschwangs zu einer Verständigung mit dem Vatikan gekommen. Seitdem ist auch ein großer Wandel der Einstellung in der Presse der "Bayerischen Volkspartei" vor sich gegangen.

Die Angeklagten gehen nun hin und erklären der Öffentlichkeit, daß "praktische Motive" für mich maßgebend seien. Ein anderer Herr sagt, es handle sich in Wirklichkeit um Geld, das von der Kurie ausbezahlt werde. Dann wieder sollten Gelder vom Faschismus über die Kurie lau-

51 Obwohl nur wenige verläßliche Zahlen über die Lage der deutschen Minderheit im damaligen Polen vorliegen, läßt sich sicher sagen, daß es Opfer in dieser Höhe nicht gegeben hat. Seit Dezember 1918 war es zu mehreren polnischen Aufständen in den Provinzen Posen und Oberschlesien gekommen, bei denen vermutlich auf deutscher wie polnischer Seite mehrere hundert Kombattanten den Tod fanden. Daneben kam es immer wieder zu einzelnen kleineren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit, zuletzt am 15.5.1927 in Rybnik. Bis 1927 hatten etwa 700.000 Angehörige der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe Polen westwärts verlassen. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 19 ff., 37 ff. sowie Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, S. 27 ff.

52 Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 150.000 Personen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen oder wanderten ins Deutsche Reich ab. Vgl. Karl-Heinz Rothenburger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975, S. 37.

53 Am 3. und 4.3.1919 hatten in zahlreichen sudetendeutschen Städten Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht stattgefunden. Bei deren gewaltsamer Auflösung wurden 54 Demonstranten getötet und 112 schwer verletzt. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 4: Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei, Köln 1975, S. 50.

54 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

55 Josef Osterhuber.

fen. Ich weiß nur eines: *daß wir uns auch Italien gegenüber in dieser ganzen Angelegenheit keine Entwürdigung der deutschen Sache haben zuschulden kommen lassen.* Es wäre gänzlich ausgeschlossen, daß ich jemals nach Italien gehen würde und dort mit Faschisten Zechgelage veranstaltete, wie der Kronzeuge des Herrn v. Graefe [56]! Grundsätzlich erkläre ich: *Das Leid, das Italien den Südtirolern zufügt, trägt dazu bei, unseren Gegnern Waffen in die Hand zu drükken, und ist eine unkluge Politik.* Trotzdem werde ich niemals einen anderen als den bisherigen politischen Standpunkt in der Bündnisfrage einnehmen. Wenn man das Schicksal der Südtiroler bessern will, kann man das nur, wenn man mit Italien zu einer klaren Verständigung kommt, und wir hoffen, daß es dann auch nicht rütteln wird an unseren nationalen Empfindungen.

Mir wird es immer gleich sein, wie die deutsche öffentliche Meinung mich beurteilt. Das Lob der Zeitgenossen ist billig. Wenn ich mich um dieses Lob kümmern würde, hätte ich mich in diesen 11 Jahren niemals den Massen und Gewalten, die gegen uns standen, entgegenstellen können.

Wenn Sie heute sagen, Herr von Graefe, Sie hätten "Anhaltspunkte" dafür, daß ich bezahlt werde, dann müßten Sie zum mindesten die Redlichkeit haben, den Verleumder offen zu nennen! Sie verbreiten die Nachricht, daß ich von Italien für meine Politik besoldet werde, aber sagen, der Zeuge, der das in Italien gehört hat, könne die betreffenden Faschisten nicht nennen, weil sie dann der italienischen "Tscheka" zum Opfer fallen würden.

Sie wissen, daß ich als Frontsoldat für Deutschland gekämpft habe. Mich geben Sie aber der

Tscheka der öffentlichen Meinung

preis, mich nennen Sie! Den Faschisten aber, der in Ihren Augen der Todfeind ist, schützen Sie!

Es ist immer dieselbe Taktik: Wir haben gehört, so heißt es, daß Hitler ausländisches, französisches, italienisches Geld bekommt [57]. Er selber weiß nichts davon. Von wem kann man nicht sagen, das ist ein Geheimnis. Oh, man weiß, wie die willfährigen "Diener der Wahrheit" [58] das alles dann aufgreifen, herumsausen und die Lügen verbreiten. Wenn das von der linken Seite kommt, wundert mich das nicht. Unbegreiflich ist es aber, wenn sogenannte Nationale, Völkische sich an derartigem beteiligen! Man kann aber auf die Dauer nicht verhindern, daß die Wahrheit durchdringt. Eines Tages *siegt doch die Wahrheit!* - Alles Gute auf der Welt setzt sich durch. Auch gute Politik wird sich am Ende durchsetzen.

(Gegen v. Graefe gewandt:) Ich habe den Streit vor der Öffentlichkeit nicht gesucht. Wenn es sich aber nicht umgehen läßt, so muß ich mich auch nach der anderen Seite wenden. *Wenn Sie sagen, meine Politik sei falsch, so läßt mich das kalt. Wenn Sie aber sagen: dafür werde ich bezahlt - so ist das ein gemeiner Vorwurf!! Wenn er zu Recht bestände, könnte ich keinen Tag mehr vor meine Parteigenossen hintreten.* Ich lasse mir von Ihnen den Nimbus nicht zerstören, daß ich nie aus anderen Gründen als idealen handle! So leid es mir tut, ich muß mit Ihnen (zu v. Graefe) die Klinge kreuzen! Ich weiß, daß die Urteile, materiell gesprochen, fast

56 Von Graefe hatte sich bei seinen Beschuldigungen auf einen nichtgenannten Informanten gestützt.

57 Gegen die Behauptung, ausländische Gelder zu erhalten, hatte Hitler bereits mehrere Prozesse wegen Beleidigung angestrengt. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 5, 132; Bd. II/1, Dok. 8, 23.

58 Gemeint ist die Presse.

ohne Bedeutung sind. Ein paar tausend Mark Geldstrafe? Soviel bin ich heute in Deutschland doch schon wert, daß man das ruhig bezahlt, um mich ruhig verleumden zu können!

Ich möchte nur betonen, daß ich bisher immer den Standpunkt eingenommen habe: Ich verlange keine Bestrafung, sondern nur die Feststellung, daß die Verleumdung nicht wahr ist. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst dies dann schon wieder zum Anlaß neuer Verdächtigungen gemacht wird. Deshalb will ich mich meinem Rechtsanwalt, der eine scharfe Sühne verlangt hat, anschließen.

Zu der Widerklage kann ich nur sagen: Ich habe noch niemals eine von mir abgegebene Erklärung abgeleugnet oder behauptet: So habe ich es nicht gemeint usw. Was ich gesagt habe, habe ich gesagt! Ich war *gezwungen* zu erklären, daß ich die Lügner vor Gericht ziehen würde. Wenn das Gericht mich deshalb verurteilt oder einsperrt - mir ist es gleich! [59]

8. Mai 1929 Dok. 36
"An alle Ortsgruppenführer im Reich!"
Aufruf

VB vom 8.5.1929, "Aus der Bewegung".

Es ist mein Wunsch, daß das amtliche Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, der

"Akademische Beobachter" [1],

mehr und mehr gelesen und verbreitet wird.

Der N.S.D.St.B. wird in Zukunft durch den *Parteiverlag Fr*[*an*]*z Eher Nachf*[*olger*] den Ortsgruppenführern der Partei zu allen größeren Veranstaltungen "Akademische Beobachter" zustellen lassen.

Die *Ortsgruppenführer* haben dafür Sorge zu tragen, daß diese abgesetzt werden und haben bei aller Propaganda für die Parteipresse, sei es in Versammlungen, Rundschreiben oder Zeitungen, auch den "Akademischen Beobachter" zu erwähnen.

gez. *Adolf Hitler*

Von allen Parteiblättern und nationalsozialistischen Zeitungen nachzudrucken.

---

59 Folgen Schlußwort von Graefe sowie Zerfaß und Schluß der Beweisaufnahme. Die Urteilsverkündung erfolgte am 14.5.1929. Graefe, Osterhuber und Zerfaß wurden zu je 1.000 RM, Dichtl und Wimmer zu je 800 RM Geldstrafe wegen übler Nachrede verurteilt. Hitler wurde vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Vgl. VB vom 16.5.1929, "Graefe, Osterhuber und Zerfaß zu je 1.000 Mark verurteilt". Die Berufungsverhandlung fand am 4.2.1930 vor dem Landgericht München statt. Vgl. Bd. III/3.

1 Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter des Akademischen Beobachters, der sein Erscheinen nach zwölf Nummern Ende 1929 einstellte, war Baldur von Schirach. Vgl. Bd. III/1, Dok. 69.

9. Mai 1929 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zittau [1]

Zittauer Nachrichten vom 10.5.1929, "Hitler in den Kronensälen" [2].

Der Redner betonte, daß heute jeder in der Erwartung in eine Wahlversammlung [3] geht, etwas für ihn Angenehmes zu hören, um von dem Gehörten dann Rückschlüsse zu ziehen. Die Wahlen in Deutschland würden heute nicht mehr nach großen Gesichtspunkten vorgenommen, sondern erschöpften sich in der Behandlung von *Tagesfragen.* Unter diesem Gesichtspunkt habe jede Partei auf eine ganze Reihe Erfolge hinzuweisen. Die Behandlung von Tagesfragen und die Erfolge in diesen Fragen seien aber nicht das Wesen der Republik. Denn alle Parteien, die es im Deutschen Reiche gibt, zerfielen schließlich in *zwei große Lager:* Bürgerliche und Nichtbürgerliche oder Proletarische. Und all die zahllosen Tagesfragen, die zu Tausenden gelöst werden, seien nur äußerliche Erscheinungen im Gegensatz zu den grundsätzlichen Anschauungen der einzelnen Parteien. Wohl verwischten sich die Unterschiede zwischen den Parteien, aber der Unterschied zwischen dem nationalen bürgerlichen Element und dem international-sein-wollenden proletarischen Element sei scharf und deutlich gezeichnet. Jede dieser beiden großen Gruppen habe Ideale und vertrete eine politische Weltanschauung. Die Beschäftigung mit den vielen Tagesfragen aber lenke nur ab von dem, worauf es ankommt, und wer richtig erkannt habe, in welches Lager er gehört, an welchem Glauben und welcher Überzeugung er festhält, prüfe nicht mehr diese und jene politische Anschauung. Die meisten Volksgenossen aber suchten, weil sie noch keine sie zufriedenstellende Überzeugung hätten finden können. Sie seien enttäuscht, was aus ihren Ideen geworden sei; alles habe sich anders entwickelt, als es hätte werden sollen. Die einstigen Gegner des Militarismus gründeten heute selbst Armeen [4], wenn auch nur, um den Kampf zu verhindern. Die ehemalige Polizei mit Pickelhaube [5] und Säbel sei zwar verschwunden, dafür aber eine neue mit Tschako und Gummiknüppel [6] an ihre Stelle getreten. Die Hoffnungen, die man beispielsweise an die Sozialisierung geknüpft hatte, hätten sich nicht erfüllt; wohl aber sei die deutsche Reichsbahn, das vorbildlichste Institut der Welt vor dem Kriege, an das internationale Kapital ausgeliefert worden [7]. Die Lage in Deutschland habe sich so entwickelt, daß sie dem von links und dem von rechts unrecht gibt. Man habe die Kapitulation [8] nicht überwunden und befinde sich nicht im Aufstieg, sondern sei seit jener Zeit im dauernden Abstieg begriffen. Der Unterschied zwi-

---

1 In den Kronensälen, von 20.20 bis 23.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, die von Ortsgruppenleiter A. Bobert geleitet wurde, besuchten laut Lagebericht 1.500 (Zittauer Nachrichten 2.000) Menschen. Es wurde ein Eintrittsgeld von einer Reichsmark erhoben.

2 Vgl. auch Zittauer Morgen-Zeitung vom 11.5.1929, "Die Hitlerversammlung der Nationalsozialisten", VB vom 12./13.5.1929, "Adolf Hitler in Zittau" sowie Lagebericht Nr. 19 der Nachrichtenstelle der Kreishauptmannschaft Bautzen vom 10.5.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085.

3 Bezieht sich auf die Wiederholung der sächsischen Landtagswahl am 12.5.1929. Vgl. Dok. 15, Anm. 1.

4 Anspielung auf RFB und Reichsbanner. Vgl. Dok. 2, Anm. 13 sowie Dok. 16, Anm. 8.

5 Im Rahmen der Neuuniformierung der deutschen Polizeiverbände war 1919 die Pickelhaube - in der Vorstellung der SPD Symbol des wilhelminischen Polizeistaats - abgeschafft und durch den Tschako ersetzt worden. Vgl. Johannes Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986, S. 94 ff.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

8 Gemeint ist der Waffenstillstand vom 11.11.1918. Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

schen unserer Macht und der unserer Gegner hat sich fortgesetzt vergrößert. Der Ehrebegriff [*sic!*] in Volk und Staat sei im Schwinden und innerlich sieht man das deutsche Volk in der Auflösung in unzählige Interessengruppen und Grüppchen begriffen - eine zermürbende, traurige und lächerliche Erscheinung [9].

Der Redner wandte sich hierauf dem Thema *"Wirtschaft"* zu und führte aus: Man höre so oft den Ausspruch, daß, wenn auch die politische Bedeutung Deutschlands im Niedergang begriffen sei, man doch die Wirtschaft heben wolle. Dies sei ein widersinniges Beginnen, denn wo keine staatliche Macht herrscht, sei auch keine Wirtschaft möglich. Die Triumphe der Schlachtfelder [10] hätten das blühende Wirtschaftsleben des alten Deutschen Reiches begründet. Erst wenn eine neue Macht erstanden sei, könne an einen langsamen wirtschaftlichen Wiederaufstieg gedacht werden. Vorläufig sei die deutsche Wirtschaft im völligen Verfall begriffen. Diese scheinbaren Erfolge, die im Verhandlungswege durch immer neue Auslandkredite [11] erreicht werden, nützten ihr gar nichts. Erst wenn einmal die Fessel zerbrochen sei, die uns seit zehn Jahren umstrickt [12], habe es Sinn und Zweck, Wirtschaftsgruppen zu bilden und wirtschaftliche Interessen zu verfechten. Das Schicksal des einzelnen bestimme nicht das Schicksal des ganzen Volkes, sondern umgekehrt: Nur wenn es dem Volke gut geht, wird der einzelne Vorteile davon haben.

Weiter ging Adolf Hitler auf das Gebiet der *Weltgeschichte* ein und charakterisierte deren heldische Zeitalter. Jede geschichtliche Persönlichkeit sei ein Held gewesen. Das Volk aber nehme die Eigenschaften seines Führers an. Es sei gut und schlecht, feige und tapfer, klug und dumm - wie sein Führer sei. Das Volk werde auch die *Fahne* haben, die es verdient, und werde sie mit dem Ruhm umgeben, den es erwirbt. Den Vorwand, daß ein *entwaffnetes Volk* [13] nichts ausrichten kann, ließ der Redner nicht gelten. Wir hätten die Waffen verloren, weil vorher schon der Geist verlorengegangen sei, der sie geführt. In längeren Ausführungen bekämpfte der Redner die Politik des Außenministers *Dr. Stresemann.* Er ging dabei auf Zwischenrufe ein, die aus der Versammlung erfolgten, doch ging viel von dem Gesagten ungehört unter in dem fortgesetzten Überschlagen der Stimme des Redners und den dazwischentobenden Beifallskundgebungen seiner Anhänger.

Bevölkerungspolitik war ein weiterer Abschnitt, dem viel Beachtung geschenkt wurde. Der Redner führte hierzu aus: Deutschland, das auf 471.000 Quadratkilometer Bodenfläche 64 Millionen Menschen vereinigt [14], weise ein Besiedlungsverhältnis auf, das nicht mehr lebensfähig bezeichnet werden könne. Die erschreckend große Zahl *Erwerbsloser* beweise das deutlich [15]. Noch jedes Volk habe die Notwendigkeit der Bodenvermehrung erkannt und sei

---

9 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd. IV, S. 189 f.

10 Anspielung auf den deutsch-französischen Krieg 1870/71.

11 1928 waren in Deutschland Auslandsanleihen im Wert von 1.465,17 Millionen RM aufgenommen worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 369.

12 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

13 Vgl. Dok. 23, Anm. 4 sowie Dok. 6, Anm. 45.

14 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.

15 Im Mai 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 1.488.551 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

entweder nach außen hin als imperialistisch aufgetreten oder im Inneren zugrunde gegangen. In längeren Ausführungen wandte sich der Vortragende gegen die marxistischen Probleme der *Geburteneinschränkung* und *Auswanderung* [*sic!*]. Sie führten zum Verlust der besten Köpfe und der Substanz überhaupt: denn es sei erwiesen, daß bedeutende Männer meist die Söhne kinderreicher Eltern gewesen seien, und wenn man die Auswanderung begünstige, gingen die gesündesten, kräftigsten, mutigsten Vertreter des Volkes dem eigenen Lande verloren, während kranke und schwache zurückblieben. Eine Irrlehre sei es, wenn man fortgesetzt die Produktion steigere, ohne Absatzgebiete auftreiben zu können. Es sei verkehrt, durch Arbeitsvermehrung die Volksgesundheit nachteilig zu beeinträchtigen, denn dann würde kein gesunder Nachwuchs zur Welt kommen.

Zum Schluß hob der Redner nochmals die Gegensätze zwischen Nationalismus und Sozialismus hervor, die sich wie Todfeinde bekämpften. Und doch seien beide nötig. Deshalb habe eine Bewegung kommen müssen, die sie beide vereint. Daß der *nationalsozialistische Gedanke* gut sei, beweise das ständige Wachsen dieser Bewegung, die jetzt schon 130.000 Anhänger habe [16]. Es dürfe in Zukunft nicht mehr heißen: Hier Bürger, hier Proletarier, sondern jeder müsse sich als Deutscher fühlen und als solcher bekennen.

14. Mai 1929 Dok. 38
"Die Einheitsfront der Lüge" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 16.5.1929, "Glänzende gerichtliche Rechtfertigung der Moral der nationalsozialistischen Politik" [3].

Adolf Hitler mit brausendem Beifall und stürmischen Heilrufen empfangen, begann seine großangelegte Rede mit dem Hinweis, daß angesichts des dauernden Abstiegs in den 11 Jahren seit der Revolution jeden Deutschen die Angst beschleichen muß, daß unser Volk langsam vergißt, daß es eine Zeit gab, *in der Deutschland ein anderes Gesicht hatte*, als die heutige Jugend es kennenlernt: Bei dem Einwand, daß die Zukunft einmal Deutschland retten und das gutmachen werde, was heute schlecht gemacht wird, überkommt mich die Angst, daß wir der Zukunft eine Aufgabe aufbürden, die sie deshalb nicht lösen kann, *weil sie kein Bild von der Vergangenheit mehr besitzt.* Wir erleben es in den letzten 10 Jahren, daß die *feindlichen Reparationen immer leichter ertragen werden*, weil man sich langsam an dieses Ertragen gewöhnt. Der Mensch kann ebenso zur Ehre als zur Unehre erzogen werden. In Deutschland sehen wir

16 Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

1 Titel laut Polizeibericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10083).
2 Im Bürgerbräukeller, nach 20.00 Uhr. Die laut Polizeibericht und VB überfüllte Versammlung wurde von Hermann Esser geleitet. Vor Hitler sprach Rechtsanwalt Hans Frank.
3 Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 79 der Polizeidirektion München vom 8.6.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740.

schon seit 11 Jahren im kleinen wie im großen die Ehrbegriffe langsam sinken, sehen, daß unser Volk langsam das Gefühl verliert für die Würdelosigkeit seiner Lage, sich sogar an seine Not zu gewöhnen scheint, wie sie die Arbeitslosigkeit als einen Dauerzustand annimmt, wie Millionen die Entbehrung langsam als etwas Natürliches empfinden, und wie man heute schon den erstaunt ansieht, der sich gegen diese Dauerentwicklung aufbäumt und von einem *anderen Deutschland* redet.

Millionen kommt es gar nicht mehr zum Bewußtsein, seitdem man ihnen das Gift der Knechtseligkeit eingeflößt hat, was dieses Frankreich, historisch gesehen, eigentlich ist, das uns tyrannisiert. Wenn nicht Deutsche sich selber besiegt haben, Frankreich hat niemals Deutschland besiegt. (Stürmischer Beifall.) Niemals hat ein Frankreich die Macht besessen, über Deutsche zu herrschen, wenn nicht Deutsche selbst Handlanger dieser Unterdrückung gewesen sind. Wir vergessen, daß kaum 15 Jahre vergangen sind, seitdem wir ein Volk waren, das der ganzen Welt die Stirne bot [4].

In diesen Wochen geht wieder so etwas wie ein *Verhängnis* über unser Volk hinweg, und man nimmt kaum Notiz davon. Die alten Bekannten sitzen zusammen und brüten *ein neues Diktat* aus, das den deutschen Schultern aufgeladen wird [5]. Vielleicht hat unser Volk nichts anderes verdient. Was aber geschmiedet wird, ist nicht ein Joch für Herrn Stresemann und für die Deutsche Volkspartei, sondern *für Deutschland,* nicht nur für die deutsche Gegenwart, sondern für die ganze deutsche Zukunft. Mit einer Seelenruhe ohnegleichen verschleudern die alten politischen Parteien das Schicksal der Nation auf 60 Jahre hinaus. Dieses ganze Spiel ist nur denkbar infolge der Zerrüttung des deutschen Denkvermögens. In elf Jahren hat ein *geniales Zusammenspiel der Innen- und Außenpolitik* das Volk dorthin gebracht, wo es heute ist. Innenpolitisch hat man dem Deutschen das Rückgrat gebrochen, jedes Selbstvertrauen genommen. Man hat Verbände, von denen man befürchtete, daß sie Träger des Widerstandes in der Zukunft werden könnten, zu verfolgen begonnen. *Die Gesetzgebung hat die Bekundung einer aufrechten nationalen Gesinnung als strafbar angesehen* [6]. Man nahm auswärtige Hilfe in Anspruch zur tatsächlichen Entwaffnung solcher Organisationen [7]. Wenn man dem Volk langsam das Genick brach [*sic!*], so begründete man damit die Außenpolitik: Nur eine Außenpolitik der Unterwerfung, der demütigen Entgegennahme aller Diktate können wir mit dem Volke durchführen. Das ging soweit, daß man als Erfolg das bezeichnete, was in der Zukunft im Innern Deutschland zur weiteren Zerstörung des nationalen Rückgrats führen müßte.

---

4 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

5 Nachdem Mitte April ein Abbruch der Pariser Sachverständigenberatungen (vgl. Dok. 2, Anm. 6) gedroht hatte, legte Owen Young am 4.5.1929 einen Kompromißplan vor. Dieser sah 37 Jahreszahlungen, von 1.675 Millionen Goldmark jährlich um 25 Millionen auf 2.300 Millionen steigend sowie weitere 21 Jahre eine Jahreszahlung von 1.700 Millionen vor. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 482.

6 Anspielung auf das Republikschutzgesetz. Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

7 Nach den Ausführungsbestimmungen General Claude Marie Nollets, des Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission, vom 12.5.1921 zum Londoner Ultimatum mußte die Reichsregierung unter anderem die Verringerung der deutschen Polizei und die Auflösung der Einwohnerwehren anordnen. Die bayerische Regierung unter Gustav von Kahr versuchte bis zuletzt, die Durchführung dieser Maßnahmen zu verweigern. Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, S. 173 ff.

Stresemann geht nach Locarno, unterschreibt noch einmal, daß Elsaß-Lothringen für Deutschland verloren ist [8], unterschreibt, daß diese Grenze ewig so bleiben soll, er gibt dieses Gebiet frei aller deutschen Souveränitätsrechte, er neutralisiert das Rheinland, er gewährt Frankreich das Durchmarschrecht für das übrige Reichsgebiet [9]. Wir würden ihm aus alledem keinen Vorwurf machen, wenn er sagen könnte, daß ihm zugestanden wurde, die deutsche Reichswehr als Söldnertruppe [10] aufzulösen und anstelle dessen ein Volksheer mit 3[*00.000*]-400.000 Mann zu setzen, oder daß ihm eine Ermäßigung der Reparationen um ein Drittel gewährt würde.

Die Innenpolitik rüstet ab. Die Außenpolitik erklärt:

Wir können keine andere Außenpolitik machen als die des Pazifismus, der Unterwürfigkeit, weil wir abgerüstet sind! Es ist ein Zusammenspiel grandioser Art, das wir hier vor uns sehen: Abbau jeden nationalen Widerstandes mit dem praktischen Ergebnis:

eine neue entsetzliche Belastung trifft unser Volk.

Wir wissen nur: Es wird alles willfährig hingenommen werden. Millionen von Deutschen werden mit den lächerlichsten Problemen beschäftigt. Je mehr im Großen der Verfall fortschreitet, um so mehr verstehen es die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, die Nation mit lächerlichen Kleinigkeiten zu beschäftigen.

Wenn wir Nationalsozialisten heute in diesem Tohuwabohu des allgemeinen politischen Lebens unsere Ideen vertreten, tun wir dies in der Überzeugung der unbedingten Notwendigkeit unseres Kampfes. Diese Überzeugung wird um so größer, je mehr wir die Kleinheit unserer politischen Gegner sehen. Die beiden Gebiete, auf denen sich unser Kampf abspielt, sind die Innen- und die Außenpolitik, die nicht getrennt werden können. *Die Unterwerfungspolitik ist bedingt durch die charakterlose Entnationalisierungs-Tendenz im Innern, und diese ist die Folgeerscheinung einer Außenpolitik, die nicht wagt, den gordischen Knoten auf die beste Weise zu lösen, und die der einzigen Lösungsmethode aus dem Wege geht.* Es gibt politische Probleme, die zu allen Zeiten *nur das Schwert* gelöst hat. Pazifismus nach außen und charakterlose Entnationalisierung im Innern gehören zueinander.

Da tritt der Nationalsozialismus auf, indem er erklärt: Für uns hat die deutsche Innenpolitik nur die Aufgabe, die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.) Ganz gleichgültig, auf welchem Wege. Aber selbst im Frieden wird nur der Staat durch die Mittel seiner diplomatischen Vertretung sein Los annehmlich gestalten können, der hinter seiner Friedenspolitik immerhin das Schwert in Bereitschaft hat. Friedenspolitik kann nur der Staat betreiben, der am äußersten [*sic!*] *für den Krieg gerüstet ist. Solange die Welt besteht, ist noch kein Volk an zu großen Rüstungen gestorben* [11], *aber Hunderte von Staaten*

8 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.

9 Vgl. Dok. 26, Anm. 16.

10 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

11 Paul Kennedy stellt fest, daß die deutsche Aufrüstung seit 1933 die Kräfte der deutschen Wirtschaft in hohem Maß überbeanspruchte, so daß dadurch ein Keim zur Niederlage gelegt war. Vgl. Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. ^{2}1989, S. 458 ff.

sind verschwunden, weil sie zuwenig gewappnet waren für die äußersten Auseinandersetzungen. Wehe dem Volk, das glaubt, durch eine pazifistische Innenpolitik pazifistische Außenpolitik machen zu können! Nur das Volk, das im Innern kriegerisch bis zum äußersten ist, kann nach außen pazifistisch sein. Wie stellen wir uns den deutschen Aufstieg vor?

Durch die Beseitigung der gesamten Parteipolitik, durch eine Politik der Erweckung der lebendigen Kräfte des Selbsterhaltungstriebes unseres Volkes, der in organische Formen zu bringen ist. Zweitens, indem wir den außenpolitischen Weg gehen, der in Zukunft uns verspricht, die furchtbare Umklammerung, unter der wir heute leben, zu beseitigen. Hitler verweist auf die zahlreichen *Hilfsstaaten Frankreichs* [12], mit denen es Mitteleuropa einschließt. Dieses Frankreich sieht zwei Gegner: *Deutschland*, das noch nicht geworden ist, was Frankreich im Auge hat, und *Italien*, das zu werden scheint, was Frankreich nicht dulden kann. England selbst ist heute bereits gebunden [13].

Das ist die Basis unserer Außenpolitik, die wir seit 10 Jahren vertreten. Wenn ich mich zum Träger dieser außenpolitischen Auffassung gemacht habe, dann nicht aus Popularitätshascherei, denn ich habe mit dieser Auffassung ganz Deutschland gegen mich. Man sagte im Gerichtssaal [14]: In dieser Frage sei das deutsche Volk einig. Welches deutsche Volk? Das Volk des "Bayer[*ischen*] Kuriers" [15], des "Berl[*iner*] Tagblatts" [16], der "Münchener Post" [17] u[*nd*] das Völkchen der Freiheitspartei [18]! Auch das Volk der Spartakusleute [19] gehört dazu. Wir sehen, daß die größten Extreme auf diesem Gebiete miteinander marschieren. *Darin allein liegt schon die moralische Rechtfertigung für unsere Außenpolitik.*

Hitler erinnert sich seiner *ersten Erwähnung in der Münchener Post* in den Novembertagen im Jahre 1919: Es hieß da, in den Kasernen treibt sich ein Zivilist herum, der aufreizende militärische Reden hält und der empfiehlt, die schwarz-weiß-rote Flagge herauszuhängen [20]. Jawohl, das bin ich gewesen, das habe ich getan. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ich habe erklärt, daß wir an Stelle der Demokratie die Autorität der Persönlichkeit setzen wollen, daß wir gegen die Juden vorgehen wollen. Man erwiderte mir: Das ist Antisemitismus! Jawohl, wir sind nämlich Antisemiten! (Heiterkeit und Beifall.) Man sagte: Das zeigt von großer Unbildung

---

12 Frankreich hatte 1921 mit Polen, 1924 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschafts- oder Bündnisverträge abgeschlossen. Zur Funktion und Wirkung dieser Verträge vgl. Adám, Richtung Selbstvernichtung, S. 60 ff.

13 Vgl. Dok. 35, Anm. 34.

14 Vgl. Dok. 34 und Dok. 35.

15 Zeitung der BVP.

16 Chefredakteur Theodor Wolff war Mitbegründer der DDP.

17 Zeitung der SPD.

18 Die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) wurde am 16.12.1922 gegründet. Seit März 1923 war sie in Preußen, Thüringen, Sachsen und Baden verboten, nach dem Hitlerputsch im ganzen Reich. 1924 bildeten NSDAP und DVFP unter dem Namen Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP) unter Führung von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe eine gemeinsame Reichstagsfraktion. Nach der Wiedergründung der NSDAP folgte die Trennung und die Umbenennung in Deutschvölkische Freiheitsbewegung, nach 1933 Verbote und Auflösung. Vgl. Reimer Wulff, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968 sowie Dok. 3, Anm. 73.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 7.

20 In den Novemberausgaben der Münchener Post des Jahres 1919 nicht ermittelt.
Hitler gehörte bis 31.3.1920 der Reichswehr an. Im November 1919 trat er am 13. und 26. öffentlich als Redner für die DAP auf. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 92 ff.

[*sic!*]! Jawohl: Wir sind so ungebildet! Das ist gegen die öffentliche Meinung! *Aber es ist wahr und deshalb vertreten wir es.* Hitler erinnert auch an seine Stellungnahme gegen die Einheitsfront im Ruhrgebiet [21], die in dem Augenblick auseinanderfiel, als die Marxisten kein Geld mehr erhielten. Genauso wie sie heute sagen: *Der Mann gibt Südtirol preis;* Herr Stresemann geht nach Paris [22], nach Genf [23], er verzichtet auf Elsaß-Lothringen, neutralisiert die Rheinlande. Das Ergebnis ist gleich null. *Es wäre klüger gewesen, wenn er, statt nach Paris zu gehen und auf das Elsaß-Lothringen zu verzichten, für welchen Verzicht er nichts erhielt, nach Rom gegangen wäre und auf Südtirol verzichtet hätte und dort dafür ein Bündnis bekommen hätte.* Das ist "Verrat" - weil aus dem heraus vielleicht *eine deutsche Erhebung* kommen könnte.

Wir glauben im Völkerleben überhaupt nicht an Sympathie.

Staaten, die sich von Sympathien bestimmen lassen, müssen zugrunde gehen. Wir bilden uns nicht ein, daß sich das heutige Italien mit dem *heutigen* Deutschland verbündet, Mussolini, das Symbol des Kampfes, und die lächelnde Miene des Herrn Stresemann, der Repräsentant des Gefühls, des ewig weiblichen. (Große Heiterkeit.) Staatspolitisch verbündet man sich nicht mit so etwas. Solange Deutschland den Stahlhelm hatte, war es bündnisfähig. Seit den sanften, rundlichen Formen des Kopfes des Herrn Stresemann ist es nicht mehr bündnisfähig. Wenn ein Kraftstaat rüstet, verbündet er sich nicht mit einem Staat, der abrüstet. Italien strebt nach machtpolitischer Ausdehnung, und Stresemann nach geistiger Verinnerlichung. Es gibt keinen anderen Gradmesser als die Basis des heiligen Egoismus, wenn jeder Staat glauben darf, dabei seinen egoistischen Interessen dienen zu können. Hitler erinnert an das gewaltige Vorbild Bismarcks und dessen heimlichen Rückversicherungsvertrages mit Rußland [24] gegenüber dem Dreibund [25] im Interesse des Vaterlandes.

Hetzen gegen das heutige Italien,

gegen den faschistischen Staat, gegen die einzige Bundesmöglichkeit, die wir haben, das ist alles, sonst können sie nichts tun. Das einzige, was sie erreicht haben, ist nicht eine Erleichterung des Schicksals der Südtiroler, sie haben dort lediglich Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. In dem Augenblick, wo sie sagen, *wir geben Südtirol preis, sind unsere Unterhändler in Paris und nehmen demütig eine neue deutsche Unterwerfung entgegen.* Wir haben schon 1920/[*19*]21 erklärt, daß man den Deutschen im Ausland verschiedene Parolen geben müsse:

In der Tschechoslowakei: Deutsche, revoltiert gegen den Staat, er ist eine Hilfstruppe Frankreichs.

In Südtirol: Deutsche, fügt euch dem Staat, ihr seid die Brücke zwischen Deutschland und Italien, fühlt euch hinein in die große Mission, die ihr habt. Nicht euer Schicksal ist das Primäre, sondern das Schicksal eines großen Volkes, dem ihr dienen müßt.

---

21 Hitler hatte jegliche Unterstützung des nationalen Ruhrwiderstands mit der Begründung abgelehnt, daß zuerst der "innere Feind" besiegt werden müsse, bevor Frankreich bekämpft werden könne. Vgl. seine Reden vom 26.2. und 21.8.1923. In: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 835 ff., 981 ff.; sowie Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 237 f.

22 Vgl. Dok. 4, Anm. 5.

23 Sitz der Völkerbundsversammlung.

24 Vgl. Dok. 35, Anm. 22.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.

Hitler erinnert daran, daß in Oberschlesien und im Ruhrgebiet Zehntausende bereit waren, sich zu erheben, als man sie aufgeputscht hatte, und daß man sie in diesem Augenblick fallen ließ [26]. Wenn man sagt, daß die Deutschen in Südtirol unter einem *furchtbaren Terror* leiden, so ist dieser *nicht so groß, als der Terror, unter dem heute die Nationalsozialisten leiden.* (Beifall.) Es vergeht kein Monat, an dem wir nicht Tote zu beklagen haben, an dem wir nicht Hunderte von Verwundeten haben [27]. Wer kümmert sich darum? In Deutschland läßt man Jonny aufspielen [28] und bezüglich Südtirol klagt man über den Untergang der deutschen Kultur. Bei uns hat man nicht weniger [*sic!*] Deutsche ausgewiesen, wenn sie politisch den Machthabern nicht paßten. *Deutsche, die im Weltkrieg gekämpft hatten, wurden bei Nacht und Nebel über die Grenze gejagt, Deutsche wieder ausgeliefert, damit sie in die tschechische Armee eingereiht werden konnten* [29]. (Unruhe.) *Kein Deutscher ist in Italien wegen seiner Gesinnung des Staatsbürgerrechtes verlustig gegangen. Ich bin Deutscher, habe für Deutschland gekämpft und deshalb mein Staatsbürgerrecht verloren* [30]. *Die Herren sollen also nicht heucheln. Nirgends wird der aufrechte, stolze, nationale, bewußte, Deutschland Liebende mehr verfolgt als bei uns selbst.*

Wenn Deutschland den Weg von heute 30 Jahre so fortsetzt, wird sich jeder Deutsche im Ausland schämen, daß er ein Deutscher ist. (Lebhafter Beifall.) Was soll der Auslandsdeutsche von seinem Vaterland denken, wenn eine Briefmarke mit Friedrich dem Großen zum Anlaß einer parlamentarischen Interpellation werden kann [31], ohne daß man diese Burschen hinausjagt, wenn die ruhmvollste Fahne, die ehrenvollste Kokarde heute als schändliches Zeichen betrachtet

---

26 Am 9.8.1923 hatte der damalige Reichskanzler Gustav Stresemann im Reichstag erklärt, daß ein Abbruch des passiven Widerstands gegen die Ruhrbesetzung "Chaos" zur Folge hätte. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 361, S. 11772. Am 26.9.1923 gaben Reichspräsident und Reichsregierung in einer gemeinsamen Proklamation den Abbruch des passiven Widerstands bekannt. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1923, München 1928, S. 177 f.

27 Vgl. Dok. 18, Anm. 6, 7.

28 Der Wiener Komponist Ernst Křenek (1900-1991) erzielte mit seiner sogenannten Zeitoper "Jonny spielt auf" einen Welterfolg. Am 10.2.1927 in Leipzig uraufgeführt, wurde die Oper, die beinahe ausschließlich Elemente des Jazz aufgriff und mit technischen Geräuschen mischte, während der nächsten zwei Jahre von über hundert Bühnen nachgespielt, am 16.6.1928 erstmals in München im Theater am Gärtnerplatz (Münchner Neueste Nachrichten vom 8.6.1928). Nicht nur diese modernen Stilelemente, sondern auch die Hauptfigur des farbigen Jazzgeigers Jonny sorgten für wütende Proteste und Demonstrationen im rechten Lager. Křenek emigrierte 1938 in die USA. Vgl. Jost Hermand und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 317 f.

29 Nach dem Staatsangehörigkeitsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechischen Republik vom 29.6.1920 galten die in den von Deutschland aufgrund des Versailler Friedensvertrags abgetretenen und in den übrigen Gebieten der Tschechoslowakei lebenden deutschen Staatsbürger als optionsberechtigt. Personen, die die österreichisch-ungarische Staatsangehörigkeit besessen hatten, fielen also nicht unter das Abkommen. Druck: RGBl. 1920, S. 2227 ff.

30 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

31 Der Reichstagsabgeordnete der KPD Ernst Torgler hatte die von der Reichspost herausgegebene 10-Pfennig-Briefmarke mit dem Bild Friedrichs II., des Großen, in der Reichstagssitzung vom 21.3.1927 als "unerhörte monarchistische Provokation" bezeichnet. Am 21.3.1927 brachte die Fraktion der KPD einen Antrag ein, der die "umgehende Zurückziehung der 10-Pfennig-Fridericus-Marke" forderte. Am 6.4.1927 wurde dieser Antrag abgelehnt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 392, S. 9784, Bd. 393, S. 10578, Bd. 414, Anlagen, Nr. 3147.

wird [32]? Glauben Sie, daß der Auslandsdeutsche in den republikanischen Größen von jetzt einen Ersatz für das sieht, was man beseitigt hat? (Stürmische Zurufe: Nein!) Dem Auslandsdeutschen kann man nicht sagen: Du mußt die Farben des neuen Deutschlands schätzen und ehren! Das Auslandsdeutschtum kennt die Ruhmestaten der neuen Fahne und des Reichsbanners nicht. Das Ausland kennt nur die alte Fahne, die 4 1/2 Jahre die ruhmvollste Repräsentantin der deutschen Kraft gewesen ist. (Stürmischer Beifall.) Das ist es, was uns die Auslandsdeutschen langsam entfremdet.

Das heutige Deutschland fälscht den Charakter und das Wesen unseres Volkes. Es zeigt der Welt das schlechteste Spiegelbild von uns. Es bringt es fertig, der Welt nur unsere Schattenseite zu zeigen, während die Lichtseite abgewendet ist. Es wird eine Zeit kommen, wo Deutschland seine Lichtseite zeigen wird, und wir sind von der stolzen Zuversicht durchdrungen, daß die Welt diese Lichtseite schätzen wird. Endlich sind wir nicht mehr das Volk von Genf und Locarno, das Volk des Dawes-Vertrages [33], sondern wir sind das Volk von Verdun [34] und Flandern [35]. Von der Somme [36] und von Ypern [37], das Volk der U-Boote [38], ein anderes Volk als das, was heute die Welt sieht. (Stürmischer, anhaltender, sich wiederholender Beifall.)

Und dieses Volk wird einmal wieder auferstehen. Es wird sich in der Geschichte anmelden, und wenn dieses deutsche Volk von einst wieder seine Stimme erhebt, dann wird man wissen, daß es das Deutschland von heute nicht mehr ist. Dann wird man eher Konzessionen machen und sich auf Grund einer ehrlichen Verständigung auseinandersetzen können. Was ist wertvoller: Südtirol oder Italien als Bundesgenosse? Heute können wir nur so sprechen. Die deutsche Nation braucht einen mächtigen Staat und keine phantastischen Gedankengänge überspannter Politiker oder Nachkömmlinge derer, die 1918 unser Volk zugrunde gerichtet haben.

Ein Marxist kann andere Gründe als materielle für eine politische Haltung sich gar nicht vorstellen. Er sagt sich: Dieser Mensch kämpft seit 10 Jahren, muß also bezahlt sein! *Ich als alter Parteibonze muß das wissen! Ich kämpfe auch nur, weil ich bezahlt bin.* Nur der nationale

---

32 Zum Flaggenstreit vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 240 ff.

33 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

34 Am 21.2.1916 begann der Angriff auf die französischen Festungsanlagen bei Verdun unter großen Verlusten beider Seiten. Mit der französischen Gegenoffensive im Dezember 1916 ging das eroberte Gelände wieder verloren.

35 Flandern war seit 1914 mehrmals heftig umkämpft. Die Anspielung bezieht sich wahrscheinlich auf die trotz großen Truppen- und Materialeinsatzes im Mai 1917 gescheiterte britische Offensive gegen die im März 1917 auf die sogenannte Siegfriedlinie zurückgenommene deutsche Front bei Arras.

36 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generale Douglas Haig und Ferdinand Foch vergeblich versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrücken. Beide Seiten hatten höchste Verluste.

37 Nach dem Abbruch der Marneschlacht hatten die deutschen Truppen im Herbst 1914 vergeblich versucht, zur Küste durchzustoßen und dabei die alliierten Armeen von Norden zu umfassen. Aufgrund unzureichender taktischer Führung und mangelhafter Ausbildung der hauptsächlich aus Kriegsfreiwilligen bestehenden Einheiten verloren die 4. und 6. deutsche Armee während der Schlachten bei Langemarck (22./23.10.1914) und Ypern (30.10. bis 24.11.1914) 80-100.000 Mann.

38 Die kaiserliche Marine verlor im Ersten Weltkrieg 187 Unterseeboote. Mehr als 12 Millionen BRT feindlichen Handelsschiffsraums, zehn Schlachtschiffe, 18 Kreuzer, 20 Zerstörer und neun Unterseeboote wurden versenkt. Vgl. Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung, München 1974, S. 444.

Mensch entwürdigt sich selbst, wenn er beim anderen so etwas voraussetzt. Wenn sie in sich gehen, können sie nicht ableugnen, daß unser Weg der richtige ist. Ich hätte im Gerichtssaal Dutzende von Zeitungen zitieren können, die heute zugeben, daß unsere außenpolitische Auffassung die einzig richtige ist. Ich habe es nicht getan, weil man sonst meinen könnte, daß ich das vertrete, nur weil andere es sagen. Auch diese Lügen haben kurze Beine. Es kommt die Zeit, wo das Volk solche Dinge nicht mehr hören will, sondern die *Ankläger* vernehmen wird, die sagen werden: *Ich habe einmal Deutschland zugrunde gerichtet, ihr habt unser Volk in den Ruin geführt. Rechtfertigt euch, wenn ihr es könnt, wenn nicht, dann macht euch gefaßt, daß ihr zur Hölle fahrt. Die Barmherzigkeit soll dem Herrgott überlassen bleiben, wir wollen jetzt nur Recht.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

19. Mai 1929 — Dok. 39
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 19./20.21.5.1929.

Der *Gau Saar* der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird von mir *mit sofortiger Wirkung aufgelöst* [1]. Die Ortsgruppen und Stützpunkte werden der Reichsleitung der Partei direkt unterstellt und nehmen sofort mit ihr Verbindung auf.

Gez.: Adolf Hitler

Von allen Parteiblättern nachzudrucken.

1 Am 4.12.1926 genehmigte die Regierungskommission des Saargebiets die Gründung der "NSDAP des Saargebietes", wobei die reichsdeutsche NSDAP weiterhin verboten blieb. Dennoch wurde der Gau Saar von München aus als Teil der NSDAP betrachtet (vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 16). Das geringe öffentliche Echo, Personalauseinandersetzungen, finanzielle Schwierigkeiten und die mäßige Unterstützung aus München für die formal von der Reichsleitung unabhängige Organisation führten zu einer Parteikrise. Die Auflösungsverfügung Hitlers erregte Aufmerksamkeit bei den saarländischen Behörden, so daß im VB vom 11.7.1929 eine Erklärung der Reichsleitung vom 9.7.1929 veröffentlicht wurde, daß die beiden Organisationen keine Verbindung hätten. Vgl. Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987, S. 44 ff.

25. Mai 1929 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg [1]

Ostpreußische Zeitung vom 27.5.1929, "Adolf Hitler in Königsberg" [2].

Der Waffenstillstand im Walde von Compiègne [3], der die restlose Entwaffnung und politische Entrechtung Deutschlands herbeiführte, hat die gesamten späteren Verhandlungen in unseligster Weise beeinflußt. Londoner Abkommen [4] - Locarno [5] - Völkerbund [6] - Pariser Reparationskonferenz [7] - sind eine Reihenfolge von Diktaten, von denen eines immer furchtbarer als das andere ist. Ein politisch gesundes Volk hätte nie den Zusammenbruch von 1918 mitmachen können.

In einer Zeit, in der Bismarck, Deutschlands eiserner Kanzler, die nationalpolitische Einigung der deutschen Staaten und Stämme vollbrachte, geht der Marxismus als Einheit ans Werk, den Volkskörper langsam zu zerfressen [8].

Das deutsche Volk zerfällt in Klassen.

Nur die deutsche Front im Weltkriege war der laufenden Entwicklung entrissen worden, weil die deutschen Soldaten im Felde vor dem Feinde ihr gemeinsames Schicksal erkannten. In Deutschland steht die proletarisch-internationale Masse der bürgerlich-nationalen Welt gegenüber. Eine weltanschauliche Trennungslinie läßt Deutschland in zwei Hälften zerfallen, die keine Berührungspunkte miteinander haben [9].

Adolf Hitler geht mit dem Marxismus und seiner materialistischen Geschichtsauffassung ins Gericht. *Ideale* sind es stets gewesen, um die Menschen gekämpft haben. *Wer nur* für sein Leben kämpfen will, der will niemals sterben. Der Sozialismus bedeutet eine Entfernung vom Kampfsinn, für ihn gibt es keine Ideale. Das Ziel des Marxismus, die Zertrümmerung der kapitalistischen Welt, ist nicht erreicht worden. Geradezu grotesk mutet es an, wenn heute selbst die russischen Bolschewisten zu kapitalistischen Methoden übergehen [10] und den Militarismus

---

1 Im großen Saal der Stadthalle, nach 20.15 Uhr. Die laut Ostpreußischer Zeitung überfüllte Versammlung wurde von Gauleiter Erich Koch geleitet. Hitler sprach drei Stunden.

2 Vgl. auch VB vom 4.6.1929, "Unser Führer in Königsberg" sowie "... Man versteht Hitlers Haß, den Haß des Frontsoldaten". Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 8.6.1929, "Hitler in Königsberg".

3 Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

5 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

6 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

7 Vgl. Dok. 38, Anm. 5.

8 Anspielung auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23.5.1863, aus dem sich die SPD entwickelte.

9 Zur Gesellschaft im Kaiserreich und zu ihrer Veränderung durch den Ersten Weltkrieg vgl. Wolfgang J. Mommsen, Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a. M. 1990, S. 306 ff., 447 ff.

10 Seit 1921 hatte die sowjetrussische Führung mit der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik die gravierenden wirtschaftlichen Mängel aufzufangen versucht, die der Erste Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus verursacht hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft, die auch ausländische Investitionen förderten, sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Alan M. Ball, Russia's Last Capitalists. The Nepmen 1921-1929, Berkeley [2]1990.

einführen [11]. Der Parademarsch der roten Truppen auf dem roten Platz in Moskau ist ein schlagender Beweis dafür, daß nur die Kraft siegreich ist, solange es Menschen gibt. Dem Sozialismus ist es nicht gelungen, seine Idee zum Allgemeingut des Volkes zu machen.

Der Redner schildert dann weiter die heutige Lage Deutschlands. Festzustellen ist zunächst, daß es Deutschland außenpolitisch nicht gelungen ist, die Weltkoalition zu zertrümmern.

Die erlogene politische Schuld Deutschlands [12] *hat man langsam in eine wirtschaftliche Verpflichtung umgewandelt* [13].

Die Folge davon ist das Ausscheiden Deutschlands aus jeglicher aktiven Weltpolitik und Betätigung. Die einst so weltbedeutende deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen. Nur durch sittliche und geistige Erneuerung kann Deutschland wieder hochkommen. Vaterlandsliebe, Energie, Tatkraft und Opfermut sind Faktoren, die Staaten neu begründet haben. Deutschland steht wieder auf, wenn es gelingt, alle im Zeichen einer gemeinsamen großen politischen Idee zusammenzufassen. Diese neue Idee muß sozial verbindend wirken können.

Der Deutsche muß klar erkennen lernen, daß vom Gesamtschicksal seines Volkes sein Einzelschicksal abhängt. Die politischen Tugenden des jungen neupreußischen Staates waren es, die Deutschland groß gemacht haben [14]. Blut und Heroismus und nicht die Wirtschaft haben das Reich begründet. Personenschicksale, in Weltanschauungen verankert, sind oft bestimmend für Völkerschicksale.

Die Voraussetzungen für den Lebenskampf, dem [*sic!*] Kampf ums Dasein, eines Volkes sind seine Ideale. Die Kraft des Kampfes bemißt sich nach dem Kampf der Zahl um den Boden. Hier stößt die Auffassung von Hitler mit dem Marxismus zusammen, der den Kampf der Zahl um den Boden als Klassenproblem auffaßt und den nur Gesellschaftsordnung und Produktionsmethoden interessieren. Das Wesentliche nach nationalsozialistischer Auffassung ist der *Wert des Volkes und der Boden eines Volkes.* Nicht zu leugnen ist, daß der spezifische Wert des Menschen verschieden ist. Zwischen beiden Faktoren besteht nur der Unterschied, daß das Volk sich ununterbrochen vermehrt, während der Bodenausdehnung in einem Staate ganz enge Grenzen gesetzt sind. Für Deutschland mit seinen 62 Mill. Menschen auf 47.000 [*sic!*] qkm [15] bestehen drei Möglichkeiten, um das Mißverhältnis zu beseitigen:

Mehr Raum, weniger Menschen oder Exportwirtschaft.

Der Vortragende lehnt die beiden letzten Möglichkeiten ab. Unheilvoll sind die Folgen der Geburtenbeschränkung und der Auswanderung, die einer laufenden Auslese von Höchstwerten aus dem Volkskörper gleichkommt. Exportwirtschaft bedeutet wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland. Die politische Kraft eines Volkes steht auch hier im Vordergrunde. Daß das Problem der Billigkeit, die Senkung der Produktionskosten, eine bedeutsame Rolle im Wirtschaftsverkehr zwischen Völkern mit verschiedener politischer Stärke spielt, wird vom Vortragenden zu Unrecht verneint. Nur wegen der infolge von finanziellen Lasten, hohen Löhnen und Zinsen gegenüber dem Auslande größeren Gestehungskosten [16] und der in und nach dem

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 18.
12 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
13 Vgl. Anm. 7 sowie Dok. 1, Anm. 15.
14 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
15 Vgl. Dok. 4, Anm. 4.
16 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

Kriege entstandenen überseeischen Konkurrenz, ist die wirtschaftliche Stellung der deutschen Exportindustrien auf dem Weltmarkt heute sehr geschwächt. Für Deutschland muß mehr Boden verlangt werden, damit sein Volk im Daseinskampfe auf dieser Welt bestehen und fortleben kann. [17]

17 Folgt abschließender Kommentar.
Am 29.5.1929 traf Hitler in Berlin ein. Am 1. und 2.6.1929 fand in München der 10. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms statt. Um sich der Teilnahme zu entziehen, kehrte Hitler erst danach nach München zurück. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 378 ff.

16. Juni 1929 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwarzenbach am Wald [1]

Hofer Anzeiger vom 17.6.1929, "Adolf Hitler in Schwarzenbach a. W." [2].

Noch nie haben wir von unseren Gegnern erlebt, daß sie sich bemüht hätten, sachlich und objektiv auf unsere Ideen einzugehen. Die Idee einiger Männer von damals [3] hat zu der heutigen neuen Weltanschauung geführt, die von den Nationalsozialisten aufgestellt wurde und die im Grunde uralt ist. Der Redner zeichnete in scharfen Umrissen ein Bild von dem Deutschland vor 15 Jahren [4] und stellte dem die heutige Republik Deutschland gegenüber und das darin herrschende Regierungssystem. Damals ein Großstaat, ein Kulturstaat ersten Ranges, reich auch an materiellen Gütern. Der Deutsche auch als einzelner geachtet in der Welt. Damals wohl eine als zopfig verschrieene Verwaltung, deren mustergültiger Reinlichkeitssinn und [*deren*] Ehrlichkeit nirgends in der Welt ihresgleichen fand. Und heute? Ein Sturz von der stolzen Höhe. Vergessen ist, daß wir eine Tradition der Größe hatten. Was hat die alte Reichsfahne verbrochen, was die kleine Kokarde, die beide beseitigt wurden [5]? Alles, was an große Vergangenheit erinnerte, beseitigt. Denkmäler wurden vernichtet, Namen unserer Großen ausgelöscht [6]. Ja, ausgelöscht kann dies alles werden aus der Erinnerung, aber ein Volk, das dies tut, löscht sich selbst aus. Aber die Ehre verlieren, heißt für ein Volk wie für den Menschen zugleich Brot verlieren. Ganze Berufsgruppen wurden im heutigen Deutschland ausgelöscht. Wer soll Vertrauen aufbringen zu einem Staat, der kalt lächelnd fundamentale Berufsstände auslöscht, als wären sie nicht gewesen. Man denke an die deutsche Landwirtschaft [7]. Das tut man in einer Republik, die keineswegs das Kapital bekämpft, wie sie vorgibt, sondern viel-

---

1 Von ca. 16.00 bis 18.00 Uhr. Vorangegangen waren ein Feldgottesdienst in Schwarzenbach a. W. und der Schwur auf dem Döbraberg, der durch Reden von OSAF-Stellvertreter Manfred Freiherr von Killinger und Gauleiter Hans Schemm eingeleitet wurde. Die Schlußworte des Schwures lauteten: "Wir bitten den Herrgott, uns den Sieg zu schenken, den wir zu erreichen gedenken, als die unentbehrliche Basis zu einem positiven Christentum. Wir geloben unter den heiligen Tannen des Frankenwaldes nicht zu rasten, bis die Heimat und das Vaterland wieder frei geworden sind. Unser liebes Vaterland, das große Deutsche Reich dreimal Heil!" Nach dem Rückmarsch nach Schwarzenbach sprach Hitler laut Polizeibericht vor 4.000 bis 5.000 (VB 10.000) Menschen in einem großen Zelt.

2 Vgl. VB vom 19.6.1929, "Vorwärts", vom 21.6.1929, "Der Döbra-Schwur"; Polizeibericht der Gendarmerie Naila vom 17.6.1929; BayHStA, MInn 81582 sowie Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 9.7.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte. Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 29.6.1929, "Der Treuschwur am Döbraberg".

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Gemeint ist das Kaiserreich.

5 Zum Flaggenstreit vgl. Dok. 38, Anm. 32. 1897 war neben der Landeskokarde auch eine schwarz-weiß-rote einheitliche Reichskokarde als Abzeichen für Kopfbedeckungen bei den Kontingenten der Bundesstaaten eingeführt worden. 1921 erhielt die Reichswehr als Reichskokarde einen schwarzen Adler auf gelbem Grund; die jeweiligen Landeskokarden wurden weitergetragen.

6 In den vom Deutschen Reich aufgrund des Versailler Friedensvertrags abgetretenen Gebieten und im besetzten Rheinland kam es zu Zerstörungen deutscher Denkmäler durch alliierte Truppen. Vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 347 f. Am 8.5.1920 war für ganz Deutschland die Verordnung über den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken in Kraft getreten. Druck: RGBl. 1920, S. 913 f.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

mehr Deutschland zum willenlosen Hörigen internationaler Hochfinanz herabdrückt. Im Augenblick größter Not leiste sich die Regierung so splendide Ausgaben, wie sie im alten Regime unmöglich gewesen wären. Ministerstellen wachsen ins Grenzenlose [8]. Ja, die Demokratie läßt es sich etwas kosten. Auf der einen Seite Not, Proletarisierung des Mittelstandes [9], der Arbeiter, auf der anderen Seite Hinaufschrauben des Einkommens einiger weniger Leute [10]. Der Pazifismus hat gesiegt, aber das deutsche Volk hat verloren! Verfall auf allen Gebieten. Und nun rechnete der Redner ab mit denjenigen Männern und mit den offiziellen Regierungsstellen, die außen-, innen- und wirtschaftspolitisch das deutsche Volk leiten und seine Interessen vertreten sollten. In derselben Zeit, in der man in Paris das Volk auf 58 Jahre versklavte [11], in derselben Zeit beschäftigte man sich in Berlin, in München usw. mit tausend nichtigen Dingen. Alle paar Jahre finden - mit negativem Erfolg - Vertragsrevisionen statt und bringen Deutschland von Revision zu Revision tiefer ins wirtschaftliche Unglück [12]. Dem Marxismus, der Sozialdemokratie, die heute herrschend ist, stellt der Nationalsozialismus sein Bekenntnis gegenüber, das das Wohl des Volkes allem anderen vorzieht. Das Mißverhältnis von Bodenfläche und Bevölkerungszahl in Deutschland sei eine der wichtigsten Ursachen unserer Not. Nicht die Majorität des parlamentarisch regierten Deutschland entscheide letzten Endes, sondern der Wert des einzelnen. Auslese befähigter Köpfe anstelle dieses jetzigen Systems, schöpferische Kraft der einzelnen Persönlichkeit sei nötig. Mit einem kurzen Rückblick auf den Werdegang seiner Partei, die aus kleinsten Anfängen zu heutiger Größe gewachsen sei, kam er zum Ende seiner Rede. Er schloß mit den Worten, einmal werde die Zeit kommen, wo eine braune Armee sich zwischen die streitenden Parteien schieben und diesen die Waffen aus der Hand schlagen werde. Und dann werde auch einmal wieder die Zeit kommen, wo das deutsche Volk erhalte, was es brauche: Freiheit und Brot [13].

---

8 Am 10.2.1919 wurden erstmals Reichsministerien errichtet, die die Funktionen der bisherigen zwölf Reichsämter wahrnahmen. Bei Inkrafttreten der Weimarer Verfassung gab es zwölf Reichsministerien, vom September 1919 bis April 1920 elf, dann bis August 1923 zwölf, von August 1923 bis Mai 1924 elf, von da an bis September 1930 wieder zwölf. Jedem Ministerium stand ein Reichsminister vor, daneben gab es Reichsminister ohne Geschäftsbereich, jedoch nicht zwischen Juni 1928 und September 1930. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 341 ff. Das Königreich Preußen hatte elf Ministerien, der Freistaat Preußen sieben; das Königreich Bayern sieben, der Freistaat Bayern sechs.

9 Vgl. Dok. 17, Anm. 22.

10 Gegenüber den Vorkriegsjahren war in der Einkommensschichtung eher eine leicht gegenläufige Entwicklung eingetreten. 1913 verdienten 10% der Einkommensbezieher 40%, 1925 37% des Gesamteinkommens. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 103.

11 Die Sachverständigenkonferenz in Paris (vgl. Dok. 2, Anm. 6) hatte sich am 31.5.1929 grundsätzlich auf eine Neuregelung der deutschen Reparationen geeinigt und die unter dem Namen "Young-Plan" bekannt gewordenen Vereinbarungen am 7.6.1929 unterzeichnet. Der endgültige Entwurf entsprach weitgehend dem Kompromißvorschlag vom 4.5.1929 (vgl. Dok. 38, Anm. 5). Die Jahresraten sollten von 1,7 Milliarden RM bis 1965/66 auf 2,5 Milliarden RM steigen, von dort an bis 1988 auf 898 Millionen RM sinken. Der Zinsendienst für die Dawes-Anleihe und eine Ausgleichszahlung an Belgien kamen dazu. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 42 f., 268 ff.

12 Der Young-Plan stellte eine Revision des Dawes-Planes dar. Vgl. Anm. 11 sowie Dok. 1, Anm. 15.

13 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des "Völkischen Beobachters" überschrieben.

19. Juni 1929 Dok. 42
"Zielfahrt"
Anordnung

VB vom 19.6.1929.

Bekanntmachung 1

Anläßlich des Reichsparteitags findet eine *Zielfahrt* von Autos und Motorrädern nach Nürnberg statt. Beteiligungsgebühr beträgt für Kraftwagen 10 [*R*]M, für Motorräder 5 [*R*]M.

Für diese Zielfahrt wird das Nürnberger Parteitagabzeichen in Form einer *Zielfahrtplakette* ausgegeben. Pg. Christian *Weber* [1] hat sich bereit erklärt, die Organisation der Zielfahrt durchzuführen. Die genauen Ausführungsbestimmungen folgen [2].

gez.: Adolf Hitler

(Nachdruck in allen Parteiblättern!)

22. Juni 1929 Dok. 43
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Hitler in Coburg" [2].

Hitler begann damit, daß er erklärte, es sei für einen Nationalsozialisten undankbar, eine Wahlrede zu halten [3], und schilderte dann, wie der Zwang der Verhältnisse die Nationalsozialisten in das Parlament der Kommune, des Landtags und Reichstags [*sic!*] gebracht habe.

Er wolle aber keine Wahlrede im üblichen Sinne des Wortes halten, *d. h., keine Versprechungen* machen. Die N.S.D.A.P. kümmere sich in erster Linie um das Schicksal der deutschen

1 Christian Weber (1883-1945), Pferdehändler, 1921 Eintritt in die NSDAP, Angehöriger des "Stoßtrupp Hitler", 1921-1923 Organisator der Reichsleitung der NSDAP, 1923/24 Schutzhaft wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926-1934 Stadtrat in München, 1931-1933 Kreisrat, 1935-1945 Ratsherr und Ratspräsident der Stadt München, 1933-1945 Präsident des Kreistags von Oberbayern.

2 Am 30.6.1929 wurden die Modalitäten bekanntgegeben. Die Sternfahrten sollten am 1.8.1929 um 8.00 Uhr beginnen und am 4.8.1929 um 14.00 Uhr in Nürnberg enden. Erster Preis sollte ein von Hitler gestifteter "Adolf-Hitler-Wanderpreis" sein. Vgl. VB vom 30.6.1929, "Stern-Fahrten Ziel Nürnberg".

1 In den Hofbräugaststätten, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht des Bezirksamts Coburg rund 2.000 Personen teilnahmen, leitete Stadtrat Franz Schwede. Hitler sprach zwei Stunden.

2 Vgl. VB vom 25.6.1929, "Hitlerversammlung in Koburg" sowie Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, München 1939, S. 152 f. Zu den äußeren Umständen vgl. Bericht des Bezirksamts Coburg an die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.6.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth Nr. 1740.

3 Am 23.6.1929 fand in Coburg die Neuwahl des Stadtrats statt. Vgl. Dok. 33, Anm. 2.

Nation, die durch das Verbrechen des Waffenstillstands 1918 [4] langsam immer weiter in das Elend und die Knechtschaft [5] gezogen worden sei. Die Partei sei gegen die Gedankenverwirrung einer Verständigung, *Deutschland müsse wieder egoistisch werden.* Die drückenden Tagesfragen des *einzelnen* können niemals gelöst werden, ehe nicht die Zerrissenheit der *ganzen Nation* beseitigt ist. Der Gesichtspunkt auch bei den Wahlen müsse nur Markstein sein auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht, *nicht* durch *irgendwelche Parteien*, sondern durch das *deutsche Volk.* Geholfen werden muß dem ganzen Volk, das erst dann wieder dem Einzelnen helfen kann, denn wir sind an *die Gesamtheit der Nation gebunden.* [*Der*] Redner sprach dann davon, wie jede Zeit ihren repräsentativen Vertreter hatte, *weil sie ihn verdiente.* Preußen hatte einen Friedrich den Großen, England hatte einen Cromwell, und Deutschland hat augenblicklich einen Stresemann, der es als deutscher Außenminister fertigbringt, seinen Erholungsurlaub an der *Riviera* zu verbringen [6].

Trotz allem dürfen wir den Glauben an das deutsche Volk nicht verlieren, ist es doch noch *dasselbe Volk, das viereinhalb Jahre einen Weltkrieg bestanden hat.* Auch von 1806 nach 1913 [7] war ein Schritt, der einem Volk in *Sklaverei* die *Freiheit* brachte, allerdings nur durch das Schwert.

[*Der*] Redner ging dann ausführlich auf die deutsche Außenpolitik, die Innenpolitik und die Unterdrückung des deutschen Volksgeistes ein und kam zum Ergebnis, daß *nur der Kampf gegen den Internationalismus* aus der Not unserer Zeit führen könne. Die Zukunft des deutschen Volkes ist ein Problem der Abkehr vom Internationalismus, einer Abkehr vom Hoffen auf die Hilfe anderer. Die *persönliche Kraft* entscheidet und nicht die *Zahl.*

Weiter schilderte Hitler die Entstehung der nationalsozialistischen Idee, die, aus einem Nichts entstanden, sich bis zur heutigen Größe entwickelt hat. *Ein* Wille ist es, der alle zusammenhält, das Suchen nach einer Weltanschauung, nach Gestaltung, *das Suchen nach einem anderen Deutschland, das machtvoll die Pariser Ketten* [8] *zerbricht.* [9]

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 40 sowie Dok. 30, Anm. 4.
5 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen.
6 Vgl. Dok. 14, Anm. 1. Im Juli 1929 verbrachte Gustav Stresemann einen Kuraufenthalt auf Bühlerhöhe im Schwarzwald.
7 Muß heißen 1813. Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
8 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
9 Folgt Bericht über weiteren Versammlungsablauf.

23. Juni 1929 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

VB vom 5.7.1929, "Zum Sieg des Hakenkreuzes in Koburg" [2].

In zündender Rede feierte er den Erfolg der Coburger Nationalsozialisten [3], welcher nach seiner Ansicht als ein gutes Zeichen für den Augang der anfangs Dezember d[*iese*]s J[*ahre*]s in ganz Bayern stattfindenden Gemeindewahlen [4] zu bewerten sei.

30. Juni 1929 Dok. 45
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 30.6.1929 [1].

Deutsche Männer und deutsche Frauen!

Vom 1. - 4. August [*1929*] findet in Nürnberg der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt. Fünfzehn Jahre sind damit seit dem unvergeßlichen und denkwürdigen Tag vergangen, da das deutsche Heer sich anschickte, zur Verteidigung unserer Heimat an die

Fronten des Weltkriegs

abzurücken [2]. Unerhört sind die Leistungen des Heeres gewesen, herrlich die Siege, unvergleichlich der Opfermut, ebenso groß aber auch das Opfer selbst.

Rund 2 Millionen Männer, vom Knaben fast bis zum Greis, hat unser Volk im größten Ringen der Weltgeschichte an Toten verloren [3]. Es gibt kaum eine Familie in Deutschland, die nicht Blutzoll bringen mußte.

Das offizielle Deutschland von heute jedoch hat diesen unsterblichen Helden den Dank verweigert [4]*. So wollen wir uns der Kameraden von einst, die für uns alle das Leben lassen mußten, mit dankerfülltem Herzen erinnern.*

---

1 In den Hofbräugaststätten, abends.
2 Vgl. Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Der Bezirk erhält eine Ehrenstandarte".
3 Von den 25 Mandaten hatten, bei 70% Wahlbeteiligung, die NSDAP 13, die SPD sieben, die DNVP drei und der Nationalliberale Verband zwei erhalten. Vgl. Coburger Tageblatt vom 24.6.1929, "Nationalsozialistische Ernte des Volksentscheids"; Coburger Zeitung vom 24.6.1929, "Ein überwältigender Sieg der Nationalsozialisten"; Vossische Zeitung vom 25.6.1929 (PA), "Residenz Coburg" sowie Hayward/Morris, The First Nazi Town, S. 113.
4 Am 8.12.1929.

1 Nochmals abgedruckt im VB vom 30.7.1929.
2 Vgl. Dok. 1, Anm. 7 sowie Dok. 12, Anm. 4.
3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.
4 Am 4.8.1924 wurde zum zehnten Jahrestag des Kriegsausbruchs ein Gedenk- und Trauertag für die deutschen Opfer des Weltkriegs veranstaltet. In seiner Ansprache dankte Reichspräsident Friedrich Ebert den Gefallenen

Die materielle Zeit der Republik hat kein Verständnis für eine ideale Ehrung, die vielleicht sogar ein Opfer fordern würde. Wir aber wollen uns die Größe des Opfers vor Augen halten, das unsere Kameraden einst brachten und daran den geringen Dank messen, den wir heute zu geben vermögen.

Parteigenossen, Männer, Frauen und Mädchen! Bringt Kränze mit unseren Schleifen nach Nürnberg und legt sie am Sarkophag[5] *als Ehrung und als Zeichen des Nievergessens* [*sic!*] *nieder. Windet diese Kränze wenn möglich selbst. Bringt sie aus allen deutschen Gauen, geschmückt mit den Blumen der Berge und dem Ginster der Heide. Keine Ortsgruppe schicke ihre Vertretung nach Nürnberg, ohne ihr einen Kranz mitzugeben. Kein Sturm komme nach Nürnberg, ohne einen Kranz mitzunehmen. Wer selbst einen Lieben im Felde verloren hat, bringe persönlich einen Kranz des Gedenkens.*

Unsere Jugend soll sehen, daß in unserem Volk die Dankbarkeit erwacht ist, daß die Helden nicht vergessen werden, und sie soll wissen, daß auch sie einst nicht vergessen wird, wenn das Schicksal sie zum Schutze der Heimat ruft.

Bringt Kränze den Toten und Blumen den Lebenden!

Adolf Hitler

Die Kränze sind ab Sonnabend vormittag nach Eintreffen der Sonderzüge in geschlossenen Abordnungen am Gefallenen-Denkmal im Luitpoldhain niederzulegen[6].

Die Reichsleitung

---

ausdrücklich. Reichspräsident und Reichsregierung erließen einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung eines Ehrenmals. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1924, München 1927, S. 56 f.; Lurz, Kriegerdenkmäler, Bd. 4, S. 49.

5 Die Stadt Nürnberg hatte im Luitpoldhain eine Halle zu Ehren ihrer im Weltkrieg gefallenen Bürger errichten lassen, die jedoch noch nicht eingeweiht worden war. Davor bauten die Nationalsozialisten einen großen Sarkophag auf. Vgl. Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991, S. 43 ff.

6 Am 4.8.1929 um 8.00 Uhr fand im Luitpoldhain als Totenehrung ein Appell von ca. 25.000 SA und SS-Männern statt. Franz Xaver Ritter von Epp hielt die Gedenkrede. Anschließend marschierte die SA durch die Stadt und am Hauptmarkt an Hitler vorbei. Vgl. ebenda.

2. Juli 1929 Dok. 46
Schreiben an Leopold Poetsch [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/15.

Hochverehrter Herr Schulrat,

von einer Reise zurückkehrend, finde ich Ihre Zeilen vom 20. Juni [*1929*] [2] vor. Sie können sich kaum vorstellen, welche Freude Sie mir mit diesen gemacht haben. Riefen Sie mir doch mit einem Schlag die Erinnerungen an die Jugendjahre wach und an die Stunden bei einem Lehrer, dem ich unendlich viel verdanke, ja, der mir zum Teil die Grundlage gegeben hat für den Weg, den ich inzwischen zurücklegte.

Statt der erbetenen Abschrift aus meinem Buche, lasse ich Ihnen dieses selbst zugehen; Sie werden die betreffende Stelle zu Beginn des ersten Bandes finden [3]. Bei einer Neuauflage desselben wird Ihr Vorname selbstverständlich berichtigt [4].

Mit herzlichen Grüssen und dem Ausdruck meiner Verehrung,

Ihr Ihnen stets ergebener

Adolf Hitler

---

1 Leopold Poetsch (1865-1941), Dr. phil., Lyzealdirektor, 1901-1904 Geschichtslehrer Hitlers an der Linzer Realschule, 1930-1938 Vorstand der Raiffeisenkasse St. Andrä, 1931-1938 Gemeinderat in St. Andrä, 1941 Staatsbegräbnis.

2 "Hochgeschätzter Herr Hitler!
Entschuldigen Sie vielmals in Güte diese einfache Ansprache, da mir der Ihnen zukommende Titel nicht bekannt ist. Durch Zufall kam ich vor kurzem mit zwei nach Triest reisenden Reichsdeutschen über Ihre, mir hochwerte Persönlichkeit zu reden, die mit rührender Anhänglichkeit und Begeisterung von Ihnen sprachen. Unter anderem erwähnte ich, daß ich Ihr Lehrer an der Staatsrealschule in Linz war. Die Nennung meines Namens veranlaßte sie zur Frage, ob ich nicht etwa der Professor Dr. Ludwig Poetsch sei, dessen Herr Hitler in seinem Werke 'Mein Kampf' mit seltener Schüleranhänglichkeit rührend gedenkt. Ich antwortete, daß darüber wohl kein Zweifel bestehen könne, obwohl ich nicht Ludwig sondern Leopold Poetsch heiße. Indem ich Ihnen, bester, liebenswerter Herr Hitler, für die mir zugedachte, wohl nicht ganz verdiente Anerkennung herzlich danke, möchte ich Sie freundlichst ersuchen, mir eine Abschrift der mir gewidmeten Erinnerungsstelle in Ihrem Werke zukommen zu lassen, die ich als Vermächtnis meiner Familie hinterlassen möchte. Nehmen Sie diese freimütige Zuschrift Ihrem alten Lehrer nicht übel, der sich mit Freude seines Schülers erinnert und seien Sie herzlichst gegrüßt [...]"; BA, NS 26/15.

3 Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München [3]1928, S. 11 f.

4 In der vierten Auflage (Adolf Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band - ungekürzte Ausgabe. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung. IV. Auflage, 33. bis 42. Tausend, München 1930, S. 12) wurde der Vorname korrigiert. Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, S. 172 f.

5. Juli 1929 Dok. 47
Rede auf NSDStB-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 15.7.1929, "Kampf um Berlin" [2].

Er [*Hitler*] verglich die Zeit von 1806 bis [*18*]13 [3] mit den zehn Jahren seit Versailles [4]. Damals habe die deutsche Professorenschaft, allen voran *Fichte* [5], den Freiheitswillen in der akademischen Jugend entfacht, unbekümmert darum, daß

der Feind im Lande

stand. Heute wird den deutschen Studenten und ihren Führern, der deutschen Professorenschaft, *verboten* [6], sich gegen die Kriegsschuldlüge [7] zu wehren. *Heute* schlägt die Polizei

mit dem Gummiknüppel [8]

auf die Jugend, die aus ihrer Liebe zum Vaterlande, aus ihrer Liebe zur Freiheit, kein Hehl macht [9]. Aber jeder Schlag bringt uns dem Tage näher, wo wir ebenso legal den Gummiknüppel schwingen werden, wie andere es *heute* tun. [10]

6. Juli 1929 Dok. 48
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 6.7.1929.

Wenn sich im Völkerleben Charakterlosigkeit und Feigheit zu verbergen versuchen, dann geschieht dies nicht selten unter der Maske der Klugheit. Es gibt nicht wenige ehrlose Handlungen, die man den Völkern als Ausfluß einer höheren Klugheit hinzustellen versuchte. Elende

---

1 Im Kriegervereinshaus, nach 20.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die vom Reichsführer des NSDStB, Baldur von Schirach, geleitet wurde, sprachen vor Hitler Schirach und der Propagandaleiter des NSDStB Ottmar Wetzel. Goebbels gibt in seinem Tagebuch an, Hitler habe eine Stunde gesprochen. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 180 f.

2 Vgl. auch VB vom 9.7.1929, "Adolf Hitler bei den nat.-soz. Studenten".

3 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

5 Anspielung auf Johann Gottlieb Fichtes (1762-1814) "Reden an die deutsche Nation", die er 1807/08 im von den Franzosen besetzten Berlin hielt.

6 Auf Antrag der Reichsregierung hatte die preußische Regierung für den 28.6.1929, dem 10. Jahrestag des Versailler Friedensvertrags, alle an den Hochschulen bisher üblichen Veranstaltungen verboten. Vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 97 f.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

9 Am 4.7.1929 war ein Demonstrationszug der völkischen "Allgemeinen Studentenschaft" vom Opernplatz zum preußischen Kultusministerium bei der Verletzung der Bannmeile von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden. Vgl. Vossische Zeitung vom 5.7.1929 (PA), "Völkische Studenten demonstrieren".

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

Kapitulationen haben öfter als einmal diese Motivierung gefunden. Die deutsche Geschichte der letzten zehn Jahre kann diese Tatsache durch zahllose Einzelbeispiele noch weiter erhärten. Was hat die Republik seit dem Jahre 1918 nicht alles getan, was von einer objektiven Geschichtsforschung dereinst mit einem Maßstab gemessen werden wird, den in Preußen einmal Clausewitz schon angelegt hat [1], heute aber als einzig mögliche Handlung eines klugen Regiments gepriesen wird? Kapitulationen wurden unterschrieben, die für alle Zeiten zu den schamlosesten Dokumenten menschlicher Ehrlosigkeit zu rechnen sein werden, und zwar nicht etwa für unsere Gegner! Der Sieger vertritt seine Interessen. Niemand kann ihn deshalb schelten. Zu verachten ist aber der Besiegte, der eigene Interessen gar nicht mehr kennen will, ja, der von vornherein erklärt, daß er für alle Zukunft nicht mehr bereit ist, für solche Interessen einzutreten, der sich selbst zum ehrlosen Halunken herabwürdigt, indem er die Vertretung seiner Volksinteressen von früher als schuldiges Verbrechen anerkennt. Daß Frankreich Deutschland vernichten will, ist ein politisches Ziel. Daß Deutschland sich dieser Vernichtungsabsicht ohne äußersten Widerstand fügt, ist eine politische Ehrlosigkeit. Für den Friedensvertrag von Versailles [2] gilt aber das, was Clausewitz von allen solchen feigen Unterwerfungen als wesentlich anführt, indem er in ihnen einen Anlaß zum sich fortsetzenden Verfall eines Volkes sieht.

Als die deutschen "Unterhändler" ihre Unterschrift unter dieses grauenhafteste Edikt der Weltgeschichte setzten, unterschrieben sie eine doppelte Lüge. Erstens, daß Deutschland schuld und Veranlassung gewesen sei zum Weltkrieg [3] und mithin einer gerechten Strafe überliefert werden müsse, und zweitens, daß die uns auferlegten Bedingungen erfüllbare seien. Weder war Deutschland schuld am Krieg, noch sind die im Versailler Vertrag niedergelegten Bedingungen erfüllbar für ein Volk, das nicht selbst zu sterben gedenkt. So entsetzlich das Versailler Edikt aber auch als formales Dokument der Unterwerfung sein kann, so ist doch das entsetzlichste die Art, in der die deutsche Republik die Erfüllung dieser Erpressung versuchte. Es wird auch einmal die Aufgabe einer späteren Geschichtsschreibung sein, den Unterschied herauszumeißeln, der zwischen der Art des Ertragens der napoleonischen Diktatur von 1806 bis 1813 in Preußen [4] und der des Ertragens des Friedensvertrages von Versailles 1919 bis 1929 klafft. 1806 bis 1813 eine zähneknirschend ertragene fremde Unterdrückung, 1919 bis 1929 in devoter Hingabe erfüllte "Verpflichtungen". Das nationalsozialistische Deutschland wird einst auch weniger über die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles an sich zu richten haben als über die Art der Durchführung. Und da muß eines schon heute festgestellt werden: Was uns seitdem Frankreich an Gemeinheiten zugefügt hat, wäre alles nicht denkbar, wenn sich nicht in Deutschland Schergen gefunden hätten, deren politische Gesinnungslosigkeit jede französische Niedertracht noch turmhoch überragt. Es gäbe keine französischen Richter über Deutschland, hätten sich nicht in unserem eigenen Volk politische Henker gefunden, die

1 Gemeint ist Clausewitz' Bekenntnisdenkschrift von 1812, mit der er seine Abkehr von Preußen und den Eintritt in russische Dienste rechtfertigte. Druck: Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

2 Abgeschlossen am 28.6.1919. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

3 Vgl. Dok. 28, Anm. 4 sowie Dok. 1, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.

für gleißendes Gold und feiles Lob an der Hinrichtung Deutschlands mithelfen. Diese haben die Nation gefesselt, und sie sorgen für ihre Wehrloserhaltung, und mit ihnen muß zu allererst abgerechnet werden. Zehn Jahre Friedensvertrag von Versailles enthalten eine zehn Jahre lang begründete Forderung nach Bestrafung der Novembermänner. Sie haben Versailles ermöglicht, und nur ihr Sturz kann einst auch dieses Zwing-Uri brechen [5].

Die deutsche Reichsregierung hat an das deutsche Volk eine "Proklamation" erlassen [6]. Sie versucht es darin so hinzustellen, als ob das deutsche Schuldbekenntnis zum Kriege nur erzwungen und nicht ernst gemeint gewesen sei. Diese Proklamation ist mitunterschrieben von Angehörigen der marxistischen Parteien. Es muß hier doch festgestellt werden, daß es aber diese Parteien gewesen sind, die überhaupt erst dem Ausland die Möglichkeit schufen, von einer deutschen Schuld am Kriege zu reden. Oder will Herr Carl Severing es heute leugnen, daß es seine sozialdemokratische Partei gewesen ist, die schon jahrzehntelang vor dem Kriege Deutschland als "Weltfriedensstörer" in unzähligen Proklamationen und Kundgebungen hingestellt hat [7]? Will Herr Severing etwa leugnen, daß es die Presse seiner Partei war, die unermüdlich das deutsche Heer und das deutsche Offizierskorps als Friedensbedroher der anderen Nationen der Welt denunzierte? Und will Herr Carl Severing es etwa leugnen, daß seine Partei den deutschen Kaiser schon zu einer Zeit zum Feind des Weltfriedens stempelte, als im Ausland noch kein Mensch an einen solchen Unsinn dachte? Daß seine Partei die infamsten Lügen über den deutschen Militarismus, das Übermaß der deutschen Rüstungen, die Blutgier des deutschen Offiziers usw. verbreitete? Und weiß etwa Herr Severing nichts mehr davon, daß seine Partei gerade nach dem Kriege in Publikationen und auf Kongressen die Kriegsschuld Deutschland beigemessen hat [8]? Eine Proklamation über die Unwahrheit der deutschen Kriegsschuld, die von Vertretern der sozialdemokratischen Partei unterschrieben ist, wird auf das Ausland schon den richtigen Eindruck machen. Wie sie gedacht ist, geht aber am schlagendsten hervor aus der Formulierung des Satzes, daß Deutschland nicht die "Alleinschuld" am Kriege trage. Also schon schuldig, aber nicht ganz schuldig. Sollte also jemals die Nation in dieser Frage etwas unternehmen, dann kann damit die Unschuld Deutschlands gar nicht mehr festgestellt werden, denn die heutige Reichsregierung steht ja selbst auf dem Standpunkt zumindest einer Teilschuld Deutschlands. Nun kann man sich über eine solche unglaubliche Tat in Deutschland vielleicht ärgern, aber wie wird man das erst in England beurteilen oder in Paris? Wie kann darüber zum Beispiel ein englischer oder französischer Staatsmann denken, der doch genau weiß, wie die beiden Staaten in jahrelanger Arbeit den Krieg planmäßig vorbereitet haben [9], der weiß, wie man langsam die Schlinge um Deutschland legte und dann zuzog,

5 Anspielung auf Schillers "Wilhelm Tell".

6 Am 28.6.1929, zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, hatten Reichspräsident und Reichsregierung eine Botschaft an das deutsche Volk gerichtet, in die "Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege" zurückgewiesen wurde. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 140 f.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 39.

8 Die SPD erkannte in der Politik der Reichsregierung im Juli 1914 eine Mitverantwortung Deutschlands am Ausbruch der Krise und wandte sich gegen die "Unschuldspropaganda", bekämpfte aber andererseits die Alleinschuldthese. Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 244 ff., 257.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

und der nun in einer offiziellen Kundgebung der deutschen Reichsregierung zu seinem Erstaunen vernimmt, daß die Deutschen nicht "allein", also ebenfalls schuldig sind am Kriege? Ja, was wird so ein Engländer oder Franzose über so einen deutschen "Staatsmann" denken, der so etwas unterzeichnet. Und kann man dann ermessen, warum und mit welcher Verachtung wir heute von den Diplomatien dieser Länder behandelt werden?

Als im Jahre 1870 Frankreich Republik wurde [10], war dieser Wandel der Staatsform zunächst auch nur von dem Pariser Gesindel unter der Leitung von Journalisten und Advokaten vorgenommen worden. Wie in Deutschland waren es auch dort ein Haufen Juden, die an die Spitze des souveränen Volkes schnellten... Aber immerhin war wenige Monate später die französische Republik als Staatsform gefestigt. Nicht als ob sie das Schicksal grundsätzlich hätte ändern können, aber sie versuchte wenigstens, dem Schicksal zu trotzen. Die Revolution des Jahres 1870 drückte dem französischen Volk neue Waffen in die Faust, die Revolution im Jahre 1918 hat dem deutschen Volk die Waffe zerschlagen und in tausenden landesverräterischen Einzelhandlungen dem Ententewillen unterworfen und ausgeliefert [11]. Die französische Republik wurzelte daher immerhin in den Herzen von vielen und nicht den schlechtesten Franzosen. Ihre Trikolore [12] hat sie, wenn auch nicht siegreich, aber dann doch nicht entehrt, aus dem großen Krieg gerettet. Die deutsche Republik hat sich der Sieger von einst geschämt, ihre Farben beseitigt, die Kokarden entfernt [13] und ihr eigenes Symbol geschaffen [14]. Das Kaiserreich von einst fußte im Herzen von Millionen Deutschen, die auch bereit waren, dafür ihr Herzblut hinzugeben. Die deutsche Republik fußte in einem gesetzgeberischen Akt, der von den einen Deutschen anerkannt, von den anderen überhaupt abgelehnt wird. Es ist kein Wunder, wenn die Republik schon seit ihrer Gründung von tausend Ängsten über ihren eigenen Bestand verzehrt wird. Denn das fühlen die Herren Patentrepublikaner alle ziemlich deutlich, daß das heutige Deutschland der Weimarer Verfassung nicht viereinhalb Jahre Weltkrieg durchzuhalten in der Lage wäre, ja nicht einmal 36 Stunden Trommelfeuer [15].

Da die Republik ihre innere Schwäche kennt, meidet sie nach außen auch jede Gefahr. Das heutige deutsche Regiment kann gar keine andere als pazifistische Außenpolitik betreiben. Das Vertrauen in die Solidität ihres republikanischen Wunderstaates sowohl als in die Liebe und Zuneigung der von dieser Staatsform beglückten Bürger ist so gering, daß man nur durch besondere Gesetze glaubt, das Weimarer Monument vorm Zusammenbruch retten zu können. Das Republikschutzgesetz [16] soll dieser Konservierungsarbeit in erster Linie dienen. Es ist dieses Gesetz der konzentrierte Ausdruck der Unfähigkeit, mit den verfassungsmäßigen Mitteln den Staat vor der Liebe seiner Untertanen zu schützen. Würde das deutsche Volk selbst

10 Am 4.9.1870 war in Paris die Republik proklamiert worden.

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

12 Gemeint ist die 1792 eingeführte blau-weiß-rote französische Nationalflagge.

13 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.

14 Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11.8.1919 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1929, S. 1383.

15 Im Ersten Weltkrieg entstandene Bezeichnung für ein mit bis dahin unbekannter Intensität auch tagelang anhaltendes Vernichtungsfeuer der Artillerie. In der Herbstschlacht in der Champagne 1915 erstmals von französischer Seite angewandt, wurden von da an alle größeren Angriffe auf diese Weise eingeleitet.

16 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

jetzt nachträglich ein Volksbegehren vorgesetzt erhalten über seine Staatsform, dann könnten die Revolutionsväter noch heute ihre blauen Wunder erleben, so wenig ist es ihnen gelungen, ihren Staat dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit näherzubringen. Wenn das alte Reich feierte, jubelte Deutschland, wenn die heutige Republik jubelt, feiern nur ein paar Parteien. Alles andere wird durch einen mehr oder minder sanften behördlichen Druck gezwungen, in Begeisterung mitzumachen. Wer würde heute in Deutschland flaggen, wenn nicht der Zwang an allen Ecken und Enden nachhälfe [17]? Das Republikschutzgesetz, eine monströse Vertausendfachung der ehemaligen Majestätsbeleidigungsparagraphen [18], sollte den Widerstand gegen das heutige Regiment langsam abwürgen. Dabei war aber schon die Bezeichnung des Gesetzes eine fälschliche. Denn die meisten Täter, die unter dieses Gesetz fielen, haben niemals die Republik bekämpft oder gar den Staat an sich, wie die frechen Verräter und Vernichter des alten Staates heute vorlügen, sondern nur das Regiment einer schamlosen Parteiclique, die das deutsche Vaterland und damit natürlich auch die Republik zugrunde richten. Nun ist dieses Gesetz gefallen [19], und es ist fast eine höhere Fügung, daß es durch denselben Geist fiel, aus dem es einst geboren wurde. So wie nur Parteiinteressen einst die Entstehung dieses Gesetzes veranlaßten, so ist es nun über ebensolche Parteiinteressen gestolpert. Die Wirtschaftspartei [20] nahm dagegen Stellung, weil ihr ein anderer Wunsch, nämlich die Zurückziehung des Wohnheimstättengesetzes [21], verweigert wurde. Der Geist, aus dem die Republik einst entstanden ist, folgt ihr auf allen Wegen als getreuer Schatten nach.

Es geht nichts über einen wirklich gottesfürchtigen und christlichgläubigen Parlamentarier. In den anderen Ländern sind sie ja nicht so zahlreich zu finden, weil dort häufig das ketzerische Element überwiegt. Aber unser Bayernland ist glücklich genug, seine Geschicke in den Händen von Männern zu wissen, die der historischen Mehrheit entstammen und dabei in die Härte des politischen Kampfes den Balsam wahrhaftiger christlicher Gesinnung, Gesittung und Nächstenliebe hineinbringen. Allerdings alles an seinem Platze. Wenn zum Beispiel verruchte Hakenkreuzler von sich reden machen oder gar in gefahrdrohender Weise die öffentliche Ruhe und friedliche Ordnung der königlich bayerischen Republik bedrohen, dann kann man natürlich nicht in christlicher Nächstenliebe diesen Kindern des Teufels entgegentreten, sondern dann zückt der volksparteiliche Kreuzritter von Eichstätt [22] Schwert oder Gummiknüttel [23] und haut auf die verrohten Schädlinge des christlichen Bayernlandes mit Wucht und

---

17 Vgl. z. B. Dok. 23, Anm. 21.

18 Vgl. Dok. 3, Anm. 30.

19 Vgl. Dok. 29, Anm. 18.

20 Im September 1920 hatten mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gegründet, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

21 Bezieht sich auf das Reichsheimstättengesetz vom 10.5.1920. Dieses Gesetz erlaubte dem Reich, den Ländern und den Gemeinden, Einfamilienhäuser zu besonderen Bedingungen als Eigentum zu vergeben. Druck: RGBl. 1920, S. 962 ff.

22 Anspielung auf den Vorsitzenden der BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag Georg Wohlmuth, Dompropst in Eichstätt.

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

Gewalt liebevoll hinein. Und hier können diese Frommen dann Züge annehmen, die fast sadistisch aussehen würden, wenn es sich eben nicht um die Ausrottung der hakenkreuzlerischen Pestilenz handelte. Von dieser Pestilenz geht nun als besonders satanisches Werk seit Jahren eine Bewegung aus, den lieben jüdischen Volksgenossen das Schächten [24] des Viehes zu verbieten, das heißt also, zu fordern, daß kein Tier einen langsamen Martertod sterben darf. Die christliche Menschheit hat, von viehisch verrohten Naturen abgesehen, dies an sich schon längst gefordert und in vielen Staaten auch durchgeführt. In den Städten sorgen Tierschutzvereine dafür, daß keine Mißhandlungen an wehrlosen Lebewesen vorgenommen werden dürfen. Nur in den Schlachthäusern des auserwählten Volkes in Bayern wird das Vieh auf eine mehr als entsetzlich grausame Weise geschächtet, das heißt zu Tode gequält und ausgeblutet. Ärzte, Tierschutzvereinigungen, öffentliche Korporationen haben sich unzählige Male dagegen gewendet und, wie schon bemerkt, in einer ganzen Anzahl von Staaten diese viehische Grausamkeit beseitigt. Nun hat auch der Bayerische Landtag bereits einmal dazu Stellung genommen und die bayerische Landesregierung aufgefordert, sofort das weitere Schächten, das heißt Martern und Ausblutenlassen der Tiere bei lebendigem Leibe zu verbieten. Der Antrag wurde angenommen [25]. Selbst Judenparteien nahmen dafür Stellung. Es geschah aber nichts. Nun wurde im Bayerischen Landtag zum zweiten Male die Angelegenheit behandelt und abermals der Antrag wiederholt. Und wieder stimmten bis zu den Sozialdemokraten und Kommunisten alle für die Aufhebung dieser grauenhaften Kulturschande [26]. Nur eine einzige Partei nimmt für diese Schinderei des unschuldigen Viehes in wärmster Weise Stellung: die christliche Bayerische Volkspartei [27]. Die Partei der frommen Nächstenliebe, die kann es nicht über das Herz bringen, den lieben, braven jüdischen Mitbürgern weh zu tun. Evangelische und katholische Deutsche in ihrem Gefühl zu beleidigen, (und zwar auch in ihrem religiösen Gefühl zu beleidigen!) fällt diesen frommen Parlamentariern nicht schwer. Juden aber eine empörende Schinderei zu verbieten, das ist unmöglich. Das bringt das christliche Gemüt nicht über das parlamentarische Gewissen. Dabei handelt es sich um dasselbe Judentum, das einst Christus selbst an das Kreuz geschlagen hat. Allerdings der Bayerischen Volkspartei ist heute der Jude genau so wertvoll wie Christus der Herr. Den Namen des Herrn mißbraucht man, um politische Wahlen zu machen, und das Geld des Juden, um sie zu finanzieren. Ob das Vieh dann mit Schmerzen verreckt oder nicht, läßt das Herz eines solchen frommen parlamentarischen Biedermannes eiskalt.

---

24 Rituell einzig zulässige jüdische Schlachtmethode. Vgl. Neues Lexikon des Judentums. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Gütersloh 1992, S. 410. Zur zeitgenössischen Auseinandersetzung vgl. Jacob Levy, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin [2]1929.

25 Am 8.7.1926 hatte der Bayerische Landtag "mit großer Mehrheit" die Staatsregierung ersucht, "alsbald eine gesetzliche Anordnung" zur obligatorischen Betäubung des Schlachtviehs vor der Schlachtung zu erlassen. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 128. Sitzung vom 8.7.1926, S. 736 ff.

26 Am 27.6.1929 wurden im Bayerischen Landtag drei Eingaben zur Schächtfrage behandelt und mit 70 gegen 38 Stimmen zustimmend an die Staatsregierung weitergeleitet. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 51. Sitzung vom 27.6.1929, S. 484 ff.

27 Von den anwesenden Abgeordneten der BVP hatten alle gegen den Antrag gestimmt. Anton Scharnagl begründete diese Haltung damit, daß "auf die religiöse Überzeugung der gläubigen Juden Rücksicht genommen werden" müsse. Vgl. ebenda, S. 485.

9. Juli 1929 Dok. 49
"Die sächsische Regierungsfrage und die Nationalsozialisten"
Artikel

VB vom 9.7.1929.

Wenn sich das deutsche Bürgertum bemüht haben würde, den Nachweis seiner politischen Unmöglichkeit zu erbringen, dann hätte dies kaum glänzender gelingen können, als es heute in Sachsen der Fall ist [1]. Unter dem Motto: "Sachsen muß antimarxistisch sein", wurde die Wahl gemacht. Sie hat der bisherigen Regierungskoalition [2] nur eine sehr schwache Stellung gegeben. 46 Mann der Regierungsparteien gegen 45 der Sozialdemokraten und Kommunisten [3]. Den Ausschlag geben damit die 5 Nationalsozialisten [4]. Die Haltung unserer Fraktion würde einfach sein, wenn die Koalition der 46 innerlich eine wirklich tragfähige Homogenität darstellen würde. Das ist aber nicht der Fall. Demokraten und Altsozialisten [5] sind politisch nur als unsichere Regierungskantonisten zu bewerten. *Ja, bis in die Kreise der Volkspartei hinein herrscht der stille Wunsch, mit den Sozialdemokraten die Weimarer Koalition [6] aufleben zu lassen.*

Es gibt vielleicht auch unter unseren eigenen Parteigenossen manchen, der in einer solchen Lage die Neutralität oder besser den Kampf unserer Fraktion gegen alle Seiten als zweckmäßig oder zumindest dem Gefühl entsprechend wünschen wird. Ich kann mich einer solchen Auffassung nicht anschließen. So widerlich im einzelnen die bürgerlichen Parteien sein mögen, so ekelhaft ihr Geschiebe um Ministerstühle auch ist, so sicher sind sie trotzdem für die nationalsozialistische Bewegung das kleinere Übel. Die nationalsozialistische Fraktion hat sich deshalb auch bemüht, die Interessen der Bewegung nach Möglichkeit wahrzunehmen, indem sie

1 Zur Regierungsbildung in Sachsen nach der Wahl vom 12.5.1929 vgl. Hans Fenske, Sachsen und Thüringen 1918-1933. In: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard a. Rh. 1983, S. 185-217, S. 189 sowie Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung, S. 92 ff.

2 Sachsen wurde bis zum 26.6.1929 von einer Koalition unter Ministerpräsident Max Heldt von der Alten Sozialistischen Partei Sachsens (ASPS) mit DDP, DNVP, DVP, SPD, Wirtschaftspartei (WP) und Volksrechtpartei (VRP) regiert.

3 Bei der Wahl zum sächsischen Landtag am 12.5.1929 erhielten die Parteien der bisherigen Regierungskoalition 41 Sitze, davon die ASPS zwei, die DDP vier, die DVP 13, die DNVP acht, die WP elf und die VRP drei Sitze. Die KPD mit zwölf, die SPD mit 33 sowie Sächsisches Landvolk und NSDAP mit je fünf Sitzen bildeten die Opposition. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 108. Das Sächsische Landvolk trat bei dieser Wahl zum ersten Mal an und kann dem Regierungslager nicht zugerechnet werden.

4 Beim dritten Wahlgang am 25.6.1929 war als neuer Ministerpräsident Wilhelm Bünger (DVP) von NSDAP, DNVP, DVP, WP, VRP mit 44 Stimmen gewählt worden. 40 Stimmen hatten andere Kandidaten erhalten, die zwölf Kommunisten hatten sich ihrer Stimmen enthalten. Da über die Verteilung der Ministerposten noch keine Einigung erzielt worden war, trat der neugewählte Ministerpräsident sein Amt erst am folgenden Tag an. Vgl. Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung, S. 92 ff.

5 Im Juli 1926 konstituierte sich die "Alte Sozialistische Partei Sachsens" aus 23 Landtagsabgeordneten der SPD, die am 24.1.1924 den Antrag des linken Flügels auf Landtagsauflösung verhindert hatten und bis April 1926 aus ihrer Partei ausgeschlossen worden waren. Mit ihrer Haltung hatten sie die Koalition des ebenfalls aus der SPD ausgeschlossenen Ministerpräsidenten Max Heldt mit DVP und DDP unterstützt. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 808 f.

6 Koalition von SPD, DDP und Zentrum.

einer bürgerlichen nationalen Regierung unter gewissen Voraussetzungen Duldung zusicherte. Die Voraussetzungen waren die Übernahme des Ministerpräsidentenpostens durch einen menschlich anständigen Charakter, der dann ruhig parteimäßig unser Gegner sein kann, sowie die Ausschaltung der demokratischen Absicht, das Innenministerium erneut zu besetzen. Diese letztere Forderung ist eine um so natürlichere, *als die kommende sächsische Regierung zumindest ebensosehr von den 5 Nationalsozialisten abhängt als von den Demokraten.* Es ist geradezu unverfroren, wenn heute von demokratischen Zeitungen die Forderungen der Nationalsozialisten von oben herunter als unannehmbar bezeichnet werden, während die Forderung der 4 Demokraten als selbstverständlich erscheint [7].

Überhaupt hat sich in Sachsen in die bürgerliche Presse ein eigentümlicher Ton eingeschlichen. Kaum waren die Wahlen vorbei, als auch schon ein Teil der bürgerlichen Presse, der uns vor der Wahl nicht genug beschimpfen konnte, die "Loyalität" der Nationalsozialisten, d. h. aber in dem Falle die Unterstützung der bürgerlichen Regierung, als etwas ganz Selbstverständliches hinstellte, über das an sich gar kein Wort zu verlieren sei. Eine journalistische Ungezogenheit, die einen oft geradezu reizte, den Herren zu erklären, daß die nationalsozialistische Fraktion als Antwort auf eine solche unglaubliche Überheblichkeit nunmehr erst recht ihren eigenen Weg gehen werde. Vielleicht hat man allerdings in gewissen Kreisen auch gehofft, dieses Resultat dadurch zu erreichen. Auch vielen Nationalsozialisten war der Geduldsfaden mehr als einmal auf das äußerste angespannt worden. Es ist aber auch hier notwendig, in aller Kühle die Vernunft und nicht das Herz sprechen zu lassen.

Was die Partei von einer marxistischen Regierung zu erwarten hätte, die durch unsere eigene Neutralität unter Umständen eben doch gebildet werden könnte, ist vielleicht nicht jedem Parteigenossen vollkommen klargeworden. Da die Verhältnisse in Sachsen augenblicklich so liegen, daß eine neue Auflösung des Landtages als wahrscheinlich angesehen werden kann, erschien es angebracht, besonders der marxistischen Seite schon jetzt den erwünschten Agitationsstoff aus der Hand zu winden. Es ist damit zu rechnen, daß die roten Demagogen versuchen werden, unsere gutwillige Duldung einer bürgerlichen Regierung in Sachsen "kapitalistischen Interessen" zuzulügen. Um hier nun einen Riegel vorzuschieben und um aber auch den eigenen Parteigenossen zu zeigen, wie unbedingt notwendig und einzig richtig die Haltung unserer Fraktion im sächsischen Landtag ist, hat Parteigenosse Mücke [8] nach erfolgter Verständigung der Reichsleitung versucht, aus den beiden marxistischen Parteien im sächsischen Landtag eine Äußerung herauszubringen, wie das Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung wäre, wenn durch unsere neutrale Duldung statt der bürgerlichen eine marxistische Regierung ans Ruder käme [9]. *Es wurden mit Absicht nur Fragen der Sicherheit der Bewegung*

7 Die DDP hatte im vorhergehenden Kabinett Heldt den Innenminister gestellt und war im neuen nicht mehr vertreten.

8 Hellmuth von Mücke (1881-1951), Kapitänleutnant a. D. und Schriftsteller, 1900 Leutnant zur See, 1918 verabschiedet, 1919 Gründer des Hellmuth-von-Mücke-Bundes in Greifswald, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1926-1927 MdL in Sachsen (NSDAP), 1929 Austritt aus der NSDAP, danach antinationalsozialistische Agitation.

9 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.7.1929 (2. MA), "Der Brief des Herrn von Mücke"; Münchener Post vom 6./7.7.1929, "Das 'Bündnisangebot' der Marxistentöter" sowie Vossische Zeitung vom 4.7.1929 (PA), "Mückes Bündnisangebot".

sowie der bürgerlichen Gleichberechtigung unserer nationalsozialistischen Anhänger berührt. Wenn auch die sozialdemokratische Partei diese Anfrage nun kurzerhand abtun will, indem sie behauptet, den Zweck dieses "taktischen Manövers" durchschaut zu haben, *so geht doch auch aus ihrer Erklärung, d. h. aus dem umschriebenen Ausweichen auf die gestellten Fragen für jeden nicht Blinden klar hervor, was eine rote Sachsenregierung, die durch eine neutrale Duldung unserer Bewegung entstünde, für die nationalsozialistische Partei bedeuten würde. Die Kommunisten machten aus ihrer inneren Gesinnung von vornherein kein Hehl und lehnten mit höhnischem Lachen jedes Eingehen auf die gestellten Fragen ab* [10].

Damit hat der Gesamtmarxismus aber der Haltung unserer Fraktion in Sachsen die glänzendste Rechtfertigung erteilt. Es wird nunmehr, sollte es in Sachsen zur neuen Wahl kommen, die Aufgabe unserer Agitation sein, dem von den Marxisten erhobenen Vorwurfe, die Nationalsozialisten unterstützten "bürgerlich-kapitalistische" Parteien, überall die nackte Tatsache entgegenzuhalten, daß der Marxismus durch die Art seiner Stellungnahme den Anfragen des Parteigenossen v. Mücke gegenüber für jeden Sehenden unzweideutig den Willen bekundet hat, *im Falle einer durch unsere Neutralität ermöglichten marxistischen Regierung in Sachsen die nationalsozialistische Bewegung dort genauso polizeilich verfolgen und schikanieren - ja wenn möglich sogar auflösen zu lassen, wie wir dies in Preußen ja tatsächlich erleben* [11]. Kein Gegner kann uns aber für so verrückt halten, daß wir Nationalsozialisten durch unser eigenes Verhalten den Metzgern der Partei zum Siege verhelfen würden. Damit ist aber unsere Haltung auch gegenüber dem einzelnen Parteigenossen gerechtfertigt, der aus Widerwillen gegen den "bürgerlichen Parlamentarismus" überhaupt es vielleicht lieber gesehen hätte, wenn unsere Fraktion im sächsischen Landtag auch der bürgerlichen Regierung gegenüber eine sture Ablehnung eingenommen hätte.

In Augenblicken, in denen uns das Schicksal die Rolle zuerteilt, entweder neutral zu sein und dem Marxismus zu nützen oder zu handeln und einen, wenn auch noch so schwachen und hohlen bürgerlichen Nationalismus zu ermöglichen, müssen wir trotz allem auf die Neutralität verzichten und das kleinere Übel wählen. Auch auf diesem Wege muß der marxistischen Pest soweit als möglich Abbruch getan werden.

Wenn bürgerliche Einfaltspinsel sowie die Skribenten unserer Judengazetten nun von einer "beabsichtigten Koalition" zwischen Nationalsozialisten und Marxisten zu schwefeln [*sic!*] beginnen [12], so zeigen sie damit nur, daß diese Esel doch noch wesentlich dümmer sind, als

10 Hellmuth von Mücke war kurz nach der mißglückten Kontaktaufnahme mit SPD und KPD in Sachsen aus der NSDAP ausgetreten. Die Hintergründe der Initiative aus seiner Sicht und die Motive seines Handelns legte er in einem Schreiben an die Fränkische Tagespost vom 1.8.1929 dar, das in der Presse großes Echo fand. Druck: Fränkische Tagespost vom 3.8.1929, "Hellmuth v. Mücke an Adolf Hitler". Vgl. auch Volkszeitung für Meißen vom 5.8.1929, "Großkapitalist Mutschmann Diktator in der Hitlerpartei"; Der Jungdeutsche vom 22.8.1929, "Hellmuth v. Mücke erklärt weiter"; Bayrischer Kurier vom 23.8.1929, "Hitler und Mücke", vom 21.9.1929, "Ein beharrlicher Ankläger"; Münchener Post vom 24./25.8.1929, "Hitler, der Marxistentöter". Vgl. auch Bd. III/1, Dok. 47.

11 Wahrscheinlich Anspielung auf das öffentliche Redeverbot für Hitler in Preußen von September 1925 bis September 1928 sowie das Verbot der NSDAP in Berlin vom 5.5.1927 bis 31.3.1928.

12 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.7.1929 (1. MA), "Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Sachsen", vom 3.7.1929 (2. MA), "Das Bündnisangebot der Nationalsozialisten" sowie Vossische Zeitung vom 3.7.1929 (PA), "Linksschwenkung der Hitlerpartei?".

man dies im allgemeinen annimmt. Übrigens sucht keiner jemanden hinter dem Busch, der nicht schon selbst dahintersteckte. Weil es die politische Charakterlosigkeit unserer Bürger-Parteien fertigbringt, sich zu jeder Stunde mit Marxisten an einen Tisch zu setzen, erwarten sie auch von allen anderen politischen Parteien dasselbe.

Wie sehr sie sich wieder einmal getäuscht haben darüber, wird ihnen vielleicht, wenn in Sachsen demnächst nochmals Wahlen stattfinden [13], im Verlaufe der Agitation des Wahlkampfes das notwendige Licht aufgehen.

Über die "völkischen" Freunde, die aus dem Lager des Jungdeutschen Ordens [14] und den Gruppen der Freiheitspartei [15] wieder einmal den Anlaß wahrnehmen, gegen die nationalsozialistische Bewegung das gewohnte Gift der Verleumdung zu spritzen, braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Sie haben nie etwas gekonnt, vermochten demnach nie etwas zu vergessen und haben nichts gelernt. Mit Gemeinheiten allein macht man am Ende wirklich noch lange keine große Bewegung und bringt auf die Dauer aber auch keine um.

Die Richtigkeit des Handelns der N.S.D.A.P. wird sich jedenfalls noch dereinst erweisen, wenn diese Gruppen in der Geschichte längst vergessen sind.

---

13 Wegen der Mehrheitsverhältnisse im Landtag wurde eine vorzeitige Auflösung nicht ausgeschlossen. Vgl. Anm. 1.

14 Vgl. Der Jungdeutsche vom 5.7.1929, "Der unglaubliche Hitlerbrief".
Der Jungdeutsche Orden war 1920 von Oberleutnant a. D. Artur Mahraun aus einer Einheit Zeitfreiwilliger gebildet worden. Bündisch-national ausgerichtet, orientierte er sich in seiner Struktur am Deutschen Ritterorden. Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

15 Vgl. Deutsche Nachrichten vom 7.7.1929, "Sonderbare Einheitsfrontler". Zur Deutschvölkischen Freiheitspartei vgl. Dok. 38, Anm. 18.

9. Juli 1929 Dok. 50
Rede auf Kundgebung des Reichausschusses für das deutsche Volksbegehren [1] in Berlin [2]

Deutsche Zeitung vom 23.7.1929, "Hitlers Kampf gegen die Feigheit" [3].

Meine Damen und Herren, für die nationalsozialistische Bewegung habe ich zu erklären, daß wir uns dem Bestreben anschließen, durch einen Appell [4] an unser deutsches Volk das Pariser Diktat [5] zu beseitigen.

Es sind jetzt 10 Jahre vergangen, seit Versailles unterzeichnet wurde [6], und wir haben vor wenigen Tagen erst eine Regierungserklärung erhalten [7]; schwach, halb, wie wir das seit zehn Jahren gewöhnt sind (Sehr richtig!), in der offiziell betont wurde, daß das deutsche Volk nicht *allein* schuld am Kriege ist. Dieses Bekunden der nicht alleinigen Schuld scheint nun gewissen Stellen ein Fortschritt zu sein. *Für Millionen Deutsche ist es nicht allein ein Fortschritt, sondern doch*

wieder ein Schuldbekenntnis,

das um so schwerer wiegt, als es uns erst recht die Mißachtung des Auslandes einbringen muß. Denn wenn ein deutscher Staatsmann wider besseres Wissen sich zu einer Mitschuld Deutschlands bekennt, dann weiß doch zum mindesten jeder Engländer und Franzose, daß es nicht so ist [8]*. Der französische und englische Staatsmann weiß, daß wir keine Schuld am Kriege haben. (Sehr richtig!) Und ich verstehe nicht, daß man sich nicht klar macht, daß eine solche deutsche Bekundung der "Nichtalleinschuld" zu neuer Mißachtung und zu größerer Verachtung führen muß.*

---

1 Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren war Ende April 1929 von Stahlhelm, DNVP, Landbund und Landvolkpartei zur Durchführung des Stahlhelm-Volksbegehrens (vgl. Dok. 29, Anm. 4.) und eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan gebildet worden. Hugenberg erweiterte Mitte Juni das Programm um den Plan eines Volksbegehrens gegen die "Kriegsschuldlüge". Um Hitler, der weiterhin das Stahlhelmprojekt ablehnte (vgl. Dok. 29), in einen "Block der Nationalen Opposition" einzubinden, sorgte Hugenberg dafür, daß in der Entschließung (vgl. Dok. 51) nur die Projekte gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge erwähnt wurden. Vgl. Elisabeth Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957, S. 44 ff. sowie Volker R. Berghahn, Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928-1930. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 431-446, S. 436 f. Außerdem: Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977, Bd. 1, S. 363; John A. Leopold, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven (Conn.) [2]1979, S. 55 ff.; Quaatz, Die Deutschnationalen, S. 74 ff.

2 Im Herrenhaus, nach 17.00 Uhr. Auf der Versammlung sprachen vor Hitler Franz Seldte, Alfred Hugenberg, Martin Schiele und nach Hitler Albrecht Wendhausen, Paul Rüffer und Fritz Thyssen.

3 Vgl. VB vom 13.7.1929, "'Bis hierher und nicht weiter'"; Frankfurter Zeitung vom 10.7.1929 (AA), "Hugenbergs Volksbegehren"; Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'".

4 Vgl. Dok. 51.

5 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

7 Vgl. Dok. 48, Anm. 6.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Wir haben seit 10 Jahren immer wieder die Versuche erlebt, die Gefühle des deutschen Volkes zu knebeln, immer wieder die Versuche erlebt, die Gefühle des deutschen Volkes hineinzupressen in seine Regierungsgefühle. (Heiterkeit.) Wir haben seit 10 Jahren dann weiter erlebt, daß tatsächlich gegen jedes Diktat ein praktischer Widerstand unterblieben ist. Denn man sage nicht, daß das schwache Nein, das unsere Regierungen von Zeit zu Zeit ausgesprochen haben, einen deutschen Nationalwiderstand darstellt, der vom Ausland als solcher hätte angesehen werden können. Man wußte, das Nein würde in kurzer Zeit abgelöst werden von einem Ja.

Seitdem hat das deutsche Volk eine Entwicklung erlebt, die vielleicht schlimmer ist als eine Katastrophe. *Man hat immer wieder Lügen anerkannt, nur um dadurch von heute auf morgen das Dasein zu fristen. Das Endergebnis aber war, daß das ganze deutsche Volk ehrlos geworden ist, ehrlos vor der ganzen Welt und auch vor sich selbst.* (Sehr richtig!)

Die Tributsummen sind heute noch genauso groß wie vor zehn Jahren [9]. *Zehn Jahre leistet das Volk nun seine Verpflichtungen, und in diesen zehn Jahren hat es damit nichts abgetragen.* Im Gegenteil, die Schuld ist heute größer als sie im Beginn war, und das Schlimmste ist, daß wir erleben müssen, daß sich Millionen von Deutschen apathisch damit abgefunden haben. Man hat sich bemüht, dem deutschen Volke die Überzeugung von seiner Überlegenheit zu rauben, ihm die Überzeugung der Unterlegenheit beizubringen, um es langsam zu einem politischen Kastratenvolk herunterzudrücken. Da *muß* doch einmal irgendein Wendepunkt kommen!

Viele sagen: Die Kinder werden es einmal machen, die Zukunft wird es einmal ändern! Man vergißt dabei ganz, je mehr wir uns von der großen Vergangenheit entfernen, desto mehr auch die lebendige Beziehung zu ihr abnimmt. Zehn Jahre, zwanzig, dreißig Jahre hier vertan, und die Zeit kann nicht mehr eingeholt werden! *Endlich hat die Gegenwart die Verpflichtung, von sich aus bereits zu ändern. Und da die Regierungen nicht die Kraft finden, muß das Volk die Kraft finden und von innen heraus den Widerstand beginnen.* (Stürmische Zustimmung!) Und deshalb schließe ich mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung diesem Beginnen nun an, einmal einen Punkt zu machen. *Bis hierher und nicht weiter!* (Stürmischer Beifall.)

Man soll zum wenigsten sehen, daß noch ein Wille da ist. Die deutsche Außenpolitik erklärt ununterbrochen, sie könne ja gar keine andere Politik machen, als sie sie macht. - Herr Stresemann hat hier ein bewährtes Rezept, indem er sagt: Ja, ich bitte Sie, was soll ich denn mit dem Volke für eine andere Außenpolitik treiben [10]?

Herr Stresemann, wir werden dafür sorgen, daß ein anderes Volk kommt! (Stürm[ischer] Beifall.) Das ist unser Wunsch und unser Wille, und deshalb schließen wir uns hier einer Gemeinschaft von deutschen Verbänden an und werden tun, was an uns liegt, um die natürliche Widerstandskraft des Volkes an Stelle der mangelnden Regierungskraft zu setzen.

9 Die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen durch den Young-Plan (vgl. Anm. 5) hatte unter anderem zur Folge, daß Kontrollinstanzen und Sanktionsrechte der Alliierten wegfielen und die Gesamtreparationssumme um 17% niedriger als beim Dawes-Plan ausfiel. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469 ff.

10 Wahrscheinlich Anspielung auf die außenpolitische Grundsatzrede Stresemanns vor dem Reichstag am 24.6.1929 über den Young-Plan. Als Antwort auf den deutschnationalen Aufruf, den Plan abzulehnen und so die Reparationsverpflichtungen abzuschütteln, hatte der Reichsminister des Auswärtigen geantwortet: "Meine Damen und Herren, wenn das so einfach wäre, dann, glaube ich, würde sich auch ein deutsches Volk zusammenfinden, um so auch zur Freiheit zu kommen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 425, S. 2812.

Mit Recht wird einmal die Zukunft erklären: Ihr sagt freilich: "Die haben damals schlecht gehandelt, sie sollten das nicht unterzeichnen! Was aber habt *ihr* getan, um das zu verhindern? Warum habt ihr nicht das letzte Mittel versucht, das man anwenden kann und anwenden konnte, um das unmöglich zu machen?" Das ist das letzte und einzige Mittel und deshalb muß es nach unserer Überzeugung auch ergriffen werden:

Es muß einmal die Zeit kommen, in der man aufhört, dem Rechte des Lebens der Gegenwart die Ehre und Zukunft der Nation zu opfern. Denn am Ende wird das deutsche Volk seine Ketten nicht abschütteln durch die Erfüllung, sondern indem es sein inneres Laster der Feigheit und der Uneinigkeit abwirft. Und daß dieses neue Volk aufsteht und aufsteigt, das liegt an uns selbst. Wenn ein Volk nur schlechte Klänge vernimmt, werden auch nur die schlechten Elemente darauf hören. Wenn aber eherne Klänge ertönen, dann wir auch die eherne Seele wieder erwachen. Die Welt kennt heute nur mehr das Volk von Versailles und St. Germain [11], das Volk von Locarno [12] und Genf [13]. *Aber das Volk der tausend Schlachten, das sie auch einmal kennengelernt hat, ist nicht tot. Es schlummert nur, es ist an uns, es wieder zu erwekken.* (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

9. Juli 1929 Dok. 51
Aufruf [1]

Zitiert nach: Lagebericht Nr. 163/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 4.11.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte [2].

Der Reichsauschuß für das deutsche Volksbegehren [3] stellt den Kampf gegen den auf dem erpreßten Kriegsschuldbekenntnis [4] aufgebauten Pariser Tributplan [5] in die vorderste Reihe seiner Aufgaben. Er wird mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere mit dem Mittel des Volksbegehrens, dagegen kämpfen, daß die Ratschläge der Pariser Sachverständigen zum Gesetz für das deutsche Volk erhoben werden. Er ruft alle Deutschen zum Widerstand gegen den Pariser Tributplan auf.

11 Vgl. Dok. 34, Anm. 47.
12 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.
13 Sitz der Völkerbundsversammlung.

1 Die gemeinsame Entschließung der Vertreter der im Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zusammengeschlossenen Parteien und Verbände wurde von Otto von Below verkündet. Als Mitglied des Arbeitsausschusses unterstützte Hitler diese Erklärung (vgl. Dok. 50).
Dem Arbeitsausschuß gehörten laut Lagebericht Otto von Below, Heinrich Claß, Friedrich Döbrich, Theodor Duesterberg, Ludwig Freiherr von Gebsattel, Rüdiger Graf von der Goltz, Karl Hepp, Adolf Hitler, Alfred Hugenberg, Annagrete Lehmann, Hermann Freiherr von Lüninck, Paul Rüffer, Martin Schiele, Franz Seldte, Fritz Thyssen und Friedrich Freiherr von Winterfeld an.
2 Vgl. auch VB vom 11.7.1929, "Nieder mit dem Pariser Tributdiktat"; Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'".
3 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.
4 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
5 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

12. Juli 1929 Dok. 52
Schreiben an Hermann Friedrich [1]

Druck: Hermann Friedrich, Unter dem Hakenkreuz. Meine Erlebnisse als Agitator bei der Nat.-Soz. Deutschen Arbeiterpartei, Karlsruhe 1929, S. 20-22 [2].

Trotzdem meine Zeit außerordentlich beschränkt ist, da ich anderes zu tun habe, als mich um Stänkereien oder Disziplinlosigkeiten einzelner Parteigenossen zu kümmern, sehe ich mich ausnahmsweise veranlaßt, Ihnen auf die mir von Zeit zu Zeit vorgelegten Briefe eine abschließende Antwort zu erteilen [3].

Ich entnehme aus Ihren Schreiben durchgehend Folgendes:

1. Sie werfen der Zentrale vor, daß sie mich nicht von einlaufenden Briefen in Kenntnis setzt, mir diese mithin unterschlägt. *Diese ungezogene Anmaßung weise ich jetzt einmal für immer auf das entschiedenste zurück.* Ich bin leider gezwungen, nur zu viel *Mist zu lesen*, als daß ich in der Lage wäre, dazu persönlich immer Stellung nehmen zu können. Das gilt aber in erster Linie *von Ihrem Schreiben*, in denen Sie Gott und die Welt verdächtigen, sich von allen Seiten angegriffen fühlen, ohne einen wirklich stichhaltigen Grund hierfür vorbringen zu können. (!) Ich bin nicht der Angestellte des Herrn Parteigenossen Friedrich, sondern bin verantwortlich für die gesamte Bewegung. Ich bin auch nicht ein Lakai der Partei, sondern habe diese Bewegung ins Leben gerufen, bin von ihr nicht bezahlt [4] und habe nur das Vergnügen, mein Leben und meine Arbeitskraft dafür einzusetzen. Meine Umgebung, die diese Aufgabe kennt, ist verpflichtet, sie mir nach Möglichkeit zu erleichtern. Parteigenossen, die hierfür kein Verständnis besitzen, zeigen, daß sie trotz ihrer *sogenannten politischen Vorschulung entweder Dummköpfe oder rücksichtslos* sind. Die Zentrale und die in ihr arbeitenden Parteigenossen haben sich mit einer Überlast von praktischerer Arbeit zu beschäftigen, als die *stänkernden* (!) Parteigenossen draußen auch nur ahnen.

Wenn in der Zentrale Schäden vorhanden sind, dann brauche ich nicht die Augen des Parteigenossen Friedrich aus Baden, um sie zu sehen. Es ist eine *unverschämte Anmaßung, mich für blinder zu halten* als den nächstbesten *Partei-Stänkerer. Am Ende muß auch hier das Ergebnis einer Lebensarbeit endgültig entscheiden.*

---

1 Hermann Friedrich (geb. 1901), Metzger, 1908-1923 Mitglied der SPD, 1923 Übertritt zur KPD, 1927 Eintritt in die NSDAP, Verfasser der Broschüre "Von Hammer und Sichel zum Hakenkreuz", August 1929 Austritt aus der NSDAP, danach antinationalsozialistische Agitation.

2 Von Hitlers Schreiben gingen Abschriften an die Gauleitungen der NSDAP in Sachsen, Westfalen und Baden. Vgl. auch Münchener Post vom 30.9.1929, "Aus dem Sumpf der 'nationalsozialistischen Bewegung'".

3 In seiner Broschüre hat Friedrich seinen Schriftwechsel mit der Reichsleitung wiedergegeben, zuletzt einen Brief an den USchlA der Reichsleitung vom 7.7.1929. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 14 ff. Im Berlin Document Center konnte der Vorgang nicht nachgewiesen werden.
In einem Rundschreiben bestritt Gauleiter Robert Wagner die Vorwürfe Friedrichs, ging aber nicht auf das Schreiben Hitlers ein. Vgl. GLA Karlsruhe, 465d/1209.
Am 18.10.1929 hatte das Landgericht Karlsruhe eine einstweilige Verfügung gegen den Vertrieb der Broschüre erlassen. Vgl. VB vom 27./28.10.1929, "'Unter dem Hakenkreuz'".

4 Zwischen 1925 und 1933 versteuerte Hitler nur Einkommen aus seiner Tätigkeit als Schriftsteller. Vgl. Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842, S. 834 f.

2. Sie beschuldigen in einem fort sämtliche Dienststellen in Baden, zeihen sie der Überheblichkeit, der Rücksichtslosigkeit, der Voreingenommenheit und werfen ihnen des weiteren vor, daß der Mann im Braunhemd nur gut genug sei, seinen Kopf hinzuhalten [5]. *Ehe Sie, Parteigenosse, Ihren Kopf für die nationale Sache hingehalten haben, hat dies von uns gefälligst schon jeder tausendmal getan.* (!!!) Ich kenne den Parteigenossen Wagner [6] nicht von einem Sektgelage her, sondern ich kenne ihn aus Stunden, in denen man ebenfalls den Kopf hinhalten mußte.

Ich weise es wieder als unerhörte Beleidigung zurück, wenn Sie sich anmaßen, anderen Köpfen in der Bewegung indirekt den Vorwurf zu machen, daß sie nicht entschlossen seien, ihr ganzes Ich für den Bestand der Partei einzusetzen, besonders, wenn es sich dabei um Köpfe handelt, die diese Gesinnung schon bereits bekundet haben, als Sie *selbst noch in einem ganz anderen Lager* standen [7].

Ihren Vorwurf von Voreingenommenheit erledigen Sie durch Ihre eigene Voreingenommenheit.

Aus Ihrem ganzen Schreiben ersehe ich laufend nur eines, daß es in Baden einen Mann gibt, der, ich glaube, anders als voreingenommen überhaupt nicht zu denken vermag, und dieser Mann heißt Parteigenosse Friedrich. Er sieht in jedem einen Feind, wittert in jedem einen Verräter, fühlt bei jedem eine Denunziation, ahnt in allem einen Hinterhalt und weiß, daß jeder ihn in München angeschwärzt hat. Würde es nicht der Parteigenosse Friedrich sein, sondern ein mir Unbekannter, würde ich dies als den Ausdruck eines schlechten Gewissens bezeichnen. So rechne ich Ihnen dies als eben dieselbe Krankheit an, die diese Krankheit Sie bei anderen ersehen läßt.

Ich weise weiter zurück den Vorwurf der Überheblichkeit. Jeder Mann, der eine Arbeit leistet, wird und kann mit Recht stolz auf sie sein.

Es ist in meinen Augen Überheblichkeit, die geleistete Arbeit anderer nicht sehen zu können und nur immer seine eigene zu bemerken. Diese Art von Überheblichkeit spricht aus jeder Zeile Ihrer Briefe heraus. Sie sehen nur Ihre politische Laufbahn, Sie sehen nur Ihre Kämpfe, Sie sehen nur Ihre Sorgen, Sie sehen nur Ihr Recht und in nicht einem Brief nehmen Sie Rücksicht auf die analogen Verhältnisse bei allen anderen ebenfalls.

Unter tausend Briefen, die ich hier vorgelegt erhalte, befindet sich höchstens einer, der diese Größe der Überheblichkeit immer wieder aufweist. Er ist stets unterschrieben mit Parteigenosse Friedrich aus Baden.

Sie beklagen sich weiter über die Rücksichtslosigkeit der Ihnen vorgesetzten Dienststellen. Sie werden persönlich am wenigsten Grund haben, ausgerechnet hier Richter über andere zu sein. Es ist rücksichtslos, anderen Menschen die *Zeit wegzustehlen* durch ewige Flunkereien,

---

5 Zur innerparteilichen Auseinandersetzung im Gau Baden vgl. Ernst Otto Bräunche, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48 sowie Johnpeter Horst Grill, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983.

6 Robert Wagner (1895-1946), Hauptmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus dem Militärdienst, 1925-1945 Gauleiter des Gaues Baden, 1929-1933 MdL in Baden (NSDAP), 1932 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 Ministerpräsident und Reichsstatthalter in Baden, 1940 Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, 1946 hingerichtet.

7 Vgl. Anm. 1.

durch Hirngespinste, durch *Stänker-Briefe* usw. Es ist rücksichtslos, *andere zu beschuldigen, daß sie die Wahrheit verhinderten, zum Führer zu kommen.*

Es ist weiter rücksichtslos, vom Führer zu erwarten, daß er den Tag auf 48 Stunden verlängert, um einen solchen, *nur persönlichen Mist zu erledigen,* an dem *die Bewegung nicht das geringste Interesse hat.*

Würden die Parteigenossen wissen, mit was für immer nur persönlichem *Zeug Sie den Leitern der Bewegung die Zeit wegstehlen,* dann bekämen *Sie eine sehr entsprechende (!) Antwort auf diese Rücksichtslosigkeit.* Es ist weiter auch rücksichtslos, wenn man andere Parteigenossen bedroht oder *gar mißhandelt*[8], oder es ist endlich *rücksichtslos,* wenn man *falsche Gerüchte entweder ausstreut oder zum mindesten weitergibt, wie z. B. die Lüge, daß der Abgeordnete Straßer*[9] *in Sachsen mit weißer Weste und schwarzem Frack mit fürstlichen Damen und Herren zechte*, während andere, also wieder Sie natürlich, Herr Parteigenosse, den Kopf hinhalten. *Parteigenosse Straßer hat für diese Idee gekämpft und geblutet, als Sie noch gar keine Ahnung hatten, daß man auch für so etwas kämpfen kann!* Der Einsatz der Persönlichkeit und sogar des eigenen Lebens, den Parteigenosse Straßer *schon 1923* soundsooft vollzogen hat, ist aber natürlich auch etwas, was den Parteigenossen Friedrich nicht hindert, sein eigenes Ich allein über die Gebühr zu sehen.

Zur Sache selbst möchte ich nun folgendes betonen:

Die Organisation der nationalsozialistischen Bewegung kennt keine Ausnahmen. Der Parteigenosse Friedrich ist nicht wertvoller als irgendein anderer Parteigenosse. Was jeder von uns, einschließlich meiner Person, tut, hat gefälligst der Parteigenosse Friedrich ebenfalls zu tun. Wenn der Parteigenosse Friedrich glaubt, für sich aber besondere Statuten beanspruchen zu können, so müßte er dies in der nächsten Generalmitgliederversammlung eben zum Vorschlag bringen, etwa so, daß das, was für 140.000 Parteigenossen[10] gut ist, dem Herrn Parteigenossen Friedrich, weil als zu schlecht, nicht zugemutet werden kann. Solange aber in der Partei gleiches Recht für alle gilt, gilt es auch für Sie. Ihre Erklärung, daß Sie sich irgendeinem für Sie zuständigen U[*untersuchungs- und*] Schl[*lichtungs-*]A[*usschuß*] nicht fügen, nehme ich deshalb nicht zur Kenntnis. Mit demselben Recht, mit dem Sie sich Ihrem U.Schl.A. nicht fügen, könnte jeder andere Parteigenosse auch den seinen ablehnen. Der Parteigenosse Friedrich aus Baden hat keine Extrawurst in der Partei, sondern er tut genau dasselbe, was jeder andere zu tun hat. Kann der Parteigenosse Friedrich sich dieser selbstverständlichen Voraussetzung jeder Organisation nicht fügen, dann muß er aus der Organisation austreten und kann dann meinetwegen eine eigene gründen, in der der oberste Leitsatz dann heißen wird: Hier kann jeder tun, was er mag.

Für die NSDAP verbiete [*sic!*] ich mir jedenfalls eine solche Auffassung.

Ich habe Ihnen nun folgendes zu eröffnen:

1. Ich verbiete Ihnen, auch weiterhin unter Umgehung Ihrer vorgesetzten Dienststellen noch einmal einen Brief an die Zentrale zu richten.

8 Nach eigenen Angaben war Friedrich unter anderen gegen den Bezirksleiter der NSDAP in Bochum, Josef Wagner, tätlich geworden. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 16.

9 Gregor Straßer.

10 Im September 1929 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 150.000 vergeben, die tatsächliche Mitgliederzahl ist jedoch niedriger anzusetzen. Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

2. Ich verlange, daß Sie sich bedingungslos, wie jeder andere Parteigenosse, Ihren vorgesetzten Dienststellen unterordnen.

3. Ich *verbiete Ihnen* die weitere Verbreitung *von Gerüchten* oder, wie im Falle Straßer, *von Lügen* über die Partei oder einzelne Führer.

Ich *verwarne* Sie hiermit und teile Ihnen mit, daß, wenn eine dieser Bedingungen nicht erfüllt wird oder ich Klagen bekomme, damit sofort Ihr Ausschluß aus der Partei stattfindet.

Ich habe mich zu diesem langen Schreiben, entgegen meiner sonstigen Gewohnheit, nur entschlossen, weil ich annehme, daß es sich um einen Parteigenossen handelt, der irgendwo im Innern trotz allem ein gutes Herz hat und der nur durch sein Wesen und sein Temperament in Konflikte gerät. Sorgen Sie selbst dafür, daß diese meine Meinung nicht zuschanden wird.

Heil.
gez. *Hitler* [11]

13. Juli 1929 Dok. 53
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 13.7.1929.

Am 11. August feiert die Republik ihren Verfassungstag [1]. Ursprünglich mochte den Vätern von Weimar dabei vielleicht der 14. Juli der Franzosen vorgeschwebt haben [2]. Bekanntlich wird an diesem Tage in ganz Frankreich der Bastillesturm verherrlicht, der zugleich als Beginn der französischen Revolution gilt [3]. Die Feier ist dort wirklich mehr oder weniger ein Volksfest. Ganz Frankreich hallt wider von den Klängen der Marseillaise [4], die Straßen und Plätze sind festlich beleuchtet, und bis gegen Mitternacht huldigt alles dem Tanz. Und zwar nicht im geschlossenen Lokal, sondern bei annehmbarem Wetter unter freiem Himmel. Wie die ganze

---

11 In seiner Antwort vom 25.7.1929 erklärte Friedrich seinen Austritt. Vgl. Friedrich, Unter dem Hakenkreuz, S. 23 ff.

1 Die Hauptfeier des 10. Jahrestages der Weimarer Verfassung sollte in Berlin mit einem Aufzug der Wache mit Musik vor dem Reichspräsidentenpalais beginnen, daran anschließend Gottesdienste der Religionsgemeinschaften gefeiert werden. Mittags war ein Festakt im Reichstag vorgesehen, um 15.00 Uhr sollte eine von 9.000 Berliner Schulkindern mit einem Festspiel gestaltete Feier vor 30.000 Zuschauern stattfinden. Für den Abend waren mehrere Festkonzerte vorgesehen. Platzkonzerte der Reichswehr und der Schutzpolizei sowie eine Flugschau mit ermäßigten Rundflügen rundeten das Programm ab. Vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990, S. 221 ff.

2 Reichskunstwart Edwin Redslob hat für seine Vorschläge zur Verfassungsfeier 1929 Frankreich als Beispiel herangezogen. Vgl. Schellack, Nationalfeiertage, S. 225.

3 Der Jahrestag der Erstürmung der Bastille am 14.7.1789, als Staatsgefängnis Symbol königlicher Tyrannei, wurde in Frankreich 1880 offizieller Nationalfeiertag.

4 Zum ersten Mal beim Einzug der Marseiller Freiwilligen in Paris am 30.7.1792 gesungenes Lied, erstmals 1795, endgültig seit 1879 französische Nationalhymne.

deutsche Revolution ein mehr oder minder elender Abklatsch der "großen französischen" war, so versuchte man auch den 14. Juli zu kopieren. Freilich war der Bastillesturm ein anderes Unternehmen als die Deserteur- und Zuchthäuslerrevolte von 1918. Überhaupt hat die französische Revolution immerhin Köpfe von Format hervorgebracht, auch wenn es sich dabei um kanaillöse Verbrecher handelt. Man vergleiche doch das Lumpengesindel unserer deutschen Revolutionsleitung mit den Fanatikern des Konvents, und man wird sich schwer einer gewissen Übelkeit zu enthalten vermögen. Vor allem war die französische Revolution zumindest nach außen immer noch ein heroisches Unternehmen, zum Unterschied unserer deutschen Revolution, bei der von Heroismus verdammt keine Spur vorhanden war. Die Feigheit und Erbärmlichkeit unseres Revolutionsgesindels ist höchstens noch übertroffen worden von der Feigheit der den "Thron und Altar erhaltenden und beschützenden Parteien" [5]. Endlich ist aus der französischen Revolution und ihren verwegenen Generalen immerhin ein Napoleon herausgewachsen. Ein Zeitalter und eine geschichtliche Epoche, die als letzten Repräsentanten den großen Korsen aufzuweisen vermag, ist immerhin ein anderes als eine Periode, die ihren plastischen Ausdruck in Schiebergenies erhält. Wenn daher der Franzose den 14. Juli feiert, dann feiert er in Wirklichkeit den Beginn der letzten großen Zeit des französischen Volkes. Denn die Marseillaise ist am Ende nicht ein feiger Kotau vor der internationalen Hochfinanz wie das Revolutionsgebet unserer aufrechten Republikaner von heute. Daher kann dieser 14. Juli in Frankreich auch immer wieder auf Leidenschaft hoffen, weil er selbst trotz aller jüdischen Geburtshilfe die Erinnerung an Leidenschaft erweckt. Und daher wird unser deutscher Verfassungstag demgegenüber immer ein ärmliches Pflänzchen bleiben, das von der Republik und ihren fürsorglichen Behörden ängstlich behütet, bewacht und warmgehalten werden muß. Was an lebendigem Feuer dabei dann fehlt, muß durch Gold ersetzt werden. Deutschland besitzt nämlich seit dem Jahre 1918 [*sic!*] eine neue Fahne [6]. Sie hat freilich das Unglück, daß ihre Komposition von den meisten Seiten als noch nicht restlos geglückt angesehen wird. Den Roten ist sie zu wenig rot und den Weißen zu stark rötlich. Künstler werden nicht befriedigt von der mißlungenen Harmonie, Fanatikern erscheint sie zu wenig schreiend, Konservativen zu revolutionär. Es gibt heute in Deutschland gewaltige Gebiete, in denen von ihr überhaupt keine Notiz genommen würde, sorgten nicht die Reichspostämter, Bahnhöfe [7] und Konsumvereine [8] dafür, daß bei mehr oder weniger gelungenen Anlässen der Staatsbürger sein neues Symbol zu Gesicht bekommt. Nun soll aber besonders der Verfassungstag herhalten, um das freie Volk zu stürmischen Äußerungen seiner politischen Lebenslust zu bewegen. Während man im ganzen Reich vor leeren Kassen steht und die Steuern nur mit Ach und Krach hereinzupressen vermag, schmeißt man nun wieder Millionen im Reich, in den Ländern und in den Kommunen hinaus, auf daß die Nation sich des glücklichen Tages erinnere, an dem, wie Herr

5 Die Wortverbindung "Thron und Altar" geht auf Voltaire zurück. Zum Selbstverständnis der konservativen Parteien im Kaiserreich vgl. Robert Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, S. 83 ff.

6 Vgl. Dok. 48, Anm. 14.

7 Zur Beflaggung der Gebäude von Reichsbehörden am Verfassungstag vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 244 ff.

8 In der nationalsozialistischen Propaganda galten die Konsumvereine einerseits als Symbol des Marxismus, andererseits des Kapitalismus. Vgl. Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik, S. 111 f.

Scheidemann sagte, der "Sieg des Volkes auf der ganzen Linie" [9] einsetzte, bzw. seine gesetzmäßige Fixierung erhielt. So wird also der deutsche Michel am 11. August der ganzen Welt eine "Feier" als Zeichen seiner unbändigen Freude zum besten geben, die von den Novembermännern als "Revolutionsfeier" gedacht ist, von der übrigen Welt und der Geschichte aber als "Theater" angesehen werden wird. Lache, deutscher Bajazzo [10]!

"Da nunmehro die allerhöchste Regierung des deutschen Volkes von sich aus kund und zu wissen getan hat, daß sie nicht daran glaubt, daß das deutsche Volk die alleinige Schuld am Kriege trage [11], erscheinen höchst dieser Stelle weitere Kundgebungen oder gar Demonstrationen in solchem Sinne nicht mehr als angebracht und werden hierdurch behördlich verboten und bei Zuwiderhandlung unter polizeiliche Strafe gestellt!" Das ist ungefähr der Sinn der Erlässe preußischer Regierungsstellen anläßlich der Wiederkehr des Schand- und Schmachtages von Versailles [12]. Und das findet statt im 11. Jahr einer Revolution, die das verhaßte Polizeiregiment des alten Staates beseitigen sollte, um den deutschen Spießer und Proleten hineinzuführen in das ewige Reich der Freiheit, Schönheit und Würde [13], wie die Revolutionsmanager dem gaffenden Volk im Jahre 1918 versicherten. In Berlin, also in der deutschen Reichshauptstadt, war es die preußische Unterrichtsbehörde, die den Studenten Eigenkundgebungen versagte. Die Polizei verbot ihrerseits Demonstrationen, Umzüge, Aufmärsche usw. [14] Mit anderen Worten: Im selben Augenblick, in dem Herr Stresemann mit bewegter Stimme beklagt, keine andere Außenpolitik als eben die seine machen zu können, weil das deutsche Volk keinen nationalen Willen besitze [15], verhindert die Republik durch ihre amtlichen Organe selbst den bescheidensten Protest gegen das verlogenste und schamloseste Versklavungsedikt, das jemals einem Volk aufgebürdet wurde [16]. Und das ist dieselbe Republik, die dann immer mit einem Auge auf die große französische Revolution zurückschielt. Ich fürchte allerdings, das heißt, ich weiß es, daß in der Nachwelt die Köpfe der Repräsentanten der Revolution vermutlich nicht einmal in einem Wachspanoptikum Aufnahme finden können. Höchstens in irgendeinem Polizeimuseum. In Berlin hat nun die Studentenschaft sich den behördlichen Anordnungen nicht gefügt, sondern demonstrierte trotz alledem [17], und zwar mit allem Recht, denn die Kosten des Versailler Vertrages tragen ja leider nicht die Revolutionslumpen von einst, sondern die Staatsbürger, das heißt also Millionen von anständigen Menschen, die nichts dafür können, daß einst ein Großhaufe von politischen Marodeuren seinen Heißhunger nach Ministerstühlen nicht mehr zu zähmen vermochte. Die Studenten demonstrierten also, und die Polizei tat ihre Pflicht, das heißt sie drosch mit dem Gummiknüppel, dem Erziehungsstab der

9 Laut Überlieferung sagte Philipp Scheidemann am 9.11.1918 bei der Ausrufung der Republik den Satz: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt." Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Erster Teil, München 1922, S. 451.

10 Anspielung auf die bekannteste Arie aus der Oper "Der Bajazzo" von Ruggione Leoncavallo, in deutscher Sprache 1892 in Berlin uraufgeführt.

11 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

12 Vgl. Dok. 47, Anm. 6.

13 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.

14 Vgl. Anm. 12.

15 Vgl. Dok. 50, Anm. 10.

16 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

17 Vgl. Dok. 47, Anm. 9.

Staatsbürger der freien Republik [18], auf die Schädel der Volksbürger hinein, haute ihnen die Fäuste unter die Nase und half so mit, die notwendige Grundstimmung für die studentischen Wahlen [19] am nächsten Tage zu schaffen. Immer nur feste druff auf das Geschmeiß, das gegen Versailles protestieren will! Haut ihnen auf die bockigen Hirnschalen darauf und zeigt ihnen, daß in der Republik nicht gefackelt wird, wenn man etwa versuchen sollte, das Versailler Diktat abzuschütteln! Nur immer los! Wir Nationalsozialisten freuen uns aufrichtig darüber. Denn die nationalsozialistische Bewegung wird sicher nicht durch den Gummiknüppel des Herrn Severing aus der Geschichte ausradiert, aber der Untertan der Republik wird endlich in Trab gebracht, und wo er hinläuft, das werden wir hoffentlich schon in wenigen Jahren den Treibern schwarz auf weiß unter die Augen halten können.

Was die Republik seit dem Jahre 1918 an Verbrechern, Zuhältern, Dieben, Mördern, Vaterlandsverrätern, Deserteuren usw. "begnadigt" hat, geht wohl in die ungezählten Tausende. Nur jemand hat bisher noch keine Gnade gefunden: die sogenannten Fememörder [20]. So betitelt nämlich die Republik durch ihre Behörden offiziell jene Männer, die, als selbige Behörden in Berlin angstschlotternd und zähneklappernd zusammenhockten und nicht aus noch ein wußten, naiv und dumm genug waren, ihre Knochen erneut zu riskieren, um, wie sie in kindlichem Glauben meinten, das Vaterland dadurch zu retten. Das deutsche Vaterland aber heißt seit dem Jahre 1919 Weimarer Republik [21]. Und die Guten haben ganz vergessen, daß ihre Rettung in diesem Staate ein schlimmes Verbrechen darstellt. Denn wer bereit ist, sich zusammenschießen zu lassen, hat Mut, und wer Mut hat, läßt sich nicht unterdrücken, und wer sich nicht unterdrücken lassen will, ist aber ein Feind der Republik und damit ein Aufrührer und damit zugleich ein Lump, ein Bandit, ein Mörder, und wenn solch ein Lump andere außerdem noch verleiten will, sich ebenfalls nicht zu unterwerfen, so ist er ein Bandenbilder und damit doppelt gefährlich, und wenn endlich ein solches Subjekt noch dazu übergeht, Ehrenmänner zu schädigen, die dem Ausland bei der Unterwerfung Deutschlands helfen wollen, dann ist das ein Fememörder, und es verdient ein solches Wesen Gnade auf dieser Welt nimmermehr! Die atheistische Sozialdemokratie und das heilige Zentrum haben hier miteinander einen festen Bund geschlossen, auf daß solche Missetäter ihrer gerechten Strafe nimmermehr entzogen werden. Die Sozialdemokratie sperrt sie in die Kerker der Republik, unterstützt dabei von den braven Parteien des Bürgers Stresemann, das heilige Zentrum aber bittet inständigst den lieben Gott, daß er auch im Jenseits das Republikschutzgesetz [22] unbarmherzig vollziehe und die Fememörder dem Teufel zur gerechten ewigen Bestrafung überantworte. Im heutigen Reich ist für Männer kein Platz, die den Vaterlandsverrat hassen und die Verräter zu beseitigen trachten. Aber während das offizielle Deutschland unter dem Schirm eines Hindenburg sich diese

18 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

19 Bei den inoffiziellen Wahlen zur Studentenschaft in Berlin, die die völkische "Deutsche Studentenschaft" angesetzt hatte, errang der NSDStB zusammen mit den Nationalen Studentinnen 23 Sitze, sieben mehr als im Jahr zuvor. Vgl. Vossische Zeitung vom 2.7.1929 (PA), "Es gibt keine offiziellen Studentenschaftswahlen" sowie Faust, Studentenbund, S. 140.

20 Zur Verurteilung der sogenannten Fememörder vgl. Nagel, Fememorde, S. 117 ff. Zur Kritik der NSDAP an den Femeprozessen vgl. Krohn, Die deutsche Justiz, S. 127 ff.

21 Die Reichsverfassung war am 11.8.1919 in Kraft getreten.

22 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

unsterbliche Schande auflädt, regen sich im anderen Deutschland doch die ewigen Werte unseres Volkes. Eine Protestwelle zieht heute durch Deutschland, und der Ruf wird nimmermehr verstummen: "Heraus mit unseren Femerichtern." Und dieser Ruf wird sich einst umsetzen in eine Erfüllung. Der nationalsozialistische Staat wird aber die Helden von einst wieder in ihre Rechte einsetzen und ihre Richter von heute zur Verantwortung ziehen. So wahr Recht Recht bleibt und Lüge Lüge.

20. Juli 1929 Dok. 54
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 20.7.1929.

Als seinerzeit der Dawes-Vertrag [1] unterzeichnet wurde, hielt man der Opposition entgegen, daß damit eine endgültige Regelung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen einträte und damit nach einer langen Periode der Unsicherheit in das politische sowohl als in das wirtschaftliche Leben der Nation Beruhigung und Ordnung einkehren könne [2]. Die Einwände, daß der Vertrag unerfüllbar sei und damit im Gegenteil zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen müsse, wurden von den Dawes-Parteien als "demagogische Hetze" abgetan. Man veranstaltete ein förmliches Kesseltreiben gegen diejenigen Deutschen, die sich zu einer Annahme des Erpresserdiktates nicht bereitfinden wollten. Man warf ihnen ebenso wirtschaftliche Beschränktheit, ja Unfähigkeit wie politisch gemeine Gesinnung vor. Was sich seitdem die für die Unterzeichnung des Dawes-Paktes verantwortlichen Parteien in der Verfolgung der ihnen verhaßten Opposition leisteten, übersteigt alles in Deutschland bisher Dagewesene. Es ist schon ein Wunder, daß man nicht neben dem Republikschutzgesetz [3] noch ein besonderes Dawes-Schutzgesetz vom Stapel ließ, um mit solchen Waffen dann den letzten Widerstand der (besonders nationalsozialistischen) Opposition gegen den Dawes-Vertrag zu brechen. Das kann man aber auch nicht mehr aus der Geschichte löschen, daß der einzig wirklich konsequent durchgeführte Widerstand nur von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausging [4].

Was den Dawes-Patrioten vor fünf Jahren noch als ihrer Politik höchste Weisheit erschien, hat sich seitdem als wahnsinnige Unmöglichkeit erwiesen. Selten ist das Urteil sogenannter sachverständiger Kapazitäten als ebenso dummes wie verlogenes, oberflächliches Geschwätz in wenigen Jahren so entlarvt worden wie diesmal. Wie oft hat man nicht der nationalsozialistischen Bewegung hochnäsig von oben herunter vorgeworfen, daß sie von "wirtschaftlichen

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
2 Zur innenpolitischen Auseinandersetzung um den Dawes-Plan vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 86 ff.
3 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.
4 Als der Dawes-Plan im Reichstag verhandelt wurde, war die NSDAP verboten. Vgl. Dok. 26, Anm. 52.

Belangen" nichts verstünde. Und wie oft hat man nicht das Urteil der sogenannten "großen Wirtschaftspolitiker" gegen diese Partei auszuspielen versucht. Und heute? Die Partei hat recht behalten mit ihrer Auffassung. Und die großen Wirtschaftspolitiker? Sie sitzen nun wieder beisammen und brüten über ein Neudiktat, das nach ihrer Meinung allein geeignet sei, jene "Dawes-Krise" zu vermeiden, deren Kommen sie noch vor fünf Jahren als verlogene nationalsozialistische Hetze bezeichneten. In antiken Zeitläufen wären diese Politiker längst vor den Stadttoren aufgehängt worden. Im 20. Jahrhundert läßt man lieber eine Nation hängen.

Es geht also nicht mehr weiter. Zu dieser Einsicht hat die harte Wirklichkeit endlich selbst die verbohrtesten Dawes-Parteiler getrieben. Statt aber nur die Katastrophe und ihre Auswirkungen, in der wir uns ja dauernd befinden, als Druck für eine Umstellung der deutschen Gesinnung zu verwenden, versucht man im echten Geiste dieser Gesinnung nach einem Weg, der die akute Krise vielleicht doch wieder verhindern und den schleichenden Charakter der Krankheit aufrechterhalten könnte. Während man von höchst oben herunter das Erwachen jeglichen nationalen leidenschaftlichen Gefühls zu verhindern versucht, wird der Nation ein neues Diktat mundgerecht gemacht, an dessen Wiege dieselben Sachverständigen stehen, die uns einst schon den Dawes-Pakt bescherten. Damals hieß es Dawes-Pakt, heute heißt er Young-Plan [5]. Auf die einfachste Formel zusammengefaßt ist sein Inhalt der, daß Deutschland in den nächsten 58 Jahren einhundertdreizehntausend Millionen Mark (113.000.000.000) zu bezahlen hat [6]. Diese Forderung ist ein Verbrechen, das nur von den wirtschaftlichen Sachverständigen der Entente und ihren jüdischen Mitarbeitern in Deutschland ausgeheckt werden konnte. Es ist ganz klar, daß dieselbe Katastrophe, vor der man heute steht, ja in der man sich befindet, in drei Jahren zwangsläufig wieder da ist. Man kann nun freilich einwenden, daß dadurch immerhin wieder zwei oder drei Jahre gewonnen wären. Allein in Wirklichkeit sind sie verloren. Denn so log man ja auch bei der Unterschreibung [*sic!*] des Dawes-Paktes. Wenn man damals diese Dawes-Patrioten in die letzte Enge trieb und sie keinen vernünftigen Ausweg mehr wußten, dann erklärten sie etwa folgendes: "Also, wenn wir ganz aufrichtig sein wollen -, wir wissen ja auch nicht, ob das wirklich alles zu erfüllen ist und ob wir das auf die Dauer tragen können, aber wir gewinnen zumindest damit Zeit -, und Zeit gewonnen heißt alles gewonnen." So etwas hörte besonders der biedere bürgerliche Politiker nur zu gerne. Erinnerte es ihn doch an einen auch im Kriege unzählige Male mißbrauchten Satz: "Die Zeit arbeitet für uns." Nun arbeitet die Zeit natürlich überhaupt nicht, sondern die Menschen arbeiten in der Zeit. Wenn aber Menschen einen Dawes-Pakt unterzeichnen, um dann fünf Jahre Ruhe zu haben, dann ist nicht einzusehen, warum die Zeit nach fünf Jahren für sie vorteilhafter sein sollte, als sie vorher war. Im Gegenteil! Denn bei uns in Deutschland unterschreibt man ja solche Diktate nur, um den gläubig aufhorchenden Michel die nächsten drei, vier Jahre versichern zu können, daß eine Gewaltanstrengung zur Abschüttelung des Fremdenjoches nunmehr gar nicht mehr von-

---

5 Der Bericht des Sachverständigenausschusses vom 7.6.1929 beruhte im wesentlichen auf dem Kompromißvorschlag des Vorsitzenden Owen D. Young vom 4.5.1929 (vgl. Dok. 38, Anm. 5) und erhielt so zu Recht dessen Namen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469.
Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

nöten sei. Als Herr Stresemann nach Locarno ging und dort auf Elsaß-Lothringen verzichtete [7], geschah dies nicht, um als Gegenwert etwa eine Verstärkung der deutschen Wehrkraft zustandezubringen. Im Gegenteil. Weil Herr Stresemann den Locarnopakt unterschrieb, war eine weitere Aufputschung der nationalen Leidenschaft oder gar eine Verstärkung unserer Wehrmacht überhaupt nicht mehr nötig. Man hat die Zeit des Dawes-Paktes nicht benützt, um in ihr die Nation zu stählen und vorzubereiten für die Abschüttelung des Fremdenjoches, sondern um sie nur noch mehr zu entnerven, um ihr den letzten Widerstandsgeist aus Hirn und Herz zu treiben, die letzte Kraft aus den Knochen zu reißen und jene knechtselige Gesinnung zu befestigen, mit der sie heute rechnen bei der Unterzeichnung des neuen Pariser Diktates [8].

Nun könnte, wenn im Völkerleben die Zeit keine Rolle spielen würde, die nationalsozialistische Partei als Kern der nationalen Opposition in Deutschland sich auf den Standpunkt stellen: Macht nur immer so weiter, wir können abwarten, unser Weizen wird reifen. Leider steht aber die übrige Welt nicht still, sondern sie bewegt sich. Unser Verfall ist nicht nur ein absoluter, sondern auch ein relativer. Wenn auch wir selbst im Augenblick vielleicht nicht zugrunde gehen, so wird doch die Distanz zu den anderen Nationen immer größer, weil diese vorwärtsschreiten. Dazu kommen noch die grauenhaften Verwüstungen an unserem Rassegut, die man nicht eines Tages ohne weiteres ungeschehen machen kann. Es liegt im Interesse der deutschen Nation, die verantwortlichen Macher des Dawes-Paktes an den Ohren festzuhalten, um zu verhindern, daß durch ein neues, inhaltlich genauso großes Verbrechen die alten Spuren verwischt werden, der deutsche Michel aber einige Monate lang in den Dusel einer neuen Hoffnung verfällt. Es ist aber vor allem wichtig zu verhindern, daß die Unterzeichnung des neuen Pariser Diktates in der Anonymität einer parlamentarischen Aktion stattfinden kann. Es ist wichtig, daß man diesen neuen Versuch einer Verelendung unseres Volkes auf sechs Dezennien hinaus - das heißt also für Kind und Kindeskind - aus dem Dämmerlicht des Sitzungssaales des Reichstages herausnimmt und dem öffentlichen Licht aussetzt! Zu dieser Frage soll einmal die ganze Nation Stellung nehmen! Jede Partei soll vor die Nation hintreten und ihre Haltung bekanntgeben und motivieren. Die Nation mag dann ihr Urteil sprechen. Denn hier handelt es sich dann nicht um "Parteigruppen" oder um einen "Hugenberg-Hitler", sondern um eine Lebensfrage der deutschen Nation, die von soundso vielen Deutschen bejaht und von soundso vielen Deutschen verneint wird. Denn was immer auch im einzelnen Ringen die Gruppen und Verbände der nationalen Opposition trennt, so muß sie doch der Ernst einer so schweren Entscheidung in einer großen, gemeinsamen Kampffront finden [9]. Stünden wir heute in einem Krieg gegen einen äußeren Feind, könnten wir auch nicht die Mitarbeit eines Deutschen einfach deshalb ablehnen, weil er einer anderen Partei angehört. Heute befinden wir uns in der Fortsetzung des alten Krieges [10]. So unerträglich für uns Nationalsozialisten eine Einheitsfront ist, in der bewußte Landesverräter - wie im Jahre 1923 - sitzen [11], so selbstverständlich ist das Zusammengehen mit allen wenigstens dem Wollen nach Deutschen, die der verhängnis-

7 Vgl. Dok. 34, Anm. 10.
8 Vgl. Dok. 2, Anm. 6.
9 Gemeint ist der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Dok. 50, Anm. 1.
10 Hinweis auf den Ersten Weltkrieg.
11 Wahrscheinlich Anspielung auf die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, die den Hitlerputsch 1923 mißbilligt hatten und wie die NSDAP im Reichsausschuß vertreten waren.

vollen Arbeit des unseligsten deutschen Außenministers endlich einen Riegel vorschieben sollen. Wenn sich daher nun ein Reichsausschuß gebildet hat, der den Kampf gegen das neue Pariser Diktat mit den letzten Mitteln aufnehmen will, die uns überhaupt noch zur Verfügung stehen, dann ist dies für alle diejenigen eine Selbstverständlichkeit, die auch in der Partei nur ein Mittel zum Zweck sehen, als letzten Zweck aber die Notwendigkeit der Rettung unseres deutschen Volkes und Vaterlandes empfinden.

25. Juli 1929 Dok. 55
"Das deutsche Volksbegehren"
Erklärung

VB vom 25.7.1929.

Anordnung

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei beteiligt sich an der Vorbereitung des deutschen Volksbegehrens [1] gegen das Pariser Tributdiktat [2] und die Kriegsschuldlüge [3]. Dieses Volksbegehren ist nach Ziel und Umfang neu u[*nd*] hat nichts mit dem Volksbegehren des Stahlhelm [4] zu tun. Die Beteiligung der Partei geschieht aus dem Willen, ein taktisches Teilziel auf breiter Basis anzustreben. Das Endziel der Partei bleibt davon unberührt und wird wie bisher in vollster Selbständigkeit verfochten [5].

Als Vorsitzender der Partei bin ich in das Präsidium des Ausschusses für das deutsche Volksbegehren eingetreten. Dem Reichs- und Arbeitsausschuß gehören ferner an die Parteigenossen Dr. Frick (M.d.R.) und Gregor Straßer (M.d.R.), ersterer als Mitglied des juristischen Ausschusses, letzterer als Mitglied des Propaganda- und Presseausschusses sowie des Finanzausschusses.

Soweit Anordnungen aus dem Zusammenarbeiten der Partei mit dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zu treffen sind, erfolgen diese durch die Parteileitung.

Adolf Hitler

1 Vgl. Dok. 50-51.
2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
4 Vgl. Dok. 29, Anm. 4. Zur Abgrenzung der NSDAP vom Stahlhelm-Volksbegehren vgl. Dok. 56.
5 In einem streng vertraulichen Schreiben an die Gauleiter und Abgeordneten vom 12.8.1929 faßte Gregor Straßer die Gründe der Parteileitung, sich am Volksbegehren zu beteiligen, nochmals in ähnlicher Weise zusammen; BA, Slg. Schumacher 206.

[25. Juli 1929] [1] Dok. 56
"An sämtliche Gauleiter, Bezirksführer u. Führer größerer Ortsgruppen der N.S.D.A.P." Anordnung

Masch. Manuskript, o. D.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 9.

1. In der Presse erscheinen - veranlaßt durch irgendeine hier nicht bekannte Presse-Stelle - Artikel, in denen darauf hingewiesen wird, daß die nationalsozialistische Partei, die im Reichsausschuß für ein Volksbegehren [2] vertreten ist, damit auch ihre Zustimmung zum ehemaligen Stahlhelm-Volksbegehren [3] gegeben habe [4]. Diese Nachrichten sind falsch und frei erfunden. Die Auffassung der Parteileitung über das ehemalige Stahlhelm-Volksbegehren ist in meiner Denkschrift vom 24. April 1929 eingehend niedergelegt [5]. Diese Auffassung, die durch nichts erschüttert ist und sich in nichts geändert hat, verbietet uns, auch in aller Zukunft ein Volksbegehren der vom Stahlhelm angeregten Art zu unterstützen. Ich habe übrigens in Berlin ausdrücklich erklärt, daß die NSDAP nur gegen das Pariser Diktat [6] sowie die Kriegsschuldlüge [7] mit den anderen Verbänden gemeinsam einzutreten bereit ist. Sollten sich Versuche zeigen, diese eindeutige Erklärung zu übergehen oder gar umzudeuten, dann sind die Führer der Bewegung verpflichtet, dies erstens schriftlich sofort der Zentrale mitzuteilen, und zweitens sofort dagegen in ihrem Wirkungskreis Stellung zu nehmen.

Unter keinen Umständen darf die NSDAP irgendeinen Vorspanndienst leisten für das grundsätzlich und taktisch für uns unannehmbare Stahlhelm-Volksbegehren.

2. Verschiedene Dienststellen der Partei melden, daß sie Zuschriften erhalten haben aus Kreisen des Stahlhelms mit der Aufforderung, örtliche Ausschüsse zu bilden. In einer dieser Zuschriften, die die Landesführung Brandenburg des Stahlhelms unterm 15. Juli [*1929*] an Hauptmann Stennes [8] übermittelt hat, findet sich gedruckt folgender Passus:

---

1 Die vorliegende Anordnung liegt einem Rundschreiben der Gauleitung Schleswig-Holstein an die Kreisleiter und Ortsgruppenleiter größerer Ortsgruppen des Gaues vom 15.8.1929 bei (GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 9), auf Dok. 55 wird darin verwiesen. Es ist anzunehmen, daß Dok. 55 für die Öffentlichkeit, Dok. 56 zum internen Parteigebrauch zum selben Zweck verfaßt wurden.

2 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 4.

4 Der Stahlhelm verbreitete eine Erklärung, in der es als "vornehmste Aufgabe" des Reichsausschusses bezeichnet wurde, das Stahlhelm-Volksbegehren zur Verfassungsänderung zu unterstützen, und stellte der Entschließung vom 9.7.1929 (Dok. 51) einen Absatz voraus: "Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren übernimmt das vom Stahlhelm angeregte Verfassungs-Volksbegehren als seine Aufgabe und wird seine Durchführung weitertreiben." Vgl. Stahlhelm-Korrespondenz vom 11.7.1929, "Die Presse zum Reichsausschuß"; BayHStA, IV, Bayern und Reich, Bd. 12. Vgl. auch Vossische Zeitung vom 11.7.1929 (PA), "'Front des Widerstands'" sowie Deutsche Nachrichten vom 21.7.1929, "Verhängnisvolle Ehrenerklärungen".

5 Druck: Dok. 29.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

8 Walter Stennes (1895-1989), 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Polizeihauptmann a. D., 1923 Bataillonskommandeur der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 OSAF-Stellvertreter Ost, 1931

"Entsprechend der Gründung des großen Reichs-Ausschusses als Block der nationalen Opposition zur Durchführung des Kampfes gegen den Young-Plan und des deutschen Volksbegehrens, sind gemäß Beschluß des Reichsausschusses in allen Provinzen und Ländern unseres deutschen Vaterlandes Landes-Ausschüsse zu gründen."

Diese Behauptung ist unrichtig. Von dem Reichsausschuß, in dem die NSDAP vertreten ist, wurde ein solcher Beschluß nicht gefaßt [9]. Anordnungen über Bildung solcher Unterausschüsse ergehen für Angehörige der NSDAP ausschließlich durch die Parteileitung. Ich weise schärfstens darauf hin, daß sämtliche Führer der Bewegung die Direktiven für die Durchführung des Kampfes gegen das neue Pariser Diktat und die Kriegsschuldlüge ausschließlich durch die Parteileitung erhalten. Führer, die ohne Auftrag der ihnen vorgesetzten Dienststellen sich an Aktionen betätigen sowie [*an*] Ausschüssen beteiligen, die ihre Richtlinien nicht durch die Zentrale der Bewegung erhalten, schließen sich von selbst aus der Partei aus. Gerade der Kampf gegen das neue Pariser Diktat hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er von Verbänden mit strengster Disziplin ausgefochten wird. Keinesfalls darf dieser Kampf in der alten deutschen Ausschuß- und Vereinsmeierei enden.

Gemeinsame Kundgebungen bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung der Parteileitung. Die Partei-Anordnungen für die Durchführung des Kampfes gegen das Pariser Abkommen und gegen die Kriegsschuldlüge werden sofort nach der im Reichsausschuß zu Berlin geklärten Form des Vorgehens den einzelnen Organisationen der Partei zugestellt.

Ich erwarte besonders von den Gauleitern, daß sie keinen Augenblick vergessen, daß der Kampf gegen das Pariser Diktat sowohl als gegen die Kriegsschuldlüge nur eine Abwehrmaßnahme ist, darüber hinaus aber die nationalsozialistische Bewegung immer mehr in ihre Mission hineinzuwachsen hat, die Gestaltung des kommenden Reiches in die Wege zu leiten. Diese Aufgabe erfordert aber erst recht, daß sich im Spiel der freien Kräfte die klarste und kühnste deutsche Bewegung zum endgültigen Sieg durcharbeitet. Es wird dies die unsere sein.

gez. *Adolf Hitler*

Ausschluß aus der NSDAP, Gründung der Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands, 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

9 Obwohl sich die Mehrheit in der Sitzung vom 9.7.1929 für die Beibehaltung des Stahlhelm-Volksbegehrens aussprach, wurde das Projekt in der öffentlichen Bekanntgabe des Programms der Reichsausschusses nicht mehr berücksichtigt. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 437.

27. Juli 1929 Dok. 57
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 27.7.1929.

Die Welt geht schweren Kämpfen entgegen. Wer nicht blind ist oder mit Absicht blind sein will, muß dies schon heute erkennen. Das große Ringen Englands gegen Amerika, das vielleicht die nächsten 50 bis 100 Jahre die Menschheit in Atem halten wird, beginnt mit den ersten Plänkeleien [1]. Natürlich wird jeder Krieg nicht der Motive wegen geführt, die ihn veranlassen. Es sind zumeist kleine, auslösende Momente, die tiefe Völkergegensätze plötzlich zur Austragung bringen. Es ist z. B. mehr als naiv, anzunehmen, daß der Deutsch-Französische Krieg 1870 seine letzten Ursachen etwa in dem Ansinnen Benedettis oder der Bismarckschen Emser Depesche gehabt hätte. Es ist möglich, daß durch das Auftauchen der spanischen Thronkandidatur der Krieg etwas früher ausbrach, aber es ist grundfalsch, zu meinen, daß er im anderen Falle überhaupt nicht gekommen wäre [2]. Der deutsch-französische Gegensatz war zu allen Zeiten ein gleichbleibender. Jede Stärkung der deutschen Macht wird in Frankreich eines Tages als Gefahr empfunden und endet dann im Kampfe. Auch der Weltkrieg wurde nicht veranlaßt durch das Attentat in Sarajewo [3], sondern höchstens in seinem Beginn ausgelöst. Wären diese Schüsse nicht gefallen, so würde trotzdem eines Tages der Weltbrand ausgebrochen sein. Vielleicht war es sogar ein Glück, daß dies im Jahre 1914 geschah und daß Österreich selbst den innersten Anlaß dazu gab. Es hätte ebenso leicht geschehen können, daß fünf Jahre später ein anderer Zwischenfall Deutschland in eine viel schlimmere Situation von Anfang an gebracht hätte.

Der offizielle Grund des drohenden Kriegszustandes zwischen China und Rußland ist allerdings scheinbar ein nur wirtschaftlicher. China entfernt von einer in seinem Hoheitsgebiet gelegenen Bahn russische Staatsangehörige und führt damit das Unternehmen tatsächlich in den chinesischen Besitz über [4]. Das ist ein Vorgang, der, wenn er gegen das kaiserliche Rußland stattgefunden hätte, von den marxistischen Weltschwindlern als heiliges chinesisches Recht proklamiert worden wäre. Man kann sich vorstellen, wie die sozialdemokratischen Lügner und Spitzbuben z. B. in Deutschland gewettert hätten, wenn man hier einen Krieg begonnen hätte

---

1 Zu den Beziehungen zwischen USA und Großbritannien in den zwanziger Jahren vgl. Benjamin D. Rhodes, The Image of Britain in the United States, 1919-1929: A Contentious Relative and Rival. In: Anglo-American Relations in the 1920s, S. 187-208; B. J. C. McKercher, "The Deep and Latent Distrust": The British Official Mind and the United States, 1919-1929. In: ebenda, S. 209-238 sowie Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 58.

2 Zum Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs vgl. Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

3 In Sarajewo hatte am 28.6.1914 der bosnische Student Gavrilo Princip den österreichisch-ungarischen Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie Herzogin von Hohenberg ermordet. Zum Kriegsausbruch vgl. Dok. 1, Anm. 6.

4 Seit Ende Mai 1929 war es zu sowjetisch-chinesischen Zusammenstößen gekommen. Der Konflikt eskalierte, als China am 10.7.1929 die im sowjetischen Besitz befindliche ostmanschurische Eisenbahn beschlagnahmte. Die Großmächte versuchten seit dem 19.7.1929 zu vermitteln. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 464 ff.

nur deshalb etwa, weil China deutsche Beamte ausweist oder eine Bahn in Besitz nimmt! Und haben die marxistischen Lügner dies denn nicht tatsächlich so gemacht? Als sich China einst gegen die Fremden wandte und im Boxeraufstand deren Eigentum brandschatzte, da waren es die sozialdemokratischen, also marxistischen Volksbelüger in Deutschland, die auf das heftigste gegen die deutsche Expedition nach China zeterten [5]! Als später deutscher Besitz in West-Afrika verteidigt werden mußte, verweigerten diese Volksschwindler ebenfalls im Reichstag die notwendigen Mittel zur Kriegführung [6]. Damals allerdings handelte es sich um europäische "Nationalstaaten"! Aber das Wesentliche bleibt doch, daß diese sozialdemokratischen und kommunistischen Lügner noch vor 15 Jahren der Welt mit eiserner Stirne versicherten, daß solche Vorfälle überhaupt nur stattfinden konnten, weil es in erster Linie den deutschen Militarismus gäbe. Die Partei der heutigen Regierungssozialisten log damals, daß sowie erst der deutsche Kaiserismus [*sic!*] und Militarismus gestürzt sei, durch die ganze Welt ein Aufatmen gehen würde und kriegerische Konflikte sich damit von selbst erledigten! Jawohl, so faustdick haben diese politischen Schwindler damals gelogen und das deutsche Volk dumm gemacht. Nun haben diese Allerweltsbetrüger das erreicht, was ihnen Bismarck einmal so aufrichtig gewünscht hatte. Als man nämlich eines Tages den alten Staat wieder in der schamlosesten Weise herunterzog und mit unverfrorener Verlogenheit das Zukunftsreich des Marxismus auszumalen versuchte, sprang der greise Staatsmann plötzlich auf und erwiderte, daß man den Sozialdemokraten, also den Marxisten, geradezu ein Gebiet geben müßte, damit sie der Welt an einem klassischen Beispiel die Verlogenheit sowohl als den Irrsinn ihrer Behauptungen demonstrieren könnten [7]. Bekanntlich ist dies unterblieben, aber im Jahre 1917 hat der Marxismus ein gewaltiges Reich restlos erobert - Rußland [8]. Und was in den nun verflossenen 12 Jahren dort vorging, ist die schlagendste Widerlegung von all dem, was der Marxismus früher versprochen hatte. Nur die Lügengewandtheit des Juden vermag auch heute noch einer gewissen Schar von Idioten ihr Experimentiergebiet als Paradies vorzuschwindeln.

Was hat der Marxismus früher alles versprochen? Sturz des Militarismus. - In Rußland aber wird eine rote Armee ausgerüstet unter Zuhilfenahme aller Erfindungen einer "grausamen" Kriegstechnik, von der man früher versicherte, daß sie nur kaiserlich-kapitalistische Staaten vonnöten hätten [9]. Der Marxismus versprach Beseitigung des Kapitalismus. - Tatsächlich aber haben die Schwindler Rußland zu einer Domäne der internationalen Finanzmächte gemacht [10]! Der Marxismus erklärte früher, daß nur die Scheusäligkeit der bürgerlichen Kanaillen sich für die Todesstrafe einsetzen könne. - Seit diese Weltlügner aber am Ruder sind,

---

5 Vgl. Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, Hannover 1968, S. 172.

6 Die Reichsleitung hatte 1906 in einem Nachtragshaushalt Mittel zur Niederschlagung des Aufstandes im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika gefordert. Zentrum und SPD lehnten den Bewilligung der Mittel ab.

7 Eine derartige Äußerung Bismarcks ist nicht nachzuweisen.

8 Anspielung auf die am 7.11.1917 begonnene Oktoberrevolution (nach dem alten russischen Kalender) der Bolschewisten in Rußland.

9 Die geheime militärisch-technische Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen, ermöglichte sowohl der Sowjetunion als auch Deutschland, waffentechnisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1921, Berlin 1992.

10 Vgl. Dok. 40, Anm. 10.

haben sie in Rußland mehr Menschen umgebracht, als alle anderen Staaten der Welt seit der Völkerwanderungen zusammengenommen! Selbst die Französische Revolution kann mit den marxistischen Meuchelmördern und Menschenschlächtern nicht verglichen werden. Die Marxisten erklärten, daß die Not nur das Zeichen des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Verrottung sei. - Seit die Schwindler aber in Rußland regieren, ist der größte Agrarstaat der Welt nicht einmal mehr in der Lage, seinen Bürgern das notwendigste tägliche Brot zu sichern! Nahezu 20 Millionen Menschen sind im Sowjetparadies verhungert [11]! Der Marxismus erklärte, daß nur in den nationalistischen Staaten die Jugend dem Elend preisgegeben sei. - Seit aber diese Jugendbeglücker in Rußland herrschen, ist Rußland von Hundert- und Hunderttausenden verwahrloster Kinder durchzogen, die - nach den eigenen bolschewistischen Zeitungsartikeln - verlaust und verdreckt und als zehn- und zwölfjährige zu *Hunderttausenden versyphilitisiert* sind! Bolschewistische Zivilisation in einem Wort! So haben einst die sozialdemokratisch-marxistischen Schwindler auch versichert, daß in ihrem Staat dereinst die Arbeitszeit enorm abgekürzt werden würde. In der Wirklichkeit werden in ihrem Paradies die Proleten mit den furchtbarsten Zwangsmaßnahmen in die Fabriken hineingejagt und nach 10, 11 und 12 Stunden wieder herausgelassen [12]! Und so könnte man das endlos und endlos fortsetzen. Deshalb ist es auch immerhin bemerkenswert, daß das erste englisch-amerikanische Geplänkel ausgerechnet von den sowjetischen Kapitalsbekämpfern der Welt geliefert werden wird. Im alten Jargon des Marxismus sind also "kapitalistische" Interessen die Ursache eines neuen Krieges. Oder gibt es jetzt auf einmal für den Marxismus ebenfalls Volksinteressen? Setzt auch hier eine Revision der früheren Ansichten ein? Nein, man glaube nur das nicht. Der Marxismus ist ein Instrument des Judentums. Seine Hauptwaffen im Kampf heißen Lüge, Schwindel, Betrug usw. Das war vor 20 und 30 Jahren so und wird bleiben, solange nicht die erwachenden Völker die marxistische Pest erledigen und den verruchten Weltschwindel zermalmen!

Ob im Osten der Kampf beginnt oder nicht, kann heute kaum gesagt werden. Hinter Rußland wird ebenso Amerika treten, wie hinter China vermutlich irgendwo England steht [13]. Die bolschewistischen Nie-wieder-Kriegs-Apostel werden also brav in einen mörderischen Kampf hineinmarschieren, der mit den Waffen der kapitalistischen Welt ausgefochten wird. Wie heißt es doch: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Es lebe die zweite Internationale! oder das heißt, ist es die dritte? oder eine neue kommende vierte? Ich weiß es nicht. Kein Mensch überhaupt kann wissen, mit was für Schwindeleien das Judentum noch anrücken wird, um den Völkern den Sand der Blindheit in die Augen zu streuen und das Gift der Verdummung in das Gehirn zu pflanzen.

Die tschecho-slowakische Republik, die sich immer mehr zu einem wichtigen Glied des französischen Ringes um Deutschland auswächst, veranstaltet augenblicklich eine "Militäri-

11 Zu den Menschenverlusten in Revolution und Bürgerkrieg in Rußland vgl. Dok. 16, Anm. 3.

12 1928/29 lag die durchschnittliche Länge des Arbeitstages in der sowjetischen Industrie bei 7,37 Stunden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sollte die Arbeitslosigkeit verringert werden. Vgl. Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torke, München 1993, S. 30.

13 Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 3.7.1929 (PA), "England entwickelt die chinesische Flotte".

sche Ausstellung" [14]. Ob und inwieweit man dort dem tschechischen Heldentum des Weltkrieges gerecht wird oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis und hat für den Deutschen auch an sich wenig Interesse. Im Kriege hatten die deutschen Formationen ja nur selten das Glück, mit tschechischen Verbänden zusammen zu fechten, denn meistens war es doch so, daß der deutsche Musketier nur kam, wenn der brave Soldat Schwejk in einem kühnen Zirkel entweder nach hinten oder zum Feinde hinüber ausgerissen war. Dieser brave Soldat Schwejk aber muß nun herhalten, für das Plakat dieser tschechischen Heeresausstellung. Da ist nämlich ein Bild, auf dem ein tschechischer Soldat einen deutschen Grenadier des Weltkrieges nach rückwärts niederschlägt, wobei darunter steht, daß dies der Kampf der "tschechoslowakischen Demokratie" gegen den "deutschen Militarismus" symbolisiere. Das Auswärtige Amt in Berlin wird natürlich daran nichts Anstößiges finden, und Herr Groener beschäftigt sich zur Zeit mit der Ausrottung der nationalsozialistischen Partei [15]. So kann heute ungestört in einem Nachbarstaat die öffentliche Meinung aufgehetzt und vergiftet werden, um sie reif zu machen für den nächsten Krieg gegen Deutschland. Während den tschecho-slowakischen Kindern Landkarten gezeigt werden, in denen Regensburg und Passau als tschechische Stützpunkte an der Donau eingezeichnet sind [16], läßt sich aber der patriotische Spießer in Bajuwarien von den in Innsbruck sitzenden dunklen Hintermännern des Andreas-Hofer-Bundes unermüdlich gegen Italien aufputschen, um damit "Südtirol zu retten" [17]. Man hat in Bayern und in Sachsen bis heute noch nicht begriffen, daß man bedrohtestes Kriegsgebiet erster Klasse geworden ist. Es ist verdammt geschickt vom Juden, die Sinne des bayerischen Löwen ausgerechnet gegen die Front zu wenden, an der kein Feind steht. Die Tschechoslowakei betrachtet man anscheinend zu München noch immer als eine Art verbündeten Staat. Bis es eines Tages ein blutiges und grausames Erwachen geben wird. Es ist in meinen Augen heute größte Patriotenpflicht, den unverschämten Hetzereien des Andreas-Hofer-Bundes, die nur den französischen Interessen dienen können, mit aller Energie entgegenzutreten und unser Volk auf die eminenten Gefahren hinzuweisen, die ihm in nächster Nähe drohen. Diese Pflicht wird um so größer, je mehr die jüdisch-freimaurerisch-marxistisch und schwarz-gelb [18] versippte Pressemeute von dieser Gefahr nichts wissen will und sie bewußt und mit Absicht geradezu totschweigt. Es ist immer

---

14 Bezieht sich auf die vom tschechoslowakischen Ministerium für Landesverteidigung organisierte, am 15.6.1929 eröffnete Schau über das tschechoslowakische Kriegswesen anläßlich der "Südböhmischen Ausstellung" in Tábor. Vgl. Prager Presse vom 1.7.1929, "Präsident Masaryk in Tábor".

15 Am 15.7.1929 hatte Reichswehrminister Groener die Entlassung aller Arbeitnehmer im Bereich der Heeres- und Marineleitung, die der NSDAP angehörten, unter Berücksichtigung der tariflichen Kündigungsfrist angeordnet. Vgl. VB vom 21./22.7.1929, "Der Verfassungsbruch des Reichswehrministers"; Vossische Zeitung vom 27.7.1929 (PA), "Groener greift durch" sowie Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 61 f.

16 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 27.1.1929, "Tschechisierungs-Bestrebungen".

17 Zum Andreas-Hofer-Bund vgl. Dok. 14, Anm. 19. Die Nationalsozialistische Partei Österreichs (Hitlergruppe) hatte für den 10.6.1929 zu einer Versammlung in Innsbruck eingeladen, um für Hitlers Standpunkt in der Südtirolfrage zu werben. Der Andreas-Hofer-Bund bezeichnete die Versammlung als "unerhörte Provokation aller Tiroler". Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde die Veranstaltung von der Tiroler Landesregierung verboten. Vgl. Lagebericht der Polizeidirektion München vom 2.7.1929, N/Nr. 80; StA München, Pol. Dir. München 10119.

18 Die Farben Schwarz und Gelb symbolisierten die österreichische Monarchie und leiteten sich vom schwarzen Reichsadler auf goldenem bzw. gelbem Grund ab, den die Habsburger als Wappen führten. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 9 f.

noch besser, man öffnet dem Volk beizeiten die Augen, als wenn sie ihm eines Tages plötzlich im Donner und Dröhnen platzender französisch-tschechischer Fliegerbomben aufgehen würden [19].

30. Juli 1929 Dok. 58
"Nationalsozialistische Landwirte und Bauern"
Aufruf

VB vom 1.8.1929, "Aus der Bewegung".

In einigen Gegenden Deutschlands bestehen politisch landwirtschaftliche Organisationen, die sich dem Vernehmen nach teilweise ungesetzlicher Kampfmethoden bedienen sollen [1].

Ich bringe in Erinnerung, daß Nationalsozialisten die Mitgliedschaft an fremden Organisationen, die sich politisch betätigen, *unbedingt untersagt* ist [2]. Mitglieder der Bewegung, welche trotzdem derartigen Organisationen angehören, schließen sich von selbst aus der NSDAP aus.

Ausdrücklich betone ich, daß auch das sogenannte "*Landvolk*" [3] unter die für Parteigenossen verbotenen Organisationen fällt. Jede Zusammenarbeit mit dem "Landvolk" hat zu unterbleiben.

Zur Begründung des Obigen weise ich auf meinen Aufruf vom 23. Dezember 1928 hin [4], welcher an anderer Stelle des Blattes nochmals zum Abdruck gelangt.

München, den 30. Juli 1929.

gez.: *Adolf Hitler*

---

19 Vgl. Dok. 14, Anm. 16.

1 Im Frühjahr 1929 hatte sich die Situation der Bauern in Schleswig-Holstein zugespitzt (vgl. Dok. 26, Anm. 11). Der radikale Flügel der Landvolkbewegung hatte bereits seit Ende 1928 gewaltsame Aktionen zur Durchsetzung seiner Ziele begonnen. Am 22.5.1929 wurde ein schweres Bombenattentat auf das Landratsamt in Itzehoe durchgeführt, eine Serie weiterer Anschläge in Norddeutschland setzte sich bis Ende August 1929 fort. Anfang September gelang es der Polizei, die meisten Beteiligten festzunehmen. Vgl. Le Bars, Le mouvement paysan, S. 123, 132 ff. sowie Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 136 ff.

2 Vgl. Hitlers Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28) und seine Anordnung vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75)

3 Demonstrationen von rund 140.000 Bauern am 28.1.1929 in den Kreisstädten Schleswig-Holsteins gelten als Ursprung der Landvolkbewegung, einer Selbsthilfeorganisation ohne feste Organisation und ohne feste Mitgliedschaft. Ihr Symbol war, in Anlehnung an die Dithmarscher Bauernkämpfe im Mittelalter, die schwarze Fahne. Nach der Welle der Bombenanschläge nahm der Bedeutung der Landvolkbewegung rasch ab. Vgl. Le Bars, Le mouvement paysan, S. 72 ff.

4 Vgl. Bd. III/1, Dok. 74.

31. Juli 1929 Dok. 59
Aufruf

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschriften; GStA Merseburg, 60 Vo 2, 279.

Sehr geehrte Schriftleitung,

Das Hauptbüro des Reichsausschusses für das Deutsche Volksbegehren [1] gibt ab 1. August [*1929*] einen Pressedienst [2] heraus, der laufend über die Arbeit des Ausschusses unterrichten soll.

Wir bitten Sie, diesem Pressedienst möglichst bevorzugt Beachtung schenken zu wollen und den Ausschuß durch die Verbreitung der Mitteilungen des Pressedienstes zu unterstützen.

Indem wir Ihnen hierfür unseren Dank sagen,
zeichnen wir ergebenst

Schiele [3] Franz Seldte [4]
Duesterberg [5] Otto von Below [6] von der Goltz [7]
Hugenberg [8] Winterfeld [9] Adolf Hitler Hepp [10]
Fr. Döbrich [11] Ludwig Frhr. von Gebsattel [12] Rüffer [13] Claß [14]
Annagrete Lehmann [15] Fritz Thyssen [16] Dr. A. Hellbardt [17]

---

1 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

2 Der Pressedienst trug den Titel "Volksbegehren". Herausgeber war der Geschäftsführer des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, Jenö von Egan-Krieger. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II. Bd. 2: August 1929 bis März 1930, S. 958 sowie Lagebericht Nr. 163/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 4.11.1929; StA Nürnberg, Pol. Dir. Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

3 Martin Schiele (1870-1939), Fabrikant, 1914-1918 MdR (Konservativ), 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung (DNVP), 1920-1930 MdR, 1928-1930 Fraktionsvorsitzender der DNVP, Juli 1930 Christliches Landvolk, Januar bis Dezember 1925 Reichsminister des Innern, Januar 1927 bis Juni 1928 und März 1930 bis Mai 1932 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1928-1930 Präsident des Reichslandbundes.

4 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, 1918 Gründer des Stahlhelms, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister.

5 Theodor Duesterberg (1875-1950), 1894 preußischer Leutnant, seit 1915 Funktionen im Kriegsministerium, 1919 als Oberstleutnant verabschiedet, 1924-1933 Zweiter Bundesführer des Stahlhelms, 1932 im ersten Wahlgang Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, 1933 Rücktritt von den Bundesämtern des Stahlhelms.

6 Otto von Below (1857-1944), 1875 hessischer Leutnant, 1900 Generalmajor, 1914 General der Infanterie, 1918 verabschiedet, 2. Vorsitzender des Deutschen Offiziersbundes, Mitglied des Präsidiums der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands.

7 Rüdiger Graf von der Goltz (1865-1946), 1882 preußischer Leutnant, 1916 Generalmajor, Februar bis Oktober 1919 Führer der Freikorpsverbände im Baltikum, 1924-1930 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Jugend (Bund Jungdeutschland), 1925-1933 geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

8 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbands (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar bis Juni 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

9 Friedrich Freiherr von Winterfeld (1875-1949), Dr. jur., 1908-1920 Landrat des Kreises Ostprignitz in Kyritz, 1920 Vorsitzender der Kur- und Neumärkischen Hauptritterschaftsdirektion und der Zentral-Landschaftsdirektion für die Preußischen Staaten, 1921-1933 MdL in Preußen (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der Landtagsfraktion der DNVP.

10 Karl Hepp (1889-1970), Landwirt, 1920-1933 MdR (DVP, seit 1928 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1921-1930 Präsident des Reichslandbundes, 1928-1933 Präsident der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.

11 Friedrich Döbrich (1872-1953), Landwirt, 1920-1933 MdR (bis 1924 DVP, bis 1928 DNVP, dann Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1921 Mitbegründer des Reichslandbundes, 1932 Ernennung zum thüringischen Staatsrat.

12 Ludwig Freiherr von Gebsattel (1857-1930), 1875 bayerischer Fähnrich, 1914 General der Kavallerie, 1916 Abschied, 1917 reaktiviert, 1919 endgültig verabschiedet.

13 Paul Rüffer (geb. 1873), Seiler, 1887-1889 Generalsekretär der Textil- und Hüttenarbeiter, 1906 Vorsitzender des Deutschnationalen Arbeiterbundes, 1921-1933 MdL in Preußen (DNVP).

14 Heinrich Claß (1868-1953), Justizrat, 1895 Rechtsanwalt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der "Deutschen Zeitung".

15 Annagrete Lehmann (1877-1954), Studienrätin, 1921-1928 MdL in Preußen (DNVP), 1928-1933 MdR.

16 Fritz Thyssen (1873-1951), 1928 Vorsitzender der internationalen Rohstahlgemeinschaft, 1939 Flucht in die Schweiz, 1940 Verhaftung im unbesetzten Frankreich, Auslieferung an Deutschland, 1940-1945 Haft in verschiedenen Konzentrationslagern, Verfasser des 1941 in New York erschienenen Buches "I paid Hitler".

17 Nicht ermittelt.

[1. August 1929] Dok. 60
"Grundsätzliche Richtlinien für die Arbeit der Vorsitzenden und Schriftführer der Sondertagungen [1] am Reichsparteitag 1929" [2]
Anordnung

Masch. Manuskript, o. D.; IfZ, MA 1550/1.

Bestimmt für
a) die Vorstandschaft des Delegierten-Kongresses
b) die Vorsitzenden und Berichterstatter sämtlicher Sondertagungen

Der Reichsparteitag vom 1.- 4. August 1929 in Nürnberg wird nicht nur die größte politische Kundgebung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, sondern des politischen Wollens unserer heutigen Zeit überhaupt sein. Die Erinnerung an den vor 15 Jahren erfolgten Ausmarsch des deutschen Heeres in den Weltkrieg wird dieser Kundgebung noch eine besondere Weihe verleihen [3]. In stolzer Wehmut werden sich Hunderttausende der Stunden erinnern, die für jeden Deutschen, der sie mitzuerleben das Glück hatte, unvergeßlich sind für's ganze Leben. Diese Kundgebung zu Nürnberg soll aber auch Millionen Deutschen ein Unterpfand dafür sein, daß der deutsche Genius und die deutsche Kraft nur betäubt aber nicht tot sind. Niemand soll diese Stadt verlassen, der nicht die glückliche Zuversicht mit nach Hause nimmt, daß Deutschland dennoch lebt, daß unseres Volkes Erwachen sich vor unseren eigenen Augen offenbart.

So großartig unsere bisherigen Parteitage verlaufen sind [4], so eigenartig sie sich von ähnlichen Kundgebungen anderer Bewegungen unterschieden haben, so muß es doch unser aller Ehrgeiz sein, dieser neuen Tagung den Charakter einer Demonstration des deutschen Geistes aufzuprägen, eindringlicher und größer, als dies bisher möglich war. In diesen 4 Tagen soll sich aus dem Durcheinander unserer demokratischen Parlamentsgebilde, Parteien genannt, die junge deutsche Volksbewegung herausheben, die dereinst vernichten wird, was heute unserem Volke Vernichtung bringt.

Außerordentlich groß war die Arbeit der Vorbereitung dieser Heerschau unserer Bewegung [5]. Die Erfahrungen der bisherigen Parteitage wurden bis auf das äußerste ausgewertet.

---

1 Für den Parteitag waren 19 Sondertagungen vorgesehen, darunter die Tagung der Reichs- und Landtagsabgeordneten unter Leitung von MdR Wilhelm Frick, der Kreis-, Bezirkstags-, und Gemeindevertreter unter Leitung von Kreisrat Hermann Esser, sowie Tagungen zu Propaganda-, Kultur-, Beamten-, Bauern- und Gewerkschaftsfragen. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 39.

2 Vom 1. bis 4.8.1929 in Nürnberg.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

4 Nach parteiamtlicher Zählung fand der erste Reichsparteitag der NSDAP vom 27. bis 29.1.1923 in München, der zweite vom 3. bis 4.7.1926 in Weimar und der dritte vom 19. bis 21.8.1927 in Nürnberg statt. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 10, 22, 24 sowie Bd. II/1, Dok. 3-7; Bd. II/2, Dok. 161-168.

5 Vgl. Dok. 1, 12, 45.

Rein organisatorisch wird die Kundgebung eine Meisterleistung der Bewegung sein. Der Größe dieses äußeren Eindrucks soll die innere Festigkeit der Bewegung entsprechen. Im Kongreß werden eine Anzahl auserlesener Vorträge ein Bild der geistigen Entwicklung der Bewegung geben. In den Sondertagungen ist Raum gegeben für die Diskussion einzelner Partei-Probleme, Fragen der Zeit, Anträge und Vorschläge.

Soll eine so umfangreiche Kundgebung innerlich und äußerlich den Charakter einer höchste Kraft zeigenden Demonstration erhalten, dann ist es notwendig, daß sie alle verantwortlichen Führer der Bewegung auch als solche fühlen. Es muß der Ehrgeiz und das Ziel unserer Partei sein, dem deutschen Volk eine auf das äußerste zusammengeschweißte und in sich vergossene [*sic!*] Führung zu geben. Dies legt besonders den Vorsitzenden und Leitern der Sondertagungen eine sehr ernste Verpflichtung auf: nämlich dafür zu sorgen, daß trotz des großen Rahmens der Kundgebungen und der Freiheit der Diskussion kein allgemeines Zerfließen dieser Tagungen eintritt. Aus endlosen Diskussionen ist erfahrungsgemäß bisher noch nie etwas geboren worden.

Die Zeit, die durch die eigenartige [*sic!*] Organisation unserer Parteitage für Anfragen, Anträge usw. zur Verfügung steht, ist außerordentlich umfangreich. Dafür darf aber auch unter keinen Umständen eine Überschreitung derselben stattfinden. Ich muß deshalb an dieser Stelle erneut betonen, daß die Vorsitzenden und Berichterstatter der Sondertagungen sich stets als Vertreter der Parteileitung zu fühlen haben und von höchstem Verantwortungsgefühl für die gesamte Bewegung durchdrungen, versuchen müssen, aus dem oft unklaren Wust von Ansichten und Meinungen, die in Anträgen ihren Ausdruck finden, das wirklich Brauchbare herauszuholen und in eine solche Form zu bringen, daß eine zum Nutzen der Bewegung dienende Erfüllung möglich erscheint. Nicht der Popularität darf in diesen Stunden eine Konzession gemacht werden, sondern leiten muß sich jeder lassen nur von der innersten Einsicht in die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit einer Sache. Anderenfalls ist sie abzulehnen. Nur so erhalten wir langsam jene harten Führer-Naturen, die dereinst auch angesichts der ganzen Nation nicht der Eitelkeit zuliebe ein Opfer bringen oder nach dem Beifall der Masse girren [*sic!*], sondern die sich als Wahrer und Vertreter des Schicksals unseres Volkes fühlen und demgemäß auch handeln, ohne Furcht vor dem Haß oder dem Unverständnis der Gegenwart, ohne Hoffnung auf Zustimmung oder Beifall, nur den Blick gerichtet in die Zukunft unseres Volkes, der wir uns alle allein verantwortlich fühlen.

Ich habe im Jahre 1926 eine allgemeine Anordnung für die Durchführung der Sondertagungen anläßlich des Weimarer Parteitages erlassen, die auch heute noch ihre vollständige Gültigkeit besitzt [6]. So wie im Jahre 1927 [7] lasse ich sie auch dieses Mal im Wortlaut folgen:

"Bis zum Jahre 1923 fand der Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbunden mit der gesetzlich vorgeschriebenen Generalmitgliederversammlung jährlich in den Januartagen in München statt [8].

6 Vgl. Bd. II/1, Dok. 4.
7 Vgl. Bd. II/2, Dok. 164.
8 Am 30.9.1920 wurde erstmals ein Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e. V. gegründet, um der Partei einen Rechtsstatus zu geben. Die erste Generalmitgliederversammlung fand am 21.1.1921, die zweite vom 29. bis 31.1.1922 statt. Vgl. Volz, Daten, S. 7 ff. sowie Anm. 4.

Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Erledigung der Aufgaben der Partei als eingetragener Verein [9] wiesen die nationalsozialistischen Parteitage bis dorthin immer ein Bild der einmütigen Stärke der Bewegung auf. Sie unterschieden sich sehr zu ihren Gunsten von den üblen, mit Streitigkeiten erfüllten Veranstaltungen ähnlicher Art anderer Parteien. Sie wurden dadurch nicht, wie in solchen Fällen häufig, zu einer Quelle des Mißmutes und der Verärgerung, sondern zu einem Born unendlicher Kraft und Zuversicht. Es war besonders meine Sorge, immer dahin zu wirken, daß Parteitage grundsätzlich nicht zur Austragung persönlicher Stänkereien da sind. So sicher solche Zwischenfälle irgendwie gelöst werden müssen, ebenso sicher aber ist der Parteitag, der einmal im Jahre die gesamte Bewegung einigen soll, nicht der Tag dafür. Er ist aber auch nicht der Platz, an dem ungegorene und unsichere Ideen etwa einer Klärung zugeführt werden können. Weder die Zeit, noch das Wesen einer solchen Veranstaltung ertragen einen konzilartigen Charakter [10]. Es bleibt dabei zu bedenken, daß in allen solchen und ähnlichen Fällen die großen Entscheidungen nicht auf solchen Konzilien gefallen sind, sondern im Gegenteil die Weltgeschichte zumeist über sie hinwegzurollen pflegte. Sie ist, wie alle geschichtlichen Ereignisse das Ergebnis des Wirkens einzelner Personen und nicht die Frucht majoritativer Abstimmung.

Die Verhältnisse des letzten Jahres (Redeverbot [11] und sonstige Unterdrückung der Bewegung in Bayern) zwangen diesmal die Leitung der Bewegung, ein Kompromiß zu schließen. Sie war gesetzlich angehalten, die Generalmitgliederversammlung in München durchzuführen [12]. Es sollte dem aber auch kein anderer Wert beigemessen werden, als der durch das Gesetz bedingte rein formale. Der Parteitag mußte getrennt zur Abhaltung gelangen ...

Zweck dieses Parteitages

Gleich den früheren Generalmitgliederversammlungen und Parteitagen der Bewegung soll auch diese Veranstaltung den Charakter einer großen Kundgebung der jugendlichen Kraft unserer Bewegung erhalten. Gleich früher soll auch dieses Mal vermieden werden, den Parteitag mit Fragen zu belasten, deren Entscheidung oder Klärung in einem solchen Rahmen weder möglich, noch von Dauer sein würde. Das Jahr 1924 muß als eine Warnung in diesem Sinne und als Lehre für die Zukunft im Gedächtnis behalten werden [13]. Damals glaubte man eine Frage, die eben nur die Wirklichkeit beantworten kann, rein doktrinär von den Sitzplätzen eines Vereinstages aus lösen zu können. Der alte Versuch von einst, statt durch die Realitäten von Blut und Eisen [14] das Reich durch Delegierten-Kongresse erreden zu können! Denn wie

9 Grundlage des Vereinsrechts bildete Artikel 124 der Reichsverfassung. Das Vereinsgesetz vom 19.4.1908 (RGBl. 1908, S. 151 ff.) blieb gültig, wurde aber unter anderem durch das Gesetz zum Schutz der Republik (RGBl. 1922, I, S. 585 ff.) eingeschränkt.

10 Konzil: Versammlung hoher kirchlicher Amtsträger zur Beratung und Entscheidung gesamtkirchlicher Angelegenheiten.

11 Das Redeverbot für Hitler hatte in Bayern vom 9.3.1925 bis zum 5.3.1927 bestanden.

12 Am 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 143-146.

13 Vgl. Dok. 3, Anm. 73.

14 Anspielung auf Bismarcks erste Rede als Ministerpräsident vor der Budgetkommission des preußischen Landtags am 30.9.1862. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 18.

schon einst und bisher noch immer, wenn auch in größerem Umfange, hat auch in diesem kleineren Verhältnis die praktische Wirklichkeit ganz anders entschieden.

Aus dieser Erkenntnis und dieser Einsicht heraus entstand der Entwurf für die Durchführung des heutigen [15] Parteitages.

Bestimmend für das Programm und die Art der Durchführung waren folgende Umstände:

1.) Der Parteitag kann infolge der gesamten Verhältnisse nur einen Tag dauern. (Dieses Mal vier.)

2.) Es steht für die Veranstaltung nur ein wirklich großer Raum zur Verfügung [16].

3.) Die Zahl der eingereichten Anträge ist eine so große, daß deren Behandlung vor einer einzigen großen Tagung vollkommen unmöglich ist. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vorgang im Grunde genommen vollkommen nur bei einem Bruchteil der Anwesenden wird Verständnis finden können, ja, auch nur das nötige Interesse zu erregen vermag.

Daraus ergab sich logischerweise folgende Möglichkeit: Entweder die Anträge werden von einem allgemeinen großen Forum behandelt, dann fällt jede Möglichkeit, diese große Tagung zu einer mächtigen Kundgebung werden zu lassen, weg. Und anstelle eines Ausdruckes jugendlicher, vorwärtsstürmender Kraft bleibt nurmehr eine mehr oder minder 'geistreiche' Diskussion übrig.

Oder der Parteitag soll durch eine große Delegiertenversammlung seinem wahren Zweck, der Bewegung neuen Antrieb zu geben, genügen, dann mußten die zahllosen Anträge aus dem großen Delegierten-Kongreß herausgenommen werden und waren Sonderkommissionen zu überweisen, die schon der inneren Zusammensetzung nach geeignet erscheinen, auf den in Frage stehenden sachlichen Gebieten wirklich praktische Arbeit zu leisten.

Dieser letztere Weg wurde gewählt. Er war, wenn auch in bescheidenem Umfange, bereits den früheren Parteitagen der nationalsozialistischen Bewegung zugrundegelegt worden.

4.) Für die einzelnen Unterkommissionen bezw. Sondertagungen wurden eine Anzahl von Herren zu einer Art von Präsidium bestimmt, die sich auf den in Frage stehenden Gebieten bereits betätigen oder zum Teil dafür eine bestimmte Verantwortung besitzen. Nur so war es möglich, die große Anzahl der Anträge zu ordnen und jenen Sondertagungen zuzuweisen, die sich nun mit ihnen zu beschäftigen haben werden.

5.) Die zur Verfügung stehende, äußerst kurze Zeit zwang zu einer restlosen Ausnützung derselben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Herren, die an einer Sondertagung an leitender Stelle teilnehmen, sich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus von anderen Veranstaltungen eben fernzuhalten haben. Nur dadurch wird eine Bearbeitung des großen Stoffes möglich."

Anordnung für die Durchführung der Tagungen 1.- 4. August 1929

Die Sondertagungen werden von den Vorsitzenden eröffnet.

Diese wählen sich zu ihrer Unterstützung aus ihren Mitberichterstattern ein oder zwei Stellvertreter.

---

15 Bezieht sich auf den Reichsparteitag 1926.

16 Gemeint ist das Deutsche Nationaltheater in Weimar.

Es wird kurz der Zweck der entsprechenden Sondertagung festgestellt, die Tagesordnung, die sich aus den eingelaufenen Anträgen ergibt, bekanntgegeben.

Liegen Anträge nicht vor, kann die Tagung zu einer kurzen allgemeinen Aussprache benützt werden. In dem Fall haben die Vorsitzenden die Möglichkeit, in Besprechungen allgemeine Partei-Notwendigkeiten, die das Gebiet der Sondertagungen berühren, zu behandeln. Vorliegende Anträge gleicher Art werden zur Besprechung sofort zusammengefaßt.

Diese Anträge werden von den Berichterstattern oder den Vorsitzenden vorgetragen. Der Antragsteller ist zu bitten, den Antrag noch kurz mündlich näher zu begründen. Hierauf erfolgt eine allgemeine kurze Diskussion, die sich streng im Rahmen des Themas zu halten hat. Die Berichterstatter nehmen darauf noch ihrerseits zu dem Ergebnis des Antrags und der Diskussion Stellung. Der Vorsitzende kann sich - wenn notwendig - mit den Berichterstattern zu einer besonderen Besprechung zurückziehen. Er trifft dann endgültig die Entscheidung, ob der Antrag anzunehmen ist und der Reichsleitung zum Beschluß vorzulegen ist. Anträge, die der Reichsleitung zum Beschluß vorgelegt werden, müssen durch den Vorsitzenden in eine durchführbare praktische Form gebracht werden. Sie sind dem ersten Präsidenten des Kongresses [17] unmittelbar zuzustellen, der sie dem Parteivorsitzenden zur Unterschrift vorlegt. Der Parteivorsitzende kann sich zur besonderen Berichterstattung sowohl den Vorsitzenden der Sondertagungen oder seine Referenten oder auch den Antragssteller kommen lassen als auch andere Führer der Bewegung zu der Beratung zuziehen. Anträge, deren Durchführung ihm unmöglich oder unzweckmäßig erscheint, erhalten die Unterschrift des ersten Vorsitzenden nicht. Dieser wird seine Stellungnahme dem Vorsitzenden der Sondertagung gegenüber kurz begründen. Eine Abschrift ist dem Antragsteller zuzustellen.

Anträge, die die Unterschrift des ersten Vorsitzenden erhalten haben, werden im Kongreß bekanntgegeben.

Es steht dem Vorsitzenden der Sondertagungen das Recht zu, sich über die Durchführungsmöglichkeit eines Antrags - ehe sie sich selbst entschließen - Rücksprache mit einer auf diesem Gebiete kompetenten Parteistelle zu nehmen. Zum Beispiel kann der Vorsitzende der Sondertagung für Organisationsfragen versuchen, den Reichsschatzmeister um seine Meinung zu befragen in einer Angelegenheit, die auch finanziell zu überdenken ist. Überhaupt müssen die einzelnen Führer der Bewegung sich stets gegenseitig an die Hand gehen. Es soll vermieden werden, daß ein Vorschlag dem ersten Vorsitzenden der Partei unterbreitet wird, der z. B. propagandistisch zweckmäßig, finanziell aber vollkommen undurchführbar ist.

Die Vorsitzenden und die Schriftführer der Sondertagungen haben ihre Aufgaben dann am besten gelöst, wenn sie der Parteileitung wertvolle und praktisch durchführbare Anträge zur Verfügung stellen. Begründende kurze Unterlagen sind dem beizufügen.

Ich mache dabei die Vorsitzenden der Sondertagungen noch einmal darauf aufmerksam, daß uferlose Diskussionen zu ersticken sind, die Austragung irgendwelcher Stänkereien aber von Anfang an zu verhindern sind.

Der nationalsozialistische Parteitag ist nicht dazu da, um schmutzige Wäsche zu waschen.

---

17 Gregor Straßer.

Die den Anträgen beigefügten Stellungnahmen der Reichsleitung sind deren allgemeine Auffassung und sollen dem Vorsitzenden der Sondertagungen von vorneherein allgemeine Richtlinien in die Hand geben. Sie sind nur für diese und ihre Referenten bestimmt.

Ich erwarte damit nochmals von allen Herren, daß sie als Wahrer der Einheit und Größe unserer Bewegung in all ihren Entscheidungen von diesem Pflichtbewußtsein erfüllt handeln und so mit helfen, den Parteitag 1929 zu einem weiteren Markstein auf dem Wege der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei werden zu lassen.

gez. *Adolf Hitler*
1. Vorsitzender

2. August 1929 — Dok. 61
"Das nationalsozialistische Manifest zum Reichsparteitag 1929"
Erklärung zur Eröffnung des Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg [1]

Masch. Manuskript, o. D.; BA, NS 26/62 [2].

Es ist heute für die meisten unserer Mitbürger schwer, sich noch ein Bild der geistigen und seelischen Verfassung unseres Volkes vor 11 Jahren zu machen. Kommende Generationen werden überhaupt manches nicht mehr verstehen können, was sich damals abspielte und weshalb vieles möglich war, weil ihnen das innere Bild des Lebens aus dieser bewegten Revolutionszeit unkenntlich und fremd geworden sein wird.

Elf knappe Jahre und doch genügten sie, um den Sinn und das Denken unseres Volkes so zu verwandeln, daß die damalige Zeit schon jetzt traumhaft ferne zurückzuliegen scheint.

Noch schwerer verständlich erscheinen heute vielen jene denkwürdigen

Augusttage 1914

in denen das deutsche Volk in verbittertem Zorne plötzlich aufflammte, seine nationale Ehre dabei höher einschätzend als die Feindschaft der halben Welt [3]. Manches an Unverständ-

---

1 Im Festsaal des Kulturvereinshauses, von 11.00 bis 13.00 Uhr. Die Delegiertenkarten wurden zum Preis von 10 RM ausgegeben. Vgl. Rundschreiben von Philipp Bouhler vom 11.6.1929; BA, Slg. Schumacher 373. Die Eröffnungssitzung, an der laut Münchner 800, laut Nürnberger Lagebericht 1.200 Delegierte teilnahmen, wurde von Gregor Straßer in Anwesenheit Hitlers geleitet. Zunächst begrüßte Julius Streicher Gäste aus Österreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz, aus England, Argentinien, Brasilien, Nordamerika, Dänemark, Finnland, Danzig, Südwestafrika, Italien und Schweden. Danach verlas Gauleiter Adolf Wagner die von Hitler vorformulierte Erklärung.

2 Vgl. VB vom 3.8.1929, "Die N.S.D.A.P. als Kampforganisation des deutschen Volkes"; Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, 19085, I; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929, ebenda.

3 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Ita-

nis über diese Zeit ist dem natürlichen Vergessen zuzuschreiben. Vieles aber dem Bestreben unserer heutigen Republik, in die Seelen ihrer Untertanen, sprich "Staatsbürger", ein Grundgefühl der eigenen Unterlegenheit, der Minderwertigkeit hineinzupflanzen, das den verantwortlichen Staatsmännern von jetzt das beste Mittel zu sein scheint, um die Distanz zwischen dem damaligen Erleben und unserem heutigen Fühlen und Denken zu einer grenzenlosen, ja unverständlichen zu machen.

Auch unser Volk war einst ein stolzes

Und wer hätte mehr Grund als der Deutsche gehabt, es zu sein.

In wenigen Jahrzehnten war es gelungen, das Bismarckische Reich zu einer scheinbar unvergleichlichen Höhe emporzuführen. Aufgebaut auf alten Traditionen, erfüllt von den lebendigsten Kräften der Gegenwart, verwaltet vom saubersten Beamtenkörper aller Zeiten, beschirmt von einem stolzen selbstbewußten und kühnen Heere erschien das Kaiserreich in seiner bundesstaatlichen Verfassung allen Deutschen als die Erfüllung uralter Wünsche und ewiger Hoffnungen [4]. In der Frische der schwarz-weiß-roten Flagge [5] empfand man ein Symbol der jugendlichen Kraft des neuen Reiches.

Der Deutsche war nach Jahrhunderten endlich wieder selbstbewußt geworden.

Dieses Selbstbewußtsein fand seinen höchsten Ausdruck im Heere und seine höchste Betonung in der Erziehung des einzelnen Soldaten.

Wo war der Deutsche - und nur von ihm soll hier die Rede sein -, der im Jahre 1914 nicht der Überzeugung lebte, daß Deutschland der beste Staat der Welt war? Die deutsche Regierungsform die vernünftigste, die Verwaltung die reinlichste, das Heer das beste von allen Ländern der Erde?

Und dieses Selbstbewußtsein, das Millionen von Menschen erfüllte, fand seine wundervolle Rechtfertigung und Belohnung in den nun einsetzenden endlosen Siegen.

Als sich am 2. August 1914 die Farbenpracht der alten Regimenter wie mit Zauberschlag plötzlich ins Feldgraue verwandelte [6], hielt die Nation in spannungsvollster Erwartung tagelang den Atem an.

Es folgten die Stunden, in denen in endloser Folge die Bataillone bekränzt und umjubelt die Heimat verließen [7].

Und dann kam der Augenblick, da die erste Depesche den ersten Sieg verkündete:

"Lüttich ist gefallen [8]."

lien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

4 Zur Geschichte der Entwicklung des deutschen Kaiserreichs vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

5 Die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne war 1867 als Handelsflagge des Norddeutschen Bundes eingeführt worden. Von 1871 bis 1918 war sie Fahne des Deutschen Reiches.

6 Die feldgraue Uniform wurde in Deutschland seit 1910 bei Übungen und Manövern getragen.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.

8 Das X. deutsche Armeekorps hatte bis zum 16.8.1914 die belgischen Forts in Lüttich erobert; diese Festungswerke besaßen für die belgische Verteidigung eine Schlüsselstellung.

Wer kann heute noch die Ergriffenheit, das stolze Glück und die jubelnde Freude ermessen, die nun unser Volk gefangen nahmen?

Wer will sich heute noch genau vor Augen halten können die Seelenstimmung jener Monate, in denen nun ein deutscher Sieg den anderen jagte?

Was die Welt für unmöglich ansah, wurde nun zur Wirklichkeit: Das deutsche Volk in Waffen schützte seine Heimat, zwang die Heere seiner Feinde bis tief in deren eigenes Land zurück und umgürtete nun Mitteleuropa mit jener Mauer, die von Helden bewehrt und beschirmt ihre ewige Bezeichnung erhielt in dem einzigen Wort:

"Die Front".

Und viereinhalb Jahre lang stand sie nun diese Front, stets bedroht, oft bestürmt, manchesmal zum Bersten belastet, zum Zerreißen angespannt und doch am Ende unerschütterlich.

Das deutsche Volk, so oft weltfremd, weich und schwärmerisch veranlagt, hatte einen anderen Ausdruck angenommen: Der deutsche Frontsoldat war zum Repräsentanten der deutschen Nation geworden.

Freilich gab es demgegenüber auch eine gräßliche Not. Der Hunger zerquälte [*sic!*] die Menschen. Aber am schlimmsten wirkte das Gift jener Fremden, die als Deutsche vertarnt [*sic!*] ihren eigensten Plänen nunmehr die Erfüllung zu bringen hofften. Und wie so oft in unserem Volk fanden sich, während die einen heldenmütig kämpften, elende Kreaturen, die auf den Tag lauerten, der ihnen den Sieg bescheren mußte. Dieser Sieg hieß aber nicht "Rettung des Vaterlandes vor seinen Feinden", sondern Vernichtung der deutschen Kraft, Brechung des deutschen Widerstandes und Auslieferung der Nation an einen Haufen marxistischer Volksbetrüger, sozialdemokratischer und kommunistischer Journalisten, Gewerkschaftssekretäre, Literaten, Rechtsverdreher usw. [9]

Dieser verschworenen Meute elender Naturen war das alte Reich weder in seiner Verwaltung noch in seiner politischen Leitung gewachsen. Statt die Hoch- und Volksverräter, die landesverräterischen Staatsumstürzler unbarmherzig samt ihrem Schiebertroß zu vernichten und damit den jüdischen Zielen kurzerhand einen Riegel vorzuschieben, kapitulierte man aus der Angst, dabei "Bürgerblut" vergießen zu müssen. Und doch war es anders: Der deutsche Bürger stand damals an der Front oder erfüllte zumindest zu Hause irgendwo seine Pflicht. Wer aber als "Unabkömmlicher" [10] die Nation in ihrer Kraft auszuhöhlen versuchte oder als Parteiführer und Parlamentsschwätzer gegen die eigenen nationalen Interessen Stellung nahm, war kein Bürger mehr, sondern nur noch ein Verbrecher.

Und als Verbrecher mußte man diese Meute auch behandeln. Als Verbrecher, denen gegenüber jeder Zuhälter noch als ein Ehrenmann anzusprechen war. Und als Verbrecher doppelt und dreifach, weil durch ihr Verhalten Millionen braver ehrlicher deutscher Arbeiter von ihrem eigenen Volk in eine Bahn gerissen wurden, die sie innerlich aufrichtig nie gewünscht

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.

10 Anspielung auf die vermeintliche Bevorzugung derjenigen Wehrpflichtigen jüdischen Glaubens, die vom Wehrdienst zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben in der Heimat zurückgestellt wurden. Noch im August 1918 stellte Erich Ludendorff die zahlenmäßig sinnlose Forderung nach Einberufung der unabkömmlichen Juden zur Verstärkung des Heeres. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 ff.

hatten, und weil das Blut von Hunderttausenden anderen auf zahlreichen Schlachtfeldern dank dem Wirken dieser politischen Verbrecher umsonst vergossen worden war.

Der Verrat an der Front und der Zusammenbruch des Reichs

Als aber diese Verbrecher durch die Revolution gesiegt hatten, verloren in Deutschland die Ehrlichkeit und Anständigkeit ihren Wert. Das Regiment der Parteien und des Schwindels, des Betrugs, der Vergiftung und der Verleumdung nahm damit seinen Anfang.

Die Tage aber, in denen das Regiment der Redlichkeit von dem der Gaunerei abgelöst wurde, warfen in Deutschland alles durcheinander.

Alle Begriffe begannen sich zu wandeln. Was früher gut war, sollte nun böse sein, was man früher zum Verbrechen gerechnet, gebärdete sich nun auf einmal mit frecher Stirne als politische und wirtschaftliche Tugend.

Zuchthäusler wurden Minister; Diebe - Polizeipräsidenten; Ehrenmänner wanderten dafür in die Gefängnisse; Helden wurden der Justiz übergeben; Meuterer tauchen als Richter auf; der Soldat, der redlich gekämpft hat, wird dafür beschimpft, der Deserteur übernimmt das Kommando, Fahnenflüchtige werden Führer. Landesverräter sind öffentlich Ankläger und urteilen nun über im Kampf zerschossene alte Offiziere.

Die Demokratie terrorisiert durch eine Minorität die Nation, während die tatsächliche Majorität unter dem Schlagwort einer "reaktionären Gewalt" nicht zu Worte kommt, - im Namen der Freiheit vergewaltigt man das Recht, - im Namen des Rechts unterdrückt man die Freiheit [11].

Im Namen des Sozialismus liefert man die Nation der internationalen Hochfinanz aus, im Namen des Fortschritts einer mittelalterlichen Barbarei, im Namen der Kultur verpestet man die Kunst und im Namen der Kunst zerstört man die Kultur.

Betäubt marschieren die Armeen in die Heimat, willenlos lassen sie sich entwaffnen, entwaffnen von einer Hand voll elender Lumpen. Armeen, die früher einer Welt getrotzt hatten! Und willenlos versetzen sie die Nation in den Zustand eines wirren Durcheinanders, den der Jude mit frechem Hohn als "Freiheit, Schönheit und Würde" [12] bezeichnet.

In dieser Zeit wurde die nationalsozialistische Bewegung gegründet, die heute ihren Reichsparteitag feiert.

Das Jahr 1919

ergab in großen Zügen gesehen folgendes politisches Bild:

Betäubt durch die Lüge seiner sozialdemokratischen Führer, daß die Feinde nur den Kaiser beseitigen, aber Deutschland und dem deutschen Volk nichts zuleide tun wollen, hat sich das deutsche Volk vertrauensvoll der Entente unterworfen [13]. Die sozialdemokratischen Führer erhielten für ihre meineidige Lüge die Macht, das deutsche Volk aber verfiel der Versklavung [14]. Die Entente, an ihrer Spitze Frankreich, sorgt für eine immer weiter fortschreitende Entwaffnung des deutschen Volkes, unterstützt von sozialdemokratischen Politikern, die eben-

11 Zum Vorwurf von seiten der NSDAP der Beeinflussung der Justiz durch die Politik vgl. Krohn, Die deutsche Justiz, S. 147 ff.

12 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.

13 Vgl. Dok. 3, Anm. 24.

14 Anspielung auf Deutschlands Reparationsverpflichtungen.

falls in der Waffe den Ausdruck einer nationalen Kraft wittern, die sich vielleicht einst auch gegen sie wenden könnte. So arbeiten nun das Ausland und das offizielle Inland einträchtig zusammen, um die restlose Wehrlosmachung des deutschen Volkes zur Ermöglichung einer dauernden Auspressung durchzuführen. Die sozialdemokratischen Schwindler erklären dabei, daß die andere Welt nur darauf warte, bis Deutschland abgerüstet sei. Sie versichern dem deutschen Volk mit eiserner Stirne, daß es, sowie es sich erst seiner Waffen entledigt habe, als gleichberechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft aufgenommen werde [15]. In eben dem Maße, in dem es den Lügen dieser Volksbeschwindler und dem Druck der Entente gelingt, die Nation wehrlos zu machen, setzt die Erpressung ein. Diktat wird von Diktat abgelöst [16]. Jedes neue steigert die Forderungen des vergangenen und sowie sich aber nun die Folgen dieses wirtschaftlichen Drucks langsam bemerkbar machen, beginnt man die Nation auch geistig abzurüsten. Man versucht die Erinnerungen an die große Vergangenheit auszulöschen und pflanzt statt dessen das Gefühl einer inferioren Unterlegenheit [*sic!*] auf allen Gebieten in das Hirn und Herz der Nation. Alles was groß war in der Vergangenheit, muß zu dem Zweck nun verkleinert werden, alles Erhabene wird besudelt, alles Erbärmliche aber umgekehrt als der tatsächliche Ausdruck des deutschen Geistes hingestellt. So setzt ein allgemeiner

Kreuzzug gegen das deutsche Wesen ein

und gegen seine Leistungen auf allen Gebieten. Die Kunst wird verdorben und vernarrt, das Theater verblödet, die Literatur verbolschewisiert, kurz, unser gesamtes Seelenleben vergiftet. Politisch und gesellschaftlich zerreißt man die Nation in zwei Hälften. Man predigt dem Proletariat einen großen Sieg und raubt dabei der gesamten Nation die Kraft des Widerstandes gegen die Pläne der internationalen Hochfinanz, während die sozialdemokratischen und kommunistischen Lügner von Sozialismus reden, zerstören sie die deutsche Wirtschaft. So zerfällt das Volk und verbraucht endlich den letzten Rest seiner politischen Kraft im gegenseitigen Kriege unter der Parole: "Bürgertum oder Proletariat".

Den marxistisch-internationalen Parteien stehen nunmehr gegenüber sogenannte nationalbürgerliche.

Während aber der Marxismus mit allen Waffen, angefangen von der demagogischen Lüge bis zur Brachialgewalt des Terrors die Vernichtung der Nation und des Staats predigt und durchführt, redet das Bürgertum von einem Kampf mit "geistigen Waffen". Das heißt, es rückt gegen Giftgas und moderne Sprenggranaten in alter Ritterrüstung mit schlechtem Speer und Schild an.

Das Schlimmste aber ist, daß diese bürgerliche Parteiwelt, selbst belastet von einer üblen Vergangenheit ewiger Kompromisse, jede Fähigkeit verloren hat, den aktiven Teil der Nation für seine Ziele noch irgendwie begeistern zu können. Denn wie will eine Parteiwelt die Jugend für ein nationales Ideal anfeuern, die ihre eigenen Prinzipien so erbärmlich feige im Stiche gelassen hat? Es sind in Wahrheit nur Parteikadaver, zu schlecht, um leben zu dürfen, aber zu egoistisch und feige, um sich selbst den Tod zu geben.

Sie sind trotz allem gegenteiligen Reden in Wahrheit doch nur von einer einzigen aufrichtigen Sorge erfüllt: Deutschland zu behüten vor einem starken Mann. Denn indem sie vom

15 Zur Haltung der MSPD zu den Waffenstillstandsverhandlungen und zum Friedensschluß vgl. Miller, Die Bürde der Macht, S. 56 ff., 274 ff.

16 Vgl. Dok. 41, Anm.12.

"Führer" schwätzen, erfüllt sie doch nur ein einziger Wunsch, daß das Schicksal ihn nicht bringen möge. Und indem sie scheinbar nach ihm suchen, verhüllen sie geflissentlich ihre Augen, um nur ja nicht etwa einen zu finden.

Sie sprechen gegen den "Klassengedanken" und wollen dabei nicht sehen, daß sie selbst zu Repräsentanten eines solchen geworden sind. Sie tun, als ob sie den Marxismus zu überwinden gedächten, während er aber doch tatsächlich nur infolge ihrer eigenen Tätigkeit zu entstehen vermochte. Sie rufen bei den Wahlen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie auf und sind doch selbst in großen Verbänden bereits zu inneren Verbündeten der marxistischen Pest geworden. Sie sind selbst von diesem Gifte infiziert und enthüllen ihre innere Verwandtschaft mit ihrem angeblichen "Feind" sofort in dem Augenblick, in dem dieser wirklich von einer Vernichtung bedroht wird. Damit aber sinkt ihr ganzes politisches Handeln herunter zu üblem Gauklerspiel. Wahlschlachten möchten sie schlagen und Wahlerfolge sind es, die sie sich wünschen, Siege aber jagen ihnen Angst ein und feige drücken sie sich vor der letzten Verantwortung. Aber selbst dort, wo ihnen das Schicksal den letzten Sieg gibt, ist das Ergebnis doch belanglos. Wann und wo immer die politischen Parteien des deutschen Bürgertums seit der Revolution einen Sieg errungen haben, wurden die Mittel des Staates zur Konservierung der marxistischen Pest verwendet.

Die bürgerlichen Parteien wollen keine gründliche Scheidung zwischen Deutschtum und Marxismus.

Wenn der kühnste Gedanke der bürgerlichen Parteien die geistlose Rekonstruktion der Vergangenheit ist [17], dann muß ein so unfruchtbares Ziel und eine so bescheidene Hoffnung von vorneherein die Gefahr in sich bergen, daß eines Tages auch die Brücke gefunden werden wird zur Gegenwart.

Und sie wurde gefunden.

Den Reigen, den das Zentrum eröffnet hat [18], lernte eine bürgerliche Partei nach der anderen mit tanzen. Indem sie sich auf den "Boden der Tatsachen" stellten, versöhnten sie sich mit den verantwortlichen Kräften dieser Tatsachen und sprangen endlich hinein mitten in den heutigen Staat. Nicht um ihn zu "reformieren", nicht um ihn "umzugestalten" oder gar um ihn von "innen heraus zu stürzen", sondern nur um Anteil zu haben an den Früchten, die die Republik jenen gibt, die sich unter ihren Schatten stellen.

Damit haben aber auch diese bürgerlichen Parteien für die deutsche Nation Sinn und Zweck verloren.

Würden sie im Jahre 1918 mit vergangen sein, wären sie von der politischen Bildfläche verschwunden, was hätte schlimmer kommen können, als es kam?

Wenn die bürgerlichen Parteien fälschlicherweise so oft behaupten, durch ihre Tätigkeit das Schlimmste verhütet zu haben, dann sicherlich nicht das Schlimmste für das deutsche Volk, sondern höchstenfalls das Schlimmste für die inneren Feinde unseres Volkes.

---

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 69.

18 Am 8.2.1919 hatte sich das Zentrum für die Beteiligung an der Regierungskoalition mit der SPD entschieden, die DDP bereits am 5.2.1919. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 165 ff. sowie Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 49 ff.

Denn wenn in den Jahren 1919 und [*19*]20 und auch späterhin Deutschland nicht im Bolschewismus versank, dann, wahrhaftiger Gott, nicht deshalb, weil, es bürgerliche Parteien gab, sondern einzig darum, weil nationale Idealisten existierten, die viereinhalb Jahre lang für Deutschland kämpften, dann, obwohl besudelt, bespuckt und beschmutzt, von den Gründern des neuen Staates, in der Meinung, das Wohl der Nation über alles stellen zu müssen, sich trotz allem noch einmal den Stahlhelm auf das Haupt setzten, Karabiner und Handgranaten nahmen und nun im blutigen Bürgerkrieg die bolschewistische Meute niederschlugen [19]. Die bürgerlich-nationalen Parteien haben es nicht getan, wohl aber sorgten sie dafür, daß die jungen Freikorps als einzige Träger einer nationalen Ehre der Nachkriegszeit möglichst bald von unpolitischeren Gebilden abgelöst wurden, damit auf solche Art die schlimmsten Gefahren, die den inneren Vernichtern Deutschlands drohen konnten, glücklich vorübergingen.

Die wirkliche innere Gesinnung dieser bürgerlichen Parteiwelt offenbarte sich endlich am deutlichsten, indem sie mithalfen, diejenigen Deutschen, die einst tatsächlich das Schlimmste von Deutschland abgewendet hatten, zu entwaffnen, zu verfolgen, mit dem Hetzwort "Fememörder" zu belegen und endlich in die Zuchthäuser zu sperren [20].

So erbärmlich der Marxismus in seinem Handeln war, so verriet dieses Handeln immerhin häufig die Kraft des Verbrechers. Die Art aber, in der sich bürgerliche Parteien mit diesen Verbrechern abgefunden haben, ist schamlos, schwächlich.

So muß die Behauptung, daß die Notwendigkeit der Existenz bürgerlicher Parteien durch die wirtschaftliche und politische Tätigkeit der letzten 10 Jahre erhärtet sei, zurückgewiesen werden. Wären diese Parteigebilde im November 1918 vollständig vergangen, so hätte Deutschland doch nicht tiefer sinken können, als es so gesunken ist. Wohl aber wäre dann vielleicht, aus der Not des Schicksals heraus, die Kraft zu einer wirklichen Überwindung der marxistischen Revolte gekommen.

Denn die soldatischen Helden dazu waren da. Nur die politischen Führer haben versagt.

Die Zwecklosigkeit der bisherigen nationalen Parteien konnte man aber nicht nur erkennen aus der im November 1918 erfolgten geschichtlichen Aburteilung des politischen Ringens der letzten 60 Jahre, sondern noch mehr aus der Unfähigkeit, die Not der Zeit zu erfassen, einen Weg zu finden, der die deutsche Nation zusammenführen konnte, eine Parole aufzustellen, unter der die zerrissene Volksgemeinschaft in der Zukunft zu heilen war. Indem aber das deutsche politische Bürgertum sich selbst den wesentlichsten Verfallserscheinungen der Zeit verschrieb, verzichtete es auf jede Möglichkeit einer politisch-nationalen Reform unseres Volkes. Wer selbst bereits international denkt, kann nicht den Internationalismus der anderen überwinden. Wer sich selbst demokratischen Gedanken hingibt, kann nicht mehr den Wahn der Masse und den Glauben an die Zahl zerstören, und wer selbst aufhört, an die Gestalt und die Fähigkeit der Kraft zu glauben, und nicht mehr im Kampf den Regenten des Lebens erblickt, soll nicht mehr hoffen, den Pazifismus eines Volkes zu überwinden. In allen großen weltanschaulichen Fragen hat sich die politisch-bürgerliche Parteiwelt bereits auf den Boden des Marxismus gestellt.

In tausend einzelnen Erscheinungen liegt der Beweis für diese Behauptungen.

19 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.
20 Vgl. Dok. 53, Anm. 20.

Unser allgemeines bürgerliches Denken hat sich von der blutsmäßig gebundenen und bedingten völkischen Linie entfernt. Fremdem Geiste werden, je ferner er uns rassisch liegt, desto mehr Konzessionen gemacht. Der Glaube an den "Osten" als Mutter der Menschheit und alles Wissens, Urmutter aller Religionen usw., hat sich im Gehirne unserer Intelligenz eingefressen, während in Wahrheit das ewige Licht niemals im Osten und niemals im Westen lag, liegen wird und liegen kann, sondern immer nur dort zu finden ist, wo sich der Träger aller menschlichen Erkenntnisse befindet, der Arier. Bewußt hat unser Bürgertum, von seinen jüdischen Bazillen infiziert, sich selbst aus der großen Kulturgemeinschaft des arischen Geistes aller Zeiten zu entfernen gesucht und sich fremdem Volkswesen und Volkserleben zugewandt.

Politisch träumt dieses Bürgertum von Konstruktionen einer menschlichen Staaten-Gesellschaft, die unnatürlich ist, weil sie die ewigen Grundwerte nicht berücksichtigen, sondern nur dem nackten Ziffern- und Zahlenwahnsinn huldigen. Nicht der Volkswert ist damit mehr entscheidend, sondern höchstens die Zahl eines Volkes, in nicht selteneren Fällen aber nur mehr die bloße Tatsache der Existenz eines Staates allein. So kann in solchem Gehirne dann das Monstrum eines Völkerbundsgedankens lebendig werden. So folgt der Entsagung auf ein eigenes stolz betontes Volkstum (die sich in tausend gesellschaftlichen und kulturellen Akten zeigt), die politische Entsagung an den Glauben zur Kraft der eigenen Nation und den Rechten, die aus dieser Kraft entsprießen. Die bürgerliche Welt wird in ihren obersten Spitzen wurzellos, rühmt sich selbst ihres kosmopolitischen Geistes und Charakters und liefert damit auf tausend Gebieten des täglichen Lebens praktische demonstrative Beispiele für die Mißachtung des eigenen Volkstums, die von der verderbt geführten Masse begierig aufgegriffen werden. Tausend solche Vorgänge nationaler Gleichgültigkeit oder nationaler Unzuverlässigkeit werden vom Juden nun dem Volke vorgeführt als Beweise für die Richtigkeit und Notwendigkeit einer analogen anti-nationalen oder, wie er sagt, internationalen Haltung des Proletariats.

Parallel damit läuft der Verzicht auf die Reinheit des eigenen Blutes. Bürgerliche Parteien werden zu Schützern der Volksvergiftung, ja zu förmlichen Verfechtern der

Rassenschändung des eigenen Volkes.

In ihren inneren Parteiformen sind sie bereits das Vorbild des Staates, den sie zu bekämpfen vorgeben. Schwatzhafte Ausschüsse, Abstimmungsmaschinerien, die in sich selbst den schlimmsten Parlamentarismus verkörpern, versuchen manchesmal noch gegen die Verparlamentarisierung der Nation Stellung zu nehmen.

Wer aber nun solcher Art die heutige parlamentarische Demokratie de facto anerkennt, darf sich nicht mehr beklagen, wenn die letzten Köpfe endlich selbst in der Erinnerung von Stein und Erz gestürzt werden. Baugesetze der menschlichen Gesellschaft sind entweder richtig oder falsch. Sie lassen sich nicht beliebig nach den Wünschen einzelner Menschen formen. Nur was dem Sinn einer wirklichen Vernunft gehorcht, kann auf die Dauer bestehen. Wer sich aber in grundsätzlichen Belangen von dieser Vernunft entfernt, opfert damit nicht selten den Bestand dessen, für was er zu kämpfen vermeint. Es klage heute deshalb keine bürgerliche Partei über die Beschimpfung eines großen Deutschen der Vergangenheit[21]. Wer selbst die Demokratie der heutigen Art will, erklärt sich gegen die Köpfe. Wer aber in einem Volke

21 Möglicherweise Anspielung auf die Auseinandersetzung um eine Briefmarke mit dem Bild Friedrich II., des Großen. Vgl. Dok. 38, Anm. 31.

Köpfe sehen möchte, muß der Feind des Gedankens sein, der die Zahl an ihre Stelle zu setzen versucht. Wer jedoch die Zahl vom Instrument zum Gebieter erhebt, wird die Köpfe dem Instrument eben opfern müssen.

Die bürgerliche Parteiwelt mußte aber in eben dem Maß, in dem sie sich der heutigen Demokratie verschrieb und kosmopolitisch zu denken versuchte, dem Pazifismus als unbedingte Kampfverneinung näherkommen. Es gibt keine Werte, die ihre Taxierung nicht durch den Kampf erhalten. Wer die Werte leugnet, kann billigerweise auf jeden Kampf verzichten. Unser bürgerliches Zeitalter versucht auf allen Gebieten des Lebenskampfes, das Risiko bei Einzelpersonen auszuschalten. Das Ergebnis ist die

Heranzüchtung eines feigen Geschlechtes.

Das scheinbar nationalpolitische Wollen unserer bürgerlichen Parteien erledigt sich von selbst, wenn man im Innern nur mehr Einheitsmenschen ohne Verantwortungsfreudigkeit und Kampfsinn haben will. Im Ringen der Völker untereinander offenbart sich die höchste Kraft im Siege, und im Kampf des Lebens erprobt sich der überlegene Kopf.

Sowie die bürgerliche Welt sich selbst international-demokratischen Gedanken verschrieb, öffnete sich dem Pazifismus Tor und Tür. Als aber endlich für sie selbst die schwerste Stunde kam, wurde sie von der brutalen Faust des Marxismus widerstandslos niedergeschlagen.

Das Schlimmste von allem aber war folgendes:

Im Jahre 1918 durfte niemand mehr erwarten, daß unser politisches Bürgertum Kraft und Mut aufbringen würde, überhaupt noch einmal den Kampf gegen den Marxismus bis zur letzten Konsequenz auf sich zu nehmen. Niemand durfte behaupten, daß eine Bewegung, die so arm an wirklichen Köpfen war und dafür so überreich an majoritationen[22] Entscheidungen, fähig sein würde, zu einer Brutalität in schärfster Form, die vielleicht allein noch den Kampf gegen den Marxismus hätte entscheiden können. Selbst der kühnste Gedanke der bisherigen nationalen Parteien war höchstens das Streben und Hoffen nach einem parlamentarischen Sieg. Der größte parlamentarische Erfolg konnte aber solange nicht die Vernichtung der Gegner bedeuten, als die nun auf legalem Wege errungenen Mittel der Staatsgewalt nicht ungehemmt angesetzt wurden zum Ausrottungskrieg gegen die marxistische Pestilenz. Dazu konnten unsere bürgerlich-nationalen Parteien niemals mehr kommen, weil nur eine weltanschaulich felsenfest eingewurzelte Überzeugung einer Bewegung die Kraft zu geben vermag zu einem Kampf auf Leben und Tod.

Marxismus und politisches Bürgertum sehen sich in großen Kreisen dem innersten Wesen nach so nahegerückt, daß selbst ein Sieg des Bürgertums immer nur ein fauler Friede sein wird, das heißt also wohl Dämpfung, aber im Grunde genommen doch: Duldung des Gegners, und niemals restlose Vernichtung.

Soweit ist unser politisches Bürgertum gefallen, daß es sich tausendmal lieber mit dem marxistischen Todfeind aussöhnt, als eine Idee, eine Bewegung oder einen Mann zu unterstützen, die den Marxismus vielleicht vernichten könnten.

Derselbe bürgerliche Politiker, der sich in einer oft geradezu unanständigen Fügsamkeit von nicht nur unbedeutenden, sondern sogar menschlich minderwertigen marxistischen Persönlichkeiten regieren läßt, lehnt eine deutsche Kraft oder einen deutschen Kopf sofort ab, so-

22 VB: "majoritativen".

ferne es sich hier um keinen Vertreter einer Einheitsfront nie zusammengehörender Elemente als vielmehr um einen Soldaten des Kampfes gegen die Vernichter des Vaterlandes handelt. Für diese Sorte von Parteipolitikern ist damit die höchste Empfehlung nicht mehr Manneskraft, Entschlossenheit, Einsicht und rücksichtslose Beharrlichkeit, als vielmehr Schwäche, Halbheit, Ohnmacht. Die Vorzüge eines Führers liegen in den Augen dieser nationalen Parteien, in seiner erkannten Willenlosigkeit, in der Fügsamkeit gegenüber dem Willen anderer und in der von ihm garantierten Ablehnung jeglichen rücksichtslosen Kampfes. Und fast ebenso verhaßt sind ihnen Menschen mit klarer Einsicht und einer ehrlichen Überzeugung ihres eigenen Könnens. Sie preisen den Stümper, Dummkopf und Schwächling um so lauter, je mehr sie ihre eigene Schwäche, ihre Unwissenheit und ihr schlechtes Gewissen vor dem wirklichen Könner warnt. Und das Problem heißt damit nicht mehr: "Wie wird Deutschland gerettet?" als vielmehr: "Wie verhindern wir die Überflüssigmachung unserer Partei?"

Wenn nun die Vertretung des nationalen Geistes und der Zukunft eines Volkes solchen politischen Gebilden anvertraut ist, dann darf man füglich nichts anderes mehr erwarten als den Untergang. Mögen solche Parteien noch so sehr an ihrer eigenen Existenz hängen, so ist doch das Wichtigere die Existenz des Staates und das Wichtigste das Leben des Volkes. Dafür ist zu kämpfen und dafür ist zu sorgen. Parteien, Verbände und Organisationen mögen in Deutschland kommen und mögen in Deutschland vergehen. Was uns bleiben muß, ist das deutsche Volk.

Wenn Verbände oder Parteien sich als national bezeichnen, ohne aber in der Lage zu sein, die nationale Existenz des Volkes in ihren Schutz zu nehmen und mutig und kühn zu vertreten, muß ihnen diese erhabene Mission genommen werden und die wirklichen Träger des nationalen Gedankens sind dann jene, die durch ihr Handeln das Volk wieder vom Abgrund zurückzureißen vermögen.

Unsere bisherigen nationalen Parteien haben im Jahre 1918 ihre Mission als Wahrerinnen und Schützerinnen des nationalen Gedankens, ja des Lebens unseres Volkes abgeschlossen und beendet. Sie haben ihre Aufgabe schlecht bestanden. Unter ihrem politischen Regiment ist die deutsche Nation in zwei Hälften zerfallen und endlich dem internationalen Gift erlegen.

Der bisherige Begriff "national" ist damit zu keinem Gemeingut der deutschen Nation geworden, sondern im Gegenteil zu einem trennenden Schlagwort.

Die Schuld trifft nicht nur die dieses wollenden marxistischen Hetzer, sondern ebenso sehr jene bisherigen nationalen Parteien, die es nicht verstanden haben, dieses Wort aus dem kleinen Gesichtskreis standes- und wirtschaftlicher Interessen herauszuheben und lieber die Nation zugrunde gehen ließen, als oft durch selbst nur kleine Konzessionen die sozialen Voraussetzungen für einen allgemein verankerten Nationalismus zu schaffen. Die Vernachlässigung sozialer Pflichten, die mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten motiviert wurde, führte endlich mit zum politischen

Zusammenbruch des Reichs

und in der Folge davon zu Wirtschaftskatastrophen, die tausendmal mehr an Opfern forderten, als man vorher gebraucht hätte, um den Begriff "national" der breiten Masse auch als einen sozialen verständlich zu machen.

Damit tritt nun an den deutschen Mann aber die Pflicht heran, nach einer neuen Kraft zu suchen, die fähig erscheint, das Leben der Nation in ihren Schutz zu nehmen und Leiterin des Volkes für die Zukunft zu werden.

Die Geburtsstunde des Nationalsozialismus

Im Durcheinander und Wirr[*warr* [23]] des Jahres 1919 haben nun zahlreiche Deutsche erkannt, daß unser Volk nur durch eine

neue politische Idee

und einer ebensolchen Organisation zu retten ist. Eine neue Bewegung mußte entstehen, die dem bürgerlichen Standpunkt des Sich-in-die-Dinge-fügens entsagt und statt dessen den Kampf für das Dasein unseres Volkes mit allen Mitteln wieder aufnimmt.

Eine neue Bewegung, die ebenso sehr die sozialistischen Interessen des breiten Volkes wahrnimmt und vertritt, wie sie umgekehrt dieses dafür aber auch zur Erfüllung der nationalen Pflichten zu zwingen hat.

Die bisher die Nation zerreißenden Schlagwörter "national" und "sozialistisch" müssen, zu einer Einheit verschmolzen, dem im Herzen anständigen Deutschen den Weg zu seiner Volksgemeinschaft hin wieder öffnen.

Wohl ist im Jahre 1918 eine für Millionen Deutsche teure Form zerbrochen [24]. Das Volk selbst hat damit seine Grundwerte noch nicht verändert, soweit nicht der Weltkrieg eine Auslese der Besten vernichtete und eine solche der Schlimmsten konserviert hatte. Diese Verluste aber mußten sich wieder eines Tages ersetzen. Nur Blutsvermischung vermag ein Rassegut endgültig zu entwerten. Verlorene Kriege können Staaten erschüttern, Gesellschaftsordnungen zerbrechen, Wirtschaftssysteme stürzen; solange sie nicht Bestandteile des Blutes zerstören, bleibt ein Volk im Innersten am Ende davon doch unberührt. Die innere Quelle der Kraft eines gesunden Volkes ist damit weder verschüttet noch versiegt. Wohl kann das Wasser trübe werden und sich mit Schlamm vermengen, aber langsam wird doch wieder eine Klärung kommen und die inneren Kräfte eines Volkes freigeben.

Das deutsche Volk hat vor der Geschichte Proben seines höchsten Wertes mehr als genügend abgelegt.

Wäre die politische Führung in langen Jahrhunderten eine bessere gewesen, müßten wir Deutsche kraft unserer Leistungen sowohl als kraft unserer Opfer heute die Erde beherrschen.

Wenn wir statt dessen den Fuß übermächtiger Sieger so schwer auf uns fühlen, dann nur, weil unser Volk sich an eben den Lebensgesetzen versündigt hat, weil es sich politischen Menschheitslastern ergab, die bisher noch immer Völker und Staaten zerstörten.

Wenn aber nun die Parteien, die diese nationale Existenz unseres Volkes zu vertreten hatten, versagten, so ist es die Pflicht anderer, aus der Gesamtsumme des Volkes wieder zu sammeln, was bereit ist, den Kampf für unsere Selbsterhaltung unter besseren Voraussetzungen in der richtigen Erkenntnis und mit größerer Entschlossenheit wieder aufzunehmen und durchzuführen.

Dann aber muß eine solche Bewegung sich frei halten vom Rahmen der bisherigen organisatorischen Gebilde, sie darf vor sich nur mehr ein Urvolk sehen, aus dem sie nun Mann für Mann und Weib um Weib zu suchen hat, die ihrem innersten Denken und Wesen nach als zusammengehörig erscheinen und nur mangels einer sie bisher bindenden Organisation der Zersplitterung verfielen.

23 Ergänzt nach VB.
24 Gemeint ist die Monarchie.

Dann ist es die Aufgabe, mit wenigen lapidaren Sätzen und mit wenigen ausdrucksvollen Symbolen diejenigen Gedanken einem Volke vorzuhalten, die an sich blutsmäßig in seinem inneren Wesen schlummern und die fähig sind, nun diese Menschen zu wecken, zusammenzubringen und in eine gemeinsame Kampffront zu führen.

Denn wer in einem Volke den Ton der Feigheit anschlägt, wird die Antwort aller Feigen für sich buchen können. Wer Heroismus fordert, wird Helden gewinnen; wer der Dummheit das Wort redet, erhält die Einfältigen als Anhang, wer höchstes Wissen verlangt, gewinnt nur Weise, wer verschwommene Theorien trägt, findet Verständnis bei Bastarden, und wer umgekehrt an die Größe eines Volkstums appelliert, erhält die Träger seines besten Blutes.

Stets gibt der Ton den Widerhall.

Die bürgerliche Parteiwelt hat es verlernt, den Ton anzuschlagen, der zum Herzen des Volkes dringt. So mußte es die Aufgabe einer deutschen Wiedergeburt sein, von anderer Stelle aus diesen Ruf erklingen zu lassen.

Dazu wurde die

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

gegründet [25].

Was den Inhalt einer völkischen Weltanschauung ausmacht, ist in zahlreichen Einzelheiten, wie jede Wahrheit, oft und oft erkannt, niedergeschrieben und gelehrt worden.

Auch in Deutschland haben zu allen Zeiten Männer einzelne Gedanken vertreten, die wir im besten Sinne des Wortes als "völkische" bezeichnen könnten. In geschichtlichen Abhandlungen wurden die Gesetze der menschlichen Entwicklung studiert und zu ergründen versucht. Die Bedeutung der Rasse, erst im Instinkt verankert, ist seit ältesten Zeiten oft und oft verstandesmäßig erkannt worden. Staatsgebäude wurden nach solchen Erkenntnissen errichtet. Rasse und Vererbungstheorie beschäftigten die Wissenschaft, Rassengefahren wurden festgestellt, Rassenfeinde gründlich behandelt, - und trotzdem konnte dies alles nicht verhindern, daß im November 1918 vollkommen gegenteilige Ansichten und Auffassungen zur Macht kamen. Es war nicht gelungen, aus zahlreichen Erkenntnissen die logischen politischen Konsequenzen abzuleiten.

Und selbst dort, wo man dies versuchte, blieb es dabei bestehen. Am Ende fehlte überall die Erkenntnis, daß jede Idee zu ihrer Verwirklichung einer Organisation bedarf. Es ist bemerkenswert, daß es zu allen Zeiten leichter war, Ideen zu produzieren als Organisationen aufzubauen.

Die völkische Idee in Deutschland war nicht nur ihrem Inhalte nach außerordentlich unklar umrissen, sie war vor allem gar nicht zu verwirklichen, solange sie sich nicht ein politisches Machtinstrument zu schaffen vermochte. Nur weil der Marxismus als Weltanschauung über ein solches Instrument verfügte, konnte er seine Herrschaftsabsichten im Jahre 1918 verwirklichen. Und nur weil der völkischen Idee jedes solche Instrument fehlte, mußte sie unterliegen. So ungeheuer auch die Bedeutung der Richtigkeit einer Idee oder Theorie zu sein vermag, so sicher liegt der Erfolg nicht in dem allein. Erst wenn eine Theorie sich das zu ihrer Verwirkli-

25 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

chung allein geeignete Machtintrument geschaffen hat, kann sie aus dem blassen Reich der Gedanken [26] in die lebendige Wirklichkeit umgeformt werden.

Wir haben es nun im Jahre 1919 übernommen, allgemeine völkische Erkenntnisse in ein geschlossenes System zu bringen und die Bildung einer Organisation zur Verwirklichung dieser Gedanken durchzuführen.

So trat zum erstenmal in Deutschland die völkische Idee in den Bereich eines möglichen Erfolges.

Damit mußte aber auch zu allererst ein kategorischer Strich gezogen werden zwischen uns und jenen ewig theoretisierenden Literaten, für die die Theorie selbst wieder nur Selbstzweck ist, die sich immer nur an dem Gedanken berauschen und dann einfach glauben, durch das bloße Wollen eine Welt umgestalten zu können.

Die nationalsozialistische Bewegung mußte sich demgegenüber in die harte Wirklichkeit hineinfinden.

Sie mußte mit Menschen und Tatsachen rechnen, die da sind.

Sie durfte bei allem Wollen keinen Augenblick vergessen, daß es Wesen aus Fleisch und Blut sind, mit denen gerechnet werden muß und mit denen man nun zu versuchen hat, einen neuen Staat zu errichten und einer neuen Idee zum Siege zu verhelfen.

So unbegrenzt das Reich der Gedanken ist, so scharf begrenzt muß aber das

Glaubensbekenntnis der neuen Bewegung

sein, soll diese nicht wie so viele andere wieder in ein Nichts zerfließen.

Wenige große Gegensätze sind es, die uns weltanschaulich von der heutigen Zeit trennen. Sie liegen in der Ablehnung des Internationalen, der Demokratie, des Parlamentarismus und des Pazifismus.

Aus solchen allgemeinen weltanschaulichen Motiven ließen sich dann für das politische und wirtschaftliche Handeln allgemeine programmatische Grundsätze ableiten. Allein auch hier durfte man nie vergessen, daß der Inhalt und selbst die Stilisierung aller Gedanken den Menschen zu entsprechen hat, an die man sie richten will, und daß diese nicht so sind, wie man sie gerne haben möchte, sondern oft wie man sie nicht haben will.

Das Material, mit dem wir Geschichte machen wollen, ist uns gegeben. Nicht dieses nimmt Rücksicht auf die Theorie, sondern die Theorie hat Rücksicht zu nehmen auf das Material.

Soll aber auf dieser Welt ein Sieg erfochten werden, dann wird es auf Grund unserer völkischen Weltanschauung immer nur die Kraft vermögen, die sich aus den besten Einzelelementen ergibt. Die Steigerung der höchsten Güte läuft damit aber meist parallel mit einer Verminderung der Zahl. Die historische Minorität, die zu allen Zeiten Geschichte machte, ist damit nicht infolge ihrer zahlenmäßigen Beschränkung, sondern infolge ihrer höheren Güte zu ihrer Mission berufen. Was der historischen Minorität an Zahl fehlt, hat sie daher an Qualität zu ersetzen. Der Begriff der Qualität erschöpft sich aber nicht nur in den Werten der einzelnen Personen, sondern umschließt auch den Wert ihrer Organisation. Die Güte der Menschen einer schlechten Organisation kann aufgewogen werden durch eine bessere Organisation, wenn auch von schlechteren Menschen. Daher ist die historische Minorität, die die Geschichte

26 Anspielung auf William Shakespeares "Hamlet", 3. Akt, 1. Szene.

macht, fast stets die bessere Organisation mit den tatkräftigeren und wertvolleren Einzelmenschen einer bestimmten Zeit.

In Perioden einer allgemeinen Desorganisation entscheiden häufig nur die Qualitäten einzelner. In Perioden großer organisierter Formationen siegen die festgefügten und bestgeführten Verbände.

Die nationalsozialistische Bewegung hat es sich daher zum Ziele gesetzt, entgegen den desolaten Organisationen unserer bisherigen nationalen Parteien eine glänzend disziplinierte Bewegung einem leider nur zu gut organisierten Feind entgegenzustellen.

Damit aber mußte die junge Bewegung von Anfang an einen Kampf aufnehmen gegen ein von sich selbst ebenso überzogenes wie undiszipliniertes Literatentum, das von jeher vermeint, mit spitzen Federn und geistreich erscheinenden Artikeln Geschichte machen zu können. Dem jedes Verständnis dafür fehlt, daß in der Geschichte der Menschheit am Ende das Schwert immer schwerer gewogen wurde als ein Gänsekiel.

Es mußte damit verhütet werden, daß die junge Bewegung ein Tummelplatz herrschsüchtiger Skribenten wurde, die theoretisch alles wissen und praktisch nichts verstehen.

Die junge Bewegung mußte sich damit auch freihalten vom Banne alter völkisch-sein-wollender, in Wirklichkeit aber unvölkisch erstarrter geistiger Versteinerungen.

Die junge nationalsozialistische Bewegung mußte eine Organisation des lebendigen Kampfes werden und durfte um keinen Preis vor lauter biederen alten Zöpfen den freien Blick in die Gegenwart verlieren.

Mit einem Wust von scheinbar völkischen, in Wirklichkeit aber nur äußerlichen Vorstellungen mußte aufgeräumt werden. Wollte sie wirklich dem deutschen Volke für die Zukunft nützen, dann war der beste Prüfstein hierfür die Stellungnahme ihrer Gegner.

Jahrzehntelang hat das Judentum über diese völkischen Theoretiker gelacht und gespottet, sie als Apostel verhöhnt und endlich überhaupt nicht mehr beachtet. Wollte die nationalsozialistische Bewegung ihren Weg richtig nehmen, dann mußte es ihr gelingen, ihrem Kampfe statt der allgemeinen Verhöhnung den jüdischen Zorn zuzuziehen.

Am Tage, da sie vom Haß getroffen wurde, nahm sie der Erfolg bei der Hand.

Das nationalsozialistische Glaubensbekenntnis
Unser Kampfprogramm [27]

Im Jahre 1919 mußte die junge Bewegung aber weiter auch den Mut aufbringen, sich von Anfang an gegen alle anderen politischen Gebilde zu stellen, um dadurch selbst den leisesten Anschein zu vermeiden, mit ihnen doch irgendwie identisch zu sein. Jede Annäherung an die eine oder andere Seite mußte verderblich werden, denn sie raubte der jungen Idee die unbelastete Vergangenheit. An Stelle einer freimütigen Prüfung hätte sie dann nur Vorurteile erwarten dürfen. Somit konnte die Bewegung vom ersten Tage an in dem bisher vorhandenen nationalen Parteikampf nur mehr einen bereits abgeschlossenen Vorgang erblicken.

Nicht die bisherigen nationalen Parteien werden künftig die Träger des nationalen Kampfes sein, sondern ausschließlich die nationalsozialistische Bewegung.

Den einen gehörte die Vergangenheit, und unser ist die Zukunft.

27 Hinweis auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920. Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.

Wenn die Gruppe von wenigen namenlosen Männern sich zusammenfindet mit dem Willen, einem Volke neue Lebensgesetze zu geben, für deren Durchführung einzutreten und die Organisation zur Führung des Kampfes aufzunehmen, so ist bei aller Richtigkeit der Idee der Glaube von fundamentalster Bedeutung.

Nicht die Richtigkeit von Ideen an sich haben Völker und Staaten erschüttert, sondern immer nur der Glaube, den sie auszustrahlen vermochten.

Es war im Jahre 1919 das schwerste, in dieser der Feigheit und Kleingläubigkeit verfallenen Zeit eine Organisation von Menschen zu bilden, die 20 Köpfe hoch schon den Glauben in ihrer Brust trugen, einst die Führer eines großen Volkes und Leiter eines Staates zu sein.

Heute nach 10 Jahren kann man kaum mehr ermessen, welch ungeheure seelische Kraft damals dazu gehörte, der jungen Bewegung einen solchen Glauben einzuhauchen.

Das größte Wunder, das sich in den letzten 10 Jahren in der Geschichte des deutschen Volkes vollzogen hat, ist nicht die Sanierung unserer Wirtschaft - wie man so oft sich selbst verhöhnend meint - oder die Neubildung der deutschen Reichswehr, die Reorganisation unserer Marine, die Zurückdrängung bolschewistischer Exzesse, die Stabilisierung unserer Währung oder irgend etwas ähnliches. Nein!

Das größte Wunder in Deutschland ist, daß es vor 10 Jahren einer Handvoll Männer gelungen ist, eine Organisation zu bilden, die, ohne auf die geringste Tradition zurückblicken oder an einer solchen teilhaben zu können, in dieser kurzen Zeit zu einem Gebilde heranwuchs, in [*dem heute Millionen von*[28]] Menschen den Garanten für den Sieg und die Wiederauferstehung des deutschen Volkes sehen. Daß es möglich war, aus nichts heraus eine Bewegung zu schaffen, die heute nach 10 Jahren dem Leben von Millionen Deutschen einen neuen Inhalt und ihrem Streben ein neues Ziel gibt, die ungezählten Menschen ihre innere Unrast von sich genommen hat, ihnen einen Halt schenkte und einen starken Glauben gab, und daß es weiter möglich wurde, diesen Glauben von vielen Hunderttausenden in wenigen Begriffen und wenigen Symbolen zusammenzufassen.

Das ist das Wunder, daß dem Zeichen des Sowjetsterns[29] nun ein
deutsches Kreuz[30]
gegenübersteht.

Was immer auch Kleinlichkeit, Eifersucht und Neid der Menschen und ihre ewige Nörgelsucht auszustellen vermögen, was immer sie zu kritisieren versuchen, so können diese tausend Besserwisser doch eine Tatsache nicht leugnen: Der roten Front steht ein braunes Heer gegenüber, dem Internationalismus glühende Vaterlandsliebe und der Sinn zum eigenen Volkstum, der Demokratie blinder Glaube an die Persönlichkeit, dem Pazifismus opferbereiter Kampfesmut.

28 Ergänzt nach VB.

29 Der rote Stern ist das politische Symbol des Kommunismus und war seit 1924 Bestandteil des sowjetischen Staatswappens.

30 Das Hakenkreuz galt seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Symbol für die Rückbesinnung auf vermeintliche germanische Traditionen; Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt es einen eindeutig völkisch-antisemitischen Charakter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es von Freikorpsverbänden als Abzeichen genutzt. Am 7.8.1920 wurde es als Hakenkreuzfahne offizielles Parteiabzeichen der NSDAP.

Während der literarische Nörgler nichts sieht als Möglichkeiten zu theoretischen Federübungen, erlebt die Welt das Schauspiel einer grandiosen Sammlung von Menschen eines bestimmten Wesens und Sinns zu einem Zweck und für ein Ziel.

Und welch ein Wandel hat sich seitdem in Deutschland vollzogen!

Was man vor 10 Jahren kaum leise anzudeuten wagte, ist heute ein offenes Bekenntnis für Hunderttausende.

Es ist das Verdienst unserer Bewegung, der Periode der politischen Feigheit aus Angst vor der gesellschaftlichen Ächtung [*durch das Judentum den Trotz derer gegenübergestellt zu haben, die nur eine Ächtung* [31]] kennen, die des eigenen Gewissens.

Es ist heute beglückend für Hunderttausende und Hunderttausende, sich in einer Gemeinschaft von Männern und Frauen zu wissen, die keinen Wert darauf legen, vom Juden gelobt zu werden oder gar seiner Liebe würdig zu sein, sondern die diese Art der Bevormundung unseres Volkes durch ein fremdes als freche Arroganz zurückweisen mit dem festen Entschluß, einmal dafür zu sorgen, daß für die Beurteilung des Deutschen in Zukunft nur sein Verhalten dem eigenen Volke gegenüber maßgebend sein soll!

Welch ein Wandel hat sich weiter, dank der Arbeit unserer Bewegung, in diesen 10 Jahren aber auch vollzogen in der Einstellung der öffentlichen Meinung dem Terror des Marxismus gegenüber! Vor 10 Jahren feiges Sich-fügen und heute wilder Widerstand.

Wir Nationalsozialisten scheuen ihn nicht, den Terror unserer Feinde. Im Gegenteil, es wird die Stunde kommen, da dieser Terror gebrochen ist und nur ein einziger in Deutschland vorhanden sein soll: Der Terror des Gebots der nationalen Ehre, die kein Feilschen und kein Handeln duldet.

In diesen 10 Jahren hat die nationalsozialistische Idee aber nicht nur ihre wesentliche Formulierung, sondern auch ihre praktische Form gefunden. Es ist ein dauerndes organisches Wachsen, das sich vor unser aller Augen abspielt. Nichts ist gekünstelt, nichts unnatürlich geworden, alles kam, weil es so kommen mußte.

Und was immer auch in diesen letzten 10 Jahren geschah, das hat am Ende doch mitgeholfen, unsere Bewegung in ihrem Wachstum zu festigen und zu stärken. Gewalt wechselte mit Lüge, Lüge mit Verleumdung, Spott und Hohn mit stillem Haß, verlogene Liebenswürdigkeit mit wütender Feindschaft, und doch vermochte nichts den Vormarsch zu hemmen.

Groß sind die Aufgaben, die uns die Zukunft stellt. Der Ausbau unserer Propaganda, ihre dauernde Verstärkung in Rede und Schrifttum soll parallel gehen mit der inneren Festigung unserer Organisation. Der Gedanke der Führerverantwortlichkeit wird beharrlich bis in die letzte Parteizelle hineingetragen werden. Die Ausrottung von Majoritätsbeschlüssen wird bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden. Der Ausbau großer wirtschaftlicher Selbsthilfe-Organisationen wird seinen Anfang nehmen [32]. Die S.A. wird immer mehr zur großen Turn- und Sportorganisation der Bewegung ausgebaut und soll in olympischen Spielen entsprechend

31 Ergänzt nach VB.

32 Vermutlich Anspielung auf die folgenlosen Überlegungen auf der Sondertagung für Bauernfragen, eine nationalsozialistische Viehverwertungsgesellschaft zu gründen.

der geistigen Arbeit schon den nächsten Parteitagen ihr Gepräge geben [33]. Das Zusammenfügen von Menschen aus den Schichten unserer Intelligenz und denen unserer Handarbeiterschaft wird ihren Ausdruck finden in der Schaffung von Betriebszellen [34] auf der einen und Hochschulorganisationen [35] auf der anderen Seite. Unverrückbar schwebt uns allen dabei stets das eine Ziel vor: eine Bewegung zu schmieden, die keine "Partei" einer Klasse, sondern eine

Kampforganisation des deutschen Volkes

ist.

Außenpolitisch ist die nächste und augenblicklich notwendigste Aufgabe die Organisation eines allgemeinen Volkswiderstandes gegen das neue Pariser Diktat [36]. Wir sind es der deutschen Zukunft schuldig, kein Mittel unversucht zu lassen, der verhängnisvollen, von einem kleinen Klüngel vertretenen Versklavungspolitik endlich einen

allgemeinen Nationalprotest

entgegenzusetzen.

Wir sehen in Herrn Stresemann den verhängnisvollen Leiter der außenpolitischen Geschicke unseres Volkes. Wir begrüßen deshalb jeden Bundesgenossen, der gewillt und bereit ist, den Kampf gegen diesen Mann mit aufzunehmen [37].

Wir empfinden es dabei als eine Notwendigkeit gegenüber der verfehlten französischen Orientierung dieses Politikers, eine Verständigung Deutschlands mit den natürlichen Gegnern Frankreichs zu vertreten. Die nationalsozialistische Bewegung wird auch in den nächsten Jahren unbeirrbar an ihrer Auffassung festhalten, daß als mögliche Bundesgenossen für Deutschland nur mögliche Gegner Frankreichs in Frage kommen. Wir sehen es deshalb als eine unserer Aufgaben an, der bewußten und gewollten Verhetzung der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen Italien ebenso wie der in Italien gegen Deutschland im Interesse einer Verständigung der beiden Staaten und Völker entgegenzutreten.

Parteigenossen, Parteigenossinnen und Gäste!

Wir haben Sie für diese Tage nach der alten deutschen Reichsstadt Nürnberg gebeten, um hier unseren Reichsparteitag 1929 zu begehen. *Sie sind damit in einen wundersamen Schrank deutscher Kunst und deutscher Kultur gekommen* [*sic!*]. Sie sind jedoch gekommen in einer Zeit, die nicht dem deutschen Geiste huldigt, sondern die ihn von innen so schwer bedrückt wie von außen. Sie sollen aber in diesen Tagen aus diesem Saale und aus den Straßen dieser

---

33 Bereits 1927 war bei der Obersten SA-Führung ein Sportamt eingerichtet worden. Während des Parteitags 1929 wurden erstmals SA-Meisterschaften im Boxen ausgerichtet und Schaukämpfe in anderen Kampfsportarten vorgeführt. Vgl. Hans Joachim Teichler, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991, S. 33 f.

34 Auf dem Parteitag 1929 wurde die Gründung einer Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation beschlossen, die auf Reichsebene offiziell am 1.1.1931 ins Leben gerufen wurde. Vgl. Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987, S. 76 ff.

35 Gemeint ist der am 26.1.1926 gegründete Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Vgl. Faust, Studentenbund, S. 36 f.

36 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

37 Anspielung auf den Beitritt der NSDAP zum Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

Stadt neu gestärkt die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß sich die Kraft unseres Volkes zu neuer Lebensbejahung rüstet. Sie sollen an dem Ihnen, meinen Gästen, vielleicht fremden Ausdruck der Form dieses Parteitags, die unsere Form ist, erkennen, daß sich in Deutschland inmitten einer Welt von Internationalismus, Demokratie und Pazifismus der gesunde Sinn unseres Volkes wiederfindet und seine eigenen Gesetze schafft. Sie werden an den Zehntausenden von Kämpfern dieser jungen und in Wahrheit doch so alten Weltanschauung ermessen, wie tief der Glaube und wie unbegrenzt die Zuversicht sein muß, wenn sie in einer so materiellen Zeit die Menschen zu einem solchen Idealismus befähigen. Denn was Sie hier in den Straßen der Stadt marschieren sehen werden, das sind nicht die vom Glück Gesegneten, sondern die von der Not Gequälten.

Was andere Parteien vielleicht gar nicht zu fassen vermögen, das wollen Sie hier mit Ihren Augen in sich aufnehmen: Hunderttausend Menschen [38], die sich zum Teil von ihrem Munde das Glück absparen, einmal vor aller Welt bekennen zu dürfen: Wir sind Deutsche, glauben an die Zukunft unseres Volkes und kämpfen für unser nationales und soziales Recht. Und wir sind bereit, alle unsere Kraft in den Dienst dieser Erhaltung unseres Volkstums zu stellen.

Sie werden sich dann in diesen Tagen zurückerinnern an die Zeit vor 15 Jahren, die heute im Geiste wieder an uns vorbeirauscht.

Sie werden an dem Jubel von jetzt zurückfinden zu dem Jubel von einst und werden vielleicht vergessen, daß diese Kolonnen in braun gekleidet sind, und werden statt ihnen [*sic!*], die feldgrauen Regimenter aufziehen sehen zum Schutze unserer deutschen Heimat, werden sich erinnern an die Blumen des August 1914, an den Stolz und die Begeisterung und die nicht minder tiefe Ergriffenheit. Sie werden dann vor Ihren Augen vorbeiziehen lassen die Zeit der endlosen Siege, die Zeit der grenzenlosen Not, die Zeit der beginnenden Schande und die der tiefen Trauer über den Fall des Reiches, und werden dann zurückfinden in die Zeit von jetzt, die schon wieder hinüberweist in

ein neues Reich,

dessen Fahnen [39] schon heute das Symbol des Kampfes unserer Jugend geworden sind.

Mögen Sie in Ihrem Herzen mitempfinden und teilnehmen an der Kraft, die heute Hunderttausende bewegt, und mit hinausnehmen die Überzeugung, daß des Meisters Gruß sich hier der Verwirklichung nähert:

"Deutschland ist im Erwachen" [40]

---

38 Der Münchner Lagebericht schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 26.300 uniformierte SA-, SS- und HJ-Angehörige und weitere 30.000 bis 40.000 Parteimitglieder und stellte ergänzend fest: "Die von der nationalsozialistischen Presse angegebene Beteiligung von 60.000 S.A.-Leuten und von über 200.000 Gesamtteilnehmern ist weit übertrieben." Vgl. auch Dok. 13, Anm. 7.

39 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne. Vgl. Anm. 30.

40 Das Motto "Deutschland erwache!" stammt aus dem Gedicht "Sturm" von Dietrich Eckart und war seit 1923 Aufschrift auf den SA- und SS-Standarten.

3. August 1929 Dok. 62
"10 Jahre Kampf"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 3.8.1929.

Der Parteitag 1929 birgt für uns eine doppelte Erinnerung:

Erstens sind am 4. August [*1929*] 15 Jahre vergangen, seit das deutsche Volk in die größte Leistung seiner Geschichte eingetreten ist. Wenn es auch Verräterhände fertigbrachten, dem deutschen Heere den Sieg zu entwinden [1], dann bleibt aber trotzdem das viereinhalbjährige Ringen gegen 26 Staaten [2] das ruhmvollste Geschehnis aller Zeiten. Mit stolzer Rührung werden wir uns in diesen Augusttagen zurückbesinnen auf die Zeit des Ausmarsches der deutschen Heere in den Weltkrieg. Der Jubel und die Blumen werden in Nürnberg manchen auf Augenblicke in das Jahr zurückversetzen, in dem er selbst einst, mit Blumen beworfen und von Jubel umhallt, mitmarschierte in einem der feldgrauen Regimenter [3].

Zweitens sind es nun 10 Jahre seit der Gründung der nationalsozialistischen Bewegung [4]. Ein Dezenium der Arbeit, der Sorgen und der Opfer. Es wird in Nürnberg und an anderer Stelle so viel über den Inhalt, die Idee, die Form und Organisation unserer Bewegung gesprochen und geschrieben werden, daß ich an dieser Stelle keine theoretische Abhandlung über solche Probleme geben möchte, sondern mehr eine Darstellung des natürlichen Wachsens unserer jungen Partei. Ich will dabei nur ein paar Bilder aus dem Leben herausgreifen, die dem Leser, der heute gewohnt ist, den Begriff "Nationalsozialismus" mit einer großen Partei [5] zu verbinden, belehren können, aus welch unglaublich kleinen Anfängen diese Bewegung einst entstanden ist, wie mühselig angefangen wurde und wie groß demgemäß die Arbeit gewesen sein mußte, die aus solchem Beginne ein so großes Werk entstehen ließ. Hunderttausende werden in den nächsten Tagen Zeugen des Aufmarsches der nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg sein [6]. Sie alle werden mit stolzer Zuversicht die Eindrücke all dieser Kundgebungen, Versammlungen, Umzüge und Vorbeimärsche in sich aufnehmen und dabei vielleicht vergessen, daß dies alles nur das Ergebnis einer ebenso mühevollen wie beharrlichen Tätigkeit war. Es ist aber notwendig, daß der einzelne sich des Werdegangs dieser Bewegung im vollen Umfange bewußt wird, weil er erst dann die Größe *unserer* Zuversicht ermessen kann. Denn wer wird nicht mit stolzer Hoffnung in die Zukunft blicken, wenn er weiß, daß es im Deutschland der materiellen Verseuchung [*sic!*] möglich gewesen ist, aus nichts heraus im Laufe von zehn Jahren eine so große Organisation zu bilden, die kein anderes Bindemittel besitzt als Liebe zum Vaterland, Liebe zum eigenen Volk und keine andere Macht als die des Ideals. Vielleicht wird dann erst manchem der Sinn des Spruches offenbar werden, "daß es der Glaube ist, der Berge versetzen kann" [7]. Diesen Glauben an den notwendigen Erfolg unserer

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 19.
2 Vgl. Dok. 61, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.
5 Vgl. Dok. 52, Anm. 10.
6 Vgl. Dok. 60-61, 63-65.
7 Bezieht sich auf 1. Korinther 13, 2.

Arbeit zu stärken, schreibe ich diese Zeilen. Wer sie liest, mag ermessen, welcher Glaube nötig war, im Jahre 1919 einer Bewegung die Mission einzusuggerieren, daß sie dereinst berufen sein würde, Deutschland zu retten. Würde nichts als diese einzige Tatsache von unserer Bewegung sprechen, dann wäre dies allein schon eine große Tat. Denn Vereine zu gründen, ist leicht. Aus einem Verein eine politische Partei zu formen, ist schwerer. Am schwersten aber ist es, aus einer politischen Partei eine weltanschauliche Bewegung zu schaffen, die ihren Anhängern die blinde Überzeugung vermittelt, dereinst ein ganzes System zu besiegen und einer neuen Auffassung den Weg zu bereiten, ja selbst Träger des neuen Staates, der neuen Volksgemeinschaft zu sein [8].

Es war nicht leicht, unseren Herrn ersten Vorsitzenden [9] im Jahre 1920 von der Notwendigkeit von irgend etwas Neuem zu überzeugen. Ein braver, anständiger kleiner Journalist, aber um Gottes Himmels willen kein Führer einer Partei; geschweige denn einer Bewegung. Unser kleiner Ausschuß, der in Wirklichkeit mit seinen sieben Köpfen die ganze Partei repräsentierte, war nichts anderes als die Vorstandschaft eines kleinen Skatklubs [10]. Die Tätigkeit war eine sehr einfache. Jeden Mittwoch fand eine Ausschußsitzung statt. An ihr trafen wir uns, und zwar zunächst in einem armseligen Stübchen einer kleinen Wirtschaft "Rosenbad" in der Herrenstraße. Man lasse sich aber nur ja nicht verleiten, in diesem Namen etwa eine Anspielung auf irgendeine dekorative Ausschmückung dieses ersten Sitzungslokals unserer jungen Partei zu sehen. Im Jahre 1919 war es in München noch traurig bestellt [*sic!*]. Wenig Licht, viel Schmutz, Unrat, armselig gekleidete Menschen, heruntergekommene Soldaten, kurz das Bild, das sich eben nach viereinhalb Jahren Krieg ergeben mußte, und noch dazu, wenn dieser Krieg vom Skandal einer Revolution, wie es die deutsche war, abgelöst wurde. Es war also ein ganz armseliger "Sitzungssaal", in dem wir tagten. Am bedenklichsten war dabei die einzige Gasflamme, die jämmerlich brannte, vielleicht weil der Gasdruck zu gering war, möglicherweise aber auch als Folge des halb zerbrochenen Glühstrumpfes. Wenn wir in unserem Extrazimmer versammelt waren, saß draußen oft der Wirt bei einer ähnlichen Beleuchtung mit seiner Frau und einem Gaste oder, wenn es gut ging, zwei Gästen. Vielleicht hat er sich ein paarmal Gedanken gemacht, wer die Gesellschaft wohl sein mag, die da am Mittwoch immer zusammenkommt und in seinem "Salon" eine "Sitzung" abhält. Wie wir selber ausgesehen haben? Verboten. Militärhosen, gefärbte Röcke, Hüte von undefinierbaren Formen, aber um so schimmernderem Glanz, an den Füßen von einem Zivilschuster in eine bürgerliche Fasson ummodellierte Weltkriegsstiefel und einen dicken Prügel in den Händen als "Spazierstock". Damals war sowas allerdings ein Ehrenkleid [11]. Man dokumentierte dadurch seine Zugehörigkeit zum "Volk". Heute würden einem die Grünen [12] nachlaufen, käme man in einem solchen Aufzug in eine bessere Gegend.

8 Zur Frühgeschichte der NSDAP vgl. Reginald H. Phelps, Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei. In: Nazism and the Third Reich. Hrsg. von Henry A. Turner jr., New York 1972, S. 5-19; Georg Franz-Willing, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, Preußisch Oldendorf [2]1974, S. 97 ff.; Tyrell, Trommler, S. 17-42.

9 Karl Harrer (1889-1926), Journalist, Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1919 Mitbegründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Anton Drexler) und 1. Vorsitzender bis zu seinem Ausscheiden im Januar 1920.

10 Gemeint ist der "Arbeitsausschuß" der DAP, dem Anton Drexler, Karl Harrer, Michael Lotter, Adolf Birkhofer, Johann Koelbl, Franz Girisch und Adolf Hitler angehörten. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 97 f.

11 Der Knotenstock galt als Attribut des Frontsoldaten.

12 Gemeint ist die Schutzpolizei.

Ich habe schon erwähnt, daß der "Vorstand" tatsächlich auch zugleich die Partei war. Mitgliedskarten gab es selbstverständlich nicht und waren auch gar nicht notwendig, da sich die sieben Mann ohnehin gegenseitig genau kannten. Außerdem sah der Vorsitzende Harrer vermutlich in solchen Papieren ein bedenkliches Abgleiten von der völkischen Methode zu den jüdisch-materialistischen Tendenzen. Für den völkischen Mann gilt der Handschlag. Allerdings, als die Zahl sich später erhöhte, wurden wenigstens provisorische Scheine ausgegeben, in denen dem einzelnen sein Eintritt bestätigt wurde. Ich hatte die Nummer 7 bekommen [13]. Außer uns, dem Parlament der Bewegung, die wir Abgeordnete und Mitglieder zugleich waren, gab es dann noch sogenannte "Interessenten". Das waren Leute, die sich durch irgendwen und irgendwas einmal verleiten ließen, in eine unserer "Kundgebungen" hereinzusehen. Sie wurden gefaßt, sehr höflich gebeten, ihren Namen und Adresse auf einen Bogen Papier zu schreiben, und hatten wohl keine Ahnung, daß sie damit zu dem Besitz der jungen Arbeiterpartei gerechnet wurden. Wenn kein neues Wild sich blicken ließ, dann schrumpften unsere "Kundgebungen" häufig wieder zu einer beängstigenden Schmächtigkeit zusammen. Überhaupt bewegte sich das Ringen immer zwischen Zahlen von sieben, elf, neun oder dreizehn Besuchern unserer normalen Zusammenkünfte.

Die Tätigkeit des Ausschusses bestand darin, erstens Briefe, die eingegangen waren, vorzulesen, die Antwort zu beraten und die Briefe, die vom Vorsitzenden entsprechend dieser Beratung abgeschickt wurden, wieder zur Kenntnis zu nehmen, d. h. also, ebenfalls vorzulesen. Ich habe seit jener Zeit gegen Briefschreiben und Briefschreiber einen geradezu infernalischen Haß in mir aufgestapelt. Schade um die kostbare Zeit, die man damit vertrödelt hatte. Denn man muß sich vorstellen, wer geschrieben hat und was geschrieben wurde. Es waren immer nur dieselben Köpfe, wahrscheinlich die Vorsitzenden von ähnlich großen Verbänden. Man versicherte uns erstens der brüderlichen Grüße, teilte uns mit, daß der Same in dem betreffenden Ort gelegt oder auch aufgegangen sei, frug uns, ob wir dasselbe berichten könnten, und betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns. Manches Mal wurde man auch gewarnt vor Menschen, in denen man vermutlich eine unangenehme Konkurrenz sah, manches Mal aufgefordert, seine Erfahrungen mitzuteilen, und manches Mal eingeladen zu einer gemeinsamen Tagung. Als es Spätherbst wurde, konnte man es in unserer Wirtschaft nicht mehr aushalten. Es war saukalt, und die Gasfunsel brannte immer schlechter, das Bier war ungenießbar dünn, die Wirtsleute aber machten einen Eindruck, als ob sie jeden Augenblick Selbstmord beabsichtigten. So wurde denn nach einer langen Beratung eines Tags der Beschluß gefaßt, aus dieser unwürdigen und ungastlichen Stätte auszuziehen und eine neue passendere Sitzungsmöglichkeit zu suchen. Da Harrer in einem Café drüber [*sic!*] der Isar häufig zu Abend aß, wurde sein Vorschlag angenommen, dorthin unsere Sitzungen zu verlegen. Es war mir gelungen, eine Anzahl von jungen Kräften, lauter Soldaten, die mich kannten, unserer Bewegung zuzuführen. Mit denen ergänzt, übersiedelte nunmehr unsere Parteivertretung, Haupt-, Reichs-, Landes- und Ortsgruppenleitung in einem, nach dem Café Gasteig [14]. Das hatte einige Vorzüge und etliche Nachteile. Es war dort etwas wärmer und besser beleuchtet, es war auch etwas reinlicher, und man konnte vor allem Tee trinken, wenn man Marken besaß, auch essen, allein

---

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
14 Am Rosenheimer Berg.

man hatte aber eine unangenehme Umgebung. Wir hockten bei unseren Ausschußsitzungen in einem großen Raum an einem kleinen, runden Tischchen mit Marmorplatte, an den Wänden liefen rote Plüschsofas hin von ziemlich verschwundener Pracht, während ein paar kitschig vergoldete Säulen die Decke trugen. An den Nachbartischen wurden Karten geschlagen, Schach gespielt, andere wieder übten sich an einem Billardtisch, die Juden ringsherum studierten unterdes eifrig die Kurszettel. Und Juden waren nicht wenige um uns herum. Hier und da blickte man natürlich auch auf unseren komischen Tisch herüber, und sie mochten dann wohl ihre Gedanken ausgetauscht haben. Selbstverständlich galten wir als ausgemacht verrückt, als Idioten, vielleicht sah man in uns wohl Kriegsopfer, verschüttete Unglückliche, die nun irgendeiner fixen Idee nachrannten. Und sicher waren sie überzeugt, daß man solche spinnende Wesen am besten unter sich allein lasse.

Wir hatten damals auch ein "Vereinsvermögen". Es bestand aus Materialien und auch aus barem Geld. Das Geld schwankte zwischen 5 Mark und stieg in Flutzeiten bis auf 12, 13, 15 und einmal erinnere ich mich sogar 17 Mark. Die Materialien bestanden erstens in einer Zigarrenkiste, die das Geld bewahrte, und in Briefen, Briefumschlägen, etlichen Briefmarken sowie in den "Richtlinien des Vereins". Die Richtlinien hätten so recht für die spätere "Freiheitspartei" [15] gepaßt. Grundtendenz war: Wasch mir den Pelz, und mach mich nicht naß. So war die Stellung zur Judenfrage einfach die, daß jeder Jude mindestens 30 Jahre in Deutschland ansässig sein mußte, ehe er das Staatsbürgerrecht bekommen konnte, und daß zweitens Ostjuden, die man bei schieberischen Geschäften fassen würde, ausgewiesen werden müßten. Es ist selbstverständlich, daß solche Grundsätze auch auf die Menschen abfärben, die sie vertreten. Man konnte also sagen, daß, solange nicht diese Grundsätze geändert würden, auch nicht mit wertvollen Menschen zu rechnen war. Ich habe mir damals vorgenommen, langsam Schritt für Schritt die Bewegung aus ihrer unmöglichen Stellung herauszudrücken und in das richtige Geleise zu bringen. Die jungen Kräfte des Ausschusses standen hinter mir. Unter den Dingen, die zu erledigen ich damals für notwendig hielt, gehörte die Herstellung eines gewissen äußeren Ansehens des kleinen Vereins [16]. Denn ohne dieses Ansehen konnte man eben nicht größer werden. So war es in meinen Augen unerträglich, daß, wenn ein Schreiben abgeschickt wurde, nicht einmal ein Stempel darunter gesetzt werden konnte. Ich brachte also den Antrag ein, daß drei Stempel angeschafft werden müßten, einer für den Vorsitzenden, einer für den Kassier und einer für den Schriftwart. Als ich Harrer zum ersten Male darüber meine Meinung sagte, erblaßte er förmlich angesichts einer solch drohenden Verschleuderung des Vereinsvermögens. Die wichtige Angelegenheit wurde also als Tagesordnung für den nächsten Mittwoch festgesetzt. Harrer, der der Sache mißtrauisch ablehnend gegenüberstand, fürchtete er doch als Resultat eine Erschütterung der finanziellen Grundlagen des Vereins, kam etwas später. Nach 8 Uhr wurde offiziell in die Verhandlungen eingetreten. Nach drei Stunden war endlich der Fall so weit durchgesprochen, daß die überwiegende Mehrheit sich der Anschaffung der drei Stempel zuneigte. Schon glaubten wir die Sache erledigt, als Harrer den letzten Trumpf ausspielte. Die Anschaffung der Stempel wäre ja im Prinzip nun beschlossen, aber er müßte schärfsten Protest einlegen gegen die bedrohliche Zerrüttung des Parteigeldwesens. Die Zigar-

15 Vgl. Dok. 38, Anm. 18.
16 Hitler gehörte dem Arbeitsausschuß der DAP als "Werbeobmann" an. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 98.

renkiste mit den Papierscheinen verwaltete er. Er betonte, daß man erst einen Kostenvoranschlag einholen müsse und hinterdrein zu versuchen habe, die finanzielle Seite zu lösen. Darauf tat ich mich mit den Jüngeren zusammen, wir bestellten die Stempel, bezahlten sie selber und nahmen sie mit in den "Ausschuß". Und damit waren sie auch verschwunden. Denn als Harrer der drei Stempel ansichtig wurde, erklärte er es für notwendig, sie in eine sorgfältige Verwahrung zu nehmen, legte sie in die Zigarrenkiste zu dem Geld, und niemand sah sie jemals wieder. Aber so hat die Partei ihre ersten drei Stempel bekommen.

Harrer war ein schlechter Redner. Das heißt, er redete überhaupt nicht, sondern las meistens vor. Es war selbstverständlich, daß die Partei unter einer solchen Leitung über 15 Mann gar nicht herauskommen konnte. Denn das Unglück war, daß Harrer sich selbst für ein rednerisches Phänomen hielt und nicht zu bewegen war, anderen das Wort zu längeren Ausführungen zu erteilen. Er fürchtete, daß dies zu einer Blamage für den Verein führen könnte. So war er besonders tief erfüllt von der Überzeugung, daß mir selbst jede rednerische Fähigkeit fehle. Mir "fehlte die Ruhe zum Reden". Ich sprach seiner Überzeugung nach "zu hastig". Ich "überlegte die Sätze zuwenig", außerdem war meine "Stimme zu lärmend", und endlich bewegte ich dabei dauernd die Hände. Kurz, er war überzeugt, daß ich alles werden könnte in meinem Leben, aber etwas niemals, nämlich ein - Redner. Er versuchte mir das gütlich klarzumachen. Das gab einen ewigen Krieg. Ich war natürlich vom Gegenteil überzeugt. Ich wußte, daß, wenn irgendeiner überhaupt reden konnte, in erster Linie ich es war. Da ich nun wenigstens in den Ausschußsitzungen öfters zu Wort kam, wurde es durchgesetzt, daß in der ersten größeren öffentlichen Versammlung ich das Wort bekommen müßte. Wir mieteten den Hofbräuhauskeller in der Äußeren Wiener Straße und harrten nun der Dinge. Ausgerechnet mußte es an dem Tag regnen. Trotzdem kamen immer mehr und mehr Gäste, so daß der kleine Saal mit hundertelf Personen endlich als sehr schön gefüllt erschien [17]. Unsere normalen Versammlungen bewegten sich meist im Rahmen von zwanzig bis dreißig Personen, oft wurden es auch nur fünfzehn, und dann hatten wir alle Sorge, im "Leiberzimmer" des Sterneckerbräus die Stühle so zu verteilen, daß der Saal trotzdem einen halbwegs vollen Eindruck machte. Diesesmal kam uns die Volksmenge schon als ganz gewaltig vor. Ich war schon eine halbe Stunde vorher gekommen und genoß also die stille Freude, zum erstenmal einen kleinen Saal gefüllt zu sehen. Wie oft bin ich damals in rote Versammlungen hineingeschlichen und war nur über ein einziges traurig: Mir kroch oft der Neid vom Hals herauf über die Menschen, die in so einem Raume waren. Nur über die Menschen! Wenn ich die auch nur ein einziges Mal gehabt hätte! Und nun war zum erstenmal ein, wenn auch kleiner Saal, doch wenigstens anständig besetzt. Harrer war glücklich genug, im Besitze eines fabelhaften Gehrockes zu sein. Er kam daher wie zu einer Tauffeierlichkeit. Als erster erhielt das Wort ein Münchener Schriftsteller [18]. Der Herr sprach inhaltlich gut, aber er war natürlich kein Volksredner. Und das mußte man damals sein. Die Hautevolé ging in keine Versammlungen im Jahre 1919. Was da vor uns saß, das waren zu Dreiviertel Männer, zu einem Viertel Frauen, alles Menschen aus den untersten und mittleren Schichten. Mein Herr Vorredner absolvierte also sein Pensum, und dann kam ich an die Reihe.

---

17 Am 16.10.1919. Zu Hitlers Rede vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91.

18 Erich Kühn sprach zum Thema "Die Judenfrage eine deutsche Frage". Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91. Erich Kühn (geb. 1878), Dr. phil., Schriftleiter und Mitherausgeber der Zeitschrift "Deutschlands Erneuerung".

Harrer war blaß und unglücklich, denn er wußte ja, daß ich doch nicht sprechen könnte. Er hatte mir deshalb, als ich das Podium betrat, noch einmal eindringlichst eingeschärft, ja nicht länger als 20 Minuten zu sprechen, denn man könne nicht erwarten und hoffen, daß die Leute die Geduld hätten, unter solchen Umständen länger zuzuhören. Ich kehrte mich an die 20 Minuten nicht, sondern redete 35. Das Ergebnis war großartig. Nicht nur ideell - der ganze Saal klatschte -, sondern auch materiell. Drei Spender stifteten jeder je 100 Mark. Es war das ja allerdings nur Inflationsgeld, aber 100 Mark im Winter 1919/20 der damaligen Deutschen Arbeiterpartei gegeben, machten auf die Vorstandschaft den Eindruck eines ungeheuren Kapitals. Harrer war sicherlich mehr unglücklich als glücklich. Denn er sah in der Partei nun Projekte auftauchen, die ihm als größenwahnsinnig vorkamen. Am Abend dieser Versammlung sagte ich ihm: "Harrer, jetzt müssen wir noch drei oder vier solche Versammlungen abhalten, und dann gehen wir zum erstenmal in einen großen Saal."

Er ist jetzt tot, der Gute, aber ich sehe noch die Augen, mit denen er mich anstarrte. Endlich 300 Mark in der Zigarrenschachtel, und schon wieder ein Projekt, bei dem sie zwangsläufig wieder flöten gehen mußten. So "muß die Partei zugrunde gehen".

Das war nun einmal seine felsenfeste Überzeugung.

Eines Tages hatten wir damals auch eine Versammlung im Leiberzimmer des Sternecker, und es waren ungefähr 35 Menschen anwesend. Anton Drexler [19], der erste Vorsitzende der Ortsgruppe München, machte mich plötzlich darauf aufmerksam, daß Dietrich Eckart [20] soeben komme. Dietrich Eckart. Ich kannte ihn damals persönlich noch nicht. Und trotzdem wußte ich weiß Gott was von ihm. Er galt als einer der führenden Münchener Antisemiten. Ich selbst war seit meinem achtzehnten Jahre zur Erkenntnis der Judengefahr gekommen und las, was über diese Frage überhaupt aufzutreiben war. Allerdings war die Literatur der 90er Jahre, die mir dabei zur Verfügung stand, eine zum Teil gefühlsmäßige, zum anderen Teil mehr religiös eingestellte [21]. Das ganze Problem war noch weitaus nicht so wissenschaftlich geklärt wie heute. Dietrich Eckart selbst beschäftigte sich damit vom geistreich-literarischen Gesichtspunkt aus, beherrschte aber den ganzen Komplex wie selten einer. Sein Verdienst für die Abwehr bolschewistischer Exzesse ist ein außerordentlich großes. Er hat in seinem "Auf gut Deutsch" [22] eine ebenso populäre wie klassisch geschriebene Wochenzeitschrift herausgegeben, die wohl als erste in Deutschland nach der Revolution den Kampf gegen das Judentum in der allerschärfsten Form aufnahm und durchführte. Zumindest für München galt dies. In Ber-

19 Anton Drexler (1884-1942), Werkzeugschlosser, Januar 1919 Gründung der DAP/NSDAP (zusammen mit Karl Harrer), Januar 1920 Vorsitzender, ab 29.7.1921 Ehrenvorsitzender der NSDAP, 1924 führendes Mitglied des Völkischen Blocks in Bayern und MdL 1924-1928, 1925 Trennung von der neugegründeten NSDAP und Mitbegründer des Nationalsozialen Volksbundes, 1933 Wiedereintritt in die NSDAP.

20 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB, nach dem Hitlerputsch inhaftiert, am 20.12. Haftverschonung aus gesundheitlichen Gründen, am 26.12. Tod durch Herzschlag.

21 Zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland vor 1914 vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VII: Zwischen Assimilation und "jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt a. M. 1988, S. 27 ff. Zu den möglichen Wurzel von Hitlers Antisemitismus vgl. Fest, Hitler, S. 59 f.

22 Auf gut Deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1918, die letzte im Mai 1921. Vgl. Hermann Wilhelm, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989, S. 101 f.

lin hatten ja Müller von Hausen [23] durch seinen "Auf Vorposten" und in Sachsen unser Altmeister Fritsch [24] durch seinen "Hammer" [25], wenn auch in anderer Form, die erste Pionierarbeit schon vordem geleistet. Nun an diesem Abend sollte ich also Eckart zum erstenmal selber kennenlernen. Und so wie ich ihn an diesem Tag kennenlernte, blieb er mir auch für immer erhalten. Der gute Harrer redete gerade endlos, das heißt er bemühte sich zu reden, angelte angestrengt immer wieder nach dem Faden, um ihn im nächsten Moment stets erneut zu verlieren, als plötzlich eine schnarrende tiefe alte Herrenstimme dazwischen fuhr: "Jetzt hören Sie doch endlich mit dem Schmarrn auf, das interessiert doch keinen Teufel." Ich hätte Eckart um den Hals fallen mögen. Harrer schloß seine unglückliche Vorführung, und Eckart ging, wurde mir aber unter der Tür noch von Drexler vorgestellt. Und nun war die Stimme auf einmal wieder viel weicher, und freundlich lud er mich ein, ihn doch die nächsten Tage einmal zu besuchen, und ob ich denn seinen "Peer Gynt" [26] schon kenne und seinen "Lorenzaccio" [27] gelesen hätte. Ich nahm also seine Einladung mit großer Freude an und marschierte eine Woche später, es war ein Sonntagvormittag, mit Drexler gemeinsam in die Krimhildenstraße. Dort war das Haus, das Eckart gehörte, und in dessen zweitem Stock er seine Bibliothek, die zugleich sein Arbeitsraum war, besaß. Als wir hinaufkamen und hineingingen, saß er gerade am Schreibtisch und hatte uns den Rücken zugekehrt. Nun stand er auf, wendete sich um, sah uns über die Brillen [*sic!*] hinweg an, hob dann den Kopf, schob die Brille mit der linken Hand in die Höhe und kam auf uns zu. Nun hatte ich erst Gelegenheit, den wundervollen Schädel dieses besten Deutschen genau beobachten zu können. Eine mächtige Stirne, blaue Augen, das ganze Haupt wie der Kopf eines Bullen. Und dazu eine Stimme von wunderbar biederem Klange.

Im Winter 1920 setzte ich mich langsam im Ausschuß sowohl als in der Bewegung durch. Ich drängte ununterbrochen auf ein schnelleres Tempo unserer Veranstaltungen und erreichte endlich, allerdings nach dem vorher erfolgten Rücktritt Harrers [28], daß am 24. Februar 1920 die erste wirkliche öffentliche Massenversammlung abgehalten wurde [29]. Damit trat die Bewegung vor die Augen der breitesten Öffentlichkeit. Sie galt von dem Moment an als "politische Partei". So großartig auch der Aufschwung war, der nun einsetzte, und so bedeutungsvoll die Arbeit wurde, die man leistete, so war sie doch nur denkbar als die Fortsetzung der ersten Zeit des Jahres [*19*]19. Die Zeit, in der die heutige nationalsozialistische Bewegung in München als kleine deutsche Arbeiterpartei unbekannt in der Öffentlichkeit ihre ersten Gehversuche machte. Wenn einmal eine Geschichte der Bewegung geschrieben wird, dann soll man wahr-

23 Ludwig Müller von Hausen (1851-1926), Hauptmann a. D., 1911 Gründer der antisemitischen Zeitschrift "Vorposten", 1912 erste deutsche Übersetzung der gefälschten "Geheimnisse der Weisen von Zion" unter dem Pseudonym "Gottfried zur Beek".

24 Theodor Fritsch (1852-1933), Ingenieur und Verlagsbuchhändler, 1875 Techniker in Berlin, 1898 Begründer des Deutschen Müllerbundes, 1902 Gründung der amtisemitischen Zeitschrift "Hammer", Mai bis Dezember 1924 MdR (NSFP), Verfasser zahlreicher antisemitischer Schriften.

25 Hammer. Blätter für deutschen Sinn.

26 Henrik Ibsens Peer Gynt. In freier Übertragung für die deutsche Bühne gestaltet mit Epilog und Randbemerkungen, Berlin-Steglitz 1912 (2.-4. Auflage München 1916-1922).

27 Lorenzaccio. Tragödie, Rudolstadt 1918 (2. und 3. Auflage München 1920).

28 Am 5.1.1920. Vgl. Franz-Willing, Ursprung, S. 106.

29 Im Hofbräuhaus. Auf dieser Versammlung wurde das 25-Punkte-Programm der Partei verkündet (Vgl. Dok. 61, Anm. 27). Druck eines Polizeiberichts: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

lich diese Zeit nicht geringschätzen und geringachten. Denn es gehörte mehr dazu, diesen sieben und elf und dreißig und hundert Menschen den Glauben einzuimpfen, einmal die Rettung Deutschlands zu sein, als die heutige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich anstrengen muß, einen Nürnberger Parteitag zu halten. Möge jeder, der nun nach Nürnberg kommt, sich vor Augen halten, daß an Stelle dieser Hunderttausend vor 10 Jahren sieben unbekannte Menschen standen.

4. August 1929 Dok. 63
Rede bei SA-Standartenweihe in Nürnberg [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NL Streicher 126 [2].

Kameraden!

Heute sind es 15 Jahre, seit Deutschland in den Weltkrieg eingetreten ist, 15 Jahre, seitdem das deutsche Volk in einen Krieg von einer Dauer eingetreten ist, die an jenen Augusttagen kein Mensch für möglich oder wahrscheinlich gehalten hätte [3]. Damals ein Volk deutsch und selbstbewußt, heute eine Sammlung von Parteien, Interessengruppen und Einzelindividuen, die allesamt nur ein Ziel kennen: die Rücksichtnahme auf ihr eigenes Wohlergehen. Vor 15 Jahren der Auszug eines geeinten Volkes in die größte geschichtliche Handlung aller Zeiten, heute der Zerfall eines Volkes gegenüber der übermächtigen Koalition seiner Gegner. Am 4. August 1914 haben wir das grandiose Beispiel erlebt, daß Millionen Deutscher nicht aus Zwang, sondern aus innerem Pflichtbewußtsein freiwillig zu den Fahnen strömten. Es ist Lüge, daß es damals nur der staatliche Terror gewesen ist, der die Menschen zur Fahne in den Krieg geführt hat. Zwei Millionen Freiwilliger zeugen gegen diese Lüge der heutigen Zeit [4]. Gegen diese Lüge zeugen weiter die unerhörten Siege, die unser Volk, angefangen von diesen Augusttagen bis zum Ende errungen hat. Ein Volk, das nur dem Zwange gehorcht, kann nicht 26 Staaten standhalten [5].

---

1 Auf der Wiesenterrasse. Vorausgegangen war die Totenehrung im Luitpoldhain (Vgl. Dok. 45, Anm. 5). Nach der Standartenweihe fand von 11.00 bis 15.15 Uhr ein Marsch von, laut Münchner Lagebericht, 24.000 SA- und SS-Männern, 1.300 Hitlerjungen und rund 1.000 österreichischen Teilnehmern durch Nürnberg statt. Hitler nahm die Parade am Hauptmarkt ab und warf den Vorbeimarschierenden Blumen zu.

2 Vgl. VB vom 6.8.1929, "Das Hakenkreuzbanner als Fahne der werdenden Freiheit"; Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 108-110 sowie Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

4 In den ersten Tagen des Weltkriegs meldeten sich über eine Million Kriegsfreiwilliger. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 65 ff.

5 Vgl. Dok. 61, Anm. 3.

Was das alte Reich einst an Höchstleistungen hervorgebracht hat, würde der heutige Staat, der scheinbar auf Freiheit aufgebaut ist, nicht zuwege bringen. Viereinhalb Jahre dauerte das unerhörte Ringen. Kaum ein Jahr ist damals vergangen, das nicht am Ende mit einem großen deutschen Erfolg abgeschlossen hatte, bis zum letzten Jahre. Und wenn dieses letzte Jahr dem deutschen Volke den Endsieg nicht gebracht hat, dann nicht infolge Versagens des Heeres, sondern nur infolge Versagens der Führung in der Heimat, die des Volkes in Waffen nicht würdig gewesen ist [6]. So konnte das Ungeheuerliche Wirklichkeit werden, daß ein ruhmvolles Volk am Ende nicht nur besiegt aus einem ruhmvollen Krieg zurückkehrte, sondern, daß diesem Volk von Kräften der eigenen Heimat der Sieg weggestohlen wurde, daß man die alten Farben und Kokarden herunterriß und damit die Tradition zu dem Einst jäh abgerissen hat [7]. Die Republik hat damit bekundet, daß sie nichts mehr mit der Tradition von einst gemein haben will [8], daß die alte Vergangenheit für sie tot ist, daß sie es ablehnt, Wortführerin des Deutschlands von einst zu sein.

Sie hat einst die Symbole der größten Leistung der Geschichte vernichtet und ist nun arm an Symbolen. Wenn sie sich nicht mehr erinnert der größten Leistung des Volkes, dann ist es Pflicht des Volkes selbst, diese Beziehung wieder aufzunehmen, Pflicht, daß aus der Masse heraus die alten Symbole wieder aufgerissen werden und daß diese alten Symbole einer neuen Zeit, wenn auch in neuer Form, zugkräftig voranschweben. Zu diesem Zwecke sind wir hier versammelt.

Wir bekunden heute hier, daß dieses alte Deutschland, trotzdem es in seiner Form zerbrochen ist, in seinem Geiste aber heute noch lebt. Was die Regierungen [*sic!*] nicht sehen wollen, das ist da, ein Volk, mutig, tapfer, opferwillig, so wie es einst war. Die Kräfte aber, die heute unser Leben bestimmen, wünschen diese Tugenden nicht und verfolgen sie. Was diesen Kräften heute Sorgen und Schmerzen bereiten mag, ist, daß Millionen andere die Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft hegen. Die alten Fahnen sind einst beseitigt worden, die alten Symbole hat man vernichtet. Wie aber der Phönix aus der Asche sich neu erhebt [9], so sind die alten Fahnen nicht ausgestorben.

Wie würde die Wertschätzung ihres Wirkens erst dann aussehen, wenn heute an diesem 4. August wir nicht hier stünden, sondern dort, wo einst Deutschland vor 15 Jahren stand. Was die Republik von Weimar uns gegeben hat, das würde sich vielleicht am klarsten offenbaren, wenn das heutige Deutschland vor derselben Situation stünde wie damals, als England seine letzte Kriegserklärung überreichte. Sie würden dann sehen, wie dieses heutige Deutschland nicht nur die Verbindungen zur alten Tradition abgebrochen hat, sondern auch alle Beziehungen zu den Kraftquellen unseres Volkes. Millionen Deutscher sehen in der heutigen Fahne in neuer Form das Siegeszeichen des kommenden Reiches.

An euch ist es nun, Kameraden, dafür zu sorgen, daß diese Fahnen nicht durch Parlamentsbeschlüsse und nicht durch Majoritätsabstimmungen und nicht durch Gesetze werden, sondern

6 Zur Dolchstoßlegende vgl. Dok. 3, Anm. 19.
7 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.
8 Vgl. Dok. 6, Anm. 71.
9 Nach der römischen Sage verbrennt sich der Phönix immer wieder selbst und steigt dann aus der Asche wieder auf.

daß sie sich einen Platz erkämpfen im Herzen unseres Volkes, daß sie sich erringen die Liebe unseres Volkes, daß unser Volk in diesen Farben einst die Symbole des Freiheitskampfes der deutschen Nation erblickt. Wir haben in Deutschland drei Fahnen: die alte der Ehre und des Ruhmes [10], zweitens die Fahne der Republik [11] und drittens die Fahne der werdenden Freiheit [12].

Die Fahne der werdenden Freiheit ist Ihnen zu treuen Händen übergeben. Bewahren Sie sie so, wie die alte Armee ihre Fahnen bewahrt hat! Kein Feind von außen hat die Fahnen der alten Armee uns rauben können, nur der Feind im Innern hat sie um diese Fahnen bestohlen. Wahren Sie die Fahnen so, wie sie die ruhmbekränzten Regimenter, Bataillone und Divisionen bewahrt haben in der Überzeugung, daß in ihnen das Symbol der deutschen Zukunft liegt. Und wenn Sie zum selben Heroismus, Opfersinn, zur selben Hingabe bereit sind wie einst ungezählte Tausende und Millionen von Helden vor 15 Jahren, dann werden diese Fahnen einst denselben Siegeszug nehmen, den wir an der alten Fahne kannten, dann wird sie am Ende dieses Siegeslaufes in Deutschland als das Symbol des dritten Reiches gelten, und keine Macht der Welt soll diese Fahne mehr zerbrechen. Scharen Sie sich um Ihre Sturmfahne, klammern Sie sich um diese Sturmfahne! In Ihren Fäusten holt sie Deutschland zurück. Ich übergebe der SA die neuen Sturmfahnen in ihre treuen Hände [13]!

4. August 1929 Dok. 64
"Appell an die deutsche Kraft"
Rede auf NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [2].

Ich glaube kaum, daß es in den letzten 10 Jahren in Deutschland eine Bewegung gegeben hat, von der die nicht an ihr direkt teilnehmende Öffentlichkeit irriger, falscher und unverständlicher unterrichtet worden wäre als von der nationalsozialistischen Bewegung. Es ist oft erstaunlich, was für ein Bild sich viele Köpfe von unserer Bewegung machen. Es ist denkbar,

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 5.
11 Vgl. Dok. 48, Anm. 14.
12 Vgl. Dok. 61, Anm. 30.
13 Nach Hitlers Ansprache wurden 25 neue Standarten und 11 Sturmfahnen "geweiht", indem Hitler mit seiner rechten Hand das Tuch der sogenannten Blutfahne von 1923 und das der neuen Fahne gleichzeitig ergriff. Eine Liste der Standarten findet sich im VB vom 27.7.1929, "Standarten-Weihe".

1 Im Festsaal des Kulturvereinshauses, nach 20.00 Uhr. An der vom Gauleiter des Gaues Sachsen Martin Mutschmann geleiteten letzten Sitzung des Kongresses nahmen laut VB 2.000, laut Nürnberger Polizeibericht 1.200 Delegierte teil.
2 Vgl. VB vom 6.8.1929, "Das Schwert ist unser Gewicht", vom 7.8.1929, "Der Aufruf an die Kraft"; Preiß, Hitler, S. 111-121 sowie Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda.

daß unseren bisherigen bürgerlichen Parteien - von der roten [3] rede ich an sich nicht - manches an uns unverständlich erscheint, daß ihnen sogar die Form fremd vorkommt, daß sie sich nicht [*zu*] denken vermögen, wieso sich eine politische Bewegung auch äußerlicher Vorgänge bedienen mag, die ganz herausfallen aus den Rahmen dessen, was andere Parteien zu tun pflegen. Es ist auch verständlich, daß unsere nationalen Parteien mit einer gewissen Scheu und auch einem widerwilligen Respekt die Ausdrücke von Kraft sehen, die für sie vielleicht Brutalität bedeuten. Denn das sind relative Begriffe.

Wer jahrzehntelang gewohnt ist, sich die Gesetze seines Handelns vorschreiben zu lassen, der mag es als eine Provokation empfinden, wenn einer das Recht seines Handelns selbst bestimmt und das Gesetz seines Lebens sich selber gibt. Es mag für manche unserer bürgerlichen Parteien als Zeichen einer gewissenen Brutalität erscheinen, daß eine Bewegung in Deutschland nicht auf sich verzichtet, weil Marxisten sich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt fühlen. Wer gewohnt ist, jahrzehntelang so zu denken, kann uns nicht verstehen, warum wir auf einmal das Recht in Anspruch nehmen, dem Terror dieser Leute unseren Terror entgegenzusetzen. Man sagt, das sei die Anbetung der blinden Gewalt. Meine teuren Anwesenden, wo Fäuste entscheiden, hat der Geist schon sowieso aufgehört zu sprechen!

Was uns vielleicht tiefer von anderen Bewegungen unterscheidet, wird den meisten der Anhänger dieser Parteien selbst nicht klar. Wenn man im allgemeinen die Reden verfolgt, die im Parlament, im Reichstag, im Landtag und selbst auch auf den Parteitagen von den zuständigen Vertretern unserer anderen nationalen Parteien gehalten werden, fällt eines auf:

Man sucht, den Zusammenbruch des Reiches als einen rein wirtschaftlichen hinzustellen. Zuweilen schlägt leise ein Unterton des Jammers über die verlorene Ehre und Macht unseres Staates durch. Aber selbst das wird wieder umgesetzt auf wirtschaftliche Verhältnisse. Man sagt, daß die Folge davon der wirtschaftliche Zusammenbruch sei.

Immer steht die Wirtschaft im Mittelpunkt allen Abwägens und Betrachtens. Darin unterscheiden wir uns am meisten von ihnen. Für uns ist nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch das Merkmal der heutigen Verfallszeit unseres Volkes, sondern der Zusammenbruch unseres Volkes, und zwar in seiner Substanz.

Wir sehen unser Volk als einen Körper von Fleisch und Blut und seelischen Kräften langsam zugrunde gehen. Wenn diese Substanz vernichtet wird, kann sich nur ein Wahnsinniger einbilden, daß die Wirtschaft allein das Leben beherrschen wird. Ich darf auf die Gründe hinweisen, die zwangsläufig zur Vernichtung unserer [*sic!*] Volkskörper führen müssen als Wertfaktor an sich. Als Nationalsozialist betone ich, kein Mensch ist gleich dem anderen, auch im eigenen Blute nicht. Jeder hat außer seiner Numerierung noch einen anderen Wert, den ich als seinen spezifischen Wert bezeichnen möchte. Auch für die Völker gilt das. Es ist natürlich, daß ein Volk gegenüber anderen Völkern sinkt, wenn irgendwelche Vorgänge seine höchstwertigen Einzelsubjekte entweder beseitigen oder ausscheiden. Wenn ein Volk im Laufe von Jahrhunderten seine besten Blutsträger verliert, sinkt der gesamte spezifische Wert des Volkes. Wenn dem nicht ein analoger Vorgang in einem anderen Volke entspricht, muß ein solches Volk, gemessen an der Höhe der anderen Völker, sinken. Wenn andere Völker den gleichen Weg gingen, würde die Menschheit ihre Führung, die richtunggebenden Rassenwerte verlieren.

3 Bezieht sich sehr wahrscheinlich auf SPD und KPD.

Sie würden, wenn dieser Prozeß fortschreitet, eines Tages nicht nur äußerlich, sondern auch kulturell vernichtet. Das Entsetzlichste ist zunächst für uns, daß der Prozeß unserer eigenen Vernichtung viel schneller fortschreitet als der analoge Prozeß bei anderen Völkern, weil dort gewisse Voraussetzungen nicht so gegeben sind wie bei uns. Es ist heute, nachdem der Nationalsozialismus das Raumproblem aufgegriffen hat, die Beschäftigung mit dieser Frage zu einer Modeangelegenheit geworden [4]. Andere Parteien sprechen darüber, aber nicht von unserem Standpunkt aus. Wenn ich als Nationalsozialist diese Lebensfrage des deutschen Volkes aufgreife, dann nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus rassehygienischen Gründen, aus Gründen der künftigen Erhaltung unserer Volkskraft, ja unseres Volkstums überhaupt.

Wie liegen die Dinge? Deutschland ist zu beengt, um sein Volk selbst ernähren zu können. Es gibt nur wenige Wege, um dem Abhilfe zu schaffen. Diese Wege sind es, die unser Volk zwangsläufig als Substanz vernichten müssen. Der erste Weg, [*der*] der Auswanderung, ist uns zum Teil verrammelt, aber dafür in eine konstruktiv geradezu gefährliche Form gebracht insoferne, daß das Menschenmaterial, das wir heute ausliefern, nicht etwa durch die Not an sich bei uns ausgesucht wird, sondern der Empfänger selber sucht sich dieses Material seinerseits aus und prüft es durch [5], ob es für seine angestrebten rassischen Werte erträglich erscheint.

An sich wird jede Auswanderung zu einem Verlust tatkräftiger, energischer, kühner Menschen führen. Sie haben heute gesehen [6], wie durch bestimmte Vorgänge eine zwangsläufige Auslese stattfindet, auch durch die Not. Wenn die Not eine gewisse Zeit ein Volk bedroht, und ein Volk noch gewisse Widerstandskräfte besitzt, dann wird den höchsten Widerstand der Kräftigste leisten. Der apathisch gewordene Mensch wird sich willenlos fügen. Je härter die Not, desto stärker klammert er sich an das Leben, das den Menschen oft wie zu einem zähen Tiere macht. Dies kennen wir vom Felde her. Das geht allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze, bis zu einem plötzlichen, jähen Zusammenbruch.

Zunächst aber wird der Mensch, der tatkräftig und gesund ist, - tatsächlich ist die höchste Gesundheit stets der Anker in den rassischen Werten -, versuchen, dem Schicksal zu trotzen. Wenn die Heimat ihm keine Möglichkeit zu leben gibt, ergreift er den Wanderstab. Der Feigling geht nie aus der Heimat. Der gemächliche Mensch wird sich nie bequemen, in das Ungewisse einer fremden Welt hinauszuziehen und sich von Grund auf eine neue Existenz zu errichten. Selbstvertrauen muß auch der kleine Prolet besitzen, wenn er sagt: Jetzt gehe ich nach Argentinien! Das ist Wikingertum, das ist ein Argonautenzug [7], der nicht besungen wird, und den man besingen sollte als die furchtbarste Katastrophe, die unser Volk bezwungen hat. Das summierte sich und gab einem neuen Kontinent einen bestimmten hochwertigen Inhalt. Wir haben ihn 1918 an der Westfront kennengelernt [8].

---

4 Das "Raumproblem" war seit dem Erscheinen von Hans Grimms Roman "Volk ohne Raum" (München 1926) in der politischen Diskussion. Grimm propagierte darin den Erwerb von Lebensraum in überseeischen Gebieten. Vgl. Woodruff D. Smith, The Ideological Origins of Nazi Imperialism, New York 1986, S. 224 ff.

5 Anspielung auf das Einwanderungsgesetz der USA. Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

6 Gemeint sind Totenehrung, Standartenweihe und Marsch der SA und SS durch Nürnberg. Vgl. Dok. 45, Anm. 6, Dok. 63, Anm. 1, 13.

7 Griechischer Mythos über dem Raub des Goldenen Vlies.

8 Anspielung auf das amerikanische Expeditionskorps, das seit Frühjahr 1918 mit starken Kräften in die Kämpfe an der Westfront eingegriffen hatte.

Wenn in besonderen, armen Gegenden Deutschlands eine Degenerierung eingetreten ist, so heißt das: Diese Gegenden haben jahrhundertelang in erster Linie infolge ihrer Armut das Material zur Auswanderung geliefert und sind fast restlos ausgeblutet [9].

Der natürliche Prozeß der Auslese ist zu einem künstlich gewollten geworden. Die amerikanische Union schreibt peinlich vor, wie der Mensch beschaffen sein muß, daß er sich dort niederlassen darf [10]. Was unsere bürgerliche Demokratie nicht verstehen will, ist dort gesetzlich niedergelegt. Es wird Gesundheit, eine gewisse Größe verlangt, niemand darf erblich belastet sein usw. Man sucht aus einer Vielzahl von Menschen die höchstwertigen aus. Dieser Prozeß muß um so mehr eine Verschiebung von Kräften herbeiführen, als er von der anderen Seite als Plus gebucht werden kann. Die offizielle Parteiwissenschaft tut so, als ob es sich hier um ein Zahlenexperiment handelte.

Es ist aber ein Kraftproblem der amerikanischen Union und eine unendliche Gefahr für das alte Europa. Nicht in der Bevölkerungszahl liegen der Wert oder Unwert, sondern in den Qualitäten des einzelnen. Nicht der summarische, sondern der spezifische Wert ist entscheidend. Wenn Sie Europa mobilisieren wollen gegen diese Gefahr, dann nicht durch Vermengung mit minderwertigen Objekten, sondern dadurch, daß ein Volk unter eine Staatsführung kommt, welche bewußt nach Rassegesetzen handelt.

Nun führen die Verweigerung oder Verhinderung der Auswanderung zum umgekehrten Ziel, zur Verhinderung der Menschenvermehrung im Innern. Wir stemmen uns der offiziellen Ansicht entgegen, daß diese Frage eine Zahlenfrage wäre.

Deutschland verliert jährlich drei- bis vierhunderttausend Menschen [11].

Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen [12] und 700.000 - 800.000 der schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein. Das Gefährliche ist, daß wir selbst den natürlichen Ausleseprozeß abschneiden und dadurch langsam uns der Möglichkeit berauben, Köpfe zu bekommen. Nicht die Erstgeborenen sind die Talente oder die kraftvollen Menschen.

Der klarste Rassenstaat der Geschichte, Sparta, hat diese Rassengesetze planmäßig durchgeführt [13]. Bei uns geschieht planmäßig das Gegenteil. Durch unsere moderne Humanitätsduselei bemühen wir uns, das Schwache auf Kosten des Gesünderen zu bewahren. Das geht soweit, daß sich eine sozial nennende Nächstenliebe um Einrichtungen [14] bemüht, selbst Kretins noch Fortpflanzungsmöglichkeiten zu verschaffen, während Gesündere darauf verzichten müssen. Das alles wird als selbstverständlich angesehen. Verbrecher haben die Möglichkeit, sich fortzupflanzen. Degenerierte werden künstlich mühsam aufgepäppelt. So züchten wir langsam die Schwachen groß und bringen die Starken um. Der Hecht beseitigt das faule Tier,

9 Im 19. Jahrhundert und nach dem Weltkrieg waren Baden und Württemberg besonders stark von Auswanderung betroffen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980, S. 12 ff.

10 Vgl. Anm. 5.

11 Vgl. Dok. 7, Anm. 34.

12 In Deutschland wurden 1929 1.147.458 Lebendgeburten gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 26.

13 Zum Spartabild Hitlers und der NS-Führung vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72, S. 51 ff.

14 Vgl. Wolfgang Jantzen, Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens, München 1982, S. 72 ff., 111 ff.

weil er die anderen zwingt, sich zu bewegen. Jeder Schädling im Tierreich hat im Grunde genommen den einen Nutzen, eine andere Art um ihre schwächsten Subjekte zu bringen.

Das führt bei einem Volk zu grauenhaften Ergebnissen. Das Entsetzlichste ist, daß wir nicht die Zahl vermindern, sondern tatsächlich den Wert. Wir versuchen, die Zahl zu halten durch übertriebene Pflege der Schwachen und Kranken. Das zersetzt unser ganzes Denken. Das führt soweit, daß der Staat einen Verbrecher schont, ohne zu bedenken, daß er nicht in der Lage war, das Opfer zu schützen. Er hat nur Mitleid mit dem Gemeinen, Elenden, moralisch Schwachen, das schützt und beschirmt er. Die anderen gibt er im Namen der Humanität wahllos preis.

Wir haben die Ansicht, daß das 58 Jahre so weitergehen wird [15], dann glauben Sie nicht, daß das so spurlos am inneren Wert des Volkes vorübergeht.

Völker sind noch niemals durch Kriege zugrunde gegangen, solange sie innerlich gesund waren. Katastrophen sind über die Erde hinweggegangen, ohne daß ein Volk beseitigt worden ist, wenn es sich nicht selbst innerlich in seinen Werten langsam dezimiert, zum Weggang reif gemacht hat.

Der Prozeß greift in die Tiefe hinein, dringt bis ins letzte Blut des Volkes. Es vermag ein Volk endgültig aus der Tatkraft geschichtlicher Handlungen auszuscheiden. Das sehen wir heute vor uns.

Diese Entwicklung geht parallel mit der Erziehung zu diesen Schlußgedanken hin, wie der Staat schon den einzelnen vorbereitet auf diese Konsequenzen, wie er versucht, ihm durch Erziehung auch die Tradition zu nehmen, so daß er nicht in die Lage versetzt wird, infolge einer traditionellen Erinnerung gegen das schlechte Blut anzukämpfen.

Auf derselben Linie liegt dieses Umstellen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und der Fremdenindustrie [16]. Wir sehen, was unsere Städte alles tun, und fühlen, wie wir langsam tatsächlich einer Verschweizerung entgegengehen. Deutschland wird langsam zu einem Ansichts- und Aussichtsobjekt. Man sagt uns: Die Welt des Geistigen ist eure Größe, große geschichtliche und staatspolitische Qualitäten liegen euch gar nicht, von Natur aus seid ihr das Volk der Dichter und Denker [17], wobei man weiß, daß die breite Masse kein Verhältnis zu Dichtern und Denkern besitzt, wohl aber ein Verhältnis zur Kraft haben kann.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob es gegen eine solche Katastrophe noch ein Ankämpfen gibt, müssen wir uns diese Frage beantworten: Auf parlamentarischem Weg, durch Abstimmung, wird diese Gefahr naturgemäß nicht beseitigt. Das hat damit nichts mehr zu tun. Es ist in Wirklichkeit ein Problem der Neuordnung der Kräfte in unserem Volk. Selbstbehauptung und Idealismus. In Wirklichkeit ist jeder Gesunde von drei Kräften erfüllt: von einer gesunden, natürlichen Selbstbehauptung, von einem gesunden Egoismus, der in Wirklichkeit auf die Gesamtheit bezogen Idealismus ist. Er repräsentiert die positive Kraft einer Nation und befähigt ein Volk zu allen heroischen Taten. Wenn ein Volk dank seiner rassischen Zusammenstellung zu einer höheren menschlichen Kultur fähig ist, dann kann der gesündere Teil, solange er das Regiment in der Hand hat, große Fortschritte erzielen und sich sichern und wehren. Dem-

15 Anspielung auf die Dauer der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan. Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
16 Vgl. Hitlers Fremdenverkehrskritik in Dok. 17, 21.
17 Die Bezeichnung geht wahrscheinlich auf den Schriftsteller Johann Karl August Musäus (1735-1787) zurück.

gegenüber steht in jedem Volk das Gegenteil: der unidealistische Egoismus, die primitivste Ichsucht, am schärfsten ausgeprägt im gewöhnlichen Verbrecher, der auf den Standpunkt steht, daß sein Leben ihm über alles geht, auch wenn er den anderen erdolchen muß. Der andere muß sterben, damit er vielleicht nur zehn Mark gewinnen kann. Der Held sagt: Was gilt mir mein Leben, wenn ich die Gesamtheit retten kann, der Verbrecher: Was gilt mir die Gesamtheit, wenn ich mein Leben retten kann!

Völker vermögen so lange zu existieren, als ihr Geschick von der einen Seite geleitet wird. Völker gehen sofort den Weg nach unten, sobald die Leitung ihrer Geschicke in die Hand der anderen kommt. Diese beiden Extreme umfassen eine gewaltige Mitte. Sie ist weder gut noch böse, Fabrikware der Kultur. Hierüber wird gewürfelt. Wendet sich die Auslese dem Guten zu, dann gibt sie die Resonanz zu heroischen Klängen.

Lange Zeit bestand bei uns eine solche Ordnung der Dinge. Mag sein, daß die Auslese aus der breiten Masse der Mitte nach der einen Seite erschwert war und immer mehr erschwert wurde, denn infolge unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens konnte sich hier langsam eine Klasse entwickeln, die ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Qualitäten häufig den Ausschlag gab, so daß wir sehen konnten, daß in der kritischsten Stunde des Tages diese Schwäche jämmerlich versagte [*sic!*]. Hinter der Fassade sah man keine wirklich tatkräftigen Menschen. Es war eine gut dressierte, gut gebildete Oberschicht, die nicht mehr identisch mit natürlichen Kraftmenschen war.

Die andere Seite hat ihre verderblichen Einflüsse schon geltend zu machen vermocht. Trotzdem war das Reich noch in den Händen einer guten Tradition. Dahinter stand eine große Masse von innerlich anständigen Menschen.

Dann kam der Krieg, den man immer nur als eine Frage des Verlustes von Menschen sieht, [*der*] sich aber als ein Problem von höchster rassischer Bedeutung entpuppt.

Durch den Krieg fand bei uns eine rapide Auslese statt. Aus der Mitte wurde in 4 1/2 Jahren herausgehollt, was man herausholen konnte und konzentriert dem Kampf in den Rachen geworfen.

Schon 1914, als unsere Zeitfreiwilligen-Formationen [18] aufgestellt worden sind, wer meldete sich? Die Idealisten, zwei Millionen an der Zahl [19], und von diesen starben schon infolge der sträflich leichtsinnigen Art der Ausbildung, verschuldet durch den Reichstag [20], Hunderte und Hunderttausende und darunter eine Jugend in der Art, wie sie heute vorbeimarschiert ist [21].

Knaben und fast noch Kinder, bestes Knabentum ist in massierter Form auf das Schlachtfeld geführt worden und in Massen mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in den Tod gegangen und konnte nicht mehr ersetzt werden in 4 1/2 Jahren [22]. Dann kam der Krieg selbst in seiner langen Dauer und wiederholte diesen Prozeß aufs neue: Flieger werden gesucht, Unterseebootsführer, Sturmtruppen - wer meldet sich freiwillig an die Front? Zu den Patrouillen?

18 Muß heißen "Kriegsfreiwilligen-Formationen". Der Begriff "Zeitfreiwillige" kam erst nach dem Ersten Weltkrieg auf.
19 Vgl. Dok. 63, Anm. 4.
20 Vgl. Dok. 6, Anm. 54.
21 Vgl. Dok. 63, Anm. 1.
22 Vgl. Dok. 38, Anm. 37.

Wer meldet sich? Immer eine Auslese des besten Menschentums. Man konnte nicht anders. Wäre zuhause auch innerlich eine qualitativ hochwertige Verwaltung gestanden, dann hätte man das ertragen und der aufsteigenden Hydra des Verrats die Köpfe abschlagen können.

Man war zuhause in ein weltfremdes Philosophentum versunken, man hatte vergessen, daß eine solche Zeit als höchste Staatsmänner nicht Philosophen, sondern Kraftnaturen und höchste Entschlossenheit erforderte. Wir haben gesehen, daß das Ausbluten der deutschen Nation einen Höchstgrad angenommen hatte. Es erhob sich der Verrat, der sich zu retten vermochte schon durch die Konstruktion unseres Rekrutierungswesens [23], so daß dieser Konzentration des Schlechten keine Konzentration des Guten gegenüberstand, weshalb plötzlich alles zerschlagen werden konnte, und ein Volk, das einen Monat vorher Widerstand geleistet hatte, im Innern augenblicklich auseinanderbrach [24].

Auf der Seite der Erbärmlichkeit und Gemeinheit ist das Schwergewicht bis heute geblieben. Mit einer fast teuflisch zu nennenden Geschicklichkeit wird diese Seite nach der Erbärmlichkeit hin künstlich unterstützt und in ein System zu bringen versucht mit Hilfe des Staates selbst, der die besseren Instinkte langsam aus dem Volke herauszureißen versucht, weil das Vorhandensein gesunder Instinkte eines Tages zur Gefahr werden könnte, wenn plötzlich der Appell an diese Instinkte erfolgt.

Man versucht, das kleine Kind schon vom Dawes-Patrioten [25] zum neuen Young-Bürger der Republik zu erziehen, zu einem Mann, der überzeugt ist, daß das deutsche Volk nicht die hohen Werte besitzt wie die anderen Völker. So können wir erleben, daß in 15 Jahren es möglich geworden ist, in die Herzen von Millionen eine Überzeugung der eigenen Minderwertigkeit hineinzusenken. Große Bewegungen, Parteien existieren, bei denen das Bekenntnis zur eigenen Minderwertigkeit Parteiprogramm ist. Wenn dieser Prozeß 20, 30, 50, 100 Jahre lang währt, dann werden Sie das Volk nicht mehr erkennen, wenn nicht vor dem eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses in Deutschland vorgenommen wurde. Nun wird man zur Antwort geben: Wie soll man einen solchen Prozeß, der sich in solchen Formen abspielt, zur Rückentwicklung bringen oder beseitigen? Gibt es eine Möglichkeit? Jawohl! Diese Möglichkeit ist in dem Augenblick gegeben, in dem erkannt wird, daß die Qualitäten eines Volkes nicht in der Zugehörigkeit zu Berufen und Ständen liegen, sondern einfach blutsmäßig im einzelnen Menschen vorhanden sind oder nicht. Es ist notwendig, diese Qualitäten zum Leuchten zu bringen, durch irgendeinen Prozeß zusammenzufügen und mit ihnen den Kern einer neuen Volksgemeinschaft aufzubauen in der Überzeugung, daß ein Volk sich selbst führt, wenn seine besten Kräfte es führen.

Die Geschichte zeigt uns eine Anzahl von Beispielen, die im ersten Augenblick kaum verständlich sind. Ich könnte zurückgehen auf die Entstehung des Christentums, auf Tatsachen, wonach eine Idee sich der Menschheit zu bemächtigen vermag, bis endlich Staaten daran zerbrechen. Näher liegt uns ein Blick auf die Entwicklung des Marxismus in Deutschland.

Das deutsche Volk erlebt es, daß in seinem Innern eine Bewegung organisiert wird von ganz bestimmten programmatischen Forderungen, die der Existenz des Volkes zuwiderlaufen.

23 Vgl. Dok. 61, Anm. 10.
24 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.
25 Zum Dawes-Plan vgl. Dok. 1, Anm. 15.

Die deutsche Regierung erlaubt es, daß diese Bewegung ihre Organisation immer mehr ausbaut gegen alle Kräfte der Wirtschaft, des Staates und der Vernunft und am Ende allen diesen Kräften Herr wird.

Wie ist das möglich?

Das ist nur denkbar dadurch, daß es dieser Bewegung gelang, eine Organisation mit wirklicher Kraft durchzuführen, d. h., Menschen von absoluter Kraft zusammenzufügen. Im Völkerleben ist die Kraft nicht identisch mit Masse. Unser Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß ein armer Teufel trotzdem ein tatkräftiger Mensch sein kann. Den besten Beweis gab das Heer. Es gab eine Möglichkeit der Auslese der einzelnen auf diese Grundqualitäten hin. Ein unscheinbarer Bauernbursche konnte sich plötzlich als der geborene Führer seiner Gruppe entpuppen, und ein kleiner Handwerksbursche, der vielleicht wenig geachtet war, ist plötzlich ein ausgezeichneter Soldat gewesen. Die Konstruktion des Heeres war es, die jeden einzelnen verantwortlich machte. Wenn er diese Verantwortung nicht übernahm, dann konnte er diese Stellung nicht erfüllen. Die Feststellung dieser persönlichen Verantwortlichkeit sicherte und entdeckte zugleich Männer. Wenn im Felde die ersten Opfer fielen - wer es erlebt hat, weiß es -, galt es trotzdem weiterzumarschieren, und dieses ganze Führermaterial ging mit, einer hinter dem andern. Vergleichen Sie damit die Heimat! Dort herrschte das Konglomerat, das es nicht fertigbrachte, die natürlichen Qualitäten der Menschen zu erforschen. Das ist das Geheimnis, warum der Marxismus gesiegt hat, das Geheimnis, den Appell an den natürlichen Instinkt der Masse zu richten. Das Volk ermißt die Richtigkeit einer Idee an der Kraft, mit der sie vertreten wird. Eine Bewegung, die es verstand, ihre Idee mit Kraft zu vertreten, konnte damit rechnen, langsam die Kraft eines Volkes, die nicht in einzelnen Gesellschaftsschichten, sondern gleichmäßig in allen Lebensschichten schlummert, für sich zu gewinnen und zu organisieren. Die Idee mußte ein Programm verkünden, dessen Durchführung Kraft erforderte. Es verlangt den Kampf und fordert oft den Lebenseinsatz, blinden Gehorsam, Unterordnung. Der bürgerliche Politiker hat das nie begriffen. Er begriff auch nicht, warum der Soldat nicht am schwächlichen Offizier hängt, sondern an seinem wirklichen Führer. Wo immer eine Revolte stattfindet, da immer nur gegen die Schwachen und niemals gegen die Kraft. Der Marxismus schuf sich eine Gemeinschaft von krafterfüllten Menschen. Wenn eine bürgerliche Partei ihre Anhänger zu einer Versammlung einläd, so bittet sie ihre Anhänger höflichst, zu ihrem hochinteressanten Vortrag zu kommen. Der Marxismus sagt: Heute abend ist Versammlung, du gehst von deiner Fabrik dorthin! Der Mann sagt sich: Wenn eine Bewegung mit solcher Entschiedenheit auftritt, muß sie richtig sein! So war der Marxismus den bürgerlichen Parteien an Kraft überlegen, wenn auch nicht an Geist. Wo aber Kraft, Entschlossenheit, Kühnheit, Rücksichtslosigkeit, wo diese Qualitäten in den Dienst einer schlechten Sache gespannt sind, vermögen sie Staaten zu stürzen, Voraussetzung ist eine Forderung, die vom einzelnen selbst wieder Kraft verlangt. Eine Freiwilligen-Formation wird am besten sein, sagt man, wenn sie von ihrem Führer am mildesten gehandhabt wird! Das Gegenteil ist richtig. Die Leute hängen um so mehr an ihm, je mehr gefordert wird. Denn es reizt den einzelnen, seine Kräfte zu erproben, ganz gleichgültig wohin sie ihn stellen.

Das ist das Geheimnis, warum in der Weltgeschichte große Bewegungen gegen scheinbar unüberwindliche Widerstände zu siegen vermochten. Gegen wirtschaftliche Interessen, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, ja selbst gegen die Vernunft, wenn sie schwach vertreten war.

Heute sehen wir in Deutschland die Tatsache, daß unser Volk das Schwergewicht seiner Kräfte im äußersten linken Flügel hat und daß dort mit wahnsinnigen Ideen und Theorien diese Kräfte verwendet zur Vernichtung unseres Volkes werden. Dieser Seite tritt ein Gegenspieler entgegen, der schon früher nicht in der Lage war, diese Kraftentwicklung der linken Seite zu verhindern.

Wenn heute Herr Stresemann die deutsche Jugend organisierte, glaubt man, daß das ein mechanisches Organisationsproblem ist? Dann könnten die Gelder des Herrn Stresemann von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das ist aber kein mechanisches Organisationsproblem, sondern ein Problem der Anforderungen. Was fordert Herr Stresemann? Billigung seiner Politik der Schwäche, des schwachen Verzichtes. Kann so ein Mensch Kraftnaturen gebrauchen?

Wenn Sie eine Ordnung wünschen, in der die besten Kräfte des Lebens Zweck nicht im eigenen Vorteil erblicken, in der diese Kräfte den Ton angeben, dann müssen Sie den Ton angeben, der zu diesen Kräften hinführt. Er heißt nicht Nachgiebigkeit, Verzicht auf Freiheit, Kompromisse, Wankelmut, sondern fordert Kraft und Opfer. Wer bereit ist, darauf zu reagieren, gehört innerlich in diese Linie hinein.

Was das Große an unserer Bewegung ist, das ist nicht die Tatsache, daß sie 150.000 Mitglieder zählt [26], sondern, daß diese äußerlich schon zu einer Einheit geworden sind, daß tatsächlich diese Mitglieder nicht nur ideenmäßig einheitlich sind, sondern daß auch fast der Gesichtsausdruck der gleiche geworden ist.

Betrachten Sie heute diese lachenden Augen, die fanatische Begeisterung, und Sie werden entdecken, wie sich in den Gesichtern der gleiche Ausdruck gebildet hat, daß hunderttausend einer Bewegung zu einem Typ werden!

Das ist die Aufgabe unserer Bewegung, die höchste Anforderungen stellt, die Forderung zum Opfer und Kampf, Menschen einer Gesinnung zusammenzubringen, die späterhin die natürliche Kraft der Nation darstellen.

Diese Reorganisation des Volkskörpers ist die große Mission des Nationalsozialismus.

Ob sie gelingt?

Wenn Sie heute diese hunderttausend Menschen gesehen haben [27], dann weiß ich nicht, ob Sie zweifeln können, daß es gelingt! Vor zehn Jahren 7 Menschen [28] - und heute dieses Bild! Nicht weil es hunderttausend sind, sondern weil in diesen hunderttausend sich ein gemeinsamer Ausdruck zeigt. Am schönsten habe ich das gesehen an unserer Jugend. Als ich diese Knaben heute an mir vorbeimarschieren sah, dachte ich plötzlich: Wie wäre es, wenn noch zwei Jahre vergehen und diese Jungen unsere alten Helme aufsetzen würden, Freiwilligenregimenter von Ypern wären [29]! Sie alle haben das gleiche Gesicht, den gleichen Ausdruck, das gleiche Leben. Wir sahen Köpfe von Knaben, in denen sich schon der spätere stolze Mann ausprägte, den ein Volk braucht als Führer, um nicht zugrunde zu gehen.

Das will diese Bewegung. Sie will scheiden in Charaktere und Grundwerte. Sie braucht diese Gesamtheit der Besten, sie will herausholen und zusammenfügen, bis das Schwerge-

26 Vgl. Dok. 52, Anm. 10.
27 Vgl. Dok. 61, Anm. 38.
28 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
29 Vgl. Anm. 22.

wicht von links nach der Mitte und weiter wandert nach einem Punkte hin, bis zu der historischen Minorität, die Geschichte macht und auch in Zukunft machen wird.

Das ist unsere Aufgabe, unser Ziel.

Wenn wir Tage veranstalten wie [*diese*] hier, dann nur, um auch durch einen äußerlichen Ausdruck des Lebens dieser Tage wieder Menschen zu gewinnen, in denen selbst ein ähnlicher Pulsschlag tobt [*sic!*]. Damit treiben wir im höchsten Maße Auslese. Wenn Sie heute diese Jungen gesehen haben, die sich zusammenfanden ohne Zwang, unbeschwert von Vorurteilen, getrieben von knabenhaften Instinkten des Suchens nach diesen Kräften, dann war es zu 99 % bestes Ariertum, das wir emporführen zur Führung des deutschen Volkes. Wenn diese Art von Demokratie einst unser Volk beherrscht, wenn die breite Masse aus sich selbst heraus durch einen natürlichen Prozeß sich das beste Blut zum Führer erkoren hat, dann wird die Weltgeschichte es bewundernd erleben, daß das deutsche Volk auch nach außen jene Charakterzüge annimmt, die uns zu sagen berechtigen, daß unsere Geschichte die Weltgeschichte ist.

Dann wird auch die Wirklichkeit mit diesem ehernen Revolutionsprozeß gleichen Schritt halten, dann wird die Stunde kommen, in der in der Weltgeschichte wieder nachgewogen wird, in der die Werte und die Gewichte sich nicht geändert haben. Dann wird Frankreich in die Waagschale treten, das neue Deutschland tritt in die andere, und es wird Kraft seines eigenen Wertes die Waagschale sinken. Wir haben den Herrgott nur zu bitten: Herr, wir bitten Dich nicht, daß Du uns hilfst, sondern wache darüber, daß gerecht gewogen wird! Das Schwert aber ist unser Gewicht.

4. August 1929 Dok. 65
Schlußappell auf NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg [1]

VB vom 6.8.1929, "Nationalsozialisten laßt Euch nicht provozieren!" [2].

Ich darf die anwesenden SA-Leute noch ersuchen, auf keine Provokation von der linken Seite zu antworten. *Wir haben eine Reihe von Verwundeten, die teils angestochen* [*sic!*], *teils angeschossen sind* [3]. (Größte Bewegung.) Lassen Sie sich nicht verleiten zu irgendeiner Unge-

1 Während der Rede Hitlers (Vgl. Dok. 64) war es zu großer Unruhe gekommen, als sich Gerüchte über schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten verbreiteten. Nach Beendigung seiner Rede ließ sich Hitler über die Lage informieren und trat nach kurzer Beratung noch einmal ans Rednerpult.

2 Vgl. Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda sowie Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 47 ff.

3 Am 2.8.1929 gegen 23.30 Uhr kam es in der Königstraße zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerangehörigen und SA-Leuten. Im Verlauf der Auseinandersetzung fielen Schüsse, von denen die Nationalsozialistin Katharina Grünewald tödlich getroffen wurde. Am 4.8.1929 gegen 20.30 Uhr wurde im Frauentorgraben in der Nähe des Nürnberger Kulturvereinshauses ein Passant, der das Abzeichen des Radfahrerbundes "Solidarität" trug, von Nationalsozialisten angegriffen. In den Kampf wurden offenbar weitere Passanten verwickelt. Der SA-Mann Erich Jost erhielt dabei von unbekannter Seite einen tiefen Messerstich in den Unterleib. Die Polizei trennte die Gegner. Laut VB wurde Jost "von einer Gruppe Halbwüchsiger überfallen".

schicklichkeit, besonders der hiesigen Polizei gegenüber, die ja nichts dafür kann und nur dadurch nervös gemacht wird. (Ruf aus der Versammlung: Es muß etwas geschehen, es steht auf Spitz' und Knopf für uns!)

Vermutlich ist seit gestern, fuhr Hitler fort, Max Hoelz[4] *hier, um zu versuchen, solche Überfälle mit Gewalt zu provozieren.*

Das ist die Taktik dieser Menschen, und es ist unsere Pflicht im Interesse der Bewegung und des Parteitages, nicht darauf hereinzufallen. Was jetzt geschieht, ist lächerlich, es kann höchstens zu Konflikten mit der Polizei kommen, die dann nach beiden Seiten hin vorgeht. Die Abrechnung mit den Gegnern kommt todsicher, und sie wird dann gründlich vorgenommen, und *wenn das Gericht der Republik den Mordbrenner Hoelz freigesprochen hat*[5], *die nationalen Gerichte der Zukunft werden ihn nicht freisprechen.*

Hitler forderte nun die Mitglieder der SA und SS auf, den Weisungen der Behörden sofort Folge zu leisten und *sich auf keinen Fall auf den Straßen und in den Lokalen provozieren zu lassen.*

Hitler schloß mit der Mahnung: "Seien Sie alle Träger der Vernunft, Träger der kühlen Überlegung, und fühlen Sie sich als Träger des Erfolges unserer Bewegung und bedenken Sie diese Möglichkeiten, dann sorgen Sie am besten dafür, daß einmal diese Elemente mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden." (Lebhafte Heilrufe.)

Seit Beginn des Parteitags hatten in Nürnberg fortgesetzt Gewalttätigkeiten der SA gegen unbeteiligte Passanten stattgefunden. Mehrere Straßenbahnen wurden demoliert. Die Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialdemokraten wurde gesucht, das Gewerkschaftshaus überfallen, mehrere Gastwirtschaften gestürmt und bei dieser Gelegenheit Schlägereien angezettelt. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 94 f.; Nürnberger Stadtpost vom 3.8.1929, "Wild-West in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 5.8.1929, "Wie sie hausten!" und "Die Hakenkreuzlerschau in Nürnberg"; Bayrischer Kurier vom 6.8.1929, "Die Bilanz eines nationalsozialistischen Parteitages"; Frankfurter Zeitung vom 6.8.1929, "Die nationalsozialistischen Ausschreitungen in Nürnberg" sowie vom 16.8.1929, "Die Nürnberger Tumulte beim Hitlertag". Zur nationalsozialistischen Sicht vgl. VB vom 4./5.8.1929, "Das marxistische Attentat auf das Osaf-Auto", vom 6.8.1929, "Rotmord in Nürnberg" und "Reichsbannermord an der Lorenzkirche" sowie vom 7.8.1929, "Ein neues Opfer des marxistischen Verbrechertums".

4 Die Anwesenheit von Max Hoelz in Nürnberg konnte nicht ermittelt werden.
Max Hoelz (1889-1933), Techniker, 1919 Mitglied der KPD, 1920 der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), 1920/21 Führer kommunistischer Aufstandsbewegungen im Vogtland und in Mitteldeutschland, 1921 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1928 amnestiert, 1929 Übersiedlung in die Sowjetunion.

5 Vgl. Anm. 4.

9. August 1929 Dok. 66
Rede auf Beerdigung von Erich Jost [1] in Lorsch [2]

Lagebericht des Polizeiamts Darmstadt vom 20.9.1929; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, polit. Berichte Hessen, 4,65/1768/303 [3].

Am Grabe sprach zunächst *Hitler* etwa folgendes:

"Vor einigen Tagen erst waren wir in Nürnberg versammelt, um des Tages zu gedenken, an dem wir vor 15 Jahren in den Krieg zogen, und um die damals herrschende Begeisterung neu aufleben zu lassen [4]. Man streute uns Blumen auf dem Weg. Heute haben wir uns wieder mit Blumen hier eingefunden, um sie unserem jungen toten Kameraden als äußeres Zeichen unserer Zusammengehörigkeit auf das Grab zu legen. Was hat dieser junge Mensch für ein Verbrechen begangen, daß er sterben mußte? Nur das eine Verbrechen, daß er sein Vaterland liebte. In Nürnberg [5], wo er sich neue Kraft für seine Freiheitsideen holen wollte, ereilte ihn das Schicksal. Wir dachten, die Tage in Nürnberg würden äußerlich ruhig verlaufen und innerlich in manchem Menschen eine Kluft einreißen. Aber wiederum haben irregeleitete Volksgenossen einen anderen Volksgenossen gemordet [6]. Das schlimmste dabei ist, daß unser junger Kamerad nicht im Kampf gegen den äußeren Feind gefallen ist. Im Weltkrieg kämpften wir gegen den äußeren Feind. Die zwei Millionen Menschen fielen damals umsonst [7]. Umsonst deshalb, weil die Idee, für die sie kämpften, nämlich ein freies Deutsches Reich, sich nicht erfüllte. Unser toter Kamerad lebt weiter, weil die Idee, für die er kämpfte, weiterlebt und sich bald erfüllen wird. Wenn aller Haß und Parteihader einmal den äußeren Feind, der am Rhein steht [8], erkennen würde, dann würde er zu einer geballten Kraft werden und Deutschland bald wieder frei sein."

Mit dem Gelöbnis, dem Toten ein ehrendes Andenken zu bewahren, und wenn es auch immer sein möge, denselben Weg zu gehen wie er, schloß *Hitler* seine Rede.

[...] [9]

Zum Schluß rief *Hitler* dreimal "Deutschland", worauf seine Anhänger antworteten: "Erwache [10]."

---

1 Erich Jost (1909-1929), kaufmännischer Angestellter, SA-Mann, am 4.8.1929 tödlich verletzt.

2 Nach 17.50 Uhr auf dem Friedhof von Lorsch. Der katholische Geistliche hatte sich während der kirchlichen Feier am Vormittag politische Demonstrationen verbeten. Laut Polizeibericht nahmen an der Beerdigung 360 Nationalsozialisten und 12 Stahlhelmleute uniformiert sowie 850 weitere Personen teil.

3 Vgl. VB vom 13.8.1929, "Die Beerdigung unseres ermordeten Pg. Jost" sowie vom 14.8.1929, "Ich hat einen Kameraden ...".

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.

5 Hinweis auf den Reichsparteitag der NSDAP vom bis 1. bis 4.8.1929. Vgl. Dok. 60-65.

6 Vgl. Dok. 65, Anm. 3.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, 6.

8 Gemeint ist Frankreich.

9 Folgt Bericht über weitere Ansprachen und die Kranzniederlegungen.

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 40.

10. August 1929 Dok. 67
"Nürnberger Tagebuch [1]"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 10.8.1929.

Nürnberg, den 1. August [*1929*].

Es sieht sehr nach Regenwetter aus. Die Zeitungen melden Niederschläge, und wirklich hängt der Himmel auch voller Wolken. Noch hat die Stadt scheinbar ihr gewöhnliches Gepräge an sich. Allein der schärfer Blickende empfindet unwillkürlich eine Beschleunigung des öffentlichen Lebens im Verkehr. Tatsächlich tauchen auch schon im Laufe dieses Tages immer mehr Braunhemden in der alten Reichsstadt auf. Man sieht überall vereinzelte Gruppen, die sich gegenseitig grüßen und zusehends vermehren. Gegen Mittag wird von ihnen an einigen Stellen der Stadt das öffentliche Bild verändert und gegen Nachmittag zum Teil beherrscht. Jeder Zug vermehrt die Zahl der Anhänger unserer Bewegung. In der Schwabacher Straße liegt der von Fahnen festlich flankierte Parkplatz der Sternfahrten [2]. Auch dort trifft bald ein Auto nach dem anderen ein. Am späten Nachmittag kommt ein erster Sonderzug. Lastkraftwagen bringen aus der näheren Umgebung Trupps von Braunhemden. Die Stadt wird gegen Abend immer lebendiger. Schon geht es im Hauptquartier [3] zu wie in einem Bienenschwarm. Parteileitung und Oberste S.A.-Führung sind seit Tagen in Nürnberg. Der Betrieb wächst nahezu stündlich an Umfang an. Als es dunkel wird, herrscht im großen Garten des Kulturvereins schon helle Feststimmung. Eine S.A.-Kapelle konzertiert, und es ist kaum mehr ein Platz zu erhalten. Um 8 Uhr beginnen Sondertagungen, und um 11 Uhr gibt es im Deutschen Hof ein ewiges Begrüßen von Freunden und Bekannten der Bewegung.

Nürnberg, den 2. August [*1929*].

Frühmorgens scheint die Sonne langsam die Wolken zu besiegen. Es ist zeitweise ein strahlend schöner Tag. Nur gegen Mittag wird alles wieder trübe, und viele Augen blicken besorgt zu den Wolken empor. Der Parkplatz in der Schwabacher Straße hat heute bereits alle Hände voll zu tun [*sic!*]. Vormittags gibt es Sondertagungen. Die Zahl der eintreffenden Parteigenossen schwillt nun fast viertelstündlich an. Als der Kongreß eröffnet wird, hat die Uhr gerade 11 geschlagen. Der Riesensaal ist überfüllt von einer andachtsvollen Menge. Bei keiner anderen Partei wäre so etwas auch nur denkbar. Ein Orgelpräludium und das Niederländische Dankge-

1 Das Parteitagsprogramm war im VB vom 26.7.1929 und 28./29.7.1929 abgedruckt. Zum Verlauf des Parteitags vgl. Auszug aus Lagebericht der Polizeidirektion München vom 14.8.1929; StA Dresden, Min. des Innern, Nr. 19085; Lagebericht Nr. 158/II/29 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.8.1929; ebenda; Nürnberger Stadtpost vom 3.8.1929, "Wild-West in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 5.8.1929, "Wie sie hausten!", "Die Hakenkreuzlerschau in Nürnberg"; Bayrischer Kurier vom 6.8.1929, "Die Bilanz eines nationalsozialistischen Parteitages"; Frankfurter Zeitung vom 6.8.1929 (2. MA), "Die nationalsozialistischen Ausschreitungen in Nürnberg", vom 16.8.1929 (1. MA), "Die Nürnberger Tumulte beim Hitlertag" sowie Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 41 ff.
Der zeitgenössische Film über den IV. Parteitag der NSDAP ist 1976 vom Institut für den wissenschaftlichen Film in Göttingen unter der Nummer G 140 ediert worden. Albrecht Tyrell verfaßte den Begleittext.

2 Vgl. Dok. 42.

3 Im Hotel "Deutscher Hof", Frauentorgraben.

bet leiten diese programmatisch wichtige Tagung ein. Um 4 Uhr findet die Fortsetzung des Kongresses statt. Auf dem Bahnhof stauen sich große Menschenmassen und begrüßen die immer dichter ankommenden Sonderzüge. Die Begeisterung bricht immer mehr durch. Einzelne Straßen erscheinen förmlich braungefleckt. S.A. und S.S. und dazwischen eine Unzahl von politischen und S.A.-Führern. Gegen Abend setzt eine Völkerwanderung ein. Während der Kongreß noch tagt, bringen die Straßenbahnen in endloser Folge Zehntausende von Menschen nach dem Stadion. Als ich selbst mit dem Wagen hinausfahre, ist es 8 Uhr. Manches Mal vermag man kaum weiterzukommen, so verdichten sich auf der endlos langen Straße die Automobile, Autobusse, Lastkraftwagen, während links daneben die Wagen der Straßenbahnzüge dahinsausen. Dazwischen marschierende, oft endlos lange Kolonnen von Braunhemden. Der Himmel ist schwarz. Das Stadion bereits überfüllt. Es mögen innen und außen sicher über hunderttausend Menschen sein, die aufhorchen, als die Riesenmusik, von unzähligen Fackeln begleitet, das weite Rund betritt. Nach einer prachtvoll gespielten Ouvertüre zu "Rienzi" [4] folgen Märsche, und endlich beginnt das große Schlachtenfeuerwerk [5]. Nahezu eine Stunde leuchtet und blitzt es nun, donnert und dröhnt es und geht endlich in einer überwältigenden Wiedergabe eines Großangriffes an der Front in das strahlende Hakenkreuz über. Zehn- und aber Zehntausende von Menschen fiebern mit und entladen endlich ihre innere Spannung im gewaltig dahinbrausenden Deutschlandlied. Als sich das Stadion leert, wird man Zeuge des überwältigendsten Abmarsches, der in Deutschland vielleicht bisher da war. Selbst Berlin hat Größeres noch nicht gesehen. Ein förmlicher Strom von Automobilen, Motorrädern, Autobussen, Lastkraftwagen, Droschken und Straßenbahnen wälzt sich dahin. Oft glaubt man, nicht mehr weiterkommen zu können. Die Erwartung der Stadt steigt.

Nürnberg, den 3. August [*1929*].

Seit 3 Uhr früh donnern in dem Hauptbahnhof in endloser Folge die Transportzüge ein. Stundenlang gibt es kaum Pausen von 5 Minuten, die sich dazwischenschieben. Es ist eine wunderbare Leistung des Nürnberger Eisenbahnapparates. Während die Stadt sich nun in reißender Schnelligkeit in ein braunes Heerlager verwandelt, findet im Luitpoldhain ein dauerndes Kommen und Gehen größerer und kleinerer Abordnungen statt. Der Sarkophag vorm Kriegerdenkmal wird langsam unter ungezählten Kränzen begraben [6]. Der Kongreß wird fortgesetzt. Die Sondertagungen schließen langsam ab. Die Straßen sind erfüllt von ungeheuren Menschenmassen, der gewaltige Bahnhofsplatz ist kaum mehr zu passieren. Als die Dunkelheit einbricht, ist der Marschweg des Fackelzuges bereits von endlosen Menschenmauern umsäumt. Zweieinhalb Stunden braucht die in sechs Gliedern marschierende, feurige Masse, um am Beschauer vorbeizukommen [7]. Der Jubel nimmt ungeheure Formen an. Die Begeisterung

4 Oper von Richard Wagner, 1842 in Dresden uraufgeführt.

5 Als "Gigantenfeuerwerk" unter dem Titel "Die Westfront" angekündigt, wurden den Zuschauern, die Eintrittspreise zwischen 50 Pfennigen und 5 RM entrichteten, "Gewehrfeuergeknatter", "Raketenkreuzfeuer", "Geschützsalven" und als Abschluß ein Hakenkreuz in einem Kranz unter einem fliegenden Adler geboten. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 37, 43.

6 Vgl. Dok. 45.

7 Am 3.8.1929 zogen von 21.00 bis 23.30 Uhr etwa 16.000 SA-, 500 SS- und 1.100 HJ-Angehörige mit Fackeln und Marschmusikbegleitung durch die Innenstadt. Vgl. Zelnhefer, Die Reichsparteitage, S. 43.

ist außerordentlich. Als die letzten Tausende die innere Stadt verlassen, sind die ersten Fackelträger bereits in ihren Quartieren. Die ganze Stadt ist nun mit Braunhemden angefüllt. Der Mob regt sich und beginnt nun, einsame [*sic!*] S.A.-Leute zu überfallen [8]. Da und dort erhalten sie unvermittelt Messerstiche und können doch das elende Mordgesindel der "Nie-wieder-Kriegs"-Parteien kaum fassen. Sowie sie sich zur Wehr setzen, flieht das Gelichter. Dann kommt meist Polizei und stellt die "Ordnung" her, das heißt also: Sie nimmt gegen die zum Schutz der Niedergestochenen herbeigeeilten Nationalsozialisten Stellung! In der inneren Stadt gibt es schon am Freitag das erste Todesopfer [9]. Ein roter Reichsbannerhalunke [10] schießt von rückwärts eine Frau nieder, gegen die er zuvor mit dem Gummiknüppel vorzugehen versuchte. Die Arme ist fast auf der Stelle gestorben. Ihr Bruder wird von den Gesinnungsgenossen des Strolches schwer mißhandelt, der Mann kommt heute mit einem Sonderzug an. Entsetzlich.

Nürnberg, den 4. August [*1929*].

8 Uhr früh beginnt der größte Aufmarsch, den bisher eine politische Bewegung in Deutschland vollzogen hat. Insgesamt befinden sich in der Stadt nun nahe an die zweihunderttausend Menschen, die zum Parteitag gekommen sind. Gegen 70.000 füllen um 9 Uhr die Riesenfläche des Luitpoldhains. Dort findet die Totenehrung [11] und Standartenübergabe [12] statt. Um 11.20 Uhr erreicht der sich nun bildende gigantische Festzug den Hauptmarkt. Die Stadt, mit Fahnen geschmückt, macht einen wunderbar festlichen Eindruck. Links und rechts an den Straßenrändern stehen in tiefer Gliederung Hundert- und aber Hunderttausende an Menschen. Beim Vorbeimarsch erreicht der Jubel endlich Höhepunkte, wie sie kaum das Jahr 1914 sah [13]. Über und über mit Blumen überschüttet ziehen die braunen Kämpfer des Dritten Reiches dreieinhalb Stunden in schnellem Schritt vorbei. Kaum daß es zehn Meter Zwischenraum zwischen den einzelnen Standarten hat. Der Himmel strahlt im schönsten Blau, während ein gütiger Wind die unbarmherigen Sonnenstrahlen von Zeit zu Zeit kühlt [*sic!*]. Um 5 Uhr wird der Kongreß erneut fortgesetzt, um 8 Uhr geschlossen. Der Abtransport der ungeheuren Menschenmassen setzt ein. Das marxistische Mordgesindel verstärkt seine Tätigkeit im Überfallen einzeln gehender Menschen und bringt zeitweise erbitterte Aufläufe zu wege. Es ist die Wut über den ungeheuersten politischen Erfolg, den die junge nationalsozialistische Bewegung in ihren Augen errungen hat, die sie nun antreibt, mit dem Mute echter roter Wegelagerer einzeln gehende Spaziergänger niederzustechen. Nun marschieren in endloser Folge die Kolonnen wieder zu ihren Zügen und rollen in die sternenklare Nacht hinaus, die einen nach dem Süden, die anderen nach Norden, an den Rhein und bis nach Ostpreußen. Der Parteitag ist beendet.

---

8 Vgl. Dok. 65, Anm. 3.

9 Katharina Grünewald, geb. Fülbert (1904-1929), Ehefrau des Ortsgruppenleiters der NSDAP Ludwig Grünewald.

10 Karl Maussner, Bruder des angeschossenen Reichsbannerangehörigen Fritz Maussner. Im Dezember 1929 wurde er vom Großen Schöffengericht in Nürnberg von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den tödlichen Schuß abgegeben hatte.

11 Vgl. Dok. 63, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 63, Anm. 13.

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 7.

Vier Tage lang stand eine große Stadt unter dem Eindruck einer politischen Kundgebung, die an Großartigkeit und Eindringlichkeit alles hinter sich ließ, was früher und bisher an Ähnlichem in Deutschland stattgefunden hat. Nun ist die Stadt wieder zu ihrem früheren Leben zurückgekehrt. Im ersten Augenblick kommt sie einem nahezu wie ausgestorben vor. So groß ist der Unterschied zu den vergangenen Tagen. Hunderttausende von Männern und Frauen [14] aber nahmen die gläubige Zuversicht mit in ihre Heimat, daß das deutsche Volk trotz allem machtvoll erwacht.

19. August 1929 Dok. 68
Erklärung

Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21.8.1929, "Erstunken und erlogen" [1].

Durch Presse geht eine seitens der "Vossischen Zeitung" verbreitete Nachricht mit Behauptungen über ein angebliches Ultimatum des Geheimrats Hugenberg an mich über angebliche Subventionen, über die Stellung einer Forderung des Geheimrats Kirdorf [2] und über ein "Nachgeben" meinerseits gegenüber diesen Forderungen und anderes mehr [3]. Hierzu *stelle ich fest*, daß die Behauptungen der "Vossischen Zeitung" *von Anfang bis Ende frei erfunden* sind [4]. Es ist

---

14 Vgl. Dok. 61, Anm. 38.

1 Vgl. VB vom 20.8.1929, "'Hitlers Pakt mit Hugenberg'" sowie Der Angriff vom 26.8.1929, "Hitler wider die Lüge".

2 Emil Kirdorf (1847-1938), Industrieller, 1871 kaufmännischer Leiter im Bergbau (Wattenscheid), 1873-1926 Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), 1893 Mitbegründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, 1919 Eintritt in die DNVP, 1920-1924 Geschäftsführender Vorsitzender der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, 1927-1928 Mitglied der NSDAP, 1934 Wiedereintritt in die NSDAP.

3 "Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat Geheimrat *Hugenberg* in den letzten Tagen ein Ultimatum an Hitler gerichtet, die 'wirtschaftsfeindliche' Propaganda, die ein Teil der Nationalsozialisten bisher betrieb, einzustellen und sich ihm mit seiner Partei völlig unterzuordnen. Andernfalls wurde ihm die *Entziehung der Subventionen* angedroht. Diese Aktion wurde unterstützt durch einen Brief des alten Geheimrats *Kirdorf* an Hitler, in dem dieser den 'nationalsozialistischen' Chef aufforderte, die sozialistischen und antikapitalistischen Tendenzen in seiner Partei zu unterdrücken, da diese sonst nicht geeignet für die Eingliederung in die Hugenberg-Front sei. Hitler hat aus pekuniären Rücksichten nachgegeben, nachdem er vergeblich darauf hingewiesen hatte, daß es gerade im Interesse der Wirtschaft liege, wenn er seine Anhänger auch weiterhin durch radikale Propaganda bei der Stange halte. In den nächsten Tagen wird eine Zusammenkunft in Kissingen stattfinden, bei der der neue Pakt unterzeichnet werden soll." Vgl. Vossische Zeitung vom 17.8.1929, "Hitlers Pakt mit Hugenberg".

4 Am 11.8.1929 hatte Hugenberg aus Bad Kissingen ein Schreiben an Hitler über Probleme bei der Formulierung des Volksbegehren und die Vorbereitung der in Nürnberg am 28.8.1929 geplanten Sitzung des Präsidiums des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gerichtet. Vgl. Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72. Am 14.8.1929 folgte ein weiterer Brief, in dem Hugenberg Hitlers Absage wegen dessen Halsentzündung für die geplante Sitzung und die Kundgebung am 1.9.1929 (durch Heß am 13.8.1929) bedauerte, sich aber nicht über den Kurs der NSDAP äußerte; Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 1983-1991, 305.00182 ff.

unwahr, daß Geheimrat Hugenberg ein Ultimatum an mich gerichtet hätte, die "wirtschaftsfeindliche" Propaganda, die ein Teil der Nationalsozialisten bisher betrieben haben soll, einzustellen und sich ihm mit meiner Partei völlig unterzuordnen. *Wahr* ist, daß Geheimrat Hugenberg niemals ein Ultimatum irgendwelcher Art an mich gerichtet hat. Es ist unwahr, daß Geheimrat Hugenberg mir mit der "Entziehung der Subventionen" [5] gedroht hätte. *Wahr* ist, daß weder ich noch die nationalsozialistische Bewegung, noch irgendeine Unterorganisation derselben einschließlich ihrer Zeitungen Subventionen von Geheimrat Hugenberg erhalten hat.

Es ist unwahr, daß Geheimrat Kirdorf einen Brief mit der Forderung an mich gerichtet hätte, die "sozialistischen und antikapitalistischen" Tendenzen in meiner Partei zu unterdrücken, da diese sonst nicht geeignet sei für die Angliederung in die Hugenberg-Front. *Wahr* ist, daß Geheimrat Kirdorf *keinen Brief* an mich schrieb, in dem dieser irgendwelche Forderungen gestellt hat [6]. *Unwahr* ist demgemäß auch, daß ich aus pekuniären Rücksichten nachgegeben hätte, nachdem ich vergeblich darauf hingewiesen hätte, daß es gerade im Interesse der Wirtschaft liege, wenn ich meine Anhänger auch weiterhin durch radikale Propaganda bei der Stange halte. *Wahr* ist, daß für mich keinerlei Anlaß vorlag, in irgend etwas "nachzugeben". *Wahr* ist, daß ich keine Äußerungen der vorstehend wiedergegebenen Art getan habe. Es ist *unwahr*, daß in den nächsten Tagen eine *Zusammenkunft* zwischen Geheimrat Hugenberg und mir in Kissingen stattfindet, bei der der "neue Pakt" unterzeichnet werden soll. Wahr ist, daß von der Unterzeichnung irgendeines *Paktes* zwischen Geheimrat Hugenberg oder einem von ihm Beauftragten und mir oder einem von mir Beauftragten *nicht die Rede ist* noch war.

Gegenüber dem Vertreter des Stahlhelms, Siegfried Wagner, hatte Hugenberg die Meldung der Vossischen Zeitung entschieden dementiert. Vgl. "Bericht über Kissingen" an die Bundesleitung des Stahlhelms vom 19.8.1929; GStA Merseburg, 61 Sta 1, 43.

Hitlers Halsentzündung dürfte ein Grund dafür sein, daß er in den folgenden Wochen keine Reden hielt. Vgl. aber auch Dok. 77.

5 Zahlungen der DNVP an die NSDAP oder die Erschließung von Spendenquellen für die NSDAP durch Hugenberg sind angesichts der Zurückhaltung maßgeblicher Kreise der deutschen Industriellen bei der öffentlichen und finanziellen Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan unwahrscheinlich. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 444 f. sowie Turner, Die Großunternehmer, S. 140 f.

6 Der Völkische Beobachter veröffentlichte am 27.8.1929 einen Brief Kirdorfs an Hitler ohne Datum, in dem dieser sich lobend über den Parteitag in Nürnberg äußert, an dem er als geladener Gast teilnahm. Vgl. VB vom 27.8.1929, "Kirdorfs Brief an Hitler". Über Kirdorfs damals distanziertes Verhältnis zur NSDAP vgl. Henry Ashby Turner jr., Emil Kirdorf and the Nazi Party. In: Central European History 1 (1968), S. 324-344, S. 336 f.

31. August 1929 Dok. 69
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 31.8.1929.

Es ist zu allen Zeiten die Aufgabe einer genialen Staatsleitung gewesen, das Gefüge feindlicher Koalitionen zu lockern und dieses, wenn möglich, zur Auflösung zu bringen. Auch im Kriege 1914-1918 fehlte es auf beiden Seiten nicht an Versuchen, die Bündnisse zu sprengen, um einzelne Staaten aus ihnen herauszuziehen oder, wenn möglich, sogar für sich zu gewinnen. Vorbildlich hat hier allerdings nur die Diplomatie der Entente gearbeitet. Schon im Frieden gelang es dieser, Italien dem Dreibund zu entfremden und im Kriege endlich zum Feinde Österreichs zu machen [1]. Auch Rumänien verfiel diesen Lockungen [2]. Ja, als das Ringen in das Stadium des letzten und furchtbarsten Kampfes eintrat, war selbst Österreich schon so weit umgarnt, daß sein korrupter kaiserlicher Machthaber [3] bereit war, Deutschland den Rükken zu kehren, wenn - ja, wenn nur irgendeine Aussicht auf Belohnung dieses Schrittes möglich gewesen wäre [4]. Allein die selbst in diesem Falle Österreich zugedachten Gebietsbeschränkungen waren so große, daß sie praktisch doch die Auflösung des Habsburger-Staates bedeutet haben würden. Italien forderte, Serbien verlangte und Rumänien hoffte, und man konnte die Wünsche dieser drei Staaten billigerweise nicht einfach abtun. Vielleicht hatte man sich durch die Verrätereien der Tschechen bestimmt auch diesen zu irgend etwas verpflichtet, jedenfalls aber konnte es unter solchen Voraussetzungen einen Sonderfrieden aus Gründen der nacktesten Selbsterhaltung heraus für Österreich nicht mehr geben. So mußte also der erlauchte "hohe Verbündete", ob er wollte oder nicht, wieder zur "Treue" zurückkehren. Trotzdem war es der Diplomatie Frankreichs und Englands gelungen, das Gift des Zerwürfnisses und des Zerfalls in den Bund der Mittelmächte hineinzubringen. Es half mit, den Zusammenbruch zu beschleunigen. Selbstverständlich hat man auch von deutscher Seite aus versucht, die Entente zu lockern. Es ist aber bekanntlich dieser Versuch restlos mißlungen [5]. Als der Krieg seinem Ende zuging, stand die Welt mehr denn je im Haß geeint gegen Deutschland. Was uns nun im Kriege nicht gelang, hätte unverrückbare Aufgabe der Diplomatie des Friedens sein müssen. Weil die Entente als solche die Garantie des Vertrages von Versailles [6] übernahm, mußte Deutschland mit allen Mitteln versuchen, eben diese Entente selbst zur Auflösung zu bringen. Im allgemeinen pflegen ja Siegerkoalitionen, ihre militärischen Erfolge selten lang zu überdauern. Wenn dies manchmal trotzdem der Fall ist, liegt die Schuld fast immer am Besiegten selbst. Und tatsächlich hat man in Deutschland sowohl offiziell wie inoffiziell aber

1 Vgl. Dok. 3, Anm. 64.
2 Rumänien hatte sich 1883 dem Dreibund angeschlossen, blieb 1914 zunächst neutral und trat am 27.8.1916 auf Seiten der Alliierten in den Ersten Weltkrieg ein, nachdem ihm der Erwerb des Banats, der Bukowina und Siebenbürgens in Aussicht gestellt worden war.
3 Gemeint ist Karl I. (1887-1922), 1916-1918 Kaiser von Österreich und König von Ungarn (Karl IV.).
4 Vgl. Dok. 35, Anm. 27.
5 Zu den verschiedenen, jedoch vergeblichen Bemühungen Deutschlands, ab 1915 zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu kommen, vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 226 ff.
6 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

auch wirklich nichts unterlassen, was irgendwie geeignet gewesen wäre, den Bestand der Entente zu retten, vorhandene Zwistigkeiten zu überbrücken, Mißverständnisse aufzuklären, Interessengegensätze zu beseitigen. Seit 11 Jahren sieht es die außenpolitische Leitung unseres Reiches als ihre höchste Aufgabe an, dem gegenseitigen Verstehen und Verständnis der Völker zu dienen, Meinungsverschiedenheiten unter denselben entgegenzutreten und die Übereinstimmung in allem und jedem wiederherzustellen. Es ist dies entweder eine Staatskunst der Idiotie oder des Verbrechens. Nicht "Staatsmänner" dürfte man die verantwortlichen Erscheinungen bezeichnen, sondern politische Staatsblödel, außer, wie gesagt, es handelt sich um Verbrecher, was ich persönlich nach wie vor annehme. Aber nicht nur das offizielle Deutschland sieht unser Heil in der in alle Ewigkeit aufrechtzuerhaltenden Geschlossenheit der Entente, sondern auch das unserer sogenannten bürgerlichen nationalen Opposition. Woher käme sonst die Pfiffigkeit, mit der diese Parteien und Vereinsmeier ausgerechnet die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 zu ihrem politischen Programm erhoben haben [7]? Ein Programm, für das ihnen die Franzosen wirklich zu allertiefstem Dank verpflichtet sind. Solange dieses gloriose Ziel das "mächtige politische Wollen" unseres "stolzen deutschen Bürgertums" beherrscht, braucht man in Paris keine Angst vor dem Zerfall der Entente [*zu*] haben. Es mögen der Gegensätze zwischen den anderen Nationen noch so viele sein, die politischen Schlafwandler deutscher Nationalität und bürgerlicher Herkunft sehen sie niemals, und allwo sie solche trotz allem erblicken, haben sie kein Interesse nachzustoßen, um diese Gegensätze etwa zu erweitern oder gar auszunützen, sondern im Gegenteil! Es ärgert sie noch höchstens, daß vielleicht auf diesem Wege etwas erreicht werden könnte, was dann doch nicht das ist, was sie allein zu erreichen wünschen: Nämlich ihr geliebtes Deutschland von 1914.

So krachen jetzt im Haag [8] die natürlichen Interessengegensätze wieder einmal hart aufeinander. Franzosen und Engländer sagen sich alle möglichen Liebenswürdigkeiten. Ein Engländer vertritt ganz ungeniert die Auffassung, daß man nun wirklich hinter den Krieg einen Schlußstrich ziehen müsse, und zwar sowohl in Europa als auch in Amerika [9]. Die deutschen Staatskünstler aber bejammern diese Zerwürfnisse der Weltmächte und sind ersichtlich nur von dem einen Wunsche erfüllt, daß der Herr sie erleuchten möge, die Wege zu finden, um unsere Gegner wieder zusammenzubringen. Die Presse spiegelt ihre Gedanken wider. Würde man in Haag beisammensitzen, um dem deutschen Volke eine Leibrente auszumachen, so könnten die Klagen nicht beweglichere sein über die "Uneinheit" der Großmächte, als sie es sind, während man doch nur zusammensitze, um über einen neuen ungeheuren Aderlaß an unserem Volke zu brüten. Das alles wird der Nachwelt einmal vollkommen unverständlich sein, außer sie hat dann vielleicht Kenntnis bekommen von den inneren Beweggründen, die unsere Novemberstaatsmänner zu ihrer Haltung bewegen. Vielleicht wird auch das einmal geklärt,

---

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 69.

8 Anspielung auf die abschließenden Verhandlungen zur Regelung der deutschen Reparationen und zur Rheinlandräumung, die vom 6.8.1929 bis 31.8.1929 in Den Haag stattfanden.

9 In großer Aufmachung war im Völkischen Beobachter der offene Brief eines angeblichen Hauptmanns i. G. der britischen Luftstreitkräfte, Vivian Stranders, an Premierminister Ramsay MacDonald abgedruckt, in dem von Großbritannien der Bruch mit Frankreich und die Versöhnung mit Deutschland gefordert wurde. Vgl. VB vom 25./26.8.1929, "Ein Engländer fordert Bruch mit Frankreich".

warum die Parteien und Parteimänner, die im Jahre 1918 die Revolution machten, auch hinterher gar nicht anders handeln konnten, als die Interessen unseres Volkes zu verleugnen.

Wer diese himmelschreiende Jämmerlichkeit und Erbärmlichkeit verfolgt, der muß verstehen, daß es die Pflicht aller ehrlichen Deutschen ist zu sinnen, wie man sich gegen diesen konstanten Verrat zu wehren vermag. Es ist das Zeichen eines inneren Fortschrittes, daß sich deshalb Verbände und Parteien, die sonst nur wenig Gemeinsames haben, zusammenfinden konnten, um durch einen Appell an das ganze Volk dieses selbst zum Richter aufzurufen [10]. Und es entspricht wieder nur der traditionellen impertinenten Verlogenheit der Parlamentsgaukler der Demokratie, wenn diese nun darüber zu zetern und zu schreien beginnen. Erst zeterten sie gegen das autokratische Regiment ohne Ministerverantwortlichkeit [11], und jetzt, da sie die perfideste Dummheit zur Diktatur erhoben haben, wird jeder ministerielle Hanswurst mit päpstlicher Unfehlbarkeit gesegnet [12]. Nun wird mit jener Dummdreistigkeit, die diesen Partei- und Parlamentsschwindlern schon von Geburt an zu eigen zu sein scheint, gegen jeden zu Felde gezogen, der den "Geist" der Weimarer Verfassung nicht nur in den Gratis-Festschriften der zu begeisternden höheren Schulklassen gedruckt, sondern auch einmal im praktischen Leben verwirklicht sehen möchte. Und trotz alledem aber wird unser Volk dennoch erwachen!

August 1929 — Dok. 70
"Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (USchlA)"
Anordnung

Gedruckte Fassung; BA, Slg. Schumacher 373.

I. Zweck der USchlA.

§ 1. Die USchlA haben den Zweck, die gemeinsame Ehre der Partei und die des einzelnen P[*artei*]g[*enossen*] zu wahren, sowie nötigenfalls Meinungsverschiedenheiten einzelner P[*artei*]g[*enosse*]n auf gütlichem Wege auszugleichen.

Ihre Aufgabe ist es:

1. Gegen diejenigen Pgn., deren Benehmen dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. nicht entspricht, auf dem durch gegenwärtige Richtlinien bezeichnetem Wege einzuschreiten und wo es zur Wahrung der Ehre und des Ansehens der Partei nötig, auf die Entfernung unwürdiger Mitglieder aus der Partei anzutragen.

2. die Pgn. von unberechtigten Verdächtigungen ihrer Ehrenhaftigkeit zu reinigen sowie

3. bei Zwistigkeiten von Pgn. einen gütlichen Ausgleich zu erwirken.

10 Gemeint ist das Projekt eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 50, 51.

11 Vgl. Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, S. 172 ff.

12 Möglicherweise Anspielung auf das Republikschutzgesetz. Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

II. Bildung der USchlA.

§ 2. Zur Bildung eines USchlA sind verpflichtet:

a) die politischen Gliederungen der Partei:

1. die Ortsgruppen von 50 Mitgliedern an. In Ortsgruppen geringerer Stärke, die bereits einen USchlA gebildet haben, bleibt dieser mit Billigung des Ortsgruppen- und Gauleiters bestehen.

2. innerhalb der Bezirke für die unter 50 Mitglieder zählenden Ortsgruppen, falls der Gauleiter diesen USchlA als gemeinsames Organ der kleinen Ortsgruppen wünscht. Der Bezirksleiter hat keinen USchlA und keine Befugnisse gemäß § 4 Abs. 4 der Satzungen.

3. die Gaue.

b) der Deutsche Frauen-Orden [1].

c) die Reichsleitung.

§ 3. Die Ortsgruppen- und Gauleiter schlagen zum Vorsitzenden ihres USchlA einen geeigneten Pg. ihres Wohnsitzes dem Gau bezw. der Reichsleitung zur Ernennung vor. Der Ernannte gewinnt seinerseits 2 Pgn. als Beisitzer, sowie 2 Pgn. als Ersatzmänner, die vom Ortsgruppen- bezw. Gauleiter bestätigt werden.

Der 1. Vorsitzende der Partei [2] ernennt einen Pg. zum Vorsitzenden des USchlA der Reichsleitung und auf dessen Vorschlag zwei Pgn. zu Beisitzern sowie 2 Ersatzmänner.

Die zum USchlA tretenden Pgn. sind bei Antritt ihres Amtes zu unbedingtem Schweigen in Verfahrensangelegenheiten gegenüber jedermann zu verpflichten.

§ 4. Die Vorsitzenden der USchlA dürfen zu keinem anderen Partei-Amt herangezogen werden, (Vorsitzender einer Ortsgruppe oder eines Gaues. Schriftführer, Kassenwart und SA-Führer vom Sturmf[*ührer*] aufwärts).

§ 5. Ortsgruppen- und Gauleiter erbitten etwa nötige Amtsenthebung von Gauleiter bezw. der Reichsleitung.

§ 6. Die Vorsitzenden der übergeordneten USchlA sind in Verfahrensangelegenheiten als Vorgesetzte der untergeordneten USchlA zu betrachten. Der USchlA eines Bezirkes ist keinem USchlA einer Ortsgruppe übergeordnet, vielmehr lediglich als gemeinsamer USchlA schwacher Ortsgruppen zu betrachten.

Die Namen der Angehörigen der USchlA sind der übergeordneten Stelle zu melden und durch diese zum 1. Oktober jeden Jahres beim USchlA der Reichsleitung; Ergänzungsmeldung zum 1. jeden Vierteljahres.

USchlA, deren Namen der Reichsleitung nicht gemeldet sind, werden von der Reichsleitung nicht anerkannt.

---

1 Der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz) wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

2 Hitler.

III. Zuständigkeit der USchlA

§ 7. Zur Beurteilung der USchlA gehören:

a) Alle Handlungen und Unterlassungen von Pgn. die dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. zuwider sind und daher die gemeinsame Ehre der Partei gefährden oder verletzen, auf Antrag und Anklage des jeweiligen politischen Leiters.

b) diejenigen Fälle, in denen Pgn. zum Schutze ihrer eigenen Ehre auf einen Spruch des USchlA antragen.

Handlungen und Unterlassungen von Pgn., die vor deren Eintritt in die Partei liegen, fallen nur insoweit unter die Beurteilung der USchlA, als sie nach Eintritt in die Partei noch fortwirken.

§ 8. Über Handlungen oder Unterlassungen eines einer O.-Gr. angegliederten Pg., deren Tragweite den Rahmen der Ortsgruppe nicht überschreiten, ist vom USchlA der Ortsgruppe zu befinden. Die Entscheidung liegt beim Ortsgruppenleiter.

Handlungen oder Unterlassungen eines unmittelbar dem Gau unterstellten Pg., deren Tragweite den Rahmen des Gaues nicht überschreiten, unterliegen der Beurteilung des USchlA des Gaues. Die Entscheidung liegt beim Gauleiter.

§ 9. Ist eine zur Zuständigkeit des USchlA gehörende Handlung oder Unterlassung zugleich in den Strafgesetzen bedroht und dieserhalb ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, so soll der USchlA erst nach dessen Beendigung einschreiten.

Unberührt hievon bleibt die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens, sobald dieses eine Schädigung der Partei mit sich zu bringen geeignet ist. In diesem Falle bleibt es dem USchlA unbenommen, auf sofortige Entfernung des betreffenden Pg. anzutragen.

Ist gerichtlich auf Freispruch erkannt, so soll ein Verfahren durch den USchlA nur dann eröffnet werden, wenn trotz des Freispruches in dem gerichtlichen Verfahren Tatsachen bekannt werden, die an sich eine Verletzung der Ehre und eine Schädigung der N.S.D.A.P. enthalten.

Ist dagegen eine gerichtliche Verurteilung erfolgt, so hat der USchlA darüber Beschluß zu fassen, ob und in welcher Weise von Seiten der Partei diese Verurteilung zu würdigen ist.

§ 10. Den USchlA sind unterworfen:

A. Pg. und Pginnen, die

1. in Ortsgruppen zusammengefaßt sind, dem der O.Gr. bezw. dem des Bezirkes,

2. als Einzelmitglieder außerhalb von Ortsgruppen wohnen, dem des Gaues,

B. der Sektion Reichsleitung angegliedert sind, dem der R.L.

IV. Verfahren der USchlA.

§ 11. Es ist die vornehmste Pflicht des Vorsitzenden sowie der Beisitzer des USchlA, ihnen zur Behandlung übertragene Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen Pgn. im Wege von Besprechungen auszugleichen und widerstrebende Pgn. zur Einigung zu bewegen.

Mit dieser Aufgabe wächst die Tätigkeit des USchlA zu außerordentlicher Bedeutung, die das ganze Verantwortungsgefühl eines geraden Mannes zu Nutz und Frommen der Bewegung verlangt.

Sind die gütigen Ausgleichsversuche ergebnislos verlaufen, so ist unter Mitteilung an den politischen Leiter das Verfahren zu eröffnen.

§ 12. Findet der politische Leiter, daß Handlungen oder Unterlassungen eines Pg. den Spruch des USchlA erfordern, so hat er ein Verfahren durch den USchlA anzuordnen.

§ 13. Die Vorsitzenden der USchlA sind für den nach gegenwärtigen Richtlinien einzuhaltenden Gang des Verfahrens verantwortlich.

§ 14. Ist die Eröffnung eines Verfahrens angeordnet, so darf es ohne abschließenden Spruch des UschlA nicht wieder eingestellt werden.

§ 15. Mit den nötigen Erhebungen sowie den Zeugenvernehmungen ist vom Vorsitzenden des USchlA im Falle seiner Verhinderung ein Beisitzer zu beauftragen.

Der mit der Untersuchung Beauftragte hat sämtliche an dem Verfahren beteiligte Pgn. zu unbedingtem Stillschweigen gegen jedermann zu verpflichten und sie auf die Folgen des Bruchs des Schweigegebotes hinzuweisen.

§ 16. Der Gang des Verfahrens bis zur Hauptverhandlung ist folgender:

1. Der Anschuldiger hat seine Aussagen unter Angabe von Zeugen schriftlich niederzulegen und zu unterzeichnen.

2. Der Beschuldigte ist mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntzumachen und zur mündlichen Einvernahme vor den USchlA zu laden. (Muster)

3. Die mündliche Einvernahme hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen.

Der Beschuldigte gibt hierbei seine Darstellung zur Beschuldigung unter Angabe seiner Zeugen. Die Aussage ist zu protokollieren und vom Beschuldigten sowie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster)

4. Die Zeugen sind zur mündlichen Einvernahme zu laden. (Muster)

5. Die Einvernahme der Zeugen hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen, ist zu protokollieren und sowohl vom Zeugen, wie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster)

6. Es sind nur Aussagen zur *Sache* zuzulassen, andere zurückzuweisen.

7. Auswärtige Zeugen können zum schriftlichen Bericht aufgefordert werden, sind aber ebenso zur Aussage der Wahrheit zu ermahnen.

8. Ladung der Beteiligten zu der etwa nötigen Hauptverhandlung. (Muster)

§ 17. Die Hauptverhandlung hat im Beisein des gesamten USchlA (Vorsitzenden und 2 Beisitzer) stattzufinden. Außer diesen haben nur die Ersatzbeisitzer als Zuhörer Zutritt. Einer der Beisitzer führt das Protokoll, das am Ende der Verhandlung vom Vorsitzenden sowie den anderen Beisitzern zu unterzeichnen ist. Der Vorsitzende kann mit der Leitung der Verhandlung einen Beisitzer beauftragen.

Mehr als 2 Beisitzer können nicht als befangen erklärt werden.

a) der Gang der Verhandlung ist folgender:

1. Aufruf der Beteiligten,
2. Bekanntgabe der Beschuldigung,
3. Beurlaubung der Zeugen,
4. Vernehmung des Beschuldigten,
5. Vernehmung der Zeugen,
6. Aussage des Beschuldigers,
7. Schlußwort des Beschuldigten,

8. Entlassung der Parteien mit Zeugen,

9. Beschlußfassung des USchlA.

b) In der Beschlußfassung beschließt der USchlA in gemeiner Beratung darüber, welcher Spruch nach § 19 der gegenwärtigen Richtlinien zu fällen ist, daß der mit der Untersuchung beauftragte Pg. zunächst sein Urteil abgibt, danach der andere Beisitzer und der Vorsitzende des USchlA. Der Beschluß ist vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen.

Der Spruch des Vorsitzenden des USchlA ist dem politischen Leiter, möglichst unmittelbar nach der Hauptverhandlung mit eingehender Begründung schriftlich mitzuteilen.

c) Der Beschuldiger ist ebenso wie der Beschuldigte während der ganzen Hauptverhandlung zugegen. Beide können mit Genehmigung des Verhandlungsleiters Fragen an die Zeugen richten.

d) Die Zeugen sind darauf hinzuweisen, daß derjenige, der vor dem USchlA wissentlich die Unwahrheit sagt, unweigerlich auf Grund § 4, Abs. 2 c der Satzungen [3] aus der Partei ausgeschlossen wird.

§ 18. Wird eine mündliche Hauptverhandlung nicht für notwendig erachtet, oder ist sie aus technischen Gründen nicht möglich, so muß dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich schriftlich

1. zu der Beschuldigung und

2. zu den Zeugenaussagen

zu äußern.

Die Fällung eines Spruches, bezw. die Fassung eines Beschlusses ohne Entgegennahme einer Äußerung des Beschuldigten ist ausgeschlossen.

§ 19. Der Spruch des USchlA kann lauten:

1. Auf Unzuständigkeit, wenn der USchlA der Ansicht ist, daß der Fall sich überhaupt nicht zur Behandlung durch ihn eigne,

a) weil es sich um Privat- und Familienangelegenheiten handelt, die die Partei nicht berühren,

b) aus Gründen einer höheren Parteiraison,

c) weil ein anderer USchlA zuständig sei.

2. Auf Vervollständigung der Untersuchung, wenn der USchlA eine solche, um sich eine bestimmte Überzeugung bilden zu können, für nötig und möglich hält.

3. Auf Freisprechung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der dem Angeschuldigten zur Last gelegte Verstoß gegen die Bestimmungen des § 4, Abs. 2 und 3 der Satzung [4] nicht vorliegt.

4. Auf schuldig des Verstoßes gegen § 4, Abs. 3a, b oder c [5] unter Beantragung der Erteilung einer Verwarnung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch das ihm zur Last fallende Verhalten nicht unwürdig geworden ist, in der Partei belassen zu werden.

---

3 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926. § 4, Abs. 2c sah den Ausschluß von Mitgliedern vor, "die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen oder dadurch den Verein schädigen". Vgl. Bd. I, Dok. 146.

4 § 4 Abs. 2 nennt Satzungsverstöße, nach denen ein Ausschluß zwingend erfolgt, Abs. 3 Verstöße, nach denen ein Ausschluß möglich ist. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

5 Vgl. Anm. 4.

5. Auf Schuldig des Verstoßes gegen § 4, Abs. 2a, b oder c oder Abs. 3a, b oder c [6] unter Beantragung des Ausschlusses aus der Partei, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch sein Verhalten das Recht verwirkt hat, in der N.S.D.A.P. zu verbleiben.

§ 20. Der politische Leiter hat den Spruch seines USchlA dem Beschuldiger sowie dem Angeschuldigten mitzuteilen und demgemäß zu verfügen. Abschrift der Verfügung geht zum Akt des USchlA.

V. Beschwerdeweg.

§ 21. Gegen den Ausschluß steht dem Ausgeschlossenen nach § 4 der Satzung das Recht der Beschwerde zu [7]. Dieses Recht bleibt jedoch auf diejenigen Ausgeschlossenen beschränkt, die sich im Besitze des Mitgliedsbuches befinden, sowie auf diejenigen, die durch mindestens einjährige Mitgliedschaft sich als Nationalsozialisten bewährt haben.

§ 22. Die Beschwerde gegen einen Ausschluß ist ausschließlich beim Gau einzureichen und vom Gauleiter dem Vorsitzenden seines USchlA zur Prüfung zu überweisen.

§ 23. Die Prüfung der Beschwerde durch den USchlA hat sich darauf zu erstrecken, ob

1. die für die Beschwerde vorgeschriebene Frist von 8 Tagen durch den Ausgeschlossenen eingehalten ist,

2. der durch gegenwärtige Richtlinien vorgeschriebene Verfahrensweg von dem untergeordneten USchlA eingehalten ist,

3. der Ausschluß durch die im Laufe des Verfahrens auf Grund der Zeugenaussagen festgestellten Tatsachen begründet ist.

§ 24. Der Spruch des USchlA der Beschwerde-Instanz nach Prüfung der Beschwerde kann lauten:

1. Die Beschwerde gegen den Ausschluß ist wegen Fristversäumnis abzulehnen (Ausnahmen sind nur in seltenen Fällen zulässig, insbesondere, wenn Versäumnis ausreichend begründet entschuldbar erscheint).

2. Die Prüfung der Beschwerde hat einen Verstoß gegen § 16 bezw. § 17 der Richtlinien für USchlA ergeben. Die Akten werden zur Ergänzung nach § 19 Ziff. 2 zurückgegeben.

3. Der Beschwerde wird stattgegeben. Der USchlA hält auf Grund der Unterlagen § 19, Ziff. 5 nicht für gegeben.

4. Die Beschwerde wird zurückgewiesen. Der USchlA macht sich die Begründung des USchlA der O.Gr. usw. zu eigen.

§ 25. Kommt der USchlA der Beschwerde-Instanz zu der Erkenntnis, nach § 24, Ziff. 1, 3 oder 4, so hat der politische Leiter dies dem Beschwerdeführer schriftlich mitzuteilen.

Jedem Spruch ist, wie dem der ersten Instanz eine ausführliche Begründung beizufügen.

§ 26. Weigert sich ein politischer Leiter, den Spruch seines USchlA zu vollziehen, so steht dem Vorsitzenden des USchlA die Beschwerde an den ihm vorgesetzten USchlA zu. Dieser Beschwerde ist der Akt beizufügen.

6 Vgl. Anm. 4.
7 Vgl. Bd. I, Dok. 146.

VI. Besondere Anordnungen für USchlA.

§ 27. Der den Austritt und Ausschluß behandelnde § 4 ist wie folgt zu numerieren [8]:

Abs. 1 endet mit den Worten: "Voll zu bezahlen".

Abs. 2 beginnt: "Mitglieder werden ausgeschlossen" und endet: "den Verein schädigen".

Abs. 3 beginnt: "Mitglieder können ausgeschlossen werden" und endet: "Interesselosigkeit am Verein".

Abs. 3 a will vor allem Mitglieder erfassen, die es unterlassen, ihnen bekanntwerdende ehrenrührige Handlungen oder Unterlassungen eines Mitgliedes sofort dem USchlA oder dem Vorsitzenden zur Prüfung zu melden, die vielmehr unter Umgehung dieser Melde- und Bruch der auferlegten Schweigepflicht begründete oder unbegründete Beschuldigungen gegen Mitglieder herumtragen und zu Redereien und zu Schwätzereien Veranlassungen geben.

Abs. 4 beginnt: "Zur Verfügung" und endet: "Schlichtungsausschuß des Vereins".

Abs. 5 endet mit den Worten: "unterrichtet werden". Abs. 6 lautet: "Der Ausschluß tritt zunächst sofort in Kraft". Die folgenden Sätze werden in gleicher Weise fortlaufend numeriert, sodaß der letzte Absatz 10 lautet: "Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu".

§ 28. Zur Verfügung des Ausschlusses sind nach § 4 Abs. 4 der Satzungen nur die von der Reichsleitung und den Gauleitungen bestätigten politischen Leiter ermächtigt, nicht aber deren Stellvertreter.

§ 29. Die Veröffentlichung eines Ausschlusses in der Presse bedarf der Genehmigung durch die Reichsleitung.

§ 30. Die Richtlinien für Untergliederungen der N.S.D.A.P. vom 15. November [*sic!*] 1928 [9] sind in Ziff. 8 c entsprechend zu berichtigen.

München, August 1929

gez. *Walter Buch*
Vorsitzender des USchlA R.L.

gez. *Adolf Hitler*

---

8 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926. Vgl. Bd. I, Dok. 146.

9 Gemeint sind die "Richtlinien für die Untergliederungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei" vom 15.9.1928. Vgl. Bd. III/1, Dok. 25.
Absatz 8 c lautet: "Weiter wird vom O[*rts*]Gr[*ruppen*]-Führer ein Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuß aus 3 älteren Pg. (ehrenamtlich) bestellt, der die Streitfälle und Ausschlußanträge innerhalb der Ortsgruppe behandelt. Er ist Beirat des O.Gr.-Führers. Der Vorsitzende des US[chl]A gehört zum erweiterten Vorstand. Für seine Arbeit sind die 'Richtlinien des US[chl]A' maßgebend. Ortsgruppen, die noch nicht im Besitz dieser Richtlinien sind, können diese bei der Hauptgeschäftsstelle anfordern."

2. September 1929 Dok. 71
Schreiben an Alfred Hugenberg

Zitiert nach: Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72.

Für das Telegramm von der Kundgebung am Hermannsdenkmal [1] danke ich Ihnen vielmals. Ihrer Mitteilung anläßlich Ihres Aufenthaltes in Oberbayern sehe ich entgegen [2].

Mit deutschem Gruß
Ihr ergebener H[*itler*]

3. September 1929 Dok. 72
"Irrsinnige Subjekte oder beamtete Provokateure"
Aufruf

VB vom 5.9.1929.

Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Eine neue jüdische Pressehetze gegen unsere Bewegung hat eingesetzt.

Nachdem die Behauptungen über *nationalsozialistische Schändungen jüdischer Friedhöfe* als gemachter *Schwindel* entlarvt worden sind, nachdem nunmehr der *Jude Bernhard Weiß,* Vizepolizeipräsident von Berlin, im Prozeß Gregor Straßer als Zeuge unter Eid zugeben mußte, daß er weder dienstlich noch außerdienstlich jemals Kenntnis davon erhalten hätte, daß auch nur *ein Nationalsozialist* an solchen *Friedhofschändungen* beteiligt gewesen sei, ja nachdem durch denselben Zeugen zugegeben werden mußte, daß in *wenigstens einem Falle* als Täter der *Sohn eines Sozialdemokraten* entlarvt wurde, muß nunmehr ein neuer Schwindel herhalten, um gegen unsere Bewegung hetzen zu können [1].

---

1 Am 1.9.1929 wurde vor dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald die Propagandakampagne für das deutsche Volksbegehren (Vgl. Dok. 50, 51) durch eine Kundgebung eingeleitet. Auf der Veranstaltung, an der laut Frankfurter Zeitung etwa 2.500 Menschen teilnahmen, sprachen Alfred Hugenberg, Robert Ritter von Xylander und Siegfried Wagner. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2.9.1929 (MA), "Hugenberg am Hermannsdenkmal" sowie Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Hugenberg ruft nach dem Schwert".

2 Hugenberg hielt sich Mitte September 1929 in Kreuth auf. Am 14.9.1929 schrieb er an Hitler, daß er ihm seine Vorstellungen "gestern schon mündlich entwickelt" habe. Ob diese Aussage sich auf eine persönliche Begegnung oder ein Telefonat bezieht, ist nicht ermittelt. Zitiert nach: Notizen über "freundliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP; BA, NL 211/72. Am 18.9.1929 trafen sich Hitler und Hugenberg in München. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 70.

1 Am 27.8.1929 wurde vor dem Amtsgericht Oranienburg gegen Gregor Straßer in neun Fällen, für die seine Immunität aufgehoben worden war, verhandelt. Wegen nachgewiesener öffentlicher Beleidigung in fünf Fällen und Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz in vier Fällen wurde er zu sechs Monaten Gefängnis und

Seit Monaten finden in preußischen Provinzen geheimnisvolle "Attentate" statt [2], deren Täter die im Verfolgen von Nationalsozialisten sonst so findige Polizei eigentümlicherweise nicht zu entdecken vermag.

In den letzten Tagen soll nun eine solche *Bombe am Reichstagsgebäude zu Berlin* explodiert sein [3]. Nicht im Sitzungssaal, ja nicht einmal in einem der Korridore, ja ausgerechnet sogar in der Zeit, in der sich überhaupt keine Abgeordneten im Gebäude befinden, da der Reichstag bekanntlich geschlossen ist! Trotzdem diese ganze mysteriöse Angelegenheit noch nicht im geringsten geklärt erscheint, setzen bereits erneut die Verleumdungen gegen unsere Partei ein.

Wir kennen die irrsinnigen Subjekte nicht, die ihre Hand zu Streichen hergeben, die ebenso verrückt wie schädlich sind. Wir alle wissen aber eines: Wenn diese Attentate wirklich verübt worden sind, dann waren die Täter niemals Nationalsozialisten, im Gegenteil, es können nur Feinde unserer Bewegung gewesen sein!

Vom neuesten Berliner Attentat wird berichtet, daß die Täter, pfiffig wie diese nun einmal zu sein scheinen, in der Form einer Klebemarke an einem Laternenpfahl ihre Visitenkarte zurückgelassen hätten. Auf ihr sei geschrieben gewesen: "Großdeutschland erwache [4]!" Es braucht gar keines weiteren Beweises, um die Augen dorthin zu lenken, wo man sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre hinlenken muß. *Es gibt unter uns Nationalsozialisten niemand, der nicht überzeugt ist, daß es sich hier um mit teurem Geld bezahlte Spitzel und Provokateure handelt!* Auch wir sind der Überzeugung, daß alle diese Attentate auf *eine* Wurzel zurückgehen. *Der Zweck dieser Vorgänge wird bewiesen durch die sich daranschließende* [*sic!*] *Hetze der jüdischen Presse.*

Nationalsozialisten! Durch diese Attentate soll die nationalsozialistische Bewegung und damit die ganze Zukunft des deutschen Volkes kompromittiert werden!

Erinnert euch, daß noch vor nicht langer Zeit im Preußischen Landtag gegen die Berliner Polizeidirektion der Vorwurf erhoben wurde, zum Beweise des Vorhandenseins von Femeorganisationen eine Photographie veröffentlicht zu haben, von der sich später herausstellte, daß

---

350 RM Geldstrafe verurteilt. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 28.8.1929 (2. MA), "Der Prozeß gegen den Abgeordneten Straßer", (AA), "Das Urteil gegen den Abgeordneten Straßer" sowie Vossische Zeitung vom 28.8.1929 (PA), "Der hochwertige Teil".
In diesem Prozeß wurde der Vizepolizeipräsident von Berlin, Bernhard Weiß, als Zeuge zur Frage der Schändung jüdischer Friedhöfe vernommen. Vgl. VB vom 4.9.1929, "Zusammenbruch der jüdischen Verleumdungen über nationalsozialistische Friedhofsschändungen".
Zwischen 1923 und September 1929 wurden in Deutschland 75 jüdische Friedhöfe verwüstet. In drei Fällen konnte die Beteiligung rechtsradikaler oder nationalsozialistischer Täter nachgewiesen werden. Vgl. Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit. Zusammengestellt vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., Berlin [5]1932.

2 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.

3 Am 1.9.1929 war zwischen 4.00 und 4.30 Uhr ein Sprengsatz in einem Lichtschacht neben dem Nordportal des Reichstags explodiert und hatte Sachschaden verursacht. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2.9.1929 (MA), "Bombenattentat im Reichstagsgebäude".

4 Zu diesem Umstand bemerkte z. B. die Vossische Zeitung: "Einen *direkten* Zusammenhang zwischen der nationalsozialistischen Hetze und den Bombenattentaten wird man *nicht* behaupten können, solange man ihn nicht zu *beweisen* vermag." Vgl. Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Bomben-Anschlag im Reichstag".

sie in der Berliner Polizeidirektion selbst aufgenommen worden und von Polizeibeamten gestellt worden sei [5].

Die Polizeidirektion hat bis heute zu diesem ungeheuerlichen Vorwurf noch nicht Stellung genommen und ihn noch nicht entkräftet!

Wundert euch nicht, wenn sich auch zu diesen neuesten Manövern gegen unsere Bewegung verlumpte Kreaturen finden oder verblendete Idioten, die auf solche Weise mithelfen, Material gegen jene Partei herzustellen, die das jüdische Regiment heute in Deutschland am meisten haßt und am meisten fürchtet.

Nationalsozialisten! Da wir sehen, daß alle diese Taten nur gegen unsere Bewegung ausgenützt werden, sehen wir uns selbst veranlaßt, die Entlarvung dieser verlumpten Provokateure oder Narren mit allen Mitteln zu fördern.

Die Parteileitung setzt deshalb

eine Prämie von 2.000 [*Reichs*]*Mark*

aus zur Belohnung für denjenigen Parteigenossen, der irgendwelche Mitteilungen zu machen in der Lage ist, die zur Fassung dieser Subjekte geeignet sind.

Die Parteileitung setzt

eine Prämie aus in Höhe von 10.000 [*R*]*M*

für denjenigen, der Beweise und Unterlagen dafür liefert, daß diese Attentate von neupreußischen Behörden selbst inszeniert werden!

Nationalsozialisten u. Nationalsozialistinnen!

Sorgt in euren eigenen Reihen unermüdlich für Aufklärung darüber, daß das deutsche Schicksal nicht durch Attentate von Verbrechern oder politischen Idioten geändert wird, sondern nur durch die Organisation eines politischen Nationalwillens, der stark genug ist, dereinst das Regiment des Verbrechens und der Unfähigkeit in Deutschland zu Boden zu zwingen. Nicht in Tumulten oder durch Bombenwerfen entscheidet sich unser Schicksalskampf, sondern nur durch die Kraft einer auf das äußerste disziplinierten großen politischen Massenbewegung. Diese zu schaffen, ist unsere Aufgabe, und wer diese Aufgabe stört, ist unser Feind, weil er sich versündigt, ob gewollt oder ungewollt ist einerlei, an der einzig möglichen Zukunftsentwicklung unseres Volkes.

Kampf den Narren oder bezahlten Provokateuren und Spitzeln, die unseren Gegnern durch ihre Handlungen das Material zur Verfolgung der deutschen Freiheitsbewegung liefern! Ihre Vernichtung ist mehr unser eigenstes Interesse und das Interesse des ganzen deutschen Volkes als das der heutigen "Behörden"!

München, den 3. September 1929.

5 Vgl. Dok. 8, Anm. 9.

7. September 1929 Dok. 73
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 7.9.1929.

So ist das schwere Werk am Ende doch gelungen [1]. Die "Siegerstaaten" sind wieder einig! Budapester Blätter berichten, daß nach Abschluß der entscheidenden Sitzung im Haag "Engländer und Deutsche vor Begeisterung getanzt hätten". Man kann es schon glauben. Die Engländer haben genug Grund hierzu, und die Deutschen, die als "Journalisten" dort ihres Amtes walteten, können ebenfalls zufrieden sein, denn es werden sich nur wenige darunter befunden haben, deren Vorfahren nicht einst schon vor der Bundeslade ihre choreographischen Künste ausgeübt hatten. Vom Herrn Stresemann insbesondere wird gemeldet, daß er mächtig zufrieden sei [2]. Wieder ist er auf den Augenblick dem Unheil entronnen. Der Gute bleibt zunächst noch im auswärtigen Unternehmen. Die Berliner und Frankfurter Presse wird schon das ihre dazu tun, den neuesten Erfolg des Herrn Außenministers gehörig aufzubügeln und in Glanz zu setzen, so daß wenigstens für die nächsten Monate das dumme deutsche Luder geblendet wird. Als Hauptattraktion gilt dabei die "Zusicherung" der Rheinlandräumung bis längstens 30. Juni 1930. Wenn man weiß, wie diese internationale Erpresserbande ihre Verpflichtungen, Zusicherungen, Versprechungen und Verträge bisher gehalten hat, kann man auch auf die Einlösung dieses neuesten Köders genugsam schließen [3]. Es sind doch dieselben Staaten, die einst die 14 Seifenblasen des Herrn Woodrow Wilson [4] vor dem staunenden deutschen Michel in die Luft fliegen ließen und diesen damit auch so verzauberten, daß er der Welt der Wirklichkeit ade sagte, um sich auf den Weg ins Traumland der Völkerversöhnung und des Weltfriedens zu machen. Und gerade diese zugesicherte Rheinlandräumung ist das Wertloseste, was man dem deutschen Volke überhaupt zuzusichern vermochte. Man hebt die Kontrolle über das Rheinland auf und unterwirft dafür das ganze Reich derselben [5]. Ein Riesenerfolg des Herrn Stresemann. Und überhaupt, was bedeutet es, selbst wenn man ein Gebiet uns demnächst gnädig wieder zurückgeben würde, da man doch in der Lage ist, es in jedem Augenblick wieder zu besetzen, wenn sich irgendeine Notwendigkeit hierfür heraustüfteln läßt. Und das wird schnell der Fall sein. Denn Frankreich ist jederzeit in der Lage, bei der von unseren heutigen Machthabern gewollten Wehrlosigkeit unseres Reiches [6] in irgendein ihm zusagendes Grenz-

---

1 Am 31.8.1929 war der Entwurf der Sachverständigen zur Regelung der Reparationsfrage (vgl. Dok. 41, Anm. 11) von einer politischen Konferenz der beteiligten Staaten in Den Haag (vgl. Dok. 69, Anm. 8) grundsätzlich gebilligt worden. Vgl. Die Entstehung des Youngplans, S. 273 ff.

2 Vgl. Vossische Zeitung vom 4.9.1929 (PA), "Das Kabinett zum Haag".

3 Dieser vereinbarte Räumungstermin wurde von den Alliierten eingehalten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, München 1931, S. 159.

4 Gemeint ist das Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 374 ff.

5 Vgl. Dok. 50, Anm. 9 sowie Frankfurter Zeitung vom 30.8.1929 (AA), "Der deutsche Erfolg in der Kontrollfrage".

6 Zu den Bemühungen der Reichswehr, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Friedensvertags zu lockern und zu umgehen, vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1926, Wiesbaden 1980, S. 119 ff.

gebiet wieder einzurücken, aber Deutschland ist nicht in der Lage, die im Young-Plan übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Für uns Nationalsozialisten hat nun folgende Überlegung entscheidend zu sein: Wenn eine Generation ehr- und charakterlos genug ist, ihre eigene Existenz zu vernichten, dann mag das immer noch ihre Sache sein. Es gibt aber kein Recht, das einer Regierung gestattet, zukünftige Generationen mit früheren Verbrechen zu belasten. Wenn das heutige Deutschland Herrn Stresemann das Recht zugesteht, seine wirtschaftlichen Ergebnisse, die Früchte seines Fleißes, dem Ausland zu verpfänden, dann Schande über dieses heutige Deutschland, aber im übrigen ist dies dann eine Angelegenheit unserer Zeit. Niemand hat aber heute ein Recht, Herrn Stresemann zuzugestehen, Verträge zu unterschreiben, die unser Volk auf Generationen hinaus rund 60 Jahre lang zum Zinssklaven der anderen Welt degradieren [7]. Herr Stresemann hat kein Recht, über das kommende Deutschland zu verfügen. Es fehlt dabei sogar der Grundanspruch, von dem aus man alle diese Forderungen als rechtlich gültig abzuleiten versucht. Das heutige Regierungsdeutschland hat die Lüge der Kriegsschuld einst unterzeichnet [8] und damit zu seiner eigenen gemacht. Wenn das heutige Deutschland aus dieser Lüge heraus nun zu opfern hat, dann mag es sich bei denen bedanken, die die verbrecherische Stirne besaßen, diese infamste Wahrheitsverfälschung aller Zeiten im Interesse ihrer Regiererei anzuerkennen. Aber selbst die Anerkennung dieser Lüge der deutschen Kriegsschuld durch den Novemberstaat gibt kein Anrecht, Generationen mit Erpressungen zu beladen, die auf alle Fälle weder mit der verlogenen [*sic!*] Kriegsschuld, noch mit den Unterzeichnern dieser Lüge etwas zu tun haben. Oder sind etwa die Menschen, die heute in Deutschland geboren werden und dank Herrn Stresemann 60 Jahre Tributsklaven sein werden, auch noch schuld am Kriege? Nein, verdammt noch einmal! Es ist jetzt notwendig, daß das deutsche Volk bis in seine innersten Tiefen gegen diese infame Verschwörung wider sein Lebensrecht aufgewühlt wird. Der Kampf gegen diesen Plan und seine Verfechter und Vertreter soll und wird nicht zur Ruhe kommen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird gegen diese Teufelei den Kampf beginnen, mag sie allein stehen oder Verbündete finden [9]. Wir glauben aber, daß es in Deutschland schwer sein wird, Verteidiger dieses Schandvertrages zu sein, und ich persönlich sehe die Zeit greifbar nahe vor uns, in der niemand mehr etwas wissen will von der Schuld an diesem Vertrag. Bei diesem Siege Stresemanns ist König Pyrrhus Pate gestanden [10]. Seine Journaillien mögen heute tanzen, es kommt die Zeit, in der ihnen ein anderes Deutschland aufpfeifen wird!

Als die Juden sich anschickten zu gründen, was sie bisher noch nie besaßen, nämlich einen eigenen jüdischen Staat, waren wohl ein paar Gedanken dabei bestimmend [11]. Zum einen mochte man hoffen, jener üblen antisemitischen Behauptung, daß die Juden kein staatenbildendes oder gar staatenerhaltendes Volk seien, durch ein geschicktes Mätzchen in den Augen der öffentlichen Meinung das Wasser abzugraben. Wer die öffentliche Meinung kennt, weiß,

7 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.
9 Bezieht sich auf das geplante Volksbegehren gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 50, 51.
10 Anspielung auf den unter hohen eigenen Verlusten errungenen Sieg des König Pyrrhus (319-272 v. Chr.) gegen die Römer 279 v. Chr. bei Ausculum, der den Keim zu seiner endgültigen Niederlage in sich trug.
11 Bezieht sich auf den Zionismus. Zu Ursprung und Entwicklung des zionistischen Gedankens in Deutschland vgl. Yehuda Eloni, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.

daß sie selbst nur wieder von jüdischen Pressefabrikanten inszeniert wird, und dabei die Leichtgläubigkeit und Dummheit des großen Durchschnittes jener Masse in Betracht zieht, die sich so gerne als "souveränes Volk" aufziehen läßt, den nimmt dies nicht wunder. Der verlästerte Jude, nun als braver Bauersmann zu Palästina hinter seinem Pfluge nachgehend, Kamele hütend, Dattelbäume pflanzend usw.; ist das nicht die schönste Widerlegung jener heimtückischen Vorwürfe, daß der Jude nur dem Schacher zugetan und dem Wucher nicht abgeneigt sei? Sie haben es sich etwas kosten lassen, die Schacher- und Wucherjuden der Welt, der Mitmenschheit diese Komödie zu inszenieren. Denn eine Komödie mußte das natürlich vom Anfang an sein. Hätten nämlich die biederen Israeliten wirklich die ehrliche Absicht, ihren bisherigen Ernährungsmethoden zu entsagen und sich das Brot wie andere Leute zu verdienen, so hätte es weitaus bessere Gelegenheiten gegeben, als den steinigen Boden des Jordanlandes durch jüdischen Fleiß in ein Gebiet von Milch und Honig zu verwandeln [12]. Da wurde zum Beispiel Amerika entdeckt, und was in Europa verfolgt ward, wanderte aus und siedelte sich dort drüben an, vom Quäker [13] bis zum Mormonen [14], und begann Wälder auszuroden, Prärien zu bebauen, kurz, den Boden urbar zu machen. Auch das klimatisch anpassungsfähigste Volk hätte dieselben Möglichkeiten gehabt. Dort hätte man den jüdischen Bauern- und Arbeiterstaat vordemonstrieren können. Aber dort sind bekanntlich die Versuche des Judentums, in die Urwaldwildnis vorzustoßen, um mit Sichel und Hammer den Völkern das Beispiel zionistischen Bauernfleißes zu geben, restlos gescheitert. Sie sind über die Großstädte nicht hinausgekommen, die arbeitshungrigen Makkabäer des 19. und 20. Jahrhunderts. Dort in Neuyork [*sic!*] usw. hocken sie nun wie Wanzenkolonien dichtgedrängt aufeinander und haben sich schmerzlich in das von Jehova dem auserwählten Volk nun einmal vorherbestimmte Los gefügt: Sie schieben und schachern und handeln und wuchern genauso wie in der Alten Welt [15]. Aber immerhin, der jüdische Bauer im Jordanlande, den man durch freie Überfahrt und reichliche Geldspenden für diese Theaterrolle gewinnt und abrichtet, tut das Seinige, um manchem bornierten europäischen Spießer die Möglichkeit einer Besserung der jüdischen Völkerparasite doch noch als wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Sie glauben allen Ernstes, daß der Blutegel bei liebevoller Belehrung vielleicht doch eines Tages Sauerkohl fressen wird. Zu dem Zweck hat man ihn nach Palästina verpflanzt. Das also war der eine und rein äußerliche Grund, der zweite und in dem Falle wirklich ernstgemeinte ist folgender: Das Judentum besitzt bei seiner heutigen Weltzerstreuung keinen Mittelpunkt, der außer Kontrolle irgendeiner Macht wäre. Das hat Nachteile. Wenn man daher für einen palästinischen Staat mit allen Mitteln eintrat, dann war der letzte Gedanke die Hoffnung, dort ein Territorium gewinnen zu können, das allen anderen Staaten der Welt gegenüber gewissermaßen Exterritorialität besitzt, mithin vor je-

---

12 Die erste jüdische landwirtschaftliche Kolonie in Palästina wurde 1878 von orthodoxen Siedlern gegründet, weitere, zionistisch geprägte Gründungen folgten. Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 170 ff.

13 Im 17. Jahrhundert in England enstandene Religionsgemeinschaft. 1681 erfolgte in Nordamerika die Gründung des Quäkerstaates Pennsylvania.

14 Anhänger der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage. 1830 im Staat New York gegründete Religionsgemeinschaft. 1847 erfolgte die Gründung des Mormonenstaates Utah.

15 Zur Berufsstruktur jüdischer Amerikaeinwanderer vgl. Enno Meyer, Die Einwanderung der Juden in das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 40 (1989), S. 665-683.

dem Zugriff gesichert erscheint und damit als letzte Zufluchtsstätte angesehen werden kann. Denn wenn das Judentum für seinen Staat Palästina nimmt, kann natürlich kein Mensch im Ernst erwarten, daß plötzlich, wie Anno einst [*sic!*], die ganze Judenschaft mit Weib und Kind und Diebsgewinn sich plötzlich in Marsch setzt, um zum zweitenmal das Rote Meer zurückzuscheuchen [16]. Nein, in Palästina haben sie wirklich keinen Platz. Ein blendender Gedanke das, sich einen eigenen Nationalstaat zu gründen, der es aber schon infolge seiner Größe unmöglich macht, daß sich die ganze Nation dorthin vervölkert [*sic!*]. Und das war natürlich auch nie die Absicht der Jiddenheit [*sic!*], hüben und drüben des Ozeans. Nein, ein international anerkanntes Territorium, groß genug, um die blitzdummen Gois [17] und handarbeitenden Plebejer gefühlsmäßig bemogeln zu können und um eine Freistätte für jüdische Betrüger, Schwindler und Verbrecher zu erhalten. Eines fehlte dem auserwählten Volk schon lange: Eine richtiggehende internationale Hochschule für Völkerbetrug, Revolutionsanzettelung, Rassenvergiftung, Finanzgaunereien und Wirtschaftsspekulationen. Eine Hochschule, in der das auserwählte Volk nur für sich allein ist, sich nur in der Sprache seiner bekannten althebräischen Ehrenmänner unterhält und verständigt und solcher Art unerwünschte Einblicke in die letzte Ausbildung für sein Handwerk verhindert. Es gab im Frieden [18] in Europa einen Staat - ich weiß nicht, ob es auch jetzt noch so ist - da existierten Ortschaften, in denen Alt und Jung als Taschendiebe operierten und diesen Sport in den umliegenden Staaten bei günstigen Gelegenheiten in nützlicher Weise ausübten [19]. Es war nun bekannt, daß diese Gemeinden förmliche Musterschulen unterhielten, in denen die Jugend in eindringlicher und gründlicher Weise für ihren späteren langfingrigen Lebensberuf vor- und ausgebildet wurde. Auch in ungarischen Zigeunerdörfern soll es so etwas gegeben haben. Das war der Gedanke, der ins Große übertragen, den jüdischen Zionsgründern vorschwebte. Eine internationale Hochschule für internationale Völkerbegaunerung. Eine Freistätte für ertappte Verbrecher und eine Universität für werdende. Und doch krankte das ganze jüdische Experiment an einem kleinen Rechenfehler. Hätten sie doch ihren Zionsstaat statt nach Palästina nach Deutschland verlegt, sagen wir nach Bayern. Hätten sie nur statt Jerusalem (angenommen natürlich!) Regensburg oder Eichstätt mit dieser Ehre bedacht, dann wäre vielleicht die Sache besser gegangen. Man kann sich vorstellen, wie der Herr Dompropst Wohlmuth im Lande herumgereist wäre, um die "gutchristlichen", "gutbayrischen" Landeseinwohner zur friedfertigen Unterwürfigkeit zu ermahnen. Wie hätten doch die Führer der Bayerischen Volkspartei in dem Falle unser liebes Volk zur Arbeitsamkeit angehalten und zur Sparsamkeit und zur Genügsamkeit, damit nicht durch das Gebaren der Landesbewohner die jüdischen Staatsbürger unangenehm berührt würden. So hat der Teufel die Juden ausgerechnet nach Palästina gelockt, nach jenem Palästina, allwo unchristliche heidnische Araber und Beduinen hausen, die, wie es eben nur der Teufel wollte, mindest gerade so faul sind wie die zionistischen Staatsbürger selber. Wie soll aber der Jude gedeihen in einem Lande, in dem die Landeseinwohner selbst ebenfalls jeder Arbeit in scheuer Hochachtung weit aus dem Weg gehen? Ja noch mehr, wie soll das auserwählte Volk in einer Ge-

16 Anspielung auf 2. Mose 14, 16-31.
17 Richtig Gojim. Hebräisch: Nichtjuden.
18 Gemeint ist die Zeit vor 1914.
19 Nicht ermittelt.

gend gedeihen, in der ausgerechnet jene Praktiken, die die Stärke des Juden ausmachen, von anderen nicht minder geschickt beherrscht werden? Denn wenn die Araber keine Bauern abgeben, dann geben dafür die Armenier und Griechen um so bessere Händler. Und dazu kommt noch die bösartige, unchristliche Unduldsamkeit, die die Araber beherrscht und sie aufstachelt, sich nicht vom Juden das Fell herunterziehen zu lassen. Das führt so weit, daß, während in Europa ganze Staaten unter ihren bürgerlichen Parteileitungen vor den Juden kuschen und die Landeseinwohner von ihnen auspressen und mißhandeln lassen, dieses arabische Pack sich auflehnt und den jüdischen Völkerparasiten mit Gewalt entgegentreten läßt [20]. So ist nun im Zionslande Blut geflossen, und es ist eine ewige Schande der Menschheit, daß nun weiße Soldaten ihr Blut und ihr Leben opfern müssen im Kampf gegen ein Volk, dessen einziges Verbrechen es nur ist, der jüdischen Völkermade Widerstand entgegengesetzt zu haben. Es ist eine ewige Schande für England, sein germanisches Blut als Soldknechte an den jüdischen Weltvampir zu verkaufen. Begeistert scheint man übrigens von dem Skandal auch in London nicht zu sein. Die mohammedanische Welt ist empört und grollt [21], der vernünftige Engländer ist beschämt, der Tommi [22] aber kann in glühender Hitze darüber nachdenken, was es heißt, Ehrenwache der jüdischen Weltgaunerzentrale abgeben zu müssen.

14. September 1929 Dok. 74
"Attentate in der Republik"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 14.9.1929.

Soweit die Geschichte uns die Vergangenheit aufhellt, stoßen wir zu allen Zeiten und bei allen Völkern auf das politische Attentat, den politischen Mord [1]. Jedes herrschende System verurteilt ihn, nach oben oder zur Freiheit strebende Kräfte haben ihn aber auch öfter als einmal gepriesen. Ein deutscher Dichter [2] nahm ihn zum Vorwurf für ein großes Freiheitsdrama. Denn die Heldentat eines Tell war in Wirklichkeit ja auch nur ein Mord an der "von Gott gewollten Obrigkeit", bzw. an einem Träger besagter Obrigkeit. Tatsächlich gibt es Fälle, in denen der politische Mord eine solche Verherrlichung auch verdient. Immer wenn ein politisches System

---

20 Am 15.8.1929 war es in Jerusalem an der Klagemauer zu Zusammenstößen zwischen Moslems und Juden gekommen. Vom 23. bis 25.8.1929 folgten blutige Straßenkämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen. Die Mandatsmacht Großbritannien verhängte das Kriegsrecht. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 453 f.

21 Zum jüdisch-arabischen Verhältnis in der Zwischenkriegszeit vgl. Yosef Gorny, Zionism and The Arabs 1882-1948. A Study of Ideology, Oxford 1987, S. 81 ff.

22 Spitzname der britischen Soldaten.

1 Eine Zusammenstellung der bekanntesten politischen Morde und Attentate der Geschichte findet sich bei: Harry Wilde, Der politische Mord, Bayreuth 1962, S. 341 ff.

2 Friedrich von Schiller.

oder ein anderer Staat ein Volk knebelt, unterdrückt und auspreßt, die geistige und tatsächliche Leitung dieser feindlichen Gewalt sich aber in *einer* überlebensgroßen Person verkörpert, ist es verständlich, wenn aus dem unterdrückten Volk einer zum Mordstahl greift, um den verhaßten Tyrannen zu beseitigen. Wer kann den jungen Württemberger Staps verdammen, der es angesichts der grenzenlosen Not Deutschlands versuchte, einen Napoleon niederzustoßen [3]? Die Tat mißlang, und der Junge büßte es mit seinem Leben. Aber was wäre wohl Europa erspart geblieben, wenn das Schicksal damals anders entschieden hätte? Nur der schuldbewußte kleine republikanische Lump von heute kann den politischen Mord als etwas Verdammungswürdiges an sich bezeichnen. Die Geschichte der Völker zeugt aber gegen ihn und am meisten zeugen gegen ihn die politischen Mordexzesse jener demokratisch-marxistischen Welle, die ihn selbst an seinen heutigen Platz gespült hat. Denn wenn früher der politische Mord im allgemeinen zur Beseitigung verhaßter Unterdrücker diente, dann hat ihn die marxistische Demokratie zu einem Alltagsrequisit umgewandelt, das in unzähligen Fällen zur wirksamen Verstärkung der marxistischen Völkervernichtung herangezogen wurde. Angefangen von den anarchistischen Attentaten bis zum marxistischen Betriebsterror sehen wir eine endlose Folge von politischen Morden, die der Komplex der marxistischen Weltanschauung auf seinem Gewissen hat. Zahllos sind die Mordattentate von Angehörigen der heutigen Regierungsparteien gegen Nationalsozialisten. Allein in den letzten paar Jahren sind über 50 unserer Parteigenossen Mordattentaten dieser Regierungsparteien erlegen [4]. Eine um das vielfach größere Zahl ist mit knapper Not den Anschlägen entgangen oder sie sind mehr oder weniger schwer verwundet worden. Aber auch im Großen schreckte man in diesen Kreisen vor dem politischen Mord nicht zurück. Erinnerlich ist, daß noch während des Krieges einer der prominentesten österreichischen Sozialdemokraten, Friedrich Adler [5], Bruder des damaligen Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler [6], den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh [7]

---

3 Friedrich Staps (1792-1809), Kaufmannsgehilfe aus Erfurt, verübte am 12.10.1809 in Schönbrunn ein Attentat auf Napoleon I.; er wurde am 16.10.1809 hingerichtet. "Es lebe die Freiheit, es lebe Deutschland!" sollen seine letzten Worte gewesen sein.

4 Nach parteieigener Zählung waren zu diesem Zeitpunkt seit 1923 49 Angehörige der NSDAP bei politisch motivierten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Vgl. Halbmast, S. 22, 29 ff. Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 18, Anm. 14.

5 Friedrich Adler (1879-1960), 1902 Dr. phil., 1907-1911 Privatdozent für Physik an der Universität Zürich, Herausgeber von "Der Kampf" (Wien), 1911-1925 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei in Wien, 1916 tödliches Attentat auf den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Reichsgraf von Stürgkh, 1917 zum Tode verurteilt, zu 18 Jahren Kerkerhaft begnadigt, 1918 amnestiert, 1919-1925 Mitglied des österreichischen Nationalrats (SPÖ), 1919-1934 Herausgeber der "Arbeiterzeitung" (Wien), 1923-1940 Generalsekretär der Internationalen Arbeiter-Internationale, 1939 Emigration in die USA, 1942-1944 Leiter des Austrian Labor Committee.

6 Viktor Adler (1852-1918), Dr. med., 1882 Mitbegründer der deutschnationalen Partei Georg Ritter von Schönerers, 1886 Gründung der Wochenschrift "Gleichheit", 1888 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, seit 1889 deren Vorsitzender, 1889 Gründer der "Arbeiter-Zeitung", 1905-1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat, 1918 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung, Oktober bis November 1918 Außenminister, trat für den Anschluß an Deutschland ein. *Vater* von Friedrich Adler.

7 Karl Reichsgraf von Stürgkh (1859-1916), Jurist, 1881 Eintritt in den Staatsdienst, 1891-1907 Mitglied des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat (verfassungstreuer Großgrundbesitz), 1909-1911 Unterrichtsminister, 1911-1916 Ministerpräsident von Cisleithanien. Am 21.10.1916 von Friedrich Adler ermordet.

ermordete. Der jüdisch-marxistische Bandit wurde gefaßt, leider dank den Beziehungen der Judenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Schon ein paar Jahre nach dem Attentat war der Mörder wieder frei und wurde endlich Führer der österreichischen Sozialdemokraten. Trotz alledem muß aber zum politischen Mord folgendes gesagt werden: *Es gibt kein Anrecht zu einem politischen Mord, außer es handelt sich um die Beseitigung eines recht- und gesetzwidrigen Tyrannen,* der in seiner überlebensgroßen Erscheinung das gesamte System der Unterdrückung verkörpert. Wenn heute in der Republik Attentate stattfinden, sind sie ebenso dumm und gefährlich wie verbrecherisch. Es war das Bemerkenswerte des Jahres 1918, daß diese Katastrophe nicht das Ergebnis eines genialen Kopfes als vielmehr der übelsten Minderwertigkeit der politischen bürgerlichen Welt war. Es ist ebenso bemerkenswert, daß die November-Revolution bis zum heutigen Tag überhaupt nicht einen einzigen Kopf hervorgebracht hat, von dem dereinst die Geschichte eine besondere Notiz nehmen wird. Lauter politische Filzläuse, kleine Blutzecken, die sich an den Körper der Nation hängen und ansaugen. Die Ehre, von einem Dolch beseitigt zu werden, gebührt Tyrannen von Format, aber keinem der politischen Knirpse, und mögen sie noch so bösartig sein. Wäre einst ein Napoleon beseitigt worden, hätte das Schicksal Europas eine andere Wendung genommen, wenn aber ein republikanischer Regierungshäuptling von jetzt von seinem Geschäft abberufen wird, sind zehn andere beglückt von der Hoffnung, es nunmehr fortführen zu dürfen. Cäsaren sind selten, das Zeug aber, das heute bei uns Geschichte macht, wimmelte zu allen Zeiten in ungezählten Exemplaren im Schlamm der Weltgeschichte herum. *Was heute bei uns beseitigt werden muß, ist nicht ein Kopf - denn der ist bei diesen Leuten gar nicht da -, sondern ein korruptes und verfaultes System. Dagegen aber kämpft man nicht mit Attentaten und Bombenwerfen an.* Das könnte ihnen so passen, auf solchem Wege die eine oder andere Revolutionswanze zum Märtyrer umwandeln zu können. Denn das ist das einzige positive Resultat, das solch ein irrsinniger, dummer und verbrecherischer Streich nach sich ziehen kann. Für den einen Lumpen sind jederzeit zehn mindest gleich große in Reserve. In die staatlichen Büros aber kommt dann ein neues Gratis-Heiligenbild eines marxistischen Märtyrers der Novemberrepublik. Das Schlimmste dabei ist, daß ein paar junge verbohrte Idealisten ihr Leben zu lassen haben, ohne daß der Nation auch nur das Geringste genützt wird. Diese Überzeugung hat die nationalsozialistische Bewegung auch immer davor bewahrt, ihren politischen Massenkampf in die Sphäre von Attentaten hineinziehen zu lassen. Wenn nun heute das Judentum in seiner Presse versucht, die mysteriösen Bombenattentate der letzten Zeit mit Nationalsozialisten in Verbindung zu bringen, dann ist der Zweck durchsichtig und klar. Und gerade diese Hetze muß erst recht wieder jeden Parteigenossen belehren, wie irrsinnig es wäre, das zu tun, was der politische Gegner aus ganzem Herzen wünscht. Über das letzte Bombenattentat am Hause der geistigen Auslese der Nation zu Berlin ist wenig zu sagen [8]. Ein Attentat pflegt meistens einen Zweck zu haben, nämlich die Beseitigung eines verhaßten Gegners. Man könnte vielleicht noch hinzufügen, daß man auch die Demolierung eines verhaßten Bauobjekts als Zweck und Aufgabe eines Attentats ansehen kann. In beiden Fällen mutet einem das besagte Berliner Bombenattentat reichlich komisch an. Um den Reichstag in die Luft zu sprengen, wären immerhin einige tausend Kilo-

8 Vgl. Dok. 72, Anm. 3.

gramm Ekrasitstoffe [9] notwendig. Die Attentäter zu Berlin haben diese Aktion aber in so furchterregender Weise ausgeführt, daß nicht einmal die nebenan tätigen Straßenarbeiter von der Gewalt der Explosion etwas vernommen haben. Nur den groß- und wohlgeformten Ohren des Herrn Polizeipräsidenten Bernhard Weiß war der Donner nicht entgangen. Als der Nationalsozialist Kütemeyer von marxistischen Mördern getötet wurde, hat die Berliner Polizeidirektion nicht einen Pfennig zur Ergreifung der Mörder ausgesetzt [10]. Im Gegenteil, sie ließ erst behaupten, Kütemeyer sei betrunken gewesen und habe sich beim Sturz über das Geländer des Landwehrkanals selbst verletzt. Erst als die gerichtliche Obduktion das Unwahre dieser ganzen Behauptungen bloßlegte, mußte man sich auch am Alexanderplatz [11] dazu verstehen, ein Verbrechen zuzugeben. Als die nationalsozialistische Partei nun von sich aus durch Plakatanschlag tausend Mark Belohnung zur Ergreifung der Täter aussetzte [12], wurde dies von eben derselben Berliner Polizei verboten. Diesmal aber, da im Reichstag, das heißt irgendwo an einer Außenwand irgendeine Pappschachtel verkohlte, wurde das Präsidium rebellisch.

"Ä Pompenattenthät" [*sic!*] zuckte es Bernhard durch den Kopf. Und dann setzte sich der israelitische Cherubim für Ruhe und Ordnung eilends hin und versprach den Häschern Geld zu geben, die die Spuren fänden der üblen Verbrecher. Zehntausend denen, die die Täter ermitteln (denn das ist weniger wichtig), und fünfzehntausend jenen, die Zusammenhänge fänden zwischen diesem und allen "ähnlichen" vorhergegangenen "Attentaten" [13]. Denn das ist für die israelitische Gemeinde das Wichtigere. Man kann neugierig sein, was für ein Monumentalschwindel da eines Tages ans Tageslicht kommen wird. Die Spuren, die man bisher entdeckte, sind vielsagende! Die abgefeimten Verbrecher haben sich zu ihren Schandtaten Uhrwerken von Weckeruhren bedient, die alle gleich sein sollen (der erste Beweis!), weiter verpackten sie die Sachen in Kisten, die auch alle gleich sind und zur leichteren Kenntlichmachung dieser Gleichartigkeit sogar einen gemeinsamen Firmenstempel tragen. (Diese pfiffigen Burschen!) Jehova hat denn auch die Berliner Polizei so sehr erleuchtet, daß sie bereits die Fabrik feststellen konnte, aus der die Kistendeckel stammen. (Zweiter Beweis.) Endlich ließen die raffinierten Verbrecher am Schauplatz ihrer Moritat noch eine Klebemarke zurück, die sie zur leichteren Auffindbarkeit an einen Laternenpfahl pappten und auf der der grausame Spruch stand: "Großdeutschland erwache!" [14] (Dritter Beweis!) Wer zweifelt nun nach solchen Indizien noch länger an der Täterschaft? Uns erinnert jedenfalls die Sache ganz verteufelt an jene berühmte Photographie, die das Berliner Polizeipräsidium einst gegen die "Fememörder" zum Beweis des Vorhandenseins solcher geheimer Blutorganisationen verbreiten ließ, und von der hinterher im Preußischen Landtag besagter Polizeidirektion vorgeworfen wurde, daß sie selbst mit Hilfe von Polizeibeamten diese Schwindelphotographie hätte herstellen lassen. Bis heute ist dieser ungeheuerste Vorwurf einer Dokumentenfälschung noch nicht beantwortet worden [15]. *Was immer für Schwindeleien man aber auch aushecken mag, sie wer-*

9 Pikrinsäurehaltiger Sprengstoff.
10 Vgl. Dok. 8, Anm. 7.
11 Sitz des Berliner Polizeipräsidiums.
12 Vgl. VB vom 22.11.1928, "Politischer Mord" sowie Der Angriff vom 26.11.1928, "Politischer Mord".
13 Vgl. Vossische Zeitung vom 3.9.1929 (PA), "Bomben-Anschlag im Reichstag".
14 Vgl. Dok. 72, Anm. 4.
15 Vgl. Dok. 8, Anm. 9.

den die nationalsozialistische Bewegung heute ebensowenig vom Wege der Gesetzmäßigkeit abbringen können, wie sie umgekehrt auch nicht die heutigen Verderber des Reiches vor der einstigen gesetzlichen Bestrafung zu retten vermögen!

21. September 1929 Dok. 75
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 21.9.1929.

Ich habe meine Auffassungen über die "Bomben-Attentäter" schon zur Genüge erläutert und bekanntgegeben [1]. Es gibt auch kaum einen Nationalsozialisten, der glaubt, mit ein paar Anschlägen das politische Ungeziefer, das unser Vaterland verwüstet, erledigen, ja auch nur schädigen zu können. Nur Dummköpfe, Narren oder Verbrecher können glauben, auf diesem Wege eine Besserung herbeizuführen. Frägt man sich ernstlich, wem diese Attentate schaden können oder schaden sollen, dann braucht man nur einen Blick in den jüdischen Blätterwald zu tun, und man weiß, von woher der Wind pfeift. Sollte hier auf einmal nicht jene altrömische Weisheit gelten, daß die Verbrechen zumeist nur von jenen verübt werden, denen sie Nutzen zu bringen bestimmt sind [2]? Als der jüdische Spektakel über die Friedhofschändungen einsetzte und damit die Verdächtigungen der nationalsozialistischen Partei anhuben, waren wir alle keine Sekunde im Zweifel, daß erstens: kein Nationalsozialist mit so einem Blödsinn etwas zu tun hat, und daß zweitens: die wahren Täter allem Augenschein nach nur die empörten Schreier selbst sein könnten [3]. Mit welcher Skrupellosigkeit man dabei vorging, beleuchtet die Tatsache, daß der Herr Vizepolizeipräsident Weiß (Bernhard!) in einem von ihm herausgegebenen Buch unter Vorzeigung einer Photographie behauptet, daß die Nationalsozialisten den jüdischen Friedhof in Erfurt geschändet hätten [4]. Dieser ganzselbige [*sic!*] Herr Vizepolizeipräsident Weiß (Bernhard!) steht nun im Gerichtssaal und muß endlich - von unserem Parteigenossen Straßer in die Enge getrieben - zugeben, daß er weder dienstlich noch außerdienstlich jemals etwas gehört habe, daß Nationalsozialisten an einer Friedhofschändung auch nur beteiligt gewesen seien [5]. Das heißt, der Herr Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß gibt unter Eid zu, daß der Herr Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß in einem Buche unwahre Behauptungen aufgestellt hat. Oder, der Herr Vizepolizeipräsident Weiß hätte sonst - wenn dies nicht

1 Vgl. Dok. 58, 72, 74.
2 "Cui bono?" - Wem nützt es? Nach Marcus Tullius Cicero ein Ausspruch des Konsuls Lucius Cassius Longinus Ravilla (127 v. Chr.).
3 Vgl. Dok. 72, Anm. 1.
4 Die Bildunterschrift lautet: "Verwüstungen auf dem jüdischen Friedhof zu Erfurt durch Nationalsozialisten." Vgl. Bernhard Weiß, Polizei und Politik, Berlin 1928, S. 89 f., Abb. 86.
Auf dem jüdischen Friedhof Erfurt wurden am 12./13.3.1926 95 Grabdenkmäler zerstört. Die rechtsradikalen Täter wurden zu Strafen zwischen 18 und 36 Monaten Haft verurteilt. Vgl. Friedhofsschändungen, S. 7.
5 Vgl. Anm. 3.

zuträfe - einen Falscheid geleistet. So wie beim jüdischen Friedhofschwindel vom ersten Augenblick an sofort gesagt werden konnte, wer die Lumpen gewesen sind und wer die Anstifter waren, so kann man auch bei der mysteriösen Bomben-Affäre nach ganz demselben altrömischen Grundsatz verfahren. Wem nützen sie? Oder wem sollen sie nützen? Ich zweifle nicht daran, daß irgendein verbohrter, politisch unaufgeklärter Fanatiker in seiner Wut und Empörung über die allgemeinen skandalösen Zustände das innere Gleichgewicht verlieren und beim Verbrechen landen kann. Wäre das auch ein Wunder in einem Staat, in dem jährlich 17.000 bis 20.000 Menschen infolge des Fehlens jeder Lebensmöglichkeit, ja, des letzten Stückchens Brot, sich selbst umbringen müssen [6]? Wäre es zu verwundern, wenn in einem solche Lande der eine oder der andere, der entweder alles durch diesen Staat verloren hat, oder der sehen muß, wie er durch den Staat alles verlieren wird, ehe er selbst den Gifthahn aufdreht, sich an den Verderbern und Vernichtern seiner Existenz, ja seines Lebens, zu rächen versucht? Nein, unsere heutigen Regierungen schaffen durch die Art und den Inhalt ihres Regierens selbst die Atmosphäre, aus der solche verbrecherische Handlungen herauszuwachsen vermögen. Erst vor ein paar Tagen ging eine ganz kleine Notiz durch die Zeitungen, die natürlich das verlumpte politische Gesindel unseres offiziellen Parteilebens nicht im geringsten berührt haben wird, da es sich ja nicht um einen aufgefetteten Bonzen dieser Volksbetrugsvereinigungen, sondern um einen ordinären Staatsbürgertrottel handelt, der glücklich zu sein hat oder hatte, in dieser Republik überhaupt leben zu dürfen. Im Walde fand man einen alten Mann verhungert auf. Es war ein Lehrer, Privatlehrer, der keine Arbeit mehr finden konnte, dem die soziale Republik aber auch selbstverständlich jede Unterstützung verweigerte und der nun heruntersank, immer tiefer ins Elend hinein, bis er endlich seine letzte Nahrung sich in Gestalt von Beeren im Walde pflückte. Nun, da auch dieses ein Ende nahm, ist der Alte selig im Frieden verhungert und entschlafen [7]. Eine glorreiche Republik, so etwas, in der sich solche Fälle zu Zehntausenden und aber Zehntausenden immer wieder wiederholen. Hätten die politischen Komödianten nur einen Teil der Gelder, die sie der Göttin der Korruption opferten und opfern, verwendet, um wenigstens im Ärgsten zu helfen, dann würde manches unüberlegte Handeln todsicher ausgeblieben sein. Wenn man aber zusehen muß, wie in diesem Staat auf der einen Seite mit dem Gelde auf das Unvernünftigste geaast wird, für Empfänge, Diners und ähnliche Festfuttereien im ganzen Reiche, in Kommunen und Ländern alljährlich ungezählte Millionen verkitscht [*sic!*] werden, und wenn man auf der anderen Seite dann die brutale und rücksichtslose Eintreibung der Steuergroschen erwägt, aus denen sich diese Millionen zusammensetzen, dann kann man schon verstehen, daß dem einen oder dem anderen die Wut die Sinne raubt und die Vernunft ihn verläßt. Das Allerschlimmste aber ist, daß dies dann nur die blinden Werkzeuge jener sind, die als Drahtzieher solche Exzesse brauchen. Denn das Regiment der heutigen Mißwirtschaft hätte es schwer, sich im Sattel zu halten, wenn es nicht durch solche Vorgänge von Zeit zu Zeit die Rolle eines Schützers der Gesetze und Bestrafers der Verbrechen spielen könnte. Ist es aber nicht komisch, wenn ausgerechnet jene politischen Komödianten, die ihre weltgeschichtliche Rolle nur der Bombe und dem Attentat verdanken, nun plötzlich in Ruhe und Ordnung heucheln? Ist es nicht eine bodenlose aber echt jüdische Unverschämtheit, wenn

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 33.
7 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14.9.1929, "Verhungert!"

dasselbe Lumpenpack von politischem Führertum, das durch den infamsten, heimtückischsten und unanständigsten Staatsputsch aller Zeiten [8] ans Ruder kam, nun auf einmal gegen Putsche wettert und für friedliche demokratische Entwicklung eintritt? Oder, was ist denn die Bombe, diese Pappschachtel, die dieser Idiot, dieser mysteriöse Idiot oder möglicherweise auch nüchterne Verbrecher, an den Deutschen Reichstag gelegt hat, gegenüber der Bombe, die im Jahre 1918 in das Deutsche Reich hineingeschleudert wurde? Sie haben es verdammt notwendig, die Hüter der Gesetze zu spielen, diese Gesetzesverächter aus Tradition und Überzeugung. Es wird einmal ein nationalsozialistischer Staat kommen, und wir wollen nur jetzt schon hoffen, daß sie sich für die dann geltenden Gesetze ebenfalls so gewaltig erwärmen und einsetzen und sie so beachten, wie sie es bei den heutigen wünschen. Und daß sie dann jede Gesetzesverletzung ebenso nachdrücklich verurteilen, mißbilligen und ablehnen, wie sie uns dies zur Zeit so schön vormachen können. Und wir wollen dann weiter erwarten, daß ihre Achtung vor der "von Gott eingesetzten Obrigkeit" dann keine minder große sein möge, als sie heute es vor ihrer eigenen Obrigkeit erwarten. Wir werden sehr neugierig sein, ob das klassische Mordgesindel der Bombenschmeißer und Attentäter nicht dann wieder in seine wirklich innere Natur zurückverfallen wird und eines Tages, so wie sie es in Italien gegen den Faschismus versuchten [9], in einem kommenden Reich auch in Deutschland wieder versuchen werden. Heute kommen uns die läppischen Attentate als für die Herrschaften so unheimlich günstig vor, daß die Neugierde nach den wirklichen Hintermännern bei uns eine brennende ist. Wer sind die Hintermänner? Jahrzehntelang war es ein beliebtes Mittel sozialdemokratischer Redaktionen, Schandtaten ihrer Partei Lockspitzeln in die Schuhe zu schieben. Der "Agent provocateur" [10] wurde in diesen Kreisen so oft zitiert und als Teufel an die Wand gemalt, daß es schon mit dem Teufel zugehen müßte, wenn die Herren darauf plötzlich jetzt auf einmal so ganz vergessen hätten [*sic!*]. Sie haben sich früher mit dieser Sache so viel theoretisch beschäftigt, daß sie möglicherweise immerhin auch praktisch etwas davon verstehen könnten. Der unvermeidliche Jude ist ohnehin auch bei dieser Sache dabei. Selbst der sozialdemokratischen "Münchener Post" wurde plötzlich die Erkenntnis, daß es sich bei Herrn Salinger [11] um einen "rassereinen Juden" handeln dürfte [12]. Diese plötzliche Rasse-Erkenntnis haben wir schon lange. Und ich bin nun einmal überzeugt, daß jede Sache, in der ein Jude seine Pfoten hat, faul ist, überfaul. Gott weiß, wie viele Fragen dazu zu stellen wären! Wer verkehrt mit dem Salinger? Wo verkehrt der Salinger? Wer ist der Herr Polizeihauptmann (angeblich a. D.) [13]? Was sind da für

8 Gemeint ist die Revolution im November 1918.

9 Bezieht sich auf die Attentate auf Mussolini, die zum Vorwand dienten, alle innenpolitischen Gegner auszuschalten. Vgl. Dok. 3, Anm. 63.

10 Lockspitzel.

11 Hans Dietrich Salinger (geb. 1899), 1923 Dr. jur. et rer. pol., Syndikus der Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrie, September 1929 vorübergehend wegen des Verdachts der Beteiligung an den Bombenattentaten in Haft.

12 Die sozialdemokratische Münchener Post meldete, daß einer der Hauptverdächtigen "bei einem reinrassigen Juden namens Dr. *Salinger* verhaftet worden" sei. Vgl. Münchener Post vom 16.9.1929, "Bilder aus dem nationalanarchistischen Verbrecheralbum".

13 Gemeint ist Hans Nickels (geb. 1890), 1909 Einjährig Freiwilliger, 1914 Leutnant d. R., 1918 als Hauptmann entlassen, 1919/20 Angehöriger des Grenzschutz Ost, 1921 Eintritt in die Abstimmungspolizei in Ober-

Hintermänner vorhanden? Was ist das für eine Verwandtschaft bei den Salinger? Ist da sonst noch irgendeine Mischpoke [14] dabei? Überhaupt mehr Nachforschungen in der Richtung der Salinger, Herr Vizepolizeipräsident Weiß! Das müßte Ihnen doch auch viel mehr liegen. Hier könnten Ihnen vielleicht auch Ihre eigenen verwandtschaftlichen Beziehungen wertvolle Fingerzeige geben, sintemalen Sie doch, wenn auch vielleicht nicht mehr zu den religiösen, aber doch zumindest zu den reinrassigen Juden gehören, wie Ihr Münchener Partei-Organ so tapfer feststellt. Aber was tut die Berliner Polizei? Sie verhaftet und enthaftet, bricht Schreibtische auf, schnüffelt alles durch und durch, entdeckt Höllenmaschinen, Fabriken zu ihrer Erzeugung, und landet endlich dabei, daß man einen Parfümladen für ein Pulvermagazin und eine alte, ausgediente Weckeruhr für eine Brandgranate ansieht [15]. Granatenkenntnis Note 5, Herr Bernhard!

Allerdings, die Hauptsache ist ja nur, daß die Judenpresse etwas zum Hetzen hat, der Staat als in Gefahr befindlich erscheint, und das Volk dadurch so in Atem gehalten wird, daß man im Young-Diktat dem dummen deutschen Michel neuerdings 130 Milliarden abzapfen kann [16]. Denn darauf läuft es hinaus.

25. September 1929 Dok. 76
Anordnung

VB vom 25.9.1929, "Bekanntmachung".

Pg. Fritz *Härtl* [1], Düsseldorf, hat um die Enthebung von seinem Posten als Leiter des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein [2] gebeten. Ich komme diesem Wunsche nach und danke dem Pg. Härtl für die in seiner Amtsführung geleisteten Dienste [3].

schlesien, 1922/23 Arbeiter im Ruhrgebiet, 1923-1927 Mitglied der DVFP, 1923-1928 Leiter des "Frontkämpferbundes Westküste" von Norderdithmarschen, 1928 Mitglied der "Wachvereinigung für Stadt und Land", am 10.9.1929 wegen Beteiligung an den Bombenanschlägen festgenommen.

14 Jiddisch: Abschätzig für Verwandtschaft.

15 Anspielung auf vermeintliche Fahndungsfehler der Polizei. Vgl. VB vom 8./9.9.1929, "Nationalsozialisten! Versteckt Eure Weckeruhren", vom 14.9.1929, "Die grundlose Verhaftung der nationalsozialistischen Redakteure". Zu den Polizeimaßnahmen zur Ergreifung der Attentäter vgl. Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 138.

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

1 Fritz Härtl (geb. 1892), Kaufmann, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928/29 Gauleiter des Gaues Düsseldorf (Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein), 1933 Gauschatzmeister der NSDAP im Gau Magdeburg-Anhalt, 1938 Beauftragter des Reichsschatzmeisters für die Finanz- und Parteiverwaltung in München.

2 Am 3.9.1928 war der Gau Ruhr in den ehemals selbständigen Gau Westfalen und die selbständigen, unmittelbar der Reichsleitung unterstellten Bezirke Essen und Bergisch-Land/Niederrhein geteilt worden (vgl. Bd. III/1, Dok. 16, 19).

3 Im Bezirk Bergisch-Land/Niederrhein war es seit dem Winter 1928/29 zwischen dem Bezirksleiter und dem Kreisleiter Willi Burath zu Kompetenzstreitigkeiten um die Gründung neuer Ortsgruppen und die Listenplätze für die Wahl zum rheinischen Provinziallandtag gekommen. Im Mai 1929 trat Härtl zurück, weil er aus beruflichen Gründen Düsseldorf verließ. Härtl hatte Florian als Nachfolger vorgeschlagen. Bis zu dessen offizieller

Mit der Leitung des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein wird Pg. Friedrich Karl *Florian* [4] in Buer (Westfalen), Westerholterstraße 100, beauftragt.

gez. *Adolf Hitler*

25. September 1929 Dok. 77
Schreiben an Robert Ley [1]

Westdeutscher Beobachter vom 13.10.1929, "Adolf Hitler an Dr. Ley!".

Geehrter, lieber Herr Doktor!

Es ist mir leider infolge großer Überlastung und Überarbeitung, die durch die gegenwärtige politische Hochspannung des Volksbegehrens [2], Bombenhetze [3] usw. bedingt sind, augenblicklich gänzlich unmöglich, irgendwo zu sprechen. Ich kann deshalb beim besten Willen in Köln keine Versammlung abhalten. Sowie es mir die Zeit erlaubt und ich in öffentlichen Versammlungen spreche, wird Köln einer der ersten Orte sein, die ich dann besuche.

Deutscher Gruß!
Ihr
Adolf Hitler

Einsetzung durch die Reichsleitung der NSDAP fungierte Hans Franzes als provisorischer Bezirksleiter. Vgl. Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987, S. 120 ff.

4 Friedrich Karl Florian (1894-1974), 1920 Mitglied des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1925 Gründer der NSDAP-Ortsgruppe in Buer, 1927 Stadtverordneter der NSDAP in Buer, 1929 Leiter des Bezirks Bergisch-Land-Niederrhein der NSDAP, 1930 MdR (NSDAP), 1933 preußischer Staatsrat.

1 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei IG-Farben Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

2 Vgl. Dok. 50, 51. Am 10.9.1929 war der Entwurf für das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" veröffentlicht und am 28.9.1929 der Zulassungsantrag dem Reichsministerium des Innern übergeben worden. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 174 f. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 239 ff.

3 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.

28. September 1929 Dok. 78
"Tankrüstung im Zeichen der Abrüstung. Wehrpolitische Betrachtung"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.9.1929.

Im Jahre 1911 reichte der österreichische Oberleutnant *Burstyn* [1] beim Kriegsministerium in Wien die Pläne für einen neuartigen Panzerwagen ein, der sich von früheren Konstruktionen dadurch unterschied, daß die Fortbewegung nicht mehr durch Räder, sondern Raupenketten erfolgen sollte. Es war der erste Tank. Wohl existierten in Amerika schon vordem Raupenfahrzeuge, allein sie dienten nur friedlichen Zwecken (zum Transport von Holz!), und waren ebenso unvollendet wie vereinzelt. Der Entwurf von Burstyn eilte seiner Zeit weit voran. Er wurde deshalb, wie dies nun einmal noch immer so gewesen zu sein scheint, von den "Sachverständigen", in dem Falle von den militärischen, als eine vollkommen unsinnige und verrückte Idee abgelehnt [2].

Es läßt sich kaum ausdenken, welchen Eindruck es im Jahre 1914 erzeugt hätte, wenn die Mittelmächte plötzlich mit einer so neuen Waffe auf den Kriegsschauplätzen erschienen wären.

Was die militärischen "Sachverständigen" in Wien und Berlin als wertlos, ja verrückt ansahen, wurde von den Engländern im Weltkrieg angewendet. Die dort von 1915 auf 1916 gebauten Raupenpanzerfahrzeuge gleichen auf das Haar den von Burstyn seinerzeit vorgelegten Entwürfen. Um ihre Geheimhaltung zu ermöglichen, nannte man sie einfach "Tanks". In der Sommeschlacht traten sie zum erstenmal in Erscheinung [3]. Der Eindruck, den die grauen, Gräben und Granatentrichter überkletternden Ungetüme auf den durch Trommelfeuer bereits zermürbten Soldaten ausübten, war ein um so verhängnisvollerer, als diesem eine wirksame Abwehrwaffe nicht zur Verfügung stand. Nun wiederholt sich zum zweitenmal der in einem Mangel an technischen Fähigkeiten und technischer Einsicht begründete Standpunkt der militärischen "Autoritäten". Man glaubt einer vollständig neuen Angriffswaffe mit für ganz andere Zwecke beschaffenen und daher nur höchst bedingt wirksamen Abwehrwaffen entgegentreten zu können. Daß man nach modernen Flugzeugen nicht mit gewöhnlichen Haubitzen zu schießen vermag, war langsam klargeworden [4]. Allein, daß man einen modernen Tank ebensowenig mit für ganz andere Aufgaben bestimmten Kampfwaffen vernichten kann, leider nicht. Es offenbart sich hier eine Mißachtung der Technik, die sich später entsetzlich gerächt hat. Es

1 Gunther Burstyn (1879-1945), Techniker, 1906-1908 Dienst beim österreichisch-ungarischen Geniestab, 1910 Leutnant beim Eisenbahn- und Telegrafenregiment, 1911 Entwurf des ersten geländegängigen mit drehbarem Geschützturm ausgerüsteten Kampfwagens, 1914-1918 Eisenbahntruppe, 1918 Major, 1918-1934 Dienst im Bundesheer.

2 Vgl. O. Regele, Der Erfinder der Kampfwagen (Tanks). In: Militär Wochenblatt Nr. 38/1927, S. 1402-1403.

3 Im September 1916.

4 Als einzige europäische Armee verfügte das deutsche Heer bei Kriegsbeginn 1914 über sechs einsatzbereite, auf Kraftwagen montierte Flugabwehrgeschütze, deren Zahl noch im ersten Kriegsjahr auf 100 erhöht wurde. Gegen Kriegsende waren etwa 2.500 Flugabwehrgeschütze im Dienst, allerdings rund die Hälfte davon Behelfskonstruktionen. Vgl. Karl Köhler, Organisationsgeschichte der Luftwaffe von den Anfängen bis 1918. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V, S. 292 f.

war dabei noch ein Glück, daß die Engländer die neue Kampfwaffe ungefähr genauso verzettelt und daher unzweckmäßig einsetzten, wie wir Deutsche es mit ähnlichen Waffen ebenfalls getan haben (z. B. Gas [5]!). Dadurch konnte sich noch langsam mit den vorhandenen Waffen eine wenn auch unbefriedigende Abwehr einrichten lassen. Erst am 20. November 1917 erfolgte vor Cambrai der erste massierte Einsatz dieser neuen, beweglichen Angriffs-Waffe [6]. Wenn es auch nun gelang, einen Durchbruch zu verhüten, so lag dies weniger an der Wirksamkeit der deutschen Abwehrwaffen als an der Unfähigkeit der Engländer, den errungenen Erfolg augenblicklich auszunützen und den Durchbruch zu einer großen Operation zu erweitern. Im Laufe dieser Kämpfe wurden zahlreiche englische Tanks "erlegt". Teils durch Artilleriefeuer vorgezogener Geschütze sowie durch einzelne Flakbatterien, teils aber auch durch geballte Handgranatenladungen, teils endlich durch Minenwerfer, ja selbst durch einzelne kühne Schützen, denen es gelang, auf Tanks zu springen und die nun durch Beobachtungslücken mit Pistolenschüssen die Besatzung zur Aufgabe ihres stählernen Kampfwagens zwangen. Aus dem Zusammenbruch dieser englischen Aktion folgerte man aber leider erst recht, daß der Soldat mit "gesunden Nerven", mit "Mannesmut" und "Kühnheit" dem Tank auch mit den bisherigen Waffen jederzeit erfolgreich entgegentreten könne. Es kam jener unglückselige Befehl heraus, daß die "beste Waffe gegen den Tank die moralischen Qualitäten des Verteidigers seien" [7]. Ein unglückseliger Befehl deshalb, weil er ohne jede Ahnung von dem wirklichen Verlauf eines Tankangriffs und den Eindrücken eines solchen auf den Soldaten diktiert war. Nicht nur, daß jeder solche Angriff eine bereits durch schweres Trommelfeuer [8] in ihren Nerven übermäßig beanspruchte Verteidigung traf, war der einzelne Soldat außerdem noch gelähmt von der Überzeugung, daß die vorhandenen Kampfwaffen effektiv tatsächlich für die Niederkämpfung eines Tanks wirkungslos waren. Wann waren geballte Handgranatenladungen überhaupt noch möglich? Wer konnte sie den allmählich immer schneller fahrenden Tanks unter die Ketten legen? Und überhaupt, wie war an eine solche Waffe noch heranzukommen, die im Besitz von Flammenwerfern schon auf 30 und 40 Meter jedes Granatloch ausräuchern konnte, selbst aber gegen Maschinengewehrfeuer und Gewehrfeuer vollkommen unempfindlich blieb? Würde nur ein einziges Mal einer der verantwortlichen Führer einen Tankangriff in vorderster Front unter den Bedingungen, denen der einzelne Soldat unterworfen war, mitgemacht haben, dann wäre vermutlich der Gedanke, daß man einen gepanzerten Reiter auch mit dem Pfropfen eines Luftgewehres abschießen könne, augenblicklich

---

5 Großflächig wurde Giftgas erstmalig Ende April, Anfang Mai 1915 eingesetzt, als Teile der deutschen 4. Armee unter dem Kommando von Generaloberst Albrecht Herzog von Württemberg vergebens versuchten, Ypern einzunehmen.

6 An der als ruhiger Abschnitt geltenden Front bei Cambrai setzte die britische Armee am 20.11.1917 erstmals geschlossen etwa 400 Panzer zum Durchbruch durch die deutschen Linien ein. Das Überraschungsmoment sowie der Mangel an Abwehrmitteln und an Artilleriemunition auf deutscher Seite führten zu einem großen Anfangserfolg, der bis Anfang Dezember durch einen deutschen Gegenangriff wieder zunichte gemacht wurde.

7 Bereits die ersten Angriffe britischer Panzerkampfwagen ließen zwar dem preußischen Kriegsministerium die Entwicklung geeigneter Abwehrwaffen als dringlich erscheinen, diese wurde jedoch aufgrund anfänglicher Abwehrerfolge vernachlässigt. Vgl. Heinz-Ludger Borgert, Grundzüge der Landkriegführung von Schlieffen bis Guderian. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 5/IX. Grundzüge der militärischen Kriegführung 1648-1939, München 1979, S. 527.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 15.

verschwunden. Im allgemeinen wird die bessere Manneszucht und werden die besseren Nerven nur dann ausschlaggebend sein, wenn die technischen Waffen der Kämpfer wenigstens im großen und ganzen gleichwertige sind. Mit Nervenkraft gegen eine bessere Technik ankämpfen zu wollen, heißt diese Nervenkraft [*zu*] vergeuden, und läßt den Soldaten langsam irre werden, ja sie bringt ihn endlich zum Verzagtsein. Denn es kämpft auch hier kein Mechanismus, sondern ein Wesen aus Fleisch und Blut, dessen Kraftäußerungen immer begrenzte sein werden. Was der deutsche Soldat im Weltkriege nun dennoch gerade gegen diese Waffe mit seinen lächerlich unzulänglichen Mitteln leistete, ist ein Ruhmestitel, den sich der Musketier zuschreiben kann, an dem aber die verantwortlichen "Fachleute" keinen Anteil haben.

Die Bedeutung der Tankwaffe im Kriege beruhte ebensosehr auf der dauernden Förderung für unsere Feinde wie auf der unbegreiflichen geringen und falschen Einschätzung durch uns. Denn so, wie eine unerschütterte Infanterie mit entsprechenden und tauglichen Waffen zu allen Zeiten Kavallerieangriffe zu brechen wußte, so wird eine mit wirksamen Waffen ausgerüstete Kampftruppe bei entsprechender innerer Verfassung - und diese wird nicht wenig bedingt durch die Überzeugung von der Wirksamkeit der eigenen Waffe - auch dem Tankangriff die Stirne bieten können.

Seit dem Weltkriege ist die Entwicklung der Tankwaffe den Weg gegangen, den das Flugzeug im Kriege ging. Aus einer Einheitswaffe schälen sich für verschiedene Kampfhandlungen und Kampfzwecke langsam verschiedene Typen heraus. So existieren heute neben schweren, selbst gegen mittleres Artilleriefeuer gepanzerten Tanks leichtere, schnelle, die nur mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet sind, sowie solche von kleinstem Ausmaß, die ein bis zwei Mann Besatzung haben. Endlich gibt es Tanks, die zu Transportzwecken bestimmt sind, zum Nachschub von Munition, Verpflegung und Mannschaften in die Kampffront, und andere, die Geschütze bis zu sehr schweren Haubitzen aufmontiert haben und damit eigentlich motorisierte Batterien darstellen. Die einen sind für das eigentliche Infanteriegefecht gedacht, während die anderen nur für den Artilleriekampf in Frage kommen. Ohne entsprechende Abwehrwaffen dürfte schon heute der Widerstand gegen eine mit modernsten Tanks ausgerüstete Armee ein fraglicher sein! Wenn nicht der Unterschied in der Qualität des Menschenmaterials ein zu großer ist, wird die Überlegenheit der Technik ausschlaggebend. Es ist denkbar, daß aber eine Macht ohne eigene Tanks bestehen kann, wenn zumindest ihre Abwehrwaffen gerade für den Zweck der Tankbekämpfung höchstwertige sind. Mit Minenwerfern, geballten Handgranatenladungen, Infanterie- und M.G.-Feuer auf Sehschlitze wird man in der Zukunft jedenfalls keinen Tank mehr "erlegen" können, besonders wenn man bedenkt, daß es heute bereits Typen gibt, die bis zu 36 und mehr Kilometer [*pro Stunde*] Schnelligkeit zu entwickeln vermögen. Auch vorgezogene Begleitbatterien oder für die Tankabwehr eingerichtete Infanteriegeschütze, Flakkanonen werden nur sehr beschränkte Erfolge zu erzielen vermögen. Am ehesten vielleicht noch gegen die ein großes Ziel bietenden schweren Tanks, am wenigsten aber gegen die Ein- und Zwei-Mann-Kampfwagen, die auf große Entfernungen, z. B. in Getreidefeldern, überhaupt nicht mehr sichtbar sind. Und diese dürften in der Zukunft für die Infanterie der gefährlichste Gegner sein. Die wirksamste Abwehrwaffe dagegen wird in einem schweren Maschinengewehr liegen, das bei 20 bis 30 Millimeter Kaliberstärke und in genügender Anzahl den Infanterieregimentern zugeteilt, die kleinen, nicht sehr schwer gepanzerten Tanks am ehesten zusammenschießen kann. Immer aber wird der Eigenbesitz von

Tanks in vielen Fällen zu einer Schonung von Menschenmaterial führen, das, wie uns der Weltkrieg gelehrt hat, doch noch schwerer zu ersetzen ist als technische Waffen. Zahlreiche Kampfhandlungen im Infanteriegefecht, die ohne Tanks nur blutig schwer durchzuführen sind, können durch den Einsatz dieser Waffe mit geringeren Opfern und in kürzerer Zeit gelöst und entschieden werden. Mancher verzweifelte Kampf um einen Stützpunkt, der im Felde von unseren Regimentern unverhältnismäßig blutige Opfer erforderte, wäre durch den Einsatz von ein paar Tanks schnell erledigt worden. Die Bedeutung der Waffe erhellt sich am besten aus dem im Friedensvertrag von Versailles ausgesprochenen Verbot dieses Kampfmittels für Deutschland [9]. Der Vorsprung, den unsere Gegner dadurch besitzen, ist ein nicht abzuleugnender. Dennoch könnte er jederzeit aufgeholt werden. Die moderne Waffentechnik ist so im Fluß, die Typen werden in so kurzen Fristen andauernd verbessert, daß kein Staat in Angriff- und Abwehrwaffen sich ein zu großes Material ansammeln darf, ohne Gefahr zu laufen, eines Tages mit veralteten Waffen kämpfen zu müssen. Der Tank von einst ist zu einem unendlich komplizierten Kriegswesen geworden, das ebenso auf Raupen wie auf Rädern läuft, wasser- und gasdicht ist, ja in einzelnen Konstruktionen sogar zu schwimmen vermag. Diese Entwicklung zwingt jeden Staat, sich mit wenigen Exemplaren einer Type zu begnügen und das Hauptaugenmerk auf die dauernd mögliche Großfabrikation einer solchen Type zu richten. Dasselbe gilt natürlich auch für Abwehrwaffen. Es ist die Aufgabe der Heeresleitung eines unterdrückten Volkes, gerade auf diesem Wege den Schutz der Nation vor feindlichen Angriffen zu suchen und sicherzustellen. Allerdings gehört dazu eine innere politische Verfassung, die den Landesverrat und die Industriespionage grundsätzlich mit blutiger Strenge ausrottet. Der nationalsozialistische Staat wird dies einst tun.

28. September 1929 — Dok. 79
"Der Kampf um Österreich"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.9.1928.

Während in Deutschland der Bombenattentatsschwindel [1] langsam abebbt und die aufrechten Republikaner sich aus den hypnotischen Angstzuständen wieder den realen Geschäften des Lebens zuwenden können, ruft der Marxismus die öffentliche Meinung zur Unterstützung seiner bedrängten Brüder in Österreich auf [2]. Nun ist es keineswegs so, als ob die internationale Vereinigung dort irgend etwas zu leiden hätte. Nein, ganz im Gegenteil. Seit vielen Jahrzehn-

9 Artikel 171 des Versailler Friedensvertrags schrieb unter anderem vor: "Desgleichen ist die Herstellung von Panzerwagen, Tanks oder irgendwelchen ähnlichen Vorrichtungen, die Kriegszwecken dienen können, in Deutschland verboten, ebenso deren Einfuhr nach Deutschland." Druck: RGBl. 1919, S. 929.

1 Vgl. Dok. 58, Anm. 1.
2 Vgl. Vorwärts vom 26.9.1929 (MA), "Regierungswechsel in Österreich".

ten übte die Gemeinschaft für "Gleichheit", "Freiheit" und "Brüderlichkeit" [3] in diesem Lande den gemeinsten Terror gegen alle Andersdenkenden aus. "Die Straße gehört der Sozialdemokratie" [4]. Das war ein Grundsatz, der bereits vor dem Kriege in Wien und in den Provinzen nahezu unbeschränkt Geltung hatte. Willig fügten sich die bürgerlichen Patrioten und Parteihelden in diese von der Vorsehung getroffene Bestimmung. Versuchte irgend jemand, der nicht zum großen, internationalen Volks- und Arbeiterbeschwindelungsverband gehörte, seine Meinung kundzugeben, dann war dies eine "Provokation des Proletariats" und wurde sofort als solche unterdrückt. Seit dem Kriege war die rote Terrorherrschaft langsam unerträglich geworden. Und zwar nicht nur auf den Straßen, sondern noch mehr in den Betrieben. Wer sich als Arbeiter den internationalen Volksbelügern und Börsendienern nicht fügen wollte, wurde entweder aus dem Betrieb hinausgefeuert und damit arbeitslos gemacht oder so mißhandelt, daß er endlich nachgab oder, wenn die Rücksicht auf seine Familie ihn zwang, eben nachgeben mußte. Unter dem christlich-sozialen Regiment [5] (einer verwandten Partei des Herrn Ministers a. D. Schweyer [6]!) kam es so weit, daß die Behauptung, der Staat beschütze seinen Bürger, wirklich nur als eine ebenso blöde, dumme wie unwahre Phrase angesprochen werden konnte. Da also der Staat, wie auch in Bayern und heute im ganzen Reich, in Wahrheit den Schutz der Bürger gegenüber seinen terroristischen internationalen Elementen in der Praxis nicht auszuüben vermag und auch nicht ausübt, sahen sich diese endlich gezwungen, diesen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. So wie in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung in unzähligen Orten den roten Terror gebrochen hat und erst das herstellte, was das blöde Gefasel eines Ministers als Aufgabe des Staats bezeichnete, nämlich die Freiheit der Meinungsäußerung und den Schutz des anständigen Menschen [7], hat in Österreich die Heimwehr [8], wenn auch unter anderen Voraussetzungen und auf anderen Wegen, dieselbe Aufgabe übernommen. Die Heimwehrbewegung in Österreich ist die Reaktion auf den roten Terror [9]. Sie wuchs aus der Er-

3 Die Begriffe "Liberté, Egalité, Fraternité" wurden 1793 die Parole der Französischen Revolution.

4 Zum Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und zur bürgerlichen Sozialistenfurcht in Österreich vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983, S. 37 f., 74 f. sowie Wiltschegg, Heimwehr, S. 30 ff.

5 Seit 30.10.1918 gehörten christlichsoziale Minister der österreichischen Bundesregierung an. Auch im unter Bundeskanzler Johannes Schober am 26.9.1929 gebildeten Kabinett waren die Christlichsozialen vertreten.

6 Franz Xaver Schweyer (1868-1935), Dr. jur. et oec. publ., 1898 Eintritt in den bayerischen Verwaltungsdienst, 1911 Regierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1919 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1920/21 Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, September 1921 bis Juni 1924 Minister des Innern (BVP), anschließend in der Wirtschaft tätig.

7 Im Zusammenhang mit dem Aufmarsch bewaffneter rechtsextremer Verbände am 1.5.1923 in München war der damalige bayerische Innenminister Schweyer am 3.5.1923 im Haushaltsauschuß des Landtags heftig angegriffen worden. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Aufgabe des Staates. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1923, S. 96.

8 Zum Ursprung der Heimwehr vgl. Dok. 23, Anm. 14.

9 Nach dem Freispruch von rechtsradikalen Gewalttätern kam es am 15.7.1927 in Wien zu spontanen, sich schnell ausbreitenden Protestaktionen, die im Laufe des Vormittags eskalierten. Mehrere Gebäude, darunter der Justitzpalast, wurden in Brand gesteckt. Die Kämpfe, die sich bis zum Abend des nächsten Tages hinzogen, forderten auf beiden Seiten 89 Tote und mehrere Hundert Verletzte. Der erstmalige Einsatz der Heimwehr trug zur Beendigung der Krise bei und führte bei der Heimwehr zur Stärkung des Selbstverständnisses als antimarxistische Kampfbewegung. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 144 ff. sowie Wiltschegg, Heimwehr, S. 40 f., 304 ff.

kenntnis heraus, daß das Geschwätz von Regierungshäuptlingen über "staatsbürgerliche Gleichberechtigung" solange eine dumme und feige Lüge ist, als in tausend Einzelakten die Organisation einer bestimmten Partei in der Lage ist, andere Menschen wegen ihrer Gesinnung, ja sprich in Wahrheit wegen ihrer Volks- und Vaterlandsliebe, zu terrorisieren. Trotz allem Geschwätz von wegen der "Staatsautorität", das diese parlamentarischen Ministerpapageien immer wieder herunterratschen, haben sich endlich auch in Österreich Männer zusammengefunden, um der Freiheit eine Gasse [10] zu brechen und den roten, unerträglich gewordenen Druck zu beseitigen. Jahrelang haben die bürgerlichen Parteimänner nichts getan, um dem roten Unheil entgegenzuwirken. Ja, im Gegenteil, genau so wie in Bayern haben auch dort alle ministeriellen Dummköpfe Gut und Schlecht paritätisch zu behandeln versucht, d. h. aber dann in Wahrheit, nur den Lumpen zur Herrschaft über die Guten verholfen. Auch dort trat die "Staatsautorität" immer nur dann in Erscheinung, wenn der Gute sich zu wehren anfing und die Unterdrückung durch den Halunken nicht mehr dulden wollte. Dann wurden plötzlich diese Ministersessel mobil und sahen sich veranlaßt, angetrieben vom Geschrei der Roten, die öffentliche Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wie das diese Lügenmäuler immer so schön verkünden: nämlich die Verteidigung des Anständigen zu verhindern und die Verbrecher wieder in ihre frühern Rechte einzusetzen! Der Sieg der "Staatsautorität" heißt dann das. Nun ist die Heimwehrbewegung groß und größer geworden und kann auch von Ministern parlamentarischer Dekadenz nicht mehr beseitigt werden. Die Heimwehr offenbart ihren Willen in zahlreichen Versammlungen und Aufmärschen. Sie droht dem marxistischen Terror eines Tages mit ebensolchen Mitteln entgegenzutreten und versichert vor allem, daß sie nicht mehr dulden will, daß die rote Reichshauptstadt Wien das ganze übrige Land unter ihren Druck nimmt [11]. Nun werden auch die bürgerlichen Parlamentarier auf einmal lebendig. Alles schreit nach einer Verfassungsreform, und nicht am wenigsten diejenigen, die an diesen skandalösen Zuständen selbst am meisten schuldig sind. Bedenklich kommt mir dabei vor allem nur eines vor: Der korporative Eintritt großer Verbände in die Heimwehr nützt ihr nicht nur nichts, sondern wird sie nur belasten [12]. Besonders mag sie sich hüten vor den bürgerlichen Parteien. Diese sind das schlimmste Gift, das in Österreich und Deutschland heute vorhanden ist. Der Marxismus wäre längst in Deutschland gebrochen, wenn nicht die scheinnationalen bürgerlichen Parteien sich mit ihrer üblen Prostituiertenrolle abgefunden hätten. Diese sind es, die immer und immer wieder den marxistischen Wegelagerern die Stange halten und dort, wo sie sich am Ruder befinden, den Marxismus in Schutz nehmen und jede ernstliche Auseinandersetzung zu verhindern trachten. Der Marxismus ist eine Verkörperung des Verbrechens, das bürgerliche Parteiwesen aber eine solche feiger, unanständiger Gemeinheit. Eine Generalauseinandersetzung mit dem Marxismus ist undenkbar ohne eine restlose Vernichtung der bürgerlichen Parteikadaver. Wer das nicht glauben will, der wird in der Zukunft erleben, daß jeder Kampf

10 "Der Freiheit eine Gasse" stammt aus dem 1813 entstandenen Gedicht "Aufruf" von Theodor Körner.

11 Seit Sommer 1929 hatte die Heimwehr dem italienischen Vorbild folgend einen "Marsch auf Wien" angekündigt. Der Amtsantritt von Bundeskanzler Schober am 26.9.1929 gab der Heimwehr jedoch die Hoffnung, ihr Ziel eines "Autoritären Staates" auf legalem Wege verwirklichen zu können. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 179 f.

12 Am 28.8.1929 war der christlich-soziale "Niederösterreichische Bauernbund" mit 100.000 Mitgliedern geschlossen der Heimwehr beigetreten.

gegen die internationale Pest immer wieder durch bürgerliche Parteien von rückwärts sabotiert wird. Und das ist die Schwäche der österreichischen Heimwehrbewegung. Sie ist eine bürgerliche Einrichtung, hat zahllose Brücken ins bürgerliche Parteilager, und wird am Ende doch bei einem bürgerlichen, d. h. halben Ergebnis, landen. Dabei ist diesen bürgerlichen Parteipolitikern das Vaterland gerade so feil wie ihre Gesinnung. Eine Bewegung, die mit den heutigen Zuständen aufräumen will, muß sich daher vor allem vor jeder parteibürgerlichen Infektion reinhalten und sichern. Das Hereinnehmen großer bürgerlicher Vereins- und Parteibestände in eine Kampforganisation bedeutet naturnotwendigerweise ihren Tod. Nicht der Kampforganisation wollen sie dienen, sondern die Kraft dieser Organisation für ihre eigenen verhängnisvollen Zwecke einspannen. Wo das bürgerliche Parteipolitikertum erst einmal eingedrungen ist, wird jede Entschlußkraft zum Handeln sofort gelähmt, und an seine Stelle tritt dann das ewige Kompromisseln oder das "schlaue Paktieren", wie der große schlaue Bauerndoktor von Regensburg [13] meint, der es auf diesem Wege immerhin langsam fertigbrachte, Bayern zur Provinz der jüdischen Berliner Machthaber herunterzudegradieren. Ja, sie sind schon verdammt "schlaue Paktierer", diese bürgerlichen Politiker! Jahrzehntelang haben sie "paktiert" und endlich Deutschland zum Ruin gebracht. Und seit der Revolution ist das Paktieren überhaupt ihre einzige Kunst geworden, und wieder liegen die Ergebnisse, die staunenswerten Ergebnisse dieser bürgerlichen Schlauköpfe vor uns, und jetzt haben sie nur eine Sorge, daß ihre Kunst auch der österreichischen Heimwehr zuteil wird, daß auch sie das Paktieren lernt und dann endlich den Weg geht, den diese paktierenden Gebilde noch immer gegangen sind: nämlich den Weg zur Ohnmacht, zur Wehrlosigkeit und damit zur Vernichtung! Wenn die österreichische Heimwehrbewegung ihre Mission erfüllen will, dann nehme sie die bürgerlichen Politikusse, die schlauen Paktierer, einen nach dem anderen bei den Ohren und feuere sie gegen die Wand. Tut sie das nicht, wird wieder ein verheißungsvoller Aufschwung unter der bürgerlichen Minderwertigkeit zerfallen und ersticken.

28. September 1929 — Dok. 80
"An alle Gauleiter und Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P."
Anordnung

Gedrucktes Exemplar, 28.9.1929; BA, Slg. Schumacher 415.

Ende vorigen Jahres schrieb ich an die Gau- und Ortsgruppenleiter [1]:

"Ich mache es nicht nur allen SA-Führern, sondern gerade auch den Gauleitern und den Ortsgruppenleitern zur Pflicht, im kommenden Jahre mehr als bisher ihre Organisation zur

---

13 Gemeint ist Georg Heim (1865-1938), Reallehrer, 1893 Dr. oec. publ., 1898 Mitbegründer des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, seit 1899 Leiter von dessen Zentralstelle, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1924 MdR (BVP), 1920-1925 Präsident der Landesbauernkammer in Bayern, 1932 Austritt aus der BVP.

1 Hitlers Anordnung vom 12.12.1928, vgl. Bd. III/1, Dok. 66.

Durchführung der SA-Versicherung einzusetzen [2]. Jeder Führer muß es fertigbekommen, daß in dem herannahenden schweren Streitjahre *alle seine Parteigenossen* - nicht nur die SA-Männer - unter gebührendem Versicherungsschutz stehen. Von jedem Führer kann die notwendige Einsicht und Übersicht verlangt werden."

Trotzdem sind allein von den letzten sieben Todesopfern [3] nicht weniger als sechs Tote ohne jede Versicherung geblieben, ferner ebenso 65 schwer und langwierig Verletzte, von den leichteren Fällen ganz zu schweigen. Die Gesamtziffer der Versicherten erreicht noch nicht 25 % der Parteigenossen, ja, in manchen Gauen ist nicht einmal ein Sechstel der Parteimitglieder versichert. *Ein Blick in die Zustände an der Front* [*sic!*] *und ein Blick auf die täglichen Pressemeldungen genügen, um die völlige Unhaltbarkeit dieses Zustandes zu erkennen.*

Der persönliche Einfluß des Gauleiters und die Leistungsfähigkeit seines Organisationsapparates müssen genügen, um hier grundlegend Wandel zu schaffen. Ich werde mir von jetzt ab allmonatlich über die Versicherungsstatistik der einzelnen Gaue und bemerkenswerten Ortsgruppen Vortrag halten lassen und will mir mein Urteil darnach bilden.

Heil!
gez. *Adolf Hitler*

2 Die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde. Bei einem monatlichen Beitrag von 20 Pfennig umfaßte diese Versicherung folgende Leistungen: 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität, 3 RM tägliches Krankengeld, 10.000 RM Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 RM Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 408 ff.

3 Erich Jost, Katharina Grünewald, Otto Streibel, Hermann Schmidt, Heinrich Limbach, Hans Georg Kütemeyer und Heinrich Kottmann. Vgl. Halbmast, S. 30 f.

5. Oktober 1929 Dok. 81
"S.A. Achtung!"
Anordnung

VB vom 5.10.1929 [1].

Ich erwarte von jedem S.A.-Mann, daß er seine Dienstausrüstung ausschließlich beim Zeugmeister bezieht [2].

Ungeeignete und minderwertige Nachahmungen dürfen keinen Eingang in die S.A. finden.

Adolf Hitler

Von allen Parteiblättern nachzudrucken!

5. Oktober 1929 Dok. 82
"Young-Plan [1] und Parlamentswirtschaft"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.10.1929.

Wohin ein Staat kommt, der glaubt, unversöhnliche Feinde durch Nachgiebigkeit umstimmen zu können, hat Karthagos Schicksal als warnendes Beispiel für alle Zeiten gezeigt [2]. Freilich pflegt man die Warnungen der Geschichte nur zu häufig in den Wind zu schlagen, wenn ihre Berücksichtigung harte Entschlüsse und risikovolle Entscheidungen erfordert. Man hat vor wenigen Jahren einen deutschen Feldherrn [3] als "Vabanque-Spieler" bezeichnet, weil er den

---

1 Nochmals abgedruckt im VB vom 22.10.1928.

2 Die "Reichszeugmeisterei" nahm am 1.4.1929 ihre Tätigkeit auf. Vorläufer war die am 19.2.1927 gegründete "SA-Wirtschaftsstelle". Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 415 f.

1 Vgl. Dok. 54, Anm. 5, Dok. 41, Anm. 11.

2 Bezieht sich auf die schwere Niederlage Karthagos gegen Rom im Zweiten Punischen Krieg (218-201 v. Chr.). Karthago verlor beim Friedensschluß alle Kolonien, mußte die Kriegsflotte fast vollständig ausliefern, Geiseln stellen und sich zu hohen, langandauernden Tributen verpflichten. Trotz der karthagischen Bemühungen, diese Friedensbedingungen zu erfüllen, endete der 3. Punische Krieg 146 v. Chr mit der endgültigen Zerstörung der Stadt.

3 Gemeint ist Erich Ludendorff (1865-1937), General a. D., 1882 Leutnant, 1914 Chef des Generalstabs der 8. Armee, 1916 Erster Generalquartiermeister der (3.) OHL, Oktober 1918 Abschied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 vor Gericht freigesprochen, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Kandidat der NSDAP für die Reichspräsidentenschaft, 1925-1933 Führer des Tannenberg-Bundes, 1930 Leiter der deutschgläubigen Religionsgemeinschaft "Deutschvolk" (zusammen mit Mathilde Ludendorff), später umbenannt in "Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Haus Ludendorff)".

Einsatz der gesamten nationalen Kraft in den Krieg forderte, ohne des Sieges sicher zu sein [4]. Nun ist das ganze Leben aber ebenfalls nichts anderes als ein "Vabanque-Spiel", und am allermeisten gilt dies für das Leben der Völker im großen genommen. Immer wird der Einsatz das Leben sein, damit eben dieses Leben wieder gewonnen werden kann [5]. So unsicher der mögliche Erfolg auch ist, so hat sich doch im Laufe der Jahrtausende aus geschichtlichen Erfahrungen eine weise Erkenntnis ergeben: Ein Volk, das den höchsten Einsatz nicht mehr wagt, wird gerade um das betrogen und gebracht, was es aus Feigheit zu schonen vermeint; um das Leben selbst. Im allgemeinen ist noch keine Nation an übergroßem Heroismus zugrunde gegangen, zahlreiche Völker aber aus mangelndem Mut. Das Schlimmste ist dabei die Tatsache, daß, sowie ein Volk erst einmal diesen Weg beschritten hat, es nur mehr sehr schwer davon zurückzureißen ist. Die Feigheit findet zu ihrer Verteidigung stets leichter tausend Gründe und Motive, als der Mut zehne [*sic!*]. Ein heldenhafter Entschluß ist in den meisten Fällen schwerer zu begründen als eine erbärmliche Kapitulation, denn im einen Falle liegen alle Vorteile in der Zukunft, im anderen alle vermeintlichen in der Gegenwart, ja sogar manchesmal im Augenblick. Wie leicht ist es zum Beispiel beim heutigen deutschen Volk, die jämmerlichste Unterwerfung mit "wirtschaftlichen Notwendigkeiten" der Zeit zu begründen, und wie schwer, einen heroischen Widerstand mit solchen der Zukunft zu beweisen, ganz abgesehen davon, daß in materialistischen Zeiten die Gegenwart die Sinne so sehr blendet, daß Begriffe wie Ehre, Freiheit, Würde, weil im Augenblick nicht in reale Werte umsetzbar, keinerlei Schätzung erfahren. Für das Linsengericht [6] einer einmaligen Anleihe [7] verkauft man alle Begriffe von Anstand und Ehrgefühl samt der Freiheit dazu und überlegt nicht im geringsten, daß die wirtschaftlichen Vorteile, die man der Gegenwart dafür zu erhandeln glaubt, der Zukunft am Leben zehnfach abgezogen werden. Man nennt eine solche Politik dann "klug", während sie in Wirklichkeit ebenso kurzsichtig wie blöde ist; man bezeichnet ihre Macher als "schlaue Paktierer", während sie in Wahrheit dumme Esel oder verkommene Lumpen sind; und man verfemt ihre Widersacher als radikale, unreife Elemente, während sie tatsächlich die einzigen wirklichen Wahrer des Daseins eines Volkes vorstellen. Der größte Militärphilosoph aller Zeiten, Clausewitz, an Geist und Weisheit einem bayerischen Volksparteipolitiker ungefähr so überlegen wie ein Sokrates einem Papua, hat diese Sorte von "schlauen Paktierern" und "klugen Politikern" in seinen "Bekenntnissen" in unsterblicher Weise abgeschüttelt für immer, in-

4 Als Generalquartiermeister der am 29.8.1916 eingesetzten sogenannten 3. Obersten Heeresleitung betrieb Erich Ludendorff gegen den Widerstand von Reichskanzler Bethmann Hollweg die Mobilisierung aller materiellen und personellen Mittel für die Kriegführung, ohne die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen zu bedenken. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 187 ff.

5 Nach Friedrich von Schiller, Wallensteins Lager: "Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein."

6 Anspielung auf 1. Mose 25, 29-34. Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht an Jakob.

7 Mitte September 1929 wurden in der Presse die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Svenska Tändstiks Aktiebolaget des schwedischen Industriellen Ivar Kreuger bekannt. Am 26.10.1929 wurden die Verträge unterzeichnet, nach denen Kreuger dem Reich eine 50jährige Anleihe von 125 Millionen Dollar mit 6% Verzinsung gewährte und dafür an einem einzurichtenden deutschen Zündholzmonopol beteiligt wurde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 982 ff., 1130 f.

dem er sich lossagt von einer Klugheit, die in Wirklichkeit bemäntelte Feigheit und Dummheit ist [8]!

Wenn Völker den Weg einer erbärmlichen Unterwerfung beschreiten, ist es bemerkenswert, daß die verantwortlichen Männer dieser Entwicklung immer die vorhergegangenen Entschlüsse bedauern und ablehnen und in ihnen allein die zwangsläufige Ursache ihrer analogen eigenen Entschlüsse sehen. Denn sie begründen ihre eigene Unterwerfung immer mit der Unterwerfung, die vorhergegangen war. Jede feige Handlung dieser Art zieht zwangsläufig als Folgeerscheinung neue Unterwerfungen nach sich. Und damit kann auch jeder Staat, dessen Leitung über geschichtliche Erfahrungen verfügt und die demgemäß auch einen größeren Blick besitzt, als er vom Kirchturm von Tuntenhausen [9] aus möglich ist, eine Handlungsweise einem Besiegten gegenüber einrichten. Sowie der Besiegte den ersten Schritt über das hinaus unternimmt, zu was ihn der Sieger tatsächlich zwingen könnte, beginnt der freiwillige Weg in die Sklaverei. Denn wer einmal dann A gesagt hat, wird das B nicht verweigern wollen. Wenn man erst einen Waffenstillstandsvertrag von Spa [10] unterzeichnet mit allen seinen Folgeerscheinungen, wird man die Unterschrift einem Versailles [11] wohl schwerlich mehr versagen; wer ein Versailles annimmt, schluckt ein Diktat von London [12], wer dieses nicht mehr ablehnt, geht dann auch nach Genf [13]; wer davor nicht zurückschreckt, findet ein Dawes-Diktat [14] noch erträglich, und von dort ist nur mehr ein Schritt nach Locarno [15]. Und wundert man sich dann, nachdem schon so viel hinuntergewürgt wurde, daß man nun glaubt, auch den Young-Plan, das neue Pariser Tributdiktat, ebenfalls verdauen zu können? Nein, das ist alles eine ganz folgerichtige Entwicklung. Wer einmal der Ehre und der Freiheit entsagt hat, wird sich langsam immer mehr an das Los des Sklaven gewöhnen, das Gefühl für nationale Scham geht dann langsam verloren, und wenn einem solchen Volk dann auch noch der Feind im Inneren sitzt und dementsprechend arbeitet, alle nationalen Traditionen beseitigt, ja selbst den gesunden Sinn für eine nationale Kultur zerstört, dann wundere man sich nicht, wenn im Laufe weniger Jahrzehnte ein früher heroisches Volk zum Niveau eines elenden Armeniers heruntersinkt. Saupack, korrupt und verkommen, gesinnungslos, bettelhaft, unterwürfig, ja hündisch, wenn man diese Art in ihren besseren Rassen dadurch nicht beleidigen würde! Sinkt ein Volk einmal auf diesen Stand herunter, dann ist es das schwerste, irgendwo und irgendwann einen

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

9 Anspielung auf den 1869 von Ludwig Graf zu Arco-Zinneberg und Balthasar Daller gegründeten Bayerisch-patriotischen Bauernverein zu Tuntenhausen, an dessen jährlichen Herbsttagungen führende Vertreter des bayerischen Zentrums bzw. der BVP auftraten. Vgl. Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986, S. 30 f.

10 Der Waffenstillstand war am 11.11.1918 in Compiègne unterzeichnet worden (vgl. Dok. 30, Anm. 4). Er war zeitlich befristet und mußte wiederholt verlängert werden. Hierfür war die deutsche Waffenstillstandskommission zuständig, die ihren Sitz in Spa hatte.

11 Versailler Friedensvertrag. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

12 Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

13 Wahrscheinlich Anspielung auf die am 15.5.1922 zwischen Polen und Deutschland abgeschlossene Genfer Konvention, das die Rechte in den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten regelte. Druck: RGBl. 1922, II, S. 238 ff.

14 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

15 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

Anlaß und einen Zeitpunkt zu finden, an dem die Linie der allgemeinen Entwicklung wieder gebrochen wird und das Volk aus der Tendenz der Selbstaufgabe zurückkehrt zu einer solchen der Selbstbehauptung. Der feige "schlaue Paktierer" wird einen solchen Zeitpunkt niemals als gegeben erachten, und kein Anlaß wird ihm als entsetzlich genug erscheinen, der bisherigen Entwicklung zu entsagen und an Stelle der Ergebung den Widerstand zu setzen. Nein, er wird sein eigenes Handeln immer von den Utilitätsgesichtspunkten, die seiner seelischen Verfassung entsprechen, aus bestimmen, wird über die Vergangenheit maulen und auf die Zukunft hoffen. "Die Kinder, die lieben, guten Kinder, die werden es einst machen!" Noch besser allerdings ist es, auch diese nicht mit einem so gefahrvollen Auftrage zu betrauen, sondern am besten gleich den lieben Gott dafür einzusetzen. "Herr, mach uns frei", seufzt der schlaue Paktierer dann und unterschreibt das Edikt einer neuen Versklavung. Diese Erscheinungen gab es zu allen Zeiten. Es ist falsch zu glauben, daß der Freiheitskampf einer Nation jemals ein solcher der Majorität oder des Durchschnitts gewesen wäre. Immer waren die Träger der Freiheit und des Freiheitsgedankens sogenannte "verrückte" Einzelne, "unreife Elemente" usw. und immer die Wortführer der Versklavung die "klugen", "abwägenden" "Politiker", in Wirklichkeit also die Wortführer der Zeit, soweit sie offiziell in Erscheinung treten. Und immer mußten dann die Völker schwere Lehren zahlen, bis sie die seichten parlamentarischen Windbeutel erkannten, ihr dummes, ebenso freches wie aufdringliches Geschwätz durchschauten und diesen "legalen" Verderbern das Vertrauen entzogen und sie endlich zum Teufel jagten. Der Zeitpunkt, an dem ein Volk seine Gesinnung ändern kann, ist stets vorhanden! Wer ihn in der Gegenwart nicht sieht, wird ihn auch in der Zukunft nie finden und selbst wenn er mit dem Kopf darauf stieße, er wird es endlich gar nicht mehr wollen. Das neue Young-Diktat ist ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß nur der in Gesinnungslosigkeit abgebrühte alte Parlamentarier auch darin keinerlei Anlaß zu einem Wandel der Gesinnung zu finden vermag. Wir Nationalsozialisten glauben, daß es notwendig ist, an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte die Meinungen bewußt und klar zu spalten. Es ist uns vollkommen gleichgültig, wie das Volksbegehren [16] ausgeht oder ausgehen mag, wesentlich aber ist, daß sich über dieser Tatsache die Meinungen klären und daß diejenigen vor aller Öffentlichkeit festgenagelt werden, die auch dieser Unterwerfung das Wort zu reden wagen! Es wird die Zeit einst kommen, in der unser Volk seufzt unter der Last dieses Vertrages, es wird dann wesentlich sein, daß das Volk durch dieses Volksbegehren weiß, wer gegen diesen Vertrag Stellung nahm und wer bereit war, auch ihn zu unterschreiben. Es ist eine Arbeit auf weite Sicht, eine Saat, die heute gelegt wird und die einst aber ausreift zu einer Ernte. Wenn heute im bürgerlichen Lager da und dort schon wieder die Angst vor der eigenen Courage entsteht, dann soll und darf uns dies erst recht nicht beirren. Ewig kann Deutschland nicht versklavt sein. Einmal muß also ein Wandel eintreten. Die alte Generation, die dieses alles verschuldet hat, glaubt selbst nicht mehr an sich. "Die Kinder", hoffen sie, "sollen es einst machen". Den Herrgott versuchen sie mit dieser Aufgabe zu beladen, und wir? Wir sind die "unreife" Jugend. Wohlan denn: Da doch die Kinder es einst machen sollen, wollen wir, die "unreife Jugend", gleich damit beginnen. Die alte Generation hat in der Geschichte vor unserem Volk und aller Welt den Nachweis für ihre hundertprozentige Unfähigkeit erbracht! Es ist eine Frechheit, uns und die kommenden Generationen mit dem

16 Vgl. Dok. 50, 51.

Fluch der Unfähigkeit dieser bürgerlichen Politikaster beladen zu wollen. Wir verbieten [*sic!*] uns die ebenso blöde wie freche Unverschämtheit eines solchen parlamentarischen Affen, uns einen Vorwurf machen zu wollen, weil wir nicht geneigt sind, für die Sünden dieser politischen Strohköpfe in der Zukunft aufzukommen. Wenn diese Herren Doktoren ihre Unfähigkeit selbst begleichen wollten, könnte das ihre Sache sein. Die Generation, die schon auf dem Schlachtfeld blutete, kann es sich aber mit Recht verbieten [*sic!*], ihr ganzes Leben Tribut zu leisten, weil ein in seiner Unfähigkeit erprobtes parlamentarisches Zeug an einer Stellung klebt, die nur der Genialität und der Fähigkeit zukommt. 60 Jahre lang ist durch diese Gesellschaftsschichte [*sic!*] Deutschland belastet worden. Es ist Zeit, daß sie verschwindet. Auch wir beten, "Herr, mach uns frei", aber nicht von unserem äußeren Feind, denn dessen werden wir in dem Augenblick ledig sein, an dem uns der Herr von dem bürgerlich-parlamentarischen Übel im Inneren erlöst. Was an uns liegt, um dies zu erreichen, soll dabei getan werden!

12. Oktober 1929 Dok. 83
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 12.10.1929.

Es ist ein schlimmes Erbe, das der "Retter des Vaterlandes" seinen Nachfolgern im Amte überlassen hat [1]. Eine spätere Zeit wird unsere heute regierende Generation als die des Verschleuderns und der Preisgabe aller Hoheitsrechte unseres Volkes bezeichnen. Der Abgrund, der diese Regierungsgeneration von der unserer Schlachtfelder trennt, ist ein meilenweiter. Ihre vollendetste Repräsentation hat dieses Regierungs-Deutschland aber unzweifelhaft in Gustav gefunden. Ganz gleich, ob man zugeben will, daß Männer Geschichte machen [2] oder ob man behauptet, daß die Geschichte die Männer fabriziert: Herr Stresemann ist der Typ unserer Zeit gewesen und wird als solcher ebenso fortleben wie ein Cäsar, ein Friedrich der Große, ein Napoleon oder ein Bismarck. Es ist nun einmal so, daß die Weltgeschichte nur die Extreme der Nachwelt aufbewahrt. Träger des größten Heroismus, kühnster Leidenschaft und wagemutigster Entschlüsse, ebenso wie den Lederhändler Kleon [3] und seine weitverzweigte Sippschaft. Bemerkenswert und für die Nachwelt beachtlich wird aber auch die Aufführung und das Getue unseres Bürgertums und insbesondere seiner Gazetten anläßlich des Todes seines Repräsentanten sein. Ähnlich charakterlose Züge wird man in der Geschichte immer wieder finden. Sie zeigen am besten die innere Hohlheit und Wertlosigkeit einer Gesellschaftsklasse

1 Gemeint ist Gustav Stresemann, der am 3.10.1929 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben war.
2 Nach dem 1879 erstmals erschienenen Werk "Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" von Heinrich von Treitschke. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928, S. 27.
3 Erster nichtadeliger Politiker von Athen, Gegner von Perikles, Gerbereibesitzer. 422 v. Chr. im Kampf gegen die Spartaner gefallen.

an, deren ganzes Denken nur noch von Utilitätsgesichtspunkten aus bestimmt wird und die demgemäß Prinzipien grundsätzlich verleugnet und ablehnt. Im übrigen errichtet sich jeder Mensch sein Grabmonument selbst. Es spielt gar keine Rolle und tut nichts zur Sache, wie die Gegenwart die Größe eines Mannes sehen will. Wem hat das politische Pack nicht schon zugejubelt? Vor welchen betreßten Strohköpfen zog unser Bürgertum nicht schon mit tiefsten Bücklingen seinen Hut, wen hat es nicht schon hochleben lassen und wie schnell ist die Minderwertigkeit dieser Geschöpfe dann entlarvt worden? Es wird diesmal nicht anders sein. Wer weiß, ob nicht schon zehn Jahre genügen, um den Mann des größten Unheils unseres Volkes auch als solchen zweifelsfrei festzustellen. Und wer weiß, wem unser Bürgertum dann zujubeln wird! Der redliche Mensch kann ohnehin nur eine einzige Angst haben, den Beifall einer Masse zu finden, die einen Ludwig XVI. untertänigst verehrte und dann köpfte, einen Napoleon umjubelte und dann bespie, einem Bismarck zu Lebzeiten das Dasein sauer machte, um ihn später bei jeder Gelegenheit im schleimigen Mund zu führen, in der Praxis aber sein Werk zu zerschlagen und zu verraten. Herr Stresemann ist durch das Republikschutzgesetz durch Zuchthaus und Gefängnis vor der Kritik der Nationalsozialisten geschützt worden [4], vor der Kritik der Geschichte aber wird er sich nicht retten können.

Es ist auffallend stille geworden um die "Bombenattentäter" [5]. Auf einmal ebbt das Geschrei ganz sachte ab und alles ist, als ob nichts gewesen wäre. Ein "Attentäter" nach dem anderen wird auf freien Fuß gesetzt [6] und die Presse wendet sich wieder anderen wichtigen Dingen zu. Der ganze Schwindel schläft nun ein, um natürlich bei Bedarf in irgendeiner anderen Form wieder aufgezogen zu werden. Ich glaube nicht, daß es einen Menschen von einiger Vernunft gibt, der unterdes den inneren Sinn und Zweck des Bombenschwindels nicht durchschaut haben wird. Was wir damals sofort voraussahen, ist eingetroffen. Die Bombenhetze war der gut gelungene Vorwand zur Einbringung des neuen Republikschutzgesetzes [7]. Ein Zuchthausgesetz, das den allergemeinsten Freiheitsbedrückungen historischer Art nicht nur gleicht, sondern überlegen ist, und zwar überlegen deshalb, weil kein Vergehen im einzelnen substanziert ist, sondern weil es sich nur um einen weitgefaßten Rahmen handelt, dessen Ausfüllung der Einsicht, dem Ermessen und Wollen des jeweiligen Gerichtes anheimgestellt bleibt. Einer an sich durch und durch korrupten Justiz, die zur feilen Straßendirne der Parteimacht geworden ist, wird künftighin die Beurteilung der Stellungnahme der Staatsbürger zum Staate übertragen [8]. Es sind richtige Inquisitionsmethoden, die hier ihre Wiederauferstehung feiern. Und doch sind sie auch der Beweis für die jämmerliche Hohlheit und Unsicherheit zugleich des heutigen Regiments. Im zehnten Jahre der Herrschaft genügen den heutigen Macht-

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

5 Vgl. Dok. 58, Anm. 1; Dok. 72, 74.

6 Für einige Beschuldigte waren die Haftbefehle mangels Fluchtgefahr aufgehoben worden, die Ermittlungen gegen sie liefen jedoch weiter. Vgl. Vossische Zeitung vom 20.9.1929 (PA), "Auch die freigelassenen Attentäter bleiben unter Verfolgung".

7 Nach dem Auslaufen des alten Republikschutzgesetzes am 22.7.1929 (vgl. Dok. 29, Anm. 18), legte die Reichsregierung am 25.9.1929 den Entwurf für ein neues Gesetz vor. Dieser sah bei einzelnen Tatbeständen ein schärferes Strafmaß vor. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 171 ff. sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1024 ff.

8 Vgl. Dok. 61, Anm. 11.

habern die bisherigen Strafgesetze nicht, um sie vor dem Abscheu und der Verachtung des Volkes zu schützen. Das heißt, was sie trifft, ist ja nicht die Verachtung, sondern die aus ihr drohende Verantwortlichkeit, ja die Aussicht, einst zur Rechenschaft gezogen werden zu können. So soll Zuchthaus und Verbannung, Vermögenseinziehung und Polizeiaufsicht mithelfen [9], den Staatsbürger der freiesten Republik in die Knie zu zwingen vor Parteimenschen, die der ärgste Abschaum unseres Volkes sind. Und sie werden sich alle verrechnen! Wenn es zu Generalauseinandersetzungen kommt, ist es immer ein Glück für die Beteiligten, zu wissen, woran sie sind. Mancher unserer bürgerlichen Patrioten hat davon gar keine Ahnung. Dieses Zuchthausgesetz aber wird wieder vielen die Augen öffnen, es wird Fanatiker erziehen, es wird diesen den Kampf für später erleichtern und es wird endlich so jene Grundstimmung hervorbringen, die eben zu grundsätzlichen Abrechnungen notwendig ist. Das junge Deutschland wird daran nicht scheitern. Tausende werden in die Gefängnisse gehen als halbe unsichere Menschen und werden sie verlassen als glühende Hasser des Verbrechergesindels, das unser Volk in dieses Unglück gestürzt hat! Tausende werden durch die ewige Strafverfolgung der bedenklichen bürgerlichen Gemächlichkeit entrissen und zu verwendungsbereiten Menschen gemacht! Für Tausende und Hunderttausende wird langsam das Gefängnis den bisher ihm anhaftenden Geruch verlieren und sie werden es als eine Ehre ansehen, in einem Lande, in dem das politische Verbrechertum, Landesverräter, Deserteure und Fahnenflüchtlinge, triumphieren, ins Gefängnis gesperrt zu werden. Das alte Republikschutzgesetz hat nicht im geringsten verhindern können, daß sich langsam in Deutschland trotzdem eine nationale Opposition zu formen begann. Das neue Zuchthausgesetz wird sie erhärten und ihre Schlagkraft erhöhen. Das einzige, was durch diese ganze Entwicklung beseitigt wird, ist unser politisches deutsches Bürgertum. Und da wird man auch erst einmal in der Zukunft im vollen Umfang erkennen, daß dies das größte Glück für unser Volk war!

Nun hat Österreich endlich seinen Kahr erhalten [10]. Denn ich weiß nicht, wer noch so blöde sein kann, um zu glauben, daß das neue Kabinett Schober [11] wirklich ein Sieg der Heimwehren [12] ist. Es war ja so vorauszusehen. Sowie die Heimwehr, statt die bürgerlichen Parteien abzuwehren, in ihnen eine wertvolle Zunahme der eigenen Kraft erblickte, war es um sie

---

9 Der Entwurf für das neue Republikschutzgesetz sah in schweren Fällen eine Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus, den Verlust von aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Ämtern und den Verlust der Fähigkeit vor, öffentliche Ämter zu bekleiden. Das Vermögen einer verbotenen verfassungsfeindlichen Organisation konnte zugunsten des Sitzlandes eingezogen werden. Druck der berichtigten Fassung vom 30.11.1929: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438, Anlagen, Nr. 1441.

10 Im Angesicht der sich zuspitzenden politischen Lage hatte die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Eugen von Knilling den damaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern Gustav von Kahr am 26.9.1923 zum Generalstaatskommissar von Bayern ernannt und ihm damit sämtliche in Bayern liegende Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden - mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden - direkt unterstellt. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 193 ff. sowie Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingel. und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 180 ff.

11 Johannes Schober (1874-1932), Dr. jur., 1898 Eintritt in die Wiener Polizei, 1918-1922 und erneut 1922-1929 Polizeipräsident von Wien, 1921/22 Bundeskanzler und Außenminister, 1929/30 Bundeskanzler, 1930-1932 Vizekanzler und Außenminister.

12 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

geschehen [13]. Man täusche sich niemals darüber, daß unser politisches Bürgertum, ganz gleich, in welchem Lager es steht, gar nicht daran denkt, sich mit den Sozialdemokraten oder überhaupt dem Marxismus ernstlich auseinanderzusetzen. Juden und Freimaurer, die, wenn sie schon nicht überhaupt das große Wort führen, zumindest im verborgenen die bürgerlichen Parteigebilde dirigieren, haben wirklich verdammt kein Interesse daran, den Marxismus zu bekämpfen oder gar zu vernichten. Der ganze Krieg des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus ist nur ein Kampf um den Futterplatz und weiter nichts. Eine so prinzipienlose Gesellschaft, wie sie unsere bürgerlichen Parteien umfassen, denkt gar nicht daran, das ganze Dasein auf eine einzige Entscheidung zu setzen. Gott bewahre davor! Das deutsche Bürgertum hat überhaupt nur eine einzige Angst, und das ist die Angst vor dem starken Mann. Es ist zum Aufheulen, wenn man in bürgerlichen Blättern manchmal von der "Regierung der starken Hand" hört. Es ist das immer nur die bürgerliche "Stärke", und dieses Bürgertum sieht alles als stark an, was in nächster Zeit die kleinen und großen politischen Schiebergeschäfte ermöglicht und garantiert. Nicht umsonst haben auch in Italien die bürgerlichen Parteien den Faschismus gehaßt wie die Pest. Einem bürgerlichen Parteipolitiker ist der Marxist, soferne er dank dessen Korruption auch auf die Möglichkeit des eigenen Mitschiebens rechnen kann, tausendmal sympathischer als ein überzeugter fanatischer Nationalist, dem die Größe des Vaterlandes höhersteht als die Gewinnstmöglichkeit [*sic!*] eines einzelnen. Daher ziehen sie auch tatsächlich jeden Juden jenem Deutschen vor, der starr und unverrückbar der Größe seines Volkstums alles andere unterzuordnen wünscht. Und daher erfaßt sie ja auch die größte Angst, sowie irgendeine Bewegung die endgültige Beseitigung des Marxismus befürchten läßt. Die Aufgabe des Herrn Schober in Wien ist selbstverständlich nicht die Aufgabe, die sich ein Mussolini gestellt hatte, nämlich: Rettung des Vaterlandes durch Vernichtung der Parteien [14], als vielmehr die Rettung der Parteien durch Vernichtung der dem Vaterlande allein dienen wollenden Heimwehren. Das Bürgertum hat zu dem Zweck seinen "starken Mann" abkommandiert. Die Heimwehrführer werden, soweit sie nicht ohnehin selbst parteipolitisch infiziert sind, in kurzer Zeit staunen, daß ihnen die Augen übergehen, wie sachte und sicher zugleich ihnen ihr Instrument aus der Hand gewunden wird oder im anderen Falle unter ihren Händen zerbröckelt. Für uns Nationalsozialisten muß das eine warnende Lehre sein. Der Herr behüte uns vor unseren bürgerlichen Freunden, der Feinde werden wir uns dann selbst erwehren.

13 Vgl. Dok. 79, Anm. 12.
14 Vgl. Dok. 3, Anm. 63.

15. Oktober 1929 Dok. 84
"Rundschreiben an sämtliche Ortsgruppen der N.S.D.A.P." Anordnung

Masch. Abschrift; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

Das rapide Fortschreiten der Bewegung stellt uns mehr und mehr auch in finanzieller Hinsicht vor Aufgaben, die einzig und allein aus Mitgliedsbeiträgen heraus nicht gelöst werden können. Mangels eines Dispositionsfonds mußte bisher eine Reihe von Projekten zurückgestellt werden, deren Ausführung für die Bewegung mitunter von der größten Bedeutung gewesen wäre. Die Schaffung eines solchen Fonds ist bisher gescheitert, weil alle zu diesem Zweck eingeleiteten Aktionen (Sonderumlagen, Spenden etc.) nie den gewünschten Erfolg hatten. In jüngster Zeit sind Fälle eingetreten, die die Bereitstellung solcher Mittel als unerläßlich erscheinen lassen. Die Reichsleitung hat sich jetzt zum Ziel gesetzt, durch Darlehenshergabe ihrer Mitglieder raschestens einen

Dispositions-Fonds

zu schaffen, und erwartet hierzu die Unterstützung sämtlicher Nationalsozialisten [1].

Wenn auch unsere Mitglieder im allgemeinen nicht mit Glücksgütern gesegnet sind, so können doch zu diesem Zwecke die meisten einen Betrag von wenigstens 10,- RM aufbringen, ja viele haben sicherlich größere Beträge auf Instituten jüdischen Charakters liegen, die dann ihrerseits wieder mit diesem Gelde wirtschaften können. Nun ist unseren Mitgliedern Gelegenheit geboten, ohne daß von ihnen ein Opfer verlangt würde, der Bewegung zu dienen. (Siehe beiliegende Bestimmungen über Darlehensvergabe und Verzinsung [2].)

Es wird von jedem Ortsgruppenführer [*sic!*] erwartet, daß er diese Finanzaktion der Reichsleitung durch rascheste und größtmögliche Werbung bei seinen sämtlichen Mitgliedern unterstützt, zu welchem Zwecke eine entsprechende Anzahl Ausführungsbestimmungen und Zahlkarten beigelegt wird. Es liegt im Interessse der Bewegung, die Darlehen im Laufe der nächsten 14 Tage zur Verfügung zu stellen.

Wenn die Ortsgruppe durch Werbung und die P[*artei*]genossen durch aktive Mitarbeit ihrer Ehrenpflicht gegenüber der Partei genügen, so wird binnen kurzem ein Betrag flüssig werden, der die Finanznot der Partei ein für allemal behebt und die Durchführung der Ziele Adolf Hitlers in greifbarere Nähe rückt. Dazu gehört der Ankauf eines Geschäftshauses für die Zentrale [3], großzügiger Ausbau der Organisation und Propaganda sowie der S.A., ferner die Möglichkeit der Unterstützung der Hinterbliebenen von gefallenen Pgn., sowie in besonders gelagerten Fällen Gewährung von Zuschüssen an Gauleitungen usw.

1 Mit einem Rundschreiben des Reichsschatzmeisters Schwarz an sämtliche Gauleitungen vom 3.4.1930 wurde dieser Versuch eingestellt, der Partei Geldmittel zu verschaffen: "Der Erfolg hat den Erwartungen der Reichsleitung nicht entsprochen [...]"; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

2 Der Zinssatz sollte 1/2% unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont liegen, Mitte Oktober 1929 also 7%. Die Rückzahlung der Darlehen sollte erst nach einem Jahr möglich sein, für Beträge bis 100 RM mit 14tägiger, zwischen 100 und 500 RM mit monatlicher und für größere mit vierteljährlicher Kündigungsfrist. Vgl. Bestimmungen über die Hergabe von Darlehen durch die Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München, zur Errichtung eines Dispositionsfonds, o. D.; BA, Slg. Schumacher 374.

3 Am 5.7.1930 konnte das Barlow-Palais in der Brienner Straße 45 als Parteizentrale erworben werden. Vgl. Bd. III/3.

Die Reichsleitung stellt, um die Ortsgruppen bei ihrer Werbetätigkeit anzueifern [*sic!*], eine Reihe von Prämien in Aussicht.

Der Dispositionsfonds wird bei der Reichsleitung durch ein von Adolf Hitler eingesetztes Kuratorium, bestehend aus den Pgn.

Dr. Wilhelm *Frick*, M. d. R.

Frz. *Schwarz*, Reichsschatzmeister

Philipp *Bouhler* [4], Reichsgeschäftsführer

verwaltet.

Die Zahlungen der Darlehen haben auf das Postscheckkonto der N.S.D.A.P. München Nr. 23319 Kuratorium (siehe anliegende Bestimmungen) zu erfolgen. Jeder diesbezgl. Schriftwechsel ist ausschließlich an die Reichsleitung zu richten.

gez.
Schwarz Dr. *Frick* *Bouhler*

Ich erwarte von allen Führern, daß sie dieses Finanzprojekt der Reichsleitung mit allen Mitteln fördern.

gez. A. Hitler

19. Oktober 1929 Dok. 85
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 19.10.1929.

Als im Jahre 1919 Deutschland von der bolschewistischen Meute immer ärger heimgesucht wurde, entstanden an allen Ecken und Enden "Selbstschutzorganisationen" [1]. Die frevelhaften Revolutionsmacher wurden die Geister nicht mehr los, die sie erst gerufen hatten. Es war eine eigenartige Situation. Auf der einen Seite drehte das Judentum mit allen Kräften der Bolsche-

---

4 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellvertretender Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

1 Seit Mitte November 1918 bildeten sich in Deutschland unter den Bezeichnungen Bürger-, Polizeihilfs-, Schutz- oder Sicherheitswehren bewaffnete Verbände zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, geduldet oder gefördert von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder. Vgl. Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992, S. 196 ff., 323 ff. sowie Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971, S. 45 ff.

wisierung entgegen, auf der anderen empfand man aber doch, daß das damalige Deutschland in keinerlei Weise dafür genügend reif war. Ein bolschewistisches Chaos wäre damals an der eigenen Unmöglichkeit in kurzer Zeit zusammengebrochen, und wer weiß, ob dann nicht die Gewalt irgendein energischer Soldat erhalten hätte. So mußten die sozialdemokratischen Novembermänner in ihrer Angst, alles zu verlieren, das Ärgste zu verhüten versuchen. Es begann der Kampf um die "Ruhe und Ordnung". Das hatte auch noch das Gute, daß man damit einen Teil des an sich gedankenblöden Bürgertums mit den bisherigen Revolutionsmenschen aussöhnte. Während die rote Kanaille Moskauer Färbung auf der Straße tobte und das Bürgertum bis zum äußersten einschüchterte, riefen die Novemberusurpatoren zum Kampf für die "Ruhe und Ordnung" auf und gewannen damit einen Teil des deutschen Mittelstandes praktisch für die Republik. Denn der Kampf für die Ruhe und Ordnung war in Wirklichkeit der Kampf für die Stabilisierung des Novemberstaates. Nichts zeigt die innere Korruptheit der Revolutionsmacher nun besser als die Tatsache, daß ihr eigenes Gebilde von fremden Leuten geschützt werden mußte. Denn als die sozialdemokratischen Parteihäuptlinge ihren Scheinkampf für die "Ruhe und Ordnung" aufzuführen begannen, versagten deren eigene Parteigänger restlos. Idealisten bürgerlicher Zugehörigkeit sind es gewesen, die als Freikorpssoldaten den roten Terror brachen und damit die Republik befestigten [2]. Nicht wenige der Reichswehrgenerale von jetzt haben damals ihre Existenz den Augen der Öffentlichkeit gegenüber bescheiden verheimlicht, zumindest soweit sie zur obersten Leitung gehören. Es ist deshalb verständlich, wie so manchen dieser militärischen Oberführer Grund und Ursache des Bestandes der Reichswehr selbst nicht vollkommen klar zu sein scheint. Die jungen Freikorpssoldaten des Jahres 1919 haben mit Maschinenpistolen und Handgranaten an zahlreichen Orten Deutschlands die bolschewistischen Exzesse überwunden und damit ein allgemeines Fundament geschaffen, auf dem der neue Staat sich eine neue Wehrmacht aufbauen konnte. Die jungen Freikorps haben aber in Wahrheit aus nationaler Begeisterung, oder sagen wir aus nationalem deutschem Gefühl heraus gefochten, sie waren deshalb auch auf die Dauer für die Republik unverdaubar. Was der Novemberstaat brauchte, war eine von allen gefühlsmäßigen Empfindungen losgelöste Truppe, die ausschließlich nach disziplinären Gesichtspunkten aufgebaut ist, die jedem gehorcht, der befiehlt, und die von vorneherein nicht bestimmt ist, den Schutz des Reiches nach außen als vielmehr den Schutz der Regierungen nach innen zu übernehmen [3]. Denn wie schon gesagt: Seit dem November 1918 heißt die leitende Parole einer deutschen Wehrmacht nicht mehr Ehre und Freiheit nach außen, sondern Ruhe und Ordnung nach innen. Zunächst ergab sich allerdings im Jahre 1919 auf 1920 ein Zustand, in dem tatsächlich zwei militärische Formationen nebeneinander existierten: der letzte Ausklang der ehemaligen Armee des Freiheitskampfes und der werdende Beginn der kommenden Polizeitruppe. Im Jahre 1919 auf 1920 hatten sich aber die Freikorps zahlenmäßig mächtig erweitert und politisch zu orientieren versucht. Die unpolitischen Niederwerfer des Spartakusaufstandes waren langsam zur Überzeugung gelangt, daß ihr Bluteinsatz gar nicht die Folge hatte, die sie sich erhofften: Nicht ein nationales Deutschland wurde geschaffen, sondern ein antinationales befestigt. Über den Umweg

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.
3 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.

der Einwohnerorganisationen begannen Wehrverbände zu entstehen [4], die, wenn auch im einzelnen vollkommen unklar, trotzdem die Notwendigkeit einer Verbindung des militärischen mit dem politischen Gedanken fühlten. Es war verständlich, daß eine solche langsame Umstellung den Augen der Regierenden nicht verborgen bleiben konnte. Als sich das damalige Regiment zu schwach fühlte, von sich aus eine Abrüstung dieser bewaffneten Wehrverbände herbeizuführen, kam das Ausland zu Hilfe. Frankreich forderte die Entwaffnung der Einwohnerwehren, die Auflösung bewaffneter Verbände [5], und nun konnte man in Berlin hoffen, das politisch an sich so feige Bürgertum für eine solche Tat zu gewinnen. Es wurde damals der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie selbst die französischen Forderungen veranlaßt habe, um einen Vorwand zur Auflösung der ihr gefährlich erscheinenden Verbände zu bekommen. Man ist die Antwort darauf bis heute schuldig geblieben. Jedenfalls aber begann seit damals die Verfolgung unbequemer nationaler Verbände unter Hinweis auf die Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag. Das schamloseste und elendste Zeugnis, das sich ein Volk auszustellen vermag. Und heute erleben wir dasselbe Zusammenspiel. Unter Hinweis auf diese damaligen Ausführungsbestimmungen hat der preußische Innenminister elf Jahre nach Friedensschluß in einzelnen Westgebieten des Reiches den Stahlhelm verboten [6]. Gleichsam als Verhöhnung alles Rechts und alles Rechtsempfindens [*sic!*] motiviert man dieses ungesetzliche Vorgehen im einzelnen noch damit, daß "Übungen" abgehalten worden seien. Seit Jahren übt das Reichsbanner [7], und zwar wirklich militärisch, vor aller Augen. Seit Jahren wird von sozialdemokratischen Parteiministern ganz offen erklärt, daß das Reichsbanner eine Schutztruppe der Republik ist, und doch ist es noch keinem dieser Minister eingefallen, daraus einen militärischen Charakter abzuleiten, der gegen die Friedensverträge verstößt. Es ist ja klar, das Reichsbanner ist ein Garant der sozialdemokratischen Parteimißwirtschaft in Deutschland und der Stahlhelm nicht. Wenn die Stahlhelmleitung ihre Formationen bis an die Zähne bewaffnen würde, aber als Parole ausgäbe, den Schutz des sozialdemokratischen Schieber-, Gauner- und Korruptionsgesindels übernehmen zu wollen, dann wäre alles in Ordnung, und kein Hahn würde etwas nach "Übungen" krähen. Im Gegenteil! Dann würden sozialdemokratische Parteiminister Ehrenmitglieder des Stahlhelms sein. So ist das neue Stahlhelmverbot nur ein neues Glied in der endlosen Kette des marxistischen Terrors, dem sich die blöde Hammelmasse unseres jammervollen Bürgertums widerspruchslos unterwirft. Ein Terror, der dabei leider Gottes seine Kraft nicht durch seine eigene Stärke als vielmehr durch die suggestive Einbildung eben dieses Bürgertums erhält. Denn die wirkliche Macht dieser sozialdemokratischen Terrori-

4 Die nach den Berliner Märzkämpfen 1919 in ganz Deutschland aufgebauten Einwohnerwehren wurden auf Druck der Alliierten 1920/21 aufgelöst. Der Versuch, durch die Bildung von nichtstaatlichen Wehrverbänden die Auflösung zu umgehen, wurde zunächst durch die Reichswehr unterstützt. Die Wehrverbände entwickelten sich zu einem selbständigen politischen Machtfaktor mit zunehmend republikfeindlicher Tendenz. Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch verloren sie ihren Einfluß, radikale Elemente gingen in die Illegalität. Vgl. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, S. 118 f., 311 ff.; Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982, S. 49 ff.

5 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

6 Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 132 ff.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

sten ist in Wahrheit gleich Null. Das nationale Deutschland brauchte nur einmütig zu wollen, und die marxistische Pest wäre morgen überwunden. Man muß es aber begrüßen, daß durch solche einzelne Maßnahmen in immer breitere Kreise die Überzeugung von der Unzulänglichkeit der heutigen politischen Führung unseres Bürgertums getragen wird, daß immer mehr erkennen, wie unmöglich es ist, unter diesen jämmerlichen parlamentarischen Schwächlingen, die Nation vor dem Untergang zu retten, und wie notwendig es demgegenüber wäre, eine gemeinsame Front aus Stadt und Land zur Niederzwingung des frechen marxistischen Übermuts zu bilden. Wenn das nationale Deutschland unserer Städte morgen einem aktiven Bauerntum die Hand reicht, wird übermorgen die marxistische Seifenblase aufgeflogen und zerplatzt sein, und die Welt würde zweifelsfrei erkennen, daß es außer dem Deutschland der Barmat, Kutisker [8], Sklarz [9], Heilmann [10], Sklareks [11] usw. auch noch ein Deutschland der Ehre gibt, der Ehrlichkeit und des Anstandes, das tausendmal bedeutungsvoller ist als das der sozialdemokratischen Schwindler.

8 Julius Barmat und Iwan Kutisker, zwei Unternehmer ostjüdischer Herkunft, hatten von der Preußischen Staatsbank und anderen öffentlichen Kreditanstalten hohe Kredite erhalten, die sie nicht zurückzahlen konnten. Zur Aufklärung dieser Spekulations- und Bestechungsaffären, die unter anderem zur Entlassung des Reichspostministers Anton Höfle führten, konstituierten sich im Januar 1925 im Reichstag und im Preußischen Landtag zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse, in deren Mittelpunkt vor allem die Beziehungen Barmats zu führenden Sozialdemokraten standen. Kutisker wurde am 30.6.1926 zu fünf Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von vier Millionen RM, Barmat am 30.3.1928 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, S. 169 ff.

9 Die Brüder Georg, Heinrich und Leon Sklarz waren in mehrere aufsehenerregende Betrugs- und Korruptionsskandale mit politischem Hintergrund verwickelt. Vgl. aus antirepublikanischer Sicht: Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. 1, München 1930, S. 12 ff.

10 Ernst Heilmann (1881-1940), 1909-1917 Chefredakteur der Chemnitzer "Volksstimme", 1919 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Preußens und MdL bis 1933 (SPD), seit 1924 Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1928-1933 MdR, 1940 im KZ Buchenwald ermordet.
Heilmann war Verwicklung in den Barmat-Fall vorgeworfen worden. Vgl. Zarnow, Gefesselte Justiz, Bd. 2, München 1932, S. 96 ff.

11 Anspielung auf den Ende September 1929 von der KPD aufgedeckten Betrugs- und Korruptionsskandal um die Brüder Max, Willy und Leo Sklarek, in den auch der Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß verwickelt war. Vgl. Christian Engeli, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971, S. 229 ff.

22. Oktober 1929 Dok. 86
"Betreff: Geistige Vorbereitung des zukünftigen nationalsozialistischen Staatsaufbaues"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 373.

Die N.S.D.A.P. hat bisher den Nachdruck ihrer politischen Tätigkeit darauf gerichtet, die den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft beherrschenden volksfeindlichen Kräfte in ihrem verderblichen Wirken bloßzustellen und zu bekämpfen.

Dieser Kampf muß auch in Zukunft mit gesteigerter Wucht und unter Ausnützung aller gesetzlichen Mittel bis zur Erringung der politischen Macht im Staate fortgesetzt werden.

Daneben muß aber, entsprechend dem Anwachsen der Bewegung, allmählich immer mehr die geistige Vorbereitung für den Aufbau des zukünftigen nationalsozialistischen Staates treten.

Wenn einmal die morsche Hülle des heutigen Staates zusammenbricht, dann müssen die Fundamente des nationalsozialistischen Staates fertig sein. Das geistige Material für den Neubau und die geschulten Baumeister und Werkleute müssen bereit sein.

Wir müssen uns also auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens darüber klar werden, welche *Neuordnung* wir an die Stelle der heutigen Zustände setzen wollen.

Die *Mittel und Wege*, die zu der erstrebten Neuordnung führen, lassen sich auf weit hinaus *im einzelnen* nicht festlegen: denn sie hängen von der nicht vorauszusehenden Art der Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage ab, aber das als *Fernziel* dienende *Wunschbild der Neuordnung* läßt sich klar und scharf herausarbeiten und die verschiedenen Möglichkeiten und etwaigen Zwischenstufen für den Weg zum Ziel lassen sich studieren.

Es handelt sich also jetzt darum, die Auswirkung unserer völkischen Weltanschauung und nationalsozialistischen Staatsauffassung auf die Grundanschauungen in den einzelnen *Fachgebieten* geistig durchzuarbeiten und auf diese Weise *feste Grundlagen* und bestimmte *praktisch verwertbare Vorschläge* für die zukünftige Neugestaltung des Staates zu gewinnen.

Zu diesen Zwecken müssen die in der Bewegung vorhandenen geistigen Kräfte mehr als bisher *planmäßig* ausgenützt werden.

Für die Bearbeitung der einschlägigen Probleme sind außer gefestigten nationalsozialistischen Grundanschauungen auch gründliche Kenntnisse und Erfahrungen auf den einzelnen Fachgebieten notwendig.

Die zu leistende Arbeit wird zunächst in der Einreichung von *Denkschriften* an die Parteileitung (Org.-Abtlg. II [1]) und in der Abhaltung von *Vorträgen mit anschließender Besprechung* vor kleineren Kreisen von Parteigenossen und allenfalls der Bewegung nahestehenden

1 Zweck der im Juni 1929 gegründeten "Organisations-Abteilung II" war nach den Erinnerungen des Leiters Konstantin Hierl die "Vorbereitung künftiger Staatsaufbauaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung nicht vorweisen. 1932 wurden die beiden Organisationsabteilungen unter Leitung von Gregor Straßer vereinigt. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 381 f.

Fachleuten bestehen. In größeren Ortsgruppen wird sich hiefür die Bildung besonderer *Arbeitsgemeinschaften* unter zielbewußter Leitung empfehlen.

Die Org.-Abtlg. II wird von Zeit zu Zeit bestimmte Aufgaben und Fragen bekanntgeben, deren Bearbeitung besonders empfohlen wird. Daneben können natürlich auch andere Stoffe, für die geeignete Fachbearbeiter vorhanden sind, behandelt werden.

Für den Winter 1929/30 werden zunächst folgende Aufgaben zur Bearbeitung empfohlen:

1.) Besprechung des Buches "Das Erbe der Enterbten" von Rudolf Böhmer, (Verlag Lehmann, München-SW 4, Preis RM. 6.50) [2]

Wie ist der von Böhmer [3] gezeigte Weg zur sozialen Befreiung grundsätzlich zu beurteilen? Wie sind seine praktischen Vorschläge im einzelnen zu bewerten? Können bessere Vorschläge gemacht werden?

2.) Besprechung der Schrift "Wirtschaftsauffassung und Gewerkschaftspolitik des Faschismus" mit der Carta del Lavoro vom 21. April 1927. Von R. Hönigschmid-Großich u. A. Dresler. (Südostverlag A. Dresler, München, Barerstr. 32/II, Preis 70 Pfg.) [4]

Wie ist die faschistische Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zu beurteilen? Ist die faschistische Gewerkschaftspolitik auch auf deutsche Verhältnisse anwendbar? Entwurf eines deutschen "Arbeitsgesetzes".

Besonders betont werden muß, daß es sich bei den erwähnten Vorträgen, Besprechungen und Denkschriften zunächst nur um *vorbereitende Arbeiten innerhalb der Partei* handelt [5]. Ob, wann und wie das Ergebnis solcher Arbeiten als *"nationalsozialistische Auffassung"* öffentlich bekanntgegeben und für die Werbetätigkeit verwertet werden kann, muß sich die *Parteileitung vorbehalten.*

gez. *K. Hierl* [6]

---

2 Das Buch war 1928 erschienen. Böhmer teilt das Volk in zwei, von Geburt an festliegende Gruppen: Diejenigen, die erben oder Aussicht auf ein Erbe haben, nennt er die Besitzenden, alle anderen, die ihren Lebensunterhalt durch abhängige Beschäftigung aufbringen müssen, die Besitzlosen. Diese Spaltung sei durch die industrielle Revolution verursacht. Erbe und damit Privatbesitz ist für ihn Ausdruck sozialer Freiheit. Der Erwerb von Raum soll Aufgabe des Staates sein, um alle Angehörigen des Volkes wieder zu Besitzenden zu machen. Nur auf diese Weise sei die soziale Frage zu lösen. Den Anspruch auf Raum begründet Böhmer rassistisch mit der Tüchtigkeit eines Volkes.

3 Rudolf Böhmer (geb. 1875), Bezirkshauptmann in Lüderitzbucht (Südwestafrika), völkischer Schriftsteller.

4 Das Buch von Rüdiger Hönigschmid-Großich und Adolf Dresler war 1927 erschienen. Darin wird die faschistische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die ständische Ordnung des Staates und der Wirtschaft in Italien als erfolgreich und beispielhaft dargestellt.
Zur Carta del Lavoro, einem sozialpolitischen Programm der faschistischen Bewegung zur Neugestaltung des Arbeitsrechts, vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 344 ff.

5 Ende Dezember 1929 konkretisierte sich das Projekt zur Herausgabe eines "Handbuches der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre". Vgl. Dok. 117.

6 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Reichswehrministerium, 1924 als Oberst verabschiedet, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II bei der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

Ich ersuche die Herren Gauleiter und Ortsgruppenführer, von nun ab auch der vorbereitenden Arbeit im Sinne vorstehender Verfügung ein besonderes Augenmerk zu schenken. Stattfindende Vorträge sind der Parteileitung (Org.-Abtlg. II) durch die Ortsgruppenführer vorher zeitgerecht zu melden.

gez.: *Adolf Hitler*

23. Oktober 1929 Dok. 87
Anordnung

VB vom 23.10.1929.

Bekanntmachung

Zum Leiter des Untergaues Groß-München [1] ernenne ich mit Wirkung vom 1. November 1929 Pg. Adolf *Wagner* [2] M. d. L., Gauting bei München.

gez. *Adolf Hitler*

1 Der am 1.10.1928 gebildete bisherige Untergau München unterstand direkt der Reichsleitung (Vgl. Bd. III/1, Dok. 16) und besaß keinen eigenen Gauleiter. Am 1.11.1929 wurde er in Untergau Groß-München umbenannt. Vgl. Tyrell, Führer, S. 378.

2 Adolf Wagner (1890-1944), 1919-1929 Direktor verschiedener Bergwerksgesellschaften, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP), 1928 Gauleiter des Gaues Oberpfalz, 1929 Untergauleiter des Gaues Groß-München, 1930 Gauleiter von München-Oberbayern, 1933 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident und Minister des Innern, 1936-1942 Minister für Kultus und Unterricht.

25. Oktober 1929 Dok. 88
Rede auf Kundgebung des bayerischen Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren in München [1]

VB vom 27./28.10.1929, "Wir kennen nur eine Verantwortung, die Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk" [2].

Wir hören unsere politischen Gegner heute sagen, daß sie vermeiden möchten, daß Deutschland in einen *Bürgerkrieg* verwickelt wird. Und doch leben wir in einem Zustand, der in jedem anderen Staat als Bürgerkrieg bezeichnet würde. Zum Beleg dafür verliest Hitler die Liste der marxistischen Überfälle und Morde an S.A.-Leuten in den letzten drei Tagen und stellt fest, daß am ersten Tag die nationalsozialistische Bewegung 1 Toten und 15 Schwerverletzte, am nächsten Tag 1 Toten und 41 Schwerverletzte und laut Meldungen von *heute 16* Schwerverletzte zu verzeichnen hat [3]. (Große Unruhe und Empörung.)

Das erleben wir jetzt seit Wochen und Wochen, und diese ganze *Presse,* die sonst jeden Schmarren ihren Lesern auftischt, *erwähnt mit keiner Silbe diesen Terror, der seinesgleichen noch nie gehabt hat* [4]. Was wir im Kleinen erleben, erleben wir an Terror auch im Großen.

---

1 Im Zirkus Krone nach 19.30 Uhr. Die Kundgebung des Bayerischen Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren (Anfang September 1929 in München gegründet, vgl. Frankfurter Zeitung vom 3.9.1929 (AA), "Hugenbergs bayrische Schar"; zum Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren vgl. Dok. 50, Anm. 1) wurde von Robert Ritter von Xylander geleitet. Vor Hitlers über einstündiger Rede sprach Alfred Hugenberg. Wegen Überfüllung des Saals wurde eine Parallelveranstaltung abgehalten. Unter dem Motto "Gegen die Putschisten des Volksbegehrens" veranstaltete die SPD drei Gegenkundgebungen. Bei anschließenden Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Stahlhelm wurde zwei Reichsbannerangehörige leicht verletzt.

2 Vgl. Münchener Post vom 26./27.10.1929, "'Vaterländische' Zirkusvorstellung"; Münchner Neueste Nachrichten vom 26.10.1929, "Die Kundgebung im Zirkus Krone"; Frankfurter Zeitung vom 26.10.1929 (AA), "Resignation Hugenbergs"; Vossische Zeitung vom 27.10.1929 (PA), "Wieder einmal Zirkus Krone".

3 Am 20.10.1929 starb der am 5.10.1929 bei einer Saalschlägerei in Schwarzenbach a. W. schwer verletzte SA-Mann Karl Rummer. Am 21.10.1929 erlag der am 18.10.1929 bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten, SA und Stahlhelm in Duisburg durch einen Messerstich verletzte SA-Sturmführer Heinrich Bauschen seinen Verletzungen. Mitte Oktober 1929 war es in mehreren Städten Deutschlands zu von Nationalsozialisten ausgelösten blutigen politischen Krawallen gekommen. Vgl. Vossische Zeitung vom 20.10.1929 (PA), "Wie lange noch? Bewaffnete Terrorbanden der Nationalsozialisten"; vom 22.10.1929 (PA), "Neue Ausschreitungen der Nationalsozialisten"; VB vom 23.10.1929, "Wieder zwei Nationalsozialisten ermordet"; vom 24.10.1929, "Blut! Blut! Blut!".
Am 9.12.1929 legte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, den Ländern einen für den Strafrechtsausschuß des Reichstags angefertigten Bericht vor, in dem, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, Gewalttaten der radikalen politischen Parteien seit Ende Juli 1929 aufgelistet waren. Darunter sind auch zahlreiche Überfälle und Angriffe von Nationalsozialisten dokumentiert. Druck: Gotthard Jasper, Zur innerpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In: VfZ 8 (1960), S. 280-289.

4 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, Vorschläge für Maßnahmen gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan gemacht. Er schlug Rundfunkvorträge durch Reichsminister und Minister der Länder, einen Aufruf der Reichsregierung, der durch bekannte Persönlichkeiten unterstützt werden sollte, Aufrufe von politischen Parteien, besonderen Schutz für Versammlungen und Flugschriften gegen das Volksbegehren vor. Darüber hinaus regte er an, den Beamten des Reiches, der Länder und Kommunen, die sich für das Volksbegehren einsetzen sollten, mit Disziplinarmaßnahmen zu drohen. Das Kabinett stellte 350.000 RM für diese Zwecke außerplanmäßig zur Verfügung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 998 ff.

Rechtsbruch um Rechtsbruch in der freiesten Demokratie der Welt, Unterdrückung jedes einzelnen seitens der Regierung, den sie zu unterdrücken vermag, Disziplinierung von Beamten [5], Kündigungen von Unternehmern gegen Angestellte, die sich für ein gesetzlich zulässiges Volksbegehren einzeichnen. Dazu eine Flut von Verleumdungen und Verdrehungen, mit denen diese feindliche Front arbeitet.

Warum das alles?

In der Münchener Presse wird es uns stark angekreidet, daß wir uns in *einer Front* zusammengefunden haben. Sie schreibt: Wie können die Nationalsozialisten zu Hugenberg gehen? Und die Bürgerlichen sagen: *Wie kann Hugenberg mit Hitler gehen?*

Ich frage sie etwas anderes: *Wie kann denn ein Erhard Auer* [6]*, Breitscheid* [7]*, Crispien, Paul Levi, Goldschmidt mit einem Wohlmuth gehen?* (Starker Beifall.) Wie kann Paul Levi und Breitscheid mit einem Koch [8] gehen? Es hat sich schon längst *eine Front in Deutschland* gebildet, und dieser steht eine andere Front gegenüber. Wenn sie uns heute als die Front der Reaktion bezeichnen, müßten die anderen die Front der Revolution sein. Staunenswert ist nur, wie in dieser Revolution ein Herr *Schäffer* [9] sich einfühlen kann. Man verfolgt uns doch, weil wir *revolutionär* sind! Nein,

---

5 Auf eine Anfrage des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hatte der Reichsminister des Innern, Carl Severing, Mitte Oktober 1929 mitgeteilt: "Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamtenschaft vor jeder unzulässigen Beeinträchtigung zu bewahren. Nach der Rechtsprechung des Reichsdisziplinarhofs muß sich jedoch auch der Beamte bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte innerhalb des gebotenen Anstandes und insbesondere der Strafgesetze halten. *Paragraph 4 des Volksbegehrens überschreitet diese Grenze.* Indem er die Tätigkeit von Reichspräsident und Reichsregierung als Landesverrat zu brandmarken sucht, enthält er eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Beamtenschaft teilt übrigens die Rechtsüberzeugung der Reichsregierung, wie sich aus den dankenswerten Aufrufen der Beamtenorganisationen ergibt. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und nicht gewillt, Beamte, die durch Eintreten für diesen § 4 des Volksbegehrens die verfassungsmäßige Grenze überschreiten, vor disziplinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden zu schützen." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 17.10.1929 (2. MA), "Severing über Beamtenschaft und Volksbegehren".

6 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1907-1933 MdL (SPD) in Bayern, 1908-1921 Geschäftsführer der SPD in Bayern, November 1918 bis Februar 1919 bayerischer Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident und 1932/33 II. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München, 1933/34 in Haft.

7 Rudolf Ernst Breitscheid (1874-1944), Journalist, 1898 Dr. rer. pol., 1904 Stadtverordneter in Berlin, 1908 Mitbegründer der Demokratischen Vereinigung, 1910-1912 Herausgeber der Wochenzeitung "Das freie Volk", 1912 Eintritt in die SPD, 1914-1920 Stadtverordneter in Berlin-Wilmersdorf, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 preußischer Innenminister, 1920-1933 MdR (USPD, später SPD), 1926-1930 Mitglied der Völkerbundskommission, 1928 im Fraktionsvorstand, 1933 Emigration, 1941 in Frankreich verhaftet und ausgeliefert, 1944 im Konzentrationslager Buchenwald umgekommen.

8 Erich Koch (seit 1925 Koch-Weser, 1875-1944), Jurist, 1901 Bürgermeister von Delmenhorst, MdL in Oldenburg (Nationalliberale Partei), 1909 Stadtdirektor von Bremerhaven, 1913 Oberbürgermeister von Kassel, 1918 Beitritt zur DDP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Mitglied des Parteivorstands, Oktober 1919 bis Mai 1921 Reichsminister des Innern, 1920-1930 MdR, 1924 Fraktionsvorsitzender, Juni 1928 bis April 1929 Reichsjustizminister, 1930 Mandatsrückgabe, Rücktritt von allen Parteiämtern, 1933 Emigration nach Brasilien.

9 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1917 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1920 in das Ministerium für Kultus und Unterricht berufen, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1929-1933 Vorsitzender der BVP, nach 1933 mehrmals in Haft, Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident, 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister.

die eine Front heißt deutsche Front, die andere Young-Front [10].

(Starker Beifall.)

Was wollen die beiden Fronten?

Kurz gesagt, will die Young-Front, daß es so bleibt, wie es jetzt seit 10 Jahren ist, und *unsere* Front will, *daß es wieder anders wird.*

Da sagt ein Blatt wie die "M.N.N.": *Dazu ist es jetzt zu spät,* dazu wäre Zeit gewesen 1919 oder 1920! [11] Jawohl, wäre damals auch die Zeit dazu gewesen. Wir haben damals dasselbe vertreten, was wir heute vertreten. Wo war damals (mit einem Blick auf den vollbesetzten Pressetisch) die Presse in München? Auch damals hieß es: Dazu ist es jetzt zu spät, das hätte man 1915/16 machen müssen! Und in 10 Jahren wird eine solche Zeitung schreiben: Dazu ist es zu spät, das hätte man 1929 machen können! Jawohl, *und deshalb machen wir es!* (Stürmischer Beifall.)

Die Young-Front von heute ist nicht jung, es ist dieselbe Front, die wir seit 11 Jahren genau kennen und die konsequent das verfolgt, was sie auch jetzt verteidigt. Sie ist eine alte Front, die eigentlich schon weit in den Friedenszustand zurückreicht, vielleicht im Jahre 1918 ihren lebendigsten Ausdruck fand in den Kräften, die damals zum Zusammenbruch trieben und denen, die zu feig waren, sich dem Zusammenbruch entgegenzustemmen. Diese beiden Kräfte, die bewußt zerstören, sehen wir heute wieder nebeneinander.

Gewiß hilft die Bayerische Volkspartei nicht aus innerer Absicht mit an der Zerstörung Deutschlands, dazu ist sie zu schwach, aber aus Liebe zur Gemächlichkeit geht sie einen Weg mit, der Deutschland in den Abgrund führen muß. *Im Völkerleben ist feige Duldung ein genauso großes Verbrechen wie bewußte Zerstörung.*

Nun sagt man freilich: Das ist eine Angelegenheit der Regierungen. Das Wort Regierung ist ein Begriff mit verschiedenem Inhalt. Mit der Änderung der Regierung ändert sich auch der Inhalt, jede Regierung glaubt selbstverständlich an sich und ist überzeugt von der Unersetzbarkeit und der Vorzüglichkeit ihres eigenen Daseins. Das Urteil, das die Regierungen sich selbst ausstellen, ist für die Geschichte belanglos. Dieses Urteil fällt erst die Nachwelt endgültig und für immer.

Was heißt heute das Wort "Reichskanzler"? Einst hieß es *alles*, verkörpert in *einem* Mann namens *Bismarck*, heute heißt es *gar nichts,* denn es ist verkörpert in einem Namen - *Müller.*

Regierungen sind aber nicht nur in ihrem Wert an sich im Laufe der Zeit verschieden, sondern vor allem *vergänglich*. Wer will sie rückwirkend zur Verantwortung ziehen? Wohl wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Aber welchen Eindruck wird dieses Urteil machen auf Männer, selbst wenn sie es erleben, die glücklich sind, wenn ein *Republikschutzgesetz* sie im *Augenblick* vor der Kritik der Mitwelt in Schutz nimmt [12]. *Was heute Regierung spielt, sieht*

10 Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

11 Gemeint ist der Artikel "Young-Plan/Volksbegehren" von Prof. Dr. Walther Lotz (Universität München) der mit den Worten schließt: "Eine Volksbewegung hätte 1919 Sinn gehabt, wenn sie in Unterstützung der Stellungnahme des Grafen Brockdorff-Rantzau zur Verwerfung des Versailler Friedens oder 1924 zur Ablehnung des Dawes-Planes eingesetzt hätte. Dazu hatten wir aber weder 1919 noch 1924 die Nerven. Heute können wir klar bei ruhigen Nerven uns entscheiden. Hoffentlich zeigt sich das deutsche Volk gegenwärtig als ein politisch reifes Volk bei der Entscheidung über sein Geschick." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 20.10.1929.

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 31.

im Augenblick die Bedeutung, sie klammert sich an alle Möglichkeiten, die im Augenblick liegen. Die Vergangenheit verurteilt sie so oder so. In der Zukunft wird ihr Name nichts sein, man wird sie einschreiben in das *Buch der Raritäten der Weltgeschichte,* die sich frägt, *wie es möglich ist, daß ein Volk, wie das deutsche, so etwas als Regierung haben konnte.*

Ich sehe hier verschiedene Fahnen, Fahnen des alten Deutschlands [13] und Fahnen des kommenden Deutschlands [14]. Und für diese Fahnen sind einst viele gefallen, und ich glaube, für diese Fahnen werden noch viele fallen. Und setzen Sie die Fahnen der Republik derselben Belastungsprobe aus, die die alten Symbole ausgehalten haben, sie würde zerfliegen wie Dunst. Heute ist es nicht der Glaube an diese Fahnen, der sie zusammenhält, sondern die *Rentabilität*, die damit verbunden ist. (Stürmischer Beifall.) Die politische und wirtschaftliche Rentabilität. *Gewiß, viele beten den heutigen Zustand an, denn sie haben erkannt, daß sich in ihm Geschäfte machen lassen, die früher undenkbar gewesen wären.* Aber eines Tages werden die Regierungen vergehen, andere kommen und wieder vergehen,

was bleibt, ist das Volk.

Und was sich diese Regierungen an Versagern leisten, löffeln nicht sie aus, sondern das Volk. Wenn heute ein Minister sagt [15]: Es ist eine Gemeinheit, daß man uns mit Gefängnis bedroht, wenn wir etwas tun, *was das Volk nicht will* [16], so antworten wir: Ist es nicht eine tausendmal größere Gemeinheit, wenn man ein großes Volk lebenslang schlecht führt, wenn man immer wieder erklärt, daß es besser wird, und es tritt das Gegenteil ein, ist es nicht eine Gemeinheit, *wenn man Millionen von Existenzen vernichtet, um dem Ausland Tribute zahlen zu können, wenn man Millionen von Deutschen den Spargroschen wegstiehlt* [17], eine Gemeinheit, wenn man Menschen, die im Krieg Helden gewesen sind, als Kriegsverbrecher vor den Kadi schleppt [18], oder wenn man ein Volk steuerlich zugrunde richtet, wieder um Tribute zahlen zu können, wenn man ein Volk so zugrunde wirtschaftet, daß jährlich 60.000 Menschen den Gashahn aufdrehen müssen? [19] Oder wenn eine Regierung erklärt, daß Beamte kein Recht haben, für das Volksbegehren einzutreten, *weil sie von der Regierung bezahlt werden* [20]? Nein, ihr Herrschaften, die Republik bezahlt gar niemanden, die Staatsbürger tun es mit ihrem Steuergroschen.

---

13 Schwarz-weiß-rot quergestreift. Vgl. Dok. 61, Anm. 5.

14 Bezieht sich auf die Hakenkreuzflagge. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.

15 Im Vorfeld der Eintragung hatten sich die Reichsminister Carl Severing, Theodor von Guérard, Georg Schätzel und Hermann Dietrich im Rundfunk gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 241.

16 Bezieht sich auf den auch unter den Initiatoren umstrittenen § 4 des "Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes", der "Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte" mit Bestrafung wegen Landesverrats bedrohte, die neue Verpflichtungen übernehmen würden, die auf der Anerkennung der Kriegsschuld beruhten. Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438, Anlagen, Nr. 1429.

17 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.

18 Zur Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrechen durch das Reichsgericht in Leipzig vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

19 Möglicherweise Hörfehler bei der Mitschrift. Vgl. Dok. 7, Anm. 33.

20 Vgl. Anm. 5.

In dieser Republik wird der Beamte entweder bezahlt wegen seiner Leistung, dann geht die Regierung das, was er außerhalb seines Dienstes tut, gar nichts an. Oder er wird bezahlt wegen seiner Gesinnung, dann ist das Korruption. (Stürmischer Beifall.)

Wenn aber Beamte wegen ihrer Gesinnung gehalten werden, dann tritt das ein, was wir jeden Tag in endloser Reihenfolge in der Presse lesen können: *ein Skandal nach dem anderen,* ein Betrug nach dem anderen, eine Bestechung nach der andern [21]. Die deutsche Regierung hat ein dickes Fell bekommen. Wenn diese Dinge vor 15 Jahren vorgekommen wären, so hätte das Ereignis eines Tages genügt, um eine Regierung wegzufegen. *Sie steht heute so fest, daß hundert Skandale sie nicht wegzufegen vermögen.*

Verantwortungen

Wenn die Bayerische Volkspartei sagt, daß es *unverantwortlich* sei, ein solches Volksbegehren zu inszenieren [22], so fragen wir: Wer ist von *denen* verantwortlich, wer übernimmt die Verantwortung für den Dawes-Plan [23]? Herr Auer schreibt jetzt: *Heraus aus dem Dawes-Elend* [24]*!* Er, der uns früher angegriffen hat, wenn wir den Dawes-Plan als die Ursache des kommenden Elends bezeichnet haben! *Aber kein Mensch trägt die Verantwortung dafür.*

Wir werfen diesen Regierungen vor, erstens, *daß sie der Welt das wahre Gesicht des deutschen Volkes unterschlagen haben.* Was sie als Deutschtum darzustellen belieben, ist nicht Deutschland, sondern der Abschaum unseres Volkes. Wenn die Welt unser Volk kennen will, darf sie nicht achten auf das, was unsere deutschen Regierungen ihr in Freiheit dressiert vorführen.

Es ist das 4 1/2 Jahre an der Front gewesene deutsche Volk, das diese Regierung der Welt seit 10 1/2 Jahren unterschlagen hat.

Zweitens werfen wir dieser Regierung vor, *daß sie den Charakter unseres Volkes umfälscht,* um der Welt diesen verfälschten Charakter als Wesen unseres deutschen Volkes darzustellen. Das deutsche Volk ist nicht identisch mit diesem erbärmlichen Kadavergehorsam und Helotentum, das man der Welt vorstellt.

Drittens werfen wir ihr weiter vor, daß sie in der Innenpolitik *keine Kraft will*, jede Kraftwelle verbaut, um sagen zu können: Wir können keine Machtpolitik treiben, weil wir im Kern kein kraftvolles Volk besitzen. Der verstorbene Reichsaußenminister sagte: Wir dürfen nicht dulden, daß dieses militaristische Element die Oberhand gewinnt, und nach außen sagte er: Ich kann keine andere Politik betreiben, als die der Versöhnung, weil ich zu Hause kein Volk der Kraft besitze [25]!

---

21 Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

22 Am 15.10.1929 hatten Zentrum und BVP in einer gemeinsamen Erklärung davor gewarnt, daß das Volksbegehren geeignet sei, "eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, für deren Gefahren kein besonnener Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann". Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 188.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

24 Bezieht sich wahrscheinlich auf den Artikel "Die Machenschaften der Young-Plan-Töter" in der Münchener Post vom 19./20.10.1929, der die Vorteile des Young-Plans gegenüber denen des Dawes-Plans hervorhebt, allerdings nicht von Erhard Auer gezeichnet ist.

25 Zur Außenpolitik Stresemanns vgl. Dok. 4, Anm. 2.

Endlich werfen wir ihr vor, *daß sie uns einen geistigen, kulturellen und moralischen Verfall gebracht hat.* Daß wir auf allen Gebieten kulturellen Lebens von allen anderen Völkern über die Schulter angesehen werden.

Ferner werfen wir ihr vor, *daß sie den Glauben an jedes Recht langsam zerbrochen hat.* Millionen von Menschen existieren, die nicht mehr glauben, daß es in diesem Staate gerecht zugeht.

Wir werfen ihr vor, *daß sie dem Volke die gesamte Hoffnung untergraben hat,* daß Millionen Deutsche in den Tag hineinleben, von Verzweiflung getrieben. Wenn ein Volk kein gemeinsames Gefühl mehr kennt, beginnt die Jagd nach dem einzelnen Glück, beginnen diese Mantelgeschichten [26], dann zerfällt ein Volk in Berufe, Stände, Klassen und Parteien. Das haben wir heute vor uns.

Das Programm der nationalen Ehre

Wenn eine Regierung in 10 Jahren so versagt, bleibt nur eine Hoffnung, die Hoffnung auf den Urquell, das Volk, das das [*sic!*] *Volk selbst. Es ist für uns das letzte, jenes deutsche Volk, das im Wandel der Geschichte bald oben, bald unten war, und immer wieder seine lebendige Kraft bewährte, nach Zeiten des größten Verfalls Proben der unerschöpflichen Lebenskraft gegeben hat.*

Dieses Volk allein wollen wir vertreten. Das Volk vertritt nur der, der in sich die Wesenszüge dieses Volkes aufnimmt. Die Wesenszüge unserer Regierung hat Clausewitz gekennzeichnet: sie sind schlimm und niemals die des deutschen Volkes [27]. Wenn die Wesenszüge unserer heutigen Regierung seit 2.000 Jahren der Wesenszug des deutschen Volkes gewesen wären, dann wären wir überhaupt nicht mehr da.

Wir gestehen feierlich, daß unser Programm ein Programm sein muß, das im Wechsel der Jahrhunderte unser Volk schon oft gekannt hat, immer dann, wenn es zertreten am Boden liegt: das Programm der nationalen Ehre, der nationalen Kraft, des nationalen Willens und des nationalen Widerstandes. (Lebhafter Beifall.)

Was wollen wir in dieser Front?

Den *Kampf ansagen* der allergrößten Lüge, die die Welt je gesehen, daß wir schuld seien am Weltkrieg [28]. Wir wollen hier den Kampf ansagen dem von unseren Regierungen geradezu proklamierten Recht unserer Versklavung, wir bäumen uns dagegen auf und werden jedes [*sic!*] Herz jedes einzelnen Deutschen aufstacheln, einpflanzen den Geist des Widerstandes,

bis endlich aus diesem Widerstand ein gemeinsamer Wille wird, der es unmöglich machen soll, daß eine Regierung nach Paris oder London geht und dort einen Young-Plan unterzeichnet.

Wir wollen den Kampf ansagen gegen ein System, das, um unersättliche Gläubiger zu befriedigen, die kein Recht auf Zahlung besitzen, ein ganzes Volk durch Steuern zugrunde rich-

---

26 Anna Böß, die Ehefrau von Oberbürgermeister Gustav Böß, hatte bei der Firma der Brüder Sklarek im August 1928 eine Pelzjacke gekauft, dafür aber erst nach mehrmaliger Mahnung im Januar 1929 eine - viel zu geringe - Rechnung erhalten. Vgl. Engeli, Böß, S. 237 f.

27 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

28 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

tet. Wir appellieren bewußt an die Kraft unseres Volkes, an alle guten Instinkte, an das deutsche Herz und Gefühl, und wollen aus diesen ewigen Werten die revolutionäre Kraft herausziehen, die unser Volk dorthin führt, wohin es aus einer ähnlichen Bewegung 1813 gekommen ist [29].

Wir gestehen feierlichst, wir wollen unser Volk bewußt in die Freiheit hineinführen und werden keinen Weg scheuen, der dazu führen könnte, und wir sind auch entschlossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Was will die Young-Front?

Sie erklärt: *Es geht nicht!* Was ist nicht schon alles gegangen, wenn kleinliche Charaktere an das Steuerruder der Völker gekommen sind! Als Gneisenau und Scharnhorst 1807 und 1808 den Gedanken faßten, das preußische Volk wieder herauszureißen aus seinem tiefen Fall, haben die gleichen Schlaumeier gesagt: Es geht nicht! Die alten italienischen Regierungen hätten Italien nie zusammenfassen können, bei ihnen ging es freilich nicht! Aber es ging in dem Augenblicke als andere Kräfte das Schicksal dieses Staates zu bestimmen anfingen [30]. Heute sagen diese Menschen wieder: Es ist zu spät!

Ich frage die Jugend:

Wird es dann nicht morgen erst recht zu spät sein? Ist es nicht das Merkmal von charakterlosen Zeiten, daß die Menschen immer sagen: Noch vor 5 Jahren wäre es gegangen, aber nur heute nicht! Muß nicht einmal irgendwann der Wandel eintreten?

Glauben Sie nicht, daß eines Tages *Frankreich* sagen wird: Nun, ihr Deutschen, nun habt ihr gezahlt, *nun seid ihr frei.* (Große Heiterkeit.) Nun kommt an unser Herz, nun werden wir das, was wir uns von euch bezahlen ließen, *selbst durch erhöhte Steuern aufbringen!* (Wiederholte Heiterkeit.)

Der französische Steuerbüttel wird aus Deutschland hinausgehen an dem Tag, an dem wieder ein deutscher Musketier ihm den Weg nach außen weist, nicht früher. (Stürmischer Beifall.)

Die Freiheit ist noch nie durch Arbeit erkämpft worden, noch nie durch geduldige Tributleistungen. Auch die Mitglieder der Bayer[*ischen*] Volkspartei können, soweit es ihre beschränkten Geschichtskenntnisse zulassen, nicht behaupten, daß es anders sei. Bisher war es seit 7.000 Jahren, seitdem wir Geschichte kennen, immer so, daß Völker, die erst einmal glaubten, durch brave, unterwürfige Arbeit die Freiheit zu erringen, endgültig in die Sklaverei gekommen sind, weil sie langsam die Eigenschaften von Heloten angenommen haben, die niemals Freiheit hatten und auch nicht verdienten.

Wer nicht Hammer sein will, muß Amboß sein [31].

Die Menschen, die uns vorwerfen, daß wir unser Volk wieder zum Hammer machen wollen, vergessen ganz, daß sie das Volk zum ewigen Amboß stempeln möchten.

Sie sagen weiter: Wir sind zu schwach - etwa weil wir keine Waffen besitzen? Nein, weil wir eine so elendige *Gesinnungslosigkeit* haben, daß wir lieber jedes Diktat annehmen, als an die Kraft des eigenen Volkes zu appellieren. *Ruhe ist des deutschen Tributbürgers erste*

29 Vgl. Dok. 26, Anm. 45.
30 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.
31 Vgl. Dok. 6, Anm. 28.

Pflicht[32]. Aus jeder Erregung könnte ein Funke kommen, vor dem man Angst hat, er könnte ein Feuer anzünden, und das Feuer fürchtet man, *denn man will nicht den Brand einer Nation, sondern die kleinen Flämmchen der Republik,* mit denen man die kleinen Süppchen kochen kann, die kleinen Geschäfte besorgen und die kleinen Geschenkchen zubereiten kann. *Ein Volk, das sich in nationaler Leidenschaft erhebt, hat allerdings kein Verständnis für die Skandale, die wir heute vor uns haben.*

Endlich sagt man: Wir sind selbst schuld an unserer Versklavung. Man schämt sich nicht, sogar die Kinder mit dieser Schuld zu belasten. Eine Regierung hat höchstens das Recht, für *ihre* Generation zu unterschreiben. Mit welcher Stirne kommt man dazu, aus einem Schuldbekenntnis, das höchstens *eine* Generation umfassen könnte, *Ketten für drei Generationen zu schmieden*[33]*?*

Man sagt endlich, es sind falsche Methoden, die hier angewendet werden, falsch zur Rettung der Nation, und *deshalb* regen sich die Zerstörer der Nation so auf? Wenn die Methoden richtig wären, würden sie demnach stille sein. Damit sagen sie, daß sie diese Methoden *fürchten* und beweisen damit, *daß sie richtig sind.* (Starker Beifall.)

Die sauberen Young-Männer würden sich die Hände reiben, wenn sie ahnen würden, daß unsere Methoden falsch sind.

Sie ahnen vielmehr, daß in Deutschland eine Saat gelegt wird, die einst aufgeht und Deutschland die Freiheit bringen kann, und sie wissen, daß der Tag, an dem die Freiheit Deutschlands kommt, ihre Freiheit beendet. (Stürmischer Beifall.) Sie scheuen die Stunde der nationalen Erhebung, deshalb dieser gigantische Kampf der Lüge und Verleumdung.

Groß sind unsere Opfer, und es muß wohl so sein, es ist der logische Gang der Weltgeschichte. Für jeden, den sie unterdrücken, kommen zehn andere, jeden, den sie ins Gefängnis schleudern, formen sie um vom Staatsbürger zum nationalen Fanatiker. *Sie* haben nicht *einen* von uns ins Gefängnis geworfen, ohne daß er nicht herausgekommen wäre mit dem Schwur: *Und jetzt erst recht.* (Stürmischer Beifall.)

Wir sind bereit, diesem System das erste große Veto entgegenzustellen, ganz gleich, wie der Erfolg sein wird. Wenn unsere Gegner meinen, daß uns irgend etwas erschüttern könnte, abbringen von unserem Ziel der Befreiung des Vaterlandes, dann täuschen sie sich. Wir sind gewohnt, gegen den Strom zu schwimmen. Seit zehn Jahren haben wir nichts anderes getan, als gegen die öffentliche Meinung gekämpft. Aus einer Gruppe von wenigen Köpfen sind wir emporgewachsen zu großen Verbänden. Und den Kampf nehmen wir jetzt erst recht auf!

Dieses Volksbegehren ist für uns nur ein Schritt. Es hat den Sinn, die Menschen in Deutschland zu sieben, sie aus unserer parlamentarischen Anonymität herauszuziehen. Das könnte ihnen so passen, weder Ja noch Nein zu sagen. Wir zogen sie aus ihren Schlupfwinkeln heraus, und nun stehen sie vor der Nation und müssen erklären: Diese sind gegen den Young-Plan, und wir sind für den Young-Plan. Sie können sich nicht mehr loseisen von dieser Tatsa-

32 Anspielung auf das Flugblatt, mit dem die Einwohner Berlins über die Niederlage in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806 informiert wurden: "Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben! Berlin, der 17. Oktober 1806. Graf v. d. Schulenburg."

33 Vgl. Dok. 41, Anm. 11.

che und sie werden diese Tatsache als ein Bleigewicht an ihren Füßen fühlen, das sie in den Abgrund hinabziehen wird.

Es wird die Stunde kommen, da niemand mehr verantwortlich sein will für diesen Plan und Vertrag. Das [*sic!*] können Sie überzeugt sein: Am 29. Oktober [*1929*] ist das Volksbegehren zu Ende [34] - *am 30. Oktober* [*1929*] *beginnt der neue Kampf;* so oder so beginnt er und wird der Nation Tag für Tag in die Ohren schreien: Wir sind dagegen und sie waren dafür! Wir wurden von ihnen dafür geschlagen, so und so viele Opfer haben wir dafür gebracht. *Volk, wenn du die Last zu fühlen beginnst, erinnere dich derer, die sie dir aufgebürdet haben.* (Stürmischer Beifall.) Und erinnere dich derer, die gegen diese neue Versklavung aufzutreten den Mut hatten.

Mißlingt uns der Sieg heute, er gelingt uns in einem Jahr. Mißlingt er uns in einem Jahr, dann gelingt er uns im zweiten Jahr. So werden wir fortfahren, bis der Tag kommt, an dem der Young-Plan gebrochen werden kann, kraft des Vetos, das wir heute eingelegt haben. (Stürmischer Beifall.)

Das soll die Welt schon heute wissen:

Nicht ganz Deutschland unterschreibt,

daß es schuld am Kriege ist, nicht ganz Deutschland unterschreibt das Recht zur Versklavung des Volkes, das Recht der Ausplünderung auf 70 Jahre, *ein Teil ist da und protestiert feierlichst vor Gott und der Welt gegen dieses neue Unrecht* und erklärt, dieses Unrecht niemals anzuerkennen und es nicht zu dulden, und die Welt wird erleben, *daß diese Minorität von heute das deutsche Volk von morgen sein wird.*

Damit treten wir aus der Beengtheit einer Partei, einer Klasse, eines Berufes oder Standes heraus und setzen an Stelle dessen

diese neue marschierende Front,

die mit legalen Mitteln einst niederwerfen wird, was sich ihr illegal entgegenstellen wird.

Es gibt noch eine andere Legalität als die in der Weimarer Verfassung: die Legalität, die im Völkerleben *der* Nation zuteil wird, der dieser Kampf zum Erfolg wird.

Hitler appelliert nun an alle Männer und Frauen, unermüdliche *Werber für die Einzeichnung zum Volksbegehren* zu werden, und schließt seine hinreißenden [*sic!*] Ausführungen mit dem Ausblick auf jene Stunde, wo aus Kampf und Jammer, aus Opfern und Terror heraus die Front geschmiedet wurde, die fähig ist, das neue Deutsche Reich zu gründen, auf die Stunde, da sich dieses neue Deutschland erhebt und der gegenüber wir Wert darauf legen, unter denen genannt zu werden, die sich einst nicht gefügt haben. Die in der Zeit, da es Mut bedurfte, Kämpfer zu sein, nicht den Beifall der öffentlichen Meinung hatten, nicht die Großmacht des Kapitals, sondern wo ihnen alle Quellen verschlossen wurden, in der sie, wie der Ritter ohne Furcht und Tadel [35] durch eine Hölle ritten, immer nur eins im Auge, das deutsche Vaterland.

Dann kommt die Stunde, in der die Ketten sinken werden, in der dieses Deutschland sich dem Ausland zeigt als das, das es von jeher war, dann wird das Volk nicht mehr das demütige

34 Die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Young-Plan dauerte vom 16. bis 29.10.1929. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 978.

35 Der Ausdruck geht auf den Beinamen "chevalier sans peur et sans reproche" des französischen Ritters Pierre Terrail, Seigneur de Bayard, (1476-1524) zurück, dessen Lebensgeschichte 1527 veröffentlicht worden war.

und unterdrückte sein, nicht das Volk des Young-Planes, dann wird das Ausland das deutsche Volk vor sich sehen als das Volk der tausend Schlachten, das Volk der tausend Siege und das Volk der Zukunft. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

26. Oktober 1929 Dok. 89
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 26.10.1929.

Etwas hat das Volksbegehren [1] schon jetzt erreicht: Während bisher alle großen Versklavungsedikte in der anonymen Stille parlamentarischer Handlungen ihre Annahme fanden, sind die November-Parteien jetzt gezwungen worden, vor aller Öffentlichkeit Farbe zu bekennen. Die Herren der Linken und der bürgerlichen Mitte haben sicherlich geglaubt, auch dieses Mal mit einer rein parlamentarischen Abstimmung den neuen Tributplan samt ihrer eigenen Verantwortlichkeit verabschieden zu können. Wer will die Herrschaften dann hinterher noch verantwortlich machen? Das "souveräne Volk" ist politisch ja so vergeßlich und blitzdumm, daß man einige Jahre nach Erledigung einer solchen parlamentarischen Arbeit die Vaterschaft gar nicht mehr zuzugeben braucht. Die Sozialdemokraten, von jeher Inhaber aller Weltrekorde im Lügen und Schwindeln, bringen es zum Beispiel jetzt schon fertig, von einem "Dawes-Elend" zu sprechen [2] und den Dawes-Pakt [3] als eine Erpressung gemeinster Art an unserem Volke hinzustellen. Dieselben Sozialdemokraten sind das, die vor wenigen Jahren höchstselbst den Herrn General Dawes [4] ob seiner Weltrettungsaktion beweihräucherten und die dreimalverfluchten Hakenkreuzler wegen ihrer Opposition mit allen Bannflüchen belegten, die aus den Münden von sozialdemokratischen Parteivätern nur überhaupt herauskommen können. Damals war der Dawes-Pakt die einzige Rettung Deutschlands, die große Tat, der Tag des Beginns des Wiederaufstiegs, der Anfang der Beendigung der Arbeitslosigkeit. Geld sollte hereinströmen, Waren umgekehrt exportiert werden, kurz Deutschland stand nach den damaligen Behauptungen der sozialdemokratischen Meisterschwindler am Beginn eines überwältigenden Aufschwungs [5]. Bekanntlich ist, schneller als sonst, auch dieser sozialdemokratische Humbug in

1 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.
2 Vgl. Dok. 88, Anm. 24.
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.
4 Charles Gates Dawes (1865-1951), 1887 Rechtsanwalt, 1895 als Comptroller of the Currency zuständig für das gesamte Währungssystem der USA, 1902 Präsident der Central Trust Company of Illinois, 1918 Brigadegeneral im Stab der American Expeditionary Force, 1921/22 Secretary of the Treasury, 1923/24 Vorsitzender des ersten Sachverständigenkomitees der internationalen Reparationskommission, 1925 Friedensnobelpreis (zusammen mit Austen Chamberlain), 1925-1929 Vizepräsident der USA, 1929-1932 amerikanischer Botschafter in London, Februar 1932 Präsident der Reconstruction Finance Corporation, seit Juni 1932 Präsident der City National Bank and Trust Company.
5 Vgl. Dok. 6, Anm. 22.

seiner ganzen elenden Verlogenheit unterdes offenbar geworden. Es kam das Gegenteil von all dem Versprochenen. Aber heute bereits versichert der Herr Sozialdemokrat mit jener eisernen Stirne, die die Natur dem Lügner aus Prinzip verleiht, daß am Ende die Sozialdemokratie keineswegs die Partei war, die dem deutschen Volk die Dawes-Gesetze bescherte, sondern im Gegenteil die, die es vom Dawes-Elend erlöst. Und sie haben recht so. Was weiß denn die große Masse von den damaligen parlamentarischen Kämpfen? Nichts, gar nichts weiß sie. Sie ist so unsagbar dumm, daß man ihr ohne weiteres einreden kann, die Sozialdemokratie wäre überhaupt nicht verantwortlich für das, was sie jetzt als "Dawes-Elend" bezeichnet. Eine solche Tatsache muß aber die parlamentarischen Taugenichtse immer leichtsinniger machen. Sie werden immer leichtfertiger mit dem Schicksal der Nation umspringen, zeigt ihnen doch das Beispiel der Vergangenheit, daß sie auch in der Zukunft nicht zur Verantwortung für ihr Handeln gezogen werden. Sie können heute ruhig den Young-Plan [6] unterzeichnen, natürlich wird in ein paar Jahren darauf alles stöhnen und schreien, aber was kümmert denn das den sozialdemokratischen Parlamentsschwindler? Heute redet der Lump vom "Dawes-Elend", und in zwei Jahren wird er genauso unbekümmert vom "Young-Plan" sprechen, das heißt er würde es, wenn nicht durch das Volksbegehren ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Der fromme Herr Prälat Kaas [7] des Zentrums hat in einer unglücklichen Sekunde sein Herz von dem erleichtert, was heute alle bedrückt. Er meint nämlich, der Herr Prälat, "daß man durch das Volksbegehren leider gezwungen worden sei, den Young-Plan mehr zu verteidigen, als er es an sich verdiene und als es auch an sich beabsichtigt gewesen sei" [8]. Natürlich wäre das sonst angenehmer gewesen. Man hätte im Reichstag mit ein paar dummen Phrasen vom "Glauben an den Wiederaufstieg" und an die "unzerstörbare Lebenskraft" unseres Volkes, an das "Recht, das in den Sternen steht" und seinen Ausdruck im "Erwachen des sittlichen Weltgewissens" findet, das neue Diktat unterzeichnet, das heißt, die Nation einer sechzigjährigen furchtbaren Versklavung unterworfen, um vielleicht schon ein Jahr später von sich aus vorsichtig gegen den Plan zu opponieren und damit der Opposition sachte den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im übrigen zweifelt kein Mensch daran, daß die parlamentarischen Zuhälter der internationalen Hochfinanz tatsächlich in ein paar Jahren ohnehin wieder einer neuen Erpressungsmethode zustimmen werden, wenn die alte nicht mehr hält, was man sich von ihr versprochen hat. Erst preßte man Deutschland nach der Methode des Versailler Vertrages [9] aus. Als das keine befriedigenden Ergebnisse mehr brachte, wandte man sich der Dawes-Methode zu, und jetzt, da auch nach dieser Methode wenig mehr zu holen ist, soll die Young-Methode Verwendung finden. Bringt man auch mit ihr nicht mehr genügend heraus, wird man vielleicht noch eine bessere entdecken, und immer werden sich parlamentarische Lumpen finden, die der Spinne unserer internationalen Hochfinanz helfen, das deutsche Opfer in eine neue Lage zu bringen, in der ihm weiter Blut abgezapft werden kann. So ist es verständlich, daß es die parlamentarischen

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

7 Ludwig Kaas, (1881-1952), 1909 Priesterweihe, 1918-1924 Professor für Kirchenrecht an der Universität Trier, 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung (Zentrum), 1920-1933 MdR, 1921 Mitglied des preußischen Staatsrats, 1928-1933 Vorsitzender der Zentrumspartei, 1933 Mitarbeit am Reichskonkordat.

8 Am 17.10.1929 in einer Rede in Dortmund. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.10.1929 (AA), "Dr. Kaas über Regierung, Saarverhandlungen, Opposition und Proletarisierung des Mittelstandes".

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

Manager heute ärgert, auf ihren Vertrag so festgenagelt zu werden, daß sie ihn nicht mehr verleugnen können. Durch das Volksbegehren sind die Young-Parteien gezwungen, sich vor aller Öffentlichkeit hundertprozentig für ihren Plan einzusetzen. Sie sind gezwungen, vor aller Öffentlichkeit seine Verteidigung zu übernehmen, und sie werden sich aus dieser Verbindung auch in der Zukunft nicht mehr loslösen können. Es ist im politischen Leben häufig so, daß man oft mit schweren Opfern eine Haltung einnehmen muß, die im Augenblick bei vielen vielleicht kein Verständnis findet, aber nichtsdestoweniger die Voraussetzung für spätere Erfolge ist. Wer einen Volksstrom dem Abgrund entgegeneilen sieht, muß, wenn er wünscht, daß seine warnende Stimme gehört werden soll, sich dem Strom entgegenstemmen. So sichtbar entgegenstellen, daß ihn jeder Mann zumindest sehen muß. Es mag dann ruhig der Strom seinem Unheil sich entgegenwälzen, so wird zumindest dann, wenn das Unheil eintritt, die Erinnerung plötzlich kommen an denjenigen, der sich allein sichtbar dem Verderben entgegenstellte. Das ist unsere große heutige Hoffnung. Durch unser Volksbegehren sind die Parteien gezwungen worden, sich entweder dafür oder dagegen zu entscheiden. Der Young-Plan wird in seinen Wirkungen nicht ausbleiben. Es kommt dann die Zeit der Ernüchterung, die Zeit, in der der sozialdemokratische Schwindler und sein Anhang aus dem bürgerlichen Lager, von der Wirklichkeit entlarvt, in ihrer Blöße dastehen werden, und es kommt dann aber auch die Zeit, in der sich unser Volk erinnern wird derjenigen Männer, die das alles vorausgesagt haben und die man zwei Jahre vorher so schmählich verleumdete. Im übrigen tue jeder Deutsche heute seine Pflicht. Es vergesse weder der Städter noch der Bauer, daß die politische Mißleitung unseres Volkes schon einmal Millionen Deutsche um die Frucht der Arbeit von Jahrzehnten betrogen und bestohlen hat [10]. Es vergesse heute keiner, daß auch in der Zukunft jeder seines Glückes Schmied selbst ist. Wer den Menschen, die seit nunmehr über 10 Jahren unser Volk verelendet haben, auch für die nächste Zeit einen Freibrief ausstellen will, der bleibe dem Volksbegehren ferne. Wer aber wünscht, daß das verantwortungslose Verschleudern unseres Nationalvermögens für die nächsten sechzig Jahre unterbunden wird, der erfülle seine Pflicht und zeichne sich gegen das Regiment der nationalen Schande und Ehrlosigkeit ein. Hundertzwanzig Milliarden beträgt heute kaum mehr unser Nationalvermögen alles in allem genommen [11]. Hundertdreißig Milliarden sollen wir in den nächsten sechzig Jahren bezahlen. Was uns selbst noch bleibt, kann der ermessen, der sieht, wie der Steuerbüttel schon jetzt ohne Rücksicht auf den Bestand der eigenen Wirtschaft die Tribute für die internationale Hochfinanz eintreibt. Wer als Deutscher nicht entweder unheilbar verblödet oder zu faul ist, einen Schritt zu tun, der geht zur Liste hin und zeichnet sich ein.

10 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.
11 Vgl. Dok. 21, Anm. 38.

27. Oktober 1929 Dok. 90
"Nun erst recht!"
Aufruf

Der Stahlhelm vom 27.10.1929.

Das Volksbegehren [1] ist im vollen Gange. Die zur Täuschung der öffentlichen Meinung von der Regierungspresse verbreiteten Eintragungsziffern sind irreführend, da sie die Ergebnisse des flachen Landes verschweigen [2]. Der gegen die Einzeichnung gerichtete Terror von Reichsregierung und Behörden hat gezeigt, daß Deutschland zur Zeit kein Rechtsstaat ist [3]. Alle Grundrechte der Reichsverfassung über die Wahlfreiheit sind praktisch außer Kraft gesetzt: den Beamten sucht man, die Einzeichnung zum Volksbegehren zu verbieten [4]. Die Anhänger des Volksbegehrens versucht man, wirtschaftlich zu schädigen. Die Machtmittel des Staates und das Geld der Steuerzahler werden mißbraucht. Der nackte Machtwille des Marxismus ist entlarvt. Man hat sich nicht gescheut, die Person des Herrn Reichspräsidenten, entgegen seiner klar ausgesprochenen Willensmeinung, in den Kampf hineinzuziehen [5].

Der Erlaß einer einstweiligen Verfügung des Staatsgerichtshofes gegen die fortgesetzte Mißachtung der Reichsverfassung durch Reichsregierung und preußische Regierung wurde aus formalrechtlichen Gründen versagt [6]. Die Preußische Regierung hatte nicht den Mut, sich der rechtlichen Entscheidung zu stellen, und versteckte sich hinter die Möglichkeit einer 14tägigen Frist für den Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes.

Die Angst vor der Wahrheit treibt die Regierung in eine Schreckensherrschaft, die durch das vom Reichskabinett beschlossene Republikschutzgesetz mit seinen Zuchthausstrafen gesichert werden soll [7]. Kein Staat der Welt, der auf Ansehen und Autorität vor dem Auslande Anspruch erhebt, kann sich derartiges leisten.

Aus dem Volksbegehren ist somit selbst ein Kampf um die Rechte des Volkes geworden. Die einzige Antwort auf den Regierungsterror ist die Einzeichnung für das Volksbegehren. Wir stellen uns schützend mit allen Rechtsmitteln vor Gesinnungsfreunde in Stadt und Land, denen ministerielle Willkür aus der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte einen Strick

1 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.
2 Vgl. z. B. Frankfurter Zeitung vom 24.10.1929 (AA), "Hugenberg wird nervös"; Vossische Zeitung vom 25.10.1929 (PA), "Auch das Dorf lehnt ab".
3 Vgl. Dok. 88, Anm. 4.
4 Vgl. Dok. 88, Anm. 5.
5 Die Person des Reichspräsidenten war sowohl von Befürwortern wie auch von Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan propagandistisch eingesetzt worden. Am 16.10.1929 hatte Paul von Hindenburg öffentlich seine Neutralität erklärt, am 18.10.1929 den § 4 des Gesetzes (vgl. Dok. 88, Anm. 16) jedoch als persönlichen Angriff gewertet. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 190 f.
6 Die deutschnationale Fraktion im preußischen Landtag hatte beim Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig gegen die Disziplinarmaßnahmen der preußischen Regierung (vgl. auch Anm. 4) für am Volksbegehren beteiligte Beamte geklagt. Am 23.10.1929 hatte der Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung in der Sache abgelehnt, entschied jedoch am 19.12.1929, daß die Maßnahmen der preußischen Regierung die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 193 f., 229.
7 Vgl. Dok. 83, Anm. 7, 9.

drehen will. Keine Regierung darf denen, die vom Staate abhängig sind, die Beteiligung am Volksbegehren verwehren, ebensowenig wie sie die Wahl von Abgeordneten verbieten kann. Das wäre das Ende der im Artikel 125 der Reichsverfassung garantierten Wahlfreiheit [8], der im Artikel 118 garantierten Meinungsfreiheit [9], der im Artikel 130 garantierten Freiheit der politischen Gesinnung aller Beamten [10].

Wer sich einträgt, wahrt seine Rechte!

Das Volksbegehren ist Wahrzeichen und Denkmal derer, die Deutschlands Not erkennen und den Kampf gegen äußere und innere Knechtung ehrlich und tapfer aufnehmen. Der mit dem Volksbegehren eingeleitete Kampf wird durchgefochten bis zur Entscheidung!

Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren [11]
Seldte Hugenberg Otto v. Below Hittler [*sic!*]
Schiele Schwecht [12]

---

8 Artikel 125 der Reichsverfassung lautete: "Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze." Druck: RGBl. 1919, S. 1407.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 12.

10 Artikel 130 der Reichsverfassung legte unter anderem fest: "Die Beamten sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet." Druck: Ebenda, S. 1408.

11 Vgl. Dok. 50, Anm. 1.

12 Ludwig Schwecht (1887-1960), Landwirt, Hauptmann a. D., 1924-1933 MdL in Preußen (DNVP), 1930-1933 MdR.

2. November 1929 Dok. 91
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.11.1929.

Während ich dieses niederschreibe, neigt sich die Frist des Einzeichnens für das Volksbegehren ihrem Ende zu [1]. Ohne Rücksicht auf das Resultat kann man aber schon heute die Behauptung aufstellen, daß dieser Appell an das Volk in keiner Weise den wirklichen Ausdruck der Gesinnung unseres Volkes wiedergibt. Mit mehr Terror ist in Europa bisher kaum eine Wahl gefälscht und unterdrückt worden als diese [2]. Reichs- und Landesbehörden wetteiferten miteinander, dem Staatsbürger die Überzeugung beizubringen, daß die Verfassung ein nichtssagendes Etwas ist, das man drehen, wenden und auslegen kann, wie man will. Wenn schon in den letzten zehn Jahren die republikanischen Machthaber den Glauben an die Staatsgrundgesetze immer wieder erschütterten, dann ist er heute beseitigt. Verfassung oder Staatsgrundgesetze! Man muß hell auflachen! Nicht Verfassung dürfte das heißen, sondern Auffassung! Auffassung der jeweiligen republikanischen Regierungshäuptlinge! Die freieste Demokratie der Welt hat jetzt auch wohl für den Allerdümmsten gezeigt, was unter "Demokratie" und "Freiheit" zu verstehen ist, und wie blödsinnig es ist, an die Unabänderlichkeit von Gesetzen zu glauben, und wie hirnverbrannt, auf eine unbeeinflußte Justiz zu hoffen. "Das Recht geht mit der Macht" [3], sagte der Oberreichsanwalt [4] einst zu Leipzig, aber nicht nur das Recht geht mit der Macht, sondern auch die Gesetze und die Auslegung der Gesetze gehen mit der Macht, die staatsbürgerliche Freiheit ebenso, die Demokratie nicht weniger, kurz, es gibt nichts, was in diesem Staat, der sich deutsche Republik heißt [*sic!*], nicht ausschließlich der Macht unterworfen wäre. Was aber das heißt, wenn sich die Macht in den Majoritäten verlumpter Parteien verkörpert, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

Ich habe mir schon einige Male herausgenommen, an verschiedenen Beispielen die durch und durch gehende Verlogenheit der marxistischen Parteien, Sozialdemokraten und Kommunisten, nachzuweisen, indem ich ihre einstigen Forderungen mit ihrer heutigen Haltung verglich. Eine der marxistischen Grundforderungen von einst hieß: politische Freiheit des Beamten [5]. Man forderte also, daß jeder Beamte das Recht haben müßte, sich in der Monarchie zur Sozialdemokratischen Partei zu bekennen und für deren Forderungen einzutreten, obwohl die Sozial-

---

1 Vom 16. bis 29.10.1929. Vgl. Dok. 77, Anm. 2 sowie Dok. 88, Anm. 34.

2 Zu den Maßnahmen der Reichsregierung gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan vgl. Dok. 88, Anm. 4.

3 Bezieht sich auf das vom Staatsrechtslehrer Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. IV, S. 8 ff.

4 Die Position des Oberreichsanwalts in der Weimarer Republik hatten bis 1921 Arthur Zweigert, 1921-1926 Ludwig Ebermayer und seit 1926 Karl August Werner inne.

5 Die SPD hatte 1911 in ihrem Aufruf "Beamtenschaft und Sozialdemokratie" die Koalitionsfreiheit, das Recht auf Beitritt zu einer Partei der eigenen Wahl und die Freiheit der politischen Meinung für Beamte gefordert. Vgl. Gabriele Hoffmann, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Hamburg 1972, S. 26 ff.

demokratie als oberstes Ziel die Vernichtung der Monarchie proklamierte [6] und auch sonst gegen alles zu Felde zog, was anständigen Menschen als ehrenwert und anständig erschien. Damals erklärten die sozialdemokratischen Schwindler und Volksbetrüger, daß der alte Staat beseitigt werden müßte, weil es in ihm keine Gewissensfreiheit gäbe, und daß an seine Stelle ein neuer zu kommen habe, der als "freie Demokratie" jedem Bürger die Freiheit der persönlichen politischen Meinung gewährleiste. Die damaligen Schwindler haben im November 1918 gesiegt [7] und das Reich ihren Ideen unterworfen. Die Freiheit allerdings ist vom Regen in die Traufe geraten. Elender und nichtswürdiger sind Versprechungen noch niemals verleugnet worden, als dies bei diesen Parteien heute der Fall ist. Einst versicherte der sozialdemokratische Freiheitsapostel, daß durch seine Partei ein Staat der Schönheit und Freiheit [8] entstehen würde, und heute, da der Apostel von einst zum mit Steuergeldern aufgemästeten republikanischen Mandarin emporgestiegen ist, setzt eine Unterdrückung der Freiheit ein, wie man sie im alten Reich überhaupt nicht gekannt hat. Es sind auch hier wahre Rekorde, die die Korruptionsparteien vor aller Welt aufstellen. Tatsächlich besteht aber auch zwischen der allgemein um sich greifenden Korruption des republikanischen Verwaltungskörpers [9] und der Unterdrückung der Gewissensfreiheit ein engster Zusammenhang. Wenn ein Ministerium die Stirne hat, öffentlich zu erklären, daß die Beamten kein Recht zur Betätigung ihrer eigenen politischen Meinung besäßen, "weil sie von der Republik bezahlt würden", so ist dies das Eingeständnis einer Auffassung, die selbst durch und durch korrupt ist [10]. Denn nur wer annimmt, daß die Beamten nicht wegen ihrer Arbeit und wegen ihrer Leistung bezahlt werden, sondern wegen ihrer parteimäßigen Gesinnung, kann sich zu dieser ministeriellen Auffassung bekennen. Denn es ist in einem nicht korrupten Staat selbstverständlich, daß man einem Beamten aus parteipolitischen Motiven nicht seine Bezahlung vorwerfen kann, da er ja nicht aus parteipolitischen Gründen angestellt oder bezahlt wird, sondern auf Grund seiner abzuleistenden Arbeit. Die Arbeit, sagen wir eines Finanzbeamten, hat nun gar nichts zu tun mit seiner Wahlauffassung. Bezahlt wird er für die erstere und nicht für das zweite. Wenn eine Regierung aber glaubt, daß er für das zweite bezahlt wird, dann bezeugt sie damit vor aller Welt, daß sie selbst durch und durch korrupt denkt, und niemand wundere sich, wenn dann tatsächlich die Korruption Orgien feiert, wie das heute in der Weimarer Republik an tausend und tausendfältigen Beispielen der Öffentlichkeit gezeigt wird. Nur aus diesem korrupten Denken heraus resultiert dann der Mut zu jener unerhörten Gewissensknebelung, die wir in diesen Tagen allgemein erleben. Es ist ohne Zweifel richtig, daß durch diese Knebelung viele und viele Hunderttausende, ja Millionen abgehalten worden sind, ihrer inneren Gewissenspflicht zu genügen, und gezwungen wurden, auf ihre Eintragung zu verzichten. Im übrigen ist dieser Regierungsterror gegen den Beamten aber um so unverschämter, als nicht die Republik die Beamten bezahlt,

6 Die Sozialdemokratie betrachtete die vor 1914 in Deutschland bestehende konstitutionelle Monarchie als zeitlich befristete Übergangsform in der historischen Entwicklung zum Sozialismus. Vgl. Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974, S. 5 ff.

7 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im November 1918.

8 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.

9 Anspielung auf den Sklarek-Skandal. Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 88, Anm. 5.

sondern die Staatsbürger ganz allein. Derselbe republikanische Minister, der, ohne schamrot zu werden, einem Beamten die Bezahlung durch die Republik vorwirft, steckt seelenruhig die herausgepreßten Steuergelder der republikanischen Untertanen anderer Gesinnung als "Gehalt" in seine Tasche. Es fällt diesen dickfelligen Ehrenmännern nicht im geringsten ein, daß sie selbst bezahlt werden, und zwar nicht von der Republik, sondern von allen Staatsbürgern, die das Unglück haben, ihren republikanischen Steuereintreibern in die Hände zu laufen. Aber das Geld der Opposition für Ministerpfründen riecht auch nicht übel, und hier spielt die republikanische Gesinnung dann auf einmal keine Rolle!

Der Verlauf dieses Volksbegehrens hat die Geister in Deutschland getrennt und geschieden. Er hat auch vieles beleuchtet und damit aufgeklärt. Daß die Machthaber der Novemberrepublik es verstanden, sich der Zustimmung obskurer geistiger Größen zu versichern, ist kein Wunder [11]. Die Kunst schreit nach Brot, und am meisten dann, wenn sie selbst so dünn und schwindsüchtig ist wie die eines Gerhart Hauptmann [12] und Genossen. Auch der Herr Reichspräsident hat mit jenem politischen Scharfblick, der schon seit seinem Amtsantritt die Welt in immer neues Erstaunen versetzt, verschiedene Möglichkeiten wahrgenommen, den bürgerlichen Aufruhr wieder einzuschläfern [13]. Der Herr Reichspräsident wirkt hier ersichtlich mit Erfolg ansteckend. Das ist man aber alles gewohnt, und kein Mensch wundert sich deshalb mehr darüber. Schlimmer ist es aber, wenn sich nun auch Kronprätendenten zu ähnlichen Schritten mißbrauchen lassen. Eine Münchner Zeitung brachte groß in dickem Fettdruck die Mitteilung, daß zum Beispiel auch Kronprinz Rupprecht [14] das Volksbegehren als "verfehlt ansieht und ablehnt" [15]. Welche Gründe die Umgebung des bayerischen Kronprinzen bewogen haben mögen, diese Nachricht in die Öffentlichkeit zu lancieren, ist belanglos, wesentlich ist aber, daß dadurch ohne Zweifel der Sache des Volksbegehrens Schaden zugefügt wurde. Es kann natürlich nur dem Ermessen des bayerischen Kronprinzen anheimgestellt sein, aus "taktischen"

---

11 Am 15.10.1929 hatte die Reichsregierung einen Aufruf "an das deutsche Volk" gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan gerichtet. Der Aufruf war von den Mitgliedern der Reichsregierung, mehreren Ministerpräsidenten der Länder, zahlreichen Oberbürgermeistern, Oberpräsidenten, hohen Richtern sowie anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus ganz Deutschland, darunter Gerhart Hauptmann und Thomas Mann, unterzeichnet. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 15.10.1929 (AA), "Aufruf gegen das Hugenbergsche Volksbegehren".

12 Gerhart Hauptmann (1862-1946), Ausbildung zum bildenden Künstler, 1884 Bildhauer in Rom, 1885 Schriftsteller in Berlin, 1912 Literaturnobelpreis.

13 Vgl. Dok. 90, Anm. 5.

14 Rupprecht (1869-1955), 1887 bayerischer Leutnant, 1889-1891 Studium in München und Berlin, 1913 bayerischer Kronprinz, 1914 Generaloberst, Oberbefehlshaber der 6. (bayerischen) Armee, 1916-1918 Oberbefehlshaber der "Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht", lehnte 1921 beim Tod seines Vaters, Ludwig III., die Ausrufung zum König ab, 1939-1945 Exil in Italien.

15 Die Münchner Telegramm Zeitung meldete am 24.10.1929 unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" im Fettdruck: "*Neuburg a. D., 24. Oktober. Reichstagsabgeordneter* [*Martin*] *Loibl teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Kronprinz Rupprecht von Bayern ein Ansuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen, abgelehnt habe mit der Begründung, daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte.*" Zur Auseinandersetzung über die Stellung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 2, Frankfurt a. M. 1990, S. 672 ff. sowie Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 543 f.

oder aus "prinzipiellen" Gründen seine Stellungnahme zu bestimmen. Aus "prinzipiellen" könnte sie nur gegen den Young-Plan [16] sein. Auch in diesem Lager wird man vielleicht schon in ein paar Jahren eingesehen haben, daß der Young-Plan nur eine Etappe zur Vernichtung der letzten Eigenstaatlichkeit der Länder ist. Ja, er führt zwangsläufig zu dieser Vernichtung. Glaubt aber die Umgebung des Kronprinzen oder dieser selbst, aus taktischen Erwägungen dagegen Stellung nehmen zu müssen, dann hätte man zumindest erwarten dürfen, daß diese taktische Stellungnahme nicht in Gestalt eines offenen Angriffs gegen die Bekämpfer des Young-Planes stattfindet. Es wäre vielleicht vor zwei Jahren auch für manche Partei "taktisch" angenehmer gewesen, für die Fürstenenteignung einzutreten als dagegen [17]. Diese Parteien haben damals allerdings die anständige Ehrlichkeit höher gestellt als fadenscheinige Zweckmäßigkeitsmotive [18]. Die nationalsozialistische Bewegung zum Beispiel hat bisher bewußt und gewollt die Frage Republik oder Monarchie nicht berührt [19]. Taktische Gesichtspunkte waren dabei verdammt nicht maßgebend. Wenn aber die Monarchen selbst wenig Wert auf eine solche Gesinnung legen, dann wird das der Anlaß sein, eine gründliche Reform auch unserer Einstellung vorzunehmen. Man kann es auf die Dauer dann nicht mehr verantworten, durch die Offenlassung der Frage Monarchie oder Republik den republikanischen Behörden Handhaben für die Unterdrückung und Verfolgung Hunderttausender braver Menschen zu geben, und in derselben Zeit aber auch Rückenstöße durch die berufensten Repräsentanten der Monarchie zu bekommen. Ich halte es bei solchen Erfahrungen für absolut richtig, dann auch von uns die Republik als Staatsform eindeutig anzuerkennen und nur ihren heutigen inneren Feinden und Zerstörern, der Novemberdemokratie, den rücksichtslosesten Kampf anzusagen und weiter fortzuführen. Sind aber die Monarchen für diese Veröffentlichung nicht verantwortlich, dann mögen sie sich von einer Umgebung befreien, die in wenig verantwortlicher und noch weniger genialer Weise vertritt, was Bismarck in seinem dritten Bande seiner Erinnerungen als Allerschlimmstes für einen Monarchen kennzeichnet: Um von unversöhnlichen Feinden gestreichelt zu werden, fällt man ehrlichen Freunden in den Rücken [20].

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

17 Vgl. Dok. 29, Anm. 22.

18 Die Stellung zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung war in der NSDAP zunächst umstritten. Hitler selbst lehnte die Fürstenenteignung von Anfang an ab. Auf der Führertagung der NSDAP am 14.2.1926 in Bamberg konnte Hitler seinen Standpunkt gegen den durch Gregor und Otto Straßer sowie Joseph Goebbels vertretenen linken Flügel der Partei durchsetzen und damit auch seinen absoluten Führungsanspruch in der Partei festigen. Vgl. Bd. I, Dok. 101 sowie Schüren, Volksentscheid, S. 155 f.

19 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über die Staatsform. Vgl. Dok. 61, Anm. 27.

20 "Der Kaiser [*Wilhelm II.*] zeigt das Bestreben, durch Concessionen an seine Feinde die Unterstützung seiner Freunde entbehrlich zu machen." Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Dritter Band: Erinnerung und Gedanke, Stuttgart 1919, S. 130.

2. November 1929 Dok. 92
"An das Deutsche Volk!"
Aufruf

Stahlhelm vom 10.11.1929, "Der Aufruf des Reichsausschusses" [1].

Trotz Severing, Braun und Genossen ist das Volksbegehren gegen Tributplan und Kriegsschuldlüge mit Erfolg durchgeführt [2]. Alle Verleumdungen der Erfüllungspolitiker haben es nicht vermocht, vier Millionen aufrechter Deutscher Männer und Frauen von dem offenen Bekenntnis ihres Freiheitswillens abzuhalten. Beispielloser Terror und skrupelloser Gesinnungszwang sind zuschanden geworden [3].

Die Eintragung in die Ehrenliste des deutschen Volksbegehrens war ein Bekenntnis und eine Tat. Der Dank kommender Geschlechter ist ihr Lohn!

Die erste Schlacht ist gewonnen!

Der Kampf geht weiter!

Otto v. Below Claß Döbrich Duesterberg Frhr v. Gebsattel Graf von der Goltz Hepp Hitler Hugenberg Frau Annagrete Lehmann Lübbert [4] Frhr. v. Lüninck [5] Möllers [6] v. Morozowicz [7] Frau Netz [8] Rüffer Schiele v. Schinckel [9] Erich Schmidt [10] Schwecht Seldte Straßer Thyssen Wendhausen [11] Graf Westarp [12] v. Winterfeld Wundt [13]

---

1 Vgl. VB vom 5.11.1929, "Der Kampf geht weiter".

2 In der Eintragungsfrist (vgl. Dok. 88, Anm. 34) für das Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 77, Anm. 2) hatten sich 4.137.193 Wahlberechtigte (10,02%) eingeschrieben. Die erforderliche Zahl, um über das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" einen Volksentscheid herbeizuführen, war damit knapp erreicht. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 566.

3 Vgl. z. B. Dok. 88, Anm. 4.

4 Erich Lübbert (1883-1963), 1906 Dr. jur., 1909 Rechtsanwalt in Hamburg, 1910 Rechtsanwalt in Lüderitzbucht (Südwestafrika), 1920-1924 Direktor der Consolidated Diamond Mines of South-West-Africa Ltd., 1924 Delegierter der A.-G. für Verkehrswesen, Berlin, 1926 deren Generaldirektor, Mitglied des Finanzrats bei der Bundesleitung des Stahlhelms.

5 Hermann Freiherr von Lüninck (1893-1979), Jurist, 1914 Referendar, 1921 Regierungsassessor im preußischen Ministerium des Innern, 1923 stellvertretender Sekretär des Rheinischen Bauernverbandes, 1925 Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer der Rheinlande, 1933 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1935 Rücktritt.

6 Alfred Möllers (geb. 1883), Kaufmann und Jurist, 1908-1911 Prokurist in der Hugo Stinnes AG, 1911-1914 Direktor der Chemischen Fabrik Weyl in Mannheim, 1918 Prokurist der Rütgerswerke in Berlin, seit 1923 deren Direktor, 1924-1940 Vorsitzender der Deutschen Industriellenvereinigung (seit 1926: Bund für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft).

7 Elhard von Morozowicz (1893-1934), 1924-1928 Landesführer des Stahlhelm in Brandenburg, Landesführer des Wehrwolf in Brandenburg, 1932/33 MdL in Preußen (DNVP), 1933 Gruppenführer beim Stab des Obersten SA-Führers, 1934 Tod durch Autounfall.

8 Marie Netz, 1923 Gründerin des Bundes Königin Luise.

9 Max von Schinckel (1849-1938), Kaufmann und Bankier, 1869-1872 Prokurist in St. Petersburg, 1872 Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg, 1895 deren Inhaber, 1919 Aufsichtsratsvorsitzender der Norddeutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, 1929 Ehrenpräsident des Aufsichtsrats der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin.

10 Erich Schmidt (1897-1952), Schriftsteller, 1922 Dr. rer. pol., Juli 1932 bis November 1933 MdR (DNVP), 1933 Verbot jeglicher journalistischer Tätigkeit, Haussuchungen, 1944 Haussuchung.

11 Albrecht Wendhausen (1880-1945), Rittergutsbesitzer, Dr. jur., 1928-1932 MdR (Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei, seit Dezember 1931 Hospitant der NSDAP), Mitglied des Reichslandbundes.

6. November 1929 Dok. 93
"Kabinettspolitik und Volksbegehren / eine Antwort an den Grafen Soden" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 8.11.1929, "Der Mißbrauch der monarchischen Idee im Dienste der Young-Front" [3].

Ich glaube, es ist schon ein Unterschied zwischen der heutigen Zeit und derjenigen vor elf Jahren [4]. Ich glaube, daß jetzt Millionen von Deutschen fühlen müssen, daß wir inmitten des Beginnes eines *großen Volkskampfes* stehen, eines Kampfes, der sich richtet nicht nur gegen das Ausland, sondern der zunächst Ordnung schaffen will im Innern Deutschlands selbst. Und eines dürfen wir auch wohl feststellen: Wenn heute so etwas möglich ist wie die Kundgebungen der letzten Zeit, dann eigentlich nur *dank der Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung.* Wir haben es fertiggebracht, daß in großen Teilen Deutschlands heute überhaupt eine nationale Fahne flattern kann und daß in großen Teilen des heutigen Deutschland nationale Demonstrationen stattfinden können. In den Gebieten, in denen keine Nationalsozialisten sind, in denen sich große Städte befinden, ist der Zustand ähnlich der Zeit vor 10 und 11 Jahren. Besonders für *Bayern* dürfen wir das für uns beanspruchen. Ich muß hier betonen, in Bayern gab es auch vor 10 und 11 Jahren eine *Bayer[ische] Volkspartei,* aber dieses Schwänzchen der damals sozialdemokratischen Hoffmann-Regierung [5] hat verdammt wenig Einfluß auf die öf-

---

12 Kuno Friedrich Graf von Westarp (1864-1945), Jurist, 1886 Referendar, 1891 Regierungsassessor, 1893 Landrat des Kreises Bomst, 1900 des Kreises Randow, 1903-1908 Polizeidirektor (später Polizeipräsident) in Berlin-Schöneberg, 1908-1920 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1908-1918 MdR (Konservative), seit 1913 Fraktionsvorsitzender, 1920-1932 MdR (DNVP, ab 1930 Konservative Volkspartei), 1925-1929 Fraktions-, 1926-1929 Parteivorsitzender der DNVP.

13 Max Wundt (1879-1963), 1903 Dr. phil., 1918-1920 außerordentlicher Professor der Philosophie in Marburg, 1920-1929 ordentlicher Professor in Jena, 1929-1945 in Tübingen, Autor völkischer Schriften.

1 Joseph Graf von Soden-Fraunhofen (1883-1972), Jurist, 1911 Legationssekretär an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 1919-1921 Leiter der Polizeiabteilung Bamberg, November 1923 während des Hitler-Putsches von den Putschisten als Geisel festgesetzt, 1923-1933 Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.
Titel laut Lagebericht und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10118). Titel laut Ankündigung im VB vom 6. und 7.11.1929: "Kabinetts-Politik und Volksbegehren".

2 Im Bürgerbräukeller, von 20.15 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht zwischen 2.600 und 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet. Der Eintrittspreis betrug 50 Pfennig, für erwerbslose Parteimitglieder 10 Pfennig. Im Franziskanerkeller wurde wegen Überfüllung des Bürgerbräukellers eine Parallelversammlung abgehalten, auf der MdL Julius Streicher und MdR Franz Ritter von Epp sprachen.

3 Vgl. Polizeiberichte Nr. 1661/29 sowie Nr. 1663/29 vom 7.11.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740; Lagebericht N/Nr. 86 vom 13.11.1929; ebenda; Münchener Post vom 7.11.1929, "Hitlers Rückzieher", Münchner Telegramm Zeitung vom 7.11.1929, "Herr Hitler" sowie Vossische Zeitung vom 14.11.1929 (PA), "Skandal um jeden Preis".

4 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im November 1918.

5 Bereits die Bildung der ersten Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann in Bayern (Februar 1919) war nur durch Duldung der DDP und der BVP möglich geworden. In der zweiten Regierung Hoffmann (Mai 1919 bis März 1920) stellte die BVP einen Minister und vier Staatssekretäre. Vgl. Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München 1990, S. 217 ff., 331 ff.

fentliche Meinung gehabt; nicht nur das Land, auch München war vollkommen unter dem roten Terror gestanden, und erst 1924 hat zum erstenmal dieser Terror gebrochen werden können, *nicht durch die Aufklärungsarbeit des Herrn Schäffer - wir* haben es fertiggebracht, daß endlich die rote Majorität zertrümmert wurde [6].

Wir haben das Gefühl, daß wir uns jetzt

am Beginn eines Wendepunktes

in der deutschen Geschichte befinden. Und es ist vielleicht angezeigt, den Blick kurz nach *rückwärts* zu werfen, besonders wenn sich Kräfte finden, die die Fehler der Vergangenheit verewigen wollen.

Und nun skizziert Hitler in hinreißenden Ausführungen das tragische und unerbittliche Geschick eines versklavten Volkes, wie er es in der Einleitung seines Offenen Briefes an den Graf Soden dargelegt hat [7], und in dem er die drei historischen Einwände der Gemeinschaft der Schwächlinge geißelt, die sich durch Jahrtausende hindurchziehen: nämlich, daß die Zeit ungeeignet, der Anlaß nicht der gegebene und endlich die Methode nicht die richtige sei, um das Sklavenjoch abzuschütteln.

Das deutsche Volk hat den Wahrheitsbeweis für seine Güte vor der Weltgeschichte geliefert, *die deutsche Regierung aber nicht.* Was bei uns schlecht ist, ist nicht das Volk an sich. Es kann verdorben sein, verführt, im Taumel des Wahnsinns handeln, aber in seinem Kern ist unser Volk gesund, und ich behaupte immer, am gesündesten, je weiter ich in dieses Volk hineinkomme. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Es ist das Volk, das uns etwas gab, was die ganze Welt nie gehabt hat: den deutschen Grenadier und Musketier des Weltkrieges, den unbekannten Soldaten in seinem lehmbeschmutzten Rock, mit seinem verbeulten Stahlhelm, abgehärmte, ausgehungerte, hohlwangige, verdreckte, nicht ausgeschlafene Helden, wie sie die Welt nirgends gehabt hat, *sie hat unser deutsches Volk hervorgebracht.* (Stürmischer Beifall.)

Wenn Regierungssysteme falsch sind und ihre Konstruktion darauf hinausgeht, nur das Schlimme zur Geltung zu bringen, dann gibt es nur eine Möglichkeit, dann muß das Volk sich selbst säubern, aus seinen unerschöpflichen Kraftquellen heraus muß die Reinigung kommen. Und die Spitze des Volkes muß das Volk seelisch und geistig verkörpern, der deutsche Grenadier muß auch eine analoge Führung [*sic!*] *erhalten. (Stürmischer Beifall.)*

Hitler schildert nun als das Bemerkenswerteste der ganzen Entwicklung, daß ein Edikt nach dem anderen angenommen wurde, ohne daß die tiefen Schadenswirkungen in die Masse hineingekommen wären. *Ohne daß das Volk erfuhr, was während 11 Jahren in seinem Namen unterschrieben wurde.* Kaum, daß es ahnt, für was der Steuerbüttel die Groschen holt. Das ist vielleicht das Schlimmste, daß 11 Jahre lang alle derartigen Entwicklungen sich in der parlamentarischen Anonymität vollzogen haben, bei der das Volk nie weiß, wer dafür und wer da-

---

Johannes Hoffmann (1867-1930), Lehrer, 1908-1918 MdL in Bayern (SPD), 1910-1918 Stadtrat und Stellvertreter des Bürgermeisters in Kaiserslautern, 1912-1918 und 1919-1930 MdR, November 1918 bis März 1919 bayerischer Minister für Kultus und Unterricht in der Regierung Eisner, 1919/20 MdL in Bayern, März 1919 bis März 1920 bayerischer Ministerpräsident, Außen- und Kultusminister.

6 Der gemeinsame Stimmenanteil von SPD und USPD bzw. KPD sank von der Landtagswahl 1920 bis zur Landtagswahl 1924 von 31,1 auf 25,6%, derjenige der BVP von 39,0 auf 32,8%. Der Völkische Block, der 1924 zum ersten Mal antrat und dem auch Anhänger der verbotenen NSDAP angehörten, erreichte 17,1%. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 91.

7 Vgl. Dok. 94.

gegen gewesen ist. Es war notwendig, einen *Anlaß* zu nehmen und die Frage in das Volk hineinzustellen: *Du, habe den Mut und bekenne nun!* Nun sollen sie eintreten, verteidigen oder verdammen.

Warum ein Volksbegehren [8]*?*

Das ist für uns der Anlaß gewesen, warum wir uns zusammenfügten und ein *Volksbegehren* machten. Wenn man mir heute in der "Münchner Telegramm Zeitung" vorwirft: Sie haben ja selbst nicht an die Zweckmäßigkeit und den Erfolg des Volksbegehrens geglaubt [9], dann kann ich nur antworten:

Meine Herren, Sie verkennen ganz unsere *Gesinnung*, Sie verkennen unseren *Willen* und Sie verkennen vollständig unsere *Energie.*

Unsere Gesinnung: denn Sie glauben wirklich, daß wir das nur getan haben, weil wir uns einen *billigen Erfolg* versprachen. Herr Graf von *Soden*! Als ich in Berlin das Resultat des Volksbegehrens bekam [10], da wurde mir natürlich für einen Augenblick auch im Herzen warm, aber ich sage Ihnen offen, ich sagte mir in dieser Sekunde: Vielleicht haben wir noch gar nicht alles getan, daß wir es wirklich verdient haben. *Jetzt wollen wir erst recht arbeiten und das Volksbegehren als ein gütiges Geschenk des Himmels entgegennehmen,* das uns verpflichtet, uns noch mehr einzusetzen - aber nicht dieses Erfolges wegen (stürmische Kundgebungen) haben wir es getan, nicht weil wir einen billigen Ruhm glaubten zu ernten, sondern weil uns eine innere Stimme dazu *verpflichtete.* Und wenn Sie uns vorgerechnet hätten, daß wir verlieren müssen, *wohlan, dann kämpfen wir eben, um zu verlieren.*

Niemals werden wir uns aus schwachen taktischen Gesichtspunkten fügen und beugen! Seit 10 Jahren kämpfen wir [11]*. Haben wir jemals eine garantierte Anweisung auf den Erfolg gehabt? Als wir mit 7 Mann anfingen* [12]*, hätte man uns sagen können: Sie glauben, daß Ihre Bewegung ganz Deutschland überstrahlen wird? Wir taten es, weil wir uns sagten, wie soll Deutschland wieder auferstehen, wenn Millionen sich fügen? Einmal ist es doch notwendig, und ich sagte mir: Nun, Herr, Gott, ich bin allein, ich kämpfe, und wer hinter mich treten will, tritt hinter mich, und wer es nicht will, läßt es bleiben! Aber ich habe gekämpft. (Stürmische Ovation.)*

Sie haben unterschätzt unseren *Willen!*

Ein Wille, Herr Graf, der unerschütterlich ist, und den gar nichts brechen kann. Keine Verleumdung, keine Schmähung, keine Lüge, kein Terror und kein sogenannter Mißerfolg, der andere vielleicht wieder zurückscheu[*ch*]en würde in ihre Löcher. *Unser Wille ist ein eisenharter.*

Und Sie haben drittens unterschätzt unsere *Beharrlichkeit,* Energie und Zähigkeit, ganz gleichgültig, wie die Waagschale des Erfolges gehen mag.

---

8 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

9 "[...] wobei Hitlers (nach eigenen Angaben 'ganz offizieller') Vertreter die merkwürdige Erklärung abgab, Hitler sei selbst von Anfang an dem Volksbegehren sehr skeptisch gegenüber gestanden, habe aber schließlich, dem Drängen anderer Seite folgend, seine Partei für das Volksbegehren eingesetzt." Vgl. Münchner Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929, "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

10 Hitler hatte am 2.11.1929 an der Tagung des Präsidiums des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren in Berlin teilgenommen. Vgl. Dok. 92.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

Endlich bewog uns die *Hoffnung*, endlich in den unsauberen Mist unseres parlamentarisch-parteipolitischen Lebens eine *klare Parole* hineinzuschleudern, *die die Menschen scheidet und zwingt vor aller Öffentlichkeit Farbe zu bekennen* [13]. Wenn heute Berliner bürgerliche Zeitungen schreiben: nun aber Schluß, nun das Ganze sammeln, ein Strich hinter die Vergangenheit, wir dürfen nicht die Gräben zuschütten zu der großen nationalen Front [14]! - so antworten wir ihnen: *Sie glauben wohl in uns dieselben Schwachköpfe vor sich zu haben, die einst ein Wilson vor sich hatte, als er seine 14 Seifenblasen steigen ließ* [15]*?* Sie täuschen sich: Keines ist möglich, nicht daß wir unterliegen, nicht daß wir auseinandergehen, nur ein Drittes wird sein, daß *Sie zerbrechen*! (Stürmischer Beifall.)

Wir können und werden nie vergessen, wem wir dieses elfjährige entsetzliche Unglück verdanken. Wir gehören nicht zu denen, die hier monarchisch sind und in Berlin mit Levi u[nd] Crispien gehen [16]*, die hier ihr monarchisches Herz entdecken und sonst die Republik als die von Gott eingesetzte Obrigkeit bezeichnen.*

So stehen wir heute am Beginn eines riesenhaften Kampfes gegen die Lüge, den Terror und die Verleumdung. In den wenigen Wochen Kampfes für das Volksbegehren haben wir zwei Tote und 400 Schwerverletzte gehabt [17]*. (Bewegung.) In diesen wenigen Wochen haben unsere Redner und Kämpfer in*

über 7.000 Versammlungen

in Deutschland gesprochen [18] *(Hört-hört-Rufe, große Bewegung) und haben dabei gegen sich gehabt eine gemeinsame Front: die gesamte Presse, das gesamte Kapital, die gesamte Wirtschaft* [19]*, die gesamten staatlichen Institutionen* [20]*, die Institutionen des Rundfunks* [21]*, die ganze Gesellschaft* [22] *usw. Die Banken gegen uns, die Börse, Inland und Ausland gegen uns, und trotzdem sind über 4 Millionen deutscher Männer und Frauen hingegangen und haben ihre Namen eingeschrieben in das Grundbuch des Freiheitskampfes der deutschen Nation* [23]*. (Stürmische Kundgebungen.)*

---

13 Vgl. Dok. 29, Anm. 23.

14 Anspielung auf den Kommentar "Das Ganze Halt! - Sammeln!" in der Deutschen Tageszeitung vom 3.11.1929, in dem ein "Graben quer durch das Bürgertum" erkannt und vor der Radikalisierung der nationalen Parteien und Verbände durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gewarnt wurde: "Denn wir sind allerdings der Meinung, daß die Kreise der Rechten, die auf politische Ernsthaftigkeit Anspruch erheben, allen Anlaß haben, nicht in einen Wettlauf des Radikalismus mit den Nationalsozialisten einzutreten, bei dem sie immer nur zweiter Sieger bleiben können."

15 Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 33 sowie Dok. 35, Anm. 12.

17 Vgl. Dok. 88, Anm. 3.

18 Nach parteieigener Angabe hatte die NSDAP im Oktober 1929 reichsweit 7.000 Versammlungen abgehalten. Vgl. VB vom 3./4.11.1929, "Das Trommelfeuer unserer Versammlungsoffensive". Zu Zahl und Ausbildung der Parteiredner der NSDAP vgl. Dok. 13, Anm. 4.

19 Am 4.10.1929 hatte sich der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages trotz Bedenken für die Annahme des Young-Plans ausgesprochen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.10.1929 (AA), "Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages".

20 Vgl. Dok. 91, Anm. 11.

21 Vgl. Dok. 88, Anm. 15.

22 Vgl. z. B. Münchner Telegramm Zeitung vom 15.10.1929, "Kardinal Bertram gegen das Volksbegehren".

23 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

Hitler charakterisiert nun jene Koalition der Young-Parteien [24], die *von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei* reicht, wobei er

die Bayer[*ische*] *Volkspartei*

als das Türsteherchen des Zentrums bezeichnet, deren Beziehungen zu Kreisen, die das alte Deutschland repräsentierten, vier Jahre und 8 Monate ruhten, aber wieder aufgenommen wurden vom 9. Monat des vierten Jahres an. Bis dahin war sie eine republiktreue, auf dem Boden der Verfassung stehende Organisation. Vier Monate vor fünf Jahren ist sie dann eine mit einem weinenden Auge zur Monarchie zurückblickende Organisation [*geworden*], nicht als ob sie dann restlos auf den Boden der Monarchie zurücktreten würde, sondern sie sieht nur traurig zurück [25]. *Bis zum Wahltag.* Wenn der Wahltag vorbei ist, tritt sie wieder hinein in den Staat auf den Boden der Tatsachen, um mitzuregieren und eine Vermehrung des Ruhmes des Reiches und der Güter des Reiches vorzunehmen. (Große Heiterkeit.) *Die Herren warten mit Sehnsucht darauf, sich in München mit Herrn Auer zusammenzuschließen zu einer Gemeinschaft im kommenden Stadtrat* [26].

Sie werden sehen, daß wir richtig prophezeien. In 6 Wochen wollen wir uns wieder hier versammeln [27]. (Heiterkeit.)

Dem gegenüber erklärt die zweite Gruppe der Parteien: Wir erkennen die Tatsachen, auf die die anderen sich gestellt haben, nicht an, d. h., für uns ist die Revolution im Jahre 1918 nach wie vor ein Verbrechen. Wir wissen, daß nicht das Volk schuld ist, denn es stand an der Front. Aber wir werden, wenn uns das Schicksal die Macht verleiht, die verantwortlichen Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Ungestraft sollen sie nicht das deutsche Volk des Weltkrieges entwaffnet und der internationalen Hochfinanz ausgeliefert haben [28]. (Stürmischer Beifall.)

Als wir unseren Kampf aufgenommen hatten, da traf es uns wie ein Keulenschlag, als gegen uns

der Name Hindenburgs

ausgespielt wurde [29]. *Wir* haben ihn einst gewählt, von *unserer* nationalen Seite ist er aufgestellt worden [30]. *Wir* haben ihn einst verteidigt, *als er von den Young-Parteien vor den*

---

24 Gemeint sind die Parteien der Regierungskoalition. Vgl. Dok. 94. Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

25 Bezieht sich auf das im Winter 1923/24 von der BVP initiierte Volksbegehren zur Änderung der bayerischen Verfassung. Kern der Vorschläge war die Schaffung des Amts eines Staatspräsidenten für Bayern. Diese Initiative wurde als Versuch gedeutet, die Rückkehr zur Monarchie vorzubereiten. Beim Volksentscheid am 6.4.1924 wurde die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 89 ff.; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 212 ff.

26 Die BVP hatte in München aufgrund der Erfahrungen bei der Kommunalwahl 1924 auf ein erneutes Zusammengehen mit der DNVP 1929 verzichtet. Dieser Schritt ließ in der Presse Vermutungen über eine Koalition zwischen BVP und SPD aufkommen. Vgl Peter Steinborn, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in der Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968, S. 471.

27 Vgl. Dok. 116.

28 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

29 Vgl. Dok. 90, Anm. 5.

30 Für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl (29.3.1925) hatte die NSDAP Erich Ludendorff als Kandidaten aufgestellt, im zweiten Wahlgang (26.4.1925), nach dem Verzicht Ludendorffs, zusammen mit DNVP, DVP und BVP Paul von Hindenburg unterstützt. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 14-16, 41.

Staatsgerichtshof geschleppt wurde, wir haben seinen Namen in Schutz genommen. Wir haben ihm zugejubelt, als er nach München kam[31] und die anderen ihn verleumdeten und schlecht machten. Wieviele hier haben ihm ihre Stimme gegeben! (Zuruf: Alle!)

Und jetzt müssen wir erleben, daß eine Umgebung des Reichspräsidenten es fertigbringt, seinen Namen einer Partei zur Verfügung zu stellen, deren Regiment Deutschland soviel Elend zugefügt hat, die alte Armee zerbrochen hat, das alte Reich zertrümmerte und den Herrn Reichspräsidenten selbst auf das gemeinste besudelt hat.

Genauso war es, als wir hier plötzlich in der Presse lesen konnten, daß

der Name des Kronprinzen

in die Waagschale der andern geworfen wird. Doppelt entsetzlich, weil wir genau wußten, daß es nicht die Absicht des Kronprinzen ist, daß er es ablehnt, hineingezogen zu werden, und daß nur seine Umgebung diesen Namen der Öffentlichkeit preisgegeben hat. Das hat uns empört, nicht gegen den Kronprinzen, der ist so unschuldig, wie irgend jemand, wir kennen den Herrn, der das gefingert hat, und plötzlich den Namen des letzten Wittelsbachers zugunsten der Parteien in die Waagschale warf, die einst vor elf Jahren auch das Haus Wittelsbach zertrümmert haben.

Wir bekennen: *Da kommt für uns Nationalsozialisten eine Grenze* und das ist folgende: Wir Nationalsozialisten gehören zu jener Partei, die feierlich erklärt: Die Monarchie ist durch die Revolution beseitigt worden, nicht durch uns. Die Republik hat sich durch einen Gewaltakt eingesetzt. Allerdings haben die Parteien die Republik legalisiert. Aber wir behaupten, daß der Zusammensturz der Monarchie ein Verbrechen gewesen ist, das nicht etwa das Haus Hohenzollern oder das Haus Wittelsbach getroffen hat, *sondern Deutschland.* Seitdem sind wir nach unten gesunken. Nun haben wir Nationalsozialisten nicht aus taktischen Erwägungen, sondern aus anständiger Gesinnung in diesen Jahren nicht den Standpunkt verfochten: Für uns ist die Frage Republik oder Monarchie noch zu entscheiden, sondern *wir erklärten feierlichst, daß wir diese Frage völlig zurückstellen.* In unseren Reihen sind Kämpfer aus allen Windrichtungen [*sic!*] unseres Vaterlandes und des Parteilebens. Sie sollen zusammenkommen können und ein Ziel im Auge haben: Deutschland, das deutsche Volk, das Deutsche Reich, das deutsche Vaterland. (Starker Beifall.)

Dieses Bekenntnis hat uns schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Die Bayer[*ische*] *Volkspartei hat mir jahrelang das Reden verboten*[32]*, weil ich gegen den bestehenden Zustand gekämpft habe (stürmische Zurufe), weil ich mich nicht auf den Boden der republikanischen Tatsachen gestellt habe. (Bewegung.) Sie warfen uns jahrelang vor, wir müßten Farbe bekennen, Herr Hitler solle bekennen: Stellt er sich auf den Boden der Republik? Wenn nein, dann soll er den Mund halten, wenn ja, dann darf er reden! (Bewegung.)*

Das führte dazu, daß unsere Parteigenossen als antirevolutionär, als reaktionär, als anti-republikanisch behandelt worden sind, daß Tausende und Abertausende unserer Parteigenossen dafür Verfolgungen ausgesetzt wurden, ihre Stellungen verloren haben, aus den Ämtern hin-

31 Nach seinem Amtsantritt als Reichspräsident eröffnete Paul von Hindenburg eine Rundreise durch die Länder am 12.8.1925 mit einem Besuch in München. Trotz schlechten Wetters hatte sich eine unüberschaubare Menschenmenge zu seinem Empfang eingefunden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 13.8.1925, "Begeisterter Empfang des Reichspräsidenten in München".

32 Vgl. Dok. 60, Anm. 11.

ausgeworfen worden sind. Man hat Reichsbetriebe für sie gesperrt und Tausende brotlos gemacht [33]. Das haben wir ertragen aus unserer anständigen Gesinnung heraus. Ich persönlich kann versichern: Würde ich nach taktischen Gesichtspunkten gehandelt haben, so hätte ich 1918 erklärt: Die Revolution ist gemacht, die Fürsten haben sich mit ihr abgefunden, die alten monarchischen Parteien treten auf den Boden der Tatsachen - wir haben keinen Grund, nicht dasselbe zu tun, was die Bayer[*ische*] Volkspartei getan hat (lebh[*afte*] Zustimmung), und wir nehmen nur den Kampf auf gegen die Vernichter des Vaterlandes. Und nehmen ihnen die Handhabe, uns en bloc von vorneherein zu verurteilen, weil wir uns restlos auf den Boden des Staates stellen.

Wenn ich das nicht getan habe, so sind zwei Dinge die Ursache gewesen.

Erstens, meine persönliche Einstellung. 4 1/2 Jahre habe ich im Felde gekämpft [34]. Der alte König [35] hat mir gnädig die Erlaubnis gegeben, im deutschen Heere kämpfen zu dürfen [36]. *Ich konnte nicht am 11. November* [*1918*] *verdammen, was ich am 9.* [*November 1918*] *als meine von Gott eingesetzte Obrigkeit angesehen habe.* (Anhaltender Beifall!) Und ich konnte es nicht, weil die andern es verdammten. Je mehr sie brüllten und schimpften, desto mehr stand ich auf dem Standpunkt: jetzt erst recht nicht. Ich habe in keiner Sekunde diese Revolution anerkannt. Ich habe sie in keiner Sekunde auch nur als nicht strafwürdig hingestellt, sondern vom ersten Tag meiner politischen Tätigkeit an, als alles mit dem Strome schwamm, die These aufgestellt: Wir werden einmal mit den Verbrechern des 8. bis 11. November [*1918*] abrechnen!

Damit ist nicht gesagt, daß ich aus Zweckmäßigkeit oder taktischen Erwägungen für die eine oder andere eintreten müßte. Im übrigen kämpfe ich seit dem Jahre 1918 [37] für das deutsche Volk. *Ich habe in einer Linie nur fortgesetzt, was ich im Jahre 1914 begonnen habe, vom gemeinen Infanteristen und Musketier aufwärts bis zum jetzigen Parteiführer.*

Das war ein zweiter Grund, daß es mir als *schamlos* erschien, etwas hinzunehmen, *was das Ausland uns diktierte.* (Laute Zustimmung.) Ich stand auf dem Standpunkt, wenn die Monarchie sich auf das schwerste versündigt hätte, hätte man sich zuerst freimachen und sie dann entfernen können, um zu zeigen: Was wir tun, tun wir aus *unserem* Wollen und nicht, weil ein Franzose es wünscht! Es schien mir damals maßlos feige zu sein, weil die ganze Meute johlte und schrie, sich da hineinzustellen und mitzuschimpfen. Ich habe mich die ganzen Jahre auf den Standpunkt gestellt, daß der November 1918 ein *Verbrechen* ist, das noch nicht gesühnt ist.

---

33 Vgl. z. B. Dok. 57, Anm. 15.

34 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

35 Ludwig III. (1845-1921), 1912 Prinzregent von Bayern, 1913 König, 1918 Entbindung der Beamten und Offiziere vom Treueid.

36 Nach eigenen Angaben hatte Hitler am 3.8.1914, einen Tag nach Kriegsbeginn, ein Immediatgesuch an König Ludwig III. gerichtet, trotz seiner österreichischen Staatsangehörigkeit in die bayerische Armee eintreten zu dürfen. Diese Bitte soll ihm bereits am nächsten Tag erfüllt worden sein. (Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 172) In seinem für den Hochverratsprozeß gegen Hitler angefertigten Gutachten vom 13.10.1924 stellte das Bayerische Kriegsarchiv allerdings fest, daß Hitlers Darstellung unglaubhaft ist. Am wahrscheinlichsten ist, daß Hitler in den ersten Kriegstagen als Kriegsfreiwilliger ohne Staatsangehörigkeitsprüfung in die bayerische Armee aufgenommen worden war. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 101 ff.

37 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. Infanterieregiments. Vgl. ebenda, S. 188 f.

Allerdings, im Laufe des Weltkrieges und des schweren Ringens von heute hat man immer mehr und mehr den Weg zu seinem Volk gefunden, und ich habe mich zu jener Überzeugung durchgerungen, daß weder die Staatsform, ja selbst der Staat [nicht] eine primäre Bedeutung besitzt, sondern daß

an der Spitze das Volk

steht. Das deutsche Volk wollen wir erhalten und [dafür] sorgen, daß es weiterlebt, nicht vergeht in Schimpf und Schande, nicht zu einem Sklavenjoch auf ewige Zeiten verdammt wird. Darin sind wir Manns genug, wir sind niemandem verpflichtet, keinem Menschen, als unserem Gewissen und unserem Volk. Und die Staatsform wird einmal so kommen, wie sie dem deutschen Volk am meisten zuträglich ist.

Die Monarchie hat in langen Friedensjahren ihre Vorzüge für Deutschland ausprobiert, und wenn das jetzige Regiment die Monarchie verdammt, so müßte es etwas Besseres herstellen. Das ist noch nicht geschehen. Wir können nicht erklären, daß wir die Monarchie auf Grund ihrer inneren Untauglichkeit ablehnen, sondern es ist denkbar, daß eine ausgezeichnete Monarchie unserem Volke weit mehr bietet als eine schlechte Republik; wie es denkbar wäre, daß eine nationalistisch durchgeführte Republik besser wäre als ein schlechtes Königtum.

Ist die Monarchie beseitigt, dann tritt der Repräsentant und die Umgebung des Repräsentanten in eine maßgebende Stellung ein.

Es hat uns außerordentlich weh getan, daß in einem solchen Augenblick für Millionen Deutsche die Nennung eines alten Geschlechtes, an dem sie mit Verehrung hängen und an dessen Zuneigung sie unbedingt glauben, die Veröffentlichung in der Münchner Telegramm Zeitung ein schwerer Schlag gewesen ist. Denn sie mußten sich sagen: Wenn die Monarchie auf Seite der Republik steht, die bewußt die Monarchie zertrümmert, was hat es dann für einen Sinn, wenn der einzelne Mensch sich selbst noch in seiner Entscheidung frei hält und dafür schwersten Unterdrückungen ausgesetzt wird?

Päpstlicher als der Papst kann man nicht sein. Wenn die Monarchen kein Vertrauen haben, sondern ihre Namen dem Nichtnationalen zur Verfügung stellen, dann wird die nationale Seite sich überhaupt nicht entscheiden wollen, sondern zwangsläufig dort hingedrückt, *wo die Bayerische Volkspartei steht.* Dies zu bedauern und die Gefahr aufzuzeigen, ist mein Recht, und ich lasse es mir nicht von einem Graf Soden bestreiten, *den geht das nichts an.* (Lebhafter Beifall.)

Um so weniger, als wir alle wissen, daß nicht der Kronprinz seinen Namen hergegeben hat, sondern daß dieser Name ohne dessen Erlaubnis und Wissen in die Öffentlichkeit gebracht wurde. (Bewegung, vielfaches Hört-hört!) Man hat später dementiert und gesagt, Herr Loibl[38] *war nicht berechtigt*[39]*! Also sie geben selbst zu, daß nicht der Kronprinz es gewollt hat. Wer sind dann die, die es gewollt haben?*

Es ist wie immer, wenn Fürstenhöfe zugrunde gehen, daß der Großteil der Schuld nicht an den Trägern der Krone, sondern in deren Umgebung zu suchen ist. 1918 wäre Bayern nicht

38 Martin Loibl (1869-1933), Besitzer des "Neuburger Anzeigeblattes", 1905-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1924 MdR (BVP).

39 Loibl hatte am 27.10.1929 in einer Rede in Donauwörth erklärt, die Meinung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren eigenmächtig, ohne vorherige Abstimmung mit dem Kronprinzen, bekanntgegeben zu haben (vgl. Dok. 91, Anm. 15). Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 28.10.1929, "Die Haltung des Kronprinzen Rupprecht".

zugrunde gegangen, wenn die höchste Umgebung nicht so schmählich versagt hätte. *Der alte König hat wirklich nicht die Schuld, wenn damals in Bayern von einem ostgalizischen Juden*[40] *das Königtum gestürzt werden konnte.* Die Schuld hatten die, die sich damals vor ihren König hätten stellen müssen. Auch jetzt können wir immer wieder sehen, wie das Gewicht eines solchen Namens von einer Umgebung in unverantwortlicher und leichtfertiger Weise für parlamentarische Zwecke verwendet wird.

Ich stelle mir vor, ein Kabinettschef, der es zuließ, daß der Name des Kronprätendenten überhaupt in diesen Konflikt hineingezogen wird, hätte den Beweis seiner Unzulänglichkeit erbracht. Ein Kabinettschef, der diesen Namen hingibt, um feststellen zu müssen, daß er nicht autorisiert war, ihn preiszugeben, ist für mich unverständlich. Es gibt Dinge, die, wenn sie einmal gemacht sind, nicht mehr repariert werden können.

Wenn ein Vertreter des bayerischen Königshauses eine Münchner Telegramm Zeitung als Publikationsorgan benutzt, wenn das Haus Wittelsbach sich in einer Telegramm Zeitung äußert, wenn ein Tschuppik[41] Sachwalter, journalistischer Verteidiger des Hauses Wittelsbach wird (Zurufe: Pfui Teufel!) - glauben Sie mir, ich persönlich sage vor aller Öffentlichkeit, daß, wenn diese Umgebung dieses Verfahren weiterhin übt, sie dem Kronprinzen einen Schaden zufügt, der nicht mehr gutgemacht werden kann. Nicht wir tun das, sondern diese Umgebung, wenn sie nicht schleunigst umkehrt und dafür sorgt, daß der Name des Kronprinzen herausgezogen wird aus diesen traurigen politischen Streitigkeiten und Kämpfen.

Und diese Umgebung untersteht sich, mir einen Vorwurf zu machen, wenn ich mich an meine Parteigenossen wende und sie auf den unerträglichen Zustand aufmerksam mache, die Monarchie offen zu lassen [sic!], um von den Vertretern derselben angegriffen zu werden. Das ist ausschließlich meine Sache als Führer der nationalsozialistischen Bewegung.

In den letzten 11 Jahren hat trotz der Tätigkeit dieser Herren die Festigung der Republik Weimarer Verfassung [*sic!*] dauernd Fortschritte gemacht. Das einzige, was dem gegenüber standhielt, *war unsere Bewegung.* Und wir dürfen uns schon ausbitten, daß nicht ein Kabinettsverwalter hergeht und mit uns zu spielen versucht. (Beifall.) Für uns ist ein bayerisches Königshaus nicht identisch mit einer Dynastie Soden oder Prinz Oettingen[42]. (Beifall.)

Wie es wirklich war

Und wenn dann jemand zu mir kommt und mich bittet (der Herr sitzt unter uns[43]*): "Glauben Sie mir, der Kronprinz ist an alledem unbeteiligt, ich weiß das zu genau, er hat gar nichts*

---

40 Gemeint ist Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayerischer Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

41 Walter Tschuppik (1899-1955), Journalist, 1926-1933 Chefredakteur der "Süddeutschen Sonntagspost", 1933 Verhaftung, anschließend Emigration, 1935-1939 Journalist und Verleger in Prag, 1949 Chefredakteur der "Abendzeitung" in München.

42 Eugen Prinz (seit 1930 Fürst und Herr) zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein (1885-1969), bis 1930 Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen, Vorsitzender des Verwaltungsrats des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Vorsitzender der Landesabteilung Bayern der Deutschen Adelsgenossenschaft.

43 Gemeint ist der Maler und Radierer Karl Reichel (1874-1944), auf dessen Gut bei Micheldorf an der Krems in Oberösterreich Kronprinz Rupprecht Anfang 1919 nach seiner Flucht aus Bayern Aufnahme gefunden hatte. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 439 f.

damit zu tun, das hat nur die Umgebung gemacht, halten Sie das zurück - ich werde versuchen, sofort Klärung zu verschaffen" - dann sagt der Kabinettschef, der König [*sic!*] *wäre bedroht worden*[44]*! Kronprinz Rupprecht sei bedroht worden, wenn ich mich bewegen lasse, eine Anordnung an meine Partei hinauszugeben, die nur das andeutet, was die Bayerische Volkspartei vollzogen hat. Entweder die Herren sind bar aller Logik oder böswillig.*

Wieder bedient man sich der [*Münchner*] Telegramm Zeitung und sagt: Das ist ein Bevollmächtigter von mir[45]! *Nein, der Herr ließ sich von mir nie bevollmächtigen! Er ist nur der Bevollmächtigte seines Herzens gewesen. Aus treuer Anhänglichkeit an seinen kronprinzlichen Freund hat dieser Herr sich bemüht, ein Mißverständnis aus der Welt zu schaffen. Wir werden im Prozeß alles haargenau nachweisen*[46]*!* (Stürmischer Beifall!) Ich freue mich, wenn die Herren einzeln herausrücken müssen mit der ganzen inneren Mache dieses Vorgehens. Weil nämlich zugleich auch der Kronprinz wieder vollkommen frei vor allen unseren eigenen Parteigenossen stehen wird.

Denn in unserer Partei sind viele, die von links gekommen sind und erklären: Wenn wir schon nicht Stellung für die Republik nehmen dürfen, so erwarten wir mindestens, daß wir von der anderen Seite nicht angegriffen werden. Diese Parteigenossen werden sehen,

wer die treibende Kraft gewesen ist

und wer vollkommen unschuldig in diese verhängnisvollen Angriffe hineingezogen wurde. Wenn die [*Münchner*] Telegramm Zeitung schreibt: Das habe nur die *Kanzlei* Hitler erklärt[47], daß *geklagt* wird, so sage ich ihr:

Es ist schon geklagt! (Lebhafter Beifall!)

Bei uns ist das nicht so, daß die Kanzlei etwas tun könnte, was ich nicht weiß. (Stürmischer Beifall!)

Wir werden uns hier im Prozeß-Saal treffen und nachweisen, 1. wer bedroht hat, 2. wodurch bedroht worden ist, 3. wer unter die Räuber geschickt worden ist, und 4. wer einen Beauftragten geschickt hat.

Nicht ich habe einen Beauftragten nach Berchtesgaden geschickt, sondern Graf Soden hat hier angerufen und dringendst gebeten, ihn zu sprechen! Also das reine Gegenteil von dem, was die Presse versichert. (Große Bewegung. Zurufe: Judenbande!)

Glauben Sie, ich würde mich dabei nicht aufhalten, wenn nicht jene Gründe mitspielen würden, die ich angeführt habe, daß es mir persönlich entsetzlich wäre, mich umstellen zu müssen. *Wenn man auf mich schlägt, dann glauben Sie nicht, daß ich mich nicht zu Konsequenzen bewegen lassen könnte.*

---

44 Bezieht sich auf die Schlagzeile der Münchner Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929: "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

45 Vgl. ebenda.

46 Hitlers Klage gegen den Schriftleiter der "Münchner Telegramm Zeitung", Karl Rabe, wegen Beleidigung und dessen Widerklage wurden am 14.1.1930 verhandelt. Hitler und Karl Rabe wurden zu je einer Geldstrafe in Höhe von 400 RM verurteilt, Hitler hatte ein Viertel, der Angeklagte drei Viertel der Gerichtskosten zu tragen. Vgl. Bd. III/3 sowie Hoser, Hintergründe der Münchner Tagespresse, S. 672 ff.; Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 229 f.

47 Münchner Telegramm Zeitung vom 4.11.1929, "Hitler und der Kronprinz".

Der Gedanke, daß es trüben Kräften wirklich gelingt, zwischen die große, nationale Front und Repräsentanten des alten Deutschland einen Keil hineinzutreiben, ist unerträglich. Deshalb wollen wir diese Personen entlarven und vor Gericht der Öffentlichkeit preisgeben. (Lebhafter Beifall.) Sonst hätte ich keinen Grund.

Denn unsere Bewegung marschiert, was ist ihr eine "[*Münchner*] Telegramm Zeitung", ein Graf Soden, ein Prinz Oettingen, was ein Mann namens Loibl? (Große Heiterkeit.) *Glauben Sie, daß die nationalsozialistische Partei von solchen Erscheinungen in ihrem Siegeszug aufgehalten werden kann oder die Bewegung, die heute vor uns steht, dadurch abgestoppt werden könnte?* (Zurufe: Im Gegenteil!) Die Herren täuschen sich.

Mit dem Volksbegehren treten wir in eine neue große Epoche ein.

Es wird gearbeitet werden wie niemals zuvor. Wir wollen Millionen und Millionen Deutsche (stürmischer Beifall) zur Wahlurne schleppen. Wenn die Wahl vollzogen ist, glauben Sie dann nicht, daß am nächsten Tag die Ruhe eintreten wird! Wie ich beim Volksbegehren sagte, so auch hier:

Im Dezember oder Januar wird der Volksentscheid fallen [48], wieder wird eine Schlacht beendet sein, *aber der Kampf geht weiter.* Er geht weiter Tag um Tag, Woche um Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr.

Ich bin überzeugt, daß, wenn die große Stunde kommt, in der das ganze Volk antritt zur Erkämpfung seiner Freiheit, kein kleiner Geist sich mehr dazwischen schieben soll, und eine Harmonie hergestellt sein wird des deutschen Volkes vom kleinsten Mann in kleinster Hütte bis hinauf zum größten. Und es wird vor uns stehen nicht mehr ein Volk der Young-Front oder der Front des Volksbegehrens, sondern

ein Volk des deutschen Begehrens,

das da besagt: Frei wollen wir sein, Brot wollen wir haben, gebt uns Raum, oder ihr stoßt an unser Schwert! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

7. November 1929 Dok. 94
"Graf Sodens Kabinettspolitik im Dienste der Young-Front"
Schreiben an Joseph Graf Soden-Fraunhofen

VB-Sondernummer (Nr. 258a) vom 7.11.1929, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Grafen Soden".

Herr Graf Soden!

Sie haben sich, Herr Graf, als Kabinettschef seiner Kgl. Hoheit des Kronprinzen Rupprecht von Bayern veranlaßt gesehen, mich in der "Münchner Telegramm Zeitung" persönlich auf das schwerste anzugreifen, zu verdächtigen und zu verleumden [1]. Das Nachfolgende ist meine Entgegnung und meine Rechtfertigung.

48 Der Volksentscheid war auf den 22.12.1929 angesetzt.

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

Wenn ich mich nunmehr als Einleitung mit dem Young-Plan [2] sowie den Gründen meiner Ablehnung dieses Ediktes beschäftige, dann geschieht es, weil in ihm ja auch der Anlaß für den von Ihnen begonnenen Kampf zu suchen ist. Ich sage ausdrücklich: nur der Anlaß, denn die Ursache liegt natürlich tiefer.

Als im November 1918, vorbereitet durch die zersetzende Tätigkeit sozialdemokratischer Minierarbeit und bewegt von den lügenhaften Versicherungen marxistisch-demokratischer und zentrümlerischer Parteiführer unser Volk die Waffen niederlegte [3], begab es sich auf eine Bahn, die nur nach unten führen konnte. *Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages* [4] *verzichtete man zum ersten Mal auf die Sicherung des Bestehens unseres Volkes und Reiches durch Mittel eigener Kraft* und setzte an Stelle dessen die Hoffnungen auf fremde Versicherungen, Erklärungen, auf ein fiktives Recht - und nicht zum letzten - auf die eigene Unschuld sowie auf den redlichen Vorsatz, in Zukunft noch mehr als früher der Welt ein Beispiel und Vorbild friedlicher Gesinnung geben zu wollen. Den Warnern hielt man entgegen, daß, nachdem die Waffe die Freiheit nicht zu sichern vermocht hätte, nunmehr die Arbeit an ihre Stelle treten müßte. Fleißige, hingebungsvolle Arbeit, Sparsamkeit und Opferwilligkeit sollten nicht nur die Mittel zur Befriedigung der feindlichen Ansprüche schaffen, sondern die feindlichen Völker und deren Regierungen allmählich überzeugen, daß das kommende Deutschland den früheren Gedankengängen von der Notwendigkeit der Macht, endgültig entsagt habe und deshalb einer anderen Behandlung würdig sei als das überwundene. "Durch Arbeit zur Freiheit" sollte die Parole dieses kommenden Deutschlands sein [5].

Die neue Parole

wurde von Millionen sehender Deutschen sofort als wahnwitzig und verhängnisvoll erkannt. *Sie widersprach jeder bisherigen historischen Erfahrung.*

Nicht einen einzigen Fall vermag uns die Geschichte in den halbwegs übersehbaren letzten siebentausend Jahren zu zeigen, in dem ein Volk auf dem Wege friedsamer Erfüllung feindlicher Ansprüche wieder zur Freiheit gekommen wäre.

Statt dessen lehrt uns die Geschichte unzweideutig, daß Völker, die eine gewisse Zeit Tribute leisteten, sich an diese Leistung ebensosehr gewöhnten, wie die Empfänger der Tribute an den Empfang. Ja, im Laufe der Zeit empfindet der Sieger die Fortdauer der Tributleistung ebensosehr als sein "Recht", wie sie umgekehrt das tributäre Volk infolge des Fehlens der Macht zu Rechtlosigkeit verdammt und damit aber auch innerlich langsam entkräftet. *Denn so, wie jedes Recht an eine Macht gebunden ist, führt jede auf die Dauer ertragene Entrechtung auch zu einer inneren Machtschwächung. Solche Völker gehen im Sklavensinn unter.* Ihre Tri-

2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.
3 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.
4 Vgl. Dok. 30, Anm. 4.
5 Reichskanzler Gustav Bauer äußerte am 22.6.1919 vor der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags in einem Aufruf unter anderem: "Nur dank einer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Könnens, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenbleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur im Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin - so schlimm das Wort heute vielen klingt - und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen." Druck: Ursachen und Folgen. Band III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 381.

butleistung prägt ihnen auch seelisch und geistig den Stempel der Hörigkeit auf. Der hörige Sinn aber macht sie immer noch reifer für die Ertragung ihres Joches. Wenn daher Völker widerspruchslos sich erst einmal zu dem Gedanken bekennen, durch Tributleistung zur Freiheit gelangen zu können, wird dieser Gedanke zu ihrem Verhängnis. *Am Ende steht dann eine Sklavenmasse vor uns, die schon infolge ihres Sinns und Wesens die Freiheit gar nicht mehr verdient!*

Zusammenbrechende Völker werden ihren Sturz natürlich immer gewissen Ursachen zuschreiben können. Immer wird irgend jemand verantwortlich sein für den Verfall. Liegt der Grund in der ungenügenden Rüstung, so sind militärisch unzulängliche Erscheinungen dafür verantwortlich und müssen beseitigt und durch bessere ersetzt werden. Ist ein Volk in seinem allgemeinen Leichtsinn schuld am Unglück, ist die Regierung verpflichtet, diesen Leichtsinn zu beheben und, wenn nötig, mit Rutenschlägen auszutreiben. Sind aber Regierungen selbst oder auch Regierungssysteme die verantwortlichen Vernichter eines Reiches, dann muß sich das Volk ihrer entledigen und für einen besseren Ersatz Sorge tragen. *Berufen für diese Reinigung sind dann alle diejenigen, die in sich den besseren Charakter des Volkes verkörpern und die Kraft und Fähigkeit zu dieser Mission besitzen.* Verantwortlich sind damit aber jene, die in sich diese Fähigkeiten und Tugenden vereinigen, weil sie dann verpflichtet sind zur Erfüllung dieser Aufgabe. *Wenn Völker sich nach außen einer unwürdigen sklavischen Haltung befleißigen, ist es Pflicht ihrer besseren Kräfte, einer solchen Gesinnung äußersten Widerstand entgegenzusetzen, damit nicht der Fehler der tatlosen Unterwerfung nach außen zum selben Fehler im Inneren führe.* Denn so wie es falsch ist, zu meinen, daß unterwürfige Demut und geduldige Arbeit den Sinn äußerer Bedrücker ändert und zur Nachgiebigkeit mildert, so ist es aber ebenso unrichtig, im Innern zu glauben, daß Nachgiebigkeit und geduldige Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten im Sinne des unterwürfigen Tragens seiner Steuerlasten schlechte Regierungsgrundsätze zu besseren verwandeln, schlechte Systeme in gute oder schlechte Menschen in anständige umgestalten könnte. So wie es nach außen nur die Möglichkeit des Kampfes gibt, so auch im Innern. Die Waffen können dabei verschiedene sein, doch müssen sie es nicht! *Unterwürfigkeit einem schlechten Regierungssystem im Innern gegenüber, kann zu gar nichts anderem führen als zur zusammenaddierten Unterwürfigkeit auch nach außen. Starker Freiheitsdrang und Nationalstolz eines Volkes äußern sich innen und außen gleich.*

Es hat deshalb in einem Volk keiner ein Recht, über die Versklavung nach außen zu jammern oder den mangelnden Mut des Widerstandes zu beklagen, der nicht im Innern mutig den Erscheinungen des Verfalls ebenfalls den Kampf ansagt! Und jene "Klugheit", die in der Nachgiebigkeit nach außen liegen soll und die ein Clausewitz einst als Feigheit kennzeichnete [6], ist auch im Innern genau so zu brandmarken: Die Klugheit nämlich, sich Zuständen zu fügen, die an sich verderblich sind, aber vom augenblicklich Stärkeren ausgehen. *Daß der Klügere nachgibt, war zu allen Zeiten ein Kompliment des Feiglings zum Schwächling oder umgekehrt.*

6 Clausewitz griff in seiner Bekenntnisdenkschrift von 1812 diejenigen an, die bereit waren, "das System der Feigheit öffentlich zu bekennen und die verpesteten Grundsätze desselben täglich zu predigen". Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

Wenn Völker sich einer fremden Unterdrückung fügen, wird dies ohne allen Widerspruch natürlich niemals abgehen. Die Verfechter der Unterwerfung aber haben den Versuch des Widerstandes immer damit abgetan, daß sie weniger die Notwendigkeit eines solchen bestritten als die Zeit und den Anlaß hierfür "als nicht gegeben" erachteten. Es klingt gut und männlich, dann zu sagen, daß man natürlich ebenfalls für den Kampf sei, aber nur in einem anderen Augenblick. *Für den Feigling kommt erfahrungsgemäß dieser Augenblick ja doch niemals.* Fast nie kann der Erfolg eines Kampfes im voraus mit Sicherheit berechnet werden. *Ja, die Größe eines Sieges liegt nicht zum letzten in der Größe der Widerstände, die überwunden worden waren.*

Man streiche doch aus der Weltgeschichte alle im Erfolg fraglichen Kämpfe, und die größten Siege der Menschheit [sic!] wären nie erfochten worden.

Der Schwächling wird dabei immer gerade seine Zeit und seinen Augenblick als ungeeignet für den Beginn eines Widerstandes empfinden und feststellen und statt dessen mit Bedauern bemerken, daß die Vergangenheit den günstigen Moment versäumt und er demgemäß erst wieder in der Zukunft eingeholt und gutgemacht werden könne. Er wird Anlässe unerträglicher Art an sich stets verdammen, aber nie in ihnen die Berechtigung oder gar die Pflicht zum Beginn eines Widerstandes sehen wollen. Und wird jemand trotz alledem einen solchen Widerstand fordern, dann wird er feierlichst - wenn die Notwendigkeit des Widerstandes an sich gar nicht mehr bestritten werden kann - zumindest die "Methode" als verfehlt bezeichnen und deutlich sichtbar von ihr abrücken. *Alles in allem genommen aber wird aus solchen Herzen heraus niemals einer Nation die Kraft zur Abschüttelung eines fremden Joches zufließen.* Immer werden sie die Träger der Verzagtheit und der Erfüllung sein. Sie zu überwinden ist die innere Voraussetzung für die Überwindung des äußeren Feindes.

Heute ist der deutsche Geist, die deutsche Seele, aber auch der deutsche Wille und damit auch die deutsche Kraft

im Innern gefesselt.

Wer diese Ketten bricht, schafft erst das gewaltige Element zum Kampf nach außen.

Die Frage, ob nun ein gewisser Zustand des Verfalls oder der Unterdrückung einen berechtigten Anlaß zum Widerstande ergebe, wird von Schwächlingen stets und immer verneinend beantwortet werden. Denn sowie erst einmal der Nacken unnötigerweise gebeugt wurde, lassen sich nur zu leicht Gründe finden, daß nach Ertragung der ersten Demütigung der Widerstand wegen einer zweiten wenig Sinn mehr habe. Ist die Unterwerfung aber ein zweitesmal vollzogen, so sind in den Augen des Schwächlings die Bedenken gegen ein Aufbäumen bei einem dritten Anlaß nur noch mehr berechtigt.

Und so steigert jede Unterwerfung die Bereitwilligkeit zu weiteren, da die Größe der bisher gebrachten Opfer stets erneut abgewogen wird und dann immer mehr gegen die Aufnahme des Kampfes wegen eines einzelnen weiteren Opfers spricht.

Wenn nun Regierungen diesen Weg einschlagen, darf ihnen das Volk nicht folgen. *Es ist dann Pflicht und Schuldigkeit aller einsichtigen und mutvollen Menschen, eine solche Entwicklung zu verhindern.* Und sie dürfen, was sie dann der Regierung im Großen vorwerfen, nicht im Innern selbst wiederholen. Sie dürfen niemals "die Zeit als nicht gegeben" oder die "Methoden als nicht richtig" ansehen, wenn der Anlaß an sich gebieterisch nach einem Eingriff schreit!

Seit zehn Jahren hat Deutschland ein Verdikt nach dem anderen entgegengenommen. *Es ist eine Lüge unsrer offiziellen Regierungspropaganda, es so hinzustellen, als ob sich im Laufe dieser Zeit die Lasten etwa verringert hätten. Das Gegenteil davon ist wahr.* Erst schloß man den Waffenstillstand auf der Basis der vierzehn Punkte eines Wilson [7]. Dann forderte man eine "Wiedergutmachung", die damals mit 30 bis 40 Milliarden angegeben wurde [8]. Bis zum Dawes-Pakt erhöhte sich diese Forderung schon auf über 100 Milliarden [9]. Im Young-Plan erreicht die zu unterzeichnende Verpflichtung bereits 138 Milliarden. Das heißt:

Die laufende Auspressung Deutschlands der letzten zehn Jahre hat unsere Verpflichtungen nicht vermindert, sondern dauernd erhöht [10]!

Es ist der größte geschichtliche Beweis dafür, daß eine politische Schuld durch Arbeit überhaupt nicht abgetragen werden kann. Ebenso ist es eine Lüge, daß Deutschland fähig sei, diese Lasten auch nur zu tragen. Was unser Volk bisher an Tributen leistete, kam nicht aus seinem Einkommen, sondern aus seiner Verschuldung [11]. *Die Annahme des Young-Planes bedeutet die langsame Veräußerung des gesamten deutschen Nationalvermögens. Das Endergebnis wird nicht nur die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Vertrages sein, sondern zugleich eine ewige Zinsbelastung unseres Volkes aus Anleihen, die als Hypotheken auf unserem Nationalvermögen lasten. Das deutsche Volk wird unter dieser Robotarbeit [12] und an diesen Zehnten [13] zugrunde gehen.*

Aber nicht nur wirtschaftlich ist dieser Vertrag unerfüllbar, er ist vor allem politisch unerträglich. 11 Jahre nach Kriegsende, in einer Zeit, da es vor aller Welt sonnenklar zu Tage liegt, daß Deutschland nicht schuld gewesen sein kann am Kriege [14], *soll erneut auf der Basis der gemeinsten und verkommensten Selbstbezichtigung aller Zeiten ein Vertrag abgeschlossen werden, der Kind und Kindeskinder bis in die fernste Zukunft zu Hörigen stempelt.*

---

7 Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

8 Artikel 231 bis 244 bildeten unter der Überschrift "Wiedergutmachungen" Teil VIII des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. § 12 der Anlage II verlangte die sofortige Ausgabe von Inhaberanweisungen im Wert von 20 Milliarden Goldmark, einzulösen bis zum Mai 1921 ohne Verzinsung, und die Ausgabe von Inhaberanweisungen mit 2,5 bis 5% Verzinsung, deren Tilgung 1926 beginnen sollte, weitere Anleihen zu nochmals 40 Milliarden Goldmark wurden für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Die Festlegung der endgültigen Reparationssumme sollte 1921 durch einem interalliierten Ausschuß erfolgen. Druck: RGBl. 1919, S. 985-995, 1009.

9 Auf der Konferenz von Boulogne (21./22.6.1920) hatten die Alliierten zunächst eine Reparationssumme vom 269 Milliarden Goldmark festgelegt, die auf der interalliierten Konferenz in Paris (24. bis 29.1.1921) auf 226 Milliarden verringert wurde. Der Dawes-Plan (vgl. Dok. 1, Anm. 15) legte die endgültige Summe der Reparationsleistungen nicht fest. Vgl. Gerd Meyer, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 327-342, S. 330 ff.

10 Vgl. Dok. 50, Anm. 9.

11 Daß Deutschland die Reparationen nicht wie geplant aus Leistungsbilanzüberschüssen, sondern durch Verschuldung bezahlte, machte die Revision des Dawes-Plans unumgänglich. Vgl. Meyer, Reparationspolitik, S. 338 f.

12 Robot. Slawisch: Frondienst.

13 Wiederkehrende Abgabe. Seit dem 13. Jahrhundert auch Geldabgabe. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufgehoben bzw. abgelöst.

14 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

Wir erwarten von den heute Regierenden nichts anderes, als daß sie diesen Vertrag unserem Volke empfehlen und selbst unterzeichnen. Wer im Jahre 1918 unter dem Satze, daß die deutschen Fahnen nicht mehr siegreich aus dem Krieg zurückkehren dürfen [15], unser Volk entwaffnete und wehrlos der internationalen Hochfinanz preisgab [16], kann heute nicht seine machtpolitische Wiederauferstehung wünschen.

Sie wollen unser Volk wirtschaftlich und seelisch zu weißen Weltnegern [*sic!*] *machen.*

Das ist das Ziel der jüdischen Rasse, die heute über Deutschland herrscht.

Im Dienste der Verwirklichung dieses Zieles sehen wir nun in Deutschland eine Koalition, die von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei reicht.

Es ist notwendig, Herr Graf Soden, die Front derer, die für den Young-Plan kämpfen und aus deren innerster, seelischer und geistiger Verfassung er erwachsen ist, kurz zu kennzeichnen:

a) Die sozialdemokratische Partei. Sie lehnt die heutige Gesellschaftsordnung ab, lehnt den Staat und seine gesitteten Einrichtungen ab. Sie bekämpft in ihrer letzten Konsequenz jeglichen Glauben, ja, sie versucht den Gottesbegriff an sich zu zerstören [17]. *Sie lehnt grundsätzlich die Monarchie als Staatsform ab* [18]*, bezeichnet ihre Träger entweder als Verbrecher oder Trottel, ihre Anhänger als reaktionäre Lumpen oder Idioten.* Sie protestiert gegen die Idee des Rechtes, der Selbstwehr und Verteidigung [19] und verschüttet alle Quellen, aus denen die Kraft zur nationalen Behauptung der Völker kommen kann. Sie leugnet die Bedeutung der Persönlichkeit, verwünscht die Gesundheit des Blutes, tritt ein für Massenregiment und Blutverpestung! Sie zerstört die große Linie der Entwicklung unserer Kultur, verleugnet und bekämpft die geistigen Schöpfer derselben, besudelt alle großen Heroen volksgebundener Herkunft, mögen sie Dichter oder Denker, Staatsmänner oder Feldherren, Gelehrte oder Künstler, Könige, Fürsten oder Kaiser sein. *Ihr Kampf gilt jeder gesunden Organisation, angefangen von der Familie bis zum Staat.*

b) Die [*Deutsche*] *Demokratische Partei* [20]. Sie ist in allem und jedem *Wegbereiterin des Marxismus,* sie deckt ihn und hofft mit ihm gemeinsam *Nutznießerin des Verfalls der Völker sein* zu können. In ihrem *Finanzjudentum ist der geistige Kopf zu sehen, dem die marxistischen Fäuste die brachiale Gewalt liefern.* Sozialdemokratie und Demokratie sind in Wirklichkeit eines und dasselbe, nur in ihrer Verschiedenartigkeit berechnet auf die Unterschiedlichkeit des Wissens, der Bildung des Charakters und der Stellung der Menschen!

---

15 Vgl. Dok. 14, Anm. 21.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.

17 Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Mai 1929 war es zu heftigen Diskussionen über das Verhältnis zwischen der Partei und den Kirchen gekommen. Die Forderung nach einem für Parteifunktionäre obligatorischen Kirchenaustritt konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985, S. 640 f.

18 Das Heidelberger Programm der SPD von 1925 forderte die "Abwehr aller monarchistischen und militärischen Betrebungen". Druck: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 464.

19 Zum Wehrprogramm der SPD vgl. Dok. 6, Anm. 38.

20 Am 20.11.1918 durch Zusammenschluß der Fortschrittlichen Volkspartei mit Teilen der Nationalliberalen Partei gegründet. Vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972; Druck des Parteiprogramms vom Dezember 1919: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 508 ff.

c) Das Zentrum vertritt rassepolitisch, wirtschafts- und staatspolitisch genau dieselben Ziele, unter *Mißbrauch der Religion als Köder für die gedankenlose Masse* [21]. Es ist ein treuer Schildknappe der marxistischen Führer und bereit, für den Bestand der eigenen Partei jederzeit Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches zu opfern. *Selbst der Atheismus des Marxismus hindert nicht, die engste Verbindung einzugehen, wenn dem politischen Egoismus dadurch geschäftliche Vorteile in Aussicht stehen.* Der deutsche Marxismus ist ein Zentrum auf atheistischer Grundlage, *das Zentrum ein Marxismus mit religiösen Vorspiegelungen!*

d) Die Deutsche Volkspartei ist eine bürgerliche Bewegung, das heißt, politisch charakterlos, mehr feige als schlecht und in der Anhängerschaft mehr gedankenlos als gemein. *Ihr nationaler Gott heißt: Wirtschaft* [22].

e) Die Bayerische Volkspartei ist ein *Teil des Zentrums,* nicht aus prinzipiellen Erwägungen davon getrennt, sondern nur durch den Zwang der Rücksichtnahme auf die besondere Veranlagung ihres hauptsächlichsten Wählermaterials [23]. *Es ist aber ihr Ziel, durch unermüdliche Bearbeitung dieser Wahlmasse* [*sic!*] *die besondere Eigenart zu nehmen, um sie wieder zurückzuführen zur gemeinsamen Zentrumspartei.*

Diese Parteien sind es, die im wesentlichen *Träger des Young-Plan-Gedankens sind,* die diesen Plan verteidigen und in seiner Annahme einen Segen und ein Glück für die deutsche Zukunft sehen wollen.

Seit zehn Jahren regieren, wenn auch in verschiedenen Koalitionsverhältnissen, diese Parteien. *Sie sind verantwortlich für alles, was in diesen zehn Jahren geschah und auch heute noch geschieht.*

Diesen Parteien der Young-Front gegenüber hat sich nun eine

Front gemeinsamer Abwehr

gebildet.

Die Verbände und Parteien der nationalen Opposition nehmen in ihren Programmen verschiedene Stellungen ein, *allein sie sind sich wenigstens in einigen ganz großen Zielen einig: Sie wollen ein starkes Reich, ein blutmäßig gesundes Volk, Ehre und Freiheit.*

Sie werden nun vielleicht, Herr Graf, bemerken, daß Sie das alles nicht interessiert und Ihnen das alles gleich ist. Und doch ist dann aber zumindest eines für Sie nicht gleich, der Sie nun einmal durch irgendein unerforschliches Schicksal zum Kabinettschef eines Kronprinzen avanciert sind, der zumindest in Ihren Augen berechtigter Anwärter auf eine Krone sein müßte.

---

21 Das Zentrum entstand 1871 als politische Organisation des deutschen Katholizismus. Zur Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik vgl. Morsey, Zentrumspartei; Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar; Druck des Parteiprogramms vom 30.12.1918: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 481 ff.

22 Am 15.12.1918 aus Teilen der Nationalliberalen Partei gegründet. Vgl. Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970; Druck der Grundsätze vom Oktober 1919: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 519 ff.

23 Die BVP wurde am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg als Ableger des bayerischen Zentrums gegründet, zu der der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine, Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins, Georg Klier, die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.; Druck des Parteiprogramms vom November 1918: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502 ff.

Nämlich, es kann für Sie nicht gleichgültig sein, wie sich diese beiden großen Gruppen zur Frage

Monarchie oder Republik

verhalten. Und da, Herr Graf, steht eines zweifelsfrei vor aller Welt fest:

Sämtliche Parteien der Young-Front haben sich ohne Vorbehalte zumindest auf den Boden der Tatsachen gestellt und die Republik als die gegebene Staatsform eindeutig anerkannt. Ja, ein Teil dieser Parteien hat mitgeholfen, das Haus Wittelsbach vom Thron zu stoßen, während der andere die Tat als zu Recht geschehen bestätigt und entgegengenommen hat. Die Sozialdemokratie hat den Herrscherthron, dessen letztem Prätendenten Sie als Kabinettschef zugeteilt sind, zusammengeschlagen, *die Bayerische Volkspartei aber sieht das neue Regiment als "von Gott eingesetzte" und "von Gott gewollte Obrigkeit" an* [24].

Daran, Herr Graf, kann alle Sophisterei und Wortklauberei nichts ändern!

Demgegenüber stehen heute in der Front des Volksbegehrens diejenigen Verbände und Parteien, die entweder überhaupt die Monarchie als richtige Staatsform anerkennen oder zumindest *die Revolution des Jahres 1918 verdammen und ihr Werk als nicht zu Recht bestehend ablehnen. Die nationalsozialistische Bewegung aber hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie im Falle ihres Sieges die staatspolitischen Meuterer und Aufrührer des Jahres 1918 - und zwar die Führer und nicht die Geführten - in Haft nehmen und aburteilen lassen wird.* Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher die Frage Republik oder Monarchie nicht berührt, sie ist aber die *erbittertste Feindin der Vernichter des alten Reiches* und bekennt, daß sie ohne Vorurteil bei der Prüfung der Staatsform ausschließlich von Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten ausgehen wird. Sie sieht in der *Erhaltung unseres Volkstums den Zweck unseres Daseins* sowie die Aufgabe dieser Partei. Staat und Staatsform haben nur diese Mission zu erfüllen und werden am Grade ihrer Vorzüglichkeit für diese Aufgabe gemessen.

Das, Herr Graf, sind die Tatsachen.

Obwohl ich nun persönlich der Auffassung bin, daß der Kampf gegen den Young-Plan eine Frage aufwirft, zu der jeder moralisch verpflichtet ist, Stellung zu nehmen, kann ich mir nun immerhin vorstellen, daß ein besorgter Kabinettschef seinem Könige oder einem Kronprinzen Neutralität anrät. "Klug", Herr Graf, ist das natürlich nicht.

Die Klugheit königlicher Ratgeber besteht eigentlich schon darin, den zu beratenden Herrn auf jene Kräfte aufmerksam zu machen, die nach menschlicher Einsicht die kommenden Träger der geschichtlichen Entwicklung sein werden.

Das erfordert allerdings mehr als einen normalen Durchschnittsverstand. Wer diesen nicht besitzt, hat auch kaum den Instinkt, ihn woanders zu wittern. Im Gegenteil! Es war zu allen Zeiten so, daß die Beschränktheit zur Warnerin vor einem überlegenen Können wurde. Bei Fürsten inbesonders ist es nicht selten, daß eine wohlbestallte Umgebung das geruhsame Le-

24 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 beginnt mit den Worten: "Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November [*1918*] in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache." Im Oktober 1922 war das Programm ergänzt worden. Zur Frage der Staatsform wurde jetzt gefordert: "Anerkennung des Rechts der Einzelstaaten, in Rahmen der Reichseinheit *ihre Verfassung und Staatsform nach dem freien Willen des eigenen Volkes* zu regeln." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502 ff.

ben des kleinen Hofbetriebs den Aufregungen, die ein Kampf um Größeres mit sich bringt, vorzieht. Der Genuß der sicheren Hofpfründe eines nirgends anstoßenden Kronprätendenten ist für kleine Hofmarschälle wesentlich bekömmlicher als der Ruhm eines Kampfes um einen Thron, der seine Quittung statt aus der Privatschatulle vielleicht auch auf dem Schafott erhalten könnte! Nun bin ich überzeugt, Herr Graf, daß Sie sich einbilden, ein vorzüglicher Verwalter der derzeitigen Güter Seiner Königlichen Hoheit zu sein, *aber daß Sie auf keinen Fall berufen sind mitzuhelfen, dem Hause Wittelsbach erneut ein Land Bayern zu erobern. Das müßte aber eigentlich doch Ihre Aufgabe sein.*

Ich, Herr Graf, bin nur ein *Kämpfer für mein Volk.* Sie sind *Kabinettschef des letzten bayerischen Kronprätendenten* und müßten eigentlich *für diese Krone kämpfen.* Ich weiß, daß Sie mir da im Geiste zur Antwort geben werden, daß Sie sich selbst dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlen: Aber dann, verehrter Herr Kabinettschef, dürften Sie zumindest nicht verwirtschaften, was als Fonds für die Erfüllung dieses Zieles anderen übrig bleibt. Was Sie, Herr Graf, getan haben, kann nicht von einem Kabinettschef, sondern höchstens von einem Haus-, Hof-, Küchen- und Kellerverwalter verantwortet werden.

Es war, wie gesagt, nicht klug, Ihren hohen Herrn in einer Frage zur stillschweigenden Ablehnung zu veranlassen, deren Bejahung ihm zumindest jenen Deutschen erst recht nahegebracht haben würde, die den Bruch mit der alten Tradition noch nicht restlos vollzogen haben. Allein, da ein solcher Entschluß eine außerordentliche Fähigkeit der Beurteilung der Entwicklung der Zukunft voraussetzen würde und Ihnen, Herr Graf, diese Fähigkeiten ersichtlich fehlen, war es vielleicht richtig, Ihren königlichen Herrn, den Kronprinzen Rupprecht, zu bewegen, der Sache des Volksbegehrens für seine Person fernzubleiben.

Was Sie aber, Herr Graf Soden, unter gar keinen Umständen als Kabinettschef des Königs [*sic!*] *tun durften, das war, das Gewicht des Namens des letzten Trägers* [*sic!*] *des Hauses Wittelsbach in die Waagschale jener Front zu werfen, die elf Jahre vorher den alten König vom Throne stieß, ja außer Landes jagte*[25].

Ob Kronprinz Rupprecht für das Volksbegehren eintreten sollte oder nicht, kann verschieden beurteilt werden. *Daß Sie, Herr Graf Soden, aber den Namen des Kronprinzen gegen das Volksbegehren auszuspielen den Mut hatten, stempelt Sie in meinen Augen zu einem ebenso unfähigen wie*

schädlichen Vertreter königlicher Interessen.

Und der weitere Erfolg Ihrer Tätigkeit wird vor der Geschichte dereinst die Richtigkeit dieses meines Urteils noch bestätigen.

Ich stelle zunächst folgendes fest: Als ich davon erfuhr, daß Oberst *von Lenz*[26] (nicht im Auftrag des Reichs- oder Landesausschusses für das Volksbegehren, - denn dieses lag über-

25 Nachdem am Abend des 7.11.1918 die Wache der Münchner Residenz auseinandergelaufen war, floh König Ludwig III. nach Schloß Wildenwart im Chiemgau. Wenig später reiste er nach Schloß Anif bei Salzburg weiter, wo er am 13.11.1918 die Beamten und Offiziere vom Treueid entband.

26 Hermann (seit 1917 Ritter von) Lenz (1872-1959), 1892 bayerischer Leutnant, 1911 Major, Lehrer an der Kriegsakademie, 1917 Oberstleutnant, Chef des Generalstabs der 6. (bayerischen) Armee, 1921 Verabschiedung als Oberst, 1920 Führer der Zeitfreiwilligenverbände in München, 1921-1923 Führer des Zeitfreiwilligenkorps (Organisation Lenz), April 1923 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, 1929-1933 Führer des Stahlhelms in Bayern.

haupt noch gar nicht vor) versuchte, für die Ablehnung des Young-Planes die Namen bedeutender deutscher Männer auch aus Bayern zu erhalten und dabei an den Kronprinzen Rupprecht dachte, *warnte ich davor, indem ich dies als nicht zweckmäßig bezeichnete.* Ich war überzeugt, daß bei der Mittelmäßigkeit der ratgebenden und verantwortlichen Umgebung des Kronprinzen die Folgen eines solchen Hervortretens nur ungünstige hätten sein können. Die Umgebung schien mir nicht aus dem Holz geschnitzt, um den aus einem solchen Vorgehen sicher kommenden Angriffen die notwendige Abwehr entgegenzusetzen. *Ich habe deshalb vor diesem Verfahren gewarnt, und tatsächlich hat der Reichsausschuß auch mit dieser Sache nichts zu tun!*

Obwohl Ihnen, Herr Graf, das ganz genau bekannt ist, schreiben Sie doch in Ihrem Artikel in der Münchner Telegramm Zeitung, durch ihren Mittelsmann Herrn Loibl, daß der Reichsausschuß an seine Königliche Hoheit herangetreten sei. Es ist dies

die erste Unwahrheit!

Ich brauche mich nicht über das famose Zusammenspiel, dem der Artikel des Reichstagsabgeordneten Loibl die Geburt verdankt, hier auszulassen. Diese Zusammenhänge werden im Gerichtssaal aufgezeigt und beweisen, *daß Sie den Träger des Namens Wittelsbach in den Dienst der demokratisch-marxistischen Kampffront gestellt haben* [27]. Es ist dies eine Erniedrigung, für die man Sie, wenn schon nicht guillotinieren, dann aber zumindest pensionieren sollte!

So kam jener einfach für unmöglich gehaltene Zustand,

daß der Name des Kronprinzen von Bayern von marxistischen Schandblättern als Beweis für die Richtigkeit von deren Politik angeführt werden konnte.

Ich weiß nicht, Herr Graf, ob Sie die zahllosen Dokumente freudig erregter Zustimmung aus den gemeinsten Lumpenzeitungen, die wir in Deutschland überhaupt haben, auch Ihrem "Hohen Herrn" zur gnädigen Einsicht unterbreitet haben. Ich weiß es nicht, aber ich glaube es kaum!

Als ich von diesem Meisterwerk Ihrer Kabinettskunst, Graf Soden, durch eine Münchener Boulevardzeitung [28] zum ersten Male Kenntnis erhielt, war ich natürlich empört und mit mir ungezählte andere. Und die Empörung hatte ihre Wurzel noch gar nicht in der Tatsache der Veröffentlichung dieser Auffassung des Kronprinzen an sich, als vielmehr in der Überzeugung, *daß hier in unverantwortlicher Weise der Name des Königs* [*sic!*] *mißbraucht wurde.* Denn wenn auch Kronprinz Rupprecht, angeregt durch Ihre Ratschläge und beeinflußt durch Ihren Vortrag, das Volksbegehren als nicht geeignet, weil aussichtslos, angesehen haben sollte, dann zweifelte doch von uns allen keiner auch nur eine Sekunde daran, *daß er damit noch lange nicht seinen Namen zu ungunsten der nationalen Front und zugunsten der marxistisch geführten hergeben würde. Diese Veröffentlichung konnte nur ohne Wissen des Kronprinzen erfolgt sein, und verantwortlich dafür war dann nur einer:*

Graf Soden.

Nach diesem unglaublichen, ohne Wissen und ohne Absicht des Kronprinzen durch Sie erfolgten Angriff gegen die nationale Front der Opposition, war eine Stellungnahme von meiner Seite aus selbstverständlich.

---

27 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.
28 Gemeint ist die "Münchner Telegramm Zeitung".

Die Selbstaufgabe der Monarchie und ihre Folgen

Die Monarchie kann, solange sie besteht, vielleicht, unabhängig sein von ihrem jeweiligen Repräsentanten. Es ist das Bemerkenswerte dieser Einrichtung, daß in normalen Zeitläufen auch kleine Geister ertragen werden. Es ist damit aber nicht gesagt, daß sie dieser Idee dadurch nicht auch Schaden zufügen könnten. Jede Serie der Mittelmäßigkeit sollte deshalb von Zeit zu Zeit von einem überragenden Kopf abgelöst werden. *Dynastien, die nur mehr Mittelmäßiges an den Thron bringen, gehen daran endlich doch zugrunde. Es ist nicht nötig, daß Könige Genies sein müssen, wichtig aber, daß sie Menschen mit gesundem Menschenverstand sind und sich zumindest Ratgeber suchen, in denen sich ergänzt, was den Königen fehlt.* Es ist aber traurig oder zumindest bemerkenswert, daß gerade Höfe zu allen Zeiten eine förmlich magnetische Anziehungskraft auf Menschen ausübten, deren Fähigkeit im übrigen Leben kaum zur Bekleidung bescheidener Posten gelangt haben würde. Bemerkenswert aber weiter, daß die mangelnden Fähigkeiten dieser Höflinge nicht selten ihre Ergänzung oder ihren Ersatz fanden in einer überreichlich zugemessenen Arroganz, wodurch jene Erscheinungen aus Dummheit und Stolz gezeugt wurden, die man unter dem Titel Hofschranzen [29] zusammenfaßte. *Diese Spezies tragen in 99 von 100 Fällen Schuld und Verantwortung für den Verfall von Monarchien und den Sturz von Königen.*

Wenn also die Monarchie als Staatsform auch eine gewisse Zeit bei schlechter Repräsentanz durch die oberste Spitze zu bestehen vermag, *dann kann aber zumindest niemals durch eine Mittelmäßigkeit die Monarchie geschaffen werden oder erneut erstehen.* Bis zum Jahre 1918 konnte man so und so lange mit Ratgebern von Ihrer Qualität und Ihren Ausmaßen, Herr Graf, auskommen, ohne daß der Staat sofort zerbrach, *nachdem er aber am Ende an der Unmöglichkeit solcher Erscheinungen doch zerschellte, ist an eine Wiederauferstehung unter solcher geistiger Leistung wirklich nicht mehr zu denken.* Man sage deshalb nicht, daß die monarchische Idee unabhängig sei vom jeweiligen Träger. Höchstens solange die Monarchie besteht, teilweise und zeitweise. *Ist sie aber erst einmal vergangen und die Republik an ihre Stelle getreten, dann ist die monarchische Idee überhaupt nurmehr eine Frage der Qualität ihres Trägers,* und dazu ist in erster Linie mit die Umgebung zu rechnen [*sic!*].

Man kann in Deutschland keine monarchische Idee vertreten, ohne einen Monarchen im Auge zu haben. Ohne einen würdigen Kronprätendenten ist die monarchische Idee nichts anderes als eine sentimentale Erinnerung, die sich niemals in die Wirklichkeit umgestalten läßt, weil dann eben der geborene Monarch als Person in Erscheinung treten muß.

Die nationalsozialistische Bewegung hat die Revolution des Jahres 1918 nicht anerkannt und wird es nie tun. *Ich erkläre aber hiemit feierlichst, daß unser Kampf ausschließlich*

dem deutschen Volke

gilt. Nicht der Republik als Staatsform und nicht der Monarchie als Staatsform. Soll Deutschland jemals zur Monarchie zurückkehren, dann ist für uns die *Qualität des Monarchen* von ausschlaggebener Bedeutung. *Niemals werden wir bereit sein, eine Monarchie zu restaurieren, um einen Ludwig den XVIII.* [*sic!*] *in den Sattel zu heben* [30]. Überhaupt sind in der Ge-

---

29 Verächtlich für: Höfling.

30 Mit König Ludwig XVIII. (1755-1824), dem Bruder des 1792 hingerichteten König Ludwig XVI., wurde 1814 die Monarchie in Frankreich wiedereingesetzt. Trotz seines absolutistischen Anspruchs gewährte Ludwig

schichte die Begriffe Republik und Monarchie stets nebeneinander vorhanden. Republiken werden abgelöst, wenn sie die Interessen der Völker weniger wahren, als es ein einzelner ersichtlich zu tun vermag. Die Kraft des einen überwindet die Schwäche des anderen. *Monarchien, die geistige Größen, wie z. B. einen Grafen Soden oder einen Prinzen Oettingen als verantwortliche Ratgeber des Throninhabers besäßen, würden durch Revolutionen vernichtet, und die Republik träte dann an ihre Stelle.* Republiken, die sich zur Minderwertigkeit unseres heutigen demokratisch-marxistischen Regiments herabbegeben, können wieder Könige erhalten. *Doch ist mir kein Fall der Geschichte bekannt, in dem die Ratgeber eines solchen Überwinders der Republik dem Format der Beamten der heutigen Kabinettskanzlei des Kronprinzen Rupprecht von Bayern entsprochen hätten.*

Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher die Stellungnahme des einzelnen zur Frage Republik oder Monarchie vollkommen offen gelassen. Sie hat dadurch aber ihre Anhänger vielen Unbilden ausgesetzt, von denen die Mitglieder jener Parteien verschont bleiben, die sich zur Republik als heute gegebener Staatsform bekannt haben oder bekennen.

Wenn nun künftighin es möglich ist, daß das Gewicht des königlichen Namens des Kronprinzen von Bayern von der Kabinettskanzlei aus, ohne Widerspruch in die Waagschale der Parteien geworfen wird, die entweder die Monarchie stürzten oder zumindest die Republik als Staatsform anerkannten, dann besteht künftighin keine innere Veranlassung mehr, die Angehörigen einer Oppositionspartei gegen die Vernichter des deutschen Volkes Verfolgungen auszusetzen, nur weil sie selbst diese Anerkennung der Republik (wie es zum Beispiel die Bayerische Volkspartei getan hat) noch nicht vollzogen haben.

Der Gedanke einer Restauration ist damit absurd geworden, wenn die Träger einer solchen Idee sich selbst mehr hingezogen fühlen zu den bewußt republikanischen Parteien als zu jenen, die in dieser Frage noch ungebunden sind.

Es ist weiter aber unsinnig, dann noch in einer Zeit solche Hoffnungen überhaupt zu hegen, in der die Festigung der Republik als Staatsform und Idee bereits derartige Fortschritte gemacht hat, *daß im Kampf gegen die nationale Opposition die hervorragendste Vertretung des Königsgedankens - und das müßte die Umgebung der Könige sein - die republikanische Idee mit ihrer Unterstützung legalisiert.*

Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung habe ich mich deshalb nach Kenntnisnahme des durch den Grafen Soden und seine Mitarbeiter veranlaßten Angriffs gegen die nationale Opposition zugunsten der auf dem Boden der Republik stehenden Young-Parteien entschlossen, in der mir unterstellten Presse die Unzweckmäßigkeit einer weiteren Fortsetzung unserer heutigen unparteiischen Haltung zu erörtern [31].

Es ist eine unerhörte Anmaßung, Herr Graf Soden, wenn Sie nun sich unterstehen, mir vorzuwerfen, daß dies eine

Bedrohung des Kronprinzen von Bayern

sein soll.

Was ich, Herr Graf Soden, in meiner Partei veranlasse oder nicht veranlasse, geht Sie gar nichts an. Ich verbiete [*sic!*] *es mir, in meinen Entschlüssen Ihrer Beaufsichtigung unterstellt*

XVIII. die mit liberalen Elementen versehene "Charte constitutionnelle". Seit 1820 überließ er die Regierungsgeschäfte seinem reaktionären Bruder Karl.

31 Vgl. Dok. 91.

zu werden. Ich verbiete mir weiter jede Zensur, und dies um so mehr, als Ihre geistigen Qualitäten vielleicht genügen, die letzten Reste des Ansehens eines königlichen Hauses preiszugeben, aber kaum, um vielleicht auch nur die kleinste Ortsgruppe der nationalsozialistischen Bewegung im Freiheitskampf zu führen. *Sie, Herr Graf, verwirtschaften durch Ihre Unfähigkeit und Ihre miserablen Ratschläge das Ansehen eines Königtums, und wir erarbeiten dem deutschen Volk zumindest wieder jene Achtung, die man denjenigen zollt, die sich nicht bedingungslos unterwerfen.* Denn ganz gleichgültig, wie Sie, Herr Graf, unseren Kampf gegen den Young-Plan beurteilen, in Frankreich wird man uns sicher mehr hassen als jene, die diesen Plan unterwürfig und geduldig entgegennehmen. Im Völkerleben scheinen uns Haß und Achtung genauso miteinander verwandt zu sein wie Verachtung mit freundlicher Liebe!

Wenn ich, Herr Graf Soden, die nationalsozialistische Partei im Jahre 1918 genauso wie die anderen überhaupt als republikanische begründet hätte, dann hätte ich nur dieselben Tatsachen anerkannt, vor denen auch Sie sich gefügig beugen. Denn Sie haben seit dem Jahre 1918 nicht zum Widerstand geraten, aber wir haben seit zehn Jahren nichts als Widerstand gepredigt.

Ob die nationalsozialistische Bewegung monarchisch ist oder nicht monarchisch, republikanisch oder nicht republikanisch, ist zunächst ausschließlich deren eigene Sache. Sie können sich dann unsertwegen darüber freuen, und Sie können es auch beklagen. *Diese Bewegung aber ist auf keinen Fall die Ihre, und was sie tut, geht Sie deshalb nichts an und kann Sie auch gar nichts angehen. Denn wenn sie heute ebenfalls, wie die Bayerische Volkspartei, die Republik hundertprozentig anerkennen würde, dann hätten Sie erst recht kein Recht, von einer "Bedrohung" zu reden.*

Die Nationalsozialistische Partei ist nicht geschaffen worden, um ein Instrument für geistig vertrocknete alte Hofschranzen abzugeben. Sie kämpft für das deutsche Volk und seine Zukunft. Und nur wer sich diesem Volk entgegenstellt, wird einst von ihr "bedroht" sein.

Sie werden, Herr Graf Soden, im Prozeßsaal versuchen müssen, mir den Beweis zu erbringen, womit und wodurch ich den bayerischen Kronprinzen bedroht haben soll, und ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß diese Behauptung eine glatte Unwahrheit ist, für die das Kabinett die Verantwortung trägt.

Und dann schreiben Sie weiter, Herr Graf, in der von Ihrem monarchischen Auge für das Haus Wittelsbach zum publizistischen Organ ausersehenen "Münchner Telegramm Zeitung", daß ich einen "Unterhändler", einen

"Mittelsmann"

zum König [*sic!*] mit einem "Ultimatum" geschickt hätte. *Alles vom Anfang bis zum Ende eine glatte Verdrehung.*

Sie sind so bescheiden und verschweigen zunächst den Namen des "Mittelsmanns", den ich geschickt haben soll. Und Sie tun sehr gut daran, hochweiser Herr Graf und Hofberater, *denn es ist Ihnen genau bekannt, daß der fragliche "Mittelsmann" kein Nationalsozialist ist, sondern im Gegenteil ein*

persönlicher Freund des Kronprinzen [32].

32 Karl Reichel.

Nicht ich habe diesen Herrn veranlaßt, mit Ihnen zu sprechen, sondern dieser Herr hat mich gebeten, mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme, von der er Kenntnis erhielt, zu warten, da nach seiner Meinung und Überzeugung der Kronprinz an allem vollkommen unschuldig sei und nur durch seine Umgebung der Mißbrauch seines Namens erfolgte.

Und dieser Herr, der nicht Mitglied meiner Partei ist, den ich aber trotzdem persönlich hochschätze, und der lediglich aus Besorgtheit für den Kronprinzen handelte, bat mich, damit kein Unrecht geschähe, den Artikel für meine Parteigenossen so lange hinauszuschieben, als die Drucklegung dies ermöglichte.

Ich willigte ein, diese Bitte zu erfüllen, dem Manne gegenüber, von dem ich wußte, daß er einst in bösen Tagen der

Gastgeber des Kronprinzen

gewesen war, in jenen Tagen, als die heutigen Young-Parteien, auf deren Seite Sie sich stellen, die Monarchie zerbrachen [33]. *Ich tat es weiter in der Erwartung, daß, wenn der Kronprinz vom eigenmächtigen Schritt seiner Umgebung Kenntnis erhalten würde, ein Dementi käme.* Denn in Wirklichkeit wurde Millionen von Deutschen damit ein schweres Unrecht zugefügt. *Und zwar zugefügt durch Sie, Herr Graf!*

Sie schreiben in Ihrem neuen Organ des Hauses Wittelsbach, daß unter den Gründen, die mein "Mittelsmann" für sein Ultimatum angeführt hätte, auch der gewesen sei, daß die Nationalsozialistische Partei einst *gegen die Fürstenenteignung aufgetreten* wäre [34], wobei sich hinterher dieser Kampf als taktischer Fehler erwiesen hätte. Herr Graf, reden Sie nicht von unserer damaligen Haltung, die Sie ersichtlich nie verstehen! Für Sie war die Verwendung des Namens des Kronprinzen, also der Mißbrauch dieses Namens, durch den "taktischen" Zweck geheiligt. Wir haben einst nicht eine Sekunde an "taktische Erwägungen" gedacht. Denn es ist möglich, daß vielleicht Sie, Herr Graf, einige Monate gebraucht hätten, um die "taktischen Nachteile" eines Kampfes gegen die Fürstenenteignung für uns herauszufinden. Wir aber, Herr Graf, waren uns darüber nicht eine Sekunde im unklaren. *Doch ebensowenig sind wir auch nur eine Sekunde schwankend gewesen darüber, daß es Dinge gibt, in denen nicht "taktische Zweckmäßigkeit", sondern der einfache Anstand entscheidet. Wir sind deshalb trotz aller "taktischen Nachteile" gegen die Fürstenenteignung aufgetreten, weil wir das andere als unanständig angesehen hätten. Und da unterscheiden wir uns, Herr Graf: Ich pfeife auf jede billige Popularität und werde stets das tun, was ich vor meinem Gewissen als richtig ansehe, und mögen Sie meinetwegen um mich jaulen und brüllen und mich verdammen, soviel Sie wollen!*

Herr Graf Soden! *Meinen Freunden und mir ist mehr als ein Urteil des Kronprinzen Rupprecht über die Parteien bekannt, die heute in der Young-Front sitzen, dessen Veröffentlichung zum Beispiel in einer Wahlzeit für diese Parteien vernichtend sein würde. Alle "taktischen Erwägungen" könnten vielleicht dafür sprechen, nur ein einziger Grund ist dagegen, Herr Graf, nämlich unsere anständige Gesinnung.* Und deshalb wird nie ein Wort über unsere Lippen kommen. Jawohl, deshalb ganz allein.

Ich glaube gern, daß Sie das nicht begreifen können, Herr Graf! So lassen Sie sich das eine gesagt sein: Der einzige Grund, der den Herrn, den Sie als meinen "Mittelsmann" zu bezeich-

33 Vgl. Dok. 93, Anm. 43.
34 Vgl. Dok. 91, Anm. 18.

nen belieben, zu seinem Schritt bewogen hat, war ebenfalls nicht "taktischer" Natur, sondern entsprang desgleichen nur der anständigen Gesinnung und den *Gefühlen treu ergebener Freundschaft für den Kronprinzen.*

Daß er sich aus diesem Gefühl heraus bemühte, ein Dementi der von Ihnen eigenmächtigerweise veranlaßten unseligen Erklärung zu erreichen, lag bei diesem Herrn nicht in der Sorge um meine Bewegung begründet, als vielmehr in der Sorge für seinen kronprinzlichen verehrten Freund.

Es war die Angst, daß der Kronprinz Rupprecht von Bayern durch Ihre Handlungsweise mit in eine Front hineingedrängt würde, mit der er innerlich schon aus Sauberkeitsgründen heraus nichts zu tun haben kann. Es war weiter die Angst, daß die nicht augenblickliche Feststellung des am Kronprinzen begangenen Unrechtes diesen mit dem Unrecht identifizieren mußte und *daß der Kronprinz dadurch ohne jedes eigene Verschulden in einen Konflikt gedrängt wurde oder zumindest in Gegensatz geriet zu Menschen, die sich bisher dem Schicksal unserer deutschen Monarchen gegenüber am anständigsten verhalten haben.* Denn die mehr als 4 Millionen Männer und Frauen, die sich zum Volksbegehren einzeichneten[35], und hinter denen viele Millionen anderer stehen, haben in ihrem Inneren am allerwenigsten zu tun mit den Verbrechern des Novembers 1918. *Alle diese Menschen aber müssen es als eine förmliche Treulosigkeit empfinden, wenn in ihrem Kampf um die Freiheit des deutschen Volkes ihnen von solcher Seite aus in den Rücken gefallen wird!*

Dafür haben Sie, Herr Graf, vielleicht kein Verständnis. Und so fehlt Ihnen natürlich auch die Empfindung, daß ein Dementi, das nicht eindeutig und klar vor Abschluß der Wahl erschien, von jedem anständigen Menschen als ein unaufrichtiges Manöver aufgefaßt werden mußte. Als eine der üblichen kleinen Kabinettsschiebungen, mit denen man schon früher so viel Ansehen der Kronen verpraßt hat.

Mißbrauch eines Königswortes zum Schaden der deutschen Front

Wenn ich mich nun, Herr Graf, bewegen lasse, eine entsprechende Antwort an meine Parteigenossen, aus dem Gefühl einer anständigen Objektivität heraus, hinauszuschieben in der Hoffnung, daß eine klare Feststellung des Sachverhaltes einem diesen Schritt ersparen würde, dann haben Sie die Stirne, dies in Ihrer Boulevard-Gazette als

Ultimatum

zu bezeichnen!?

Natürlich, Herr Graf Soden, habe ich auch einen Fehler gemacht. Ich hätte dem Herrn, der mich bat, zunächst keine Folgerungen für die Partei aus Ihrem Vorgehen zu ziehen, antworten sollen: Auch ich glaube, daß der Kronprinz von Bayern persönlich diesen Angriff gegen die nationale Front nicht veranlaßt hat, *allein, es ist dessen Sache, dies richtigzustellen, und nicht meine Sache, nach Entschuldigungen zu suchen.* Ein Kabinett, das es fertigbringt, den Namen des Trägers eines königlichen Hauses in solcher Weise zu mißbrauchen, wird auch kein Verständnis für eine solche Zurückhaltung unsererseits aufbringen. Im Namen des Kronprinzen wurden wir angegriffen, ich ziehe für meine Partei die Konsequenzen, und *Seine Königliche Hoheit kann, wenn er es für notwendig findet, die seinen ziehen, das heißt, den für diesen Unfug verantwortlichen Menschen seiner Umgebung maßregeln und entfernen.*

35 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

Das, Herr Graf, hätte ich antworten sollen, und die Kenntnis der Dinge, die mir unterdes zuteil wurde, wird mich in Zukunft davor bewahren, noch einmal bei solchen Angelegenheiten auf Anstand zu rechnen, so lange Sie Ihr Amt bekleiden!

Im übrigen wird Ihnen vor Gericht bewiesen werden, daß das, was Sie als "Ultimatum" bezeichnen, sogar *textlich nur ein* "Vorschlag" war und

Sie selbst in einem mir offiziell zugestellten Schreiben eines Beauftragten Ihrer Kanzlei versicherten, daß es sich um einen Textentwurf gehandelt habe [36]*!*

Wenn Sie weiter erklären, daß der "Mittelsmann" ausdrücklich von mir "bevollmächtigt" gewesen sei, so ist dies wieder eine Verdrehung, denn ich habe ihm nur auf dessen Bitten verbindlich versichert, daß ich solange meinen Artikel zurückhalte, bis entweder eine Richtigstellung gekommen oder die Zeit zur Drucklegung eingetreten sei! *Das war aber dann meine eigene Angelegenheit und die Angelegenheit meiner Partei, die Sie, Herr Graf, überhaupt nichts anging.*

Wenn Sie weiter in Ihrem Artikel, Herr Graf, erklären, daß ich gedroht hätte, im Falle der Nicht-Annahme des von Ihnen erdichteten Ultimatums die Monarchie auf das schwerste anzugreifen, so ist auch das wieder eine Unwahrheit. Die Monarchie braucht man gar nicht anzugreifen, solange sie solche Vertreter hat, wie Sie, Herr Graf! Ich könnte mir gar keinen fürchterlicheren Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung denken, als wenn ich Männer wie Sie auch nur als Schreiber in den Dienst unserer Bewegung annehmen müßte. *Gnade der Herrgott einer Monarchie, deren Berater das Renommee des Königs* [*sic!*] *so verwirtschaften, wie Sie es in diesem Falle getan haben!* Die ihren König so schlecht informieren und zu so unglücklichen Äußerungen veranlassen und diese geschäftig weitertragen und dann im Leichtsinn noch der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, wie Sie, Herr Graf, es taten!

Was Sie als Ultimatum bezeichnen, war nur in Wahrheit die durch den Anstand nun einmal gegebene zeitliche Begrenzung.

Zu ungunsten des Volksbegehrens haben Sie, Herr Graf, das Wort des Königs [*sic!*] *der Öffentlichkeit vermittelt, ohne hierzu beauftragt, ja auch nur ermächtigt gewesen zu sein.*

Pflicht des Anstandes wäre es gewesen, ein klares Dementi in höchster Eile zu bringen, um vor Abschluß des Volksbegehrens wieder gutzumachen, was schlecht begonnen wurde.

Und nicht nur Pflicht des Anstandes, sondern auch Gebot jeder klugen Vernunft.

Allein, das ist des Pudels Kern [37], verehrter Graf und Kabinettsvorstand! *Um das Volksbegehren zu schädigen, haben Sie*

den Namen des Königs [*sic!*] *dagegen ausgespielt,*

und deshalb durfte auch jede Korrektur dieses Mißbrauchs nicht vor Schluß der Einzeichnungsfrist erscheinen. Ob das dem König [*sic!*] diente, war Ihnen offenbar gleich. *Nur, daß es dem Volksbegehren schadete, schien für Sie bestimmend gewesen zu sein.* Und Sie reden dann von monarchischem Gefühl? Sie wagen, anderen einen Mangel an monarchischem Gefühl vorzuwerfen? Wenn das monarchische Gefühl zu allen Zeiten eine so traurige Vertretung gefunden hätte wie in Ihnen, wäre die Frage: Monarchie oder Republik nie zur Diskussion gestellt worden.

36 Näheres nicht ermittelt.
37 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe.

Das Unglaublichste aber an Verdrehung ist in Ihrem Artikel Ihre Behauptung, daß wir versuchten, den Kronprinzen zu bestimmen, nun sich für das Volksbegehren zu erklären. Als Sie darüber nun hart angefaßt wurden, da begannen Sie Ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen und konstruierten aus "Annahmen" und "Empfindungen", "Gefühlen" und "Andeutungen" einen Beweis, dessen Logik wirklich verblüffend ist.

Herr Graf, auf dem geduldigen Papier konnten Sie Ihren Unsinn der gläubigen Menschheit zunächst vorsetzen. *Ich freue mich deshalb darauf, Ihnen vor Gericht das Haarsträubende Ihrer Behauptung nachweisen zu können.*

Denn das Gegenteil von dem, was Sie behaupten, stimmt. Die nationalsozialistische Bewegung insbesondere braucht überhaupt nicht die Zustimmung oder den Namen eines Königs für ihr Handeln und für ihren Erfolg. Wir haben nicht unser Werk unter der Gnade eines Königs begonnen, sondern durch die Kraft unserer Überzeugung sowie durch unseren Willen und unsere Entschlossenheit. *Das einzige, was wir nicht um unserer selbst willen, sondern um der Offenhaltung der Frage "Republik oder Monarchie" wegen, erwarten und erwarten dürfen, ist, daß sich die Könige einer anständigen Neutralität befleißigen und nicht eines Tages ihren Namen einem Paul Levi, einem Crispien, einem Bartels*[38], *einem Grzesinski, Severing usw. zur Verfügung stellen.* Das ist alles und mehr wollen wir nicht und brauchen wir nicht!

Allerdings gestehe ich auch, daß es mich innerlich mit Freude erfüllt, gelesen zu haben, daß wenigstens einzelne deutsche Prinzen, ein deutscher König, ein deutscher Herzog und vielleicht noch andere in diesen entscheidungsvollen Tagen sich mutig und offen zur Front der nationalen Opposition im Kampfe gegen das neueste Versklavungs-Edikt bekannten[39]. Ich vermute allerdings, daß dort eben nicht der böse Zufall Ratgeber angespült hat, die nur das Talent eines Büsumer Dorfschulzen als ihr eigen nennen.

Lassen Sie sich eines gesagt sein, Herr Graf Soden: Wäre ich Ratgeber des Königs gewesen, hätte ich vermutlich folgendes erklärt:

"Königliche Hoheit, es hat soeben in Deutschland ein großer, vielleicht entscheidungsvoller Kampf seinen Anfang genommen. Unser Volk hat als nationale Opposition einen Kern von Parteien und Verbänden bekommen, die allem Augenscheine nach der Kristallisationspunkt für das erwachende deutsche Volk in seinen besten Teilen sein können. Zum ersten Male, Königliche Hoheit, seit elf Jahren, seit dem Tage, da Ihr hochseliger Herr Vater die Landeshauptstadt verlassen mußte und des Thrones und aller Rechte verlustig ging und niemand sich zu einem Widerstand bereit erklärte, scheint es, als ob unser Volk die Kraft zu einer erneuten Bejahung seines Lebenswillens erhalten hätte. Seit elf Jahren organisiert sich angesichts einer neuen, auf endlose Zeit hinaus wirkenden Versklavung, zum ersten Male ein allgemeiner nationaler Widerstand. Wenn dieser Widerstand nicht siegreich bleibt, wird durch die Annahme des neuen Planes Deutschland so furchtbaren Bedrückungen ausgesetzt, daß schon, um die finanziellen Anforderungen zu erfüllen, zwangsläufig der letzte Rest an Hoheitsrechten der

38 Gemeint ist vermutlich Friedrich Bartels (1871-1931), Maler, 1904-1913 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1913-1933 MdL in Preußen, 1919 Regierungspräsident in Frankfurt/Oder, 1925-1931 Präsident des Preußischen Landtags.

39 Dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gehörten unter anderen Albrecht Ludwig Prinz zu Hohenzollern (1898-1977), Otto II. Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar (1867-1941) und Franz Josef, 6. Fürst zu Ysenburg (1869-1939) an. Vgl. Der Stahlhelm vom 30.6.1929, 7.7.1929 und 28.7.1929, "Für das deutsche Volksbegehren".

Länder verschwinden muß. Ich kann deshalb Euerer Königlichen Hoheit nur vorschlagen, in diesem Schicksalskampfe, der nun anhebt, sich für die Kämpfer um die nationale Freiheit zu erklären. Unterliegen Sie, Königliche Hoheit, wird Ihr Name zumindest ehrenvoll in der Geschichte weiterbestehen. Siegen Sie, so kann - selbst wenn Königliche Hoheit nicht den Thron der Väter wieder aufzurichten in der Lage wären, - so doch zumindest das deutsche Volk den Weg zur Freiheit finden, mit all dem Segen, der von ihr ausgehen wird, nicht nur über das Reich, sondern auch über seine Länder. Ich halte es deshalb für richtig, Königliche Hoheit, sich in diesem Kampfe auf die deutsche Seite des Volkes zu stellen, und wenn schon nicht als König, dann zumindest als deutscher Mann den Namen einzutragen in das Grundbuch des deutschen Freiheitskampfes."

So, Herr Graf Soden, hätte ich dem Kronprinzen geraten. Sie aber hätten ihm natürlich etwa folgendes sagen müssen:

"Königliche Hoheit, es ist ein großer Kampf im Anzug, dessen Ausgang mir unsicher erscheint. Ich bitte Eure Königliche Hoheit inständigst, sich in dieser Lage der vollkommensten Neutralität zu befleißigen und keiner Seite das Recht zu gewähren, sich auf Eurer Königlichen Hoheit Namen zu berufen."

Das wäre dann auch ein Rat gewesen, der immer noch Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsgefühl bewiesen hätte. Nicht im großen Stil, denn das könnte man bei Ihnen, Graf Soden, doch nie erwarten, aber zumindest im anständigen Maße.

Und da ich nun die Könige nach ihrer Umgebung einschätze und die Umgebung des Kronprinzen immerhin so weit zu kennen glaubte, um ihr nicht Unmögliches zuzutrauen, *habe ich auch vom ersten Augenblick an eine andere Haltung des Königs als eine solche der Neutralität, - und zwar der striktesten Neutralität - als gar nicht möglich angesehen.*

Wenn Sie aber nun, Herr Graf Soden, erklären: *Nachdem Seine Königliche Hoheit sich durch meine Ungeschicklichkeit nun einmal gegen das Volksbegehren ausgesprochen hat, so wäre eine Zurücknahme dieses Ausspruchs ein Bekenntnis zum Volksbegehren, - so ist das, wie gesagt, eine Logik, die ebenso hanebüchen wie unanständig ist.* Nachdem die Neutralität verletzt wurde, war natürlich jede Wiederherstellung peinlich, aber das lag ja nur an Ihnen, Herr Graf. Sie sind so mit monarchischem Gefühl durchtränkt, daß Sie sich einmal in Ihrem Leben auch großer Vorbilder hätten erinnern können, um dementsprechend zu handeln. Wer ein wirklicher Diener seines königlichen Herrn ist, Graf Soden, muß bereit sein - wenn erforderlich -, für diesen sogar zu sterben. *Und Sie hätten in dem Falle Ihren kostbaren Leib noch gar nicht zu opfern brauchen, wenn Sie nur Ihre kostbare Stellung aufgegeben hätten. Der Herr Kabinetts-Chef Graf Soden durfte selbstverständlich Seine Königliche Hoheit nicht die Suppe auslöffeln lassen, die er selbst eingebrockt hat. Er mußte vor seinen Hohen Herrn hintreten und diesen decken, was um so selbstverständlicher gewesen wäre, nachdem der Kronprinz doch durch Sie in diese Angelegenheit hineingezogen wurde wie der Pontius [Pilatus] ins Credo.* Sie hätten die Pflicht gehabt, Herr Graf, aus Ihrem eminenten monarchischen Gefühl heraus sofort vor Ihren königlichen Herrn und Brotgeber zu springen und zu erklären:

"Hier liegt ein Mißverständnis vor. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz Rupprecht von Bayern lehnt es ab, in dieser Angelegenheit irgendwie weder für noch gegen verwendet zu werden; die in der Presse erschienene Äußerung stammt von mir und nicht von Seiner Königlichen Hoheit!"

Das, Herr Graf Soden, hätten Sie als Kabinetts-Chef, der verantwortlich zeichnet, tun müssen. Statt dessen unterstehen Sie sich und *wünschen andere zum Teufel* und werfen ihnen ihre mangelnde monarchische Gesinnung vor!

Herr Graf, ich wiederhole Ihnen nun zusammenfassend noch einmal, daß die Behauptung

1. ich hätte den Kronprinzen bedroht, wie Sie in der Münchner Telegramm Zeitung zum besten geben, unwahr ist, und ich werde Ihnen im Gerichtssaal den Beweis dafür erbringen [40]*;*

2. daß die Behauptung, ich hätte ein Ultimatum gestellt, unwahr ist, und ich werde Ihnen ein zweites Mal den Beweis hiefür erbringen, und daß die Behauptung

3. ich soll verlangt haben, daß der Kronprinz von Bayern sich für das Volksbegehren erkläre, ebenfalls unwahr ist, und wieder werde ich Ihnen den Beweis dafür erbringen, und

4. daß die Behauptung, ich hätte das Ultimatum durch einen Beauftragten [41] *geschickt, desgleichen unwahr ist, und wieder werde ich Ihnen dies beweisen. Und es wird sich dann herausstellen, wer von uns beiden unrichtige Informationen gegeben hat. Ich der Öffentlichkeit oder Sie dem Kronprinzen.*

Und wenn Sie, Herr Graf Soden, vielleicht erklären sollten, nicht allein für das alles verantwortlich zu sein, so zweifle ich keinen Augenblick an der Tatsache der Unterstützung durch Ihre Mitberater, aber ich sehe mich nicht veranlaßt, einen anderen verantwortlich zu machen *als denjenigen, der als Kabinetts-Chef für diese Vorgänge offiziell verantwortlich ist.*

Im übrigen bin ich überzeugt, daß nicht wir zum Teufel gehen, sondern die monarchische Idee, wenn sie sich weiterhin so mittelmäßiger Ratgeber bedient.

Adolf Hitler

8. November 1929 Dok. 95
Erklärung

Münchener Post vom 12.11.1929, "Im Solde des Braunkohlensyndikats? [1]".

In Nr. 253 der Münchener Post vom 31. Oktober 1929 befindet sich unter der Überschrift: Im Solde des Braunkohlensyndikats, folgende Behauptung:

"Das ostelbische Braunkohlensyndikat [2] hat in den letzen Jahren der Deutschnationalen Partei, dem Stahlhelm und der Nationalsozialistischen Partei große Geldmittel zur Verfügung gestellt ..." [3]

---

40 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.

41 Karl Reichel.

1 Vgl. VB vom 13.11.1929, "Hitler und das Geld Petscheks" (Gemeint ist vermutlich Ignaz Petschek, Aussig, Mitglied im Aufsichtsrat des Ostelbischen Braunkohlensyndikats G.m.b.H., der als Besitzer zahlreicher Braunkohlenwerke den tschechischen und einen Teil des deutschen Braunkohlemarkts kontrollierte).

2 Das Ostelbische Braunkohlensyndikat G.m.b.H. hatte seinen Sitz in Berlin. Geschäftsführer war Oberstleutnant a. D. Reinhold Kersten.

3 Vgl. Münchener Post vom 31.10.1929, "Im Solde des Braunkohlensyndikats" sowie Vorwärts vom 8.11.1929 (MA), "Die Braunkohlenhemden".

Es ist unwahr, daß mir das ostelbische Braunkohlensyndikat "große Geldmittel zur Verfügung gestellt" hat.

Wahr ist, daß das ostelbische Braunkohlensyndikat weder direkt noch indirekt, weder mir noch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, noch einer Untergruppe oder einer Zeitung derselben Geldmittel oder sonst etwas zur Verfügung gestellt hat [4].

München, den 8. November 1929.

(Vorname unleserlich) [*sic!*] Hitler

8. November 1929 Dok. 96
"Bekanntmachung"
Erklärung

VB vom 13.11.1929, "Aus der Bewegung".

Die H.J. [1] - einzige N.S.-Jugend-Organisation

Vielfachen anders lautenden Gerüchten [2] entgegen erkläre ich hiermit, daß die einzige durch die Parteileitung der N.S.D.A.P. offiziell anerkannte nationalsozialistische Jugend-Organisation die "Hitler-Jugend" mit ihrem Reichsführer Kurt Gruber [3] ist [4].

München, den 8. November 1929

Adolf Hitler

4 Bis zum Anfang der dreißiger Jahre gelang es der NSDAP bis auf unerhebliche Einzelfälle nicht, die deutsche Industrie zur Subventionierung der Partei zu bewegen. Eine direkte oder indirekte Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Braunkohlenindustrie zum damaligen Zeitpunkt ist daher unwahrscheinlich. Vgl. Turner, Die Großunternehmer, S. 121 ff.

1 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 die Gründung einer Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" beschlossen worden. Am 27.7.1926 folgte die parteiamtliche Anerkennung. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975, S. 22 ff.

2 Bezieht sich auf die Bestrebungen des Nationalsozialistischen Schülerbundes, eine selbständige Parteiorganisation zu werden. Vgl. Daniel Horn, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

3 Kurt Gruber (1904-1943), 1926-1931 Reichsführer der HJ, 1931-1932 Jugendfachberater der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur Gauleitung Sachsen versetzt.

4 In einer am 14.11.1929 veröffentlichten Anordnung stellte Gruber unter anderem fest: "Adolf *Hitler* hat gebilligt, daß die Schülerbünde durch die H.J. organisiert werden und nicht einen eigenen selbständigen Bund bilden sollen, sondern im *Rahmen der H.J.* (Amt für Schülerbünde) neben den übrigen Hitlerjungen als Arm der Hitler-Jugend auf eigenem Sondergebiet kämpfen und arbeiten." Vgl. VB vom 14.11.1929, "Nationalsozialistische Schülerbünde!"

9. November 1929 Dok. 97
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.11.1929.

Nun ist es doch ein Sieg geworden [1]. Als die Männer der nationalen Opposition vor Wochen zusammentraten, um das letzte Mittel zum Kampf gegen den Young-Plan [2] anzuwenden [3], stießen sie gegen eine förmliche Verschwörung von Lüge, Verleumdung und Terror. Unter der Führung der alten Umsturzparteien hatte sich eine parlamentarische Front gebildet, die entschlossen war, den Young-Plan in ähnlicher Form wie einst den Dawes-Pakt [4] zu erledigen. Sozialdemokratische Gottes- und Vaterlandsverleugner in engster Verbindung mit jüdischen Geldsackmagnaten, zentrümlerischen Frömmlern und bayerischen Volksparteilern. Seit zehn Jahren ist man es nun in Deutschland gewohnt, daß diese Vereinigung ungestört die Rechte der deutschen Nation verludert, das Nationalvermögen verpraßt und die Ehre unseres Volkes mit Füßen tritt. Es sind Zustände eingerissen, die vor 15 Jahren einfach undenkbar gewesen wären. Versklavungsedikte auf Generationen hinaus, die zur vollkommenen Vernichtung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit führen müssen, wurden von dieser Vereinigung immer wieder unterzeichnet und damit als zu Recht bestehend angenommen. Der Name "Young-Plan" ist ja in Wirklichkeit genau so falsch, wie die Bezeichnung "Dawes-Pakt". Richtiger müßte es immer heißen: "Versailler Methode" [5], "Genfer Methode" [6], "Dawes-Methode", oder "Young-Methode". Denn der Sinn aller dieser sogenannten Verträge ist derselbe. Deutschland soll ausgeplündert werden. Und wie die Spinne von Zeit zu Zeit ihr Opfer in eine neue Lage bringt, um es nur noch restloser aussaugen zu können, so verfahren unsere Feinde mit Deutschland. Sie erfinden eine Methode zu unserer Ausbeutung und saugen mit ihr aus Deutschland heraus, was man durch diese Methode heraussaugen kann. Läßt der Erfolg nach und erweist sich dadurch diese Methode als nunmehr unfruchtbar, geht man zu einer neuen über, nach der sich wieder ein gewisser Erfolg versprechen läßt. Bringt auch die neue Methode die gewünschten Erträgnisse der internationalen Hochfinanz nicht mehr ein, dann wird auch diese wieder abgelegt, um einer noch besseren und raffinierteren Platz zu machen. Erst hat die rote Verbrechervereinigung mit ihren Zuhältern unser Volk durch die Inflation ausgeblutet [7]. Nachdem sich hier keine Erfolge mehr versprechen ließen, sondern im Gegenteil die Gefahr einer nationalen Revolution vor der Türe stand, konnten die sozialdemokratischen Schwindler auf einmal das vollbringen, was ihnen vorher unmöglich war. Wenige Wochen

---

1 Bezieht sich auf den knapp erfolgreichen Abschluß des Volksbegehrens zur Einleitung eines Volksentscheides über den Young-Plan. Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 73, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 50 und 51.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

5 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 3, Anm. 56.

6 Vgl. Dok. 82, Anm. 13.

7 Die Nachkriegsinflation war durch die Finanzierung der deutschen Kriegskosten verursacht worden. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 97 ff.

nach dem Münchener Aufstand 1923 [8] war die Währung stabilisiert [9]. Der Dawes-Pakt sicherte den Währungsbestand und gab so die Möglichkeit des erneuten Ansammelns gewisser Werte. Die Ausplünderung wurde dazwischen durch andere Methoden vollzogen. Nun hat sich dieser Vertrag totgelaufen. Im neuen Young-Plan fällt der Währungsschutz wieder weg [10], und damit sind die Möglichkeiten für eine erneut kommende inflatorische Begaunerung unseres Volkes abermals gegeben. So versucht man es abwechselnd bald so und bald anders, und immer wieder findet sich eine korrupte Parteimasse, die Deutschland "frei" macht, indem sie es immer mehr in internationale Verpflichtungen verstrickt. Mit eherner Stirne lügen dann diese Parlamentsschwindler vom "Wiederaufbau der Wirtschaft", während sie dieselbe zertrümmern, lügen vom "Erarbeiten" der Freiheit, während sie tatsächlich die Nation auf immer größere Perioden in Ketten legen, und betrügen solcher Art Millionen von Menschen am hellichten Tage. Zehn Jahre ist dieser Schwindel ohne merklichen Widerstand gelungen. Nun haben sich zum erstenmal, trotz aller tiefgehenden Gegensätzlichkeiten im Programme, Weg und Ziele, eine Anzahl von Verbänden zusammengefunden, das Volk als solches zum Widerstand gegen diese Entwicklung aufzurufen [11].

Wenn heute von gewissen Seiten oder von einem blasierten Kabinettschef [12] behauptet wird, daß wir selbst die Zweckmäßigkeit des Volksbegehrens [13] angezweifelt hätten, so zeigt dies nur den meilenweiten Abgrund, der diese Erscheinungen bedenklicher Art von uns trennt. Niemals haben wir dieses Volksbegehren gemacht deshalb, weil wir überzeugt waren, daß es gelingt, sondern einzig und allein nur, weil wir überzeugt sind, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, alles zu tun und mit jedem Mittel zu kämpfen, um die neue Young-Ausbeutungsmethode zum Scheitern zu bringen. Wir kämpfen hier einen Kampf nicht aus Opportunitätsgesichtspunkten heraus, sondern aus innerster Überzeugung. Wir zweifeln nicht, daß eine solche Überzeugung von sterilen alten Hofschranzen nie verstanden werden wird. Ebenso wenig, wie man sie in den Kreisen unserer parlamentarischen Feinde nicht verstehen will. Ob wir in unserem Kampf gewinnen, liegt nicht in unserem Ermessen, aber in unserer Pflicht liegt es, diesen Kampf zu führen, auf daß wir ihn gewinnen. Die letzte Entscheidung hat der Herrgott. Wir sind aber überzeugt, daß niemandem ein Sieg zuteil wird, der ihn sich nicht durch einen ehrlichen Kampf verdient. Wir sagen dem heutigen System diesen

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

9 Seit August 1923 arbeitete die Reichsregierung an Konzepten zur Währungsstabilisierung. Am 15.10.1923 wurde die Verordnung über die Errichtung der Rentenbank im Kabinett verabschiedet. Die Institution nahm am 15.11.1923 ihre Tätigkeit auf. Die neugeschaffene Rentenmark beruhte auf Deckung durch Rentenbriefe, die ihrerseits auf Sachwertbelastung aufgebaut war. Rechnungstechnisch schloß die neue Währung an die alte Goldmark an. Das bereits vor dem Hitler-Putsch eingeleitete Verfahren führte zu einer schnellen Stabilisierung. Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 311 ff.

10 Der Dawes-Plan (vgl. Dok. 1, Anm. 15) enthielt eine "Transferschutzklausel", die es ermöglichen sollte, die Übertragung der in Deutschland aufgebrachten Reparationsbeträge an die Alliierten zu unterbrechen, wenn die deutsche Währung und Wirtschaft gefährdet schienen. Die Entscheidung darüber traf ein internationales Komitee. Der Young-Plan sah nur für einen Teil der Reparationsleistungen einen Transferschutz vor, die internationale Kontrolle fiel jedoch weg. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 382 ff.

11 Gemeint ist der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Vgl. Anm. 3.

12 Joseph Graf von Soden.

13 Vgl. Dok. 93, Anm. 9.

Kampf an und nehmen alle Unbilden dieses Kampfes auf uns, und glauben deshalb auch, daß das Schicksal uns den Sieg zusprechen wird.

Und so ist denn auch der erste Sieg gekommen. Trotz einem noch nie dagewesenen Terror, trotz einer Flut von Lüge und Verleumdungen, trotz aller Irreführungen der öffentlichen Meinung, trotz dem Unterschlagen aller Wahrheit [*sic!*], trotz dem Ausspielen aller sogenannten "berühmten deutschen Männer" [*sic!*] [14] gegen unsere Sache und die Sache des deutschen Volkes sind dennoch über vier Millionen hingegangen und haben ihren Namen für den Kampf um die deutsche Freiheit eingeschrieben [15]. Unvernunft und Haß wüteten gemeinsam gegen uns. Zwergenhafte Gesinnung, Gegensätzlichkeiten gegen einzelne Führer des Volksbegehrens veranlaßten sogar "nationale" Deutsche mit historischem Namen, lieber diesen Namen einem Juden Levi zur Verfügung zu stellen als der nationalen Kampffront. Männer, die immer versuchen, den Anschein zu erwecken, als ob sie den Kampf gegen Tod und Teufel aufnehmen wollten, bekannten sich zu der kleinen Gesinnung, gegen das Volksbegehren Stellung zu nehmen, weil ihnen der Ausgang unsicher vorkam. Als ob in einer Lage wie der unseren überhaupt mit Prozenten gemessen werden könnte. Wichtiger sogar noch als der Ausgang ist die Entschlossenheit und der Mut zum Kampfe an sich. Selbst wenn wir im Volksbegehren unterlegen wären, dann wäre in den Augen eines Clausewitz diese Niederlage immer noch ruhmvoller gewesen als das schwache Räsonieren oder Nichtstun der anderen [16]. Man möchte wirklich heute im Geiste jedem einzelnen der vier Millionen, jedem Mann und jeder Frau die Hand drücken und danken für das Vertrauen, das sie der nationalen Sache zum ersten Male nach zehn Jahren wieder entgegengebracht haben. In ihnen verkörpert sich wirklich mehr Geist unseres Volkes im besten Sinne des Wortes als in den großsprechenden und großtuerischen "klugen" Politikern, Führern usw., die in "klarer Erkenntnis des Mißerfolges" sich vorsichtig zurückgehalten oder gar dagegen Stellung genommen haben.

Dabei muß aus dem allem besonders eine Lehre für die nationalsozialistische Bewegung abgeleitet werden: Im Jahre 1918 hat die sozialdemokratische Revolutionsgesellschaft im Verein mit Kommunisten, Zentrümlern und Demokraten sich bemüht, den nationalen Nimbus aller großen Deutschen zu vernichten [17]. Damals stellte sich dieser Absicht und deren Ausführung das junge nationale Deutschland entgegen, bestrebt, die großen Deutschen unbefleckt der Nachwelt zu erhalten. Seit zehn Jahren aber können wir es nun erleben, daß ein Teil dieser nur vom nationalen Deutschland konservierten großen Namensträger das Gewicht ihres Namens

---

14 Vgl. Dok. 91, Anm. 11.

15 Vgl. Anm. 1.

16 In seiner Bekenntnisdenkschrift von 1812 beschreibt Clausewitz die damalige Stimmung patriotischer Kreise: "Alle werden wünschen, Preußen möge wenigstens, wenn es fallen sollte, mit Ehren gekämpft haben und ruhmvoll untergegangen sein." Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

17 Am 15.11.1918 hatte das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Umstellung des Geschichtsunterrichts verfügt und unter anderem angeordnet:
"1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.
2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen." Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. III, S. 14.

bei jeder Gelegenheit der antinationalen Sache zur Verfügung stellen. Es bleibt sich dabei gleich, ob es aus böser Absicht oder mangelnder Einsicht geschieht. Wir müssen hier in der Zukunft nun hart werden. Was innerlich faul ist, soll man nicht künstlich stützen. Wer sich nicht zur Idee des nationalen Freiheitskampfes bekennt, soll unseretwegen zur Hölle fahren. Wir haben keine Veranlassung, Namen zu erhalten, deren Gewicht in der kritischen Stunde immer in die gegnerische Waagschale geworfen wird. Wir werden diese klare Einstellung auch in die Parlamente hineintragen müssen. Männer, die mit den sozialdemokratischen Blutmenschen und Terroristen, Rechtsverletzern und Gesetzesbrechern regieren, sind unsere Feinde und dürfen in keiner Angelegenheit auf eine Unterstützung von unserer Seite rechnen! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, und wer nicht unser Hammer sein will, in dem sehen auch wir künftighin nur mehr den Amboß [18].

Die nationalsozialistische Bewegung muß auch hier Schrittmacherin sein. Wir sind eine souveräne Partei und können jederzeit unseren Weg marschieren. Und wie dieser Weg verläuft, das geht außer uns niemanden etwas an. Ein Schicksalskampf aber, wie er dem deutschen Volk bevorsteht, wird nicht mit Sentimentalitäten gelöst, sondern nur mit dem harten: Entweder-Oder.

Die erste Schlacht ist nun geschlagen. Unsere Feinde rüsten zu einem neuen Lügenfeldzug. Wir wollen ihnen entgegentreten und uns durch gar nichts beirren lassen in unserem Streben. Und wenn sie uns tausendmal vorrechnen, daß wir keinen Erfolg erringen können, so haben wir ihnen immer nur zur Antwort zu geben: daß wir einen Erfolg erhalten, ist nicht so nötig, als daß wir unsere Pflicht tun. Unsere Pflicht aber ist es, mit zusammengekrampfter [*sic!*] Energie keine Möglichkeit fallen zu lassen, um die Feinde des Vaterlandes innen und außen zu stürzen. Der Quell, aus dem unsere Kraft komme, sei in der Zukunft noch mehr als heute brennende Liebe zu unserem Volk und fanatischer Haß gegen seine Feinde.

Was die heutige Schlacht nicht entscheidet, wird die morgige bringen. Und was die morgige uns versagt, gedenken wir uns übermorgen zu ertrotzen, und kämpfen wollen wir, ob der Sieg uns übermorgen kommt oder erst in späterer Zeit. Und keine Niederlage soll uns mürbe machen, sondern erst recht neue Kraft verleihen. Es werden Prüfungen sein, in denen wir bestehen wollen, um uns solcher Art auch das innere Anrecht zu erwerben, dereinst das Schicksal unseres Volkes nach außen zu bestimmen.

Ein Sieg ist errungen, und der Kampf geht weiter.

---

18 Vgl. Dok. 6, Anm. 28.

16. November 1929 Dok. 98
Anordnung

VB vom 16.11.1929, "Die Kandidaten für die Münchener Stadtratswahl".

Für die am 8. Dezember [*1929*] stattfindende Wahl [1] von 50 ehrenamtlichen Mitgliedern des Stadtrates der Landeshauptstadt München wurden für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei folgende Kandidaten benannt:

[...] [2]

Zum Vertrauensmann für den Gemeindewahlausschuß und Wahlleiter wurde Pg. Hermann *Esser* bestimmt.

gez.: Adolf Hitler

16. November 1929 Dok. 99
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.11.1929.

Jetzt sage noch ein Mensch, daß der Kampf gegen den Young-Plan [1] erfolglos gewesen sei oder überhaupt keinen Sinn hat [2]! Würden sich die nationalen Parteien und Verbände vor einigen Monaten nicht entschlossen haben, in dieser Frage den Kampf aufzunehmen [3], dann wäre vermutlich das Schicksal unseres Volkes schon jetzt besiegelt. Geräuschlos und in aller Schnelligkeit würde der Reichstag zu einem Vertrag Stellung genommen haben, der unser Volk auf nahezu 70 Jahre zum Zins- und Tributsklaven verdammt [4]. So ist es nun anders gekommen. Nicht nur, daß sich zum erstenmal seit zehn Jahren große Massen unseres Volkes mit einer Frage zu beschäftigen begonnen haben, die ihr eigenstes Leben betrifft, wurden auch die verantwortlichen Parteien gezwungen, der Öffentlichkeit gegenüber Rede und Antwort zu stehen. Wie innerlich faul die Front unserer Regierungsparteien ist, wird schon heute durch die Ergebnisse dieses Kampfes bewiesen. Zentrum und Deutsche Volkspartei fühlen sich auf einmal

1 Bei der Kommunalwahl am 8.12.1929 konnte die NSDAP in München die Zahl ihrer Stadtratsmandate von vier auf acht der 50 Mandate verdoppeln. In ganz Bayern steigerte die NSDAP ihr Ergebnis von 4,2 auf 8%, bzw. 197.630 Stimmen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 62 (1930), S. 462 ff.

2 Folgt Liste der Kandidaten, darunter Karl Fiehler, Hermann Esser, Max Amann, Christian Weber, Ulrich Graf, Franz Xaver Schwarz, Jakob Grimminger und Heinrich Hoffmann.

1 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 73, Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 50 und 51.

4 Bezieht sich auf die Dauer der Reparationszahlungen nach dem Young-Plan. Vgl. Anm. 1.

nicht mehr recht sicher und nicht mehr recht wohl im Regierungshafen [5]. Bürgerliche Zeitungen, die sich noch wenige Tage vor Abschluß des Volksbegehrens gegenseitig überboten hatten im Rühmen des Young-Plans als der "staunenswertesten Tat" für den deutschen Wiederaufstieg, entdeckten schon eine Woche später allerlei Schattenseiten und bedenkliche Schwächen an ihrem vorher so gepriesenen Auferstehungsplan [6]. Und noch etwas fanden sie auf einmal: Das "tief Bedauerliche der neuen Zerreißung der nationalen Front"! Es war wirklich erheiternd, in diesen früheren Young-Blättern nun auf einmal lange Episteln bittersten Schmerzes voll zu finden über die "drohende Verschüttung der Verbindungsgräben zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien" [7]. Daß es solche Laufgräben zwischen den bürgerlichen Parteien gegeben hat, konnte füglich nie bezweifelt werden. Daß aber auf einmal diese Laufgräben zu einer solchen Bedeutung gelangen würden, war vermutlich nur dem Trommelfeuer [8] zu verdanken, das das Volksbegehren [9] auf die vorderen Gräben der tapferen Young-Verteidiger niedergehen ließ. Es ist begreiflich, daß die volksparteilichen Kämpfer angsterfüllt auf die Laufgräben zurückblicken, die bisher die Verbindungslinien zu den anderen bürgerlichen Stellungen abgaben. Eigentlich müßte man nun gerade diese Laufgräben durch rücksichtsloses Sperrfeuer abriegeln. Für die deutsche Nation wird es ein Glück und ein Segen sein, wenn die Young-Parteien an ihr Werk festgenagelt werden. Überhaupt ist das gütige Zureden der [*Deutschen*] Volkspartei an die deutschnationalen Querköpfe geradezu köstlich. Was müssen diese Leute voneinander doch für eine Achtung haben und wie müssen sie sich gegenseitig einschätzen! Diesmal allerdings hat sich die Stresemannvereinigung ersichtlich geirrt. Die nationale Opposition pfeift auf die Laufgräben und sonstigen Verbindungsmöglichkeiten zur Young-Front und hält dafür diejenige Verbindung aufrecht, die am natürlichsten ist: die Beziehung zum eigenen Volk. Der Kampf gegen den Young-Plan wird früher oder später die nationale Opposition als die einzige aufrichtige Vertreterin der Interessen unseres Volkes feststellen. Der Kampf von jetzt ist der Garant des Erfolges für die Zukunft.

Noch etwas Gutes hat der Kampf gegen den Young-Plan gebracht: Frankreich hat vorzeitig seine innersten Absichten preisgegeben. Als unsere Parteischwindler dem deutschen Volk den Young-Plan schmackhaft und mundgerecht zu machen versuchten, logen sie, wie gewohnt, der Öffentlichkeit vor, daß nunmehr Frankreich auf eine weitere Betätigung seiner unfreundlichen Gesinnung gegen Deutschland Verzicht leisten würde. Der Young-Plan sei - so faustdick wagte man die Wahrheit zu verdrehen - der Ausfluß einer sich festigenden Sympathie des demokratischen Frankreich für das demokratische Deutschland. Frankreich sei nun entschlossen, die bisherige Feindschaft abzubauen, und es bedürfe nur der Unterschrift unter dieses Dokument, um zu einer endgültigen Verständigung mit Paris zu gelangen [10]. Ja, noch mehr, diese Verständi-

5 Bezieht sich vermutlich auf die Haltung des Zentrums zur geplanten Reform des Ehescheidungsrechts und den Widerstand der DVP gegen die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 986 ff., 1123 ff.

6 Vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 383 ff.

7 Vgl. Dok. 93, Anm. 14.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 15.

9 Vgl. Anm. 2.

10 Die bürgerliche Presse in Deutschland beurteilte den Young-Plan verhalten optimistisch; die endgültige Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses wurde nicht durch ihn erwartet. Vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, S. 305 ff.; Hagspiel, Verständigung, S. 441 ff.

gung sei dann eben da. Als Beweis dieser Verständigung wird Frankreich zunächst das besetzte Gebiet räumen. Es wurde auch ein Termin genannt, an dem die Räumung endgültig, so oder so, vollzogen sein würde [11]. Und jetzt? Kaum merkt man in Paris, daß der Schwindel anscheinend doch nicht zieht, als man auch schon sein wahres Gesicht zeigt. Sie denken zunächst natürlich gar nicht im Ernst daran zu räumen und haben statt dessen als sichtbarsten Beweis der französischen Sinnesänderung die Forderung auf Zerstörung von einstweilen fünf Eisenbahnlinien gestellt [12]. Noch niemals sind die Behauptungen einer Regierungskoalition schlagender als Lügen und Schwindeleien entlarvt worden als diesmal. Was vor uns steht, ist der alte Erbfeind, haß- und racheerfüllt wie immer. Aber man mache nur ja dem Franzosen keinen Vorwurf. Die französische Diplomatie kämpft pflichtgemäß im Interesse ihres Volkes, die französische Kammer vertritt nüchtern und kalt Frankreichs vermeintliche Lebensnotwendigkeiten, und nur die deutschen Parlamentsschwindler und Parteilumpen betrügen ihr eigenes Volk, belügen es, um es mürbe zu machen, und versuchen damit eine neue Unterschrift herauszulocken, die uns erneut mit namenlosem Unglück belastet. So wie schon im Kriege das französische Parlament die Zukunft des französischen Volkes verteidigte [13], der deutsche Reichstag aber sich am Leben unseres Volkes versündigte [14], so ist es auch heute noch. Und es wird nicht anders werden, bis nicht ein eiserner Besen ausmistet!

In Österreich wird dieses Ausmisten zur Zeit versucht [15]. Unsere Sympathien stehen hundertprozentig auf Seite der Heimwehren [16], unser Mißtrauen ebenso hundertprozentig auf Seite der bürgerlichen Parteien. Wir sind durch Erfahrungen in Deutschland gewitzigt und wissen, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Mehrzahl unserer bürgerlichen Politiker heimtückische und verlogene Verteidiger des marxistischen Schandregimes sind. Sie sind in manchen Dingen sogar noch schlimmer als waschechte Kommunisten, weil sie unter der heuchlerischen Maske eines unwahren Nationalismus Millionen Deutsche gefangennehmen, auf ein falsches Geleise schieben und damit dem Kampf für die nationalen Interessen entziehen oder

11 Der 30.6.1930. Vgl. Dok. 73, Anm. 3.

12 Die Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans in Paris sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums, die sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages befaßte, hatte für den Fall der Räumung des besetzten Gebiets den Rückbau aller Bahnstrecken im Rheinland auf ein Gleis gefordert. Anfang August war es der Reichsregierung gelungen, eine Einigung herbeizuführen, in der die Rückbauten auf ein Minimum begrenzt wurden, verbunden mit einem wirtschaftlich unbedeutenden, zeitlich befristeten Verbot des Streckenneubaus. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bd. XIII, Göttingen 1979, Nr. 114.

13 Zur Kriegsmüdigkeit im französischen Parlament 1917 vgl. Kupferman, L'opinion française et le défaitisme, S. 97 f.

14 Bezieht sich auf die Friedensresolution des Reichstags vom 19.7.1917. Druck: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959, S. 114 f.

15 Am 18.10.1929 hatte der österreichische Bundeskanzler Schober eine Verfassungsreform im Nationalrat eingebracht, die mit deutlich zentralistischen Elementen die Schwächung des Nationalrats anstrebte und darüber hinaus ein polizeiliches Verordnungsrecht, ein Notverordnungsrecht für den Bundespräsidenten und die Neuordnung der bundesrechtlichen Stellung Wiens vorsah. Vgl. Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Klaus Berchtold, Wien 1979, Teil I, S. 12 ff.; Teil II, S. 1 ff.

16 Vgl. Dok. 23, Anm. 14.

besser wegstehlen. Die Ausnahmen unter ihnen haben im eigenen Lager dann meistens den schwersten Stand. Ganz gleich, wie dem aber auch sei, hat in Österreich der Marxismus augenblicklich keine freudigen Stunden. Das schmutzigste Gesindel an politischem Führertum, das es in Europa bisher vielleicht überhaupt gab und das einen Sechs-Millionen-Staat [17] in einfach unglaublicher Weise tyrannisierte und erpreßte [18], sieht die Faust der Vergeltung sich erheben. Und genau so wie in Deutschland appellieren nun auch in Österreich die Väter der Korruption an die Hilfe des Auslandes. So wie man einst in Deutschland mit Hilfe Frankreichs die Einwohnerwehren entwaffnen ließ [19], so versuchen jetzt die roten Wiener Spitzbuben, die derzeitige englische Regierung auf den Plan zu rufen zur Hilfe gegen die drohende Vernichtung durch das erwachende Volk [20]. Und wieder ist es gut, hier auf bestimmte Zusammenhänge hinzuweisen. Während in Österreich unter dem Druck der Heimwehren, nach rund elfjähriger unumschränkter Herrschaft, der Marxismus zum erstenmal wenigstens in gewisse Schranken zurückgewiesen wird, beklagt ein sogenanntes "bürgerliches Organ" in München, die im Verlage der "Münchner Neuesten [*Nachrichten*]" erscheinende "[*Münchner*] Telegramm Zeitung" [21], auf das tiefste die durch die Heimwehren hervorgerufene Beunruhigung des politischen Lebens in Österreich und wünscht entsprechend den Anregungen der englischen Arbeiterregierung eine "allgemeine Abrüstung" [22]. Der anonyme Haderlump weiß natürlich ganz genau, daß in Österreich jahrelang das Land durch den republikanischen Schutzbund [23] sowie durch einen unerhörten Betriebsterror [24] vergewaltigt wurde. Dagegen hatte sich das saubere Bürgerorgan nicht zu wenden. Jetzt aber, da dem marxistischen Terror die Abwehr entgegentritt, wird das Blatt auf einmal lebendig, und nun vertritt der elende Flederwisch die Auffassung, "daß in Österreich sofort abgerüstet werden müsse". Und fällt damit nicht nur der deutschen [25] Heimwehrbewegung, sondern dem ganzen nationalen Österreich auf das hinterhältigste in den Rücken. (Was aber einen Kabinettschef des bayerischen Kronprinzen Grafen Soden nicht hindert, ausgerechnet dieses Mistblatt in den Dienst einer Diskreditierung des königlichen

17 Österreich hatte zur Zeit der Volkszählung 1923 6.534.481 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*.

18 Vgl. Dok. 79, Anm. 4.

19 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

20 Am 4.11.1929 hatte der britische Außenminister Arthur Henderson vor dem Unterhaus die Hoffnung seiner Regierung ausgedrückt, daß sich die Verhältnisse in Österreich normalisieren werden und die Regierung alle paramilitärischen Organisationen entwaffnen könne. Ein Putsch stelle eine Gefahr für die internationale Stabilität dar. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.11.1929 (AA), "Henderson über die Vorgänge in Österreich".
Die Labour Party setzte sich dafür ein, die Frage der Entwaffnung der Heimwehren mit der Gewährung einer neuen Anleihe zu verknüpfen. Vgl. Anne Orde, Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918-1938. In: VfZ 28 (1980), S. 225-247, S. 233.

21 Beide Zeitungen erschienen im Verlag Knorr & Hirth GmbH.

22 In der Münchner Telegramm Zeitung nicht ermittelt. Gemeint ist vermutlich der Artikel "Henderson urteilt über Österreich" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 5.11.1929, in dem die britische Einmischung allerdings kritisiert wird.

23 Der Republikanische Schutzbund war 1923 unter der Leitung von Julius Deutsch als Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokraten gegründet worden. Vgl. Christiane Vlcek, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

24 Zum Begriff des "Betriebsterrors" vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 74 f.

25 Gemeint ist vermutlich: "deutsch orientierten".

Namens zu stellen [26]!) Mussolini hat gegen die Anmaßung der englischen Regierung, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen zugunsten der dort grassierenden Bolschewistenseuche, Stellung genommen [27]. In Wien scheint man nun auch hier langsam vom politischen Irrsinn soweit geheilt zu sein, daß man dies dankbar anerkannte [28]. Der Münchner Telegramm Zeitung paßt das aber selbstverständlich noch viel weniger in den jüdisch-freimaurerischen Kram. Sie ist wütend und empört, daß man in Wien nicht Mussolini einen Faustschlag versetzte als Antwort auf dessen Feststellung, daß es bisher nicht üblich gewesen sei, sich in die innerpolitischen Vorgänge eines anderen Landes einzumengen. Daß mit anderem Wort es bisher Sache der Österreicher war, sich marxistisch regieren zu lassen, genau so wie es aber auch umgekehrt Österreichs Sache sein wird, den Marxismus zu brechen. Aber daß nun in Österreich der marxistische Saustall ausgemistet werden soll, empört das Leiborgan des Herrn Grafen Soden dermaßen, daß es nicht nur die englische Intervention begrüßt, sondern gegen die Verschleuderung von Auslandskrediten zum Windjackenankauf Stellung nimmt [29].

Der jüdische Schmock kann nicht verstehen, daß es in Deutschland und Österreich Menschen gibt, die sich die Windjacken selbst kaufen, und zweitens will er nicht verstehen, daß, selbst wenn sie vom Staat bezahlt würden, das dem Volk immer noch billiger käme als die Millionengaunereien jener Vagabunden marxistisch-demokratischer Herkunft, die zum Stammleserpublikum dieser Boulevardzeitungen in erster Linie zu rechnen sind. Der Kampf, den die Münchner Telegramm Zeitung auf diese Weise heimtückisch versteckt gegen die Heimwehren führt, entspricht der inneren Verfassung von Blättern, die in deutscher Sprache geschrieben, nie vergessen, was der jüdischen Sache zuträglich ist!

---

26 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

27 Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 10.11.1929, "Arnaldo Mussolini über Ungarn und Österreich". Die italienische Regierung hatte zunächst die Putschpläne der Heimwehren unterstützt, verhielt sich zur Regierung Schober abwartend, riet aber Ende Oktober 1929, einen abermaligen parlamentarischen Kompromiß zu vermeiden. Vgl. Lajos Kerekes, Italien, Ungarn und die österreichische Heimwehrbewegung 1928-1931. In: Österreich in Geschichte und Literatur 9 (1965), S. 1-13, S. 7 f. sowie Enzo Collotti, Fascismo e Heimwehren: La Lotta antisocialista nella Crisi della prima Repubblica Austriaca. In: Rivista di Storia contemporanea 12 (1983), S. 301-337, S. 308 ff.

28 Vgl. Vossische Zeitung vom 15.11.1929 (PA), "Schober wirbt um Italien".

29 In der Münchner Telegramm Zeitung nicht ermittelt. Bezieht sich vermutlich auf die unkommentierte Meldung "Arnaldo Mussolini über Ungarn und Österreich" in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 10.11.1929. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichteten allerdings durchweg positiv über Aktivitäten und Ziele der Heimwehr. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 10.11.1929, "Staats-Feiern der Heimwehr". Ende Juli hatte die Wiener "Arbeiter-Zeitung" darüber berichtet, daß Italien und Ungarn der Heimwehr Ausrüstungen finanzierten und Waffenlieferungen zugesagt hatten. Vgl. Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 40.

17. November 1929 Dok. 100
"Anordnung"

VB vom 20.11.1929, "Aus der Bewegung"

Die Gauleiter melden der R.L. unverzüglich die gesammelten Ergebnisse der Gemeindewahlen in den ihnen unterstellten Orten [1].

München, den 17. November 1929

Adolf Hitler

20. November 1929 Dok. 101
"Wer ist Sieger?"
Artikel

VB vom 20.11.1929.

Das Versagen des Bürgertums im Kampf gegen den Marxismus - Die Sendung des Nationalsozialismus

Gemeinde- und Stadtratswahlen [1] sind an sich wenig geeignet, den Wert einer Bewegung zu erweisen, die ihrem Programm und ihrem Wollen nach weltanschauliche Ziele verficht. Für die nationalsozialistische Partei ist eine Reichstagswahl als Prüfstein für das Wachstum der Organisation und ihrer Anhänger wesentlich stichhaltiger. Umgekehrt wird eine Partei mit weltanschaulicher Verankerung gerade durch solche Wahlen auch am wenigsten erschüttert. Den

---

1 Am 17.11.1929 hatten Stadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und im Saargebiet, Provinziallandtagswahlen in Preußen und Hessen sowie Kreistagswahlen in Hessen und im Saargebiet stattgefunden. Zum allgemeinen Trend vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.11.1929 (AA), "Die Wirkung des Volksbegehrens: Nationalsozialistischer Gewinn - Deutschnationaler Verlust" sowie Jerzy Holzer, Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928-1930, Wiesbaden 1975, S. 60 ff.
Bei den preußischen Provinziallandtagswahlen erreichte die NSDAP im Durchschnitt 5,3% Stimmenanteil, wobei sie in der Provinz Schleswig-Holstein am besten (10,3%) und in Oberschlesien am schlechtesten (2,3%) abschnitt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), Berlin 1930, S. 352 ff.
In Hessen erreichte die erstmals antretende NSDAP bei den Provinziallandtagswahlen insgesamt 5,1% der Stimmen. In den Kommunalwahlen waren der NSDAP landesweit 1% der Mandate zugefallen, in Städten über 10.000 Einwohner 4,45%. Vgl. Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), S. 179; Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 60 (1930), S. 76.
Bei den Gemeindewahlen in Sachsen erzielte die NSDAP landesweit 4,25% der abgegebenen Stimmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), Dresden 1931, S. 334 ff.
Im Saargebiet konnte die NSDAP in zwei Kreistage mit zusammen vier Gewählten einziehen, in drei Kommunen saßen insgesamt vier Nationalsozialisten in der Gemeindevertretung. Vgl. Paul, NSDAP des Saargebietes, S. 52 f.

1 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

schlagendsten Beweis dafür liefern die nun im Resultat im allgemeinen vorliegenden preußischen und sächsischen Gemeindewahlen. Jeder Mensch hat angesichts des einfach zum Himmel schreienden Korruptionssumpfes der Sozialdemokratischen Partei mit einer schweren Niederlage als Vergeltung gerechnet [2]. Sie ist gekommen, aber in einem Umfang, der nur einsichtige Menschen voll und ganz befriedigen wird. Sozialdemokraten und Kommunisten haben, soweit es sich jetzt übersehen läßt, rund 1,05 Millionen Stimmen verloren. Daß es bei dieser Niederlage blieb, ist freilich nur zum Teil der Sozialdemokratie selbst, zum weitaus größten aber ihren Gegnern zuzuschreiben. Noch niemals ist die Trägheit und Unfruchtbarkeit des bürgerlichen Parteilebens schlagender bewiesen und belegt worden als dieses Mal. Sechzig Jahre [3] hat das Bürgertum mit dem Marxismus gerungen und wurde von Wahl zu Wahl zurückgedrängt! Selbst wenn das Schicksal dem Bürgertum einmal einen Mandatsgewinn brachte, war doch auch die Stimmenzahl seiner marxistischen Gegner gestiegen! Und immer wieder schritten die bürgerlichen Parteien in die Wahlen hinein mit dem Geschrei, daß nunmehr die Stunde der letzten Entscheidung gekommen sei, und immer fiel diese Entscheidung negativ aus.

Selbst nach der Revolution, der furchtbarsten Abwürgung des bürgerlichen politischen Parteigedankens und Parteilebens, versuchten die Wortführer dieses Bürgertums, sowie eine Wahlzeit herannahte, immer wieder von neuem die Möglichkeit eines bürgerlichen Sieges an die Wand zu malen. Dieses Mal war die Zeit für einen solchen bürgerlichen Sieg vielleicht günstiger als jemals zuvor. Seit den elf Jahren, in denen die Sozialdemokratie in Deutschland regierte, ist das restlose Versagen dieser Volksretter auf allen Gebieten noch nicht so schonungslos enthüllt worden als heute. Eine zum Himmel emporstinkende Korruption auf allen Gebieten. Fehler über Fehler, Niederlagen auf Niederlagen, und nun die Enthüllung eines Schwindel- und Betrugsregiments, das zumindest in der deutschen Geschichte einfach einzig dasteht. Der Name Sklarek [4] ist auch ein Programm für sich!

Und trotz alledem ist es dem Bürgertum nicht gelungen, dem Marxismus auch nur eine einzige Stimme zu entreißen [5].

Trotz alledem gehen die bürgerlichen Parteien selbst aus dieser Wahl sogar noch geschwächt hervor. Nicht nur die Deutschnationalen, sondern prozentual noch mehr die Demokraten sowie die Deutsche Volkspartei! Nun erwartet kein Mensch, daß die Demokratische Partei überhaupt auch nur beabsichtigt, den Marxismus zu erledigen oder zu überwinden. Sie ist ja, im Gegenteil, seine Schrittmacherin. Aber die Deutsche Volkspartei, die einst das schöne Sprüchlein (natürlich auch in einer Wahlzeit) aufsagte:

"Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei!" [6],

hätte doch zumindest etwas aus dem roten Zusammenbruch profitieren müssen, wenn sie ihn schon nicht restlos herbeiführen konnte. In der Zeit des größten marxistischen Skandals,

2 Vgl. Dok. 85, Anm. 11.

3 Anspielung auf den Reichstag, der seit 1871 die Volksvertretung ganz Deutschlands war.

4 Max, Willy und Leo Sklarek. Vgl. Anm. 2.

5 Nach den vorläufigen Wahlergebnissen hatten die DDP, die DVP und die DNVP gegenüber dem Ergebnis der preußischen Landtagswahl von 1928 Verluste, Zentrum und Wirtschaftspartei konnten sich leicht verbessern. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".

6 "Von roten Ketten macht uns frei / allein die Deutsche Volkspartei." Textwiedergabe: Gerd Müller, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978, S. 293.

der größten Korruptionsaffären, können die bürgerlichen Parteien nicht nur keinen Zusammenbruch des Marxismus herbeiführen, sondern nicht einmal aus dem Zusammengebrochenen etwas für sich retten. Ja, darüber hinaus, sie verlieren noch selbst!

Ich brauche mich nicht mit dem blöden Gefasel unserer Ganz- und Halbjudenzeitungen aufzuhalten, daß dies "die Folge des Zusammengehens der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten in der Young-Planbekämpfung" [7] sei. Denn die bürgerlichen Demokraten haben mit uns den Young-Plan nicht bekämpft und sind trotzdem von rund 840.000 auf rund 600.000 heruntergesunken [8]. Und die Deutsche Volkspartei, die uns haßt wie der Teufel das Weihwasser, ist von 1.600.000 auf 1.260.000 abgerutscht [9].

Nein! Die Herren Redakteure und Macher dieser jüdischen Parteizeitungen mögen sich doch nicht noch dümmer stellen, als sie es ohnehin sind. Was das Bürgertum dieses Mal Wähler verlieren ließ, ist die politische Unzuverlässigkeit, die Halbheit, Feigheit, Prinzipienlosigkeit und die Trägheit der bürgerlichen Parteien.

Man kann einer Bewegung, wie sie der Marxismus nun einmal ist, nicht durch bürgerliche Jammerorganisationen Menschen wegnehmen!

Wenn heute, durch irgendwelche Umstände bedingt, die Hälfte aller Anhänger von den marxistischen Parteien davonliefe, dann käme immer noch nicht einmal ein Prozent davon in das bürgerliche Lager! Das begeistert heute wirklich nur mehr die Allerschwächlichsten.

Ich verstehe jeden Sozialdemokraten und jeden Kommunisten in seinem inneren Abscheu vor den bürgerlichen Parteien. Und wäre ich nicht Nationalsozialist, so könnte ich, da ich Marxist nicht zu sein vermag, überhaupt keiner Partei angehören!

Diese Wahl aber hat nicht nur bewiesen, daß das Bürgertum selbst unter günstigsten Umständen nicht mehr in der Lage ist, dem Marxismus irgendeinen Abbruch zu tun, nein, sie hat darüber hinaus auch gezeigt, daß zu dieser Mission einzig und allein die nationalsozialistische Bewegung berufen sein kann.

Seit unsere Partei aus einer Sieben-Mann-Gruppe [10] zu wachsen begann, war ihre Entwicklung eine ununterbrochen gleichmäßig fortschreitende. Wenn auch das Experiment des Jahres 1924 [11] zunächst zu einem Rückschlag führte, so betraf dieser Rückschlag doch nicht den Kern der nationalsozialistischen Bewegung. Es wurde wohl ein Teil des Zeugs, das sich im Jahre 1924 an die Bewegung anhängte, wieder weggespült, allein der eigentliche Kern blieb unverändert erhalten. Er war der Träger der seit dem 27. Februar des Jahres 1925 wieder ins Leben gerufenen Partei [12]. Und seitdem wuchs die Organisation, allem Spott und Hohn, aller Verleumdung, aller Lüge und allem Terror zum Trotz, gleichmäßig empor. Phantastischen

7 Zum Young-Plan vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.
8 Nach dem vorläufigen Wahlergebnis entfielen 600.550 Stimmen bei der Provinziallandtagswahl vom 17.11.1929 auf die DDP gegenüber 839.530 bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".
9 Nach dem vorläufigen Wahlergebnis entfielen 1.243.723 Stimmen bei der Provinziallandtagswahl auf die DVP gegenüber 1.602.070 bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. ebenda.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
11 Bezieht sich auf die von Hitler mißbilligte Verschmelzung der verbotenen NSDAP mit der DVFP zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands. Vgl. Dok. 3, Anm. 73.
12 Vgl. Bd. I, Dok. 2, 4, 6.

Köpfen kann das alles zu langsam vorkommen, allein sie haben eben dann gar keine Ahnung davon, was es heißt, aus dem Nichts heraus eine Bewegung zu schaffen.

Naseweise Kritiker, die alles verstehen wollen und in Wirklichkeit noch nie bewiesen haben, daß sie etwas können, aufgeblasene Besserwisser, sie mögen über das Erreichte spöttisch die Achsel zucken, *allein sie können die Tatsache einfach nicht aus der Welt schaffen, daß sich im Deutschland des allgemeinen Verfalls und Zerfalls eine Organisation von Menschen eines bestimmten nationalen Wollens gebildet hat, die ununterbrochen wächst und heute in die Reihe der großen alten Parteien eingerückt ist.*

Und allen diesen Besserwissern zum Trotz wird die Bewegung weiter wachsen und größer und größer werden, bis endlich die Stunde ihrer Mission gekommen sein wird. Wenn die bürgerlichen Wirtschaftsparteien der marxistischen Weltanschauung keinen Abbruch tun konnten, dann ist das natürlich. Wenn die nationalsozialistische Bewegung aber sich in kaum anderthalb Jahren verzweieinhalbfacht [13], dann ist das der Beweis für die wirklich vorhandene Werbekraft ihrer Idee und die Schlagkraft ihrer Organisation. Und wenn der Marxismus über eine Million Stimmen verloren hat [14], dann dürfen sich diesen Erfolg wahrhaftiger Gott die bürgerlichen Parteien nicht auf *ihr* Konto buchen. Wäre dies so, dann hätten sie zumindest nicht selbst abnehmen dürfen. Es ist aber schon sehr vermessen zu glauben, daß man einem Gegner Anhänger genommen hat, während man selbst solche verlor.

Wenn heute die bürgerlichen Parteien nach Gründen für ihren eigenen Mißerfolg suchen, dann können sie die in ihren eigenen Schwächen finden. In ihrer eigenen Zersplitterung, die wieder begründet ist im Mangel jeder großen bindenden und auch begeisternden Überzeugung. Wenn sich heute in einem Ort gleich auf einmal drei Wirtschaftsparteien, zwei Mittelstandsgruppen, vier Hausbesitzer- und Mietervereinigungen sowie Vertretungen von Altpensionisten, Kleingewerbetreibenden, Gasabnehmern und Hundezüchtern auftun und zur Wahl schreiten und dabei noch sogar Erfolge erringen können, dann ist das eben der Beweis für die absolute politische Minderwertigkeit des bürgerlichen Parteilebens. Glaubt man etwa, daß alle diese Gruppen dem Marxismus auch nur einen einzigen Mann nehmen werden? Das Bürgertum hat wirklich verdammt keinen Grund, auf den Proleten hochnäsig von oben hinunter zu blicken. So politisch verdummt wie die große Masse des deutschen Bürgertums ist er trotz aller marxistischen Gehirnverseuchung dennoch nicht. Er hat eine, wenn auch verrückte, aber immerhin geglaubte Weltanschauung als Basis seines politischen Handelns. Es ist daher auch bemerkenswert, daß außer der nationalsozialistischen Bewegung nur noch das Zentrum seine Stellung behaupten, ja teilweise sogar verbessern konnte. Auch hier ist es eine innere weltanschauliche Kraft, die diese verderblichste Partei Deutschlands vor einer inneren Zersplitterung rettet, der die übrigen bürgerlichen Parteien wehrlos verfallen.

Im übrigen kann man feststellen, daß überall dort, wo die deutschnationale Partei einen ganz klaren nationalistischen Kurs gegangen ist, und zwar nicht nur von oben gewollt, sondern auch

13 Bezieht sich auf die Zahl der Wählerstimmen der NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 einerseits und den unmittelbar zurückliegenden Landtags-, Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindewahlen andererseits (vgl. Dok. 100, Anm. 1).

14 SPD und KPD erreichten nach dem vorläufigen Wahlergebnis bei der Provinziallandtagswahl vom 17.11.1929 ein um 1.156.018 Stimmen geringeres Gesamtergebnis als bei der preußischen Landtagswahl 1928. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 19.11.1929, "Die Parteien-Stärke in Preußen".

von unten befolgt, die Stellungen im großen und ganzen gehalten worden sind [15]. Wäre in der deutschnationalen Partei nicht eine aller Welt und auch natürlich den eigenen Parteigenossen sichtbare Fronde gegen den klaren nationalsozialistischen Kampf vorhanden, [16] dann hätte diese Wahl auch für diese Partei wenigstens einen gewissen Achtungserfolg bringen können [17].

Eines aber soll man sich im bürgerlichen Lager für immer merken: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird zu allen Zeiten einen nationalistischen Fanatismus vertreten, der die bürgerlichen Parteien zwingen wird, entweder mit ihm Schritt zu halten oder das Eisen und Metall aus den eigenen Reihen zu verlieren. Ob diese Parteien dann mit uns gehen oder nicht, ob sie mit uns kämpfen oder nicht, ist vollkommen einerlei. Das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung wird für alle Zukunft die Zertrümmerung des heutigen Parteiregiments sein und der Aufbau eines starken kraftvollen Deutschen Reiches, gestützt und getragen von einer zusammengeschmolzenen Volksgemeinschaft.

Diejenigen Gebilde, die diese Mission erkennen und ihre Notwendigkeit fühlen und ihre Kraft diesem Kampfe widmen, bleiben am Leben. Wer dies nicht tut, wird, weil positiv selbst unfruchtbar, dann auch zwangsläufig absterben.

Unsere Bewegung hat in Preußen und in Sachsen außerordentliche Fortschritte gemacht [18]. Wir können fast jedes Jahr eine Verdoppelung unserer Mitglieder und eine Verdoppelung unserer Wählerzahl feststellen. Unser Zuwachs kommt aus dem sozialistischen Lager [19], wenn dort die sozialen Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes mit Füßen getreten werden, und er kommt aus den bürgerlichen, wenn man dort die nationalen Pflichten vergißt!

Dieses Mal können wir Nationalsozialisten folgendes mit Stolz feststellen und für uns buchen.

Wir haben verhindert, daß die marxistische Welle weitergewachsen ist!

Wir haben diese marxistische Welle zum Stillstand gebracht! Wir haben diese Welle zurückgedrängt und ihr allein in Preußen über eine Million zweihunderttausend Menschen entrissen. Und wir haben aus diesen Entrissenen heraus Hunderttausende in unsere Front eingefügt, haben ungezählte Zehntausende in ihrem Entschluß gewendet und sie nicht nur abgehalten, als Jungkämpfer zum Marxismus zu stoßen, sondern sie auf unseren Glauben verpflichtet. Sie kämpfen nun nicht mehr gegen, sondern für Deutschland, nicht mehr für eine Internationale, sondern für ein deutsches Volk, nicht mehr für Pazifismus, sondern für Freiheit und Brot [20]!

Das ist das Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung!

---

15 Allgemein läßt sich für die Zeit zwischen 1924 und 1932 die Aussage treffen, daß in den Wahlkreisen, in denen die NSDAP ihren stärksten Zuwachs hatte, auch die DNVP überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, sich andererseits ein statistischer Zusammenhang zwischen den Verlusten der DNVP und den Gewinnen der NSDAP herstellen läßt. Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 101 ff., 124.

16 Im VB vom 24./25.11.1929 erschien folgende Berichtigung:
"In unserer Nr. 269 vom 20. November blieb in dem Aufsatz Adolf Hitlers 'Wer ist Sieger?' bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler stehen. Es mußte an der entsprechenden Stelle lauten:
'... Wäre in der deutschnationalen Partei nicht eine aller Welt und auch den eigenen Parteigenossen sichtbare Fronde gegen den klaren nationalistischen Kampf vorhanden, ...'"

17 Bezieht sich auf den Widerstand gegen den § 4 des Gesetzentwurfs gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 88, Anm. 16) innerhalb der Reichstagsfraktion der DNVP. Vgl. Berghahn, Volksbegehren, S. 443 f.

18 Vgl. Anm. 1.

19 Zur Herkunft des Wählerzustroms der NSDAP, des Anteils der Arbeiter unter den NSDAP-Wählern und die Schwierigkeit der Rekonstruktion vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 101 ff., 221 ff.

20 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

Und das ist das Verdienst all der Führer, Leiter und Beamten der Bewegung, der Redner und Agitatoren und nicht zum letzten das Verdienst des opfermutigen S.S.- und S.A.-Mannes, die beide zum Schutz unserer Bewegung so oft ihr eigenes Ich der Not und Gefahr aussetzten. Was in ihnen an Opfersinn und Heldenmut lebt, werden die bürgerlichen Parteien nie erfassen, weil sie es nicht selbst besitzen.

Eine große Arbeit liegt nun wieder hinter uns, und während noch der Redner glücklich auf den errungenen Erfolg zurückblickt, erhält er schon die Order zum neuen Einsatz. Denn der Kampf geht weiter.

21. November 1929 Dok. 102
Diskussionsbeitrag auf Versammlung der Wehrpolitischen Vereinigung in München [1]

PND-Bericht vom 29.11.1929 Nr. 681; StA München, Pol. Dir. München 10080.

Hitler, der mit seinem Privatsekretär Heß [2] erschienen war, führte aus, daß es heute nicht darauf ankomme, welche Geschütze und wieviele vorhanden seien, sondern maßgebend sei, *wer* die Macht habe. Die Reichswehr sei in Deutschland nur mehr zu einer reinen Polizeitruppe geworden [3]. Auch der Reichswehrminister Groener werde den alten Geist der Reichswehr nicht halten können [4]. Die heutige politische Lage sei trostlos u[*nd*] die Aufgabe der N.S.D.A.P. sei kämpfen und wieder kämpfen. Wenn wir durchdringen, bemerkte Hitler weiter, werde das Volk schweigen lernen, wenn es auch notwendig werde, einigen Tausend den Kopf herunterzunehmen. Das eine sei aber gewiß, daß dadurch Deutschland von der jüdischen Herrschaft befreit und daher aufatmen werde. Wenn im Inland Ruhe eingetreten sei, werde Deutschland von seinen ehemaligen Feinden respektiert werden. Schließlich richtete Hitler an die Anwesenden den Appell, "unsere" Sache weiter aufzubauen, bis der Tag der Erfüllung komme.

1 Im Restaurant "Bauerngirgl". Die Versammlung der von Ernst Röhm im Dezember 1928 gegründeten "Wehrpolitischen Vereinigung", an der laut PND-Bericht etwa 40 Personen, Mitglieder von NSDAP und wehrpolitischen Verbänden, teilnahmen, wurde von Oberst a. D. Konstantin Hierl geleitet. Zu Beginn referierte Generalleutnant a. D. Erich Freiherr von Botzheim zum technischen Entwicklungsstand der Artillerie in den europäischen Armeen.

2 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 39.

4 Zur Traditionspflege in der Reichswehr vgl. Dok. 6, Anm. 71.

22. November 1929 Dok. 103
Schreiben an Robert Wagner

Masch. Abschrift o. D.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297.

Wir treten für die Rückgabe der wichtigsten deutschen Kolonien ein [1], schon deshalb, weil wir den Raub unserer Kolonien nicht als Recht anerkennen und weil wir die verlogene, diesem Raub als Vorwand dienende ungeheuerliche Behauptung, daß dem deutschen Volke die Fähigkeiten zur Verwaltung von Kolonien fehlen, als frechen Angriff auf unsere nationale Ehre zurückweisen [2].

Unsere Stellung zur Kolonialfrage im allgemeinen ist durch den 3. Punkt des nationalsozialistischen Programms bestimmt: "Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses [3]."

Die für das eingeengte deutsche Volk notwendige Erweiterung seines Lebensraumes erstreben wir in erster Linie durch Landerwerb in Mitteleuropa im Anschluß an das bestehende Reich. Solcher Landgewinn ist für den Bestand und die gesunde Entwicklung unseres Volkstumes und für die machtpolitische Stellung des Deutschen Reiches ungleich wichtiger als überseeischer Landbesitz.

Den Wert, den überseeische Kolonien für Siedlung und für Belieferung unserer Volkswirtschaft mit kolonialen Produkten und Rohstoffen haben können, leugnen wir nicht.

Wir lehnen auch einen etwa möglichen zukünftigen kolonialen Neuerwerb keineswegs ab, soweit er den genannten Zwecken dienlich ist.

Wir müssen aber darüber wachen, daß nicht durch koloniale Bestrebungen der Blick des deutschen Volkes - unter Umständen absichtlich - von Wichtigerem abgelenkt wird.

Solange das Deutsche Reich selbst tributäre Ausbeutungskolonie des Auslands und der internationalen Hochfinanz ist [4], müssen koloniale Bestrebungen zurücktreten vor der Notwendigkeit, zunächst unsere volle staatliche Selbständigkeit wiederzugewinnen. Und wichtiger als die Zufuhr überseeischer Produkte bleibt die Möglichkeit, das deutsche Volk in Mitteleuropa im Kriegsfalle von eigenem Grund und Boden ernähren zu können.

Etwaige koloniale Erwerbungen dürfen niemals durch Verzicht auf solche Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erkauft werden.

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Zur Entwicklung der Haltung der NSDAP zu den deutschen Kolonien vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 122 ff.

2 Artikel 119 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 bestimmte: "Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen." Eine Begründung für diese Abtretung nennt der Vertrag nicht. Druck: RGBl. 1919, S. 895.

3 Vgl. das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920. Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.

4 Gemeint sind die Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

23. November 1929 Dok. 104
"Die Wahlen des 17. November"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 23.11.1929.

Wieder ist in Deutschland eine Wahlschlacht geschlagen [1]. Und wieder ist die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Fortschreiten geblieben. Die Prophezeiungen, die bürgerliche und marxistische Blätter aussprachen, erscheinen damit abermals als widerlegt [2]. Es ist vielleicht gut, aus einem solchen Anlaß einige Betrachtungen anzustellen.

Es gibt bekanntlich sogenannte "Wunderkinder". Kinder, die so Erstaunliches leisten, daß sie damit den normalen Durchschnitt der Erwachsenen nicht nur erreichen, sondern häufig übertreffen oder wenigstens zu übertreffen scheinen. Es ist aber doch bemerkenswert, daß die wenigsten aller sogenannten Wunderkinder im späteren Leben hielten, was sie in ihrer Jugend versprachen. Die Ausnahmen scheinen auch hier nur die Regel zu bestätigen. Das ganz Große und Gediegene an Köpfen ist zumeist sehr langsam gewachsen. Natürlich ist die Entwicklung eines solchen Kopfes, gemessen an der übrigen Menschheit, dann trotzdem immer noch eine ganz außerordentliche. Was hier bei Köpfen zutrifft, liegt bei Bewegungen fast immer ebenso. Politische Parteien, die von heute auf morgen entstehen, und zwar ohne besondere sichtbare Arbeit, pflegen vergängliche Gebilde zu sein, Konjunkturerscheinungen. Wenn jemand glaubt, daß eine politische Partei einfach durch die Güte ihres Programms oder die Richtigkeit ihrer Gedanken im Laufe weniger Monate zur Macht gelangen kann, dann ist dies eine Selbsttäuschung. Was bisher auf solchem Wege entstand, ging ebenso schnell auch wieder zugrunde. Es gehört eine unendliche Arbeit, eine sehr große Beharrlichkeit dazu, um eine politische Idee in die Wirklichkeit umzusetzen. Wenn zum Beispiel im heutigen Deutschland Wirtschaftsparteien wie die Pilze aus dem Boden schießen [3], dann handelt es sich dabei immer um außerordentlich fragwürdige Gebilde. Natürlich kann eine bestimmte Not sowie die geschickte propagandistische Ausnützung derselben im Handumdrehen ein paar Millionen [*sic!*] Menschen zusammenführen, allein man kann sie nicht im Handumdrehen miteinander verbinden.

Es ist ein Unfug, wie heute Wahllisten aufgestellt werden. Ehrgeizige Kandidaten, die gewöhnlich zu dumm sind, um eine Idee zu haben, und zu faul, um sie zu vertreten, tauchen plötzlich auf, verschaffen sich die notwendigen Unterschriften und reichen einen "Wahlvorschlag" ein. Sie spekulieren dabei nicht selten auf die Arbeit anderer. Wenn die Wissenschaft irgendeine neue Möglichkeit entdeckt oder auch nur andeutet, finden sich erfahrungsgemäß so und so viele Schwindler, die die nunmehr wachgewordene Empfänglichkeit der Menschen sofort ausnützen und sie betrügen. Seit man die Möglichkeit einer Verwandlung von Elementen wissenschaftlich zu beweisen versuchte, tauchen Hunderte von geriebenen Spekulanten auf und

1 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

2 Im Gegensatz zu dieser Feststellung die sozialdemokratische Münchener Post vor den Wahlen: "Bei den zur Entscheidung reifenden Kommunalwahlen spielen zum erstenmal die Nationalsozialisten, die Bundestruppen des Geheimrats Hugenberg, eine nicht unbedeutende Rolle." Vgl. Münchener Post vom 15.11.1929, "Die Nazis".

3 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Dok. 37, Anm. 9.

produzieren sich vor einer leichtgläubigen Zuhörermenge bald als Goldmacher [4], dann wieder als Energieentdecker, Verwerter natürlicher Kräfte usw. Auf politischem Gebiete ist das nicht anders. Wenn durch eine Bewegung eine Idee durch unermüdliche Arbeit populär gemacht wird, kann man todsicher [*damit*] rechnen, daß sich politische Schwindler finden, die nun für sich diese Idee zu verrealisieren [*sic!*] trachten werden. Noch einfacher ist es, wenn sie irgendeine allgemeine Not zu wittern vermögen. Dann schreiben sie sich flugs auf ihre Fahnen hinaus, was die Masse in solchen Zeitläuften gerne hört. Zum Beispiel "Aufwertung", "Wirtschaft", "Mittelstand", "Hausbesitz", "Mieter" usw. Und da sterben dann die Dummen wirklich nicht aus. Als der bekannte, verrückte Naturapostel Haeusser [5] seinerzeit eine eigene Kandidatenliste für die Reichstagswahl aufstellte, brachte er nicht wenig Stimmen zusammen, weil ein Teil unserer anscheinend politisch besonders geschulten Hausbesitzer sofort vermeinte, daß es sich hier um eine Bewegung zugunsten der notleidenden Zinshausinhaber handeln würde. Auch bei den diesmaligen Wahlen haben diese Volksrettungsparteien in zwölfter Stunde wieder ihr Unwesen getrieben. 20 und mehr Wahllisten wurden an vielen Orten eingereicht. Während nun die linke Seite von dieser Proselytenmacherei [6] kaum berührt wird, weil sie immerhin ein gewisses weltanschauliches Rüstzeug besitzt, wird die rechte oder besser bürgerliche dadurch nicht wenig zerrieben. Die bürgerlichen Parteien, die sich selbst so gerne als "wirtschaftliche" bezeichnen, zerfallen, sowie der nächstbeste Schwindler mit einem noch besseren Wirtschaftsprogramm auftaucht. Weltanschauung spielt bei diesen Parteien keine Rolle. Nachdem dieses Gemengsel aber bislang die sogenannte "nationale" Idee vertreten hat, braucht man sich nicht wundern, daß auch diese dabei wenig an Ansehen gewinnen konnte. Die nationalsozialistische Bewegung ist gegen solche Beschädigungen gefeit. Sie ist eine Partei mit weltanschaulichen Zielen und kann deshalb nicht von solchen Spekulanten auf wirtschaftliche Nöte getroffen werden. Sie wächst gesund und natürlich. Es ist das Erfreuliche, daß nach der Überwindung der Katastrophe des Jahres 1924 [7] die Bewegung von Wahl zu Wahl an innerer Festigung und äußerer Kraft zunimmt. Nicht wie dies bei Wunderkindern zu sein pflegt, sondern wie es bei gesunden kräftigen Menschen erfolgt.

Es ist deshalb auch nur natürlich, daß die nationalsozialistische Bewegung bisher als einzige in der Lage war, dem Marxismus wirklich Abbruch zu tun. Wo die marxistische Welle zum Stillstand gekommen ist oder wo sie zurückgedrängt wurde, ist es immer das Ergebnis der nationalsozialistischen Arbeit [8]. Auch die letzten Wahlen bieten dafür zahllose Beispiele. Wenn aber aus bürgerlichen Lagern der nationalsozialistischen Bewegung ebenfalls Mitglieder und Wäh-

---

4 Wahrscheinlich Anspielung auf den "Goldmacher" Franz Tausend, der im November 1929 im München wegen Betrugs vor Gericht stand.

5 Ludwig Christian Haeusser (1881-1927), Kaufmann, 1900-1913 Aufenthalt in Paris, verschiedene kaufmännische Tätigkeiten, 1913-1919 Aufenthalt in der Schweiz, seit 1917 antideutsche Agitation, 1919 Ausweisung aus der Schweiz, Verbreitung eigener religiöser Vorstellungen in Vorträgen, Sammlung von Anhängern, 1922 Gründung der Christlich-radikalen Volkspartei und der Zeitschrift "Haeusser", anarchistisch-antirepublikanische Agitation, 1924 Auflösung der Partei, Gründung des Haeusser-Bundes, Beteiligung an der Mai-Wahl 1924 (25.000 Stimmen) und der Dezember-Wahl 1924 (10.000 Stimmen), 1925 Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl. Mehrere Verurteilungen wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik. Vgl. Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983, S. 156 ff.

6 Aufdringliches Werben für einen Glauben oder eine Anschauung.

7 Vgl. Dok. 101, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 101, Anm. 19.

ler zuströmen, dann ist dies ausschließlich der grenzenlosen nationalen Unzuverlässigkeit unserer bürgerlichen Parteien zuzuschreiben. Dort, wo zum Beispiel die Deutschnationale [*Volks*]-partei eine wirklich energische nationalistische Politik betrieben hat, vermochte sie ihren Besitzstand glatt zu wahren. Nur dort, wo besonders in ihrer Presse eine der eigenen Partei gegenüber zwiespältige Haltung eingenommen wurde, der nationalistische Kurs eine teils offene, teils versteckte Ablehnung erfuhr, hat ein Teil der Wählerschaft auch die Konsequenzen gezogen. Darüber müssen sich alle bürgerlichen Parteien ins klare kommen: Die nationalsozialistische Bewegung wird den höchsten nationalen Fanatismus vertreten. Es wird für jede bürgerliche Partei eine Stunde der Entscheidung kommen. Wer gegen die nationalsozialistische Partei Stellung nimmt, wird zwangsläufig die Nationalisten aus seinem Lager verlieren! Was die bürgerlichen Parteien aber ohne dieses Element anzufangen gedenken, erscheint mir rätselhaft. Mit Hausherren, Universitätsprofessoren und Rittergutsbesitzern allein wird man auf die Dauer schwerlich den Marxismus erschüttern und den deutschen Reichstag erobern können.

So wird die bürgerliche Parteiwelt an zwei Übeln zugrundegehen: Erstens am Mangel jeder festen Weltanschauung, der sie zum Opfer der Splitterparteien werden läßt, und zweitens am Fehlen eines wirklich ehrlichen und radikalen Nationalismus, das sie um ihre besten nationalistischen Anhänger bringt.

Noch etwas wurde durch diese Wahl bestätigt: Die sogenannte völkische Zersplitterung ist einmal für immer vorbei. Vor wenigen Jahren hat unsere bürgerliche Presse im Tone eines beklagenden Schmerzes immer wieder auf diese "trostlose Zersplitterung im völkischen Lager" hingewiesen. Ich glaube, diese Hinweise sind den Herrschaften nun vergangen. Die immense redliche Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung hat die völkischen Zersplitterer hinweggefegt. Zum Teil haben diese es selbst verschuldet. Es war schon mehr als schlecht, es war dumm, wie diese völkischen Eigengänger [*sic!*] vollständig vergaßen, daß man eine völkische Bewegung, ganz gleich ob politisch oder religiöser Art, nicht durch gemeines und elendes Anstänkern des völkischen Gegners ins Leben rufen kann. Auch ihre Hoffnung, den verhaßten völkischen Konkurrenten zu vernichten, indem man den Judenparteien und dem Zentrum in freundlicher Weise die Waffen zur Verfügung stellte, war dumm und blöde. Im günstigsten Fall hätte ihnen das selbst keinen Nutzen gebracht, tatsächlich aber schadete es der nationalsozialistischen Bewegung gar nicht. Es kommt wirklich auf ein paar Verleumdungen und Lügen mehr oder weniger gar nicht darauf an. Seit acht Jahren werden wir fortlaufend so unflätig beschimpft, daß es sich ganz gleich bleibt, ob ein paar Sachen noch mehr dazugelogen werden oder unterbleiben. Die Verfechter dieser Kampfart haben sich aber selbst entwürdigt. Sie sind vom Niveau eines Weltanschauungskampfes herabgeglitten in die Ebene des Anstänkerns, Beschmutzens, Besudelns usw. Sie haben dabei ganz vergessen, daß der Gegner die Waffen, die sie ihm bereitwilligst lieferten, selbstverständlich auch gegen sie selbst zur Anwendung bringen würde. Und sie selbst sind denn auch den eigenen Waffen zum Teil erlegen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist nun neuerdings einen großen Schritt vorwärtsgekommen. Fast jedes Jahr findet eine Verdoppelung ihres Mitgliederstandes und, wie die Wahlen zeigen, auch eine solche ihrer Anhänger statt [9]. Wenn diese Entwicklung 5 Jahre anhält,

9 Im Oktober 1928 war die Mitgliedsnummer 100.000, im September 1929 die Mitgliedsnummer 150.000 vergeben worden, die tatsächliche Mitgliederzahl dürfte um etwa ein Zehntel geringer gewesen sein. Vgl. Dok. 26, Anm. 53.

wird die nationalsozialistische Bewegung ein ausschlaggebender Machtfaktor geworden sein. Vielleicht werden dann auch jene völkischen Kreise, die sich heute gegen uns stellen [10], zur Einsicht gelangt sein, wie falsch und schädlich ihr Tun war, und vielleicht werden dann auch sie wieder den Anschluß suchen an die marschierende Front des erwachenden Deutschland.

29. November 1929 Dok. 105
Anordnung [1]

VB vom 29.11.1929, "Bekanntmachung".

In Anerkennung der Leistungen der S.S. als Ordnertruppe auf dem Nürnberger Parteitage [2] genehmige ich derselben das Tragen besonderer "S.S.-Zivil-Abzeichen [3]".

29. November 1929 Dok. 106
"Weltanschauung und Kommunalpolitik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 1./2.12., 3.12. und 4.12.1929 [3].

Ich glaube, es eignet sich kein Mensch in Deutschland schlechter zum Wahlredner als ich: Erstens kann ich dabei nie in Versuchung geraten, für meine eigene Person zu sprechen [4] - und

Bei der Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, der Bürgerschaftswahl in Lübeck am 10.11.1929, den Gemeinde- Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet am 17.11.1929, der thüringischen Landtagswahl und den bayerischen Gemeindewahlen vom 8.12.1929 hatte die NSDAP insgesamt etwa 1,3 Millionen Stimmen erhalten. Die genaue Anzahl der Stimmen ist aufgrund der unterschiedlichen statistischen Erhebungsmethoden nicht zu ermitteln. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 564 f.; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), S. 352 ff.; Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), S. 179; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), S. 337.

10 Vermutlich Anspielung auf die Deutschvölkische Freiheitsbewegung und den Tannenberg-Bund.

1 Einleitender Vermerk des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer: "Hiermit gebe ich folgenden Erlaß *Adolf Hitlers* öffentlich bekannt und beglückwünsche die S.S. zu dieser Anerkennung:"

2 Vom 1. bis 4.8.1929. Vgl. Dok. 60-65, 67.

3 Abbildung: Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936, Tafel 17.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 27., 28. und 29.11.1929, Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10133).

2 Im Löwenbräukeller, von 20.30 bis 22.15 Uhr. Die laut Polizeibericht öffentliche Versammlung wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet. Eintrittspreis 50 Pfennig, Kriegsbeschädigte und Erwerbslose 10 Pfennig.

3 Vgl. Polizeibericht VI/d Nr. 1885/29, o. D.; StA München, Pol. Dir. München 6740.

4 Als Staatenloser (vgl. Dok. 26, Anm. 42) besaß Hitler weder aktives noch passives Wahlrecht.

nach der Auffassung meiner politischen Gegner verteidigt man nichts so sehr, als was einem selbst am Ende Vorteile einbringen könnte. Zweitens *glaube ich gar nicht an die Bedeutung von Wahlen*, glaube gar nicht, daß, wie die anderen immer versichern, *das Schicksal der Nation an solchen Tagen entschieden wird.* Wenn das deutsche Volk nichts anderes tut, als nur zur Urne geht und dort von Zeit zu Zeit wechselnde Majoritäten bildet [*sic!*], dann ist diese ganze Tätigkeit so *zwecklos* als nur irgend etwas. *Sechzig Jahre lang* [5] *hat man das getrieben, und das positive Ergebnis ist nicht so, daß es begeisternd wirken könnte.* Im Gegenteil: Man staunt eigentlich, daß sich überhaupt immer wieder Leute finden, die zur Urne gehen.

Wenn wir Nationalsozialisten trotzdem auch den Weg beschreiten, dann nur, weil wir heute einen anderen Weg leider nicht gehen können, um nicht dem *schärfsten staatlichen Terror zu verfallen.* Wir sind überzeugt, daß jedes Wahlresultat nur *Maßstab* ist, an dem man messen kann, wie weit die Bewegung gewachsen ist. Wesentlich wird sein, daß die ganze deutsche Nation zu einem grundsätzlichen [*sic!*] anderen Denken umgestellt wird, zumindest *der Teil*, der in sich Tatkraft und Energie verkörpert, daß man also in Deutschland die Energien aus der ganzen Masse herauszieht, die vereinzelt nur in der Gesamtheit leben und aus diesen die *historische Minorität* bildet, jene Gemeinschaft von Menschen, die genau wissen, was sie wollen und ein klares Ziel unverrückbar im Auge haben.

Als Nationalsozialist muß ich bei solchen Dingen immer vier Punkte voranstellen:

1. Wir glauben nicht, daß das gemeinsame Schicksal des Volkes bestimmt wird durch das Schicksal der einzelnen, sondern umgekehrt,

das Schicksal der einzelnen ist abhängig vom Schicksal der Gesamtheit.

Daher müssen wir ablehnen alle Parteien, die sich nur an einzelne Personen oder Gruppen wenden. Es ist unendlich leicht, eine Wählerversammlung abzuhalten vor ganz bestimmt umrissenen Volksmassen und Berufsständen [6]. Es ist leicht, in der Stadt vor Handwerkern, vor Beamten, leicht, vor Mietern und Vermietern zu reden. Man weiß genau, was die Mieterpartei wünscht: Erniedrigung [*sic!*] der Mieten, und man weiß genau, was die Vermieter wollen: erhöhte Zinse [7]. Der Landmann will die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Städter ihre Erniedrigung [*sic!*]. Der eine schwört auf Erhöhung der Löhne, der andere auf Verbilligung der Produkte. Immer sind es, man möchte sagen, *Schlagwörter,* mit denen man die Masse einfangen kann. Es ist leicht, Propaganda zu machen, wenn man weiß, was die Menschen gerne hören.

Wenn aber eine Bewegung wie die unsere vor die ganze Volksmasse hintritt und erklärt: Wir erkennen eure Berufe nicht an, ihr seid bei uns nicht mehr Arbeiter, Bauern, Handwerker, Mieter oder Vermieter, jetzt seid ihr nur Menschen, Angehörige eines Volkskörpers, *Deutsche, weiter gar nichts* (stürmischer Beifall), nur in dieser Eigenschaft sprechen wir zu euch - dann natürlich ist es schwer. Wir können auch nicht sagen, wir haben vor uns nur Protestanten oder Katholiken, auch darüber gehen wir hinweg, wir haben vor uns nur Deutsche, und nur *eine* Grenze kennen wir: *Wer nicht zu unserem Volke gehört, für den rühren wir keinen Finger* (stürmischer Beifall), *der mag für sich selber sorgen, mag seine Volksgemeinschaft für seine Zwecke einspannen, von uns hat er nichts zu erwarten.*

---

5 Vgl. Dok. 101, Anm. 3.
6 Anspielung auf die deutschen Splitterparteien. Vgl. Dok. 37, Anm. 9.
7 Süddeutsch: Miete.

Das ist allein schon eine unendliche Erschwerung der ganzen Propaganda. Freilich, etwas haben wir als Vorzug: Ich kann nicht dem einen etwas vorlügen, was dem andern im selben Augenblick die Existenz kosten würde. Wir stehen auf einem Boden, der uns verpflichtet, den Weg zu suchen, *der einer gesamten Volksgemeinschaft am Ende dienlich und nützlich sein kann.*

2. *Wir glauben nicht, daß ein Ortsschicksal herausgehoben werden kann, aus dem gemeinsamen Volksschicksal.* Man kann nicht sagen, das Schicksal von München ist maßgebend für Deutschland. Wir glauben auch nicht, daß man sagen kann: Wenn Deutschland zugrunde geht, wenn wir aber nur an einem Orte eine gute wirtschaftspolitisch richtige Kommunalverwaltung haben, kann uns nichts passieren. Nein: Wenn das Reich in seiner Gesamtheit zugrunde geht, kann sich keine Ortsgemeinschaft, kein Bezirk, nicht einmal ein einzelnes Land von diesem Zusammenbruch ausschließen. Wir sind nicht in der gleichen Lage *wie andere Parteien, die in Berlin für den Einheitsstaat eintreten, während sie in München für den föderativen Staat schwärmen, die hier gegen die Reichsregierung die Faust ballen und in Berlin fromm und bieder in der Reichsregierung sitzen* [8]. (Heiterkeit.) Das sind lauter Dinge, die uns unmöglich sind. Unsere Bewegung geht über die Grenze des Landes hinaus; soweit das deutsche Sprachgebiet reicht, ist diese Fahne (Hitler zeigt auf das Hakenkreuzbanner [9]) das Symbol unserer Partei. (Stürmischer Beifall.)

3. Wir können uns natürlich auch nicht nur damit beschäftigen, auf einzelne Personen einzuhauen. Gewiß, *der Persönlichkeitswert ist bestimmend für alles, was auf dieser Erde geschieht.* Allein, es gibt Zeiten, in denen kein Persönlichkeitswert vorhanden ist, sondern *Ideen von Personen sich in Systeme verwandelt haben.* Was wir heute vor uns sehen, sind Systeme von Ideen, die an sich falsch sind, so daß es sich gleich bleibt, ob sie von einer anständigen oder unanständigen Person vertreten werden. Daher können wir auch einem kleinen Gernegroß keine so große Bedeutung zumessen, wir beschäftigen uns vielleicht einmal mit ihm, geben ihm eine Abreibung, die ihm auf längere Zeit genug zu tun gibt. Dann ist die Sache für uns vorbei. *Wir heben die Person nur dann hervor, wenn sie typisch für einen Zustand ist,* wenn eine Idee eine symbolische Darstellung in einer Person erhält. So war es mit der deutschen Außenpolitik, die wir einst als *Bismarcksche* bezeichnen konnten und in der vergangenen Zeit mit ebenso großem Recht als *Stresemännisch* bezeichnet wurde [10]. Auch hier ist das Wesentliche die Idee, aus der diese ganze Tätigkeit entsprang. Die Ideenwelt, aus der Bismarck seine Entschlüsse ableitete, seine Gedanken herauszog, war eine andere als die Ideenwelt des Berliner Salons, in dem Frau von Kleefeld [11] die Welt darstellte, aus der ein Herr Stresemann seine außenpolitisch beflügelten Ideen ableitete. (Große Heiterkeit.) Es ist so, daß solche Persönlichkeiten selbst wieder im Weltanschaulichen wurzeln. Es ist nicht so, daß hier plötzlich ein wunderbarer, unverständlicher Bruch vorhanden wäre. Was bei Stresemann scheinbar als Bruch erscheint, ist nur die *Wankelmütigkeit und Unsicherheit des Charakters.* Wir können also sagen, daß es heute gar nicht mehr darauf ankommt, daß man nachweist: Der Bürgermei-

8 Gemeint ist die BVP.
9 Vgl. Dok. 61, Anm. 30.
10 Zur Außenpolitik Gustav Stresemanns vgl. Dok. 4, Anm. 2.
11 Käte Stresemann, geb. Kleefeld (1885-1970), 1903 Heirat mit Gustav Stresemann. Ihr Vater, Dr. Kurt Kleefeld, war am 12.11.1918 in den lippischen Adelsstand erhoben worden.

ster ist anständig oder nicht, der Staatsmann so und so ist anständig. *In Deutschland ist es schon ein fabelhaftes Renommee als Staatsmann, keine silberne Löffel gestohlen zu haben.* (Stürmische Heiterkeit.)

4. Wir hören in solchen Fällen die Antwort: Sie sehen ja vor sich *die Tatsache des Bestehens unseres Zustandes.* Die Geschichte sagt: Was in der Gegenwart besteht, hat noch nicht bewiesen, daß es zu recht besteht. Es herrscht in der ganzen Welt das Trägheitsgesetz. Eine Volksgemeinschaft hat eine gewisse robuste Gesundheit und kann nicht gleich vernichtet werden. Das Ergebnis einer gesunden Ahnenreihe hat einem Menschen die Gesundheit gegeben, und auf sie sündigt er nun [*sic!*]. Er darf aber nicht sagen, daß sein Handeln deshalb auch als gesund bewiesen ist.

Was wir heute vor uns sehen, ist ein Zustand, der nur erträglich ist, weil Generationen eine gewisse völkische und staatliche Gesundheit angesammelt haben. Auf diese Gesundheit haben wir heute gesündigt [*sic!*]. *Daß dieser Zustand besteht, verdanken wir nicht der Richtigkeit unserer Ideenwelt, sondern dem richtigen Handeln langer* [*sic!*] *Generationen vor uns. Diese Generationen haben durch ihre Sparsamkeit angesammelt, was man heute verschleudert, haben das Volksgut gesteigert, das man heute verpraßt, eine Kultur gegeben, die man heute langsam verkitschen* [*sic!*] *kann.* (Stürmischer Beifall.)

So sind wir heute noch als Kulturvolk geachtet, während wir auf Grund der Leistungen der eigenen Zeit eigentlich zu Hottentotten herabgesunken sind. Man wird nicht behaupten wollen, daß *die Größe Münchens* begriffen wird auf Grund der Leistungen von heute. Es ist eine Vorleistung, von ihr zehrt und auf sie sündigt man [*sic!*], weil man das große Gut der Ahnen nicht in wenigen Jahren verwüsten kann, glaubt man, selbst etwas Großes geleistet zu haben [12]. (Starker Beifall.)

Nicht die Gegenwart ist ein Maßstab,

sondern der Maßstab ergibt sich durch die Betrachtung für die Zukunft. Und vieles, was im Augenblick als erträglich erscheint, ist trotzdem *falsch.* Die Zukunft wird es erweisen. Man muß immer zu primitiven Beispielen zurückgreifen, z. B. auf die heutige Steuergesetzgebung, die nun drauflossündigt, *die Substanz planmäßig vernichtet* und sich damit rechtfertigt, daß sie sagt, *daß es geht.* Dreißig Prozent unseres Nationalvermögens sind einfach verpfändet worden [13] - allerdings -, *aber es geht ja!* Aber wie lange geht das? Glauben Sie, wenn unsere Vorfahren auch so gehandelt hätten, sie könnten uns heute ihre Kunststücke so vormachen? Es ist aber nichts unerschöpflich. So sehen wir, daß in einem so reichen Agrarland wie *Rußland* jetzt im zwölften Jahre der tausendjährigen Seligkeit des tausendjährigen Reiches, das jetzt begonnen hat, Zehntausende und Hunderttausende von Bauern sich auf die Beine machen, weil sie alles verloren haben [14].

12 Vgl. Hitlers grundsätzliche Ausführungen zur Kulturpolitik in Dok. 17 und 21.

13 Bezieht sich auf die Verpfändung der Reichsbahn nach dem Dawes-Plan. Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

14 Anfang November 1929 hatten sich in Moskau Tausende deutschstämmiger Bauern, größtenteils Mennoniten, aus Sibirien und dem Wolgagebiet versammelt, um ihre Ausreise durchzusetzen. Ihr Protest richtete sich gegen die Agrarpolitik der sowjetischen Regierung und den drohenden Verlust ihrer religiösen Freiheit. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 392.

Und lassen Sie die norddeutschen Regierungsmethoden zehn weitere Jahre fortwirtschaften wie jetzt, und zählen Sie dann, was in Deutschland noch an Eigenbesitz vorhanden ist, dann wird mancher lernen, daß es nicht gleichgültig ist, ob ein Volk Nationalbesitz hat oder hörig ist einer unangreifbaren, unfaßbaren Hochfinanz, ob es gleichgültig ist, daß ein Volk sein Leben mit eigener Kraft schützen kann, oder der Hilfe des Völkerbundes bedarf, der nur die konzentrierte Macht unserer Gegner darstellt.

Die "Tagesfragen"

Die einen diktieren über das Elend und die anderen regieren über das gleiche Elend. Das bezeichnen die einen *als Diktatur des Proletariats* und die andern als *Herrschaft der bürgerlichen Mitte.* Wir sagen deshalb, das Einzelschicksal, das sich heute vor uns abrollt, auch in den Kommunen, ist für uns nur verständlich vom Standpunkt einer *Weltanschauung* aus. Die Gegner sagen: Damit drückt ihr euch vor den Tagesfragen. Es scheint heute so, als ob die *Lösung unserer Tagesfragen* der Beweis für die Genialität unserer jetzigen Staatsmänner wäre. Sie sagen: Was haben wir alles gemacht! Und verweisen auf die großen technischen Werke, die nicht das Ergebnis ihrer höchst persönlichen Genialität sind, sondern im Zug der Zeit liegen und auch im Trägheitsgesetz begründet sind. Die Maschine läuft, die Frage ist nur: *in welcher Richtung und in welchem Tempo?* Mir scheint, *daß die Räder immer schneller laufen und das Tempo immer langsamer wird. Ja, daß sie zurückrollen!* Je weniger sie nach vorne läuft, desto mehr Dampf gibt sie von sich, damit die Öffentlichkeit nicht sieht, daß sie nicht mehr nach vorne läuft, sondern längst nach unten.

Die Entwicklung eines Volkes ist eine lange Linie, die von der grauesten Vorzeit bis heute mit Schwankungen verläuft. *Die Zeit kann niemals klar beurteilen, ob diese Linie aufwärts oder nach unten verläuft, weil sie nur einen ganz kleinen Abschnitt überblickt.* Die meisten Menschen sehen kaum von heute auf morgen. Auch die Menschen, die schon zehn Jahre überblicken, vermögen nicht zu erkennen, ob die Linie der Entwicklung aufwärts oder abwärts geht. *Wenn heute die Gegenwart eine bestimmte Frage löst, so ist sie überzeugt, daß es aufwärts geht, und doch ist das schon ein Irrtum.* Denn wenn ein Volk im Laufe von Jahrtausenden sich emporgearbeitet hat, dann gibt es nur ein Weiterarbeiten oder ein Abstürzen überhaupt.

Wenn jemand zu mir sagt: Ich kann den Antisemitismus nicht verstehen, und er ist Großkaufmann, so antworte ich ihm: Wenn Ihre Vorfahren 300 Jahre lang dieselbe Tendenz verfolgt hätten, *dann wären Sie nicht Großkaufmann, sondern ein Jude säße an Ihrer Stelle.* Oder: Der Dirigent eines großen Orchesters verachtet den Antisemitismus. Im Laufe einer Zeitgeschichte ist es möglich gewesen, daß die Dirigenten zur Hälfte aus Juden bestehen. Wenn unsere Vorfahren das gemacht hätten wie Sie, und von jedem Juden sich die Musik aufspielen ließen, nach der Sie zu tanzen haben, *dann könnten Sie heute nicht dirigieren.* (Starker Beifall.)

Die Vergangenheit *durfte Dinge nicht tun,* du aber nimmst sie dir als Recht heraus. Du siehst gar nicht, daß das, was du tust, Zusammenbruch und Verfall ist, weil du sagst, wir existieren so auch noch - du hast ja noch dein Geschäft. Was morgen wird, das kümmert dich nicht - nach uns die Sintflut [15].

---

15 Der Ausspruch: "Après nous le déluge!" geht auf die Marquise de Pompadour zurück, die ihn angesichts der verlorenen Schlacht bei Roßbach 1757 geprägt hat.

Heute unterschreiben wir den Young-Plan [16]. *Wir wissen, wir können ihn nicht erfüllen* [17]. *Was nachher kommt, - da wehrst du ab und sagst, hört doch auf, die Gegenwart ist schon traurig genug. Warum? Weil man schon 12 Jahre vor uns so gedacht hat: Wir wollen Ruhe haben, was nach uns kommt, ist uns gleichgültig, aber nachher kommt das Ende.*

Das Nationalvermögen ist zu einem Drittel verpfändet [18]. Du sagst: Wir haben schon wieder etwas gefunden - *Zündhölzer* haben wir gefunden, daraus bekommen wir 450 Millionen Mark [19]. Es geht wieder eine Weile, dann sagst du: Wir haben noch etwas - das *Tabak-Monopol!* Gut, daraus bekommst du vielleicht 2 Milliarden Mark [20]. Wir haben noch ein paar Sachen: den *Kraftverkehr,* den *Flugverkehr* - aus ihrer *Monopolisierung* bekommen wir wieder einige Milliarden, was dann? *Dann beginnt das Verpfänden von Staatseinnahmen überhaupt.*

130 Milliarden unterschreibt ihr - und unser ganzes Nationalvermögen beträgt nicht einmal mehr 100 Milliarden [21]. *Ihr könnt im Jahre nicht 2 Milliarden abliefern, aber ihr werdet einmal für die 130 Milliarden 25 Milliarden Zinsen jährlich zahlen müssen.*

Aber nur nicht soweit denken! Das geht Herrn *Schäffer* weit über den geistigen Bereich seines Kopfes. (Stürmischer Beifall.) Nur nicht in die Zukunft denken! Es hat mancher seinen Beruf verdammt verfehlt. Wenn die Bezeichnung des Namens stimmt und von einer angeborenen Tätigkeit abgeleitet ist, so muß ich sagen: Schäffer, kehre zurück zu deinen Schafen! (Stürmischer Beifall.) Das ist das Niveau, von dem aus man heute die Sache beurteilt. Nur nicht in die Zukunft sehen! Lieber verzichten wir auf die ganze Zukunft und kommen doch um die Gewaltanstrengung nicht selbst herum.

Man hat noch nie erlebt, daß einem Volk der schwerste Gang erspart geblieben wäre dadurch, daß es ihm auswich. Dann hat es mit der ungedeckten Rückenseite die Speere empfangen. Mir scheint es zweckmäßiger: Man hält dem Feinde die Brust entgegen, deckt sie mit dem Schild und greift an mit dem Speer. Ich glaube nicht an den Erfolg einer Tätigkeit, die zwangsmäßig zum Zusammenbruch führen muß. Was man heute damit vielleicht der Nation ersparen will, halst man ihr eines Tages tausendfach wieder auf.

Instinkt und Erkenntnis

Es gibt *zwei Möglichkeiten,* um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Entwicklung zu erkennen. Die eine Möglichkeit liegt im gesunden, erdverbundenen Instinkt. Solange ein Volk

---

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

17 Auch die Parteien, die sich für die Annahme des Young-Plans einsetzten, waren der Überzeugung, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision auf längere Sicht unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Bonn 1991, S. 11 ff.

18 Vgl. Anm. 13.

19 Vgl. Dok. 82, Anm. 7.

20 In der Presse wurde seit Anfang November 1929 über die Möglichkeit eines Tabakmonopols berichtet. Am 20.12.1929 wurde darüber anläßlich einer Tabaksteuernovelle im Reichstag diskutiert, die Idee ging aber nicht in die Haushaltspläne der Reichsregierung ein. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3760 ff.

21 Das deutsche Volksvermögen wurde für 1924 auf etwa 150 Milliarden RM geschätzt. Zu den Problemen der Berechnung vgl. Wilhelm Winkler, Volksvermögen. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser, Bd. 8, Jena ^{4}1928, S. 770-786 sowie Holtfrerich, Die deutsche Inflation, S. 274 ff.

diesen Instinkt besitzt, geht es keinen falschen Weg. Vielleicht hat den meisten Instinkt der Bauer, der den Risiko-Gedanken kennt, der es wagen muß zu säen, ganz gleich, ob der Himmel seinen Segen gibt. Er weiß, daß nur eines bleibt: die Erde, die bepflanzt werden muß, Jahr für Jahr, und geerntet werden muß, Jahr für Jahr. *Das Volk hat heute im Asphaltgift unserer Großstädte den Instinkt langsam verloren* [22].

Wenn ein Instinkt nicht da ist, muß die *Erkenntnis* einsetzen. Es gab Zeiten, in denen die Gefahr einer jüdischen Bastardierung eines Volkes nicht bestand. Noch ein Goethe hatte den naturgemäßen Instinkt zu sagen: Eine Heirat zwischen Jude und Christ erscheint mir naturwidrig, ist unmöglich und kann nicht sein [23]. Generationen brauchten keine Gesetzgebung deshalb. Der *Rasseinstinkt* schützte sie von selbst, der Geruch der Rasse hielt die Christen von der Verheiratung mit einem Juden fern [24]. Heute in unserer parfümierten Zeit, wo jeder Laffe gleich riechen kann, geht das Gefühl für diese feineren Unterschiede der Menschheit verloren. Darauf spekuliert der Jude. Auch das Auge gewöhnt sich an die Differenzierung der Menschheit. Hier muß die Erkenntnis einsetzen. *Was Generationen instinktmäßig getan haben, müssen wir erkennen aus Notwendigkeit, um nicht selbst zugrunde zu gehen.*

Und damit begeben wir uns auf den

Boden der Weltanschauung.

Der Instinkt ist die gesunde Weltanschauung des primitiven, naturgeborenen Menschen. Solange sein Instinkt gesund ist, ist seine Weltanschauung richtig. Der Instinkt bewahrt ihn vor falschen Gedankengängen.

Die Weltanschauung des einzelnen ist in Wirklichkeit nur ein Standpunkt, den er einnimmt, von dem aus er die Welt dann betrachtet, eine grundsätzliche Schulung in der Richtung des Instinktes hin. Der gesunde Mensch wird die Welt so betrachten, wie sie für ihn nützlich ist. Die Wissenschaft muß den einzelnen lehren, große primitive Grundgesetze, die Lebensgesetze, bei deren Mißachtung wir uns keine Entwicklung vorstellen können, Grundgesetze, die überhaupt erst das Emporsteigen der Menschen verständlich werden lassen und die Entwicklung des einzelnen Volkes, Grundgesetze, die deshalb von vorneherein *einfach* sein werden, wie etwa:

daß auf der Welt, solange sie besteht, noch nie die Schwäche gesiegt hat, sondern immer die Kraft, die Gestalterin alles [*sic!*] *Lebens, daß es sich selbst nur äußert im Spiel der Kräfte,*

22 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

23 Bezieht sich auf ein Gespräch, das Goethe 1823 mit Friedrich von Müller geführt haben soll. Mögliche Quelle Hitlers: Handbuch der Judenfrage, S. 72.

24 Bis ins 19. Jahrhundert setzte die Eheschließung zwischen Partnern verschiedener Religionszugehörigkeit in der Regel den Übertritt eines der beiden Heiratswilligen zum anderen Glauben voraus. Mischehen wurden erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Einführung der Zivilehe in einigen deutschen Staaten möglich. Für ganz Deutschland wurden Mischehen seit 1900 statistisch erfaßt. Von 485.906 1905 geschlossenen Ehen waren 805 jüdisch-christliche Mischehen, 1928 von 587.175 Eheschließungen 1.384. Vgl. Jacob Toury, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977, S. 64 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, Berlin 1907, S. 17; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 33.

das Widerstand erweckt. Und im ewigen Ringen der Kräfte schält sich das Höchstwertige heraus als Element des Weiterbauers [sic!] der ganzen Welt, ob es sich um Sonnensysteme oder um Einzelwesen handelt, immer und überall ist die Stärke das Elementare, niemals das Volumen allein.

Niemals hat die Feigheit Menschenschicksal zum Guten gelenkt. Was Sie heute sehen an Menschheit, ist der *Überrest der kämpfenden Lebewesen.* Auf 1.800 Millionen Menschen, die heute die Erde zählt[25], treffen ungezählte Milliarden, die, noch kaum geboren, bereits gestorben sind, ungezählte Milliarden, die später dem Lebenskampf nicht Stand zu halten vermochten. Und was wir heute sehen ist die *Auslese an Kraft.*

Die Herrschaft der weißen Rasse ist nicht das Ergebnis gegenseitiger Völkerverständigung, aus blutigem Kampfe hat sie sich langsam emporgehoben und der Welt das gegeben, was wir mit Kultur bezeichnen. Im Kampf ist jede Leistung auf der Welt entstanden.

Menschen und Völker mit richtiger Weltanschauung gehen ständig den Weg nach oben, und Menschen ohne jegliche Weltanschauung sind schwankend wie die Spreu. Unerklärlich sind ihre Entschlüsse, in Wirklichkeit vielleicht am besten dargestellt durch unsere heutigen politischen bürgerlichen Parteien in Deutschland, an denen man am schärfsten ersehen kann, wie es Gebilden ohne Weltanschauung geht.

Der Marxismus hat eine klare Weltanschauung, die rapid nach unten führt.

Auch wir haben eine Weltanschauung und sind überzeugt, daß sie unser Volk nach aufwärts führen wird.

Richtig ist eine Weltanschauung dann, wenn sie ein Volk nach aufwärts führen kann. Diese Richtigkeit kann sich ergeben durch Erforschung der allgemeinen Gesetze in der gesamten Natur, durch Überprüfung der ganzen Gesetze, die unserem eigenen Leben zugrunde liegen, durch logische Überprüfung des Schicksals anderer Nationen, die zugrunde gegangen sind, durch wissenschaftliche Erforschung bestimmter Methoden, die Völker zur Herrschaft zu bringen vermögen, und der Methoden, die Völker zugrunde richten, aus Erfahrung, Logik und seherischer Phantasie, aus dem Blick, der in die Zukunft sieht, der sich freihält von den Bäumen und allen Bäumen zum Trotz niemals den Wald vergißt.

Wir Nationalsozialisten sagen: Wir haben uns eine Weltanschauung aufgebaut, die sich nur in ganz wenigen Sätzen zusammenfassen läßt:

1. Was unsere Bedeutung ausmacht und die Bedeutung der Völker überhaupt, ist nichts Erzieherisches an sich, ist nichts, das in der künstlichen Bildung läge, sondern etwas, das im Blut an sich ursprünglich da sein muß: Der Blutswert ist unser menschlicher Grundwert, unser spezifisches Gewicht, das wir Menschen einmal besitzen.

Hitler erläutert diesen Begriff an dem Beispiel eines Negers, der wohl ein Mensch ist mit Kopf und Armen und Beinen, aber das ist das Volumen, die äußere Form. Der Inhalt, das spezifische Gewicht ist nicht das gleiche. Der eine ist ein Blutsträger der Rasse, die auf Grund ihres Wesens fähig ist, das zu gestalten, was wir heute vor uns sehen, eine arische Kultur. Und das andere ist auch Menschentum, allein grundverschieden von den andern und nie bestimmt, die Palme des Enderfolges [*sic!*] auf dieser Erde zu erhalten. Im Gegenteil: Würde die Welt

25 Die Bevölkerungszahl der Erde nach den jeweils letzten Volkszählungen betrug damals 1.848 Millionen Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1* ff.

nur aus anderen Rassen bestehen, dann käme niemals ein Kulturbegriff über sie, den wir heute haben, und keine Erziehung könnte das ändern. Nein, sowenig Sie aus einer Heuschrecke durch Züchtung ein Kaninchen machen können, sowenig aus einem Neger durch Züchtung einen Skandinavier.

Gleichheit und Freiheit sind zwei Begriffe, die nebeneinander nicht denkbar sind. Du kannst nur den Größeren kleiner machen, aber du kannst nicht den Dummkopf geistreich machen oder den Kleinen in die Länge ziehen.

Die Blutserhaltung ist das erste und wesentliche. Wenn ein Volk seinen Blutswert verliert, geht es endgültig zugrunde.

Das zweite ist die *Person.* Wir sagen, daß unter den Völkern nicht Majoritäten entscheiden, sondern

der Einzelwert des Menschen,

nicht die Summe, sondern der *Kopf.* Nichts Großes ist in der Welt, das nicht der schöpferischen Fähigkeit eines einzelnen Menschen seinen Ursprung verdankt.

Damit muß ein Volk seine Verfassung und politisches Leben so organisieren, daß der Wert der Persönlichkeit in höchstem Maß zum Ausdruck kommt. Sie darf nicht in einer künstlichen Konstruktion durch das System der parlamentarischen Demokratie, die die kleinen Zwerge [sic!] kultiviert, vernichtet werden, die die ewige Verschwörung der Knirpse gegen den darstellt, dessen Kopf über die Meute herausragt.

Das dritte ist der Kampf, ohne den nichts auf der Welt entsteht und nichts erhalten wird. Entwicklung heißt ringen. Das ist der höhere Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Was hat das mit der Kommunalpolitik zu tun?

Weil ich auf dem Rassestandpunkt stehe, wende ich mich z. B. in allen Dingen des öffentlichen Lebens gegen die Verjudung unseres Volkes, gegen die Vergiftung unseres Volkes mit fremden Blut. Ein Nationalsozialist wird niemals dulden, daß ein Fremder - und das ist der Jude - eine Stelle im öffentlichen Leben einnimmt. Er wird nie dulden, daß ein Fremder in ein Amt kommt. Er wird gar nicht fragen: Ist er tüchtig? Nein, meine Weltanschauung sagt mir, daß ich unseren Volkskörper freihalten muß von fremdem Blut.

Als Nationalsozialist werde ich daher in der Kommune oder im Staat alle Erziehungsfragen beurteilen vom Standpunkt der Erhaltung meines Blutes, d. h. der Erhaltung meines Volkes. Das Volk steht an der Spitze, der Staat ist das Sekundäre. *Das Volk ist das an der Spitze stehende, alles andere hat nur ihm allein zu dienen.* Eine Erziehung ist richtig, wenn sie meine Volksgenossen auf allen Gebieten widerstandsfähig macht im Erkennen der Grundgesetze des eigenen Lebens. *Niemals wird ein Nationalsozialist dulden, daß ein Nichtdeutscher Erzieher eines Deutschen werde, daß ein Jude Lehrer unseres Volkes sein kann.* (Starker Beifall.) Wenn die [*Deutsche*] Volkspartei sagt: Wir haben keine gesetzliche Handhabe, so antworten wir, das ist unser Staat,

in unserem Staat kann nur Bürger sein, der Deutscher ist, und nur der Staatsbürger kann öffentliche Ämter bekleiden [26].

26 Bezieht sich vermutlich auf einen Änderungsantrag der DVFP zum Gesetzentwurf zur Personal-Abbau-Verordnung vom 25.8.1924, der forderte, "Angehörige der jüdischen Rasse sind von allen öffentlichen Ämtern im

Ihr sagt uns: Wir haben keine Mittel, um das zu unterbinden! Wir meinen: daß alle Schritte, die zur Erhaltung eines Volkes in seiner Substanz notwendig sind, berechtigt sind. *Kein Gesetz und Recht kann über die Existenz eines Volkes hinweggehen.* Den Grundsatz, daß die Gerechtigkeit bestehen muß, auch wenn die Welt zugrunde ginge, *erkennen wir nicht an.* Er ist zu allen Zeiten der Deckmantel für die faulste und verlogenste Justiz gewesen. Für uns hat alles nur einem Zweck zu dienen: Das Volk, die Substanz, muß erhalten bleiben und alles, was dem dient, ist nützlich, alles was schädlich ist, muß gebrochen werden.

Daher werden wir in allen

Fragen der Kunst

von vorneherein klare Stellung nehmen. Was wir nicht verstehen können, weil es uns fremd ist, das brauchen wir nicht zu verstehen, *das wollen wir auch nicht verstehen.* (Stürmischer Beifall.) Wenn mir der kubistische [27] oder dadaistische [28] Maler sagt: Versenken Sie sich in das Bild, es stellt die Urordnung und den Uräther dar - dann sage ich dem Maler: Willst du malen, dann will ich mit dem Auge sehen, willst du philosophieren, dann will ich mit dem Gehirn dir folgen, willst du aber, daß ich Unverständliches durch unverständliches Denken begreifen soll, dann gehe zum Teufel, *deine Kunst brauchen wir nicht und wollen wir nicht.* Wir wollen unserem Volk keine Kunst geben, die dem gesunden Menschen einfach unverständlich ist. Wir haben die Verwegenheit zu sagen, daß wir einmal diesen Augiasstall [29] ausmisten werden, so oder so. Und wendet man ein: dann kann auch Gutes mitgehen, so sagen wir: Im Krieg sind stets auch Gute erschossen worden! *Es ist keine Frage für uns, ob man Reinhardt-Festspiele bewilligen soll oder nicht* [30]. *Nein, fremdes Gift bleibe von unserem Volke fern.*

Daher sind wir auch bereit, das Volksgut in seiner Substanz zu schützen.

Ich bin Nationalsozialist, weil ich den Blutswert meines Volkes schütze. Wenn er durch eine dumme Sozialpolitik zugrunde geht, nützt euch alle Wirtschaft nichts. *Das Volk steht an der Spitze, die Wirtschaft ist die Dienerin des Volkes und das Kapital der Diener der Wirtschaft, nicht umgekehrt.* (Stürmischer Beifall.)

Daher treten wir ein für den Schutz der Arbeit, die den Mann ernähren soll, für den Schutz der Mutter, die gesund bleiben soll, um ein gesundes Kind ernähren zu können, für den Schutz des Kindes, nicht weil eine andere Fraktion das beantragt hat, nein, weil uns unsere Einsicht sagt, daß alles andere zwecklos ist, wenn unser Volk als Substanz zugrunde geht.

---

tern im Reich, in den Ländern und in den Selbstverwaltungskörpern auszuschließen und sofort dem Abbau zu unterstellen". Druck: Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 383, Anlagen, Nr. 464.

27 Richtung der modernen bildenden Kunst, die die Umsetzung der Motive aus geometrischen Grundformen und Flächen als gestalterische Prinzipien hat. 1907/1908, zunächst unabhängig voneinander, durch Georges Braque und Pablo Picasso entwickelt, wurde der Kubismus in den 20er Jahren von der europäischen Avantgarde übernommen.

28 Der Dadaismus war eine nach dem Beginn des Weltkriegs sich entwickelnde, Literatur, Musik, Malerei und Film umfassende, revolutionäre künstlerische Bewegung. Seit 1918 waren in Berlin George Grosz und John Heartfield, in Köln Max Ernst und Hans Arp seine herausragenden Vertreter.

29 In der griechischen Mythologie war es Aufgabe des Halbgottes Herakles, die Stallungen des Königs Augias, die 3.000 Rinder beherbergten und seit 30 Jahren nicht gereinigt worden waren, auszumisten. Herakles löste die Aufgabe durch die Umleitung zweier Flüsse.

30 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.

Auch in der *Wohnungsfrage* [31] gehen wir nicht aus von der Frage, was eine andere Stadt getan hat, sondern: Kann unser Volk existieren, wenn wir über den Umweg eines zerrütteten Wohnungswesens die Bildung der Familie verhindern, die Geburtenzahl einschränken? Unser Volk wollen wir erhalten - *so stehen wir aus dem einzigen Grundgedanken heraus in zahllosen Fragen von vorneherein gefestigt da.*

Was uns alle gleichmäßig eintreten läßt, ist die Weltanschauung. Daher erleben wir das Wunderbare: Wenn heute in Deutschland eine Frage auftaucht, so brauche ich nie mit meinem Chefredakteur zu reden oder mit meinen Mitarbeitern oder mit den Gauleitern, denn morgen wird diese Frage von Dutzenden von Rednern gleichmäßig beantwortet. Die Weltanschauung als granitenes Fundament des Denkens zwingt sie zu gleichen Schlüssen. (Stürmischer Beifall.)

Der Wert der Persönlichkeit

In der Organisation der Verwaltung erkennen wir zwei verschiedene Tendenzen: die Tendenz der Demokratie und die Autorität der Persönlichkeit. *Immer werden wir eintreten für die Bedeutung der Person,* für die Verankerung der Verantwortlichkeit der Personen, für die hervorragende Bedeutung der Person in bezug auf Fach- und Sachkenntnisse. *Über Kunst entscheidet der Künstler.* Als in Dresden das neue Forum nach den Plänen von Semper [32] gebaut werden sollte, der so über die Zeit Hinausragendes schuf, daß selbst die sächsischen Landstände dagegen nichts einwenden konnten, wollte der Landtag doch zeigen, daß er die letzte Entscheidung hat, indem er die Bauten wenigstens *anders aufstellte* und damit den grandiosen Plan *verkitschte* [33].

Auch am deutschen Reichstagsgebäude wurde solange herumgemurkst, bis der erste bestechende Entwurf soweit zusammensank, daß auch die große Wandelhalle, die aus Granit gedacht war, in Gips ausgeführt werden sollte. Gips paßt freilich besser für ein Parlament als Granit [34].

Es ist kein Wunder, daß alles, was wir an großen Kunstwerken sehen, sein Entstehen der Gnade einzelner Köpfe, der Unterstützung einzelner Mäzene verdankt. Wehe, wenn eine Majorität über Kunstfragen entscheidet.

Wir werden immer eintreten für den freien Wettbewerb.

Wenn sich in tausend Fällen erweist, daß hier die Freunderlswirtschaft [*sic!*] beginnt, wird unsere Stellungnahme nicht von persönlichen Interessen diktiert sein, sondern weil uns ein *Grundgedanke* durchbrochen erscheint, *das Spiel der freien Kräfte* aufgehoben ist. Wie wol-

31 Zu den spezifischen Problemen des deutschen Wohnungsmarktes seit 1919 vgl. Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

32 Gottfried Semper (1803-1879), Architekt.

33 Der Auftrag zum Neubau des Hoftheaters an Gottfried Semper wurde vor allem wegen dessen Teilnahme am Dresdner Maiaufstand 1849 kritisiert und behindert. Vgl. Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin (Ost) [2]1984, S. 113.

34 Für den Bau des 1894 eingeweihten Reichstagsgebäudes wurde Granit aus bayerischen und schlesischen Steinbrüchen für den Sockel, für Teile der Westfront, für Treppen, Stufen, Podeste und die Rampenanlage verwendet. Vgl. Michael S. Cullen, Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes, o. O. 1983, S. 428.

len Sie den Künstlern die Bahn freimachen, wenn von vorneherein die Politik eingesetzt wird, wenn Sie nicht Talente wünschen, sondern verwandte Hoch- und Tiefbauunternehmungen haben, denen Sie Ihre Aufträge zuzuschanzen gedenken?

Warum sind wir gegen die Warenhäuser [35]*?*

Die Bayerische Volkspartei sagt: Wir sind auch dagegen, aber wir können nichts machen, wenn sie entstehen, wir können den *Fortschritt* nicht aufhalten [36]! Vor und während der Wahl ein Nachteil, nach der Wahl ein Fortschritt! Sie haben keinen Standpunkt als höchstens den der Rentabilität, wobei mancher Stadtrat die Rentabilität der Gemeinde verwechselt mit der Rentabilität der Person.

Wir lehnen das Warenhaus ab, weil es Zehntausende von kleinen Geschäften demoliert. Diese sind die Brücke, über die im Volksleben im Laufe der Zeit Tausende, ja Zehntausende von fähigen Menschen von unten langsam sich emporheben in höhere Lebensstellungen. Sie sind ein Mittel zur Auslese einer tüchtigen Schicht. (*Stürmischer Beifall.*) *Unterstützen Sie die Warenhäuser, dann zerstören Sie diese Brücke.*

Natürlich sind wir auch noch gegen die Warenhäuser, *weil sie nicht unserem Volke zugute kommen.* Der Karstadt-Konzern hat bei einem Umsatz von 450 Millionen einen Reingewinn von einem Dutzend Millionen, mit den verschiedenen Abschreibungen 40-50 Millionen Mark [37]. *Diese 450 Millionen gehen über die Leichen von Hunderttausenden von Einzelexistenzen.* (Stürmische Zustimmung.) Es kommt hinzu, daß in diesen Warenhäusern die unteren Angestellten so miserabel bezahlt werden, daß sie kaum das Nötigste zum Leben haben [38]. *Aus Weltanschauungsgründen wende ich mich dagegen, denn wenn wir unseren gesamten Bauern- und Mittelstand vernichten, geht die Proletarisierung so weit, daß jeder Emporstieg auch des Fähigsten unmöglich wird.*

Münchens Zukunft

Münchens Schwäche ist seine Wirtschaft, der Mangel an Kohlen, Eisen, an Schiffahrtswegen, überhaupt durch die ungünstige Lage. Wenn man glaubt, seine wirtschaftliche Stärke läge vielleicht in der Möglichkeit einer besseren Ausnützung der Wasserkraft, so trifft das nicht zu. Der Fremdenverkehr selbst hat mit unserer Lage wenig zu tun. Er ist mehr gebunden an unsere

---

35 Vgl. Dok. 17, Anm. 26.

36 Die BVP versuchte, ihrem Selbstverständnis als Mittelstandspartei entsprechend, die Ausbreitung der Warenhäuser durch Auflagen zu erschweren. Vgl. Steinborn, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik, S. 407.

37 Die Rudolf Karstadt AG war 1920 aus dem Zusammenschluß der Firmen Rudolf Karstadt und Theodor Althoff entstanden und war 1929 mit 95 Filialen der größte deutsche Warenhauskonzern. Vgl. Heinrich Uhlig, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956, S. 225.
Die Rudolf Karstadt AG wies für 1928 300 Millionen RM Umsatz und einen Reingewinn von 10,65 Millionen RM aus. Vgl. Vossische Zeitung vom 24.4.1929 (PA), "300 Mill. Karstadt-Umsatz".

38 Ledige Verkäufer im Münchner Einzelhandel bezogen 1929 ein monatliches Anfangsgehalt von 98 RM und ein Endgehalt von 189 RM, Frauen 10% weniger. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1930, S. 233.
Das Einkommen der Angestellten in kleineren Geschäften war im allgemeinen geringer als das der Angestellten in Warenhäusern. Vgl. Hans Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989, S. 30 ff.

wirklichen Leistungen. *Dem Fremdenverkehr zuliebe soll man aber nichts leisten, sondern der Fremdenverkehr soll nur die Belohnung für eine Leistung sein*[39]. Durch Kinkerlitzen [*sic!*] Fremdenverkehr erzeugen zu wollen, ist eine Täuschung. *München hätte keinen Fremdenverkehr, wenn Ludwig der I.* [*sic!*] *sich solche Experimente geleistet hätte wie Oberbürgermeister Scharnagl unter der obersten Aufsicht des Staates.* Wenn der Fremdenverkehr nur nach modernen Dingen sich hin orientiert, dann haben wir wenig zu erwarten. Wenn moderne Kitschaufführungen das Wesen des Fremdenverkehrs bedingen, verspreche ich mir nichts.

Münchens Stärke ist seine Kunst, die durch lange Zeit planmäßig gefördert wurde. Was München einst Bedeutung gab, gemessen am Kunstschaffen des übrigen Deutschland, ist ungeheuer gewesen und ragte über alles hinaus. Das ist das erste, was in meinen Augen auch heute noch Münchens Stärke ausmachen kann, wenn man nämlich in Deutschland ein Volk bekommt, *das wieder deutsch denken und deutsch fühlen lernt, weil nur ein solches Volk Verständnis haben wird für Münchens Kunst.*

Und damit möchte ich dieser Stadt heute eine zweite und größere Mission zuerteilen: München soll nicht nur sein die Stadt der deutschen Kunst, sondern soll werden die Stadt des deutschen Willens. (Starker Beifall.) So wie sie einst die Stadt der deutschen Seele gewesen ist im besten Sinne des Wortes.

Unserer Überzeugung nach gehören Kunst und Politik zusammen, wie nichts auf Erden zusammengehört. Alles was an großen Kulturstätten gebaut worden ist, entstand unter einem mitbestimmenden politischen Willen. Glauben Sie nur nicht, daß die Pharaonen ihre Pyramiden gebaut haben, damit die Cookschen Reisegesellschaften[40] etwas verdienen oder die Dampferlinien Geschäfte machen! Es waren politische Gedankengänge. Und wenn Sie sagen: Nein, religiöse, so ist zu erwidern:

Damals war die höchste Aufgabe der Religion noch die Erhaltung des Staates. (Stürmischer Beifall.) Die Zeit, in der politische Parteien die Religion benützen zur Vernichtung von Staaten, ist erst später gekommen. (Tosender Beifall.)

Staatserhaltung und Volkserhaltung war damals Zweck dieser Bekundung eines königlichen Willens, in Wirklichkeit *eines großen monumentalen Rasse-Willens einer Herrenschicht.* Nichts an all den Kultur-Denkmälern steht vor uns, das nicht einer politischen Absicht seine Entstehung verdankt. *Rom oder Hellas, keine Kulturstadt ist anders geworden als durch politische Hoffnung und Willen, damit zusammenfügende Monumente zu erhalten, Denkmäler der Vereinigung von Völkern, um zu bekennen die überragende Macht der politischen Zentralgewalt.* Dieser Gedanke hat vorgeherrscht bis in die Kaiserzeit hinein und in die neuere Zeit, und wenn Ludwig der I. [*sic!*] eine Kunststadt gemacht hat, dann nicht nur aus bloßer Liebe zur Kunst, sondern aus Stolz und Glaube, daß das, was München sonst nicht hätte erreichen können, auf diesem Wege erreicht wird: München wurde hineingerückt in eine Bedeutung, die weit über seine Größe hinausgegangen ist.

So ist für uns Politik und Kunst immer enge verbunden. Der politische Verfall eines Volkes reißt auch die Kunst zutiefst danieder [*sic!*]. *Der politische Emporstieg reißt auch die Kunst*

39 Vgl. Hitlers grundsätzliche Ausführungen zum Fremdenverkehr in Dok. 17 und 21.
40 Bezieht sich auf die Firma Thomas Cook & Son, dem ältesten Reisebüro der Welt, 1845 in Leicester gegründet. 1928 hatte es sich mit der Internationalen Schlaf- und Speisewagengesellschaft zusammengeschlossen.

mit sich. Ich könnte mir den Sieg unserer Weltanschauung nicht denken, ohne daß er sich verkörpert in Denkmälern, die Zeiten überdauern, als Beweis des Sieges dieser Überzeugung.

Wir sehen im Süden Europas einen Staat, der auch auf dem Gebiete der Kunst sich große Denkmäler schafft, weil ein Volk hinaufgeführt wurde in allen seinen Leidenschaften und Kräften [41]. Der bürgerliche Halbschlummer erstickt alles, was Fähigkeit bedeutet, aus Angst vor dem, was die Masse überragt. *Nur in Zeiten, in denen die Völker sich aufzuschwingen beginnen, von neuen Ideen gepackt werden, pflegen die Monumente des Triumphes zu erstehen, dann beginnt auch die Kunst wieder zu leben.*

Das würde für uns die einzige Zukunftsmöglichkeit für München sein.

München soll werden das Zentrum des deutschen Freiheitswillens, der Ausgangsort des einstigen deutschen Freiheitskampfes und die Stätte der Verherrlichung der Erhebung der deutschen Nation. Dann wird München wieder werden, was es war: Die Stadt, die man gesehen haben muß, um Deutschland zu kennen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

30. November 1929 — Dok. 107
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 30.11.1929 [1].

In Berlin tagt die Länderkonferenz [2]. Unitaristen und Föderalisten führen den üblichen Kampf auf, und ausgehen wird er wie immer: Die Unitaristen werden siegen. Dieser Sieg ist so geradezu natürlich, weil er mehrfach begründet erscheint. Zum ersten in der größeren inneren Ehrlichkeit der Unitaristen. Denn die Leute, die heute den deutschen Einheitsstaat vertreten, wollen ihn auch wirklich. Nicht etwa wegen einer dadurch zu erreichenden größeren Einheit der deutschen Nation - das ist ihnen ganz Wurst -, sondern nur wegen der damit bedingten und gewährleisteten größeren Sicherheit ihres marxistisch-demokratischen Regiments. Sie brauchen den Einheitsstaat, weil sie sich dabei erhoffen, daß durch ihn die vorhandenen staatlichen Widerstandszellen endgültig abgetötet werden. Recht und Gesetz ist diesen Leuten einerlei. Was sie scheuen, ist nur die Macht. Eine nationale Opposition, die auf dem einfachen Boden des Rechtes und Gesetzes stehend, ohne reale Macht Kritik übt, wird von ihnen kurzerhand abge-

41 Gemeint ist Italien. Zur faschistischen Baupolitik vgl. Dok. 17, Anm. 42.

1 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 30.11.1929, "Hitler und der Föderalismus".

2 Aufgabe der Anfang 1928 gebildeten Länderkonferenz war die Beratung einer Reichsreform. Am 18./19.11.1929 hatte in Berlin der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz getagt. In dieser Sitzung hatte der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held noch einmal betont, daß sich Bayern allen Bestrebungen, einen dezentralisierten Einheitsstaat zu schaffen, widersetzen würde. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 200 f.; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1963, S. 585 ff.

tan. Gefährlicher aber erscheint es ihnen, wenn eine solche Opposition sich der realeren Kräfte eines Staates bedient, also als bundesstaatlicher Widerstand fühlbar wird. Das ist ihnen vielleicht das einzig auf die Nerven Gehende. Folglich sind sie Unitaristen. Planmäßig versuchen sie diese einzelstaatlichen Widerstandsnester unter der Parole des Kampfes für den Einheitsstaat auszuheben. Es ist ihnen dieser Kampf daher ein sehr ernster und aufrichtig gemeinter.

Die Föderalisten sind (in ihrer heutigen parteimäßigen Vertretung!) demgegenüber ein innerlich unaufrichtiges verlogenes Pack. Die Parteien, die nach außen das föderative Prinzip auf ihre Fahnen geschrieben haben, beschwindeln durch ihr wirkliches Verhalten ihre Wählermassen in einer schon einfach seltenen Weise. Ganz abgesehen davon, daß sie nie jene Konsequenzen aus ihrem Handeln ziehen werden, zu denen die Unitaristen immer bereit sind. Der Unitarismus appelliert an die Gewalt, der Föderalismus an ein fiktives Recht. Ja, unsere verlogenen föderalistischen Parteien bauen bewußt alle Machtmittel ab, die sie der Gewalt des anderen entgegenstemmen könnten! Herr Schäffer zum Beispiel, wie der Name besagt, Hirte der bayerischen Filservereinigung [3], möchte sogar das letzte Braunhemd verbieten [4] und statt dessen den preußischen Einheitsteufel durch Beten, Weihrauch und Beschwörung austreiben. In München wird föderalistisch geredet und in Berlin mit den Unitaristen zusammenregiert. Wenn in Deutschland in den letzten elf Jahren der Berliner Unitarismus unerhörte Fortschritte gemacht hat, dann darf man auch hier eine Entscheidung der höheren Gerechtigkeit erkennen. Diese höhere Gerechtigkeit, die füglich von Gott ausgeht, durchschaut nämlich die föderalistischen Spitzbuben und Lügenbolde und bestraft sie deshalb auch. Der liebe Gott im Himmel kann von der Bayerischen Volkspartei doch noch nicht so bemogelt werden, wie das christgläubige Volk zwischen Berchtesgaden und Regensburg. Der liebe Gott weiß ganz genau, daß das föderalistische Getue der Bayerischen Volkspartei eitel Schwindel ist, bestimmt, dem Volk einen blauen Dunst vorzumachen, daß in Wirklichkeit diese Partei bei den scheinbar von ihr so bekämpften Unitaristen seit Jahr und Tag im Bett liegt, daß sie in Wirklichkeit die sogenannten bayerischen Belange mit Füßen getreten hat und nur zu Wahlzeiten, vom schlechten Gewissen gepeinigt, sich ihrer wieder erinnert!

Zum zweiten ist der Sieg der Unitaristen begründet durch die von ihnen vertretene deutsche Außenpolitik. Sie haben seit Jahren durch die Art ihrer Außenpolitik, die selbst wieder nur die Ergänzung ihrer alle nationale Kraft zerstörenden Innenpolitik ist, unser Volk so furchtbaren Erpressungen ausgeliefert, daß ihre Erfüllung überhaupt nur der Einheitsstaat garantieren kann. Daher ist auch hier das Handeln der Unitaristen von ihrem Standpunkte aus gesehen ein folgerichtiges. Mit Absicht zerstören sie jede deutsche Widerstandskraft, und zwar auf tausend Wegen. Angefangen von der Einschränkung des Nachwuchses bis zur Vergiftung der lebenden Generation, versäumen und verschmähen sie kein Mittel, das Mark unseres Volkes auszuhöhlen oder zu verpesten, unsere Stärke zu schwächen und unseren Geist zu verderben. Dieser in seiner inneren Kraft zerstörte Volkskörper wird dann reif zu einer Außenpolitik der Unterwerfung und der Versklavung. Die ungeheuren Erfordernisse dieser Unterwerfung können nur erfüllt werden bei konzentrierter Zusammenfassung und Erschöpfung aller Finanzquellen des

3 Anspielung auf die von Ludwig Thoma in der Kaiserzeit geschaffene satirische Figur des Landtagsabgeordneten Josef Filser.

4 Auf einer Wahlveranstaltung in Bamberg. Vgl. Bayerischer Kurier vom 20.11.1929, "Uniformverbot für politische Verbände?".

Reiches. Wirtschaftlich und politisch zwingt unsere Außenpolitik die Unterwerfungspolitiker zur unitaristischen Gestaltung des Reiches. Nur ein Einheitsstaat kann diese enormen Opfer mobilisieren zur Erfüllung der Unterwerfungspolitik, und nur im Einheitsstaat kann man hoffen, die Widerstände brechen zu können, die sich gegen eine solche Steuererpressung möglicherweise erheben. Die Unterwerfungspolitiker müssen deshalb Unitaristen sein.

Dieser geradlinigen und konsequenten Einstellung und Haltung unserer Unitaristen steht wieder gegenüber die faustdick verlogene unserer "föderalistischen" Parteien. Wer in Berlin die heutige deutsche Außenpolitik der Unterwerfung deckt und im Inneren mithilft, den nationalen Widerstand dagegen zu brechen, ist ein hundsgemeiner Schwindler, wenn er dann nach der anderen Seite hin vorgibt, "Föderalist" sein zu wollen. Das sind dann jene Charaktere, die die Politik in ihren schlechten Ruf gebracht haben. Wenn so ein durch und durch verlogenes Parteisubjekt hier in München in föderalistischen Tönen redet, in Berlin aber den Young-Plan gutheißt und für seine Unterzeichnung wütet, dann ist das wirklich der Gipfelpunkt von politischer Schwindelei. Denn es ist selbstverständlich, daß die Durchführung des Young-Planes überhaupt nur möglich wird bei vollständiger Vernichtung der Selbständigkeit der Länder. Und das wissen diese verlogenen Parteispitzbuben und Parlamentsschwindler auch ganz genau. So dumm kann selbst ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei nicht sein, um das nicht genau zu erkennen. Allein trotz alledem: Sie mobilisieren alles für die Erfüllungspolitik und mogeln vor den Wahlen dann in "Föderalismus"! Und da wundere sich dann noch einer, wenn dem lieben Herrgott der Geduldfaden reißt und er sich sagt: Na, wartet, ihr Schwindler von der Bayerischen Volkspartei, ich werde euch helfen, mein liebes gläubiges Volk so zu belügen und dumm zu machen und ins Unglück zu jagen. Ich werde solange den Unitaristen die Waagschale halten, bis es den Nationalsozialisten gelungen ist, mein Volk soweit sehend zu machen, daß es euch zum Teufel haut!

Tatsächlich nimmt denn auch der Fortschritt der nationalsozialistischen Bewegung immer größere Dimensionen an. Man kann schon wirklich von einer Fügung Gottes reden, wenn es einer Gruppe von sieben Mann gelingt [5], in wenigen Jahren zu einer Millionenbewegung emporzuwachsen [6], und das trotz der ungeheuerlichsten Verschwörung von Lüge, Dummheit, Gemeinheit und Feigheit, die sich dagegenstemmen. Und nicht zu vergessen auch noch das Geld. Mit was für Mittel haben nicht die schuldigen Parteien versucht, das Werden und das Emporsteigen dieser Bewegung zu verhindern. Verleumdungen und Unterdrückungen feierten Orgien in ihrem Kampf gegen die werdende Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Und es ist alles zuschanden geworden. Die Bewegung wuchs trotz allen Verboten [7] in Werkstatt und Fabrik, in den Büros und auf den Hochschulen, in den Städten und auf dem flachen Land ununterbrochen, und alle Verfolgungen von seiten ihrer Gegner haben nur eines erreicht: Sie haben in Hunderttausenden von Deutschen die Überzeugung hineingebrannt, daß unser Parteiregiment das erbärmlichste und niederträchtigste ist, was es an Ähnlichem heute in der Welt gibt! So sind wir durch tausend Fährnisse hindurchgegangen und aus jeder doch immer stärker

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
6 Bezieht sich auf das Ergebnis der Gemeinde-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet. Vgl. Dok. 100, Anm. 1.
7 Vgl. Dok. 26, Anm. 52, Dok. 14, Anm. 13.

herausgekommen, und so wird auch unser künftiger Weg allen Verfolgungen zum Trotz ein solcher nach aufwärts sein.

Man lese nur die Ergebnisse unsrer letzten Wahlen und man muß wieder einen inneren Glauben bekommen. Es gibt doch eine höhere Gerechtigkeit!

3. Dezember 1929 Dok. 108
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 5.12.1929, "Die Riesenkundgebung der Dreißigtausend" [2].

Ich weiß nicht, ob Sie sich in unseren Glauben hineinversenken können, den wir vor 10 Jahren hatten, damals, als wir zu siebent [3] die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei gründeten [4]! Wenn einer das mitfühlen kann, was es heißt, mit sieben Mann zu wagen, einer ganzen Entwicklung in einem Volk den Kampf anzusagen, dann müssen Sie verstehen, daß dieser unbändige Glaube uns niemals verläßt, in keiner Sekunde, im Gegenteil, daß dieser Glaube stets nur Steigerungen fähig ist und daß nichts geschehen kann, was nicht für uns immer als Peitsche, als ein Antrieb wirken würde.

Wir haben es heute gewagt, in 20 Sälen zu Ihnen zu sprechen. Ich habe 5 Säle hinter mir - alle 5 Säle waren gedrückt voll. (Tosender Beifall.) Wir werden vielleicht in einem Jahr das bisherige Experiment wiederholen und wir werden es ein drittes Mal wiederholen, und unsere Gegner werden sehen, daß es uns tatsächlich gelingt, 20 Säle zu füllen. Das, was heute an Menschen im Zirkus ist, würde die Bayerische Volkspartei nicht einmal insgesamt auf die Beine bringen [5]. (Starker Beifall.) Der Glaube an die Kraft unserer Bewegung ist unerschütterlich,

1 Die NSDAP veranstaltete ab 19.00 Uhr nahezu gleichzeitig 20 Versammlungen, auf denen auch Hitler sprach. Vorlage ist die am ausführlichsten überlieferte Rede im Zirkus Krone. Neben Hitler traten zahlreiche Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete aus verschiedenen Ländern und Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP als Redner auf. Einberufen wurden die Versammlungen von Gauleiter Adolf Wagner. Der VB nennt insgesamt 30.000 Teilnehmer, der Lagebericht schätzte die Gesamtteilnahme auf rund 8.000 Personen. Nach Ankündigung im VB vom 1./2.12.1929, "Alle sind gegen uns", Polizeiberichten und Lage der Veranstaltungsorte läßt sich die wahrscheinliche Reihenfolge von Hitlers Auftritten erschließen: Hitlers erster Auftritt fand vermutlich im Gasthaus Zum Hirschen in Solln statt, danach folgte die Deutsche Eiche in Thalkirchen, und um 19.40 Uhr erschien Hitler im von etwa 100 Personen besuchten Neuhofer Garten. Im Bürgerbräu in Laim sprach Hitler um 20.00 Uhr vor 200 Zuhörern zehn Minuten. Wahrscheinlich folgten der Auftritt im Gernerbräu, Gern, im Zirkus Krone, wo laut VB 5.000 Menschen versammelt waren, in der Gartenlaube, im Augustinerkeller, und im Hackerbräumalzhaus. Von 21.20 bis 21.35 Uhr sprach Hitler im Thomasbräukeller vor 500 bis 600 Besuchern; im Salvatorkeller erschien Hitler um 22.00 Uhr, sprach etwa fünf Minuten vor etwa 150 Personen. Danach trat er vermutlich im Franziskanerkeller auf. Um 22.20 Uhr erschien Hitler im Bürgerbräukeller, der von rund 1.000 Teilnehmern besucht war. Anschließend dürfte er im Hofbräukeller aufgetreten sein. Im Kreuzbräu sprach er um 22.40 Uhr etwa zehn Minuten vor wenig über 100 Zuhörern und ist danach vermutlich zum Wagnerbräufestsaal gewechselt. In der Schwabinger Brauerei traf er um 23.10 Uhr ein, wo ihn 1.800 bis 2.000 Menschen erwarteten. Die nächsten von ihm besuchten Veranstaltungen dürften die im Restaurant Blüte und die im Löwenbräukeller gewesen sein. Die Rede im Arzbergerkeller um 0.00 Uhr vor rund 150 Zuhörern schloß die Reihe der Auftritte an diesem Abend. Die Besucherzahlen sind, soweit nicht anders angemerkt, Polizeiangaben.

2 Vgl. Bayerischer Kurier vom 5.12.1929, "Zahlenrausch und Wirklichkeit"; Münchner Zeitung vom 4.12.1929, "20 Hitlerversammlungen" sowie Auszug aus Lagebericht München vom 17.12.1929; BayHSta, MInn 81582; die Polizeidirektion München hatte elf der Veranstaltungen überwachen lassen. Berichte vom 4.12.1929 in: StA München, Pol. Dir. München 6740.

3 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Dok. 1, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 2.

5 Für den 12.11.1929 hatte die BVP zu zehn öffentlichen Wahlversammlungen in München eingeladen, die nach Schätzung der Münchner Neuesten Nachrichten von insgesamt etwa 5.000 Menschen besucht waren. Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.11.1929, "Die Bayer. Volkspartei in Staat und Gemeinde"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.11.1929, "Die Bayerische Volkspartei im Wahlkampf".

heute mehr als je zuvor. Wenn Sie die Entwicklung Deutschlands heute ansehen, dann müssen Sie zugeben, daß das Regiment der bisherigen Parteien, man mag es entschuldigen mit was immer, am Ende restlos versagt hat. Das Ergebnis ist ein Trümmerhaufen, nicht von uns, denn es gab früher keine Nationalsozialisten, und wir waren auch jetzt wieder jahrelang tot [6], wie der "Bayerische Kurier" versicherte. *Und doch sehen Sie vor sich das Bild vollkommenen Verfalles der deutschen Nation. Und was als Trümmerhaufen vor uns liegt, wird nicht von denen aufgebaut werden können, die diesen Trümmerhaufen geschaffen haben.* Die Parteien, die Deutschland so weit brachten, daß es endlich zerfiel, werden es niemals wieder zusammenfügen. Die Parteien, die die Schuld haben daran, daß Deutschland seine Kraft und seine Macht verlor, werden ihm nicht plötzlich wieder Kraft und Macht zu verschaffen vermögen. Das wäre wider die Natur und gegen alle Vernunft. 60 Jahre lang [7] haben diese Parteien gewählt [*sic!*] - und es ist ihnen nur gelungen, Deutschland zum Zerfall zu bringen. Was Sie heute sehen, ist kein deutsches Volk mehr, sondern ein Gemengsel von Parteien, Berufen, Ständen und Klassen. Glauben Sie, daß die Parteien, die das fertigbrachten, plötzlich wie ein Zauberer dieses zertrümmerte Volk zusammenfügen können? Sie können es nicht, ja, sie werden es vielleicht nicht einmal wollen. Denn sie haben gelernt, in dem jetzigen Zustand zu gedeihen, der für manchen sehr erträglich ist, sie haben sich gut gemacht in der Zeit, in der Millionen deutsche Volksgenossen um ihre Existenz gekommen sind. Sie bleiben, weil sie bleiben müssen, solange dieses Regiment existiert. Jeder, der nüchtern denkt, muß sagen, daß sie nicht eine einzige Antwort auf die Schicksalsfrage der deutschen Zukunft geben können. Wenn nicht eine neue Bewegung entsteht, die wieder zusammenfügt, was zerbrochen ist, dann wäre die deutsche Zukunft hoffnungslos. Das deutsche Schicksal kann man schon jetzt als grauenhaft bezeichnen. Und daß diese neue Bewegung nicht eine der alten, morschen, parlamentarischen Parteien sein kann, ist selbstverständlich. Es kann nur eine junge Bewegung [8] sein, die bereits da ist und die sich durchsetzen wird allen Teufeleien zum Trotz.

Seien Sie überzeugt, was auch unsere Gegner tun werden, die nationalsozialistische Bewegung bringt niemand mehr zum Verschwinden, sie ist da und wird sich durchsetzen. (Anhaltender Beifall.) Wenn jemals die zusammengeballte Kraft von Menschen ein Werk zu fördern vermag, dann ist es unsere Kraft und ist es dieses Werk. Dafür setzen sich im Reich Hunderttausende ein, und der Erfolg wird und kann nicht ausbleiben. Wenn jemand in einem Volk beharrlich ringt und von Wahl zu Wahl seine Anhängerschaft verdoppelt, in einem Staat, dessen Volkszahl sich jährlich nicht um ein 1/4 Prozent erhöht [9], dann *muß* diese Bewegung einst das Schicksal eines Volkes bestimmen.

Wir sind überzeugt, daß die Stunde der Herrschaft dieser Bewegung kommen wird und muß, und kein Teufel kann das verhindern.

---

6 Vgl. Dok. 26, Anm. 52.

7 Vgl. Dok. 101, Anm. 3.

8 Von ihrer Mitgliederstruktur her war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, nur die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Lag das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP 1920 noch bei 34, so sorgte der hohe Zugang an jungen Leuten dafür, daß sich das Durchschnittsalter in der NSDAP zumindest bis 1927 weiter verjüngte. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 139 ff.

9 Vgl. Dok. 30, Anm. 11.

Auch heute bettle ich nicht um Stimmzettel. Ich bin kein Hundezüchter, kein Mieter, kein Vermieter usw. [10] *Um was ich ringe, sind Anhänger, Mitkämpfer, Seelen, die wir erobern wollen.* Und wer uns Stimmzettel allein geben würde, hätte gar nichts getan. Mitkämpfen, mitwerben, zu jedem hingehen und sagen: Deine Pflicht ist, daß du dich an die Seite des völkischen Kampfes stellst, das ist es, was wir wollen.

Das will ich Ihnen auch sagen: Wer zu uns kein Vertrauen hat, mag es bleibenlassen. Wir flennen nicht und betteln nicht. *Nur wer glaubt, daß es in Deutschland so nicht mehr weitergehen kann, und das Vertrauen zu uns hat, daß wir es einmal anders machen, der soll kommen.* (Stürmischer Beifall.) [11]

5. Dezember 1929 Dok. 109
Anordnung

VB vom 10.12.1929, "Aus der Bewegung".

1. Jeder Abgeordnete und Kommunalvertreter (Gemeinderat, Stadtrat usw.) der N.S.D.A.P. bezieht ab 1. Januar 1930 das "*Mitteilungsblatt der Nationalsozialisten* in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern", herausgegeben von der Bayerischen Landtagsfraktion [1].

2. Die Partei gibt für jeden neugewählten Kommunalvertreter der Partei die Bestellung bei der Post auf. Die Post kassiert den monatlichen Bezugspreis von 1.20 [*R*]M ein.

3. *Alle Mandatare* [2] *der Partei* werden zur *Mitarbeit* an den "Mitteilungsblättern der Nationalsozialisten" aufgefordert.

4. Diese Anordnung ist von allen Parteiblättern abzudrucken.

München, den 5. Dezember 1929.

gez.: Adolf Hitler

10 Vgl. Dok. 37, Anm. 9.
11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die erste Ausgabe des Mitteilungsblatts der Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern war im Mai 1927 erschienen. Herausgeber war der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im bayerischen Landtag, Rudolf Buttmann.
2 Mandatar. Eigentlich: Bevollmächtigter, österreichisch: Abgeordneter.

5. Dezember 1929 Dok. 110
"Coburg im Brennpunkt der marxistischen Presse"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Zeitung vom 7.12.1929, "Massenversammlung der NSDAP" [2].

Politik gehöre nicht in die Gemeinden und Kommunen. Das höre man so oft, weil sich die wenigsten darüber klar sind, was Politik bedeute.

Politik ist Dienst am Volke.

Politik heißt Kampf um die Lebenserhaltung eines Volkes. Der Kampf um die Lebenserhaltung bewege nicht nur den Staat an sich, sondern die gesamten Staatsträger, ganz gleich, wo sie sich befinden.

Wenn eine Volksgemeinschaft zusammenbricht, dann stürzen mit ihr auch die Kommunen zusammen.

So leide unter dem *Young-Plan* [3] nicht nur der Begriff "Deutsches Reich", sondern die einzelnen Bürger, die Menschen an sich. Das Schicksal, das uns bedroht, wirke sich selbstverständlich nicht nur auf die einzelnen Menschen, sondern auch auf die Kommune aus.

Es ist ein Wahnsinn, wenn jemand glaubt, die Kommunen nach anderen Gesichtspunkten zu leiten als das Reich. Die Gesetze für die Regierung eines Volkes seien gleich, ob man Reich oder Kommunen nehme, soweit es sich um prinzipielle Gesetze handele.

Wenn die Entwickelung eines Volkes, das führend war und die Weltgeschichte dirigierte, plötzlich zusammenbricht und

zum Spielball fremder Willkür

geworden ist, dann müsse etwas falsch gemacht worden sein. Wer oberflächlich in seiner Zeit fußt, sieht manchmal gar nicht, ob die Entwicklung vorwärts gehe. Wer das erproben will, müsse einen anderen Maßstab anlegen.

Der erste und sicherste Maßstab liege im Instinkt.

Wenn Völker den Instinkt verlieren, dann hängt es damit zusammen, daß durch Blutmischung und Kreuzung das Volk nicht mehr einheitlich fühle. Es beginne dann der

Widerstreit der Seele.

Was wir in Deutschland als Individualismus bezeichnen, ist der Notschrei des Blutes. Wenn nun ein Volk in diesem Zustand sich befindet und dann noch künstlich verbildet wird, dann muß

anstelle des Instinktes

die erkannte Weltanschauung

treten. Stets müsse ein Volk auf die

eigene Kraft

bauen, die der Gestalter seines Lebens ist. *"Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott [4]!"* Deutschland sei heute das beste Beispiel dafür, wohin man komme, wenn man auf alles andere, nur nicht

---

1 In den Hofbräugaststätten, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht des Bezirksamts 2.000 (VB: 3.000) Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat Werner Faber geleitet. Vor Hitler sprach Gregor Straßer.

2 Vgl. auch VB vom 8./9.12.1929, "Hitler in Koburg"; Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, S. 171-175 sowie Bericht des Bezirksamts Coburg vom 6.12.1929, V 270; BayHStA, MInn 81582.

3 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

4 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

auf die eigene Kraft baue. Hätte Deutschland nur auf das Wort "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott" gebaut und Solidarität gezeigt, dann wären wir heute wo anders, als wir jetzt sind.

Der Nährboden des Volkes müsse gesund bleiben, frei von fremden Blutmischungen. So ginge es nicht an, daß an der Spitze einer der verantwortlichsten Ämter ein Jude säße.

Die Zukunft der Völker ist nicht abhängig von der Schwere der Masse, sondern ihrer Köpfe.

Der *Demokratie* und dem *Marxismus* müsse man eine Weltanschauung des Wahnsinns vorwerfen. Sie habe es fertiggebracht, Güter, die andere in 100 Jahren aufgebaut haben, in der kurzen Zeit von zehn Jahren zu vernichten, während die bürgerlichen Parteien an einer Unkonsequenz [*sic!*] und Unsicherheit leideten [*sic!*]. Der *Marxismus* habe wenigstens noch eine Weltanschauung, wenn sie auch eine Weltanschauung des Wahnsinns sei, während die bürgerlichen Parteien keine Weltanschauung hätten und unter einer ständigen Zersplitterung litten, wie man es auch jetzt wieder gesehen habe [5].

Wenn man glaube, durch Parteien und Parteichen den Marxismus wirksam zu bekämpfen, dann täusche man sich.

Der Marxismus habe sich immer mehr befestigt, während die Bürgerlichen immer mehr zusammengeschmolzen seien [6].

Statt gegen das heutige System Kampf anzusagen, predige man Mitarbeit.

Aus dieser Zerrissenheit heraus sei die nationalsozialistische Bewegung entstanden, die eine *klare Weltanschauung* vertrete und in der kurzen Zeit ihres Bestehens, eben weil sie einen festen Weg vorgezeichnet habe, trotz härtestem Kampf immer weiter vorgeschritten. Weil sie *nie zu Kompromissen* bereit ist, sondern immer ihr Ziel verfolge und weil sie schließlich auch

Schläge nicht nur auszuteilen, sondern auch auszuhalten verstehe.

Es müsse die Stunde kommen, wo die Welt das Deutschland wieder sieht, das sie einmal gekannt hat. Nicht das Locarno- [7] *und Young-Deutschland, sondern das Deutschland von Lüttich* [8], *Skagerak* [9], *Tannenberg* [10] *und all der anderen heldenhaften Schlachten, wo unser Vaterland noch eine Macht war, die die Welt fürchtete.*

Wenn heute seine politischen Gegner sagen, daß seine Politik eine

Katastrophenpolitik [11]

sei, dann könne ihnen nur die Frage vorgelegt werden: "Was ist katastrophaler als die Politik der bürgerlichen Parteien?" Die Katastrophe ist nur furchtbar für den, der seine Nerven ver-

---

5 Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

6 Vgl. Dok. 101, Anm. 5, 14.

7 Zur Konferenz von Locarno vgl. Dok. 3, Anm. 27.

8 Vgl. Dok. 61, Anm. 8.

9 Vom 31.5. bis 1.6.1916 entwickelte sich aus einem zufälligen Zusammentreffen der deutschen Hochseeflotte mit der britischen Grand Fleet vor dem Skagerak die größte Seeschlacht des Ersten Weltkriegs. 37 britische trafen auf 21 deutsche Großkampfschiffe. Obwohl die deutsche Seite mit 115.000 t versenkten britischen Schiffsraums gegen 61.000 t deutscher Verluste einen taktischen Erfolg errang, änderte die Schlacht nichts an der strategischen Seekriegslage: Großbritannien schnitt Deutschland weiterhin den Zugang zu den Weltmeeren ab.

10 Zwischen dem 26. und 31.8.1914 hatte die 8. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalleutnant Erich Ludendorff die russische Narew-Armee bei Tannenberg, zwischen dem 5. und 15.9.1914 die russische Njemen-Armee bei den Masurischen Seen vernichtend geschlagen.

11 Nach der von ihnen erzwungenen Neuwahl des Coburger Stadtrats (vgl. Dok. 33, 43 und 44) hatte die nationalsozialische Mehrheit, trotz eines bereits defizitären Haushalts, einerseits Steuersenkungen und andererseits erhebliche Mehrausgaben beschlossen. Der Begriff "Katastrophenpolitik" soll erstmals von deutschnationaler Seite gefallen sein. Vgl. Münchener Post vom 26./27.10.1929, "Wenn Hakenkreuzler regieren"; Münchener Telegramm Zeitung vom 1./2.11.1929, "Die Wirtschaft der Nationalsozialisten".

braucht habe. Wenn man hier in Coburg sage, die NSDAP treibe Katastrophenpolitik, *weil sie nichts mehr verschleiere,* dann könne er sagen, daß diese Politik auch weiter im Reiche getrieben und dem Volk endlich einmal gesagt werde, wie es belogen und betrogen wird. Immer werde sich die NSDAP einsetzen für die Reinheit und Sauberkeit und solange kämpfen, bis wieder Sauberkeit im deutschen Volke herrsche und Deutschland frei sei.

7. Dezember 1929 Dok. 111
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 7.12.1929.

Es sind nun endlich die genauen prozentualen Verluste und Gewinne der Parteien anläßlich der letzten Wahlen in Preußen [1] errechnet worden. Es haben danach verloren:

Demokraten	26,3 Prozent
Deutsche Volkspartei	20,9 Prozent
Sozialdemokraten	15,3 Prozent
Kommunistische Partei	14,2 Prozent
Deutschnationale Volkspartei	10,7 Prozent
Wirtschaftspartei	3,4 Prozent
Es haben gewonnen:	
Bauern [2]	1,9 Prozent
Zentrum	8,1 Prozent
Nationalsozialisten	155,0 Prozent [3]

Warum ich das hier anführe? Es ist wieder ein kleines Beispiel, wie die Judenpresse es fertigbringt, die öffentliche Meinung zu verfälschen oder, eigentlich richtiger ausgedrückt, einfach zu verblöden.

Millionen von Deutschen wandeln heute unter uns, die felsenfest überzeugt sind, daß die letzte Wahl in Preußen bewiesen habe, wie wenig glücklich der nationale Radikalismus für die Deutschnationale Volkspartei gewesen sei [4]. Denn so wissen sie es alle: Die Deutschnationale

1 Am 17.11.1929. Vgl. Dok. 100, Anm. 1.

2 Gemeint sind die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und der Nationale Bauern- und Mittelstandsblock.

3 DDP erhielt 2,4% der in ganz Preußen für die Provinziallandtage abgegebenen Stimmen gegenüber 4,5% bei der preußischen Landtagswahl 1928. Bei der DVP lag das Verhältnis 5,2 zu 8,5, bei der SPD 23,3 zu 29,0, bei der KPD 7,2 zu 11,9, bei der DNVP 15,5 zu 17,4 und bei der Wirtschaftspartei 4,2 zu 4,5%. Die Bauernparteien errangen 3,7 gegenüber 2,9, das Zentrum 19,4 gegenüber 15,2 und die NSDAP schließlich 5,3 gegenüber 1,8%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 486 f. sowie Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 1930, S. 352 ff.

4 Vgl. Frankfurter Zeitung vom 18.11.1929 (AA), "Die Wirkung des Volksbegehrens: Nationalsozialistischer Gewinn - Deutschnationaler Verlust".

Volkspartei hat wahnsinnig verloren, und die Haltung der gemäßigt nationalen Deutschen Volkspartei erscheint damit als glänzend gerechtfertigt. So ist es dieser bürgerlichen Judenpresse gelungen, in ein paarmal vierundzwanzig Stunden Schwarz in Weiß und Weiß in Schwarz zu verdrehen. In der Wirklichkeit hat die letzte Wahl gerade den bürgerlichen scheinnationalen Parteien die vernichtende Niederlage zugefügt. An der Spitze marschieren hier, wie es recht und billig ist, die Demokraten. Sie haben über ein Viertel ihres ganzen Bestandes überhaupt eingebüßt. Die Deutsche Volkspartei verlor ein Fünftel, die Sozialdemokraten über ein Siebtel, die Deutschnationale Volkspartei etwa ein Zehntel ihres früheren Bestandes.

Der Gewinn der Bauern ist wohl in erster Linie ausschließlich der großen bäuerlichen Not zuzuschreiben [5] und kommt vielleicht hundertprozentig aus ehemals deutschnationalen Kreisen.

Der Gewinn des Zentrums folgt ebenso zu einem großen Prozentsatz aus der Einwirkung der heutigen Not, zum andern aus neu erfaßten Wählerschichten und wohl auch der heranwachsenden katholischen Jugend. Mächtige Zutreiberdienste für das Zentrum leisten alle kulturkämpferischen Angriffe. Hier können sich die großen Weisen bei der Nase nehmen, die von Zeit zu Zeit im Handumdrehen Kirchen zerschmettern [6]. Sie ahnen gar nicht, wie innig dankbar ihnen das Zentrum für diese Kraftäußerungen ist. Wieviel Grund es dazu hat, beweisen die letzten Ergebnisse dieser Wahl.

Die nationalsozialistische Bewegung hat die weitaus größten Erfolge zu verzeichnen. Wohl nur ein Bruchteil unseres Zuwachses kommt aus dem bürgerlichen Lager, der weitaus größte aus dem marxistischen [7]. Es sind Arbeiter und kleine Angestellte, denen dank der ungeheuren Aufklärungsarbeit unserer Partei langsam die Augen aufgehen, die den Schwindel ihrer bisherigen sozialistischen Organisationen durchschauen und nun innerlich die Konsequenzen ziehen. Aus bürgerlichem Lager haben wir nur jene energischen national eingestellten Menschen bekommen, denen der waschlappige [*sic!*] Kurs unserer bürgerlichen Parteien allmählich auf die Nerven geht und unerträglich wird.

Ich weiß zum Beispiel heute wirklich nicht, was ich mehr sein soll, freudig oder traurig. Wenn ich die Haltung der deutschnationalen Fraktionen [*sic!*] im Reichstag vom Gesichtspunkt des Volksbegehrens [8] beziehungsweise des Volksentscheids [9] ansehe [10], dann kann einem wirklich alles leid tun. Wie will man hoffen, eine Nation zu einer heroischen Tat aufzureißen, an die man selbst nicht glaubt. Ich bin kein Parlamentarier und gestehe, daß mich angesichts einer solchen Entwicklung der Ekel immer mehr behütet, jemals einer zu werden. Allein ich weiß auch, daß solche Vorgänge in unserer nationalsozialistischen Partei von vornherein einfach

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.
6 Wahrscheinlich Anspielung auf die antikirchliche Agitation von Erich und Mathilde Ludendorff. Vgl. z. B. Ludendorffs Volkswarte vom 17.11.1929, "Jesuit und 'Nationale'".
7 Vgl. Dok. 101, Anm. 19.
8 Vgl. Dok. 92, Anm. 2.
9 Vgl. Dok. 93, Anm. 48.
10 Am 29./30.11.1929 wurde vor dem Reichstag der durch das Volksbegehren eingebrachte "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" beraten. Bei der namentlichen Abstimmung über den § 4 hatten sich 19 Abgeordnete der DNVP in namentlicher Abstimmung der Stimme enthalten. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3369 ff.

unmöglich wären! Und zwar in jeder Fraktion unmöglich! Und ich gestehe auch, daß ich persönlich lieber mutterseelenallein meine politische Idee vertreten würde als im Verein mit einer so wenig verläßlichen und standhaften Vereinigung. Als Kämpfer gegen den Young-Plan [11] und für den Volksentscheid empfinde ich die parlamentarische Entwicklung der bürgerlichen nationalen Parteien als wirklich tieftraurig. Als Nationalsozialist, der nur die Hoffnung auf den Sieg der eigenen Partei hat, fühle ich den Erfolg kommen als Folge dieses bürgerlichen Handelns. Eines können wir den Parlamentariern der Deutschnationalen [*Volks*-]partei heute sagen: Die letzte Wahl in Preußen hat uns fast keinen Gewinn aus dem deutschnationalen Lager gebracht. Wer das Gegenteil behauptet, kann entweder nicht sehen und lesen, oder will sich nicht zur Wahrheit bekennen [12]. Das Verhalten der deutschnationalen Fraktion anläßlich der Abstimmung über das Freiheitsgesetz [13] wird uns aber, ohne daß wir auch nur einen Finger zu rühren brauchen, für die nächste Wahl aus der deutschnationalen Wählermasse eine halbe Million Stimmen im Reiche zuführen! Das können sich die klugen Parlamentarier in Berlin gesagt sein lassen: Glänzender hat noch nie eine Partei für uns gearbeitet. Sie sollen sich nicht wundern, wenn alles, was nationales Rückgrat hat, den bürgerlichen Parteien langsam den Rücken kehrt. Daß das aber unbedingt zur deutschen Rettung notwendig ist, hat am schlagendsten diese letzte kurze Reichstagsitzung bewiesen [14]. Oder glaubt man wirklich, mit so morschen Gebilden, mit so innerlich uneinigen und zerfahrenen Parteiinstrumenten den Marxismus zerbrechen zu können? In der Deutschnationalen Volkspartei befindet sich heute ein Mann, dem ich meine Hochachtung und meinen Respekt nicht versagen kann [15]. Es ist ein guter deutscher Patriot von anständiger und ehrenhafter Gesinnung. Allein ich glaube, daß hier ein zu guter Kopf sich an einem zu schlechten Instrument abmüht. Die Zukunft mag zeigen, ob es ihm gelingt, aus dieser untauglichen Waffe noch einmal eine verwendbare zu machen.

Wir Nationalsozialisten können mit einem förmlichen inneren Stolz in die nächste Zukunft hineinmarschieren. Noch nie war unsere Bewegung innerlich einheitlicher und disziplinierter als jetzt. Es gibt auf der Welt nichts vollkommen Vollendetes, und so bleibt stets ein genügend großer Spielraum für den Kritiker und sein Wirken. Allein, was man aus nichts heraus in wenigen Jahren überhaupt schaffen kann, das haben wir Nationalsozialisten wohl als einzige geschafft. Und das fühlt auch die noch nicht durch tausend Wenn und Aber verbildete Jugend. Und das ist der wahre Grund, weshalb sie uns heute an Universitäten und Techniken [*sic!*] ihr Vertrauen schenkt und in immer steigendem Maße ihre Stimmen gibt [16].

Während unser nationales Bürgertum zerfällt, nimmt die nationalsozialistische Bewegung den nationalen Gedanken in ihre Hut und Pflege und wird mit eisernen Fäusten die Flagge der

---

11 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; 54, Anm. 5.

12 Vgl. Dok. 101, Anm. 15.

13 Das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" wurde in der Propaganda der Initiatoren des Volksbegehrens auch "Freiheitsgesetz" genannt.

14 Über die Paragraphen des Gesetzentwurfs wurde einzeln abgestimmt. Zwischen 306 und 317 Stimmen wurden dagegen, 82 bis 60 dafür abgegeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3374.

15 Gemeint ist vermutlich Alfred Hugenberg.

16 Bei den Wahlen der Studentenschaften im Wintersemester 1929/1930 konnte der NSDStB z. B. an der TH Berlin neun gegenüber vier Sitzen erringen, in München die Zahl seiner Sitze von drei auf fünf, in Jena von zwei auf drei steigern und in Bonn erstmals fünf gewinnen. Vgl. Faust, Studentenbund, S. 140 ff.

deutschen Erhebung [17] an die Spitze unseres Volkes tragen. Einst wird die Stunde kommen, in der das berühmte Kommando Lord Seymours [18] "Germans of [*sic!*] the front" [19] in Deutschland eine Wiederauferstehung erleben wird. Nicht wir, sondern das deutsche Bürgertum selbst wird es schreien:

Nationalsozialisten vor die Front!

7. Dezember 1929 Dok. 112
"Die Rettung des Marxismus durch das Bürgertum"
Schreiben an Fritz Schäffer

VB vom 7.12.1929, "Hitler gegen Schäffer".

Herr Schäffer!

In einer soeben erschienenen und von Ihnen, Herr Schäffer, unterzeichneten Parteiverlautbarung stellen Sie die Behauptung auf, daß *die Bayerische Volkspartei als einzige wirklich den Marxismus bekämpfe* [1]. Dieser Kampf war, wenn er jemals überhaupt ehrlich geführt wurde, zumindest im Erfolg ein negativer. Die *Bayerische Volkspartei, einst ein Teil des Zentrums* [2], *hat trotz ihres Kampfes, dessen Existenz ihrer Behauptung nach vorliegen soll* [*sic!*], *den Sieg des Marxismus nicht zu verhindern vermocht.* Als im Jahre 1918 die sogenannte *"Revolution"* ausbrach, mußte sie als ein Werk marxistischer Arbeit angesprochen werden [3]. Es ist also zunächst unzweifelsfrei feststehend und vor jeder Verdrehung gesichert:

Die Bayer[*ische*] *Volkspartei hat durch ihren angeblichen Kampf gegen den Marxismus die Vernichtung des alten deutschen Reiches durch den Marxismus nicht verhindert!*

---

17 Gemeint ist die Hakenkreuzflagge. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.

18 Sir Edward Hobart Seymour (1840-1929), 1852 Eintritt in die britische Marine, 1889 stellvertretender Kommandeur der Kanalflotte, 1897-1901 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in China, 1901 Admiral, 1905 Ruhestand.

19 "The Germans to the front." Mit diesen Worten schickte Seymour, der Oberbefehlshaber des europäischen Expeditionskorps während des Boxeraufstands in China, am 22.6.1900 eine deutsche Abteilung an die Spitze seiner Truppen.

1 Im seinem Wahlaufruf als Vorsitzender der BVP vom 4.12.1929 schrieb Fritz Schäffer:
"Der *Nationalsozialismus* ist, wie sein Wort sagt, Nationalismus und Sozialismus. *Er ist unser Feind*, weil der Sozialismus unser Feind ist. Er ist aber auch unser Feind, weil dieser chauvinistische und *unchristliche Nationalismus*, der sich an der Phrase berauscht, keine aufbauenden Kräfte enthält, sondern die nationalen Kräfte der Deutschen vollends zereißt.
So hat sich die Bayerische Volkspartei dem marxistischen und dem nationalistischen Sozialismus und allen ihren Schleppenträgern zum Kampf gestellt. Anscheinend zwei Fronten, in Wirklichkeit nur eine Front." Vgl. Bayerischer Kurier vom 4.12.1929, "Der Tag der Verantwortung".
Vgl. auch Otto Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993, S. 420 f.

2 Vgl. Dok. 94, Anm. 21.

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 56.

Daraus kann man zwei Folgerungen ziehen: Entweder der Kampf des alten Zentrums - plus heutiger Bayerischer Volkspartei - war von vornherein nicht ehrlich gedacht oder nicht richtig geführt. Das Resultat ist aber jedenfalls in beiden Fällen das gleiche: *Ein großes Reich und ein einst freies stolzes Volk sind zusammengebrochen!*

Als ich einst nach schweren inneren Kämpfen mich endgültig entschlossen hatte, parteipolitisch aufzutreten [4], *lag das positive Resultat des Kampfes Ihrer Partei gegen den Marxismus grauenhaft vor uns, Herr Schäffer.* Da eine innere Wesensänderung im Zentrum nun nur insoweit erfolgte, als ein Teil, der bayerische, die alte Tradition unter einem neuen Namen - Bayerische Volkspartei - fortzuführen versprach, während der andere als gleichbleibendes Zentrum sich dem behauptungsweise bisher bekämpften marxistischen Feind in engster Umarmung hingab, war nach menschlicher Voraussicht sowohl [*sic!*], als nach den Gesetzen aller Logik auch für die Zukunft von dem angeblichen *"Kampf gegen den Marxismus"* nichts mehr zu erwarten.

Tatsächlich ist ja auch seitdem der Marxismus weder durch die Tätigkeit des Zentrums noch durch die der Bayerischen Volkspartei auch nur im geringsten wirksam bekämpft worden.

Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben nicht vermocht, die Anhänger der Marxisten auf ihren Boden herüberzuziehen, sondern im Gegenteil:

Sie sind auf den Boden der vom Marxismus geschaffenen Tatsachen getreten [5]!

Das Bild des im Jahre 1918 und [*19*]19 vor Augen liegenden Verfalls sowie der Blick in die nach allen Gesetzen der Logik vermutlich gleichlaufende Entwicklung in der Zukunft, veranlaßten mich im Jahre 1919, einer Hand voll Menschen beizutreten [6] mit dem Ziele, eine Bewegung ins Leben zu rufen, die erfüllen soll, was Sie, Herr Schäffer, von der Bayerischen Volkspartei behaupten, in Wirklichkeit aber zumindest bisher erfolglos blieb: Den Kampf gegen den Marxismus.

Es war in diesen Jahren meine heilige Absicht, die ganze Kraft meines kommenden Lebens nur dieser einzigen Aufgabe zu widmen. Ich habe die Existenz der bürgerlichen Parteien vielleicht als bedauerlich, aber noch nicht als verderblich angesehen. Ich hielt sie damals für schlecht geleitet, im Wollen vielleicht gut, im Handeln schwach, im Kampfe für unzuverlässig, um nicht zu sagen feige. *Ich habe es damals noch für unmöglich angesehen, daß eine sogenannte nationale oder gar behauptungsweise "christliche" Partei jemals mit dem Marxismus ernstlich paktieren könnte.* Ich glaubte damals noch an die Aufrichtigkeit der sogenannten

"monarchischen Einstellung"

unserer sogenannten bürgerlichen Parteien. Was immer mich daher von diesen Gebilden auch trennen mochte, so glaubte ich doch nie, mich ihnen eines Tages im Kampfe entgegenstellen zu müssen. Und zwar in einem Kampf der Abwehr deshalb, weil dieselben bürgerlichen Parteien sich zu Schützern des Marxismus hergeben würden.

Ich habe dann jahrelang gekämpft und dabei die bürgerliche Parteiwelt seitwärts liegen lassen. Ich habe sie nie geschätzt, da der Beweis des geringen positiven Wertes für die Nation auch die Tätigkeit dieser Gruppen für jeden Sehenden klar erbracht worden war. Ich empfand

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 29.
5 Vgl. Dok. 94, Anm. 24.
6 Hitler war am 16.9.1919 Mitglied der damaligen DAP (vgl. Dok. 1, Anm. 2) geworden. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 251 f.

aber keinen Zwang zu einem offenen Streit, da ich es als selbstverständlich ansah, daß im Falle einer Auseinandersetzung der jung emporstrebenden nationalsozialistischen Bewegung mit dem Marxismus, das Bürgertum, unfähig selbst offensiv zu kämpfen, zumindest eine anständige Neutralität wahren würde. Und ich bin blutig enttäuscht worden [7].

Je mehr der Nationalsozialismus wuchs und je größer seine Gefahr für den Marxismus wurde, um so näher rückten die sogenannten "bürgerlichen", "nationalen", "christlichen" Parteien zum Marxismus hin! Gegen den eigenen Willen wurde die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampf um die deutsche Zukunft von den Parteien angefallen, die eigentlich an ihrer Seite hätten stehen müssen, wenn nicht alle die Behauptungen von "christlich-nationaler" Gesinnung eben reiner, purer Schwindel waren.

Es kam die Zeit, in der die bürgerlichen Parteien den marxistischen Reichsverderbern bei jeder Gelegenheit und in jeder kritischen Stunde traurige Handlangerdienste leisteten. Unter Verzicht auf alle in den Programmen versprochenen *weltanschaulichen* und *religiösen* Ziele, sahen sie ihre höchste Aufgabe nur in der Erhaltung des gegebenen *marxistischen Zustandes.* Wer diesen Zustand bedrohte, wurde gemeinsam mit dem Marxismus als Feind behandelt.

Unter dem verlogenen Schlagwort der Ruhe und Ordnung setzte man die Politik der Vorkriegszeit fort: Man knebelte den Widerstand gegen die marxistischen Volksverderber!

Es war in diesen Jahren nie meine Absicht, einen offenen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien gleich welcher Art zu führen. Ich wurde aber von ihnen selbst bekämpft und mußte mich endlich verteidigen. Es kam die Zeit, da der Marxismus zu schwach gewesen wäre, sein eigenes Werk zu schützen. *Es wurde von bürgerlichen Parteien gerettet!* Was aus den Reihen dieser Parteiwelt uns an Verfolgungen zugefügt wurde, nur weil wir uns nicht bereiterklärten, auf *den Boden der marxistischen Tatsachen zu treten,* ist unerhört. Es gab Zeiten, in denen selbst marxistische Regierungen fast anständiger waren in der Behandlung ihrer politischen Gegner als "bürgerliche" in der Verfolgung der erklärten Feinde des Marxismus.

Und Tatsache ist, daß denn auch das Werk des Marxismus, unter dauernder fördernder Beihilfe des restlos auf den Boden der Tatsachen getretenen christlichen und nationalen Bürgertums, immer mehr und mehr stabilisiert wurde und heute bereits als von "Gott gewollt" den frechen Anzweiflern hingestellt wird.

So wurde ich durch ewige Angriffe und Verfolgungen von seiten dieser bürgerlichen Parteien oft und oft zur Abwehr gedrängt und gezwungen. Und da allerdings glaube ich auch hier an die Gültigkeit des Satzes, *daß die beste Parade dann im Hieb liegt.*

Als ich im Jahre 1925 wieder die Führung der Partei übernommen habe [8], versicherte ich, um nur ja keinen Zweifel über die unverrückbare Zielrichtung meines politischen Wollens aufkommen zu lassen, erneut, den Feind ausschließlich im Marxismus zu erblicken und diesen demgemäß zu bekämpfen. Und ich hatte noch kaum diese klare Feststellung getroffen, als auch schon *unter Zuhilfenahme plumper Fälschungen der bürgerliche Kampf gegen mich einsetzte* [9].

---

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

8 Vgl. Bd. I, Dok. 2.

9 Die Polizeidirektion München hatte am 9.3.1925 fünf für den nächsten Tag angekündigte Versammlungen der NSDAP, auf denen Hitler sprechen sollte, mit der Begründung verboten, daß Hitler in seiner Rede zur Neu-

Ihrem ingeniösen Kopf, Herr Schäffer, ist damals die glänzende Idee entsprungen, meinem Kampf gegen den Marxismus die in ihren Augen wirksamste Fessel des *Redeverbotes* anzulegen [10]. Dieser Geistesblitz, dessen Wirksamkeit sich nach 5 Monaten ins Gegenteil verkehrte [11], entsprang also nicht einem *marxistischen*, sondern einem *bürgerlichen* Gehirn. Es war für mich ja allerdings eine große Ehre, in solche Behandlung genommen zu werden. Ich bin nach Ihrer heiligsten Überzeugung, weiser Herr Regierungsrat, ja nur ein Esel, aber selbst vor ihm scheint Sie das Gefühl der Inferiorität nicht verlassen zu haben [12]. Sie hatten Angst vor seiner Rede.

Es bleibt für ewig ein Ruhmestitel, als bürgerlicher Parteipolitiker seinem politischen antimarxistischen Gegner als erster im neuen Deutschland den Mund verbunden zu haben.

Der von Ihnen, Herr Schäffer, und Ihrer Partei so sehr "bekämpfte" Marxismus hat sich denn auch dankbar beeilt, das vorgezeigte Experiment nachzuahmen. Es kam die Zeit, in der die nationalsozialistische Bewegung sich dank dieser Methode wiederfand.

Natürlich haben Sie mich gezwungen, die Verteidigung aufzunehmen. *Gegen meinen Willen und gegen meine Absicht wurde ich erneut zu einem Kampf gedrängt, dessen Sinn und Zweck sonst unverständlich wäre.*

Das "katholische Christentum" der Bayer[*ischen*] *Volkspartei: Bündnis mit atheistischen Marxisten - Kampf den Nationalsozialisten*

Und heute ist es genauso.

Ich hatte nicht die Absicht, persönlich oder gar rednerisch mich im Kampf um das Münchener Rathaus mit den bürgerlichen Parteien abzugeben [13]. Ich wollte mich nur dem Volksbegehren [14] und der Aufgabe widmen, die ich heute und für immer als die Schicksalsfrage des deutschen Volkes ansehe:

Kampf dem Marxismus

Diesen Augenblick, Herr Schäffer, fanden Sie als den richtigen, wieder den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung und insbesondere gegen meine Person als vordringlichste Aufgabe zu beginnen. Über die Methoden Ihres Vorgehens will ich mich weiter unten auslassen.

Zunächst, Herr Schäffer, haben Sie vor aller Welt festgestellt, daß, solange sich die Bayerische Volkspartei unter Ihrer Führung befindet, sie niemals mit Nationalsozialisten zusammenarbeiten werde [15]. *Sie haben ausdrücklich diese Feststellung auf unsere Partei beschränkt*

---

gründung der NSDAP am 27.2.1925 (Vgl. Bd. I, Dok. 6) "in nicht mißzuverstehender Weise" versucht habe, "die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzupeitschen oder doch auf solche Gewaltakte vorzubereiten". Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 9.3.1925, "Versammlungs-Verbot". Hitler bestritt diesen Vorwurf und legte erfolglos Beschwerde bei der Regierung von Oberbayern ein. Vgl. VB vom 8.4.1925, "Gegen die Knechtung der nationalsozialistischen Bewegung".

10 Vgl. Dok. 60, Anm. 11.

11 Möglicherweise Anspielung auf die Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. am 21.8.1929, die der NSDAP Rechtscharakter verlieh. Vgl. Bd. I, Dok. 63, 64.

12 Am 5.11.1929 hatte Fritz Schäffer auf einer Wahlversammlung in Würzburg Hitler heftig angegriffen. Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler".

13 Vgl. jedoch Dok. 106, 108.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

15 Vgl. Anm. 1.

und damit die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit mit anderen Parteien für Ihre Person offen gelassen!

Herr Regierungsrat! Mit dieser ersten Feststellung haben Sie bewiesen, daß die geistigen Ausmaße, die einen Menschen zum wohlbestallten Regierungsrat zu erheben vermögen, doch nicht immer genügen, einen Politiker daraus zu machen. Ich persönlich halte eine solche Erklärung tatsächlich für eine Eselei! Sie sollen nun nicht meinen, Herr Schäffer, daß die nationalsozialistische Bewegung Ihnen das Unglück zufügen wird, Sie von Ihrer eingenommenen Stellung wegzudrängen. *Sie haben das erklärt und wir nehmen es zur Kenntnis.*

Ich habe die *steigende Tendenz in Ihrer Partei hin zum Zentrum* selbstverständlich genauso verfolgt wie alle anderen denkenden Menschen. *Ich finde es als natürlich, schon jetzt für diesen Fall festzustellen, daß damit ein Bündnis mit dem Marxismus möglich, mit dem Nationalsozialismus ausgeschlossen ist.*

Sie motivieren dies damit, daß der "Sozialismus unchristlich" sei [16]. Mir ist eine große Partei bekannt, die das umgekehrte behauptete. Die christlichsoziale Bewegung in Österreich [17] hat im Gegenteil den *wahren Sozialismus als eine eminent christliche Angelegenheit hingestellt* und auch in die Namensbezeichnung aufgenommen. Sie lehnen den "Nationalismus" ab. Sie, Herr Schäffer, republikanischer Regierungsrat aus Bayern, dozieren, daß

ein Zusammengehen oder Zusammenarbeiten mit dem Nationalismus, weil unchristlich und unkatholisch, nicht in Frage käme. Das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst [18]*, hat hier ebenfalls ersichtlich eine andere Meinung. Das vertragsweise Vergleichen* [*sic!*] *mit dem italienischen Faschismus ist die eminenteste Zusammenarbeit der Kirche mit dem ausgeprägtesten Nationalismus, den es heute überhaupt in der Welt gibt* [19].

Aber nicht die Kirche ist ja hier entscheidend, sondern Herr Schäffer aus München!

Zusammenfassend kann ich hier noch folgendes feststellen:

Nach Ihrer endgültigen, für die Bayerische Volkspartei bindenden Entscheidung ist ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten dieser Partei kraft Ihres Befehls mit der nationalsozialistischen Bewegung, die prinzipiell auf dem Boden des Gottesglaubens steht und sich zum Christentum bekennt [20]*, ausgeschlossen, mit den atheistischen Gottesleugnern des grundsätzlich antireligiösen Marxismus aber zumindest denkbar.* Es ist dies Ihrer Überzeugung nach dann der lebendige Ausdruck eines wahrhaft "katholischen Christentums"!

---

16 Vgl. Anm. 1.

17 In Österreich hatten sich 1890/91 mehrere Verbände mit religiös begründeter sozialreformerischer Zielsetzung und deutlich antisemitischer Tendenz zur Christlichsozialen Partei zusammengeschlossen. Geprägt wurde die neue Partei zunächst von ihrem Organisator Karl Lueger. In der Republik Österreich war die Partei eng mit der katholischen Kirche und katholischen Laienorganisationen verbunden, vertrat einerseits ständestaatliche und autoritäre Vorstellungen, setzte sich andererseits für sozialpolitische Maßnahmen ein und pflegte zeitweise engen Kontakt zur Heimwehr. Vgl. Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei. In: Österreich 1918-1938, Bd. 1, S. 249-276.

18 Pius XI. (eigentlich: Achille Ratti, 1857-1939), 1888 Bibliothekar an der Ambrosiana in Mailand, 1912 Bibliothekar an der Vatikanischen Bibliothek, 1919 Nuntius in Polen, 1921 Erzbischof von Mailand, 1922-1939 Papst.

19 Bezieht sich auf die Lateranverträge. Vgl. Dok. 4, Anm. 23.

20 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 110 ff.

Ich erinnere mich hierbei eines Prozesses, der vor einigen Jahren zwischen Marxisten und Nationalsozialisten in der Au stattfand. Als es zur Vereidigung kam, forderten die Nationalsozialisten den religiösen Eid, die Marxisten lehnten ihn ab und verlangten die weltliche Verpflichtung [21]. Aber dennoch stellen Sie, Herr Schäffer, fest, daß Sie als Christ und Katholik mit den einen niemals zusammenarbeiten können, sondern verpflichtet sind, sie auf das furchtbarste zu bekämpfen, während die anderen für Sie als bündnisfähig erscheinen und tatsächlich auch im Zentrum unzertrennliche Bundesgenossen gefunden haben [22]!

Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet, daß Sie diese Ihre innere Überzeugung schon beizeiten vor der Wahl bekanntgegeben haben. Vielleicht wird es Ihren Bemühungen gelingen, in München einem roten Bürgermeister in den Sattel zu helfen oder wenigstens mit dem marxistischen Atheismus zusammen christlich-katholische Politik zu machen. Vielleicht wird es Ihnen auch gelingen, Bayern zu jener sittlich-christlichen Kulturhöhe zu heben, in die Zentrum und Marxismus große Teile des übrigen Reiches, an der Spitze unsere in wahrhaft christlicher Kultur und Moral voranleuchtende Reichshauptstadt [23], bereits gebracht haben. Von uns Nationalsozialisten ist Ihnen die Bahn nach Ihrer Erklärung freigemacht!

Sie haben, Herr Schäffer, diese allgemeine, grundsätzliche Kampfansage aber auch benützen zu müssen geglaubt, den persönlichen Kampf gegen mich in aller Schärfe aufzunehmen. Ich bin diese Art von Kampf gegen einen politischen Gegner von seiten Ihrer Partei gewöhnt.

Es sind Jahre her, seit Ihre Partei mit der Behauptung operierte, ich wäre in meiner Jugend in der *"Los-von-Rom-Bewegung"* [24] tätig gewesen. Als dieser Schwindel sich nicht mehr aufrechterhalten ließ, zerrte man meinen alten seligen Vater [25] aus dem Grabe und verleumdete ihn, indem nun dieser einer der Führer dieser Bewegung von einst gewesen sein sollte. Gemäß dem Spruch: "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!", konnte man hoffen, damit auch meine erblich vorbelastete Minderwertigkeit allgemein sichtbar zu demonstrieren. Nachdem auch dieser lumpenhafte Versuch als erbärmliche verleumderische Erfindung vom Anfang bis zum Ende als unwahr festgestellt werden konnte, verbreitete aber man wenigstens, daß der Geburtsort, von dem ich herstamme - Braunau a. Inn -, einer der berüchtigtsten Ausgangsorte der Los-von-Rom-Bewegung gewesen sei!! Nach einiger Zeit allerdings verlor auch dieser himmelschreiende Unsinn seine Wirksamkeit, und man erfand eine andere Möglichkeit der Verleumdung: Ich hätte die Hostie ausgespuckt und dadurch schon mit 13 Jahren bewiesen, wie elend

---

21 Näheres nicht ermittelt.

22 Seit Januar 1925 war die BVP zusammen mit dem Zentrum in acht Reichsregierungen vertreten; davor hatte sich jedoch das Zentrum an neun Reichsregierungen ohne die BVP beteiligt. Zu den Spannungen zwischen BVP und Zentrum, die während des Wahlkampfs zur Reichspräsidentenwahl 1925 ihren Höhepunkt erreichten und eine Wiedervereinigung der beiden Parteien verhinderten, vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 172 ff.

23 Berlin.

24 Die "Los-von-Rom-Bewegung" propagierte, unterstützt vom Alldeutschen Verband und dem Evangelischen Bund, den Beitritt der deutsch-österreichischen Länder zum Deutschen Reich und den Austritt aus der katholischen Kirche. Vgl. Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985, S. 587 ff.

25 Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), 1851 Schuhmacherlehre, 1855 Eintritt in den österreichischen Zolldienst, 1895 Pensionierung als Zollamts-Oberoffizial.

und verkommen meine moralischen Qualitäten seien [26]. Und es war immerhin reizvoll, daß sich schon dabei die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes von Marxismus und christlich-katholisch-bayerischer Politik gegen einen politisch verhaßten Katholiken zeigte. *Sozialdemokratische Zeitungen wurden plötzlich zu Hütern des Altarsakraments!* Und katholische Priester gingen in ihrem politischen Haß soweit, daß sie endlich dieses Sakrament für gerade recht fanden, um zur Vernichtung eines politischen Gegners verwendet zu werden! Auch diese Schurkerei, einen 36jährigen Mann politisch und moralisch zu erledigen, indem man ihm eine nie begangene Tat im Alter von 13 Jahren vorwarf, brach als eine gemeine Lüge zusammen!

Der Vorwurf des Ehrenwortbruches

Und man suchte weiter!

Sie werfen mir heute, Herr Schäffer, vor, meine Behauptung, daß der Artikel der Münchner Telegramm Zeitung, ich hätte den Kronprinzen Rupprecht bedroht [27], dem Sinn und Inhalte nach eine Unwahrheit sei, wäre eine Lüge [28].

Es wird im Gerichtssaal bewiesen werden, wer von uns beiden die Wahrheit gesprochen hat [29]: Ich, Herr Schäffer, oder Sie!

Sie werfen mir vor, ich hätte mich in der Revolutions- und Rätezeit feige gedrückt [30]!

Ich freue mich, im Gerichtssaal über Krieg und Revolutionszeit und mein Verhalten in beiden, Rechenschaft ablegen zu können! Ich hoffe, daß Sie dies genau so gut vermögen wie ich!

Sie behaupten, ich hätte durch den "Putsch" im Jahre 1923 ein gegebenes
Ehrenwort
gebrochen [31].

Ich werde Ihnen im Gerichtssaal beweisen, daß ein solches Ehrenwort schon seit dem 28. Januar 1923 nicht mehr existierte [32] und im übrigen bereits das Gericht in seinem Urteilsspruch vom 1. April 1924 festgestellt hat:

"Was den Einwand der Angeklagten, es habe sich, weil Kahr mit von der Partie gewesen sei, um einen legalen Akt, mindestens um einen vermeintlichen legalen Akt gehandelt, auf alle Fälle habe ihnen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt, in subjektiver Hinsicht anlangt,

26 Dieser Vorwurf stand im Mittelpunkt des Beleidigungsprozesses, den Hitler gegen Domkapitular Georg Sponsel angestrengt hatte. Vgl. Bd. II/1, Dok. 147.

27 Vgl. Dok. 93, Anm. 44.

28 Am 5.11.1929 auf einer Wahlversammlung in Würzburg: "Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß, wenn Adolf Hitler die Schilderung der 'Telegramm Zeitung' als unwahr bezeichnet, er nach meinen zuverlässigen Angaben lügt." Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler".

29 Vgl. Dok. 93, Anm. 46.

30 "Hitler schweigt, wenn man ihn daran erinnert, daß man zur Zeit der nationalen Gefahr in Bayern, zur Zeit als wir die Revolution und die Räterepublik überwanden, von ihm und seiner Bewegung noch gar nichts zu hören war." Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg. Schäffer stellt Hitler"; sowie Dok. 93, Anm. 37.

31 Bezieht sich auf Hitlers Zusicherung gegenüber dem Kommandeur der Reichswehr in Bayern, General Otto von Lossow, den Aufmarsch seiner Anhänger beim ersten Reichsparteitag der NSDAP (27. bis 29.1.1923) nicht zu einem Putsch zu nutzen. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170 f.

32 Am 28.1.1929 fand in München auf dem Marsfeld eine Fahnenweihe im Rahmen des ersten Reichsparteitages der NSDAP statt. Druck von Hitlers Rede: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 479 f.

so gesteht das Gericht den Angeklagten zu, daß sie mit Ausnahme von Pernet [33] und Wagner [34], die sich um diese Dinge bis zum 8. November [*1923*] kaum viel gekümmert haben werden, und von Ludendorff, der, wie noch zu erörtern sein werden wird, eine Sonderstellung einnimmt, *bis kurz vor dem 8. Nov*[ember] *der Meinung waren, auch Kahr, Lossow* [35] *und Seißer* [36] *beabsichtigen einen Marsch nach Berlin.* Es mag auch sein, daß sie hofften, wenn sie ihrerseits mit dem Beginn des Marsches ernst machten, würden sie die drei wieder auf ihre Seite bringen. *Und es unterliegt nach der Überzeugung des Gerichtes endlich keinem Zweifel, daß sie nach den Vorgängen auf der Tribüne und im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers davon überzeugt waren, daß die drei nun auf Gedeih und Verderb mit ihnen gingen.* Denn es war ja gerade die Absicht Kahrs, Lossows und Seißers, sie in diesen Glauben zu versetzen. *Eine Absicht der Angeklagten, gegen den ernstlichen Willen Kahrs, Lossows und Seißers zu handeln, hat sicher niemals bestanden* [37]*."*

Und weiter entschied das Gericht:

"Das Gericht kann deshalb auch nicht annehmen, daß der Überfall im Bürgerbräu-Keller einen bewußten Wortbruch seitens der Angeklagten bedeutet. Auch hierin geht es mit der Staatsanwaltschaft einig [38]*!"*

Ich muß dabei noch einfügen, daß dem Gericht auch das angezogene Ehrenwort eines Ministers Dr. Schweyer durch eine Zuschrift bekanntgegeben worden war!

Es stand ganz im Ermessen des damaligen Gerichtes, die Wahrheit über die Vorgänge im November 1923 auf das gründlichste zu erforschen. Denn es sind allein von uns rund 240 Zeugen zur Aufhellung dem Gericht zur Ladung vorgeschlagen worden. Tatsächlich wurden kaum 40 vernommen, darunter eine erdrückende Anzahl von durch den Staatsanwalt vorgeschlagenen *Belastungszeugen.* Im übrigen waren wir alle überzeugt, daß, wenn die damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabten Verhandlungen und Zeugenvernehmungen vor den Ohren der Öffentlichkeit erfolgt wären, die öffentliche Meinung sich ein noch ganz anderes Urteil gebildet haben würde, als es so schon der Fall war [39]. Außerdem waren nach der La-

33 Heinz Pernet (geb. 1896), Stiefsohn Erich Ludendorffs, Oberleutnant a. D., Bankbeamter, 1924 wegen Teilnahme am Hitlerputsch zu 15 Monaten Haft verurteilt.

34 Robert Wagner.

35 Otto Freiherr von Lossow (1868-1938), 1886 bayerischer Fähnrich, 1900/01 Teilnahme an der China-Expedition, 1911-1913 Mitglied der deutschen Militärmission in der Türkei, 1914 Oberst, Generalstabschef des 1. bayerischen Reservekorps, 1915-1918 deutscher Militärbevollmächtigter in der Türkei, 1920 Kommandeur der Infanterieschule München, 1922 Landeskommandant von Bayern und Kommandeur der 7. Division, Februar 1924 Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand, anschließend im Dienst der türkischen Armee.

36 Hans (seit 1914 Ritter von) Seißer (1874-1973), 1893 bayerischer Leutnant, 1914 Major im Generalstab, 1919 Oberst der bayerischen Landespolizei, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef des Bayerischen Landespolizeiamts, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig, 1945 Polizeipräsident von München.

37 Hitler zitiert aus dem Urteil des Volksgerichts vom 1.4.1924 (Hervorhebungen nicht im Urteil). Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973), S. 91-105, S. 101.

38 Vgl. ebenda, S. 104.

39 Zu den Zeugenvernehmungen vgl. Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973), S. 104 ff.

ge der Dinge die für die letzte Aufhellung in erster Linie in Frage kommenden Zeugen ja leider die Angeklagten selbst. *Es wird eine Möglichkeit der Rehabilitierung von uns allen sein, wenn nunmehr endlich in einem Verfahren die Angeklagten von damals als Zeugen die Wahrheit bekunden können!*

Sie haben z. B. weiter, Herr Schäffer, in Versammlungen in Würzburg und Ingolstadt erklärt, daß ich mir in Berchtesgaden eine *Villa*, und zwar für *60.000 Mark* gekauft haben soll. Sie taten dies, um mich damit in den Augen der breiten Masse herunterzusetzen. Und Sie haben es getan,

obwohl Ihnen 14 Tage vordem von einem sehr angesehenen Mitglied der Bayerischen Volkspartei schon entgegengehalten wurde, daß diese Behauptung von Anfang bis zu Ende eine unverschämte Lüge sei, nur erfunden, um mich zu schädigen!

Sie haben weiter in Ihren Versammlungen behauptet, daß ich eine *9-Zimmerwohnung* bewohnte [40], obwohl Ihnen bekannt ist, daß ich allerdings in einer *8-Zimmerwohnung, allein mit zwei anderen Parteien zusammen lebe*, so daß mir persönlich

drei Räume

zur Verfügung stehen [41]. Ich kenne nicht die Größe Ihrer Wohnung, Herr Schäffer, allein ich weiß, daß Ihre Partei den wenigsten Grund hätte [*sic!*], einem politischen Führer den Besitz von *drei Zimmern* vorzuwerfen. *Ich habe mir nicht 50*[*.000*] *oder 80.000 Mark Staatsgelder geholt zur Verschönerung meines privaten Daseins* [42]*!*

Sie haben auch das nur getan, um mich in den Augen der öffentlichen Meinung schlecht zu machen. Und Sie taten dies, ohne daß ich Sie jemals persönlich angegriffen habe!

Ich stelle aber, Herr Schäffer, diese Ihre Behauptungen als Verleumdungen fest und werde mir Genugtuung holen!

Ich sehe mich nun gezwungen, Ihnen, Herr Schäffer, überhaupt das Recht abzustreiten, als Führer der Bayerischen Volkspartei über andere Männer zu Gericht zu sitzen.

Ich verstehe die nervöse Unruhe, die heute Ihre Partei erfaßt hat.

Die Bayerische Volkspartei drückt heute das schlechte Gewissen und die Angst vor der Wahl!

Zuviel hat Ihre Partei, Herr Schäffer, insbesondere dem bayerischen Volk versprochen und zu wenig eingelöst, als daß es einem nicht verständlich sein müßte, weshalb Sie heute zu solchen Mitteln des Kampfes greifen!

Sie sind, Herr Schäffer, heute *empört über die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung zur*

Frage der Monarchie

oder der Republik. Sie halten es für eine schamlose Gemeinheit, der Monarchie den Rücken zu kehren.

---

40 Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.12.1929, "Darf nur Hitler im 'Judenviertel' wohnen?"

41 Hitler hatte zum 1.10.1929 in München eine Wohnung am Prinzregentenplatz gemietet, die laut Mietvertrag neun Zimmer, zwei Küchen, zwei Kammern und zwei Badezimmer umfaßte. Vgl. Stadtarchiv München, Akt Hitler.

42 Bezieht sich auf die Behauptung, Oberbürgermeister Scharnagl habe sich persönlich bereichert. Vgl. Bayerischer Kurier vom 7.12.1929, "Darf nur Hitler im 'Judenviertel' wohnen?".

Herr Schäffer, diese schamlose Gemeinheit hat aber in erster Linie Ihre eigene Partei betätigt!

Der Verrat der Bayer[ischen] Volkspartei an der Monarchie
Das offizielle Bekenntnis des Parteivorstandes für die Republik
Ein Brief des Herrn Schlittenbauer [43]

Die Bayerische Volkspartei hat sich in Bayern als erste beeilt, die neue Staatsordnung, welche aus der durch Meineid, Lüge und Verrat geborenen Revolution entstand, feierlichst und bindend anzuerkennen [44]!

Die Bayerische Volkspartei hat sich als erste durch eine offizielle Versicherung auf den Boden der Revolution gestellt!

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat als erste die Stellung einer Opposition gegen das Deutschland aufusurpierte [*sic!*] Regiment aufgegeben und die Verteidigung der Republik übernommen!

Oder wollen Sie etwa ableugnen, Herr Schäffer, daß die Fraktion der Bayerischen Volkspartei bereits am 5. März 1919 folgende offizielle Erklärung abgegeben hat?:

"Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei stellt sich auf den Boden der republikanischen Staatsform und fordert die Parteivorstandschaft auf, alsbald in einer Landesversammlung einen Beschluß der Gesamtpartei im gleichen Sinne herbeizuführen [45]."

Und was hat seitdem die Bayerische Volkspartei positiv zur Beseitigung der Republik und zur Wiedereinführung der Monarchie getan, Herr Schäffer?

Sagen Sie nicht, daß dies nicht Ihre Aufgabe sei. *Entweder, das Gerede von der grundsätzlichen monarchischen Einstellung der Bayerischen Volkspartei ist echt, oder es ist eine elendige Flunkerei, nur bestimmt, den Wählern Sand in die Augen zu streuen* und sie zur Abgabe eines Stimmzettels zu bewegen, der für andere Zwecke gedacht ist, als er dann verwendet wird.

Ich habe persönlich kein Verständnis dafür, sich mit dem Munde für etwas zu bekennen und in der Wirklichkeit nicht nur nicht dafür zu kämpfen, sondern das Gegenteil zu stützen!

Herr Schäffer, Ihre Partei hat das wunderbare Kunststück zuwege gebracht, in der Theorie die Monarchie zu verfechten und in der Praxis die Männer zu verfolgen, die es wagen, sich nicht auf den Boden der bestehenden republikanischen Tatsachen zu stellen. Und Ihre Partei hatte die Stirne, das sogar ganz offen als Grund der Verfolgung anzugeben [46]!

---

43 Sebastian Schlittenbauer (1874-1936), Gymnasiallehrer, 1911 Studienprofessor, 1912 MdL, 1916-1920 Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Regensburg, 1927 Oberstudienrat, Generalsekretär der christlichen Bauernvereine.

44 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 beginnt mit den Worten: "Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November [*1918*] in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Sie sind mit der Art, wie sie herbeigeführt wurde, grundsätzlich nicht einverstanden, erklären aber auf das bestimmteste, daß sie eine Änderung dieses Zustandes nur auf dem Weg von Recht und Gesetz erstreben." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502.

45 "Eine Erklärung der bayerischen Volkspartei zur Staatsform" vom 5.3.1919. Druck: Franz August Schmitt, Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern, München 1919, S. 39 f.

46 Vgl. Anm. 9.

Und wenn Sie versuchen sollten, Herr Schäffer, das zu leugnen, so können Sie doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen:

Unter dem Regime Ihrer Partei, Herr Schäffer, ist nicht die Monarchie näher gerückt, sondern unzweifelhaft die Republik von Jahr zu Jahr mehr befestigt worden.

Ich verstehe nun, daß ein Mann aus Überzeugung *Republikaner* sein kann und dennoch aller Ehren wert ist. Ich verstehe, daß ein Mann *Monarchist* zu sein vermag aus bestem und edelstem Glauben. *Aber ich verstehe nicht, daß man in der Theorie für die Monarchie redet und in der Praxis die Republik befestigt. Das alles ist in meinen Augen gesinnungslos.*

Und ich verstehe es zum Beispiel nicht, Herr Schäffer, daß ein Mann wie Sie die Stirne hat, mir einen Vorhalt [sic!] zu machen wegen meines angeblichen Verhaltens der Monarchie und dem bayerischen Kronprinzen gegenüber, ein Mann, in dessen eigener Partei wirklich erfolgt ist, was man mir unwahrerweise unterschiebt.

Herr Schäffer, ich habe niemals die Monarchie beschimpft und nie den bayerischen Kronprinzen beleidigt oder gar heruntergesetzt. Ich sehe mich aber jetzt gezwungen, zur Demonstration des Geistes, in dem Ihr Kampf gegen mich geführt wird,

einen Brief Ihres eigenen Parteigenossen Schlittenbauer

heranzuziehen, der folgendes besagt:

Hohenkamm, 3. September 1919.

"*...Ich will Ihnen auch verraten, daß der größte Teil der Fraktion nicht mehr für monarchistische Bestrebungen zu haben ist, und am wenigsten zugunsten des Prinzen Rupprecht,* dessen Leben an der Front durchaus nicht erbauend gewesen ist.

Es ist gut, wenn Sie in diesen zwei wichtigen Punkten sich von vorneherein keinen Illusionen hingeben.

Was die Frage der Außenpolitik anbetrifft, so bin ich der Anschauung, daß Deutschland sich bestreben muß, mit einem zentralen Europa einen festen Block zu bilden.

Hochachtungsvollst

gez. Dr. Schlittenbauer [47]."

Herr Schäffer, *wo bleibt hier Ihre moralische Entrüstung?*

Hier hätten Sie Grund, gefälligst vor Ihrer eigenen Türe zu kehren und sich nicht in Dinge einzumischen, die Sie weder verstehen, noch Sie etwas angehen!

Welche Haltung die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zur Frage, Monarchie oder Republik, einnimmt und welche Instruktionen sie dabei von mir erhält, geht Sie, Herr Schäffer, um so weniger an, als die von Ihnen selbst geführte Bayerische Volkspartei in ihrer eigenen Haltung wohl das Brüchigste darstellt, was man sich auf diesem Gebiete denken kann.

Das Urteil über die monarchische Treue der Bayerischen Volkspartei ist in der Geschichte bereits feststehend. Es kann zu jeder Zeit durch Aussprüche "*prominentester*" Faktoren erhärtet werden.

Ich verstehe aber, wie schon bemerkt, den Angriff Ihrer Partei gegen die nationalsozialistische Bewegung und gegen meine Person vollkommen.

Wir sind Ihnen zu geradlinig und zu kompromißabgeneigt.

47 Näheres nicht ermittelt. Schlittenbauer galt 1919 als Verfechter einer Wittelsbacher Restauration. Vgl. Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein, S. 136 ff.

Wir haben uns allerdings nicht als Partei auf die Monarchie verpflichtet, sondern nur auf das deutsche Volk[48]. *Wir sind aber durchdrungen von der Überzeugung, daß der heutige Staat unserem Volke Vernichtung bringt. Und wir ziehen daraus auch klare Konsequenzen. Wir kämpfen gegen den heutigen legalen Zustand mit allen legalen Mitteln in aller Offenheit, weil wir einen anderen wünschen!*

Ihre Partei, Herr Schäffer, aber behauptet, einen anderen zu wollen, und beschützt und beschirmt den bestehenden und verteidigt ihn gegen jeden, der ihn anzugreifen gedenkt!

Ich verstehe weiter, Herr Schäffer, die hysterische Angst Ihrer Presse vor der nationalsozialistischen Bewegung. Denn in den wichtigsten Grundsätzen hat Ihre Partei entgegen ihrem Programm gehandelt.

Ihre Partei, Herr Schäffer, behauptet, eine christliche zu sein[49]*!*

Seit vielen Jahren regiert nun Ihre christliche Partei in Bayern, und zwar ausschließlich[50]. *Und das Ergebnis?*

In Theater, Literatur, in der gesamten Kunst, ja, in unserer Kultur überhaupt, zeigen sich unter dem Regiment Ihrer christlichen Partei dieselben Fäulniserscheinungen wie im ganzen anderen Deutschland. Auf der Bühne, in der Zeitung und im Buch kann das

Christentum verhöhnt

werden, ohne daß Ihre Partei einen Finger rührt, wenn die Schmäher das Glück haben, der Rasse anzugehören, die den Begründer des christlichen Glaubens einst ans Kreuz geschlagen hat.

Herr Schäffer, als in Bayern der verstorbene Polizeipräsident Pöhner[51] noch im Amte war, da wurde von einer Handvoll nationaler Menschen versucht, wenigstens von unseren Bühnen hier den ärgsten Unflat fernzuhalten. Ich selbst empfand es mit als eine Aufgabe, gegen die gemeinsten Aufführungen zu protestieren und sie zu verhindern[52]. Junge Nationalsozialisten haben damals die Bühne einer christlich-deutschen Kultur erhalten wollen. Und das Ergebnis?

Herr Schäffer, *Ihre Bayerische Volkspartei hat den anständigsten Beamten, den Bayern je besessen hat, zu Fall gebracht*[53] *und von dem Moment an die Polizei gegen die gehetzt und eingesetzt, die das Abrollen dieser Schandstücke zu verhindern suchten.* Im Namen der Erhaltung von "Ruhe und Ordnung" hat Ihre Partei den *Widerstand gegen den Schmutz gebrochen.*

---

48 Vgl. Dok. 91, Anm. 19.

49 "Die Bayerische Volkspartei steht in allen Fragen der Kultur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung." Vgl. Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 503.

50 Seit Mai 1919 war die BVP an der bayerischen Regierung beteiligt, stellte vom September 1921 bis November 1922 und seit Juli 1924 den Ministerpräsidenten, regierte aber niemals allein, sondern in Koalitionen, seit 1928 mit der DNVP und der Deutschen Bauernpartei.

51 Ernst Pöhner (1870-1925), Jurist, 1919-1921 Polizeipräsident von München, 1921 Rat am Bayerischen Obersten Landesgericht, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block, seit November 1924 DNVP), 1925 tödlich verunglückt.

52 Möglicherweise Anspielung auf das Verbot des am 6.12.1929 erstmals in München aufgeführten Stückes "Schloß Wetterstein" von Frank Wedekind in den Münchner Kammerspielen, das nach heftigen Tumulten während mehrerer Vorführungen am 23.12.1919 durch den Polizeipräsidenten ergangen war. Vgl. Hans Wagner, 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950. Theatergründung, Ur- und Erstaufführungen, berühmte Gastspiele und andere Ereignisse und Kuriosa aus dem Bühnenleben, München 1958, S. 121 f.

53 Pöhner war am 29.9.1921 vom Amt des Münchner Polizeipräsidenten zurückgetreten, nachdem die bayerische Regierung den Ausnahmezustand für Bayern aufgehoben hatte. Vgl. Politik in Bayern, S. 87 f.

Ihr bayerisch-christliches Staatsregiment hat endlich auch München zum Tummelplatz der jüdischen antichristlichen Kultur gemacht.

Der Verrat der Schäfferpartei an ihrer christlichen Weltanschauung

Und heute?

Heute holt Ihre christliche Partei den Manager eines Stückes wie "Ehen werden im Himmel geschlossen" [54] nach Bayern, nach München, und läßt dem christlichen Volk von dem östlichen Theaterjuden die richtige Kunst beibringen [55]. Alles im Namen der christlichen Gesinnung Ihrer Partei.

Wenn aber der Schmutz und die Verhöhnung und Verlästerung von allem, was anderen heilig ist, zu infam wird, und die Stimmen, die nach Abhilfe schreien, trotz allem Wollen nicht mehr überhört werden können, dann, Herr Schäffer, hat Ihre Partei immer noch einen letzten Ausweg: *Sie hat dann keine "gesetzlichen Handhaben", gegen einen solchen Unfug einzuschreiten!*

Einen deutschen Dichter und bayerischen Landsmann wie Dietrich Eckart, der nichts verbrochen hat, trotz schwerer Krankheit hinter Zuchthausmauern in Schutzhaft zu setzen, bis er endlich zusammenbricht und hinterher stirbt [56], dazu hat man gesetzliche Handhaben gehabt; einem deutschen Mann, der für sein Volk kämpft, das Reden zu verbieten, haben Sie gesetzliche Handhaben gefunden [57]. Dem jüdischen, unser Christentum und unsere Kultur verhöhnenden Pestangriff aber stehen Sie hilflos gegenüber!

Da legt sich Ihre hofrätliche Denkerstirne in bekümmerte Falten, und so sehr Sie auch wollten, nein, hier können Sie nicht.

Oder ein anderes Beispiel wirklich "christlicher Gesinnung".

Wir haben einen Staat mit einer, wie Sie sagen, von "Gott gewollten Obrigkeit". Diese Obrigkeit hat zugesehen und hat es nicht verhindert, daß man im Wege einer Inflation Millionen von Menschen langsam systematisch fast um ihr ganzes Eigentum, um ihre blutig zusammengesparten Sparguthaben und vertrauensselig gezeichneten Kriegsanleihen bestahl [58]. Auch Ihre Partei, Herr Schäffer, war ein Bestandteil, und zwar ein mächtig tragender dieser Obrigkeit. Und auch von diesem wurde ruhig zugesehen, solange, bis endlich das Volk in letzter Not aufschrie und in einem verzweifelten Ausbruch sich seine Unterdrücker vom Hals schaffen wollte.

Gegen die Wucherer und Schieber, Herr Schäffer, haben die "christlichen" Parteien keine wirksamen Handhaben gehabt, aber in das sich erhebende Volk schoß man mit Maschinengewehrfeuer dazwischen [59]! Hier war die Handhabe gefunden!

Und dann allerdings, als man unter dem Eindruck stand, daß eine weitere Fortdauer der Inflation zu einer nationalen Revolution führen würde, dann allerdings konnte man im Laufe weniger Wochen plötzlich die Währung stabilisieren [60].

54 Vgl. Dok. 17, Anm. 11.
55 Vgl. Dok. 17, Anm. 5.
56 Eckart erhielt am 20.12.1923 Haftverschonung aus gesundheitlichen Gründen und starb am 26.12.1923 durch Herzschlag. Sein schlechter Gesundheitszustand ging auf Morphinismus und Alkoholismus zurück. Vgl. Wilhelm, Dichter, Denker, Fememörder, S. 101 f.
57 Vgl. Anm. 9.
58 Vgl. Dok. 17, Anm. 23.
59 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.

Seitdem, Herr Schäffer, sind Jahre vergangen. *Viele Millionen Menschen hat das Inflationsverbrechen um Hab und Gut gebracht. Hunderttausende wurden der bittersten Not ausgeliefert. Zehntausende sind in ihrem Elend, in Nahrungssorgen, in Gram und Unglück zum Selbstmord getrieben worden* [61].

Herr Schäffer, was hat die von "Gott gewollte christliche Obrigkeit" zum Beispiel des bayerischen Staates getan, um die verantwortlichen Verbrecher einer gerechten Sühne zuzuführen?

Ihre Justiz läuft jedem kleinsten Vergehen nach; einen Nationalsozialisten, der einen Beamten der Republik beleidigt, sperrt man auf ein halbes Jahr ins Gefängnis! Wer einen Juden anzutasten wagt, kommt vor ein unbarmherziges Gericht [62]! *Die aber das Unglück von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, Hunderttausende um ihr Hab und Gut brachten und irrewerden ließen an jeder Vernunft und an jedem Recht, die haben Sie bis heute weder gesucht, noch gefunden, noch zur Verantwortung gezogen.*

Wie sagen Ihre "christlichen" Parteien doch da: *"Es fehlen uns die gesetzlichen Handhaben."*

Ist aber dieses ersichtliche Unrecht, das hier vor sich geht, indem man die kleinsten Diebe, ja, selbst die kleinsten politischen Vergehen unbarmherzig bestraft, die größten Generalverbrecher der Menschheit aber laufen läßt, ist dieses Unrecht vereinbar mit einer wirklich aufrechten christlichen Gesinnung? Oder soll dies denkbar sein in einem wahrhaft christlichen Staat?

Und ein anderes Beispiel, Herr Schäffer. *"Du sollst nicht lügen", heißt es* [63]. Wann ist aber jemals ein Volk mehr von oben herunter belogen worden als jetzt? Haben nicht unsere Regierungen in der unverantwortlichsten Weise in unserem Volke immer wieder Hoffnungen erweckt, wo es keinen Zweifel geben konnte über die furchtbaren Folgen ihres Handelns? War es "christlich", dem Volke vorzumachen, so wie das Ihre Partei getan hat, Herr Schäffer, daß der *Dawes-Vertrag* [64] der Not einen Riegel vorschieben würde [65], während er in Wirklichkeit diese Not geradezu züchten mußte? Und ist es christlich, wenn man heute dem Volke wieder dasselbe vom noch schlimmeren Young-Plan [66] vorlügt?

Oder ist es christlich, wenn man gegen die mit allen Mitteln des Kampfes antritt, die sich unterstehen, an einer solchen Lüge nicht teilzunehmen, sondern es vorziehen, dem Volke die ungeschminkte Wahrheit zu sagen [67]*?*

Und wohin wird man überhaupt kommen, wenn das Volk langsam die Überzeugung erhält, daß alles, was ihm von oben erklärt und versichert wird, Lüge und Unwahrheit ist?!

Und mit welchem Recht verfolgen Sie dann durch Ihre Justiz irgendeinen kleinen Schwindler, wenn das Volk durch über ein Jahrzehnt im großen den schlimmsten Unwahrheiten mit ihren Folgen ausgeliefert wurde?

---

60 Vgl. Dok. 97, Anm. 9.

61 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich verzeichnet für 1923 8.904 Selbstmorde. Nach der Währungsstabilisierung stieg die Zahl der Selbstmorde. Vgl. Dok. 7, Anm. 33.

62 Vgl. Dok. 18, Anm. 16.

63 2. Mose 20, 16: "Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten."

64 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

65 Im Reichstag hatte die BVP am 29.8.1924 dem Dawes-Plan zugestimmt. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 109, 131 ff.

66 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

67 Vgl. Dok. 88, Anm. 4, 22.

Ist es aber nun "christlich", einen solchen Zustand als einen gegebenen einfach hinzunehmen und die zu verfolgen, die ihn ändern möchten?

Man soll die *Armen kleiden,* heißt es [68], und in Wirklichkeit *bedienen sich die Stadträte christlicher Parteien der hierfür vorhandenen Mittel* [69].

Oder, man soll die *Hungrigen speisen* [70], und Ihre *"christliche" Partei, Herr Schäffer, veranstaltet in endloser Folge "Festessen", deren Kosten in die Hunderttausende gehen und die man dann auf brutalstem Wege den kleinen Steueropfern abpreßt.*

Ist das alles christlich?

Oder in München leben heute zahllose Künstler, denen die Not aus den Augen schaut. *Die "christliche" Kommunalverwaltung Ihrer Partei, Herr Schäffer, kann hier nicht helfen* [71].

Jedoch dem Juden Reinhardt-Goldmann wirft man als rein persönliches Honorar für noch nicht einmal eine Monatsleistung hunderttausend Mark aus Steuergeldern vor [72]*! Ist das nicht ein zum Himmel schreiendes Unrecht?!* Aus welchem Grunde darf sich eine Partei, die das verschuldet, noch als christlich bezeichnen?

Zehntausende kleiner Geschäftsleute haben heute schwer zu ringen und können kaum bestehen. Jeder Monat bringt Tausende an den Rand des Ruins. Ungezählte gehen zugrunde [73]. *Ihre christliche Partei, Herr Schäffer, aber stellt in derselben Zeit die Konzessionen aus für immer neue Warenhäuser. Ist das christlich? Oder ist es etwa christlicher, wenn man hinterher mit frecher Stirne lügt, daß die Bayerische Volkspartei die Warenhäuser bekämpfe, während sie unter ihrem Regiment doch tatsächlich entstanden sind* [74]*?*

Ich weiß, Sie stöhnen nun wieder, Herr Schäffer, "wir haben keine gesetzlichen Handhaben".

Herr Schäffer, wenn man ein Volk ernstlich vor einer Bedrohung seiner Existenz bewahren will, dann finden sich tausend Wege, um dies zu verhindern. Ihre christliche Partei öffnet dem Karstadt-Judenkonzern, der allein in einem Jahre nahe an eine halbe Milliarde Umsatz hat [75]*, die Tore von München* [76] *und hat es auf dem Gewissen, wenn zehntausend brave christliche Unternehmen an den Folgen eingehen.*

Um den Juden nicht wehe zu tun, verlieren zehntausend Christen ihre Existenz!

Ist das christlich, Herr Schäffer?

Oder wieder ein Beispiel: Tausende, ja, zehntausende Söhne unseres Volkes, die vom Talent begnadet sind, können nicht mehr studieren. Zehntausende unserer eigenen christlichen Intelligenz sind arbeitslos und ohne Verdienst, weil sie keine Stellung finden. *Allein zehntausende an Juden nehmen Sie auf und öffnen Ihnen die Posten, die nur für uns Christen bestimmt sein dürften. An unseren Hochschulen, da züchten Sie ein fremdes Volk groß, auf Kosten zahl-*

---

68 Tobias 4, 17: "Teile dein Brot den Hungrigen mit und bedecke die Nackten mit deinen Kleidern."
69 Anspielung auf den Sklarek-Skandal in Berlin. Vgl. Dok. 85, Anm. 11.
70 Vgl. Anm. 68.
71 Vgl. Dok. 21, Anm. 25.
72 Vgl. Dok. 17, Anm. 6.
73 Im Jahre 1929 wurden 13.180 Konkurse eröffnet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 398.
74 Vgl. Dok. 106, Anm. 36.
75 Vgl. Dok. 106, Anm. 37.
76 Vgl. Dok. 17, Anm. 35.

reicher christlicher Mitbürger. Und wenn wir Nationalsozialisten nun fordern, daß zumindest nicht mehr Juden an einer Universität studieren dürfen als ihr Prozentsatz im deutschen Volke ist, *dann nimmt Ihre christliche Partei dagegen Stellung* [77].

Der Jude ist Ihnen mehr wert als der eigene Katholik.

Ist das christlich, Herr Schäffer?!

Ein anderes Beispiel:

Jeder schmutzige und schmierige - und zwar innerlich schmierige - Ostjude erhält durch Ihre christlichen Parteien das Staatsbürgerrecht in Deutschland [78]. *Es spielt keine Rolle, ob er Kommunist ist oder Bolschewik. Keine Rolle, ob er wuchert, schiebt oder durch den Unrat seiner literarischen Produktion unser christliches Volk vergiftet: Der Jude wird deutscher Staatsbürger. Wenn aber ein deutscher Katholik, Herr Schäffer, seine Heimat verliert, weil er vier Jahre lang im deutschen Heer gekämpft hat, fast sechs Jahre lang sich im bayerischen Heeresverband befand, Ihnen aber parteipolitisch nicht paßt, dann bleibt der deutsche Christ staatenlos und fremd* [79], *der Jude aber ist Ihr Bruder.*

Herr Schäffer, Führer einer christlichen Partei, haben Sie die Stirne, zu sagen, daß das christlich ist?

Oder: Es liegt im Wesen unseres Christentums, Mitleid zu haben mit jeder Kreatur des Herrn. Das Kind soll schon lernen, kein Tier zu quälen, das hilflos zum Menschen emporsieht und wehrlos seiner Macht untergeben ist.

In unseren Schlachthäusern aber, da werden unter Martern schuldlose Tiere geschächtet [80], *die, wenn sie jemals die Öffentlichkeit zu sehen bekäme, eine Revolution hervorrufen würden, die Sie, Herr Regierungsrat, samt Ihrer christlichen Partei wie Spreu wegfegen würde.* Selbst die Sozialdemokratie konnte es nicht verantworten, für solch eine unchristliche Quälerei die Stimme zu erheben. *Ihrer Bayerischen Volkspartei, Herr Schäffer, blieb es vorbehalten, den Juden das Recht zuzubilligen, einer Kulturschande zu frönen, die jedem christlichen Sinn und Gewissen mit der Faust ins Gesicht schlägt. Christen wollen sie sein und erlauben dem Juden, daß er noch heute wenigstens das Vieh so quält, wie er einst den Herrn gemartert* [81].

---

77 Anläßlich der Beratung des Universitätsetats für 1929 im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 12.3.1929 hatte der NSDAP-Abgeordnete Rudolf Buttmann erfolglos die Einführung eines Numerus clausus für Studenten jüdischen Glaubens angeregt, wie er im Sommer 1929 auch von einigen Burschen- und Studentenschaften gefordert wurde. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, Nachtrag zur 38. Sitzung vom 5.6.1929, S. 556 f. sowie Heike Ströhle-Bühler, Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 104 ff.

78 Anspielung auf einen Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern an die Regierungs- und Oberpräsidenten vom 31.5.1919, Einbürgerungsanträgen von Juden aus Polen und Galizien zu entsprechen, wenn sie unbescholten seien und eine Arbeitsstelle vorweisen könnten.
Trotz dieses Erlasses kam es in Preußen bis 1923 zu Ausweisungsaktionen. Die unter Generalstaatskommissar von Kahr 1923 verfügten Ausweisungen von Ostjuden aus Bayern riefen internationale Proteste hervor. Die Maßnahmen mußten auf Druck der Reichsregierung abgemildert und eingestellt werden.
Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986, S. 311 ff., 361 ff., 405 ff.

79 Vgl. Dok. 26, Anm. 42.

80 Vgl. Dok. 48, Anm. 24.

81 Vgl. Dok. 48, Anm. 26, 27.

Und dann, Herr Regierungsrat, wundern Sie sich, daß die Jugend Sie zu fliehen beginnt? Was sie zu uns herzieht ist das, was sie von Ihnen abstößt:

Die deutsche Jugend glaubt Ihrer Partei nicht mehr, sondern uns.

Sie sieht in Ihrer Partei die Lüge herrschen und sucht die Wahrheit.

Und so, wie das Christentum der Bayerischen Volkspartei brüchig und unwahr ist, so ist es die

monarchische Gesinnung.

Das alte Zentrum, Ihre einstige Mutterpartei [82], hat redlich mitgewirkt, der Republik den Einzug zu erleichtern. Denn eines können Sie, Herr Schäffer, nicht aus der Welt schaffen: *Als in Deutschland und in Bayern die Monarchie gestürzt wurde, war Ihre damalige Partei tatsächliche Trägerin der Regierungsgewalt* [83].

Sie haben den Sturz nicht verhindert - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben als erste die Republik anerkannt - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben sich als erste restlos auf den Boden der Tatsachen gestellt - aber Sie sind "monarchisch".

Sie haben als erste Partei der bürgerlichen Welt mit den republikanischen alten Reichsvernichtern zusammen regiert [84] *- aber Sie sind "monarchisch".*

Sie haben die Weimarer Verfassung mitgemacht [85] *- aber Sie sind "für die Monarchie"!*

Sie haben das Republikschutzgesetz [86] *mit ins Leben gerufen - aber "monarchisch" ist Ihr Herz!*

Ihre Partei, Herr Schäffer, ist "monarchisch", und unter Ihrem Regiment hat die Republik die größten Fortschritte gemacht!

Ihre Partei, Herr Schäffer, ist "monarchisch", aber Sie haben am meisten die verfolgt, die dem Weimarer Staat gefährlich zu werden drohten!

Sie sind monarchisch bis in die Knochen, Herr Schäffer, aber die Symbole der Republik hat Ihre Partei als erste eingeführt!

Ihr Herz, Herr Schäffer, erglüht vor monarchischer Begeisterung, aber Ihre Partei sitzt in Berlin in den republikanischen Reichsregierungen und hilft dadurch mit, von jedem öffentlichen Bauwerk sorgfältig Wappen und Kronen herunterzukratzen, damit das Auge der neudeutschen Staatsbürger nicht verletzt und übel beleidigt werde [87]*!*

---

82 Vgl. Anm. 2.

83 Anspielung auf die, von den Mehrheitsparteien des Reichstags - Zentrum, SPD, Freiheitlicher Volkspartei und Nationalliberalen - getragene, erste dem Reichstag verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden. Vgl. Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden im Oktober und November 1918. In: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 63-76.

84 Vgl. Dok. 61, Anm. 18.

85 Der Münchner Rechtshistoriker Konrad Beyerle war einziges BVP-Mitglied des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Bei der Abstimmung über die Reichsverfassung am 31.7.1919 in der Nationalversammlung stimmten 16 der 18 Abgeordneten der BVP zu, einer enthielt sich, einer stimmte dagegen. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 30 f.

86 Vgl. Dok. 28, Anm. 10.

87 In Bayern blieb es für die Reichsregierung bis Ende der zwanziger Jahre unmöglich, an Feiertagen eine allgemeine Beflaggung mit den Reichsfarben durchzusetzen. Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 243 f.

Sie sind "Monarchist", Herr Schäffer, aber die republikanische Reichsregierung, in der Ihre neue Bayerische Volkspartei als verläßlichster Mitfaktor sitzt, jagt einen Reichswehrminister zum Teufel, weil ein Prinz sich Manöver ansieht[88]*!*

Das sind lauter Tatsachen, Herr Schäffer.

So ist das Verhalten Ihrer Partei, Herr Schäffer.

Aber dennoch: *Schäffer, der Regierungsrat der Republik, ist Monarchist - republikanischer Monarchist!*

Nur eine einzige kleine bescheidene Frage, Euer Hochwohlgeboren:

Was taten Sie und Ihre Partei denn nun ernstlich, um diese Republik, die Ihnen als Monarchist von gutem, altem Schrot und Korn doch ein Dorn im Auge sein muß, zu beseitigen und die Monarchie wieder einzuführen?

Was also, Herr Schäffer, hat Ihre Bayerische Volkspartei, von der Sie mit Kühnheit behaupten, daß sie eine "monarchische Partei" sei, was hat sie getan, um Bayern oder gar Deutschland wieder zur Monarchie zu machen?

O Jammer, o Elend! Es ist schmerzlich, eine solche Frage beantworten zu müssen, wo doch jedermann weiß, daß man leider ja auch hier wieder einmal "keine Handhabe hat", um etwas für die "alten, guten Monarchen" zu tun.

Der Verrat der Bayer[ischen] Volkspartei an Bayern

Es ist so schön, Herr Schäffer, unter seiner gestärkten Brust ein monarchisches Herz schlagen zu fühlen, ohne Gefahr zu laufen, die republikanischen Annehmlichkeiten zu verlieren. Stille, mein Herz, nur nicht laut hinausjauchzen; das monarchische Gefühl eines bayrischen Volksparteiführers ist ein so kostbares Gut, daß es nur von Zeit zu Zeit aus dem heiligen Schrein des Busens herausgenommen und gelüftet wird, um dem Volke gezeigt zu werden. Diese Festtage treffen stets bei Wahlzeiten ein. Und daher wird Ihr fassungsloses Beben verständlich über die unerhörten Beleidigungen, ja Bedrohungen, die Ihrem "Allergnädigsten Hohen Herrn, Kronprinzen und König", zugefügt worden sein sollen!

Es wird gut sein, Herr Schäffer, daß die Wahl bald vorbei ist, damit das in monarchischen Aufregungen pumpernde Herz Ihrer Partei die gewohnte republikanische Ruhe zurückerhält!

Und Sie wundern sich, Herr Schäffer, wenn dann die deutsche Jugend und wenn Zehntausende u[*nd*] Zehntausende erwachende Deutsche lieber zu der Partei gehen, die kurz und bündig versichert, *daß ihr Kampf der Zukunft des deutschen Volkes gilt, daß sie aber das Novemberverbrechen niemals anerkennen kann, niemals anerkennen wird, und die Verbrecher von einst in der Zukunft einer gerechten Sühne zuzuführen gedenkt!*

Herr Schäffer,

ich kämpfe nur für Deutschland,

kämpfe nur für mein Volk, lehne aber dafür jede Verständigung ab mit denen, die dieses mein Volk innerlich und äußerlich zugrunderichten!

---

88 Gemeint ist der Chef der Heeresleitung der Reichswehr, Hans von Seeckt, der Anfang September 1926 in eigener Verantwortung die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt hatte. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein. Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, S. 501 ff.

Sie, Herr Schäffer, sind Monarchist, Ihre Partei aber festigt die Republik.
Das Volk soll entscheiden, was die ehrlichere Bewegung ist:
Wir, die wir heute kämpfen, oder Sie, die Sie heute regieren.
Ihre Partei, Herr Schäffer, ist endlich "*föderalistisch". Es ist ein*
platonischer Föderalismus,
dem wahrscheinlich auch infolge des "Mangels gesetzlicher Handhaben" die praktische Verwirklichung nicht gelingt!

Tatsache ist, daß es aber keine zentralistische Regierung in Berlin gibt, in deren warmem Neste nicht die föderalistische Bayerische Volkspartei hockt!

Tatsache ist weiter, Herr Schäffer, daß unter dem Regiment Ihrer föderalistischen Partei Bayern ein Hoheitsrecht nach dem anderen verloren hat [89]*!*

Tatsache ist weiter, daß immer dann, wenn der Kampf um ein solches Hoheitsrecht ernst wurde, Ihre Partei, Herr Schäffer, Ihre "föderalistische" Partei gegen die Dummköpfe Stellung nahm, die dann glaubten, daß Reden und Handeln eins sein müsse!

So ist es Tatsache, daß Sie eine Position nach der anderen ohne Erschöpfung der letzten Widerstandsmöglichkeit preisgegeben haben! Nicht einmal aus einer Regierung sind Sie deshalb ausgeschieden!

Tatsache ist endlich, daß unter der Regierung Ihrer "föderalistischen" Bayerischen Volkspartei alle tatsächlichen Widerstandsmöglichkeiten in Bayern endgültig abgerüstet worden sind [90]*.*

Ihre föderalistische Partei, Herr Schäffer, hat am schärfsten diejenigen verfolgt, die gegenüber der Berliner Judenhabgier eine positive Widerstandsmöglichkeit organisieren oder ergreifen wollten!

Es ist weiter Tatsache, daß Ihre "föderalistische" Bayerische Volkspartei, Herr Schäffer, eine deutsche Außenpolitik förderte und damit eine Politik verbrach [*sic!*]*, die infolge ihrer wahnwitzigen finanziellen Erpressungen zur Vernichtung der Finanzhoheit der Länder führen mußte* [91]*!*

Die Bayerische Volkspartei ist, je verrückter unsere außenpolitische Einstellung war, um so sicherer hinter den unitaristischen Rattenfängern des Berliner Auswärtigen Amtes nachgelaufen.

---

89 Die zahlreichen Reservatrechte, welche die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 den Ländern und im besonderen dem Königreich Bayern zugesichert hatte, waren durch die neue Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 weitgehend eingeebnet worden, etwa durch Abbau der Länderfinanz- und -verkehrshoheit, den Wegfall der militärischen Hoheitsrechte, die Aufhebung des ausländischen Gesandtschaftsrechts, die Eingliederung des Post- und Telegraphenwesens in die Deutsche Reichspost, die Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeit des Reiches auf Kosten der Länder, die Vereinheitlichung des Ausnahmerechts und die Einschränkung der Länderautonomie in den Bereichen Bildung, Schule und Religion. Auch durch den Ausbau der Reichsverwaltung verstärkte sich trotz Widerstand der Länder die Tendenz zur "Verreichlichung". Vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77, S. 75 ff.

90 Vermutlich Anspielung auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren. Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

91 Bezieht sich auf die Finanzreform des Reichsministers der Finanzen, Matthias Erzberger, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war und die Steuerhoheit von den Ländern auf das Reich übertrug. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

Die Tatsachen sprechen hier für sich.

Bayern war nach dem Kriege am stärksten in dem Augenblick, in dem die nationalsozialistische Bewegung sich in ihrer höchsten Blüte befand. Sie hatten die Stirne uns vorzuwerfen, daß wir dies zerschlagen hätten.

Herr Schäffer, was im Jahre 1923 in Bayern an vaterländischer, nationaler Kraft vorhanden war, ist in einem ununterbrochenen Kampf gegen die Bayerische Volkspartei entstanden, genau so wie die Heimwehren in Österreich[92] *sich gegen die parlamentarischen Parteien des Wiener Bundesparlaments durchsetzen mußten*[93].

Und nun, hoher bayerischer Regierungsrat der Politik und Staatskunst von München und Umgebung, ist das Volk ja allerdings leider mehr als dumm. *Aber doch Gott sei Lob und Dank nicht so beschränkt, als daß es nicht endlich doch den Zwiespalt in der Behauptung und im Wollen sowie der Ausführung unserer Parteien herausfinden würde.*

Hunderttausende fühlen sich heute betrogen!

Sie glauben nicht mehr an den christlichen Charakter Ihrer Partei, Herr Schäffer, sondern Sie halten das nur für ein äußerliches Mittel, um Wähler zu fangen. Ein Mittel, dessen man sich später nicht mehr erinnert, sondern das dann in die Schublade kommt!

Sie glauben nicht mehr an den monarchistischen Charakter Ihrer Partei, oder gar an das monarchistische Wollen. Hunderttausende sind auch hier überzeugt, daß das alles heute ein leerer Schein ist!

Hunderttausende glauben nicht mehr an die ehrliche föderalistische Einstellung. Für sie ist erwiesen, daß unter der Herrschaft der Bayerischen Volkspartei Bayern in zehn Jahren mehr verloren hat, als es in hunderten aufbauen konnte!

Die Nationalsozialistische Bewegung wird demgegenüber unverrückbar und beharrlich ihre Arbeit der inneren Konsolidierung der deutschen Widerstandskraft fortführen. Ob sie den Marxismus bekämpft oder nicht, das werden ebenso die Taten zeigen, wie die Taten bewiesen haben, daß unter dem Regiment Ihrer Partei der Marxismus Deutschland zerbrach und Bayern vernichtete, und heute mit Hilfe "christlicher" Parteien das Reich in immer tieferes Unglück bringt!

Sie sollen aber eines wissen, Herr Schäffer, Regierungsrat und Kampfstratege der Bayerischen Volkspartei, daß jeder Versuch eines Angriffs auf unsere Bewegung auf den Angreifer selbst zurückfällt!

Ich hatte gehofft, daß anläßlich dieser Wahl[94] *eine Generalauseinandersetzung mit dem Marxismus stattfindet. Dank Ihrem Angriff wurde der Kampf verschoben. Wir sind von jetzt ab bereit, mit aller Energie, die uns zur Verfügung steht, die Bewegung zu schützen, indem wir für jeden Hieb auf uns zehn Schläge zurückerteilen.*

Ich weiß, daß auch diese Ausführungen schon dazu dienen werden, Tausenden die Augen zu öffnen und sie zu bestimmen, bei der am Sonntag stattfindenden Wahl ihre eigenen Konsequenzen zu ziehen[95].

---

92 Vgl. Dok. 23, Anm. 14.
93 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.
94 Vgl. Dok. 98, Anm. 1.
95 Gemeint sind die bayerischen Kommunalwahlen am 8.12.1929.

Diese Konsequenzen können nur sein:

Keine Stimme den Parteien des heutigen Regiments, der Verjudung und Versklavung Deutschlands, sondern jede Stimme den Trägern der Freiheitsidee, des Kampfes gegen eine unfähige Außen- und Innenpolitik, des Widerstandes gegen eine wahnwitzige innere Erpressung zur Erfüllung freiwillig unterschriebener Diktate, eine jede Stimme den fanatischen Feinden und Bekämpfern des Warenhausschwindels sowie der Vernichtung unseres Mittelstandes, der Verelendung unserer Arbeiter und Proletarisierung unserer Bauern.

Jede Stimme den Nationalsozialisten.

Das wird dann auch die beste Antwort sein auf Ihre Angriffslust, Herr Schäffer!

Adolf Hitler

7. Dezember 1929 Dok. 113
"Der letzte Schlag! Unser der Sieg!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 10.12.1929, "Die letzte Wahlversammlung in München".

Adolf Hitler befaßte sich einleitend zunächst mit Herrn *Schäffer*, dem er das Gedächtnis auffrischt[*e*]: Die größeren Versammlungen der Bayerischen Volkspartei waren keine Versammlungen, sondern *Wahlkundgebungen*, bei denen auf Anfrage meinerseits *keine Diskussion* zugelassen war [3]. (Hört-Hört-Rufe.) Was die Bayerische Volkspartei sonst an "Versammlungen" abhält, könne mich nicht verleiten, vor diesen zweihundert nicht ausgekochten, sondern getrockneten alten Männlein zu sprechen. Öffentlich bin ich von ihr *nie eingeladen* worden zu sprechen. *Wenn aber Herr Schäffer in der nächsten Woche hier im Zirkus Krone eine öffentliche Versammlung abhält und mir Redefreiheit zusichert, dann komme ich selbstverständlich.* (Stürmischer Beifall.)

Hitler skizziert unter Beifallsstürmen den Eintritt der Nationalsozialisten in die politische Bewegung: *Wir sind nun einmal da,* trotz des Mißfallens des Herrn Schäffer, und werden uns nicht mehr ausschalten lassen!

Hinreißend schildert er den Eintritt des Soldaten in die Front [4], den langsamen Zusammenbruch und den Zustand, unter dem ihn, der mit einer Gelbkreuzvergiftung [5] und der Gefahr,

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.12.1929 sowie Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10139).

2 Im Zirkus Krone. An der öffentlichen Versammlung, die von Kreisrat Hermann Esser geleitet wurde, nahmen laut VB 7.000 Menschen teil.

3 Am 12.11.1929 hatten Versammlungsstörer der NSDAP die vorgesehene Aussprache auf einer BVP-Versammlung im Restaurant "Blüte" verhindert. Vgl. Bayerischer Kurier vom 13.11.1929, "Die Bayer. Volkspartei in Staat und Gemeinde".

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 44.

5 Sammelbezeichnung für chemische Kampfstoffe, deren Wirkung auf Ätzung beruht. Munition, die diese Stoffe enthielt, war im Weltkrieg auf deutscher Seite mit einem gelben Kreuz gekennzeichnet.

das Augenlicht zu verlieren, daniederlag, die *Revolution* überraschte [6]. Hier erwuchs der Entschluß, *den Kampf an der Front in der Heimat fortzusetzen*, den Kampf aufzunehmen gegen die Gebilde, die den Zusammenbruch verschuldeten [7]. Im Kreise meiner Kameraden habe ich zuerst geworben gewöhnliche Frontsoldaten - ich war ja nur Gemeiner, nicht Offizier (Beifall) -, *ich wußte nicht, ob ich reden könnte, ich hatte vorher nie geredet und wollte nur versuchen, es zu tun.*

Hitler schildert dann die ersten Versammlungen mit ein paar Besuchern, bis er endlich vor einer größeren Menge reden konnte [8].

Unter der politischen Tätigkeit des Bürgertums ist der Marxismus von 1870 bis 1914 zu einer Macht herangewachsen, die wenigstens eine Weltanschauung besaß, wenn auch eine verrückte. Lesen Sie die Briefe der austretenden Abgeordneten aus der Deutschnationalen [*Volks*]-partei [9]:

Was sie wegführt ist die

Angst vor dem Verlust ihrer Mandate

und Regierungsposten. Als es dem Bürgertum mißlang, die Millionen Proletarier in den Dienst des nationalen Gedankens zu zwingen, *hatte es seine politische Rolle ausgespielt,* verlor es das deutsche Schicksal aus der Hand. Bürgertum und Marxismus sind konkrete, in sich abgeschlossene Begriffe *ohne jede Änderungsmöglichkeit.* Es mußte eine dritte Macht emporsteigen als Synthese der nationalen und sozialen Kräfte der beiden Gruppen.

Während diese heute einen Wahlkampf kämpfen, wird ihnen im Reich *der Boden unter den Füßen weggezogen*, unmöglich, daß einer der beiden Teile allein den *Sklavenbesitzer,* die internationale Weltbörse vernichtet. Sie können es nicht mit dem Kopf allein machen, sie müssen die deutsche Faust des deutschen Proleten [*sic!*] gewinnen, wenn sie handeln wollen. Wir sagten uns: Wenn das so ist, muß eine neue Bewegung kommen, die kämpfen muß. Einem nicht kampfkräftigen Bürgertum steht der aggressive Marxismus gegenüber, dem also unser Hauptkampf gelten mußte. Wir glaubten damals, daß das Bürgertum selbstverständlich *mit uns* gehen würde, wenn wir ihm das Glück der Freiheit bringen würden!

In der Geschichte gibt es nur die eine Frage: *Wer ist unterlegen?* Er wird immer das gleiche Schicksal haben.

---

6 Am 14.10.1918 erhielt Hitler bei Werwick in Flandern eine Kampfgasvergiftung, durch die er erblindete. Vom 15. bis 16.10.1918 wurde er im bayerischen Feldlazarett 53 in Qudenaarde, vom 21.10 bis 19.11.1918 im preußischen Reservelazarett Pasewalk in Pommern behandelt. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 29.

8 Vgl. Dok. 62, Anm. 17.

9 Wahrscheinlich Anspielung auf den Brief des Reichstagsabgeordneten der DNVP Gottfried Reinhold Treviranus vom 1.11.1929, in dem er grundlegende Kritik an der Führung der Partei durch Alfred Hugenberg äußerte. Wegen der Unstimmigkeiten um den § 4 des Gesetzentwurfes gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 111, Anm. 10) kam es am 3./4.11.1929 zur offenen Spaltung der DNVP. Gegen drei Abgeordnete war ein Parteiausschlußverfahren wegen ihres Abstimmungsverhaltens eingeleitet worden, drei weitere traten aus der Partei, sechs andere zunächst nur aus der Fraktion aus. Vgl. Denis Paul Walker, Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Cambridge (Mass.) 1976, S. 395 ff.

Warum haben wir unser Polizeiknüppel-Regiment [10]*?*

Wir haben die Freiheit nach außen verloren, die augenblicklichen Regierungen sind nur mehr Vollstrecker des ausländischen Willens und müssen daher die Freiheit im Innern niederhalten. Je freier ein Reich nach außen, je größer seine Kraft nach außen, desto größere Freiheiten kann es im Innern seinen Bürgern geben. *Ein Volk, das nach außen versklavt ist, kann im Innern keine Freiheit haben.* Das alte deutsche Reich gab dem Schutzmann einen Säbel, die Republik gibt ihm einen *Gummiknüppel*, den sie braucht, *damit die Sklaven parieren.* (Große Bewegung.)

Was man als Kultur bezeichnet, ist das schöpferische Blut unserer Rasse, das sich aus allen Schichten herausarbeitet [sic!], *aus Arbeitern, Bauern und intellektuellen Ständen, jenes Blut, das überall heraussprießt* [sic!] *und dann in der Vergangenheit abgekapselt wurde von allem Volke* [sic!].

Kultur ist also nicht das Ausschließliche dieser oder jener Partei oder des *Bürgertums,* das sich nur *politisch* zu fassen vermag. Hitler gesteht, daß er am Anfang seines Kampfes glaubte, daß dieses Bürgertum, das er gar nicht einer Bekämpfung für wert erachtete, eines Tages mit ihm gehen werde. Aber was geschah? Eine Welt stürzte zusammen, der Himmel brach nieder, und

die bürgerlichen Parteien wechselten nur ihre Namen [11].

Das war alles. Es kam noch schlimmer: Sie sahen zu, wie der Marxismus siegte, und sagten: Herr, sie essen so schnell und sie löffeln so tief hinein, daß es nicht lange dauert und die Schüsseln sind leer! Und ich verbringe die Zeit in "unfruchtbarer Opposition" - ich will *auf den Boden der Tatsachen treten,* ich will auch hin zu den vollen Schüsseln! (Stürmischer Beifall.)

So sagten auch die *Deutschnationalen,* und die Marxisten schoben ihnen den *Dawes-Pakt* [12] hin: Wollt ihr das fressen, ja oder nein? Ein Teil sagte: "Im Interesse des Vaterlandes" wollen wir das schlucken - *und sie starben daran, denn der Bissen war vergiftet* [13].

Das Bürgertum suchte sich anzupassen, und die Angst vor dem, der sich ersichtlich nicht anpassen will, hat sie uns zu Feinden gemacht.

Wie eine Vision schildert Hitler das ekstatische Gefühl des nächtlichen Meldegängers bei Arras, als die Sprache der 21er Kanonen [14] *plötzlich wieder zu dröhnen begann und den Horizont mit ihren Blitzen erhellte: Hier steht Deutschland, das ist unsere Sprache - diese Sprache*

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 18.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

13 Die DNVP, deren Erfolg in der Reichstagswahl vom 4.5.1924 nicht zuletzt aus ihrer entschiedenen Ablehnung des Dawes-Plans resultierte, hatte sich unter dem Druck der Interessenverbände in ihrer Haltung zum Dawes-Plan gespalten. Am 29.8.1924 stimmten 48 ihrer Reichstagsabgeordneten für die Annahme, 52 für die Ablehnung, sechs blieben der Abstimmung fern. Das unerwartete Abstimmungsverhalten der deutschnationalen Reichstagsfraktion sorgte für erhebliche Spannungen mit der Parteibasis, so daß Oskar Hergt am 23.10.1924 als Partei- und Fraktionvorsitzender zurücktrat. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S. 74 ff.

14 Bezieht sich wahrscheinlich auf das "Paris-Geschütz" der deutschen Armee, ein auf 21 cm herunterkalibriertes 38-cm-Eisenbahngeschütz mit einer maximalen Schußweite von knapp 132 km. Seit 1918 im Einsatz, hatte der Beschuß des 90 km entfernten Paris allerdings eher propagandistischen als militärischen Wert. Vgl. John Batchelor und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977, S. 29, 42.

kennen sie da drüben und bergen sich vor ihr. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Und ich ging wieder zurück zur Front mit dem stolzen Gefühl, "auch du bist ein kleiner Wurm dieses Volkes".

Und heute:

Was ist aus Deutschland geworden?

In 10 Jahren hat man uns diese stolze Zuversicht aus dem Herzen gerissen, hat uns niedergezüchtet zu erbärmlichen Sklaven. Hitler zeichnet die abstürzende Linie vom Tag von Compiègne, wo ein Erzberger Deutschland repräsentierte [15], bis zum Young-Plan [16], das Heruntersinken von Stufe zu Stufe, und in gleich erschütternder Weise

die ganze Erfüllungstragödie

von dem Tage an, da die Sozialdemokratie das Volk entwaffnete [17], *"damit wir endlich erfahren, was wir zu zahlen haben".*

Politik heißt Kampf um das Leben und dieser wird ausgefochten im Kleinsten wie im Größten. Er beginnt in der *Kommune* und endet im Reich, er hat seinen Anfang im Reich und sein Ende in der Kommune. *Wenn der Kampf im Allergrößten versagt, kann auch im Kleinsten kein Glück und Segen kommen.* Wir treten in die Kommune ein als Verfechter nichtkommunalpolitischer Ziele, sondern *als Verfechter der deutschen Freiheit. Wir treten vor sie hin als Bittende für die Schaffung einer neuen deutschen Front.* (Stürmischer Beifall.)

Wenn die kommende Zeit den Untergang der Nation feststellt, dann wird sie auch feststellen müssen, *daß in dem gleichen Jahre das neue kommende Reich geboren wurde.* (Stürmischer Beifall.) Hitler zeichnet die Ziele dieses Reiches, seinen organischen Aufbau, sein granitenes Fundament, sein *Symbol* [18], das weit hinausleuchtet über die Grenzen der Kommunen, der Länder, ja selbst des Reiches: So weit Deutsche in unserer Sprache reden, soll *ein* Zeichen verkünden, daß sie *einen* Willen haben, an *eine* Zukunft glauben, das Symbol der werdenden Freiheit, die Flagge des kommenden Reiches, die die eigenen, ruhmvollen, unvergänglichen Farben in neuer Form zusammenfügt [19], die klar zum Ausdruck bringt, was diesen neuen Staat beseelt.

München steht im Mittelpunkt des geistigen Kampfes. Die junge deutsche Freiheitsbewegung hat von hier ihren Ausgang genommen. Was Richard Wagner dem deutschen Volke für die Kunst der Zukunft gab, das geben wir als Reich der Kraft und Macht der Zukunft. Was der Meister der Töne einst nicht zu ertragen vermochte [20], das wollen wir, die wir Kämpfer sind, auskämpfen. Das mögen sie sich gesagt sein lassen, die glauben, diese Stadt um die Ehre bringen zu können, Vorkämpferin zu sein für das neue Deutschland - es soll ihnen nicht gelingen. (Stürmischer Beifall.)

---

15 Gemeint ist der Waffenstillstand vom 11.11.1918. Matthias Erzberger war Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission. Vgl. Dok. 30, Anm. 4.
16 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.
17 Vgl. Dok. 6, Anm. 40.
18 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne. Vgl. Dok. 61, Anm. 30.
19 Bezieht sich auf die Farben des Kaiserreichs, die auch in der Hakenkreuzfahne enthalten waren. Vgl. Dok. 61, Anm. 5.
20 Vgl. Dok. 17, Anm. 45.

Der Wahltag [21] *wird vergehen, nur eines wird bleiben: Dieses Zeichen (Hitler deutet auf die Hakenkreuzfahne) wird sich nicht ändern, die Scharen, die dafür kämpfen, werden wachsen, und die Stunde wird kommen, da dieses Zeichen flattern wird über Deutschland, und in Ihrer Hand liegt es, daß dieses Zeichen als erste Stadt sich München, Bayerns Hauptstadt erwählt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)*

13. Dezember 1929 — Dok. 114
Zeugenaussage vor dem Amtsgericht Schweidnitz [1]

Vossische Zeitung vom 14.12.1929 (PA), "Hitler über seine Sturmabteilungen" [2].

Die über einstündige Vernehmung von Adolf *Hitler* in dem Schweidnitzer Nationalsozialistenprozeß gestaltete sich im wesentlichen zu einem großen Plädoyer für die loyale und ideale Gesinnung seiner Anhänger. Zunächst schwächte Hitler einige etwas unvorsichtige Publikationen aus nationalsozialistischen Kreisen ab, indem er u. a. erklärte, daß die "Zehn Gebote für den S.A.-Mann" [3] wesentlich Zielgebungen von einzelnen Herren darstellten, die er nicht als parteiamtlich anerkennen könne [4]. Hitler erklärte, die Nationalsozialisten würden sich nie gegen die organisierte Staatsgewalt wenden, da das praktisch aussichtslos sei.

21 Bezieht sich auf die Kommunalwahlen in Bayern am 8.12.1929.

1 Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. Ein Teil der beteiligten SA-Männer wurde daraufhin angeklagt, am 23.12.1929 jedoch zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt. Während des Verfahrens, das vom 3.12. bis 23.12.1929 vor dem Schöffengericht Schweidnitz verhandelt wurde, trat auch Hitler am 13.12.1929 als Zeuge auf. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 83 ff. ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 341-362; Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f.
Der Berufungsprozeß vor dem Landgericht Schweidnitz wurde vom 10.6. bis 5.7.1930 verhandelt; Hitler sagte nochmals am 12.6.1930 aus. Vgl. Bd. III/3.

2 Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.12.1929 (MA), "Die Sturm-Abteilung"; Frankfurter Zeitung vom 14.12.1929 (AA), "Hitler und sein Sturmtruppführer"; Sächsischer Beobachter vom 15.12.1929, "Der Skandal von Schweidnitz"; Friedrich Heiß, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938, S. 301 f.

3 Nicht ermittelt. Gemeint ist hier möglicherweise das "Das kleine abc des Nationalsozialisten" von Joseph Goebbels, Oranienburg o. J.

4 Die "GRUSA I" vom 30.5.1927 legte unter anderem fest: "Alle Anordnungen und Befehle grundsätzlicher Art, die die SA betreffen, sind nur rechtsgültig, wenn sie außer der Unterschrift des Obersten SA-Führers noch die des Partei-Vorsitzenden tragen." Vgl. Bd. II/1, Dok. 133.

Der Gedanke der "Selbstwehr" sei nur aus der Überzeugung entstanden, daß die Staatsgewalt bei dem Schutz der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte "versage". Der Sieg des Marxismus sei zum größten Teil nicht der Sieg einer Weltanschauung, sondern eines organisierten Terrors. Ein Vorgehen gegen den Staat habe der Bewegung jederzeit ferngelegen.

Auch 1923 sei er der Meinung gewesen, daß er "gemeinsam mit der organisierten Staatsgewalt" in München vorgehe [5]. Immerhin erklärt Hitler dann, daß die Periode von 1923 jetzt abgeschlossen sei. Aber nach den unzähligen Mordüberfällen [6] könne die Stimmung unter den jugendlichen Idealisten überschäumen und der Grundsatz "Auge um Auge" [7] zu Geltung kommen. Wenn es zu schweren Szenen komme, dann habe daran der Staat schuld, der den marxistischen Terror so weit habe emporkommen lassen.

Zum Schluß erklärt er emphatisch: "Ich weiß mich ein Herz und eine Seele mit den Angeklagten [*sic!*]."

Befragt, warum in den Parteibefehlen den Anhängern nahegelegt wird: "Vor der Polizei wißt ihr nichts!" [8] erklärt Hitler: "Ich vertrete die Auffassung, daß die Polizei die Exekutivgewalt des Staates ist. Der Staat aber ist heute bestimmt von parteipolitischen Weltanschauungen, die gegen uns sind. Infolgedessen ist auch die Polizei gegen uns in jedem Fall. Wir geben vor jedem Richter Auskunft, aber nie vor einem deutschen Beamten." [9]

14. Dezember 1929 — Dok. 115
"Bekanntmachung betreffend Gründung der Nationalsozialistischen Sterbekasse"
Anordnung

VB vom 14.12.1929.

In die Milliarden hinein geht die Summe der Gelder, die von den Versicherungsgesellschaften in Deutschland Jahr für Jahr aus den Millionen einzelner Versicherungsprämien angesammelt werden [1]. Die Leiter und Inhaber der Versicherungsgesellschaften haben es in der Hand, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen mit den Geldern so zu operieren, wie es ihnen gefällt. Da die großen Versicherungsgesellschaften fast alle mehr oder weniger unter jüdischem Einfluß

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 23.
6 Vgl. Dok. 88, Anm. 3.
7 Nach 2. Mose 21, 24.
8 Der OSAF, Franz von Pfeffer, hatte am 1.11.1929 die SA-Männer zur Verschwiegenheit verpflichtet, um der "Verdrehungskunst und gewissenlose[*n*] Auslegung übelgesinnter Beamter" entgegenzuwirken. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 374.
9 Folgt Bericht über die Befragung des Zeugen Franz von Pfeffer.

1 Die Prämieneinnahmen der vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung kontrollierten Versicherungsunternehmen beliefen sich im Jahr 1929 auf 1,6 Milliarden RM. 720 Millionen RM flossen bei der Regelung von Schadensfällen an die Versicherten zurück. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 401.

stehen und vom Bankkapital abhängig sind, wissen wir nur zu gut, in welcher Richtung diese Riesensummen sich auswirken. Es ist für unsere Parteigenossen also nicht gleichgültig, welchem Unternehmen sie ihre Versicherungsprämien zufließen lassen, die für Versicherungen verschiedener Art aufgebracht werden müssen. Den Nationalsozialisten den Weg zu judenfreien - rein deutschen - Versicherungsgesellschaften zu weisen, ist Aufgabe der Nationalsozialistischen Versicherungs-Hilfe [2], die jeder Nationalsozialist vor Abschluß einer Versicherung stets in Anspruch nehmen sollte.

In starkem Maße ist das durch Mitglieder der Bewegung aus allen Gauen schon geschehen. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die Sorge für das Wohl der Familienangehörigen im Falle eines Todes allen Parteigenossen besonders am Herzen liegt. Sehr viele Nationalsozialisten sind jedoch nicht in der Lage, die Prämie für eine Lebensversicherung zur Sicherstellung ihrer Angehörigen aufzubringen. Es fehlte eine Einrichtung, die es auch dem ärmeren Parteigenossen gestattet, eine Sicherstellung der Kosten eines Sterbefalles vorzunehmen und gegebenenfalls darüber hinaus noch Mittel bereitzustellen, ohne gleichzeitig unseren Feinden dadurch Geld in die Hände zu spielen.

Darum ist mit Wirkung ab 1. Dezember [1929] die Nationalsozialistische Sterbekasse ins Leben gerufen worden.

Für den geringen monatlichen Beitrag von 1/2 [*Reichs*]Mark wird ein Sterbegeld von 300 [*Reichs*]Mark sichergestellt, für 1 [*Reichs*]Mark Monatsbeitrag 600 [*Reichs*]Mark usw.

Aufnahmefähig ist jeder Parteigenosse und Gesinnungsfreund, Frauen und Kinder bis zum Alter von 50 Jahren mit 5 Anteilen, bis zu 55 Jahren mit 2 Anteilen. Aufnahmen von Personen über 55 Jahren ist nach besonderer Prüfung von Fall zu Fall möglich.

Falls bei der Bewirtschaftung dieser Sterbekasse Überschüsse erzielt werden sollten, wird ein Vermögensstock angesammelt, aus dem den im Kampfe gegen Marxisten gefallenen Kämpfern des Nationalsozialismus ein würdiges Begräbnis zuteil werden soll [3].

Nationalsozialistische Versicherungshilfe.

Ich fordere alle Nationalsozialisten, die ihr Leben versichern wollen, auf, der

Nationalsozialistischen Sterbekasse

beizutreten und hierdurch diese Einrichtung nationalsozialistischer Gesinnungsgemeinschaft zu fördern.

gez. *Adolf Hitler*

---

2 Die Nationalsozialistische Versicherungs-Hilfe sollte Mitglieder und Anhänger der NSDAP bei Versicherungsabschlüssen beraten und an diejenigen Versicherungsgesellschaften weitervermitteln, die der NSDAP nahestanden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930, S. 150 ff.

3 Die zunehmende Zahl der Versicherungsfälle zwang die SA-Versicherung, neue Geldquellen zu erschließen. Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

21. Dezember 1929 Dok. 116
"Volksentscheid für das Volksbegehren" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Polizeibericht VI/d Nr. 2054/29 vom 22.12.1929; StA München, Pol. Dir. München 6740 [3].

Adolf Hitler erklärte bei Beginn seiner Ausführungen, daß es für ihn belanglos sei, wieviele Stimmen bei der kommenden Abstimmung sich für das Freiheitsgesetz [4] ergeben würden und ob die notwendige Zahl der Stimmen für das Gesetz aufgebracht würde. Die Hauptsache sei, vorläufig festzustellen, wieviele Personen in Deutschland den Mut aufbrächten, gegen den Unterdrückungswillen unserer Feinde aufzutreten. Sache der Nationalsozialisten sei es immer wieder, die Massen aufzurufen zum Widerstand gegen die Schandverträge, die uns der Feindbund auf Grund des verlorenen Krieges aufgezwungen habe [5].

Der Redner schilderte sodann die Ursachen, die seiner Auffassung nach zum Weltkrieg geführt haben. Hauptgrund für den Überfall der Feindmächte auf Deutschland im Jahre 1914 sei gewesen, den gefährlichen Konkurrenten Englands auf dem Welthandelsmarkte niederzuringen [6]. Deutschland habe sich in einer jahrelangen friedlichen Arbeit wichtige Welthandelsplätze, die vorher ausschließlich Exportplätze für die englischen Wirtschaftskreise gewesen seien, erobert. Damit war England allmählich vor die Entscheidung gestellt, durch das Wegfallen der Exportmöglichkeit entweder einer Periode des wirtschaftlichen Niedergangs entgegenzugehen oder, wie es in der Geschichte seit Jahrtausenden der Fall gewesen sei, den wirtschaftlichen Gegner mit politischen Mitteln niederzuringen. Letzteres habe England zunächst mit dem Jahre 1918 erreicht. Die weitere Absicht Englands und damit des Feindbundes sei nun, unter allen Umständen zu verhindern, daß Deutschland jemals wieder als Konkurrent auf dem Weltmarkte auftreten könne. Deshalb werde nun auf dem Wege von Reparationsverträgen Deutschland zwangsweise niedergehalten, die deutsche Industrie konkurrenzunfähig gehalten. Damit aber, und das ist das Ungeheuerlichste an dieser Tatsache, werden große Massen des deutschen Volkes, die eben nur bei einer exportfähigen Wirtschaft ernährt werden können, dem Untergange geweiht. Deutschland könne eben und solle nach dem Wollen der Feindmächte in der Zukunft keinen Warenexport mehr betreiben, sondern es sei gezwungen, den überflüssigen Bevölkerungsteil zu exportieren, das heißt, es müßten Tausende auswandern, um im fremdstaatlichen Auslande für fremdes Kapital Arbeit zu leisten [7]. Es sei daher eine Utopie, wenn

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10146).

2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 22.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. VB vom 24.12.1929, "Der historische Protest"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 29.12.1929, "Der historische Protest".

4 Gemeint ist der Volksentscheid über das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" am 22.12.1929. Vgl. Dok. 92, Anm. 2; Dok. 111, Anm. 13.

5 Bezieht sich auf den Versailler Friedensvertrag und die sich anschließenden Folgeverträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

7 Unter dem Stichwort "Sklavenexport" verbreitete der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren die irrige Behauptung, ein Teil der Reparationsleistungen nach dem Young-Plan müsse durch deutsche Arbeitskraft

behauptet würde, Deutschland könne nunmehr in friedlicher Arbeit seinen Platz unter den Völkern wieder erringen; denn einerseits würde uns durch die Verträge jegliche nutzbringende Arbeitsmöglichkeit genommen, andererseits habe ja die friedliche Arbeit des deutschen Volkes vor dem Jahre 1914 zum Kriege geführt und würde daher zwangsläufig wieder zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit einem handelspolitischen Gegner führen [8]. Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ansprüche der Feindbundmächte werde allerorts anerkannt, und es sei daher eine Ungeheuerlichkeit, auf der einen Seite fortwährend zu betonen, die Erfüllung der Verträge sei unmöglich, auf der anderen Seite aber zu erklären, Deutschland sei bereit zu erfüllen [9]. Es handle sich hier um eine politische Schuld [10]. Diese politische Schuld lasse sich aber nur auf gewaltsamen Wege beseitigen. Und stets in der Weltgeschichte sei es so gewesen, daß eine politische Schuld nicht auf dem Wege friedlicher Arbeit getilgt worden sei, sondern nur durch Entgegensetzen des Widerstandes der betroffenen Nation. Darum würden die Nationalsozialisten seit 10 Jahren zum Widerstand aufrufen, um den Boden zu bereiten für das deutsche Geschlecht, das den Widerstand, der immer wieder gepredigt werde, in die Tat umsetze.

Hitler verbreitet sich sodann über die Anwürfe gegen die angebliche nationalsozialistische Mißwirtschaft in Coburg [11]. Er erklärte, daß es eine Unwahrheit sei, wenn behauptet würde, die Nationalsozialisten hätten den Ruin der städtischen Finanzen in Coburg herbeigeführt. Coburg sei bereits bei der Übernahme der Geschäfte durch die nationalsozialistische Mehrheit finanziell am Ende gewesen, wie es heute die meisten Kommunen seien [12]. Allerdings würden die Nationalsozialisten nicht die Verschleierungspolitik der anderen Parteien betreiben, sondern sie hätten offen erklärt, wir sind am Ende. Die Folge sei gewesen, daß ein Staatskommissar aufgestellt worden sei [13]. Genau wie in Coburg müsse es allmählich in den übrigen Städten gehen. Es müssen schließlich die deutschen Länder, es müßte schließlich das Deutsche Reich erklären: "Wir sind am Ende, schickt einen Staatskommissar". Dann würde sich beweisen, ob schließlich der vom Feindbunde aufgestellte Staatskommissar es fertigbrächte, aus einem Volke, das vergleichsweise gesprochen ein Einkommen von 3.000 Mark habe, eine Schuldsumme von 30.000 Mark beizutreiben.

Zum Schlusse seiner Ausführungen richtete Hitler an die Anwesenden den eindringlichsten Appell, bei der morgigen Abstimmung [14] mit allen Mitteln für eine rege Beteiligung Sorge zu tragen. Man müsse die Leute aufrütteln und herbeischleppen, man müsse die Leute erziehen zu

---

im Ausland erbracht werden, Zwangsverpflichtungen seien daher zu erwarten. Vgl. Vossische Zeitung vom 26.9.1929 (PA), "Deutscher Sklavenexport nach Übersee" sowie vom 1.10.1929 (PA), "Der Volksbetrug der Volksbegehrer".

8 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vgl. z. B. Schöllgen, Flucht in den Krieg?

9 Vgl. Dok. 106, Anm. 17.

10 Vgl. Dok. 28, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 110, Anm. 11.

12 Am 31.12.1929 waren die deutschen Gemeinden mit insgesamt 8,2 Milliarden RM verschuldet, was sich verschärfend auf die Wirtschaftskrise auswirkte. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 518 f. sowie Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 251 ff.

13 Vgl. Anm. 11.

14 Vgl. Anm. 4.

Widersetzlichkeit und zum Widerstand gegen Forderungen, die den Untergang der deutschen Nation bedeuten. [15]

23. Dezember 1929 Dok. 117
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 23.12.1929; BA Slg. Schumacher 373 [1].

Die Ausgabe eines Handbuches der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre in kurzer allgemeinverständlicher Fassung auf wissenschaftlich fester Grundlage erscheint ein dringendes Bedürfnis und entspricht vielfach geäußerten Wünschen aus den Reihen der als Organisationsleiter und Redner tätigen Parteigenossen [2].

Zur Bearbeitung des Handbuches wird eine Kommission gebildet aus den Parteigenossen: *Feder* [3], *Dr. Albrecht* [4], *Dr. Buchner* [5], *Rudolf Heß, Himmler, Klagges* [6], *Reinhardt* [7], *Stöhr* [8], *Gregor Straßer, Adolf Wagner.*

---

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Organisationsabt. II". Fußvermerk: "Verteiler: An sämtliche Kommissionsmitglieder, sämtliche Herren Gauleiter, Herrn Hauptschriftleiter des V.B., Kampfverlag (Dr. Otto Straßer), Reserve (Organisationsabtlg. II)."

2 Seit September 1929 hatte die Organisationsabteilung II dieses Projekt vorbereitet. Vgl. Dok. 86.

3 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Mitverfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der "Nationalsozialistischen Bibliothek", 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der TU Berlin für Siedlungswesen.

4 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1924 Mitarbeiter im Völkischen Beobachter, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbeauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von drei Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.G.

5 Hans Buchner (1896-1971), 1922 Dr. phil., 1933 Chefsyndikus der Industrie- und Handelskammer München.

6 Dietrich Klagges (1891-1971), Lehrer, 1931 Minister für Inneres und Volksbildung von Braunschweig, Juli 1932-1933 MdR (NSDAP), 1933 MdL in Braunschweig, 1933 Ministerpräsident von Braunschweig.

7 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers.

8 Franz Stöhr (1879-1938), kaufmännischer Angestellter, 1914-1919 Gauvorsteher des DHV für Thüringen und 1921-1925 für Brandenburg-Pommern, 1924-1933 MdR (DVFP, seit 1927 NSDAP), 1928-1930 Herausgeber und Schriftleiter der Nationalsozialistischen Presse-Korrespondenz, 1930/31 im Präsidium des Reichstags, 1933 Leiter des Amts für soziale Fragen der DAF, 1934-1938 Oberbürgermeister von Schneidemühl.

Die Hinzuziehung weiterer Mitglieder zur Kommission behält sich der Parteiführer [9] vor.

Die Arbeiten der Kommission erfolgen in Form schriftlicher Beiträge und mündlicher Besprechungen unter Leitung des Parteiführers. Die erste Besprechung findet voraussichtlich Ende Januar 1930 in München statt [10].

Anregungen und Vorschläge auch aus den Reihen der nicht zu Kommission gehörigen Parteigenossen sind erwünscht und an die Organisations-Abteilung II [11] zu richten.

Die erste Kommissionssitzung wird sich befassen mit der Besprechung

1.) Allgemeiner Anregungen zur Abfassung des Handbuches.

2.) Von Äußerungen zur beabsichtigten Stoffgliederung (siehe Anlage [12]).

3.) Der grundlegenden Anschauungen (Abschnitt II der Stoffgliederung) [13].

gez. *Adolf Hitler*

28. Dezember 1929 — Dok. 118
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.12.1929.

Unter die Vorwürfe, die mit Recht gegen das heutige Regiment erhoben werden, gehört der, daß man mit allen Mitteln versucht, eine finanzielle Gesundheit vorzutäuschen in einer Zeit, da sich der Staatsbankrott an allen Ecken und Enden bereits ankündigt [1]. Es gehört zu den Ar-

---

9 Hitler.

10 Die Gespräche über die wirtschaftspolitische Stellung der NSDAP begannen im Frühsommer 1930. Zur Kommission wurde noch der damalige Stabschef der SA, Otto Wagener, zugezogen. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 105 ff.

11 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

12 "*Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre.*
(Entwurf einer Stoffgliederung.)
I. *Geschichtliche Einleitung:* Kurzer Überblick über die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert.
Die wichtigsten Volkswirtschaftstheorien dieser Zeit und ihre praktische Auswirkung.
II. *Die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre:*
1.) Die weltanschaulichen und politischen Grundlagen,
2.) Begriffsbestimmungen und Hauptgrundsätze,
3.) Richtwege zur Verwirklichung.
III. *Die Auswirkung* der nationalsozialistischen volkswirtschaftlichen Hauptgrundsätze *auf die Einzelgebiete* der Volkswirtschaft."

13 Das Ergebnis der Vorarbeiten war Heft 16 der von Gottfried Feder herausgegebenen Nationalsozialistischen Bibliothek von Hans Buchner, Grundriß einer Nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930.

1 Seit Sommer 1929 mußte der Reichsminister der Finanzen, Rudolf Hilferding, zur Deckung des Kassenbedarfs kurzfristige Kredite aufnehmen. Konjunkturell bedingte Steuerrückgänge erhöhten das Defizit. Auch die Zünd-

gumenten, die man für die Notwendigkeit der Annahme des Young-Plans ins Treffen führt, daß durch ihn eine "Erleichterung" der Reparationszahlungen eintreten würde [2]. Es wird damit versucht, den Anschein zu erwecken, als ob diese "erleichterte" Belastung dann getragen werden könnte. Tatsache ist aber, daß das Reich überhaupt nicht mehr zahlungsfähig ist. Aber das gilt nicht nur für den Young-Plan, sondern das galt auch bereits für den Dawes-Pakt [3]. Seit Jahren werden Schulden bezahlt, indem man Schulden macht [4]. Und zwar deckt man seit Jahren die politische Schuld immer wieder durch langfristige wirtschaftliche Schuldverpflichtungen. Im Young-Plan soll dieser Wahnsinn zur geregelten Methode erhoben werden. Wenn aber das Ausland auch heute noch solche Forderungen stellt, dann nicht zum geringen Teil deshalb, weil in Deutschland eine Scheinblüte vorgetäuscht wird [5], die allen Erpressungen ein vorgelogenes moralisches Anrecht gibt. Es wäre die Aufgabe verantwortungsbewußter Regierungen gewesen, unsere Zahlungsunmöglichkeit der anderen Welt in eindeutigster Weise vorzudemonstrieren [*sic!*]. Statt dessen versuchte man durch tausend Manöver immer wieder der Welt zu beweisen, daß es um Deutschland gar nicht so schlecht stehe! Wenn aber heute die deutsche Wirtschaft jammert über die trostlose Situation, in der sie sich befindet [6], dann trägt sie selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran. Die Novembermänner [7] brauchen das Geschwätz von der "Sanierung" und dem "Wiederaufstieg" Deutschlands, um wenigstens einen, wenn auch noch so fadenscheinigen Beweis für die Notwendigkeit ihrer Revolution anführen zu können. Die deutsche Wirtschaft aber hat ihnen mit ihrem dummen Gerede von der "wirtschaftlichen Wiedergesundung" usw. die Unterlagen dazu geliefert. Aus Selbsterhaltungstrieb muß die Revolution den Schwindel vom "Aufstieg" Deutschlands in die Welt setzen und kann dann vernünftigerweise aber keine Gründe finden, die der beutehungrigen Finanz der "Siegerstaaten" entgegengehalten werden könnten. Die Revolution hat Deutschland frei gemacht. Die Republik führt uns zu Glück und Wohlstand empor. Das deutsche Volk kann demnach zahlen! Die deutsche Wirtschaft gräbt sich mit ihrem Gerede von der Wiederherstellung des Reiches als Wirtschaftsfaktor selbst den Boden ab. Denn, indem sie immer wieder der Welt ihre staunenswerten Daten vom "wirtschaftlichen Wiederaufstieg", der "wirtschaftlichen Sanierung", der "Besserung unserer Wirtschaftslage" regierungsauftragsgemäß unter die Nase hält, rechtfertigt sie selbst die wahnsinnigen Erpressungen, die man diesem sanierten und wirtschaftlich wieder gehobenen Deutschland aufbürdet.

Es ist schwer zu sagen, wann unsere Wirtschaftler [*sic!*] endlich begriffen haben werden, daß sie mit ihren Redereien die Revolutionslumpen vom Jahre 1918 stützen und sich selbst am

---

holz-Anleihe (vgl. Dok. 82, Anm. 7) reichte zur vollständigen Abdeckung nicht mehr aus. Am 9.12.1929 hatte das Kabinett einen Reformplan verabschiedet, der eine Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und die Einführung einer Tabaksteuer vorsah. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition, S. 95 ff.

2 Vgl. Dok. 41, Anm. 11; Dok. 54, Anm. 5.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

4 Da Deutschland keine Devisenüberschüsse erwirtschaftete, mußten zur Transferierung der Reparationsleistungen neue Auslandsanleihen aufgenommen werden. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 383 ff.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 22.

6 Der Kurssturz an den amerikanischen Börsen seit dem 25.10.1929 ließ in Deutschland bereits vorhandene Krisenentwicklungen aufbrechen und gilt als Beginn der Weltwirschaftskrise. Vgl. auch Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 96 ff.

7 Gemeint sind die Repräsentanten der Reichsregierung und der sie tragenden Parteien.

Ende vernichten. Wann endlich auch dort die Einsicht kommt, daß es im Interesse des Reiches, des Volkes und selbstverständlich mit in erster Linie der Wirtschaft selber gelegen ist, frei und offen zu bekennen, daß von einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg gar keine Rede sein kann, sondern daß wir im Gegenteil mit rapiden Schritten uns dem Ende nähern. Je mehr die ganze Nation erfährt, wie es um uns wirklich steht, um so schneller geht es dann mit jenen zu Ende, die unter der schwindelhaften Lüge, dem deutschen Volk ein Leben von Freiheit, Schönheit und Würde [8] zu bescheren, es in Wahrheit der Hölle entgegenführten!

Wie alles in der Menschheit durch irgendwen und an irgendeiner Stelle zum erstenmal ausgesprochen, vordemonstriert und durchgeführt werden muß, so auch dieses. Der dummen Sucht, die Dinge immer schöner hinzustellen als sie sind, muß man an irgendeinem Ort eben zum erstenmal die Wahrheit entgegenhalten. Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, durch ihre Ortsgruppe Coburg diesen ersten Schritt getan zu haben. Bekanntlich hat anläßlich der Wahl die gesamte Judenpresse bis tief in die Reihen eines politisch nun einmal unheilbar erkrankten Bürgertums die Meinung verbreitet, daß die Nationalsozialisten in Coburg in 5 Monaten die Stadt "bankrott" gemacht hätten [9]. Es gibt ja nichts so Dummes und Blödes, als daß es, besonders wenn es von Juden kommt, im deutschen Volk nicht geglaubt würde. Hier wetteifert unser politisch aufgeklärtes Bürgertum mit dem Proletariat um die Siegespalme. Daß die Nationalsozialisten in 5 Monaten eine Stadt dem Bankerott entgegentreiben können, ist an sich schon so dumm, daß nur das souveräne und aufgeklärte, seit dem November 1918 sein Geschick selbst in die Hand nehmende deutsche Volk das glauben kann. In Wahrheit war es natürlich umgekehrt. Das marxistisch demokratische Regiment hat im Laufe der Jahre Coburg in dieselbe Situation gebracht wie das ganze Deutsche Reich. Allerdings versuchte man diese Situation ebenfalls wie im großen zu verschleiern. Laufende Defizite wurden durch Anleihen gedeckt. Man hat im kleinen denselben ausgeglichenen Etat vorgeschwindelt, wie es im großen geschieht. Die nationalsozialistische Bewegung hat durch ihre Coburger vorbildliche Vertretung den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Sie stellt vor aller Welt fest, daß die Gemeinde finanziell sich in einer unhaltbaren Lage befindet. Sie erhebt damit als kleine Zelle die kategorische Forderung, daß neue steuerliche Belastungen gar nicht denkbar sind, solange durch die allgemeine Wirtschaft Milliarden dem deutschen Volk entzogen werden. Sie demonstriert den Irrsinn unserer Erfüllungspolitik an einem wenn auch kleinen Beispiel in mustergültiger Weise. Sie erhebt Forderungen an den bayerischen Staat, die ihr zustehen und auf die sie nicht verzichtet unter Vortäuschung einer Gesundheit der Stadt Coburg, die nicht da ist. Das Beispiel, das die nationalsozialistische Bewegung in Coburg gibt, wurde von der Coburger Bevölkerung auch restlos verstanden. Es will etwas heißen, wenn in einer Mittelstadt die Nationalsozialistische Partei die absolute Majorität erobert [10] und nun gegen eine Mauer von Feinden im nächsten Wahlkampf nicht nur behauptet, sondern sogar noch erhöht [11]. Glänzender ist die infame Verlogenheit des jüdischen Pressegesindels selten aufgedeckt worden als dabei.

8 Vgl. Dok. 7, Anm. 42.
9 Vgl. Dok. 110, Anm. 11.
10 Vgl. Dok. 44, Anm. 3.
11 Die Zahl ihrer Stadtratsmandate konnte die NSDAP bei der Kommunalwahl am 8.12.1929 gegenüber der Wahl am 23.6.1929 nicht erhöhen. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 62 (1930), S. 472.

Es ist nun das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, langsam auch in den Ländern den Widerstand gegen die Wahnsinnspolitik des Reiches zu verstärken, indem auch dort, analog dem Coburger Vorbild, langsam reiner Wein eingeschenkt wird. Man wird dann eines Tages in Berlin sehen, daß es so nicht mehr weitergeht. Man wird dann angesichts der enthüllten wahren Lage unseres Volkes sich mit Erfüllungspolitikern gar nicht mehr lange abzustreiten brauchen, weil sie dann als Narren erkannt und angesehen werden. Denn wenn vor der ganzen Welt und vor allem vor dem eigenen Volk die wirkliche Lage Deutschlands, so wie sie tatsächlich ist, klargestellt und aufgedeckt wird, dann hört sich das wahnsinnige Gerede von "Erfüllung", "Reparationen", "Dawes-Plan" oder "Young-Methode" von selber auf.

Allerdings hört dann auch auf der Schwindel des Novembers 1918, daß die Revolution dem deutschen Volk Freiheit und Glück bringen würde. Sie wird dann erkannt sein als als, was sie war: als das größte Gaunerstück der Weltgeschichte.

Möge uns das Jahr 1930 dieser Erkenntnis wesentlich näherbringen.

Dezember 1929 Dok. 119
Interview mit dem New York American [1]

New York American vom 5.1.1930, "'National Socialist Party Fighting to Save Germany From Growing Menace of Bolshevism,' Says Adolf Hitler".

"*Germany* is steadily, slowly, but surely, slipping more and more into conditions of Communism under the very eyes of the League of Nations and those elements in France, England and elsewhere whom we have been led to believe have an interest in not seeing the social order and stability overturned."

[...] [2]

Asked if he wasn't over-rating the danger of Bolshevism in Germany, Hitler emphatically affirmed his previous statement.

"Popular discouragement because of debts, mortgages, enormous taxation, more than one million unemployed [3], the imprecedented number of bankruptcies [4] and drafts not honored [5]

1 Das Interview führte der Chefauslandskorrespondent der Hearst-Presse, Karl Henry von Wiegand (1874-1959).

2 "Adolf Hitler, head of the National Socialist movement in Germany, made this statement to me, emphasizing it with that vigor of expression that is characteristic of him.
The National Socialists are known as the *'Hakenkreuzler'*, or 'Hooked Cross', because they have as their emblem the ancient mystic Swastika Cross. They differ from the Socialists of Germany in that they are nationalists of a Fascist type, while the Socialists are internationalists."

3 Im Dezember 1929 waren bei den Arbeitsämtern und -nachweisen 2.894.798 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 316.

4 Vgl. Dok. 112, Anm. 73.

5 Die Zahl der erstinstanzlichen zivilrechtlichen Urkunden- und Wechselprozesse war von 438.661 im Jahr 1928 auf 502.439 im Jahr 1929 gestiegen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 538.

and, finally, an apathy resulting from disgust with the present party system in Germany and distrust of public officials - all this tends to smooth the way that leads to national destruction.

"The public mind of the German people is in utter confusion. It is in this state of affairs that the National Socialists are raising the cry of home, country and nation against the slogan of internationalism of the Marxian Socialists."

[...] [6]

"You ask me what our aim is. Our aim is to save Germany from being economically enslaved to foreign powers on the one hand and on the other hand to save the country from being utterly bolshevized and falling into disorganisation and demoralisation."

[...] [7]

"No, we have no thought of revolution" he answered. "Our ranks are growing so rapidly - as the recent election returns prove [8] - that we have no need of other than legal methods. The national Socialists in Germany now number about two and a half million [9]. In another year we will have four million - perhaps more."

Hitler was not clear what form or system of government the National Socialists would have in Germany if they attained to power [10].

"Parliamentary government becomes an utter farce of representative government when there are from a dozen to a score of political parties as there are in Germany.

"That kind of parliamentary government has failed in Poland [11], it has failed in Austria [12], it brought a Mussolini in Italy [13]. It is a failure in Germany.

---

6 "Adolf Hitler was the moving spirit of the Hitler-Ludendorff 'Putsch' or attempted coup in Munich several years ago when he and General Ludendorff tried to stage a 'March on Berlin' on the plan of Mussolini's march on Rome.
The Reichswehr, loyal to the government, opened fire on the marching column in Munich, killed a number and wounded others, which ended that 'revolution'. I had not seen Hitler since. Now he is again active, and with much larger following."

7 "I recalled to Hitler that I had pointed out to him a few days before the Munich 'putsch' that his projected 'March on Berlin' was doomed to failure and asked if he again had in mind a revolution against Berlin." (Hitler und Karl von Wiegand hatten bereits im Frühjahr 1923 Kontakt. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 910.)

8 Gemeint sind die Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, die Bürgerschaftswahl in Lübeck am 10.11.1929, die Gemeinde-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und dem Saargebiet am 17.11.1929, die thüringische Landtagswahl und die bayerischen Gemeindewahlen vom 8.12.1929, bei denen die NSDAP insgesamt etwa 1,3 Millionen Stimmen erhielt. Vgl. Dok. 104, Anm. 9.

9 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler. Vgl. Anm. 8.

10 In der Auseinandersetzung um die Stellungnahme Kronprinz Rupprechts zum Volksbegehren gegen den Young-Plan hatte sich Hitler gegen die Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen. Vgl. Dok. 93, 94, 112, 113.

11 Nach der Verfassung von 1921 war Polen eine parlamentarische Demokratie. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes und fortdauernde Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung führten am 14.5.1926 zu einem von den Sozialisten durch einen Streik unterstützten Staatsstreich des ehemaligen vorläufigen Staatschefs Józef Piłsudski. Piłsudski wurde Kriegsminister und für zwei Jahre Ministerpräsident. Bei der Wahl 1928 wurde der die Regierung stützende "Unparteiische Block" stärkste Kraft, verfügte aber nicht über die absolute Mehrheit. Am 7.12.1929 trat die am 14.4.1929 gebildete Regierung von Ministerpräsident Kasimir Switalski nach einem trotz massiver Putschdrohungen erfolgreichen Mißtrauensvotum des Sejm zurück. Vgl. A. B. Polonsky, Piłsudski and Parliament. The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922-1931, Oxford 1967, S. 443 ff., 476 ff.

12 Bezieht sich auf die Verfassungsreform in Österreich. Vgl. Dok. 99, Anm. 15.

13 Vgl. Dok. 6, Anm. 48.

"The American form of government, where the President is something more than a rubber stamp and the cabinet cannot be overthrown from day to day, has elements of stability necessary to the political tranquility and economic prosperity of a people. That is lacking in Germany."

Hitler declared that Germany was not even governed on parliamentary lines, as generally understood. He added:

"The Socialists have perverted their own constitution [14] to suit their own purpose. Government is by a political group in which the Socialists are the dictators [15].

"The Socialists are not working for the general welfare of Germany but for the spread of internationalism. They place internationalism above the national interests of the country. They would make Germany into a centralised [16], internationalised socialistic state.

"It is again this that the National Socialists are trying to arouse the patriotic national feeling of the country."

[...] [17]

"Because the people would not understand it if I did not do so", replied Hitler. "All denials, notwithstanding, there is a strong anti-Semitic sentiment, not only in Germany but in other countries as well.

"In Germany that feeling has largely grown out of a conviction that the Jews have attained to power and influence in the political and economic life of the nation out of all proportion to their number, and that often they exercise that power and influence to the benefit of themthelves, their class and their people rather than to the good and welfare of the nation and its national interest as a whole.

"I am not for curtailing the rights of the Jews in Germany, but I insist that we others who are not Jews shall not have less rights than they.

"In your country you have rigid immigration laws [18]. Immigrants must be free from disease. You exercise certain selectivity in immigrants. You demand medical examinations.

"Germany has no such protective measures. Jewish influence expressed politically has prevented such measures being enacted. We are overrun by elements that you reject in advance. Germany is a veritable haven of refuge for such immigrants [19].

---

14 Die Weimarer Reichsverfassung war von der aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung geschaffen worden und spiegelte keineswegs nur die Interessen der Sozialdemokratie wider. Vgl. Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Enstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987, S. 126 ff.

15 Anspielung auf die nach der Reichstagwahl im Mai 1928 erfolgte Regierungsbildung aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP unter Vorsitz von Reichskanzler Hermann Müller (SPD).

16 Bezieht sich auf die Haltung der SPD zur Reichsreform. Vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. I, S. 585 ff.

17 "I asked why he had again placed anti-Semitism on his programme."

18 Vgl. Dok. 26, Anm. 29.

19 Hitler dürfte hier auf die Zuwanderung sogenannter Ostjuden anspielen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wurden etwa 35.000 ostjüdische Arbeiter in den besetzten Gebieten angeworben oder unter Zwang nach Deutschland gebracht. In den Nachkriegswirren wanderten rund 70.000 weitere Juden aus Osteuropa ein, doch bereits 1922 überstieg die Zahl der, meistens nach Amerika, wieder ausreisenden die der neu hinzukommenden. Vgl. Shalom Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 22, 39 f.

"The National Socialists want the immigration frontiers of Germany protected as America protects hers."

[...][20]

"I am for an entente or understanding with England and the United States," was his reply.

He admitted that geographically France and Germany should be the natural allies.

"A complete, almost revolutionary change of mental attitude in France toward Germany would be a preliminary condition to such an understanding between the two nations. France has given little evidence of that. I see no hope for it."

[...][21]

[Dezember 1929] Dok. 120
"Bekanntmachung des 1. Parteivorsitzenden für die SA-Versicherung"
Aufruf

Masch. Ausfertigung, o. D.; BA, Slg. Schumacher 415.

Die SA-Versicherung [1] hat in den letzten Monaten des Kampfes eine Bedeutung erreicht, die folgende Zahlen beweisen.

Abgesehen von der Auszahlung dreier Todesfälle [2] *lagen durchschnittlich das ganze letzte Vierteljahr tagaus, tagein 64* bis zur Arbeitsunfähigkeit verwundete daheim und in den Lazaretten und wurden von unserer Versicherung ausbezahlt [3].

Außerdem sind noch sechs Todesfälle und eine ungeheure Zahl von Verletzungen und Unglücksfällen vorgekommen, die leider nicht versichert waren.

Der Kampf wird im neuen Jahre nicht schwächer werden. Die Gefahren, die insbesondere unsere SA-Männer auf sich nehmen, werden nicht geringer. An die SA-Versicherung werden in Zukunft noch weit größere Anforderungen gestellt werden als bisher.

Die SA-Versicherung ist ein Unternehmen auf Gegenseitigkeit. Wenn die Anforderungen an sie zu hoch werden, müßte sie den Beitrag erhöhen. Es ist aber ungerecht, wenn gerade diejenigen Männer einen erhöhten Beitrag bezahlen müssen, die beim Kampfe in vorderer Linie stehen. Vielmehr erschiene es richtiger, wenn die anderen Parteimitglieder dazu beitragen

20 "I sounded the National Socialist leader on what his foreign policy would be."

21 "The 'come-back' of Adolf Hitler after the disastrous Munich 'putsch' has surprised many in Germany. Just how much of a factor he will be in coming difficulties in Germany, none seems to care to predict."

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

2 Die letzten drei Nationalsozialisten, die im Jahr 1929 bei politischen Auseinandersetzungen getötet wurden, waren Heinrich Bauschen am 21.10.1929, Friedrich Meyer am 17.11.1929 und Walter Fischer am 13.12.1929. Vgl. Halbmast, S. 31.

3 Im zweiten Halbjahr 1929 hatte die SA-Versicherung 621 Fälle mit insgesamt 34.404,39 RM Entschädigungen zu regulieren. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412.

würden, daß denen vorne, falls sie Schaden erleiden, wenigstens für die Zeit ihrer Arbeitsunfähigkeit eine Entschädigung bezahlt werden und im Falle des Todes den Hinterbliebenen eine Hilfe gewährt werden kann.

Ich appelliere deshalb an alle Parteigenossen und Parteifreunde, der SA-Versicherung beizutreten. Je größer die Zahl der versicherten Mitglieder ist, um so eher ist es für die SA-Versicherung möglich, den Monatsbeitrag von nur 20 Pfg. beizubehalten. *Wer nicht im Kampfe selbst mit vorne stehen kann, der kann wenigstens mit seinem SA-Versicherungsbeitrag ihn indirekt unterstützen.*

gez. Adolf Hitler

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AG	Aktiengesellschaft
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dok.	Dokument
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLA	Generallandesarchiv
GRUSA	Grundsätzliche Anordnungen
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NL	Nachlaß
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein

NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
O.Gr.	Ortsgruppe
Osaf, OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
PA	Postausgabe
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
Rep.	Repertorium
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.L., RL	Reichsleitung
RM	Reichsmark
S.A., SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
Sturmf.	Sturmführer
TH	Technische Hochschule
USA	United States of America
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Adler-Rudel, Shalom, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B, Bde. XI, XIII, Göttingen 1978-1979.

Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albertini, Rudolf von, Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940, Zürich 1976.

Altendorfer, Otto, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993.

Andics, Hellmut, Luegerzeit. Das Schwarze Wien bis 1918, Wien 1984.

Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 3, Düsseldorf 1979.

Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Ball, Alan M., Russia's Last Capitalists. The Nepmen 1921-1929, Berkeley ^{2}1990.

Bariéty, Jacques, Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik 1919-1927. In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. Hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber, München 1983.

Batchelor, John und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977.

Becker, Heinrich, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

Beer, Udo, "Der falsche Priester". Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik. In: Emder Jahrbuch Bd. 66/1986, S. 152-163.

Berghahn, Volker R., Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928-1930. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S. 431-446.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bezzel, Irmgard, Bayerische Staatsbibliothek München. Bibliotheksführer, Geschichte und Bestände, München 1967.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992.

Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, Bde. 2, 3, Stuttgart 1919-1922.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen. Bd. 4: Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei, Köln 1975.

Borgert, Heinz-Ludger, Grundzüge der Landkriegführung von Schlieffen bis Guderian. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 5/IX: Grundzüge der militärischen Kriegführung 1648-1939, München 1979.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983.

Bräunche, Ernst Otto, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48.

Breit, Gotthard, Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard a. Rh., 1973.

Bridge, Francis Roy, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373.

Briesen, Detlef, Berlin - Die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940 In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 39-77.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Buchheim, Hans, Fördernde Mitgliedschaft bei der SS. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, [Bd. 1], München 1958.

Buchner, Hans, Grundriß einer Nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930.

Buder, Johannes, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt a. M. 1986.

Butterwegge, Christoph und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984.

Büttner, Ursula und Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Christ, Karl, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J.

Collotti, Enzo, Fascismo e Heimwehren: La Lotta antisocialista nella Crisi della prima Repubblica Austriaca. In: Rivista di Storia contemporanea 12 (1983), S. 301-337.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Craig, Gordon A., Königgrätz, Wien 1966.

Cullen, Michael S., Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes, o. O. 1983.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dierker, Herbert, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990.

Dodenhoeft, Bettina, "Laß mich nach Rußland heim". Russische Emigranten in Deutschland von 1918 bis 1945, Frankfurt a. M. 1993.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

Dokumente der deutschen Politik. Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914-1933. Bd. III: Novemberumsturz und Versailles 1918-1919. Bearb. von Hans Volz, Teil 1, Berlin 1942.

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966.

Domann, Peter, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974.

Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin (Ost) ^{2}1984.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Eisenstadt, Shmuel N., Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987.

Eloni, Yehuda, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.

Engelbrechten, Julius Karl von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Engelhaafs Historisch-politische Jahresübersicht für 1929, Stuttgart 1930.

Engeli, Christian, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Estermann-Juchler, Margit, Faschistische Staatsbaukunst. Zur ideologischen Funktion der öffentlichen Architektur im faschistischen Italien, Köln 1982.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Sachsen und Thüringen 1918-1933. In: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard a. Rh. 1983.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fisch, Stefan, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franke, Volker, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987.

Franz-Willing, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, Preußisch Oldendorf [2]1974.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Bd. 1, Innsbruck 1990.

Friedenthal, Elisabeth, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957.

Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit. Zusammengestellt vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., Berlin [5]1932.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967.

Gesamtverzeichnis zum Bundes- und Reichsgesetzblatt 1867 bis 1929. Anhang zum Reichsgesetzblatt, Berlin 1930.

Geßler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1926, Wiesbaden 1980.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gorny, Yosef, Zionism and The Arabs 1882-1948. A Study of Ideology, Oxford 1987.

Gregor-Dellin, Martin, Richard Wagner. Sein Leben - Sein Werk - Sein Jahrhundert, München 1980.

Grill, Johnpeter Horst, The Nazi Movement in Baden, 1920-1945, Chapel Hill 1983.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groehler, Olaf, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1921, Berlin 1992.

Grotkopp, Jörg, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. 1992.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Hagen, Mark Louis von, School of the Revolution: Bolsheviks and Peasants in the Red Army, 1918-1929, Ann Arbor 1985.

Hagspiel, Hermann, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Hale, Oron James, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes. Hrsg. von Theodor Fritsch, Hamburg [28]1919.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Hayward, N. F. und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Heiß, Friedrich, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938.

Helmreich, Jonathan E., Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976.

Hennig, Diethard, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident, München 1990.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torke, München 1993.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973).

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingel. und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hoffmann, Gabriele, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Hamburg 1972.

Hofmann, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer. Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977.

Holzer, Jerzy, Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928-1930, Wiesbaden 1975.

Horn, Daniel, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Teil 2, Frankfurt a. M. 1990.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1969-1981.

Hürten, Heinz, Reichswehr und Ausnahmezustand. Ein Beitrag zur Verfassungsproblematik der Weimarer Republik in ihrem ersten Jahrfünft, Opladen 1977.

Ihr Wintbeutel und Erzschäker. Die Randbemerkungen Friedrichs des Großen, nach Georg Borchardt neu bearb. und erläutert durch Erich Murawski, Bad Nauheim 1963.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959.

Isay, Ernst, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jantzen, Wolfgang, Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens, München 1982.

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.

Jasper, Gotthard, Zur innerpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In: VfZ 8 (1960), S. 280-289.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jung, Otmar, Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle "Aufwertung", "Fürstenenteignung", "Panzerkreuzerverbot" und "Youngplan", Frankfurt a. M. 1989.

Karstens, Uwe, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. ²1989.

Kerekes, Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966.

Kerekes, Lajos, Italien, Ungarn und die österreichische Heimwehrbewegung 1928-1931. In: Österreich in Geschichte und Literatur 9 (1965), S. 1-13.

Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918-1937. Herausgegeben von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kluge, Ulrich, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

Koehl, Robert Lewis, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison (Wis.) 1983.

Köhler, Karl, Organisationsgeschichte der Luftwaffe von den Anfängen bis 1918. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V.

Kolb, Eberhard (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

Kolb, Eberhard, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

Kolbe, Jürgen, Heller Zauber. Thomas Mann in München 1894-1933, Berlin 1987.

Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

Krause, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik. Bearbeitet von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Bd. 4, Düsseldorf 1980.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Kuhn, Robert, Die Vertrauenskrise der Justiz (1926-1928). Der Kampf um die "Republikanisierung" der Rechtspflege in der Weimarer Republik, Köln 1983.

Kupferman, Fred, L'opinion française et le défaitisme pendant la Grande Guerre. In: Relations internationales Nr. 2, 1974, S. 91-100.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Le Bars, Michelle, Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928-1932, Berne 1986.

Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven (Conn.) ^{2}1979.

Levy, Jacob, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin ^{2}1929.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986.

Liang, Hsi-Huey, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Linse, Ulrich, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin 1983.

v. Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1926.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lowe, C. J. / F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939. Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Mauch, Hans-Joachim, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

McKercher, B. J. C., "The Deep and Latent Distrust": The British Official Mind and the United States, 1919-1929. In: Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991, S. 209-238.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen in 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Meyer, Enno, Die Einwanderung der Juden in das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 40 (1989), S. 665-683.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Bonn 1991.

Meyer, Gerd, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 327-342.

Mikoletzky, Juliane, Wien als österreichische Hauptstadt 1870-1938. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 409-443.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes 59 (1929), 60 (1930).

Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden. Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Mommsen, Wolfgang J., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a. M. 1990.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Müller, Gerd, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.

Münchener Jahrbuch 1913. Kalender für Bureau, Comptoir und Haus, München 1912.

Nagel, Irmela, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Reichsleitung. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters vom 26. Juli 1926 - 31. Dezember 1934, München 1935.

Neues Lexikon des Judentums. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Gütersloh 1992.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

Norden, Albert, Fälscher. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost) 1960.

Orde, Anne, Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918-1938. In: VfZ 28 (1980), S. 225-247.

Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Paul, Gerhard, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.

Petersen, Jens, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930.

Phelps, Reginald H., Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei. In: Nazism and the Third Reich. Hrsg. von Henry A. Turner jr., New York 1972, S. 5-19.

Poliakov, Léon, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VII: Zwischen Assimilation und "jüdischer Weltverschwörung", Frankfurt a. M. 1988.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Pollard, John F., The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A study in conflict, Cambridge 1985.

Polonsky, A. B., Piłsudski and Parliament. The Crisis of Constitutional Government in Poland 1922-1931, Oxford 1967.

Poschinger, Heinrich von (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille. Bd. II, Stuttgart 1898.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung, München 1974.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

Rasp, Hans-Peter, Eine Stadt für tausend Jahre. München - Bauten und Projekte für die Hauptstadt der Bewegung, München 1981.

Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

Regele, O., Der Erfinder der Kampfwagen (Tanks). In: Militär Wochenblatt Nr. 38/1927, S. 1402-1403.

Reichstagshandbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928.

Reinicke, Adolf, Das Reichsheer 1921-1934. Ziele, Methoden der Ausbildung und Erziehung sowie der Dienstgestaltung, Osnabrück 1986.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rhodes, Benjamin D., The Image of Britain in the United States, 1919-1929: A Contentious Relative and Rival. In: Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Hrsg. von B. J. C. McKercher, London 1991, S. 187-208.

Richter, Helmut, Berlin. Aufstieg zum kulturellen Zentrum, Bonn 1987.

Rietzler, Rolf, "Die Blutnacht von Wöhrden". Zur Nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt. In: Journal für Geschichte 1/1983, S. 4-7, 58-59.

Rill, Bernd, Kemal Atatürk, Reinbek 1985.

Rioux, Françoise, Vom Paris der Staatsgewalt zum Paris des Volkes. Das Bild der französischen Hauptstadt von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Metropolis Berlin. Berlin als deutsche Hauptstadt im Vergleich europäischer Hauptstädte 1871-1939. Hrsg. von Gerhard Brunn und Jürgen Reulecke, Bonn 1992, S. 327-365.

Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976.

Rochat, Giorgio, Le Guerre coloniali dell'Italia Fascista. In: Le Guerre coloniali del Fascismo. Hrsg. von Angelo Del Boca, Rom 1991, S. 173-196.

Roesler, Konrad, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Rosenfeld, Günter, Sowjetunion und Deutschland 1922-1933, Köln 1984.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothenburger, Karl-Heinz, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975.

Rühle, Günther, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin ^{2}1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.

Schirmann, Léon, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991.

Schmidt-Richberg, Wiegand, Die Regierungszeit Wilhelms II. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3/V.

Schmitt, Franz August, Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern, München 1919.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Schröder, Hans-Christoph, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, Hannover 1968.

Schüddekopf, Otto-Ernst, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover 1955.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1930, München 1922-1931.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Band I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a. Rh. 1969.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schwede-Coburg, Franz, Kampf um Coburg, München 1939.

Schwend, Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Sendtner, Kurt, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954.

Smith, Woodruff D., The Ideological Origins of Nazi Imperialism, New York 1986.

Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928.

Sozialdemokratie und Wehrproblem. Vorschläge für Programmformulierungen zu dem Wehrproblem, herausgegeben vom "Klassenkampf", Herausgeber: Prof. Dr. Max Adler, Dr. Paul

Levi, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Leipzig o. J. [1929] (Sonderheft Der Klassenkampf - Marxistische Blätter).

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907-1936, Berlin 1907-1936.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930), München 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen 26 (1930), Berlin 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930), Dresden 1931.

Staudinger, Anton, Christlichsoziale Partei. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 249-276.

Steffani, Winfried, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960.

Steinborn, Peter, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in der Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stevenson, David, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

Stevenson, David, The First World War and International Politics, New York 1988.

Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Leipzig ^{4}1903.

Ströhle-Bühler, Heike, Studentischer Antisemitismus in der Weimarer Republik. Eine Analyse der Burschenschaftlichen Blätter 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. 1991.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. v. Adam Wandruschka und Peter Urbanitsch. Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987.

Teichler, Hans Joachim, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991.

Thomsen, Johann Wilhelm, Landleben in der Weimarer Republik, Heide 1989.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Toury, Jacob, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Turner, Henry Ashby jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Turner, Henry Ashby jr., Emil Kirdorf and the Nazi Party. In: Central European History 1 (1968), S. 324-344.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Uhlig, Heinrich, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956.

Unterstell, Rembert, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989.

Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.

Urbanitsch, Peter, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 33-154.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. II, III, VII, Berlin o. J.

Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Klaus Berchtold, Wien 1979.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, München 1924-1929.

Verhandlungen des Reichstags, Bde. 361-443, Berlin 1924-1930.

Vestring, Sigrid, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Enstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987.

Vlcek, Christiane, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. phil. Wien 1971.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin ^{10}1939.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagner, Hans, 200 Jahre Münchner Theaterchronik 1750-1950. Theatergründung, Ur- und Erstaufführungen, berühmte Gastspiele und andere Ereignisse und Kuriosa aus dem Bühnenleben, München 1958.

Walker, Denis Paul, Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Cambridge (Mass.) 1976.

Walser, Rupert und Bernhard Wittenbrink, Zur Geschichte des Kunsthandels. Bd. 1: München, München 1989.

Walter, Bruno, Thema und Variationen. Gedanken und Erinnerungen, Stockholm 1947.

Wandruszka, Adam, und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. IV: Die Konfessionen, Wien 1985.

Webb, Steven B., Hyperinflation and Stabilization in Weimar Germany, New York 1989.

Die Weimarer Praxis der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 1986.

Weinryb, Bernhard D., Antisemitism in Soviet Russia. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Hrsg. von Lionel Kochan, Oxford ³1978, S. 300-332.

Weiß, Bernhard, Polizei und Politik, Berlin 1928.

Weiß, Wilhelm, Der General Groener. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (1930), S. 131-139.

Wengst, Udo, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Nürnberg 1964.

Wilde, Harry, Der politische Mord, Bayreuth 1962.

Wilhelm, Hermann, Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989.

Williamson, David G., The British in Germany, 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?, München 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Winkler, Wilhelm, Volksvermögen. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser, Bd. 8, Jena ⁴1928.

Witt, Peter-Christian, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

Woelker, Joachim, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie 30 (1976), S. 341-362.

Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979.

Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968.

Zarnow, Gottfried, Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, 2 Bde., München 1930-1932.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 58 (1926), 61 (1929), 62 (1930).

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN SCHRIFTEN ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928–September 1930

Teil 3: Januar 1930–September 1930

Herausgegeben und kommentiert von Christian Hartmann

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 3. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September
1930 / hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann.
Teil 3. Januar 1930 – September 1930. – 1995
ISBN 3-598-21939-3
NE: Hartmann, Christian [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Mit dem Erscheinen dieses Teilbandes liegt nunmehr der Band III vollständig vor. Auch dieser Teilband enthält wie die anderen beiden Teilbände zur leichteren Handhabung für den Benutzer den Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze informiert, sowie ein separates Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist seit 1980 weitgehend von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik gesammelt worden. Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Regina Schlemmer, dann Philipp Saure, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte — München, im August 1994

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnitthaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und 1990-1992 nur noch an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt

wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. VI-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

4. Januar 1930 Dok. 1
"Die österreichische Heimwehr"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 4.1.1930.

Die Entwicklung der Heimwehr-Bewegung [1] in Österreich ist ein so lehrreiches Beispiel für die Unmöglichkeit einer inneren Umwandlung bürgerlicher Parteigebilde, daß es besonders den sogenannten "bündischen" Führern im Reich zu eingehendstem Studium dringendst empfohlen werden kann. Bekanntlich hat - von Rußland natürlich abgesehen - kein Land mehr unter dem marxistischen Terror zu leiden gehabt als Österreich [2]. Schon im Frieden konnte man besonders in Wien von einer freien Wahl nicht mehr reden [3]. Schon damals hat die Sozialdemokratie mit den unglaublichsten Gewaltmitteln die freie Meinungsäußerung ihrer politischen Gegner teils eingeschüchtert, teils kurzerhand unterdrückt. Der alte österreichische Kaiserstaat - durch und durch vom parlamentarischen Gift angefressen und durchsetzt - konnte sich zu einem energischen Schutz der bedrohten "Andersdenkenden" nicht mehr aufraffen. Ja, wenn wirklich irgendeine Amtsstelle einmal durchzugreifen versuchte, dann erhob die Sozialdemokratie ein solch wüstes Geschrei gegen den verantwortlichen Beamten, daß selbstverständlich nicht die Schreihälse oder gar die Terroristen, sondern der Beamte gemaßregelt wurde, denn der störte dann öffentliche Ruhe und Ordnung, indem er den marxistischen Gemeinheiten einen Riegel vorzuschieben versuchte [4]! Seit der Revolution hat sich dieser Zustand noch verschärft. Der Marxismus herrschte unbeschränkt, die bürgerlichen Parteien, feige wie immer und überall, kannten gemäß ihrer Parole der "Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" nur eines: Fügsamkeit, Duldsamkeit, kurz: feige Unterwürfigkeit, was dann in bürgerlichem Munde mit dem schönen Satz "kluges Nachgeben" verbrämt wird. Dieses "kluge bürgerliche Nachgeben" führte so weit, daß der ganze Staat dem Ruin entgegengetrieben wurde. Als die marxistische Terrorherrschaft endlich vollends unerträglich ward, begann über die bürgerlichen Parteien hinweg das Volk allenthalben zur Selbsthilfe zu greifen. Die Heimwehrbewegung erhielt

---

1 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie, die seit 1930 zur Spaltung der Heimwehr in einen legalistischen und einen putschistischen Flügel führte. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

2 Zu den Ereignissen im November 1918 vgl. Karl R. Stadler, Die Gründung der Republik. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 55-84.

3 Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns eingeführt. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339, hier S. 290 f.

4 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Staat in Österreich-Ungarn vor 1914 vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

mächtigen Zulauf, und es schien einige Zeit fast, als ob sie endlich dem unmöglichen Zustand ein entschlossenes Ende bereiten würde [5].

Ich stand persönlich der Heimwehrbewegung skeptisch gegenüber. Es gibt nun einmal Dinge auf der Welt, die man nicht durch kluges Paktieren, sondern nur durch den scharfen Hieb lösen kann. Ohne Zweifel bestand die Führung der Heimwehrbewegung sicherlich zum überwiegendsten Teil aus ebenso achtbaren wie im Grunde genommen auch entschlossenen Männern. Das Menschenmaterial ist ebenfalls gut. Allein, das allein tut es noch lange nicht. Was in meinen Augen der Heimwehrbewegung fehlt, ist eine klare weltanschauliche Fundamentierung [6]. Sie hat kein umfassendes weltanschauliches Programm, das sie von vorneherein in diametralen Gegensatz stellt zur bisherigen bürgerlichen und im letzten Grunde auch marxistischen Parteiwelt. Die Folgen davon sind ein leichteres Wachstum, aber dafür auch eine geringere Stärke und Kraft. Es fehlt ihr die Einheitlichkeit, die eben nur in der gleichmäßigen weltanschaulichen Ausbildung liegt. Nicht um Prinzipien kämpft sie, sondern gegen augenblickliche Zustände. Wer aber gegen den Marxismus, der eine, wenn auch tausendmal verbrecherische Weltanschauung verkörpert, kämpft, ohne selbst eine solche eisern gefestigte gegenteilige Überzeugung zu besitzen, der muß am Ende den kürzeren ziehen. Wenn die österreichische Heimwehrbewegung ihrem Verfall, der genau so eintreten muß und wird wie der der deutschen Einwohnerwehr [7] einst eingetreten ist, entgehen will, dann kann sie dies nur durch ein folgerichtiges Bekenntnis zu einer kristallklaren grundsätzlichen Überzeugung, wie sie zum Beispiel in Italien der Faschismus und in Deutschland der Nationalsozialismus besitzt.

Ich habe die korporative Aufnahme von Verbänden in die Einwohnerwehr [8] einst als bedenklich und nicht richtig angesehen. Gewiß vermag auf diesem Wege eine Organisation sehr schnell an Volumen zuzunehmen, allein eine Vermehrung der inneren Kraft ist das nicht. Vielleicht hat mancher Heimwehrführer in Österreich meine seinerzeitigen Kritiken [9] mir übelgenommen. Man darf aber überzeugt sein, daß es sich hier einfach um die besorgte Ansicht eines Mannes handelt, der dieselben Vorgänge in Deutschland bereits zweimal miterlebt hat [10]. Es

---

5 Seit Sommer 1929 hatte die Heimwehr, dem italienischen Vorbild folgend, einen "Marsch auf Wien" angekündigt. Der Amtsbeginn von Bundeskanzler Schober am 26.9.1929 gab der Heimwehr jedoch die Hoffnung, ihr Ziel eines "autoritären Staates" auf legalem Weg verwirklichen zu können. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstösse, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München ^{2}1983, S. 179 f.

6 Zur Entwicklung der Heimwehr-Ideologie vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 252 ff.

7 Seit November 1918 hatten sich im Deutschen Reich, geduldet oder gefördert von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder, sog. Bürger-, Polizeihilfs-, Schutz- oder Sicherheitswehren zur Abwehr linksradikaler Umsturzversuche gebildet. Diese Einwohnerwehren entwickelten sich zu einem selbständigen politischen Machtfaktor mit zunehmend republikfeindlicher Tendenz und wurden auf Druck der Alliierten 1920/21 aufgelöst. Der Versuch, durch die Bildung von nichtstaatlichen Wehrverbänden die Auflösung zu umgehen, wurde zunächst durch die Reichswehr unterstützt. Vgl. Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992, S. 196 ff., 323 ff. sowie Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971, S. 45 ff.

8 Zur organisatorischen Entwicklung der Einwohnerwehren vgl. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, S. 96 ff.

9 Vgl. Bd. III/2, Dok. 23, 79, 83.

10 Hitlers mißlungener Putschversuch am 8./9.11.1923 wurde militärisch von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund) getragen. Die SA war der Arbeitsgemeinschaft im Februar

war auch das Ende immer dasselbe. Indem die Heimwehr den korporativen Beitritt großer bürgerlicher Verbände gestattete, und zwar just in dem Augenblick, in dem rein psychologisch die Zukunft der Heimwehr als aussichtsreich erscheinen mußte, öffnete sie Türen und Tore jenen opportunistischen bürgerlichen Parteielementen, die überall dort auftauchen, wo sich scheinbar die Waagschale des Erfolges hinneigt. Dies geschieht teils aus einem verständlichen inneren Antrieb, nicht zu kurz zu kommen, teils aber auch aus einer sehr niederträchtigen Berechnung der bürgerlichen Parteiführer, jener selben bürgerlichen Parteiführer, die sich mit ihrem marxistisch-bürgerlichen Konkubinat innerlich schon längst abgefunden haben und im stillen jeden hassen, von dem sie annehmen, daß er sie aus ihrem warmen Bett heraustreiben könnte [11]. Als deutscher Nationalist habe ich im Lauf der Jahre gelernt, die größte Gefahr für unser Volk noch nicht einmal im Marxismus, als vielmehr in unseren bürgerlichen Parteien zu sehen. Der Marxismus ist ein sehr klares Gift. Seine Einwirkungen sind katastrophale, sein Erkennen ist leicht, seine Abwehr möglich. Das politische Partei-Bürgertum ist ein verstecktes Gift, viel schwerer zu fassen, weil schwerer zu erkennen, und viel gefährlicher, weil es sich gerade an die Kräfte wendet, die man logischerweise allein dem Marxismus entgegensetzen könnte, und weil es diese Kräfte dann lahmlegt, bindet und endlich kampfunfähig macht. Wenn heute eine deutsche Freiheitsbewegung [12] mit dem Entschluß, dem Marxismus ein Ende zu bereiten, sich dem ersichtlichen Sieg nähert, werden sofort die bürgerlichen Parteiführer versuchen, sich in die neue Front einzuschleichen, aber keineswegs um ihren Sieg zu beschleunigen, sondern im Gegenteil, um sie dann sachte aber langsam und sicher abzubiegen und vom Marxismus wegzubringen [*sic!*].

Niemals werden bürgerliche Parteien und deren Führer einen Ausrottungskrieg gegen den Marxismus beginnen! Dazu sind sie selbst viel zu viel von marxistischen Gedankengängen durchseucht und von korruptionistischem Gift angefressen. Sie kämpfen im höchsten Falle nur um ihren Platz am Futtertrog. Der Mangel jeglicher Idee, jeder Weltanschauung und jedes Ideals macht sie von vorneherein unfähig, sich mit dem Marxismus zu messen. Marxistisches und politisches Bürgertum in einer Ebene zum Kampf gebracht, bedeutet immer Vermarxisierung [*sic!*] der bürgerlichen Parteien. Unter tausend Vorwänden, wie sie die Habgier und das schlechte Gewissen den Menschen zu allen Zeiten leicht einzugeben vermögen, wird man einen ernstlichen Kampf gegen den Marxismus ablehnen und im schönsten Kompromiß endigen.

Die österreichische Heimwehr hatte einen Augenblick, in dem sie wirklich die Nation hätte hinter sich bekommen können [13]. Sie mußte sich dann von vorneherein gegen die gesamten

---

1923 beigetreten. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 87 ff. Vgl. ferner Anm. 8.
In seinen Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925 verbot Hitler ausdrücklich jede Übernahme geschlossener Verbände. Druck: Bd. I, Dok. 4.

11 In den 16 Regierungen, die seit Oktober 1918 bis zum damaligen Zeitpunkt in Österreich gebildet worden waren, hatte es vier Koalitionen zwischen Vertretern bürgerlicher Parteien und Vertretern der Sozialdemokratischen Partei gegeben: 1., 2. und 3. Kabinett Renner (30.10.1918-3.11.1919/15.3.-17.10.1919/17.10.1919-11.6.1920) und 1. Kabinett Mayr (7.7.-20.11.1920).

12 Gemeint ist die NSDAP.

13 Anspielung auf die Ereignisse im Juli 1927: Nach dem Freispruch von drei Gewalttätern der rechtsradikalen Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs durch ein Wiener Geschworenengericht am 14.7.1927 hatte sich tags darauf eine spontane Protestaktion rasch radikalisiert. Dabei wurde u. a. der Justizpalast gestürmt und in Brand gesteckt. Das rücksichtslose Vorgehen der von Johannes Schober geleiteten Wiener Polizei forderte ins-

Parteien in aller Schärfe wenden. Sie durfte sich auf keinen Fall aber auf eine "Verfassungsreform" [14] festlegen lassen, die im günstigsten Fall nur eine Verstärkung des parlamentarischen Systems bringen konnte. Übrigens erscheint mir eine Verfassungsreform, die ihre Berechtigung dadurch zu erweisen versucht, daß sie auf den in diesem Sinne bereits durch die Weimarer Verfassung hergestellten Zustand verweist, nicht nur höchst dürftig, sondern bereits erwiesenermaßen höchst schädlich zu sein. Allein, das haben die schlauen Parteitaktiker geschickt gefingert. Sowie erst einmal die aufgewühlte Leidenschaft der Nation in das parlamentarische Bett geleitet wurde, war es mit der urwüchsigen explosiven Kraft dahin. Nun haben sich diese parlamentarischen Taktiker der Sache angenommen und ganz langsam in die gewünschte Form gebracht, d. h., es wurden so lange alle Ecken und Kanten und Stacheln abgeschliffen und weggebrochen, bis endlich auch der fanatischste Austromarxist dem neuen Verfassungswerk seine Sanktion geben kann. Die Parlamentslumpen haben damit wieder einmal die Nation um ihren Willen bestohlen!

Nun, da man solcher Art der Heimwehr den großen gefährlichen Schwung genommen hat, geht man zum Gegenangriff über. Ich habe schon vor Monaten betont [15], daß die Mission des Herrn Schober [16] keine andere sein wird als es die des Herrn von Kahr [17] war [18]: Auffangen des nationalen Stoßes und langsames Ausbremsen desselben. Nun, da diese erste Aufgabe durch den Verfassungsreformschwindel als gelungen erscheint, kommt die zweite dazu, nämlich Zerschlagung des Instruments, das der bürgerlichen Parteiwelt einen so unangenehmen Schrecken eingejagt hat. Zu dem Zweck gründet man nun eigene Formationen [19], okkupiert

---

gesamt 89 Tote und 548 Verletzte. Die Ereignisse schienen den antimarxistischen Kurs der Heimwehr zu bestätigen, die bei dieser Gelegenheit erstmals eingesetzt wurde. Nicht zuletzt durch Vermittlung von Bundeskanzler Ignaz Seipel erhielt sie nun erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen, die ihr eine völlige Reorganisation ermöglichten. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 40 ff. sowie Botz, Gewalt in der Politik, S. 107 ff., 141 ff.

14 Die Reform der österreichischen Verfassung vom 7.12.1929 zielte vor allem auf eine Stärkung des Bundespräsidenten sowie des Bundes zuungunsten der Länder. Die ungleich radikaleren Forderungen der Heimwehr, die de facto auf eine Diktatur hinausliefen, wurden damit jedoch kaum erfüllt. Vgl. Klaus Berchtold (Hrsg.), Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929, 2 Bde., Wien 1979.
Zur Haltung der Heimwehr zur Verfassungsreform vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 305 ff.

15 Vgl. Bd. III/2, Dok. 79, 83, 99.

16 Johannes Schober (1874-1932), Dr. jur., 1898 Eintritt in die Wiener Polizei, 1918-1921 und erneut 1922-1929 Polizeipräsident von Wien, 1921/22 Bundeskanzler und Außenminister, 1929/30 Bundeskanzler, 1930-1932 Vizekanzler und Außenminister.

17 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, seit 1902 im Innenministerium, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis September 1921 bayerischer Ministerpräsident, September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar von Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

18 Gemeint ist Hitlers vergeblicher Versuch, Kahr durch den Putsch am 8./9.11.1923 zu überspielen und mit ihm eine Rechtsdiktatur zu bilden. Vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 244 ff.

19 Vermutlich eine Anspielung auf den Freiheitsbund, der am 17.7.1927 als Teil der christlichen Arbeiterbewegung in Österreich gegründet worden war. Zunächst als Selbstschutzorganisation mit klarer Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei und den ihr nahestehenden Gewerkschaften ins Leben gerufen, geriet der katholisch wie sozialreformerisch ausgerichtete Freiheitsbund bald auch in Konflikt mit der Heimwehr, deren Demokratiefeindschaft er ablehnte. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 328 ff.

den Gedanken der Heimwehren für sich und beginnt vor allem wieder einzelne Gruppen gegen die gemeinsame größere Idee auszuspielen. Steierische Bauernwehren sollen ins Leben gerufen werden [20]. Wer sieht da nicht die geschickten Hände der christlich-sozialen Parteileitung, die, nachdem sie sich vom ersten Schreck erholt hat und die Gefahrlosigkeit des Heimwehrsturms erkannte, nun zum langsamen Gegenstoß antritt.

Ich halte es heute noch für möglich, daß die österreichische Heimwehrbewegung den nunmehr aufsteigenden Gefahren Herr wird. Sie wird es aber nur können, wenn sie sich nun in rücksichtsloser Weise auf die breite Masse des Volkes wirft und ohne Scheu vor den Konsequenzen den Parlamentarismus als solchen angreift und dem gesamten Parteiunfug den entschlossensten Kampf ansagt. Es kann dann vielleicht noch eine Zeit bösen Schwankens kommen, allein wenn sie durchhält, muß sich der Endessieg [*sic!*] an ihre Fahnen heften. Da ich persönlich von der Kraft solcher Verbände zum entscheidenden Kampf nichts halte, wächst damit erst recht mein Glaube zur nationalsozialistischen Bewegung, die eben am Ende doch als einzige dazu berufen sein wird, der Periode der marxistischen Zerstörung unseres deutschen Volkskörpers und Deutschen Reiches ein Ende zu bereiten. Für uns ist das, was sich nun in der alten Ostmark [21] des Reiches abspielt, das dritte Beispiel dafür, daß das politische Bürgertum mit zum größten Fluch der deutschen Nation geworden ist. Hätte die Revolution des Jahres 1918 statt der Fürsten nur die bürgerlichen Parteien zum Teufel gejagt, die deutsche Nation könnte sich beim Marxismus am Ende wirklich nur aufrichtig bedanken, denn für das deutsche Volk gilt heute mehr denn je das römische Sprichwort in veränderter Fassung: Herr behüte Deutschland vor seinen partei-bürgerlichen Freunden, mit seinen marxistischen Feinden wird es dann so oder so fertig werden [22]!

---

20 Aus Opposition zur zunehmenden Republikfeindschaft der Heimwehr hatte der Landbund die steirische Heimwehr verlassen und am 14.12.1929 eine eigene "Bauernwehr" gegründet. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 176 f., 333.

21 Im 9. Jahrhundert Bezeichnung für die Gebiete zwischen Enns und Leitha, hier historisierend für "Österreich".

22 Der Satz, "Gott schütze mich vor meinen Freunden", wird dem mazedonischen König Antigonos I. Gonatas (319-239 v. Chr.) zugeschrieben. Vgl. Manlius, Loci communes, Bd. II, Frankfurt a. M. 1954, S. 246.

10. Januar 1930 — Dok. 2
"Politik und Wirtschaft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [2]

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 12.1.1930, "Eine politische Rede Adolf Hitlers in Weimar" [3].

Die Ausführungen Hitlers zeichneten sich durch einen vorbildlichen Aufbau seiner Rede und sein glänzendes rhetorisches Talent aus. Der Redner beleuchtete zunächst *das Wesen der Politik vom philosophischen Standpunkt aus und ging näher auf die Aufgaben des wirklichen Staatsmannes ein*, der die Schäden seiner Zeit mit offenen Augen erkennt und sein Volk so zu führen versteht, wie es notwendig ist. Seine Aufgabe bestehe aber auch darin, es von der Unzulänglichkeit des Schwachen freizumachen, eine Aufgabe, die undankbar ist und einen dornenvollen Weg vorschreibt. Adolf Hitler skizzierte dann *die Stellung Europas dem heutigen Amerika gegenüber,* das schon seit langem eine bewußte Politik in bezug auf Eugenik getrieben habe. Die Einwanderungsmaßnahmen bewiesen das [4]. Deutschland habe oft seine besten Kräfte verloren [5], und Amerika habe sie in sein Staatswesen national einzuordnen verstanden. Die Neulandgebiete erstarkten in dem Maße, daß sie erfolgreich die Hand gegen die Mutterländer erheben konnten [6]. Europa, bisher die größte Fabrik für die ganze Welt, mußte einen erheblichen Anteil dieses Ruhmes an Amerika abtreten [7]. Deutschland machte den Fehler, *daß*

---

1 Titel laut VB.

2 Im Hotel "Kaiserin Augusta", nach 20.00 Uhr. Laut Vorlage hatte die Landtagsfraktion der NSDAP "maßgebliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Politik, des Handels, der Verwaltung, der Kunst und der Wissenschaft" zu dieser Versammlung persönlich eingeladen. An der Veranstaltung nahmen rund 300 (VB: "mehr als 200") Personen teil.
Anlaß für Hitlers Aufenthalt in Weimar war seine Beteiligung an den Thüringer Koalitionsverhandlungen. Vgl. Anm. 12, Dok. 7, Anm. 5 und Dok. 11.

3 Vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 11.1.1930, "Hitler greift in Thüringen ein"; Weimarische Zeitung vom 11.1.1930, "Adolf Hitler über Politik und Wirtschaft"; Der Nationalsozialist vom 13.1.1930, "Eine politische Rede Adolf Hitlers"; VB vom 17.1.1930, "Adolf Hitler vor geladenen Gästen in Weimar". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 481.

4 Anspielung auf den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924, der die Einwanderung in die USA sehr viel schärfer reglementierte. Bereits der First Quota Act vom 19.5.1921 hatte Höchstwerte für die Einwanderung einzelner Volksgruppen festgelegt. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff.

5 1929 wanderten 38.188 Deutsche in die USA aus; während der Jahre 1919 bis 1933 hatte die Auswanderung in die USA 1926 mit 51.144 Menschen ihren Höchststand erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, Bd. III, München 1978, S. 35.

6 Anspielung auf den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-1783).

7 1929 führten die europäischen Staaten im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 67,3 Milliarden RM (49,4% der Welthandelsausfuhr) aus, die USA im Wert 21,7 Milliarden RM (15,9% der Welthandelsausfuhr). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 94* f.

es seine Kämpfe nur für Ideen ausfocht, anstatt wie andere Länder für die Befestigung seiner Existenz und seiner Wirtschaft zu kämpfen. Dem deutschen Volke war der materielle Zweck fremd. Das wurde ihm zum Verhängnis und im Weltkriege empfing es die Quittung für sein weltfremdes Denken und Handeln. *Ein Volk darf sich nicht von seinem Boden unabhängig machen,* sonst ist das sein Untergang. Der Grund und Boden ist immer entscheidend, weil es ihn seiner wachsenden Bevölkerung anpassen, also unter Umständen auch erweitern muß. In Deutschland dachte man, Menschenexport, wie er seit 1870 getrieben wurde [8], enthöbe die verantwortlichen Stellen aller Verpflichtungen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf: *Deutschland wurde vom Weltmarkt verdrängt,* die Absatzverhältnisse wurden immer schwieriger, und heute ist der Import nach Deutschland so groß [9], daß unser moralischer Kredit längst geschwunden ist. Wenn die Verpfändungen noch weiter so, wie bisher, zunehmen, dann kann das nur noch einige Jahre dauern, *denn dann müsse der Zusammenbruch folgen.* Heute, wo die ganze Welt fieberhaft rüstet [10], träumt man in Deutschland von pazifistischen, rein rechtlichen Lösungen der Weltfragen und baut selbst die geistigen Kraftquellen ab, nachdem die technische und moralische Abrüstung allem vorangegangen ist. *Eine Pistole könne man wohl verlieren, aber den Willen zur Verteidigung dürfe man sich nicht nehmen lassen!* Die parlamentarische Demokratie habe uns nichts genützt, sondern viel vernichtet, anstatt aufzubauen. Die einzelnen Völker hätten ihre Prinzipien, nach denen sie erzogen würden, nur Deutschland sei aller Prinzipien bar geworden, und zwar durch eigene Schuld. Die gegenwärtig in Deutschland regierende Partei [11] habe das Volk in zwei große Lager gespalten und den Zerfall zu ihrem Prinzip gemacht. *Sähen nur diese Leute nicht, daß wir einem furchtbaren Bürgerkrieg entgegengehen*? Uns könne nur der Kampf gegen den Internationalismus bis zur äußersten Konsequenz retten, der auf dem Vertrauen auf die eigene Kraft basiere. Volk und Vaterland, diese Idee müsse unser ganzes Denken und Handeln beherrschen. Durch Anerkennung der Führerpersönlichkeiten und durch Mobilmachung der besten Köpfe und kraftvoller Autorität nur

8 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, [*Bd. II*], München 1975, S. 38 f. Zur sozialpolitischen Funktion der deutschen Auswanderungsbewegung vgl. Günter Moltmann, Nordamerikanische "Frontier" und deutsche Auswanderung - soziale "Sicherheitsventile" im 19. Jahrhundert? In: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschr. f. Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 279-296.

9 Im reinen Warenverkehr belief sich die Einfuhr nach Deutschland 1929 auf 14.027 Mio. RM, die Ausfuhr auf 14.215 Mio. RM. Die Handelsbilanz wies demnach einen Überschuß von 188 Mio. RM auf. Bei Abzug der Reparations-Sachlieferungen - 1929 in Höhe von 819,3 Mio. RM - verringerte sich die Handelsbilanz auf ein Defizit von 631,3 Mio. RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 190 f.

10 Die Friedensstärke der regulären Landstreitkräfte betrug 1929: Belgien: 70.941 Soldaten; Frankreich: 671.000 Soldaten; Großbritannien: 187.566 Soldaten; Italien: 249.000 Soldaten; Polen: 265.494 Soldaten; Sowjetunion: 563.000 Soldaten; Tschechoslowkei: 140.000 Soldaten; USA: 135.000 Soldaten; Deutschland 115.000 Soldaten. Vgl. Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929, passim.
Zum damaligen Stand der Marinerüstung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXV. Jahrgang 1929. Hrsg. v. B[*runo*] Weyer, München 1929.

11 Gemeint ist die SPD, in Hitlers Vorstellung die verantwortliche Instanz für die Zersplitterung in Klassen.

könne uns geholfen werden. Die Demokratie habe abgewirtschaftet, sie müsse abgelöst werden durch den Führergedanken und von der Führerpersönlichkeit. *Dem deutschen Volke fehle der Glaube an sich selbst,* es müsse das Vertrauen auf sich selbst und seine Kräfte wiedergewinnen. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: "*Wenn wir uns jetzt in Thüringen zur Mitwirkung an der Regierung entschlossen haben* [12], *dann bedeutet das keinen Verzicht auf unser Programm* [13], *sondern unseren eisernen Willen, in diesem schönen Lande unsere Grundgedanken einzuführen, und wir werden dabei keinen Zentimeter von unserem Glaubensbekenntnis abgehen. Unser Kampf gilt unserem Volke und Vaterlande, und wer unseres Volkes Feind ist, der sieht logischerweise in uns seinen Todfeind. Versöhnung gibt es für uns nicht! Es gibt nur eins: Rettung unseres Volkes, und wenn es sein muß, durch Erledigung unserer Gegner!*"

12 Bezieht sich auf die thüringische Landtagswahl vom 8.12.1929 und die sich daran anschließenden Koalitionsverhandlungen. Das Wahlergebnis lautete:

Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	30.1.1927	8.12.1929
KPD	14,1%	10,7%
SPD	31,6%	32,3%
DDP	3,3%	2,9%
Wirtschaftspartei	9,4%	9,6%
Thüringer Landbund	–	16,4%
Zentrum	–	1,2%
Einheitsliste	33,7%	–
DVP	–	8,8%
DNVP	–	4,0%
NSDAP	3,5%	11,3%
Sonstige	4,3%	2,8%

Vgl. Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd. V/2, Köln 1978, S. 506 ff.; Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 111.

13 Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973, S. 468 ff.

11. Januar 1930 Dok. 3
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 11.1.1930.

Wir haben schon oft, zum Unterschied der Auffassungen in unseren bürgerlichen Parteien, darauf hingewiesen, daß der Marxismus als Weltanschauung allen internationalen sozialistischen Parteien in gleicher Weise gemeinsam zugrunde liegt [1]. Russische Bolschewiken, deutsche Sozialdemokraten, europäische Kommunisten, sie verfolgen dasselbe Schlußziel, nur die Wege, die sie gehen, sind im einzelnen verschiedene. Diese Verschiedenartigkeit berührt nicht im geringsten die innere programmatische Verbundenheit dieser Parteien untereinander, sondern sie beruht ausschließlich auf rein taktischen Erwägungen. Auch der Kampf dieser Parteien untereinander und gegeneinander [2] besagt dagegen nichts. Bürgerkriege sind stets blutiger, grausamer und unerbittlicher als Kämpfe nach außen. Die Streitigkeiten innerhalb der marxistisch-sozialistischen Parteien sind am ehesten noch mit Bürgerkriegen zu vergleichen. Die verschiedenen Richtungen ringen miteinander um die Vorherrschaft. Der Sieger ist am Ende aber immer der Marxismus als destruktive Weltanschauung. Es ist klar, daß diese Lehre der Völkervernichtung vor keiner Überlieferung haltmachen kann. Wenn das endliche Judenziel einer vollständigen Beherrschung der übrigen Menschheit in Erfüllung gehen soll, so bedingt dies die restlose Ausrottung aller Traditionen eigenen völkischen Lebens. Zu diesen Traditionen gehören nicht nur politische, sondern ebensosehr auch kulturelle und religiöse. Der jüdische Marxismus mobilisiert daher die gehirnlose Masse unter dem Vorwand, ein materielles Paradies auf Erden zu schaffen, zum Kampf gegen jene geistigen Güter, die das Wesen eines Volkstums in sich widerspiegeln. Der Marxismus zertrümmert alle blutsmäßig gebundenen Kulturäußerungen der Menschheit, ganz gleich auf welchem Gebiete sie liegen. Am Ende aber steht sein Bestreben, auch die vorhandenen Religionen zu beseitigen. Je wurzelloser die Menschheit wird, um so reifer erscheint sie zur jüdischen Weltbeherrschung.

Der Marxismus erreicht sein Ziel dabei auch nur in Etappen. Bismarck bezeichnete einst den Liberalismus als den Schrittmacher der Sozialdemokratie [3]. Prophetisch hatte der große

1 Zur Entwicklung der marxistischen Weltanschauung vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung Entwicklung Zerfall, 3 Bde., München 1977-1979.

2 Seit der 1928/29 einsetzenden Stalinisierung der Komintern begann diese, die Sozialdemokratie zunehmend in die Nähe des Faschismus zu rücken. Im Juli 1929 erklärte das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die nun als "Sozialfaschismus" diskreditierte Sozialdemokratie zum Hauptfeind der internationalen proletarischen Bewegung. Die KPD konzentrierte sich deshalb auf die Auseinandersetzung mit der SPD, nicht der NSDAP, deren - für sie unerwartete - Erfolge sie lediglich als Symptom für den endgültig bevorstehenden Zerfall des kapitalistischen Systems deutete. Vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984, S. 130 ff. Zum damaligen Verhältnis der Basis von KPD, NSDAP und SPD vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991, S. 102 ff.

3 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie."

Greis die zwangsläufige Entwicklung des Liberalismus vorhergesehen. Die Sozialdemokratie selbst ist der Schrittmacher des Kommunismus [4]. So wie es zu Bismarcks Zeiten zahlreiche Deutsche gab, die, klüger als der Altreichskanzler, die Richtigkeit der Bismarckschen Behauptung bestritten haben, heute aber von der Wirklichkeit widerlegt sind, so gibt es auch in unseren jetzigen Tagen nicht wenige "bürgerliche Politiker", in derem beschränkten Hirnkasten noch immer der Glaube haust, mit den Sozialdemokraten gemeinsam deutsche Geschichte machen zu können. Keine Ahnung haben die Herrschaften über die Ziele der sozialdemokratischen Schlußabsichten [*sic!*]. Ja, es gab sogar bürgerliche Politiker, die selbst am Bolschewismus interessante Seiten entdeckten und die Meinung vertraten, am Ende vielleicht auch noch mit ihm paktieren zu können. Schlimm ist es, wenn diese Gedankenverwirrung soweit geht, daß "christliche" Parteitaktiker mit Marxisten gemeinsam politische Geschäfte machen. Es kommt einmal die Zeit, in der das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie [5] als eine ebenso schamlose wie verrückte Tollheit eine vernichtende Ablehnung erfahren wird. Es wird dann jene heuchlerische, scheinreligiöse Schwindelei entlarvt werden, die es fertigbringt, sich unter dem Vorwand "christlicher Politik" mit den Todfeinden jeder Religion [6] überhaupt zu verbünden. Denn was das Christentum und überhaupt jede Religion von dem Marxismus zu erwarten hat, zeigt das heutige Rußland [7]. Der Kampf der Sowjetmacht (das heißt der Judendiktatur, die augenblicklich durch den Namen Stalin [8] und morgen wieder durch irgendeinen anderen ver-

---

Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

4 Während der Jahre 1918-1920 war es in erster Linie die (M)SPD, welche die politische Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften trug. Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984, S. 34 ff.

5 Zwischen 1919 und 1930 hatte es acht Reichsregierungen gegeben, an denen Vertreter der SPD und des Zentrums gleichzeitig beteiligt waren.
In Preußen wurde die Regierung seit 1919, bzw. seit 1921 aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet - teilweise ausschließlich, teilweise unter Einschluß von Vertretern von DDP und DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff.

6 Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Mai 1929 war es zu heftigen Diskussionen über das Verhältnis zwischen der Partei und den Kirchen gekommen. Die Forderung nach einem für die Parteifunktionäre obligatorischen Kirchenaustritt konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 156 ff., 641 f.
Vgl. ferner das Heidelberger Programm der SPD vom 14.9.1925, das die strikte Trennung von Staat und Kirche fordert, etwa durch die Streichung öffentlicher Mittel für religiöse Zwecke, die Verweltlichung des Bildungswesens und die Verhinderung jeder öffentlich-rechtlichen Einflußnahme der Kirchen. Druck: Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 467.

7 Der systematische Kampf der Bolschewisten gegen die Kirchen begann mit ihrer Machtübernahme während der Jahre 1917/18; das Gesetz "Über religiöse Vereinigungen" vom 8.4.1929, das den Religionsgemeinschaften jede gesellschaftliche, karitative und katechetische Tätigkeit verbot, verschärfte deren Verfolgung: Kirchen und Klöster wurden geschlossen, die Geistlichen deportiert oder getötet. Vgl. Dimitry Pospielovsky, The Russian Church under the Soviet Regime, 1917-1982, Vol. 1, Crestwood (N.Y.) 1984, S. 164 ff.

8 Josif Wissarionowitsch Stalin (eigentlich: Dschugaschwili, 1879-1953), 1894-1899 Besuch des orthodoxen Priesterseminars in Tiflis, seit 1898 Sozialdemokrat, 1902-1904 Verbannung, 1903 Bolschewik, 1912 Aufnahme in das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1917 Volkskommissar für

körpert werden kann) gegen die Religion an sich nimmt immer schärfere Formen an. Es ist dabei bemerkenswert, daß unsere judenliberale und klerikale Hetzpresse, die sich einst in Empörung überschlug, als ein Wiener Jude die Lüge erfand, in Südtirol wäre der Christbaum verboten [9], ohne irgendein besonderes Aufheben zu machen, heute über die Tatsache hinweggeht, daß in Rußland dieses Verbot nun wirklich durchgeführt ist, ja, daß man ausgerechnet die Weihnachtszeit ausnützt zur Schließung von weiteren Hunderten von Kirchen [10]! Es ist geradezu unglaublich, wie gleichgültig hier auf einmal alle die frommen Blätter geworden sind [11], angesichts dieser planmäßigen Ausrottung jeglicher Religion überhaupt, während sie sonst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um gegen die bösen Nationalsozialisten in echt christkatholischer Erregung sich zu ereifern! Natürlich haben sie für ihr Schweigen in dem einen Fall ebenso viele Gründe wie für ihr verlogenes Geschrei im anderen. Gegen die bolschewistische und marxistische Religionsausrottung können diese "christlichen" Religionspolitiker nicht Stellung nehmen, weil sie ja selbst mit diesen marxistischen Religionszerstörern politisch tagtäglich herumhuren. Gegen die Nationalsozialisten müssen sie umgekehrt lügen und schimpfen, wittern sie doch im Nationalsozialismus die Kraft, die einst ihren schmutzigen Händen die Religion als politischen Deckmantel entwinden wird. Was sie am Nationalsozialismus hassen, ist gerade die betonte Feststellung, daß er für ein positives Christentum eintritt [12]!

Überhaupt geht die von Stalin mit erhöhter Konsequenz besorgte Unterwerfung Rußlands unter das Judentum ihren entschlossenen Weg weiter. Ich habe immer davor gewarnt, in diesen Dingen den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen. Ich habe stets meinen begründeten Zweifeln Ausdruck gegeben über den behaupteten Kurswechsel in Rußland [13]. Das Gerede vom "nationalen" Stalin schien mir um so fragwürdiger, als in Rußland selbstverständ-

---

das Nationalitätenwesen, 1922-1953 Generalsekretär der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1946-1953 Vorsitzender des Ministerrates.

9 Die italienischen Behörden in Südtirol versuchten, mit Hilfe von forstwirtschaftlichen Bestimmungen die Beschaffung von Christbäumen zu verhindern. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil I, Innsbruck 1989, S. 257.

10 Die Schließungen von Kirchen und Klöstern in der Sowjetunion erreichte - parallel zu den übrigen Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft - Anfang der 30er Jahre ihren Höhepunkt. Genaue Zahlen für die gesamte Sowjetunion liegen nicht vor; in Moskau wurden 1933 noch etwa 100 geöffnete Kirchen registriert, im Gegensatz zu 600 Kirchen zu Beginn der 20er Jahre. Ausgehend von diesem Verhältnis schätzt man, daß in diesen Jahren 75-85% der Kirchen des vorrevolutionären Rußlands geschlossen wurden. Vgl. Pospielovsky, The Russian Church, Vol. I, S. 173 f.

11 Vgl. jedoch z. B. den Bericht des württembergischen Gesandten in München Carl Moser von Filseck vom 20.3.1930, in dem er über eine große Protestkundgebung des Zentralkomitees der Münchner Katholiken berichtet. Druck: Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 233.

12 Zum Verhältnis Hitlers zu den christlichen Kirchen vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff.

13 Anspielung auf die von Stalin seit Herbst 1924 vertretene Theorie vom Aufbau des "Sozialismus in einem Lande", mit der er sich von Lenins Strategie der Weltrevolution absetzte. Die Durchsetzung des neuen Kurses gegen die "linke Opposition" ermöglichte eine Rückbesinnung auf die Geschichte und wurde zum Ausgangspunkt für ein neues nationales Selbstverständnis. Mit der endgültigen Verfestigung von Stalins Diktatur Ende der 20er Jahre wurde diese politische Theorie dann umgesetzt in eine forcierte Industrialisierung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine systematische Aufrüstung. Vgl. Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin 1979, S. 303 ff., 317 ff.

lich ein Mensch so wenig russisch-national sein kann, als im alten Österreich etwa österreichisch-national. Wer im alten Österreich national war, konnte nur österreich-feindlich sein, und wer in Rußland national sein will, könnte nur antirussisch handeln! Es ist der Ausfluß eines sehr bescheidenen Nachdenkens, daß der Georgier Stalin ein russischer Nationalist in irgendeinem Sinn sein könnte, der mit unseren deutschen Auffassungen in Übereinstimmung zu bringen wäre. Stalin ist Bolschewist, als solcher vielleicht ein Gegenspieler Trotzkis [14], vielleicht aber auch das noch nicht einmal. Ich selbst habe auch heute noch, nach einem mehrmaligen gründlichen Überlesen des zuletzt erschienenen Werkes von Trotzki [15], begründete Zweifel, ob nicht der ganze scheinbare Kampf nur eine genial aufgezogene Komödie ist [16], zu dem Zwecke, dem führerlosen deutschen Kommunismus in diesem ausgekochtesten Rassejuden die fehlende Spitze zu geben [17]. Aber selbst, wenn diese meine Auffassung unzutreffend wäre, ist noch immer der Kampf zwischen Trotzki und Stalin nur ein Kampf zwischen zwei Rivalen. Die Auffassung, daß der Jude Trotzki gegen den Antisemiten Stalin stünde, ist durch gar nichts begründet, ja geradezu lächerlich. Von Lenin [18] selbst wird ja ebenfalls behauptet, daß er kein Jude gewesen sei. Dennoch war sein Wirken ein restlos jüdisches. Stalin braucht jedenfalls selbst nicht beschnitten zu sein, seine Mitarbeiter bestehen aber zumindest zu neun Zehntel aus lauter waschechten Hebräern [19]. Sein Handeln ist die Fortsetzung der restlosen Entwurzelung des rus-

14 Leo Trotzki (eigentlich: Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, 1902-1917 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar, Organisator und Oberbefehlshaber der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

15 Es handelt sich vermutlich um Trotzkis Schrift: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition. Die Ultralinken und der Marxismus. Welchen Weg geht der Leninbund?, Berlin 1929. Druck: Leo Trotzki, Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Bd. 1.1 (1929-1936). Hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tostorff, Hamburg 1988, S. 66-126.

16 Die von Stalin vertretene Theorie vom Aufbau des "Sozialismus in einem Lande" wie überhaupt die Verfestigung seiner Herrschaft war von Trotzki seit 1924 entschieden, aber erfolglos bekämpft worden und endete am 15.11.1927 mit seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Allunionspartei. Trotzki vertrat die Ansicht, daß zumindest ein sozialistisches Westeuropa unabdingbar für den Aufbau des Sozialismus sei. Vgl. Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.), Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal, 26.-29. März 1990, Mainz 1993.

17 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hatte am 6.2.1929 vor dem Reichstag angedeutet, daß Deutschland Trotzki Asyl gewähren könne. Aus außenpolitischen Gründen entschied sich die Reichsregierung jedoch Anfang April gegen dessen Aufnahme. Vgl. Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992, S. 248 ff.

18 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), Rechtsanwalt, seit 1897 Verbannung, seit 1900 Exil, seit 1903 Führer des radikalen Flügels der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), 1917 Rückkehr aus dem Exil, Organisator des Juli-Aufstands und der Oktober-Revolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, 1919 Begründer der III. Internationale.

19 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

sischen Volkes zu dessen vollkommener Unterwerfung unter die Judendiktatur. Die Bauern, denen es in kleineren Trupps gelingt, dem russischen Unheil zu entfliehen [20], können ein Liedchen davon singen, wie der "antisemitische" Kurs des Herrn Stalin aussieht [21], von dem es leider auch in völkischen Kreisen manchmal in den Köpfen herumspukt [22]. Wer die Entwicklung zur restlosen Judenherrschaft des Stalinschen Kursus verfolgt, der kann erst die Größe des Verbrechens ermessen, das im Pakt unseres Zentrums mit dem Marxismus in Deutschland liegt!

13. Januar 1930 Dok. 4
"Berichtigung"
Erklärung [1]

VB vom 15.1.1930, "Neue Lügensensationen der Judenpresse".

Die in einer Reihe von Blättern [2] unter Berufung auf das angeblich nationalsozialistische Berliner Organ "Der Alarm", mit der Überschrift "Goebbels gemaßregelt" [3], gebrachte Mitteilung ist von Anfang bis Ende frei erfunden.

Es ist unwahr, daß "Der Alarm" ein Berliner Organ der Nationalsozialisten ist.

Wahr ist, daß "Der Alarm" mit der N.S.D.A.P. nicht das geringste zu tun hat, sondern den politischen, weltanschaulichen und rassischen Gegenpol zum Nationalsozialismus vertritt [4].

---

20 Stalin hatte am 29.12.1929 verkündet, daß man die "Kulaken" - eigentlich die reichen Großbauern - nun als Klasse liquidieren werde. Im Gegensatz zur bauernfreundlichen Wirtschaftspolitik der 20er Jahre waren bereits seit 1928 Zwangseintreibungen erfolgt, seit der Jahreswende 1929/30 begann unter dem Stichwort der "Kollektivierung" die systematische Zerschlagung der privatwirtschaftlichen Strukturen der sowjetischen Landwirtschaft. Stalins neue Landwirtschaftspolitik führte nicht nur zu einem wirtschaftlichen Desaster - die landwirtschaftliche Produktion sank unter das Niveau von 1914 -, sondern kostete auch Millionen Menschen - in erster Linie als Folge der Zwangsumsiedlungen und der Hungersnöte - das Leben. Vgl. R. W. Davies, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980; Stephan Merl, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

21 Die Bolschewisten hatten seit 1918 alle rechtlichen Beschränkungen für Juden aufgehoben. Die dadurch geförderte Migration und Assimilierung stimulierte den traditionellen russischen Antisemitismus. Vgl. William Korey, The Legal Position of Soviet Jewry: A Historical Enquiry. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, S. 76-98 sowie Bernard D. Weinryb, Antisemitism in Soviet Russia. In: Ebenda, S. 300-322.

22 Anspielung auf den linken Flügel der NSDAP, der für ein Bündnis mit der Sowjetunion plädierte. Vgl. Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 112 f., 118 ff.

1 Zum Hintergrund vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 483.

2 Vgl. z. B. Vorwärts vom 12.1.1930 (MA), "Goebbels gegen Hindenburg und Hitler gegen Goebbels"; Berliner Tageblatt vom 13.1.1930 (AA), "Ein nationalsozialistisches Strafgericht"; Münchner Neueste Nachrichten vom 13.1.1930, "Goebbels gemaßregelt"; Vorwärts vom 14.1.1930 (MA), "Goebbels dementiert"; Die Rote Fahne vom 14.1.1930, "Schwerindustrie diktiert Hitler".

3 Ein' Artikel mit dieser Überschrift ließ sich in der Zeitung "Alarm" nicht ermitteln. Vgl. jedoch Alarm vom 12.1.1930, "Dr. Goebbels von Hitler kaltgestellt". Ferner Alarm vom 27.1.1930, "Was ist mit Goebbels?".

4 Die Zeitung "Alarm" - "Kampfblatt gegen Volksbetrug und Volksverhetzung; für Freiheit und Recht; für Wahrheit und Klarheit" - erschien während der Jahre 1929-1933 im Verlag Fritz Stenzel, Berlin. Unter ihrem

Es ist unwahr, daß ich den Gauleiter für Groß-Berlin, Dr. Joseph Goebbels [5], auf 4 Wochen von seinem Amte suspendiert habe und der Reichstagsabgeordnete Straßer [6] für ihn die Leitung übernimmt.

Wahr ist, daß Herr Dr. Goebbels nach wie vor Gauleiter von Berlin ist [7], nach wie vor mein volles Vertrauen genießt und daß ich nicht daran gedacht habe, Herrn Dr. Goebbels wegen irgend etwas zu maßregeln [8].

Es ist unwahr, daß der "Völkische Beobachter" demnächst nach Berlin verlegt werden soll, um die Absicht Dr. Goebbels', seine Zeitung "Der Angriff" zur Tageszeitung auszubauen [9], zu stören [10].

Wahr ist, daß ich jede Weiter-Entwicklung des nationalsozialistischen Organs in Berlin, "Der Angriff", begrüße.

München, den 13. Januar 1930.

gez.: Adolf Hitler

Redakteur Richard Rieger konzentrierte sich das wenige Seiten umfassende Blatt vor allem auf Propaganda gegen rechtsradikale Verbände, insbesondere die NSDAP.

5 Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

6 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

7 Hitler hatte Goebbels am 26.10.1926 zum Leiter des Gaues Berlin-Brandenburg ernannt. Vgl. Bd. II/1, Dok. 40.

8 Spannungen bestimmten damals vor allem das Verhältnis zwischen Goebbels und den Brüdern Gregor und Otto Straßer, nicht zwischen Hitler und Goebbels. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 138 ff.

9 Goebbels hatte im Juli 1927 die Berliner Zeitung "Der Angriff" ins Leben gerufen. Die Zeitung war weniger als Informationsblatt konzipiert, sondern als neuer Typ einer primär ideologisch ausgerichteten "Kampfpresse"; sie erschien zunächst einmal, ab Oktober 1929 zweimal pro Woche und wurde erst im November 1930 zur Tageszeitung erweitert. Vgl. Peter Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandaufnahme, München 1987, S. 100 ff., 195.

10 Gegen den Willen Goebbels' erschien der Völkische Beobachter ab 1.3.1930 in einer besonderen Berliner Ausgabe. Da zeitgleich die von Gregor Straßer herausgegebene Zeitung "Der Nationale Sozialist" nun als Tageszeitung erschien, bestand für Goebbels vorerst keine Möglichkeit, in Berlin eine dritte nationalsozialistische Tageszeitung herauszugeben. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 65 sowie Dok. 12, Anm. 10.

14. Januar 1930 Dok. 5
Beleidigungsprozeß gegen Karl Rabe [1]
Aussage vor dem Amtsgericht München-Au [2]

VB vom 16.1.1930, "Das Ende der Ultimatumlegende"; VB vom 17.1.1930, "Monarchie und Nationalsozialismus".

Adolf Hitler führt in seiner *Parteierklärung* aus:

Ich hätte vielleicht in diesem Falle nicht Klage erhoben, wenn ich nicht auch hier durch die Presse selbst gezwungen worden wäre, durch Presseartikel, die mich aufforderten, zu klagen, und die ein Nichtklagen als einen Beweis der Richtigkeit dieses Artikels bezeichneten [3].

Ferner ist dieser Artikel für mich *auf das schwerste verletzend und beleidigend* und zwar durch die tendenziöse Überschrift [4], die eine Tatsache feststellt.

---

1 Karl Rabe (geb. 1890), Journalist, Mitarbeiter bei der Münchener Post und der Süddeutschen Sonntagspost, dann Chefredakteur der Münchner Telegramm Zeitung, März-Juni 1933 inhaftiert.

2 Hitler hatte gegen den Chefredakteur der Münchner Telegramm Zeitung, Karl Rabe, Klage erhoben, da er sich durch dessen Artikel vom 1.11.1929 (Überschrift: "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht - Ein Ultimatum der Nationalsozialisten - Die Sonntag-Nacht in Berchtesgaden") beleidigt fühlte. Rabe erhob Widerklage gegen Hitler; er fühlte sich beleidigt durch Hitlers Artikel im Illustrierten Beobachter vom 2.11. und 16.11.1929 (Druck: Bd. III/2, Dok. 91 und 99) sowie durch Hitlers offenen Brief an Joseph Graf von Soden-Fraunhofen vom 7.11.1929 (Druck: Bd. III/2, Dok. 94).
Ursache dieser Auseinandersetzung war ein Artikel der Münchner Telegramm Zeitung vom 24.10.1929: Unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" hatte sie über die Erklärung von MdR Martin Loibl (BVP) berichtet, daß Kronprinz Rupprecht das Volksbegehren gegen den Young-Plan nicht unterzeichnen werde. Hitler versuchte daraufhin vergeblich, mit Hilfe von Karl Reichel den bayerischen Kronprinzen dennoch zu einer Stellungnahme zugunsten des Volksbegehrens zu bewegen. Die Mitarbeiter Rupprechts, Eugen Prinz zu Oettingen-Oettingen und Joseph Graf von Soden-Fraunhofen, behaupteten, Reichel sei bei seinem Versuch der Einflußnahme so weit gegangen, ein Ultimatum zu stellen: Falls der Kronprinz das Volksbegehren nicht unterstütze, werde die NSDAP ihre Haltung zur Frage der Monarchie revidieren. Der Prozeß, der am 14.1.1930 begann, endete am 24.1.1930 mit folgendem Urteil: Rabe wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 400,- RM sowie zur Erstattung von 3/4 der Gerichtskosten verurteilt, Hitler zu einer Geldstrafe in Höhe von 400,- RM sowie zur Erstattung von 1/4 der Gerichtskosten. Das Gericht erkannte im o. g. Artikel der Münchner Telegramm Zeitung keine Beleidigung. Es sah es jedoch auch nicht als erwiesen an, daß Reichel im Auftrag Hitlers gehandelt, sondern die ihm von Hitler erteilten Befugnisse möglicherweise weit überschritten habe. Vgl. Alfons Beckenbauer, Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Sodenhofen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 103 (1977), S. 5-28; Politik in Bayern 1919-1933, S. 226, 229 f.; Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen unnd sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, Bd. 2, S. 672 f. Ferner Berichte Nr. 19, 38 und 2 des Vertreters der Reichsregierung in München Edgar Haniel von Haimhausen vom 15.1.1930, 25.1.1930 und 3.1.1931; BayHStA, 15.01/25789.

3 Vgl. z. B. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg[*eordneter*] Schäffer stellt Hitler".

4 Die Münchner Telegramm Zeitung hatte am 24.10.1929 unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" im Fettdruck gemeldet: *"Neuburg a. D., 24. Oktober. Reichstagsabgeordneter* [*Martin*] *Loibl teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Kronprinz Rupprecht von Bayern ein Ansuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen, abgelehnt habe mit der Begründung,*

Hitler legt dar, daß diese Überschrift durchaus im Zusammenhang mit dem Artikel selbst gebracht werden müsse und daß sie nicht nur aus Reklamegründen gemacht wurde.

Dem Inhalt nach ist dieser Artikel absolut falsch und unrichtig.

Hitler skizziert die Atmosphäre, in der sich die ganzen Vorgänge abgespielt haben. Die Nationalsozialisten stehen im Kampf gegen den Young-Plan [5], in dessen Verfolgung das *Volksbegehren* [6] von einer Reihe von Verbänden eingereicht wurde, das so oder so beurteilt werden kann. Wesentlich ist, daß diese Verbände ihrer inneren Überzeugung nach das taten, *was man für Deutschland tun muß,* wesentlich, daß diese Verbände zur heutigen Staatsform entweder eine ablehnende oder *offenstehende Haltung* eingenommen haben, d. h., *sämtliche Verbände, die für das Volksbegehren sind, haben die Revolution des Jahres 1918 nicht anerkannt,* ein Teil derselben steht auf dem Standpunkt, daß die Monarchie die gegebene Staatsform ist [7]. *Meine Bewegung hat grundsätzlich diese Frage vollkommen offen gelassen* [8]. Wir durften somit erwarten, daß in diesem Kampfe in erster Linie die Deutschen uns nicht in den Rücken fallen, die entweder aus nationalpolitischen Gründen dasselbe verfechten mußten wie wir oder

---

daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte." Zur Auseinandersetzung über die Stellung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 672 ff. sowie Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 543 f.

5 Der Young-Plan war seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden und wurde am 12.3.1930 vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan (vgl. Anm. 65) versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig zu fixieren: 36 Raten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM, gefolgt von 22 Raten in Höhe von durchschnittlich 900 Millionen RM. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis zum 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 469 ff.

6 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 5) - fixiert in dem sog. "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" - hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11.1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 422 ff.

7 Gemeint sind in erster Linie DNVP, Stahlhelm sowie Christlich-Nationale Bauern und Landvolkpartei.

8 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Vgl. Dok. 2, Anm. 13. Für die NSDAP war die Frage ihrer Stellung zur Monarchie bereits während des Volksentscheids über die Fürstenenteignung akut geworden. Hitler selbst lehnte die Fürstenenteignung von Anfang an ab. Auf der Führertagung der NSDAP am 14.2.1926 in Bamberg konnte Hitler seinen Standpunkt gegenüber den durch Gregor und Otto Straßer sowie Joseph Goebbels vertretenen linken Flügel der Partei durchsetzen. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978. Ferner Bd. I, Dok. 101.

aber aus weltanschaulichen Gründen sich auf eine gemeinsame Linie hätten begeben müssen. In der Zeit des Volksbegehrens wurde von verschiedenen Personen der Gedanke verfochten, man müßte an eine möglichst breite Öffentlichkeit herantreten, um angesehene Namen zu gewinnen, die sich gegen den Young-Plan aussprachen. *Oberst Lenz* [9] *hat nicht versucht, den Kronprinzen* [10] *jemals zu bewegen, für das Volksbegehren einzuzeichnen, sondern er kam mit dem Vorschlag, eine Anzahl von bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu bewegen, sich in einem Aufruf gegen den Young-Plan einzuzeichnen.*

Man versuchte, eine möglichst breite Basis von prominenten Persönlichkeiten zu bilden. Ich war der erste und vielleicht einzige, der dagegen Stellung genommen hat [11]. Ich habe sowohl Herrn Geheimrat von Hugenberg [*sic!*] [12] als auch Herrn Oberst Lenz gegenüber betont, daß ich ein solches Vorgehen nicht für richtig halte, sondern für besser, *ein paar große Verbände zu einem klaren Kampf zu gewinnen.* Unter den mir vorgelegten Namen befand sich auch der Name des Kronprinzen. Ich habe sofort den Standpunkt eingenommen, daß ich das für falsch halte. Als der Reichsausschuß als Landesausschuß Bayern sich konstituiert hatte, ist auch niemand an den Kronprinzen herangetreten. Diese Behauptung ist von Anfang bis Ende unwahr. Auch Oberst von *Xylander* [13], der Vorsitzende des Landesausschusses, hat eine ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß ein solches Ansinnen nicht gestellt worden ist und auch widersinnig gewesen wäre.

Ganz persönlich habe ich es als selbstverständlich angesehen, daß jeder deutsche Mann an sich den Young-Plan ablehnen muß. Ferner habe ich es als vollkommen frei angesehen, in

---

9 Hermann (seit 1917 Ritter von) Lenz (1872-1959), 1892 bayerischer Leutnant, 1911 Major, Lehrer an der Kriegsakademie, 1917 Oberstleutnant, Chef des Generalstabs der 6. (bayerischen) Armee, 1921 Verabschiedung als Oberst, 1920 Führer der Zeitfreiwilligenverbände in München, 1921-1923 Führer des Zeitfreiwilligenkorps (Organisation Lenz), April 1923 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, 1929-1933 Führer des bayerischen Stahlhelm.

10 Rupprecht (1869-1955), 1887 bayerischer Leutnant, 1889-1891 Studium in München und Berlin, 1913 bayerischer Kronprinz, 1914 Generaloberst, Oberbefehlshaber der 6. (bayerischen) Armee, 1916-1918 Oberbefehlshaber der "Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht", lehnte 1921 beim Tod seines Vaters, Ludwig III., die Ausrufung zum König ab, 1939-1945 Exil in Italien.

11 Dem sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gehörten auch einige Mitglieder des deutschen Hochadels an, so Albrecht Ludwig Prinz zu Hohenzollern (1898-1977), Otto II. Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar (1867-1941) und Franz Josef 6. Fürst zu Ysenburg (1869-1939). Vgl. Der Stahlhelm vom 30.6.1929, 7.7.1929 und 28.7.1929, "Für das deutsche Volksbegehren".
Vgl. jedoch die Aussage des Zeugen von Lenz, "Hitler habe sehr deutlich dagegen opponiert [...], daß jemand zum Kronprinzen gehe". Vgl. Bayerischer Kurier vom 15.1.1930, "Kronprinz Rupprecht/Volksbegehren/Adolf Hitler".

12 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfangreichen Presse- und Medienkonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar 1933-Juni 1933 Reichswirtschaftsminister sowie Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

13 Rudolf Ritter von Xylander (1872-1946), 1892 bayerischer Leutnant, 1902 Generalstab, 1914 Kämmerer, 1919 Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920 Verabschiedung als Oberst, 1922 Vorsitzender des Kreisvereins München der Bayerischen Mittelpartei, danach Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei, 1926 Eintritt in die DNVP, 1935 Lehrer an der Kriegsakademie, 1938 Reaktivierung als Oberst, 1942 Generalmajor.

welcher Art der einzelne seine Ablehnung betätigt [*sic!*]. Als der Kampf im vollen Gange war, unter den unglaublichsten Unterdrückungen und Verfassungsbrüchen [14], erfuhr ich plötzlich, rein durch Zufall im Café Heck [15], *daß Kronprinz Rupprecht sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen haben soll* [16]. Ich habe das für *unmöglich* gehalten, und lese nun, daß der Reichstagsabgeordnete *Loibl* [17] in einer Rede erklärt haben soll, daß Kronprinz Rupprecht das Volksbegehren ablehne [18]. Es war mir undenkbar, daß irgend etwas von so weittragender Bedeutung geschehen könnte, das der Kronprinz nicht wüßte, daß er bei einer Erklärung, die für uns einen solchen Schlag bedeutete, selbstverständlich im Bilde sein müsse. *Meine weitere Ansicht war, daß das notwendigerweise zu einer Revision unserer Stellung zur Republik überhaupt führen muß.* Ich bin Führer einer Bewegung, die in schärfster Opposition gegen die Revolution von 1918 steht und den Kampf in wahrhaft gründlicher Weise dagegen durchführt, aber vollkommen losgelöst von einer einseitigen Stellungnahme. In Deutschland leben Millionen der besten deutschen Männer, die absolute Anhänger der monarchischen Idee sind [19]. Abhängig ist die kommende Entwicklung in erster Linie von denen, die die Repräsentanten der Monarchie im höchsten Sinne des Wortes sind.

Wenn Monarchien gestürzt sind, sind die Thronanwärter die lebenden Repräsentanten dieser Idee. Wenn sämtliche Thronanwärter beseitigt würden, dann wäre meiner Überzeugung nach das Problem "Republik oder Monarchie" von vorneherein entschieden.

---

14 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern Carl Severing u. a. Disziplinarmaßnahmen gegen jene Beamten des Reichs, der Länder und der Kommunen vorgeschlagen, die das Volksbegehren gegen den Young-Plan unterstützten. Daraufhin hatte die DNVP-Fraktion im preußischen Landtag beim Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig gegen die Disziplinarmaßnahmen der preußischen Regierung geklagt. Am 19.12.1929 entschied der Staatsgerichtshof, daß diese Disziplinarmaßnahmen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigen würden. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970, Bd. 2, S. 998 ff. sowie Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 193 f., 229.

15 Hitler war mit seiner Entourage fast jeden Nachmittag im Café Heck in der Galeriestraße, wo stets ein Tisch für ihn reserviert war. Vgl. Wolfgang Schuster, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 125-130, S. 128.

16 Vgl. die Eintragung des württembergischen Gesandten in München Carl Moser von Filseck vom 3.11.1929: "Graf Soden erzählte mir, der Kronprinz habe nie aus seiner Gegnerschaft gegen das Volksbegehren in der vorliegenden Fassung ein Hehl gemacht und hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn dies in weiteren Kreisen bekannt geworden wäre. Es habe ihm aber ferngelegen, dies verkünden zu lassen und seinen Namen zu einer Propaganda gegen das Volksbegehren herzugeben." Druck: Politik in Bayern 1919-1933, S. 226.

17 Martin Loibl (1869-1933), Besitzer des "Neuburger Anzeigeblattes", 1905-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1924 MdR (BVP).

18 Loibl hatte am 27.10.1929 in einer Rede in Donauwörth erklärt, die Meinung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren eigenmächtig, ohne vorhergehende Abstimmung mit ihm, bekanntgegeben zu haben. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 28.10.1929, "Die Haltung des Kronprinzen".

19 Zur damaligen Bedeutung des monarchistischen Gedankens vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Monarchismus in der deutschen Republik. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 254-271.
Wichtigster Vertreter des monarchistischen Gedankens in Bayern war der Heimat- und Königsbund, der 1924 aus der "Königspartei" hervorgegangen war. Erwein Freiherr von Aretin, von 1925-1928 Leiter des Bundes, war ein Vetter des Grafen Soden. Vgl. Robert S. Garnett, Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany 1918-1933, New York 1991, S. 119 ff.

Damit ist für uns der heutige Schwebezustand aufrechterhalten dadurch, daß die alten Geschlechter noch Vertreter besitzen und daß damit für Millionen von Menschen der Glaube an die Möglichkeit der Wiedereinführung einer Monarchie eine gewisse Begründung hat.

Das ändert sich in dem Augenblick, in dem die Träger der Königsidee selbst durch eine Selbstpreisgabe ihrer bisherigen Stellungnahme diese Idee zwecklos machen.

Die einzige Partei, die sich nicht auf den Boden der Tatsachen gestellt hat, sondern erklärte:

Wir fügen uns dem nicht, aber mit den Mitteln, die das Gesetz heute überhaupt gibt, kämpfen wir gegen den heutigen Zustand, ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Verbände sind ausschließlich in der Front, *die gegen den Young-Plan Stellung genommen haben.* Wenn also ein Träger des Königsgedankens sich gegen diese Verbände entscheidet, so besteht in meinen Augen Anlaß, sich die Frage vorzulegen, ob für den Nationalsozialisten eine Stellung aufrechtzuerhalten sei, die die Bayerische Volkspartei schon längst aufgegeben hat [20]. Um so mehr, wenn die Repräsentanten des monarchischen Gedankens sich selbst auf den Boden der Parteien stellen, die ihrerseits die Republik gegründet haben und einen klaren eindeutigen Zustand schufen. Mir als Führer der Bewegung steht es frei, das zu tun, was ich zu tun gedenke, da ich nur einem Faktor Verantwortung schulde, der nationalsozialistischen Bewegung. Wenn diese heute erklären würde, *wir stellen uns grundsätzlich auf den Boden der Republik, so verbitte ich mir, daß irgend jemand darin ein jemanden bedrohendes Vorgehen erblicken könnte.* Ich lasse mir nicht von der Münchner Telegramm Zeitung vorschreiben, welche Stellung die nationalsozialistische Bewegung zur Monarchie oder Republik einzunehmen hat, denn diese Zeitung steht schon längst auf dem Boden der republikanischen Tatsachen [21]. Überhaupt kann niemand sich anmaßen, in einer, sagen wir Änderung unserer Stellung zum Problem Monarchie oder Republik einen Angriff gegen eine Person zu sehen, gegen den Kronprinzen Rupprecht oder Wilhelm [22]. Das ist ein unglaubliches Verfahren. Sie würde höchstens das tun, was die Kronprinzen bereits getan haben, die auch schon diese Konsequenzen gezogen haben. Nur wir haben sie nicht gezogen, weil wir glauben, daß es am besten ist, wenn wir von vorneherein dieses Thema vollkommen in den Hintergrund schieben und betonen, das wesentliche für uns ist die

Gestaltung des Reiches im deutschen Sinne,

und daß aus dieser Neugestaltung des Reiches sich die Staatsform entwickeln wird, die dem deutschen Wesen am meisten angepaßt erscheint.

---

20 Die BVP lehnte - so ihr Parteiprogramm vom November 1918 - "die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November" 1918 ab, ohne diese jedoch gewaltsam revidieren zu wollen. Das Verhältnis der BVP zur Frage der Monarchie blieb auch weiterhin ambivalent; erst als ein Volksentscheid zur Änderung der bayerischen Verfassung am 6.4.1924 nicht die erforderliche Mehrheit erreicht hatte, ging die Leitung der BVP dazu über, die föderalistische vor die verfassungsrechtliche Frage zu stellen. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 22 ff., 89 f., 175 f. sowie Garnett, Lion, Eagle and Swastika. Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506.

21 Die Münchner Telegramm Zeitung war im Januar 1922 als Abendzeitung des Verlags Knorr & Hirth gegründet worden. Das weitgehend unpolitische Boulevardblatt erschien fünfmal pro Woche und konzentrierte sich in erster Linie auf Kriminal- und Sensationsnachrichten sowie die Sportberichterstattung. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

22 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.
Zum Verhältnis zwischen Wilhelm II. und Hitler vgl. ferner Dok. 111.

Dadurch, daß ich eine Anordnung herausgebe: Die Partei stellt sich auf den Boden der Weimarer Verfassung [23], kann kein Mensch eine Bedrohung einer 3. Person folgern. Überhaupt staune ich, *daß das Stellen auf den Boden der Weimarer Verfassung eine Bedrohung anderer Menschen ist.* (Bewegung. *Vorsitzender* [24]: Das kommt später!)

Nun hielt mir Herr *Reichel* [25] entgegen, das könne niemals vom Kronprinzen gekommen sein, sondern sei höchstens *von seiner Umgebung geschoben worden.* Wenn dies zutraf, dann müßte morgen ein Dementi kommen. Herr Reichel, *der nicht Parteigenosse ist,* wollte noch sehen, ob das überhaupt von Herrn Loibl kommen konnte. Er ist mit Seiner Königlichen Hoheit befreundet [26]. *Ich habe nie gesagt: Herr Reichel, Sie müssen etwas unternehmen,* im Gegenteil, ich war überzeugt, daß er das auch selbst feststellen könnte. Am nächsten Tag kam keine Erklärung, und ich war entschlossen, *dagegen in der Partei Stellung zu nehmen* in dem Sinne, daß wir unsere Mitglieder dadurch, daß wir diese Frage offen gelassen haben [27], unendlichen Verfolgungen aussetzten und sie auf eine Bahn brachten, die sie nicht selten ins Gefängnis brachte, und daß das *keinen Sinn mehr habe.* Dieser Artikel wurde geschrieben und sollte am Montag in die Druckerei kommen, weil der "Illustrierte Beobachter" am Mittwoch erscheint [28]. *In diesem Artikel ist keine Zeile von einer Bedrohung des Kronprinzen zu sehen* [29].

Herr Reichel bat mich persönlich: Herr Hitler, tun Sie das nicht, ich bin überzeugt, *der Kronprinz weiß von der Sache gar nichts,* das ist nur vom Kabinett [30] gemacht worden, ich bitte Sie, halten Sie den Artikel zurück! Ich sah in ihm einen absoluten Freund des Königs [*sic!*]. Es war vielleicht eine Dummheit von mir, daß ich mich überhaupt eine Sekunde bewegen ließ zu sagen, ich halte diesen Artikel zurück. Wenn natürlich ein Dementi gekommen wäre, wonach der Kronprinz mit der Sache nichts zu tun hat, war der ganze Anlaß hinfällig. So-

23 Seit der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 hatte Hitler versucht, alles zu vermeiden, was als militärische Vorbereitung für einen erneuten Staatsstreich hätte ausgelegt werden können. Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), vom 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60).

24 Albert Frank (1874-1947), 1902 Amtsrichter, 1924 Amtsgerichtsdirektor, Januar 1933 Präsident des Landgerichts München II, 1939 Ruhestand.

25 In der Vorlage durchgehend: Reichl. Karl Anton Reichel (1874-1944), Maler und Radierer, Gutsbesitzer bei Micheldorf an der Krems (Oberösterreich).

26 Reichel hatte Kronprinz Rupprecht nach seiner Flucht aus Bayern Anfang 1919 auf seinem Gut bei Micheldorf aufgenommen. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 439 f.

27 Gemeint ist die Frage der Staatsform.

28 Der Illustrierte Beobachter erschien damals samstags; möglicherweise meint Hitler die Auslieferung der Zeitschrift.

29 Vgl. Bd. III/2, Dok. 91, ferner Dok. 93, 94 und 99, in denen Hitler angesichts der Unnachgiebigkeit des Kronprinzen Rupprecht eine Revision der - bislang offenen - Haltung der NSDAP zur Frage der Monarchie ankündigt.

30 Gemeint ist das Privatkabinett des Kronprinzen Rupprecht.

lange der Artikel des Herrn Loibl vorlag und nicht dementiert wurde, mußte man annehmen, daß er stimmte. Herr Reichel kam noch einmal zu mir und sagte, ob ich mich bereit erklären würde, den Artikel nicht erscheinen zu lassen, wenn eine *Erklärung des Herrn Loibl* erscheinen würde. Nun habe ich mit *Erklärungen von Parlamentariern* meine Erfahrungen. Ich habe gesagt: Mir ist die Sache vollkommen gleichgültig. Ich persönlich wünsche nur eines: Daß entweder richtiggestellt wird, daß es nicht stimmt oder daß es bleibt.

Niemals habe ich nun Herrn Reichel hingeschickt. Er trat an mich heran und bat mich zu warten, bis er einen Schritt unternommen hätte. Nun kommt plötzlich der Artikel in die Zeitung, wonach ich den Kronprinzen bedroht haben soll. Das ist eine unglaubliche Verdrehung der Tatsachen und eine außerordentliche Beleidigung meiner Person. Ich werde hingestellt als Revolver-Journalist, der sich gegen den Kronprinzen vergangen hat [*sic!*]. *Ich bitte, daß meine Ehre wiederhergestellt wird, daß festgestellt wird, daß ich den Kronprinzen nicht bedroht habe, kein Ultimatum gestellt, daß er sich in ein Volksbegehren einzeichnen solle, was ich als Unsinn bezeichnet habe, und daß Reichel von sich aus als Freund des Kronprinzen gehandelt hat.*

[...] [31]

Hitler: Glauben Durchlaucht, daß Herr Reichel mir oder Seiner Königl[*ichen*] Hoheit näher steht?

[...] [32]

Hitler erklärt, daß er mit Herrn Reichel erst seit 3/4 Jahren bekannt sei, während dieser den Kronprinzen über 20 Jahre kennt. Er frägt den Zeugen [33]:

Haben Sie das Gefühl, daß General von Epp [34] *und Herr Oberst Lenz sich an Sie gewendet haben, um ein Unheil von den Nationalsozialisten abzuwenden, oder das Gefühl, daß beide Herren sich an Sie wandten, um eine Schädigung des k*[*öni*]*gl*[*ichen*] *Gedankens zu verhindern:*

[...] [35]

Ebenso umgeht der Zeuge die Frage Hitlers, ob seiner Überzeugung nach General von Epp, Oberst von Lenz oder Herr Reichel *primär Monarchisten* oder primär Nationalsozialisten seien mit der Bemerkung, daß er über diese Offiziere kein Urteil über ihre politische Gesinnung abgebe [*sic!*].

31 Folgt Bericht über die Vernehmung der Zeugen Hermann Ritter von Lenz und Eugen Prinz zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein.

32 Aussage des Prinzen zu Oettingen-Oettingen, daß sich Reichel "mehr oder weniger deutlich als der Vertraute des Herrn Hitler" ausgegeben habe.

33 Eugen Prinz (seit 1930 Fürst und Herr) zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein (1885-1969), bis 1930 Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen Rupprecht, Vorsitzender des Verwaltungsfonds des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Vorsitzender der Landesabteilung Bayern der Deutschen Adelsgenossenschaft.

34 Franz (seit 1916 Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

35 Aussage des Prinzen zu Oettingen-Oettingen, daß er nicht "in die Seele der Herren hineinschauen" könne.

Bei der *Frage Hitlers*, in welcher Weise der Prinz [36] eine *Erlaubnis zur Verwertung des Materials* erteilt habe, und daß dieses Material nur von irgend jemandem aus dem engsten Kreise der Umgebung des Kronprinzen der Presse übergeben sein konnte, macht der *Vorsitzende* den Zeugen darauf aufmerksam, *daß er diese Fragen nicht zu beantworten brauche, da er seit gestern unter einer Privatklage Adolf Hitlers* [37] *stehe.*

[...] [38]

Hitler: Das ist eine allgemein politische Idee, die jetzt zirkuliert.

[...] [39]

Hitler: Es geht aus der [Münchner] Telegramm Zeitung hervor, daß die von mir angekündigte Stellungnahme der Partei den Kronprinzen als Person bedroht, und Prinz Oettingen und Graf Soden [40] *haben beide erklärt, daß sie das Gefühl hatten, daß ich mit ganzer Macht nicht nur gegen die Monarchie, sondern auch gegen die Person des Kronprinzen vorgehen würde. Habe ich überhaupt jemals mit einem Wort erklärt, daß ich aus diesem ganzen Komplex von Fragen Konsequenzen ziehen wollte in der Richtung eines Kampfes gegen den Kronprinzen oder war nicht der Gedanke einfach der, daß zwangsläufig eine Umstellung der Partei für die Zukunft eintritt und die Frage, ob Republik oder Monarchie als nur noch theoretisches Problem behandelt wurde?*

[...] [41]

Hitler: Haben Sie je einen Brief geschrieben, der von mir veranlaßt war?

[...] [42]

Hitler: Habe ich vorher Kenntnis von Ihren Briefen gehabt?

[...] [43]

Hitler: Habe ich jemals auch im Gespräch auch nur erwartet, gehofft oder gewünscht, daß S[eine] K[önigliche] H[oheit] sich für das Volksbegehren entscheide? (Reichel: Nein!) Oder

---

36 Rupprecht.

37 Hitler hatte am 13.1.1930 auch gegen Prinz zu Oettingen-Oettingen und gegen Graf Soden Klage wegen Beleidigung erhoben, die jedoch vom Gericht verworfen wurde.

38 Ablehnung der Beantwortung von Hitlers Frage durch den Prinzen zu Oettingen-Oettingen und erneute Feststellung, "daß der Inhalt der Veröffentlichung der [*Münchner*] Telegramm Zeitung richtig sei". Folgt Vernehmung der Zeugen von Lenz und Graf Soden. Letzterer schildert, wie Lenz und Reichel versuchten, durch persönliche Besuche, Briefe und Telefonate Kronprinz Rupprecht zu einer Befürwortung des Volksbegehren gegen den Young-Plan zu bewegen. Danach Vernehmung des Zeugen Karl Reichel, der über seine Kontakte berichtet, die er in dieser Sache mit Kronprinz Rupprecht und seiner Umgebung gehabt habe. Er beschreibt Hitlers Empörung über den Artikel vom 24.10.1929 in der Münchner Telegramm Zeitung (vgl. Anm. 4) und erwähnt dessen Bemerkung, daß er sich nun "auf eine schwarz-weiß-rote Republik einstellen würde". Darauf Frage des Vorsitzenden Frank an Hitler, was er unter diesem Begriff verstehe.

39 Folgt Vernehmung des Zeugen Reichel, der erklärt, daß seine Kontakte mit dem Kabinett des Kronprinzen Rupprecht nur teilweise im Auftrag Hitlers erfolgt seien.

40 Joseph Graf von Soden-Fraunhofen (1883-1972), Jurist, 1911 Legationssekretär an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 1919-1921 Leiter der Polizeiabteilung Bamberg, dann der Polizeistelle für Nordbayern, November 1923 während des Hitler-Putsches von den Putschisten als Geisel festgesetzt, 1923-1933 Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

41 Reichel erklärt u. a., daß Kronprinz Rupprecht für Hitler der "legitime König des Landes Bayern" sei und "als solcher vollständig unangreifbar".

42 Verneinung durch Reichel.

43 Verneinung durch Reichel.

habe ich es nicht für selbstverständlich und als einzig richtig bezeichnet, daß der Kronprinz der ganzen Sache fernbleibe? (Reichel: Ja!) Habe ich von mir aus überhaupt eine Anregung gegeben, daß die Sache geschlichtet oder beendet wird? (Reichel: Nein!)

[...] [44]

Hitler: Haben Sie selbst das Empfinden gehabt, daß zum mindesten von dem Augenblick an, von dem Herr Soden Sie gebeten hat, sich mit mir in Verbindung zu setzen, daß Sie von dem Augenblick an primär der Beauftragte des Grafen Soden gewesen sind?

[...] [45]

Hitler: Hatten Sie nun den Eindruck, daß Herr Graf Soden überhaupt ein Interesse besaß, den Konflikt dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die in die Welt posaunte Behauptung des Herrn Loibl in irgendeiner Weise wieder zurückgenommen wird, oder hatten Sie den Gesamteindruck, daß Graf Soden diesen Wunsch nicht hat und der Abbruch des Gespräches eigentlich mehr erfolgte aus *Angst, daß eine Situation kommen sollte, in der er billigerweise nicht um ein Dementi herum könne,* und Graf Soden glücklich gewesen ist, der unangenehmen Tatsache zu entgehen?

[...] [46]

Hitler (zu Graf Soden): Es wird von *telephonischer und brieflicher Verständigung* mit dem *Abgeordneten Loibl* gesprochen. Hat nicht zwischen Ihnen und Loibl eine *persönliche Zusammenkunft* stattgefunden?

[...] [47]

Hitler fragt den Grafen Soden, ob er überzeugt sei, daß der Artikel in der [*Münchner*] Telegramm Zeitung [48] etwa die Schäden beseitigt habe, die durch seinen Artikel hätten entstehen können. Oder daß im Gegenteil bei Hunderttausenden der nationalsozialistischen Bewegung gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was sie erreichen wollten, daß er Hunderttausende von nationalsozialistischen Anhängern absolut innerlich abgewendet hat von einem System, das mit solchen Mitteln den politischen Gegner erledigen will.

[...] [49]

---

44 "Der Zeuge fügt dem hinzu: Ich bin absolut nicht der Beauftragte Hitlers gewesen mit Ausnahme dieser Antwort auf die Frage des Herrn Soden, auf die konzise Aufgabe, die Graf Soden mir Hitler gegenüber gestellt hat. [*sic!*]"

45 "Natürlich hatte ich vom Grafen Soden in den von mir freiwillig unternommenen Angelegenheiten den *Auftrag, Herrn Hitler mitzuteilen*, wie er sich die Lösung des Falles Loibl vorstellt, und mußte natürlich die Meinung Hitlers einholen."

46 "Reichel hatte nicht den Eindruck, daß ein böser Wille vorhanden sei, aber daß die Herren selbst nicht gewußt haben, was sie eigentlich machen sollen."

47 Verneinung durch Graf Soden. Auf die Frage von Hitlers Verteidiger, Rechtsanwalt *Hans* Frank, warum Rupprechts Kabinett nichts gegen Loibls Artikel unternommen habe, antwortet Graf Soden, daß dazu kein Anlaß gewesen wäre; der Inhalt des Artikels sei richtig, "bis auf einen Irrtum". Reichel beharrt dagegen darauf, daß der Artikel entstellend sei. Folgt weitere Befragung der Zeugen Reichel, Graf Soden und Prinz zu Oettingen-Oettingen.

48 Gemeint ist ein Artikel der Münchner Telegramm Zeitung vom 4.11.1929 mit der Überschrift "Hitler und der Kronprinz - Die Drohung wahr gemacht".

49 Graf Soden verweist darauf, "daß er über Tatsachen, nicht über Überzeugungen auszusagen habe".

Schließlich frägt Hitler Herrn Reichel, ob jener jemals auf ihn eingewirkt habe, sei es direkt oder indirekt, daß dieser Prozeß nicht stattfinden solle, oder ob er nicht vielmehr erklärt habe, ihm persönlich liege alles daran, daß dieser Prozeß stattfinde.

[...] [50]

Adolf Hitler repliziert auf die Ausführungen des Justizrats *Dünkelsbühler* [51]:

Dessen scheinbar logische Begründungen sind in Wirklichkeit so unlogisch, daß daraus die *verschiedene Welt des Denkens,* aus der wir entstammen, aufgezeigt wird [*sic!*]. Der Verteidiger führte aus, daß dieser Artikel [52] nicht leichtsinnig geschrieben, sondern *wohl überlegt* sei. Ich glaube nicht, daß das eine Erleichterung für den Beklagten ist. Wenn der ganze Artikel wohl überlegt war, und es heißt: *"Hitler bedroht den Kronprinzen",* so geht daraus hervor, *was man erreichen wollte und was man wohl überlegt hat, einen Satz, der den anderen moralisch unmöglich machen muß.*

Dieser Artikel soll von Anfang bis Ende in *sachlicher Sprache* gehalten sein! Es gibt zwei Möglichkeiten, einen Menschen zu vernichten: Man kann ihn totschlagen, man kann ihn auch auf feinere Art umbringen, *wenn diese Art des journalistischen Vorgehens dem anderen langsam seine Ehre abspricht.* Ich brauche deshalb zu keiner Beschimpfung zu greifen.

Herr Reichel hat unter Eid erklärt, daß er nicht gewußt habe, in welcher Form ich Stellung nehmen werde. Ich habe absichtlich den "Illustrierten Beobachter" gewählt, weil er nicht den hochoffiziellen Charakter besitzt wie der "Völkische Beobachter".

Weiter heißt es, Kronprinz Rupprecht sei für das Volksbegehren in Anspruch genommen worden. Ich habe den ganzen Tag hier nicht einen Beweis für diese Behauptung gefunden. Es haben sich zur Begründung der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Young-Plan eine Reihe von Leuten auch auf den Kronprinzen Rupprecht berufen, indem sie einfach feststellten, *daß auch der Kronprinz den Young-Plan als etwas Verhängnisvolles, Entsetzliches ansieht* [53]. *Denn selbst bis in die Kreise hinein, die sich nicht für das Volksbegehren einzeichneten, ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Young-Plan unmöglich ist. Kein Kabinett bestreitet, daß der Kronprinz tatsächlich die bekannte Äußerung gegen den Young-Plan gemacht hat. Das Kabinett hatte also gar keinen Anlaß, das zu dementieren, denn es ist Tatsache.*

Weiter heißt es, daß die Loiblsche Erklärung vollständig wahr gewesen sei. Diese Erklärung war nicht richtig. Es ist auch heute noch nicht festgestellt worden, aus welchen inneren Motiven Kronprinz Rupprecht sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen haben soll. Das

50 Reichel antwortet, daß Hitler nie gewußt habe, was er unternehme. Er selbst habe versucht, den Prozeß zu verhindern. Folgt Bericht über den weiteren Prozeßverlauf.
Ende der Berichterstattung im VB vom 16.1.1930, Fortsetzung der Berichterstattung im VB vom 17.1.1930.

51 In der Vorlage durchgehend: Dinkelsbühler. Alexander Dünkelsbühler (1875-1935), Justizrat, Rechtsanwalt in München, 1935 lt. Polizeibericht in Dresden tot aufgefunden.
Hitlers Schlußwort gehen die Plädoyers von Hitlers Verteidiger Hans Frank und Rabes Verteidiger Alexander Dünkelsbühler voraus.

52 Gemeint ist der Artikel in der Münchner Telegramm Zeitung vom 1.11.1929, "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

53 Vgl. Anm. 16 und 18.

sind Mutmaßungen des Herrn Rechtsanwalts [54]. *Auch heute ist nicht festgestellt, daß der Kronprinz das Volksbegehren ablehnt als einen schädlichen, ja unmöglichen Akt zur Vertretung eines bestimmten politischen Willens, sondern, daß er nur für seine Person nicht in der Lage war, das Volksbegehren zu unterschreiben,* wahrscheinlich aus seiner grundsätzlichen monarchischen Stellung heraus [55].

Über meine innere Einstellung oder Gesinnung konnte nur *ein einziger Zeuge* Auskunft geben: Das war Herr Reichel. Alles andere sind kühne Mutmaßungen auf unendlich schwacher Grundlage. *Der Zeuge mußte bestätigen, daß ich es war, der gegen das Heranziehen des Kronprinzen war. Auch Oberst von Lenz betonte, daß ich es gewesen bin, der gegen den Versuch opponierte, den Kronprinzen zu bewegen, seinen Namen unter den Aufruf zu setzen.* Ich habe es abgelehnt aus einer Reihe von Gründen. Vielleicht wäre ich zu einer anderen Entscheidung gekommen, wenn Kronprinz Rupprecht 20 Jahre jünger wäre oder wenn seine Umgebung aus Männern anderen Kalibers bestanden hätte.

Damit fällt alles von vornherein zusammen!

Weiter heißt es, der politische Berater des Kronprinzen sei doch nicht Herr Reichel! Ich staune über die *unendlichen Konsequenzen höfischer Auffassung,* die nun auf einmal sich hier ausdrückt. Früher hieß es: Jeder hat das Recht, dem Kronprinzen seine politische Meinung zu sagen. Jetzt wundert sich ein Rechtsanwalt auf das maßloseste, daß einer [*es*] unternimmt, den Kronprinzen zu belehren.

Die Beziehungen des Herrn Reichel zum Kronprinzen sind über 20 Jahre alt. Vielleicht sind durch dessen Aufenthalt bei Reichel in der Revolutionszeit [56] die Bande enger geknüpft worden. Ein solcher Mann kann sich schon erlauben, dem bayerischen Kronprinzen einen politischen Rat zu geben, sintemal [57] das Gefühl einer Überlegung politischer Beratung nicht vorhanden ist.

Warum hat Reichel von Hitler das erfahren?, frägt die Gegenseite. Doch wohl nur deshalb, weil Reichel die Beziehungen zum Kronprinzen hat! Ich bin Junggeselle und gezwungen, im Gasthause zu essen. Nun kommt es häufig vor, daß Arbeiten hingebracht werden. Der kleine Kreis, der sich dort immer trifft, besteht aus Menschen, die aus den verschiedensten Lagern kommen. Es ist selbstverständlich, daß in einer aufgeregten Wahlzeit [58] alles über eine solche Sache spricht. Ich habe meine Stellungnahme Tausenden von Menschen erklärt - warum nicht im engsten Kreise von Menschen, die sich in der Woche einige Male dort treffen? *Es war keiner da, der nicht genauso empört gewesen wäre wie ich.* Nur war die Kenntnis der inneren

54 Dünkelsbühler.

55 Kronprinz Rupprecht war bemüht, seine Person so weit wie möglich aus der Tagespolitik herauszuhalten; er verstand sich in erster Linie als geistiges Vorbild. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 465 ff.

56 Vgl. Anm. 26.

57 Veraltet für: da, weil.

58 Gemeint sind die Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, die Bürgerschaftswahl in Lübeck am 10.11.1929, die Stadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und im Saargebiet, ferner die Provinziallandtagswahlen in Preußen und Hessen sowie die Kreistagswahlen in Hessen und im Saargebiet am 17.11.1929 sowie die Landtagswahl in Thüringen und die bayerische Gemeindewahl am 8.12.1929. Die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Young-Plan dauerte vom 16.10.-29.10.1929, über den Volksentscheid wurde am 22.12.1929 abgestimmt.

Vorgänge eine verschiedene. *Ich war der Meinung, die Loiblsche Erklärung komme tatsächlich vom Kronprinzen, während Reichel mir erklärte, sie komme nicht von ihm, sondern von seiner Umgebung.* "Der Kronprinz macht so etwas nicht." *Ich erachtete es als selbstverständlich, daß am nächsten Tage das Dementi kommen würde,* auch wenn die Kabinettskanzlei etwas leichtsinnig geschwätzt hätte, *ein Dementi dahingehend: Herr Loibl hat keinerlei Ermächtigung, diese Erklärung zu bringen.*

Ich hätte den Herrn Reichel mir ausgesucht, sagte der Herr Rechtsanwalt. Das kann nicht sein, weil Herr Reichel ein Mann ist, der sich nicht aussuchen läßt.

Weiter: Was sagte nun Reichel im offiziellen Auftrage? Und der Herr Rechtsanwalt bemerkte dazu, daß durch das, was Reichel im offiziellen Auftrage gesagt haben will, sich der Eindruck einer bodenlosen Plattheit ergibt!

Herr Reichel hat von mir keinen Auftrag erhalten!

Ich persönlich stand in demselben Moment der ganzen Angelegenheit skeptisch gegenüber, als sich herausstellte, daß vermutlich das Kabinett die Sache hineinbalanziert [*sic!*] hat. Wie will Soden dementieren, wenn er auf der anderen Seite sagt: "Lassen Sie es durchsickern [59]!"

Was hat nun Reichel behauptet? Er hat erklärt: *Ich habe die ganzen Verhandlungen auf meine Faust geführt bis auf zwei Sätze. Ich habe von Soden den Auftrag erhalten, Herrn Hitler zu fragen: "Wie sehen Sie eine Lösung der Frage?" Ich erwiderte ganz kurz: Herr Reichel, was der Herr Loibl sagt, interessiert mich nicht, sondern ausschließlich, was das Kabinett sagt.* Reichel fragte: Welche Vorschläge würden Sie machen? *Ein Dementi, das ist wirklich eine Anstandspflicht. Nicht vom Kronprinzen, der ist an sich unschuldig, aber von der Kabinettskanzlei.* Diese müßte sich vor den Kronprinzen stellen, selbst wenn es von ihm ausginge.

Ich persönlich habe mich nicht aufgedrängt, *sondern ich bin durch den Grafen Soden gefragt worden, was zu tun sei, um die Sache aus der Welt zu schaffen.* Am Montag muß mein Artikel in Druck gehen. Für mich ist die Sache erledigt. Ich habe keine Interessen, irgendwo zu bitten und zu betteln, ich bin Führer einer absolut souveränen [*sic!*] Bewegung.

Hitler bemerkt, daß er in diese Sache hineingeschlittert sei wie der Pontius ins Credo und sich habe betören lassen, eine Antwort nach Berchtesgaden [60] zu geben:

Ich habe dafür meinen Dank bekommen, einen Dank, der in der Geschichte der deutschen Herrscherhäuser nicht vereinzelt dasteht [*sic!*].

Ferner sagte die Gegenseite, es sei ein *Ultimatum* gestellt worden, und zwar genau formuliert und genau befristet. *Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß von einer Formulierung keine Rede sein konnte.* Ich selbst hatte keine Veranlassung, etwas zu formulieren und zu befristen. *Graf Soden verlangte von mir, ich wolle sagen, wie man die Sache beheben kann: Das müssen Sie beheben, das kann nicht Herr Loibl beheben, war meine Antwort.*

Graf Soden mußte irgendwo einen Bruch herbeiführen und war dankbar, einen Schein von Recht gefunden zu haben. Wie kann er dem Gedanken eines Dementi nähertreten, wenn er

59 Laut Darstellung im VB vom 17.1.1930 hatte Graf Soden bei seiner Vernehmung erklärt, er habe bereits vor Erscheinen von Hitlers Artikel im Illustrierten Beobachter es für zweckmäßig gehalten, die Münchner Telegramm Zeitung über seine Unterredung mit Reichel zu informieren. Auf den Inhalt von deren Artikel und seine Überschrift habe er jedoch keinen Einfluß gehabt.

60 Seit seiner Rückkehr nach Bayern im September 1919 lebte Kronprinz Rupprecht in Berchtesgaden, wo er die Villa Askania gemietet hatte. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 448 ff.

selbst die Parole hinausgibt, daß man es durchsickern lassen soll? Entweder man ist Kabinettschef eines Königs, dann gibt es so etwas nicht, oder man ist Privatmann, dann ist die Sache anders.

Der Vorfall ist nicht unverständlich, sondern unendlich verständlich, genau so, wie das Kabinett der [Münchner] Telegramm Zeitung das Material liefert und auch dem Herrn Loibl die Unterlagen gegeben hat! Gegen den Kronprinzen hat sich überhaupt keine Aktion gerichtet. Wenn der Kronprinz sich von den Ideen entfernt, die den deutschen Staatsgedanken im Sinne eines Aufbaues vertreten [61]*, zerschlägt er die Voraussetzung der Wiederherstellung der Monarchie, dann ist es sinnlos, wenn die Partei ihre Leute der Gefahr aussetzt, Stellung und Brot zu verlieren.* Wenn in Deutschland endgültig jener Geist siegt, der durch den Marxismus repräsentiert wird, geht nicht nur die Monarchie, sondern ganz Deutschland geht zugrunde.

Wir haben die Revolution [62] nicht gemacht, wir kamen in einen gegebenen Zustand, er hat Deutschland auf das furchtbarste geschädigt. Wir können ihn nicht beseitigen, uns aber auch nicht entschließen, ihn anzuerkennen. *Hätte die öffentliche Macht eine Volksabstimmung durchgeführt, wäre damals gegen Kaiser und Reich entschieden worden, niemand soll glauben, daß wir etwa dann nicht einer deutschen Republik die Treue halten würden. Hätte sie sich bekannt zur Wahrung deutscher nationaler Interessen, würden wir genauso glühende Anhänger sein.*

Wer nicht Hammer ist, muß Amboß sein [63]. Das ist nun einmal eine harte geschichtliche Notwendigkeit. *Die deutschen Fürsten wollten einst nicht Hammer sein, sie sind zum Amboß geworden, nicht durch unsere Schuld.* Das deutsche Volk ist Amboß geworden, nicht durch unsere Schuld. *Wer das feststellt, ist nicht verantwortlich für die Tatsache des Eintretens eines derartigen Vorganges.* Damit akzeptiere ich nur eine ewige politische Weisheit.

Ich habe vom Kronprinzen nie erwartet, daß er persönlich für sich unterzeichnet. Ich war es, der abriet, ihn mit der Sache zu belasten. Ich habe Herrn Geheimrat Hugenberg gesagt: Dieses Verfahren halte ich für falsch, und es ist auch abgestellt worden. *Also kann dieser Artikel sich niemals auf die Person des bayerischen Kronprinzen beziehen, noch auf die Freiheit des Verhaltens des bayerischen Königshauses.*

Nur eines erwarten wir: *Daß diese Mitglieder der Königshäuser zumindest so klug und aufrecht sind, nicht eine offizielle Stellungnahme im negativen Sinne herbeizuführen,* im Interesse der Partei, die die in der Weimarer Verfassung festgelegte Staatsform ablehnt und dadurch der gesetzlichen Verfemung verfällt.

Wir stehen heute im schwersten Schicksalskampfe der deutschen Nation, und ich sehe einen grauenhaften Zusammenbruch in zwei bis drei Jahren kommen. Ich bin oft der Prophet gewesen, und man hat über mich gelacht. Dieser Zusammenbruch muß kommen, wenn man neuerdings glaubt, auf vertragsmäßigem Wege Forderungen übernehmen zu können, die uner-

61 Gemeint ist das Volksbegehren gegen den Young-Plan.

62 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

63 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

füllbar sind. *Frankreich kann heute räumen, was es räumen will* [64]. *Wenn wir Verträge unterschreiben, die unerfüllbar sind, die genauso zutagetreten wie der Dawes-Vertrag* [65], *dann wird Frankreich jederzeit in der Lage sein, gestützt auf seine Macht, wieder deutsche Gebiete zu besetzen* [66]. Indem wir scheinbar Gebiete freiwerden lassen, geben wir ganz Deutschland einer konsequenten Ausblutung anheim. Das Ergebnis muß natürlich zwangsläufig der Verfall sein. Die ganze politische und wirtschaftliche Kreditmasse aus der Friedenszeit ist verwirtschaftet. In den nächsten Jahren wird sich herausstellen, daß man nicht bezahlen kann, daß alle Fiktionen der Leistung Irrsinn gewesen sind, weil das Verschuldetsein überhandnimmt, weil keine Pfänder mehr da sind. *Uns liegt daran, von vornherein gleich vor aller Öffentlichkeit anzumelden, daß nicht alle Deutschen, daß nicht unsere Bewegung diesen Zustand angenommen haben.*

Uns gegenüber steht eine kommunistische Partei, die auch den Young-Plan ablehnt [67], aber erklärt: Wir lehnen auch das Volksbegehren ab, aus der Erwägung heraus: Der restlose Zusammenbruch wird uns die proletarisierte Millionenarmee liefern, mit der wir die Fahne des

64 Die deutsche Diplomatie versuchte, eine Räumung der seit dem Waffenstillstand am 11.11.1918 besetzten linksrheinischen Gebiete mit der Frage einer Reparationsregelung zu verknüpfen. Nach zähen Verhandlungen gelang es der deutschen Seite während der Haager Konferenz vom 3.1.-20.1.1930, die französische Zusage zu erhalten, die besetzten Gebiete bis zum 1.7.1930 zu räumen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 428 ff.

65 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Es war vorgesehen, die vereinbarten deutschen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 um eine am Wohlstandsindex orientierte Quote zu erhöhen. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

66 Anlage I, Teil II des Haager Abkommens vom 20.1.1930 über die endgültige Annahme des Sachverständigenplans (Young-Plan) vom 7.6.1929 legte u. a. fest: "Wenn indes eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den Ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen beweisen, den Neuen Plan [*i. e. Young-Plan*] zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Ständige Gerichtshof darüber befindet; sie erklärt, daß sie es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen." Druck: RGBl. 1930, II, S. 105. Zur Entstehung dieses Passus' vgl. Dok. 6, Anm. 19.

67 Die KPD erwartete - so eine Anweisung des Zentralkomitees der KPD vom 20.9.1929 -, daß mit Annahme des Young-Plans "den Besitzenden Geschenke in der Höhe einer Milliarde [*RM*] zugeschanzt werden" sollten und machte ihn mitverantwortlich für die Steuer- und Zollerhöhungen sowie den Abbau der Reallöhne. Gleichzeitig opponierte die KPD gegen den sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Der Vorsitzender der KPD, MdR Ernst Thälmann, erklärte u. a. am 11.2.1930 im Reichstag: "Diese *gemeinsame Front gegen die Unterdrückten* in Deutschland, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Deutschnationalen, deren Vertreter [*Hugenberg*] hier in farblosen Worten die Waffen gegen den Young-Plan zu finden glaubte, vor einigen Jahren der Vorstufe des Young-Planes, dem Dawes-Plane, zur Annahme verholfen haben. Sie haben also kein Recht, jetzt von dieser Tribüne gegen den Young-Plan zu sprechen." Druck der Anweisung: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, Dok. 11; Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Stenographische Berichte, S. 3931 ff., hier S. 3938.

Kommunismus aufpflanzen. *Es ist die Frage: Tritt dem ein nationaler Faktor entgegen oder nicht, der sagt: Wir sind nicht belastet mit dem, was die Vergangenheit gemacht hat. Ist dieser Faktor nicht mehr da, so wird in Deutschland das Sowjetbanner aufgezogen.* Die Stunde ist da, in der Deutschland in den schwersten politischen Schicksalskampf eingetreten ist. Es wird sich zeigen, wie glücklich es war, daß in der Stunde des allgemein schwächlichen Nachgebens eine Stimme da war, die erklärte: *Wir fügen uns nicht, wir nehmen den Kampf auf.*

Ich habe nur ein Interesse, daß dieser Kampf so ausgeht, daß das deutsche Volk, ohne Schaden zu nehmen, diese er[*n*]ste Krise übersteht. *Mir persönlich als altem Soldaten* [68] *tut es weh, wenn ich in einen inneren Konflikt gedrängt werde zu dem alten Deutschland. Das habe ich immer vermeiden wollen.* Das alte Deutschland ist weg, eine neue politische Tatsache ist entstanden. Wir müssen uns damit abfinden. Uns hat dieses alte Deutschland nichts zuleide getan. *Ich konnte nicht am 11. November 1918 das verdammen, was ich am 9. November* [*1918*] *angebetet habe als den Inbegriff alles Größten, was es auf der Welt gibt.* Wir haben die Republik nicht beschimpft, ich will nicht, daß man die heutigen Farben beschimpft - auch diese Fahne ist einmal Symbol eines großen deutschen Glaubens gewesen. *Aber ich kann auch die alte Fahne* [69] *nicht vergessen, und sie bleibt mir absolut heilig. Sie zählt zu den Repräsentanten des alten Deutschlands u*[*nd*] *ich finde es entsetzlich, wenn durch die Handlung einer Hofkanzlei ein Riß gemacht wird zwischen diesem neuen Deutschland und dem alten.* Das ist es, was mich zögern ließ und läßt, die letzten Konsequenzen zu ziehen.

Ich weiß, daß im alten Deutschland Millionen der anständigsten Menschen stehen, die uns nicht verstehen. Sie sind rein körperlich zu alt geworden. Aber ich habe Ungezählte kennengelernt, sie sind Ehrenmänner vom Scheitel bis zur Sohle, die besten Repräsentanten eines besseren Zeitalters der deutschen Geschichte. *Wir möchten von dieser nicht weggerissen werden.* Wenn Sie versuchen, hier einzudringen in diese psychische Atmosphäre, das können Sie nicht, Herr Justizrat [*sic!*]. Ein Kind dieser Atmosphäre ist der hier meist angezogene Zeuge [*sic!*] Reichel, getrieben von dem einen Gedanken. *Es darf in Deutschland nicht endgültig dieser Riß kommen zwischen dem neuen vorwärtsstürmenden und dem alten konservativen Deutschland, das seinen unendlichen Wert besessen hat* [*sic!*].

Ich kann Sie nur eines bitten (z[*um*] Gerichte), daß hier festgestellt wird, daß ich nicht gelogen habe, sondern die Wahrheit sagte, wenn ich diesen Weg beschritt. *Es ist nicht wahr, daß ich den Kronprinzen jemals bedroht habe, nicht wahr, daß ich ihm ein Ultimatum gestellt habe, und nicht wahr, daß ich ihn jemals zu bewegen versuchte, sich für das Volksbegehren zu erklären, nicht wahr, daß ich einen Beauftragten zu ihm geschickt hätte.*

---

68 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 war er bei dieser Einheit an der Westfront eingesetzt, seit 9.11.1914 als Meldegänger beim Regimentsstab. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 99 ff.

69 Gemeint ist die 1867, bzw. 1871 eingeführte schwarz-weiß-rote Nationalflagge, die 1919 - mit Ausnahme der Handels- und Kriegsflagge - durch die schwarz-rot-goldene ersetzt worden war.

18. Januar 1930 Dok. 6
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 18.1.1930.

"Vorsicht ist die Mutter der Weisheit", so mögen die schlauen Herren wohl denken, die für den Young-Plan [1] nun plötzlich einen neuen Titel erfunden haben. Denn künftighin soll es nicht mehr heißen "Young-Plan", sondern "Haager Protokoll" [2]. Es ist bewunderswert, unter was für neuen Bezeichnungen die alte Erpressung an Deutschland immer wieder erneuert wird: "Londoner Abkommen" [3], "Pariser Konferenz" [4], "Dawes-Pakt" [5], "Young-Plan", "Haager Protokoll" usw. usw. Der Grund liegt auf der Hand: Man muß in den Augen des Volkes die jeweiligen Erpressungsmethoden immer wieder als etwas Neues erscheinen lassen. Die Franzosen hoffen dann, daß die neue Methode für sie noch besser sein wird als die alte, und die Deutschen hoffen dasselbe. Ihre Regierungen reden ihnen ein, daß das neue Diktat leichter sein wird als der alte Pakt oder das neue Protokoll erträglicher als der frühere Plan [6]. In diesem Falle kommt allerdings noch etwas ganz Besonders dazu. Zum ersten Male nach langen Jahren ist es gelungen, das deutsche Volk zu einer bestimmten Stellungnahme einem solchen Diktat gegenüber zu bewegen. Das Volksbegehren [7] hat unzweifelhaft Millionen von Menschen die Augen über die abgrundtiefe Schändlichkeit dieses neuen Erpressungs- und Ausplünderungsprojektes geöffnet. Millionen Deutsche haben sich auf Grund der ihnen nunmehr gekommenen Einsicht gegen den Young-Plan entschieden. Das Wort Young-Plan hat damit allmählich einen üblen Klang erhalten [8]. Es gibt kaum jemand mehr in Deutschland, der sich ganz offen zum Verteidiger dieses monströsen Gedankens bekennen will. Seit der Reichsbankpräsi-

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Da die abschließenden Verhandlungen zur Regelung der deutschen Reparationen und zur Rheinlandräumung vom 6.8.-31.8.1929 und vom 3.1.-20.1.1930 in Den Haag stattgefunden hatten, wurden die vom Reichstag angenommenen Ergebnisse, die auch den Young-Plan umfaßten, von deutscher Seite offiziell als "Gesetz über die Haager Konferenz" bezeichnet. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff.

3 Zu den verschiedenen Londoner Konferenzen (Konferenz vom 1.3.-7.3.1921, Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 sowie Konferenz vom 16.7.-16.8.1924), welche die deutschen Reparationszahlungen regelten, vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 121 ff., 243 ff.

4 Gemeint ist die am 18.1.1919 eröffnete Pariser Friedenskonferenz, in deren Verlauf die Verträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920) unterzeichnet wurden.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

6 Im Gegensatz zur Annuität von 2,5 Milliarden RM, wie sie der Dawes-Plan festlegte, lag die durchschnittliche Annuität des Young-Plans bei 2,05 Milliarden RM. Mit dieser Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen wurde die Gesamtreparationssumme um 17% reduziert. Außerdem entfielen Sanktionsrechte und Kontrollinstanzen der Alliierten. Der deutschen Seite wurde die Möglichkeit eines Aufbringungsmoratoriums zugestanden, allerdings wurde nun auch der Transferschutz aufgehoben. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469 ff.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

8 Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den Young-Plan vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977, Bd. 1, S. 178 ff.

dent Schacht [9] (vermutlich in Ahnung kommender Dinge!) seine Verantwortlichkeit ebenfalls ablehnte [10], wagt man ja kaum mehr, den Young-Plan als das hinzustellen, als das er vorher gelten sollte. Nun soll dieser anrüchige Name verschwinden. Es scheint auch prätentiöser zu sein, das neue Versklavungsedikt mit "Haager Protokoll" zu bezeichnen, also nach dem berühmten Weltfriedensort [11] zu benennen, als nach einer Person. Ohne Zweifel wird der eine oder andere Deutsche, in der unserem Volke nun einmal zu eigenen, unfaßbaren politischen Dummheit und Naivität, wirklich an etwas Neues glauben. Es muß die Aufgabe aller aufrechten Freunde und Kämpfer unseres Volkes daher sein, diesen beabsichtigten Betrug gleich von vorneherein zu durchkreuzen und zuschanden zu machen. "Haager Protokoll" ist gleich "Young-Plan". Das heißt, in Wirklichkeit ist das Haager Protokoll noch eine wesentliche Verschlimmerung des Young-Plans. Der Kampf gegen den Young-Plan muß damit augenblicklich auch den Begriff "Haager Protokoll" umfassen. Die Hoffnung, der infolge des Volksbegehrens zum Sehen gebrachten öffentlichen Meinung einen Dunst vormachen zu können, kann gar nicht schnell genug gebrochen werden!

Zu den Gründen, die man für die Notwendigkeit der Annahme des Young-Planes einst anführte, gehörte in erster Linie auch die dadurch zu erreichende Räumung des Rheinlandes [12]. Ich habe davor immer gewarnt [13]. Mit dem Lockmittel der Rheinlandräumung hat man aus unserem Volk schon ganz Unglaubliches herausgepreßt. Es war dies vor allem seit vielen Jahren das Mittel, das außenpolitisch gänzlich unfähige Regierungen immer wieder anwandten, um die innerpolitischen Widerstände gegen ihre außenpolitischen Handlungen zu ersticken. Ich habe mich aber auch dagegen gewendet, weil jede Rheinlandräumung solange belanglos bleibt, als sie mit unerfüllbaren Forderungen verknüpft ist und der Gegner machtmäßig jederzeit das Gebiet wieder besetzen kann! Gegen diese Auffassung wurde von den Vertretern des Young-

9 Hjalmar Horace Greeley Schacht (1877-1970), 1900 Dr. phil., 1908-1915 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, 1916-1923 Direktor der National-Bank für Deutschland (später Darmstädter und Nationalbank, Danat), 1923 Reichswährungskommissar, 1923-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident, 1934-1937 Reichswirtschaftsminister, 1935-1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1937-1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, seit Juli 1944 inhaftiert.

10 Schacht hatte gegenüber der Reichsregierung vergeblich auf einem härteren Kurs bei den Verhandlungen über die deutschen Reparationsleistungen bestanden und die wachsende Verschuldung des Deutschen Reichs kritisiert. Diese Vorbehalte waren Gegenstand seines großen Memorandums vom 6.12.1929. Nachdem sich die Erfolglosigkeit seines Standpunkts abzeichnete, gab Schacht am 7.3.1930 seine Rücktrittsabsicht öffentlich bekannt und trat am 2.4.1930 vom Amt des Reichsbankpräsidenten zurück. Vgl. Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 11 ff. Druck von Schachts Schreiben an Hindenburg vom 3.3.1930: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/I, Düsseldorf 1980, S. 71 ff.

11 Anspielung auf die internationalen Konferenzen, die 1899 und 1907 im Haag stattgefunden hatten und u. a. zur Verabschiedung der Haager Landkriegsordnung und zur Einrichtung des Haager Schiedshofs führten. Vgl. Jost Dülffer, Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Berlin 1981.

12 Vgl. Dok. 5, Anm. 64.

13 Hitler hatte es schon 1923 entschieden abgelehnt, den von der Reichsregierung getragenen passiven Widerstand gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets zu unterstützen. Vgl. Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939, Stuttgart 1970, S. 75 ff.

Plans mit altbekannter Schwindelfertigkeit sofort eingewendet, daß nach Unterzeichnung des Young-Plans der Gedanke einer Wiederbesetzung deutscher Gebiete ein aussichtsloser, ja lächerlicher sei. Denn durch den Young-Plan würden ja gerade für alle Zukunft die politischen Machtmittel ausgeschaltet und an ihre Stelle geschäftsmäßige Regelungen gesetzt. Wir haben schon damals diese Behauptungen als eine eitle Flunkerei der berufsmäßigen Dunstverbreiter unseres Auswärtigen Amtes bezeichnet. Wir haben schon damals erklärt, daß alle sogenannten rechtlichen Abmachungen belanglos seien für denjenigen, der nicht die Macht hat, sein Recht zu schützen und zu wahren. Auch wenn Frankreich wirklich feierlich versichern würde, daß es nicht mehr daran dächte, in der Zukunft deutsche Gebiete wieder zu besetzen, so hätte selbst eine solche Versicherung nur höchst problematischen Wert. Frankreich ist, solange Deutschland waffenlos bleibt [14], jederzeit in der Lage, sich wieder anders zu besinnen und erneut in unsere Grenzgebiete einzurücken. Kein geschriebener Vertrag oder Pakt kann es davon abhalten. Wenn Frankreich erklärt, ein Gebiet zu räumen, falls von Deutschland ein bestimmter Vertrag unterschrieben wird, so beweist dies zunächst, daß für Frankreich die Ausführung dieses Vertrages wertvoller ist als die Besetzung eines bestimmten Gebietes. Wenn aber die Erfüllung dieses Vertrages auf die Dauer nach allen Gesetzen menschlicher Vernunft eine gänzlich unmögliche ist, dann steht es Frankreich auf Grund der gegebenen Machtverhältnisse frei, in die erst geräumten Provinzen jederzeit wieder einzurücken. Das also wurde von den beamteten Gehirn- und Meinungsverneblern des Auswärtigen Amtes glatt bestritten und als eine ebenso dumme wie böswillige Behauptung und Unterschiebung von seiten nationalsozialistischer Hetzer hingestellt [15]. Und kaum sind zwei Monate vergangen, da wird bereits (wie so oft und oft schon) die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt und der Wert der Erklärungen des Auswärtigen Amtes in das richtige Licht gerückt. Frankreich besteht auf dem Rechte der Sanktionen [16]. Das heißt: Frankreich begnügt sich nicht einmal damit, daß es tatsächlich in der Lage ist, im gegebenen Augenblick wieder deutsche Gebiete zu besetzen, nein, es erklärt sogar ganz feierlich und ausdrücklich, daß es diese Besetzung als ein selbstverständliches Recht ansieht, und es betont, daß die Anwendung dieses Rechtes in dem Augenblick stattfinden wird, in

14 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff. Vgl. ferner Dok. 37, Anm. 3.

15 Vermutlich Anspielung auf die Reichstagsrede des Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius vom 29.11.1929, in der er das Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 5 Anm. 6) scharf kritisiert hatte. An die Befürworter des Volksbegehrens hatte Curtius u. a. die Frage gestellt: "Ist es zu begreifen, daß Sie trotz alledem an einer Politik festhalten wollen, die unter Mißachtung aller politischen Realitäten sich in Befehlen vom grünen Tisch erschöpft, die sich in unfruchtbarer Kritik verzehrt, verneinend und zersetzend das Volk verhetzt und zerklüftet, die die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanövriert und, wenn sie zum Durchbruch käme, die mühsam erkämpfte Stellung Deutschlands auf das schwerste gefährden müßte?" Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Berlin 1930, S. 3285 ff., 3289.

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Dok. 6, Anm. 19.

dem Deutschland irgend etwas nicht erfüllt. Das heißt mit anderen Worten: Die Köpfe unseres Auswärtigen Amtes belasten unser Volk mit einer sechzigjährigen [17] wahnwitzigen Erpressung, um damit endlich "die Gewalt abzubauen". Frankreich aber versichert, daß im Augenblick, in dem die Erpressung nicht gelingt, die Gewalt wieder in ihre Rechte tritt! Man plündert also Deutschland ein paar Jahre lang nach einer neuen Methode aus und holt sich dann die Pfänder wieder zurück.

Im übrigen sind unsere deutschen Unterhändler im Haag wieder behandelt worden wie dumme und ungezogene Schuljungen. Herr Tardieu [18] feuert ihnen Beleidigungen an den Kopf, die früher zu einer Kriegserklärung geführt hätten. Die deutschen Unterhändler aber beantworten die Anzweiflung ihrer ehrlichen Gesinnung nicht mit dem augenblicklichen Verlassen des Kongresses, sondern mit ebenso blitzdummen wie lendenlahmen Erklärungen. Es konnte keinen günstigeren Augenblick geben, Frankreich ins Unrecht zu setzen als den. Allein, man war schon beglückt und zufrieden, durch die Franzosen anscheinend keine Ohrfeigen bekommen zu haben. So ließ man denn eine "geharnischte" Erwiderung vom Stapel, bei der jeder Mensch mit Knochen allerdings vergeblich den Harnisch suchen wird [19]. Aber was heißt Harnisch? Auch das ist nur ein relativer Begriff. Ein Regenwurm empfindet sicherlich einen Maikäfer als maßlos gepanzert, und einer politischen Molluske unseres Auswärtigen Amtes kommt ein Protest auf einem Blatt Papier eben auch vor wie ein zermalmendes Panzergeschoß. Daß man überhaupt wagt, sich für eine solche Beleidigung, statt ergebenst zu bedanken, rückzuäußern, wird schon als Zeichen hoher und wahrer politischer Männlichkeit empfunden. Das aber ist der Geist, der uns seit zwölf Jahren regiert und der solange regieren wird, bis nicht die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volk einen anderen Willen und diesem Willen einen anderen Ausdruck gibt!

---

17 Anspielung auf die im Young-Plan vereinbarte Dauer der deutschen Reparationszahlungen von 1929/30 bis 1987/88.

18 André Tardieu (1876-1945), Journalist, 1899-1902 Sekretär des Ministerpräsidenten Pierre Waldeck-Rousseau, 1914-1924, 1926-1936 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer, 1918 Beauftragter für Fragen der französisch-amerikanischen Kriegführung, 1919/20 Minister für die befreiten Gebiete, 1921 Herausgeber des Écho National, 1926-1932 Inhaber verschiedener Ministerämter, November 1929 bis Februar 1930, März bis Dezember 1930, Februar bis Mai 1932 Ministerpräsident, 1932 Gründung des Centre Républicain, 1934 Minister ohne Portefeuille.

19 Während der 2. Haager Konferenz versuchte die französische Delegation Vorsorge für den Fall zu treffen, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Young-Plan aufkündige. Tardieu begründete als Leiter der französischen Delegation seine Forderungen in dieser sog. Sanktionsfrage mit innenpolitischer Rücksichtnahme sowie der Möglichkeit einer deutschen Rechtsregierung. Nachdem der Reichsminister des Auswärtigen Curtius scharf gegen die französischen Forderungen Stellung genommen hatte, einigte man sich bis 12.1.1930 auf die Kompromißformel, daß der Haager Schiedsgerichtshof über die Einhaltung des Plans wachen solle. Falls er ein "Zerreißen des Young-Plans" durch eine deutsche Regierung konstatiere, wäre es legitim, wenn die Gläubigermächte ihre volle Handlungsfreiheit wiedererlangten. Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIV, Göttingen 1980, Dok. 6 ff.

23. Januar 1930 Dok. 7
"Nationalsozialisten"
Erklärung

VB vom 25.1.1930 [1].

Im 12. Jahre des Bestehens der Weimarer Republik schicken sich die Deutschland beherrschenden Parteien an, das schwerste Versklavungsdokument [2], das die Geschichte bisher kennt, anzunehmen und zu vollziehen. Damit schreiben sie selbst dem Werte des heutigen Staates das Todesurteil. Freiheit, kulturellen Fortschritt und soziales Glück sollte er einst dem deutschen Volke bringen, und hineingeführt hat er es in die schwerste Lage, in die größte Not, in Unfreiheit auf Generationen hinaus, in soziales Elend und in kulturellen Verfall!

Die Unterzeichnung des Young-Plans ist aber auch die Unterzeichnung des Todesurteils unserer verantwortlichen Parteien selbst. Zwei Welten brechen damit für den deutschen Menschen endgültig zusammen. Der bürgerliche Liberalismus vollzieht mit der Annahme dieses Gesetzes seinen geistigen Selbstmord. Die Sozialdemokratie, der gesamte Marxismus zerstört endgültig die Legende seines Kampfes für die schaffenden Massen. Der deutsche arbeitende Mensch wird durch diese Parteien zum Heloten des internationalen Kapitals gemacht.

In der Angst vor dem erwachenden Gewissen unseres Volkes flüchten sich die heutigen Regierungsparteien unter den Schutz der brutalen Gewalt. *Das Republik-Schutzgesetz* [3] *soll die freie Meinung und das Recht der Kritik in Deutschland beseitigen.* Unter elenden Vorwänden macht die Demokratie die Demokratie mundtot, versucht der Marxismus die Erhebung der Arbeiterschaft niederzuschlagen, die Freiheit zu erwürgen.

Die "freieste", "soziale" Republik der Welt bedroht mit dem Zuchthaus, wer an ihren Vorzügen zweifelt und diesem Zweifel den passenden Ausdruck gibt [4]*!*

In dieser Zeit des Zusammenbruchs von Volk und Wirtschaft tritt die nationalsozialistische Partei zum ersten Male aktiv in eine deutsche Regierung ein [5].

---

1 Textgleicher Abdruck mit differierenden Hervorhebungen: Der Angriff vom 30.1.1930, "Adolf Hitler zur Thüringer Regierungsbildung".

2 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

3 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau verabschiedet worden. Zur Entstehungsgeschichte und zum Inhalt vgl. Gusy, Weimar, S. 128 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.
Am 2.6.1927 wurde das Gesetz mit Zustimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg um zwei Jahre verlängert. Nachdem der Reichstag am 27.6.1929 einer erneuten Verlängerung nicht zugestimmt hatte, wurde am 25.3.1930 ein zweites Gesetz zum Schutze der Republik verabschiedet, das bis zum 31.12.1932 befristet und dessen Strafmaß deutlich herabgesetzt war. Vgl. Gusy, Weimar, S. 171 ff. Druck: RGBl. 1927, I, S. 125; 1930, I, S. 91 ff.

4 Im Gesetz zum Schutze der Republik vom 25.3.1930 war die Zuchthausstrafe (bis zu zehn Jahren) nur für besonders schwere Fälle einer Unterstützung von "Verbrechen wider das Leben" vorgesehen. § 5 sah dagegen vor, daß die Beschimpfung oder Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform, der lebenden oder verstorbenen Mitglieder der Reichs- und Landesregierungen oder die Aufforderung zu entsprechenden Gewalttätigkeiten mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden solle. Druck: RGBl. 1930, I, S. 91 ff.

5 Nach der Landtagswahl vom 8.12.1929 hatten sich nach langen und schwierigen Verhandlungen, an denen sich auch Hitler beteiligte, Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP auf eine Koali-

Heute mehr denn je sind wir Nationalsozialisten aber überzeugt, daß es keine Rettung für Deutschland gibt außer durch die Überwindung und Beseitigung der durch die Demokratie und den Marxismus herbeigeführten inneren Zersetzung und Entwertung unseres Volkskörpers!

Mehr denn je sehen wir in der Vernichtung unseres heutigen Parteiregiments die erste Voraussetzung für jede innere Genesung des deutschen Menschen!

Mehr denn je steigt vor unserem Auge die Rassenfrage in ihrer ganzen gigantischen Bedeutung empor und läßt uns Zukunft oder Vernichtung unseres Volkes erkennen!

Mehr denn je fühlen wir die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Autorität des ewigen Persönlichkeitswertes, und mehr denn je erfüllt uns die Erkenntnis, daß es ohne Kampf keine Freiheit und keinen Emporstieg unseres Volkes mehr gibt!

Wir erkennen aber auch in dieser Zeit in aller Klarheit, daß das Schicksal unseres Volkes ein unteilbares ist. Kommunen und Länder sind in ihrem Schicksal Glieder des Schicksals des Reiches, das Schicksal des deutschen Volkes.

Wenn wir Nationalsozialisten deshalb heute, sei es in einer Kommune [6] oder in einem Lande, an der öffentlichen Gewalt teilnehmen oder in eine Regierung eintreten, dann keine Sekunde etwa in dem Glauben, damit diese Gebiete dem allgemeinen Schicksal entziehen zu können, sondern nur in der Hoffnung, von diesen Stationen aus die Erkenntnis über die Notwendigkeit des Sieges unserer Idee leichter und weiter verbreiten zu vermögen und dem Siege unserer Bewegung, in dem wir die Voraussetzung für die Rettung unseres Volkes erblicken, damit besser dienen zu können.

Wir tun dies aber auch, um schon im Rahmen der damit gezogenen Grenzen an der praktischen Nationalisierung unseres Volkes arbeiten zu können. Denn unsere Regierungsaufgabe heißt nicht, in Ruhe und Ordnung willfährige Sklaven [zu] *erziehen, sondern widerstandsbereite und angriffsentschlossene deutsche Männer!*

Das Land *Thüringen* steht vor demselben Ruin [7], in den das Reich durch seine heutige *wahnwitzige Erfüllungspolitik* [8] sich selbst und alle Länder reißt. *Dieser Ruin wird nicht in Thüringen gebannt, sondern in Berlin.* Alle Sparsamkeit ist vergeblich, solange das Reich jährlich Milliarden [*RM*] in Tributen verschleudert [9]! Aller Widerstand im einzelnen umsonst,

---

tion geeinigt. Frick erhielt die beiden Schlüsselressorts Inneres und Volksbildung. Dieser Kabinettsvorschlag wurde am 23.1.1930 vom Thüringer Landtag mit 28 gegen 22 Stimmen angenommen. Vgl. Dok. 2, Anm. 12 sowie Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 506 ff. sowie Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 153 ff.

6 Anspielung auf Coburg, wo die NSDAP seit 23.6.1929 die stärkste Partei im Stadtrat war. Vgl. Bd. III/2, Dok. 33, 43, 44 und 110.

7 Die wirtschaftlich schwierige Lage der thüringischen Industrie und Landwirtschaft war in erster Linie Folge der seit Herbst 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise. Im Januar 1930 waren in Thüringen 72.000 Menschen arbeitslos. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 505 f.

8 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene deutsche Außenpolitik charakterisiert, welche die alliierten Reparationsforderungen so weit wie möglich zu erfüllen suchte, um damit ihre Undurchführbarkeit zu beweisen. Deutlich wurde diese Strategie erstmals durch die Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 132 ff.

9 Im Haushaltsplan 1929/30 wurden die äußeren Kriegsfolgelasten mit 1.907,2 Millionen RM veranschlagt, für den Haushaltsplan 1930/31 mit 1.882,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 467.

solange das Reich im Großen jeden Widerstand verfemt. *So soll es denn unsere Aufgabe sein zu versuchen, einem deutschen Staat den Willen einzuhauchen, sich diesem Schicksal entgegenzustemmen.*

Ich habe zum Vertreter der Nationalsozialistischen Bewegung für die Regierung in Thüringen einen unserer erprobtesten Kämpfer bestimmt.

Parteigenosse Dr. Frick[10] *wird auf Grund seiner positiven Kenntnisse und des Vertrauens, das wir alle zu ihm haben, versuchen, den durch die Landtagswahlen in Thüringen*[11] *kundgegebenen nationalsozialistischen Willen in der neuen Thüringer Regierung zu vertreten.*

Parteigenosse Frick wird im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Grenzen jede Möglichkeit wahrnehmen, dem Lande Thüringen zu dienen, dem deutschen Volke aber für die Zukunft zu nutzen.

Sollte sich die Durchführung der Mission unseres Parteigenossen Dr. Frick mit unseren nationalsozialistischen Prinzipien nicht mehr vereinbaren lassen, wird unser Parteigenosse sofort wieder seine Ämter niederlegen und aus der Regierung ausscheiden! *Denn Nationalsozialisten beteiligen sich niemals an Regierungen, um die Politik fremder Parteien, sondern nur, um die Gedanken unserer Weltanschauung zu vertreten!*

Ich habe Parteigenossen Frick bestimmt, die Stelle eines Innen- und Volksbildungsministers zu übernehmen.

Ich erwarte damit, daß sich insbesondere in Thüringen sämtliche Parteigenossen mit höchster Energie hinter unseren Minister stellen!

Was wir für unser Volk und unser deutsches Vaterland durch diesen Schritt erreichen können, wird versucht und auch erreicht werden. Es messe jeder Parteigenosse für sich die Größe der Aufgabe, die Entschlossenheit unseres Handelns, die zu überwindenden Widerstände und dann den Erfolg!

Die feindliche Presse mag ruhig heute höhnisch lachen. Die Stunde wird kommen, in der ihr auch dieses Lachen vergeht.

München, den 23. Januar 1930

gez. *Hitler*

---

10 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 1930/31 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

25. Januar 1930 Dok. 8
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 25.1.1930.

Es wird kaum einen Menschen geben, der die heutige Lage Deutschlands als rosig ansieht. Vor acht oder zehn Jahren, da flunkerten unsere Herren Patent-Republikaner dem Volk noch allerlei Zeug vom neuen Staats- und Wirtschaftsaufbau vor, der in seiner Art der Welt für die Zukunft ein Vorbild abgeben würde. Ein paar Jahre später waren die politischen und wirtschaftlichen Aufbaupläne der Novembermänner [1] ziemlich tot und begraben. Es kam die Zeit, in der das Bürgertum seine Annäherung an die Sozialdemokratie vollzogen hatte. Wieder gab es eine kurze Periode der Hoffnung. Cuno [2] wurde sogar als ein zweiter Bismarck bestaunt [3]. Allein schon im Jahre 1923 war auch diese bürgerliche Hoffnungswelle vorbei. Stattdessen versicherte nun die "Wirtschaft", den "Karren aus dem Dreck ziehen" zu wollen, wie man die weltanschauliche Aufgabe dieser Wirtschaftspolitiker kurz umriß. Der politische Repräsentant dieser wirtschaftlichen Mission war Gustav Stresemann [4]. Heute nach seinem Tode [5] können auch seine Anhänger kaum mehr verschweigen, daß gerade sein Wirken für das Reich von verhängnisvollsten Folgen war [6]. Er ist der eigentliche Vater des Young-Planes. Und nun, ehe noch der Vertrag überhaupt Wirklichkeit geworden ist, eilen ihm schon seine düsteren Schatten voraus. Wirtschaftlich und politisch ist die Situation heute so unbefriedigend, daß sich auf das gesamte Volk eine gewisse beklemmende Angst legt. Ungezählte Millionen aller Parteirichtungen haben die Überzeugung, daß es so nicht weitergehen könne.

Wie bei allen politisch und moralisch charakterlos gewordenen Völkern kommt auch dem heutigen deutschen Volk diese Erkenntnis auf dem Umwege der wirtschaftlichen Not. Auf

---

1 Gemeint sind die Träger der Revolution im November 1918.

2 Wilhelm Cuno (1876-1933), 1907 Dr. jur., Regierungsassessor im Reichsschatzamt, 1916 Generalreferent für Kriegswirtschaftsfragen im Reichsschatzamt, 1918 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), November 1922 bis August 1923 Reichskanzler (parteilos), anschließend Mitglied des Hapag-Vorstands, 1926 Vorstandsvorsitzender.

3 Die Strategie des passiven Widerstands, den die Regierung Cuno nach der Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923 initiiert hatte, sorgte zunächst für eine außerordentliche Popularität dieses bürgerlichen Minderheitskabinetts und ließ für kurze Zeit die innenpolitischen Auseinandersetzungen verstummen. Das Kabinett, das auf die Tolerierung von SPD und DNVP angewiesen war, hatte dieses Vertrauen jedoch bereits im Sommer 1923 verbraucht, so daß Cuno bis 12.8.1923 zurücktrat. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923. Bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rh. 1968, S. XXII ff. sowie Marianne Denk-Helmold, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Spiegel der Presse, Diss. phil., Köln 1987.

4 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbands sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

5 Stresemann war am 3.10.1929 in Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

6 Zur außenpolitischen Konzeption und Leistung Stresemanns vgl. z. B. Gustav Stresemann. Hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M.Lee, Darmstadt 1982.

drei Gebieten wirkt sich diese besonders scharf aus. Der Bauernstand wird nicht mehr langsam, sondern entsetzlich schnell zugrunde gerichtet [7]. Eine unvernünftige Zollpolitik öffnet die deutschen Grenzen [8], eine himmelschreiende nationale Gesinnungslosigkeit schluckt die fremden Waren ohne irgendwelche Bedenken hinunter, und so vernichtet man den Stand, der als größter Produzent [9] zugleich auch der größte und natürlichste Konsument sein müßte. Die Steuergesetzgebung tut noch ein übriges, besonders dem Bauern jede Leistungssteigerung als an und für sich ganz zwecklos erscheinen zu lassen [10]. Was hat es denn auch für einen Sinn, mehr zu produzieren, wenn ja doch jedes Mehr nur in dem Rachen des Finanzamtes landet? Oder glaubt man, daß ausgerechnet der Bauer in einem Staat "idealistisch" sein soll, in dem der Idealismus von Staats wegen als gefährliche Seuche verfolgt wird und in dem von höchst oben herunter in Hunderttausenden von Beispielen das Volk belehrt wird, keinen Handgriff ohne entsprechende Bezahlung zu tun? Minister beziehen ihre Gehälter, Parlamentarier erhalten ihre Diäten, jeder Stadtrat bekommt Tagegelder, und man frägt sich wirklich oft, für was und warum. Nur einer, der Bauer, der soll aus purem Idealismus sich abschuften und abrakkern, damit die heutigen Machthaber dann ihre derzeitige Wirtschaft auch weiterhin aufrechterhalten können! So geht der deutsche Bauer zugrunde. Ihm folgt der gesamte deutsche Mittelstand [11]. Was der Marxismus planmäßig proletarisiert, wird von unseren sogenannten bürgerlichen Parteien mit hirnverbrannter Kurzsichtigkeit unterstützt. Wenn irgendwo in der Stadt ein neues Riesenwarenhaus entsteht, das dann für tausende kleine Geschäfte den Zusammenbruch bringt [12], dann sind es immer und immer wieder unsere bürgerlichen Parteien, die als

7 Zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff.

8 Nach Wegfall der handelspolitischen Auflagen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatte das Deutsche Reich auf der Basis der sog. "Kleinen Zolltarifnovelle" vom 12.8.1925 ein vielgestaltiges Handelsvertragssystem aufgebaut und agrarische Interessen zugunsten der Exportinteressen der deutschen Industrie zurückgestellt. Erst im Laufe des Jahres 1930 erreichten die Schutzzölle für die deutsche Landwirtschaft wieder den Stand vor 1914. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 12 ff.

9 Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs betrug 1925 im primären Sektor (Landwirtschaft) 7,2 Mrd. RM (15,7%), im sekundären Sektor (Industrie und Handwerk) 22,1 Mrd. RM (48,5%) und im tertiären Sektor (Dienstleistungen usw.) 16,2 Mrd. RM (35,8%). Dies entsprach einer Wertschöpfung pro Kopf von 730 RM, 1.790 RM und 1.850 RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 82.

10 Zur Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe in der Weimarer Republik vgl. Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990, S. 210 ff.

11 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts an der tief sitzenden Verunsicherung des unabhängigen und wirtschaftlich protegierten Mittelstands. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.

12 Die Ablehnung der Kaufhäuser war bereits in Punkt 16 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 festgelegt und stellte eine ihrer zentralen wirtschaftspolitischen Forderungen dar. Druck: Maser, Der Sturm auf die Republik, S. 470, vgl. ferner Hans Buchner, Warenhauspolitik und Nationalsozialismus, München ^{3}1931.

Verräter ihrer eigenen Wählerschaft den Juden diese Schröpfanstalten bauen helfen. Soweit führt das, daß sich selbst sogenannte "Mittelstandsparteien" und "Wirtschaftsgruppen" an der Vernichtung des Mittelstandes und der deutschen Wirtschaft auf solche Art und Weise praktisch beteiligen. Und mit dem Mittelstand geht parallel auch die Vernichtung des deutschen Arbeiters [13]. Die Arbeitslosenziffer schwillt immer unheimlicher an [14]. Hier wird ein Heer gebildet, das eines Tages auch marschieren kann. Wehe dann jenen bürgerlichen Parteien, die in ihrer Verblendung selbst eifrig mitgeholfen haben, die Formierung dieser Revolutionsarmee zu beschleunigen.

So sieht man in Deutschland heute ziemlich allgemein den Zusammenbruch kommen. Die Mittel, ihn zu verhindern, sind geradezu lächerlich. Alles äußerlich und alles Schein und alles Täuschung! Es ist so, als wenn ein Tuberkuloser mit Lippenstift und Schminke sich Mund und Wangen auffrischen würde, um dadurch wieder gesund zu werden! Mit allen Mitteln soll nach außen der Eindruck eines gesunden Regiments erweckt werden! Diejenigen aber, die, sei es durch Wort oder Schrift oder gar durch die Tat, diesen Eindruck stören könnten, müssen unter der Parole "alles für Ruhe und Ordnung" beseitigt und unschädlich gemacht werden. Das neue Republikschutzgesetz [15] ist wohl die ärgste Verhöhnung der demokratisch-sozialistischen Republik, die es geben kann. In einem einzigen Gesetz wird der Irrsinn und die innere Verlogenheit der Demokratie endgültig festgestellt. Auch das wird gut sein. Je mehr der heutige Staat durch die Art seiner Betätigung die geistigen Grundlagen der Demokratie beseitigt, um so weniger behindert werden künftige Geschlechter sein. Man glaubt nicht, wie schwer es oft ist, eingewurzelte Vorurteile zu zertrümmern. Was tausend Reden von uns nicht vermöchten, vermag ein einziger Paragraph eines solchen Gesetzes. So wird am sichersten der Glaube an das Recht, die Gerechtigkeit, an die Demokratie, ja an die Möglichkeit demokratischer Gedanken erschüttert. So schwer daher dieses Gesetz sich auch am einzelnen auswirkt, vom großen Gesichtspunkt aus gesehen wird der demokratische Staat damit die geistige Idee der Demokratie vernichten und die Märtyrer der Zukunft schaffen!

Im übrigen muß man folgendes bedenken: In Deutschland gibt es eine Millionenmasse von Menschen marxistischer Einstellung [16], die den heutigen Staat überhaupt ablehnt und die vor allem seinen gesamten Einrichtungen feindlich gegenübersteht. Millionen und abermals Millionen sehen in jeder gesetzlichen Einrichtung, in jedem Amt, ja zum Beispiel in der gesamten Justiz und Verwaltung nur den hassenswerten Ausdruck einer fremden Klassenunterdrückung. Die heutigen Machthaber bemühen sich nun mit Erfolg, diese Schar der prinzipiellen Staatsverneiner zu ergänzen durch die Schar jener überzeugten Männer und Frauen, die wegen ihrer besten Gesinnung augenblicklich der stärksten Verfolgung ausgesetzt sind. Immer größer wird

---

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Kaufhäuser vgl. Heidrun Homburg, Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: eine diskrete Elite und mancherlei Mythen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1992/1, S. 183-219.

13 Zur damaligen Situation der Arbeiterschaft vgl. Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.

14 Im Januar 1930 waren 2.232.619 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 250.029 in der Krisenunterstützung gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 328.

15 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

16 Bei der Reichstagwahl vom 20.5.1928 hatten 3.264.793 Menschen KPD, 9.152.979 Menschen SPD gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 562 f.

die Zahl der Nationalisten, die als Staatsbürger und Menschen zweiten Ranges behandelt, unter unglaublichen Rechtsbrüchen verfolgt [17], auch ihrerseits sämtliche Bande lösen, die sie geistig mit dem heutigen Zustand verbinden könnten. Es wird die Zeit kommen, da der heutige Staat, vollkommen isoliert und von allen verlassen, vielleicht wirklich nur mehr in der Gewalt allein den Beschützer vor der Liebe seiner Untertanen suchen muß. Dies wird dann das Ende der Demokratie sein, aber damit zugleich auch der Beginn eines möglichen Wiederaufstiegs der Nation!

29. Januar 1930 "Die Hintergründe der Londoner Flottenkonferenz" Artikel

Dok. 9

VB vom 29.1.1930.

Englands Bedrohung durch Nordamerika - Italiens berechtigte Ansprüche gegenüber Frankreich - Der Kampf um den deutschen Küstenpanzer - Hände weg von London.

Wenn Staaten über Abrüstung debattieren, pflegt ein Krieg vor der Türe zu stehen [1]. Es gehört zu den großen marxistischen Lügen, daß man in den Rüstungen die Kriegsursachen sehen müsse. Tatsächlich war kaum ein Kampf auf der Welt, der in Rüstungen seine inneren Ursachen gehabt hätte. Selbstverständlich kann man aber - wie tausend andere Gründe - auch bestimmte Rüstungen zum äußeren Anlaß nehmen, Kriege zu erklären. Es ist dann aber fast immer so, daß solche Rüstungen nur die willkommene Ausrede sind, das eigene Handeln vor der Welt zu motivieren oder besser, zu beschönigen. Denn umgekehrt hat einen zum Angriff entschlossenen Feind noch niemals die ersichtliche Nichtrüstung des Gegners vom Angriff zurückgehalten. Im Gegenteil! Es ist kaum ein Staat bisher an zu starker Rüstung zusammengebrochen, wohl aber gingen unzählige Staaten an zu schwachen Rüstungen zugrunde. Der Angreifer wird dann eben einen anderen Vorwand finden, der seinem Angriff ein scheinheiliges, moralisches Recht gibt. Wenn Staaten nicht aus sonstigen Notwendigkeiten heraus in Kampfstellung gezwungen werden, pflegt die Rüstung wenig Aufsehen zu erregen. Sowie aber die Lebenserfordernisse der Völker miteinander in Konflikt geraten und durch wirtschaftliche Maßnahmen nicht mehr zu lösen und zu regeln sind, richtet sich von selbst der Blick auf die Waffen. Es beginnt der politische Kampf, sich der schärferen Mittel zu bedienen. Und hier liegt dann die Aussicht auf Erfolg ebensosehr in der Überlegenheit der eigenen Waffen wie in der Unterlegenheit der Waffen des Gegners. Das heißt: *Die Rüstung zum Kriege* - der aus allgemeinen Umständen notwendig und nicht mehr zu umgehen scheint - *liegt nicht nur in der*

---

17 Zu Theorie und Praxis des Schutzes der Weimarer Verfassung vgl. Gusy, Weimar. Dieser geht auch auf die damalige Rechtspraxis ein (S. 354 ff.).

1 Zur Geschichte des Versuchs einer internationalen Rüstungsbegrenzung vgl. Heinz Hürten, Friedenssicherung und Abrüstung. Erfahrungen aus der Geschichte, Graz 1983.

eigenen Aufrüstung, sondern auch in der mit allen Mitteln zu erreichenden Abrüstung des Gegners! Wenn es in Demokratien möglich ist, über den Umweg der öffentlichen Meinung eine Verfemung der Waffe oder des Wehr- und Kampfwillens zu erreichen, dann ist der davon betroffene Staat praktisch einer Abrüstung verfallen, die ihn erst recht dem Kriege weiht. Es kann sein, daß dann das sogenannte "Wettrüsten" für eine Nation aussichtsloser erscheint als das "Abrüsten" des Gegners. Wenn die technischen und sonstigen Kräfte des Krieges sich die Waagschale halten und vermutlich bei jeder weiteren Rüstung halten werden, dann kann man es eben auch einmal umgekehrt versuchen. Wer zuerst die Nerven verliert und seine Rüstung bremst oder gar zerstört, verschiebt damit das Gleichgewicht der Kräfte und schafft am Ende dann jene Situation, die der angreifende Staat auf dem Wege der Rüstung nicht mehr zu erreichen hoffen konnte. Diese "Abrüstung" braucht dabei, wie schon betont, noch nicht einmal im Augenblick technisch in Erscheinung zu treten. In demokratischen Zeiten ist die "geistige Abrüstung", das heißt die pazifistische Verseuchung des Denkens eines Volkes tausendmal schlimmer als die technisch-militärische Entwaffnung. Wenn zwischen den Völkern versucht wird, auf diesem Wege eine Schwächung der Widerstandskraft herbeizuführen, - wobei jedes Volk naturgemäß hofft, nicht sich selbst, sondern den Gegner in erster Linie abzurüsten, - dann ist dies ein fast untrügliches Zeichen dafür, daß Auseinandersetzungen am Horizonte aufsteigen, die nicht mit den Mitteln des Friedens, sondern nur mehr mit den Waffen des Krieges entschieden werden können. *Man rüstet zum Kriege, indem man die Rüstung des Gegners zu schwächen oder gar zu vernichten versucht.*

Während im Haag das raffinierteste Erpressungsprotokoll aller Zeiten seine letzten Formulierungen erhält [2], treten in London die großen Seemächte der Erde zu einer Beratung und, wie man zu hoffen vorgibt, zu einer Beschlußfassung über eine allseitige Begrenzung der maritimen Rüstungen zusammen [3]. Tatsächlich sind es in erster Linie zwei Staaten, die das Bedürfnis zu einer solchen Aussprache fühlen: England und Amerika [4].

2 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

3 Mit dem Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatten die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan versucht, einen international verbindlichen Standard für die Rüstung zur See festzulegen. Der Vertrag fixierte u. a. die Gesamttonnage für Großkampfschiffe und Flugzeugträger sowie die jeweilige Größe und Bewaffnungsstärke bei den übrigen Kriegsschiffsklassen. Mit der Londoner Flottenkonferenz vom 22.1.-22.4.1930 versuchte man, auch für die Gesamttonnage dieser kleineren Schiffsklassen (Kreuzer, Zerstörer und U-Boote) feste Obergrenzen einzuführen sowie die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger neu zu definieren. Frankreich und Italien waren jedoch nicht bereit, dieses Herzstück des Vertrags zu unterzeichnen, so daß die hier ausgehandelten Relationen lediglich für die USA, Großbritannien und Japan galten. Der Vertrag regelte ferner den Verzicht auf den Neubau von Schlachtschiffen während der Jahre 1931 bis 1936 sowie die Bestimmungen für den Bau von U-Booten. Nicht aufgenommen wurde der Vorschlag der USA, Großbritanniens und Italiens, die U-Boot-Waffe generell abzuschaffen. Vgl. Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 88 ff.; Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung von Jürgen Rohwer, München 1974, S. 447 ff. Druck des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938, S. 247-266; Druck des Londoner Vertrags vom 22.4.1930: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Vol. I, Washington 1945, S. 107-125.

4 Zum damaligen Verhältnis zwischen Großbritannien und den USA vgl. Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Ed. by B. J. C. McKercher, London 1991.

Die Flottenrivalität der beiden angelsächsischen Staaten ist das vermutlich auch in England zunächst nicht geahnte und auf keinen Fall gewünschte Endergebnis des Weltkrieges. Diese Flottenrivalität ist dabei durchaus nicht gekünstelt oder unvernünftig. Die amerikanische Union entsagt als Wirtschaftsmacht immer mehr der eigenen Selbstbegnügung und tritt stattdessen als schärfster Konkurrent auf dem Weltmarkt gegen England [5], ja gegen die ganze alte Welt auf. Es ist hier nicht der Platz, die Gründe zu untersuchen, die die amerikanische Wirtschaftskonkurrenz zu einer so außerordentlich gefahrvollen anwachsen lassen. Ganz Europa geht einem sehr schweren Schicksal entgegen, wenn der amerikanischen expansiven Wirtschaftsbetätigung nicht irgendwo und irgendwann ein Halt geboten wird [6]! Am schlimmsten wird aber das britische Weltreich von dieser Entwicklung betroffen. Als England im August 1914 zum Schlag gegen Deutschland ausholte, da beseitigte es einen Wirtschaftskonkurrenten, der unter wesentlich schlechteren Bedingungen als England zu produzieren gezwungen war [7]. Heute ist ihm ein neuer Konkurrent erstanden, dessen Produktionsbedingungen aber unendlich günstigere sind als die englischen selbst. Ein mächtiger Staat von fast kontinentalen Ausdehnungen, heiße und gemäßigte Klimate umfassend, gesegnet mit reichsten, schier unerschöpflichen Bodenschätzen, besiedelt von einer im Laufe der Jahrhunderte zusammengetragenen europäischen Rassenauslese, steht dem alten großbritannischen Weltreich gegenüber. Als in Deutschland einst die Entscheidung zugunsten der wirtschaftspolitischen Entwicklung gefallen war, mußte der Ausbau einer diese Entwicklung stützenden Kriegsflotte zwangsläufig kommen [8]. Die deutsche Flotte hat dabei kaum die Hälfte der englischen erreicht, jedenfalls nie zwei Drittel derselben überschritten [9]. Seit Abschluß des Weltkrieges steht die amerikani-

5 1929 führten die USA im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 21,7 Milliarden RM (15,9% der Welthandelsausfuhr) aus, Großbritannien im Wert von 14,9 Milliarden RM (10,9% der Welthandelsausfuhr). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 94*. Zum Stand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Großbritannien vgl. Michael J. Hogan, Informal Entente. The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy 1918-1928, Columbia 1977.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 7.

7 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

8 Zum Aufbau deutscher Seestreitkräfte in der Ära Wilhelms II. vgl. Michael Epkenhans, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

9 1914 verfügte die britische Marine über 32, die deutsche Marine über 22 Großkampfschiffe. Die USA besaßen 10, Japan, Rußland und Frankreich jeweils 4, Italien und Österreich-Ungarn jeweils 3 Großkampfschiffe. Vgl. Wolfgang Petter, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 3-262, hier S. 255.
Im Juli 1914 betrug die Gesamttonnagen der Kriegsmarinen:

Großbritannien:	2.058.520 t
Deutschland:	963.010 t
USA:	844.140 t
Frankreich:	669.960 t
Japan:	519.340 t
Rußland:	334.290 t
Italien:	312.000 t
Österreich-Ungarn:	234.890 t

Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930, S. 381.

sche Union nahezu gleich stark neben England [10]. Die amerikanische Wirtschaftskonkurrenz findet ihren natürlichen Ausdruck in der Konkurrenz der See[*kriegs*]mittel. *Das jahrhundertelange Ziel Englands, keine Seemacht von wirtschaftlich und militärisch gleicher Bedeutung neben sich zu dulden* [11], *muß England wenigstens für den Augenblick als aufgegeben ansehen.* Eine enorme Wirtschaftsmacht hat sich in den Besitz einer England gleich starken Flotte gesetzt und ist in der Lage, dank des natürlichen Reichtums des Landes, diese Macht zur See jederzeit noch wesentlich zu verstärken. Und hier setzt der englische Versuch ein, auf dem Wege von Übereinkommen dem sogenannten "Rüsten" Einhalt zu gebieten, nicht, weil man meint, dadurch einer kommenden Auseinandersetzung zu entgehen, sondern weil man glaubt, *daß die Beibehaltung der augenblicklichen Stärkeverhältnisse der beiden Flotten für England günstiger ist als ein uferloses Rüsten, bei dem England möglicherweise der Atem früher ausgehen könnte als der amerikanischen Union* [12].

England ist zufrieden, eine im allgemeinen der amerikanischen gleich starke Flotte zu besitzen, der es im entscheidenden Augenblick noch die Macht des japanischen Bundesgenossen hinzufügen kann [13]. In Amerika umgekehrt schreckt man ebenfalls vor einem weiteren Flottenausbau, besonders der schwersten Einheiten zurück, weil ihre Dimensionen dann nur zu leicht eine Steigerung erfahren könnten, welche die bisherigen Gefechtseinheiten entwertet, den neuen Schiffen aber die Durchschleusbarkeit durch den Panamakanal [14], der schon bisher für die schwersten Schiffsriesen kaum ausreichte, unmöglich macht [15]. Schon heute haben England, die amerikanische Union und Japan einzelne Schlachtschiffe, deren Transport durch den Panamakanal außerordentliche Schwierigkeiten bereiten würde [16]. Eine weitere Steigerung

---

10 Die britische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1922 über eine Gesamttonnage von 1.562.630 t, die der USA über 1.431.250 t. Am 1.1.1929 verfügte die britische Kriegsmarine über eine Gesamttonnage von 1.240.740 t, die der USA über 1.173.820 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 381.

11 1889 hatte der britische Erste Lord der Admiralität, Lord George Hamilton, den Naval Defence Act als Rüstungsprogramm mit den Worten begründet: "Ich bin der Ansicht, daß unsere Rüstung zur See so zu bemessen ist, daß wir wenigstens zwei anderen Seemächten gewachsen sind." Dieser angestrebte sog. Zwei-Mächte-Standard richtete sich damals gegen die französische und russische Kriegsmarine. Vgl. Potter/Nimitz, Seemacht, S. 315.

12 Die Initiative zu den Flottenkonferenzen in Washington 1921/22 und London 1930 war jeweils von den USA ausgegangen, wurde jedoch in beiden Fällen von Großbritannien unterstützt. Vgl. Hall, Arms Control, S. 59 ff.

13 Die japanische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1922 über eine Gesamttonnage von 616.590 t, am 1.1.1929 über eine Gesamttonnage von 760.660 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 381.

14 Der Panamakanal war von den USA während der Jahre 1906 bis 1914 in der ehemaligen kolumbianischen Provinz Panamá in Zentralamerika erbaut worden. Aufgrund der besonderen strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung der 81,6 km langen Wasserstraße zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean sicherten sich die USA im Hay-Bunau-Varilla-Vertrag vom 18.11.1903 alle Rechte zu ihrem Betrieb und Schutz.

15 Engpässe bei der Befahrbarkeit des Panamakanals bildeten vor allem die drei Schleusenanlagen, die damals maximal eine Länge von 304 m, eine Breite von 33,5 m und eine Schwellentiefe von 12,2 m besaßen. Vgl. Emil Maurer, Der Panama-Kanal - gestern und heute, Leipzig 1943, S. 86 f.

16 Legt man die Angaben des Taschenbuchs der Kriegsflotten 1930 zugrunde, das sämtliche zum damaligen Zeitpunkt im Dienst sowie im Bau befindlichen Kriegsschiffe verzeichnet, so hätten auch die großen Kriegsschiffe gerade noch durch die Schleusenanlagen des Panamakanals gepaßt. Grenzen zeichneten sich allerdings bei den US-Flugzeugträgern "Lexington" und "Saratoga" (Breite 32,3 m), dem britischen Schlachtkreuzer "Hood" (Breite 32 m) und dem britischen Flugzeugträger "Eagle" (Breite: 32 m) ab. Vgl. Anm. 13 sowie Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, passim.

des Deplacements [17] würde die Union zwingen, entweder im Stillen und im Atlantischen Ozean zwei unabhängige Flotten zu entwickeln [18] - also gegen Japan und England getrennt - zu rüsten oder den Panamakanal einer Vergrößerung zu unterziehen, die Schleusenbauten zu verbreitern und zu verlängern, was allein schon wieder auf Milliarden zu stehen [*sic!*] käme. Da der Kanal im übrigen niemals von Schiffsriesen ähnlicher Art aus der Handelsschiffahrt benützt wird, wäre die gesamte Auslage mithin eine rein strategische und würde tatsächlich auf Kosten des Rüstungsbudgets erfolgen müssen.

So haben heute weder England noch Amerika noch Japan ein besonderes Interesse daran, den Bau schwerster Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer fortzuführen oder gar weiterzuentwickeln. Stattdessen wirft man sich vor allem mit Rücksicht auf den durch die großen Räume und die gewaltigen Handelslinien bedingten Bau von leichten und mittleren Kreuzern [19]. Für diese Kreuzer hat man nun auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung bestimmte Normen, die das Deplacement und die Armierung betreffen, festgesetzt [20]. Nicht vollständig zu einigen vermochte man sich über die Zahl der den einzelnen Staaten zubilligenden (Absatz) Einheiten [*sic!*].

Um die Zahl dieser Kreuzer wird auch in London in erster Linie der Kampf entbrennen. Die Ankündigung des Baues schwerster Schlachtschiffe wird dabei von allen Mächten nur als eine Drohung im Hintergrunde bereitgehalten. Ernstlich wünscht dies jedenfalls, wie gesagt, wahrscheinlich weder England noch die amerikanische Union. Ganz gleich, wie die Flottenkonferenz ausgeht: *Die eigentlichen Gründe des englisch-amerikanischen Streites werden dadurch nicht berührt, weil sie viel tiefer liegen und auf dem Konferenztisch weder zu behandeln noch viel weniger zu beseitigen sind.*

Neben dieser großen Frage, die über das künftige Schicksal der Weltmeere entscheidet, läuft noch eine zweite mit von europäischer Bedeutung. *Italien* hat in seiner Bevölkerungszahl heute Frankreich eingeholt, wahrscheinlich sogar überflügelt [21]. Die militär-geographische Lage

17 Wasserverdrängung eines Schiffes.

18 Im Herbst 1929 war die Masse der US-Kriegsmarine als Schlachtflotte und Flottentroß im Pazifischen Ozean stationiert; kleinere Flottenverbände bildeten die Seestreitkräfte im Atlantischen Ozean, die Küstenschutz-Streitkräfte, die Asiatische Flotte, das Sonder-Geschwader zum Schutz des Panama-Kanals und der Marine-Transport-Dienst. Zur Dislozierung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 427 ff.

19 Der Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatte darauf verzichtet, die *Gesamt*tonnage für Kreuzer zu begrenzen, so daß sich der Rüstungswettlauf vom Schlachtschiff- auf den Kreuzerbau verlagerte. Großbritannien baute während der Jahre 1927 bis 1929 15 Geschützte Kreuzer, Japan während der Jahre 1922 bis 1925 zehn leichte Geschützte Kreuzer, während der Jahre 1925 bis 1928 acht schwere Geschützte Kreuzer, die USA während der Jahre 1922 bis 1929 zehn leichte und schwere Geschützte Kreuzer. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 34 ff., 92 f., 154 f.

20 Größe und Bewaffnung von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern war in Artikel V bis X des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 geregelt. Artikel XI verbot Bau, Erwerb und Unterhalt von Kriegsschiffen über 10.000 t Wasserverdrängung mit Ausnahme von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern, d. h., Kreuzer und kleinere Schiffstypen waren auf diese Maximalgröße beschränkt; Artikel XII begrenzte die Bewaffnung dieser Kriegschiffe auf Kanonen bis höchstens 20,3 cm Kaliber. Artikel XV übertrug diese Normen auf den Kriegsschiffsbau der vertragschließenden Nationen für diejenigen, die dem Vertrag nicht beigetreten waren. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, S. 251 f.

21 Bei der Volkszählung vom 7.3.1926 wurden in Frankreich 40.743.897 Menschen gezählt; bei der Volkszählung vom 1.12.1921 wurden in Italien 38.710.576 Menschen, bei der Volkszählung vom 21.4.1931

Italiens ist dabei in jeder Hinsicht eine ungünstigere als die Frankreichs - soferne man maritime Gesichtspunkte zur Prüfung heranzieht. Es war einer der größten Fehler der Dreibunddiplomatie [22], nördlich der Alpen einst nicht erkannt zu haben, daß Italien durch seine eigenartige halbinsulare Lage sich niemals in einen Krieg mit einem überlegenen Flottengegner verwikkeln lassen darf, da es andernfalls tatsächlich die Existenz des gesamten Staates in der leichtfertigsten Weise auf das Spiel setzen würde. Es bleibt einfach unverständlich, wie man in Berlin seinerzeit auch nur eine Sekunde ernsthaft daran glauben konnte, Italien in einen Kampf gegen die vereinigte französisch-englische maritime Macht bringen zu können. Die für jegliche Offensive von vornherein ungeeignete österreichische Flotte konnte man dabei ernstlich nicht irgendwie in Rechnung stellen [23]. Trotz dieser außerordentlich verwundbaren Lage Italiens beansprucht nun Frankreich aus Gründen, die vernünftig und rechtlich überhaupt nicht zu belegen sind, den Flottenvorrang vor Italien. In der damaligen Flottenkonferenz wurde die englische und die amerikanische Flotte mit der Schlüsselzahl 5 gleichgesetzt. Japan erhielt die Zahl 3, Frankreich und Italien erhielten jedes die Zahl 1.75 [24]. Bei der Tonnage-Festlegung wurden aber Frankreich 175.000 Tonnen an schweren Schiffen zugebilligt, während Italien nur 125.000 Tonnen erhielt [25]. Schon seit Monaten wird nun von der italienischen Presse auf das entschiedenste gefordert, daß der Unfug dieser durch nichts zu rechtfertigenden Begünstigung Frankreichs aufgegeben werden müsse und daß Italien das natürliche Recht besitze, zu-

---

41.145.045 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*; 1931, S. 1*. Zur wohlwollenden Reaktion der italienischen Diplomatie auf die folgende Passage von Hitlers Artikel vgl. Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 159.

22 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zugesichert hatten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5.1915 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland.

23 Die operative Flotte Österreich-Ungarns (Gesamttonnage 234.890 t) verfügte am 4.8.1914 über zwei Geschwader mit insgesamt 12 Großkampfschiffen, eine Kreuzerdivision mit 6 Kreuzern, zwei Torpedoflottillen mit 18 Torpedofahrzeugen und 27 Torpedobooten, ferner verschiedene Verbände zur Küstenverteidigung; der Personalbestand betrug damals 1.974 Offiziere und 36.735 Mann. Vgl. Österreich-Ungarns Letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. I: Das Kriegsjahr 1914, Wien [2]1931, S. 81.

24 Artikel IV des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 lautet: "The total capital ship replacement tonnage of each of the Contracting Powers shall not exceed in standard displacement, for the United States 525,000 tons (533,400 metric tons); for the British Empire 525,000 tons (533,400 metric tons); for France 175,000 tons (177,800 metric tons); for Italy 175,000 tons (177,800 metric tons); for Japan 315,000 tons (320,040 metric tons)." Artikel VII legt ein entsprechendes, von der Tonnagezahl freilich niedrigeres Verhältnis bei den Flugzeugträgern fest. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, S. 250.

25 Kapitel II des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 konkretisierte Namen und Tonnage derjenigen Schlachtschiffe, die den Vertragsschließenden zugebilligt wurden; dabei wurden folgende Gesamttonnagen berechnet:

USA	500.650 t
Großbritannien	580.450 t
Japan	301.320 t
Frankreich	221.170 t
Italien	182.800 t

Diese Zahlen bildeten die Berechnungsgrundlage für Größe und Zahl der erlaubten Neubauten an Schlachtschiffen.

mindest dieselbe Flotte zu bauen, wie sie Frankreich hat. Also entweder Aufrüstung der italienischen Flotte oder Abrüstung der französischen!

An all diesen Streitfragen kann Deutschland zunächst nur bedingt interessiert sein. An der Spitze hat jedenfalls nur ein einziges Interesse zu stehen: Wir Deutsche haben keinen Grund, auch nur im geringsten zu wünschen, daß durch Vorgänge, gleich welcher Art ein sogenannter "Weltfriede" konserviert wird, der als einzige Auswirkung für unser Volk erst in diesen Tagen wieder erneut die entsetzlichste Ausplünderung und Auspressung ermöglicht, ja gutheißt. Wenn ein übermächtiger Sieger nach einem schweren Kriege den Wunsch nach Ruhe äußert, so ist es verständlich. Der Tiger braucht die Zeit, sein Opfer zu verschlingen! *Daß aber das Opfer auch noch wünschen soll, daß der Tiger dabei nicht gestört wird, ist ein unnatürliches Verlangen, ein Wahnsinn, wie er nur im Gehirn der Diplomaten unseres Auswärtigen Amtes und in den nichtswürdigen Köpfen unserer Parlamentarier zu entspringen vermag.* Deutschland kann nur den einzigen sehnlichsten Wunsch hegen, daß über jeder Konferenz der Geist des Unsegens walte, daß Zwietracht aus ihr heraus entstehe und daß endlich in Blut und Feuer ein Weltfriede ein Ende nehme, der sonst unserem Volke das Ende bringt! Und man könnte für die fernere Zukunft hoffen, daß sich in diesem Ringen die Möglichkeit ergibt, für Deutschland wieder als Spieler [*sic!*] mit in die weltgeschichtlichen Ereignisse einzutreten. Allerdings ist dazu notwendig die vorhergehende Vernichtung eines deutschen Parteiregiments im Innern, das unser Volk erst in seinen technischen Waffen abgerüstet hat [26] und heute in seinen sittlichen und moralischen Werten wieder abrüstet und zerstört.

Man kann für die stattfindende Flottenkonferenz nur eine im klaren Interesse Deutschlands liegende Hoffnung hegen: daß es Italien gelingen möge, die unverschämte französische Anmaßung zu brechen und im Mittelländischen Meer jene Seerüstung zu erhalten, die es verdient und beanspruchen kann [27].

Deutschland hat allen Grund, besonders nach den letzten Haager Erfahrungen, jede Schwächung der französischen Hegemoniebestrebungen in Europa, einerlei ob sie zu Land oder zur See erfolgt, auf das allerwärmste zu begrüßen und geistig und moralisch zu unterstützen.

Wenn also Deutschland wenigstens in einer Hinsicht ein direktes Interesse an der Flottenkonferenz hat, so ist es doch in meinen Augen mehr als verfehlt, dem Drängen der Elemente nachzugeben, die von der Notwendigkeit einer eigenen Beteiligung Deutschlands an dieser Konferenz reden [28]. Ja, ich halte eine solche Beteiligung aus Gründen, die ich anschließend

26 Vgl. Dok. 6, Anm. 14.

27 Ungeachtet einer zum Teil parallelen außenpolitischen Interessenlage waren die Ansätze zu einer Intensivierung des französisch-italienischen Verhältnisses an den unüberbrückbaren ideologischen Gegensätzen sowie den Differenzen in der französischen und italienischen Kolonialpolitik gescheitert. Vgl. C. J. Lowe/F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 211 ff.

28 Während das Auswärtige Amt bereits am 21.12.1929 in einem Runderlaß empfohlen hatte, "eine entschieden reservierte Haltung" gegenüber der Londoner Flottenkonferenz einzunehmen, beurteilte die Marineleitung die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung positiver. Doch hatten solche Überlegungen keine praktischen Konsequenzen; deutsche Vertreter beteiligten sich - auch als Beobachter - nicht an dieser Konferenz. Vgl. Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973, S. 146 ff. Möglicherweise spielt Hitler hier konkret auf den Artikel an ("Deutschland und die Londoner Seeabrüstungs-Konferenz"), den Admiral a. D. Hans Zenker am 21.1.1930 in den Münchner Neuesten Nachrichten publiziert hatte.

anführe, für außerordentlich gefährlich: Es könnte leicht sein, daß man, um dem Ehrgeiz einiger parlamentarischer Nullen zu befriedigen, unsere junge, an sich so schwache kleine Flotte einer weiteren schweren Beschränkung unterwirft.

Ich habe schon erwähnt, daß durch das Washingtoner Abkommen allgemeine Beschränkungen nicht nur in der Zahl der Schiffe, sondern besonders auch im Gefechtswert der Einheiten vorgenommen worden sind. Wichtig für Deutschland ist dabei die Begrenzung der Armierung der sogenannten 10.000-Tonnen-Kreuzer. Es wurde festgestellt, daß die Armierung dieser 10.000-Tonnen-Schiffe 20,3 cm-Kaliberstärke nicht überschreiten dürfe. Diese Bestimmung ist deshalb für Deutschland so wichtig, weil wir bekanntlich zum Ersatz unserer beiden bisherigen alten Linienschiffsgeschwader schreiten müssen. Deutschland verfügt zur Zeit über acht 13.200-Tonnen-Schiffe, unsere ehemalige Braunschweig- bzw. Deutschland-Klasse [29]. Die Schiffe, die von 1902-1906 von Stapel liefen, waren schon damals den gleichaltrigen englischen an Tonnengehalt, Armierung und Schnelligkeit wesentlich unterlegen. Dazu kam noch eine außerordentlich geringe Schußweite der schweren 28-Zentimeter-Geschütze [30], die zum Teil an einer mangelhaften Lafettenkonstruktion [31] lag. Diese 8 Schiffe, von denen laut Friedensvertrag nur sechs in Dienst gehalten werden dürfen [32], bilden zur Zeit die Hauptwaffe unserer kleinen Marine. Ihr Gefechtswert ist den schweren Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der übrigen Marinen gegenüber verschwindend. Selbst in der Ostsee vermögen diese veralteten Schiffe keinen ernsten Kampf durchzuhalten, wenn es Rußland gelingt, das Linienschiffsgeschwader der ehemaligen Poltawa-Klasse in gefechtsreife Verfassung zu bringen [33]. Tatsächlich sollen heute alle 4 Einheiten dieses 26.000-Tonnen-Geschwaders dienstbereit sein. Selbst wenn das Schlachtschiff "Parischskaja Kommuna", das bekanntlich soeben durch die Dardanellen nach Sewastopol fuhr [34], künftig ausfällt, stehen noch immer an

29 Braunschweig-Klasse: Linienschiff "Hessen" (Bj. 1903), "Elsaß" (Bj. 1903), "Braunschweig" (Bj. 1902), "Lothringen" (Bj. 1904, Reserve) "Preußen" (Bj. 1901, Reserve); Deutschland-Klasse: "Hannover" (Bj. 1905), "Schlesien" (Bj. 1906), "Schleswig-Holstein" (Bj. 1906). Baujahr bezieht sich auf das Jahr des Stapellaufs. Als Ersatz für das Linienschiff "Preußen" wurde 1928 mit dem Bau des Panzerschiffs "A" (später "Deutschland") begonnen. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 sowie Anm. 32.

30 Unter den damaligen deutschen Schiffsgeschützen besaß die 28 cm-Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 18,9 km, die 28 cm-Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 17,8 km. Vgl. Paul Schmalenbach, Die Geschichte der deutschen Schiffsartillerie, Herford 1968, S. 79.

31 Fahrbares oder ortsfestes Gerüst zur Auflage eines oder mehrerer Geschützrohre; dieses ist mit Einrichtungen zu deren Höhen- oder Seiteneinstellung versehen und nimmt den beim Schuß auftretenden Rückstoß auf. Zu ihrer technischen Entwicklung vgl. Schmalenbach, Schiffsartillerie, S. 63 ff.

32 Artikel 181 des Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 legte fest, daß die Reichsmarine sechs Schlachtschiffe im Dienst halten dürfe; alle übrigen Schiffe dieser Bauart seien der Reserve zu überstellen oder Handelszwecken dienstbar zu machen. Druck: RGBl. 1919, S. 943.

33 Gemeint sind die Schlachtschiffe "Marat", "Parischskaja Kommuna", "Oktiäbrskaja-Revoluzia" und "Frunse", die 1911 vom Stapel gelaufen waren. Sie besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 23.400 t, eine Leistung von 50.000 PS, eine Geschwindigkeit von 23 Sm/h und eine Bewaffnung von 12 30,5 cm-Kanonen, 16 12 cm-Kanonen, zwei 6,3 cm-Flugabwehrgeschützen sowie vier Torpedorohren. Mit Ausnahme von "Frunse" waren diese Schiffe 1930 einsatzbereit. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 128 f., 344.

34 Am 17.1.1930 hatten das sowjetische Schlachtschiff "Parischskaja Kommuna" und der Geschützte Kreuzer "Profintern" die Dardanellen in Richtung Schwarzes Meer passiert, unter Mißachtung der Meerengenkonvention des Lausanner Vertrags vom 24.7.1923. Die Schiffe liefen tags darauf im Hafen von Sewastopol ein. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 19.1.1930 (MA), "Russische Kriegsschiffe in den Dardanellen"; Die Rote

schwersten Kalibern 36 russische 30,5-Zentimetergeschütze gegen 24 deutsche 28-Zentimetergeschütze [35].

Dazu kommt aber, daß diese russischen Schiffe bereits im Weltkrieg über außerordentlich große Schußweiten verfügten, zum Unterschied der schweren Artillerie, besonders unserer älteren Geschwader, die kaum über 17 Kilometer schoß [36]. Rechnet man weiter noch die Tatsache, daß die Schnelligkeit dieser wesentlich neueren russischen 26.000-Tonnen-Schlachtschiffe - sie stammen sämtlich aus dem Jahre 1911 - auch heute noch möglicherweise größer ist, als die unserer alten 13.200-Tonnen-Schiffe, dann sind die Aussichten im Falle eines Messens dieser Kräfte miteinander schon jetzt alles andere eher als gut. Denn etwas sollte der Weltkrieg uns gelehrt haben: daß die alte Tirpitzsche [37] Meinung, daß das deutsche 28-Zentimeter-Geschütz dieselbe Schußleistung aufweise wie das normale 30,5-Zentimeter-Rohr anderer Marinen, eine sehr schlechte Rechtfertigung für die Verwendung kleinerer Kaliber ist. Nicht um gleiche Gefechtskraft handelt es sich, sondern um höhere. Das Notwendigste für die Aufrechterhaltung wenigstens eines bescheidenen Schutzes für unsere Lage in der Ostsee ist daher die beschleunigte Ersetzung unserer alten 13.200-Tonnen-Schiffe.

Tatsächlich hat sich die Marineleitung auch dazu entschlossen und bekanntlich vor zwei Jahren die erste Rate für den ersten Ersatzbau des Linienschiffes "Preußen" angefordert [38]. Der Friedensvertrag von Versailles schreibt uns nun vor, daß der Ersatz unserer leichten Kreuzer - von denen wir ebenfalls insgesamt 8 Stück haben dürfen, 6 im Dienst und 2 in Reserve - nur durch Schiffe von höchstens 6.000 Tonnen Deplacement erfolgen darf, während uns der Ersatz der 13.200-Tonnen-Schiffe nur durch Schiffe von höchstens 10.000 Tonnen Deplacement erlaubt ist [39]. Das heißt, es müssen mithin die Ersatzbauten unserer bisherigen alten Linienschiffe im Deplacement noch unter die 13.200 Tonnen heruntergehen. *Tatsächlich hat denn auch das erste auf Stapel gelegte Ersatzschiff "Preußen" das durch den Friedensvertrag vorgeschriebene Deplacement von 10.000 Tonnen.* Die Verstärkung der Gefechtskraft gegenüber den Schiffen der Braunschweig- und Deutschland-Klasse soll erzielt werden durch eine Erhöhung der schweren 28-Zentimeter-Geschütze von früher 4 auf nunmehr 6 Rohre pro Schiff sowie durch eine wesentlich *gesteigerte Schnelligkeit.* Die Schiffe der Deutschland- und

---

Fahne vom 19.1.1930, "Straße frei für die rote - - Flotte"; Vorwärts vom 19.1.1930, "Schwarzmeerflotte verstärkt"; VB vom 21.1.1930, "Der Druchbruch der Sowjetflotte durch den Bosporus".

35 Die deutschen Linienschiffe besaßen an schwerster Armierung jeweils vier 28 cm-Kanonen; gemeint ist die addierte Feuerkraft sämtlicher im Dienst befindlicher deutscher Linienschiffe. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 172 ff.

36 Von den während des Ersten Weltkriegs eingesetzten deutschen Schiffsgeschützen besaß die 28 cm- Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 18,9 km, die 28 cm- Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 17,8 km, die 30,5 cm- Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 18,7 km und die 38,1 cm- Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 20,2 km. Vgl. Schmalenbach, Schiffsartillerie, S. 79.

37 Alfred von Tirpitz (1849-1930), 1865 Seekadett in der preußischen Kriegsmarine, 1886 Leiter der Torpedoinspektion, 1892 Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, 1896 Chef der Kreuzerdivision in Ostasien, 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamts, 1911 Großadmiral.

38 Zur parlamentarischen Diskussion um das Panzerschiffbauprogramm der Reichsmarine vgl. Wolfgang Wakker, Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959.

39 Laut Artikel 190 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 durften die Ersatzbauten für Schlachtschiffe eine Wasserverdrängung von 10.000 t nicht überschreiten; bei dieser Klasse durften die Schiffe erst 20 Jahre nach Stapellauf ersetzt werden. Druck: RGBl. 1919, S. 949 ff.

Braunschweig-Klasse konnten im Geschwaderverbande kaum mehr 18 Seemeilen die Stunde fahren[40]. Die neuen Ersatzschiffe werden mit *26 Seemeilen* den möglicherweise in Frage kommenden russischen Schlachtpanzern um 3 bis 4 Seemeilen überlegen sein[41], wenn nicht die allgemeine Verschlampung der russischen Flotte an sich schon die Schnelligkeit der heutigen russischen Schiffe gegenüber den einstigen Konstruktionsdaten heruntergesetzt hat[42]. Jedenfalls liegt der Hauptwert dieser neuen Ersatzschiffe in der *Vermehrung der schweren Artillerie* und in der *Erhöhung der Schnelligkeit.* Dazu kommt noch, daß man wohl hoffen darf, daß nunmehr die früheren Fehler unserer Geschützkonstruktionen vermieden werden und die neuen Lafetten und Rohre die aber auch wirklich höchste Schußweite ermöglichen.

Es war nun - in meinen Augen - ein unverzeihlicher Fehler, diese Schiffe als "Panzerkreuzer" zu bezeichnen[43]. Wieso man zu diesem unverständlichen Ausdruck kam, ist mir gänzlich unerfindlich. Weder die Schnelligkeit von 26 Seemeilen, noch das Deplacement von 10.000 Tonnen, noch die Armierung und am wenigsten die Panzerung rechtfertigten eine solche Bezeichnung, die zu ganz falschen Vorstellungen führen muß. Der einzig vernünftige Titel für diese Ersatzbauten wäre etwa: "beschleunigter Küstenpanzer" gewesen. *Sowie man auf diese Schiffe - die eigentlich unsere Schlachtflotte darstellen (!) - die Bezeichnung "Kreuzer" anwandte, gab man den Herrschaften in Paris die Möglichkeit zu jenem Geschrei gegen die deutschen "Flottenrüstungen", das man heute in der ganzen französischen Presse vernehmen kann*[44]. Denn nun war es diesen Wahrheitsverdrehern spielend leicht, die Dinge so hinzustellen, als ob Deutschland die durch die Washingtoner Konferenz festgesetzte allgemeine Armierungsnorm für die 10.000-Tonnen-Kreuzer wesentlich überschritten hätte und mithin den Anlaß für eine neue Rüstungssteigerung gäbe! Und darin scheint mir die schlimmste Gefahr für

---

40 Die im Dienst befindlichen Linienschiffe der Reichsmarine besaßen eine Geschwindigkeit von 18 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 172 ff.

41 Das im Bau befindliche Panzerschiff "A" sollte ein Geschwindigkeit von 26 Sm/h besitzen. Die sowjetischen Schlachtschiffe "Marat", "Parischskaja Kommuna", "Oktiäbrskaja-Revoluzia", "Frunse" besaßen eine Geschwindigkeit von 23 Sm/h, der Geschützte Kreuzer "Profintern" von 25 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 128 f., 176, 344 f.

42 Zum Stand der sowjetischen Seerüstung vgl. Harald Fock, Vom Zarenadler zum Roten Stern. Die Geschichte der russischen/sowjetischen Marine, Herford 1985, S. 187 ff.

43 Für die Ersatzbauten der Reichsmarine waren die Tonnagebestimmungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 maßgebend. Deutschland war jedoch nicht an die Bauvorschriften des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 gebunden, so daß sich damit für die wenigen Neubauten an deutschen Kriegsschiffen gewisse Chancen ergaben. In der deutschen Marineführung entwickelte man 1926/27 deshalb den Typ des sog. Panzerkreuzers bzw. - so die offizielle Bezeichnung - des sog. Panzerschiffs. Dabei handelte es sich um einen technischen Kompromiß, der mit einer vorgesehenen Geschwindigkeit von 26 Sm/h schneller war als die meisten Schlachtschiffe potentieller Gegner und sich mit seiner geplanten Bewaffnung von sechs 28 cm-Kanonen gleichzeitig der Armierung der potentiellen gegnerischen Kreuzer überlegen erwies, deren Kaliber laut Washingtoner Vertrag auf ein Maximum von 20,3 cm begrenzt war. Mit dem Bau des sog. Panzerschiffs "A" wurde diese Konzeption erstmals realisiert. Vgl. Dülffer, Marine, S. 83 ff. sowie Gert Sandhofer, Das Panzerschiff "A" und die Vorentwürfe von 1920 bis 1928. In: Militärgeschichtliche Miteilungen 1 (1/1968), S. 35-62.

44 Die ungewöhnliche Konstruktion des deutschen Panzerkreuzers beunruhigte die französische Öffentlichkeit, wie zahllosen Artikeln zu entnehmen ist. Für die französische Kriegsmarine bot sich damit u. a. die Möglichkeit, auf die Unterzeichnung der wichtigsten Bestimmungen des Londoner Vertrags vom 22.4.1930 zu verzichten und den Bau von größeren und schnelleren Schlachtkreuzern innenpolitisch durchzusetzen. Vgl. Dülffer, Marine, S. 145 f.

die Zukunft zu liegen! Wenn sich Deutschland heute an einer internationalen Flottenkonferenz beteiligt, wird es selbstverständlich nicht die geringste Erhöhung der ihm durch den Versailler Vertrag zugestandenen Schiffszahlen erreichen. Das heißt, es bleibt dabei, daß wir 24 Torpedoboote, 6 geschützte Kreuzer und 6 Linienschiffe im Dienst halten dürfen[45]. Daran wird sich gar nichts ändern und daran kann sich gar nichts ändern! *Aber eines kann sich ändern: Nämlich, es könnte passieren, daß man uns gnädigst in das neue Londoner Abkommen miteinbezieht und unseren 10.000-Tonnen-"Kreuzern" dann dieselbe Armierung vorschreibt, wie sie durch das Washingtoner Abkommen für diese Schiffstype festgelegt worden ist.* Das heißt: *Wir hätten dann die Verpflichtung, vom 28-Zentimeter-Geschütz zu einem 20,3-Zentimeter-Geschütz, oder bestenfalls zu unserem 21-Zentimeter-Rohr herunterzugehen. Damit hätten aber diese Bauten jeden Sinn und Zweck für uns verloren.* Man kann unserer Marineleitung nur dringend empfehlen, den irreführenden Ausdruck "Panzerkreuzer" aufzugeben und einen passenderen dafür zu wählen. Denn tatsächlich sind unsere 10.000-Tonnen-Schiffe weder "Panzer" noch "Kreuzer", sondern *verkümmerte Linienschiffe* mit schwächster Armierung, schwächster Panzerung und einer Schnelligkeit, die der augenblicklichen russischen Flotte gegenüber vielleicht einige Chancen bietet, die aber jeden englischen oder japanischen Schlachtkreuzer um sogar 4 bis 5 Knoten [*ab*]hängen[46]! Bekanntlich hat Schweden in den Jahren 1915 bis 1918 3 Schiffe vom Stapel gelassen mit je rund 7.600 Tonnen Deplacement, 24 Knoten Schnelligkeit und einer Armierung, die nur um zwei 28-Zentimeter-Rohre geringer ist als die unserer projektierten Ersatzbauten[47]. Die Schweden bezeichneten die Schiffe in kluger Bescheidenheit als "Küstenpanzer". Sie fallen damit von vorneherein aus jeder Norm heraus. Die hochtrabende Bezeichnung "Panzerkreuzer" bringt für uns die Gefahr, eines Tages der Washingtoner Normierung unterworfen zu werden und die Schiffe damit von vorneherein zu entwerten. *Denn 10.000-Tonnen-Kreuzer mit 20,3-Zentimeter-Geschützen und der enormen Schnelligkeit von zum Teil 36, ja 37 Knoten haben Sinn für einen großen Kreuzerkrieg, aber nicht den geringsten Wert für den Kampf in der Ostsee.* Da wäre es dann noch zweckmäßiger, die alten 13.200-Tonnen-Schiffe mit neuen langen 28-Zentimeter-Rohren zu versehen und eventuell neue Türme aufzusetzen, um wenigstens das schwerere Kaliber beibehalten zu kön-

45 Artikel 181 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 lautet: "Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags dürfen die deutschen Seestreitkräfte im Dienst höchstens betragen: 6 Schlachtschiffe der 'Deutschland'- oder 'Lothringen'-Klasse, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer, 12 Torpedoboote oder eine gleiche Anzahl von Ersatzschiffen der im Artikel 190 vorgesehenen Bauart. Es darf kein Unterwasserfahrzeug darunter sein. Alle anderen Kriegsschiffe müssen, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag ein anderes bestimmt, in Reserve gestellt oder Handelszwecken dienstbar gemacht werden." Druck: RGBl. 1919, S. 943.

46 Die britischen Schlachtkreuzer "Renown" und "Repulse" besaßen eine Geschwindigkeit von 31,5 Sm/h, der Schlachtkreuzer "Hood" von 31 Sm/h und der Schlachtkreuzer "Tiger" von 30 Sm/h. Die japanischen Schlachtkreuzer "Kirischima", "Haruna", "Hijei" und "Kongo" besaßen eine Geschwindigkeit von 27,4 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 34 f., 90 f., 211 ff., 302.

47 "Sverige" (Bj. 1915), "Drottning-Victoria" (Bj. 1917), "Gustav V." (Bj. 1918). Die drei sog. Küsten-Panzerschiffe besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 7.600 t, eine Leistung von ca. 20.000 PS, eine Geschwindigkeit von 22,5-24 Sm/h sowie eine Bewaffnung von vier 28 cm-, acht 15,2 cm- und zwei 7,5 cm-Kanonen, ferner vier 7,5 cm-Flugabwehrgeschütze und zwei Torpedorohre. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 136 f., 348.

nen! An sich hat unsere kleine Flotte in den letzten Jahren ein paar Kreuzer in den Dienst gestellt, die in ihrer Schnelligkeit dem heute allgemein gültigen Durchschnitt ziemlich nahe kommen, in ihrer Armierung aber beim 15-Zentimeter-Geschütz hängenblieben [48]. Gewiß sind wir durch das 6.000-Tonnen-Deplacement für geschützte Kreuzer konstruktiv beschränkt, allein, wenn es Japan möglich wurde, auf seiner ebenfalls nur 7.200 Tonnen schweren Furutaka-Klasse sechs 20,3-Zentimeter unterzubringen [49], dann hätte es sich wohl ermöglichen lassen müssen, auf unseren neuen geschützten Kreuzern, statt neun Stück 15-Zentimeter in drei Türmen, sechs 21-Zentimeter, entweder in drei Doppeltürmen oder in zwei Drillingstürmen, einzubauen. Ja, selbst vier 21-Zentimeter-Rohre mit 30 Kilometer Schußweite wären vermutlich noch vorzuziehen einer 15-Zentimeter-Armierung mit 20 oder 22 Kilometer Schußweite und einem doch so unendlich geringeren Wirkungsvermögen! Man hat manches Mal das Gefühl, daß die Lehren des Weltkrieges selbst heute noch nicht genügend berücksichtigt werden.

Jedenfalls aber hat Deutschland alle Veranlassung, peinlichst darüber zu wachen, daß ihm wenigstens der Spielraum bleibt, der ihm durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Eine Erweiterung dieses Spielraums wird uns durch keine Flottenkonferenz zugestanden werden. Das einzige, was wir dabei erreichen können, ist - außer der historischen Verewigung von ein paar minderwertigen parlamentarischen Namen - eine "Anpassung" des Kampfwertes unserer Schiffe an die auf der Washingtoner Konferenz geschaffene und in London sicher erneute Bestätigung erlangende, allgemeine Norm. Das bedeutet aber für unsere an sich schon ungenügende, ja geradezu lächerlich schwache Flotte die endgültige und restlose Entwertung. Frankreich hat alles Interesse, das zu wünschen. Frankreich ersehnt jede Schwächung Deutschlands, ganz gleich, wo sie in Erscheinung tritt. Die französisch-polnische Freundschaft braucht nicht ewig zu dauern [50]. Es ist jederzeit möglich, daß eine russische Bundesgenossenschaft, als für Frankreich schwerer ins Gewicht fallend, der polnischen vorgezogen wird. Und dann ist es nicht gleich, ob dem russischen Dreadnoughtgeschwader [51] mit 30,5-Zentimeter-

48 "Emden" (Bj. 1925), "Königsberg" (Bj. 1927), "Karlsruhe" (Bj. 1927), "Köln" (Bj. 1928) und "Leipzig" (Bj. 1929). Die Kreuzer besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 6.000 t und eine Geschwindigkeit von 32 Sm/h, die "Emden" von 29 Sm/h. Die "Emden" besaß eine Bewaffnung von acht 15 cm-Kanonen, zwei 8,8 cm-Flugabwehrgeschützen und vier Torpedorohren, die übrigen Kreuzer eine Bewaffnung von jeweils neun 15 cm-Kanonen, vier 8,8 cm-Flugabwehrgeschützen und 12 Torpedorohren. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 ff., 177 ff.

49 Gemeint sind die 1925/26 vom Stapel gelaufenen Geschützten Kreuzer "Aoba", "Kinugesa", "Furutuka" und "Kako", die bei einer Wasserverdrängung von jeweils 7.200 t, einer Leistung von 100.000 PS und einer Geschwindigkeit von 33 Sm/h über sechs 20,3 cm-Kanonen, vier 12, bzw. 8 cm-Flugabwehrgeschütze, ferner 12 Torpedorohre verfügten. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 92 f., 303.

50 Anspielung auf das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten. Der Vertrag umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Defensivkrieg, deren technische und operative Details am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert wurden. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und die weitgehende außenpolitische Isolation Polens beeinträchtigten jedoch den Wert dieser Allianz. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

51 Dt. eigentlich: "Fürchtenichts". Name eines 1906 erbauten britischen Linienschiffes mit einer Wasserverdrängung von 22.500 t, einer Geschwindigkeit von 21,5 Sm/h und einer Armierung, die u. a. aus zehn 30,5 cm-

Hauptarmierung, deutsche Schiffe mit 20-Zentimeter-Geschützen oder mit 28-Zentimeter-Geschützen entgegentreten. Frankreich wird das erstere wollen, und wir haben das letztere anzustreben!

Einen anderen Sinn, als die Aufrechterhaltung der deutschen Seegeltung in der Ostsee, kann unsere, zu so lächerlicher Kleinheit verstümmelte Flotte ohnehin nicht haben. Paradefahrten allein dürfen nicht der Endzweck sein. Ein Kriegsinstrument hat entweder ein ihm entsprechendes Ziel vor Augen oder es verrostet an seiner eigenen Zwecklosigkeit! In der Richtung des Ziels liegt aber auch die klare Erkenntnis, daß wir uns heute von jeder Abrüstungskomödie fernzuhalten haben. Denn am Ende kann es sonst so kommen, daß um der lieben Gleichheit willen der Schwächste noch einmal der Abrüstung unterliegt. Wenn ich mir die wahrscheinlichen Köpfe der Deutschland eventuell in London vertretenden Delegation vorstelle, dann zweifle ich keine Sekunde daran, daß sie, wie überall auch dort, um nicht aus dem Rahmen einer wohlerzogenen, bescheidenen Zurückhaltung und Einfügung zu fallen, alles unterzeichnen würden, was am Ende von ihnen verlangt wird. Wer einen Young-Plan unterschreibt, unterschreibt noch unendlich viel leichter ein Flottenprotokoll, wonach unsere phantastischen Panzerkreuzer endlich wirklich als Kreuzer anerkannt werden und gemäß der für 10.000-Tonnen-Schiffe festgesetzten Armierung wieder abgerüstet werden müssen, noch ehe sie überhaupt gebaut sind. Wahrhaftiger Gott, das würde der Herr Parlamentarier Wirth [52] sehr leichten Herzens unterschreiben, und die Herren des Reichswehrministeriums könnten mit ihrem pazifistischen Segen dann nur schwerlich zurückhalten. Also Hände weg von der Londoner Konferenz!

Geschützen bestand. Der Name der revolutionären Neukonstruktion, die alle älteren Linienschiffe technisch überholte, wurde zum Synonym eines neuen Typus von Großkampfschiffen und leitete eine neue Phase im Rüstungswettlauf zur See ein. Vgl. Potter/Nimitz, Seemacht, S. 293 ff.

52 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Dr. phil., 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913-1921 MdL in Baden (Zentrum), 1914-1933 MdR, bzw. Mitglied der Nationalversammlung, 1918-1920 Finanzminister in Baden, März 1920 bis Oktober 1921 Reichsminister der Finanzen, Mai 1921 bis November 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Oktober 1921 bis Januar 1922 und Juni bis November 1922 Reichsminister des Auswärtigen, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Oktober 1931 Reichsminister des Innern, März 1933 Emigration, 1948 Rückkehr nach Deutschland.
Es ist unklar, warum Wirth im Zusammenhang mit der Londoner Flottenkonferenz genannt wird. Möglicherweise eine Anspielung auf die Annahme des Londoner Ultimatums durch die Regierung Wirth am 11.5.1921, womit auch die alliierten Entwaffnungsforderungen akzeptiert worden waren. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

1. Februar 1930 Dok. 10
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.2.1930.

Augenblicklich ist die Lage Deutschlands eine so trostlose, daß selbst die Regierungsparteien nicht mehr umhin können, an diesem und jenen kritische Ausstellungen zu machen. Der Young-Plan [1] wirft seine Schatten voraus. Während ganze Berufsstände vor dem Verlust ihrer Existenz stehen, hat die Arbeitslosenzahl eine Höhe erreicht, vor der auch den neudeutschen [2] Staatsmännern zu grauen beginnt. Unterstützungs- und Nichtunterstützungsberechtigte zusammengenommen, werden es jetzt über drei Millionen Menschen sein [3], die, ohne einen festen Verdienst zu haben, von heute auf morgen in den Tag hineinleben. Allein nicht nur die private Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch, sondern noch viel mehr die staatliche und kommunale [4]. Das Reich rettet sich von Monat zu Monat durch, daß es ein wahrer Jammer ist! Wenn Herr Ivar Kreuger [5] nicht bald mit seinen Zündholzmillionen aushilft [6], gibt es eine Katastrophe. Wenn er aushilft, steht man in ein paar Monaten vor ganz derselben Lage. Das Reich hat immerhin aber noch eines: die Finanzhoheit [7]. Das haben die Herren Erzberger [8] und Nachfol-

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Gemeint ist die Zeit seit November 1918.

3 Am 31.1.1930 waren im Deutschen Reich 2.232.619 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 250.029 Menschen in der Krisenfürsorge gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 309. Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

4 Die Haushaltseinnahmen des Deutschen Reichs beliefen sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 20.798,5 Millionen RM, im Haushaltsjahr 1930/31 auf 20.234,1 Millionen RM; die Haushaltsausgaben in den genannten Haushaltsjahren auf 21.743,3 Millionen RM, bzw. 21.384,0 Millionen RM. Das entsprechende Verhältnis bei den Gemeinden im Deutschen Reich belief sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 8.119,5 Millionen RM Einnahmen und 8.461,0 Millionen RM Ausgaben; im Haushaltsjahr 1930/31 auf 7.784,2 Millionen RM Einnahmen und 8.082,2 Millionen RM Ausgaben. Dieser - für damalige Begriffe katastrophalen - Lage der Staatsfinanzen versuchte die öffentliche Hand mit einer rigorosen Sparpolitik zu begegnen. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 92 ff. Ferner Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 168 ff., 221 ff., 366 f., 374 f.

5 Ivar Kreuger (1880-1932), schwedischer Bauunternehmer, seit 1913 Aufbau eines Finanz- und Zündholztrusts, 1917 Gründung der Svenska Tändsticks Aktie Bolaget, bis 1931 weltweite Monopolstellung in der Zündholzherstellung, Januar 1932 Selbstmord (?).

6 Am 26.10.1929 hatten die Reichsregierung und die Svenska Tändstiks Aktie Bolaget Verträge unterzeichnet, nach denen die Zündholzgesellschaft dem Deutschen Reich eine 50jährige Anleihe von 125 Millionen $ mit 6% Verzinsung gewährte und dafür an einem einzurichtenden deutschen Zündholzmonopol beteiligt wurde. Das Gesetz über das Zündholzmonopol wurde am 28.1.1930 vom Reichstag mit 240 gegen 145 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 982 ff., 1375, 1391. Druck des Zündwarenmonopolgesetzes vom 29.1.1930: RGBl. 1930, I, S. 11 ff.

7 Durch die Finanzreform des Reichsministers der Finanzen Erzberger, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war, war die Steuerhoheit von den Ländern auf das Deutsche Reich übertragen worden. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

8 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918

ger wirklich mit einem ausnahmsweise einmal hellsehenden Auge zur richtigen Zeit erkannt. Würden die Länder heute noch so wie einst im Besitz einer eigenen Finanzhoheit sein, wäre die Erfüllungspolitik [9] schon längst erledigt. Niemals hätte das Reich auf dem früheren Wege die Milliarden erhalten, die es für seine Außen- und Innenpolitik verpulvert. Man sieht es nun von Woche zu Woche mehr und deutlicher, daß die moralische und wirtschaftliche Kreditmasse des alten Reiches aufgebraucht und verwirtschaftet ist. Weder die Regierungsform, der "ehrwürdige Herr Reichspräsident Hindenburg" [10], weder die Wirtschaft noch die Staatsleitung flößen dem Ausland auch nur soviel Vertrauen und Respekt ein, daß man ohne schwerste Pfänder lumpige 400 bis 500 Millionen erhalten könnte [11].

Das Schicksal des Reiches aber ist das Schicksal der Länder.

Ein Land nach dem anderen treibt dem Bankrott entgegen [12]. Das Reich erfüllt weder seine finanziellen Verpflichtungen den Einzelstaaten gegenüber, noch nimmt es Rücksichten auf deren Weiterentwicklung in der Zukunft. Es herrscht das brutale Recht des Stärkeren, und der Stärkere ist das Reich, und die Länder sind die Schwächeren. Daß dabei Treue und Glauben allmählich aufhören, schmerzt die neudeutschen Staatsmänner um so weniger, als es sich hierbei ja doch nur um veraltete, in die moderne Zeit nicht mehr hineinpassende "Begriffe" handelt. Außerdem haben die Regierungsmänner von jetzt alles Interesse, die Einzelstaaten so schnell als möglich einzusargen. Man hat, je schlimmer die Ergebnisse der Reichspolitik sind, um so mehr Angst vor einer etwa einsetzenden Opposition der Länder. Allerdings augenscheinlich wirklich ohne Grund. Solange einzelne Bundesstaaten marxistisch regiert werden [13], ist ein Widerspruch gegen die Reichspolitik und besonders gegen die Reichsaußenpoli-

---

Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

10 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 preußischer Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

11 Der Reichsminister der Finanzen Rudolf Hilferding hatte versucht, das beträchtliche Haushaltsdefizit durch Anleihen ausländischer Banken zu decken; seit Sommer 1929 wurde mit dem New Yorker Bankhaus Dillon, Read & Co. über einen Kredit in Höhe von zunächst 200 Millionen $ verhandelt, der auch die Kreuger-Anleihe umfassen sollte. Die Verhandlungen scheiterten jedoch am Widerstand von Reichsbankpräsident Schacht sowie den Reparationsgläubigern, welche die Abhängigkeit des Deutschen Reichs vom ausländischen Kapitalmarkt eindämmen wollten. Während Hilferding und Staatssekretär Johannes Popitz am 21.12.1929 zurücktraten, vereinbarten Reichsregierung und Reichsbankdirektorium einen Kreditvertrag, in dem ein deutsches Konsortium unter Führung der Reichsbank dem Deutschen Reich einen Schatzanweisungskredit von 350 Millionen RM einräumte. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen, S. 95 ff. Druck des Gesetzes zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld: RGBl. 1929, II, S. 795.

12 Die Haushaltseinnahmen der Länder des Deutschen Reichs beliefen sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 4.412,7 Millionen RM, im Haushaltsjahr 1930/31 auf 4.297,9 Millionen RM; die Haushaltsausgaben in den genannten Haushaltsjahren auf 4.564,3 Millionen RM, bzw. 4.486,6 Millionen RM. Vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 158 ff., 210 ff., 350 f., 358 f.

13 Gemeint sind die Länder, in denen die SPD an der Regierung beteiligt war. Dies waren zum damaligen Zeitpunkt Anhalt, Baden, Braunschweig, Hessen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Preußen, Sachsen und Schaumburg-Lippe.

tik schon aus Gründen der prinzipiellen Übereinstimmung nicht zu befürchten. Die bürgerlich regierten Länder aber jammern und klagen wohl ein über das andere Mal (wenn ihnen die finanziellen Daumenschrauben durch das Reich wieder etwas schärfer angezogen werden), allein ihre Proteste sind genauso wichtig und zweckvoll wie das Bellen eines Mopses, der den Kampf gegen den Mond aufgenommen hat. Es fehlt unseren bürgerlichen Landesregierungen jeder Schimmer einer Erkenntnis, daß eine Änderung der inneren Finanzwirtschaft des Reiches solange einfach nicht eintreten kann, solange die wahnsinnige Erfüllungspolitik nach außen betrieben wird. Dagegen aber wagt sich niemand aufzulehnen. Man schwätzt von "Einsparungen", von "Selbstbeherrschung", von "kluger" Wirtschaft usw., läßt aber ganz außer acht, daß das Reich durch seine Außenpolitik das gesamte deutsche Nationalvermögen einfach verschwendet und vergeudet. Im Großen und im Kleinen herrscht heute folgender Zustand: Ist ein Mensch fleißig und sparsam und sammelt er sich seine Ersparnisse zu einem Vermögen zusammen, so kommt das Steueramt und bestraft ihn dafür durch die Wegnahme seiner Ersparnisse! Sind die Kommunen und Länder sparsam, kommt das Reich und erklärt aus ihrer Sparsamkeit und deren Erfolgen das Anrecht, für schärfere Erfassung jener Steuerquellen ableiten zu dürfen [*sic!*], die bisher in erster Linie den Ländern zugute kamen. Was aber das Reich selbst erspart, verschlingt die Erfüllungspolitik. Man kann es auch umgekehrt sagen: Die Erfüllungspolitik stürzt das Reich in ewige Geldnöte und das Reich seinerseits hält sich wieder an den Ländern schadlos, beide zusammen an den Kommunen, und alle drei pressen den Staatsbürger aus, so lange er einen Tropfen von sich gibt. Jeder Versuch, hier helfen zu wollen, ist vergeblich, wenn er nicht zunächst die Außenpolitik des Reiches als schlimmsten Krebsschaden erkennt und für ihre Beseitigung sorgt [*sic!*]. Geschieht das nicht, wird der vollständige Zusammenbruch in einer heute bereits ausrechenbaren Zeit vor der Türe stehen. Den Schwindel wagt man ja schon jetzt dem Volk nicht mehr vorzumachen, daß nämlich die "Ersparnisse" des Young-Planes die Ursache einer kommenden Erholung und Genesung der deutschen Wirtschaft sein werden. Nein, hier hilft alles Lügen, Vertuschen, Verdrehen, Abstreiten und Schönmachen nichts mehr. Was man noch zur Zeit des Volksbegehrens [14] den Massen auf dem Gebiete vorlog, kann schon heute nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Young-Plan wird unserer Wirtschaft den Todesstoß geben, das sehen bald alle [15]!

Es wird nun manchem Deutschen vielleicht unverständlich sein, weshalb die nationalsozialistische Bewegung ausgerechnet in einer solchen Zeit sich an der Bildung einer Landesregierung beteiligt [16]. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frick wurde bekanntlich von der Partei zum Kandidaten für das thüringische Innen- und Volksbildungsministerium bestimmt [17]. Seine Wahl hat unterdes bereits stattgefunden [18]. Damit hat die junge nationalsozialistische Oppositionsbewegung zum ersten Mal ein Regierungsamt übernommen. Es ge-

14 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

15 Die schwierige Situation der in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängigen deutschen Wirtschaft war in erster Linie Folge der ab 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise. Vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 80.

16 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

17 Zu Hitlers Motiven vgl. Dok. 11.

18 Frick war am 23.1.1930 zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister ernannt worden. Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

schah aus einer Reihe von Gründen. Im Laufe der Jahre gelang es der jüdischen Presse, in die Köpfe von Millionen von Deutschen die Ansicht einzupflanzen, als ob Nationalsozialisten überhaupt ungeeignet seien, jemals ein Regierungsamt zu bekleiden oder gar eine Regierung zu übernehmen. Diese Auffassung, die von Juden in unendlich schlauer und geschickter Weise immer wieder genährt und bestärkt wurde, könnte einst ein psychologisches Hindernis sein, das man zweckmäßigerweise schon vorher wegräumt. Es war dabei eine gute Lehre für unser Bürgertum, die uns angetragenen Ministerien mit einem Manne zu besetzen, der als schärfster nationalsozialistischer Kämpfer bekannt ist und dessen geradlinige kompromißlose nationale Gesinnung vor sechs Jahren im Prozeßsaal erhärtet wurde [19]. Es war auch richtig, den Parteigenossen an dieser wundervollen Veränderung des Schicksals eines einzelnen den staunenswerten Emporstieg unserer Bewegung vorzudemonstrieren. Denn was hätten wohl unsere Ankläger und Richter vor sechs Jahren gesagt, als unser Parteigenosse Dr. Frick vor ihnen auf der für uns so ehrenvollen Anklagebank saß, wenn nun plötzlich ein Geist erschienen wäre und dem Herrn Staatsanwalt versichert haben würde: Die Partei, die ihr hier zu töten glaubt, wird nicht sterben, sondern stärker werden als je zuvor. Der Mann aber, den Sie hier verurteilen, wird, ehe noch sechs Jahre verstrichen sind, nationalsozialistischer Minister sein! Damals wäre vermutlich ein allgemeines Gelächter losgegangen. Heute lachen sie ja allerdings ebenfalls. Allein, so wie ihnen das einstige Lachen zum Teil bereits vergangen ist, wird ihnen ihr heutiges noch einmal vergehen. Im übrigen soll man überzeugt sein, daß unser Parteigenosse als Minister keine andere Aufgabe besitzt, als den durch die Thüringer Wahlen [20] festgestellten nationalsozialistischen Willen in dieser Regierung praktisch zum Ausdruck zu bringen. Gewiß, wir hoffen, dabei auch dem Lande Thüringen dienen zu können, allein mehr noch glauben wir, daß damit für die Zukunft dem deutschen Volke genutzt wird. Unser nationalsozialistischer Minister wird es als seine höchste Mission ansehen, im Rahmen der ihm durch die Verfassung gezogenen Grenzen den Sieg unserer nationalsozialistischen Weltanschauung und Bewegung zu fördern und vorzubereiten. Sollte dieses Wirken unmöglich sein, wird das thüringische Volk erneut Gelegenheit erhalten, seine Meinung darüber abzugeben. Denn eines kann man sich überall merken: Wir Nationalsozialisten gehen heute wesentlich leichter und schneller aus einer Regierung heraus als wir uns entschließen können, in eine einzutreten. Es waren reifliche Gründe, die uns zu diesem Entschluß bewogen; wenn die Lage es aber erfordert, wird der umgekehrte Entschluß, wenn nötig, sehr schnell erfolgen. Im übrigen geht die Arbeit der Partei unermüdlich weiter. Schon von den nächsten Tagen an wird Thüringen, als von einer Neuwahl bedroht, zum nationalsozialistischen Großkampfgebiet erklärt werden. Die von stillen Hoffnungen rund gewordenen schmunzelnden Gesichter mancher Parteimänner dürften dann sicher schon in wenigen Wochen wieder wesentlich länger erscheinen!

19 Frick war am 1.4.1924 wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 15 Monaten Festungshaft abzüglich vier Monate und drei Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Für diesen Strafrest wurde ihm eine Bewährungsfrist bis 1.4.1928 bewilligt. Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zweiter Teil, München 1924, S. 91 f. Zum anschließenden Disziplinarverfahren vgl. Reinhard Weber, "Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit". Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 42 (1994), S. 129-150.

20 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

2. Februar 1930 Dok. 11
Schreiben

Masch. Schreiben mit hs. Korrekturen und Unterschrift. Druck: Fritz Dickmann, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. In: VfZ 14 (1966), S. 454-464, hier 460-464 [1].

München, den 2. Februar 1930

Lieber Herr ...!

Durch eine Reihe widriger Umstände wurde das Weihnachtsgeschenk für Sie und Ihre verehrte Frau Gemahlin, das ich zur Erinnerung an die Nürnberger Tage [2] nach meinem Entwurf anfertigen ließ, statt Dezember erst Januar fertig. Sie werden mir aber wohl nicht böse sein, wenn ich damit so verspätet all die Glückwünsche verbinde, die ich sonst zum neuen Jahr übermittelt hätte. Ich benütze diese Gelegenheit aber auch, um Ihnen einiges über die Bewegung zu schreiben, die Ihnen und Ihrer lieben hochverehrten Frau Gemahlin so sehr am Herzen liegt.

Seit Sie uns im August verlassen haben [3], konnte die Bewegung einen Aufschwung nehmen, der alles, was wir in dieser Richtung zu hoffen wagten, weit zurückließ. Die Landtagswahlen und Kommunalwahlen verdoppelten bis verzehnfachten an manchen Orten unsere Stimmen [4]. Wir waren überhaupt die einzige Partei, die wirklich und zwar rapid gewachsen ist. Den größten Erfolg erzielten wir in Thüringen [5]. Dort sind wir heute wirklich die ausschlaggebende Partei. Es trat damit eine Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung an die Bewegung heran. Die Parteien in Thüringen, die bisher die Regierung bildeten [6], vermögen ohne unsere Mitwirkung keine Majorität aufzubringen. Wir haben ja auch schon vordem eine Zeitlang - vor Dinters [7] Ausscheiden [8] - einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können [9].

---

1 In dieser Publikation von Hitlers Brief wird der Adressat nicht genannt. Dickmann schreibt, der Empfänger sei "ein in Übersee lebender Deutscher" gewesen, doch habe es sich "um keine irgendwie bekannte Persönlichkeit" gehandelt. Die Wiedergabe des Briefs orientiert sich an Hitlers hs. Korrekturen, die bei Dickmann im einzelnen erwähnt sind.

2 Gemeint ist der Reichsparteitag der NSDAP vom 1. bis 4.8.1929 in Nürnberg. Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67.

3 Der Adressat hatte vermutlich am Reichsparteitag der NSDAP teilgenommen.

4 Anspielung auf die vergleichsweise günstigen Wahlergebnisse der NSDAP auf Länder- und Kommunalebene im Oktober und November 1929. Vgl. Bd. III/2, Dok. 100, Anm. 1, Dok. 101, Dok. 104, Anm. 10, Dok. 111.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

6 Einheitsliste (DVP, Thüringer Landbund), Wirtschaftspartei, DDP.

7 Artur Dinter (1876-1948), Schriftsteller, 1902 Dr. phil. nat., 1917 Verfasser von "Die Sünde wider das Blut", 1919 Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft in Thüringen, 1924-1929 MdL in Thüringen (Vereinigte Völkische Liste, ab 1925 NSDAP), 1925-1927 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1927-1937 Gründer und Leiter der Deutschen Volkskirche, 1928-1936 Herausgeber der Zeitschrift "Das Geistchristentum" (ab 1933 unter dem Titel "Die Deutsche Volkskirche"), Oktober 1928 Parteiausschluß, 1933 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags, 1939 Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer.

8 Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" im September 1927 als Gauleiter des Gaues Thüringen durch Fritz Sauckel ersetzt worden. Am 11.10.1928 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183, Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35 sowie Scholder, Kirchen, Bd. 1, S. 118 ff.

9 Zur Entwicklung der NSDAP in Thüringen vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Allein, erst die Neuwahl brachte uns die ziffernmäßige Stärke, die jede Regierungsbildung ohne unser Mittun kurzerhand verbietet. Außerdem hat sich seitdem in der öffentlichen Meinung ein sehr großer Umschwung vollzogen. Es ist erstaunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwartungsvolle Hoffnung verwandelt hat. Es lag im Wesen dieser Umwälzung, wenn daher die früheren Koalitionsparteien in Thüringen an uns zum ersten Male die Forderung nach aktiver Beteiligung an der Regierung richteten. Ich glaube, man erwartete (besonders auf seiten der Deutschen Volkspartei!), daß ich irgendeinen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich vom Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich "Nein" gesagt und wäre es darüber zu einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß, uns das Vertrauen zu schenken, wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei [10]. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken. Natürlich ist die Voraussetzung hiezu die geeignete Persönlichkeit. Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle nicht irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter in Frage kommen kann, sondern nur ein durchgekochter [*sic!*] Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung. Ich habe nun das Glück, in unserem Parteigenossen Dr. Frick einen Mann zu besitzen, der diesen Anforderungen in höchstem Ausmaße gerecht wird. Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist! Als ich den Unterhändlern der anderen Regierungsparteien diesen meinen Kandidaten mitteilen ließ, war man dort zunächst auf das unangenehmste berührt. Das entsprach nicht dem, was man sich zuerst vorstellte. Natürlich konnte man Dr. Frick nicht aus den wahren Gründen ablehnen. So griff man zu ebenso unwahren wie lächerlichen Vorwänden [11]. Die Deutsche Volkspartei, die im Reiche in den Koalitionen [*sic!*] mit den Parteien der ehemaligen Landesverräter sitzt [12], empfand es auf ein-

10 Zur Organisation der thüringischen Verwaltung vgl. Karlheinz Blaschke, Sachsen und Thüringen. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 586-603, hier S. 598 ff.

11 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Witzmann, Thüringen, S.153 ff.

12 Die Reichsregierung wurde zu diesem Zeitpunkt von einer Koalition aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP gebildet.

mal als "untragbar" mit einem wegen "Hochverrat" zu Festungshaft verurteilten [13] Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Man glaubte, daß wir vor der Drohung eines Mißlingens der Regierungsbildung vielleicht doch klein beigeben würden. So fuhr ich denn selbst nach Weimar und habe den Herren ganz kurz in aller Bestimmtheit versichert, daß entweder Dr. Frick unser Minister wird oder Neuwahlen kommen. Ich setzte von Freitag, den 10. bis Montag, den 13. Jan[*uar*] eine kurze Frist der Überlegung und versicherte, daß andernfalls am Dienstag unser Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht würde und am Mittwoch der Wahlkampf von unserer Seite wieder begönne. In einer Industriellenversammlung, die ich am selben Tage hielt und zu der alles, was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt, nach Weimar gekommen war [14], vertrat ich unsere nationalsozialistischen Gedanken und Prinzipien mit dem Erfolge, daß auf einmal gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck auf die Deutsche Volkspartei ausgeübt wurde mit dem Gesamtergebnis, daß wir am Montag abend die promte [*sic!*] Einwilligung zu unserem Kandidaten und zu den beiden Ministerien erhielten. Parteigenosse Frick hat in der Regierung noch einen zweiten Nationalsozialisten. Wir haben gefordert, daß unser Parteigenosse Marschler [15] Staatsrat wird und als solcher damit an den Abstimmungen der Regierung stimmberechtigt teilnimmt. Damit hat nun allerdings ein Kampf begonnen, der nicht leicht sein wird, von dem ich mir aber um so mehr Erfolg verspreche, als unser Staatsminister, Parteigenosse Dr. Frick, alle übrigen Herrn des Kabinetts [16] an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überragt. Dazu kommt noch, daß hinter ihm die aktivste und entschlossenste Partei steht.

Unsere Aufgabe in Thüringen erstreckt sich damit auf zwei Gebiete. Als Innenminister wird Dr. Frick eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers von den roten Revolutionserscheinungen vornehmen. Dr. Frick wird hier mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung einleiten [17], die den anderen bürgerlichen Regierungen zeigen kann, was wir Nationalsozialisten unter diesem Worte verstehen. Vor allem auf dem Gebiete des Polizeiwesens gibt es sehr viel zu tun. Die zweite große Aufgabe wird Dr. Frick als Volksbildungsminister in der Nationalisierung des Schulwesens erblicken. Wir werden in Thüringen nunmehr das gesamte Schulwesen in den Dienst der Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten stellen. Wir werden ebensosehr den Lehrkörper von den marxistisch-demokratischen Erscheinungen säubern, wie umgekehrt den Lehrplan unseren nationalsozialistischen Tendenzen und Gedanken anpassen. Der erste Schritt wird die Errichtung eines Lehrstuhls für

---

13 Vgl. Dok. 10, Anm. 19.

14 Vgl. Dok. 2.

15 Willy Marschler (1893-1955), kaufmännischer Angestellter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Thüringen (NSDAP), 1930/31 Staatsrat für Weimar, 1931/32 Bürgermeister von Ohrdruf, 1932-1945 thüringischer Finanz- und Wirtschaftsminister, thüringischer Ministerpräsident, seit 1936 zugleich Volksbildungsminister.

16 Ministerpräsident und Finanzminister Erwin Baum (Thüringer Landbund), Wirtschafts- und Justizminister Wilhelm Kästner (Wirtschaftspartei), Staatsrat für Reuß Erich Port (Thüringer Landbund), Staatsrat für Rudolstadt Franz Fürth (Wirtschaftspartei), Staatsrat für Weimar Willy Marschler (NSDAP), Staatsrat für Meiningen Karl Kiem (DNVP), Staatsrat für Sondershausen Theodor Bauer (DVP).

17 Zur Politik Fricks in Thüringen vgl. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 57 ff.

Rassenfragen und Rassenkunde an der Universität in Jena sein [18]. Ich habe die bestimmte Hoffnung, daß es gelingen wird, Dr. Hans Günther [19] zum ordentlichen Professor der Universität Jena zu gewinnen. Damit wird Thüringen, von dem in der deutschen Geschichte schon einige Male große geistige Erneuerungen ausgegangen sind [20], abermals der Ausgangspunkt einer solchen geistigen Umwälzung werden. Eine weitere Aufgabe ist es, von Thüringen aus der verhängnisvollen Reichspolitik entgegenzutreten. Der erste Erfolg in dieser Richtung ist die Ablehnung des Young-Plans durch den thüringischen Staat im Reichsrat [21].

Aber was sich hier in einem Bundesstaat abspielt, wiederholt sich in zahlreichen Kommunen und bereitet sich in einigen anderen Ländern vor. Wir haben in 5 Jahren hunderttausend Mitglieder gewonnen. Im vergangenen Jahr aber allein achtzigtausend dazu. Im Monat Dezember aber allein bereits zwanzigtausend [22]. Die Bewegung wird in ein bis einerhalb [*sic!*] Jahren die Zahl von vierhunderttausend Mitgliedern mindest [*sic!*] erreicht, wenn nicht überschritten haben. Die große Arbeit der ersten Jahre nach der Wiedererlangung meiner Freiheit [23] beginnt jetzt ihre Früchte zu tragen. Es wird bei uns kommen wie in der ganzen Natur. Man muß pflügen und eggen, säen und immer wieder arbeiten, bis endlich die Zeit kommt, in der die Ernte fast sichtbar in wenigen Wochen der Reife entgegengeht und endlich in Tagen als Frucht eingebracht werden kann. Es ist bei Bewegungen nicht anders. Wir haben einen gründlichen Unterbau geschaffen. Wir haben unser Volk durchgepflügt, wie keine andere Partei es tut. Wenn der Moltkesche Satz, daß das Glück auf die Dauer beim Tüchtigen ist [24], auch

---

18 Zur Einsetzung und Tätigkeit Günthers in Jena vgl. Hans-Jürgen Lutzhöft, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940, Stuttgart 1971, S. 38 ff. sowie Neliba, Frick, S. 59 f.

19 Hans F. K. Günther (1891-1968), 1914 Dr. phil., 1914-1918 Dienst beim Roten Kreuz, 1919 Staatsprüfung für das höhere Lehramt, Verfasser von "Rassenkunde des deutschen Volkes" (1922), "Rassenkunde Europas" (1925), "Rassenkunde des jüdischen Volkes" (1928), "Herkunft und Rassengeschichte der Germanen" (1935), 1923-1929 Aufenthalt in Schweden, Mitarbeit am "Schwedischen Staatsinstitut für Rassenbiologie" in Uppsala, 1930 Professor für Sozialanthropologie an der Universität Jena, 1939-1944 Professor an der Universität Freiburg/Br., 1945-1948 in französischer Internierung.

20 Anspielung auf die 1517 beginnende Reformation, die deutsche Klassik, die mit dem zeitweise in Weimar lebenden Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Schiller, Christoph Martin Wieland und Johann Gottfried Herder dort ihren Schwerpunkt besaß, sowie die 1815 erfolgte Gründung der ersten deutschen Burschenschaft in Jena.

21 Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

22 Im April 1928 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 80.000 vergeben, im Oktober 1928 die Nummer 100.000, im September 1929 die Nummer 150.000, im Februar 1930 schließlich die Nummer 200.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15 % niedriger anzusetzen. Vgl. Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 120 ff.

23 Hitler war am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

24 "Über den Ruf eines Feldherrn freilich entscheidet vor allem der Erfolg. Wieviel daran sein wirkliches Verdienst ist, ist außerordentlich schwer zu bestimmen. An der unwiderstehlichen Gewalt der Verhältnisse schei-

heute noch zutrifft, kann es nur bei uns sein. Alles was sich an großen Ereignissen in den letzten Monaten abspielte, hat deswegen auch unserer Bewegung gedient und genützt. Das Volksbegehren und der Volksentscheid [25] waren der Anlaß für eine Propagandawelle, wie sie ähnlich in Deutschland noch nie da war. Und darin liegt in erster Linie ihr Nutzen. Allein, darüber hinaus wurde die Nation so aufgerüttelt, daß es den anderen Parteien heute schon sehr schwer wird, ihr neues Verbrechen an unserem Volke so leichten Herzens zu begehen, wie dies früher oft der Fall war. Daß sie uns deshalb nicht lieben, ist selbstverständlich. Ich glaube nicht, daß jemals eine politische Partei in Deutschland so infernalisch gehaßt wurde als wir [*sic!*]. Allein, ich glaube auch nicht, daß jemals an einer Bewegung Menschen in so verzehrender Hingabe hingen als ebenfalls an der unseren.

Was mein eigenes Leben betrifft, so geht es auf in der großen Tätigkeit und dem ärgerlichen Kleinkram, der dazwischen nun einmal immer mitläuft. Es wäre auch sonst zu schön, wenn einem nicht kleinliche Stänkereien, Prozesse und sonstige Sorgen von Zeit zu Zeit immer wieder das Bewußtsein brächten, daß man nicht in einer Welt der eitlen Freude, sondern tausendfältiger Unzulänglichkeit lebt. Ich meine dabei natürlich nicht die Welt an sich, sondern nur das Zeug, das sich auf ihr herumtreibt!

So darf ich Ihnen lieber Herr ... und Ihrer so sehr verehrten Frau Gemahlin denn auch an dieser Stelle danken für die Art und Weise, in der Sie mir wenigstens einen Teil meiner Sorgen abnehmen und erleichtern. Ich weiß, wie sehr Sie an unserem Werke hängen, an unserem gemeinsamen Werk, und weiß, wie für Sie selbstverständlich der schönste Dank das wunderbare Werden dieses unseres Werkes ist. Ich bin früher in vielen Dingen ein Prophet gewesen und habe wenigstens im großen meist recht behalten. Ich habe aber fast nie über [*sic!*] die Zeit des Erfolges unserer Bewegung prophezeit. Heute kann ich das mit fast hellsehender Sicherheit. Lieber Herr ..., wenn mich das Schicksal gesund erhält und nicht ungeahnte Katastrophen kommen, wird das deutsche Volk längstens in zweieinhalb bis drei Jahren den tiefsten Punkt seiner Erniedrigung verlassen haben. Ich glaube, daß in dieser Zeit der Sieg unserer Bewegung eintritt und damit die Periode unseres Verfalls beendet ist und eine solche des Wiederaufstiegs unseres Volkes beginnt. Vielleicht ist es Ihnen trotz allem möglich, noch vorher in unsere deutsche Heimat zu einem kurzen Besuch zurückzukehren, vielleicht aber betreten Sie diesen Boden schon in der Zeit, in der Sie das neue Banner begrüßen wird.

Ich habe das Nürnberger Abzeichen als Briefbeschwerer verarbeiten lassen und möchte Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin dies als kleines Zeichen meiner Dankbarkeit schicken in der Überzeugung, daß es Sie immer an Tage zurückerinnern wird, die einst ein Fest waren, in der Zukunft aber Deutschland sein werden. Sie haben diese Tage selbst miterlebt und werden aus ihnen heraus besser verstehen als aus toten Nachrichten den lebendigen Siegeszug unserer Bewegung.

---

tert selbst der beste Mann, und von ihr wird ebensooft der mittelmäßige getragen. Aber Glück hat auf die Dauer doch zumeist wohl nur der Tüchtige." Aus dem 1871 entstandenen Aufsatz Helmuth Graf von Moltkes "Über Strategie". Druck: Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 631.

25 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

Seien Sie und die gnädige Frau Gemahlin nachmals [*sic!*] herzlichst bedankt und gegrüßt von

Ihrem ergebenen

Adolf Hitler

3. Februar 1930 Dok. 12
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 5.2.1930 [1].

Das Jahr 1929 war für die Entwicklung unserer Zentralorgane "Völkischer [*Beobachter*]" [2] und "Illustrierter Beobachter" [3] sowie des Parteiverlages wiederum ein Jahr entschlossener, zäher Arbeit, das Ergebnis ist aber auch wiederum der Erfolg.

Die Auflage des "Völkischen Beobachters" ist von Monat zu Monat angestiegen und hat sich innerhalb Jahresfrist verdoppelt, die Auflage des "Illustrierten Beobachters" wird in wenigen Monaten die Hunderttausendgrenze überschritten haben [4]. Der Umsatz der im vergange-

1 Nochmals abgedruckt in: VB vom 7.2.1930, "Parteigenossen!".

2 Der Völkische Beobachter geht auf das 1887 gegründete Vorstadtblatt Münchener Beobachter zurück, das 1900 durch den Österreicher Franz Xaver Eher übernommen wurde und seit 1919 durch die Thule-Gesellschaft unter dem Titel Völkischer Beobachter weitergeführt wurde. Nachdem die NSDAP das stark verschuldete Blatt am 17.12.1920 erworben hatte, entwickelte sich der Völkische Beobachter - zunächst weniger von der Auflagenhöhe als von seinem primitiv agitatorischen Stil - zum neuen Zeitungstyp des politischen Massenblatts sowie zum offiziellen Parteiorgan der NSDAP, das über sämtliche Entscheidungen der Parteileitung informierte. Die Zeitung, die seit Februar 1923 sechsmal pro Woche erschien, wurde im Februar 1925 neugegründet und im Februar 1927 durch eine Reichsausgabe erweitert. Die Leitung des Eher-Verlags lag seit April 1922 bei Max Amann, als Hauptschriftleiter fungierte seit Frühjahr 1923 Alfred Rosenberg. Vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.; Margarete Plewnia, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dieter Fischer, Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 381-390 sowie Hoser, Münchner Tagespresse, passim. Ferner Bd. I, Dok. 3, 6, 64 sowie Bd. III/1, Dok. 75.

3 Der Illustrierte Beobachter, gegründet von Max Amann und Heinrich Hoffmann, erschien seit Juli 1926 im Franz Eher Verlag. Mit ihren Fotografien und Karikaturen war die Zeitschrift als visuelle Ergänzung zum Völkischen Beobachter konzipiert, sollte aber auch mit den entsprechenden bürgerlichen (Berliner Illustrirte) oder linken (Arbeiter-Illustrierte-Zeitung) Massenblättern konkurrieren. Die Illustrierte, die im Februar 1930 einen Umfang von 16 Seiten besaß, erschien seit 1927 vierzehntägig, seit Oktober 1928 wöchentlich; Chefredakteur war von 1926 bis 1932 Hermann Esser. Vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 146 ff.; A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 168 ff., 173, Anm. 54 ferner Bd. III/1, Dok. 28.

4 Genaue Daten über die Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Presse vor 1933 sind kaum zu ermitteln. Zeitgenössische Angaben, welche die Auflage des Völkischen Beobachters für das Jahr 1929 auf 44.000, für das Jahr 1930 auf 153.000 schätzen, sind wenig fundiert. Mit Sicherheit läßt sich lediglich rekonstruieren,

nen Jahre erschienenen Verlagswerke ist wiederum gewaltig angewachsen. Eine Anzahl bedeutender Bücher und Schriften sind im Druck oder in Vorbereitung [5].

Die Bedeutung unseres Parteiverlages für unsere Bewegung, und keinem anderen Zwecke dient unser Verlag [6], steht für alle Zeiten fest. Wenn die Geschichte unserer Partei einst niedergeschrieben wird, wird das schwere Ringen um die Existenz und die Entwicklung dieses heute größten wirtschaftlichen Unternehmens der Partei ein Ruhmesblatt bilden. Der Zentralverlag ist ohne einen Pfennig Betriebsmittel, ohne Parteigelder heute zu einem finanziell völlig gesicherten, großen Unternehmen herangewachsen.

Die Stunde ist deshalb gekommen, die Entwicklung unserer Presse in noch größerem Maße wie bisher vorwärts zu treiben.

Ab 1. März erscheint eine neue Ausgabe des "Völkischen Beobachters", der

"Völkische Beobachter für Groß-Berlin"

im Umfange von 8 Seiten täglich [7]. Der Bezugspreis beträgt wie für die Bayernausgabe des "V.B." RM 3,45 [8].

Zur Herstellung dieser Zeitung ist von unserer Druckerei eine große moderne, technisch also erstklassige Doppel-Rotationsdruckmaschine in Auftrag gegeben [9]. Bis zur Fertigstellung der Maschine, die allein einen Kapitalaufwand von R.M. 120.000 erfordert, wird die Berliner Ausgabe des "V.B." in München gedruckt und von hier aus geliefert. *Umfangreiche tägliche Pressetelephonate, ein bewährter verstärkter Redaktionsstab gewährleisten auch bei der Herstellung der Zeitung in München umfangreiche und rascheste Berichterstattung. Es ist beabsichtigt, voraussichtlich ab 1. Oktober Verlag und Redaktion dieser Ausgabe des "V.B." mit der neu einzurichtenden Druckerei nach Berlin zu verlegen* [10].

---

daß die Auflagenhöhe der gesamten nationalsozialistischen Tagespresse bis 1930 knapp 100.000 betragen hat und erst danach steil anstieg. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 125 ff.
Der Illustrierte Beobachter meldete erst im Januar 1931, daß es gelungen sei, die Auflage auf über 100.000 zu steigern. Vgl. Illustrierter Beobachter vom 3.1.1931, "Wieder ein Schritt vorwärts!"

5 Vgl. Die Verlagserscheinungen des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf. GmbH München Berlin Wien 1921-1941, Leipzig 1941. In dieser Bibliographie ist das gesamte Verlagsprogramm des Eher-Verlags zusammengestellt unter Hinweis auf das jeweilige Erscheinungsjahr.

6 Nach Kauf eines beherrschenden Anteils des stark verschuldeten Eher-Verlags durch die NSDAP gab Hitler 1921 und erneut 1929 an, daß der Verlag Eigentum des NSDAV e. V. sei. Die genauen Besitzverhältnisse nach 1921 lassen sich jedoch nicht mehr ermitteln. Vgl. Hale, Presse, S. 25 ff. sowie Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 1, S. 120 ff.

7 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

8 Gemeint ist der monatliche Bezugspreis.

9 Eine der entscheidenden Schwachstellen des Eher-Verlags war das Fehlen einer eigenen Druckerei; der Völkische Beobachter wurde damals bei dem Münchner Buchgewerbehaus Müller & Sohn gedruckt. Vgl. Hoser, Münchner, Tagespresse, Bd. II, S. 899 f.

10 Laut parteieigener Darstellung wurde die Berliner Zweigniederlassung des Eher-Verlags in der Zimmerstraße 88-90 erst am 1.1.1933 bezogen. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 208.
Vgl. ferner den Bericht Tgb. Nr. 2605. I A. 7.29 des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister des Innern vom 13.1.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297. Dort ist u. a. zu lesen: "Nach weiteren Nachrichten soll die Reichsleitung der N.S.D.A.P. in Verhandlungen über den Ankauf eines Hauses in der Lindenstraße, in der Nähe des Vorwärts-Gebäudes, stehen. Zu diesem Zweck soll Adolf *Hitler*, der sich am 7. Januar 1930 hier aufhielt, mit hiesigen führenden Personen der Bewegung eine interne Besprechung gehabt haben. In dem anzukaufenden Gebäude sollen der 'Völkische Beobachter', die Gauleitungen Groß-Ber-

Der Redaktionsstab des "V.B." wie des "I.B." wird ab 1. März erheblich verstärkt durch Anstellung neuer Schriftleiter [11].

Ebenso erheblich erweitert wird unser Mitarbeiterstab im In-und Auslande.

Zur Durchführung dieser großen Propagandapläne fordert der Führer unserer Bewegung, Adolf Hitler, die Mitarbeit aller Parteigenossen.

Es wird eine *sofortige viermonatige Werbeaktion* angesetzt, zu deren Unterstützung der Verlag den Betrag von

30.000 [*R*]*M.*

für Werbeprämien bereitstellt [12].

Im einzelnen werden die Werbeprämien wie folgt nach den Leistungen und Erfolgen der Werber verteilt:

1. für je 3 gew[*onnene*] *Neubezieher des "V.B." eine Hitler-Nadel, Bronze,*

2. für je 10 gewonnene Neubezieher des "V.B." eine Hitler-Nadel, Silber,

3. für je 30 gewonnene Neubezieher des "V.B." eine kleine goldene Hitler-Nadel,

4. für je 50 gew[*onnene*] *Neube*[*zieher*] *des "V.B." eine große goldene Hitler-Nadel.*

Außerdem erhält der erfolgreichste Werber für die Zentralorgane ein Auto, Fabrikmarke "Brennabor", Sportmodell, Zweisitzer, fünffach bereift, lieferbar je nach Wunsch ab München oder ab Fabrik.

Der zweitbeste Werber ein Motorrad, fabrikneu, 200 ccm, steuerfrei.

Der drittbeste Werber einen Bücherschrank nebst einer Bibliothek nach Wahl im Werte von 200 [*R*]*M.*

Der viertbeste Werber eine Bibliothek im Werte von 100 [*R*]*M.*

Der fünftbeste Werber eine Bibliothek im Werte von 50 [*R*]*M.*

An weiteren Preisen erhalten die nachfolgenden 45 besten Werber das komplette Werk: Adolf Hitler, "Mein Kampf" in einer eigenen numerierten Ausgabe, die käuflich nicht zu erwerben ist, mit Bild und Widmung des Führers.

Die 10 in der Werbung erfolgreichsten Ortsgruppen erhalten je einen Photoapparat mit Optik 4,5 im Werte von [*R*]*M. 100.- Der in der Werbung erfolgreichste Gau erhält ein S.A.-Transport-Auto, 1 1/2 l Lastwagen, fabrikneu, 5 fach bereift, lieferbar je nach Wunsch ab München oder ab Fabrik. Die Abgabe dieses Werbepreises wird an die Bedingung geknüpft, daß der beste Gau mindestens 1.000 neue Bezieher für den "V.B." geworben hat.*

Der im Erfolg an 2. Stelle stehende Gau erhält 3 Motorräder, fabrikneu, 200 ccm, steuerfrei.

Der an 3. Stelle 2 Motorräder.

---

lin, Brandenburg und Ostmark, einschließlich der S.A.-Leitung und ein Teil der Reichsleitung untergebracht werden. Der 'Völkische Beobachter' soll dann als Morgen- und der 'Angriff' als Abendblatt - beide täglich - erscheinen."

11 Zum damaligen Zeitpunkt waren acht Redakteure in der Redaktion des Völkischen Beobachters beschäftigt. Zur personellen Entwicklung der Redaktion vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. II, S. 1091 ff.

12 Die NSDAP legte auf die Verbreitung ihrer Schriften großen Wert und versuchte hartnäckig, ihre Mitglieder für entsprechende Werbeaktionen einzusetzen. Vgl. Hale, Presse, S. 50 sowie Bd. I, Dok. 3; Bd. III/1, Dok. 28, 29, 42.

Für jeden in der oben angegebenen Zeit geworbenen Dauerbezieher des "V.B." erhalten außerdem:

1. die Ortsgruppe 60 Pf. Barpreis,

2. die örtliche S.A.-Gruppe ebenfalls 60 Pf. Barpreis,

3. der Gau außerdem 35 Pf. Barpreis und

4. die Gau-S.A. weiterhin noch 35 Pf. Barpreis.

Zusammen gelangen pro Neuabonnement [R]M. 1.90 zur Verteilung.

Bei Werbung für den "Illustrierten Beobachter" werden bei der Werbeprämienverteilung 4 Neubezieher gleich einem Neubezieher des "Völkischen Beobachters" gerechnet.

Im einzelnen bitten wir im Interesse einer reibungslosen Durchführung dieser gewaltigen Propagandaaktion folgende Bestimmungen auf das genaueste zu beachten:

Die Bestimmungen zur Durchführung dieser Werbeaktion sind in folgenden Punkten niedergelegt:

1. Die Werbeaktion für die Zentralorgane der Bewegung, den "Völkischen Beobachter" und den "Illustrierten Beobachter", beginnt am 1. Februar 1930 und endet am 15. Juni 1930.

2. *Die Träger dieses großen Werbefeldzuges sind alle Nationalsozialisten.* Jeder einzelne Anhänger unserer Bewegung, insbesondere aber alle jene Parteigenossen, die eine Führerstellung einnehmen, haben die besondere Aufgabe, auf diesen Aufruf überall, bei Sprechabenden und Versammlungen, in allen Rundschreiben, Aufrufen usw. hinzuweisen.

3. Alle Parteigenossen und -Freunde, die sich an der Propagandaaktion beteiligen, lassen sich das benötigte Material am besten direkt vom Parteiverlag zusenden oder bestellen es durch die Ortsgruppe, die ihrerseits für sofortige Weiterleitung der Bestellungen sorgt. Alle Bestellungen auf Werbematerial müssen auf den vom Parteiverlag hinausgegebenen Bestellzetteln angefordert werden.

Das gesandte Material ist sorgfältig zu verwenden. Erledigung der einlaufenden Bestellungen der Reihenfolge des Eingangs nach. Alle Bestellungen sind rechtzeitig abzusenden, damit Reklamationen vermieden werden. Lieferungstermine von bis zu 10 Tagen müssen wir uns in Anbetracht des zu erwartenden Ansturms ausdrücklich vorbehalten. Das Werbematerial wird bei kleinerem Bedarf kostenlos abgegeben, bei Mengen über 10 Kilo für jede weitere 5 Kilo [*R*]M. 1.- Spesenanteil, der im voraus einzusenden ist.

4. Der Parteiverlag eröffnet für jeden Werber ein Werbekonto. Die Kontonummer wird jedem Werber besonders bekanntgegeben. In allen Zuschriften, die diesen Werbefeldzug betreffen, ist diese Kontrollnummer zu vermerken. Außerdem bitten wir ausdrücklich, in jeder Zuschrift Ortsgruppen- und Gauzugehörigkeit zu vermerken, damit zeitraubende Rückfragen vermieden werden und die Werbeprämien für Ortsgruppen und Gaue richtig gebucht werden können.

5. Eine allgemein gültige Regel, wie die Werbung von Neubeziehern vorgenommen wird, soll hier nicht aufgestellt werden. Der größte Teil der bisherigen Abonnentenwerber hat eine eigene Methode, die in seinem Wirkungskreis sich zweckentsprechend bewährt hat. In folgendem handelt es sich daher nur um Vorschläge. Eingeleitet wird die Werbung am besten durch mündliche und evtl. schriftliche Hinweise auf die Macht der Presse, ihre Vormachtstellung in-

nerhalb Deutschlands und ihre Beherrschung durch die Juden [13]. In Probenummern vom "V.B." und "I.B." werden besonders interessante Artikel und Bilder durch Kennzeichnung mittels Farbstift besonders hervorgehoben und dazu in Wort oder Schrift die nötigen Aufklärungen und Ergänzungen gegeben. Die auf diese Weise gewonnenen Interessenten erhalten dann noch in der Zeit vom 16.-29. Februar ein Freiabonnement für den "V.B." vollständig kostenfrei eingewiesen. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Werber auch in dieser Zeit ständig auf den Bezug hinweisen, bis sie schließlich die Bestellung in Empfang nehmen können. Freiexemplaranträge sind auf den von uns herausgegebenen Formblättern, die auf Verlangen kostenlos versandt werden, bis *spätestens* 10. Februar 1930 an den Parteiverlag einzusenden. Die Empfänger der Freistücke werden von uns über die Einweisung des Freiexemplars verständigt. Die weitere Bearbeitung wird von uns nur auf ausdrücklichen Wunsch übernommen.

6. Hat sich jemand bereit erklärt, den "Völk. Beob." oder "Illustr. Beobachter" zu beziehen, füllt der Werber einen entsprechenden Bestellzettel aus. Bestellhefte versendet der Verlag kostenlos. Die Bestellzettel sollen rechtzeitig, spätestens aber bis zum 22. Februar *direkt an den Parteiverlag* Frz. Eher Nachf. G.m.b.H., München 2, NO., eingesandt werden, da der Verlag für alle nach diesem Termin eingehenden Bestellzettel der Post Verspätungsgebühren bezahlen muß. Die weitere Bearbeitung der einlaufenden Bestellzettel übernimmt der Parteiverlag selbst. Selbstverständlich ist nur auf die Werbung von Dauerabonnenten Gewicht zu legen [14].

7. Am Ende der Werbeaktion - 15. Juni 1930 - sendet uns jeder Werber über die während des Propagandafeldzuges gemachten Erfahrungen einen genauen Bericht.

8. Der Parteiverlag prüft im Anschluß daran die Postlisten. Der Versand und die Überweisung der Werbeprämien erfolgt ab 31. Juni und wird etwa 4-6 Wochen in Anspruch nehmen.

Die Veröffentlichung der Preisträger erfolgt nach Abschluß der Werbeaktion in allen Blättern des Parteiverlags.

9. Abonnements, die vom Verlag rabattiert werden (also diejenigen für Zeitungshändler usw.), fallen nicht unter die Werbeprämienverteilung.

Abdrucke dieses Aufrufes stehen in gewünschter Anzahl für die Werber zur Verfügung. Alle Anfragen, die diese Werbeaktion betreffen, sind gesondert an den Parteiverlag Franz Eher Nachf., Abtlg. Zeitungen, zu richten. Anfragen und Mitteilungen anderer Art bitten wir unbedingt auf gesonderten Briefbogen zu schreiben. Unter der Spalte "Mitteilungen vom Werbefeldzug" richten wir im "V.B." eine ständige Spalte ein, die die Mitteilungen über die Propagandaaktion enthält.

---

13 Vgl. Herbert A. Strauss, The Jewish Press in Germany, 1918-1939 (1943). In: The Jewish Press that was. Accounts, Evaluations, and Memories of Jewish Papers in pre-Holocaust Europe, Jerusalem 1980, S. 321-353; Barbara Suchy, Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Sachsenheim 1989, S. 167-191.

14 Zum damaligen Zeitpunkt hatte etwa jedes dritte Mitglied der NSDAP den Völkischen Beobachter abonniert. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 181.

Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten die Werbeaktion des Parteiverlags mit aller Energie unterstützen und damit zum Erfolge führen.

In den nächsten Tagen werde ich mich noch persönlich mit einem Aufruf an alle Pg. wenden [15].

München, den 3. Februar 1930

gez. *Adolf Hitler* [16]

---

15 Vgl. Dok. 17.

16 Folgt Aufruf des Direktors des Eher-Verlags, Max Amann: "*Parteigenossen! Nun an die Arbeit. Werben heißt kämpfen! Wir alle dienen nicht einem privaten Unternehmen und irgendwelchen privaten Interessen,* sondern *einzig und allein unserer nationalsozialistischen Bewegung.* Diese Werbeaktion muß den *Erfolg unseres letztjährigen Werbefeldzuges* noch übersteigen. *Jeder einzelne Parteigenosse ist dafür verantwortlich,* weil jeder einzelne am Erfolg beteiligt ist, wenn er unermüdlich wirbt. *Jeder einzelne Werber muß versuchen, den anderen zu übertreffen.* Jeder einzelne Parteigenosse muß seine Ehre daransetzen, für sich selbst, für seine Ortsgruppe oder seine S.A.-Gruppe Preise zu erringen.
Der Erfolg dieser Werbeaktion ist von unerhörter Bedeutung für die Bewegung.
Haben wir jetzt erst durch unsere Zentralorgane in die ungeheuere Macht der feindlichen Presse in Deutschland eine Bresche geschlagen, so gilt es nun, diesen Stützpunkt zur Festung auszubauen.
Das Heer der Braunhemden ist der Träger dieses Kampfes, aber auch jeder nicht in der S.A. organisierte Parteigenosse nimmt an diesem Kampfe teil. Ob S.A.-Mann, ob Redner, ob einfacher Parteigenosse, der Erfolg allein entscheidet für die Erringung der Werbepreise. Und es muß der Stolz jedes Parteigenossen sein, die Anerkennung des Führers der Bewegung durch eine solche Belohnung zu besitzen.
Parteiverlag Frz. Eher Nchf., G.m.b.H.,
gez. Amann."

4. Februar 1930 Dok. 13
Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe [1], Josef Osterhuber [2], Thomas Wimmer [3], Adolf Dichtl [4] und Julius Zerfaß [5]
Aussage vor dem Landgericht München I [6]

VB vom 6.2.1930, "Der politische Hochstapler als 'Kronzeuge' gegen Adolf Hitler" [7].

Es ist natürlich klar, daß wenn der Politiker heute klagt, der Grund ein *außerordentlicher* sein muß. Der Vorwurf, der diesmal erhoben wurde, ist deshalb so schwer, weil er nicht nur meine Person moralisch in den Augen der Mitglieder erledigt, sondern auch die in meinen Augen *allein mögliche Außenpolitik*, die in absehbarer Zeit zum Sieg kommen wird [8], unmoralisch erscheinen läßt und im weiteren Sinne dem deutschen Vaterlande schweren Schaden zufügt.

---

1 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, Major a. D., 1887 Leutnant, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Gregor Straßer). Vgl. auch Bd. I, Dok. 110, 111.

2 Josef Osterhuber (1876-1965), Journalist, 1903-1905 Redakteur der "Augsburger Postzeitung", 1905/06 Chefredakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", 1907-1933 Chefredakteur des "Bayerischen Kuriers".

3 Thomas Wimmer (1887-1964), Schreiner, 1911 Eintritt in die SPD, 1925-1933 Stadtrat in München (SPD), 1933 Haft im KZ Dachau, 1948-1960 Oberbürgermeister von München.

4 Adolf Dichtl (1879-1950), Parteisekretär der SPD, 1933 Haft im KZ Dachau.

5 Julius Zerfaß (1886-1956), Gärtner, SPD-Mitglied, 1913 freier Journalist, 1918-1933 Feuilletonredakteur der "Münchener Post", 1933 Haft im KZ Dachau, 1934 Flucht in die Schweiz.

6 Bei diesem Prozeß handelte es sich um ein Berufungsverfahren einer Verhandlung vor dem Amtsgericht München am 6./7.5.1929. (Vgl. Bd. III/2, Dok. 34 und 35). Anlaß für Hitlers damalige Beleidigungsklage war der Vorwurf, seine proitalienische Haltung in der Südtirol-Frage resultiere aus der Finanzierung der NSDAP durch Italien - so im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928, "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten", und vom 8.8.1928, "Streiflichter aus dem Wahlkampf", im Bayerischen Kurier vom 16.5.1929, "Redendes Schweigen", in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols", und durch ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167). Am 14.5.1929 wurden Graefe, Osterhuber und Zerfaß zu je 1.000 RM, Dichtl und Wimmer zu je 800 RM Geldstrafe wegen übler Nachrede verurteilt. Hitler, gegen den Widerklage wegen seiner Rede vom 19.5.1929 im Zirkus Krone (vgl. Bd. II/2, Dok. 278) erhoben worden war, wurde vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Dagegen legten alle Beteiligten Berufung ein; in der Verhandlung vor dem Landgericht München I am 4./5.2.1930 war es ihnen allerdings nicht möglich, ihre Vorwürfe gegen Hitler zu beweisen. Am 5.2.1930 erklärten sich Hitler und Graefe zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit, worauf das Gericht das Verfahren auf unbestimmte Zeit aussetzte. Vgl. Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 211 sowie Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 26 ff.

7 Vgl. auch Münchener Post vom 4.2.1930, "Prozeß um die Geldquellen der Hitlerbewegung"; Bayerischer Kurier vom 5.2.1930, "Hitlers Südtirol-Politik"; Frankfurter Zeitung vom 5.2.1930, "Die Geldquellen der Nationalsozialisten"; Il Messagero vom 5.2.1930, "Gli accusatori di Hitler condannati"; Münchener Post vom 5.2.1930, "Entlarvung des bayerischen Faszismus"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.2.1930, "Hitlers Geldquellen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.2.1930, "Hitlers Geldgeber"; VB vom 7.2.1930, "Der zweite Tag". Ferner Bericht Nr. 48 des Vertreters der Reichsregierung in München Haniel von Haimhausen vom 7.2.1930; BayHStA 15.01/25789.

8 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seines "Zweiten Buchs" ausführlich erläutert. Vgl. Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961, S. 176 ff.

Seit der ersten Verhandlung [9] hat sich unendlich viel geändert: Die von mir eingenommene außenpolitische Einstellung ist von großen Parteien aufgenommen worden, ja von einem ganzen Staat, nämlich *Deutsch-Österreich,* das die von mir seit 9 Jahren vertretene außenpolitische Linie einschlug [10], mit dem Ergebnis, daß es sofort den *ersten außenpolitischen Sieg* erzielt hat [11]. Auch andere Verbände haben sich zu meiner außenpolitischen Linie bekehrt, die dem Herrn von Graefe außerordentlich nahe stehen. So zeigt der *Stahlhelm* ein großes Interesse am Faschismus [12], dem die engsten Parteifreunde des Herrn von Graefe angehören. Eine große Anzahl von nationalen Politikern anderer Parteien haben sich zu meiner Auffassung bekannt, auch ist eine große Anzahl von Schriften seitdem erschienen, so daß ersichtlich die Menge derer, die meine politische Auffassung: *Verständigung mit Italien*, teilen, ununterbrochen zunimmt [13], und daß heute der "Bayerische Kurier" melden muß, daß der österreichische Bundeskanzler *Schober* nach Rom gefahren ist, um Mussolini [14] eine goldene Ehrennadel zu überbringen [15].

Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

9 Vgl. Bd. III/2, Dok. 34, 35.

10 Der österreichische Bundeskanzler Schober hatte die Außenpolitik seines Vorgängers Seipel fortgesetzt und Mussolini signalisiert, daß er das Südtirol-Problem als inneritalienische Angelegenheit betrachte. Am 4.2.1930 war er in Rom eingetroffen und hatte zusammen mit Mussolini zwei Tage später den italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet. Darin verpflichteten sich beide Länder, alle rechtlichen Streitigkeiten dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag oder einem besonderen Schiedsgericht vorzulegen. Vgl. Walter Goldinger/Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 169 f.

11 Während der Haager Konferenz war es Bundeskanzler Schober am 19.1.1930 gelungen, die Zusage der alliierten Vertreter für die Streichung der noch ausstehenden österreichischen Reparationen aus dem Friedensvertrag von St. Germain zu erhalten. Dieser Erfolg war nicht zuletzt durch Mussolinis Unterstützung ermöglicht worden, der nach dem Wechsel der österreichischen Politik in der Südtirol-Frage seine Obstruktion der österreichischen Wirtschafts- und Finanzpolitik aufgegeben hatte. Vgl. Goldinger/Binder, Republik Österreich, S. 168 ff.

12 Die zunächst indifferente Haltung des Stahlhelm gegenüber dem italienischen Faschismus hatte Ende der 20er Jahre einer zunehmenden Bewunderung für dieses Modell eines autoritären Staates Platz gemacht. Diese veränderte Einstellung wurde erstmals greifbar bei einer propagandistisch groß aufgezogenen Fahrt nach Italien, die der Nationale Deutsche Automobilklub im Oktober 1929 mit etwa 100 Teilnehmern unternommen hatte. Im November 1929 hatte eine Gruppe von uniformierten Stahlhelm-Funktionären einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Rom niedergelegt. Vgl. Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 276 ff.

13 Hatte der Konflikt um die Haltung zur Südtirol-Frage innerhalb der deutschen Rechten im Frühjahr 1928 seinen Höhepunkt erreicht, so begann seit 1929 Hitlers "realpolitische" Linie an Terrain zu gewinnen. Damals gingen mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung und der Berliner Börsenzeitung zwei große bürgerliche Zeitungen dazu über, für eine deutsch-italienische Kooperation zu werben. Vgl. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 28 ff.

14 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

15 Vgl. Bayerischer Kurier vom 4.2.1930, "Schober auf dem Weg nach Rom", wo Schobers Reise nach Rom angekündigt wird. Dem Artikel zufolge war eine Verleihung des Großen Sterns des Ehrenzeichens für den italienischen König Viktor Emanuel III. und des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Mussolini vorgesehen.

Ich bin überzeugt, daß die Aufnahme dieser Beziehungen zum ersten Mal den Südtirolern wirklich eine Erleichterung bringen wird [16].

Hitler legt nun des weiteren seine bekannte außenpolitische Auffassung dar, wonach sich Deutschland mit *dem* Staat Europas befreunden muß, der der natürliche Feind Frankreichs ist [17] - eine Auffassung, die er seit 1920 ununterbrochen vertreten hat [18]. Herr Graefe kann nicht aus Besorgtheit gehandelt haben, sondern in der *Wahlabsicht* [19], den politischen Gegner auf diese Weise schwächen, vielleicht sogar vernichten zu können. Seine Vorwürfe sind vollkommen klar und eindeutig, die ganze deutsche Presse hat sich die Definition der Angeklagten *zu eigen gemacht:* Ich würde eine bestimmte, Verrat an Südtirol übende, Politik betreiben [20] gegen materielle Bezüge [21]. Hier wird mir der Vorwurf gemacht, daß die ganze nationalsozialistische Bewegung *bestochen* wird und ich sie bestechen lasse, in eine Politik hineinzwänge, die Graefe als Verrat bezeichnet und die ich *als einzige Rettung Deutschlands* ansehe. Im politischen Leben gibt es keine außenpolitischen Grundsätze [*sic!*]. Programmatischer Grundsatz der Partei ist ihre Stellung zum Rasseproblem, zum Pazifismus und zum Internationalismus. *Außenpolitik ist ein Weg zum Ziel.* In außenpolitischen Dingen werde ich mich *nie binden lassen.* Ich bekämpfe die Politik des Herrn Stresemann nicht deshalb, weil er in Locarno einen *Verzicht* ausgesprochen hat [22], sondern, weil dieser Verzicht nicht zu einem positiv praktischen *Ergebnis für Deutschland* geführt hat und führen kann. Ich kenne keinen Vorgang in der Weltgeschichte, wonach auf einem anderen Weg einem Volk ein Gebiet wieder zurückgebracht wurde als auf dem der politischen Machtmittel. Hier mache ich Stresemann den Vorwurf, daß

---

16 Langfristig wurde die italienische Assimilierungspolitik in Südtirol durch den italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag kaum beeinflußt; allerdings begnadigte Mussolini am 21.2.1930 in einer propagandistisch groß aufgezogenen Aktion eine Reihe von politisch inhaftierten Südtirolern. Vgl. Freiberg, Südtirol, Bd. 1, S. 199 ff.

17 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

18 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920 in Nürnberg. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, Dok. 126. Vgl. ferner dies. und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

19 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

20 Hitlers Einschätzung des Südtirol-Problems - Verzicht auf Südtirol zugunsten einer deutsch-italienischen Freundschaft - , fand anfangs weder im bürgerlichen und erst recht nicht im rechtsextremen Lager Verständnis, so daß Hitler immer wieder diesen "Sündenfall" unter seinen außenpolitischen Zielvorstellungen zu rechtfertigen suchte. Vgl. seine breiten Darlegungen im Kapitel XV seines "Zweiten Buchs" (hier S. 189 ff.) sowie seine Unterredung mit dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, im Anschluß an diesen Prozeß am 14.2.1930; Felice, Mussolini e Hitler, S. 154 ff.

21 Fasziniert von den Erfolgen der italienischen Faschisten hatte Hitler bereits im September 1922 durch seinen außenpolitischen Berater Kurt Lüdecke Kontakte zu Mussolini aufgenommen, während Mussolini wiederum durch ein Netz von Vertrauensleuten versuchte, Fühlungnahme zu den verschiedenen deutschen Rechtsgruppen zu halten. "Eine direkte italienische Einflußnahme und Unterstützung des bayerischen Rechtskartells um Kahr, Lossow, Seißer, Ludendorff und Hitler" ist "zwar nicht schlüssig nachzuweisen, aber denkbar." Vgl. Alan Cassels, Mussolini and German Nationalism, 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 14 ff. Zitat S. 15.

22 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rhein- oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

er seinen Verzicht nicht ausgesprochen hat, um in den Besitz brachialer Machtmittel gelangen zu können. (Unterbrechung durch den *Vorsitzenden* [23] und R[*echts*]A[*nwalt*] Dr. *Halbe* [24].) Hitler stellt zum Schluß fest, *daß er weder Südtirol verraten, noch darauf verzichtet hat,* denn letzteres ist bereits geschehen, noch auch irgendeine Unterstützung für diesen Verzicht bekommt, noch überhaupt irgendeine Unterstützung. Die Nationalsozialistische Partei huldige drei Grundsätzen, die sie immer aufrechterhalten wird und aufrechterhalten hat:

1. Niemals einen Pfennig Geld von Juden;

2. nie von einem Ausländer;

3. nie einen Pfennig Geld unter einer Bedingung anzunehmen.

Die gesamten Beweisangebote haben früher *versagt*, und müssen diesmal genauso versagen, weil ich in meinem Leben niemals von Italien einen Pfennig Geld bekommen habe.

[...] [25]

Hitler weist noch auf einen Irrtum der Urteilsbegründung hin, wonach er persönlich keinen Wert auf Art und Umfang der Bestrafung der Angeklagten gelegt habe, so daß diese an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe mit einer milden Geldstrafe davongekommen seien [26]. Er habe im Gegenteil gesagt, daß er sich mit der Frage des Strafausmaßes nicht befassen möchte [27]: *Heute müsse es aber anders sein, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß solche Urteile ins Gegenteil gekehrt werden.*

[...] [28]

Hitler verwahrt sich dagegen, daß versucht wird, den Prozeß auf ein ganz anderes Gebiet zu schieben. Er wendet sich gegen eine derartige Verschiebung der Basis unbeachtet seiner Erklärung, daß er nie Auslandsgeld erhalten habe.

[...] [29]

Hitler: Graf Reventlow [30] stellte mir 1922 einen Mann namens *Lüdecke* [31] vor. Oberleutnant Neumann [32] machte mich aufmerksam, daß dieser Lüdecke ein *Spitzel* sei. Es ließ sich

---

23 *Albert* Frank, vgl. Dok. 5, Anm. 24.

24 Halbe, Dr. jur., Rechtsanwalt in Breslau, fungierte in diesem Prozeß als Rechtsanwalt Graefes.

25 Hinweis von Hitlers Rechtsanwalt Hans Frank, daß Hitler inzwischen in einem Prozeß vor dem Amtsgericht Schweidnitz unter Eid ausgesagt habe, "niemals von ausländischer Seite Geld angenommen" zu haben. Vgl. Bd. III/2, Dok. 114.

26 Vgl. Anm. 6.

27 Vgl. Bd. III/2, Dok. 35: "Ich [*Hitler*] verlange keine Bestrafung, sondern nur die Feststellung, daß die Verleumdung nicht wahr ist."

28 Folgt Vernehmung des Zeugen Karl Ernstperger, dem eine Finanzierung der NSDAP durch ausländische Gelder nicht bekannt ist.

29 Folgt weitere Vernehmung des Zeugen Ernstperger. Verlesung eines Entschuldigungschreibens von Erich Ludendorff, der mitteilt, daß er nichts anderes aussagen könne als in seiner Vernehmung am 7.5.1929 und deshalb auf weitere Aussagen verzichte. Folgt Vernehmung des Zeugen Alfred Rosenberg, der ebenfalls finanzielle Zuwendungen aus Italien bestreitet. Hinweis auf die Italienreisen Lüdeckes, bei denen jedoch finanzielle Themen nicht zur Sprache gekommen seien. Vgl. Bd. III/2, Dok. 35.

30 Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943) Kapitänleutnant a. D., Schriftsteller, 1920-1943 Herausgeber der Wochenschrift "Der Reichswart", 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924-1933 MdR (DVFP, ab 1927 NSDAP), 1933 stellvertretender Führer der Deutschen Glaubensbewegung.

31 Kurt Lüdecke (geb. 1890), Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 außenpolitischer Berater Hitlers, 1926-1928 in den USA tätig, 1934 nach KZ-Haft Emigration in die USA, 1938 Verfasser von "I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge".

32 Kurt Neumann. Näheres nicht zu ermitteln.

nichts feststellen. Sein Diener Ludwig Schmied [33] hat ebenfalls keinen Verdacht gefunden, wenn er auch bei uns nie ganz schwieg. Heute wissen wir, daß er mit einem andern Lüdecke [34] verwechselt wurde. Eines Tages brachte er 200 Francs französisches Geld, das ich bei der Polizei deponieren ließ, die seine Bewachung übernommen hat. Er wurde dann verhaftet, aber es stellte sich heraus, daß seine Aussagen richtig waren.

[...] [35]

Hitler erklärt, daß es von 1923 bis 1927 [*sic!*] keine nationalsozialistische Partei, die aufgelöst war, gegeben hat [36].

[...] [37]

Hitler wiederholte energisch, daß Lüdecke von ihm niemals einen Auftrag erhalten habe, zu Herrn Ford [38] zu gehen [39]. Solche Fragen haben für diesen Prozeß nur den Zweck, die *allgemeine Aufmerksamkeit mit lauter derartigen vollkommen nichtssagenden Zwischenfragen vom Hauptthema wegzuziehen,* nämlich von der Frage: Hat die Bewegung von Italien Geld bekommen oder nicht? Weil ich diese Taktik genau durchschaue, deshalb verwahre ich mich dagegen.

[...] [40]

Auf Befragen *Hitlers* bestätigt der Zeuge [41], daß die Bewegung von 1923-1927 [*sic!*] verboten war, daß in dieser Zeit nur *Sammlungen* für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für

33 Lüdecke schreibt (I knew Hitler, S. 82 f., 367), zur Unterstützung seiner Aufgaben in der NSDAP habe Hitler ihm Schmied zugeordnet; der ehemalige österreichische Kriegsfreiwillige habe nach 1918 einem Freikorps angehört und im April/Mai 1919 gegen die Münchner Räterepublik gekämpft. Später sei Schmied rechte Hand von Max Amann gewesen.

34 Gemeint ist Hugo E. Lüdecke, der während des Ersten Weltkriegs für den britischen Geheimdienst in Argentinien gearbeitet haben soll, dann wegen eines Sittlichkeitsdelikts ausgewiesen wurde. 1922 Einreise nach Bayern und Anschluß an die Vaterländischen Verbände, 1925 Verurteilung vom Kammergericht Berlin zu 6 Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats. Vgl. Schubert, Außenpolitik, S. 161 f.

35 Folgt weitere Vernehmung des Zeugen Rosenberg. Vorlage einiger Zeitungsartikel durch Rechtsanwalt Max Hirschberg, in denen Lüdecke u. a. als "italienischer Vertreter Hitlers" bezeichnet wird. Frage Hirschbergs, ob Lüdecke 1924 versucht habe, bei Henry Ford Gelder für die NSDAP zu erhalten.

36 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Nach Hitlers Haftentlassung am 20.12.1924 wurde die Partei durch ihn offiziell am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 26 ff. sowie Bd. I, Dok. 1 ff.

37 Mitteilung Hirschbergs, daß Lüdecke im Auftrag Hitlers bei Ford gewesen sei. "Lüdecke habe hinzugefügt, daß er in gleicher Mission in Rom gewesen sei."

38 Henry Ford (1863-1947), amerikanischer Ingenieur, 1903 Gründer und Präsident (1903-1919, 1943-1945) der Ford Motor Company.

39 Eine finanzielle Unterstützung der NSDAP durch Henry Ford läßt sich nicht nachweisen. Vgl. Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 75, 442.

40 Frage Hirschbergs an Rosenberg, ob er wisse, daß Lüdecke bei Ford gewesen sei, wird durch den Vorsitzenden abgelehnt.

41 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbunds für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

die Wahlen stattfanden, daß Hitlers außenpolitische Einstellung vom Anbeginn der Bewegung bis heute, also schon zur Zeit, als Mussolini noch nicht Diktator in Italien war, immer die gleiche gewesen ist und auch vom "Völkischen Beobachter" stets im gleichen Sinne behandelt wurde, daß Herrn von Graefe diese ununterbrochene Einstellung bekannt sein mußte und dieser nie dagegen protestiert hat, endlich, daß Hitler wegen dieser Einstellung bis 1921 zurück von der gegnerischen Presse angegriffen worden ist, in Italien genauso, bis heute [42], wie in Deutschland.

[...] [43]

Hitler: Haben Sie von den Spendern aus Österreich auch nur einen Pfennig für Parteizwekke gegeben oder nur an Frauen und Kinder der Gefallenen?

[...] [44]

Die Frage Hitlers, ob es möglich war, in den Jahren 1921/22 von Angloamerikanern Geld für deutschnationalistische [*sic!*] Zwecke zu bekommen, erklärt der Zeuge als märchenhaft.

Hitler: Maßgebend ist, ob ich jemals den Zeugen beauftragt habe, ausländische Gelder zu beschaffen.

[...] [45]

Diese beiden Zeugen können nicht voneinander getrennt werden. Es wird hier behauptet, daß durch einen Italiener *Migliorati* [46], *den ich nie gesehen habe und nicht kenne,* ein Versuch der moralischen und finanziellen Bestechung beim Oberst von *Seißer* [47], bzw. der bayer[*ischen*] Regierung unternommen worden ist. Zweitens, daß dieser Versuch übertragen wurde auf den Hitler-Kreis. Es ist selbstverständlich, daß dann durch den Zeugen von Seißer hier von vorneherein Klärung geschaffen wird über die Person dieses Herrn Abel [48] und den wirkli-

42 Noch im August 1929 wurde Hitler in der von Mussolini geleiteten Parteizeitung "Gerarchia" als "Pseudo-Faschist" bezeichnet. Zur Kritik der italienischen Faschisten an der NSDAP vgl. Hoepke, Die deutsche Rechte, S. 249 ff.

43 Beweisantrag durch Hirschberg: Schilderung einer Unterredung des italienischen Unterhändlers Migliorati mit Kahr und Seisser sowie Hitler und Göring; diese Schilderung basiert auf der Aussage des Zeugen Werner Abel. Folgt Vernehmung des Zeugen Lorenz Roder, der feststellt, daß er nie von Hitler den Auftrag erhalten habe, Gelder zu besorgen. Lüdecke habe damals behauptet, im Auftrag Hitlers Gelder für die Angehörigen der Parteimitglieder zu sammeln, die beim Hitler-Putsch getötet oder verhaftet worden seien. Lüdecke habe nie von Hitler den Auftrag für den Empfang italienischer Gelder erhalten. Als Hitler von Emigranten empfohlen worden sei, italienische Gelder entgegenzunehmen, habe er dies schroff zurückgewiesen.

44 Bejahung durch den Zeugen. Folgt Vernehmung des Zeugen Joseph Stolzing-Cerny, der ebenfalls behauptet, nichts über Beziehungen zwischen Hitler und Mussolini zu wissen. Folgt Vernehmung des Zeugen Ernst Hanfstaengl, der über Lüdecke berichtet.

45 Aussage Hanfstaengls, daß er nicht versucht habe, amerikanische Gelder zu beschaffen. Folgt Vernehmung des Zeugen Anton Drexler, der behauptet, daß die NSDAP keine finanzielle Unterstützung aus Italien erhalten habe. Antrag von Rechtsanwalt Hans Frank, den Zeugen von Seißer zum Beweisantrag Hirschbergs mitzuladen.

46 Giuseppe Migliorati, italienischer Hauptmann, 1923 dem italienischen Konsulat in München zugeordnet.

47 Hans (seit 1914 Ritter von) Seißer (1874-1973), 1893 bayerischer Leutnant, 1914 Major im Generalstab, 1919 Übernahme als Oberst in die bayerische Landespolizei, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef der Bayerischen Landespolizeiamts, de facto Befehlshaber der Landespolizei, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig.

48 Werner Abel (1902-1935), Journalist, 1920 wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Juni 1932 wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1935 im KZ Dachau ermordet.

chen Hergang der Dinge. Das ist entscheidend auch für drei weitere Bekundungen dieses Zeugen.

Ich höre heute zum ersten Mal, daß 1923 ein Herr *Abel* sich an mich gewendet haben soll. Ich höre zum ersten Mal den Namen Könitz [49]. Mir persönlich liegt daran, daß geklärt wird, *wer denn eigentlich das italienische Geld bekommen hat.* Es ist schon einmal so gewesen, daß wirklich französische Gelder nach Bayern gekommen und in Empfang genommen worden sind von einem Kreis, der im *Fuchs-Machhaus-Prozeß* [50] eine Rolle spielte. Ich habe Herrn Machhaus [51] aus einer Redaktion hinausgeworfen und die Herren Fuchs [52]-Machhaus, als sie in die Parteigeschäftsstelle kamen, hinauswerfen lassen. Nichtsdestoweniger sind tatsächlich Gelder nach Bayern geflossen und wurden mir generell in die Schuhe geschoben. *Es hieß: Das haben die Nationalsozialisten bekommen, daraus wurden die Nationalsozialisten und daraus ich.* Seit 5 Jahren schleppe ich mich in Deutschland von einem Gerichtshof zum andern [53] und immer wird festgestellt: *Es ist nicht wahr.* Mir liegt daher auch daran, daß der Fall Abel restlos geklärt wird. Es ist deshalb unabweisbar, daß Ritter Oberst von Seißer [*sic!*] vernommen wird.

[...] [54]

Hitler: Ist die ganze Veranstaltung im Wurzerhof erfolgt, *damit* mir ein Migliorati vorgestellt wurde, oder ist die Vorstellung aus Anlaß der Begrüßung erfolgt?

[...] [55]

Hitler betont, daß er dort nie einem Migliorati vorgestellt worden ist. (Zum Zeugen): Von diesem Kartell in Ostpreußen sind Sie nach Bayern geschickt worden, weil es Beziehungen zu Hitler und anderen Kreisen aufnehmen wollte.

Zum Meineidsprozeß gegen Abel, der aufgrund seiner Zeugenaussage bei diesem Prozeß im Juni 1932 eröffnet wurde vgl. Bd. V/1.

49 Heinrich von Könitz (1886-1957), 1908 bayerischer Leutnant, 1911-1914 bei der Deutschen Schutztruppe in Südwest-Afrika, 1919 Oberleutnant, 1920 Rittmeister d. R., Adjutant bei der Organisation Escherich.

50 Gemeint ist der Prozeß gegen bayerische Separatisten im Sommer 1923, die von französischer Seite erhebliche Gelder erhalten hatten, mit dem Ziel, deren Putschpläne und Bayerns Trennung vom Deutschen Reich zu unterstützen. Vgl. Hans Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 134 ff.

51 Hugo Machhaus (1889-1923), Kapellmeister, 1921 Redakteur beim "Völkischen Beobachter", 1923 Selbstmord in Untersuchungshaft.

52 Georg Fuchs (1868-1949), Schriftsteller, 1908-1914 Leiter des Münchner Künstlertheaters, Februar 1923 Professor, Juli 1923 wegen Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen RM verurteilt, 1927 Begnadigung.

53 Hitler hatte bereits mehrere Prozesse gegen die Behauptung geführt, ausländische Gelder erhalten zu haben. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 5, 132; Bd. II/1, Dok. 8, 23; Bd. III/2, Dok. 34, 35.

54 Folgt Vernehmung des Zeugen Abel, der über seine Tätigkeit als "Vertreter des ostpreußischen vaterländischen Kartells" während des Herbsts 1923 in München berichtet. Nachdem Migliorati im Rahmen eines Begrüßungsabends in der Wurzerstraße Hitler vorgestellt worden sei, habe er selbst am folgenden Tag an einem Treffen zwischen Migliorati und Hitler, Göring sowie Kapitänleutnant Hoffmann teilgenommen. Migliorati habe Unterstützung durch Propaganda und Geld angeboten, falls man auf deutscher Seite bereit sei, die Haltung in der Sütirol-Frage zu revidieren. Migliorati habe ihm dann ein "Bulletin" übergeben, in dem der Inhalt der Unterredung protokolliert gewesen sei mit der Bitte, dieses Papier nach Ostpreußen zu senden. Abel berichtet ferner, er sei nach dem Hitler-Putsch nach Wien gegangen, wo er vom italienischen Konsulat Gelder für den "Reichsführer der nationalsozialistischen Sportabteilung", Hermann Reschny, erhalten habe.
Zur Veranstaltung in der Wurzerstraße vgl. Arnolt Bronnen, Roßbach, Berlin 1930, S. 144.

55 Aussage Abels, daß er dies nicht wisse.

Sind Sie von Ostpreußen zu einem bevorstehenden Putsch geschickt worden, zum "Hitler-Putsch" oder zu einem anderen Putsch?

[...] [56]

Hitler: Eines ist wesentlich: Dann sind Sie bereits mit einem *Auftrag* nach Bayern gekommen? Sie haben erklärt, daß Sie mit einem Auftrag nach Bayern gekommen sind. Nun sagen Sie selbst, daß ich in Ostpreußen gar nicht bekannt gewesen bin? Also konnte man in Ostpreußen nicht an meine Person gedacht haben, sondern es muß ...

(Unterbrechung durch Dr. Hirschberg [57].)

Hitler zu Hirschberg: Wir haben *Sie* fast eine Stunde nicht unterbrochen - mit voller Absicht.

Zum Zeugen: Sie sind nach Bayern gekommen, um hier wegen eines Putsches Beziehungen aufzunehmen! Welche Kreise sind Ihnen zunächst als die den Putsch vorbereitenden in Ostpreußen geschildert worden?

[...] [58]

Hitler: Herr Zeuge, wollen Sie behaupten, daß ich in der Zeit, in der Sie nach Bayern gekommen sind, Beziehungen zu Ehrhardt [59] gehabt habe? *Sie haben eine Stunde lang Geschichten erzählt - jetzt ist es an der Zeit, Punkt für Punkt Ihrer Erzählungen auf die richtige Linie der Wahrheit* [*sic!*] *zu bringen.*

[...] [60]

Hitler: Es wurde ununterbrochen von einem Hitler-Kreis gesprochen. Nun ist ein konkreter Fall da, in dem dieser Kreis festgestellt werden kann. Herr Zeuge, ich frage noch einmal: Behaupten Sie, daß in der Zeit, in der Sie nach Bayern gekommen sind, Herr Kapitän Ehrhardt oder seine Organe in irgendeiner Beziehung zu mir gestanden sind? *Ja oder nein?*

[...] [61]

Hitler: Welche Fäden sind von Ehrhardt zu mir gelaufen?

[...] [62]

Hitler: Sind Sie einmal bei der NSDAP gewesen?

[...] [63]

56 Aussage Abels, daß Hitler "in Ostpreußen so gut wie nicht bekannt" gewesen sei.

57 Max Hirschberg (1883-1964), Dr. jur., 1911 Rechtsanwalt in München, Mitglied der SPD, März 1933 inhaftiert, November 1934 nach Italien, später in die USA emigriert, Rechtsanwalt in New York. Fungierte in diesem Prozeß als Rechtsanwalt von Thomas Wimmer und Julius Zerfaß.

58 Aussage Abels, daß er nach München gekommen sei, "um über die Stimmungsverhältnisse zu berichten".

59 Hermann Ehrhardt (1881-1971), 1899 Seekadett, 1917 Korvettenkapitän, 1919 Gründer und Kommandeur der Brigade Ehrhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Mitbegründer der Organisation Consul, 1922 Verhaftung, 1923 Flucht aus dem Gefängnis, Mitbegründer des Bundes Wiking, 1925 amnestiert, 1926-1928 Vorsitzender des Bundes Wiking, 1933 Eingliederung der Brigade Ehrhardt in die SS, 1934 nach dem sog. Röhm-Putsch Flucht nach Österreich, 1944 zeitweilig verhaftet.

60 Aussage Abels, daß Hitler dies tun solle. Bemerkung des Vorsitzenden, daß hier nicht der Hitler-Putsch aufgerollt werden solle, sondern die Frage zu klären sei, ob Hitler italienische Gelder erhalten habe, mit der Auflage, seinen Standpunkt in der Südtirol-Frage zu ändern.

61 Aussage Abels, daß zwischen Hitler und Ehrhardt viele Fäden hin- und hergelaufen seien.

62 Aussage Abels, daß er einer dieser Fäden gewesen sei.

63 "Zeuge: Nein, aber Mitglied Ihrer heutigen (?) Sportorganisation!"

Hitler: Behaupten Sie unter Eid, daß dieser österreichische Vaterländische Schutzbund [64], bei dem Sie gewesen sein wollen, unter meiner Führung stand?

[...] [65]

Hitler: Ist dem Zeugen bekannt, daß die österreichische Bruderpartei erst seit 1927 mir unterstellt ist [66]?

[...] [67]

Auch die weitere präzise Fragestellung *Hitlers* vermag die Organisationszugehörigkeit des Zeugen nicht zu klären. Schließlich will er beim Wikingbund eingetreten sein.

Auf die Frage Hitlers, ob der Zeuge genau weiß, daß die *Zusammenkunft mit Migliorati in der Schellingstraße stattgefunden hat,* antwortet Abel ausweichend unter Berufung auf die "Niederschrift".

Auch bezüglich dieses merkwürdigen "Bulletins" geht der Kläger dem Zeugen scharf zu Leibe und will *die Namen der Kuriere* wissen, die Abel von München nach Ostpreußen geschickt hat.

[...] [68]

Hitler: Weil diese Kuriere Auskunft geben können über dieses fabelhafte "Bulletin", das nie existiert hat, und weil die Personen, die es empfingen, Auskunft geben über den Inhalt des "Bulletins".

[...] [69]

Hitler möchte auch die Frage des "Vertriebs" der "Exemplare" klären.

[...] [70]

Hitler entgegnet dem widersprechenden Dr. *Hirschberg*, daß die Gegenpartei ungezählte Beweisanträge gestellt hat mit Zeugen, die erklärt haben, sie wissen nichts. Wenn ich einen Beweisantrag lese, *über den ich innerlich lachen muß,* ich habe mit einem Herrn eine Sitzung gehabt, *den ich nie gesehen habe,* so hält man das für unbeweisbar. Nun kommt ein Zeuge, der diese ungeheuerlichen Behauptungen vor Gericht bestätigt. Natürlich liegt uns nun daran, daß diese Behauptungen, die für meine Person nicht richtig sind, geklärt werden [71].

---

64 Parallel zur Formierung der Turn- und Sportabteilung bzw. Sturm-Abteilung der NSDAP während der Jahre 1920/21 entwickelte auch die DNSAP eine paramilitärische "Ordnertruppe", die von Hermann Reschny geleitet wurde und sich seit 1923 als "Vaterländischer Schutzbund", seit 1926 als österreichische Sturm-Abteilung bezeichnete. 1923 zählte der Schutzbund 9.800 Mitglieder. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 42, 50 ff.

65 Bejahung durch den Zeugen.

66 Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in Österreich hatte sich im Mai 1926 in die NSDAP (Schulz-Gruppe) unter der Führung von Karl Schulz und die NSDAP (Hitler-Bewegung) gespalten. Letztere unterstellte sich Ende August 1926 unter Führung von Landesleiter Friedrich Jankovic offiziell der NSDAP im Deutschen Reich. Daneben bestand der von dem ehemaligen DNSAP-Obmann Walter Riehl 1924 gegründete Deutschsoziale Verein, der sich 1930 der NSDAP (Hitler-Bewegung) anschloß. Vgl. Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 45 ff.

67 Aussage Abels, daß er dies nicht wisse.

68 Frage des Vorsitzenden, welches Interesse Hitler an diesen Namen habe.

69 Aussage Abels, daß er die Kuriere an Otto Graf von Schwerin gesandt habe.

70 Folgt Bericht über die weitere Vernehmung Abels. Laut Vorlage kann Abel nicht mehr über den Inhalt des Bulletins sagen. Bemerkung von Rechtsanwalt Hans Frank, daß die Kläger über die Vernehmung Abels nicht informiert worden seien und deshalb eine Reihe weiterer Zeugen geladen werden müßten.

71 Unterbrechung der Verhandlung durch den Vorsitzenden und Vertagung auf 5.2.1930. Zum weiteren Verlauf des Prozesses vgl. Anm. 6.

8. Februar 1930 Dok. 14
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.2.1930.

Es sage niemand, das Volksbegehren und der Volksentscheid [1] seien zwecklos oder vergeblich gewesen. Die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung [2] hat schon jetzt den großen Erfolg für sich zu buchen, daß den Dawes- und Young-Parteien diesmal vor ihrer eigenen Kühnheit angst und bange wird. Wäre die Behandlung der Young-Frage ausschließlich im Reichstag erfolgt, so würde man vermutlich ohne besondere Aufregung die Sache entscheiden. Nachdem nun aber die öffentliche Meinung diese ungeheure Aufrüttelung erfuhr, wagt man es nicht mehr, hinter verschlossenen Türen die Frage abzutun, man fühlt sich irgendwie verpflichtet oder gezwungen, auch nach außen hin sich Deckung zu verschaffen. Man prüft wohl auch den Plan heute mit ganz anderen Augen, als man dies sonst getan haben würde. Noch beim Dawes-Pakt war es doch so, daß ein ganzer Teil der dafür stimmenden Abgeordneten die richtige textliche Übersetzung gar nicht kannte und wohl auch kein Bedürfnis empfand, sie kennenzulernen. Je länger man sich aber nun mit dem Young-Plan beschäftigt, um so weniger vermag man es, sich den Befürchtungen zu verschließen, die heute selbst von sehr gemäßigten Stellen aus über diesen Plan geäußert werden. Als erste Frucht des Eintritts der Nationalsozialisten in die thüringische Regierung [3] steht nun fest, daß der Staat Thüringen gegen den Young-Plan stimmen wird. Vermutlich nimmt Mecklenburg die gleiche Haltung ein [4]. Bayern wird bekanntlich "national" geleitet, das heißt, eine Koalition von Bayerischer Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen regiert hier mit unbeschränkter Machtfülle [5]. Alle diese drei Parteien behaupten, auf dem föderalistischen Staatsaufbau bestehen zu wollen [6]. Es ist nun klar, daß die Annahme des Young-Plans zur restlosen finanziellen Vernichtung der Einzelländer führen

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 6. Zum Young-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 5; zum Dawes-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 65.
2 Zur Reaktion der Öffentlichkeit vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 178 ff.
3 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.
4 Das Haager Abkommen wurde vom Reichsrat am 5.2.1930 mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien) und 12 Enthaltungen (Bayern, Mecklenburg-Schwerin) angenommen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 17 f.
5 Bei der Landtagswahl vom 20.5.1928 hatten BVP, Bayerischer Bauernbund und Bayerische Mittelpartei jeweils 31,6%, 11,5% und 9,3% der Stimmen erhalten; diese Parteien bildeten eine Koalition unter Heinrich Held, der am 30.7.1928 vom Landtag erneut zum Ministerpräsident gewählt worden war. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 321; Falter, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 91.
6 Am 18./19.11.1929 hatte in Berlin der 1928 gebildete Verfassungsausschuß der Länderkonferenz über eine Reichsreform beraten. Bei dieser Gelegenheit hatte der bayerische Ministerpräsident Held noch einmal betont, daß sich Bayern allen Bestrebungen für einen zentralisierten Einheitsstaat widersetzen werde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1159 ff; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfasungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1963, S. 585 ff.
Zu den Trägern des Föderalismus in Bayern vgl. D. R. Dorondo, Bavaria and German Federalism. Reich to Republic, 1918-33, 1945-49, New York 1992.

muß. Nun wäre die Gelegenheit für diese Parteien, die Aufrichtigkeit ihrer föderalistischen Gesinnung vor der ganzen Welt zu bekunden. Sicherlich wird die Deutschnationale Volkspartei die Ablehnung des Young-Planes auch in Bayern wünschen, aber ebenso sicher denkt die Bayerische Volkspartei nicht im entferntesten daran, diese einzige selbstverständliche Konsequenz aus ihrem behaupteten föderalistischen Wollen zu ziehen. Eher ist es noch denkbar, daß das Reichszentrum, das zum Unterschied von der Bayerischen Volkspartei wenigstens über taktisch gerissene politische Führer verfügt, in letzter Stunde ein Haar in der Suppe findet und sich noch beizeiten aus dem Staube macht [7]. Die Forderung, daß vor dem Young-Plan noch die Reichsreform unter Dach und Fach gebracht werden müsse [8], kann vielleicht im Ernst gemeint sein, allein aus ihr und zahlreichen anderen Vorgängen der letzten Zeit spricht doch der Anschein, als ob man daran dächte, die Ehe mit der Sozialdemokratie langsam zu lösen [9].

Die Annahme des Young-Plans wird die Katastrophe bedeutend beschleunigen, der Deutschland entgegentreibt. Und dann können sich unsere Herren Politiker eines merken: Die Sozialdemokratie wird wie bisher noch immer in letzter Minute umfallen und der linken Seite, dem radikalsten Flügel, gehorchen. Schon jetzt kann die Sozialdemokratie ihr Regiment nicht mehr aus eigener Kraft aufrechterhalten, sondern nur mehr mit Hilfe des staatlichen Machtapparates. Käme es heute in den Betrieben und auf der Straße zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie zu einer Generalauseinandersetzung oder zu einer Gewaltprobe, so würde die Sozialdemokratie schon jetzt zerbrechen [10]. Das heißt: Ein Teil schwenkt mit fliegenden Fahnen zur kommunistischen Internationale ab, und der andere verkriecht sich in das nächstbeste Mauseloch. Die Taktik der Kommunisten ist heute ersichtlich die, die sozialdemokratischen Machthaber in immer kürzeren Intervallen zu zwingen, mit Polizei und Gummiknüttel [11] ge-

---

7 Zur Haltung des Zentrums zum Young-Plan und zum Abstimmungsverhalten dieser Partei in der Reichstagssitzung vom 12.3.1930 vgl. Dok. 26, Anm. 8.

8 Das Zentrum hatte seine Zustimmung zum Young-Plan weniger von der Frage der Reichsreform abhängig gemacht, als von der Frage der Finanz- und Steuerreform. Am 29.1.1930 hatten Vertreter des Zentrums Reichskanzler Hermann Müller mitgeteilt, "daß vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse; diese Klärung hat zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform." Druck: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969, Dok. 505.
Zu den stagnierenden Versuchen einer Reichsreform vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 564 ff.

9 Nach dem Tod Gustav Stresemanns am 3.10.1929 sorgten die politisch umstrittenen Themen Reparationsregelung, Steuerreform und Haushaltssanierung sowie die Krise der deutschen Wirtschaft, daß sich die Kooperationsfähigkeit der Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller rasch verbrauchte. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 451 ff.

10 Anspielung auf die damalige Abwerbungskampagne der KPD unter dem Motto: "Heraus aus der SPD - Hinein in die KPD". Vgl. Die Generallinie, Dok. 15.
Zur damaligen Entwicklung der SPD vgl. Winkler, Der Schein der Normalität, S. 629 ff.

11 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der Schutzpolizei der Länder nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Johannes Schwarze, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977, S. 79.

gen protestierende und tumultuarische Proletariermassen vorzugehen [12]. Dieses Ansetzen des staatlichen Polizeiapparates gegen Arbeitermassen raubt der Sozialdemokratie langsam die Sympathie ihrer eigenen Anhänger. Es ist nun einmal so: Mit Polizei, Maschinengewehr und Gummiknüttel kann man auf die Dauer allein kein Regiment erhalten. Es gehört dazu noch etwas anderes, irgendeine gläubige Vorstellung von einer weltanschaulichen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines Regiments. Die Sozialdemokratie bedient sich heute der schlimmsten Metternichschen Methoden [13]. Sie wird mit diesen Methoden aber erst recht scheitern. Eines Tages wiederholt sich das Spiel des Jahres 1918. Um nicht den letzten Rest an Anhängern zu verlieren, wird die Partei der Crispien [14] und Paul Levi [15] mit fliegenden Fahnen in die Front der proletarischen Revolution einschwenken. Der staatliche Machtapparat ist unterdes von dieser selben Sozialdemokratie so zersetzt worden, daß eine neue Regierung mit ihm einen ernsten Widerstand nicht mehr leisten kann. Diese Zersetzung geht heute bis tief hinein in die Polizei, und wie vor dem Jahre 1918, kann man auch jetzt wieder in den Militärkantinen ganz unverblümt die Meinung hören, daß dem "Schwindel" nun hoffentlich bald ein Ende bereitet wird und daß die Herren Offiziere dann ihre blauen Wunder erleben werden [16].

Kommt diese Entwicklung, dann kennt man schon jetzt ihr Ende. Während man in Deutschland mit dem Marxismus Koalitionen macht [17], nähert sich dieser Marxismus in Rußland immer mehr dem endgültigen Zweck. In Stalin hat das Judentum endlich den Mann gefunden, der, ähnlich wie Lenin, mit asiatischer Brutalität die letzten Reste arischer Kultur ver-

---

12 Aufgrund der von der KPD initiierten Demonstrationswelle und der sie begleitenden Gewalttätigkeiten im Herbst 1929 hatte der Berliner Polizeipräsident Karl Friedrich Zörgiebel am 13.12.1929 alle Versammlungen unter freiem Himmel kurzfristig verboten. Am 15.1.1930 hatte sich die Situation weiter zugespitzt, als bei einem durch die KPD organisierten Streik in Hartmannsdorf bei Chemnitz fünf Arbeiter durch die Polizei getötet und 20 schwer verletzt wurden. Daraufhin erneuerte der preußische Minister des Innern Albert Grzesinski dieses Verbot am 16.1.1930 für ganz Preußen; tags darauf wurde eine Ausgabe der "Roten Fahne" wegen "Aufforderung zu Gewalt und Gesetzwidrigkeiten" beschlagnahmt. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966, S. 246 ff. sowie Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 203 ff.

13 Anspielung auf den österreichischen Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg (1773-1859), für viele Protagonist der seit 1815 einsetzenden Restauration.

14 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der "Königsberger Volkszeitung", 1906-1912 Redakteur der "Volkswacht", Danzig, 1912-1914 Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht", Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift "Der Sozialdemokrat", 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

15 Paul Levi (1883-1930), Rechtsanwalt, 1905 Dr. jur., 1909 Eintritt in die SPD, 1918 Mitglied des Spartakusbundes, 1918/19 Mitbegründer der KPD, März 1919 Vorsitzender der KPD, 1921 Parteiausschluß, 1920-1930 MdR (KPD, März 1922 USPD, September 1922 SPD), Herausgeber der Zeitschrift "Politik und Wirtschaft".

16 Der Versuch von Reichswehrminister Wilhelm Groener, auf eine Integration der Reichswehr in den bestehenden Staat hinzuarbeiten und die politischen Differenzen zwischen der Republik und ihrer Bewaffneten Macht auszugleichen, hatte eine Vertrauenskrise in weiten Teilen der Reichswehr ausgelöst. Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 219 ff.

17 Zur Beteiligung der SPD an den damaligen Koalitionen auf Länderebene vgl. Dok. 10, Anm. 13.

nichtet und ausrottet. Während man in Deutschland leider noch immer vom "nationalen" Stalin redet [18], propagiert der russische Rundfunk ganz unverhüllt die letzten wirklichen Ziele des Stalinismus [19]. Rußland wird als das einzige Land der Welt gepriesen, in dem die letzten Schranken bürgerlich reaktionärer Gemeinheit und Borniertheit gefallen sind und der Jude endlich die Möglichkeit erhielt, seine Fähigkeiten ungehindert und frei zu entfalten. Der russische Rundfunk des Herrn Stalin (der wie 99 Prozent aller anderen Amtsstellen unter Stalin natürlich ebenfalls nur von Juden besetzt ist [20]) ermahnt die anderen Völker, ebenfalls die Fesseln, unter denen das Judentum leidet, zu beseitigen und sich des Glückes zu versichern, das Rußland heute genießt. Die näheren Illustrationen dieses Glücks stehen einem tagtäglich zur Verfügung. Das Bemerkenswerteste ist aber augenblicklich jedenfalls der rücksichtslose Vernichtungskrieg, den Stalin als fanatischer Verfechter des jüdischen Weltmarxismus gegen die sogenannten "religiösen Vereinigungen", tatsächlich aber gegen den Begriff Religion überhaupt führt [21]. Und das ist vom Gesichtspunkt des Marxismus aus gesehen auch verständlich. Zwei Dinge sind es, die in Rußland auch heute noch die jüdische Diktatur zu bedrohen scheinen: Erstens die ungeheure Masse eines eigenen Bauerntums [22] und zweitens die religiöse Gläubigkeit. Was das Judentum braucht, ist eine vertierte, wurzellose Masse, ohne eigene Intelligenz und ohne die Möglichkeit, zu einer solchen zu kommen. Weiter eine Masse, der jegliche Bindung untereinander fehlt. Am zweckmäßigsten ist es hier, schon mit der Familie zu beginnen und bei der Religionsgemeinschaft zu enden. Eine Masse von sich vermehrenden Einzelwesen mit einer bestimmten Handfertigkeit und einem vom Juden eingetrichterten verblödeten "Wissen", das ist es, was die Weltjudendiktatur braucht und Herr Stalin heute herbeiführt. So ist es verständlich, daß man heute die Kirchen in Rußland mit Dynamit umlegt und an ihre Stelle kommunistische "Bibliotheken" setzt [23], das heißt die jüdisch konzessionierten Verblödungsinstitute für die Gois [24].

Das ist aber das Ziel des Marxismus von Anfang an gewesen, in Rußland genauso wie in Deutschland und in Deutschland genauso wie in England und Amerika usw. Es ist ein giganti-

18 Vermutlich eine Anspielung auf den linken Flügel der NSDAP, dessen Vertreter Stalins Diktatur als Sieg des nationalen Sozialismus über den internationalen begrüßten und den Bolschewismus als eine dem Nationalsozialismus verwandte Variante eines nationalen Sozialismus verstanden - eine Interpretation, welche Hitler entschieden ablehnte. Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 118 ff.

19 Die Bolschewiki hatten bereits im November 1917 den drahtlosen Funk als Propagandamittel eingesetzt; 1924 begann der sowjetische Rundfunk systematisch, Fremdsprachensendungen in alle Welt zu senden. Eine regelmäßige Programmfolge in deutscher Sprache eröffnete Radio Moskau am 7.11.1929 mit einer Reportage über die Revolutionsfeierlichkeiten auf dem Roten Platz in Moskau. Die damalige Sendezeit betrug ca. 20 Minuten pro Woche. Vgl. Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt a. M. 1977, S. 30 f.

20 Ende der 30er Jahre waren etwa 10% der in den Bereichen sowjetische Kultur, sowjetischer Journalismus Tätigen jüdischer Herkunft. Vgl. Nove and Newth, The Jewish Population, S. 157.
Zur Organisation des deutschsprachigen Dienstes von Radio Moskau vgl. Konrad Pütter, Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München 1986, S. 257 ff.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

24 Goi, Gojim. Hebräisch-jiddisch: Nichtjude.

scher Rassenkampf, der hier ausgefochten wird. Bei uns aber sitzt das "christkatholische" Zentrum mit den Gottesleugnern und Kirchensprengern in treuer Regierungsgemeinschaft zusammen [25] und hilft mit, den Entscheidungskampf zugunsten des Bolschewismus vorzubereiten. Und eine Bayerische Volkspartei, die "föderalistisch" zu sein vorgibt, nimmt an dieser moralischen Vereinigung ebenfalls lebendigen Anteil.

Der Young-Plan bringt nun vielleicht dieses Komplott gegen die deutsche Nation zum Auffliegen. Aber selbst wenn dies auch nicht geschieht, können wir doch heute alle schon die begründete Hoffnung hegen, daß der Jude in Deutschland das Rennen nicht machen wird. In der nationalsozialistischen Bewegung tritt ihm, ähnlich wie im Faschismus in Italien [26], eine Kraft entgegen, die nicht der Polizei und des zersetzten Staatsapparates bedarf, um den Angriff des asiatischen Judäismus abzuschlagen. Die nationalsozialistische Bewegung hat nunmehr das zweite Hunderttausend an Mitgliedern erreicht [27] und wird bis zum Ende dieses Jahres das dritte weit überschritten haben. Und das sind dann keine "Demokraten" oder deutsche "Volksparteiler", sondern das sind dann "Männer". Und bisher wurde die Geschichte noch immer von ihnen gemacht [28]!

---

25 Gemeint ist die SPD. Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

26 Italien blieb bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend frei von antisemitischen Strömungen, schon weil lediglich 0,1% der italienischen Bevölkerung jüdischer Herkunft war. Auch im italienischen Faschismus spielte - ganz im Gegensatz zum Nationalsozialismus - der Antisemitismus zunächst nur eine marginale Rolle; war er überhaupt existent, so wurde er meistens ideologisch, jedoch nicht rassistisch begründet. Mussolini, der mit Italienern jüdischer Herkunft freundschaftliche Beziehungen unterhielt, bezeichnete damals den Antisemitismus der NSDAP als absurd und unwissenschaftlich. Vgl. Meir Michaelis, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978. Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino, 1993.

27 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

28 Anspielung auf die folgende Passage aus der 1879 erstmals erschienenen "Deutschen Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert" (Erster Teil, S. 27) von Heinrich von Treitschke: "Dem Historiker ist nicht gestattet, nach der Weise der Naturforscher das Spätere aus dem Früheren einfach abzuleiten. Männer machen Geschichte. Die Gunst der Weltlage wird im Völkerleben wirksam erst durch den bewußten Menschenwillen, der sie zu benutzen weiß."

9. Februar 1930 Dok. 15
"Aufruf"
Anordnung

VB vom 9./10.2.1930.

Die Rückversicherung unserer Parteigenossen gegen politischen Mord ist nun abermals von einer Versicherungsgesellschaft gekündigt worden, weil das Risiko zu groß sei [1]. So sieht es heute in Deutschland aus! Das ist der Zustand der Freiheit, Schönheit und Würde [2], unter dem wir alle leben. Die Parole "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft" [3], die unter den Augen unserer heutigen Regierung offen verkündet wird, trägt ihre blutigen Früchte.

Damit kann die Rückversicherung nicht mehr untergebracht werden.

Parteigenossen! Nun sind wir allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen. Jetzt müssen wir zusammenstehen, alle, Mann für Mann, und durch unsere eigenen Versicherungsbeiträge es ermöglichen, daß trotz alledem unsere Kämpfer wenigstens den nötigsten Versicherungsschutz erhalten.

Parteigenossen! Angesichts dieser Not sind wir gezwungen, den Beitritt und die Beitragszahlung zu unserer S.A.-Versicherung [4] für alle Parteimitglieder als *Parteipflicht* zu erklären [5].

Sorgt damit dafür, daß jeder Kämpfer, der vom Schicksal als Opfer unserer inneren Feinde ausersehen ist, wenigstens seine Hinterbliebenen gesichert weiß.

gez. *Adolf Hitler*

(Von allen Parteiblättern nachzudrucken.)

---

1 Die Versicherungsgesellschaft, bei der diese Rückversicherung bestand, ließ sich nicht ermitteln. Im zweiten Halbjahr 1929 hatte die SA-Versicherung 621 Fälle mit insgesamt 34.404,39 RM Entschädigung zu regulieren. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Nürnberg 1964, S. 412. Ferner IfZ, Fa 2, Manuskript Hans Volz, Die Geschichte der SA von den Anfängen bis zur Gegenwart [*1934*], Bl. 58 ff.

2 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.

3 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

4 Die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 teilweise von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde; bei einem monatlichen Beitrag von 20, seit April 1930 30 Pfennig umfaßte diese Versicherung folgende Leistungen: 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität, 3 RM tägliches Krankengeld, 10.000 RM Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 RM Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J., S. 147 ff. Ferner VB vom 14.12.1928, "S.A.-Versicherung" sowie Bd. II/1, Dok. 78, Bd. III/1, Dok. 66, Bd. III/2, Dok. 80, 115 und 120 sowie Dok. 120 dieses Bandes.

5 Nach parteiinternen Angaben waren im September 1929 zwischen 16 und 25 % aller NSDAP-Mitglieder in der SA-Versicherung versichert. Vgl. Bd. III/2, Dok. 80.
Vgl. ferner das Schreiben Bouhlers an alle Gauleitungen der NSDAP vom 11.8.1930, in dem er kritisiert, daß "ein großer Teil der verletzten Parteimitglieder [...] immer noch nicht versichert" sei. Dagegen sei die SA "fast vollzählig versichert". BA, Slg. Schumacher 415.

12. Februar 1930 Dok. 16
"Anordnung betreffs Vertrieb von Druckschriften"
Anordnung

VB vom 12.2.1930.

1. Jede von einem Parteigenossen oder von einer Untergliederung der Partei herausgegebene Druckschrift, die sich mit grundsätzlichen Fragen der N.S.D.A.P. befaßt, *muß* vor Drucklegung der Reichsleitung zur Einsichtnahme und Genehmigung zugeleitet werden.

2. Diese von der Reichsleitung zugelassenen Druckschriften erhalten den Vermerk: *"Mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt"*. Nur diese haben die Berechtigung, das Hoheitszeichen der Partei auf dem Titelblatt der Broschüre zu führen.

3. Für bisher erschienene Druckschriften ist unter Vorlage die Genehmigung der Reichsleitung *nachzuholen*, und können diese dann bei Neuauflage mit dem in Punkt 2 aufgeführten Vermerk versehen werden [*sic!*].

4. Ein Verkauf sowie eine Verbreitung aller von der Reichsleitung nicht genehmigter Schriften wird *hiermit verboten*. Nichtzugelassene Broschüren werden in der Parteipresse veröffentlicht.

5. Der Zusatz "Mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt" bedeutet nicht, daß die Parteileitung die Verantwortung für jede einzelne Anschauung der betreffenden Schrift übernimmt, sondern nur, daß die Druckschrift im ganzen als den Parteibelangen nicht zuwiderlaufend betrachtet wird.

Parteiamtliche Kundgebungen werden als solche ausdrücklich bezeichnet.

gez.: Adolf Hitler

Diese Anordnung ist von allen nationalsozialistischen Blättern 3 mal zu bringen.

14. Februar 1930 Dok. 17
"Parteigenossen! Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 16./17.2.1930 [1].

Im Dezember 1920 hat die damals nur auf München beschränkte kleine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen folgenschweren Schritt unternommen [2]. Seit dem Februar dieses Jahres fand in München eine Massenversammlung nach der anderen statt [3]. Immer mehr

1 Faksimiledruck des masch. Manuskripts mit Unterschrift und hs. Korrekturen: Der Schulungsbrief vom Februar 1936, III. Jahrgang, 2. Folge, "Manuskript des Führers aus dem Jahre 1930".
2 Gemeint ist der Kauf des Völkischen Beobachters. Vgl. Dok. 12, Anm. 2 und 6.
3 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 108 ff.

prägte sich in ihnen jener Stil aus, den wir heute an unserer Bewegung als ebenso eigenartig [*sic!*] wie selbstverständlich empfinden. Dieser Entwicklung der Versammlungs- und Rednertätigkeit fehlte aber noch jede Ergänzung durch die Presse. Die nationalsozialistische Bewegung besaß damals kein eigenes Organ. Nachrichten über die Partei konnten kaum in irgendeiner Zeitung gebracht werden. Theoretische Abhandlungen überhaupt nicht. Versammlungsberichte erschienen wohl hie und da in den bürgerlichen Blättern, waren aber immer dem Charakter der Zeitungen entsprechend tendenziös zugeschnitten und konnten nie ein wirkliches Bild des Wollens unserer Bewegung vermitteln [4]. So entschlossen wir uns am Ende dieses Jahres, der Bewegung eine eigene Zeitung zu erwerben [5].

Der "Völkische Beobachter", aus dem einstigen "Münchner Beobachter" hervorgegangen [6], existierte damals in München als Wochenblatt in beschränkter Auflage und mit einer Tendenz, die am ehesten noch in der Linie des Wirkens des damaligen Schutz- und Trutzbundes [7] lag. Ohne Zweifel focht die kleine Zeitung im Rahmen der damaligen völkischen Auffassungen in Deutschland am mutigsten für eine Genesung unseres Volkskörpers. Nationalsozialistisch allerdings war sie nicht.

Als wir nun zur Übernahme der Zeitung schritten war das Unternehmen schwer belastet und dem Zusammenbruch nahe. Die "völkische Bewegung", der der damalige Völkische Beobachter dienen sollte, hatte weder Erfahrung noch Fähigkeiten, ein Unternehmen kaufmännisch richtig zu leiten oder gar zu entwickeln. Es waren ebenso ideale wie unpraktische Auffassungen, die auch auf diesem Gebiete vorherrschten. Wenn die junge nationalsozialistische Bewegung mit ihrem neuerworbenen Organ nicht ebenfalls in kurzer Zeit Schiffbruch erleiden sollte, dann mußte sie ihre politisch glänzende Organisation auch auf das wirtschaftliche übertragen. Das Zeitungsunternehmen der Partei durfte nicht jener geschäftlichen Verwahrlosung ausgeliefert werden, die sich so häufig mit dem Wort "völkisch" nach außen hin deckte, sondern mußte sich zu den härteren nationalsozialistischen Zügen und Auffassungen bekennen.

Nahezu 10 Jahre Arbeit liegen bald nun hinter uns. Aus dem im Dezember 1920 übernommenen kleinen Wochenblatt ist ein großes Tagesorgan entstanden. Aus einem kleinen Zeitungsverlag ist ein gewaltiges, großes Verlagsunternehmen geworden mit einem jährlichen Millionenumsatz [8]. Die Bedeutung der Entstehung und des Wirkens dieses Unternehmens kann

4 Vgl. die verschiedenen Überlieferungen in: Ebenda, S. 108 ff.

5 Vgl. Dok. 12, Anm. 2 und 6.

6 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

7 Der Deutsche (seit Oktober: 1919 Deutschvölkische) Schutz- und Trutzbund war am 18.2.1919 als halbgeheime Dachorganisation gegründet worden; in ihm gingen bereits bestehende antisemitische, nationalistische und völkische Gruppen auf wie der Alldeutsche Verband, der Reichshammerbund oder der Deutschvölkische Bund. Unter dem Vorsitz von Konstantin Freiherr von Gebsattel und Alfred Roth zählte der Verband im Sommer 1922 etwa 170.000 Mitglieder, für die vor allem ihr militanter Antisemitismus charakteristisch war. Nach dem Mord an Walther Rathenau wurde der Bund in den meisten deutschen Ländern im Juni/Juli 1922 verboten, die Reste zerfielen bis 1924. Durch seine zahlreichen Querverbindungen zur NSDAP, aber auch durch die Verbreitung seiner rassistischen Ideologie wurde der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund zu einem direkten Wegbereiter des Nationalsozialismus. Vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970.

8 Bis zum Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 stand der Völkische Beobachter und mit ihm der Eher-Verlag ständig am Rand des finanziellen Ruins. Belastend wirkten nicht nur die Kosten für die zahlreichen

kaum voll gewürdigt und geschätzt werden. Der geschäftlichen Leitung unseres Parteiverlages durch unseren Verlagsdirektor, Herrn Max Amann [9], der inhaltlichen Richtunggebung des Blattes durch unseren ersten Hauptschriftleiter, Alfred Rosenberg, verdankt die nationalsozialistische Bewegung ein Organ, das in erster Linie die Einheitlichkeit unserer Auffassungen und damit die geistige Grundlage für unsere Organisationsarbeit geschaffen und gegeben hat.

Der Name "Völkischer Beobachter" ist zu einem Programm für sich geworden. Von einer ganzen Welt von Feinden befehdet und angefallen, unzählige Male verfolgt und verboten [10], hat unser Zentralorgan zehn- und abermals zehntausenden von Kämpfern die geistigen Grunderkenntnisse und Grundlagen vermittelt, die das Wesen unserer heutigen nationalsozialistischen Auffassung ausmachen. Über das ganze deutsche Sprachgebiet in Europa verbreitet, hat unser Völkischer Beobachter überall mitgeholfen, Zellen für den deutschen Freiheitskampf zu schaffen, vorhandenen Gruppen aber jene Erkenntnisse zu vermitteln, die für die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns unserer Bewegung unerläßlich sind.

Der "Völkische Beobachter" darf (als erstes Organ unserer Bewegung überhaupt!) mit Recht als das uns allen am meisten ans Herz gewachsene Eigentum und Gut unserer Bewegung angesehen werden. Er gehört jedem einzelnen von uns, denn er ist unser aller Eigentum, ist Eigentum unserer Partei. Durch gute und schlimme Tage hindurch haben wir uns dieses Eigentum erhalten, und als endlich der Zusammenbruch kam, da wurde durch unseren Geschäftsleiter, Stadtrat Amann, wenigstens der Verlag unter tausend Schwierigkeiten gerettet, so daß im März 1925 das Blatt wieder zu erscheinen vermochte [11]. Nun sind seitdem 5 Jahre vergangen, und unser Zentralorgan hat die Auflagenzahl des Jahres 1923 nicht nur erreicht, sondern schon wesentlich überschritten [12]. Der Illustrierte Beobachter, der in wenigen Wochen [*die*] hunderttausend Auflage [*sic!*] überschreiten wird, ist die bildliche Ergänzung der großen Tageszeitung [13].

Allein, je mehr die Bewegung wächst, um so nötiger ist das gleiche Schritthalten unserer Presse. So haben wir uns in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Gau Berlin entschlossen, eine besondere Ausgabe des Völkischen Beobachters für Berlin erscheinen zu lassen [14].

Beleidigungsprozesse, sondern vor allem das Fehlen einer eigenen Druckerei. Vgl. Hoser, Münchner, Tagespresse, Bd. II, S. 899 f.

9 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des Völkischen Beobachters, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

10 Wegen seiner pöbelhaften Sprache sowie seiner wüsten antisemitischen und antidemokratischen Hetze wurde der Völkische Beobachter schon bald nach Übernahme durch die NSDAP verboten, für mehrere Wochen erstmals im Juni 1921. Weitere Verbote folgten noch im selben Jahr im August, September und Oktober und rissen seitdem nicht mehr ab. Nach Hitlers mißlungenem Putschversuch, in dessen Vorfeld ein erneutes Verbot des VB große politische Bedeutung erlangt hatte, wurde das nationalsozialistische "Kampfblatt" ab 9.11.1923 ganz verboten und erst nach Hitlers Entlassung am 26.2.1925 offiziell wiedergegründet. Auch danach sorgten Stil und Inhalt der Zeitung immer wieder für kurzfristige Verbote. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. I, S. 226, 245, 462, 469 f., 477, 494 ff., 509 f.

11 Vgl. Bd. I, Dok. 3.

12 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 12, Anm. 3 und 4.

14 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

Ab 1. März wird unser Zentralorgan damit, außer [*in*] der Münchner und der Reichsausgabe, in einer dritten Ausgabe erscheinen, dem "Völkischen Beobachter Berlin". Noch in diesem Jahr soll dann auch der Druck und die Redaktion dieser Ausgabe nach Berlin selbst verlegt werden [15]. Damit soll vor allem unser Berliner Gau seine eigene Tageszeitung erhalten.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Wir alle übernehmen damit eine große Verantwortung. So sehr wir auch an die Fähigkeit der geschäftlichen Leitung unseres Verlages glauben dürfen, so sehr wir glauben dürfen an die vorzügliche inhaltliche Führung unseres neuen Berliner Organs und so sehr wir dabei vertrauen können auf die unermüdliche Förderung durch unseren hervorragenden Berliner Gauleiter [16], so sehr sind wir aber am Ende doch angewiesen auf die tätige Mitarbeit der Hunderttausenden von Parteigenossen überhaupt. Weder Parteigenosse Amann noch Parteigenosse Rosenberg oder Pg Dr. Goebbels können allein das neue große Unternehmen in Berlin zum Erfolge führen, wenn nicht alle Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer ihr Letztes einsetzen, unsere große Parteizeitung nun erst recht zu vertreten, für sie zu werben und es jedem Parteigenossen zur Pflicht zu machen, sein ihm selbst gehörendes Zentralorgan vorwärtszutreiben und zu unterstützen.

Der Verlag hat zu diesem Zweck eine neue große Propagandaaktion eingeleitet [17]. Ich mache es nun sämtlichen Führern, sämtlichen Organisationen und sämtlichen Parteigenossen zur Pflicht, diese Aktion mit allen und äußersten Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Wir haben im Verlaufe des vergangenen Jahres durch die Arbeit unserer Parteigenossen es fertiggebracht, die Auflagenzahl unseres Parteiorgans um über hundert Prozent zu erhöhen!

Parteigenossen, es muß uns möglich sein, diese Erhöhung auch in diesem Jahr durchzuführen.

Es ist weiter unser unverrückbares Ziel, die Berliner Ausgabe nach ihrer Drucklegung in Berlin selbst zu einem großen norddeutschen Organ auszubauen.

Parteigenossen, setzt damit in den nächsten drei Monaten eure ganze Kraft ein und werbt

1) für den Völkischen Beobachter, Bayernausgabe, in Bayern,
2) für den Völkischen Beobachter, Reichsausgabe, im ganzen Reich [18],
3) für den Völkischen Beobachter, Berliner Ausgabe, in Berlin,
4) für den Illustrierten Beobachter, ebenfalls im ganzen Deutschen Reich.

Wenn jeder Parteigenosse seine Pflicht tut, wird der Erfolg der Lohn für alle sein!

München, den 14. Febr[*uar*] 1930

Adolf Hitler

---

15 Vgl. Dok. 12, Anm. 10.

16 Joseph Goebbels.
Zu Goebbels' vergeblichen Versuchen, das Erscheinen der Berliner Ausgabe des VB zu verhindern oder zumindest doch zu beeinflussen, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 483 ff.

17 Vgl. Dok. 12.

18 Seit 1.2.1927 erschien eine um den Lokalteil der Bayernausgabe gekürzte Reichsausgabe des VB. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 114.

15. Februar 1930 — Dok. 18
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 15.2.1930.

Die Gesamtzahl aller lebenden Deutschen ist nicht vollständig einwandfrei klargestellt. Es handelt sich um Schätzungen zwischen 95 und 110 Millionen Menschen [1]. Man darf damit aber wenigstens eine Zahl von 100 Millionen als zutreffend annehmen. 100 Millionen Menschen also, die von deutschen Eltern abstammen und auch heute noch der deutschen Sprache mächtig sind. Von diesen 100 Millionen leben noch nicht einmal 63 Millionen im Deutschen Reich [2]. Über ein Drittel aller Deutschen befindet sich außerhalb der Reichsgrenzen, zu einem großen Teil sogar außerhalb Europas [3]. Schon diese nackte Tatsache zeigt den Wahnsinn, das Schicksal des gesamten Deutschen Reiches von irgendeinem einzelnen Splitter des außerhalb des Reiches befindlichen Deutschtums abhängig machen zu wollen. Selbst in Europa sind Millionen von Deutschen feindlichen Staatsgewalten unterworfen [4]. Es ist noch keinem Deutschen eingefallen (oder sagen wir lieber noch keinem Staatsmann!), das Verhältnis des Friedensdeutschlands zum Friedensrußland durch die Brille der in Rußland lebenden Deutschen zu betrachten und gestalten zu wollen [5]. Nur heute verlangt ein Teil unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung, daß die außenpolitische Betätigung des Reiches ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Schicksals der Deutschen in Südtirol erfolgen müsse [6]. Es ist das noch dazu jener Teil unserer Presse, der seit jeher den Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft auf das schärfste abgelehnt hat. Die Sozialdemokratie verfluchte als internationale Partei überhaupt die Bedeutung jeglicher nationalen Gemeinschaft. Für sie ist der Begriff "Nation" ein blödsinniger und längst überwundener. Im deutschen Reichstag versichern ihre Vertreter, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt [7]. In der kritischsten Stunde machte diese Partei

---

1 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Welt 94.428.430 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

2 Laut Volkszählung vom 16.6.1925 besaß das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

3 Ende 1925 wurden auf den einzelnen Kontinenten die folgenden Zahlen an Deutschsprachigen ermittelt: Europa: 82.862.800; Asien: 197.480; Amerika: 11.080.800; Afrika: 126.700; Australien/Polynesien: 160.650. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 25.

4 Schätzungsweise lebten zum damaligen Zeitpunkt in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff.

5 1926 wurden in der Sowjetunion 1.238.540 Deutschsprachige gezählt. Zur Lage der deutschen Minderheit in der Sowjetunion, die seit Januar 1924 mit der Autonomen Sozialistischen Sowjet-Republik der Wolga-Deutschen einen eigenen regionalen Schwerpunkt besaß, vgl. Benjamin Pinkus/Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, Baden-Baden 1987, S. 53 ff.

6 Zum Stellenwert Südtirols in der deutschen Diplomatie und in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 64 ff.

7 Der Vorsitzende der USPD, Arthur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne...". Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

eine Revolution und brachte das Reich und damit das deutsche Volk um Ehre und Dasein [8]. Diese Partei unterzeichnete leichten Herzens die Friedensverträge von St. Germain und Versailles [9] und opferte damit durch wenige Federstriche nahezu 17 Millionen Deutsche Europas [10]. Nun auf einmal entdeckt dieses verlogenste Parteigebilde sein Herz für den "nationalen Gedanken". Die jüdischen Presseschmocks [11] schreiben sich für Südtirol die Finger wund, und auch die Presse der Demokratie ereifert sich über das Schicksal ausgerechnet dieser 230.000 Deutschen [12]. Wenn der Jude irgendeine Haltung einnimmt, so dient sie selbstverständlich immer zu seinem Vorteil. Und wenn er in Deutschland irgend etwas verficht, gerät es immer zu unserem Nachteil. Daß unsere bürgerlichen Patrioten sich in einem solchen Falle dann schleunigst auf die Socken machen, um als Weise aus Mitteleuropa den verschiedenen Morgen-, Abend- und Itzigsternen nachzulaufen, darf niemand wundern. Unser deutsches Bürgertum hat sich in all seinen Schichten jahrzehntelang vom Hebräer am Seil führen lassen, es kommt auch jetzt nicht los davon. Kaum erhebt der Jude in seinen Gazetten das Geschrei wegen Südtirol, und schon stürzen sich bürgerliche Parteien, bürgerliche Zeitungen und bürgerliche Namen aus allen Lebensschichten in den neuen Kampf zur Rettung von 230.000 Deutschen unter jüdischer Oberleitung. Das Ergebnis der deutschen Außenpolitik, die hier wirklich wieder einmal auf die berühmte Einheitsfront verweisen darf, liegt nunmehr aber erneut vor uns. Es ist aber eine unanständige Gesinnung, der Berliner Regierung über ihre Außenpolitik Vorwürfe machen zu wollen, selbst aber nichts getan zu haben, was eine vernünftige Änderung hätte veranlassen können. Ich glaube, man muß es ablehnen, ewig an der Reichsaußenpolitik herumzukritisieren, ohne eine andere und bessere Linie vorschlagen zu wollen oder vorgeschlagen zu haben. Herrn Stresemann Vorwürfe zu machen wegen

8 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

9 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.
Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten war am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet worden. Als Vertreter Deutschlands fungierten der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung stimmte am 9.7.1919 dem Friedensvertrag mit 208 gegen 115 Stimmen zu. Vgl. Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967, S. 225.

10 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Hitler veranschlagte unter den genannten 17 Millionen Deutschen offenbar auch die deutschsprachige Bevölkerung Österreich-Ungarns, die 1910 in Alt-Österreich 9.950.678 Menschen und in Alt-Ungarn 2.026.218 Menschen umfaßte. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24, 67 ff., 102 ff.
Laut Artikel 80 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatte Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen. Eine Änderung dieser Unabhängigkeit war allein mit Zustimmung des Völkerbunds möglich. Druck: RGBl. 1919, S. 833.

11 Ursprünglich slowenischer Begriff: gesinnungsloser Zeitungsschreiber.

12 In der Volkszählung vom 31.12.1910 wurden in Südtirol 220.644 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Freiberg, Südtirol, Bd. 1, S. 145 ff. hier S. 146.

Locarno [13], ist solange dumm, solange man nicht selbst bessere Gedanken zu unterbreiten hat. Das hat unsere gesamte bürgerliche, einschließlich der völkischen Opposition [14] bisher aber um so weniger fertiggebracht, als sie im wesentlichen ja auch im Sinne der vom Juden eingeschlagenen Marschrichtung vorgingen. Daher war auch diese Opposition gänzlich unfruchtbar.

Im Jahre 1920 habe ich zum erstenmal grundsätzlich die möglichen Entwicklungen außenpolitischer Art untersucht und kam dabei zur Überzeugung, daß nach Überwindung der Kriegspsychose die natürlichen Gesetze der Entwicklung eine Verfeindung oder zumindest eine Entfremdung zwischen Frankreich und Italien bringen müssen [15]. Ebenso erschien es mir damals schon als wahrscheinlich, daß der Kampf um die Hegemoniestellung Englands nunmehr mit Amerika seinen Anfang nehmen wird [16]. Solche Entwicklungen sind nicht an Jahre, ja kaum Jahrzehnte gebunden, sondern erfüllen erfahrungsgemäß Jahrhunderte [*sic!*]. Deutschlands jahrhundertelanger Erbfeind war Frankreich. Es ist dies heute nicht anders und wird in menschlich absehbarer Zeit nicht anders werden [17]. Die politische Leitung der deutschen Nation hat nun meiner Auffassung nach als außenpolitische Aufgabe nicht die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 im Auge zu haben als vielmehr die Schaffung eines Lebensraumes für unser Volk, der nicht nur der Ernährung unserer heutigen Volksmasse genügt, sondern auch ihre Vermehrung gestattet. Auf alle Fälle ist jede Sicherung des Reiches auf die Dauer undenkbar ohne breite Fundierung unserer Macht in Europa. Es ist daher zweckmäßig, für die nächste absehbare Zeit in Europa Bundesgenossen zu suchen mit möglichst geringen Interessen-Gegensätzen zu Deutschland und möglichst großen zu Frankreich. An der Spitze der Staaten, die ein lebhaftes Interesse besitzen müssen, daß den französischen Hegemoniebestrebungen und der französischen Machtentwicklung ein Riegel vorgeschoben wird, steht Italien [18]. Ich habe deshalb seit dem Jahre 1920 ununterbrochen in Wort und Schrift für eine Verständigung Deutschlands mit Italien gekämpft. Das Schicksal der Südtiroler kann noch so traurig sein, es berechtigt nicht, das Schicksal der ganzen Nation aufs Spiel zu setzen. Um so weniger, als die Vernichtung Deutschlands ja nicht die Erlösung Südtirols bedeutet. Der Gedanke, mit Waffengewalt Südtirol etwa befreien zu wollen, ist ebenso absurd wie verbrecherisch. Wenn das deutsche Volk noch einmal Millionen seiner besten Männer auf dem Schlachtfeld als Blutopfer darbringen muß, dann wäre es ein himmelschreiendes, wahnwitziges Verbrechen, ein solches Millionenopfer für knapp 230.000 Menschen zu bringen, während nebenan nahezu 17 Millionen ebenfalls außerhalb der Reichsgrenze leben und Millionen da-

---

13 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

14 Möglicherweise eine Anspielung auf Ernst Graf zu Reventlow; dieser nationalsozialistische Theoretiker, ursprünglich im völkisch-alldeutschen Lager angesiedelt, befürwortete den Faschismus als spezifisch italienische Staatsform und vertrat die Ansicht, daß ein Export dieser Ideologie nach Deutschland nicht möglich sei. Vgl. Hoepke, deutsche Rechte, S. 207 ff.

15 Vgl. Dok. 13, Anm. 18.

16 Derartige Überlegungen lassen sich vor 1924 in den überlieferten Reden und Aufzeichnungen Hitlers nicht nachweisen, sondern erst in Hitlers Mein Kampf und seinem sog. Zweiten Buch. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler sowie Adolf Hitler, "Mein Kampf", Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 297; Hitlers Zweites Buch, S. 140, 173. Ferner Kuhn, Programm, S. 133 f.

17 Zum damaligen Stand der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982, S. 360 ff.

18 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

von unter eher noch schlechteren als besseren Bedingungen. Ich war im Jahre 1920 schon überzeugt, daß die einzige Linderung des Schicksals der Deutschen in Südtirol höchstens aus einer aufrichtigen und ehrlichen Verständigung mit Italien kommen könnte, aus einer gegenseitigen, wahren Freundschaft, die begründet auf gemeinsame Interessen, auf eine in vielen Punkten sich berührende Kultur und auf eine absolute Respektierung der Souveränität der beiden Staaten über ihre inneren Angelegenheiten, die die Frage Südtirol überhaupt der öffentlichen Diskussion enthebt. Das feindselige, um nicht zu sagen blödsinnige Verhalten der derzeitigen deutschen Außenpolitik Italien gegenüber [19] nützt den Südtirolern nichts, kann ihnen nichts nützen, sondern vermag ihnen nur zu schaden, und hat ihnen auch tatsächlich unendlichen Schaden zugefügt. Der schlimmste Schaden aber ist die vollständige Verrennung der deutschen Außenpolitik, die als letzte Quittung für ihre sinn- und geistlose Betätigung unserem Volke nun den Young-Plan [20] vorzulegen hat. An diesem ungeheuerlichen Dokument sind alle Deutschen schuld, die diese irrsinnige Art der Außenpolitik mitgemacht, begrüßt oder auch nur gedeckt haben. Das Berliner Auswärtige Amt ist zehn Jahre lang hinter Frankreich hergelaufen unter dem aneifernden Geschrei der jüdischen Presse der marxistischen und bürgerlichen Parteien und einzelner völkischer Schafsköpfe, die auf solche Weise gemeinsam eine Entwicklung begünstigten, die sie jetzt wenigstens teilweise entsetzt.

Seit ich die außenpolitische Orientierung der Partei vorgenommen habe, stehe ich im Brennpunkt von Angriffen, die eigentlich vor gar nichts haltmachen [21]. Ich erlebe es und habe es erlebt, daß die Parteien des konsequentesten Vaterlandsverrats mir den Verrat am Deutschtum vorwerfen. Die ganze Judenpressemeute fiel, unterstützt von völkischen Phantasten, über mich her und versuchte, das Verbrecherische und auch Unselige meiner außenpolitischen Einstellung mit mehr Geschrei als Vernunft und mit mehr Lügen als Gründen der Wahrheit dem deutschen Volk klarzumachen. Es gab eine Zeit, in der ich mit meiner außenpolitischen Auffassung der unbedingten Verständigung Deutschlands mit Italien wirklich mutterseelenallein stand. Heute beginnt nun langsam auch hier ein Wandel einzusetzen. Einzelne deutsche Zeitungen, einzelne Verbände unterziehen ihre bisherige Stellungnahme einer, wenn auch vorsichtigen, aber immerhin sichtbaren Revision [22]. Und in diesen Tagen hat der Leiter des österreichischen Staates [23] einen Schritt vollzogen von vielleicht sehr weittragender Bedeutung [24]. Ich habe schon betont, daß ich der Entwicklung in Österreich, seit die parlamentarischen Parteien der Heimwehr den Wind aus den Segeln genommen haben, skeptisch gegenüberstehe [25]. Ich habe aber auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es sich für die deutsche Nation

19 Obwohl Mussolini Deutschland in das Konzept seiner revisionistischen Außenpolitik einzubinden suchte, war das deutsch-italienische Verhältnis bis zum Tod Stresemanns am 3.10.1929 von dessen Rücksichtnahme auf Frankreich bestimmt. Stresemanns ideologische Aversionen gegenüber dem faschistischen Staat sowie die italienische Politik in Südtirol, die von Stresemann nicht akzeptiert wurde, trugen außerdem zu einer Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen bei. Vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

20 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

21 Vgl. Dok. 13, Anm. 20.

22 Vgl. z. B. Dok. 13, Anm. 12 und 13.

23 Gemeint ist Johannes Schober.

24 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

25 Vgl. Dok. 1, ferner Bd. III/2, Dok. 23, 79, 83.

weniger darum handelt, wer sie rettet, als darum, daß sie überhaupt gerettet wird. Der derzeitige österreichische Bundeskanzler hat nunmehr außenpolitisch jenen Schritt unternommen, den ich seit zehn Jahren von Österreich und Deutschland als den einzigen möglichen und vernünftigen ununterbrochen gefordert habe. Der Weg Schobers nach Rom war die klügste Reise, die ein österreichischer Staatsmann seit dem Jahre 1918 unternommen hat. Die sich nunmehr anscheinend anbahnende Verständigung Österreichs mit Italien wird, wenn überhaupt den Südtirolern etwas nützlich sein kann, vielleicht noch am allerehesten auch dort gewisse Härten mildern [26]. Allein davon abgesehen: Für Österreich ist diese Neuorientierung der einzige Ausweg aus einer Situation, die genauso verfahren war, wie es die deutsche heute noch ist. Sämtliche Vernunftgründe, die es überhaupt gibt und geben kann, sprechen für diese Neuorientierung. Wenn Österreich nunmehr im Haag nach langen Jahren den ersten außenpolitischen Erfolg erzielt hat [27], während Deutschland gerade dort in eine ganz unmögliche Lage gedrängt wurde, dann verdankt dies Österreich der klugen und vernünftigen Änderung seines Verhältnisses zu Italien. Auch für Deutschland gibt es nur einen einzigen Ausweg aus dem jetzigen Verhängnis, und auch der heißt: Verständigung mit den Staaten, die die größten Interessengegensätze mit Frankreich besitzen. Daß sich das Judentum, der Marxismus, die Demokratie und vor allem die Freimaurer gegen eine solche Verständigung mit Händen und Füßen wehren, liegt auf der Hand. Alles, was Deutschland nützen kann, wird von diesen Kräften zwangsläufig bekämpft. Daher kann man aber umgekehrt die Richtigkeit eines außenpolitischen Gedankens am besten erkennen an der Art der Einstellung, die diese Kräfte zu einem solchen Gedanken einnehmen.

Im übrigen habe ich in diesen Tagen mit Neugierde die Gazetten gelesen, besonders unserer Bayerischen Volkspartei und des Zentrums, ob denn nunmehr auch der Herr Bundeskanzler Schober als abscheulicher Verräter an den Deutschen in Südtirol gebrandmarkt werden wird oder nicht. Aber siehe da, es hat ihnen die Sprache verschlagen [28].

---

26 Vgl. Dok. 13, Anm. 16.

27 Vgl. Dok. 13, Anm. 11.

28 Vgl. z. B. die damalige Berichterstattung der "Germania", wo weitgehend nüchtern über Schobers Romreise berichtet wird, ohne diese zu werten. Vgl. jedoch auch die eher kritisch gestimmten Bedenken im Kommentar ("Die Annäherung Wien-Rom") der Münchner Neuesten Nachrichten vom 8.2.1930.

22. Februar 1930 Dok. 19
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 22.2.1930.

Immer mehr zeigt sich, daß das Volksbegehren [1] einen Erfolg sich auf alle Fälle zuschreiben kann: Es hat die öffentliche Meinung in Deutschland in einer Weise aufgerührt [2], daß den Regierungsparteien heute sehr unwohl zumute ist. Wie hätte man doch sonst den ganzen Young-Plan [3] im Handumdrehen erledigen können und wie wäre er auch im Handumdrehen erledigt worden, und wie schwierig ist es umgekehrt jetzt! Seit Wochen drückt man im Reichstag hinum und herum, und doch ist kaum die erste Lesung beendet [4]. Es muß als ein verbrecherisches Spiel bezeichnet werden, wenn sich nunmehr herausstellt, daß selbst die Regierungsparteien den Plan als unerfüllbar ansehen, vom deutschen Volk aber die Unterschrift herauspressen wollen. Denn so ist es. Man verfolge doch einmal die Reden der Führer und Sprecher der Regierungsparteien und man wird nicht bestreiten können, daß den Weisen nun auf einmal dieselben Erkenntnisse aufgegangen sind, die sie sechs Monate vorher an uns als abscheuliche Irrtümer verdammten. Damals erklärten die Sprachrohre der Bayerischen Volkspartei, unsere Behauptungen seien Schwindel und Lüge, und heute bezeichnet der Herr Ministerpräsident Held [5] direkt und indirekt die Behauptung der Erfüllbarkeit als Schwindel und Lüge [6]! Damals wurde vom Zentrum die Notwendigkeit der Durchführung des Young-Planes begründet mit den enormen finanziellen Erleichterungen, die da kommen sollten; heute auf einmal versichert es, daß erst die finanziellen Deckungen für die Erschwerungen gesucht und vorhanden sein müßten, ehe man dem Young-Plan zustimmen könnte [7]. Damals stellte man gewaltige Steuersenkungen in Aussicht [8], wenn der Young-Plan angenommen werden würde, heute brüten sie

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
2 Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den Young-Plan vgl. Holz, Diskussion, Bd. 1, S. 178 ff.
3 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
4 Im Reichstag fand die erste Lesung der Gesetzentwürfe über die Haager Konferenz 1929/30 vom 11.-13.2.1930 statt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Berlin 1930, S. 3901 ff.
5 Heinrich Held (1868-1938), Jurist, Journalist, 1899 Chefredakteur und seit 1906 Mitinhaber des Regensburger Morgenblattes (seit 1910 Regensburger Anzeiger), 1907-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1918 Mitbegründer der BVP, 1914-1924 Vorsitzender der Zentrum-, bzw. der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.
6 Held hatte am 7.2.1930 im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags, der über die Haltung des Reichsrats zum Young-Plan verhandelte, seine starken Bedenken gegenüber dem Young-Plan artikuliert und bemängelt, daß eine befriedigende Stellungnahme der Reichsregierung über die Finanzierbarkeit dieser Reparationsregelung noch ausstehe. Er glaube nicht, daß Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Young-Plans zu erfüllen. Er sehe keine Möglichkeit, diesen Vertrag mit gutem Gewissen unterschreiben zu können. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 19 f.
7 Vgl. Dok. 14, Anm. 7 und 8.
8 Die geplante Steuerreform des Reichsministers der Finanzen Rudolf Hilferding, die darauf zielte, die bislang ungenügende Kapitalbildung im Deutschen Reich durch steuerliche Entlastung zu fördern, sollte auch durch die erwarteten Erleichterungen durch den Young-Plan ermöglicht werden. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen, S. 86 ff.

über wahnsinnige Steuererhöhungen [9]. Es ist also alles genau so gekommen, wie die nationale Opposition es vorausgesagt hat, und es wird weiter so kommen, wie man es heute voraussagen kann. Denn es gehört wenig Kunst zum Prophezeien dazu, eine Katastrophe vorauszusagen, wenn alle Vorbedingungen hierzu restlos gegeben erscheinen. Das Allerschlimmste an Gewissenlosigkeit offenbaren die Regierungsparteien heute aber in folgendem:

Von den messerscharfen Angriffen der Opposition gezwungen, müssen sie heute die Unerfüllbarkeit des Young-Planes selbst ohne alle Einwände in vollem Umfange zugeben. Allein die gleichen Menschen, die jetzt die Unerfüllbarkeit selbst zugeben, haben in Haag ein Protokoll unterzeichnet, auf Grund dessen Frankreich, wenn Deutschland den Young-Plan nicht erfüllt, durch unsere eigene Unterschrift berechtigt wird, militärische Exekutionen gegen Deutschland vorzunehmen [10]. Ein solches Verhalten steht in der Weltgeschichte wohl vereinzelt [*sic!*] da. Man fabriziert, ohne hierzu gezwungen zu sein, ein Protokoll, das heißt eine Erpressungsurkunde, deren Inhalt unerfüllbar ist, und ermächtigt den Erpresser, im Falle der Nichterfüllung militärische Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Und man bedenke weiter noch, daß der Dawes-Pakt [11], der allein schon geradezu unselig war, heute uns das Recht geben würde, - das unterschriebene Recht - gewisse Leistungen einzustellen. Die deutschen Regierungsparteien aber bringen es fertig, ohne gezwungen zu sein, diesen Vertrag gegen einen anderen umzutauschen, in dem wir nunmehr den Gegnern das Recht einräumen, im Falle unserer Unleistungsfähigkeit die Leistungen dann mit Gewalt zu erpressen! Man muß sich diese einfach ungeheuerliche Tatsache vor Augen halten und man wird dann vor Gott und der Welt die Berechtigung des § 4 des Freiheitsgesetzes anerkennen müssen [12]. Es gibt aber ein Sprichwort, das besagt, daß der Krug so lange zum Brunnen geht, bis er bricht. Und schlechte Regierungen haben auf Kosten ihrer Völker stets so lange gesündigt, bis endlich das Maß voll wurde. Vielleicht hat das Schicksal diesen Plan bestimmt, den Geduldsfaden des deutschen Volkes endlich doch zum Zerreißen zu bringen. Den heutigen Regierungsparteien mag am Ende vielleicht die Annahme des Young-Planes als ein Erfolg erscheinen. Es ist aber in der Geschichte schon mancher Erfolg zur Ursache der Vernichtung seiner Väter geworden!

---

9 In einer Parteiführerbesprechung waren am 7.2.1930 Vertreter von SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP durch die Reichsregierung über das Haushaltsdefizit informiert worden. Als Gegenmaßnahme hatte der Reichsminister der Finanzen Paul Moldenhauer eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 %, verdoppelte Erhöhung der Biersteuer, Erhöhung der Weinsteuer sowie Erhöhung des Zolls für Kaffee und Tee vorgeschlagen. Reichskanzler Hermann Müller hatte ferner darüber informiert, daß neben weiteren Überlegungen zur Vergrößerung der Einnahmen auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer erwogen werde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1436 ff.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

12 Gemeint ist das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes", auch "Freiheitsgesetz" genannt, für das Alfred Hugenberg und Franz Seldte am 28.9.1929 ein Volksbegehren beantragt hatten (vgl. Dok. 5, Anm. 6). Der unter den Initiatoren des Volksbegehrens umstrittene § 4 dieses Gesetzesentwurfs drohte mit Bestrafung wegen Landesverrats: "Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3, Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92, Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen." § 3, Abs. 1 des Gesetzesentwurfs lautet: "Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438 Anlagen, Berlin 1930, Nr. 1429.

Die Londoner Flottenkonferenz, einberufen mit der löblichen Absicht, die Rüstungen zu vermindern [13], ist augenblicklich ziemlich festgefahren [14]. Tatsächlich bewegen sich die Vorschläge im allgemeinen dahin, den Bau von Schlachtschiffen einzuschränken, den Bau von leichten Kreuzern hingegen zu erhöhen. Dabei zeigt sich außer der für England sicherlich als unerträglich empfundenen Flottenrivalität mit Amerika [15] die absolute innerliche Brüchigkeit der ehemaligen Entente [16] auch in Europa. Wenn dieses Gebilde wenigstens in einem gewissen Umfang tatsächlich auch heute noch besteht, dann ist das ausschließlich der geradezu wahnsinnigen Politik des Berliner Auswärtigen Amtes zuzuschreiben. Frankreich fordert nun auf einmal ein Flottenverhältnis zu England und Amerika im Maßstab 3:5. Frankreich weigert sich weiter, die U-Boote und den U-Bootkrieg abzuschaffen [17]. Es ist klar, daß Frankreich dabei wenigstens maritim Deutschland gar nicht mehr im Auge haben kann [18]. Der "Feind", gegen den sich die französische U-Bootrüstung richtet, ist England und in zweiter Linie natürlich Italien [19]. Alle "Freundschaftsbeteuerungen" und alle Versicherungen der Friedensliebe erhalten durch diese Tatsachen die entsprechende Beleuchtung. Und wenn man in Paris erklärt, man sei für den Bau der U-Boote, aber gegen die infame Anwendung derselben, wie sie zum Beispiel Deutschland betrieben habe [20], so wird das in London sowohl als auch in Rom wohl nur ein Lächeln hervorrufen. Denn es ist etwa so, als wenn jemand Ferngeschütze baut, aber erklärt, in keine Ortschaften schießen zu wollen. An allen Ecken und Enden der Welt sieht man, wie heute wie einst gerüstet wird. Nur war man früher etwas aufrichtiger. Seit Wilson [21] seine pharisäerischen 14 Thesen losließ [22], rüstet man allerdings nicht mehr zum Kriege, sondern man rüstet im Sinne der "gegenseitigen Verständigung", der "Hochachtung der Nationen", des "Sieges der Demokratie". Früher fuhren die Schlachtpanzer im Salzwasser, heute schwimmen sie auf dem Öl endloser Phrasen verlogener Heuchelei. Die Burschen aber, die in Deutschland einst vor dem Volk behaupteten, daß nur wir die Schuld an den Rüstungen der Welt hätten [23], und die heute in unseren Regierungsparteien sitzen, verdienen jetzt noch nach-

13 Vgl. Dok. 9, Anm. 3.
14 Zum Verlauf der Londoner Flottenkonferenz vgl. Hall, Arms Controll, S. 88 ff.
15 Vgl. Dok. 9, Anm. 10.
16 Lose politische Verbindung zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland seit dem britisch-russischen Ausgleich in Asien 1907; 1911/12 ergänzt und gefestigt durch militärische Abmachungen. Hier verallgemeinernd für die Gegner der Mittelmächte während des Ersten Weltkriegs verwandt.
17 Vgl. Dok. 9, Anm. 3.
18 Vgl. Dok. 9, Anm. 44.
19 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.
20 Anspielung auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, den Deutschland am 1.2.1917 eröffnet hatte.
21 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.
22 Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin o. J., S. 374 ff. Vgl. ferner Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, S. 44 ff.
23 Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.

träglich für diese erbärmliche Lüge aufgehängt zu werden! Das Elend, das sie unserem Volke zufügten, ist wirklich unermeßlich. Es ist eine seltsame Schicksalsfügung, daß dieselben Parteien heute gezwungen sind, die Konsequenzen ihrer einstigen Verlogenheit zu tragen, das heißt: Sie unterschreiben nur, denn zu dulden und zu leiden, hat das deutsche Volk. Immerhin müßte ein Blick auf die allgemeine Weltlage eine pflichtgemäß handelnde deutsche Regierung bewegen, den augenblicklichen und beschleunigten Ersatz unserer vorsintflutlichen Gefechtseinheiten unserer an sich so jämmerlich kleinen Marine durchzuführen. Ein Blick auf den Osten müßte für uns die ernste Mahnung sein, wenigstens im Rahmen des Versailler Vertrags [24] aber auch wirklich das letzte herauszuholen, was sich herausholen läßt, um unsere kleine Marine wenigstens so viel zu heben, um einen wenn auch bescheidenen Schutz unserer Interessen in der Ostsee ausüben zu können. Ersatz der paar leichten Kreuzer durch 6.000-Tonnenschiffe, wenn irgendmöglich mit einer schwereren Bestückung als den bisherigen 15-cm-Kalibern [25], die heute in der Welt genau so nachhinken als zu Kriegsbeginn einst unsere 10,5-cm-Kreuzerarmierung den 12- und 15-cm-Kalibern der Engländer und Japaner nachstand. Sofortigen beschleunigten Ersatz der restlos zum alten Eisen gehörenden 13.200-Tonnenschiffe unserer "Braunschweig"- und "Deutschland"-Klasse [26] durch Schiffe, wie sie in dem ersten Ersatzschiff "Preußen" wenigstens in rohen Umrissen projektiert erscheinen [27]. Allerdings müßte sich die nationale Opposition soweit ermannen, daß sich das bei ähnlichen Gelegenheiten bisher immer gebotene Schauspiel nicht mehr wiederholt: Kriegsschiffe werden bewilligt von den Parteien der Regierung und nicht von denen, die in der Opposition stehen! Es ist die Sache der verantwortlichen Leitung und besonders der Spitze eines Staates, eine Regierung zu bilden, die das fertigbringt [28].

---

24 Zu den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 im Bereich der Seekriegsrüstung vgl. Dok. 9, Anm. 32, 39 und 45.

25 Vgl. Dok. 9, Anm. 48.

26 Vgl. Dok. 9, Anm. 29.

27 Vgl. Dok. 9, Anm. 43.

28 Anspielung auf die SPD, die am 31.10.1928 im Reichstag den Antrag gestellt hatte, den Bau des Panzerschiffs "A" einzustellen. Dieser Antrag wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Die Reichstagsfraktion der SPD stimmte geschlossen für die Einstellung des Baus unter Einschluß von Reichskanzler Hermann Müller und drei weiterer sozialdemokratischer Minister, obwohl diese am 10.8.1928 für den Bau des Panzerschiffs votiert hatten. Der Fraktionszwang, dem sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder gebeugt hatten, löste daraufhin eine Regierungskrise aus. Vgl. Wacker, Panzerschiff, S. 81 ff.

24. Februar 1930 Dok. 20
"10 Jahre Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26.2.1930, "Während ein Volk zerfällt, entsteht aus ihm heraus ein neues Volk!" [3].

10 Jahre sind eine lange Zeit, und 10 Jahre sind eine kurze Zeit. Wenn große Katastrophen über Völker hereinbrechen, dann ist die Vorbereitungszeit für diese Katastrophen oft eine unendlich lange. Manchmal dauern die Erscheinungen des vorbereitenden Verfalles Hunderte von Jahren. In eine solche Periode der Entwicklung des Verfalles, der Vorbereitung des Verfalles, sind 10 Jahre, hineingestellt, wirklich eine kurze Zeit. Wenn auch Jahrhunderte notwendig sind, um zu einer bestimmten Entwicklung zu führen, so kann doch in wenigen Jahrzehnten oft das Schicksal die Konsequenzen dieser Entwicklung ziehen.

Wir stehen heute in einer Periode der Ernte dessen, was Jahrhunderte in unser Volk gesät haben. Was unser Volk vergiftet hat, was aus ihm innere Stützen um Stützen herausbrach, schon in Zeiten, in denen diese innere Zerstörungsarbeit nur den wenigsten sichtbar war. Dann kam die Stunde, in der die Saat der Zerstörung aufging. Nun kam die Ernte, nun wurden Hunderttausende und Millionen sehend. Sie sehen jetzt nur den Zerfall, die Katastrophe, nicht die lange Vorbereitung für diese Katastrophe, die fast Jahrhunderte dauernde Präparation unseres Volkes, die am Ende dorthin führen mußte, wo 1918 das Volk plötzlich mit einem Schlag gekommen war: Eine Welt stürzte ein, alte Überlieferungen brachen plötzlich wie nichts zusammen, uralte Institutionen von jahrhundertelanger Dauer wurden im Handumdrehen beseitigt, und in diesem turbulenten Getobe erhoben sich neue Erscheinungen des Lebens. Man hat es gefühlt: *Die Welt gebiert etwas Neues, wir stehen an einem Wendepunkt, eine neue Welt ist im Werden,* und in dieser Welt sehen wir in schnellster Verwandlung begriffen unser eigenes deutsches Volk. Was ist in den letzten 12 Jahren nicht zusammengebrochen, was hat sich nicht verändert, was ist nicht Neues erstanden! Hätte man vor 15 Jahren das alles prophezeit, daß deutsche Geschichte nichts mehr sein wird als ein Begriff, daß Anstand, Ehre, Ruhm, Hochachtung der Vergangenheit vergessen wird und daß eine Zeit kommen wird, in der man sogar sich dessen rühmt, was man früher als schändlich angesehen hat - man wäre ausgelacht worden. *Aber es gab Menschen, die diese Entwicklung 20 und 30 Jahre vorher prophezeiten.*

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10157).

2 Im Hofbräuhaus, ab 20.15 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Die Versammlung, die laut Lagebericht wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, wurde mit einem Einmarsch von 600 SA- und SS-Leuten eröffnet. Vor Hitler sprach Stadtrat Hermann Esser, nach Hitlers Rede sprach MdL und Gauleiter Julius Streicher. Dem Lagebericht zufolge war eine Parallelversammlung im Franziskanerkeller "gleichfalls überfüllt". Einem Flugblatt ist zu entnehmen, daß als Eintrittspreis 1,- RM verlangt wurde, für Arbeitslose 0,25 RM, für reservierte Plätze 3,- RM; StA München, Polizeidirektion München 6741.

3 Vgl. auch Schreiben der Polizeidirektion München, Abteilung VI d vom 24.2.1930 betr. Sicherungsvorkehrungen; StA München, Polizeidirektion München 6741. Polizeibericht Nr. VI d 305/30 o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht N/Nr. 90 der Polizeidirektion vom 8.4.1930; BayHStA, MA 101235/3.

Als der alte Reichskanzler mit heißem Haupt in seinen Sachsenwald ging [4]*, sah er prophetisch auch diese Entwicklung kommen, er warnte und wurde nicht gehört. Die Mitwelt sah nicht die Vorbereitung zur späteren Katastrophe. Nun ist sie da.*

Es gibt auch jetzt noch Menschen, die sie als *Wiederauferstehung* bezeichnen, die meinen, daß man nicht bestreiten könne, daß in den letzten 12 Jahren unser Volk in staunenswerter Weise sich erhoben hat, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nunmehr wiederhergestellt ist, daß die Wirtschaft sich langsam erholt, daß wir uns im Stadium einer langsamen Konsolidierung der Verhältnisse befinden. Es handelt sich aber dabei um Menschen, die überhaupt an nichts denken als *an ihre Person.* Denn auch diese Zeit, die für unser gesamtes Volk zu so entsetzlichen Folgen führte, brachte *für einzelne einen Gewinn*, die die Stufenleiter nach oben schneller nahmen, als sie sie auf Grund ihres tatsächlichen Könnens hätten nehmen dürfen, die heute erklären: Deutschland ist im Emporstieg begriffen, *denn für mich ist Deutschland mein eigenes Ich, und ich bin emporgestiegen.* Diese Menschen sind selbst nur ein typischer Ausdruck des Verfalles der Zeit. Von ihnen abgesehen kann niemand bestreiten, daß wir in diesen 12 Jahren einen entsetzlichen Sturz nach unten nahmen und mit verstärkter Schnelligkeit noch mitten im Absturz begriffen sind.

Denn erstens ist unser Volk in seiner Zahl an sich zurückgegangen [5]*. Wer will behaupten, daß ein Volk aufsteigt, wenn es zahlenmäßig zurückgeht? Einst konnten wir sagen: Das deutsche Volk ist eine Weltmacht. Werden wir das in 100 Jahren noch sagen können, wenn 50 Millionen übriggeblieben sind und die anderen Nationen 400 bis 500 Millionen Menschen zählen?*

Zweitens: Können wir uns heute und in der Zukunft noch ernähren? Wir müssen das glatt verneinen. Das deutsche Volk befindet sich in einer Situation, die es ihm unmöglich macht, in der Zukunft das notwendige tägliche Brot zu finden. Alle Mätzchen unserer heutigen Zeit werden nicht verhindern können, daß wir eines Tages vor dem harten Entweder - Oder stehen: Entweder Deutschland bekommt mehr Raum, um sein Brot zu finden, oder es muß mehr exportieren. *In beiden Fällen ist das Interesse der anderen Welt gegen Deutschland gerichtet.*

Drittens: Wie steht es mit unserer inneren Kraft? Wir müssen gestehen, daß in diesen 12 Jahren, die so manchem Polizeipräsidenten als fabelhafter Wiederaufstieg erscheinen, tatsächlich *unser Volk an innerer Kraft von Jahr zu Jahr abgenommen hat.* Gewiß, es gibt vielleicht irgendeinen turbulenten Flegel, der sich schlecht aufführt, aber es kann sein Herz und Blut gesund sein, und der Mensch hat noch einen Wert. Daneben steht ein tuberkulöser Mensch von besten Lebensformen, der vollkommen in Ruhe und Ordnung aufgeht, aber Sie können nicht behaupten, daß dieser gesünder ist als der Flegel auf der anderen Seite. Gewiß, wir sind vor 13 Jahren vielleicht Flegel gewesen. Das deutsche Volk damals hat sich flegelhaft aufgeführt, Maschinengewehre knatterten, Handgranaten krachten. Gewiß war damals die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht angenehm und nicht so leicht wie heute. *Aber das deutsche Volk bestand noch aus Männern.* Heute haben Sie zwar Ruhe und Ordnung, aber *kein Volk von Männern mehr.* (Lebhafte Zustimmung.)

---

4 Zur Biographie Bismarcks nach seiner Entlassung als Reichskanzler vgl. Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890-1898, München 1977.

5 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs (in 1.000) betrug 1871: 40.997; 1900: 56.046; 1914: 67.790; 1919: 62.897; 1925: 63.177; 1930: 65.092 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

Sie haben es langsam dahingebracht, eine pazifistische Schafherde aus unserem Volk zu machen, das willig dem Leithammel zur Schlachtbank nachläuft. Was die Kraft eines Volkes ausmacht, haben wir längst verloren. Unsere äußere Lage ist trostlos und elend. Es kann nicht anders sein. *Das Volk, das im Innern keine Kraft besitzt, verliert nach außen das Lebensrecht.* Deutschland unterschreibt Versailles [6], nimmt schwerste militärische Verpflichtungen auf sich und erfüllt sie [7]. Im Rahmen des Vertrages versucht man, das zu tun, was uns gestattet ist. Und nun tritt eine Flottenkonferenz zusammen, und das Ergebnis: *Wir* bekommen neue Lasten. Sie sagen: Ihr baut die Schiffe nicht! Wir antworten: *Es ist unser Recht.* Recht? Wir verbieten es euch [8]!

Sie brauchen es nicht zu verbieten; dem heutigen Deutschland braucht nichts verboten zu werden - es erfüllt freiwillig [9]. Frankreich wünscht nicht, daß wir weiterbauen [10], und eine deutsche Reichsregierung nimmt das gehorsamst entgegen und führt es ganz gehorsamst aus.

Ein ganz kleiner Ausschnitt! Aber er beleuchtet blitzartig unsere deutsche Lage nach außen: ein vollkommen entrechtetes und ehrlos gemachtes Volk, jeder Willkür ausgeliefert.

Das Wesentlichste aber, was unsere neudeutschen Staatsmänner nicht kennen und kennen werden, ist:

Das deutsche Volk hat keine Ehre mehr im Leibe.

Man sagt: Das sind veraltete Begriffe, genauso wie Fahneneid, Kokarde, Flagge, alles Dinge von rein symbolischem Charakter [11], die in unserer härteren Welt der realen Köpfe [*sic!*] keine Bedeutung besitzen. Glauben Sie mir: Auf die Dauer kann ein Volk allein mit dem Reglement einer Polizeidirektion, mit Maschinengewehren nicht zusammengehalten werden. Auf die Dauer wird man auch in Berlin nicht das deutsche Volk vor dem Kommunismus retten können, auch nicht vor dem immer tieferen Herabsinken in die schlimmsten Erscheinungen unserer jetzigen Tage, *wenn nicht ein Volk wieder zurückkommt zu einer bestimmten Ehrauffassung.* Wenn der einzelne Mensch kein Ehrempfinden mehr besitzt, ist er nicht nur wertlos, sondern ein Schädling der übrigen Gemeinschaft. Das trifft heute bei unserem Volke zu.

Wir sehen noch etwas viel Schlimmeres: *Das deutsche Volk kann mit Recht sich nicht mehr als Volk bezeichnen, wenigstens soweit es als politischer Faktor in Erscheinung treten will.*

---

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 14.

8 Deutschland wurde an der Londoner Flottenkonferenz vom 22.1.-22.4.1930 nicht beteiligt; für den Rüstungsstand der Reichsmarine blieben daher die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags maßgebend und nicht die Ergebnisse dieser Konferenz. Vgl. Dok. 9, Anm. 3.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

10 Das aus finanziellen und innenpolitischen Gründen umstrittene Panzerschiffbauprogramm der Reichsmarine wurde am 17.2.1930, auch auf Drängen des Reichspräsidenten von Hindenburg, für 1930 ausgesetzt und auf den nächsten Reichsetat verschoben. Das damals bereits im Bau befindliche Panzerschiff "A" (Ersatz "Preußen") lief am 19.5.1931 unter dem Namen "Deutschland" vom Stapel, mit dem Bau des zweiten "Ersatzschiffs", des Panzerschiffs "B" (später "Admiral Scheer") wurde erst am 25.6.1931 begonnen. Der Baustop war Resultat einer rein innenpolitischen Entscheidung. Vgl. Dülffer, Marine, S. 119 ff., 570. Vgl. ferner Dok. 9, Anm. 38 und 43 sowie Dok. 19, Anm. 28.

11 Die Abschaffung aller militärischer Rangabzeichen, Orden und sonstiger militärischer Auszeichnungen war im November 1918 eine Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte. Vgl. z. B. den Beschluß des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über die Kommandogewalt vom 18.12.1918. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 511.

Jeder Franzose, Engländer, Italiener vor allem, sie sind in erster Linie am Ende doch nur Franzosen, Engländer und Italiener - Deutsche kennen wir schon längst nicht mehr [12]. In zwölf Jahren hat unser deutsches Volk sein eigenes Ich aufgegeben, jede Gemeinsamkeit gelöst. Bande besitzen wir, die uns nach außen mehr fesseln als untereinander. Millionen erklären heute: Heil Moskau [13]! Sie sehen nicht, daß am Ende ihre Existenz nur gewährleistet wird durch die eigene Volksgemeinschaft.

Wir haben kein Volk mehr.

Auf der einen Seite eine große Parteiwelt, die sich als bürgerlich bezeichnet, auf der anderen Seite die Parteiwelt des Marxismus. Jede der beiden Welten schließt sich in sich zusammen und trennt sich von der anderen. Millionen verstehen sich mit jedem Klassengenossen des Auslandes mehr als mit den eigenen Volksgenossen der anderen Partei. Es wird nicht mehr gekämpft um Ziele, die innerhalb unseres Volkskörpers liegen, gekämpft wird in Wirklichkeit zwischen zwei Richtungen, die miteinander nichts zu tun haben wollen und können. Soweit ist es gekommen, daß die eine Seite die andere nicht mehr versteht. Gehen Sie in eine proletarische Massenversammlung - finden Sie dort noch Bürgerliche? Nein! Sie gehen nicht hinein, es liegt ihnen fern. Kriegszustand herrscht zwischen beiden: Einer siegt und der andere wird getötet. Wobei der Entschluß und die Willenskraft ausschließlich auf proletarisch-marxistischer Seite liegen, während die bürgerliche Seite bar jeder Entschlußkraft ist.

Die Frage, *wohin Deutschland kommen wird,* wenn wir uns die nationalsozialistische Bewegung hinwegdenken, beantwortet Hitler dahin:

In Deutschland wird sich Rußlands Schicksal wiederholen, nur unter entsetzlich furchtbareren Erscheinungen. Flammenzeichen sehen wir um uns, die alles beleuchten, die uns zeigen könnten, wohin wir gehen. Denn Rußlands Schicksal ist tausendfältig leichter als das deutsche. Ein Staat mit so ungeheuren Ländermassen kann von heute auf morgen nicht ganz zerstört werden. Aber selbst dort hat der Bolschewismus es fertiggebracht, über 30 Millionen Menschen durch Hunger langsam zu töten [14].

Wenn heute ein Kardinal [15] *- ich bitte das genau mitzuschreiben, damit mir nicht ein frommes Blatt morgen die Worte verdreht - hinweist auf die entsetzliche Christenverfolgung in Rußland* [16]*, auf die entsetzliche Entartung des ganzen menschlichen Wesens dort, so können*

---

12 Möglicherweise eine Anspielung auf die Äußerung Kaiser Wilhelms II. angesichts des bevorstehenden Krieges; am 1.8.1914 vor dem Königlichen Schloß: "In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche." Am 4.8.1914 in einer außerordentlichen Sitzung des Reichstags: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche."

13 Ironische Replik der Kommunisten auf den völkischen Gruß "Heil", bzw. den nationalsozialistischen Gruß "Heil Hitler".

14 Zur Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft und den daraus resultierenden Opfern vgl. Dok. 3, Anm. 20. Die genaue Zahl der Opfer ist bislang aufgrund unzureichender Quellen umstritten. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986 sowie Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

15 Gemeint ist Michael von Faulhaber (1869-1952), 1892 Priesterweihe, 1895 Dr. theol., 1903-1910 Professor für Altes Testament an der Universität Straßburg, 1910-1917 Bischof in Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal.

16 Kardinal Faulhaber hatte am 9.2.1930 in der St.-Michaels-Kirche in München eine vielbeachtete Predigt gehalten, in der er die sowjetische Kirchenpolitik, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in

wir nur die Antwort geben: Diese entsetzliche Entartung tobt in Rußland seit 12 Jahren ununterbrochen, und niemand hat dagegen Stellung genommen. (Stürmische Zustimmung.) In diesen 12 Jahren wurden in Rußland Hunderttausende von Menschen von entmenschten jüdischen Mordbanditen hingerichtet, gefoltert, geschunden, zu Tode gequält, und niemand hat dagegen gesprochen, im Gegenteil: Unsere Regierungen saßen mit den Mördern an einem Tisch und haben mit ihnen gezecht [17]. *(Stürmische Zustimmung.) Regierungen, in denen das katholische Zentrum sitzt, die katholische Bayerische Volkspartei, haben diese Mordregierung in Rußland anerkannt* [18]. *(Anhaltende Zustimmungskundgebungen.) Sie haben es überhaupt erst ermöglicht, daß diese Menschheitspest sich in diesem Umfang entwickeln konnte.*

Ja mehr noch, die Parteien, die eigentlich vorgeben, das Christentum zu vertreten, was tun sie? *Sie stützen in Deutschland genau dieselbe Bewegung*, die am Endziel das gleiche wünscht, und einzelnes, was sich in Rußland abspielt, hat unter dem Schutz einer sogenannten christlichen Zentrumspartei seit Jahren in Deutschland zerstörend gearbeitet.

Wir können es erleben, daß in diesem kleinen Lande unter dem Motto des Christentums *die Bayerische Volkspartei sich auch heute noch nicht schämt, für das Schächten einzutreten* [19]. Diese christlichen Parteien haben ganz vergessen, daß eine Linie geht vom Schächten des Menschen in Rußland zum Schächten des Viehes bei uns. (Lauter Beifall.) Sagen Sie also nicht: Wir sind weit entfernt von diesen Zuständen! Nein, unter Führung unserer christlich-demokratischen Parteien marschieren wir in rapider Schnelligkeit in diese Zustände hinein. Wir haben sie heute in Wirklichkeit doch bereits da. Was für ein Unterschied besteht denn zwischen Rußland und uns?

Der Herr Kardinal sieht nur, daß man in Rußland die Kirchen schließt und die Priester tötet.

Wir können in Deutschland darauf hinweisen, daß zumindest geistig in ganz Deutschland Tag für Tag ungestört unter Mitwirkung oder Duldung einer sogenannten christlichen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei auf unseren Bühnen, im Kino, überall in unserer

---

der Sowjetunion scharf kritisierte. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.2.1930, "Kardinal Faulhaber über den Bolschewismus" sowie Dok. 3, Anm. 7, 10 und 11.

17 Anspielung auf die deutsche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion, welche bereits durch den am Rand der Wirtschaftskonferenz von Genua am 16.4.1922 abgeschlossenen bilateralen Rapallo-Vertrag normalisiert worden war. Der damals als Sensation empfundene Vertrag gab Sowjetrußland, aber auch Deutschland die Möglichkeit, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen und vielfältige diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sonderbeziehungen zu entwickeln. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 151 ff. Druck des Vertrags: RGBl. 1922, II, S. 677 f.

18 Die deutsch-sowjetische Kooperation, die sich im Vertrag von Rapallo vom 16.4.1922 und im deutsch-sowjetischen Handelsvertrag vom 12.10.1925 manifestierte, wurde auch vom Zentrum mitgetragen. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 450 f.
Die Reichstagsabgeordneten von Zentrum und BVP stimmten am 4.7.1922 dem Vertrag von Rapallo zu. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920, Bd. 356, Berlin 1922, S. 8271.

19 Am 27.6.1929 wurden im bayerischen Landtag drei Eingaben gegen das Schächten behandelt und mit 70 gegen 38 Stimmen zustimmend an die Staatsregierung weitergeleitet. Von den anwesenden Abgeordneten der BVP stimmten alle gegen den Antrag, in der Überzeugung, daß - so Anton Scharnagl - "auf die religiöse Überzeugung der gläubigen Juden Rücksicht genommen werden" müsse. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 51. Sitzung vom 27.6.1929, München 1929, S. 484 ff.
Zur zeitgenössischen Auseinandersetzung vgl. Jacob Levy, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin ^{2}1929.

ganzen Literatur das getan wird, was man in Rußland praktisch heute ausführt. Hier wird geistige Vorarbeit geleistet, und eines Tages wird auch hier die praktische Konsequenz gezogen, genau wie man sie in Rußland gezogen hat. Blindheit der Menschheit, jahrelang eine Entwicklung nicht sehen zu wollen und dann die Augen aufreißen und zu sagen: Herrgott, ist das möglich?

Wir Nationalsozialisten können mit gewisser Befriedigung feststellen, daß die Zahl derer, die sich zu unserer Auffassung bekennen, wesentlich größer geworden ist [20]. In den Reden sogenannter Bürgerlicher finden wir immer mehr den Hinweis, daß wir uns in rapidem Schritte ähnlichen Zuständen nähern. Im Grunde genommen ist dabei dieser

Bolschewismus nur der Herrschaftsausdruck einer Rasse,

die zwischen uns sitzt. Will man diese Dinge beseitigen, so muß man *gegen dieses Volk selber Stellung nehmen.* Wer sagt, der Bolschewismus ist überwunden, ist ein indolenter Dummkopf, der nicht sehen und hören will, oder ein Verbrecher, der mithelfen soll. (Starker Beifall.)

Die Schicksalsfrage: Herrschaft des Wahnsinns oder Herrschaft der Vernunft?

So stehen wir an der Wende der Zeit, in der nur zu leicht der Wahnsinn die Herrschaft bekommen kann. Sagen Sie nur nicht, das ist undenkbar, wir sind zu fortgeschritten! Vergessen Sie nicht, daß wir in 6 Stunden Flugzeugfahrt im Lande des Wahnsinns sein können [21], in einem Lande, größer als der alte europäische Kontinent. Und vergessen Sie nicht, daß auch bei uns eine Zeit war, in der der Wahnsinn regierte. Wir haben auch heute eine Unterwelt, die ruhig zusehen würde, wenn man deutsche Menschen verbrennt, die ihr nicht behagen. Der Wahnsinn kann jedes Volk ergreifen - oder war die Tat des 8. November [1918] [22] nicht auch der Ausdruck eines Massenwahnsinns?

Gewiß kann aus einer solchen Zeit auch die Kraft kommen, das Gift auszuscheiden und neue, gesunde Formen zu bilden. Wie ist das möglich? Die Geschichte der Völker spielt sich tagtäglich ab im sogenannten politischen Kampf, der für die Vergangenheit die Geschichte ist. Das deutsche Volk kann vielleicht heute die Kraft finden, um den Verfall innerlich und äußerlich zu überwinden. Aber es wird die Kraft in seinem politischen Leben nicht finden dort, wo bisher die Schwäche vorhanden war.

Wir können eines feststellen: Die Konsequenz der Organisation der *marxistischen Partei* muß unser Volk in den Abgrund hineinführen. Hier ist nichts zu retten und zu ändern: auf der einen Seite der Wahnsinn der Massen, auf der anderen Seite die Verbrecherintelligenz einer kleinen Führerrasse, die sich dieses Instrumentes bemächtigt hat und rücksichtslos zur Zertrümmerung unseres Volkes einsetzt.

Die andere Frage ist, ob die *bürgerliche Parteiwelt* helfen kann? Wir müssen leider mit einem glatten Nein antworten. Weshalb? Es strauchelt nicht, was nicht irgendwie reif zum Falle ist. Wenn das Moltkesche Wort wahr ist, daß das Glück auf die Dauer nur beim Tüchtigen

20 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

21 Die Entfernung Königsberg - Moskau betrug Luftlinie 1.340 km. Die Reisegeschwindigkeit des damals häufig eingesetzten Passagierflugzeugs Junkers W 34 betrug 210 km/h. Vgl. Junkers und die Weltluftfahrt. Hrsg. von F. A. Fischer von Poturzyn, München [2]1935, S. 177.

22 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

ist [23], dann ist ebenso richtig, daß das Unglück auf die Dauer nur beim Untüchtigen ist. Die Parteigeschichte sagt, daß *seit 60 Jahren das Unglück dauernd auf der bürgerlichen Seite ist. Das ist der Ausdruck eines inneren Unvermögens, der Unzulänglichkeit, der Fehlerhaftigkeit, der Brüchigkeit dieser bürgerlichen Parteiwelt.*

In großen Zügen führt Hitler dies vor Augen.

1. *Die bürgerliche Parteiwelt hat keine Ideale vor sich.* Für was kämpft sie? Für Ruhe und Ordnung, wirtschaftliche Genesung. Meine teuren Zuhörer: Das sind keine Ideale, mit denen man Weltanschauungen entgegentreten kann. Die Ruhe und Ordnung ist ein Zustand, der an sich nicht das einzig Erstrebenswerte ist.

Nicht Ruhe und Ordnung muß das Ziel für eine Volksführung lauten, sondern Entwicklung aller Kräfte zur Selbstbehauptung einer Rasse auf der Welt. (Stürmischer Beifall.)

Wir müssen weiter sagen: *Die bürgerliche Parteiwelt hatte kein Ziel vor Augen, das irgendwie in der Zukunft liegt.* Es ist kein Ziel zu sagen: Wir wollen das Reich in seiner Macht und Stärke erhalten, auch nicht, wir wollen den Export im nächsten Jahre von 21.000 Millionen auf 21.400 Millionen [*RM*] steigern [24]. Das ist kein Ziel für eine politische Leitung einer Nation. Es ist auch kein Ziel zu sagen, *wir wollen das, was war, wieder aufrichten.* Das ist Vergangenheit. Die bürgerliche Parteiwelt hat niemals klare Ziele vor Augen gehabt. Was war ihr *Schlußziel*, als die bürgerliche Parteiwelt am schwersten und genauesten gewogen wurde, als der gewaltige Krieg über die Welt hereinbrauste? Da hatte das bürgerliche Deutschland kein Ziel des Kampfes [25]. Es fehlt jeder Glaube selbst an die Möglichkeit der Aufrichtung eines neuen Reiches mit neuen Gedanken, mit neuem Inhalt. Das kommt aus dem Mangel jeglicher Weltanschauung.

Auf der einen Seite der Marxismus als Weltanschauung des Wahnsinns, dem aber gegenübertritt eine bürgerliche Parteiwelt ohne jede Weltanschauung. Wenn Weltanschauungen kämpfen, brechen bürgerliche Gebilde mit wirtschaftlichen Schlußzielen [26] wie Spreu zusammen. Für Weltanschauungen sterben Millionen, für die Wirtschaft niemand, am wenigsten ihre Träger selbst.

2. Werfen wir der bürgerlichen Parteiwelt vor, daß sie keinen Volksbegriff kannte. Eine Bewegung oder Partei, die von vorneherein es nicht fertigbringt, eine so robuste Menschenmasse, wie sie nun einmal in unserer Arbeiterschaft vorhanden ist, einzugliedern in das politische Leben, fähige Köpfe mit heranzuziehen, eine solche Bewegung hat keine Zukunft vor sich. Es wird ewig der Ausgleich gefunden werden müssen zwischen Geist und Willen, und wenn der Geist allein als Wissen zu dominierender Höhe emporwächst, ist es notwendig, daß plötzlich in diesen Geist hinein die robuste Willenskraft der Masse kommt, die nicht vor tausend Wenn und Aber zurückschreckt, die noch die Natürlichkeit des Kindes hat.

---

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

24 1929 führte das Deutsche Reich im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 14.215,1 Millionen RM aus. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 191.

25 Zur deutschen Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkriegs vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

26 In der Vorlage: Schließzielen.

Unsere bürgerlichen Parteien sind überaltert [27]. Das ist ihre Schicksalsstunde gewesen, daß sie nicht verstanden haben,

den vierten Stand,

der langsam wuchs und zunächst nur Stand, Beruf war, *herauszureißen aus den Fabriken und hineinzustellen mitten in ihre politische Welt, nicht verstanden hat, Führer zu werden dieser Arbeiterschaft, sondern in einem zum Teil elenden Hochmut, erbärmlichen Dünkel und einer Überlegenheit, die nie da war, auf sie heruntersah* [*sic!*]. (Stürmischer Beifall.) Sie mußten die Quittung für ihr Tun bekommen, sie wollten nicht der Kopf des deutschen Arbeiters sein und so haben sie es fertiggebracht, *daß der Jude sein Kopf wurde.* Eine fremde Intelligenz haben sie zum Führer derer gemacht, die sie selbst nicht beachtet haben. Das ist das furchtbare Schicksal, seit dem Augenblick beginnt der Verfall unserer bürgerlichen Parteiwelt.

Demokratie auf der einen Seite, Schwäche auf der anderen, Unfähigkeit, frisches Blut nachzuziehen, Abkapselung und Verkalkung, das führte dazu, daß auch dem Bürgertum die Macht aus der Hand gewunden wurde, denn hinter der Wirtschaft erscheint ein Mächtigerer: *das Kapital an sich.*

Das bürgerliche Zeitalter vergißt, daß alle Kraft, Macht und Stärke am Ende im Volke liegt, nicht in künstlichen Konstruktionen, nicht in der Wirtschaft, nicht in einer Staatsform, nicht im monarchischen System. Der ewige Quell der Kraft eines Volkes heißt nicht Wirtschaft, Monarchie, Staatsverwaltung, nicht Ruhe und Ordnung, sondern

Volk, Fleisch und Blut.

Das sind die Träger der Kraft, und wer diese Quellen verdirbt oder beseitigen läßt, der beseitigt damit die ewige Kraft des Volkstums. *Die bürgerliche Welt hat sich an dem am meisten versündigt.*

Sie hat keine Stellung genommen zum schwersten Problem, zum Problem der Rasse. Volkstum war ihr im Grunde nur eine Sprachgemeinschaft. Es ist eigentlich schlimm, immer zu sagen, mein Vaterland reicht, soweit die Sprache geht. Nein, es müßte heißen, soweit unser Blut geht. Sprache kann man erlernen, Blut nicht. Der Jude, der Tscheche kann Deutsch lernen, denken aber tut er jüdisch und tschechisch. Er wird nie zum Deutschen werden. Im Blute allein liegt die Wurzel jeglicher Kultur.

Wenn heute Kardinal *Faulhaber* bedauert, daß in Rußland diese entsetzliche Kulturbarbarei eingerissen ist, so ist darauf hinzuweisen: Ein Volk, dessen Intelligenz nicht mehr seines Blutes ist [*sic!*], kann nicht anders, als in Kulturbarbarei [*zu*] versinken. Kultur ist Ausdruck der inneren Seele und des Wesens des Volkstums. Wenn sie einem germanischen Volk einen fremden Kopf aufsetzen, kann dieser fremde Kopf nicht das germanische Volk verstehen. *Nicht umsonst sehen wir heute diese planmäßige Kulturzerstörung vor unseren Augen,* sehen wir, wie alle großen Erscheinungen des Kulturlebens *abgebaut* werden, wie man Bühne um Bühne eingehen läßt [28]. Ein Volk, das selbst nicht mehr seine eigenen blutsmäßigen Bindun-

27 Zur Soziologie der bürgerlichen Parteien vgl. Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart [4]1977, S. 41 ff.

28 Durch die Weltwirtschaftskrise und die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wurden die deutschen Theater schwer belastet; 1925 spielten im Deutschen Reich 385 Theater- und Operhäuser, 1930 nur noch 257. Vgl. Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Theatergeschichtliches Jahr- und Adressenbuch 43 (1932), Berlin 1932, S. 56 ff., 636 f. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 99.

gen kennt, darf auch keine eigene Kultur besitzen. Und braucht auch keine solche Kultur. *Das Volk, das einst vor einer Madonna stand und mit ihr redete, hat keine Verbindung mehr mit dem Kitsch, den man ihm heute als Malerei vorsetzt. Das Volk, das einst die großen Meister bejubelte, hat keine Beziehung mehr zu dem, was ihm an jüdischer Kost vorgesetzt wird.*

Damit ist auch der Instinkt langsam zerbrochen. Instinkt ist das unbewußt richtige Treffen des einzelnen Lebewesens: es liegt in der

Sicherheit des eigenen Blutes.

Hitler erinnert an die *Österreicher* im Krieg. *Je nach der Sprache ihres Blutes brachen die Divisionen auseinander* [29]. So wie ein Volk diese innere Einheit verliert, wird es langsam zu der Unsicherheit kommen, die wir sehen. Wer hat dem Volk das Gefühl genommen, das ihm not tut? Die Zeit der bürgerlichen Politik! *In ihrer Epoche ist unser Volk langsam an Geist und Seele zersetzt worden.*

Heute sehen wir auf der ganzen Welt den Versuch, den Völkern ihre innere Einheit zu nehmen, sie zu Bastarden zu machen, damit der Jude sie langsam in seine Hand bekommt. Das ist die große Entwicklung, die seit 1918 praktisch vor unseren Augen sichtbar wird.

Nur die eine Frage: Erwarten Sie in Deutschland eine Erlösung von den Parteien, die selbst das alles bewußt verschuldet haben? Von den marxistischen Parteien - das wäre lächerlich! Von den bürgerlichen Parteien - dann ist die Frage: Können sie sich noch einmal verjüngen?

Alle neuen Parteigebilde konnten in Wirklichkeit keine neuen Persönlichkeiten in den Vordergrund schieben, in allen kritischen Zeitläuften nicht einen Kopf ihrer eigenen Partei an die Spitze stellen. *Die bürgerliche Demokratie mußte beim alten Heere Anleihen aufnehmen* und alte Generäle hervorzerren, um sie der bürgerlichen Welt zu präsentieren. Was ist ein deutscher Reichspräsident? Ist Hindenburg etwa berühmt, weil er deutscher Reichspräsident ist? *Oder ist nicht auf eine gewisse Zeit lang wenigstens diese Stelle vergoldet worden durch einen Mann, der einen Namen aus dem Weltkrieg mit sich gebracht hat?* (Lebhafte Zustimmung.) Was verschafft Hindenburg die Achtung der Welt? Daß er ein Reichspräsident ist, der *der alte Führer der deutschen Armee* gewesen ist [30], ein Ruhm, den bis heute sogar die politische Tätigkeit nicht vollständig vernichten konnte. (Beifall und Heiterkeit.)

Die zwangsläufige weitere Entwicklung ist kurz folgende:

Auf der einen Seite ist fanatischer Idealismus, wenn auch wahnsinniger Tendenz. Auf der anderen Seite alte vermoderte Gebilde, etwas *neu aufgebügelt*, aber in Wirklichkeit mit alten Personen besetzt. *In kritischen Zeitläuften öffnet man die Grüfte und holt die ältesten Geister der deutschen Vergangenheit hervor und stellt sie, links und rechts gestützt, auf die Bühne hinauf: Damit glaubt man einer Weltpest entgegentreten zu können, die ihre Fahnen flattern läßt über Wladiwostock bis weit hinein in das Herz der amerikanischen Union.*

Etwas dürfen wir bei einem Regenerationsprozeß dieser bürgerlichen Welt nie vergessen: Im Marxismus finden sich viele tatkräftige Männer, die genauso gut im bürgerlichen Lager stehen könnten. Das Gebet des bürgerlichen Politikers lautet: *Herr, gib unserem Volke einen*

29 Vgl. Anton Graf Bossi Fedrigotti, Kampfwert der Nationalitäten im k. u. k. Heer. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 18 (1969), S. 179-183.

30 Zu Hindenburgs militärischer Tätigkeit vgl. Robert B. Asprey, The German High Command at War. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I, New York 1991.

Führer, aber laß ihn keinen Mann sein! Herr, mach uns frei, aber behüte uns vor der Kraft, die die Freiheit erkämpft! Sie scheuen jede Energie, jede Tatkraft und haben es fertiggebracht, daß tatkräftige Männer der Masse nicht zu ihnen kommen konnten.

Die Marxisten sind Verbrecher, aber als Verbrecher haben sie noch viele Männer. Die bürgerliche Parteiwelt ist weder heiß noch kalt, sondern lauwarm. Vergebens sucht man in ihren Reihen einen eisenharten stählernen Kopf. Sie wollen die Köpfe nicht und werden deshalb in der Geschichte nicht mehr auftreten können, denn die Geschichte wird nicht von alten, neu aufgebügelten Parteien mit uralten Männern, sondern durch Kräfte gemacht.

Damit sehen wir vor uns ein furchtbares Ende. Die marxistische Weltpest greift immer mehr um sich. Was hat die bürgerliche Welt ihr entgegenzusetzen? Nichts als ein Phantom,

die Staatsautorität.

Jagen Sie diese weg aus den Straßen Berlins, wo bliebe dann das deutsche Bürgertum? Zwei Kräfte ringen um die Staatsautorität: Die eine hat überhaupt kein eigenes Ausdrucksvermögen ihrer Kraft, die zweite ist selbst kraftvoll genug, um sich durchzusetzen. Wenn die Staatsautorität fällt, ist das deutsche Bürgertum verloren, ist der Marxismus der Herr im Staat. Staatsautorität ist nur Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck nicht mehr vorhanden ist, pflegen diese Dinge in die Brüche zu gehen. *Wenn heute in Deutschland der Marxismus marschieren würde und die Staatsautorität* so zerbräche wie 1918 - was würde dann dieser Pest überhaupt entgegengesetzt werden können? Die alten Parteien nicht - *nur eine neue Bewegung.*

Die Mission des Nationalsozialismus:

Die Wiedererweckung der deutschen Macht.

Drei Aufgaben kann eine solche neue Bewegung haben:

1. Wiederherstellung eines geschlossenen deutschen Volkskörpers.

2. Wiederherstellung der inneren Kraft dieses Volkskörpers.

3. Wiederherstellung der Lebensmöglichkeit dieses Volkskörpers nach außen, d. h. Freiheit und Brot[31].

Aus dem heraus ist vor nunmehr 11 Jahren die junge nationalsozialistische Bewegung erstanden[32]. Vor elf Jahren sind wir zusammengetreten und haben ein neues Gebilde aus der Taufe gehoben, klein und unscheinbar, und wir haben nichts besessen wie einige allgemeine Grundsätze, die zum mindesten richtig erschaut waren [*sic!*]. Und diese junge neue Bewegung hatte etwas als Voraussetzung für später: keine Namen, keine Politiker, keine sogenannten Prominenten in ihren Reihen. Was in Deutschland notwendig war, war die Bildung einer vollkommen neuen, mit revolutionärem, geistigen Elan erfüllten Bewegung. Diese versuchten wir 1919 in das Leben zu rufen. Und wir konnten mit Stolz sagen: Bei den Führenden dieser Bewegung befand sich kein Name, keine prominente Persönlichkeit, kein Parlamentarier, kein

31 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des Völkischen Beobachters überschrieben.

32 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl, S. 11 ff. sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

Journalist, keine Zeitung stand hinter uns. Ein paar Frontsoldaten und ein paar deutsche Arbeiter sind es gewesen, die damals erkannten: Alles kapituliert, alles verkriecht, alles fügt sich und stellt sich auf den Boden der Tatsachen - so wollten wir eine Bewegung bilden, die entgegen dem Geist der allgemeinen Korruption und Ergebung in das Schicksal sich zurückbesinnt auf diejenigen Grundlagen des Volksganzen, der Volksgröße, der Kraft eines Volkes, die allein bestimmt ist, einmal wieder eine glücklichere Zukunft zu erringen und zu erkämpfen.

Wir hatten nur den einzigen Grundsatz: Die Bewegung, die wir formieren und die keine alten Namen zählt, soll in Deutschland zunächst wieder einen Satz zur Geltung bringen, den einst ein Marschall geprägt hat: "Von meinen Soldaten trägt jeder den Marschallstab im Tornister! [33]" Dieses Wort hat sich erfüllt, *jeder trägt den Stab des Führers in sich.* In dieser Bewegung gibt es keine Protektion, keinen Adel, außer den Adel der Arbeit und der Leistung, das ist die Protektion, die es hier zu geben hat [34].

Endlich mußte diese Bewegung den

Begriff der Volksgemeinschaft

im größten Umfang wiederherzustellen sich bemühen. Wer nebeneinander marschieren will, muß den gleichen Schritt und Tritt gelernt haben, und den wollen wir dem deutschen Volk wieder beibringen, eine Organisation schaffen, die nur Deutsche kennt, in der der einzelne lernen muß, sich mit seinem Blutsgenossen wieder zu verstehen, in der er aufnehmen muß das Tempo des Denkens als Inhalt des ganzen Lebens [*sic!*]. Man konnte sehen, wie sie vor sich tastend zueinanderkamen, die Kämpfer von der Barrikade rechts und links, wie sie langsam sich schätzen und kennenlernten: Das ist auch ein Kerl, auch der hat ein Ideal, ein Mann, der für ein Ideal zu sterben bereit ist, ist noch immer gut, mit dem kann man sich verständigen.

Die Nationalsozialisten sind erstanden. Schon in ihrem Namen sind zwei extreme Begriffe miteinander verbunden: das Nationale und das Sozialistische zusammengefügt in einem Begriff. Was unser Volk am meisten zerrissen hat, wurde plötzlich der Kitt, der es am stärksten zusammenfaßt und unzertrennbar verband. Der Grundsatz lautete: Wir treten ein für die Rechte aller Volksgenossen im Innern, wir kennen keinen privilegierten Stand oder Klasse, wir dulden nicht, daß jeder Stand glaubt, auf Kosten des anderen leben zu können. Die Menschen müssen sich bei ihren Fäusten nehmen und endlich die Phalanx [35] bilden, die das neue Deutschland verkörpert.

So ist es klar, daß wir für die Rechte des gesamten Volkes nach außen eintreten. *Ich kann nicht Sozialist sein, wenn ich mein Volk nach außen unterdrücken lasse. Ich kann nicht vom Lebensrecht im Innern schwätzen, wenn ich das Lebensrecht nach außen nicht verteidige.* Wir sind als Nationalsozialisten die fanatischsten Vertreter des Lebensrechtes unseres Volkes, dieses Recht kann unserem Volke nur die eigene Kraft wiedergeben, denn wir wissen: Nicht Frankreich, nicht England, auch nicht Italien, kein Völkerbund und keine Konferenz gibt unse-

33 Der Satz geht auf einen französischen Ausspruch in napoleonischer Zeit zurück und wird gewöhnlich Napoleon I. zugeschrieben. In einer schriftlichen Quelle läßt sich der Satz jedoch erst in einer Ansprache Ludwigs XVIII. belegen, die dieser am 8.8.1819 vor der École des Saint-Cyr hielt.

34 Zum damaligen Sozialprofil der Führung von NSDAP und SA vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

35 Tiefgestaffelte, geschlossene Schlachtreihe des schweren Fußvolks in der griechischen Antike.

rem Volk das Leben. Das Geheimnis, das uns Leben gibt, ist die *Wiedererweckung der deutschen Kraft und der deutschen Macht.* Das wollen wir Nationalsozialisten in die Wirklichkeit umsetzen.

Wie konnten sie das wagen?

Heute ist die Frage nicht mehr berechtigt. *Heute vor 10 Jahren im Münchner Hofbräuhausfestsaal traten wir zum ersten Male im öffentlichen Leben auf*[36]. Und als ich den Saal betrat, war zum ersten Male vor mir eine Masse von Menschen, wie ich sie seitdem tausendmal erlebt habe, zum erstenmal setzten sich meine jungen Frontkameraden ein und zeigten den Terroristen, daß die Stunde gekommen war, wo nicht mehr der Wahnsinn unbehindert regieren konnte, sondern ihm die Vernunft entgegentrat. Zum ersten Male begann sich in einer öffentlichen Versammlung die Masse zu wandeln.

Es kam die Zeit der Unterdrückungen [37] - jede Unterdrückung härtete uns, und jedes Verbot schweißte die Schar fester zusammen. Und parallel mit dem Wachstum ging der Glaube, der uns auszeichnet vor allen anderen im Deutschen Reiche:

Wir glauben an unseren Sieg,

weil wir überzeugt sind von der Notwendigkeit des Sieges, weil wir bereit sind, dem alles zu geben, was wir als Menschen zu geben in der Lage sind.

Während ein Volk zerfällt, bricht sich ein neuer Staat Bahn. Während sie sich streiten um die Flaggen und Symbole [38], *erhebt sich ein neues Symbol* [39] *im ganzen Deutschen Reich, das nicht durch Unterhandlungen und Besprechungen eingesetzt wird, sondern das sich bewähren wird im Kampf. Das ist unser heiligstes Ziel, dem deutschen Volk die Einheit zu geben und als Symbol nach außen ein Wahrzeichen der geeinten deutschen Volkskraft und des geeinten deutschen Volkstums, ein Symbol, das nicht durch Parlamentsbeschluß in Deutschland eingeführt wurde, sondern sich im ewigen Kampf durchgesetzt hat, das überall dort, wo für Deutschlands Ehre und Freiheit gekämpft wurde, weit voran an der Spitze flatterte. Die Achtung wird diesem Symbol einst durch die Geschichte gegeben werden. Unser Stolz ist, daß sich heute unter diesem Zeichen der deutsche Wille erhebt, einst aber unter diesem Zeichen sich das deutsche Volk nach außen erheben wird.* (Anhaltender, stürmischer Beifall.) [40]

---

36 Am 24.2.1920 hatte Hitler im Münchner Hofbräuhaus das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

37 Vgl. Dok. 13, Anm. 36.

38 Zum Flaggenstreit vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 240 ff.

39 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne.

40 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. März 1930 Dok. 21
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.3.1930.

Am 24. Februar 1920 hielt die nationalsozialistische Bewegung ihre erste große öffentliche Massenversammlung ab [1]. Nachdem sich dieser Tag nun zum zehnten Male jährt, will ich als Hauptbeteiligter an dem Ereignis einige Erinnerungen aus dieser Zeit und diesen Tagen hier wiedergeben.

Jede Partei wird auf ihre besondere Art und Weise aus der Taufe gehoben. Bürgerliche, parlamentarische Parteien verdanken ihre Entstehung fast hundertprozentig veränderten "Konstellationen" und "Tatsachen" oder veränderten Konjunkturaussichten. Das Wesentliche bei bürgerlichen Parteineuschöpfungen ist, daß scheinbar neue Parteien entstehen, die Personen aber immer die alten bleiben. Da nun der Geist von den Personen ausgeht und nicht umgekehrt, ist der Geist der neuen Partei immer haarscharf derselbe, wie er bei den alten war. Ein Firmenschild, das etwas verrußte, oder wie es in der Politik zu sein pflegt, etwas verschmutzte, wird durch ein neues, frisch aufgemaltes ersetzt. Das ist alles. Als im Jahre 1918 die Revolution kam und das Regiment der alten Parteien mit einem Schlage beseitigte, da war sogar die Angst an den Neugründungen der bürgerlichen Parteien [2] als Geburtshelferin nicht unwesentlich beteiligt. Das nationale Patriotentum verkroch sich in alle Mauselöcher und verlor im ersten Augenblick jeglichen Appetit, sich überhaupt in diesen aufgeregten Zeitläuften noch weiterhin politisch zu betätigen. Bürgerliche Parteiführer wurden auf kürzere oder längere Zeit politisch unsichtbar, und erst nach Änderung der Firmenschilder und nach der Feststellung des im allgemeinen eben doch unblutigen Charakters der Revolution begannen die Mutigen langsam wieder aufzutauchen. Die neuen Parteibildungen waren damit zu genauen Abbildern der alten Parteien geworden. Im Wesen und im Sinn hatte sich nichts verändert. Und das fiel in eine Zeit, die die größten Umwälzungen mit sich gebracht hatte. Weltkrieg, mitteleuropäischer Zusammenbruch und deutsche Revolution hatten keine innere Veränderung unseres deutschen Parteiwesens zur Folge. Die bürgerlichen Parteien schrieben sich damals ihr eigenes Todesurteil. Es hätte für sie nur eine einzige Möglichkeit gegeben, erfolgreich die Zeit zu überstehen und vielleicht noch einmal eine Rolle zu spielen; sie hieß: neue Männer. Wenn irgendein Geschäft von seinen Inhabern oder Direktoren in ersichtlicher Weise vollständig zugrunde gerichtet wird und einer einfach miserablen Verwirtschaftung [*sic!*] erliegt, dann wird es keinem Menschen einfallen zu glauben, daß an eine Wiederauferstehung dieses Geschäftes gedacht werden könnte, wenn die alten Männer blieben und nur das Firmenschild verändert würde. Die politischen bürgerlichen Parteien, die einen großen machtvollen Staat in ihre verantwortliche Leitung genommen hatten, haben Macht und Staat in der erbärmlichsten Weise vertan. Trotzdem glaubten sie ohne jede innere Veränderung oder Umgestaltung das Spiel, das sie schon

---

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 36.

2 Zu Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Parteiensystems nach 1918 vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 129 ff.

einmal verloren hatten, noch einmal wagen und vielleicht gewinnen zu können. Es fehlte ihnen jedes Verständnis, daß die Sozialdemokratie einen hohen Prozentsatz ihrer Erfolge einfach der Tatsache zuschreiben konnte, daß nicht wenige aktivistische Kräfte unseres Volkes von politischer Begabung schon infolge ihrer Herkunft in den bürgerlichen Reihen eine Betätigungsmöglichkeit nicht erhalten hatten und nie zu erhalten vermochten. Es war wirklich so, daß in den bürgerlichen Parteien eine in sich geschlossene Gesellschaftsschicht regierte, ein Eindringen fremder und besonders fähiger Elemente dabei eifersuchtsvoll abwehrte und dadurch alle die Kräfte verlor, die später der Sozialdemokratie zugute kamen. Es regieren heute in Deutschland viele tatkräftige und energische Männer der Linken, die bei einer anderen Veranlagung und Gestaltung unseres bürgerlichen Parteilebens ebensogut dort hätten hineinwachsen können, wenn man nicht in diesen Kreisen überhaupt jede frische und junge Tatkraft abgelehnt hätte. So konnte man, ohne großer Prophet zu sein, im Jahre 1918 anläßlich der Neuaufrichtung der bürgerlichen Parteiruinen folgendes voraussagen: Ein Kreis alter, abgewirtschafteter Parlamentarier sieht die Unmöglichkeit einer weiteren Fortführung der bisherigen Parteien im alten Zustande. Unfähig, die Zustände an sich zu ändern, und ohne Willen, neuen Elementen die Führung mit in die Hand zu geben, verändert man lieber die alten Parteien in neue, paßt sich damit rein äußerlich den veränderten Zuständen an und hofft, damit das Auge des Volkes betrügen zu können. Um diese Parteigebilde am Leben zu erhalten, ist man gezwungen, an der einzigen Stelle personelle Anleihen zu machen, die, vom Bürgertum zu seinesgleichen gerechnet, einen hohen Ruhm sich gutschreiben konnte. Die bürgerlichen Parteien greifen in ihrer eigenen Impotenz in allen kritischen Augenblicken auf das Heer zurück, holen sich aus der Schar großer Feldherrn und Generale den einen oder anderen mit klingendem Namen heraus und spannen ihn vor ihre elenden Parteigebilde [3]. Die Generale aber sind ebenso unpolitisch naiv wie die bürgerlichen Parteiführer gewissenlos. Aus dieser Ehe kommt kein neues, junges Leben, sondern der bessere Teil wird vom kranken angesteckt und verseucht. Das Ergebnis des Versuches, neue Geschichte durch überaltete [*sic!*] Namen machen zu wollen, kann nur eine gewisse Zeit lang Erfolge aufweisen, muß aber endlich am tatsächlichen inneren Unvermögen allen offenbar werden und scheitern. Man konnte deshalb voraussagen, daß die bürgerliche Parteiwelt, die sich gegen jede lebendige Blutsergänzung aus dem eigenen Volkskörper schärfstens verwahrte, in absehbarer Zeit absterben mußte. Die neuen Parteigründungen waren am Tage ihrer Geburt bereits mit allen jenen Krankheiten behaftet, die ihre Väter in sich trugen.

Ganz anders vollzog sich das Werden der nationalsozialistischen Bewegung. An ihrer Entstehung hatte nicht ein einziger sogenannter "Politiker" Anteil. Sie zählte nicht einen einzigen Parlamentarier in ihren Reihen. Ja, ihre Begründer hatten überhaupt keinen Namen [4]. Wer in dieser Bewegung eine Rolle spielen wollte, mußte sich seine Stellung durch eigene Fähigkeiten, durch Talent und Fleiß selbst erkämpfen. Überhaupt konnte diese Bewegung keine "Ämter" verteilen, denn sie besaß nichts, was irgendeinen materiellen Wert gehabt hätte. Ihr

---

3 Vermutlich eine Anspielung auf den parteilosen Reichswehrminister Wilhelm Groener und den parteilosen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Zur Beurteilung Hindenburgs durch Hitler vgl. Dok. 20 sowie Bd. III/2, Dok. 29.

4 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnisses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt; IfZ, SV 136 sowie Dok. 20, Anm. 32.

Ziel war ein so verwegenes und kühnes, daß die kleine parteipolitische Kreatur angesichts der Opfer, der Gefahren und des Nichtvorhandenseins entsprechender Belohnungen von dem Gedanken eines Beitritts augenblicklich zurückgeschreckt wurde [*sic!*]. Wer will als "Prominenter" (das hieß aber damals als durch die geschichtliche Entwicklung als unfähig bewiesener Politiker) in eine Bewegung eintreten, die gerade das nicht hat, was für diese Elemente doch den innersten Antrieb zur politischen Tätigkeit ergibt. Keine Mandate, keine Amtsstellen, keine Sekretärposten, gar nichts von alledem. Was die Bewegung damals ihren Kämpfern und Mitgliedern in die Hand drücken konnte, war nicht eine Anweisung auf Gehaltsempfang oder Diäten, sondern eine Anweisung auf Kampf. Dem haben wir es zu verdanken, daß das ganze üble politische Zeug uns ferneblieb. Freilich war dafür der Kampf aber auch ein schwerer und harter. Es stand uns im Jahre 1919 und 1920 aber auch wirklich gar nichts zur Verfügung. Das allerschlimmste aber war, daß man nicht einmal reden konnte, denn es kam niemand, um zu hören. Die roten Straßenagitatoren hatten es sehr leicht. Sie marschierten im Geiste der damaligen Zeit. Sie konnten von vornherein mit einem bestimmten Zuhörerkreis rechnen. Als wir begannen, mußten wir die ersten Male froh sein, überhaupt auch nur vor einem Dutzend Menschen reden zu können. Was es bedeutete, selbst gänzlich unbekannt, hundert Menschen zu bewegen, überhaupt nur zuzuhören, können die im Rahmen alter Parteien stehenden Politiker überhaupt nicht ermessen! Wer zum Beispiel als Bayerischer Volksparteiler auftritt, kann sein, was er sein will, er ist immer der Sprecher einer bekannten Partei. Wer im Jahre 1919 oder 1920 als Nationalsozialist oder als Anhänger der Deutschen Arbeiterpartei auftrat, war nur, was er selber war. Was dann geworden ist, war ausschließlich das Verdienst der Männer, die es wagten, aus nichts eine neue Bewegung zu schaffen. Und es war mehr als ein Wagnis. Ich habe später oft und oft gehört, daß man eine Sache nur unternehmen dürfe, wenn soundsoviel Gewißheit für ihren Erfolg vorhanden sei. Ich möchte jeden dieser Herren fragen, wieviel Wahrscheinlichkeit auf Erfolg im Jahre 1919 wir für uns hatten, als wir uns als gänzlich unbekannte Männer (und noch dazu aus der untersten Masse unseres Volkes!) entschlossen hatten, diese neue Bewegung zu bilden? Von uns allen hat keiner später mehr gewagt als damals. Wir haben unser ganzes Leben auf eine Karte gesetzt, die selbst noch gar nicht einmal existierte. Und als ich am 24. Februar 1920 die erste wirkliche Massenversammlung der Partei einberief im Münchner Hofbräuhausfestsaal, da wußte ich wirklich nicht, ob überhaupt jemand kommt, wer kommt und wieviel kommen. Wir hatten allerdings schon ein paar Kundgebungen hinter uns, allein durchwegs in bescheidenerem Rahmen [5]. Wir hatten uns zur Werbung der Besucher für unsere früheren kleinen Versammlungen eines besonderen indirekten Systems bedient, das eigentlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitete. Wohl hat schon früher einmal ein schwacher Versuch zur Unruhestiftung in einer unserer kleinen Versammlungen stattgefunden, allein, er wurde blitzschnell beendet. Zur Versammlung im Hofbräuhausfestsaal wurden die Besucher zum ersten Male durch Plakate aufgefordert [6]. Kein Mensch wußte, ob

5 Im Beisein Hitlers am 16.10., 13.11., 26.11., 10.12.1919 sowie am 16.1., 23.1. und 9.2.1920; vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91 ff.

6 Druck: Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 93. Auf dem Plakat wird als Redner nur Johannes Dingfelder, nicht aber Hitler genannt. Zum damaligen Einsatz von Plakaten in der NS-Propaganda vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 149 ff.

nicht diese Aufforderung das Gegenteil von dem bewirken würde, was wir uns erhofften. Die innere Unsicherheit über den Ausgang dieses Wagnisses hatte schon vorher zur ersten Parteikrise geführt. Ein Teil des damals amtierenden Ausschusses bekam es angesichts der roten Drohung mit der Angst zu tun und wollte die Sache abgeblasen wissen. Ich stemmte mich mit aller Kraft dagegen, die Hasenfüße verließen die Partei [7], und die Versammlung wurde angesetzt. Als ich am Abend den Münchner Hofbräuhausfestsaal betrat, war das Wunder geschehen. Der Saal war brechend voll. 1.700 Menschen befanden sich in ihm [8] und unter ihnen in überwiegender Anzahl diejenigen, an die ich mich in erster Linie wenden wollte. Rote Arbeiter aller Parteischattierungen. Es gab Kampf und es schien eine Zeitlang fast, als ob die ganze Versammlung auffliegen sollte. Allein die jungen Nationalsozialisten, in erster Linie meine Kriegs- und Feldzugskameraden, setzten sich, an einigen Stellen des Saales buchstäblich mit dem blanken Seitengewehr, soweit durch, daß die roten Terroristen entweder hinausflogen oder niedergeschlagen wurden. 2 Stunden später hatte ich den Saal mit meiner Rede gewonnen. Was sich heute in tausend und abertausend Versammlungen [9] Monat für Monat wiederholt, war damit zum ersten Male in der deutschen Geschichte vorgeführt worden. Eine nationalsozialistische Massenkundgebung, nicht von Polizei, sondern vom Fanatismus der eigenen Parteigenossen geschützt, setzt sich gegen die roten Terroristen durch und endet mit dem Siege unserer Idee. Es war das damals noch eine harte Zeit, aber es war auch eine männliche. Unser Volk hatte äußerlich noch nicht die Ruhe und Ordnung wiedergefunden, aber innerlich bestand es noch aus "Männern". Heute sind wir, innerlich tausendmal verderbter, nur äußerlich sind wir wenigstens scheinbar in einen Zustand der "Ruhe und Ordnung" geraten, der für irgendeine traurige Beamtenseele vielleicht bewundernswert ist, für die Nation aber von tödlichen Folgen sein wird, wenn es nicht gelingt, unsere Lethargie zu überwinden. Der Träger dieses Kampfes gegen die Trägheit und Feigheit unserer Zeit ist aber unsere Bewegung.

---

7 Harrer hatte die zunächst für Januar 1920 angesetzte, erste wirkliche Massenversammlung der DAP für verfrüht gehalten und einen Rückschlag befürchtet. Nachdem sich Hitler durchgesetzt hatte, verließ Harrer am 5.1.1920 die DAP. Vgl. Tyrell, Vom "Trommler", S. 31 f.

8 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109, Anm. 3.

9 Nach Eröffnung einer parteieigenen Rednerschule im Sommer 1928 gelang es der NSDAP, die Zahl ihrer ausgebildeten Redner zu verdreifachen. Für die Reichstagswahl 1930 konnten beispielsweise etwa 1.000 Redner auf insgesamt 34.000 Wahlversammlungen eingesetzt werden. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 125.

6. März 1930 Dok. 22
"Nationalsozialismus und Landwirtschaft"
Anordnung

VB vom 7.3.1930, "Das Agrarprogramm der N.S.D.A.P." [1]

I. Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das deutsche Volk

Das deutsche Volk deckt einen erheblichen Teil seines Lebensunterhaltes durch Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Vor dem Weltkriege konnten wir diese Einfuhr mit den Einnahmen unserer industriellen Ausfuhr, unseres Handels und unseres im Ausland angelegten Kapitals bezahlen. Diese Möglichkeit hat uns der Ausgang des Weltkrieges versperrt [2].

Heute bezahlen wir unsere Lebensmitteleinfuhr in der Hauptsache mit geliehenem fremden Gelde. Dadurch wird das deutsche Volk immer tiefer in die Schuldknechtschaft der kreditgebenden internationalen Hochfinanz geführt [3]. Diese wird - bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes - das deutsche Volk immer mehr enteignen. Sie kann durch Sperren des Kredits und damit der Lebensmittelzufuhr, also durch Höherhängen des Brotkorbes, vor allem die deutschen Proletarier zwingen, in ihrem Dienste um Hungerlöhne zu arbeiten oder sich als Arbeitssklaven in ausländische Kolonien verfrachten zu lassen.

Befreiung von dieser Knechtschaft ist nur möglich, wenn das deutsche Volk sich im wesentlichen vom eigenen Grund und Boden ernähren kann.

Die Steigerung der Leistung der heimischen Landwirtschaft ist deshalb eine Lebensfrage für das deutsche Volk geworden.

Ein wirtschaftlich gesundes, kaufkräftiges Landvolk ist aber auch für den Absatz unserer in Zukunft immer mehr auf den Binnenmarkt verwiesenen Industrie von entscheidender Bedeutung.

---

1 Der damalige Leiter der Organisationsabteilung II bei der Reichsleitung der NSDAP, Konstantin Hierl, hatte - seinen Memoiren zufolge - "in Zusammenarbeit mit einer Anzahl von Fachleuten aus der Partei" vorliegende Richtlinien erarbeitet. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64 sowie Rundbrief Hierls an alle Gauleiter, Fraktionsvorstände, die Schriftleitung des VB und alle Referate der Reichsleitung vom 4.2.1930; BA, Slg. Schumacher 373. Die Richtlinien wurden in der vorliegenden Form durch Hitler genehmigt und als Ergänzung zum Parteiprogramm der NSDAP veröffentlicht. Vgl. die textgleiche Flugschrift vom März 1930; BA, Slg. Schumacher 214 ferner Lagebericht N/Nr.90 der Polizeidirektion München vom 8.4.1930; BayHStA, MA 101235/3. Dort heißt es u.a.: "Mehrere hervorragende landwirtschaftliche Sachverständige gegnerischer Bauernorganisationen bezeichnen das Agrarprogramm der N.S.D.A.P. in vielen Fällen als praktisch undurchführbar. Die Ortsgruppen [*der NSDAP*] wurden durch die Reichsleitung aufgefordert, das Agrarprogramm der Partei, das in einem vierseitigen Flugblatt erschien, unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung planmäßig zu verbreiten."

2 Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1928 4.203,3 Mio. RM (29,9% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 4.288,2 Mio. Mark (27,5% des reinen Warenverkehrs). Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1928 in Höhe von 630,9 Mio. RM (5,2% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 in Höhe von 1.465,9 Mio. Mark (9,2% des reinen Warenverkehrs) ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 187.

3 Die Auslandsschulden des Deutschen Reichs, der Länder und Gemeinden beliefen sich am 31.12.1929 auf 2.608,8 Mio. RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 516.

Wir erkennen nicht nur die überragende Bedeutung des *Nährstandes* für unser Volk, sondern sehen *im Landvolke auch den Hauptträger volklicher Erbgesundheit, den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft.*

Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechend starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik, gerade deshalb, weil diese auf das Wohl des Gesamtvolkes auch in den kommenden Geschlechtern gerichtet ist.

II. Mißachtung des Bauernstandes und Vernachlässigung der Landwirtschaft im gegenwärtigen deutschen Staate.

In Nichtachtung der biologischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Bauernstandes und im Widerspruch zu der lebensnotwendigen Forderung einer gesteigerten Leistung der Landwirtschaft ist die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes im heutigen deutschen Staat auf das schwerste bedroht.

Die an sich wohl mögliche erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird verhindert, weil die dazu nötigen Betriebsmittel infolge zunehmender Verschuldung der Landwirte [4] mangeln und weil der Anreiz zu gesteigerter Leistung fehlt, da die landwirtschaftliche Arbeit sich nicht mehr lohnt.

Die Ursachen dieser ungenügenden Entlohnung (Rentabilität) der landwirtschaftlichen Arbeit sind zu suchen:

1. In der gegenwärtigen *Steuerpolitik*, welche die Landwirtschaft unverhältnismäßig stark belastet [5]. Dies geschieht aus parteipolitischen Rücksichten und weil die in der deutschen parlamentarischen Demokratie tatsächlich regierende jüdische Weltgeldmacht die Vernichtung der deutschen Landwirtschaft will, da ihr dann das deutsche Volk, im besonderen die Arbeiterschaft, völlig preisgegeben ist.

2. In dem *Wettbewerb* der unter günstigeren Bedingungen erzeugenden *ausländischen Landwirtschaft*, der durch eine landwirtschaftsfeindliche *Zollpolitik* [6] nicht genügend eingedämmt wird.

3. In den unzulässig hohen *Gewinnen*, die der zwischen Erzeuger und Verbraucher sich einschaltende *Großhandel* mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der heute größtenteils in der Hand der Juden liegt, sich aneignet.

4. In den *Wucherpreisen*, die der Bauer für *Kunstdünger* und *Elektrizität* an die meist jüdischen Konzerne zahlen muß.

Aus dem Ertrag der unzulänglich entlohnten Landarbeit können die hohen Steuern nicht mehr bezahlt werden. Der Bauer ist gezwungen, Schulden zu machen, für die er Wucherzinsen entrichten muß. Er gerät immer tiefer in Zinsknechtschaft und verliert schließlich Haus und Hof an die vorwiegend jüdischen Besitzer des Leihkapitals.

Der deutsche Bauernstand wird entwurzelt.

---

4 In den Jahren 1929/30 waren die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 9.847 Mio RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 950 Mio. RM (9,74%) belastet. Vgl. Henning, Landwirtschaft, Bd. 2, S. 206.

5 Vgl. Dok. 8, Anm. 10.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 8.

III. In dem von uns erstrebten zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht gelten und deutsche Bodenpolitik getrieben werden.

Eine durchgreifende Besserung der Notlage des Landvolkes und eine Gesundung der Landwirtschaft ist nicht zu erwarten, solange das Deutsche Reich mit Hilfe des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems tatsächlich von internationalen Geldfürsten beherrscht wird; denn diese wollen die Vernichtung der bodenständigen deutschen Kräfte.

Erst in dem von uns erstrebten, wesensverschiedenen *neuen deutschen Staate* werden Landvolk und Landwirtschaft diejenige Berücksichtigung finden, die ihrer Bedeutung als einer Hauptstütze eines *wahren deutschen Volksstaates zukommt.*

In diesem *zukünftigen Reiche* soll *deutsches Bodenrecht* gelten und *deutsche Bodenpolitik* getrieben werden.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen[7]:

1. *Der vom deutschen Volke in Besitz genommene und verteidigte deutsche Boden dient dem Aufenthalt und der Lebensversorgung des Gesamtvolkes. Er muß daher vom einzelnen Bodenbesitzer in diesem Sinne verwaltet werden.*

2. Nur deutsche Volksgenossen dürfen Besitzer deutschen Bodens sein.

3. *Von deutschen Volksgenossen rechtmäßig erworbener Besitz an Boden wird als erbliches Eigentum anerkannt.*

Dieses Eigentumsrecht ist aber an die Verpflichtung geknüpft, den Boden auch zum Wohle des Gesamtvolkes zu nützen.

Die Überwachung dieser Verpflichtung obliegt *berufsständischen Gerichten,* die sich aus Vertretern aller Berufsgruppen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung und einem staatlichen Vertreter zusammensetzen.

4. Der deutsche Boden darf keinen Gegenstand für Finanzspekulationen bilden und nicht arbeitslosem Einkommen des Besitzers dienen. Land erwerben kann künftig nur, wer es selbst bewirtschaften will.

Bei jedem Verkauf von Grund und Boden hat daher der Staat das Vorkaufsrecht. Verpfändung von Grund und Boden an private Geldgeber ist verboten.

Notwendige Betriebskredite zu günstigen Bedingungen erhält die Landwirtschaft durch ihre staatlich anerkannten berufsständischen Genossenschaften oder durch den Staat.

5. Für die Nutzung des deutschen Bodens hat der Besitzer eine nach Umfang und Beschaffenheit des Besitzes bemessene Abgabe an den Staat zu leisten. Durch diese Bodenertragssteuer wird eine weitere staatliche Besteuerung des landwirtschaftlichen Bodens und Betriebes hinfällig.

6. Bezüglich der *Größe der landwirtschaftlichen Betriebe* kann es keine schematische Regelung geben.

---

7 Vgl. mit Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff., hier S. 470. Zum landwirtschaftlichen Programm der NSDAP allgemein vgl. Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 32 ff. Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff.

Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus vor allem wichtig.

Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen *notwendigen* Aufgaben und ist *im gesunden Verhältnis* zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.

7. Das *Erbrecht* an Grund und Boden ist durch ein Anerbenrecht so zu regeln, daß eine Zersplitterung des Landbesitzes und eine Schuldenbelastung des Betriebs vermieden wird.

8. Der Staat hat das Recht der *Enteignung gegen angemessene Entschädigung:*

a) von Land, das nicht im Besitze deutscher Volksgenossen sich befindet,

b) von Land, das - nach Urteil des zuständigen Berufsstandsgerichtes - durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient,

c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft,

d) von Land, das zugunsten der Volksgesamtheit für besondere staatliche Zwecke (z. B. Verkehrseinrichtungen, Landesverteidigung) benötigt wird.

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

9. Eine planmäßige - nach großen, bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende - Besiedlung verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates.

Das Land soll den Siedlern als *Erblehen* zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Prüfung ihrer staatsbürgerlichen und beruflichen Eignung zum Siedler. Die nicht erbberechtigten Söhne von Landwirten (siehe Ziffer 7) werden besonders berücksichtigt.

Vor allem wichtig ist die Grenzlandsiedlung im Osten. Diese ist aber nicht allein durch Schaffung von Bauernwirtschaften befriedigend zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit Entwicklung kaufkräftiger Landstädte in Verbindung mit einer Neugruppierung der Industriebetriebe. Dadurch wird erst die Absatzmöglichkeit geschaffen, welche die neugegründeten mittleren und kleineren Bauernbetriebe lebensfähig macht.

Ernährungs- und Siedlungsraum im großen für das wachsende deutsche Volk zu schaffen, ist Aufgabe der deutschen *Außenpolitik.*

IV. Der Bauernstand soll wirtschaftlich und kulturell gehoben werden.

Der Staat hat die Aufgabe, die *wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Bauernstandes* entsprechend seiner Bedeutung für das ganze Volk zu fördern und dadurch eine Hauptursache der Landflucht zu beseitigen.

1. Zunächst muß die gegenwärtige drückende Notlage des Landvolkes durch *steuerpolitische Erleichterungen* und sonstige besondere Maßnahmen gemildert werden. Der weiteren Verschuldung der Landwirtschaft muß Einhalt getan werden durch *gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes* für das Leihkapital auf das Maß der Vorkriegszeit [8] und durch schärfstes *Einschreiten gegen Zinswucher.*

8 Der durchschnittliche Zinssatz für feste Kredite belief sich im Deutschen Reich im Jahr 1929 auf 10,2%, 1930 auf 7,93%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 358. Der entsprechende Satz lag 1913 bei 4,98%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, Berlin 1914, S. 294.

2. Der Staat hat durch seine *Wirtschaftspolitik* dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Arbeit sich wieder lohnt.

Die heimische landwirtschaftliche Erzeugung ist durch *Zölle, staatliche Regelung der Einfuhr und eine zielbewußte nationale Erziehung* zu schützen.

Die *Preisgestaltung* für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den Großhandel unterbunden werden. Die Übernahme des Großhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch landwirtschaftliche Genossenschaften ist staatlich zu fördern.

Die *berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft* haben die Aufgabe, die *Gestehungskosten* [9] für die Landwirte *zu vermindern* und die *Erzeugung zu steigern.* (Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Zuchtvieh zu günstigen Bedingungen, Meliorationen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose landwirtschaftliche Beratung und chemische Bodenuntersuchung usw.) Bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die berufsständischen Organisationen durch den Staat weitgehend zu unterstützen. Insbesondere muß das Eingreifen des Staates eine wesentliche Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der elektrischen Kraft erzwingen.

3. Die berufsständischen Organisationen haben auch die Verpflichtung, die Berufsgruppe der Landarbeiter durch sozial gerechte Arbeitsverträge in die bäuerliche Berufsgemeinschaft fest einzugliedern. Dem Staate fällt das Aufsichtsrecht und oberste Schiedsrichteramt zu.

Der tüchtige Landarbeiter muß die *Aufstiegsmöglichkeit* zum Siedler erhalten.

Die notwendige *Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Löhne* für die Landarbeiter [10] wird umso rascher und durchgreifender erfolgen können, je mehr sich die Lage der gesamten Landwirtschaft verbessert. Durch diese Verbesserungen der Lage der heimischen Landarbeiter und durch Unterbindung der Landflucht wird *ein Heranziehen ausländischer Landarbeiter unnötig und deshalb künftig verboten.*

4. Die Bedeutung des Bauernstandes für das Volk erfordert staatliche und berufsständische Förderung der Fachausbildung und *Wiederbelebung der bäuerlichen Kultur.* (Landjugendheime, Bauernhochschulen mit weitgehender Vergünstigung für mittellose, begabte Landjugend.)

V. Berufsständische Wirtschaftsorganisationen können dem Bauernstand nicht durchgreifend helfen, sondern nur die politische deutsche Freiheitsbewegung der N.S.D.A.P.

Die gegenwärtige Not des Landvolkes ist ein Teil der Not des ganzen deutschen Volkes.

Es ist ein Irrsinn zu glauben, daß ein einzelner Berufsstand sich aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausschließen kann, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

Wirtschaftliche Aushilfen im Rahmen des herrschenden politischen Systems können keine durchgreifende Besserung bringen; denn die Not des deutschen Volkes wurzelt in seiner politischen Versklavung, aus der nur politische Mittel befreien können.

---

9 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

10 1929 bewegte sich der Jahreslohn eines ledigen, fest angestellten Landarbeiters im Deutschen Reich zwischen 751,13 RM (Vogtland) und 1.222,34 RM (Baden) einschließlich Entlohnung in Naturalien. Demgegenüber belief sich damals der tarifliche Jahreslohn eines gelernten Arbeiters auf 2.813,20 RM, eines ungelernten Arbeiters auf 2.172,56 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 299, 309.

Die bisher regierenden, alten politischen Parteien, die unser Volk in die Versklavung geführt haben, können nicht Führer auf dem Weg zur Befreiung sein.

Berufsständische Organisationen haben in unserem zukünftigen Staate wichtige *wirtschaftliche* Aufgaben zu erfüllen und können in diesem Sinne schon heute vorbereitende Arbeit leisten; für den *politischen* Befreiungskampf aber, der auch für eine neue Wirtschaftsordnung erst die Voraussetzung schaffen muß, sind sie ungeeignet; denn dieser Kampf kann nicht vom Standpunkt eines einzelnen Berufsstandes, sondern muß vom Standpunkt des Gesamtvolkes aus geführt werden.

Den Freiheitskampf gegen unsere Unterdrücker und deren Fronvögte erfolgreich führen kann nur eine politische Freiheitsbewegung, die, bei voller Würdigung der Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das Volksganze, die Deutschbewußten aller Stände und Schichten des deutschen Volkes zusammenfaßt.

Diese politische Freiheitsbewegung des deutschen Volkes ist die
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

gez. *Adolf Hitler*

8. März 1930 Dok. 23
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.3.1930.

Einer der Vorwürfe, mit denen uns Nationalsozialisten das bürgerliche Deutschland bedenkt, ist die - unbestrittene - Tatsache, daß wir uns nicht nur gegen den Marxismus, sondern ebensosehr auch gegen die bürgerliche Parteiwelt wenden. Die Berechtigung dieses Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien will man nun nicht nur nicht [*sic!*] anerkennen, sondern im Gegenteil, man behauptet, dies sei geradezu eine Inkonsequenz in unserem Handeln. Wie unberechtigt diese bürgerlichen Vorwürfe sind, können folgende Erwägungen ohne weiteres zeigen:

Als das Bürgertum in die politische Arena eintrat, existierte ein in Klassen zerspaltenes deutsches Volk nicht. Die bürgerlichen Parteien, oder sagen wir lieber das Bürgertum, brauchte gar keine Klassen zu überwinden, sondern höchstens dafür [*zu*] sorgen, daß keine Klassen entstehen. Das Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß eine gewisse Gliederung in Berufe oder Stände unausbleiblich ist. Solange sich diese Aufteilung nur in wirtschaftlichen Belangen *bemerkbar* macht, ist sie unschädlich. Erst wenn diese Gliederung zu einer politischen Zerreißung der Nation führt oder gar zu einer weltanschaulichen Zerklüftung, kann von einem schweren, unter Umständen tödlichen Übel gesprochen werden. Es steht nun unbestreitbar folgende Tatsache fest: Das Bürgertum hat eine wirtschaftlich gegliederte Masse empfangen und ein politisch zerrissenes Volk übriggelassen. Da können sich die Herren bürgerlichen Parteiführer winden und drehen, wie sie wollen. Diese Tatsache können sie weder bestreiten noch

aus der Welt schaffen. Das Wort "Bürgertum" ist selbst zum Klassenbegriff geworden. Der aufsteigende, zunächst nur wirtschaftlich ausgeprägte neue vierte Stand wurde langsam der politische Gegenpol. Der Marxismus brachte es fertig, die Arbeiterschaft in einer höchstens von ein paar bürgerlichen Einfaltspinseln bestrittenen Einheitlichkeit zu einer weltanschaulich festgefügten politischen Macht auszugestalten. Das können die bürgerlichen Parteipolitiker nun einmal nicht bestreiten, daß es vor 80 Jahren keine marxistische Partei gab [1] und heute Deutschland marxistisch regiert wird. Eigentlich müßten die bürgerlichen Parteien, angesichts dieser unzweifelhaft katastrophalen Niederlage ihrer Politik, samt und sonders von der Bildfläche verschwinden! Tun sie dies aber nicht, so zwingen sie jede Bewegung, die das Unheil der bürgerlichen Parteiherrschaft (nämlich die vollzogene Spaltung der Nation in zwei sich feindlich gegenüberstehende Klassen) wieder beheben will, zum Kampf nicht nur gegen den Marxismus, sondern auch gegen die Parteiengruppe, die ihrerseits mitschuldig ist an diesem Unglück. Denn in der Geschichte gibt es nicht nur eine aktive, sondern auch eine passive Schuld. Wenn ein Volk zertrümmert wird, dann sind nicht nur diejenigen strafbar, die die Zertrümmerung vornehmen, sondern auch diejenigen, die sie dulden oder gar noch fördern. Auch Schwäche kann zum Verbrechen werden. Von dieser Schwäche aber zumindest kann niemand - auch bei größter Nachsicht - das bürgerliche Parteiregiment freisprechen. Tatsächlich liegen die Dinge aber noch viel schlimmer. Schon vor dem Kriege, am meisten aber seit dem Zusammenbruch, haben sich die bürgerlichen Parteien nicht nur mit den Tatsachen abgefunden, sondern darüber hinaus sogar noch diejenigen bekämpft, die gegen diese Tatsachen aufzutreten gesonnen waren. Daß zum Schluß der Marxismus sein Ziel erreichen will, ist nach seinem Wesen und seinem Programm für jedermann ersichtlich. Daß aber die bürgerlichen Parteien, in einer wahrhaft schamlosen Weise, diesem Treiben Vorschub leisten, ist mehr als empörend. Es ist soweit gekommen, daß diese bürgerlichen Parteien nicht nur keinen ernstlichen Widerstand mehr leisten, sondern mit Haß und blinder Eifersucht sogar denjenigen verfolgen, von dem sie befürchten, daß er den Widerstand leisten könnte! Seit der Revolution gehen große Teile des deutschen Bürgertums im Schutze des Marxismus förmlich auf. Dabei zeigt sich die grenzenlose politische Unbildung und weltanschauliche Kurzsichtigkeit nicht am wenigsten in der bürgerlichen Meinung, daß der Marxismus heute als Gefahr gegen früher abgenommen habe! Überhaupt sieht man im bürgerlichen Lager höchstens den Bolschewismus als bedrohlich an. Das gibt dann die Berechtigung, um so ungenierter mit der Sozialdemokratie paktieren zu können [2]. Tatsächlich existiert nur *ein* Marxismus, das heißt *ein Ziel*, dem alle diese Parteien entgegenstreben. Es heißt ganz kurz: Vernichtung aller unabhängigen Völker, Nationen und Staaten. Wenn wir Nationalsozialisten seit Jahren auf diese Tatsachen hinweisen und wenn wir zum Kampf dagegen aufrufen, so wissen wir es an tausend Beispielen, daß unsere heimtückischsten Feinde dann noch nicht einmal die Marxisten sind. Elender haben sich Sozial-

---

1 Im Juni 1847 hatte sich in London der von deutschen Exilanten getragene "Bund der Gerechten" in "Bund der Kommunisten" umbenannt; während des Eisenacher Kongresses vom 7.-9.8.1869 hatten sich die im "Vereinstag deutscher Arbeitervereine" organisierten demokratischen deutschen Arbeitervereine mit Teilen des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" zur "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen.

2 Seit Februar 1919 hatte es acht Reichsregierungen gegeben, an denen Vertreter bürgerlicher Parteien und der SPD gleichzeitig beteiligt waren. Vgl. ferner Dok. 3, Anm. 5.

demokraten noch nicht aufführen können, als es bürgerliche Regierungen in ihrem blinden Eifer, den Marxismus vor der Abrechnung zu schützen, taten. Was das bürgerliche Deutschland an nationalen Kämpfern in den letzten zehn Jahren abgeurteilt und in die Gefängnisse geworfen hat [3], schreit nach Vergeltung! Um diese Schamlosigkeit nach außen hin zu motivieren, hat man sich angewöhnt, immer wieder zu versichern, daß der Bolschewismus als solcher schon längst überwunden sei! Ich habe jahrelang gegen diese dumme, blödsinnige und doch so gefährliche Phrase Stellung genommen. Und immer wieder konnten wir es erleben, daß diese unfähigen, kleinen, bürgerlichen Parteiknirpse überlegen lächelnd ihr blödes Gestammel aufs neue vorbrachten: "In Deutschland, nein, in Deutschland ist der Bolschewismus doch längst überwunden." Die Dummköpfe haben einen ganz kleinen Waffenstillstand wieder einmal mit einem Frieden verwechselt. Tatsächlich hat Moskau gerüstet [4], und die jüdische Weltpest setzt in ihrer Verbreitung nun wieder lebhafter denn je ein. Jetzt allerdings beginnt erneut das bekannte ängstliche Geschnatter im bürgerlichen Hühnerstall, der sich vom Fuchs umschlichen sieht. Auf einmal sieht man nun die furchtbare Beharrlichkeit der bolschewistischen Vernichtungsmethode und auf einmal ahnt man, daß die Gefahr nicht nur nicht [*sic!*] vorbei ist, sondern daß sie überhaupt erst im Entstehen begriffen ist. Was wir Nationalsozialisten zehn Jahre lang, verlacht und verspottet von unseren bürgerlichen Politikern und Wirtschaftlern, gepredigt haben, findet nun wieder einmal damit seine Bestätigung. Die ganze Welt ist in Unruhe versetzt, überall flackert es empor, aber genau so wie früher das Bürgertum ganz außer Rand und Band geriet, wenn es ihm einmal gelang, irgendwo ein marxistisches Mandat zu erobern, und sofort zutiefst überzeugt war, die Sozialdemokratie nun überwunden zu haben, erlebt man das gleiche jetzt im Kampf gegen den Kommunismus. Je schwächer ein Mensch ist, um so mehr bringt ihn jeder Erfolg außer Fassung. Wenn unseren bürgerlichen Parteipolitikern irgendwo das Auseinandertreiben einer Demonstration mit Polizei und Militär gelingt, sind sie sofort überzeugt, den Kommunismus "besiegt" zu haben. Sie haben keinen blassen Schimmer davon, daß es sich hier um eine Weltpest handelt, die man überhaupt nicht durch Militär oder Polizei ausrotten kann, sondern nur durch eine neue und bessere Weltanschauung. Weil sie das nicht begreifen, haben sie einst den Kampf gegen die Sozialdemokratie verloren, und weil sie das nicht begreifen, paktieren sie heute mit der Sozialdemokratie und werden den Kampf gegen den Kommunismus verlieren! Und weil sie das nicht begreifen, fehlt ihnen auch jedes Verständnis für den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung. Allein, wenn das Bürgertum dieses Verständnis nicht besitzt, dann aber um so mehr der Kommunismus selbst. Die Parole: "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft!" [5], ist der Beweis, daß der Kommunismus in der nationalsozialistischen Bewegung die einzige ihm drohende Gefahr sieht und in ihr seinen einzigen Feind fürchtet [6]. Und ohne Zweifel wird sich zwischen diesen beiden Be-

---

3 Der VB berichtete 1929 über 62, 1930 über 59 politische Prozesse, in welche die NSDAP verwickelt war. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 332.

4 1929 umfaßte die Rote Armee 562.000 aktive Soldaten, gedacht als Kader für eine sehr viel größere Milizarmee. Erst zu Beginn der dreißiger Jahre wurde eine wirklich moderne Ausbildung und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte eingeleitet. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 283 ff., 763.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 2.

wegungen das große politische Ringen um die politische Macht dereinst abspielen. Wenn dieser Kampf heute - nicht am wenigsten infolge der stillen Hilfe, die der Marxismus von seiten des deutschen Bürgertums erhält - von uns Nationalsozialisten schwere Opfer fordert, so sind doch diese Opfer zugleich der Anlaß zur Erfüllung unserer Bewegung mit jenem Geist, der zu so großen weltanschaulichen Auseinandersetzungen notwendig ist. Das deutsche Bürgertum hat niemals einen solchen Blutterror von seiten des Marxismus zu bestehen gehabt. Es hat aber deshalb auch nicht die Entschlossenheit der Gegenwehr. Die nationalsozialistische Bewegung lernt an einer zehnjährigen maßlosen Unterdrückung und Verfolgung [7], welcher Art die Feinde sind, die ihr gegenüberstehen, und welcher Art der Kampf sein muß, der allein sie niederzwingen kann. Aus den Opfern wird der Geist erwachen, der den Marxismus einst in Deutschland endgültig niederzwingt. Daher dürfen wir mit Recht sagen, daß die Kämpfer, die heute aus unseren Reihen gerissen werden, eigentlich die kommenden Sieger sind. Das Märtyrerblut der Horst Wessel [8] und Kameraden wird den Willen erzeugen, die Tat des Novembers 1918 [9] der weltgeschichtlich würdigen Sühne zu überantworten.

[11. März 1930] [1] Dok. 24
"Reichsparteitag 1930"
Erklärung

Masch. Aufzeichnung o.D.; BA, NS 26/392.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat die Absicht, ihren diesjährigen Parteitag in der Zeit vom 20. bis 25. August in Nürnberg abzuhalten [2]. Wie bisher soll auch die heurige [*sic!*] Tagung den Charakter einer großen, in Ruhe und Ordnung stattfindenden politischen Kundgebung erhalten. Gewisse Ereignisse, die die letzten Tage des vergangenen Reichsparteitages verdüsterten [3], hatten ihre Ursache nicht in irgendeiner Absicht der Partei-

7 Vgl. Gusy, Weimar, ferner Dok. 13, Anm. 36.
8 Horst Wessel (1907-1930), Student, Führer des SA-Trupps 34, dann des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben. Vgl. Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.
9 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich während des Novembers 1918.

1 Datierung nach einem Schreiben der NSDAP, Ortsgruppe Nürnberg, an den Stadtrat von Nürnberg. Diesem Schreiben liegt eine gekürzte Version der vorliegenden Erklärung Hitlers bei; Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I GR 871.
2 Die Ereignisse des Jahres 1929 sorgten dafür, daß der Nürnberger Stadtrat der NSDAP eine Fortsetzung ihrer Reichsparteitage in Nürnberg verweigerte. Im Gegensatz zu Hitlers Planung fand der nächste Reichsparteitag der NSDAP deshalb erst vom 30.8. bis 3.9.1933 in Nürnberg statt. Vgl. Hermann Hanschel, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977, S. 368 f.
3 Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67 sowie Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg [2]1991, S. 45 ff.

leitung der N.S.D.A.P., sondern liefen im Gegenteil unserem Wollen vollständig entgegen. Es ist unser Wille, alles zu tun und alles vorzubereiten, um ähnliche Vorkommnisse für dieses Jahr von vorneherein unmöglich zu machen. Auch die Polizeidirektion Nürnberg kann nur das höchste Interesse besitzen, Maßnahmen zu unterstützen, die die Aufrechterhaltung der von uns allen gewünschten öffentlichen Ordnung und Ruhe zu garantieren geeignet erscheinen. Wenn auch die einzelnen Maßnahmen im Detail sich erst aus der endgültigen Programmfestsetzung [4] ergeben werden, so lassen sich doch schon heute im allgemeinen eine Anzahl von Vorbereitungen festlegen, [*um*] die Vorkommnisse, wie sie das Jahr 1929 brachte, vollständig auszuschalten.

Ehe ich zu einer Schilderung der bereits getroffenen und noch zu treffenden Schritte in dieser Richtung übergehe, möchte ich in aller Kürze die Tendenz und das Wesen der von uns allen so bedauerten Vorkommnisse am 4. August 1929 und der Tage vorher behandeln.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat ihre bisherigen Parteitage stets in größter Ruhe und Ordnung durchgeführt [5]. Das Urteil aller objektiven Betrachter dieser Veranstaltungen war noch immer das, daß die Partei ausgezeichnet diszipliniert sei, die Veranstaltung[*en*] selbst als organisatorisch vorbildlich angesprochen werden könnten. Die Parteileitung hat dabei nicht nur aus eigenem heraus allen Unzuträglichkeiten mit allen Kräften zu begegnen versucht, sondern ihre gesamten Mitglieder für diese Tage besonders angewiesen, den Polizeiorganen unter allen Umständen zu gehorchen und ihren Anweisungen Folge zu leisten. Tatsächlich wurde von den Angehörigen der Partei bisher stets die Tätigkeit der Polizeiorgane in vollem Umfange anerkannt und umgekehrt auch von diesen die Disziplin der Bewegung betont.

Im Jahre 1929 wurde nun durch die Kommunistische Partei - ersichtlich nach einem wohl erwogenen, vorbereiteten Plan [6] - versucht, diese öffentliche Ruhe und Ordnung langsam zu erschüttern und allmählich überhaupt zu beseitigen, die Angehörigen der Partei sowohl als die Organe der Polizei nervös zu machen und endlich beide gegeneinander auszuspielen. Es ist dies leider bis zu einem gewissen, wenn auch kleinem Umfange gelungen. Die angewandte Taktik bestand dabei in folgendem: Überfälle auf einzelne Parteigenossen durch kommunistische Trupps. Überfälle auf einzelne Parteigenossen durch einzelne Kommunisten, die nach ausgeführten Messerstichen schnell in der Masse verschwanden. Zahlreiche telefonische Anrufe mit Meldungen über stattgefundene Überfälle sollten die Nervosität steigern. Zahlreiche Anrufe an Parteistellen mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen über das Vorgehen der Polizei sollten die Partei in Unruhe versetzen; ähnliche Anrufe in den Polizeistationen waren bestimmt, die Erregung auf Seite der Polizei gegen die Partei zu erwecken. Lockspitzel im Braunhemd sollten die Erregung der Parteigenossen gegen Polizeibeamte steigern und in Exzesse verwandeln. Leider sind dabei sowohl Ungeschicklichkeiten auf seiten einzelner Polizeiorgane als auch auf seiten einzelner Parteiführer diesen Versuchen zugute gekommen. Vielleicht mag auch in *einzelnen* Fällen eine böse Absicht mitgewirkt haben. Festgestellt muß werden, daß aber sowohl die Parteileitung als auch natürlich die Polizeidirektion Nürnberg den

4 Liegt dem in Anm. 1 genannten Schreiben als Anlage bei.
5 Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 12 ff.
6 Nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbunds am 10.5.1929 hatte das Zentralkomitee der KPD im Juli 1929 die Bildung von "Arbeiterschutz- und Abwehrorganisationen gegen Faschismus und Kriegsgefahr" organisiert. Vgl. Die Generallinie, S. 36 mit Anm. 2 ff.

selbstverständlich besten Willen besaßen, alles zu unterbinden, was zu einer wirklichen Störung der Ruhe und Ordnung hätte führen können.

Es ist möglich, daß auch heuer Versuche in der angegebenen Richtung durch die K.P.D. unternommen werden. Es ist nicht sicher, vielleicht nicht einmal wahrscheinlich, weil der Erfolg im vergangenen Jahr am Ende doch ein negativer war und zu einer Anzahl von Verurteilungen geführt hat [7]. Immerhin aber ist es denkbar, daß solche Versuche dennoch auch dieses Mal unternommen werden. Sie liegen in der Tendenz der letzten Aktionen der K.P.D. [8].

Die Parteileitung hat sich sofort nach den Augusttagen 1929 eingehend mit den damals stattgehabten Ereignissen beschäftigt und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorgänge für die Zukunft beschlossen [9]. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie sich nur auf die eigenen Parteigenossen und auf den eigenen Parteiapparat erstrecken können. Die andere Seite steht außer unserer Befehlsgewalt. Dort kann nur die Polizei gewisse vorbeugende Maßnahmen treffen, sofern sie eben solche für nötig hält.

Die Parteileitung der N.S.D.A.P. wird an ihrem neuen Parteitag folgende Sicherungsmaßnahmen ergreifen:

1.) Schon Monate vor dem Parteitag wird eine eingehende und immer zur Wiederholung gelangende Belehrung aller Parteigenossen, besonders der SA-Männer stattfinden, dahingehend, sich erstens unter keinen Umständen provozieren zu lassen; zweitens unter allen Umständen den Anordnungen der öffentlichen Polizeiorgane augenblicklich Folge zu leisten und drittens: Burschen, die es versuchen, gegen solche Anordnungen Stellung zu nehmen, sofort im Auftrage der Parteileitung selbst der Polizei zu übergeben. Die Parteileitung wird zu dem Zweck bestimmte *Ordnungsoffiziere* vor sämtlichen Formationen Vorträge halten lassen, ehe sie nach Nürnberg kommen, sie wird weiter sämtlichen SA-Männern sowie allen anderen Besuchern des Parteitags gedruckte Anweisungen in die Hand geben, sie wird weiter Merkblätter bei Abgang jedes Transportzuges zur Verteilung bringen und sie wird endlich einen Aufruf, den ich persönlich unterzeichne, in Plakaten und Flugblättern jedem einzelnen Parteigenossen und SA-Mann zur Kenntnis geben.

2.) Die Parteileitung wird in Nürnberg selbst einen verschärften Überwachungsdienst sämtlicher Massenquartiere durch bestimmte Ordnungsoffiziere einrichten. Sollte die Polizeidirektion Nürnberg das Bedürfnis haben, bestimmte sicherheitspolitische Wünsche zu äußern, stehen ihr diese Ordnungsoffiziere jederzeit zur Entgegennahme dieser Wünsche zur Verfügung. *Die Durchführung wird unter allen Umständen sichergestellt werden.*

3.) Die Partei richtet einen eigenen Ordnungsdienst ein, der von 3.200 SS-Männern [10] ausgeübt werden wird. Die außerordentliche Verstärkung unserer SS findet statt, weil diese als

7 Angeklagt wurde lediglich Karl Maussner, Bruder des angeschossenen Reichsbannerangehörigen Fritz Maussner. Er wurde im Dezember 1929 vom Großen Schöffengericht in Nürnberg von der Anklage "der fahrlässigen Tötung" freigesprochen. Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 47.

8 Möglicherweise Anspielung auf den erschossenen Horst Wessel. Vgl. Dok. 23, Anm. 8.

9 Die Oberste SA-Führung hatte in einer Denkschrift vom 20.8.1929 über "Die marxistische Angriffstaktik in Nürnberg" das dortige Geschehen ausführlich analysiert. Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 49.

10 Nach parteiinternen Angaben besaß die SS am 31.12.1929 ca. 1.000, am 31.12.1930 2.727 Mitglieder. Vgl. Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945, Paderborn [4]1990, S.80 f., Anm. 8 sowie Bd. III/2, Dok. 22.

vorbildlich disziplinierte Truppe am besten geeignet erscheint, sicherheitspolizeiliche Wünsche und Anordnungen schnellstens zur Durchführung zu bringen.

4.) Die Parteileitung wird auf diesem Parteitag für sämtliche SS- und SA-Verbände das Alkoholverbot bis zur letzten Stunde konsequent durchführen.

5.) Die Parteileitung wird dafür Sorge tragen, daß einzelne kommunistische Aktionen unterbunden werden durch strengstes Zusammenfassen der SS- und SA-Formationen. *Sämtliche Verbände werden bis zur Abfahrt streng geschlossen bleiben. Besichtigungsgruppen marschieren nur unter Leitung von Offizieren.* Sollten sich dennoch einzelne Mordüberfälle ereignen, wird durch strengste Belehrung von vorneherein die unbedingte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantiert werden.

6.) Die Parteileitung wird durch ein ausgedehntes System von Meldeköpfen, Meldefahrern und Meldegängern das Telefon praktisch ausschalten und damit für sämtliche Gruppen diese Beunruhigungsquellen abstellen.

7.) Die Parteileitung wird besondere Erkennungsmarken ausgeben und zwar so, daß es unmöglich wird, daß sich Spitzel irgendwie in den Besitz dieser Marken zu setzen vermögen. Sie wird außerdem durch SS-Männer eine dauernde Kontrolle der sogenannten "wilden Braunhemden" vornehmen lassen, um das Einschleichen von Provokateuren zu verhindern.

8.) Die SS wird strengstens angewiesen, gegen jeden auch nur leisesten Versuch einer Ungesetzlichkeit oder einer ungesetzlichen Haltung von seiten einzelner Parteigenossen oder gar von Gruppen sofort einzuschreiten, widersetzliche Elemente, die sich polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollen oder gar gegen Polizeiorgane zu hetzen versuchen, sofort der Polizei selbst zur weiteren Amtshandlung übergeben.

9.) Ich werde persönlich jeden Führer verantwortlich machen für die Disziplin seiner Truppe, jeden Ortsgruppenführer für die Disziplin der Angehörigen seines Ortes. Wer einer behördlichen Anordnung nicht Folge leistet oder gar zur Widersetzlichkeit auffordert, wird von mir selbst sofort aus der Partei ausgeschlossen. Der Reichsuntersuchungs- und Schlichtungsausschuß wird zu dem Zweck in Nürnberg in der Länge der Kongreßdauer tagen und mit außerordentlichen Vollmachten jede auch nur geringste Verfehlung mit dem Ausschluß aus der Partei beantworten.

Es wird zur Durchführung von all dem eine besondere Organisation ins Leben gerufen als "Ordnerkorps", das, unter der Leitung eines bewährten Generals des Weltkrieges stehend, sich nur aus Offizieren zusammensetzt.

Alle diese Maßnahmen werden die Wiederholung von Vorkommnissen wie anläßlich des letzten Parteitages von vorneherein gänzlich unmöglich machen.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß durch die Parteileitung selbst schon in sämtlichen Transportzügen schärfste Kontrollen auf absolute Waffenlosigkeit sämtlicher Teilnehmer vorgenommen werden, so daß ein Waffenbesitz selbst im Einzelfalle so gut wie ausgeschlossen erscheint. Allerdings bin ich mir auch darüber klar, daß gerade diese Waffenlosigkeit den kommunistischen Mordbuben immer wieder den Anreiz zu ihren Überfällen gibt.

Zweckmäßig allerdings wäre es dann, wenn aber auch durch die Organe der öffentlichen Ruhe und Ordnung des Staates den Kommunisten gegenüber jene "vorbeugenden" Maßnahmen getroffen würden, mit denen man gegen Nationalsozialisten sonst immer so schnell bei

der Hand zu sein pflegt. Ich darf daran erinnern, daß mir persönlich auf Grund von gefälschten Versammlungsberichten als "vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Gesetzwidrigkeiten" zwei Jahre sogar das bloße Reden verboten wurde [11]. Ich weiß nicht, ob man nicht mit ähnlichen Begründungen verschiedenen kommunistischen Elementen auch das Hetzen verbieten könnte. Ich glaube heute als bestimmt annehmen zu dürfen, daß so wie bei den letzten Berliner Ereignissen [12] auch in Nürnberg fremde Elemente als Drahtzieher anwesend waren. Es scheint in meinen Augen absolut möglich, solchen Elementen, die nur kommen, um Blut zu vergießen, schon von vorneherein das Handwerk zu legen. Wenigstens der Zuzug ausländischer russischer Drahtzieher könnte meines Erachtens sehr wohl unterbunden werden. Denn wenn auch im vergangenen Jahr nur Nationalsozialisten erschossen und erstochen worden sind [13], so weiß es doch kein Mensch, ob sich nicht eines Tages die Mordwaffen dieser Gesellen auch gegen Staatsbürger ersten Ranges wenden könnten, und dann würde man vermutlich doch bedauern, nicht von Anfang an auch hier zu vorbeugenden Maßnahmen gegriffen [*sic!*] zu haben. Denn eines steht unzweifelhaft fest: Wir Nationalsozialisten tun alles, was überhaupt menschenmöglich ist, um Gesetzwidrigkeiten zu vermeiden, und die Kommunisten werden wieder alles tun, was möglich ist, um zur Gewalttätigkeit aufzufordern. Ich glaube, das könnte auch einer vollständig über den Parteien stehenden Polizeidirektion Anlaß genug sein, gewisse Maßnahmen zu erwägen, auch die zweite Seite zur Respektierung der Ruhe und Ordnung zu bringen.

Wenn auch dies noch geschehen würde, könnte der neue Parteitag gar nicht anders verlaufen, als er von uns gedacht ist: in friedlicher, vorbildlicher Disziplin.

gez. *Adolf Hitler*

11 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in den Ländern Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis Mai 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lippe (seit März 1926), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) öffentliches Redeverbot. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

12 Vgl. Anm. 8.

13 Katharina Grünewald, geb. Fülbert (1904-1929), aus Lampertheim bei Bensheim, Ehefrau des Ortsgruppenleiters der NSDAP, Ludwig Grünewald, am 2.8.1929 erschossen.
Erich Jost (1909-1929), Kaufmännischer Angestellter aus Lorch bei Bensheim, SA-Mann, am 4.8.1929 tödlich verletzt.
Vgl. ferner Bd. III/2, Dok. 65 und 66.

13. März 1930 Dok. 25
"Unsere Stunde kommt!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [2]

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 14.3.1930, "Nationalsozialistische Kundgebung in Weimar". [3]

Zu grundsätzlichen Ausführungen ergriff dann *Adolf Hitler*, von den Anwesenden stürmisch begrüßt, das Wort. Er wies auf die Folgen der Annahme des Young-Planes [4] hin, der Generationen tributpflichtig für die Hochfinanz mache. Als Mittel für die notwendige Gesundung des deutschen Volkes sei unbedingt *eine Reorganisation der Gesinnung zu verlangen.* Er habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Befreiung Deutschlands nicht von einem Ort oder einem Lande ohne das Reich ausgehen könne. Höchstens könne von einem Orte oder von einem Lande aus *die Gesinnungsänderung des Volkes ausgehen* [5]. Seine Partei habe nie billige Versprechungen gemacht, sondern vielmehr Forderungen an das Volk gestellt. Seit Annahme des Young-Planes habe sich die Richtigkeit der nationalsozialistischen Handlungsweise für Millionen von Deutschen wieder erwiesen. Indem er auf die thüringischen Verhältnisse einging und die Folgen der Young-Gesetze für das Land darlegte, betonte er die Notwendigkeit für die Regierung, *zur Beschaffung von acht bis zehn Millionen Reichsmark ungezählte Existenzen zu vernichten und weite Kreise mit neuen Steuerlasten zu überhäufen* [6]. Auf der anderen Seite gebe das deutsche Volk zwei Milliarden jährlich an das feindliche Ausland ab. Es gebe kein Mittel des Zwanges, von einem Volke derartige unmenschliche Leistungen zu verlangen. Die Nationalsozialisten haben vor der Annahme der Verträge gewarnt. Von der für 1931 von der Reichsregierung versprochenen Steuersenkung [7] könne gar keine Rede sein, im Gegenteil, es würden die Lasten nur wachsen. Als Mittel zur Befreiung bezeichnete Hitler

die Abkehr von dem bestehenden System.

---

1 Titel laut Weimarische Zeitung und VB.

2 Im Erholungssaal, ab 22.00 Uhr. Vor Hitler sprachen Gauleiter Fritz Sauckel, Pfarrer Julius Leutheuser aus Altenburg, Staatsrat Willy Marschler und Pfarrer Siegfried Leffler aus Niederwera. Wegen Überfüllung sprach Hitler anschließend auf einer weiteren Veranstaltung im Kolonialheim.

3 Vgl. auch Weimarische Zeitung vom 14.3.1930, "Hitler: 'Unsere Stunde kommt!'"; Der Nationalsozialist (Weimar), 3. März-Folge 1930, "Gewaltige Protestkundgebungen gegen die Young-Schande" sowie VB vom 25.3.1930, "Unsere Stunde kommt!".

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Anspielung auf die Stadt München, die im Sprachgebrauch der NSDAP als "Hauptstadt der Bewegung" galt. Dieser Titel wurde der Stadt jedoch offiziell erst am 2.8.1935 verliehen.

6 Seit 1925 konnten die Lücken im thüringischen Haushalt nur noch durch Anleihen geschlossen werden. Die am 23.1.1930 gewählte thüringische Landesregierung, in der erstmals auch die NSDAP vertreten war, versuchte deshalb, durch eine Einwohnersteuer und außerordentliche Zuschläge zur Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer das Defizit auszugleichen. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 481, 509.

7 Nachdem die Reichstagsfraktionen von DVP und DDP am 2.3.1930 die gesetzliche Festlegung einer Steuersenkung für das Jahr 1931 gefordert hatten, griff Reichskanzler Hermann Müller in der Ministerbesprechung am 3.3.1930 diesen Vorschlag auf und begründete ihn als Ausgleich für einmalige Zuschläge zur Einkommensteuer im laufenden Etatjahr. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1516 ff.

Dies sei aber der Weg, der von der großen Mehrheit der Volksgenossen bisher abgelehnt worden sei. Es ist eine Ehrlosigkeit, wenn man einen Vertrag unterschreibe, von dem man von vornherein wisse, daß er nicht gehalten werden kann. Doppelt schlimm für das deutsche Volk sei es aber, daß für den Fall der Nichteinhaltung der Verträge dem Gegner erlaubt sein soll, Gewaltmaßnahmen gegen uns anzuwenden [8]. Und wenn immer gesagt werde, unsere ehemaligen Gegner, denen wir heute tributpflichtig sind, hätten ein Interesse an unserer Leistungs- und Zahlungsfähigkeit, so treffe das, zumindesten bei Frankreich, nicht zu; denn Frankreichs Interesse heißt: Vernichtung der deutschen Nation! Wenn das deutsche Volk für eine andere Nation wieder als Bundesgenosse in Frage kommen solle - und dieser Weg scheine für die Befreiung Deutschlands der einzige, notwendige -, so könne dies nur dadurch geschehen, daß das deutsche Volk durch eine innerliche Wandlung den Wert eines Bundesgenossen für das Ausland wiedererlangt. *Deutschland wird Bundesgenossen finden in dem Augenblick, in dem Deutschlands Bundesgenossenschaft mehr wert ist als 360 Millionen [RM] Tribut im Jahre* [9]. (Italien [10].) Jede Bewegung, die eine Reorganisation der Gesinnung eines Volkes betreibe, müsse durch einen Kampf gehen. Seine Bewegung habe noch stets den Mut aufgebracht, an allen Stellen und zu jeder Zeit ihre Meinung offen zu sagen. Etwas anderes habe auch Staatsminister Dr. Frick im Reichstage nicht getan [11], und ihm gebühre deshalb für sein mannhaftes Auftreten und für seine deutschen Worte höchstes Lob [12]; *denn die Verabschiedung des Young-Planes sei ein parlamentarischer Irrsinn.* Die Zukunft Thüringens werde schon in den nächsten Wochen unter Wirkung des Young-Planes stehen. Von einem gerechten Finanzausgleich könne daher nicht mehr die Rede sein. Die Stunde komme, in der die Nationalsozialisten in Deutschland die Kerntruppe für die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit stellen würden (Stürmischer Beifall.) [13].

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

9 Die deutschen Kriegsschuldenzahlungen an Italien betrugen für das Jahr 1930/31 203,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 194* f.

10 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

11 Frick hatte als thüringischer Bevollmächtigter zum Reichsrat am 12.3.1930 im Reichstag eine Erklärung gegen die Annahme des Young-Plans abgegeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4392 f. Die Mitglieder der thüringischen Landesregierung distanzierten sich daraufhin zum Teil von Frick. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 14.3.1930 (MA), "Regierungskrise in Thüringen".

12 Zur Bewertung Fricks durch Hitler vgl. Neliba, Frick, S. 57. Ferner Dok. 11 und 27.; Bd. IV/1, Dok. 78.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

15. März 1930 Dok. 26
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 15.3.1930.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Wer hätte das noch vor ein paar Monaten geglaubt! Damals waren die Männer, die den Young-Plan [1] als unerfüllbar und unerträglich ansahen und bezeichneten, nichtswissende, dafür aber um so übelwollendere "Phantasten", "Narren" und "unreife Burschen" [2]. Alte Herren von 70 Jahren mußten es sich gefallen lassen, von irgendeinem ungewaschenen, parlamentarischen Maul auf das elendste beleidigt und heruntergesetzt zu werden, einfach, weil sie den Young-Plan ablehnten und die daraus sich ergebenden Konsequenzen zogen. Die "führenden" Politiker des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, ja sogar des Bauernbundes, titulierten die Männer des Volksbegehrens mit Ausdrücken wie "unreife Früchtchen", "dumme Lausbuben" usw. [3]. Ein paar Monate sind seitdem vergangen, und schon beginnen die Young-Männer ihr eigenes Werk zu verleugnen. Allerdings, so unwahr wie ihre Stellung zum Young-Plan seinerzeit gewesen ist, so unwahr ist sie auch heute. Vor sechs Monaten da schrieen sie das neue Erpressungsedikt als einen fabelhaften Fortschritt in die Welt hinaus. Das Volksbegehren [4] hat nun die Massen immerhin so aufgerüttelt, daß diese freche Lügerei heute nicht mehr gutgeht. Es wird ihnen nunmehr angst und bang vor dem erwachenden Deutschland, und so tun sie kurzerhand entschlossen das Gegenteil, das heißt: Sie schreien jetzt ebenso laut, daß der Young-Plan unerträglich und vor allem unerfüllbar sei [5]. Nun wird ein Mann von einiger Ehre einen Vertrag, den er für unerfüllbar hält, selbstverständlich nie unterzeichnen. Aber darüber setzt sich die innere Verlogenheit dieser Parteigebilde leicht hinweg. Man sagt, der Young-Plan ist unerfüllbar, um ihn

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Möglicherweise Anspielung auf die Reichstagsrede des Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 29.11.1929, mit der er das Volksbegehren gegen den Young-Plan scharf kritisiert hatte. Vgl. Dok. 6, Anm. 15. Vgl. ferner die Reichstagsreden Curtius' und von MdR Heinrich Brüning vom 11.2.1930, die sich vor allem gegen Hugenberg richteten. Druck: Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426 Stenographische Berichte, S. 3921 ff., 3924 ff.
Zur ablehnenden Reaktion von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Industrie auf das Volksbegehren gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 91, Anm. 11 und Dok. 93, Anm. 22.

3 Die DVP hatte am 30.9.1929, Zentrum und BVP am 15.10.1929 öffentliche Stellungnahmen gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan abgegeben. Teildruck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 175, 188. Vgl. außerdem Holz, Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan, Bd. 1, S. 363 ff.
Zum Vorgehen der Reichsregierung gegen das Volksbegehren vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, Dok. 310.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

5 Auch von den Parteien, die sich für eine Annahme des Young-Plans einsetzten, bestand Konsens darüber, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991, S. 11 ff.

dann um so seelenruhiger zu unterschreiben. Ja noch mehr: Die Herren, die überzeugt sind, daß er unerfüllbar ist, genehmigen im selben Vertrag Frankreich das Recht, im Augenblick, in dem die Unerfüllbarkeit eintritt, gegen Deutschland mit Waffengewalt vorzugehen [6]. In jedem gesunden Volk würde so etwas als glatter Landesverrat abgeurteilt werden. Die Herren Parlamentarier unserer Regierungsparteien gehen aber von folgenden Erwägungen aus: Die Erfüllbarkeit des Young-Plans kann natürlich heute bei einiger Kaltblütigkeit behauptet werden. Die Unerfüllbarkeit aber wird sich längstens schon in einem Jahre erweisen. Hätte es sich beim Young-Plan (wie beim Dawes-Abkommen [7]!) einfach um eine parlamentarische Aktion gehandelt, dann würde dies die Herren wenig stören. Man behauptet heute im Reichstag: Das Abkommen muß angenommen werden, weil es erfüllbar ist, und man behauptet ein Jahr später im Reichstag wieder: Das Abkommen muß durch einen neuen Plan ersetzt werden, weil es nie erfüllbar war. Ja, so etwas bringt ein aufrichtig frommer Politiker des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei leicht fertig [8]. Das Volk nimmt ohnehin keine Notiz von dem Gewäsch, das in den Parlamenten verzapft wird, und die Herren Parlamentarier nehmen sich gegenseitig viel zu wenig ernst, um etwas Bemerkenswertes an einem solchen Saltomortale zu finden. Nachdem nun aber durch das Volksbegehren und den Volksentscheid die ganze Aktion aus der muffigen Luft des Reichstags heraus und in das Volk hinein gebracht wurde, hat man Angst, in einigen Monaten für das bisherige Reden zur Verantwortung gezogen zu werden. Und so erfand man eine neue Taktik. Man lehnt den Young-Plan als unerfüllbar ab, nimmt ihn aber als einzigen Ausweg an. Man kann später dann mit gut gespielter Empörung darauf hinweisen, auch selbst die Unerfüllbarkeit vorausgesagt zu haben, aber man war eben durch die Verhältnisse blutenden Herzens gezwungen gewesen, sich dem übermächtigen Diktat zu fügen. (Ich bin überzeugt, daß man einst auch in den früher widerstrebenden Kreisen den § 4 des Freiheitsgesetzes [9] noch segnen wird!) So bricht auf alle Fälle heute ein nicht geringer Teil der helleren bürgerlichen Politiker zunächst aus der geistigen Front jener aus, die zu den grundsätzlichen Befürwortern des Young-Planes gehören. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Schacht ist aber schon wesentlich weitgehender [10]. Hier erklärt ein Mann, der immerhin mehr Einblick in die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Leistungsfähigkeiten des Reiches haben wird als der nächstbeste Zipfelhuber der Bayerischen Volkspartei, den Young-Plan in seiner heutigen Verfassung für unerfüllbar und unerträglich, sagt schwere wirtschaftliche Katastrophen als Folgeerscheinungen voraus und lehnt es unter solchen Umständen ab, noch weiterhin die Verantwortung für die Stabilität der deutschen Währung tragen zu können. Das ist

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.
7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.
8 Die Abgeordneten des Zentrums stimmten in der Reichstagssitzung am 12.3.1930 mit wenigen Ausnahmen für eine Annahme des Young-Plans, trotz schwerer Bedenken über seine finanziellen und politischen Folgen. Vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 374 ff.
Obwohl die BVP das Volksbegehren gegen den Young-Plan entschieden abgelehnt hatte, stimmten in der Reichstagssitzung am 12.3.1930 von den 17 Abgeordneten der BVP 11 gegen eine Annahme des Young-Plans, 5 enthielten sich der Stimme oder blieben der Sitzung fern, während nur ein Abgeordneter für Annahme des Young-Plans votierte. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 232 ff., 241.
9 Vgl. Dok. 19, Anm. 12.
10 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

ungefähr das, was wir Nationalsozialisten vom ersten Tag an ebenfalls behaupten und wofür wir von den Regierungsparteien auf das wüsteste beschimpft worden sind. Herr Schacht verläßt ein Schiff, an dem nichts mehr zu retten ist. Der Kurs, der heute gesteuert wird, führt Deutschland zwangsläufig ins Verderben. Es werden wohl aber solche Katastrophen notwendig sein, um unser Volk endlich reif zu machen, nicht nur seine Verderber zu erkennen, sondern um mit ihnen auch gründlich abzurechnen.

In diesen Tagen hat sich der Tod einen Mann geholt [11], dessen Name für ungezählte Millionen Deutsche im Geiste plötzlich das alte Reich wiedererstehen ließ. Oft kommt es einem ja vor, als ob die Zeit, in der unser deutsches Volk noch groß, mächtig und geachtet war, unwahrscheinlich ferne zurückliegen würde. Der Tod des Großadmirals von Tirpitz kann es uns aber ins Bewußtsein zurückrufen, daß noch nicht einmal anderthalb Jahrzehnte zwischen damals und jetzt liegen, ja daß wir bis vor wenigen Tagen noch einen lebenden Deutschen mitten zwischen uns hatten, der im höchsten Sinne als mitverantwortlich für die damalige Größe des Vaterlandes angesehen werden konnte und in der Geschichte angesehen werden wird. Wir Nationalsozialisten, die wir unerschütterlich an die Wiederauferstehung des Vaterlandes glauben, beugen uns in tiefer Ehrfurcht vor all denen, die einst der Größe des alten Reiches dienten. Wir glauben weiter an die Gerechtigkeit der geschichtlichen Beurteilung, die über alles Kleinere hinweg am Ende doch immer wieder der Größe der Menschen entsprechen wird. Es mag die heutige Zeit die kleinsten Geister des Augenblicks künstlich emporzuheben versuchen, so wird eine spätere, aber um so sicherere, wieder die wahren Großen würdigen. Der Mann, der die einst kleine deutsche Flotte zur zweitstärksten der Welt machte [12], hat mehr geschaffen als ein bloßes technisches Instrument der Seekriegsführung. Die Jahrtausende überstrahlende Haltung unseres Volkes im Weltkriege war nur denkbar als Ausfluß eines immensen gläubigen Selbstvertrauens, einer unendlichen Zuversicht und einer unerschütterlichen Überzeugung von der überlegenen eigenen Kraft. Diese höchsten Werte gehen zurück auch zu einem großen Teil auf das Wunder der deutschen Flottenschöpfung. Der Großadmiral Tirpitz hat dem deutschen Volke nicht nur eine Flotte gegeben, sondern damit auch einen Teil jener Selbsteinschätzung, die ihren höchsten Ausdruck in der wundervollen Zuversicht und Leistung der Weltkriegs-Generation gefunden hat. Eine Zuversicht, die wir heute um so höher schätzen müssen, je fremder sie der Gegenwart geworden ist. Gerade die Armut der Gegenwart an großen Männern aber müßte uns erst recht zwingen, in die Vergangenheit zurückzublicken, um unserem Volke an ihren Köpfen einen inneren Halt und ein neues Vertrauen zu geben. Die Denkmäler aber wird diesen einst unser neues Reich setzen. Die Zeit, die aus Angst vor roten Demonstrationen sich nicht einmal ein zweites Ersatzschiff auf den Stapel zu legen getraut [13], ist nicht wert, eine solche Ehrung zu vollziehen.

---

11 Alfred von Tirpitz war am 6.3.1930 in Ebenhausen bei München gestorben.
12 Zum Stand der internationalen Flottenrüstung bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. Dok. 9, Anm. 8 und 9.
13 Vgl. Dok. 9, Anm. 38 und 43, Dok. 19, Anm. 28 sowie Dok. 20, Anm. 10.

18. März 1930 Dok. 27
Erklärung

VB vom 18.3.1930, "Adolf Hitler dankt Dr. Frick".

Durch einen Teil der deutschen Presse geht die Behauptung, ich würde den Minister Dr. Frick nicht decken [1], sondern seine bekannte Stellungnahme als Generalbevollmächtigter Thüringens im Reichstag verurteilen [2]; das Gegenteil ist richtig. Ich war in Weimar, um meinem Parteigenossen Dr. Frick für seine Haltung den Dank der nationalsozialistischen Bewegung auszusprechen [3].

gez. *Adolf Hitler*

18. März 1930 Dok. 28
"Nieder mit den Young-Gesetzen!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 21.3.1930, "Hitler an Hindenburg!" [3].

Es gibt bei uns in Deutschland nicht wenige, die sich den Verlauf der Geschichte etwa so vorstellen: Man streitet im Parlament um ein Gesetz, zankt sich um einen Vertrag, man nimmt den Vertrag endlich an, und damit soll auch Ruhe herrschen, *zunächst auf 58 Jahre* [4]. Im 60. Jahr darf man dann über diese Dinge wieder reden. Heute soll Ruhe herrschen, und das Volk soll sich rüsten, analog unserer Jugend im Weltkrieg, große Taten zu üben, *nämlich zu opfern, zu zahlen,* zu opfern für die Taten einer großen und weisen Regierung.

Wenn Völker zugrunde gehen, verdanken sie dies ebenso ihren eigenen Fehlern wie ihren Regierungen. Verantwortlich für ein Volk ist in erster Linie stets die Regierung. *Für die Taten der deutschen Regierung muß das deutsche Volk 58 Jahre lang zahlen,* und es ist billig und

---

1 Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 14.3.1930 (AA), "Verschärfte Krise in Thüringen".
2 Vgl. Dok. 25, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 25 mit Anm. 12.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 20020). Der Polizeibericht nennt als Titel: "Zerreißt den Tributplan! Deutschland soll leben!".
2 Im Bürgerbräukeller, ab 20.30 Uhr. Dem Polizeibericht zufolge war der Saal zu 4/5 besetzt. Die Versammlung wurde von SA-Standartenführer Hans Zöberlein geleitet, nach Hitler sprachen MdL und Gauleiter Adolf Wagner, SA-Standartenführer Edmund Heines, MdL Rudolf Buttmann sowie der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Münchener Stadtrat Hermann Esser. Hitler sprach im Anschluß auf zwei weiteren Protestkundgebungen gegen den Young-Plan im Löwenbräukeller und in der Schwabinger Brauerei.
3 Vgl. auch Berliner Arbeiter-Zeitung vom 30.3.1930, "Adolf Hitler an Hindenburg". Ferner die Berichte o. Nr. der Polizeidirektion München vom 19.3.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.
4 Zum Young-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 5.

recht, daß dieses Volk diese 58 Jahre auch schweigt. Sie sagen, daß es sich nun um die Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente handelt [5]. Dazu gehören wir nicht, denn sie sagen, daß wir staatszerstörende Elemente seien. Sie schließen uns von vornherein davon aus.

Wir brauchen diese Mahnung wirklich nicht auf uns [*zu*] beziehen. Eine andere Partei wird heute umbuhlt und eingeladen, nunmehr die fruchtlose Opposition zu verlassen und an Stelle dessen sich auf den Boden der positiven Mitarbeit zu stellen [6]. *Denn nun beginnt die positive Arbeit.*

Das Unterzeichnen der Verträge war das Negative, nun beginnt die positive Arbeit, das Mobilmachen der Mitte; denn man hat dem deutschen Volk gesagt, wenn die Verträge angenommen sind, dann endlich treten die *Erleichterungen* ein, nach denen sich unser Volk so sehr sehnt. Das ist der erste Schritt zur Steuersenkung, damit man abbauen kann, diese dauernde Ausplünderung langsam gemildert wird. Nun beginnt die Arbeit dieser Milderung, nun prüfen sie in Berlin, wie sie jetzt die Daumenschrauben anziehen können, was für *neue Steuern* sie flüssig machen können, *damit im Jahre 1931 die Steuersenkung in Kraft treten kann* [7]. Sie sagen dem Volk: Glauben Sie, wir haben vergessen, was wir versprochen haben? Wir haben es nur *etwas verschoben*, nur zwölf Monate lang muß das deutsche Volk noch zahlen, ein bißchen mehr als bisher, aber nach zwölf Monaten wird abgebaut, dann treten die Erleichterungen in Kraft!

Man wagt das Millionen von erwachsenen Deutschen vorzusetzen; Millionen hören und lesen das, und es reißt ihnen nicht der Geduldsfaden dabei, soviel hat unser Volk zu ertragen gelernt. Dem Heroismus der Front steht heute ebenbürtig der Heroismus des Volkes gegenüber, das heute in der unglaublichsten Weise sich Jahr für Jahr belügen und betrügen und am Nasenring führen läßt. Das ist der Heroismus von jetzt, zum Unterschied des Heroismus der Zeit von einst.

Keine "vollendete Tatsache"

Der Young-Plan ist angenommen worden.

Nun denke man nicht, daß dies für uns eine vollendete Tatsache schafft. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß er nach wie vor zu unrecht angenommen wurde, daß der Reichstag, kein Recht mehr hatte, ihn anzunehmen, weil der Volksentscheid erklärte, daß er nicht durchgeführt werden darf [8]. Wir fußen auf diesem Entscheid und wir hoffen, daß das Schicksal uns die Möglichkeit gibt, die Männer, die sich über diesen Entscheid hinwegsetzen, zur Verantwortung zu ziehen. (Stürmischer Beifall.)

---

5 Zur Argumentation der Reichsregierung vgl. z. B. die "Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Entwurf eines 'Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes'". Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438 Nr. 1429 sowie die Rede von Reichskanzler Hermann Müller am 12.3.1930. Druck: Ebenda, Bd. 427, S. 4362 ff. ferner Dok. 6, Anm. 15 und Dok. 26, Anm. 2 und 3.

6 Bei der Reichstagabstimmung über das "Freiheitsgesetz" am 30.11.1929 hatten lediglich 53 von 78 Abgeordneten der DNVP für den umstrittenen § 4 gestimmt. (Vgl. Dok. 19, Anm. 12). Daraufhin war die Reichstagsfraktion der DNVP zerbrochen; 12 Mitglieder hatten aus Protest gegen den Kurs Hugenbergs ihren Austritt aus der Partei erklärt, Kuno Graf von Westarp hatte sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederlegt. Im Januar 1930 hatten Konsultationen zwischen Hindenburg und Westarp über die Zustimmung der DNVP zu einer neuen Reichsregierung stattgefunden. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 467 f.

7 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

8 Nach Artikel 73 und 75 der Weimarer Reichsverfassung hatte der Volksentscheid vom 22.12.1929 über das "Freiheitsgesetz" nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erzielt. Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

Wir werden aber in diesen kommenden Jahren als unaufhörliche Mahner und Erinnerer vor unserem Volke stehen, von Station zu Station seines Leidens es aufmerksam machen auf die Ursache dieses Leidens und auf die verantwortlichen Führer. Wir werden nicht nun etwa den Mund halten durch irgendwelche Drohungen, Strafen, Gefängnis oder ähnliche Mittel -, sie können tun, was sie wollen, dichten und lügen, was sie wollen, eines können sie nicht fertig bringen: daß wir Nationalsozialisten schweigen. (Tosender Beifal!.)

Wenn sie einen ins Gefängnis werfen, werden zehn andere dafür auferstehen. (Laute Zustimmung.)

Wir haben heute eine illustre Gesellschaft vor uns. Es ist erst 6 Monate her, daß eine gewisse Presse, als wir die Segnungen des Young-Planes bezweifelten, uns als Narren und Verbrecher bezeichnete [9], 70-80jährige Männer, Generäle des Weltkrieges, wurden von einem kleinen Parlament als freche, ungewaschene Lausbuben bezeichnet, weil sie es wagten, gegen den Young-Plan aufzutreten [10]. In die Armee dieser Lausbuben ist jetzt der Reichsbankpräsident Dr. Schacht eingerückt [11].

Die Bayerische Volkspartei.

Und eine *Partei*, die uns auf das äußerste beschimpft hat, hatte am Ende nicht mehr den Mut *für* den Young-Plan zu stimmen [12]. Sie sagte auch nicht nein, sie war weder warm noch kalt, denn der klügste Weg ist der Weg der Mitte, der lauwarm sich durchschlägt, fern von warm oder kalt. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Es ist der Weg der klugen Staatsmänner, der verantwortungsbewußten Führer eines Volkes und namentlich des bayerischen Volkes. Sie haben sich schon hindurchgewunden. Und als die Stunde kam, in der jedermann Farbe bekennen mußte, da traten sie weder hierhin noch dorthin, sondern sagten: *Wir haben überhaupt keine Meinung.*

Das bezeichnet den ganzen Mut, angesichts eines 60jährigen Versklavungsediktes zu sagen: Wir wissen nicht, was wir sagen wollen, wir sagen weder ja noch nein, sondern wir befleißigen uns diesmal eines vornehmen Schweigens, wir enthalten uns der Stimme.

Immerhin, wenn Sie heute um sich sehen, dann ist die Schar derjenigen unendlich größer geworden, die sich gegen diesen Vertrag gewendet haben, und die Partei, die den Ausschlag gab, das Zentrum [13], erklärte: Wir hätten es auch nicht getan, wenn nicht der *Reichspräsident* uns mehr oder weniger moralisch gezwungen hätte, *ja zu sagen* [14].

---

9 Vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 363 ff.

10 Möglicherweise Anspielung auf das unveröffentlichte Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg vom 11.10.1929, bei dem sich 22 pensionierte Generäle und Admiräle gegen Annahme des Young-Plans ausgesprochen hatten, u. a. Generalfeldmarschall August von Mackensen, Generaloberst a. D. Alexander von Kluck, Großadmiral Alfred von Tirpitz, und Admiral a. D. Ludwig von Schröder. Quelle und Druck von Hindenburgs Antwort: Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 294 ff.
In derselben Absicht hatte der bayerische General a. D. Konrad Krafft von Dellmensingen am 22.1.1930 einen offenen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet. Druck: Deutschlands Erneuerung 14 (1930), S. 107 f.

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

12 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

14 Die Reichstagsfraktion des Zentrums sah sich mit dem Problem konfrontiert, ihre Absicht der Haushaltssanierung mit dem Ziel zu vereinbaren, ein Scheitern des Young-Plans unter allen Umständen zu verhindern. In

Wir sind heute nicht mehr allein, sondern um uns sind Tausende von Sachverständigen, Wirtschaftlern, Politikern, die den Young-Plan ablehnen. Und die anderen Parteien sind es, die erklären, der Young-Plan ist unerfüllbar. Es ist ungeheuerlich: Diejenigen, die ihn angenommen haben, versichern:

Der Young-Plan ist unerfüllbar [15].

Sie sagen: Aber wir müssen wenigstens den guten Willen zeigen! Den guten Willen hat Deutschland seit rund 10 Jahren bewiesen und stets Unerfüllbares zu erfüllen versucht mit dem Ergebnis, daß die Schuld niemals kleiner wurde [16]. Sie kann nicht kleiner werden. In 5 bis 6 Jahren sieht die Welt, daß die Deutschen nicht bezahlen können. Sie hat durch Pump neue Schulden auf die deutschen Schultern geladen. Dann wird ihnen der Rest in einem anderen Plan wieder vorgelegt und statt, daß er nach 5 bis 6 Jahren abgetragen wäre, beginnt der neue Plan wieder vom Nullpunkt aus zu laufen. Erst hieß es: In 10 Jahren sind wir frei! Dann hieß es: In 30 Jahren haben wir unsere Schuld abgetragen! Und nun stehen wieder 58 Tributjahre vor uns.

Einst im Gerichtssaal!

Ungeheuerlich ist es, daß dieselben Politiker, die uns versichern, der Plan ist unerfüllbar, hergehen und eine *Klausel* unterzeichnen, kraft der wir, wenn wir nicht erfüllen, *Sanktionen* verfallen [17]. (Große Bewegung.)

Es wird eine Zeit kommen, in der man über dieses Vorgehen nicht mehr in Versammlungssälen redet, sondern im Gerichtssaal. Dann wird ein Gericht da sein, in dem man die Männer vernehmen wird, die sich unterstanden haben, einen Vertrag zu unterschreiben, von dem sie wußten, daß er unerfüllbar ist, und die hineinschrieben, wenn er nicht erfüllt wird, kann die Erfüllung mit gewaltmäßiger Unterdrückung durchgeführt werden.

Wenn wir den Young-Plan in Deutschland angenommen haben, so wissen wir, daß auf diesem Wege weder die Schuld, die wir haben sollen, abgetragen werden kann, noch Deutschland jemals einen Meter der Freiheit näher kommen kann. Wir wissen nur: *Auf dem Wege geht Deutschland langsam aber sicher zugrunde.* Wir erklären Ihnen: *Es ist alles unwahr, in erster Linie ist die Not noch um soundsoviel größer, vielleicht hundertprozentig größer als jetzt.*

Wägen Sie ab, meine Herren Gegner, glauben Sie Ihren Parteien und Regierungen! Die sagten Ihnen: In einem Jahr sind wir über den Berg! Kommen Sie heute in einem Jahr wieder herein, und wir werden dann sehen, ob wir über den Berg gekommen sind. *Dann entscheiden Sie sich.* Nehmen Sie den heutigen Tag als *Probetag* entgegen, als einen *Prüftag*, und wägen Sie nun ab die Ereignisse und Folgen und entschließen Sie sich dann einmal, wenn Sie überzeugt sind, daß Sie wieder belogen worden sind, *dann die Konsequenzen zu ziehen! Und belogen worden sind Sie! Das deutsche Volk kann auf dem Wege nicht frei werden, denn es ist nur*

---

einer persönlichen Unterredung hatte der Fraktionsvorsitzende Brüning von Hindenburg am 11.3.1930 die Zusage erhalten, daß dieser zur Sicherung der Reichsfinanzen "von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde", falls das Zentrum für die Annahme des Young-Plans stimmen werde. Beinahe die gesamte Reichstagsfraktion des Zentrums votierte tags darauf in diesem Sinn. Vgl. Ruppert, Dienst am Staat von Weimar, S. 402 f. sowie Dok. 26, Anm. 8.

15 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

zu natürlich, daß man einen Staat, den man so sehr fürchtet, nicht auf so billige Weise wieder emporkommen läßt.

Der historische Weg Langemarck [18].

Es gibt einen einzigen Weg, um zur Freiheit zu kommen. Nicht den des Reichspräsidenten, nämlich geduldig das Joch zu tragen und den Nacken zu beugen, sondern den historischen Weg des Widerstandes. Und zu diesem Widerstand wollen wir trotz Groener [19] *und Severing* [20] *unser deutsches Volk wieder erziehen.* (Stürmischer Beifall.)

Uns trennt wirklich von diesen Kräften eine Welt. Deren Ziel heißt: Deutschland in Ruhe und Ordnung zur Erfüllung anzuhalten. Und unser Ziel heißt: Deutschland so weit zu bringen, daß es einst diese Ketten bricht, nicht auf dem Wege einer hundertjährigen Erfüllung, sondern eines politischen Aktes, der die politische Gewalt wieder einsetzt zur Vernichtung einer Schuld, die nur eine politische ist und die man nur heute versucht, zu einer wirtschaftlichen umzuwandeln.

Wir sind überzeugt, daß zunächst wieder die *innere Gesundung der Nation* notwendig ist. Die Nationalsozialisten wollen nicht ein Volk von Heiligen und Frommen oder von Lügnern und Heuchlern, nein, sie wollen *ein Volk von Mannsbildern*, die die Tradition der Helden von 1914 in einem besseren Sinne aufnehmen und fortführen, als sie uns heute von oben empfohlen wird.

Hitler, als selbst einer der Kriegsfreiwilligen [21], betont, *man stelle nicht die heutige Generation in eine Linie mit der Generation von damals, dazu hat der Reichspräsident von Hindenburg gar keine Veranlassung* [22]. (Stürmischer Beifall.)

Hätte man damals gewußt, was heute ist, dann wäre damals kein einziger gefallen. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Kameraden und wir alle sind damals nicht in das englische Feuer hineingegangen, etwa in der Überzeugung, daß nach uns ein solches Deutschland kommen

---

18 Nach dem Abbruch der Marneschlacht hatten die deutschen Truppen im Herbst 1914 vergeblich versucht, zur Küste durchzustoßen und dabei die alliierten Armeen von Norden zu umfassen. Aufgrund unzureichender taktischer Führung und mangelhafter Ausbildung der hauptsächlich aus Kriegsfreiwilligen bestehenden Einheiten verloren die 4. und 6. deutsche Armee während der Schlachten bei Langemarck (22./23.10.1914) und Ypern (30.10.-24.11.1914) 80-100.000 Mann. Vgl. Karl Unruh, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986, S. 182.

19 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern.

20 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

21 Vgl. Dok. 5, Anm. 68.

22 Unter Verweis auf die Gefallenen bei Langemarck hatten rechtsgerichtete Studenten- und Jugendverbände am 18.2.1930 ein öffentliches Schreiben an Hindenburg gerichtet mit der Bitte, die Annahme des Young-Plans zu verweigern. In seiner Antwort vom 16.3.1930 hatte Hindenburg betont, daß gerade die Erinnerung an die Freiwilligen von Langemarck der neuen Generation die Pflicht auferlege, selbst Opfer zu bringen. Vgl. Walter Görlitz, Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 316 ff. Druck von Hindenburgs Schreiben: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. III/2, Berlin, o. J., S. 169 f.

wird. Hätten wir das gewußt, wahrhaftiger Gott, vielleicht wären wir dann auch so feige gewesen, wie sie es heute sind. (Vielfaches: sehr richtig und Beifall.) Dann hätte man heute nicht die Möglichkeit zu sagen, wir wollen ebenso heldenhaft dulden und ertragen, wie die damals gekämpft haben.

Was unserem Volke not tut, ist die Zurückführung zu einer *aufrechten Männlichkeit.* Dazu gehört auch der Mut, wenn notwendig, nein zu sagen. Ich kenne kein Volk, das durch ewige Erfüllung frei geworden wäre. Auch die Erfüllungspolitiker [23] von heute haben es unterlassen, uns *einen* Fall zu zeigen, der für sie spricht. Ich habe die letzte Kundgebung des Reichspräsidenten [24] gelesen und glaub[*t*]e nun: Hier wird wenigstens auf *einen* historischen Fall hingewiesen werden. Nicht *ein* Fall wurde aufgezeigt, *denn es gibt diesen Fall nicht!* Da können wir Nationalsozialisten nur eines sagen:

Wenn heute alles in Bewunderung versinkt, dann möchten wir auch hier die Wahrhaftigkeit sprechen lassen. Als Soldaten sind wir den Befehlen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einst blind gefolgt, 4 1/2 Jahre lang. Als Soldaten haben wir ihn verehrt und geschätzt. Als Politiker sehen wir heute nicht den Generalfeldmarschall vor uns, sondern den alten Herrn, der leider nicht die Umgebung hat... (der einsetzende donnernde Beifall verschlang die letzten Worte Hitlers) [25].

Wir häufen auch heute auf einen 80jährigen Greis keine Vorwürfe und Beschimpfungen, denn wir glauben, daß eine Nation die Pflicht der Dankbarkeit über das Grab hinaus besitzt.

Aber wir bekennen, daß das junge Deutschland, soweit es in unseren Reihen ist, den Weg (Hindenburgs) *nicht mitgehen kann und wird.* (Starker Beifall.)

Es wird dann die Zeit kommen, in der sich in Deutschland herausstellen wird, welcher Weg der richtige ist: der Weg der Erfüllungspolitik oder die Erweckung des Widerstandes in unserem Volke.

Diesen Weg haben wir gewählt.

Damit gehen wir weit auseinander: Auf der einen Seite die Erfüllungspolitik, die andere zurückversetzt auf ein großes Schlagwort, das einst in Berlin plakatiert wurde: *Nun ist Ruhe die erste Bürgerpflicht* [26]. Wir kämpfen nicht für diese Ruhe, sondern für die Auferstehung unseres Volkes, und nehmen alles in Kauf, was notwendigerweise auf diesem Wege geschehen muß und wird, *den wir bis zur letzten Vollendung gehen.* Wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht in 10 Jahren, dann in 20, wenn nicht in 20, dann in 30 Jahren. *Ja, wir wollen Deutschland wieder zu einem gleichwertigen Staate mit den übrigen Staaten erheben.*

---

23 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

24 Am 13.3.1930 hatte Hindenburg in einem Aufruf an das deutsche Volk seine Zustimmung zum Abkommen über den Young-Plan gerechtfertigt und diesen als Fortschritt gegenüber dem Dawes-Plan bezeichnet. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 300 f.

25 Vgl. die Überlieferung durch den Polizeibericht: "Hier können wir mit Hindenburg nicht einig gehen, dem wir 4 1/2 Jahre als militärischem Führer im Weltkriege blindlings folgten. Wir wollen ihn aber deshalb nicht beschimpfen, schuld sei seine Umgebung."

26 Anspielung auf das Flugblatt, mit dem die Einwohner Berlins über die Niederlage in der Doppelschlacht von Jena-Auerstedt informiert wurden: "Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben! Berlin, den 17. Oktober 1806. Graf v. d. Schulenburg."

In Europa wird Deutschland den ersten Bundesgenossen bekommen, wenn seine Hilfe als Nation mehr wert ist als 300 oder 400 Millionen Kontributionen. Wenn das Volk seine natürliche seelische Stärke einmal wieder erhält und das, was es 1914 gehabt hat, dann wird die Wahl nicht schwer sein: 62 Millionen Menschen [27]*, von denen alle Männer bereit sind, für ihre Freiheit einzutreten, sind mehr wert, als 400 oder 500 Millionen lumpiger Erpressung, die man herausholt an Wertobjekten, Devisen oder Fabrikwaren.*

Und daß die Prüfung zu diesem Resultat führt, ist unsere Aufgabe.

210.000 eingeschriebene Nationalsozialisten [28].

Deshalb lachen wir über ihre Verfolgungen. Herr Groener kann tun, was er will [29]. Wir haben einen Putsch gar nicht notwendig.

Herr Groener braucht bloß zu rechnen: 1919 waren es 7 Mann, 1920: 64, 1921: 3.000, 1922: 7.000, 1923: 30.000. Dann kam der Moment, in dem er jubelte: 1925 war es wieder einer, 1926: 17.000, 1927 waren es über 40.000, 1928: über 60.000, 1929 über 120.000, *heute sind es über 210.000.*

Herr Groener, in zwei Jahren werden es 500.000 und 600.000 sein, in 4 Jahren eine Million. Und es kommt die Stunde, da wird im Deutschen Reichstag eine Majorität einziehen, die braun schimmern wird, und dann Herr Groener: Bei Philippi sehen wir uns wieder [30].

29. März 1930 — Dok. 29
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 29.3.1930

Es gibt eine Partei und die heißt Sozialdemokratie. Herr Carl Severing ist ihr Mitglied. Diese Partei war einst Oppositionspartei. Das heißt, sie nahm gegen den alten Staat in Form und Inhalt Stellung und behauptete, daß sie dem deutschen Volk einen neuen und besseren Staat geben würde, einen Staat der Schönheit, des Glückes (soziales Glück!), der Freiheit und der Würde [1]. Diese Partei hat mit allen Mitteln, die der tolerante alte Staat gewährte, eben diesen

27 Bei der Volkszählung vom 16.6.1925 wurden im Deutschen Reich ohne Saargebiet 62.410.619, im Deutschen Reich mit Saargebiet 63.178.619 Einwohner ermittelt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

28 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

29 Reichswehrminister Groener hatte seit November 1929 in mehreren Erlassen und Reden den staatsgefährdenden Charakter der NSDAP betont und sich gegen die zunehmende politische Radikalisierung gewandt, die vor allem unter den jungen Reichswehroffizieren um sich griff. Druck von Groeners Erlaß vom 22.1.1930: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977, S. 3 ff. Vgl. ferner Hürter, Groener, S. 228 ff.

30 Nach William Shakespeare, Julius Cäsar, IV. Akt, 3. Szene.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.

Staat zu unterwühlen, auszuhöhlen und zu schwächen versucht. Jahrzehntelang hat diese Partei an den Staat unerfüllbare Forderungen gestellt und jahrzehntelang nicht einen Pfennig an Mitteln bewilligt [2]. Jahrzehntelang hat sie die Bürokratie des alten Staates herabgesetzt, verdächtigt und beschimpft und behauptet, daß das Volk von ihr mißhandelt und deshalb vor ihr gerettet werden müßte. Jahrzehntelang hat diese Partei des Herrn Carl Severing weiter diese "Rettung des Volkes vor dem Staat" als einen Akt feierlich berechtigter Notwehr hingestellt, dem jedes Mittel geheiligt sei. Es hat deshalb diese Partei auch jahrzehntelang das Volk gegen die Staatsgewalt aufgewiegelt, in ewigen Kundgebungen und Massendemonstrationen das Volk gegen den Staat aufgehetzt und in Kampfstellung gebracht. Insbesondere wurden von dieser Partei sowohl den Fürsten wie den Ministern alle Rechte abgestritten, im Namen oder für das Volk zu sprechen oder überhaupt den Staat zu vertreten. Die Partei dieses Herrn Carl Severing hat, um den Staat leichter stürzen zu können, diesem vor allem alle Wehrmittel verweigert [3]. Die Sozialdemokratische Partei hat einen jahrzehntelangen erbitterten Kampf gegen die deutsche Wehrmacht innen und außen geführt. Sie hat den Geist der Ungesetzlichkeit, der Widersetzlichkeit, des Aufruhrs, des Ungehorsams in die Herzen der Soldaten zu pflanzen versucht, so daß zum Beispiel das Heer gezwungen war, eine Kneipe, deren Besitzer Friedrich Ebert hieß, für den Besuch von Soldaten zu verbieten [4]. Gleichlaufend mit dieser inneren Zersetzung lief die Verdächtigung des Heeres nach außen. Die Sozialdemokratische Partei des Herrn Carl Severing hat bei jeder Gelegenheit die Behauptung aufgestellt, daß es einen Militarismus in der Welt nicht gäbe, wenn nicht das verfluchte deutsche Heer vorhanden wäre. Die Partei des Herrn Carl Severing log damals bewußt jahrzehntelang der Welt und insbesondere dem deutschen Volke vor, daß die Kriegsrüstungen der Erde nur die Folge der Bedrohung durch den deutschen Militarismus sei. Sie betrog das eigene Volk, indem sie Millionen von Menschen zur Überzeugung brachte, daß eine innere Notwendigkeit für das Dasein eines deutschen Heeres gar nicht bestünde. Sie, die Partei des Herrn Severing schrieb und sagte damals, daß es eine Lüge sei zu behaupten, die deutsche Armee wäre zum Schutz des deutschen Volkes nötig, da in Wahrheit kein Mensch dem deutschen Volke etwas wolle. Die Partei des Herrn Severing betonte noch im Kriege, daß nur Schwindler Frankreich verdächtigen, es wünsche Elsaß-Lothringen oder es strebe gar nach dem Rheine, daß es eine faustdicke Lüge sei,

2 Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte erstmals am 30.6.1913 einer Haushaltsvorlage zu. Auf Länderebene war die Taktik einer prinzipiellen Ablehnung derartiger Vorlagen schon früher durchbrochen worden, nachdem die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags bereits am 1.6.1894 dem Budget zugestimmt hatte. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

3 Zum damaligen Verhältnis der SPD zu Budgetrecht und Wehrfrage vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959, S. 29 ff.

4 Der ehemalige Redakteur der "Bremer Bürger-Zeitung" Friedrich Ebert hatte am 13.4.1894 in Bremen eine "Restauration und Bierhalle" eröffnet, die rasch zu einem Mittelpunkt politischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten wurde. Laut Garnisonsbefehl vom 30.5.1894 war daraufhin Militärs der Besuch dieses Lokals verboten worden. Vgl. Ursula Schulz, Die Bremer Anfänge Friedrich Eberts. Eine Dokumentation, Bremen 1968, S. 68 f.
Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

wenn man England Bestrebungen nachsage, die deutschen Kolonien in die Hand zu bekommen oder gar den deutschen Handel zu vernichten. Daß es überhaupt eine Lüge sei, wenn man Deutschland als irgendwie von Neidern bedroht hinstelle [5]. Die Partei des Herrn Carl Severing hat jahrzehntelang erklärt, daß es in der Welt nur eine einzige Bedrohung gibt, und das sei der schandbare, verfluchte deutsche Militarismus. Daher hat diese Partei des Herrn Carl Severing nicht nur die ganze Welt vor diesem Militarismus gewarnt, sondern hat ihr auch das geistige Rüstzeug in die Hand gedrückt und geliefert, mit dem man das spätere Vorgehen gegen Deutschland begründen und rechtfertigen konnte. Die Partei des Herrn Severing hat dabei im Inneren jede Unterstützung der Wehrmacht nicht nur abgelehnt, sondern der deutschen Aufrüstung und Lebenssicherung überhaupt die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt. Als das Jahr 1914 kam, konnte diese Partei mit innerer Befriedigung feststellen, daß dank ihrem Wirken Millionen von Deutschen als unausgebildetes Kanonenfutter nunmehr vor den Feind geschickt werden mußten [6] und als Helden von Langemarck und Ypern [7] sowie auf zahlreichen anderen Schlachtfeldern zugrunde gehen konnten. Es war ein planmäßiger Kampf, den die Partei des Herrn Carl Severing gegen das alte Reich und seine Stärke und Größe geführt hat und dem es endlich auch erlag. Denn als die Stunde der Not am größten war, war es der Partei des Herrn Carl Severing gelungen, die Macht in die Hand zu bekommen, und seitdem befindet sich nun Deutschland im Zustand des Glückes, des sozialen Glückes, der Freiheit, der Würde und der Schönheit, wie die marxistischen Schwindler das unserem Volke noch vorgelogen haben.

Es ist nun bald zwölf Jahre [*her*], daß die Sozialdemokratie in Deutschland "regiert". Und tatsächlich hat sich auch manches verändert. Die Fürsten sind davongejagt, und an ihrer Stelle räkeln sich in den gestickten kaiserlichen Stühlen und Fauteuils sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre und Parlamentarier. In den fürstlichen Schlössern und in den königlichen Hoflogen sitzt das auserwählte Volk Israels. In den Staatsämtern treibt sich an Stelle der Bürokratie des erstarrten Könnens [*sic!*] die Bürokratie der gemeinsamen Unfähigkeit herum. Regierungspräsidenten - Polizeipräsidenten - Landratsstellen usw., sie sind zur Domäne sozialdemokratischer Partei- und Pfründenjäger geworden [8]. Aber nicht nur in der sozialdemokratischen Führung hat sich solcherart ein "Wandel" vollzogen, nein, auch im deutschen Volk. Millionen von Menschen haben ihr Vermögen verloren [9], ungezählte Hunderttausende ihre

5 Zur Kriegszieldiskussion in der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 190 ff.

6 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 18.

8 1929 verteilte sich in Preußen die politische Zugehörigkeit der 540 politischen Beamten außerhalb der Ministerien wie folgt: 107 SPD, 72 DDP, 112 Zentrum, 95 DVP. Etwa 50 Beamte, meist Landräte, dürften der DNVP angehört oder zumindest nahegestanden haben. Der politische Standort der restlichen 100 Beamten läßt sich nicht zuverlässig bestimmen. Vgl. Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Politisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965, S. 201.

9 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die

Existenz [10], Millionen andere ihre Arbeit [11], kurz, jeder hat mehr oder weniger Gelegenheit, den Segen der sozialdemokratischen Regierungsübernahme am eigenen Leibe zu spüren. Nur ist die Zahl derjenigen, die ihn unangenehm spüren, wesentlich größer als die Zahl der davon angenehm Betroffenen.

Wenn jemand ehrlich und gerecht die Entwicklung der letzten dreißig Jahre überprüft und beurteilt, dann muß er zu folgender Feststellung kommen: In elenderer und gemeinerer Weise wurde kein Volk jemals belogen als das deutsche durch die Sozialdemokratische Partei. Noch nie hat eine Partei ihre eigenen Behauptungen so restlos hinterher abgelegt, ins Gegenteil verdreht, alle Versprechungen gebrochen, alle Zusicherungen umgestürzt, als dies die Sozialdemokratische Partei des Herrn Carl Severing in Deutschland getan hat. Man nehme irgendeine Versprechung der Partei des Herrn Carl Severing von früher her und prüfe sie heute nach, und überall wird man das eingetretene Gegenteil feststellen können. Und man nehme irgendetwas, das von der Sozialdemokratie einst bekämpft wurde, her, und man wird feststellen können, daß sie heute dasselbe in tausendmal größerem Umfange tut. Nur in einem ist sie sich treu geblieben: in der Wehrloshaltung unseres Volkes [12]. Denn nur in dieser Wehrloshaltung liegt die Garantie für das Ertragen des schandbarsten Regiments aller Zeiten. Nur wer eine gewisse Portion von Hörigkeit in sich trägt, kann auf die Dauer das Regiment der Partei des Herrn Carl Severing erdulden.

Herr Severing befindet sich nun auf dem Gerichtspfade [13]. "Ich", so beginnt der Gewaltige seine Episteln gegen das Land Thüringen. "Ich" dulde nicht und "Ich" werde nicht und "Ich" bin nicht mehr in der Lage und "Ich" lehne es weiter ab usw. usw. Endlich wissen die Thüringer und mit ihnen das deutsche Volk, von wem das schauderhaft viele Geld herkommt, das unsre Regierungen ausgeben. Es kommt vom "Ich". Es muß vom "Ich" kommen, denn wenn es von jemand anderem käme, müßte man nach sozialdemokratischer, früher gepflegter Auffassung dem anderen auch das Verfügungsrecht darüber zubilligen. Wenn z. B. die deutschen Reichsgelder vom Volk gezahlt würden, dann müßte selbstverständlich auch das Volk darüber zu entscheiden haben. Zu diesem deutschen Volk, das dann die Gelder aufbrächte, gehörten

---

deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 275 f. mit Anm. 28.

10 Für das Jahr 1929 verzeichnet das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930 (S. 398 f.) 13.180 neue und 5.001 beendete Konkurse sowie 4.339 beendete Vergleichsverfahren.

11 Im Januar 1930 waren im Deutschen Reich 3.217.608 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

12 Am 31.5.1929 hatte die SPD ihre intern heftig umstrittenen "Richtlinien zur Wehrpolitik" vorgelegt, welche die Integration der Reichswehr in einen demokratischen Staat ermöglichen sollten. Das gegenseitige Mißtrauen, welches das Verhältnis zwischen Reichswehr und SPD bislang bestimmt hatte, konnte dieses Programm indes kaum abbauen. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI, S. 5-304, hier S. 142 ff. Druck: Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 210 ff.

13 Severing hatte Frick angedroht, den Reichszuschuß für die thüringische Polizei zu sperren, da er dessen Schul- und Personalpolitik als verfassungsfeindlich betrachtete. Die Auseinandersetzung zwischen Severing und Frick ging so weit, daß Severing schließlich die Möglichkeit einer Reichsexekution gegen Thüringen erwog. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 277 ff.

selbstverständlich auch die Thüringer, genauso wie die Bayern oder Preußen oder Württemberger, und dann müßte nach Recht und Fug ihnen wieder zustehen, was ihnen gebührt. Aber so ist es eben nicht, lieber Deutscher. Du warst bisher der dummen Meinung, daß Du die Gelder aufbringst, aber das bist nicht Du, sondern das ist der "Ich". Soweit ist es unter der sozialdemokratischen Musterleitung Deutschlands gekommen, daß das Volk gar keine Steuer mehr zu zahlen braucht, weil der generöse "Ich" das aus seiner eigenen Tasche begleicht. Man sieht ordentlich die Stirne Carlchens anschwellen, wenn er, die linke Hand am Rücken, Zeige- und Mittelfinger zwischen den Westenknöpfen, den rechten Fuß etwas vorgesetzt, sein "Ich" den Thüringern in die Maschine schmettert. O Gott, o Gott, wenn der Grimmige doch nur einmal mit den Franzosen und Engländern auch so umspringen würde, wie er mit den deutschen Völkern und Untertanen verkehrt! Aber so ändern sich die Zeiten. Wenn Bismarck mit den Franzosen verhandelte, dann war er vielleicht manches Mal ähnlich wie Herr Severing, wenn er zu den Thüringern spricht. Und wenn Bismarck zu den deutschen Einzelstaaten sprach, war er fast so, wie wenn Severing Frankreich meint. Ich sage "fast so", denn selbstverständlich hat Bismarck bei aller Konzilianz auch im Innern niemals eine natürliche vornehme Selbstachtung verlassen, von der das heutige Deutschland nach außen keine Ahnung hat! Sachlich ist denn zu dem neuen Konflikt wenig zu bemerken. Die Sozialdemokratie wünscht die Abwürgung der Länder [14], weil sie fürchtet, daß von ihnen aus ein positiver Widerstand gegen die sozialdemokratische Vergewaltigung des Reiches kommen könnte. Es ist dabei jedes Mittel recht, das zum Ziele führt. Daß Herr Severing den nationalsozialistischen Minister [15], dessen Können sich zu dem seinen genau so verhält wie die Leistung des alten Reiches zum heutigen, grimmig haßt, liegt schon im Wesen der verschiedenen Größenordnung der beiden Herren begründet. Daß er hofft, den nationalsozialistischen Minister klein zu bekommen, ist nur ein Beweis für das Vorhandensein dieser geistigen Differenz. Herr Severing täuscht sich. In Thüringen kann es jederzeit eine Neuwahl geben, und das kann sich dann der Herr "Ich" schon jetzt gesagt sein lassen: Die N.S.D.A.P. wird in ganz anderer Stärke wieder zurückkehren. Wie ja überhaupt sich der Herr Severing und der Herr Groener noch so bemühen und noch so ärgern können, es ändert alles nichts daran, daß die nationalsozialistische Bewegung wächst und einst auf sehr legalem Wege mit ihnen abrechnen wird. Im übrigen könnte man nur wünschen, daß das Reich jetzt den Ländern Zwangskommissare schickt. Am besten auch noch in jede Stadt und in jedes Dorf hinein. Heute gibt es in Deutschland ohnehin nur ein einziges Gesetz, das wirklich von grundsatzmäßiger Bedeutung ist, es heißt: Zwang. Je schärfer und klarer dieses Gesetz sich ausprägt, um so besser für uns Nationalsozialisten. Das deutsche Volk ist mit einem Napoleon fertig geworden [16], es hat ein System Metternich gestürzt [17], es wird auch mit

14 Am 23.10.1928 hatte der von Hermann Müller geleitete Verfassungsausschuß der Länderkonferenz die Einsetzung von zwei Unterausschüssen beschlossen; diese sollten Vorschläge zur territorialen Neugliederung der Länder erarbeiten sowie das Verhältnis zwischen Reich und Ländern neu definieren. Vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 117 ff.

15 Am 23.1.1930 war Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister ernannt worden. Damit hatte zum erstenmal ein Mitglied der NSDAP ein Ministeramt übernommen. Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

16 Anspielung auf die Befreiungskriege gegen Napoleon I. (1813-1815).

17 Aufgrund der revolutionären Ereignisse im Deutschen Bund war der österreichische Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg, für viele Protagonist der seit 1815 einsetzenden Restauration, am 13.3.1848 zurückgetreten.

1. April 1930 [1] Dok. 30
Anordnung [2]

Auszug aus den Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) vom 15.5.1930 Nr.10; StA Dresden, Min. d. Innern 19085.

Die Unterstützung des Obersten SA-Führers [3] im Ausbau des Nationalsozialistischen Automobil-Korps (NSAK) [4] wird hiermit allen Gau- und Ortsgruppenleitern zur Pflicht gemacht [5].

---

1 Datum laut Polizeibericht.

2 Laut Polizeibericht richtete sich Hitlers Schreiben an alle Gau- und Ortsgruppenleiter der NSDAP.

3 Franz von Pfeffer.

4 Das am 1.4.1930 gegründete Nationalsozialistische Automobil-Korps wurde am 20.4.1931 in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps umbenannt. Vgl. [*Theodor*] Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936, S. 29.

5 Die Vorlage nennt auch die beiden sich anschließenden Befehle des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer vom 1.4.1930:
"Adolf Hitler hat die Gründung eines "Nationalsozialistischen Automobil-Korps" (NSAK) angeordnet und [*dem*] O[*bersten*]S[*turm*]A[*bteilungs*]F[*ührer*] die Korpsführung übertragen. Die Satzungen gehen den Gauleitungen zur Weiterverbreitung an die Ortsgruppen- sowie den OSAF-Stellvertretern zur Weiterleitung bis zu den Stürmen zu.
Wie aus § 1 der Satzungen zu ersehen ist, können nicht nur P[*artei*]g[*enossen*], sondern auch Freunde der Partei dem NSAK beitreten. § 4 nennt als Aufgabe des Korps Bereitstellung von Kraftwagen für Zwecke der NSDAP und der SA. Die politischen Leiter sollen durch Schaffung des NSAK leichter beweglich gemacht werden, und die SA-Führer sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Dienst leichter und mit größerem Nachdruck zu erfüllen, wie dies bisher möglich war. Endlich soll auch planmäßige Beförderung der SA-Abteilungen zu Propagandaübungszwecken [*sic!*] gewährleistet werden.
Das NSAK muß eine gewisse Untergliederung erfahren. Die OSAF-Stellvertreter sind auch die Vertreter OSAF's als Korpsführer. Jeder OSAF-Stellvertreter ernennt aus den Mitgliedern des NSAK eine geeignete Persönlichkeit als "Bereichsführer des NSAK". Auf Vorschlag des Bereichsführers ernennen die OSAF-Stellvertreter ebenfalls aus dem Mitgliederkreis des NSAK mehrere Staffelführer, deren Gebiete mit denen der Gaust[*ürme*], der Bri[*gaden*] oder Sta[*ndarten*] zusammenfallen sollen. Die Zahl dieser Staffelführer soll nicht zu hoch sein, ihre Gebiete müssen etwa umfassen: Schlesien, Berlin, Württemberg, Baden, Mecklenburg usw. Bereichsführer und Staffelführer müssen Pg. und Persönlichkeiten sein, die selbst einen erstklassigen Personenwagen besitzen und steuern können, die finanziell unabhängig und in der Lage sind, allen Mitgliedern ihres Bereiches oder Gebietes gegenüber als Autofachmann sowohl als auch als Führerpersönlichkeit aufzutreten.
Die weitere Unterteilung des NSAK bleibt späteren Bestimmungen des Korpsführers vorbehalten, die gegeben werden, sobald die Mitgliederzahl des Korps einen gewissen Umfang erreicht hat.
Es kommt darauf an, daß mit der Werbung von Mitgliedern umgehend begonnen wird. Alle politischen und SA-Führer werden gebeten, sich im eigenen Interesse für die möglichst rasche Durchführung der ersten Werbung einzusetzen."
"SABE: Motor - Stürme
1. Zu jedem Sturm gehört ein Motor-Trupp.
2. In diesem Trupp sind alle zum Sturm gehörenden SA-Männer zusammengeschlossen, die im Besitze eines Motorrades oder kleinen Personenkraftwagens (DKW, Hanomag, Opel, 4/16, Dixi) sind und sich mit diesem bedingungslos der SA zur Verfügung stellen. Motorräder sind vorläufig in unbeschränkter Anzahl zugelassen, während die Zahl der Personenwagen auf zwei beschränkt wird. Zu jedem Kraftfahrzeug tritt ein SA-Mann als ständiger Begleiter.
3. Innerhalb einer Sta. werden die Motor-Trupps zu einem Motor-Sturm zusammengeschlossen.
4. Zum Sta.-Stabe tritt ein Motor-Sturmf[*ührer*]. Er muß neben Führereignung auch technische Kenntnisse haben und muß [*ein*] eigenes Motorrad oder [*einen*] Kraftwagen besitzen.

Die Reichsleitung ersucht, überall die Propaganda und Werbung für das NSAK tatkräftig aufzunehmen [6].

3. April 1930 Dok. 31
Schreiben an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren [1] in Berlin [2]

Masch. Schreiben vom 3.4.1930; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 72.

Die N.S.D.A.P. ist dem Reichsausschuß beigetreten [3] in der Voraussetzung eines scharfen Kampfes gegen den Young-Plan [4]. Wenn nach Abschluß des Volksentscheides die Partei wei-

---

5. Zum Stabe des Bri[*gade*]f[*ührers*] bezw. Ob[*er*]f[*ührers*] tritt ein Motor-Sta[*ndarten*]f[*ührer*].
6. Im Dienst dürfen die Fahrzeuge nur zu Dienstzwecken verwendet werden. Insbesondere dürfen keine Zivilpersonen mitgeführt werden; Ausnahme bilden dienstlich beförderte Redner und dergleichen.
7. Die Motor-Trupps unterstehen zum allgemeinen Dienst ihrem SA-Sturmf. Zu besonderen Aufgaben kann der Staf. seinen ganzen Motor-Sturm unter dem Motor-Sturmf. zusammenziehen (Fahrübungen, Propagandamärsche, Nachrichtenübungen). Ebenso können mehrere Motor-Stürme gelegentlich unter Führung des Motor-Staf. zusammengezogen werden.
8. Die SA-Männer der Motor-Stürme (Sta.) tragen anstelle der Sturm- (Sta.-) Nummern im rechten Kragenspiegel ein gesticktes Rad.
9. Der Einsatz und das Zusammenstellen der übrigen Kraftfahrzeuge wie starker Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Omnibusse und Kraftzugmaschinen regelt OSAF demnächst durch Sonderbefehl. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es den Sturmf. und höheren SAF belassen, darüber in bisheriger Form zu verfügen."

6 Hitler trat als erstes Mitglied dem NSAK bei. Vgl. Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK, S. 12. Erst am 22.8.1930 wurde im VB ein Aufruf veröffentlicht, der über die Gründung des NSAK informierte und zum Beitritt warb.

1 Reichsausschuß für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, vgl. Dok. 5, Anm. 6.
2 Mit Schreiben vom 17.3.1930 hatte sich Hugenberg an Hitler gewandt und angesichts der zunehmenden Differenzen im Reichsausschuß eine persönliche Aussprache vorgeschlagen. In diesem Schreiben heißt es u. a.: "Zu meinem Bedauern haben sich in letzter Zeit zwischen den Nationalsozialisten einerseits, dem Stahlhelm und den Deutschnationalen andrerseits, Auseinandersetzungen entwickelt, die dem gemeinsamen, nationalpolitischen Kampf in jeder Weise abträglich sind. Insbesondere hat, aus Anlaß der Stimmenthaltung der Deutschnationalen bei einer Anzahl miteinander verkoppelter Anträge auf Aufhebung der Immunität von Reichstagsabgeordneten (Dr. Feder, Berndt), die nationalsozialistische Partei in einer Schärfe gegen die Deutschnationalen Stellung genommen, die in den Reihen meiner Partei die stärkste Erbitterung hervorgerufen hat." BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30.
Am 31.3.1930 kam schließlich eine Aussprache zwischen Hugenberg und Hitler zustande. Doch scheint diese ebenso ergebnislos verlaufen zu sein wie die längere Unterredung, die MdR Otto Schmidt-Hannover (DNVP) am 3.4.1930 mit Hitler führte. Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. v. Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 106 sowie Schreiben des stellvertretenden Bundeskanzlers des Stahlhelm, Major a. D. Siegfried Wagner, an den 1. Bundesvorsitzenden des Stahlhelm, Hauptmann a. D. Franz Seldte, vom 4.4.1930; BA Potsdam, R 72, 61 Sta 1.
3 Im Juli 1929. Vgl. Bd. III/2, Dok. 50, 51.
4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

terhin in dem Reichsausschuß verblieb, konnte dies nur Sinn und Zweck haben für den Fall einer weiteren Fortführung dieses Kampfes gegen die am Young-Plan schuldigen Parteien [5].

Da die Deutschnationale Volkspartei nunmehr diesen Parteien das Vertrauen ausgedrückt hat [6], ist die weitere Zugehörigkeit der N.S.D.A.P. zum Reichsausschuß sinnlos geworden.

Ich beehre mich daher, dem Präsidium hiermit den Austritt der N.S.D.A.P. aus dem Reichsausschuß bekanntzugeben [7].

gez. *Adolf Hitler*
1. Vorsitzender der N.S.D.A.P.

5. April 1930 Dok. 32
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.4.1930.

Es ist nicht immer einfach, geschichtliche Vorgänge auf ihre Ursachen hin zu untersuchen. Auf was man zunächst stößt, sind meistens nur die äußeren Anlässe. So genügt bekanntlich ein einziger Vorgang, um Staaten in den Kriegszustand zu versetzen. Allein es ist sicher, daß derlei Anlässe sich laufend zu Tausenden ergeben würden und doch nicht zum Kriege führen, weil die inneren Ursachen nicht vorhanden sind. Im gereizten Zustand genügt bekanntlich ein Wort, um einen Menschen zum Losschlagen zu bringen. Unter normalen Verhältnissen würde man und wird man über das gleiche Wort spielend leicht hinwegkommen. Im allgemeinen beschäftigt sich auch heute noch unser Geschichtsunterricht, ja unsere Geschichtsforschung

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 3 und 8, sowie Dok. 32, Anm. 10 und 14.

6 Am 3.4.1930 hatte der Reichstag den Mißtrauensantrag von SPD, KPD und NSDAP gegen die neue Reichsregierung mit 253 zu 187 Stimmen abgelehnt. Die DNVP, die zumindest anfangs mit Martin Schiele im Kabinett Brüning vertreten war, hatte nach anfänglichem Zögern diesen Mißtrauensantrag ebenfalls abgelehnt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4774 ff.

7 Hugenberg antwortete Hitler mit Schreiben vom 5.4.1930; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30. Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, S. 114 ff.
Angeblich verständigte sich Hitler mit Hugenberg darauf, den Austritt der NSDAP aus dem Reichsausschuß erst nach 14 Tagen bekanntzugeben. Der von Gregor Straßer herausgegebene "Sächsische Beobachter" brachte jedoch zur Verärgerung Hitlers bereits am 5.4.1930 eine groß aufgemachte Meldung. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 523 f. sowie Sächsischer Beobachter vom 5.4.1930, "Reichsausschuß gesprengt". Dort heißt es u. a.: "Als sofortige Antwort auf das charakterlose, im höchsten Grade verräterische Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei hat der persönlich in Berlin anwesende Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, *Adolf Hitler*, noch am gleichen Tage den sofortigen Austritt der Nationalsozialisten aus dem Reichsausschuß vollzogen. Der Reichsausschuß hat damit zu bestehen aufgehört. Wir begrüßen die durch den Schritt unseres Führers geschaffene *Klarstellung* aus vollem Herzen. Schon bei verschiedenen Anlässen erschien uns diese, aus einem einmaligen politischen Teilziel geborene - und gebotene - Zusammenarbeit angesichts der geradezu historisch gewordenen Unzuverlässigkeit der Deutschnationalen Volkspartei als eine kaum tragbare Belastung für unsere Partei."

mehr mit den Kriegsanlässen als mit den Kriegsursachen [1]. Der Gegenwart ist dies nicht selten auch deshalb lieber, weil die Kriegsanlässe sich leichter in die eigene politische Wunschlinie einreihen lassen als die Kriegsursachen. Kriegsanlässe geben von Fall zu Fall auch ein besseres Propagandamittel, bergen in sich bessere Propagandamöglichkeiten. Kriegsursachen sind propagandistisch wesentlich schwieriger auszuwerten. Mancher, der die Kriegsanlässe bekämpft oder zum Kampf verwendet, würde durch die Kriegsursachen glatt widerlegt. Am meisten gilt dies ja bekanntlich für den Weltkrieg. Der Kriegsanlaß gab unseren Destruktionsparteien bekanntlich scheinbar [*sic!*] die moralische Motivierung für die Revolution [2]. Die Kriegsursachen aber sind die glänzendste Rechtfertigung des Friedens-Deutschlands [3]. Ihre einzige Belastung ergibt sich vielleicht infolge der zu geringen Berücksichtigung dieser zwangsläufig zur Auseinandersetzung führenden Gründe. Die schwerste Schuld des alten Reiches war die zu geringe Rüstung für den notwendigerweise kommenden Kampf [4].

Nicht nur für die großen Völkerauseinandersetzungen gilt das, sondern auch für die politischen Kämpfe innerhalb der Nationen. Theoretisch oder besser äußerlich hat der Faschismus durch den Marsch auf Rom [5] das alte Italien gestürzt. Tatsächlich ist dieser Zusammenbruch des alten und das Emporsteigen des neuen Italiens ein sich in tausend Einzelvorgängen und Einzelaktionen ausdrückender Prozeß. Ein langjähriger Entwicklungsprozeß, der an einem Tag und durch einen bestimmten Akt allerdings zum endgültigen Umkippen gelangt. Eine jahrelange intensive Arbeit hatte in wenigen Wochen die notwendige Reife erhalten und wurde eines Tages geerntet. Es wird in Deutschland nicht anders kommen. Ein ungeheures Schuldkonto, das sich aus Tausenden von Verfehlungen zusammensetzt auf der einen Seite, und eine enorme Arbeit, die wieder in Tausenden von einzelnen Vorgängen besteht, als Gutkonto auf der anderen, wird eines Tages auf die historische Waage gelegt werden. Es dauert lange, bis das Gute sich so anhäuft, um endlich das Bestehende an Gewicht zu übertreffen. Ist dies aber einmal der Fall, dann sinkt die Schale in wenigen Tagen. Eine jahrelange Arbeit findet oft in Stunden ihre Belohnung.

Das Kabinett Müller [6] ist nun doch zurückgetreten [7]. Seit Monaten wurde davon geredet, monatelang darauf gewartet, und monatelang blieb der parlamentarische Wechselbalg trotz al-

---

1 Vgl. Ernst Schraepler, Die Forschung über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Wandel des Geschichtsbildes 1919-1969. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 321-338.

2 Anspielung auf die SPD, die bürgerlichen Parteien und die im November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

3 Gemeint ist das Deutsche Reich vor 1914. Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch elf Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 6.

5 Am 27./28.10.1922.

6 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1893 Beitritt zur SPD, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz, 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Reichsverkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

7 Am 27.3.1930 hatte Reichskanzler Hermann Müller dem Reichspräsidenten den Rücktritt seiner Regierung erklärt, nachdem sich das Kabinett außerstande sah, sich auf eine Beitragshöhe zur Arbeitslosenversicherung zu einigen. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 451 ff.

len Prophezeiungen am Leben. Allerdings an welchem Leben! Und doch hat sich in der Zeit eine solche Masse an Stoff angehäuft, daß jeder nicht mit Blindheit Geschlagene das Vergängliche dieser Regierung erkennen mußte. Das Kabinett Müller hat seinen ersten Stoß durch den Tod Stresemanns [8] erhalten. Das war der Mann, der das Wesen der neueren deutschen Außenpolitik bestimmte, weil er es in sich selbst verkörperte. Jeder verteidigt erfahrungsgemäß nur das am besten, was er selber ist. Stresemann verfügte über eine gewisse dialektische Gewandtheit. Er war der einzige aus dem bürgerlichen Lager, der mit Scheingründen so zu operieren und jonglieren verstand, daß sie wenigstens von einem gewissen Teil der Nation als ernst und wahr angesehen wurden. Im Moment, in dem dieser geschickte Hypnotiseur von der Bühne abtrat, hörte auch der Schein auf, Wirklichkeit zu sein. Millionen Menschen rieben sich nun auf einmal die Augen und begannen den Dunst als Dunst von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Seit Stresemanns Tod wurde das Haager Abkommen [9] nur mehr hölzern verteidigt. Einzig und allein die Sozialdemokratie focht mit Heroismus für die 58jährige Versklavung des deutschen Arbeitsmenschen [10]. Die bürgerlichen Parteien wurden, je näher der Tag der Entscheidung rückte, um so unsicherer und zaghafter. Das Zentrum begann plötzlich zu würgen und zu würgen und konnte nur durch ein geschickt in Szene gesetztes Eingreifen des Reichspräsidenten [11] bewogen werden, seine Unterschrift unter den Satanspakt zu setzen [12]. Die Bayerische Volkspartei, die noch wenige Monate vorher - zu Stresemanns Lebzeiten - Feuer und Flamme für den Young-Plan war, konnte trotz aller "tiefen Verehrung der Greisengestalt unseres maßvoll überlegenen weisen Vaters des Vaterlandes" nicht mehr bewogen werden, das Ja und Amen auszusprechen [13]. Man hielt sich vorsorglicherweise zurück, vermied allerdings auch ein männliches Nein. Nur die Deutsche Volkspartei wandelte in den Fußstapfen ihres Herrn und Meisters weiter [14].

Allein alle diese Parteien waren matt geworden. Und als endlich die Unterschrift hingekleckst war, überfiel sie, wie aus zahlreichen Pressestimmen zu ersehen ist [15], jene Gefühlsregung, die der Verbrecher nach vollzogenem Mord empfinden soll. Den bürgerlichen Parteien graut nun auf einmal vor der Sozialdemokratie, und der Sozialdemokratie graut vor der Verantwortung. Man hat dem Volk so viel vorgeschwindelt von den finanziellen Erleichterungen des Young-Plans, daß die enormen finanziellen Neuforderungen der nächsten Monate selbst der Sozialdemokratie ein bängliches Gefühl emporsteigen lassen. So kam es zum Rücktritt des Kabinetts Müller. Die bürgerlichen Parteien der bisherigen Regierung möchten ihre Kainstat

8 Stresemann war am 3.10.1929 in Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 und Dok. 6, Anm. 2.

10 Die Reichstagsfraktion der SPD hatte am 12.3.1930 geschlossen für die Annahme des Young-Plans gestimmt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4402 ff.

11 Vgl. Dok. 14, Anm. 8 sowie Dok. 28, Anm. 14.

12 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

14 In der Reichstagssitzung vom 12.3.1930 stimmte die DVP überwiegend für die Annahme des Young-Plans. Ein kleiner Teil der Partei lehnte allerdings die deutsch-polnische Übereinkunft vom 31.10.1929 als Bestandteil des Young-Plans ab, derzufolge auf alle bilateralen finanziellen und materiellen Ansprüche außerhalb des im Young-Plan festgelegten Zahlungsmodus verzichtet werden sollte. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4402 ff., Bd. 439 Anlagen, Nr. 1621, Bd. 440 Anlagen, Nr. 1690.

15 Vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 463 ff.

etwas abschwächen, indem sie der Opposition durch Einladung zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften in der Zukunft beizeiten den Mund verstopfen. Denn vor der Unterzeichnung des Young-Plans waren ja die Deutschnationalen und besonders die Nationalsozialisten natürlich nicht "staatserhaltende", sondern "staatsbelastende", politisch minderwertige Elemente [16]. Jetzt nach der Unterzeichnung entdeckt man wenigstens bei den Deutschnationalen immerhin wieder so viele gute Seiten, daß man nicht nur glaubt, sich mit ihnen zusammensetzen zu können [17], sondern daß man sogar sehr stark darauf hofft [18]. Es ist ebenso unverschämt wie komisch, die Art zu verfolgen, in der man der deutschnationalen Obstruktionspartei bürgerlicher Mäßigung nun das Fell streicht und bald gut, ja herzlich, und bald wieder leise drohend zuredet. Zwei Möglichkeiten gibt es jetzt: Findet sich ein bürgerliches Kabinett, das für den Judaslohn etlicher Ministerstühle die neuen Steuern durchpeitscht, dann um so besser für die Sozialdemokratie. Hat das Bürgertum erst einmal aus eigenem der Nation die Steuerschraube zugedreht [*sic!*], wird die Sozialdemokratie jederzeit bereit sein, wieder in die Regierung einzutreten. Daß es dazu kommt, werden die demokratisch-zentrümlerischen Freunde bei gegebener Zeit schon besorgen. Der deutschnationale Michel fliegt dann ebenso hinaus, wie ihm das schon in klassischer Weise früher einst passierte [19]. Kommt es aber zu einer bürgerlichen Koalition nicht, dann hofft man mit Hilfe des Artikels 48 [20] zu arbeiten. Immer aber wird im Hintergrund die Sozialdemokratie auf die Stunde lauern, in der sie unbeschwert von jeder Verantwortung ihre infame Hetzarbeit wieder aufnehmen kann. Denn darüber täusche sich niemand: So sicher die Sozialdemokratie am Young-Plan schuld ist, so sicher würde es ihr gelingen, die Verantwortung für die Folgen von sich abzuwälzen und am Ende sogar die zu bela-

---

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 und Dok. 26, Anm. 2 und 3.

17 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

18 Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 169: "Noch hatte ich die Hoffnung nicht aufgegeben, mit der gesamten DNVP später zusammenarbeiten zu können."

19 Die DNVP war in zwei Reichsregierungen vertreten gewesen. Am 25.10.1925 hatten der Reichsminister des Innern Schiele, Finanzminister Otto von Schlieben und Wirtschaftsminister Albert Neuhaus das am 15.1.1925 gebildete (erste) Kabinett Luther verlassen, da die Reichstagsfraktion der DNVP den Vertrag von Locarno ganz oder teilweise ablehnte. Am 15.2.1928 war das am 29.1.1927 gebildete (vierte) Kabinett Marx zerbrochen, allerdings erst am 12.6.1928 zurückgetreten, dem von seiten der DNVP als Vizekanzler und Justizminister Oskar Hergt, als Reichsminister des Innern Walter von Keudell, als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele sowie als Verkehrsminister Wilhelm Koch angehörten. Anlaß bildeten die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über das Reichsschulgesetz zwischen DNVP, Zentrum und BVP auf der einen sowie DVP auf der anderen Seite. Vgl. Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 107 ff., 225 ff.

20 Artikel 48 der Reichsverfassung legte u. a. fest: "Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfasung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Vgl. ferner Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933 (Bd. III: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik), Berlin 1992, S. 14 ff.

sten, die gegen den Young-Plan waren, wenn es - keine Nationalsozialisten gäbe. Das ist das einzig Unangenehme, daß in Deutschland unterdes eine Partei entstanden ist, die nicht wie das Bürgertum, unfähig und alt, einfach zum Kuschen oder Mittun gezwungen werden kann, sondern die sich ihr Ziel durch eigene Kraft erkämpfen wird. Was in Deutschland nie der Fall war, ist heute da: Während früher das Bürgertum vor jeder Reichstagsauflösung zitterte, angesichts der todsicher stattfindenden Zunahme der Sozialdemokratie [21], wartet die nationalsozialistische Partei sehnsüchtigst auf jede Auflösung dieser sogenannten "gesetzgebenden" Korporationen. Sie weiß, daß jede neue Wahl ihr einen neuen Erfolg bringt und bringen muß. Wie sehr unsere Gegner vor dieser ununterbrochenen Entwicklung zurückschrecken, zeigt der Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung putschistische Absichten zu unterschieben. Wenn Herr Groener und Herr Severing herzinniglich beisammensitzen [22], dann wissen die beiden ganz genau, daß die nationalsozialistische Bewegung das schon deshalb nicht beabsichtigt, weil sie es gar nicht notwendig hat. Herr Groener weiß das, aber weil er weiß, daß ihm im nächsten Reichstag nicht mehr zwölf [23], sondern wesentlich mehr Nationalsozialisten entgegentreten werden, deshalb versucht er mit den, für ein polizeiliches Gehirn Metternichscher Zeit gegebenen Mitteln den Kampf gegen eine Weltanschauung aufzunehmen. Es ist bemerkenswert, daß Menschen, die selbst in ihrem Kopf nie eine Idee gehabt haben, auch keine Ahnung des Wesens von Ideen besitzen. Sie haben keine Ahnung, daß Ideen härter sein können als Stahl und Granit und daß, wenn eine Idee mit einem polizeilichen Kopf zusammenprallt, nach weltgeschichtlicher Erfahrung immer der polizeiliche Korpus dabei in Trümmer gegangen ist. Auch goldene Uhren pflegen nicht jenes hitzige Feuer anzufachen, das Ideen schmelzen könnte [24]. Wenn glühende nationalistische Vaterlands- und Volksliebe auf der einen Seite steht, dann kann man schon ein paar Uhren auf der anderen Seite in die Waagschale legen. Verlassen Sie sich darauf, Herr Groener, unser Glaube hält länger, als Ihre Westenzeitmesser gehen werden, von denen noch nicht einmal sicher ist, ob sie wenigstens aus echtem Gold oder auch nur aus Talmi bestehen!

---

21 Die SPD hatte von 1887-1912 einen nahezu kontinuierlichen Wählerzufluß. Bei der Reichstagswahl 1887 erhielt sie 10,1 % der Wählerstimmen, bis 1912 erweiterte sie ihren entsprechenden Anteil auf 34,7 %. Obwohl durch Wahlkreisgeographie, Wahlbündnisse und Mehrheitswahlrecht benachteiligt, stieg der Anteil sozialdemokratischer Mandate im Reichstag von 2,8 % im Jahr 1887 auf 27,7 % im Jahr 1912. Vgl. Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, Bd. 2, Berlin (Ost) 1987, S. 704 ff.

22 Anspielung auf die Maßnahmen, mit denen Reichswehrminister Groener und der ehemalige Reichsminister des Innern Severing die NSDAP einzudämmen versuchten; vgl. Anm. 24 sowie Dok. 29, Anm. 13.

23 Walter Buch, Wilhelm Dreher, Franz Ritter von Epp, Gottfried Feder, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Ernst Graf zu Reventlow, Franz Stöhr, Gregor Straßer, Josef Wagner, Werner Willikens.

24 Anspielung auf die am 25.2.1930 von Groener erlassene Verordnung zur "Anerkennung und Belohnung von Soldaten durch den Reichswehrminister für erfolgreiche Abwehr radikaler Zersetzungsangriffe gegen die Wehrmacht", den sog. "Uhrenerlaß", der jedem Soldaten für die Abwehr derartiger "Zersetzungsangriffe" u. a. eine goldene Uhr versprach. Vgl. Hürter, Groener, S. 230 f. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. VII: Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung, Berlin [*1962*], S. 522.

9. April 1930 Dok. 33
"Prinzip und Taktik. Zur Krise der Deutschnationalen Volkspartei" Artikel

VB vom 9.4.1930 [1].

Bismarck bezeichnete einst den bürgerlichen Liberalismus als Schrittmacher der Sozialdemokratie [2]. Heute wissen wir, daß der bürgerliche Liberalismus nicht nur der Schrittmacher des ringenden Marxismus, sondern auch Stütze und Verteidiger des siegreichen Marxismus ist. Wo immer der Marxismus Erfolge errungen hat, wird er durch das liberale Bürgertum gedeckt und vor grundsätzlichen Abrechnungen behütet. Der Kampf des Faschismus in Italien gegen den italienischen Kommunismus war zugleich ein sehr heftiger Kampf gegen die bürgerlichen Patronatsparteien [3]. In Deutschland hält das liberale Bürgertum seinen schwachen Schild sofort über den Marxismus sowie eine beabsichtigte vernichtende Auseinandersetzung mit ihm von irgendeiner Seite her zu befürchten ist. Tatsache ist, daß in derselben Periode, in der das Bürgertum als politischer Faktor in Erscheinung trat, der innere Zerfall der Nation seinen Anfang nahm und endlich ja auch einen gewissen Abschluß fand. Man muß den bürgerlichen Politikern immer wieder in aller Schärfe die unbestreitbare Tatsache vor Augen halten, *daß ihre Parteien nicht nur den Spaltungsprozeß der Nation nicht zu verhindern wußten, sondern daß er überhaupt erst unter ihrem Regiment die gefahrvollen Dimensionen annahm,* die unser Volk heute so sehr bedrücken und entkräften. Gewiß hat das Zeitalter der bürgerlichen Regierungen auch seine Vorzüge aufzuweisen. Allein der großen kulturellen und materiellen Gütervermehrung steht eine außerordentliche innere Verarmung der Menschen gegenüber. *Der scheinbaren Zunahme der äußeren Macht der Staaten widerspricht die innere Schwächung der Völker.* Was man im ersten Augenblick vielleicht für Kultur hält, ist bei näherem Hinsehen in vielen Fällen kranke Wucherung. Wenn das Bürgertum früher oft von seinen politischen "Hochzielen" [*sic!*] redete, so sind diese heute zumindest nicht mehr zu erkennen. Ein großer Teil unserer bürgerlichen Parteien paktiert ganz offen und unverschämt mit dem Marxismus [4] genauso wie das Zentrum [5]. Irgendeine prinzipielle Auffassung oder Einstellung dagegen ist

---

1 Gekürzte Wiedergabe: Nassauer Beobachter Nr. 16 (1930), "Heute schreibt: Adolf Hitler über 'Wir und die Deutschnationalen'".

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 3.

3 Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini am 3.1.1925 in einer grundsätzlichen Ansprache erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernehme. Diese Rede markiert den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien, die sich sofort in der Unterdrückung der oppositionellen Presse zu manifestieren begann. Als erste Partei wurde die Partito Socialista Unitario im Oktober 1925 verboten, nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 folgten am 5.11.1926 Verbot und Ausschaltung aller übrigen oppositionellen Organisationen in Italien sowie Einführung der Pressezensur und Errichtung einer politischen Polizei. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 257 ff.

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

nicht mehr vorhanden. Die Erkenntnis, daß der Marxismus in seinen letzten Konsequenzen zum Volks- und Kulturtod führen muß, verwischt sich zusehends und ist auf alle Fälle schon heute nicht mehr lebendig genug, um den Willen zur absoluten Vernichtung und Ausrottung dieses Menschheitslasters zu festigen.

Damit haben die bürgerlichen Parteien jeden inneren Sinn und Zweck verloren. Ja, sie sind für die Nation von außerordentlichem Schaden, denn sie fesseln in ihren Reihen ein Menschenmaterial, das immerhin bis zu einem gewissen Prozentsatz als qualitativ hochwertig und brauchbar angesehen werden kann. Sie entziehen damit einer wirklichen Kampfbewegung die notwendigen und zunächst natürlichsten Hilfskräfte. Weiter aber vermindern sie durch ihr Paktieren mit dem Marxismus in den Augen vieler Menschen die Gefahr dieses Giftes, machen es gewissermaßen salonfähig und beschränken damit die Entschlußkraft der anderen zum Kampfe dagegen. Die bürgerlichen Parteien haben die Entwicklung des Marxismus nicht zu hindern vermocht, sie sind seinem Siege erlegen und sie können ihn, das müßte zumindest heute schon jedem Menschen klar sein, nicht mehr stürzen. Sie können dies aber auch weiter deshalb nicht, *weil sie es gar nicht ernstlich wollen,* sondern weil ihr höchstes Ziel immer nur die Erhaltung des Bestehenden sein wird, kühnstenfalls die Wiederherstellung des Vergangenen. Das sind aber unfruchtbare Ziele, für die man keinen tatkräftigen Menschen begeistern kann. Endlich liegt die Führung der bürgerlichen Parteien zum überwiegendsten Teil in den Händen derselben Juden, die den Marxismus als Ramme gegen den bürgerlichen Staat verwenden.

Der Kampf der bürgerlichen Parteien ist seit der Einführung des konstitutionellen Regiments nur mehr ein Kampf der bürgerlichen Fraktionen. Je mehr dem politischen Bürgertum große weltanschauliche Ziele abhanden gekommen sind, um so mehr beschränkte es sich in seinem Ringen auf parlamentarische Auseinandersetzungen. Prinzipien verficht man zuerst innerhalb eines Volkes. Man kann sie auch nur in zweiter Linie in den Parlamenten vertreten. Allein die Fraktionen sind dann immer nur Instrumente im Kampf. *Der Kampf im Parlament ist nur ein Teil des großen Kampfes in der Nation.* Wer aber nicht mehr für Prinzipien ficht, der wird das Schwergewicht seines Ringens zwangsläufig in die Parlamente selbst verlegen. Aus dem Mittel wird dann der Zweck. *Statt daß die Weltanschauung die Partei dirigiert und die Partei der Fraktion befiehlt, kommandiert die Fraktion die politische Bewegung.* An Stelle der Parteileitung tritt dann die Fraktionsleitung, und an Stelle des Kampfes um Prinzipien tritt die parlamentarische Taktik und der parlamentarische Erfolg. Die bürgerlichen Parteien dürften schon längst nicht mehr bürgerliche Parteien, sondern müßten bürgerliche Fraktionen heißen. *Seit der Revolution wenigstens kann man sagen, daß der marxistischen Volks-, ja Weltbewegung von bürgerlicher Seite zumindest nur mehr bürgerliche Fraktionen gegenüberstehen.* Alle taktische Geschicklichkeit im parlamentarischen Betriebe wird aber nicht die endgültige Vernichtung dieser Erscheinungen verhindern können.

Je mehr große Weltanschauungs-Gesichtspunkte im politischen Leben ausscheiden und je mehr sich dieses Leben als Kampfplatz den Fechtboden der parlamentarischen Demokratie aussucht und sich damit auf die Parlamente beschränkt, um so mehr werden an Stelle großer gesetzmäßiger Erkenntnisse und Forderungen einzelwirtschaftliche Rücksichten treten. Im Zeitalter des Abbaues der politischen Ideale findet parallel ein Aufbau der wirtschaftlichen Zweckorganisationen statt. Je mehr ihr Einfluß auf das politische Leben steigt, um so mehr

sinkt die Lebensaussicht einer Nation. Standes- und Berufsinteressen sind im politischen Leben der Völker stets die schlimmsten Ratgeber gewesen. Die Sicherheit, die Existenz in der Gegenwart und in der Zukunft, wird den Menschen ausschließlich garantiert durch die großen staatspolitischen Tugenden, unter deren Schutz und Schirm allein der Friede das tägliche Brot zu sichern vermag. Der Lebenseinsatz als höchste Bereitwilligkeit der Lebenserhaltung ist stets die primäre Voraussetzung für die Sicherung der Lebensmittelbeschaffung. *Erst die Freiheit und dann das Brot* [6]. Das Vordrängen wirtschaftlich gebundener Einflüsse in das politische Leben ist besonders in Deutschland von verhängnisvollen Folgen begleitet.

Die Sozialdemokratie als einst mächtigste marxistische Partei überhaupt war in Deutschland am meisten mit der gewerkschaftlichen wirtschaftlichen [*sic!*] Organisation verkoppelt [7]. *Der enorme Gewerkschaftseinfluß auf die Sozialdemokratie machte sie im Jahre 1918 unfähig, ihre politisch-sozialistisch-revolutionären Ideen marxistischer Weltauffassung restlos durchzusetzen* [8]. Man kann das vielleicht als ein Glück für die deutsche Nation bezeichnen, vielleicht war es aber doch ein Unglück. Denn wäre in Deutschland nicht der unpolitische, scheinbar wirtschaftlich mäßigende Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialdemokratie gewesen, so hätte sich auch die Revolution nicht in ihrer vertarnten Form abgespielt, sondern in ihrer offenen, wahren. Eine Revolte bolschewistischer Exzesse Moskauer [9] und Budapester Art [10] wäre leichter zu zermalmen gewesen als die gemäßigte Richtung gewerkschaftlich verfilzter Parteibonzen. Jedenfalls wurde aber die Sozialdemokratie durch ihren gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen Einfluß um das politische Ziel betrogen, für das sie erst jahrzehntelang zu kämpfen vorgab.

Dasselbe gilt vom Zentrum. Das Aufsteigen des gewerkschaftlichen Einflusses der sogenannten christlichen Arbeiterbewegung im Zentrum führte zu einer glatten Verleugnung der weltanschaulichen, wenigstens früher geradezu als verpflichtend angesehenen Bindungen dieser Partei [11]. Das Zentrum näherte sich in eben dem Maße der Sozialdemokratie, in dem durch die beiderseits analoge Gewerkschaftsbildung langsam eine Brücke geschlagen wurde.

---

6 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

7 Ungeachtet enger und vielfältiger Verbindungen zwischen SPD und Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg bestanden in wesentlichen Fragen unterschiedliche Positionen, etwa in der Frage der Arbeitskämpfe, insbesondere des Massenstreiks, die auf den Parteitagen von Halle 1890 und Jena 1905 zutage traten. Da die Tätigkeit der Gewerkschaften reformistisch und ungleich praxisorientierter ausgerichtet war als die der SPD, wurde die Gründung einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, der "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" im November 1890 bei Teilen der SPD als Konkurrenz ihrer führenden Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung bewertet. Vgl. Hedwig Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1967, S. 277 ff.

8 Zur Rolle der SPD beim Übergang vom deutschen Kaiserreich zur Weimarer Republik vgl. Miller, Bürde der Macht.

9 Anspielung auf den Aufstand der Bolschewisten in Moskau, mit dem sie seit dem 8.11.1917 ihre Machtübernahme in Rußland einleiteten.

10 Die Sozialistische Partei Ungarns hatte am 21.3.1919 in Budapest die Räterepublik ausgerufen; die Regierende Revolutionsregierung unter Béla Kun mußte jedoch bereits am 1.8.1919 wieder zurücktreten.

11 Trotz seiner heterogenen Interessenlage blieb die Geschichte des Zentrums eng mit der der christlich-sozialen Bewegung verknüpft. Im Programm der am 21.3.1871 wiedergegründeten Zentrumsfraktion im Reichstag hieß es u. a.: "Das moralische und materielle Wohl aller Volksmassen ist nach Kräften zu fördern." Zu Entwicklung, Struktur und Profil der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik vgl. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 442 ff.

Die Deutsche Volkspartei erliegt dem wirtschaftlichen Einfluß gewerkschaftlicher Organisationen, dieses Mal nicht der Arbeitnehmer sondern der Arbeitgeber [12]. Auch dort kann man aber sehen, wie dieser, in Stinnes [13] vielleicht am schärfsten verkörperte, wirtschaftliche Einfluß in Stresemann endlich seinen politischen Niederschlag findet. *Die Deutsche Volkspartei ist die erste große bürgerliche Partei flacher nationaler Einstellung, die der Wirtschaft und ihren Interessen zuliebe sich von allen früheren politischen Zielen und Idealen lossagt, um in einer Realpolitik zu enden, die mit dem Blick auf heute die Zukunft der ganzen Nation gedankenlos opfert.* In dem Bestreben, die Politik ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzuordnen, endete man endlich bei der zwangsläufigen Vernichtung der Wirtschaft selbst.

Auch die Deutschnationale Partei [14] wird von gewerkschaftlich wirtschaftlichen Einflüssen langsam zersetzt. Exponenten nationaler Angestelltenverbände [15] sowohl als Vertreter landwirtschaftlicher Gruppen [16] [*sic!*] verhindern jede klare und eindeutige politische Haltung, die auf größere Ziele hin sich zu orientieren versucht. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Partei damit jede Operationsfähigkeit verlieren muß und auch tatsächlich verliert. Der Einfluß der sogenannten "Grünen Front" [17] ist in den deutschen Rechtsparteien ein wahrhaft verhängnisvoller. *Er rettet nicht die deutsche Landwirtschaft, sondern verhindert die Bildung und Auswirkung einer kraftvollen nationalen Opposition,* die allein die allgemeinen politischen Vorbedingungen schaffen könnte, zur späteren Rettung auch des deutschen Bauern. Solange es aber möglich ist, mit läppischen Zusicherungen und Versprechungen wirtschaftlicher Natur spekulative Interessen-Vertreter einzelner Stände aus den politischen Parteien entweder herauszusprengen oder die Parteien selbst mürbe zu machen, kann an eine energische und zielsichere Vertretung auch nur allgemeiner nationaler Forderungen gar nicht gedacht werden!

Man kann diese Zustände nun beklagen, man kann auch den grimmigen Entschluß besitzen, sie zu bekämpfen, man wird aber nichtsdestoweniger heute mit ihnen rechnen müssen. Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher solche Einflüsse zurückgewiesen und wird in der Zu-

---

12 Vgl. Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

13 Hugo Stinnes (1870-1924), Reeder und Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, Begründer der Siemens-Rheinelbe-Schuckert Union, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie.

14 Richtig: Deutschnationale Volkspartei.

15 Der 1893 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) war 1929 mit 379.590 Mitgliedern der größte Interessenverband kaufmännischer Angestellter im Deutschen Reich. Der Verband vereinigte die sozialpolitischen Interessenvertretung seiner männlichen, nichtjüdischen Mitglieder mit einer betont nationalen Ideologie und unterhielt ein weitgefächertes System sozialer Selbsthilfeeinrichtungen. Vgl. Hans Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989, S. 164 ff.

16 Vgl. Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik.

17 Zur Durchsetzung höherer Agrarzölle sowie weiterer Unterstützungsmaßnahmen hatten sich die wichtigsten landwirtschaftlichen Interessenverbände im Deutschen Reich - Reichslandbund (Martin Schiele), Vereinigung der deutschen Bauernvereine (Andreas Hermes), Deutsche Bauernschaft (Anton Fehr) und Deutscher Landwirtschaftsrat (Ernst Brandes) - am 20.3.1929 zur sog. Grünen Front, einem lockeren Zweckbündnis zusammengeschlossen, das primär den bäuerlichen Großbetrieben zugutekam. Vgl. Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971, S. 80 ff.

kunft mit noch größerer Schärfe darauf achten müssen, daß sich nicht ähnliche Zustände, wenn auch noch so schwach, bemerkbar machen. *Grundsätzlich liegt unser Kampf außerhalb des Parlamentes. Die deutsche Nation wollen wir unserer Idee erobern* [*sic!*]. Dies geschieht nicht durch Reden vor Parlamentariern festgelegter Parteizugehörigkeit und mehr oder minder beschränkten oder verbohrten Verstandes, sondern durch Reden an die deutsche Nation [18]. Gewiß wird auch die parlamentarische Waffe in den Dienst unserer Idee eingesetzt [*sic!*], allein ihre dynamische Kraft und ihre immerwährende Nahrung erhält sie durch die steigende Bewegung im Volke [19]. Das wird auch die beste Garantie sein für die Beibehaltung unseres letzten großen Zieles, um das wir kämpfen. Je unverrückbarer wir aber dieses Ziel - die Eroberung der politischen Macht und den Ausbau eines Reiches auf nationalsozialistischer Ideengrundlage - im Auge behalten, um so mehr können wir in taktischen Dingen und Belangen uns die Freiheit des Handelns vorbehalten.

Taktische Erwägungen haben uns dazu bewogen, den Kampf gegen den Young-Plan mit einer Reihe anderer Verbände gemeinsam zu führen [20]. Es schien besonders mir damals notwendig zu sein, über den Rahmen unserer immerhin heute noch begrenzten Partei hinaus das gesamte deutsche Volk gegen diese erneute ungeheuerliche Versklavungsabsicht zu mobilisieren. Es gelang auch, eine Anzahl von Verbänden bündischer und parlamentarischer Art an diesem Kampfe zu interessieren, und der endgültige Erfolg war sicherlich kein schlechter. Wir glaubten damals, durch diese Taktik dem deutschen Volke mehr nützen zu können, als wenn wir isoliert allein diesen Kampf gegen den Young-Plan geführt hätten.

Die letzte Abstimmung im deutschen Reichstag hat natürlich an den Parteien selbst grundsätzlich gar nichts geändert [21]. Jede Partei ist geblieben, was sie vorher war, nur die taktische Lage hat sich meines Erachtens nunmehr verschoben. Ich bin mir darüber im klaren, daß jede Partei den Umfang und die Größe ihrer Aktionskraft bereits von der Wiege an in sich trägt. Die programmatische Zielsetzung einer Bewegung bedingt deren späteres Wesen. *Eine Partei, die ihren Appell in den Formen bürgerlicher Mäßigung an die Mitte der Nation richtet, wird diese Mitte damit auch als den tragenden Bestandteil ihres Daseins erhalten und demgemäß auch die eigene Richtung vorgeschrieben bekommen. Der fanatische Appell an den Fanatismus* [*sic!*] *führt zur Zusammenballung ähnlich gesinnter Menschen* [*sic!*] *und gibt damit einer solchen Bewegung durch ihre Mitglieder auch einen inneren fanatischen Antrieb. Die Führer, die eine Bewegung gründen, geben ihr ihre eigene Seele.* Diese innere Verfassung einer Bewegung bestimmt allerdings später nicht nur die Operationsfähigkeit derselben, sondern damit auch die Art der Führung.

Es ist daher wichtig, sich von vornherein selbst ein klares Bild von der Zusammensetzung und geistigen Verfassung einer Bewegung zu machen, um danach ihre mögliche Wirksamkeit richtig abschätzen zu können. Die Deutschnationale Partei ist kein in sich homogener Körper [22]. Neben altkonservativen Ansichten herrschen in ihr auch nur rein wirtschaftlich gebun-

18 Anspielung auf die in den Jahren 1806/07 von Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) publizierten "Reden an die deutsche Nation".

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

20 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

21 Vgl. Dok. 31, Anm. 6.

22 Vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-652, hier S. 544 ff.

dene. Es ist denkbar, daß in gewissen belastenden Augenblicken eine einheitliche Stellungnahme eines solchen Gebildes überhaupt nur nach der schwächeren Seite hin erfolgen kann. *Auch der fähigste und ehrenhafteste Führer wird dies nicht ändern können.* Ich kann mir daher persönlich ohne weiteres vorstellen, daß der derzeitige Leiter der Deutschnationalen Volkspartei [23], dessen grundehrliche deutsche Gesinnung für mich über jeden Zweifel erhaben ist, aus taktischen Gründen heraus glaubte, die Partei durch die im Reichstag getroffene Entscheidung am ehesten zusammenzuhalten und damit der Zukunft retten zu können [24]. Ob diese Auffassung richtig war oder nicht, braucht von mir als Nationalsozialisten nicht untersucht oder gar entschieden [*zu*] werden. Die Antwort wird die Zukunft ergeben. *Daß aber durch die Stellungnahme, die nun tatsächlich erfolgte, sich die taktische Lage, die uns vor einigen Monaten veranlaßte, mit der Deutschnationalen Partei zusammen gegen den Young-Plan zu kämpfen, damit auf das wesentlichste verschoben hat, kann nicht bestritten werden.* Die Deutschnationale Partei hat im Kampf für das Volksbegehren und den Volksentscheid ersichtlich die höchste, überhaupt noch zuträgliche Belastung erfahren. Ich bin mir dessen bewußt, daß auch der Umfang und die Höhe dieses damaligen Einsatzes ausschließlich auf das Konto des Geheimrates Hugenberg zu setzen ist [25]. Mehr kann man auch meiner Überzeugung nach mit dieser Partei heute nicht machen. Hugenberg sieht es nun als seine Aufgabe an, ja als seine Pflicht, die Deutschnationale Partei als Faktor zusammenzuhalten. Ich sehe es als meine Aufgabe an, die nationalsozialistische Bewegung weiter vorwärtszuführen. Die Deutschnationale Partei ist mit der Durchführung des Volksentscheids ersichtlich am Höhepunkt ihrer Aktionsfähigkeit angelangt. *Für die nationalsozialistische Bewegung aber beginnt nun erst recht der Kampf um eiserne Grundsätze und Prinzipien.* Ich war noch niemals so sehr durchdrungen von der Notwendigkeit - ja unbedingten Notwendigkeit - des Sieges unserer Bewegung wie in diesen Tagen. Es gab aber auch für mich kaum ein Ereignis, das schärfer die ausschließliche Erfolgsmöglichkeit unserer Bewegung bekundet hätte als die letzten Wochen. *Wir werden den neuen Staat schaffen, oder es schafft ihn niemand!*

Ich weiß nicht, inwieweit sich im Laufe der kommenden Kämpfe die Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamer Aktionen wieder ergeben wird. Die Liquidierung des Young-Plans scheint mir keine Voraussetzung hierzu mehr offenzulassen. Denn für uns heißt diese Liquidierung verschärfter Kampf, während andere Verbände zum Teil bereits als aktiv Mittätige auf den Boden der nunmehr geschaffenen Tatsachen getreten sind.

---

23 Alfred Hugenberg.

24 Vgl. Dok. 28, Anm. 6 sowie Dok. 31, Anm. 6.

25 Zum damaligen Verhältnis Hitlers zu Hugenberg vgl. den Brief Walter Buchs an Johannes Bierbach vom 21.4.1930, Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 329 f.
Mit Schreiben vom 11.4.1930 an Hitler äußerte sich Hugenberg folgendermaßen zu dessen Artikel: "Ich habe für die, in Ihrem, von hoher Warte geschriebenen, Artikel 'Prinzip und Taktik' vertretenen Ideen weitgehendes Verständnis; es kann naturgemäß aber nicht als Widerlegung oder Dementi der von Ihrer Presse gebrachten, von den Zeitungen der Mitte und der Linken aufgegriffenen Meldung betreffend den Austritt der N.S.D.A.P. aus dem Reichsausschuß gewertet werden.
Wir stehen somit vor der Notwendigkeit, Beschluß darüber zu fassen, ob und in welcher Form der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren bestehen bleiben soll. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß diese Frage schon mit Rücksicht auf kommende Reichspräsidentenwahlen und auf den im Zeichen des Republik-Schutzgesetzes stehenden Großangriff des herrschenden Systems gegen Nationalismus und Wehrbewegung von weittragender Bedeutung ist." BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30.

Ich habe persönlich nie zu jenen gehört, die in der Anzahl der abgegebenen Kriegserklärungen die Größe des diplomatischen Erfolges erblicken. Ich halte es immer für zweckmäßiger, mit Verbündeten als gegen Verbündete zu fechten. Auch im innerpolitischen Kampf werde ich jede Hand ergreifen, die sich mir zur Durchführung eines notwendigen Kampfes entgegenstreckt. *Das galt für die Vergangenheit und gilt auch für die Zukunft.* Wenn eine Münchner deutschnationale Zeitung erklärt, daß es für die Zukunft fragwürdig sei, ob die nationalsozialistische Bewegung überhaupt noch als bündnisfähig angesehen werden könne [26], so darf ich darüber wohl lächeln. Die Bündnisfähigkeit eines Staates sowohl als die einer Bewegung wird nicht in einem Redaktionsbüro gewogen, sondern ergibt sich ausschließlich aus der vorhandenen und erkannten Kampfkraft, dem sichtbaren entschlossenen Willen zum Kampf und dem klar gesteckten Ziel des Kampfes. Ich glaube, daß wir, nachdem es an diesen allgemeinen Grundsätzen in der nationalsozialistischen Bewegung kaum fehlt, zu gegebener Zeit auch stets Verbündete finden werden. Unsere Partei ist jahrelang nicht nur isoliert, sondern geradezu totgeschwiegen worden, und sie hat diese Perioden genau so gesund und im stetigen Wachstum überdauert, wie sie umgekehrt aus jeder Verbindung stets ungefälscht hervorgegangen ist und gehen wird. *Unverrückbar ist unsere Überzeugung, daß nur die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volke die Zukunft erringen wird, unerschütterlich ist unser Glaube an die Berufung und an die Kraft unserer Bewegung, diese Mission zu erfüllen, und unerschütterlich ist aber auch unsere Zuversicht in die Richtigkeit unseres Weges, in die Kraft des Willens unserer gesamten Bewegung zum Kampf und in die Beharrlichkeit, diesen Kampf auf uns zu nehmen bis zum erfolgreichen Ende.*

11. April 1930 Dok. 34
Rede vor dem Nationalen Klub von Sachsen [1]

Bericht über die politische Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/4/30 vom 30.5.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4.

Redetext nicht ermittelt [2].

26 Vgl. München-Augsburger Abendzeitung vom 5./6.4.1930, "Der Weg Hitlers".

1 Beim Nationalen Klub von Sachsen handelte es sich um eine 1924 gegründete Organisation, welche nach eigenem Verständnis das Ziel verfolgte, "den Zusammenschluß von deutschen Männern zu fördern, die die Stärkung des nationalen Gedankens als erste Grundbedingung für den Wiederaufbau Deutschlands anerkennen". Sein national, konservatives Profil entsprach dem der übrigen Nationalen oder Deutschen Klubs im Deutschen Reich. Vgl. das vom Direktor des Botanischen Instituts und Botanischen Gartens zu Dresden, Prof. Dr. Friedrich Tobler, gezeichnete Rundschreiben Nr. 137 des Nationalen Klubs von Sachsen vom 22.12.1933; IfZ, ED 103. Ferner Mitgliederverzeichnis des "Nationalen Clubs Sachsen" o. D.; IfZ, Fa 600/1.

2 Der entsprechende Auszug aus dem Lagebericht lautet: "Am 11.4.[*1930*] hat Adolf *Hitler* auf eine Einladung hin in Dresden im 'Nationalen Klub von Sachsen' gesprochen. Näheres über seine Ausführungen ist nicht bekannt geworden." Im VB sowie der nationalsozialistischen Lokalpresse wird Hitlers Rede nicht erwähnt. Vgl. jedoch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 527.

12. April 1930 Dok. 35
Erklärung

VB vom 12.4.1930, "Adolf Hitler gegen eine Lügenmeldung des 'Berliner Tageblatts'" [1].

Das "Berliner Tageblatt" meldete unter dem 9. April unter der Überschrift: "Die Wirkung des Telephonats" [2], daß am Samstagnachmittag [3] zwischen Geheimrat Hugenberg und mir eine telephonische Unterredung stattgefunden habe, bei der Hugenberg um gutes Wetter gebeten haben soll unter gleichzeitigem Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen eines Bruches. Die Behauptung ist von Anfang bis zum Ende unwahr. Ich habe nie ein Telephongespräch mit Hugenberg geführt [4]. Hugenberg hat mich nie um gutes Wetter gebeten. Weder die N.S.D.A.P. noch ich haben je von Hugenberg finanzielle Unterstützungen in irgendeiner Form weder direkt noch durch einen Mittelsmann erhalten [5].

---

1 Vgl. auch Münchener Post vom 11.4.1930, "Adolf Hitler erklärt: Das Tischtuch bleibt zerschnitten".

2 Dort heißt es u. a.: "Die maßlosen Angriffe und Beschimpfungen, die die Nationalsozialisten gegen Hugenberg und seine Partei wegen des deutschnationalen Umfalls richteten, haben Herrn Hugenberg sehr unangenehm berührt. Darauf fand am Sonnabend nachmittag eine telephonische Unterredung zwischen Herrn Hugenberg und Herrn Hitler statt, wobei der deutschnationale Parteivorsitzende Aufklärung über seine Motive gab, bei Hitler um gutes Wetter bat und gleichzeitig wohl auch auf die finanziellen Auswirkungen eines möglichen Bruches hinwies." Hitlers Artikel im VB vom 9.4.1930 (Dok. 33) wurde dementsprechend als Annäherung an Hugenberg gewertet. Der Artikel im Berliner Tageblatt schließt: "Hitler und Hugenberg haben sich also wiedergefunden. In den Armen liegen sich beide. Die Rückwirkung auf das Kabinett Brüning ist klar. Ist die Reichsregierung von Hugenberg abhängig, so ist sie es auch von Hitler. Es wird nützlich sein, bei den Entscheidungen der kommenden Tage auch diese Perspektive zu berücksichtigen." Vgl. Berliner Tageblatt vom 9.4.1930 (AA), "Die Wirkung des Telephonats. Hitler stellt Hugenberg ein Ehrenzeugnis aus".

3 7.4.1930.

4 In seinem an Hitler gerichteten Schreiben vom 11.4.1930 (vgl. Dok. 33, Anm. 25) erwähnt Hugenberg die "letzte Unterredung", womit vermutlich jene am 31.3.1930 (vgl. Dok. 31, Anm. 2) oder die Kontakte in der Zeit vom 3.4. bis 5.4.1930 (vgl. Dok. 31 mit Anm. 7) gemeint sind. Weitere Kontakte lassen sich für die Zeit vom 4.4. bis 10.4.1930 nicht nachweisen; sicher ist, daß das Verhältnis zwischen Hitler und Hugenberg damals außerordentlich gespannt war. Vgl. Denis Paul Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Diss. phil., Cambridge (Mass.) 1976, S. 440 f. sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 523 f.
Erst am 14.4.1930 kam es zu einer erneuten Unterredung zwischen Hitler und der Bundesführung des Stahlhelm. Vgl. Schreiben des stellvertretenden Bundeskanzlers des Stahlhelm Wagner an alle Landesführer des Stahlhelm vom 16.4.1930; BayHStA, Abt. IV, Bestand Stahlhelm, Nr. 77.

5 Angesichts der Rivalität zwischen DNVP und NSDAP erscheint die Behauptung der finanziellen Unterstützung der NSDAP durch die DNVP abwegig; dies betrifft auch die Vermittlung von Spenden durch Hugenberg, der damals Mühe hatte, bereits für seine eigene Partei Spenden zu mobilisieren. Auch durch die gemeinsame Beteiligung von NSDAP und DNVP beim Volksbegehren gegen den Young-Plan erschlossen sich für die NSDAP keine neuen Geldquellen, da die meisten Industriellen dieser Kampagne ihre finanzielle Unterstützung verweigerten. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 140 f.

12. April 1930 Dok. 36
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 12.4.1930.

Jeder innerlich unmögliche Zustand widerlegt sich auf die Dauer durch sich selbst. Auch vom Parlamentarismus gilt dies. Wenn die Erkenntnis der Schädlichkeit und Unfähigkeit des parlamentarischen Systems in Deutschland im Jahre 1918 nur in sehr beschränktem Umfange vorhanden war, dann darf man nicht vergessen, daß vor dem Kriege die parlamentarischen Schäden immerhin noch wesentlich gemildert wurden, der Parlamentarismus sich eine gewisse "Führung", wenn auch mit Widerwillen, gefallen lassen mußte. Solange die Monarchie als Staatsform bestand, gab es, wenn auch in immer schwindenderem Ausmaße, Möglichkeiten der Aufhebung und Wiedergutmachung der parlamentarischen Übel [1]. Einsichtsvolle Köpfe haben aber schon damals unermüdlich darauf hingewiesen, daß am Ende die Monarchie selbst am Parlamentarismus zugrunde gehen würde und daß dann die Nation in kurzer Zeit der Monarchie nachfolgen werde. Nicht als ob damit gesagt sein will, daß die Monarchie als einzige Institution in der Lage gewesen wäre, die deutsche Nation zu retten, ja daß sie die Interessen unseres Volkes auch nur in genügendem Umfange zu wahren vermochte. Nein durchaus nicht. Es lassen sich sehr wohl Formen erdenken, die mit unserer alten Monarchie nichts Gemeinsames haben, den Bedürfnissen unseres Volkes und vor allem unserer Zukunft aber noch viel mehr dienen könnten. Der demokratische Parlamentarismus war jedenfalls tausendmal schlechter als die Monarchie. Die Propheten von einst hatten recht behalten. In 50 Jahren parlamentarischer Entwicklung ist es gelungen, die Monarchie zu vernichten, und in 12 Jahren parlamentarischer Regierung gelang es, Deutschland - und zwar das deutsche Volk - auf das ungeheuerlichste zu schädigen. Bis zum Jahre 1918 befand sich der Parlamentarismus im Angriffskampf gegen die Monarchie. Jeder Schaden, den er der Nation zugefügt hatte, wurde von den verlogenen Wortführern der Demokratie der Monarchie zugeschoben und erst recht als Beweis für die Notwendigkeit eines erhöhten Kampfes angeführt. Seit dem Jahre 1918 ist diese Spiegelfechterei nicht mehr möglich. Der Parlamentarismus besitzt nach dem Verschwinden der Monarchie keinen Sündenbock mehr, den er für sein eigenes verderbliches Wirken und die daraus entspringenden Folgen verantwortlich machen könnte. Die verheerende Wirkung des parlamentarisch-demokratischen Systems aber kann heute Millionen Deutschen durch ihre eigenen Erfahrungen am eigenen Leibe am besten verständlich werden. Allein mehr noch als durch diese Folgen der parlamentarisch-demokratischen Arbeit erledigt sich das heutige System durch die Art des allen sichtbaren parlamentarischen Betriebs selbst. Die Monarchie hat Jahrhunderte zu überdauern vermocht, die parlamentarische Demokratie verwirtschaftet sich in wenigen Jahrzehnten. Die Achtung des deutschen Volkes vor seinen parlamentarischen Institutionen nimmt reißend ab. Vielleicht haben die Wortführer unserer heutigen Regiererei selber gar keine Ahnung, wie ihnen der Boden unter den Füßen dahinschwindet. Vor 20 Jahren hätte

1 Zur Verfassungswirklichkeit des damaligen Deutschen Reiches vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 471 ff.

ein Angriff gegen den deutschen Reichstag vermutlich zu wilden Kämpfen geführt. Heute gäbe es höchstens noch wilde Proteste. Und zwar nicht etwa Proteste der Nation, sondern nur Proteste ihrer Diätenschlucker.

Das Kabinett Müller ist vor ein paar Wochen gegangen. Es ging, weil man sich nicht über die neuen Steuern zu einigen vermochte [2]. Nach wie vor bin ich überzeugt, daß das Zentrum und die Sozialdemokratie die Brücken zueinander nicht abgebrochen haben. Wenn im Kampfe auch hüben und drüben manchesmal scharfe Worte fallen, so befleißigt man sich doch in den Zentralorganen der beiden Parteien einer auffallend vornehmen Zurückhaltung [3]. Solange aber die Koalition des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen besteht [4], solange ist es klar, daß auch im Reich keine weltanschaulichen Gesichtspunkte zur Trennung geführt haben. Und das ist doch das Wesentliche. Ein Zentrum, das aus weltanschaulichen Differenzen mit dem Marxismus nicht mehr gehen kann, kann dies dann in Preußen genausowenig wie im Reiche selbst. Sitzt man aber in Preußen mit den Sozialdemokraten zusammen - und mag dies tausendmal aus taktischen Gründen geschehen - , so kann man mindest ebenso gut annehmen, daß die Trennung im Reich auch nur aus taktischen Gründen erfolgt ist. Das Zentrum sitzt in Berlin im preußischen Landtag mit dem sozialdemokratischen Marxismus zusammen und es paktiert vom Reiche aus genau so unbehindert mit dem kommunistischen Marxismus in Moskau [5]. Für diese Partei gibt es nur eine einzige Weltanschauung, und die heißt: Zentrum. Religion, Patriotismus, Bürgertum, landwirtschaftliche Interessenvertretung, christliche Gewerkschaftsorganisationen, alles das sind letzten Endes nur Mittel zum Zwecke. Würde das Zentrum tatsächlich religiöse Ideale besitzen, so könnte es nicht eine Außenpolitik mitmachen, die mit dem barbarischen Sowjetstaat dauernd zu paktieren versucht. Judentum und Zentrum kann man bei jeder Gelegenheit eng verschlungen Arm in Arm sehen. Wer wird bei einer solchen Partei glauben, daß sie sich aus weltanschaulichen Erwägungen von der Sozialdemokratie trennt? Heute bestehen meines Erachtens für eine solche Auffassung noch keine stichhaltigen

---

2 Der Streit über die Beitragshöhe zur Arbeitslosenversicherung bildete den letzten Anlaß für das Auseinanderbrechen der Großen Koalition, deren Kooperationsfähigkeit sich nach dem Tod Stresemanns am 3.10.1929 insbesondere bei den Themen Reparationsregelung, Steuerreform und Haushaltssanierung verbraucht hatte. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 451 ff.

3 Ende März, Anfang April 1930 wiederholte die "Germania" in mehreren Artikeln den Vorwurf an die SPD, maßgeblichen Anteil am Sturz der Regierung Hermann Müller gehabt zu haben; die SPD trage die "Hauptverantwortung" für die gegenwärtige politische Krise. Vgl. Germania vom 29.3.1930 (AA), "S.P.D. macht Parteipolitik"; ferner vom 28.3.1930 (MA), "Rücktritt des Reichskabinetts"; vom 31.3.1930 (AA), "Das neue Kabinett"; vom 2.4.1930 (AA), "Die Opposition hat das Wort"; vom 4.4.1930 (AA), "Zwei Fehlurteile". In einem Artikel vom 6.4.1930 findet sich allerdings folgende Bemerkung: "Es liegt allein an der *Sozialdemokratie*, ob sie dazu imstande ist und ob sie den Sinn der Opposition erfaßt und erkannt hat, in die sie sich selbst mit bewundernswertem Ungeschick hineinmanövriert hat. Es ist von diesem Standpunkt aus gesehen ein Fehler der Sozialdemokratie, dem Kabinett Brüning für die kommende Arbeit nicht 'fair play' zu geben." Vgl. Germania vom 6.4.1930, "Zentrum und Regierung".
Die Kritik des "Vorwärts" am Zentrum war demgegenüber vergleichsweise zurückhaltend, die Hauptvorwürfe richteten sich gegen DNVP und DVP. In einem Artikel vom 3.4.1930 heißt es jedoch: "Diese Schwenkung des Zentrums ist eine der wesentlichen Ursachen für die politische Zuspitzung." Vorwärts vom 3.4.1930 (MA), "Die Schwenkung des Zentrums"; vgl. ferner vom 28.3.1930 (MA), "Worum es ging"; vom 7.4.1930 (AA), "Brüning verteidigt sich".

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 18.

Gründe. Damit glaube ich nach wie vor, daß die Trennung des Zentrums von der Sozialdemokratie nicht lange anhalten wird. Sind erst die neuen Steuer- und Finanzgesetze von der bürgerlichen Reichstagsmajorität hinuntergewürgt, wird an Stelle der isolierten Regierung [6] Brüning [7] wieder eine parlamentarisch verankerte kommen, und wie diese Verankerung vor sich gehen dürfte, wird von den großen Männern der heutigen Regierung schon jetzt unverblümt angedeutet. Die Deutsche Volkspartei versichert, auf die Dauer nicht ohne Sozialdemokraten regieren zu wollen, und das Zentrum läßt von Herrn Brüning die Sozialdemokraten höflichst ersuchen, sich in der jetzigen Oppositionsstellung maßvoll aufzuführen, um nur ja nicht die Brücken für die Zukunft abzubrechen [8]. Wie sehr am Ende die Deutsche Volkspartei innerlich jeder klaren und eindeutigen nationalen Politik abgeneigt ist, kann man an den Ereignissen in Thüringen jede Woche erneut konstatieren [9]. Diese Partei ist innerlich dem Marxismus bereits so nahegerückt, daß sie sich jedem zielbewußten Nationalismus entfremdet fühlt und demgemäß auch dagegen vorgeht. Gewiß wird diese Partei auch in Thüringen daran zerschellen, aber insoweit sie besteht, ist dies ihre Gesinnung. So dürfte sich in den nächsten Tagen im deutschen Reichstag wieder das köstliche Schauspiel ergeben, daß derselbe Reichstag dieselbe Finanzreform, die er vor einigen Wochen abgelehnt hat, nunmehr am Ende doch annehmen wird [10]. Die Angst vor der Auflösung liegt den Volksvertretern gleich schwer in den Gliedern. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, die in sich durchaus heterogenen bürgerlichen Parteien, denen jede Operationsfähigkeit im kühnen Sinne fehlt, zusammenzuhalten. Es sind Truppen, mit denen man nicht angreifen kann, ohne Gefahr zu laufen, daß sie auseinanderfliegen. Man kann mit ihnen nur immer am Feinde vorbeimanövrieren, will man sie überhaupt als geschlossene Faktoren beisammenhalten, und man verzichtet dabei von vorneherein auf jeden schlagenden Erfolg. So kommt es, daß die Deutschnationale Partei um der lieben Einheit willen die Regierung Brüning stützt [11], die Bayerische Volkspartei die Biersteuer schlucken wird [12], die Demokraten und Deutschen Volksparteiler die Agrarforderungen hinunterwürgen

---

6 Der Reichspräsident hatte den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Heinrich Brüning, am 28.3. 1930 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die nach schwierigen Verhandlungen am 30.3.1930 ernannt wurde; sie umfaßte Vertreter von Zentrum, DVP, DDP, DNVP, BVP sowie von Wirtschaftspartei und Volkskonservativer Vereinigung. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 483 ff.

7 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen (i. V.), 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

8 Zum damaligen Verhältnis zwischen Regierungsparteien und SPD vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 125 ff.

9 Obwohl NSDAP und DVP in Thüringen seit 23.1.1930 derselben Regierungskoalition angehörten, die sich freilich am 1.4.1931 aufgrund eines von der DVP unterstützen Mißtrauensvotums auflöste, blieb das Verhältnis zwischen diesen beiden Koalitionspartnern von Anfang an gespannt. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Witzmann, Thüringen, S. 153 ff.

10 Bis zum 14.4.1930 wurde die reformierte Steuergesetzgebung (Mineralölzoll, Umsatz-, Warenhaus-, Tabak-, Zucker-, Bier-, Mineralwasser- und Kraftfahrzeugsteuer) vom Reichstag mit knapper Mehrheit angenommen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 47. Druck: RGBl. 1930, I, S. 131 ff.

11 Vgl. Dok. 31, Anm. 6.

12 Nachdem am 9.4.1930 eine von Zentrum, DVP und DDP unterstützte Gesetzesvorlage zur Erhöhung der Biersteuer um 75 % am Widerstand der BVP gescheitert war, einigte sich die BVP bis zum 11.4.1930 auf den

werden [13], um solcher Art gemeinsam das Nest schön zu bereiten, in das dann die Sozialdemokratie wieder einziehen kann. Die nationalsozialistische Bewegung kann ihren Weg unabhängig von allen Seiten weiter fortsetzen. Sie wird überall dem Volke und dem Staate geben, was des Volkes und des Staates ist, wie wir das heute zum Beispiel in Thüringen tun [14], und wird die Feinde von beiden Seiten bekämpfen, ganz gleich, wo sie sich befinden mögen. Was aber den anderen Volksvertretern heute Angst und Schrecken einjagt, läßt uns gänzlich kalt. Sie mögen und können die gesetzgebenden Korporationen auflösen, wann und so oft sie wollen. Der Nationalsozialismus wird aus jeder Wahl gestärkt hervorgehen [15].

26. April 1930 — Dok. 37
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 26. April 1930 [1].

Der Zerfall der Deutschnationalen Volkspartei in ihrer Reichstagsfraktion anläßlich der letzten Abstimmungen [2] ist ebenso charakteristisch für unsere heutige Parteientwicklung wie warnend lehrreich für die Zukunft. Je mehr in unsere politischen Parteien sich die wirtschaftlichen

---

Kompromiß einer Erhöhung der Biersteuer um 50 %. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II. Bearb. von Tilman Koops, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982, S. 40 ff sowie Anm. 10. Druck des Gesetzes zur Änderung des Biersteuergesetzes: RGBl. 1930, I, S. 136 ff.

13 Gemeint ist die bereits bei der Regierungsbildung Ende März 1930 eingeleitete Initiative des neuen Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Martin Schiele zur Einführung von Schutzzöllen für die deutsche Landwirtschaft, die am 14.4.1930 vom Reichstag gebilligt wurde. Schieles Vorschläge wurden nicht nur von SPD, KPD, NSDAP und eines Teils der DNVP abgelehnt, sondern zunächst auch von der Mehrheit des Kabinetts. Vgl. Dok. 8, Anm. 8 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II., Bd. 1, S. 1 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen: RGBl. 1930, I, S. 131 ff.

14 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

15 Seit der Reichstagswahl vom 20.5.1928 verbesserten sich die Wahlergebnisse der NSDAP nahezu kontinuierlich. Sie erhielt bei den Landtagswahlen in Lippe (6.1.1929) 3,4 %, in Sachsen (12.5.1929) 5 %, in Mecklenburg-Schwerin (23.6.1929) 4,1 %, in Baden (27.10.1929) 7 %, in Lübeck (10.11.1929) 8,1 % und in Thüringen (8.12.1929) 11,3 % der Stimmen. Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 34 ff. sowie Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 86 ff.

1 Gekürzter Abdruck: Die Flamme vom 1.5.1930, "Hitler Staatsgrundsätze!".

2 Obwohl der Parteivorstand der DNVP lediglich der Agrarvorlage der Reichsregierung, nicht aber der von ihr erarbeiteten Steuerreform zustimmen wollte (vgl. Dok. 36, Anm. 10, 12 und 13), waren bei der Reichstagsabstimmung vom 13./14.4.1930 nur 20 Abgeordnete der DNVP diesem Vorschlag gefolgt; 36 Abgeordnete der DNVP hatten dagegen beiden Gesetzesvorlagen zugestimmt, 6 blieben der Abstimmung fern oder enthielten sich der Stimme, da beide Vorlagen für die Reichsregierung ein Junktim bildeten. Aus Protest gegen Hugenberg, dessen unflexibles Verhalten die Interessen der Landwirtschaft gefährdete, spaltete sich daraufhin die Reichstagsfraktion der DNVP erneut, ohne daß dies vorerst organisatorische Konsequenzen gehabt hätte. Vgl. Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Bd. 4/I, Dok. 56 und 59 sowie Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 65 ff. ferner Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 5003 f.

Interessengruppen hineinfressen, um so unmöglicher wird jede, auf große Ziele hinausgehende, geschlossene Operation. An sich ist bei der, durch unsere blutsmäßige Zerrissenheit bedingten, unglaublichen Disziplinlosigkeit unseres Volkes ein einheitliches politisch taktisches Vorgehen ohnehin außerordentlich erschwert. Die auch in völkischen Kreisen häufig angeführte "Organisationsfähigkeit" des Deutschen beruht auf einem wie so oft leichtfertig nachgeplapperten Geschwätz. Dem deutschen Volk fehlt in einem viel höheren Maße der Herdeninstinkt als etwa dem Engländer. Unsere blutsmäßigen Differenzen äußern sich überall im Leben. Was anderen Völkern angeboren erscheint, hat uns eigentlich nur der sogenannte "preußische Militarismus" anerzogen. Ihm und nur ihm allein ist es zu danken, wenn unser sonst so zerfahrenes Volk zu großen einheitlichen Leistungen in den letzten hundert Jahren zusammengefaßt werden konnte.

Es wird vielleicht für diese Behauptung nicht jeder das nötige Verständnis aufbringen. Am wenigsten mag das der geborene Literat begreifen, der sein Leben lang nur die Federn spitzt und die Welt erscheinen läßt, wie sie sich eben in seinem Kopfe gibt. Vielmehr aber wird das derjenige einsehen, der mit der praktischen organisatorischen Zusammenfassung unserer Volksgenossen zu tun hat. Je mehr wir uns von der allgemeinen Wehrpflicht entfernen [3], um so schwerer wird das Aufziehen jeder Organisation. Die Sozialdemokratische Partei in Deutschland wäre einst ohne den deutschen "Militarismus" gar nicht denkbar gewesen [4]. Sie hat die militärische Erziehung des Deutschen im politischen Leben ausgenützt und auf dem neuen Gebiet weiter fortgeführt. Daß die bürgerlichen Parteien auch im Frieden wenig geschlossene Kraft aufbrachten und über schlechte Organisationen verfügten, lag in ihrem inneren Wesen begründet. Sie rekrutierten sich ja auch weniger aus Soldaten als vielmehr aus Offizieren [5]. Der blinde Gehorsam des Musketiers konnte in ihnen keine Fortsetzung finden. Endlich legten die bürgerlichen Parteien entsprechend der Absicht ihrer jüdischen Führung auch gar keinen Wert auf eine wirklich stramme und straffe Zusammenfassung und Gliederung. Die Sozialdemokratie war die Partei, die im Frieden in erster Linie die Masse des deutschen Soldatentums politisch verwaltete. Auch heute noch besitzt sie große Bestände alter gedienter Mannschaften. Ihre innere disziplinäre Festigkeit verdankt sie in erster Linie auch jetzt noch dieser Tatsache. Der Kommunismus verfügt über die aktivistischere Arbeiterjugend [6], die aber zum größten Teil keine militärische Ausbildung mehr hinter sich hat. Die Folge davon ist bei aller Angriffsfreudigkeit der K.P.D. ihre ewige innere Unruhe, sind die ewigen inneren Disziplinbrüche und Auseinandersetzungen [7]. Ich selbst leite seit zehn Jahren eine Organisation und kann am be-

3 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

4 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung bzw. SPD und Bewaffneter Macht in Deutschland zwischen 1848 und 1918 vgl. Höhn, Sozialismus und Heer.

5 Zu Struktur und Soziologie der damaligen deutschen Parteien vgl. Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1914, Düsseldorf 1961.

6 Zu Organisation und Profil der vielgestaltigen sozialistisch-kommunistischen Jugendbünde in der Weimarer Republik vgl. Günther Ehrenthal, Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen, Berlin 1929, S. 117 ff.

7 Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

sten die Schwierigkeiten ermessen, die die Entfernung der Zeit unserer militärischen allgemeinen Dienstpflicht mit sich bringt. Bestimmte Grundsätze der Ein- und Unterordnung, die als Grundlagen jeglicher Organisation vor zehn Jahren noch allgemein geläufig waren, sind dem jungen Deutschtum von heute zunächst fast vollständig unbekannt und fremd. Ja, manchesmal sogar einfach unverständlich. Man täusche sich nicht über die Auswirkungen solcher Tatsachen im großen. Es ist daher auch kein Zufall, wenn das Gefüge der Parteien und der Parteiorganisationen dort am lockersten ist, wo am wenigsten militärisches Wesen mitredet. Diesem Verschwinden allgemein vorhandener günstiger organisatorischer Voraussetzungen folgt hart an der Seite die Schwächung aller größeren weltanschaulichen zwingenden Gesichtspunkte und Ideale. Die Tagesereignisse verwischen das prinzipiell richtige Denken. Was man an der Front als interessantes psychologisches Moment tausendfältig studieren konnte, wiederholt sich auch im politischen Kampf der Heimat. Würde die Bestimmung der Kampfhandlungen an der Front den einzelnen Divisionen oder gar Regimentern und noch kleineren Einheiten überlassen worden sein, wäre jede große Operation einfach unmöglich geworden. Jede Kompanie, die beschossen wird, schießt zurück, jeder Regimentsabschnitt, der schweres Feuer erhält, verlangt stürmisch Strafe und Vergeltung, für jedes feindliche Bombengeschwader, das die hinteren Truppenunterkünfte bepflastert, werden dringlichst eigene Jagdstaffeln angefordert und natürlich auch eingesetzt. Jeder feindliche Angriff wird als Anlaß zu wilden Rückstößen angesehen. Aber jede Zusammenfassung großer Streitkräfte und überwältigender Munitionsmassen und deren geschlossener Einsatz an einer bestimmten Front wird damit auch verhindert. Es war das Schwerste im Weltkriege, auf ganzen Fronten ewigen feindlichen Angriffen gegenüber in der Defensive zu bleiben, und zwar in einer Defensive, die nur durch die ungeheuerlichsten Nervenanspannungen ertragen werden konnte, um an einer anderen Front mit zusammengeballter Kraft offensiv vorgehen zu können. So wie der Soldat, der unmittelbar unter den Einwirkungen des feindlichen Feuers lag, aus begreiflichen psychologischen Gründen für solche größeren Notwendigkeiten kein Verständnis aufbringen konnte, leiden auch die politischen Organisationen unter der Einwirkung der laufenden Tagesereignisse, wenn die Führung auch hier im Schützengraben sitzt und ihre Entschlüsse von den Kampfereignissen des Tages bestimmen läßt. Besonders schlimm ist dies, wenn zu allem Überfluß auf die politische Leitung Verbände einen Einfluß nehmen, deren Denken im höchsten Grade unpolitisch ist. Überhaupt ist es ein kapitaler Fehler, politische Parteien aus wirtschaftlichen Bausteinen errichten zu wollen. Ich habe mich stets auf das schärfste dagegen verwahrt, vor Wahlen Vertreter bestimmter Interessengruppen als Kandidaten aufzustellen [8]. Man weiß ja, wie das so geht. Sowie Wahlwetter im Anzug ist, häufen sich auf einmal die Anschriften von wirtschaftlichen Verbänden, Interessentengruppen, Angestelltenvereinigungen, Beamtenbünden usw. mit dem dringenden Ersuchen um eine ebenso dringend notwendige Aussprache. Meist taucht dann ein wohlbeleibter Herr auf, der einem bei Beginn der Besprechung zunächst versichert, im Namen von soundso vielen Hunderttausenden hier zu sein, in deren Auftrag zu verhandeln, wobei

8 Bei der Nominierung von Kandidaten der NSDAP, die sich Hitler damals noch vorbehielt, standen weniger interessenpolitische, soziale, regionale oder gar geschlechtsspezifische Aspekte im Vordergrund, sondern in erster Linie das Ziel der parteiinternen Ausgewogenheit. Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 336 ff.

selbstverständlich betont wird, daß diese Hunderttausende auf einen Pfiff zur Verfügung stehen und mithin der wohlbeleibte Herr in der Lage ist, der Partei hunderttausend und mehr Stimmen zuzuführen oder aber auch fernzuhalten. Die Geneigtheit eines solchen Mitbürgers erringt die politische Partei nun keineswegs durch das Versprechen, ihre politischen Ziele zu vertreten, sondern ausschließlich durch das Versprechen, den Herrn Interessenvertreter als Kandidaten aufzustellen. Ich habe mich seit Gründung der Partei immer auf das schärfste gegen solche Zumutungen verwahrt. Eine Partei darf nur ihre hundertprozentig weltanschaulich und disziplinär ergebenen [*sic!*] Mitglieder in die Parlamente schicken. Tut sie das nicht, so hört jede Operationsfähigkeit mit einem Schlage auf. Man kann nicht ein Gebilde führen, in dem 15 andere Vereinigungen ihre Vertreter sitzen haben, von denen jeder einzelne wieder von Fall zu Fall erst der Genehmigung seines besonderen Verbandes bedarf, um einen angeordneten Beschluß durchzuführen. Es waren dies Gründe, die mich in Bayern zum Beispiel gegen den Völkischen Block Stellung nehmen ließ [9]. Eine Fraktion, die aus Vertretern der nationalsozialistischen Partei, der Freiheitsbewegung [10], des Bundes Oberland [11], des Jungdeutschen Ordens [12], der Reichsflagge [13], des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes [14], des Vereins völkischer Lokomotivführer, aus etlichen Literaten und verschiedenen Syndikussen [*sic!*] zusammengesetzt erscheint, ist kein im politischen Kampf verwertbares Instrument. Ich habe mich im Jahr 1925 entschlossen, wieder lieber mit nichts zu beginnen, als mit so

9 Nach dem Verbot der NSDAP - in Bayern am 9.11.1923, im Deutschen Reich am 23.11.1923 - war am 7.1.1924 in Bayern der Völkische Block unter Führung von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe entstanden. Gegen Hitlers Rat schloß sich dieser mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich im Oktober 1922 von der DNVP abgespalten hatte, auf dem sogenannten Einigungsparteitag in Weimar (15.-17.8.1924) zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB) bzw. Nationalsozialistischen Freiheitspartei zusammen. Bei der Reichstagswahl und preußischen Landtagswahl am 7.12.1924 erhielt diese 14 Sitze im Reichstag und 11 Sitze im preußischen Landtag. Nach der Wiedergründung der NSDAP am 26.2.1925 separierte sich die Deutschvölkische Freiheitspartei wieder unter der Bezeichnung Deutschvölkische Freiheitsbewegung. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 118 ff. Weitere Dokumente bei Georg Franz-Willing, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977, S. 191 ff.

10 Vgl. Anm. 9.

11 Das Freikorps Oberland (ab 1921: Bund Oberland) war im April 1919 unter maßgeblicher Mitwirkung vom Vorsitzenden der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff, gegründet worden. Es nahm an den Kämpfen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und am Hitler-Putsch teil. Nach seinem Verbot im November 1923 wurde der Bund Oberland 1925 neugegründet. Er löste sich Ende 1930 auf. Vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

12 Der von Oberleutnant a. D. Artur Mahraun Anfang 1920 aus einer Einheit von Zeitfreiwilligen gegründete bündisch-nationale Jugendverband orientierte sich in seiner Struktur am Deutschen Ritterorden. Obwohl die sozialromantischen Vorstellungen des Jungdeutschen Ordens maßgeblich von Kriegserlebnis und Jugendbewegung geprägt waren, zielte seine politische Tätigkeit auf die Reform, nicht die Vernichtung der bestehenden republikanischen Staatsform. Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

13 Die Reichsflagge, ein im wesentlichen auf Bayern beschränkter nationaler Wehrverband, wurde 1922 von bayerischen Reichswehroffizieren gegründet. Nach Abspaltung der sog. Reichskriegsflagge im Oktober 1923, die unter dem Kommando von Ernst Röhm am Hitler-Putsch teilnahm, trat der Rest des Verbands im Herbst 1927 geschlossen dem Stahlhelm bei. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. 3, Köln 1985, S. 667 ff.

14 Vgl. Dok. 33, Anm. 15.

schwachen, um nicht zu sagen lächerlichen, Gebilden einen unmöglichen Kampf anzufangen. Unsere bürgerlichen Parteien sind aber zumindest in ihren Fraktionen ein wahres Mosaik von solchen Bünden, Verbänden, Vereinigungen, Gruppen usw. Damit kann nicht operiert werden. Wenn das Zentrum heute noch eine gewisse Operationsfähigkeit besitzt, dann liegt dies an dem dort dominierenden religiösen Einfluß. Innerlich homogen ist aber auch dieses Gebilde schon längst nicht mehr. Erfolge kann das heutige Zentrum aushalten, schwere Mißerfolge würde es nicht mehr überstehen. Die Festigkeit einer Partei zeigt sich aber nicht in Augenblikken des siegreichen und glücklichen Kampfes, sondern in Momenten der schwersten Niederlagen, größter Belastungen. Eine Partei, die das nicht aushält, taugt nichts. Sie taugt so wenig wie eine Truppe, mit der man nur vorwärts marschieren kann, die aber beim ersten Rückmarsch zerbricht. Die nationalsozialistische Bewegung wird, gewitzigt durch die reichen Erfahrungen der letzten Zeit [15], in der Zukunft mit höchstem Eifer darauf achten müssen, daß ihre Fraktionen so wie bisher eine innere hundertprozentige Einheitlichkeit besitzen. Sie wird bei strikter Duchführung dieses Prinzips keinerlei fremde Einflüsse in ihren Reihen dulden, dafür aber dann in eben dem Maße zwangsläufig emporwachsen, in dem die anderen Verbände zerfallen. Denn das dürfte heute doch wohl jedem klar geworden sein: Die Zukunft des deutschen Volkes wird nicht entschieden durch die bürgerlich parlamentarischen Parteien, sondern ausschließlich nur durch die nationalsozialistische Volksbewegung.

15 Anspielung auf die Spannungen zwischen dem linken, von Otto Straßer dominierten Flügel der NSDAP und Hitlers absoluten Führungsanspruch. Diese Spannungen waren im April 1930 eskaliert, als Straßer entgegen Hitlers Anordnungen seine Unterstützung des sächsischen Metallarbeiterstreiks nicht beendete. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1985, S. 30.

27. April 1930 Dok. 38
Rede auf Reichsführertagung in München [1]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 28.4.1930, "Das Ergebnis der nationalsozialistischen Führertagung" [2].

In zweistündiger Rede betonte Hitler in einem großen Umriß die nationalpolitischen und historischen Aufgaben der NSDAP. Im Rahmen dieser für die Partei richtunggebenden Ausführungen charakterisierte er den russischen Bolschewismus als einen wesentlichen Bestandteil der marxistischen Völkerzersetzung [3] und demgemäß jede marxistische Revolutionsbewegung als eine politische und rassische Minderwertigkeitserscheinung. Die nationalsozialistische Auffassung unterscheide sich von der proletarischen und bürgerlichen grundsätzlich darin, daß sie die historischen Vorgänge der Weltpolitik nicht primär als soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen, sondern als völkische und rassische Machtkämpfe betrachte. Der Nationalsozialismus sei nicht aus dem Gedanken einer allgemeinen Mitleidsmoral geboren, sondern aus dem Bewußtsein für die Notwendigkeit einer deutschen Herrenmoral. Darum liege die Wurzel des Nationalsozialismus auch nicht im Sozialismus als Allerweltserlösungsidee, sie sei auch kein mit einem nationalen Vorzeichen versehener Teil dieser Idee, sondern ein völlig neuer politischer Begriff, dessen Totalität nicht in verschiedene Bestandteile zerlegt werden könne [4].

In diesem Zusammenhang umriß er die Zukunftsaufgaben der Bewegung mit einigen prägnanten Formulierungen. Die auf ein einziges kühnes Ziel gerichtete, vom Schicksal Deutschlands nicht zu trennende, nationalsozialistische Mission bedinge von selbst die innere Einheit der Bewegung, in der jeder politische oder taktische Meinungsstreit eine Sinnlosigkeit wäre. Die nationalsozialistische Bewegung wurde dabei bezeichnet als der organisierte deutsche

---

1 In der Hauptgeschäftsstelle der Reichsleitung der NSDAP, Schellingstr. 50, vormittags. Hitler sprach über zwei Stunden. Auf Anweisung Hitlers hatte Gregor Straßer mit Schreiben vom 15.4.1930 die Referenten der Reichsleitung, alle Gauleiter, alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die OSAF-Stellvertreter sowie die Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Studentenbunds, der Hitlerjugend, des Nationalsozialistischen Schülerbunds, des Kampfbunds für Deutsche Kultur und des Nationalsozialistischen Juristenbunds zu der auf den 26./27.4.1930 anberaumten Führertagung eingeladen; BA, Slg. Schumacher 373.

2 Vgl. auch VB vom 29.4.1930, "Reichsführertagung der N.S.D.A.P. Eine Kundgebung der Geschlossenheit und Disziplin" (Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 331 f.); Der Jungdeutsche vom 30.4.1930, "Nicht mehr 'nationaler Sozialismus'!"; Die Rote Fahne vom 30.4.1930, "Nazis für den Feldzug gegen Sowjetrußland"; Der Angriff vom 1.5.1930, "Der Führer gibt die Weisungen zum neuen Kampf"; Die Flamme vom 1.5.1930, "Reichsführertagung der NSDAP"; Berliner Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1930, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft. Reichsführertagung der NSDAP"; Der Angriff vom 4.5.1930, "Führertagung"; Das Andere Deutschland vom 17.5.1930, "Hitler, der Reaktionär". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 537 f. sowie Lagebericht N/Nr.91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930; BayHStA, MA 101235/3. Lagebericht Nr.173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

3 Vgl. mit Hitlers Argumentation in Dok. 3.

4 Ähnlich, zum Teil mit denselben Begriffen, argumentierte Hitler in seiner Unterredung mit Otto Straßer am 21./22.5.1930, mit der er den endgültigen Bruch zur Gruppe um Otto Straßer vollzog. Vgl. Otto Straßer, Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP, Berlin 1930 sowie Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 30 ff.

Freiheitswille, dessen Verwirklichung keine Sache unfruchtbarer Auseinandersetzungen, sondern eine Sache der Disziplin sei [5].

[April 1930] [1] Dok. 39
Schreiben an die Gauleiter der NSDAP

Masch. Abschrift der Polizeidirektion München vom 20.7.1932; StA München, Polizeidirektion München 8850 [2].

In einem an die Reichsleitung gerichteten Schreiben [3] des Gauleiters Hildebrandt [4] - Mecklenburg - findet sich folgender Satz: "Rohst [5] ist mehr Soldat und daher zu militärischen Dingen besser zu gebrauchen als zu einer politischen Leitung."

Wegen dieser Äußerung habe ich den Gauleiter Hildebrandt sofort seiner Stelle enthoben [6].

---

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, in dem Gregor Straßer "in seinem Schlußwort die unerschütterliche Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach innen und nach außen als Ergebnis der Reichsführertagung" festhielt.
Goebbels berichtet, daß Hitler im Anschluß an seine Rede noch einmal aufgestanden sei und ihn zum Vorsitzenden des Propaganda-Ausschusses der NSDAP ernannt habe. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 538.

1 Zur Datierung heißt es in der Anlage zur Abschrift u. a.: "Das genaue Datum des Rundschreibens ist hier nicht bekannt. Da Hildebrandt zufolge Zeitungsnotizen zum 1. Mai 1930 seines Postens als Gauführer des Gaues Mecklenburg-Lübeck enthoben wurde, dürfte das Rundschreiben Hitlers allem Anschein im April 1930 ergangen sein."

2 Eine weitere Abschrift, bei der die Namen offengelassen wurden, wurde durch einen Vertreter des thüringischen Staatsministeriums bei einer Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig am 17.7.1930 verlesen. Vgl. Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs III P 2020 vom 5.9.1930; BA Potsdam, Reichsmin. d. Innern: Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, Bd. 3, Nr. 25790.

3 Zur Vorgeschichte ließ sich lediglich ermitteln, daß laut Diensttagebuch der Obersten SA-Führung (StA München, Polizeidirektion München 6826) der "Fall Hildebrandt" am 16.1.1930 mit Hitler besprochen wurde. Einem Schreiben Philipp Bouhlers an die Gauleitung Brandenburg der NSDAP vom 11.2.1930 ist zu entnehmen, daß im Januar 1930 der Durchschlag eines Schreibens Hitlers an Hildebrandt als Rundschreiben den Gauleitungen zuging; BA, Slg. Schumacher 205/I.

4 Friedrich Hildebrandt (1898-1948), Landarbeiter, 1919 Angehöriger des Freikorps von Brandis, 1919 Beitritt zur DNVP, 1920 Angehöriger der Sicherheitspolizei in Halle, Entlassung wegen Beteiligung am Kapp-Putsch, 1924-1926 und 1929-1932 MdL in Mecklenburg (DVFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1930 und 1931-1945 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1930-1933 MdR, 1933-1945 Reichsstatthalter in Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, 1942 SS-Obergruppenführer, 1948 hingerichtet.

5 Hermann Rohst (geb. 1895), Ministerialinspektor in Schwerin, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1938 Oberregierungsrat.

6 Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gegensätze zwischen Hitler und Otto Straßer (vgl. Dok. 37, Anm. 15 sowie Dok. 38, Anm. 4) hatte auch Hildebrandt die angeblichen Verbindungen Hitlers zur Industrie kritisiert, so daß sich der gesamte Gau Mecklenburg in Hitler- und Straßer-Anhänger zu spalten drohte. Mit Anordnung vom 1.5.1930 wurde Hildebrandt deshalb von Hitler beurlaubt. Vgl. Dok. 40 sowie Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 54.

Er führt den Gau nur noch provisorisch bis zur Ernennung eines neuen Gauleiters [7] weiter. Ich füge zur Erklärung dieses Vorganges folgendes bei:

Seit Wiedergründung der NSDAP [8] bemühe ich mich, für jedermann den unmilitärischen Charakter der Partei und besonders der SA klarzulegen und nachzuweisen. In ungezählten Anordnungen, die teils von mir, teils von OSAF herausgegeben sind, wird auf die Notwendigkeit der unbedingten Vermeidung jeder gesetzwidrigen Handlung, jedes gesetzwidrigen Verhaltens und jeder gesetzwidrigen Tat hingewiesen [9]. Kleine SA-Leute habe ich wegen kleinster Verstöße gegen diese Anordnung aus SA und Partei ausgeschlossen. Jede Organisation, die sich irgendwie militärisch zu betätigen auch nur versuchen wollte, wird aufgelöst, ja, der verantwortliche Leiter verfällt dem Ausschluß. Tatsächlich weiß auch jeder SA-Mann sowie jeder andere Parteigenosse, daß die einzige Aufgabe der SA der Schutz unserer Versammlungen und Redner und die Propagierung unserer Idee ist [10]. Dennoch bringt es ein Gauleiter fertig, in einem leichtsinnigen, unvernünftigen Satz den Anschein zu erwecken, als ob ein SA-Führer irgendetwas mit militärischen Dingen zu tun hätte. Und das, obwohl auch dem Gauleiter Hildebrandt das Unsinnige einer solchen Darstellung ebenfalls genau bekannt sein muß und bekannt ist. Ein einziger sinnloser Satz solcher Art kann aber heute die Partei auf das schwerste belasten, nachdem man ohnehin dauernd versucht, ihr und der SA gesetzwidrige Zwecke zu unterschieben. Ich habe mich deshalb entschlossen, ein Exempel zu statuieren, und habe - so leid es mir menschlich tut, denn Pg. Hildebrandt war ein unendlich pflichtgetreuer, aufrichtiger und ehrenhafter Mitkämpfer - Hildebrandt als Gauleiter abgesetzt.

Im Juli 1930 solidarisierte sich Hildebrandt kurzfristig mit der von Otto Straßer gegründeten Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, zog sich aber sofort von diesem Ableger zurück, als er aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. In einem Brief vom 14.7.1930 an den Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, Walter Buch, bestritt Hildebrandt jeglichen Separatismus: "Ich gebe die Erklärung ab, daß ich niemals daran denke, mich dem Straßerkreis anzuschließen, sondern ich habe vielmehr alles unternommen, um mich aus dem politischen Leben zurückzuziehen und in das Privatleben überzugehen. Ich bin bisher aber von meinen alten Freunden, insbesondere aber auch von Pg. Dr. Albrecht davon abgeraten worden [*sic!*]. Mögen Reichsleitung und Reichs-Uschla über mich entscheiden, wie sie wollen, ich habe bisher zu Adolf Hitler gestanden und ich könnte wohl hunderte von Briefen von meinen Freunden aus dem Lande bringen, die nach wie vor an Hitler glauben und, trotz allem was geschehen, zu ihm stehen; aber alle sind der Ansicht, daß das Verhältnis, welches augenblicklich besteht, für mich untragbar ist, und so habe ich den Entschluß gefaßt, mich zurückzuziehen."; BDC, Personalakte Friedrich Hildebrandt. Vgl. ferner Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 47.

7 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1924 Mitarbeiter im Völkischen Beobachter, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von 3 Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.G.

8 Am 26.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

9 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. I, Dok. 28), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60).
Zur damaligen Entwicklung und Aufgabenstellung der SA vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 45 ff.

10 So Hitler explizit in seiner "Grundsätzlichen Anordnung der SA II" vom 31.5.1927. Vgl. Bd. II/1, Dok. 135.

Ich weise bei diesem Anlaß noch einmal auf meine Erlasse und Anordnungen hin, über Sinn und Zweck und Organisation der SA, über ihre Aufgaben und warne eindringlichst, sich im Wort oder gar durch die Tat von dieser Zweckbestimmung zu entfernen. Sämtliche Gauleiter haben heute mehr denn je die höchste Aufgabe, peinlichst dafür zu sorgen, daß in der Bewegung jede Gesetzwidrigkeit vermieden und unterbunden wird. An der strengen Gesetzlichkeit unserer Partei sollen alle Versuche unserer Gegner, sich dieser furchtbaren Wahrheitsverkünderin zu entledigen, zuschanden werden. Unsere Waffen sind nicht der Dolch oder die Bombe, Maschinengewehre oder Handgranaten oder militärische Formationen, unsere Waffe ist ausschließlich die durchschlagende Richtigkeit unserer Idee, die siegreiche Gewalt unserer Thesen, die Unermüdlichkeit unserer Aufklärungsarbeit sowie der grenzenlose Opfermut aller Parteigenossen, die sich für diese Idee einsetzen.

gez. Adolf Hitler

F.d.R.
gez.: Julius Schaub [11]

11 Julius Schaub (1898-1967), Drogist, 1924 Verurteilung zu 15 Monaten Haft wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924-1945 persönlicher Adjutant und Fahrer Hitlers, 1943 SS-Obergruppenführer.

1. Mai 1930 Dok. 40
Anordnung

VB vom 4./5.5.1930.

Der Gauleiter des Gaues Mecklenburg, Pg. *Hildebrandt,* hat um einen sechsmonatigen *Urlaub* gebeten [1].

Für die Dauer seiner Beurlaubung wird Pg. Dr. *Albrecht* zum ehrenamtlichen kommissarischen Leiter des Gaues Mecklenburg der N.S.D.A.P. bestimmt.

München, den 1. Mai

gez. *Adolf Hitler*

2. Mai 1930 Dok. 41
"Der Nationalsozialismus ist Deutschland" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

VB vom 7.5.1930, "Adolf Hitler spricht zu den Kämpfern um ein neues Berlin" [3].

[Hitler] geht aus von dem Somme-Film, der zur Zeit läuft [4] und die endlosen grauen Reihen zeigt, die keine Theatersoldaten waren, sondern schlammverkrustete Helden.

---

1 Vgl. Dok. 39.

1 Titel laut VB.

2 Im Sportpalast, nach 20.00 Uhr. Hitler sprach etwa 1 1/2 Stunden. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 15.000 (VB: 16.000) Personen teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Joseph Goebbels geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anwesend waren außerdem August Wilhelm Prinz von Preußen und General a. D. Karl Litzmann.

3 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 3.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Berliner Lokalanzeiger vom 3.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Der Tag vom 3.5.1930, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 3.5.1930, "Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung"; Der Angriff vom 4.5.1930, "Der Führer hat gesprochen"; Vossische Zeitung vom 4.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4./5.5.1930, "Hitler im Berliner Sportpalast"; VB vom 4./5.5.1930, "Die Riesenkundgebung im Sportpalast"; Der Angriff vom 8.5.1930, "Das Presseecho der Hitlerkundgebung"; Illustrierter Beobachter vom 10.5.1930, "16.000 im Berliner Sportpalast. Adolf Hitler spricht...". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd.1, S. 540 f. Sowie Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I. A. Tgb. Nr. 1711 I. A. 7.30 vom 5.5.1930; StA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302. Lagebericht Nr. 173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

4 Anspielung auf den damals in Berlin laufenden Dokumentarfilm "Die Somme"; der Regisseur Heinz Paul hatte im Auftrag der Ufa deutsche und englische Filme über die Kämpfe an der Somme (24.6.-28.11.1916) zu einem Dokumentarfilm zusammengefaßt. Vgl. die Anzeige in Der Angriff vom 8.5.1930. Ferner Hans Barkhausen, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1982, S. 268.

Wenn wir in diesen Bildern des Filmes das gewaltige Ringen an uns vorübergehen lassen und uns klar machen, was darauf folgte, wie gigantisch die Umwälzungen waren, dann kann man erst recht die Trostlosigkeit unserer jetzigen Lage begreifen. Nur etwas ist sich gleich geblieben, und das sind die treibenden Kräfte. Wir sehen sie in den Parlamenten und der Presse, wir sehen dasselbe Kapital und dieselben Köpfe. Nichts hat sich geändert,

neue Parteien sind gekommen, aber die
alten Männer sind geblieben[5].

Die Firmenschilder hat man geändert, die alten Kräfte blieben.

Wenn das Volk den alten Erscheinungen nicht mehr glaubte, gründeten die Prominenten neue Parteien. Aber der Geist einer Zeit breitet sich aus in ihren führenden Männern. Es gab eine Zeit Friedrichs des Großen, sie wäre ohne ihn nicht denkbar gewesen, es gab eine Zeit Napoleons, und Bismarck gab seiner Zeit das Gepräge, es gab aber auch eine Zeit Stresemanns. Köpfe geben einer Zeit ihr Wesen. Taschenspielerkunststücke suchen eine Zeit zu verwirren. Wenn eine Parteigruppe, irgendein Flügel, glaubt, eine Wahl besser überstehen zu müssen, wählt er einen anderen Namen, aber die Zeit entfernt sich längst von ihnen.

Die Jugend marschiert neue Wege,

nicht die Jugend des Alters, sondern die Jugend des Geistes. Dem Alten steht das Wachsen einer neuen Bewegung gegenüber, und solche Bewegung wird nicht aus dem Parlament geboren, sondern wächst aus dem Volk hervor.

Wie aus der Wurzel, von der man nichts vorauszusagen wagt, der Baum wächst, so wächst auch eine Bewegung, langsam und nicht beachtet. Kommen die ersten Triebe, wird sie sichtbar, dann ist auch die Periode des Verlachens da, dann kommt das Verspotten und, nützt es nichts im Sinne der Vernichtung, das Verhöhnen, Verlästerung, Lüge und Trug, und fruchtet auch der Haß nichts, so steigert er sich zu Wut, Verfolgung und Gewalt. Man geht zum Diebstahl über und schreibt fremde Ideen auf das eigene Firmenschild. Wenn aber alles nichts hilft, dann marschieren sie mit flatternden Fahnen plötzlich hinter den Siegern her und schreien mehr als die Kämpfer in der Front.

Uns gehört der Glaube, der Berge versetzt. Bewegungen in Parlamenten vertragen kein Sturmwetter, Bewegungen werden

durch Angriff und Sturm groß und hart

gemacht. Solche Bewegung ruft nur Menschen, die kühn und trotzig sind, die Feigen kommen nicht. Nur wer zu kämpfen bereit ist, setzt sich für eine Idee ein.

Heute ist die historische Minorität gebildet, die zu allen Zeiten Geschichte gemacht hat. *Vor zehn Jahren kannte man den Namen der N.S.D.A.P. nicht*[6]. Damals war sie ein kleines Pflänzchen, kaum im Umkreis von 1 Kilometer gekannt. Sie stellte ein Programm auf[7] von unerbittlicher Folgerichtigkeit und Zähigkeit. Die Feinde zuckten nur die Achseln, und selbst die Freunde sprachen von Kriegspsychose und Ausfluß von -hypnose.

Langsam begann der Leidensweg, nicht mit parlamentarischen Erfolgen gepflastert, sondern mit Blut gekennzeichnet vom ersten Tage bis heute.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.
6 Zur Frühgeschichte der DAP bzw. NSDAP vgl. Dok. 20, Anm. 32.
7 Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.

Eine Arbeit begann, wie sie das nationale Deutschland bis dahin nicht kannte. 1919 gab es 13 Versammlungen [8], 1919 erst 20, darauf schon 300 [9] und
heute sind es Jahr für Jahr 30.000 [10].

Einst setzte sich für die Bewegung ein kleiner Saalschutztrupp mit seinem Leibe ein, heute sind es Zehntausende [11]. Sie werden nicht für ihre Opfer bezahlt, sie empfangen nichts als die Befriedigung: *Ich habe meine Pflicht getan!*

Mag mancher Journalist damit kommen: Sie wissen ja gar nicht, die Leitsätze der Bewegung zu erklären. Möglich. Aber sie führt der gleiche Herzschlag zu uns, und der große Glaube an unsere Mission läßt Hunderttausende in unsere Reihen treten und Opfer tragen.

7 Mann haben begonnen [12]*, heute sind es über 250.000* [13] *und 2 1/2 - 3 Millionen Anhänger* [14]*, und das nächste Jahr wird uns verdoppeln.*

[...] [15].

Was uns treibt und bewegt, ist das Elend unseres Volkes und der Blick in die trostlose Zukunft.

Kein Volk hat ein so tragisches Schicksal wie das unsere. 2.000 Jahre Bluteinsatz und Opfer, unendliche Arbeit, Dokumente unsterblichen Wissens und Könnens haben den deutschen Namen in der Welt geschaffen. Aber das Volk, das so viel geleistet hat, ist in entwürdigender Lage, ein Sklavenvolk, das leichtsinnig preisgegeben ist von der eigenen Regierung [16].

Das deutsche Volk mit 62 Millionen [17] hat zu wenig Raum. Es produziert Güter und will sie verkaufen, aber die Weltmärkte beginnen sich ihm zu verschließen. Aushilfe sucht man in phantastischen Plänen, aber das primitivste Empfinden dafür, dem Volke die Zukunft zu erhalten, hat man nicht. Wir leben noch, aber um welchen Preis. An Stelle der Erhaltung der Gesamtheit stellt man die des Einzelwesens, an Stelle des Idealismus stellt man schrankenlose Geldgier und tolles Ausleben. Die Unmöglichkeit der Ernährung versucht man auszugleichen durch Weltexport, das heißt Verproletarisierung und Aufzucht von Krankheitsherden, die den Untergang bringen müssen.

---

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 5.
9 Vgl. die Rekonstruktionsversuche bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 100 ff.
10 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
11 Die SA besaß im Oktober 1930 eine Größe von 60.000 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 93.
12 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Tyrell, Vom "Trommler", S. 198 f., Anm. 118 sowie Dok. 21, Anm. 4.
13 Nach parteiinterner Statistik wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 250.000 erst im Juni 1930 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 11, Anm. 22.
14 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatte die NSDAP 810.127 Stimmen (2,6 %) erhalten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44. Die sich daran anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen deuteten jedoch an, daß die Wählerschaft der NSDAP kontinuierlich zunahm. Vgl. Dok. 35, Anm. 15. Zu den Wählerbewegungen zugunsten der NSDAP vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 144 ff.
15 Unterbrechung des Redetexts; Schilderung des äußeren Verlaufs der Versammlung.
16 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen; vgl. Dok. 5, Anm. 5.
17 Das Deutsche Reich hatte, einschließlich Saargebiet, im Juni 1925 eine Gesamtbevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 5.

Wenn das Volk weiter so passiv ist und von zwei Kindern zu einem Kind heruntersinkt [18], dann ist unser 70-Millionen-Volk in 50 Jahren zu einem 30- bis 40-Millionen-Volk geworden, dann hört die Auslese auf. Schon

jetzt regiert ja das geistige Helotentum.

Das Volk geht in Tagesfragen auf. Wenn das deutsche Volk nicht seine Raumnot behebt und den inneren Absatzmarkt für seine Industrie erschließt, dann sind 2.000 Jahre vergebens gewesen, dann tritt es von der Weltbühne zurück, und gesündere Völker treten unser Erbe an. Demgegenüber spielen Tagesfragen gar keine Rolle. Aber keine Regierung, ob Müller oder Severing, kann da helfen, und darum ist unsere Bewegung entstanden.

Raum für unser Volk.

Es gibt kein historisches Anrecht auf Grund, sowenig wie historisches auf Besitz. Besitz muß erarbeitet werden und besteht dann zu Recht. Raum muß erkämpft und erhalten werden, und Völker, die faul sind, haben kein Recht auf Boden. Boden steht dem zu, der ihn bebaut und verteidigt. Wenn ein Volk auf Boden verzichtet, verzichtet es auf Leben. Wenn eine Nation an [*sic!*] *der Verteilung des Bodens zu kurz kommt, kommt auch der einzelne zu kurz. Es gibt kein höheres Recht, das ein Volk dazu verurteilt zu verhungern,*

es gibt nur die Macht, die Recht schafft.

Ich wünsche, daß wir bald die Kraft erhalten. Und alles Recht auf der Welt geht nicht von Parlamenten aus, sondern von der Kraft. Es geht darum, ob wir leben oder sterben wollen, und wir haben mehr Recht auf Land als alle andern, weil wir am engsten siedeln [19]. *Ich bin der Ansicht, auch hier gilt der Grundsatz:*

Hilf dir selbst, so hilft dir Gott [20].

Wenn wir die Forderung der Zukunft erfüllen wollen, so nur durch die zusammengeballte Kraft der Nation, und diese Kraft liegt im Gesamtvolkstum, wir können sie nur dann mobilisieren, wenn das ganze Volk überzeugt ist. Wir zerbrechen die Klassengegensätze, nicht aus Mitleid, sondern aus Erkenntnis. Wir sind nicht Sozialisten, weil wir das schön oder ideal oder geistreich finden, sondern weil wir wissen, daß die Nation nur auf ihrem Boden die größte Kraft hat. Es heißt, den deutschen Menschen zu schaffen, der zwei Jahrtausende deutscher Geschichte gemacht hat.

Bei Wahlen wird nie ein Sieg errungen, nur

die Sklavenaufseher wechseln von Zeit zu Zeit.

Wer zu siegen glaubt, ist selbst nur Besiegter. Wir sind zu hart und aufrichtig, um zu lügen. *Uns bewegt nicht Mitleid mit dem einzelnen, wir sehen die Millionen, wir sehen unsere Zukunft vernichtet werden* [*sic!*].

Es ist lächerlich zu glauben, unser Volk könne durch Versprechungen zusammengekleistert werden; wer das zum Ziel hat, der kann sich mit einer günstig verlaufenen Wahl zufriedenge-

---

18 1925 wurden 14.894.306 Familien mit zusammen 59.968.022 Familienangehörigen im Deutschen Reich (ohne die Bevölkerung des Saargebiets) gezählt. Dies entsprach einer durchschnittlichen Familiengröße von vier Personen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 28 f.

19 Die Bevölkerungsdichte betrug damals im Deutschen Reich 134,23, in Frankreich 73,95, in Großbritannien 187,42, in den USA 13,48, in der UdSSR 24,34, in Japan 124,74 und in China 39,08 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1 * ff.

20 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

ben, wer aber weiß, daß Millionen antreten müssen, um die Freiheit zu erringen, der weiß, daß die Freiheit nicht für Klassen, sondern für das ganze Volk errungen werden muß, und daß es da keine kurzfristigen Zwecklügen geben darf. Aus Parteien und Konfessionen und Klassen muß eins herauskristallisiert werden: Der deutsche Mann und das Deutsche Reich.

Wir wissen, daß auch in Zukunft der Lebenskampf toben wird, aber wir werden das Volk dazu erziehen, das Wesentliche in der

Erhaltung der Volkskraft

zu sehen. Wir müssen für das Recht des Volkes nach außen auftreten, um dem einzelnen das Recht im Innern zu sichern. Damit hat der Begriff Nationalsozialismus seine Wurzel im Volkstum geschlagen. Wir kämpfen gegen alle Laster an, die unsere Zeit zerfressen.

Wir bekennen, daß wir entschlossen sind, mit allen legalen Mitteln den Wahnsinn rechts und links zu brechen[21]*. Wer sich uns nicht fügen will, den werden wir brechen.*

Die Stunde wird kommen, wo aus dem Gemengsel der Parteien wieder ein deutsches Volk wird. Wir vertreten unser Volkstum nicht lau und halb, sondern heiß und ganz. Wir werden dafür sorgen, daß das Volk wieder zu einer Armee freudiger Kämpfer wird, die erkennt, daß das Reich für sie sorgt. Heute marschieren schon hunderttausend in diesem Geist, morgen werden es Millionen sein. Und fragst du einen von ihnen: Warum? So wird er sagen:

Ich bin ein Deutscher!

Man soll nicht glauben, daß ein Nationalsozialist in einer Regierung seine Ideen aufgibt und nicht mehr für sie kämpft, davon kann auch der Herr Reichspräsident[22] *überzeugt sein.* (Ein überaus starker Beifall hätte Herrn von Hindenburg gelehrt, daß für ihn das Beschämende eintrat, daß 16.000 Menschen ihn höchstens für greisenhaft ansehen, nicht aber als großen Mann.).

Wir gehen in keine Regierung andern zuliebe, wir stehen allen zum Trotze nicht an zu sagen: Deutschland ist die nationalsozialistische Bewegung.

Ist sie das nicht, so wird Deutschland nur als Trümmerhaufen übrig bleiben.

Uns ist keine Theorie Lebenszweck, uns steht nur das Volk vor Augen. *Aber Volksherrschaft heißt nicht Massenwahnsinn, sondern Herrschaft der Besten.* Nicht die Dummheit gibt Herrschaftsberechtigung, denn wer für das Parlament kämpft, kämpft für Dummheit.

Wir rufen zu einem Appell, wie er seit Jahrhunderten nicht an das deutsche Volk gerichtet worden ist. Er wird uns die Kämpfer zuführen, die gleich uns denken. Fremde sagten mir oft, daß alle Nationalsozialisten, wenn man sie länger ansähe, förmlich gleiche Köpfe hätten. Ja-

---

21 Zum sog. Legalitätskurs Hitlers vgl. die Denkschrift des Reichsministeriums des Innern vom 12.8.1930 über das hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sowie die Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern von Ende August 1930 über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung. Gerade in der zuletzt genannten Denkschrift wird intensiv auf die Frage nach der Substanz von Hitlers Legalitätserklärungen eingegangen. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 95 f. sowie S. 96-155, hier S. 146 ff.
Ungeachtet derartiger Feststellungen wurde in der Rechtssprechung der Weimarer Republik der NSDAP nicht *grundsätzlich* hochverräterische Absichten unterstellt, diese mußten vielmehr von Fall zu Fall bewiesen werden. Dies widersprach dem juristischen Vorgehen gegenüber der KPD, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178.

22 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg.

wohl, denn wir haben Männer gleichen Wesens und Wollens. Wir bauen mit ihnen den kommenden Staat. Wir geben ungezählten jungen Männern die Möglichkeit der Entwicklung.

Das alte Deutschland ist verkalkt und abgeschlossen. Wir haben Tausenden die Möglichkeit gegeben, zum Volk zu sprechen. Überall schälen sich neue Kräfte heraus, die man nicht kannte und nun da sind und unser Volk aufrütteln. Und Hunderttausende sind ebenso bereit zu gehorchen, wie sie den Mut haben zu befehlen.

Wir bauen hart und rücksichtslos den neuen Staat auf[23].

Und all die Männer in unseren Reihen wollen nicht wählen, sondern wollen, daß einer befehle. Wir sind bereit zu erklären: Wir tun, was wir wollen [*sic!*], wir haben den Mut, jeder Gewalt die Stirne zu bieten. Ich kann keinem S.A.-Mann sagen: Wenn du der Bewegung treu bleibst, dann erhältst du eine goldene Uhr[24] (Hunderte rufen: Groener!), ich habe nichts zu geben, als das Vaterland, dem du dienst.

Wir sind stolz darauf, eine Bewegung geschaffen zu haben, die das neue Deutschland bringt, ein Deutschland, nicht unterwürfig, sondern kraftvoll, nicht feige, sondern mutig, nicht zerrissen,

sondern einig. Das heutige Volk zerfällt, aber das neue erwächst.

Am Ende der Geschichte des zweiten Jahrtausends stellen wir ein Volk auf, das das dritte Jahrtausend gestaltet[25].

23 Vgl. den Lagebericht Nr. 167/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 20.3.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 486. Dort heißt es u. a. : "Das Auftreten der nationalsozialistischen Führer und Redner ist augenblicklich sehr siegesbewußt. Der 'bald kommende nationalsozialistische Staat' ist ein bereits realer Begriff in fast allen nationalsozialistischen Vorträgen geworden. Die augenblicklich bei den Nationalsozialisten herrschende Stimmung wird am besten durch die immer wiederkehrende Feststellung beleuchtet: Heute ist die Frage nicht mehr, ob der Nationalsozialismus siegen wird, sondern lediglich, wann er siegen wird."

24 Vgl. Dok. 32, Anm. 24.

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. Mai 1930 Dok. 42
Erklärung

VB vom 7.5.1930, "Wieder eine Verleumdung entlarvt".

Die durch die "Münchner Telegramm Zeitung" unter der Überschrift "Riß im Hakenkreuz - Hitler contra Straßer" [1] verbreitete Meldung aus Berlin ist von Anfang bis Ende frei erfunden [2].

Weder besteht in der NSDAP ein Riß [3], noch ein Gegensatz zwischen dem Abg. Straßer und mir. Ebenso steht Graf Reventlow in voller Loyalität zu meiner Person [4]. Anläßlich meiner Anwesenheit in Berlin [5] haben überhaupt keine Auseinandersetzungen stattgefunden. Ich habe mich niemals gegen "preußische Einflüsse" in meiner Partei gewandt, da in ihr nur deutsche Einflüsse vorhanden sind [6].

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Der Artikel lautet: "Die Auseinandersetzungen innerhalb der Nationalsozialistischen Partei anläßlich der Anwesenheit Hitlers in Berlin waren sehr stürmisch. Hitler wandte sich scharf gegen die preußischen Einflüsse in seiner Partei und erwiderte die Angriffe, die Graf Reventlow gegen ihn gerichtet hatte. Der Nationalsozialist Straßer erklärte, jedes Budget müsse durch Überbewilligungen ruiniert werden, um das gesamte Staatsgefüge zu zerstören. In der Partei wird der ganze Zwiespalt für einen Gegensatz in 'nördliche' und 'südliche' Parteigruppen erklärt, der sich in den Namen Hitler und Straßer verkörpert." Vgl. Münchner Telegramm Zeitung vom 5.5.1930, "Der Riß im Hakenkreuz. Hitler kontra Straßer".

2 Gemeint sind die Spannungen zwischen Hitler und der Gruppe um Otto Straßer, deren Mitglieder bis zum 4.7.1930 aus der NSDAP ausgeschlossen wurden, bzw. selbst austraten. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff. sowie Dok. 37, Anm. 15 und Dok. 38, Anm. 4.

3 Zum damaligen Verhältnis Gregor Straßers zu Hitler vgl. den PND-Bericht W.8 der Polizeidirektion Stuttgart vom 7.5.1930 über eine interne Unterredung Gregor Straßers: "*Hitler* sei wirklich der Mann, dem man trauen dürfe. Er selbst (*Straßer*) habe von Tag zu Tag mehr Achtung vor diesem Manne, der mit seinen steigenden Aufgaben auch selbst wachse. Er habe früher Sorge gehabt, ob *Hitler* diesem Arbeitsgebiet vorstehen könne, aber heute sei seine Meinung, daß *Hitler* in der Tat der Mann sei, der einmal die Geschicke Deutschlands zu regeln hätte, wenn auch nicht in nach außen sichtbarer Weise, so doch durch seine vorgeschobenen Männer." StA Bremen, 4,65/1759/300. Vgl. ferner Dok. 38, Anm. 5; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 41 ff. sowie Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930; BayHStA, MA 101235/3.
Offene Spannungen bestanden damals vor allem zwischen Gregor Straßer und Goebbels. Vgl. Reuth, Goebbels, S. 163 ff.

4 Zum Verhältnis Reventlows zu Hitler vgl. Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei von Albert Krebs, Stuttgart 1959, S. 220 ff.

5 Hitler war am 29./30.4.1930 über Nürnberg nach Berlin gefahren (Vgl. PND-Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 30.4.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 1740 (SA I 1976)), wo er am 2.5.1930 im Sportpalast sprach. Vgl. Dok. 41. Am 4.5.1930 nahm Hitler auf dem Oberfränkischen Gauparteitag der NSDAP in Bayreuth den Vorbeimarsch von 2.500 (VB: 4.000) SA-Männern ab. Vgl. Lagebericht Nr.173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr.490 sowie VB vom 8.5.1930, "Ein Tag der nationalsozialistischen Aufmärsche"; VB vom 10.5.1930, "Heerlager in Bayreuth".

6 Der Erklärung Hitlers ist ein Dementi Gregor Straßers angefügt:
"Ein Teil der Presse verbreitet aus durchsichtigen Gründen die Nachricht, zwischen Adolf Hitler und mir habe sich ein schwerwiegender Gegensatz herausgebildet.
Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß keinerlei Gegensatz zwischen Adolf Hitler und mir besteht. Wahr ist im Gegenteil, daß ich nach wie vor in voller Loyalität hinter seiner Person und hinter seiner Politik stehe.
gez. *Gregor Straßer.*"

7. Mai 1930 Dok. 43
Rundschreiben an alle Gauleitungen und sämtliche Redner der N.S.D.A.P.

Masch. Ausfertigung; BA, Slg. Schumacher Nr. 373.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Redner, welche mit Ortsgruppen Versammlungstermine [1] verbindlich vereinbart haben, wenige Tage vorher oder gar in letzter Minute eine Absage erteilten, ja manchesmal überhaupt ohne jede Verständigung der Ortsgruppe ausblieben. Durch ein solches unverantwortliches Verfahren entsteht den Ortsgruppen nicht nur unabsehbarer moralischer, sondern auch finanzieller Schaden, den sie oft nur mit den größten Anstrengungen wieder ausgleichen können.

Ich bestimme deshalb mit sofortiger Wirkung:

Jeder nationalsozialistische Redner, der durch eine zu späte oder nicht genügend begründete Absage einer fest versprochenen Versammlung einer Ortsgruppe Unkosten zufügt oder wer als Redner, ohne die Ortsgruppe überhaupt zu verständigen, den Termin versäumt, ist für den daraus entstandenen finanziellen Schaden persönlich haftbar. Die Ortsgruppen reichen in einem solchen Falle in der Zukunft bei der nächst höheren Dienststelle ihre im einzelnen belegte finanzielle Forderung ein. Die Gauleitungen bzw. die Reichsleitung werden dafür Sorge tragen, daß die verantwortlichen Redner die Begleichung der Auslagen zu übernehmen haben.

Als ausreichender Entschuldigungsgrund kann nur gelten: eine plötzliche Erkrankung des Redners oder ein dringender Dienst innerhalb der Bewegung auf Anordnung der Reichsleitung, für Abgeordnete außerdem wichtige Abstimmungen in den Parlamenten bzw. Landtagen.

Jeder Redner ist aber in solchen Fällen verpflichtet, so früh als irgend möglich seine Verhinderung anzuzeigen und zu begründen.

gez. *Adolf Hitler*

Für die Richtigkeit: Bouhler [2]

---

1 Zum Umfang der NS-Rednerveranstaltungen vgl. Dok. 21, Anm. 9.

2 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a.D., 1922/23 stellvertretender Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

9. Mai 1930 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gotha [1]

Der Nationalsozialist Folge 21, "Adolf Hitler in Gotha" [2].

Der Minister Frick hat eigentlich schon in einem Satz gesagt [3], worum wir kämpfen und weshalb wir heute hier sprechen. Wir glauben nicht, daß durch eine Wahl in einer Kommune [4] oder in einem Lande [5] das Schicksal Deutschlands gewendet wird, aber dennoch ist jede Wahl in unserem Sinne ein Baustein für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Das Schicksal einer Kommune, das Schicksal eines Landes ist eines. Wir können nicht etwa eine Stadt oder ein Land aus dem Gesamtschicksal des Volkes herausheben, können nicht einer einzelnen Stadt, einem einzelnen Land, einem einzelnen Stand oder Beruf Rettung bringen. Diejenigen Partei-

1 Im Schießhaussaal, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Vorlage 3.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL Paul Hennicke geleitet. Vor Hitler sprach der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Frick.
Parallel hierzu liefen zwei weitere Großveranstaltungen: im Saal des Gothaer Landestheaters, auf der Frick und Gauleiter Fritz Sauckel sprachen, sowie im Parkpavillon, wo MdL Paul Papenbrook und Staatsrat Marschler als Redner auftraten.

2 Vgl. auch Gothaer Volksfreund vom 10.5.1930, "Die Bewegung der Geistlosigkeit"; Gothaisches Tageblatt vom 10.5.1930, "Hitler in Gotha"; VB vom 20.5.1930, "Kampf und Erfolg in Gotha"; Gothaer Beobachter vom 20.10.1936, "10 Jahre NSDAP in Gotha" (Sonderbeilage).

3 Laut Vorlage hatte Frick vor seiner Rede auf einer Parallelveranstaltung im Landestheater die Versammlung kurz eröffnet: "Ich hoffe, daß Sie heute abend unser Führer von der Notwendigkeit dieser Bewegung überzeugen wird, damit bald das Wort wahr werde: Deutschland erwache!"

4 Gemeint ist die für den 11.5.1930 vorgesehene Kommunalwahl in Gotha; ihr Ergebnis lautete:

Ergebnis (in Sitzen)

	1926	1930
KPD	11	10
DNVP	14 (zusammen mit DVP)	4
DVP	–	4
DDP	1	1
SPD	3	3
Wirtschaftspartei	3	2
Angestelltenliste	1	–
NSDAP	2	11
	35	35

Vgl. VB vom 13.5.1930, "Fricks Rechtfertigung: N.S.D.A.P. in Gotha verfünffacht".

5 Möglicherweise Anspielung auf die Landtagswahl in Thüringen (vgl. Dok. 2, Anm. 12) sowie die politische Entwicklung in Sachsen. Der sächsische Ministerpräsident Wilhelm Bünger (DVP) hatte am 18.2.1930 seinen Rücktritt erklärt, nachdem sich im sächsischen Landtag 63 Abgeordnete für einen Mißtrauensantrag der NSDAP - bei 24 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen - ausgesprochen hatten. Nachdem Walther Schieck (DVP) als Kandidat der bürgerlichen Parteien am 6.5.1930 mit 46 von 90 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt worden war, wurde im sächsischen Landtag bereits am 21.5.1930 ein Antrag von SPD, KPD und NSDAP zur Auflösung des Landtags mit 50 gegen 46 Stimmen angenommen. Vgl. Joachim Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933, S. 99 ff.

en haben es so leicht, die sich nur an einzelne Gruppen von Menschen wenden. Es ist leicht, nur zu Arbeitnehmern zu sprechen davon, was diese gerne hören, oder das zu den Arbeitgebern zu sagen, was diese gerne hören wollen, oder zu den Bauern zu sprechen, wie es denen gefällt. Unendlich viel schwerer ist es, wenn eine Partei kommt wie unsere Bewegung, *die sich an das ganze Volk wendet*, dann hört die billige Schlagwortpropaganda auf. Da kann man nicht mit kleinen Wirtschaftsrezepten kommen. Die Wirtschaft ist nicht das verbindende Element. Sie ist das trennende, das auseinanderreißende. Was die Menschen eines Volkes zusammenfügt, sind ganz andere Dinge, *sind bestimmte große Ideale.* Noch niemals hat Wirtschaftspolitik im Leben der Völker Staaten geschaffen. Das ist immer nur nach bestimmten Idealen geschehen. Sind diese zusammengebrochen, so ist auch immer die Wirtschaft mit zusammengebrochen. Solange Deutschland machtpolitisch, d. h. in ideeller Beziehung groß war, war es auch wirtschaftlich stark, das vergangene Reich ist nicht durch die Wirtschaft gemacht worden. Es ist geschaffen worden

vom deutschen Soldaten!

Alle Versuche, die Wirtschaft durch kleine Reformen von außen zu retten, sind sinnlos. Das Endergebnis wird auch niemals die Freiheit sein. Es gibt kein Volk in der Geschichte, das sich seine Freiheit durch Wirtschaft erkauft hätte.

Erwarten Sie von uns nicht, daß wir vor Ihnen

Tagesfragen

behandeln. Mit Tagesfragen meistert man nicht die Geschicke eines Landes, auch nicht die einer Kommune. Wir sind nicht hier, um Ihnen zu zeigen, ob wir sie auch so gut meistern wie die anderen. Glauben Sie mir, wir beherrschen sie gerade so gut wie die Redner der anderen Parteien. Vielleicht ist unser Parteigenosse Dr. Frick einmal in ein Ministeramt eingesetzt worden [6] gerade deshalb, um Ihnen einmal zu beweisen, daß wir sie noch viel besser meistern. (Starker Beifall.) Die heutigen Tagesfragen sind überhaupt nur die Ausflüsse der großen poli-

---

Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen vom 22.6.1930:

Stimmenanteile in Prozent	1929	1930
KPD	12,8%	13,6%
SPD	34,2%	33,4%
DDP	4,3%	3,2%
Zentrum	0,9%	–
DVP	13,4%	8,7%
DNVP	8,0%	4,8%
NSDAP	5,0%	14,4%
Wirtschaftspartei	11,3%	10,6%
Alte SPD	1,5%	0,7%
Volksrechtspartei	2,6%	1,7%
Sächsisches Landvolk	5,2%	4,6%
Volksnationale Reichsvereinigung	–	1,5%
Christlich-sozialer Volksdienst	–	2,2%
Sonstige	0,8%	0,6%

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108 sowie Dok. 65.

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

tischen Versager des letzten Jahrzehntes. Die heutigen sogenannten Tagesfragen sind die Folgeerscheinungen aus der einmaligen fehlerhaften Tat der Waffenstillstandsverhandlungen [7] und des Versailler Diktats [8]. Und neuerdings wieder der Young-Politik im Haag [9]. Niemand anderes als Schacht, der wahrhaftig nicht zu uns gehört, hat gewarnt [10]. Jetzt bezahlen wir auf Youngs [11] Vorschlag sämtliche Schulden der Welt zusammenaddiert und 50 % dazugenommen. Deutschland bezahlt jetzt 7-800 Millionen freiwillig mehr als bisher [12]. Sie bedeuten das Elend der Länder und der Kommunen bis in alle Einzelheiten, das Elend von Millionen von Menschen.

Da kommt man nun mit dem *Abbaurezept* [13]. Wohlverstanden: *Abbau von unten.* Je höher man dann kommt, desto weniger ist vom Abbau zu spüren, oben wird sogar noch *aufgestockt*! Nein, damit schaffen wir es nicht. Wollen wir mit dem Wandel unseres Gesamtschicksals beginnen, so müssen wir einen

Wandel der Gesinnung

herbeiführen. Erwarten Sie also *keine Versprechungen.* Halten Sie mich nicht für so blöde, daß ich nicht zu sagen und zu versprechen wüßte, was irgendein Sekretär einer Partei verspricht und erzählt. Wenn ich zu einer Wahl spreche, so geschieht es allein in der Hoffnung, die Menschen meines Volkes einen Schritt vorwärts zu bewegen. Wir suchen

neue Machtpositionen

zu gewinnen, aber wegen irgendeines Amtes geben wir die Gesinnung niemals auf. Geht es jetzt nicht, dann geht es leichter in zwei Jahren und wenn dann noch nicht, dann geht es in fünf Jahren. Wir haben nur die Aufgabe, *unseren Geist allmählich in die Nation hineinzutragen.* (Starker Beifall.)

Wir müssen heute die wesenhaften *Unterschiede zwischen*

Marxismus und Nationalsozialismus

endlich erkennen. Hauptsache für den Marxismus ist *die wirtschaftliche* und *die gesellschaftliche Struktur* des Staates. Für den Nationalsozialismus dagegen sind die drei Vorbedingungen: die *Fähigkeit des Volkstums und der Rasse,* zweitens *die Kraft der Persönlichkeit* und

7 Gemeint sind die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich vom 8.11. bis 11.11.1918. Vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

8 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 6, Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

11 Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

12 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

13 Die von der Regierung Brüning durchgesetzten Steuererhöhungen (vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12) hatten nicht ausgereicht, das beträchtliche Haushaltsdefizit des Deutschen Reichs abzubauen. Nachdem am 28.4. 1930 ein Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform verabschiedet worden war, hatte der Reichsminister der Finanzen Moldenhauer am 30.4.1930 in einer Kabinettssitzung ein Sparprogramm vorgeschlagen, bei dem "auf allen Gebieten [...] die Ausgaben stark gesenkt" werden sollten. Am 8.5.1930 war dieses Sparprogramm Thema einer Fraktionsführerbesprechung im Reichstag. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 21 und 29.

drittens *der Grund und Boden.* Der Marxismus hat geglaubt, daß in seinen wirtschaftlichen Theorien Entwicklung und Fortschritt beruhten. Er hat unterschätzt, daß wesentlicher als alle Theorien der Boden ist, der Weizen und Brot schafft. *Vor allem kommt es auch auf die Rasse* an. Eine schlechte Rasse auf gutem Boden schafft nichts. Traktoren und andere Maschinen, die sich zum Beispiel der russische Marxismus von kulturell entwickelten Nachbarvölkern borgt [14], ersetzen nicht die schöpferische Kraft einer Rasse. Endlich brauchen wir die *Erkenntnis des Wertes der Persönlichkeit.* Ein noch so tüchtiges Volk versagt, wenn es die Majorität sprechen läßt. *Entschlußkraft ist immer nur bei der Minderheit.* Wenn der Marxist die Führung der Masse anvertraut, so will der Nationalsozialist *die Führung den fähigsten Köpfen* auf allen Gebieten des Landes anvertrauen.

Hitler gibt sodann drastische Beispiele für die Unsinnigkeit der *Verantwortungslosigkeit* und des *Dilettantismus im parlamentarischen System,* das dem Grundprinzip widerspricht, daß die Leistung immer an die Persönlichkeit gebunden ist. Majoritäten haben keine Fach- und Sachkenntnis. *Die ganze Welt kann demokratisch verseucht werden. Dann wird aber eines Tages die Welt von demjenigen Staate beherrscht werden, in dem das Führerprinzip, in dem die fähigsten Köpfe herrschen.*

Wir müssen endlich auch erkennen, daß die meisten geschichtlichen Prozesse eine Auswirkung einer zu groß gewordenen *Spannung zwischen Lebensraum und Volkszahl* sind. Diese Spannung zu beheben ist die vornehmste Aufgabe der Außenpolitik. Es gibt hier *drei Wege. Erstens die Anpassung des Raumes an die Volkszahl. Zweitens die Anpassung der Volkszahl an den Raum. Drittens weltwirtschaftliche Experimente.* Dieser dritte Weg hat zu der Katastrophe von heute geführt. *Unser Weg* heißt *Anpassung des Bodens an die Volkszahl.* "Anpassung der Volkszahl an den Boden" ist der marxistische Weg. Er führt zur Geburtenbeschränkung, zur künstlichen Reduzierung der Bevölkerungszahl, zur Auswanderung der Tüchtigsten und der rassisch Besten und damit zum Stillstand der Entwicklung und zum Niedergange der Nation. Wenn man den nationalsozialistischen Standpunkt *imperialistisch* nennt, so fragen wir uns, was denn *"Imperialist"* heißt. Jeder Mann, der sich ein Weib nimmt und einem Kinde das Leben gibt, ohne selbst aus der Welt zu scheiden, und der will, daß sein Kind Brot hat, der ist Imperialist. Die treibende Kraft alles Lebens ist die Lebenserhaltung. Jede höhere Entwicklung wird abgeschnitten, wenn man der marxistischen Wahntheorie folgt. Es geht um den Kampf des Stärkeren gegen [*den*] Schwächeren. Das eherne Gesetz bleibt bestehen, daß das Bessere des Guten Feind ist, daß das Schwache zugrunde gehen muß. Das Gegenteil wäre Rückentwicklung. Wenn Sie sagen, das sei brutal und barbarisch, so glauben Sie mir, die Natur ist dieser Auffassung nicht. Sie ist nur vernünftig und stellt sich ewig auf die Seite des Kräftigeren und Gesünderen. Die Bodenfrage ist losgelöst von jeder humanen oder moralischen Frage. Ein Volk, das leben will, hat die tiefe Berechtigung, Boden zu nehmen und zu

---

14 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sog. Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

bebauen. *Der Herrgott hat die Erde nicht ein für alle Male unter die Völker verteilt oder gar den Völkerbund von Genf als Grenzwächter eingesetzt.* Mein Ziel ist, daß mein Volk seinen Anspruch auf Leben vertritt. Wenn die Auswanderung so weiter geht, verlieren wir in 10 Jahren 700.000 gesündeste Menschen [15]; in hundert Jahren 70.000.000!

Hitler bekämpft entschieden die sogenannte "wirtschaftsfriedliche Eroberung" des Weltmarktes, durch die wir ja bis zum Weltkriege auf den Absatzmärkten die Feindschaft der ganzen Welt heraufbeschworen haben. Es gibt nur *einen Schlüssel zum Weltabsatzmarkt,*

das ist das Schwert, die Waffe.

Die jetzt wieder akut gewordene Frage England - Indien ist eine reine Machtfrage der Lebenserhaltung [16]. England hängt nun einmal vom Import und Export ab. Verzichtet es auf diesen Lebenskampf, dann verhungert eben das englische Volk [17]. Aber nicht die Millionäre verhungern, sondern die Proletarier. Es ist lächerlich, wenn Sie heute dem *Bauern* helfen wollen und dennoch auf die *Macht* verzichten. Nicht auf die Zahl der Waffen kommt es zuerst an, sondern auf den *Willen zum Widerstand. Die Basis unseres Wiederaufbaues ist ewig*

das Blut.

Wenn Sie glauben an den Sieg des Marxismus oder des Bürgertums, so sagen wir Ihnen, daß heute die

internationalen Finanzmächte

siegen. Unsere aller Souveränität entkleidete Nation muß in eine neue geschlossene Form gebracht werden. Wir können heute mit Waffen nichts anfangen, wenn ihre Träger nicht willens sind zu kämpfen. *Ein Feigling mit der Waffe in der Hand wird sich immer weniger verteidigen als ein tapferer Mann ohne Waffe. Es ist leider echt deutsch, heute Hoffnungen auf allerlei zu hegen, nur nicht auf die eigene Kraft.* Es ist bezeichnend, daß man heute ruft:

"Es lebe der indische Freiheitskampf!" [18]

und "Es lebe die deutsche Unterwerfung!"

Nennen Sie mir einen einzigen Fall in der Geschichte, in dem ein Volk durch *Arbeit und Unterwürfigkeit* frei geworden wäre, und ich will bekehrt sein. Der verstorbene Herr Stresemann glaubte immer erfüllen zu müssen [19], weil er kein starkes Volk hinter sich habe. Kommt aber nun jemand, der das Volk stärken will, dann heißt es: Ruhe, um Gotteswillen Ruhe, ihr stört uns die Erfüllungspolitik [20]!! Hätten wir heutzutage Waffen, so wäre es wohl möglich, daß sie morgen verschoben würden. Es gibt heute zwei Menschenarten [*sic!*] in Deutschland.

---

15 Im Jahr 1929 wanderten 48.734 Deutsche aus, 1930 fiel diese Zahl weiter auf 37.399. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 30.

16 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.

17 Zur damaligen wirtschaftlichen Bedeutung Indiens vgl. Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985, S. 93 ff.; The Cambridge Economic History of India, Vol. 2: c.1757-c.1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983, passim.

18 Vgl. Dok. 49, Anm. 12 und 16.

19 Zur außenpolitischen Konzeption und Leistung Stresemanns vgl. z. B. Michalka/Lee, Gustav Stresemann.

20 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

Die eine vertraut auf sich selbst, die andere wendet sich um Hilfe an andere Menschen. *Erheben wird sich aber immer nur der Mann, der auf sich selbst vertraut.*

Wenn Sie fragen, woher denn das marxistische Gift komme, so erklären wir, daß die deutsche Intelligenz die Quelle ist. Da hat man zuerst *in internationalen Kulturidealen geschwelgt* [21]. *Von da begann die Verfälschung. Wie man oben handelt, so macht's allmählich unten die Masse nach.*

Die Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg ist ein

hundertprozentiger Nationalismus

unseres Volkes. Der oberste Glaubenssatz unseres Programms, d. h. unserer Weltanschauung ist nur der:

Mein Volk muß gerettet werden.

Andere Völker mögen von anderen gerettet werden! Vor wenig mehr als 10 Jahren standen wir mit den anderen Völkern als Feinde im Feld. Jetzt soll ich mich aufregen über die Freiheit anderer Völker? *Nein, nur das Schicksal meines Volkes, die Freiheit meines Volkes kümmert mich!* (Tosender Beifall.)

Nicht die Wirtschaft wird die bestehenden Klüfte im Volke überbrücken, sondern nur

ein fanatischer Nationalismus.

Wenn du wirtschaftlich denkst als Angehöriger der Intelligenz, *dann wundere dich doch bitte nicht, wenn der Arbeiter auch so denkt.* Wenn du das Heil in der Dividende siehst, dann wundere dich nicht, wenn der Mann von links alles auf die Lohnfrage stellt. Es muß endlich *ein ganz anderes Denken im gesamten Volke* eintreten. Unser Herr ist nicht die Wirtschaft, sondern das Schicksal des Volkes. Das deutsche Volk ist immer *größter Ideale fähig* gewesen. Der gemeine Feldsoldat hat nicht viereinhalb Jahre für irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile gekämpft, sondern für bestimmte Ideale, zuletzt *für das ganze Volk.* Wieviele Jahrhunderte hat es zum Beispiel um religiöse Ideale gekämpft!

Indem ich an Deutschland glaube und indem ich mich allein für mein Volk einsetze mit allem, was ich bin und habe, bin ich ja

Sozialist.

Wir lassen uns heute für unser Volk totschlagen, nicht für Bürger, nicht für Proletarier. So verstehen Sie den Namen Nationalsozialist. *Unser Sozialismus ist keine weinerliche Idee von Mitleid. Ich kenne nur Deutsche gleichen Blutes und gleichen Wesens, ich kenne nur noch Volksgenossen.* Ich will wahrhaftig nichts anderes als nach diesen Prinzipien regeln und ordnen und nicht einreißen. Das eine wissen wir, daß wir mit unserem Führerprinzip schon hunderttausenden von jungen Menschen den Weg gezeigt und tausende zu Führern entwickelt haben [22]. Immer haben wir in unserer Bewegung zur *Verantwortung* und zu *persönlichem Mut* erzogen. *Vor solcher Jugend haben die alten Parteien Angst, sie haben ja Angst*

vor jedem Manne.

---

21 Vgl. Dok. 49, Anm. 15.

22 In Hinblick auf ihre Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Lag das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP 1920 noch bei 34, so sorgte der hohe Zugang an jungen Leuten, daß sich das Durchschnittsalter in der NSDAP zumindest bis 1927 weiter verjüngte. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

Glauben Sie mir, es ruhen noch *unermeßliche Kräfte in unserem Volke.* Oder stimmt es nicht, was ich von den alten Parteien sage? *Lassen Sie doch einmal die Deutsche Volkspartei antreten zum Kampf gegen den Kommunismus!* (Tosendes Gelächter und Beifall.) Wenn wir dann zu diesem Kampfe antreten, dann heißt es für uns: *Polizei, gib die Straße frei!* Das junge Deutschland *kann* marschieren und *wird* marschieren. (Stürmischer Beifall.) *Wir appellieren nur an die junge Kraft der Nation.* Nicht an Demokraten und Volksparteiler. Dann werden wir eines Tages dem Persönlichkeitsgedanken zum Durchbruche verhelfen. Wir erziehen zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes. *Aber ich bin kein Kriegshetzer. Ich bin ein Friedenshetzer.* Ich wünsche meinem Volke den *Frieden,* aber ich wünsche ihm

nicht den Tod.

Es wird aber immer nur den Frieden haben, wenn es bereit ist, für ihn zu kämpfen. (Starker Beifall.) In unserer Bewegung ist der Führergedanke lebendig. Es gibt nur eine Verantwortung nach oben und die unbedingte Autorität nach unten - im genauen Gegensatze zur jüdischen Demokratie.

Allem Spott zum Trotz ist unsere Bewegung weiter gewachsen [23]. In einem Jahre werden Sie sehen, daß sie es um das Dreifache ist.

Wir wollen den Staat der Disziplin in den jetzigen Staat hineinstellen. Wer uns die Hand entgegenstreckt, dem schlagen wir ein, wer uns aber die Faust zeigt, dem brechen wir Sie ab. Was wir sind, sind wir durch uns allein, was ich bin, bin ich nicht durch irgendein Sekretariat, nicht durch irgendein Geschenk oder Anstellungsdekret. Unsere Sache ist nicht mehr aufzuhalten. Was haben sie nicht alles schon versucht! Das Bürgertum ist zum größten Teile feige gewesen. Wer zu Hause feige ist, ist's auch nach außen. Auch der Politiker muß persönlich mutig sein. Betrachten Sie eine Persönlichkeit wie *Bismarck* und dann nehmen Sie die Herren Politiker der bürgerlichen Parteien! Wenn man bei grasenden Pferden vorbeigeht und ein Trompetensignal erschallen läßt, dann wird nur dasjenige Pferd reagieren, das an den Krieg gewöhnt ist. Die anderen Gäule werden weiter grasen. Wenn heute ein Stresemann in die Nation hineinruft, so kommen natürlich nur die Stresemann-Naturen gelaufen, wenn aber einer zum Kampfe ruft, so kommen nur die Kämpfernaturen. (Tosender Beifall.)

Volksgenossen! Wenn Sie glauben, daß durch Kommunalwahlen und Tagesfragen Deutschland gerettet werden könne, so wählen Sie nicht uns, sondern die alten Parteien. *Wenn Sie aber einen grundsätzlichen Wandel des Systems wollen, dann wählen Sie uns. Nicht die Wahlzettel werden entscheiden, nein, bei jeder Wahl werden Seelen eingeschrieben für den Kampf des deutschen Volkes für seine Ehre, seine Freiheit und sein Brot.*

---

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 sowie Dok. 41, Anm. 13.

10. Mai 1930 Dok. 45
"GRUSA VIII. Grundsätzliche Anordnungen der SA [1] SA und Uschla (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß)" [2]
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; IfZ, F 28.

A.

Allgemeines.

1.) *Ausschluß aus der SA ist SA-Angelegenheit. Er wird nur von der SA bearbeitet und von dem zuständigen SAF[ührer] vollzogen* [3].

Ausschluß aus der Partei ist Partei-Angelegenheit. Er wird nur von den zuständigen Parteidienststellen bearbeitet und vollzogen. Das Verfahren richtet sich gleichmäßig gegen alle Pg einschließlich SA-Männer (und SAF).

2.) Der Partei-Ausschluß wurde in den Anfängen unserer Organisation vom polit. Leiter beschlossen und durchgeführt. Später trat als seine Untersuchungs- und Beratungsstelle der Uschla hinzu. Heute ist die Entwicklung und der Ausbau der Partei-Gerichtsbarkeit noch weiter vorgeschritten:

Der Partei-Ausschluß wird allein von ordentlichen Partei-Gerichten (Uschla) untersucht und beschlossen.

Der polit. Leiter muß den Spruch des Uschla genau und unverändert vollstrecken. Nur kann er durch Verweigerung der Vollstreckung die Angelegenheit unvollstreckt vor den nächsthöheren Uschla zur erneuten Behandlung bringen.

Vollstreckt der Leiter das Ausschlußurteil, so tritt dieses sofort in Kraft (Ausnahmen siehe Ziffer 4). Etwaige Beschwerde muß unverzüglich eingelegt werden; jedoch bleibt der Ausschluß bis zum Urteil der nächsthöheren Instanz in Kraft; d. h. ein ausgeschlossener SA-Mann ist gleichzeitig aus der SA ausgeschlossen (Grusa III, Ziffer 1 [4]). Beschwerderecht hat nur der, der bereits 1 Jahr Pg ist.

---

1 Mit Rundschreiben Nr. 3 (USchlA R. L. Brf. Nr. 82 M III) vom 18.12.1930 des Vorsitzenden des Reichs-Uschla, Walter Buch, wurde diese Anordnung außer Kraft gesetzt; IfZ, F 28. Sie wurde am 15.4.1931 durch die "Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (USchlA)" ersetzt. Druck: Bd. IV/1, Dok. 95.

2 Zu Aufgabe und Organisation des parteiinternen Gerichtswesens der NSDAP vgl. Donald M. McKale, The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence/Kansas 1974. Zur Entwicklung dieser Einrichtung vgl. Bd. I, Dok. 146; Bd. II/1, Dok. 1; Bd. III/1, Dok. 25; Bd. III/2, Dok. 70.

3 Mit dem Anwachsen der NS-Bewegung nahmen die Spannungen zwischen SA und politischer Parteiorganisation der NSDAP zu, die sich zum Teil in heftigen Konflikten entluden. Die Anordnung ist als Reaktion auf diese Entwicklung zu verstehen. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 100 ff. sowie Werner, SA und NSDAP, S. 402 f.

4 Ziffer 1 der GRUSA III vom 3.6.1927 lautet: "Die SA ist eine Einrichtung der NSDAP. In die SA können nur Mitglieder der NSDAP aufgenommen werden. Ausschluß aus der NSDAP bedeutet ohne weiteres gleich-

Es gibt einen Orts-Uschla, darüber den Gau-Uschla und darüber als letztes, den Reichs-Uschla.

Für die Uschla gibt es eingehende "Richtlinien vom August [*19*]29" [5]. Sie enthalten in 6 Abschnitten den Zweck, die Bildung, die Zuständigkeit, das Verfahren, den Beschwerdeweg und besondere Anordnungen. Die Richtlinien gehen hiermit gedruckt jedem Staf und jeder höheren Dienststelle zu.

B.

SA-Mann und Uschla.

3.) *Für das Partei-Ausschlußverfahren gegen den SA-Mann (und SAF) ist in erster Instanz der Orts-Uschla zuständig.*

Für das Partei-Ausschlußverfahren gegen Sturmf[*ührer*] *und Sta*[*ndarten*]*f*[*ührer*] *ist jedoch in erster Instanz der Gau-Uschla zuständig* (Verfg. d. 1. Partei-Vors.[*itzenden*] [6] v. 27. 4. 30) [7]. Hierzu rechnen die anderen den Sturmf und Staf gleichgesetzten SAF; Adj[*utant*]-Sta[*ndarte*] rechnen zu den Sturmf; 1. Adj-Bri[*gade*] und -Gaust[*ürme*] rechnen zu den Staf.

Für das Parteiausschluß-Verfahren gegen Bri[*gade*]*f*[*ührer*]*, Ob*[*er*]*f*[*ührer*]*, Osaf-Stell-v*[*ertreter*] *und dessen 1. Adj ist allein der Reichs-Uschla zuständig* (Verfg. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

4.) Dadurch, daß ein Ausschlußurteil erster Instanz sofort vorläufige Wirksamkeit erhält, obwohl die Beschwerde hiergegen noch läuft und das Verfahren also noch nicht abgeschlossen ist, kann die Führerautorität eines angeklagten Führers sehr gefährdet werden. Für eine ganze Reihe von Führern sind daher durch Verfügung des 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30 Ausnahmen gemacht.

Ein Partei-Ausschlußurteil gegen einen SAF wird erst wirksam, wenn die 2. Instanz dasselbe Urteil fällt.

Ein Ausschluß-Urteil gegen einen SAF wird automatisch der 2. Instanz überwiesen, ohne daß Beschwerde des SAF hierzu nötig ist.

Ein Urteil gegen Gru[*ppen*]f[*ührer*] [8] und Tr[*upp*]f[*ührer*] wird also erst wirksam, wenn der Gau-Uschla dasselbe Urteil fällt; gegen Sturmf und Staf erst, wenn München [9] zustimmt; gegen die höchsten SAF kann überhaupt nur vor höchster Instanz Klage-Antrag gestellt werden (Ziff. 3).

---

zeitigen Ausschluß aus der SA. Für den etwaigen Ausschluß höherer SA-Führer (Sturmf[*ührer*] und höher) sind Sonderbestimmungen der Parteisatzung in Vorbereitung." Druck: Bd. II/1, Dok. 139.

5 Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

6 Hitler.

7 Nicht ermittelt.

8 Zum damaligen Zeitpunkt rangierte in der SA-Hierarchie der Gruppenführer noch unter dem Truppführer; die Stärke einer Gruppe umfaßte 3-13 Mann, mehrere Gruppen bildeten einen Trupp. Vgl. Bd. II/1, Dok. 141, 142. Mit der Neugliederung der SA wurde die Gruppe zur Bezeichnung der größten SA-Formation; sie sollte nicht über 15.000 Mann überschreiten. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 60.

9 Gemeint ist die Reichsleitung der NSDAP.

5.) *Der beschuldigte (d. h. angeklagte) SA-Mann muß vom Uschla schriftlich mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntgemacht und vorgeladen werden.* (Richtlinien § 16/2) [10].

Der SA-Mann muß sich sofort mit den Original-Schriftstücken zu seinem Staf begeben.

Ist der Angeklagte ein Staf oder höherer SAF, so muß er sich zu seinem nächsten Vorgesetzten begeben. Ist das nicht möglich, so sind diesem die Uschla-Schriftstücke postwendend zuzusenden.

Der Beschuldigte, der sich nicht sofort meldet und die Uschla-Schriftstücke im Original vorlegt, wird wegen Ungehorsam aus der SA ausgeschlossen. Dieser Befehl muß allen SA-Männern bekannt sein.

6.) Der Staf (bzw. nächst-höhere Saf) kann nötigenfalls schon auf die Uschla-Schriftstücke den SA-Ausschluß veranlassen.

Er kann nötigenfalls den Beschuldigten sofort vom Dienste entheben. Er muß dies tun, wenn die Beschuldigung geeignet ist, die Befehlsführung zu behindern und obendrein nicht aus der Luft gegriffen erscheint. Scheint die Beschuldigung aber dem Staf pp. [11] gänzlich unbegründet, so kann er gegen die Eröffnung des Verfahrens Einspruch erheben. Der Einspruch ist schriftlich gleichzeitig an den Vors. des Gau-Uschla, an den Gauleiter und an den diesem entsprechenden SAF zu richten.

Der Gauleiter hält eine gemeinsame Aussprache und Beratung zwischen diesen 3 Personen ab und entscheidet. Gegen die Entscheidung steht dem SAF Beschwerde zu. Die Beschwerde ist schriftlich gleichzeitig an Osaf und den Vors. Reichs-Uschla zu richten, Abschriften an den Gauleiter, an den Vors. Gau-Uschla, an alle vorgesetzten Saf, die zwischen dem Beschwerdeführer und Osaf stehen. Osaf und Vors. Reichs-Uschla entscheiden gemeinsam.

Bis zu dieser Entscheidung muß das Anklage-Verfahren vollständig ruhen (Verf. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

7.) Nimmt das Verfahren gegen den SA-Mann seinen Lauf, so ist der SA-Mann durch seinen Staf über die notwendigen Einzelheiten von Grusa VIII zu belehren.

8.) Der Beschuldigte braucht sich zur Anklage schriftlich nicht zu äußern. Tut er es aber doch, so hat er dieses Schriftstück oder eine Abschrift dem Staf (bzw. höheren SAF) zur Einsicht vorzulegen.

9.) *Zeugen, die SA-Männer sind, müssen sich ebenfalls gemäß Ziffer 5 und 8 verhalten.*

10.) Zur Hauptverhandlung haben der Beschuldigte (sofern nicht dienstenthoben) und die Zeugen, sowie etwa sonst geladene SAF im Dienstanzuge zu erscheinen.

---

10 § 16, Abs. 2 der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "Der Beschuldigte ist mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntzumachen und zur mündlichen Einvernahme vor den USchlA zu laden." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

11 Über dem Standartenführer rangierte in der damaligen SA-Hierarchie der Brigadeführer, der Gausturmführer, der stellvertretende Oberste SA-Führer, der Oberste SA-Führer Vgl. Bd. II/1, Dok. 141, 142.

11.) Der Urteilsspruch des Uschla ist vom Vorsitzenden gleichzeitig dem polit. Leiter und dem Staf (bzw. höheren SAF) möglichst unmittelbar nach der Hauptverhandlung mit eingehender Begründung schriftlich mitzuteilen (Richtlinien § 17, b [12] und Verfügungen des 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

C.

SA-Dienst und Uschla.

12.) *Für innere Angelegenheiten der SA sind allein die vorgesetzten SAF, nicht die Uschla, zuständig. Hierzu gehören insbesondere alle SA-Diensthandlungen.*

Beispiel: Letzthin erhoben einige aus der SA Ausgeschlossene folgende 3 Vorwürfe gegen ihren SAF: Er habe einen unbotmäßigen SA-Mann schwer verprügelt, er habe sich im SA-Dienst betrunken, er habe von Nürnberger SA-Freifahrkarten [13] zunächst sich selber eine genommen. Der Uschla eröffnete eine Untersuchung. Das war falsch, weil es sich in allen 3 Fällen um SA-Angelegenheiten handelte.

13.) *Glaubt ein Uschla oder ein polit. Leiter, daß ein SA-Mann oder SAF durch SA-Diensthandlungen gegen das Partei-Interesse verstoßen habe, so hat er den vorgesetzten SAF zur Untersuchung und zum Einschreiten aufzufordern.*

Der SAF hat der Aufforderung unverzüglich Folge zu leisten.

Nach Abschluß seiner Untersuchung hat der SAF zu antworten, daß die Untersuchung durchgeführt sei, und daß entweder "ein Grund zum Einschreiten sich nicht ergeben" habe, - oder daß "eine Maßregelung des Beschuldigten erfolgt" sei, - oder daß "der Schuldige aus der SA ausgeschlossen ist und sein Partei-Ausschluß durch Uschla hiermit beantragt wird". Zu letzterem Falle s. Ziff. 18.

Wenn die SA in dem Untersuchungsergebnis über die gerügten SA-Diensthandlungen keinen Grund sieht, den Beschuldigten aus der SA auszuschließen, besteht sicher kein Grund zum Partei-Ausschluß, denn die Anforderungen der SA sind weit höher; ein SA-Ausgeschlossener kann meistens ruhig Pg bleiben. Das Untersuchungsergebnis der SA muß also genügen.

14.) Glaubt ein Uschla oder ein polit. Leiter, daß ihrer Aufforderung auf Einschreiten nicht genügend entsprochen wurde, so können sie sich bei der vorgesetzten Dienststelle des SAF beschweren. Es wird sich empfehlen, diese Beschwerde durch die eigene vorgesetzte Parteistelle bzw. durch den nächst-höheren Uschla vertreten zu lassen. Weiterbeschwerde bis Osaf. Gegen diesen als letzte Instanz beim 1. Parteivorsitzenden.

---

12 § 17, Teil b der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "In der Beschlußfassung beschließt der USchlA in gemeiner [*sic!*] Beratung darüber, welcher Spruch nach § 19 der gegenwärtigen Richtlinien zu fällen ist, derart, daß der mit der Untersuchung beauftragte Pg. zunächst sein Urteil abgibt, danach der andere Beisitzer und der Vorsitzende des USchlA. Der Beschluß ist vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

13 Für den Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP. Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67.

15.) Ob es sich bei einem Anklagepunkt um eine SA-Dienstangelegenheit handelt oder nicht, entscheidet vorläufig der Staf des beschuldigten SA-Mannes. Ist der Beschuldigte ein Staf oder höherer SAF, entscheidet der nächst-höhere SAF.

Gegebenenfalls muß der Staf (bzw. höhere SAF) gegen die Behandlung des Anklagepunktes Einspruch erheben. Der Einspruch ist unverzüglich schriftlich dem Vorsitzenden des Uschla zuzustellen. Gleichzeitig hat der SAF seinem Vorgesetzten eine Abschrift des Einspruches vorzulegen.

Der Einspruch hat zur Folge, daß die Behandlung des Punktes seitens des Uschla sofort ausgesetzt werden muß (Verf. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

Hält der Uschla den Einspruch für ungerechtfertigt, und die Entscheidung, daß es sich um eine SA-Dienstangelegenheit handelt, für falsch, so beschwert er sich, wie unter 14 dargetan. Diese Zuständigkeitserklärung soll tunlichst *vor* der Anklageerhebung oder *vor* der Vernehmung zwischen den Dienststellen durchgeführt werden.

16.) *Der beschuldigte (angeklagte) SA-Mann wendet sich an seinen vorgesetzten Staf (bzw. dessen Vorgesetzten), wenn ein Anklagepunkt oder Punkt der Vernehmung sich auf innere SA-Angelegenheiten erstreckt.*

SA-Männer, die als Zeugen vom Uschla vernommen werden sollen, verhalten sich ebenso.

17.) Bei Fragen, deren reiner SA-Charakter zweifelhaft erscheint, und deren Aufrollung bestimmt keine disziplinären Weiterungen nach sich zieht, soll *der Staf* (bzw. höherer SAF) die Behandlung freigeben. Jedoch trägt er seinen Vorgesetzten gegenüber die volle Verantwortung.

Da solche Stellungnahme zu zweifelhaften Fällen nur dem Staf, nicht dem Beschuldigten oder dem Zeugen aus eigenem Ermessen gestattet ist, empfiehlt es sich, den Staf zur Verhandlung zu laden. So ist ein glatter Verlauf der Verhandlung gewährleistet. Der Staf (bzw. höherer SAF) hat der Ladung zu folgen, wenn seine ununterbrochene Anwesenheit während Punkt 1 - 8 gem. § 17, 2 der "Richtlinien" [14] gewährleistet wird.

18.) *Wird ein SA-Mann aus der SA ausgeschlossen, und soll er wegen derselben Tat auch aus der Partei ausgeschlossen werden, so sind seitens der SA zu dem Partei-Ausschluß-Antrage nur der Staf und dessen Vorgesetzte berechtigt.*

Auf Verfehlungen im reinen SA-Dienst soll im allgemeinen nur der SA-Ausschluß stehen.

Haben die Verfehlungen aber in nennenswertem Umfange Parteischaden oder einen besonders schweren SA-Schaden nach sich gezogen, so kann der höhere SAF das Partei-Ausschlußverfahren beantragen. In diesem Falle wird immer Ziffer 17 in weitem Umfange vorliegen. Jedoch soll der SAF einen ausreichenden schriftlichen Bericht aufstellen und Vorsorge treffen, daß außer ihm möglichst wenige SA-Zeugen herangezogen [*zu*] werden brauchen.

---

14 § 17, Abs. 2 der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "Der Gang der Verhandlung ist folgender: 1. Aufruf der Beteiligten, 2. Bekanntgabe der Beschuldigung, 3. Beurlaubung der Zeugen, 4. Vernehmung des Beschuldigten, 5. Vernehmung des Zeugen, 6. Aussage des Beschuldigers, 7. Schlußwort des Beschuldigten, 8. Entlassung der Parteien mit Zeugen, 9. Beschlußfassung des USchlA." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

Der Antrag soll nur in wirklich dringenden und klaren Fällen gestellt werden; denn die Möglichkeit, daß der Uschla die Verfehlung für weniger schlimm erklärt und damit den SAF abweist, den ausgeschlossenen SA-Mann aber gegen ihn schützt, bedeutet immer einen Schlag gegen die Disziplin, den ein SAF niemals leichtfertig herbeiführen darf.

19.) *Anmerkung:* Den Inhalt der groß-gedruckten Stellen [15] müssen alle SA-Männer kennen. Gruf, Trf und Sturmf müssen die groß-gedruckten Stellen in allen Einzelheiten genau, sowie den allgemeinen Inhalt der klein-gedruckten Stellen kennen. Staf und höhere SAF müssen alles genau kennen.

gez. *v. Pfeffer* [16]

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der N.S.D.A.P.

gez. *Adolf Hitler*

10. Mai 1930 Dok. 46
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 10.5.1930.

Als ich vor Monaten der österreichischen Heimwehrpolitik [1] gegenüber meine Bedenken äußerte [2], wurde mir von mancher Seite dies übelgenommen. Man wollte und konnte vielleicht auch meine Zweifel über die Zweckmäßigkeit der parlamentarischen Erledigung der Heimwehrforderungen nicht begreifen. Der Vergleich der Mission Schobers mit der des Herrn von Kahr [3] wurde als verletzend zurückgewiesen. Ich glaube, daß heute schon mancher der damals

15 Hier kursiv wiedergegeben.
16 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer, Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 1.
2 Vgl. Bd. III/2, Dok. Dok. 23, 79, 83. Vermutlich kam es Ende März 1930 in München zu einem Treffen zwischen Hitler und dem Landesführer der oberösterreichischen Heimwehr Ernst-Rüdiger (Fürst) Starhemberg. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Dok. 21 sowie Ernst Rüdiger Prince Starhemberg, Between Hitler and Mussolini, London 1942, S. 20 f. Zur Datierung vgl. Personalakt Starhemberg der Polizeidirektion München; StA München, Polizeidirektion München 10155.
3 Anspielung auf die Rolle Kahrs während Hitlers Putschversuch im November 1923.

Empörten anders denken und mir im stillen recht geben wird. Man hat in Österreich auf ein Wunder gerechnet und muß nun sehen, wie das Wunder ausbleibt. Die bürgerliche Parteiwelt, die nicht nur den Sieg des Marxismus bisher nicht hemmen konnte, sondern sogar wesentlich an ihm mitschuldig ist, wünscht eine restlose Vernichtung des Marxismus nicht. Im Gegenteil: Sowie sich irgendwo eine Kraft bildet, die darauf ausgeht, den Kampf gegen die marxistische Pestilenz aus der Sphäre belangloser parlamentarischer Redeschlachten herauszuheben und auf den wirklichen Gebieten des marxistischen Machtwillens und Machtstrebens auszutragen, wird das parteipolitische Bürgertum sofort dem Marxismus zu Hilfe eilen. Der bürgerliche Parlamentarier wünscht höchstens, an Regierungen teilzunehmen. Marxisten zu vernichten, die Idee derselben und ihre Organisation auszurotten, ist weder seine Absicht, noch könnte er es. Als in Wien der Justizpalast aufflammte und der Zusammenbruch des bürgerlichen Parteiregimes hellauf sichtbar wurde [4], begann sich im Volke selbst ein Widerstand zu bilden. Die Heimwehr hatte das Verdienst, ihn organisatorisch erfaßt und entwickelt zu haben. Was in Österreich seit Dezennien nicht mehr der Fall war, trat nunmehr ein: Dem unverschämten und unerträglichen Terror der Internationalisten setzte sich ein nationaler Widerstand entgegen. Wäre es den bürgerlichen Parteien jemals ernst mit der Vernichtung des Marxismus gewesen, so müßten sie den neuen Bundesgenossen in herzlicher Freude begrüßt haben. Es kam aber anders. Sowie sich die österreichische Heimwehrbewegung zu einer wirklichen Gefahr für den Marxismus auszuwachsen drohte, traf sie die Abneigung der bürgerlichen Parteien [5]. Die christlich-sozialen Religions-Retter ließen keine Möglichkeit vorübergehen, gegen die Heimwehr anzustänkern, ihre Führer zu verdächtigen, die gesamte Einrichtung aber zumindest als überflüssig hinzustellen. Das Recht, die Interessen der Nation zu vertreten, besitzen eben bloß alte, ausgekochte Parteispitzbuben, Parlamentswanzen, die seit Jahrzehnten die Nation schon unglücklich genug gemacht haben. Es wurde der Heimwehr geradezu als Ungezogenheit angerechnet, in die politische Leitung hineinreden zu wollen. Trotzdem konnte man das Wachsen der Selbstschutzbewegung nicht mehr verhindern. Was die bürgerlichen Parteien niemals fertiggebracht haben, noch jemals fertiggebracht hätten, war der Heimwehr gelungen: Der Nichtmarxist konnte es auch in Österreich wieder wagen, seine Meinung zu äußern. In zahllosen Aufmärschen wurde die staatspolitische Gleichheit nicht nur betont, sondern auch zum Teil praktisch durchgesetzt. Das Vertrauen des österreichischen Volkes zur rettenden Bewegung wurde ein grenzenloses [6]. Und nun allerdings setzte der schwere Fehler ein: Statt die weitere Entwicklung in eigene Hände zu nehmen, gab man zu, daß sich ihrer wieder die alten Herren Politiker bemächtigten [7]. Mit dem raffinierten, in Wirklichkeit gar nichts sagenden Schlagwort einer Verfassungsreform [8] wurde der Heimwehrbewegung der Wind aus den Segeln genom-

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.

5 Zum ambivalenten Verhältnis der Christlichsozialen Partei zur Heimwehr, das zwischen Sympathie und scharfer Ablehnung schwankte vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 28 f.

6 Die Ereignisse des 15.7.1927 schienen die Heimwehr in ihrem antimarxistischen Kurs zu bestätigen, so daß ihr nun erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen - nicht zuletzt durch Vermittlung von Bundeskanzler Seipel - zuflossen, die der Bewegung eine völlige Reorganisation ermöglichten. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 40 ff.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 14.

men. Ein echt bürgerlich-parlamentarischer Parteibetrug. Es war ein Jammer, zusehen zu müssen, wie die augenblicklich vielleicht erfolgversprechendste Bewegung im heutigen Österreich von den bürgerlichen Politikern pfiffig und schlau betrogen und bestohlen wurde. Denn im Handumdrehen hatten die Parlamentarier nicht nur die Ideen der Heimwehrbewegung [9] zu den ihren gemacht, sondern endlich auch ins förmliche Gegenteil der ursprünglichen Absicht verdreht. Dem österreichischen Staat einen neuen Inhalt zu geben, war die Absicht, und eine schwindelhafte Verfassungsreform, zu der endlich selbst der röteste Marxist sein überzeugtes Ja und Amen aussprechen konnte, das Ergebnis! Als Herr Schober kam, habe ich gewarnt [10] und es als sicher hingestellt, daß die wirkliche Mission dieses Mannes keineswegs die Vernichtung des Marxismus, sondern die langsame Zurückführung der bedrohlich angeschwollenen Heimwehr zum bürgerlichen Parteigehorsam sei [11]. Heute wiederholt sich nun in Österreich das Spiel, das wir in Deutschland so oft schon erlebt haben: Das Ausland "wünscht" die Entwaffnung oder, wie man das so schön im Zeitalter der Haager [12] und Londoner Konferenzen [13] umschreibt, die "Abrüstung" der österreichischen Selbstschutzverbände [14]. Herr Schober seinerseits beeilt sich - natürlich blutenden Herzens - , diesen Wunsch zu erfüllen. Ist erst die waffenmäßige Abrüstung vollzogen, kommt auch die organisatorische Auflösung. Augenblicklich hat es die österreichische Heimwehr noch in der Hand, diesem Schicksal zu entgehen. Weicht sie aber auch nur einen Schritt hier zurück, so besiegelt sie zwangsläufig den eigenen Untergang. Es gibt hier nur das harte Entweder - Oder. Noch kann sie auf die überwältigende Masse des nationalen Volkes in Österreich rechnen, wenn sie sich entschließt, den Kampf gegen die parlamentarischen Volksverderber aufzunehmen. Ihre Parole kann nur lauten: Weg mit dem parteipolitischen Ungeziefer, gleich ob bürgerlicher oder marxistischer Herkunft. Was in der bürgerlichen Parteiwelt wirklich politisch anständig ist, steht dabei von vorneherein auf ihrer Seite. Herrn Schober aber könnte jederzeit beigebracht werden, daß der Volkswille souverän ist und nicht irgendein parlamentarischer Parteiwille. Ob sich der Volkswille in der christlich-sozialen oder einer anderen Partei verkörpert oder in der Heimwehr, geht auch den Herrn Schober gar nichts an. Entweder ist er der Diener des Volkswillens, dann hat er diesen zu respektieren, auch wenn er sich durch die Heimwehr äußert, oder er lehnt dies

9 Zur Haltung der Heimwehr zur Verfassungsreform vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 305 ff.

10 Vgl. Bd. III/2, Dok. 79.

11 Bis Herbst 1930 gelang es Schober, die Heimwehr zu entwaffnen, ihre finanzielle Unterstützung zu unterbinden oder unter Kontrolle zu bringen und ihre radikalen Führer auszuschalten. Vgl. Reinhard Kondert, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929-1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975/76), S. 163-175.

12 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 6, Anm. 2.

13 Auf der Londoner Konferenz vom 16.7.-16.8.1924 hatten sich alliierte und deutsche Vertreter auf den Dawes-Plan (vgl. Dok. 5, Anm. 65) geeinigt, der die deutschen Reparationszahlungen regeln sollte. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 241 ff.

14 Bei seinen Bemühungen um eine internationale Anleihe war Schober von britischen und französischen Diplomaten darauf hingewiesen worden, daß eine Abrüstung der österreichischen Selbstschutzverbände hierfür Vorbedingung sei. Obwohl dieser Wunsch Ende April durch einen Artikel des Daily Herald bekannt wurde, gelang es der österreichischen Bundesregierung bis 13.6.1930, ein relativ mildes "Entwaffnungsgesetz" im Nationalrat durchzusetzen. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 180 f. sowie Kondert, Schober und die Heimwehr, S. 166 f.

ab und will nur der Diener eines Parteiwillens sein, dann gehört der Mann als Usorpator [*sic!*] gepackt und zur Verantwortung gezogen. Jedenfalls liegt es ganz bei der Heimwehr selbst, wie sich die Zukunft Österreichs gestaltet. Sie muß sich in dieser Stunde wieder die Frage vorlegen, wem sie dienen will: dem Parlament oder dem Volk. Beides sind heute in Österreich unvereinbare Begriffe, beiden zugleich kann man daher auch nicht Gefolgschaft leisten!

18. Mai 1930 Dok. 47
Rede auf NSDAP-Versammlung in Regensburg [1]

VB vom 22.5.1930, "Bayern marschiert" [2].

Wir sind die Bewegung der Jugend [3]. Nicht die Wirtschaft bringt ein Volk hoch, sondern seine politischen Tugenden, die Gabe, die gemeinsamen Notwendigkeiten zu erkennen. Man beschimpft uns als die verantwortungslose Opposition. Als die Machthaber von heute das Reich zerstörten [4], da waren wir Soldaten [5] und taten unsere Pflicht. Jetzt erlauben wir uns, Kritik zu üben. Unsere Opposition ist kein leeres Geschwätz, *wir Nationalsozialisten haben den ersten deutschen Staat Thüringen zu sanieren begonnen* [6], *nicht die anderen.* Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß für das Wohlergehen eines Volkes seine innere Güte und sein Grund und Boden maßgebend sind. Man spricht jetzt viel von Indiens Freiheitskampf [7]. *Würde Indien sich freimachen, so würden in England 20 Millionen Menschen verhungern* [8]. England muß den Aufstand niederschlagen, sonst verdirbt es selbst. Das hat auch der Sozialist MacDonald [9] erkannt. Noch vieles, vieles Kluge sagte der Führer.

---

1 In der Stadthalle, ab 16.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut VB 4.000 Personen teilnahmen, mußte wegen Überfüllung geschlossen werden. Zuvor hatte Hitler zusammen mit Gauleiter Adolf Wagner und dem OSAF Süd August Schneidhuber, einen Vorbeimarsch von 1.200 (VB: 2.000) SA-Männern und einer Abteilung Hitler-Jugend abgenommen. Die Versammlung wurde von Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. SA-Standartenführer Heines sprach auf einer Parallelveranstaltung im Neuhauser Saal.

2 Vgl. auch VB vom 5.4.1930, "Freiheitskundgebung in Regensburg"; Regensburger Echo vom 23.5.1930, "Der Hakenkreuztag in Regensburg"; Illustrierter Beobachter vom 31.5.1930, "Der Hitlertag von Regensburg"; VB vom 3.6.1930, "'Dies alles ist nur Anfang'"; Regensburger Anzeiger vom 6.6.1930, "Nationalsozialistischer Übermut" sowie Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 173/II/30 vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep.168/5, Nr.496. Ferner Erich Zweck, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922-1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260, hier S. 201 ff.

3 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

4 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 68.

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 5, Dok. 11, Anm. 17.

7 Vgl. Dok. 49, Anm. 12, 13 und 16.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

9 James Ramsay MacDonald (1866-1937), Journalist, 1886 Mitglied der Fabian Society, 1894 Eintritt in die Independent Labour Party, 1900 Mitbegründer des Labour Representation Committee (seit 1906: Labour Party), 1906-1918 und 1922-1937 Mitglied des britischen Unterhauses, 1911-1914 Fraktionsführer der Labour

Stürmischen Beifall fand seine scharfe, aber gerechte Kritik des liberalen Bürgertums. In einem gewaltigen Bekenntnis zu Blut, Kraft, Persönlichkeit und Kampf endete er. Solange wie noch Zehntausende freiwillig im Braunhemd marschieren [10]*, ohne Lohn und ohne Strafe, solange glaube ich an Deutschland. Unsere Fahne ist nicht die Fahne eines Standes, sondern die Fahne des deutschen Volkes.* Die Frage nach seinem Beruf wird jeder S.A.-Mann mit Lachen beantworten [11]. *Zuerst sind wir Deutsche, dann Arbeiter, Unternehmer und Beamte. Dieser Geist soll Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden. Dann wird uns eines Tages auch das Ausland nicht mehr als das Volk von Locarno* [12]*, Genf* [13] *und London* [14] *sehen, sondern als das Volk von Lüttich* [15] *und Tannenberg* [16]*, von der Somme* [17] *und Flandern* [18] *und all der tausend Schlachten, in denen wir siegten* [19].

Party, Januar bis November 1924 Premierminister und Außenminister, 1925 Vorsitzender der Labour Party, 1929-1935 Ministerpräsident, anschließend Lord President of the Council.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.

11 Zum Sozialprofil der SA vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A social, economic and ideological Analysis 1929-35, London 1983, S. 25 ff.

12 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

13 Anspielung auf den Sitz des Völkerbunds.

14 Mit dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag aufgefordert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

15 Das X. deutsche Armeekorps hatte bis zum 16.8.1914 die belgischen Festungswerke in Lüttich, die für die belgische Verteidigung eine Schlüsselstellung besaßen, erobert. Zum militärischen Verlauf des Ersten Weltkriegs vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde., Berlin 1925-1944.

16 Zwischen dem 26. und 31.8.1914 hatte die 8. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalleutnant Erich Ludendorff die russische Narew-Armee bei Tannenberg, zwischen dem 5. und 15.9.1914 die russische Njemen-Armee bei den Masurischen Seen vernichtend geschlagen.

17 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generäle Douglas Haig und Ferdinand Foch vergeblich versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrükken. Beide Seiten erlitten Verluste in bislang unbekanntem Ausmaß.

18 Am 15.7.1917 hatten britische und französische Truppen unter Befehl von Feldmarschall Haig im Gebiet von Ypern eine Offensive eröffnet, mit dem Ziel, die deutsche Front aufzureißen und die deutschen U-Boot-Stützpunkte an der belgischen Küste zu erobern. Da es der deutschen Seite gelang, die Angriffe des zahlenmäßig weit überlegenen Gegners elastisch aufzufangen, mußte die Offensive bis Mitte November 1917 ergebnislos abgebrochen werden.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. Mai 1930 Dok. 48
"Rechenschaftsbericht"
Rede auf Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München [1]

VB vom 25./26.5.1930, "Wir wollen einst Deutschland sein" [2]

Adolf Hitler betonte in der Einleitung seines mehr als zweistündigen "Rechenschaftsberichtes" die rein äußerliche Formalität [*sic!*] einer Generalmitgliederversammlung der nationalsozialistischen Bewegung, deren Willens-Dokumentierung und wirkliche Äußerung ihres Innenlebens auf dem *Parteitag* [3] stattfindet. Der Rechenschaftsbericht der Bewegung besteht in ihrem ununterbrochenen *Aufstieg* [4], den die schärfsten Gegner nicht mehr bestreiten können und der in diesen Monaten ein Tempo angenommen hat wie niemals zuvor. Wenn der Führer trotzdem heute etwas wie einen "Rechenschaftsbericht" gibt, so will er versuchen, von der Größe der Gedankengänge aus, die unsere Bewegung erfüllen, verstehen zu lassen die Größe des Kampfes und Zieles und die Größe unserer heutigen Erfolge. Als im Jahre 1919/20 die Formgebung unserer Bewegung erfolgte [5], gingen wir von der Überzeugung aus, daß wir das Recht besaßen, *dieser künftigen Willenskundgebung des deutschen Volkes ein neues Instrument zu geben,* ihr einen neuen Ausdruck zu verleihen, eine *Organisation*, die mit den bisherigen Parteiorganisationen weder äußerlich noch innerlich das geringste Gemeinsame besitzt. Denn *jede Idee schafft sich die in ihrem Wesen eigene Organisation und faßt damit aus allen Schichten der Nation die Köpfe heraus, die für diese Idee irgendwie zu haben sind.* Die Bewegung, die aus einem Volk die höchsten Werte herauszieht, *muß* siegen. Das ist die Frage des mathematisch notwendigen Erfolges für die Zukunft. In geistvollen Ausführungen entwickelt Hitler die

Typenbildung der Köpfe,

die sich einem heroischen Programm zuwenden und jener, die auf ein materielles Programm eingestellt sind, wie sie heute in der S.A. und S.S. auf der einen Seite, in der "Rot-

---

1 In der Tonhalle, abends. Laut Lagebericht vom 23.5.1930 nahmen etwa 1.500 Personen an der Generalmitgliederversammlung teil.
Mit Rundschreiben an alle Gauleitungen hatte der Reichsgeschäftsführer der NSDAP Bouhler am 8.5.1930 alle Mitglieder der NSDAP zur Generalmitgliederversammlung eingeladen (BA, Slg. Schumacher 373); als Tagesordnung war vorgesehen:
1.) Kassenbericht
2.) Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Adolf Hitler
3.) Satzungsänderungen
4.) Festsetzung des Mitgliedsbeitrags
5.) Neuwahl der Vorstandschaft.

2 Vgl. auch Berliner Arbeiter-Zeitung vom 1.6.1930, "Wir sind das Deutschland von morgen!"; ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 551 sowie Lagebericht N/Nr. 91 vom 23.5.1930 der Polizeidirektion München; BayHStA, MA 101235/3. Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 173/II/30 vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

3 Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67. Ferner Dok. 24, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 sowie Dok. 41, Anm. 13.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

front" [6] auf der andern augenfällig gegeben sind. Das Gewicht der nationalsozialistischen Bewegung ist heute um so viel größer, als das Gewicht unserer Gegner ohne die staatliche Macht an Gewicht ausmacht. Denn nur die *staatliche Macht* in der Waagschale unserer Gegner allein verhindert, daß diese Waagschale in die Höhe geht. In 5.000 Gruppen sind heute 5.000 Ortsgruppenführer und 5.000 Schriftwarte [7], unter diesen soundso viele, die weiter emporsteigen werden, in absehbarer Zeit werden es 10.000 Ortsgruppenführer sein, 10.000 neue junge Menschen an das Licht der Öffentlichkeit gezogen sein, so daß eine *neue Generation von Führern* aus unserem deutschen Volke herauswachsen wird, die nie gekommen wären, wenn die alten Parteien am Ruder geblieben wären. Wenn sich heute neue Parteien bilden [8], dann nicht, um neuen Menschen Platz zu machen, sondern um zu *verhüten*, daß neue kommen und die alten zurücktreten müssen. Was uns vorschwebt, ist die höchste Wertsteigerung des deutschen Volkes auf allen Gebieten, um es in Zukunft fähig zu machen, auch bei den letzten Entscheidungen auf dieser Erde mit allen andern Völkern konkurrieren zu können. Nur diese *Größe des Willens* und der fanatische Glaube an sich hat aus einem Dutzend Männern eine Millionen-Bewegung gemacht [9].

Hitler kommt in diesem Zusammenhang auch auf den Versuch zu sprechen, in *Thüringen* durch einen unserer ältesten Mitkämpfer [10] die nationalsozialistischen Gedankengänge zum Durchbruch zu bringen [11]. Der Frechheit der Judenpresse gegenüber, Nationalsozialisten verbieten zu wollen, sich um Beamtenposten zu bewerben [12], bemerkte der Redner:

Wir werden ihnen noch verständlich machen, daß dort, wo Nationalsozialisten Minister werden, selbstverständlich Nationalsozialisten auch Beamte werden.

---

6 Da der Rote Frontkämpferbund (RFB) seit 1929 offiziell verboten war, handelt es sich vermutlich um eine verallgemeinernde Anspielung auf alle linksradikalen Gruppierungen. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975., S. 193 ff.

7 Laut Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich allerdings auf NS-interne Quellen stützt, war die NSDAP damals in 5.032 Ortsgruppen organisiert. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. auch Horn, Führerideologie, S. 379 f.

8 Möglicherweise Anspielung auf die Bildung der Volkskonservativen Vereinigung, die sich am 28.1.1930 aus 12 Reichstagsabgeordneten, welche die DNVP verlassen hatten, und den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei konstituiert hatte. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen, S. 57 ff. sowie Dok. 28, Anm. 6 sowie Dok. 37, Anm. 2.
Ferner auf die Volksnationale Reichsvereinigung, zu deren Gründung der Führer des Jungdeutschen Ordens Mahraun am 1.11.1929 aufgerufen hatte und die sich in enger Anlehnung an den Jungdeutschen Orden im April 1930 als mittelständisch-nationale, jedoch staatsbejahende Partei formierte. Vgl. Hornung, Der Jungdeutsche Orden, S. 87 ff. sowie Dok. 37, Anm. 12.

9 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

10 Wilhelm Frick.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

12 Mit Runderlaß vom 31.1.1930 verbot das preußische Ministerium des Innern, Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 gab das preußische Ministerium des Innern den Beschluß des Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekannt, der u. a. festlegte, daß allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung verboten" sei. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 6, 87 f.
Zu den verschiedenen Initiativen auf Länderebene gegen die Anstellung, Beförderung oder Bestätigung von Beamten, die staatsgefährdenden Parteien angehörten, vgl. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 282 ff.

Und wenn ihnen das nicht paßt, dann appellieren wir an die - Demokratie: Wir sind jederzeit zu diesem Appell bereit. Jede Wahl führt uns wesentlich gestärkt zurück [*sic!*]. Sie täuschen sich, wenn sie meinen, daß *nach* einer Wahl unsere Forderungen kleiner werden könnten. *Wir sind nicht das alte Deutschland, das nach jedem Siege seine Kriegsziele zurücksteckte!*

Auch an der Zahl unserer *Versammlungen*, die heute täglich 100 und im Jahre über 36.000 beträgt [13], zeigt Hitler das Wachstum unserer Bewegung auf. Sie werden im nächsten Jahr auf 50.[*000*] und 60.000 gestiegen sein. Aus einem verkrachten Wochenblatt vor 10 Jahren erstand das heutige Zentralorgan der "Völkische Beobachter" [14], mit einer Anzahl [*von*] lokalen Blättern und fast 50 weiteren Zeitungen [15]. Der "Illustrierte Beobachter" hat eine Auflage von nahezu 100.000 erreicht [16]. Keine Partei in Deutschland besitzt auch nur annähernd die Organisation wie wir Nationalsozialisten. Außer der Reichsgeschäftsstelle haben wir 28 Gaugeschäftsstellen [17], Tausende von Ortsgruppen-Geschäftsstellen und zahlreiche Bezirksgeschäftsstellen. Die Bewegung hat sich ein Zentral-Archiv geschaffen [18], das sie zugleich dem deutschen Volk gerettet hat. Größer als die festgefügte Organisation ist die Schaffung des *neuen Typs von Menschen,* den das politische Deutschland vor uns nicht gekannt hat. Wo wir auch zur Wahl schreiten - in Sachsen, Thüringen, Bayern, zum Reichstag, an den Universitäten - *zunehmen* werden wir Nationalsozialisten, und immer wieder zunehmen!

Wir haben es nicht mehr notwendig, nach Mitgliedern zu gieren, im Gegenteil: Wir erwägen allen Ernstes, daß einmal die Stunde kommt, in der wir *sperren* werden [19]!

Dann kommt nicht mehr das alte Deutschland in unsere Reihen, sondern das junge, das nachwächst [20], das alte opportunistische Zeitalter wird dann vor verschlossenen Türen stehen.

Das *Gefüge der Weltmächte*, das uns einst niederdrückte, erscheint nicht mehr unlöslich und zeigt bereits schwerste Sprünge auf. Hitler erinnert daran, wie er seit vielen Jahren eine *Verständigung mit Italien* [21] anstrebte, das in der Zukunft zwangsläufig ein Gegner Frankreichs sein wird [22]. Heute können wir sehen, daß *die* Leute jetzt auf den Knien über den Bren-

13 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
14 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.
15 Zur lokalen NS-Presse vgl. Bd. III/1, Dok. 42 sowie Stein, NS-Gaupresse.
16 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.
17 Zur Gaugliederung der NSDAP vgl. Bd. III/1, Dok. 16 - 22.
18 Gemeint ist die Sammlung des Münchner Fotografen Friedrich Rehse, der 1914 begonnen hatte, zeitgeschichtliche Schriftstücke, Bilder, Plakate und Gegenstände zu sammeln, und sich nach 1918 u. a. auf Archivalien rechtsradikaler Verbände spezialisiert hatte. Im April 1929 wurde Rehses Sammlung durch die NSDAP als Grundstock für ein künftiges Archiv übernommen. Vgl. Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 7 ff. sowie Brigitte Schütz, Die "Sammlung Rehse". In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 280 f.
19 Erst seit Dezember 1930 begann die Reichsleitung der NSDAP zeitweise, die Bedingungen für einen Parteieintritt zu verschärfen oder kurzfristige Mitgliedersperren auszusprechen. Derartige Maßnahmen sollten nicht nur Qualität und Aktivismus der Mitglieder steigern, sondern auch die Bedeutung der Parteizugehörigkeit selbst. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 379.
20 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.
21 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.
22 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

ner rutschen [23], die uns die schwersten Vorwürfe machten, weil wir für diese Möglichkeit eintraten, daß diese Leute heute vor Glück geblendet sind, wenn sie "der große Duce" empfängt [24]. Es wird mit der zweiten Macht genau so kommen: In Zukunft wird auch *England* Frankreichs Gegner sein und sich nach einer gewissen Zeit eine neue Anlehnung in Europa suchen [25], und es wird die Zeit kommen, in der sich ein *neuer Dreibund*, England-Deutschland-Italien, herausbildet. Damit kommt unsere Stunde, für das Deutsche Reich und Volk.

Wir sehen heute mit mathematischer Sicherheit, daß in zwei, drei Jahren der Siegeszug unserer Bewegung zum Siegeslauf und endlich zum Sturm werden wird. Von einem dürfen die Gegner überzeugt sein: *Niemals werden sie diese Bewegung entwurzeln.* Jeder Erfolg ist der Anfang eines neuen Ringens. Und wenn sie uns heute eine Niederlage zufügen: Morgen werden wir wieder anfangen zu kämpfen. Damit wird aus diesem ewigen Kampf uns die Kraft erwachsen, die stark genug ist, *das Dritte Reich* [26] *zu schaffen.*

Das ist der Rechenschaftsbericht, den ich abzugeben habe. In einer Bewegung gibt es aber nicht nur eine Rechenschaft der Führung, sondern auch eine Rechenschaft der Geführten. Legen auch Sie sich Rechenschaft ab über das, was Sie getan haben, wägen Sie ab die Leistungen der einen Seite und Ihre Leistungen! *In wenigen Tagen wird die Bewegung in München zu einem neuen entscheidenden Schritt kommen. Die Partei wird zum ersten Male*

ein großes eigenes Heim

kaufen [27] *(stürmischer Beifall), ein großes Gebäude, das repräsentieren soll die Größe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Sie fordere ich auf und durch Sie die Partei*

---

23 Das deutsch-italienische Verhältnis hatte sich seit Stresemanns Tod verbessert, entsprach jedoch keineswegs Hitlers Charakterisierung. So äußerte der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius am 14.5.1930 gegenüber dem italienischen Außenminister Dino conte Grandi di Mordano und dem italienischen Botschafter in Berlin Luca Orsini Baroni, daß eine engere deutsch-italienische Bindung für die deutsche Seite momentan nicht in Frage käme; es erscheine jedoch erwünscht, "auf den Gebieten, auf denen Deutschland und Italien gemeinschaftliche Interessen hätten, sich offener und vertrauter als bisher auszusprechen, gegebenen Falles auch zusammenzuarbeiten". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XV, Göttingen 1980, Dok. 26.

24 Zu einem offiziellen Besuch Stresemanns in Italien war es nie gekommen, was das ohnehin abgekühlte deutsch-italienische Verhältnis zusätzlich belastete. Vgl. Torunsky, Entente, S. 166 ff. Im Juni 1930 lehnte auch der Reichsminister des Auswärtigen Curtius einen Besuch in Rom ab, obwohl Mussolini diesen Wunsch inoffiziell an ihn herangetragen hatte. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XV, Dok. 66.

25 Ein deutsch-britisches Bündnis bildete eine der Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 164 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

26 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Der Begriff, der eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte suggeriert, verstand sich - in Abgrenzung zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts und zum herrschenden Staatsbegriff - als Entwurf einer neuen Form aristokratischer Herrschaft in Europa. Diese Herrschaft sollte sich nicht nach rassistischen oder nationalen Kriterien definieren, sondern allein nach denen einer diffusen "neuen" Weltanschauung, welche Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Das Schlagwort wurde bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die damalige nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

27 Vgl. hierzu Dok. 50.

im ganzen Deutschen Reich, tun Sie das Ihre, damit es uns möglich wird, das Werk zu vollbringen. Das neue Haus muß für eine Million Mitglieder genügen, mehr nehmen wir nicht auf. In Deutschland wird man dann sehen, daß unsere Bewegung, die so viel verspottet und verlästert wurde, wieder einen Schritt vorwärts getan hat in dem legalen Kampf um die politische Macht! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [28]

24. Mai 1930 Dok. 49
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 24.5.1930.

In der Zeit des Burenkrieges [1] war ich ein Knabe von 12 bis 13 Jahren. Alles schwärmte damals für die Unabhängigkeit der beiden südafrikanischen Republiken. Der Haß und die Verabscheuung des "perfiden Albion" [2] führte zu förmlichen Demonstrationen. Der Burenhut [3] wurde mit einem Schlage populär, und besonders die Jugend lief, die linke Krempe aufgeschlagen, wichtig damit herum. Auch ich hegte dieselben Empfindungen. Die Zeitungen, die ersichtlich Hauptträger und Verbreiterinnen der anti-englischen Stimmungen waren, hatten es fertiggebracht, das ganze deutsche Volk in diese Richtung zu drängen [4]. In der Jugend spiegelte sich

---

28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf; dort heißt es u. a.: "Die Entlastung des Vorsitzenden und seine Wiederwahl geschah dadurch, daß sich die ganze Versammlung wie ein Mann erhob und dem Führer mit ausgestreckten Händen ein donnerndes Heil zurief. [...] *Der Antrag Hitlers:* 'Die Generalmitgliederversammlung beschließt, daß sämtliche Parteigenossen, ausgenommen S.A. und S.S., einen Mindestbeitrag von 2 Mark als außerordentliche Unterstützung zur Erwerbung des neuen Parteiheims leisten', wird ohne Widerspruch genehmigt."

1 Der Unabhängigkeitskrieg zwischen Großbritannien und den südafrikanischen Burenstaaten Transvaal und Oranjefreistaat in den Jahren 1899-1902 endete am 31.5.1902 mit der Unterwerfung der Buren im Abkommen von Vereeniging.

2 Der Kampfbegriff "perfides Albion" zur Bezeichnung Großbritanniens wurde in Frankreich während der Revolutionskriege geprägt. Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, Bd. 2, München 1967, S. 629 f.

3 Die Buren waren nicht uniformiert, lediglich einzelne Einheiten trugen gemeinsame Erkennungszeichen. Deshalb war eine Identifizierung während der Gefechte nur anhand ihrer großen Schlapphüte möglich. Da die Uniformierung der britischen Einheiten den klimatischen Verhältnissen in Südafrika zu wenig Rechnung trug, führte die irreguläre Übernahme dieser Kopfbedeckung durch britische Soldaten immer wieder zu folgenschweren Verwechslungen. Vgl. Jay Stone and Erwin A. Schmidl, The Boer War and Military Reforms, Lanham 1988, S. 33 f., 66 f.

4 Das Wohlwollen, mit dem viele Deutsche den Kampf der Buren gegen britische Freischärler verfolgten, fand seinen folgenreichsten Ausdruck im Telegramm Wilhelms II. vom 3.1.1896, mit dem er den Präsidenten von Transvaal, Paul "Ohm" Krüger, zur Wahrung der "Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" beglückwünschte. Die unüberlegte Stellungnahme des deutschen Kaisers sorgte dafür, daß sich das ohnehin gespannte deutsch-britische Verhältnis rasch verschlechterte. Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860-1914, London 1980, S. 219 ff.

nun temperamentvoller wider, was die Alten dachten und sprachen. Wenige Jahre später fiel mir das Buch eines Schweden in die Hand, der 17 Jahre in Südafrika weilte und nun seine Erinnerungen niederschrieb. Der Name des Mannes [5] ist mir seitdem entfallen. Allein ich erinnere mich noch der bedenklichen Stimmung, die mich damals plötzlich erfaßte, als ich in dem Werk dieses neutralen Schweden eine sehr herbe Kritik über die deutsche Gefühlsduselei las. Der Schwede, der alles andere eher als englandfreundlich war, äußerte sein Unverständnis über die deutsche Aufregung gegen England zugunsten der Buren, indem er bemerkte, daß die Deutschen dazu am allerwenigsten begründeten Anlaß besäßen. Sollte es je den Buren gelingen, sich in Südafrika durchzusetzen und eine vereinigte südafrikanische Republik zu bilden mit Einschluß der Kappburen [*sic!*], so würde das erste Ziel dieses neuen Gebildes das Hinausdrängen der Deutschen aus Südwestafrika sein. Ich weiß noch heute, wie nachdenklich mich die sehr objektive Schilderung dieses Schweden mit einem Male gemacht hatte. Ein Jahrzehnt später schon stand ich als Soldat im Weltkriege Engländern als dem Feinde gegenüber, und die einst so angeschwärmten Buren waren dessen Verbündete [6]! Der Schwede hatte richtig prophezeit. Burengenerale und Burentruppen fochten nun auf afrikanischem Boden gegen Deutschland.

So war es aber fast immer gewesen. Wie hat man nicht in Deutschland mit Begeisterung die Unabhängigkeitskämpfe der Griechen verfolgt [7]. Eine unglaubliche Schwärmerei hatte unser Volk ergriffen. Freiwillige stellten sich zur Verfügung [8], und doch hatte unser Volk nicht den geringsten Anlaß, sich für das moderne Griechenzeug mehr zu erwärmen als für die Türken selbst. Später wieder wendete sich die deutsche Sympathie, oder sagen wir besser die Sympathie der gemachten öffentlichen Meinung, den Armeniern zu [9]. Immer wieder wurden breit und lang die "Armeniergreuel" ausgemalt und abermals Stimmung gegen die Türkei gemacht [10]. Ein ebenso großes Lieblingskind unserer Sympathien war Polen. In den Zeitungen,

5 Gemeint ist vermutlich: Karl Hron, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatze und in der europäischen Politik, Wien 1899. Vgl. ferner Karl Hron, Der Kampf um Südafrika. Eine militärisch-politische Studie, Wien 1899.

6 Ungeachtet anfänglicher Widerstände der weißen Südafrikaner, die zum Teil bei Kriegsbeginn zu den Deutschen überliefen, wurden in der Südafrikanischen Union während des Ersten Weltkriegs 76.184 weiße Soldaten rekrutiert, von denen 7.121 fielen. Außer in Südwest- und Ostafrika kämpften ihre Einheiten in Ägypten und Frankreich. Vgl. The Cambridge History of the British Empire, Ed. by E. A. Benians, Sir James Butler, C. E. Carrington, Vol. III: The Empire-Commonwealth 1870-1919, Cambridge 1959, S. 619 ff., 642.

7 Anspielung auf den Philhellenismus, welche der griechische Unabhängigkeitskrieg gegen die Türkei (1821-1829) u. a. in Deutschland auslöste. Vgl. Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

8 Die seit Sommer 1821 einsetzenden Versuche, die Begeisterung im Deutschen Bund für den griechischen Freiheitskampf in organisierte Freikorps zu kanalisieren, waren an der mangelnden Koordination ihrer Träger sowie der fehlenden Unterstützung, ja Ablehnung von staatlicher Seite gescheitert. Vgl. Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation, S. 36 ff.

9 Der türkisch-armenische Gegensatz hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg verschärft; seit 1915 gingen die Behörden des Osmanischen Reichs dazu über, die armenische Bevölkerung durch Deportationen und Massaker systematisch zu dezimieren. Von der armenischen Bevölkerung, die 1914 auf etwa 1,1-1,5 Millionen Menschen geschätzt wurde, lebten 1923 noch etwa 100.000 Menschen in der Türkei, wobei dieser Rückgang zum Teil auch aus der Flucht zahlreicher Armenier resultiert. Vgl. The Armenian Genocide. History, Politics, Ethics, Ed. by Richard G. Hovannisian, London 1992.

10 Obwohl die deutsche Regierung während des Ersten Weltkriegs versuchte, den Völkermord an den im Osmanischen Reich lebenden christlichen Armeniern möglichst zu ignorieren, hatten die Vorgänge bei einzelnen

in Broschüren und in Büchern wurden die polnischen Insurgenten verherrlicht [11], für die polnische Unabhängigkeit und polnische Freiheit geredet, die polnischen Führer als Helden hingestellt, und dabei das alles in einer Zeit, in der das Deutschtum aber wirklich nicht die geringste Veranlassung besaß, sich so gänzlich unpolitischen wie unpraktischen Stimmungen hinzugeben. Immer hat unser Volk früher oder später für diese phantastische Art der Stellungnahme zu außenpolitischen Vorgängen die entsprechende Quittung erhalten. Es wurde immer wieder belehrt, daß, wenigstens für andere Völker, Fragen der Sympathie oder Fragen der Dankbarkeit keine politische Rolle spielen!

Diese Art der Einstellung zu außenpolitischen Fragen ist nun deshalb gefährlich, weil sie unser Volk meist von den realen Lebensaufgaben wegzieht. Heute doppelt gefährlich, weil über dem Tamtam solcher Schlagworte zumeist ganz übersehen wird, daß für die Erringung der deutschen Freiheit am Ende nicht indisches, sondern deutsches Blut eingesetzt werden muß. Denn man muß unser deutsches Volk kennen, um die psychologische Wirkung des Indienrummels von heute auf die Masse richtig einschätzen zu können. Ich habe mich immer gegen das dumme Schlagwort eines "Bundes der unterdrückten Nationen" [12] gewendet. Diese Selbstheruntersetzung der Nation kann uns nur schaden. Denn um eine geistige und sachliche Selbstheruntersetzung handelt es sich dabei! Das deutsche Volk in eine Linie mit ägyptischen Fellachen, Hindus oder Siamesen stellen zu wollen, ist in meinen Augen geradezu verbrecherisch. Wenn heute der Indier [*sic!*] unter der Herrschaft Englands lebt oder der Schwarze unter der Herrschaft irgendeines anderen europäischen Volkes, so ist das in deren Inferiorität begründet. Es ist widersinnig, hier von einer "Gleichheit" reden zu wollen, wenn die Wertunterschiede der Rassen so himmelhohe sind. Wenn das deutsche Volk heute politisch unfrei ist, dann nicht infolge seiner rassischen Minderwertigkeit, sondern nur infolge seiner politisch dummen und unfähigen Führung und Gesinnung. Diese verbrecherisch-dumme Führung kann morgen weggefegt sein, die rassische Minderwertigkeit des Indiers aber bleibt. Und zwar, ich betone ausdrücklich, diese rassische Minderwertigkeit gemessen am Werte des nordischen Engländers. Ich protestiere aber überhaupt auf das schärfste, das deutsche Volk auf die Stufe von solchen geborenen Helotenvölkern herunterdrücken zu wollen! Und es ist mir dabei ganz

---

deutschen Vertretern vor Ort große Erbitterung und nach 1918 ein entsprechendes publizistisches Echo ausgelöst. Vgl. Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung Diplomatischer Aktenstücke. Hrsg. u. eingel. von Johannes Lepsius, Potsdam 1919 (ND: Bremen 1986). Aleppo 1915. Zwei deutsche Lehrer im Kampf für das armenische Volk. Mit Texten von Martin Niepage und Eduard Graeter. Hrsg. und eingel. von Helmut Donat, Bremen 1986. Heinrich Vierbücher, Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg 1930.
Hitler dürfte durch den ehemaligen deutschen Vizekonsul in Erzurum, Max Erwin Scheubner-Richter, der beim Hitler-Putsch am 9.11.1923 erschossen wurde, gut über die Vorgänge in Armenien unterrichtet gewesen sein. Vgl. Yves Ternon, Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermords, Frankfurt a. M. 1981, S. 11, 215.

11 Die polnischen Aufstände gegen die russischen Herrschaft (1830/31 und 1863) hatten bei den liberalen Deutschen große Sympathie gefunden. Vgl. Peter Ehlen (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

12 Der linke Flügel der NSDAP um Otto Straßer verzichtete auf jegliche koloniale Forderungen, um stattdessen die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der unter Kolonialherrschaft stehenden Völker entschieden zu unterstützen. Mit besonderer Anteilnahme verfolgte man dabei den indischen und arabischen "Freiheitskampf" gegen Großbritannien, der immer wieder mit der "Versklavung" Deutschlands durch die alliierten Reparationslasten verglichen wurde. Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 116 ff.

gleich, aus welchen Voraussetzungen dies geschieht. Der Freiheitskampf des deutschen Volkes hat gar nichts gemeinsam mit dem sogenannten "Freiheitskampf" von Ägyptern, Sudanesen oder Indiern. Unser Freiheitskampf ist die Wiederherstellung der Freiheit eines Volkes, das rassisch und damit wertmäßig seinen heutigen Besiegern gegenüber zumindest gleich, wenn nicht zum Teil sogar überlegen ist. Der Freiheitskampf der Schwarzen, Indier usw. ist der Versuch der Durchbrechung einer natürlichen Rangordnung der Rassen entsprechend ihren inneren Werten!

Es ist psychologisch aber falsch, den deutschen Freiheitskampf irgendwie mit diesen sogenannten unterdrückten Völkern in Zusammenhang zu bringen, weil erfahrungsgemäß jeder Blick politisch charakterlos gewordener oder zumindest charakterlos geführter Nationen auf Freiheitskämpfe in der übrigen Welt zu einer Schwächung der eigenen Anstrengungen führt! Denn so ist es und nicht umgekehrt! Die große Masse der Deutschen, die heute auf den sogenannten "indischen Freiheitskampf" [13] hinblickt, schöpft daraus nicht die Verpflichtung zu einem analogen eigenen Vorgehen, sondern ganz im Gegenteil die Hoffnung, daß nunmehr ohne eigene Kraftanstrengung England am Ende zusammenbrechen wird. Und darin sieht man dann aus Gründen, die mir unverständlich sind, den Beginn der deutschen Freiheit. Ich sage ausdrücklich, aus Gründen, die mir unverständlich sind. Denn bei der heutigen deutschen Mentalität würde selbst die restlose Vernichtung Englands nicht etwa die Freiheit Deutschlands, sondern den hundertprozentigen Sieg Frankreichs über Europa bedeuten! Aber es ist eben unendlich angenehm zu hoffen, daß andere besorgen werden, was man infolge himmelschreiender Charakterlosigkeit selber lieber unterläßt.

Ich kann heute die nationalsozialistische Bewegung nur davor warnen, sich dem allgemeinen Weltgeschrei gegen England anzuschließen. Zunächst ist für mich als Deutscher der indische Freiheitskampf solange zumindest belanglos, solange ich keinen deutschen Nutzen daraus ersehe. Augenblicklich sehe ich nur wieder eine phantastische Hoffnung, die mir eher geeignet erscheint, unserem Volk Willen zu nehmen als ihm Willen zu geben. Ich halte es demgegenüber für viel richtiger, schon aus psychologischen Erwägungen heraus immer wieder zu betonen, daß der einzige Faktor, der uns Vorteile verschaffen kann, die Wiedergesundung unseres eigenen Volkes ist. Im übrigen hege ich schärfstes Mißtrauen gegen eine gemachte Bedeutung des Ostens [14], die uns ja auch in erster Linie vom Judentum einsuggeriert wird. Das geht schon so seit Jahrzehnten dahin: Ablehnung, man sagt sogar Überwindung der großen griechisch-römischen, germanischen Kultur und Schönheits-Auffassungen und Bewunderung asiatischer Lebensäußerungen [15]. Als Nationalsozialist, der ich die Kultur als etwas blutmäßig

---

13 Ungeachtet des großen militärischen Engagements Indiens während des Ersten Weltkriegs blieben nach 1918 die Hoffnungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung auf politische Gleichberechtigung und langfristig auf politische Unabhängigkeit unerfüllt; die indische Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich nun zu einer Massenbewegung, in deren Zentrum der gewaltlose Widerstand gegen die britische Kolonialmacht stand.

14 Vgl. Dok. 38, Anm. 4.

15 Ähnlich die Darstellung Otto Straßers über seine Diskussion mit Hitler am 21.5.1930: "Ich verwies dann kurz auf die chinesische, ägyptische usw. Kunst als Ausdruck dieser Völker. Darauf Hitler: 'Was Sie hier sagen, ist ältester Liberalismus. *Es gibt überhaupt keine chinesische oder ägyptische Kunst.* Ich sagte Ihnen schon, daß es nur eine nordisch-griechische gibt, und Sie wissen doch wohl, daß es sich bei den Chinesen, Ägyptern usw. gar nicht um einheitliche Völker handelt, sondern daß *dort auf einem niederrassigen Volkskörper ein*

Gebundenes erkenne, kann ich gegen eine solche Auffassung nur Stellung nehmen. Die Bewunderung [16] vor Gandhi [17] ist in meinen Augen eine rassische Perversität. Das Heldentum dieses friedliebenden Indiers möchte ich nicht vergleichen mit dem Heldentum Hunderttausender Musketiere, unzähliger Flieger, Unterseebootsmänner, Patrouillenführer usw. des Weltkriegs! Es wird hier versucht, unserem Volke einen Begriff von Heldentum einzugeben, der uns innerlich ebenso fremd sein muß wie uns die Rasse fremd ist, der er entstammt! Daher kann ich als Nationalsozialist zu der Gandhi-Revolte nur folgende Stellung einnehmen: Der sogenannte "Freiheitskampf" des indischen Volkes interessiert mich als Deutschen so wenig, als etwa der Freiheitskampf des deutschen Volkes vor 15 Jahren die Indier interessiert hat! Die durch den indischen sogenannten "Freiheitskampf" hervorgerufene Schwächung der Engländer (an die ich selbst übrigens nicht im geringsten glaube!) könnte mich nur insoweit interessieren, als sie Deutschland zugute käme. Ich glaube aber daran nicht, sondern glaube heute eher im Gegenteil, daß sie Frankreich zugute kommen wird. Grundsätzlich aber möchte ich unser Volk vor allen phantastischen Hoffnungen warnen. Denn die deutsche Freiheit wird nicht in Bengalen erkämpft, sondern in Paris.

nordischer Kopf saß, der allein jene Meisterwerke schuf, die wir heute als chinesische oder ägyptische Kunst bewundern.'" Vgl. Otto Straßer, Ministersessel oder Revolution?, S. 8.

16 Gandhi galt der Gruppe um Otto Straßer als Vorbild. Vgl. z. B. Berliner Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1930, "Indiens Freiheitskampf. Gandhi, der mutige Führer gegen die englischen Sklavenhalter"; sowie Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 118.

17 Mohandas Karamchand (Mahatma) Gandhi (1869-1948), indischer Rechtsanwalt, seit 1893 in Südafrika, 1894 Gründung der Natal Indian Congress Party, 1904 Herausgeber der Zeitschrift Indian Opinion, 1915 Rückkehr nach Indien, Gründung des Satyagraha Ashrams in Ahmedabad, seit 1919 größere Kampagnen des Zivilen Ungehorsams gegen die britische Kolonialverwaltung, 1922-1924 in Haft, 1924-1934 Präsident des Indian National Congress, 1924 Gründung der All-India Spinner's Association, 1930 erneute Kampagne des Zivilen Ungehorsams, 1930/31 und 1932 in Haft, 1933 Gründung der Zeitung Harijan, 1940 erneute Kampagne des Zivilen Ungehorsams, 1942-1944 in Haft, am 30.1.1948 ermordet.

26. Mai 1930 Dok. 50
"An alle Nationalsozialisten"
Aufruf

VB vom 28.5.1930, "Hitlers Aufruf an alle Nationalsozialisten" [1].

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

In den Wintermonaten des Jahres 1920, als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kaum 50 Mitglieder besaß [2], faßten wir den Entschluß, eine eigene Geschäftsstelle der Partei in München zu errichten.

Ein kleines gewölbeartiges Zimmerchen, 5 m lang und 3 m breit, im Sterneckerbräu [3], das war der Raum in dem wir nun zu arbeiten begannen. Zwei Jahre später - die Partei hatte unterdessen den "Völkischen Beobachter" übernommen [4] und damit in der Thierschstraße 15 für den Verlag einige Räume erhalten - war die Geschäftsstelle so eng geworden, daß sie der nunmehr schon Tausende an Mitglieder umfassenden Organisation [5] nicht mehr genügte. In der Corneliusstraße 12 mieteten wir eine alte aufgelassene Wirtschaft, bauten den ersten Schalterraum hinein, richteten die Nebenzimmer in Büro-Räume um und erhielten damit die zweite Reichsgeschäftsstelle der N.S.D.A.P. [6]

Im Jahre 1923 war die Geschäftsstelle schon wieder zu klein. Es wurde ein Teil der S.A.-Oberleitung in die Schellingstraße 39 verlegt [7].

Am 11. November des gleichen Jahres wurde die Partei aufgelöst [8].

Am 25. Februar 1925 bestand nach Neugründung der Partei die erste Geschäftsstelle in einem Zimmer des Verlages "V. B.", Thierschstraße 15. Es mußte wieder mit nichts begonnen werden.

---

1 Textgleicher Abdruck: Illustrierter Beobachter vom 7.6.1930, "Parteigenossen! Parteigenossinnen!" Vgl. auch Die Flamme, "Adolf Hitlers Aufruf an die Nationalsozialisten".
Vgl. ferner mit dem Bericht des Landeskriminalpolizeiamts Berlin vom 1.5.1930: "Nach einem Rundschreiben des Reichsschatzmeisters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 3.4.[*19*]30 an sämtliche Gauleitungen hat der Erfolg den Erwartungen der Reichsleitung nicht entsprochen, was darauf zurückgeführt wird, daß einzelne Gaue die Anordnung der Reichsleitung vom 15.10.[*19*]29 betr. Errichtung eines Dispositionsfonds [*Vgl. Bd. III/2, Dok. 84*] nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgeführt haben. Die Reichsleitung habe deshalb das gesteckte Ziel - nämlich Ankauf eines Parteihauses - nicht verwirklichen können. Sie erläßt daher die Weisung, künftig keine Einzahlungen auf den Dispositionsfonds mehr zu leisten." Bericht des Landeskriminalpolizeiamts Berlin (IA) Nr. 9 vom 1.5.1930; StA München, Polizeidirektion München 6784.

2 Vgl. Dok. 20, Anm. 32 sowie Dok. 21, Anm. 4.

3 Im Tal 54. Vgl. die Abbildung bei Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 89.

4 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

5 Zu Beginn des Jahres 1921 besaß die NSDAP rund 3.000 eingeschriebene Mitglieder, deren Zahl sich bis zu ihrem Verbot im November 1923 auf rund 55.000 erhöhte. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 25 ff.

6 Die neue Geschäftsstelle in der Corneliusstr. 12 wurde am 7.11.1921 bezogen. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 517 f. sowie die Abbildung bei Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 126.

7 Vgl. Friedrich Köllmayr, Unser München. Antifaschistischer Stadtführer, Frankfurt a. M. 1983, S. 45.

8 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Am 11.11.1923 war Hitler in Uffing am Staffelsee verhaftet worden. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.

Denn als die Partei am 11. November 1923 der Auflösung verfiel, da hatte sie sich unterdessen schon ein verhältnismäßig großes Eigenvermögen geschaffen. Zahlreiche Schreibmaschinen, Schreibtische, Kartothek-Panzerschränke, sonstige Büromöbel, Motorräder, Personenkraftwagen, ja sogar Lastkraftwagen waren ihr Eigentum und wurden nunmehr kurzer Hand "konfisziert" [9].

Als im Februar 1925 die Partei-Arbeit wieder begann [10], war zunächst überhaupt nichts vorhanden. Das einzige positive Vermögen der Bewegung war damals der Verlag Franz Eher Nachfolger, der Parteiverlag, der seine alte Geschäftsstelle behalten hatte. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft übergab ein paar Schreibmaschinen, der Verlag ein Zimmer, und von dort aus begann die neue Arbeit. 6 Monate später wurden im Rückgebäude, Schellingstraße 50, 5 Räume gemietet [11]. Damit übersiedelte die Reichshauptgeschäftsstelle in ihren derzeitigen Bau. Ein Jahr später kam das rechte Untergeschoß mit großer Schalterhalle, den Räumen für die Zentral-Kartothek, die Buchhaltung und den Reichsschatzmeister, hinzu. Wenige Monate darauf erfolgte der Ausbau des linken Traktes, ein Jahr später der Ausbau des Obergeschosses mit den Büro-Räumen der S.A.-Oberleitung und wieder ein Jahr darauf der Umbau des ehemaligen Ateliers unseres Parteiphotographen Hoffmann [12] im ersten Stockwerk zu den neuen Referentenzimmern.

Damit besitzt nun die Partei das gesamte Hinterhaus Schellingstraße 50. Eine weitere Ausdehnung ist hier nicht mehr möglich.

Als wir die Geschäftsstelle in der Schellingstraße 50 bezogen, zählte die Partei nicht ganz 6.000 Mitglieder [13]. Es war von vorneherein beabsichtigt, die Geschäftsstelle für 2-300.000 Mitglieder auszubauen. Diese Mitgliederzahl ist nunmehr erreicht [14]. Mit der Überschreitung des 250. Tausends wird eine weitere Arbeit in den vollkommen unzulänglichen Räumen unmöglich. Allein die Zentralkartothek hat sich von einem kleinen Panzerschrank nunmehr auf 10 große doppeltürige Panzerschränke vermehrt. Die Zahl der Angestellten ist so gestiegen [15], daß infolge des mangelnden Raumes zur Bewältigung der Aufnahmen in 2 Schichten bis 12 Uhr nachts gearbeitet werden muß.

Damit ist nunmehr der Augenblick gekommen, in dem an eine Erweiterung der Hauptgeschäftsstelle der Partei herangetreten werden muß [*sic!*].

---

9 Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Bericht der Polizeidirektion München an Generalstaatskommissar von Kahr vom 26.11.1923, sowie Schreiben des Generalstaatskommissars von Kahr an das Staatsministerium der Finanzen vom 18.12.1923. Druck: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

10 Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

11 Die Räume für die neue Hauptgeschäftsstelle der Reichsleitung stellte Heinrich Hoffmann zur Verfügung, der im selben Hinterhaus sein Fotoatelier besaß. Vgl. Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die Jugend, München 1938, S. 79 f. Die neue Hauptgeschäftsstelle wurde am 24.6.1925 bezogen. Vgl. Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 172 f. Dort auch eine Abbildung.

12 Heinrich Hoffmann (1885-1957), Fotograf, 1920 Eintritt in die NSDAP, Leibfotograf Hitlers, Reichsbildberichterstatter der NSDAP, 1938 Professor.

13 Im Juli 1925 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 10.000 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352.

14 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

15 Die Hauptgeschäftsstelle der NSDAP hatte im März 1925 mit vier Angestellten begonnen; bis zum Jahr 1930 war deren Zahl auf 56 gestiegen. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266.

Die Parteileitung hat sich deshalb entschlossen [16], *in München einen großen bestehenden Bau als Eigentum der Bewegung zu erwerben* [17].

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird damit zum ersten Male einen würdigen Zentralsitz ihrer Leitung erhalten. Der Bau, der nicht nur selbst große Erweiterungsmöglichkeit besitzt, liegt in einem dazugehörigen Grundstück, das die spätere Errichtung des notwendigen Gebäudes für das Zentral-Archiv und weiter die Errichtung eines eigenen Kongreß-Raumes mit über 2-3 Tausend Personen Fassungsvermögen gestattet.

Es ist ein gewaltiges Projekt, das wir nunmehr in Angriff nehmen und durchführen werden.

Die neue Reichshauptgeschäftsstelle soll der Stolz aller Parteigenossen sein.

Sie soll all den zahlreichen Mitgliedern unserer Bewegung, die nach München kommen, den großen Mittel- und Treffpunkt abgeben.

Es muß unser aller Ehrgeiz sein, diese Leistung aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln zu vollbringen.

Aus diesem Grunde habe ich der Generalmitgliederversammlung den Antrag unterbreitet, eine einmalige außerordentliche Parteiumlage von all den Parteigenossen zu erheben, die nicht als S.A.- oder S.S.-Mitglieder Arbeits- oder Blutsopfer für die Bewegung zu bringen haben.

Die Generalmitgliederversammlung hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

Zum Erwerb und zum Ausbau des neuen Zentralparteiheims hat mit Ausnahme der S.A.- und S.S.-Mitglieder, der Mitglieder des Frauenordens, des Studentenbundes sowie der Arbeitslosen jeder Parteigenosse einen außerordentlichen Beitrag zu leisten, dessen Mindesthöhe 2 Mark beträgt, dessen Grenze nach oben aber nach Ehre und Gewissen dem Vermögen des einzelnen Parteimitgliedes anheimgestellt bleibt [18].

gez. *Adolf Hitler*

---

16 Vgl. Dok. 48.

17 Das ehemalige Barlow-Palais in der Brienner Straße 45. Das 1828 im Biedermeierstil erbaute Adelspalais wurde bereits in derselben Ausgabe des VB als "neues Heim der Reichsleitung der N.S.D.A.P." angekündigt. Das Kaufangebot, das Schwarz am 25.4.1930 unterbreitet worden war, hatte dieser am 1.5.1930 an Hitler weitergeleitet. Der Kaufvertrag für das bald als "Braunes Haus" bezeichnete Gebäude wurde zwischen Elisabeth Barlow und Hitler am 26.5.1930 unterzeichnet. Nach größeren Umbauarbeiten wurde die neue Reichsgeschäftsstelle der NSDAP, die nun die Parteileitung, den Reichsschatzmeister, das Oberste Parteigericht, die Rechtsabteilung, die Reichspressestelle, die Oberste SA-Führung und den Reichsführer SS beherbergte, am 1.1.1931 bezogen. Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff.
Vgl. auch die Schilderung des damaligen Reichsgeschäftsführers der NSDAP Bouhler (Kampf um Deutschland, München 1938, S. 81): "Durch Zufall erfuhren wir im Sommer 1930, daß das "Barlow-Palais" an der Brienner Straße zu verkaufen sei. [...] Wir kauften, ohne Geld zu haben, ein Gebäude für 1 1/2 Millionen Reichsmark." Goebbels spricht dagegen von einem "700.000-Mk.-Projekt". Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 551. Vgl. ferner Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f.; Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Illustrierter Beobachter vom 7.6.1930, "Das neue Parteiheim der N.S.D.A.P." sowie Bd. IV/1, Dok. 61.

18 Die Ausführungsbestimmungen von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, die sich an Hitlers Aufruf anschlossen, lauteten:
"Die im vorstehenden Aufruf unseres Führers Adolf Hitler bekanntgegebene Sonderumlage, welche einstimmig von der Generalmitgliederversammlung genehmigt wurde, ist innerhalb längstens vier Wochen von allen in Frage kommenden Mitgliedern zu entrichten. Die Ortsgruppenleiter treffen sofort bezüglich der Einziehung der Sonderumlage die geeigneten Maßnahmen und führen die Gelder unmittelbar mit Abrechnung an die Reichs-

27. Mai 1930 Dok. 51
Erklärung

Masch. Abschrift; BayHStA, Min. d. Innern 81583.

Zu der mir heute telegraphisch übermittelten Behauptung [1] des Pfälzer Bürgermeisters und Bauernführers Römer [2], der Führer der Separatisten-Bewegung Heinz-Orbis [3] sei mit mir zusammengewesen und habe auch mit mir häufig korrespondiert, erkläre ich an Eidesstatt:

Ich war niemals mit dem Separatisten-Führer Heinz-Orbis zusammen. Ich habe niemals mit diesem korrespondiert. Ich hatte niemals Beziehungen zu einem sonstigen Separatisten-Führer. Ich habe im Gegenteil alle Separatisten stets aufs schärfste bekämpft [4]. Wegen Sprengung einer Versammlung des Ingenieurs Ballerstedt [5], der im Verdacht stand, separatistische Ziele zu verfolgen, wurde ich zu Gefängnis verurteilt und habe ich im Gefängnis gesessen [6].

---

leitung, Postscheckkonto der N.S.D.A.P., München, Nr. 23 319, ab. An die zuständige Gauleitung ist zwecks Kontrolle eine Zweitschrift der Abrechnung einzureichen. Die Gaue ihrerseits erstatten an die Reichsleitung bis längstens 25. Juni 1930 Meldung unter namentlicher Nennung jener Ortsgruppen, welche mit der Abführung der Sonderumlage noch rückständig sind.
Mitglieder, welche einen höheren als den vorgeschriebenen Betrag von [*R*]M. 2.- zahlen, erhalten direkt von der Reichsleitung eine Quittung in Form einer Bausteinkarte mit Ansicht des Parteihauses. Mitglieder, welche wirtschaftlich in der Lage sind, sollen es sich zur Ehre anrechnen, wenn sie der Bewegung verzinsliche Darlehen von [*R*]M. 500.- aufwärts zur Verfügung stellen.
München, den 26. Mai 1930
gez. *Schwarz*
Reichsschatzmeister."

1 Römer hatte am 10.3.1930 in einem Beleidigungsprozeß vor der Strafkammer Frankenthal unter Eid erklärt, die pfälzischen Separatistenputsche seien nicht von den Franzosen initiiert worden, sie seien vielmehr von den rechtsrheinischen Gebieten ausgegangen. Der pfälzische Separatist Franz Josef Heinz(-Orbis) habe mit Hitler korrespondiert und sei mit ihm auch zusammengetroffen. Dabei sei geplant worden, 10.000 junge Leute in der Pfalz zu mobilisieren, um die französischen Besatzungstruppen aus der Pfalz zu vertreiben. Vgl. Heinrich Weiler und Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977, S. 244 ff.

2 Richard Römer (1894-1945), Weinhändler, 1923-1933 Bürgermeister von Dirmstein, bis 1930 Leiter des Bezirks Frankenthal der Pfälzer Bauernschaft.

3 Franz Josef Heinz (1884-1924), genannt Heinz-Orbis, Bauer in Orbis, 1920 Mitglied des pfälzischen Kreistags (DVP), November 1923 bis Januar 1924 Präsident der Regierung der Autonomen Republik Pfalz, am 9.1.1924 von Mitgliedern des Pfälzischen Kampfbunds in Speyer erschossen.

4 Hitler hat von Anfang an jede Form eines deutschen Separatismus scharf abgelehnt. Dies betraf gerade auch die separatistischen Tendenzen im Rheinland und in der Pfalz. Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 30.10.1923, in der er die dortigen Separatisten als "Lumpengezücht" bezeichnete (Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1047 ff., hier 1047), oder sein Aufsatz vom April 1924, in dem er die Separatisten als "Gottesgeißel des unglücklichen Landes" charakterisierte (Ebda., S. 1216 ff., hier 1224); ferner ebda., S. 150, 226 f., 576, 1022, 1068.
Zur pfälzischen Separatistenbewegung allgemein vgl. Gerhard Gräber und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992.

5 Otto Ballerstedt (1887-1934), Dipl.-Ingenieur, Führer des föderalistischen Bayernbunds, 1934 im Zuge des sog. Röhmputsches ermordet.

6 Nachdem die NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbunds in München gesprengt hatte, wurde Hitler am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt Stadelheim, der andere Teil wurde ihm erlassen. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

Ich bin bereit, diese Aussage unter Eid mündlich vor dem Richter zu wiederholen [7].

gez. *A. Hitler*

31. Mai 1930 Dok. 52
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 31.5.1930.

Wenn ich mich noch einmal mit dem österreichischen Heimwehrproblem beschäftige [1], dann deshalb, weil die Entwicklung dieser Sache von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung ist. Was sich heute in Österreich abspielt, wird sich überall wiederholen, sowie die Auseinandersetzung mit dem Marxismus nicht gleichzeitig auch zur Auflösung der bürgerlichen Parteien führt. Seit die österreichische Heimwehrbewegung anfing, ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung zu werden [2], habe ich vor zweierlei gewarnt: Erstens vor der korporativen Übernahme geschlossener fremder Verbände politischer oder unpolitischer Natur [3], und zweitens vor der Absicht, mit Hilfe der bestehenden politischen Parteien die Auseinandersetzung mit dem Marxismus auf parlamentarischem Wege herbeiführen zu wollen [4]. Wenn heute bürgerliche Parteigebilde sich einer neuen Bewegung anschließen, dann tun sie das nicht, um etwa der neuen Idee zu dienen, sondern ausschließlich nur, um ihre eigene, sonst nicht mehr zu haltende Existenz zu retten. Es ist aber klar, daß die Auflösung des Marxismus ebenso zwangsläufig die Auflösung der bürgerlichen Parteien bedingt. Nur eine Bewegung, die diesen beiden verhängnisvollen Extremen das Ende bereitet, kann die Nation wieder vereinen und damit zum Leben bringen. Die bürgerlichen Parteien und insbesondere ihre Führer kennen keine Ideale, für die sich restlos einzusetzen sie bereit sein würden. Wenn sie dennoch so tun, als ob es das gäbe, so ist das eine zur Täuschung der Masse in Szene gesetzte Spiegelfechterei. Wenn bürgerliche Parteien plötzlich eine innere "Übereinstimmung", sagen wir, mit der Heimwehr entdecken, dann nur aus Angst vor dem Emporwachsen einer sie langsam zu verschlingen-drohenden neuen, kraftvollen Bewegung. Im Augenblick aber, in dem eine solche Bewegung sich durch die korporative Übernahme bürgerlicher Verbände mit diesen belastet, verliert sie die

7 Zu den juristischen Folgen vgl. Bd. IV/1, Dok. 103.

1 Vgl. Dok. 1 und 46.
2 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 5.
3 Ein grundlegendes Charakteristikum der Heimwehr blieb ihre organisatorische und ideologische Heterogenität. So gab es eine ganze Reihe von Verbänden, die sich der Heimwehr zeitweise korporativ anschloßen, ohne ihre institutionelle Selbständigkeit zu verlieren. Besonders deutlich wurde die Form der externen Einflußnahme, als der Niederösterreichische Bauernbund am 28.8.1929 mit seinen über 100.000 Mitgliedern der Heimwehr, die damals ca. 200.000 Mitglieder umfaßte, beitrat. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 50, 292, 334 ff.
4 Zur Entwicklung des ideologischen Programms der Heimwehr vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 252 ff.

innere Homogenität und damit jede äußere Schlagkraft. Ich möchte nicht behaupten, daß die österreichische Heimwehr zugrunde gehen muß, allein ich behaupte, daß sie zugrunde gehen wird, wenn sie sich nicht aus der bürgerlichen Parteiumarmung loslöst und diese Konjunkturzuflüsse wieder ausscheidet.

Man glaubt ja gar nicht, wie lächerlich hohl und morsch und schwach die bürgerlichen Parteien sind. Es ist eine politische Erbmasse, die einmal berührt, zerbricht. Niemand hat die Ohnmacht dieser Gebilde klarer durchschaut als der Marxismus. Er versteht es, diese Parteien richtig zu behandeln, das heißt, er springt auf der einen Seite mit ihnen auf das brutalste um und gibt ihnen auf der anderen von Zeit zu Zeit ein kleines Butterbrot. Daß in Österreich die bürgerlichen Parteiführer ihre Ruhe haben, bedeutet den wahnsinnigsten Terror gegen die nichtmarxistisch denkende Nation. Denn wenn Herr Schober heute von der "Staatsautorität" redet [5], dann weiß er innerlich nur zu gut, daß dies eine ebenso oberflächliche wie unwahre Flunkerei ist. Im selben Augenblick, in dem Herr Schober von dem Vorhandensein einer österreichischen "Staatsautorität" spricht, handelt er nach eigenem Zugeben im Sinne eines fremden Willens. Nicht die österreichische "Staatsautorität" schreibt ihm seinen Schritt zur Entwaffnung der Heimwehren vor [6], sondern die Autorität eines fremden Willens. Dieser fremde Wille, der sich durch die Börse äußert, erfüllt damit zugleich den Wunsch des Austromarxismus und jener bürgerlichen Parteilumpen, die, wie überall so auch dort, geistig mit dem Marxismus paktieren. Geistig auch nur, weil sie es nach außenhin offen noch nicht zu tun wagen! Tatsache ist, daß die vorhandene wirkliche österreichische Staatsautorität nicht die Autorität des österreichischen Staates ist, sondern die Autorität, die die Bewegung verschenkte, die dem österreichischen Staat, oder ich will lieber sagen, das österreichische deutsche Volk, vorm Hinabrutschen in den marxistischen Sumpf gerettet hat! Und das muß hier festgestellt werden: Die Heimwehren haben den österreichischen Staat, das heißt das deutsche Volk gerettet, und Herr Schober rettet nur den Marxismus. Ohne Schober wäre vermutlich die Auseinandersetzung mit dem Marxismus zu einem klaren Resultat gekommen. Ohne Heimwehren aber würde möglicherweise der Biedermann Schober schon längst an einer marxistischen Laterne vermodert sein.

Der Versuch, die Ziele der Heimwehrbewegung auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie zu erreichen, war deshalb ein unglücklicher, weil damit die wirklich gestaltende Kraft von der wirklichen Gestaltung der Dinge ausgeschlossen wurde! Denn was konnte nun geschehen? Die Heimwehr rettet Österreich, und das Parlament macht sich auf einmal zum Wortführer der Rettung. Dieselben Parteiführer, die in den kritischen Tagen zähneklappernd im Winkel hockten, waren nun auf einmal wieder die großmäuligen, alleinigen berechtigten Vertreter der Nation! Es war aber ein Wahnsinn, sich den Auffassungen dieser Schädlinge zu fügen. Es ist eine unverschämte Frechheit dieser Parteilumpen, sich selbst als die einzig berechtigte Vertretung der Nation hinzustellen, und es ist eine Dummheit der wirklichen Machtinhaber, diesen parlamentarischen Schnauzen zu gehorchen, statt ihnen das Handwerk zu legen! In Österreich war in dem Moment die Heimwehr die politische Repräsentation der Nation, und zwar die berechtigte Repräsentation, in dem sich der Wille der Nation in ihr verkör-

5 In seiner Regierungserklärung vom 27.9.1929 hatte Schober festgestellt, daß die Machtmittel des österreichischen Staates, "ausreichend und vollkommen verläßlich", jedem Putschversuch gewachsen seien. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichskalender 1929, S. 246.

6 Vgl. Dok. 46, Anm. 11.

perte. Es gab aber einen Augenblick in Österreich, in dem die Heimwehr tatsächlich in ihrem Lager Österreich hatte [7]. Das haben ja auch die Parteispitzbuben erkannt und sind deshalb schleunigst ins Lager der Heimwehr hineingerutscht. Daß man das duldete, war ein wirkliches Unglück. Man hätte sie bei den Ohren nehmen und hinausfeuern müssen!

Alles was dann weiter auf dem parlamentarischen Boden aufgeführt wurde, war ein Theater, ein Schwindel, ein Volksbetrug! Denn wenn diese parlamentarischen Komödianten ein "Antiterrorgesetz" beraten [8], dann heißt das doch in Wirklichkeit folgendes: Erstens, es hat also bisher unter dem verbrecherischen Regiment dieser Parteibuben einen Terror gegeben, den zu beseitigen sie unterlassen haben! Das heißt mit anderen Worten: die sogenannte "Staatsautorität", von der Herr Schober faselt, hatte es nicht fertiggebracht, die Bürger vorm Terror zu schützen. Und so was hat Herr Schober dann die eiserne Stirne als "Staatsautorität" anzupreisen! Schon dafür würden die verantwortlichen Repräsentanten dieser Staatsautorität ins Zuchthaus gehören, denn sie geben damit zu, daß unter ihrer "Staatsautorität" Zehn- und abermals Zehntausende von Menschen in der brutalsten tätlichen Weise bislang blutig vergewaltigt werden konnten! Zweitens, sie bringen nunmehr ein Gesetz ein - und zwar wohlgemerkt nicht unter dem Druck des Herrn Schober, sondern unter dem Druck der Heimwehren, - das diesen Terror in der Zukunft beseitigen soll, und sie besagen damit aber, daß die Repräsentanten dieser Staatsautorität bisher laufend die Gesetze gebrochen haben! Denn sie mögen doch nicht behaupten, daß etwa die bisher geltenden Gesetze den Schutz der Person außer acht gelassen hätten. Nein, umgekehrt, die Gesetze waren auch bisher genügend, aber die Repräsentanten der Staatsautorität haben die Gesetze außer acht gelassen [9]. Dieser komödiantenhafte Begriff "Staatsautorität" hat den Schutz der Bürger vor marxistischem Terror bisher nicht in sich umschlossen! Die Gesetze waren genügend und ausreichend gewesen, aber die Schober, die zu allen Zeiten das deutsche Volk regiert haben, setzten sich über diese Gesetze hinweg! Wenn heute das Parlament aber nun mit einem neuen Gesetz kommt, dann ist das ein blanker Schwindel. Die Exekutivgewalt des Staates hat die alten Gesetze nicht befolgt und sie wird selbstverständlich die neuen genauso verleugnen. Solange es bürgerliche Parteien gibt, wird es einen Marxismus geben, und solange es einen Marxismus gibt, wird der Terror Andersdenkender [*sic!*] das immerwährend angewendete Requisit dieser roten Parteien bleiben. Das "Antiterrorgesetz" ist eine jener großen Augenauswischereien, mit denen die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten die Nationen geblufft haben. Denn während Herr Schober seine Phrasen von der "Staatsautorität" losläßt, das Parlament über den "Antiterror" berät und die Regierung die Entwaffnung der Heimwehr proklamiert, terrorisieren in sämtlichen Betrieben die marxistischen Strauchritter die andersdenkende Arbeiterschaft auf das blutigste. Wenn es in Öster-

---

7 Nach dem im Juni 1848 entstandenen Gedicht "Feldmarschall Radetzky" von Franz Grillparzer.

8 Mit dem von Sozialdemokraten und Gewerkschaften heftig bekämpften "Antiterrorgesetz" vom 22.4.1930 versuchte die Regierung Schober, den dominierenden Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zurückzudrängen. Das Gesetz sollte u. a. verhindern, "daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung oder nur Arbeitnehmer, die keiner Berufsvereinigung angehören, beschäftigt werden" (§ 4, 1). Jegliche Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Abschluß von Arbeitsverträgen wurde verboten, ebenso Kollektivverträge mit einer bestimmten Gewerkschaft sowie die Einziehung von Gewerkschaftsbeiträgen durch den Arbeitgeber. Druck: Das Antiterrorgesetz. Gesetzestext mit ausführlichen Erläuterungen von Hermann Heindl, Wien 1930.

9 Zur österreichischen Rechtspraxis gegenüber der politischen Gewalt vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 321 ff.

reich zu keinen ernsteren Kämpfen gekommen ist, dann nur, weil selbst die Heimwehr diesen Betriebsterror ruhig hingenommen hat!

Nun hat der Mohr die Schuldigkeit getan [10], die Heimwehr hat den Repräsentanten der bürgerlichen Parteien in den Sattel gehoben und soll nun den Fußtritt erhalten. In dieser Stunde kann man ihr wirklich nur eines auf das eindringlichste empfehlen: Laßt euch nicht von den bürgerlichen Parteien bluffen! Die Repräsentation des Willens des österreichischen Volkes liegt nicht bei den bürgerlichen Parteien, sondern bei euch! Wenn ihr hart bleibt, werden diese Parteien wie Spreu auseinandergefegt! Wenn ihr kapituliert, ja auch nur einen Fußbreit zurückweicht, dann werdet ihr die Zwecklosigkeit eurer ganzen bisherigen Arbeit erleben! So wie die bürgerlichen Parteien bisher die Nation verkommen ließen, so werden sie es auch in der Zukunft tun. In kurzer Zeit wird man nicht mehr vom "Antiterrorgesetz" reden, sondern vom Gesetz des Terrors. Herr Schober wird von "Staatsautorität" quasseln, und wenn es wirklich nimmer geht, mit gesetzlicher Pension in den Ruhestand treten. Die Nation allein aber wird die Zeche bezahlen. Keine Verfassung basiert auf Parteien! Jede erklärt, daß die Macht vom Volke ausgeht [11]! Heute noch kann die Heimwehr das Volk sein, morgen schon kann sie diese Rolle an den Marxismus verlieren! Die bürgerlichen Parteien können noch so schreien und noch so wettern: Wenn die Heimwehr festbleibt, kann sie mit diesen öffentlichen Dieben des Volkswillens blitzschnell fertig werden. Denn die Macht geht vom Volke aus und das Volk steht bei der Kraft und Wahrhaftigkeit und nicht bei der Verlogenheit und Schwäche!

Für uns Nationalsozialisten aber, die wir selbst mit allen legalen Mitteln den Kampf um die politische Macht in Deutschland durchfechten [12], ergibt sich daraus immer wieder eine harte Lehre: Niemals den korporativen Anschluß von anderen Verbänden gestatten [13]! Niemals erlauben, daß andere "prominente" Führer in unsere Bewegung "übertreten"! Niemals dulden, daß Parteimitglieder zugleich Mitglieder eines anderen Verbandes sind [14]! Niemals gestatten, daß sich in unsere Bewegung irgendein fremder Wille einschleicht! Und nie vergessen, daß jede Auflösung des Marxismus parallel die Auflösung der bürgerlichen Parteiwelt mit sich bringen muß! Wir sind nicht ein Teil des Parteilebens der Nation, sondern wir müssen uns zu dem extremen Bekenntnis durchringen, daß die Nation unsere Bewegung ist! Je härter unsere Bewegung in sich selbst fundiert ist, je geschlossener sie dasteht, um so leichter können wir dann, soweit taktische Fragen in Betracht kommen, operieren und wenn notwendig, auch von Zeit zu Zeit Bundesgenossen suchen [15]. Es wird dies dann aber immer nur ein Mittel zum Zweck sein und bleiben!

---

10 Nach Friedrich von Schiller, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua, III. Akt, 4. Szene.

11 Anspielung auf Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Der entsprechende Artikel 1 der österreichischen Verfassung in ihrer Fassung vom 7.12.1929 lautete: "Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus." Druck: 3. Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B.G.Bl. Nr. 367 von 1925 in der durch das Bundesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, B.G.Bl. Nr. 392, abgeänderten Form. Linz 1930.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

13 Vgl. Hitlers Richtlinien zur Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4) sowie die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 (Bd. I, Dok. 64).

14 Vgl. Hitlers Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28) und seine Anordnung vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75).

15 Vgl. z. B. Dok. 5, Anm. 6.

1. Juni 1930 Dok. 53
Rede auf Parteikongreß der sächsischen NSDAP [1] in Plauen [2]

Der Nationale Sozialist vom 3.6.1930, "In unseren Reihen ist das Volk verankert" [3].

Parteigenossen, Parteigenossinnen, Volksgenossen!

Es gibt ja wohl nur ganz wenig Menschen in Deutschland, die vollständig zufrieden sind mit den heutigen Zuständen. In ihren Reden, ganz besonders in Wahlreden, sprechen sie alle vom Deutschland der Zukunft, das anders aussehen soll als das heutige. Die Organisation, die des Reiches Schutz in erster Linie sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist sich nicht klar, wie die Fahne aussehen soll. Wenn sie das eine Mal schwarzrotgold zeigen und ein anderes Mal rot [4], so bekunden sie ihre Unzufriedenheit und Unklarheit.

Wenn wir Nationalsozialisten nun ebenfalls von einem doppelten Zustand reden - da auf einmal machen sie gegen uns mobil, deshalb, weil sie in uns die Bewegung sehen, die nicht nur vom kommenden Zustand spricht, sondern ihn auch in sich trägt und ihn verwirklichen wird.

---

1 Der Parteikongreß dauerte vom 31.5.-1.6.1930. Exemplar eines Tagungsprogramms; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 19085, Bd. II.

2 In der Festhalle auf dem Schützenplatz, abends. Zuvor hatte Hitler auf dem Marktplatz einen Vorbeimarsch von 4.600 (VB: 6.500) uniformierten Nationalsozialisten abgenommen. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht 2.200 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Martin Mutschmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprachen MdR und Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Straßer zum Thema "Idee und Organisation", MdL und Gauleiter Hans Schemm zum Thema "Idealismus und Nationalsozialismus im Gegensatz zu Materialismus und Marxismus", MdR Franz Ritter von Epp zum Thema "Politik und Wehrwille", während MdR und Gauleiter Goebbels kurz über den Stand des Beleidigungsprozesses berichtete, den Reichspräsident von Hindenburg gegen ihn führte.

3 Textgleiche Wiedergabe: Sächsischer Beobachter vom 4.6.1930, "In unseren Reihen ist das Volk verankert". Vgl. auch Chemnitzer Tageblatt vom 2.6.1930, "Sachsens Nationalsozialisten in Plauen"; Sächsischer Beobachter vom 2.6.1930, "Hitler hält Heerschau in Plauen ab"; Sächsischer Beobachter vom 3.6.1930, "Sachsenaufmarsch in Plauen"; Allgemeine Zeitung Chemnitz vom 3.6.1930, "Gautag der Nationalsozialisten"; Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 3.6.1930, "Sächsischer Gautag der N.S.D.A.P."; VB vom 6.6.1930, "Sachsens Gauparteitag - Ein weiterer Meilenstein unseres Marsches"; Der Nationalsozialist vom 7.6.1930, "Gauparteitag in Plauen"; Illustrierter Beobachter vom 14.6.1930, "Der Hitlertag von Plauen"; Polizeibericht der Polizeidirektion Plauen o. D. (33698/5); StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 19085, Bd. II; Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 555 f.

4 Das Reichsbanner hatte bewußt die Farben der Republik aufgegriffen, auch in Anknüpfung an die Revolution von 1848/49. Obwohl sich das Reichsbanner als parteiübergreifende Organisation verstand und die Bundesführung auf ein entsprechendes Auftreten achtete, stand es faktisch der SPD und dem ADGB nahe; einzelne Ortsgruppen rekrutierten sich bis zu 90% aus Anhängern der Sozialdemokratie, so daß Aufmärsche unter roten Fahnen wie überhaupt eine Anlehnung an die Selbstdarstellung der SPD nicht selten waren. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 231 ff., 314 ff., 328 f.

Wer nicht sehen will, der sieht niemals einen Weg aus dem heutigen Zustande heraus. Glauben Sie, daß die Geister, die 1806 kapituliert haben [5], daß die die Stunde 1813 gesehen haben würden [6]? Glauben Sie, daß die deutschen Erfüllungspolitiker [7] von jetzt, in die 70er Zeiten versetzt, glauben Sie, daß sie den Weg zum Zusammenschmieden der Nation gefunden haben würden [8]? Seit 1848 wurde er gesucht und nicht gefunden [9]. Das wissen wir genau, daß das Schicksal jedem Volke immer wieder Wege weist. Und wir wissen auch, daß die Menschen manchesmal Wege gemieden haben, weil sie sie nicht zu begehen wünschten, und dem heutigen Deutschland könnte das Schicksal hundert Wege zeigen, - aber es will nicht sehen.

Wenn das deutsche Volk sich aber einst wieder erhebt, dann heißt diese Wiederhebung zugleich Besinnung,

und dann wird eine Abrechnung einsetzen, die vernichtend wird. Und deshalb bestreiten sie, daß unser Volk fähig wäre, eine andere Politik zu betreiben, als sie betrieben wird.

Der Weg aus dem Elend heraus wird heute langsam Millionen Menschen sichtbar.

Es muß einsetzen ein Wandel der Gesinnung, des Denkens, des Fühlens.

Es muß kommen ein neues Volk, ein neuer Charakter. Das Volk muß sich wieder herausstellen.

Während alle Gegner die Frage stellen, wo ist denn der Wandel und der Weg, während sie alle nicht sehen wollen, bildet sich in Deutschland bereits die Kraft, die einmal das Schicksal wenden wird - nicht von oben herunter durch Änderung bestehender Formen, sondern aus dem Volke heraus bildet sich ein vollkommen neuer politischer Kraftfaktor, den man vor zehn Jahren nicht kannte, der aber heute da ist. Es hat sich das Wunder einer Entwicklung vollzogen, die keiner unserer großen Politiker jemals zugegeben hätte. Aus nichts heraus ist eine ganz große Bewegung gewachsen. Aus dem Volke heraus, aus seinen ewigen Kraftquellen ist ein neuer Faktor des politischen Lebens entstanden, der sich abhebt von allem, was heute in Deutschland da ist. Und außerdem ist diese Bewegung keine Partei [10].

Wir wollen den Volkswillen zum Leben bringen

und geben ihm die Ausdrucksform, die dem Volkswillen gemäß ist.

So entstand eine Organisation des deutschen Volkes an sich. Denn was sehen Sie in diesen Reihen? Welche von allen Parteien heute kann sagen: *In unseren Reihen ist das ganze Volk verankert* [11].

5 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staats um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen preußisch-französischen Friedens zu Tilsit.

6 Anspielung auf die Befreiungskriege 1813-1815.

7 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

8 Anspielung auf den deutsch-französischen Krieg 1870/71, der am 18.1.1871 zur Proklamation des deutschen Kaisers führte.

9 Anspielung auf die deutsche Revolution 1848/49.

10 Vgl. jedoch die Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925, die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 sowie die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926, Bd. I, Dok. 4, 64, 146.

11 Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, The Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Wir haben unsere Wurzel in den Begriffen: *Volk, Rasse, Blut.* Deshalb sind wir ein neuer Faktor, der einzige, der wirklich Brücken schlagen wird. Wir sehen die erste Bewegung, die langsam Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammenbringt.

Wir werden die Jugend in Deutschland in immer größerem Maße beschlagnahmen [12]. Die Herzen dieser Jungen gehören uns. Wir werden sie erfassen, und

es kommt die Zeit, in der wieder Millionen dieser Knaben in unseren Reihen marschieren [*sic!*],

und aus diesen Knaben werden in wenigen Jahren Männer, und aus diesen kampferprobte Mitglieder der neuen Weltanschauung, einer Bewegung, die etwas anderes ist als das, was wir heute in Deutschland in den Parteien haben. Das ist das große Wunder, das seit zwölf Jahren geschehen ist.

Weil die Bewegung noch klein ist und manche Unkrautpflanze größer ist, so sprechen sie uns keine Bedeutung zu. Wir sind jedoch ein anderes Holz als das, was die anderen Parteien bildet. Und wenn sie zweifeln,

Kraft oder Stärke macht Deutschland frei.

Und glauben Sie, wenn heute in Deutschland nicht die Zahl, sondern die Kraft gewogen wird - *ist heute schon unser der Sieg.*

Wir lesen aus Deutschland aus alles, was gut ist.

Wenn Sie heute in die braunen Kolonnen sahen [13], dann mußten Sie feststellen, - was hier vorbeimarschiert, das sind nicht 10.000 Menschen - ein Typ, der sich unterscheidet von allen anderen.

Wenn das nicht der Typ des kommenden Deutschlands ist, möchte ich kein Deutscher sein [14].

Diese disziplinierten, marschierenden Massen ergeben den Typ, der einst Deutschland sein wird.

Was wir hier sehen ist nicht Utopie, sondern Fleisch und Blut. *Unsere Bewegung hat aufgehört, eine Fiktion zu sein. Sie ist zur Realität geworden.*

Wenn Zweifel kommen sollten, dann hören Sie auf, Parteigenossen allein zu sein. Hören Sie auf, Ortsgruppenführer zu sein, hören Sie auf, SA-Mann zu sein, sind Sie dann eine Sekunde Deutscher allein. Sind Sie dann ehrlich: Selbst wenn es Fehler hätte, es ist doch das Beste, was die deutsche Nation heute ihr eigen nennt. Das muß mit frischem Mut füllen. Das muß Sie hart machen. Das muß Sie vergessen lassen die zahllosen kleinen Reibungsflächen, die sich unter den Menschlein breitmachen. Es muß Sie finden lassen das große gemeinsame Ziel und die Notwendigkeit, daß nur um dieses Zieles willen alles andere zurückstehen und unterbinden, was uns trennen könnte.

Meine lieben Volksgenossen. In wenigen Tagen schon stehen wir in Sachsen vor der Wahl [15]. Wir werden wie hier so immer wieder

das Volk mobil machen zu einer neuen Schicksalsbestimmung.

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

13 Vgl. Anm. 2.

14 Nach formaljuristischen Kriterien war Hitler seit 1924 staatenlos. Faktisch wurde er vermutlich am 12.7.1930, offiziell durch seine Anstellung als Regierungsrat des Landes Braunschweig am 25.2.1932 deutscher Staatsbürger. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448. Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

15 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

Was Sie heute nicht sehen, werden Sie morgen erkennen und übermorgen.

Wenn wir heute mißverstanden werden in unserem Volke - eine Zeit kommt, wo wir verstanden werden.

Wir rechnen mit der Zukunft.

Unser ist die Zukunft [16]. Vor uns steht als einzige Pflicht die Rettung unseres deutschen Volkstums. Das ist die große Mission. Die erlöscht niemals. *Und wenn sie die Gegenwart nicht versteht, die Zukunft versteht sie.*

Und wenn wir heute straucheln würden - wohlan denn; wenn unser Volk zugrundegeht, dann muß es die Nachwelt verkünden: Alle sind nicht den Weg des Verderbens gegangen. *Es gab Hunderttausende und Millionen, die sich dieses Unterganges zu erwehren suchten.*

Selbst wenn das Schicksal gegen uns entscheidet -

wir sind in der Zeit der Erbärmlichkeit Männer gewesen.

Und wenn die Zukunft uns gar nicht recht haben wollte, dann sind wir zufrieden, wenn sie feststellt, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

Dieses heilige innere Gelöbnis nehmen Sie mit hinaus. Ob wir siegen oder Erfolg haben, spielt erst in zweiter Linie eine Rolle. Dennoch bleibt bestehen: *Die Not unseres Volkes. Es steht auf dem Spiele die Existenz einer 80-Millionen-Nation* [17].

Das Schicksal hat uns in eine große Zeit hineingestellt, wir könnten auch in einer erbärmlichen leben.

Wohlan denn:

Das große Schicksal wird in Deutschland auch wieder große Männer erhalten.

Und wenn diese Männer einst gegeben sind, sollen sie nicht scheitern, weil kein Instrument da ist. *Wir spielen das Instrument, und das Schicksal gibt uns die Stunde.*

Wenn schon die Stunde des letzten kommt [*sic!*], dann möchte ich nicht von der Welt gehen ohne das Bewußtsein, das getan zu haben, was ein Mensch tun konnte.

Tut jeder einzelne, was er tun kann; und genügt es nicht - gut dann - *wir haben unsere Pflicht getan.*

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 23.

17 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Erde 94.428.430 Deutsche gezählt; davon entfielen auf das Deutsche Reich 62.500.000 Menschen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

6. Juni 1930 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bautzen [1]

Bautzener Nachrichten vom 7.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"[2].

Der Nationalsozialismus wendet sich nicht, wie andere Parteien, an bestimmte Volksklassen [3], sondern an die Volksgesamtheit [4]. Er kann deshalb nicht mit billigen Schlagworten arbeiten, sondern muß *grundsätzliche Probleme* erörtern. Der Vorwurf, daß der Nationalsozialismus den Tagesfragen ausweicht, ist unberechtigt, denn er hat bewiesen, daß er die Tagesfragen zu lösen versteht [5], freilich nicht in dem Sinne, wie das heute vielfach geschieht, wo die Lösung der Tagesfragen nur in einem Fortwursteln von heute auf morgen besteht, wobei viel verwirtschaftet wird, ohne daß der fortschreitende Verfall aufgehalten wird. Der Nationalsozialismus ist sich bewußt, daß über die Nöte des Tages die Notwendigkeiten des Schicksals der Volksgesamtheit regieren. Dieses Schicksal muß erst gewendet werden, und wir müssen uns dabei daran gewöhnen, auf weite Sicht zu denken. Das Schicksal des einzelnen wie des ganzen Volks ist *raumbedingt*. Es wird bestimmt vom Grund und Boden, der für das Volk das Wichtigste darstellt. Das Leben des einzelnen hängt ab von der kulturellen Bedeutung seines Volkstums. Es ist ein Verbrechen, wenn die marxistische Gleichheitstheorie den Massen einzureden versucht, alles, was Menschenantlitz trägt, sei gleich. Weder äußerlich noch innerlich besteht diese Gleichheit. Das ergibt sich schon aus dem ungleichen Wirken des einzelnen. Aus sich selbst heraus ist der Mensch, was er ist, und der Grund und Boden ist davon von maßgebendem Einfluß. Er ist neben dem Rassenwert entscheidend, wie das die Geschichte bewiesen hat. Der Lebensraum und der Kampf um ihn bestimmen den Kulturstand eines Volkes. Wächst das Volk bei gleichbleibendem Lebensraum, so ergeben sich schicksalsbestimmende Spannungen. Für Deutschland ist die Raumnot seit Jahrhunderten der bestimmende Faktor gewesen. Sie hat das Volk zu den größten Entschlüssen getrieben. Und wenn heute Amerika eine Machtgröße in der Welt darstellt, so ist das nur dadurch möglich geworden, daß Europas Raum nicht zureichte [*sic!*].

Die Lage des deutschen Volkes ist heute die, daß der Raum für die Volkszahl zur Ernährung nicht genügt. Solcher Raumnot abzuhelfen, gibt es drei Möglichkeiten: Die Erweiterung des Raumes, die Lebensbeschränkung und die Produktionssteigerung zum Zwecke des Ex-

---

1 In den Kronesälen, abends. Hitler sprach 1 1/2 Stunden. Die Versammlung, an der laut Festschrift 1.847 (Bautzener Nachrichten: nahezu 2.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Wolfgang Schinzinger geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Bautzener Tageblatt vom 7.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"; Volkszeitung für Löbau vom 10.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"; VB vom 13.6.1930, "Und in Bautzen"; VB vom 15./16.6.1930, "Adolf Hitler im sächsischen Kampfgebiet. Die Presse über die Hitlerversammlung in Bautzen"; 10 Jahre Ortsgrupe Bautzen der NSDAP. Festschrift. Bautzen o. J. [*1935*], S. 17 ff.

3 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle großen sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.

4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

5 Anspielung auf die Tätigkeit Fricks als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 und Dok. 11, Anm. 17.

ports. Es ist kein Imperialismus, wenn der Nationalsozialismus sich zu der Auffassung bekennt, daß die stärkere, die bessere Rasse sich ihren Lebensraum erweitern muß. Die Bodenverteilung ist nicht für die Ewigkeit gegeben. Für ein starkes Volk ist die Lebensraum-Erweiterung eine Notwendigkeit. Ist sie nicht gegeben, so kommt es zur Auswanderung; aber diese senkt den Lebensstandard des Volkes, weil sie ihm die besten Kräfte entzieht. Sie erscheint deshalb dem Nationalsozialismus verhängnisvoll. Einen Wahnsinn aber bedeutet die Lebensbeschränkung, wie sie der Marxismus vertritt; denn sie schaltet die Möglichkeit der Auslese aus. Wer will, daß die Kulturwelt gehoben wird, muß die Auslesemöglichkeit bestehen lassen; denn alles, was ist, verdankt nicht einem Kollektivismus, sondern dem Individuum, dem einzelnen Kopf sein Dasein. Es ist kein Zufall, daß die nachrevolutionäre Zeit keine Köpfe hervorgebracht hat. Das Bürgertum hat, um der Raumnot abzuhelfen, den Weg über die Wirtschaft versucht und sich bemüht, die Menschheit zu einer Exportgemeinschaft zu machen. Der Versuch ist gescheitert, weil der Export nicht eine Frage der Produktion, sondern des Verkaufs ist. Nun ist aber der Absatzmarkt auf der Welt begrenzt, weil um ihn viele Völker kämpfen, und ganz Europa kämpft darum gegen Amerika, mit dessen unerhörten Produktionsmöglichkeiten es heute schon nicht mehr konkurrenzfähig ist [6]. Es ist ein Trugschluß, wenn das Bürgertum glaubt, durch wirtschaftsfriedliche Entwicklung den Kampf vermeiden zu können. Wenn insbesondere Deutschland bis jetzt noch sich gehalten hat, so nur deshalb, weil es von den angehäuften Schätzen der Vergangenheit lebt. Wenn sie verbraucht sein werden, wird die Entscheidung akut und damit der Kern des Problems bloßgelegt: 20 Millionen Menschen sind im Verhältnis zu ihrem Lebensraum zuviel vorhanden, eine Möglichkeit der Exportsteigerung ist nicht mehr gegeben. Das deutsche Volk geht an seinem eigenen Lebenskampf zugrunde, und damit wird offensichtlich, daß alles nur eine *Machtfrage* ist. Der Zweck des Diktats von Versailles [7] war, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. Es hat sich wieder einmal erwiesen, daß der Stärkere Recht hat. Deshalb will der Nationalsozialismus das Volk hart machen, daß es vor dieser Tatsache nicht erzittert, sondern sich mit ganzer Kraft einsetzt, bis er siegt. Wenn darauf hingewiesen wird, daß wir ja keine Waffen haben [8], so ist dem entgegenzuhalten, daß das Primäre nicht die Waffen sind, sondern der Wert eines Volkes an sich und sein Wille, sein Selbsterhaltungstrieb. Waffenbesitz ist nicht das Entscheidende. Der Schwächling entwaffnet sich selbst. Noch nie sind Nationen zugrunde gegangen, weil sie keine Waffen hatten, sondern sie hatten keine Waffen, weil sie Pazifisten waren. Voraussetzung für den Sieg ist der *innere* Wert eines Volkes, der fest in seinem Volkstum wurzelt, sich gegen fremde Einflüsse wehrt. Nationalist ist, wer sein Volkstum höher stellt als ein anderes. Parallel dazu läuft der Sozialismus, der über allen Berufsdifferenzen, allen Klassenunterschieden steht. Eins ist mit dem anderen verbunden, und wer sich dieser Erkenntnis widersetzt, über den wird die Entwicklung der Zukunft hinweggehen. Ziel des Nationalismus ist die Bildung einer völlig unabhängigen

---

6 1930 führten die europäischen Staaten Waren im Wert von 58 Milliarden RM (53,3% der Welthandelsausfuhr), die USA Waren im Wert 15,9 Milliarden RM (14,58% der Welthandelsausfuhr) aus. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 94* f.

7 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

8 Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrags legten Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

Staatsautorität. Deshalb sagt er der Demokratie den Kampf an in der Erkenntnis, daß Majorität Dummheit ist und nur die besten Köpfe die Autorität der Persönlichkeit wahren können. Auf fremde Hilfe, auf Völkersolidarität und ähnliches setzt der Nationalsozialismus keine Hoffnung [9]. Er stellt sich nur auf die eigene Kraft, auf den Glauben an sich selbst. Er verspricht seinen Wählern nichts wie die anderen Parteien, aber er wird auf Grund seiner Einstellung zur Volksgesamtheit seine Pflicht tun [10].

7. Juni 1930 Dok. 55
"Parteigenossen!"
Anordnung

VB vom 7.6.1930.

Angesichts der neuen Verordnung [1] gegen unsere Bewegung verfüge ich hiermit folgendes:

1. Der Parteitag 1930 fällt aus [2].

2. Alle Parteigenossen haben die Pflicht, nunmehr gemäß dem Beschluß der Generalmitgliederversammlung beschleunigt erhöhte Mittel für den Erwerb und Ausbau unseres neuen Zentralheims zur Verfügung zu stellen [3].

---

9 Vgl. Dok. 49, Anm. 12 und 16.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Als erstes Land hatte Bayern am 5.6.1930 ein Uniformverbot für politische Verbände erlassen. Preußen folgte am 11.6., Baden am 13.6.1930 mit speziellen Verboten, die das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit untersagten. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 20 sowie Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 294 ff. Druck des Runderlasses des preußischen Ministeriums des Innern vom 11.6.1930: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 87.
Mit SA-Befehl vom 10.7.1930 gab Pfeffer bekannt, daß als Ersatz zum Braunhemd ein einheitliches "weißes Verbotshemd" geschaffen worden sei, das bei allen SA-Zeugmeistereien bezogen werden könne. BA, Slg. Schumacher 403.
Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 92 der Polizeidirektion München vom 9.7.1930 (BayHStA, MA 101235/3), wo es u. a. heißt: "Das Uniformverbot trifft die NSDAP am schwersten. Für sie war der Aufmarsch uniformierter SA-Abteilungen immer das beliebteste Propagandamittel, weil diese Art der Agitation auch jene Bevölkerungskreise erfaßte, welche der Parteipresse und den Parteiversammlungen ferne standen. Die in der letzten Zeit, besonders in der Provinz veranstalteten sogenannten Deutschen Tage [*vgl. z. B. Dok. 72*], die zumeist mit Fackelzügen, Kirchgang und Kriegerehrungen verbunden waren, dienten weniger der Ehrung der gefallenen Krieger als vielmehr, wie die dabei gehaltenen Ansprachen und Reden erwiesen, der Parteipropaganda. Diese Art der Propaganda durch 'marschierende braune Kolonnen' ist jetzt durch das Uniformverbot unmöglich gemacht." Folgt Bericht über die für den 14.6.1930 geplante, jedoch im voraus verbotene Protestkundgebung im Münchener Zirkusgebäude am Marsfeld, wo u. a. Hitler zum Thema "Unsere Antwort auf das Uniformverbot" sprechen wollte.

2 Vgl. Dok. 24 mit Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 48 und 50.

3. Für die Dauer von zunächst acht Monaten [4] *ist die gesamte Kraft der Propaganda auf Bayern zu konzentrieren!*

gez. *Adolf Hitler*

9. Juni 1930 Dok. 56
Anordnung

VB vom 11.6.1930, "Bekanntmachung".

Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Jugendorganisation [1] wird an Stelle des Pg. *von Pfeffer* (Osaf) [2] Pg. Walter *Buch* [3] ernannt. Den Vorsitz des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses [4] behält Pg. Walter Buch vorläufig bei.

gez. *Adolf Hitler*

4 Ein Grund für diesen Zeitraum ist nicht ersichtlich. Möglicherweise hatte Hitler den Einzug in die neue Reichsgeschäftsstelle der NSDAP vor Augen, die jedoch bereits am 1.1.1931 erfolgte. Vgl. Dok. 50, Anm. 17, ferner Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930 (StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496), wo es u. a. heißt: "Der Nichtvollzug dieser Anordnung [*, die Propaganda der NSDAP auf Bayern zu konzentrieren,*] dürfte auf die kurz nach dem bayerischen allgemeinen Uniformverbot bei Kundgebungen unter freiem Himmel, erlassenen preußischen und badischen Sonderverbote des Uniformtragens für die NSDAP zurückzuführen sein."

1 Der Ausschuß für Jugendorganisation der NSDAP war am 27.10.1927 gegründet worden, um alle entsprechenden Aktivitäten der NSDAP zu koordinieren. Während Pfeffers Leitung blieb der Ausschuß jedoch ein relativ bedeutungsloses Führungsgremium, dem jede Exekutivgewalt fehlte. Zur damaligen Struktur der Jugendorganisation der NSDAP vgl. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, S. 119 ff.

2 Zum Konflikt zwischen Hitler und Pfeffer vgl. den nicht abgesandten Brief Buchs vom 13.9.1930 an Pfeffer. Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 334 f. Ferner Horn, Führerideologie, S. 325 f. sowie Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91, Anm. 3 sowie Dok. 99-103.

3 Walter Buch (1883-1949), 1904 badischer Leutnant, 1919 Major a. D., Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, Juni 1930-April 1931 Vorsitzender des Ausschusses für Jugendorganisation der NSDAP, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts, 1949 Selbstmord.

4 Vgl. Dok. 45, Anm. 2.

11. Juni 1930 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Freiberg/Sachsen [1]

Freiberger Anzeiger vom 12.6.1930, "Adolf Hitler in Freiberg" [2].

In reichlich zweistündigen Ausführungen entwickelte Adolf Hitler die Ziele seiner Partei, wobei er zunächst betonte, daß es ihm fernliege, eine Wahlrede [3] zu halten. Und so zog er es vor, auf die Verhältnisse in Sachsen nicht einzugehen. Er beschränkte sich vielmehr darauf, die allgemeinen programmatischen Forderungen seiner Partei zu vertreten. Dabei behauptete er, daß der Nationalsozialismus eine Bewegung sei, die das Ganze umfasse und daher nicht mit Schlagworten (?) [*sic!*] operieren könne. Wie läßt sich mit diesen Äußerungen ihres Führers das Verhalten der Nationalsozialisten in den Gemeindeparlamenten und nicht zuletzt im sächs[*ischen*] Landtag vereinbaren [4]? Haben die Nationalsozialisten hier wirklich das Ganze im Auge gehabt oder haben sie lediglich aus parteiegoistischen Gründen den Wahlkampf heraufbeschworen? Adolf Hitler stellte als obersten Grundsatz seiner Partei die Schaffung und Sicherung eines ausreichenden Lebensraumes auf. Hier unterschieden sich die Ansichten der Nationalsozialisten in schroffster Form von denen des Marxismus und weiten Kreisen des Bürgertums. Jedes Volk brauche zu seiner Existenz einen bestimmten Lebensraum. Während das Ziel eines Volkes ein veränderlicher Begriff sei, sei der Raum ein gegebener. Die Nationalsozialisten wendeten sich mit aller Kraft gegen die Schematisierung des Menschen, wie sie die Marxisten erstrebten. Sie würden nur eine Doktrin anerkennen: Die Existenz unseres Volkes zu halten. Außenpolitik heiße Sicherung des Raums für die Lebensvoraussetzungen eines Volkes, Innenpolitik Stabilisierung der Kräfte des Volkes zur Erreichung der außenpolitischen Ziele. Der Lebensraum in seiner Begrenzung führe zum Kampf; niemand könne behaupten, die Bodenverteilung der Welt sei gerecht. Ein gesundes Volk gehe stets den Weg der Raumerweiterung. Schärfstens zu verurteilen sei die Auswanderungspolitik, die angeblich der Raumnot abhelfe, in Wirklichkeit sich aber später einmal fürchterlich rächen werde. Adolf Hitler wandte sich scharf gegen die Demokratie und das System der Vielheit, die der Menschheit nichts gegeben hätten. Der kulturellen Kraft der schöpferischen Persönlichkeit verdanke die Menschheit alles. Das deutsche Volk könne aus seiner jetzigen brutalen Ohnmacht nur durch den Kampf wieder zu gesunden nationalen Verhältnissen kommen. Ein jeder habe dazu mitzuarbeiten, müsse sich ganz zu seinem Volke bekennen und als obersten Grundsatz bekennen: Ich bin Deutscher ganz allein, mehr will ich nicht sein. Die Demokratie von heute lebe auf Kosten der Güter und Schätze der Vergangenheit, sonst habe sie nichts. Das deutsche Volk müsse auf seine eigenen Kräfte bauen, andere würden ihm nicht helfen. Das pazifistische Gift müsse daher aus ihm herausgerissen werden.

---

1 Im Tivolisaal, abends. Der Saal mußte wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden.
2 Vgl. auch VB vom 13.6.1930, "Adolf Hitler in Freiberg".
3 Gemeint ist die für den 22.6.1930 vorgesehene sächsische Landtagswahl. Vgl. Dok. 44, Anm. 5.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

Zum Schluß beschäftigte sich Adolf Hitler mit dem Anwachsen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei [5] und dem Kampf gegen sie [6]. Mit den Waffen der Demokratie werde sie auf legalem Wege [7] den Sieg über die anderen Parteien erringen [8].

12. Juni 1930 Dok. 58
Zeugenaussage vor dem Landgericht Schweidnitz [1]

VB vom 17.6.1930, "Schweidnitz jubelt Adolf Hitler zu" [2].

Zur Frage des Verbots des Tragens von Waffen gibt Hitler die Erklärung ab, daß er rücksichtslos, obwohl es ihm in einzelnen Fällen schwer falle, mit dem Ausschluß aus der Partei

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1.

7 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im sog. Schweidnitzer Landfriedensprozeß, der in 2. Instanz verhandelt wurde.
Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. Ein Teil der beteiligten SA-Männer wurde deswegen angeklagt, am 23.12.1929 jedoch zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt. Während des Verfahrens, das vom 3.12.-23.12.1929 vor dem Schöffengericht Schweidnitz verhandelt wurde, trat auch Hitler am 13.12.1929 als Zeuge auf. Vgl. auch Bd. III/2, Dok. 114.
Vom 10.6.-5.7.1930 wurde das Verfahren vor dem Landgericht Schweidnitz in 2. Instanz verhandelt, nachdem die Staatsanwaltschaft wie auch die verurteilten Angeklagten Berufung eingelegt hatten. Da in dieser Instanz auf Landfriedensbruch erkannt wurde, wurden die Zahl der Verurteilungen von 7 auf 14 erhöht, das Strafmaß - bis zu maximal 5 Monaten Gefängnis - verschärft. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 83 ff. Ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, Seria Nowa, Tom XXX (1976), S. 341-362. Friedrich Heiß, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938, S. 301 f. Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f.

2 Basierend auf den Beständen des ehem. Zentralen Staatsarchivs der DDR ist ein Teil der Prozeßunterlagen - nicht frei von Fehlern - ediert bei Wolan, Świdnickie Procesy, S. 353 ff. Weitere Prozeßunterlagen konnten nicht ermittelt werden. Diese sind vermutlich in Schweidnitz geblieben. Informiert durch ein Schreiben vom 28.8.1936 des Führers des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds im Bezirk Schweidnitz, Rechtsanwalt Gerhard Neumann, bat der Leiter des Hauptarchivs der NSDAP, Erich Uetrecht, mit Schreiben vom 23.2. 1938 die Oberstaatsanwaltschaft in Schweidnitz "um Feststellung bzw. leihweise Überlassung der Akten zur Aufnahme in die Nachweiskartei des Hauptarchivs der NSDAP". Mit Schreiben vom 26.2.1938 teilte die Oberstaatsanwaltschaft in Schweidnitz dem Hauptarchiv der NSDAP mit, daß ein "Verzeichnis der geschichtlich wertvollen Akten" dem Reichsministerium der Justiz überreicht worden sei, eine Übersendung von Strafakten wäre jedoch - so ein weiteres Schreiben vom 21.5.1938 - "nicht zulässig"; BA, NS 26/524.

gegen Verstöße dieser Art vorgehe [3]. *Er sei sich allerdings bewußt, daß die Entwaffnung immer den Friedfertigen, niemals den Angriffslustigen treffe* [4].

Adolf Hitler erklärt dann die Bedeutung des Frauenordens [5] innerhalb der Bewegung und beantwortet die Frage des Vorsitzenden, inwieweit gemeinsame Fahrten der SA zum Besuch auswärtiger Versammlungen von der Partei finanziert werden, dahin, *daß jeder Parteigenosse und SA-Mann die ihm durch die Betätigung in der Bewegung entstehenden Unkosten einschließlich Bekleidung selbst zu tragen habe* [6].

Gerade daran liege ja der große moralische Vorsprung, den die Bewegung in ihrer grenzenlosen Opferwilligkeit der einzelnen Mitglieder gegenüber anderen Parteierscheinungen habe. Nur mit Widerwillen und abgewendet von der Person des Fragestellers [7] beantwortet Adolf Hitler nach kurzen und prägnanten programmatischen Erklärungen noch einige mit Einwilligung des Gerichts gestellte Fragen des jüdischen Rechtsanwaltes Foerder. Die Vernehmung Hauptmanns von Pfeffer ergab gegenüber den Aussagen erster Instanz nichts wesentlich Neues.

Vgl. ferner VB vom 14.6.1930, "Die Wahrheit über Schweidnitz" und "Die Stadt im Zeichen Hitlers"; Die Flamme vom 19.6.1930, "Schweidnitz bejubelt Adolf Hitler"; Berliner Arbeiter-Zeitung vom 22.6.1930, "Die Wahrheit über Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 3.7.1930 (AA), "Strafanträge in Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 5.7.1930 (AA), "Urteil in Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 6.7.1930 (MA), "Ein seltsamer Richter"; Frankfurter Zeitung vom 6.7.1930, "Das Urteil im Schweidnitzer Nationalsozialistenprozeß"; Vossische Zeitung vom 6.7.1930, "Das Urteil von Schweidnitz"; Illustrierter Beobachter vom 12.7.1930, "Verbote und Prozesse".

3 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60) und sein Schreiben vom April 1930 (Dok. 39).

4 Einer Statistik des Vorwärts zufolge wurden in den Monaten April bis Juli 1930 21 Menschen durch Nationalsozialisten getötet, 222 schwer verletzt. Vgl. Vorwärts vom 26.8.1930 (AA), "Die Organisation der Totschläger".
Zum Terror von SA und SS vgl. ferner die Preußische Referentendenkschrift vom Mai 1930; dort sind in Anlage I die nationalsozialistischen Gewaltaten seit Januar 1930, in Anlage II die wichtigsten Waffenfunde bei Nationalsozialisten seit September 1929 aufgeführt. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 51 ff., hier S. 78 ff. sowie Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

5 Der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz) wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der Reichsleitung der NSDAP unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

6 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Noch im Dezember 1931 ging der Generalinspekteur der SA davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 134 f.

7 Ludwig Foerder (1886-1954), Rechtsanwalt und Notar in Breslau, 1908 Rechtsreferendar, seit 1919 Rechtsvertreter des Bundes der republikanischen Frontkämpfer, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und verschiedener jüdischer Organisationen, u. a. Syndikus des Landesverbands Niederschlesien des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1924 Verfasser des Buches "Antisemitismus und Justiz", seit April 1933 im Exil, zunächst in der Tschechoslowakei, dann in Palästina.

Die Aussagen des als Sachverständiger von der Anklage geladenen Berliner Polizeispitzels Dr. *Stumm* [8] brachte eine humorvolle Note in die Verhandlung. Es war Adolf Hitler und Rechtsanwalt Dr. Frank [9] ein leichtes, die unlogischen Schlußfolgerungen des Herrn Sachverständigen zu widerlegen. Dr. Frank kündigte die Ladung des Staatsministers Dr. Frick als Sachverständigen der Angeklagten an.

Hitler und Osaf von Pfeffer verließen unter den tosenden Heilrufen einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die immer noch auf dem Gerichtsplatz ausharrte, das Gerichtsgebäude [10].

13. Juni 1930 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig [1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 14.6.1930, "Der Landtagswahlkampf in Sachsen. Hitler spricht in Leipzig" [2].

Hitler ging in seinen Ausführungen zunächst auf die Probleme der unmittelbaren Gegenwart ein. Er betonte, daß Deutschlands Geschick bisher in den Händen der schwarz-rot-goldenen Mehrheit gelegen habe und daß diese schwarz-rot-goldene Mehrheit, wie das Notopfer zeige [3],

---

8 Johannes Stumm (1897-1978), 1920 Einstellung am Polizeipräsidium Berlin, 1922 Kriminalkommissar, seit 1923 im Außendienst der Abteilung IA bzw. I, Inspektion "Rechtsradikale Parteien und Organisationen", 1925 Dr. rer. pol., Eintritt in die SPD, 1931 Beteiligung beim Versuch der Ausweisung Hitlers, 1931 Kriminalrat, Leiter der Inspektion "Rechtsradikale Parteien und Organisationen", Juli 1932 Leiter der Inspektion Lichtenberg-Friedrichshain, 1933 Beurlaubung, Entlassung aus dem Staatsdienst, Tätigkeit in der Privatwirtschaft u. a. als Prokurist der Wirtschaftsprüfung- und Treuhand AG, 1945 Polizeivizepräsident von Berlin.

9 Hans Frank (II) (1900-1946), Rechtsanwalt, 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft und im Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Dr. jur., 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses in der Reichsleitung der NSDAP, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1931/32 Leiter der Rechtspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 bayerischer Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements (für die besetzten polnischen Gebiete), 1946 hingerichtet.

10 Folgt Bericht über die weiteren Begleitumstände des Prozesses. Im Anschluß an die Verhandlung hielt Hitler noch eine kurze Ansprache im Lokal Kaiserhof in Schönbrunn bei Schweidnitz.

1 Im Zoologischen Garten, abends. Die Versammlung, an der laut Lagebericht etwa 2.500 Personen teilnahmen, wurde vom Landtagskandidaten Werner Studentkowski geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. MdR und Reichspropagandaleiter der NSDAP Goebbels sprach auf einer Parallelveranstaltung im Zentraltheater, Studentkowski anschließend noch auf einer weiteren Versammlung auf dem Augustusplatz.

2 Vgl. auch Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 560 f. Paul Bennemann, Geschichtliche Wanderungen durch die Reichsmessestadt Leipzig. Ein Führer zu ihren Kulturdenkmälern, Leipzig 1940, S. 253.

3 Ein Notopfer der Festbesoldeten war schon im Kabinett Müller beraten worden. In der Kabinettsitzung vom 5.6.1930 einigte sich das Kabinett Brüning auf ein Gesetz über eine Reichshilfe der Personen des öffentlichen

mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen das Privateigentum vorgegangen wäre [4]. Hitler polemisierte dann mit sarkastischem Spott gegen die alten Parteien, die Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessen wären und mit billigen Schlagworten arbeiteten. Im Gegenteil zu dieser egoistischen Interessenpolitik [*sic!*] wäre die nationalsozialistische Bewegung von dem Bewußtsein durchdrungen, daß durch das Schicksal der Gesamtheit des deutschen Volkes das Schicksal jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers maßgebend bestimmt würde. *Der Reichstag*, in dessen Händen die eigentlich wesentlichen Entscheidungen lägen [5], wäre durch die tributären Verpflichtungen des Young-Planes gebunden [6]. Abwegig wäre deshalb auch jede Hoffnung der Landwirtschaft, der Arbeitnehmerschaft oder anderer Berufsgruppen, daß ihnen geholfen werden könnte, bevor nicht das Volk als Ganzes von den drückenden Lasten befreit wäre.

Bei der Kennzeichnung der parteimäßigen Gruppierung der Nationalsozialisten erklärte Hitler als Kern des marxistischen Programms: Zurückschraubung der Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches durch Auswanderung und Geburtenbeschränkung.

Das hieße Vernichtung der hochwertigen deutschen Rasse

und Hochzüchtung minderwertiger Völker. Aus diesen Gründen wäre der Versuch der Marxisten verständlich, alle hohen Ideale niederzuringen, die deutsche Intelligenz und das bodenansäßige Bauerntum auszurotten und den Menschen zu einer Nummer zu machen. Die bürgerlichen Parteien sähen in der Exportsteigerung der deutschen Wirtschaft den Weg zur Rettung und machten dadurch das Leben von Millionen Deutschen von dem Willen des Auslandes abhängig. Ein einleuchtendes Beispiel für den Ernst des Problems wäre es, daß die englische Arbeiterregierung [7] mit harter Faust die indische Unabhängigkeitsbewegung nieder-

---

Dienstes, das bis zum 31.7.1931 für Beamte und Angestellte des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften eine Abgabe von 2,5% ihres Einkommens vorsah. Dazu kamen Zuschläge zur Einkommenssteuer der Ledigen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 1, Dok. 437, 442, 457, 458, 460; Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 45, 46 sowie Hans Mommsen, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning. In: VfZ 21 (1973), S. 151-165.

Druck der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 207 ff.

4 Für SPD und USPD blieb die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft während der gesamten Weimarer Republik nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Vgl. Miller, Bürde der Macht, S. 141 ff.

5 Die verfassungsrechtlich starke Stellung des Reichstags wurde durch die Ablösung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens durch Notverordnungen nach Artikel 48, wie sie seit Juli 1930 durch die Regierung Brüning praktiziert wurde, spürbar reduziert. Dazu kam, daß sich der Reichstag mehr und mehr selbst lahmlegte: Seine starken Befugnisse wie Gesetzgebungsrecht und Haushaltsbewilligungsrecht ermöglichten es ihm, die Politik der Reichsregierung zu obstruieren, ohne daß er für die Neubildung eines Kabinetts verantwortlich gewesen wäre. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten, eine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag zustandezubringen, mußte sich so die Verantwortung für die Regierbarkeit des Staates auf den Reichspräsidenten verlagern. Vgl. Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 308 ff.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Gemeint ist das Kabinett von Premierminister James Ramsay MacDonald.

halte [8], weil man in England, und zwar auch in der Arbeiterschaft, erkannt habe, daß durch den etwaigen Verlust Indiens das Leben von Millionen Arbeitern bedroht würde [9].

Entwurzelung des deutschen Volkes drohe als schwere Gefahr,

als eine Gefahr, der gegenüber alle Zollmaßnahmen [10] aussichtslose Dilettantenarbeit wäre. Die Nationalsozialisten hätten die große Aufgabe, der deutschen Nation den *notwendigen Lebenswillen zu verschaffen*. Und um dieses Ziel zu erreichen, müsse man dem Volke zu einem klaren politischen Willen, zur Einigkeit und zum Recht verhelfen. Die nationalsozialistische Bewegung beabsichtige, aus allen Lagern alle die herüberzuziehen, die fähig wären, sich zugunsten der Gesamtheit über das Einzelinteresse hinwegzusetzen.

Der Nationalsozialist glaube an die Bedeutung des Blutes und der Rasse. Der Nationalsozialist kenne aber auch keine Klassen- und Standesinteressen mehr [11]. *Die Nation wäre ihm ein einiges Ganzes.* Der Nationalsozialist wäre ferner *antidemokratisch*. Er erkenne die Differenz des Könnens und Vermögens.

Die Demokratie führe zur Vernichtung der Führerqualitäten.

Und schließlich wäre der Nationalsozialist *antipazifistisch*. Er wisse, daß in der Welt wie im Universum das Gesetz der Macht und der Stärke regiere. Nur das Volk könne sich durchsetzen, das auf seinen Eigenwert vertraue und sich keine Hoffnung auf fremde Hilfe mache.

Wenn der Nationalsozialismus für den *Arbeiter* eintrete [12], so nicht aus sentimentalen Rücksichten, sondern deshalb, weil der Arbeiter ein notwendiger Teil des deutschen Volkes wäre. Der Nationalsozialismus wäre die Organisation des fanatischen Nationalismus. Sieben Deutsche wären der Ursprung der nationalsozialistischen Bewegung gewesen [13], der Ursprung einer Bewegung, die schon jetzt auf Millionen von Anhängern angewachsen wäre [14], die die Nation sammeln und ihre Flagge hinaustragen werde, um Deutschland zu befreien. Die *sächsische Wahl* [15] wäre ein Markstein zu diesem Wege [16].

---

8 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.
10 Vgl. Dok. 8, Anm. 8 sowie Dok. 36, Anm. 13.
11 Zu Hitlers sozialpolitischen Vorstellungen vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987, S. 87 ff. Ferner Dok. 53, Anm. 11.
12 Zum Verhältnis Hitlers zur Arbeiterschaft vgl. Zitelmann, Hitler, S. 145 ff. sowie Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.
13 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
14 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 und Dok. 41, Anm. 13.
15 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.
16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Juni 1930 Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Werdau [1]

Werdauer Tageblatt vom 18.6.1930, "Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, in Werdau" [2].

Eingangs seiner Rede betonte er [*Hitler*], daß er der Versammlung keine übliche Wahlrede halten wolle, etwa so, wie es so üblich, um kurz vor der Wahl die Massen wieder einmal herauszuholen. Es sei leicht, für bestimmte Berufs- oder Standesgruppen vor der Wahl zu sprechen, um deren Wünschen in der Rede gerecht zu werden. Bei den Nationalsozialisten ist es nicht so, sondern gerade umgekehrt. Die Nationalsozialisten wollen nicht mit Schlagworten operieren, die im selben Augenblick ihre Bedeutung verlieren, und wollen auch keine Versprechungen machen. Bei den Nationalsozialisten wird jede einseitige Interessenpolitik ausgeschaltet. In Deutschland werden niemals die einzelnen Stände siegen, sondern das ganze Volk müsse in seiner Anschauung gesunden, müsse sich mit eisernem Willen um die Selbst- und Forterhaltung durchsetzen. Der Redner führte weiter aus: Wir haben *eine* Schicksalsgemeinschaft und das Einzelschicksal ist nur das Ergebnis des Gesamtschicksals. Wenn ein großer Organismus versagt, so muß irgendwo angesetzt werden zur Wiedergenesung, und hier wollen wir tatkräftig mithelfen. Schon heute sehen wir, wie die Unterzeichner [3] des Young-Planes [4] Schiffbruch gelitten haben. Man macht uns Versprechen, die Steuern zu senken [5]. Infolge eines Defizites von 1,2 Milliarden [6] [*RM*] kommen aber immer mehr neue Steuern [7]. Wer trägt für all das die Verantwortung? Das große Gesamtschicksal wirkt sich aus in Millionen Katastrophen. Und wer trägt die Folgen von diesen Katastrophen? Das Volk, die Kommunen, die Gemeinden. Es ist nicht nötig, daß wir tausend Tagesfragen auf einmal lösen, es ist vielmehr wichtig, daß wir zu allen Tagesfragen einen vernünftigen Standpunkt einnehmen und daß wir zu allen Fragen grundsätzlich gesund und gerecht denken! Dann kommen wir auch wieder vorwärts. Der Redner betonte weiter, daß die Politik der NSDAP den Tagesfragen nicht ausweiche, sondern auf einem ehernen Fundament ruhe und sich auf einer bestimmten Weltanschauung aufbaue, die zu widerlegen auch alle Gegner der NSDAP nicht in der Lage seien. In begeisterter [*sic!*] und eindringlicher Rede machte Hitler die Hörerschaft mit den großen Gesichtspunkten vertraut, die ihn und seine Partei bis ins tiefste bewegen. Er ging aus von den Schicksalsfragen unseres Volkes, die wohl in der verlorengegangenen Monarchie oder in Poli-

---

1 In der Festhalle, von 20.45 bis 23.00 Uhr. Die Versammlung, an der 3.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Paul Kämpfe geleitet.

2 Vgl. auch Werdauer Zeitung für Stadt und Land vom 17.6.1930, "Adolf Hitler in Werdau".

3 Das Gesetz über die Haager Konferenz vom 13.3.1930 ist vom Reichspräsident von Hindenburg, von Reichskanzler Müller und von den Mitgliedern seines Kabinetts unterzeichnet. Vgl. RGBl. 1930, II, S. 45.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

6 Das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im Juni 1930 167,7 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete zum selben Zeitpunkt einen Überschuß von 279,7 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs im Rechnungsjahr 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 44, Anm. 13.

7 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.

tik und Wirtschaft vielen als begründet erscheinen. Er aber sei überzeugt, daß das Schicksal eines Volkes von zwei Faktoren bestimmt werde, nämlich *1. von der Qualität der Rasse und 2. von dem Raum*, der einem Volke zum Leben zur Verfügung stehe. Reinheit der Rasse, gesund an Körper und Geist, das ist wichtig für die geistige und kulturelle Entwicklung eines Volkes. Äußerlich sind wir Menschen wohl gleich, aber das Innere eines Menschen lernt man kennen durch seine *seelischen Äußerungen* und durch seine Kulturäußerungen. Und das Kulturbild, das wir heute sehen, ist der Ausdruck des arischen Geistes, die kulturelle Höhe eines Volkes richtet sich nach seinem eigenen Wesen. Jedes Volk schafft sich, was es braucht, und braucht, was es sich schafft. Die Höhe der Lebensanforderungen bedingt seine kulturelle Höhe. Nicht nur in dem Punkte Qualität der Rasse, sondern auch in der Raumfrage beweist Hitler, daß die marxistische Lehre eine Irrlehre ist. Mensch und Raum müssen in richtiger wechselseitiger Beziehung stehen. Der Lebenserhaltungstrieb und der Selbst- und Forterhaltungstrieb bedingen den Kampf um den Boden. Wer leben will, muß in die Zukunft sehen. Unser Raum ist zurzeit begrenzt. Das deutsche Volk mit seinen 62 Millionen kann in einem Raum von 470.000 Quadratkilometern nicht mehr leben [8]. Der Grund und Boden, von dem wir leben, ist die Schicksalsfrage eines Volkes überhaupt! Wir können unser Volk nicht ernähren, weil uns der Raum fehlt. Zahl und Raum ist die gigantische Frage. Das beweisen die sich immer wiederholenden gewaltigen Ereignisse in einer zweitausendjährigen Geschichte. Immer war der Grund der Kampf um den Boden. Auch heute erleben wir eine Wiederholung der Geschichte: Verschiebung der Karte, Auswanderung, Verschiebung der Arbeitskraft, des Menschenmaterials. Gebietsbeschränkung [9] und Auswanderung dezimieren die Zahl eines Volkes und verringern die Substanz. Auswanderung heißt Senkung der Nation; denn durch die Auswanderung verliert ein Volk seine besten Kräfte. Sie muß unbedingt verhindert werden, wenn unser Volk nicht zugrunde gehen soll. Der Stamm des Volkes, der gesamte Volkskörper muß gesunderhalten werden. So kommt es z. B. schon bei der Geburt eines Kindes sehr darauf an, welche Kraft die Mutter in sich hat, welchen Selbsterhaltungstrieb, welchen Willen, ihrem Volke zu dienen. Deshalb ist oft das Kind einer Mutter aus dem Arbeiterkreise weit mehr wert, als das einer Mutter aus den oberen Zehntausenden. Deshalb: gesunder Körper, gesunder Geist. *Die Kraft des Volkes muß erhalten werden, ein Volk muß weiterstreben!* Jeder einzelne Deutsche sollte sich zu einer Persönlichkeit herausbilden, dann wird es auch vorwärts gehen. Wir müssen viel mehr Wert legen auf die Persönlichkeit des Menschen. Es gibt nichts, was eine Majorität in Technik und Wirtschaft erfunden oder in der Politik Großes geschaffen hätte - immer war es einer! Wenn die Menschheit das Problem Raumnot löst und das Volk nicht dezimiert, haben wir gesiegt. Die Einstellung der Marxisten aber zur Frage Raumnot ist Dezimierung der Zahl. Die Erkämpfung der Weltmärkte ist falsche Wirtschaftspolitik. Billige Produktion ist der furchtbarste Krieg unter Einsatz von Menschen. Hitler streift dann die Gefährlichkeit der Mo-

8 Das Deutsche Reich umfaßte, einschließlich Saargebiet, eine Fläche von 470.615,62 km^2 (Stand: 31.12.1929) und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

9 Gemeint sind die Gebietsabtretungen in Folge des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 749 ff. Laut Statistischem Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930 (S. 5 ff.) umfaßte das Deutsche Reich am 1.12.1910 ein Gebiet von 540.857,5 km^2, am 31.12.1929 ein Gebiet von 470.615,62 km^2, was einer Reduzierung seiner Fläche um ca. 13% entspricht.

torisierung der amerikanischen Industrie, die Erschwerung des Absatzes an den Weltmärkten und betont, daß eine Nation sich nur behaupten kann, wenn sie neben das Brot das Schwert legt. Das deutsche Volk verfällt immer in Grüppchen, die sich todfeind gegenüber stehen. Die Zeit wird immer trostloser. Zwölf Jahre haben wir erfüllt [10], und immer mehr ist die Grundsumme gestiegen [11]. Durch die verschiedensten Verträge ist nicht eine Änderung im Prinzip, sondern nur in der Methode eingetreten. Auch die Kräfte, die des Volkes Schicksal bestimmen, sind immer dieselben geblieben. Ein Volk, das 26 Nationen standhielt [12], ist in tiefste Niederungen versunken. Dieselben Kräfte, dieselben Köpfe haben das deutsche Volk unaufhaltsam dem Verfall näher gebracht. Das deutsche Volk besitzt heute nicht einmal ein Symbol, das repräsentativ anerkannt wird. Wir haben nur eine gesetzlich geschützte Reichsflagge [13]. Das deutsche Volk wird fortwährend getäuscht, und immer ist man bestrebt, am Wesentlichen ja nichts zu ändern. Das deutsche Volk muß wieder ein Symbol haben, an das es glaubt, für das es opferwillig ist, für das es auch bereit ist, sein Leben einzusetzen. Die politische Kraft liegt im Grundwert einer Nation, und darin müssen wir stark sein. Adolf Hitler betont: Ich neige mich nicht nach links und nicht nach rechts - ich verneige mich vor meinem Volke. *Alles Volksschädigende und Volksvernichtende wird zerbrochen! Wir werden die Befreiung erringen!* Dabei darf der Kampf nicht besonderen Klassen gelten! Wir schätzen den Menschen nach seinem politischen Wert. Und diesen Wert müssen wir aufs höchste pflegen. *Ich bin Deutscher hundertprozentig* [14]*! Und das müssen wir alle sein!* In seinen weiteren Ausführungen sprach Hitler vielen "Nationalseinwollenden" ins Gewissen [15] und betonte, daß unsere "oberen Zehntausend" sich viel mehr deutsch einstellen und damit den niederen Schichten ein leuchtendes Vorbild sein sollten. Wenn es in dem wäre [*sic!*], würde auch vieles in Deutschland anders sein. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete Hitler die Unmöglichkeit der Demokratie und führte aus, daß man nichts nach demokratischen Grundsätzen regieren könne, *nur das deutsche Volk!* Der Staat kann nur repariert werden durch den Stimmzettel. Wenn ein Volk sein Schicksal in die Hände einer Majorität lege, dann läge es in den Händen der Dummheit. *Wir* vertrauen auf die persönliche Kraft eines einzelnen, der mit dem Volke lebt und stirbt! Wir werden auf legalem Wege Deutschland in ein Gefüge der Autorität bringen. Wir lehren die *eigene Hilfe,* und vertrauen auf sie und bedauern die Feigheit unseres Bürgertums. *Wir kennen keinen Klassenunterschied und keine Standesbegriffe* [16]. Wir werden dies alles lehren und werden den beugen, der sich nicht fügt. Autorität der Persönlichkeit bis zum obersten. Gesundung und Erstarkung des Volksganzen und Kampfbereitschaft bis zum obersten, das sind unsere drei Grundsätze, von denen aus wir zu allen Tagesfragen Stellung

10 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.
11 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.
12 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Außerdem brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.
13 Vgl. Dok. 20, Anm. 38.
14 Vgl. Dok. 53, Anm. 14.
15 Anspielung auf die DNVP und die zahlreichen rechtsradikalen Parteien und Verbände.
16 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

nehmen. Anschließend schildert Hitler den Glauben an sein Ideal und den Aufschwung seiner Bewegung, die heute fast 300.000 Anhänger zählt [17]. Ihm komme es nicht darauf an, heute Stimmen zu sammeln oder Versprechen zu geben, er wolle die Hörer nur in die Ideale und in die Weltanschauung der NSDAP einführen und fuhr fort: Ich kenne nur einen Grundsatz und das ist Deutschland! Ein Volk ohne Freiheit kann niemals auf die Dauer sein täglich Brot haben. Was ich sammeln will, sind Kämpfer für die Freiheit des Volkes, für die Befreiung von deutschem Hader und der Zerrissenheit, und damit erreichen wir das Ende des deutschen Schicksals! Wir wollen ein Deutschland der Kraft, der Stärke, der Freiheit, das dem Volke wieder Freiheit und Brot gibt [18]!

19. Juni 1930 Dok. 61
Rede auf NSDAP-Versammlung in Chemnitz [1]

Chemnitzer Tageblatt und Anzeiger vom 20.6.1930, "Hitler spricht in Chemnitz" [2].

Hitler erklärte eingangs, daß er keine der üblichen Wahlreden zu halten, hochtönende Versprechungen zu geben beabsichtige. Da der Nationalsozialismus alle Schichten der Nation umfasse [3], könne er nicht wie einzelne Interessengruppen mit propagandistischen Schlagwörtern und Versprechungen arbeiten, was auch seinem innersten Geist widersprechen würde, denn der Nationalsozialismus sei auf dem Fundamentalgrundsatz aufgebaut:

Jeder Versuch, das Schicksal des einzelnen zu bessern, scheitert, wenn das Gesamtschicksal nicht gebessert wird, denn das Gesamtschicksal setzt sich nicht aus den Schicksalen der einzelnen zusammen, sondern gerade umgekehrt: Das Schicksal des einzelnen wird bestimmt durch das Gesamtschicksal der Nation.

Man bilde sich nicht ein, das Schicksal Thüringens ohne Zusammenhang mit dem Reich bestimmen zu können, wie man auch nicht durch die Sachsenwahl [4] das Schicksal des Reiches

17 Vgl. Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.
18 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Kaufmännischen Vereinshaus, ab 20.30 Uhr. Hitler sprach drei Stunden. An der ausverkauften Veranstaltung nahmen laut Lagebericht 2.700 Personen teil.
2 Vgl. auch Der Kämpfer vom 19.6.1930, "Hitler schleicht feige durch die Gassen - Zersetzung der Nationalsozialisten"; Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 20.6.1930, "Hitler in Chemnitz"; Der Kämpfer vom 20.6.1930, "Ia deutscher Mussolini-Ersatz. Hitler, der blutbefleckte Kommandant der Arbeitermörder in Chemnitz"; Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930, "Der Sieg in Sachsen"; Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Waldemar Ballerstedt, Führerbesuche in Chemnitz. In: Der Türmer von Chemnitz 5 (April 1939), S. 98-107, hier S. 103 ff. Walter Schmidt, Der 19. Juni 1930 in Chemnitz. Als der Führer zu uns sprach. In: Der Türmer von Chemnitz 6 (Juli 1940), S. 97 f.
3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

maßgebend auf die Dauer beeinflussen könne. Das alles seien nur Etappen auf dem Wege. Wo sich der Nationalsozialismus aber in Tagesfragen einlasse, da fasse er sie in nationalsozialistischem Sinne an.

Der Redner ging dann kurz auf den Young-Plan [5] und die *heutige Arbeitslosigkeit* [6] ein. Es gebe zwei Wege, ihr zu steuern. *Der* eine verlange, alles zu tun, um die Lage dieser 2,6 Millionen Einzelpersonen zu bessern. *Der* andere verlange *Änderung der Gesamtsituation, die zu dieser Not geführt habe.* Das sei der Weg, der das Gesamtschicksal ändert. Was aber schicksalbestimmend für ein Volk und den Staat sei, sei das Volk selbst,

die Qualität des Volkes,

damit sehe man sich gleich im *Gegensatz zum Marxismus*, der den Menschenwert für gleichgültig, der alle Menschen für gleichwertig erklärt. Grundthese der nationalsozialistischen Weltanschauung sei: Jedes Volk bestimmt seinen Wert durch seine Kulturhöhe. Seine Bedürfnisse werden bestimmt durch seine Leistungsfähigkeit. Die zweite Grundthese aber besage, daß außer dem Grundwert eines Volkes

entscheidend auch der Raum

ist, in dem sich das Volk befindet. Das Volk vermag sich weder von seiner Qualität, noch von seinem Raum entfernen. Der Mensch lebe davon, was er seinem Genie und dem Boden abzuringen vermag. In begrenztem Raume tobe auf Erden urewig ein unbegrenzter Lebensdrang. Aus diesem unbegrenzten Lebensdrange in einem begrenzten Raume aber resultiere der Kampf um Leben und Brot. Aus dem Kampf aber resultiere der Drang nach oben und damit die Auslese. Das ewige Spiel der Kräfte, in dem immer wieder der Starke siegt, sei ewig die Quelle der Erneuerung. Das gelte für jedes Volk. Das Volk aber hänge ab von seiner Kraft, d. h. seiner Zahl und seinem Raum. Die Zahl sei veränderlich, der Raum meist unveränderlich. Hieraus ergäben sich die Spannungen auf der Erde. Schon die Völkerwanderung sei Kampf um die Scholle, um die Erde gewesen. Gigantische Umwälzungen seien *unter der Geißel der Not* die Folge gewesen. Not sei auch in der gesamten Geschichte die Triebkraft für das deutsche Volk gewesen. Die Schicksalsfrage der Nation sei, ob sie auf ihrem Lebensraum existieren könne oder nicht. Könne sie das nicht, dann träten die Spannungen, die Katastrophen ein, über die keine Partei entscheide [*sic!*].

Der Ausgleich zwischen Zahl und Raum,

die Lösung dieser großen historischen Frage, wird von den Völkern auf zwei Wegen gesucht. Der erste Weg ist der von Natur aus selbstverständliche: Wo der Raum zu klein, *holt sich das Volk neuen.* Der Marxist nennt das "Imperialismus", damit verleugnet er aber den Sozialismus, da er die Besitzverteilung auf Erden für endgültig erklärt, während er doch anderseits jedem Menschen Glück und Wohlstand verspricht. Er beuge sich vor einer Bodenverteilung, die weder gerecht, noch endgültig sei. Der Nationalsozialismus vertrete demgegenüber die Weltanschauung, *daß jedes Volk das Recht habe, die Erde zu nehmen, die es brauche und die es bewirtschaften könne.* Die Zeit werde kommen, da das deutsche Volk nach denen schreie, die ihm Raum und Brot gäben, nicht Weltveränderungstheorien predigten.

---

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

6 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

Der andere Weg sei *Auswanderung und Geburtenbeschränkung.* Die Beschränkung der Zahl durch eines dieser Mittel bedeute an sich noch keine Vernichtung, wenn dadurch die Qualität steige. Wenn aber Raumerweiterung nach marxistischer Anschauung verbrecherischer Imperialismus sei, so sei auch die *Auswanderung* verbrecherischer Imperialismus, denn der Auswanderer nehme ja auch einem anderen den Boden weg. Durch die Auswanderung aber würden *dem Volke auch die gesündesten, die besten und lebensfähigsten Menschen entzogen.* Das widerfahre Europa nun seit 300 Jahren. Wenn man einem Volke Jahrhunderte hindurch die besten Kräfte entziehe, so müsse langsam der innere Wert eines Volkes sinken. So erkläre sich auch, daß die Kolonialländer meist schon in kurzer Zeit nach der Kolonisierung gesünder und stärker würden als die Mutterländer. Wenn deshalb der Marxismus die Auswanderung propagiere, so dürfe er nicht davon reden, sein Volk glücklich zu machen. Er zerstöre das Glück seiner Nation.

Die marxistische Lehre von der *Geburtenbeschränkung* kranke schon daran, daß man etwas vernichte, was man in seinem Werte noch gar nicht kenne. Die Vernunft könne doch nur vernichten, was schlecht, schwach und minderwertig sei. Würde man streng und ausschließlich nach diesem Grundsatz handeln, dann würden, so meinte Hitler ironisch, wahrscheinlich die politischen Führer bald ausgestorben sein. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Was die Menschheit erschaffen habe, sei niemals einer unpersönlichen Klasse, einem "Kollektiv", sondern immer nur der Genialität des einzelnen zu danken gewesen. Die Großen kämen nicht aus einer Schicht, sondern sie bildeten erst eine Schicht. Ein Volk, das eine solche Auslese selbst durch Geburtenbeschränkung unterbinde, trete freiwillig von der Weltbühne ab.

Infolgedessen lehne der Nationalsozialismus die marxistische Beantwortung der Frage im Sinne der Dezimierung der Zahl auf die eine oder die andere Weise ab.

Der dritte Weg werde vielfach von gewisser bürgerlicher Seite vertreten. Er fordere den *friedlichen Wirtschaftskampf, d. h.* Erhöhung der Ausfuhr und Eroberung neuer Exportmärkte, also wirtschaftspolitische, wirtschaftsfriedliche statt machtpolitische Expansion. Der Gewinn des einen Landes bedeute aber Verlust des anderen. Dieser Kampf, der nur auf Grund machtpolitischer Stärke möglich sei, sei aber so gut wie aussichtslos, weil heute schon nahezu alle Kulturländer miteinander in Konkurrenz träten. Deutschlands Schicksal auf dem Gebiete des wirtschaftspolitischen Kampfes sei grauenhaft, denn die Milliardentribute [7] seien uns ja nur zu dem Zwecke auferlegt, uns konkurrenzunfähig zu machen, uns auf dem Weltmarkte auszuschalten. Es sei ein Unsinn zu glauben, daß England, das viereinhalb Jahre gekämpft habe, um uns von dem Weltmarkte zu verdrängen [8], heute, nach zwölf Jahren, der wirtschaftsfriedlichen deutschen Durchdringung der Erde [*sic!*] widerspruchslos zusehen würde. Der Konkurrenzkampf am Weltmarkte werde nicht durch die billigeren Preise, sondern durch die größere Macht entschieden.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

8 Zur Entwicklung des deutsch-britischen Verhältnisses vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Klaus Hildebrand, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

Zwölf Jahre lang habe man das deutsche Volk betrogen. Jeder Versuch, an dem heutigen Zustand herumzudoktern, sei vergeblich.

Die Kardinalfrage sei die politische Macht.

Wenn man heute den Nationalsozialismus bis aufs Blut bekämpfe [9], so tue man das, weil man einsehe, daß man am Ende seines Lateins sei. Man habe eine Politik der Unterwerfung getrieben, weil man kein Volk mit Widerstandskraft hinter sich habe, wobei man unter der Widerstandskraft *nicht das tote Instrument der Waffen, sondern den Geist des Trägers*, den Freiheitswillen des einzelnen, den Willen, die innere Kraft einer Nation, verstehe.

Deshalb müsse, wer unser Volk erlösen wolle, vor allem andern diese innere Kraft stärken und das Volk zu einer Front zusammenschmieden. Wer das vollbringe, rette Deutschland.

An dem heutigen Zustand in Deutschland, mit dem niemand zufrieden sein könne, seien die politischen Parteien schuld. Kein Geschäft werde man von denen wieder aufbauen lassen, die es zugrundegerichtet haben. Den vollkommen verfahrenen Staatskarren aber glaube man die lenken lassen zu können, die ihn in den Sumpf gefahren haben. Der Wiederaufbau könne gar nicht gelingen, weil man eine falsche Wurzel bearbeite. Wenn ein Volk an seiner marxistischen, internationalen, demokratischen Führung zugrundegegangen sei, so müsse es eben *in Zukunft antimarxistisch, antiinternational, antidemokratisch* geführt werden. (Stürmischer Beifall.) Die mutigste Kompanie müsse versagen, wenn ihr der heroische Führer fehle. Man brauche nicht an Deutschland zu verzweifeln, solange es noch eine Leidenschaft besitze. Möchten sich täglich blutige Zusammenstöße mit Kommunisten abspielen, so ziehe man doch von drüben die Kerle herüber, die noch eine politische Leidenschaft besäßen, und eines Tages werde man so Hunderttausend herübergezogen haben.

Die Nationalsozialisten seien keine Marxisten, aber sie seien Sozialisten, denn sie kämpften für das ganze deutsche Volk, nicht für einen Stand, einen Beruf, eine Konfession [10]. Sie seien Nationalisten, weil sie sich

ganz auf die eigene Kraft des Volkes

besännen. Neben dem himmlischen Gott kennen sie auf Erden keinen anderen als unser Vaterland (Stürmischer Beifall). Er und seine Partei kennten nur Deutsche und gehörten nur ihrem Vaterland (Erneuter lebhafter Beifall).

Die Nationalsozialisten seien auch antirepublikanisch, weil sie von der Bedeutung des Persönlichkeitswertes überzeugt seien, weil sie möchten, daß das Volk den Sieg davontragen werde, das den größten Eigenwert besitzt. *Revolutionär* seien aber nicht die Nationalsozialisten, sondern die Machthaber von heute. Die Nationalsozialisten bauten ja nur auf einer jahrtausendealten Tradition weiter. Als Nationalsozialisten seien sie aber auch *antidemokratisch*, weil sie auf dem Standpunkt ständen, daß ein Volk nur dann in seiner Verfassung richtig besteht, wenn es seine fähigsten Köpfe, nicht die Majorität mit den entscheidenden Entschlüssen betraut. Aber auch *antipazifistisch* sei man, weil man nicht mit dem auch im Bürgertum verbreiteten Widerwillen gegen den Kampf eine Nation wiederaufbaue, sondern nur mit absoluter Kampfgesinnung, die die anderen so fürchteten, daß man den Nationalsozialisten heute das

---

9 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

10 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

Hemd ausziehen wolle [11] - als säße ihnen der Geist bloß im braunen Hemde! Von einer Handvoll Männer sei der Nationalsozialismus gegründet worden [12]. Heute habe er 3 Millionen um sich geschart [13]. Bald würden es 5 Millionen sein, und dann werde der Tag kommen, an dem die Macht auf vollkommen legalem Wege [14] dem Nationalsozialismus zufalle.

Mit dem *Wirtschafts- und Sozialprogramm* seiner Partei [15] beschäftigte sich der Redner im Zusammenhang seiner Ausführungen nur flüchtig. Gegen den Vorwurf, die Nationalsozialisten seien gegen das

Privateigentum [16]

wandte er das Argument ein, daß nicht sie, sondern die heutigen Machthaber eigentumsfeindlich seien [17]. Die heutigen Parteien, einschließlich der bürgerlichen Koalitionsparteien, hätten das Privateigentum durch ihre heillose Wirtschaft ja schon bald so gut wie völlig ausgerottet.

Zum Schlusse kommend betonte Hitler, daß nur der am 22. Juni dem Nationalsozialismus seine Stimme geben dürfe, der im tiefsten Innern von seiner Idee überzeugt sei. Nur wer davon überzeugt sei, daß

Deutschland einen neuen Inhalt erhalten müsse,

habe Platz in der deutschen Freiheitsarmee. Die Sachsenwahl solle eine Stufe auf der Treppe sein, die Deutschland wieder emporführe ins Licht. Deutschland nach seinem tiefen Fall einen neuen Geist zu geben, das sei die Mission des Nationalsozialismus.

---

11 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 72, Anm. 16 ferner Dok. 36, Anm. 15.

14 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

15 Zu Hitlers wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, insbes. S. 281 ff., 318 ff. ferner Zitelmann, Hitler, S. 87 ff., 195 ff.

16 Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 lautete: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Maser, Sturm, S. 470. Mit Erklärung vom 13.4.1928 hatte Hitler diese Forderung dahingehend ausgelegt, daß nur Boden enteignet werden solle, "der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet" würde. Druck: Bd. II/2, Dok. 254.

17 Vgl. Dok. 59, Anm. 4.

21. Juni 1930 Dok. 62
"Weltanschauung und Partei. Ein lehrreiches Kapitel aus dem Buch unseres Führers 'Mein Kampf' (Verlag Frz. Eher) zu den Wahlen in Sachsen" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 21.6.1930.

21. Juni 1930 Dok. 63
"Die Ziele der Partei in Deutschland" [1] Rede auf NSDAP-Versammlung in Dresden [2]

VB vom 25.6.1930, "Am Vorabend unseres Wahlsieges: Unser Führer in Dresden" [3].

Es ist mehr als nur die Sorge um ein günstiges Wahlergebnis [4], was uns in diesen Tagen beschäftigt. Denn zuletzt geht es ja nicht darum, ob Sachsen einen glücklichen Wahlausgang zu verzeichnen hat oder nicht, sondern [*darum*], ob sich die Gesamtlage unseres Volkes ändert. Darum geht es heutigen Tages nicht mehr um Tagesfragen, sondern um Schicksalsfragen. Die parlamentarischen Parteien allerdings ködern das Volk mit Versprechungen. Sie versuchen, das Volk immer wieder durch gesteigerte Lügen einzufangen und in kleine Interessengruppen zu binden. Das geht nun schon seit 1918.

In großen Zügen umreißt nun der Führer die Entwicklung der deutschen Politik in den Jahren des Nachnovember [5]. Er zeigt, wie die Erfüllungspolitik [6] sich von Jahr zu Jahr mehr kompromittiert und die Massen immer weiter verelenden. Eingehend und umfassend behandelt er die Entwicklung der deutschen Politik seit der Unterschreibung des Dawes-Gutachtens [7].

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 1-6/München [65]1933, S. 409-415). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Titel laut Sächsische Staatszeitung.
2 Im Zirkus Sarrasani, ab 17.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Lagebericht 5.000 Personen teilnahmen, wurde vom Landtagsabgeordneten und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Dresden Cuno Meyer geleitet. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein mehrstündiger Marsch durch Dresden.
3 Vgl. auch Dresdner Anzeiger vom 23.6.1930, "Hitler in Dresden"; Dresdner Nachrichten vom 23.6.1930, "Hitler spricht"; Sächsische Staatszeitung vom 23.6.1930, "Nationalsozialistische Kundgebung"; Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930, "Der Sieg in Sachsen". Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.
5 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
6 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.
7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

Auch bei der Unterzeichnung des Young-Vertrages [8], der ja an und für sich schon das absolute Eingeständnis der Unfähigkeit der Dawes-Politiker ist, versprach man dem Volk wieder, daß ein *Abbau der Steuern* eintreten werde [9]. In Wirklichkeit aber sei man eben gerade dabei, die Steuern zu erhöhen [10]. Dabei wächst die Erwerbslosenziffer ins Ungemessene [11].

Unter der Erwerbslosigkeit aber leidet nicht nur der, der stempeln geht, sondern darunter leiden auch die, die für die Aufbringung der Unterstützungsgelder [12] *zu sorgen haben, also das ganze deutsche Volk!*

Daß unter diesen Umständen früher oder später eine Katastrophe eintritt, ist ganz klar. Aber die *parlamentarischen* Parteien sehen nicht diese kommende Volkskatastrophe, sondern sie wittern in unserer Bewegung die Katastrophe. Demgegenüber aber muß festgestellt werden, daß wir weiter nichts wollen, als die Volkskatastrophe aufzuhalten.

Wenn man neuerdings dazu übergegangen ist, unserem kaum faßbaren Siegeslauf [13] *entgegenzutreten durch brutalen Terror* [14], *dann muß den andern, den gegenwärtigen Inhabern der Staatsgewalt, entgegengehalten werden, daß nicht das Braunhemd staatsgefährlich ist* [15], *sondern, daß vielmehr die parlamentarischen Parteien ihrem eigenen Staat die größte Gefahr sind!*

Zunächst allerdings haben sie es noch leicht. Das Volk glaubt gegenwärtig immer noch, daß sein Schicksal grundlegend geändert werden könnte durch die Wahl einer *Berufspartei*. Darum würden die Interessengruppen sich gegenseitig an Wahlversprechungen geradezu überbieten!

Freilich ist es angenehmer, einen Stand gegen den anderen auszuspielen. Dafür bleiben aber alle Parteien unseres gegenwärtigen parlamentarischen Systems weiter nichts als Standesparteien [16], *während die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die einzige politische Gruppierung Deutschlands ist, die alle Schichten von oben nach unten und von unten nach oben hin erfaßt* [17] *und in ihren Rhythmus gebracht hat! Darum sind wir Nationalsozialisten keine Interessen- und keine Berufspartei, sondern die Partei des deutschen Volkes, die Organisation des deutschen Volkes, die einmal ausschlaggebend sein wird!*

Unser Kampf ist den Parteien der Gegenwart ein Dorn im Auge! Und sie möchten uns immer wieder mit dem Argument niederknüppeln, wir wollten uns illegaler Mittel bedienen. Tat-

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
9 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
10 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.
11 Im April 1930 waren im Deutschen Reich 2.786.912 Arbeitslose, im Juli 1930 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.
12 1929 betrugen die Ausgaben der Arbeitslosenhilfe 1.757, 1930 2.778 Millionen RM. Diese Gelder wurden von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch Zuschüsse des Reichs und durch die Gemeinden aufgebracht, wobei die Reichsverwaltung diese Kosten zunehmend auf die Schultern der Gemeindeverwaltungen abwälzte. Vgl. Ursachen und Folgen. Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930-1933, Berlin o. J., S. 2 sowie Dieter Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In: Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Hrsg. von Rudolf Morsey, Berlin 1977, S. 107-157.
13 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 und Dok. 41, Anm. 13.
14 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.
15 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
16 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
17 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

sächlich hätten wir dazu aber auch nicht die geringste Lust! *Denn unsere Stunde komme so oder so, und unser Minister Dr. Frick habe recht gehabt, als er sagte, daß er rein verfassungsmäßig regieren wolle, aber nicht geschworen habe, Berliner Politik zu treiben* [18]. In unserem Minister Dr. Frick ist überhaupt zum erstenmal in der nachnovemberlichen Politik eine neue Linie in die Erscheinung getreten, an der alles bisher Dagewesene zerbricht [19]! Unser Dr. Frick hat schon jetzt den Beweis dafür geliefert, daß man auch im Rahmen der Novemberdemokratie *anders* regieren kann, als das *bisher* geschehen ist.

Im weiteren geht *Adolf Hitler* - immer wieder von frenetischem Jubel unterbrochen - auf die großen deutschen Schicksalsfragen ein.

Eingehend kommt unser Führer auf die Wurzeln unserer völkischen Kraft zu sprechen. Er zeigt, wie im Blutwert alles begründet liegt, das [*sic!*] die Größe und Kraft einer Nation ausmacht, und wendet sich scharf und erbittert gegen die Kulturvermanschung und Unkultur unserer Tage!

Was wir Deutsche in unserer großen Vergangenheit geschaffen haben, macht uns niemand nach! Genau so wenig, wie wir den anderen ihre Unkultur nachmachen dürften! Die Neger mögen den Jazz erfunden haben, aber wir Deutsche wären die Schöpfer der Oper [20] wie überhaupt die Schöpfer unzähliger gewaltiger und erschütternder Sinfonien!

Auch Dresden spielt im deutschen Kulturleben eine erste Rolle. Warum soll es uns Nationalsozialisten nicht gelingen, aus Dresden wieder das zu machen, was wir eben aus Weimar zu machen bestrebt sind [21]*? Erst die völlige Erkenntnis der Vergangenheit gibt uns wieder die Kraft, erneut etwas Großes zu schaffen!*

Aber das Bürgertum und jene ewig bürgerlich denkenden Massen tun das genaue Gegenteil! Hier zu erziehen und zu formen, ist eine der Hauptaufgaben unserer Bewegung!

Wir haben uns in diesen Jahren weiß Gott nicht unter dem Schutz der Polizeibajonette entwickelt! Oft stand die ganze Welt gegen uns, aber nichts vermochte uns zu hindern, jenen Weg zu gehen, den wir gegangen sind! Daß heute von Rotfrontgefahr geredet wird [22], daran sind nicht wir die Schuld [*sic!*]. Rotfront und Bürgertum erhalten und befestigen ihre Existenz nur durch die Polizei. *In demselben Augenblick, wo die Polizei von diesem Staat hinweggenommen würde, wäre binnen drei Tagen die Rotfrontgefahr beseitigt!*

---

18 Frick hatte als thüringischer Innenminister dem Landtag am 12.3.1930 den Entwurf eines sog. Ermächtigungsgesetzes vorgelegt, das im Hinblick auf die anstehende Reform der thüringischen Verwaltung die Übertragung begrenzter gesetzgeberischer Vollmachten an die Landesregierung bis 30.9.1930 vorsah. Während der Beratungen betonte Frick den legalen Charakter dieses Gesetzes und verwies auf juristisch vergleichbare Regelungen im Deutschen Reich wie im Land Thüringen. Vgl. Stenographische Berichte des V. Landtags von Thüringen. Stenographische Berichte, Drucksachen und Ausschußberichte, Weimar o. J., S. 219 ff.
Zur Kritik am Ermächtigungsgesetz vgl. Manfred Overesch, Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 201 f.

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

20 Das Wort "Oper" ist in Italien seit 1639 nachweisbar, in Deutschland erst seit dem frühen 18. Jahrhundert. Die musikalische Gattung der Oper besitzt ihre frühesten nachweisbaren Ursprünge im Italien des ausgehenden 16., beginnenden 17. Jahrhunderts. Vgl. Riemann Musik Lexikon. Sachteil, Mainz 1967, S. 654 ff.

21 Anspielung auf die Tätigkeit Fricks als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

22 Vgl. Dok. 24, Anm. 6 sowie Dok. 48, Anm. 6.

Noch einmal umreißt *Adolf Hitler* in großen Zügen seinen programmatischen Vortrag. Er führte [*sic!*] zusammenfassend die Zuhörer noch einmal in den Bannkreis seiner lebendigen Gedankenwelt und steigert den Beifall bis zu rasendem Jubel!

Was uns unüberwindlich stark macht, das ist die Tatsache, daß wir an alles, was wir sagen, auch glauben! Und durch unseren Willen, Glauben und durch unsere Kraft wird Deutschland frei in Größe, Macht und Herrlichkeit! Amen [23].

25. Juni 1930 Dok. 64
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 25.6.1930.

Die von dem Tierarzt Dr. Grantz, Albersdorf [1], gegründete "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Dithmarschens" [2] hat mit der von mir geführten *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nichts zu tun und wird von mir nicht anerkannt.* Dr. Grantz ist nicht mehr Mitglied der N.S.D.A.P. und wird in diese nicht wieder aufgenommen.

gez. *Adolf Hitler*

---

23 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Emil Grantz (geb. 1893), 1926 Dr. med. vet., Tierarzt in Albersdorf (Holstein), Februar/März 1928 Eintritt in die NSDAP, August 1928 SA-Standartenführer, Oktober 1929 Austritt aus der NSDAP, Juni 1930 Gründung der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen, September 1930 Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, Übertritt zur "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" Otto Straßers, 1933 Schutzhaft, 1934/35 Haft im Konzentrationslager Lichtenburg.

2 Grantz hatte seit seinem Eintritt in die NSDAP im Frühjahr 1928 eine Blitzkarriere durchlaufen und durch seinen Einsatz während der "Blutnacht von Wöhrden" am 7.3.1929 zusätzlich an Autorität gewonnen (Vgl. Bd. III/2, Dok. 9 und 10). Aufgrund seiner ungewöhnlich starken Stellung sowie der besonderen regionalen und sozialen Strukturen von Dithmarschen war Grantz, der die NSDAP als revolutionäre Bewegung, nicht als parlamentarische Partei verstand, bald in Konflikt mit dem schleswig-holsteinischen Gauleiter Hinrich Lohse geraten, der sich seit Sommer 1929 zu einem ständigen Kleinkrieg steigerte. Mit seinem Austritt aus der NSDAP am 18.10.1929 und der Proklamation eines eigenen "Gaus Dithmarschen" hatte Grantz versucht, sich Hitler direkt zu unterstellen. Nachdem sich Hitler jedoch am 25.12.1929 offiziell von Grantz distanziert hatte und im Frühjahr 1930 ein Schlichtungsversuch des Eutiner Rechtsanwalts Johann Heinrich Böhmcker gescheitert war, gründete Grantz am 3.6.1930 die "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen" (NSGAD). Vgl. Uwe Karstens, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233 ferner Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 100 ff.

25. Juni 1930 Dok. 65
"Der Sinn der Wahlen in Sachsen - Wer mit dem Marxismus paktiert, ist unser Feind - Der Marxismus durch die N.S.D.A.P. zum Stillstand gebracht - Grundriß unseres Aufbauprogramms" Artikel

VB vom 25.6.1930, "Adolf Hitler über die Sachsenwahlen" [1].

Die erste Antwort auf die neue Verfolgungswelle [2] der nationalsozialistischen Bewegung ist nunmehr erteilt worden. Das sächsische Volk hat gesprochen [3]. Unser Programm und unsere Arbeit erhielten eine Rechtfertigung, wie sie glänzender nicht ausfallen konnte [4]. Ob unsere politischen Gegner von diesem Resultat erfreut, enttäuscht oder verbittert sind, kann es nicht schmälern.

Schneller als man ahnen durfte, ist der Young-Plan [5] dem deutschen Volke in seiner tatsächlichen Wirkung klar geworden. Eine Flut von Versprechungen hat sich verlaufen, und was nun zurückbleibt, ist das nackte Elend. Während das Reich sich mit Riesenschritten ersichtlich dem größten wirtschaftlichen Zusammenbruch nähert [6], steuert die politische Leitung der Nation hilflos herum.

Kein klares Ziel der Außenpolitik und daher auch keine festbestimmte Aufgabe der Politik des Innern [7]. Denn man glaube nur ja nicht, daß die nunmehr in Szene gesetzte erneute Verfolgung der nationalsozialistischen Bewegung einer inneren, tief erfaßten Aufgabe entspringt. Nein! Es ist nur die nackte Sorge um den Bestand des parlamentarischen Regiments, ja, noch mehr die Sorge um die Erhaltung der parlamentarischen Parteien, die hier antreibend wirkt. *Indem sie vorgeben, den "Staat" schützen zu wollen, sehen diese Parteien nur ihre eigene, den Staat so sehr schädigende Herrschaft vor sich.*

Das heutige ziellose Regiment wird eine gewisse Zeitlang ertragen. Wenn aber im Gefolge dieser ewig schwankenden Schaukelpolitik immer mehr Not und Elend einherziehen, muß die Geduld der Masse eines Tages reißen. *Eine schlechtere politische Leitung, wie sie Deutschland in den letzten 12 Jahren besaß, ist schwer denkbar.* Daher sollte aber auch der wachsende Widerstand der Nation gegen die dauernde Vergeudung ihrer kulturellen und mate-

---

1 Weitgehend textgleicher Abdruck: Nassauer Beobachter Nr. 27 (Juli 1930), "Heute schreibt: Adolf Hitler über: Wir fordern die Führung!"; Mitteilungen NSDAP Plauen 2 (Heuet/Juli 1930), "Der Sinn der Wahlen in Sachsen v. Adolf Hitler".

2 Anspielung auf die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder. Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 44, Anm. 5.

4 Die NSDAP, die bei der Landtagswahl vom 12.5.1929 noch 133.958 Stimmen erhalten hatte, was 5% bzw. 5 Mandaten entsprach, erreichte bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 376.769 Stimmen, was 14,4% bzw. 14 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

6 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931 (S. 378 f.) verzeichnet für 1930 15.486, für 1929 13.180 neue Konkurse. Vgl. außerdem Dok. 44, Anm. 13, Dok. 60, Anm. 6, Dok. 63, Anm. 11 und 12.

7 Zur Politik des Kabinetts Brüning vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II. Einleitung, S. XXX ff.

riellen Werte für jedermann eine Warnung sein! Allein, ein Teil unserer sogenannten antimarxistischen Parteien will mit Absicht aus der Geschichte nichts lernen. Denn wenn sie wollten, müßten Sie heute wissen, was der Marxismus ist und was er für ein Land bedeutet. So aber verschließen sie mit Absicht vor dieser Gefahr ihre Augen und versuchen statt dessen immer wieder - angeeifert [8] von ihren Ratgebern - Brücken zum Marxismus zu schlagen. *Die Landtagswahlen in Sachsen waren aber eine Hinrichtung gerade der Parteien, die eine solche Zusammenarbeit der behauptungsweise antimarxistischen Gruppen mit dem Marxismus in Sachsen als wenigstens im Bereiche der Möglichkeit liegend, hinstellten und verteidigten* [9].

Das Charakteristische an den Sachsenwahlen ist folgendes:

Seit Jahrzehnten ist der Gesamtmarxismus gerade in diesem Lande ununterbrochen gewachsen [10]. *Mit dem Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung ist dieses Wachstum nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern steht im Begriff, in eine rückläufige Bewegung verwandelt zu werden.*

Die Mandatsverteilung im neuen Sächsischen Landtag gibt kein richtiges Bild der politischen Bewegung an sich. Wie so oft hat das Bürgertum seine Wählerpflicht dem Vergnügen hintan gesetzt, ganz abgesehen von einer schon wahrhaft heillosen Zersplitterung [11]. Die durch die geringe Wahlbeteiligung [12] zustandegekommene Senkung des Divisors kam in erster Linie der Sozialdemokratie zugute.

---

8 Österreichische, süddeutsche Mundart für: anspornen.

9 Gemeint sind die bürgerlichen Parteien, denen zumindest eine Koalition mit den Altsozialisten akzeptabel erschien.

10 Ergebnisse bei den sächsischen Landtagswahlen in Prozent:

	1919	1920	1922	1926	1929	1930
KPD	–	5,7	10,5	14,5	12,8	13,6
USPD	16,3	13,9	–	–	–	–
SPD	41,6	28,3	41,8	32,1	34,2	33,4

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

11 Mandatsverteilung der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag:

	1929	1930
DDP	4	3
DVP	13	8
DNVP	8	5
Wirtschaftspartei	11	10
Sächsisches Landvolk	5	5
Volksnationale Reichsvereinigung	–	2
Christlich-sozialer Volksdienst	–	2
Volksrecht-Partei	3	2
	44	37

Das Zentrum war im sächsischen Landtag nicht vertreten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

12 Die Beteiligung für die Landtagswahl vom 22.6.1930 lag bei 73,6%. Die höchste Wahlbeteiligung hatte es bei der sächsischen Landtagswahl vom 5.11.1922 mit 81,8%, die niedrigste bei der Landtagswahl vom 14.11.1920 mit 70,4% gegeben. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

Der ziffernmäßige Zuwachs der Nationalsozialistischen Partei setzt sich im wesentlichen aus drei Faktoren zusammen [13]:

Erstens: Aus dem Gesamtverlust der marxistischen Parteien in einer Höhe von rund 80.000 Stimmen [14]. (S.P.D., K.P.D., A.S.P. [15])

Zweitens: *Aus einer Jungwählerschaft* [16], *die seit Jahren vom Marxismus durch die N.S.D.A.P. abgelenkt und aufgefangen wird.*

Drittens: Aus jenem Teil nationalgesinnter Wähler, die bisher in liberalen Parteien standen, nun aber endlich das ewige Spiel mit dem Marxismus satt haben. Denn eines ist klar: von der Deutschen Volkspartei sind nicht die Elemente zu uns gestoßen, die unzufrieden waren, weil die Deutsche Volkspartei nicht mit dem Marxismus paktierte, sondern diejenigen, die eine solche Möglichkeit aus verschiedenen Gründen annahmen oder befürchteten. *Nicht enttäuschte Demokraten sind es, sondern verbitterte nationale bürgerliche Elemente, die zu den Parteien des ewigen Paktierens mit dem Marxismus kein Vertrauen mehr besitzen.* Daher hat auch die Deutschnationale [*Volks*]Partei - wenn man ihre christliche Splittergruppe [17] hinzurechnet - knapp 1 Mandat verloren, die mit dem Marxismus aber immer liebäugelnde Deutsche Volkspartei fünf.

So setzt sich unser Gewinn von rund einer Viertelmillion Stimmenzuwachs zusammen [18].

Nun hat der Wähler entschieden. Von 5 Mandaten ist die Nationalsozialistische Partei auf 14 gestiegen. Sie ist damit zur zweitstärksten Fraktion geworden. So sehr wir auch in aller Zu-

---

13 Zu den damaligen Verschiebungen der Stimmenanteile zwischen den deutschen Parteien vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 101 ff.

14 Stimmenanteile bei den sächsischen Landtagswahlen:

	1929	1930
KPD	345.530	355.381
SPD	922.932	871.114
ASP	39.568	19.206
	1.308.030	1.245.701

Die Differenz betrug demnach 62.329 Stimmen. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

15 Die sächsische SPD hatte sich gespalten, als ein Teil der Landtagsfraktion nicht bereit war, die am 4.1.1924 gebildete Koalition des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Max Heldt mit der DVP und DDP zu akzeptieren. Die 23 Landtagsabgeordneten der SPD, die am 24.1.1924 den Antrag des linken Flügels der SPD auf Landtagsauflösung verhindert hatten, wurden bis April 1926 aus der SPD ausgeschlossen und konstituierten sich im Juli 1926 als "Alte Sozialistische Partei Sachsens". Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 808 f.

16 Obwohl in der NSDAP und ihren Gliederungen die Jugend weit überrepräsentiert war (vgl. Dok. 44, Anm. 22), liegen keine Anzeichen dafür vor, daß sich dieser Trend in einer stärkeren Affinität der deutschen Jungwähler zur NSDAP niederschlug. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 146 ff.

17 Gemeint ist der Christlich-soziale Volksdienst, für den bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 2,2% der Wähler votiert hatten, was 2 Mandaten entsprach. Die DNVP, die bei der Landtagswahl vom 12.5.1929 noch 8% der Stimmen erhalten hatte, entsprechend 8 Mandaten, fiel bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 auf 4,8%, bzw. 5 Mandate. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108 sowie Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 464 ff.

18 Die Zahl der NSDAP-Wähler hatte sich von der Landtagswahl vom 12.5.1929 bis zur Landtagswahl vom 22.6.1930 um 242.811 erhöht. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

kunft unseren Kampf um die politische Macht mit legalen Mitteln durchsetzen werden [19], so sehr wollen wir alle Möglichkeiten wahrnehmen, um das große Ziel der Befreiung der Nation zu erreichen. Die Nationalsozialistische [*Arbeiter*]Partei wird sich bei jeder ihr zusagenden Gelegenheit an Regierungen beteiligen [20] zur Erreichung ihrer Zwecke - *so wie gewisse Voraussetzungen als gegeben angesehen werden können.* Denn die Partei beteiligt sich nicht an einer öffentlichen Gewalt, um ihren reformatorischen Ideen oder Gedanken abzuschwören, sondern im Gegenteil, um ihnen eine Verwirklichung wenigstens in dem Ausmaß zu ermöglichen, die dem durch die Wahl festgestellten ähnlichen Willen des Volkes entspricht. Wir *können* mitregieren, aber wir *müssen* nicht mitregieren!

Im Gegenteil!

Ich glaube, wir Nationalsozialisten, wir dürften schon zur Genüge bewiesen haben, wie sehr wir die Waffe der Opposition zu führen fähig sind. Wir werden aber weder ein Land noch das Reich jemals durch *unsere* Schuld dem Marxismus in die Hände liefern [21]. Das Vertrauen, das die Wähler uns schenken, wollen wir nach bestem Wissen und Gewissen im Dienste unseres Volkes anlegen und verwerten.

Jeder Volksgenosse, der seine Stimme der nationalsozialistischen Bewegung gibt, soll wissen, daß wir sie getreulich in die Waagschale unseres politischen Wollens legen und daß wir immer versuchen werden, auch ihr Gewicht dem deutschen Volke zugute kommen zu lassen. Denn so sehr wir uns in unserem Kampfe nur verfassungsmäßiger Mittel bedienen wollen, so sehr erstreben wir aber auch durch sie und mit ihnen eine grundlegende Neugestaltung des deutschen Geistes und des deutschen Lebens. Das Ziel der Wiederherstellung eines einheitlichen Volkskörpers an Stelle der bürgerlichen und proletarischen Klassen ist ein unverrückbares. Die Eroberung des deutschen Arbeiters für das kommende Reich ist die Lebensaufgabe von uns allen!

Heute stellt uns der große Erfolg unserer Bewegung in Sachsen vor eine klare Entscheidung: *Wollen die bürgerlichen Parteien den Marxismus als Freund - und zwar gleich in welcher Form - , so wählen sie damit unsere Feindschaft, und wir werden ihnen dann beweisen, daß ihr vergängliches Regiment von noch kürzerer Herrlichkeit sein wird als das letzte* [22]. Und

---

19 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

20 Anspielung auf die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung in Thüringen. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 11, Anm. 17.

21 Möglicherweise Anspielung auf die zunächst geheimen und ergebnislosen Kontakte, welche der damalige Fraktionsvorsitzende der NSDAP im sächsischen Landtag, Hellmuth von Mücke, nach der Landtagswahl vom 12.5.1929 mit Vertretern von SPD und KPD angebahnt hatte. Da sich Hitler von derartigen Koalitionsverhandlungen strikt distanziert hatte (vgl. Bd. III/2, Dok. 49), war Mücke daraufhin aus der NSDAP ausgetreten. Vgl. Mückes Darstellung in Fränkische Tagespost vom 3.8.1929, "Hellmuth v. Mücke an Adolf Hitler" sowie Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 479 f.

22 Nach der Landtagswahl vom 22.6.1930 gelang es den sächsischen Parteien nicht, sich auf eine mehrheitsfähige Regierung zu einigen. Um einem Mißtrauensvotum zuvorzukommen, trat die aus Beamten bestehende Regierung unter Ministerpräsident Walter Schieck bereits am 10.7.1930 zurück, führte jedoch bis März 1933 die Regierungsaufgaben als "Geschäftsministerium" weiter. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, S. 811 f.
Auch Hitler beteiligte sich im Anschluß an die Landtagswahl vom 22.6.1930 persönlich an den Koalitionsverhandlungen in Dresden. Dabei wurde von seiten der NSDAP u. a. Gregor Straßer als sächsischer Ministerpräsident oder Innenminister vorgeschlagen, außerdem beanspruchte die NSDAP das sächsische

daß der Erfolg des 22. Juni 1930 für uns kein Glücksfall gewesen ist, sondern die Frucht und der Lohn einer sittlich gerechtfertigten, fleißigen Arbeit [*sic!*]. Es wird dann - sei es früher oder später - erst recht die Stunde kommen, da das Volk erneut die Gelegenheit zur Prüfung der Leistung seiner gewählten Parteien erhält. Da aber können sich unsere Gegner dann gesagt sein lassen: Wer mit dem Marxismus paktiert, geht daran zugrunde. Das Bürgertum hat es in seiner Hand zu bestimmen, aus welchem Lager die nächste Wahl unsere Reihen stärkt.

Wollen die antimarxistischen Parteien aber sich auf ihre wirkliche Aufgabe besinnen, dann wird sich ein Weg finden, um auch ohne Marxismus regieren zu können. Allein, auch darin täusche man sich nicht: *Wir Nationalsozialisten werden in keiner Position das willenlose Schwänzchen anderer Organisationen oder Parteien sein!*

Wir wissen, daß unser letztes Ziel nur durch die legale Erfassung der gesamten Staatsgewalt erreicht werden kann. Allein, wir wollen schon heute darüber keine Zweifel lassen, daß wir in jeder Position, entsprechend der Größe unseres Einsatzes, auch fordern.

Die Richtlinien aber, die wir bei der Zusammenarbeit mit anderen Parteien in den einzelnen Ländern aufstellen und befolgen werden, sind zur Zeit etwa folgende:

1. Finanzielle Sanierung durch eine mit eiserner Sparsamkeit wirtschaftende saubere Verwaltung. Rücksichtslosen Abbau des alles überwuchernden politischen Beamtentums ohne praktische Vorbildung. Schutz des Berufsbeamtentums und Wahrung seiner verdienten Rechte. *Schärfste Einschränkung aller in schreiendem Mißverhältnis zur allgemeinen Not stehenden Spitzengehälter.* Vereinfachung des Verwaltungsapparates nach bester Möglichkeit. Erfüllung der selbstverständlichen sozialen Pflichten.

2. Schutz der deutschen Nationalwirtschaft. Einfügung des Kapitals in den Dienst der Wirtschaft und der Wirtschaft in den Dienst des Volkes. *Schutz unserer Produktion durch die Organisation einer Abwehr der Überflutung unseres Binnenmarktes mit fremden Produkten und Erzeugnissen* aus dem Volke selbst heraus.

3. Schutz der Länder vor den unitarischen Zerstörungsabsichten[23] *mit dem ersichtlichen Zweck der Vernichtung geistiger und kulturell gesunder, traditionsbewußter eigenstaatlicher Keimzellen unseres nationalen Lebens.* Unbeschadet unserer Einstellung zur legalen Verfassung [*sic!*] wird es unser Ziel sein, die Länder zum lebendigen Protest gegen eine Reichspolitik aufzurufen, die wir als verderblich für Volk und Staat erkennen und deren Ablehnung durch die Institution des Reichsrats gesetzlich zulässig ist[24].

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium. Der von NSDAP, Wirtschaftspartei, DVP, DNVP, Sächsischem Landvolk, Christlich-Sozialem Volksdienst und Volksrecht-Partei als Ministerpräsident favorisierte Friedrich Krug von Nidda und von Falkenstein (DNVP), von 1927-1930 sächsischer Wirtschaftsminister, erhielt jedoch nicht die erforderliche Stimmenzahl. Von den bürgerlichen Parteien stimmten die Landtagsabgeordneten von DDP und Volksnationaler Reichsvereinigung nicht für Krug von Nidda. Vgl. Kissenkoetter, Gregor Straßer, S. 44 ff. sowie Sächsischer Beobachter vom 1.7.1930, "Scheitern der Koalitionsverhandlung?"; Sächsischer Beobachter vom 11.7.1930, "Neuwahlen in Sachsen?"; Dresdner Neueste Nachrichten vom 16.7.1930, "Um die Regierung in Sachsen"; Sächsische Volkszeitung vom 16.7.1930, "Ein totes Rennen"; Sächsischer Beobachter vom 17.7.1930, "Hitler umwirbt Mahraun"; Sächsischer Beobachter vom 24.7.1930, "Das Bürgerblock-Kabinett in Sachsen wieder gescheitert".

23 Zu den stagnierenden Versuchen einer Reichsreform vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen.

24 Anspielung auf Artikel 74 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919, der u. a. festlegte: "Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu." Druck: RGBl. 1919, S. 1397.

Die Länder haben in allen ihnen zustehenden Belangen die Interessen der in ihnen lebenden Teile unseres deutschen Volkes um so mehr und entschiedener wahrzunehmen, als die Reichspolitik dies außer Acht läßt.

4. Bewußte Nationalisierung unseres Volkes, Erziehung zum Geiste des Widerstandes und der politischen Ehrenhaftigkeit als Nation.

5. Erhaltung und Sicherung der Grundlagen unserer christlich-deutschen Kultur in Erziehung und Auswirkung. Schutz unserer tausendjährigen politischen und kulturellen Tradition. Kampf gegen den wurzellosen bolschewistischen Geist auf allen Gebieten.

Wenn unsere antimarxistischen Parteien diese Gedankengänge heute ablehnen oder nur in der Theorie anzuerkennen vermögen, stellen sie sich selbst in die Reihen des Feindes, den sie zu bekämpfen vorgeben. Sind sie aber bereit, diese Grundauffassungen als berechtigte und mögliche zu achten, dann wird sich auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nirgends der Forderung nach Verantwortung entziehen.

28. Juni 1930 Dok. 66
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.6.1930.

Ob ich wohl heute in meiner Beurteilung des Herrn Schober und der bürgerlichen Parteien gerechtfertigt bin [1]? Ich glaube, heute werden mir im stillen sehr viele deutsch-österreichische Heimwehrleute, die vielleicht noch vor wenigen Monaten grollten, Abbitte leisten. Ich muß allerdings zugeben, daß ich an eine so schnelle Bestätigung meiner Behauptungen selbst nicht geglaubt habe. Vor allem glaubte ich nicht, daß man so ganz grenzenlos dumm handeln würde, wie man es nun getan hat. Daß die bürgerlichen Parteien und ihre Männer zu jeder Gemeinheit fähig sind, weiß man aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte zur Genüge. Daß ihre Gemeinheit aber am Ende sich sogar von der Vernunft lossagt, die der gewöhnlichste Spitzbube sein eigen nennt, ist wirklich bemerkenswert. Daß die österreichische Heimwehr, die ausschließlich allein vor drei Jahren den österreichischen Staat vor dem Bankerott, vorm politischen Bolschewismus gerettet hat [2], von den bürgerlichen Parteien den bekannten Mohrentritt [3] erhalten wird, war selbstverständlich. Daß man aber sich zu einem Vorgehen so schamloser Art herabwürdigt, haben selbst scharfe Verurteiler unserer bürgerlichen Parteiwelt nicht für möglich gehalten. Es hat sich in der Geschichte nun wieder einmal der Fall zugetragen, daß ein Deutscher, der erst als tapferer Soldat an den gemeinsamen Fronten kämpfte in einem Kriege, den gerade der österreichische Staatskadaver des Herrn Schober der deutschen Nation aufgeladen hat [4], ein Deutscher, der nach dem Zusammenbruch, der selbst wieder von diesem

1 Vgl. Dok. 1, 46 und 52.
2 Vgl. Dok. 46, Anm. 6.
3 Vgl. Dok. 46, Anm. 11.
4 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg?.

Staatskadaver seinen Ausgang nahm, erst in Deutschland für die Wiedererhebung der Nation focht, später nahezu ein Jahrzehnt im wesentlichen mitgeholfen hat, die Hilfe zu organisieren, die nicht nur einen bolschewistischen Brand zunächst abdämpfte, sondern einer bestimmten, behauptungsweise "antibolschewistischen" Regierung in den Sattel half [5], aus dem Lande von einer bürgerlichen nationalen Regierung ausgewiesen wurde, dem er als braver Patriot diente! Ja, zu einer solch hundsföttischen Gesinnung eignet sich das politische deutsche Bürgertum. Aber noch mehr als das. Ein bürgerlicher Minister [6] liefert denselben Mann, dem er selbst Stellung und Posten verdankt, zur letzten Entscheidung einem Juden aus, der vor drei Jahren im Mittelpunkt der austromarxistischen Revolte stand. *Der Ehrenmann Schober läßt dem Deutschen Pabst [7] von dem Juden Pollaksohn [8] in Wien in zweiter Instanz den Ausweisungsbefehl zustellen und bestätigen, und der brave bürgerliche Staatsminister Schober exportiert den Stabschef der Heimwehr, Pabst, durch den Juden Pollaksohn nach Italien [9]!* Ich kann mir denken, welches Unmaß von Verachtung die italienischen Offiziere erfüllt haben mag, als der deutsche Freiheitskämpfer von deutschen Bürgerlichen eskortiert, ihnen ausgeliefert wurde [10] und gezwungen war, um ihre Gastfreundschaft zu bitten! Das, meine lieben Parteifeunde, schlägt diesen bürgerlichen Lügnern in ihr Gesicht zurück, wenn sie ihren verlogenen Patriotismus gegen Italien je wieder zu speien beginnen! Nur in Deutschland und in Österreich ist es denkbar, daß ein Mann wegen seiner nationalen Gesinnung aus dem Vaterlande vertrieben wird. Und nur hier allein ist es möglich, unter dem Regiment dieser verkommenen bürgerlichen Parteien, die den Namen und Begriff Nation mit immer neuer Schande beladen, daß der nationale Deutsche am Ende um Zuflucht bitten muß bei den Mächten, gegen die er vor 15 Jahren mit der Waffe in der Faust kämpfte und die uns, dank dem Verrat und der Falschheit unserer Parteien, endlich die Friedensverträge diktierten. Ihr habt schon recht: Ihr

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

6 Gemeint ist Bundeskanzler Johannes Schober.

7 Waldemar Pabst (1880-1972), 1899 preußischer Leutnant, 1918 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Juli 1919 Verabschiedung, 1920 Major, Teilnahme am Kapp-Putsch, Flucht nach Österreich, 1922 Stabschef der österreichischen Heimwehr, 1930 und 1931 Ausweisung, 1932 Aufhebung der Ausweisung, 1939 Major d. R., 1940 Entlassung aus dem Heer, 1943 Emigration in die Schweiz.

8 Gemeint ist Karl Seitz (1869-1950), Volksschullehrer, sozialdemokratischer Politiker, 1901 Abgeordneter im Reichsrat, Oktober 1918 - Februar 1919 einer der drei gleichberechtigten Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung, Februar 1919 - Dezember 1920 Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung, 1923-1934 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, 1944/45 Inhaftierung im KZ Mauthausen.

9 Vor dem Hintergrund der heterogenen Interessenlage der Heimwehr hatte deren Führung mit dem "Korneuburger Gelöbnis" am 18.5.1930 versucht, die Heimwehr auf ein Programm auszurichten, das sich klar gegen die herrschende Verfassung richtete und unverhohlen die politische Macht forderte. Für Schober, der damals die Heimwehrführung auszuwechseln oder zumindest zu spalten suchte, war damit ein Grund gegeben, Pabst am 15.6.1930 verhaften zu lassen und ihn als unerwünschten Ausländer innerhalb 24 Stunden auszuweisen. Das entschiedene Vorgehen Schobers sorgte für beträchtliche Unruhe, etwa in Form einer Intervention der Tiroler Landesregierung oder in der Rücktrittsdrohung des Heeresministers Carl Vaugoin, ohne daß sich die Heimwehr jedoch fähig zeigte, Schobers Politik zu revidieren. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 55 f., 255 ff. sowie Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 75 f.

10 Da der deutsche Haftbefehl für Pabst nicht aufgehoben war, hatte dieser Italien als Exilland gewählt. Pabst traf am Abend des 15.6.1930 mit dem Flugzeug in Venedig ein. Vgl. VB vom 17.6.1930, "Der Heimwehrführer Major Pabst von Schober verhaftet und ausgewiesen". Bereits im November 1930 konnte Pabst nach Österreich zurückkehren.

wollt keinen Faschismus! Nein: Ihr wollt die Gemeinheit, die Charakterlosigkeit, ihr wollt die Schamlosigkeit, und das alles heißt nicht Faschismus.

Über all dem persönlichen Schmerz muß man aber sich zu folgender Erkenntnis durchringen: Was die bürgerlichen Parteien auch in ihre Hände nehmen, geht zugrunde. Sie haben einst Deutschland vernichtet, als es Kaiserreich war, sie vernichten heute die Republik. Sie vernichten jede Idee, am Ende zerstören sie jeden Volkszusammenhang, unter ihrer erheuchelten Parole von Ruhe und Ordnung demolieren Sie den Begriff Nation, genau so, wie sie unter der Phrase "Staatsautorität" die Würde und Freiheit des Staates verludern und verschleudern. Für das Linsengericht [11] von einer Anleihe [12] liefern sie die besten Söhne des Vaterlandes aus, für das Geld um ihre Lotterwirtschaft zu decken, verkaufen sie Ehre, Waffe und Freiheit, knebeln die Verkünder einer aufrechten, öffentlichen Meinung und buhlen um die Gunst des schäbigsten Finanzjuden. Vor drei Jahren war es der österreichischen Heimwehr gelungen, den großen Schwung einer freudigen Begeisterung in die Herzen des Volkes hineinzubringen [13]. Drei Jahre später, und die bürgerlichen Parteien, an der Spitze Herr Schober, bringen es fertig, die Begeisterung zu verwischen, das nationale Lager zu entzweien, Unfrieden zu säen, die große, schwunghafte Idee abzubremsen. Würde der Bolschewismus nicht die beste Rassenauslese vernichten, sondern nur mit dem bürgerlichen Parteigeschmeiß aufräumen, man wäre fast versucht, ihn dann zu segnen. So darf man auch in solchen Zeiten nicht die unendlichen Grundwerte unseres Volkes vergessen oder übersehen und muß sich statt dem immer vor Augen halten, daß Regierungsparteien und Regierungssysteme vorübergehende Erscheinungen sind, die nur sehr bedingt einen Rückschluß auf den Wert eines Volkes selbst zulassen. Perioden der Größe der Völker wechseln immer ab mit Perioden der Gemeinheit und Erbärmlichkeit, in denen der ewige Jude das goldene Kalb [14] der Menschheit voranführt und politische Zuhälter um sich sammelt.

Die nationalsozialistische Bewegung, die selbst augenblicklich wieder einer ebenso lächerlichen wie unanständigen Verfolgung ausgesetzt ist [15], kann aus all dem und wird aus all dem lernen. Schärfstes Zusammenfassen der Partei, rücksichtslose Säuberung von allen nicht blind gehorchenden Elementen [16], hundertprozentige Selbständigkeit nach allen Seiten, ausschließliches Vertrauen auf die eigene Kraft und Wahrnehmung jeder Möglichkeit, die, ohne dem Gegner die geringste Handhabe zu geben, Erfolge zeitigen kann. Keine Gesetzwidrigkeit in den Taten [17] und keinen Kompromiß im Geist!

11 Anspielung auf 1. Mose 25, 29-34.
12 Vgl. Dok. 46, Anm. 14.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.
14 Anspielung auf 2. Mose 32.
15 Gemeint ist das Verbot von nationalsozialistischen Uniformen. Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
16 Anspielung auf den Konflikt mit der Gruppe um Otto Straßer. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

30. Juni 1930 [1] Dok. 67
Schreiben an die Berliner Gauleitung der NSDAP [2]

Druck: VB vom 4.7.1930, "Ein Brief Hitlers an die Berliner Gauleitung" [3].

Herrn
Dr. Joseph Goebbels,
Gauleiter, Berlin

Seit Monaten verfolge ich als verantwortlicher Leiter der N.S.D.A.P. Versuche, in die Reihen der Bewegung Uneinigkeit, Verwirrung und Disziplinlosigkeit hineinzutragen [4]. Die Unmöglichkeit, die nationalsozialistische Bewegung von *außen* zu brechen, wird heute offen zugegeben und ebenso offen angeraten, die verhaßte Feindin des heutigen Systems durch *innere* Aushöhlung zum Zusammenbruch zu bringen. Leider haben sich einzelne Parteigenossen, ob bewußt oder unbewußt ist gleich, in den Dienst dieser Absichten gestellt. Unter der Maske, für den Sozialismus kämpfen zu müssen [5], wird eine Politik zu vertreten versucht, die vollkommen der Politik unserer jüdisch-liberal-marxistischen Gegner entspricht [6]. Was von diesen Kreisen gefordert wird, ist der Wunsch unserer Feinde, angefangen von der Roten Fahne [7] bis zur Frankfurter Börsenzeitung. Ich halte es nunmehr für notwendig, diese destruktiven Elemente rücksichtslos und ausnahmslos aus der Partei hinauszuwerfen [8].

Den Wesensinhalt unserer Bewegung haben wir geformt und bestimmt, die wir diese Bewegung gründeten und die wir für sie kämpften, für sie in den Gefängnissen litten, und die wir sie aus dem Zusammenbruch [9] auch wieder zur heutigen Höhe emporgeführt haben.

---

1 Datierung nach Der Angriff vom 3.7.1930, "Ein Brief des Führers".
2 Zur Entstehung und Wirkung von Hitlers Brief vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 568 ff.
3 Textgleicher Abdruck mit differierenden Hervorhebungen: Der Angriff vom 3.7.1930, "Ein Brief des Führers".
4 Anspielung auf die Spannungen zwischen dem linken, von Otto Straßer dominierten Flügel der NSDAP und Hitlers absolutem Führungsanspruch. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
Da die Gruppe um Otto Straßer einen ausgesprochenen Schwerpunkt in Sachsen besaß, hatte Hitler die sächsische Landtagswahl vom 22.6.1930 abgewartet (vgl. Dok. 65), bevor er sich öffentlich von diesem Flügel der NSDAP distanzierte.
5 Vgl. hierzu Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 57 ff.
6 Vgl. Otto Straßers nachträgliche Darstellung (Ministersessel oder Revolution?) der ähnlich verlaufenden Diskussion zwischen ihm und Hitler am 20./21.5.1930. Vgl. ferner Dok. 38, Anm. 4.
7 Seit 9.11.1918 Zentralorgan des Spartacusbundes, seit 3.12.1918 Zentralorgan der KPD. Vgl. Kurt Koszyk, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.
8 Otto Straßer und seine Anhänger kamen dem bereits laufenden Parteiausschlußverfahren zuvor und distanzierten sich mit ihrem Aufruf "Die Sozialisten verlassen die NSDAP!", publiziert in Der Nationale Sozialist vom 4.7.1930, öffentlich von der NSDAP. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff, ferner Dok. 70.
9 Anspielung auf das Verbot der NSDAP im November 1923. Vgl. Dok. 13, Anm. 36 und Dok. 37, Anm. 9.

Wem dieser von uns und in erster Linie von mir der Bewegung zugrundegelegte Wesensinhalt nicht paßt, soll in die Bewegung nicht kommen oder hat sie wieder zu verlassen. Die Nationalsozialistische Partei wird, solange ich sie führe, kein Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist: eine Organisation der Disziplin, die nicht für doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel [10] geschaffen wurde, sondern zum Kampf für eine Zukunft Deutschlands, in der die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden und ein neues deutsches Volk sich selbst sein Schicksal bestimmt!

Ich habe Sie, lieber Herr Doktor Goebbels, vor Jahren auf den schwersten Platz des Reiches gestellt [11] in der Hoffnung, daß es Ihrer Energie und Tatkraft gelingen wird, aus dem Durcheinander nationalsozialistischer Bestrebungen in Berlin eine einheitliche, straffe Organisation zu bilden. Sie haben diese Aufgabe in einer Weise gelöst, daß Ihnen der Dank der Bewegung und vor allem meine eigene höchste Anerkennung sicher ist. Ich muß Sie nun heute bitten, in Verfolgung dieser einst gestellten Aufgabe die rücksichtslose Säuberung der Partei von allen jenen Elementen in Berlin durchzuführen [12], deren Auffassungen im wesentlichen den Ansichten unserer Gegner entsprechen und die nun versuchen wollen, diesen ihren Ansichten unter Bruch der Partei-Disziplin Gehör zu verschaffen [13]. Ich habe den Reichs-Untersuchungs-Ausschuß angewiesen, Sie in dieser Aufgabe mit allen Mitteln zu unterstützen. Greifen Sie rücksichtslos und scharf zu. Ich spreche Ihnen schon im vorne hinein [*sic!*] meinen Dank und meine Anerkennung für die Durchführung dieser Arbeit aus. Sie haben hinter sich die gesamte Organisation der Bewegung, den gesamten Führerstab, die gesamte S.A. und S.S., alle Vertreter der Partei in den öffentlichen Korporationen und gegen sich ein halbes Dutzend berufsmäßiger Querulanten und Literaten [14]!

Also handeln Sie! Die Reichsparteileitung wird ihrerseits alles tun, was nötig erscheint, um Ihren Willen durchzusetzen und Ihren Anordnungen Befolgung zu verschaffen [15].

Mit deutschen Gruß!

gez. *Adolf Hitler*

1. Parteivorsitzender

---

10 Mit den zum Teil selben Begriffen hatte Goebbels zwischen März und Mai 1930 in "Der Angriff" die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gruppe um Otto Straßer eingeleitet. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 31 mit Anm. 49.

11 Hitler hatte Goebbels am 26.10.1926 zum Leiter des Gaues Berlin-Brandenburg ernannt. Vgl. Bd. II/1, Dok. 40.

12 Zu den damaligen Auseinandersetzungen zwischen Goebbels und den Brüdern Straßer vgl. Reuth, Goebbels, S. 163 ff.

13 Vgl. hierzu Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 41 ff.

14 Den Aufruf "Die Sozialisten verlassen die NSDAP!", mit dem sich die Gruppe um Otto Straßer offen von der NSDAP distanzierte, hatten Otto Straßer sowie 25 weitere Anhänger aus dem Raum Berlin unterschrieben. Vgl. Anm. 8.
Vermutlich traten in den ersten Wochen etwa 800 Mitglieder der NSDAP in die von Otto Straßer gegründete "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" ein. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 46.

15 Hitlers beabsichtigte Rede auf der Gautagung des NSDAP-Gaues (Groß-)Berlin am 3.7.1930 wurde wegen seiner Teilnahme an den Koalitionsverhandlungen in Sachsen abgesagt. Vgl. Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung IA, Tgb. Nr. 2584 IA. 7. 30 vom 23.6.1930 sowie Tgb. Nr. 2914 IA. 7. 30 vom 7.7.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302.

Juni 1930 Dok. 68
"Reichswehr und deutsche Politik"
Artikel [1]

Nationalsozialistische Monatshefte Heft 3 vom Juni 1930 [2].

Wenn die Aufgabe der Außenpolitik des alten bürgerlich-nationalen Staates einst in erster Linie die weitere Einigung der Angehörigen der deutschen Nation in Europa gewesen wäre, um sich dann zu einer höheren völkisch aufgefaßten Raumpolitik emporzuschwingen, dann muß die heutige deutsche Außenpolitik vor allem der inneren Ausbildung und Förderung eines neuen deutschen Machtinstrumentes die Wege ebnen. Denn dem außenpolitischen Wollen der Vorkriegszeit stand ein, vom völkischen Standpunkt aus gemessen, vielleicht nicht sehr hoch anzusprechender Staat, aber dafür mit einer um so wundervolleren Heereseinrichtung zur Verfügung [*sic!*]. Wenn auch das damalige Deutschland schon längst nicht mehr eine solche Betonung der militärischen Werte kannte wie etwa das alte Preußen, und deshalb besonders im Umfang der Heeresorganisation von anderen Staaten übertroffen wurde [3], so war doch die innere Güte der alten deutschen Armee allen ähnlichen Einrichtungen unvergleichlich überlegen. Dieses beste Instrument der Kriegskunst stand der außenpolitischen Staatsleitung zur Verfügung. Dank diesem Instrument sowie der allgemeinen Einschätzung, die es genoß [4], war die Freiheit unseres Volkes nicht nur ein Ergebnis unserer tatsächlich erprobten Stärke, sondern des allgemeinen Kredits, den wir im Anblick der deutschen Armee sowohl als allerdings auch zum Teil [*sic!*] infolge des übrigen vorbildlich sauberen Staatsapparates genossen.

Dieses wichtigste Instrument im Dienste der außenpolitischen Interessen eines Volkes besitzt das Deutsche Reich von heute nicht mehr [5] oder zumindest in einem vollkommen ungenügenden Umfange, und weit entfernt von derjenigen Verfassung, die seinen früheren Wert bedingte.

Das deutsche Volk hat ein Söldnerheer bekommen [6]. Diese Söldnertruppe läuft Gefahr, zu einer mit besonderen technischen Waffen ausgerüsteten Polizei herabzusinken [7]. Der Vergleich des deutschen Söldnerheeres mit dem englischen fällt zuungunsten des deutschen aus. Das englische Söldnerheer war zu allen Zeiten die Trägerin der militärischen Verteidigung

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen überarbeiteten Auszug aus jenem zusammenhängenden Manuskript, das Hitler im Sommer 1928 verfaßte und das 1961 erstmals von Gerhard L. Weinberg unter dem Titel "Hitlers Zweites Buch" publiziert wurde. Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 107-112.

2 Die von Hitler offiziell herausgegebenen Nationalsozialistischen Monatshefte erschienen unter der Schriftleitung von Alfred Rosenberg seit 1.4.1930. Vgl. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, S. 20.

3 Die Friedensstärke des deutschen Heeres betrug 1914 761.000 Mann, die des österreichisch-ungarischen 478.000 Mann, des französischen 927.000 Mann und des russischen 1.445.000 Mann. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 247.

4 Zum damaligen Verhältnis von Gesellschaft und Armee im Deutschen Reich vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland. Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960, S. 117 ff.

5 Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

6 Vgl. Dok. 37, Anm. 3.

7 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte u.a.: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

und des Angriffs und damit der militärischen Tradition Englands gewesen. England besaß in seiner Söldnertruppe und in seinem eigentlichen Milizsystem die Heeresorganisation, die bei seiner insularen Lage für die Durchfechtung der englischen Lebensinteressen genügte, ja passend erschien [8]. Der Gedanke, der die englische Angriffs- und Widerstandskraft sich in einer solchen Form äußern ließ, war dabei keineswegs der Feigheit entsprossen, dadurch den *allgemeinen* Bluteinsatz des englischen Volkes vermeiden zu können. Im Gegenteil, England kämpfte mit Söldnern, solange die Söldnertruppe für die Verfechtung englischer Interessen genügte. Es rief Freiwillige unter die Fahnen, sowie der Kampf einen größeren Einsatz erforderte. Als aber die Not des Vaterlandes es gebot, führte es ebenso entschlossen die allgemeine Wehrpflicht ein [9]. Denn ganz gleich wie die jeweilige Organisation des britischen militärischen Wollens aussah, sie wurde stets rücksichtslos für den Kampf für England eingesetzt. Die formale Heeresorganisation war in England immer ein Instrument zur aggressiven Verfechtung englischer Interessen, verwaltet, beseelt und dirigiert von einem Willen, der auch nicht davor zurückscheute, wenn notwendig, das Blut der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen. Dort, wo übrigens Englands Interessen am ausschlaggebendsten auf dem Spiele standen, hatte es sich eine Vorherrschaft zu wahren gewußt, die bis zur Forderung des Zwei-Mächte-Standards ging [10]. Wenn man die darin liegende unendlich verantwortliche Besorgtheit mit der Leichtsinnigkeit vergleicht, mit der Deutschland - und zwar das nationale bürgerliche Deutschland - seine Waffenrüstung in der Vorkriegszeit vernachlässigte [11], muß einen heute noch tiefe Trauer erfassen. So wie England wußte, daß seine Zukunft, ja überhaupt seine Existenz von der Stärke seiner Flotte abhängt, so hätte das bürgerlich-nationale Deutschland wissen müssen, daß Existenz und Zukunft des Deutschen Reiches abhängen von der Stärke unserer Landmacht [12]. Dem englischen Zwei-Mächte-Standard zur See hätte Deutschland in Europa den Zwei-Mächte-Standard zu Lande entgegensetzen müssen. Und so wie England in eiserner Konsequenz in jeder Verletzung seines Standards zur See einen berechtigten Anlaß zum Kriege erblickte, so mußte Deutschland in Europa jeden Versuch der Überflügelung seiner Wehrmacht durch Frankreich und Rußland zugleich verhindern, wenn nötig durch eine militärische Entscheidung, die selbst herbeizuführen war und für die sich ohnehin jederzeit mehr als genügend günstige Anlässe und Gelegenheiten finden ließen.

Aber auch dabei hat das deutsche Bürgertum der Vorkriegszeit ein Bismarckisches Wort in der unsinnigsten Weise verdreht. Die Äußerung Bismarcks, er gedächte keinen Präventivkrieg zu führen [13], wurde von allen schwächlichen, energie- und aber auch verantwortungslosen Po-

8 Zu Organisation und Soziologie der britischen Streitkräfte vgl. Correlli Barnett, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

9 Mit dem Military Service Act wurde in Großbritannien am 27.1.1916 die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 41 Jahren eingeführt. Vgl. Barnett, Britain and Her Army, S. 397 f.

10 Vgl. Dok. 9, Anm. 11.

11 Vgl. Dok. 29, Anm. 6.

12 Anspielung auf die maritime Aufrüstung des Deutschen Reichs vor 1914, in Hitlers Vorstellung Hauptursache für die unzureichende Rüstung der deutschen Landstreitkräfte. Vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert, Jürgen Jensen und Michael Salewski (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69 ferner Dok. 9, Anm. 8 und 9.

13 Über den Präventivkrieg hat Bismarck rückblickend geäußert, er sei dieser Idee "stets entgegengetreten in der Überzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden kön-

litikastern mit Freude aufgegriffen zur Deckung ihrer von verheerenden Folgen begleiteten Politik des "Alles-Geschehen-Lassens". Dabei hat man nur ganz vergessen, daß alle drei Kriege, die Bismarck führte, Kriege gewesen sind, die zumindest nach den Auffassungen dieser Antipräventivkriegs-Friedensphilosophen zu vermeiden gewesen wären. Man denke, was zum Beispiel einem Preußen von der charakterlichen Veranlagung der heutigen deutschen Republik im Jahre 1870 an Beleidigungen durch Napoleon III. alles hätte zugefügt werden müssen, damit es sich dann entschlossen hätte, Herrn Benedetti [14] zu bitten, seinen Ton zu mäßigen. Weder Napoleon noch dem ganzen französischen Volk hätte es je gelingen können, die deutsche Republik von heute zu einem Sedan zu reizen! Oder glaubt man, daß der Krieg von 1866, wenn Bismarck nicht die Entscheidung gewünscht hätte, nicht zu verhindern gewesen wäre? Nun könnte man einwenden, daß es sich hier um Kriege zur Erreichung von klar vorgesteckten Zielen gehandelt hat und nicht um solche, bei denen der Grund nur die Angst vor einem Angriff des Gegners war. Das ist in Wirklichkeit Wortspalterei. Weil Bismarck zur Überzeugung kam, daß der Kampf mit Österreich unausbleiblich war, bereitete er sich auf ihn vor und führte ihn bei einer für Preußen günstigen Veranlassung durch. Die französische Heeresreform durch Marschall Niel ließ deutlich die Absicht erkennen, der französischen Politik (das heißt dem französischen Chauvinismus) die nötige schlagkräftige Waffe zum Angriff gegen Deutschland zu geben [15]. Tatsächlich wäre es Bismarck ohne Zweifel möglich gewesen, den Konflikt im Jahre 1870 friedlich zu irgendeiner Beilegung zu bringen. Allein es schien ihm zweckmäßiger, ihn zu einer Zeit durchzufechten, da die französische Heeresorganisation noch nicht zur vollen Wirksamkeit gekommen war [16]. Im übrigen kranken alle diese Interpretationen Bismarckischer Aussprüche daran, daß sie den Diplomaten Bismarck immer wieder mit einem republikanischen Parlamentarier verwechseln. Denn wie der Diplomat Bismarck selbst solche eigenen Aussprüche beurteilte beziehungsweise auffaßte, zeigt am besten seine Antwort an einen Frager vor Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges, der wissen wollte, ob Bismarck wirklich beabsichtigte, Österreich anzugreifen, worauf dieser mit undurchdringlicher Miene erwiderte: "Nein, ich habe nicht die Absicht, Österreich anzugreifen, aber ich hätte auch nicht die Absicht, falls ich es angreifen wollte, es Ihnen zu sagen [17]."

---

nen und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehn kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen". Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 105.

14 Vincent Comte de Benedetti (1817-1900), französischer Diplomat, 1864-1870 französischer Botschafter in Berlin. Im Juli 1870 überbrachte Benedetti die französischen Forderungen zur spanischen Thronkandidatur dem sich in Bad Ems aufhaltenden Wilhelm I. Die Ablehnung dieser Forderung führte zur französischen Kriegserklärung.

15 Seit 1867 französischer Kriegsminister, hatte Marschall Adolphe Niel (1802-1869) eine grundlegende Reorganisation des französischen Heeres durchgeführt. Zur Bedrohung Preußens durch die französische Armeereform vgl. Klaus A. Lankheit, Preußen und die Frage der europäischen Abrüstung 1867-1870, Freiburg i. Br. 1993, S. 61 ff.

16 Zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 vgl. Eberhard Kolb, Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870. Anstelle eines Nachworts. In: ders. (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987, S. 203-209.

17 Am 16.3.1866 zum österreichischen Gesandten in Berlin, Alois Graf von Károlyi. Vgl. Robert von Roosbroeck, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich

Im übrigen war der schwerste Krieg, der je von Preußen ausgefochten worden war, ein Präventivkrieg. Als Friedrich der Große endgültige Kenntnis von der Angriffsabsicht seiner alten Gegner durch eine Schreiberseele erhalten hatte, wartete er nicht aus grundsätzlicher Ablehnung eines Präventivkriegs, bis die anderen angriffen, sondern ging selbst sofort zum Angriff über [18]!

Jede Verletzung des Zwei-Mächte-Standards zu Lande hätte für Deutschland der Anlaß zum Präventivkrieg sein müssen. Denn was wäre wohl leichter vor der Geschichte zu verantworten gewesen: ein von Deutschland provozierter Kampf, der im Jahre 1904, als Rußland in Ostasien gefesselt schien [19], Frankreich niedergeworfen hätte, oder der infolge dieser Unterlassung entstandene Weltkrieg, der ein Vielfaches an Blut erforderte und unser Volk in die tiefste Niederlage stieß.

England hat jedenfalls solche Bedenken nie gehabt. Sein Zwei-Mächte-Standard zur See schien ebenso die Voraussetzung der Erhaltung der englischen Unabhängigkeit wie der britischen Weltmachtgeltung. Wenn aber seit dem Weltkrieg dieser Zwei-Mächte-Standard aufgegeben wurde, dann nur unter dem Drucke von Verhältnissen, die stärker waren als die entgegengesetzte englische Absicht. In der amerikanischen Union ist ein neuer weltpolitischer Machtfaktor entstanden von Ausmaßen, der die gesamten bisherigen Kraft- und Rangordnungen der Staaten über den Haufen zu werfen droht!

Jedenfalls aber war die englische Flotte bisher noch immer der schlagendste Beweis dafür, daß, ganz gleich wie die Form und Organisation des englischen Heeres aussah, der Wille der Erhaltung Englands und Großbritanniens niemals vor den äußersten Konsequenzen zurückschreckte.

Daher hat aber auch das englische Söldnerheer nie die üblen Eigenschaften anderer Söldnertruppen bekommen. Es war ein Kampf- und Streithaufe von wundervoller Einzelausbildung bei ausgezeichneter Ausrüstung und sportlicher Dienstauffassung. Was dabei diesem kleinen Heereskörper eine besondere Bedeutung verlieh, war die unmittelbare Berührung mit den sichtbaren Dimensionen und Lebensäußerungen des britischen Weltreiches. Dieses Söldnerheer hat ebensosehr für Englands Größe gefochten in fast allen Teilen der Welt, als es dabei aber auch Englands Größe kennenlernte [*sic!*]. Die Männer, die bald in Südafrika, bald in Ägypten und dann wieder in Indien Englands Interessen vertraten, als Inhaber seiner Waffengeltung, bekamen dadurch unauslöschliche Eindrücke von der ungeheuren Größe des britischen Imperiums. Die englische Armee ist nicht als Polizeitruppe gegen das englische Volk, sondern als Weltpolizei des britischen Reiches gedacht!

Diese Voraussetzungen fehlen der heutigen deutschen Söldnertruppe vollständig. Je mehr man sich unter dem Eindruck und dem Wirken pazifistisch-demokratischer, in Wahrheit volks- und landesverräterischer Parlamentsmajoritäten, bemüßigt sieht, diesem Geist pazifistischer

---

und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76, hier S. 70.

18 Zur Entstehung des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) vgl. Johannes Kunisch, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978, S. 17 ff.

19 Anspielung auf den russisch-japanischen Krieg 1904/05.

Demokratie in der kleinen Armee selbst Konzessionen zu machen, hört sie auch immer mehr auf, ein Instrument des Krieges zu sein, um statt dessen zu einer Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, das heißt in Wirklichkeit aber der friedlichen Unterwerfung herabzusinken.

Man kann keine Armee ausbilden und zu hohem Eigenwert bringen, wenn die Aufgabe ihres Daseins nicht die Vorbereitung zum Kampfe ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges. Dies war das Große am alten Heer, daß, unabhängig vom Gequassel im Reichstag, wenigstens in diesem Organismus die Welt noch gesehen wurde, wie sie ist und ewig sein wird. Die Führung und die Ausbildung war in der alten Armee nur vom Gedanken an den Krieg beherrscht. Daher konnte es auch zur Bildung einer Tradition kommen, die fortlaufend mit dem innersten Wesen dieser Organisation verwachsen war. Kriegerischer Ruhm der Vergangenheit kann als Tradition nur in einem mindest ebenso kriegerisch denkenden Organismus forterhalten werden. Sowie ein Heer den grundsätzlich kriegerischen Zweck seines Daseins verkennt oder aufgibt, löst es auch die Beziehungen zu einer Tradition auf, die im wesentlichen kriegerischen Ursprunges ist. Eine pazifistisch-demokratische Truppe von heute [20] hat keine innere Verbindung mehr mit einer Tradition von gestern, die ausschließlich antipazifistisch und undemokratischen Ursprungs war. Daher mag die heutige Reichswehr tausendmal "Traditionskompanien" bilden [21], es wird dies nicht den Bruch der Tradition zu verhindern vermögen. Denn die Tradition wird nicht aufrechterhalten durch äußere Formengleichheit als vielmehr durch eine innere und geistige Wertgleichheit. Je mehr man aber im heutigen Deutschland die Reichswehr geistig aus der kriegerischen Welt, die die Tradition des alten Heeres schuf, herauszulösen versucht, um so innerlich traditionsloser wird sie selbst. Denn die Fortsetzung der alten Tradition liegt nun einmal nicht in der gelungenen Überwindung von ein paar inneren Streikrevolten [22], sondern im Ruhm siegreicher Schlachten sowie in der Pflege desjenigen Geistes, der dahin führt. Die deutsche Reichswehr entfernt sich aber in Wirklichkeit von der Tradition dieses Ruhmes in eben dem Maße von Jahr zu Jahr mehr, als sie aufhört, eine Repräsentantin des bewußt und betont nationalen Gedankens zu sein. Je mehr sie in ihren eigenen Reihen den offensiven nationalen, also nationalistischen Geist tötet und dessen Repräsentanten entfernt, um statt dem Demokraten [*sic!*], ja endlich überhaupt gewöhnlichen Strebern, Posten zu geben [23], um so mehr entfremdet sie sich dem wirklichen deutschen Volk. Denn die schlauen Herren des heutigen Reichswehrministeriums mögen sich ja nicht einbilden, daß sie durch Konzessionen an den marxistisch-pazifistisch-demokratischen Teil unseres Volkes den "Anschluß an das Volk" finden könnten. Diesem Teil des deutschen Volkes nämlich ist jede militärische Organisation an sich innerlich immer verhaßt, solange sie eben Militär ist mit kriegerischen Zwecken und nicht

20 Zum politischen Selbstverständnis der Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 134 ff.

21 Für die Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1924 regelte General von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, hier S. 229 f.

22 Zum innenpolitischen Einsatz der Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 241 ff.

23 Zur Personalpolitik der Reichswehrführung vgl. ebenda, S. 167 ff.

Wach- und Schließgesellschaft internationaler Börseninteressen. Der einzige Teil, zu dem eine Armee mit militärisch wertvollem Sinn und Inhalt eine innere Beziehung unterhalten kann, ist jener bewußt nationale Kern eines Volkes, der nicht nur aus Tradition soldatisch denkt, sondern der auch aus nationaler Liebe, Gesinnung und Begeisterung jederzeit bereit ist, den Waffenrock zum Schutze, zur Ehre und zur Freiheit eines Volkes selbst anzuziehen. Es ist notwendig, daß ein Heereskörper die inneren Beziehungen zu denen aufrecht erhält, aus denen er sich in den Stunden der Not ergänzen kann, und nicht zu jenen, die ihn bei jeder Gelegenheit gemäß ihrer inneren geistigen Verfassung doch nur ablehnen, ja am Ende verraten. Daher können die heutigen Führer unserer sogenannten Reichswehr sich noch so demokratisch gebärden, so werden sie dadurch aber dennoch niemals in eine nähere Verbindung mit dem deutschen Volke gelangen können, weil das für diese Verbindung geeignete Volk sich nicht im Lager der Demokratie befindet. Indem aber besonders der frühere Chef der deutschen Reichswehr, General von Seeckt [24], der Entfernung knorriger, bewußt und betont national gesinnter Führer und Offiziere nicht nur keinen Widerstand entgegensetzte, sondern sie sogar noch befürwortete [25], hat er sich endlich das Instrument geschaffen, das ihn selbst verhältnismäßig leichten Herzens fahren ließ!

Seit dem Rücktritt des Generals von Seeckt [26] ist der demokratisch-pazifistische Einfluß unermüdlich tätig, um aus der deutschen Reichswehr das zu machen, was den parlamentarischen Regenten des heutigen Staates als angenehmstes Ideal vorschwebt: Eine republikanisch-demokratische Parlamentswache!

Mit einem solchen Instrument aber kann man dann wohl die eigene Nation niederhalten, aber keine wertvolle Außenpolitik durchführen.

Daher wäre es heute zunächst Aufgabe der deutschen Innenpolitik, dem deutschen Volke wieder eine zweckmäßige militärische Organisation seiner nationalen Kraft zu geben. Da aber die Formen der heutigen Reichswehr diesem Zwecke nie genügen können, umgekehrt aber durch außenpolitischen Zwang bestimmt sind, ist es Aufgabe der deutschen Außenpolitik, alle Möglichkeiten zu verfolgen, die die Wiederorganisation eines deutschen Volksheeres gestatten können. Denn das muß das unverrückbare Ziel jeder politischen Leitung in Deutschland sein, daß das Söldnerheer wieder von einem allgemeinen wahrhaften deutschen Volksheer abgelöst wird [27].

---

24 Hans von Seeckt (1866-1936), 1886 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs der 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung als Generaloberst, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang-Kai-scheks.

25 Nach dem Kapp-Putsch 1920 und dem Hitler-Putsch 1923 waren politisch schwer belastete Offiziere und Soldaten aus der Reichswehr entlassen worden. Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 104 ff., 203 ff.

26 Seeckt hatte Anfang September 1926 die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 501 ff.

27 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

So schlecht sich in der Zukunft die moralischen Qualitäten der deutschen Reichswehr entwickeln müssen, wenn sie immer mehr in der Rolle einer inneren Staatspolizei verkommt, so hervorragend ist der rein technische Ausbildungswert der Gegenwart. Damit könnte die deutsche Reichswehr ohne weiteres das Rahmenheer sein für das kommende deutsche Volksheer [28]. Wie es denn überhaupt die Aufgabe der deutschen Reichswehr sein müßte, unter dauernder Betonung der allgemeinen deutschen nationalen Kampfaufgabe, die Masse der Offiziere und Unterführer für das spätere Volksheer auszubilden!

Daß dieses Ziel als ein unverrückbares im Auge gehalten werden muß, wird kein wahrhaft national Denkender bestreiten können. Ebensowenig aber auch, daß seine Durchführung nur gelingen kann, wenn die außenpolitische Leitung der Nation im tiefsten Verständnis für diese Notwendigkeit die allgemeinen Voraussetzungen zu schaffen sucht.

28 Hier entspricht Hitlers Wehrkonzeption derjenigen der Reichswehrführung. Zu ihren organisatorisch-operativen Planungen vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 188 ff.

2. Juli 1930 Dok. 69
"Deutschlands Schicksal und Euer Kampf" [1]
Rede auf NSDStB-Versammlung in München [2]

Die Bewegung vom 8.7.1930, "Adolf Hitler an die deutschen Studenten" [3].

Hitler begann mit dem Begriff des Schicksals, der meistens falsch gedeutet wird, indem die eigenen Schwächen und Fehler, das eigene Versagen als Schicksal hingestellt werden. Und was die meisten so als Schicksal im Kleinen deuten, das haben sie auch als Schicksal im Großen vor Augen, indem sie die Schicksalsfrage Deutschlands als eine Frage der Staatsform, der Gesellschaftsordnung, der Konstruktion des Wirtschaftslebens, der Wirtschaft an sich, des Weitertreibens der Revolution wie in Rußland [4], einer sittlich-religiösen Erneuerung oder gar als Frage einer einzigen Partei ansehen. Für die Nationalsozialisten aber ist die Definition des Schicksals eine weitergehende, liegt das Schicksal im Wert des Volkes an sich. Das unterscheidet uns zugleich vom Marxismus, für den alle Menschen gleich sind und in ihrer Gesamtsumme die Menschheit ergeben, wobei Unterschiede einfach als auf einer verfehlten Konstruktion des Gesellschaftslebens beruhend gedeutet werden. Tatsächlich hat aber jeder Mensch außer seinem Wert als Ziffer auch noch einen *spezifischen* Wert, und das gleiche gilt von den Rassen und Völkern. Und dieser spezifische Wert des deutschen Volkes läßt sich durch die Jahrtausende seiner Geschichte verfolgen, in denen er sich nur wenig geändert hat; in letzter Zeit freilich zum Schlechten. Das deutsche Volk ist aus verschiedenen Rassen zwar zusammengesetzt, aber seine äußere Erscheinungsform wird doch bestimmt durch die höherwertigen Rassenelemente, deren Wert zu steigern Aufgabe der Innenpolitik sein müßte. Der Staatsbegriff darf nicht um seiner selbst willen gepflegt werden, sondern für den Staat muß es sich darum handeln, seine Substanz von Fleisch und Blut zu fördern und eine Höherzüchtung herbeizuführen. Aufgabe der Außenpolitik aber muß es sein, die Lebensnotwendigkeiten des Volkes zu gewährleisten, die im Verhältnis der Volkszahl zum Raum bestehen. *Solange ein Volk gesund ist, will es sich vermehren.* Der Mensch aber hängt ab von der Muttererde; wenn die Volkszahl wächst und der Raum gleich bleibt, so ergeben sich Spannungen, die zu einem Konflikt oder zu einem Ausgleich der Spannung führen. *Was wir als Geschichte kennen, sind sol-*

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10185) und Ankündigung im VB vom 2.7.1930.

2 Im Bürgerbräukeller, Rosenheimer Straße, nach 20.00 Uhr. Hitler sprach knapp drei Stunden. Die laut Lagebericht überfüllte Versammlung, die vom Reichsführer des NSDStB Baldur von Schirach geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, war Teil der Wahlpropaganda für die tags darauf stattfindende AStA-Wahl der Technischen Hochschule München. Laut VB nahmen an der Versammlung "die Hochschulgruppe des Stahlhelms, Vertreter von verschiedenen Corps, der Burschenschaften, des ATB [*Artamanenbundes*], des VDSt [*Vereins Deutscher Studenten*] und des Wingolf" teil.
Bei der AStA-Wahl vom 3.7.1930 wurden 787 (letzte Wahl 1929: 660) Stimmen für den NSDStB abgegeben, was 9 (letzte Wahl: 6) Sitzen - bei einer Gesamtzahl von 30 Sitzen - entsprach. Vgl. VB vom 5.7.1930, "Entscheidender Sieg des Nationalsozialismus auf der Hochschule", VB vom 8.7.1930, "Astawahlen an der T.H. München" sowie Die Bewegung vom 8.7.1930, "Wir erobern die Technische Hochschule München".

3 Vgl. auch VB vom 4.7.1930, "Adolf Hitler an die deutsche Studentenschaft". Ferner Morgenrapport vom 3.7.1930 und PND-Bericht Nr. 704 vom 3.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 92 der Polizeidirektion München vom 9.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.

4 Anspielung auf die am 8.11.1917 beginnende Machtübernahme der Bolschewisten in Rußland.

che Kämpfe um Raum, die man begrifflich jetzt als Imperialismus zu bezeichnen pflegt. Es gibt deutsche Parteien, die den Imperialismus ablehnen [5]. Tatsächlich aber ist Imperialismus der ganz normale Drang, Volkszahl und Boden einander anzupassen. Das Schicksal zwingt nun jeden einzelnen, an diesem Kampfe teilzunehmen, und jedes Volk kann nach dem Raum wie nach einem Wanderpokal greifen auf Grund seines inneren Wertes und Wollens. Die Erde ist nicht für dauernd verteilt; nicht auf 1.000 und nicht auf 100 Jahre, und auch der Genfer Völkerbund kann sie nicht endgültig verteilen [6].

Völker, die gesund sind, beanspruchen für jedes Kind Lebensrechte, aber wenn sie feige und lethargisch werden, tun sie das nicht mehr, und es tritt die Minderung der Völkerzahl ein, die immer auf einer geistigen Zersetzung beruht. Das Denken wird pazifistisch vergiftet, jeder Kampf wird als unmoralisch abgelehnt. Zur Lösung der Spannung zwischen Volkszahl und Raum gibt es dann nur zwei Auswege: die *Auswanderung* und die *Geburtenbeschränkung.* Die Folge ist in jedem Falle die Vernichtung des Volkes. Die Auswanderung geht nicht wie bei einem Tierstaate geschlossen vor sich, sondern durch eine Auslese. Der Feige kapituliert vor der Not, der Faule hungert, der Tatkräftige aber wandert aus. Dadurch entsteht die Wertsteigerung der Kolonien, die schließlich mächtiger werden als das Mutterland, dessen Gesamtsubstanz geschwächt wird. So geht in unserem Volke durch die jährliche Auswanderung von 60.000 bester Menschen [7] eine biologische Veränderung vor sich, die schlimmer ist als der verlorene Krieg. Während die Regierungen die Auswanderung als "Erleichterung" ansehen [8], betrachten wir sie als einen Verlust an innerem Wert und als einen Weg zum Tode.

Als zweites Mittel gegen die Raumnot gilt die Geburtenbeschränkung. Es werden jetzt bei uns jährlich 800.000 bis 900.000 Kinder weniger geboren als vor dem Kriege [9]. Das ist ein größerer Verlust als die zwei Millionen Toten des Weltkrieges [10] und bedeutet ebenfalls die wertmäßige Vernichtung Deutschlands, denn die wertvollsten Menschen sind meist die 5., 6. oder 7. Kinder. Unser Abmarsch nach unten seit 1914 zeigt sich z. B. daran, daß die Masse in

5 Vgl. das Programm des Spartakusbundes vom 14.12.1918, das Aktionsprogramm der USPD vom Dezember 1918, das Görlitzer Programm der SPD vom 14.9.1921 sowie das Aktionsprogramm der Vereinigten SPD vom 24.9.1922, Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 430 ff., 445 ff., 453 ff., 458 ff.

6 Zur damaligen Politik des Völkerbunds vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 81 ff.

7 Vgl. Dok. 44, Anm. 15.

8 Auf der Grundlage des Auswanderungsgesetzes von 1897 existierten im Deutschen Reich die Auswanderungsbehörden in den Ausschiffungshäfen Bremen und Hamburg, die dortigen Reichskommissare für das Auswanderungswesen und das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, seit 1924 Reichsstelle für das Auswanderungswesen, welche vor allem die Auswanderung aus dem Deutschen Reich überwachen und regeln sollten. Ohne das Recht auf Auswanderung, wie es in Artikel 112 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 explizit festgelegt war, grundsätzlich infragezustellen, waren diese Behörden jedoch bemüht, durch indirekte Maßnahmen die Auswanderungsbereitschaft im Deutschen Reich möglichst zu dämpfen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

9 1930 wurden im Deutschen Reich 1.126.829 Lebendgeburten gezählt. Im Zeitraum von 1871-1914 erreichte die Zahl der Lebendgeburten 1901 mit 2.032.313 ihren Höhepunkt, in den Jahren 1871-1875 mit 1.619.251 (durchschnittliche Angabe) ihren Tiefpunkt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 25.

10 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

diesen Tagen zu Befreiungsfeiern läuft, ohne zu fragen, wie und was überhaupt "frei" geworden ist [11]. (Beifall.)

Die Parteien der Rechten sehen als Ausweg aus unserer Not die Wirtschaft an und sagen, wir müßten billiger produzieren, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Diese Leute vergessen, daß der Wirtschaftskampf letzten Endes auch ein Blutkampf ist, wie Englands Krieg gegen uns 1914 [12] gezeigt hat. Entscheidend sind auch hier die politischen Machtmittel. Aus wirtschaftlichen Gründen muß heute z. B. ausgerechnet die englische Arbeiterpartei den indischen Freiheitskampf niederschlagen [13], denn der Verlust des indischen Absatzmarktes würde die englische Arbeitslosenzahl von zwei Millionen [14] auf vielleicht fünf oder sieben Millionen steigen lassen [15]. Ebensowenig aber wie England 1914 eine friedliche Eroberung des Weltwirtschaftsmarktes durch Deutschland zuließ, wird es diese Eroberung dem heutigen waffenlosen Deutschland gestatten. Ohne politische Macht werden wir eine zweite Schweiz oder Holland werden, eine Nation von Oberkellnern und Trinkgeldempfängern, die vom Fremdenverkehr lebt und den Fremden zuliebe seine Ehre preisgeben und ihnen zuliebe alles beseitigen wird, was irgendwie nicht passen könnte [16]. Schon jetzt haben ja Millionen auf jeden Selbsterhaltungstrieb verzichtet und sich damit abgefunden, 58 Jahre lang Tribute zahlen zu müssen [17]. Und doch gibt es noch kein einziges geschichtliches Beispiel, daß sich ein Volk durch Unterwürfigkeit und Tribut die Freiheit erkauft hätte, es gibt nur ein gegenteiliges Beispiel: *Karthago* [18].

Wir haben heute die Tatsache, daß sich das deutsche Volk nicht mehr vermehrt, daß 800.[*000*] bis 900.000 Geburten ausfallen, daß 100.000 Menschen auswandern [19] und 20.000

11 Nachdem die alliierten Truppen bis zum 30.6.1930 das besetzte Rheinland geräumt hatten, fanden im Deutschen Reich - beginnend mit einer Gedenkfeier im Reichstag am 30.6.1930 - zahlreiche Gedenkfeiern statt, die ihren Höhepunkt in einem Massenfestspiel von etwa 7.000 Schülern und Schülerinnen fanden, das im Rahmen der Verfassungsfeier am 11.8.1930 in Berlin vor etwa 50.000 Besuchern inszeniert wurde. Vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990, S. 247 ff.

12 Vgl. Dok. 61, Anm. 8 und Dok. 66, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.

14 1930 waren in Großbritannien 2.014.100 Arbeitslose registriert; das entsprach einer allgemeinen Quote von 12,3% bzw. einer Quote der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten von 16,1%. Vgl. Johannes Paulmann, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989, S. 14.

15 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

16 Vgl. mit Hitlers umfassenden Ausführungen über den Fremdenverkehr; Bd. III/2, Dok. 17 und Dok. 21.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

18 Gemeint ist die schwere karthagische Niederlage im 2. Punischen Krieg (218-201 v. Chr.), die den Verlust aller karthagischen Kolonialbesitzungen zur Folge hatte, ferner die Abgabe der Kriegsflotte bis auf 10 Schiffe, die Auslieferung von Geiseln und die Leistung hoher wie langwieriger Tribute. Obwohl Karthago sich bemühte, diese Friedensbedingungen zu erfüllen, lösten Streitigkeiten mit dem numidischen König Massinissa, Roms Verbündetem in Nordafrika, den 3. Punischen Krieg (149-146 v. Chr.) aus, der mit der Vernichtung Karthagos endete. Vgl. Fritz Gschnitzer, Die Stellung Karthagos nach dem Frieden von 201 v. Chr. In: Wiener Studien 79 (1966), S. 276-289.
Auch in der historischen Forschung wurden nach 1918 die Punischen Kriege immer wieder mit dem Ersten Weltkrieg verglichen. Vgl. Karl Christ, Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit, Darmstadt [3]1989, S. 319 f.

19 Vgl. Anm. 7.

jährlich Selbstmord begehen [20]. Wo bleiben denn heute die Sachverständigen des Young-Planes, die uns noch vor 6 Monaten so heftig befehdeten [21]? Ihr Weg der Selbstpreisgabe führt nicht zum Erfolg, sondern zur Vernichtung! (Beifall.)

Soweit konnte es nur kommen durch das Gift des Marxismus, das bis weit in das Bürgertum hineinreicht. Der Begriff Deutschland zerfällt im Bürgertum und Proletariat, weshalb unsere Außenpolitiker ihre Verständigungspolitik immer damit entschuldigen, daß sie kein Volk hinter sich hätten. Andrerseits aber sträuben sie sich mit allen Kräften dagegen, daß eine einheitliche Volksstimmung entsteht, auf die sie sich mit einer Politik des Widerstandes stützen könnten. Wo sich eine Macht im Volke bildet, wird sie bekämpft, und es heißt dann: Ihr stört unsere politischen Kreise. Daß wir aber den anderen Völkern mehr als ebenbürtig waren, das weiß die Frontgeneration (starker Beifall), nur unsere politische Leitung hat versagt. Daher muß unsere Erhebung eine vollständige Änderung der Grundsätze der früheren Politik mit sich bringen.

Hitler entwickelte darauf die drei Grundsätze, die bei Gründung der N.S.D.A.P. maßgebend waren: Kampf gegen die Internationalisierung, Kampf gegen die Demokratie und die Entwertung der Persönlichkeit und Kampf gegen den Pazifismus und die geistige Abrüstung [22]. Der Pazifist wird heute als mutig hingestellt, weil er den Mut hat, dem Mute zu entsagen. Entscheidend aber wird für Deutschland sein, ob es noch einmal anders denken lernt. Nötig ist die Rückkehr zum eigenen Volkstum. Nicht die Wirtschaft wird uns retten, denn sie zerreißt nur im Gegenteil den Volkskörper, sondern man muß dem Volke größere Ideale predigen als Wirtschaft, Stand und Klasse, und man muß eine Basis schaffen, auf der sich alle Deutschen, die guten Willens sind, vereinigen können. Nicht die alten Parteien werden Deutschlands Zukunft gestalten, sondern unsere junge Bewegung [23]. Die Verfolgung [*von*] innerhalb 10 Jahren [24] hat nur zwangsläufig immer nur gestärkt [*sic!*], inmitten eines zerfallenden Volkskörpers bildet die N.S.D.A.P. eine Organisation, die durch ihren heroischen Geist zum Kristallisationspunkt eines neuen politischen Lebens werden muß. Photographieren Sie 40 Mann der [*Deutschen*] Demokratischen Partei und photographieren Sie 40 Mann der S.S., so wird Ihnen der Unterschied zwischen unserer Bewegung und den Parteien eines 30jährigen Versagens klar werden.

Man fragt nun: Muß die Jugend bei uns dabei sein? Man sucht gerade die Jugend möglichst von der Politik fernzuhalten. Politik aber ist werdende Geschichte, und wer an ihr nicht Anteil

---

20 1929 wurden im Deutsch Reich 16.665 Fälle von Selbstmord registriert, 1930 17.880.. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 42 f; 1932, S. 42 f.
Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht. 1931 wurden pro 100.000 Einwohner jährlich über 58 Selbstmorde registriert. Bemerkenswerterweise hat sich diese hohe Selbstmordquote bis Ende der dreißiger Jahre nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie exakt denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 136.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

22 Vgl. jedoch das Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.1920, das diese Punkte nicht in solch dezidierter Form nennt. Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.

23 Hitler spielt damit nicht nur auf die verhältnismäßig kurze Geschichte der NSDAP an, sondern auch auf ihre soziale Zusammensetzung. Vgl. Dok. 44, Anm. 22; Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 65, Anm. 16.

24 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

nimmt, der schaltet sich selbst aus. Wissenschaftlich könnte die Jugend nur werden, was die griechischen Sklavenlehrer in Rom bedeuteten [25], sie soll aber zu Führern unseres Volkes zur Freiheit werden [26]. Ein Freiheitskampf, der nicht die Jugend der Hochschulen erfaßt, ist kein Freiheitskampf. Bisher war die akademische Jugend volksfremd und sie fand im Alter nicht mehr den Weg zum Volke, dessen Führung daher der Jude an sich reißen konnte. Wir aber wollen in unserem Volkskörper wieder Kopf und Faust vereinen. Unsere Erfolge an den Hochschulen [27] geben uns die Gewißheit, daß wir unser Ziel erreichen werden. Nichts gibt mir mehr Glauben an die Richtigkeit unserer Idee, als die Siege des Nationalsozialismus auf der Hochschule! *Wir sehen immer wieder vor uns das einstige Deutschland der Ehre, nicht weil es uns damals gut ging, sondern weil wir geachtet waren, und wir wollen, daß man statt des Deutschlands der Unterwerfung und der Demut wieder das Deutschland der Schlachten des Weltkrieges und des Stahlhelms achte!*

25 Zum Einfluß griechischer Lehrer auf die römische Gesellschaft vgl. Johannes Christes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

26 Hierzu ergänzend der Lagebericht: "Die Studenten forderte er [*Hitler*] auf, sich reiches Wissen anzueignen, damit sie im neuen kommenden Reich führende Stellungen einnehmen könnten."

27 Der im Februar 1926 gegründete NSDStB hatte an den deutschen Hochschulen rasch Fuß gefaßt. Da sich übergreifende Zahlen kaum ermitteln lassen, sei auf einige Ergebnisse des NSDStB bei den hochschulinternen AStA-Wahlen verwiesen:

Universität Berlin	SS 29:	20 Sitze	(20,0%)
TH Braunschweig	WS 30/31:	9 Sitze	(45,0%)
Universität Freiburg/Br.	SS 30:	7 Sitze	(25,0%)
TH Berlin	WS 29/30:	9 Sitze	(30,0%)
Universität Bonn	WS 29/30:	5 Sitze	(8,2%)
Universität Jena	WS 29/30:	3 Sitze	(23,3%)
Universität München	WS 29/30:	5 Sitze	(16,6%)

Mit Ausnahme der Universitäten Freiburg und Bonn kandidierte der NSDStB bei den o. g. Wahlen in Listenverbindungen. Vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973. (Zahlen: Bd. 2, S. 140 ff.) Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

4. Juli 1930 Dok. 70
Erklärung

VB vom 6./7.7.1930, "Erklärung".

Nachdem Pg. Gregor Straßer Montag, den 30. Juni [*1930*], seine Herausgeberschaft der Blätter [1] des Kampf-Verlages [2] niedergelegt hat [3], sind sämtliche Beziehungen der Partei zu diesem Verlag gelöst [4].

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat auf die Blätter des Kampf-Verlages nicht nur keinen Einfluß mehr, sondern wird seit Dienstag, den 1. Juli [*1930*], von ihnen direkt und indirekt bekämpft. Und damit sind von jetzt ab die Blätter des Kampf-Verlages als gegneri-

1 Berliner Arbeiter-Zeitung, Die Faust, Märkischer Beobachter, Der Nationale Sozialist, Nationalsozialistische Briefe, Nationalsozialistische Reichstagskorrespondenz, Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Sächsischer Beobachter. Vgl. Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933, S. 189 ff.

2 Die am 1.3.1926 gegründete Kampf-Verlag G.m.b.H., Berlin, deren Gründungskapital von Hans und Anny Hinkel, Otto Straßer und seiner Schwägerin Elsa Straßer stammte, war das publizistische Sprachrohr des linken Flügels der NSDAP. Der Darstellung Otto Straßers zufolge hatte Hitler in seiner Unterredung am 21./22.5.1930 vorgeschlagen, ihm den Kampf-Verlag für 120.000 RM abzukaufen. Der Rückgang der Straßer-Presse seit Sommer 1930 führte zur Schließung des Kampf-Verlags am 1.10.1930 und zur Gründung eines neuen Verlagshauses mit dem Namen "Der Nationale Sozialist". Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 31 f., 48 f.; Stein, NS-Gaupresse, S. 62 ff.

3 Gregor Straßer hatte sich mit zwei im VB publizierten Erklärungen vom Kampf-Verlag distanziert, wobei diese unterschiedlich ausfielen. Die Erklärung vom 3.7.1930 ("Gregor Straßer tritt aus dem Kampfverlag aus") lautet:
"Die außerordentliche Zunahme der Partei bedingt für mich eine im gleichen Maße steigende Vermehrung meiner Arbeit als Reichs-Organisationsleiter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Reichstag, so daß mir für verantwortlich zeichnende journalistische Arbeit ohne Vernachlässigung der wichtigsten organisatorischen Funktionen nicht mehr genügend Zeit bleibt.
Dazu kommt, daß die notwendige organisatorische Arbeit nicht gefährdet oder gar unterbrochen werden darf durch Prozesse usw., mit denen das feindliche System in steigendem Maße gegen mich vorgegangen ist und noch vorgeht.
Aus diesen Gründen lege ich nach jahrelanger im Dienste der Bewegung getätigter Aufbauarbeit die verantwortliche Herausgeberschaft der Kampf-Verlag-Zeitungen nieder. Ich danke bei dieser Gelegenheit allen Mitarbeitern und Freunden des Kampfverlages.
Gregor Straßer"
Die Erklärung vom 5.7.1930 ("Gregor Straßer stellt sich zu Hitler") lautet:
"Ich stehe dem Vorgehen des Kreises um den Kampf-Verlag unter Führung meines Bruders Dr. Otto Straßer gegen die Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei in schärfster Verurteilung und Opposition gegenüber. Aus diesem Grunde habe ich bereits am 30. Juni die Herausgeberschaft und verantwortliche Schriftleitung der Kampf-Verlag-Zeitungen niedergelegt. Ich stehe nach wie vor in vollster Loyalität hinter Herrn Adolf Hitler und der von ihm geführten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Meldung des 'Nationalen Sozialisten' vom 3. Juli, wonach sich an meinem geschäftlichen Verhältnis zum Kampf-Verlag nichts geändert habe, ist bewußt unrichtig."

4 Der Konflikt zwischen der Leitung der NSDAP und der Gruppe um Otto Straßer hatte sich immer mehr zugespitzt, so daß dieser am 4.7.1930 den offiziellen Bruch zur NSDAP vollzog und in seiner Zeitung "Der Nationale Sozialist" einen, von ihm und 25 Anhängern unterschriebenen, Aufruf unter der Überschrift "Die Sozialisten verlassen die NSDAP" veröffentlichte. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff. sowie Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 571.

sche Organe zu betrachten und demgemäß zu behandeln. Die Gauleitung[*en*] von Berlin, Sachsen und Brandenburg haben von sich aus bereits die notwendigen Maßnahmen getroffen [5].

München, 4. Juli 1930

gez.: *Adolf Hitler*

5. Juli 1930 Dok. 71
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930.

Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren politischen Kampf um die Macht begann [1], trat sie vollzogenen Tatsachen gegenüber. In fünfzigjährigem Ringen waren die Parteien des Bürgertums unterlegen. Der Marxismus eroberte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt eine Machtposition um die andere und ergriff nun in der schwersten Stunde des Reiches mit Hilfe einer landesverräterischen Revolution die öffentliche Gewalt [2]. Dank der bürgerlichen Unfähigkeit war der Erfolg der Sozialdemokratie ein dauernd fortschreitender [3] und damit aber auch ein die Massen immer mehr an sich fesselnder. Denn in diesen langen Jahrzehnten hat die Entwicklung der Sozialdemokratie kaum eine Schwankung gehabt. Was den bürgerlichen Parteien meistens als Sieg vorkam, war nur die mit Ach und Krach erfolgte Rettung von ein paar Parlamentsmandaten. Ziffernmäßig konnten sie dem marxistischen Wachstum überhaupt keinerlei Abbruch zufügen. Im Jahre 1919 war der Sieg der marxistischen Bewegung ein unbedingter. Nicht nur die Staatsgewalt war in die Hände der Empörer geraten, sondern die breitesten Volksmassen waren zu blindgläubigen gehorsamen Anhängern der marxistischen Ideenwelt geworden. Das Bürgertum selbst hat einen Angriff gegen die marxistische Position gar nicht mehr gewagt. Ja, am Ende gab man sogar die eigene Verteidigung auf und begann zu paktieren [4].

Es muß nun eines hier den politischen Wahrheitsverdrehern unserer bürgerlichen Parteien gegenüber festgestellt werden:

Zu keiner Zeit haben die bürgerlichen Parteien dem Marxismus Abbruch getan [5]. Wenn irgendwo und irgendwann Sozialdemokraten oder Kommunisten zurückgedrängt worden sind,

---

5 Gemeint ist vermutlich die Sperrung finanzieller Zuschüsse und die Einstellung parteiamtlicher Nachrichten.

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.
2 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
3 Vgl. Dok. 32, Anm. 21.
4 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.
5 In der politischen Rechtsprechung der Weimarer Republik wurde die KPD und ihre angeschlossenen Gliederungen bereits seit 1924 als hochverräterische Organisationen behandelt; dementsprechend wurde der Rotfrontkämpferbund im Mai 1929 im gesamten Deutschen Reich verboten. Dagegen wurde für die NSDAP bzw. die SA eine derartige Entscheidung nie getroffen. In der ersten Hälfte der Weimarer Republik erwies sich die Entscheidungspraxis der Gerichte zudem häufig als einseitig zu Ungunsten der politischen Linken, da-

dann war es nie das Ergebnis der bürgerlichen Partei-Arbeit, sondern das Ergebnis der Arbeit antibürgerlicher Organisationen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kann für sich in Anspruch nehmen, in zahlreichen Orten die marxistische Herrschaft gebrochen zu haben. Wenn z. B. heute in einer der größten sächsischen Industriestädte, in Plauen, die Sozialdemokratie auf zehntausend, die Kommunisten auf achttausend gesunken sind, die Nationalsozialisten demgegenüber aber nahezu zwanzigtausend Stimmen eroberten [6], dann ist das ein Erfolg, der nur von bürgerlichen Journalisten bestritten werden kann. Es ist das vor allem ein Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Bewegung vor 10 Jahren noch gar nicht existierte. Wenn aber nun z. B. in Plauen, also in der Stadt, in der ersichtlich die gesamten Marxisten allein durch die Nationalsozialisten übertroffen werden, trotzdem keine klare, rücksichtslos entschlossene, antimarxistische Politik getrieben wird, dann liegt die Schuld bei jenen bürgerlichen Parteien, die ohnmächtig genug sind, eine eigene Politik zu machen, aber sich dafür immer wieder verpflichtet fühlen, eine antimarxistische Politik zu lähmen und die Marxisten zu beschützen. Wenn z. B. bei ihren Wahlbetrachtungen die bürgerlichen Artikelschreiber der nationalsozialistischen Partei vorwerfen, sie habe den Marxismus nicht geschwächt [7], so ist das nicht nur eine objektive Lüge, sondern auch eine subjektive Frechheit. Denn in Sachsen bräuchte ja gar nicht marxistisch regiert zu werden [8], wenn es nicht bürgerliche Parteien gäbe, die immer und immer wieder schwanken und sich nie zu einer klaren und entschiedenen Politik des Kampfes gegen die rote, bolschewistische Gefahr entschließen können. Und diese Parteien, die bei jeder Gelegenheit und aus jedem Anlaß den Marxismus schützen und decken, werden allerdings zertrümmert [*werden*]! Weil die Nationalsozialisten den Marxismus vernichten wollen, müssen die Parteien die Zeche bezahlen, die seinen Schutz übernehmen. Es ist doch bemerkenswert: Der letzte Wahlkampf in Sachsen wurde von uns überall geführt mit der Parole "Tod dem Marxismus", während das Bürgertum überhaupt nur einen einzigen Feind sah: die nationalsozialistische Bewegung! Und das Ergebnis? Wir haben dem Marxismus auch in dieser Wahl nahe an die 80.000 Stimmen weggenommen [9], in Wirklichkeit sogar noch viel mehr, während das Bürgertum schwere Verluste erlitt [10]. Die Parole gegen den Nationalsozialismus hat das sächsische Volk in richtiger Weise ausgelegt. Es hat erkannt, was man verschwieg, daß nämlich in Deutschland nur diejenigen gegen den Nationalsozialismus sind, die innerlich irgendwie mit dem Marxismus Frieden geschlossen haben. Anti-Nationalsozialismus heißt Pro-Marxismus. Und darauf, auf die pro-marxistische, im Stillen auf einen neuen Koalitionspakt [11] hoffende Gesinnung hat das sächsische Volk seine Antwort erteilt!

---

nach ging man, zumindest teilweise, auch härter gegen die politische Rechte vor. Vgl. Gusy, Weimar, S. 126 f., 178, 357 ff. ferner Dok. 41, Anm. 21.

6 Bei der sächsischen Landtagswahl vom 22.6.1930 waren in Plauen (Kreis Zwickau) bei einer Gesamtzahl von 55.686 abgegebener gültiger Stimmen 10.705 Stimmen (19,2%) auf die SPD, 9.411 Stimmen (16,9%) auf die KPD und 19.820 Stimmen (35,6%) auf die NSDAP entfallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1930. Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt, Dresden 1931, S. 328 f.

7 Vgl. Dok. 65, Anm. 10 und 14.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65, Anm. 22.

9 Vgl. Dok. 65, Anm. 14.

10 Vgl. Dok. 65, Anm. 11.

11 Vgl. Dok. 65, Anm. 21 und 22.

Wir Nationalsozialisten können mit dem wunderbaren Erfolg zufrieden sein. Wir werden weiterarbeiten wie bisher, und unsere bürgerlichen Parteipolitiker sollen nur überzeugt sein, daß wir zu keiner Sekunde den erneuten Appell an die Wählermassen scheuen. Was sich die bürgerliche Unfähigkeit in 60 Jahren am deutschen Volk versündigt hat, können wir natürlich auch nicht in einem Jahre wieder gutmachen. Denn endlich besteht die marxistische Anhängerschaft nicht aus fluktuierenden Stimmzetteln, sondern jahrzehntelang dressierten Anhängern und Kämpfern [12]. Dank der bürgerlichen Unfähigkeit ist diese riesenhafte Organisation entstanden, und es gehört schon eine fabelhaft unbekümmerte Naivität dazu, heute zu verlangen, daß die "gänzlich untaugliche" und "nichtswürdige" nationalsozialistische Bewegung von einer Wahl zur anderen - d. h. also in 12 Monaten - beseitigt, was die Herren in 60 Jahren angerührt haben. Wir haben dem Marxismus in zwei Jahren in Deutschland sicherlich eine Million Stimmen weggenommen. Das würde in 20 Jahren 10 Millionen bedeuten; denn die bürgerlichen Parteipolitiker können versichert sein: Wir gedenken auch in der Zukunft nicht zu schlafen. Aber der Kampf gegen den Marxismus wird viel schneller seine Entscheidung finden. In demselben Augenblick nämlich, in dem die scheinbar antimarxistischen Zuhälter-Parteien des Marxismus [*sic!*] zerrieben und zerschmettert sind, wird die Generalabrechnung mit dem Todfeind der deutschen Nation sich wesentlich kürzer und rascher vollziehen. Solange sich bürgerliche Parteien aber mit dieser Pest abfinden und am Ende mit ihr gemeinsame Sache machen, ist der Kampf erschwert, schon deshalb, weil in den Augen der breiten Masse die Größe der Nichtswürdigkeit des Marxismus damit verkleinert, ja verwischt wird. Deutschland wurde in den Weltkrieg hineingerissen, weil man in Petersburg sowohl als in Rom, in Belgrad sowie in Bukarest die Überzeugung erhalten hatte, daß der Weg nach Wien über Berlin führt [13]. Wenn das deutsche Bürgertum sich bemüht, uns zu beweisen, daß der Tod des Marxismus nur über die Leiche des Bürgertums zu erreichen ist, dann sollen sie sich gefälligst nicht beklagen, wenn ihnen bei jeder Wahl soundso viele Federn ausgerupft werden. Sie erhalten, was sie wollen und verdienen!

---

12 Die Reichstagswahl vom 14.9.1930 zeigte, daß das Wählerpotential von KPD und SPD *insgesamt* relativ stabil geblieben war. Zur differenzierten Analyse des Stimmverhaltens vgl. Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 189 ff.

13 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg?.

6. Juli 1930 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Günzburg [1]

Schwäbisches Volksblatt vom 7.7.1930, "Der Hitlertag in Günzburg" [2].

Der Redner [*Hitler*] erwähnte eingangs, daß seine Partei keine Standespartei sei [3], sondern eine allgemeine Bewegung des deutschen Volkes. Nicht einzelne Klassen sollen gerettet werden, sondern ganz Deutschland. In Thüringen habe seine Partei bereits in der Regierung Fuß gefaßt [4] und auch bereits Erfolge erzielt [5]. Es wurden dort nicht nur Versprechungen gemacht, sondern der Abbau wurde schon ganz intensiv durchgeführt. Man habe aber nicht, wie in Bayern, von hinten angefangen [6], sondern man habe die höheren Beamten abgebaut [7]. Über 250 Ministerialbeamte mußten hier verschwinden. Ebenso wurden viele der höheren Gehälter gekürzt [8]. [*Der*] Redner streifte dann die enorme Arbeitslosigkeit in Deutschland, welche große Summen verschlingt, denn nicht nur die 3,7 Millionen Arbeitslosen [9] sind zu unter-

1 In der Turnhalle, ab 15.15 Uhr. Hitler sprach über zwei Stunden. Die Versammlung, an der laut Vorlage über 1.400 (Schwäbischer Beobachter: 1.600) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppen- und Bezirksleiter der NSDAP Hans Weber geleitet. Hitlers Rede war Teil eines "Deutschen Tags", den offenbar der Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz in seiner Heimatstadt organisiert hatte. Vor seiner Rede nahm Hitler einen Vorbeimarsch von SA, SS und HJ am Schlageter-Denkmal ab, an dem sich laut Polizeibericht 800 nicht uniformierte Personen beteiligten. Der Reichsführer der SS Himmler und MdR Dreher sprachen auf zwei Parallelveranstaltungen im Schießhaus und im Traubenkeller.

2 Vgl. auch Günzburger Tagblatt vom 7.7.1930, "Adolf Hitler in Günzburg"; VB vom 16.7.1930, "Adolf Hitler trommelt in Günzburg"; Schwäbischer Beobachter vom 18.7.1930, "Adolf Hitler trommelt in Günzburg"; Illustrierter Beobachter vom 19.7.1930, "Weißhemden machen Bayern sturmreif. SA-Aufmarsch in Günzburg". Lagebericht Nr. 1089 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.7.1930; BayHStA, MA 102149. Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3. Ferner Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979, S. 78.

3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

6 Eine durchgreifende Reform der bayerischen Verwaltung scheiterte während der Weimarer Republik an den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des bayerischen Staates und seiner Gemeinden. Dennoch gelang es der bayerischen Regierung bis 1933, die Verwaltung nicht nur im nachgeordneten Bereich durch die Auflösung von nahezu 100 Behörden zu straffen, sondern auch im Bereich der Ministerien - etwa durch die seit 1928 einsetzende Zusammenlegung einzelner Ressorts. Vgl. Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983, passim.

7 § 3 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29.3.1930 gestattete der thüringischen Landesregierung, Beamtenstellen abzubauen und die Landesverwaltung zu straffen. Am 5.6.1930 wurde die thüringische Verwaltung durch den Erlaß der neuen Gemeinde- und Kreisordnung sowie der Landesverwaltungsordnung wesentlich vereinfacht. Für Frick waren dabei jedoch nicht nur finanzielle und organisatorische, sondern ebenso politische Gesichtspunkte maßgebend. Vgl. Neliba, Frick, S. 61; Witzmann, Thüringen, S. 163 ff. sowie Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 508 f.

8 Ausschlaggebend für die Konsolidierung des thüringischen Haushalts blieb jedoch die Einführung einer Einwohnersteuer sowie einmaliger Zuschläge zur Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 509.

9 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

stützen [10], sondern auch deren Familien, was eine Gesamtzahl von über 12 Millionen Menschen ausmacht [11]. Wir Deutsche können uns unter der heutigen Regierung tot "steuern" [12]. Die ganze Substanz wird von den Steuern aufgefressen. Was unsere Vorfahren an Hab und Gut angehäuft haben, wird nun verschlungen. Dies alles haben wir unserer Regierung seit 12 Jahren zu verdanken. Hier muß rücksichtslos vorgegangen werden. Die Regierung muß abgeschoben werden, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, welche Männer darinnen sitzen. Die heutigen Repräsentanten seien nur schwächliche Männer. Wir haben nicht zu kämpfen für das Heute, auch nicht für das Morgen, sondern für die Zukunft des Volkes. Wenn in Deutschland der Bolschewismus einkehren sollte, wäre das deutsche Volk auf Jahrhunderte verloren. Der Kampf seiner Partei gehe nur dahin, das deutsche Volk wieder zu retten. Gegen den Vorwurf, daß die Nationalsozialisten religionsfeindlich seien [13], wendet sich Redner ganz entschieden. Er bedauere nur, daß es Parteien gebe, die sich mit der Religion decken [14]. Vor 10 Jahren habe er die Partei mit 7 Mann gegründet [15], heute habe diese 300.000 Mitglieder [16]. Die Bewegung werde ständig zunehmen, denn es sei eine Bewegung, die sich aus dem deutschen Volk und nicht aus einzelnen Ständen zusammensetze. Die Jugendbewegung [*sic!*] sei auf dem richtigen Wege, denn diese sei jung an Jahren und jung an Geist. In diesen Leuten komme wieder einmal der deutsche Glaube vor. Es sei unser deutsches Volk [17].

---

10 Vgl. Dok. 63, Anm. 12.

11 Von den Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenversicherung waren am 15.3.1929 waren 43,7% (902.761) ledig, 53,1% (1.094.676) verheiratet, 2,0% (41.801) verwitwet, 0,7% (15.258) geschieden, 0,5% (9.856) getrennt lebend. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 328.

12 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.

13 Zum Verhältnis von NSDAP und Christentum vor 1933 vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1.

14 Gemeint sind Zentrum und BVP.

15 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

16 Nach parteiinterner Statistik wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 300.000 erst im September 1930 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Vgl. ferner Dok. 11, Anm. 22 und Dok. 41, Anm. 13.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Hitler sprach nicht mehr auf den Parallelveranstaltungen, da er - so die Vorlage - "durch die erste Versammlung schon zu sehr abgespannt war".

7. Juli 1930 Dok. 73
Rede auf SS-Appell in München [1]

Masch. Aktenvermerk der Polizeidirektion München (PND Nr. 704) vom 9.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6828.

Zum Schlusse hielt Hitler eine kurze Ansprache an die Leute, in der er betonte, daß sie sich durch die gegenwärtigen Unterdrückungen [2] nicht irre machen lassen sollten; denn der Tag der inneren Befreiung [*sic!*] sei nicht mehr ferne und dann könne man den Herren das heimzahlen, was sie der Bewegung seither angetan hätten.

12. Juli 1930 Dok. 74
Rede auf Gautag der Thüringer NSDAP in Gera [1]

Der Nationalsozialist Fünfte-Juli-Folge [*16.7.*] 1930, "Adolf Hitler auf dem Geraer Gaukongreß" [2]

Es gibt gar keine Idee, die nicht irgendwie im Volke vorausgeahnt wird. Alle großen geistigen Umwälzungen befinden sich oft Jahrhunderte lang vorher im Denken und Wünschen eines

1 Im Gasthaus zum Goldenen Hirschen, nach 21.00 Uhr. Der Aktenvermerk schildert den Ablauf des Appells folgendermaßen: "Am darauffolgenden Montag, den 7. Juli 1930 fand im gleichen Lokal ein Standartenappell der SS statt. Da auch Hitler sein Erscheinen zugesagt hatte, war der Besuch mit 130 SS-Leuten ein guter. Jeder SS-Mann hatte seinen Schutzhelm mitzubringen, der dann im Lokal aufgesetzt wurde. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Form dieses Kopfschutzes beibehalten wird. Unter dem Kommando des Brigade-Führers Dietrich mußte gegen 21 Uhr die ganze Standarte antreten und mehrmals Ehrenbezeugungen: 'Stillgestanden', 'die Augen links' usw. üben. Gegen 21 Uhr erschien sodann Hitler, der die angetretene Standarte mit 'Heil Schutzstaffel' begrüßte. Hitler nahm hierauf in Begleitung Dietrichs eine Besichtigung der Schutzstaffel durch Abschreiten der Front vor. Hernach unterhielt er sich längere Zeit mit den Führern wegen des Schutzhelms. Soviel verlautete, soll der Helm nicht dem Sinne Hitlers entsprechen und auch nicht nach der Zeichnung ausgefallen sein. Es wurde deshalb angeordnet, daß der Helm vorerst nur auf besondere Anweisung getragen werden darf."

2 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

1 Im Heinrichsbau, nachmittags. Laut Programm wurde Hitlers Teilnahme erst bei den für 20.00 Uhr angesetzten vier großen Massenkundgebungen erwartet. Doch erschien Hitler - offenbar überraschend - schon während der ab 16.00 Uhr beginnenden Eröffnung des Gautags, auf der zunächst MdL und Gauleiter Fritz Sauckel, MdR und Minister Frick sowie MdL und Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper sprachen. Nach seiner Rede sprach Hitler zusammen mit Sauckel und Frick kurz auf vier weiteren Versammlungen in der Bürgererholung, im Harnisch-Garten, im Palmengarten und im Wintergarten, auf denen als Hauptredner u. a. MdL und Gauleiter Robert Ley, Loeper, MdL und Gauleiter Hans Schemm, MdR Franz Stöhr, MdR und Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Straßer auftraten. Laut Ostthüringer Tribüne waren die drei ersten Versammlungen "stark besucht", die Veranstaltungen im Palmen- und Wintergarten jedoch "äußerst schwach"; laut VB vom 16.7.1930 waren die Versammlungen "sämtlich überfüllt".
Druck eines Programms: VB vom 10.7.1930, "Adolf Hitler in Gera". Zum weiteren Ablauf des Gautags vgl. ebenda sowie die in Anm. 2 genannten Quellen. Ferner Overesch, Einbürgerung Hitlers 1930, S. 543 ff.

2 Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 13.7.1930, "Hitler und Frick sprechen in Gera"; Geraer Nachrichten vom 14.7.1930, "6. Gautag der Nationalsozialisten"; Geraer Zeitung vom 14.7.1930, "Der Thüringer

Volkes. Immer wieder flammt es bald da, bald dort auf, bis endlich ein Wunsch eines Volkes Wirklichkeit wird. Was ist das Wesen unserer nationalsozialistischen Revolution? Sie ist nicht Zersetzung und Zerstörung; sie ist für uns ein Weiterbauen, das Fortsetzen der Arbeit an den Stellen, an denen mit dem Guten gebrochen wurde. Ein Aufbauen und Anknüpfen an die Tradition des Guten und Gesunden. Das ist organisch. Man sagt daher mit Recht, daß wir Nationalsozialisten *konservative Revolutionäre* sind [3]. Wir wollen nicht Beseitigung von allem, was geworden ist, wir wollen, daß das deutsche Volk auf der Basis weiterbaut, wo es das Gute verlassen hat. Wir Nationalsozialisten bauen auf, wir zerstören nicht das Gute. Wir beseitigen nicht die Grundlagen unserer Tradition, im Gegenteil, wir bauen auf ihr auf. Wir beseitigen aber, was nicht in die Tradition hineingehört: die Fremdkörper, und die wollen und werden wir auch beseitigen. (Starker Beifall.)

Diesen Wunsch haben Millionen vor uns gefühlt und haben durch ihr Wissen Baustein auf Baustein für unser Wissen geliefert. Was wir heute vertreten, ist aus unserem Volk gewachsen, wir wollen die Verwirklicher sein. Jede Idee, die verwirklicht werden will, braucht ein Machtinstrument, eine Organisation. Die Aufgabe unserer Bewegung ist es, einer bestimmten Idee die Verwirklichung zu ermöglichen, indem wir ihr ein Instrument zur Verfügung stellen. Solange die Idee kein Machtinstrument hat, kann sie sich nicht durchsetzen; solange behält sie nur theoretischen Wert als abstrakter Begriff.

Daß die marxistische Idee falsch ist, ergibt sich aus der Wirklichkeit. Aber die Idee des nationalen Widerstandes hatte sich kein machtpolitisches Instrument geschaffen. Der Marxist konnte sagen: Wir kämpfen mit Bataillonen; die nationalen Kreise: Wir kämpfen mit Gedanken. Der Dümmste kann mit der rohen Kraft dem Weisesten den Schädel einschlagen. Es war die Aufgabe unserer Bewegung, ein Machtinstrument zu schaffen. Wenn das aber wirksam sein soll, so muß es diszipliniert sein. Das haben wir versucht, und der Versuch ist uns gelungen. Es gibt nichts, was neu ist als Idee, nur der Mut und die Kraft, diese Idee zu vertreten, ändern sich. Wir haben Ideen, die man Jahrhunderte lang vernachlässigt hat, dem Volke wieder zum Bewußtsein gebracht und haben die Machtmittel geschaffen, diese Ideen zu vertreten.

Hier in dieser Bewegung herrscht ein Gesetz, und diesem Gesetz muß sich jeder fügen. Was dem deutschen Volke not tut, ist nicht das Predigen der Freiheit, das tun unsere Feinde; wir müssen eine Nation von politischen Soldaten heranziehen. Das ist unsere Aufgabe, Generäle hat Deutschland meistens genug gehabt, auch Genies, meistens mehr als uns zuträglich war, nur haben wir kein diszipliniertes Volk gehabt. Und da bitte ich Sie, sehen Sie in mir den

---

Gautag der Nationalsozialisten"; Ostthüringer Tribüne vom 14.7.1930, "Gautagung oder Reichstreffen der Nazis"; VB vom 15.7.1930, "Hitler und Frick auf dem Thüringer Gautag"; VB vom 16.7.1930, "Ein Tag der Thüringer Nationalsozialisten"; Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930, "Thüringer Gau-Parteitag in Gera am 12. und 13. Juli". Ferner Karl Heinz Albrecht, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J., S. 48 ff.

3 Die Verwendung dieses Begriffs durch Hitler ist ungewöhnlich. Obwohl sich der Nationalsozialismus durchaus als Teil der Konservativen Revolution begreifen läßt, wird der Begriff der "Konservativen Revolution" im *engeren* Sinn eher zur Kennzeichnung politischer Ideologien verwendet, die sich auf dem rechten Spektrum parallel, zum Teil in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus entwickelten. Davon unabhängig können auch diese Ideologien als Wegbereiter des Dritten Reiches verstanden werden. Zu den verschiedenen Richtungen und Spielarten der sog. Konservativen Revolution vgl. Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt [3]1989 mit Ergänzungsband.

Bewahrer dieser Disziplin unserer Bewegung. Sofern es sich um taktische Fragen handelt, kann man nachgeben, sobald es sich um Prinzipien handelt, muß man hart sein. Wir verfechten ein Ziel, ein Programm [4]. Auch das "getrennt marschieren" [5] wird in dieser Partei befohlen und angeordnet. Glauben Sie nicht, daß es je zum gemeinsamen Schlagen kommt, wenn nicht von oben das Marschieren einheitlich befohlen wird. Unsere Bewegung unterscheidet sich unendlich von dem, was sonst an Parteien da ist, daher versuchen die anderen, uns zu vernichten [6]. Ich habe nach meiner Festungshaft [7] mit allen Mitteln versucht, daß diese Bewegung wieder ein geschlossenes Ganzes würde [8]. Ich glaube, daß mir das gelungen ist. *Wer glaubt, daß die Nationalsozialistische Partei auch nur einen Riß bekommt, der wird sich gründlich täuschen* [9]. (Stürmischer Beifall.) Solange ich lebe, wird jeder hinausgesetzt, ehe er zerstören kann, was wir mühsam aufgebaut haben. Und sollte mich das Schicksal abberufen, so habe ich dafür gesorgt, daß eine Organisation da ist, die es auch nach meinem Tode unmöglich macht, diese Bewegung zu zerbrechen. (Unendlicher Beifall und Jubel.) Es ist heute undenkbar, daß die nationalsozialistische Bewegung zerfällt. Alle Versuche von außen sind nur Mittel, um die Bewegung innerlich fester zusammenzufügen. In diesen Tagen haben sie einem Teil unserer Bewegung die Hemden ausgezogen [10], da fühlen wir erst, wie wir zusammengehören; die haben eine Vorstellung von dem inneren Wesen unserer Bewegung! Seien Sie felsenfest überzeugt, so wie die Bewegung aus dem nichts gebaut ist [11] und so wie sie zu dieser Macht gewachsen ist, so wird sie weiter wachsen; die andern mögen tun, was sie wollen. (Lang anhaltender Beifall.) Wenn es in Deutschland noch einen Glauben gibt, dann hat er sich in unseren Reihen vereinigt. Wir sind verpflichtet für den Glauben, wir sind verantwortlich, daß dieses Werk nicht vernichtet wird. Diese Verantwortung macht uns hart. Ich glaube, gerade in diesen Tagen ist wieder ein Schurkenstreich versucht worden, indem die Polizei Waffen in unsere Bewegung schmuggeln wollte [12]. Man wird alles tun, um uns zu zerstören, aber sie werden am Ende Schiffbruch erleiden.

Je gemeiner der Kampf, um so herrlicher der endliche Erfolg. (Frenetischer Jubel und endloses Händeklatschen.)

---

4 Vgl. Dok. 69, Anm. 22.

5 Als Grundsatz operativen Handelns wird der Satz "Getrennt marschieren, vereint schlagen" dem preußischen Generalstabschef, Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke, zugeschrieben. Obwohl diese Maxime als Richtlinie seiner militärischen Führung gelten kann - so in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 -, erkennt Treitschke in dem preußischen Heeresreformer, General Gerhard von Scharnhorst, den eigentlichen Urheber dieser Sentenz. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil, S. 149.

6 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

8 Vgl. Bd. I, Dok. 1 ff.

9 Anspielung auf den Ausschluß der Gruppe um Otto Straßer aus der NSDAP. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.

10 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

11 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

12 In der Nacht vom 9. auf 10.7.1930 war der Angestellte beim Potsdamer Polizeipräsidium Kurt Dörre zusammen mit der mit ihm befreundeten Elisabeth Hanke bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Aufgrund der bei Dörre zufällig gefundenen Papiere unternahm die Polizei bei dem Kaufmann Willi Hoppe, zugleich Straßenzellen-Obmann der NSDAP, in Berlin-Wilmersdorf eine Hausdurchsuchung, bei der ein Waffenlager

13. Juli 1930 Dok. 75
Rede auf NSDAP-Versammlung auf dem Hesselberg [1]

VB vom 17.7.1930, "7.000 fränkische Bauern rund um Hitler auf dem Hesselberg" [2].

Nach einleitenden Worten *Julius Streichers* [3], der die Bauern daran erinnerte, daß sie *wie einst vor 400 Jahren geknechtet seien und damals ihren Feinden erlagen, weil ihnen die Führung fehlte* [4], *ergriff Adolf Hitler das Wort.*

---

mit 128 Maschinengewehrschlössern und weiteren Waffenteilen entdeckt wurde. Während Hoppe jegliche politische Bedeutung dieses Waffenlagers bestritt und behauptete, er habe die Waffenteile in seiner Zeit als Lagerist bei einer Waffenfirma gestohlen, vertrat der VB die Ansicht, es handele sich hier um eine Provokation von seiten der Polizei. Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.7.1930 (AA), "Die Waffenfunde bei den Nationalsozialisten" und vom 12.7.1930 (MA), "Untersuchung in Potsdam"; Vossische Zeitung vom 12.7.1930, "Waffenfunde in Wilmersdorf" und vom 15.7.1930, "Hitler über Hoppe"; VB vom 13./14.7.1930, "Die fällige Provokation?".

1 An der von Streicher geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth "außerordentlich stark über 6.000" (VB: 7.000) Personen teil.
Laut Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.7.1930 hatte die NSDAP den Hesselberg, der durch die sog. Frankentage als "Heiliger Berg der Franken" galt, für etwa 3.000 RM gemietet; die Kosten wurden durch den Verkauf von Festabzeichen gedeckt. Der Schriftwechsel zwischen dem Gauleiter des Untergaues Mittelfranken, Julius Streicher, und Hitlers Privatsekretär, Rudolf Heß, vom 8.7.1930 läßt vermuten, daß Streicher sich zunächst vergeblich um einen Redebeitrag Hitlers bemühte (BA, Slg. Schumacher 119). Es wurde vereinbart, "daß Herr Hitler zwischen 1/2 3 und 3 Uhr in Wassertrüdingen bei Gunzenhausen im Gasthof Krone" erwartet würde, ohne daß "mit einer Rede oder auch nur Ansprache Herrn Hitlers" gerechnet würde. Da Hitler am 13.7.1930 noch am Gautag der Thüringer NSDAP teilnahm (vgl. Dok. 74), verzögerte sich sein Eintreffen auf dem Hesselberg auf etwa 17.00 Uhr.
Zur Inszenierung der Veranstaltung vgl. ferner den Bericht des Augenzeugen Wilhelm Dreher vom 30.12. 1936 (BA, NS 26/532): "Im Jahre 1930 fand auf dem Hesselberg in Mittelfranken eine Großkundgebung statt. Der Führer sollte um 2 Uhr kommen. Es schien, als wollte sich der Himmel leeren. Stunden vergingen, aber der Führer kam nicht. Obwohl es in Strömen regnete, hielten die vom Wetter hart geformten Bauern stundenlang aus und warteten auf Hitler. Pg. Streicher gab immer [*noch*] die Hoffnung nicht auf. Endlich erschien er noch gegen Abend auf dem Berg. Wenn es nur wenige Worte waren, so hatten wir doch den besten Lohn für unser Warten. Wir stiegen zusammen mit dem Führer den Berg hinab."

2 Vgl. auch VB vom 15.7.1930, "Der Volkstag auf dem Hesselberg"; Die Flamme vom 17.7.1930, "Hitler auf dem Hesselberg"; VB vom 20./21.7.1930, "'Wenn nur Hitler kommt, wenn wir nur Hitler hören können...!'"; Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930, "Bei den fränkischen Bauern am Hesselberg, 12. und 13. Juli 1930"; Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.7.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940. Lagebericht Nr. 1089 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.7. 1930, BayHStA, MA 102149. Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496. Abbildung in: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, gegenüber S. 146. Vgl. ferner Hesselbergland. Land und Leute in Ehingen, Dambach und Lentersheim. Hrsg. von Frank Baumeister, Gunzenhausen 1991, S. 121 ff.

3 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 Erster Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925: NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des (Unter)Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

Er entwarf ein erschütterndes Bild von der grauenhaften Not unseres Volkes. Er zeigte die Kräfte, die das deutsche Volk hindern, die Ketten, in denen es liegt, abzustreifen. Wenn ein ganzes Volk am Boden liegt, so ist es ein Verbrechen zu glauben, einen Berufsstand allein retten zu können [5]. *Die heutigen Machthaber stoßen das ganze Volk und mit ihm den Bauern immer tiefer ins Unglück.* Der Bauer muß sich besinnen, daß er ein Glied des Volkes ist, *seine Not* [6] *ist die Not des ganzen Volkes.*

Nur eine aus dem Volke geborene Bewegung, die wie die nationalsozialistische das Volk über alle Klassen und Stände hinweg einigt und zu einer fanatischen Freiheitsfront zusammenschweißt [7], wird uns vor dem Verhängnis retten. *Wir kämpfen nicht um Stimmen, wir kämpfen um die Herzen.* Das unterscheidet uns von den anderen und macht uns hart und unbeugsam gegen alle Schikanen, darin liegt der Garant unseres Sieges.

Wir wollen jenen Geist pflegen, der den Frontsoldaten beherrscht hat, als er 4 Jahre lang draußen stand. Wir alle mußten uns emporringen. *Niemand hat uns gekannt, als wir noch 7 Mann waren* [8]. Niemand hat mich gekannt als ich noch der Gefreite [9] im K[*öni*]gl[*ich*] Bayerischen 16.Inf[*an*]t[*erie*] R[*e*]g[*imen*]t "List" [10] war! Der Geist des Frontsoldaten hat uns nicht verzagen lassen. Heute sind wir 300.000 Kämpfer [11], das sind 300.000 Wähler, morgen werden es 500.000, 600.000, 1.000.000 sein, das sind 15.000.000 Wähler [*sic!*] - und eines Tages wird die Stunde kommen, *in welcher ein neues Deutschland ersteht und marschieren wird, um mit legalen Mitteln* [12] an Stelle des heutigen Deutschlands ein besseres Deutschland zu setzen.

---

4 Anspielung auf die Niederlage der militärisch ungeschulten Bauern in den deutschen Bauernkriegen 1524/25, durch die sie für Jahrhunderte jeden politischen Einfluß verloren.

5 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

7 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

9 Hitler, seit 16.8.1914 Kriegsfreiwilliger, wurde am 3.11.1914 zum Gefreiten befördert und am 31.3.1920 mit diesem Dienstgrad aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff. sowie Dok. 5, Anm. 68.

10 Vgl. Fridolin Solleder (Hrsg.), Vier Jahre Westfront. Die Geschichte des Regiments List. Reserve-Infanterie-Regiment 16. München 1932.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 41, Anm. 13 und Dok. 72, Anm. 16.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

18. Juli 1930 Dok. 76
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 20./21.7.1930, "Der 14. September: Beginn der deutschen Abrechnung!" [2].

Er [*Hitler*] ging von der Frage des Reichsfinanzministers Dietrich [3] aus: *Ob die Deutschen ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind* [4]*?* Herr Demokrat Dietrich! *Die Frage ist zu spät gestellt,* denn sie ist schon längst beantwortet, und zwar durch *Ihre* Partei, die einst im November 1918 das alte Deutschland gestürzt hat [5]. Die sogenannte "Deutsche Revolution"

1 Im Zirkus Krone, ab 20.30 Uhr. Die Versammlung, an der laut VB 8.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Da die Versammlung laut PND-Bericht wegen Überfüllung um 19.45 Uhr polizeilich gesperrt werden mußte, wurden zwei Parallelversammlungen im Arzberger- und im Augustinerkeller veranstaltet.
Ursprünglich war vorgesehen, daß auf dieser Versammlung Frick über "Mein Kampf in Thüringen - Ein Kampf ums Dritte Reich" und Gregor Straßer zum Thema "Das Alte zerfällt - Adolf Hitler baut das Neue!" sprechen sollten (Vgl. Ankündigung in VB vom 15.7.1930). Durch die Auflösung des Reichstags am 18.7.1930 fielen Frick und Straßer jedoch als Redner aus, so daß an ihrer Stelle Hitler den Wahlkampf für die am 14.9.1930 vorgesehene Reichstagswahl eröffnete.

2 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 20.7.1930, "Der Wahlkampf hat begonnen. Eine Kundgebung der Nationalsozialisten in München"; Le Matin vom 20.7.1930, "Les nationaux-socialistes préparent une gigantesque campagne électorale"; Ferner Schreiben Nr. 206 der Vertretung der Reichsregierung München an die Reichskanzlei vom 19.7.1930; BA Potsdam, Reichsmin. d. Innern, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei B 13, 25790. PND-Bericht VId Nr. 1183/30 vom 22.7.1930; StA München Polizeidirektion München 6741. Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3.

3 Hermann Dietrich (1879-1954), Jurist, 1905-1908 Rechtsrat der Stadt Karlsruhe, 1908 Bürgermeister von Kehl, 1911-1921 MdL in Baden (Nationalliberale Partei), 1914 Oberbürgermeister von Konstanz, 1918-1920 badischer Minister für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten, 1918 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der DDP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1933 MdR (DDP, seit 1930 DStP), 1928-1930 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, April 1930-Juni 1930 Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister, Juni 1930-Mai 1932 Vizekanzler und Reichsminister der Finanzen, 1930-1932 Vorsitzender der DStP, 1933 Rechtsanwalt in Berlin.

4 Der Reichsminister der Finanzen Dietrich hatte am 18.7.1930 vor dem Reichstag für die Erhöhung verschiedener Steuern plädiert, um das Haushaltsdefizit abzubauen, das durch die unerwarteten Mehraufwendungen für die Arbeitslosenversicherung entstanden war. Er schloß seine Rede mit den Worten: "Meine Damen und Herren! Es muß Schluß gemacht werden mit der Interessenpolitik, die ein Arbeiten unmöglich macht, damit Staatspolitik gemacht werden kann. Die Frage ist jetzt nachgerade die, ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6516 f. Vgl. ferner Adelheid von Saldern, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1966, S. 105 f.
Die Parole "Jagt sie weg, die 'Haufen der Interessenten!'" wurde zum populärsten Slogan des Reichstagswahlkampfs 1930. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 90.

5 Das liberale Lager im Deutschen Reich hatte die revolutionären Ereignisse des Novembers 1918 zunächst mit Sorge verfolgt, sympathisierte dann allerdings schnell mit den neuen Machthabern, als sich der zunächst unblutige, disziplinierte und demokratische Charakter des Systemwechsels abzuzeichnen begann. Der Berliner Gründungsaufruf der DDP vom 16.11.1918 lehnte "jeden bolschewistischen, reaktionären und sonstigen Terror" ab, jedoch auch jeglichen monarchischen Wiederbelebungsversuch. Vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 25 ff.

war kein Akt der deutschen Nation, sondern ein Handstreich von Interessenten [6]. Interessenten aus den verschiedensten Lagern sind es gewesen, die sich anschickten, dem alten Staat den Garaus zu machen, Deutschland zu entwaffnen und wehrlos zu machen [7] und zu dem zu gestalten, was es heute ist. Damals hat Interessentenpolitik [*sic!*] zum ersten Male gesiegt. Seitdem leben wir 12 Jahre in der Politik von Interessenten, von ganz kleinen Gruppen und kleinen Kreisen. Die [*Deutsche*] *Demokratische Partei* war der Wegweiser in diese Politik, in dieses Herabsinken zu kleinen Interessenten-Vertretungen. Der jahrzehntelange Kampf gegen den deutschen Militarismus, d. h. für die Wehrlosmachung der deutschen Nation war nichts anderes als Interessenpolitik einer ganz kleinen revolutionslüsternen Gruppe von Menschen. Ebenso der Kampf gegen die Staatsautorität im alten Reich, gegen seine Staatsform, nichts anderes als der Versuch von Parteien, *ihr Regiment für die Zukunft einzurichten und später einmal zu stabilisieren* [8].

Hitler erläutert den Begriff der "Staatsfeindlichkeit" im heutigen System, in dem jedes Hemd, das eine andere Gesinnung repräsentiert, staatsfeindlich ist [9], und bezeichnet diesen Staat als

die Herrschaft derer, die sich heute bedroht fühlen.

Wer fühlt sich bedroht? *Unsere regierenden Parteien,* die das Geschick der Nation bestimmen. Man hat es fertiggebracht, Parteiinteressen zu Staatsinteressen umzuschwindeln - u[*nd*] nun stehen gegen diese Parteiinteressen die Volksinteressen auf! Das ist der große Kampf, den wir heute vor uns sich abrollen sehen.

Alles was heute geschieht, eine Unsumme von politischen Ereignissen, dient nur dem einzigen Zweck, *die Revolution in Deutschland zu legalisieren*, ihren Fortgang nicht als das erscheinen zu lassen, was sie ist. *Das gemeinste Verbrechen der Weltgeschichte.*

Ein ganzer Interessenkomplex ist es, der ausschließlich der Stabilisierung der Parteiherrschaft jener dient, die 1918 die Revolution gemacht haben. Der rote Faden durch unsere ganze Innenpolitik heißt: Schutz nicht der deutschen Nation, Schutz nicht dem deutschen Volke, sondern

Schutz den Parteien,

die 1918 die deutsche Nation zum erstenmal in ihre Pflege und Obhut genommen haben. (Große Heiterkeit.) Und damit dieses Parteiregiment erhalten bleibt, dient als dritter Grundsatz die Erhaltung unserer parlamentarischen Demokratie, ganz gleich, wie sie sich dem deutschen Volk gegenüber auswirkt. Und der goldene Faden, der durch unsere neudeutsche Geschichte sich hindurchzieht, ist:

Das überstaatliche Kapital muß auf allen Wegen geschont werden.

---

6 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19.

7 Die Reduzierung der deutschen Streitkräfte war eine Folge des Waffenstillstands zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten vom 11.11.1918 und des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

8 Zum Verhältnis von (Links)Liberalismus und Staat nach 1871 vgl. James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983, S. 147 ff.

9 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

Mag Landwirtschaft [10] und Industrie [11] vernichtet werden, mag unser Handwerk zum Teufel gehen, unsere Kleinunternehmungen verschwinden [12]: Das Großkapital muß unangetastet bleiben und der Jude, der hinter diesem Kapital steht.

Dem Juden ist in Deutschland alles erlaubt, ihn anzugreifen, ist ein Verbrechen, er hat heute Rechte, die dem deutschen Volk gegenüber das größte Verbrechen sind - er steht praktisch über allen Gesetzen.

Trotz allen Geredes dieser kleinen machtlüsternen Herrschaftsgruppen ist heute der Zusammenbruch da. Sie können tun, was sie wollen, sie können den Zusammenbruch nicht mehr beseitigen. Eine 12 Jahre dauernde Sünde empfängt nun langsam ihre *historische Quittung*. Und wenn der Zusammenbruch nicht schon früher eingetreten ist, so nicht deshalb, weil er nicht bemerkbar gewesen wäre, nein, man log früher mehr: *Der Zusammenbruch ist früher dem deutschen Volk nicht erspart, sondern nur weggelogen worden, mit einer Flut von Versprechungen am Beginn, von Verleumdungen am Ende.*

Hitler zeichnet den ganzen

entsetzlichen Weg der Lügen

von den 14 Punkten Woodrow Wilsons [13] über Rapallo [14] und Locarno [15] bis zum Dawes-Pakt [16] und *Young-Plan* [17], der alles, was man früher an Lügen-Virtuosität geleistet hat, weit in den Schatten stellt. Es ist eine olympische Meisterleistung der Volksverblendung. *Wer den Young-Plan unterschreibt, sagte man, saniert Reich, Länder und Kommunen zugleich* [18], *der sorgt dafür, daß 1930 die Steuern abgebaut werden können* [19]*!* (Tosende Zurufe.) Das kann man nicht weglügen, denn es sind erst 8 Monate her. Man ging noch weiter und sagte: Mit der Annahme des Young-Planes werde auch *die Wirtschaft saniert* [20]. Man hat ein Wort erfunden: Es ist unsere Pflicht, die Wirtschaft anzukurbeln [21]. Erinnern Sie sich des Satzes:

"Wir kurbeln die Wirtschaft an!"

(Brausende Zustimmung.) *"Wer uns daran hindert, ist ein Verbrecher* und kann es nicht verantworten vor dem deutschen Volke." Man erklärte diese Ankurbelung als staatspolitische Notwendigkeit, als Staatsinteresse. Und man versicherte: *"Wir bauen damit zugleich die Arbeitslosigkeit ab!"* Parallel damit retten wir zugleich die Landwirtschaft - jeder wird gerettet damit, vielleicht nicht im Augenblick, aber nach 3 Monaten spätestens!

---

10 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

11 Zur Situation der deutschen Industrie während der Weltwirtschaftskrise vgl. Harold James, The German Slump. Politics and Economics 1924-1936, Oxford 1986, S. 110 ff. ferner Dok. 63, Anm. 11.

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

13 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.

14 Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

15 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

18 Vgl. Dok. 19, Anm. 8 sowie Dok. 26, Anm. 5.

19 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

20 Angesichts der hohen Auslandsverschuldung des Deutschen Reichs (vgl. Dok. 77, Anm. 34) wurden von den Verteidigern des Young-Plans auch wirtschaftliche Gründe für dessen Annahme angeführt. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der großen Krise, S. 417 f.

21 Zur Wirtschaftspolitik der Regierung Müller vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. XXXII ff.

Man brandmarkte die Widersacher als Staatsfeinde [22], als Verbrecher am deutschen Gedanken. Ganz kleine Knirpse, politische Zwerge, die der Stimmzettel zu ihren Posten geschwemmt hat, erhoben sich zu Verteidigern des Staatsprinzips.

Wir erklärten das alles als *trügerische Vorspiegelungen,* daß dadurch die Wirtschaft der Katastrophe ausgeliefert, die Arbeitslosigkeit erst recht zunimmt, und die Landwirtschaft erst recht zugrundegehen wird. Ich erklärte Ihnen von dieser Stelle aus [23]: *In wenigen Monaten vielleicht schon werden wir uns wieder sprechen und dann entscheiden Sie, wer recht hat: Die andern oder wir!*

Nun entscheiden Sie [24]*!* (Stürmischer Beifall.)

Heute sagt ein Reichsfinanzminister: Wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit Unruhen ausbrechen und hungernde Menschen durch die Straßen der Stadt rasen ... [25] Wer hat das behauptet als Folge des Young-Planes, und wer hat das bestritten? Diejenigen, die jetzt wieder an das Volk appellieren wollen. *Nun ist das eingetroffen, was wir prophezeit haben.*

Kaum war der Young-Plan unterschrieben, entdeckte man, daß das Reich ein Defizit von rund - man spricht seit 12 Jahren nur in runden Begriffen - 450 Millionen habe [26]. Die Tinte war kaum trocken, entdeckte man einen Rechenfehler, zu dessen Behebung man eine ganz kleine neue Steuervorlage bringen wollte [27], damit die Steuer 1931 abgebaut werden konnte. Wenn wir über 1930 hinwegkommen, sind wir gerettet! Sie sind nun gerettet, wenn die über den Augenblick hinwegkommen. Man trat wieder an das Volk heran, denn der Rechenfehler

22 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

23 Vgl. Bd. III/2, Dok. 116.

24 Anspielung auf die Reichstagswahl am 14.9.1930. Der Reichstag hatte am 16.7.1930 mit 256 gegen 193 Stimmen - darunter die Stimmen von SPD, DNVP, KPD, NSDAP und Volksrecht-Partei - die Deckungsvorlage der Reichsregierung abgelehnt, mit der das Haushaltsdefizit abgebaut werden sollte. Die Regierung setzte nun den abgelehnten Gesetzentwurf unter Einbeziehung einer Bürgersteuer und Gemeindegetränkesteuer als Notverordnung nach Artikel 48 in Kraft. Auf Antrag der SPD stimmte der Reichstag am 18.7.1930 mit 236 gegen 221 Stimmen für Aufhebung dieser Notverordnung. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14.9.1930 fest. Die abgelehnte Notverordnung wurde am 26.7.1930 in verschärfter Form erneut als Notverordnung erlassen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 103 ff. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978, S. 299 ff. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6395 ff. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 311 ff.

25 Gemeint ist folgender Teil von Dietrichs Rede vom 18.7.1930 (vgl. Anm. 4): "Herr Kollege Landsberg, wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen, dann haben wir in zwei oder drei Monaten wieder Kassenschwierigkeiten, die aber dann überwunden werden können, wenn wir beizeiten vorsorgen. Wenn wir das nicht tun, dann wird die öffentliche Ruhe und Ordnung, die heute gefährdet ist, in zwei oder drei Monaten schwer gestört sein. Und wenn dann der Hunger durch die Gassen läuft, wenn Unruhen die Städte erschüttern, dann wird man bereit sein, die Mittel zu bewilligen, die man jetzt ablehnt, einschließlich der Getränkesteuer."

26 Das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im März 1930 150,2 Millionen RM, der Überschuß im April 1930 115,9 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete im März 1930 einen Überschuß von 146,7 Millionen RM, im April 1930 von 177,3 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des im März 1930 endenden Rechnungsjahrs 1929/30 auf 399,6 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 771,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 472, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 60, Anm. 6.

27 Vgl. Dok. 44, Anm. 13.

stellte sich als größer heraus. *Augenblicklich weiß noch kein Mensch die Größe des Defizits* [28]. Nur der Pleitegeier geht um - das wissen alle.

Nun ist dem scharfen Auge des deutschen Reichsfinanzministers der Deutschen Demokratischen Partei nicht entgangen, daß es einen Stand gibt, der bisher verhältnismäßig ungerupft durch das wechselvolle Schicksal der Republik hindurchgekommen ist: die Festbesoldeten. Erschreckt aber nicht, Ihr werdet nicht besteuert, nur ein Notopfer, ein kleines Notopfer müßt Ihr bringen [29]! (Stürmische Kundgebungen.) Jeder Mensch muß ein Opfer bringen, *auch der Reichsfinanzminister bringt das seine:* Er verzichtet auf lebenslängliche Anstellung und *begnügt sich mit lebenslänglicher Pension* [30]*!* (Stürmische Entrüstung.)

Nun sind sie am Ende ihres Lateins, nun helf, was helfen kann! Und nun geht ein Mann daher und klagt über *Interessenpolitik!*

Der Redner erinnert an das *Volksbegehren* [31], das das Schicksal schon jetzt gerechtfertigt habe. Selbst die Angst vor Diäten- und Mandatsverlust hat dieses System nicht mehr halten können, und nun ist in unseren Augen

die Stunde der Abrechnung gekommen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Reichsfinanzminister fragt, ob die deutsche Nation ein Haufen von Interessenten oder ein Volk ist. Er sagt: ein Staatsvolk, Herr Demokrat! Wir werden dafür sorgen, daß das deutsche Volk, aus den Händen der Interessentenpolitiker befreit, zu einem Staatsvolk wird, das mit dem Haufen der Young-Interessenten abrechnet.

Wir werden in den nächsten Wochen dafür sorgen, daß man nicht diesen Wahlkampf mit echt jüdischer Fingerfertigkeit verdreht, dafür sorgen, daß die Lügen der marxistischen Partei in den nächsten Wochen klar herausgestellt werden. *Gewiß ist der Young-Plan nicht das einzige Verbrechen, aber das letzte und deutlich sichtbarste, und der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht - und er soll zerbrechen!*

Wir werden sorgen, daß in dem Wahlkampf die Schuld der Verderber Deutschlands klar herausgemeißelt wird, und daß sie nicht durch Mätzchen sich freisprechen oder davon entfernen können.

Wir Nationalsozialisten wissen, daß keine Wahl endgültig das Schicksal einer Nation entscheiden kann. Nicht parlamentarische Majoritäten gestalten Völkerschicksale - sie können sie höchstens verderben -, wohl aber wissen wir, daß in dieser Wahl die Demokratie mit den Waffen der Demokratie geschlagen werden muß. Deshalb treten wir in sie ein mit aller Energie, die wir besitzen, und deshalb werden wir in den nächsten Wochen landauf, landab in

---

28 Der Überschuß des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im Juli 1930 197,6 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete zum selben Zeitpunkt einen Überschuß von 40,3 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 60, Anm. 6.

29 Vgl. Dok. 59, Anm. 3.

30 Die finanzielle Versorgung der Reichsminister nach ihrer Entlassung war in § 15-25 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27.3.1930 geregelt. Druck: RGBl. 1930, I, S. 96 ff.

31 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

ganz Deutschland kämpfen. Wir Nationalsozialisten freuen uns, daß wir gerade in den Ferien, wo die andern so gern ausruhen möchten, hinausgehen können, und wir werden die faulen Patrone zwingen, zu stehen und zu fechten. Wir werden dabei keineswegs Stimmen einsammeln, sondern den Kampf benützen, um unserer Bewegung neue Kämpfer zu gewinnen.

Wenn Herr Dietrich sagt, daß die Deutschen zeigen müßten, daß sie kein Haufen von Interessenten sind, so werden wir ihm zeigen, daß wir eine

neue deutsche Volksbewegung

sind, die keine Interessentengruppen vertritt, sondern weit hinaus gewachsen ist über Berufe, Stände, Bürgertum, Proletariat, konfessionelle Spaltungen, eine Bewegung, die im weitesten Sinn über Interessentengruppen *in das deutsche Volk hineingewachsen* ist [32]. Es mag sich der Zirkus im Laufe des Wahlkampfes füllen, so oft er will, wann wird je das deutsche Volk so gemischt aus allen Ständen und Gruppen und Berufen hier sitzen als heute? Wann wird jemals hier eine Partei auftreten, die so von sich sagen kann: Wir haben nicht Bürger in unseren Reihen, nicht Proletarier, nicht Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht Bauern und Städter, nicht Katholiken und Protestanten, nicht Monarchisten und Republikaner, *wir haben nur Deutsche hier vor uns* (minutenlanger donnernder Beifall), wann wird diese Partei hereintreten? Nur dann, wenn wir die nächste Versammlung abhalten, sonst nicht! Die so klagen über Interessenpolitik, was sind sie anders als die Vertreter von Interessentengruppen, von Interessenparteien, was haben sie hinter sich als nur immer einzelne Stände und Berufe [33]? Und wir, was sind wir anderes als das aus allen Ständen und Berufen sich zusammenfindende deutsche Volk. Was wir in unserer Bewegung sehen, ist nicht einmal das Deutschland von jetzt, sondern ebenso das Deutschland der Vergangenheit wie endlich

das Deutschland der Zukunft.

Für das treten wir ein, ringen wir, arbeiten wir, für das setzen wir uns ein, und ich kann mit Stolz sagen: Ich kandidiere nicht für eine öffentliche Körperschaft, ich rede nicht, weil ich Interessenvertreter meiner Person, sondern Vertreter *der Interessen des Volkes bin, in dessen Reihen ich vor 12 Jahren marschiert bin* [34]. (Stürmischer Beifall.) Es ist das Interesse des besseren Deutschlands, das damals noch lebte und das die Führer von heute totgemacht haben. Deshalb haben wir auch größere Ziele herausgekehrt, und wenn Reichsfinanzminister Dietrich vielleicht nicht weiß, was Staatsbürger für die Zukunft verlangen müßten, wenn er glaubt, daß ihre Aufgabe nur in der Bewilligung von *Steuern für die Vernichter Deutschlands besteht,* dann wollen wir ihm die Antwort geben: Hier ist eine Bewegung, die keine Interessen irgendwelcher Art vertritt, außer die der deutschen Nation in der Gesamtheit, und die *3 Grundsätze* verficht:

Wiederherstellung des deutschen Volkskörpers und Beseitigung aller Einflüsse internationaler vergiftender und verpestender Art,

Überwindung des Majoritätsprinzips, des Wahnsinns und der Halbheit und Herauskehrung des Prinzips der Autorität, der Genialität der Führung,

32 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
33 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
34 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 sowie Dok. 75, Anm. 9.

Überwindung der feigen Ergebung, der Selbstentwürdigung, Selbstbezichtigung und der Selbstpreisgabe, Aufrichtung des Widerstandswillens im ganzen deutschen Volk und Überwindung des Pazifismus.

Herr Reichsminister! Wenn diese Bewegung siegt, dann fällt in Deutschland der Internationalismus, die Demokratie und der Pazifismus, und dann steigt auf das deutsche Volk. Aber Sie, Herr Dietrich, werden nicht der Repräsentant dieses Volkes mehr sein. (Stürmischer Beifall.)

Wenn heute dieser Staat von Interessenten versucht, mit allen läppischen Mätzchen unsere Bewegung zu hindern, ihren Vormarsch aufzuhalten glaubt, wenn man uns staatsfeindliche Ziele aufoktroyiert [35], uns als Staatsfeinde zu brandmarken versucht, dann soll uns das alles nicht im geringsten hemmen. Möge das Hemd aussehen wie es will [36]; unter dem Hemd schlägt ein Herz, das ändern Sie niemals, das bleibt, wie es in unserer Bewegung geschmiedet wird. Sie können mit so *läppischen Mitteln* unsere jungen Anhänger quälen, peinigen, aber Sie mögen sich nicht täuschen, es sind das Schläge, die den Charakter hart machen, und nur Schwächlinge können sie unterkriegen. *Das ist ein Kopf, den wir vor 12 Jahren im Geiste, vor 11 Jahren in der Tat, vor 10 Jahren in der Öffentlichkeit begonnen haben und weiterführen* [*sic!*]. Ich darf Sie bitten, in diesen kommenden 6 Wochen nicht an Ruhe, nicht an Ferien, nicht Reisen zu denken, sondern 8 Wochen lang denken Sie

nur noch an Deutschland ganz allein,

an unser Volk, an die Stunde, die wir herbeiführen müssen, indem Sie in diesen 8 Wochen Mann für Mann, Weib für Weib, Junge für Junge, Mädchen für Mädchen kämpfen. Setzen Sie sich ein mit jedem Atemzug, haben Sie nichts im Kopf als den Tag, *der uns zum Siege werden muß.* Und wenn Sie diesen fanatischen Wunsch so in die Wirklichkeit übersetzen, dann wird dieser Tag ein Tag der beginnenden Abrechnung mit den Verderbern Deutschlands und dann wird man später einmal sagen können:

Der 14. September 1930 war ein Wendetag, ein Wendemonat in der deutschen Geschichte; an dem Tag hat die junge Bewegung, die später Deutschland frei gemacht hat, zum erstenmal mit schweren Schlägen an die Türen des deutschen Reichshauses gepocht und gerufen: Macht die Tore auf, die Interessenten sollen weichen, das deutsche Volk zieht jetzt ein! (Anhaltender stürmischer Beifall.) [37]

---

35 Vgl. z. B. Dok. 74, Anm. 12.

36 Vgl. Anm. 9.

37 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

24. Juli 1930 Dok. 77
"Der Wahlschwindel beginnt" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [3].

Zunächst möchte ich die Frage beantworten, was die Ursache für den Niedergang Deutschlands gewesen ist. Wer sind die Urheber all des Unglücks, das über Deutschland gekommen ist? Hatten die Machthaber seit 1918 überhaupt mit einem anderen Mittel als mit der Lüge regiert? Die Ursache des Niederganges des deutschen Volkes liegt schon weit vor dem Kriege. Sie ist begründet im Parlamentarismus. Der Parlamentarismus allein ist schon Lüge. Der Minister Dietrich hat kürzlich gesagt, das deutsche Volk solle in den kommenden Wahlen zeigen, ob es ein Staatsvolk sei [4]. Was ist überhaupt Staat, was ist Volk? Staat ist nichts anderes als die Personifizierung des Volkes [*sic!*]. Mithin ist das Volk das Primäre. Jetzt, kurz vor der Wahl kümmern sich die Herren um das Volk. Bisher war das Volk nur für die Herren da, statt daß die Herren für das Volk da waren. Ich sagte, man hat das Volk mit Lüge regiert, und die größte Lüge ist der Parlamentarismus. Hat sich der Parlamentarismus je um die Belange des Volkes gekümmert? Der Parlamentarismus oder die verschiedenen Parteien des Parlaments waren nie Vertreter des Volkes [5] sondern immer nur Interessenvertreter [6]. Die einen wollten nur den Bauern helfen, die anderen den Arbeitern, wieder andere den Arbeitgebern und andere den Beamten, die einen dem Großhandel und die anderen dem Kleinhandel. Sie alle aber, die in den Parlamenten tätig waren, dachten in erster Linie nur an sich selbst. Nur dann, wenn die

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.7.1930 [*sic!*]. Titel nach Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 147: "Die Bewegung wird alles überdauern".

2 Im Kolosseum, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930 über 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat und Organisationsleiter der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP Willy Liebel geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler nahm Streicher zu den Pressemeldungen Stellung, die von einem Zerwürfnis zwischen ihm und Hitler berichtet hatten. Folgt man dem Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, so wurde die Versammlung erst am Vormittag desselben Tages bekannt gegeben. Dennoch mußte die Versammlung im zweitgrößten Saal Nürnbergs zwischen 19.30 und 20.00 Uhr wegen Überfüllung polizeilich gesperrt und eine Parallelveranstaltung organisiert werden.
Über die Zuhörer ist im Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth zu lesen: "Als Versammlungsbesucher wurden viele Nichtnationalsozialisten, besonders aus dem Mittelstand, festgestellt."

3 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 147-152. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Nürnberger Zeitung vom 25.7.1930, "Hitler in Nürnberg"; Fränkischer Kurier vom 26.7.1930, "Nationalsozialistische Wahlversammlung"; VB vom 29.7.1930, "Eher zerfällt Deutschland, ehe unsere Partei zerfällt!"; Die Flamme vom 31.7.1930, "Unser Führer in Nürnberg". Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940. Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

5 Artikel 22 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte, daß die Abgeordneten des Reichstags in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahren alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt würden. Druck: RGBl. 1919, S. 1388. Druck des Reichswahlgesetzes vom 6.3.1924: RGBl. 1924, I, S. 159 ff.

6 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Wahlen vor der Türe standen, erinnerten sie sich, daß das Volk auch noch vorhanden war. Der Parlamentarismus war es schließlich, der uns um die Früchte des Sieges im letzten gigantischen Kampf, dem größten Kampf der Geschichte überhaupt, gebracht hat [7]. Nicht die Staatsform hat man geändert, o nein, nur den Namen. Schon während des Krieges bohrte man im Volke, daß mit den Fürsten aufgeräumt werden müsse. Das Volk war allgemach [8] durch die Entbehrungen und durch die Schicksalsschläge kriegsmüde geworden. Plötzlich ging ein Geflüster durch die Massen, wenn die Fürsten beseitigt wären, gäbe es einen billigen Frieden. Nichts bräuchten wir zu bezahlen, die kriegführenden Staaten würden ihre Rechnung selbst bezahlen, wenn wir unsere Fürsten, insbesondere die Hohenzollern zum Teufel jagen würden, dann wären wir auch wieder in aller Welt geachtet [9]. Man hat die Fürsten verjagt [10]. Es konnte ja nichts passieren. Man hatte ja die berühmten 14 Punkte Wilsons [11]. Wilson war der Garant dafür, daß wir keine Kontributionen bezahlen mußten [12]. Die Folge hat gelehrt, daß es eine Lüge war [13], denn von den 14 Punkten ist nichts übrig geblieben. Sie waren ein wertloser Fetzen

7 Unter dem Eindruck der seit August 1918 aussichtslosen militärischen Lage hatte der Erste Generalquartiermeister der OHL, General Erich Ludendorff, am 28./29.9.1918 von der Reichsregierung ultimativ Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten gefordert. Das deutsche Waffenstillstands- und Friedensangebot an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, traf am 3.10.1918 eine völlig überraschte deutsche Öffentlichkeit und trug zur Beschleunigung des militärischen Zusammenbruchs wie auch zum Ausbruch der Revolution bei, die Ende Oktober 1918 mit Meutereien in der Kriegsmarine begann. Ungeachtet dessen war es Ludendorff gelungen, die Verantwortung für die Liquidierung des verlorenen Weltkriegs den Mehrheitsparteien im Reichstag zuzuschieben. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 654 ff.
Zur Bewertung des verlorenen Ersten Weltkriegs in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

8 Veraltet für: allmählich.

9 Wilson hatte in dem am 3.10.1918 einsetzenden Notenwechsel zwischen ihm und der deutschen Regierung mehrfach eine Demokratisierung Deutschlands gefordert. So erklärte z. B. der amerikanische Außenminister Robert Lansing in der Note vom 23.10.1918 im Namen des Präsidenten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands". Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 374 ff., hier S. 431. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 88 ff.

10 Der Parteivorstand der MSPD hatte am 7.11.1918 gedroht, aus der Reichsregierung auszutreten, falls der deutsche Kaiser und der Kronprinz nicht bis zum 8.11. zurücktreten würden. Am 9.11.1918 wurde der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm veröffentlicht, dem die offizielle Abdankung jedoch erst am 28.11.1918 folgte. Zur Chronologie der am 7.11.1918 beginnenden Absetzung oder Abdankung aller deutscher Fürsten, die ohne Gegenwehr und ohne Blutvergießen erfolgte, vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

11 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.

12 Wilson hatte in seinem am 8.1.1918 verkündeten 14-Punkte-Programm, das im Oktober/November 1918 zur Grundlage des Notenwechsels zwischen ihm und der deutschen Regierung wurde, Reparationszahlungen der besiegten Staaten nicht ausgeschlossen; allerdings sollten diese Gelder allein zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich verwendet werden. Die sog. Lansing-Note vom 5.11.1918, mit der die USA der deutschen Regierung die Friedensbereitschaft der Alliierten auf der Basis der 14 Punkte unterbreiteten, präzisierte, daß Deutschland für sämtliche personellen und materiellen Schäden der alliierten Zivilbevölkerung Ersatz leisten solle. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 467 ff. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 53, 176 ff.

13 Den amerikanischen Vertretern war es auf der am 18.1.1919 beginnenden Pariser Friedenskonferenz nicht gelungen, ihre Vorstellungen von den Deutschland zumutbaren Reparationszahlungen durchzusetzen, die sie zunächst auf eine einmalige deutsche Zahlung von 2-3 Milliarden $, gefolgt von jährlichen Zahlungen in

Papier. Ihr müßt nach Hause gehen und die Waffen abliefern, so hieß es dann, damit die Welt sieht, daß ihr wirklich am Kriege kein Interesse mehr habt. Die Soldaten zogen nach Hause, sie marschierten über den Rhein, und die Feinde machten nicht Halt an der deutschen Grenze, sie zogen bis an den Rhein [14]. Es ist nur eine Formsache, sagten unsere Parlamentarier, eine vorübergehende Erscheinung. Denn in jedem Krieg muß es einen Besiegten geben. Zeigen wir unsere Friedfertigkeit, damit alle Welt sieht, daß wir den Krieg nicht gewollt haben! Schließlich kam der Versailler Vertrag [15].

Dort hieß es wiederum, es ist zwar nur eine Formsache, aber ihr müßt hier unterschreiben, daß ihr die Alleinschuld am Kriege habt [16]. Tut es, dann bekommt die ganze Welt Achtung vor euch! Es ist ja nur eine Formsache. Wir unterschrieben. Wurde es besser? Nein! Jetzt sollten wir zahlen. Zunächst verhandelte man über 12 Milliarden [17]. Erzberger bot unseren Gegnern freiwillig 100 Milliarden an [18]. Wieder belog man das Volk, als man behauptete, das sei nur eine Formsache, wir bräuchten das nie zu bezahlen. Welche unheimlichen Sachwerte und

Höhe von 1/2-1 Milliarde $ beziffert hatten. Unter dem Eindruck der hohen französischen und britischen Kriegsschulden stimmten die amerikanischen Vertreter bis zum 5.4.1919 dem britisch-französischen Entwurf zu, der weder einen Hinweis auf die deutsche Zahlungsfähigkeit enthielt, noch Angaben über Gesamthöhe und Laufzeit der deutschen Reparationen. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 302 ff., 428 ff., 498 ff.

14 Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reichs, die vor allem aufgrund französischer Initiative zustande gekommen war, wurde in Punkt V-VIII der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich geregelt. Mit dem Inkraftreten des Waffenstillstands wurden diese Gebiete bis Mitte Dezember 1918 von belgischen, britischen und französischen Truppen besetzt. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrag der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 22 ff., hier S. 27 f. Vgl. ferner Walter A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978, S. 15 ff. David G. Williamson, The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 11 ff. sowie Dok. 69, Anm. 11.

15 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

16 Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 enthielt die Erklärung, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

17 Am 10.3.1919 hatte der Vorsitzende der ressortübergreifenden deutschen "Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen", Johannes Hiekmann, öffentlich mitgeteilt, daß die Geschäftsstelle die deutsche Wiedergutmachung für die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich auf ca. 12 Milliarden Mark beziffere. Vgl. Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973, S. 107.

18 Die Alliierten hatten während der Pariser Friedenskonferenz darauf verzichtet, ihre endgültigen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland zu fixieren. Der Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu. Allerdings wurde im Friedensvertragsentwurf eine Vorabzahlung in Höhe von 100 Milliarden Goldmark gefordert, unabhängig von allen weiteren deutschen Reparationen. Die deutsche Friedensdelegation hatte daraufhin vergeblich versucht, die alliierten Reparationsforderungen auf diese - unverzinsbare - Summe festzulegen, wobei diese Strategie von der deutschen Finanzdelegation entwickelt worden war, während Erzberger zunächst den direkten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich durch deutsche Kräfte sowie eine alliierte Beteiligung an der deutschen Industrie favorisiert hatte. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 161 ff. Druck von Teil VIII des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 985 ff.

Geldwerte mußten für die Folge an die Siegerstaaten abgeliefert werden! Als wir zum ersten Male uns dagegen auflehnten, da es doch geheißen habe, wir bräuchten nicht bezahlen, wurde man auf der Gegenseite schon energischer und machte uns mit harten Worten darauf aufmerksam, daß wir unterschrieben hätten, daß wir die Alleinschuldigen am Kriege seien und somit alles bezahlen müßten, was durch den Krieg beschädigt worden sei. So zieht sich durch die ganze Entwicklung von Genf [19], Spa [20], Brüssel [21], London [22], Locarno [23], Rapallo [24] bis nach Haag [25] wie ein roter Faden die Lüge. Während die anderen aufrüsteten, trieben wir Erfüllungspolitik [26] auf Kosten des armen ausgehungerten Volkes und im Interesse des internationalen Großkapitals.

Dies war unsere Außenpolitik. Wie aber gings im Innern zu? Dem Volke machte man weis, daß, wenn wir unseren Verpflichtungen von Versailles nachkommen, uns die ganze Welt wieder offensteht, daß Handel und Industrie sich wieder entwickeln, daß wir einen wirtschaftlichen Aufstieg erleben und in der ganzen Welt wieder geachtet werden wie vor dem Kriege. Was ist gekommen? Die verschiedenen Parteien trieben Parteipolitik, Interessenpolitik auf Kosten des Volkes. Finstere Mächte waren am Werke, um dem Volk auch das Letzte, was es hatte, zu rauben. Nahm man ihm zunächst die Waffen [27], so stahl man ihm durch die Inflation den Rest seines Vermögens [28]. Verloren wir durch den Krieg Hunderttausende der besten Männer [29], so suchten durch den Tod wiederum [30] Hunderttausende den Freitod [31]. Die Inflation hätte man früher beenden können, aber man hat es nicht getan. Der Marxismus war am Ruder [32] und er war der Vorspann des Juden, der kein anderes Ziel kannte, als alles Geld an

---

19 Gemeint ist vermutlich das Gutachten des Völkerbundsrats in Genf vom 20.10.1921: Nachdem in der Abstimmung vom 20.3.1921 etwa 60% der Optanten für einen Verbleib von ganz Oberschlesien bei Deutschland, etwa 40% für einen Anschluß an Polen gestimmt hatten, befürwortete der Völkerbundsrat eine Teilung des Gebiets, so daß der mehrheitlich polnisch besiedelte - und wirtschaftlich interessantere - Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zugesprochen wurde. Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 134 ff.

20 Zur Konferenz in Spa (5.7.-16.7.1920), in deren Mittelpunkt die deutschen Reparationszahlungen standen, vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 103 ff.

21 Zur Expertenkonferenz in Brüssel (16.12.-22.12.1920) zur Regelung der deutschen Reparationsleistungen vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 116 ff.

22 Zu den verschiedenen Londoner Konferenzen (Konferenz vom 1.3.-7.3.1921, Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 sowie Konferenz vom 16.7.-16.8.1924), welche die deutschen Reparationszahlungen regelten, vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 121 ff., 243 ff.

23 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

24 Der Hinweis auf den Rapallo-Vertrag, der in diesem Zusammenhang jedes Sinnes entbehrt, spricht für sich. Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

25 Vgl. Dok. 6, Anm. 2.

26 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

27 Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 sowie Dok. 54, Anm. 8.

28 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

29 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

30 Die letzten vier Wörter in der Vorlage sind hs. gestrichen und ersetzt durch: "nach dem Krieg aus Not und Verzweiflung".

31 Vgl. Dok. 69, Anm. 20.

32 Vermutlich Anspielung auf den sozialdemokratischen Reichsminister der Finanzen Rudolf Hilferding, der dieses Amt freilich nur in der Zeit vom 13.8. bis 6.10.1923 innehatte und seit Februar 1919 überhaupt der einzige sozialdemokratische Reichsminister der Finanzen war. Dennoch sah Hitler in dem sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker den Hauptverantwortlichen für die Inflation im Deutschen Reich. Vgl. Bd. III/1, Dok. 54. Zu den tatsächlichen Ursachen der Inflation vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923.

sich zu reißen. Die Inflation brachte ihn nicht restlos in den Besitz dessen, wonach er gierte. Deshalb mußte etwas Neues kommen. Man bereitete im Inland die breite Masse auf Dawes [33] vor. Was log man nicht alles zusammen! Jetzt ist endlich das gekommen, was wir brauchen, um wieder leben zu können. Jetzt kommt wieder Geld ins Land [34], die Not hat ein Ende, die Wirtschaft wird wieder aufblühen, die Erwerbslosen werden verschwinden, dem Bauern wird es wieder besser gehen, der Export erlebt einen neuen Aufschwung. Ja selbst die nationalen Parteien stimmten in das Freudengeheul mit ein und stimmten für Dawes [35]. Nur die Nationalsozialisten, die verfluchten Hakenkreuzler, waren dagegen [36]. Sie erzählten dem Volk, was kommen werde. Die Zeit gab ihnen recht, aber das Volk vergißt rasch. Nur eines hat man getan, man verpfändete den letzten Rest des Volksvermögens. Die Eisenbahn ging in die Hände der Feinde über [37], die wertvollsten Industriezweige verpfändete man ausländischen Geldgebern. Die Steuerschraube stieg von Jahr zu Jahr [38]. Ich sagte, die Zeit wird uns recht geben. Sie hat uns recht gegeben. Als die Herren sahen, daß es keinen Ausweg mehr gebe, belogen

33 Charles Gates Dawes (1865-1951), 1887 Rechtsanwalt, 1895 als Comptroller of the Currency zuständig für das gesamte Währungssystem der USA, 1902 Präsident der Central Trust Company of Illinois, 1918 Brigadegeneral im Stab der American Expeditionary Force, 1921/22 Secretary of the Treasury, 1923/24 Vorsitzender des ersten Sachverständigenkomitees der internationalen Reparationskommission, 1925 Verleihung des Friedensnobelpreises (zusammen mit Sir Austen Chamberlain), 1925-1929 Vizepräsident der USA, 1929-1932 amerikanischer Botschafter in London, Februar 1932 Präsident der Reconstruction Finance Corporation, seit Juni 1932 Präsident der City National Bank and Trust Company.
Sein Name steht synonym für den Plan, den die internationale Sachverständigenkommission unter seinem Vorsitz zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen erarbeitet hatte. Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

34 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, welche die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherstellen sollte. Im Anschluß daran flossen zwischen 1924 und Sommer 1930 rund 28 Milliarden RM Auslandsanleihe insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Mit diesen Krediten wurden nach 1924 etwa 2/5 aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert, was auch die damalige Konjunktur der deutschen Wirtschaft sowie zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere der Kommunen ermöglichte. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff, 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

35 Die DNVP, deren Erfolg in der Reichstagswahl vom 4.5.1924 nicht zuletzt aus ihrer entschiedenen Ablehnung des Dawes-Plans resultierte, hatte sich unter dem Druck der Interessenverbände in ihrer Haltung zum Dawes-Plan gespalten; am 29.8.1924 stimmten 48 Reichstagsabgeordnete der DNVP für Annahme, 52 für Ablehnung des Dawes-Plans, 6 blieben der entscheidenden Abstimmung fern. Das unerwartete Abstimmungsverhalten der deutschnationalen Reichstagsfraktion sorgte für erhebliche Spannungen mit der Parteibasis, so daß Oskar Hergt am 23.10.1924 als Partei- und Fraktionsvorsitzender zurücktrat. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S. 74 ff.

36 Von den 32 Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hatten am 29.8.1924 30 für Ablehnung des Dawes-Plans gestimmt, 2 Abgeordnete waren der Abstimmung ferngeblieben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 1151 ff. Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. 1, S. 11 ff.

37 Die Reichsbahn war nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Milliarden Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden. Druck des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 10.8.1924: RGBl. 1924, II, S. 272 ff.

38 Die Gesamtsteuereinnahmen betrugen im Rechnungsjahr 1913/14 4.051.400.000 Mark, im Rechnungsjahr 1925/26 10.120.600.000 RM. Das entspricht einer Steigerung der Pro-Kopf-Belastung um 131,26%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 540 f.

sie wiederum das Volk. Jetzt, jetzt haben wir endlich das Richtige. Der Young-Plan [39], nur er kann uns retten. Wenn wir unterschreiben, dann blüht alles wieder auf. Dann hat alle Not ein Ende. Wir werden sogar die Steuern senken [40]. Der Staatshaushalt wird ausgeglichen werden. Endlich sind wir soweit, daß es mit aller Not ein Ende hat. Die Minister der verschiedensten Schattierungen, alle parlamentarischen Spitzbuben, verkündeten ihre Mär im ganzen Lande, durch das Radio posaunte man diese Lüge in die entferntesten Winkel unseres Vaterlandes [41]. Aber ein Teil des Volkes wollte nichts mehr glauben. Erstmals zeigte sich eine Rettung im Volke, hervorgerufen durch unsere unaufhörliche Aufklärungsarbeit. Erstmals erschien ein Volksbegehren [42]. Ich bezeichne diese Tatsache als einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit. Was haben wir Ihnen prophezeit? Ist nicht alles eingetroffen? Es ist nur alles zu wahr geworden, was wir ihnen gesagt haben. Das Erwerbslosenheer ist auf 3 Millionen angewachsen [43]. Die Konkurse gehen in die Hunderttausende [44]. Immer neue und neue Steuern tauchen auf [45]. Kaum war der Young-Plan unterschrieben, da entdeckte der Finanzminister [46] im Staatshaushalt ein Defizit. Zunächst waren es 200 Millionen Mark, die mit kurzfristigen Darlehen gedeckt werden mußten. Plötzlich stellte es sich heraus, daß es 470 Millionen Mark waren [47]. Kaum hatte sich das Volk mit dieser Tatsache abgefunden, da kam Herr Moldenhauer und verkündete, daß ein Rechenfehler unterlaufen sei, es seien 800 Millionen Mark, die Steuern könnten 1930 noch nicht gesenkt werden [48]. Man sei leider sogar gezwungen, zunächst neue Steuern einzuheben, um 1931 dann ganz bestimmt die Steuern abbauen zu können [49]. Es kamen die Bier- und Tabaksteuern [50]. Es gab nichts, was nicht versteuert werden mußte. Und doch wollte es nicht ausreichen. Herr Moldenhauer entdeckte kürzlich eine Gruppe von Leuten, die eigentlich in all diesen Entwicklungen noch einigermaßen leben konnten, die Beamten. Sie waren bisher verschont worden, denn es ist eine sehr gefährliche Sache, wenn man Beamte beunruhigt. Moldenhauer trat also an sie heran. Steuern braucht ihr

---

39 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

40 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

41 Gegen den Protest des Rundfunkkommissars Hans Bredow hatten mehrere Reichsminister im Rundfunk das Volksbegehren gegen den Young-Plan kritisiert, so am 10.10.1929 der Reichsminister des Innern Severing und am 18.10.1929 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich, ebenso einzelne Vertreter der Länder wie der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der badische Staatspräsident Joseph Schmitt. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, Dok. 310, Karl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 222 ff. sowie Elisabeth Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Diss. phil., Tübingen 1957, S. 82 f.

42 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

43 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.

44 Vgl. Dok. 65, Anm. 6 und Dok. 76, Anm. 11.

45 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, Dok. 59, Anm. 3.

46 Paul Moldenhauer (1876-1946), 1899 Dr. jur., 1901 Habilitation für Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule Köln, 1903 Privatdozent, 1907 Professor, 1919 Gründer und Direktor des Seminars für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, 1919-1921 MdL in Preußen (DVP), 1920-1932 MdR (DVP), November bis Dezember 1929 Reichswirtschaftsminister, Dezember 1929 bis Juni 1930 Reichsminister der Finanzen, 1931 Honorarprofessor für allgemeine und Versicherungswissenschaften an der Technischen Hochschule in Berlin.

47 Vgl. Dok. 76, Anm. 26.

48 Vgl. Dok. 44, Anm. 13.

49 Vgl. Dok. 25, Anm. 7.

50 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

nicht zu bezahlen, euer Gehalt wird euch auch nicht gekürzt, nur ein Notopfer müßt ihr bezahlen [51]. Opfert für euer Volk! Derselbe Moldenhauer verlangte von den Beamten ein Opfer, um dann zu erklären, ich gehe ganz gerne als Finanzminister [52], ich verzichte auf lebenslängliche Anstellung, wenn ihr mir nach den alten Sätzen lebenslänglich eine Pension von 30.000 Mark bezahlt. Er verzichtet sogar auf das neue Pensionsgesetz, das er ausgearbeitet hatte [53]. Denn nach diesem hätte er weniger bekommen. Wo sind die Besserungen geblieben, die der Young-Plan bringen sollte? Der Minister Dietrich hat sie bekanntgegeben. Er hat im Reichstag die bezeichnenden Worte gebraucht: "In wenigen Wochen werden die Massen verhungert durch die Straßen laufen und zugrunde gehen [54]." Das sind die Folgen des Young-Planes. Wer aber hat auf diese Folgen aufmerksam gemacht? Wir Nationalsozialisten. Erfreulich an der ganzen Tatsache ist nur das, daß erst wenige Monate seit der Unterzeichnung ins Land gegangen sind und dem Volk die Versprechungen nur noch zu gut im Gedächtnis sind. Die Lüge kann nur wieder Lüge gebären. Was wollen denn die Herren jetzt bei der Wahl dem Volke erzählen? Sie haben nun auch keine Lüge mehr zur Verfügung. Deshalb regen sie sich auch so auf. Sie haben die Gefahr erkannt. Deshalb wollten sie auch nichts von der Auflösung des Reichstages wissen [55]. Weil sie aber keine großen Lügen mehr auf Lager haben, drum bedienen sie sich der kleinen, so wie ein Dieb durch Lügen sich zu retten versucht. Nun muß der Hitler und der Streicher herhalten. Die sollen sich nun in den Haaren liegen [56]. Wer aber ist der Vater all dieser Lügen? Die Presse. Wem gehört die Presse? Dem Juden. Der Jude wird Beweis für eine Feststel-

51 Vgl. Dok. 59, Anm. 3.

52 Moldenhauers Finanzprogramm hatte nicht nur den Rückhalt im Kabinett, sondern auch in seiner eigenen Fraktion verloren, die am 16.6.1930 sein Projekt des "Notopfers der Festbesoldeten" ablehnte. Darauf trat Moldenhauer am 18.6.1930 zurück. Vgl. Moldenhauers Darstellung in Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. I, Dok. 50 sowie in Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Dok. 91. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 99 ff.

53 Vgl. Dok. 76, Anm. 30.

54 Vgl. Dok. 76, Anm. 25.

55 In völliger Verkennung der Lage hatten sich alle im Reichstag vertretenen Parteien mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung, den Brüning von Beginn seiner Regierungsübernahme ins Spiel gebracht hatte, angefreundet. Nach der Auflösung gingen alle Parteien mehr oder weniger davon aus, sich bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 verbessern zu können. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 117 f.

56 Hitler meint wohl in erster Linie die Artikel im Acht-Uhr-Blatt vom 22.7.1930, "Streicher wird abgesägt!" und in der Fränkischen Tagespost vom 22.7.1930, "Streicher wird abgesägt!". In den genannten Artikeln wird u. a. ein Parteiausschlußverfahren erwähnt, das gegen Streicher eingeleitet worden sei; angesichts der Folgen des "Falles Straßer" werde jedoch versucht, Streicher zu einem freiwilligen Rückzug von seinen öffentlichen Ämtern zu bewegen. Neben dem gravierenden Material, daß sich gegen Streicher angesammelt habe, sei der tiefgreifende Gegensatz zwischen Hitler und Streicher die eigentliche Ursache dieses Konflikts, ferner Koalitionsabsichten der NSDAP mit den bürgerlichen Parteien in Bayern, für die "eine Partei mit Streicher (und Esser) völlig untragbar" sei. Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 25.7.1930, "Kein Burgfriede zwischen Hitler und Straßer!"; Münchener Post vom 28.7.1930, "Streicher soll abgesägt werden". Ferner Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.
Obwohl zahlreiche Affären Streichers Stellung und damit auch die Position der NSDAP in Franken schwer belasteten, hütete sich Hitler, diesen "Alten Kämpfer" ganz fallen zu lassen. Die auffallend hohen Austritts- und Ausschlußzahlen aus der mittelfränkischen NSDAP seit April 1930 und die Tatsache, daß es Streicher nicht gelang, den Reichsparteitag der NSDAP für 1930 bei der Nürnberger Stadtverwaltung durchzusetzen, sorgten jedoch dafür, daß sich das Verhältnis zwischen Hitler und Streicher damals merklich abkühlte. Vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 179 ff.sowie Dok. 24, Anm. 2.

lung Schopenhauers bringen, die da lautet, der Jude ist der Meister der Lüge [57]. Und doch sage ich euch, der Jude ist dumm. Er ist dumm, haushoch stehen wir über ihm. Bald wird die Zeit da sein, da niemand mehr dem Juden glaubt. Dann ist er mit seinem Latein zu Ende. Die Zeit, in der es ihm ergeht, wie es ihm vor Hunderten von Jahren ergangen ist, ist bereits angebrochen. Eines aber nehmt mit hinaus! Das Reich kann verfallen, Erdbeben mögen Städte zerstören, aber nichts wird in der Lage sein, die NSDAP zu zerstören. Sie wird alles überdauern. Ich habe eine Organisation geschaffen, die mir garantiert, daß nichts mehr die Partei zu schädigen vermag. Otto Straßer [58] und sein Anhang vermögen die Partei nicht zu sprengen [59]. Sie sind nur Spaltpilze, die aus der Partei herausgenommen werden. Die Bewegung steht fest. Jeder Führer, jeder Abgeordnete, jeder Ortsgruppenleiter steht blind hinter mir, meinen Befehl erwartend.

Wie verhalten sich nun die verschiedenen Parteien zu uns? Wie haben sie sich in der Zeit seit 1918 verhalten [60]? Sie haben Konjunktur gemacht. Zentrum, einst ein guter Name, taugte nichts mehr. Es ging nicht mehr, das Volk hatte das Vertrauen verloren. Große Lügner sind auch große Zauberer. Hokuspokus, das Zentrum war weg, die Bayerische Volkspartei war da. Der Neid ließ die anderen nicht ruhen. Bis man es sich versah, gab es die verschiedensten Volksparteien. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, eine Landvolkspartei und was der Namen mehr sind. Vorübergehend hat es gezogen, aber der Zug war nicht von Bestand. Nur der Name hat sich geändert wie im Staate auch. Das Prinzip blieb das gleiche. Daher auch der Niedergang in den einzelnen Parteien im Staate. Hatten diese alten Parlamentarier es fertig gebracht, die Volkseinheit zu zerstören, wie konnten sie das Volk aus dem Sumpfe herausbringen? Sie mußten es notgedrungen immer tiefer hineinstoßen. Das beste Beispiel: Wenn ich heute ein Geschäft habe, und meine Direktoren haben es zugrunde gerichtet, dann kann ich doch das Geschäft nicht wieder heben, wenn ich die gleichen Männer in der Leitung behalte. Genau so ist es im Staate. Dieselben, die 1914 am Ruder waren, sind es auch heute noch. Die haben den Zusammenbruch des Heldenkampfes herbeigeführt [61], sie mußten notgedrungen einem Naturgesetz zufolge das Volk in den Abgrund regieren. Sie sind immerhin hell genug, um zu erkennen, daß das Volk jetzt aufwacht. Daher diese Angst vor neuen Wahlen. Wenn ich erzählen wollte, ich könnte Ihnen manches sagen von Besuchern, die sich

---

57 Zum Antisemitismus Arthur Schopenhauers vgl. Henry Walter Brann, Schopenhauer und das Judentum, Bonn 1975.

58 Otto Straßer (1897-1974), Oberleutnant a. D., 1918 Eintritt in die SPD, April 1919 Eintritt in das Freikorps Epp, 1920 2. Vorsitzender des Republikanischen Führerbunds, Gründung des "Akademischen Kriegsteilnehmerverbands S.P.D.", 1921 Dr. jur. et rer. pol., 1923 Syndikus beim Spirituosenkonzern Hünlich, 1925 Eintritt in die NSDAP, Herausgeber der Nationalsozialistischen Briefe, 1926 Schriftleiter der Berliner Arbeiter-Zeitung, Juli 1930 Austritt aus der NSDAP, Gründung und Vorsitzender der "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" (seit Oktober 1931 auch: Schwarze Front), seit Mai 1933 im Exil, zunächst in Österreich, dann u. a. in der Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Portugal, Kanada, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

59 Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
Vgl. ferner mit der Fassung im VB: "Nicht die Partei spaltet sich [...], sondern die Partei säubert sich von Zeit zu Zeit von den Spaltpilzen und schleudert sie davon." Es fällt auf, daß Hitler in seinen öffentlichen Verlautbarungen die Person Otto Straßers so gut wie nie nennt.

60 Zu Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Parteiensystems nach 1918 vgl. Dok. 21, Anm. 2.

61 Vgl. Dok. 76, Anm. 6.

bei mir eingestellt haben. Wir sind koalitionsfähig erachtet worden [62]. Leider aber haben wir die anderen als nicht koalitionsfähig festnageln müssen. Wir wollen den Parlamentarismus nicht. In ernsten Monaten [*sic!*] soll das Volk entscheiden. Wie wir in Sachsen nicht nachgeben, so werden wir nie von dem Wege abgehen, den wir uns vorgezeichnet haben. Wenn die Herren in Sachsen nicht das tun wollen, was wir wünschen, dann soll das Volk bestimmen. Dann gibt es Neuwahlen. Uns ist nicht Angst darob. Ich freue mich ja köstlich darüber, daß diese Faulpelze, die sich in den Sesseln der Parlamente räkeln, nun die bereits bestellten Bäder nicht aufsuchen können, daß sie zu einer Zeit, in der es sich so angenehm ruht, arbeiten müssen. Die, welche das ganze Jahr nichts tun, sondern nur an sich denken, müssen gerade jetzt, in der Urlaubszeit [63] arbeiten. Denn arbeiten sie nicht, dann verlieren sie ihre parlamentarische Milchflasche, dann sind ihre Parlamentsdiäten beim Teufel. Jetzt müssen sie schwitzen. Wir schwitzen ja auch, aber in überfüllten Sälen. Sie werden schwitzen, ob der gähnenden Leere. Den kleinen verlogenen Journalisten aber sei gesagt, die Männer, die sie so gerne von mir aus der Partei ausgeschlossen wissen möchten, sind gerade die, welche ich für würdig erachte, Ministerien zu besetzen. Ich weiß genau, daß die, die bei den Juden so recht unbeliebt sind, gerade die geeignetsten sind, die Geschicke des Volkes in die Hand zu nehmen. Denn sie haben den Drahtzieher der Geschichte der Menschheit, den Juden, erkannt. Uns regt der Wahlkampf nicht auf. Seit Jahrzehnt kennen wir ja nichts als Kampf. Wenn wir am 14. September [*1930*] verlieren sollten, so geht eben am 15. September der Kampf weiter. Ausruhen gibt es für uns nicht. Haben wir unverhoffte Erfolge, dann geht der Kampf erst recht weiter. Immer und immer wieder werden wir dafür sorgen, daß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringt, und auf diese Weise werden wir mit legalen Mitteln dereinst die Geschicke unseres Volkes in die Hand nehmen. Ich erwarte aber, daß jeder einzelne Parteigenosse seine Pflicht tut, daß er hinausgeht und wirbt, daß er aufklärt und keine Gelegenheit versäumt, ohne auf den Feind hinzuweisen. Auf zum Kampf [64]!

---

62 Die NSDAP befand sich zu diesem Zeitpunkt nur in Thüringen in einer Regierungskoalition; vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 11, Anm. 17. Eine Beteiligung der NSDAP an der sächsischen Landesregierung, wie sie nach der Landtagswahl am 22.6.1930 (Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65) möglich schien, war nicht zustandegekommen. Vgl. Dok. 65, Anm. 21 und 22.

63 Die sog. Sommervertagung des Reichstags dauerte gewöhnlich mehrere Monate; in der IV. Wahlperiode vom 13.7.1928 bis 12.11.1928 und vom 28.6.1929 bis 30.9.1929. Wegen der Auflösung des Reichstags am 18.7.1930 (vgl. Dok. 76, Anm. 24) entfiel vorerst jede weitere Sommervertagung des Reichstags. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, Berlin 1928, S. 250 und Bd. 425 Berlin 1929, S. 3104.

64 Der Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930 schildert die Beendigung der Versammlung wie folgt: "Stadtrat Liebel schloß mit dem Kampflied 'Die Fahne hoch', welche von allen Anwesenden stehend mitgesungen wurde, die Versammlung. Anschließend spielte die Musikkapelle noch einige Märsche. Hitler wurden in der Zwischenzeit Geschenke überreicht und [*wurde*] von verschiedenen Parteigenossen aufgefordert zum Unterschreiben von Ansichtspostkarten. Vor dem Versammlungslokal wurden Hitler nochmals begeisterte Zurufe gemacht."

26. Juli 1930 Dok. 78
"Redner an die Front! Die Bedeutung der Rede im kommenden Reichstagswahlkampf. - Ein zeitgemäßes Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930.

27. Juli 1930 Dok. 79
Rede auf NSDAP-Führertagung in München [1]

VB vom 29.7.1930, "Geschlossen und zuversichtlich in den Wahlkampf" [2].

Adolf Hitler hielt einen längeren richtunggebenden Vortrag, der, ausgehend von der zuversichtlichen Beurteilung der Lage [3], nähere Ausführungen über die Angriffstaktik der Partei enthielt [4]. Je mehr die alten Parteien gezwungen sind, sich in den Niederungen ihrer erbärmlichen und trostlosen Tagespolitik zu verausgaben, desto mehr wird der Nationalsozialismus die großen Ziele [5] seiner deutschen Politik herausstellen können. Mit der Annahme des Young-

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen weitgehend unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 111-119/München [65]1933, S. 525-534). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Im Gasthaus zur Blüte, Blütenstraße, vormittags. Im Anschluß an Hitler sprachen Frick und Goebbels. Zweck der Tagung, die von Gregor Straßer geleitet wurde, war die Vorbereitung des Reichstagswahlkampfs und die Nominierung der Kandidaten. Hierzu hatte Reichsgeschäftsführer Bouhler mit Rundschreiben an alle Gauleitungen der NSDAP vom 19.7.1930 die Reichsleitung der NSDAP, ihre Gauleiter und die nationalsozialistischen Abgeordneten des Reichstags und der Länderparlamente eingeladen. Die Kandidatenvorschläge sollten durch die Gauleiter unterbreitet und durch "eine kurze Charakteristik [...] (ob Frontsoldat, wie lange, Verdienst um die Bewegung usw.)" begründet werden (BA, Slg. Schumacher 373). Goebbels berichtet in seinem Tagebuch, daß innerhalb von drei Stunden "an die 100 Kandidaten" nominiert wurden.
OSAF von Pfeffer nahm an der Tagung nicht teil, aus Protest gegen Hitlers Weigerung, Kandidaten der SA zu nominieren. Vgl. Pfeffers Befehl vom 2.8.1930 zum Thema "SA-F[*ührer*] und Mandat". Druck: Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963, S. 306-308. Ferner den nicht abgesandten Brief Buchs vom 13.9.1930 an Pfeffer. Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 334 f.

2 Vgl. auch Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 581. Krebs, Gestalten und Tendenzen der NSDAP, S. 29.

3 Zu den internen Wahlprognosen Hitlers vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 159 f.

4 Zum Wahlkampf der NSDAP vgl. David Hackett, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Diss. phil., University of Wisconsin 1971, S. 209 ff.

5 Hierzu ergänzend der Lagebericht: "Im übrigen hat die Reichspropagandaleitung in einer Bekanntmachung die Grundsätze mitgeteilt, nach denen der Wahlkampf zu führen ist, um zu erreichen, daß er im ganzen Reich

Planes [6] ist Marxismus und Bürgertum in gleicher Weise belastet [7]. Das ermöglicht der N.S.D.A.P., im Wahlkampf von Anfang an zur schärfsten und rücksichtslosesten Offensive gegen die gesamte Front der Young-Parteien überzugehen. Im übrigen wird die Einbruchstelle in die feindliche Front nach altem militärischem Prinzip da zuerst zu suchen sein, wo der schwächste Widerstand geleistet wird.

Wenn dabei die bürgerlichen Parteien zerrieben werden, so ist das an sich nicht Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Kampfes, sondern nur die unvermeidliche Voraussetzung für den Haupt- und Endkampf im Sinne etwa der Säuberung des Vor- und Zwischengeländes, die erst die Festung selbst, in dem Fall den marxistischen Novemberstaat [8], sturmreif macht. Daher ist für uns diese Wahl [9] kein Selbstzweck, sondern nur eine Etappe auf unserem Vormarsch, eine allerdings willkommene Gelegenheit, zu zeigen, daß die N.S.D.A.P. zu einer gewaltigen Volksbewegung geworden ist [10], zur *einzigen,* die entschlossen und imstande ist, zur großen Auseinandersetzung mit dem landes- und volksverräterischen Marxismus anzutreten und den Kampf bis zu seiner restlosen Vernichtung durchzufechten.

---

in einer einheitlichen Form geführt wird. Die zur Wahl verwendeten Flugblätter und Plakate sollen nicht örtliche Vorgänge berühren, sondern nur die große politische Linie erörtern."

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 2, 3, 5 und 8, Dok. 28, Anm. 5, 6 und 24, Dok. 32, Anm. 10 und 14.

8 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

9 Gemeint ist die Reichtagswahl am 14.9.1930, vgl. Dok. 76, Anm. 24.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 65; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

2. August 1930 Dok. 80
"An der Wende des deutschen Schicksals"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.8.1930.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, beginnt sich nun langsam das deutsche Schicksal zu wenden [1]. Wir nähern uns einer Periode großer innerer Verschiebungen und Umwälzungen.

Das Jahr 1918 hatte das Ringen zwischen Marxismus und sogenanntem "nationalen Bürgertum" entschieden [2]. Nach 60jährigem Kampfe [3], der von der marxistischen Seite stets offensiv und der bürgerlichen immer defensiv geführt wurde, unterlag die bürgerliche Welt. Jeder Versuch einer inneren Reorganisation der bürgerlichen Parteien mußte fehlschlagen. Einer in breiter Front anstürmenden Weltanschauung stand ein Gemengsel von Interessentengruppen gegenüber. Wenn die Weltgeschichte Männer machen [4], Politik werdende Weltgeschichte ist, die Parteien aber das politische Leben bestimmen, dann war die Zeit des politischen deutschen Bürgertums abgelaufen. Denn was hier an Männern Politik, das heißt Geschichte machte, war schlimmster Durchschnitt [5]. Eine Geistigkeit, die infolge ihrer Schwäche, um nicht zu sagen Feigheit, am Ende doch höchst ungeistig war. Wenn jemand glaubt, einer destruktiven Weltanschauung in feiger Schwäche entgegentreten zu können, dann ist die Berufung auf den Kampf mit geistigen Waffen ein Eingeständnis mangelnder Einsicht und mangelnden Könnens. Was die bürgerlichen Parteien hätte retten können, wäre nur die restlose Beseitigung der gesamten bisherigen Führerschaft gewesen. Allein auch dies würde am Ende noch nicht genügt haben, denn der schwächlichen Führerschaft entsprach das analoge Menschenmaterial.

Die kampflosen bürgerlichen Führernaturen haben im Laufe der Jahrzehnte ein kampfuntüchtiges Parteimaterial gesammelt. So konnte im Jahre 1918 eine Rettung der deutschen Nation vor der bolschewistischen Pest wirklich nur durch die Bildung einer neuen Bewegung auf weite Sicht hin in Angriff genommen werden [6]. Aus der Masse unseres Volkes mußten neue Führer gewonnen werden, und die Führer mußten um sich eine neue Masse bilden. Tatkraft der Führung konnte nur auf diesem Wege eine tatkräftige Bewegung erhalten [*sic!*]! Und nur eine solche neue Kampfgemeinschaft durfte erhoffen lassen, das deutsche Schicksal noch einmal wenden zu können. Nun ist das Wunder der Bildung einer solchen neuen Bewegung zur Wirklichkeit geworden. Allem Widerstand und allen Angriffen der Feinde unseres Volkes zum Trotz entstand die nationalsozialistische Bewegung und wuchs sich zur großen Massenpartei aus [7]. Wir haben alle ein Recht, auf uns und unsere Leistung stolz zu sein. Aus dem Nichts heraus ist unser Werk gewachsen. Der Marxismus mag heute fühlen, daß die Zeit seiner

---

1 Anspielung auf die Reichstagswahl am 14.9.1930. Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
2 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
3 Vgl. Dok. 23, Anm. 1.
4 Vgl. Dok. 14, Anm. 28.
5 Vgl. Dok. 37, Anm. 5.
6 Während der Jahre 1918-1920 war es in erster Linie die (M)SPD, welche die politische Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften trug. Vgl. Miller, Bürde der Macht, S. 74 ff.
7 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 65; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

leichten Siege nunmehr vorbei ist. An die Stelle der schwächlichen, ohnmächtig zersplitterten bürgerlichen Parteiwelt tritt ein junger, härterer Kämpfer. Nun wird Weltanschauung gegen Weltanschauung fechten. Internationalismus gegen nationalen Fanatismus, Demokratie gegen Autorität, Pazifismus gegen Kampfentschlossenheit. Was immer unsere Feinde auch ersinnen und versuchen mögen: Die nationalsozialistische Bewegung wird der rocher de bronce sein [8], an dem der Marxismus zerschellt und auf dem das deutsche Volk wieder aufgerichtet werden wird.

Ein deutscher Reichstag wurde aufgelöst [9]. Eine der größten Lügen der Weltgeschichte wird damit dem deutschen Volk zur Beurteilung unterbreitet. Diesmal soll es den Lügenkünstlern nicht gelingen, durch ihre Taschenspielerkunststückchen die öffentliche Meinung über die wesentliche Frage hinwegzutäuschen. Man hat vor wenigen Monaten unter lügnerischen Vorspiegelungen das deutsche Volk auf 60 Jahre einem Elend ausgeliefert [10], dessen Gesicht schon jetzt klar erkenntlich ist. Wir haben dieses Elend vorausgesagt und das Verbrechen, das begangen wurde, deshalb feierlichst vor der ganzen Nation abgelehnt [11]. Die anderen haben unser Volk belogen und betrogen und das Elend nunmehr auf ihrem Gewissen. Das Volk mag jetzt entscheiden.

In diesem Augenblick des beginnenden großen Kampfes, den die nationalsozialistische Bewegung mit allen legalen und verfassungsmäßigen Mitteln [12] bis zum letzten Ende durchfechten wird, haben wir vor uns die Front der Parteien des Verrats und das Durcheinander der Parteien der bürgerlichen Duldung. Marxistische Verbrechen und bürgerliche jämmerliche Opportunität sehen wir auf dem Schlachtfelde. Mit zwölf Mann saß die nationalsozialistische Bewegung im vergangenen deutschen Reichstag [13]. Mit einem Vielfachen davon wird sie in den neuen einziehen. Jahrelange, unermüdliche Arbeit wird nunmehr ihren Segen erhalten. Und damit erscheint auf dem Kampfplatz ein neuer Faktor, von dem wir alle inbrünstig hoffen, daß seine Bedeutung in kurzer Zeit zur ausschlaggebenden werden möge. Die bürgerliche Schwäche wird abgelöst werden vom deutschen Willen. Jugendlicher Heroismus [14] wird die greisenhafte Sterilität unseres bisherigen bürgerlichen nationalen Lebens überwinden. Sie mögen in den kommenden Wochen lügen und verleumden, was immer sie wollen, sie mögen mit was immer für neuen Polizeimätzchen die Freiheitsbewegung zu knebeln versuchen [15], sie mögen Gesetz und Recht und Verfassung noch so tausendfältig brechen, es wird nicht den Siegeszug der nationalsozialistischen Bewegung zu hemmen vermögen. Impotente Politiker verkrachter

8 Anspielung auf die Randbemerkung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I., mit der dieser am 25.4.1716 eine Eingabe der preußischen Stände abgelehnt hatte; diese berühmte Bemerkung wird gewöhnlich als Ausdruck seines absolutistischen Herrschaftsstils und Durchsetzungswillens verstanden: "Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souverainetät und setze die Krone fest wie einen rocher von bronce und lasse den Herren Junkers den Wind von Landtag. Man lasse den Leuten Wind, wenn man zum Zweck kommt [*sic!*]." Vgl. Johann Gustav Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. 4, 2: Friedrich Wilhelm I. König in Preußen, Leipzig 1869, S. 197 f., Anm 1.

9 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

10 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

13 Vgl. Dok. 32, Anm. 23.

14 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

15 Vgl. z. B. Dok. 55, Anm. 1.

Parteien bilden eine neue "Partei der Tat" [16], das heißt: Die Männer der Dawes- [17] und Young-Tat versuchen abermals das Volk zu belügen! Es ist zu spät, werte Herren Parlamentarier! Die Partei der Tat ist schon längst im Leben. Die nationalsozialistische Bewegung übernimmt das Erbgut unseres Volkes zu treuen Händen und wird euch zeigen, wie man für solche Werte ficht. Das Volk wird es sehen und es wird, das wissen wir und Ihr werdet es erfahren, zu uns kommen, Bürger und Bauern, Arbeiter und Angestellte, Generale und Soldaten, Beamte und Handwerker [18]. Und sie werden wieder eins werden [19]. Über euren Parteien wird sich in größerer Kraft erheben die deutsche Nation [*sic!*]!

3. August 1930 — Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M. [1]

VB vom 7.8.1930, "Das war Frankfurts größte Kundgebung" [2].

Er [*Hitler*] spricht von dem Neuen, das sich in Deutschland ankündigt, von dem Wendepunkt im Leben des deutschen Volkes. 12 Jahre unumschränkter Herrschaft der alten Parlamentspar-

16 Möglicherweise eine Anspielung auf den Kreis junger Publizisten, der sich um den Herausgeber der Zeitschrift "Die Tat", Hans Zehrer, gebildet hatte. Diese jungkonservativen Intellektuellen, die sich nur schwer einer eindeutigen politischen Richtung zuordnen lassen, vertraten eine strikt antiliberalistische Ideologie und versuchten vergeblich, gegen NSDAP und KPD eine Art von nationaler Volksfront aufzubauen. Vgl. Mohler, Konservative Revolution, S. 434 ff. sowie Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 273 ff.

17 Vgl. Dok. 7, Anm. 65.

18 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

19 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis 22.30 Uhr. Die Versammlung, an der etwa 17.000 (VB: 25.000) Personen teilnahmen, wurde vom Gauleiter und Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Frankfurter Stadtrat Jakob Sprenger geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Dem VB vom 7.8. und der Darstellung Gimbels zufolge hatte das Polizeipräsidium Frankfurt die Veranstaltung, die ursprünglich am 1.8.1930 stattfinden sollte, zweimal hintereinander verschoben; zunächst auf den 2.8. wegen des am 1.8. stattfindenden Antikriegstags der KPD, dann auf den 3.8. wegen eines Aufmarschs des Reichsbanners am 2.8.1930. Im VB vom 30.7.1930 wurde die Veranstaltung als "1. Südwestdeutscher Hitler-Tag" für den 1.8. angekündigt, im VB vom 31.7. dann für den 3.8.1930.
Vgl. ferner den Bericht des Höchster Kreisblatts: "Obwohl die Halle um 8 Uhr voll besetzt war, ließ die Eröffnung der Versammlung doch die gewohnte preußisch-deutsche Pünktlichkeit vermissen. Über eine halbe Stunde dauerte es noch, bis der Redner des Abends und Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hittler [*sic!*] erschien. Diese Zeit wurde mit umständlichen Vorbereitungen für die photographischen Aufnahmen des Empfanges ausgefüllt. Als Hittler dann, mit tausendstimmigen Heilrufen begrüßt, auf der Tribüne erschien, hatten die Photographen reichlich Arbeit, um diesen Vorgang von allen möglichen Stellungen aus, der Mit- und Nachwelt im Bilde zu erhalten. Dieser ganze, mehr theatralische Vorgang stach auch stark und nicht gerade vorteilhaft gegen die frühere deutsche Schlichtheit und Einfachheit ab. Sie entspricht aber dem heutigen Zeitgeist. Diese Aufnahmen wurden mit der Zeit selbst den Anhängern Hittlers zu viel, zumal ihnen dadurch der Anblick des Gefeierten und die Vorgänge auf der Bühne verdeckt wurden. Rufe wie 'Weg mit dem Photoapparat' erschollen zornig durch die Halle."

teien haben es vermocht, Deutschland zum Ausbeutungsobjekt und Gespött der Welt zu machen. In Bürger und Proletarier, Bauern und Städter, Republikaner und Monarchisten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber und tausend andere Gegensätze haben die Parteien ein großes Volk aufgespalten und damit ins tiefste Elend gestürzt.

Wir hingegen sind *keine* "Interessenten" [3], *wir* vertreten keine bestimmten Berufe [4], *wir* kämpfen für das *gesamte* deutsche Volk - am Schraubstock und im Büro, in der Fabrik und hinter dem Pflug. Und wir wissen, daß - abgesehen von allen Tagesfragen - unser Volk von 62 Millionen [5] auf einem Raum lebt, der es nicht ernähren kann - 136 Menschen auf einem Quadratkilometer [6]! Auswanderung und Geburtenbeschränkung sind *keine* Wege aus der Not, denn die Abwanderung der Mutigsten senkt die Durchschnittsqualität, die Geburtenbeschränkung schädigt die Führerauslese.

Der Weg aus dieser Not setzt aber als erstes voraus den *entschlossenen Willen*, das Recht auf Raum und Leben zu behaupten und zu erkämpfen - unter Einsatz der geballten willensmäßigen Kraft der gesamten Nation. Gewiß sind diese heutigen Menschen in Deutschland kein *Volk*, wie es in seiner Geschlossenheit zur Behauptung seines Lebens beschaffen sein muß. Aber es geht nicht an, dem Volk die Schuld zuzuschieben. *Wir* schieben die Schuld auf seine Führer!

"Ein Volk wird Großes leisten, wenn seine Führung etwas taugt. Und diese Führung muß genial, weise, sie muß tatkräftig, kühn und - wenn nötig - verwegen sein."

"Friede, Freiheit, Brot" hat die Linke geschrien [7]. Jawohl, wir wollen Freiheit, wir wollen Brot [8], wir wollen *Frieden*, aber wir wollen *nicht Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit* [9] *und Ver-*

2 Vgl. auch Volksstimme vom 2.8.1930 "Nationalsozialistische Geistesblüten"; Nassauer Beobachter Nr. 31 (1930), "Adolf Hitler spricht!"; Fechenheimer Anzeiger vom 4.8.1930, "Hitler in Frankfurt"; Frankfurter Generalanzeiger vom 4.8.1930, "Hitler spricht in der Frankfurter Festhalle"; Frankfurter Zeitung vom 4.8.1930, "Hitler-Versammlung"; Höchster Kreisblatt vom 4.8.1930, "Wahl-Nachrichten"; Wiesbadener Tageblatt vom 4.8.1930, "Eine Wahlrede Hitlers in Frankfurt a.M."; Wiesbadener Zeitung vom 4.8.1930, "Hitler in Frankfurt"; Volksstimme vom 4.8.1930, "Hitler-Operette!"; Le Matin vom 5.8.1930, "Le chef de 'Nazi' n'est pas pacifiste"; VB vom 5.8.1930, "Adolf Hitler spricht vor 25.000 Zuhörern in Frankfurt"; Vossische Zeitung vom 5.8.1930, "Hitler-Parade in Frankfurt"; VB vom 8.8.1930, "Zwei Frankfurter Stimmen"; Nassauer Beobachter Nr. 32 (1930), "Hitler spricht vor 25.000"; Illustrierter Beobachter vom 16.8.1930, "Adolf Hitler in Frankfurt a. M. Die Kundgebung der 25.000"; Ferner: So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau. Hrsg. von A[*dalbert*] Gimbel, bearbeitet von Karl Hepp, Frankfurt a. M. 1941, S. 106 ff. Dieter Rebentisch, Zwei Beiträge zur Vorgeschichte und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Frankfurt. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. v. Eike Hennig, Frankfurt a. M. 1983, S. 279-297. Fotos zu dieser Veranstaltung in: Hessisches HStA, Abt. 483, Nr. 11211.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

5 Vgl. Dok. 41, Anm. 17.

6 Auf der Basis der Volkszählung vom 16.6.1925 (62.410.619 Menschen) betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 133,14 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 6.

7 Vgl. Die Deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, Frankfurt a. M. 1983, S. 1983, S. 41 ff. sowie Detlef Lehnert, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt a. M. 1983.

8 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

9 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 72, Anm. 9; Dok. 76, Anm. 26 und 28.

zweiflung, sondern den *Kampf* gegen dieses Unerträgliche. Diese Kraft zum Widerstand und zur Wiedergenesung haben Völker stets aus sich selbst heraus gefunden. Und wer glaubt, es sei vermessen, wenn wir Nationalsozialisten dieses Gewaltige erzwingen wollen, der soll daran denken, daß es wohl vermessener war, als im Jahre 1919 eine Gruppe von 7 namenlosen Männern [10] sich unterfing, eine Millionenarmee [11] wie die heutige nationalsozialistische Bewegung ins Leben zu rufen. Aber es ist gelungen! Und wir *sagen* nicht nur, daß wir unser Volk zu einer geschlossenen Einheit zusammenschweißen und zur Freiheit führen, - wir *tun es.* In unseren Reihen sammelt sich *Deutschland.* Bei uns gibt es keine Feigheit und keinen Pazifismus mehr. Bei uns sind Standesdünkel und Klassengegensätze überwundene Dinge. Das heutige System kämpft mit Verboten und Terror gegen uns. Aber *heute* schon ist es gewiß:

"Das Deutschland, das kommt und das ihr haßt, das sind wir!"

"Wenn ganz Deutschland demokratisch denken würde wie das "Berliner Tageblatt" [12] *oder die "Frankfurter Zeitung"* [13]*, dann gäbe es in 40 Jahren kein deutsches Volk mehr. Wenn aber ganz Deutschland nationalsozialistisch denkt, wird es in 10 Jahren keine Sklaverei mehr geben!"*

Antidemokratisch, antipazifistisch, antiinternational führen wir unseren Kampf. Und am 14. September [*1930*] ist Wahltag [14] - am 15. September beginnt unser Kampf von neuem! Man sagt "Wahltag ist Zahltag". Das deutsche Volk möge sie "bezahlen" - alle die, die es in dieses Elend geführt haben. Wir Nationalsozialisten können für uns in Anspruch nehmen, unser Wollen - ob Wahl oder Nichtwahl - unverrückbar festgehalten zu haben und so aus 7 Mann Millionen geworden zu sein. Der Terror der Gegner [15] hat uns nicht zerschlagen, sondern zusammengeschweißt.

"Jeder Schlag stärkt unsere Reihen, und jeder Terror stärkt unser Menschenmaterial. Jede Verfolgung scheucht die Feigen von uns weg. Wir können sagen: In unseren Reihen ist heute das Deutschland, das Mut hat, das Deutschland, das Herz hat, das Deutschland, das Vertrauen besitzt und das bereit ist, für diese Ideale zu kämpfen."

Jetzt setzen die Verleumdungen wieder gegen uns ein. Aber das deutsche Volk denke daran, daß *alles*, aber auch *alles*, erlogen war, was dieses Gesindel je gesagt [*hat*], und erinnere

---

10 Vgl. Dok. 21, Anm. 41 sowie Dok. 41, Anm. 12.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

12 Das Berliner Tageblatt wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur 1906 Theodor Wolff geworden war, stand während der Weimarer Republik der DDP nahe. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968, S. 73 ff.

13 Die Frankfurter Zeitung geht zurück auf die seit 1856 erscheinende Frankfurter Handelszeitung, seit November 1866 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt. Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die Frankfurter Zeitung schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitungen in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die Frankfurter Zeitung, deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 12 ff.

14 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

15 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

sich an die Versprechungen vor Annahme des Young-Plans [16]: Steuerabbau [17], Rückgang der Erwerbslosigkeit, Finanzausgleich [18]. *Stets* kam das Gegenteil! Das deutsche Volk prüfe und entscheide! Wenn es an uns glaubt, glaubt es an Deutschland, und am 14. September [*1930*] *ist der Sieg unser* [19]*!*

5. August 1930 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Lagebericht Nr. 195 p 30 der Polizeidirektion Würzburg vom 6.8.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte [2].

In seiner zweieinhalbstündigen Rede führte er [*Hitler*] aus, es sei sehr leicht, einer Masse von beruflich Zusammengehörigen ein politisches Programm zu entwickeln und ihnen Versprechungen zu machen, die ihren Wünschen entsprächen [3]. Die Hitlerbewegung umfasse aber alle Bevölkerungsschichten und Berufskreise [4] und das deshalb, weil das Programm der NSDAP [5] ein rein weltanschauliches Bekenntnis sei. Das Schicksal einer Nation sei das seiner einzelnen Glieder, der Länder, Gemeinden und Familien. In der Politik komme es nicht darauf an, wer regiere, sondern auf das System, mit dem regiert werde. Das Regierungssystem der Nachkriegszeit habe sich als falsch erwiesen und habe gänzlich versagt. Dieses System habe sich nur deshalb so lange halten können, weil vor dem Kriege in Deutschland besser regiert und eine Substanz geschaffen worden sei, von der man bis jetzt habe leben können. Der Aufruf zur Reichstagswahl [6] dürfe nicht lauten Demokratie, Proletariat oder Diktatur, sondern müsse heißen deutsches Volk. Der Grundsatz der Natur, daß sich nur der Lebensfähige durchsetze, während der Schwache untergehe, gelte auch bei den Völkern [7]. Weitere Ausführungen des Red-

---

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
17 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
18 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Frankenhalle, von etwa 20.00 bis 22.30 Uhr. Die fast ausverkaufte Versammlung, an der laut Vorlage etwa 5.000 (VB: 6.000) Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Otto Hellmuth geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Der Eintrittspreis für einen Sitzplatz betrug 1 RM, für einen Stehplatz 50 Pfennig.
2 Vgl. auch Würzburger Generalanzeiger vom 6.8.1930, "Adolf Hitler in Würzburg"; VB vom 7.8.1930, "6.000 in Würzburg"; Illustrierter Beobachter vom 30.8.1930, "Das Volk steht auf...". Sowie Lagebericht Nr. 180/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 8.10.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.
3 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
5 Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.
6 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
7 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Peter Emil Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart 1990.

ners beschäftigten sich mit dem Kampf um Raum und Brot, Auswanderung [8], Geburtenregelung und Exportsteigerung, welch letztere er als Fehlschluß bezeichnete, wenn man der Anschauung sei, daß sich dadurch ein Volk dauernd aufrechterhalten solle. Der Wirtschaftskampf bringe nur dem einen Gewinn, der zu seiner guten Leistung auch das Schwert in die Waagschale werfen könne. Bei dem Kampf in Deutschland handle es sich nicht um eine Majorität, sondern um eine vollkommene Neuorientierung der ganzen Weltanschauung. Die Hitlerpartei habe sich zum Ziel gesetzt, das deutsche Volk wieder aus dem Morast zu führen, ihm neue Kraft und neuen Lebenswillen zu geben. Die größte Feigheit sei die pazifistische Weltanschauung [9], wie sie ein Prof. Quidde [10] u. a. dem Volke predigten. Diese Weltanschauung der Demokratie widerlege sich selbst. Drei Wege gebe es, die das deutsche Volk wieder auf die Höhe bringen könnten, und diese seien

1. Besinnung auf die Blutzugehörigkeit und das nationale Bewußtstein,
2. Erkenntnis der Notwendigkeit, daß alle Regierungshandlungen nur von den fähigsten Köpfen der Nation vorgenommen werden dürften und
3. Bekenntnis zum Lebenswillen und zur Wehrhaftigkeit.

Auf die einzelnen Punkte ging der Referent näher ein, wobei er die Jahrhunderte alte ruhmreiche Geschichte des deutschen Volkes streifte. Die Juden versuchte er als blutsfremde Rasse hinzustellen und bezeichnete sie als Schädlinge am Volkskörper. Das Reich verglich er mit einem morschen Eichbaum, der sich zwar nicht mehr verjüngen, der aber noch Reiser treiben könne, die Kraft und Stärke für neues Leben in sich trügen.

Wenn man der NSDAP auch das Hemd ausziehe [11], das Herz könne man ihr nicht nehmen. Ein neues Deutschland des Heroismus entstehe. Die Hitlerbewegung marschiere und umfasse heute schon ca. 300.000 Mitglieder [12], zu denen vielleicht 3 Millionen Freunde zu rechnen seien. In einigen Jahren werde das ganze deutsche Volk auf legalem Wege und mit legalen Mitteln [13] erobert sein, und dann könne man zur Befreiung Deutschlands schreiten. Alle anderen Parteien hätten zwar ebenfalls die Befreiung versprochen [14], sich jedoch als unfähig erwiesen, ihr Versprechen einzulösen. Die NSDAP habe immer den Wunsch: "Herr, laß niemals uns loben von den Feinden unseres Volkes [15]." Adolf Hitler ging noch kurz auf seine Person

8 Vgl. Dok. 15, Anm. 15 und Dok. 69, Anm. 8.
9 Zum Pazifismus in der Weimarer Republik vgl. Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 138 ff.
10 Ludwig Quidde (1858-1941), 1881 Dr. phil., 1882 Mitarbeiter, seit 1889 leitender Herausgeber der Deutschen Reichstagsakten, 1888-1896 Gründer und Herausgeber der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1890-1892 leitender Sekretär des Preußischen Historischen Instituts in Rom, 1896 Inhaftierung wegen Majestätsbeleidigung, 1894-1918 Gründer und Vorsitzender der Münchner Friedensgesellschaft, 1907 Präsident des Weltfriedenskongresses München, 1907-1919 MdL in Bayern (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei), 1914-1929 Vorsitzender der Deutschen Friedens-Gesellschaft, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung (DDP), 1924 erneute Inhaftierung, 1927 Friedensnobelpreis, seit März 1933 im Exil.
11 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
12 Vgl. Dok. 72, Anm. 16, ferner Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.
13 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
14 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.
15 Der Satz, möglicherweise in Anlehnung an die Psalmen formuliert, ist in der Bibel nicht nachzuweisen. Vgl. ferner Dok. 63, Anm. 23.

ein, schilderte in scharfen Umrissen die Gründung der Partei durch einige Namenlose [16] und den Aufstieg in den letzten Jahren zu einer politschen Macht. Er sei nicht gekommen, um etwa Wahlstimmen zu betteln, sondern er wolle nur überzeugen und die rufen, die überzeugt seien, daß die NSDAP Deutschland wieder einer besseren Zukunft entgegen führen könne. Hitler schloß mit den Worten: "Wir wollen unser Recht, wir wollen die Freiheit, das Reich der Macht und Einheit. Amen! [17]"

7. August 1930 Dok. 83
Rede auf NSDAP-Versammlung in Grafing/Oberbayern [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

9. August 1930 Dok. 84
"Politik der Woche" Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.8.1930.

Wie die das schlechte Gewissen herumtreibt [*sic!*]! Es ist wirklich nicht mehr schön! Am 14. September [*1930*] soll die Wahl stattfinden [1], und heute weiß noch kein Mensch ernstlich und endgültig, wie die Parteien überhaupt heißen, die gewählt werden wollen [2] und die die Rettung

16 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
17 Vgl. Dok. 63, Anm. 23. In der Vorlage wird über den weiteren Versammlungsablauf wie folgt berichtet: "Die Ausführungen waren sehr sachlich und gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlaß. Sie wurden von den Besuchern mit starkem Beifall aufgenommen. Nach gemeinsamem Absingen des Deutschlandliedes erreichte die Kundgebung gegen 10 3/4 Uhr ihr Ende. Zu Zwischenfällen kam es weder im Versammlungsraum noch auf der Straße. Der Abzug der Besuchermassen und die Abfahrt der Lastkraftwagen vollzog sich ohne Störung. Zu Beanstandungen in bezug auf das Uniformverbot wurde in keinem Falle Anlaß gegeben."

1 In der Turnhalle, abends. Laut VB nahmen über 4.000 Personen an der Versammlung teil, die wegen Überfüllung ab 19.00 Uhr polizeilich gesperrt werden mußte.
2 Zum Ablauf vgl VB vom 9.8.1930, "4.000 vor Hitler in Grafing" und "4.000 in Grafing bei Adolf Hitler". Dem VB zufolge sprach Hitler "über die Not und unsern Kampf"; seine Rede habe derjenigen entsprochen, die er am 3.8.1930 in Frankfurt a. M. und am 5.8.1930 in Würzburg gehalten habe. Vgl. Dok. 81 und 82.

1 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
2 Vermutlich meint Hitler folgende Parteineugründungen:
Am 27.7.1930 hatten sich führende Politiker der DDP, angeführt vom Parteivorsitzenden Erich Koch-Weser, mit der von Mahraun geleiteten Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei (DStP) zu-

des deutschen Volkes beabsichtigen. Vielleicht geht wenigstens jetzt manchem der Knopf auf [*sic!*], vielleicht wird jetzt dem einen oder anderen klar, was für jämmerlichen Gebilden er bisher hoffnungsvoll vertraute und nachlief. Und was für jämmerlichen Menschen! Vor wenigen Monaten da trompeteten sie noch ihre Jubelfanfaren über den "Young-Sieg" [3] in alle Welt hinaus und heute verleugnen sie ihre eigenen Parteien! Es muß eine furchtbare Abrechnung im Anzug sein, sonst wäre dieses heillose, angsterfüllte Durcheinander unverständlich. Und die Abrechnung kommt. Daß sie kommt, wird in erster Linie der unermüdlichen Arbeit unserer Bewegung zu danken sein und - sind wir gerecht - der gewaltigen Aufklärung, die das Volksbegehren [4] mit sich brachte. Von Woche zu Woche schält sich nun der Erfolg des Volksbegehrens mehr und mehr heraus. Wenn die nationalsozialistische Bewegung aus diesem Wahlkampfe mit einem großen Siege hervorgehen wird, dann verdankt sie dies der ehrlichen letzten Konsequenz, die sie unter Überwindung zahlreicher kleinerer Bedenken im Kampf gegen den Young-Plan gezogen hat. Nur der Appell an die Nation gibt uns heute das Ohr der Millionenmasse unseres Volkes. Nur dieser Appell hat unsere Gegner gezwungen, statt im Parlament vor dem Volke selbst ihre verlogenen Phrasen vom "Wiederaufstieg", von der "Rettung und Genesung" herabzuleiern [5]. Und nur, weil das Volk in seiner Gesamtheit diese Lügen vernahm, kann man die Lügner heute kennzeichnen. Und es wird wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, dafür zu sorgen, daß im Wirrwarr des bürgerlichen Zusammenbruchs der Marxismus nicht vergessen werde! Denn er trägt an allem Leid und Elend die gewaltigste und schwerste Schuld. Die nationalsozialistische Bewegung wird gerade in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Kommunismus mit großen Waffen arbeiten müssen. Der schon jetzt einsetzenden Lügenpropaganda dieser Parteien im Kleinen muß die traditionelle Verlogenheit im Größten entgegengehalten werden. Jene traditionelle Verlogenheit, die die Sozialdemokratie im Frieden und durch den Krieg hindurch zur Revolution schreiten ließ, mit der sie seit dem November 1918 [6] die größten historischen Verbrechen motivierte, beging und deckte, und die in der Vorbereitung, Durchführung und Verteidigung des Young-Plans die größten

---

sammengeschlossen. Einzelne Vertreter der DVP wie Rochus Frhr. von Rheinbaben und der Jungliberalen wie Theodor Eschenburg und Josef Winschuh kamen dazu. Dennoch gelang es der neuen Partei nicht, eine Sammlungsbewegung der politischen Mitte zu initiieren, schon weil die DVP an der überstürzten Gründung der DStP nicht beteiligt wurde. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439 ff. sowie Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar System 1918-1933, Chapel Hill 1988, S. 366 ff.

Das relativ lockere Zweckbündnis der Volkskonservativen Vereinigung (vgl. Dok. 48, Anm. 8), hatte sich am 23.7.1930 als Konservative Volkspartei konstituiert und war tags darauf mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit getreten. Die neue Partei rekrutierte sich vor allem aus jenen Reichstagsabgeordneten, die unter Westarps Führung am 17./18.7.1930 endgültig die DNVP verlassen hatten, da sie - im Gegensatz zur Parteiführung der DNVP - nicht bereit waren, den Mißtrauensantrag der SPD gegen die Regierung Brüning zu unterstützen. Vgl. Dok. 28, Anm. 6, Dok. 37, Anm. 2 und Dok. 76, Anm. 24. Die neue Partei konnte jedoch weder einen schlagkräftigen Parteiapparat aufbauen, noch sich als Massenpartei konsolidieren. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933, S. 71 ff.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 26, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 6. Es fällt auf, welchen Stellenwert Hitler selbst seiner Beteiligung am Volksbegehren gegen den Young-Plan einräumt.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 15, Dok. 26, Anm. 2 und 3.

6 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Dimensionen annahm [7]. Und hier muß man sie immer wieder festhalten und darauf festnageln: Das Elend, das wir vorausgesetzt haben und das als Folge des Young-Plans sich nunmehr allerorten ankündigt [8], dieses Elend hat der Marxismus auf 60 Jahre dem deutschen Volk aufgeladen! Dabei ist das, was wir heute an Elend sehen, nur der Beginn eines Zusammenbruchs, der größer sein wird als der Anfang. Sozialdemokratie und Kommunismus haben gemeinsam Deutschland in dieses namenlose Unglück gestürzt, beide müssen vernichtet werden. Das Bürgertum, das mit dieser Pest paktiert [9], sie deckt und schützt, verdient den gleichen Weg zu gehen. Wenn heute dieses Bürgertum und seine politischen Parteien krampfhaft nach neuen Namen suchen, um das Volk zu betölpeln und neuerdings vor die zertrümmerten Parteiwägen zu spannen, dann muß man hier, wenn notwendig, rücksichtslos die geistigen Stränge durchhauen, die zwischen einem wenig urteilsvollen Volk und sogenannten ruhmvollen Namen bestehen, die militärisch weiß Gott was leisteten, politisch aber dem kleinsten jüdischen Schieber unterlegen sind. Denn Parolen [10] für die "bürgerliche Einigung", "für den Staat", "für die Mitte", "für Hindenburg", "für Lettow-Vorbeck" [11] usw. werden wir Nationalsozialisten nur eine einzige Parole entgegensetzen: *"für das deutsche Volk"*. Für jenes deutsche Volk, das seit Jahrzehnten unter diesen Parteiführern verraten und verkauft wurde. Für das deutsche Volk, das die ungeheuerlichsten Opfer im Weltkrieg brachte und von den politischen Führern um den Sieg und damit um Freiheit und Brot [12] betrogen wurde. Für das deutsche Volk, das man seit zwölf Jahren von einer Hoffnung in die andere wiegt, um es immer aufs neue zu enttäuschen und immer wieder aufs neue erpressen zu lassen. Für das deutsche Volk, dem man vor acht Monaten einen Himmel versprach [13] und das nun durch diese Parteiführer einer 60 Jahre lang währenden Hölle überantwortet wurde. Jenes deutsche Volk, das brav ist und fleißig seine Pflicht erfüllt und das nur einem Haufen Parasiten zum Opfer gefallen ist, die es sich gütlich

7 Vgl. Dok. 32, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.

10 Nähere Angaben zu den Wahlkampfparolen in: Günter Buchstab/ Brigitte Kaff/ Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984, S. 19 ff. Mit Plakatbeispielen im Anhang. Gerd Müller, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978. Ferner Gabriele Wilpert, Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göppingen 1978.

11 Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964), 1888 preußischer Fähnrich, 1900/01 Adjutant der 1. Ostasiatischen Infanteriebrigade im Ostasiatischen Expeditionskorps, 1904-1907 Hauptmann in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1913 Oberstleutnant, Kommandeur der deutschen Schutztruppe in Kamerun, April 1914-November 1918 Kommandeur der deutschen Schutztruppe in Ostafrika, 1919 Kommandeur der Brigade 9 der Reichswehr, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Verabschiedung als Generalmajor, 1928-1930 MdR (DNVP).
Lettow-Vorbeck war im Juli 1930 von der DNVP zur Volkskonservativen Partei gewechselt und kandidierte als "Zugnummer" dieser Partei im Reichstagswahlkampf 1930. Ungeachtet der knapp 50.000 Stimmen, die Lettow-Vorbeck für die Volkskonservativen im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben gewinnen konnte, blieb ihm aufgrund seiner ungünstigen Listenplazierung ein Reichstagsmandat verwehrt. Lettow-Vorbeck trat daraufhin auch aus der Volkskonservativen Partei aus. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 680 ff. sowie Jonas, Die Volkskonservativen, S. 88.

12 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

13 Gemeint ist die Propaganda für die Annahme des Young-Plans.

tun, während Millionen dem Untergang geweiht erscheinen. Für dieses Volk kämpfen wir. Nicht für Parteien, nicht für Parlamentarier, nicht für Bürger und Arbeiter, nicht für Wirtschaftsinteressen einiger Gruppen und Verbände, und am allerwenigsten für die jüdischen Parasiten und ihren Anhang! Was die anderen wollen, wissen sie bis heute selbst noch nicht. Nicht einmal über die Namen ihrer Parteien sind sie sich im klaren. Seit Wochen, ja Monaten brüten sie über neue Formen und Firmen und sind doch allesamt nur von dem einen Gedanken beherrscht: Wie kann ich meinen lieben Mitbruder und Parteipartner am leichtesten über das Ohr schlagen. Seit Wochen versuchen sie sich gegenseitig zu beschwindeln, und dann wird derselbe Kampf um das Volk beginnen. Dann werden sie so wie vor jeder Wahl das Blaue vom Himmel herunter versprechen, versichern, daß sie sich nun zu bessern gedächten, und werden - wenn ja die Dummheit der Nation sie wieder in den Sattel hebt - dasselbe sein, was sie bisher waren: erbärmliche Reiter, traurige Schinder, die Bismarcks Germania vom Pferde stürzten und es selbst nun zu Tode quälen.

Die nationalsozialistische Bewegung geht in diese Wahl wie ein Mann. Sie wird in ungezählten Tausenden von Versammlungen [14] Abrechnung halten mit den Vernichtern des Vaterlandes und wird am 14. September [*1930*] einen großen Sieg erringen.

9. August 1930 Dok. 85
Rede auf NSDAP-Unterführertagung in Rendsburg [1]

Abschrift eines Berichts des Polizeipräsidenten Kiel o. Nr. vom 13.8.1930; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Abt. 301, Nr. 4558 [2].

Hitler hielt eine zweistündige Rede, in welcher er seinen Lebenslauf schilderte und die Gründe erläuterte, die ihn zur Gründung der N.S.D.A.P. bewogen haben [3]. Dadurch, daß er in der N.S.D.A.P. alle Schichten der Bevölkerung zusammenfaßte, wollte er die Gegensätze zwischen arm und reich überbrücken [4], was ihm auch bisher gelungen sei. Zum Schluß seiner Rede klagte Hitler über die Verluste, die die S.A. insbesondere durch Zusammenstöße mit Kommunisten erlitten habe [5]. Hierzu führt er aus, daß, wenn die N.S.D.A.P. in der Regierung sein

14 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

1 Im Lokal Schützenhof, nach 16.00 Uhr. An der geschlossenen Veranstaltung, die um 14.00 Uhr begann, nahmen etwa 2.000 Personen teil. Laut Vorlage sprachen vor Hitler "einzelne Gau- und Kreisleiter über die zu ergreifenden Maßnahmen während der Wahlzeit".
2 Vgl. auch Rendsburger Tageblatt vom 7.8.1930, "Hitler spricht in Kiel", ferner die Ankündigung im VB vom 9.8.1930.
3 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.
4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
5 Laut Statistik der SA-Versicherung wurden 1930 2.506 SA-Männer bei politischen Auseinandersetzungen verletzt. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 96. Die offizielle Statistik der NSDAP (Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS, Erste Folge, Berlin 1932, S. 31 f.) verzeichnet für die Zeit von Januar bis August 1930 acht bei politischen Auseinandersetzungen getötete Nationalsozialisten.
Zum Terror der SA vgl. Dok. 58, Anm. 4.

würde, dafür Sorge getragen werden müsse, dem Bürger mehr Schutz angedeihen zu lassen als bisher [6].

10. August 1930 Dok. 86
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kiel [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Vermerk "Rede des Führers auf einer Kundgebung in Kiel am 31. August 1930 in der 'Deutschen Wacht' Reichstagswahl 1930"; BA, NS 26/57 [2].

Meine deutschen Volksgenossen!

Es wird für unsere politischen Gegner dieses Mal ein schwerer Wahlkampf sein [3]. Ich weiß nicht, auf was man sich in dem Wahlkampf zu berufen gedenkt. Auf die vollbrachten Leistungen schwerlich, auf den Zustand, den man heute geschaffen hat, auch kaum. Selbst Versprechungen für die Zukunft werden vielleicht dieses Mal nicht überall ziehen. Man wird also vermutlich zum alten Rezept zurückgreifen. Die Lüge wird in diesem Wahlkampf Triumphe feiern wie nie zuvor. Seit ungefähr 12 Jahren begleitet diese Lüge jedes politische Ereignis. Angefangen hat das am Tage jener Revolution [4], die Deutschland frei machen sollte, die für uns Schönheit, Glück und Würde begründen sollte [5]. Damals hieß es, daß die Welt nur darauf warte, daß das deutsche Volk sich selbst entwaffne [6], daß das deutsche Volk damit das sichtbare Zeichen einer inneren Gesinnungsumwandlung gäbe, daß die anderen Völker dann in demselben Augenblick, in dem das deutsche Volk diese Konsequenz zöge, sich ihrerseits nicht

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Deutschen Wacht, abends. Hitler sprach knapp 2 1/2 Stunden vor etwa 2.500 (VB: 4.000) Personen.
2 Die hs. Datierung auf der Vorlage trifft nicht zu. Vgl. auch Rendsburger Tageblatt vom 7.8.1930, "Hitler spricht in Kiel"; Rendsburger Tageblatt vom 11.8.1930, "Hitlers Rede in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 11.8.1930, "Hitler in Kiel"; Kieler Neueste Nachrichten vom 12.8.1930, "Adolf Hitler in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung vom 12.8.1930, "Wer kneift da?"; VB vom 17./18.8.1930, "4.000 in Kiel vor Adolf Hitler". Ferner Abschrift eines Berichts des Polizeipräsidenten Kiel o. Nr. vom 13.8.1930; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Abt. 301, Nr. 4558.
3 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
4 Gemeint sind die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich, die Ende Oktober 1918 u. a. mit Meutereien in der im Reichskriegshafen Kiel liegenden Hochseeflotte begonnen hatten.
5 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.
6 In seiner Anwort vom 8.10.1918 auf das deutsche Waffenstillstandsersuchen vom 3.10.1918 hatte der amerikanische Staatssekretär des Äußeren Lansing die Räumung der von den Mittelmächten besetzten Gebiete gefordert. In seiner Note vom 14.10.1918 hatte er betont, "daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen". Druck der genannten Dokumente: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 378 f., 384 f., 393 f. Vgl. ferner Thomas J. Knock, To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992, S. 105 ff..

mehr zurückhalten würden mit ihren Gefühlen und daß es dann in jedem Punkte eine Verständigung gäbe. Man erklärte schon, daß englische Schiffe schon die rote Fahne aufgezogen hätten, daß tatsächlich die Verbrüderung unseres deutschen Volkes mit den anderen Nationen bereits im Gange wäre, und nur wir müßten hier sicher vorangehen [7]. Und wir gingen denn auch voran.

Der Staat selbst hat mit den großen deutschen Umschwung eingeleitet. Und kaum war dieser Umschwung in Bewegung geraten, da kam die Unterzeichnung des Waffenstillstandes [8]. Man erklärte, daß der Waffenstillstand die Einleitung zu einem Frieden der Versöhnung und Verständigung sein würde und daß dieser Waffenstillstand dem deutschen Volke nichts anderes bringen könnte als Glück für die Zukunft. Eine Berliner Zeitung schrieb damals: Wenn das deutsche Volk heute seine Waffen niederlegt, dann braucht es nicht zu fürchten, daß jemals diese Waffen von dem Gegner mißbraucht werden. Wir haben hierfür den größten Garanten, den es geben kann: Wilson. Der wird nie zulassen, daß das nunmehr freiwillig seine Waffen niederlegende Deutschland vielleicht nun schlecht behandelt würde. Wir können garantieren, daß diese Waffenniederlegung die Einleitung, allerdings die notwendige Einleitung zur Besinnung aller Nationen ist. Wenn Deutschland seine Waffen niederlegt, dann tritt der Zustand ein, den wir alle ersehnen, der Zustand des Friedens, des ewigen Friedens, der Völkerversöhnung, der Völkerverständigung, des Völkerbundes [9]. So schrieb man damals [10]. Und man unterschrieb den Waffenstillstand, der eine Entwaffnung war [11], eine Kapitulation. Und kaum war der Vertrag unterzeichnet, da kamen weitere Verträge, die Auslieferung deutscher Han-

---

7 Wie in allen kriegführenden Staaten hatte sich auch in weiten Kreisen der britischen Bevölkerung bei Ende des Ersten Weltkriegs ein hoher Konflikt- und Erwartungsstau ausgebildet, der jedoch - mit Ausnahme des Soldatenrats in Kempton Park Anfang Januar 1919 und der äußerst explosiven Stimmung in den Entlassungscamps in Nordfrankreich und Südengland - nicht auf die Streitkräfte übergriff. Dagegen kam es im zivilen Sektor zu Massenstreiks, mit insgesamt 1.165 Streiks und 1.116.000 Streikenden im Jahr 1918 die international größte Streikbewegung. Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55. Zahlen bei Marc Ferro, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt a. M. 1988, S. 310.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 7 und Dok. 77, Anm. 7.

9 Die Idee einer internationalen Organisation zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der internationalen Beziehungen war Teil von Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8.1.1918. Nachdem sich während der Pariser Friedenskonferenz am 3.2.1919 die Völkerbundskommission gebildet hatte, wurde die Völkerbundssatzung als Teil I in den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 aufgenommen. Mit wenigen Ausnahmen - darunter die USA - wurden die der Siegerkoalition angehörenden Signatarmächte der Pariser Friedensverträge Mitglieder des Völkerbunds, während das Deutsche Reich erst 1926 aufgenommen wurde. Vgl. Pfeil, Völkerbund, S. 32 ff. Druck der Völkerbundssatzung: RGBl. 1919, S. 717 ff.

10 Nicht ermittelt. Zum publizistischen Echo auf das Ende des Ersten Weltkriegs vgl. Kurt Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918 sowie Karin Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse. Politische Ziele, Reaktion auf die Ereignisse und die Versuche der Meinungsführung in der deutschen Tagespresse während der Zeit vom 23. September bis 11. November 1918, Diss. phil., Münster 1958.

11 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.

dels- und Kriegsschiffe [12]. Man erklärte, das sei notwendig, und Deutschland würde die Schiffe wiederbekommen. Man könne überzeugt sein, daß eines Tages tatsächlich durch diesen freiwilligen Akt Deutschlands die Verständigung in die Wege geleitet werden würde. Und dann kam es genauso in dem Augenblick, in dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde [13]. Wochenlang wurde an diesem Vertrag gearbeitet. Man erklärte, das wäre nicht schlimm. Was heißt Schuld am Kriege [14]? Das Ganze sei eine formelle Angelegenheit. Wenn Deutschland unterzeichne, habe es einmal für immer der Welt das Zeichen der Gesinnungsänderung gegeben, die die Welt brauche, und dann habe man nicht zu fürchten, daß dieses etwas anderes sein würde als eine Geste - eine grandiose Geste allerdings. Das deutsche Volk solle diese Schuld auf sich nehmen. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Und außerdem sei in dem Vertrag keine feste Summe angegeben, die Deutschland bezahlen solle [15]. Es solle sich nur verpflichten, die Schäden des Krieges wieder herzustellen. Man unterschrieb. Und als der Vertrag unterschrieben war, konnte man feststellen, daß die "Schuld am Kriege" doch schwerere Folgen besaß. Denn nunmehr wurden unerhörte Forderungen gestellt. Es hieß damals: "Was wollt ihr eigentlich? Ihr habt unterzeichnet, daß ihr schuld am Kriege seid. Da ist es recht und billig, daß ihr diese Forderungen erfüllt!"

Dann begann die Periode der Schuldendeckung. Das Bemerkenswerte ist, daß man in phantastische Begriffe überging, daß ein Betrag von 100 Milliarden als möglich angenommen wurde und daß diese 100 Milliarden seit einem Jahrzehnt uns ununterbrochen als Maßstab vorgehalten werden, daß das deutsche Volk zu zahlen begann und daß dieser Betrag sich nicht verminderte. Als die ersten Methoden [*sic!*] an der Lieferungsunfähigkeit Deutschlands scheiterten [16], da unterzeichnete man den Dawes-Vertrag [17]. Und wieder begann man, Hoffnungen zu erwecken. Wieder log man, daß nunmehr eine Befriedung der Welt eintreten würde [18]. Deutschland unterzeichnete und lieferte 5 Jahre lang. Dann ging es nicht mehr. Und die Män-

12 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Kriegsmarine wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337 ff., hier S. 353 ff. Wegen der fortbestehenden Seeblockade hatten sich alliierte und deutsche Vertreter im Brüsseler Abkommen vom 14.3.1919 darauf geeinigt, als Gegenleistung für einen begrenzten Lebensmittelimport nach Deutschland die deutsche Handelsflotte dem Allied Maritime Transport Council zur Verfügung zu stellen. Vgl. Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976, S. 293 ff.

13 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

15 Vgl. Dok. 77, Anm. 18. Auch zum Folgenden.

16 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung initiierte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

18 Zur publizistischen Auseinandersetzung um den Dawes-Plan vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan, Bd. I, S. 35 ff.

ner, die den Dawes-Plan unterzeichnet hatten, sagten plötzlich, wir müssen aus dem Dawes-Elend heraus. Und man modellierte einen neuen Plan, den Young-Plan [19]. Und wieder versuchte man, so wie beim Dawes-Plan und allen anderen Verträgen, dem deutschen Volke die Sache nunmehr als die Rettung hinzustellen [20]. Man versicherte, daß die Unterschrift unter den Young-Plan endlich das Reich sanieren wird. Die Reichsfinanzen werden saniert, der Staat, die Kommunalbehörden, das Kapital, die Landwirtschaft werden gerettet, die Arbeitslosigkeit wird abgebaut und ab 1930 - so versicherte man durch Reden im Rundfunk [21] den staunenden Zuhörern - ab 1930 findet dann der Abbau der Steuern statt [22]. Die Männer, die sich gegen den Young-Plan stellten [23], wurden verfemt [24]. Das seien die Männer, die nicht wollten, daß im Jahre 1930 die Steuern abgebaut würden, die nicht wollten, daß die Arbeitslosigkeit ein Ende nähme usw. Und das deutsche Volk wurde mürbe und es unterschrieb. Nur wenige Monate sind vergangen und das Hoffnungsgebilde, das man unserem Volke vormalte, ist verschwunden. Und wenn wir heute vor die öffentliche Meinung hintreten, können wir eins sagen: Diesen Wahlkampf wollen wir führen mit unseren Reden und Behauptungen der Vergangenheit. Und die anderen sollen heute wiederholen, was sie versprochen haben. Sie sollen sagen, was nach der Unterschrift des Young-Planes eintreten wird [*sic!*], und wir werden sagen, was wir immer gepredigt haben und es wird sich herausstellen, daß wir recht behalten haben. Die andern sollen sagen, ob nun tatsächlich die Reichsfinanzen gerettet sind [25], die Landesfinanzen saniert wurden oder die Kommunalbehörden in Ordnung gebracht wurden, ob die Wirtschaft angekurbelt wurde [26] und ob die Arbeitslosigkeit zurückging [27]. Sie sollen Rede und Antwort stehen. Sie werden es nicht tun, im Gegenteil, sie werden sich, weil die großen Lügen nicht mehr möglich sind, auf das Gebiet der kleinen Lügen und Verleumdungen begeben und werden versuchen, auch diese Wahl zu überstehen.

Ich weiß von vornherein, daß es auch jetzt sogar noch manchen Deutschen geben wird, der mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung vernehmen wird, daß wenigstens Deutschland in der Zukunft durch die Parteien gerettet wird, die bisher die Rettung nicht zuwege brachten. Auch jetzt wird es Millionen von Deutschen geben, die gläubig wie vor 12 Jahren auch jetzt wieder [28] getreulich ihre Pflicht erfüllen, ihre Stimmzettel mit dem alten Namen hineinwerfen und die auch das nächste Jahr und das übernächste Jahr durch die Ereignisse nicht belehrt werden können. Jedes Volk hat eine Masse von Unbelehrbaren, die niemals anders denken werden, außer denn, es käme ein gewaltiger Anstoß, der auch diese träge Masse in Bewegung versetzt. Nun könnten wir Nationalsozialisten, könnte ich genau in das gleiche Horn stoßen. Wenn die Masse in eine politische Versammlung geht, weiß ich, was sie hören will. Jeder Stand möchte

19 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
20 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
21 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
22 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
23 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
24 Vgl. Dok. 6, Anm. 15, Dok. 26, Anm. 2 und 3.
25 Vgl. Dok. 76, Anm. 26 und 28.
26 Vgl. Dok. 76, Anm. 21.
27 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.
28 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

die Rettung seines Standes, jeder Beruf die Rettung seines Berufes. Seit einem Jahrzehnt besteht die politische Taktik darin, die Menschen des nationalen Volkskörpers zu zerteilen, sie zu zerlegen, sie zusammenzufassen in kleine Berufsgruppen und kleine Parteien [29], diese für sich herauszunehmen und denen nun die Rettung und den Himmel zu versprechen. Es ist das nicht schwer. Wer nur zu Bauern redet, kann leicht versprechen, wer nur zu Arbeitern, Mietern, Hausbesitzern redet, weiß, was sie gerne hören. Wenn aber eine Bewegung von vornherein in ihren Reihen eben nicht Berufsgruppen und -stände usw. hat, sondern das deutsche Volk in allen seinen Schichten, Bauern, Städter, Handarbeiter, Angestellte usw. zusammenfaßt [30], ist die politische Propaganda von vornherein gezwungen, sich ganz anderer Mittel zu bedienen. Ich kann einer Versammlung nicht sagen, was die Bauern gern hören, auch nicht, was die Arbeiter, Städter, Mieter usw. gerne hören möchten. Man wird einfach durch die Natur der Versammlung bereits gezwungen, einen anderen Weg zu gehen. Nun kann mir der eine oder andere zur Antwort geben: "Ja, das wollen wir ja gar nicht!", so muß ich als Nationalsozialist zunächst zwei Dinge feststellen: 1. 12 Jahre, ja 20, 30 Jahre lang ist in Deutschland Stand um Stand "gerettet" worden. Parteien sind da [31], die sich aus Bauern zusammensetzen, und die Führer sagen, wir retten die Landwirtschaft, Parteien gibt es, die sich nur aus Arbeitern zusammensetzen und die Führer sagen, wir retten das Handarbeitertum, andere vertreten die Mieter, die Hausbesitzer und andere vertreten die Interessen der Beamten, der kleinen Gewerbetreibenden - und nun fragen wir uns einmal: Welcher Beruf ist denn gerettet worden, welcher Beruf, welcher Stand wurde tatsächlich gerettet? Sehen wir doch vom Schwätzen ab. Kein Stand kann kommen und sagen, wir sind gerettet worden. Stand um Stand geht zugrunde, der eine schneller, der andere langsamer. Auch die sogenannten wirtschaftlich Zahlungskräftigen gehen langsam den Weg, den alle gehen. Das scheint uns der erste Grundsatz zu sein, von dem wir ausgehen müssen. Das Schicksal des Volkes ist nicht das zusammengefaßte Schicksal seiner einzelnen Bürger; [...] [32] nicht das Schicksal der einzelnen Menschen bestimmt das Schicksal ihrer Gesamtheit, sondern das Schicksal der Gesamtheit bestimmt das Schicksal des einzelnen. Man kann nicht ausgehen bei der Rettung einer Nation von der Rettung des einzelnen Schicksals. Nein, gerettet werden muß das Schicksal im Gesamten. D. h. mit anderen Worten, das was die Menschen als Tagesfragen bezeichnen, das sind im Allgemeinen die tagtäglichen Auswirkungen des Lebens. Aber nicht die Tagesfragen bestimmen das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal Deutschlands bestimmt die Tagesfragen. Der Waffenstillstand war eine Kapitulation. Waffenstillstand heißt Stillstand der Waffen. Jeder bleibt, wo er ist. Es ändert sich nichts an den Verhältnissen. Die Armee wird entwaffnet, sie muß zurück. Was ist die Folge? Die Unmöglichkeit, überhaupt noch zu verhandeln. Wenn jemand später sagt, wir treten in Friedensverhandlungen, so war das eine Lüge.

29 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
30 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
31 Zum Spektrum der damaligen deutschen Parteien vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte sowie Dok. 88, Anm. 13.
32 Der Satz lautet in der Vorlage: "Das Schicksal des Volkes ist nicht das zusammengefaßte Schicksal seiner einzelnen Bürger, ist überhaupt nicht das Schicksal der einzelnen Menschen bestimmt das Schicksal ihrer Gesamtheit, sondern das Schicksal der Gesamtheit bestimmt das Schicksal des einzelnen." Aus Gründen der Verständlichkeit wurden die Worte "ist überhaupt" gestrichen.

Verhandeln kann nur, wer die Kraft hat, auch nein zu sagen. Wer die nicht besitzt, dem wird befohlen. In dem Moment, wo wir den Waffenstillstand unterzeichneten, waren alle Friedensverhandlungen eine Unmöglichkeit geworden. Nur noch das Diktat wurde entgegengenommen. Und gerade deshalb hatte man uns den Waffenstillstand auferlegt. Wir kommen nach Versailles und setzen damit die Gesinnungspolitik vom 11. November [*19*]18 fort [33]. Was ist das Ergebnis? Vertrag um Vertrag, jeder eine Knechtung, Deutschland ist vollständig wehrlos geworden. Das Schlimmste ist dabei die gesinnungsgemäße Wehrlosigkeit [*sic!*]. Die Folge davon ist eine langsam steigende Not, die Millionen einzelner Menschen ergreift und ihr Schicksal bestimmt. Millionen verlieren ihre Spargroschen [34], Hunderttausende ihre Existenz, Millionen andere werden arbeitslos, Hunderttausende gehen zugrunde [35], müssen auswandern [36], und Millionen werden nicht mehr geboren. Viele greifen zum Selbstmord [37]. Es ist eine Flut von Elend - Millionen von Einzelschicksalen werden zerbrochen. Und nun komme jemand und sage, den einzelnen Schicksalen müsse man helfen. Nein, wäre nicht vorher bereits unsere ganze Denkart verkehrt gewesen, dann wären diese Millionen Einzelschicksale anders verlaufen. Wenn heute jemand erklärt, wir wollen den Arbeiter retten, wir retten das Bürgertum, das Bauerntum, wir retten den Staat - ihr könnt keinen Stand für sich retten, ihr könnt auch keinen Staat an sich retten, denn auch das ist nur eine Form. Das einzige, was geschehen kann, ist eine vollständige Umstellung des deutschen Denkens, eine Überwindung der Gedanken, die uns dahin führen. Wenn ein 62-, ja 70-Millionenvolk [38] einen Zusammenbruch erleidet, wie den heutigen oder den der letzten 12 Jahre, dann ist das kein Zufall. Es ist das auch nicht ein höheres Schicksal. Nichts geschieht ohne Ursache, ohne Veranlassung. Und unsere heutige Not ist das Ergebnis dieser Ursache, und es spricht sich kein Stand dabei frei. Zuvörderst aber müssen wir eines betonen: Wenn ein Volk zerbricht, d. h. wenn es nicht mehr fähig ist, im Lebenskampf zu bestehen, dann hat Schuld die Führung dieses Lebenskampfes [*sic!*]. Und das sind die politisch leitenden Faktoren, die Verantwortlichen, die gestaltenden Kräfte. Sie sind verantwortlich für das Zusammenbrechen. Ihr Handeln muß falsch gewesen sein. Wäre es recht gewesen, könnte ein Volk nicht versinken. Und wenn Sie nun heute im politischen Leben immer und immer wieder mit Versprechungen traktiert werden, so erwarten Sie das von mir als Nationalsozialist deshalb nicht, weil der Sinn vom ersten Tage an war, gegen dieses System der Versprechungen und ewigen Zusicherungen, in Wirklichkeit der Belügung [*sic!*] der einzelnen Berufsstände, Front zu machen und statt dessen unserem Volk seine Lage zu zeigen, wie sie ist. Wer dabei ohnmächtig wird, ist zu schwach für den politischen Kampf. Wer die Wahrheit nicht sehen kann, der gehört nicht in den politischen Kampf. Wer aber

33 Als Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles machte sich der Reichsminister des Auswärtigen Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau keine Illusionen über die alliierten Friedensbedingungen. Dennoch war er von Anfang an entschlossen, allein auf der Basis von Wilsons 14 Punkten über einen Friedensschluß zu verhandeln und notfalls das Scheitern der Verhandlungen zu riskieren. Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986, S. 31 ff., 41 ff.

34 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

35 Vgl. Dok. 65, Anm. 6 und Dok. 76, Anm. 11.

36 Vgl. Dok. 44, Anm. 15 sowie Dok. 69, Anm. 8.

37 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

38 Vgl. Dok. 53, Anm. 17.

Mann ist, muß den Mut haben, seine Krankheit zu erkennen, und muß den Mut haben, dort anzusetzen, wo man die Krankheit heilen kann. Wird ein Volk nach grundsätzlich falschen Methoden, falschen Gesichtspunkten, falschen Gedankengängen regiert, so ist es vollkommen belanglos, ob der einzelne daran teilhat, ein Idealist ist, ob er Edles denkt oder nicht oder ein Verbrecher ist. Die gesamte durch das Volk laufende Linie des Denkens ist falsch und wird das Volk in den Abgrund hineinziehen. Die Nachwelt stellt fest, es gab einst dies und es ist zerbrochen. Glauben Sie nicht, daß in einem solchen zusammenbrechenden Reiche lauter gemeine oder schlechte Elemente gewesen sind, aber die grundsätzliche Linie des allgemeinen Denkens war falsch und deshalb konnten auch einzelne Edle, die auch in dieser Linie sich befanden, das Schicksal nicht mehr wenden. Es ist weiter zu bedenken, daß solche Grundlage den Gedankengang der Leitung einer Nation, eines Volksschicksales ihre Richtigkeit deshalb nicht beweisen [*sic!*], weil sie im Augenblick richtig sind. Es kann sehr wohl ein System im Augenblick regieren. Wenn Sie dem heutigen Vorwürfe machen über die Steuergesetzgebung, können Sie zur Antwort bekommen: "Das geht doch. Wir regieren jetzt 12 Jahre, und es geht. Wenn Sie sagen, wir vernichten die Landwirtschaft - bitte, wir bringen die Steuern herein, und der Bauer lebt noch immer." Man erklärt also, daß ein System richtig ist deshalb, weil es im Augenblick anwendbar erscheint. Ja, glauben Sie mir, das ist im ganzen Leben so. Es gibt viele Dinge, die der Mensch im Augenblick aushält. Mancher sündigt auf seine Gesundheit los, ohne zu bedenken, daß, wenn seine Vorfahren dasselbe getan hätten, er gar nicht geboren wäre. Das System lebt auf Kosten eines anderen Systems, das früher von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen ist. Damit aber ergibt sich eines. Wer heute in Deutschland vor das Volk hintritt und nun dem einzelnen Stande sagt, deine Existenz wollen wir verbessern, wenn du uns deine Stimme gibst, der lügt. Glauben Sie nicht, daß wir das nicht könnten. Meine Freunde von links, ich kann mir das schon zumuten. Ich kann schon sagen, ich vertrete die Interessen des Proletariats. Es ist das nicht eine Frage des Könnens, sondern ausschließlich eine Frage der inneren Wahrheitsliebe. Wenn Menschen gerettet werden durch Theorien, so ist das denkbar, dann ist das zweckmäßig, daß man so spricht. Da aber Menschen gerettet werden durch die Gesamtsumme an Gütern des Lebens, die diese Menschen sich erobern, die sie der Erde abzwingen, so ist diese Gedankenart das Verbrecherischste, was es gibt. Am Ende können die Menschen dann eine Litanei auswendig lernen von Versprechungen. Aber sie werden trotzdem zugrunde gehen. Wenn ich als Nationalsozialist heute in eine Wählerversammlung trete, dann tue ich es nicht, um nun Ihnen den Himmel zu versprechen, sondern um Ihnen zu erklären, Deutschland wird auch durch diese Wahl nicht gerettet, auch nicht durch die nächste. Deutschland wird überhaupt nicht gerettet durch irgendeine Wahl, nicht durch Regierungsbildungen, sondern Deutschland wird gerettet in dem Augenblick, in dem [*aus*] dem Gemengsel der Berufe, Stände usw. wieder ein einheitlicher großer deutscher Wille entsteht, der vor sich nicht mehr sieht einen Stand, eine Partei usw., sondern vor sich sieht 60 oder 70 Millionen Menschen. Was hat uns denn zugrunde gerichtet? Im Kampf um das Leben, der den gesamten Einsatz aller erfordert, hat das deutsche Volk sich selbst langsam verloren, hat aufgehört, ein einheitlicher, geschlossener Faktor zu sein. Und jeder zog nun seinem Strange nach [*sic!*]. Jeder sah sein Ziel vor Augen. Und man begann das deutsche Volk nach 20 Seiten hin zu ziehen und damit verlor die Nation dann jede Kraft und das natürliche Denken. Unser Volk wurde ge-

nauso geistig wurzellos, wie einzelne Menschen wurzellos werden können, wenn sie sich selbst verlieren, indem sie den Glauben an sich und die eigene Kraft preisgeben und statt dessen nach einer Hilfe sich umsehen und auf diese Hilfe dann vertrauen und auf sie bauen. Das ist beim deutschen Volke der Fall gewesen. Nicht etwa seit dem Jahre 1918, nein, schon längst vorher begann unser Volk diesen Weg zu beschreiten, der zwangsläufig zu einem November 1918 führen mußte, und zwar ohne Schuld der einzelnen Person. Das Tragische in dem Volk ist und bleibt immer die Unmöglichkeit, das Leben auf eigenem Grund und Boden sich zu sichern. So wie bei einem Volk der Raum zu klein wird, weil die Volkszahl zu groß geworden ist, beginnt ein Lebenskampf, der bis in den einzelnen Menschen hinuntergreift, der jede einzelne Existenz nun irgendwie bedroht oder formt oder gestaltet. Was die Welt heute darstellt, ist sie geworden nicht durch Gedanken, nicht durch Ideen usw., sondern ihre heutige Gestaltung, soweit Menschen in Frage kommen, ist das Ergebnis des Kampfes um das tägliche Brot. Gewiß tritt uns heute der Marxist entgegen und sagt: "Brotkampf ist Geisteskampf, der Kampf einer bestimmten Theorie." Es ist das grundfalsch. Das Leben des einzelnen wird immer und immer wieder bestimmt durch den Raum, der zur Verfügung der Gesamtheit steht. Was die Gesamtheit an Lebensraum besitzt, bestimmt dann das Leben der Gesamtheit und damit das Leben des einzelnen.

Der Mensch lebt nicht von Ideen, sondern von Getreide und Korn, von Kohle, Eisen, Erzen - lauter Dinge, die im Boden liegen. Und wenn dieser Boden fehlt, nützen alle Theorien nichts. Es ist das nicht ein Problem der Wirtschaft an sich sondern des Bodens. Und diese Raumnot zwingt die Nation zu Entschlüssen. Entweder die Völker werden gezwungen, in schwerstem Lebenskampf dahinzusiechen, oder ein Volk versucht, die Raumnot zu überwinden. Es kann auch sein, daß ein Volk versucht, der Raumnot zu entgehen, indem es sich selbst vermindert. Millionen werden zur Auswanderung gezwungen, Hunderttausende werden nicht mehr geboren. Es sind immer einzelne Menschen, die das Schicksal der Gesamtheit im einzelnen zu erleiden haben. Oder ein Volk versucht, der Raumnot zu begegnen, sagen wir durch Wirtschaft, d. h., Millionen einzelner erhalten nun ein anderes Leben. Der Schicksalskampf der Nation treibt Millionen einzelner Bauern in die Großstadt. Fabriken werden gegründet. Millionen von einst ansässigen Menschen werden Lohn- und Gehaltsempfänger, ihr ganzes Leben wird dadurch geändert. Und wenn dann diese Wirtschaft zusammenbricht, dann können diese Millionen arbeitslos werden - jeder einzelne für sich. Und jeder kann nun versuchen, sich irgendwie das Leben zu retten. Der Staat kann vielleicht mit Unterstützungen kommen, aber das Schicksal nimmt jeder einzelne hin, jeder erprobt das Schicksal aller. Und nun könnte man natürlich sagen, wenn jeder einzelne ein Objekt dieses Gesamtschicksals ist, dann muß man doch beim einzelnen versuchen, sein Schicksal und dadurch das Gesamtschicksal zu wenden. Nein, das Schicksal wird nicht von einzelnen herauf-, sondern von der Gesamtheit herunter gewendet [*sic!*]. Und eine solche Schicksalswende ist eine gigantische Umstellung, ein vollkommen neues Sich-Einstellen.

Das Volk wendet sich in seiner Gesamtheit neuen Wegen, neuen Ideen, neuen Gedankengängen zu. Wenn wir uns die Frage vorlegen, was ist für uns nun als Schicksal heute anzusehen, so müssen wir Folgendes feststellen: 62 Millionen Menschen auf 470.000 qkm Boden [39].

39 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

Sie können sich auf diesem nicht ernähren. Die Innenwirtschaft vermag ihre Bedürfnisse nicht zu befriedigen. Außerdem aber ist ja durch die Wirtschaftstätigkeit innerhalb dieses Kessels die Volksmasse so angesammelt, daß dieser Kessel, dieses Gefäß, Staat oder Deutsches Reich genannt, heute unter Überdruck steht. Diese Millionenmasse nun, die aus lauter einzelnen Menschen sich zusammensetzt, wird entweder irgendwie ernährt werden können oder aber die gesamte Nation wird einem Schicksal der Verarmung, d. h. des Verkommens ausgesetzt. Wer davon betroffen wird, das weiß man nicht. Jeder wird zunächst irgendwie ein Opfer sein. Der Schwächere wird vollkommen erliegen. Nun brauche ich eigentlich nur 2 Fragen zu untersuchen: Wie kann man positiv dieses Schicksal nun ändern? Der erste Weg heißt: Raumerweiterung, der Weg, den ein gesundes Volk zu allen Zeiten beschritten hat. Es ist aber der Weg, der uns geistig verfemt erscheint, daß Raumerweiterung zweifellos Imperialismus sei, d. h. sie sehen die Zahl eines Volkes vor sich und hängen dem Gedanken nach, daß die Raumverteilung der Erde eine von höheren Gewalten verfügte, ewige ist. Sie wollen nicht einsehen, daß diese Raumverteilung durch den Menschen selbst stattfindet, daß im Laufe von Jahrtausenden dieser Prozeß stets sich wechselnd sich wiederholt und daß wir nur in dem Stadium dieses Prozesses leben, daß es Wahnwitz ist, die Erdoberfläche Jahrmillionen als Spielfeld der Kräfte anzusehen und in einem Jahre nun zu sagen, nun ist dieses Spiel zu Ende, der Zustand der Raumverteilung ist ein ewiger, er muß und wird bleiben. Wir sind nun aber bis zu 2.[*000*] - 3.000 Menschen auf einem qkm[40], das ist ein unmöglicher Zustand. Da können wir nur eines sagen: Die Natur kennt das an sich nicht. Die Vorsehung will es nicht. Die Vorsehung hat die Erdoberfläche nicht nur einzelnen Wesen zugeteilt, sondern setzte die Wesen hinein und gab ihnen das Spiel der Kräfte frei und wünscht, daß die Kraftvolleren sich durchsetzen, weil eben immer diese Durchsetzung des Kraftvolleren, das Stärkere, bleibt und das Schwache zerfällt. Und wenn die schwachen Menschen kommen und dieses zu korrigieren versuchen, so wäre das ein Wahnwitz. Wenn heute ein Volk kommt und sagt, wir verzichten auf Raum und wenn sie weiter erklären, wir werden keine Kraftanstrengungen um Raumgewinnung machen, das Streben nach Erde ist verbrecherisch, ist Imperialismus, den wir ablehnen. Glauben Sie nicht, daß dann das Streben nach Erde aufhört. Nein, es geht ewig weiter. Denn, was das eine Volk versäumt, wird das andere einholen. Wenn ein Volk diesen Verzicht ausspricht, beseitigt es nur seine Lebensexistenz. Glauben Sie nur nicht, daß die Welt etwa auf Deutschland Rücksicht nehmen würde, wenn es diesen Verzicht ausspricht. Wir würden als Schwächere zurücktreten, so wie wir schon einmal zurückgetreten sind. Als das Volk sich im Bürgerkrieg verzehrte[41], da hat nicht die Welt sich diesen Gedankengängen angeschlossen. Die Erde wurde verteilt, und wir haben eine Weltherrschaft, die uns gebührt hätte, verloren. Deutschland ist zurückgehalten worden. Unsägliches Leid und Elend und Not sind die Folgen des Sturzes von oben gewesen; und heute ist es genau so. Wenn heute ein Volk selbst den Verzicht ausspricht auf die Verfechtung seiner Existenz, auf die natürliche Erdfläche, die ihm kraft seiner Arbeit, seiner

40 Auf der Basis der Volkszählung vom 16.6.1925 (62.410.619 Menschen) betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 133,14 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 6.

41 Gemeint sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Deutschen Reich während der Jahre 1918-1923.

Tüchtigkeit gebührt, dann wird ein solches Volk den Verzicht auf sein Leben aussprechen. Aber die Welt lebt weiter. Und wenn die ganze Menschheit das täte, würde sie in eine indische Lethargie versinken, und wenn alle Menschen zu einem Pazifismus gebracht würden, der die Tötung der Tiere beseitigt, dann werden endlich die Tiere den Menschen töten. (Sehr richtig!) Der Mensch wird das Opfer der Tiere. Die Vorsehung aber hat die Kraft und die Erkenntnis bestimmt, daß der Mensch das Recht hat wie jedes andere Wesen, sich den Raum zu suchen, den er zum Leben braucht. Wir sehen nun heute, daß das deutsche Volk diesen Entschluß und diese Willenskraft nicht besitzt, ja seit Jahrzehnten haben wir uns einer anderen Möglichkeit zugewandt; nämlich Deutschland, das deutsche Volk versucht sich am Leben zu erhalten durch eine Expansionswirtschaft, durch eine Teilnahme an der sogenannten Weltwirtschaft. Dieser Begriff "Weltwirtschaft" wird auch heute von Millionen deutscher Menschen gar nicht verstanden. Er bedeutet auf das kürzeste zusammengefaßt etwa folgendes: Man kann ein Volk ernähren entweder, indem man den Raum so erweitert, wie sich das Volk vermehrt. Man kann es (2.) ernähren, wenn man das Volk so vermindert, wie der Raum gleichbleibt, d. h. indem man Menschenexport ins Ausland oder - ins Jenseits machen kann, (3.) indem man weder Raum erwirbt noch Menschen exportiert, sondern indem man Ware exportiert, d. h. indem man den Menschen zu Hause tätig sein läßt, diese Produktion verkauft und von dem Erlös dann die fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel deckt. Das war die große Linie der Ernährung unseres deutschen Volkes. Seit den 70[*er*] und 80[*er*] Jahren wurde Deutschland vom Agrarstaat zur Wirtschaftsmacht [42]. Und dieser Prozeß der Umwandlung zur Wirtschaftsmacht bedeutete eine Zurückhaltung der Auswanderung, ein Anhäufen von Menschenmassen, eine Hebung unserer Produktion auf einzelnen Gebieten, einen Kampf um den Absatzmarkt, eine Förderung unseres Handels und damit zugleich die Möglichkeit des Imports von den Rohstoffen und Lebensmitteln, die wir zu unserer Produktion und Ernährung notwendig brauchten. Dieser Prozeß der Wirtschaft und der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands fand unter einem großen politischen Gedanken statt, nämlich unter dem Gedanken, ein großes Volk damit zu ernähren ohne Gewaltanwendung. Man sagte, wir werden das deutsche Volk wirtschaftsfriedlich ernähren. Man ging noch weiter und sagte, wir wollen die Wirtschaft friedlich erobern. Und im Verlauf dieses Wirtschaftsprozesses fand nun eine vollständige Verfärbung unseres natürlichen Denkens statt. Es bildete sich langsam die Vorstellung, als ob man durch die Wirtschaft an sich ein Volk auf die Dauer friedlich ernähren könnte. Man war der Meinung, daß die wirtschaftliche friedliche Ernährung der Nation nur eine Frage der Produktion ist, d. h. der Produktion und des Exports dieser Produktion. Nun ist aber die wirtschaftsfriedliche Ernährung in erster Linie weniger die Frage einer Produktion als des Verkaufs, d. h. eine Frage des Absatzmarktes. Wenn sich ein Absatzmarkt nicht mehr findet, dann nützt der ganze Fleiß und die ganze Produktionsfähigkeit eines Volkes nichts. Es ist der Kampf um den Absatzmarkt und

42 1867 waren von den Beschäftigten in Deutschland 51,5% im primären Sektor (Landwirtschaft usw.) tätig, 25,7% im sekundären Sektor (Industrie, Handwerk usw.) und 21,4% im tertiären Sektor (Handel, Verkehr, Dienstleistungen usw.). 1913 hatten sich diese Anteile wie folgt verschoben: Primärer Sektor: 34,5%; sekundärer Sektor: 37,8%; tertiärer Sektor: 27,6%. Zu der nach 1871 forciert einsetzenden Entwicklung des Deutschen Reichs vom Agrarstaat zum Industriestaat vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. I, S. 226 ff. Die Statistik auf S. 269.

die Rohstoffwerte. Und dieser Kampf wird nicht nur wirtschaftlich ausgefochten, sondern auch mit anderen Mitteln. Denn was heißt wirtschaftsfriedlicher Kampf! Was ist denn der Einsatz des blutigen Kampfes? Die Nation, das Volk, der Mensch. Denn wenn ein Volk im Wirtschaftskampf unterliegt, so heißt das, es kann ein Volk nicht mehr ernährt werden. Man kann diese Tatsache zwar kurze Zeit verschleiern durch Arbeitslosenunterstützung usw. Aber das Volk kann nicht mehr produzieren, weil es keinen Export mehr besitzt. Dadurch tritt dann das Fehlen der Überschüsse ein, damit aber auch die Grundlagen für den Import. Das Volk verarmt und geht zugrunde. Und das ist das Schicksal Deutschlands seit den 70[*er*] Jahren gewesen. Deutschland hat Menschen angesammelt, Fabriken gebaut, Häfen gegründet. Millionen Menschen konnten dadurch in der Heimat bleiben. Dieser Exportmarkt wurde im schwersten Kampfe errungen. Und nicht Deutschland allein, genauso wurden England, Italien, Holland, ja Frankreich sogar und in letzter Zeit auch Amerika, das hierzu nicht einmal gezwungen war, Träger dieses Absatzmarktes. Sieger blieb in diesem Kampf das Volk, das am besten und billigsten liefert, d. h., solange der Kampf wirtschaftsfriedlich ausgefochten wird. Es wird die Nation auf dem Weltabsatzmarkt ihre Stellung behaupten, die gut und billig liefert, d. h. die anderen unterbietet, genauso wie auch wir unsere Lieferungen oder besser unsere Aufträge dem erteilen, der billig und besser liefert. Wenn also heute China einen Auftrag von 1.000 Lokomotiven an Deutschland erteilt, so haben 3.000 deutsche Menschen Arbeit, für eine bestimmte Zeit eine Existenz. Bekommt den Auftrag England, so haben 3.000 englische Arbeiter für eine Zeitlang Existenz und Brot, aber auf Kosten der deutschen Arbeiter. Mit anderen Worten, der wirtschaftsfriedliche Kampf um den Weltabsatzmarkt heißt Zugrundegehen der unterliegenden Nation. Und nun ist das eine ewige Wahrheit, daß in demselben Augenblick, in dem der Kampf mit den wirtschaftsfriedlichen Mitteln zu keinem sichtbaren Resultat mehr führt, oder eine Nation sieht, daß eine andere ihr überlegen ist, daß in demselben Augenblick anstelle des wirtschaftsfriedlichen Kampfes die politische Macht tritt. Deutschland hat versucht, diesen Kampf auszufechten. Es wird auch noch mancher Narr erklären, unser Imperialismus war schuld am Kriege [43]. Wir haben die Antwort klar und deutlich von zwei Staaten mitbekommen. Ein Franzose sagte: "Deutschland hat 20 Millionen Menschen zuviel [44]." Das war Clemenceau [45]. Und der zweite Franzose, Genosse Briand [46], erklärte: "Daß ihr abgerüstet habt, das wissen wir. Daß ihr nicht den Krieg beabsichtigt habt, glauben wir euch. Aber

43 Vgl. Dok. 66, Anm. 4, ferner Dok. 77, Anm. 16.

44 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

45 Georges Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitschrift "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

46 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär der Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer der Parti Républicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Gustav Stresemann).

ihr seid ein Volk von 60 Millionen und für uns eine Gefahr. Das hat nichts zu tun mit Imperialismus [47]."

Sie können doch nicht leugnen, daß die Republik abgerüstet hat [48]. Wird sie aber deshalb freundlicher behandelt als das alte Reich? Glauben Sie, daß der Weltkrieg von England ganz umsonst geführt worden ist? Einst hat England uns bekämpft, weil wir eine Gefahr waren, und heute bildet man sich ein, wenn wir abrüsten, so ist nichts mehr zu befürchten. Wir können den Weltabsatzmarkt nicht mehr erobern. Der Sinn der Friedensverträge ist kein anderer, als unsere deutsche Wirtschaft mit friedlichen Mitteln, d. h. mit Tributen so zu belasten, daß sie jede Konkurrenzfähigkeit verliert. Wenn es aber gelänge, in voller Wucht wieder auf dem Weltabsatzmarkt zu erscheinen, dann, zweifeln Sie nicht daran, gibt es wieder Krieg. Wir hatten damals keine Kriegsziele [49], aber die Gegner haben sie gehabt [50], und dieses Ziel war nichts anderes als die Vernichtung der deutschen wirtschaftlichen Macht. Dieses Ziel hat England zu erreichen versucht und hat es auch erreicht. Das Hinausstürzen in den Strudel der Weltwirtschaft ist deshalb so gefährlich, weil es das Denken eines ganzen Volkes abwürgt. Es verfällt dem Staube der Weltwirtschaft, es wird von der Scholle losgerissen, wird wurzellos. Man rechnet nur noch in Tonnen und vergißt ganz, daß das alles vollkommen leerer Schein ist, daß aber dahinter nicht die politische Macht steht; nicht Fleiß, nicht Arbeitsamkeit, nicht Sparsamkeit können im Volke allein das Leben sichern, sondern die politische Macht muß dahinter stehen. Und wenn Deutschland seine heutige Katastrophe wirklich überwinden will, dann gibt es nur 2 Wege, entweder mehr Raum, dann braucht es politische Macht, soll Deutschland durch Wirtschaft ernährt werden, braucht es auch politische Macht. Wenn ein Volk das nicht will, so

47 Vermutlich eine Anspielung auf die folgende Passage der Rede, die Briand am 10.9.1928 vor der Völkerbundsversammlung hielt: "[...] l'Allemagne est desarmée. Pas totalement, disons la vérité. Il n'est pas de peuple, quand il s'agit d'un pays comme l'Allemagne surtout, qui soit totalement désarmé. L'Allemagne a une armée de 100.000 hommes, mais c'est une armée très particulière; elle est composée d'officiers et de sous-officiers; c'est ce qu'on appelle une armée de cadres; lorsqu'il existe à côté un immense réservoir d'hommes magnifiques, courageux, qui ont fait leurs preuves d'héroïsme durant la guerre et qui, pendant huit ou dix ans encore, sont capables de servir, on ne peut pas dire que le désarmement soit complet. Monsieur le Chancellier lui-même ne le soutiendrait certainement pas s'il se plaçait sur un autre plan que celui de la propagande.
Mais il y a autre chose. L'Allemagne a cessé sa résistance, elle y a mis le temps, mais cela se comprend après tout, et ce sont des résistances qui probablement se seraient produites dans mon pays comme dans tout autre; le matériel qu'elle avait pendant la guerre a été très réduit. Qui pourrait cependant soutenir qu'un grand pays si puissamment outillé pour la paix, c'est-à-dire pour l'industrie, se trouverait embarrassé s'il lui fallait fournir du matériel de guerre pour une armée? L'Allemagne vient de donner au monde un exemple magnifique des efforts qu'elle peut accomplir; sa marine commerciale avait été réduite à rien: en quelques années, par sa puissance de construction, par l'ingéniosité admirable de sa race, elle l'a créée: dès maintenant cette marine compte parmi les premières marines commerciales du monde." Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928, dixième séance plénière, 10 septembre 1928, S. 81.

48 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

49 Zur deutschen Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkriegs - ihre öffentliche Erörterung war in der Zeit von Herbst 1914 bis Herbst 1916 verboten - vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht.

50 Zur Kriegszieldiskussion bei den alliierten Mächten während des Ersten Weltkriegs vgl. Horst Günther Linke, Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914-1917, München 1982. David French, British Strategy and War Aims 1914-1916, London 1986. Georges-Henri Soutou, L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989, S. 111 ff.

verzichtet es auf sein Leben. Ihr könnt ja sagen, wir wollen das nicht, aber dann lügt auch nicht, daß ihr dem Volke den Himmel geben werdet. Wenn ihr heute sagt: "Wir wollen nicht, daß Deutschland noch einmal politische Macht wird." Gut, dann habt ihr gesagt, wir wollen nicht, daß der deutsche Mensch ein anständiges Leben erhält. Wenn ihr den Mut habt, dann müßt ihr weitergehen und müßt ein Volk heranziehen, daß sich selbst aufgibt und preisgibt. Und da bin ich überzeugt, verkennt ihr das deutsche Volk. Es kann vielleicht unter uns zahlreiche Juden geben, die überzeugt sind, unserem Volke das sagen zu können und es auf die Dauer fertigzubringen, dieses Deutschland vollständig zu entmannen, ihm vorzureden, du bist kein Mensch wie andere, Franzosen und Engländer sind überlegene Völker. Du bist das nicht, denn du bist ein Deutscher und mußt zufrieden sein. Aber sie werden sich irren. Unser Volk hat noch immer Blut, vom Blut der Jahrtausende unseres Volkes in sich, man weiß, es ist nur immer das alte Volk. Und wenn sie den einen oder anderen morschen Menschen so weit bewegen können, selbst auf das Leben zu verzichten, so schießt doch die Jugend nach in allen Ständen, die das nicht versteht und das auch nicht will (Rufe: "Raus mit den Juden aus Deutschland" und Beifall). Wenn wir also zugeben, daß die politische Macht entscheidend ist, dann pflegen unsere politischen Gegner immer zu sagen: "Ja, das scheidet aus, weil wir keine Waffen besitzen." Da darf ich sie bitten, sich weit zu erheben über diese Zeit des falschen Begriffs. Was heißt Waffe? Waffe ist ein Stück totes Material, wesentlich ist stets der Träger. Die Waffentechnik ändert sich im Laufe der Jahrzehnte. Was gestern noch scharf war, kann morgen lächerlich erscheinen im Kampf. Waffen sind dem Wandel der Zeit unterworfen. Das einzige, was einem Volke die Garantie des dauernden Lebens gibt, ist sein eigener Wert und die Auswirkung und die Gesinnung, der Wille, das ist das Wesentliche. Wenn jemand sagt: Waffe, so antworte ihm: Wenn ich einen Nationalsozialisten nehme und gebe ihm einen Knotenstock in die Hand, und ich stelle ihm gegenüber einen Demokraten auf und ich schicke beide durch einen Wald und gebe dem Demokraten ein Maschinengewehr und belehre ihn darüber, wie man es bedient, und sage ihm: "So, wenn du zielst, kannst du Deinen Gegner vernichten", dann wird der Nationalsozialist mit seinem Knotenstock durch den Wald gehen und wenn er angegriffen wird, wird er sich mit diesem Stock verteidigen und wenn er keinen Stock hat, so mit den Fäusten und mit den Zähnen. Die Gesinnung ist das Wesentliche. Der feige erbärmliche Wicht kann von Kopf bis zum Fuß bewaffnet sein, er wird nach jeder Gefahr entwaffnet zurückkehren. Der mutige Mensch wird sich immer verteidigen, wird nie wehrlos zu Boden sinken. Und das ist das Wesentliche auch im Leben der Völker. Ein Volk, das Kraft und einen unbändigen Willen in sich hat, wird sich immer zu behaupten vermögen. Und sehen Sie, ich darf nun diese paar ganz großen gesinnungsmäßigen Tugenden in den Vordergrund des Vortrages rücken. Denken Sie, das alte Deutschland hätte keine Sozialdemokraten und Demokraten gehabt, sondern Nationalsozialisten, und nun wäre der Krieg gekommen. Die Nationalsozialisten wären brutal für ihr Leben, für des Volkes Zukunft eingetreten. Sie hätten allerdings ebenso brutal erklärt, wenn der eine Teil kämpft, kann der andere in demselben Zeitpunkt nicht schieben und wuchern. Der Soldat an der Front unterliegt dem Gesetz des Heeres, der Mann in der Heimat genauso. Wer sich an seinem Volke versündigt, stirbt an der Front - aber auch genauso zu Hause. Wir dulden nicht, daß man auch nur im geringsten diesen Kampf mißbraucht für persönliche Zwecke. Wir erwarten, daß jeder seine Pflicht tut. Wer es nicht tut, ist ein

Schurke, - aber auch zu Hause. Wir dulden nicht, daß man die Not ausnützt und sich an ihr bereichert [51]. Wer es wagt, an diese Dinge zu denken, während andere dem Tode ins Auge sehen, der stirbt zu Hause! (Langanhaltender Beifall.) Wir haben kein Kriegsziel, wir kämpfen für Freiheit und Brot [52], d. h. wir kämpfen für Raum. Aber es soll jeder die gleiche Last auf seine Schulter nehmen. (Beifall.) Und wenn ganz Deutschland so erfüllt gewesen wäre von einem fanatischen Willen, dann glauben Sie mir, wäre sein Schicksal ein anderes. Dann hätte ein Geist allein das Schicksal eines Millionenvolkes umgestaltet. Wir haben nicht zuerst die Waffe verloren und dann den Willen, sondern erst den Willen und dann die Waffe. Erst hat Deutschland die Besinnung verloren und dann wurde es entwaffnet. Wenn man sagt, wir müssen erst Waffen haben, so weiß man, daß der Wille nicht da ist. Wir Nationalsozialisten sagen, erst muß man die Gesinnung und den Willen haben, erst müssen wir wieder zu einem Volk von Männern geworden sein. Ist es das geworden, wird es sich erheben. Der tapfere Mensch wird sich leichter unangefochten durch die Welt schlagen wie der Feigling; der Knecht, der von vornherein erklärte: "Ich will keinen Kampf", der wird von dem Nächstbesten niedergeschlagen, weil die Schwäche noch niemals vom Angriff hat abgehalten [*sic!*], sondern im Gegenteil. Die Schwäche wird immer der größte Anreiz zur Vernichtung eines Volkes. (Sehr richtig!) Auch heute ist das so. Glauben Sie, die Schwäche Deutschlands wird unsere Nachbarn nicht abhalten, noch einmal nach Deutschland zu greifen. Entwaffnen Sie heute Ostpreußen vollständig, entwaffnen Sie heute den Osten des Reiches vollkommen, glauben Sie nicht, daß dann Polen sagen wird, nun ist für uns für alle Zeiten die Notwendigkeit eines Angriffs beseitigt. Nein, wenn die letzte Waffe beseitigt ist, wird der erste Pole einrücken. Das wird immer so sein. Wenn wir Nationalsozialisten heute vor die Nation hintreten mit unserer neuen Bewegung, dann haben wir gar keine andere Absicht, als das deutsche Volk zu einem politischen Faktor umzugestalten. Das ist keine Tagesfrage, das hebt sich weit hinaus über alle Dinge, hebt sich hinaus über Wahlversprechen, ein Programm [53], ein gigantisches neues Programm, hinter dem nicht die neue Regierung stehen muß, sondern ein neues deutsches Volk, das aufgehört hat, ein Gemengsel von Klassen, Berufen, Ständen usw. zu sein, ein deutsches Volk, das sein wird, was es Jahrhunderte und Jahrtausende in seinen besten Zeiten gewesen ist, eine Gemeinschaft von Volk, das über alle Differenzen die gemeinsame Kraft der Nation rettet oder zugrunde richtet. Und wenn wir uns die Frage vorlegen, ob es einen Weg gibt, der zwangsläufig ein Volk in die Höhe führen muß, dann können wir eine einfache Antwort geben: Jawohl! Es gibt bestimmte Laster, die die Menschheit zu allen Zeiten vernichtet hat. Völker, die diesen Lastern erlegen sind, mußten den Platz auf der Erde räumen.

Es gibt auch bestimmte Grundsätze, die, wenn sie von einem Volk befolgt worden sind, das Volk zwangsläufig emporgeführt haben. Wenn wir uns die Frage vorlegen, welcher Art die

51 Anspielung auf die vermeintliche Bevorzugung derjenigen Wehrpflichtigen jüdischen Glaubens, die zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben vom Wehrdienst zurückgestellt waren. Noch im August 1918 stellte Ludendorff zahlenmäßig sinnlose Forderungen nach ihrer Einberufung. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 ff.

52 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

53 Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Maser, Sturm, S. 468 ff.

Grundsätze sind, so finden wir, es sind 3 Gesichtspunkte, die im Volksleben die Zukunft der Nationen entweder begründen oder vernichten, der erste ist die Erhaltung der Kraft an sich. Jedes Volk hat eine ihm angeborene und ihm gemäße Kraft und damit eine ihm angeborene Bedeutung an sich. Wenn heute der Marxist kommt und sagt: "Alle Menschen sind gleich", das ist ein Wahnsinn oder eine Lüge. Ein Wahnsinn ist es, wenn er ehrlich daran glaubt, eine Lüge, wenn es nur ein politisches Mittel zum Zweck ist. Und weshalb? Woraus folgerst du, daß die Menschen gleich sein sollen? Sie sind äußerlich nicht gleich. Oder wolltest du behaupten, daß ein Hottentotte so ist wie ein Skandinavier oder ein Buschmensch wie ein Holsteiner. Du kannst das nicht behaupten. Bis auf den Geruch sind sie verschieden. Nun kannst du sagen: "Das ist die materialistische Auffassung, aber der Geist ist das Wesentliche, das den Menschen ausmacht. Und das ist gleich." Aber was heißt denn, das Innere also ist gleich. Woran erkennst du das Innere des Menschen? Das Innere kannst du erkennen an den Leistungen. Wie kannst du da sagen, die Menschen sind gleich? Prüfe doch die Leistungen untereinander, prüfe die Leistungen der Buschmänner oder der Arier oder der Germanen, der Römer. Nein, das Innere ist so verschieden wie das Äußere, selbst das Gehirn ist verschieden. Und somit auch die Ausstrahlung des Gehirns. Volk um Volk hat seinen eigenen bestimmten Wert. Ich kann wohl sagen, jeder Mensch ist eine Qualität. Summarisch können die Völker gleich sein, wertmäßig gleich sind sie nicht. Nun entsteht die Frage, hat ein Mensch denn überhaupt einen Anspruch, einen vernünftigen Anspruch an ein normales und gutes Leben? Und du sagst, was heißt Anspruch, der Anspruch liegt im Menschen selbst. Der Hottentotte hat nicht den Anspruch als etwa ein Holsteiner. Weshalb? Weil er sein Leben nicht anders gestalten kann. Jedes Volk hat den Anspruch, der seinem Geist und Wesen entspricht. Sein Geist und sein Leben umreißt die mögliche Forderung an das Leben von vornherein. Ich kann weitergehen und kann sagen, ich sehe den einzelnen Menschen an. Vor mich hin tritt der erblich Belastete, der Tuberkulöse. Sie haben nicht dieselben Ansprüche zu stellen wie ein vollständig Gesunder. So ist es auch bei den Völkern. Und wenn ich mir nun den Wert des deutschen Volkes ansehe, dann kann ich sagen, es gibt kein Volk, das mehr Recht besitzt, Anforderungen an das Leben zu stellen wie das deutsche Volk. Was hat unser Volk der Welt nicht alles gegeben. Seit 2.000 Jahren können wir die Geschichte unseres Volkes verfolgen. Und nimmt man alles weg, was der deutsche Genius der Welt geschenkt hat, Denker, Dichter, deutscher Erfindungsgeist, so ist die Welt mit einem Schlage entsetzlich verarmt. Damit aber steht eines fest: Das deutsche Volk hat einen unendlichen Grundwert [*sic!*]. Und wenn heute die politische Führung der Nation dauernd einredete [*sic!*], wir wären schlechter als die anderen, wenn man versucht, uns als schwächer, als minderwertiger hinzustellen, so wissen wir, daß das nicht wahr ist. Es gab eine Zeit, da konnten wir das erproben. Wenn man der deutschen Jugend vorreden kann, daß sie weniger wert ist als die anderen, so soll man uns alte Frontsoldaten fragen. Wir wissen genau, was wir wert waren und was die anderen wert gewesen sind. Wenn man versucht, den Geist der Führung als den Geist der Nation hinzustellen, werden wir Protest erheben. Was das deutsche Volk taugt, hat es bewiesen, was das Deutsche Reich leisten kann, hat es 4 1/2 Jahre lang bewiesen [54], was seine Regierung taugt, hat sie jetzt in 12 Jahren bewiesen. (Gelächter und Beifall.) Das

54 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

Bild unseres Volkes ist für Jahrtausende eingeätzt in die Tafel der Geschichte. (Sehr richtig.) Und das Bild der heutigen Führung wird in wenigen Jahren ausradiert sein. (Zustimmung.) Deutschland wird nicht bleiben, was es heute ist. Wir sagen, wir haben das Recht, für unser Volk mehr zu erhoffen als für einen Negerstamm. Und da ist es wichtig, daß man sich auf den Volkswert beruft, auf ihn baut, bei jeder Gelegenheit diesen Volkswert in den Vordergrund schiebt. Die Kraft eines Volkes fließt aus seinen eigenen Werten heraus, genauso wie bei dem gesunden Menschen. Der gesunde Mensch ist stark aus sich selbst. Er vertraut auf seine eigenen Kräfte. So ist es auch im Volksleben. Wenn heute unsere Parteien einer gewissen Mitte herkommen und sagen: "Wir sind auch national", so ist darauf zu sagen, national in gemäßigt bürgerlich vornehm gedämpftem Sinne, national, doch eben nur in beschränktem Umfange. Ihr sagt: "Wir sind ja national, aber das Proletariat." Das ganze deutsche Volk hat sich aus den Quellen seiner Kraft entfernt. Die einen taten es oben, die anderen unten. Die Masse unten macht nur nach, was ihr von oben vorgezeigt habt. Indem man oben sich bemühte, das Ausland nachzuäffen, Negertänze einzustudieren usw., hat man unten das Beispiel gegeben. Oben heißt es Völkerbund, unten heißt es international. Oben heißt es internationale Kultur, unten internationale Gesinnung. Oben rufen sie: "Genf!" und unten: "Moskau!" Nur einen Spruch kennen sie nicht, der nicht "Moskau", sondern *"Deutschland"* heißt. (Bravo-Rufe und Händeklatschen.) Deutschland, das ist unsere Kraft, das ist unsere Heimat. Nicht im Auslande liegt unsere Zukunft. Deutschland, deutsches Volkstum ist unsere Heimat. Wenn Sie mir sagen, ich sei Antisemit - ich bin Deutscher [55]! Ich bin Deutscher und ich wünsche, daß mein Volk erhalten bleibt. Wenn es Gott dem Herrn gefallen hat, aus uns Deutsche zu machen, so kann er nicht wollen, daß ihr jetzt aus uns Juden macht. (Langanhaltender Beifall.) Wir reden auch in palästinensische Angelegenheiten nicht hinein, wir bitten aber, daß man auch in unsere deutschen nicht hineinredet. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk wird in dem Augenblick seine natürliche Kraft erhalten, in dem es sich auf seine eigentliche Art besinnt. Es kann jeder nur das, was er gelernt hat, und das ist dann seine Zukunft. Das ist auch so im Volksleben. Das Volk, das sein Schicksal vom besten Können bestimmen läßt, wird allen anderen Nationen gegenüber einen Vorsprung erhalten. Wenn Sie heute zwei Bauernhöfe ansehen, auf dem einen herrscht Demokratie, und auf dem anderen sitzt ein fähiger Kopf als Führer, so werden Sie erleben, daß der fähige Kopf den übertreffen muß, der durch die Demokratie geleitet wird. Sagen Sie nur nicht, heute ist doch die ganze Welt demokratisch. Die Gifte der Erde gehen über sie hin. Wir Deutsche kommen viel zu spät. Wir haben die Demokratie erhalten, als die anderen Völker sie bereits abgelegt hatten [56]. Die Demokratie haben wir eingeführt. Wir wählten 500 Menschen aus allen Berufen und Ständen, Doktoren, Ärzte, Parteibeamte, Lehrer [57] usw., und die setzten

55 Vgl. Dok. 53, Anm. 14.

56 Der Erste Weltkrieg hatte mit einem Triumph des demokratischen Prinzips geendet; mit Ausnahme Rußlands hatte sich in allen Staaten Europas der liberal-demokratische Verfassungsstaat durchgesetzt. Erst die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der folgenden Jahre sorgten dafür, daß sich insbesondere in den Staaten Ost- und Mitteleuropas zum Teil auch denen des Mittelmeerraums autoritäre und halbautoritäre Regime etablieren konnten. Vgl. The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I und II, Baltimore [2]1980.

57 Der Reichstag hatte in der IV. Wahlperiode 490 Abgeordnete, darunter waren 66 Gewerkschaftsangestellte, Verbandsvorsitzende bzw. -direktoren, 57 Berufsbeamte, 37 Beamte ohne berufliche Vorbildung, 31 Partei-

sich dann in das Parlament hinein. Und dann haben wir eine Frage und legen sie diesem erhabenen Forum vor. Wenn nun nicht die Fraktionen, sondern 6 oder 7 Sachverständige beraten, warum wählen Sie dann 100 [58]? (Beifall.) Die 500 werden gewählt, damit man die Sachverständigen nicht sieht. (Heiterkeit.) Wenn heute jemand die kleinste Maschine repariert, so ist er verantwortlich. Verantwortlich ist jeder Geschäftsmann, jeder Angestellte. Wohin Sie gehen, immer werden Sie auf etwas Verantwortung stoßen. Nur an einer Stelle gibt es keine Verantwortung. Wie kann ein System von mehr Verantwortlichkeit reden, das keine parlamentarische Verantwortlichkeit kennt? Ein System, das das nicht kennt, muß Volk und Staat zugrunde richten. Und wenn einer sagt: "Sie sind Revolutionär" - Sie sind doch der Revolutionär, nicht wir. Wir haben tausend Jahre Geschichte hinter uns, Sie nur ein paar Jahre Verfall, weiter nichts. (Beifall.) Was Deutschland aufgebaut hat, sind stets Majoritätsverhältnisse gewesen. Die Kraft der Besten war es zu allen Zeiten. Und wenn ein Volk emporsteigen will, dann muß es außer seiner natürlichen Qualität eine vernunftsgemäße Regelung seiner Krafteinsätze auf allen Gebieten des Lebens haben. Wenn ein Volk diese Begriffe prinzipiell anerkennt, dann muß es noch einen Grundsatz annehmen. Der Spruch: "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott [59]!", gilt vor allem für das Volksleben, so wie im allgemeinen der Junge, der verhätschelt wird, niemals das werden kann, was der andere wird, der sich sein Brot selbst erwerben muß, der weiß, du bist auf dich selbst angewiesen, deine Kraft ist entscheidend, dir hilft kein Mensch, niemand wird dich retten. Dieser Mensch wird bestimmt kraftvoller werden, wird jedem Widerstand einen anderen Widerstand von sich aus entgegensetzen können. Solange ein Volk hofft, von anderer Seite Hilfe zu bekommen, kann es niemals emporkommen. Ich will, daß Deutschland möglichst stark wird, ich weiß, einmal wird diese Fahne hochsteigen, - auf legalem Wege [60] hochsteigen. (Heil-Rufe. Beifall.) Wir glauben an keine Verständigung, an keine friedliche Auseinandersetzung am Konferenztisch, am Botschaftertisch, solange Deutschland in der heutigen Verfassung erscheint. Erst dann, wenn am Konferenztisch ein anderes Deutschland erscheinen wird, erst dann glaube ich, wird die Welt wieder mit sich reden lassen, - vor allem Frankreich [61]. (Beifall.) Es haben auch andere mit sich reden lassen. (Beifall.)

Und damit ist das große fundamentale Programm unserer Bewegung umrissen. Wir versuchen, in der Zukunft ein neues Deutschland aufzustellen, und zwar dadurch, daß wir im Innern den Kern bilden, um den sich dieses Deutschland in der Zukunft gestalten kann, angleichen kann und ansetzen kann, mit anderen Worten, die Regeneration eines Volkes findet nicht statt durch eine Änderung der Regierungssitze oder durch eine Neuwahl, sondern sie findet statt dadurch, daß in einem Volk von unten empor der Körper heranwächst, der den späteren Zu-

---

vorsitzende und -angestellte, 18 Lehrer sowie 7 Ärzte und Apotheker. Die von Hitler genannten Berufe waren auch in der Reichstagsfraktion der NSDAP vertreten; unter den 12 Reichstagsabgeordenten gab es einen Apotheker und einen Lehrer, ferner einen Berufsbeamten. Vgl. Reichstags-Handbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 259, 474.

58 Muß heißen: 500.

59 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

60 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

61 Zum damaligen Stand der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 360 ff.

stand in sich repräsentiert und darstellt. Das ist zu allen Zeiten so gewesen, und wenn die alten Bäume morsch werden, werden sie sich nicht selbst erneuern, sondern das junge Stämmchen muß kommen. Es ist das der einzige Regenerationsweg in der ganzen Natur. Wo Volk und Staat zerbrechen, wird nicht plötzlich aus dem alten Gebilde die Erneuerung, sondern es muß in diesem Volk, in diesem Staat die Erneuerung irgendwo im kleinsten Ansatz beginnen und sich dann verbreitern, erweitern und langsam dann den Körper der Nation erfüllen. Wenn sich nicht aus den Wirren des 30jährigen Krieges die Mark Brandenburg und dann der preußische Staat entwickelt hätten [62], wäre nie ein Deutsches Reich gekommen. Deutschland war verfault und verfallen. Das geht immer und ewig so, auch heute. Sie sehen ja, einig möchten sie sein. Sie schreien nach Einigkeit. Und indem sie sich zusammensetzen, um einig zu werden, zerteilen sie sich. Das ist das verfallende alte Deutschland. Wenn sie sagen, wir sind auch national, sie haben keine Kraft. Wie wollt ihr denn die Nation mit einem Geist erfüllen, den ihr selbst nicht habt? Ihr sagt, wir sind auch für Autorität der Persönlichkeit. Aber wir können uns nicht zusammenschließen, weil wir nicht die Persönlichkeit besitzen, die wir anerkennen können, wir haben keinen aufragenden Kopf, dem sich alle unterordnen können. Ihr wollt ja die Führung gar nicht. Und wenn ihr sagt, wir möchten auch den großen Mann, - ihr wollt ihn nicht. Ja, wenn in Deutschland Führer kämen, ihr betet zu eurem lieben Gott, daß er nicht kommt. (Beifall.) Weil ihr wißt, daß er euch beseitigen würde, weil er es muß. (Bravo!) Ihr redet von Kaisern und von Königen und es ist euch nicht ernst. Wenn heute während einer Reichstagssitzung sich in Potsdam die Gruft öffnen würde und Friedrich der Große herausstiege, so würde nach Berlin gemeldet: Friedrich der Große ist mit Leib und Seele erstanden. Er zieht gegen Berlin. Heil dem König! Es muß sofort ein neuer Entwurf zu einem neuen Republikschutzgesetz [63] entworfen werden. (Heiterkeit, Beifall.) Und der § 1 würde lauten: Es ist den Königen verboten, die Gruft zu verlassen (Heiterkeit). Ihr wollt das alles nicht. Denn würdet ihr es wollen, müßtet ihr es selbst darstellen. Was sind eure Parteien, in denen die Massen entscheiden? Ihr sagt, wir wollen den Führer, und wenn ihr einen habt, so würdet ihr ihm nicht gehorchen. Wenn ihr weiter sagt, wir sind auch für Kraft und Kampf, - nein, das seid ihr auch nicht! Eure eigenen Gebilde sind nicht für Kampf, - nein, das seid ihr auch nicht! Eure eigenen Gebilde sind nicht für Kampf, nicht einmal für einen frisch-fröhlichen Wahlkampf. Ich weiß, wie euch das weh tut, wie ihr uns haßt, weil wir mitgeholfen haben, den Reichstag zum Auffliegen zu bringen [64]. Nun habt ihr die Bäder bestellt, die Karten gelöst, die Frau hat schon gepackt. Und nun wolltet ihr endlich ausruhen von den schweren Geschäften eurer parlamentarischen Arbeit. Und jetzt ist alles umsonst. Jetzt müßt ihr hinausgehen und müßt in die heißen Säle hinein und sogar reden und verhandeln und euch die Köpfe zerbrechen, wie ihr eure Tafel anstreichen wollt, wie die Firma lauten soll, wie man sich nennen soll [65]. (Anhaltender Beifall.) Und sehen Sie, das freut mich grimmig, daß ihr hinaus müßt und im August jetzt kämpfen müßt, daß

62 Zur Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates bei Ausgang und in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg vgl. Ernst Opgenoorth, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, 2 Bde., Göttingen 1971-1978.

63 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

64 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

65 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

ihr nicht in der Sommerfrische sitzen könnt. Das freut mich und das freut uns alle. Auch wir haben keine Ferien, aber wir sind glückselig bei dem Gedanken, daß die anderen auch keine haben. (Heiterkeit.) Nun, zerbrecht euch die Köpfe über das, was ihr geleistet habt. Verteidigt euch, wir greifen jetzt an! In 34.000 Versammlungen [66] werden wir in Deutschland zum Volke reden. (Heil-Rufe.) Und es wird sich in diesem Kampf zeigen, wer gewinnt, die Parteien der Vergangenheit oder unsere nationalsozialistische Bewegung. (Heil-Rufe.) Wir gehen in einen schweren Kampf hinein und fühlen uns dabei so recht als die Träger der deutschen Zukunft, weil wir zum Unterschied der andern sagen können, in unseren Reihen ist die Verwirklichung dessen, was wir in Zukunft wollen. Eine Organisation, die nicht mehr Proletarier, nicht mehr Bürger, Bauern, Handarbeiter usw. kennt, sondern eine Organisation, die aus allen Gauen Deutschlands, aus allen Menschengruppen sich zusammensetzt. Wenn Sie einen fragen: "Junge was bist du? Bürger? Prolet?" Er wird lachen: "Ich bin Deutscher! Ich kämpfe in meinem Braunhemd." Das ist das Zeichen unserer Bedeutung [67], wir wollen nichts anderes sein, wir kämpfen alle für die Zukunft eines Volkes. Wir sind gleich in unseren Reihen. Wenn ihr sagt, das Hemd müßt ihr ausziehen [68], so vergeßt ihr, daß unter dem Hemd ein Herz ist, das könnt ihr nicht nehmen. Im Gegenteil, je mehr ihr uns äußerlich aufhaltet, um so fanatischer werden wir im Innern. Sie haben sich gedacht, man werde uns jetzt mürbe machen. Sie haben eine Ahnung! Seit sie das getan haben, ist die Bewegung ins Wachsen gekommen [69]. Und besonders eins habt ihr uns zugeführt, die großen Schlaumeier, die Jugend [70]. Im neuen Deutschland wird eine Fahne sich durchgesetzt haben, unter der das Deutschland von heute der Versklavung und Unterwerfung zu einem anderen Deutschland geworden ist. Was euch allen vorschwebt, ob von rechts oder links. Auch du hast in deinem Herzen dasselbe Deutschland und dasselbe Wollen, das Deutschland der Kraft und der Stärke und der Macht und der Herrlichkeit und der Freiheit [71].

66 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

67 Muß wohl heißen: Bewegung.
Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Kakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Jill Halcomb, the SA. A Historical Perspective, Columbia 1985, S. 87 ff.

68 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

69 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

70 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

71 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.

12. August 1930 Dok. 87
"Fort mit dem Parlamentarischen 'Führer'-Brei Schäffer [1]-Auer'scher [2] Prägung!" [3]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [4]

VB vom 17./18.8.1930, "Adolf Hitler: '...um euch zu richten!'" [5].

Die Not ist jetzt groß geworden, groß nicht so sehr die des Volkes [6], als vielmehr die der Parteien [7], die das deutsche Volk zu retten beabsichtigen. Sie ist groß geworden, die Not unserer staatserhaltenden, wirtschaftsrettenden Parteiorganisationen, und seit Wochen brüten sie dieser Not nach und suchen alle Namen und Titel zusammen, um die alten Schilder wieder frisch anstreichen zu können. Sie sind sich auch jetzt noch nicht ganz einig, streiten sich etwas herum, sollen sie sich Staatspartei [8], Partei der Mitte, sollen sie sich Wirtschaftspartei [9] oder Partei des Reiches [10] heißen oder sollen sie sich Partei des Volkes [11], des deutschen Volkes hei-

1 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1917 Tätigkeit im bayerischen Innenministerium, 1920 Regierungsrat im bayerischen Kultusministerium, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1924 Vorsitzender des Münchner Kreisverbands, 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1931-1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des bayerischen Finanzministeriums beauftragt, 1933 Rechtsanwalt in München, seitdem mehrfache Verhaftung, Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident.

2 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1896 Privatsekretär des sozialdemokratischen Politikers Georg von Vollmar, 1907-1933 MdL in Bayern (SPD), 1908-1921 Geschäftsführer der bayerischen SPD, November 1918 bis Februar 1919 bayerischer Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident, 1932/33 II. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München, nach 1933 mehrfache Verhaftung.

3 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10198) und Ankündigung im VB vom 12.8.1930.

4 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 21.30 Uhr. Die Versammlung wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er sich u. a. zum dreitägigen Verbot des VB sowie zur Kritik des französischen Journalisten Jules Sauerwein an Hitler äußerte (vgl. Anm. 56 f.). Wegen Überfüllung mußte die Veranstaltung um 19.00 Uhr polizeilich gesperrt werden, so daß kurzfristig drei Parallel-Versammlungen in nahe gelegenen Bierkellern organisiert wurden.

5 Vgl. auch Neue Zeitung vom 19.8.1930, "Nazitheater im Zirkus". Zitate aus Hitlers Rede in: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (Oktober 1930), H. 7, S. 335. Ferner PND-Bericht Nr. VI d 1363/30 vom 13.8.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht N/Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

7 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.

8 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

9 Im September 1920 hatten mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gegründet, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen und erreichte bei der Reichstagswahl 1928 ihr bestes Wahlergebnis in Höhe von 4,9%, entsprechend 23 Reichstagsmandaten. Im Kabinett Brüning war die Wirtschaftspartei mit Justizminister Johann Victor Bredt vertreten. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

10 Möglicherweise eine Anspielung auf die Volksnationale Reichsvereinigung, die inzwischen in der DStP aufgegangen war. Vgl. Dok. 48, Anm. 8 und Dok. 84, Anm. 2.

ßen? Sie studieren nach [*sic!*] und einigen sich von Tag zu Tag mehr [12]. Seit vier Wochen lebt das deutsche Volk im Zeichen der Einigung, und zwar der Einigung, die allein Deutschland nur retten kann. Denn sie haben in der Presse gelesen: Wenn wir nicht einig werden, dann ist alles - das heißt doch *Deutschland* - verloren! Nun sind sie nicht einig geworden, also ist anzunehmen, daß Deutschland verloren ist. Auf alle Fälle sind sie demnach der Meinung, *daß sie Deutschland nicht mehr retten können.* Denn ausgezogen sind sie, um uns eine Phalanx entgegenzustellen von den Parteien der Mitte bis hinüber zu den Parteien der Sozialdemokratie, und so hoffte man uns einen gewaltigen Block, eine richtige große Herde entgegenstellen zu können. Das sollte Deutschland retten! *Das ist nicht gelungen.*

Endlich, nach 12 Jahren, ist man so weit gekommen, dem deutschen Volk zu erklären: *Es kann so nicht mehr weitergehen.*

Vor wenigen Jahren war für sie das *System* noch ganz richtig. Man sagte, die Nationalsozialisten müssen beseitigt werden, weil sie gegen das System an sich sind, Antidemokraten, Antiparlamentarier, sie stehen nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung [13], sie müssen als staatsgefährlich, staatsfeindlich behandelt und ausgerottet werden. *Behandelt* hat man uns so, *ausgerottet hat man uns bekanntlich nicht.* Aber jetzt erfahren wir mit tiefer Genugtuung, daß auf einmal unsere Herren Gegner auch erkennen, daß das System falsch ist, daß an seine Stelle die *Verantwortung* treten müsse! Du lieber Gott: *Sind wir also dauernd unverantwortlich regiert worden?* (Heiterkeit.) Jetzt auf einmal sagt man, es muß an die Stelle des Regiments der parlamentarischen Demokratie ein Regiment der Führung, der Autorität, der Verantwortung kommen [14]. Jahrelang haben wir das vorher schon gesagt. Da schrie man uns zu, wir möchten den Mund halten: *Diese Unverantwortlichen hieß es, die dauernd dazwischen reden, sollen ruhig sein, sie haben kein Recht, uns, die Verantwortlichen, dauernd zu stören! Heute sagen die Verantwortlichen von damals, daß bisher noch nicht die Verantwortlichen regiert haben,* jetzt erst muß die Zeit endlich herannahen, in der verantwortungsbewußt regiert wird! *Also sind wir doch eigentlich gerechtfertigt!* Welches System ist eigentlich falsch, ist es das System, das *wir* 12 Jahre lang vertreten haben oder dem wir uns *entgegenstemmten?* Die Antwort ist leicht zu finden:

---

11 Gemeint sind vermutlich BVP, DVP, DNVP, die Volkskonservative Partei und die Volksrecht-Partei.

12 Im Reichstagswahlkampf 1930 kam eine übergreifende Vereinigung der bürgerlichen, staatsbejahenden Parteien nicht zustande; ungeachtet ihrer unterschiedlichen Versuche zur parteipolitischen Neuformierung und Erneuerung blieben diese ihren jeweiligen Lagern verhaftet. So verlief eine Besprechung von Vertretern von DVP, Konservativer Volkspartei, Wirtschaftspartei, DStP und der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler über eine "Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte" am 30./31.7.1930 ergebnislos. Während sich der Gegensatz zwischen rechts- und linksliberalen Kräften nicht überbrücken ließ, veröffentlichten DVP, Konservative Volkspartei und Wirtschaftspartei am 22.8.1930 einen gemeinsamen Wahlaufruf, außerdem gingen Konservative Volkspartei, Landvolkpartei und Deutsch-Hannoversche Partei eine Reichslistenverbindung ein. Vgl. Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Bd. 4/1, Dok. 115 ff. Ferner Jonas, Die Volkskonservativen, S. 82 ff. Druck des Aufrufs: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 191 f.

13 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

14 Zur öffentlichen Kritik an Demokratie und Liberalismus sowie zu den zeitgenössischen antidemokratischen Staatsentwürfen vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 180 ff., 240 ff.

Das deutsche Volk hat in dem Augenblick, in dem es sich der westlichen parlamentarischen Demokratie zuwandte, ein System übernommen, das ein abgetragener Frack gewesen ist. Aber wie eine Elster sind sie auf das alte Zeug geflogen und waren glückselig, diese wegen der Schmutzflecken glänzenden Flecken zu erwischen. Diese parlamentarische Demokratie war schon am Tage, an dem man sie übernahm, abgetragen, außerdem ein Wahnwitz, ein Irrsinn, die verrückteste Methode, die es geben kann, besonders, um ein zusammengebrochenes Volk zu retten.

Alle Völker haben in kritischen Situationen dieses System *nicht* genommen, sondern das Gegenteil, solange sie noch vernünftig dachten. Aber in dem Augenblick, da *wir* zu dieser Demokratie griffen, war *Deutschland in größter Not.* Das Jahr 1918 war in mehr als einer Hinsicht entscheidend für die ganze Zukunft der deutschen Nation. In diesem Jahre mußten die Würfel fallen: Entweder das vierjährige Ringen mußte von Erfolg gekrönt sein, oder es war alles vergebens gewesen. Es ist selbstverständlich, daß, als dieses Drama im Schlußakt zu unerhörter Größe anschwoll, gerade in dem Moment *das* Volk bestehen konnte, das über die eisernsten Nerven, die tatkräftigste Führung verfügte. In solchen Augenblicken griffen die Völker *niemals zur Demokratie,* sondern stets zur *Diktatur. Im Augenblick der größten Not findet stets eine Konzentration der Kräfte statt, und die höchste Konzentration liegt immer in der überlegenen Einzelpersönlichkeit.*

Das deutsche Volk hätte logischerweise 1918 denselben Weg gehen müssen. Denn es war klar, daß man damals gerade erst recht alles vermeiden mußte, was unser Volk angesichts des Schicksalskampfes um Sein oder Nichtsein mit unfruchtbaren Diskussionen erfüllen konnte, mit Diskussionen über die Wahlreform [15], das neue Wahlrecht, die Abschaffung des Wahlrechts, Einführung der westlichen Demokratie, einer Ministerverantwortlichkeit [16] in einem Staate, in dem es keine parlamentarische Verantwortlichkeit gibt, usw. Statt dessen hat man in einem solchen Augenblick die Nation mit innerem Zündstoff geladen und zur Explosion gebracht, wo ein Mann hätte sein müssen, der an der Spitze steht.

---

15 Der Rat der Volksbeauftragten hatte in seinem Aufruf vom 12.11.1918 festgelegt, daß "alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften [...] fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen" seien. Diese Forderung bildete den Rahmen für die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 30.11.1918, für die Wahlbestimmungen in der Reichsverfassung vom 11.8.1919, für das Reichswahlgesetz vom 27.4.1920 und die Wahlgesetzgebung der Länder. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg dadurch von 14,4 Millionen im Jahr 1912 (22,2% der Bevölkerung) auf 37,4 Millionen im Jahr 1919 (63,1% der Bevölkerung). Druck der genannten Wahlrechtsbestimmungen: RGBl. 1918, S. 1304; 1918, S. 1345 ff.; 1919, S. 1386 ff.; 1920, S. 627 ff. Vgl. Eberhard Schanbacher, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982, S. 47 ff.

16 Den obersten Reichsressorts waren seit 1871 Staatssekretäre vorgestanden. Durch das Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vom 28.10.1918 wurde die Verantwortlichkeit für die Amtsführung des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter gegenüber Reichstag und Bundestag eingeführt. Artikel 56 der Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919 bestimmte, daß "jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag" zu leiten habe. Laut Artikel 54 konnte der Reichstag jedem Reichsminister das Vertrauen entziehen, laut Artikel 59 gegen jeden Reichsminister Anklage beim Staatsgerichtshof erheben. Druck: RGBl. 1918, S. 1273 ff; RGBl. 1919, S. 1393 f. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 584 ff.; Bd. VI, S. 340 f.

Kaum hat die Nation endgültig dem Prinzip der Autorität und der Persönlichkeit entsagt und sich der Demokratie genähert, bot Deutschland nicht mehr das, was es 4 1/2 Jahre [17] *gewesen war, nämlich der machtvollste, einheitlichste Körper der Welt, sondern es begann zu zerfallen.*

Wenn nun manche hier erklären: Aber unsere *Gegner* waren auch so *demokratisch* organisiert! *Nein und tausendmal nein;* nur *ein Staat* hat praktisch die Kriegsartikel außer Kraft gesetzt,

das war Deutschland!

Bei den Gegnern wird 1918 genauso wie 1916 und 1917 *Landesverrat rücksichtslos mit dem Tode bestraft* [18]. Überall sind Diktaturen gewesen: Clemenceau in Frankreich, Lloyd George [19] in England, eiserne Köpfe, die letzten Endes die Nationen zu einheitlichem Handeln fortgerissen haben [20].

Nur Deutschland wählt in dem Augenblick das demokratische System, das zwangsläufig die Nation entkräften mußte.

Wir haben zwei Ideen, die unseren Staat heute beherrschen: Eine Idee ist

die Idee der Leistung,

der Tatkraft, der Bedeutung der Persönlichkeit und der Autorität. Alles, was die Nation ihr eigen nennt, ist aus dieser Idee herausgeboren worden. Nicht nur die Kultur ist das Ergebnis des Wertes der Persönlichkeit, nicht nur Wissenschaft, auch unsere *Wirtschaft* wäre gar nicht denkbar ohne die persönliche Autorität des einzelnen Kopfes auf allen Gebieten. Angefangen vom kleinsten Maschinenmeister, ja Schlosser, bis hinauf zum höchsten Beruf, *überall ist die Fähigkeit maßgebend für die Leistung* und damit aufbauend und tragend für die gesamte wirtschaftliche Blüte. Wir sehen, daß wirtschaftlich, kulturell und geistig unser ganzes Leben aufgebaut ist auf dem Prinzip der Autorität der einzelnen Person, die überall Schöpfer, Erfinder, Denker, Dichter, Künstler usw. ist, auch im Wirtschaftsleben Organisator. Ob wir beim kleinsten, einfachsten Vorarbeiter beginnen, überall ist *Einer* fähig, eine Sache zu sehen, und ist verantwortlich, *und dieses System schafft in Wirklichkeit alle tatsächlich vorhandenen materiellen Werte, aber auch alle geistigen und kulturellen Werte.* Und parallel diesem System, ich möchte es als das *System der Leistung* bezeichnen, geht

das System der Leitung.

17 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

18 Während des Ersten Weltkriegs wurden in der britischen Armee etwa 3.080 Mann zum Tode verurteilt, 346 Urteile wurden vollstreckt. In der Französischen Armee wurden etwa 2.000 Todesurteile gefällt, jedoch nur 300-400, höchstens jedoch ein Drittel vollstreckt. Für die deutsche Armee sind 48 vollstreckte Todesurteile bekannt. Vgl. Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987, S. 25, 63.

19 David Lloyd George (ab 1944: Earl of Dwyfor; 1863-1945), 1884 Rechtsanwalt, 1890 Mitglied des britischen Unterhauses (Liberals), 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, Juli 1916 Kriegsminister, Dezember 1916-Oktober 1922 britischer Premierminister, anschließend Führer der Opposition im britischen Unterhaus.

20 Ungeachtet aller Veränderungen in der französischen und britischen Verfassungswirklichkeit während des Ersten Weltkriegs blieb hier - im Gegensatz zu Deutschland - die Suprematie der zivilen Führung gewahrt. Vgl. Jean-Jacques Becker, La France en guerre (1914-1918). La grande mutation, Paris 1988, S. 61 ff.; J.M. Bourne, Britain and the Great War 1914-1918, London 1989, S. 105 ff.

Die Leistung der Nation baut sich auf dem System der Persönlichkeit. Die *Leitung der Nation* baut sich heute auf dem *Gedanken der Majorität*, das heißt der absoluten Unfähigkeit und Minderwertigkeit. Die Leitung ist nicht mehr nach Persönlichkeitswerten ausgewählt, sondern nach Ziffern und Zahlen, nach dem Majoritätsprinzip, *nach minderer Qualität auf allen Gebieten.*

Wenn wir in wenigen Wochen zur Wahl schreiten [21] und wenn wir durch diese nicht aus diesem System herauskommen, was soll dann in Wirklichkeit in Deutschland gebessert werden können?

So lange sie die Leistung von Millionen von Menschen überantworten einer Gesamtleitung, die sich aus zum größten Teil geistig gar nicht in derselben Linie gebildeten, aber auch gar nicht verantwortlichen Menschen zusammensetzt, wird jeder Versuch einer Rettung Deutschlands auch in den nächsten 12 Jahren genauso mißlingen als heute. Auch jetzt sind wir wieder Propheten, wir prophezeien auch jetzt: Wenn aus dieser Wahl nur Regierungsumbildungen hervorgehen, nur Koalitionen entstehen, ist das Resultat gleich null. Deutschland wird nur gerettet werden, wenn sein Schicksal in die Hände von Qualität, Kraft, Entschlossenheit, Autorität in der Leitung gelegt wird.

Auch in der Leitung. Wir sehen diesen Zwiespalt überall. Was ist das deutsche Volk in seinen Leistungen? Wo wir heute hinsehen: *Noch immer steht unser Volk an der Spitze der tatsächlich praktischen Leistungen auf der Erde.* Die Autorität, die Bedeutung der Persönlichkeit, schafft uns auf dem Gebiet der Leistung heute noch eine geachtete Stellung auf der ganzen Welt. Und vergleichen Sie damit die Stellung unserer *politischen Leitung!* Wägen Sie beide ab.

Das Volk, das eine "Europa" [22], eine "Bremen" [23] baut, dasselbe Volk, das Zeppeline fliegen läßt [24], die größten Flugzeuge konstruiert [25], das eine Unsumme von Erfindungen macht,

---

21 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

22 Der auf der Hamburger Werft Blohm & Voss im Februar 1930 fertiggestellte Passagierdampfer "Europa" der Norddeutschen Lloyd (130.000 PS, 49.746 BRT, 970 Mann Besatzung, 2.024 Passagiere) erwarb sich auf seiner Jungfernfahrt Bremerhaven-New York im März 1930 mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,91 kn das Blaue Band. Vgl. Peter Pedersen, Die große Zeit der Luxus-Liner, Hamburg [2]1986, passim. Arnold Kludas, Die großen Passagierschiffe der Welt. Eine Dokumentation, Bd. III, Oldenburg 1973, S. 122 f.

23 Der auf der Bremer Weser-Werft im Juni 1929 fertiggestellte Passagierdampfer "Bremen" der Norddeutschen Lloyd (135.000 PS, 51.656 BRT, 990 Mann Besatzung, 2.228 Passagiere) erwarb sich auf seiner Jungfernfahrt Bremerhaven-New York im Juli 1929 mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,83 kn das Blaue Band. Bereits der Stapellauf des Turbinenschiffes, der Reichspräsident von Hindenburg als Taufpate beiwohnte, wurde als technischer Triumph gefeiert. Vgl. Pedersen, Die große Zeit der Luxus-Liner, passim. Kludas, Die großen Passagierschiffe der Welt, Bd. III, S. 126 f.

24 Der militärische Luftschiffbau war durch Artikel 198 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten; der zivile Luftschiffbau wurde nach 1918 im Deutschen Reich zunächst unter sehr bescheidenen Bedingungen fortgeführt. Als großer Erfolg erwies sich der im September 1928 fertiggestellte LZ 127 "Graf Zeppelin", der erst mit öffentlichen Spenden gebaut werden konnte. Nach seiner Atlantiküberquerung im Oktober 1928 gelang ihm im August/September 1929 der erste Flug um die Welt. Vgl. Peter Meyer, Luftschiffe. Die Geschichte der deutschen Zeppeline, Koblenz 1986, S. 115 ff.

25 Jede militärische Luftfahrt war dem Deutschen Reich durch Artikel 198-202 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten. Seit Mai 1922 war ein eingeschränkter Bau von Zivilflugzeugen möglich; alle Ein-

das auch heute noch unerhörte Meisterleistungen auf dem Gebiete der Kultur zuwege bringt wie die Festspiele in Bayreuth [26] und das Passionsspiel in Oberammergau [27], dasselbe Volk ist

politisch unter jeder Kritik.

(Stürmischer Beifall.)

Wenn Sie auf der einen Seite die Qualität unserer Leistung, auf der anderen Seite unsere politische Leitung nehmen, dann könnte man an Deutschland verzweifeln.

Am fürchterlichsten hat uns das der Krieg gezeigt. Was ist unser deutsches Volk im Krieg gewesen, was hat diese *Heimat* an Genialem geleistet,

an Erfindergeist produziert und dann verwirklicht? Wenn Sie heute

deutsche Technik im Kriege [28]

studieren, dann ist das das grandioseste Denkmal der Fähigkeit eines Volkes, einem scheinbar unüberwindlichen Schicksal kraft des Geistes immer Herr zu werden. Eine Flut von Erfindungen strömt von diesem Volke aus, jede Not wird durch größere Genialität gehoben. *Und gehen Sie zur Front:* Was hat dieses Volk geleistet. Wie ist es unter straffer Organisation zum ersten Heldenvolk emporgewachsen, 4 Jahre lang gegen die Einwirkung des ganzen Erdballes [29] immer Sieger geblieben! *Und vergleichen Sie damit die jämmerliche politische Leitung,* den erbärmlichen Zusammenbruch. Während draußen jahrelang gegen die Übermacht

---

schränkungen im zivilen Sektor wurden durch das Pariser Luftverkehrsabkommen vom 21.5.1926 aufgehoben. Vgl. Georg Brütting, Das Buch der deutschen Fluggeschichte, Bd.III: Die große Zeit der deutschen Luftfahrt bis 1945, Stuttgart 1979, S. 123 ff.

Hitlers Bemerkung bezieht sich vermutlich auf das Flugschiff Dornier Do X, das bei einer Länge von 40 m, einer Gesamtleistung von 7.920 PS und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 km/h 14 Mann Besatzung und 60-100 Passagiere auf Langstreckenflüge transportieren konnte. Die ungewöhnliche Neukonstruktion der Firma Dornier hatte ihren Erstflug am 29.7.1929 absolviert; ausgerüstet mit leistungsfähigeren Curtiss-Flugmotoren startete sie am 4.8.1930 eine neue Erprobungsserie, welche den Erfolg der Konstruktion endgültig bewies. Vgl. Karl Grieder, 50 Jahre Dornier Do X. Geschichte eines Riesenflugschiffes, Schaffhausen 1979. Ferner VB vom 6.8.1930, "Do X macht einen erfolgreichen Probeflug".

26 Die Bayreuther Festspiele wurden 1872 von Richard Wagner zur Inszenierung seiner Musikdramen gegründet. Erste Aufführungen fanden 1876 und 1882 statt, dann jeden Sommer in dem eigens hierfür errichteten Richard-Wagner-Festspielhaus.
Hitler hatte auch 1930 die am 22.7. beginnenden Festspiele in Bayreuth besucht. Vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 307 ff.

27 Das Oberammergauer Passionsspiel, das alle zehn Jahre stattfindet, wird auf ein Gelübde der Dorfgemeinde im Pestjahr 1633 zurückgeführt und soll 1634 erstmals aufgeführt worden sein. Die ältesten Teile der Darstellung der Leidensgeschichte Jesu, die mit seinem Einzug in Jerusalem beginnt und mit seiner Auferstehung endet, gehen auf die Augsburger Passionsspiele von St. Ulrich und Afra aus dem 15. und 16. Jahrhundert zurück, die damalige Fassung auf eine Überarbeitung des Texts im Jahr 1860.
Hitler hatte zusammen mit Goebbels sowie Geli und Angela Raubal am 21.7.1930 die Oberammergauer Passionsspiele besucht. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. I, S. 578 f.

28 Zur Entwicklung der internationalen Waffentechnik im Ersten Weltkrieg vgl. M[*ax*] Schwarte (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920. Schon die Entwicklung des Tanks als einer der vermutlich wichtigsten Waffenentwicklungen des Ersten Weltkriegs machte allerdings deutlich, daß das Rüstungspotential der Mittelmächte dem der Alliierten in technischer und organisatorischer Hinsicht nicht gewachsen war. Vgl. Heinz Kaufhold-Roll, Die Entwicklung von Technik und Taktik im Ersten Weltkrieg. In: Sturmpanzerwagen A 7 V. Vom Urpanzer zum Leopard 2. Ein Beitrag zur Militär- und Technikgeschichte, Herford 1990, S. 19-50.

29 Vgl. Dok. 60, Anm. 12.

gekämpft wird, kapituliert die Leitung der Heimat vor Zuhältern, Deserteuren, Gesindel, das draußen nicht eine Stunde standgehalten hätte [30]. Und in dem Augenblick, wo sie [*sic!*] übergreift auf die *Armee, kapituliert sie mit.* Auf einmal kennt man das deutsche Volk nicht mehr. Die Welt glaubt es gar nicht. Das war nicht das Volk, sondern seine, nach dem politischen System der Demokratie gebildete *Leitung*, die sich zum erstenmal in vollster Wirksamkeit der Welt gegenüber zeigte, wie sie sich zeigen mußte als das *System der Minderwertigkeit,* Halbheit und aus allem heraus [*sic!*] einer bodenlosen Feigheit. (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir aber von diesem Systeme nun sprechen und diesem *System der Demokratie*, das überall die Mehrheit zur Entscheidung bringt, dann muß man doch anerkennen, daß das Schlechteste dieses Systems ihre *Träger* selbst sind.

Die politischen Parteien,

die seit 1918 die deutsche Nation verwalten oder besser *verwirtschaften*, verwirtschaften ihr kulturelles Erbe und ihre geistige Stellung, verwirtschaften ihre Wirtschaftsreserven und verwirtschaften jeden politischen Kredit, *den letzten Rest von politischer Ehre.* Diese Parteien, von denen man füglich sagen kann, *ihre Größe ist ausschließlich die Schwäche der Nation. Würde Deutschland stark sein, können sie gar nicht groß sein. Je mehr sie gedeihen, um so mehr muß die Nation zerbrechen.*

Es ist kein Zufall, daß, als die Demokratie ihr Haupt als Sieger erhoben hat, die deutsche Nation in Fesseln geschlagen wurde [31].

Beides hängt unzertrennlich zusammen.

Welche Parteien können nun hierzu gerechnet werden? Alle! Alle ausnahmslos! Sie tragen ihre Schuld entweder am Zusammenbruch durch ihre aktive Arbeit oder indem sie schwächlich den Zusammenbruch duldeten und mitmachten, schwächlich den Zusammenbruch der Nation zum mindesten hingenommen haben [32].

Drei Dinge sind es, die wir diesen gesamten Parteien aus ihrer Denkart zum Vorwurf machen:

1. Sie haben die Revolution akzeptiert.

Das ist mehr als eine bloße Formalität. Wer sich mit dem Verrat an Deutschland innerlich abgefunden hat, *hat kein Recht mehr, über die Folgen zu klagen.* (Starker Beifall.) Damit verliert er auch die innere Kraft zu einem Widerstand und zu diesem die Nation mit auf- und emporreißen zu können. Diese Kraft erhält man nur aus dem Recht, und dieses Recht liegt im Mut und, sagen wir ruhig, in der *Verantwortlichkeit*, sich einem Akt, der Verbrechen ist, nicht zu fügen, ihn zum mindesten *niemals anzuerkennen.* Gewiß, man sagt: Das Recht geht mit der Macht [33], und der eine Staatsrechtslehrer mag recht haben. *Allein Macht ist nicht gleich Recht.* Recht ist etwas anderes.

Revolutionen im Völkerleben werden nicht vor der Geschichte legitimiert durch ihr bloßes Gelingen, sondern durch den Segen, den sie bringen. (Stürmischer Beifall.) Wenn eine Erhe-

---

30 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

31 Vgl. Dok. 77, Anm. 7, 9 und 10.

32 Anspielung auf die bürgerlichen Parteien.

33 Zur Verärgerung Bismarcks legte ihm Maximilian Graf von Schwerin den Satz in den Mund, "Macht geht vor Recht", in Anspielung auf Bismarcks Rede vor dem preußischen Abgeordentenhaus am 27.1.1863. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. ^{4}1980, S. 279 f.

bung ein Volk wirklich nach oben führt, dann ist diese Erhebung vor Gott und der Welt späterhin gerechtfertigt worden. Wenn aber eine Erhebung eine Nation vernichtet und verdirbt, dann kann tausendmal die Macht hinter dieser Erhebung stehen: Es gibt ein Recht, das größer ist als die Macht, als die legale Staatsgewalt sogar, und dieses Recht heißt Leben des Volkes, Existenz des Volkes. Wenn ihr das vernichtet, habt ihr tausendmal die Macht und doch kein Recht für euch! (Stürmischer Beifall.)

Man kann die formale, nun gewordene Konstruktion unseres Staates hinnehmen, man kann feierlich versichern: *Wir brechen nicht die Verfassung,* ebenso feierlich erklären: Wir wandeln auf dem Boden des Gesetzes [34], *erkennen aber niemals an euer Verbrechen.* Zwischen uns und euch ist der Unterschied:

Ihr strebt auf dem Boden der Gesetze nach politischer Macht, um euer Verbrechen zu legitimieren. Wir streben auf dem Boden der Gesetze nach politischer Macht, um euch zu richten. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Indem die alten Parteien ausnahmslos das entsetzliche Geschehen des Jahres 1918 nicht etwa durch ihre treue, später gesetzmäßige Haltung, nein, sondern durch ihr *ausdrückliches Bekenntnis* diesen Akt legitimieren, haben sie jedes Recht verloren, *nun später zu klagen über die Folgen oder vor die Nation hinzutreten und sich anzubieten zur Rettung.* Wer erst nicht den Mut hatte, sein geschichtliches Veto einzulegen, hat auch jetzt nicht das Recht, über die Folgen zu maulen.

2. Die alten Parteien haben samt und sonders die Unterwerfung akzeptiert.

Diese Unterwerfung, die sie in einer Umstellung unseres Denkens und Handelns ausgedrückt haben, haben sie akzeptiert nicht dadurch, daß sie sich in die durch die Novemberrevolte verschobenen Machtverhältnisse fügten, nein dadurch, daß sie sich *geistig der Unterwerfung anpaßten* und jede Verfolgung derer billigten, die der Nation einen anderen Geist predigten. *Das ist der Fluch der Unterwerfung.* Auch in den Jahren 1806, 1807, 1811 und 1812 [35] mußte sich ein Staat unterwerfen, aber mit Stolz konnte er sagen: Ihr habt durch die Macht uns die Hände gefesselt, *der Geist ist frei*, und wir sinnen Stunde für Stunde nach, wie wir die Fesseln der Macht wieder zerbrechen können!

Aber ihr habt in Deutschland den Geist gefesselt, bemüht, den Geist auszurotten, auf daß niemals wieder mehr eine deutsche Macht werde.

Und ihr habt deshalb kein Recht unser Los zu beklagen, kein Recht zu sagen: Wir sind nun einmal geschlagen, es ist tief traurig, was können wir tun? *Nein, der Feind hat uns nicht so sehr geschlagen, als uns das Gift unserer eigenen Parteien gelähmt hat.* (Anhaltender Beifall.) Und aus diesem Geist heraus habt ihr euch zum größten Verbrechen aufgerafft, das die Weltgeschichte jemals einem Volk zufügen konnte. Ihr habt, *ohne gezwungen zu sein* - denn dazu gibt es keinen Zwang - , der Welt gegenüber unterschrieben, daß das deutsche Volk schuld ist an all dem entsetzlichen Geschehen der letzten Jahre und des halben Jahrzehnts des Weltkrieges [36] und damit euer Volk mit einer furchtbaren Lüge belastet und *der Welt Rechtstitel gegeben für alles, was gekommen ist.* Ihr habt das getan, indem ihr überall logt, der Nation

34 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
35 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.
36 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

vorspiegeltet, es würde das zur *Rettung* der Nation dienen, d. h., ihr habt behauptet, daß der Geist der Unterwerfung der Beginn des Wiederaufstiegs ist. Jetzt hat die Nation laufend seit 12 Jahren die Rechnungen bekommen. Die Nation wird das eines Tages begleichen müssen, was an Rechnungen nun eingelaufen ist. Da darf ich um eines fragen:

3. Was haben denn die alten Parteien überhaupt noch für einen Sinn seit 1918?

Wozu denn noch *monarchische Parteien,* wenn es keine Monarchen mehr gibt und niemand ehrlich bereit ist, sie einzusetzen? Wozu monarchische Parteien, wenn niemand mehr wagt, dem bestehenden Zustand den Kampf anzusagen, *wenn sie doch alle die Republik anerkennen* [37]*!*

Und welchen Sinn haben dann noch bürgerliche Parteien, wenn man auf Schritt und Tritt mit dem Marxismus paktiert [38]*?*

Welchen Sinn hat es zu sagen, daß z. B. die Deutsche Volkspartei das deutsche Volk von roten Ketten macht frei [39], wenn doch diese Deutsche Volkspartei auf Schritt und Tritt mit den Roten zusammengeht, Koalitionen mit ihnen bildet [40]? Weshalb "bürgerlich" als Parole? In *Wirklichkeit trennt euch nichts von der anderen Seite. Ihr macht alles mit, habt nie Widerstand geleistet, aber die Nation zerreißt ihr, indem ihr ihr vorspiegelt, es wäre hier ein anderes Lager: hier Bürgertum und dort Marxismus. Nein, ihr lügt: hier Demokratie, müßt ihr sagen, aus allen Lagern. (Starker Beifall.)*

Und welchen Sinn haben noch christliche Parteien? (Heiterkeit.)

Wenn sie doch eifrig Hand in Hand mitarbeiten an der Aufrichtung des Lagers, das zum Einsturz des ganzen Christentums und der Religion führen muß? *Christliche Parteien, die den Juden den Steigbügel halten.* (Stürmischer Beifall.) Christliche Parteien, die mithelfen, ein System zu decken, das Tag für Tag eine Beleidigung von Christus dem Herrn ist? Christliche Parteien, die sich versündigen an dem, was anderen heilig ist?

Welchen Sinn haben noch Parteien, die nun seit 12 Jahren aus Deutschland eine Mördergrube zu machen sich bemühen? Wahlfang, gar nichts anderes. In der Wahlversammlung erklärt man: Wir treten ein für die heiligen christlichen Ideen und im Parlament stimmt man mit den Atheisten, macht Koalitionen mit ihnen [41] *und ruiniert damit den Glauben an Gott und*

---

37 Die 1920 beschlossenen Grundsätze der DNVP verfolgten eine Wiedererrichtung der Monarchie: "Über den Parteien stehend verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums." Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 536. Zu den Koalitionen der DNVP vgl. Dok. 32, Anm. 19.
In der neu gegründeten Konservativen Volkspartei (vgl. Dok. 84, Anm. 2) hatten sich die monarchistischen Kräfte nicht durchgesetzt, weder im Gründungs- noch im Wahlaufruf wurde die Frage einer monarchischen Restauration angesprochen. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen, S. 80.

38 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

39 Anspielung auf den Slogan eines Wahlplakats der DVP: "Von roten Ketten macht uns frei, allein die Deutsche Volkspartei". Vgl. Müller, Das Wahlplakat, S. 293.

40 Seit 1919 waren auf Reichsebene DVP und SPD im 1. und 2. Kabinett Stresemann sowie im Kabinett Müller gemeinsam vertreten, in Preußen im 2. Kabinett Braun. Vgl. Jones, German Liberalism, S. 195 ff., 319 ff. sowie Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 339 ff.

41 Vgl. Dok. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

Jenseits. Und lockt das Volk langsam in die Kloaken der marxistischen Gedankengänge [*sic!*] *hinein.*

4. Wozu heute noch sozialistische Parteien, die Hand in Hand mit der internationalen Großfinanz marschieren und ihr eine ganze Nation ausliefern?

Man braucht sie nur zu lesen: "Frankfurter Zeitung" [42] - Börsenorgan, "Berliner Tageblatt" [43] - Börsenorgan, "Vorwärts" [44] - sozialistisches Organ, "Münchener Post" [45] - sozialistisches Organ, "Kuhhaut" [46] - bürgerliches Organ. Und was für ein Geist kommt aus allen heraus? *Ein einziger gleicher Geist:* Führen sie einmal ein "Totenmal" auf [47], *sie pilgern gemeinsam hin, zur Verhöhnung des deutschen Soldaten,* der Treue, der Ehre, des Mutes. Im Parlament: Sie gehen gemeinsam hin, *die Nation nach außen binden sie gemeinsam* [48] *und überstaatliches Kapital beschützen sie gemeinsam.* Wir finden sie auf allen Wegen eng miteinander verschlungen.

Sie sehen die Folgen:

Die Nation verblutet langsam, Arbeiter werden brotlos [49], und es mästen sich überstaatliche internationale Finanzspinnen [50]. Millionen beginnen nachzugrübeln und fühlen langsam, daß hier etwas nicht in Ordnung sein kann, und da man sieht, daß die großen Gesichtspunkte der Gegner wahr sein könnten, beginnt das politische Leben sich dem Kleineren zuzuwenden. Man tritt ein in die Berufsparteien. Das Wort "monarchisch" zieht nicht mehr - man sieht sich verraten, "bürgerlich" hat keinen Sinn mehr - man sieht sich betrogen, an das Wort "christlich"

---

42 Vgl. Dok. 81, Anm. 13.

43 Vgl. Dok. 81, Anm. 12.

44 Die Tageszeitung "Vorwärts" erschien als "Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" seit 1876, bzw. 1890. Chefredakteur des Blattes, das nach Ende des Ersten Weltkriegs in einer Auflagenhöhe von 300.000 Exemplaren je Morgen - und Abendausgabe erschien und seit März 1925 der von der SPD geschaffenen Konzentrations-A.G. angehörte, war Friedrich Stampfer. Vgl. Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn ²1980, S. 8 ff.

45 Die "Münchener Post" war 1887 gegründet worden und erschien als sozialdemokratische Tageszeitung 1930 in einer geschätzten Auflage von 15.000 Exemplaren. Chefredakteur des Blattes, das ebenfalls zur Konzentrations-A.G. gehörte, war seit 1921 Erhard Auer. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

46 Die Herkunft dieser metaphorischen Bezeichnung für die "Münchner Neuesten Nachrichten" ist unklar; entweder eine Anspielung auf die angeblichen Lügen des Blattes, "die auf keine Kuhhaut gehen", oder eine Umschreibung für seinen optisch schwarz-weißen Gesamteindruck.
Die "Münchner Neuesten Nachrichten" gehen zurück auf die 1848 gegründeten "Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik". Die rechtsstehende Tageszeitung gehörte seit 1881 der Firma Knorr & Hirth und erschien 1930 in einer Gesamtauflage von 135.000 Exemplaren. Chefredakteur dieser größten Zeitung in Süddeutschland, die im In- wie im Ausland über einen Nachrichtenapparat verfügte, war seit 1928 Fritz Büchner. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

47 Gemeint ist das Tanzspiel "Totenmal", das 1930 von der Tänzerin Mary Wigman zusammen mit Albert Talhoff choreographiert wurde und sich als Weihe- und Trauertanz, als ein lebendiges Denkmal für die Gefallenen des Weltkriegs verstand. Das Tanzspiel wurde am 20.7.1930 in München in der Festspielhalle VII des Ausstellungsparks uraufgeführt. Vgl. Jost Hermand/Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 217. Ferner Münchner Neueste Nachrichten vom 11.7.1930, "Talhoffs 'Totenmal'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 21.7.1930, "Albert Talhoffs Totenmal"; "Acht-Uhr-Blatt, "Zur Uraufführung von Talhoffs 'Totenmal'" sowie die Anzeige in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 19.7.1930.

48 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

49 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.

50 Vgl. Dok. 77, Anm. 34.

glaubt man nicht mehr - Tag für Tag versündigt man sich dagegen, das Wort "sozialistisch nimmt man nicht mehr ernst - man sieht die Not, die dauernd wächst. *Man zerteilt* die Menge noch mehr, man spricht zu den Mietern, zu den Hausbesitzern, zu den Tausendmarkschein-Aufbewahrern von früher, zu den Krämern, zu den kleinen Gewerbetreibenden, zu den Beamten, zu den Angestellten, man redet zu Arbeitern und zu Bauern *in immer kleineren Zirkeln* [51] und fühlt, daß man eine gewisse Zeit noch sicher ist. Hier wird man weniger korrigiert. Man sammelt den Arbeiter, den Landwirt, den Angestellten usw. und stellt sie jeden in einen Winkel. Was wollt ihr? Lieber *Arbeiter,* du wolltest *mehr Lohn und billigere Lebensmittel.* Das sagen wir dir zu! Dann geht man zur anderen Gruppe: Liebe *Landwirte* auf der Scholle, was wollt ihr? Wir wissen es alle: *höhere Lebensmittelpreise und niedrigere Löhne!* Jawohl, wir werden eure Interessen vertreten! Wir versprechen es euch! Dann zu den *Mietern,* und ihnen gegenüber habt ihr als notwendig erkannt: *Herabsetzung der Mietpreise.* Dann zu den *Hausbesitzern* - es müssen selbstverständlich die *Mieten hinauf gesteigert* werden. So [*wird*] dieses Theater vor der Nation durchgeführt, und sie sind alle glücklich, wenn sie nur unter sich sind. Nur bei Wahlen hoffen sie, daß vielleicht aus dem anderen Lager noch einige überspringen könnten.

Zwölf Jahre habt ihr der Nation versprochen euch zu bessern, zwölf Jahre lang für eure zwerghaften Gesichtspunkte geworben, jetzt im 13. Jahre, ausgerechnet nachdem ihr im kleinen Kehrricht des Tages herumgefieselt habt, jetzt werdet ihr die großen Probleme lösen - so schauen eure Köpfe aus. (Stürmischer Beifall.) Groß wie die Probleme, die ihr zu lösen gedenkt, ist euer Corpus, aber leider nicht der oberste Teil davon.

Wir Nationalsozialisten

sind zum erstenmal auf den Plan getreten mit der feierlichen *Kriegsansage gegen euer System* und wegen dieser Kampfansage sind wir befehdet worden [52]. Aber wir haben diesen Kampf nicht nur angesagt, sondern auch *begründet,* was ihr nicht getan habt, denn wenn ihr heute sagt, das System ist morsch, es muß ein anderes System der Verantwortlichen kommen - so schwätzt nicht in Begriffen, die euch vielleicht klar sind, der Masse aber *durch euch* fremd werden, sondern erklärt doch, *warum das System falsch ist. Ihr könnt es nicht, sonst würdet ihr euch selbst desavouieren.* Ihr müßt dann gestehen: Das demokratische System, das schädlich ist, *sind wir hier!* Wir sind es, *die Inkarnaten der Demokratie sind unsere Parteien und die Inkarnation der Parteien sind wir, die für diese Parteien eintreten!*

Damals, als wir den Kampf begannen, hat man uns das Wort *"Parlamentarismus"* übel genommen. Mir sind Plakate verboten worden, weil ich das Wort Parlamentarismus daraufschrieb [53]. Und die bürgerlichen Parteien haben durch ihre Polizeidirektion erklären lassen,

---

51 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

52 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

53 Möglicherweise Anspielung auf die 14 geplanten Großveranstaltungen der NSDAP, welche der tags zuvor zum Generalstaatskommissar ernannte Gustav von Kahr am 27.9.1923 verboten hatte. Vgl. Gordon jr., Hitlerputsch 1923, S. 195 ff. Vgl. aber auch den Bericht des württembergischen Gesandten in Bayern Carl Moser von Filseck vom 5.8.1921, in dem es u. a. heißt: "[...], immerhin ist es auffallend, wie mild die Zensur der Polizei den marktschreierischen Plakaten dieser Partei [*NSDAP*] gegenüber ist." Vgl. Politik in Bayern 1919-1933, S. 86.

daß das Wort eine *Beschimpfung* der anerkannten Staatsform sei oder einer in der Verfassung festgelegten Einrichtung dieser Staatsform. Das erinnert mich an den Juden, der als Jude bezeichnet wird und zum Kadi läuft. Wenn man mich Deutscher heißt, beklage ich mich nicht. *Weshalb beklagst du dich?* Er sagt Parlamentarismus! Weshalb beklagt ihr euch? *Das ist doch euer System, und nun paßt es euch nicht!* Haben wir es in der Achtung der Nation herabgesetzt? *Das Banner einer Idee wird nur beschmutzt vom Träger der Idee, der Schmutz, der vom Gegner darauf gehäuft wird, ist ihre Ehre.* Wir, heißt es, sind die Feinde des jetzigen Staates, wenn wir Parlamentarismus sagen. Es müßte für euch eine Ehre sein, denn Parlamentarismus ist ja euer Himmel, eure Seligkeit, euer ganzes Glück. Und wir sollen das heruntersetzen können? Unmöglich! Im Gegenteil, ihr müßt sagen, es ist uns die größte Ehre, wenn ihr unser System mit dem Namen nennt, genauso, wie es *für uns die größte Ehre ist, wenn ihr uns als Nationalsozialisten bezeichnet.* Und wenn ihr schimpft, das geniert uns nicht. Es ist uns eine Ehre, von euch dumm angegriffen und beschimpft zu werden. Ihr zittert vor der Kritik der anderen und jetzt kritisiert ihr selbst, jetzt ist endlich der Kopf aufgegangen, daß es nicht richtig ist, nachdem ihr die deutsche Ehre, das deutsche Vermögen verwirtschaftet habt, nachdem ihr weiter die deutsche Kultur verwirtschaftet habt, ist euch das nun endlich aufgegangen. Aber jetzt, weil ihr die Warenmasse verwirtschaftet habt, jetzt ist euch plötzlich die Flamme des heiligen Geistes gekommen, *jetzt die Firma zu ändern, anderer Gedanken zu klauen und als euer Gut auszugeben.*

Diesem Versuch gegenüber werden wir Nationalsozialisten diesmal nicht mehr so wehrlos gegenüberstehen wie die deutsche Nation im Jahre 1918, im Gegenteil: Heute tritt diesem Versuch eine gigantische Aufklärung unserer Bewegung entgegen. Sie wird diesen Versuch zuschanden machen. Wenn ihr heute wieder anfangt, mit Wahlreformen zu kommen, mit einer Reform unseres Parlaments, einer Reform der Zusammensetzung, so verfängt das nicht mehr, so haben wir schon längst eine andere Reform eingeleitet. Ihr sprecht jetzt wie Anno 1918, um die Nation zu betören, von Wahlrechtsreform [54]*. Wir reden von*

Reform des deutschen Geistes.

(Starker Beifall.) Einer Reform des deutschen Geistes, die mit euch aufräumen wird, die eine Reform sein wird an Haupt und Gliedern.

Ihr sagt: Nun muß die Verantwortlichkeit kommen, und ihr bezeichnet euch als die Verantwortlichen, ihr stellt es so dar, als ob ihr ein geschichtliches Anrecht hättet auf Führung. Herr

---

54 Die Kritik am bestehenden Reichswahlgesetz konzentrierte sich vor allem auf das Prinzip der Verhältniswahl, das zur "Atomisierung" der Parteienlandschaft führe und die Ausbildung stabiler Mehrheiten im Reichstag verhindere; ferner auf die übertriebene Größe der Wahlkreise, den fehlenden Kontakt der Wähler zu den Kandidaten, bzw. ihren mangelnden Einfluß auf deren Aufstellung. Dennoch enthielt das novellierte Reichswahlgesetz vom 6.3.1924 lediglich wahltechnische Neuerungen untergeordneter Bedeutung. Im Sommer 1930 wurde die Reform der Reichswahlordnung zum Wahlkampfthema, nachdem es alle Kabinette bislang vermieden hatten, dieses Thema aufzugreifen - auch im Hinblick auf ihre Verpflichtungen gegenüber den Splitterparteien. Am 9.8.1930 hielt Joseph Wirth eine Ansprache zum Thema "Wahlreform im Herbst?", am 20.8. 1930 verabschiedete das Kabinett Brüning einen Gesetzentwurf für eine Wahlreform, der jedoch nach dem für die Regierungsparteien katastrophalen Wahlergebnis vom 14.9.1930 erneut verschleppt wurde. Vgl. Schanbacher, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik, S. 113 ff. ferner Anm. 15. Zur Rezeption durch die NSDAP vgl. VB vom 20.8.1930, "Der Hohn: Das Volk ruft nach Brot, die Reichsregierung macht - Wahlreform".

Schäffer und Herr *Auer*: Es gibt nur *ein* einziges geschichtliches Anrecht, nur ein historisches Recht auf Führung und das heißt: *Genialität*, weiter gar nichts. (Starker Beifall.)

Wenn ihr heute euch auf den Weg macht und selbst mit dem Gedanken der Diktatur zu spielen beginnt, dann kann ich euch sagen: Ihr erinnert mich an den Mann, der einen Hund will, der laut bellt, aber nicht beißt, und das ist die *Vorstellung des Diktators* in euren Augen: Bellen darf er, beißen soll er nicht können. Ihr wollt ein anderes System und geht doch in den Kampf um dieses andere System hinein als die hundertprozentigen Repräsentanten des bisherigen Systems. Ihr tut das nur, weil ihr fühlt, *daß der 14. September [1930] mit euch abrechnen wird* [55].

Da können wir Nationalsozialisten euch nur eine Versicherung geben:

Für uns ist dieser Tag nur eine Etappe. Aber wir glauben, daß von dem Tag vielleicht eine Wendung des deutschen Schicksals seinen Anfang nimmt und nehmen kann. (Laute Heilrufe.) Gibt das deutsche Volk den bisherigen Parteien das Vertrauen, so heißt das: Stabilisierung des bisherigen Regiments. Verweigert ihnen das deutsche Volk sein Vertrauen, erhalten wir es, so heißt das: Änderung des deutschen Systems, und diese Änderung werden wir durchführen mit allen Mitteln der Verfassung, die sie heute schon gibt. Die Demokratie, die eine Nation vernichtet, wird endlich sich selbst auch vernichten.

Und wenn Sie weiter vom historischen Recht zur Führung reden, dann glaube ich: Das höchste historische Recht zur Führung einer Nation besitzt die Bewegung, die am meisten von dem Feind gehaßt ist.

Und darum bitte ich Sie: Wir haben nur ein Wort, einen Satz für den Wahlkampf, den man nicht mit Gold aufwiegen kann: *Frankreich* glaubt, daß wir verhaftet werden müßten, weil wir die Repräsentanten des anderen Geistes, des anderen Deutschlands sind [56].

Dieser französische Gedanke ist unsere erhabenste Rechtfertigung. Dieser französische Glaube ist unsere Stärkung und dieser französische Wunsch ist für uns ein Ansporn und soll für Millionen Deutsche eine Mahnung sein: Wen Paris haßt, das wissen wir, und wen es liebt, das wissen wir auch. *Ob der Geliebte mehr für Deutschlands Zukunft bedeutet als der Gehaßte, das können Sie errechnen!* (Donnernder Beifall.)

Ich kann mich hier mit Stolz in den Schatten eines Größeren stellen. Was glauben Sie wohl, wenn *Bismarck* heute unter uns wäre: *Würde Frankreich Stresemann mehr lieben oder Bismarck?* (Große Heiterkeit.) Würde Frankreich mehr wünschen, daß Stresemann verhaftet wird oder Bismarck? Wir wissen es, und wenn der Jude Sauerwein [57] in Paris unseren Untergang wünscht, so wissen wir: *Er wünscht Deutschlands Untergang* und sieht in uns mit dem Blick

55 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

56 Jules Sauerwein berichtete mehrfach über den Reichstagswahlkampf und die NSDAP; gemeint ist vermutlich der Artikel "L'ánarchie qui règne dans les partis bourgeois rend plus irréstible l'áttrait de l'extrême droite" in "Le Matin" vom 4.8.1930. Dort heißt es u. a.: "Quelques hommes clairvoyants essaient tout au moins de mettre fin à la dispersion des groupes bourgeois, qui les rendent impuissants; d'áutres non moins clairvoyants demandent, que le président Hindenburg s'informe réellement et personellement, si la Reichswehr serait disposée à agir contre Hitler aussi vigoureusement qu'elle le fait contre les communistes."

57 Jules Sauerwein (1880-1971), Journalist und Publizist, 1905-1908 Sekretär an der französischen Botschaft in Wien, bis 1931 Chefredakteur für das Ressort Ausland von "Le Matin", danach des "Paris-Soir", Korrespondent verschiedener amerikanischer Zeitungen, Vertrauter von Aristide Briand.

des Außenstehenden die Möglichkeit einer deutschen Rettung. Das ist auch der Grund, warum hier noch einmal alle Schleusen der Beredsamkeit, der Pressebeeinflussung wieder geöffnet werden und das Volk wieder hypnotisiert werden soll, warum es wieder eine Morphiuminjektion nach der anderen erhalten soll. Das Alte zieht nicht mehr, nun führt man neue Begriffe ein, das Alte ist faul, sagt man, wir wünschen eine Änderung. Das Volk nur richtet gerecht. Jahrelang hat man uns verfolgt, weil wir das Alte bekämpften. Nun sagen sie selbst: Es ist faul und schlecht, es muß beseitigt werden! *Volk, jetzt sorge dafür, daß es beseitigt wird, sorge dafür, daß am 14. September* [*1930*] *eine Saat gelegt wird, die einmal Sturm bedeutet für die Vernichter des Vaterlandes!* (Stürmischer, anhaltender Beifall).

15. August 1930 Dok. 88
"Kruppstadt Essen erwacht aus der Ohnmacht young-kapitalistischer Ausbeutung und Sklaverei" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Polizeibericht des Polizeipräsidiums Essen Abt. I Tgb. Nr. 1950 vom 19.8.1930; HStA Düsseldorf, Reg. Df./30653 (D) [3].

Er [*Hitler*] gab zunächst einen historischen Überblick der Entwicklung Deutschlands seit 1918. Er führte aus, daß das Volk seit 1918 Enttäuschung auf Enttäuschung erlebt habe. Die größte Enttäuschung sei diejenige der Revolution [4] gewesen. Man habe dem deutschen Volke erzählt, wenn es die Waffen niederlegte, würde ein gewaltiger Umschwung eintreten [5]. Dieser

---

1 Titel laut Vorlage.

2 In der Ausstellungshalle 5 auf dem Grugagelände, von 20.10 bis 21.55 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Josef Terboven geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eingeleitet. Nachdem 8.000 Personen in der Ausstellungshalle 5 versammelt waren, mußten weitere 3.000 Personen in der Ausstellungshalle 1 untergebracht werden, beide Hallen wurden mit einer Lautsprecheranlage verbunden. Angesichts des nicht abreißenden Andrangs wurde im Städtischen Saalbau und im Kammermusiksaal eine weitere, vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Rudolf Zilkens geleitete, Versammlung organisiert. Bis zum Eintreffen Hitlers, der auf dieser zweiten Versammlung von 22.00 bis 22.20 Uhr sprach, bot hier, so die Vorlage, die örtliche "N.S.-Versuchsbühne und der N.S.-Sprechchor einige Darbietungen satirisch-propagandistischen Inhalts, die sich hauptsächlich gegen die SPD richteten". Im Anschluß an beide Veranstaltungen formierte sich ein Fackelzug durch Essen.
Vgl. ferner Essener Anzeiger: "Leider versagte die Lautsprecheranlage immer wieder, so daß seine [*Hitlers*] Ausführungen in verschiedenen Teilen des großen Raumes nur bruchstückweise verstanden werden konnten. Dazu war seine Stimme heiser, offenbar eine Folge des vielen Redenmüssens während der Wahlzeit."

3 Vgl. auch Essener Anzeiger vom 16.8.1930, "Adolf Hitler spricht in Essen"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 16.8.1930, "Hitler-Kundgebungen in Essen"; Volkswacht vom 16.8.1930, "Hitler in Essen"; VB vom 17./18.8.1930, "Zehntausende jubeln in Essen Adolf Hitler zu!"; VB vom 19.8.1930, "30.000 in Essen vor Hitler"; VB vom 22.8.1930, "Der Höhepunkt des Wahlkampfes im Ruhrgebiet"; VB vom 26.8.1930, "Keine Partei, sondern 'eine große Volksbewegung'".

4 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 7 und 9.

Umschwung würde so gewaltig sein, daß seine Auswirkungen über die ganze Welt gingen und eine neue Ära für alle Völker anbräche. Die militaristische Gesinnung aller Regierungen würde sich grundlegend ändern, und die Abrüstung marschieren [6]. Heute sei Deutschland abgerüstet [7], während die ganze Welt in Waffen starre [8]. Die nächste Enttäuschung sei der Vertrag von Versailles [9] gewesen. Den deutschen führenden Männern sei damals gesagt worden, der Vertrag sei lediglich eine große Geste gegenüber den sogen. Siegervölkern und er würde bald abgeändert werden. Das Gegenteil sei eingetroffen. Dann sei der Dawes-Plan [10] gekommen. Er sollte große Erleichterungen für Deutschland bringen, sie wären ausgeblieben. Dann wieder wären große Hoffnungen auf den Young-Plan [11] gesetzt worden, aber er stelle in seiner Auswirkung, die jetzt schon erkennbar sei [12], wohl die allergrößte Enttäuschung dar. Von den deutschen Parteien und den verschiedenen Regierungen seien alle möglichen Anstrengungen gemacht worden, den Niedergang Deutschlands aufzuhalten, aber alle ihre Maßnahmen hätten schmählich Schiffbruch gelitten. Hitler kennzeichnete dann die einzelnen Parteien in ihren hauptsächlichsten Programmpunkten. Alle diese politischen Programme hätten sich jedoch als ungeeignet erwiesen, Deutschland aus der Krise herauszubringen. Als einzigen Ausweg aus der deutschen Not bezeichnete er die Wiederaufrichtung unserer außenpolitischen Macht. Das deutsche Volk habe den Glauben an seine Kraft verloren. Deutschland huldige drei Lastern. Das erste Laster sei das Fehlen des einheitlichen Machtwillens, das Fehlen des Glaubens an die Kraft, die trotz allem noch im deutschen Volke schlummere. Das zweite sei die Demokratie. Es herrsche nicht der Wille der befähigten Köpfe, sondern die Autorität der Majorität. Das dritte Laster sei der Glaube an die Verständigung, an die Völkerversöhnung. Das deutsche Erbübel, die Zerrissenheit des deutschen Volkes, habe die deutsche Kraft zermürbt. Das deutsche Volk trete auch in diesen Wahlkampf mit 30 Parteien [13]. Jeder Stand glaube in einer dieser Parteien seine Interessen am besten gewahrt [14]. Die NSDAP sei keine Partei der Bauern, der Städter, der Handwerker, der Arbeiter, der Mieter, der Hausbesitzer, der Angestellten und

---

6 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 und Dok. 86, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

8 Die Friedensstärke der regulären Landstreitkräfte betrug 1929: Belgien: 70.941 Soldaten; Frankreich: 671.000 Soldaten; Großbritannien: 187.566 Soldaten; Italien: 249.000 Soldaten; Polen: 265.494 Soldaten; Sowjetunion: 563.000 Soldaten; Tschechoslowkei: 140.000 Soldaten; USA: 135.000 Soldaten. Vgl. Oertzen (Hrsg.), Rüstung und Abrüstung, passim.
Zum damaligen Stand der Marinerüstung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXV. Jahrgang 1929 sowie Dok. 9.

9 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

13 Neben den großen, bzw. größeren Parteien KPD, SPD, DStP, Zentrum, BVP, DVP, DNVP und NSDAP erzielten die folgenden Regional- und Splitterparteien bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 nennenswerte Ergebnisse: Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, Christlich-sozialer Volksdienst, Christlich-soziale Volksgemeinschaft, Deutsche Bauernpartei, Deutsch-Hannoversche Partei, Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei, Konservative Volkspartei, Landbund, Nationale Minderheiten des Verbands der Nationalen Minderheiten, Volksrecht-Partei, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 49 ff.

14 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Beamten, in der NSDAP gebe es nur Deutsche [15]. Hitler führte dann aus, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel lebten. Für diese 20 Millionen fehle es an Arbeit [16] und Lebensmöglichkeit. Das Schicksal eines Volkes sei nicht die Rolle, die es auf Grund irgendwelcher politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt spiele, sondern es werde bedingt durch seine räumliche Lage und die Kraftentfaltung, die es ihm ermögliche, sich anderen Völkern gegenüber durchzusetzen. Die heutige wirtschaftliche Not beruhe auf dem Wettbewerb der Nationen um die Weltmärkte. Jeder Auftrag, der vom Auslande nach Deutschland hereinkomme, sei einem anderen Land entzogen worden. Darum sei der Ausweg nicht im sogen. wirtschaftlichen Wettbewerb allein zu suchen, sondern neben die Konkurrenzfähigkeit müsse die außenpolitische Kraft treten. Macht breche Recht, und das deutsche Volk brauche Macht. Mit diesen Ausführungen, die indirekt den Krieg als Ausweg aus der deutschen Krise bezeichneten, war das Wesentliche der nationalsozialistischen Ziele wiedergegeben. Zur Frage des Sozialismus äußerte sich Hitler, wie folgt: "Jeder Deutsche, der im Erwerbsleben steht, ob er Straßenfeger ist oder Fabrikbesitzer, gibt sich dem großen Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft hin. Nach ihrem Dienst oder ihrer Arbeit sind alle Deutschen gleich. Sie sind davon überzeugt, daß jeder an seinem Platze nach seinen besten Kräften für das Volkswohl arbeitet. Diese Hingabe an die große Idee ist so vollständig, daß man sie als Sozialismus bezeichnen kann."

Die übrigen Ausführungen Hitlers waren auf Wahlpropaganda eingestellt. Keiner solle glauben, daß die NSDAP in ihrem Kampfe erlahmen werde. Sie wolle die Macht auf legalem Wege [17] erringen. Sie versage sich auch keiner Koalition [18], aber sie werde in ihr keinen ihrer Programmpunkte aufgeben. Entsprechend ihrem Wahlsiege werde sie in allen Ländern und auch im Reiche die Innenministerien sowie das Reichswehrministerium fordern. Um dieses Ziel zu erreichen, sei der 14. September [*1930*] [19] ein Mittel. Am 14. September werde abgerechnet, und am 15. 9. gehe der Kampf weiter. Die Demokratie müsse durch eine autokratische Regierung abgelöst werden. Wer noch nicht glaube, daß die Nationalsozialisten die geeigneten Führer der deutschen Nation seien, möge ruhig seine alte Partei wählen, die ihn schon so oft enttäuscht habe, oder er möge sich unter den 30 in den Wahlkampf tretenden Gruppen eine neue aussuchen. Er werde doch eines Tages, vielleicht schon in einem Jahre, wenn der Reichstag wieder aufgelöst würde, die NSDAP wählen. Bezeichnend für die Einstellung eines großen Teils der Versammlungsbesucher war die Stelle der Rede Hitlers, bei der er den größten Beifall erntete. Hitler sagte, als er von dem kämpferischen Willen seiner Bewegung sprach: "Wenn irgendwo eine Zentrumsversammlung oder eine solche der Deutschen Volkspartei abgehalten wird, und es stürmen plötzlich 500 Kommunisten den Saal, was meinen Sie, was dann geschieht? Es gibt ein großes Gelaufe. Hinterher wird dann erzählt, die Polizei sei nicht zur Stelle gewesen, die Polizei habe die Versammlung nicht genügend geschützt, die Polizei sei zu spät gekommen. Wenn eine nationalsozialistische Versammlung tagt, und diese wird von Kommu-

15 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
16 Zur tatsächlichen Arbeitslosenzahl im Deutschen Reich vgl. Dok. 72, Anm. 9.
17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
18 Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 65, Anm. 22.
19 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

nisten gestürmt, was meinen Sie, was mit ihnen geschieht? Dann bitten wir die Polizei inständigst: Lassen Sie uns allein." Mit der Aufforderung an diejenigen, die glaubten, bereits heute den Nationalsozialismus als den einzigen Weg in ein neues besseres Deutschland erkannt zu haben, am 14. September ihre Pflicht zu tun und darüber hinaus auch in die Reihen der NSDAP einzutreten, beendete Hitler um 21.55 Uhr seine Rede [20].

16. August 1930 Dok. 89
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.8.1930.

Noch nie ist die nationalsozialistische Bewegung rapider gewachsen als jetzt in der Zeit des größten Terrors. Die Mitgliederaufnahmen häufen sich derart [1], daß - wenigstens vor der Fertigstellung des Neubaues der Reichsgeschäftsstelle [2] - mehr oder weniger große Schwierigkeiten bestehen. Die Zentral-Kartothek [3] kommt kaum mit der Arbeit nach! Das ist die Antwort auf ein Vorgehen, das unter dem verlogenen Deckmantel der "Ruhe und Ordnung", des "Rechts" und der "Gesetzlichkeit", der "demokratischen Gleichbürgerlichkeit" und der "Freiheit" die nationalsozialistische Bewegung im Blute zu ertränken versucht. Denn man täusche sich nicht: Der Kampf gegen das Braunhemd [4] sowohl als das Gesetz gegen die sog. Hieb- und Stichwaffen [5] sind ausschließlich fein ausgeklügelte Methoden zur Aneiferung [*sic!*] der

---

20 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Zu Hitlers Rede bemerkt die Vorlage u. a.: "Hervorgehoben zu werden verdient, daß er bei der Kritik der Deutschnationalen [*Volks*]Partei eine scharfe Einstellung gegen eine Restaurierung der Monarchie in Deutschland erkennen ließ. Von Interesse dürfte auch die Feststellung sein, daß Hitler mit keinem Wort in seinen Ausführungen auf die bekannten Programmpunkte seiner Partei hinsichtlich der Ablehnung der Juden als Volksgenossen eingegangen ist. Des weiteren fehlten in seiner Rede Äußerungen, die die Stellung der NSDAP zu den Grundbegriffen des Privateigentums sowie eine antichristliche Einstellung der Partei erkennen ließen."

1 Ausgehend von der Mitgliedsnummer 200.000, die laut offizieller Parteistatistik im Februar 1930 vergeben wurde, hatten sich die ausgegebenen Mitgliedsnummern bis Juni 1930 auf 250.000, bis September 1930 auf 300.000, bis November 1930 auf 350.000 erhöht. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 11, Anm. 22, Dok. 41, Anm. 13 und Dok. 72, Anm. 16.

2 Vgl. Dok. 50 mit Anm. 17.

3 Zur Arbeitsweise der Zentralkartothek der Reichsleitung der NSDAP vgl. Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, S. 144 ff. Ferner Peter Weidisch, Reichszentrale der NSDAP. In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 273-275.

4 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

5 Mit der Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen Waffenmißbrauch vom 25.7.1930 wurde das Führen und der Gebrauch von Hieb-, Stoß- und Stichwaffen in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt. Druck : RGBl. 1930, I, S. 352.

roten Mordhalunken gegen den vorher wehrlos gemachten nationalsozialistischen Gegner. Indem man erst heuchlerisch die Augen verdrehte und versicherte, daß die Uniform-Verbote nur stattfänden, um Zusammenstöße zu vermeiden, hoffte man im stillen auf die nunmehr möglich gemachte blutige Vernichtung der nationalsozialistischen Bewegung. Man lese nur die tagtäglichen Pressemeldungen. Überfall auf Überfall und immer nach derselben Methode [6]. Das feige Lumpenpack überfällt in zehnfacher Übermacht den vorher von der Polizei nach Waffen durchsuchten Nationalsozialisten und sticht und schlägt ihn nieder. Wo zehn Nationalsozialisten gemeinsam gehen, hält sich das kommunistische Gesindel der Völkerverbrüderung in der Ferne, außer sie sind zu Hunderten hinterm Busch. Tote über Tote und Verwundete über Verwundete [7]. Daß der Marxismus zu diesen Methoden greift, ist natürlich. Das Gefasel von "Freiheit", "Brüderlichkeit" [8] oder "Nie wieder Krieg" [9] war zu allen Zeiten ein faules Lügengewäsch. Genauso wie die Demokratie nur ein Mittel war, das alte Reich zu vernichten. Heute, da sich aus der Nation eine Bewegung herausgearbeitet [*hat*], die, auf dem Boden der Verfassung kämpfend [10], die Vernichter des Vaterlandes bedroht, brechen die Väter der Weimarer Verfassung Gesetz und Verfassung und Recht bei jeder Gelegenheit. Und dennoch nützt ihnen alles nichts: Die Erhebung des deutschen Volkes greift reißend um sich [11]!

Wenn also die Sozialdemokratie und der Kommunismus die Methode des Terrors nach alter Gewohnheit heute anwenden, so ist das nur die Fortführung der Handlungen einer Partei, die schon früher ihre gesamten Erfolge dem Terror zu verdanken hatte und die auch das alte Reich durch den marxistischen Zuhältermob zum Einsturz brachte [12]. Etwas anderes aber ist unerhört und zum Himmel schreiend: Sogenannte bürgerliche nationale Parteien sind es, die sich an diesem blutigen Handwerk mit beteiligen. Zentrum und "deutsche" Volksparteien [13] helfen mit an der Wehrlosmachung des nationalen Elementes und decken dann durch ihre Justiz den Terror, verurteilen den Widerstand [14]. Wenn heute das Bürgertum (d. h. nicht die Millionen anständiger, fleißiger und redlicher Menschen, die leider zu diesem Begriff gerechnet werden, sondern das politische Gemengsel, das sich bürgerliche Parteien heißt), wenn heute

6 Zur bürgerkriegsähnlichen Situation, die sich zwischen den Kampfverbänden von KPD und NSDAP entwikkelte, vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 305 ff.

7 Vgl. Dok. 85, Anm. 5, jedoch auch Dok. 58, Anm. 4.

8 Anspielung auf die 1793 ausgegebene Losung der Französischen Revolution "Liberté, Egalité, Fraternité".

9 Die Parole "Nie wieder Krieg" soll Maximilian Harden, der Herausgeber der Zeitschrift "Zukunft", 1917 geprägt haben. Sie verbreitete sich rasch unter Kriegsteilnehmern, Kriegsversehrten und Pazifisten und wurde zu einem Wahlspruch pazifistischer Organisationen; bei der Gründung des Friedensbunds der Kriegsteilnehmer am 2.10.1919 schlug dessen Schriftleiter Karl Vetter vor, unter dieser Losung alljährlich am Tag des Ausbruch des Ersten Weltkriegs Massenversammlungen zu organisieren. Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik. In: Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 47-76.

10 Vgl. Dok. 41, Anm. 20.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

12 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

13 Gemeint sind vermutlich BVP, DVP, DNVP, Volkskonservative Partei und Volksrecht-Partei.

14 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

dieses Bürgertum vor der nächsten Wahl zittert [15], dann muß man als anständiger Mensch innerlich aufatmen. Endlich scheint sich auch hier die ewige Vergeltung zu rühren. Der 14. September 1930 [16] wird dann ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, wenn er die durch und durch korrupten Hilfstruppen des Marxismus zerhaut und zerschlägt. Jeder anständige Deutsche kann nur den einen Wunsch haben: Es möge dieser Tag von den bürgerlichen Parteien nichts übriglassen als das, was nicht nur dem Namen nach, sondern auch der Tat nach gewillt und bereit ist, eine ehrliche Politik der Überwindung des marxistischen Todfeindes unseres Volkes zu unterstützen und durchzuführen. Der 14. September [*1930*] muß der Tag der Abrechnung mit den Halben und Schwachen, mit den Verräterparteien werden. Die Auseinandersetzung mit der eigentlichen Börsentruppe unseres internationalen Finanzkapitals wird erst dann erfolgreich aufgerollt werden können. Wenn die Sozialdemokratie und der Kommunismus die bürgerliche Unterstützung verloren haben, wird die Truppe der Interessen des internationalen Finanzjudentums endlich isoliert sein. Die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung wird dann mit diesem Gegner fertig werden. Wir kämpfen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln und werden mit ihnen den Kampf gewinnen. Am 14. September aber müssen alle Nationalsozialisten wissen: Geht Mann für Mann, Weib für Weib zur Wahl! Die Toten, sie marschieren mahnend im Geiste mit uns!

15 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
16 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

18. August 1930 Dok. 90
"Das Novemberverbrechen und seine Folgen [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln [2]

Westdeutscher Beobachter vom 1.9.1930, "Adolf Hitlers Rede in der Rheinlandhalle" [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Als im Jahre 1918 das deutsche Volk verleitet wurde, eine Revolution zu machen, da versprach man ihm das Blaue vom Himmel herunter. Nicht nur die Kriegsnot sollte ein Ende nehmen [4], nein, weit darüber hinaus sollte nach Beendigung des alten Zustandes das deutsche Volk nun in einen glücklicheren, neuen hineintreten. Das deutsche Volk sollte aufgenommen werden in die große Völkergemeinschaft, in die europäische Völkerfamilie, es sollte nun als gleichberechtigt gelten, weil es seinen bösen Tugenden und Eigenschaften entsagen würde. Das deutsche Volk sollte damit aber auch einen besseren Frieden erhalten als so [*sic!*]. Das deutsche Volk sollte von dem Tage an, nach dieser Sinneswandlung aufgenommen werden in einen Völkerbund, einen Völkerbund, der die Nationen endlich in den Zustand des ewigen Friedens hineinführen werde [5], den sie sich seit Jahrtausenden erhofften. Und was ist geschehen? Als man in Deutschland erklärte, daß englische Schiffe bereits die rote Flagge gehißt haben [6], als man im Osten erzählte, daß französische Divisionen an der Westfront die Waffen niedergelegt und mit Deutschland fraternisieren [7], mit deutschen Truppen sich verbünden,

---

1 Titel laut Vorlage.

2 In der Rheinlandhalle, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der über 10.000 (Westdeutscher Beobachter: 15.000; VB: 20.000) Personen teilnahmen, wurde vom Stadtverordneten und Ortsgruppenleiter der NSDAP Richard Schaller geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hitler erschien in Begleitung von MdL und Gauleiter Robert Ley sowie des stellvertretenden Gauleiters Josef Grohé. Alle Berichte betonen die starke Polizeisicherung der Veranstaltung; laut Kölner Tageblatt waren dafür 1.000 Schutzpolizisten im Einsatz.

3 Vgl. auch Kölner Lokalanzeiger vom 19.8.1930 (AA), "Kopf oder Herz? Politik der Überlegung oder des Gefühls?"; Kölner Tageblatt vom 19.8.1930 (MA), "Hitler in Köln"; Kölnische Zeitung vom 19.8.1930 (AA), "Adolf Hitler in Köln"; Sozialistische Republik vom 19.8.1930, "Hitler im Schutze der Bauknecht-Bajonette"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung vom 19.8.1930 (MA), "Nach der Hitler-Versammlung"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung vom 19.8.1930 (AA), "Ruhiger Verlauf der Hitlerversammlung in Köln"; VB vom 20.8.1930, "Hitler spricht zu über 20.000 Kölnern"; VB vom 24./25.8.1930, "'Kölns größtes Ereignis'"; Westdeutscher Beobachter vom 24.8.1930, "'Kölns größtes Ereignis'" und "Hitlerversammlung und gegnerische Presse". Ferner Adolf Klein, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983, S. 30 f., 34.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 7, 9 und 10.

5 Vgl. Dok. 86, Anm. 9.

6 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.

7 Für das Jahr 1918 sind derartige Führungsprobleme in der französischen Armee nicht bekannt. Gemeint sind vermutlich die Meutereien des April 1917 als Folge der erfolglosen wie verlustreichen französisch-britischen Frühjahrsoffensive bei Arras und in der Champagne. Die Zahl der Meuterer wird auf 30.000 bis 40.000 geschätzt; von ihnen wurden 3.427 verurteilt, darunter 554 zum Tode. 49 dieser Todesurteile wurden vermutlich vollstreckt. Trotz dieses rigorosen Vorgehens wurde der französische Oberbefehlshaber Georges Nivelle durch Philippe Pétain ersetzt, der die Offensive am 19.5.1917 einstellte. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 180 ff. sowie Guy Pedroncini, 1917. Les mutineries de l'armée française, Paris 1968.

da schickte sich im selben Augenblick die Entente an, den durch unsere Revolution erzwungenen Waffenstillstand uns in der Form zu diktieren, die die spätere Erpressung auf Jahrzehnte hinaus möglich machen konnte.

Erst hieß es, die Revolution wird Deutschland frei machen; und im selben Augenblick, in dem die Erhebung begann, senkten sich die Fesseln über unser Volk hernieder. *Und schon drei Tage später mußte man einen Waffenstillstand unterschreiben* [8], *der kein Waffenstillstand gewesen ist, einen Waffenstillstand, der eine Kapitulation war, einen Waffenstillstand, der damals Deutschland vollständig wehrlos* [9] *nicht etwa Friedensverhandlungen auslieferte, nein, sondern Diktaten auslieferte.* Nur zu dem Zweck mußte Deutschland in diesen Waffenstillstand sich selbst zuletzt wehrlos machen, um den wehrlosen Feind von ehemals um so leichter erpressen und unterdrücken zu können. Mit Hoffnungen ging das deutsche Volk in diesen 11. November hinein, und blutig war die Enttäuschung. Am 12. November schrieb in Berlin eine große Zeitung [10]:

"Was kann uns zugefügt werden, was kann uns passieren? Wir haben einen Garanten, wie die Welt noch keinen je als Paten für einen Frieden gehabt. Wir legen nun wohl die Waffen nieder, aber hinter uns steht das Recht, und hinter uns steht die amerikanische Nation. Gewiß, wir werden in einem Umfang Wiedergutmachung leisten müssen, wir werden in einem gewissen Umfang vielleicht für die Schäden des Krieges auch unser Teil beitragen müssen, allein, was hat das zu sagen? Sollen wir zehn Milliarden, sollen wir vielleicht zwölf Milliarden leisten müssen, - was bedeuten zehn und was bedeuten zwölf Milliarden? Was bedeutet das? Mehr wird es nie sein können. Und Millionen atmeten damals auf."

Und dann kam die Zeit, in der dieses Aufatmen sich bei vielen in Schrecken verwandelte. Kein Mensch redete mehr von zehn oder zwölf Milliarden [11], sondern die Summen kletterten plötzlich immer höher empor. Es kam endlich die Zeit, in der der Friedensvertrag unterschrieben werden mußte, und es wurde nicht mehr geredet von Verhandlungen, nein, plötzlich hieß es, Deutschland nimmt den Vertrag entgegen und Deutschland unterschreibt ihn.

Und als die Welt zum ersten Male Kenntnis von diesem Vertrag bekam, da schreckten sicherlich Millionen und Millionen von Menschen zusammen. *Ein Diktat von 440 Artikeln* [12], *von denen ein jeder eine Erpressung oder Unterdrückung oder Rechtlosmachung bedeutet!* Und das Schlimmste - an der Spitze des Diktats steht: Wir bekennen, daß wir schuldig sind an allem, was 4 1/2 Jahre über die Welt hinweggegangen ist, wir bekennen, daß wir verantwortlich sind für all das Leid und für all das Elend [13].

Wir bekennen nicht etwa, daß ein Kaiser dafür verantwortlich ist, nein, das deutsche Volk hieß es nun auf einmal, das deutsche Volk bekennt sich schuldig an diesem maßlosen Frevel an der Menschheit.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 7.
9 Vgl. Dok. 86, Anm. 11 und 12.
10 Nicht ermittelt. Vgl. Dok. 86, Anm. 10.
11 Vgl. Dok. 77, Anm. 17.
12 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der 440 Artikel umfaßt: RGBl. 1919, S. 687 ff.
13 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

Und es fanden sich Federn, und es fanden sich Menschen, die die Federn führten und die nun das unterschrieben haben. Und am Ende hieß es: Angesichts dieser von euch anerkannten Schuld seid ihr verpflichtet, für die Schäden aufzukommen, in einem Umfang, den wir augenblicklich noch gar nicht feststellen können [14]; aber ihr verpflichtet euch schon im vorhinein, für diesen Umfang, diese Schäden gutzustehen und sie, wenn euch die Summe bekanntgegeben wird, dann auch zu tilgen. Und man unterschrieb.

Und von dem Augenblick an begann nun eine bittere Leidenszeit über Deutschland zu kommen. Vertrag um Vertrag, und immer gaukelte man unserem Volke Hoffnungen vor, und immer wieder hieß es: Das wird nicht so heiß genossen werden, als es jetzt aussieht, es handelt sich mehr um eine Gesinnungsänderung. Die Welt will sehen, daß Deutschland in sich geht, daß Deutschland seine Schuld bekennt, daß dieses Deutschland seinen früheren Gedankengängen entsagt, daß es sich willfährig unterordnet und eingliedert in das System des Friedens. Und Millionen von Deutschen glaubten wirklich noch immer, daß aus dem heraus eines Tages die Erlösung kommen konnte. *Vertrag um Vertrag wurde unterzeichnet, - allein, die Schuldverpflichtung kletterte in die Höhe.* Sie wurde nie vermindert: *Aus 12 Milliarden wurden in kurzer Zeit 50, aus 50 Milliarden endlich 100 Milliarden* [15]*, und nachdem das deutsche Volk jahrelang tilgte und tilgte, da stand plötzlich erneut die Hundert-Milliarden-Summe auf* [16]. Wieder Hoffnungen und wieder das Versprechen, und nach fünf weiteren Jahren, da predigt man die Notwendigkeit eines neuen Vertrages, und wieder ist die Hundert-Milliarden-Summe nicht kleiner geworden, sie ist größer als zuvor; *auf einmal sind es nun 130 Milliarden die gedeckt werden müssen, und zwar in 60 Jahren* [17]. Und wir wissen, die Summe kann nicht gedeckt werden. Schon jetzt sehen Sie: Es kann nur ein Teil davon Jahr für Jahr im höchsten Falle getragen werden, d. h. immer wieder bleibt ein Rest, den man uns aufschreibt. Und nach weiteren fünf Jahren würde die gesamte Summe wieder größer sein, als sie heute ist. Wann kommt dann der Tag, an dem wir endlich unsere Schuld abgetragen haben? Wann kommt der Tag, an dem Deutschland endlich frei ist?

Er kommt nicht, wenn nicht Deutschland die Kraft erhält, diesen Tag sich selbst zu wählen und selbst zu bestimmen.

Restloses Versagen der "bürgerlichen" und "proletarischen" Parteien

Zwölf Jahre lang hat man unser Volk so hingehalten mit Hoffnung um Hoffnung, immer wieder Behauptungen aufgestellt vom Besserwerden der nächsten Zeit, und immer wieder sind diese Behauptungen zuschanden gemacht worden. Eine schwere Enttäuschung legte sich auf das deutsche Volk, und langsam wurde es den politischen Parteien sehr schwer, mit den bisherigen Methoden noch weiter zu arbeiten. Denn nicht nur, daß die Realversprechungen nicht in Erfüllung gegangen sind, nein, auch die großen idealen Gedankengänge haben ihre Verwirkli-

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 18.
15 Vgl. Dok. 77, Anm. 18.
16 Vermutlich meint Hitler den Dawes-Plan, in dem jedoch eine endgültige Summe der deutschen Reparationsleistungen nicht festgelegt wurde. Vgl. Dok. 5, Anm. 65.
17 Der Young-Plan fixierte die Gesamtreparationssumme auf 113,9 Milliarden RM. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

chung nicht gefunden. Teilen Sie Deutschland in zwei Hälften, hier Proletariat und auf der anderen Seite nationales Bürgertum, und nehmen Sie an, daß diese beiden großen Gruppen irgendwelche gemeinsamen Ziele besitzen müssen, die sie untereinander dann noch so weit unterscheiden können; es müssen doch irgendwie diese Ziele, zumindest wenn schon nicht erreicht, dann nähergerückt sein! Das nationale deutsche Bürgertum, was wollte es politisch? Sie kennen die großen Gesichtspunkte: ein nationales Reich, Wiederherstellung der alten Staatsform, Freiheit, zum Zweck der Erringung der Freiheit eine Wehrmacht, unter dem Schutz der Wehrmacht eine nationale Wirtschaft, die dann aufblühen sollte, und eine saubere Verwaltung, die diesen ganzen Staat in Ordnung halten müßte. Und was ist erreicht worden in diesen zwölf Jahren? *Von allen großen Punkten unserer bürgerlichen Parteiwelt* [18] *hat sich die Nation entfernt, ist weiter und weiter weggerückt.* Und die andere Seite, die Linke, was hat sie versprochen? Sieg der Weltrevolution, Beginn eines sozialistischen Zeitalters des Rechtes, des Glükkes und der Schönheit, Freiheit, Brot [19], und darüber hinaus Sieg der Weltrevolution zur Errichtung eines Systems von konföderierten sozialistischen Republiken, Zerbrechung des internationalen Kapitals, Sieg des sozialistischen Gedankens der Arbeit usw., usw., Weltabrüstung, Weltfriede. Und was ist gekommen? Sind wir dem Ideal nähergerückt? Nein, Deutschland hat sich immer weiter von diesen Idealen entfernt.

Wir haben den Kapitalismus bekämpft, aber nur beim kleinen Sparmenschen; wir haben sozialisiert, aber nur die Spargroschen. Und wer ist heute nun Deutschlands Herr geworden? Etwa das sozialistische Proletariat? Nein, die internationale Hochfinanz ist heute Deutschlands Herr [20]*!*

Was ist es aber mit der Weltabrüstung, mit dem Weltfrieden? *Ja, wir haben abgerüstet* [21], *und Deutschland zahlt die Rüstung seiner Feinde. Und während man bei uns noch von Weltfrieden faselt, hüllt sich die Welt immer mehr in ein erzenes Kleid ein* [22]. Und wir sehen ja: Auch in der Zukunft werden die Geschicke der Menschheit nicht bestimmt durch fromme Wünsche, durch Versöhnung und Verständigung, sondern auch heute sehen wir:

Es regiert in der Welt ein Recht nur dann, wenn die Kraft und die Macht dahinter steht.

Es ist die Kraft, die Macht, die uns jetzt unterdrückt, und unsere Ohnmacht ist es, die die Kraft und Stärke der anderen Recht sein läßt.

Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt unser Volk. Alle die großen Parteigebilde sind ja innerlich sinnlos geworden.

Welchen Sinn hat eine sogenannte nationale bürgerliche Partei, wenn sie sich bei jeder Gelegenheit praktisch zum Steigbügelhalter des Marxismus hergibt [23]?

---

18 Vgl. Dok. 86, Anm. 31.

19 Vgl. Dok. 15, Anm. 2 und Dok. 69, Anm. 5.

20 1930 war die deutsche Industrie mit Auslandsschuldverschreibungen in Höhe von 3.435.330.000 RM belastet. An neuen Auslandsanleihen floßen 1930 1.176.870.000 RM in das Deutsche Reich, von denen 230.280.000 RM an das Reich, die Länder und Kommunen gingen, 15.380.000 RM an kirchliche Körperschaften sowie 660.340.000 an öffentliche und 270.870.000 RM an private Unternehmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 348 f. ferner Dok. 77, Anm. 34.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

22 Vgl. Dok. 88, Anm. 8.

23 Gemeint ist wahrscheinlich die DVP. Vgl. Dok. 87, Anm. 40.

Welchen Sinn haben heute noch monarchistische Parteien, wenn doch niemand mehr bereit ist, ernstlich für die Einsetzung eines Monarchen sein Leben hinzugeben [24]?

Welchen Sinn haben christliche Parteien, wenn sie auf Schritt und Tritt mit den Atheisten durch dick und dünn wandeln ohne Rücksicht darauf, daß die deutsche Nation langsam in einen Sumpf hineingerät, der nicht etwa dem Christentum nahesteht, sondern der in Wirklichkeit antichristlich, antireligiös, ja atheistisch ist [25]?

Und welchen Sinn haben aber auch sozialistische Parteien, wenn doch tatsächlich Deutschland mehr und mehr in die Hände der internationalen Hochfinanz gerät, wenn tatsächlich eine Millionenarmee von Erwerbslosen [26] nicht weiß, von was sie morgen überhaupt nur leben soll? Welchen Sinn hat das dann alles? Was ist von diesen Parteien denn erreicht worden? Hoffnungen sind erweckt worden, aber sie sind nicht befriedigt worden.

Aus dem Durcheinander unserer politischen Interessengruppen muß wieder herauswachsen ein deutsches Volk.

Und die Parteien fühlen das auch und sie steigen ja auch herunter von dem großen Podest der Weltanschauung oder des prinzipiellen politischen Programms und sie wenden sich stattdessen an die kleinen Instinkte der Menschheit. Die Nation zerteilt sich. Man verspricht heute gar nicht mehr weltanschauliche große Ideale, nein, man verspricht dem Bauern Besserung seines Loses, man verspricht dem Arbeiter, man verspricht dem Angestellten, man verspricht dem Beamten, man verspricht dem Mittelständler, man verspricht dem Hausbesitzer, dem Mieter. *Man zerteilt die Nation, und die ganze politische Propaganda ist in Wirklichkeit nur eine Unsumme von Versprechungen, die sich immer an einen Stand richten.* Je mehr man die Nation so verteilt, um so leichter wird diese Art von Propaganda. Man kann dem Hausbesitzer sagen, du wünschest Hinaufsetzung der Mieten - wir sind deiner Meinung; man kann dem Mieter sagen, du hältst die Herabsetzung der Mieten für notwendig - wir sind deiner Meinung; man kann dem Arbeitgeber sagen, es ist klar, daß die Löhne gesenkt werden müssen; und dem Arbeitnehmer: Deine Löhne sind unter jeder Kritik, sie müssen erhöht werden. Jedes spricht nur zu einem Stand und kann daher niemals irgendwie korrigiert werden aus der Zuhörermenge selbst heraus. *Und so sehen wir denn, daß sich unser Volk auch langsam auflöst.* Heute beklagt ein deutscher Reichsminister, daß wir kein Staatsvolk vor uns hätten, sondern Interessentengruppen [27]. Ja, meine Freunde, wer hat denn das gemacht? Wer ist denn schuld daran? Wer hat die deutsche Nation um ihre gemeinsamen Ideale gebracht und sie zersetzt und zerrissen und hineingestürzt in diesen kleinsten persönlichen Egoismus, wer denn? Die gerade, die heute Deutschlands Verfall beklagen. Sie haben jahrelang gesündigt, haben jahrelang kleinste Interessenpolitik in den Vordergrund gerückt, haben jahrelang appelliert immer nur an Gruppen, und heute haben sie kein deutsches Volk mehr, sondern Mieter, Hausbesitzer, Angestellte,

---

24 Vgl. Dok. 87, Anm. 37.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

26 Vgl. Dok. 72, Anm. 9. Im Oktober 1930 wurden in Köln bei einer Gesamtzahl von etwa 350.000 Erwerbstätigen über 70.000 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Friedrich Zunkel, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26 (1981), S. 104-128, hier S. 114.

27 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Beamte usw. usw. Die Nation ist zerrissen, und da sind wir heute an einem Tiefpunkt angekommen. Vor wenigen Monaten las ich in einer sächsischen Zeitung aus Chemnitz anläßlich der dortigen Wahl, und da waren zwei Annoncen, die alles besagen. Auf einer hieß es: Schrebergärtenbesitzer, wählt die Liste so und so, sie vertritt eure Interessen, und auf der andern: Mitglieder der Radfahrervereinigungen, tretet für die Partei ein, sie vertritt eure Interessen [28]! Das ist der Horizont unseres politischen Handelns, das ist das Niveau unseres augenblicklichen politischen Lebens. *Und das soll etwa nun das Schicksal der deutschen Nation beheben?* Meine teuren Freunde, was wir jetzt vor uns sehen, ist der vollständige Zerfall eines großen Volkes. Wenn Sie wollen, daß unser Volk noch einmal diese Krise überwindet, dann muß aus diesem Gemengsel wieder herauswachsen das, was allein unseres Volkes Schicksal der Welt gegenüber vertreten und damit ändern kann.

Aus dem Durcheinander der Interessengruppen muß wieder herauswachsen ein deutsches Volk.

Freilich, um dazu zu kommen, ist zunächst eine Erkenntnis nötig: Wenn heute unsere politischen Parteien im einzelnen [*eine*] Änderung des Schicksals versprechen, dann nur deshalb, weil sich Millionen von Menschen angewöhnt haben, ihr persönliches Schicksal als das Wesentliche und Ausschlaggebende anzusehen, und weil sie sich angewöhnt haben zu glauben, daß das gesamte Schicksal der Nation das Ergebnis der zusammengerechneten Einzelschicksale ist. Bessere den einzelnen und du änderst dann das Leben aller, sagen sie,

statt zu erkennen, daß nicht Einzelschicksale das Gesamtschicksal bringen, sondern daß das Gesamtschicksal alle Einzelschicksale bestimmt und formt und zwingt, daß an der Spitze nicht die Rettung des einzelnen stehen kann, sondern die Rettung der Gesamtheit.

Nicht Einzelschicksal muß gebessert werden, sondern das deutsche Volksschicksal muß korrigiert werden. Und dieses Volksschicksal ist nicht identisch mit Staatsform, ist nicht identisch mit Gesellschaftsordnung, ist auch gar nicht identisch mit einer Wirtschaftsansicht, auch nicht identisch mit dem Erfolg einzelner Gruppen dieser Nation, *sondern dieses Schicksal ist gebunden an die Ernährungsmöglichkeit unseres Volkes entweder im Rahmen unseres Reiches, unseres Grundes und Bodens oder in einem anderen Rahmen.* Wenn das deutsche Volk 20 Millionen Menschen heute zu viel hat, d. h., wenn unsere Zahl hinausgeschossen ist über unseren Raum, dann ist diese Frage die entscheidende für alle Zukunft.

Denn was uns Nationalsozialisten bewegt, ist auch kein leerer Heldenwahn, auch kein Blutdurst; was uns bewegt, ist letzten Endes auch nur die Sorge: Wie wird ein Volk von über 60 Millionen [29] am Leben gehalten?

Nicht um Staatsform, nicht um Gesellschaftsordnung, auch nicht um den Sieg des Proletariats oder den Sieg des Bürgertums oder um den Sieg irgend einer Konfession usw. geht es, *nein, das deutsche Volk liegt heute auf der Waagschale.* Wird es zu leicht befunden, tritt sein Ende ein. Erhält es das Gewicht, das auf der Welt nun einmal der Selbsterhaltungstrieb und der Wille gibt, dann kann es die kommenden Jahrhunderte vielleicht wieder überstehen. Und da ist dann mit einem Schlag die große Linie vorgezeichnet, die unser Volk einzuschlagen hat.

---

28 Eine derartige Anzeige läßt sich in den Zeitungsbeständen des Stadtarchivs Chemnitz und der Stadtbibliothek Chemnitz nicht nachweisen.

29 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

"Er hat sich nicht mit Tagesfragen beschäftigt ..."

Wenn vielleicht morgen die Presse schreibt, "er hat sich nicht mit Tagesfragen beschäftigt" [30], so kann ich diesen Skribenten nur eines sagen: Glauben Sie nur ja nicht, daß wir nicht genauso wie sie die Tagesfragen hier behandeln könnten. Wie behandeln sie Sie denn? Sie sagen das, was die Menschen gerne hören. Sie sagen dem Bauern, dem Landwirt: Wir verstehen es, die Lebensmittelpreise, sie müssen naturgemäß hinaufgesetzt, und die Löhne müssen heruntergesetzt werden; und sie sagen dann dem Städter: Es müssen selbstverständlich die wahnwitzigen Lebensmittelpreise gesenkt werden, und die Arbeitslöhne müssen gesteigert werden; sie sagen dem Hausbesitzer: Der Besitz kann nicht existieren, wenn die Mieten so gering sind, und sie sagen dann dem Mieter: Wo kommt man hin, wenn die Hausbesitzer sich als Geier und Hyänen erweisen? Man muß den Raub einschränken. Jawohl, nach jeder Richtung behandeln sie die Tagesfragen so, wie die Massen sie gern hören, und immer wieder versprechen sie, daß sie sie nun lösen werden. Ich darf da nur eins einwenden: Tagesfragen regeln sich im menschlichen Leben in der Gesamtheit genauso wie im Einzelleben.

Der gesunde, grundsätzlich gesunde Mensch wird der Tagesfragen immer Herr, und zwar richtig Herr werden.

Und der Kranke, er wird sie eine Zeitlang vielleicht auch lösen, aber schwach und halb und morsch. Und wenn ein Volk in der Gesamtheit krank geworden ist, wenn es sein Denken vergiftet hat, wenn ein Volk in der Gesamtheit nicht mehr einen vernunftgemäßen, festen Boden unter den Füßen hat, dann gleicht es dem Tuberkulosen. Auch der lebt noch, auch der steht noch auf und verrichtet seine Tagesarbeit; aber wie? Am Ende ist er ja doch zum Untergang bestimmt, und wenn Völker von bestimmten Krankheiten ergriffen sind, dann gleichen sie dem Tuberkulosen, dann gleichen sie dem angesteckten Menschen, der tun kann, was er tun will, am Ende aber wird das Gift, das er im Leibe trägt, werden die Bazillen, die er besitzt, ihn doch zu Grunde richten, und alle Lösung seiner Tagesarbeit kann sein Verderben nicht verhindern. Wenn wir heute vor das deutsche Volk hintreten, und wenn wir bewußt die Tagesfragen zurückstellen, dann schon deshalb

weil wir der Überzeugung sind, daß eine geschlossene Kraft unseres Volkes überhaupt nicht mehr erzielt werden kann auf dem Niveau der Tagesfragen.

Heben Sie die Wirtschaft, heben Sie den persönlichen Egoismus zum alleinigen Regenten des Lebens empor und Sie werden sehen, daß das Volk dann in tausend, tausend Teile zerfällt. Deutschland arbeitet auch heute noch. Millionen Deutscher, sie stehen hinter dem Pflug, Millionen am Schraubstock, Hunderttausende in den Büros, Hunderttausende am Konstruktionstisch. Ein Riesenvolk arbeitet und ist fleißig, und dennoch ist alles vergeblich. Warum? Weil die Tagesfragen nicht gelöst werden? Nein, die Nation *vernichtet durch einen politischen Handstreich die Arbeit von 60 Jahren heute.*

30 Dieser Vorwurf zieht sich beinahe durch alle Zeitungsartikel, die kritisch über Hitlers Reden zur Reichstagswahl 1930 berichten. Vgl. die jeweiligen Anmerkungen zu den Parallelüberlieferungen von Hitlers Wahlkampfreden.

Steuererhöhung statt Steuerabbau als Young-Plan-Folge

Wir sehen es ja jetzt: Vor zehn Monaten hatte die deutsche Nation zu entscheiden über die Annahme des Young-Planes [31] oder nicht. Es war ein bestimmter, vergifteter Gedankengang, der unserem Volke einredete, daß die Annahme dieses Planes mit einem Male nun die deutschen Nöte beheben würde. Und wenn unsere politischen Gegner heute erklären, ja, wir haben das auch nicht vorausgesetzt, daß nun alles besser wird. Nein, nein, nein, lügen Sie nicht! *Damals behaupteten Sie fest und steif, daß dieser Plan Deutschlands Schicksal wenden wird* [32]. Sie können das heute nicht bestreiten. Wir haben Sie damals gezwungen, vor die Nation hinzutreten. Nicht in den Parlamentsstuben allein wurde dieser Kampf bejaht, gestellt oder beantwortet, nein, vor dem Volke. Was Sie damals in hundert Reden im Rundfunk erklärten [33], können Sie heute nicht bestreiten. Damals sagten Sie: Die Annahme des Young-Plans wird die Reichsfinanzen bessern [34]. Es wird eine Sanierung auch der Länder eintreten; auch die Kommunen bekommen dann endlich festen Boden unter den Füßen [35]. Dann sagten Sie: Indem wir den Young-Plan annehmen, bringen wir die deutsche Wirtschaft wieder in Fluß. Sie haben ein bestimmtes Wort geprägt, Sie sagten: *Der Young-Plan wird die Wirtschaft wieder ankurbeln.* Und Sie sagten weiter: Die Wirtschaft wird Kapitalien erhalten, und damit wird die Arbeitslosigkeit zurückgehen; der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird eine Erleichterung unserer allgemeinen Finanzlage bringen. So, das haben Sie damals mit eiserner Stirne dem lieben, guten deutschen Volk vorgeschwindelt. So sagten Sie, daß dann 1930 die Steuern abgebaut werden könnten [36]. Und dann erklärten Sie, daß damit aber auch eine Erleichterung der Landwirtschaft [37] kommen wird; die Landwirtschaft wird dann endlich wieder gerettet. Und es waren damals nicht etwa einzelne Männer, die das behaupteten. Nein, die großen Parteien haben diese Behauptung als ihren Glauben ausgegeben und haben Millionen damit getröstet und aber auch verpflichtet. Wir erklärten damals, das ist alles unmöglich, das Reich wird nicht damit saniert, die Länder können nicht saniert werden dadurch und die Kommunen noch viel weniger. Wir erklärten, wie könnt ihr denn behaupten, daß, wenn Deutsch-Plan [38] angenommen wird, d. h., wenn Deutschland eine Generalhypothek von 130 Milliarden aufnimmt, daß dann leichter Kapital nach Deutschland strömen wird? Wie könnt ihr denn behaupten, daß dann die Arbeitslosigkeit zurückgeht? Wie könnt ihr dann behaupten, daß ihr die Steuern abbauen könnt? Wie könnt ihr behaupten, daß dann der Landwirtschaft geholfen wird? *Wir haben das damals als Unwahrheit bezeichnet und haben vor der ganzen Nation versichert, daß das Gegenteil eintreten wird und eintreten muß.* Und heute, heute können sie nicht bestreiten, daß wir recht

31 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
32 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.
33 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
34 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
35 Zur Situation der kommunalen Haushalte vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 92 ff., 168 ff., 221 ff., 251 ff.
Die Schulden der Stadt Köln beliefen sich im Jahr 1930 auf 393.400.000 RM; ihr Haushalt wies im selben Jahr ein Defizit von 8,7 Millionen RM auf. Vgl. Zunkel, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 S. 127.
36 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
37 Zur Agrarkrise vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 22, Anm. 2, 4, und 10.
38 Muß wohl heißen: Young-Plan.

gehabt haben. Was ist gekommen? Die Tinte war noch nicht trocken unter dem neuen Plan, da redeten sie nicht mehr von Steuerabbau, sondern da erklärten sie plötzlich: Die Steuern müssen erhöht werden, weil sich ein Defizit herausgestellt hat[39]. Sie erklärten: Wir sind beim Nachrechnen darauf gekommen, daß wir ja ein Defizit besitzen. Allerdings, man weiß noch nicht genau, wie groß es ist, es soll 250 Millionen betragen. Und dann sagte man, das ist vermutlich zunächst nur eine oberflächliche Schätzung; wahrscheinlich dürfte der Betrag etwas über 400 Millionen sein. Und dann waren es 470 Millionen, und dann, dann sagten sie: Wenn das angenommen wird, dann können aber 1931 die Steuern gesenkt werden. Dann sagten sie damals: Damit 1931 die Steuern gesenkt werden können, muß man jetzt das annehmen. Es handelt sich um eine einmalige Sanierung der deutschen Reichsfinanzen und der Landesfinanzen. Und dann sagten sie, wir haben schon einen Plan, einen Plan, nach dem die deutsche Landwirtschaft gerettet wird. Ein ausgezeichneter Plan ist das; wer aber die Steuern nicht bewilligt, der bekommt auch den Plan nicht. Entweder - Oder, und Sie wissen schon, mehr aus Liebe zum Mandat denn aus Pflichtgefühl dem Volk gegenüber, hat man Steuern und Rettungsplan der Landwirtschaft angenommen[40]. Und nachdem es nun zur Rettung gehen sollte, da merkte man auf einmal, es hat sich wieder ein Defizit herausgestellt. Und dann erklärte man, da sind über 400 Millionen, und dann über 700 Millionen und heute, heute sagt man schon, es sind in *Wirklichkeit über 1.200 Millionen Defizit*[41]. Und auf einmal da redete man nicht nicht mehr von der Rettung der Landwirtschaft, im Gegenteil, eine neue Steuervorlage kam[42]. Und da hat man einen neuen Stand entdeckt, einen, der bisher in der Republik etwas ungerupft davongekommen ist, die Festbesoldeten. Herr Moldenhauer hat sie entdeckt und er erklärte nicht etwa, nun werdet auch ihr besteuert, nein, Gott bewahre, wir besteuern euch nicht, nur ein Notopfer sollt ihr bringen, ein Notopfer nur für ein Jahr[43]. Jeder Mensch muß heute Opfer bringen, meint Herr Moldenhauer; ich bringe auch ein Opfer: Ich verzichte auf meine lebenslängliche Anstellung und begnüge mich dafür mit 30.000 Mark Pension auf Lebenszeit[44]. Jeder trägt seinen Teil auf diese Weise bei. Und nun sehen Sie die Folgen:

Millionen einzelner Menschen, die fleißig sind, gehen jetzt zugrunde. Ein politischer Entschluß hat Millionen um die Frucht ihrer Arbeit, ihrer Lebenskämpfe, um ihre ganze Existenz gebracht.

Wo wollen Sie jetzt zu bessern anfangen? Bei den einzelnen? Nein, ändern Sie den Geist, aus dem die geschichtliche Stellung Deutschlands der letzten zwölf Jahre erwachsen ist, ändern Sie den Willen unseres Volkes, aus dem heraus diese Stimmung der Selbstpreisgabe kam, ändern Sie die lebendige Kraft unseres Volkes, setzen Sie wieder den Selbsterhaltungstrieb

---

39 Zur Entwicklung des damaligen Haushaltsdefizits des Deutschen Reichs vgl. Dok. 44, Anm. 13, Dok. 60, Anm. 6 sowie Dok. 76, Anm. 26 und 28.

40 Vgl. Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

41 Im August 1930 verzeichnete der ordentliche Haushalt des Deutschen Reichs ein Defizit von 17,3 Millionen RM, der außerordentliche Haushalt einen Überschuß von 5,2 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448.

42 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

43 Vgl. Dok. 59, Anm. 3 und Dok. 77, Anm. 52.

44 Vgl. Dok. 76, Anm. 30.

hin, und dann erst wird die Arbeit des einzelnen eines Tages wieder zu einer Besserung seines Lebens und seiner Existenz selbst führen können; vorher nicht.

Die deutsche Schicksalsfrage

Und das ist nun das deutsche Schicksal, das sich als Frage vor uns erhebt. Wir haben 20 Millionen Menschen zu viel, unser Raum ist zu beengt. Die Menschen müssen ernährt werden. Ernähren Sie sie entweder dadurch, daß Sie den Raum erweitern, oder ernähren Sie sie dadurch, daß Sie die Zahl vermindern; oder ernähren Sie sie dadurch, daß die deutsche Wirtschaft das tägliche Brot schafft. Der heutige Zustand kennt nur eines: Die Verminderung der Zahl, d. h. Deutschland wird, ich möchte fast sagen, planmäßig zurückgeschraubt zum Niveau einer kommenden europäischen Schweiz, eines Holland, und man geht damit um, dem deutschen Volk auch jeden größeren Geist aus dem Herzen herauszureißen. Sie bemühen sich, unser Volk zu belehren, daß diese demütige Stellung die uns angeborene und zukommende sei; sie lehren uns, daß es zwei, drei Völker auf der Welt gibt, die einen mit Rechten und die anderen mit Pflichten. England, Amerika, Frankreich, ja, das sind Nationen! Die haben ein Recht auf die Welt, wir Deutsche, wir haben kein Recht auf die Welt. Wir sind ein minderwertiges Volk. Man suggeriert uns, daß wir unterlegen seien von vornherein anderen Völkern gegenüber, und sie wagen das angesichts einer viereinhalbjährigen Geschichte [45], die für Deutschland tragisch ausging, die uns aber gezeigt hat: Das deutsche Volk ist in seiner Qualität und in seinem Wert den anderen Nationen zumindest gleich. *Was versagt hat, ist höchstens die politische Führung.*

In 4 1/2 Jahren hat das deutsche Volk der Welt gezeigt, daß es überhaupt kein Volk gibt, das solcher Leistungen fähig ist wie das unsere.

Und heute ist das deutsche Volk nicht anders als damals. Sagen Sie nicht, das Volk ist verdorben, sagen Sie nicht, das Volk hat keine Kraft mehr. Nein, es ist immer nur die Führung, immer nur die Leitung der Nation. Die Leitung ist es, die uns heute einredet: Damit Deutschland, das deutsche Volk leben kann, muß es sich selbst dezimieren. Wandert aus [46], bringt euere Kinder um, noch ehe sie geboren sind, dann könnt ihr leben. Der Weg aber bedeutet, daß das deutsche Volk, das 2.000 Jahre nun Weltgeschichte mitgestaltet hat, in den nächsten 2.000 Jahren dieser Weltgeschichte vergangen sein wird. Und wenn es auch viele unter uns gibt, die erklären, ja, wir wollen das; wenn es auch immer wieder Toren gibt, die sagen, wir wollen alle Macht abgeben, *dann gibt es doch auch andere, die angesichts der vergangenen 2.000 Jahre und angesichts der grenzenlosen Opfer, die unser Volk für seine Existenz gebracht hat, dies als Verpflichtung sehen, auch in der Absicht, die Existenz des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten. Und besonders wir, die wir das schwerste Ringen aller Zeiten miterlebt hatten am eigenen Leib, wir können uns niemals mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir nun abtreten sollen von der Bühne der Weltgeschichte. Dafür also sind die Millionen gefallen, und dafür sind sie zum Krüppel geworden [47]. Es ist ein Verbrechen an den Toten, das man begeht.* Man hätte damals sagen müssen, im Jahre 1914, als wir hier durchgezogen sind: Das ist alles nicht notwendig, wir kapitulieren, wir unterwerfen uns; das, was wir heute haben, hätten wir

45 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.
46 Vgl. Dok. 44, Anm. 15 und Dok. 69, Anm. 8.
47 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

damals haben können. Man hat die jungen Freiwilligen-Divisionen damals gegen den Feind geführt. Sie sind zu Hunderttausenden gefallen [48] und sie sind heute unsere Ankläger vor der Geschichte. Wer auf unseres Volkes Zukunft jetzt verzichtet und feierlich erklärt, wir wollen sie nicht mehr, diese Zukunft, wir wollen uns selbst dezimieren, bis wir vergehen, der versündigt sich. *Und wenn es heute Menschen gibt, die ohne Rücksicht auf Ehre und Gewissen und Treuverpflichtung sich trotzdem versündigen, dann sollen sie wissen, daß in Deutschland Millionen andere aufstehen werden, die diesen Verzicht nicht unterzeichnen.* Unser Volk ist im Laufe der 2.000 Jahre, die wir sichtbar verfolgen können, oft gestiegen und oft gestürzt, und immer wieder hat es sich aufgerafft.

Und nie war es der Geist der freiwilligen Unterwerfung und Erfüllung, der unser Volk wieder nach oben führte; es war immer wieder am Ende der Geist der Selbstbehauptung und des Widerstandes.

Und damit komme ich zu den anderen Wegen. Wie wollen wir denn eigentlich leben in der Zukunft? Zwei Wege gibt es da noch: Das deutsche Volk braucht entweder mehr Raum oder es muß wieder eine expansive Wirtschaftspolitik betreiben. Es ist das das Allheilmittel, das man ihnen heute sagt. Als Nationalsozialist lehne ich an sich diese Auffassung ab, denn ich glaube nicht, daß auf endlose Zeiten ein Volk nur durch Wirtschaft allein gerettet werden kann, wenn sein eigener Lebensraum zu eng wird. Aber gut, *selbst wenn das so wäre, auch dann ist es nicht eine Frage der Arbeit, eine Frage der Leistung, sondern eine Frage mehr des Absatzmarktes.* Wenn unsere Industrie heute auf Tagungen immer wieder erklärt, was wir brauchen, ist Abbau der sozialen Lasten [49], damit wir billiger produzieren können, damit wir wieder konkurrenzfähig werden, da muß man immer darauf nur eines zur Antwort geben: *Das haben wir schon einmal gehabt.* Billiger produzieren kann man, *aber die Frage der Ernährung eines Volkes durch Wirtschaft ist nicht eine Frage der Produktion, sondern eine Frage des Verkaufs.* Und heute ist der Absatzmarkt der Welt begrenzt, und ein Dutzend Nationen ringen um diesen Absatzmarkt. Und entscheidend ist nicht mehr auf die Dauer die Ware, sondern entscheidend ist die politische Kraft. Und wenn morgen wieder ein Zentrumsorgan erklärt, "der Redner versucht immer wieder, die politische Macht als das Einzige hinzustellen, was das Leben garantieren kann" [50] - jawohl! Oder ist es das Recht? Ja, das Recht habt ihr doch heute auch. Wo lebt ihr denn! Das Recht ist auch heute bei uns. Warum lebt man dann nicht, warum sind Millionen Arbeitslose da? *Weil nicht das Recht allein entscheidend ist, auch nicht der Fleiß, auch nicht die Arbeitsamkeit, sondern am Ende die politische Kraft, die hinter der deutschen Arbeit steht.*

Nennen Sie mir die Nation, in den letzten 2.000, ja 3.000 Jahren, die durch Fleiß, Arbeit und Unterwürfigkeit wieder frei geworden ist.

Nennen Sie sie. Sie bleiben die Antwort schuldig. Das Volk ist nicht da. Und unserem Volk versuchen Sie einzureden: An uns wird sich dieses Wunder vollziehen. Und wie es sich vollzieht! Zwölf Jahre arbeitet unser Volk, zwölf Jahre wird abgeliefert, zwölf Jahre versichern

48 Vermutlich eine Anspielung auf die Schlacht bei Langemarck und Ypern. Vgl. Dok. 28, Anm. 18.

49 Zu den Forderungen der Arbeitgeber, die in der damaligen wirtschaftlichen Situation die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu verringern suchten, vgl. Gerald D. Feldman, Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-1932. In: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Hrsg. von Karl Holl, Göttingen 1978, S. 103-125.

50 Nicht ermittelt.

wir, keinen Gedanken mehr an Widerstand im Busen zu tragen. Und ist in diesen zwölf Jahren die Freiheit nähergerückt? Sie sagen: Gebiete sind entsetzt [*sic!*] worden [51]; jawohl, aber ganz Deutschland ist besetzt worden; Gebiete sind frei, jawohl, aber ganz Deutschland ist unfrei. Sie sagen, Gebiete haben ihr Los erleichtert, - aber ganz Deutschland steht vor dem Ruin. Sie operieren nur mit Schlagworten; sie können nicht bestreiten, daß in diesen zwölf Jahren die Nation von Jahr zu Jahr tiefer in Fesseln sank. Am Ende steht unseres Volkes Tod, und dieser Volkstod wird Mann für Mann, und Weib für Weib mit sich ziehen. Gewiß, wir können vielleicht in den nächsten 100 Jahren als eine Nation von Fremdenführern, sagen wir von Hoteldienern usw. existieren. Deutschland hat Kunstschätze, Amerika wird kommen und wird sie bewundern, soweit man sie nicht gekauft oder uns genommen hat [52]; gewiß, Deutschland hat Naturschönheiten; sie werden kommen, werden sie besichtigen, soweit sie sie nicht gepachtet haben. Gewiß, Deutschland hat Leistungen; sie werden kommen und vielleicht unsere Aufführungen besuchen, zuhören. Wir werden sie führen. Und wir weden langsam als richtiges Fremdenvolk [*sic!*] zugrunde gehen. Das ist eine Aussicht. Will man das aber nicht, dann gibt es nur die andere: *Deutschland muß wieder hineingehoben werden in den Kreis der wirklich großen Nationen, und dazu braucht es politische Macht.*

Und die politische Macht ist nicht eine Waffenfrage, wie unsere Gegner dauernd erklären - nein, nicht die Waffe steht an der Spitze der politischen Macht -, sondern der Wert eines Volkes, die Art seiner Organisation und sein Wille, immer wieder der Wille.

Wenn unsere Gegner heute erklären, Deutschland hat keine Waffen, und folglich ist jeder Widerstand vergebens; so ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens; denn Deutschland hatte Waffen. *Nicht weil wir die Waffen verloren haben, ist der deutsche Wille zerbrochen, sondern weil Deutschland seinen Willen aufgegeben hat, hat es die Waffen verloren.* Wenn Sie einen Feigling nehmen und Sie geben ihm ein Maschinengewehr, und nehmen meinetwegen einen Nationalsozialisten, geben ihm nur einen Knotenstock und schicken beide in den Wald, so seien Sie der Überzeugung, der Mutige wird sich mit seinem Stock zur Wehr setzen, und der Feige wird mit seinem Gewehr kapitulieren, ja er wird sogar erklären: Schenk mir das Leben, ich gebe dir die Waffe dafür. Es ist zu allen Zeiten der Wille gewesen, der den Menschen befreit oder auch in Ketten geworfen hat. Und wenn wir nun die Frage uns vorlegen: Gibt es denn überhaupt einen Weg, der nach menschlichem Ermessen unser Volk wieder zurückführen kann in seine Stellung, die es verdient, dann können wir das mit Ja beantworten. Drei Dinge sind es, die ein Volk zwangsläufig retten müssen, wenn es sich grundsätzlich zu ihnen bekennt: Das erste ist der Wert an sich, d. h., die Völker sind nicht gleich, so wenig wie die Menschen gleich sind. Jeder ist eine Nummer, allein jeder ist zugleich auch ein Wert. Jedes Volk kann ich nach Nummern zählen, aber ich kann es auch wägen nach seinem Wert. Und der Wert ist verschieden. Es ist die Frage nur die: Hat unser deutsches Volk einen Wert, der uns berechtigt, auf unsere Zukunft noch zu hoffen? Und zweitens: Werden wir diesem Wert gerecht, pflegen wir ihn? Es ist so wie im einzelnen Leben: Jeder Mensch ist eine Zahl,

51 Köln war bereits am 30.1.1926 von den britischen Besatzungstruppen geräumt worden. Vgl. Williamson, The British in Germany 1918-1930, S. 298 ff. Zum völligen Abzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland vgl. Dok. 77, Anm. 14 und Dok. 69, Anm. 11.

52 Vgl. mit Hitlers umfassenden Ausführungen über den Fremdenverkehr; Bd. III/2, Dok. 17 und 21.

jeder aber auch ist zugleich ein Wert. Die erste Frage der Menschen ist beim Manne: Was bist du selbst? Bist du kraftvoll, bist du gesund, bist du kühn, bist du talentiert, bist du genial? Wenn ja, dann hast du die ersten Voraussetzungen fürs Leben. Wenn nein, dann kann vielleicht auch der Fleiß dich nicht mehr retten. Wenn wir aber unser deutsches Volk von dem Standpunkt aus prüfen, dann können wir mit Stolz sagen: Es gibt kein Volk, das heute mehr Wert besitzt als das unsere. Wo ist das Volk, das der Welt in 2.000 Jahren das gegeben hat, was unser Volk gab? Nehmen Sie aus der Geschichte, nehmen Sie aus den Erfindungen, nehmen Sie aus dem Reich der Kunst und der Kultur alles weg, was Deutschland geschaffen hat, und die Welt wird sehr arm werden dann. Entfernen Sie bloß den Rhein mit all dem, was hier gebaut, was hier gedichtet und gesungen wurde, entfernen Sie bloß einen Strom mit allem, was hier sich abspielte im Laufe von 1.000 Jahren, aus der Menschheitsgeschichte, und unsterbliche Kulturdenkmäler und -werte werden augenblicklich damit vergehen. Und unser Volk hat ja den Beweis des höchsten Wertes erst vor kaum einem Jahrzehnt abgelegt. Wenn irgendein Volk ein Recht hat zu hoffen, daß es persönlich, als Volk, einen Wert darstellt auf der Welt, dann unser deutsches Volk. *Keine Nation kann mit so viel Stolz auf die Zeit vor zwölf Jahren zurückblicken als wir.* Und wenn wir heute gesunken sind, die Leistungen einer Nation vergehen niemals. Und wenn das Volk sich treu bleibt, können morgen schon wieder gleiche Leistungen werden. Freilich, ein Mann, der an sich fähig und gesund ist, muß an seine Fähigkeit und an seine Gesundheit glauben und muß das pflegen. Ein Volk, das einen Wert repräsentiert, muß diesen Wert hegen. Es darf sich nicht dem Wahnsinn der Ausländerei [*sic!*] ergeben, es darf nicht nach außen schielen, es darf nicht sich selbst aufgeben; es muß erkennen, daß in seiner eigenen Kraft alle Zukunft liegt. Es darf vor allem niemals hoffen, daß eine andere Welt ihm hilft. Sowie ein Volk beginnt, sich dem Wahnsinn des Pazifismus auszuliefern, opfert es die eigene Kraft, dann hört es auf, seine Fähigkeiten, seine Genialität, seine Tatkraft in den Dienst seiner Erhaltung zu stellen, dann baut es auf fremde Kräfte, fremde Hilfe, auf Mitleid oder Gnade oder Güte oder Einsicht, und in allen Fällen wird die Enttäuschung eine entsetzliche sein. Und dann kommt ein drittes: Wenn ein Volk an sich qualitativ hochwertig ist, und wenn es dann zweitens auf seine Kraft baut, dann muß auch seine Führung logisch und organisch aufgebaut sein. Wenn eine Nation ihr Schicksal in die Hände der Majorität legt, d. h. der Halbheit, der Schwäche, der Feigheit, der Unwissenheit, dann muß ein solches Volk zugrunde gehen. Die Zukunft einer Nation wird dann gewährleistet sein, wenn das Schicksal derselben von den fähigsten, genialsten Köpfen bestimmt wird, und hier dürfen wir nie vergessen, daß Majoritäten stets der Feind der Genialität sind.

Daß dort, wo Majoritäten regieren, die Fähigkeit stirbt, der Wille halbiert wird, die Genialität ausscheidet, und Halbheit und Schwäche und Unwissenheit an deren Stelle treten - wann haben wir das mehr gesehen als heute in Deutschland!

Unser Volk ist verarmt an allem Großen. Wenn Sie die Revolution betrachten, was hat sie unserem Volke denn Großes geschenkt? Was ist heute überhaupt an Großem in Deutschland da? Keine Köpfe, keine Qualitäten, keine Genialität, ja, sie selbst, die Führer, gestehen: Wir können uns nicht einigen, weil der überragende Kopf nicht vorhanden ist [53]. Welch ein Selbstbekenntnis und welch eine Selbsterkenntnis!

---

53 Vgl. Dok. 87, Anm. 14.

Unser politisches Glaubensbekenntnis

Wenn das deutsche Volk nicht wieder zurückfindet zu den Quellen jeder Volkskraft, wenn unser Volk nicht wieder national wird bis zur letzten Konsequenz, wenn unser Volk nicht wieder antipazifistisch wird bis zur letzten Konsequenz, und wenn unser Volk drittens nicht wieder der Genialität die Führung gibt, dann wird jeder Versuch, das einzelne zu bessern, daran scheitern, daß ganz Deutschland am Ende zugrunde geht. Das ist das Glaubensbekenntnis, das uns politisch zu Grunde liegt. Wir sind Anti-Internationalisten [54] bis zur letzten Konsequenz, d. h., in unserem Auge verschwimmt die Kontur zwischen Nationalismus und zwischen Sozialismus. Denn für uns ist Nationalismus nicht ein leerer Wahn, nicht Liedersingen, nicht Hurraschreien, sondern

für uns ist Nationalismus letzte Hingabe des einzelnen für sein Volk. Mein Ich setze ich ein für Deutschland, und damit bin ich zugleich Sozialist im edelsten Sinne des Wortes.

Und damit kann ich die beiden Begriffe, die unser Volk heute trennen, Sozialismus und Nationalismus, in die letzte Konsequenz verfolgen und kann dann feststellen, wenn der Nationalismus zur vollkommenen Hingabe des einzelnen wird und der Sozialismus zur vollständigen Hingabe des einzelnen wird: Dann haben sich beide Begriffe genähert, und endlich sind sie zu einem geworden. Der höchste Nationalist ist dann zum wahrhaftigen Sozialisten geworden, denn auch er sieht ja nichts mehr vor sich als sein Volk; die Zukunft seines Volkstums, für das tritt er ein, allerdings nicht mehr mit der Halbheit unserer bisherigen nationalbürgerlichen Parteien, nein, sondern in der letzten Konsequenz. Er sagt nicht, ich bin national, aber ich bin bürgerlich, d. h., ich vertrete einen Klassenbegriff; nein, er bekennt: Ich bin national, d. h., so wie ich das Leben des Wirtschaftskampfes verlasse und zum Schicksalskampf der Nation übergehe, höre ich auf, etwas anderes zu sein als meine Mitbürger. Höre ich auf, etwas anderes zu sein als meine Mitbürger, du magst kommen woher du kommen willst, in dem Augenblick bin ich nicht mehr Bürger, du bist nicht mehr Proletarier, ich bin nicht mehr Beamter, du bist nicht mehr Arbeiter, ich bin nicht mehr der Angestellte, du bist nicht mehr Bauer, ich bin nicht Gewerbetreibender, und du, du bist dann nicht mehr meinetwegen ein Berufsvertreter, nein, in dem Augenblick sind wir eins geworden, in dem Augenblick sind wir Deutsche, Genossen eines Volks, Schwert- und Kampfgenossen auf dieser Welt. Als Nationalsozialist lehne ich die Demokratie ab. Ich bekenne, daß ich glaube und weiß, daß noch niemals ein Volk durch Majoritätsbeschlüsse gerettet worden ist. Ich glaube und ich weiß, daß auch in aller Zukunft kein Volk jene Leistungen vollbringen wird auf Grund von Majoritätsbeschlüssen, die ein zusammenbrechendes Volk wieder der Freiheit versichern. Ich glaube und ich bekenne, daß die Genialität der einzelnen Persönlichkeit mehr wiegt in der Waagschale der Völkerschicksale als sämtliche Majoritäten zusammengerechnet, und ich glaube und ich weiß weiter, daß es überhaupt nichts gibt auf der Welt an Großem, an Erhabenem in Kunst und Wissenschaft oder auch an politischen Fähigkeiten und Erkenntnissen, was nicht seinen Ausgang genommen hat von einzelnen, von der schöpferischen, einzelnen Persönlichkeit, und ich bin daher Antidemokrat; und ich bins nicht nur in der Theorie, ich bin es nicht nur in der Phrase, sondern ich bins in

54 Anspielung auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sog. Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

unserer eigenen Bewegung zuerst. Denn wenn heute der Gegner kommt und sagt, wir sind ja auch gegen den Parlamentarismus - nein, ihr seid ja selbst die parlamentarischen Organisationen; ihr wollt Deutschland vor dem Parlamentarismus retten, und eure Parteien sind ein rein parlamentaristisches Gebilde.

Was wir heute vor uns sehen, ist ein Deutschland, das in seiner ganzen Leistung autokratisch organisiert ist und in seiner gesamten politischen Leitung demokratisch.

Und was wir wollen, das ist, die Einheit wiederherstellen zwischen Leistung und Leitung.

Ich komme damit zum Dritten: Ich bin Anti-Pazifist. Ich bins auch nicht der Theorie nach, sondern ich bin es wirklich, d. h., die Bewegung, die der Nationalsozialismus darstellt und die der Nationalsozialismus heute ist, ist nicht pazifistisch vom Kleinsten an, es ist nicht eine Bewegung, welche den einzelnen lehrt, "Glaube an dein Recht und dir wird geholfen werden", sondern eine Bewegung, welche den einzelnen belehrt: Es gibt kein Recht, wenn hinter dem Recht nicht die Kraft und die Macht steht. Sorge dafür, daß dein Volk wieder in den Besitz der Kraft und der Macht kommt, und dann erst rechne auf Recht. Und du sorgst dafür nur dadurch, daß du selbst überall den Geist der Unterwürfigkeit aus dir und aus deinen Mitmenschen ausrottest.

Und so tritt der Nationalsozialismus heute als ein junger Stamm in den zerfallenen und verfallenen deutschen Wald hinein. Und was Sie in der Natur sehen, das wiederholt sich auch im Völkerleben. Die Eiche, die einmal morsch geworden ist und die nun langsam brüchig wird, sie kann tausendmal noch wünschen und wollen, daß sie erneut sich verjüngt, tausendmal kann sie hoffen, noch einmal grüne Blätter zu bekommen; nein, am Ende wird sie vergehen. Eine Frage bleibt nur offen: Kommt aus ihr heraus noch ein junger Stamm? Und im Völkerleben ist es nicht anders. Wenn ein Volk, d. h., wenn ein Wald morsch wird und bricht und fällt, dann hoffen Sie nicht mehr, daß die alten Bäume sich plötzlich noch mal verjüngen können. Auch im Völkerleben ist jeder Regenerationsprozeß in Wirklichkeit das Emporkommen einer neuen, jungen, frischen Bewegung.

An Stelle des zerfallenden Alten muß sich ein Neues nun bilden und muß in sich die Tugenden verkörpern, die dem Alten fehlten, und die das Alte nimmermehr gewinnen kann.

Der Beginn der deutschen Erhebung

Und wenn so in einem Volkskörper noch einmal aus dem Innern heraus die Keimzelle sich bildet, die der Mittelpunkt eines neuen Regenerationsprozesses werden kann, dann erst haben wir die berechtigte Hoffnung, daß dieses Volk nicht am Ende seiner Tage, sondern am Beginn einer neuen Zeit steht.

Und wenn Sie nun heute über Deutschland hinwegblicken, was sehen Sie? Ein zerfallenes Volk; Stände und Berufe, Konfessionen, Parteien, Bürgertum, Proletariat, Weltanschauungen, und das zergliedert sich immer mehr und zerfällt und kann sich nicht mehr gegenseitig verstehen [55]. Und wenn Sie tausendmal versichern, wir wollen ja auch Deutschland; wo denn? In euren eigenen Reihen zeigt es sich ja nicht einmal! Wie wollt Ihr im Großen hoffen auf das, was Ihr im Kleinsten nicht fertig bringt?

55 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Ihr sprecht von Deutschland und kennt nur Bürger, Ihr redet von Deutschland und kennt nur Gewerbetreibende oder Beamte oder Mieter oder Hausbesitzer usw. Ihr redet vom Volk und kennt nur Splitter davon [56].

Eine Bewegung allein gibt es, die heute in Deutschland keine Gruppe mehr kennt, sondern nur immer wieder ein Volk; und das ist die unsere.

Und Sie sehen die Reaktion auf diese Tatsache. Sie sehen heute hier einen großen Raum, und Sie sehen Menschen aus allen Berufen und Ständen hier. Und Sie können das in diesen Wochen 30.000 mal in Deutschland erleben [57], und immer dasselbe Bild. Ja, ich frage Sie: Wenn die Nation sich wirklich noch einmal erhebt, so muß doch die Erhebung irgendwo beginnen? Und ich frage Sie: Wenn das nicht der Beginn ist einer neuen deutschen Erhebung, wo sehen Sie denn dann den Beginn, wo ist er?

Wir leben in einer großen Zeit, weil wir sie gestalten.

Es ist unser Wille, der sie wieder auferstehen läßt; die Zeit unseres Volkes - wir gestalten sie! In uns erhebt sich wieder das, was Jahrtausende Deutschland gehalten hat. Das Volk steht wieder auf und siegt über Klassen und Stände, über Berufe und über Konfessionen. Sie sind ein Teilchen dieses Sieges, Sie, die Sie heute in Deutschland überall zu uns pilgern zu Hunderttausenden, nein, zu Millionen. Sie sind die Garanten dieser neuen deutschen Erhebung. Wenn die andern sagen, wir wollen national sein und wir wollen die Klassenspaltungen auch überwinden - wir haben sie überwunden! Fragen Sie einen aus diesen Reihen: Freund, weshalb trägst du das braune Hemd, weshalb [58]? Es soll bezeugen, daß in dem Augenblick, in dem vor uns das Schicksal der Nation steht, wir alle zu eines geworden sind. Dann steht da neben mir nicht mehr meinetwegen der Straßenfeger, steht aber auch neben mir nicht mehr meinetwegen der Adelige; in dem Augenblick steht neben mir der Genosse meines Volkes. Dein Kind kann es so gut sein als das Kind der anderen; Weib, du weißt nicht, welchem Kinde du das Leben schenkst, du weißt nicht, was dein Kind für Deutschland einmal bedeutet. Was wir sind, das wissen wir, unsern Wert kennen wir, was aber aus uns wird, das liegt im Schoße der Zukunft verborgen. Und was werden soll, wir ahnen es nicht; aber wir wünschen, daß unser Lebensstamm nicht vergeht, daß das deutsche Volk bestehen bleibt. Und wenn die andern sagen, wir wünschen euch, daß der Geist der Zwietracht überwunden wird, und bei uns herauswächst wieder die Gesinnung der Unterordnung, daß die Demokratie, der Parlamentarismus überwunden wird und anstelle dessen die Autorität der Genialität eintritt, so können wir Nationalsozialisten sagen: Ihr wünscht das, - wir haben es! Hier stehen Hunderttausende, die diesen Geist des Parlamentarismus überwunden haben, Hunderttausende, die alle bekennen: Es ist keine Schande zu gehorchen. Nur wer gehorchen übt, kann befehlen lernen; und wir wollen einst befehlen! Und Ihr sagt weiter: Wir wollen auch ein Deutschland der Kraft und der Stärke in der Zukunft. Ihr wollt es, wir bilden es; *das ist das Deutschland, das sich einst nicht mehr unterwerfen wird.* Wir pflegen den Geist des Widerstandes, wir sagen: Freund, niemals unterwerfe dich, niemals kapituliere, niemals sei feige,

56 Vgl. Dok. 88, Anm. 13.
57 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
58 Vgl. Dok. 86, Anm. 67.

bitte nicht den Herrn "Allmächtiger Gott, steh Du mir bei", bitte nicht den Herrn, "Allmächtiger, Gerechter, mache doch mich frei" [59]*; habt ein Gebet: Herr, laß mich nicht feige sein, laß mich selbst mutvoll mein Leben verteidigen. Ich erwarte nicht, daß Du entscheidest, nein, Du gibst dem Faulen nicht das Brot, Du gibst dem Feigen nicht die Freiheit, Du bist nur die Gerechtigkeit selbst. Wir wollen uns die Freiheit verdienen, und Du, Herr, urteile dann gerecht, ob wir ihrer würdig sind; entscheide dann darüber, ob wir nun gesühnt haben die Frevel der Vergangenheit, ob unser deutsches Volk nun wieder wert geworden ist, als Volk von Ehre und von Anstand unter den anderen Nationen zu schreiten. Wir wollen uns das erkämpfen, wir wollen ringen und wir wollen uns einsetzen, wir wollen mutig sein und wir wollen lieber bitten: Herr, wäge uns nun, und wenn Du glaubst, daß wir wert sind Deiner Gnade, dann schenke sie uns.*

Wir werden dann kämpfen, an uns soll es nicht fehlen.

Von der 7-Mann-Gruppe [60] *zur Millionen-Bewegung*

Millionen von Menschen haben diesen Geist in sich aufgenommen. Millionen von Menschen tragen diesen Geist in sich, und Millionen von Menschen wird dieser Geist wieder [61] erfassen.

Wir wollen ein anderes Deutschland! Und ich baue darauf, daß die Hunderttausende, die sich heute in unseren Reihen befinden, eingedenk sein werden des großen Ruhms und der großen Ehre unserer Brüder, unserer Kameraden und Mitgenossen vor 12, 13, 14, 15, 16 und 17 Jahren. Wir Nationalsozialisten reden nicht von einem neuen Staat, sondern wir versuchen ihn heute zu bilden, versuchen ihn zu formen, und werden damit den Kristallisationspunkt abgeben für dieses neue Reich der Zukunft, das Sie sich erhoffen, das Sie alle sich ersehnen, und an das wir glauben, und für das wir tätig sind. Denn wenn heute die Gegner wieder das Haupt schütteln und morgen schreiben werden: "Ein phantastischer Glaube!" - vergeßt eins nicht: Vor elf Jahren, da hättet Ihr vielleicht sagen können, ein phantastischer Glaube. Damals stand ich mit sechs Mann allein und hatte nichts für mich als meinen Glauben und meinen Willen. Damals befand sich nicht ein sogenannter prominenter Name unter uns. Unbekannte sind wir gewesen, Unbekannte, Namenlose. Vor zwölf Jahren da hätten sie sagen können: Was wollen Sie, wer sind Sie denn eigentlich, welchen Namen haben Sie? Keinen? Ich habe keinen Namen. Damals hätte ich Dir nur zur Antwort geben können: Frager, ich habe nur eine Nummer, hier eine Zinkplatte, "Bayerisches Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16, Nr. 167. [62]" Das bin ich, weiter gar nichts. Aber aus dieser Nummer sind 11 Menschen geworden, und aus 11 13, und aus den 13 3.000, und aus den 3.000 7.000; und dann sank es [63], und dann wurden es wieder 7.000, und dann 30.000, und dann endlich 100.000, 110.000, und nun sind es 290.000 [64], d. h. mehr als 4 Millionen Menschen, die nun anhängen. Und aus 290.000 werden fünf und werden sechshunderttausend, und es wird eine Million daraus werden; und die Zahl der Anhänger, sie wird auf zehn und wird auf zwölf und wird auf 15 und wird auf 20 Millionen steigen.

Wir werden wachsen, denn bei uns ist der Glaube und ist der Wille dazu.

---

59 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
60 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
61 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.
62 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.
63 Vgl. Dok. 50, Anm. 8.
64 Vgl. Dok. 72, Anm. 16 ferner Dok. 36, Anm. 15.

Und bei uns ist deshalb auch die Hingabe und ist der Fleiß und ist die Arbeit. Sie gehen am 14. zur Wahl. Ich bettele nicht um Ihre Stimme. Wenn Sie uns nicht vertrauen, gehen Sie zu den alten Parteien. Vertrauen Sie uns aber, dann kämpfen Sie bei uns mit uns. Die Stimme allein tut es nicht, denn merken Sie sich eins: Wir haben heute Parteien, die auf diesen 14. September hoffen und dann wieder schweigen werden. Wir sehen in dem Tag nur einen Tag des Zählens, der Feststellung unserer Arbeit. Ob wir siegen, wir wissen es nicht; ob wir groß siegen, wir wissen es nicht; ob wir 50 Mandate bekommen, wir wissen es nicht; ob wir 100 bekommen, wir wissen es nicht; aber eines, das weiß ich: Am 13. September findet unseres letzte Wahlversammlung statt, und am 15. beginnt der Kampf wieder von neuem und wird fortgesetzt mit allen legalen Mitteln [65], mit allen legalen Waffen, bis endlich Deutschland in unserem Lager steht und die andere Welt dann das neue Deutschland vor sich sieht. Denn das glauben wir:

Es wird vergehen die Zeit des deutschen Elends und der deutschen Not, es wird vergehen die Zeit, in der Deutschland in Ketten liegt, es wird vergehen die Zeit, in der die Welt über uns spottet, uns verächtlich behandelt; es wird vergehen die Zeit, in der sie uns glauben, auspressen zu können [*sic!*], *und es wird wiederkommen die Zeit, in der anstelle des heutigen Verfalls wiedererstehen wird ein mächtiges Deutsches Reich der Ehre und der Freiheit, der Kraft und der Macht und der Herrlichkeit.*

20. August 1930 [1] Dok. 91
Anordnung

Masch. Aufzeichnung mit Vermerk "Abschrift"; BA, NS 1/303 [2].

An *OSAF* [3] im Hause.

Hauptmann a. D. Wolff [4] hat mir unterm gestrigen die Bücher und Belege der Osaf-Stabskasse übergeben lassen. Vorbehaltlich der genauen Prüfung kann schon heute auf Grund einiger Stichproben festgestellt werden, daß die Belege größtenteils nicht den Anforderungen entspre-

65 Vgl. Dok. 41, Anm. 12.

1 Datierung nach Zeichnung durch Hitler.
2 Masch. Kopf: "Reichsschatzmeister (Sch/Sch), München, den 14. August 1930".
3 Franz von Pfeffer.
Seit der Führertagung der NSDAP am 27.7.1930 (vgl. Dok. 79, Anm. 1) ließen sich die latenten Spannungen zwischen Pfeffer und Hitler nicht mehr verbergen. Der Absetzung Pfeffers als Oberster SA-Führer am 1.9.1930 gingen mehrere scharfe Auseinandersetzungen zwischen ihm und Hitler voraus, so daß Pfeffer am 12.8.1930 sein Abschiedsgesuch einreichte. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 461 ff. sowie Dok. 56; Dok. 79, Anm. 1 sowie Dok. 99-103.
Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels Teil I, Bd. 1, S. 586 f., Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 81 ff. Tyrell, Führer befiehl, Dok. 98, Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 84 f.
4 Gustav Wolff (geb. 1876), Hauptmann a. D., 1929 Eintritt in die NSDAP, Tätigkeit im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Herausgeber des Wirtschaftspolitischen Pressedienstes, 1933 Stabsleiter des Wirtschaftspolitischen Amts der Reichsleitung der NSDAP, Juli 1933-Dezember 1934 Ausschluß aus der NSDAP.

chen. Beispielsweise sind Belege über Reisespesen ohne jede Spezifikation vorhanden. Außerdem wurden an Angestellte Zuschüsse ausbezahlt zu ihren von der Reichsleitung festgesetzten Gehältern. Hiezu war Osaf nicht berechtigt. Unter anderem hat der Stabschef laut Beleg an Frl. Frey [5] einen Betrag von RM 150.-- als Unterstützung ausbezahlt. Frl. Frey hat auf Befragen ausdrücklich schriftlich erklärt, daß es sich um keine Unterstützung, sondern um ein ihr freiwillig angebotenes Darlehen handelt. Frl. Frey hat sofort als erste Rate 50 Mark an die Reichskasse zurückbezahlt.

Die von Osaf beliebte Finanzgebarung wirkt sich nunmehr derart katastrophal aus, daß die Reichskasse bereits in wenigen Tagen der Reichszeugmeisterei mit einem Betrag von

RM 19.498,55

beispringen mußte [6]. Außerdem muß die Reichskasse für die demnächst fälligen Wechsel der Reichszeugmeisterei [7] wiederum aufkommen.

Da die bisherigen Überschüsse der SA-Versicherung [8] bis jetzt in Höhe von

RM 61.701,25

in den Betrieb der Reichszeugmeisterei hineingesteckt wurden, ergibt sich nunmehr die Tatsache, daß z. Zt. die vorliegenden Versicherungsansprüche von der Versicherungskasse nicht befriedigt werden können.

Auf Grund [*des*] Vortrages des Reichsschatzmeisters hat Herr Hitler nachstehende Maßnahmen für notwendig befunden:

1.) Künftig werden sämtliche, bisher der SA unterstehenden Wirtschaftsbetriebe, und zwar
a) Reichszeugmeisterei einschließlich sämtlicher Zeugmeistereien [9]
b) SA-Versicherung
c) Zigaretten-Betrieb "Sturm" [10]

---

5 Herta Frey, bis 1930 Privatsekretärin Hitlers.

6 Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels Teil I, Bd. 1, S. 599: "Es besteht der Verdacht, daß Pfeffer 30.000 Mk, sagen wir einmal, falsch gebucht hat." Krebs (Tendenzen und Gestalten der NSDAP, S. 144) nennt in diesem Zusammenhang dieselbe Zahl.

7 Die Reichszeugmeisterei der NSDAP hatte sich aus der im Februar 1927 eingerichteten SA-Wirtschaftsstelle entwickelt und begann am 1.4.1929 mit ihren Lieferungen - in erster Linie zur einheitlichen Uniformierung und Ausrüstung der SA. Obwohl diese Institution ihre Aufgaben zunächst in einem räumlich sehr beschränkten Rahmen wahrnahm, wurde sie - in Abgrenzung zu den übrigen Zeugmeistereien - als Reichszeugmeisterei bezeichnet, die sie als Teil der Reichsleitung der NSDAP auswies. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 415 f., Norbert Götz und Peter Weidisch, "Reichszeugmeisterei" (RZM). In: München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 283 sowie Bd. III/2, Dok. 81.

8 Vgl. Dok. 15, Anm. 4.

9 Laut Anzeige im VB vom 12.6.1930 waren auf der Ebene der SA-Gruppen folgende Zeugmeistereien für deren Ausrüstung und Uniformierung zuständig: Nord, Hannover (Außenstellen in Heide/Holstein und Lunden/Holstein); Ruhr, Elberfeld; West, Kassel; Ost, Berlin SW 48 (Außenstellen in Königsberg, Stettin, Berlin S 14 und Berlin N 54); Mitte, Dresden und Süd, München (Außenstellen in Heidelberg und Nürnberg).

10 Auf Initiative der Obersten SA-Führung hatte sich die NSDAP an der Sturm-Zigarettenfabrik Dreßler in Dresden finanziell beteiligt; seit Herbst 1929 gehörten ihr 49 % dieser Firma, die in wenigen Jahren zu einer der größten Zigarettenfabriken im Deutschen Reich wurde. Der Vertrieb lief zunächst über eine eigene Abteilung der Reichszeugmeisterei, seit 1930 über die Zeugmeisterei Mitte der NSDAP. Vor dem Hintergrund der chronischen Geldnot der SA wurden die Gewinne dieser Zigarettenfabrik, von denen ein bestimmter Prozentsatz an die einzelnen Gruppen und Untergruppen der SA verteilt wurde, zu einer der wichtigsten Finanzquellen der SA. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 60 ff. sowie Fischer, Stormtroopers, S. 128 f.

d) Versicherungs-Hilfe [11]
dem Reichsschatzmeister direkt unterstellt.

2.) Das Konto des Stabschefs Dr. Wagener [12] ist sofort aufzulösen. Schlußabrechnung ist vorzulegen.

3.) Osaf erhält künftig keine Mittel zur freien Verfügung zugewiesen. Vielmehr wird der Reichsschatzmeister alle Beträge des Osaf-Etats festsetzen und direkt überweisen. Dagegen trägt Osaf nach wie vor die Verantwortung für die richtige Verwendung der den Osaf-Stellvertretern überwiesenen Mittel.

Die den Angestellten und den Empfängern von Aufwandsentschädigungen zu unrecht ausbezahlten Zuschüsse werden diesen bei künftigen Zahlungen in Abzug gebracht.

4.) Die von Osaf vorgeschlagenen Aufwandsentschädigungen für den Osaf-Stab können nicht genehmigt werden. Vielmehr werden die Aufwandsentschädigungen wie folgt festgesetzt:

Osaf	RM 550.-- + RM 200.-- für Chauffeur
Fritz v. Pfeffer [13]	RM 250.--
Siedler [14]	RM 350.--
Hallermann [15]	RM 450.-- + RM 75.-- Krankenzulage
Zöberlein [16]	RM 200.--

Die bisher gewährte Aufwandsentschädigung für Dr. Wagener kommt in Wegfall. Für Hauptmann a. D. Wolff kann eine Aufwandsentschädigung nicht festgesetzt werden.

11 Die Nationalsozialistische Versicherungs-Hilfe sollte Mitglieder und Anhänger der NSDAP bei Versicherungsabschlüssen beraten und diese an diejenigen Versicherungsgesellschaften weiterleiten, die der NSDAP nahestanden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930, S. 150 ff.

12 Otto Wagener (1888-1971), Hauptmann a. D., 1919 Stabschef der Deutschen Legion im Baltikum, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Inhaftierung, 1920/21 Führer des badischen Teils der Organisation Escherich, seit 1920 Tätigkeiten in der Industrie, u. a. Direktor und Vorstand der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu in Karlsruhe, 1924 Dr. h. c., Oktober 1929 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, Januar-Dezember 1930 Stabschef der SA, 1931 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung/Amts der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur besonderen Verwendung im Stab Hitlers, April 1933-Juni 1933 Reichskommissar für die Wirtschaft, 1937 Wiederaufnahme in die SA im Rang eines SA-Gruppenführers, 1939 Hauptmann d. R., 1945 Generalmajor.

13 Fritz von Pfeffer (1892-1968, eigentlich Pfeffer von Salomon), Oberleutnant a. D., 1922-1929 Pächter und Verwalter in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Leiter der Personalabteilung im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Stabsführer der Generalinspektion der SA und SS in Kassel, 1933 SA-Gruppenführer, Polizeipräsident von Kassel, 1936-1942 Regierungspräsident in Wiesbaden, 1939 Reaktivierung, Chef der Zivilverwaltung beim Armeeoberkommando I, 1943 Tätigkeit in der Industrie, seit Juli 1944 kurzfristig inhaftiert.

14 Valerius Siedler (geb. 1900), Sportlehrer, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930 beim Stab OSAF-Stellvertreter Ost, 1939 Oberstfeldmeister beim Reichsarbeitsdienst.

15 Georg Hallermann (1898-1930), Leutnant a. D., 1923 Eintritt in die NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Westfalen, 1926-1930 Adjutant des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer. Vgl. ferner Dok. 117 und 118.

16 Hans Zöberlein (1895-1964), Maurer und Architekt, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, 1925-1927 Vorsitzender der Sektion Au-Giesing der NSDAP, 1927-1929 Führer des SA-Sturms 5 in München, 1929 SA-Standartenführer, Autor von "Der Glaube an Deutschland" (1931) und "Der Befehl des Gewissens" (1937), 1933-1935 Stadtrat in München, 1938 SA-Brigadeführer.

5.) Der Auto-Betrieb Osaf ist künftig auf das allernotwendigste und auch Dienstreisen bis auf weiteres nach Möglichkeit einzuschränken. Mittel für Dienstreisen können nur zur Verfügung gestellt werden, wenn rechtzeitig vorher das Einverständnis des Reichsschatzmeisters eingeholt worden ist.

6.) Bis auf weiteres wird der Etat für die Osaf-Stellvertreter wie folgt festgesetzt:

Osaf-Stellvertreter-Nord	RM 2.300.-	300.-	Hagelganz [17]
" " -West	RM 2.500.-	350.-	v.Fichte [18]
" " -Ost	RM 2.600.-	550.-	Stennes [19]
" " -Süd	RM 2.200.-	800.-	Schneidhuber [20]
" " -Mitte	RM 2.000.-	650.-	v.Killinger [21]
Gisass [*v.*] Ulrich [22]	RM 600.-		
	RM 12.200.-	2.650.-	

bezahlt 23.8.[*19*]30
Postscheck 23.

17 Ludwig Hagelganz, (geb. 1892), 1917 Botenmeisteranwärter bei der Provinzialverwaltung in Hannover, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1928-1931 Leiter der Geldverwaltung beim OSAF-Stellvertreter Nord, 1932/33 Propagandaleiter des Amtes für Beamte bei der Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig, 1934 Landessekretär bei der Provinzialverwaltung in Hannover.
OSAF-Stellvertreter Nord war damals Karl Dincklage, der jedoch schwer erkrankt war. Vgl. Dok. 119.

18 Werner von Fichte (geb. 1896), 1915 Leutnant, 1919 Freikorpsoffizier, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1922 Entlassung, Führer des Bundes Wiking in Westdeutschland, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter West Curt von Ulrich, 1930-1932, SA-Gruppenführer, OSAF-Stellvertreter West, 1933/34 Polizeipräsident von Erfurt, Juli 1934 Ausschluß aus der SA, danach Schriftsteller.

19 Walter Stennes (1895-1989), 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Polizeihauptmann a. D., 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 OSAF-Stellvertreter Ost, 1931 Ausschluß aus der NSDAP, Gründung der Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands, 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kaischeks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

20 August Schneidhuber (1887-1934), Major a. D., Landwirt, 1928 SA-Gruppenführer, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Süd (München), 1931/32 kommissarischer Führer der SA-Gruppe West, 1932/33 MdR (NSDAP), 1932-1934 Führer der SA-Obergruppe VII, München, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

21 Manfred Freiherr von Killinger (1886-1944), Kapitänleutnant a. D., 1919/20 Führer eines Sturmbataillons in der Brigade Ehrhardt, dann in der Organisation Consul, 1921/22 wegen Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen Reichsministers der Finanzen Matthias Erzberger inhaftiert, 1923-1927 Führer des Bundes Wiking und des Wehrwolfs in Sachsen, Thüringen und Schlesien, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1928-1933 MdL in Sachsen, 1928-1933 OSAF-Stellvertreter Mitte (Dresden), 1932 SA-Gruppenführer, SA-Inspekteur Ost, 1932/33 MdR, 1933-1935 Reichskommissar für Sachsen und sächsischer Ministerpräsident, Juli 1934 Inhaftierung, 1935 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1936-1938 Generalkonsul in San Francisco, 1940 Gesandter in Preßburg, 1941-1944 Gesandter in Bukarest, 1944 Selbstmord.

22 Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Verabschiedung als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

7.) Für die Sport-Organisation [23] können vorerst Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

8.) Die bei den in den Untergliederungen der SA [24] tätigen SA-Führern evtl. bestehenden vertraglichen Anstellungsverhältnisse sind von Osaf sofort zu lösen. In Zukunft werden diese Herren als Aufwandsentschädigungs-Empfänger behandelt. Ich ersuche das Weitere veranlassen zu wollen [25].

gez. Schwarz [26]

Gesehen und genehmigt
20. 8. 30 gez. Adolf Hitler

21. August 1930 Dok. 92
Rede auf NSDAP-Versammlung in Koblenz [1]

Koblenzer Generalanzeiger vom 22.8.1930, "Adolf Hitler in Koblenz" [2].

Adolf Hitler nannte den kommenden Tag des 14. September [*1930*] [3] einen ernsten Tag, an dem das deutsche Volk wieder einmal zur Urne schreite, um selber *über sein zukünftiges Schicksal zu bestimmen.* In den letzten zwölf Jahren seien alle Parteien mit bestimmten großen Zielen und Gedankengängen vor die Nation hingetreten, aber nichts sei von all den Versprechungen für das Volk wahr geworden. Im Gegenteil, das Volk sei nicht nationaler geworden und habe sich immer mehr von seinen Idealen entfernt. Eines hätten alle Parteien vergessen, die Tatsache, daß nur die Macht allein imstande sei, dem Recht Geltung zu verschaffen. Der

23 1927 war bei der Obersten SA-Führung ein Sportamt eingerichtet worden. Während des Reichsparteitags der NSDAP im Jahr 1929 wurden erstmals SA-Meisterschaften im Boxen ausgerichtet und Schaukämpfe in anderen Kampfsportarten vorgeführt. Vgl. Hans Joachim Teichler, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991, S. 33 f.

24 Schutzstaffel (SS), Nationalsozialistisches Automobil-Korps (NSAK).

25 Mit Schreiben vom 30.8.1930 informierte der Reichsgeschäftsführer der NSDAP Bouhler die Gauleitungen der NSDAP von Hitlers Entscheidung; BA, Slg. Schumacher 415.

26 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), 1896 Angestellter bei der bayerischen Militärverwaltung, 1900-1924 Verwaltungsbeamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Entlassung, Erster Kassierer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

1 In der Stadthalle, abends. Die Versammlung, an der etwa 10.000 (VB: 12.000, Rheinische Volkszeitung: 5.000-6.000) Personen teilnahmen, wurde vom Stadtverordneten und Leiter des Bezirks Koblenz-Trier der NSDAP Gustav Simon geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet.

2 Vgl. auch Rheinische Warte vom 22.8.1930, "Des tschechischen Stars Adolf Hitler einmaliges Gastspiel"; VB vom 24./25.8.1930, "Hitler in Koblenz"; VB vom 27.8.1930, "Koblenz im Zeichen Adolf Hitlers"; Koblenzer Volkszeitung vom 27./28.8.1930, "Hitler in Koblenz"; Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930, "Der Sturm bricht los! Adolf Hitler am Rhein und in Franken".

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

Erfolg der Parteien sei der gewesen, daß sie die deutsche Nation in zwei große Hälften zerrissen hätten. Gegenüber der Hälfte, die ihr Heil im Internationalismus suche, stehe die andere Hälfte der bürgerlichen Begrenztheit. Über das Proletariat und über das begrenzte Bürgertum hinweg müsse sich, wenn Deutschland nicht langsam zugrunde gehen soll, eines Tages das ganze deutsche Volk erheben. Ein Millionenvolk [4] sei ins Unglück gestürzt worden, weil politische Entschlüsse im Kampf der Parteien falsch gefaßt worden seien.

Nach einer scharfen *Kritik über die Nachkriegspolitik* stellte der Redner fest, daß es sich jetzt nicht um die Besserung des Einzelschicksals handele, sondern um das gesamte deutsche Volksschicksal, ein Schicksal, das an die Ernährungsmöglichkeit unseres Volkes gebunden sei. Wenn das deutsche Volk heute 20 Millionen Menschen zuviel habe, so müsse es entweder mehr Ausdehnungsmöglichkeit haben oder eine expansive Wirtschaftspolitik treiben. Hierbei stehe aber weniger die Frage der Arbeit und Leistung im Vordergrund als die Frage des Absatzmarktes, der in der ganzen Welt begrenzt sei. Der Redner fuhr dann fort: Wir wollen dem deutschen Menschen ein neues gesundes Denken beibringen, auf daß es [*sic!*] wieder als fester geschlossener Körper in der Welt auftreten kann. Es wird auch in Zukunft so sein, daß gesunde Völker den Lebensraum ihrer Bevölkerungszahl anpassen. Es gibt einen Gott, der die Welt nicht erschaffen hat für faule, erbärmliche und nicht für feige Wesen [*sic!*] [5]. Die Nationen, die die Kraft besessen haben, den Raum zu behaupten, sind groß und stark geworden, und die anderen sind immer dem Untergang geweiht gewesen. Ich glaube nicht, daß es im Sinne des Schöpfers liegt, minderwertige Geschöpfe zu konservieren, ich glaube vielmehr, daß der Lebensraum vom Schöpfer den ehrlichen, fleißigen, treuen, aber auch mutigen Geschöpfen zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube an den ewigen Fortschritt der Welt und an das Recht, deshalb glaube ich auch an den Aufstieg der Rassen, die den Fortschritt wollen. Wenn ein Volk jahrhundertelang die Auswanderung zuläßt, dann heißt das, daß jahrhundertelang die besten Kräfte diesem Volk entströmen. Wir erkennen die heutige entsetzliche Not unseres Volkes [6]. Sie wird nicht zu beheben sein durch den Geburtenrückgang [7]; nur zwei Wege führen dazu, sie zu beheben. Entweder ich schränke mein Lebensziel ein oder ich kompromittiere und breche die Not. Wir sehen in die Welt und vergessen, daß wir auf tönernen Füßen stehen. Wir aber wollen nicht, daß das deutsche Volk sich im geistigen Kampf untereinander verzehrt und energielos zusieht, wie der Weltraum [*sic!*] um es herum verteilt wird; wir wollen, daß das deutsche Volk um seinen Lebensraum kämpft. Die zwanzig Millionen, die Deutschland heute zuviel hat, müssen erhalten bleiben. Wir lassen uns auf unserem Wege des Kampfes mit unserer zweitausendjährigen Tradition von keiner anderen Macht verdrängen. Wenn man uns heute von der Gleichberechtigung ausschalten will, so fragen wir, wo in aller Welt ist ein Volk, das so Großes geleistet hat wie das deutsche. Die Kraft hat unser Volk bis zum Schluß gehabt, aber nicht den Glauben [8]. Denn ein Volk darf nicht sein innerstes Wesen aufgeben, nicht die Quellen seiner innersten Kraft preisgeben. Und doch wäre von allen Völkern das deutsche

4 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

5 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Dok. 82, Anm. 7.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 9.

8 Vgl. Dok. 77, Anm. 7.

Volk am berechtigsten [*sic!*], dem unbekannten Soldaten ein ewiges Denkmal zu setzen [9]. Amerika kann neue Maschinen und Schiffe bauen, das können wir auch. Amerika kann Wolkenkratzer bauen [10], das können wir auch. Was aber unser Volk gekonnt hat, das kann Amerika nicht. Unser Volk muß sich nun auf seine eigene Kraft besinnen, und es wird untergehen, wenn es sich nicht vom Internationalismus, von der Demokratie und dem Pazifismus abkehrt. Den *Begriff der politischen Macht* umriß der Redner mit den Worten: Nicht die Waffe steht an der Spitze der politischen Macht, sondern der Wille des Volkes zur Wehrhaftigkeit und die bewußte Art der Organisation. Das nationalsozialistische Glaubensbekenntnis zeigt den Weg, der zurückführt zu jener Stellung, die Deutschland in der Welt verdient. Die Führung des Volkes, das seinen Wert erkennt und ihn pflegt, muß logisch und organisch aufgebaut sein. Die Nationalsozialisten müssen Anti-Internationalsozialisten [*sic!*] sein bis zur letzten Konsequenz. Der Nationalsozialismus bedeutet letzte Hingabe des einzelnen an sein Volk. Wir werden in diesem Kampf mit allen legalen Mitteln [11] kämpfen und den Sieg erringen. Wir werden uns gegen unsere Feinde zu schützen wissen und wir kämpfen, weil wir wissen, daß es kein Recht gibt, wenn nicht hinter dem Recht die Kraft und die Macht steht [12].

---

9 Am 11.11.1920, am Jahrestag des Waffenstillstands von Compiègne, wurde in Paris unter dem Arc de Triomphe und gleichzeitig in London in Westminster Abbey ein unbekannter französischer bzw. britischer Gefallener des Weltkriegs beigesetzt. Der ursprünglich französischen Idee der Ehrung des "Unbekannten Soldaten" in symbolischer Vertretung aller im Weltkrieg gefallenen Soldaten folgten 1921 die USA und Italien, 1922 Belgien. Vgl. Volker Ackermann, "Ceux qui sont pieusement morts pour la France...". Die Identität des Unbekannten Soldaten. In: Francia 18/3 (1991), S. 25-54.
Im Deutschen Reich wurde seit 1924 das Projekt eines entsprechenden Reichsehrenmals diskutiert, jedoch in der Zeit der Weimarer Republik nicht verwirklicht. Einen gewissen Ersatz bildete das am 2.6.1931 von Reichspräsident von Hindenburg, Reichswehrminister Groener und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun in Berlin eingeweihte Ehrenmal, das in der von Karl Friedrich Schinkel erbauten Neuen Wache Unter den Linden untergebracht war. Nachdem ein unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit ausgeschriebener Wettbewerb am 12.7.1930 zu Ende gegangen war, begann der Umbau der Neuen Wache noch im selben Monat. Vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 47 ff.

10 Das Hochhaus als Gebäudetyp entstand am Ende des 19. Jahrhunderts in den USA als Reaktion auf die hohen Grundstückspreise in den Geschäftsvierteln. 1930 gab es in den USA 377 Gebäude mit mehr als 20 Stockwerken, davon 188 in New York. Seit 1924 entstanden auch im Deutschen Reich Gebäude dieser Art, die erst durch den Einsatz von Stahlskeletten möglich geworden waren, so in Rüsselsheim das Opel-Verwaltungsgebäude mit 58 m, in Düsseldorf das Wilhelm-Marx-Haus mit 56 m und in Leipzig das Europahaus mit 47 m Höhe.
Konkret spielt Hitler vermutlich auf das Chrysler Building an, das von Februar 1929 bis September 1930 unter Leitung des Architekten William Van Alen im Stil des Art Deco erbaut wurde und mit seinen 77 Stockwerken und seiner Gesamthöhe von 349 m damals zum höchsten Gebäude der Welt wurde. Vgl. Paul Goldberger, Wolkenkratzer. Das Hochhaus in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1984. Ferner Klaus Schwabe, Anti-Americanism within the German Right, 1917-1933. In: Jahrbuch für Amerikastudien 21 (1978), S. 89-107.

11 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. August 1930 Dok. 93
"Der Staat.
Ein zeitgemäßes Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'"
Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 23.8.1930.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten und leicht überarbeiteten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S.16-25/München [65]1933, S. 425-435). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

24. August 1930 Dok. 94
"An der Wende des deutschen Schicksals" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Forchheim [2]

Forchheimer Zeitung vom 25.8.1930, "Nationalsozialistische Wahlkundgebung" [3].

Nationalsozialistische Ausdrucksformen dieser Art [4] gebrauchte in der darauffolgenden Versammlung in der Turnhalle 1861 der Führer Adolf *Hitler* nicht. Er war im allgemeinen sachlich, wohl weil er weiß, daß es mit Rücksicht auf Zuhörer, die an andere Umgangsformen gewöhnt sind, nicht immer ratsam ist, wie Drescher mit Flegeln dreinzuschlagen. Bei seinem Erscheinen mit frenetischem Beifall begrüßt, behandelte [*der*] Redner lang und breit die derzeitigen politischen Verhältnisse und die trostlose Wirtschaftslage [5], deren Ursachen im Versailler Diktat [6], im Dawes- [7] und Young-Plan [8] zu suchen seien. Im weiteren sagte Hitler neben star-

1 Titel laut Forchheimer Zeitung.

2 In der Halle des Turnvereins 1861 von Forchheim. Die überfüllte Versammlung wurde von MdL und Gauleiter Hans Schemm geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hitler sprach etwa 2 1/2 Stunden. Hitlers Ansprache ging ein um 14.00 Uhr beginnender Propagandazug von etwa 400 SA-Männern voraus, der mit einer Ansprache Schemms auf dem Paradeplatz in Forchheim endete.

3 Vgl. auch Forchheimer Tagblatt vom 25.8.1930, "Adolf Hitler in Forchheim!"; VB vom 27.8.1930, "Hitler in Forchheim"; Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930, "Der Sturm bricht los! Adolf Hitler am Rhein und in Franken".

4 Bezieht sich auf folgenden Teil der Vorlage: "Dort predigte Landtagsabgeordneter Hauptlehrer *Schemm* das Programm der Nationalsozialisten: Kampf dem heutigen Staatssystem, Kampf dem Marxismus und vor allem (natürlich!) der Bayer[*ischen*] Volkspartei. Er sprach in seiner blumenreichen Rede u. a. auch von Schweinehunden, Bonzen und Volksverrätern."

5 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

ker Betonung des Rassegedankens dem heutigen Staatssystem schärfsten Kampf an. Die nationalsozialistische Bewegung werde nicht ruhen, bis sie die weitaus stärkste Partei im Reichstag sei und dann werde sie die anderen Parteien und mit ihnen den Parlamentarismus nach Hause schicken. Denn seine Bewegung sei *nationalistisch bis zum Fanatismus* und dann vor allem *antidemokratisch* [9].

25. August 1930 Dok. 95
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 29.8.1930.

Als Referenten für landwirtschaftliche Fragen habe ich den Dipl.-Landwirt, Pg. *R. Walther Darré* [1] in die Organisations-Abteilung II der Reichsleitung der N.S.D.A.P. [2] berufen [3].

München, den 25. August 1930

Adolf *Hitler*

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Richard (Ricardo) Walther Darré (1895-1953), 1920 Diplomkoloniallandwirt, 1925 Diplomlandwirt, 1928/29 landwirtschaftlicher Sachverständiger an der deutschen Gesandtschaft in Riga, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SS, Referent für landwirtschaftliche Fragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1931-1938 Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP und des Rasse- und Siedlungsamts (seit 1935 Siedlungshauptamts) der SS, 1933-1942/44 Reichs- und preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 1933-1942/44 Reichsbauernführer, 1934 SS-Obergruppenführer.

2 Zur damaligen Tätigkeit Darrés vgl. Gies, Darré, S. 37 ff. sowie Anna Bramwell, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985, S. 78 ff.

3 Nach seiner Rede in Gotha (vgl. Dok. 44) waren Hitler und Darré erstmals am 11.5.1930 in Saaleck (Unterfranken) zusammengetroffen, am 1.8.1930 hatte Darré seine neue Stelle bei der Reichsleitung der NSDAP angetreten. Vgl. Briefe Darrés an Alma Darré vom 11.5. und 23.7.1930; IfZ, ED 110/10.

26. August 1930 Dok. 96
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ludwigshafen [1]

VB vom 31.8.1930, "20.000 marschieren an [2]".

Er [*Hitler*] rechnet zunächst ab mit den alten Parteien und mit ihren Sünden, die sie seit 12 Jahren am deutschen Volke begangen haben: "Wir sehen sie eifrig an der Arbeit, die alten Firmenschilder zu überstreichen, sehen sie auf der *Suche nach neuen Namen* und sehen, wie es einer eifrigen Presse gelingt, der öffentlichen Meinung den Gedanken zu suggerieren, als handle es sich um grundsätzliche Neugebilde, während es *in Wirklichkeit die alten Parteien* sind, die immer und immer wieder den äußeren Mantel wenden, die alten Männer, die immer und immer wieder neue Larven vorbinden, um vor die deutsche Nation hintreten zu können [3].

Wenn man die anderen Parteien in ihrem Treiben verfolgt, dann könnte man wirklich verzweifeln daran, ob aus dieser Wahl [4] etwas anderes herauskommt, als das, was aus so vielen Wahlen seit 12 Jahren herausgekommen ist. Und doch, wer den Blick von diesen Parteien wegwendet und wer den Blick hinwendet *zur nationalsozialistischen* Bewegung, der kann sich sicher nicht des Gefühls erwehren, *daß in Deutschland jetzt um andere Prinzipien gefochten wird* als bisher.

Es hat sich aus unserem Volke ein neuer Körper siegreich und machtvoll erhoben, und dieser Körper stellt die Erhebung der deutschen Nation dar, eine Erhebung, die alles Morsche hinwegfegt, die alle Stände erfaßt [5], alle Berufe umschließt, eine Erhebung, die von Osten nach Westen, von Süden nach Norden sich stündlich weiterverbreitet [6]. Das Bild, das man

---

1 In der Großen Halle am Ebertplatz, von etwa 21.00 bis 22.00 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Josef Bürckel geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet. Wegen Heiserkeit mußte Hitler seine Rede nach etwa einer Stunde beenden.
Die Angaben über die Zahl der Teilnehmer schwanken, an der unteren Skala die Arbeiter-Zeitung, die von 10.000 Zuhörern schreibt, an der oberen der VB, in dessen Überschrift 20.000 Zuhörer genannt werden; realistisch erscheint wohl eine Teilnehmerzahl von 13.000 bis 15.000 Personen. Alle Berichte betonen die großangelegte propagandistische und organisatorische Vorbereitung der Versammlung, die sich auf die gesamte Pfalz, Baden, Hessen und das Saargebiet erstreckt habe. Die Karten, von denen die NSDAP laut General-Anzeiger vom 26.8.1930 26.000 vorbereitet hatte, wurden zum Preis von 2 RM, 1,20 RM und 50 Pfennig verkauft.

2 Vgl. auch General-Anzeiger Ludwigshafen a. Rh. vom 25.8.1930, "Allgemeines Kundgebungsverbot"; Pfälzische Post vom 25.8.1930, "Zur Hitlerversammlung in Ludwigshafen"; Arbeiter-Zeitung vom 27.8.1930, "2.000 Luxusautos bei Hitler"; General-Anzeiger Ludwigshafen a. Rh. vom 27.8.1930, "Adolf Hitler spricht"; Neue Badische Landeszeitung vom 27.8.1930, "Was Hitler uns lehrt"; Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 27.8.1930, "Brüning oder Hitler?" und "Hitler in Ludwigshafen"; Pfälzische Post vom 27.8.1930, "Adolf Hitler in Ludwigshafen"; Pfälzischer Kurier vom 27.8.1930, "Adolf Hitler in der Pfalz"; Pirmasenser Zeitung vom 27.8.1930, "Hitlerversammlung in Ludwigshafen"; Oppau-Edigheimer Anzeiger vom 28.8.1930, "Hitler in Ludwigshafen"; VB vom 28.8.1930, "Hitler in Ludwigshafen"; Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 29.8.1930, "Hitlers Kulturpolitik". Ferner Hans Fenske, Die pfälzische NSDAP 1921-1932. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 85 (1987), S. 347-381.

3 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

5 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

heute hier sieht, das kann man jetzt in ganz Deutschland erleben. Es ist ein neuer Geist eingezogen in unser Volk.

Um was wird heute gekämpft, wenn man die Parteiprogramme der alten Parteien [7] durchstudiert? Man muß zugeben, daß die Herren zur Zeit sehr bescheiden geworden sind. Früher behauptete man, um größere weltanschauliche Gesichtspunkte zu kämpfen. Und was ist in Erfüllung gegangen? Nichts! *Weder die linke noch die rechte Seite hat erreicht, was man unserer Nation zu erreichen vorgab.*

Die *rechte* Seite hat es nicht fertiggebracht, das Chaos zu überwinden, sie hat es nicht fertiggebracht, ihre Monarchie wieder zu begründen [8], sie hat es nicht fertiggebracht, die nationale Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, sie hat es nicht fertiggebracht, die Vergewaltigung vor dem Einbruch des Parlaments zu säubern [*sic!*]. Aber vor allem nicht, den nationalen Gedanken zu einem Gemeingut der ganzen deutschen Nation zu erheben.

Und die *Linke?* Wo ist die Weltabrüstung geblieben, wo bleibt der Völkerfrieden, wo bleibt die Besiegung des Kapitalismus [9]? Bisher hat in Deutschland die internationale Hochfinanz ausschließlich regiert. Es ist besonders bemerkenswert, daß seit dem Siege der sog. sozialistischen Revolution [10] keine Weltkonferenz stattfindet, die nicht letzten Endes von internationalen Bankherren ihr Gepräge und ihr Diktat erhält [11]. Eines haben sie erreicht:

Deutschland hat abgerüstet [12] *und zahlt von seinen erpreßten Steuergroschen die Bewaffnung der andern.*" Stürmische, nicht endenwollende Zustimmung fand Adolf Hitler als er erklärte: *"Was haben nationale Parteien für einen Sinn, wenn sie zu allen Zeiten nur die Steigbügelhalter der demokratischen Gebilde sind* [13]*? Was haben christliche Parteien für einen Sinn, wenn sie dauernd mit dem Marxismus regieren* [14]*, dauernd mithelfen, die Nation zu schwächen?*

Welchen Sinn haben heute sozialistische Parteien, wenn unter ihrem Regiment die Not der Masse dauernd größer wird [15]*, wenn die Zahl der Arbeitslosen fast stündlich wächst* [16]*, wenn unter ihrem Regiment Millionen von Existenzen vernichtet werden?"*

Der stürmische Beifall, der wiederholt die Rede Adolf Hitlers unterbrach, war besonders stark, als der Führer der nationalsozialistischen Bewegung verkündete: *"Kein Stand entgeht*

---

7 Vgl. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 425 ff.

8 Vgl. Dok. 87, Anm. 37. Zu den wirtschaftlichen Forderungen der DNVP vgl. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 540 ff.

9 Vgl. das Programm des Spartakusbundes vom Oktober 1918, die Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik und über den Parlamentarismus der KPD vom Oktober 1919 sowie das Aktionsprogramm der SPD vom September 1922. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 430 ff., 439 ff., 458 ff.

10 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

11 Gemeint sind wohl die internationalen Konferenzen zur Regelung der deutschen Reparationsfrage. Vgl. Dok. 5, Anm. 5 und 65; Dok. 6, Anm. 2; Dok. 77, Anm. 21 und 22.

12 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

13 Vgl. Dok. 32, Anm. 19.

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 5. Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar der Neuen Pfälzischen Landes-Zeitung vom 29.8.1930, "Hitlers Kulturpolitik".

15 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

16 Vgl. sowie Dok. 63, Anm. 11.

seinem Schicksal, und dieses Schicksal ist das deutsche Reichs- und das deutsche Volksschicksal.

Und dieses Volksschicksal setzt sich nicht zusammen aus dem einzelnen Menschen, sondern das Schicksal des einzelnen Menschen wird bestimmt durch das Schicksal der Nation [17]*."*

29. August 1930 Dok. 97
"Weltgeschichte in Tuntenhausen [1]" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB vom 31.8.1930, "Die Bayerische Volkspartei ein überflüssiges, bankerottes Gebilde" [4].

Als wir im Jahre 1918 von der Front zurückkehrten und in der Heimat ein zertretenes Volk vorfanden, da kannten wir nur ein einziges Ziel: Der Sinn der Geschichte durfte nicht verfälscht werden durch die Meineidstat des 9. November 1918, - den Kampf gegen den Marxismus, aus dem heraus diese Tat geboren worden war [*sic!*]. Der Marxismus ist das System und die Lehre mit Hilfe deren man ein Volk dem Untergang und Zusammenbruch entgegenführt. Wir werfen dem Marxismus folgendes vor:

Er zerstört die Völker in ihrem inneren Wert dadurch, daß er die Rasse als die Grundlage jeden Volkstumes verneint. Er zerstört durch seinen Massenwahn den Wert der Einzelpersönlichkeit. Er vernichtet in jedem Menschen den natürlichen Instinkt der Selbstbehauptung. Er erhebt die Korruption zum System. Er degradiert den Sozialismus zur Lüge. Er arbeitet mit Phrasen und Floskeln, deren positives Ergebnis gleich Null ist. Er hat uns nicht nur um einen Krieg gebracht [*sic!*], *er hat unser Volk in namenloses Unglück gestürzt.*

---

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Anspielung auf den 1869 von Ludwig Graf von Arco-Zinneberg und Balthasar Daller gegründeten "Bayerisch-patriotischen Bauernverein zu Tuntenhausen", bei dessen jährlichen Herbsttagungen führende Vertreter des bayerischen Zentrums bzw. der BVP auftraten. Vgl. Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986, S. 30 f.

2 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10205) und Ankündigung im VB.

3 Im Zirkus Krone, ab 20.30 Uhr. Die Versammlung, die laut Polizeibericht ab 19.00 Uhr überfüllt war, wurde vom Stadtrat und Sektionsführer der NSDAP München-Schwabing Karl Fiehler mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Bemerkenswerterweise ging Hitler in seiner Rede nicht auf die aktuellen politischen Ereignisse in Bayern ein: Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Held war am 20.8.1930 zurückgetreten, nachdem der Landtag die Notverordnung über eine Schlachtsteuer abgelehnt hatte. Angesichts des Haushaltsdefizits hielt die Regierung diese Steuer, die von SPD, Bauernbund und NSDAP abgelehnt wurde, für unabdingbar. Da eine Regierungsneubildung auf parlamentarischem Weg nicht möglich war, blieb die Regierung Held als geschäftsführende Regierung im Amt. Vgl. Zorn, Bayerns Geschichte, S. 330 f.

4 Vgl. auch Münchener Post vom 30./31.8.1930, "Der Stierkämpfer von Tuntenhausen". Ferner Polizeibericht VI d Nr. 149230 der Polizeidirektion München vom 30.8.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.

Das Volk hatte um sein nacktes Dasein in diesem Kriege gekämpft -, wohin wir blicken, legen die gefallenen Helden Zeugnis ab von ihrer Treue [*sic!*] [5].

Noch immer waren die Revolutionen anders motiviert gewesen als diese. *Revolutionen brachen immer dann aus, wenn das Volk seine Belange durch seine Herrscher nicht entsprechend gewahrt glaubte;* vor dieser Revolution in Deutschland aber stand das Wort:

"Wir wollen, daß Deutschland aus diesem Kriege seine Flagge nicht siegreich heimbringt [6]*."*

Die Revolution hat nun unser Volk endgültig in zwei Teile zerspalten:

Ein Teil hatte sich schon vor dem Kriege *abgekapselt*, und der andere Teil erklärte: "Die Feinde stehen uns näher als die Volksgenossen aus dem eigenen Volke [7]"; nur so konnte es kommen, daß man den Worten eines Wilson mehr Glauben schenkte [8] als einem Deutschen, *daß man einen ehem*[*aligen*] *Schrapnellfabrikanten* [9] *höher einschätzte als den Bruder aus dem eigenen Volke. Unser heutiges System hat, von der Legislative bis zur Exekutive, nur den einen Zweck: Uns den Diktaten* [10] *unserer Feinde anzupassen. Die Frucht der Arbeit eines Jahrhunderts geht dahin, das fleißigste Volk auf der Erde hat heute nichts mehr, was es sein eigen nennen kann.*

Das politische Bürgertum hat seine Pflicht dem vierten Stande, der in der Zeit der Gründerjahre entstand, gegenüber nicht begriffen. Der Arbeiter war für es ein Mensch zweiter Klasse. Dafür fand ein anderes Volk den Weg zu dem verachteten vierten Stand: *der Jude.*

Und dieser witterte auch die Kraft, die in den Millionen deutscher Arbeiter steckte: *In der französischen Revolution erschlich er sich mit Hilfe des Bürgertums die Gleichberechtigung* [11] *und heute will er mit Hilfe des Proletariats seine Diktatur über uns aufrichten.*

Der Kopf einer anderen Rasse sitzt auf unserem Volkskörper, Herz und Kopf in unserem Volke sind nicht mehr ein und daselbe. Wir haben deshalb auch keinen Haß gegen den Kommunisten, er sieht ja nicht, wer hinter ihm steht.

Aus dem Kampf mit dem Marxismus heraus entstand unsere Bewegung, - die junge Bewegung. Das Reich stürzt. Die Unvernunft siegt - und da gehen die alten Parteien, anstatt zu

5 Zu den Kriegerdenkmälern der Weimarer Republik vgl. Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4, S. 47 ff.

6 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

7 Zur Geschichte der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Miller, Burgfrieden und Klassenkampf.

8 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 sowie Dok. 77, Anm. 7, 9 und 12.

9 Gemeint ist vermutlich David Lloyd George, 1915 britischer Munitionsminister. Als britischer Premierminister hatte sich Lloyd George 1919 für maßvolle Friedensbedingungen eingesetzt und in seinem Fontainebleau-Memorandum vom 25.3.1919 darauf hingewiesen, daß die alliierten Reparationsforderungen die deutsche Zahlungsfähigkeit überschritten. Vgl. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 138 ff.

10 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

11 Durch das Emanzipationsdekret der französischen Nationalversammlung vom 28.1.1790 erhielten die als portugiesisch, spanisch und Avignoner bezeichneten Juden staatsbürgerliche Rechte, durch das Dekret vom 27.9.1791 wurden diese Rechte auf alle in Frankreich lebenden Juden ausgeweitet. Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erhielten die französischen Juden jedoch erst im Jahr 1846. Vgl. Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1971, Vol. VI, S. 702 f., Vol. VII, S. 22 f.

kämpfen, her und überstreichen ihre alten Namen. Ihr Geist aber blieb derselbe. Es waren die gleichen Führer, die gleichen Journalisten und dieselben Parteibonzen [12].

Und ein Jahr nach der Revolution haben wir dasselbe Bild wie vorher. Die bürgerlichen Parteien haben in der kritischen Zeit geschwiegen. *Wer hat dem Marxismus den Boden vorbereitet? Wo waren sie alle in der Stunde der Gefahr?*

Wir haben uns anfangs nur gegen einen Feind gewandt, gegen den Marxismus. Auf bürgerlicher Seite war man anfangs auch noch gegen den Marxismus. Es stellte sich aber dabei kein Erfolg ein. Man war sogar noch monarchisch [13], doch die Monarchisten wirtschafteten selbst ab durch ihre Selbstaufgabe. Auf einmal trat die nationalsozialistische Bewegung auf - und hatte Erfolg. Und nun erfolgte aber auch im bürgerlichen Lager ein Umschwung: *Es kam die Periode des Neides. Der Neid ging über in eine Periode der Angst, ausgeschaltet zu werden, und zuletzt schlüpfte man ins marxistische Bett und prostituierte sich* [14]. *Man wollte mitgaunern, um mitmachen zu können.*

Heute bietet das Bürgertum dem Marxismus Schutz [15], die Zuchthäuser und bürgerlichen Staatsanwälte überbieten sich in der Bekämpfung des deutschen Freiheitskampfes [16]. Das *Bürgertum steht fester zu dem Produkt der Revolution als die Macher der Revolution selbst.*

Ich wäre nun ein schlechter Soldat, wenn ich mich nicht wehren würde. Für mich ist aber die beste Abwehr und Parade der Hieb. *Stellt ihr euch gegen uns, so wundert euch nicht, wenn euch die Feuerwalze* [17] *bricht.*

Wenn man gegen etwas kämpft, muß man wissen, wogegen man kämpfen will. Gewöhnlich sucht man sich im politischen Kampfe dabei einen Kopf heraus. *Wo aber sind bei unserem Kampfe gegen das politische Bürgertum die Köpfe, die wir uns aufs Korn nehmen sollen? Die Ziele sind zu klein!* Wir müssen uns daher mit der Idee selbst beschäftigen, was viel schwerer scheint.

Der größte politische Kopf für das Bürgertum war einst in Bayern *Kahr*. Man stattete ihn mit diktatorischen Vollmachten aus [18]. Von diesem Kopf hing das bayerische Schicksal ab. Es war aber kein Kopf. Jede Partei hat aber, wenn sie auch keine Köpfe hat, wenigstens einen Typ. Die Sozialdemokratie hat ihr Erfurt [19], das Römertum hatte Rom, Hellas hatte Athen - *und die Bayerische Volkspartei hat Tuntenhausen.*

In diesem Typ verkörpert sich ein bestimmter Geist.

12 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.
13 Vgl. Dok. 87, Anm. 37.
14 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.
15 Vgl. Dok. 71, Anm. 5.
16 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
17 Massiertes Artilleriefeuer in festgelegten Streifen, das analog zum Vorwärtsdringen der eigenen Einheiten langsam nach vorn gelegt wird, um den Gegner niederzuhalten und dessen Verteidigung lahmzulegen.
18 Im Angesicht der sich zuspitzenden politischen Lage hatte die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Eugen von Knilling den damaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern Gustav von Kahr am 26.9.1923 zum Generalstaatskommissar von Bayern ernannt und ihm damit sämtliche in Bayern liegende Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden - mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden - direkt unterstellt. Vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 193 ff.
19 Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes hatte sich die SPD auf dem Erfurter Parteitag (14.-20.10.1891) ein neues, im wesentlichen von Karl Kautsky und Eduard Bernstein erarbeitetes Parteiprogramm gegeben, das bis 1921 Geltung hatte. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 349-353.

Und so verkörpert sich auch in dem Typ von Tuntenhausen der Geist der B.V.P. *Für den Geist der Bayerischen Volkspartei ist Tuntenhausen die Metropole seines Wirkens. Dieser Geist aus Tuntenhausen hat bereits bei ihrer Geburt* [20] *Pate gestanden.*

Warum kam überhaupt diese Partei?

Man wollte eintreten für die bayerischen Belange, man wollte die bayerischen Hoheitsrechte [21] erhalten usw.

Was hat diese Partei aber getan, um ihrer Aufgabe im höchsten Sinne gerecht zu werden? Man stellte sich auf den Boden der Demokratie und des Parlamentarismus und fand sich mit den bestehenden Verhältnissen ab [22]. *Eine Partei mit einer derartigen Mentalität verzichtet von vornherein auf die Erfüllung ihrer Wünsche. Sie hatte sich selbst die Grenzen gezogen, sie wollte ja von Anbeginn an nicht über Bayerns Grenzen hinauswachsen* [23].

Wenn das Problem Bayern in Tuntenhausen zu lösen wäre, so hätten sie recht. *Soll aber Bayerns Eigenstaatlichkeit gewahrt bleiben, so muß das ganze deutsche Volk in den Dienst des föderativen Gedankens gestellt werden.* Der Gedanke müßte zu einer ganz großen Sache erhoben werden. So aber sind es gigantische Gebilde, denen die B.V.P. in ihrem parlamentarischen Kampfe um Bayerns Eigenstaatlichkeit gegenübersteht!

Was sind denn diese 17 Mann im Deutschen Reichstag [24]? *Hier in München sehen sie noch nach Löwen aus, solange genügend Bier vorhanden ist. In Berlin aber werden sie zu winselnden Pinschern, sie wollen nicht mehr kämpfen, sie schmiegen sich sanft an die Größeren an* [25]*, sie tun dort anders als hierzulande.*

---

20 Als Ableger des bayerischen Zentrums wurde die BVP am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg gegründet, zu welcher der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins Georg Klier die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.

21 Die zahlreichen Reservatrechte, welche die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 den Ländern und im besonderen dem Königreich Bayern zugesichert hatte, waren durch die neue Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 weitgehend eingeebnet worden, etwa durch Abbau der Länderfinanz- und Verkehrshoheit, den Wegfall der militärischen Hoheitsrechte, die Aufhebung des ausländischen Gesandtschaftsrechts, die Eingliederung des Post- und Telegraphenwesens in die Deutsche Reichspost, die Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeit des Reiches auf Kosten der Länder, die Vereinheitlichung des Ausnahmerechts und der Einschränkung der Länderautonomie in den Bereichen Bildung, Schule und Religion. Vgl. Albert Schwarz, Die Zeit von 1918 bis 1920. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Errichtung des Freistaates (1918-1933). In: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Max Spindler. Bd. IV/1: Das neue Bayern 1800-1970, München 1974, S. 387-453, hier S. 435 ff. sowie Handbuch der Bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980.

22 Vgl. Dok. 5, Anm. 20.

23 Der föderalistische Gedanke stand von Anfang an im Mittelpunkt von Programmatik und Politik der BVP; ihr bis Oktober 1922 angenommenes, sog. Bamberger Programm, das den Verbleib Bayerns im Deutschen Reich bejahte, jedoch die "Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches" forderte, trug diesem Gedanken noch einmal dezidiert Rechnung. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 22 ff., 42 ff. Druck des Bamberger Programms der BVP vom Oktober 1922: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 506 f.

24 Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der BVP in der IV. Wahlperiode vgl. Reichstags-Handbuch 1928. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928 ferner Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 73 ff.

25 Seit Januar 1925 waren BVP und Zentrum in acht Reichsregierungen vertreten; davor hatte sich jedoch das Zentrum an neun Reichsregierungen ohne die BVP beteiligt. Zu den Spannungen zwischen BVP und Zen-

An den Früchten sollt ihr sie erkennen. Und was sind die Früchte des föderativen Kampfes der B.V.P.? ... *Die restlose Preisgabe auch der letzten ehemals bayerischen Hoheitsrechte!*

Anfangs sprach man noch von der monarchischen Treue gegen das angestammte Haus Wittelsbach. Heute hört man nichts mehr von einer Monarchie [26]. Man hat sich auch in der Republik bereits schön eingerichtet.

Man rief: Wir kämpfen gegen den Bolschewismus [27]! Man handelt aber nach der Parole Ruhe und Ordnung, das heißt, man schlägt unser Volk so lange, bis es ruhig ist.

Die, die gegen den Bolschewismus wirklich kämpfen und auch bewiesen haben, daß sie kämpfen können, werden heute mit dem Gummischlauch [28] der behördlichen B.V.P. so lange geschlagen, bis sie *"ruhig"* sind! Diese Herrschaften haben aber 1918 und 1919 schon bewiesen, wie sehr sie die Ruhe und die Ordnung aufrecht zu erhalten vermögen. Man stelle sich vor, der Bolschewismus brande an Bayerns Grenzen empor, und die 17 Mann der B.V.P. wollten dann noch den Bolschewismus auf "legalem" Wege bekämpfen! Man betrachte sich doch einmal diese 17 Mann.

Man gibt vor, für das Christentum zu kämpfen [29]. Heute wogt *bereits* ein gigantischer Kampf: *"Hie Christenkreuz - hie Sowjetstern"* [30]. Und es sind polare Gegensätze, die in diesem Kampfe ausgetragen werden. Auf der einen Seite die christl[*iche*] Kultur und auf der anderen Seite *asiatischer Zerstörungswahn, jüdischer Zerstörungswahnwitz* [*sic!*]. Es ist ein Weltkampf, der heute die Gemüter erschüttert. 12 Jahre kämpft man nun in der B.V.P. schon diesen Kampf. *Hat das Christentum etwa zugenommen? - Nein, aber die falschen Propheten im Schafspelz* [31], *wie sie in Tuntenhausen herumlaufen!* Sie haben Glück, daß sie nicht schon vor 2.000 Jahren gelebt haben, da wäre einer gekommen und hätte die Pharisäer und Händler mit der Peitsche aus des Herrn Tempel gejagt [32]!

---

trum, die während des Wahlkampfs zur Reichspräsidentenwahl 1925 ihren Höhepunkt erreichten und eine Wiedervereinigung der beiden Parteien verhinderten, vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 172 ff.

26 Auf dem Parteitag der BVP im Dezember 1925 hatte der Fraktionsvorsitzende der BVP im bayerischen Landtag Georg Wohlmuth die Priorität der föderalistischen vor der verfassungsrechtlichen Frage betont. Der Parteivorsitzende Karl Friedrich Speck hatte die Frage der Wiedererrichtung der Monarchie bewußt offengelassen, jedoch herausgestellt, daß eine Änderung der Verfassung nur auf legalem Weg möglich sei. Vgl. Dok. 5, Anm. 20 sowie Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 175 f.

27 Im Gegensatz zum Zentrum war die Frontstellung der konservativeren BVP zu den Linksparteien, zu denen sie auch die SPD rechnete, sehr viel schärfer ausgeprägt. Diesen Tenor verdeutlicht ein Flugblatt der BVP vom 22.11.1918, in dem offen mit der Separation Bayerns gedroht wurde, wenn in Berlin "Judentum und Asphalt" und "der rücksichtslose Terrorismus von Anarchisten und Bolschewisten" regierten. Eine Koalition zwischen BVP und SPD kam deshalb auf Reichsebene nur im 2. Kabinett Müller zustande. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 27 f., 116 ff., 215 ff.

28 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

29 "Die Bayerische Volkspartei steht in allen Fragen der Kultur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Sie verlangt volle Freiheit aller Konfessionen und ihrer Einrichtungen, sowie gleichmäßige Berücksichtigung der Anstalten und Angehörigen aller Konfessionen, insbesondere bei Bereitstellung öffentlicher Mittel und bei Verleihung öffentlicher Ämter." Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506, hier S. 503.

30 Die Wahlplakate von BVP und Zentrum verwiesen immer wieder auf den Gegensatz von christlicher Religion und Kommunismus. Vgl. Müller, Das Wahlplakat, S. 281 ff.

31 Anspielung auf Matthäus 7, 15: "Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe."

32 Anspielung auf Matthäus 21, 12-17; Markus 11, 15-19; Lukas 19, 45-48; Johannes 2, 13-17.

Man will den deutschen Bauern vor dem Untergang retten [33] - eine gewaltige Aufgabe, und aber [*sic!*] noch nie gab es in Bayern so viel Bauernelend als in diesen Tagen [34]. *Die Rettung des deutschen Bauern erfordert einen gründlichen Wandel und Umschwung in der ganzen Reichspolitik, diese aber kommt bestimmt nicht durch die 17 Mann der Bayerischen Volkspartei.*

Das Loch im bayerischen Staatshaushalt [35] sollte gestopft werden, *man wollte es immer wieder von den Gleichen nehmen, die schon jahrelang geben mußten.*

Wenn ihr besteuern wollt, so besteuert die Warenhäuser [36], *besteuert die Brauindustrie* [37], *sorgt, daß diese ihre Lasten nicht auf die Konsumenten abwälzt, es geht auch ohne 27 Prozent Dividende, baut euren verbonzten Beamtenapparat von oben herab ab* [38]*!*

Wir gaben euch in Weimar ein Beispiel: Von 5 Ministerialdirektoren wurden 3 abgebaut, die Anzahl der Regierungsräte wurde dort von 45 auf 13 dezimiert, und so ist es uns gelungen, die Hälfte des Defizits allein durch den Abbau höherer Beamtenstellen zu decken [39]. Anstatt dessen aber blasen die Herren *Stützel* [40], *Koch* [41], *Held* in Bayern in das Horn - nicht von

---

33 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 hatte unterstrichen, daß die BVP "die Interessen der Bauern kraftvoll schützen" und einer "gesunden Agrarreform zur rechten Zeit Rechnung tragen" werde. Obwohl das Parteiprogramm versuchte, den Forderungen aller Schichten und Berufsgruppen gerecht zu werden, vertrat die BVP faktisch in erster Linie bäuerliche und bürgerliche Interessen. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 89 ff. Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506, hier S. 503.

34 Durchschnittlich waren die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern im Januar 1928 zu 23% ihres Einheitswerts verschuldet. 1928 mußten in Bayern 415, 1929 510 landwirtschaftliche Betriebe zwangsversteigert werden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern, Neunzehnter Jahrgang 1930. Hrsg. vom Bayer. Statistischen Landesamt. München 1930, S. 79, 48*. Zur Agrarkrise in Bayern vgl z. B. Wolfgang Stäbler, Die Neue Bauernbewegung. Oberbayerischer Bauernprotest in der Endphase der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51 (1988), S. 901-915.

35 Das Defizit für den ordentlichen bayerischen Staatshaushalt wurde für das Jahr 1929 auf 43.918.050 RM veranschlagt, für das Jahr 1930 auf 21.800.000 RM. Die Voranschläge für den außerordentlichen Staatshaushalt erwiesen sich für beide Rechnungsjahre als ausgeglichen.
Der Gesamtschuldenstand des bayerischen Staates betrug im Jahr 1928 381.843.289 RM, weitere Zahlen hinsichtlich des Gesamtschuldenstands lagen 1930 noch nicht vor. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1930. Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930, S. 515, 523.

36 Die BVP versuchte, ihrem Selbstverständnis als Mittelstandspartei entsprechend, die Ausbreitung von Kaufhäusern durch Auflagen zu erschweren. Vgl. Peter Steinborn, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968, S. 407. Allgemein zur Bedeutung der Kaufhäuser vgl. Dok. 8, Anm. 12.

37 Anspielung auf die im April 1930 eingeführte Biersteuer. Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

38 Vgl. Dok. 72, Anm. 6.

39 Vgl. Dok. 72, Anm. 7.

40 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Innenminister (BVP).

41 Julius Koch (geb. 1881), 1905 bayerischer Leutnant d. R., 1912 Bezirksassessor in Neustadt, 1921 Tätigkeit beim Arbeiterversicherungsdienst bei der Regierung in Oberfranken, 1922 Regierungsrat, Referatsleiter bei der Polizeidirektion München, 1924 Leiter der Verkehrsabteilung, 1929 Oberregierungsrat, Leiter der Polizeidirektion Augsburg, 1929-1933 Polizeipräsident von München, 1934 Entlassung aus dem Staatsdienst.

Uri[42], - sondern von Tuntenhausen, und lassen den Stier von Tuntenhausen in den Porzellanladen des Bayerischen Landtags hinein, und dann wundert man sich, wenn nicht alles nach Wunsch verläuft!

Wir kämpfen für Deutschland und retten damit auch Bayern. Wir kämpfen gegen den Internationalismus, gegen die Klassenspaltung in unserem Volke[43]. *Wir wollen das deutsche Schicksal im Großen wenden. Wir kämpfen gegen die Kulturzerstörung und Kulturzersetzung. Wir wollen wieder eine Wehrverfassung*[44], *welche uns an Stelle des Söldnerheeres*[45] *ein deutsches Volksheer gibt. Es muß eine grundsätzlich andere Außenpolitik getrieben werden, ein Abwenden von dem Kriechen und Betteln um Frankreichs Gunst*[46]. *Die Sklavenverträge müssen überwunden werden, dann wird auch bei uns der deutsche Bauer wieder leben können. Ein grundsätzlicher Wandel unserer wirtschaftspolitischen Einstellung muß erfolgen. Es soll bei uns nicht vorkommen, daß man um des Weizenbrotes willen Millionen von Zentnern Roggen verkommen läßt*[47]. *Wir werden das Volk einst zwingen, Schwarzbrot zu essen.*

Wir werden kämpfen, bis er kommt, der Tag der Freiheit und des Glückes unseres Volkes, und ein Reich soll vor uns dann stehen:

Nach innen reich und vielgestaltig, nach außen eins und schwertgewaltig, das Reich der deutschen Ehre, des Brotes und der deutschen Freiheit.

30. August 1930 — Dok. 98

"Zentralismus oder Föderalismus (Eine Antwort aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf', auch eine sehr aktuelle Frage)" Artikel[1]

Illustrierter Beobachter vom 30.8.1930.

42 Anspielung auf Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell (1804), I. Akt, 3.Szene.
43 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
44 Vgl. Dok. 68, Anm. 27.
45 Vgl. Dok. 37, Anm. 3.
46 Vgl. Dok. 86, Anm. 61.
47 In der Kabinettssitzung vom 2.5.1930 hatte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele auf die Überschüsse auf dem Roggenmarkt hingewiesen, die bei der nächsten Getreidekampagne etwa 1.000.00 t betragen würden. Mit der Verordnung über Änderung der Zollsätze für Roggen und Gerste vom 22.5.1930 hatte die Reichsregierung deshalb den Zoll für Roggen von 9,- RM auf 15,- RM je dz heraufgesetzt. Dennoch verringerte sich der Reichsdurchschnittspreis für 1 t Roggen von 171,70 RM im Januar 1930 auf 162,90 RM im August 1930. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Brüning I u. II, Dok. 24, 39. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 282; 1931, S. 267. Druck der Verordnung: RGBl. 1930, I, S. 175.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten und leicht überarbeiteten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 214-226/München [65]1933, S. 633-646). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1. September 1930 Dok. 99
Telegramm an Franz von Pfeffer

Privatbesitz.

Nehme Ihren Rücktritt hiermit an [1]. Einstweilen auf diesem Wege meinen Dank für Ihre der Bewegung geleisteten Dienste. Erwarte Ihre weitere Mitarbeit an meiner Seite. Behalte mir Regelung finanzieller Seite [2] auf mündliche Aussprache vor. Erwarte Sie Dienstag vormittag [3] in München.

Adolf Hitler

---

1 Pfeffer hatte am 29.8.1930 der SA-Führung und der gesamten SA seinen Rücktritt angekündigt (BA, Slg. Schumacher 403). In seinem Befehl an die gesamte SA erklärte er, daß es nicht ungewöhnlich sei, "wenn sich alle vier Jahre mal ein Personalwechsel in einer hohen Stellung vollzieht". Dagegen ging er in seinem Befehl an die SA-Führung offener auf die Gründe seines Rücktritts ein:
"*Vertraulich!*
1.) In Verfolg meines Abschiedsgesuches vom 12.8.30 habe ich am 29.8.30 die Oberste SA-Führung niedergelegt, führe aber die Geschäfte vorläufig weiter. Ich bitte, dieses durch meine gedruckten Abschiedsworte *beschleunigt* allenthalben bekanntzugeben.
2.) Der Anlaß meines Rücktrittes liegt in der Art der Beteiligung der SA an unserem großen Triumphe anläßlich der bevorstehenden Wahl. Wohl ist es mir sehr recht, daß die Beteiligung nicht in Mandaten besteht, dafür aber glaube ich eine anderweitige sichtbare und materiell fühlbare Beteiligung in einem Umfange fordern zu müssen, der leider nicht erreicht worden ist.
3.) Ich bitte auch an dieser Stelle nochmals zu beherzigen, daß selbst wenn man Bedenken, Schmerz und Ärger über die Entwicklung auf einem gewissen Gebiete der Gesamt-Bewegung hat, man vielleicht seine Arbeit auf diesem Gebiete einstellen kann, man aber niemals die Gesamt-Bewegung stören darf. Die deutsche Freiheitsbewegung als solche wird und muß siegen, wird und muß vorwärtsgehen - wie sehr sie auch auf diesem oder jenem Gebiete mit Fehlern behaftet sein mag. Darum bitte ich, etwaige Rücktritte nicht ostentativ, nicht geschlossen, nicht in der Wahlzeit zu vollziehen (wozu mich leider die Umstände gezwungen haben) und überhaupt nicht eher, als es unumgänglich nötig erscheint.
4.) Allen Sta[*ndarten*]f[*ührern*] überreiche ich bei meinem Abschied ein Bild. Wo jemand vergessen wurde, bitte ich nachzufordern.
v. Pfeffer."
Zum Konflikt zwischen Hitler und Pfeffer vgl. Dok. 56, Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91 mit Anm. 3 sowie Dok. 100, Anm. 2.

2 Vgl. Dok. 91.

3 3.9.1930.

1. September 1930 [1] Dok. 100
Rede auf SA-Versammlung in Berlin [2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalamt (I A) Nr. 3716 I A 7/1930, an die Polizeidirektion München vom 16.9.1930; StA München Polizeidirektion 6808 [3].

Hitler gab eingangs seiner Ansprache bekannt, daß er mit dem 1.9.1930 die Führung sämtlicher "S.S." und "S.A." übernehme [4]. Die Mitteilung löste großen Jubel aus. Sodann gab er einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung vor elf Jahren [5]. Er betonte immer wieder, daß die heutige Größe und Bedeutung der Partei nur oder zumindest zum weitaus größten Teil das Verdienst der S.A. sei. Er bat für seine Person um Vertrauen mit der Versicherung, daß er die Partei im Kampf gegen das heutige System und für die Errichtung des dritten Deutschen Reiches [6] immer geradlinig geführt habe. Er werde aber in diesem Kampf nicht nur den *kürzesten* sondern auch den *sichersten* Weg einhalten. Er versicherte, daß er aus den Vorgängen im Jahre 1923 [7] und den 13 Monaten Festungshaft [8] gelernt habe. Wörtlich führte er aus: "Wir werden uns an die Verfassung halten, an die man uns zu halten gezwungen hat [9], aber nicht nur an ihre Pflichten, sondern auch an ihre Rechte. Nach dem aus dem heutigen System geborenen Recht werden wir nach und nach alle Machtpositionen des Staates erobern, wir werden eine Polizei-Direktion nach der anderen besetzen und die

1 Datierung nach Vorlage.

2 Im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, nach 21.00 Uhr. An der Veranstaltung nahmen laut Vorlage über 2.000 SA-Leute aus dem Gau Groß-Berlin teil, 300-500 Personen befanden sich im Vorraum und im Treppenhaus des Kriegervereinshauses.
Im Gegensatz zum OSAF von Pfeffer hatte sich die Berliner SA-Führung unter Leitung von OSAF-Stellvertreter Ost Stennes nicht damit abgefunden, daß SA-Führer als Kandidaten für den neuen Reichstag unberücksichtigt blieben (vgl. Dok. 79, Anm. 1 und Dok. 91 mit Anm. 3). Die Unzufriedenheit über die chronischen Geldnöte der SA (vgl. Dok. 58, Anm. 6 und Dok. 91, Anm. 10) und den Gaugeschäftsführer der Berliner NSDAP Franz Wilke verschärften die Spannung. Nachdem Stennes am 23.8.1930 von Hitler in München nicht empfangen wurde, beschloß die Berliner SA-Führung am 28.8.1930, ihren Dienst so lange zu verweigern, bis mindestens zwei SA-Führer auf der Reichstagswahlliste der NSDAP plaziert seien und Wilke seines Postens enthoben würde. Als am 30.8.1930 Teile der Berliner SA die Gaugeschäftsstelle der NSDAP verwüsteten, erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt: Hitler sagte seine für den 30./31.8.1930 in Dessau und den 2.9.1930 in Braunschweig anberaumten Reden ab und führte seit 31.8.1930 mehrere Gespräche mit der Führung der Berliner NSDAP und SA, bei denen es ihm vorläufig gelang, die Gegensätze auszugleichen.
Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 475 ff., Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 582 ff., Longerich, Die braunen Bataillone, S. 102 ff. sowie die Darstellung durch Stennes in seinem 1931 verfaßten Manuskript "Wie es zur Stennes-Aktion kam" (IfZ, Fa 88) und in: Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging. Biografie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 111 ff. Zur Datierung: Abschrift OSAF-Diensttagebuch; StA München, Polizeidirektion 6826.

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 2.9.1930 (AA), "Der Sturm der SA"; Der Angriff vom 4.9.1930, "Ekelhafte Wahlhetze" und "'Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen...'"; VB vom 4.9.1930, "Hitler in Berlin" mit differierender Datumsangabe. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 595 ff.

4 Vgl. Dok. 101.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

6 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.

7 Gemeint ist Hitlers mißlungener Putschversuch am 8./9.11.1923.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

9 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

ungesetzliche Haltung des Staates unserer Bewegung gegenüber zurückführen auf den Weg des verfassungsmäßig auch uns gewährleisteten Rechts.

In diesem Kampfe", so sagte er weiter, "nehme die nationalsozialistische Bewegung den Notwehr-Paragraphen [10] für sich in Anspruch." Nach dem 14. September [*1930*] [11] werde es nicht mehr vorkommen, daß die vom marxistischem Gesindel überfallenen S.A.-Kameraden durch von der Parteimaschine beeinflußte Richter abgeurteilt werden. Auch der Justiz wird die NSDAP ein aufmerksames Auge widmen und sie aus dem heutigen Sumpf zum Wege des Rechts zurückführen. Dafür, daß er, Hitler, diesen Kampf nicht allein führe, daß dieser Kampf auch zum sicheren siegreichen Ende geführt werde, dafür spreche er heute zu seiner S.A. - zu seiner S.A., als deren Führer er nunmehr keinen Stellvertreter brauche [12], für die er zu jeder Stunde, mag ihn die Stunde treffen, wo immer er weile, zu haben sein werde. Seine an sich überanstrengte Stimme zum fast hysterischen Schreien steigernd, appellierte er an die Treue seiner S.A. und endete theatralisch: "Wir wollen in dieser Stunde geloben, daß nichts uns trennen kann, so wahr uns Gott helfen kann gegen alle Teufel! Unser allmächtiger Herrgott segne unseren Kampf [13]!"

10 Anspielung auf § 53 StGB. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931, S. 159.

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

12 Vgl. jedoch Dok. 103.

13 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
Der Bericht fährt fort: "Die einsetzenden Heil-Rufe wurden abgewinkt, weil Hitler mit gefalteten Händen, wie im Gebet versunken, seinen eigenen Worten nachlauschte.
Inzwischen war mit Unterstützung einiger Begleiter der General a. D. *Litzmann* auf der Bühne erschienen, und es wiederholte sich die aus dem "Völkischen Beobachter" und der Veranstaltung im Sportpalast [*vgl. Dok. 41*] bekannte Szene des Treugelöbnisses des alten Heerführers an den jungen Parteiführer! Litzmann beglückwünschte die 'S.A.' zu ihrem Führer und den Führer zu seiner 'S.A.'. Er verstieg sich sogar dazu, Hitler den S.A.-Leuten als ihren nunmehrigen 'Obersten Kriegsherrn' zu bezeichnen.
Nachdem Hitler nochmals kurz dem General gedankt und das Gelöbnis der wiederhergestellten Einigkeit entgegengenommen hatte, verließ er ohne die Berliner Führerschaft den Saal. Während der Rede Hitlers wurde ein bisher unbekannt gebliebener Versammlungsteilnehmer als angeblicher Spitzel der Abteilung IA [*der politischen Polizei*] mit Gewalt aus dem Saale entfernt.
Auch Goebbels war bereits zum Weggehen angezogen. Er wartete aber anscheinend nur darauf, daß einige Rufer ihn zum Reden aufforderten. Das geschah auch. Seine Ausführungen streiften die Vorgänge der letzten Tage, ohne bestimmte Angaben über die Art der entstandenen Zwischenfälle zu machen. Er unterließ es wohl in der Annahme, daß den Anwesenden diese Dinge bekannt waren. Er gab die Versicherung ab, daß er niemals die S.A. und ihre Bedeutung für die Bewegung verkannt oder geleugnet hätte. Nach dem Vorbilde des Parteiführers werde auch er in Zukunft immer direkt mit jedem einzelnen verhandeln, so daß Zwischenträgereien vermieden werden. Einig und geschlossen stände er mit der S.A. zu ihrem Führer, der wieder einmal bewiesen habe 'wenn die Not am größten, ist Adolf Hitler am nächsten'. Er bat dann unter das Vergangene einen Strich zu ziehen und mit neuem Mut und neuer Kraft die Wahlarbeit wiederaufzunehmen.
Dem gemeinsamen Wirken werde es möglich sein, 'die Propheterei der jüdischen Journaille' Lügen zu strafen. Wenn die inneren Auseinandersetzungen drei Tage Wahlarbeit unmöglich machten, so soll der Welt bewiesen werden, daß die S.A. diesen Verlust in zwei Nächten wieder einbringt und die Sportpalast-Kundgebung am 3. September solle beweisen, daß die Bewegung noch nie so einig war, wie nach dieser, vielleicht notwendigen Auseinandersetzung. Seine rührseligen Ausführungen waren recht langatmig und darauf angelegt, bei seinen Hörern Mitgefühl wachzurufen und seinen Rückzug gegenüber den Angriffen der 'Osaf-Ost' (Stennes) nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.

2. September 1930 Dok. 101
"An die gesamte SA und SS"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403 [1].

Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist zurückgetreten [2].

Ich übernehme mit dem heutigen Tage die oberste Führung der gesamten einst von mir gegründeten SA und SS [3].

Ich erwarte von allen SA- und SS-Führern und -Männern Treue und Gehorsam.

Ich spreche an dieser Stelle dem auf eigenen Wunsch scheidenden bisherigen Oberster SA-Führer, Hauptmann v. Pfeffer, für seine außerordentlich großen Verdienste meinen und der Bewegung Dank aus.

Seine Kraft wird der Bewegung künftighin an anderer Stelle wiedergegeben werden [4].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Führer

Stennes, der nach Goebbels sprach, beschränkte sich auf die Bekanntgabe eines Befehls, den Hitler 'An alle S.A. und S.S.' [*sic!*] herausgegeben hat. [*Folgt gekürzte Wiedergabe von Dok. 101 und 102*].
Dieser Befehl, den Stennes trocken und mit einer gewissen Überlegenheit verlas, löste ungeheuren Jubel aus. Der Befehl, so führte Stennes aus, bedeute die Wiederherstellung des Vorranges der SA innerhalb der NSDAP. Stennes bedankte sich dann noch für die ihm bewiesene Treue und erklärte, daß er sich Maßnahmen für die 'Weichgewordenen' noch vorbehalte. Damit meinte er die Standarte 5 (Lichtenberg), weil sie gegen seinen Befehl in den kritischen Tagen Parteiarbeit geleistet hatte. Im übrigen habe nunmehr jedes Gerede zu unterbleiben. Wo dennoch Schwätzer auftauchen sollten, würde zur Selbsthilfe geschritten und 'dem Stänker' eins aufs Maul geschlagen werden."

1 Kopf: "Partei- und Oberster SA-Führer München, den 2. September 1930". Veröffentlicht im VB vom 3.9.1930.

2 Vgl. Dok. 99 mit Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 100. Zur Reaktion der SA-Führung auf die von Hitler eingeleitete Neustrukturierung der Obersten SA-Führung vgl. z. B. die Stellungnahme zur vorgesehenen Umorganisation der SA-Führung durch den OSAF-Stellvertreter Süd Schneidhuber vom 19.9.1930; Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 336-339.

4 Nach seinem Rücktritt als OSAF soll Pfeffer in der Reichszeugmeisterei der NSDAP eingesetzt worden sein. Eine wichtige Funktion innerhalb der Partei ist nicht zu ermitteln. Erst im November 1932 erhielt Pfeffer ein Reichstagsmandat. Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, S. 144 sowie BDC, Personalakte Franz von Pfeffer.

2. September 1930 Dok. 102
"Verfügung"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403 [1].

1.) Ich verfüge die Erhebung einer besonderen SA-Zulage [2] in der Höhe von 20 Pfg. pro Kopf der Mitglieder, die ausschließlich der SA zugeführt wird. Die Zustimmung der General-Mitgliederversammlung wird nachträglich eingeholt.

2.) Ich verfüge die sofortige Erhöhung der Aufnahmegebühr von RM. 1.- auf RM. 2.- für jedes neue Mitglied. RM. 1.- hiervon ist von den Ortsgruppen unmittelbar an die zuständigen SA-Dienststellen abzuführen. Die Zustimmung der General-Mitgliederversammlung wird nachträglich eingeholt.

3.) Ich verfüge die strikte Ablieferung von 50 % der von den Ortsgruppen eingehobenen Kampfschatzspenden an die SA.

Ich verfüge die Zuweisung von Rechtsschutz für verhaftete SA- und SS-Männer auf Kosten der zuständigen Gaukassen [3].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Füher
(Von sämtlichen Parteiblättern nachzudrucken)

1 Kopf: "Partei- und Oberster SA-Führer München, den 2. September 1930". Veröffentlicht im VB vom 3.9.1930.
2 Zur finanziellen Situation der SA vgl. Dok. 58, Anm. 6 und Dok. 91, Anm. 10.
3 Die Ausführungsbestimmungen zu Hitlers Verfügung wurden mit Rundschreiben vom 3.9.1930 von Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz sämtlichen Gauleitungen bekanntgegeben; BA, NS 1/51.

3. September 1930 Dok. 103
Anordnung [1]

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403.

Hauptmann *Wagener* zeichnet bis zur endgültigen Regelung als Stabschef [*der SA*] in meinem Namen [2]. Seine Anordnungen haben Befehlsgewalt für sämtliche SA-Dienststellen [3].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Führer

4. September 1930 Dok. 104
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg [1]

Königsberger Hartung'sche Zeitung vom 5.9.1930, "Zwei Wahlreden in Königsberg" [2].

Dann trat Hitler in Erscheinung, von den Seinen auf *Faschistenart* [3] theatralisch begrüßt. Sprach gute anderthalb Stunden; gesagt hat er eigentlich gar nichts. Er gab einen Rückblick auf die Entstehung der *N.S.*[*D.*]*A.P.*, erläuterte auf seine Art die Begriffe des *Nationalismus*

1 Kopf: "OSAF 3.9.30".

2 Zur Vorgeschichte der Ernennung Wageners zum Stabschef der SA vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 81 ff., 93 ff. ferner Dok. 56, Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91 mit Anm. 3 sowie Dok. 99-102.

3 In der Vorlage schließt sich folgende Anordnung Wageners an diejenige Hitlers an: "Der scheidende OSAF v. Pfeffer hat mich ebenso wie den gesamten OSAF-Stab gebeten, unsere Arbeit wie bisher, so auch in Zukunft in den Dienst der SA zu stellen. Nachdem der Partei- und Oberste SA-Führer mich bis zu einer endgültigen Regelung als Stabschef bestätigt hat, bitte ich die OSAF-Stellv[*ertreter*] und SA-F[*ührer*], mit allen Kräften mit mir zusammen zu arbeiten, damit die SA die Gerüchte, die durch die Berliner Vorgänge in der Öffentlichkeit entstanden sind, Lügen straft und alles für einen überwältigenden Wahlsieg der N.S.D.A.P. am 14. September [*1930*] einsetzt.
Der Stabschef:
gez.: *Wagener*"

1 Im Haus der Technik, abends. Die Versammlung, an der laut Vorlage 8.000 (VB: 16.000) Personen teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP in Königsberg und Gauleiter Erich Koch geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch VB vom 7./8.9.1930, "Hitler in Königsberg"; Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930, "Ein Freudentag in Ostpreußen: Adolf Hitler spricht in Königsberg!"; Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930, "Mit Adolf Hitler von Swinemünde nach Königsberg". Ferner: 10 Jahre Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP. Hrsg. vom Gau Ostpreußen der NSDAP, Königsberg 1938, S. 17. Dieter Hertz-Eichenrode, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums. In: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze. Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego nr 98, Pojezierze Olsztyn 1986, S. 59-114, hier S. 109 f. Die beiden zuletzt genannten Arbeiten mit differierender Datumsangabe.

3 Der nationalsozialistische Gruß mit erhobenem rechten Arm kann seit dem "Deutschen Tag" in Nürnberg im September 1923 photographisch belegt werden. Wie weit er auf das Vorbild der italienischen Faschisten zu-

und *Sozialismus*, die zu verknüpfen oder zu überwinden - wie man will - der Nationalismus [*sic!*] sich zum Ziel gesetzt habe. Mit vielem Stimmaufwand glaubte er dann feststellen zu dürfen, daß weder die Parteien rechts noch links ihre Versprechungen eingelöst hätten. Allerdings versprächen auch die Nationalsozialisten nichts den einzelnen Ständen und Klassen [4]. Zuerst müsse eben Deutschland gerettet werden, dann würde auch der einzelne gerettet sein. Und Deutschland könne, nach der reichlich zukunftsfrohen Ansicht Hitlers, nur auf hakenkreuzlerischen Wegen gerettet werden; dazu müsse das Volk auf seine *eigene Kraft* vertrauen, müsse sein Schicksal in die Hände der *Tatkraft* legen - Köpfe, nicht Majoritäten machten Geschichte - und schließlich und endlich müsse der *Pazifismus* überwunden werden, denn in der Geschichte gebe es kein Lebensrecht, das nicht im Kampf erprobt sei [5].

6. September 1930 Dok. 105
"Volk und Rasse. Ein höchst lehrreiches Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf' (Eherverlag, München)" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930.

rückgeht, die damit an römische Vorbilder anzuknüpfen suchten, ist unklar. Für den Reichsparteitag in Nürnberg 1927 wurde diese Grußform als einheitlicher Gruß in der NSDAP eingeführt.
Die damit verbundene Grußformel "Heil Hitler" läßt sich bis Mitte der zwanziger Jahre zurückverfolgen und war seit 1930 für die NSDAP verbindlich. Das Wort "Heil" war der mittelalterlichen Tradition der Fürstenakklamation entlehnt und wurde im 19. Jahrhundert von der Turner- und Sport-, sowie der Wandervogelbewegung, dann auch von völkischen Gruppen aufgegriffen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 177 ff.

4 Vgl. Dok. 53, Anm 11 sowie Dok. 54, Anm. 3.

5 Vgl. Dok. 82, Anm. 7. In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. I (1. Auflage: München 1925, S. 300-308/München [65]1933, S. 311-317). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

6. September 1930 Dok. 106
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [1]

VB vom 11.9.1930, "Adolf Hitler: Dienst am Volke, das ist Nationalsozialismus" [2].

Er [*Hitler*] führte den andächtig Lauschenden noch einmal die Ereignisse des Jahres 1918 vor Augen, ließ sie den gewaltigen Freiheitskampf Deutschlands im Innersten feierlich nacherleben. "Nach dem Kriege war Deutschland in zwei große Lager gespalten, die sich nicht mehr verstanden." Er holte dann weit aus und zeigte, wie der furchtbare 30jährige Krieg das deutsche Volk in zwei Bekenntnisse zerriß, von denen keins wirklich Herr im Lande war. Es mußte erst in Brandenburg-Preußen eine neue Staatsidee geboren werden, die die überlebten Formen von gestern von innen her überwand [3]. Endlich konnte eine einheitliche Front geschaffen werden, konnte Bismarck das Volk nach außen hin einigen.

"Im Innern aber wuchs während der Bismarckschen Einigungskriege neue Zwietracht heran. *Dem 'bürgerlichen' Nationalismus trat der marxistische 'Sozialismus' gegenüber.* Keine dieser Richtungen beherrschte das ganze Volk, keiner gelang es, die Nation zu einem Block zu einen. Wollen wir als Volk in der Weltgeschichte aber wieder eine Rolle spielen, so muß ein Wille und eine Ansicht das Ganze durchdringen. Selbst wenn Deutschland von einer nicht ganz richtigen Idee beherrscht gewesen wäre, wäre dies besser gewesen als von keiner ergriffen zu sein. Recht ist Kraft, diese ist Macht. Heute haben wir wohl ein Recht zu leben, aber nicht die Macht, dies Recht durchzusetzen.

Ein Volk geht nicht an einem schlechten Friedensvertrage [4] zugrunde. Wohl aber kann es an innerer Zerrissenheit sterben. Seit 1918 ist die deutsche Kraft niemals wieder nach außen mobil gemacht worden, wohl aber tobt seitdem ein furchtbarer innerer Krieg. Wenn vom Sozialismus keine Brücke zum Nationalismus geschlagen wird, ist das Ende Deutschlands da ..." [...] [5]

---

1 In den Sagebielsälen, abends. Die Säle wurden durch eine Lautsprecheranlage miteinander verbunden. Die Versammlung, an der laut Vorlage über 10.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Karl Kaufmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Vgl. ferner den Bericht der Hamburger Nachrichten: "Trotz des unscheinbaren Äußeren dieses Mannes ging dennoch von ihm ein Nimbus aus, der um den Führer der noch jungen Bewegung geflochten wird. Ursprünglich ist alles, was er sagt. Es kommt von Herzen, ist spontan und entbehrt jeder intellektuellen Note. Er ist ein geborener Volksredner, der die Massenpsychose gefühlsmäßig meisterhaft ausnutzt. Bei ihm kommt es unwillkürlich mehr darauf an, wie er etwas sagt, und nicht, was er sagt. Seine Ausführungen könnte man mit einem spannenden Film vergleichen, in dem sich unzählige Bilder schneiden und in disharmonischer Weise kreuzen."

2 Vgl. auch Hamburger Echo vom 5.9.1930, "Hitler-Versammlung unter polizeilicher Kontrolle"; Hamburger Nachrichten vom 7.9.1930, "Eine Rede Hitlers in Hamburg"; Le Matin vom 7.9.1930, "Une réunion monstre d'Adolf Hitler à Hambourg"; Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930, "Adolf Hitler in Hamburg". Ferner A[*rthur*] Böckenhauer, 10 Jahre S.A. Hamburg 1932, S. 15, 24. Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot." Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 209.

3 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.

4 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

5 Folgt wertende Schilderung des äußeren Ablaufs der Versammlung.

"Wir wollen nicht, daß 2.000 Jahre deutscher Geschichte [*sic!*] *umsonst gewesen sind, unser väterliches Gut soll uns bewahrt bleiben.*

Die Freiheit aber wird nicht durch fleißige Berufsarbeit errungen, denn auch heute wird in allen Ständen der Nation unermüdlich gearbeitet, sondern nur durch Einsatz des Lebens und Klarheit des Wollens der Führerschaft. Die fehlerhafte Leitung war es, die uns ins Elend riß.

Der Wunsch nach Gesundung ist in vielen rege. Er kann aber nicht von den Trägern des Verfalls verwirklicht werden. Nur junges Leben kann die Freiheit schaffen. Wie einst nur der junge brandenburgisch-preußische Staat den Hadergeist des 30jährigen Krieges überwinden konnte [6], so kann heute nur der Nationalsozialismus das zerrissene Volk wieder zu einer geschlossenen Macht vereinen. *Die anderen Parteien, sie reden von dem Aufbau, wir aber, wir handeln!"* (Tosender Beifall.)

Eingehend legte Hitler dann dar, was der Begriff Sozialismus und der Begriff Nationalismus bedeute. Beide Begriffe müßten einmal bis zum Ende durchdacht werden. "Die letzte Folgerung aus dem Begriffe Nationalismus ist das Opfer für die Gesamtheit der Nation; dies Opfer brachten 2 Millionen Soldaten auf dem Schlachtfeld ... [7]" Wer wahrhaft Nationalist ist, ist auch Sozialist geworden, er sieht den einzelnen Stand, den Einzelmenschen in dem Begriffe der Gesamtheit versinken. Die Art der Verwaltung eines Staates, der Gestaltung der Wirtschaft im einzelnen sind Zweckmäßigkeitsprobleme [*sic!*]. Wichtig ist allein, daß sich die Nation zum Grundsatz der höchsten Leistung bekennt.

Auf dieser Grundlage ist die Bewegung 1919 aus kleinstem, nicht mit prominenten Namen gespicktem Kreise hervorgegangen [8]. Mit der ganzen Inbrunst der Seele hat sie um die Wekkung des deutschen Gewissens gekämpft. Daß die Idee richtig war, bewies ihr Wachsen, aus wenigen Hunderten wurden Tausende, Zehn-, Hunderttausende und heute Millionen [9]. Sie ist gewachsen, gehaßt von allen, die Deutschland keine Zukunft wünschen.

Deutschland hat etwas Derartiges, wie unsere Bewegung, seit denkbaren Zeiten nicht gekannt. Sie ist eine Reformationsbewegung des deutschen Geistes (stürmischer Beifall), die Millionen erfaßt, sie aus der Trägheit des Alltags und der Niedergeschlagenheit herausreißt. In Deutschland steht heute das deutsche Volk auf, in Nord und Süd und über die Grenzen des Reichs hinweg, allen Lügen zum Trotz ...

Was wir seit 1914 erlebten, verschwindet vor diesem neuen Erleben der echten Volksgemeinschaft, des Sichwiederfindens der Stände der Nation. Wir Nationalsozialisten erkennen als unsere größte Aufgabe, den deutschen Arbeiter zur Nation zurückzuführen [10], ihn als Granitblock einzufügen. Das Bürgertum aber muß aus dem Klassendünkel zur Volksgemeinschaft gebracht werden. Auf dieser Grundplattform werden wir eine neue Macht aufbauen. So nur kann unser Volk den großen Schicksalskampf führen, der ihm nicht erspart bleiben wird.

---

6 Unabhängig von seiner teilweisen Einbindung in das Heilige Römische Reich Deutscher Nation orientierte sich die Politik des Großen Kurfürsten primär an den Interessen des brandenburg-preußischen Staates. Vgl. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

10 Vgl. Dok. 59, Anm. 12 und Dok. 61, Anm. 15.

62 Millionen Menschen auf 470.000 Quadratkilometer [11] sind nicht zu ernähren. Diese Tatsache zwingt uns, Wege zur Brotgewinnung zu suchen. Raum- und Bodenverwertung haben wir versucht. Volksverminderung kommt nicht in Frage. Es bleibt der Kampf um die Absatzmärkte unserer Industrie. Dieser ist weniger eine Frage der Produktion als eine der Sicherung der Ausfuhr durch das Schwert. Am Ende steht der Blutkampf und nicht Dividende und Lohn! Am Ende steht das Leben der Nation und nicht das des einzelnen.

In packenden Worten schilderte Hitler dann weiter, wie unsere bisherigen Machthaber erst den politischen, dann den wirtschaftlichen und schließlich den moralischen Kredit, den unser Volk durch Fleiß und Leistung durch die Jahrhunderte angesammelt hätte, verwirtschaftet hätten. Die Tragödie unserer Tage wurde lebendig. Mehrere junge S.A.-Leute mußten ohnmächtig aus dem Saal getragen werden. Hitler bemerkte es und meint[*e*]: "Diese jungen Leute haben gehungert, nur um hier stehen zu können ..." Alles verstand ihn.

"Dem Prinzip der Majorität, der Halbheit, setzten wir das der Persönlichkeit, der Leistung, entgegen. Alle Leistung der Nation ist Leistung der Persönlichkeit gewesen, die Demokratie hat die Kraft zur Leistung getötet.

Das Tor zur Freiheit öffnet sich ein Volk nur mit dem Schlüssel, den es sich selbst geschmiedet hat! Solange wir im Zwinguri [12] gefangen sitzen, ist nichts von Versprechungen zu erwarten. Wenn die Presse schreibt, ich ginge nicht auf die "Tagesfragen" ein [13]: Glauben Sie mir, daß wir den Schwindel nicht auch mitmachen könnten? (Heiterkeit und Beifall.)

Bismarck sagte einst, man solle Deutschland nur in den Sattel setzen, reiten werde es schon können [14]. Heute setzen wir die Vernunft in den Sattel, sie wird bestehen können!

Wir stehen an der Wende des 2. Jahrtausends der deutschen Geschichte und wollen, daß unser Volk als Machtfaktor ins 3. einzieht. Erst dadurch, daß Millionen hinter unseren Fahnen stehen, können auch die eigenen Wünsche in Erfüllung gehen. Dienst am Volke, das ist Nationalsozialismus! [15]

---

11 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

12 Anspielung auf Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell (1804), I. Akt, 3. Szene.

13 Vgl. Dok. 90, Anm. 30.

14 "Setzen wir - sozusagen - Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können." Bismarck am 11.3.1867 vor dem Norddeutschen Reichstag. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 17.

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, u. a. wie vergeblich versucht wurde, den Deutschland-Korrespondenten von "Le Matin", Jules Sauerwein, am Besuch der Veranstaltung zu hindern. Vgl. Dok. 87, Anm. 56 und 57 sowie Jules Sauerwein, 30 Ans à la Une, Paris 1962, S. 204 ff.

7. September 1930 Dok. 107
"Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wie oft schon und wie lange Zeit hatte es geschienen, als ob [4] das deutsche Volk versinken würde in Lethargie, Verzweiflung und Gleichgültigkeit. Nun aber erleben wir in ganz Deutschland die Wahrheit des oft zitierten Satzes: "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los [5]!"

Was wir heute vor uns sehen, ist nicht mehr das deutsche Volk von früher, das sich Jahrzehnte mit dem lächerlichen Kleinkram des Alltags beschäftigen konnte, nein, es ist ein Sturm im Anzug, und das Volk steht auf! Es hat sich innerlich losgerissen, ist zur Besinnung gekommen und hat erkannt, daß es zur wahren Quelle seines Volkstums zurückkehren muß, sein Schicksal ein gemeinsames ist und unzertrennlich. Unser Schicksal kann nicht von einzelnen Berufen geändert werden oder von der Stadt oder vom Land aus, es wird dann geändert, wenn das ganze deutsche Volk sich wieder auf seine Aufgabe besinnt und auf sich selbst vertraut. Dann wird es wieder auf den Weg der Erkenntnis entschlossenen Handelns zurückkehren und zurückfinden.

So erleben wir nun, daß dieses deutsche Volk sich in einer Zeit erhebt, in der man es nach außen hin im Geist der Unterwürfigkeit erzogen, in einer Zeit, da man versuchte, das deutsche Volk als krank, als kraft- und marklos hinzustellen. Und gerade in einer solchen Zeit erhebt sich das deutsche Volk und schreitet den Weg der Kraft und des bewußten Handelns. Den gewaltigen Eindruck, den Sie heute von dieser Kundgebung bekommen, kenne ich seit acht Wochen im ganzen Deutschen Reich, von Ost bis West, von Nord bis Süd [6].

Es zieht ein neuer Geist in unser Volk ein. Es scheint die Zeit gekommen, in der die Spaltungen sich wieder schließen, in der die deutschen Menschen sich zusammenfinden, zum Be-

1 Titel laut Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 153.

2 In der Festhalle des Luitpoldhains. Hitler sprach etwa eine 3/4 Stunde. An der Versammlung, auf der neben Hitler auch der Münchner Stadtrat Hermann Esser und der ehemalige Borkumer Pfarrer Ludwig Münchmeyer auftraten, nahmen laut Polizeibericht etwa 15.000 Perrsonen teil.

3 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 153-156. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 8.9.1930, "Nationalsozialistische Partei"; Nordbayerische Zeitung vom 8.9.1930, "Adolf Hitler in Nürnberg"; Nürnberger Zeitung vom 8.9.1930, "Der Wahlkampf. Große Kundgebung der Nationalsozialisten"; Die Flamme vom 11.9.1930, "Adolf Hitler in Nürnberg"; VB vom 14./15.9.1930, "Adolf Hitler in der Festhalle zu Nürnberg"; Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930, "Adolf Hitler bei seinen Nürnbergern". Lagebericht Nr. 180/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 8.10.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.

4 Hs. Ergänzung dieses Wortes in der Vorlage.

5 Aus dem Gedicht "Männer und Buben" von Theodor Körner vom August 1813.

6 Anspielung auf Hitlers Wahlreden für die sächsische Landtagswahl am 22.6.1930 und die Reichstagswahl am 14.9.1930. Vgl. Dok. 53 ff. und Dok. 76 ff.

kenntnis fürs Vaterland, zusammenfinden zu einem gemeinsamen Glauben und auch zu gemeinsamer Tat.

Das Ziel, das wir Nationalsozialisten verfolgen, läßt sich nicht vergleichen mit dem Ziel der anderen Parteien. Glauben Sie [*mir*], auch uns würde es leichter fallen, Versprechungen zu machen. Auch wir wissen genau, wo den einzelnen Menschen der Schuh drückt und was er gerne beseitigt haben möchte. Wir Nationalsozialisten wissen aber auch genau, daß jedes Versprechen Trug sein müßte, denn es gibt keine Rettung und keine Hilfe für den einzelnen Menschen, nicht für einen bestimmten Beruf, nicht für den Bauern, nicht für den Städter, den Angestellten oder Beamten - wenn nicht das ganze deutsche Volk seine Schicksalsgemeinschaft erkennt. Und dieses Schicksal heißt:

Nationalismus und Sozialismus müssen zu einer Einheit werden!

So kann es niemals eine Hilfe für den einzelnen geben, wenn nicht den Millionen deutscher Menschen, wenn nicht zugleich der gesamten Nation geholfen wird.

Erst an dem Tage, an dem der deutsche Mensch sich von fremden Einflüssen befreit und zur deutschen Seele zurückfindet, an dem Tage wird die neue deutsche Geschichte geboren. Deshalb verspreche ich euch nichts. Solange der deutsche Mensch nicht sein Joch abwirft, wird ihm keine Freiheit werden. Ihr könnt nur Freiheit und Macht erringen, wenn sich die Millionen unterdrückter Menschen vom Boden erheben, wenn diese Millionen zu gemeinsamem politischen Kampf ihre Kraft entfalten. Dann wird das deutsche Volk wieder Anerkennung in der ganzen Welt finden wie einst in seinen guten und glücklichen Zeiten [7]. Auf euch, auf unser Ziel, auf unsere Staatsidee, auf den kommenden Wahlkampf blickt die ganze Welt. Mögen auch französische Journalisten unsere Bewegung und ihre Männer für politisch unfähig erklären [8], so bin ich überzeugt, daß heute ganz Frankreich auf diese nationalsozialistische Bewegung sieht, weil es in ihr den Geist erkennt, der unser Volk vor Jahrhunderten schon erfüllt und groß gemacht hat. Wenn dieser Geist siegt, dann ist Frankreichs Vorherrschaft in Europa beendet!

Das deutsche Volk hat nun eine tausendjährige Geschichte des Glückes und des Leides hinter sich [*sic!*]. Immer wenn über dieses deutsche Volk Zeiten tiefster Erniedrigung kamen, da kam die Erlösung aus dem Volk selbst heraus. Heute ist es nicht anders. Was Sie heute hier sehen, ist ein Volk, nach außen ohnmächtig, aber schon vom Geist einer neuen Zeit durchdrungen. So wird auch der 14. September [*1930*] mehr sein als ein bloßer Wahltag. Er wird ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte sein. Wir alle haben das Gefühl und die Überzeugung, daß sich das deutsche Volk nicht mehr an die alten Bindungen hält und an diesem Tage eine neue Regierung und einen neuen Reichstag einsetzen wird. Am 14. September erhält zum ersten Male eine sichtbare Tat ihre Gestaltung in der Reformation des deutschen Volkes und des deutschen Willens.

Während die anderen Parteien nach zwölfjähriger Verschleuderung Sparmaßnahmen [9] versprechen, von Reichsreformen [10] schwätzen und von Wahlreformen [11] faseln, setzen wir Na-

7 Gemeint ist die Zeit vor 1914.
8 Vgl. Dok. 87, Anm. 56 f. und 106, Anm. 15.
9 Zur Sparpolitik der Reichsregierung vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 98 ff.
10 Vgl. Dok. 29, Anm. 14.
11 Vgl. Dok. 87, Anm. 54.

tionalsozialisten den Versprechungen der anderen eine Reform im deutschen Denken und deutschen Handeln entgegen und fühlen, daß diese Reform schon im Anfang begriffen ist.

Wer sind sie alle diese Menschen vor uns? Sind es Bürger oder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, Hausbesitzer oder Mieter? Stehen sie nicht unter dem Gebot der Stunde, die sie zu dieser Bewegung zwingt? Haben sie nicht das Gefühl, daß sie jetzt nicht der Bürger, der Proletarier, nicht der Angestellte, der Hausbesitzer, nicht der Mieter sind? Sondern sie sind zu dem Glauben gekommen, von dem sie Ausgang genommen haben, daß jeder, der hier steht, ein Teil des deutschen Volkes ist.

Das ist das Neue an unserer Bewegung, daß sie [12] den Menschen langsam von der alten Überzeugung losreißt, daß die verhängnisvolle Zersplitterung aufhören muß, daß sich Stadt und Land, Arbeiter und Bauer, Angestellter und Beamter wieder eins fühlen [13] in dem Bewußtsein, wer die Macht wirklich darstellt, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit oder die Parteienzersplitterung [14].

Das deutsche Volk muß sich mit diesem Gedanken befassen, damit es sich seines inneren Bekenntnisses zum Volk bewußt wird. Dann erst wird es ihm gelingen, zu einer Einheit zusammenzukommen. Diese Einheit findet ihre Verkörperung in unserer nationalsozialistischen Bewegung. In dieser Zuversicht und im Glauben an den deutschen Menschen appellieren wir am 14. September an Sie, und am 15. und am 16. September beginnen wir wieder erneut den Kampf mit dem heiligen Gelöbnis, so wahr uns Gott helfe [15], nicht zu rasten, bis 60 Millionen deutscher Menschen [16] in unseren Reihen sind, bis endgültig das ganze deutsche Volk in dieser Bewegung steht, und bis ganz Deutschland diese Parole sein eigen nennt. Es muß aus dieser Gesamtheit des Volkes die Kraft erwachsen, die Sklavenketten abzuwerfen, die Schandverträge zu beseitigen, um dem deutschen Menschen die Früchte seines Fleißes, seiner Tüchtigkeit und Sparsamkeit, seiner Regsamkeit selbst ernten zu lassen. Es muß endlich der Arbeiter wie der Bauer begreifen, daß ein Einzelsieg ihm keinen Gewinn bringt, läuft er seiner eigenen Partei nach, wird ihm keine reiche Ernte heranreifen. Es gibt keinen Sieg der Bürger oder der Beamten oder der Proletarier, ihr Einzellos entscheidet nicht über die Zukunft des deutschen Volkes, sondern das Los jeder Schicht im Volk und damit die Gesamtheit der deutschen Nation [17]. Es gibt nur ein deutsches Volk, das in seiner Gesamtheit siegt oder in seiner Gesamtheit untergeht und damit jeden Stand ins Verderben reißt. So appellieren wir an Sie. Geben Sie uns am 14. September ihre Stimme! Aus den Trümmern der Vergangenheit wollen wir ein neues Deutsches Reich aufbauen, ein Reich der Freiheit und der Ehre. Marschieren Sie mit in der braunen Front [18], in Deutschlands Zukunft! Kämpfen Sie mit, und Ihre Stimme wird am kommenden Sonntag zu dem Ergebnis führen, das Sie erhoffen! Werfen Sie Ihre Person mit in die Waagschale, ringen Sie und kämpfen Sie mit für dieses neue Deutschland, auf daß zuschanden werde, all das, was uns unsere Gegner heute noch antun! Sie können unsere Bewe-

12 In der Vorlage ist das masch. Wort "es" hs. ersetzt durch das Wort "sie".
13 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.
14 Vgl. Dok. 86, Anm. 31 und Dok. 88, Anm. 13.
15 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
16 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.
17 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
18 Vgl. Dok. 86, Anm. 67.

gung nicht mehr mit lächerlichen Polizeimitteln ersticken [19]. Verstehen sie noch nicht, daß ihr Schmutz, ihr Terror, ihre Gemeinheit zur Größe unserer Bewegung beigetragen haben?

Der 14. September wird zum Wendepunkt in der deutschen Geschichte, wenn Sie es wollen! Wir Nationalsozialisten haben die Aufgabe, das deutsche Volk aufzurufen, und werden diese Aufgabe genau in der Zukunft erfüllen. Blickt auf die zwölf Jahre der Vergangenheit zurück: Ein gläubiges Volk wurde von Versprechungen, von Lügen, Hoffnungen betrogen. Glaubt ihr diesen Volksverführern noch weiter, dann beklagt euch nicht über euer Schicksal. Wollt ihr eine Änderung, dann geht dorthin, wo die Entscheidung fällt, wählt die Liste der Zukunft eines einigen großen deutschen Volkes.

Glauben Sie in dieser Woche nichts, was unsere Gegner lügen, schenken Sie ihren Prahlereien, ihren Drohungen kein Gehör. Ihre einzige Möglichkeit ist ja nur noch Verleumdung und Gemeinheit, um ihre eigene Wahl durchzufechten. Sie täuschen sich in unserer Entschlossenheit, in unserem Kampfwillen, in dem Glauben an unseren Sieg am 14. September.

Durch unsere Wahlarbeit werden wir beweisen, daß fanatische Begeisterung des einzelnen die Massen zum endgültigen Sieg emporreißt. Am 15. September stehen wir bereits wieder im Kampf, er wird fortgeführt über alle Wahlen hinweg bis zu der Stunde, in der ein neues Deutsches Reich für Freiheit und Brot [20] durch Volkeswillen geschaffen und besiegelt wird.

8. September 1930 — Dok. 108
"Der Streit im Hitler-Lager" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [2]

Schwäbischer Beobachter vom 12.9.1930, "Augsburgs größtes Ereignis" [3].

Adolf Hitlers Rede war eine grandiose Abrechnung mit den Parteileuten, die von der November-Revolution an bis heute unser ganzes Volk und unser Vaterland zugrunde regieren. Er wies nach, daß alle Parteien von rechts bis links nur Interessentengruppen sind und daß auch die Revolution nichts anderes war als ein Verbrechen, begangen von den daran interessierten Juden und deren Beauftragten. Die sogenannte Internationale [4] liegt nur im Interesse einer

19 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.
20 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

1 Titel laut Vorlage.
2 In der Sängerhalle, abends. Die Versammlung, an der laut VB über 10.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Karl Wahl geleitet und mit einer Begrüßung Hitlers eingeleitet.
3 Vgl. auch Schwäbische Volkszeitung vom 9.9.1930, "Auch bei Hitler - nichts Neues!"; Augsburger Neueste Nachrichten vom 10.9.1930, "Aus dem Wahlkampf. Die NSDAP in der Sängerhalle"; Neue Augsburger Zeitung vom 10.9.1930, "Die Hitler-Sensation"; VB vom 11.9.1930, "10.000 in Augsburg". Ferner Vermerk der Polizeidirektion München, Ref. VI/N o. Nr. vom 8.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6829. Von den vorliegenden Überlieferungen ist die des Schwäbischen Beobachters am ausführlichsten. Soweit die stark wertenden Passagen dieser Überlieferung inhaltlich unergiebig sind, werden sie nicht wiedergegeben.
4 Vgl. Dok. 90, Anm. 54.

Gruppe, einer bestimmten Rasse, die überhaupt nicht zu uns gehört und die nur deswegen alles Nationale zerschlagen will, damit sie international herrschen kann. So mußte sich auch die Revolution entsprechend auswirken; ihr Symbol war nicht ein großer Gedanke, nicht ein heroischer Satz. Das Symbol der Revolution, rief Hitler mit erhobener Stimme, war ein Raubzug der Börsenbanditen!! [*sic!*]

Das Volks- und Staatsinteresse aber verlangte nicht, daß die Revolution durchgeführt, sondern daß sie um jeden Preis verhindert hätte werden müssen. Gewiß, man kann abrechnen mit einem unfähigen Regierungssystem; man kann auch Revolutionen machen, um Faules und Morsches zu beseitigen. Wer aber eine Revolution macht, wenn der Feind vor dem Tore steht, der ist ein Volks- und Vaterlandsverräter.

Im weiteren Verfolg seiner Rede erinnerte Hitler an alle die Versprechungen, die die neudeutschen Regierungsleute, von den Novemberleuten schwarz wie rot angefangen [5] [*sic!*], zum letzten "Young-Kabinett" [6], dem deutschen Volke gegeben haben. Er erinnerte an die Plakatanschläge im November 1918, auf denen dem Volke Arbeit und Brot garantiert und ein Leben von "Schönheit und Würde" [7] verkündet worden war. Er zeigte, wie - nachdem sich das eine Versprechen als Lüge und Betrug sich entpuppt hatte, - an seine Stelle immer wieder ein anderes gesetzt wurde, bis herauf zum Young-Plan [8]. Hier haben wir sie gestellt, rief Hitler, durch das Volksbegehren [9], hier haben wir sie gezwungen, vor das Volk zu treten und sich zu rechtfertigen. Wir haben sie gezwungen, dem Volke durch den Rundfunk [10], durch die Presse und durch Flugblätter [11] ihre Lügen ins Gesicht zu sagen. Sie versprachen Ankurbelung der Wirtschaft, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Hilfe für die Landwirtschaft, Senkung der Steuern [12] und noch verschiedenes andere mehr. Und was haben wir dagegen gesagt? Wir haben erklärt, das Gegenteil wird eintreten; die Wirtschaft wird völlig zugrundegehen, die Arbeitslosigkeit wird gesteigert, der Bauer wird vollständig vernichtet werden.

Noch selten habe ich mich so gefreut, fuhr Hitler fort, als wie an dem Tage, an dem der Reichstag aufgelöst wurde [13]. Ich weiß, welche Angst die parlamentarischen Sesselhocker vor der Abrechnung haben. Ich weiß sehr wohl, was es für faule Burschen bedeutet, jetzt hinaus ins Volk zu müssen und dort Rede und Antwort zu stehen. Wenn ich mir vorstelle, wie diese Herren schon ihre Quartiere in den Bädern und Kurorten, in den ersten Hotels bestellt hatten, dann verstehe ich sehr wohl ihr Jammergeschrei, denn die schönen Hotel- und Badezimmer, die sie bestellt hatten, konnten sie nun nicht beziehen [14]. Anstatt dieses mußten sie hineingehen in die schwüligen [*sic!*] Säle, wo der Wahlkampf tobt, und darin wird es den Brüdern siedend heiß. Uns wird es allerdings auch heiß von den vielen Menschen, die zu unseren Ver-

5 Anspielung auf die sog. Weimarer Koalition aus MSPD, Zentrum und DDP, deren Vertreter von Februar 1919 bis Juni 1920 die ersten drei Reichsregierungen der Weimarer Republik bildeten.
6 Gemeint ist das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller.
7 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.
8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
9 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
10 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
11 Vgl. Dok. 86, Anm. 18 sowie Dok. 28, Anm. 9.
12 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
13 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
14 Vgl. Dok. 77, Anm. 63.

sammlungen kommen, den anderen wird es heiß vor den vielen leeren Stühlen, vor denen sie sprechen müssen.

Nun aber, da sie keine großen Lügen mehr zur Verfügung haben, fangen sie mit den kleinen und erbärmlichen an. Nun steigt der Jude von seinem Podest herunter und lügt mit gewaltigem Eifer und denkt, es wird sich schon noch ein Goi [15] finden, der seine Lügen glaubt. Und wenn es bloß zehn sind, die ihm glauben, dann ist er schon zufrieden, denn heute begnügen sie sich schon damit, rief Hitler mit beißender Ironie, wenn sie ihre Wähler dutzendweise zusammenbringen können. In ihrer Presse schreiben sie von der Spaltung unserer Bewegung [16]. [...] [17] Ich erkläre aber hier in der deutschen und in der breitesten [*sic!*] Öffentlichkeit:

Die nationalsozialistische Bewegung ist so organisiert und so granitfest, daß eher Deutschland zerfällt, ehe diese Partei auseinandergeht.

Nicht die Partei spaltet sich, erklärt Hitler weiter, sondern dieselbe säubert sich von Zeit zu Zeit von den Spaltpilzen und schleudert sie davon. Und wenn man glaubt, wir sind mit diesem und jenem nicht "regierungsfähig" [18], so sage ich: Wir treten nicht in Regierungen ein, um das zu tun, was unsere Gegner wollen, sondern um das zu tun, was dem deutschen Vaterlande dient! (Langanhaltender stürmischer Beifall!) Und wenn man uns nicht haben will, dann erklären wir: Die Hand haben wir Euch gegeben, ihr stoßt sie zurück, so sollt ihr jetzt dafür die Faust bekommen! Wir scheuen keinen Kampf und auch keinen Wahlgang. Wenn der 14. September für uns eine Niederlage brächte, dann beginnt der 15. September mit neuer Arbeit. Und wenn wir am 14. September einen riesigen Sieg erfechten, dann trifft uns der 15. September wieder an der Arbeit und in keinem Kurort, keinem Bad und keinem nobel ausgestatteten Hotelzimmer.

Niemals geht es bei uns um einen Verrat; niemals hätte draußen im Felde ein Kamerad den anderen verraten, mit dem er die Kriegsjahre hindurch Seite an Seite marschierte. Auch wir stehen in einem schweren Kampf, wir sind durch die Gefängnisse gegangen [19], wir haben in den Versammlungen nebeneinander gekämpft, wir sind schwere Zeiten hindurch Seite an Seite marschiert. Daß wir nun als nationalsozialistische Kameraden einander im Stich lassen oder verraten sollen - so dumm und so erbärmlich, um das zu glauben, kann nur ein Hebräer sein. Man mag uns das Hemd und die Hose ausziehen [20], man mag uns von einer zur anderen Schikane treiben [21], es wird den derzeitigen Machthabern nichts, aber auch gar nichts helfen, denn das, was wir unter dem Hemd in unseren Herzen tragen, das können sie uns nicht herausrei-

15 Goi, Gojim. Hebräisch-jiddisch: Nichtjude.

16 Hitlers Bemerkung bezieht sich nicht nur auf die Abspaltung der Gruppe um Otto Straßer von der NSDAP (vgl. Dok. 70), die Revolte der Berliner SA (vgl. Dok. 100) und die Spannungen mit Julius Streicher (vgl. Dok. 77, Anm. 56), sondern hat auch konkrete lokale Bezüge. Im Anschluß an die Berliner Krise war es auch bei der SA in Augsburg zu ähnlichen Szenen gekommen, deren Unzufriedenheit ebenfalls in ihrer desolaten finanziellen Situation wurzelte. Nur mit Mühe war es den SS-Führern Heinrich Himmler und Sepp Dietrich gelungen, die aufgebrachten SA-Leute zu beruhigen. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 104 f.

17 Wie Anm. 3.

18 Vgl. Dok. 77, Anm. 56.

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 23 sowie Dok. 51, Anm. 6.

20 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

21 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

ßen, unseren Idealismus, unsere Liebe zu Volk und Vaterland können sie uns nicht rauben. Man stellt uns auf die Stufe der Verbrecher, verbietet bei unseren Versammlungen den Bierausschank [22], läßt die Aschenteller entfernen, weil wir angeblich so gefährliche Menschen sind, und dies alles, obwohl noch keinem durch uns bei den Versammlungen ein Haar gekrümmt worden ist [23]. Alles dieses müssen wir uns heute noch gefallen lassen, denn wo die Macht ist, da ist auch das Recht. Selbst das größte Unrecht, rief Hitler mit erhobener Stimme in den weiten Raum und die Lautsprecher trugen es von einem Eck zum andern, kann zum Recht werden, wenn die Macht dahintersteht! Sorgt dafür, fuhr er weiter [*sic!*], daß wir am 14. September die Macht erhalten und damit dann dem Rechte zum Recht verhelfen können...

Zwei Millionen der edelsten und besten deutschen Volksgenossen sind auf den verschiedenen Schlachtfeldern verblutet [24] und als wir Übriggebliebenen in die Heimat zurückkamen, da harrte unser eine Enttäuschung nach der anderen. 300 Jahre sind es her, daß in unserem Vaterlande ein Kampf tobte zwischen Protestantismus und Katholizismus, er wurde durchgekämpft und fand endlich seinen befriedigenden Abschluß [25]. Auch unser Kampf wird und muß bis zu seinem Abschluß durchgekämpft werden. Vor 10 Jahren waren es sieben Mann [26], die diesen Kampf aufnahmen, nach Ablauf von einem weiteren Jahre waren es 60, nach zwei Jahren 3.000 und heute zählen sie in die Hunderttausende... [27] Ein jeder Wald wird absterben, wenn man den alten morschen Bäumen keinen Nachwuchs mehr gibt und so werden und müssen auch unsere alten Parlamentsparteien absterben, selbst wenn sie sich bei jeder Wahl neue Namen und Bezeichnungen zulegen [28], weil sie morsch und faul geworden sind. Bei diesen unseren heutigen Parteien heißt es nicht: "Rettet das Volk, rettet das Vaterland", sondern da heißt es: "Rettet die Partei"; denn die Partei über alles, die Schicksalsfrage des einzelnen sowie der Gesamtheit ist diesen Herrschaften gleich.

Wir wissen, fuhr Hitler fort, daß der 14. September für uns und unser Volk noch kein Zahltag werden wird, aber eines wissen wir eben so sicher, daß er ein Zähltag sein wird. Der Tag

---

22 Die Münchner Neuesten Nachrichten meldeten am 17.8.1930, daß die Polizeidirektion München aufgrund mehrerer Zwischenfälle verfügt habe, daß bei öffentlichen Versammlungen von NSDAP und KPD "der Wirtschaftsbetrieb, der Ausschank von Getränken, das Verabreichen von Speisen, das Aufstellen von Aschenbechern und sonstigen Tischgeräten untersagt ist". Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 17.8.1930, "Zur Verhinderung von Wahlschlachten", ferner VB vom 19.8.1930, "In nationalsozialistischen Versammlungen darf nicht mehr gegessen, getrunken, geraucht werden. Die neueste Schikane der Münchner Polizeidirektion".

23 Nach verschiedenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von NSDAP und KPD im Anschluß an Wahlveranstaltungen in München und Nürnberg hatte die Polizeidirektion München den Wirtschaftsbetrieb bei Wahlversammlungen verboten (vgl. die vorhergehende Anmerkung). Diese Auseinandersetzungen hatten ihren vorläufigen Höhepunkt am 13.8.1930 bei einer Kundgebung der Nürnberger KPD erreicht, als Nationalsozialisten die kommunistischen Redner mit Bierkrügen und Flaschen attackierten und bei den anschließenden Krawallen mindestens 65 Personen verletzt wurden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.8.1930, "Schwere Schlägerei in einer Nürnberger Versammlung". Zum Terror der SA allgemein vgl. Dok. 58, Anm. 4.

24 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

25 Anspielung auf die Polarisierung in Deutschland durch die 1517 beginnende Reformation, die 1648 im Westfälischen Frieden ihren formalen Abschluß fand.

26 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

27 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

28 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

der Erhebung des Volkes kommt, ob nun schon in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren, bis heute ist dies noch unbekannt; euch, meine lieben Freunde, ist dieses in die Hände gegeben, deshalb sorgt dafür, daß dieser Tag nicht mehr allzu ferne liegt [29].

10. September 1930 — Dok. 109
"Aufruf an das deutsche Volk: Was haben die alten Parteien versprochen, was haben sie gehalten?" Artikel [1]

VB vom 10.9.1930, "Adolf Hitlers Manifest" [2].

Nun ist das Ende gekommen!

Eine Periode größter politischer Versprechen und ebenso großer Hoffnungen endet im allgemeinen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Das souveräne Volk kann sich heute bei seinen politischen Führern bedanken. Denn diese sind für sein Los verantwortlich.

Am 14. September 1930 [3] wird entweder das System der jahrzehntelangen Belügung [*sic!*] unseres Volkes gerichtet und damit gestürzt, oder Deutschland geht den Weg ins Verderben bis zur letzten Konsequenz.

Das deutsche Volk hat zu wählen zwischen denen, die ihm seit Jahrzehnten den Himmel versprochen haben und das heutige Elend bescherten, und jenen, die Jahr für Jahr als ehrliche Warner aufgetreten sind und Punkt für Punkt von dem vorher prophezeiten, was nunmehr eingetroffen ist.

Eine einzige Frage steht am 14. September zur allgemeinen Prüfung und Beantwortung:

Haben die politischen Führer des deutschen Volkes mit ihren Versicherungen und Versprechungen recht behalten, oder behielt die nationalsozialistische Bewegung recht?

Jeder lege sich diese Frage vor.

Jeder beantworte sie nach seinem besten Wissen und Gewissen.

Jeder ziehe daraus die einzig mögliche Konsequenz.

Zwei politische Richtungen kämpften jahrzehntelang miteinander um die Gunst der deutschen Nation: *Der bürgerliche Nationalismus und der internationale Marxismus.* Beide versprachen jahrzehntelang dem deutschen Volke die Rettung aus den Nöten der Zeit, aus den Nöten der Wirtschaft, aus den Nöten des sozialen Elend, und erreichten nichts!

---

29 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Laut Anzeige im VB vom 30.9.1930 wurde Hitlers Manifest durch den Eher-Verlag als Flugblatt verkauft: 1-kg-Paket (ca. 75-80 Stück) 1,80 RM; 2-kg-Paket 3,40 RM; 5-kg-Paket 5,50 RM.

2 Vgl. auch: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke, Bd. III/2. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Melle-Hannover o. J., S. 234-247.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

Alle Gründe, weshalb und warum die bürgerlichen Parteien, die 60 Jahre lang verfochtenen Ziele nicht erreichten, vermögen nicht zu entschuldigen.

Fest steht die Tatsache, daß das Endergebnis des bürgerlichen Parteiregiments die Vernichtung der deutschen Nation ist.

Bürgertum und Marxismus gemeinsam

Die international-marxistische Parteiwelt appellierte an das deutsche Volk und versprach, ebenfalls dereinst bestimmte Grundgedanken zu verwirklichen. Allein seit diese Richtung in Deutschland den alten Staat zerbrochen hat und selbst regiert, nahm die Entwicklung in größter Schnelligkeit den gegenteiligen Weg des Proklamierten.

Wo ist die soziale Republik?

Wo ist der gebrochene Kapitalismus?

Wo ist der überwundene Militarismus?

Wo sind die Segnungen der Freiheit und der Gleichheit,

der *Brüderlichkeit* [4], der *Schönheit* und der *Würde* [5] und wie die Phrasen alle heißen, mit denen die Revolution einem braven Millionenvolk die Vernunft benebelte und die aufrechte Gesinnung stahl?

Während die Ideen des bürgerlichen Nationalismus und internationalen Marxismus unser *Volk* als politischen Faktor in zwei Hälften reißen, haben sich die *geistigen Väter* beider Lager in Wirklichkeit längst gefunden und geeint.

Das nationale Bürgertum ruft zum Kampf für sich als einzige Rettung der Nation auf, paktiert aber durch seine Repräsentanten in den parlamentarischen Körperschaften schamlos offen mit dem vorher in der Wahl bekämpften internationalen Marxismus [6]!

Die marxistischen Parteien verfluchen die kapitalistische Wirtschaft, reden von der proletarischen Revolution, aber schließen tatsächlich an allen Orten den engsten Pakt mit den Kräften der internationalen Hochfinanz, des überstaatlichen Weltkapitals.

Internationales Börsenblatt und marxistische "Arbeiter"zeitung gehen Hand in Hand!

Es ist daher verständlich, daß große Teile des Volkes auf die Dauer die vollständige Unfruchtbarkeit ihres bisherigen politischen Kampfes erkennen. Millionen des bürgerlichen wie des proletarischen Lagers werden sich über die Unsinnigkeit ihres Hoffens klar, weil offensichtlich die Frucht ihres Ringens das Gegenteil von dem ist, was sie zu erkämpfen glaubten.

Eine Millionenarmee von Nichtwählern [7] *ist das äußerlich sichtbare Resultat dieser Erkenntnis.*

Aber auch die Parteien selbst gelangten zu steigender Einsicht in die Nichtverwirklichung des einst Versprochenen.

---

4 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.

7 Bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 wurden bei einer Gesamtzahl von 41.224.678 Wahlberechtigten 30.753.247 gültige Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 75,6% entsprach. Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 wurden bei einer Gesamtzahl von 42.957.675 Wahlberechtigten 34.970.857 gültige Stimmen abgegeben; dies entsprach einer Wahlbeteiligung von 82,0%. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 71 f.

Das Ergebnis ist der laufende Versuch, den Zusammenhang mit den geistig und moralisch abgewirtschafteten politischen Gebilden der Vergangenheit abzuleugnen.

Das schlechte Gewissen

Das schlechte Gewissen treibt seit 15 Jahren, fast vor jeder Wahl, die deutschen Parteien auf die Suche nach neuen Namen [8].

Das Volk soll zur Meinung gebracht werden, als würden sich plötzlich neue Kräfte um seine politische Zukunft bemühen, während es in Wirklichkeit nur neue Namen sind, hinter denen sich aber die alten Parteien und vor allem die alten Männer verstecken. Schon 1919 ist das deutsche Volk diesem groben Betruge zum Opfer gefallen [9]. Die große Namensumänderung der damaligen Parteien hat nur zu viele getäuscht, indem sie scheinbar Neues aufzeigte, das doch in Wirklichkeit das alte war. So konnte es kommen, daß nach einem vollständigen, geschichtlich noch nie da gewesenen Zusammenbruch bestimmter Parteien das Volk am Rande seines Grabes dieselben Parteien, die ihm vorher das Grab geschaufelt hatten, wieder mit seinem Vertrauen bedachte!

Das Belügen des Volkes im *Prozeß der Namensänderung* der Parteien vor den Stunden einer befürchteten Abrechnung nimmt seit langem kein Ende.

Durch Jahre verfechten die Parteien ein bestimmtes Ziel und verfluchen und verdammen jeden, der es für falsch hält und das Volk warnt. Am Ende aber müssen sie die Richtigkeit des Einspruchs ihrer Gegner anerkennen, sie können nicht leugnen, daß ihre eignen politischen Maßnahmen verfehlt waren, daß die Nation durch sie nicht nur nicht errettet, sondern erst recht der Vernichtung zugeführt wurde, und treten doch bei jeder neuen Wahl mit eiserner Stirne abermals vor das Volk hin! Sie haben sich einen neuen Namen beigelegt und hoffen, damit von ihren alten Sünden freigesprochen zu sein.

Was dem Volk nicht zum Bewußtsein kommt, weiß es nicht.

Das ist ihre Wahlparole und ihre Hoffnung zugleich.

Das Gericht vom 14. September

Am 14. September soll das deutsche Volk abermals Gericht halten und Urteil sprechen. Die praktische Beantwortung der Fragen, die sich das Volk vorlegen müßte, führt durchlaufend nur zu einem Resultat:

Alles, was von den bisherigen politischen Parteien versprochen und zugesichert wurde, ist nicht eingetroffen.

Die Parteien der Handarbeiter versprachen die Besserung des Loses des deutschen Arbeitnehmers!

Sein Los hat sich verschlechtert [10]!

Die Parteien der Industrie und Großwirtschaft versprachen die Rettung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Industrie:

Deutsche Wirtschaft samt deutscher Industrie geht zugrunde [11]!

---

8 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.
9 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.
10 Zur damaligen Situation der Arbeiterschaft vgl. z. B. Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus.
11 Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

Die Parteien unserer Bauern haben versprochen, die Landwirtschaft vor [*dem*] Ruin zu bewahren!

Wenn ihre Rettung nur noch 10 Jahre lang so wie bisher andauert, wird es keinen selbständigen deutschen Bauern mehr geben [12]*!*

Die Parteien des Mittelstandes versicherten, den deutschen Mittelstand vor der Vernichtung zu retten:

Der deutsche Mittelstand aber geht in schnellstem Tempo seinem vollständigen Untergang entgegen [13]*!*

Die Parteien der Aufwerter haben versichert, die Wiedergutmachung des Inflationsverbrechens durchführen zu wollen:

Die Parteien, sie leben, aber die Opfer der Inflation [14] *sterben langsam aus.*

Die Parteien zur Rettung des Kleingewerbes schwören, dem kleinen Handwerker, dem Geschäfts- und Kaufmann zu helfen:

Allein unter ihrer Mithilfe schießen die Großwarenhäuser aus dem Boden und würgen Hunderttausende dieser selbständigen Existenzen ab [15]*!*

Das Zentrum "kämpft" für die Religion:

Allein unter seinem Pakt mit dem Atheismus [16] *feiert die Verhöhnung des Christentums Orgien!*

Die Bayerische Volkspartei "rettet" die bayerischen Hoheitsrechte [17]:

Allein unter ihrer Regierungstätigkeit erst wird Bayern auf allen Gebieten zu einer Provinz degradiert!

Endlos könnte man die Aufzählung dieser Tatsachen, die nicht zu bestreiten sind, fortsetzen.

Wenn der alte Bibelspruch: *"An den Früchten sollt ihr sie erkennen"* [18], noch Geltung hat, dann sind die politischen Parteien schon jetzt samt und sonders gerichtet...

Wie gelogen wurde

Allein nicht nur rein parteimäßig gesehen, sind die Erfolge unserer politischen Bewegungen ausgeblieben, sondern auch staatspolitisch, national- und wirtschaftspolitisch im großen und kleinen war ihre Tätigkeit ein Verhängnis für unser Volk!

Mit Lügen wurde die Revolution [19] eingeleitet.

Mit Lügen der Waffenstillstand [20] motiviert.

Mit Lügen begründete man die Notwendigkeit der Auslieferung unserer Flotte [21].

---

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10.
13 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.
14 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.
15 Vgl. Dok. 8, Anm. 12 sowie Dok. 97, Anm. 36.
16 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.
17 Zum Föderalismusgedanken der BVP vgl. Dok. 97, Anm. 23. Zu den bayerischen Reservatrechten vgl. Dok. 97, Anm. 21.
18 Matthäus 7, 16 und 20.
19 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
20 Vgl. Dok. 44, Anm. 7, Dok. 77, Anm. 7 und Dok. 86, Anm. 11.
21 Vgl. Dok. 86, Anm. 12.

Mit Lügen hat man unser Volk über die Diktate von Paris [22] und London [23] hinweggetäuscht.

Mit Lügen bestimmte man Deutschland zur Unterschrift des sogenannten Friedensvertrages von Versailles [24].

Mit Lügen führte man unser Volk in den Dawes-Pakt [25].

Lügen mußten Vorspanndienste leisten, um Locarno [26] zu unterschreiben.

Und Lügen und wieder Lügen haben uns den Young-Plan [27] beschert.

Wenn man heute versucht, von einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft oder unseres Volkskörpers überhaupt zu reden, dann ist das ein Betrug.

Als Deutschland im Weltkriege 26 Staaten gegenüberstand [28], überfiel uns allerdings eine Zeit der schwersten Not. Deutschland war von allen Rohstoffquellen abgeschnitten. Mangel an allem begann [29]. Allein die deutschen Werte an sich blieben unangetastet. Unsere Wirtschaft betätigte sich im inneren Kreislauf. Die Beendigung des Krieges sah ein Deutschland, das an *innerem* Reichtum nichts verloren hatte, weil es nichts verlieren konnte.

Vom Jahre 1918 an aber versilberte und verflüssigte man die angesammelten Reserven und Guthaben unseres Nationalvermögens. Der sogenannte Wiederaufbau ging nur auf Kosten der im Laufe vieler Jahrzehnte durch Fleiß und Sparsamkeit angesammelten Reserven.

Das neue System hat dem deutschen Volk nicht aus eigener Kraft zu helfen vermocht.

Seit 11 Jahren wird von den Sachverständigen in Berlin und außerhalb des Reiches ein neuer Weg nach dem anderen gesucht und gefunden, das deutsche Nationalvermögen zu veräußern.

Die Forderungen unserer Gegner jedoch sind nie kleiner, sondern immer größer geworden [30].

Erst hieß der Weg der Auslieferung und Ablieferung.

Dann Konfiskationen und Beschlagnahmen.

Dann kam das System der Inflation [31].

Es wurde abgelöst vom System des Dawes-Paktes.

Der Young-Plan ist das letzte und neueste System dieser Erpressung.

Die Folge dieser "Sanierung" aber sind: Vernichtung der deutschen Nationalwirtschaft; Vernichtung der Landwirtschaft; Vernichtung des Mittelstandes; Vernichtung des Kleinbetriebes; Vernichtung der Arbeitsmöglichkeit von Millionen Menschen; Vernichtung jeglichen

---

22 Gemeint ist vermutlich die am 18.1.1919 eröffnete Pariser Friedenskonferenz, in deren Verlauf die Verträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920) unterzeichnet wurden.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 14.

24 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

25 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

26 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

27 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

28 Vgl. Dok. 60, Anm. 12.

29 Zur wirtschaftlichen Situation des Deutschen Reichs während des Ersten Weltkriegs vgl. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

30 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

31 Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923.

wirtschaftlichen Kredits; Verpfändung unseres gesamten Nationaleigentums, soweit es irgendwie werbend und fruchtbringend erscheint, allgemeine wahnsinnige Verschuldung [32].

Das ist die Sanierung Deutschlands seit dem November-Verbrechen.

Das völkerwürgende System

Die Aufgabe des Systems aber heißt:

Ruhe und Ordnung zur Durchführung dieser Sanierung! D. h.: Wehrt euch nicht!

Unser Volk ist vergeßlich.

Es erinnert sich vielleicht heute an vieles nicht mehr, was seine parlamentarisch-politischen Verführer ihm vor 12 oder 10 Jahren an Lügen vorgesetzt hatten.

Allein, das deutsche Volk kann sich heute noch erinnern an die ungeheure Flut von kühnen Behauptungen, mit denen man die Notwendigkeit der Unterschrift unter den Young-Plan begründete, und der ungeheuren Flut von Verleumdungen, Verdächtigungen und Lästerungen [33], mit denen man diejenigen überschüttete, die es damals wagten, unser Volk vor der Unterschreibung dieses Teufelspaktes zu warnen [34].

11 Jahre lang wechseln die internationalen Ausbeuter immer wieder die Methoden der Erpressung.

11 Jahre lang aber haben sie in unseren Parteien immer wieder willfährige Helfershelfer gefunden, die Methoden zu verschleiern und unser Volk blind zu machen.

11 Jahre lang haben unsere politischen Parteien immer wieder gegen die Warner Front gemacht, sie verdächtigt, beschimpft und verfolgt.

Volksgenossen, erinnert euch aber nur der Vorgänge anläßlich des Volksbegehrens!

Erinnert euch, wie man damals mit Verfassungsbrüchen gegen die Männer vorging, die es wagten, für die Aufklärung einzutreten [35].

Erinnert euch, wie man alle die beschimpfte, die den Young-Plan damals als das bezeichneten, als was er nun heute aller Welt sich zeigt.

Die Young-Parteien entlarvt

Die Parteien, die jetzt infolge ihres schlechten Gewissens unter fremder Larve vor das Volk hintreten, sie sind die gleichen, die vor 8 und 10 Monaten noch mit eiserner Stirne dem Volke vorgelogen [*haben*], daß

---

32 Im September 1930 verzeichnete der ordentliche Haushalt des Deutschen Reiches ein Defizit von 410,2 Millionen RM, der außerordentliche Haushalt ein Defizit von 19,4 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

34 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

35 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern Carl Severing Disziplarmaßnahmen gegen diejenigen Beamten vorgeschlagen, die das Volksbegehren gegen den Young-Plan unterstützten. Nachdem die DNVP-Fraktion im preußischen Landtag gegen entsprechende Maßnahmen der preußischen Regierung Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig erhoben hatte, entschied dieser am 19.12.1929, daß derartige Maßnahmen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, S. 998 ff sowie Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 193 f., 229.

der Young-Plan ein unermeßlicher Fortschritt sei,

daß

der Young-Plan eine Sanierung der Reichsfinanzen möglich mache [36],

daß

der Young-Plan die Ursache einer Ordnung unserer gesamten Landes- und Kommunalfinanzen sein wird,

daß

der Young-Plan vom Jahre 1930 ab einen Steuerabbau ermöglichen werde [37],

daß

der Young-Plan endlich die deutsche Wirtschaft wieder "ankurble", daß Kapital nach Deutschland strömen werde und daß der Young-Plan damit die Zahl der Arbeitslosen endlich vermindere,

daß

der Young-Plan aber vor allem auch den deutschen Bauern, der Landwirtschaft Erleichterungen, ja die Rettung bringen werde.

Jawohl, deutsches Volk, das log man Dir mit frecher Stirne noch vor 8 und 10 Monaten vor.

Die nationalsozialistische Bewegung hat damals gegen diese Behauptungen das Volk aufzuklären und zu warnen versucht.

Jawohl, wir haben es damals unternommen, mit einigen anderen Verbänden zusammen die Nation in letzter Stunde in Erkenntnis der ihr drohenden entsetzlichen Gefahr zur Besinnung zu bringen und zum Widerstande aufzurufen.

Das Volksbegehren und der Volksentscheid waren die erste offene Aktion des deutschen Volkes seit 12 Jahren gegen seine berufsmäßigen und gewissenlosen Belüger und Betrüger!

Denn wer einem Volke einen Vertrag mit so entsetzlichen Folgen aufzubürden trachtet und dabei kein Mittel unversucht läßt, die Einsicht des Volkes zu zerstören, die warnende Stimme der natürlichen Vernunft zu betäuben, um den Leichtsinn an ihre Stelle zu setzen, und wer dabei vor keiner Lüge, mag sie noch so ungeheuerlich sein, zurückschreckt, der handelt gewissenlos!

Und es ist das *schlechte Gewissen* [38], das diese Parteien jetzt keine Ruhe finden läßt. Das *schlechte Gewissen*, das sie herumjagte nach immer neuen Namen, nur von einem Wunsche beseelt, ein Aushängeschild zu finden, das den wahren Träger verbergen könnte. *"Staatsparteien"* heißen sie nun auf einmal, *"Volkskonservative"* möchten sie sein [39] und sind doch in Wirklichkeit nur die altbekannten Brüder aus der Young-Front.

Warum die Maskerade?

Sie wechseln die Namen ihrer Parteien heute wie man Hemden wechselt, wenn sie schmutzig geworden sind!

Sie müßten stolz darauf sein, mit ihren alten Namen vor die Nation hinzutreten.

Sie können es aber nicht wagen, weil das Volk sie mit einem Schlag beseitigen würde.

---

36 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
37 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
38 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
39 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

Was sie an innerem Kredit verloren haben, versuchen sie durch einen neuen Firmentitel wettzumachen.

Volk, reiße die Augen auf, erkenne den Betrug!

Die Warnungen der N.S.D.A.P.

Vor 10 Monaten haben wir Nationalsozialisten in Tausenden von Versammlungen die Folgen des Young-Plans vorhergesagt[40].

Unzählige Anhänger unserer Bewegung sind deshalb damals blutig geschlagen worden, andere sind für ihre Überzeugung gestorben. Die Wirklichkeit aber hat uns heute leider nur zu recht gegeben.

Wir haben behauptet, daß der Young-Plan zur vollständigen Vernichtung unserer Reichsfinanzen führen muß.

Wir haben behauptet, das das Gerede vom "Steuerabbau" ein glatter Schwindel ist, daß im Gegenteil nach Annahme des Young-Plans die Steuern wahnsinnig erhöht werden müßten!

Wir haben behauptet, daß die "Einsparungen" durch den Young-Plan bloß in den phantastischen Gehirnen unserer Parlamentarier sich befinden, aber in Wirklichkeit das Gegenteil eintreffen wird.

Wir haben behauptet, daß der Young-Plan unser ganzes Volk mit einer solchen Generalhypothek belastet, daß künftighin die Kreditfähigkeit Deutschlands auf den Nullpunkt sinken wird und damit die Kapitalnot seinen [sic!] *Höhepunkt erreichen muß!*

Wir haben behauptet, daß die Unterzeichnung des Young-Plans zu einer wahnsinnigen Steigerung der Arbeitslosigkeit führen müsse und nicht zu einem Abbau derselben, wie man dem Volke vorzuschwindeln beliebte.

Wir haben behauptet, daß das Versprechen der Rettung der Landwirtschaft durch den Young-Plan geradezu eine Irreführung für Dumme darstellt. Daß im Gegenteil der deutsche Bauer in eben dem Maße zugrunde gerichtet wird, in dem die Verpflichtung, mit Devisen zu bezahlen, uns nicht nur zum Export um jeden Preis, sondern damit auch - als Gegenleistung - zur Öffnung der Grenzen für fremde Lebensmitteleinfuhr zwingt.

Wir haben weiter behauptet, daß dieser Plan gar nicht erfüllbar ist, daß aber das Unterschreiben eines Paragraphen, der die Pflichterfüllung als unserem schlechten Willen entsprossen unter Strafe stellt[41]*, ein geradezu unfaßbares Verbrechen ist!*

Die verbrecherischen Illusionisten

Laß Dich nicht wieder von den Schwätzern betrügen und mit neuen Schwindeleien hinhalten.

Volk, urteile gerecht!

Wer hat damals die Wahrheit gesprochen und wer nicht?

Wessen Prophezeiungen sind eingetreten und wessen Behauptungen sind ins Gegenteil verkehrt worden?

---

40 Die Propagandakampagne für das Volksbegehren gegen den Young-Plan wurde am 1.9.1929 mit einer Kundgebung vor dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald eingeleitet. Vgl. Bd. III/2, Dok. 71 ff.

41 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Dok. 6, Anm. 19.

Haben die anderen mit ihren Behauptungen recht gehabt, deutsches Volk, dann tritt hinter sie!

Haben aber wir mit unserer Warnung das Richtige vorausgesagt, dann, Volk, sei gerecht und *jage die Vernichter Deiner Zukunft zum Teufel!*

Lasse Dich nicht wieder mit der Phrase besänftigen: *"Wir haben uns eben einer Illusion hingegeben".*

Jawohl, seit 12 Jahren haben sie nur "Illusionen" gekannt, die Herren "Realpolitiker" der uns feindlichen Parteien.

Als die Revolution zum Gegenteil von dem führte, was man erst versprochen hatte, meinten sie, man müsse es entschuldigen, man sei eben "einer Illusion erlegen".

Als der Waffenstillstand die grauenhafteste Erpressung aller Zeiten einzuleiten begann, beklagte man wieder, daß man sich über die 14 Punkte Wilsons [42] einer Illusion hingegeben habe. Und dann kam eine "Illusion" nach der anderen. Spa [43] und Brüssel [44] und Versailles und Genf [45] und Paris und London und Locarno und der Völkerbund [46] und der Dawes-Pakt und endlich der Young-Plan. Und alles waren nur "Illusionen".

Aber Deutschland hat unter dem Fluch dieser Illusionen seine Freiheit verloren, hat seinen moralischen Kredit eingebüßt, hat keine politische Ehre mehr und hat endlich seine wirtschaftliche Grundsubstanz geopfert. Deutschland hat Milliarden für diese Illusionen bezahlt, und die Schuld ist nicht geringer geworden. Deutschland hat sich für diese Illusionen gedemütigt, und der Haß unserer Feinde wurde größer. Deutschland hat für diese Illusionen sich selbst ausgeliefert, und die Gier unserer Feinde kennt trotzdem keine Grenzen.

Alles war eine *"Illusion"*, jawohl, nur eines ist heute keine Illusion mehr:

Die Illusionisten haben das deutsche Volk, das fleißigste, tüchtigste und mutigste Volk zum wirtschaftlichen, moralischen und politischen Bankrott gebracht!

Deutsches Volk, schlage am 14. September nun nicht nur die "Illusionisten", sondern schlage die politischen, wirtschaftlichen und moralischen Bankrotteure!

Der 14. September hat erst dann einen Sinn, wenn an ihm die einzige Wiedergutmachung, zu der wir verpflichtet sind, ihren Anfang nimmt, die Wiedergutmachung unserer Ehre, unserer Freiheit, die Wiedergutmachung unserer inneren Schuld. Das Geheimnis dieser Aktion lautet:

Schlagt die Verräter! Jagt die Bankrotteure zum Teufel!

Laßt euch nicht wieder durch Namen blenden, seht ausschließlich ihre Taten!

Wer sind die Verbrecherparteien?

Seit 11 Jahren lügen diese Parteien.

Der *Marxismus* log von den Vorzügen der billigen Verwaltung der Republik, vom Abbau der indirekten Steuern und der Überwindung des Kapitalismus, von der Ausschaltung des Militarismus, vom ewigen Frieden usw.

Volk, was ist gekommen?!

42 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.
43 Vgl. Dok. 77, Anm. 20.
44 Vgl. Dok. 77, Anm. 21.
45 Vgl. Dok. 77, Anm. 19.
46 Vgl. Dok. 86, Anm. 9.

Die *bürgerlichen nationalen Parteien* logen von der Wiederaufrichtung eines mächtigen Reiches, Wiedereinsetzung der Monarchie, Beseitigung der Klassenspaltung, Stärkung der Wehrkraft, Herstellung der Grenzen von 1914, Wiedergewinnung der Kolonien usw.

Und Volk, was ist gekommen?!

Die *christlichen Parteien* logen von der Überwindung des Antichrist, logen von der Rettung der Familie, logen von der sittlichen und moralischen Hebung des Volkes, von der Rettung der Gesellschaft, von der religiösen Verinnerlichung, von der Bekämpfung der Unmoralität, von der Reinigung des öffentlichen Lebens usw., usw.

Und deutsches Volk, urteile wieder, was ist gekommen?!

Die *Wirtschaftsparteien* logen von der Rettung der Wirtschaft, logen von der Rettung der Landwirtschaft, von der Rettung des Mittelstandes, von der Rettung des Kleingewerbes, von der Rettung des Fremdenverkehrs, von der Rettung des Hausbesitzes, von der Rettung der Inflationsgeschädigten usw., usw.

Und nun urteile selbst, deutsches Volk, was ist gekommen?

Die *pazifistisch-demokratischen Parteien* logen von der Welteinbürgerung Deutschlands, von der Gesinnungsänderung unserer Feinde, vom Nutzen des Völkerbundes, vom Weltgewissen, von der Kultursolidarität usw., usw.

Und wieder urteile Volk, was ist gekommen?!

Eine grauenhafte Wirklichkeit!

Beruf um Beruf, Stand um Stand, alles geht zugrunde.

Heute stehen wir vor der Entlarvung des größten politischen Lügensystems aller Zeiten. Jahrzehntelang hat man mit diesen Lügen unser Volk verblendet, jahrzehntelang es dem Verderben entgegengeführt, und nun, da man mit großen Lügen sich nicht mehr zu helfen vermag, greift man als letztes Mittel zur persönlichen Verleumdung, zur kleinen Lüge im politischen Wahlkampf.

Deutsches Volk, blicke zurück auf die Vergangenheit und du kannst diesen Riesenschwindlern und Riesenlügnern auch für die Zukunft kein Wort mehr glauben!

Was immer sie heute zur Unterstützung ihrer alten Parteien vorzubringen versuchen, kann nichts anderes als Lüge sein.

Wenn sie aber früher zu lügen gezwungen waren, um das Volk zu erobern, dann sind sie heute gezwungen zu lügen, um sich zu verteidigen.

Die nationalsozialistische Bewegung als Erhebung des deutschen Volkes, ist im Anmarsch!

In ihr steht nunmehr das deutsche Volk auf zur Vergeltung.

Die deutsche Volkserhebung

Seit 11 Jahren steht die nationalsozialistische Bewegung in steigendem, erbitterten Kampf gegen diese Hyänen unseres politischen Lebens.

Seit 11 Jahren setzen wir der bewußten Zersplitterung unseres Volkskörpers die große Parole des Zusammenschweißens von Stirne und Faust entgegen.

Seit 11 Jahren versuchen wir überall mit der Politik der Illusionen aufzuräumen und an Stelle dessen die einzige nüchterne Erkenntnis zu setzen:

Volk, hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott[47]*!*

47 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

Volk, hilf Dir selbst, d. h., besinne Dich auf Deine Kraft, auf Dein innerstes Wesen und auf ihre Stärke, vertraue nicht auf fremde Hilfe, sondern sei überzeugt, daß auch unserem Lande nur die Freiheit wird aus eigenem Vermögen.

Seit 11 Jahren warnen wir, über den Tagesfragen die großen Aufgaben der Erneuerung unseres Volkskörpers zu verkennen oder zu vergessen [*sic!*]!

Solange unser Volk internationalistisch denkt in allen seinen Schichten, wird es zu keiner Kraftentwicklung mehr fähig sein!

Solange unser Volk dem demokratisch-parlamentarischen Wahnsinn huldigt, wird ihm keine Leistung mehr beschieden sein!

Und solange unser Volk sich pazifistischen Einflüssen ergibt und in der Nachgiebigkeit einen besseren Schutz als im Kampfe sieht, solange wird es kein Recht mehr auf dieser Welt erhalten.

Demgemäß kämpft die nationalsozialistische Bewegung seit 11 Jahren für gewaltige Ziele und verwirklicht sie an ihrem eigenen Ich.

Während die anderen Parteien zergehen und zerfallen und oft schon nach wenigen Jahren sich des eigenen Namens schämen, hat unsere Bewegung, von 7 unbekannten Menschen ausgehend [48], heute Millionen ergriffen [49].

Unzählige Male totgeschwiegen, verleumdet, terrorisiert und verfolgt, ist sie in sich immer härter geworden und wird heute von allen Feinden unseres Volkes am meisten gehaßt.

Wenn der französische Jude Jules Sauerwein in Paris die deutsche Reichsregierung auffordert, mich, Adolf Hitler, zu verhaften [50], dann bin ich stolz auf diese Ehre. Diese Forderung spricht ebensosehr für die nationalsozialistische Bewegung, wie sie vernichtend für unsere Gegner ist, denen man eine solche Forderung auch nur zu unterbreiten wagt.

Frankreich haßt unsere Bewegung heute genau so, wie es bisher immer noch alles gute Deutsche gehaßt hat.

Und im Inneren unseres Vaterlandes ist es nicht anders.

Wer hat ein freies Deutschland zu scheuen?

Wer hat den Siegeszug der nationalsozialistischen Bewegung zu scheuen?

Der Novemberverbrecher, der unser Volk in das heutige Elend stieß.

Die Revolutionswanze, die an der Not und am Unglück des Volkes gedeiht.

Der parlamentarische Lügenbold, der 30 Jahre lang die Nation beschwindelte.

Der Inflationsbetrüger, der den Diebstahl im großen geheiligt hat.

Die Schieber und Volksbegaunerer auf allen Gebieten.

Die politischen Amtsparasiten, die das redliche Beamtentum entwerten und niederdrücken.

Die Korruptionisten in der Verwaltung.

Die Wehrmachtschänder und Volksabrüster.

Die Landesverräter und Industriespione.

48 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

49 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

50 Vgl. Dok. 87, Anm. 56 und 57.

Die Minister, die jahrelang Milliarden vergeuden und jetzt auf einmal die Möglichkeit zum Sparen entdecken.

Die Lügner, die vom Christentum reden und mit dem Teufel des Atheismus paktieren.

Die Schwindler, die die Errettung des Mittelstandes versprechen und mit ihren Parteien die Großwarenhäuser züchten.

Die Kulturfatzken, die unser Volk mit Kitsch und Schund verderben.

Die Richter und Staatsanwälte, die das Recht verfolgen und den wehrlosen Menschen dann kraft ihres Amtes mißhandeln.

Die Verfassungsbrecher, die für Demokratie schwärmen und das Recht der anderen vergewaltigen.

Die Wahlreformschwindler[51], die vom Wahlrecht reden, während sie ein ganzes Volk im gesamten entrechten.

Den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung hat mit einem Wort zu scheuen:

Wer verantwortlich ist für unseren politischen, moralischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Und deshalb häuft sich Rechtsbruch auf Rechtsbruch, Terror auf Terror, Polizeipräsidenten setzen verfassungsmäßige Rechte durch einfache Verordnungen außer Kraft, wenn es sich um die Bekämpfung von Nationalsozialisten handelt. Es ist ein Hexensabbat von Verfolgung, und trotzdem ist das Wachstum unserer Bewegung nur einem unaufhaltsamen Sturme zu vergleichen.

Was wir wollen

Die nationalsozialistische Bewegung wird mit ihrem Siege den alten Klassen- und Kastengeist überwinden. Sie wird aus Standeswahn und Klassenirrsinn wieder ein Volk erstehen lassen.

Sie wird dieses Volk zu eiserner Entschlossenheit erziehen.

Sie wird die Demokratie überwinden und die Autorität der Persönlichkeit in ihre Rechte setzen.

Sie wird das verletzte Recht wieder dem deutschen Volke zurückgeben durch die brutale Verfechtung des Grundsatzes, daß man solange kein Recht zum Hängen des Kleinen besitzt, solange die größten Verbrecher ungestraft und ungeschoren bleiben.

Die anderen Parteien mögen sich mit der Inflationsdieberei abgefunden haben, mögen den Revolutionsbetrug anerkennen: Der Nationalsozialismus wird die Diebe und Landesverräter zur Verantwortung ziehen. Der Nationalsozialismus kämpft für den deutschen Arbeiter, indem er ihn aus den Händen seiner Betrüger nimmt, die Schutztruppe des internationalen Bank- und Börsenkapitals aber vernichtet.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege die deutsche Verwaltung säubern von den Parasiten, die, ohne Recht und ohne alle Kenntnisse, nur auf Grund ihres Parteibuchs die Nation belasten. Wer von neuen Steuern redet, soll erst die Verwaltung von den in 12 Jahren hineingeströmten Revolutionsparasiten befreien. Man schützt den ehrlichen Beamten nur, indem man seiner Leistung und seiner redlichen Arbeit den Weg freimacht, den parlamentarischen Schieber aber aus der Beamtenbahn entfernt.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege den Schutz des deutschen Menschen auch wirtschaftlich bis zum äußersten zu garantieren suchen. Solange Börse und Waren-

51 Vgl. Dok. 87, Anm. 54.

häuser nicht genügend besteuert sind, ist jede weitere Steuererhöhung im kleinen ein Verbrechen.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege den Bauer schützen durch rücksichtslose Erziehung unseres Volkes zur Verwendung unserer eigenen Produkte.

Auch unsere oberen Zehntausende werden lernen müssen, schwarzes Brot zu essen, andernfalls unser Roggen verkommt [52] und Weizen eingeführt werden muß!

Wir werden die nationale Ehre und den nationalen Stolz darein setzen, alles Fremde, wenn irgend möglich, zu meiden und den Ergebnissen des eigenen Fleißes den Vorzug zu geben.

Wir werden dafür sorgen, daß an die Spitze aller Reformen die Reform unseres Wehrwillens gestellt wird und die Änderung unserer auswärtigen Politik.

Die nationalsozialistische Bewegung wird nach ihrem Siege nicht mehr die Politik des ewigen Buhlens um Frankreichs Gunst fortsetzen. Jede Hand, die sich uns in Europa aus gleicher Not und gleicher Gesinnung heraus bietet, wird einst von uns dankbar ergriffen werden.

Wir wollen dafür sorgen, daß die Bedeutung unseres Volkes in der Zukunft wieder seinem natürlichen Wert entspricht und nicht der jammervollen Vertretung unserer letzten 15 Jahre. Die nationalsozialistische Bewegung kämpft keinen Kampf von heute auf morgen. Der Weg, den sie geht, ist vielleicht ein langer, aber an ihrem [*sic!*] Ende steht der Sieg. *Wenn unsere Gegner heute zu den wahnwitzigsten Mitteln der Verfolgung greifen, wenn die sogenannte freie Republik ihre Bürger bei jeder Gelegenheit mit dem Gummiknüppel [53] schlagen läßt, so wie man früher vielleicht Hunde prügelte, dann mag unser Volk nicht vergessen, daß heute die Unterdrückung uns Nationalsozialisten nur trifft, weil wir uns des unterdrückten Volkes annehmen.*

Schlagt sie zusammen die Interessentenhaufen [54]

Deutsches Volk, gib acht: Heute zieht man uns, den Feinden der Korruption, die Braunhemden aus [55].

Unterliegen wir, dann wird man dir deutscher Bauer, Arbeiter, Beamter, Angestellter, als dem Opfer der Korruption, einst noch das letzte Hemd ausziehen!

Sie üben sich an uns in dieser Kunst!

Der 14. September 1930 kann, wenn unser Volk die letzten Konsequenzen zieht, zum Beginn einer gewaltigen deutschen Umwandlung werden, aus der heraus eine neue deutsche Kraft erwächst.

Millionen ahnen heute das Schicksal, das uns bevorsteht, mögen sie auch die Kraft finden, es abzuwenden!

Die Parole für den 14. September kann nur lauten: Schlagt die politischen Bankrotteure unserer alten Parteien!

Vernichtet die Zersetzer unserer nationalen Einheit!

---

52 Vgl. Dok. 97, Anm. 47.
53 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.
54 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.
55 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

Laßt euch nicht bluffen von den Phrasen einer "Hindenburg"- [56] *oder "Staatspartei"- oder "Lettow-Vorbeck-Front"* [57]*!*

Laßt euch nicht bluffen vom Schwindel einer Wahlreform, an die kein Mensch ernstlich glaubt, einer Reichsreform [58] *und weiß Gott was sonst noch! Kämpft dafür, daß eine Reform des deutschen Volkes eintritt.*

Die erste Forderung dieser Reformation kann aber nur lauten:

Weg mit den Verantwortlichen für unseren Verfall!

Volksgenosse, schließe dich an der marschierenden braunen Front des erwachenden Deutschlands! Dein Nein dem heutigen System gegenüber heißt:

Liste 9 [59]*!*

Schlagt sie am 14. September zusammen, die Interessenten am Volksbetrug.

---

56 Hindenburg hatte jede öffentliche Beteiligung am Wahlkampf abgelehnt, obwohl das Kabinett Brüning in besonderem Maße von seiner Person abhängig war. Die Überlegungen der bürgerlichen Parteien, eine "Hindenburg-Front" aufzubauen, scheiterten jedoch nicht nur an der Verweigerung des Reichspräsidenten, sondern bereits an den Rivalitäten dieser Parteien selbst. Lediglich DVP, Konservative Volkspartei und Wirtschaftspartei bezeichneten in ihrem gemeinsamen Wahlaufruf vom 22.8.1930 die eingeleitete finanzielle, soziale, wirtschaftliche und staatliche Reform als "Hindenburgprogramm". Vgl. Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 184 ff. sowie Dok. 87, Anm. 12.

57 Vgl. Dok. 84, Anm. 11.

58 Vgl. Dok. 29, Anm. 14.

59 § 22 des Reichswahlgesetzes vom 22.4.1920 bestimmte, daß die Reichswahlvorschläge durch den Reichswahlleiter in fortlaufender Nummernfolge spätestens 13 Tage vor dem Wahltag veröffentlicht werden sollten. Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 nahm die NSDAP Listenplatz 9 ein. Druck: RGBl. 1920, S. 631.

10. September 1930 — Dok. 110
"Die Generalabrechnung! Deutschland ist im Erwachen! [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

Der Angriff vom 12.9.1930, "Adolf Hitlers Rede" [3].

Meine lieben deutschen Volksgenossen!

Als wir vor 12 Jahren von der Front zur Heimat zurückkehrten, da fanden wir hier Verhältnisse vor, die wir nicht geschaffen hatten und für die wir auch nicht verantwortlich sind.

Die Politiker von heute hatten jahrzehntelang Zeit, das, was sie von den Vätern ererbt hatten, weiterzuentwickeln. Wenn zwölf Jahre nach der Revolution [4] die Politiker sich beschweren, daß *wir* jetzt reden, die wir lange genug geschwiegen haben [5], so braucht sie das nach dem, was sie in den zwölf Jahren geleistet oder vielmehr nicht geleistet haben, nicht zu wundern.

Jetzt reden wir und wir hoffen, daß bald der Tag kommt, an dem die anderen ebenso schweigen müssen, wie wir einst geschwiegen haben. (Lebhafter Beifall!)

Als wir 1918 zurückkehrten, da war das Tragische nicht, daß eine Revolution stattgefunden hatte, sondern tragisch war *die Motivierung* dieser Revolution, die auf die Brechung jeder Kraft der Nation ausging.

Das Recht auf das Leben der Nation ist nach wie vor vorhanden. Aber die Macht, die zur Durchsetzung der Lebensrechte notwendig ist, fehlt. Auch unsere Bewegung hat dasselbe Daseinsrecht wie die anderen, aber zu seiner Durchsetzung ist Macht nötig, und um diese Macht werden wir kämpfen mit allen legalen Mitteln [6] bis zum Sieg. (Stürmischer Beifall.)

---

1 Titel laut Ankündigung in Der Angriff vom 7.9.1930.

2 Im Sportpalast, ab 21.30 Uhr. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht "mindestens 16.000 Personen" teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Goebbels geleitet, der vor Hitler eine Stunde zum Thema "Generalabrechnung" sprach. Wegen Hitlers Erschöpfung wurde sein angekündigter zweiter Auftritt im Orpheum, wo laut Polizeibericht 2.200 Personen bis 23.30 Uhr auf ihn warteten, von Goebbels abgesagt.
Vgl. auch den Polizeibericht, wo es u. a. heißt: "Unter brausendem Jubel betrat anschließend Adolf Hitler die Redner-Tribüne. Seine Ausführungen waren, besonders im Anfang, sehr weitschweifig und langweilten einen großen Teil der Zuhörer. Hitler war offenbar von den Anstrengungen des Wahlkampfes stark angestrengt und abgespannt."

3 Vgl. auch Vorwärts vom 11.9.1930 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Zeitung vom 11.9.1930, "Hitler im Sportpalast"; Der Angriff vom 12.9.1930, "Wir kämpfen bis zum Sieg!"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 12.9.1930, "Nationalsozialistische Wahlkundgebungen in Berlin"; VB vom 12.9.1930, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 12.9.1930, "Hitler im Sportpalast"; VB vom 13.9.1930, "Wir wollen ein neues Deutschland!"; Der Angriff vom 14.9.1930, "Wir kämpfen bis zum Sieg!"; Illustrierter Beobachter vom 11.10.1930, "Adolf Hitler im Berliner Sportpalast". Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I. A. Tgb. Nr. 3856 I. A. 7.30, vom 13.9.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 601.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Möglicherweise eine Anspielung auf Hitlers Redeverbot. Vgl. Dok. 24, Anm. 11.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

Als Bismarck das Reich gründete, schlossen sich *machtpolitisch* die deutschen Stämme zusammen, aber *geistig* begann damals die Zerreißung. Wir erleben nun wieder ein Schauspiel, das vor dreihundert bis vierhundert Jahren schon einmal unser Volk niedergeworfen hatte, als zwei Weltanschauungen miteinander rangen, die sich gleich stark gegenüberstanden und das Volk nach außen machtlos machten [7]. Protestantismus und Katholizismus konnten einander nicht überwinden, aber es blieb ein Riß im Volksgefüge, der erst durch eine völlig neue, andere Idee, den brandenburgisch-preußischen Staatsgedanken überbrückt werden konnte [8].

So wird sich auch jetzt, wo bürgerlicher Nationalismus und internationaler Marxismus herrschen, der Zerreißung des Volkes in zwei Lager nur durch eine neue Idee ein Ende bereiten lassen. Erst damit wird aus zwei Lagern wieder eine deutsche Nation geschaffen werden. (Starker Beifall.)

Weder kann der internationale Marxismus auf eine Erfüllung seiner Versprechungen hinweisen, noch der bürgerliche Nationalismus. Beide haben praktisch *das Gegenteil* von dem erreicht, was sie erreichen wollen. Alle großen Gesichtspunkte sind, sagen wir, wenn schon nicht *verraten*, so doch mindestens *mißlungen.*

Immer mehr wird das Volk zerteilt durch Versprechungen an einzelne Stände und Berufe. Aber auch diese Versprechungen können nicht erfüllt werden, weil sie nicht zu erfüllen sind *ohne Macht.*

Macht ist nicht gleich Gewehr und Maschinengewehr, sondern Macht ist gleich *Wille.* Wenn einem 60-Millionenvolke [9] der Wille zur Freiheit eingehämmert ist, dann wird es immer einen Machtfaktor darstellen. (Allgemeine Zustimmung.)

Ist ein Volk in zwei Lager geteilt, von denen jedes die gleichdenkenden Menschen anderer Völker höher schätzt als die Andersdenkenden des eigenen Volkes, dann fehlt ihm jede Möglichkeit, Macht zu entwickeln. Dann sind alle Hoffnungen zwecklos, dann steht am Ende der Volkstod, der den Zusammenbruch für *beide* Teile bedeutet.

Als der Krieg vorbei war, da begann man die Wirtschaft zu "sanieren", indem man das deutsche Nationalvermögen, und zwar in seinen materiellen und ideellen Werten, versilberte und verschleuderte [10]. Jetzt gibt es nichts mehr zu verschleudern, die "Sicherheiten" sind vorbei, und jetzt bricht dieses System zusammen.

Nun verteidigen sie sich nur noch mit ganz kleinen

Lügen und Verleumdungen.

Parteien, die einst vorgaben, für große Ideen zu streiten, für was kämpfen sie nun? Lesen Sie die Presse durch? Nichts als gemeine Lügen, persönliche Anrempelungen der Gegner, das sind die "großen Gesichtspunkte" der parlamentarischen Parteien.

Es ist keine Kunst, den einzelnen Ständen und Berufen Versprechungen zu machen. Wir könnten das auch. Aber das ist keine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Gewissens, eine Frage der Anständigkeit, das zu tun oder zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

---

7 Anspielung auf die Polarisierung in Deutschland durch die 1517 beginnende Reformation.
8 Vgl. Dok. 106, Anm. 3 und 6.
9 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.
10 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

In nationalsozialistischen Versammlungen steht Ihnen zum ersten Male gegenüber nicht ein einzelner Stand, sondern *das deutsche Volk* [11]. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Die nationalsozialistische Bewegung wird daher nicht den Weg der anderen Parteien gehen.

Was wir versprechen, ist nicht materielle Besserung für einen einzelnen Stand, sondern die Mehrung der Kraft der Nation, weil nur diese den Weg zur Macht und damit zur Befreiung des *ganzen* Volkes weist [12]. (Langanhaltender, stürmischer Jubel.)

Ich darf nicht hoffen, eine Nation zur letzten Kraftanstrengung zu bringen, wenn nicht jeder die Gewißheit hat, daß diese letzte Kraftanstrengung nicht einem einzelnen Stande zugute kommt, sondern dem ganzen Volk. Gelingt es nicht, so die Begriffe Nationalismus und Sozialismus zu vereinen, dann wäre die letzte Stunde der Nation gekommen.

Die Botschafterkonferenzen [13] usw. bedeuten ja nur eine Atempause vor großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, und ein deutsches Volk, das nicht mit neuer Kraft in diese Zeit eintritt, wird dann endgültig verschwinden.

Nach den Definitionen der Begriffe Nationalismus und Sozialismus bei den heutigen Parteien gibt es eine solche Vereinigung der beiden Begriffe nicht, vielmehr führen sie ihre Kämpfe nicht mehr unter dem Begriff Nation, sondern nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Klasse. Unserer Bewegung blieb es vorbehalten, diese Vereinigung der Begriffe zu vollziehen.

Ist Nationalismus mehr als ein Lippenbekenntnis, sieht man in ihm die Hingabe des einzelnen an das Volksganze, dann deckt sich dieser Begriff mit dem Begriff Sozialismus.

Sagt man mir von rechts: Sie Phantast, Sie Narr, wie können Sie zu einer solchen Auslegung kommen, dann, verehrter Herr, sind Sie niemals national gewesen und dann haben Sie keine Ahnung davon, für was die zwei Millionen im Weltkrieg gefallen sind [14].

Die Millionen, die an den Fronten waren, sind nicht für schale äußere Begriffe gefallen, sondern am Ende war jeder davon überzeugt: Ich setze mein Leben für Deutschland ein und damit für das Leben von 60 Millionen Volksgenossen. (Ungeheurer, langanhaltender Beifall.)

Nie wäre der Begriff "Weltfront" [15] entstanden, wenn nicht Millionen diese hohe Auffassung gehabt hätten. Nationalismus bedeutet aber nicht nur Bluteinsatz, sondern auch Guteinsatz. Denn über allem Geschäft und über aller Dividende *steht immer noch turmhoch das Leben des letzten Musketiers.* (Ungeheurer, tosender Beifall.) Das Leben ist keineswegs ein mechanisches Rechenexempel. Wenn du nur nach deiner Dividende siehst, dann wundere dich nicht, wenn auch der Prolet nur mehr auf seinen Lohn sieht.

Gewiß, am Ende steht hinter jedem Idealismus die realste Lebensbejahung. Wir sind nur wie kleine Blätter eines großen Baumes. Wesentlich ist, daß unsere Stämme gesund bleiben

---

11 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

12 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

13 Die seit 1920 bestehende Pariser Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums befaßten sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Vgl. Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

14 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

15 Der Begriff "Weltfront" entstammt der antisemitischen Propaganda. Vgl. z. B. Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker. Hrsg. von Hans Krebs und Otto Prager, Aussig 1926.

und daß unsere Nation so kräftig dasteht, wie sie seit Jahrtausenden [*sic!*] dagestanden ist. Wenn man die Dinge so sieht, dann verschwinden alle kleinen Unterschiede des Standes, dann sieht man um sich nur mehr die Blutsträger einer Gemeinschaft und erkennt, daß diese Masse gesund sein muß, damit die ganze Nation gesund bleibe und ein künftiges Leben habe.

Es gibt nur *eine* Überwindung der sozialen Gegensätze, die heißt: Gib den Menschen ein hohes Ideal, das größer ist als der Egoismus.

Wenn unsere politischen Gegner nun erklären: "Ja, das alles wollen wir doch auch", dann müssen wir erklären, wenn ein Baum alt und krank geworden ist, dann kann er zwar auch noch eine Zeitlang Blätter tragen, aber seine Existenz ist nicht mehr die Zukunft. Es kommt dann darauf an, ob aus dem Baum heraus ein neuer Sprößling hervorsprießt. Wenn ja, dann bleibt das Blut erhalten, wenn nein, dann tritt der Tod ein.

In der jetzigen katastrophalen Lage muß auch die Erhebung des Volkes katastrophenartig erfolgen, daß das Wort "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los" [16] Wirklichkeit wird.

Wenn Bewegungen heute nicht die Kraft besitzen, das Volk zu rufen, durch *Befehle* kann man es nicht unter die Waffen zwingen. Wenn das Volk nur noch von den kleinen Lügen und Verleumdungen der politischen Parteien bewegt würde, dann könnte man verzweifeln. Aber wie ein Wunder steigt da aus einem kleinen Häuflein [17] gegen alle Widerstände des Lebens unsere Bewegung auf. Ein Jahr haben wir appelliert, und da waren es 60, die uns folgten, im zweiten waren es dreitausend, dann dreißigtausend, dann sank die Zahl wieder und dann stieg sie aufs neue immer höher [18]. Und wenn Sie heute durch Deutschland fahren, wo immer Sie hinkommen; wo ist heute das deutsche Volk?

Hier ist es!!

(Jubelnder, immer aufs neue einsetzender Beifall.)

Wenn das Schicksal uns ruft, soll es uns rufen, aber der letzte Schrei soll immer noch sein nicht "Klasse" oder "Beruf", sondern

"Deutschland erwache [19]!"

Wir Nationalsozialisten erziehen das Volk zum gewaltigsten Lebensgesetz und dieses Lebensgesetz heißt Kraft. Macht und am Ende auch Kampf. Wir kennen den Krieg aus eigener Anschauung [20]. Und wir wollen nicht den Krieg, aber wir wollen, daß unser Volk lebt.

Ein Volk, das man erzieht nach dem devoten Grundsatz: "Mit dem Hute in der Hand kommt man durch das ganze Land", wird auch in der Außenpolitik keinen anderen Weg wissen, als "Mit dem Hute in der Hand" nach Genf [21] oder nach Locarno [22]. (Heiterkeit.)

---

16 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
17 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
18 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.
19 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts "Sturm" von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Halcomb, the SA, S. 251 ff.
20 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.
21 Vgl. Dok. 77, Anm. 19.
22 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

Ich gestehe feierlich, wir wollen unser Volk dazu erziehen, den Hut aufzubehalten und sein Recht zu wahren. Wenn der Hut in der Hand nichts nützt, dann ist das ein Beweis, daß es Zeit ist, etwas anderes in die Hand zu nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind überzeugt, wenn unser Volk erst eins geworden ist, dann wird es auch die Tagesfragen richtig lösen können.

So treten wir denn zum 14. September vor Sie hin [23] nicht mit der Bitte, uns Ihren Stimmzettel zu geben. Wer uns nicht glaubt, der darf es gar nicht tun. Wer uns aber glaubt, der muß auch Kämpfer werden. Wir sammeln nicht Stimmzettel, sondern Kämpfer.

Am Ende steht für uns eine große Aufgabe: Freiheit und Brot [24], auf daß unser Volk lebe in kommenden Zeiten und auf daß die unermeßlichen Opfer vergangener Zeiten nicht vergeblich geblieben sind.

Andere Parteien kämpfen für ihre Mandate, wir kämpfen für unser Volk. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis Deutschland sich erhebt und kraft des Weimarer Gesetzes der Majorität die Majorität der Kraft in Erscheinung tritt. Dann kommt vielleicht einst für künftige Geschlechter, wenn wir alt und schwach geworden sind, eine Zeit der Ruhe. Unsere Zeit aber heißt

Kampf! [25]

12. September 1930 Dok. 111
Erklärung

Münchener Post vom 12.9.1930, "Keine Gelder aus Doorn für Hitler".

Die in der Münchener Post Nr. 204 vom 5. September 1930 unter der Überschrift: Wilhelm von Doorn [1] finanziert die Hakenkreuzler, gebrachte Meldung [2] ist von Anfang bis Ende unwahr.

---

23 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
24 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.
25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Wilhelm II. hatte im August 1919 den in der Provinz Utrecht gelegenen Landsitz "Haus Doorn" für 1.350.000 holländische Gulden gekauft und war im Mai 1920 dort eingezogen. Vgl. Hans Wilderotter, Haus Doorn. Die verkleinerte Kopie eines Hofstaates. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 113-121.

2 Der Artikel lautet: "Ein Berliner Morgenblatt meldet, daß Wilhelm von Doorn durch Vermittlung des alldeutschen Oberfinanzrats Bang in den letzten Monaten den Nationalsozialisten nicht weniger als 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Davon sei allein eine halbe Million für den Wahlkampf und für die Bewaffnung der nationalsozialistischen Sturmtruppen bestimmt. Das Geld sei ausgezahlt worden, nachdem Bang die Hohenzollern überzeugt habe, daß nur einer wie Hitler Deutschland von der Beschlagnahme des unbeweglichen Vermögens Wilhelms II. retten könne."

Es ist unwahr, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom ehemaligen Kaiser durch Vermittlung des Oberfinanzrates Bang [3] in den letzten Monaten 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt bekommen habe.

Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch ein Mittelsmann *derselben* irgendeine Summe vom ehemaligen Kaiser oder einem Mittelsmann *desselben* erhalten hat [4].

Adolf Hitler

12. September 1930 Dok. 112
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Deutsche Zeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau" [2].

Hitler beschäftigte sich mit den Klassengegensätzen, durch die unser Volk an seiner vollen Entfaltung gehindert werde. Gelinge es, die Klassengegensätze zu überbrücken [3], dann werde der deutsche Genius sich wieder erheben. Nicht der Wunsch, sondern allein die Kraft sei das

3 Paul Bang (1879-1945), 1904 Dr. jur., 1906 Hilfsrichter am Amtsgericht und Landgericht Freiberg, 1911 Eintritt in das sächsische Finanzministerium, 1919 Verabschiedung als Oberfinanzrat, Vertrauter von Alfred Hugenberg, 1928-1933 MdR (DNVP), 1933 Eintritt in die NSDAP, Februar bis Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

4 Im Gegensatz zu seinem Sohn August Wilhelm Prinz von Preußen stand der ehemalige deutsche Kaiser damals dem Nationalsozialismus und Hitler distanziert und skeptisch gegenüber; eine Finanzierung der NSDAP durch ihn läßt sich nicht nachweisen und erscheint unwahrscheinlich. Vgl. Sylvia Adler, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil, S. 143-149 sowie Willibald Gutsche, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991, S. 111 ff.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Helmuth Brückner geleitet. Dem Schreiben des Regierungspräsidenten zufolge nahmen 20.000-25.000 Personen an der Versammlung teil, vor der Halle hatten sich weitere 5.000-6.000 Personen versammelt, für die Hitlers Rede durch eine Lautsprecheranlage übertragen wurde. Nach seiner Rede sprach Hitler zusammen mit Gauleiter Brückner kurz auf einer weiteren Parallelversammlung im Messehof.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung für Schlesien und Oberschlesien vom 13./14.9.1930, Hittler [*sic!*], der 'Prophet des 3. Reichs' in Breslau - eine große Enttäuschung"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in der Jahrhunderthalle"; Breslauer Zeitung vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; Die freie Meinung vom 13.9.1930, "Hitler muß in Breslau Kaution stellen"; Ohlauer Kreis- und Stadtblatt vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; Schlesische Volkszeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau"; Schlesische Zeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau"; Volkswacht für Schlesien vom 13.9.1930, "Politischer Wunderapostel spricht. Hitlers schlesische Wahlversammlung in Breslau"; Brockauer Zeitung vom 14.9.1930, "Hitlers Wahlrede in Breslau"; Schlesische Tagespost vom 14.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; VB vom 14./15.9.1930, "Hitler spricht vor 30.000 in Breslau"; Illustrierter Beobachter vom 4.10.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; ferner Schreiben des Regierungspräsidenten von Breslau, I.3.132.T.2021, an den preußischen Minister des Innern vom 14.9.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 306.

3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

Entscheidende. Aus Parteimogeleien werde kein deutsches Volk entstehen. So bleibe allein der Nationalismus. Wenn dieser Nationalismus die Hingabe des einzelnen an die Gesamtheit bedeute, dann sei er tatsächlich zum edelsten Sozialismus geworden. Kein Volk in der Geschichte sei durch Demut und Unterwerfung wieder groß geworden. Wenn das Volk zurückgeführt worden sei zu seiner Kraft, dann folge der zweite Weg, der Grundsatz der Leistung, der aber nur aufgebaut sein könne auf dem Führergedanken und nicht auf dem Grundsatz der Demokratie, d. h. der Feigheit und der Stumpfheit der Massen. Nach den Wahlen werde der neue Kampf beginnen, bis endlich die Stunde der Freiheit komme.

13. September 1930 Dok. 113
"Unser Programm - der Staat der Persönlichkeiten. Aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 13.9.1930.

13. September 1930 Dok. 114
"Das Volk steht auf! [1]" Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 16.9.1930, "Adolf Hitlers letzter Appell in München" [3].

Es gibt in Deutschland nicht wenig Parteien und Führer, die dauernde Ausschau halten nach der *Erhebung des deutschen Volkes.* Sie sagen: Deutschland muß wieder frei werden, Deutschland muß eine andere Gesinnung bekommen, das deutsche Volk muß in sich selber gehen, Deutschland muß verantwortungsfreudige Führer erhalten - und dann schauen sie über Deutschland hin und sagen klagend und traurig: *Aber so weit sind wir noch nicht!* Und weil wir nicht so weit sind, müssen wir bleiben! Wir sind zunächst der *Ersatz* des Besseren (große Heiterkeit), *wir sind die Vorläufer, die Johannisse* [4] (wiederholte Heiterkeit), und wehe,

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen leicht überarbeiteten und gekürzten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 80-90/München [65]1933, S. 492-503). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 13.9.1930.
2 Im Zirkus Krone, von 21.00 bis 22.30 Uhr. Laut PND-Bericht war die Halle bald nach 18.00 Uhr "dicht gefüllt". Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Adolf Wagner sowie MdR und Staatsminister Frick.
3 Vgl. auch Polizeibericht Nr. VI d 1655/30 vom 14.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.
4 Anspielung auf Matthäus 3, 1 ff.; Markus 1, 4 ff.; Lukas 3, 2 ff.; Johannes 1, 6 ff.

wenn nun jemand kommt, an sie antippt und sagt: Ich glaube, Freund, vielleicht wäre jetzt die Zeit gekommen, in der du zurücktrittst, *es deucht mich, als ob die anderen schon da wären!*

Dann sagt er: Wo? Ich sehe nichts, nein! *Glaubt nicht,* sagen sie dann, *den falschen Propheten* [5]*!* (Heiterkeit.) Ja, du lieber Gott, - wie sollen sich denn die neuen Führer ankündigen? Irgendwie müssen sie sich doch bemerkbar machen! Herr *Dr. Held* sagt: Es gehen falsche Propheten um im Lande [6] - und ist es leicht zu erraten, auf wen das gezielt ist. Man kann das Volk nicht genug bitten und warnen, sich zu wappnen gegen die Verführungskünste dieser "falschen Propheten".

Hitler fragt:

Wer hat denn bisher falsch prophezeit,

die falschen Propheten oder die "richtigen Führer?" (Große Heiterkeit.) Wer hat sich denn bisher getäuscht? Ja, ich glaube, daß *die falschen Propheten das Richtige gesehen und die "richtigen Führer" 12 Jahre lang falsch prophezeit haben.* (Stürmischer Beifall.) Und wäre es nicht so - von selbst käme nicht diese Bewegung in unser deutsches Volk hinein. Denn was Sie heute hier erleben, das erleben Sie jetzt im ganzen Deutschen Reich, zum Teil in gigantischen Ausmaßen. Es gibt keinen Raum mehr in Deutschland, der groß genug wäre; die größten Ausstellungshallen - und im Verlauf weniger Stunden ausverkauft, überall dasselbe Bild: *Eine nach Zehn- und Zehntausenden* [*sic!*] *zählende Menschenmenge füllt die Säle, zehntausend warten draußen* [7]. Für die letzte Sportpalastversammlung in Berlin sind über 110.000 Anmeldungen gekommen [8]. (Donnernde Heilrufe.)

Ich hatte gestern das Glück, in der *Jahrhundertfeierhalle* [*sic!*] *in Breslau* zu reden [9], einem Raum, in den sie diesen Raum hier sechs-, acht- oder zehnmal hineinstellen können, eine gigantische Betonmasse. Und wenige Tage vor mir sprach dort Herr *Treviranus* [10], ein großer Staatsmann mit gewaltig bewegenden Gedanken und Ideen. Aber es waren *nur 1.200 Menschen* in diesem Riesengebäude anwesend, die das hören wollten: *ein riesiger, steinerner Sarg*

---

5 Anspielung auf Matthäus 24, 11; Markus 13, 22.

6 Hitler bezieht sich vermutlich nicht auf eine einzelne Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Held, sondern ironisiert den stark religiös gefärbten Tenor seiner damaligen Wahlkampfreden. In diesen Reden kritisierte Held nicht nur die Nationalsozialisten, die er u. a. als "Lügner" bezeichnete, sondern auch die übrigen Parteien. Vgl. die Berichterstattung des Regenburger Anzeigers, der sämtliche Wahlkampfreden Helds wiedergibt.

7 Vgl. Dok. 76 ff.

8 Vgl. Dok. 110, Anm. 2. Laut Ankündigung in Der Angriff vom 7.9.1930 war Hitlers Rede am 10.9.1930 bereits Tage vorher ausverkauft.

9 Vgl. Dok. 112.

10 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1919 Kapitänleutnant a. D., 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrminister, 1933 Aufsichtsratvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.
Treviranus hatte am 3.9.1930 in der Breslauer Jahrhunderthalle eine Wahlkundgebung abgehalten. Vgl. Berliner Tageblatt vom 4.9.1930 (AA), "Nichts mehr von Außenpolitik... Treviranus spricht in Breslau".

mit einem ganz kleinen Inhalt! Weshalb wohl? Wenn unsere Gegner die nationalsozialistische Bewegung so von oben abtun möchten, dann vergessen sie eines:

So etwas wird nicht aus Nichts!

Das, was heute aufgebaut ist, kann nur bestehen entweder infolge der Richtigkeit einer Idee oder mindestens eines grenzenlosen Fleißes der Träger der Idee. Ihr sagtet einst: Das Volk muß regieren, *das Volk muß souverän werden* [11]*!* Was tatet ihr, damit das Volk der Souveränität auch geistig würdig wird? Gar nichts! Da sagtet ihr dann: Das ist eine nicht passende Arbeit, dieses *Mobilmachen der Gasse!* Ja, die Massen gefallen euch schon, wenn ihre Dummheit konzentriert in eine Waagschale gelegt wird, dann liebt ihr die Masse. (Stürmischer Beifall.)

Die Sozialdemokratie, was tat sie? Sie ging mit dem Zentrum in Koalition [12], die Massen marschieren mit! Sie konnte dem Kapitalismus die Steigbügel halten [13], die Massen marschieren mit! Nein, sie dürfen sich nicht beklagen: *Das Volk ist zwölf Jahre nachmarschiert, zwölf Jahre hatten sie praktisch diktiert und tun es auch jetzt noch, nur das Format der Diktatur ist ein anderes.* Das eine heißt Napoleon, ein anderes Julius Cäsar, ein anderes Cromwell, wieder ein anderes Mussolini, und ein anderes heißt *Stützel* oder *Koch.* (Stürmischer Beifall.) *Und darauf kommt es an,* nicht auf die *Möglichkeit*, diktieren zu können. Die Herren glauben immer oder sie glauben es gar nicht, aber dem Volke versuchen sie weiszumachen, als ob es sich nur um ein Problem handeln würde der Diktatur [14] - nein, es handelt sich um ein

Problem des Inhalts der Köpfe,

die diktieren möchten. Und die Köpfe haben sich in zwölf Jahren genau gezeigt und enthüllt. Und diese Köpfe konnten auch gar nichts anderes leisten, als was vor uns heute dasteht. *Denn die Köpfe sind restlos dieselben Köpfe, die vor dem Zusammenbruch bereits regiert haben; es hat sich gar nichts geändert, besonders die Republik hat nicht einen überragenden Geist geboren. Was aus ihr herauskam, war immer Opposition, aber nicht Fleisch und Blut von ihrem Fleisch und Blut* [15]*.*

Ich glaube, vielleicht schon morgen bricht der Tag an, an dessen Abend das Volk seine Meinung über die falschen und richtigen Propheten geäußert haben wird, daß schon morgen Millionen von Deutschen das Bekenntnis ablegen werden, nicht mehr zu Wahlparolen, sondern zu den großen Ideen einer neuen deutschen Zeit.

Es sind wirklich

zwei Welten, die hier zusammenprallen:

Hier ein zerfallendes Volk und auf der anderen Seite der Versuch, aus den Trümmern heraus wieder zu *einen,* hier Klassen im schärfsten Kampf zueinander befindlich, und dort ein Internationalismus in allen Konsequenzen, dort glühender Nationalismus, hier demokratischer

11 Anspielung auf Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

13 Vgl. Dok. 59, Anm. 4.

14 Vgl. Dok. 87, Anm. 14.

15 Anspielung auf 1. Mose 2, 23: "Da sprach der Mensch: Das ist doch Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch."

Parlamentarismus, dort absolute Autorität des Persönlichkeitswertes, hier Pazifismus, dort Pflege des Kampfsinnes, der Selbsterkenntnis und der Notwendigkeit, diese Erkenntnis des notwendigen Kampfes auch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Es treten sämtliche Gegensätze auf, und wir sehen *den ganzen Schwung einer jungen Bewegung, die aber eine jahrtausendalte Saat in sich trägt,* während die andere Seite morsch, schwach, ohnmächtig geworden ist. Bei diesen ist alles Parole, nur Name, nur Firmenschild. Wenn der Begriff "Staatspartei" nicht zieht [16], warum soll man sich nicht morgen vielleicht sogar "nationalsozialistische Staatspartei" nennen? Weshalb auch nicht, wenn nur etwas ginge! *Die Namen könnt ihr uns stehlen, Schlagwörter könnt ihr aus unseren Ideen machen -*

die Köpfe könnt ihr uns nicht nehmen!

Als ich gestern in der Jahrhundertfeierhalle in *Breslau* sprach, da überkam mich selbst so plötzlich diese Erinnerung an die große Preußenzeit von 1813 [17]. *Was hat sich 1813 erhoben? War das noch das alte Preußen, die alte Staatsleitung? Nein, es ist etwas Neues gewesen. So grauenvoll das Alte kapitulierte, so jammervoll es zusammenbrach* [18]*, genauso gigantisch war die Erhebung des Neuen. Völker, die ihren gleichmäßigen Weg nehmen, brauchen keine gigantische Kräftezusammenballung, um vorwärtszukommen. Wenn ein Volk zerbricht, ist der Prozeß der Wiedererhebung etwas anderes als der laufende parlamentarische Prozeß der kleinen Mogler und Schieberfritzen, die nichts anderes können, als sich von heute auf morgen redlich durchzuwursteln.*

Wenn sie dauernd reden von der *Erregung,* die wir sträflicherweise in das Volk hineintragen - ja,

wollen sie eine Erhebung der deutschen Nation oder nicht?

Im Geiste, d. h. in einer laterna magica [19] möchten sie gerne die Erhebung an die Wand malen und ihr eigenes Konterfei davor. Sobald eine Erhebung sich wirklich zeigt, werden sie ohnmächtig, kriegen sie es mit der Angst zu tun. Ja, wer es fertigbrachte, eine Nation zum Zusammenbruch zu bringen, *muß in Kauf nehmen, daß sie sich erhebt und die Art ihrer Erhebung.* Sie haben das selbst verschuldet, die Größe ihrer Schuld wird wett gemacht durch die Größe der neuen Leistung, die im Völkerleben in gigantischen Schritten einherschreiten wird. *Das ist der Flügelschlag der Weltgeschichte, der notwendig kleine Naturen zerbricht. Sie sollen zerbrechen, denn sie verdienen nicht, die neue Zeit überhaupt zu sehen.*

Und so, meine lieben Freunde, ist für uns, was sich jetzt in Deutschland vollzieht,

nur der Beginn eines neuen, werdenden Zeitalters

unseres Volkes. Es gibt viele unter uns, die trostlos in die Zukunft sehen und deren Leben deshalb wertlos geworden ist. Und es ist das Wesen einer wirklich befreienden Idee, daß sie die Menschen mit einem neuen Glauben erfüllt, mit einer neuen großen Hoffnung, *weil nur aus Glaube, Hoffnung und Liebe* [20] *die tatkräftige Entschlossenheit, die große Opferwilligkeit kommt, die Millionen begeistern und sich aufopfern läßt. Und wenn heute das deutsche Volk*

16 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.
17 Anspielung auf die Befreiungskriege. (1813-1815).
18 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.
19 Seit dem 17. Jahrhundert gebräuchliches Gerät zum Projizieren von auf Glas gemalten Bildern.
20 Anspielung auf 1. Korinther 13, 13.

wirklich einen neuen Glauben bekommen hat und Millionen sich jetzt daran klammern, dann ist das eben der Beginn dieser neuen Zeit.

Wir sehen in diesem *Wahlkampf* keine Vollendung, sondern nur ein *ganz kleines Teilstück*, das wir erobern. Ob wir 50 Mandate bekommen oder 70, ja ob wir 300 bekommen würden, *das hätte nichts zu sagen.*

Wir werden unseren Kampf weiterführen genauso wie bisher.
Am Ende steht riesengroß nur eine Aufgabe: Aus den Parteien, Vereinen, Verbänden, aus Konfessionen und Weltanschauungen heraus muß sich wiedererheben der deutsche Mensch, der Volksgenosse, der zum andern gehört und mit dem andern gemeinsam vorwärtsgeht und verficht das Lebensrecht dieser 80 Millionen Menschen[21]*, die unsere Sprache reden, die Deutsche sind, weil ein Herrgott sie deutsch hat gebären lassen [sic!], die nun ihren Weg in die Zukunft nehmen müssen, damit dieses Volk nicht ausstirbt, sondern bleibt auch im dritten Jahrtausend unserer sichtbaren Geschichte, genauso wie wir das zweite Jahrtausend zu vollenden im Begriffe sind. Wenn diese Fahnen nur siegen für neue Regierungen oder Parteien, dann reißt sie herunter!*

Diese Fahnen sollen das deutsche Volk hineinführen aus dem zweiten Jahrtausend seiner Geschichte in das dritte Jahrtausend seiner Zukunft und sollen es stark werden lassen und kraftvoll allen Feinden dieser Welt gegenüber - das ist unsere Wahlparole[22]*!*

15. September 1930 Dok. 115
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 16.9.1930, "87.000 nat[*ional*]soz[*ialistische*] Stimmen in München!".

Heute ist zum erstenmal für zahllose Menschen, die viele Jahre mit größtem Fleiß und mit dem Einsatz ihres Lebens gearbeitet haben, ein Tag des Lohnes. Am Anfang unseres Weges hat kaum einer die Größe des heutigen Sieges zu hoffen gewagt [2].

Aber dieser Sieg bringt erst recht die Verpflichtung zu arbeiten, wieder zu arbeiten und nochmals zu arbeiten. (Stürmische Heilrufe.) Stoß muß auf Stoß, Schlag auf Schlag folgen, bis zur Erreichung unseres Zieles. Und das werden wir auf ganz gesetzmäßigem Wege [3] errei-

21 Vgl. Dok. 60, Anm. 8 sowie Dok. 53, Anm. 17.
22 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Bürgerbräukeller, nach 0.00 Uhr. Die Versammlung hatte am frühen Nachmittag des 14.9.1930 begonnen, nach 20.00 Uhr waren einzelne nationalsozialistische Spitzenfunktionäre hinzugekommen, Hitler erschien erst nach Mitternacht. Die Wahlergebnisse wurden seit 22.00 Uhr durch Lautsprecher bekanntgegeben. Nach der Verlesung erster Zwischenergebnisse aus dem Raum München wurde - so die Vorlage - von Gregor Straßer bekannt gegeben, daß die Zahl der NSDAP-Abgeordneten im Reichstag "vermutlich 100 überschreiten werde".
2 Vgl. Dok. 79, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

chen. Das Ziel kann uns ja die Verfassung nicht vorschreiben, sondern nur den Weg. Und vom gesetzmäßigen Weg kann uns keine Macht der Welt abbringen. Die Zeit arbeitet jetzt für uns. Der heutige Erfolg zeigt unsere geistige Überlegenheit über die Gegner, sonst hätten wir ihn nicht trotz aller Widerstände [4] zu erzielen vermocht. Die rauschende Siegesbegeisterung aber muß auch bei dem letzten Parteigenossen in den zähen Willen zum Weiterkämpfen umgegossen werden. Gerade jetzt werden die Gegner Zersetzungsversuche machen, da gilt es, *geschlossen wie ein Mann hinter der Führung zu stehen.* Eine Führung, die den heutigen Erfolg bewerkstelligt hat, hat damit gezeigt, daß sie Vertrauen verdient. Die anderen Parteien sind mit Angst und Sorge zu dieser Wahl gegangen [5], wir aber taten es mit Freude. 100 Abgeordnete sind eine bessere Waffe als 12 [6]. Und die Stunde wird kommen, wo wir endgültig die Macht haben werden. Am Ende unseres Weges aber werden die Worte stehen: Ihr seid Deutschland [7]!

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58; Dok. 108, Anm. 23.

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.

6 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 waren 12 Reichstagsmandate auf die NSDAP entfallen, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 107 Mandate. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 sowie Dok. 116, Anm 4. und 18.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. September 1930 Dok. 116
"Nach dem Sieg - Bindet den Helm fester! [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 18.9.1930, "Unsere Losung: Nach dem Sieg der Kampf!" [3].

Ein großer Sieg ist nun erfochten worden [4]. Die nationalsozialistische Bewegung kann sagen, daß sie das Allerschwerste hinter sich hat, denn wir fassen als das Schwerste nicht den Kampf an sich auf, sondern wir sehen als das Schwerste an die zunächst vorhandene und wenn auch nur scheinbare Aussichtslosigkeit des Kampfes. *Das Schwerste war die Zeit, in der jeder Wunsch und jeder Wille zunächst daran scheiterte, daß niemand uns überhaupt auch nur hörte.* Was wir wollten, war damals belanglos, was wir wünschten, vollständig gleichgültig. Wesentlich war nur, daß kein Mensch unseren Wunsch vernahm, unser Wollen kennenlernte,

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 17.9.1930.

2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 21.30 Uhr. Die Versammlung, die laut Polizeibericht "voll besetzt" war, wurde von Gauleiter und MdL Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 17.9.1930 (AA), "Hitler lobt Hugenberg"; Frankfurter Zeitung vom 17.9.1930 (AA), "Hitler über den Wahlsieg der Nationalsozialisten"; Germania vom 17.9.1930 (AA), "Hitler über seinen Wahlsieg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 17.9.1930, "Hitler schweigt"; Münchener Post vom 17.9.1930, "Steine statt Brot"; Münchner Zeitung vom 17.9.1930, "Der Nationalsozialismus nach der Wahl"; Bayerischer Kurier vom 18.9.1930, "Der Revisionist"; Deutsche Zeitung vom 18.9.1930, "Der Rechtsblock"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 19.9.1930, "'Nach dem Sieg der Kampf' Eine Programmrede Hitlers in München"; Nassauer Beobachter Nr. 39/1930, "Nach dem Sieg der Kampf". Polizeibericht Nr. VI d 1686/30 vom 17.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht der Polizeidirektion München vom 24.10.1930; StA München, Polizeidirektion München 6780. Ferner Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Bd. III/2, S. 247-256.

4 Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930:

	Stimmenanteile in Prozent	Reichstagsmandate
KPD	13,1%	77
SPD	24,5%	143
DStP	3,8%	20
Wirtschaftspartei	3,9%	23
Deutsches Landvolk	3,2%	19
Christlich-Sozialer Volksdienst	2,5%	14
Zentrum	11,8%	68
BVP	3,0%	19
DVP	4,5%	30
Konservative Volkspartei	0,8%	4
DNVP	7,0%	41
NSDAP	18,3%	107
Sonstige	3,6%	12
		577

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

Zur Analyse des als Sensation empfundenen Wahlergebnisses vgl. Bracher, Die Auflösung der Republik von Weimar, S. 323 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 121 ff. Zu den Ursachen der Wählerbewegung vgl. Falter, Hitlers Wähler sowie Manstein, Mitglieder und Wähler der NSDAP, S. 165 ff.

daß kein Mensch überhaupt von uns irgendwie Kenntnis erhielt. Es war die Zeit *des Totgeschwiegenseins und Totgeschwiegenwerdens.* Die bitterste Zeit auch im Leben jedes einzelnen Menschen. Der Kampf, den der einzelne oft durchzufechten hat mit den positiven Widerständen des Lebens, er ist viel leichter als der erste Kampf gegen das einfache Nichtvorhandensein, gegen das Nichtsehen, gegen das Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen, ja, gegen die Unmöglichkeit überhaupt, sich irgendwie der Mitmenschheit [*sic!*] in das Bewußtsein bringen zu können. Dieser Kampf ist für jeden Künstler, für jeden Denker, für jeden Erfinder usw. zunächst das Allerschwerste. Was später kommt, ist viel leichter. Mit der Wahrheit gegen die Lüge zu fechten ist leicht, wenn überhaupt erst einmal diese Zweikämpfe stattfinden.

Wenn heute in der gesamten ausländischen Presse geradezu phantastischer Irrsinn, blödsinnige Auffassungen herrschen, wenn z. B. englische Zeitungen schreiben, ich hätte im Burenkrieg bereits gegen die Engländer gekämpft (Heiterkeit), oder eine andere Zeitung schreibt, ich wäre der Anführer des letzten cubanischen Aufstandes gewesen, wieder eine andere mich zum Kavallerieoffizier deklariert, wieder eine andere Zeitung gestern Nacht dringendst um Mitteilung depeschiert, *ob tatsächlich der Marsch auf Berlin beabsichtigt sei* [5], so ist das alles erklärlich aus der Tatsache, daß dieses Nichtvorhanden[*sein*], das zunächst in unserer eigenen Stadt hier [6], und später im ganzen Reich, auch über der Welt liegt, die zunächst keine Kenntnis von der Existenz dieser Bewegung hat, noch weniger von ihren Zielen.

Sie dürfen sich auch nicht wundern, wenn plötzlich durch einen solchen Sieg die öffentliche Meinung trotzdem mobilisiert wird und nun *das Lügengebäude schneller und gewaltiger einstürzt und der Erfolg viel erschütternder ist, als es sonst der Fall wäre.*

Das ist der Sinn des Sieges von vorgestern.

Wir haben nun eine große Zeit der schwersten Kämpfe hinter uns: gegen unsichtbare Gegner, gegen das Totgeschwiegenwerden, gegen die blödsinnigsten Verleumdungen, die dümmsten Lügen. Den Kampf gegen den Terror schätze ich weit weniger schlimm ein und am wenigsten schlimm den Kampf gegen den organisierten politischen Wahnsinn und Aberwitz. Das können sich die Herren wirklich überall gesagt sein lassen: In diesem Kampfe z. B. haben wir den größten Sieg errungen in dem Gebiet, in dem Terror und Unterdrückung unserer Bewegung die allergrößten Orgien gefeiert hat [7].

5 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP in der ausländischen Presse, die erstmals nach dem Hitler-Putsch 1923 wieder einsetzte, vgl. Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964. Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969. William F. Sheldon, Das Hitler-Bild in der "Time" 1923-1933. In: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1975, S. 67-81. Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 1984, S. 73 ff. Frank McDonough, The Times, Norman Ebbut and the Nazis, 1927-1937. In: Journal of Contemporary History 27 (1992), S. 407-424.

6 Nach dem Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923 hatte sich die bürgerliche Presse auch im Raum München von der NSDAP distanziert. Dies kam nicht zuletzt in der verhältnismäßig geringen Bedeutung zum Ausdruck, den diese Partei in den Jahren 1925-1930 in ihrer Berichterstattung spielte. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 709 ff.

7 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58; Dok. 108, Anm. 23.

Und das ist auch natürlich. Eine Bewegung, die mehr ist als eine bloße Parlamentspartei, wird entweder solchen Widerständen überhaupt erliegen, und dann hat sie keine Zukunft, oder sie wird durch solche Widerstände nur wesentlich gestärkt werden und am Ende gerade aus diesen Widerständen heraus die Kraft erhalten, die notwendig ist, nicht nur diese Widerstände zu sprengen, sondern um die eigenen Ziele zu erreichen.

Denn der Kampf, den wir heute und seit elf Jahren führen, ist kein positiver Kampf für unsere Ziele, sondern ein Kampf zur Beseitigung jener Kräfte und Mächte, die die Verwirklichung dieser Ziele selbst im Wunsche nicht wollen, überhaupt nicht wünschen, daß das wird, wofür wir kämpfen, nicht wollen, daß Deutschland sich noch einmal erhebt und aufsteigt, sondern in der Fortführung ihres Wunsches vom November 1918 [8] *auch heute noch Deutschland mehr und mehr erniedrigen und praktisch beseitigen wollen.*

Wenn wir uns fragen: Woher kommt es, daß unsere politischen Gegner sich in diesen Aberwitz einspinnen zu glauben, eine solche Bewegung mit so ganz kleinen Mätzchen, sagen wir, *beseitigen* zu können, woher kommt es, daß man sich die Capriolen eines Polizeipräsidenten gefallen läßt, der sich einbildet, durch solche Mätzchen wie: Ich verbiete euch das Hemd von 9-6 Uhr [9], oder: Ich verbiete euch, daß ihr Bier trinkt [10], ich verbiete euch, daß ihr euch aus Pappgläsern [11] Milch ausschenken laßt, oder: Ich befehle, daß man die Stühle zusammenbindet. Wie ist es denkbar, daß man sich einbildet, damit eine *Idee* erledigen zu können? Dafür gibt es nur eine Antwort:

So wie die Geister sind, sehen sie auch den Geist der anderen!

(Stürmischer Beifall.) Und im übrigen sind sie Gefangene ihrer eigenen Vergehen, sie sind die Opfer der Rache des Schicksals.

Vor vielen Jahren wurde in vielen Menschen ein schlechter Wunsch lebendig, und der Wunsch lautete zusammengefaßt nur: Deutschland soll als Machtstaat, das deutsche Volk als politischer Machtfaktor gestürzt werden! Eine fremde Rasse griff nach der Führung unseres Volkes und hat in ihrer internationalen Verfilztheit das Ziel gehabt, Deutschland, den starken deutschen Staat und das deutsche Volk zu überwinden.

Erst hat man den Geist getötet, durch den Verlust dieses Geistes wird unser Volk politisch hörig, die politische Hörigkeit wird ertragen, verwandelt sich aber in wirtschaftliche Sklaverei [12], *diese setzt sich um in Not von Millionen einzelner, und aus der Not der Millionen kommt die Erhebung, d. h., das Volk beginnt nun zu hören, und der Geist des Widerstandes ist ebenso die zwangsläufige Folge dieses Zusammenbruches wie dieser die zwangsläufige Folge dieses Systems und dieses die zwangsläufige Folge des Wunsches ist, zu dem Ende zu kommen. Damit schließt sich der Kreislauf* [*sic!*]. *Und es ist nun die Frage:*

Was soll dieser Widerstand nun eigentlich? Und was wollen die Männer, die man mit dieser Not des Volkes - unsere Gegner haben ganz recht -

den großen Appell an das Gewissen,

---

8 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
9 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
10 Vgl. Dok. 108, Anm. 22.
11 Vgl. Dok. 108, Anm. 23.
12 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

an die Ehre, die politische Vernunft usw. richten [*sic!*]? Was wollen diese Männer nun, was ist ihr Ziel?

Etwa eine neue Regierung zu bilden [13]?

Nein, das wäre geradezu lächerlich, in einem so kleinen Ziel die Besserung der Schäden zu sehen, die in der letzten Konsequenz das Schicksal der einzelnen eigentlich bestimmen. Es ist im höchsten Sinn des Wortes *eine Idee*, die man als Weltanschauung bezeichnen kann, an deren Spitze eine *Grunderkenntnis* steht, nämlich:

Die Menschen leben nicht für den Staat, sondern der Staat lebt für den Menschen [14]. (Starker Beifall.) Zuerst und weitaus an der Spitze steht der Begriff "Volk". Der Staat ist eine Organisationsform dieses Volkes, und Sinn und Zweck des Staates ist, durch diese Form der Organisation die Lebensexistenz des Volkes zu gewährleisten. (Starker Beifall.) Daraus kommt aber nun ein neues Denken und aus diesem neuen Denken zwangsläufig eine neue politische Methode.

Wir sagen: ein neues Denken. Unsere ganze heutige offizielle politische Vorstellung wurzelt in der Meinung, der Staat müsse erhalten werden, weil er das Wesentliche an sich sei; während wir die Auffassung vertreten, daß der Staat in seiner Form einen bestimmten Zweck zu erfüllen hat und im Augenblick, in dem er den Zweck nicht erfüllt, *seine Form verfehlt ist.* (Lauter Beifall.) Und daß über jeden Zweck des Staates

der Zweck der Erhaltung der Nation

liegt, daß das Wesentliche ist und daß man nicht vom Schutzgesetz eines Staates [15] reden darf, sondern vom *Schutz der Nation* und in diesem Schutze denken muß. (Lebhafter Beifall.) Daß mithin die gesamte bisherige Auffassung, die den Staat in den Mittelpunkt rückt, in der Gesamtheit umgestürzt wird und an Stelle dieser starren formalen Organisation *der lebendige Organismus* gesetzt wird: *"Volk"*. Daß damit aber das gesamte Handeln eine unbändige Freiheit erhält, daß alles was an formalen Fesseln heute den Menschen auferlegt werden kann, in dem Augenblick unsittlich ist, in dem es nicht der Erhaltung des Volkes dient, weil *das* der höchste Lebenszweck ist und das Ziel jedes vernünftigen Denkens und Handelns [16].

Wenn aber nun dieses Handeln heute sich unter verschiedenen Waffen auch der des Parlaments bedient, dann ist das nicht etwa das gleiche, als wenn Parlamentsparteien im Parlament aufgehen. Für uns ist das Parlament nicht der Zweck an sich, sondern ein Mittel zum Zweck, nicht das Ziel an sich, sondern ein Weg zum Ziel, d. h.: Wir sind nicht Parlamentspartei

---

13 Hitler besprach am 29.9.1930 in Berlin mit dem ehemaligen Reichskanzler und Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, die Möglichkeit einer Regierungsbildung unter Einschluß der NSDAP. Vgl. den Brief Magnus von Levetzows an Beno Frhr. von Herman vom 3.10.1930. Druck: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 276-280.
Im Rahmen seiner Konsultationen mit den Parteispitzen verhandelte Brüning am 6.10.1930 in Berlin auch mit Hitler, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff.; Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 161; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 140 ff.

14 Möglicherweise Anspielung auf Markus 2, 27: "Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbats willen."

15 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

16 Vgl. Dok. 82, Anm. 7.

aus Prinzip, das würde unserer Auffassung widersprechen, sondern wir sind Parlamentspartei aus Zwang, aus Not, und der Zwang heißt: Verfassung. Die Verfassung zwingt uns, uns dieses Mittels zu bedienen. Die Verfassung zwingt uns nicht, ein bestimmtes Ziel zu wollen, sie schreibt nur einen Weg vor, sie schreibt eine Methode vor und wir, ich wiederhole das heute wieder, betreten diesen Weg legal [17], *verfassungsmäßig, wir gehen den durch die Verfassung uns vorgezeichneten Weg zu den von uns vorgezeichneten Zielen.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Niemals können Verfassungen für ewig den Inhalt eines Zieles bestimmen, besonders dann nicht, wenn dieser Inhalt nicht identisch ist mit dem Lebensrecht eines Volkes. (Starker Beifall.)

Wenn die Verfassung heute zu ihrem Schutz Gesetze zuläßt, die als Überschrift tragen den Satz: *"Gesetz zum Schutz der Republik",* dann ist damit festgestellt, daß das meiste, was die Verfassung überhaupt heute vorschreiben kann, nur der *Schutz und die Erhaltung einer Form* ist, die überhaupt nicht berühren die Erhaltung der Nation, eines Volkes. *Dieses Ziel ist heute frei, und wir stellen es auf und werden es erreichen.* (Stürmischer Beifall.)

Unseren politschen Gegnern in Deutschland, die entweder die Gedanken der Nationalsozialisten nehmen oder selbst ihrem Geisteskind, der Verfassung, den Todesstoß geben und mit Gewalt den Kampf aufnehmen wollen, können wir zweierlei zur Antwort geben:

Gedanken kann man wohl stehlen, aber wer sie stiehlt, kann sie nie verwirklichen. Es ist das Wesen aller Ideen, daß sie sich selbst die Menschen züchten, möchte ich fast sagen, die für ihre Verwirklichung geeignet sind. Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung bestimmte Gedanken hat, dann glauben an diese Gedanken Millionen von Menschen mit der ganzen Inbrunst ihrer Seele, weil sie durch diese Gedanken geworben worden sind. Wenn uns eine andere Partei solche Gedanken stiehlt, dann hat sie nicht die Menschen, die dafür geeignet sind.

Unsere Gegner haben eine schwere Niederlage erlitten [18]. Glauben Sie nun, daß sie etwa fleißiger sein werden als bisher? Sie können es nicht, auch wenn sie wollten: Dort sind nicht

17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

18 Im Vergleich zur Reichstagswahl vom 20.5.1928 hatten sich am 14.9.1930 nur NSDAP und KPD verbessert. Zentrum und BVP hatten sich einigermaßen behauptet, alle übrigen größeren Parteien zum Teil deutlich verschlechtert:

Stimmenanteile in Prozent

Reichstagswahl:	20.5.1928	14.9.1930
KPD	10,6%	13,1%
SPD	29,8%	24,5%
DDP	4,9%	–
DStP	–	3,8%
Wirtschaftspartei	4,5%	3,9%
Deutsches Landvolk	–	3,2%
Christlich-Sozialer Volksdienst	–	2,5%
Zentrum	12,1%	11,8%
BVP	3,1%	3,0%
DVP	8,7%	4,5%
Konservative Volkspartei	–	0,8%
DNVP	14,2%	7,0%
NSDAP	2,6%	18,3%
Sonstige	9,5%	3,6%

die an sich fleißigen Menschen, in diesen Parteien sind an sich nicht diejenigen, die etwas erkämpfen wollen, nein, *ermogeln, erschieben durch das Stehlen von ein paar Schlagwörtern* (stürmischer Beifall), *zusammen betrügen wollen sie.* Aber aus *dem* Geiste heraus kommt kein Heroismus. Sie können dann nur unter Bruch ihrer Verfassung eine Organisation treffen, aber ewig würde erst recht unser Geist weiterfressen, den bringen sie nicht weg! Ganz im Gegenteil, sie selbst haben ihn dann mehr oder weniger anerkannt, und der Geist, er würde der Geist sein, den man ruft und den man dann nicht mehr los wird [19]. (Zurufe: Sehr richtig!) Aber zu solchem Entschluß sind diese kranken, alten und schwachen Gebilde an sich nicht mehr geeignet.

Wenn Sie die Ausführungen unserer Gegner nach dieser grauenhaften Niederlage durchlesen [20], werden Sie einen Leitsatz finden, der sich durch diese Ausführungen hindurchzieht und der lautet: Wir verwahren uns dagegen, daß nunmehr nationalsozialistischer Geist oder nationalsozialistisches Wollen in Deutschland respektiert oder gar übernommen werden -

es muß alles beim Alten bleiben [21].

(Große Heiterkeit.) Sie sagen das heute ganz offen. Sie trompeten das schon jetzt per Rundfunk in die Welt hinaus [22], sie sagen: Beruhigt euch, es bleibt alles beim Alten! Natürlich, ihr seid *auch* die Alten geblieben, ihr könnt gar nichts Neues produzieren, und die Klügsten von euch, die die Schwächen eurer Position erkennen, sind auch noch lange keine Produzenten, sondern bleiben Diebe, geistige Diebe, die räubern gehen wie die Elstern, die herumsuchen und herauszuschnüffeln beginnen: Was bringt *denen* die Masse zu? Dann kapieren sie etwas und sagen: Die Jugend [23]! Dann nehmen sie auch einen Ledergürtel und versuchen, ihren Bauch hineinzuzwängen: Wir wollen auch die Jugend, wir müssen auch die Jugend haben, und sind überzeugt, daß sich die Jugend augenblicklich anschließen wird.

Und so machen sie es mit allem. Sie sagen: Was zieht *den* Menschen die Massen heran? *Der nationale Gedanke!* Und dann sagen sie: Wir werden auch diesen nationalen Gedanken

---

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 71 f. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 561 ff.; 1931, S. 545 ff.

19 Anspielung auf die 1797 entstandene Ballade "Der Zauberlehrling" von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

20 Zur Reaktion auf den Wahlsieg der NSDAP vgl. z. B. Eva Pfeifer, Das Hitlerbild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929-1933, Diss. phil., München [2]1968, S. 11 ff.; Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 35 ff.; Winkler, Der Weg in die Katstrophe, S. 194 ff.

21 Die Reichsregierung hatte am 16.9.1930 die neue politische Lage erörtert und u. a. öffentlich erklärt, daß sie "das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugeleitet werden können". Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 431.

22 Der Reichsminister des Innern Joseph Wirth hatte am 16.9.1930 im Rundfunk die neuen Machtverhältnisse im Reichstag analysiert und erklärt, daß der deutsche Radikalismus eine Schlacht gewonnen habe, die Regierung aber das Schlachtfeld behaupte. Sie halte an der Verwirklichung ihres Programmes fest und beabsichtige, keine Koalitionsverhandlungen mit den radikalen Parteien zu führen. Vgl. Germania vom 17.9.1930 (MA), "Schach dem Radikalismus! Reichsinnenminister Wirth über die politische Lage nach den Wahlen"; VB vom 18.9.1930, "Die Alten wollen das Feld nicht räumen"; Vorwärts vom 17.9.1930 (MA), "Wirth über die Wahlfolgen".

23 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

künftighin etwas mehr in den Vordergrund rücken! Oder sie sagen: Es ist der *Wehrgedanke!* Wir müssen künftig auch etwas mehr davon *reden*, das zieht die Menschen heran. Oder sie sagen: Es ist vielleicht die Gegnerschaft zum heutigen demokratischen System! Und wenn es nottut, gehen uralte Patentdemokraten her und sagen: Das sind die alten Parteien, die alten Namen sind das, und dann geht eine Staatspartei, d. h. die Demokratische Partei, her, die am ganzen deutschen Unglück schuld ist und als alte Partei so kaputt geworden ist, daß sie nicht mehr wagt, den Namen weiterzuführen; sie geht her und sagt: *Volk, beseitige die alte Partei; deutsches Volk, die alten Parteien haben versagt, gib deine Stimme der Staatspartei*[24]*!* (Stürmischer Beifall.)

Dann sind sie nun überzeugt, daß sie mit diesen Mätzchen wirklich einer Bewegung Widerstand leisten können, die heute tatsächlich einen neuen Lebensinhalt geformt und ungezählten Menschen einen neuen Lebenszweck gegeben hat. Und sie wundern sich vielleicht, wenn das Ergebnis ein negatives ist. Wir *Nationalsozialisten* sehen das als etwas Logisches an.

Diese Parteien machen uns den Sieg nie und nimmermehr streitig!

Und daher ist auch dieser parlamentarische Sieg für uns nicht das Signal: "Alles ruht, der Kampf ist zu Ende, und das parlamentarische Geschiebe beginnt!" - *Nein*, im Gegenteil:

Für alle Zukunft ist für uns der Begriff "Kampf" verbunden mit der Überzeugung, daß nur aus ihm ganz allein die Kraft kommen kann zur Überwindung dieser Schwächen, die heute unser Volk auf allen Gebieten lähmen.

Der Staat hat nur einen Sinn, wenn er den Kampf der Menschen für Ehre, Existenzerhaltung organisiert und gewährleistet. Dieser Kampf ist nur denkbar, wenn die höchsten Kräfte mobilisiert werden, die ewig aus drei Tatsachen herausfließen:

Erstens *aus dem Wert*, zweitens *aus der Organisation,* drittens *aus dem Geist.* Diese drei Tatsachen stehen nun im Mittelpunkt der Reorganisationsbestrebungen unserer Bewegung.

Den Wert unseres Volkes wollen wir wieder erheben, diesen Grundwert freimachen von den Verwucherungen und Mißbildungen, zum Dominierenden emporreißen, wollen diesem Grundwert, *Blutswert,* eine Form der Logik geben, eine Form höchster Vernunft, d. h. Beseitigung der Demokratie, des parlamentarischen Systems. Wir wollen, daß dieser Wert, deutsches Volksgut, deutsches Volksblut genannt, zu einem Höchsten wird durch die *Art der Verwaltung* dieses Wertes. Diese Verwaltung kann nur stattfinden nach dem Gesetz der Logik, der Vernunft, der menschlichen Einsicht und der Erfahrung, und diese Einsicht und Erfahrung führt uns zu dem Weg der Autorität der Persönlichkeit. Wenn ein Volk von großem eigenen Wert sein Schicksal von höchster Logik und Vernunft von den fähigsten Kräften bestimmen läßt, dann wird das die Voraussetzung zur Kraft. Und wenn weiter dieses Volk in der Gesamtheit jenen Geist erhält, der die Voraussetzung ist wieder zur Bildung einer Kraft, d. h., vom Kleinsten bis zum Größten im Geist des Widerstandes, Kampfsinnes, dann wird aus diesen drei Tatsachen heraus jene Kraft kommen, die ein Volk braucht, um auf der Welt bestehen zu können.

Aus Blut, Autorität und Persönlichkeit und aus Kampfgeist entsteht dann der Wert, der ein Volk allein berechtigt, hoffnungsfroh um sich zu blicken, und das allein ist dann aber auch die

24 Bezieht sich auf die Gründung der DStP, die aus der Union von DDP und Volksnationaler Reichsvereinigung entstanden war. Vgl. Dok. 84, Anm. 2 und Dok. 37, Anm. 12.

Voraussetzung für das Leben, das die Menschen dann wollen. Ist das erfüllt, dann geht erst in Erfüllung, wofür heute die politischen Parteien eintreten: Wohlstand, Einzelglück, Familienleben usw.

Es wird kommen zuerst Ehre, dann Freiheit, aus beiden heraus Glück, Wohlstand, Leben usw., kurz, es wird dann wieder der Zustand kommen, den wir Deutsche vielleicht sehend vor dem Kriege ahnten [*sic!*], der Zustand, in dem den einzelnen das Leben wieder innerlich freuen wird, weil es einen Sinn und Zweck hat, weil der Abschluß seines Lebens nicht das Ende an sich, sondern eine endlose Geschlechterfolge sein wird, weil er weiß: Was wir schaffen, versinkt nicht in den Orkus, nein, geht auf Kind und Kindeskinder über. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Und so ist der Sieg, den wir erfochten haben, nichts anderes als die

Gewinnung einer neuen Waffe zum Kampf.

107 Mann stehen nun auf dem legalen Fechtboden unserer heutigen Geschichte [25]. Und diese 107 Mann werden auch beweisen, daß wir Nationalsozialisten nicht nur die Massen bewegen und beherrschen können, sondern daß wir auch Florett fechten können auf diesem Boden. (Beifall.) Wir werden auch auf *dem* Boden alle Möglichkeiten kühlsten Sinnes wahrnehmen, die uns unserem Ziele näherbringen können, wir werden auf *dem* Boden ununterbrochen betonen und verkünden, daß das nicht unser Ziel an sich ist [26]. Nicht um Abgeordneten-Mandate kämpfen wir, sondern Mandate erobern wir, um das deutsche Volk dereinst frei machen zu können. (Stürmischer Beifall.)

Der Sieg vom 14. September 1930 ist mehr als ein bloßer Wahlsieg: Noch niemals hat eine Bewegung in einem Anhieb diesen Schwung aufgebracht. Wenn unsere Gegner heute sagen: Das ist unverständlich, und wenn sie hoffen, das möge wieder vergehen, *dann täuschen sie sich:* Das ist nicht unverständlich (stürmischer Beifall), nein, nur *gesehen* wurde unser Kampf nicht, weil man ihn nicht sehen wollte, weil man ihn totschwieg. Und Sie haben hier selbst ein Beispiel: Wenn Sie diesen Schwindel der bürgerlichen Presse ansehen, die seit Jahren glaubt, uns durch Totschweigen [27] erledigen zu können, und die nun erstaunt tut, daß trotzdem die Erledigung nicht erfolgt ist. Glauben Sie, es wird ein Erwachen kommen, in einer Stunde einst, dann werden alle diese Menschen sehen, wie läppisch, klein und blöde und dumm ihre Hoffnungen gewesen sind und ihre Methode im Kampf gegen eine neue Weltanschauung. (Zurufe: Sehr richtig!) Wenn wir die Protektion des alten Regiments von heute brauchen würden, um uns den Weg freizumachen, dann wären wir nicht mehr wert als dieses gesamte alte Regiment selbst. So können wir mit Stolz sagen: Wir brauchen eure Protektion nicht, brauchen nicht eure Befürwortung, aber paßt auf, daß ihr nicht einmal unseren guten Willen braucht. (Stürmischer Beifall.)

25 Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der NSDAP im V. Reichstag vgl. Reichstags-Handbuch 1930. Persönliche Angaben und Bilder, Berlin 1930.

26 Zu Hitlers interner Lagebeurteilung im Anschluß an die Reichstagswahl vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 169 f. sowie I Documenti Diplomatici Italiani, Settima Serie: 1922-1935, Vol. IX, Roma 1975, Doc. 289.

27 Vgl. jedoch die Berichte bürgerlicher Zeitungen, die als Vorlage oder als ergänzende Quellen für die hier edierten Reden Hitlers genannt sind. Es fällt allerdings auf, daß zumindest bis zum 14.9.1930 Hitler und die NSDAP von einem Teil der bürgerlichen Presse ignoriert wurde, bzw. in deren Berichterstattung eine sehr kleine Rolle spielte.

Und wir werden auch einmal abwägen, was *Wert* hat für unser Volk, deswegen, weil es im Kampf zu ihm stand, oder was *wertlos* ist deshalb, weil es den Kampf praktisch sabotierte. Und wenn sie dauernd hoffen, daß das nie der Fall sein wird - Schlauköpfe, große Propheten! Von 7 Mann [28] sind wir jetzt 6.400.000 geworden [29] (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Glauben Sie [*mir*], der Weg vom 5. Januar 1919 [30] bis zum 14. September 1930 war ein schwererer, als der Weg vom 14. September 1930 zum Soundsovielsten 1900-soundsoviel sein wird. (Stürmischer Beifall.)

Heute haben wir durch den Sieg erreicht, daß die öffentliche Meinung nicht nur Deutschlands, sondern weit über die Grenzen unseres Volkes hinaus uns sieht, weil man uns nicht mehr übersehen kann, und wenn man erst *sieht,* wird langsam auch die Erkenntnis unseres Volkes kommen, und solche Dummheiten, wie wir sie jetzt erleben, werden in wenigen Jahren undenkbar erscheinen. Man wird nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus wissen, was die Nationalsozialisten wollen oder gewollt haben. Und damit ist es aber auch klar, daß gerade jetzt nach diesem Sieg, der, glaubt nicht, im geringsten unser Ziel verwirklicht hat, sondern nur neue Möglichkeiten gab, dem Ziel mit neuer Kraft zuzustreben, *daß dieser Sieg nun nicht die Einleitung einer Ruhepause sein kann* [*sic!*]. Im Gegenteil, das, was einst ein preußischer General sagte, man muß den Gegner verfolgen bis zum letzten Hauch von Roß und Mann [31], das gilt auch im politischen Leben. *Unsere Gegner können überzeugt sein, wir werden in dem Kampfe nicht eher ruhen, als bis unser Ziel erreicht ist.* (Brausende Heilrufe.) *Dieses Ziel heißt nicht Umsturz, nicht Putsch* [32], *sondern Revolution der deutschen Seele, Eroberung des deutschen Menschen. Die Abrechnung mit den Verführern überlassen wir dann dem souveränen deutschen Volk.* (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Wir wollen nur Garanten sein dafür, daß unser Volk sich dann die Verfassung beilegt, die einen November 1918 für menschlich absehbare Zeit unmöglich machen wird und die unmöglich machen soll das, was aus diesem November 1918 heraus an Weh und Leid, Elend, Not usw. gekommen ist.

Appell an die Partei

Und so muß ich nun den Appell aber auch *an Sie selbst,* vor allem an die Parteigenossen und -genossinnen richten: Ermüden Sie in keinem Augenblick, nehmen Sie sich die alte deut-

28 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

29 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte NSDAP gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

30 Anspielung auf das Gründungsdatum der DAP. Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

31 Gemeint ist vermutlich Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt. Der spätere Generalfeldmarschall hatte nach der Schlacht an der Katzbach am 26.8.1813 die Parole ausgegeben, den Sieg auszunützen und den Feind "mit Leib und Seele" zu verfolgen. Die russischen Verbündeten bezeichneten ihn daraufhin als "General Pascholl", als "General Vorwärts". Vgl. Tom Crepon, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988, S. 247 ff.

32 Nach dem Wahlerfolg der NSDAP am 14.9.1930 waren die Gerüchte über einen bevorstehenden nationalsozialistischen Putsch nicht verstummt und wurden auch von der Presse immer wieder aufgegriffen. Zu den angeblichen Umsturzplänen der NSDAP vgl. den skeptischen Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Tgb. Nr. 3947. I. A. 7.30, an den preußischen Minister des Innern vom 23.9.1930, der auch auf die entsprechenden Presseberichte eingeht. GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 298.

sche Front zum Vorbild. Wäre Deutschland im November 1918 nicht ermüdet, heute wissen wir es: *Das Jahr 1919 hätten auch unsere Gegner nicht überstanden,* heute sagen englische Staatsmänner: "Wir haben alles auf eine Karte gesetzt, man sagte, die Revolution werde ausbrechen, wir haben darauf gebaut und gehofft und wir sind nicht betrogen worden [33]!" Und wir müssen aus dem lernen. *So sehr Mut als Tugend notwendig ist, so sehr Genialität, Kühnheit nötig ist, so ist noch viel nötiger Beharrlichkeit, eiserne Beharrlichkeit.* Sie, Parteigenossen und -genossinnen, müssen in sich den Entschluß aufnehmen und erhalten, daß, ganz gleich was kommt, unser Kampf in keiner Sekunde erlahmen wird und daß Sie dauernd Agitatoren sein müssen, dauernd werben und daß jeder nur die Pflicht in sich trägt, diesen Eifer zu erhöhen und zu verstärken. Es ist nicht genügend, daß die Führung allein das tut. Gewiß, der Geist der Führung wird immer abfärben auf die Massen der Geführten. Allein, es ist auch nötig, daß die Masse der Geführten selbst erkennt und selbst versteht, was notwendig ist, nicht nur deshalb, weil die Führer und die einzelnen nun in höchster Energie den Kampf weiterführen, sondern daß sie in eigener Erkenntnis das tut, daß auch die Masse sieht: Das ist nicht unser Ziel, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zum Ziel. Das Ziel liegt vor uns, und keine Sekunde dürfen wir dieses Ziel aus dem Auge verlieren, niemals ermüden und ermatten, und wenn mancher Parteigenosse angesichts der Opfer, mancher S.A.-Mann angesichts der Verfolgungen vielleicht dem Verzweifeln nahe ist, mag er bedenken: Wenn Menschen miteinander kämpfen, dann sind auf beiden Seiten Wesen aus Fleisch und Blut, mit allen Vorzügen und allen Fehlern und allen Unzulänglichkeiten behaftet. Wenn heute ein S.A.-Mann, ein Parteigenosse angesichts der Opfer verzagt, dann möchten Sie eines sich vorstellen: Uns gegenüber sind keine Götter, sondern Menschen, genau wie wir. Mit Göttern vielleicht kann man nicht kämpfen, mit Menschen aber jederzeit. Was Menschen bauen, können Menschen zertrümmern, was Menschen zertrümmern, können Menschen wieder errichten. *Menschen zu besiegen, wird immer möglich sein, wenn der Wille des einen größer ist als der Wille des anderen.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Und das müssen Sie in Ihre Seelen und Herzen aufnehmen: Wenn man zu Ihnen kommt, opfern Sie, wenn man Sie auffordert, gehen Sie mit auf Lastkraftwagen [34]. Dann stellen Sie sich nur eines vor: Auch der Gegner besteht aus Fleisch und Blut, aber eines haben wir über: Der kämpft für eine verlorene Sache, der kein Ideal hat, daher auch keine Jugend. *Die* haben wir. Und wenn du, mein lieber S.A.-Junge [*sic!*] und S.A.-Mann, am Verzweifeln bist, dann bitte ich dich, erinnere dich daran, was unsere Vorväter vor dir geleistet haben. Wenn du heute lebst, Deutscher bist, unsere Sprache redest, im Deutschen Reich dein Brot verdienst, vergiß

33 Nach dem vollen Anlaufen der militärischen Unterstützung der USA im Frühjahr 1918 bestand an der militärisch-materiellen Überlegenheit der Alliierten kein Zweifel. Allerdings hatte der britische Ministerpräsident Lloyd George in einem Memorandum vom 30.8.1918 den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau darauf hingewiesen, daß Großbritannien die Grenzen seiner wirtschaftlichen Belastbarkeit - insbesondere im Bereich seiner Personalressourcen - überschritten habe und gezwungen sei, Soldaten zur Industrie zurückzuholen. Vgl. Chris Wrigley, David Lloyd George and the British Labour Movement, Hassocks 1976, S. 230 f.

34 Lastkraftwagen spielten als Transportmittel und Werbeträger bei den politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen in der Weimarer Republik eine große Rolle und wurden von allen Parteien und Wehrverbänden eingesetzt. Zum Stand der Motorisierung von NSDAP und SA vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 552 ff sowie Dok. 30.

nicht, welche unendlichen Opfer so viele Geschlechterfolgen vor uns bringen mußten, und vergiß nicht, welche Opfer zum Teil selbst deine Brüder, Väter und Volksgenossen vor 12 und 15 Jahren zu bringen hatten.

Was wir heute tun, ist genug. 2 Jahre Kampf von heute wiegen nicht auf 10 Stunden Trommelfeuer von damals, vergiß das niemals (anhaltender Beifall), *und wenn es dir heute schlecht geht und wenn du Not leidest, vergiß niemals: Deine Not kann und ist nie so groß, als die Not von unsereinem gewesen ist, die Not von Millionen von Deutschen, die tage- und wochenlang kein Lager hatten, im Schneesturm genau so wie im strömenden Regen im Freien bleiben mußten, wochenlang im Granatloch hocken, mit hungrigem Magen niemals warmes Essen hatten, dauernd von Todesangst umkrallt waren - vergiß das nie, und dein Opfer wird sofort wieder erträglicher sein. Du wirst fühlen, daß alles, was wir an Opfer bringen, nur Bruchteil dessen ist, was unsere Kameraden einst gebracht haben für Deutschland, für das deutsche Volk und damit auch dafür, daß wir heute noch leben.* (Stürmischer Beifall.)

Und so werden Sie dann verstehen, daß dieser Sieg für uns nur die Verpflichtung bringen kann zu um so größerem Fleiß, um so größeren Opfern, zu einem um so hartnäckiger entschlossenen Kampf. Schreiben Sie jetzt auf Ihre Fahne nicht mehr das Wort Sieg hinauf, dieses Wort soll heute zum letzten Mal gesprochen werden, streichen Sie dieses Wort wieder durch und schreiben Sie an Stelle dessen wieder das Wort hinauf, das für uns besser paßt: "Kampf!" [35]

17. September 1930 — Dok. 117
"Georg Hallermann"
Nachruf

VB vom 19.9.1930.

Einer der tapfersten Kämpfer für sein Volk, erprobt im Kriege, im Ruhrwiderstand, in verantwortungsvoller Stelle der N.S.D.A.P. [1] starb an den Folgen von Kriegsverletzungen [2] wenige Stunden vor Bekanntwerden des ersten sichtbaren großen Erfolges der Bewegung, für deren Endsieg er in treuer Arbeit wirkte.

Sein Name soll der Ehrentafel derer, die wir nie vergessen wollen, eingefügt werden [3].

gez. *Adolf Hitler*

---

35 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 91, Anm. 15.
2 Hallermann war am 14.9.1930, 17.00 Uhr, an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 50, 70 ff. sowie die Todesanzeige im VB vom 19.9.1930.
3 Vgl. Dok. 118.

17. September 1930 Dok. 118
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403.

Nach schwerem Leiden ist mein langjähriger [*sic!*] treuer Mitarbeiter, der Adjutant-Osaf
Georg Hallermann
durch den Tod erlöst worden [1].

Wir alle, und besonders die SA, verlieren in ihm einen ihrer tatkräftigsten Führer, einen ihrer unermüdlichsten Kämpfer, einen ihrer treuesten Freunde. Harte Entbehrungen in den Zeiten der Vorbereitung und aufreibende Arbeit in den Zeiten des Aufbaues haben ihm nicht die Zeit gelassen, seine Gesundheit zu pflegen und sich zu schonen. Er ist ein Opfer der Pflicht geworden, der Pflicht der Bewegung, dem deutschen Volke, dem kommenden Dritten Reich [2] gegenüber.

Dem Namen Hallermann wird die Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einen hervorragenden Platz einräumen [3] inmitten derer, die ihr Alles, zuletzt sogar das Leben für die heilige Idee hingegeben haben.

Zum Andenken an den tapferen Mitarbeiter in schwerster Zeit bestimme ich, daß die Standarte XI Dortmund den Namen "Sta[*ndarte*] XI Hallermann" führt.

Der Partei- und Oberste SA-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

17. September 1930 Dok. 119
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, NS 26/305.

Osaf-Stellv[*ertreter*] Nord, Major *Dincklage* [1], hat mir gemeldet, daß ihn seine schwere Erkrankung [2] wider Erwarten zwingt, sich unter ärztlicher Aufsicht noch längere Zeit einer Kur zu unterziehen, die ihn von seinem Tätigkeitsbereich und von der Arbeit fernhält. Osaf-Stell-

1 Vgl. Dok. 117, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.
3 Vgl. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, S. 56.

1 Karl Dincklage (1874-1930), Major a. D., 1919 Vorsitzender der DNVP in Hannover, 1922 Übertritt zur DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter von Hannover und Braunschweig sowie Schriftleiter des Niedersächsischen Beobachters, 1926-1930 stellvertretender Gauleiter und SA-Gauführer des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter Nord.
2 Dincklage war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt, an der er am 7.10.1930 starb. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 70 ff., 488 sowie Bd. IV/1, Dok. 11 und 12.

v[*ertreter*] Dincklage hat mich um die Zurverfügungstellung bei der SA bis zur Wiederverwendbarkeit gebeten.

Indem ich dieses Gesuch genehmige, spreche ich Herrn Major Dincklage für seine außerordentlichen Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung, für seine aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit als einer der höchsten Führer der SA, und für seine unverbrüchliche und selbstlose Treue [3] meinen persönlichen Dank und den der Bewegung aus.

Ich bestimme zugleich, daß die Standarte I Hannover, deren Gründung und Aufstellung Major Dincklage seine besondere Liebe gewidmet hat, fortan den Namen "Sta[*ndarte*] I Dincklage" führt.

Der Partei- und Oberste SA-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

18. September 1930 Dok. 120
Anordnung

VB vom 18.9.1930, "Achtung!".

Adolf *Hitler* hat angeordnet, daß sämtliche Parteimitglieder zur Hilfskasse der N.S.D.A.P. (S.A.-Versicherung) [1] angemeldet (versichert) werden müssen.

Neu eintretende Parteimitglieder können jederzeit nachgemeldet (nachversichert) werden. Die Versicherung gilt vom Tage des Einganges der Meldung und des Beitrages an.

Hilfskasse der N.S.D.A.P.
(S.A.-Versicherung)

(Von allen Parteiblättern nachzudrucken)

---

3 Zur Tätigkeit Dincklages vgl. Hanna Behrend, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981, S. 149 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 18.

1 Vgl. Dok. 15, Anm. 4.

20. September 1930 Dok. 121
"Notwehr als Recht"
Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930.

24. September 1930 Dok. 122
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 28.9.1930 [1].

Der Gau Danzig der N.S.D.A.P. ist aufgelöst worden [2]. Mit der Neuorganisation ist Arthur Greiser [3], Danzig-Langfuhr, Hauptstr. 64, beauftragt worden. Seinen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Bruno Fricke [4] wurde aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen [5].

München, den 24.9.[*19*]30

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 332-337/München [65]1933, S. 759-764). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Die Bekanntmachung wurde auch im VB vom 27.9.1930 veröffentlicht. Dort fehlt jedoch der Satz: "Bruno Fricke wurde aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen."

2 Zu den Auseinandersetzungen in der Danziger NSDAP zwischen Fricke und dem Gauleiter des Gaues Ostpreußen Erich Koch vgl. Herbert S. Levine, Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973, S. 24 ff.
Zur Neuordnung des Gaus vgl. Bd. IV/1, Dok. 10.

3 Arthur Greiser (1897-1946), 1919 Leutnant a. D., Handelsvertreter, 1922 Eintritt in die Deutschsoziale Partei (DtsP), 1924 Gründer des Stahlhelms in Danzig, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 Gaugeschäftsführer des Gaues Danzig, 1933 Vizepräsident und Innensenator des Danziger Senats, SS-Standartenführer, 1933-1939 stellvertretender Gauleiter des Gaues Danzig, 1934 Präsident des Danziger Senats, 1939-1945 Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaues Wartheland, 1946 hingerichtet.

4 Bruno Fricke (geb. 1900), 1918 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Haftstrafe wegen Beteiligung an einem Fememord, 1927-1929 Aufbau der NSDAP in Paraguay und Brasilien, 1929 Bezirksleiter und SA-Führer für Lippe-Detmold, Dezember 1929 vorübergehender Parteiausschluß, 1930 Mitbegründer der Auslandsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Danzig, SA-Standartenführer, September 1930 Ausschluß aus der NSDAP, Eintritt in die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten", 1932 Auswanderung nach Paraguay, 1932-1943 Leiter der "Schwarzen Front" Otto Straßers in Lateinamerika (seit 1940 "Freie Deutsche Bewegung"), 1943-1945 in Argentinien inhaftiert.

5 Fricke, der bereits einmal wegen Sprengung einer Weihnachtsfeier der NSDAP aus der Partei ausgeschlossen worden war, wurde am 2.9.1930 von Hitler wegen illegalen Waffenbesitzes erneut aus der NSDAP ausgeschlossen. Vgl. Protokoll der Beschuldigten-Vernehmung Adolf Hitlers vor dem Amtsgericht München am 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Aa 399, Nr. 515, Bd. 1. Druck: Bd. IV/2 sowie Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 48, 207.

25. September 1930 Dok. 123
Zeugenaussage vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig [1]

Druck: Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967, S. 237-280 [2].

Vors. [3]*:* Sie sind auf Antrag von Rechtsanwalt Frank geladen worden, um hier als Zeuge auszusagen [4]. Das Beweisthema, über das Sie vernommen werden sollen, lautet: Sie sollen als Zeuge dafür vernommen werden, daß die NSDAP ihre Ziele ausschließlich auf legalem Wege verfolgt, den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und der Regierung nicht beabsichtigt, daß die Partei ihre Mitglieder und Anhänger auch nicht dazu auffordert und aufgefordert hat, einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung und Regierung herbeizuführen, auch nicht im Jahre 1923 [5]. Ich ersuche Sie, sich in großen Zügen zunächst über die Entstehung und den Werdegang der NSDAP auszulassen. Sie sollen aber nicht etwa eine mehrstündige Propagandarede für Ihre Partei halten [6]. Sie sind hier nicht da, die Existenz der Partei zu vertei-

---

1 Am 23.9.1930 war vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung gegen die Leutnante Hanns Ludin und Richard Scheringer sowie den Oberleutnant a. D. Hans Friedrich Wendt eröffnet worden. Die Offiziere, die sich seit 10./11.3.1930 in Untersuchungshaft befanden, wurden - so die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Georg Werner vom 29.7.1930 - u. a. beschuldigt, gegen § 86 StGB (Vorbereitung zum Hochverrat) und § 92 MStGB (Ungehorsam mit erheblichem Nachteil) verstoßen zu haben. Der Prozeß, der im In- wie im Ausland mit größtem Interesse verfolgt wurde, endete am 4.10.1930 mit der Verurteilung der drei Angeklagten zu je einem Jahr sechs Monaten Festungshaft; Ludin und Scheringer wurden aus der Reichswehr entlassen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten im Heer dafür geworben hätten, im Falle eines nationalsozialistischen Staatsstreichs diesen durch Befehlsverweigerung zu unterstützen. In dieser Absicht hätten sie Kontakte zu Offizieren im gesamten Deutschen Reich und zur Reichsleitung der NSDAP aufgenommen. Ferner erkannte das Gericht auf Ungehorsam, jedoch nicht auf Aufwiegelung, da es zu einem nationalsozialistischen Staatsstreich nicht gekommen sei. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 15 ff.; Druck des Urteils vom 4.10.1930: Die Justiz 6 (1930/31), H. 4, S. 187-223.

2 Der Verbleib der Prozeßunterlagen ist unbekannt. Vorlage bildet daher die o. g. Rekonstruktion; sie beruht auf der Auswertung wie dem Vergleich der Berichte folgender Zeitungen: Berliner Börsenzeitung, Berliner Tageblatt, BZ am Mittag, Deutsche Allgemeine Zeitung, Deutsche Zeitung, Dortmunder Zeitung, Düsseldorfer Nachrichten, Frankfurter Zeitung, Germania, Hamburger Echo, Hannoverscher Anzeiger, Hannoverscher Kurier, Hannoversches Tageblatt, Kasseler Post, Kölner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Leipziger Neueste Nachrichten, Lübecker General-Anzeiger, Mainzer Anzeiger, Münchner Neueste Nachrichten, Neue Leipziger Zeitung, Neue Preußische Kreuzzeitung, Rheinisch-Westfälische Zeitung, Der Tag, Tägliche Rundschau, Thüringer Allgemeine Zeitung, Tremonia, Tribüne, Völkischer Beobachter, Vorwärts, Vossische Zeitung.
Zur Datierung der einzelnen Artikel sowie zu den Einzelnachweisen vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 235 ff. Die Wiedergabe erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Harald Boldt Verlags, Boppard a. Rh.

3 Alexander Baumgarten (1868-1933), Dr. jur., 1920 Reichsanwalt beim Reichsgericht, 1921 Reichsgerichtsrat, Vorsitzender des IV. Strafsenats beim Reichsgericht.

4 Frank hatte als Verteidiger von Oberleutnant a. D. Wendt am 23.9.1930, dem ersten Verhandlungstag, den Antrag gestellt, Hitler als Zeugen zur Verhandlung zu laden. Diesem Antrag wurde vom Senat stattgegeben. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 192 ff.

5 Anspielung auf Hitlers mißlungenen Putschversuch am 8./9.11.1923.

6 Anspielung auf Hitlers Aussagen während seines Hochverratsprozesses vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München, die eher Propagandareden als einer gerichtlichen Vernehmung geglichen hatten.

digen. Sie sind auch nicht als Beschuldigter hier. Kein Mensch hat Sie in diesem Verfahren angeschuldigt. Sie sind in diesem Saal lediglich Zeuge. Zeuge ist eine Person, die im Prozeß zur Aussage von Tatsachen herangezogen wird, die sie angeblich wissen soll. Also Sie sollen Tatsachen bekunden lediglich als Zeuge. Herr Zeuge, ich werde Ihre Vereidigung vorläufig aussetzen. Die Bedeutung des Eides ist Ihnen bekannt. Sie können am Schluß vereidigt werden. Deshalb mache ich Sie noch besonders darauf aufmerksam, daß Sie das Recht haben, Ihr Zeugnis zu verweigern, wenn Sie durch Ihre Aussage sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen würden.

Hitler: Ich war vom Herbst 1914 bis zum Herbst 1918 als deutscher Frontsoldat an der Westfront [7]. Durch diese vierjährige Tätigkeit habe ich meine frühere Staatsbürgerschaft verloren [8]. 1918, beim Zusammenbruch, lag ich in einem Lazarett schwer gasvergiftet [9]. Ich habe damals schon den Zusammenbruch kommen sehen. Der Zusammenbruch mußte nach meinem politischen Wissen kommen. Er hatte seine Ursache darin, daß sämtliche politischen Organisationen an den gleichen Übeln krankten. Ich habe die Erschütterungen mitgefühlt, die jeder anständige Deutsche damals fühlen mußte. Es war mir auch bewußt, daß mit den damaligen politischen Organisationen die durch den Zusammenbruch bedingten Niedergangserscheinungen nicht überwunden werden konnten. Es sind allgemein drei Erscheinungen, die in Verfallszeiten immer wieder auftauchen und auch das deutsche Volk langsam zersetzt haben, die das Fundament für diese Überzeugung abgegeben haben: 1. die Ablehnung der eigenen völkischen Kraft, die schon seit altersher im deutschen Volke wurzelte; der Verzicht auf diese Kraft; das Hingeben an fremde Einflüsse im allgemeinen; die internationale Gesinnung und Einstellung.

Vors.: Ich glaube, Herr Zeuge, daß Sie da zu weit ausholen. Sie dürfen nicht so weitschweifig werden. Es handelt sich hier darum, daß Sie uns einen kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der NSDAP geben. Wollen Sie bitte bald auf die Entstehung der Partei eingehen.

Hitler: Ich wollte zunächst die drei Hauptpunkte schildern, weil daraus die Art unseres Kampfes hervorgeht.

Vors.: Wenn Sie das für nötig halten, bitte.

Hitler: 2. Die Beseitigung der Autorität der Persönlichkeit, und die Einführung der Demokratie und des demokratisch-parlamentarischen Systems und 3. endlich die Vergiftung des deutschen Volkes mit pazifistischem Denken und pazifistischem Geist. Diese drei Erscheinungen sind meiner Überzeugung nach die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs gewesen,

---

Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 32 ff. Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zwei Teile, München 1924. (ND: Glashütten/Ts. 1973).

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.

8 Die bayerische Regierung hatte 1924 vergeblich versucht, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Vgl. Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

9 Nach seiner Gasvergiftung am 14.10.1918 wurde der kurzfristig erblindete Hitler am 21.10.1918 in das preußische Reserve-Lazarett Pasewalk bei Stettin verlegt; dort wurde er am 19.11.1918 entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

und es war für mich selbstverständlich, daß nur eine Bewegung den Zusammenbruch überwinden konnte, die zu diesen drei Erscheinungen Stellung nimmt und von ihnen frei ist. Das konnte nur eine ganz junge, neue Bewegung sein, besonders aus der Überzeugung heraus, daß sämtliche alten Parteien den freien geistigen Kampf auf ihre Fahnen geschrieben hatten, 1918 aber die Faust den Kampf entschieden hatte [10]. Ich war 1918 überzeugt, daß die alten Parteien nicht in der Lage sein würden, den Terror zu brechen, und daß man eine neue Partei schaffen müsse mit den Grundtendenzen des fanatischen Deutschtums, einer absoluten Führerautorität und eines unbedingten Kampfwillens, (und) [*die*] [11] entschlossen war, ihre rein geistige Idee zu verteidigen; der Zustand 1918/19 war so, daß nicht der Geist entschied, sondern derjenige, der die Straße für sich hatte. Das führte zur Zweiteilung unserer Bewegung, der Propaganda an sich und dem Schutz dieser Propaganda durch unsere Schutzabteilung. Deshalb mußten sofort die Schutzabteilungen gegründet werden [12]. Der Gedanke der Begründung der später "Sturmabteilungen" getauften Organisationen war, der Bewegung einen Schutz gegenüber der Linken zu geben. Vom ersten Tage an war der Zweck der Schutzabteilungen nicht der, gegen den Staat Front zu machen, sondern die geistige Bewegung vor dem Terror illegaler Kräfte zu schützen; sie dienten also nur dem eigenen Schutz. Das war um so notwendiger, als der Staat als Schutz zu spät in die Erscheinung trat, nämlich erst dann, wenn die Versammlungen, die wir abhielten, gestört waren. Dann erst trat der Staat in Erscheinung und löste die Versammlung auf [13]. Der Zweck der Störversuche war aber erreicht. 1919 und 1920 war die Situation so, daß dieser Terror der Linken jede geistige Aufklärung unmöglich machte. Hiergegen wollten wir uns eigene Hilfe verschaffen. Das war der ausschließliche Zweck unserer Sturmabteilungen. Zu keiner Stunde aber war der Zweck unserer Organisation der Kampf gegen den Staat [14], denn wir sind der Überzeugung, daß, wenn eine Idee gesund ist, sie den Staat ganz allein erobert. Wenn die letzten Reichstagswahlen uns 6,5 Millionen Stimmen brachten [15], so nicht, weil diese 6,5 Millionen Deutsche uns glaubten, sondern weil 30 Millionen noch nicht wissen, was wir wollen. Wir haben vom ersten Tag an auf die Werbekraft der gesunden Idee vertraut; wir sind eine rein geistige Bewegung und wir haben nur eine rein geistige Verbreitung der Idee gewünscht. Es ist aber selbstverständlich, daß eine Bewegung, die zehntausende junge, temperamentvolle Mitglieder umfaßt, nicht verantwortlich gemacht werden kann für

10 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

11 Änderung durch Bucher.

12 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

13 Zum wohlwollenden Verhältnis des bayerischen Staates zur rechtsradikalen Szene vgl. Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern.

14 Die SA, seit Februar 1923 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund), beteiligte sich etwa mit 1.500 Mann am Putsch vom 8./9.11.1923. Nach Zahl und militärischer Kampfkraft war sie damit der zweitstärkste Wehrverband, der dieses Hochverratsunternehmen unterstützte. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 33 ff.; Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 87 ff.

15 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Menschen NSDAP gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

vereinzelte Äußerungen ihrer Mitglieder. Man wird nun an den Hitler-Putsch erinnern. Bei den Vorgängen im Jahre 1923 lag ein Zwang vor, der nicht meinem Wunsche entsprach [16].

Bei diesen Worten betrat Goebbels den Zuhörerraum.

Hitler: Sofort nach Wiedererrichtung der Bewegung 1925 [17] habe ich den ursprünglichen Zweck in vollem Umfange wiederhergestellt.

Vors.: Was war das für ein Zwang?

Hitler: Ich weiß nicht, ob ich davon sprechen darf.

Vors.: Ich glaube doch, daß von den damaligen Vorgängen die Öffentlichkeit auch im einzelnen orientiert ist. Sie, Herr Zeuge, wurden am 1. April 1924 wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt [18].

Der Vorsitzende zitierte die ersten Sätze der Urteilsbegründung [19], die die Entstehung des Direktoriums Kahr und das Ziel des Kampfbundes, eine "nationale Rechtsdiktatur" gewaltsam in Berlin zu errichten, zum Inhalt hatten, und fuhr fort:

Vors.: Wie soll ich das verstehen, wenn Sie angesichts dieses Urteils sagten: Es lag ein Zwang vor, der aber nicht meinem Wunsche entsprach.

Hitler: Zunächst war die Entwicklung der Sturmabteilung zu einer Kampftruppe nicht durch mich eingeleitet worden, sondern auf Wunsch der amtlichen Dienststellen [20]. Diese amtlichen Dienststellen haben sich damals an uns gewandt mit dem Ersuchen, die Sturmabteilungen in eine militärische Organisation umzuwandeln. Nachdem sie umgewandelt waren, war auch der Geist ein anderer geworden. Nicht ich habe damals die Sturmabteilungen in die Kasernen geführt, sondern sie sind von amtlichen Dienststellen hineingeführt worden. Man kann aber eine Truppe nicht mit einer bestimmten Hoffnung beseelen, ohne daß die Truppe die Erfüllung dieser Hoffnung auch bestimmt erwartet. Als sich die politische Situation zuspitzte, mußte es naturgemäß zu schweren Konsequenzen kommen. 1923 war die Situation so, daß die Gefahr bestand, daß der latente Kriegszustand zwischen Bayern und dem Reich zum Ausbruch kam [21], und es war nur die Frage, ob es ein Kampf unter der bayerischen Fahne gegen die Reichsregierung oder unter einer großdeutschen Flagge werden würde. Das war der innere Zwang, und nach gemeinsamer Überlegung sind wir zu jenen Entschlüssen getrieben worden, uns für ein Großdeutschland einzusetzen.

Der Vorsitzende ersuchte Hitler hierauf, sich über die von ihm erwähnte "Wiederherstellung der Bewegung im alten Geiste" zu äußern.

---

16 Ein Zwang existierte tatsächlich; jedoch war es allein Hitler, der sich durch seine aggressive Propaganda in diese Sackgasse hineinmanövriert hatte. Ihm blieb nur noch die offene Konfrontation, falls er nicht Gefahr laufen wollte, sein politisches Image zu verlieren. Zu den unmittelbaren Voraussetzungen und zum Ablauf der Ereignisse vom 8./9.11.1923 vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 169 ff.

17 Vgl. Bd. I, Dok. 1-4, 6.

18 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

19 Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München 1924, Teil II, S. 91 ff.

20 Anspielung auf die Integration der SA in die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund) im Februar 1923, an der Hauptmann Ernst Röhm als damaliger Generalstabsoffizier der 7. Division maßgeblich beteiligt war. War die SA bislang hauptsächlich für parteiinterne Ordnungsaufgaben eingesetzt, so wurde aus ihr nun ein militärisch voll funktionstüchtiger Wehrverband, der mit Hilfe der geheimen Waffenlager Röhms entsprechend ausgerüstet wurde. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 15 ff., 33 ff.

21 Vgl. Dok. 97, Anm. 18.

Hitler: 1925 habe ich festgestellt, daß die Zwischenperiode von 1923 endgültig ausgelöscht und daß die Bewegung wieder zu den alten Grundtendenzen zurückgeführt werden müsse [22]. Ich habe damals schärfste Erlasse herausgegeben, die die absolute Waffenlosigkeit der Sturmabteilungen anordneten, und habe dafür gesorgt, daß die Sturmabteilungen in keiner Weise einen militärischen Charakter annehmen könnten, sondern nur dem Zweck des Schutzes der Bewegung vor den Kräften der Linken dienen müßten [23]. Alle militärischen Übungen waren verboten, und wenn eine Abteilung Waffen besaß und selbst der einzelne Waffen in seinem Besitz hatte, ohne über einen Waffenschein zu verfügen, so sind diese einzelnen Abteilungen aufgelöst und die einzelnen Mitglieder ausgewiesen worden. Ich habe alles getan, um zu verhindern, daß die Organisationen einen militärischen Inhalt gewinnen könnten, so schwer das bei einem Volk ist, das eine innere Liebe zur Waffe besitzt. Es war um so schwieriger, diesen Zustand durchzudrücken in einem Augenblick, in dem die Linke mit der Parole: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" [24] hervortrat.

Vors.: Wie ist denn Ihre Einstellung zur Reichswehr?

Hitler: Ich erblicke in der deutschen Reichswehr das wichtigste Instrument zur Wiederaufrichtung des deutschen Staates und des deutschen Volkes [25]. Ich habe in der ganzen Zeit die Auffassung vertreten, daß jeder Versuch der Zersetzung der Reichswehr Wahnsinn wäre. Wir haben kein Interesse daran, die Reichswehr zu zersetzen [26]. Ich würde das für das größte Verbrechen halten, das es gibt. Ich bin zu sehr alter Soldat, als daß man mir den Versuch einer Zersetzung des Heeres zutrauen könnte. Niemals ist von mir ein Flugblatt, eine Broschüre herausgegangen, die für etwas Derartiges eintrat. Niemals habe ich Verbindungen mit der Reichswehr angeknüpft [27]. Ich hätte das nie gebilligt und denjenigen, der es getan hätte, augenblick-

22 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925, wo es u. a. heißt: "Die Neubildung der S.A. erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923 maßgebend waren." Druck: Bd. I, Dok. 4.

23 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60) und sein Schreiben vom April 1930 (Dok. 39).

24 Vgl. Dok. 15, Anm. 3.

25 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 68, Anm. 27 und 28.

26 Vgl. die Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung von Ende August 1930, wo auch auf nationalsozialistische Zersetzungsversuche gegenüber der Reichswehr eingegangen wird. Konkret werden allerdings nur die bekannten theoretischen Äußerungen sowie der Fall Ludin - Scheringer - Wendt genannt. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 96 ff. hier S. 130 ff.

27 Das Verhältnis Hitlers zur Reichswehr war ambivalent; einerseits standen Krieg und Bewaffnete Macht im Zentrum seiner Weltanschauung, andererseits galt die Reichswehr als Organ und Garant des verhaßten republikanischen Staates. Gewarnt durch die Entscheidung der Reichswehrführung gegen den Hitler-Putsch im November 1923 gingen sich NSDAP und Reichswehr seit Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 meist aus dem Weg - die NSDAP, weil sie keinen Zweifel an ihrem "legalen" Vorgehen aufkommen lassen wollte, die Reichswehrangehörigen, weil sich die NSDAP diskreditiert hatte, ganz davon abgesehen, daß viele Soldaten das Verbot der politischen Betätigung ernst nahmen. Erst am Ende der zwanziger Jahre zeigten sich - wie im Fall der Ulmer Reichswehroffiziere - vor allem junge Offiziere empfänglich für die nationalsozialistische Propaganda. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Ge-

lich aus der Partei hinausgeworfen, ich will das Vaterland gesund. Ich habe nur den Wunsch, daß das Heer wie das deutsche Volk den neuen, unseren Geist in sich aufnehme.

Im Laufe seiner Aussage geriet Hitler in eine immer stärkere Erregung, so daß ihn der Vorsitzende schließlich mit den Worten unterbrach:

Vors.: Sie geraten in das Fahrwasser eines Propagandaredners. Sie sollen hier keine politischen Reden halten. Beruhigen Sie sich bitte und machen Sie dann sachliche Ausführungen.

Hitler: Natürlich wird die politische Bewegung, die die Macht im Staate mit legalen Mitteln erobern will [28], an die Spitze ihres Programmes den Wehrgedanken stellen. Der Sieg der nationalen Bewegung bedeutet absolute Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Reichswehr wieder eine große deutsche Volksarmee sein wird. Es ist zu vermuten, daß im Reichsheer Tausende von jungen Menschen vorhanden sind, die die gleichen Gedanken haben [29]. Reichsheer wie das deutsche Volk sollen nur erkennen, was wir wollen. Das bedeutet aber keineswegs Zersetzung. Das Reichsheer darf nicht zersetzt werden: Es ist die Voraussetzung für die deutsche Zukunft. Der Schutz des Staates ist gar nicht der Inbegriff unserer Aufgabe, darüber steht der Schutz der Nation. Wer also die Reichswehr zersetzt, ist nicht ein Feind des Staates, sondern ein Feind der Nation und des Volkes. Wenn Internationalismus und Demokratie und Pazifismus dem Volke eingebläut worden sind, wird es auch keine Soldaten mehr geben. Ohne Erziehung zu bewußtem Nationalismus, zu Kampfsinn, kann es auf die Dauer keine Reichswehr geben. Selbstverständlich haben wir den Wunsch, daß sich die Kenntnis dieser Tatsachen auch im Reichsheer durchsetzt.

Vors.: Diese ideellen Ziele kann man auch mit verfassungswidrigen Mitteln erstreben, und das behaupten Ihre politischen Gegner. Haben Sie in Ihrem Programm, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch zwischen den Zeilen, nie eine solche Möglichkeit offengelassen?

Hitler: Wäre es möglich, in einer Organisation, die Hunderttausende von Menschen umfaßt, im geheimen andere Ziele zu verfolgen, als sie öffentlich bekannt gegeben werden? Könnte ich der SA befehlen, sie dürfe keine Waffen besitzen, und sie würde diesem Befehl insgeheim nicht folgen? Es wäre ausgeschlossen, wenn öffentlich gesagt würde, daß keine militärischen Übungen abgehalten werden sollen, doch solche zu veranstalten. Das wäre vollständig ausgeschlossen und würde auch wahnwitzig sein. Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit [30]. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt.

---

schichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 59 ff., 80 ff.; Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart [2]1988, S. 20 ff.

28 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

29 Vgl. z. B. den Brief des damaligen Oberleutnants Hellmuth Stieff an seine Frau Ili vom 7.10.1930: "Zweifelsohne haben die Angeklagten falsch gehandelt und gegen das Gebot der Unterordnung verstoßen. Aber sind nicht ihre Nöte auch die unseren? All dasselbe habe ich Dir doch oft genug gesagt und so denkt mindestens 90% des Offizierskorps." Druck: Hellmuth Stieff, Briefe. Hrsg. und eingeleitet von Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 61 f., hier S. 62.
Vgl. ferner den Brief des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst Wilhelm Heye, an Reichswehrminister Groener vom 13.10.1930. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 160-162.

30 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus, a. a. O., S. 64-77.

Bei der SA ist sogar Sonderbefehl, daß sofort Anzeige erstattet werden muß, wenn ein Befehl gegeben wird, dessen Ausführung einen Gesetzesverstoß bedeutet [31]. Meine politischen Gegner alle und der Staat können meine Reden und Anordnungen jederzeit kontrollieren, denn meine Anordnungen sind keine Geheimbefehle. Ich habe auch meine Unterführer, besonders Herrn von Pfeffer, angewiesen, daß sie niemals Geheimbefehle ausgeben dürfen, es sei denn, es handele sich um Dinge, die unseren politischen Gegnern, wie der Roten Front [32] gegenüber, geheimzuhalten sind. Es darf auch hier ein Geheimbefehl nicht erlassen werden, der, wenn er an die Öffentlichkeit kommt, nicht eine absolute Rechtfertigung für die Partei darstellt. Ich bin auch überzeugt, daß ein solcher Geheimbefehl nie erlassen worden ist.

Auf eine ausdrückliche Frage des Vorsitzenden erklärte Hitler weiter:

Hitler: Ich habe meine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Ich habe auch niemals jemanden in einem solchen Sinne instruiert. Ich habe in allen Fällen, wo es zu Übertretungen gekommen ist, augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl zum Teil alter verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben [33].

Vors.: Gehört dazu beispielsweise auch Gregor Straßer?

Hitler: Von Gregor Straßer ist mir nichts bekannt.

Vors.: Es ist durch die Presse die Nachricht gegangen, daß besonders radikale Mitglieder der Partei sich von Ihnen getrennt hätten. Gehört dazu auch Otto Straßer?

Hitler: Gregor Straßer ist das nicht, das wird sein Bruder sein. In unserer Bewegung ist eine Gruppe entstanden, die Gedanken und Tendenzen vertreten hat, die ich ablehnen muß, die fortgesetzt mit dem Begriff "Revolution" spielte [34]. Diese Leute standen vor dem Ausschluß, sie sind dann von selbst gegangen. Dazu gehört Dr. Otto Straßer, der Herausgeber des "Nationalen Sozialisten" [35] in Berlin.

Vors.: Wie kommt es, daß auch andere Mitglieder der Partei sich über die Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele ausgelassen haben?

Hitler: Da handelt es sich vielleicht um etwas anderes. Das bezieht sich nicht auf die Gewaltanwendung gegen den Staat. Es ist selbstverständlich, daß man mit Worten allein nicht auskommt; wir lassen uns nie wehrlos niederschlagen. Wenn heute eine rote Horde in unsere Versammlungen eindringt, werden wir nicht ein Rückzugsgefecht veranstalten, sondern wir werden Widerstand leisten, wie es alten Frontsoldaten geziemt. Ich lasse mir nicht von irgendeinem meine Ideale mit Gewalt austreiben. Wir sind überzeugt, daß wir zur Notwehr, wenn wir angegriffen werden, auch berechtigt sind.

Vors.: Kennen Sie die "Nationalsozialistischen Briefe" [36]?

---

31 Vgl. z. B. § 8 von Hitlers Grundsätzlicher Anordnung der SA II vom 31.5.1927. Druck: Bd. II/1, Dok. 135.

32 Gemeint ist der seit Mai 1929 verbotene Rote Frontkämpferbund. Vgl. Dok. 24, Anm. 6.

33 Vgl. z. B. Dok. 39 und 40.

34 Zu den tatsächlichen Gründen der Abspaltung der Gruppe um Otto Straßer von der NSDAP vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42; Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16; Dok. 67; Dok. 70.

35 Vgl. Dok. 70, Anm. 1 und 2.

36 Die Nationalsozialistischen Briefe verstanden sich als ein Diskussionsforum weltanschaulicher Fragen, das vor allem die Intellektuellen im linken Lager der NSDAP ansprechen sollte. Schriftleiter war zunächst Joseph Goebbels, seit Mai 1927 Karl Kaufmann. Die von den Brüdern Gregor und Otto Straßer, seit Juli 1930 nur

Hitler: Sie sind kein offizielles Parteierzeugnis, sondern sie sind mit die Ursache geworden für den Ausschluß Otto Straßers [37].

Vors.: Da ist mir aufgefallen, daß ein Schriftsteller Reinhold Muchow [38] über das "Problem der Führung" geschrieben hat [39]. Kennen Sie diesen Muchow?

Hitler: Es ist möglich, daß er mir einmal vorgestellt worden ist.

Der Vorsitzende zitierte daraufhin einige Sätze aus einem Artikel in den "Nationalsozialistischen Briefen", in dem Muchow ausgeführt hatte, daß die "politisch älteren Völker" (England und Frankreich) schon ihre Revolution gehabt hätten, Deutschland dagegen jetzt am Vorabend "seiner geschichtlichen Stunde" stehe, die nur nationalsozialistisch sein könnte:

Vors.: "Über die Schwere des Kampfes läßt uns Adolf Hitler nicht im geringsten im Unklaren, wenn er sagt: 'Köpfe werden in diesem Kampfe in den Sand rollen, entweder die unseren oder die anderen. Also sorgen wir dafür, daß die anderen rollen.'" Das wird Ihnen in den Mund gelegt. Das kann man auffassen als Hinweis auf eine gewünschte Revolution. Was für eine Bewandnis hat es mit diesem Zitat?

Hitler: Ich glaube, der Verfasser Muchow hat hier die große geistige Revolution im Auge gehabt, in der wir uns heute befinden. Ich darf Ihnen aber versichern: Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen [40].

Der letzte Teil der Ausführungen Hitlers wurde von einem lebhaften Bravo-Rufen der Zuhörerschaft begleitet, das der Vorsitzende sofort energisch rügte:

Vors.: Ich verbitte mir jede derartige Kundgebung, wir befinden uns hier weder im Theater noch in einer politischen Versammlung, wo Bravo gerufen und gezischt werden kann, sondern

---

noch von Otto Straßer herausgegebene "Halbmonatsschrift für nationalsozialistische Weltanschauung" - so der offizielle Untertitel - erschien seit Oktober 1925 im Rhein-Ruhr-Verlag, Elberfeld, seit November 1928 im Kampf-Verlag, Berlin. Die Auflage lag bei etwa 1.000 Exemplaren. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 63, 221.

37 Vgl. Dok. 70.

38 Reinhold Muchow (1905-1933), Kaufmann, 1920 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928 Organisationsleiter des Gaues Berlin-Brandenburg, Aufbau eines Sekretariats für Arbeiterangelegenheiten, 1930 stellvertretender Leiter der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, 1933 Leiter des Organisationsamts der Deutschen Arbeitsfront.

39 Vgl. Reinhold Muchow, Das Problem der Führung (Die Rolle der Partei im politischen Machtkampf). Teil I. In: Nationalsozialistische Briefe 4 (15/Mai 1929), S. 366-368.
Die angesprochenen Passagen lauten: "Die politisch älteren Völker (England und Frankreich) haben ihre großen Revolutionen bereits gehabt. *Deutschland aber, das Herz Europas, steht am Vorabend seiner Revolution.* Deutschland steht vor seiner größten geschichtlichen Stunde, und kein Geringerer als *Adolf Hitler* hat dies geahnt, als er seine Meinung darüber in folgende Worte kleidete: 'Was sich heute anbahnt, wird *größer sein als der Weltkrieg.* Es wird ausgefochten werden auf deutschem Boden *für die ganze Welt.* Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Wir werden Opferlamm oder Sieger.' [...] Über die Schwere des Kampfes läßt uns Adolf Hitler nicht im geringsten im Unklaren, wenn er sagt: 'Köpfe werden in diesem Kampfe in den Sand rollen, entweder die unseren oder die anderen. Also sorgen wir dafür, daß die anderen rollen.'"

40 Der Satz läßt sich bei Hitler schon relativ früh nachweisen. Vgl. z. B. Hitlers Rede in München am 18.1. 1923. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 794 ff., hier S. 795.
Im Vergleich mit seinen entsprechenden Beteuerungen während der vorhergehenden Monate war Hitlers Bekenntnis zur Legalität nicht jene Sensation, welche die Zeitgenossen, zum Teil auch die Historiker darin erkannten. Ungewöhnlich war lediglich der Adressat sowie die Publizität seiner Aussage nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930.

im Gerichtssaal, um mit allem Ernst das Recht zu finden. Wir haben hier über das Schicksal von Menschen zu entscheiden, und die Stunde ist wahrhaftig zu ernst, als daß derartige Kundgebungen der Zuhörer geduldet werden können. Ich erkläre noch einmal, daß alle Mißfallens- und Beifallskundgebungen streng verboten sind, da ich sonst zu Maßnahmen gezwungen sein würde.

Dann wandte sich der Vorsitzende wieder an Hitler:

Vors.: Noch ein Aufsatz ist mir aufgefallen in den "Nationalsozialistischen Briefen" vom 1. Oktober 1929: "Bemerkungen zur Lage", G. St. gezeichnet [41]. Das ist wohl Gregor Straßer? Darin heißt es: "Wenn jetzt von einer nahe bevorstehenden Reichstagsauflösung die Rede ist, ist dies ebenfalls ein Symptom. Ein neuer Reichstag oder eine neue Regierung wären noch keine Lösung. Denn die Lösung heißt: Deutsche Revolution!" Revolution ohne Gewalt gibt es nicht. Wie deuten Sie das Wort "deutsche nationale Revolution"?

Hitler: Erstens sind die "Nationalsozialistischen Briefe", ich wiederhole das, nicht parteioffiziell, und Gregor Straßer hat manchen Artikel unterschrieben, den er nicht gekannt hat. Der Begriff "nationale Revolution" wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt: Für die Nationalsozialisten ist es aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes, eine Erhebung des geknechteten Deutschtums.

Vors.: Meinen Sie eine selbständige Bewegung oder eine von der Partei geförderte?

Hitler: Eine Bewegung, die diese Erhebung repräsentiert, wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet. Wenn in Deutschland noch zwei bis drei Wahlen stattfinden, wird die NSDAP in der Mehrheit sitzen [42]. Dann muß es zur nationalsozialistischen Erhebung kommen, und wir werden den Staat so gestalten, wie wir ihn haben wollen. Diese Bewegung wird kommen, es sei denn, man gibt dem deutschen Volk seine Lebensmöglichkeit.

Vors.: Sie behaupten, daß Sie die geistige Bewegung des deutschen Volkes vorbereiten. Wie denken Sie sich das so? Und wenn man darunter etwas anderes versteht, dann sagen Sie: "Dafür können wir nicht[*s*]."

Hitler: Deutschland ist durch die Friedensverträge geknebelt [43]. Die gesamte deutsche Gesetzgebung ist nichts anderes als eine Verankerung der Friedensverträge. Wir aber sehen diese Verträge nicht als ein Gesetz an, sondern als etwas Aufgezwungenes. Wir erkennen unsere Schuld am Kriege nicht an [44], vor allem nicht für die kommenden Geschlechter. Wenn wir gegen diese Verträge mit allen Mitteln Stellung nehmen werden, befinden wir uns in einer Revolution.

Vors.: Wie wollen Sie denn die geltenden Verträge mit den anderen Staaten aus der Welt schaffen?

---

41 Vgl. G[*regor*] St[*raßer*], Bemerkungen zur Lage. In: Nationalsozialistische Briefe 5 (1/Oktober 1929), S. 105 f. Die angesprochene Passage lautet: "Wenn jetzt von einer nahe bevorstehenden Reichstagsauflösung die Rede ist, dann ist dies nur ebenfalls ein Symptom - und auch ein neuer Reichstag, eine neue Regierung wären noch keine Lösung. Denn die Lösung heißt: 'Deutsche Revolution!'"

42 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 26.

43 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.) und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

44 Vgl. Dok. 77, Anm. 16. Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage, S. 22 ff.

Hitler: Wir werden gegen diese Verträge vorgehen sowohl auf diplomatischem Wege, wie wir auch Stellung gegen sie nehmen werden durch ihre restlose Umgehung.

Vors.: Auch mit illegalen Mitteln?

Hitler: Wenn die Verträge von 1807, 1808 und 1809 [45] auch als illegal angesehen werden. Ich fühle mich nur verpflichtet gegenüber dem Volk. Ich setze hier voraus, daß wir gesiegt haben, dann werden wir gegen die Verträge kämpfen mit sämtlichen, vom Angesicht der Welt aus gesehen, auch mit illegalen Mitteln.

Vors.: Ein Helmuth Brückner [46] schreibt in den "Nationalsozialistischen Briefen" am 1. Oktober 1929 [47]: "'Deutschland wird völkisch sein oder es wird nicht sein.'" Dann heißt es dort weiter: "Reform ist Halbheit, Revolution ist alles. Revolution, d. h. Erhebung und Neugestaltung unter Zertrümmerung aller Hemmschuhe."

Hitler: Brückner ist Gauleiter von Schlesien.

Vors.: Was heißt "Zertrümmerung aller Hemmschuhe"? Ist das auch geistig gemeint?

Hitler: Die DNVP ist eine Oppositionspartei wie wir auch [48]. Sie ist eine Partei der Reform. Sie vertritt weltanschaulich nicht dem heutigen Staat diametral Entgegengesetztes. Die NSDAP vertritt weltanschaulich etwas absolut Gegenteiliges, Anderes. Sie sieht am Ende ihres Programmes den Begriff "Volk" im Mittelpunkt. Sie sieht im Staat und in der Armee nur Mittel zum Zwecke der Erhaltung des Volkstums. In diesem Sinne ist der Ausdruck "Revolution" in unseren Kundgebungen gemeint. Auch der Ausdruck "Zertrümmerung" ist geistig gemeint. Man darf aber nicht sagen: ergo will sie mit Gewaltmitteln kämpfen. Wenn einer so etwas schreibt, ist es eine überflüssige Federübung. Ich habe kein Instrument zum Kämpfen [49].

Vors.: Hoffen Sie aber weite Kreise dazu zu bringen, daß gekämpft wird?

Hitler: Um eine gewaltsame Revolution durchzuführen, dazu habe ich kein Instrument geschaffen. Ich habe nichts organisiert, um sie durchzuführen. Unsere Partei ist nicht die Mündung einer deutschen revolutionären Bewegung. Die Propaganda, die wir betreiben, ist eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes, eine Umstellung auf eine neue Weltanschauung, die mindestens so gigantisch ist wie die Umstellung zu dem marxistischen Gedanken oder

---

45 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.

46 Helmuth Brückner (geb. 1896), Schriftleiter, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 Enthebung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

47 Muß heißen: 1. Februar 1927. Vgl. Helmuth Brückner, Reform oder Revolution? In: Nationalsozialistische Briefe 2 (1. Februar 1927), o. S.
Die angesprochenen Passagen lauten: "Damit ist die Richtigkeit des Wortes offenbar: 'Deutschland wird völkisch sein oder es wird nicht sein.'" [...] "Reform ist Halbheit, Revolution ist alles. Reform ist Schwäche und Verzicht angesichts der Wirklichkeit. Revolution, d.h. Erhebung und Neugestaltung unter Zertrümmerung aller Hemmschuhe, folgt dem Gebot des Schicksals und gibt die Bahn frei zum Siege aus aller völkischen Not."

48 Mit der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP am 20.10.1928 begann sich die Partei zunehmend zu radikalisieren; jegliche Kooperation mit dem bestehenden republikanischen Staat, wie sie noch 1925 im ersten Kabinett Luther bzw. 1927/28 im vierten Kabinett Marx praktiziert worden war, wurde nun strikt abgelehnt. Vgl. Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, S. 268 ff. sowie Dok. 32, Anm. 19.

49 Die SA besaß im Oktober 1930 eine Stärke von ca. 60.000 Mann, die SS im Dezember 1930 von ca. 2.700 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 93 sowie Wegner, Hitlers Politische Soldaten, S. 80 f., Anm. 8.

die Umstellung vom Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen System. Die NSDAP will eine vollkommen neue Ideenwelt, einen ganz neuen Staat aufbauen. Es kann mir auch nicht eine Sekunde einfallen, daß ein Staat mit einem konsolidierten Heer und einer Polizeitruppe bekämpft werden könnte. Unsere Bewegung hat Gewalt nicht nötig. Es wird aber die Zeit kommen, in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Unsere Bewegung hat in zehn Jahren sich zur zweitstärksten politischen Partei Deutschlands emporgearbeitet. In drei Jahren wird sie die stärkste Partei sein; es werden 35 Millionen von den 40 Millionen wahlberechtigten Deutschen [50] hinter uns stehen und sie werden genau wissen, was wir wollen. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten [51] werden 250 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben. Es kommt die Zeit, da man glücklich sein wird, daß es diese Bewegung gibt, deren Leute man heute noch vor Gericht zitiert.

Vors.: Ihre Gegner sagen, die geistige Revolution ist etwas anderes als die Hoffnung auf eine wirkliche Staatsumwälzung, auf eine Verfassungsänderung, der sich das Heer anschließen wird und sich nach Hoffnung der Hitler-Leute anschließen will.

Hitler: Hier ist bei meinen Gegnern der Wunsch der Vater des Gedankens. Meine Gegner haben nur ein Interesse: die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie sehen, daß sie sich auf vollständig legalem Wege den Staat erobert. Allerdings, sie haben Recht, daß ein legaler Sieg eine vollständige Umwälzung bedeutet. Wir werden einen Staat von Eisenstärke wiederherstellen, das wird die Umwälzung sein.

Vors.: Welche Bewandtnis hat es mit dem sogenannten Dritten Reich [52]?

Hitler: Für uns ist das alte Deutsche Reich eine ehrwürdige Erscheinung, denn wir haben für es gekämpft. Aber dieser alte Staat hat vom ersten Tage innere Schwächen gehabt, [*weil er*] (das) [53] nicht den Begriff "Volk" in den Mittelpunkt gerückt hatte. Es ist nach diesem Staate der heutige gekommen. Er ist die Verkörperung der Demokratie und des Internationalismus und des Pazifismus. Dieser zweite Staat [*sic!*] wird dem deutschen Volk keine Männer hinterlassen, die der anderen Welt gegenüber seine Rechte wahrnehmen können. Wir hoffen deshalb auf ein neues Reich, in dem alle Institutionen, angefangen von der Organisation des Staates bis zu denjenigen, die der Erhaltung des Volkstums dienen, das Volk weiterführen in eine gute Zukunft. Daß dieses Dritte Reich sich auseinandersetzen muß mit den Kräften des Zerfalls von heute, das ist selbstverständlich, deshalb der Versuch unserer Gegner, unsere Mittel als illegal hinzustellen und uns eine Tendenz anzudichten, die uns nicht liegt [54]. Wer von

---

50 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten bei einer Gesamtzahl von 42.982.912 Stimmberechtigten 35.224.499 ihr Wahlrecht wahrgenommen. Die Zahl der gültigen Stimmen betrug 34.956.471. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546.

51 Vgl. Dok. 116, Anm. 4.

52 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.

53 Änderung durch Bucher.

54 Gegen Franks Protest war für den 25.9.1930 auch der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Erich Zweigert als Zeuge geladen worden, um im Anschluß an Hitlers Vernehmung zur Legalität der nationalsozialistischen Politik Stellung zu nehmen. Zweigert verwies dabei auf die entsprechenden Denkschriften des Reichs- sowie des preußischen Ministeriums des Innern vom August 1930 über den hochverräterischen Charakter der NSDAP. Diese Denkschriften waren der Öffentlichkeit damals bekannt. Vgl. Bucher, Reichswehr-

dem Gesichtspunkt ausgeht, daß einzelne Zitate den Beweis für eine Gesinnung erbringen, die man aus Anordnungen und Parteibefehlen nicht zu konstruieren vermag, der wird tausend Möglichkeiten finden. Ich habe in unserer Bewegung unzählig viele Millionen Menschen, denen das Herz blutet über unser Deutschland. Diese jungen Männer, selbst Kämpfer, werden geschlagen [55], stehen oft vor dem Richter, obwohl sie selbst das Beste gewollt haben. Sie werden vom roten Mob niedergeschlagen. Daß diese Leute manchmal Äußerungen tun, die nicht im Sinne der Bewegung liegen, das ist bei ihrer Jugend [56] doch selbstverständlich.

Vors.: Wie denken Sie sich die Errichtung des Dritten Reiches?

Hitler: Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staate mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen suchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.

Vors.: Also nur auf verfassungsmäßigem Wege?

Hitler: Jawohl.

Vors.: Es gibt nun eine Sondernummer des Völkischen Beobachters, in der eine Rede von Ihnen abgedruckt ist: "Nationalsozialismus und Wehrmacht" [57]. Es ist doch wohl die grundsätzliche Stellungnahme Ihrer Partei zur Wehrmacht. Was hat Sie veranlaßt, diese Rede gerade als Reichswehr-Sondernummer herauszugeben?

Hitler: Die Veröffentlichung erfolgte in dieser Form, weil sie unsere grundsätzliche Stellung zum Wehrproblem enthält. Die Stellung zum Reichswehr-Problem ist nicht Sache der Reichswehr an sich, sondern eine Frage der politischen Parteien, denn alle Parteien haben ein wehrpolitisches Programm [58].

Als Hitler erklärte, die Reichswehr sei der politischen Einflußnahme der Parteien nicht entzogen, widersprach der Vorsitzende mit der Bemerkung:

Vors.: Die Wehrmacht ist ein Instrument der Reichsregierung [59].

---

prozeß, S. 88 ff., 284 ff. (Teil-)Druck der Denkschrift des Reichsministerium des Innern über das hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 12.8.1930 sowie der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverrräterische Verbindung von Ende August 1930: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 95 f., 96 ff. Zur Rezeption der Denkschriften in der Öffentlichkeit vgl. Berliner Tageblatt vom 6.9.1930 (MA), "Der Hochverrat der Nazis. Aus der Denkschrift des Reichsinnenministeriums". Vgl. ferner Dok. 41, Anm. 21.

55 Vgl. Dok. 85, Anm. 5. Zum Terror der SA vgl. Dok. 58, Anm. 4.

56 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

57 Gemeint ist die VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929, die Hitlers Rede vom 15.3.1929 zum Thema "Wir und die Reichswehr - Unsere Antwort an Seeckt und Geßler" wiedergibt. Druck: Bd. III/2, Dok. 6.

58 Zum Verhältnis der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

59 § 8 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 lautet: "Die Befehlsführung liegt ausschließlich in der Hand der gesetzmäßigen Vorgesetzten. Der Reichspräsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht. Unter ihm übt der Reichswehrminister Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. An der Spitze des Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Reichsmarine ein Admiral als Chef der Marineleitung." Druck: RGBl. 1921, S. 330. Zum Verhältnis von ziviler und militärischer Gewalt vgl. Jürgen Schmädeke, Militärische Kommandogewalt und parlamentarische Demokratie. Zum Problem der Verantwortlichkeit des Reichswehrministers in der Weimarer Republik, Lübeck 1966.

Hitler: Die politischen Parteien verfügen über die Reichswehr. Die politische Mehrheit im Reichstag verfügt über den Geist und die Form der Wehrmacht.

Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß die Politik vom Reichskabinett getragen werde [60], entgegnete Hitler:

Hitler: Die Reichsregierung aber besteht doch aus den Parteien. Wenn wir mit 300 Mandaten in den Reichstag eingezogen wären, wären die Nationalsozialisten heute die Reichsregierung, und wir würden über Form und Inhalt der Reichswehr bestimmen.

Vors.: Die Reichsregierung ist das Kollegium der Reichsminister unter Vorsitz des Reichskanzlers.

Hitler: Das Kabinett wird aber gebildet durch die Mehrheitsparteien. Im alten Deutschland war es anders. Damals verfügte der Kaiser über das Heer [61].

Vors.: Und heute der Reichspräsident [62].

Hitler: Auch der Reichspräsident ist das Ergebnis einer Wahl, die von den politischen Parteien vorgenommen wird [63]. Dieser Oberbefehl hat nichts zu tun mit dem Geist der Organisation und dem Aufbau des Heeres, worüber [*sic!*] das Ministerium dem Reichstag verantwortlich ist. Den Reichswehrminister bestimmt die Reichstagsmajorität und damit die politischen Parteien. Wenn beispielsweise im Reichsheer irgendetwas geschieht, was der Regierungsmehrheit nicht paßt, so muß der Reichswehrminister oder der Chef der Heeresleitung zurücktreten, ohne daß der Reichspräsident etwas dazu tun kann [64].

---

60 Artikel 56 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag." Druck: RGBl. 1919, S. 1394.

61 Artikel 63 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 lautet: "Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht." Druck: Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans Boldt, München 1987, S. 475.

62 Artikel 47 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Zur Struktur des militärischen Oberbefehls vgl. Eckart Busch, Der Oberbefehl. Seine rechtliche Struktur in Preußen und Deutschland seit 1848, Boppard a. Rh. 1967, S. 49 ff.

63 Artikel 41 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat." Druck: RGBl. 1919, S. 1391. Druck des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 6.3.1924: RGBl. 1924, I, S. 168 ff.

64 Im September 1926 hatte der Chef der Heeresleitung von Seeckt in eigener Verantwortung die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, S. 501 ff.
Geßler war nach beinahe acht Jahren Tätigkeit als Reichswehrminister am 14.1.1928 zurückgetreten. Anlaß waren die waghalsigen finanziellen Transaktionen des Leiters der Seetransportabteilung in der Marineleitung, Kapitän z. S. Walther Lohmann, die seit August 1927 als sog. Phoebus-Skandal bekannt wurden. Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 114 ff. sowie Dülffer, Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939, S. 425 ff.

Vors.: Der militärische Sachverständige [65] hat gestern festgestellt, daß der Reichspräsident die Berufspflichten des deutschen Soldaten bestimmt [66].

Hitler: Wenn etwa eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung ans Ruder käme, so würde diese Regierung, gestützt auf ihre Mehrheit im Reichstage, das Reichsheer umorganisieren, denn durch ihre Zweidrittelmehrheit kann sie jede Verfassungsänderung durchsetzen [67], zumal da die Mittelbewilligung für das Reichsheer ja durch den Reichstag stattfindet [68].

Vors.: Was meinten Sie, wenn Sie in der Reichswehr-Sondernummer sagten, der Soldat muß zum Träger des völkischen Gedankens erzogen werden [69]? Daraus geht doch hervor, daß Sie die Wehrmacht politisieren wollen. Haben Sie wirklich die Absicht, die Wehrmacht zu politisieren?

Hitler: Nein, die alte Armee war mit dem monarchischen Gedanken untrennbar verknüpft [70]. Die Wehrmacht war früher Trägerin des monarchischen Gedankens. In der Zeit, als die Politik an sich versagte, war sie allein die ausschließliche Trägerin dieses damals fundamentalen Gedankens. Auch im neuen Staat muß das Heer einen tragenden Gedanken haben, es muß sich verantwortlich fühlen für das Schicksal des Volkes. Die Armee darf (aber) nicht rein mechanisches Kriegsinstrument sein, sie muß sich als Trägerin des deutschen Volksgedankens fühlen. Eine Armee, die sich dieses Gedankens entäußert, würde äußeren Einflüssen nicht standhalten können. Die deutsche Armee ist nicht so geartet [71], und das ist unser Unglück. Wir werden dafür sorgen, daß sie zum Träger des Volksgedankens wird. Heute versucht man, eine neue Idee dem Staate zu unterlegen: Demokratie, Pazifismus, Internationalismus. Wir sind der Meinung, daß die Armee in dem Augenblick des Zusammenbruchs zum Begriff "Volk" zurückkehren muß. Wenn die Armee zum rein mechanischen Instrument der Regierung würde, so müßte sie im Kampf gegen die nationalen Volksheere des Auslands unterlie-

---

65 Edgar Theisen (1890-1968), 1909 preußischer Leutnant, 1918 Hauptmann, 1928-1932 Major im Ministeramt (Wehrmachtabteilung) im Reichswehrministerium, 1934 Oberst, 1936 Inspekteur der Nebeltruppe und für Gasabwehr im Oberkommando des Heeres, 1937 Generalmajor, 1942 General, 1944 Verabschiedung.

66 Die "Pflichten und Rechte der Angehörigen der Wehrmacht" sind in Teil III (§ 18-40) des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 geregelt. Druck: RGBl. 1921, S. 333-339.

67 Artikel 76 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen Beschlüsse des Reichstags auf Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch Beschlüsse des Reichsrats auf Abänderung der Verfassung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich." Druck: RGBl. 1919, S. 1397.

68 Artikel 85 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahrs durch ein Gesetz festgestellt." Druck: RGBl. 1919, S. 1399. Druck der Reichshaushaltsordnung vom 31.12.1922: RGBl. 1923. II, S. 17 ff.

69 Vgl. Anm. 57.

70 Zum Verhältnis von Armee und Gesellschaft im deutschen Kaiserreich vgl. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. II, S. 117 ff.

71 Zum "unpolitischen" Staatsverständnis der Reichswehr, das maßgeblich vom Chef der Heeresleitung General Hans von Seeckt geprägt worden war, vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 134 ff.

gen. Die friderizianische Auffassung des Heeres [72] ist heute, wo die Völker Kriege führen [73], nicht mehr möglich.

Vors.: Sie sprechen abwechselnd vom Volksgedanken und vom völkischen Gedanken. Das braucht doch nicht dasselbe zu sein.

Hitler: Der völkische Gedanke hat nichts zu tun mit der parteipolitischen Überzeugung [74].

Vors.: Auch nicht mit dem Nationalsozialismus?

Hitler: Wenn wir die Mehrheit haben, so ist der nationalsozialistische Gedanke genauso der völkische Gedanke wie der italienische Staatsgedanke heute faschistisch ist.

Vors.: Was verstehen Sie unter "völkischer Gedanke"?

Hitler: Der völkische Gedanke ist genauso gebunden an den Begriff "Volk" wie der staatliche Gedanke gebunden ist an den Begriff "Staat". Der Staat ist Zweck an sich. Für den völkischen Gedanken aber ist der Staat nur Mittel zum Zweck, für den völkischen Gedanken ist wesentlich die Erhaltung des Volkstums. Auch eine Armee dient der Erhaltung des Volkstums. Staatsformen können sich ändern, das Volk aber muß in unverändertem Bestand erhalten bleiben. Wenn der Staat zerbricht, zerbricht der staatliche Gedanke, aber nicht der völkische.

Vors.: In Ihrer Programmrede [75] verweisen Sie als Beispiel auf den Sieg Mussolinis in Italien [76], wo das Heer in entscheidender Stunde sich seiner Pflicht gegenüber dem Volk bewußt gewesen sei und mitgeholfen habe, die Zügel des Staates den Verderbern zu entreißen [77]. Sie führen das darauf zurück, daß das italienische Heer sich nicht damit begnügte, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten. Sollte das ein Beispiel für Deutschland sein?

Hitler: Der italienische Faschismus hat keine Revolution gemacht, wie die Sozialdemokratie in Deutschland im November 1918, sondern er diente der Rettung der Zukunft des italienischen Volkes. Mussolini ist nicht revolutionärer Volksbeauftragter, [*er*] [78] ist königlich-italie-

---

72 Anspielung auf das Heer Friedrich Wilhelms I. (1713-1740) und Friedrich II., des Großen (1740-1786), in dem die Menschenführung allein vom Prinzip einer rücksichtslosen Disziplinierung geprägt war. Erst die Reformer der preußischen Armee suchten während der Jahre 1807-1814/15 Motivation und selbständiges Handeln jedes Soldaten in den Mittelpunkt von militärischer Ausbildung und Führung zu stellen. Vgl. Otto Büsch, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962 sowie Reinhard Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, Frankfurt a. M. [2]1972.

73 Anspielung auf den von Ludendorff geprägten Begriff des "Totalen Krieges", dessen Theorie er endgültig jedoch erst 1935 in seiner gleichnamigen Schrift entwarf. Vgl. [*Erich*] Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935.

74 Hitler selbst kritisiert in Mein Kampf (Bd. II, S. 7) den Begriff "völkisch" als "begrifflich zu wenig begrenzt". Zur Genese der völkischen Ideologie vgl. Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, S. 573 ff.

75 Vgl. Anm. 57.

76 Zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien, eingeleitet mit Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, vgl. Lyttelton, The Seizure of Power sowie Dok. 33, Anm. 3.

77 Ungeachtet einzelner Sympathien für den Faschismus ging die italienische Armee bis zur Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung durch König Viktor Emanuel III. an Mussolini am 29.10.1922 aktiv gegen den faschistischen Putsch vor. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 89 ff.

78 Änderung durch Bucher.

nischer Ministerpräsident, ein Beweis dafür, daß er vollständig legal vorgegangen ist [79]. Er hat sich eben seinem Herrscher zur Verfügung gestellt.

Vors.: Na na, es ist doch auch in Italien Gewalt angewendet worden. Man spricht doch allgemein von der Rizinus-Methode [80].

Hitler: Die Faschisten haben keine Gewaltmethoden gegenüber Staat oder Regierung angewendet, sondern sich nur gegen die Terrorelemente der Straße, der der Staat nicht mehr Herr wurde, gewehrt [81]. Hinter dem Faschismus steht heute ein Italien, während hinter den deutschen Regierungen kein deutsches Volk steht. Der Faschismus hat das italienische Volk errettet, er ist eine legale Gewalt geworden.

Vors.: Wußten Sie davon, daß zwei der Angeklagten Anfang November 1929 zum politischen Büro der NSDAP kamen [82]?

Hitler: Ich habe nachträglich davon gehört. An sich empfangen wir grundsätzlich keine Deputationen. Ich habe nie gewußt, daß Zellenbildung beabsichtigt ist. Das hätte ich auch nie gebilligt, weil ich auf die Werbekraft der völkischen Idee an sich vertraue.

Vors.: Und wie steht es mit Ihrer Propaganda bei der Reichswehr?

Hitler: Ich habe nie eine Verbindung bei der Reichswehr gesucht oder für meine Unterführer zugelassen. Ich halte seit 1923 keinerlei Verbindung mit der Wehrmacht aufrecht. Ich habe nie mit Offizieren verhandelt [83]. Die Reichswehroffiziere haben mich gemieden seit 1923. Ich habe nicht einmal gestattet, daß das Flugblatt über meine Rede in den Kasernen verteilt werde.

---

79 Nach der Wahl vom 15.5.1921 war die Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Bei der Machtergreifung der italienischen Faschisten, eingeleitet durch ihren "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, handelte es sich um einen Putsch, dem jegliche Legalität fehlte. Erst durch die unerwartete Entscheidung des verunsicherten Königs, der Mussolini tags darauf zum Ministerpräsidenten ernannte, erhielt der Staatsstreich seine nachträgliche Legitimierung. Dies änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur dem herrschenden Recht und der Verfassung vollkommen widersprach. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 77 ff.

80 Anspielung auf die Gewohnheit der faschistischen "Squadristi", politischen Gegnern Rizinusöl in hohen Dosen einzuflößen. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 111.

81 Zur Gewalt, welche die faschistische Machtergreifung begleitete, vgl. Adrian Lyttelton, Faschismus und Gewalt: Sozialer Konflikt und politische Aktion in Italien nach dem Ersten Weltkrieg. In: Sozialprotest, Gewalt und Terror, a. a. O., S. 303-324 sowie Jens Petersen, Das Problem der Gewalt im italienischen Faschismus, 1919-1925. In: Ebenda, S. 325-348.

82 Scheringer und Ludin waren am 1.11.1929 nach München gefahren und hatten Wilhelm Weiß, Chef vom Dienst beim Völkischen Beobachter, aufgesucht. Dieser hatte eine Unterredung mit dem OSAF von Pfeffer, dessen Adjutanten Hallermann und dem künftigen Stabschef der SA Wagener vermittelt, bei der Kooperationsmöglichkeiten zwischen NSDAP und Reichswehr besprochen wurden. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 22 ff.

83 Seit Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 lassen sich bis September 1930 Kontakte Hitlers mit *aktiven* Offizieren nicht nachweisen. Diese wären durch § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921, der aktiven Soldaten jede politische Betätigung verbot, ohnehin erschwert worden. Andererseits bestanden, wie die Fälle der drei angeklagten Offiziere bewiesen, Möglichkeiten wie die Bereitschaft, dieses Verbot zu umgehen. Anders gestaltet sich das Verhältnis zwischen Militär und Nationalsozialismus, wenn auch die ehemaligen Soldaten in Deutschland berücksichtigt werden. Hier fällt auf, wie viele Funktionäre der NSDAP durch Armee bzw. Kriegserfahrung geprägt worden waren. Vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 59 ff., S. 80 ff. Druck von § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921: RGBl. 1921, S. 337.

Hitler betonte, daß der Nationalsozialismus in aller Öffentlichkeit wirke, was er ja schon angeführt habe, und deshalb geheime Verbindungen zur Reichswehr gar nicht anzustreben brauche, da diese durch die allgemeine geistige Propaganda sowieso immer stärker hergestellt würden. Außerdem habe er das Ziel, Beziehungen nicht zwischen Partei und Soldaten, sondern zwischen Partei und dem Geist der Reichswehr [*sic!*] anzubahnen. Dann fuhr er fort:

Hitler: Ich werde die nationalsozialistische Bewegung nicht in eine Situation führen, in der die Offiziere, wie 1923, in den Konflikt zwischen Gefühl und Pflicht gebracht werden, d. h., es insbesondere darauf ankommen lassen, daß er vor die Frage gestellt wird, ob er auf uns schießen will oder nicht [84]. Denn der Offizier ist in einer solchen Situation nicht nur Objekt des Gefühls, sondern auch der Pflicht. Die deutsche Armee wird vielmehr eines Tages in uns die Retter des deutschen Volkes sehen.

Vors.: Zum Schluß, Herr Hitler, wollen Sie mir folgende Erklärung abgeben: Können Sie mir bestätigen, daß Sie niemals nach dem Hitler-Putsch, besonders nicht im Jahre 1925, versucht haben, die deutsche Verfassung zu ändern oder daß Sie Ihren Unterführern niemals Anweisung gegeben haben, derartige Versuche zu machen? Können Sie mir diese Frage bejahen?

Hitler: Ja.

Frank (zum Vors.): Ich bitte Herrn Hitler zu fragen, ob die Partei oder er selbst die Reisen [85] der drei Angeklagten [86] etwa finanziert habe.

Vors. (zu Hitler): Wissen Sie etwa, ob diese Offiziere oder andere von Ihrer Partei für ihre Reisen finanziert worden sind?

---

84 Mit Ausnahme der Infanterieschule München hatte sich die Reichswehr von Hitlers Putsch am 8./9.11.1923 distanziert. Dies betraf nicht nur die Reichswehrführung. Seeckt, dem am 8.11.1923 die Vollziehende Gewalt im Deutschen Reich übertragen worden war, stand loyal zur Reichsregierung. Auch die in Bayern stationierten Verbände der Reichswehr entschieden sich, ungeachtet ihres andauernden Konflikts mit dem Reich, gegen die Putschisten. Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 267 ff.

85 Seit Januar 1929 hatten die Leutnante Ludin, Scheringer und Wendt zahlreiche Reisen unternommen, um politische Kontakte aufzubauen - zunächst ohne Erfolg beim Stahlhelm, dann bei der NSDAP - und gleichgesinnte Offiziere in verschiedenen Standorten zu werben. Dabei kam immer wieder das Verhältnis der Reichswehr zum bestehenden Staat zur Sprache sowie die Frage, wie sich die Reichswehr bei einem Putsch der NSDAP verhalten solle. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 18 ff.

86 Hanns Ludin (1905-1947), 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1927 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, Juni 1931 Begnadigung, 1932 MdR, 1933 Polizeipräsident von Karlsruhe, SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südwest, 1940 Hauptmann d. R., 1941 deutscher Gesandter in Preßburg, 1947 hingerichtet.
Richard Scheringer (1904-1986), 1923 in Abwesenheit von einem französischen Kriegsgericht zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1928 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, März 1931 Anschluß an die KPD, April 1932 erneute Verurteilung wegen Hochverrats zu 30 Monaten Festungshaft, September 1933 vorzeitige Entlassung, 1934 Übernahme des Dürrnhof in Köstlin bei Ingolstadt, 1939 Leutnant d. R., Oktober 1945 Vorschlag der Ernennung zum Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium, November 1945 Eintritt in die KPD.
Hans Friedrich Wendt (geb. 1903), 1922 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1923/24 Beurlaubung, 1926 Leutnant, Dezember 1929 Entlassung als Oberleutnant, Februar 1930 Mitarbeiter bei der Zeugmeisterei West der NSDAP in Kassel, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, September 1931 Begnadigung, 1931/32 Anschluß an die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, danach verschollen.

Hitler: Niemals! Niemals! Unser Schatzmeister [87] würde für so etwas gar kein Geld haben. In unserer Partei wird ein Offizier überhaupt nicht aufgenommen. Wenn ein Reichswehroffizier mich sprechen möchte, so sage ich ihm, ich habe die Überzeugung, daß der Geist unserer Reichswehr verfehlt ist. Selbstverständlich werde ich nicht zur Behörde gehen und den Offizier denunzieren, denn er hat nach meiner Auffassung nichts Strafbares getan. Früher sind Offiziere und Mannschaften zu Reichstagsabgeordneten gegangen und haben weiß Gott was erzählt. Würde ein Offizier zu mir kommen und mir Vorschläge machen, die sich als verheerend, schädlich und verbrecherisch auswirken müßten, so würde ich unter Umständen auch Anzeige gegen ihn erstatten. Nie aber würde ich ihn anzeigen, wenn er sagen würde: Die bei uns gepflegte politische Richtung paßt mir nicht. Der Reichswehrminister schließt uns ganz aus der Reichswehr aus, alles, was nationalsozialistisch ist [88]. Ich würde dem Offizier sagen: Ich halte die Entwicklung, wie sie jetzt ist, für verhängnisvoll, aber ich kann nichts machen. Es ist Sache der Reichswehr selbst, von sich aus im Innern den notwendigen neuen Geist aufzunehmen [89].

---

87 Franz Xaver Schwarz.

88 Anspielung auf die damalige Politik des Reichswehrministers Groener, der jegliche Zersetzungsversuche der radikalen Parteien zu unterbinden suchte. Auch im Fall der Ulmer Offiziere hatte Groener auf einem harten Durchgreifen bestanden. Während die militärische Führung das Vergehen mit einer geringfügigen Disziplinarstrafe intern ahnden wollten, beharrte Groener auf einer Ermittlung durch ein Zivilgericht, so daß die Unterlagen dem Oberreichsanwalt am 25.2.1930 übergeben wurden. Vgl. Hürter, Groener, S. 224 ff.
Zur Reaktion Groeners auf das Ergebnis des Prozesses vgl. seinen Erlaß vom 6.10.1930. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 159 f.

89 Folgt Bericht über die Vereidigung Hitlers. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 269 ff.

25. September 1930 Dok. 124
Interview mit The Daily Mail [1]

The Daily Mail vom 27.9.1930, "Hitler's Special Talk to 'The Daily Mail'" [2].

Naturally he [*Hitler*] spoke of Viscount Rothermere's [3] article on the rebirth of Germany, which appeared in *The Daily Mail* last Wednesday [4]. He said:

"I need hardly tell you that I have read Lord Rothermere's article with the keenest interest, and you will not be surprised when I say that I read it with the greatest astonishment. "We Germans are not accustomed to find that people of other nationalities should understand what we have in our hearts.

---

1 Das Interview führte Rothay Reynolds.

2 In dem Artikel ist ferner zu lesen: "I had not had an opportunity of talking to him for seven years [*vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1027*]. There was a touch of arrogance in his manner then - the pardonable air of defiance that a man might adopt as a defence when he is conscious that he possesses the rare quality of leadership, but finds that the world treats his ideas, his doctrines, and his followers with contempt. Last night I found that the old air of arrogant defiance, not unpleasing in a young man - and Hitler must then have been not more than 34 - had completely gone. Hitler spoke with great simplicity and with great earnestness. There was not a trace in his manner of those arts which political leaders are apt to employ when they wish to impress. I was conscious *that* I was talking to a man whose power lies not, as many still think, in his eloquence and in his ability to hold the attention of the mob, but in his conviction.
Intense Conviction.
He is not a robust-looking man. He is slight in figure, and last night, after an exhausting day in the law-courts - where he stood for over two hours while giving evidence [*vgl. Dok. 123*]- followed by a conference, he looked exhausted and his face was dead white. But the moment he spoke I realised that there was in him a burning spirit that could triumph over bodily weariness. He speaks very rapidly, and in his voice there is a nervous energy that makes one feel the intense conviction behind his words."

3 Harold Sidney Harmsworth (ab 1910 Baronet, ab 1919 1st Viscount Rothermere; 1868-1940), 1888 Finanzberater im Zeitungskartell seines Bruders Alfred Harmsworth, 1st Viscount Northcliffe, 1916/17 Direktor des Hauptbekleidungsamts der britischen Armee, 1917/18 britischer Luftfahrtminister, 1922 Übernahme des Zeitungskartells seines Bruders, zu dem u. a. The Daily Mail, Daily Mirror, Evening News, Sunday Dispatch, Sunday Pictorial gehören, 1929 kurzfristiger Eintritt in die United Empire Party, 1931 Verkauf von The Daily Mirror, 1932 Übergabe der Geschäftsführung von The Daily Mail an seinen Sohn Esmond, 1934 Beendigung der finanziellen und publizistischen Unterstützung der British Union of Fascists, 1940 Mitglied einer Sonderkommission der britischen Regierung für Kanada.
Zur politischen Position Rothermeres vgl. Arnd Bauerkaemper, Die "radikale Rechte" in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991, passim.

4 Vgl. The Daily Mail vom 24.9.1930, "Germany and Inevitability. A Nation reborn. Youth asserting its Power". Ferner die Übersetzung im VB vom 25.9.1930, "Hitlers Sieg - Neugeburt der deutschen Nation" sowie The Daily Mail vom 2.10.1930, "My Hitler Article and its Critics". In seinem Artikel vom 24.9. hatte Rothermere das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930 als "the re-birth of Germany as a Nation" bezeichnet und u. a. eine neue Deutschlandpolitik gefordert: "We must change our conception of Germany. Hitherto we have thought of her as a prisoner of war. She is not free as other nations are free. We have made the recovery of her full national liberty depend upon the fulfilment of payments and conditions quite rightly enforced against her will."

Menace of Bolshevism [5]

"What Lord Rothermere has made English people understand is that Germany must have the same rights as other countries after being 12 years in the penitentiary of Versailles [6].

"If Europe decides to make Germany serve a life sentence, then she must face the danger of having an embittered nation, desperate to the verge of crime, in her midst. What that would mean a child can guess - Bolshevism.

"Lord Rothermere has realised the danger of procrastination embodied in the Geneva humbug [7].

"It is to be hoped that his valuable suggestions will clear the way to a useful discussion and a timely and amicable settlement of European affairs."

I referred to the reports that have been circulated by the German Press that Herr Hitler intends to seize power in the State by force [8].

"People have tried to associate me with a mania for rebellion," he said. "I ask you: Why should I instigate a rebellion when I have today 107 members of my party in the Reichstag [9] and count on having double that number in the next Reichstag?"

And then he returned to the difficulties of Germany.

"I hope," he said, "that, in view of the present serious situation in Europe the intervention of big publicists such as Lord Rothermere will pave the way to a helpful consideration of the present difficulties."

Relations with England

We spoke of the relations between England and Germany [10].

"The English and Germans," he said, "cannot remain enemies [11] for ever just because they fought against each other for four and a half years.

"To have a strong party in Germany which will form a bulwark against Bolshevism is in the interests not only of England but also of all nations. You may have difficulties before you, and the time may come when German friendship will not be without its value."

He paused for a moment, and then said quickly:

"Going back to Lord Rothermere's article, what I feel is that he has faced the cardinal fact which many have entirely overlooked and that is that [*sic!*], whether one likes it or not, there is new life and energy in Germany.

"To have seized upon this outstanding fact allows that Lord Rothermere possesses the true gift of intuitive statesmanship."

---

5 Anspielung auf den in der britischen Öffentlichkeit weit verbreiteten Anti-Bolschewismus. Vgl. Gottfried Niedhart, Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Gemeint ist der Völkerbund, vgl. Dok. 69, Anm. 6.

8 Vgl. Dok. 116, Anm. 32.

9 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 25.

10 Zu den deutsch-britischen Beziehungen vgl. Gottfried Niedhart, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasementpolitik 1919-1933. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 113-130.

11 Zu Hitlers Englandbild vgl. Dok. 48, Anm. 25.

27. September 1930 Dok. 125
"Nicht Masse, sondern Wille entscheidet"
Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930.

28. September 1930 Dok. 126
"My Terms to the World"
Artikel

The Sunday Express vom 28.9.1930, "My Terms to the World. By Adolf Hitler, Germany's New 'Iron Man'" [1].

Let not the world deceive itself. Germany will either have to become a free nation again or, losing faith in any other future, be driven into the beckoning arms of Bolshevism [2].

That is no mere phrase, no threat, no prophecy, but just a statement of fact and of the sentiment of the German masses today [3]. I know that sentiment as no other statesman or politician does in Berlin.

The choice - between freedom and the right to live, and Bolshevism - lies less with the German people than with those who have laid down the impossible conditions, [*an*] unbearable burden on Germany for generations to come.

If you proletariatise a people economically, their proletariatisation politically is bound to follow [4]. That is what is taking place in Germany today.

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen fast unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 346-351/München [65]1933, S. 773-779). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Hitlers Artikel fand in der internationalen Presse weite Verbreitung. Vgl. z. B. Berlingske Tidende vom 28.9.1930, "Det Tyske Valg Var En Advarsel, Siger Hitler"; Corriere della Sera vom 28.9.1930, "Dove va e cosa vuole la Germania"; New York American vom 28.9.1930, "'Lift Young Plan Burden or German Masses Will Be Driven to Bolshevism'"; ferner die Teilübersetzung im VB vom 30.9.1930, "Entweder Deutschlands Freiheit oder Bolschewismus! Adolf Hitlers Warnung an Amerika".
Zur Reaktion der deutschen Presse auf Hitlers Artikel vgl. z. B. Dresdner Anzeiger vom 29.9.1930 (MA), "Hitler über seine Ziele"; Frankfurter Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler beruhigt. Ein Artikel Hitlers im 'Sunday Expreß'"; Münchner Telegramm-Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler gibt Interviews"; Potsdamer Volksblatt vom 29.9.1930, "Jetzt wird er lächerlich: Adolf, der Erfüllungskaiser".

2 Vgl. Dok. 124, Anm. 5.

3 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatten 3.264.793 Menschen (10,6%) KPD gewählt, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 563; 1931, S. 546.

4 Anspielung auf die britische Furcht vor einer Proletarisierung Deutschlands. Die britische Deutschlandpolitik war deshalb seit Ende des Ersten Weltkriegs - im Gegensatz zu derjenigen Frankreichs - sehr viel stärker von der Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche und politische Stabilität Deutschlands geprägt. Vgl. Niedhart, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung.

The German election of September 14 is a warning [5]. *It tore away the veil, and partly revealed the soul of Germany.*

It gave a glimpse into the misery and suffering of the German people. It gave the lie to that press and those German statesmen and political parties who acquiesced in the economic enslavement of an entire nation and created an impression thereby that the German people were resigned - even happy - in this forced transfusion of their own lifeblood from Germany to France, England, and America [6].

The election was a signal of the approaching revolt of the German soul.

High Fever

The shock and surprise felt abroad, and also in those political and press circles here in Germany which have little contact with the working people, were great. Either they do not know or choose to ignore popular sentiment and the feeling of desperation regarding the present - and a future that precludes happiness - , a feeling that is beginning to pervade all classes in Germany [7].

The election, so to speak, took the temperature of the German people. The world was shocked to discover Germany in a fever - a high fever. That fever is bound to continue - to rise against existing conditions and unbearable burdens.

The Versailles Treaty [8] and the Young Plan [9] imposed on Germany are like hasty, clumsy, surgical operations on a patient who, while being hurriedly sewn up, develops dangerous symptoms of blood poisoning. The patient can only be saved by reopening the festering cuts and thoroughly removing the causes that make recovery hopeless.

That must be done before the inflammation goes too far. Germany may still be saved by reopening the Versailles Treaty and the Young Plan. When delirium sets in it will be too late. The statesmen of our former enemies and, those German statesmen and political parties, who have governed the country since 1919, are playing a dangerous game with Germany. The game has been going on for more than ten years.

Promise upon promise has been made to the patient, industrious, hard-working order-loving German people. Every year conditions have grown worse, every year the burden has become heavier [10], the suffering greater, and the future darker. Our people have lost faith in promises and those who make them. Their confidence in the old political leaders and parties has gone. If the German people should definitely lose their faith in a future of their own choice, then the gravest developments are inevitable.

The National Socialist Party has been born out of the sufferings of the German nation. Our aim, our purpose, is to free Germany from political and economic conditions that mean enslavement; from burdens as unjust as they are impossible, burdens that no nation, no people can carry for generation after generation.

---

5 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 18.
6 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen gegenüber den alliierten Mächten.
7 Zur Soziologie der NSDAP-Wähler vgl. Falter, Hitlers Wähler.
8 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.
9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
10 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

No people, I do not care who they are, can endure such conditions, carry such burdens, be conscious that they, their children, and their children's children are foreign tribute slaves, and yet retain their self-respect. It is impossible.

Even a camel will lie down and refuse to move, even a horse will balk when cruelly overloaded. Why should not a people revolt against burdens they know they cannot carry, after having given the world the sincerest proof of their loyal efforts to do so? The policy and aim ruling all German Governments - Socialist and Democratic and Centre Parties - since Versailles have been the famous *Erfuellungspolitik* [11] - the fulfilment of each and every demand of our former enemies.

Ten years of that policy has proved the futility of attempting it. It cannot be done.

Instead of proving to the world that Germany cannot carry the enormous burdens and live decently, the German political parties have been endeavouring to keep up the impression abroad that she can and will pay what is demanded.

We, the National Socialists, demand the revision of the Versailles Treaty.

We demand a revision of the Young Plan.

We demand the return to us of the Polish Corridor [12]*, which is like a strip of flesh cut from our body.* It cuts Germany into two [13].

It is a national wound that bleeds continuously, and will continue to bleed till the land is returned to us.

All this is founded on the hypocritical basis that Germany was guilty of causing the World War [14]. The National Socialists reject that accusation. It is untrue [15]. It has been thoroughly exploded, but all Germany is suffering from the Versailles Treaty and the Young Plan, which are based on that accusation.

The National Socialist movement proposes to rouse all Germans against this injustice, to rouse them to say unitedly that there shall be "No more".

President Wilson solemnly promised the German people that if they laid down their arms and overthrew the Imperial regime, they would not be held responsible for the war, and no indemnities would be laid on them [16]. That promise and others were broken in the most contemptuous manner.

---

11 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

12 Die deutsch-polnische Grenze wurde durch Artikel 27-30 und 87-98 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 neu festgelegt. Die Provinzen Westpreußen und fast ganz Posen fielen u. a. an Polen, das dadurch einen Zugang von 80 bis 100 km Breite zur Ostsee erhielt, jedoch Ostpreußen vom Deutschen Reich abschnitt. Druck: RGBl. 1919, S. 751 ff., 839 ff. Vgl. Harald von Riekhoff, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971, S. 17 ff.

13 Artikel 89 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verpflichtete Polen, dem deutschen Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich dieselben Rechte zu gewähren wie dem polnischen. Werde "einer anderen Nationalität eine noch günstigere Behandlung als der polnischen gewährt", so sei diese zur Regelung des deutschen Transits anzuwenden. Druck: RGBl. 1919, S. 853. Zur Lage Ostpreußens vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

15 Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage, S. 22 ff.

16 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 sowie Dok. 77, Anm. 7, 9 und 12.

"Indemnities" were renamed "reparations".

If the German people must suffer as they are suffering today and will be suffering tomorrow, then let us have suffering that may come from saying *"No"* rather than that laid on us by our *"Yes"*.

The recent election and the programme of the National Socialists should act as a warning against further deception from Berlin or elsewhere. The suffering German masses have few newspapers through which they can make themselves articulate [*sic!*]. The National Socialist Party has no money wherewith to acquire large newspapers.

Instead, we had to resort in the election campaign to an army of speakers.

I scheduled 34,000 meetings throughout Germany. We held 47,000 [17]. Within the next few months we expect to hold 70,000. That is why we get closer to the people than do those who sit in Berlin [18].

Those statesmen, who in such an irresponsible manner were anxious only to please our former enemies, who were deaf to the warnings at home, who accepted the Young Plan and its terrific burdens, have apparently learned nothing from the volcanic rumbling of the election [19].

They are endeavouring to justify their policy of acquiescing in the economic bleeding of the German people.

"Conferring"

Already they have assured the foreign Powers that the enormous protest recorded by the National Socialist vote is only a temporary popular wave and means nothing. We read in the Berlin Press that political parties who claim for themselves the monopoly in Republican sentiment in Germany are "conferring" [20].

Yes, they are "conferring", not on how they may lighten the burdens and bring greater freedom to the German people, but dickering on how they can combine to suppress the rising sentiment of popular revolt.

Let them deceive themselves - if they are blind.

The shock and the surprise of the election is nothing to the shock and the surprise that is coming to them.

The Socialist and the Democratic Press of Germany is printing columns of comment from London, Paris, and New York, painting in the blackest terms what the foreign powers will do

17 Für den Reichstagswahlkampf sind lediglich 34.000 Wahlveranstaltungen der NSDAP belegt. Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

18 Die Berichterstattung der deutschen Presse läßt vermuten, daß der Wahlkampf der großen, zum Teil auch der kleinen Parteien im Sommer 1930 dem der NSDAP an Intensität kaum nachstand. Während die NSDAP in den Städten gewöhnlich über eine gut funktionierende Wahlkampforganisation und -propaganda verfügte, fehlte diese oft in den ländlichen Regionen, obwohl die NSDAP gerade hier teilweise Spitzenergebnisse erreichte. Ihr Wahlerfolg war demnach nur bedingt Ergebnis einer vermeintlichen Omnipräsenz dieser Partei. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 90 ff.

19 Vgl. Dok. 116, Anm. 20, 21 und 22.

20 Die offiziellen Besprechungen zwischen Brüning und den Parteiführern begannen erst am 1.10.1930. Bei der vorhergehenden informellen Kontaktaufnahme hatte sich Brüning um eine Tolerierung seiner Regierungsprogramms durch SPD und NSDAP bemüht (vgl. Dok. 116, Anm. 21), jedoch darauf verzichtet, diese Parteien in sein Kabinett zu integrieren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 198; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 163 ff.

and what will happen to Germany if the National Socialist Party get the reins of government, and how much our former enemies prefer that the Social-Democrats should remain in power in Berlin [21].

So subservient has a portion of the German Press become, that it has the audacity to tell the German people that it would be better for them to do what their former enemies want in the way of government than what the German people want and need in the interest of the German nation.

Of course, France would prefer a Government in Berlin which would draw the last drop of the vital lifeblood of the nation for the bottomless *"Erfuellungspolitik"*.

The election, however, has brought clear proof that the Democrat and Socialist Press of Germany, including such papers as the "Berliner Tageblatt" [22], *the "Frankfurter Zeitung"* [23] *and the "Ullstein Press"* [24], *with their great circulations, have lost their influence on the thinking masses.*

Those newspapers were behind the Democratic Party, now rebaptised the State Party [25]. Despite that press, the party shrank to twenty-one seats, while the National Socialists, with a few papers, and those mostly of a local character, came back with 107 deputies [26].

---

21 Vgl. z. B. Vorwärts vom 15.9.1930 (AA), "Die Verständigungspolitik bleibt"; Vorwärts vom 16.9.1930 (MA), "Entsetzen des Auslands", "Reichstagswahl und ausländische Börsen"; Berliner Tageblatt vom 15.9.1930, "Briands Hoffnung", "Der Eindruck in Frankreich", "Ueberall im Ausland Besorgnis", "Schadenfreude in Polen"; Frankfurter Zeitung vom 15.9.1930 (AA), "Der erste Eindruck in Paris", "Die Wirkung in Paris", "Ungünstiger Eindruck in Holland", "Die Schweiz wartet ab"; Frankfurter Zeitung vom 16.9.1930 (MA), "Ueberraschung in England", "Belgische Stimmen", "Ein tschechisches Urteil", "Der Eindruck in Washington", "Sowjetrussische Betrachtung".

22 Vgl. Dok. 81, Anm. 12.

23 Vgl. Dok. 81, Anm. 13.

24 Das 1877 von dem Papierhändler Leopold Ullstein in Berlin gegründete Unternehmen war 1930 einer der größten Buch-, Zeitschrift- und Zeitungsverlage im Deutschen Reich; es befand sich damals im Familienbesitz. Die Ullstein A. G., die 1927 etwa 8.000 Mitarbeiter beschäftigte, verfügte über einen eigenen Nachrichtendienst und eine eigene Druckerei. Die bei der Ullstein A. G. erscheinenden Tageszeitungen Berliner Morgenpost, B. Z. am Mittag, Tempo, Vossische Zeitung, Berliner Allgemeine Zeitung gehörten zu Beginn der 30er Jahre zu den auflagenstärksten deutschen Zeitungen. Vgl. Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

25 Vgl. Dok. 84, Anm. 2. Ferner Dok. 116, Anm. 4.

26 Das Wahlverhalten der deutschen Bevölkerung stand seit 1930 in einem auffallenden Gegensatz zur politischen Struktur der deutschen Presse. Während die NSDAP mit dem Völkischen Beobachter und dem Angriff lediglich über zwei größere Zeitungen verfügte, standen die bedeutendsten und größten deutschen Tageszeitungen häufig dem (links)liberalen Spektrum nahe, so 8-Uhr-Abendblatt, Berliner Morgenpost, Berliner Tageblatt, B. Z. am Mittag, Frankfurter Zeitung, Hamburger Anzeiger, Kölnische Zeitung, Neue Leipziger Zeitung, Stuttgarter Neues Tagblatt. Unabhängig von Auflagenhöhe und Bedeutung ergibt sich bei der parteipolitischen Zuordnung *sämtlicher* Tageszeitungen für das Jahr 1930 ein modifiziertes Bild:

Parteilos	1.327	Bürgerlich	214
Unbestimmt	425	Zentrum	308
Amtlich	105	BVP	126
Kommunistisch	37	DVP	42
Sozialdemokratisch	149	Deutschnational	373
Liberal, Linksliberal	149	Nationalsozialistisch, völkisch	15

Vgl. Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder. Hrsg. vom Institut für Zeitungskunde, Berlin 1931, S. 145 ff. Ferner Modris Eksteins, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975.

The French call me "a danger" [27]. The above-mentioned German Press re-echoes it. I count it a compliment.

Power Feared

It signifies that the power of the National Socialist movement is properly estimated and is feared. It is to be feared by those within and without Germany, who count on seeing the country in ruins. It is a storm signal of the rising anger of the people, who have been grossly deceived.

Not I nor the Nationalist Socialist Party is a danger in Germany. The danger is those German statesmen, those political parties, and those newspapers who mislead at home and abroad as to the feeling welling up in the German masses. Through ignorance, when not wilfully deceptive, they deceive as to the actual conditions, and thus smooth more and more the path for Bolshevism, which beckons with the phrase: "We are your only friends."

Those same elements trumpet that the coming of the National Socialist Government in Germany means a new war [28]. Perhaps that may make a temporary impression abroad, but not on the German people yearning for freedom from suffering and for a lightening of the unbearable burdens of the last war. As if an utterly disarmed, impoverished Germany, with no navy, no army, no air force, no tanks, no artillery worth speaking of [29], could go to war with the ring of Powers armed to the teeth that surround her [30].

It is no compliment to the intellect of those people who are impressed by such propaganda. When we say that Germany cannot continue to pay impossible tribute and live, France says I am a danger and that Germany means war. When we speak of the outrageous injustice of the Polish corridor, that spear in our side, France and Poland say we are getting ready to make war [31].

When Germany protests against the grossest injustice, when it demands its rights, when it refuses to submit to further humiliation, when it points out how its former enemies have broken their solemn promises, when it points out that the economic ruin and Bolshevisation of Germany cannot possibly be helpful to the world in the present great economic crisis, then the world is immediately told that we are "getting ready for war".

---

27 Vgl. z. B. Dok. 87, Anm. 56 und 57 sowie Dok. 116, Anm. 5.

28 Die ausländische Presse reagierte in der Regel beunruhigt auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930, schon weil man den eklatanten Stimmengewinn der NSDAP nicht erwartet hatte. Dennoch kam in den Kommentaren immer wieder zum Ausdruck, wie wenig über die NS-Bewegung im Ausland bekannt war. Daß Hitler den Frieden gefährden könne, zieht sich durch viele Presseberichte, doch schien zum damaligen Zeitpunkt mehr als eine Revision des Versailler Vertrags kaum vorstellbar. Vgl. Granzow, A Mirror of Nazism, S. 81 ff., Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 47 ff., 73 ff., Schreiber, Hitler, S. 73 ff.
Vgl. ferner die Aufzeichnung von Gesandtschaftsrat Otto Fürst von Bismarck vom 20.10.1930 über seine Unterredung mit Winston Churchill: "Im Augenblick habe Hitler ja erklärt, daß er nicht daran denke, einen auswärtigen Krieg zu führen, er, Churchill, sei aber überzeugt, daß Hitler oder seine Anhänger die erste Gelegenheit benutzen würden, um wieder zu den Waffen zu greifen." Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVI, Göttingen 1981, Dok. 16.

29 Vgl. Dok. 54, Anm. 8.

30 Vgl. Dok. 88, Anm. 8.

31 Vgl. Dok. 9, Anm. 50.

What then, is the method of the National Socialists to obtain

(1) Control of the German Government, and

(2) Revision of the Versailles Treaty and the Young Plan?

The first task we propose to achieve by perfectly legal methods [32]; the second by the united will of the German people till there is conviction on the other side.

With 107 seats in the Reichstag and the absolute certainty that the next election in less than six month [33] will bring us further tremendous gains, we have no need of *"putsch"* and no need to resort to force to obtain the reins of the government [34].

The Communists

Others may use force, however, and prevent us from taking over the government legally. *We are not thinking of a* "putsch". The election has shown us the way to governments. The Communists, recognising us as the greatest danger to their assumption of power in Germany, and believing that, if we can be prevented from having any successes in the near future our followers will become impatient and dissatisfied and drift to them, are devoting all their attention and efforts towards discrediting us and distracting attention from themselves by painting us as the great danger in Germany [35].

Let those who want to be deceived believe them.

What is my understanding or definition of "Nationalist"? One to whom duty to country or community comes before self interest; in other words "One for all" but with justice for the one where interests clash.

"Socialist" I define from the word "social", meaning in the main "social equity". A Socialist is one who serves the common good without giving up his individuality or personality or product of his personal efficiency.

True Socialism

Our adopted term "Socialist" has nothing to do with Marxian Socialism. Marxism is antiproperty; true Socialism is not. Marxism places no value on the individual, or individual effort, or efficiency; true Socialism values the individual and encourages him in individual efficiency, at the same time holding that his interests as an individual must be in consonance with those of the community.

All great inventions, discoveries, achievements were first the product of an individual brain.

It is charged against me that I am against property [36]*, that I am an atheist* [37].

Both charges are false.

---

32 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

33 Zu den damaligen Prognosen Hitlers vgl. Dok. 116, Anm. 26.

34 Vgl. Dok. 116, Anm. 32.

35 Vgl. jedoch Dok. 3, Anm. 2.

36 Der Wahlerfolg der NSDAP hatte die Wirtschaft im In- und Ausland stark verunsichert. Innerhalb weniger Wochen fielen die deutschen Börsenkurse durchschnittlich um 10%, ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie, wie weit die sozialistischen Elemente in der wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP ernst zu nehmen seien. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff.

37 Zum Verhältnis Hitlers zum Christentum vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 110 ff. Zur Reaktion der christlichen Kirchen auf den Wahlerfolg der NSDAP vgl. ebenda., S. 160 ff.

Europe is passing through one of the gravest crises in its history. The Versailles Treaty and the Young Plan are the axis around which much will revolve in the next few years.

You cannot ruin and Bolshevise Germany and think that the rest of Europe will remain immune. That is blindness. The German people are not resigned apathetically to the tragic fate that their enemies, knowingly or unknowingly, are forcing on them. Thank God they are not resigned. They have a spirit of determination and will. United and properly directed they will survive, and will benefit the world. My confidence in the German people is unlimited. My aim is their freedom. That is my mission.

29. September 1930 Dok. 127
Interview mit Gazzetta del Popolo [1]

Gazzetta del Popolo vom 29.9.1930, "La Germania non sopporterà il trattato di Versailles" [2].

764 Milliarden Kriegstribute"

Der Triumph der nationalsozialistischen Partei", behauptet Adolf Hitler, "muß nicht mit einem Wunder erklärt werden. Es genügt ein Blick auf die Geschichte der Deutschland 1919 auferlegten und seither immer wieder erhöhten Kriegstribute, so als würden unsere Mittel grenzenlos sein und kein Ende kennen. Anfangs sprach man von 35 Milliarden Mark [3], schon ein riesiger Betrag; dennoch erklärte dies die Londoner Konferenz

764 miliardi di tributi di guerra

"Per intendere il trionfo del Partito nazionale-socialista - dichiara Adolfo Hitler - non occorre nessuna spiegazione miracolista. Basta uno sguardo alla storia dei tributi di guerra imposti alla Germania nel 1919 e, da allora, sempre e di nuovo aumentati, come se le nostre possibilità non avessero limite e fine. Dapprima si parlò di 35 miliardi di marchi, cifra già enorme, che non di meno la Conferenza di Londra giudicò inaccettabile,

1 Das Interview führte Pietro Solari. Eine überarbeitete Version des Interviews ist veröffentlicht in: Pietro Solari, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932, S. 97-103.
Deutsche Übersetzung Maximiliane Rieder (IfZ München).

2 Dem Interview gehen allgemein gehaltene Betrachtungen Solaris zur politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach der Reichstagswahl am 14.9.1930 voraus. Dort ist u. a. zu lesen: "Adolf Hitler hat mit aller wünschenswerten Klarheit geantwortet; die Antworten Hitlers sind aber von so großem Gewicht, daß es uns der Leser verzeihen wird, wenn wir die Beschreibung des Interviews, seiner Person, seiner Umgebung, mit einem Wort: des Menschen Hitler zurückstellen, um sofort das Wort dem Agitator, dem Führer, dem Sprecher des neuen Deutschland zu erteilen."
"Adolfo Hitler ha risposto con tutta la desiderabile chiarezza; ma le risposte di Adolfo Hitler sono di tanto peso che il lettore ci perdonerà se tralasciamo - soltanto per rimandarle - la descrizione dell'intervista, della sua persona, del suo ambiente, insomma dell'uomo Hitler, per dare subito la parola all'agitatore, al capo-popolo, al portavoce della Germania nuova."

3 Nachdem auf der interalliierten Konferenz in Paris (24.-29.1.1921) die Gesamtsumme der deutschen Reparationen auf 226 Milliarden Goldmark festgelegt worden war, wies der Reichsminister des Auswärtigen Walter Simons am 1.3.1921 in London dies als unannehmbar zurück; als Gegenentwurf unterbreitete Simons einen Reparationsplan mit einer Gesamtleistung von 30 Milliarden Goldmark. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 116 ff.

für unannehmbar und setzte die Summe auf 132 Milliarden fest [4]. Dann kam der Dawes-Plan [5] und schließlich 1929 der Young-Plan [6] mit weiteren 114 Milliarden, ich sage 114 weiteren Milliarden, als ob Deutschland bis 1929 keinen Pfennig bezahlt hätte. Aber wo sind die 50 Milliarden Tribute hingekommen, die vom Reich in den vergangenen zehn Jahren entrichtet wurden [7]?"

"Die Höhe der Tribute" - Hitler spricht niemals von Reparationen, sondern stets von Tributen - "beläuft sich insgesamt auf 764 Milliarden [8], eine absurde und irrsinnige Summe. Aber damit man uns nicht bösen Willen vorwirft, wollen wir nicht vorgreifen, sondern uns an die Zahlen halten: Tatsache ist, daß Deutschland, das in zehn Jahren 50 Milliarden bezahlt hat, um den Rest zu zahlen, das Heilsjahr 1988 erreichen muß [9]. Wie hat das Reich in den letzten zehn Jahren die Tributzahlungen aufgebracht? Ausschließlich durch Auslandskredite [10]. Man bedenke, daß vor 1914, d. h. als Deutschland auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Blüte stand, seine Haushaltsüberschüsse, d. h. die Summe, die man, ohne das Kapital und

e si fissò la somma di 132 miliardi; poi venne il Piano Dawes, e finalmente, nel 1929, il Piano Young con altri 114 miliardi, dico 114 miliardi nuovi, quasi che fino al 1929 la Germania non avesse pagato un centesimo. Ma dove sono andati i 50 miliardi di tributi pagati dal Reich nei dieci anni scorsi?

"L'ammontare dei tributi - Hitler non parla mai di riparazioni, ma sempre di tributi - assomma complessivamente a 764 miliardi, cifra assurda e pazzesca. Ma perché non ci si accusi di cattiva volontà, non anticipiamo, teniamoci alle cifre: vediamo che la Germania, che ha pagato in dieci anni 50 miliardi, perché possa pagare il rimanente deve raggiungere l'anno di grazia 1988. Come ha fatto fronte il Reich, al pagamento dei tributi negli ultimi dieci anni? Esclusivamente per mezzo di crediti avuti dall'estero. Si pensi che prima del 1914, cioè quando la Germania era all'opogeo [*sic!*] [11] della sua floridezza economica, gli avanzi del suo esercizio, vale a dire quella somma che si sarebbe potuta alienare senza intaccare i capi-

4 Anspielung auf das Londoner Ultimatum vom 5.5.1921, mit dem die Reparationskommission die deutsche Reparationsschuld definitiv auf 132 Milliarden Goldmark festlegte und Deutschland zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 aufforderte. Für den Fall der Nichterfüllung drohten die Alliierten mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Die bereits erbrachten deutschen Reparationsleistungen wurden sehr unterschiedlich bewertet. Die interalliierte Reparationskommission berechnete sämtliche, von deutscher Seite bislang erbrachten Barzahlungen und Sachleistungen für den Zeitraum vom 11.11.1918 bis 30.6.1931 mit 19.991 Millionen RM, die deutsche Seite dagegen mit 53.155 Millionen RM. Die aufgrund des Young-Plans seit September 1929 erbrachten deutschen Zahlungen bezifferte die alliierte Seite mit 2.800 Millionen RM, die deutsche Seite mit 3.103 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*. Vgl. ferner Bruce Kent, The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations, 1918-1932, Oxford 1989, S. 263, 300 ff.

8 Der Young-Plan fixierte die Gesamtreparationssumme auf 113,9 Milliarden RM. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

9 Hinweis auf die vorhergesehene Laufzeit des Young-Plans.

10 Vgl. Dok. 77, Anm. 34.

11 Richtig: Apogeo. So auch bei Solari, Hitler, S. 98.

das nationale Wirtschaftspotential anzugreifen, hätte abtreten können, sich - gutes oder schlechtes Jahr - zwischen 400 und 700 Millionen Mark bewegten [12]."

Sieben Millionen Arbeitslose

"Wie kann das Deutschland der Nachkriegszeit, das aus naheliegenden Gründen nicht mit ähnlich hohen Überschüssen wie in der Vorkriegszeit rechnen konnte, zehn Jahre lang zehnmal höhere Summen zahlen als diese Überschüsse? Auf sehr einfache Weise: indem es sein ganzes nationales Vermögen mit einer Hypothek belastet und einsetzt. Jedes Jahr werden dem lebendigen und arbeitenden Staatskörper einige Milliarden entzogen: vollständig und für immer verlorenes Geld, lebendige Substanz, die verschwindet und durch nichts ersetzt wird."

"Wen wundert es, daß Deutschland nach zehn Jahren ausgezehrt ist? Es bedarf keiner großen Wissenschaft, um zu begreifen, daß ein Wirtschaftsorganismus, wie ein menschlicher Körper, eine bestimmte Fähigkeit hat, einen Aderlaß zu verkraften, die man nicht überfordern darf. Die Folgen seht ihr: die Arbeitslosigkeit [13]. Am Herbstanfang liegt, den amtlichen Zahlen zufolge, die Arbeitslosigkeit im gesamten Reich bei drei Millionen [14]. In Wirklichkeit aber sind es sechs Millionen Menschen, und im Winter werden wir sechs bis sieben Millionen haben [15]."

[...] [16]

tali e la capacità economica nazionale, si aggiravano, anno buono, anno cattivo, fra i 400 ed i 700 [17] milioni di marchi.

Sette milioni di disoccupati

"La Germania nel dopoguerra, che per ragioni ovvie non avrebbe potuto sperare di realizzare avanzi simili a quelli dell'anteguerra, come mai può pagare per dieci anni delle somme dieci volte superiori? In un modo semplicissimo: ipotecando, impegnando la sua intera sostanza nazionale. Ogni anno vengono sottratti al corpo vivo e operante della Nazione alcuni miliardi: denaro alienato totalmente e per sempre, sostanza viva che scompare e che nulla sostituisce.

"Chi si meraviglia se la Germania, dopo dieci anni, non sia stremata? Non occorre grande scienza per intendere che un corpo economico, come un corpo umano, ha una capacità e una sopportazione di salasso oltre la quale non si può andare. Vedete le conseguenze: la disoccupazione. All'inizio autunnale la cifra ufficiale indica che il numero dei disoccupati in tutto il Reich è di tre milioni; in realtà, pero, sono sei milioni di uomini e, in inverno, ne avremo dai sei ai sette milioni.

[...] [18]

---

12 1909 beliefen sich die Mehreinnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Etat des Deutschen Reichs auf 40.675.900 Mark, 1911 auf 160.188.800 Mark. Für das Jahr 1910 waren dagegen Mehrausgaben in Höhe von 80.841.500 Mark zu verzeichnen, in den Jahren 1912 und 1913 war die Bilanz ausgeglichen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 341.
Vgl. ferner Anm. 39.

13 Die hohe Arbeitslosenquote im Deutschen Reich war direkte Folge der ab Herbst 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise.

14 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose, im Oktober 1930 3.252.082 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

15 Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 22 ff. Die Zahl der "sichtbaren" *und* "unsichtbaren" Arbeitslosen wird für das IV. Quartal 1930 auf 4.115.000 geschätzt.

"Trotz dieser eindeutigen Tatsachen setzt Frankreich seine, zum großen Teil mit unseren Tributen finanzierten, gigantischen Rüstungen fort [19] und hetzt gleichzeitig seine Vasallenstaaten Polen und die Tschechoslowakei [20] gegen uns, Jugoslawien gegen Italien [21]. Mit den deutschen Tributen wird zum großen Teil der Bau der Transsahara-Bahn [22] finanziert, der in kurzer Zeit den Transport eines Negerheers [23] nach Tunis zum Einsatz gegen Tripolis ermöglichen wird [24]."

"Nonostante questi chiari elementi, la Francia continua i suoi giganteschi armamenti, finanziati in gran parte coi nostri tributi, e nel tempo stesso aizza i suoi Stati vassalli, la Polonia, e la Cecoslovacchia contro di noi, la Jugoslavia contro l'Italia. Con i tributi tedeschi viene finanziata in gran parte la costruzione della ferrovia transahariana, la quale dovrà permettere di trasportare, in breve tempo, un'armata di negri a Tunisi contro Tripoli.

Das Wettrüsten

"Daraus resultiert ein schicksalhaftes, unaufhaltsames Wettrüsten in Europa, ein Wettlauf, den auch diejenigen Nachbarn mitmachen müssen, die ihn nicht möchten, weil jede Nation, welcher der Versailler Vertrag die Abrüstung auferlegt, gezwungen ist, im Rahmen ihrer Kräfte Frankreich auf diesem ruinösen Weg zu folgen. So wirkt sich die Frage der Tribute auf die gesamte europäische Situation verhängnisvoll aus, lastet auf allen Haushalten, saugt alle Steuerzahler aus. Was uns betrifft, werden wir davon buchstäblich ausgequetscht."

La corsa agli armamenti

"Di qui una fatale, inarrestabile corsa dell'Europa agli armamenti, corsa che trascina, coi vicini, anche chi non la vorrebbe, poiché ogni Nazione alla quale il Trattato di Versaglia impone il disarmo è costretta, nei limiti delle sue forze, a seguire la Francia per questa via rovinosa. Perché la questione dei tributi si ripercuote sinistramente su tutta la situazione europea, pesa su tutti i bilanci, dissangua tutti i contribuenti. Per quel che ci riguarda, noi ne siamo letteralmente schiacciati.

---

16 Folgt folgende Bemerkung Solaris: "Ich füge keinen Kommentar hinzu. Diese Ziffer spricht für sich, und noch beredter spricht die Abwanderung unserer Arbeiter nach Nordafrika und Südfrankreich."
"Non aggiungo commenti. Questa cifra parla da sé, e più eloquentemente parla l'esportazione dei nostri lavoratori verso l'Africa settentrionale e la Francia meridionale.

17 Geändert in der 1932 veröffentlichten Version des Interviews: 500. Vgl. Solari, Hitler, S. 98.

18 Vgl. Anm. 16.

19 Zum Rüstungsstand der französischen Armee vgl. Histoire Militaire de la France, III, S. 339 ff.

20 Zum französischen Bündnissystem in Osteuropa vgl. Wandycz, Twilight of French Eastern Alliances.

21 Zum Stand der italienisch-jugoslawischen Beziehungen vgl. H. James Burgwyn, Conflict or Rapprochement? Grandi confronts France and its Protégé Yugoslavia: 1929-1932. In: Storia delle Relazioni Internazionali III (1987/1), S. 73-98.

22 Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die französische Kolonialverwaltung Planungen für ein Eisenbahnprojekt aufgenommen, um Französisch Nordafrika mit Französisch Westafrika zu verbinden. Der Ausgangspunkt dieser sog. Transsahara-Bahn sollte im Bezirk Algier oder Constantine liegen, ihr Ende bei In-Tassit, wo die Linie an das Bahnnetz in Richtung Dahomey, Senegal und Französisch Guinea anschließen sollte. Aufgrund finanzieller und technischer Schwierigkeiten mußte das Projekt bis 1931 aufgegeben werden. Vgl. The Cambridge History of Africa, Vol. VII: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, Cambridge 1986, S. 81.

23 Zur Dislozierung und Zusammensetzung der in Afrika stationierten französischen Truppen vgl. Von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von v. Oertzen, Berlin 1926, S. 58.

24 Zum französisch-italienischen Verhältnis vgl. Dok. 9, Anm. 27.

"Das Reich ist von allen Seiten einem außerordentlichen, unerträglichen Druck ausgesetzt. Man kann uns mit einem Gefäß vergleichen, das für vier Atmosphären Druck gebaut ist, tatsächlich jedoch zwölf aushalten muß. Wenn dieser Druck anhält, wird es nach den Gesetzen der Natur und der Physik zu einer Explosion kommen. Und wenn das geschieht, wird das die alleinige Schuld einer Nation von 37 Millionen Einwohnern sein [25], die um keinen Preis bereit ist, auf ihre Vorherrschaft über alle übrigen Nationen Europas zu verzichten. Sprechen wir nicht von gutem oder bösem deutschen Willen. Guter Wille hat damit nichts zu tun: Es ist nicht das Nicht-Wollen; es ist das Nicht-Können. Wir sind erschöpft durch die territorialen Verluste, die uns einen großen Teil der Rohstoffe gekostet haben, und durch elf Jahre Tribute."

Bolschewismus oder Nationalsozialismus

"Frankreich seinerseits spricht von bösem Willen und empfindet uns als 'Bedrohung', es fährt unerbittlich fort zu rüsten, anstatt seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachzukommen [26], das durch diesen absurden Zustand genauso in Mitleidenschaft gezogen wird wie Europa."

"Was Deutschland betrifft, gibt es nur zwei Auswege: Bolschewisierung seines Staates [27] oder Nationalisierung, das heißt der totale Sieg derjenigen, die mit Blick auf das Vaterland rufen: 'Es reicht! Es reicht!'"

[...] [28]

"Il Reich è sottoposto da ogni parte ad una pressione enorme, intollerabile. Siamo paragonabili ad un vaso costruito per sopportare la pressione di quattro atmosfere, costretto invece a sopportarne in effetti una di dodici. Per legge fisica e di natura, continuando questo regime di pressione, si arriverà ad uno scoppio. E se uno scoppio si avrà, la colpa sarà unicamente di una Nazione di 37 milioni di abitanti, la quale a nessun prezzo intende rinunziare al suo predominio su tutte le restanti Nazioni d'Europa. Non si parli di buona o cattiva volontà tedesca. La buona volontà non c'entra: non è il non volere; è il non potere. Siamo esauriti dalla diminuzione territoriale, che ci ha tolto gran parte di materie prime, e da 11 anni di tributi.

Bolscevismo o nazional-socialismo

"La Francia, dal canto suo, parla di cattiva volontà e definisce la nostra una "minaccia" e continua inesorabilmente ad armarsi, invece di far fronte ai suoi impegni con l'America: la quale viene anch'essa a soffrire, nè più e nè meno dell'Europa, di quest'assurda situazione.

"Per quanto riguarda la Germania, non ci sono che due vie di uscita: a la bolscevizzazione del suo Stato o la nazionalizzazione, cioè la vittoria totalitaria di coloro che, guardando alla Patria, gridano: "Basta! Basta!".

[...] [29]

25 Bei der Volkszählung vom 7.3.1926 wurden in Frankreich 40.743.897 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*.

26 Anspielung auf die finanziellen Verpflichtungen, die sich aus der materiellen Unterstützung Frankreichs durch Großbritannien und die USA während des Ersten Weltkriegs ergeben hatten. Noch am 1.4.1931 beliefen sich diese französischen Kriegsschulden gegenüber Großbritannien auf umgerechnet 4.654 Millionen RM, gegenüber den USA auf 7.809 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 186*. Zum Problem der Reparationen und interalliierten Schulden vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München ²1979, S. 33 ff.

27 Vgl. auch Dok. 124, Anm. 5.

"Die deutsche Demokratie ist nach 10 bis 12 Jahren unrühmlicher Dauer am Ende. Sie hatte weder Traditionen noch die Fähigkeit zum Haß: sie ist beim ersten Windstoß hinweggefegt worden. Wo sind die Demokraten? Wir sind entstanden, sieben Millionen [30]; die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Rechtsparteien. Das Zentrum ist von Haus aus autokratisch. Die Sozialdemokratie besteht aus nichts als Opportunismus. Was bleibt? Leere Hüllen."

[...] [31]

Die Monarchie-Frage ist nebensächlich

"Auch die Tradition der Monarchie ist von uns hinweggefegt worden [32]. Die Tradition der Monarchie ist in England lebendig, sie ist in Italien sehr lebendig; in Deutschland hat sie eine gewaltsame Unterbrechung erfahren. Für uns ist übrigens die Frage der Monarchie bzw. die prinzipielle Festlegung in dieser Frage zweit-, sogar drittrangig. Eine Frage der Form, nicht des Inhalts. Es gibt viel größere und dringendere Probleme, die unsere ganze Tatkraft erfordern."

[...] [33]

"Für uns ist das keine Grundsatzfrage [34]. Wir sehen keine Notwendigkeit, Vereinigungen und Sekten zu bekämpfen, unter denen

- La democrazia tedesca è finita; dopo 10 a 12 anni di vita ingloriosa. Non aveva tradizioni, non aveva odii: è stata spazzata via al primo colpo di vento. Dove sono i democratici? Siamo nati noi, sette milioni: i comunisti, i tedesco nazionali, i partiti di destra. Il centro è autocratico per sua stessa natura; la social democrazia non esiste che per opportunismo. Chi resta? Delle larve.

[...] [35]

La questione monarchica è secondaria

- Anche la tradizione della monarchia è stata spazzata via da noi. La tradizione della monarchia vive in Inghilterra, è vivissima in Italia; ha subito in Germania una violenta soluzione di continuità. Del resto, la questione o la pregiudiziale monarchica è per noi di secondo, anzi di terz'ordine. Questione di forma, non di sostanza. Ci sono problemi più vivi ed urgenti che hanno bisogno di tutta la nostra energia.

[...] [36]

- Non ne facciamo una questione di principio. Non vediamo la necessità di avversare associazioni e sette in mezzo alle quali ci

28 Folgt folgende Schilderung Solaris: "Hitler hat ununterbrochen gesprochen, mit unwiderstehlichem Schwung, nüchtern, barsch und beißend, angreifend wie ein Tribunal, gewöhnt, dem Volk weder Tatsachen noch Wahrheiten, welche auch immer sie sein mögen - auch die bittersten -, zu verbergen. Eine Bemerkung von mir über die deutsche Demokratie liefert ihm ein erneutes Stichwort."
"Hitler ha parlato ininterrottamente, animato da un impeto irresistibile, con una eloquenza secca, dura, corrosiva da tribunale, abituato a non nascondere al popolo la verità e la realtà, quali che esse siano, anche le più amare. Una mia osservazione sulla democrazia tedesca, gli porge nuovo appiglio."

29 Vgl. Anm. 28.

30 Anspielung auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930; vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 18.

31 "Muß man also mit einer Umkehr, einer Rückkehr zur Monarchie rechnen?"
"Sicchè si deve tener presente la possibilità di una marcia indietro, di un ritorno alla monarchia?"

32 Zur Haltung Hitlers und der NSDAP zur Frage der Monarchie vgl. Dok. 5, Anm. 9 und 29.

33 "Ist der Nationalsozialismus, so wie er antisemitisch ist, auch gegen die Freimaurerei gerichtet?"
"Il nazional socialismo, come è antisemita, è anche antimassone?"

34 Vgl. Helmut Neuberger, Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918-1945, 2 Bde., Hamburg 1980.

35 Vgl. Anm. 31.

36 Vgl. Anm. 33.

wir uns bewegen müssen. Nur unser letztes Ziel interessiert: Gegenüber den Vereinigungen und Sekten, egal welchen, werden wir uns an der Haltung orientieren, die sie unseren Zielen gegenüber einnehmen. Wenn sie uns behindern, werden wir sie bekämpfen."

[...] [37]

Der Primat Italiens

"Wir bewundern Italien als große Nation [38], die dank des Faschismus wiederauferstanden und zu dem Platz emporgestiegen ist, der ihr in Europa und in der Welt gebührt: die erste unter den lateinischen Nationen. Frankreich möchte ein demütiges, von Paris abhängiges Italien; vor lauter Stolz kann es nicht zugeben, daß Italien ihm den Primat unter den lateinischen Nationen weggenommen hat. Übrigens ist das keine Frage des Stolzes, sondern der Fakten: auf der einen Seite ein bei 37 Millionen Einwohnern stagnierendes Frankreich, auf der anderen ein fruchtbares Italien mit 42 Millionen Staatsbürgern [39], die in der Welt verstreut sind. Wenn wir die Lage Italiens und seiner Bevölkerungsentwicklung im Verhältnis zu seinem Raum betrachten, finden wir viele Ähnlichkeiten mit Deutschland. Wegen der Grenzen, in die un-

dobbiamo muovere. Interessa solo il nostro scopo ultimo; nei riguardi delle associazioni e delle sette, quali che siano, ci regoleremo a seconda della posizione che esse prenderanno nei nostri riguardi, e nei riguardi dei nostri fini. Se ci avverseranno le combatteremo.

[...] [40]

Il primato dell'Italia

- Noi ammiriamo l'Italia come grande Nazione risorta per merito del Fascismo e assurta al posto che le spetta in Europa e nel mondo: il primo tra le Nazioni latine. La Francia ambirebbe un'Italia umile alle dipendenze di Parigi; il suo orgoglio non intende ammettere che l'Italia le abbia tolto il primato fra le Nazioni latine. Del resto, qui non è questione di orgoglio, ma di realtà: da un lato, una Francia sterile con 37 milioni di abitanti; dall'altro, un'Italia feconda con 42 milioni di cittadini disseminati per il mondo [41]. Se consideriamo la posizione dell'Italia e la sua demografia in rapporto al territorio nazionale, troviamo molti punti di contatto con la Germania. I limiti in cui è stato ridotto il nostro territorio, hanno imposto anni di pena durissima per tutti i nostri abitanti. Milioni e milioni dei nostri sono disoccupa-

---

37 "Dies ist die einzige, jedoch sehr klare Antwort Adolf Hitlers zu diesem Thema, da es naheliegt, wie die Haltung der internationalistischen und demokratischen Freimaurerei gegenüber einer Bewegung wie die der Hitler-Anhänger ist.
Ich frage weiter: 'Wie ist die Haltung der Nationalsozialisten zu Italien?'"
"E'questa l'unica risposta in proposito di Adolfo Hitler, non per questo però men chiara, perché è ovvio quale possa essere la posizione della massoneria internazionalista e democratica di fronte ad un movimento come quello degli hitleriani.
Domando ancora: Qual'è l'atteggiamento del nazional socialismo nei riguardi dell'Italia?"

38 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

39 Bei der Volkszählung vom 1.12.1921 wurden in Italien 38.710.576 Menschen, bei der Volkszählung vom 21.4.1931 41.145.045 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*; 1931, S. 1*.
Vgl. ferner Anm. 45.

40 Vgl. Anm. 37.

41 Ergänzt in der 1932 veröffentlichten Version des Interviews: "42 milioni di cittadini nel Regno e 10 milioni d'italiani disseminati per il mondo". Vgl. Solari, Hitler, S. 102.

ser Land eingezwängt wurde, wurden allen unseren Landsleuten sehr harte Leidensjahre auferlegt. Millionen und Abermillionen der unsrigen sind arbeitslos; weitere Millionen wandern aus [42] oder, besser gesagt, sie werden förmlich 'exportiert'."

"Andererseits gibt es kein wirkliches Interesse Italiens, das mit unseren wirklichen Interessen kollidiert und umgekehrt. Unser Weg ähnelt einer Parallele, deshalb ist kein Zusammenstoß möglich."

[...] [43]

"Ich habe immer behauptet, daß, so teuer uns das Schicksal unserer Brüder in Südtirol auch ist [44], es uns nicht teurer sein darf als das Schicksal der Millionen Deutschen, die durch die Verträge dazu verdammt wurden, unter polnischer, jugoslawischer, tschechischer und belgischer Herrschaft zu leben. Die Freundschaft zu einer großen Nation wie Italien darf nicht durch ein Hindernis wie Südtirol beeinträchtigt werden; so, wie es außer Zweifel steht, daß die in Italien lebenden Deutschen von einem mit uns befreundeten Italien bestimmt besser behandelt werden als von einem Italien, das ein gleichgültiger Nachbar ist [45]. Italien sind wir aber vor allem deshalb dankbar, weil es den Weg gezeigt hat, dem jede Nation folgen muß, wenn sie sich retten will: das faschistische Prinzip des starken National-Staates, abgesehen von dem es nur bolschewistisches Chaos gibt."

ti; altri milioni emigrano, o meglio, sono esportati.

"D'altra parte, nessun interesse reale dell'Italia è in contrasto con gl'interessi reali nostri, e viceversa. La nostra via segue un tragitto parallelo, quindi nessun urto è possibile.

[...] [46]

- Ho sempre sostenuto che, per quanto caro ci possa essere il destino dei nostri fratelli del Sud-Tirol, esso non ci è più caro dei milioni di tedeschi che i trattati hanno condannato a vivere sotto il dominio polacco, jugoslavo, dei cechi e del Belgio. L'amicizia di una grande Nazione come l'Italia non può essere offuscata per l'ostacolo del Sud-Tirol; così come è fuor di dubbio che i tedeschi sudditi d'Italia avranno indubbiamente un trattamento migliore da un'Italia nostra amica che da un'Italia nostra indifferente vicina. Ma all'Italia noi siamo soprattutto grati per aver essa indicato il principio che ogni Nazione dovrà seguire, se vorrà salvarsi: il principio fascista dello Stato forte e nazionale, all'infuori del quale non c'è che il caos bolscevico.

42 Vgl. Dok. 44, Anm. 15.

43 "Und die Südtirol-Frage? (Wundern Sie sich nicht über diesen Ausdruck, denn das Interview findet in deutscher Sprache statt, in der man Alto Adige nicht anders nennen kann)."
"E la questione del Sud-Tirol? (Non meravigli questo termine, poiché l'intervista si svolge in lingua tedesca nella quale l'Alto Adige non si può chiamare altrimenti)."

44 Vgl. Dok. 13, Anm. 13 und 20.
Gerade Hitlers Bemerkungen zur Südtirol-Frage wurden von den deutschen Presseberichten über dieses Interview immer wieder in den Vordergrund gestellt. Vgl. z. B. Märkische Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler rechnet mit Neuwahlen"; Münchner Telegramm Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler gibt Interviews"; Der Jungdeutsche vom 3.10.1930, "Hitler verzichtet!".

45 Vgl. Dok. 13, Anm. 16.

46 Vgl. Anm. 43.

30. September 1930 [1] Dok. 128
Erklärung

VB vom 2.10.1930, "Adolf Hitler berichtigt" [2].

An das
Wolffsche Telegraphenbüro,
München

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes [3] fordere ich Sie auf, zu Ihrer Meldung über Finanzierung der Wahlen der Nationalsozialisten durch Schmiergelder [4], nachstehende Berichtigung zu verbreiten:

Es ist unwahr, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus Rußland für die Wahlen 5 Millionen Mark erhielt. Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch ein Mittelsmann derselben finanzielle Zuwendungen aus Rußland in irgendeiner Währung, sei es direkt, sei es indirekt erhalten hat [5].

---

1 Datierung nach der im VB abgedruckten Kopfzeile der Vorlage.

2 Hitlers Dementi wurde in zum Teil gekürzter Form in mehreren Zeitungen veröffentlicht. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 20.9.1930 (AA), "Woher stammen die nationalsozialistischen Gelder?"; Berliner Volks-Zeitung vom 20.9.1930, "Adolf Hitler bestreitet"; Münchner Neueste Nachrichten vom 1.10.1930, "Eine Erklärung Hitlers"; Münchner Telegramm-Zeitung vom 1.10.1930, "Nationalsozialistische Erklärungen".

3 § 11 des Reichspreßgesetzes vom 7.5.1874 legte u. a. fest: "Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer betheiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben beschränkt." Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893, S. 186.

4 Vgl. Berliner Tageblatt vom 13.9.1930 (AA), "Beziehungen zu Moskau". Der Artikel besaß folgenden Hintergrund: Nach seiner Flucht aus der sowjetischen Botschaft in Paris hatte der ehemalige Botschaftsrat Grigorij Sinowjewitsch Bessedowsky in der rechtsgerichteten Pariser Zeitung L'Ordre Dokumente veröffentlicht, welche die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch die sowjetische Regierung beweisen sollten. Hitler selbst habe am 10.6. und 10.7.1930 in Salzburg zwei Unterredungen mit sowjetischen Vertretern geführt. Bei einem weiteren Treffen am 16.7.1930 in Garmisch Partenkirchen, sei nationalsozialistischen Spitzenfunktionären eine sowjetische Wahlkampfunterstützung in Höhe von 5 Millionen RM in Aussicht gestellt worden, gefolgt von monatlichen Zahlungen in Höhe von 1,2 Millionen RM. Die nationalsozialistischen Unterhändler hätten erklärt, sie würden die Auseinandersetzung mit der KPD aus taktischen Gründen fortführen, seien jedoch bereit, eine deutsche "Arbeiterregierung" zu akzeptieren und die sowjetische Regierung als einzige nationale Regierung Rußlands anzuerkennen.
Bessedowskys Behauptungen, die in der deutschen Presse für erhebliche Aufregung sorgten, konnten teilweise bereits durch die Nachforschungen der Polizei entkräftet werden und wurden auch im Auswärtigen Amt sehr skeptisch beurteilt. Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 581 f. Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Second Series, Vol. I, London 1947, Doc. 323. Ferner Polizeidirektion München, Ref. VI/N, Korrespondenz mit dem sächsischen Ministerium des Innern über angebliche Finanzierung der NSDAP durch Sowjetrußland; StA München, Polizeidirektion München 6785.

5 In Übereinstimmung mit der von ihr initiierten Sozialfaschismustheorie der Komintern (vgl. Dok. 3, Anm. 2) unterschätzte die sowjetische Führung die Gefahren, die von der NSDAP für die deutsch-sowjetischen Beziehungen wie für die Sowjetunion überhaupt ausgingen. Obwohl die KPD damals in der SPD, nicht in der NSDAP ihren gefährlichsten Gegner sah, hat es angesichts der beträchtlichen ideologischen Vorbehalte Ab-

Es ist unwahr, daß ich am 10. Juli 1930 in einem Hotelzimmer in Salzburg von einem gewissen Tibor [6] eine Geldsumme ausgezahlt erhielt. Wahr ist, daß ich seit 6 Jahren nicht mehr in Österreich war [7].

Es ist unwahr, daß in Garmisch-Partenkirchen eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen Sowjetemissären und Hitlerianern stattgefunden hätte. Wahr ist, daß niemals eine Zusammenkunft zwischen Sowjetemissären oder sonstigen Mittelsmännern der Sowjets und irgendwelchen Beauftragten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an irgendeinem Ort stattgefunden hat.

Wahr ist, daß niemals seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder Beauftragten derselben irgendeine Erklärung an die Sowjet-Union oder deren Vertreter abgegeben wurde.

Es handelt sich hierbei offensichtlich um ein französisches Schwindelmanöver [8] mit dem Ziel, die Nationalsozialisten als anerkannt erfolgreiche Bekämpfer der bolschewistischen Weltgefahr [9] zu diskreditieren [10].

gez.: *Adolf Hitler*

---

sprachen, geschweige denn finanzielle Transfers zwischen NSDAP und sowjetischer Regierung nicht gegeben. Vgl. Karlheinz Niclauss, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966, S. 77 ff.; Bianka Pietrow, Stalinismus Offensive Sicherheit. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, S. 19 ff.

6 Kasimir Tibor, Journalist aus Moskau (?). Vgl. Polizeidirektion München, Ref. VI a, Vermerk Nr. 2560/30 vom 28.11.1930; StA München, Polizeidirektion München 10083.

7 Hitlers Einreiseverbot nach Österreich, das seit April 1925 bestand, wurde erst im August 1932 wieder aufgehoben. Vgl. Dok. 123, Anm. 8 sowie Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 109.
Bis September 1931 läßt sich der letzte nachweisbare Aufenthalt Hitlers in Österreich auf den 14.8.1923 datieren, als er am Parteitag der österreichischen Nationalsozialisten in Salzburg teilnahm. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 973 f.

8 Mit seinen "Enthüllungen" dürfte Bessedowsky vermutlich finanzielle Interessen privater Natur verfolgt haben. Bereits im Winter 1929/30 hatte er seine Kenntnisse über die damals streng geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee zu vermarkten versucht. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIII, Göttingen 1979, Dok. 153. Zur Person Bessedowskys vgl. Grigorij Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets. Erinnerungen, Leipzig 1930.

9 Zum Antagonismus zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus vgl. Axel Kuhn, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. In: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978, S. 639-653.

10 In der Vorlage schließen sich die Erklärungen von August Schneidhuber und Heinrich Hoffmann an diejenige Hitlers an:
"Sie verbreiten eine Meldung, nach welcher ich als 'Hitlerianer' mit Sowjetleuten in Garmisch-Partenkirchen verhandelt haben soll.

Ich ersuche Sie unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes, sofort folgende Erklärung als Richtigstellung zu verbreiten:
1. Unwahr ist, daß ich in Garmisch-Partenkirchen im Jahre 1930 zu irgendeinem Datum als 'Hitlerianer' an einer Delegation teilnehmend, mit Sowjetemissären Verhandlungen pflog.
2. Wahr ist vielmehr, daß ich im ganzen Jahre 1930 Garmisch-Partenkirchen mit keinem Fuß betreten habe, daß ich weder ein Kaffeehaus 'Schiefes Eck' noch eine 'Villa Reiter' kenne und daß ich die genannten Dr. Fabricius, Berlin, Ingenieur Dorsch, Berlin, und den Besitzer der Villa Reiter bislang noch nicht kennenzulernen das Vergnügen hatte.
3. Wahr ist ferner, daß ich noch nie mit einem Sowjet-Beauftragten ein Wort gesprochen habe, geschweige denn einem solchen gegenüber einen Auftrag auszuführen gehabt hätte.
Hochachtend!
gez.: *Schneidhuber*"
"Unter Bezugnahme auf die durch das Wolffsche Telegraphenbüro gebrachte Meldung ersuche ich auf Grund des § 11 des Pressegesetzes nachstehende Berichtigung zu verbreiten:
Es ist unwahr, daß ich ein Schreiben aus Pilsen in Böhmen, datiert den 11. Juli 1930, mit der Anschrift 'Herrn Hoffmann für Adolf', München NW 2, Amalienstraße 25, erhalten hätte, worin eine Zusammenkunft vereinbart wird.
Wahr ist, daß ich niemals ein derartiges Schreiben, gleich aus welcher Stadt, erhalten habe.

gez.: *Hoffmann*".

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Adj.	Adjutant
AG	Aktiengesellschaft
ASP	Alte Sozialistische Partei Sachsens
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
ATB	Artamanen-Bund
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BDC	Berlin Document Center
Brif.	Brigadeführer
BRT	Bruttoregistertonne
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Berliner Zeitung
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Dok.	Dokument
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
d. R.	der Reserve
DSP	Deutschsoziale Partei (1900-1914)
DsP	Deutschsozialistische Partei
DtsP	Deutschsoziale Partei (1921-1928)
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Gaust.	Gausturm
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Gruf.	Gruppenführer
GRUSA	Grundsätzliche Anordnung(en)

GStA	Geheimes Staatsarchiv
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
Hapag	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt Actien-Gesellschaft
HJ	Hitlerjugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KG	Kommanditgesellschaft
KGRNS	Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
NL	Nachlaß
NSAK	Nationalsozialistisches Automobil-Korps
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
Obf.	Oberführer
O.Gr.	Ortsgruppe
OHL	Oberste Heeresleitung
Osaf, OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
PRS	Parti Républicain Socialiste
PSF	Parti Socialiste Français
Rep.	Repertorium

RFB	Roter Frontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.L., RL	Reichsleitung, Reichsleiter
RM	Reichsmark
S.A., SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
Saf, SAF	SA-Führer
Slg.	Sammlung
Sm	Seemeile
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS	Sommersemester
StA	Staatsarchiv
Sta.	Standarte
Staf.	Standartenführer
StGB	Strafgesetzbuch
Sturmf.	Sturmführer
TH	Technische Hochschule
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ufa	Universum-Film Aktiengesellschaft
USA	United States of America
USA, USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDSt	Verein Deutscher Studenten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WS	Wintersemester
z.b.V.	zur besonderen Verwendung

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Ackermann, Volker, "Ceux qui sont pieusement morts pour la France...". Die Identität des Unbekannten Soldaten. In: Francia 18/3 (1991), S. 25-54.

Adler, Sylvia, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923. Bearb. von Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rh. 1968.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilmann Koop, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XIII-XVI, Göttingen 1979-1981.

Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albrecht, Karl Heinz, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J.

Aldcroft, Derek H., Die 20er Jahre. Von Versailles zur Wallstreet 1919-1929, München 1978.

Aleppo 1915. Zwei deutsche Lehrer im Kampf für das armenische Volk. Mit Texten von Martin Niepage und Eduard Graeter. Hrsg. und eingel. von Helmut Donat, Bremen 1986.

Asprey, Robert B., The German High Command at War. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I, New York 1991.

Ballerstedt, Waldemar, Führerbesuche in Chemnitz. In: Der Türmer von Chemnitz 5 (April 1939), S. 98-107.

Barkhausen, Hans, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1982.

Barmeyer, Heide, Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971.

Barnett, Correlli, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Bauerkaemper, Arnd, Die "radikale Rechte" in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991.

Baumeister, Frank (Hrsg.), Hesselbergland. Land und Leute in Ehingen, Dambach und Lentersheim, Gunzenhausen 1991.

Beckenbauer, Alfons, Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Sodenhofen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 103 (1977), S. 5-28.

Becker, Heinrich, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

Becker, Peter Emil, Wege ins Dritte Reich - Teil II: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, Stuttgart 1990.

Behrend, Hanna, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981.

Bennemann, Paul, Geschichtliche Wanderungen durch die Reichsmessestadt Leipzig. Ein Führer zu ihren Kulturdenkmälern, Leipzig 1940.

Berchtold, Klaus (Hrsg.), Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929, 2 Bde., Wien 1979.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bergmann, Theodor und Gert Schäfer (Hrsg.), Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal, 26.-29. März 1990, Mainz 1993.

Bessedowsky, Grigorij, Im Dienste der Sowjets. Erinnerungen, Leipzig 1930.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992.

Biewer, Ludwig, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980.

Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1922.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Böckenhauer, A[*rthur*], 10 Jahre S.A., Hamburg 1932.

Boelcke, Willi A., Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt a. M. 1977.

Bossi Fedrigotti, Anton Graf, Kampfwert der Nationalitäten im k.u.k. Heer. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 18 (1969), S. 179-183.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München [2]1983.

Bouhler, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978.

Bramwell, Anna, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's "Green Party", Bourne End 1985.

Brann, Henry Walter, Schopenhauer und das Judentum, Bonn 1975.

The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore [2]1980.

Bronnen, Arnolt, Roßbach, Berlin 1930.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Brütting, Georg, Das Buch der deutschen Fluggeschichte. Bd. III: Die große Zeit der deutschen Luftfahrt bis 1945, Stuttgart 1979.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Buchner, Hans, Warenhauspolitik und Nationalsozialismus, München [3]1931.

Buchstab, Günter, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984.

Büsch, Otto, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962.

Burgwyn, H. James, Conflict or Rapprochement? Grandi confronts France and its Protégé Yugoslavia: 1929-1932. In: Storia delle Relazioni Internazionali III (1987/1), S. 73-98.

Busch, Eckart, Der Oberbefehl. Seine rechtliche Struktur in Preußen und Deutschland seit 1848, Boppard a. Rh. 1967.

Butterwegge, Christoph und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984.

The Cambridge History of Africa, Vol. VII: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, Cambridge 1986.

The Cambridge History of the British Empire. Ed. by E. A. Benians, Sir James Butler, C. E. Carrington, Vol. III: The Empire Commonwealth 1870-1919, Cambridge 1959.

The Cambridge Economic History of India, Vol. II: c.1757-c.1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157.

Christ, Karl, Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit, Darmstadt [3]1989.

Christes, Johannes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im alten Rom, Wiesbaden 1979.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Crepon, Tom, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988.

Davies, Robert William, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933) Firenze ²1983.

De Felice, Renzo, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

Denk-Helmold, Marianne, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Spiegel der Presse, Diss. phil., Köln 1987.

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke, Bd. III/2. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Melle-Hannover o. J.

Die Deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, Frankfurt a. M. ²1983.

Deutsche Verwaltungsgeschichte. Im Auftrag der Freiherr-Vom-Stein-Gesellschaft e. V. hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985.

Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin 1979.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dickmann, Fritz, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: VfZ 14 (1966), S. 454-464.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. IX, Roma 1975.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler, Second Series, Vol. I, London 1947.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Dorondo, D. R., Bavaria and German Federalism. Reich to Republic, 1918-33, 1945-49, New York 1992.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Drage, Charles, Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Droysen, Johann Gustav, Geschichte der preußischen Politik. Bd. 4,2: Friedrich Wilhelm I., König in Preußen, Leipzig 1869.

Dülffer, Jost, Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Frankfurt a. M. 1981.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen, In: Jürgen Elvert, Jürgen Jensen und Michael Salewski (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Ehlen, Peter (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

Ehrenthal, Günther, Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen, Berlin 1929.

Eisfeld, Gerhard und Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn [2]1980.

Eksteins, Modris, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975.

Encyclopaedia Judaica. Vol. VI und VII, Jerusalem 1971.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epkenhans, Michael, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

Feldman, Gerald D., Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-1932. In: Karl Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978, S. 103-125.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969.

Fenske, Hans, Die pfälzische NSDAP 1921-1932. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 85 (1987), S. 347-381.

Ferro, Marc, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt a. M. 1988.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A social, economic and ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franz-Willing, Georg, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung, November 1923 bis Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, 2 Bde., Innsbruck 1989.

French, David, British Strategy and War Aims, Vol. 1: 1914-1916, London 1986.

Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde., Berlin (Ost) 1987.

Friedenthal, Elisabeth, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Diss. phil., Tübingen 1957.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Garnett, Robert S., Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany 1918-1933, New York 1991.

Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 6, Düsseldorf 1981.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966.

Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd V/2: Politische Geschichte in der Neuzeit, Köln 1978.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gies, Horst, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Gimbel, A[*dalbert*] (Hrsg.), So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941.

Görlitz, Walter, Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953.

Götz, Norbert und Peter Weidisch, "Reichszeugmeisterei". In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 283.

Goldberger, Paul, Wolkenkratzer. Das Hochhaus in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1984.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gräber, Gerhard und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Grieder, Karl, 50 Jahre Do X. Geschichte eines Riesenflugschiffes, Schaffhausen 1979.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reicherbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Gschnitzer, Fritz, Die Stellung Karthagos nach dem Frieden von 201 v. Chr. In: Wiener Studien 79 (1966), S. 276-289.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Gutsche, Willibald, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991.

Hackett, David, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Diss. phil., University of Wisconsin 1971.

Halcomb, Jill, the S.A. A Historical Perspective, Columbia 1985.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976.

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.

Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983.

Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder. Hrsg. vom Institut für Zeitungskunde, Berlin 1931.

Hank, Manfred, Kanzler ohne Amt. Bismarck nach seiner Entlassung 1890-1898, München 1977.

Hanschel, Hermann, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977.

Haupts, Leo, Deutsche Friedenspolitik 1918-1919. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976.

Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Heindl, Hermann, Das Antiterrorgesetz. Gesetzestext mit ausführlichen Erläuterungen, Wien 1930.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Heiß, Friedrich, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938.

Henke, Joseph, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Herrmann, Karin, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse. Politische Ziele, Reaktion auf die Ereignisse und die Versuche der Meinungsführung in der deutschen Tagespresse während der Zeit vom 23. September bis 11. November 1918, Diss. phil., Münster 1958.

Hertz-Eichenrode, Dieter, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969.

Hertz-Eichenrode, Dieter, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums. In: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze. Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego nr 98, Pojezierze Olsztyn 1986, S. 59-114.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982. S. 305-331.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-652.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Monarchismus in der deutschen Republik. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 254-271.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1. Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; ^{65}1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973).

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

Höhn, Reinhard, Scharnhorsts Vermächtnis, Frankfurt a. M. ^{2}1972.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hogan, Michael J., Informal Entente. The private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy 1918-1928, Columbia 1977.

Holl, Karl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Homburg, Heidrun, Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: Eine diskrete Elite und mancherlei Mythen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (1992), S. 183-219.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Hovannisian, Richard G. (Ed.), The Armenian Genocide. History, Politics, Ethics, London 1992.

Hron, Karl, Der Kampf um Südafrika. Eine militärisch-politische Studie, Wien 1899.

Hron, Karl, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatze und in der europäischen Politik, Wien 1899.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969.
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürten, Heinz, Friedenssicherung und Abrüstung. Erfahrungen aus der Geschichte, Graz 1983.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S.163-169.

James, Harold, The German Slump. Politics and Economics 1924-1936, Oxford 1986.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963.

Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988.

Junkers und die Weltluftfahrt. Hrsg. von F. A. Fischer von Poturzyn, München [2]1935.

Kallenbach, Hans, Mit Adolf Hitler auf Festung Landsberg, München 1933.

Karstens, Uwe, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kaufhold-Roll, Heinz, Die Entwicklung von Technik und Taktik im Ersten Weltkrieg. In: Sturmpanzerwagen A 7 V. Vom Urpanzer zum Leopard 2. Ein Beitrag zur Militär- und Technikgeschichte, Herford 1990, S. 19-50.

Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860-1914, London 1980.

Kent, Bruce, The Spoils of War. The Politics, Economics and Diplomacy of Reparations 1918-1932, Oxford 1989.

Kerekes, Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1967.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmel, Adolf, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969.

Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise, München [2]1979.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Kludas, Arnold, Die großen Passagierschiffe der Welt. Eine Dokumentation, Bd. III, Oldenburg 1973.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Knock, Thomas J., To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

Köllmayr, Friedrich, Unser München. Antifaschistischer Stadtführer, Frankfurt a. M. 1983.

Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.

Kolakowski, Leszek, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3 Bde., München 1977-1979.

Kolb, Eberhard, Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870. Anstelle eines Nachworts. In: ders. (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellationen - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987, S. 203-209.

Kondert, Reinhard, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929-1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975/76), S. 163-175.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Korey, William, The Legal Position of Soviet Jewry: A Historical Enquiry. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford [3]1978, S. 76-98.

Koszyk, Kurt, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, Ihre Programmatik, Ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan, 1966.

Kuhn, Axel, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939, Stuttgart 1970.

Kuhn, Axel, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. In: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978, S. 639-653.

Kunisch, Johannes, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.

Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

Lankheit, Klaus A., Preußen und die Frage der europäischen Abrüstung 1867-1870, Freiburg i. Br. 1993.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt a. M. 1983.

Lepsius, Johannes (Hrsg.), Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung Diplomatischer Aktenstücke, Nachdruck der im Tempelverlag zu Potsdam 1919 erschienenen Ausgabe, Bremen 1986.

Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Linke, Horst Günther, Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914-1917, München 1982.

Von Löbell's Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von v. Oertzen, Berlin 1926.

Lohalm, Uwe, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lowe, C. J. / F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Ludendorff, Erich, Der totale Krieg, München 1935.

Lüdecke, Kurt, I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge, London 1938.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik. In: Karl Holl und Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 47-76.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

Lutzhöft, Hans-Jürgen, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940, Stuttgart 1971.

Lyttelton, Adrian, Faschismus und Gewalt: Sozialer Konflikt und politische Aktion in Italien nach dem Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 303-324.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

McDonough, Frank, The Times, Norman Ebbut and the Nazis, 1927-1937. In: Journal of Contemporary History 27 (1992), S. 407-424

McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978.

McKale, Donald M., The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in his Movement, 1921-1945, Lawrence/Kansas 1974.

McKercher, B. J. C. (Ed.), Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy, London 1991.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Mahraun, Artur, Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation Deutschen Staatsbürgertums. Der Gründungsaufruf und das Manifest der Deutschen Staatspartei. Beantwortung gegnerischer Fragen, Berlin 1930.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ^{3}1990.

Maser, Werner, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343.

Maurer, Emil, Der Panamakanal - gestern und heute, Leipzig 1943.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merl, Stephan, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Messerschmidt, Manfred und Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitk von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991.

Meyer, Peter, Luftschiffe. Die Geschichte der deutschen Zeppeline, Koblenz 1986.

Michaelis, Meir, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978.

Michalka, Wolfgang und Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München ^{5}1994.

Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt ^{3}1989 mit Ergänzungsband.

Moltke, Helmuth Graf von, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Moltmann, Günter, Nordamerikanische "Frontier" und deutsche Auswanderung - soziale "Sicherheitsventile" im 19. Jahrhundert? In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, Bonn 1978, S. 279-296.

Mommsen, Hans, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning. In: VfZ 21 (1973), S. 151-165.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

Müller, Gerd, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.

Müller, Klaus-Jürgen, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart ^{2}1988.

Naarden, Bruno, Socialist Europe and Revolutionary Russia. Perception and Prejudice 1848-1923, Cambridge 1992.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Neuberger, Helmut, Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918-1945, 2 Bde., Hamburg 1980.

Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart ^{4}1977.

Niclauss, Karlheinz, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966.

Niedhart, Gottfried, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasementpolitik 1919-1933. In: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1980, S. 113-130.

Niedhart, Gottfried, Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

Nove, Alec und J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford ^{3}1978, S. 132-167.

Österreich-Ungarns Letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv. Bd. I: Das Kriegsjahr 1914, Wien ^{2}1931.

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934.

Opgenoorth, Ernst, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, 2 Bde., Göttingen 1971-1978.

Oppermann, H[*ans*], Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936.

10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP. Hrsg. vom Gau Ostpreußen der NSDAP, Königsberg 1938.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938; 1930, Vol. I, Washington 1945.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Paulmann, Johannes, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989.

Pedersen, Peter, Die große Zeit der Luxus-Liner, Hamburg [2]1986.

Pedroncini, Guy, 1917. Les mutineries de l'armée française, Paris 1968.

Petersen, Jens, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petersen, Jens, Das Problem der Gewalt im italienischen Faschismus, 1919-1925. In: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 325-348.

Petter, Wolfgang, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 3-262.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Pfeifer, Eva, Das Hitlerbild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929-33, Diss. phil., München [2]1968.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pietrow, Bianka, Stalinismus Sicherheit Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983.

Pinkus, Benjamin und Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, Baden-Baden 1987.

Plewnia, Margarete, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 381-390.

Poidevin, Raymond und Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Pospielovsky, Dimitry, The Russian Church under the Soviet Regime, 1917-1982. Vol. I, Crestwood (N.Y.) 1984.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung von Jürgen Rohwer, München 1974.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearb. von Rudolf Morsey, Mainz 1969.

Pütter, Konrad, Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München 1986.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rebentisch, Dieter, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, Berlin 1977, S. 107-157.

Rebentisch, Dieter, Zwei Beiträge zur Vorgeschichte und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Frankfurt. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 279-297.

Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans Boldt, München 1987.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichstagshandbuch 1928/1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928/1930.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Riekhoff, Harald von, German-Polish Relations 1918-1933, Baltimore 1971.

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland. Bd II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich 1890-1914, München 1960.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Roosbroeck, Robert von, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929.

Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Politisierung der politischen Beamten im Preußen zwischen 1918-1933, Stuttgart 1965.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Saldern, Adelheid von, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1966.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Sauerwein, Jules, 30 Ans à la Une, Paris 1962.

Schanbacher, Eberhard, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982.

Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schmalenbach, Paul, Die Geschichte der deutschen Schiffsartillerie, Herford 1968.

Schmidt, Walter, Der 19. Juni 1930 in Chemnitz. Als der Führer zu uns sprach. In: Der Türmer von Chemnitz 6 (Juli 1940), S. 97 f.

Schneider, Michael, Die christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Schraepler, Ernst, Die Forschung über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Wandel des Geschichtsbildes 1919-1969. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 321-338.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 1984.

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Schütz, Brigitte, Die "Sammlung Rehse". In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 280 f.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1930, München 1922-1931.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Revolution und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulz, Ursula, Die Bremer Anfänge Friedrich Eberts. Eine Dokumentation, Bremen 1968.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schuster, Wolfgang, Hitler in München - privat? In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 125-130.

Schwabe, Klaus, Anti-Americanism within the German Right, 1917-1933. In: Jahrbuch für Amerikastudien 21 (1978), S. 89-107.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitk 1918-1919, Düsseldorf 1971.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarz, Albert, Die Zeit von 1918 bis 1920. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Entwicklung des Freistaates (1918-1933). In: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Max Spindler. Bd IV/1: Das neue Bayern 1800-1970, München 1974, S. 387-453.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwarze, Johannes, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977.

Sendtner, Kurt, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954.

Severing, Karl, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950.

Sheehan, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983.

Sheldon, William F., Das Hitler-Bild in der "Time" 1923-1933. In: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1975, S. 67-81.

Solari, Pietro, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932.

Solleder, Fridolin (Hrsg.), Vier Jahre Westfront. Die Geschichte des Regiments List. Reserve-Infanterie-Regiment 16, München 1932.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Soutou, Georges-Henri, L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Stäbler, Wolfgang, Die neue Bauernbewegung. Oberbayerischer Bauernprotest in der Endphase der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51 (1988), S. 901-915.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Stadler, Karl R., Die Gründung der Republik. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 55-84.

Starhemberg, Ernst Rüdiger Prince, Between Hitler und Mussolini, London 1942.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907-1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1907-1932.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930). Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt, Dresden 1931.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinborn, Peter, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stieff, Hellmuth, Briefe. Hrsg. und eingeleitet von Horst Mühleisen, Berlin 1991.

Stokes, Lawrence D., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984.

Stone, Jay und Erwin A. Schmidl, The Boer Wars and Military Reform, London 1988.

Straßer, Otto, Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP, Berlin 1930.

Strauss, Herbert A., The Jewish Press in Germany 1918-1939 (1943). In: The Jewish Press that was. Accounts, Evaluations and Memories of Jewish Papers in pre-Holocaust Europe, Jerusalem 1980, S. 321-353.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Suchy, Barbara, Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Sachsenheim 1989, S. 167-191.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie. Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987.

Taschenbuch der Kriegsflotten. XXV. Jahrgang 1929, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1929, 1930.

Teichler, Hans Joachim, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991.

Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei von Albert Krebs, Stuttgart 1959.

Ternon, Yves, Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermordes, Frankfurt a. M. 1981.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Tracey, Donald R., The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-1930. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Treviranus, Gottfried Reinhold, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

Trotzki, Leo, Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Bd. 1.1. (1929-1936). Hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tostorff, Hamburg 1988.

Turner, Henry Ashby, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Unruh, Karl, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bde. II, III, VII, Berlin o. J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte. III. Tagung 1929/1930, Nr. 31 bis 52, München 1929.

Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928, Bde. 423, 425-427, 438-441, Berlin 1930.

Die Verlagserscheinungen des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf. GmbH München Berlin Wien 1921-1941, Leipzig 1941.

Vierbücher, Heinrich, Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg 1930.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wachenheim, Hedwig, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1967.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Walker, Denis Paul, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Diss. phil., Cambridge (Mass.) 1976.

Wandycz, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

Weber, Reinhard, "Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit". Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 42 (1994), S. 129-150.

Wegner, Bernd, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945, Paderborn ^{4}1990.

Weidisch, Peter, Reichszentrale der NSDAP. In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 273-275.

Weiler, Heinrich und Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977.

Weinryb, Bernhard D., Antisemitism in Soviet Russia. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford ^{3}1978, S. 300-332.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker. Hrsg. von Hans Krebs und Otto Prager, Aussig 1926.

Der Weltkrieg 1914-1918. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde., Berlin 1925-1944.

Wendt, Bernd-Jürgen, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. ^{2}1986.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Nürnberg 1964.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

Wilderotter, Hans, Haus Doorn. Die verkleinerte Kopie eines Hofstaates. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 113-121.

Williamson, David G., The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wilpert, Gabriele, Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göppingen 1978.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Woelker, Joachim, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, Seria Nowa, Tom XXX (1976), S. 341-362.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Wrigley, Chris, David Lloyd George and the British Labour Movement, Hassocks 1976.

Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg ²1991.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987.

Zofka, Zdenek, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979.

Zollitsch, Wolfgang, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Zunkel, Friedrich, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26 (1981), S. 104-128.

Zweck, Erich, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922 bis 1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN SCHRIFTEN ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932

Teil 1: Oktober 1930 – Juni 1931

Herausgegeben und kommentiert von Constantin Goschler

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]

Bd. IV. Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932 / hrsg. und kommentiert von
Constantin Goschler.
Teil 1. Oktober 1930 – Juni 1931. – 1994
ISBN 3-598-21935-0
NE: Goschler, Constantin [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satzproduktion: Textservice Zink, Epfenbach
Druck / Binden: Jos. C. Huber KG, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Aus verlagsinternen Gründen erscheint der erste Teilband von Band IV vor der Fertigstellung des zweiten Teilbandes. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wird in diesem Band der Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze unterrichtet, nochmals abgedruckt, und in beide Teilbände wird gesondert ein Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das Quellenmaterial für diesen Teilband ist in seinen wesentlichen Teilen seit 1980 von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik erschlossen und gesammelt worden. Regina Vossen hat Constantin Goschler, der nach seinem Ausscheiden aus dem Institut für Zeitgeschichte die Arbeit an der Edition fortgesetzt und abgeschlossen hat, bei Bibliotheks- und Archivrecherchen unterstützt, Hannelore Scholz die Texterfassung übernommen.

Institut für Zeitgeschichte München, im September 1993

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnittshaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und seit 1990 nur noch an einigen Orten, insbesondere in der ehemaligen DDR fortgesetzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Potsdam sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Berlin Document Center, Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Staatsarchiv Dresden, Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt a.M., Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Weimar, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wroclaw in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive sowie Bibliotheken der Bundesrepublik und der DDR mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

2. Oktober 1930 Dok. 1
Interview mit der Times [1]

The Times (London) vom 4.10.1930, "Nazi Foreign Policy. Herr Hitler's Statements" [2].

In reply to a question as to whether a National-Socialist Foreign Minister would insist on complete repudiation of the Treaty of Versailles or would be satisfied with pursuing a policy of revision, Herr Hitler said:

"That is a question which cannot be answered with a simple negative or affirmative. The decisive factor in our attitude towards foreign obligations is not what we want to do, but what we can do. Just as it is a dishonest act for a merchant to put his name to a bill which he knows he cannot meet, so it is equally dishonourable for a statesman to sign on behalf of a nation an international agreement which he knows that nation to be incapable of fulfilling. You may rely on one thing, and that is that we will not undertake anything which we cannot perform."

Referring to the phrase "heads will roll", used by him when giving evidence at the Leipzig trial [3], Herr Hitler said:

"When I and my comrades in arms were in the trenches during those terrible years from 1914 to 1918 we all realized that 50 yards away from us in the British trenches were honourable men. Yet it was our duty to fight, and even to kill, these men. If we could act thus towards men whom we recognized to be honourable, what must our attitude be towards those whom we know to be unprincipled (*characterlos*), those who are responsible for the ruin of their Fatherland?

Perhaps it is more difficult for England than for any other nation to imagine herself in Germany's desperate position. Never has England been so completely humiliated and so hopelessly overpowered as Germany was in the autumn of 1918. England, which has not suffered invasion and subjection by a foreign Power for centuries; England, where no battle even of civil war has been fought since the days of Sedgemoor [4]; England can have no conception of our terrible plight. Neither could we ourselves have imagined such a thing before the War, and yet it happened. But any act of justice we should find necessary would be taken in a strictly legal manner. Don't condemn us, therefore, if we should act as you yourselves would act in our place. I hope that England will never find

1 In München, abends. Das Interview führte Times-Korrespondent Stanley Simpson.

2 Vgl. auch Potsdamer Tageszeitung vom 4.10.1930, "Hitler über die nationalsozialistische Außenpolitik"; 8 Uhr-Abendblatt vom 4.10.1930, "'Patriot' Hitler biedert sich bei den Engländern an"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.10.1930, "Die Ziele der Nationalsozialisten. Ein Interview der 'Times'"; VB vom 7.10.1930, "Eine Unterredung mit Hitler in der 'Times'".

3 Beim Hochverratsprozeß gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte Hitler am 25.9.1930 als Zeuge unter Eid erklärt: "Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen." Zit. nach Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967, S. 260. Sowie Bd. IV/3.

4 Bei Sedgemoor in der Grafschaft Sommerset hatte 1685 die letzte Schlacht auf englischem Boden stattgefunden.

herself in a position like that of Germany, but if she were in such a position and if, in her darkest hour, she was stabbed in the back, what would be the attitude of England when on her feet once more? What would be the attitude of English patriots towards those among their own nation who had sought to destroy their country?"

The rumours of a National-Socialist *Putsch* Herr Hitler described as "ridiculous" (*ausgeschlossen*). "We are not out for a bloody revolution," he added with the greatest vehemence, "we are conquering the Reichstag. We have already made ourselves the second strongest party [5], and at the next election we shall become the strongest party in the Reich. We will conquer political power by strictly legal means." Herr Hitler went on:

"I firmly believe that the last vestiges of estrangements between England and Germany will before long disappear completely. Whatever may be England's attitude towards us now, it may well be that at no very remote date England will be glad of the existence of a strong and reawakened Germany. The danger is not yet imminent, but if one day the Bolshevist menace spread in all directions, and the Red Flag flew from Vladivostok to the English Channel, what then? The Germany of the present day is too weak to withstand Bolshevist aggression, and therefore our movement is no mere jingoism but a vital necessity to Germany and Europe.

I cannot conceive [said Herr Hitler in conclusion] how our aims and methods can be taken exception to by any true Englishman."

4. Oktober 1930 Dok. 2
Interview mit der Hearst-Presse [1]

New York American vom 5.10.1930, "Adolf Hitler: 'Young Germany, Guiltless of War, Won't Endure War-Debt Slavery'" [2].

The world - that so highly moral, just and self-righteous world outside of Germany - sooner or later will have to realize and recognize that there are two Germanys: the old

5 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte die NSDAP ihren Stimmenanteil gegenüber 2,6 % (0,81 Millionen Stimmen) bei der vorangegangenen Reichstagswahl am 20.5.1928 auf 18,3 % (6,41 Millionen Stimmen) gesteigert. Dadurch errang sie 107 Sitze (zuvor 12) im neuen Reichstag. Vgl. Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 41, 44.

1 In München. Das Interview führte Karl von Wiegand für die Hearst-Presse. Zum amerikanischen Presseimperium von William Randolph Hearst vgl. Edwin Emery und Michael Emery, The Press in America. An Interpretative History of the Mass Media, Englewood Cliffs, N. J, [4]1978.

2 Vgl. auch Corriere della Sera vom 5.10.1930, "Nuove dichiarazioni di Hitler"; Berliner Tageblatt (AA) vom 6.10.1930, "Hitler Erfüllungspolitiker?"; VB vom 8.10.1930, "Neue Kundgebung Hitlers durch die Hearst-Presse"; Frankfurter Zeitung vom 9.10.1930, "Hitler gibt sich den Amerikanern als Erfüllungspolitiker"; Der Nationalsozialist, 4. Oktoberfolge 1930, "Ein neues Interview der Hearstpresse mit Adolf Hitler".

Germany and the new, the past and the present Germany, and the passing and the coming Germany.

It was your own Woodrow Wilson [3] who first declared there are two Germanys, and laid down the principle, so contemptuously disregarded at Versailles, that the German people are not guilty of the World War and would not be made to pay for it [4].

The Germany I lead - the new and coming Germany, the young Germany - is certainly not guilty of that war, had nothing to do with making it, and upon Germany no amount of legislative acrobatics can morally place the slightest responsibility.

This being the fact, this new and young Germany which I lead does not propose to be convict labor for its entire own generation and, in addition, bequeath to its children and children's children the Versailles Treaty and Young Plan [5], endless slavery, and the sentences of unfulfillable tribute-paying.

France can stand on her head, can invade Germany, and can create a still greater depression in the economic world by eliminating Germany. All that and more can happen and we shall suffer, but it will not break the determination of the young Germany I lead that there shall be a more reasonable and sensible adjustment of the unfulfillable burdens dictatorially imposed on Germany.

Those so-called "solemn obligations" were extorted from Germany at Versailles and The Hague [6] at the point of a pistol so that when Germany could not fulfill what is humanly unfulfillable, it could be held up in scorn and contumacy, and blackened as a dishonest and dishonorable country and a people who do not keep pledges.

There was a purpose in those impossible demands. Nothing was ever said of the pledges made to us, made of their own free will and not extorted, by our so highly normal, just and self-righteous former enemies in their hour of victory.

I refer to Wilson's repeated declarations that the German people did not want to make war, were not guilty, and should not be made responsible for it nor pay for it. I refer among others to that promise of general disarmament to follow Germany's disar-

---

3 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

4 Zur Auseinandersetzung um Wilsons Friedensprogramm in Deutschland vgl. Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

5 Der am 12.3.1930 vom Reichstag angenommene Young-Plan stellte eine Neuregelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Gegenüber den 1924 im Dawes-Plan vereinbarten jährlichen deutschen Reparationslasten von 2,5 Milliarden RM sah der Young-Plan vor, daß Deutschland von 1929 an 59 Jahre lang eine Durchschnittsannuität von rd. 2 Milliarden RM leisten sollte, die, zunächst ausgehend von einer Annuität von 1,7 Milliarden RM, schrittweise erreicht werden sollte. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 469 ff.

6 Gemeint sind die Konferenzen im Haag vom 6. bis 31.8.1929 und vom 3. bis 20.1.1930, auf denen der Young-Plan ausgearbeitet wurde. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 476 ff.

mament, solemnly documented by the victorious Allies in the articles of the League of Nations [7].

Mind you, those were declarations and promises made by the Allies of their own free will to impress the world with their idealism, nobility and intention of making a new Europe and a new world.

Despite all of Wilson's promises, Germany was forced to sign the lie at Versailles that she alone was solely guilty [8]. Eleven years have passed and still our former enemies are pledge-breakers.

Germany, at least, has paid tribute all those years and has kept her pledges. Yet she is stigmatized as dishonorable if she cannot carry the imposed burden longer.

The world is now pretty well satisfied that Germany was not alone guilty of the World War, not even the old Germany. But the Versailles Treaty and the Young Plan were, nevertheless, built on that lie and today can only be defended or justified on that very rotten moral foundation.

Let us have a look at that responsibility. We reject the charge that Germany was guilty of the war, but let us assume it was guilty. Upon whom could the responsibility be placed so that you could justify the unprecedented, inhuman terms imposed?

Before the war, only Germans who had reached the age of twenty-five could have an influence on the Government. Therefore, only those above twenty-five in 1914, who today are forty-one or over, could be held morally to having any responsibility for the war, since they elected the Reichstag which voted the war credits. As women then had no vote, no representation politically, no responsibility can rest morally on them.

When one of my young men, aged twenty, asks me why he is out of work, why he is hungry, can I tell him:

"My dear boy when the World War broke out you were four years old and you have no work and little to eat now because you are being punished by our very just and righteous former enemies for having helped bring on that terrible war."

That boy would think I was insane. Yet that is what the Germans have to tell their young men and women.

Do you wonder at this revolt of babies, small boys and girls of those days, now grown to young manhood and womanhood, against such a mad idea that they have a responsibility for that war and therefore must be economic slaves for their entire lifetime, and their unborn children after them?

If that has surprised the world then it is only because diplomatic representatives and foreign press correspondents, sitting all the time in Berlin, do not know the young Germany of today, or haven't kept their governments and newspapers properly informed. It is so logically that it should not be a surprise for those who really think.

---

7 Gemeint ist Artikel 8 der Völkerbundssatzung vom 28.6.1919, wo das Prinzip allgemeiner Abrüstung festgelegt wurde. Zugleich wurden die Völkerbundsmitglieder dort verpflichtet, innerhalb von 10 Jahren Abrüstungspläne vorzulegen. Druck: RGBl. 1919, S. 723 f.

8 Gemeint ist der Artikel 231 des Versailler Vertrages. Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Zur Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage vgl. Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Can anyone seriously think that in sixty or more years German young men and women are going to pay this impossible tribute because they are told that the French claim their great-grand-fathers and grandfathers brought on the World War. The very idea is madness.

Our former enemies are fond of motivating their attitude and the terms of their demands on the basis of righteousness and moral justice. The French especially are acting as though they alone have those attributes.

Upon what principles of moral justice can a child yet unborn be made responsible for the World War? That is what the Versailles lie and the Young Plan for tribute does.

At the most, even were the Germany that has passed guilty, you could with justice make responsible only that generation that was twenty-five when the war broke out and the youngest of which is forty-one today.

Placing the average life-time of that generation at forty-eight, that responsibility ceases with their passing, which will be in seven years.

I repeat that the Germany I lead - the new and young Germany - is not responsible for the World War and will not pay impossible and endless tribute.

You say that it is difficult to interest the public in past events and in past history; that everybody in these days of depression has so many troubles they don't want to think about what is past.

Ancient history, is it? That's why the world public doesn't want to be troubled with the Versailles Treaty and the Young Plan! It is because of the mistakes of those history makers that Europe in general, and Germany, in particular, are suffering from their present troubles. That is what new Germany says, too: "It is ancient history, therefore forget it."

There is a new Italy; there is rapidly coming into existence the young Germany. There will be a new and young Britain; possibly even some day a new France, though I am not very hopeful there.

The new Europe, the new world, which Wilson, Lloyd George [9], Clemenceau [10], and other old men promised to make and then didn't make an effort to do so, will be made of youth grown to manhood and womanhood and imbued with that new spirit, will be made by those who will live in and run that new Europe.

I said there are two Germanys, the remnant of the old, not necessarily in years alone, but in political thinking, and the new Germany. The young Germans I represent are not "hurrah" patriots and they do not want to hear the sabre rattling knowing what a disagreeable sound that is.

It is this new Germany of the mentally clear-thinking, physically sound, healthy young men and women of outdoor sports, athletic games, sunshine and air, who hold out their

9 David Lloyd George (1863-1945), brit. Politiker und Sozialreformer, 1890 liberales Mitglied des Unterhauses, 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, 1916 Kriegsminister, 1916-1922 Premierminister.

10 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der franz. Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrates von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitschrift "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 franz. Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

hands to young Britain, America and Italy and other countries, even compete in their games with young France.

It is that studious, ambitious, industrious, thrifty, young Germany that wants to live with peace. All desire to work hard, eager to get on in the world, but they want opportunity with other countries on the basis of equality without the handicap of an undragable Versailles Treaty and Young Plan ball and chain.

Tribute-paying has ever been for the purpose of buying freedom. Can you inspire even a slave to work, to save, and to be frugal when he knows that never in his lifetime can he buy his freedom, nor can his children after him? Yet that is expected of young Germany. Is it not madness?

How do I expect to file the Versailles Treaty and Young Plan ball and chain, as you call it, from Germany? By the realization abroad that Germany is nearing the limit of its endurance before a catastrophe takes place, by a re-examination of the question of guilt, by a revision of the Young Plan.

You tell me that is well nigh impossible to change the Young Plan now that the German Government, which signed it at the Hague, has practically closed the door. I say it is not too late, but in two or three years it can be too late.

Russia has shown that such things can be done. Germany does not want to go that way. To prevent Germany being driven in that direction is why the National Socialist movement came into existence.

You ask if I realize that my movement and agitation in this question are seriously affecting the stock markets and German securities [11]? Would not the election of from 100 to 150 Communists at the next election affect them still more seriously? Certain Communist, Socialist and Democratic newspapers and the Bourse manipulators in Berlin and elsewhere are largely responsible for those declines by their sensational and false reports that I am preparing a "putsch".

Once the National Socialists are in the Government they will put an end to that sort of irresponsible or deliberately malicious spreading of false news.

Regarding my practical program if I go into the Government: You have seen in the papers that the State of Brunswick has now a National Socialist Government [12]. Its program, which includes the reduction of the salaries of the State and public service officials, the abolition of pensions for Cabinet Ministers, a pay reduction for members of the Diet, and [*Text bricht ab.*] ployment would be among the points extended to our national program in that event.

Brunswick's member in the Federal Reichstag will be instructed to demand that the Government take up the question of lightening the Young Plan tribute burden on the people and Germany's alleged guilt of the war on which that plan is based and justified.

11 Als Reaktion auf das Ergebnis der Reichstagswahl am 14.9.1930 stockte die Zufuhr ausländischen Kapitals, und große Beträge wurden aus Deutschland abgezogen, was an der Börse zu vorübergehenden Kurseinbrüchen führte. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 490.

12 In Braunschweig regierte seit dem 1.10.1930 eine Koalition aus NSDAP, DNVP und DVP. Vgl. Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony, 1921-1933, London 1971, S. 222 ff.

But let me warn against the thought or hope that radiates from Berlin that this is just a superficial movement and of short duration. The crest of the wave is still far back. The old men, old parties, old leaders with their old ideas have had their chance. They have failed miserably. Comes now the younger generation to make a new Germany in fact.

My fervent prayer is that it may not have to be built on ruins, but built it will be, for never in history have the German people long been held down. The Germany that I lead will sign nothing that it is not convinced can be fulfilled and will meticulously keep every obligation assumed.

4. Oktober 1930 Dok. 3
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Frankfurt a. M. [1]

VB vom 8.10.1930, "Wir verfechten unser Ziel bis zum letzten Atemzug" [2].

Er [*Hitler*] geht aus von dem 14. September 1930 [3], der letzten Endes kein parlamentarischer Sieg gewesen ist, ein Sieg, der von uns nicht als Krieg um Mandate geführt worden ist, sondern als Mittel zum Zweck. Letzten Endes auch eine Zählung der nationalsozialistischen Heerschau. Ein weiterer Schritt ist getan. Eine weitere Verpflichtung zu Kampf und Sieg ist übernommen worden. An dem Zustand an sich hat sich nichts geändert:

Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist nach wie vor ungelöst. In der gleichen Zeit, als Bismarck die deutschen Stämme einigte und dabei die *staatspolitische* Einheit durchführte, setzte die *geistige* und *seelische* Zerrissenheit unseres Volkes ein, die am Schlusse an Stelle des deutschen Volksgenossen den Bürger und den Proletarier schuf. *Das ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Ohne* ihre Lösung ist der Tod der Nation unerbittliche historische Notwendigkeit.

Denn jedem muß heute klar sein:

Es wird heute keinen endgültigen Sieg der einen oder der anderen Seite mehr geben, der zur Volkseinheit führen würde, sondern die Unmöglichkeit einer solchen Lösung führt zum Zerfall unseres Volkskörpers - ein Zerfall, der für die Zukunft eine Tatsache sein würde, für die Gegenwart wirtschaftliches, politisches und kulturelles Elend, Not, seelische Katastrophen in ungeheuerlichem Ausmaß. In dem Augenblick dieser Unmöglichkeit trat die *nationalsozialistische Bewegung auf den Plan*.

1 In der Festhalle, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB 20.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Jakob Sprenger mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Zum Gesamtprogramm des Parteitages des NSDAP-Gaues Hessen-Nassau-Süd am 3./4.10.1930 vgl. VB vom 8.10.1930.

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 5.10.1930, "Nationalsozialistischer Gautag in Frankfurt"; Wiesbadener Tagblatt vom 6.10.1930, "Hitler in Frankfurt"; Deutsche Zeitung vom 6.10.1930, "Möge er bald aufgelöst werden..."; VB vom 7.10.1930, "Westdeutscher Hitlertag in Frankfurt".

3 Bezieht sich auf die Reichstagswahl, vgl. Dok. 1, Anm. 5.

Die Frage, ob der Zerfall des deutschen Volkes mit den bisherigen Mitteln aufzuhalten ist, kann ohne weiteres verneint werden. Und so, wie 200 Jahre nach der gewaltigen konfessionellen Zerrissenheit ein völlig neuer Gedanke, *der preußisch-deutsche Staatsgedanke*, die einigende Lösung gab, so muß auch heute ein völlig *neuer* Gedanke die Lösung bringen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei schuf die *Plattform, auf die jeder Deutsche treten kann, der an sich noch guten Willens ist*:

"*Im Nationalismus in letzter Konsequenz, der zur restlosen Hingabe an das Volk führt, ist der edelste Weg zum Sozialismus gegeben, so daß beide letzten Endes in eins zerschmelzen [sic!] müssen. Damit ist höchster Nationalismus identisch geworden mit reinstem und selbstlosestem Sozialismus*."

Aus bisher trennenden Begriffen ist eine einheitliche Kampfparole geworden, und den kleinen Geistern, die sie als idealistisch ablehnen, sei gesagt: "*Der höchste Idealismus ist zu allen Zeiten die größte Realität gewesen.*"

Denn regierte der Materialismus, so regierte Egoismus, Selbstsucht, Habsucht, der Kampf der Gemeinheit ohne Grenzen, - und gerade die *Egoisten*, die solche Einwendungen erheben, sollten sich darüber klar werden, daß, wenn die Millionen des Proletariats diese ihre Auffassung *teilten*, der Kampf aller gegen alle entbrennen und sich an diesen Egoisten am *furchtbarsten* rächen würde. Und jene, die uns als Phantasten verschreien, greifen nur deshalb zu diesen Worten, weil für sie das politische Leben eine armselige Angelegenheit ihres Eigennutzes war. Das *Volk* aber hat durch 6 1/2 Millionen nationalsozialistischer Stimmen bewiesen, daß es *mehr* begreift als diese erbärmlichen Geschäftspolitiker. *Denen* aber, die uns scheinheilig auffordern, auf den Lorbeeren auszuruhen und uns bequem einzunisten, sagen wir: *Uns* genügt der 14. September 1930 *nicht*!

"*Nicht der 14. September ist die Erfüllung unserer Wünsche, sondern am Ende steht als letztes Ziel: Wir Nationalsozialisten kämpfen um die politische Macht restlos auf legalem Wege.*"

Und wenn man uns mit der Wandelbarkeit des Volkes erschrecken will, so stellen wir fest: Nicht das *Volk* ist wandelbar, sondern seine "*Führer*" waren es bisher. *Wir* brauchen keine Wandelbarkeit des Volkes zu befürchten, denn: "*Wir verfechten unser Ziel bis zum letzten Atemzug!*"

Zehntausende von Versammlungen werden erneut das deutsche Volk aufklären, immer gewaltigere Massen unseres Volkes werden in unserer Willensrichtung mitmarschieren - marschieren auf das Ziel: "*Deutschland muß frei werden, und Deutschland wird frei werden.*"

Im Gegensatz zu all denen, die mit kleinen Mittelchen helfen wollen, haben wir stets das Große im Auge und wissen, daß die Freiheit die Grundlage alles anderen ist. Ohne Beseitigung des Diktates von Versailles keine Rettung! Auf der Lüge von der deutschen Kriegsschuldlüge [4] [*sic!*] basiert die "Wiedergutmachung", und am Ende dieses "Bekenntnisses" steht der Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens!

Wenn die anderen sagen: Ihr seid schuld am Kriege - *wir* sagen aus unserer Überzeugung und unserem Herzen heraus: Es ist nicht wahr! Die anderen haben die Macht, aber

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

sie sollten dann wenigstens offen den Vernichtungswillen bekennen und nicht von moralischen Rechten sprechen. Denn selbst, wenn die Lüge von der Kriegsschuld *keine* Lüge wäre, so könnte das *heutige* Deutschland - die Männer und Frauen, die damals ohne Einfluß waren, die Kinder von damals - unmöglich schuld sein, - und man belastet sogar *die*, die *heute* noch nicht geboren sind.

"Die nationalsozialistische Bewegung wird sich gegen diese Infamierung [sic!] des deutschen Volkes zur Wehr setzen!"

Außerdem besteht die Forderung auf Begleichung einer Schuld nur *dann* zu Recht, wenn die Möglichkeit besteht, durch diese Begleichung die Schuld abzutragen.

Ist unsere Schuld nach 12 Jahren kleiner geworden? Nein! Sie ist von Jahr zu Jahr gestiegen! Heute spricht man vom Jahre 1988 als Endpunkt[5], *aber die Schuld wird dann noch höher sein. Ein zweites Jahrhundert wird anbrechen - die Schuld wird gestiegen sein, ein drittes Jahrhundert, - die Schuld wird wie ein Gaurisankar*[6] *auf dem deutschen Volk lasten! "Oder es wird die deutsche Kraft wiederkommen und wird die Schuldverpflichtung zerreißen!"*

Ist es ehrenvoll, Wechsel zu unterschreiben, wenn man weiß, daß man sie nicht einlösen kann? Ist es ehrenvoll, Verpflichtungen zu erfüllen, wenn man weiß, daß die Nation daran zugrunde geht?

"Es gibt eine Ehre, die über der Ehre eines Völkerbundes steht, es ist die Ehre einer freien und unabhängigen Nation!"

Ein Volk, das man wie das deutsche enteignet und an den Abgrund treibt, wird kein Verständnis mehr haben für westliche Staats-, Geld- und Kulturauffassung, und [*so*] gibt es in Deutschland nur noch zwei Möglichkeiten! Die schlappe Mitte der Erfüllung wird zerrieben. Nationalsozialismus und Bolschewismus heißen die beiden Wege. Die Welt wird sich entscheiden müssen. Sie wird nicht mehr auf eine charakterlose Mitte rechnen dürfen. Die deutschen Möglichkeiten sind: *Freiheit und Ehre - oder Bolschewismus*! Herrschaft des Wahnsinns und der Zerstörung - oder Herrschaft nationaler Vernunft und Energie! Die Welt muß erkennen, daß die bisher regierende deutsche Mitte sich bemüht hat, Unmögliches als möglich hinzustellen, um nicht vom Futtertrog weggestoßen zu werden. Sie *hat* bereits erkannt, daß sie schon damals von der charakterlosen Mitte belogen wurde, als man die Nationalsozialisten als eine Handvoll Narren und Verbrecher hinstellte. Die Welt soll *heute* wissen, daß die Männer des heutigen Systems den Boden unter den Füßen verlieren.

"Heute streben in Deutschland Millionen von Menschen einem Banner zu! Und daß das Banner ihnen vorangetragen wird, dafür werden wir sorgen!"

Der 14. September legt uns die Verpflichtung auf, den erreichten Erfolg bestmöglichst zu verwerten. Er legt uns die Verpflichtung auf, diese 6 1/2 Millionen in die Waagschale des Willens zur Befreiung zu werfen. Er legt uns die Verpflichtung auf, dafür zu sorgen, daß keine Erlahmung eintritt, und die 107 Männer, die das deutsche Volk in den Reichstag entsandt hat, werden nicht ihre Hauptaufgabe allein dort im Reichstag

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
6 Ein Gipfel des Himalaja.

erblicken, sondern sie werden überall zum deutschen Volke reden. Sie werden kämpfen und werben und ringen um die Erkenntnis des Volkes.

Auch dieser Reichstag wird letzten Endes den ihm vorgezeichneten Weg nicht gehen wollen. *Wir* haben keine Auflösung zu fürchten.

"Sie mögen morgen auflösen, übermorgen, in drei Wochen, wann sie wollen! Wir haben nur eine Sehnsucht: Sie heißt: Kampf!"

Wir werden dafür sorgen, daß wir ohne Furcht und ohne Gewissensbisse von neuem vor diese Nation treten können, und wir sind davon überzeugt, daß einmal die Stunde kommen wird, da das deutsche Volk endgültig abrechnen wird, - die Stunde, in der sich die Welt klar geworden sein wird, was das deutsche Volk will, - das deutsche Volk, das da nicht mehr Klassen darstellt, sondern *eine Nation*, - das deutsche Volk, in dem die charakterlose Mitte verschwunden ist.

"Auf dem Trümmerhaufen dieser Mitte, auf dem Trümmerhaufen dieser Vereine, Gruppen, Stände, Parteien, wird sich wieder erheben die deutsche Nation!" [7]

7. Oktober 1930 Dok. 4
Rede auf NSDAP-Führertagung in München [1]

VB vom 9.10.1930, "Nationalsozialistische Führertagung" [2].

Adolf Hitler machte dazu grundsätzliche Ausführungen, in denen er den Ausbau der Organisation als das Mittel bezeichnete, um neue große Leistungen zu erzielen. Die *erhöhte Kraftentfaltung* ist das Ziel, aber das Mittel dazu, der organisatorische Apparat, muß da seine Grenze haben, wo er zum Selbstzweck zu werden droht. Diese Gefahr wird dadurch vermieden, daß die politische Energie der Partei fortgesetzt in lebendige Bewegung umgesetzt wird.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Konferenzsaal des Kampfbundes für deutsche Kultur in der Barerstraße, nachmittags. Die Reichsparteileitung der NSDAP, die Gauleiter und die Führer der NSDAP-Fraktionen im Reichstag und in den Landtagen besprachen am 7. und 8.10. in München die aufgrund des Ergebnisses der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erforderlichen organisatorischen Maßnahmen.

2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 9.10.1930; "Hitlers Pläne auf weite Sicht"; Le Matin vom 9.10.1930, "Réunion à Munich du comité directeur des nationaux-socialistes". Sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I, Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1, 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 614.

12. Oktober 1930 Dok. 5
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist, Fünfte Oktober-Folge 1930 (Mittwochs-Ausgabe), "Adolf Hitler in Weimar" [2].

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Das Jahr 1918 schickte uns in eine gegebene Situation hinein. Nicht wir konnten verantwortlich sein für das, was sich im November zugetragen hatte. Wir waren Frontsoldaten und kamen in eine Heimat zurück, die uns nicht mehr kannte und die wir nicht mehr kannten. Es hatte sich ein großer Riß vollzogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die Frage war: Ist die ganze deutsche Vergangenheit mit einem Schlage versunken? Ist das Nichts der Gegenwart die Zukunft des deutschen Volkes? Die Heimat von 1918 war ein Nichts an Kraft, Macht und Stärke; nichts, was unserem Volk Mut gegeben hätte. In 4 1/2 Jahren Krieg haben wir kennengelernt: Das Schicksal der Völker wird nicht entschieden durch Redensarten. Das Schwert fällt zu allerletzt als Gewicht in die historische Waagschale. Das deutsche Volk hat jahrelang dieses Gewicht besessen, weil es noch bis zu einem gewissen Grad eine Willenseinheit darstellte und waffentüchtig war. Es war noch nicht innerlich zerfallen wie 1918. Das Jahr 1918 konnte nun der Ausgangspunkt einer neuen Geschichte mit zwei Möglichkeiten sein. Das deutsche Volk fand entweder den Weg zurück zu dieser willensmäßigen Einheit oder es fand ihn nicht, und dann muß es abtreten. Die Meinung, daß große Nationen nicht untergehen können, ist töricht und falsch. Es sind schon große Nationen verschwunden, kräftigere Nationen sind über sie hinweggegangen und haben sie ausgelöscht. Als minderwertige Nation allenfalls konnten sie weiterbestehen.

Wir, die wir 1918 zurückkehrten, haben nicht verstanden, daß die Opfer, die unser Volk seit Jahrtausenden gebracht hat und die wir wenigstens zu einem gewissen Teil miterlebt haben, daß diese Opfer vergeblich und die Vernichtung des deutschen Volkes endgültig sein sollte. Diese Opfer dürfen nicht vergeblich sein. Deshalb muß unser Volk zurückfinden zu innerer Einheit der Willensgestaltung zum Zwecke der Erhaltung des deutschen Volkes.

1 Im Deutschen Nationaltheater, vormittags. Die überfüllte öffentliche Versammlung, an der laut Bericht der Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschlands etwa 2.000 Personen teilnahmen, fand im Rahmen einer thüringischen Gauführertagung statt. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache von Gauleiter Fritz Sauckel sprach der thüringische Innenminister Wilhelm Frick (NSDAP). Anschließend hielt Hitler eine etwa anderthalbstündige Rede.
Am Nachmittag ab 14.00 Uhr nahm Hitler auf dem Marktplatz einen Vorbeimarsch von etwa 3.000 SA-Männern und Hitler-Jungen ab. Zum Gesamtprogramm der Gauführertagung am 11./12.10.1930 vgl. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschlands. Sowie Münchener Post vom 24.10.1930, "Palastrevolution im Hause Hitler".

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 13.10.1930, "Nationalsozialistische Kundgebung in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 13.10.1930, "Nationalsozialisten und Regierungsbildung"; Jenaische Zeitung vom 14.10.1930, "Große Kundgebung des Nationalsozialismus"; Kampf für deutsche Freiheit und Kultur vom 1.11.1930, "Weimar 1919 und 1930".

Der Zustand von 1918 wurde schon lange vorher angebahnt. Jahrzehntelang wurden die Vorbedingungen geschaffen. Ein Volk kann unglückliche Kriege führen, kann schlechte Friedensverträge schließen, aber das braucht noch nicht seinen Untergang zu bedeuten; wenn jedoch innere Wandlungen sich vollziehen, die die völkischen Werte vernichten, die die Stellung des Volkes zwangsläufig begründen, und wenn diese Stellung nur noch als ein Geschenk der Vergangenheit betrachtet werden kann, dann erst ist der Verfall als endgültig gegeben.

Das Volk hat sich im Laufe von Jahrzehnten unter Führung eines der größten Staatsmänner [3] zu einer Macht zusammengefügt, aber zugleich begann die weltanschauliche Zersetzung trotz staatspolitischer Einigung. In derselben Zeit, wo im Spiegelsaal von Versailles der letzte Baustein zu diesem Gebäude gelegt wurde [4], zu derselben Zeit wurde die Fahne der Einheit zerrissen und die rote Fahne bolschewistischer Tendenz erhoben. Nun vollzieht sich folgender Prozeß: So wie einst eine religiöse Spaltung durch unser Volk ging, so geht jetzt der geistige Riß durch alle Länder, Staaten und Stämme, ja bis in die Familien.

Die marxistische Weltanschauung zersetzt das Volk seit Jahrzehnten. 40 Jahre nach Gründung des Deutschen Reiches gibt es zwei Gruppen, von denen die eine sagt, daß ihr die fremden gelben und schwarzen Rassen näherstehen als der eigene Volksgenosse anderer Weltanschauung. Es hat sich ein Riß vollzogen, der uns spaltet in *Bürgertum* und *internationales Proletariat*. Das Jahr 1918 verschaffte diesem Riß weltgeschichtliche Bedeutung. Als wir in die Heimat zurückkehrten, sahen wir, daß es kein deutsches Volk mehr gab, nur mehr ein Durcheinander von Klassen und Parteien. Der Schlachtruf lautete:

Hie Bürgertum, hie Proletariat!

Das Schlimmste war, daß diese zwei Klassen nicht die Kraft besaßen sich durchzusetzen, um den anderen Teil für die eigene Weltanschauung zu gewinnen. Im Ausgang des dreißigjährigen Krieges waren auch beide Konfessionen nicht mehr in der Lage, sich zu der Kraft emporzureißen, den Gegner zu besiegen. Wenn lebendige Kräfte ausschließlich absorbiert werden im Bruderkampf, dann ist es ein Unding, daß der Gegner hier mit einer Partei einen Bund nach außen oder nach innen schließt. 12 Jahre lang werden die Kräfte des deutschen Volkes absorbiert in diesem inneren Bruderkrieg. Bereits 1918 war das vorauszusagen. Beide Parteien haben an Stoßkraft verloren, so daß keine die andere restlos vernichten könnte. Einheit ist das Wesentliche, läßt den Weg nach vorwärts finden. Beide Klassen sind überaltert. Das Ideal des lebendigen Geistes der Selbstaufopferung hat nachgelassen, so daß man schon 1918 annehmen konnte, daß hier die Kräfte sich langsam totlaufen würden. Wenn solch eine Situation eintritt, dann ist die Frage, ob es möglich ist, noch eine Basis zu finden, auf der sich die Menschen in einer neuen Idee zusammenfinden können.

Zwei Dinge sind notwendig:

1. Das Volk muß wieder zu einer inneren geistigen Einheit kommen.

3 Otto von Bismarck.

4 Bezieht sich auf die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18.1.1871.

2. Das Volk muß wieder zur Wahrung seiner Interessen eine Führung der Fähigkeit und Genialität erhalten, d. h. mit anderen Worten, überwunden werden muß die innere Zerreißung unseres Volkes und überwunden werden muß die Demokratie und der Pazifismus.

Wichtig ist, daß die Zerrissenheit überwunden wird, damit innere Kräfte angesetzt werden können zur Erhaltung des Volkstums nach außen. Kräfte, die nicht vergeudet werden dürfen, sondern die getragen werden müssen von einer nationalen Genialität und nicht vom Durchschnitt. Durch die geniale Organisation seiner besten Werte kann das deutsche Volk überhaupt nur einen Lebenskampf führen, und da mußte 1918 die Frage lauten: Wie konnte überhaupt die Plattform beschaffen sein, um das deutsche Volk zusammenzufassen. Es waren zwei Ansichten vorhanden: "Die Wirtschaft muß und wird uns retten." Wir haben vergessen, daß man da eine Medizin vorschreibt, die das Gift der Zeit ist, die man heilen will. Es ist ja das Ziel des Marxismus, alles von der Wirtschaft abzuleiten. *Materialismus* und als letzte Konsequenz *Egoismus* bestimmen den Geist der Zeit. Die Jagd nach wirtschaftlichen Vorteilen begründet den Zerfall der Nation. *Wirtschaft hat niemals zusammenfügende Kraft entwickelt, sondern immer nur trennende.* Was Völker zusammenfügt sind Ideale, die nicht materiell zu erfassen sind. Solange natürlich die Erhaltung des einzelnen das Wesentliche ist, erschließt man nicht die Quellen, die Völker brauchen, um in der Welt bestehen zu können. *Was einer jetzt ist, spielt gar keine Rolle, was der einzelne ist, ist unbedeutend. Er ist nur ein kleines Blatt an einem Baum in einem Wald, heute grün, morgen welk, übermorgen gefallen. Wesentlich ist, daß die Stämme bleiben, daß der Wald gesund bleibt.* (Tosender Beifall.) Es muß das geschehen, was unser Volk braucht, um bestehen zu können. So findet man die nötige Plattform. Wir sehen lauter Träger des Volkstums, nicht einzelne Berufe. Die Gesamtheit unseres Volkes muß gesund erhalten werden. Es kommt darauf an, die nötige Basis für die Einheit zu schaffen, auch wirtschaftlich, aber über allem: Du bist Genosse meines Volkes. Es muß jeder gesund bleiben. Das alles ergibt die Masse, aus der wir bestehen, und sie muß gesund erhalten werden. Wenn ich nur wirtschaftlich zu denken versuche, begebe ich mich in den Geist der Zeit, der zu beseitigen ist. 12 Jahre Geschichte müssen die Gegenwart belehren, daß Staaten nicht erhalten werden durch die Wirtschaft. Wirtschaft ist nichts, für das man sein Blut hingibt. Wer Ideale hat, und ist er wirtschaftlich noch so arm, kann kämpfen, aber der Reichste ohne Ideale wird das niemals tun können. (Starker Beifall.)

1918 mußte man die Plattform des Zusammenfindens schaffen durch Proklamierung eines Ideals. Was ist Idealismus? Es wird in der Gegenwart gern der Anschein erweckt, als ob Idealismus etwas Unpraktisches wäre. *Das ist ein großer Irrtum der Welt. Immer war es Idealismus, der Völker befähigte zu weltentscheidenden Taten. Idealismus ist unbewußte, praktische Stellungnahme zur Wirklichkeit. Denn er besagt nur eins: daß das Leben des einzelnen sich ergibt aus der Möglichkeit des Lebens der Gesamtheit.*

Wenn der eine nur in der Dividende denkt und der andere nur in seinem Lohn, dann schaffen sie Differenzen des Denkens. Wer Ideale schafft, kann erreichen, daß die Menschen für ganz große Ziele kämpfen. Dann werden Kräfte mobil gemacht, die die Weltgeschichte gestalten. Die Frage, was soll anstelle des heutigen Zustandes gesetzt wer-

den, ist zu beantworten: *Volkseinigung anstelle von Klassenspaltung. Der Geist der Zeit heißt Klassenspaltung, der Geist der Zukunft heißt Volkseinigung; der Geist der Gegenwart Standesdünkel, der Geist der Zukunft: stolz auf das eigene Volkstum, d. h. stolz zu sein, für das Volk zu sorgen, die Kräfte zu fördern, den Weg freizumachen für die große Zukunft.*

Die Arbeit mußte dort anknüpfen, wo der Verfall begann. Der Grundgedanke, der zum Verfall führt, ist folgender: Die Auffassung der Zeit ist Klassengeist. Das Bürgertum hat dem Begriff Nationalismus einen gedanklichen Inhalt gegeben, den die andere Seite, das Proletariat, ablehnt. Es ist ein wirtschaftlich gebundener Begriff, der die Fähigkeit verloren hat, die Völker zu erhalten. Vor 70 Jahren gab es keinen Internationalismus, aber das Bürgertum mit seinem Begriff "national" hat es zugelassen, daß es heute nur noch 6 Millionen nationale Deutsche gibt. Das Bürgertum besitzt nicht mehr den Mut, aktiv aufzutreten. Es ist so genügsam geworden, daß es sich damit zufrieden gibt, noch neben dem Marxismus oder mit ihm regieren zu dürfen. So ist es gekommen, daß der Internationalismus dem Begriff "Sozialismus" einen bestimmten Inhalt gegeben hat, so isoliert, daß er der anderen Seite als Klassenbegriff erscheint, der keine erobernde Gewalt mehr besitzt.

Diese Begriffe Nationalismus und Sozialismus neuzugestalten und zusammenzuschieben, ist unsere Aufgabe. Dann ist die Möglichkeit einer Wiedervereinigung unseres Volkes gegeben. Die nationalsozialistische Bewegung will diese Begriffe neu feststellen. Sie hat versucht, sie einmal ganz unvoreingenommen zu überprüfen. Was ist "national", was ist "sozial" im letzten Sinn des Wortes? "National" ist der, der die eigene Persönlichkeit im Kampf um die Erhaltung der Gesamtheit zurückstellt. *Wichtig ist, daß die Gesamtheit lebt. Es kommt darauf an, den eigenen Nutzen der Gesamtheit unterzuordnen. Dann läuft dieser Gedanke hinüber in den Sozialismus.* Denn welch größere Hingabe kann es geben als den Gedanken: Hingabe an die Gesamtheit?! Wenn die materialistische Auffassung der Bürgerlichen richtig wäre, dann hätte es keine zwei Millionen Frontsoldaten gegeben; wenn es kein größeres Ideal gibt als das eigene Interesse, dann muß alles zerfallen. Wir Nationalsozialisten haben vor 11 Jahren die Kühnheit besessen, dieser Auffassung den Kampf anzusagen. National und sozial sind zwei Begriffe, die im Grunde vollständig dasselbe sind. Es gibt nur eins: die Erhaltung des Volkes selbst. Die Menschheit ist kein Ziel. In den *Völkern* allein liegt die Zukunft der Menschheit. Wird sie von Negern bestimmt, so wird sie negerhaft aussehen, erhält sie vom Germanen ihr Antlitz, so wird in Zukunft unser Geist die Welt beherrschen. Dieser Geist wird bleiben, so sicher unser Volk nicht ausstirbt. Wir kämpfen für eine Weltordnung, daß die bedeutendere Kraft und nicht der Durchschnitt und der Minderwert in der Zukunft sich durchsetzen muß [*sic!*]. Wenn wir auf solcher Idee die Grundlage schaffen zu geistiger Einheit unseres Volkes, dann ist die Durchführung dieses Gedankens Durchsetzung der Energie, der Genialität.

In kritischen Augenblicken entdecken wir in unserem Volkskörper viele Risse durch die zusammengefügten Elemente, aus denen unser Volk besteht. *Es kommt darauf an, daß der rassisch wertvollste Teil erhalten bleiben muß. Tatkraft und Vernunft müssen herrschen.* Die Aufgabe ist, eine Organisation zu finden, die Tatkraft und Energie ans Ruder bringt. Demokratie ist Wahnsinn. Wenn von hundert Menschen hundert in Denken,

Fühlen, in allen Anlagen völlig gleich wären, dann könnte ich sagen, diese Menschen brauchen keine Organisation, sie werden in allen Dingen immer die gleiche Entscheidung treffen. Sobald ich aber zugebe, daß die Menschen nicht gleich sind, daß es Tüchtige und Untüchtige, Fähige und Unfähige, Begabte und Dumme, Mutige und Feiglinge gibt, dann ist Majorität ein Wahnsinn geworden. Denn es überwiegt im Volk der Durchschnitt, und meist der schlechte. Wenn aber die Mehrheit entscheidet, lege ich das Instrument des Handelns in die Hand des Durchschnittes.

Aber anstelle der Demokratie muß eine *vernunftgemäße* Organisation treten. Man darf Gesetze nicht in die Hand von Minderwertigen legen. Denn Gesetze sind [*dazu*] da, das Leben zu erhalten. Die Demokratie aber ergibt sich aus der Menschheit und schaltet Höchstleistungen aus. Es gilt also, den Durchschnitt zu überwinden. Dazu gibt es nur einen Weg: die Bekanntmachung des Willens, die Besten zu sammeln.

Die Frage ist nun, wie kann man aus einem Volk, das der demokratischen Gleichheitsidee verfallen ist, den Mut und die Tatkraft herausbekommen? Man kann diese Kräfte aus einer Nation herauslocken, indem man Töne des Mutes und der Tatkraft anschlägt. Das Volk gibt immer die Töne wieder, die angeschlagen worden sind. Es ist ein Trugschluß, alte Parteien reorganisieren zu wollen. Der Führer gibt den Geist seines Instrumentes an. Es ergibt sich folgendes: Wenn er vor sein Volk tritt und bestimmte Gesichtspunkte als Programm annimmt, dann werden sich augenblicklich die Menschen zusammenfinden, die diese Gesichtspunkte in sich tragen. Straßenkehrer, Ingenieure, Beamte, Angestellte, Soldaten, von diesen Gesichtspunkten beseelt, sie kommen alle, und mit ihnen wird die neue Nation gebildet. Die Organisation erhält so Menschen, die für ihr Programm notwendig sind. Wenn nun unsere Organisation eine Million Mitglieder zählte, so wäre das nicht der 60ste Teil der Nation, wertmäßig sind es 55/60, denn in unseren Reihen hat der Idealismus die Idealisten zusammengerufen. In den braunen Scharen liegt der beste Wert unseres Volkstums, es hat sich das zusammengefunden, was die Völker am Leben erhält. In ihnen liegt der bessere Wert, der sich auf Grund eines mathematischen Gesetzes durchsetzen wird. Das Volk, das am kampfbereitesten der Welt gegenübertritt, wird auch die meisten Erfolge erringen.

Zwei Aufgaben hat die nationalsozialistische Bewegung übernommen. Erstens, eine Idee zu begründen, um die Nation auf dem besten Wege zu einen.

Zweitens, eine Organisation zu bilden, so stahlhart, daß sie siegen wird. Die Organisation ist nicht dazu da, einen Sammelhaufen für alles mögliche zu bilden, sondern die Elite der Kräfte, der Kühnheit und Entschlossenheit zu einen.

Seit 1919 sind wir so gewachsen, und das ist das Geheimnis der Kraft, das immer neue Kreise zieht und bewirkt, daß ein Volk nichts anderes will, als von Kraft und Einsicht geführt zu werden. Wenn ein Volk fühlt, daß seine Führung aus Schwäche besteht, dann beginnt die geistige Opposition, das Chaos. Unsere Aufgabe ist zu sorgen, daß das deutsche Volk die Führung wiedererhält. *Es ist die höchste Schande, von der Minderwertigkeit regiert zu werden. Das Volk wird rebellisch und sucht sich einen neuen Herrn.* Wenn der Glaube an die Führung zerbricht, dann ist das Ende da. Das sahen wir 1918. Das deutsche Volk ist nicht glücklich in seiner heutigen Lage. Alles ist nur Krampf, Anspannung, kein freudiges Lachen mehr. Erst dann kommen wir zu reiner Freude zurück,

wenn wir das Gefühl eines sicheren Schutzes und einer guten Führung haben können. *Entweder das deutsche Volk findet den ihm gebührenden Führer, oder es geht zugrunde. Es ist unsere Aufgabe, daß es den ihm gebührenden Führer erhält.* Erst die Erkenntnis, daß ein Volk die richtige Führung hat, macht es glücklich. Die Führung ist die nationalsozialistische Bewegung. [5]

13. Oktober 1930 Dok. 6
Rede auf Sitzung der NSDAP-Reichstagsfraktion in Berlin [1]

VB vom 15.10.1930, "Treuekundgebung der 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten für Adolf Hitler".

Adolf Hitler sprach zur Versammlung in einer einstündigen Rede, in der er insbesondere das Ergebnis des 14. September [*1930*] [2] als einen Beweis dafür auslegte, daß unser Volk zum Großteil noch widerstandsfähig und anständig geblieben ist, trotz der erbärmlichen Führung in den letzten Jahrzehnten.

Er führte weiter aus:

Die Nationalsozialisten sehen in dem Ergebnis das beglückende Gefühl, daß unser Volk das Vertrauen zur Führung unserer deutschen Freiheitsbewegung zu einem Großteil bereits gefaßt hat. Wenn man zurückdenkt an die erste Zeit der Bewegung und an den Siegeslauf der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung von den ersten sieben Mann [3] an bis zu der heutigen hundertsieben Mann starken Fraktion, so könne man mit Stolz bekennen, ein Teil dieser Bewegung zu sein. Nicht nur die Richtigkeit der Idee, sondern die grenzenlose Hingabe ihrer Kämpfer und die vorzügliche Organisation haben die Bewegung des neuen Deutschlands zu der heutigen Größe emporgeführt.

Wir sind kein Abklatsch irgend einer anderen Partei, sondern wir treten als eine vollkommen neue Bewegung in die deutsche Geschichte ein. Zu Dank verpflichtet sind wir an diesem historischen Tage den Hunderttausenden unbekannter Kämpfer, insbesondere unserer tapferen S.A., die unter Einsatz des Letzten uns diesen Sieg mit erkämpfen half.

Adolf Hitler schloß: *Wir sind eine geschlossene Einheit*! Wir sind *ein* Körper, und wir haben das grenzenlose Vertrauen auf die Zukunft unserer neuen deutschen Volksbewegung, der wir die Treue bis zum letzten Atemzuge halten wollen. *Wir stellen mit unserer*

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel "Rheingold", von etwa 11.15 bis 12.15 Uhr. Unmittelbar vor der Eröffnung des Reichstags sprach Hitler hier vor den Mitgliedern der - bis auf zwei - vollständig anwesenden, durch das Wahlergebnis vom 14.9.1930 auf 107 Köpfe angewachsenen NSDAP-Fraktion.

2 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

3 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Albert Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 27, 196.

Kämpferschar das neue Deutschland vor, und wir sind überzeugt, daß diesem Deutschland allein nur die Zukunft gehören kann!

Stürmische Heilrufe folgten der Rede des Führers, der bekanntgab, *daß er zum Führer der Reichstagsfraktion den Staatsminister Dr. Frick* [4] *bestimme.* Sein erster Stellvertreter ist *Gregor Straßer* [5], sein zweiter Stellvertreter Hauptmann a. D. *Göring* [6].

14. Oktober 1930 Dok. 7
Interview mit dem International News Service [1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 15.10.1930 [2].

Das Zerschlagen der Fensterscheiben am Tage der Reichstagseröffnung [3] wurde hauptsächlich von *Rowdies, Ladendieben, Plünderern* und *kommunistischen Provokateuren* vollführt. *Es hat nichts mit unserer Bewegung zu tun. Wir verwerfen jede Gewaltanwendung* mit Ausnahme des gottgegebenen Rechtes der *Selbstverteidigung.* Wir gebrauchen keine Gewalt, weil unsere Bewegung auch ohne sie gewinnt. Es ist aber natürlich, daß die

4 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1917 Beamter im Polizeipräsidium München, 1819-1923 Leiter der Politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR, 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 1930/31 Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

5 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 zusammen mit Ludendorff und v. Graefe Reichsführerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFB, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Untergaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

6 Hermann Göring (1893-1946), Hauptmann a. D., 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 kommissarischer preuß. Innenminister, 1933-1945 preuß. Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsluftfahrtminister, 1934-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1946 Selbstmord.

1 Das Interview führte der Berliner Vertreter des International News Service.

2 Vgl. auch VB vom 16.10.1930, "Hitler gegen das Polizeipräsidium". Der Artikel beruft sich gleichfalls auf das dem International News Service gegebene Interview, zitiert aber aus dem "Lokal-Anzeiger" in New York, der nicht nachgewiesen werden konnte.

3 Anläßlich der Reichstagseröffnung am 13.10.1930 hatten Nationalsozialisten in Berlin schwere Krawalle verursacht. Nachdem eine Demonstration vor dem Reichstagsgebäude von der Polizei zerstreut worden war, zogen zahlreiche Demonstranten in Richtung Potsdamer Platz und Leipziger Straße ab, wobei eine Anzahl von Schaufenstern vornehmlich jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.10.1930 (MA), "Schwere nationalsozialistische Krawalle"; Deutsche Allgemeine Zeitung (MA) vom 14.10.1930, "Ausschreitungen im Zentrum Berlins"; ebenda (AA), "Die Ruhestörer vor dem Schnellgericht"; Vossische Zeitung vom 14.10.1930, "Stürmischer Reichstags-Auftakt".

wirtschaftliche Krise *eine große Spannung im Lande hervorgerufen* habe [*sic!*] und *Ausbrüche immer möglich* sind.

Wenn die Kriegstribute [4] *und damit die Krisis noch einige Monate andauern, so muß Deutschland tatsächlich einem Pulverfaß gleichen, das ein Funken zur Entzündung bringen kann.*

Die gestrigen Demonstrationen bestanden aus *zwei Teilen*. Die eine harmlose vor dem Reichstag, wo die Polizei übernervös die Masse provozierte, während in allen anderen Ländern die Leute sich im freien Park ruhig hätten ausschreien können. *Alle Nationalsozialisten, die verhaftet wurden* [5], *sind bei dieser Gelegenheit festgenommen worden.* Scharf davon unterscheiden sich die *Vorgänge in der Leipziger Straße*.

Die Polizei hat uns bisher nicht einen einzigen Namen eines an der Zertrümmerung der Schaufenster beteiligten Nationalsozialisten angeben können.

Wir wissen, daß keiner dabei war, weil niemand, der in unserer Bewegung steht und ihre Idee begriffen hat, einer solchen Tat fähig wäre. Wenn irgendein Nationalsozialist nachweislich etwas damit zu tun gehabt haben sollte, *so würde er binnen zehn Minuten aus der Partei herausfliegen*. Übrigens sind auch nicht nur jüdische Geschäfte angegriffen worden, sondern auch *andere*. Wir haben unseren *eigenen Geheimdienst* und bereits eine *eigene Untersuchung eingeleite*t. Die Verantwortlichen für solche Ausschreitungen würden schnell festgestellt werden, wenn die Polizei das törichte und sinnlose *Verbot unserer Uniform* [6] *aufheben* würde, da jede Uniform numeriert ist. Dann brauchten wir keinen Polizeischutz, würden uns selbst schützen und bald die kommunistische Gefahr zerschmettern. Unser Parteigenosse, der braunschweigische Minister Dr. *Franzen* [7], wurde telefonisch angerufen und ihm gesagt, daß der Landtagsabgeordnete *Lohse* [8] verhaftet worden sei. Franzen ging sofort hin und *stellte fest, daß es gar nicht Lohse* war [9]. Wo der Verhaftete den Ausweis Lohses her hat, ist nicht bekannt.

Aber wir wissen ja, daß die Bolschewisten nicht nur Provokateure haben, sondern auch Fälscher, die derartige Ausweise in großen Mengen herstellen.

---

4 Gemeint sind die Zahlungen aufgrund des Young-Plans. Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

5 Laut amtlicher Mitteilung nahm die Politische Polizei im Verlauf dieser Ereignisse 106 Personen fest, von denen 45 Mitglieder der NSDAP waren und weitere 55 Personen mit der NSDAP sympathisierten. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.10.1930, "106 Verhaftete".

6 Uniformverbote für die SA waren am 5.6.1930 in Bayern, am 13.6.1930 in Baden und am 11.6.1930 in Preußen verfügt worden. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [6]1936, S. 20.

7 Anton Franzen (1896-1968), Jurist, 1926 Amts- und Landrichter, 1928 Landgerichtsrat, 1929 Amtsgerichtsrat in Kiel, Okt. 1930 bis Juli 1931 Staatsminister in Braunschweig für Inneres und Volksbildung, 1930/31 MdR (NSDAP), Sep. 1931 Ausschluß aus der NSDAP.

8 Hinrich Lohse (1896-1964), Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks, 1924 Wechsel zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925 NSDAP), 1925-1932 und 1933-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen, 1928/29 kommissar. Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg, Pommern), 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland.

9 Der während der Krawalle festgenommene Landwirt Paul Huth hatte sich mit dem Ausweis Lohses legitimiert, weshalb Franzen zunächst versucht hatte, ihn freizubekommen. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15.10.1930, "Die Ruhestörer vor dem Schnellrichter".

Die Welt wird in Bälde zu entscheiden haben, ob sie ein nationalsozialistisches oder ein bolschewistisches Deutschland haben will. Wir *verwerfen alle politischen Tribute* und werden sie niemals bezahlen. Versailler-[*Vertrag*], Dawes- [10] und Youngplan sind lediglich ungedeckte Schecks, und Deutschland kann niemals die Deckung aufbringen. Wir werden niemals etwas unterzeichnen, was wir nicht halten können: Aber wir sind bereit, als Ehrenmänner vor die Welt hinzutreten und mit ihr *auf gesicherter Grundlage zu verkehren*. Wir erkennen die privaten Schulden und die in Deutschland investierten Kapitalien an. Es besteht für sie von unserer Seite keine Gefahr. Unsere ganze Bewegung zielt auf eine deutsche Monroe-Doktrin [11]. Sie fordert

Deutschland für die Deutschen,

ebenso wie Amerika Amerika für die Amerikaner fordert. Wir sind bereit, auf freundschaftlicher Basis mit allen zu verhandeln, die die Gerechtigkeit dieser Forderung anerkennen. Wenn der Welt das nicht paßt und sie uns zwingt, weiter zu zahlen, so wird sie sich mit dem Gedanken eines *bolschewistischen Deutschland abfinden müssen*. Dann werden nicht nur die politischen Tribute verloren sein, sondern ebenso die privaten Schulden. Das bolschewistische Rußland hat jetzt schon der Weltwirtschaft unsäglichen Schaden zugefügt: Ein bolschewistisches Deutschland würde eine Katastrophe für die Welt bedeuten. Oswald *Spenglers* [12] Prophezeiung von dem Untergang des Abendlandes würde sich dann noch schneller erfüllen als er selbst erwartete.

---

10 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawesplan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

11 Gemeint sind die von US-Präsident James Monroe 1823 formulierten außenpolitischen Prinzipien, wonach die USA auf jede Einmischung in Europa verzichteten, ihrerseits aber alle Kolonisationsversuche, Gebietsübertragungen und Interventionen nichtamerikanischer Mächte auf dem amerikanischen Kontinent zurückwiesen. Ihr populäres Schlagwort war "Amerika den Amerikanern". Vgl. hierzu Cecil V. Crabb, Jr., The Doctrines of American Foreign Policy, Baton Rouge, La., 1982.

12 Oswald Spengler (1880-1936), Kulturphilosoph und Schriftsteller, Verfasser von Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. 1: Gestalt und Wirklichkeit, Wien 1918, Bd. 2: Welthistorische Perspektiven, München 1922.

14. Oktober 1930 Dok. 8
Interview mit der Times [1]

The Times (London) vom 15.10.1930, "Nazi Policy. Herr Hitler's Statement [2].

Herr Hitler, whom I found, with some of his staff, in a tiny room in the small and inconspicuous Berlin hotel whither the Nazi G[*eneral*]H[*ead*]Q[*uarters*] has been for the time transferred from Munich, denied with lively emphasis the allegation that his party was responsible for the excesses [3].

Herr Hitler declared that he was ready to make a thorough investigation and that any member of his party whose complicity was proved would be ruthlessly "pitched out". But he could do nothing as long as the police would not mention a single name. The police would not say that any of the alleged members of the National-Socialist Party had been arrested in the Leipzigerstrasse.

The National Socialist movement, Herr Hitler explained, did not need to employ such methods. It was a strictly disciplined movement, and every member knew that such excesses were against its interests and against orders. The movement discountenanced violent anti-Semitism. Herr Hitler would have nothing to do with pogroms, and that was the first word that had always gone forth from him in turbulent times. Their doctrine was "Germany for the Germans", and their attitude towards Jews was governed by the attitude of Jews towards this doctrine. They had nothing against decent Jews, but if Jews associated themselves with Bolshevism, as many unfortunately did, they must be regarded as enemies. The party was against all violence, but, if attacked, it was ready to defend itself. If the uniform ban [4] were removed, it would be possible to establish at once whether Nazis were implicated in such disorders as those of yesterday. But they would always be found marching in disciplined ranks, not running about smashing windows.

A political prophecy

We have no need of that sort of thing; we already have so much, Herr Hitler said. The road behind me, from six [*sic!*] members in 1920 [5] to 6,500,000 voters in 1930 [6], was far harder going than will be the road from 6,000,000 voters to 12,000,000.

Within two years Herr Hitler estimated they would have gained control of the country by legal means. He would not give any indication of the Nazis' plans in preparation for

1 Das Interview führte Times-Korrespondent Stanley Simpson in Berlin, wahrscheinlich im Hotel "Sanssouci" in der Linkstraße 37, das Hitler vor seinem Umzug in den "Kaiserhof" bevorzugte. Vgl. Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, i. A. der Obersten SA-Führung bearb. von J. K. von Engelbrechten und Hans Volz, Berlin 1937, S. 68.

2 Vgl. auch gekürzte Wiedergabe: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15.10.1930 (AA), "Hitler über die Ausschreitungen"; CV-Zeitung vom 24.10.1930, "Hitler will keine Ausschreitungen".

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

4 Vgl. ebenda, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

6 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6,41 Millionen Wähler für die NSDAP gestimmt. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41.

Parliamentary developments. They were waiting, he said, with a confident visionary smile, for things to come to them.

Herr Hitler then warmed up and produced another version of his political prophecies. If economic developments continued as at present, before the winter was out Germany would be like a powder barrel that a single spark could set off. The Middle parties in the Reichstag would be hopelessly split, and the world would have the choice between a Bolshevist Germany and a National-Socialist Germany. A Bolshevist Germany would repudiate everything - Reparation debts and private obligations too. Those who, with a helpless shrug of the shoulders, had signed the Treaty of Versailles and the Dawes Plan [7] and the Young Plan [8] had been giving bad cheques. A National-Socialist Germany would never sign cheques it could not honour. It would not make the political payments, because it would not honestly be able to; but, like any honest merchant, it would honour all obligations to repay private foreign loans and investments. If the world insisted on the political payments being made, then Germany would go under.

The Bolshevization of Russia had already given the civilized world a jolt; if Germany became an annex of Bolshevist Russia, Western civilization would get a much worse and probably fatal jolt. Even Oswald Spengler, who had at least given the decline of Western civilization 300 years to complete itself [9], would then prove to have been an optimist.

14. Oktober 1930 Dok. 9
Interview mit Associated Press

New Yorker Staatszeitung vom 15.10.1930, "Hitlers Idee eines Reform-Parlaments".

Nach Hitlers Erklärung wird der neue deutsche Staat "nach dem Prinzip der alten preußischen Armee organisiert sein". Das heißt, "dem Prinzip der absoluten Autorität jedes Führers über die unter ihm Stehenden und der absoluten Verantwortlichkeit jedes Führers seinem Vorgesetzten gegenüber. Dieses würde nicht die Beseitigung von Parlamenten und Räten bedeuten, doch würde ihre Funktion beratend und nicht beschlußfassend sein."

Eine solche Kombination von persönlicher Autorität und Verantwortlichkeit in Verbindung mit erwählten beratenden Körperschaften bedeutet nach Hitlers Überzeugung nicht die Abschaffung der Parlamente, sondern ihre Erhebung zu einer Stellung wirklicher Brauchbarkeit.

Um seine eigenen Worte zu gebrauchen: "Ihr Rat wird dann wirklich beratend sein. Die Verantwortlichkeit kann und muß jedoch nur in einer Person ruhen, die gleichzeitig allein Autorität und Befehlsrecht besitzen muß. Parlamente sind an und für sich eine

7 Vgl. Dok. 7, Anm. 10.
8 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
9 Bezieht sich auf das Buch "Der Untergang des Abendlandes", vgl. Dok. 7, Anm. 12.

Notwendigkeit; denn gerade in solchen Versammlungen haben Köpfe, die man später mit besonders wichtigen Aufgaben betrauen kann, eine Gelegenheit, sich langsam über die Massen emporzuheben."

Die Stimmzähler, die bei den unvermeidlichen Abstimmungen in den letzten Reichstags-Sessionen so sehr beschäftigt waren, würden dann Ferien nehmen können, und die Stimmurnen, die heute zum Mobiliar des Reichstags gehören, könnten auf dem Dachboden verstaut werden.

15. Oktober 1930 Dok. 10
Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 15.10.1930 mit hs. Unterschrift. Faksimiledruck: Wihelm Löbsack, Gauleiter Albert Forster. Der deutsche Angestelltenführer, Hamburg 1934, S. 33 [1].

Vollmacht

Pg. Reichstagsabgeordneter Albert *Forster* [2] wird hiermit von mir als kommissarischer Führer für das Gebiet des Freistaates Danzig bestimmt.

Er hat alle Vollmachten sowohl über die politischen Gliederungen wie über die SA und SS, um für die kommenden Wahlen zum Volkstag [3] das ihm nötig zu scheinende zu organisieren.

Nach der Wahl hat er den Auftrag, mir Vorschläge über die Neuordnung der Danziger Verhältnisse zu unterbreiten.

Adolf Hitler

1 Siehe auch Druck in: Danziger Neueste Nachrichten vom 24.10.1940, "Harte Kampfjahre in Süddeutschland".

2 Albert Forster (1902-1952?), Bankkaufmann, 1928 Zahlstellenbeamter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Fürth, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Fürth, journalistische Tätigkeit für den "Stürmer", 1928 NSDAP-Bezirksleiter für Mittelfranken, 1930-1933 MdR, 1930 kommissarischer Gauleiter des Gaues Danzig, 1933 Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Wahl zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt Danzig, 1939 Gauleiter des Gaues Danzig-Westpreußen und Reichsstatthalter in Danzig, 1948 in Polen zum Tode verurteilt, 1952 vermutlich hingerichtet.

3 Bei den Wahlen zum Volkstag der Freien Stadt Danzig am 16.11.1930 steigerte die NSDAP ihren Stimmenanteil von 2 % (1927) auf 16,4 %. Vgl. Falter, Wahlen, S. 115.

16. Oktober 1930 Dok. 11
Erklärung

VB vom 16.10.1930 (Wochen-Beilage: Der SA Mann, Nr. 40) [1].

Tiefer Schmerz geht durch die Reihen der nationalsozialistischen Kämpfer, herbe Trauer erfüllt mich mit allen Mitgliedern und Freunden unserer Bewegung.

Osaf-Stellvertreter Nord
Major a. D.
Karl Dincklage [2]

ist seinem schweren Leiden erlegen. Bis vor kurzem hatten wir mit ihm auf Heilung gehofft. Noch am 17. September 1930 habe ich in Anerkennung der hohen Verdienste des verehrten Vorkämpfers und SA-Führers bestimmt, daß die Standarte 1, Hannover, den Namen führt: "Standarte 1, Dincklage" [3]. Heute umhängt der Trauerflor bereits den stolzen Namen.

Wir nehmen Abschied von diesem Mann, der in Krieg und Frieden sein ganzes Leben und Wirken, sein ganzes Wollen und sich selbst für das deutsche Volk eingesetzt hat. Als Vorbild für jeden Nationalsozialisten, als ein Erzieher der heranwachsenden Jugend, als ein Führer im heiligen Freiheitskampf der deutschen Nation bleibt er unvergeßlich. Sein Tod verbindet uns erneut mit den Ungezählten, die draußen auf fremder Erde im Kampf für deutsche Freiheit den Opfertod gefunden haben.

Die SA des Bereiches Nord legt nach näherer Anweisung des Osaf-Stellvertreters Nord Trauer an. Die Hakenkreuzfahnen wehen bis 18. Oktober 1930 auf Halbmast.

Der Partei- und Oberste SA-Führer
gez. Adolf Hitler

1 Druck: Kurt Schmalz, Nationalsozialisten ringen um Braunschweig, Berlin, Hamburg 1934, S. 129.
2 Karl Dincklage (1874-1930), Major a. D., 1919 DNVP-Sekretär in Hannover, 1922 Übertritt zur DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter von Hannover und Braunschweig sowie Schriftleiter des Niedersächsischen Beobachters, 1926-1930 stellv. Gauleiter und SA-Gauführer des Gaues Südhannover-Braunschweig, 1928-1930 Osaf-Stellvertreter Nord.
3 Vgl. den von Hitler gezeichneten SA-Befehl vom 17.3.1930; BA, NS 26/305.

19. Oktober 1930 — Dok. 12
Rede auf Begräbnis von Karl Dincklage in Braunschweig [1]

Braunschweigische Landeszeitung vom 20.10.1930, "Adolf Hitler in Braunschweig" [2].

Unser deutsches Volk hat seit dem Kriege ein Schicksal erlitten, wie es noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Das *Entsetzlichste* für uns alle ist aber *unser eigenes Volk*, das seiner Vergangenheit nicht würdig ist, unser Volk, das gar nicht verdient, diese große Vergangenheit zu haben. Was uns am meisten bedrückt und niederringt, ist die Erkenntnis, daß in der schwersten Schicksalsstunde unseres Volkes Millionen eigener Volksgenossen kein Gefühl mehr für uns im Herzen tragen, daß Millionen nicht mehr Deutsche sein wollen und, wie wir überall sehen, wie die Verkommenheit und das Laster zu triumphieren scheinen. Und wenn wir nun von diesem Zustand der Gegenwart den Zweck unseres Daseins ermessen wollen, dann müssen wir zu der bitteren Erkenntnis kommen, daß, wenn unser Volk nicht wieder zu einem anderen wird, dieses Dasein an sich zwecklos ist. Denn nur um zu leben und um zu essen allein, lebt man nicht. Wenn aber dieses Volk einst wieder einem höheren Zweck dienen soll, dann haben wir das Gefühl, daß sich *ein Wunder vollziehen* muß. Wenn dieses Wunder in der *Gesamtheit* sich vollziehen soll, dann muß es ausgehen *von dem einzelnen*.

Im Zeichen dieses Wunders hat auch der Heimgegangene gestanden, der Soldat des Krieges, der zum Soldaten des Friedens wurde, der Major der alten Armee, der zum kleinen Kämpfer einer neuen Bewegung wurde. Einst hieß es: Sieg der deutschen Armee, jetzt heißt es: Sieg des Volkes. Er wollte sein Deutschland nicht zugrunde gehen lassen. Wir klagen um diesen tapferen Streiter. Ein Gelöbnis wollen wir ablegen: Dein ist die Ruhe, unser Werk soll der Kampf sein für die Zukunft, bis daß auch das in Erfüllung geht, für das dieser Tote gekämpft hat. *Für das Deutschland eines sozialen Rechts*, für das Deutschland, das wirklich für *70 Millionen Menschen die Heimat* ist.

Wir glauben an unser Volk und an unser teures Vaterland, für die wir kämpfen wollen, bis einmal die Glocken zu läuten beginnen und es durch das Land klingt: Deutschland ist frei! [3]

---

1 Auf dem Hauptfriedhof, mittags. Bei der Begräbnisfeier, an der laut VB mehrere tausend SA-Männer teilnahmen, sprach zuerst Pastor Paul Jakobshagen aus Hannover.

2 Vgl. auch VB vom 22.19.1930, "Adolf Hitlers Nachruf auf Dincklage"; Niedersächsischer Beobachter vom 23.10.1930, "Abschied von Karl Dincklage".

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. Oktober 1930 Dok. 13
Rede anläßlich Haftentlassung Julius Streichers [1] in München [2]

VB vom 28.10.1930, "Heraus aus dem Gefängnis - hinein in den Kampf" [3].

Volksgenossen! Warum man uns einsperrt, dafür gibt es zwei Gründe. Der erste ist, daß man glaubt, uns mürbe zu machen. Und das ist ihnen nicht gelungen und wird nicht gelingen. Und der zweite Grund ist, daß man glaubt, uns zu infamieren [*sic!*]. Man ist überzeugt: Wenn er herauskommt, nimmt kein Hund mehr was von ihm entgegen, zieht man sich von ihm zurück, wie das tapfere bürgerliche Helden ja immer gemacht haben. Da haben sie sich erst recht getäuscht. Wenn einer herauskommt, nachdem er die Strafe für seine politische Betätigung abgesessen hat, ist er uns *erst recht ans Herz gewachsen*, und wir sind stolz auf jeden von uns, der mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hat. Das schweißt uns erst recht zusammen zu einer absolut verbundenen Gemeinschaft. Sie können machen was sie wollen: Es macht uns weder mürbe noch unanständig, weil wir gesessen sind. Auch unseren Parteigenossen Streicher begrüßen wir und zeigen ihm erst recht, wie sehr die Menschen in unserer Achtung steigen, wenn sie für unsere Gesinnung leiden müssen. Zur Bekräftigung dessen wollen wir diejenigen hoch leben lassen, die von uns heute sitzen [*sic!*], und jene, die von uns heute herausgekommen sind [4]. *Unsere Kämpfer: Heil*! [5]

1 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 1. Vorsitzender der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1932/33 MdR, 1925-1928, Ortsgruppenleiter in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1946 hingerichtet.

2 Bei der Waldwirtschaft Alt-Stadelheim, nachmittags. Zur Begrüßung Streichers, der nach Verbüßung einer zweimonatigen Gefängnisstrafe wegen Verächtlichmachung der jüdischen Religion aus dem Gefängnis Stadelheim entlassen wurde, hatten sich laut VB einige hundert Nationalsozialisten versammelt. Die geplante Begrüßung unmittelbar vor dem Gefängnis war von der Polizeidirektion verboten worden. Vor Hitler hielt Streicher eine kurze Ansprache.

3 Vgl. auch Münchner Zeitung vom 27.10.1930, "Streicher aus dem Gefängnis entlassen"; VB vom 28.10.1930, "Heraus aus dem Gefängnis - hinein in den Kampf"; Münchner Post vom 27.10.1930, "Nazi-Theater"; Illustrierter Beobachter vom 8.11.1930, "Julius Streicher wieder frei".

4 Am selben Tag um 16.30 Uhr wurden noch zwölf weitere NSDAP-Mitglieder aus Stadelheim entlassen.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. Oktober 1930 Dok. 14
"Unser Freiheitskampf und Eure Justiz" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 28.10.1930, "Adolf Hitler: 'Unser oberster Richter ist unser Gewissen'" [3].

Es ist im Völkerleben schlimm bestellt, wenn die Justiz zum Selbstzweck wird, wenn ihre Aufgabe nur mehr die zu sein scheint, dem abstrakten Recht zu dienen, ohne Rücksicht auf den Nutzen, den dieser Dienst im allgemeinen Volkswohl leistet. Es ist noch schlimmer bestellt, wenn die Justiz ausschließlich nur mehr dem sogenannten Staatsinteresse dient und dieses nicht mehr identisch ist mit dem Lebensziel, der Erhaltung des Volkes.

Es ist aber am schlimmsten um die Justiz und um ein Volk dann bestellt, wenn sie in den Dienst der Partei tritt, wenn der Parteistaat und damit in Wirklichkeit das Parteiregiment den Staatsgedanken und das Staatsinteresse endgültig abgelöst haben. Wenn das heutige Deutschland ein Parteistaat geworden ist, und wenn dieser Parteistaat seine Direktiven auch der Justiz erteilt, dann kann auf die Dauer die Justiz gar nichts anderes mehr sein als eine Dienerin der Partei.

Man rede mir nicht vor, daß sie über den Parteien stehe! Sie konnte das zum ersten Male schon nicht im Jahre 1918. Denn als dann wenige Monate später *die deutschen sogenannten Kriegsverbrecher* vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig standen [4], da erklärte der höchste Rechtsvertreter der Nation, daß

das Recht mit der Macht gehen müsse [5].

Die politische Macht aber ist gegangen mit einer kleinen Gruppe von Parteien, und seit der Zeit sehen wir, wie diese kleine Gruppe der Parteien, die augenblicklich in unserer parlamentarischen Demokratie die politische Macht verkörpern, der Justiz nunmehr, wenn auch vielleicht nicht den äußeren Befehl, dann zum mindesten aber die *in-*

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.10.1930.

2 Im Bürgerbräukeller, von etwa 22.15 bis 23.15 Uhr. Die laut VB überfüllte öffentliche Versammlung wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet und mit einer Lobrede auf Julius Streicher und Angriffen gegen die Justiz eröffnet. Vor Hitler sprach als erster Hauptredner Streicher über seine Verurteilung und zweimonatige Haft wegen Verhöhnung der jüdischen Religion. Am Nachmittag hatte Hitler bereits bei einer Begrüßungsveranstaltung für Streicher in der Nähe des Gefängnisses Stadelheim gesprochen. (Vgl. Dok. 13).

3 Vgl. auch Polizeibericht vom 26.10.1930 (gez. Johann Wöll); StA München, Polizeidirektion München 6741. Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Münchener Post vom 27.10.1930, "Nazi-Theater"; Münchner Neueste Nachrichten vom 27.10.1930, "Eine verbotene Kundgebung der Nationalsozialisten"; Bayerischer Kurier vom 27.10.1930, "Hitlerianer-Manieren"

4 Zur Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrecher durch das Reichsgericht in Leipzig vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 344 ff.

5 Gemeint ist vermutlich die Erklärung Reichsjustizministers Eugen Schiffer vor der Weimarer Nationalversammlung am 4.3.1920. Demnach hatten sich die Ententemächte vorbehalten, nach den Urteilssprüchen des Leipziger Reichsgerichtes gegen deutsche Kriegsverbrecher zu tun, was ihnen nötig erscheine. Schiffer folgerte, dies sei der "Vorbehalt der Macht [...] Gegen diese Macht können wir nichts tun; gegen diese Macht helfen keine Gesetze." Vgl. Verhandlungen der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung, Stenographische Berichte, 148. Sitzung, 4.3.1920, S. 4664.

nere Anweisung gibt, d. h. die *allgemeine Richtung* vorzeichnet. Die Justiz selbst hat manches Mal empfunden, daß das, was sich jetzt in Deutschland abspielt, zu einer *Vertrauenskrise* sich auswirken müsse. *Höchste richterliche Beamte hatten selbst manches Mal so ganz leise die Befürchtung, daß bei einem längeren Andauern des heutigen Zustandes die Rechtspflege in unbedingte, wenn auch ungewollte Abhängigkeit des Parteiregiments geraten müsse, daß aber, wenn dieses Parteiregiment ein wandelbares ist, damit auch die Rechtspflege jeden wirklich festen Boden unter den Füßen verlieren muß und dann diese Rechtspflege in den Augen der öffentlichen Meinung nicht mehr als etwas Erhabenes und Unantastbares gilt und gelten muß, und daß damit diese Rechtspflege sich selbst im Ansehen der Nation entwurzelt, herabsetzt und eines Tages nicht mehr als eine Autorität an sich gewertet wird, sondern nur mehr als die Repräsentationen der politischen Macht, d. h., man muß sich ihr fügen, weil hinter ihr die Macht steht. Man fügt sich aber nicht aus einer Überzeugung des absoluten Rechts, das von dieser Stelle seinen Ausgang nimmt.*

Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren gesehen, wie die Justiz langsam in den Dienst einer ganz bestimmten Tendenz gestellt wird, wir konnten sehen, wie sie, ich möchte sagen, feinfühlig eingeht auf die Gedankengänge, die augenblicklich die politische Leitung beherrschen. Wir konnten sehen, wie die Justiz gewissermaßen die Vollstreckerin bestimmter politischer Absichten wurde, wie sie auf einmal eine besondere Schärfe entwickeln kann gegen Vergehen, die nicht als Vergehen an sich argumentiert werden konnten, sondern nur ihre Bedeutung erhalten durch Rang oder Stellung, die sie einnehmen im Auge eines parteipolitischen Getriebes, durch den Einfluß, den diese Vergehen vielleicht auszuüben vermögen.

Wir sehen eine Tatsache vor uns: Wer heute als Mann der linken Seite angreift, wird weniger bestraft, als wer sich als Mann der rechten Seite verteidigt. Die Justiz schlägt heute den Verteidiger mehr als den Angreifer. Und sie, ich möchte sagen, setzt damit eine Politik fort, die die Gesetzgebung einleitet, die Gesetzgebung, die eine anständige friedliche Gesinnung planmäßig entwaffnet und wehrlos macht und sie damit dem Terror ausliefert.

Wir können sagen, daß bei den zahllosen Tumulten fast immer ein Hergang sich stellen läßt: Menschen gehen auf der Straße, andere empfinden ihre Existenz und die Bekundung dieser Existenz nach außen als Provokation, d. h., das Recht der freien Meinungsäußerung hört in dem Augenblick auf! Sie empfinden das als Provokation und erklären: Wir dulden das nicht! Und der Staat geht nun nicht her und zwingt sie zur Duldsamkeit, sondern sagt dem andern: Provoziere nicht, ziehe dein Braunhemd aus, wirf deine Abzeichen weg [6], *entäußere dich deiner Gesinnung nach außen, du hast kein Recht, sie zu bekunden, denn sie provoziert die andern!*

Und wenn die anderen hergehen und überfallen jene, die ihnen nichts getan haben, sagt der Staat: Euch schlage ich, weil ihr das provoziert habt! *Er wendet sich an die Überfallenen und forscht nach, ob sie nicht vielleicht die Grenze der Notwehr verletzt haben könnten*, er untersucht den Angegriffenen nach Waffen, den in der Verteidigung Befindlichen nach den Motiven seines Auftretens und versucht zu konstruieren, daß dieser Mensch schuld an dem Vorgefallenen sei und mithin bestraft werden muß. Und aus die-

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

ser Tatsache heraus erklärt sich, daß heute ungezählte Nationalsozialisten in Gefängnissen sitzen, nichts verbrochen haben als sich verteidigt, als sich gewehrt zu haben.

Und was wir im Kleinen auf der Straße tagtäglich sehen, zeigt sich auch im Großen. Was tut der Nationalsozialismus?

Wir verteidigen unser Volk. Nicht wir haben angegriffen. Wir haben einst gehorcht, haben gedient, unsere Pflicht erfüllt, und *andere* haben uns angegriffen, andere haben unser Volk geschlagen, andere haben uns geschmäht, andere haben uns endlich vor der ganzen Welt entwürdigt, haben unsere Ehre dauernd verletzt, und wir treten nun für unser Volk ein gegen diese anderen in der Verteidigung. *Und der Staat und die Justiz, sie beide nehmen Stellung gegen die Angegriffenen, die sich jetzt zur Wehre setzen.*

Das ist der Sinn dieses ganzen Vorgehens. Es gab in Deutschland vor dem Jahre 1919 keinen Antisemitismus [7], es gab in Deutschland keinen Terror gegen linksgerichtete Elemente; *das alles kam erst,*

als ein fremdes Volk sich die Herrschaft anmaßte

und die Deutschen beiseite schob, als andere den Terror der Straße uns entgegensetzten, als andere uns verletzten. Da begann die Gegenwehr. Und diese Gegenwehr büßen heute nicht sie, sondern die Deutschen durch Verfolgungen und in der Verfolgung durch dieses System. Hier erkennen wir die tieferen Gründe und Absichten ganz genau. Wenn der heutige Staat seine Justiz gegen uns mobil macht, dann sind es zwei Gründe:

1. Man glaubt, uns schänden zu können, indem man uns vor das Gesetz zitiert und vor den Richter schleppt, und

2. man glaubt, uns damit mürbe machen zu können, man glaubt, uns damit endlich so weit zu bringen, daß auch wir sagen: Nun geben wir es auf, wir lassen uns nicht als einzige noch länger verfolgen!

Und *das* ist in meinen Augen die *Frage*, die entschieden werden muß im Interesse der deutschen Nation: Gelingt diese Spekulation des heutigen Regiments, dann ist der Freiheitskampf der deutschen Nation zu Ende. Mißlingt diese Spekulation, dann wird aus dieser Verfolgung heraus eine unendliche Kraftzunahme stattfinden, dann wird das Gegenteil eintreten: Für jeden Eingekerkerten werden genauso tausend neue Kämpfer auftreten wie für jeden Niedergestochenen und Niedergeschlagenen. *Das* ist das *Wesentliche*, das betont werden muß: ob jeder einzelne von uns, der für seinen Kampf und in der Ausübung seines Kampfes für unser Volk in das Gefängnis geworfen wurde, nun sich wirklich unterwirft, mürbe wird oder sich ergibt. Er hat damit nicht selbst kapituliert, nein, *er trägt zur Kapitulation seines Volkes heute bei.* Und wer aus diesem Gefängnis zurückkehrt mit dem Entschluß: Ihr könnt mich nicht schänden und beugen, nie mürbe machen, der trägt dann aus seinem Opfer heraus einen instinktiven Geist des Sehens und Erkennens und damit auch des Trotzens, der weitere Tausende erfaßt und dann auch sie hineinreißt in diese Bahnen. Sein Opfer war nicht seine Leistung, die er für sich allein vollbrachte, sein Opfer ist *die Leistung, die Tausende selbst wieder beseelt und wieder mit sich vorwärts reißt.*

7 Zum Antisemitismus in Deutschland vor 1919 vgl. Shulamit Volkov, Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990.

Ein Held kann tausend Feiglinge zu Männern machen, und ein Feigling kann tausend Männer zu Memmen umgestalten.

Das müssen wir erkennen: Der heutige Staat setzt die Parteijustiz gegen uns ein, und er muß es tun, denn er ist ein Parteistaat geworden, er ist nicht mehr als ein Staat als Selbstzweck [sic!], er ist Selbstzweck eigentlich nur im Sinne der Erhaltung bestimmter Parteigebilde, und er muß eine Bewegung hassen, die an Stelle dieses jämmerlichen Selbstzweckes einen höheren setzt, nämlich die Notwendigkeit der Erhaltung des Volksgutes aus Fleisch und Blut bestimmter Art, bestimmten Wesens, das nicht jene geschaffen haben, sondern das auch vom Herrgott seine innere Gestaltung und damit seine Mission auf dieser Welt erhalten hat. (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir heute als Deutsche auftreten und uns der Vergiftung durch ein anderes Volk zu erwehren versuchen, dann versuchen wir, in die Hand des allmächtigen Schöpfers dasselbe Wesen wieder zurückzulegen, das er uns gegeben hat. (Anhaltender Beifall.)

Sein Wille und seine Vorsehung ließ uns zu dem werden, was wir sind. Er gab uns das Blut, das wir besitzen, er gab uns unseren äußeren, ich möchte fast sagen: rein menschlichen Ausdruck, er legte auch die Seele in uns hinein, und er gab uns auch den Wert, den wir besitzen, und den Inhalt des Lebens. Es wäre eine Treulosigkeit dem Schöpfer gegenüber, wenn wir uns nicht bemühten, ihm dasselbe Wesen in gleicher Art wieder zurückzuerstatten, das er uns gegeben hat. Ich halte es für Sünde, dieses Wesen zu verderben oder zu senken, mit anderem Wesen das zu vergiften und damit das Ebenbild des Herrn nicht so zu bewahren, wie er es in unser eigenes Innere hineingelegt hat.

Wenn wir Nationalsozialisten diesen Kampf nun führen, dann bringen wir dieses Opfer nicht aus eigenem, sagen wir, streitsüchtigem, händelsüchtigem, angriffstüchtigem Gemüt heraus. Es kann jederzeit ein Gott zum Zeugen angerufen werden, daß wir den Frieden möchten, *nur die anderen wollen ihn nicht.* (Starker Beifall.)

Die Juden können ihren palästinensischen Staat gründen. Ich würde jeden Deutschen preisgeben, der es wagen sollte, sie in ihrem Staat zu stören, in ihrem inneren Leben zu beleidigen oder zu verletzen. Ich würde jeden Deutschen preisgeben, der nach Jerusalem ginge, um dort sich Rechte anzumaßen in einem fremden Volk, die ihm nicht gebühren.

Aber ich bitte mir aus, daß auch ich nicht verurteilt werde deshalb, weil ich dasselbe Recht für mein deutsches Volk wünsche. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der heutige Staat aber, der Parteizweck geworden ist und von der Partei und ihren Zwekken bestimmt und regiert wird, er kann diese Definition nicht anerkennen, denn sie bedeutet das Ende dieser Partei. Indem wir selbst über den Begriff "Staat" diese von Gott gegebene Masse aus Fleisch und Blut setzen, kann auch die Justiz nicht mehr ein Selbstzweck sein, sondern müßte eine Dienerin dieses Zweckes sein - und sie käme in Konflikt mit dem heutigen Staat.

Da dürfen wir eins feststellen:

Wenn es heute eine Republik auf der Basis der Weimarer Verfassung gibt und wenn dieses Gebilde überhaupt besteht, dann verdankt es seinen Bestand nicht einer inneren Überzeugung der Bürger von der Vorzüglichkeit dieses Zustandes, sondern zu neun Zehntel der *realen* Macht, die heute diesen Zustand beschützt. Und dazu rechnet sich auch die Justiz. Nehmen Sie vom heutigen Staat das Maschinengewehr, nehmen Sie das

Geschütz, die Handgranate, die Polizei, nehmen Sie die Reichswehr, nehmen Sie die Justiz und überlassen Sie den heutigen Staat *der Liebe seiner Bürger* - und Sie werden sehen, was davon übrigbleibt! (Beifall und Heiterkeit.) Und sagen Sie nicht, das konnte auch früher nicht so sein! *Jawohl, es war so!* Oder ich müßte am edlen Wert der Menschenopfer verzweifeln. Es muß denkbar sein, daß es einen Zustand gibt, der nicht mit Gewalt gegen die eigenen Bürger aufrechterhalten wird, sondern einen Zustand, der so von allen ehrlichen und anständigen Menschen begriffen wird als Notwendigkeit, daß sie aus sich, aus innerer Liebe diesen Zustand als den gegebenen bezeichnen und ihn auch anerkennen. (Starker Beifall.) Das ist aber heute nicht der Fall.

Mit Hilfe der Gewaltmittel des Staates versucht man, diesen Zustand als einen unabänderlichen dadurch hinzustellen, daß man die Aussichtslosigkeit des Kampfes dagegen jedem klarzumachen sich bemüht. Man will die Distanz zeigen zwischen der inneren Macht, die heute hinter diesem Zustand steht, und der Kleinheit der Mittel, die höchstens ihren letzten Ausdruck in der Liebe und Opferwilligkeit finden bei den anderen, die diesen Zustand nicht anerkennen wollen. Wenn aber dieser Zustand damit geheiligt erscheint, ist auch Sowjetrußland geheiligt, dieser Zustand, dessen reale Gewalt jeden zwingt, ihn stillschweigend hinzunehmen.

Ich weiß nicht, ob nicht die, die bei uns diesen Staat als den einzig berechtigten heute hinstellen, ob diese auch in *Rußland* genau so denken würden, wenn dieser Zustand sich gegen sie selbst wendet und sie selbst das Opfer dieses Systems sind. Ich habe das Gegenteil gelesen und vernommen, wie man hier sehr wohl unterscheidet zwischen einer Tyrannei, die einfach durch die nackte Tatsache des Besitzes der öffentlichen Gewalt sich hält, und einem Staat, der nur Sinn und innere Berechtigung besitzt, wenn der Bürger, der Volksgenosse selbst durchdrungen ist von der Überzeugung des Nutzens und der Notwendigkeit dieses Gebildes für ihn.

Wenn unsere Definition nun heute siegen würde, dann müßte zwangsläufig dieser Staat in einen anderen sich verwandeln. Der Staat würde nicht vergehen, weil die deutsche Nation dann leben würde,

aber vergehen müssen die Parteien,

die im heutigen Staat das Gesetz des Handelns und den inneren Sinn vorzeichnen. Die würden vergehen. (Stürmischer Beifall.) *Und sind sie es, die den Staat in den Dienst ihrer Erhaltung stellen wollen und nicht ihre Partei in den Dienst der Erhaltung des Staates.*

So kämpfen wir nun gegen den Staat, ohne es je zu wollen, kämpfen gegen das Gesetz, ohne es zu beabsichtigen, kämpfen gegen die Ruhe und Ordnung, ohne sie je stören zu wollen. Wir sind verfemt, ohne vor unserem Gewissen das geringste verbrochen zu haben gegen das, was uns das Wesentliche zu sein scheint. In diesem Kampf siegt augenblicklich wirklich die reale Gewalt. Aber es ist ein Pyrrhussieg, der vergehen wird, wenn unsere Gedanken und Ziele erreicht sind und wenn unser Mut den Nöten und Gefahren standhält, wenn wir nicht weichen werden und nicht kapitulieren.

Das Wunder der Bewegung.

Und wenn ich die Entwicklung unserer Bewegung in den letzten elf Jahren verfolge, so muß ich sagen, daß sich in dieser Bewegung ein Wunder vollzog, ein unbedingtes Wunder: Aus sieben Mann ist gegen alle sogenannte reale Gewalt, aber auch gegen die

sogen. Tatsachen eine Bewegung erstanden [8], *die die ganze deutsche Nation umfaßt.* Aus dem Nichts heraus ist ein Symbol für Millionen Deutsche emporgestiegen, das sie zum erstenmal fest zusammengefügt im Kampfe gegen eine uns bedrohende feindliche Weltanschauung und deren Auswirkungen. Und wenn mir so mancher sagt: Wie können Sie Ihr heidnisches Zeichen diesem Kampf vorantragen, wo doch das *Christenkreuz* allein berufen ist, diesen Kampf zu führen? Dann sage ich:

Dieses Zeichen richtet sich etwa nicht [*sic!*] *gegen das Christenkreuz, im Gegenteil, es ist die politische Auswirkung dessen, was das Christentum tatsächlich will und wollen muß. Denn endlich kann man doch nicht den Kampf, den z. B. das Zentrum führt oder die Bayer[ische] Volkspartei, als den Kampf des christlichen Kreuzes bezeichnen! (Anhaltender, demonstrativer Beifall.) Ich glaube, daß wenn nun plötzlich in dieses unglückselige deutsche Volk hinein Christus, unser Herr, treten würde, und wenn man ihn nun veranlassen wollte, Stellung zu nehmen im politischen Kampf - ich glaube nicht, daß Christus, unser Herr, hingehen würde und sich innerhalb der Fraktionen des Zentrums des deutschen Reichstages einen Platz aussuchen würde! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)*

Gewiß müßte unser christliches Kreuz das hehrste Symbol des Kampfes gegen den jüdisch-marxistisch-bolschewistischen Geist sein. Aber dann dürften nicht Parteien, die mit dem Marxismus, mit dem Atheismus, ja mit dem in der verfeinerten Form sich darstellenden *Bolschewismus paktieren*, das Christuskreuz als ihr Parteizeichen reklamieren, sondern dann müßte man von vornherein dieses Kreuz solange vor jeder politischen Berührung bewahren, bis die Gebilde dieser politischen Parteien dieser Berührung wieder würdig und wert geworden sind (stürmischer, anhaltender Beifall), bis diese Parteien wieder eine Politik verfolgen, die dem inneren Sinne dieses Zeichens als Heerzeichen gerecht wird.

So haben wir heute in Deutschland, in einem Lande, das von zwei Konfessionen besiedelt ist, ein politisches Zeichen gewählt, das die Menschen zusammenfügen soll, die auf dem Boden einer nichtmarxistischen, nichtmaterialistischen, sondern in tiefstem Grunde idealistischen Weltanschauung stehen, und ihnen voranleuchten soll im Kampfe gegen das zusammenfassende Symbol der anderen Seite. Und es ist uns das Wunder beschieden worden, daß dieses Symbol, das vor elf Jahren nur eine Handvoll Menschen kannten, heute der ganzen Nation vorangetragen wird. Und dieses Symbol, das für uns nun Kampfzeichen und Fanfare zugleich ist, erscheint unseren Gegnern ebenso als der symbolische Ausdruck des Endes ihres Regiments.

Und so ballt sich denn um dieses Symbol der große Kampf in Deutschland zusammen.

Wir Nationalsozialisten können nun doch mit Stolz sagen, daß wir in diesem Kampf groß und gewaltig geworden sind. Und wir haben die unerschütterliche Überzeugung, daß trotz allen Lügen und Verleumdungen am Ende auch hier die Wahrheit siegen wird. Aber es scheint auch hier so, als ob, um die Wahrheit noch glänzender und strahlender erscheinen zu lassen, die schwere Bedrängnis und Verfolgung notwendig wäre, als ob ein letzter Sieg überhaupt nur der Menschheit dann geschenkt werden könne, wenn sie sich hindurchwinden muß durch ein Gestrüpp von Leidenschaften, Lügen, Verleumdungen und Verfolgungen.

8 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

Indem heute die Bewegung wächst, bekundet sie, daß in ihren Reihen bisher die Verfolgung diese Menschen nicht zu zermürben und nicht mehr zu schänden vermag.

Das wissen wir alle: Wir haben im Frieden den Mann, der ins Gefängnis ging, mit eigenen Augen angesehen. Ich glaube, mancher kann sich heute den Gedanken gar nicht praktisch vorstellen, daß er jemals den Weg hinter diese Mauern hätte nehmen können. Denn er ist überzeugt, daß Zeit seines Lebens er nicht anders als anständig hätte handeln können. Und als wir in die große Periode der Umwälzungen eintraten, schien uns im ersten Augenblick der Gedanke entsetzlich, daß wir, die wir für den Staat, für Deutschland eintreten wollten, plötzlich Revolutionäre werden müßten, plötzlich Feinde werden müßten dieses Systems, und daß wir im Verlaufe dieses Kampfes vielleicht dorthin kommen könnten, ja müßten, wo einst die Verbrecher sich befunden haben. *Und es war für mich und für jeden einzelnen für uns eine schwere Stunde, als zum ersten Mal sich diese Tore geöffnet haben und wir vor diesem Nichts standen* [9]. Hieß das nun, sein Leben in Schande beenden? Und wir empfanden langsam, aber auch steigend die große Genugtuung: *Nein, geschändet sind wir nicht worden*, im Gegenteil, langsam wird auf die Schande die Ehre folgen,

die Schande der Zeit verwandelt sich in die Ehre der Zukunft,

und einmal wird auch von der Bewegung *der* Mensch am höchsten noch nachträglich geehrt werden, der in der Vergangenheit der Schande der Zeit zu verfallen drohte. Man wird dann die Werte herausziehen und erkennen, daß ihr ungebrochener Mut in der Heimat dasselbe bedeuten wird wie der Mut des unbekannten Helden einst auf den Schlachtfeldern. *Einst wird man genau wissen, wer diese Männer gewesen sind, die unserer Bewegung den ganz großen, tiefen, unerschütterlichen Glauben gegeben haben:*

Der kleine S.A.- und S.S.-Mann, den niemand kennt und der vor der einen Frage steht: Gebe ich mein Zeichen weg, so habe ich den Frieden, und dieser Staat wird mein Schützer - trage ich das Zeichen, so heißt das Kampf, und der Staat ist mein Feind, - und der in diesem Zwiespalt zum heroischen Entschluß kam: Ich trage mein Zeichen und nehme eure Feindschaft entgegen, der kleine S.A.-Mann, der nun als kleiner Wurm hineinkommt in das Gefängnis, unbekannt und ebenso unbekannt für die große Masse wieder auszieht und der doch so und so oft seine kleine oder größere Umgebung, die auf ihn blickt, sich [*sic!*] *mit dem Gedanken vertraut macht, daß man für sein Vaterland, wenn notwendig, auch in das Gefängnis kommen kann.*

Für die anderen, die über ein größeres und tieferes Wissen verfügen, ist das nichts Sonderbares.

Zu allen Zeiten ging der Freiheitskampf durch die Gefängnisse des zu überwindenden Zustandes, zu allen Zeiten sind die Freiheitskämpfer der Nation aus den Gefängnissen gekommen, zu allen Zeiten mußten sie erst dort die letzte Schule durchmachen und sind in der Zeit, in der sie durch ihre "Schuld" diese Schule bestanden haben, endgültig wirklich gefestigt worden.

Und so stehen wir Nationalsozialisten heute mitten in dieser schweren Prüfungszeit, die jeden treffen kann; den kleinen S.A.- und S.S.-Mann, den einen, weil er die Wahrheit sagt, den anderen, weil er einen Artikel schrieb, der ein Unrecht festnagelte, jeden,

9 Gemeint ist die Einlieferung Hitlers in die Landsberger Festung am 1.4.1924.

weil er sich [*sic!*] gegen ein so dehnbares Gesetz verstoßen hat, von dem einst der Kardinal Richelieu sagte: Gebt mir fünf Zeilen Geschriebenes von dem Menschen, und ich kann ihn mit irgendwelchem Recht zum Tode verurteilen! Wir wissen, was man alles in Paragraphen einfügen kann!

Sie können hart sein wie Granit und dehnbar wie Gummi.

In Zeiten großer idealer Gesinnung sind die Gesetze hart, aber ehern, in Zeiten der Gemeinheit sind sie milde, aber dehnbar. Wir leben nun in dieser Zeit der milden Freiheit, der milden Schönheit, der milden Würde, *in einer Gummizeit leben wir* und sehen, wie diese Zeit immer mehr in innere Widersprüche gerät mit ihrem Tatsacheninhalt und ihrer tatsächlichen Erscheinungsform, so wie wir sie kennen. Und diese Widersprüche werden immer mehr Millionen klar werden, und immer mehr werden auf die Opfer dieser Widersprüche blicken, und *endlich werden die Opfer des Widerspruchs von heute die Träger der Klarheit von morgen sein.*

Da müssen wir uns einmal solche Tage wie heute vor Augen halten. S.A.-Kamerad und S.S.-Kamerad: Kein Opfer, das du bringst, wird umsonst gebracht, und wenn du tausendmal vielleicht meinst: Ob man das auch richtig wägen könne, was ich leide? Es wird oft nicht von den Mitmenschen gewogen, aber es wird dennoch gewogen, denn es gibt doch das, was man mit dem Worte Gerechtigkeit bezeichnet, weil es ein ehernes Gesetz der Logik, der Vernunft, der vollen Gerechtigkeit gibt, und weil nach dem Gesetz jede richtige Handlung gewogen wird als richtig und recht und gut. Und weil aus der Summe dieser kleinen Steinchen und Gewichtchen am Ende die Schale mehr und mehr fällt, bis der Pegel oben zu schwanken beginnt und aus einem jahrelangen Schaffen, Arbeiten und Opfern endlich die Schale sich gefüllt hat und dann endlich sinkt. Und an den Tag glauben wir und sind überzeugt, daß jeder S.A.-Genosse und jeder S.S.-Mann, jeder Redner und Agitator, jeder Führer, der in Deutschland für die Wahrheit heute leidet und ins Gefängnis kommt, sein Teilchen beigetragen hat, und daß sie damit aufsteigen werden später in die Reihe derer, die vielleicht nicht einmal das Glück hatten zu erleben, was später einmal die Menschen erfreut, die aber eine Genugtuung immer besitzen können: Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen recht gehandelt, und in Zeiten, in denen die öffentliche Definition des Rechtes so schwankend geworden ist wie jetzt (Hitler wendet sich an den Pfarrer Gebhardt [10]*, der vor ihm sitzt), ja, Herr Pfarrer, da gibt es denn nun einen einzigen Richter, und den trägt jeder in seinem Innern; es ist sein eigenes Gewissen! Und wenn er von seinem Gewissen nun die Absolution für sein Handeln erhält, dann braucht er keinen Richter und Staatsanwalt mehr,*

10 Franz Johann Gebhardt (geb. 1894), katholischer Priester, Ordination in Luxemburg, nach Entzug der Zelebrationserlaubnis Wechsel in das Bistum Trier, nach erneutem Entzug der Zelebrationserlaubnis 1930 im Auftrag der "Friedensliga" Wechsel nach München, 1939 Ausbürgerung.
Zu Beginn der Rede Streichers war es zu heftigen Tumulten gekommen, nachdem er erklärt hatte, daß ein den Nationalsozialisten feindlich gegenüberstehender katholischer Geistlicher in der Versammlung sitze. Die Menge wollte Pfarrer Gebhardt gewaltsam entfernen, und erst Hitler selbst konnte schließlich wieder für Ruhe sorgen: "Darf ich jetzt endlich bitten, daß Sie ruhig sind. Sie führen sich auf wie *Kindsköpfe! Sind Sie Männer oder Waschlappen? Ich habe ein so trauriges und erbärmliches Bild von Disziplinlosigkeit noch selten gesehen*. Er machte dann den Geistlichen darauf aufmerksam, daß die Versammlungsleitung von ihrem Hausrecht Gebrauch mache, wenn er sich einen Zwischenruf erlaube. Niemand darf sich an einem Kleide vergreifen, das für Millionen Deutsche ein Ehrenkleid ist." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten.

besonders in einer so schwankenden Zeit, denn er untersteht dem einzigen Richter, der überhaupt als am Ende doch unbestechlich angesehen werden kann.

Denn eines wissen wir:

Der Staat ist wandelbar, die Gesetze sind veränderlich, Richter und Justiz sind nicht stets gleich würdig und dem Irrtum ausgeliefert. Das Gewissen allein hat zu allen Zeiten, wenn der Irrtum zu triumphieren begann, den Irrtum wieder überwunden und den Menschen zurückgeführt zu Wissen, Erkenntnis und Wahrheit. Und so ist für uns heute unser alleroberster Richter und Staatsanwalt zugleich unser eigenes Gewissen. Wenn der Staatsanwalt uns anklagt, dann geben wir uns geschlagen und beugen uns, und wenn dieser Staatsanwalt uns freispricht und dieser Richter sich auf unsere Seite stellt, dann kann uns kein Spruch dieser ebenso sündigen wie irrenden Welt eines anderen belehren. Dann gehen wir unseren Weg unbeirrbar weiter wie der Ritter ohne Furcht und Tadel, gegen Tod und Teufel, gegen Lüge und Verleumdung, gegen jede Verfolgung, bis endlich unser Mut und unser Wille doch das Tor aufsprengt zur deutschen Freiheit! [11]

26. Oktober 1930 Dok. 15
"Das Telegramm Hervés [1] und Deutschland" [2]
Erklärung [3]

VB vom 26./27.10.1930.

Der französische Politiker Gustave Hervé hat, von dem edlen Bestreben geleitet, Unrecht und Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen, Vorschläge für eine Verständigung Deutschlands und Frankreichs ausgearbeitet und zur öffentlichen Diskussion gestellt [4]. Durch das Telegramm Arnold Rechbergs [5] im Auftrage Gustave Hervés auf-

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Gustave Hervé (1871-1944), Volksschullehrer, später Publizist, 1906 Gründung der sozialistisch-pazifistischen Zeitschrift "La Guerre Sociale", 1915 Umbenennung in "La Victoire" und nationalistisch-militaristische Wendung, 1916 Austritt aus der sozialistischen Partei, 1927 Gründung der faschistischen "Parti Socialiste Nationale".

2 Titel laut VB.

3 Die Erklärung Hitlers erschien als offener Brief im VB.

4 Gemeint sind die Vorschläge Hervés in La Victoire vom 16.10.1930, "Jusqu'où il faut reviser...", die folgende Punkte enthielten: 1. Streichung der deutschen Reparationslasten, unter der Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten die ihnen durch die Alliierten des Ersten Weltkrieges schuldigen Summen annullierten. 2. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ohne Volksabstimmung. 3. Zustimmung Frankreichs zum Anschluß Österreichs an Deutschland. 4. Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland. 5. Deutsch-französisches Militärbündnis bei Gleichheit der Truppenstärke Deutschland - französisches Mutterland. 6. Freundschaftliche Intervention Frankreichs bei Polen für die Rückgabe des Korridors an Deutschland. Nachdruck: VB vom 24.10.1930, "Gustave Hervé sendet durch Arnold Rechberg an Adolf Hitler nachstehendes Telegramm". Zur Vorgeschichte vgl. Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 111 ff.

gefordert, als Führer der nationalsozialistischen Bewegung mich zu diesen Vorschlägen zu äußern [6], muß ich an der Spitze meiner Ausführungen mit dankbarer Freude die unserem Volke mehr gerecht werdende Beurteilung eines im politischen Leben stehenden Franzosen anerkennen. Ich glaube weiter versichern zu dürfen, daß es in Deutschland wohl niemand[*en*] gibt, der nicht jedem ehrlichen Versuche einer Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus ganzem Herzen Beifall schenken wird. Auch mich zwingt das Gefühl zur gleichen Einstellung. Wenn ich daher im nachfolgenden gewisse Bedenken zum Ausdruck bringe, so entspringen sie nur jener Vernunft, die, durch zahlreiche Deutschland zugefügte, bittere Belehrungen gewarnt, von vorneherein durch vorsichtiges Prüfen spätere Enttäuschungen vermeiden will.

Ich habe also als Führer der nationalsozialistischen Bewegung sachlich zu den erfreulichen Anregungen Gustave Hervés folgendes zu sagen:

1. Das Telegramm, das ich durch Arnold Rechberg erhielt, richtet sich meiner Ansicht nach an eine falsche Adresse. Es scheint mir zunächst so lange unwesentlich zu sein, welche Haltung Deutschland zu dem von privater Seite unternommenen Versuch, eine Besserung der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich herbeizuführen, einnimmt, als nicht die französische Regierung selbst und vor allem die anderen Nationen, an der Spitze Amerika, zu diesen Auslassungen das Wort ergreifen.

Deutschland ist seit zwölf Jahren nicht von Männern regiert worden, die keine Verständigung mit Frankreich wollten, sondern nur von solchen, die bereit waren, um jeden Preis zu einer Verständigung zu gelangen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war bisher stets ein negatives. Die positiven Folgen sehen wir heute vor uns in der Vernichtung der deutschen Wirtschaft, in der Verelendung des deutschen Volkes, in der politischen Zersetzung, die nunmehr so weit fortgeschritten ist, daß Millionen im Bolschewismus einen erträglicheren Zustand erblicken zu können glauben als im gegenwärtigen.

Kein ernst denkender Mensch in Deutschland hat das heutige Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gewünscht. Indem sich aber Deutschland einst im Vertrauen auf gegebene Zusicherungen selbst entwaffnete, ist es das wehrlose Opfer einer Behandlung geworden, die in ähnlicher Weise, wenigstens in der neueren Geschichte, keinem Volke zugefügt wurde.

Wenn heute von einzelnen Angehörigen der uns bedrückenden französischen Nation Vorschläge über eine eventuelle Änderung des französischen Vorgehens gegen Deutschland ausgearbeitet werden, so müßte sich in erster Linie die französische Regierung selbst hierzu äußern.

2. Gustave Hervé erwartet von mir nun eine Stellungnahme zu einem Gesamtkomplex von Vorschlägen oder Bedingungen, die ihre Bekrönung erhalten sollen durch den Abschluß eines französisch-deutschen Militärbündnisses. Damit wird der Abschluß einer Militärkonvention zwischen Frankreich und Deutschland als Bedingung und Zweck der neu anzubahnenden Verständigung festgestellt.

---

5 Arnold Rechberg (1879-1947), Bildhauer, Industrieller (Tuchfabrikation), Politiker. Zu seinen Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung vgl. Vietsch, Arnold Rechberg.

6 Am 20.10.1930. Faksimiledruck: VB vom 24.10.1930, "Gustave Hervé sendet durch Arnold Rechberg an Adolf Hitler nachstehendes Telegramm."

Ich muß als Führer der größten nationalen Partei Deutschlands aber nun folgende zwei Fragen stellen:

1. Warum soll dieses französisch-deutsche Militärbündnis abgeschlossen werden?

2. Gegen wen soll sich dieses Militärbündnis richten?

Das deutsche Volk hat die ernstliche Absicht, mit allen gesitteten Kulturnationen und Mächten in Frieden und Freundschaft zu leben. Dieser Friede der kulturell gesitteten Welt wird heute durch das ungerechte Verhalten Frankreichs gegen Deutschland unendlich bedroht. Wenn Frankreich dieses Verhalten Deutschland gegenüber aber zu ändern beabsichtigt, ist nicht einzusehen, welchen Zweck dann ein Militärbündnis zwischen den beide Nationen haben soll, außer es läge irgendein aggressiver Gedanke gegen andere europäische Nationen vor.

Ich halte die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa aber gerade dann als besonders wünschenswert und auch gesichert, wenn Frankreich und Deutschland zu einer wirklichen inneren Verständigung auf der Basis einer gleichen Zubilligung natürlicher Menschenrechte gelangen.

Ich kann auf das bestimmteste versichern, daß die von mir vertretene Bewegung nicht beabsichtigt, ihre Hand zu einem Vorgehen zu reichen, das nur zu leicht geeignet erscheint, die Bildung des notwendigen Gleichgewichts der Kräfte in Europa zu verhindern und so den notwendigen Frieden der europäischen Nationen zu gefährden!

Das von mir geführte und in der nationalsozialistischen Bewegung seinen Ausdruck findende junge Deutschland hat nur den sehnlichsten Wunsch zu einer freundschaftlichen Verständigung mit den anderen europäischen Nationen, aber nicht den Wunsch nach Militärbündnissen! Die von Gustave Hervé vorgeschlagene Herbeiführung eines französisch-deutschen Militärbündnisses widerspricht meines Ermessens auch dem Geist und den Statuten der Institution, die, uns einst als Völkerbund verheißen, die Welt von der Gewalt und dem Unrecht erlösen sollte. *Soll die von Gustave Hervé vorgeschlagene neue europäische Militärkonvention besagen, daß auch Frankreich nicht mehr an den Völkerbund oder seine Wirksamkeit glaubt?*

Wird die französische Regierung den Abschluß einer solchen Militärkonvention als im Sinne des Kelloggpaktes [7] liegend ansehen, oder lehnt man diesen Pakt nunmehr ebenfalls als nicht befriedigend ab?

4. Gustave Hervé schlägt für den Fall des Zustandekommens dieses französisch-deutschen Militärbündnisses vor, Deutschland bis zur Höhe des Umfanges der heutigen französischen Rüstungen in Europa ebenfalls aufzurüsten. Damit aber würde sich Frankreich tatsächlich bereit erklären, auf seine Rüstungsübermacht gegenüber Deutschland, wenigstens auf dem europäischen Festlande, künftighin Verzicht zu leisten. Wenn aber diese Absicht in Frankreich wirklich vorhanden ist, dann scheint es mir weniger wichtig zu sein, daß Deutschland *auf*rüstet, als daß Frankreich *ab*rüstet. Frankreich hat es jeder-

7 Bezieht sich auf den am 27.8.1928 in Paris unterzeichneten Briand-Kellogg-Pakt, in dem der Krieg "als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle" verurteilt und die beteiligten Staaten "auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen" (Artikel 1) verzichteten. Druck: RGBl. 1929, II, S. 97 ff. Vgl. Jacques Bariéty, Le "Plan Briand Kellog de renonciation à la guerre" de 1928. In: Wege in die Zeitgeschichte. Hrsg. v. Jürgen Heideking u. a., Berlin 1989, S. 448-459.

zeit in der Hand, mit der Durchführung der Deutschland übrigens einst in den Verträgen feierlichst zugesicherten Abrüstung [8] von ganz Europa einen Alpdruck wegzunehmen und allgemeine Beruhigung einkehren zu lassen.

5. Wenn Frankreich, statt in so furchterregender Weise aufzurüsten, seinen Rüstungen die Beschränkungen auferlegen würde, die andere Nationen z. T. durchgeführt haben, zum anderen Teil sicher durchführen wollten, wenn sie sich nicht von der französischen Übermacht bedroht glaubten, dann würde Frankreich auch (genauso wie die übrigen Nationen!) leichter in der Lage sein, seinen privatrechtlichen Schuldverpflichtungen gerecht zu werden, als es heute der Fall ist. Deutschland hat in strengster Erfüllung seiner Verpflichtungen die ihm aufgetragene Abrüstung restlos durchgeführt.

6. So sehr ich das Festhalten der alliierten Nationen an der Verbundenheit von Kriegsschulden einerseits und Reparationsverpflichtungen andererseits verstehe, so sehr muß ich als Deutscher immer wieder folgendes feststellen:

Der rechtsverbindliche Charakter von Privatschulden, ganz gleich aus welchem Anlaß sie aufgenommen worden sind, steht zweifelsfrei immer fest. Der rechtliche Charakter von politischen Schulden wird selten von der Gegenwart, sondern fast immer nur von der Zukunft geklärt und festgestellt werden können. Ich diskutiere nicht - weil gänzlich zwecklos - über die zu Unrecht behauptete Schuld Deutschlands am Kriege [9], aber ich erkläre vor aller Welt, daß das junge Deutschland keine Schuld am Kriege haben konnte und auch keine gehabt hat.

Das deutsche Volk hat seinen eigenen Angehörigen nahezu sämtliche Ansprüche auf Rückzahlung der Kriegsanleihen gestrichen [10]. Es erfüllt und wird aber auch in aller Zukunft seine privaten kaufmännischen Schuldverpflichtungen der Welt gegenüber ernst und getreu erfüllen. Es wird diese Erfüllung allerdings nur dann auf die Dauer garantieren können, wenn die ungerechten und wahnsinnigen politischen Erpressungen ein Ende nehmen.

Das Deutschland, das sich in der nationalsozialistischen Bewegung ankündigt, wird entweder eine gleichgeachtete Nation sein und damit außer den allgemeinen Pflichten der gesitteten Menschheit auch die allgemeinen Rechte genießen, oder es wird überhaupt kein Deutschland der Ordnung mehr geben, sondern ein solches des Bolschewismus!

7. Zu den übrigen von Hervé zur Diskussion gestellten Punkten kann nur Frankreich selbst, und zwar die französische Regierung, Stellung nehmen, da die Einstellung jedes Deutschen hierzu selbstverständlich ist.

Wir alle stellen aber noch einmal mit Dank die Tatsache fest, daß nunmehr auch ein Franzose das große Unrecht der unmenschlichen Behandlung Deutschlands durch Frankreich einsieht und eine Änderung dieses unwürdigen Zustandes als nötig erachtet.

---

8 Gemeint ist die Vorbemerkung zu den in Teil V enthaltenen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages: "Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Beschränkungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

10 Anspielung auf die Entwertung der Sparguthaben und der Festverzinslichen Wertpapiere durch die Inflation. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 264 ff.

26. Oktober 1930 Dok. 16
"Staat und Nationalsozialismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; StA Nürnberg, Slg. Streicher, Nr. 175 [3].

Soeben hat zu Ihnen Ihr aus dem Gefängnis entlassener Führer [4] gesprochen. Noch vor zehn oder zwölf Jahren würden wir mit einem gewissen Mißbehagen uns einen Mann angesehen haben, der aus dem Gefängnis kommt. Heute ist dies anders. Es sind nicht die Schlechtesten, die hinter den Gefängnismauern sitzen. Von Julius Streicher aber wissen wir, warum er ins Gefängnis geworfen wurde. Man schickt heute bestimmte Leute in den Kerker, entweder um sie mürbe zu machen oder um sie in ihrem Rufe zu schädigen. Bei Streicher ist beides nicht gelungen. Man hat ihn nicht nur nicht mürbe machen können, sondern Ihr zahlreiches Erscheinen zeigt mir, daß auch sein Ruf in keiner Form Schaden gelitten hat. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie gleich auf eines aufmerksam machen. Wenn Sie in den Zeitungen lesen, daß sieben, dreizehn, dreißig oder noch mehr Nationalsozialisten vor Gericht geladen werden, daß man sie verurteilt und einsperrt, so seien Sie sich bewußt, daß keiner auch nur im geringsten sich etwas Ehrenrühriges hat zuschulden kommen lassen. Der eine, der SS- oder der SA-Mann, wandert ins Gefängnis, weil er irgend ein Uniformverbot [5] übertreten oder weil er sich eines Angriffes von marxistischer Seite erwehrt und dabei einen niedergeschlagen hat, der Redner, weil er um die Befreiung seines deutschen Volkes aus der Knechtschaft etwas zu weit gegangen ist und etwas sagte, was den derzeitigen Machthabern nicht ganz gefällt. Unedle Motive aber sind es nie, weswegen unsere Parteigenossen eingesperrt werden. Man versucht eben, sie entweder mürbe zu machen oder sie in ihrem Rufe zu schädigen. Was wollen wir Nationalsozialisten denn? Wir wollen nichts anderes als unser Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Ich bin schon öfters gefragt worden, was mich so vermessen sein läßt zu hoffen, daß das Volk besseren Zeiten entgegengeführt werden könne. Ich habe die Entwicklung in den letzten zehn Jahren mitgemacht und gesehen, wie zunächst Zehntausende, nunmehr aber Millionen in unserer Bewegung ihr Heil ersehen. Ich bin darob so vermessen zu glauben,

1 Titel laut Plakatanschlag. Faksimiledruck: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 159.

2 In der Festhalle "Luitpoldhain", gegen 16.45 Uhr. An der öffentlichen Versammlung aus Anlaß der Haftentlassung Streichers aus dem Gefängnis Stadelheim (vgl. auch Dok. 13 und 14) nahmen laut Polizeibericht etwa 17.000 Personen teil. Sie wurde von dem Nürnberger NSDAP-Stadtrat Willy Liebel geleitet und eröffnet. Vor Hitler sprachen Karl Holz sowie Julius Streicher, der gemeinsam mit August Wilhelm Prinz von Preußen in der Festhalle erschienen war.

3 Druck einer leicht bearbeiteten Fassung: Preiß, Hitler, S. 157 f. Vgl. auch die Mitschrift in Polizeibericht vom 27.10.1930, StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, 1740; Stürmer, Nr. 44, Jg. 1930, Oktober 1930, "Heil Streicher! Nürnbergs gewaltigste nationalsozialistische Kundgebung"; Fränkischer Kurier vom 27.10.1930, "Hitler in der Festhalle"; Nürnberger Zeitung vom 27.10.1930, "Hitler und Streicher"; Illustrierter Beobachter vom 8.11.1930, "Adolf Hitler spricht vor 20.000 Nürnbergern".
Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch VB vom 26.10.1930, "Mehr als 20.000 in Nürnberg".

4 Julius Streicher.

5 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

daß es uns gelingen wird, unserem Volke noch die Freiheit zu bringen. Nie werden wir zusammen mit irgendeiner anderen Partei die Geschicke des Volkes teilen. Das Parteiwohl ist für uns nicht maßgebend. Das Volk in seiner Gesamtheit soll glücklich werden. Nie werden wir uns in die Herrschaft mit anderen teilen. Entweder wir schaffen es oder wir gehen zugrunde. Sehen Sie sich den kleinen SA-Mann an! Fragen Sie ihn, warum er seinen Dienst macht! Er kümmert sich nicht darum, ob er zuhause eine Mutter hat, er fragt nicht danach, ob ein Mädchen ihn liebt, das um ihn bangt, er fragt nicht nach den Sorgen der Frau und der Kinder, er macht seinen Dienst, weil ihn ein Inneres zwingt. Genauso ist es mit dem Redner, mit dem Agitator. Sie alle handeln aus der sicheren Überzeugung heraus, daß sie ihrem Volke dienen. Infolgedessen werden auch nicht Richter entscheidend sein über das Tun und Lassen des einzelnen. Der höchste Richter ist für uns alle in erster Linie unser eigenes Gewissen. Deshalb fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, daß unsere Bewegung wächst. Stellen Sie sich, wo immer es geht, in den Dienst der Bewegung! Tun Sie es denen gleich, die sich dauernd für die Bewegung einsetzen, dann muß der Sieg unser sein. Zweihundert Tote [6] und Tausende Verwundeter haben bisher für diese hohe Bewegung ihr Bestes geopfert. Stehen Sie also nicht tatenlos abseits und warten Sie, was da kommen soll! Nur wenn wir uns alle restlos in den Dienst des Vaterlandes stellen, dann ist der Sieg uns gewiß.

6 Die offiziöse Parteistatistik über die politischen Opfer der NSDAP (Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1939, S. 21, 29 ff.) nennt für den Zeitraum von 1923 bis Oktober 1930 63 Todesfälle.

1. November 1930 Dok. 17
"Der Metallarbeiterstreik" [1]
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.11.1930 [2].

Es ist eine gerechte Vergeltung, die die politische Charakterlosigkeit der Völker in wirtschaftliche Not umsetzt. Bei intelligenten und fleißigen Nationen kann man daher auch sehr oft aus der wirtschaftlichen Situation heraus auf ihren politischen Charakter schließen. Das Urteil, das man dann heute über Deutschland erhält, ist dabei allerdings ein vernichtendes. Und mit Recht vernichtend. Zehntausende von Betrieben und Unternehmungen aller Art sind zugrunde gegangen. Andere zehntausende stehen knapp vor dem Ruin. Wieder zehntausende können sich gerade mit Ach und Krach von heute auf morgen durchfretten [*sic!*]. Wieder andere leben von Krediten, das heißt, sie täuschen noch so etwas wie Leben vor, obwohl sie innerlich auch schon demselben allgemeinen Zusammenbruch verfallen sind. Die Not großer Massen des erwerbstätigen Volkes ist eine außerordentlich schwere. Die Arbeitslosenziffer hat offiziell die dritte Million weit überschritten [3]. In Wirklichkeit mögen in Deutschland als Unterstützungs- und Nichtunterstützungsberechtigte vier bis fünf Millionen Menschen zur Zeit ohne Erwerbsmöglichkeit sein. Allgemein herrscht das Gefühl, daß man einem wirtschaftlichen Katastrophenwinter gefährlichster Art entgegengeht. Aber in derselben Zeit laufen in Deutschland noch immer sogenannte "Staatsmänner" herum und reden vom Youngplan [4] und seiner Erfüllung wie von der natürlichsten Sache der Welt! In derselben Zeit begeifern noch immer politische Parteien diejenigen, die den Bruch mit der Politik der Youngversklavung fordern. Und hinter diesen Kräften der Bejahung unserer Versklavung steht in unbegreiflicher Engstirnigkeit die sogenannte deutsche Wirtschaft. Oder wenigstens ein Teil dieser Wirtschaft. Was wären heute die politischen Parteien der unseligen Verständigungspolitik, wenn nicht hinter ihnen eine deutsche Wirtschaft stünde, die zu allem ja und amen sagt. So bitter es ist, aber es scheint so, als ob erst unsere Wirtschaft in den Abgrund hinabsausen müßte, um zur Vernunft zu kommen und endlich das Veto einzulegen gegen eine nachnovemberliche Politik Deutschlands, die ebenso unfähig wie gewissenlos ist. Solange aber die Wirtschaft dieses Veto nicht einlegt, kann nicht verhindert werden, daß der Einspruch von anderer Seite erfolgt.

1 Vom 15.10. bis 30./31.10.1930 waren wegen eines Tarifkonflikts etwa 126.000 Arbeiter der Berliner Metallindustrie in den Ausstand getreten. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 232 ff.

2 Nachdruck im VB vom 5.11.1930, "Der Metallarbeiterstreik als Protest gegen die Tributpolitik der Wirtschaft".

3 Im Oktober 1930 waren im Deutschen Reich 3,25 Millionen Arbeitslose registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 301.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

In dem von Fieberschauern durchschüttelten deutschen Wirtschaftsleben scheint sich als Neuerscheinung eine gewisse allgemeine Streikpsychose zu verbreiten [5]. Die Gründe sind verschiedener Art: Erstens ist die Not in großen Kategorien der deutschen Arbeiterschaft wirklich eine ganz entsetzliche. Der Durchschnittslohn eines ganzen Jahres steht meistens in gar keinem Verhältnis mehr zur Höhe der Lebenskosten. Es wäre von schlimmster Tragik, wenn eine nationale politische Partei diese Tatsache geflissentlich übersehen wollte. Daß die politischen Parteien des deutschen Bürgertums jahrzehntelang grundsätzlich gegen fast alle wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter Stellung nahmen, brachte sie am Ende um jeden Einfluß auf die Arbeiterschaft, kostete ihnen in der Folge die politische Herrschaft und Macht und half damit den Zustand politisch herbeizuführen, unter dem dasselbe Bürgertum heute wirtschaftlich zerbricht. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird in diesen Fehler niemals verfallen! Jeder berechtigte Lohnanspruch muß auch seine Verteidigung finden. Mancher Bürger, der mit ebenso unkluger wie ungerechter Entrüstung das Streben des Arbeiters nach Besserung seiner wirtschaftlichen Lage verurteilt, würde vielleicht sofort ganz anders denken, wenn ihm selbst nur drei Wochen lang die Schwere der Arbeit aufgebürdet würde, die vom anderen verlangt wird. Es gibt auch heute noch zahllose bürgerliche Elemente, die eine Lohnforderung von zehn Mark im Monat und besonders das scharfe Eintreten dafür als "marxistisches Verbrechen" auf das empörteste verurteilen, aber ohne jedes Einsehen einer Forderung gegenüberstehen, selbst maßlose Gewinne einzelner ebenfalls zu beschränken. Freilich liegt bei jeder Forderung das Gewicht auf dem Wort "berechtigt". Wann kann und muß man die Lohnforderung eines Arbeiters als berechtigt ansprechen, und wann müßte sie als unberechtigt abgewiesen werden? Berechtigt ist an sich jede Forderung, die der Erhaltung der sozialen Volksgesundheit dient, ohne der nationalen unabhängigen Wirtschaft selbst Schaden zuzufügen, das heißt, sie in ihrem Bestande zu bedrohen oder zu gefährden. Für den Nationalsozialismus kann und darf es in der Stellungnahme und für die Stellungnahme zu wirtschaftlichen Fragen nur zwei Richtlinien geben, gegen die niemals verstoßen werden darf: Erhaltung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft! Erhaltung eines gesunden, arbeitskräftigen und arbeitsfreudigen deutschen Volkes! Zerstört der Arbeiter durch unberechtigte und damit unvernünftige Forderungen die nationale Wirtschaft, so zerstört er sich damit seine eigene Existenz, seine Lebensgrundlage. Der kommunistische Narr gibt ihm kein Brot, sondern höchstens Phrasen. Zerstört aber die Wirtschaft durch Unvernunft und Habgier sowie herzlose Rücksichtslosigkeit die soziale Gesundheit des Arbeiters, sieht sie in ihm nur ein Lasttier und nicht den gleichberechtigten Kontrahenten im Wirtschaftsprozeß, dann vernichtet sie nicht nur die Gesundheit, sondern damit auch die Kraft des Volkskörpers. Sie entfremdet sich dem Arbeiter der Faust und wird es dann am Ende erleben, daß die von ihr selbst in den Sattel gehobene Unvernunft über sie hinwegstürmt und sie niedertrampelt, daß nicht nur der Staat keine Soldaten mehr zu seinem Bestehen, sondern die Wirtschaft auch keinen Arm mehr besitzt für ihre Verteidigung. Wenn man

5 1930 wurden im Deutschen Reich 345 Streiks in 3.241 betroffenen Betrieben mit insgesamt etwa 286.000 Beschäftigten gezählt. Diese Zahl war seit 1928 kontinuierlich rückläufig. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 313.

nun in der jetzigen Situation Deutschlands wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer vom Standpunkt der Berechtigung aus untersucht, dann wird einem freilich der erste Blick sagen, daß die Vernunft dagegen ihren Einspruch erhebt, weil die gesamte Wirtschaft an sich vor dem Zusammenbruch steht. Allein dieser Einspruch der wirtschaftlichen Vernunft muß wieder zurückgezogen werden, wenn man sieht, daß diese selbe Wirtschaft es für möglich erklärt, jährlich über zwei Milliarden Tribute an das Ausland zu bezahlen[6], das heißt, in Wirklichkeit mehr als zehn bis zwölf Milliarden Mark aus dem umlaufenden Verkehr zu ziehen. Denn eine Milliarde Mark, die man statt Frankreich abzuliefern in die deutsche Wirtschaft hineinstecken würde, ergäbe durch ihr fortwährendes Umlaufen in der Zeit eines Jahres die sieben- bis achtfache Summe an Löhnen und Gehältern! So furchtbar schwer es ist: Aber solange die deutsche Wirtschaft das ungeheure Verbrechen unserer Außenpolitik deckt und Milliarden der nationalen Volkswirtschaft zu entziehen mithilft, solange ist jeder Lohnabbau und jede Beibehaltung von unmöglichen Löhnen ein himmelschreiendes Unrecht. Und man muß dann um des Vaterlandes willen dagegen Stellung nehmen. Und wenn die Wirtschaft dann erklärt: Ihr richtet uns damit zugrunde, dann muß man ihr zur Antwort geben: Nein, ihr richtet durch die von euch (als höchste sogenannte wirtschaftliche Kapazität Deutschlands!) gedeckte und damit gestützte und aufrechterhaltene Tributpolitik ganz Deutschland zugrunde und eure eigene Wirtschaft damit nicht minder. Wir aber wollen durch unser Vorgehen euch klarmachen, daß diese eure Außenpolitik schon rein wirtschaftlich unmöglich ist! Ihr dürft nicht glauben, Milliardentribute auf Kosten des Arbeiters bezahlen zu können, und wenn ihr der Überzeugung seid, daß es anders nicht geht - und wir Nationalsozialisten sind unbedingt der Überzeugung -, dann werdet ihr eben die Tributpolitik aufgeben müssen! Solange ihr aber Milliarden an das Ausland abgebt, ist über die Berechtigung der Grundforderungen der Produzenten überhaupt nicht zu diskutieren.

Freilich finden zweitens die Streiks auch noch aus einigen anderen Gründen statt. Die Novemberverbrecher versuchen das betrogene Volk von der Fährte der Betrüger wegzubringen. Wenn man heute einen wirtschaftlichen Streik macht, um der deutschen Industrie klarzumachen, daß die Erfüllungspolitik ein Ende zu nehmen hat, dann ist das zu rechtfertigen. Man macht aber in Wirklichkeit die Streiks, um die Arbeiterschaft über die Erkenntnis hinwegzuputschen, daß die Erfüllungspolitik der Novemberverbrecher gerade in erster Linie vom deutschen Arbeiter mitbezahlt werden muß. Nicht mit Kapital wird das Ausland bezahlt, sondern mit Arbeitsleistung. Und diese Arbeitsleistung hat der deutsche Arbeiter der Stirne und der Faust zu vollbringen. Und er fühlt heute die Last. Und die Volksbetrüger und Volksverräter versuchen nun, den von ihnen selbst ruinierten Arbeiter gegen die Wirtschaft mobil zu machen. Nicht damit es ihm später besser ergehe. Nein, denn das Ergebnis eines jeden Streiks von heute kann wirtschaftlich gesehen nur ein noch schlimmeres Ende sein. Nein, sie tun es, um den Arbeiter zu verwirren, um ihn noch irrer zu machen, als er durch sie schon gemacht wurde, um ihn

6 Anspielung auf den Young-Plan, der vorsah, daß Deutschland zur Begleichung seiner Reparationsschuld 59 Jahre lang eine Durchschnittsannuität von rd. 2 Milliarden RM zahlen sollte. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469 ff.

gegen andere aufzutreiben, um allgemeine Unruhe zu erzeugen und um endlich das Chaos hervorzurufen, in dem sie ihre letzte Rettung ersehen, den Bolschewismus. Wie der Bolschewismus dann mit dem Arbeiter umspringt, das sieht man am besten im heutigen Rußland. Sein Los heißt dann Elend, aber die jüdisch-marxistische Führung ist gerettet.

Die nationalsozialistische Bewegung muß damit heute gegen zwei Seiten fechten. Sie muß ebenso gegen den Erfüllungsirrsinn der Wirtschaft Stellung nehmen wie gegen die Novemberprovokateure. Sie muß in wärmster Weise für den Arbeiter eintreten durch Verteidigung seiner berechtigten und durchführbaren Forderungen, aber auch durch ehrliche Belehrung über Unmögliches, das am Ende nur ihn selbst statt zu heben vernichten würde. Sie muß aber am allerschärfsten die Verbrecher brandmarken, die am ganzen heutigen Elend des Arbeiters schuld sind und nun mit dem alten Gaunertrick "Haltet den Dieb" entwischen möchten. Die marxistischen Volksbetrüger!

2. November 1930 Dok. 18
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Oldenburg [1]

Polizeibericht des Polizeiamtes Oldenburg vom 3.11.1930; StA München, Polizeidirektion München 6759 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Als wir vor 12 Jahren aus dem Kriege in die Heimat zurückkehrten, trafen wir einen Zustand, den nicht wir verschuldet hatten und für den auch wir nicht verantwortlich gemacht werden konnten. Wir hatten 4 Jahre lang unsere Pflicht erfüllt. Wir hatten nicht geredet und nicht politisiert. Es zeigte sich nun der Sinn des Krieges, der 1914 nicht verstanden wurde. Aus dem Kampf im Kriege war ein Kampf um die Existenz geworden. Das ist auch heute die Frage: "Kann für das deutsche Volk noch das Brot geschaffen werden?" - In diesen 12 Jahren hat die deutsche Nation das getan, was ein Kaufmann tun wird, wenn sein Geschäft nicht mehr gut geht. Er wird, obwohl das Geschäft nichts mehr einbringt, noch eine kurze Zeit leben können. Das hat auch unser Staat getan und

1 In der Gaststätte "Ziegelhof", nachmittags. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Carl Röver mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler, der etwa anderthalb Stunden lang sprach, trat MdR Josef Wagner als weiterer Redner auf. Hitler hielt anschließend weitere Reden in der Gaststätte "Lindenhof" (Dok. 19) und in der Gaststätte "Astoria" (Dok. 20).
Am Vormittag, nach 11.15 Uhr, hatte Hitler etwa 3.000 angetretene SA-Männer besichtigt sowie deren anschließenden Vorbeimarsch auf dem Pferdemarkt abgenommen. Zum Gesamtprogramm des Parteitags des NSDAP-Gaues Weser-Ems am 1./2.11.1930 vgl. Polizeibericht.

2 Vgl. auch Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg) vom 3.11.1930, "Die Reden Hitlers"; VB vom 8.11.1930, "Hakenkreuz über Oldenburg"; Wilhelmshavener Zeitung vom 3.11.1930, "Hitler in Oldenburg".

steht nun am Ende. Man sieht jetzt die wirkliche Lage, die nicht rosenrot [*sic!*] aussieht. Jetzt erhebt sich drohend das Gespenst der Hungerkatastrophe, das 1918 vor unseren Augen seinen Einzug nahm. Das Schlimmste war damals die Zerreißung der Nation. Wir wurden zur Wehrlosigkeit verdammt. Wie vor 300 Jahren [3] kam die Zeit, wo das deutsche Volk aufhörte, ein einheitlicher geistiger Faktor zu sein. Auch damals setzte eine Zerreißung ein. - Es trat dann 1918 die Klassenspaltung immer mehr in Erscheinung. Man redete von internationaler Solidarität und von Völkerversöhnung. - Jetzt muß erst das deutsche Volk wieder zum einheitlichen Denken zurückgeführt werden. Wenn erst das ganze Volk wieder einheitlich denkt, dann kommt auch die Möglichkeit zum einheitlichen Handeln. Das Volk ist in zwei Hälften zerfallen, und das Schrecklichste ist, daß keine der beiden Hälften in der Lage ist, die geistige Überlegenheit der anderen zu überwinden. Wenn wir die beiden Begriffe Marxismus und Bürgertum durchdenken und dabei prüfen, ob sich die beiden Begriffe näherkommen oder ob sie auseinandergehen, und dann feststellen müssen, daß sie immer mehr auseinandergehen, dann muß logischerweise das Ende der Nation kommen. Wir Nationalsozialisten hatten schon 1918 die Einsicht, daß unser Volk sich an einer großen Wende befindet. - Gelingt es uns, die beiden großen geistigen Gegner zusammenzuführen, dann wird das deutsche Volk die Kraft erhalten, sich nach außen zu entfalten. Wir brauchen nur zu untersuchen, ob auf dem Wege des marxistischen Sozialismus und des bürgerlichen Nationalismus dieses Ziel zu erreichen ist. Man braucht sich dazu nur klarzumachen, was Sozialismus und was Nationalismus heißt. Ich verstehe unter Sozialismus: höchster Dienst an meinem Volke, Aufgeben des persönlichen Vorteils im Interesse der Gesamtheit. Daß ich lebe, ist weniger wichtig. Viel wichtiger ist, daß die Gesamtheit leben kann. Ich ziehe meinen Nutzen erst vom Nutzen der Gesamtheit ab. Der Nutzen der Gesamtheit ist das Wesentliche. Der Begriff Nationalismus bedeutet am Ende auch nichts anderes als Hingabe und Liebe zu meinem Volk. Er erfordert im letzten Grunde die Aufgabe meiner persönlichen Existenz im Interesse meines Volkes. Man stirbt am Ende ja doch nur für ein Volk. Wenn die Menschheit aufhört, dieses Idealste [*sic!*] aufzugeben, dann beginnt der Krieg aller gegen alle. Um die Freiheit zu erringen, ist es notwendig, daß sich jeder in den Dienst der Nation stellt. Das ganze Volk muß eintreten in den Daseinskampf. Wenn Sie mich fragen: "Was ist die oberste Doktrin Ihrer Partei?", so kann ich Ihnen nur antworten: *"Unser Volk muß leben!"* Das ist mein Ziel, und jeder Weg, der dahin führt, ist recht. Wenn ein Volk zum Bewußtsein seiner Kraft kommt und diese Kraft logisch organisiert, dann wird ein Staat daraus. Je mehr man die Menschen vom wirtschaftlichen Denken abbringt, um so mehr werden sie ideal, und auf einmal entdecken sie dann, daß sie nur die Blätter und Zweige eines großen Baumes sind, und sie kommen zu der Überzeugung, daß es gleichgültig ist, was der einzelne ist, und daß die Hauptsache bleibt, daß der Baum, der Wald erhalten wird. Der Wald ist das Volk, ist die Substanz, und die muß bleiben. Diesen Geist, den wir Nationalsozialisten schon jahrelang haben, den wollen wir unseren ganzen Volksgenossen übermitteln. Was jeder einzelne ist, ist gleich. Wichtig ist, daß ich ein Deutscher bin und du ein Deutscher bist, mein lieber Bauernjunge! Ebensogut wie ich hier stehe, könnte ich heute noch auf dem

3 Anspielung auf den Dreißigjährigen Krieg (1618-1648).

Bau stehen als Maurer. Die Hauptsache ist, daß der einzelne Mann sein Leben einsetzt für sein Volk. Was er ist, das kommt erst in zweiter Linie. Als wir mit unserer Bewegung auftraten, hatten wir alles gegen uns. Es kommt mir darauf an, in meiner Bewegung die wertvollsten Menschen zusammenzubringen, und das sind die, die mutig und tatkräftig sind. Durch die ganze Nation muß ein ehernes Gesetz gehen, das heißt: *"Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!"* Wir kämpfen um unser Volk. Dann erst werden wir einen Sieg errungen haben, wenn es keine Parteien mehr in Berlin gibt. Dann werden wir die Ehre und Freiheit erobert haben, und es wird sich über ganz Deutschland das Hakenkreuzbanner entfalten. Vorläufig werden wir weiterkämpfen, aber der Weg ist nicht mehr so weit, wie er von 1918 bis hierher war. [4]

2. November 1930 Dok. 19
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Oldenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg) vom 3.11.1930, "Die Reden Hitlers" [2].

Statt der Engländer hätten wir die Herren der Welt sein können, wenn wir unsere Kräfte nicht im gegenseitigen Kampf aufgerieben hätten, denn wir sind nicht minderwertiger als die anderen Völker. Als wir den Kampf aufnahmen, waren alle gegen uns: Staat, Presse, die politischen Parteien. Man hielt uns für unvernünftig und töricht.

Er [*Hitler*] schloß hier: Die alten Parteien müssen restlos beseitigt werden, auf daß ein einziges Volk entsteht. Aus allen Ständen, Parteien, Konfessionen sollen die Leute zu uns kommen, die sich als *Deutsche* fühlen. Im andern wollen wir nur den deutschen Volksgenossen sehen. Was er ist, das ist gleichgültig, wenn er nur deutsch fühlt. Wir fordern von ihm nur das Bekenntnis: *Ich bin ein Deutscher*! [3]

---

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf sowie über die Ansprachen Hitlers im "Lindenhof" und in der "Astoria".

1 In der Gaststätte "Lindenhof", nachmittags. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.500 Personen teilnahmen, wurde von MdR Kurt Thiele geleitet und von MdR Wilhelm Loeper mit einer Ansprache eröffnet. Hitler, der zuvor bereits im "Ziegelhof" eine Rede gehalten hatte (Dok. 18), sprach etwa eine halbe Stunde. Anschließend hielt er noch eine weitere Ansprache in der Gaststätte "Astoria" (Dok. 20). Zum Gesamtprogramm des Parteitags des NSDAP-Gaues Weser-Ems am 1./2.11.1930 vgl. Polizeibericht.

2 Vgl. Wilhelmshavener Zeitung vom 3.11.1930, "Hitler in Oldenburg"; VB vom 8.11.1930, "Hakenkreuz über Oldenburg". Sowie auch Polizeibericht des Polizeiamtes Oldenburg vom 3.11.1930; StA München, Polizeidirektion München 6759.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf sowie über die Ansprache Hitlers in der "Astoria".

2. November 1930 Dok. 20
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Oldenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg), 3.11.1930 [2]

Seit zwölf Jahren bemüht man sich, der Welt zu beweisen, daß ein Staat auch ohne Freiheit leben kann. Jetzt, in den letzten drei Monaten, wird es endlich einer größeren Zahl von Menschen klar, daß es so nicht weiter gehen kann. Unsere Regierung hat getan wie ein Kaufmann, der sein Geschäft zugrunde gerichtet hat, der Stück um Stück seines Geschäftes verpfändet, belastet. Jetzt sieht man ein, daß man *bankerott* ist.

Die Weltgeschichte lehrt, wenn ein Volk die Kraft verliert, sich einzusetzen für sein Leben, so geht es zugrunde. Deutschland hat keinen Lebenswiderstand [*sic!*], keine Lebenskraft, und wo bleibt die Lebensmöglichkeit? Sie schwindet. Die Wirtschaft muß uns wieder aufrichten.

Was die Menschheit zusammengefügt hat, sind immer die Ideale gewesen, keineswegs aber die Gewinne, das Geschäft. Wenn es uns nicht gelingt, die *Weltanschauungskrise* zu überwinden, dann ist das Ende der deutschen Nation gekommen. Wenn es aber gelingen soll, so muß ein *Regenerationsprozeß* einsetzen durch ein vollständig neues Gebilde, das nicht belastet ist von der einen und von der anderen Seite. Das ist die *Aufgabe der nationalistischen* [*sic!*] *Bewegung*. Daß die Bewegung richtig war, beweist der Erfolg. Wir sind zu einer Millionenziffer angeschwollen. Das ist ein neuer Geist, der uns die Hoffnung gibt, daß unser Volk nicht zugrunde geht. Wir müssen eins sein auf dieser Welt und immer den einen Grundsatz an die Spitze stellen: Unser Volk muß leben. Dann hört der innere Kampf wieder auf, und wir werden es erleben: Das deutsche Volk ist frei und wird sein Schicksal wieder aus eigener Kraft gestalten. [3]

1 In der Gaststätte "Astoria", von etwa 17.30 bis 18.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 1.200 Personen teilnahmen, wurde von Ortsgruppenführer Dr. Karl Gilbert geleitet. Vor dem Eintreffen Hitlers, der bereits im "Ziegelhof" (Dok. 18) und im "Lindenhof" (Dok. 19) gesprochen hatte, hielten Studienrat Bergmann, Hesner von Gronau sowie MdR Josef Wagner Ansprachen. Anschließend sprach Hitler etwa eine halbe Stunde.
Zum Gesamtprogramm des Parteitags des NSDAP-Gaues Weser-Ems am 1./2.11.1930 vgl. Polizeibericht.

2 Vgl. auch Wilhelmshavener Zeitung vom 3.11.1930, "Hitler in Oldenburg"; VB vom 8.11.1930, "Hakenkreuz über Oldenburg". Sowie Polizeibericht des Polizeiamtes Oldenburg vom 3.11.1930; StA München, Polizeidirektion München 6759.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

5. November 1930 Dok. 21
Rede auf NSDAP-Versammlung in Mannheim [1]

Masch. Aufzeichnung mit Vermerk "Abschrift", o. D. [2]; BA, NS 26/52 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Als wir vor zwölf Jahren in die deutsche Heimat zurückkehrten, da trafen wir einen damals gegebenen Zustand an, einen Zustand, für den wir nicht verantwortlich gemacht werden konnten, und für den wir auch gar keine Verantwortung trugen. Wir sind damals Soldaten gewesen und haben unsere Pflicht erfüllt, haben nicht politisiert und haben auch nicht geredet davon, haben überhaupt gar keinen Einfluß genommen auf die Geschichte des Vaterlandes, außer dem Einfluß, den der Frontsoldat in seinem kleinen Bereich an der Front nehmen konnte durch seine Pflichterfüllung. Wir kamen in die Heimat und erlebten nun einen Zusammenbruch, wie ihn die deutsche Geschichte rapider eigentlich in der Vergangenheit nicht aufzuweisen hatte. Denn das Jahr 1918 unterscheidet sich von vielleicht [*zu*] vergleichenden Vorgängen der Vergangenheit dadurch, daß wir selbst plötzlich oder langsam die Konsequenz zu übernehmen hatten, und daß wir sahen, daß der Sturz, wenigstens scheinbar aus der höchsten Höhe, daß damals unser Volk noch nie so hoch und mächtig, das Deutsche Reich noch nie so kraftvoll und so stark war als in der Zeit, in der uns dieser Fall dann treffen sollte [*sic!*]. Allerdings war das eine Täuschung, denn es ist natürlich, daß wenn ein solch gigantischer, alle historischen Vorstellungen übertreffender Zusammenbruch kommt, daß da irgendwie schon Voraussetzungen da sein mußten. Es kann nicht ein ganz gesunder Mann plötzlich gefällt werden und vollkommen zusammenbrechen. Irgendwie wird immer schon die Krankheit, die ihn dann später fällt, vorhanden sein. Irgendwie muß sie bereits das innere Gefüge oder die innere Widerstandskraft gehörig zermürbt oder geschwächt haben. Vielleicht nach außen hin nicht sichtbar, aber irgendwie muß der Zusammenbruch sich doch angekündigt haben. Und das war ja auch mit Deutschland der Fall. Und nun beginnt die Zeit, die man heißt: Zusammenbruch.

Der Mann von links, der wird mir sofort entgegentreten und wird erklären: Was du als Zusammenbruch bezeichnest, ist ja in Wirklichkeit gar kein Zusammenbruch. Was du als Zusammenbruch ansiehst, ist der Beginn einer ganz neuen großen Periode unseres Volkes. So wird man also dort in jenen Kreisen den Zusammenbruch Deutsch-

1 Im Nibelungensaal, von etwa 20.30 bis 22.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung anläßlich der bevorstehenden Gemeinde-, Bezirks- und Kreistagswahlen in Baden, an der laut Bericht der Neuen Mannheimer Zeitung 5.000 (Die Rhein-NSZ Front: 7.000 Personen) teilnahmen, wurde von MdR Karl Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Die stenographische Mitschrift wurde vom Pressewart der NSDAP-Ortsgruppe Mannheim, Ernst Nöllner, angefertigt.

3 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung (Ludwigshafen) vom 6.11.1930, "Adolf im Nibelungensaal"; Neue Badische Landeszeitung vom 6.11.1930, "Hitlerversammlung in Mannheim"; Neue Mannheimer Zeitung vom 6.11.1930, "Adolf Hitler spricht in Mannheim"; Mannheimer Tageblatt vom 6.11.1930, "Hitler im Nibelungensaal"; Volksstimme vom 6.11.1930, "Hitler-Theater im Nibelungensaal"; Die Rhein-NSZ-Front vom 7.11.1930, "Riesenkundgebung in Mannheim. Hitler spricht".

lands verstehen, und es wird vielleicht darüber eine Diskussion entstehen. Wir möchten aber doch diesen Zusammenbruch feststellen und möchten ihn feststellen an einer Tatsache, die der großen Masse unseres Volkes vielleicht am wenigsten zum Bewußtsein kommt. Wenn ein Volkskörper zerbricht oder ein Staat zerfällt, dann ist dieser Zerfall fast nie bedingt durch verlorene Kriege, durch schlechte Friedensverträge, durch die Folgen dieser Verträge, sondern fast stets waren innere Zerfallserscheinungen maßgebend und eine ganze Reihe anderer Vorgänge als wie verlorene Kriege usw. Eine ganze Reihe solcher Vorgänge sind das letzte Resultat dieses inneren Zerfalls. Das Wesen eines Zusammenbruchs eines Volkes besteht am Ende immer darin, daß ein solches Volk für seine eigene Selbsterhaltung auf dieser Welt keine lebendige Kraft mehr aufbringt, daß es keine Kraft mehr für seine Selbsterhaltung einzusetzen hat, daß es statt dessen eine gewisse Zeit lang sich mit phantastischen Hoffnungen befaßt, daß es auf fremde Hilfe, auf internationale Stimmung, auf internationale Beziehungen, auf fremdes Mitleid, auf humane Auffassungen der Zeit usw. baut, daß aber solch ein Volk selbst nicht mehr wert ist, sein tägliches Schicksal aus eigener Kraft zu formen und durch gemeinsame Kraft zu vertreten.

Sowie ein Volk in diese Phase eintritt, beginnt der Zusammenbruch auch nach außen absolut sichtbar zu werden, d. h., es setzt ein politischer Zusammenbruch ein, der sich in kurzer Zeit in wirtschaftliche Not umwandelt. Da sehen dann die meisten Menschen, daß etwas nicht mehr in Ordnung ist und daß der Staat nicht mehr gesund ist. Daß die Nation nicht mehr das darstellt, was sie eigentlich sein müßte. Die Not erst, die den einzelnen erfaßt, führt zum Zusammenbruch. Und diese Not macht erst den Menschen hellhörig und aufmerksam auf die allgemeine Lage.

Wenn wir nun die Geschichte unseres Volkes verfolgen, dann können wir eines feststellen: Die Perioden unseres großen Zusammenbruchs nach außen sind stets Perioden sehr heftiger Kämpfe im Innern gewesen. Die Kraft, die ein Mensch zur Verfügung hat, ist eine gegebene. Die Kraft, die ein Volk besitzt, ist eine gegebene. Es ist nur die Frage, wo und wie diese Kraft angewandt wird. Wenn an sich tatkräftige Völker ihre gesamte Kraft in den Dienst ihrer Erhaltung, ihrer Verteidigung und ihrer sonstigen Interessen nach außen stellen, dann wird ein solches Volk in der Geschichte das Bild einer großen Kraftentwicklung, Kraftäußerung und damit auch großer Erfolge bieten. Sobald aber ein Volk diese Kraft, statt nach außen anzuwenden, innerlich verbraucht, dann wird die allgemeine Lebenswaage eines solchen Volkes, gemessen an der es umgebenden Welt, langsam sinken. Die Kraft aber wird doch verbraucht. Es verbraucht sie nur auf einem anderen Schlachtfeld, nicht mehr im Kampf der Existenz einer Nation nach außen, sondern dieses Volk verbraucht sich im Kampf des Innern, in einem inneren, ewigen Krieg. Und wir sehen das an unserer deutschen Geschichte. Diese unbedingten Wechselbeziehungen zwischen außen und innen, d. h., die gesamte Kraft der Nation, diese expansive Lebenskraft und Lebenswillen, die Tatkraft so vieler Millionen Menschen setzt sich nach außen ein, und es entsteht dadurch stets ein großer Aufstieg der Nation. Dann kommt wieder eine Periode des großen Abstiegs, und wenn Sie eine solche Periode durchforschen, sehen Sie, daß sie verbunden ist mit einer großen Bindung der Kräfte im inneren Kampfe. Und wir selbst waren ja auch Zeugen dieses Vorgangs. Wir haben er-

lebt, wie das alte Reich langsam schon schwach wurde, weil ein Teil der politischen Kräfte unseres Volkes bereits im inneren Kriege verbraucht worden waren, bis der August 1914 kam und mit einem Schlag die ganze Kraft der Nation vom inneren Kampfe wegzog und nach außen einsetzte. Als Ergebnis sehen wir eine überwältigende Leistung unseres Volkes, wie sie die Geschichte überhaupt noch nicht gesehen hat. Dann kommt Jahr um Jahr, und wir sehen wieder, wie eine gewisse Zeit lang die äußeren Kräfte wieder innere Streitobjekte suchen und sich diesen zuwenden, und wie in demselben Augenblick die Kraft nach außen wieder nachläßt. Wie eines Tages die ganze Kraft der Nation im Innern tobt, statt im Kampf nach außen. Der Bürgerkrieg wird proklamiert im selben Augenblick, wo sich die Kraft von außen zurückzieht und zerbricht. Das war im Jahre 1918 zunächst das Entscheidende. Stand damals für die Zukunft zu erwarten, daß das deutsche Volk in einer absehbaren Zeit die ihm innewohnenden Kräfte zur Vertretung seiner Interessen nach außen finden wird? Wenn ja, dann konnte die Revolution vielleicht augenblicklich Schaden anrichten, aber sie selbst nicht zur Vernichtung Deutschlands führen. Ergab sich aber ein Zustand, der nach aller menschlichen Voraussetzung und Einsicht die Kräfte der Nation für alle kommenden Zeiten im Innern verband [*sic!*], dann mußte das das Ende des deutschen Volkes nach außen bedeuten, und zwar den politischen Zusammenbruch und damit auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Und dann noch eins, das müßte heute zum mindesten schon jedem einzelnen, ganz gleich in welchem Lager er steht, einleuchten: die Frage der Ernährung eines Volkes. Die Überzahl auf so beschränktem und wenigem Boden, wie ihn das deutsche Volk besitzt, ist die Frage der Ernährung eines Volkes [*sic!*]. [*Das*] ist nicht eine Frage ausschließlich der Wirtschaft oder der Art einer Bewirtschaftung der Wirtschaft, auch nicht des Fleißes und der Arbeitsamkeit an sich oder sonstiger Dinge, nein, das ist in erster Linie heute bereits eine Frage der politischen Macht. (Die weiteren Worte gehen in stürmischem Beifall unter.)

Es wird heißen: Kann sich dieses Volk von seiner ganz unmöglichen Ernährungsvoraussetzung aus noch am Leben erhalten? Denn immer drohender wird sich die Frage erheben: Habt Ihr die Kraft, entweder Euren Lebensraum zu erweitern, oder habt Ihr die Kraft, Eure Wirtschaft, Euren Handel an die Welt anzuschließen und in der Welt zu erschließen? Wenn ja, dann könnt Ihr leben. Wenn nein, dann nützen Euch alle Theorien nichts. Schließlich müssen wir sagen, auch die Pforten zum Überseehandel, zu den Exportmärkten, zum freien Handel und zu den Rohstoffquellen öffnet nicht Fleiß, sondern Kraft, konzentrierte Kraft, die hinter diesen Willen zu treten hat. Und es wird notwendig, diesem schließlich auch Gestalt zu geben, nämlich das Schwert. Wenn heute ein Mann auftritt und dagegen Protest einlegt, dann legt er Protest ein gegen das Leben seines Volkes. Er möchte damit das Leben auf phantastische Theorien und Verhältnisse bringen, die ein Volk vollständig ruinieren müssen, da diesen Theorien nicht analoge Theorien der anderen Welt gegenüberstehen. Der Selbsterhaltungstrieb muß wachgehalten werden, daß für ein Volk die Rohstoffquellen reichen, indem es sich an den Boden anklammert und an die Absatzmärkte [*sic!*]. Wer wird die stärkere Kraft haben? Das Volk, das hinter seinen Kaufmann die größte politische Macht zu setzen vermag, wird am Ende sich zu ernähren vermögen. Und das Volk, das hinter seinen Kaufmann

immer nur Opfersinn und Theorien zu setzen hat, das wird enden. Wir werden daher nicht eher ruhen, bis unser deutsches Volk wieder in der Lage ist, sich behaupten zu können. Im Jahre 1918 mußte man nur eine einzige Frage beantworten: War es denkbar, daß man die deutsche Nation in einer absehbaren Zeit zu einer Konzentration ihrer Kraft, zur Selbstbehauptung nach außen hin bringen konnte? Wenn ja, dann war auch damit die Zukunft eines Tages wieder für die Nation möglich. Wenn nein, dann mußte das zum Ende der deutschen Nation führen, denn unser Lebenskampf von heute fällt wieder einmal in eine Zeit gigantischer geschichtlicher Umwälzungen hinein, so wie wir das schon einmal erlebten. Und dieser Lebenskampf des Staates droht genau denselben Ausgang zu nehmen, wie er ihn einst leider genommen hat. Als Deutschland am Ende des Dreißigjährigen Krieges stand, da war die Kraft der Nation in einem langen Bürgerkrieg verbraucht worden, vor allem aber die Möglichkeit einer Regeneration dieser Kraft auf lange Zeit hinaus genommen, denn die beiden Faktoren, die damals die Kraft der Nation für sich aufbrauchten, waren selbst so überalt [*sic!*] geworden, so in ihrer lebendigen Kraft erkaltet, daß sie sich nicht mehr gegenseitig zu überwinden vermochten. D. h., am Ende des 30-jährigen Krieges sahen wir zwei Konfessionen, und keine davon besitzt die Kraft, die andere zu überwinden. Eine geistige Spaltung war in unser Volk gekommen in demselben Augenblick, wo unser Volk die ganze Kraft benötigt hätte zum Eintreten in den Wettbewerb der Nationen, die damals sich die Erde verteilten. Das war die Zeit, wo eine große, neue Weltverteilung stattfand. Wäre unser Volk nicht in zwei gei-[... [4]]

kein Volk hätte mehr Anrecht gehabt auf den Begriff Weltherrschaft als das deutsche Volk. Wir hätten das Recht gehabt und keine andere Nation. (Stürmischer Beifall.) Nicht England und nicht Spanien, nicht Holland, keine andere Nation hätte ein inneres Recht gehabt auf Grund ihrer Tüchtigkeit und auch ihrer Zahl, diese Weltherrschaft zu beanspruchen. Wir sind bei dieser ersten Weltverteilung zu kurz gekommen und stehen am Beginn einer neuen großen Umwälzung dieser Welt. Wenn heute so mancher predigt, daß wir dem Zeitalter des Friedens entgegengehen, so muß ich ihm sagen: Mensch, du verstehst dich sehr schlecht auf das Horoskop der Zeit, das steht nicht auf Frieden, sondern auf Krieg wie nie zuvor. Politischer Krafteinsatz der Völker ist es, und wir fallen in die Zeit hinein, nun selbst gespalten und zerrissen, wieder wie einst vor 300, 200 Jahren, zerrissen in zwei Weltanschauungen, in zwei geistige Richtungen, Bewegungen, die sich nicht nur im Laufe der Zeit mehr und mehr voneinander entfernt haben, sondern die unfähig geworden sind, auf dem reinen Wege der Überzeugung die andere Seite zu überwinden. Im Jahre 1918 fand nur scheinbar ein Entscheidungskampf zwischen internationaler, marxistischer Weltanschauung und bürgerlichem Nationalsozialismus [*sic!*] statt. Es war nur scheinbar, denn die Entscheidung kann nicht darin liegen, daß bald die, bald jene Seite siegen wird, ausschlaggebenden Einfluß erhält, sondern die Entscheidung kann nur darin liegen, daß die eine geistige Überzeugung die andere überwindet und in sich aufnimmt. Daß mit einem Wort ein Glaube sich durchsetzt und nur ein Glaube übrigbleibt. Und das war vielleicht das Tragische, daß man schon 1918 die unbedingte Erkenntnis haben mußte, daß eine solche Überwindung weder möglich

4 Vermerk in der Vorlage: "kommende Zeile war nicht lesbar".

war auf der internationalen, marxistischen Seite, noch auf der bürgerlich nationalen Seite. Keine der beiden Richtungen hatte mehr die Kraft, den Gegner geistig zu überwinden, keiner die Kraft, ihm den großen Schwung und die Entwicklung im Sturm der Reife zu geben und zu sich zu ziehen, keiner mehr die große Entschlossenheit, den Gegner in sich aufzunehmen und mit sich fort zu reißen und langsam zu absorbieren. Man mußte sehen, wie die beiden Lager sich immer mehr erhärteten und wie der ganze Prozeß der inneren Umgestaltung fehl schlug. - Die ganze Lage ist so, wenn man das so bezeichnen darf, daß gar nichts mehr die beiden Bewegungen zu ernähren vermochte, wie weder die eine zur rechten Seite hinüberging, noch die andere zur linken Seite, sondern wie die beiden Richtungen ein politisches Leben für sich zu führen begannen. Das mußte man im Jahre 1918 klar sehen. Wenn Bewegungen ein Volk in zwei Hälften zerrissen haben, ohne die Kraft zu besitzen, sich zu vereinigen, so ist die Frage der Heilung einer solchen Nation [... [5]] die des Emporkommens eines dritten Gedankens, der wieder jung und unverbraucht und von Überzeugung und gläubiger Zuversicht erfüllt ist, daß ein solcher dritter Faktor nunmehr über die beiden veralteten, verkalkten Bewegungen hinweg die Sammlung der Nation vereinigt. Das ist in solchen Fällen die Frage, die gestellt wird und von deren Lösung die Zukunft eines solchen Volkes abhängt. Einmal ist die Frage in Deutschland gelöst worden, als das alte Reich zerfiel und sich auflöste in zahlreiche, kleine Stämme und praktisch in zwei Welten religiöser Natur auseinanderstrebte. Da ist es ein dritter Faktor, der auf keinen der beiden Begriffe vollständig fußend als reiner Staatsgedanke die Nation trotzdem wieder zusammenzufügen beginnt. Es war der preußische Staatsgedanke, der die Plattform abgab und langsam das deutsche Volk wieder zusammenfinden ließ. Aber in derselben Zeit, als Bismarck das neue Reich gründete, in derselben Zeit begann die Nation machtpolitisch geeint, geistig in zwei Glieder zu zerfallen. In demselben Augenblick, als Bismarck die schwarz-weiß-rote Fahne hochgehen ließ, da zerfiel die Nation wieder in zwei geistige Richtungen. Langsam wird die Spaltung größer, vertieft sich, wird immer stärker, krasser, und kaum 50 Jahre später sehen wir nun allerdings nach außen hin noch ein Deutsches Reich vor uns, aber im Innern keine Deutschen mehr, sondern im Innern nur Bürger und Proletarier. (Stürmischer Beifall.) Zwei Weltanschauungen erfassen nun die Nation und bestimmen das Leben für die Gesamtheit. Sie erfassen das ganze Denken des einzelnen und das summierte Denken großer Volksmassen so sehr, daß endlich ein Teil den andern bewußt ablehnt. So entstand ein Nationalstaat, der keine Nation mehr besitzt, und wieder wird es die Frage sein, erstens: Kann denn überhaupt einer der beiden Teile den anderen überwinden? Wir müssen hier mit einem glatten "Nein" beantworten. Das gibt es gar nicht mehr. Und nun erhebt sich die weitere Frage: Kann man noch auf einer dritten Plattform die Nation wieder zusammenfügen? Von der Beantwortung dieser Frage hängt die deutsche Zukunft überhaupt ab. Wenn das nicht gelingt, ist das Ende der deutschen Nation gekommen, und wenn man die Nation auf dieser Plattform wieder zusammenfügt, und auf ihr der deutsche Mensch wiedererstehen wird, dann werden Sie sehen, wie durch diesen gemeinsamen Geist die Kraftvergeudung im inneren Kampfe nachläßt und der Krafteinsatz nach außen wieder größer wird, und wie langsam dann ei-

5 Vermerk in der Vorlage: "kann auch heißen Erhaltung".

nes Tages einem Gemengsel von Vereinen, Parteien und Weltanschauungen, von Proletariern und Bürgern der deutsche Mensch wieder gegenübersteht. Er kämpft dafür, daß am Ende dieses Lebens das Leben gebunden ist in dem ganzen Krafteinsatz der Nation und daß sich keiner dieser Notwendigkeit zu entziehen vermag. (Stürmische Heilrufe!)

Wenn aber das die Frage ist für die deutsche Zukunft, dann mußte man damals den Mut bekommen, rein objektiv, unbelastet von aller Vergangenheit, die Begriffe zu definieren, die nunmehr als das Wesentliche zueinander momentan in Erscheinung traten. D. h., man mußte sich damals dazu bequemen zu untersuchen: Was ist denn eigentlich unüberwindlich zwischen uns, was hat sich hineingeschoben an Tatsächlichem, an bloß Selbstgesehenem, an Phantastischem, an Reellem oder Unreellem? Was ist das? Es sind zwei Begriffe, die allgemein als gänzlich unvereinbar miteinander angesehen worden sind. Zwei Begriffe, die, wenn sie wirklich unvereinbar miteinander sind, unser Volk sondern, zerreißen müssen, wenn unser Volk sich in diese beiden Begriffe spaltet. Und diese beiden Begriffe sind Sozialismus und Nationalismus. Denn das war die Behauptung. Und man fühlt, daß diese beiden Begriffe in diesen beiden Lagern nicht zu vereinigen sind, und daß somit der Begriff Sozialismus den Begriff Nationalismus und der Begriff Nationalismus den Sozialismus ausschließt, daß man ihn momentan ausschließen oder ablehnen muß. Mit anderen Worten, die beiden Begriffe, um die der geistige Kampf der Nation nun entbrannt war, diese beiden Begriffe mußten noch einmal untersucht werden, und zwar gänzlich unvoreingenommen, nicht vom Standpunkt der bisherigen Parteien aus, ob sie wirklich zwangsläufig unser Volk zertrennen mußten. Diese Untersuchung mußte mit einem Eingeständnis enden, und dann mußte man das deutsche Volk beklagen, denn dann hätte unser Volk zwei phantastischen Gedankengängen nachgejagt, die es zwangsläufig auseinanderbringen mußten. Und wenn man diesen Gedanken weiter nachgeht, dann ist eines Tages überhaupt kein deutsches Volk mehr vorhanden, denn dann haben wir die Bande unserer Blutsgemeinschaft gelöst und an ihre Stelle rein geistige Vorstellungen gesetzt. Vorstellungen, die vielleicht nicht mal richtig sind, die aber die Menschen genau so erfassen, wie so mancher historischer Wahnsinn die Menschen Jahrhunderte lang erfaßt hat und nicht mehr aus den Krallen ließ. Da war nun die eine Frage, ob die Nation gerade in der heutigen Zeit diese Zerreißung in einer ständigen Reihe von Jahren, von Jahrzehnten oder Jahrhunderten wird ertragen können, oder ob überhaupt der Begriff "deutsches Volk" von der Welt wieder verschwinden würde. Ich sagte vorhin, daß man nun die Prüfung dieser beiden Begriffe von einer dritten Stelle aus vornehmen mußte, daß man nicht als bürgerlicher Parteimann den Begriff "Nationalismus" erneut überprüfen kann, daß man nicht als internationaler Marxist den Begriff "Sozialismus" überprüfen kann, sondern daß man von einer dritten Stelle aus, gänzlich unvoreingenommen, an die beiden Begriffe herantreten muß. Und wer konnte unvoreingenommener an sie herantreten als die, die sich nicht vorher berufsmäßig mit Politik beschäftigt hatten, sondern die zunächst nur Soldaten waren, die unserem Volk an der Front als Soldaten und nicht als Parteimänner irgendeiner Partei gedient hatten, nicht einem Bürgertum, nicht einem Proletariat, sondern dem deutschen Volk, dem Deutschen Reich! (Stürmischer Beifall!) Das waren ja am Ende gerade die, welche die gigantischen und unermeßlichen Opfer gebracht haben, und von dieser objektiven Stelle

aus sind wir an die Prüfung dieser beiden Fragen, der grundsätzlich umkämpften Fragen der heutigen Zeit herangetreten und sind dabei zu folgender Überzeugung gekommen: Wenn der Begriff "Nationalismus" und "Sozialismus" in die letzte Konsequenz durchdacht [*sic!*], wenn diese beiden Begriffe sich wirklich voneinander entfernen müssen, d. h., wenn ich den Begriff "Sozialismus" bis zur letzten Konsequenz verfolge, und ich stelle fest, sein Ende liegt in einer bestimmten Richtung, und verfolge dann den Begriff "Nationalismus", und sein Ende liegt in einer entgegengesetzten Richtung, dann stelle ich gleichzeitig fest, daß die Nation verloren ist, denn dann führt der Weg unser Volk auseinander. Wird es aber möglich festzustellen, daß diese Begriffe sich irgendwo wieder berühren, daß sie irgendwo Gemeinsames besitzen, dann muß man auch die Möglichkeit benutzen, die deutsche Nation wieder zusammenzuführen, auch wenn der Weg schwer ist. - Es gibt keinen menschlichen Weg, der nicht mit Härten erfüllt wäre. Jeder Weg, auch der Weg zum großen Endziel, ist ein Weg schweren Ringens, schwerer Überwindungen. Es ist ein Weg, den jeder Frontsoldat genau kennt. Er weiß, daß hinter dem Begriff "glorreicher Sieg" eine Unmenge von Schmutz, Kampf, Jammer, Elend und Entbehrung und auch Schwäche steckt, Überwindung eigener Schwächen, Selbstmeisterung, Pflichtbewußtsein usw. Jeder Frontsoldat weiß, wie leicht sich das liest: Gestern wurde ein schwerer Tag [*sic!*] errungen! Aber wie schwer waren die Opfer! Und so ist es im ganzen menschlichen Leben. Wenn also an sich der Weg zu dieser Zusammenfügung der beiden getrennten Hälften schwer ist, so besagt das nichts Wesentliches, wenn es möglich ist, daß sich überhaupt rein geistig die beiden Begriffe "Nationalismus" und "Sozialismus" noch einmal zusammenfügen lassen. Wenn das möglich ist, wenn man das mit "ja" beantworten kann, dann muß man sich beherzt auf den Weg machen und muß dem Schicksal den Kampf ansagen und muß sich wappnen mit dem Entschluß: Den Weg gehe ich, und wenn Hölle und Teufel dagegen Stellung nehmen sollten! (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall!) Und am Ende muß es uns doch gelingen! Und wenn wir nun die beiden Begriffe ganz unvoreingenommen von allen bisherigen Deutungen, von all dem, was menschliche Unzulänglichkeit oder auch Bösartigkeit hineingelegt hat, wenn wir die beiden Begriffe unabhängig durchdenken, dann kommen wir zu der beglückenden Feststellung, daß sie sich nicht nur irgendwo berühren, sondern daß sie in ihrer Reinlichkeit [*sic!*] und geklärten Form überhaupt eines und ganz dasselbe sind. Denn was heißt "Sozialismus"? Der Mann, der mir hier von vornherein mit einer fest und wohlgefügten, auf lange Parteiarbeit aufgebauten Definition entgegentritt, der mir von vornherein Wirtschaftssysteme [*als*] Konstruktionsgebaren einer Gesellschaft entgegenhält, der verwirft den ganzen Sinn des Begriffs vollständig, denn er darf den Sinn nicht umstellen, indem er sagt, ich erhebe eine Konstruktion zum regierenden Prinzip, damit die Konstruktion regiert, sondern wesentlich ist, ich tue das, was dem Volke nützt und was dem Volk dient. Richtig ist jeweils die Konstruktion der Wirtschaft, die diesem Volk dienlich ist. Ich muß einen Grundsatz an die Spitze stellen: Ich verstehe unter Volk nicht ein[*en*] Mensch[*en*] und nicht zwei Menschen, nicht einen Beruf, nicht eine Klasse, nicht einen Stand, ich verstehe darunter wirklich diese Masse Mensch eines Wesens, von einem Geist erfüllt, von einem Blut durchrieselt, diese Masse Mensch, die von Natur aus zusammengefügt ist als Rasse eines Volkes. (Stürmischer Beifall.) Sie

verstehen nun das, was erhalten werden muß, und ich muß damit auch verstehen, daß nunmehr das richtig ist, was dieser Gesamtheit dient und nicht dem einzelnen. D. h., gewiß, der einzelne muß leben, aber er lebt nicht, damit er allein lebt, sondern er bezieht sein Leben durch die Gesamtheit. Die Gesamtheit ist das Primäre, das Wesentliche, erst durch sie erhält er seinen Anteil am Leben, und wenn sein Anteil den Gesetzen der Gesamtheit widerspricht, dann muß die Menschenvernunft darauf hinweisen, daß das Interesse der Gesamtheit seinen Interessen vorgehen muß, daß das ganze Volk durch sein persönliches Interesse das Interesse der Gesamtheit trägt, daß aber der Zusammenbruch der Interessen aller ihn selbst in den Abgrund reißen wird. (Tosender Beifall!) Es ist eine menschliche Verblendung zu glauben, es komme hierbei auf den einzelnen an, nicht auf die Nation. Es ist aber richtig zu erkennen, daß diese Gesamtheit zuerst am Leben bleiben muß, daß sie aber das Leben abgibt für die einzelnen, und daß umgekehrt, wenn die Gesamtheit stirbt, der einzelne nicht leben kann. Daß also die Unterordnung des einzelnen, seine Interessen, sein Nutzen, von dem Nutzen der Gesamtheit abhängig ist, und daß jede Maßnahme richtig ist, die dazu dient, die Gesamtheit als geschlossene Komplettierung zu erhalten, denn das trifft deutlich auch die Erhaltung all der einzelnen am Ende. Wenn aber der Begriff "Sozialismus" in dieser letzten und ganz klaren Weise definiert und erkannt wird, daß es sich hier nicht darum handelt, ein Volk in eine Zwangsjacke zu stecken, in Theorien von Gedanken, sondern daß überall ein Gesetz allein Geltung erhalten muß: Nützt das wirklich der Gesamtheit, dient es der Gesamtheit? Wenn "ja", dann ist es gut, denn es nützt auch dem einzelnen. Nun, der Wirtschaftler, der mir entgegentritt und sagt: Nein, der umgekehrte Weg ist richtig, der stellt die Dinge auf den Kopf, und der würde entsetzt sein, wenn das andere denken, was er propagiert, wenn das wirklich Gemeingut sein würde. Der würde dann erleben, daß die Völker, die überhaupt keine Beziehung zur Gesamtheit unterhalten, daß diese Menschen jede Vorstellung verlieren von dem, was der Gesamtheit zuträglich ist, daß die Menschen in Verblendung zerfallen. Sie würden hier ihr eigenes Ich emporheben und ganz vergessen, daß ihr eigenes Ich ganz belanglos ist gegenüber der Erhaltung der Gesamtheit. Es würde der Kampf ums tägliche Brot in einem krassen Egoismus enden, und wenn er so die zwei Richtlinien durchdenkt, wenn ein Mensch grundsätzlich sozialistisch oder nationalistisch denkt, wenn er grundsätzlich die Masse seines Volkes als das Wesentliche zu erhalten ansieht, dann muß er am Ende dieser Gedankengänge eine große, große Zukunft für ein solches Volk sehen. Wenn alle Kraft des einzelnen in den Dienst der Erhaltung des gesamten Volkes gestellt wird, muß am Ende ein gewaltiger Aufstieg stehen, der unter dem Segen dieses Aufstieges blüht, und sich erst der Nutzen des einzelnen daraus ergibt [*sic!*]. Und wenn ein Volk diesen Gedanken gänzlich ablehnt, muß am Ende der nackte Egoismus stehen, die Vergeudung aller Kraft und am Ende der Zerfall der Gesamtheit.

Damit betreten wir bereits den Boden des Nationalismus. Wenn ich den Nationalismus zu definieren versuche vom Standpunkt alter Parteigebilde und ihn dann mit den Konstruktionsgedanken des Marxismus in einen Topf werfe und ihn zusammenschmiede mit Konstruktionsgedanken gesellschaftlicher Vorstellungen, staatspolitischer Vorstellungen, und wenn ich so sage, Nationalismus oder Nationalist ist der, der an die Monar-

chie glaubt, an die oder jene Gesellschaftsordnung glaubt, an die oder jene Wirtschaftsordnung glaubt, für die oder jene Klasse sich verschreibt oder für diesen oder jenen Stand eintritt, dann belaste ich den Begriff mit Voreingenommenheit, die ihn unerträglich macht für die Gesamtheit, und ich fälsche ihn zugleich, wenn Nationalismus nichts anderes ist als ein Bekenntnis zum Stand, zur Staatsform, zur Wirtschaftsordnung, zur Staatsauffassung usw., dann mache ich diesen Begriff von vornherein nicht zum tragfähigen Faktor für die Gesamtheit einer Nation, sondern ich fälsche diesen Begriff damit. Ich muß auch hier den Mut besitzen, diesen Begriff bis zur letzten Konsequenz durchzudenken, und ich muß sagen, wann ist denn eigentlich ein Mensch bis zur allerletzten Konsequenz, bis zum Schlußpunkt Nationalist? Er ist es dann, wenn er bereit ist, sein Leben, wenn notwendig, hinzugeben für die Erhaltung seines Volkes, d. h., wenn er zum schwersten Opfer bereit ist für die Erhaltung der Gesamtheit. (Stürmischer Beifall!) Der Begriff Nationalismus ist in der letzten Konsequenz nichts anderes als die Hingabe des eigenen Ichs zu Gunsten der Gesamtheit, das Einfügen des eigenen Ichs in die Interessen der Gesamtheit und Unterordnung dieser Interessen zu Gunsten der Interessen der Gesamtheit. Idealismus ist im Leben der Völker verschrieen als eine phantastische Sache. Im tiefsten Grunde ist aber der höchste Idealismus der gewaltigste Nationalismus [6], den es gibt. Wenn ein ganzes Volk vom Idealismus erfüllt ist, Mann für Mann, Weib für Weib seine Interessen den Interessen der Gesamtheit unterordnen kann, so entsteht daraus eine überwältigende Kraft, eine Gewalt und Macht, so gigantisch, daß sie das Bild der Welt jederzeit neu zu gestalten und umzuformen vermag! (Stürmischer Beifall!) Das ist dann in Wirklichkeit der Idealismus und Nationalismus, denn beide haben eines gemeinsam: Meine Interessen treten zurück hinter den Interessen der Gesamtheit. Mein Wille dient dem Willen der Gesamtheit. Ich ordne mich dem unter. Und wenn mir so mancher entgegentritt und sagt, das ist phantastisch, das ist ganz unreell gedacht, das ist Ideologie, das hat heute keinen praktischen Wert, nein, werte Freunde, wenn ein Volk diesen Idealismus wirklich vollständig ablegt, dann ist das Ende eines solchen Volkes gekommen. Du sagst, ich kann mich mit den Gedankengängen nicht abfinden. Mein lieber Freund, wenn du dich nicht damit abfinden kannst, dann wird auch dein Nachbar sich nicht damit abfinden. Wenn du glaubst, nur in Dividenden allein dein Dasein zu verbringen, dann wird der Nachbar nur an Gebühren und Lohn denken. Wenn du an das Materielle allein denkst, dann wird der andere auch das Materielle sehen, und wenn die ganze Menschheit das so denkt, dann tritt Chaos ein, nicht mehr Ordnung, dann regiert der Wahnsinn, dann rast durch die Straße die Gemeinheit und das Laster, und alles wird zertreten ohne Rücksicht auf seinen Wert. Dann wirst du sehen, was das Ende der Beseitigung des Idealismus ist. Nimm der Menschheit jeden Idealismus, und du hast keine Menschen mehr vor dir, sondern reißende Tiere. (Stürmischer Beifall.) Das ist ja dann aber auch die Brücke zu dem, was sechs Millionen Deutscher [7] heute gerne möchten, nach was sie sich sehnen, und was sie doch nicht heute erreichen können. Sie träumen von Volksgemeinschaft, sie träumen von Volkskraft, und sie vergessen ganz, daß das alles aus irgendeiner Wurzel kommen muß, und daß diese Wurzel nur in diesem Idealis-

6 Gemeint ist "Realismus".
7 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

mus liegen kann, daß aber dieser Idealismus dann auch wirklich die verbindendste Gewalt wird, die man sich denken kann. Sie sehen vor sich ein Volk, und sie sehen dieses Volk im einzelnen Menschen nun vor ihren Augen vorbeiziehen. Sie sehen nun, der eine ist das, der andere ist jenes, und sie sehen mit Schrecken, wie das, was scheinbar die Ordnung aufbauen soll und den Staat verstärken soll, in Wirklichkeit die Keime eines Mißverstehens unter die Menschheit wirft. - Der eine nimmt in der Wirtschaftspraxis seine Stellung ein und der andere wieder anderswo. Und wenn nun der Mensch seine Wirtschaft sieht und die Stellung, die er darin einnimmt, dann sieht er nunmehr auch die Differenz zwischen dem Nachbar und ihm. Sie wird lebendig in ihm, und dann beginnt in seinem Gesichtskreis der Beruf, die Lebensstellung, die Anstellung wesentliche Bedeutung zu bekommen. Die Menschen sehen auf einmal die Unterschiede zwischen sich, sehen die Begriffe hoch und nieder, reich und arm, gescheit und nicht gescheit, beschränkt und nicht beschränkt, und das ist noch kein absoluter Gradmesser für den einzelnen. Aber glauben Sie, wenn das sämtliche Gedanken in Anspruch nimmt, und wenn auch die Menschheit sich nur mit dem beschäftigt, dann müssen die Differenzen gewaltig werden. Sowie sie aber nicht mehr in dem einzelnen Unterschied das Wesentliche erblicken, wie man das so gerne möchte, sondern auch auf der andern Seite nicht mehr das Böse erblicken, wenn sie einsehen, daß überhaupt die Wichtigkeit des einzelnen gar nicht von Belang ist, wenn sie ihre Kleinheit zurückschrauben, dann wären das Brücken, die zum Nachbar hinüberführen, dann sehen sie nicht mehr den Angestellten, nicht mehr den Beamten, nicht mehr den Straßenfeger, nicht mehr den Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Arbeiter und den Richter, den Apotheker usw., sondern dann streifen sich diese Unterschiede mit einem Moment als gänzlich unwesentlich ab. Dann sehen sie, das sind ja alles nur Blätter, Blätter an den Bäumen unserer Familien, Blätter, wie sie sich im Wald befinden, das eine Blatt ist größer, das andere ist kleiner, eines ist grün, eines wird eher welk, eines ist schon welk, das eine fällt ab, und ein neues wird kommen, und man wird einsehen, wie unwichtig das alles eigentlich ist, und man wird einsehen, wir sind ja eigentlich nichts anderes als nur diese Blätter, heute grün und morgen gelb. Wir werden erkennen, daß das Wesentliche nicht die Blätter sind, sondern der Stamm, daß es wichtiger ist, daß der Wald bleibt, der Jahrtausende und Jahrhunderte überstehen muß. So ist es auch mit dem Volk. Das ganze Volk muß gesund und kräftig bleiben, das ist die Hauptsache. Wir sind nur die Blätter dieses Volkes. Was wir sind, ist unwichtig. Es ist nur wesentlich, daß die Stämme gesund bleiben, daß das Volk gesund bleibt, dann finden wir die Brücken zueinander, dann ist es nicht mehr wichtig, was der einzelne ist. Ob ich Schriftsteller bin, ist gar nicht wichtig, ob du ein Bauernjunge bist, das ist nicht wichtig, ob du dies oder jenes bist, das ist alles gar nicht wichtig, wichtig aber ist, daß ich ein Deutscher bin, und daß du ein Deutscher bist. (Stürmischer Beifall!) Wir müssen wissen, daß wir zusammengehören auf dieser Welt, weil eine Allmutter Natur, ein allmächtiger Gott uns geschaffen hat, und wir müssen verstehen, daß wir auf dieser Welt zueinander gehören, und daß wir das um so leichter hinnehmen können, je mehr wir diese Notwendigkeit einsehen und die Kleinheit des Lebens aus dem Vordergrund rücken, und die einzelnen Menschen ihre Wichtigkeit zurücksetzen. Nur so ergibt sich die geistige Voraussetzung für das, was man Volksgemeinschaft heißt. Dann entsteht

dieser breite Grund, auf dem ein Volk wachsen und gedeihen kann. Das ist dann alles selbstverständlich, wenn wir den einen nicht schiefer ansehen, weil er im bürgerlichen Leben diese oder jene Stellung inne hat. Am Ende wird nämlich nicht diese Stellung gewogen, sondern seine Einstellung zur Nation. Nicht sein Amt wird gewogen, sondern die Art, wie er seinen Dienst in diesem Amt auffaßt am Dienst der Nation. Am Ende ist dann der kleine Musketier der Armee, der sein Leben für sein Volk hingibt, tausendmal mehr als ein Faulpelz, als ein Taugenichts, als ein Feigling, und wenn er Millionen besitzen sollte. (Stürmischer Beifall!) Der eine rettet sein Volk und rettet damit den Stamm, aus dem wir kommen. Der andere, der ist in der letzten Generalprobe nicht bereit. Sehen Sie, diese geistige Erziehung kann nur von einer neuen Bewegung ausgehen, die nicht vorbelastet ist. Die dritte Plattform muß geschaffen werden! Und wir haben im Jahre 1919 diese Plattform ins Leben gerufen. Weniger als diese 10 Finger an der Hand sind wir gewesen [8], und langsam ist eine Millionenarmee geworden. Der beste Beweis, daß der Idealismus die gewaltigste Realität ist, die es gibt. Denn was führt eigentlich die Menschen in eine solche Bewegung hinein? Es ist ganz gleich, wie sie es zu definieren versuchen, nicht und auf keinen Fall der Eigennutz! Was hat denn dieser SA-Mann, was hat denn dieser SS-Mann eigentlich an Nutzen zu erwarten? Man zieht ihm selbst das Kleid aus, weil er in der Bewegung ist. Man jagt ihn von der Arbeitsstätte weg, man quält ihn, man mißhandelt ihn, er gilt als Mensch zweiter Klasse. Er wird verfolgt, verletzt, verwundet, umgebracht, verliert seine Arbeit, bringt die Groschen, die er besitzt, der Bewegung. Alles gibt er hin und bringt diese gewaltigen Opfer! Weshalb denn? Es ist hierbei unverkennbar, und zwar ist das im Grunde genommen doch die allertiefste Einsicht, denn, wenn sich niemand mehr einem Volke opfert, kann auch ein Volk nicht mehr bestehen. Und so finden sich heute Hunderttausende, die wieder bereit sind, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Wenn jemand vom Glauben an die deutsche Zukunft spricht, so sage ich ihm, den Glauben habe ich, indem ich diese Männer sehe. (Stürmischer Beifall!) Das ist das Wunder, das sich in unserem Volk vollzieht! ... Daß für einen Gedanken Hunderttausende bereit sind bis zum Letzten, für ein Ideal Hunderttausende bereit sind, eines Tages hinzugehen, und daß sie damit das Fundament einer neuen Volksgemeinschaft schmieden, und daß dieses Fundament nach außen in Erscheinung tritt, daß der Mann das Braunhemd anzieht, was soll denn das bedeuten? Es soll nur bekunden, daß diese Männer alle gelernt haben, wohl in ihrem täglichen Leben ihren persönlichen Dienst zu erfüllen, aber, wenn am Abend diese Arbeitsleistung aus ist, sich dann nur noch eins fühlen, in einem zusammenfinden. So stehen sie denn da im politischen Leben als Bürger, als Proletarier, als Bauern. Der Katholik steht neben dem Protestant usw. Sie erkennen alle, daß sie im politischen Leben der Nation nur den einen Fundamentalsatz vor sich herzutragen haben: Wir sind Deutsche und sonst nichts! (Langanhaltender, stürmischer Beifall!) Und daß nun die Bewegung, die auf dem Idealismus aufgebaut ist, immer stärker wird, daß sie etwas aufnimmt von dem großen Geist der weltbewegenden Umwälzung, der weltbewegenden Ideen und Organisationen, daß sie langsam immer geschulter wird und in sich fühlt, die gewaltige Nation schmieden zu helfen, an der neuen deutschen Zukunft mitzuarbeiten, und daß aus dem Geiste heraus

8 Anspielung auf die Sieben-Mann-Legende, vgl. Dok. 6, Anm. 3.

nun eine freie und ungezwungene Stellungnahme möglich ist zu den wichtigsten Problemen des Lebens, daß hier eine Auslese der Kräfte stattfand, daß der Appell an den Mut die Mutigen zusammenführt, der Appell an den Heroismus die Opferbereiten herzuführt [*sic!*] und in der Opferbereitschaft zusammenhält, daß, mit einem Wort, eine Elite der Menschheit sich langsam sammelt und diese das Schwergewicht wird, das wir als eine historische Minorität bezeichnen können, daß sich all diese Kräfte zu dem Gedanken unserer Organisation bekennen und abzuwenden vermögen vom Begriff des Internationalismus, daß sie sich abzuwenden vermögen vom Begriff des Pazifismus und all jenen Erscheinungsformen und Versuchungen, daß sich hier eine Organisation aufbaut, die zugleich die Charaktermerkmale, die zu einer Nation gehören, dadurch aufbaut, die nur einen Willen kennt, die Vernunft und nicht die Majorität, und die einen Mut hat, nicht dem Pazifismus huldigt, sondern der Selbstbehauptung, alles das baut sich auf diesem Fundamentalsatz [*auf*]. Wir glauben nicht, daß uns etwas geschenkt wird. Die Klugheit weist uns die Wege, aber der Mut allein und die Tatkraft allein reißt die Tore auf, die uns zur Freiheit führen. Es ist noch nie durch Güte und durch Verständigung, noch nie durch Nachsicht oder Unterwürfigkeit ein Volk wieder in den Besitz seiner Lebensmöglichkeit gekommen. So bauen wir damit nun eine Organisation auf, die frei, ungebunden, unbelastet von der Vergangenheit in die Zukunft hineintritt, und wenn unsere Gegner sagen, ja, ihr stoßt überall an, ihr schlagt so viel in Trümmer, dann sagen wir: Versteht ihr denn nicht unsere Mission? Wir marschieren quer durch Deutschland, wir marschieren über alle Parteien hinweg, wir marschieren durch alle Lager und über sie hinweg und schreien immer: Schließt euch an, hinein in unsere Kolonnen! Wir wachsen, und am Ende unseres Weges und Willens steht nicht der Sieg einer Partei, sondern am Ende, da werden sich Trümmer der Parteien befinden, und über ihnen wird sich wieder erheben ein deutsches Volk! (Brausender Beifall.) Wir sehen unsere Aufgabe in der Zukunft nicht darin, etwa als Partei zu enden, sehen nicht unser Ziel in einem Zusammenhang mit anderen Gebilden, sondern wir sehen unsere historische Mission in der Zerschlagung der Begriffe und der Lager, in der Zerschlagung des marxistischen Sozialismus und des bürgerlichen Nationalismus und heben über beide empor den neuen Begriff "Nationalsozialismus"! Dieses neue heilige Bekenntnis, das schon jetzt die Kraft besitzt, Millionen Menschen aufzurütteln und Hunderttausende aus dem Leben herauszieht, um sie in den neuen Kampf hineinzustellen. Wer die Zukunft abwiegen will, der wäge die Kräfte ab, die mit dieser Zukunft ringen, und da sehen wir, nicht die Kraft der Partei wird entscheiden, nicht die Zahl, sondern der innere Wert. Und ich weiß, unsere Waagschale wird schon heute schwer zu Boden sinken. Und doch sind wir erst am Beginn dieses Ringens! Wir bilden uns nicht ein, daß morgen oder übermorgen der Erfolg kommen wird, nein, schwer ist der Weg, bis einst die politische Macht von dieser Bewegung errungen sein wird, und noch schwerer wird der Weg, bis wir den Geist dieser Bewegung zum Geist des deutschen Volkes gemacht haben. Aber eines dürfen Sie heute schon gerecht und billigerweise zugeben: Sie haben in den Reihen einen beispiellosen Opfersinn, einen Sozialismus der Tat, wie er vielleicht in Deutschland noch nie getätigt worden ist. Wenn dieser Geist Geist der Nation ist, dann ist das soziale Problem gelöst. Das kannst du, Genosse von links, auch nicht bestreiten und dir, Mann von rechts, kann

ich dasselbe sagen. (Großer Beifall.) Du glaubst an eine deutsche Zukunft und hoffst auf eine deutsche Freiheit, nun wohl, wessen Geistes wird die Freiheit sein? Etwa des Geistes deiner Bürger, der Demokratie, der liberalen Volkspartei? Ist das der Mut, der Staaten bildet, der Völker überwindet, der Friedensverträge zerreißt? Wenn die ganze deutsche Nation den Geist deiner Partei hat, dann ist sie verloren. Wenn aber ganz Deutschland den Geist von denen hätte (er zeigt auf die SA), dann gäbe es heute keine Knechtschaft mehr. Und das ist das Wesentliche! Das ist der Mut, der einst vorangehen wird, und die Gesinnung, die einst das Große erfordert von denen, die für dieses Große kämpfen und ringen. Und das können wir Nationalsozialisten mit Stolz bekennen: Der Geist unserer Bewegung, der ist tragfähig für ein ganzes Volk! Der Geist unserer Bewegung ist geeignet für die Erringung der Freiheit der geistigen Bewegung, auch geeignet für die Überbrückung der Gegensätze, unter denen unser Volk so sehr im Innern leidet. Und es ist dafür zu sorgen, daß der Geist der Bewegung der Geist des Deutschen Reiches sein wird. Wenn diese Stunde kommt, wird in Deutschland wieder eine große Einheit entstehen, wird die Nation nicht um neue Fahnen und Farbenzusammenstellungen sich streiten [9], sondern ganz von selbst wird naturnotwendig eine Fahne emporsteigen mit einem Kreuz auf weißem Grund und rotem Feld! (Stürmische Heilrufe!) Diese wird dann nicht wie die jetzige durch die Staatsgesetze der Nation aufoktroyiert, sondern sie wird deshalb emporsteigen, weil sie vorher getragen wurde vom Geist, der zur Freiheit rief, und vorhergetragen wurde vor den Armeen, die für Deutschlands Freiheit gekämpft haben. Dann wird diese Fahne wehen, dann wird der Adler mit den weiten Schwingen wieder schweben, und es wird vorangehen das Kreuz der Erlösung und das Kreuz der Freiheit!

---

9 Anspielung auf die innenpolitische Auseinandersetzung infolge der Flaggenverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom 5.5.1926. Die Verordnung wies die deutschen Gesandtschaften und Konsulate im Ausland an, neben der Reichsflagge (Schwarz-Rot-Gold) auch die Handelsflagge in den alten Farben des Deutschen Reiches bis 1918 (Schwarz-Weiß-Rot) zu führen.

7. November 1930 Dok. 22
Anordnung

VB vom 7.11.1930.

Der Gauleiter von Oberbayern, Pg. Fritz *Reinhardt* [1], Herrsching, hat mich um die Enthebung von seinem Posten als Gauleiter gebeten, da seine Arbeitskraft durch die Übernahme der Propaganda-Abteilung II und seine Stellung als Obmann der Fraktion im Haushaltsausschuß des Reichstags restlos beansprucht wird. Ich genehmige diese Enthebung und danke dem Pg. Reinhardt für seine vorbildliche Arbeit in seinem Gau.

Auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters [2] werden die beiden Gaue Groß-München und Oberbayern zu einem Gau "Oberbayern" vereinigt, und ich ernenne den bisherigen Gauleiter von München, Pg. Adolf *Wagner* [3], zum Leiter des vereinigten neuen Gaues.

Zum Leiter des Gaues Oberpfalz, den bisher Pg. Adolf Wagner und in seiner Stellvertretung während des Wahlkampfes Pg. Edmund *Heines* [4] geführt hat, ernenne ich den Pg. Franz *Maierhofer* [5], Auerbach (Oberpfalz).

Für die im Gau Oberpfalz geleistete Arbeit spreche ich Pg. Adolf Wagner und Pg. Edmund Heines meine vollste Anerkennung aus.

Alle vorgenannten Veränderungen treten am 15. November in Kraft.

gez.: Adolf Hitler

---

1 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter in Herrsching, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers.

2 Gregor Straßer.

3 Adolf Wagner (1890-1944), 1919-1929 Direktor verschiedener Bergwerksgesellschaften, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab Sep. 1925 NSDAP), 1928 Gauleiter des Gaues Oberpfalz, 1930 Gauleiter des Gaues München-Oberbayern, 1933 stellv. Ministerpräsident von Bayern und Innenminister, 1936-1942 Kultusminister.

4 Edmund Heines (1897-1934), Leutnant a. D., 1918/19 Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925 Kommandeur des Bataillons Roßbach in München, 1926/27 SA-Standartenführer, 1927 Parteiausschluß, 1928 wegen Totschlags (Fememord) zu 15 Jahren, nach Urteilsrevision zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1929 Haftentlassung und Wiedereintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1930 Referent bei der Obersten SA-Führung, 1931-1934 SA-Führer in Schlesien und Stellvertreter Ernst Röhms, 1933 Polizeipräsident von Breslau, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

5 Franz Maierhofer (1897-1943), Volksschullehrer, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Gauleiter des Gaues Oberpfalz, 1930-1933 MdR, 1932 Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933 Enthebung vom Gauleiteramt, 1933 Eintritt in die SS, 1936 SS-Brigadeführer im Stab des Reichsführers SS, 1937 Angestellter zur Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten im bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1940 Leiter der Abteilung kirchliche Angelegenheiten, zur Wehrmacht eingezogen, am 22.8.1943 als Bataillonskommandeur gefallen.

7. November 1930 Dok. 23
SA-Anordnung [1]

Masch. Ausfertigung vom 7.11.1930 [2]; BA, Slg. Schumacher 403.

Um ein reibungsloses Zusammenarbeiten von SA und SS künftighin zu garantieren, mache ich sämtliche SA- und SS-Führer dafür verantwortlich, daß alles vermieden wird, was zu Störungen dieses Verhältnisses Anlaß geben könnte [3].

Ein grundsätzlicher Befehl ist in Vorbereitung, wonach SA und SS völlig voneinander getrennt werden [4]. Ihre Aufgaben sind durchaus verschieden.

Die Aufgabe der SS ist zunächst die Ausübung des Polizeidienstes innerhalb der Partei.

Da die Herausgabe des erwähnten grundsätzlichen Befehls noch einige Tage in Anspruch nimmt, ordne ich hiermit vorläufig an:

1. Kein SAF[*ührer*] ist berechtigt, Befehle an die SS zu erteilen. Kein SSF[*ührer*] ist berechtigt, Befehle an die SA zu geben. Wo SS zum Absperrungs- und Ordnungsdienst eingesetzt ist, ist selbstverständlich von jedem SAM[*itglied*] und SAF, ebenso wie von jedem Pg., den Weisungen der SS Folge zu leisten.

2. Der SA ist verboten, innerhalb der SS zu werben. Der SS ist ebenso verboten, innerhalb der SA zu werben. Kein SA- und SS-Mann darf ohne schriftliches Einverständnis seines Sturmf[*ührers*] zur SS oder SA übertreten. Kein Sturmf. darf das Einverständnis verweigern, wenn der betr[*effende*] SA- oder SS-Mann sich einwandfrei geführt hat. Zuwiderhandlungen haben den sofortigen Ausschluß des Schuldigen aus der Partei zur Folge.

Osaf-Stellv[*ertreter*] und R[*eichs*]F[*ührer*]SS veranlassen, daß dieser Befehl sofort sämtlichen SA- und SS-Dienststellen zur Kenntnis kommt.

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Masch. Kopf: "Partei- und Oberster SA-Führer".

2 Verteiler: "Gisass, SA bis Sta, RFSS bis Sta, RUSchlA".

3 Zur Auseinandersetzung um die Abgrenzung von SA und SS vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 106 f.

4 Vgl. Dok. 27.

7. November 1930 Dok. 24
"Deutschland und Frankreichs Abrüstung"
Erklärung

VB vom 7.11.1930.

Gustave Hervé hat durch seinen deutschen Mittelsmann [1] eine Anzahl Telegramme an mich richten lassen , in denen unter Bezugnahme auf meine am 26. Oktober herausgegebene Antwort auf seinen Vermittlungsvorschlag eine nähere Definierung der mir bedenklich erscheinenden Punkte dieses Vorschlags zu geben versucht wird [2]. Ich wurde in diesen Telegrammen weiter gebeten, nunmehr eine endgültige Stellungnahme der N.S.D.A.P. bekanntzugeben. Wenn ich damit bis zum heutigen Tage zögerte, dann geschah es, um ein Bild der Auswirkung des Hervéschen Schrittes in Frankreich selbst und der übrigen Welt zu gewinnen. Ich glaube aber nun, folgendes feststellen zu können:

1. In Deutschland herrscht nicht nur bei sämtlichen Politikern von Rang und Bedeutung, sondern insbesondere auch in der offiziellen politischen Leitung des Reiches das absolute Bestreben, ja, die Sehnsucht, mit allen gesitteten Kulturnationen in ein von aufrichtiger Freundschaft und Loyalität erfülltes Verhältnis zu gelangen.

2. In Frankreich jedoch werden solche von einzelnen Politikern vertretene Auffassungen, wenigstens soweit sie das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland betreffen, noch nicht allgemein geteilt. Die französische Regierung selbst steht solchen Anstrengungen zumindest heute ablehnend gegenüber.

Die Beantwortung der mir zugestellten Telegramme erleichtert sich, wenn man dieses berücksichtigt!

Weiter muß es zum Verständnis der Situation beitragen, wenn ich als Deutscher zu einigen wesentlichen Punkten Stellung nehme, die mir nicht telegraphisch zugestellt worden sind, die aber, von Gustave Hervé in seiner Zeitung unter dem 29. [*10.1930*] veröffentlicht [3], ein deutliches Bild der vorhandenen Differenzen auch in den Auffassungen zwischen den Männern geben können, die vom aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, das beklagenswerte Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu verbessern.

Ich lasse den mir übersandten Auszug des Artikels von Gustave Hervé vom 29. Oktober 1930 anbei folgen:

Gustave Hervé schreibt:

"Es ist natürlich, daß meine der französischen und deutschen Öffentlichkeit gemachten Vorschläge erst dann ein greifbares Resultat haben können, wenn sie eines Tages der deutschen Regierung durch die Regierung Frankreichs angetragen werden. Leider! Wir sind noch nicht so weit. Die französische Regierung ist von einem solchen Programm noch weit entfernt. Sie kann nicht dahin gelangen, wenn nicht Frankreichs öffentliche Meinung es annimmt. Es handelt sich also darum, es der französischen Öffent-

1 Arnold Rechberg.

2 Nach Hitlers erster Stellungnahme zu den Vorschlägen Hervés am 26.10.1930 (vgl. Dok. 15) hatte Rechberg am 26.10., am 27.10 sowie am 6.11.1930 erneut an Hitler telegrafiert. Vgl. Vietsch, Arnold Rechberg, S. 122 f. sowie Bundesarchiv Koblenz, NL Rechberg/40.

3 "La Victoire" vom 29.10.1930, "La vraie réponse d'Hitler".

lichkeit bekanntzugeben. Meine Aufgabe in dieser Angelegenheit besteht darin, es insbesondere nationalistischen Volkskreisen Frankreichs vor Augen zu führen. Es steht für mich fest, daß, wenn die französischen Nationalisten und besonders unsere Frontkämpfer, die den deutschen Stahlhelmern [*sic!*] entsprechen, seine Annahme verweigern, keine französische Regierung, keine einzige, dieses Programm anzunehmen wagen wird. Aber um die kleinste Erfolgschance bei den französischen Nationalisten und bei der Masse der ehemaligen Kriegsteilnehmer zu haben, muß ich die Gewißheit besitzen, daß die von mir vorgeschlagenen ernsthaften und grundlegenden Retuschen des Vertrages von Versailles von den deutschen Nationalisten und Stahlhelmern [*sic!*] als ihrer Natur nach geeignet angesehen werden, um die vollständige, endgültige und absolute Versöhnung zwischen unseren beiden Ländern herbeizuführen. Ich beginne also mit dem Anfang, indem ich mich an die deutschen Nationalisten und an die Stahlhelmführer wende.

Mir erscheint der Vertrag von Versailles nicht so hart; nach der Verletzung der belgischen Neutralität und der Verwüstung Nordfrankreichs war es natürlich, daß das Diktat von Versailles hart ausfiel. Alle einem unterlegenen Gegner aufgezwungenen Verträge sind hart: das Diktat von Frankfurt [4] war es gleichfalls.

Was meine Intervention begründet, ist die Erkenntnis, daß das Diktat von Versailles durch seine Härte ebenso den Keim eines neuen Revanchekrieges in sich birgt wie einst das Diktat von Frankfurt.

Deutschland und Frankreich, zwei der größten zivilisierten Nationen, würden sich, von Revanchekrieg zu Revanchekrieg schreitend, vollständig aufreiben und schließlich in einer entsetzlichen bolschewistischen Katastrophe untergehen.

Ich möchte wissen: Wollen das die deutschen und die französischen Patrioten? Sicherlich nicht!

Nun denn, wir wollen sie zwingen, ihre Meinung ohne Hintergedanken, ihre ehrliche Meinung anzugeben. Hiernach richtet sich mein Programm ernsthafter Retuschen des Vertrages von Versailles.

Nachdem diese ernsthaften Retuschen durchgeführt sein werden, wird eine neue Gebietseinteilung vorhanden sein. Natürlich wird es nötig sein, daß wir dieselbe gegenüber jedermann garantieren, der den zwischen uns freiwillig geschlossenen Frieden umstürzen wollte. Das ist die Ursache meiner Idee einer gegenseitigen militärischen Garantie. Es liegt darin keine gegen irgendeine andere zivilisierte Nation gerichtete Spitze, insbesondere nicht gegen das faschistische Italien, dessen glühender Freund ich bleibe, trotz gewisser kriegerischer Reden Mussolinis [5]. Man wird jedoch verstehen, daß wir Franzosen auf unsere polnischen Freunde nur dann einen freundschaftlichen Druck würden ausüben können, daß sie Deutschland unter gewissen Bedingungen den polnischen Korridor zurückgeben, wenn ihr neuer Gebietsumfang ihnen gemeinschaftlich von Frank-

4 Der Friede von Frankfurt hatte am 10.5.1871 den deutsch-französischen Krieg beendet.

5 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti !", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Populo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 ital. Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der ital. Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Saló (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

reich und Deutschland gegenüber dem Versuch Moskaus, Polen zu bolschewisieren, garantiert wird.

Es scheint mir, daß Hitler sich täuscht, wenn er glaubt, daß sich die Alliierten verpflichtet hätten, in ganz gleichem Maße wie Deutschland abzurüsten [6]. Nachdem sie dem besiegten Deutschland als Strafe und als Vorbeugungsmittel eine bestimmte Abrüstung auferlegt haben, haben sich die Alliierten darauf beschränkt, auch für sich selbst eine andere Abrüstung ins Auge zu fassen, aber nur in dem Maße, als es ihre eigene Sicherheit gestatten würde. Alle Alliierten haben ihr Abrüstungsversprechen nur in diesem Sinne aufgefaßt. Wer wollte etwa darüber hinaus abrüsten, solange die bolschewistische Drohung über ganz Europa schwebt? Wenn wir Deutschland das Recht auf das gleiche Militärstatut wie das unsere bewilligen, worüber könnte es sich da noch beklagen?

Die Regierungen spannen den Pflug vor die Ochsen, indem sie von der materiellen Abrüstung und vom Kelloggpakt [7] sprechen. Es gibt keine materielle Abrüstung ohne vorherige seelische Abrüstung. Und um die Abrüstung des gegenseitigen Hasses zwischen Franzosen und Deutschen zu bewirken, möchte ich sehen, wie in Frankreich und in Deutschland die beiden nationalistischen Parteien, oder sagen wir die Militärparteien, die Idee einer deutsch-französischen Versöhnung auf der von mir vorgeschlagenen Basis aufnehmen werden.

Ich wage zu hoffen, daß Hitler jetzt besser verstehen wird, weshalb eine gute Antwort von seiner Seite auf meine Frage, eine klare und loyale Antwort, die erste Bedingung für einen Erfolg meines Kreuzzuges in Frankreich ist."

Hervé in Frankreich isoliert

Aus diesem Artikel ersehe ich, daß der von Gustave Hervé gemachte Vergleichsvorschlag selbst von den französischen Nationalisten und Kriegsteilnehmern als keineswegs akzeptiert angesehen werden kann. Die französische Regierung steht ihm überhaupt vollständig ferne. Es soll sich nach der Erklärung von Gustave Hervé zunächst nur darum handeln, zwischen den französischen und deutschen Nationalisten und Kriegsteilnehmern eine gewisse Verständigung anzubahnen, um damit auf die Regierungen einzuwirken und so zu einer absoluten Versöhnung der beiden Länder zu kommen. Da scheint es mir aber unbedingt nötig, zu allererst über einen Punkt eine gemeinsame Auffassung herzustellen, nämlich über den Friedensvertrag von Versailles an sich.

Herr Gustave Hervé! Es entsetzt mich, gerade aus Ihrem Munde zu vernehmen, daß Ihnen der Vertrag von Versailles nicht so hart erscheint. Ich verstehe unter solchen Umständen die Einstellung der französischen Nation zu unseren Leiden allerdings leichter. Ich will nicht mit Ihrer Auffassung über die Verletzung der belgischen Neutralität sowie die Verwüstung Nordfrankreichs eine Diskussion entfalten. Ich war selbst Soldat und lag rund vier Jahre in diesen französischen Gebieten und habe nur zu genau gesehen, wie die Vernichtung dieser Gebiete schon infolge Mangels an technischem Material kaum zu einem Viertel von uns, zu Dreivierteln aber von den alliierten Armeen selbst vollzogen wurde. *Auch die Verletzung der belgischen Neutralität kann ich als Deutscher niemals*

6 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.
7 Vgl. Dok. 15, Anm. 7.

anerkennen, da von Belgien selbst die Neutralität schon längst verletzt worden war [8]. Ich wünsche aber mit Absicht, darüber in gar keine Diskussion einzutreten, weil diese meines Erachtens immer wieder unfruchtbar ausgehen würde. Ihrer französischen Meinung steht die deutsche Überzeugung gegenüber. Nur eines bitte ich, erwägen zu wollen: Der von Ihnen angeführte Friede von Frankfurt kann überhaupt nicht verglichen werden mit dem Diktat von Versailles. Im Jahre 1870 war die Kriegsursache und -schuld klar unbestritten [9]. Die hervorragendsten französischen Schriftsteller und Politiker selbst machten die damalige kaiserlich französische Regierung für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Im Laufe des Krieges war Frankreich militärisch unterlegen und mußte einem Frieden zustimmen, der Frankreich territorial um ein Gebiet brachte, das es 170 Jahre vorher noch nicht besaß, sondern das damals deutsch war [10]! Finanziell hatte Frankreich eine Schuld von 5 Milliarden Franken übernehmen müssen und diese Gesamtsumme auch in drei Jahren erlegt [*sic!*]. Drei Jahre nach Abschluß des Friedens war Frankreich - abgesehen von der territorialen Korrektur - wieder zum vollständig unbelasteten freien Staat geworden. Keine militärische Klausel und vor allem keine moralisch entwürdigende Selbstbezichtigung war gefordert worden! Die Blüte des französischen Lebens, der französischen Wirtschaft setzte augenblicklich wieder ein. Frankreich war frei und wurde wieder glücklich und reich.

Das wahnsinnige Unterdrückungswerkzeug von Versailles

Trotzdem Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges keine Schuld trifft [11], ermessen Sie nun demgegenüber, Herr Hervé, die entsetzlichen und grausamen Forderungen des Friedensvertrages von Versailles [12]. Durch diesen Friedensvertrag hat die deutsche Nation in Mitteleuropa viele Millionen Menschen verloren! Quer durch rein deutsches Gebiet wurde einem anderen Staat der Korridor bewilligt! Sämtliche Kolonien sind uns genommen worden! Fast alles, was deutscher Fleiß im Auslande erspart hatte, verfiel der Konfiskation! Unser Handel und unsere Schiffahrt wurden vernichtet! Wichtige Kohlengebiete nahm man uns weg! Seit zwölf Jahren weiß das deutsche Volk nicht, von was es sein Leben bestreiten soll! Zu all dem aber kommen finanzielle Forderungen, die als wahnsinnig bezeichnet werden müssen!

Zwölf Jahre lang hat Deutschland nun erfüllt, und seine Verpflichtungen sind größer als am Beginne!

Zwölf Jahre lang hat unser Volk sich geopfert, sich über und über mit Schulden beladen und sieht heute weniger denn je ein Ende dieser Opfer vor sich! Die Gesamtsumme, die Deutschland begleichen soll, ist in Wirklichkeit größer als das deutsche Nationalvermögen überhaupt! Darüber hinaus aber hat uns der Friedensvertrag von Versailles zur vollstän-

8 Zur Auseinandersetzung um die Neutralität Belgiens bis 1914 vgl. Jonathan E. Helmreich, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976, S. 153 ff.

9 Zu den Kriegsursachen des deutsch-französischen Krieges 1870/71 vgl. Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

10 Bezieht sich auf Elsaß-Lothringen.

11 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

12 Druck: RGBl. 1919, S. 749 ff.

digen Wehrlosigkeit verdammt unter der Behauptung, daß dies der Beginn der allgemeinen Abrüstung sei! *Insgesamt hat das Edikt von Versailles die deutsche Nation zu einer Menschenrasse zweiten Ranges gestempelt.* Dieses Diktat von Versailles kann daher und wird niemals in der Geschichte verglichen werden können mit dem angeführten Vertrag von Frankfurt. Ich glaube, das französische Volk wird erst dann in seiner Gesamtheit die Beseitigung von Versailles verstehen, wenn es den Unterschied zwischen Versailler Diktat und dem Frankfurter Frieden erkennt und zugibt. Die Frankfurter Friedensbedingungen waren unschwer zu erfüllen. Das Versailler Diktat dagegen ist moralisch, politisch und wirtschaftlich unerfüllbar und führt in den Bolschewismus!

Ich darf weiter auch darauf hinweisen, daß die Deutschland auferlegte Abrüstung laut Versailler Vertrag ausdrücklich nicht als Strafe, sondern als Voraussetzung für die allgemeine danach folgende Abrüstung angegeben wurde [13]. *Ich weiß natürlich nicht, was die französischen Politiker damals innerlich dachten, aber entscheidend bleibt der Vertrag!* Und entscheidend bleibt weiter die sachliche Voraussetzung, unter der Deutschland den Waffenstillstand unterschrieb. *Mit keinem Wort erwähnte Präsident Wilson die Notwendigkeit oder auch nur die Absicht einer Bestrafung des deutschen Volkes durch die uns aufzuerlegende Abrüstung, sondern ausdrücklich wurde auch dort die allgemeine Abrüstung als notwendig festgestellt!* Und zwar im Interesse der Sicherheit aller Nationen! Tatsächlich hat auch eine Anzahl von Staaten in diesem Sinne ihre Abrüstung vorgenommen, und tatsächlich wird von diesen Staaten die Nichtabrüstung anderer Staaten auch als unrecht empfunden und in immer wieder stattfindenden Konferenzen die endliche Abrüstung herbeizuführen versucht!

Auch ich bin überzeugt, daß es eine waffenmäßige Abrüstung ohne seelische nicht gibt, ich bin aber ebensosehr überzeugt, daß die seelische Abrüstung durch die heutige französische waffenmäßige Aufrüstung nicht gefördert, sondern gehindert wird. Dies ist auch der Grund, weshalb ich es, als im Interesse des Friedens liegend, so sehr begrüßt hätte, wenn Frankreich, statt Europa zu einer Aufrüstung einzuladen, ebenfalls in eine Abrüstung einwilligen würde.

Frankreich will nicht abrüsten

Zu den Telegrammen selbst muß ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung Deutschlands nunmehr abschließend folgendes feststellen:

1. Ich habe schon in meiner ersten Antwort erklärt, daß jeder Mensch in Deutschland eine innere Aussöhnung mit Frankreich begrüßen wird und daß niemand einem Kriege das Wort redet. Ich habe allerdings weiter erklärt, daß die vorgeschlagenen Punkte dieser Verständigung meines Erachtens nur teilweise diesem von allen ersehnten Ziele dienen könnten, zum anderen Teil aber gerade gegenteilige Gefahren heraufzubeschwören vermögen.

Ich bedauere es unendlich, daß Gustave Hervé mir versichert, daß Frankreich unter gar keinen Umständen abrüsten will und abrüsten wird. Ich bedaure dies, aber ich sehe ein, daß unter solchen Umständen dann natürlich dem übrigen Europa nichts anderes übrigbleiben wird, als schweren Herzens den französischen Rüstungen zu folgen. Ich sehe es damit als

13 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

selbstverständlich an, daß sich die deutsche Nation früher oder später ebenfalls die Mittel schaffen wird müssen, die sie zur Garantierung ihrer Sicherheit notwendig braucht!

2. Ich bin auch jetzt nicht davon überzeugt worden, daß eine zwingende Veranlassung für den Abschluß eines deutsch-französischen Militärbündnisses vorliegt. Ich habe neulich dagegen gewisse Bedenken geäußert und versichert, daß ich als Führer der größten nationalen Partei Deutschlands dies nicht würde unterstützen können [14]. Ich bin nun leider durch die mir telegraphisch zugegangenen Aufklärungen in meinen Bedenken noch bestärkt worden. Ich muß dabei zu den Gründen Stellung nehmen, die angeblich für den Abschluß dieser Militärkonvention sprechen.

Was ist der Sinn des Militärbündnisses?

a) Herr Arnold Rechberg teilt mir im Auftrage Gustave Hervés mit, daß das Militärbündnis keine aggressive Absicht habe, sich auf keinen Fall gegen Italien wende, sondern nur den zu schaffenden neuen Status quo in Europa gegen die aggressiven Absichten anderer schützen solle [15]. Ich darf nun aber feststellen, daß in Europa eine wesentliche Änderung des derzeitigen Status quo auch nach den Vorschlägen Hervés überhaupt nicht eintreten wird! Denn die Westgrenze Deutschlands bleibt wie sie ist, in der Ostgrenze soll aber nur auf Polen "eingewirkt" werden, den Korridor gegen anderweitige Zusicherungen zurückzugeben. *Mit anderen Worten: Territorial wird entweder überhaupt gar nichts geändert, oder dort, wo eine Änderung eintritt, nur im Einverständnis mit dem dadurch betroffenen zweiten Staat.* Die finanziellen Änderungen sind an sich nach Ansicht Hervés nur in Übereinstimmung mit Amerika und den anderen alliierten Staaten zu lösen. Dasselbe gilt dann wohl ohne Zweifel auch für Togo und Kamerun. Wenn aber diese beabsichtigten Änderungen ohnehin nur im Einverständnis mit sämtlichen alliierten Nationen stattfinden können, ist nicht einzusehen, wer dann diese geänderte Situationen aggressiv bedrohen oder gar angreifen sollte. Ich glaube nicht, daß, besonders dann, wenn Deutschland selbst aufgerüstet hat, irgendeine europäische Macht das Bedürfnis empfinden wird, diesen neuen europäischen Zustand, der sich vom früheren territorial in so gut wie gar nichts unterscheidet, zu bedrohen. Ich halte daher auch für diesen Zweck ein solches Militärbündnis als nicht begründet und geboten. Ich glaube, daß, wenn aber der neu zu schaffende europäische Zustand dennoch einer Garantie bedürfen würde, eine solche Garantie in erster Linie von England und Italien mit unterzeichnet werden müßte.

Denn besonders der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland ist, wenn ich ihn nicht als eine rein innerdeutsche Angelegenheit anerkenne, auf keinen Fall eine solche, die außer Deutschland nur Frankreich angeht! Ich empfinde es im Gegenteil als selbstverständlich, daß dann in erster Linie auch Italien eingeladen werden müßte, eine solche Neuregelung zu akzeptieren und die Garantie für den künftigen Bestand zu übernehmen, insoferne eine solche Garantie dann überhaupt noch als notwendig empfunden wird.

14 Vgl. Dok. 15.

15 Siehe Telegramm von Arnold Rechberg an Adolf Hitler vom 6.10.1930; BA Koblenz, NL Rechberg/40. Auszugsweiser Abdruck in VB vom 8.11.1930, "Rechberg an Hitler".

b) Ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Deutschland scheint mir, statt eine Garantie für den neuen Zustand zu bieten, eher eine Gefährdung dieses neuen Zustandes zu sein, weil dadurch, ob gewollt oder ungewollt, Europa erneut in zwei Lager gespalten werden würde. Ich habe in meiner ersten Antwort an Gustave Hervé mit keinem Worte erwähnt, daß die von Hervé vorgeschlagene französisch-deutsche Militärkonvention sich etwa gegen Italien richten müsse. Aus der mir gegebenen Antwort aber entnehme ich, daß Hervé ausdrücklich feststellt, daß sie sich nicht gegen Italien richte. *Ich ersehe daraus, daß man (ohne von mir irgendwie veranlaßt worden zu sein!) in Frankreich selbst empfindet, wie eine solche Konvention, wenigstens als gegen eine bestimmte andere europäische Großmacht gerichtet, angenommen werden könnte.*

Es bestärkt mich dies in meiner Befürchtung, daß eine solche Militärkonvention nicht zu einer Befriedigung [*sic!*], sondern sehr leicht zu einer Beunruhigung führen kann, daß sie aber auf keinen Fall das Vertrauen der europäischen Nationen untereinander zu stärken geeignet ist. Damit fürchte ich, daß eine solche Militärkonvention in kurzer Zeit als ihre einzige Aufgabe den Schutz der Konvention selbst ansehen müßte.

Die Gefahr einseitiger Konventionen

c) Gustave Hervé versichert aber des weiteren, daß die beabsichtigte Militärkonvention in erster Linie Europa und den allgemeinen europäischen Zustand vor dem Bolschewismus in Schutz zu nehmen berufen sei. Ich halte diese Auffassung für sehr gefährlich. Ohne Zweifel ist der Schutz der europäischen Staaten, ja, der gesamten menschlichen Kultur, vor dem Bolschewismus die wichtigste Aufgabe aller einsichtsvollen und verantwortungsbewußten Staatsmänner der Gegenwart. Ich glaube aber nicht, daß man dieser Aufgabe näherkommt durch eine Militärkonvention, die geeignet erscheint, eher noch eine Spaltung der Kräfte als eine Sammlung derselben herbeizuführen. Englands Interessen sind vom Bolschewismus mindestens ebenso stark, wenn nicht stärker bedroht als die französischen. *Würde eine solche Militärkonvention zwischen Frankreich und Deutschland nicht mit Recht als das Vorwegnehmen einer Aufgabe empfunden werden, die allen europäischen Nationen gestellt ist, ja, die das tatkräftige Interesse der gesamten Welt erfordert? Würde man nicht in den anderen europäischen Staaten den Abschluß einer solchen Militärkonvention als eine Übergehung der notwendigsten Solidarität der europäischen Nationen in dieser Lage ansehen und empfinden?* Wird man aber überhaupt eine solche Deutung des Sinnes dieser Konvention ohne weiteres als gegeben hinnehmen und nicht in ihr nur eine Maskierung vermuten? Ohne Zweifel könnte der eine oder andere übergangene Staat nur zu leicht dieser Konvention einen anderen Sinn unterlegen, als er nach Hervé tatsächlich beabsichtigt sein soll. Gerade angesichts der alle Kulturnationen drohenden enormen Gefahr halte ich den Abschluß eines auf zwei Staaten beschränkten Militärbündnisses für sehr bedenklich. Jeder Zweifel, der in den inneren Sinn dieses Bündnisses gelegt werden kann und von nicht sehr offen unterrichteter Seite auch gelegt werden wird, schwächt die Gesamtsumme der Kräfte, die dem Bolschewismus entgegengesetzt werden könnten. Ich halte gerade wegen dieser Gefahr eine Einbeziehung von England, Italien, Amerika und Japan in die Front des antibolschewistischen Widerstandes von vorneherein als absolut unerläßlich.

Rüstet Frankreich an der deutsch-italienischen Grenze gegen den Bolschewismus?

d) Gustave Hervé motiviert mit der Notwendigkeit dieses Schutzes Europas vor der bolschewistischen Weltgefahr auch die Notwendigkeit der Aufrüstung Deutschlands ebenso wie die Notwendigkeit der Nichtabrüstung Frankreichs.

Ich sehe zumindest aber in der heutigen französischen Rüstung einen Faktor, der sehr leicht Anlaß zu späteren Mißdeutungen einer solchen französisch-deutschen Militärkonvention geben könnte. Die Einsicht über die notwendige Beseitigung der bolschewistischen Weltgefahr, die sich in den Äußerungen Gustave Hervés ausdrückt, ist auf das freudigste zu begrüßen. *Die derzeitigen französischen Rüstungen aber erwecken nur zu leicht die Befürchtung, daß auch hier die Gedankengänge Hervés noch nicht Allgemeingut der französischen Nation und am wenigsten der französischen Regierung geworden sind. Denn die ganze Art und der Umfang der bisherigen französischen Rüstungen scheinen mir wenig geeignet zu einer wirksamen Bekämpfung gerade des Bolschewismus. Die wahnsinnige Armierung der französischen Grenzen gegen das heute noch unbolschewistische Deutschland, die nicht minder großen militärischen Vorbereitungen an der gewiß nicht vom Bolschewismus bedrohten italienischen Grenze, die Mobilisierung des schwarzen Kontinents für militärische Zwecke können ihre Motivierung nicht in der Aufrichtung eines Schutzes gegen Sowjetrußland erhalten. Ebenso ist die französische Seerüstung im Mittelländischen Meer nicht gut als durch Sowjetrußland bedingt anzusehen.* Man vergleiche diese außerordentlichen französischen Seerüstungen mit der französischen Ablehnung des armseligen Ersatzbaues unseres überalterten, technisch gänzlich wertlosen Küstenpanzers "Preußen" [16], und man wird zumindest im heutigen Frankreich nur sehr schwer den Gedankengang widerfinden können, den Gustave Hervé vertritt. Denn der deutsche Panzerschiff-Ersatz "Preußen" sichert höchstens die deutsche Küste vor dem Bolschewismus, während die französische Mittelmeerrüstung ersichtlich keiner derartigen Aufgabe zu dienen berufen ist! Wenn aber der Rüstung Frankreichs offenbar ein ganz anderer Gedanke zugrunde liegt, wird man das Militärbündnis zwischen Frankreich und Deutschland nur sehr schwer mit der Notwendigkeit eines Schutzes Europas vor Sowjetrußland zu begründen vermögen.

e) *Grundsätzlich glaube ich überhaupt nicht, daß die Frage der Rettung Europas vor dem Bolschewismus eine Frage von technischen Rüstungen und überalterten Militärbündnissen ist.* Die europäischen Kabinette können meines Erachtens in ihrer heutigen Verfassung ernstlich an einen selbst nur defensiven Krieg mit Sowjetrußland gar nicht denken. Die heutigen Staaten haben ihre Armeen und ihre Soldaten zum Krieg mit allen nur denkbaren Waffen abgerichtet. Granaten, Maschinengewehre, Flammenwerfer, Tanks, Flugzeuge, Gas - und alle Abwehrmittel dagegen - sind ihnen vertraut. Allein nur ein einziger Staat hat sein Volk auch geistig gegen den Bolschewismus gerüstet und seelisch immunisiert: Italien. Alle anderen europäischen Staaten besitzen weder politische Angriffsmittel noch politische Gasmasken gegen die Sowjetpropaganda! *Die Frage der Überwindung des Bolschewismus ist eine Frage der Faschistisierung* [*sic!*] *der europäischen*

16 Der Ende 1928 begonnene Bau des deutschen Panzerschiffes A, offiziell ein Ersatz für das Linienschiff "Preußen", wurde in Frankreich heftig kritisiert und diente dort zur Begründung verstärkter Marinerüstung. Vgl. Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973, S. 86 ff.

Staaten! Die heutigen marxistisch verseuchten europäischen Staatengebilde können der Zersetzungsarbeit dieser Weltpest auf die Dauer keinen Widerstand entgegensetzen!

Gerade für den Kampf gegen den Bolschewismus kommt daher meines Erachtens eine deutsch-französische Militärkonvention am wenigsten in Frage. Das Wichtigste dagegen ist, unter den europäischen Nationen den Fluch des Versailler Vertrages, der die Kulturnationen spaltet und in Herren und Sklaven zerteilt, zu beseitigen und nicht durch so eng begrenzte einseitige Militärbündnisse neue Scheidungen innerhalb Europas vorzunehmen!

Ich kann daher abschließend noch einmal versichern, daß ich in den übrigen von Hervé vorgeschlagenen Punkten sehr wohl einen Ausgangspunkt für die Verständigung und Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs erblicken würde, daß ich jedoch den ausgesprochenen Willen Frankreichs, unter keinen Umständen abzurüsten, als sehr beklagenswert ansehe. Daß ich aber endlich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung es nicht glaube verantworten zu können, jemals einem Militärbündnis, ganz gleich zu welchem Zwecke, auf so beengter Grundlage zuzustimmen. *Eine Militärkonvention zur Aufrechterhaltung des zu bildenden europäischen Status quo sowohl als zur Abwendung der bolschewistischen Gefahr hat meiner Überzeugung nach nur dann einen Sinn, wenn alle großen europäischen Nationen in diesem Bunde gleichberechtigt vereint sind, die U.S.A. aber, sowohl als Japan, wenigstens soweit es den Schutz der menschlichen Kultur vor der bolschewistischen Barbarei betrifft, daran teilnehmen. Ein Bündnis unter Ausschaltung dieser Staaten muß meiner Befürchtung nach zum Gegenteil des Gewünschten führen.* Ich muß daher diesen Punkt des Vorschlages im Interesse einer wirklichen inneren Überbrückung der europäischen und außereuropäischen Differenzen für die nationalsozialistische Bewegung zu meinem tiefen Bedauern ablehnen.

8. November 1930 Dok. 25
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.11.1930.

Die bürgerlichen Politiker können sich winden und drehen, so viel sie wollen: Der 14. September 1930 ist zum Wendepunkt in der deutschen Geschichte geworden [1]. Die Diskussion über das gesamte Reparationsproblem, die heute überall stattfindet [2], wäre vor dem 14. September einfach unmöglich gewesen. Denn diese Diskussion mußte von Deutschland ausgehen! Dazu fehlten aber vor der letzten Reichstagswahl alle Voraussetzungen. Die deutsche Innen- und Außenpolitik erhielt seit dem Zusammenbruch

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

2 Vgl. dazu z. B. Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/1, Düsseldorf 1980, S. 415 ff.

1918 ihre Direktiven zum einen Teil von Menschen, die unsere Vernichtung wollen, und zum anderen Teil von dilettantischen Phantasten, Halbnarren, ja Dummköpfen! Mit der ersten Sorte von Menschen kann man sich nur vor einem Staatsgerichtshof auseinandersetzen. Die zweite muß aber politisch beseitigt und mundtot gemacht werden. Solange es in Deutschland Menschen mit politischem Einfluß gibt, die das eigene Volk mit Schuld beladen und zum Gegner stehen, kann natürlich nicht mit einer Änderung der Auffassung unserer einstigen Gegner gerechnet werden. Solange es weiter aber auch Phantasten gibt, für die Tatsachen einfach nicht vorhanden zu sein scheinen, wenn sie ihnen nicht passen, Dummköpfe, die willig im Schlepptau von Verbrechern mitlaufen, oder Narren, denen die Politik nur ein Zahlenphänomen ist, ist desgleichen jede Hoffnung auf eine Änderung unserer Situation hinfällig. Tatsächlich entstand nun seit dem überwältigenden Sieg der nationalsozialistischen Bewegung ein neuer politischer Faktor in Deutschland, der, unbelastet von Verbrechen und Narreteien, seinen eigenen Weg gehen kann und auch gehen wird. Wenn jetzt bürgerliche Politiker in ihren Zeitungen versuchen, die überall einsetzende Diskussion über die Reparationsfragen (die sie auf ihr eigenes Konto wirklich nicht zu schreiben vermögen) mit der nunmehr sichtbar werdenden Wirtschaftskatastrophe in Verbindung zu bringen, so verdrehen sie dabei die Wahrheit genau so, wie sie es zehn Jahre lang vorher getan haben. Die nationalsozialistische Bewegung war es, die auf den zwangsläufigen Zusammenhang zwischen den Reparationsleistungen und unserer Wirtschaftsnot ununterbrochen und einzig und allein hingewiesen hat. Es war die schlimmste Tat unseres Bürgertums - und wenn ich so rede, meine ich immer nur das in den bürgerlichen Parteien sich verkörpernde politische Bürgertum -, der Welt die Lüge vorzugaukeln, Deutschland könne unter irgendwelchen Voraussetzungen die Reparationsverpflichtungen erfüllen. Noch jetzt versucht man, diesen Irrsinn aufrechtzuerhalten. Noch jetzt will man durch "Einsparungen", durch "Lohnkürzungen", durch "Gehaltsabbau" der Welt vordemonstrieren, daß "bei eisernem Fleiß und größter Sparsamkeit" die Erfüllungspolitik am Ende doch irgendwie möglich ist [3]. Und noch jetzt speit man Gift und Galle gegen die nationalsozialistische Bewegung, die diesem Wahnsinn entgegentritt, indem sie praktisch gegen solche Versuche Stellung nimmt und jeden Lohnabbau zurückweist, während man auf der anderen Seite Milliarden-Tribute an das Ausland leistet! Und ebenso muß die nationalsozialistische Bewegung gerade heute am schärfsten gegen die auch von der derzeitigen Reichsregierung vertretene Auffassung Stellung nehmen, daß nur ein finanziell gerüstetes, das heißt saniertes Deutschland an den Verhandlungstisch zwecks Beseitigung der Reparationen treten könne [4]. Man versucht also, der Welt immer wieder mit Gewalt zu beweisen, daß Deutschland zahlungsfähig ist, statt das Gegenteil zu tun! Welches Interesse die

3 Anspielung auf die Rede von Reichskanzler Brüning vor dem Reichsrat am 4.11.1930, in der er sein neues Sanierungsprogramm vorgestellt hatte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, München 1931, S. 224 f.

4 Anspielung auf Brünings Reparationspolitik, die er Hitler in einer Unterredung am 6.10.1930 erläutert hatte. Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 193. Zu dieser Frage vgl. auch Winfried Glashagen, Die Reparationspolitik Heinrich Brünings 1930-1931. Studien zum wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Auflösungsphase der Weimarer Republik, 2 Bde., Diss. Bonn 1980.

anderen Staaten an einer Aufhebung der wahnsinnigen Tribute haben sollen, wenn Deutschland immer wieder den Potemkinschen Bau seines "ausgeglichenen" Finanzhaushalts vorführt, vermögen nur unsere scharfsinnigen bürgerlichen Politiker herauszufinden. Bei diesem Versuch ist nun allerdings trotz allen gegenteiligen Versicherungen am Ende die deutsche Wirtschaft tatsächlich doch zugrunde gegangen. Nun aber wird diese Schuld der bürgerlichen Politik auf einmal gar zum Verdienst! Vor einem Jahr versicherten die Herren bürgerlichen Politiker bis weit nach rechts hinein, daß der Young-Plan [5] zur Rettung der deutschen Wirtschaft führe. Heute versichern sie, daß die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen sei und damit zur Revision führe. Das Kunststück hätte man der Welt schon früher vormachen können! Denn eine nicht zusammengebrochene Wirtschaft hat es in Deutschland schon seit 12 Jahren nicht mehr gegeben.

Die nationalsozialistische Bewegung wird nun allerdings ohne jegliche Rücksicht auf das Gequassel unserer verschwindenden bürgerlichen Politiker ihren Weg weiterhin gehen. Sie wird unentwegt versuchen, außenpolitisch mit jenen Mächten zu einer Verständigung zu kommen, die kein ewiges Interesse an der Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine einzelne Macht haben können. Sie wird sich weder durch Bitten noch durch Drohungen aufhalten lassen, zunächst in Deutschland selbst alles Notwendige für eine solche dauernde und vernünftige Verständigung vorzubereiten! Sie wird dabei ebenso nüchtern wie unbestechlich ehrlich verfahren. Wir wollen, wir gestehen das ganz offen, nach nüchternen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten unsere Freundschaften ausbauen und werden dann allerdings mit unbestechlicher Treue auch zu unseren künftigen Freunden stehen. Die Nibelungentreue von einst wurde im Dienste einer verrückten Idee und in der Hilfe für einen unmöglichen Staatskadaver [6] verbraucht! Unsere Treue soll in der Zukunft genauso wie unsere Verläßlichkeit nicht geringer sein, unsere Vernunft aber bei der Auswahl der Freunde größer. Immer mehr erkennen wir die Richtigkeit der von uns vor zehn Jahren eingeschlagenen Politik einer Aussöhnung und Verständigung mit Italien im Dienste und zum Nutzen beider Nationen. So wie wir diese Politik in den letzten zehn Jahren unbeirrbar vertreten haben, werden wir ihr auch in der Zukunft treu bleiben. Im übrigen muß es als ein Erfolg dieser Politik betrachtet werden, wenn heute wenigstens ein Staat durch seinen berufensten Verkörperer gegen das Unrecht des Friedensvertrages von Versailles manifestiert. Indem der große Italiener [7] gegen die uns dauernd auferlegte unmögliche Erpressung das moralische Gewissen der übrigen Welt aufruft [8], öffnet sich uns nach zwölf Jahren unsagbarer Demütigung und Schande zum ersten Male eine Hand, in die nicht einzuschlagen ich als unverzeihli-

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
6 Gemeint ist die Österreich-Ungarn.
7 Benito Mussolini.
8 Bezieht sich auf die Rede Mussolinis vor den faschistischen Parteidirektoren am 27.10.1930, bei der er die Revision der Friedensverträge gefordert und dazu unter anderem erklärt hatte: "Wer verletzt den Völkerbundspakt? Diejenigen, die für alle Ewigkeit zwei Staatenkategorien bestehen lassen wollen, die von bewaffneten und die von unbewaffneten Staaten. Welche rechtliche und moralische Parität kann zwischen einem bewaffneten und einem unbewaffneten Staate bestehen? Wie kann man glauben machen wollen, daß diese Komödie ins Unendliche dauern soll?" Teildruck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 329 f.

ches Verbrechen ansehen würde! Ebenso muß Deutschland auch mit England zu einer Überwindung, und zwar zu einer inneren Überwindung, der Nachwirkungen des unseligen Krieges gelangen. Diese außenpolitische Richtungslinie der nationalsozialistischen Bewegung wird innerpolitisch ergänzt durch den absoluten Willen, Unmögliches nicht zu erfüllen. Dieser Entschluß entspringt nicht irgendeiner törichten schlechten Absicht, sondern einfach einer anständigen Gesinnung, die es als unerträglich empfindet, dem Ausland immer wieder politische Schecks auszustellen, für die eine wirtschaftliche Dekkung, wie ja jedermann weiß, nicht mehr vorhanden ist. Die nationalsozialistische Bewegung wird der Lüge von der Möglichkeit der Erfüllung ein Ende bereiten. Und sie wird weiter der übrigen Welt gar keinen Zweifel darüber lassen, daß es in der Zukunft nur mehr zwei Möglichkeiten geben wird: entweder ein nationalsozialistisches Deutschland ohne politische Erpressungen, das im übrigen aber seine kaufmännischen Verpflichtungen erfüllen wird, oder ein politisch ausgepreßtes Deutschland, das im Bolschewismus endet und dann aber die gesamten Rechnungen der Welt in Fetzen zerreißen wird! Es ist unser ganz harter Wille, es zu diesem Entweder-Oder zu führen. Wir sind dabei ebenso davon überzeugt, daß der Nationalsozialismus siegt, wie auch davon, daß die übrige Welt diesen Sieg als zweckmäßiger empfinden wird als den des Bolschewismus! Sollte aber dann eine einzige Macht wirklich einer anderen Meinung sein, dann werden die Vernunft und die Notwendigkeiten der anderen Nationen am Ende doch noch schwerer in die Waagschale fallen als die unvernünftige Hysterie einer einzelnen, sich von aller Welt bedroht fühlenden, in Wahrheit aber immer nur selbst die Welt bedrohenden Nation [9].

8. November 1930 — Dok. 26
Rede auf NSDAP-Versammlung in Offenburg [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; BA, NS 26/52 [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wohin Sie heute in Deutschland auch kommen, sehen Sie überall das Zeichen einer Bewegung und sehen überall Millionen von Menschen, die dieser Bewegung folgen, und sehen Zehntausende, ja, Hunderttausende junger Männer und auch Greise, die sich für

9 Gemeint ist Frankreich.

1 In der Landwirtschaftshalle, von etwa 21.00 bis 23.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht des Offenburger Tageblatts 12.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Robert Wagner geleitet und mit einer Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Berliner Börsenzeitung vom 10.11.1930, "Hitler über Volksgemeinschaft"; Offenburger Tageblatt (Ortenauer Bote) vom 10.11.1930, "Adolf Hitler in Offenburg"; D'r alt Offeburger vom 15.11.1930, "Schluß in der Arena"; VB vom 19.11.1930, "Der Tag war ein unvergeßliches Erlebnis".

diese Bewegung restlos einsetzen, die ihre Zeit opfern, die ihre wenigen Groschen hingeben, die manches Mal selbst ihr Leben einsetzen müssen, alles um *einer* Sache zu dienen. Ich glaube, unsere Gegner verstehen die gewaltige Kraft einer solchen Bewegung nicht. Sie meinen, daß man durch das Ausziehen von Hemden und derartigen Dingen mehr [3], diese Bewegung noch einmal brechen könnte. Sie verstehen das wohl auch deshalb nicht, weil sie selbst eingeengt sind in ihre Parteivorstellungen und keinen Blick hineintun in das, was uns bewegt, und schließlich auch, weil sie das nicht wissen wollen, was uns erfüllt, weil sie von vornherein uns nicht nur ablehnend gegenüberstehen, sondern weil sie sich jeder besseren Erkenntnis verschließen. So wollen wir denn als die Prediger dieser neuen Überzeugung uns nicht an die wenden, die von vornherein eines bösen Willens sind und gar nicht hören wollen, was wir zu sagen haben, sondern wir wenden uns an das Volk, an das unbeeinflußte Volk, das noch nicht mit Vorurteilen beladen ist und zum Teil noch gar keine Überzeugung besitzt.

Wir stehen heute in einer Periode der Ernte dessen, was Jahrhunderte in unser Volk gesät haben, was unser Volk vergiftet hat, was aus ihm innere Stützen herausbrach, schon in Zeiten, in denen diese innere Zerstörungsarbeit nur den wenigsten sichtbar war.

Die große Masse hat gar keine Vorstellung davon, daß es mit eine *der* Aufgaben unseres heutigen politischen Lebens ist, dieser Masse gegenüber die Dinge zu komplizieren, [*so*] daß sie möglichst wenig klaren Einblick erhält. Man wird sagen, eine Demokratie besitzt die Souveränität des Volkes, und in Wirklichkeit weiß es nur ein Bruchteil des Volkes, um was gekämpft wird und in welchen Diensten sie nun stehen. Nur ein kleiner Bruchteil kann es abmessen, was das Ergebnis seines politischen Handelns ist.

Und da treten wir alle vor die Massen hin, in einer endlosen Flut von Vorträgen, von Versammlungen, nicht etwa nur vor einer Wahl, sondern tagaus, tagein, seit über zehn Jahren, in guten und schlimmen Zeiten, und wir haben es in 10 Jahren fertig gebracht, daß aus einer Handvoll Menschen über sechs Millionen geworden sind [4], und es werden heute schon über acht Millionen sein. Ich glaube, Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich heute Stellung nehme zu all den Tagesfragen, die unseren politischen Gegnern als maßlos wichtig erscheinen, weil sie wissen, daß man damit die Masse betören und spalten kann, sondern daß ich Ihnen ein Bild dessen gebe, was uns einst alle bewegt und getrieben hat, diese Bewegung zu gründen.

Was der innerste Sinn dieser Bewegung ist, der Inhalt ihrer Idee, und zwar in den Zügen, die sich in zwei Stunden eben darstellen lassen, so darf ich Ihnen zunächst eines versichern: Ich glaube, keiner von uns stünde heute hier, wenn wir nicht Soldaten gewesen wären. Wir sind in der Zeit, in der über das Schicksal unseres Volkes in der gaunerischsten Weise entschieden wurde, Soldaten gewesen. Wir kamen 1918 zurück in eine zerrissene Heimat, und ich darf hier eines zunächst voraussetzen, wir haben damals in diesen viereinhalb Jahren nicht politisiert. Keiner von uns ist vor dem Jahre 1918 Politiker gewesen, keiner Parlamentarier, keiner war Redner. Ich glaube, ich hätte vor diesem Jahre nicht vor zwanzig Menschen sprechen können, ohne um Worte verlegen zu sein.

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.
4 Vgl. 8, Anm. 6.

Wir sind vollständig frei von jeder Belastung, von jeder Schuld, kein Mensch kann uns eine Verantwortung weder für den Frieden noch für den Krieg geben. Wir haben unsere Pflicht als Soldaten erfüllt, ich als gewöhnlicher Soldat. Als das Jahr 1918 kam und wir in die Heimat zurückkehrten, kamen wir in einen Zustand hinein, der die ganzen Mühen und Opfer vergeblich werden ließ. Wir waren Sieger [*sic!*]. Jeder von uns, ganz gleich, welcher Partei der Soldat gewesen ist, wird mir innerlich zugeben: Wenn wir alle das geahnt hätten, was später kam, wenn alle die Deutschen, die 4 1/2 Jahre an der Front standen, geahnt hätten, was das Ergebnis dieses Ringens sein wird, jeder hätte sich gesagt: "Dafür kämpfen und sterben, nein, das ist sinnlos, das hat gar keinen Zweck." Das, was 1918 gekommen ist, hätte man auch billiger haben können. Dafür hätte man nicht viereinhalb Jahre zu kämpfen brauchen. Als der Soldat zurückkam, hatte er die Sehnsucht, Friede muß sein. Keiner hat gewollt, daß alles vergeblich sein soll, was wir geleistet haben. Das Opfer der zwei Millionen Toten, der Krüppel [5], daß das umsonst sein soll, das hat niemand gewollt. Im Jahre 1918, da sah der eine oder der andere nur eine augenblickliche Katastrophe vor sich. Es gab Menschen, die damals mehr sahen. Wir, ich rechne mich unter diese, wir haben es empfunden, daß unser Volk in einen Wendepunkt eingetreten [*sic!*] ist, daß sich unser Schicksal entscheidet für hundert oder zweihundert Jahre, vielleicht auch für immer: denn es ist nicht so, daß ein Volk nicht zugrunde gehen kann. Nach einer Zeit der Erschlaffung der Kraft traten wir in eine neue Periode der Menschheit ein, und es ist in solchen Zeitläufen möglich, daß ein Volk genauso wie die Völker der Vergangenheit spurlos verschwindet. Es wird überlagert mit anderen Rassen, anderen Völkern und geht dann geschichtlich unter. Dagegen bäumt sich in jedem gesunden Menschen etwas auf, der Selbsterhaltungstrieb, der übergeht auf die Familie, auf die ganze Art, auf das Volk, die Rasse.

Man frägt sich, soll nun wirklich etwas zugrunde gehen, was 2.000 Jahre lang Weltgeschichte gemacht hat? Da muß man sich zu der Überzeugung durchringen, daß, wenn der Mensch für etwas kämpft im Leben, es dann auch wert ist, für das Höchste, was es gibt, zu kämpfen, für sein Volk. Und dieses Zugrundegehen muß unserer Überzeugung nach dann eintreten, wenn in einer Zeit höchster Kraftäußerung ein Volk seine Kraft im inneren Bruderkrieg verzehrt. Es muß, wenn in einer Zeit großer Revolutionen ein Volk gar keine Kraft mehr nach außen aufzubringen vermag und seine Kraft im Innern verzehrt, zurückgedrängt werden und seine Existenzmöglichkeiten verlieren. Es gab eine Zeit in Deutschland vor wenigen Jahren, da sagte mancher Industrielle: Die Wirtschaft wird uns retten, die Wirtschaft wird uns aufrichten. Er vergißt, daß die Wirtschaft noch niemals einen Staat gegründet, gerettet oder aufgerichtet hat, daß sie keinerlei Kraft besitzt, Menschen zusammenzufügen, wie man das so leicht anzunehmen bereit ist, daß sie vielmehr die Menschen spaltet, Differenzen der gegenseitigen Interessen lebendig werden läßt und daß die Menschen aufgelöst und zerteilt werden. Ideelle Tugenden sind es gewesen, die die Völker in Staaten umwandelten, und unter dem Schutz dieser ideellen Tugenden konnte die Wirtschaft aufblühen. Aber wenn diese staatspolitischen Kräfte

5 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1925, S. 25.

vergangen sind, bricht die Wirtschaft rettungslos zusammen. Sie ist ein Rad an diesem Wagen, aber nicht einmal das dritte oder vierte.

Die Lage des deutschen Volkes ist gerade heute eine verzweifelte: Wir haben 62 Millionen Menschen und können sie nicht ernähren, sind gezwungen, entweder Exporthandel zu treiben, das heißt, der Welt Konkurrenz zu machen, oder wir schaffen uns einen neuen eigenen Markt durch Erweiterung unseres Lebensraumes. In beiden Fällen brauchen wir Krafteinsatz. Auch der Weltabsatz wird gemacht von *dem* Kaufmann, hinter dem die beste und stärkste politische Macht steht. Denn nur solange entscheidet das rein Wirtschaftliche allein, solange nicht das Schicksal von Völkern damit verbunden ist.

Wenn wir nun die deutsche Geschichte verfolgen, können wir eines feststellen: Politische Macht bedeutet immer wirtschaftliche Blüteperioden, politischer Verfall bedeutet dagegen Perioden wirtschaftlichen Ruins. Wenn wir weiter verfolgen, was das Charakteristische solcher Perioden politischen Verfalles ist, können wir immer feststellen, daß in solchen Perioden das Volk die ihm innewohnende Kraft nicht nach außen wendete, sondern daß innere Konflikte zum Verbrauch dieser Kräfte führten, daß aber umgekehrt immer dann, wenn dieser innere Kräfteverbrauch zurückkehrt, die deutsche Nation außerordentlich kraftvoll in der Welt dagestanden ist. Wir können diese beiden Vorgänge genau verfolgen: äußere Kraft - innere Einigkeit, innere Uneinigkeit - äußere Schwäche. Und wir sind Zeugen in einer erschreckend kurzen Zeit für diese Tatsachen gewesen. 1900 bis 1910 und [*19*]12 begann unser Volk bereits einen Teil seiner politischen Kraft im inneren Kampf langsam zu verbrauchen. Wir konnten aber erleben, wie im August 1914 plötzlich dieser innere Kraftverbrauch ein Ende nahm und der ganze Kraftaufwand nach außen trat. Daß eine nicht glückliche politische Leitung es versäumt hat, diesen Krafteinsatz in besserer Zeit vorzunehmen, ist eine Sache für sich, aber es ist Tatsache, daß unser Volk vom August [*19*]14 an eine wahrhaft überwältigende, Jahrtausende überdauernde Leistung vollbracht hat. Wenn die Regierung versucht, dem Volke einzureden, daß wir Menschen zweiten Ranges seien, dann muß man als Frontsoldat geradezu darüber lachen. Wir können noch heute überzeugt sein: Das deutsche Volk ist in seinem Durchschnittswert jedem anderen überlegen. Nur eines war unterlegen: unsere politische Leitung. Wir haben damals erlebt, wie im August unser Volk ein Wunder vollbracht hat, und dieses Wunder steigerte sich. Allerdings in der Zeit dieser Steigerung sehen wir den Beginn des Verfalles, wir sehen, wie langsam der alte innere Kampf der Nation beginnt, und erleben es, wie plötzlich an einem Tage dieser innere Kampf die ganze Kraft in Anspruch nahm. Wir erleben seit 12 Jahren das tragische Schicksal einer Nation, die in einer Dulderrolle aufzutreten gezwungen ist. Denn glauben Sie ja nicht, daß, wenn wir in Not kommen, die deutsche Kraft versagt. Es versagt nur der politische Krafteinsatz und die politische Führung der Nation. Der Krafteinsatz, weil dieser infolge der Bindung dieser Kraft nach innen nicht mehr möglich war, und die politische Führung, weil sie, anstatt sich gegen den inneren Kampf zu wenden, in diesem Kampfe das Heil ihrer Partei erblickte.

In derselben Zeit, in der Bismarck aus dem deutschen Volke das neue Reich zusammenschmiedete, waren es sich mehr und mehr spaltende Begriffe, die gemeinsamen Klassencharakter angenommen hatten. Auf der einen Seite "nationales Bürgertum" und

auf der anderen Seite "internationales marxistisches Proletariat". Wir sehen, wie sich seit 60 Jahren zwei Ideen herausformen, wie sie sich immer mehr erhärten, wie sich die Nation langsam in zwei Hälften teilt, und erleben eine Zeit, in der das Deutsche Reich wohl kraftvoll nach außen in Erscheinung tritt, im Innern aber bereits den Todeskeim trägt. Das deutsche Volk spaltet sich in zwei Weltanschauungen, und wer den deutschen Fanatismus kennt, der muß mit Entsetzen an die deutsche Zukunft denken. Denn bei diesem Prozeß der Spaltung der Nation wird nicht Sieger weder das Bürgertum noch das Proletariat [*sic!*], sondern als Sieger bleibt eine andere Welt, die unsere Spaltung ausnützt, um eine unbequeme Macht vom Weltmarkt zu verdrängen. Es bleibt als Sieger der Staat, der den ruinierten deutschen Großstaat als Kolonie verwendet. Das sind die Sieger, aber nicht etwa das Proletariat oder das Bürgertum. (Beifall.)

Die Weltgeschichte kennt nur die Frage der Kraft und der Schwäche, und es wird nie nach Gründen gefragt. Im Jahre 1918 war nun dieser Prozeß bis zu einer gewissen Vollendung gediehen. In der schwersten Stunde erhob sich die innere Frage dieses Krieges zwischen Proletariat und Bürgertum, wer von beiden wird endlich Herr in Deutschland sein. Die Kraft der Nation widmet sich einem neuen Kampfziel mit dem Ergebnis, daß Deutschland nach außen als Kraftfaktor abgebaut wird und seit 12 Jahren die deutsche Außenpolitik nur ein Ziel hat: Ruhe und Frieden für den inneren Krieg zu erhalten. (Bravo.) Man will Einmischungen des Auslandes vermeiden unter Aufsichnahme jeder Demütigung, jedes Verzichtes, um damit dem inneren Krieg die Möglichkeit des Auswirkens zu geben. Dabei ist das Entsetzliche, daß in diesem Krieg, ehe nur ein Kampf tobt, die beiden Parteien bereits die Kraft verloren haben, sich gegenseitig zu überwinden. Wir sehen, wie beide Parteien mehr und mehr festgelaufen sind und nun auf dem Wege der gewaltsamen Ausrottung glauben, die andere besiegen zu können. Daraus ergibt sich nicht eine Wiederherstellung der Kraft der Nation, sondern ein Regiment in Deutschland, das darauf angewiesen ist, vom Ausland geschont zu werden um jeden Preis. Wir sehen dasselbe, was sich am Ende des 30-jährigen Krieges in Deutschland abgespielt hat: Damals waren zwei religiöse Lager und keines mehr so stark, das andere endgültig zu überwinden.

Erst auf einer dritten Basis, auf der des preußisch-deutschen Staatsgedankens, war damals ein neues Deutsches Reich entstanden. Und heute müssen wir feststellen, nach 12 Jahren: Von den beiden Lagern, die heute miteinander im Streit sind, ist keines mehr in der Lage, den anderen Teil geistig restlos zu überwinden. Es ist nicht mehr möglich, auf dieser Plattform die ganze Nation zu einigen. Ihre eigenen Plattformen sind ja ganz zerrissen, sie selbst haben kein festes Lager mehr, weil bei ihnen auch die Kraft nach außen nachgelassen hat. Es ist bereits der innere Konkurrenzkampf eingetreten. Wenn in Deutschland keiner der beiden mehr den anderen geistig zu überwinden vermag, gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder geht Deutschland zugrunde. Wenn man es wirklich nicht mehr fertig bringt, an die Stelle von Proletariern und Bürgern wieder Deutsche zu setzen, dann ist jede Kraftanwendung nach außen unmöglich. Was das bedeutet, haben wir einst erlebt am Ende unserer religiösen Kämpfe, wo bei der Verteilung der Welt das deutsche Volk nicht teilnehmen konnte. Wir mußten erleben, daß Nationen - Portugiesen und Holländer - sich mit den Engländern die Welt aufteilten. Ge-

hört hätte sie nur uns, denn keine Nation konnte sich mit dem deutschen Volk an Kraft und Bedeutung vergleichen. Heute ist es dasselbe. In dem schwersten Kampf der Gegenwart wird nur die Nation bestehen bleiben, die ihre gesamte Kraft um ihre Lebensbehauptung einsetzt.

Es gibt noch eine zweite Frage und Möglichkeit. Wenn die Nation als solche so weiterfährt wie jetzt, die beiden Lager den Kampf so führen wie z. Zt., dann ist das Ende unseres Volkes gekommen. Es ist auch vielleicht die zweite Möglichkeit, daß wir auf einer dritten Plattform trotzdem die Nation wieder zurückführen können. Die beiden bisherigen Begriffe sind erstarrt. Es ist nur eine Möglichkeit, einen dritten Begriff zu schaffen und auf dieser dritten Plattform neuerdings das deutsche Volk wieder zusammenzubringen. (Bravo.) Es ist natürlich, daß man dann gänzlich unvoreingenommen an die Prüfung der wichtigsten Frage, die es für unser Volk gibt, herantreten muß. Unser Volk ist national verkörpert durch die Partei des Bürgertums. Es ist sozialistisch verkörpert durch die Parteien der Linken. Es frägt sich: Sind diese beiden Begriffe wirklich an sich so unvereinbare Begriffe, wie unsere bisherigen Parteien das feststellen, oder nicht? Wenn diese Begriffe jede Vereinigung der deutschen Nation ausschließen dadurch, daß sie selbst unvereinbar sind, dann gibt es keinen Zusammenschluß der deutschen Kraft mehr. Wenn jemand nachweisen kann, daß die Begriffe sich immer mehr voneinander entfernen, dann hört damit die Einheit der deutschen Nation auf. Dabei ist es aber die wichtigste Aufgabe, es schien wenigstens die wichtigste Aufgabe zu sein, gänzlich objektiv eine Nachprüfung dieser Begriffe vorzunehmen. Also nicht von dem bisherigen Standpunkt der Parteien aus, nein, es war da notwendig, diesen ganzen Parteiballast abzustreifen, sich nicht als Bürger von vornherein zu fühlen, sondern von einem ganz objektiven Standpunkt aus einmal diese Begriffe zu definieren, und glauben Sie mir, wer könnte das mit mehr Berechtigung tun als der deutsche Frontsoldat? Wenn jemand diesen ganzen Streitigkeiten vollständig objektiv gegenüberstehen konnte, war es der deutsche Frontsoldat, denn er hat für keine Partei oder für eine Klasse gekämpft. Nein, wer wirklich ein guter Frontsoldat gewesen ist, hat in der Zeit sich turmhoch erhaben über den ganzen jämmerlichen Zauber unseres Parteiwesens gefühlt: nur der ist Deutscher gewesen. Keiner fragte seinen Kameraden: Was bist du eigentlich? Sozialist oder Bürger? Das war am Ende die Plattform, von der aus man wirklich objektiv diese Frage noch einmal prüfen konnte, und der Frontsoldat durfte das tun, weil man ihm nicht vorwerfen konnte: Du bist ja Sozialist!

Als Deutscher will ich jetzt die beiden Begriffe noch einmal prüfen, denen ich Sinn, Inhalt, Tendenz und Richtung gab. *Möge das zum Guten meines Volkes ausschlagen!* Wenn ich die beiden Begriffe nun nehme und frage, was heißt sozialistisch nun eigentlich, dann kann ich nicht hingehen und darf es verbinden mit Konstruktionen der Wirtschaft oder der Gesellschaftsordnung, ich muß objektiv frei an sie herantreten, und dann ergibt sich doch eine Definition. Wer ist Sozialist, was heißt denn das? Sozialismus heißt im letzten und tiefsten Grunde: Vertretung der Interessen einer Gesamtheit über die Interessen des einzelnen, d. h., ich sehe es nicht als notwendig an, daß die Interessen des einzelnen in den Vordergrund gerückt werden, sondern im Gegenteil, daß die Interessen der Gesamtheit im Vordergrund stehen. Wenn die Interessen der Gesamtheit im

Vordergrund stehen, wird das Interesse des einzelnen ebenfalls gewährleistet sein, denn, wenn der Egoismus regiert, so bricht nicht etwa zuerst der einzelne zusammen, sondern der Zusammenbruch der Gesamtheit ist die Vernichtung des einzelnen.

Ich löse mich also damit von all den doktrinären Ansichten, von all den untergeordneten Dingen. Nur ein einziger Gedanke bleibt doktrinär vor mir: nämlich die Erhaltung unserer Volksgemeinschaft. Diese Erhaltung ist gewährleistet, wenn jeder einzelne zunächst an die Erhaltung der Gemeinschaft denkt. Wenn ich zu dieser Definition gelange, dann sage ich, daß dieser allerletzte und edelste Sozialismus absoluter reinster Nationalismus ist. Auch hier muß ich mich frei machen von allen Vorurteilen, die diesen Begriff nach bisherigem Gebrauch belasten. Am wenigsten ist ein Mann Nationalist, wenn er sich nur zu einer Partei bekennt. Höchster Nationalismus ist höchste Hingabe an sein Volk. Der reinste Nationalist bekennt damit, daß die Nation sein oberstes Lebensgesetz ist, daß die Nation und ihre Erhaltung sein ganzes Leben bestimmt und daß er sich diesem Zwecke unterordnet. Wichtig ist, daß er bereit ist, Opfer zu bringen, daß er sich hier nicht in eine Klasse hinein verschanzt, in einen Beruf, in einen Stand, in eine Partei, in eine Staatsform, nein, daß er hier ganz groß nur eines ins Auge faßt: *Mein Volk, mein Vaterland, meine Nation, sie müssen bestehen.* (Beifall.)

Ich selbst bin nur ein kleines Teilchen davon. Ich lebe, indem mein Volk lebt, und indem mein Volk lebt, lebe ich. Mithin muß mein Leben sich unterordnen und einfügen in das Leben der Nation. Wenn der Mann von rechts mir entgegentritt und sagt: Das sind fantastische, idealistische Gedankengänge, aber in unserer heutigen, realen Welt kommt man damit nicht vorwärts, so sage ich: Wenn die Menschen keine Ideale mehr besitzen, hören sie auf Menschen zu sein. Was die Menschen zusammenführt, sind keineswegs die wirtschaftlichen Motive des Lebens. Wer nur real denkt, im Sinne der Erfüllung wirtschaftlicher Notwendigkeit, vergißt ganz, daß diese Notwendigkeit trennender Natur ist, wenn alle in dieser Notwendigkeit denken. Du wirst erkennen, daß man Menschen damit nicht zusammenhalten kann. Glaubst du, daß für deine Wirtschaft sich jemand totschießen lassen würde? Für den Idealismus und in dem Idealismus hat Deutschland zehn Millionen Männer an der Front gehabt [6]. Sie wußten, daß sie nicht für die Wirtschaft kämpften. Man stirbt für irgendein großes Ziel, und dieses Ziel wird um so gewaltiger sein, je mehr es zum gemeinsamen Interesse der Allgemeinheit emporsteigt. Wir Deutsche haben es in unserer Geschichte: Die größten Kraftanstrengungen sind immer nur für Ideale gewesen, auch heute ist es so. Diese Ideale lassen sie vergessen, was sie sonst untereinander trennt, und heben sie über den Alltag hinweg. Erst wenn er sich darüber erhebt, wird das unwichtig werden; dann wird das zurückgeschraubt zu einer großen Bedeutungslosigkeit, dann wird der einzelne einsehen, daß er persönlich nichts dafür kann für das, was er ist. Daß er als einzelner nichts ist als das Blatt am Baum. Die Blätter fallen ab, und neue Blätter kommen. Wichtig ist, daß der Baum erhalten bleibt,

6 Die Gesamtstärke des Deutschen Heeres (Feldheer und Besatzungsheer) betrug im ersten Kriegsjahr 1914/15 4,7 Millionen Mann und stieg bis zum letzten Kriegsjahr 1917/18 auf 7,9 Millionen. Vgl. Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934, S. 3.

der Wald bestehen bleibt, den wir Volk und Volkstum nennen. Daß er Jahrtausende überdauert, das ist wichtig! Was ich heute bin, ist gänzlich belanglos. Daß mein Mitkamerad Bauernjunge ist, ist unwichtig. Nur eines, das ist wichtig, daß ich *Deutscher* bin und daß du ein Deutscher bist (Beifall), das ist das, was uns zusammengesellt hat in der Welt. Wenn das nicht wäre, die Wirtschaft könnte uns nicht zusammenfügen. Was uns zusammenfügt, das ist die Macht Gottes, die uns einen Sinn gab und einen Arm. Dieses Wesen zu erhalten, ist unsere Aufgabe. Dieses Leben zurückzugeben, wie wir es empfangen haben, ist die allerhöchste Aufgabe. Dafür sich einsetzen ist im höchsten Sinne Nationalismus! Wenn ich diese beiden Begriffe so definiere, sind sie eines geworden, da ist der höchste Sozialismus der reinste Nationalismus. Damit aber haben wir die beiden Begriffe zusammengeführt und haben bekundet, daß auf dem Boden der Einheit dieser Begriff wieder ein deutsches Volk aufbauen will, und haben erkannt, daß man nicht hineinnehmen kann die Spaltung, sondern daß man auch hier vollständig wieder neu beginnen muß. Es gibt manchen, der sagt: "Warum sind Sie nicht in unsere Partei gekommen?" Weil das gänzlich zwecklos gewesen wäre. Die Menschen sammeln sich nach bestimmten Signalen. Ich habe vor mir eine Nation, die im einzelnen, doch zu unserem hohen Glück, tausendfältig unterschiedlich ist. Ich habe Menschen von höchsten Fähigkeiten, Menschen vom [*sic!*] Durchschnitt, Beschränkte, Idealisten, Egoisten, neidzerrissene Menschen, stets opferbereite Menschen, Feiglinge, Menschen, die für jedes Ideal zu gewinnen sind, und ich weiß, daß genau so, wie ich hineinrufe, genau so der Ruf zurückertönt. Alle Gebilde, die bestehen, besitzen *die* Menschen, die für *das* geschaffen sind, was in dem Gebilde verkündet wird. Wenn ich eine Fanfare des Mutes abstoße [*sic!*], bekomme ich alle mutigen Menschen. Wenn ich den Gedanken des Idealismus pflege, dann kommen die Idealisten. Mit anderen Worten: Ich kann später nicht eine Bewegung, die auf Grund bestimmter Motive gebildet wurde, reformieren, weil die Menschen nicht darin sind, die man reformieren könnte. Diese Menschen sind in allen Lagern der deutschen Nation verstreut. Sie sind da, ich habe den Glauben, daß sie da sind, daß sie kommen müssen, wenn man den Ruf ausstößt. Ich kann nur nicht in ein Gebilde eindringen. Hier muß in einer Nation der Sammelruf an irgendeiner Stelle ertönen, und dann werden die ersten kommen. Man wird sie als Narren bezeichnen.

Auf diesen ersten Ruf hin haben sich 7 Mann gefunden [7]. Wir sind diese Sieben. Aber eines Tages sind es 11 geworden, dann 13, dann 17, dann 30, dann 50, dann Tausende, dann wurden immer mehr Menschen aufmerksam auf diese Politik. Und wie dieser Punkt einen trifft, der dafür geschaffen ist, fängt er Feuer. Man erlebt es, daß der erste aufsteht und sagt: Ich gehe auch zu dieser Bewegung. Und langsam kommt ein Geist, eine suggestive Gewalt in die Nation hinein. Langsam bildet sich in einer Welt ein neuer Körper. An jeden ist der Ruf einzeln für sich ergangen. Einmal hat er ein Flugblatt gelesen, einmal liest er eine Zeitung, und dann sagt er plötzlich: Da gehe ich auch hin, das ist das, was ich suchte. Irgend etwas Unbewußtes zwingt ihn hin. Unsere Gegner sagen oft: "Ja, wissen denn Ihre Anhänger die Grundgedanken Ihrer Bewegung?" Freund, du verstehst das gar nicht. Wenn du einen Bauernjungen frägst, er weiß das im einzelnen nicht so, aber irgend etwas sagt ihm, das ist das, wohin er gehört, das ist die Stimme sei-

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

nes Blutes, die ihn zu uns führt. Die vertreten meine Interessen, d. h., was ich als Interessen unbewußt empfinde.

Wenn Sie so 30-40.000 Menschen vorbeiziehen sehen, werden die irgendwie zu einem. Auf einmal hat man das Gefühl, da formt sich ein neuer Typ der Energie, der Tatkraft, der Opferbereitschaft, und wenn aus einer Nation von 62 Millionen Menschen die 10 Millionen herausgesammelt sind, die diese Tugenden besitzen, dann ist die geistige Minorität gebildet, und diese Kraft kann dann kraft ihrer Güte die Führung einer Nation in die Hand nehmen. Das hat vor 11 Jahren begonnen und hat diesem Gebilde, das sich Partei nennt, weil es zunächst nur ein Teil einer Nation ist, hat diesem Gebilde weltanschauliche Gedanken zugrunde gelegt, die einem ganzen Volk auf dieser Welt das Daseinsrecht zu geben vermögen. Wir sagten uns vor 11 Jahren, richtig ist für eine Bewegung *das* Programm, das nicht nur dem Wesen der zu erfassenden Menschen blutsmäßig entspricht, sondern das solche Gesetze organisiert mit mathematischer Notwendigkeit, um einem solchen Volke später einmal die höchste Kraft zu geben, und da können wir drei grundsätzliche Gedanken herausschälen:

1. Der Wert des einzelnen Menschen ist zunächst ein grundsätzlich gegebener. Es ist sein eigener Wert, sein Grundwert. Die Menschen kann ich zählen, aber nur als Ziffer, nicht als Werte. Hier muß ich unterscheiden. Ich kann nicht sagen: Ein Weißer ist gleich einem Zulukaffer. Nein, ich muß an- und zuerkennen, daß alle diese Menschen einen bestimmten spezifischen Wert besitzen. Dieser Wert ist grundsätzlich entscheidend. Wenn ich in der gleichen Situation, in der gleichen Lage, in der gleichen Not, in dem gleichen Zwange, zwei Menschen einstelle, die vollständig verschieden sind, liegt in ihrem Wert die Möglichkeit der Überwindung dieser Lage begründet. Der gesunde Mensch mit einem bestimmten spezifischen Eigenwert wird dieser Herr, der andere nicht. Setzen Sie einen Neger und einen Germanen in diese Situation, so wird der Neger unterliegen, weil die Werte grundsätzlich verschieden sind. Damit ergibt sich, daß *das* Volk von vornherein überlegen sein wird, das einen überlegenen Grundwert besitzt und bewahrt, das sich darauf beruft und nicht versucht, diesen eigenen Grundwert in Vergessenheit zu bringen und sich mit anderen Werten zu schmücken, die es nicht wird beherrschen können, weil sie nicht mit ihm blutsmäßig verbunden sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß man ein Volk, das einen Wert besitzt, bewußt zur Achtung seines Wertes erzieht. Daß man diese Achtung als das Wichtigste ansieht, das es geben kann. Daß es ein Recht dabei hat auf eine Zukunft, die immer und immer wieder gestaltet werden kann. Genau wie ein gesunder Mensch immer wieder die Möglichkeit hat, im Leben Herr zu werden, so ist es auch im Völkerleben. Genau wie der Mensch im einzelnen versuchen muß, seine Werte zu bewahren, genau so muß ein Volk diesen Wert bewahren und ihn nicht preisgeben. Es darf das nicht als Gott nicht wohlgefällig ansehen, es muß erkennen, ein Gott hätte mich nicht als Deutschen geschaffen, wenn er nicht wollte, daß ich Deutscher bliebe. (Beifall.) Er ließ mich sein, was ich bin, und was ich bin, bzw. was er mich werden ließ, werde ich ihm zurückgeben. Indem ich mich einstelle auf die Erhaltung dieses Eigenwertes, bin ich Nationalist im höchsten Sinne des Wortes, denn ich sehe diese Gesamtheit vor mir und sorge mich, daß sie gesund bleibt, und sorge mich, daß ein gesundes Volk da ist, weil ich weiß, wenn es am Leib gesund ist,

kann es in der Seele gesund bleiben. Solange ein Volk den inneren Wert nicht verliert, kann es immer hoffen. Einmal kommt die Stunde, wo dieser Wert uns helfen wird. Wenn andere Völker ihre Werte zugrunde richten, ihr Blut verpesten, dann muß *das* Volk zwangsläufig bestehen bleiben, das sich selbst absolut rein hält. Damit bin ich nun zum Feind jeder Vergiftung meines Volkes geworden, nicht, weil ich andere vernichten will. Ich sage nicht, ihr von links dürft nicht international denken, sondern ich setze mich eben nicht in einen internationalen Wagen und erziehe dadurch das Volk. Ich achte die deutsche Musik, den deutschen Tanz, verachte aber Negermusik, weil sie dem deutschen Charakter fern liegt. Gewiß, andere Völker haben ihre Kultur, ihre Kunst, und Kunst ist immer der Ausdruck des Seelenlebens eines Volkes. Wir Deutsche haben unsere Kunst, und wir können wirklich glücklich sein. Wir haben unseren eigenen Rhythmus, der wird länger dauern und wird bleiben, solange es überhaupt deutsche Menschen gibt. (Beifall.) Und das Volk, das wirklich bestehen will, das darf sich nun nicht von seinem Wert entfernen, sondern muß zurückgeführt werden auf seinen Wert. Es muß den Mut behalten gegenüber dieser Vergiftung. In solchen Zeitläufen muß man das Gewissen anrufen und muß den Mut bekommen und sagen: Ich dulde das nicht, wir lassen unser Volk nicht vergiften, weil nur ein paar Menschen das Ziel haben, unser Volk zu verdummen. Unser Volk hat ja gar keinen Anteil an dieser neuen Kunst mehr. Man ist so feig geworden, von vornherein zu sagen, ihr seid international, ihr seid Weltbürger, auf das Weltgewissen eingestellt; und wir sind eingestellt auf das deutsche Wesen, auf unser Volk sind wir eingestellt, auf sonst gar nichts. Wenn die anderen uns sagen: Ihr seid rückständig, ja, euch gegenüber sind wir rückständig. Wir wollen unserem Volk die Bahn frei machen zu neuem Schöpfen, zu neuem Schaffen, und wenn sie sagen, wir haben keine Komponisten mehr: Wir haben *kein Volk mehr*, das ihrer würdig ist. Erst müssen wir den Hebel ansetzen und einen Wandel zum Besseren vollbringen. Und das schreibt sich diese Bewegung auf ihre Fahnen: Wir sind Nationalisten mit der ganzen Inbrunst unserer Seele, wollen unserem Volke gar nichts tun, aber lassen unserem Volke auch nichts tun, lassen unser Volk nicht zugrunde richten, denn wir sind Nationalisten. (Beifall.)

2. Und dann lege ich einen zweiten Grundsatz als wesentlich in eine solche Bewegung hinein. Wann wird ein Volk auf dieser Welt siegen? Ich sage: Wenn es einen großen Eigenwert besitzt, zweitens aber auch, wenn es in der Konstruktion seines Staatslebens den Grundsatz berücksichtigt, daß genauso, wie die Völker als geschlossene Masse im Wert voneinander verschieden sind, die einzelnen Menschen verschieden sind, und daß ein Volk am höchsten steigen muß, wenn sein Leben von den fähigsten Köpfen bestimmt wird. Wenn man jeweils die Majorität einsetzt, dann ist sie unvermögend, halb, schwach, feige, und sie muß es sein, denn jede Frage des Lebens erfordert eine bestimmte Begabung. Ich kann nicht hundert Menschen verschiedener Begabung abstimmen lassen über eine Frage einer Bewegung. Der Mann von links sagt: Damit schaffen sie die Volksherrschaft ab. "Ja, lebt das Volk, um der Dummheit zum Siege zu verhelfen? Ist die Staatskonstruktion da, damit man für sie lebt, oder ist sie ein Mittel, um zu leben? Wenn diese Volksherrschaft Herrschaft der fähigsten Köpfe eines Volkes ist, dann hast du recht." Wir definieren den Begriff Volksherrschaft nicht mit einem Regi-

ment der Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit. Das werfen wir unserem demokratischen System vor, daß es verantwortungslos ist, selbst unwissend ist, dumm ist, es hindert sogar jedes wirkliche Emporsteigen des einzelnen. Alles, was die Menschheit besitzt an Gütern, ist das Ergebnis der schöpferischen Kraft des einzelnen. Demokratie ist ein süßes Gift, das jeden verantwortungslos macht. Wir haben eine Organisation aufgebaut auf dem Gedanken der Autorität der Persönlichkeit, haben entfernt alles, was nach Demokratie aussieht. Wir wollen Männer, die befehlen, wissen aber, daß niemand befehlen kann, der nicht gelernt hat zu gehorchen. Es ist keine Schande, das getan zu haben, wir wissen das alle unter uns, keinen schmerzt das, ich selbst bin Soldat gewesen, fast sechs Jahre, und habe gehorcht, ohne je ein Wort dagegen zu reden. Heute befehle ich, und du mußt gehorchen. Morgen bin ich vielleicht nicht mehr und ein anderer steht an meiner Stelle, und dann geht vielleicht der, und es ist das nie eine Schande, nur ein Gebot der Klugheit. Es ist keine Schande, geführt zu werden. An jeder Stelle steht der, der sie am besten versieht. Jeder hat einen Befehl, und jeder tut seine Pflicht. Wenn nun unsere Gegner sagen, das kann man heute nicht mehr durchführen, so antworte ich: Die Demokratie ist ja nur in einzelnen kleinen Perioden vorgekommen: immer wenn Staaten zerbrechen und Völker sich auflösen. Wenn aber Völker werden, dann ist es immer die Energie und Tatkraft von Männern gewesen, die haben Staaten gezimmert, und als dann keine Nachfolger mehr da waren, dann kam die Demokratie und hat aufgelöst in wenigen Jahrzehnten, was Jahrhunderte gebaut haben. Und wenn sie sagen, das kann man nicht mehr, dann sage ich, daß das geht, man muß nur den Mut haben, die Wahrheit zu sagen. Wenn dieser Grundsatz Allgemeingut der ganzen Nation wird, dann wird ein solches Volk eine gewaltige Zunahme an Kraft erhalten. Wenn ein Volk in seinem ganzen Leben immer nur die zwei Fähigkeiten bestimmen läßt, wird ein solches Volk einen gewaltigen Aufstieg erleben müssen, besonders dann, wenn die andere Welt demokratisch ist.

3. Wenn ein Mensch einen großen Eigenwert hat, der [*sic!*] immer nur tut, was er kann, wird er sich um so leichter durchsetzen, wenn er grundsätzlich auf sich selbst vertraut. Das verzogene Muttersöhnchen, der Mensch, der immer weiß, es wird mir nie schlecht gehen, das wird niemals dem Leben so gegenüberstehen, wie der, der auf sich selbst angewiesen ist. Niemand habe ich hinter mir, ich habe nur eine Brücke, und die geht nach vorne, und hinter mir ist alles abgebrochen. Solch ein Mensch wird hart, wird diesem Leben ruhig ins Auge sehen können, er bekommt ein Selbstbewußtsein. Wenn ein Volk diese Gedanken aufnimmt, wenn ein ganzes Volk alle Gedanken auf eine Hilfe von außen beseitigt, auf Brüderlichkeit der Welt, auf den Völkerbund, auf eine proletarische Internationale verzichtet, wenn es aufhört, auf Genf[8] zu blicken, wenn es nur auf sich selbst blickt und weiß, wir allein sind der Schmied unseres Glückes, wenn ein Volk das ganz in sich aufnimmt, dann wird ein solches Volk kräftig und gesund sein, dann wird es nicht immer herumblicken, ob ihm nicht irgendwer hilft, sondern seine ganze Kraft aufbauen auf dem alten, guten, deutschen Grundsatz: "Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott." Gott ist die Gerechtigkeit, die abwägt, abschätzt, und dann glauben wir, daß ein Volk nur dann auf Gottes Urteil zu rechnen hat, wenn es nicht dem kleinen Jungen

8 Sitz des Völkerbundes.

schon sagt: "Mit dem Hut in der Hand, kommst Du durch das ganze Land", sondern, wenn es den Jungen erzieht: "Bub, das Leben ist hart, wehre Dich, tue recht und scheue niemand." (Beifall.)

Und das sind diese drei Gedanken, die wir dieser Bewegung als Erbgut in die Wiege gelegt haben. Diese drei Gedanken, von denen aus wir zu allen Fragen des Lebens Stellung nehmen, von wo aus wir die Tagesfragen prüfen. Wir setzen immer den Grundsatz: "Erst das Volk und dann die einzelnen" und "Erst die Fähigkeit und dann die Masse", "Die eigene Kraft an die Spitze, und hinter ihr marschiert das Recht, denn es gibt kein Recht außer der Kraft im Leben". Wenn wir diese Grundsätze in Fleisch und Blut einhämmern, schaffen wir das Fundament, das später einen neuen Staat erfüllen und tragen kann. Das ist das Wundervolle, daß auf diesen Standpunkt nicht nur Tausende, sondern Millionen von Menschen gekommen sind, daß sie vom Rhythmus dieser Bewegung erfaßt wurden, daß sie endlich auch einmal wieder einen neuen Lebenszweck sehen. Wenn Behörden hingehen und unseren Anhängern die Hemden ausziehen [9], so wollen wir bekunden, daß wir gelernt haben, alles, was uns im bürgerlichen Leben entgegentritt, zu vergessen. Wenn die uns das Hemd ausziehen oder die Fahne verbieten, dann beweisen sie uns, wie wenig sie uns verstehen. Sie haben keine Ahnung, daß für den SA-Mann diese Bewegung meist nach kurzer Zeit seinen ganzen Lebensinhalt darstellt und er darüber alles vergißt. Es muß etwas Gewaltiges sein; denn denken Sie, was tat die Jugend früher in diesem Alter? Sie ging dem Tanz nach, dem Vergnügen, und jetzt? Mancher Bürger, der des Nachts auf die Straße hinaussieht, auf die Kämpfe zwischen Braunhemden und Rotfront, sagt: "Schon wieder diese Hakenkreuzler." Du hast ja keine Vorstellung, was diesen Menschen da unten hingeführt hat. Glaubst du nicht, daß diese nicht auch etwas hinter sich zurücklassen, glaubst du, daß es kein Opfer ist, wenn sie monatelang fast jeden Abend für ihre Bewegung opfern, wenn sie ihren Beitrag bezahlen von den wenigen Groschen? Du, Bürger, hast keine Ahnung, was die für Opfer bringen, was sie zurücklassen. Die haben auch eine Mutter, und der hat vielleicht auch ein Mädchen, das ihn liebt, das nach ihm trauert, wenn ihm etwas zustößt, und trotzdem läßt er es zurück. Wofür? Er braucht ja bloß sein Abzeichen abgeben und denken, jetzt hat er Ruhe. Dann wirst du doch nicht mehr verfolgt, du brauchst nur das eine Wort sagen: "Ich will nicht mehr." Und trotzdem, das Wort wird nicht gesagt. Was für etwas Gewaltiges muß in dieser Idee stecken, wie die Menschen dann mit ihr vermählt sind, wie das einfach ihr Leben ist, wie es nur eine einzige Strafe für sie gibt, die heute ins Gefängnis wandern, ohne mit der Wimper zu zucken, alles tun sie, aber wenn ich ihnen sage: "Ich schließe dich aus aus der Partei", dann würde das der schwerste Schlag sein, der sie trifft, der frißt an ihrem Innern. Es hat sie das Wesen, der Rhythmus dieser Bewegung ergriffen, sie können nicht mehr hinweg. Heute sind wir die Verfemten, aber morgen vielleicht werden wir Deutschland sein. (Beifall.) Heute beschimpfen sie uns, heute machen sie uns schlecht, verdrehen unsere Reden, lügen in unseren Zeitungen, aber morgen vielleicht schon kann doch die ewige Wahrheit kommen, und das ist unsere Hoffnung. Wir bauen nicht auf die Gegenwart, bauen nicht auf den Augenblick, aber für die Zukunft unseres deutschen Volkes. Eines, das aber wissen wir, wenn

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

unser Volk wieder einmal gesund sein wird, wenn es aufgehört haben wird, ein Spielball fremder Mächte zu sein, wenn es *einen* deutschen Willen gibt und ein gesundes Volk, ganz gleich, was aus uns geworden ist, eines wird die Geschichte feststellen müssen: Als sich ganz Deutschland gefügt und unterworfen und sich preisgegeben hat, da ist es eine Schar Menschen gewesen, die den Glauben an das Vaterland nicht aufgegeben hat, die die Liebe zum Vaterland über alles stellte, die in der Zeit der größten Schande und Schwachheit des deutschen Volkes sich glühend für Deutschland bekannt hat. Es hat Deutsche gegeben, die ihr Volk höher schätzten als ihr eigenes Wohlergehen, die der ganzen Welt gegenüber betonten: Wir sind stolz, daß wir Deutsche sind.

Damit geht die Bewegung einer Zukunft entgegen, die natürlich nicht wir bestimmen, sondern die wird im letzten ja von jener höheren Macht gegeben. Wir sind überzeugt, daß gewogen wird, und sind überzeugt, daß richtig gewogen wird. Wir haben nur eine Bitte an unseren allmächtigen Gott: Rette uns aus dem Sumpf. Wir wollen alles tun, was in unserer Kraft liegt, prüfe uns, und wenn Du uns würdig findest, so hilf wenigstens unserem Gegner nicht, sondern überlasse ihn seinem Schicksal, und wir werden Dir danken und sind überzeugt, daß die Zeit wieder vergehen wird, in der das deutsche Volk seine Kraft im Innern vergeudet hat. Dann kommt die Stunde, die Millionen von Menschen ersehnen. Drum laßt uns kämpfen für die deutsche Freiheit und für das Brot unserer Kinder. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

13. November 1930 Dok. 27
SA-Anordnung [1]

Masch. Ausfertigung vom 13.11.1930; BA, Slg. Schumacher 403.

Um völlige Klarheit über das Verhältnis zwischen den politischen Parteistellen und der SA zu schaffen, befehle ich:

1.) Zur SAF[*ührer*]-Besprechung am 30.11.[*19*]30 [2] legen mir die Osaf-Stellv[*ertreter*] Vorschläge zur Ernennung der Gau-SA-Führer vor. Ich werde nur diejenigen Gausaf[*ührer*] ernennen, deren Persönlichkeit mir neben ihrer Eignung als Führer auch die reibungslose Zusammenarbeit mit den betr. Gauleitungen gewährleistet. Wo solche Persönlichkeiten nicht vorhanden sind, oder wo eine Zusammenarbeit mit der Gauleitung schwierig ist, behalte ich mir die Ernennung eines Gausaf bis zur gegebenen Zeit vor.

2.) Für Erziehung, Ausbildung und Führung der SA sind die SA-Dienststellen allein verantwortlich. Die politischen Stellen haben darauf keinen Einfluß. Die SAF, insbesondere auch die Gausaf, unterstehen in keiner Weise irgendeiner politischen Stelle. Gausaf und Gauleiter sind gleichgestellt. Ihre Aufgaben sind verschieden. Dagegen ist

1 Kopf: "Oberster Partei- und SA-Führer".
2 Vgl. Longerich, Bataillone, S. 107 ff.

die Richtschnur für beide dieselbe: das Interesse der Bewegung. Bei allen Meinungsverschiedenheiten entscheidet dieses Interesse.

3.) Für die Mitarbeit der SA an allen politischen Veranstaltungen richten die betr. politischen Stellen die Anforderung an den betr. zuständigen SAF: Der Gauleiter an den Gausaf, der Bezirksleiter im allgemeinen an den betr. Sta[*ndarten*]f[*ührer*], die Ortsgruppenleiter an die Sturmf[*ührer*]. Die SA ist verpflichtet, solchen Anforderungen Folge zu leisten. Alle Kosten, die dabei entstehen, trägt die anfordernde politische Stelle, soweit durch die allgemeinen Finanzierungsvereinbarungen der Gaue mit den Gausaf nichts anderes bestimmt ist.

4.) Zusammenziehungen größerer SA-Abteilungen als eine Standarte finden nur auf Antrag der Gauleiter bzw. mit deren Einvernehmen statt. Bei tiefgehenden politischen Bedenken kann ein Gauleiter einen größeren Aufmarsch untersagen.

5.) Für die Finanzierung der SA sind die Anweisungen und Befehle bereits ergangen [3]. Die Verwaltung der SA-Kassen liegt einzig und allein in den Händen der SA-Dienststellen, ebenso wie die Verwaltung der politischen Kassen in den Händen der politischen Stellen liegt. Über beiden steht der Reichsschatzmeister [4], der für die dauernde Kontrolle sowohl der SA-Kassen als auch der Kassen der politischen Organisation Sorge trägt.

6.) Für die Untersuchung und Beilegung von Streitigkeiten zwischen SA und politischen Stellen wird festgelegt:

Jeder übergeordnete SAF und politische Leiter hat die Verpflichtung, Streitigkeiten untergeordneter Verbände beizulegen. Gelingt ihm dies nicht, so sind die nächsthöheren politischen und SA-Führer zur Schlichtung verpflichtet. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Gauleiter und Gausaf ist der von mir eingesetzte Reichsschlichter anzurufen, der als mein Vertreter mit unbedingten Vollmachten ausgestattet ist und dessen Entscheidung Rechtskraft hat. Zum Reichsschlichter habe ich bis auf weiteres den Pg *Göring*, Berlin, Badensche Straße 6, ernannt.

gez. Adolf *Hitler*

---

3 Vgl. die Verfügung Hitlers über die Erhebung einer besonderen SA-Zulage vom 2.9.1930; IfZ, Fa 223/62. Sowie Rundschreiben (gez. Schwarz) an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 3.9.1930; BA, NS 1/51.

4 Franz Xaver Schwarz.

13. November 1930 Dok. 28
Rede auf NSDStB-Versammlung in Erlangen [1]

Masch. Aufzeichnung, o. D.; Stadtarchiv Erlangen, III 220, H. 1 [2].

Keine Zeit und kein Volk geht ohne Fehler und ohne eigenes Verschulden zugrunde, und dennoch wird in jeder Zeit und in jedem Volk nur ein ganz kleiner Teil diese Fehler anerkennen wollen. Das Wechselbild der Geschichte, das Völker uns im Emporsteigen und im Abwärtsgleiten zeigt und das Völker endlich fast auszurotten erscheint, ist nur der Beweis dafür, daß entweder diesen Völkern die Kraft zur Behauptung gefehlt hat, oder daß man das Abwärtsgleiten vielleicht in bestimmten Zeitperioden gar nicht erkannte, denn es ist nur zu natürlich, daß eine Entwicklung, die vielleicht Jahrhunderte umfaßt, nicht gut gemessen werden kann an den sichtbaren Erscheinungen einer kurzen Spanne Zeit, die vielleicht ein Menschenalter umschließt. Manches erscheint als Emporstieg, manches als die Beibehaltung der augenblicklichen Lage, was in Wirklichkeit schon ein Abstieg ist und was in der Zukunft vielleicht auch schon den Untergang erkennen lassen müßte. Es ist dabei eine einzige Erkenntnis notwendig, wenn Völker zugrunde gehen, von anderen Völkern abgelöst werden und von ihnen überlebt werden und vielleicht überhaupt im Laufe der Jahrtausende spurlos in anderen Völkern wieder aufgehen, dann ist das stets der untrügliche Beweis dafür, daß entweder diesen Völkern der notwendige innere Wert an sich gefehlt hat, oder daß sie es nicht verstanden haben, ihren inneren Wert auch wirklich nach außen hin zur Geltung zu bringen, und dabei bleibt wieder wesentlich, daß nicht die bürgerliche Tüchtigkeit im Wirtschaftsleben Völker vom Untergang zu retten vermag. Fleiß, Arbeitsamkeit, Fähigkeiten auf rein wirtschaftlichem Gebiet, Genialität können weder Staaten bauen noch erhalten, können weder Völker in ihrer Größe begründen noch bewahren. Am Ende wird jedes Volk doch immer wieder gewogen, ob es bereit ist, seine letzte Kraft einzusetzen, und diese letzten Kräfte sind am Ende Kräfte des Willens, Kräfte der Selbstbehauptung, die bis zum Einsatz des eigenen Blutes gehen; ob es bereit ist, diese letzte Kraft für seine Behauptung einzusetzen. Wenn ein Volk noch so tüchtig sein kann, noch so fleißig und genial in seinen staatsbürgerlichen Leistungen, besonders in den Leistungen der Wirtschaft, so wird das am Ende doch nicht das Vergehen eines solchen Volkes verhindern können, wenn es nicht gewillt, bereit und auch fähig ist, seinen innersten Grundwert auch restlos einzusetzen, d. h., diesen Grundwert nicht nur zu entwickeln und erstarken [*sic!*], sondern

1 Im großen Saal des "Kolosseums", von etwa 20.30 bis 22.30 Uhr. Die geschlossene Versammlung am Vorabend der Asta-Wahlen an der Universität Erlangen, an der laut Polizeibericht etwa 1.500 Personen, darunter der Rektor, Professoren und zahlreiche Studenten, anwesend waren, wurde von NSDStB-Organisationsleiter Reinhard Sunkel geleitet und mit einer Ansprache eröffnet.

2 Zwei weitere Fassungen (masch. Aufzeichnungen mit hs. Korrekturen, o. D.) in StA Nürnberg, Slg. Streicher, Nr. 175. Sowie Polizeibericht vom 14.11.1930, StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, 1740. Druck: Monatsschrift für akademisches Leben, Jg. 1930/31, Nr. 3, "Adolf Hitler vor Rektor, Professoren und Studentenschaft der Universität Erlangen am 13. November 1930", S. 38-42; Preiß, Hitler, S. 159-177. Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 15.11.1930, "Hitler vor den nationalsozialistischen Studenten"; Der Stürmer, November 1930, Nr. 47, "Adolf Hitler vor den Professoren und Studenten der Universität Erlangen".

wenn notwendig auch das eigene Leben hinzugeben. Wenn Völker zu diesem letzten Einsatz nicht entschlossen sind, dann kann nicht nur die augenblickliche Arbeit und der augenblickliche Fleiß vergeblich sein, sondern auch der Fleiß vieler Generationen vorher kann durch wenige Jahrzehnte eines solchen politischen Versagens vernichtet werden und können [*sic!*] praktisch wirkungslos sein und bleiben für die Erhaltung eines solchen Volkes. Der Krafteinsatz eines Volkes, unter dem wir nicht die sogenannten rein wirtschaftlichen und überhaupt rein mechanischen Leistungen des Lebens zu verstehen haben, ist es, der letzten Endes allein auf die Dauer eine Nation in ihrer Freiheit und Selbständigkeit zu erhalten vermag. Dieser Krafteinsatz, der ebenso bedingt ist durch den Grundwert wie durch die Art der Ausgestaltung dieses Wertes und den Willen, ist aber nur einmal vorhanden, d. h., er wird irgendwie einmal eingesetzt und tritt kein zweites Mal mehr in Erscheinung. Wenn ein Volk diesen Krafteinsatz vollzieht im inneren Kampf, d. h., wenn es seine Kräfte in inneren weltanschaulichen, religiösen oder sonstigen Differenzen verbraucht, dann wird ein solches Volk diesen Krafteinsatz nach außen nicht mehr zur Verfügung haben. Wenn ein Volk diesen Krafteinsatz nach außen vollzieht, so werden gewisse Kräfte nicht mehr vorhanden sein, und es ist bemerkenswert, daß man daher ununterbrochen folgende Erscheinung sieht: Völker, die an irgendwelchen inneren Differenzen ihren Krafteinsatz verbrauchen, werden nach außen hin zurückgedrängt und werden endlich in eine gewisse Bedeutungslosigkeit gelangen. Völker, die umgekehrt ihren Krafteinsatz nach außen setzen, werden im Innern einer Periode des Verstehens, des inneren Friedens, des Angleichens und des Aussöhnens entgegengehen und werden in dieser Periode ihre großen außenpolitischen und damit selbsterhaltenden Erfolge erzielen. Die deutsche Geschichte gibt uns ja das schlagendste Beispiel und eine Reihe von Beweisen. Immer wenn unser Volk seine Kraft, ganz gleich aus welchen Gründen, sei es aus politischen Differenzen oder aus religiösen Ansichten, im Innern festlegte und im Innern verbrauchte, ist die Kraft der Selbsterhaltung der Nation nach außen abhanden gekommen, und umgekehrt, immer wenn unser Volk diese inneren Kämpfe überwandt, hat der deutsche Mensch ungeheure Werte nach außen einzusetzen vermocht, und wir selbst sind Zeugen dieses wechselvollen Schicksals. Wir haben es erlebt, daß das alte Reich zwangsmäßig Differenzen überwunden hat und damit eine außerordentlich große Kraft der Nation nach außen hin einzusetzen vermochte. Wir haben es aber leider auch erlebt, daß ein innerer Zerfall der Nation stattfand, der endlich dazu führte, daß schon vor dem Kriege unser Volk nach außen wieder als geschwächt bezeichnet werden konnte. Wir erlebten aber, daß in wenigen Wochen, in jenen Juli- und August-Wochen des Jahres 1914, diese inneren Differenzen fast restlos überbrückt worden sind und wie unser Volk seine ganze Kraft nach außen zu verwenden vermochte, und erlebten nun einen Krafteinsatz, wie er im deutschen Volke noch nie zu sehen war. In wenigen Jahren hat unser Volk Wunder an Leistungen vollbracht, aber parallel [*zu*] diesen Leistungen sehen wir auch bereits wieder die alten Wunden sich öffnen. Wir sehen, wie langsam innere Kampfmotive mehr und mehr Kräfte an sich ziehen und wie endlich im vierten Kriegsjahr eigentlich die Heimat zum großen Teil am Geschehen der Nation keinen Anteil mehr nimmt und wie dieser innerpolitische Kampf bis zum Herbst 1918 die ganze Kraft der Nation fesselt und nach außen eine Kraft nicht

mehr in Erscheinung treten konnte. Seitdem leben wir seit 12 Jahren in einem Zustand, der erfüllt ist vom innerpolitischen Ringen unseres Volkes, der gekennzeichnet ist durch den vollständigen Mangel jeden nationalen Einsatzes unseres Volkes nach außen. Nun ist nur eine einzige Frage zu stellen: Wird das deutsche Volk in dem Zustand, in dem es sich heute befindet, überhaupt noch einer Zukunft entgegengehen können, oder wird dieser Zustand nicht zwangsläufig zur unbedingten Vernichtung unseres Volkes führen? Leben wir in einer Zeit, die es gestattet, daß sich eine in einer so unangenehmen Lage befindliche Nation den Luxus innerer weltanschaulicher Kämpfe erlaubt und leistet, oder leben wir nicht in einer solchen Zeit, die einen solchen Kraftverbrauch absolut ablehnen müßte, die diesen Kraftverbrauch der Nation nach innen zu einem Verhängnis stempeln muß? Ich glaube, es gibt auf diese Frage nur eine einzige Antwort: Wenn das deutsche Volk in dem Zustand auch nur 50 bis 60 Jahre bleibt, in dem es sich heute befindet, dann wird unser Volk vermutlich als politischer Machtfaktor vielleicht auf Jahrhunderte, möglicherweise aber auch dann auf immer ausgeschieden sein. Wir werden dann vielleicht bei der ganzen künftigen Gestaltung nicht mehr mitzureden haben. Wir sehen, wie große Nationen sich bilden, sehen, wie das Weltschicksal sich ändert, sehen, wie das Volk mehr und mehr zu einem Faktor gänzlicher Bedeutungslosigkeit heruntergedrückt wird, und alle wirtschaftlichen Fähigkeiten werden den Zusammenbruch nicht verhindern können. Wir können nun aber dabei auch folgendes feststellen: Unser Volk hat ähnliche Erscheinungen schon einige Male durchgemacht, dieses Wellenspiel der deutschen Geschichte, das uns zeigt, wie unser Volk so oft am Berge war und dann wieder in das Tal heruntersank. Dieses Wellenspiel kann auch heute seine Fortsetzung finden, es ist nur notwendig, daß wir die Gebrechen unserer Zeit unbedingt erkennen und daß wir uns nicht selbst mit Blindheit schlagen, daß wir uns nicht durch Phrasen einlullen lassen. Deutschland kann nicht untergehen, Deutschland wird auch das überstehen. Wir dürfen nicht denken, die Wirtschaft wird die Nation retten, ein so großes Kulturvolk ist unüberwindlich. Wenn wir uns solchen Phrasen hingeben, dann allerdings ist die Gefahr groß, daß das deutsche Volk auch nicht mehr die Kraft zur Überwindung derselben finden wird. Es ist also notwendig, ganz nüchtern und klar unsere Lage zu prüfen und nicht die augenblicklichen oberflächlichen Erscheinungen dieser Zeit als Maßstab zu nehmen, sondern sie zu prüfen am wirklich Grundsätzlichen, und da müssen wir folgendes erkennen: Unsere Lage gleicht in vielen Dingen heute der Zeit nach Beendigung des 30-jährigen Krieges. So wie damals die deutsche Nation in zwei weltanschauliche religiöse Hälften gespalten war, so sehen wir das deutsche Volk heute zerrissen in zwei weltanschauliche politische Hälften. Der Riß ist da, und er ist heute bereits genauso scharf politisch, wie er sich damals religiös auswirkte. In derselben Zeit, in der Bismarck die deutschen Einzelstaaten einte und damit ein machtpolitisches, neues Reich schuf, setzte schon wieder eine Zerteilung der einzelnen Stämme und Staaten ein. Früher war es Preußen, Bayern, Baden, Sachsen usw., und aus ihnen wird nun langsam ein Deutsches Reich, aber langsam verliert das Deutsche Reich wieder seinen wesentlichen Inhalt, denn am Ende dieser Zeit sehen wir heute noch vor uns wohl ein Deutsches Reich, aber wir sehen keine Deutschen, d. h. politisch ausgedrückt, sehen wir in diesem Deutschen Reich nicht Menschen, die grundsätzlich zunächst ihr Deutschtum in den

Vordergrund rücken, sondern wir sehen Klassen, die zunächst ihren Klassenbegriff als das Wesentlichste ansehen, den politischen Kampf ausfechten, und zwar nicht unter einem Parteibegriff an sich, sondern unter einem absoluten Klassenbegriff. In derselben Zeit, in der das deutsche Volk machtpolitisch und staatspolitisch geeint wurde, setzt die Zerreißung unseres Volkes ein in zwei Begriffe, die, wenn auch von verschiedenen Parteien übernommen und auf verschiedene Parteien ausgelegt, doch im wesentlichen sich in zwei Worten festlegen lassen, Nationalismus und Sozialismus, wobei beide Begriffe im Laufe der politischen Kämpfe einen ganz besonderen Inhalt erhalten. Es wird sowohl der Begriff Nationalismus durch einen besonderen Inhalt erfüllt, durch die den deutschen Nationalismus verkündenden Parteien. Es wird aber auch Sozialismus mit dem ganz bestimmten Inhalt erfüllt, und zwar ebenfalls durch die Parteien. Diese beiden Begriffe entwickelten sich langsam zu absolut trennenden Klassenbegriffen, und zwar zu so trennenden, daß beide Parteigruppen, die diese Begriffe auf ihre Fahnen geschrieben haben, überzeugt sind, daß die Begriffe sich gegenseitig ausschließen, d. h., der Nationalist ist überzeugt, daß sein Begriff "Nationalismus" den Begriff "Sozialismus" grundsätzlich ausschließt. Es kann ein Mensch, der Nationalist ist, nicht Sozialist sein. Umgekehrt ist der Sozialist überzeugt, daß ein Mensch, der Sozialist ist, nicht Nationalist sein kann. Sozialismus und Nationalismus sind zwei Dinge, die sich zueinander verhalten wie Feuer und Wasser, sie können miteinander nicht verbunden werden. Es war nur die Frage, inwieweit zunächst sich Menschen fanden, die auf diese beiden Begriffe sich restlos einstellten, und das war der Fall. Wir sehen, daß eigentlich zwei Parteiwelten in Deutschland sich aufbauen, die in sich Verschiebungen vornehmen, aber untereinander sich immer wieder trennen. Wir sehen, wie langsam in Deutschland zwei vollständig voneinander getrennte Welten entstehen, die von vornherein gar nicht mehr das Bedürfnis empfinden, in die andere Welt einzugreifen, es sei denn auf dem Wege einer Überrumpelung, einer Vernichtung, einer Unterdrückung, keineswegs aber glaubt die eine Partei, daß sie noch in der Lage sei, rein geistig die andere Seite zu entwurzeln, sie herunterzuziehen und in sich wieder aufzunehmen. Es ist dabei ganz gleichgültig zunächst [*sic!*], was man in die beiden Begriffe hineinlegen kann, sondern wesentlich ist, was in die beiden Begriffe hineingelegt wurde, wesentlich ist, wie die Parteien diese Begriffe ausgelegt haben und wie sie diese Begriffe ihren Anhängern vermitteln und einpauken und wie die Anhänger selbst auf diese Begriffe reagieren. Ob sie diese Begriffe als Evangelium auffassen, und wenn ja, inwieweit sie entschlossen sind, für diese Begriffe ihre ganze politische Kraft hinzugeben, d. h., wesentlich bleibt, ob am Ende noch ein Mensch da ist, für Deutschland zu kämpfen, oder ob am Ende nur noch Menschen da sind, die für einen Parteibegriff kampfbereit sind, das ist das Wesentliche. Die Geschichte gibt uns darauf Antwort, und zwar herbe und bittere Antwort. Sie zeigt, daß der Deutsche sehr wohl Jahrhunderte lang fähig war, für einen solchen begrenzten Begriff einer Weltanschauung, damals religiöser Natur, zu kämpfen, während er niemals zu den gleichen Opfern bereit gewesen wäre für die Tatsache "Deutsches Reich". Wir haben heute in Deutschland Millionen Menschen, die es glatt ablehnen, für Deutschland zu kämpfen, die aber bereit sind, für ihren Klassenbegriff sich aufzuopfern, die keinen Finger mehr rühren für den Gedanken eines Deutschen Reiches, für die deutsche Nation

an sich, die aber bereit sind, für ihre umrissene und durch die Partei zunächst getragene Klassenüberzeugung und Ansicht sich aufzuopfern und hinzugeben. Es spielt dabei keine Rolle, wenn mir von einer Seite vorgehalten wird, das ist nur die eine Seite der beiden Klassen und nicht die andere, weil eben die Erhaltung der Nation nur denkbar ist, wenn eine solche Spaltung vermieden wird. Wir haben es erlebt, daß ohne Zweifel im Jahre 1918 nur eine Klasse vorging, allein der Einsatz dieser Klasse genügte vollständig, auch den Einsatz der zweiten Klasse aufzuheben. Diese Tatsache besteht heute, und sie bestand bereits, und zwar für einen jeden, der nicht mit Absicht blind sein wollte. Im Jahre 1918, am Ende des Krieges und Zusammenbruches, mußte man ohne Zweifel ganz klar erkennen, daß nunmehr die deutsche Kraft sich nach außen würde nicht mehr einsetzen können, sondern daß diese deutsche Kraft nunmehr ihr Betätigungsfeld im Innern erhalten würde, solange, bis entweder eine der beiden bisherigen Klassen über die andere gesiegt hat, oder bis ein dritter Begriff beide bisherigen Klassen ablöst. Die Frage ist, ob nun überhaupt die beiden Weltanschauungen politischer Natur, wenn man das heute so bezeichnen darf, überhaupt noch die Kraft besitzen zur Überwindung des Gegners, d. h., wird der Nationalismus vertreten und damit auch im einzelnen bestimmt durch die derzeitigen Parteien, wird dieser Begriff und die hinter dem Begriff stehende Welt so stoßkräftig und entschlossen sein, um die andere Welt, sagen wir, zu vernichten, und zwar die Vernichtung kann naturgemäß nur in einer inneren Gewinnung der anderen Welt liegen [*sic!*], denn der Kommunismus predigt auch die Überwindung der anderen Klasse, und es ist selbstverständlich, daß ein solcher Prozeß nicht in 50 oder 100 Jahren sich vollzieht, daß aber in dieser Zeitspanne, auch wenn ein Teil siegreich blieb, eine Kraftäußerung der gesamten Nation auch nicht in Frage kommen kann. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, nämlich, daß eine Klasse in dem Falle rein geistig noch in der Lage ist, die zweite langsam zu überwinden, in den eigenen Rahmen hineinzubringen, mit der eigenen Idee langsam zu erfüllen und damit praktisch die zweite Klasse aufzulösen und aufzuheben, und hier selbst eigentlich, so wie am Ende des 30-jährigen Krieges die beiden Konfessionen in Deutschland wohl erhärtet aber auch ermattet waren, wie keine der beiden Konfessionen mehr in der Lage war, die andere zu überwinden, genauso sehen wir, daß am Ende dieses inneren Krieges zwischen Nationalismus, Bürgertum und Marxismus beiden Richtungen diese überzeugende Kraft fehlt, dieser Elan, den anderen Teil zu überwinden. Wir sehen, daß bereits im Jahre 1918 eine Neufestlegung der politischen Macht erfolgte, wie aber diese Festlegung der politischen Macht nicht mit dem endete, was wir heute sehen, mit der Überwindung des zweiten Teiles, sondern wir sehen nunmehr, wie in Wirklichkeit die beiden Lager mit Gewehr bei Fuß einander gegenüberstehen. Wohl hat nun ein Teil den wesentlichen Einfluß auf die politische Macht gewonnen, die beiden Welten stehen sich ermattet, aber in sich gehärtet und abgeschlossen gegenüber. Am Ende des 30-jährigen Krieges sehen wir ganz dieselbe Erscheinung, und die Frage der Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches war damals gebunden an die Frage der Schaffung einer neuen Plattform, d. h., man konnte damals auf dem religiösen Boden an sich nicht mehr ein neues Reich aufbauen. Es mußte ein dritter Gedanke kommen, der, wenn möglich, sich von dem wesentlichen Streitproblem überhaupt freihält. Tatsache wurde und war ja dann, daß durch

den neuen preußischen Staatsgedanken auf einer dritten Plattform wieder ein Deutsches Reich erschien, daß dieser Gedanke allmählich so groß und gewaltig wurde, daß derselbe die religiösen Differenzen überwand, und daß auf dieser Plattform sich endlich wieder die früheren Kämpfer zusammenfanden und nunmehr zu einem neuen Krafteinsatz für die Nation fähig wurden. Dieselbe Frage ist auch heute gestellt und dieselbe Frage muß auch heute beantwortet werden. Wenn die deutsche Nation in der Zukunft die innere Spaltung beibehält, die wir heute vor uns sehen, d. h., wenn über die beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus die Nation in zwei Hälften zerfallen bleibt, dann wird eine Neubildung und ein neuer Einsatz deutscher Kraft nach außen nicht mehr stattfinden können, und das Höchste was stattfindet, ist ein langsamer Verbrauch aller aktiven deutschen Kräfte. Wahrscheinlich wird, da dieser Verbrauch in eine Zeit hineinfällt, in der sichtlich die Welt außerordentlich großen Ereignissen entgegengeht, dieser Verbrauch zu einer vollständigen Ausschaltung Deutschlands nicht nur für jetzt, sondern möglicherweise für die ganze absehbare Zukunft führen. Wir werden wieder einmal betrogen sein, obwohl wir das höchste Anrecht besäßen, bei dieser Weltverteilung, die wieder vor sich geht, nicht nur ernsthaft mitzureden, sondern eigentlich vielleicht das gewichtigste Wort mitzusprechen. Einst gab es kein Volk, das mehr Anspruch gehabt hätte als das deutsche auf Teilnahme am Kampf um die Weltherrschaft und endlich auf die Weltherrschaft an sich, und auch heute ist es genauso, wenn auch unsere Regierungen sich bemühen, unser deutsches Volk als zweitwertig hinzustellen. Am Ende wird der Wert eines Volkes nicht bestimmt durch partei-politische Feststellungen, sondern durch das einzig richtige, auf der Waage des offenen Kampfes, und das deutsche Volk hat bewiesen, daß es Kopf an Kopf gemessen nicht nur jedem Volk gleichwertig, sondern sogar überlegen ist. Sie haben uns nicht besiegt durch Überlegenheit an sich, sondern durch die Überlegenheit der Zahl, durch die Zusammenballung der Kräfte der ganzen Welt gegen ein Volk, dadurch sind wir am Ende gestürzt worden, keineswegs aber durch den mangelnden Wert unseres Volkes an sich. Wenn überhaupt ein Volk ein Recht besitzt, bei der künftigen Gestaltung der Erde mitzureden, dann ist das unser eigenes Volk. Nicht Frankreich hat ein Vorrecht, sondern wenn man von einem Vorrecht reden kann, so ist es das deutsche Volk. Doch kann es uns nur zu leicht wieder so gehen, wie es uns einst erging, wir sind bei der ersten Verteilung zu spät gekommen und haben überhaupt nicht teilgenommen, und es kann uns dasselbe Schicksal zum zweiten Mal passieren, und dieses Schicksal wird entscheidend sein, denn wir haben ca. 70 Millionen Menschen auf einem verhältnismäßig kleinen Platze zusammengedrängt. Wir müssen diese zusammengepreßte Menschenmasse erhalten und ernähren, wir sind gezwungen, unseren eigenen Lebensraum zu erweitern. In beiden Fällen werden wir nur durch Machteinsatz in der Lage sein, diesen Anforderungen zu genügen, und damit ist die wesentlichste Frage des Jahres 1918/19 und auch heute noch zu lösen, ob es uns nun gelingt, diesen Kraftverbrauch der Nation nach innen wieder zu beendigen, d. h., das deutsche Volk auf einer neuen Plattform wieder zu einem einigen Körper zusammenzufassen, oder ob das nicht mehr gelingt. Wenn es nicht mehr gelingen sollte, dann ist das Ende des deutschen Volkes gekommen, und dann werden Sie eines erleben: Aller Fleiß und alle Tüchtigkeit wird nicht verhindern, am Ende zwecklos verbraucht zu werden.

Am Ende wird nicht die Erhaltung des Lebens unseres Volkes stehen, sondern wir werden zunächst unser Volk nicht retten können und sind vielleicht wieder einmal Kulturdünger anderer Völker. Vielleicht werden wir die Lehrer anderer Völker sein, aber wir werden doch das Schicksal Griechenlands erleiden, wir werden Sklaven sein, die fähig sein werden, anderen Unterricht zu geben, vielleicht auch andere sogar zu führen. Man wird unsere Organisations-Talente gebrauchen, man wird deutsche Techniker, deutsche Ingenieure bevorzugen, soweit sie anderen Völkern nützlich sein können, und das deutsche Volk wird langsam absterben, an Bedeutungslosigkeit zugrunde gehen, und damit schließt ein Volk seine Geschichte, das sagen kann, 2.000 Jahre in seiner Geschichte tatsächlich Weltgeschichte gemacht zu haben, denn 2.000 Jahre ist unsere Volksgeschichte die Weltgeschichte an sich gewesen. Ein zweites Holland, eine zweite Schweiz wird aus Deutschland werden. Im Jahre 1918 traten wir damit einem tatsächlichen Zustand gegenüber. Als wir von der Front nach Hause kehrten, da trafen wir die Tatsache an, daß unser Volk zunächst den Kampf nach außen eingestellt hat und dafür den Kampf nach innen begann und daß dieser Kampf schon am Tag des Beginnens aussichtslos war, die beiden Lager waren nicht mehr fähig, irgendeine Entscheidung des Kampfes herbeizuführen. Man konnte von vornherein schon feststellen, ein langsames Dahinsiechen der deutschen Kraft begann, und das Ergebnis ist damit auch schon von vornherein klar vorauszusehen, und es war damals nur eine einzige Frage zu beantworten, will man dieses Ergebnis geduldig und als selbstverständlich hinnehmen oder eben nicht. Will man es nicht hinnehmen, dann muß irgendein Ausweg gefunden werden, der es verhindert, und wenn 1.000 Gründe der Vernunft und des täglichen Lebens dagegen sprechen. Es muß versucht werden, diesem Schicksal entgegenzutreten. Es ist die Frage zu prüfen, ob ein solcher Wandel von den bestehenden Parteien ausgehen kann. Da müssen wir antworten, daß die alten Parteigebilde nicht mehr die Kraft besitzen zu einer solchen Änderung und daß die Führer in den Parteien, die sie führen, mehr die Instrumente für die eigene Selbstbehauptung, für das eigene politische Leben, für die eigene politische Existenz erblicken, daß sie nicht bereit sind, sich aufzuopfern, sondern daß die Führer selbst an den Erfolgen dieses Kampfes verzweifeln, daß sie selbst nicht mehr ernstlich daran glauben, aber daß sie miteinander zu jenem, sagen wir, Nebeneinanderleben kommen, das wir am Ende des 30-jährigen Krieges erlebt haben. Keine Einheit mehr, aber Mangel an Überzeugung, auch keinen Krieg mehr bis auf das Messer. Ein kleiner Teil versuchte, diesen Krieg noch weiter fortzuführen, aber der kleine Teil wird am Ende entweder die Nation zu einer entsetzlichen Katastrophe hintreiben, oder er wird denselben Weg gehen, den die Sozialisten einst gegangen waren. Nun war die erste Notwendigkeit, zunächst zu untersuchen, ob die Nation denn wirklich auf diese Begriffe eingeschworen ist, und diese Untersuchung wurde im Jahre 1918 unendlich erleichtert. Es konnte kein Zweifel mehr sein, in Deutschland gab es Millionen Menschen, die für diese Begriffe bereit sind, ihre politische Energie einzusetzen, und die nicht mehr bereit sind, für den Begriff Staat oder Begriff Nation irgend etwas zu opfern, auch wenn der zweite Teil zum Teil noch anders denkt, so spielt das keine Rolle mehr. Es ist Tatsache, daß die Parteien, die sich auf diese Begriffe nun eingeschworen haben, selbst diesen Begriffen eine Deutung gegeben haben, daß eine Ver-

einigung dieser Begriffe gar nicht mehr möglich ist, d. h., die beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus sind so beladen mit erläuternden Ausführungen, mit Ausführungs-Bestimmungen, mit Inhaltserklärungen, daß infolge dieser der Nation sich nun ergebenden Inhaltsbestimmung dieser Begriffe eine Vereinigung, ein Zusammengehen an sich ausgeschlossen erschien, und Tatsache war auch, daß beide Teile den gegenseitigen Kampf von vornherein führten unter dem Signal dieser Begriffe. Die Begriffe müssen entweder im Kampf siegen oder unterliegen, oder mit anderen Worten, ein Zusammengehen der Begriffe ist nicht mehr möglich, und da faßten wir im Jahre 1918/19 nun den Mut, die beiden Begriffe noch einmal zu untersuchen, und zwar losgelöst von dem bisherigen Vorurteil, von einer vollständig neutralen Plattform aus, und wenn diese Untersuchung überhaupt jemand vornehmen dürfte, so hatte niemand mehr Recht als der Soldat, der nichts zu tun hatte mit der Schuld am Krieg, aber auch nichts mit der Schuld am Zusammenbruch. Der als Frontsoldat sich sagen konnte, wir alle haben ja nicht für eine Partei gekämpft, wir, die wir pflichtgemäß uns für unser Volk und unseren Staat einsetzten, wir können am meisten und am ehesten versichern, daß wir auch in diesem Fall unvoreingenommen die Prüfung vornehmen können. Millionen Deutsche haben in dieser Zeit nicht für eine Partei gestritten, sondern für Deutschland, nicht für eine Organisation, sondern für das deutsche Volk, und aus dem Geist heraus, der schon einmal die Zwietracht und den Zwiespalt unseres Volkes überwunden hat, konnte man noch einmal diese Wechselbilder zu erforschen versuchen. Man mußte den Mut haben, sich von der bisherigen Parteiüberzeugung zu trennen und diese neue Deutung aufzustellen, ohne Rücksicht darauf, daß die bisherige Partei, die dem Begriff ihre bisherige Deutung gab, nicht einwilligen würde und auch zum Teil nicht einwilligen konnte, und damit war das Wesentliche also die Überprüfung der beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus. Bei einer so objektiven und gänzlich unvoreingenommenen Überprüfung ergab sich folgendes: Wenn man natürlich den Begriff Sozialismus mit all den Dogmen belastet, die die Sozialdemokratie und kommunistische Partei in den Begriff hineingelegt hat [*sic!*], und wenn man den Begriff Nationalismus mit all den Dogmen belastet, die die bürgerlichen Parteien in denselben hineingelegt haben, dann sind die Begriffe wirklich absolut trennend, aber das ist an sich nicht notwendig und liegt nicht in den Begriffen an sich. Ich brauche nicht den Begriff Sozialismus mit irgendwelchen von der Sozialdemokratischen Partei hineingebrachten Ansichten, sagen wir, zusammenfügen, und ich brauche nicht den Begriff Nationalismus zu identifizieren mit Ansichten der bisherigen bürgerlichen Parteien, sondern es ist möglichst dieser Begriff von all diesen nicht absolut notwendigen oder dem Begriff sogar fremden Beimengungen zu säubern, dann wird sich folgendes ergeben: Der Begriff Sozialismus muß in einer dem gesamten Volk zuträglichen und eigenen, vernünftigen Auslegung nichts anderes besagen als es geht der Nutzen der Gesamtheit dem Nutzen des einzelnen vor, d. h., im gesamten Wirtschaftsleben, im Gesamtleben an sich, wird man aufräumen müssen mit der Vorstellung, daß der Nutzen des einzelnen das Wesentliche, das zunächst Wichtige ist und daß auf dem Nutzen des einzelnen sich der Nutzen der Gesamtheit aufbaut, daß also zunächst der Nutzen des einzelnen den Nutzen der Gesamtheit überhaupt erst ergibt. Man wird mit dieser Auffassung rechnen müssen. Es ist das Umgekehrte richtig. Der

Nutzen der Gesamtheit bestimmt den Nutzen des einzelnen. Der Gewinn des einzelnen wird erst abgewogen vom Gewinn der Gesamtheit. Das Leben der Gesamtheit ist das vordringliche, und das Leben des einzelnen ergibt sich erst dann, wenn das Leben der Gesamtheit garantiert erscheint, und wenn dieser Grundsatz nicht anerkannt wird, dann muß zwangsläufig ein Egoismus eintreten, der die Gemeinschaft zerreißt. Wenn einer sagt, dieses unwirtschaftliche Denken verträgt die heutige Zeit nicht, so muß man ihm antworten, ein Denken ist an sich richtig oder falsch. Ist es richtig, dann wird es von jeder Zeit ertragen, und ist es falsch, dann wird es auch in jeder Zeit falsch sein. Tatsache ist, daß die Wirtschaft an sich nicht in der Lage ist, die Differenzen der Menschen zu überbrücken, in dem Augenblick, in dem die Menschen nur mehr wirtschaftlich denken, d. h., ihren eigenen Vorteil als das Wesentlichste ansehen. Die Wirtschaft wird nur dann bestehen können, wenn die Gesamtheit durch bestimmte Ideale, Gedanken, Erkenntnisse usw., die über das Persönliche, Egoistische hinausragen, zusammengehalten werden. Es ist nicht denkbar, daß eine Nation bestehen kann, nur wenn jeder [*sic!*] wirtschaftlich denkt und primär seinen eigenen Vorteil als das Wesentliche ansieht, und wenn auch der Industrielle diese Auffassung für sich begründen möchte, so darf er nicht vergessen, daß diese Auffassung, Allgemeingut geworden, naturgemäß auch den anderen erfüllt. So wie der eine nur wirtschaftlich denkt, wird sofort des einen Gewinn zum Verlust des anderen. Damit beginnt der einzelne die große gemeinsame Notwendigkeit nicht mehr zu begreifen, damit beginnt ein wirtschaftliches Denken, das in nacktem Egoismus endet. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, was es heute bedeutet, wenn das wirtschaftliche Denken so weit ausartet, daß man einem Direktor einer Privatbank ein Gehalt von 260.000.- ausbezahlt und in derselben Zeit von einem Monatsgehalt von RM 120.- Abzüge fordert. Hier handelt es sich nicht um das wirtschaftlich Mögliche, sondern um die gefühlsmäßige Auswirkung der Empfindung, die die Menschen dabei erfassen muß. Man erhält sofort das Gefühl, das ist nicht das Volksvereinigen [*sic!*], sondern das wirkt zerreißend, das braucht nicht der Fall sein, wenn eben nicht das wirtschaftliche Denken zum Prinzip erhoben wird. Sowie die Wirtschaft sich dieser Mission anmaßt und dabei nicht fanatisch den Grundsatz vertritt, daß der Gesamtnutzen ihr, sagen wir, oberstes Gesetz und Ziel ist, im selben Augenblick muß ein solches Denken zur Zerreißung der Nation beitragen, und wenn Tausende wirtschaftlich denkende Leute sich aufbäumen gegen diese Behauptung, die Tatsachen sprechen dafür. Sie sehen, wohin der geschlossene Volkskörper bei dem Denken gekommen ist. Wenn ich dieses Denken umkehre und nun von vornherein feststelle, an der Spitze steht nicht das Interesse des einzelnen, sondern das Interesse der Gesamtheit, wenn ich dieses Denken, den Egoismus, überführe, dann beginne ich mit einem Augenblick wieder, eine Brücke zu bauen, denn das, was manchem als Fantasie erscheint, das ist die Realität des Lebens. Wir leben in einer realen Zeit, in der alle Werte gemessen werden. Es gibt keine gewaltigeren ideellen Werte als den Idealismus, und wenn man den aus der Welt verbannt, dann ist die Welt des wirklich einzigen großen Wertes, den sie überhaupt besitzt, beraubt worden, und dann wird man erst sehen, wie man ohne den Wert überhaupt nichts gestalten, nichts aufbauen und nichts zu erhalten vermag. Wenn ich den Begriff Sozialismus in diese einzige Grundformel hineinpresse, mit dieser einzigen Doktrin belaste,

dann fallen von vornherein alle die Dogmen ab, die man immer bisher an diesen Begriff gehängt hat, denn dann ist es klar, daß Sozialismus gar nichts zu tun haben kann mit ganz bestimmten wirtschaftlichen Abfassungen [*sic!*], mit einer bestimmten Art der Gesellschaftsform, der Gesellschaftsauffassung, der Staatsauffassung, der Staatslage usw., nein, es gibt nur einen einzigen primären Grundsatz, und der lautet: Richtig ist das, was der Gesamtheit nützt, und das wird am Ende dem einzelnen auch am meisten nützen, richtig ist der Wirtschaftsprozeß, der am meisten der Gesamtheit eines Volkes nützt und dient, und aus diesem Nutzen wird sich zwangsläufig der dem einzelnen zukommende Nutzen ableiten. Es hat dies gar nichts zu tun mit einer mechanischen Konstruktion des Wirtschaftslebens in der Wahl der Mittel. Das gibt erst überlegene Freiheit, überhaupt jeden Weg gehen zu können, der dem letzten Ziele nützt, es gibt aber auch das moralische Recht, jeden zu zwingen, dem Weg zu folgen und auch seine Leistungen der Nation zu widmen. Du mußt schaffen, du mußt tätig sein am Leben und an der Erhaltung deines Volkes, denn dein Schaffen dient nach den Wegen der Vernunft in erster Linie der Erhaltung der Gesamtheit, und aus dem leitet sich der Nutzen für die einzelnen ab. Wenn ich diese Auffassung anerkenne, dann muß ich aber ebenso anerkennen, daß damit der Sozialismus zum wirklich praktischen und idealen Nationalismus geworden ist, denn, was heißt der Begriff Nationalismus denn anderes, es ist auch nichts anderes als die Hingabe des einzelnen zu Gunsten der Gesamtheit. Wenn mir heute ein Sozialdemokrat marxistischer Auffassung entgegentritt und sagt, Nationalismus ist nicht gleich dem Sozialismus, dann muß ich ihm die Frage vorlegen, was ist Nationalismus in der allerletzten Konsequenz. Er ist die Hingabe des eigenen Lebens für sein Volk, gibt es überhaupt einen gewaltigeren Verzicht auf den eigenen Nutzen als den, daß ich mein Leben hingebe für mein Volk, gibt es etwas Gewaltigeres auf der Welt? Wächst nicht das über jeden anderen Verzicht turmhoch hinaus? Ich weiß, es treten mir heute unzählige Menschen unserer sogenannten nationalen Zeit entgegen und sagen, Ihre Definition des Begriffes Nationalismus ist genauso wie die des Begriffes Sozialismus fanatisch und unwirklich und unmöglich. Die Zeit umfängt uns heute noch, in der unser Volk für diese Definition praktisch den Beweis geliefert hat, den Beweis der Wirklichkeit geliefert hat, denn wir haben doch über 2.000.000 Tote gehabt und haben Millionen an Verwundeten gehabt [3]. Das sind die lebendigsten Zeugen dafür, daß es ein solches Ideal gibt, oder glauben Sie vielleicht, die Menschen haben gekämpft für die Erhaltung einer Partei oder Klasse? Machen Sie sich eine Vorstellung von dem, was den Mann bewegt in dem Augenblick, wo er vor dem Feind steht. Es war irgend etwas Unbewußtes, das sie aber letzten Endes zum Helden werden ließ, daß sie ihr ganzes Lebensinteresse, Sein und Dasein, Existenz und überhaupt alles hingegeben haben, in die Waagschale hineinlegten und millionenfach auch verloren haben, und neben den Verlust trat schon wieder der neue Träger desselben Gedankens hin. Es ist das der Beweis für die unendliche Kraft einer solchen Überzeugung und Auffassung. Wenn der Nationalismus in der letzten Konsequenz dort endet, dann ist der unbedingte Berührungspunkt gefunden, dann ist die unbedingte Einheit festgestellt. Wer als Nationalsozialist bereit ist, sich für das Volk einzusetzen, der kann nichts anderes denken als das: Es ist die Erhaltung eines Volkes

3 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

das Wesentliche, die Erhaltung meines eigenen Ich ist unwesentlich, es ist nicht wichtig, daß ich lebe, es ist auch nicht wichtig, in welcher Art ich heute lebe, welche Stellung ich heute einnehme, das ist Aufgeblasenheit, wichtig ist, daß diese Masse aus Fleisch und Blut deutsches Volk genannt wird. Was wir heute sind, das ist nur mit dem Blatt am Baum zu vergleichen, heute grün, morgen welk, die einen werden früher welk, die anderen bleiben länger grün, das spielt alles keine Rolle. Wer heute in Erscheinung tritt, er weiß nicht, was seine Vorfahren gewesen sind, wer eigentlich seine Ahnen waren, und er weiß kaum 4, 5, 6 Generationen zuvor [*sic!*]. Sie sehen vor sich ein armes Weiblein laufen, sie wissen nicht, was dieses Weiblein für einen Sohn hat, sie wissen nicht, was vielleicht der Enkel dieses Weibleins sein wird, sie wissen nicht, wie den die Nation abwägen wird, welchen Nutzen er für die Nation bringt, das ist belanglos, wichtig ist, daß er seine Verpflichtung dem gesamten Volkskörper [*gegenüber*] hält, wichtig ist, daß die Masse des deutschen Volkes, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes lebt. Das ist die wesentlichste Aufgabe, und man soll den einzelnen Menschen überhaupt nur wägen an seinem Vermögen, sich selbst dieser Gesamtheit gegenüber aufzuopfern und sich dieser Gesamtheit gegenüber selbst zu beschränken, um dieser Gesamtheit zu dienen. Glauben Sie mir, vom Standpunkt der Erhaltung einer Rasse ist ein Fuhrknecht, der bereit ist, sich für sein Volk zusammenschießen zu lassen, mehr wert als ein reicher Faulpelz, der dazu nicht gewillt ist. Es spielt keine Rolle, was der einzelne im Augenblick vorstellt, das ist auch nicht Verdienst, hier streut das Schicksal seine Gaben aus, und die Nation hat die Verpflichtung, dafür einzutreten, daß dieses Volk sich nicht in Klassen und Kasten voneinander abschließt, daß nicht unüberwindbare Scheidewände gezogen werden, daß eine ununterbrochene Entwicklung stattfindet und daß die Gesamtheit des Volkes durch und durch gesund bleibt, gesund an Seele und Leib. Wenn ich diese Auffassung in den Vordergrund rücke, und wenn ich diese Auffassung mit der ganzen Glut des notwendigen Ideals vertrete, dann finde ich nicht nur zunächst eine dritte Plattform, von der aus heute der politische Kampf gesehen und gekämpft werden kann, sondern ich schaffe zunächst zugleich auch die Brücke zum Verstehen und zum Zusammenfinden des deutschen Menschen. Glauben Sie mir, wir haben in Deutschland Fähigkeiten heute so wie früher, wir haben Talente heute so wie früher, wir haben auch den Fleiß wie früher, wir haben Erfinder, Wirtschaftler und führende Männer wie früher, aber wir haben nicht den deutschen Menschen wie früher in der Gesamtheit, der sich nur als Deutscher kennt, der nichts anderes zu sein vermag, weil ihm nichts anderes bewußt ist, sondern hier beginnt auf einmal die Zerreißung, und das Wesentliche ist nun, daß wir zu all dem anderen wieder diesen deutschen Menschen bekommen; nicht Klassen, nicht Konfessionen, nicht Weltanschauungen aufzustellen [*sic!*], sondern daß wir im großen Schicksalskampf der Nation wieder nur den Deutschen vor uns sehen. Wir müssen es fertig bringen, ein Ideal mit der ganzen Glut unseres Herzens zu vertreten, die es möglich macht, daß Unternehmer neben Arbeitnehmer, Städter neben Bauern, geistige neben Handarbeitern stehen, daß im politischen Lebenskampf der Nation die Spaltung ein Ende nimmt und der Deutsche an sich wieder vor uns in Erscheinung tritt, nicht als Partei, als Beruf und nicht als Stand, sondern als bewußter, vollständig gleich geachteter Träger unseres Blutes, als Träger unserer Volksgemeinschaft. Wenn

wir diese Brücke finden, dann wird das deutsche Volk auf dieser Brücke langsam wieder zusammenkommen, und dann wird sich das Wunder, daß in einem scheinbar dem Zerfall geweihten Volk die Kraft ist und die Energie, sich einen Ausweg zu suchen und ihn auch wieder gefunden zu haben, auf dem wieder ein neuer Volkskörper sich aufzubauen vermag, vollziehen. Alles hat der Erhaltung des Volkes zu dienen, der Entwicklung dieser Wesen und Forterhaltung dieser, und hat dem Weg dieser Wesen, den wir vielleicht heute noch gar nicht kennen, zu dienen, von dem wir aber eines wissen, jedes Wesen strebt nach Expansion und jedes Volk strebt nach Weltherrschaft. Aber nur wer dieses letzte Ziel im Auge behält, gerät auf den richtigen Weg. Und das Volk, das dieses Ziel sich zu stellen zu feige ist, den Mut nicht mehr besitzt oder die Kraft nicht mehr hat, den Weg zu finden, dieses Volk betritt dann den zweiten Weg, und zwar den des Verzichtens, der Selbstaufgabe, der endlich bei der Vernichtung und in der Vernichtung seinen Abschluß findet. Es gibt nur zwei Wege auf der Welt, der eine Weg führt ununterbrochen nach vorwärts und ist nur begehbar, wenn solche bestimmten Erkenntnisse ein Volk leiten, und der zweite Weg führt nach abwärts, der sich statt dessen mit falschen Grundsätzen zufrieden gibt. Wir müssen nun erkennen, daß eine solche Umstellung eines Volkes nicht möglich ist in der Gesamtheit. Der politische Gegner, der mir entgegentritt, sie hätten die Verpflichtung in die Parteien hineingetragen, er vergißt ganz, daß jede Bewegung den Geist nicht nur hat, der ihr in die Wiege gelegt wurde. Jede Bewegung wird gesammelt und wird gebildet aufgrund eines sogenannten Programmes. Dieses geschriebene Programm ist weit weniger wesentlich als das ungeschriebene, ich möchte fast sagen, dieser geistigen ungeschriebenen Tradition, die aus der ursprünglichen Gründungsabsicht abgeleitet wurde und die sich weiter vererbt, sowie über ein Volk ein bestimmter Ruf hinweggeht, werden die Menschen alle gehorchen und dem Ruf Folge leisten, die für den Ruf geeignet sind [*sic!*]. Wenn jemand den Ruf der Freiheit ausstößt, dann werden alle Wankelmütigen und Schwachen kommen [*sic!*], wenn jemand den Ruf der Wirtschaft ausstößt, werden alle Menschen kommen, die nur wirtschaftlich sich das Leben vorstellen können, wenn jemand, meinetwegen, heroische Gedanken verkündet, dann kommen alle heroischen Menschen, wenn aber nun einmal ein Gebilde aufgrund eines bestimmten Rufes sich geformt hat, dann sind die großen Massen der Mitglieder dieses Gebildes auch gar nicht mehr fähig, ohne weiteres diesem Gedankengang, der der Gründung zugrunde lag, zu entsagen, er ist ihnen aus der Seele geschrieben, nur ein Teil wird sich zu entfernen vermögen. Das Schwergewicht zieht jede Bewegung immer wieder dorthin, wo die ursprüngliche Gründung liegt. Jedes große historische Werk beginnt so: Erst tritt eine ganz kleine Zahl in Erscheinung, und die sammelt die Menschen, die gewillt und bereit sind, auf den neuen Gedanken zu hören, und es spielt sich dabei nun folgender Prozeß ab: Wenn eine Bewegung Gedankengänge wirtschaftlicher Natur verkündet, dann wird sie Menschen bekommen, die in erster Linie wirtschaftlich denken und wenig bereit sind, aggressiv ihren politischen Willen zu verfechten. Sie sehen das am klarsten an den sogenannten Wirtschaftsparteien. Wenn eine Partei des Eigennutzes verkündet wird, dann würden sich alle die Menschen sammeln, die dem Eigennutz dienen, es wird auch das keine Masse geben, die bereit ist zum letzten Einsatz, weil der natürliche Egoismus den Einsatz verhindert. Wenn aber eine

Bewegung grundsätzlich heroische Gesichtspunkte verkündet, wenn sie den Idealismus auf ihr Panier schreibt, wenn sie Gedanken vertritt, die dem einzelnen keinen wirtschaftlichen Vorteil bringen, die im Gegenteil verlangen, daß der einzelne sich einsetzt für irgendein Ideal, das ihm vielleicht seine Stellung, seine wirtschaftliche Existenz und sein Leben kostet, dann werden auf ein solches Ideal auch nur Menschen kommen, die bereit sind, sich dafür einzusetzen, und es kommt eine Sammlung von Männern zusammen, die ziffernmäßig die Minorität darstellt, d. h., es sind dies die wirklichen Träger der Kraft, des Entschlusses, der Kühnheit, die werden gesammelt, die strömen einer Partei zu, es sind dies Menschen, die alle gleich sind, und wenn diese Sammlung bei einem Volk vollzogen ist, dann hat man vor sich die Tatsache, daß sich ein Volkskörper an einer Stelle gesammelt hat und damit die politische Entwicklung und die Zukunft eines Volkes. Denn nicht die Mehrheit der Zahl wird am Ende regieren, denn am Ende regiert stets die Kraft, stets die Güte, und nicht das Volumen, nicht die Masse an sich, und das ist die historische Aufgabe einer Jugendbewegung, daß sie versucht, in einem Volk, das an Unidealem zerfällt, eine Keimzelle zu schaffen, die den Idealismus wieder an die Fahne schreibt [*sic!*], daß sie sich bemüht, unter dieser Fahne gleichgesinnte Menschen zu sammeln und den Wert einer Nation an einer Stelle konzentriert, aber sie muß dieser Konzentration von Menschen diejenigen Gesetze geben, die sie als richtig für das Gesamte später erachtet, sie muß in unserem Fall dieser jungen Organisation klar machen, daß auf der Welt für alle Wesen der eigene Grundwert entscheidend ist, daß die Menschen wohl zunächst gezählt werden können, aber daß sie nicht gewogen werden können und dann dasselbe ergeben, daß aber das innere Gewicht entscheidend bleibt und daß die Zukunft eines Volkes in erster Linie davon abhängt, welchen inneren Wert es hat, und daß dieser innere Wert aber nur dann zu Geltung kommt, wenn ein Volk sich dieses inneren Wertes klar geworden ist und ihn auch bewußt pflegt, wenn es den inneren Wert nicht selbst verdirbt, und die junge Organisation, die muß hier in dem Sinne erzogen werden, sie muß diese Gedanken in dieser fanatischen Form in sich aufnehmen, sie muß sich abkehren von all dem, was dem eigenen Wert schadet, sie muß erkennen, daß die Zurückführung der Kraft die Zurückführung zum eigenen Grundwert ist, daß sich das Volk aber in dem Augenblick schadet und schwächt, in dem es sich von dem Grundwert entfernt. Es muß diese junge Organisation wieder den Mut erhalten, dem unsicher gewordenen Gesamten den neuen Weg vorzuzeichnen, es muß diese junge Organisation wieder den Mut erhalten, dem Irrweg im ganzen kulturellen Leben wieder den klaren nationalen Weg gegenüber zu halten, diesem Abgleiten in den Internationalismus auf allen Gebieten einen Einhalt entgegenzustemmen. Die junge Organisation muß nationalistisch sein, und zwar im höchsten Sinne des Wortes, und die junge Organisation muß erkennen, daß ein Volk sich nicht nur dann durchsetzt, wenn es den höchsten Grundwert besitzt, sondern wenn auch seine Organisation nach dem Gesetz der Vernunft verläuft, wenn ein Volk einsieht, daß nichts geschaffen wird auf dieser Erde [*sic!*] und daß es ein Irrsinn ist, ein ganzes Leben aufzubauen auf dem Standpunkt der Autorität des persönlichen Wertes. Das ist ein Unsinn, ein ganzes Leben von diesem Standpunkt zu durchtränken [*sic!*] und die Gesamtheit der Nation wirtschaftlich und politisch in die Hand der Majorität zu legen, alles, was an sich ist, ist das Ergebnis der

schöpferischen Kraft, der eigenen Persönlichkeit, alles, was an sich ist, ist das Ergebnis der Wirtschaftlichkeit. Es muß die junge Organisation sich von diesem Standpunkt der Dogmatik überwinden und sich in sich selbst zurechtfinden und diesen Standpunkt der Dogmatik auch auf dem politischen Gebiete der Persönlichkeit gegenüberzustellen. Sie muß weiter erkennen, daß ein Volk dann wieder Aussichten auf Bestehen in der Welt erhält, wenn es sich vom kleinsten an mit der Erkenntnis wappnet, daß auf der Welt nichts geschenkt wird, daß vor allem keine Hilfe von außen kommen kann. Man muß immer von dem Grundsatz ausgehen "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott", hilf Dir als Volk erst selbst und dann rechne mit anderer Hilfe, d. h., überwinde diesen Irrsinn, daß es auf der Welt überhaupt ein Leben geben könnte außer durch den Kampf, auch wenn dieser Kampf nicht von Generation zu Generation vollzogen wird. Wenn aber eine junge Bewegung an sich diese Gedankengänge verkörpert, wenn sie sich aufbaut auf den fantastischen [*sic!*] Nationalismus und auf unbedingte Ablehnung der [... [4]] Gedankengänge, dann muß eine solche Bewegung nicht nur im Staate selbst zwangsläufig die Macht über diesen bekommen, sondern dann wird sie später, wenn die Nation mit ihren Gedanken durchdrungen ist, auch die Nation zwangsläufig wieder emporführen, denn genau so wie der Untergang von Völkern nicht verlorenen Kriegen zuzuschreiben ist, liegt das Emporsteigen von Völkern nicht in einzelnen gewonnenen Schlachten, sondern in einer richtigen Organisation, im richtigen Geist, den der ganze Körper hat, d. h., die Zukunft eines Volkes liegt im Gesamtdurchschnitt der allgemeinen Gesundheit eines Volkes. Das praktische Leben wird in dem Augenblick vernünftig und logisch und natürlich sein, in dem das ganze Volk vernünftig, logisch und natürlich denkt, geführt und geleitet wird. Sagen Sie nicht, haben Sie denn die Kräfte für das praktische Leben? Wir nicht, aber das deutsche Volk. Allein der unbesiegbare Lebensbronn unseres Volkes wird auch in der Zukunft diese Kräfte unserem Volk schenken, unsere Aufgabe ist, daß diese Kräfte das Wirkungsfeld erhalten.

Das deutsche Volk ist heute noch gesegnet mit zahllosen einzelnen Persönlichkeiten, mit persönlichen Werten, es ist überall zu sehen, wie diese persönlichen Werte bewußt in den Hintergrund gedrängt werden und wie der Unwert kultiviert wird und in Erscheinung tritt. Wir sehen, wie auf allen Wegen der deutsche Mensch vernichtet wird. Aber wir können der deutschen Kunst wieder die zuträgliche und notwendige Atmosphäre schaffen, wir können wieder die Zeiten erhalten, in denen überhaupt der Künstler schaffen konnte. Die Musik, soweit sie überhaupt etwas bedeutet, haben Deutsche gemacht, das deutsche Volk besitzt auch heute noch die Dirigenten für seine Musik, nur leben wir in einer Zeit, die hier den Deutschen nicht.hochkommen lassen will. Das ist die große Aufgabe einer solchen Bewegung, daß sie auf allen Gebieten wieder dem eigenen Geist des Volkes freie Bahn schafft. Wir zweifeln nicht daran, daß unser Volk auch in der Zukunft in unseren Leistungen vor der anderen Welt bestehen wird, im Gegenteil, es ist nach unserer Überzeugung nur die einzige Aufgabe zu lösen, daß diese Leistung ein Volk erhält, das dieselbe versteht, dieser Leistung würdig ist und sie auch gern entgegennimmt. Solange die Vergiftung unseres Volkes planmäßig vorgenommen wird, so-

4 In der Vorlage fehlt ein Wort.

lange wird für die deutsche Leistung nicht mehr der Mensch vorhanden sein, der sie wirklich verdient und auch aufnimmt und damit besitzt.

Von Ihnen weiß niemand, ob wir nicht einen Musiker besitzen, ob wir nicht Staatsmänner, ob wir nicht den Feldherrn haben, niemand kann sagen, sie sind nicht da, sie sollen bloß nicht da sein, man verrammelt ihnen mit Absicht, mit Erkenntnis der Gefahr ihres Wirkens das Feld ihrer Wirksamkeit. Sie sollen nicht in Erscheinung treten, und wo sie in Erscheinung treten, da stoßen sie nicht auf das Unverständnis des Volkes, sondern auf die entgegengeleitete öffentliche Meinung durch die Presse. So hat vor 11 Jahren die nationalsozialistische Bewegung diesen Kampf begonnen. Ein ganz kleiner Kreis, kaum ein D[*u*]tz[*end*] Menschen, sieben Mann machten den Anfang [5] und wurden damals reichlich verlacht, als Dummköpfe gescholten, und sind dann langsam, sehr langsam gewachsen. Was in dieser und späteren Zeit zu dieser Bewegung gekommen ist, war deutsches Volksgut im besten Sinne des Wortes, denn, was immer man diesen jungen Menschen vorwerfen konnte, eines mußte der größte Gegner zugeben: Das sind wirkliche Idealisten. Was haben denn diese Menschen eigentlich zu gewinnen, was war ihr Los? Wir haben auch die große Schule, die praktische Schule wieder geschaffen, zum Verständnis unseres Volkes untereinander. Glauben Sie nicht, daß wir dieses Einheitskleid einer Marotte, einer Spielerei wegen schufen, nein, es war eine einzige, notwendige Erkenntnis. Wir müssen es soweit bringen, daß Deutsche ohne Ansehung ihrer Lebensstellung Arm in Arm miteinander gehen können, denn jetzt ist es überall leider so, daß manchmal die Bügelfalte und der blaue Monteurskittel ein Trennungsmittel bildet. Wir bauen eine Armee von jungen politischen Kämpfern, und diese Armee trägt ein Kleid, und so soll damit bekundet werden, was wir sonst sind, das ist genauso einerlei, wie es seinerzeit einerlei war, nämlich im August 1914. Damals redete man von einem Frontgeist. Der Frontgeist kann nicht angestrebt werden, er muß immer wieder seine Erneuerung finden im lebendigen Kampf. Wir haben eine Front uns gegenüber, die Front dieses ganzen heutigen Zeitgeistes, dieses Zeitwesens und der Repräsentanten dieser Zeit, und haben uns im Kampf gegen diese Front zusammengefügt zu einer Einheit. Unser Gegner weiß genau, warum ihm gerade diese Kleidung so entsetzlich in das Auge sticht, natürlich was des anderen Leben ist, das wird damit bedroht, denn [*sic!*] die Klassenspaltung und die Berufsspaltung, aus dem die zerfallene politische Welt ihre Kräfte schöpft. Indem wir diese neue Gemeinsamkeit herstellen, entziehen wir dieser Welt den Nährboden. Man kann nicht bestreiten, daß in einer solchen Abteilung alle Lebensstände unserer Nation vereinigt sind und daß es gar keinen Unterschied gibt, und dieses lebendige Zusammenziehen ist das Allerwichtigste, denn die Welt ist mit Vorurteil geladen. Es ist entsetzlich, wenn Sie durch die Straßen gehen, wenn Sie mit offenen Augen das Leben in öffentlichen Lokalen, Straßenbahnen, Trambahnen usw. betrachten, wir sind mit Vorurteilen in ungeheurer Weise geladen. Der kleinste Titel kann schon über den noch kleineren Titel erheben. Wenn wir das nicht einreißen, dann richten wir Klassenbegriffe auf, dann ergibt sich dieser Klassen-Wahnsinn, dieser Klassenbegriff, der unser Volk dem Ruin entgegenführen muß. Sie verstehen vielleicht auch nicht die Gefahr, in der sich unser Volk befindet, sie verstehen daher auch nicht, daß

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

man den Zustand von heute nicht 100 Jahre ungestraft ertragen kann, sie verstehen nicht unseren Willen, diesen Gefahren Herr zu werden, sie sehen auch nicht die Opfer, die gebracht werden müssen. Sie sehen herunter und sagen, schon wieder eine Prügelei, schon wieder schlugen sie sich, ja, warum müssen sie aber auch öffentlich bekanntgeben, daß sie deutsch sind und deutsch sein wollen. Du, der du schon empört bist, weil du nur von deinem Nachtkästchen bis zum Fenster getrieben worden bist, du hast keine Vorstellung, was diese Menschen Tag für Tag zu leisten haben. Du glaubst an eine deutsche Zukunft. Ich hätte keinen Glauben mehr an eine Zukunft, wenn ich nicht diesen Beweis des deutschen Idealismuses vor mir hätte. Denn ermessen Sie sehr wohl, was hat so mancher dieser jungen Menschen in Wirklichkeit zu leiden. Sie wissen nicht, was es heißt, zum ersten Mal als erster in einem Schacht dieses Abzeichen zu tragen, zum ersten Mal sich in einem Gießwerk als Nationalist [*sic!*] zu bekennen, Sie haben keine Vorstellung, in einem so roten Stadtviertel wie Dortmund oder Essen mit diesem Hemd heimzugehen, Sie wissen das gar nicht, was diese Menschen für Opfer bringen müssen, und Sie wissen auch gar nicht, wie leicht sie diesen Opfern entgehen könnten. Sie bräuchten nur das Abzeichen abzulegen, dann wäre alles wieder in Ordnung, dann wären sie wieder Staatsbürger, in Wirklichkeit die Parteimenschen, die man will und heute braucht, und daß das Hunderttausende nicht tun, das ist der Beweis für die unversiegbare Lebenskraft der deutschen Nation. Es sammelt sich wieder der deutsche Idealismus, und er ergreift auch die deutsche Hochschule. Gewiß, es wird mir mancher Professor entgegentreten und sagen, wichtig ist zunächst, daß die jungen Leute lernen, daß sie tüchtige Ingenieure, Ärzte, tüchtige Professoren werden, das alles ist ja auch wichtig, aber das Wichtigste ist doch, daß sie zunächst sich von vornherein wieder in einem deutschen Begriff sich einfügen und daß sie mithelfen, einen solchen Begriff zu schaffen, denn sonst wird ihr Lernen vergebens sein. Sie werden Gelehrte haben, Sie werden Techniker haben, alles werden wir haben, aber kein deutsches Volk mehr, und dann wird die ganze Tätigkeit doch vergeblich und zwecklos sein. Wichtig ist es, praktisch zu lernen, aber genauso wichtig ist es, am Freiheitskampf seines Volkes teilzunehmen, nicht nur an der Front, sondern auch an der Vorbereitung, denn ohne die Freiheit der Zukunft ist die ganze Tätigkeit doch am Ende vergeblich, denn das wage ich zu sagen, wenn die ganze Tätigkeit des Volkes darin bestehen soll, für Tribute zu schuften, und wenn man uns für diese Leistung nur das Dasein von Sklaven gewährt, dann sehe ich die Notwendigkeit für das Leben des deutschen Volkes gar nicht ein, und damit versündigen wir uns nicht nur an der Zukunft, sondern auch an der Vergangenheit, denn dann muß ich sagen, weshalb hat denn unser Volk in der Geschichte diese gigantischen Opfer gebracht, hätten wir doch immer so gedacht, vielleicht würden wir dann irgendwo wieder eine Spur unseres Blutes auffinden können, warum aber dann diese Opfer, warum dieses Verbluten unseres Volkes für seine Erhaltung. Das Volk hat nicht nur an sich selbst zu denken, sondern auch die Opfer der Vergangenheit zu messen. Ich glaube, daß nichts mehr für den Sieg der nationalistischen [*sic!*] Bewegung spricht als die Tatsache, daß immer mehr und mehr die deutsche Jugend, und zwar die Jugend unserer deutschen Intelligenz, sich zu dieser Auffassung bekennt. Es gibt keine Freiheitsbewegung eines Volkes, wenn von ihr nicht auch die Hochschulen ergriffen werden, es gibt keinen Wieder-

aufstieg der Nation, wenn nicht die zunächst den Anfang machen, die noch nicht durch ein Leben der Vorurteile gegangen sind. Ich verstehe es wohl, daß mancher alte Herr heute einfach den Weg nicht mehr gehen kann, ein ganzes Menschenalter lastet auf ihm, vielleicht eine empfundene Verantwortung für das bisher Geschaffene. Aber dann ist die Jugend verpflichtet, daß sie, die noch nicht mit dem belastet ist, wieder gutmacht, denn wenn auch die deutsche Jugend den Weg nicht findet, wenn auch sie die innigste Verschmelzung nicht mehr fertig bringt, dann muß man wirklich an der deutschen Zukunft verzweifeln. Vor der Freiheit steht der volle Mensch, der Faust und Gehirn in den Dienst dieses Ringens und Kämpfens stellt, und wenn Sie daher um das letzte Ziel dieser Bewegung fragen, so muß ich wieder fast zum Ausgangspunkt zurückkehren, wir möchten und wollen, daß das deutsche Volk im Innern wieder eine neue Plattform findet und eines Tages die Kraft vom inneren Verbrauch wieder wegzieht und nach außen ansetzt, und ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß in dem Augenblick, in dem das deutsche Volk auf einer neuen Weltanschauung und politischen Plattform seine gesamte Kraft wieder nach außen kehrt, das Joch der Knechtschaft zerbrochen wird, daß man nicht mehr von Versailles reden wird, sondern daß die Stunde kommt, in der unser Volk wieder frei ist und in der unser Volk wieder hineingeht in seine fernere Zukunft, sich selbst seine Zukunft schmiedet und sein Schicksal gestaltet, daß wieder die Zeit kommt, in der das Deutsche Reich eins ist. Wenn unser Volk wieder reif sein wird zur Erfüllung dieser Mission, dann sind wir überzeugt, daß unser Volk und unser Volksleben wieder das wird, was es einst war: ein mächtiges, blühendes Deutsches Reich.

16. November 1930 — Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bielefeld [1]

Westfälischer Beobachter vom 22.11.1930, "Adolf Hitler in Bielefeld" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn die Geschichte von vergangenen Völkern, zusammengebrochenen Staaten und vernichteten Kulturen erzählt, dann sieht der Mensch nur das ganz große Geschehen vor sich. Er empfindet die gewaltige Tragik vielleicht der Tatsache, daß große Nationen nach Jahrtausenden auf einmal nicht mehr auffindbar sind, daß über Kulturgebiete sich

1 In der Ausstellungshalle, von etwa 20.15 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht der Westfälischen Zeitung etwa 12.000 Personen teilnahmen, von denen ein Teil die Rede außerhalb der Halle über Lautsprecher verfolgte, wurde von Gauleiter Josef Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Westfälische Zeitung vom 17.11.1930, "Adolf Hitler in Bielefeld"; Westfälische Neue Nachrichten vom 17.11.1930, "Hitler in Bielefeld"; Neue Westfälische Volkszeitung vom 18.11.1930, "Hitler sprach in Bielefeld"; Lippische Tageszeitung vom 18.11.1930, "Hitler sprach in Bielefeld"; Volkswacht vom 18.11.1930, "Tatü-Tata! - und keine Not!".

der Wüstensand später wieder erstreckt. Man empfindet die Geschlossenheit eines solchen historischen Ereignisses, aber nur die wenigsten Menschen werden sich darüber klar, daß die Größe eines solchen geschichtlichen Vorganges sich im einzelnen abwikkelt in millionenfachen persönlichen Katastrophen, daß, wenn ein Staat zerbricht, wenn eine Kultur vernichtet wird, dieser Prozeß nicht etwa nur eine *Gesamtheit* berührt, der einzelne aber nicht betroffen ist, sondern daß dieser Vorgang in Wirklichkeit sich in der entsetzlichsten Weise äußert am Schicksalsende des einzelnen. Vielleicht ist das ja auch die einzigste Ursache, weshalb überhaupt der einzelne Mensch Kenntnis nimmt vom Schicksal der Gesamtheit, in Zeiten, in denen das Gefühl für diese Gesamtheit sehr gesunken und im einzelnen sehr bedeutungslos geworden ist. Völker, die ihre politische Ehre preisgeben, Völker, die charakterlos werden, Nationen, die feige werden, Staaten, die sich selbst preisgeben, sie werden im Augenblick den einzelnen die Größe des Vergehens, der Schuld, vielleicht gar nicht zum Bewußtsein kommen lassen. Erst wenn als Folgeerscheinung die bittere Not kommt, wenn das Elend einherzieht, wenn die Katastrophe sich nicht als eine Katastrophe der Form bemerkbar macht, sondern als eine Katastrophe des Inhalts und die Menschheit zu leiden beginnt, wenn endlich Hunderttausende nichts mehr zum Leben haben, und wenn dieses Schicksal immer mehr und mehr Millionen Menschen ergreift und sie endlich vergehen läßt, dann erst, dann pflegen die Millionen sich einmal darüber Gedanken zu machen, was nun eigentlich versäumt wurde, was hätte geschehen müssen, was noch geschehen kann, was noch geschehen soll. Und es ist dann manchmal trostreich zu wissen, daß selbst in zwölfter Stunde oft noch eine Änderung des Schicksals möglich wird.

Nur die Völker, die schon so sehr verkommen sind, daß sie auch die zwölfte Stunde versäumen und überhaupt nicht hören und sehen wollen, nur solche Völker sind in Wirklichkeit endgültig für den Untergang gestempelt und geweiht.

Und das sollte die Menschheit wissen: Jedes Volk, das zugrunde ging in der Geschichte, hat zuletzt im Leben, genau wie unser Volk, die Überzeugung gehabt, uns kann nichts geschehen, wir können nicht zugrunde gehen. Glauben Sie, der Prophet, der in den Mauern Babylons oder Ninives oder der in den Mauern Roms den Untergang verkündete, wurde so verlacht wie wir heute. Wir sehen heute das Trügerische dieser Zuversicht und erkennen, daß Völker auch heute immer und immer wieder gewogen werden und, wenn sie sich als zu leicht erweisen, wieder vergehen, um anderen Völkern auf dieser Erde Platz zu machen.

Diejenigen Völker sind die kräftigsten, die sich mehr auf ihre Selbstbehauptung werfen und die sich mehr einsetzen für diese Selbstbehauptung.

Auch heute ist dieser Lebensvorgang wieder in vollem Gange, und wir Deutschen, wir müssen gerade heute sehen, daß wir selbst möglicherweise ein Opfer dieses ununterbrochen stattfindenden Prozesses der Erneuerung und des Vergehens werden können, wenn wir den Weg weiter beschreiten, den wir nun seit Jahrzehnten eingeschlagen haben. Auch für uns ist vielleicht die einzige Möglichkeit, der breiten Masse diesen Weg klarzumachen, der Hinweis auf die wirtschaftlichen Folgen dieses Weges. Solange wir nur von politischer Ehre sprechen, versteht das Volk uns nicht. Erst wenn die Not die Menschheit in ihre Arme nimmt, dann ist sie auch empfänglich für das Hören der

Wahrheit. Und wir sehen heute nun in Deutschland, daß es jetzt gar nicht mehr notwendig ist zu prophezeien, daß die Not kommen wird, wenn unser Volk den Weg weitergeht, denn die Gegenwart muß und wird unser Volk darüber belehren. Wohin wir jetzt in Deutschland blicken, sehen wir Katastrophen über Katastrophen. Das Elend weitet sich immer weiter, Millionen von Menschen sehen überhaupt keine Lebensmöglichkeit vor sich, Millionen anderer leben ungewiß in den morgigen Tag hinein, wieder andere befürchten, daß der allgemeine Zusammenbruch sie mit hinein reißt. Es ist eine verbitterte Stimmung in unser deutsches Volk gekommen. Und nun erleben wir es, daß man wenigstens uns überhaupt anhört, daß jetzt überhaupt Menschen zu uns kommen, die uns vielleicht früher glatt abgelehnt hätten und sagten: Ich will gar nicht hören, was du sagst; schweige, ich bin gar nicht verlegen darum. Sie kommen jetzt wenigstens, um zu hören und zu prüfen. Ich bin als Nationalsozialist glücklich und zufrieden, wenn sie kommen und wenn sie hören und wenn sie dann objektiv prüfen. Ich will nichts anderes, als daß sie sich jetzt 2 Stunden loslösen von ihren Vorurteilen und von ihrem Stand, daß sie zwei Stunden lang *nur als Deutsche denken* (anhaltender stürmischer Beifall), sich von allem entfernen, was erst die Zeit gebracht hat, alles abstreifen, was erst in der Zeit von [*sic!*] ihnen geworden ist, und daß sie wieder zurückkehren zu dem, was sie gewesen sind, *zurückkehren zu ihrem Volkstum* und von dort aus objektiv und ehrlich und gerecht, um sich nicht selbst zu betrügen, eine Prüfung vornehmen über das, was die nationalsozialistische Weltanschauung lehrt, was ihre Ziele sind, aus welchem Gedankengang sie gekommen ist und wie sie sich die Verwirklichung dieser Gedankengänge vorstellt.

Nicht Tagesfragen entscheiden das Schicksal.

Ich weiß, es würde nun nach dem Wunsche und nach dem Willen unserer Gegner sein, wenn auch wir Nationalsozialisten und insonderheit meine Wenigkeit sich befassen würden mit dem, was heute das Um und Auf des politischen Kampfes ausmacht, mit den sogenannten

Tagesfragen.

Ich weiß auch, daß morgen die Presse schreiben wird, er hat sich mit den Tagesfragen nicht beschäftigt.

Die Beschäftigung mit den Tagesfragen gleicht dem Spiel mit Paragraphen des Rechtes. Dieses Spiel kann so verwickelt werden, daß der einzelne Mensch gar nicht mehr zu folgen vermag. *Wir glauben, daß nicht die Tagesfragen das Schicksal der Nation entscheiden, sondern daß die Tagesfragen selbst schon wieder Ausfluß des Schicksals der Nation sind.*

Wir glauben, daß ein Mensch tausendmal ins einzelne genommen seine tagtäglichen Bedürfnisse erfüllen und befriedigen kann, daß er den sogenannten Tagesfragen genügen kann, daß er aber dennoch nicht seinen Zusammenbruch verhindern kann, wenn dieser Mensch an sich krank ist, wenn er Gedanken verdrängt, wenn er leidet und sich Lastern hingibt, die ihn vernichten müssen. Die Frage bleibt immer, wer tritt an die Tagesfragen heran. Das Leben unterbreitet den Menschen ununterbrochen zahllose Fragen zur Bejahung und Beantwortung. Wichtiger als die Beantwortung der zahllosen Fragen, ist die

Herstellung einer absoluten Gesundheit deiner selbst, die Herstellung eines allgemein natürlichen und vernünftigen Denkens.

Wenn du das hast, dann wirst du auch des Lebens Herr werden können, dann wird dir, o kleiner Mensch, laufend jede Frage so zergliedert, daß du die richtige Antwort darauf findest. Man kann dem jungen Menschen für das Leben nur eins mitgeben: richtige Lebensgrundsätze, richtige Lebensauffassungen im allgemeinen. Hat er die, dann wird er sich durchringen, und das gilt auch für ein Volk. Wenn ein Volk im großen und ganzen gesund ist, kräftig ist, natürlich denkt, vernünftig denkt, sich nicht selbst Lastern hingibt, nicht selbst auf fremde Hilfe baut, die nie kommen wird, dann wird ein solches Volk immer wieder aus dieser gesunden, natürlichen Grundveranlagung heraus die richtige Stellungnahme zu den Fragen des Tages finden, dann wird dieses Volk vielleicht einmal oder das anderemal nicht das Allerklügste tun, es wird vielleicht nicht die letzte Lösung treffen, aber es wird in der Grundlinie natürlich handeln und Lohn dafür empfangen.

Die nationalsozialistische Aufgabe.

Wir treten vor das Volk und weisen nach, daß es an einer Reihe von Krankheiten leidet, an einem Verdrehen des natürlichen Sinns, an einer Verbildung des natürlichen Denkens, und daß, wenn diese Verbildung und Verdrehung unseres Sinnes und Denkens bleibt, daß wir dann grundsätzlich zu allen Fragestellungen falsche Antworten finden werden, daß wir niemals die rechte Kraft bekommen werden und
umgekehrt, wenn unser Volk von diesen Fehlern wieder befreit wird, sich selbst findet und zum Leben eine Stellung einnimmt, die seinem Wesen entspricht, daß dann das deutsche Volk auch wieder die Kraft bekommen wird, im einzelnen die zahllosen Fragen des Tages zu lösen. Das Leben wird ihm nicht gegeben von Theorien und von phantastischen Auffassungen, sondern das Leben wird am Ende gegeben von und durch die Kraft, die ein Volk zur Lebensbehauptung besitzt. An die Spitze von alledem möchte ich die Erkenntnis setzen, *daß kein Volk auf der Welt das Leben geschenkt bekommt und daß das Leben auch nicht allein das Ergebnis von Fleiß und Arbeit allein ist, sondern daß zu alledem auch noch etwas anderes gehört. Fleiß und Arbeitsamkeit und Tüchtigkeit eines Volkes können auf die Dauer nicht verhindern, daß trotzdem die Not kommt, das Elend kommt, trotzdem die Früchte des Kampfes dem einzelnen nicht mehr zuteil werden. Eine politisch falsche Maßnahme und ein grundsätzlich falscher politischer Entschluß kann* [*sic!*] *ein Volk um die Arbeit von Jahrzehnten bringen. Der Fleiß von Generationen kann durch einen einzigen politischen Wahnsinn vernichtet werden. Die Tüchtigkeit von Millionen Menschen kann durch die Untüchtigkeit der politischen Leitung mit einem Schlage vernichtet werden.*

Sie sehen das fürchterliche Beispiel in Deutschland vor sich. Unser Volk, ist es etwa schlechter als früher, ist es dümmer als früher in seiner Erfindungsgabe, ist es fauler geworden? Nein! Es ist noch das gleiche Volk wie früher. Ich bin überzeugt, kein Volk auf der Welt hat mehr Arbeitsgeist und Arbeitssinn als das deutsche Volk, kein Volk ist tüchtiger als das deutsche, und trotzdem sehen Sie Not und Elend und Zusammenbruch. Und weshalb? Sie geben die Schuld Parteigebilden, sie geben die Schuld Gesellschaftsschichten und müßten doch sehen, daß die andere Welt genau dasselbe hat und zum Teil dieser Not auch erliegt.

Am Ende kann also nicht Fleiß und Tüchtigkeit dem Volk allein das Leben geben, wenn eben nicht politische Klugheit eines Volkes den Schutz der Arbeit, den Schutz des Geistes mit übernimmt.

Der Kampf um den Lebensraum.

Die Welt ist nun einmal begrenzt. Eine begrenzte Raumfläche steht dem Gesamtleben zur Verfügung, und der Begrenzung dieser Raumfläche, auf der das gesamte Leben sich abwickelt, steht gegenüber der unbegrenzte Lebensdrang aller Wesen. Und nun beginnt der tobende Kampf um diese Lebensgrundlage, die nun einmal die Mutter Erde ist.

Das Volk und die Wesen, die in diesem Ringen nun die stärksten Lebenskräfte aufzuweisen haben, werden am Ende diese Erde besitzen als Lehensgut für ihre Tüchtigkeit.

Sowie ein Volk aber diese Kraft der Selbstbehauptung verliert, dann nützt aller Fleiß nichts, nützt alle Tüchtigkeit nichts, dann wird der politische Aberwitz, der auf Befehl dieses Selbstbehauptungstriebes versucht ist, ein Volk nach unten bringen, und aller Fleiß und alle Arbeit werden daran nichts zu ändern vermögen. Wir können dabei nun eins feststellen:

Jedes Volk hat in sich - genau wie jeder Mensch - eine bestimmte Summe von Fähigkeiten, Tatkraft, von Kühnheit, von Energie usw.

Und so wie im einzelnen kein Mensch über die ihm innewohnende Kraft hinausgeht, kann auch ein Volk nicht über diese Kraft hinaus. Wesentlich bleibt beim einzelnen Menschen nur, ob er die Gesamtsumme seiner Kräfte vergeudet oder ob er das nicht tut. Das gilt auch im Volksleben, und zu allermeist gilt das von der politischen Tatkraft eines Volkes, d. h. von der Summe des Kampfwillens dieses Selbstbehauptungstriebes, der sich nun in Aufopferung und Fähigkeit umsetzt.

Wenn ein Volk diesen Wert und diesen Schatz geschlossen nach außen einsetzt, dann wird ein solches Volk Kräfte entwickeln, die seiner Behauptung auf der Welt dienen können. Wenn aber ein Volk diese politische Energie vergeudet, selbst im Innern gegeneinander wendet, wenn ein Volk diese gesamte Energie und die gesamte Selbstbehauptungskraft auf künstliche Weise an in sich selbst liegenden Zielen verschwendet, dann wird augenblicklich die Behauptungskraft nach außen nachlassen.

Sie können bei allen solchen Völkern folgendes feststellen: *Perioden eines großen allgemeinen Aufschwungs sind stets Perioden einer inneren geistigen und damit tatsächlichen Einheit.*

Sowie die Völker zu der Einigung kommen, dann wird die gesamte Kraft zur Behauptung der Gesamtheit eingesetzt, und damit kann diese Kraft dann einem Volk das Dasein auf der Welt geben. Damit wird erst Fleiß und Arbeitsamkeit belohnt werden. Sowie umgekehrt aber ein Volk nach außen sinkt, sehen wir stets in der Geschichte eine Zunahme der Kraftvergeudung. Das kann soweit führen, daß endlich ein Volk seine gesamte politische Energie im Innern selbst vergeudet und damit eines Tages auch ohne Kraft nach außen hervortritt. Wir können nun folgenden Satz festlegen:

Sowie ein Volk seine Kraft vom Einsatz nach außen für die Gesamtheit zurückzieht und im Innern verwendet, beginnt es seine Stellung innerhalb der anderen Nationen zu verlieren. Es wird dann zum Spielball der Nationen.

Wenn Deutschland politisch machtvoll war, dann war [sic!] es im Innern stets ein Bild von größter Einheit. Wenn Deutschland im Innern das Bild einer Zerrissenheit bot, dann sank die Stellung Deutschlands der Welt gegenüber.

Unsere Regierung versucht heute manchmal, unserem Volke beizubringen, daß wir nun wirklich nicht ein gleichwertiges Volk wären wie z. B. Amerika und England. Man versucht geflissentlich auch unserem Volke den *Geist einer Zweitwertigkeit einzuimpfen.* Und doch wissen wir alle, es ist ja nicht so. Wir haben ja selbst die Proben miterlebt vor kaum 15 Jahren. Wo ist denn das Volk, das Kopf gegen Kopf, Mann gegen Mann gestellt, tüchtiger, leistungsfähiger wäre als das deutsche Volk. In der Überzahl, jawohl, haben sie endlich Deutschland zu Fall gebracht. Aber Kopf gegen Kopf gemessen, können wir heute noch mit Stolz sagen, es gibt kein Volk, das in all seinen Schichten so leistungsfähig ist wie das deutsche Volk. (Beifall). Diese Leistungsfähigkeit haben wir nun in der rechten Weise in dem Augenblick erlebt, in dem das deutsche Volk im Inneren in einer vollständigen Einheit vor uns stand. Damals, als die Spannungen im Jahre 1914 jeden inneren Kampf begruben und zum ersten Male einen ganz geschlossenen Krafteinsatz der Welt gegenüber durchführte [*sic!*], konnten wir sehen, wie unser Volk zu einer ungeheueren Leistungsfähigkeit emporstieg. Dann konnten wir weiter verfolgen, wie unser Volk langsam wieder in einen inneren Zerfall hinein geriet und wie endlich ein Tag kam, wo man die inneren Streitfragen vor Augen sah. Wir haben alle erlebt, wie sich die ganze deutsche Kraft nunmehr seit 12 Jahren in einem ewigen inneren Ringen befand, das die ganze deutsche Kraft lähmt. Es sieht fast so aus, als ob wir überhaupt nicht mehr das alte Volk wären, als ob wir weniger wert wären als früher. Aber so ist es doch nicht. Unser Volk mißbraucht seine Kräfte für politische Gedankengänge und Weltanschauungsgedankengänge, die heute gar nicht mehr in der Lage sind, unser Volk noch zusammenzubringen und zusammenzuführen.

Das Ergebnis ist, daß wir auch nicht mehr in der Lage sind, das deutsche Volk zu belehren. Das ist keine Frage der Wirtschaft allein, sondern das ist größtenteils mit
eine Frage der politischen Macht. Wir haben 62 Millionen Menschen auf einer zu kleinen Grundfläche, können aber kaum mehr als 20 Millionen davon ernähren.

Wir sind gezwungen, Exporthandel zu treiben, eine Exportindustrie uns anzuschaffen, oder aber
wir müßten unseren Lebensraum erweitern. Tun wir das nicht, dann ist die Existenzfähigkeit der deutschen Nation in Frage gestellt.

Die Unmöglichkeit aber äußert sich nicht in der Gesamterscheinung, sondern in lauter Einzelvorgängen. Sie erleben ja jetzt selbst in dieser Stadt einen Einzelvorgang [3]. Man versucht, im einzelnen zu retten. Man schiebt die Schuld auf den anderen Stand. Man ist überzeugt, daß man
durch künstliche Maßnahmen wie Preisabbau, Lohnabbau usw. alle möglichen Situationen beheben will, die man nicht zu beheben vermag, weil sie ihren Grund darin finden, daß Deutschland heute infolge des Fehlens der politischen Macht die Voraussetzung nicht

---

3 Gemeint ist vermutlich der Konkurs der Göricke-Fahrradwerke. Vgl. Regine Krull, Die Bielefelder Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie während der Weltwirtschaftskrise, in: 75. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, Jg. 1984/85, Bielefeld 1985, S. 212 f.

schaffen kann, die man für die Ernährung dieser überschüssigen Volksmassen überhaupt braucht,
und zweitens, daß es aber noch geradezu Wahnsinn ist, im selben Augenblick bei Löhnen und Gehältern von 120 RM herumzustreichen, indem man Milliarden jährlich ins Auslande ausliefert, und zwar auch wieder in einer völligen Verblendung.

Man sagt uns, was wollt ihr denn, Deutschland hat 46 Milliarden Löhne, wir können doch ganz gut 2 bis 3 Milliarden jährlich bezahlen. Ja, verehrter Herr, Sie können doch nicht eine Zahlung von 2 Milliarden an das Ausland in irgendeinen Vergleich setzen zu unserer Lohnziffer. Das sind doch nicht 46 Milliarden Kapital, die wir besitzen oder Geld an sich, sondern es treten 5 oder 6 Milliarden in Wirklichkeit 7, 8 oder 9 Mal in Erscheinung, weil eben dieses Kapital dauernd durchrollt und 7 , 8 und 9 Mal gezählt wird.

Es sind nicht 2 1/2 Milliarden die wir bezahlen, es sind 14 bis 15 Milliarden, die wir tatsächlich jährlich diesem Geldumfluß entziehen.

Wir haben heute nicht nur mehr diese 2,5 Milliarde Tribute zu leisten, sondern auch noch die Verzinsung der Tribute [4]. Wie aber soll das ein Ende nehmen! Sie sagen mir: durch Lohnkürzungen, durch Gehaltskürzungen, durch Sparsamkeit. Das sind alles Trugschlüsse, keinen Schritt kommen sie damit um die Katastrophe herum. Ich kann dem deutschen Bürgertum nur eines sagen:

Ein großes Glück ist es für die deutsche Nation, daß die nationalsozialistische Bewegung besteht. Würde sie nicht bestehen, eure Experimente, die ihr heute vornehmt, würden in Blut enden, in einer Revolution, von der ihr gar keine Vorstellung habt. Glaubt nur nicht, daß die Masse unseres Volkes irgendwie noch einen festen Halt besitzt, sie würde genauso unvernünftig regieren wie ihr Unvernunft habt. Und das Ergebnis würde ein entsetzliches sein.

So treten wir Nationalsozialisten vor die Nation hin und erklären:

Was ihr unternehmt, ist heller Wahnsinn, *ist nur der Versuch, eine ganz unmögliche Außenpolitik zu decken*. Nicht Fleiß und Arbeitsamkeit allein können die Zukunft des deutschen Volkes gewährleisten, sondern in Wirklichkeit muß die Erkenntnis die sein, daß gerade ein solch großer Volkskörper wie der deutsche mit der engen Grundfläche
außerordentlicher politischer Kräfte bedarf,
denn jede wirtschaftliche Expansion geht auf Kosten der anderen Völker. Wenn die Kommunisten nun kommen und sagen, das wollen wir auch, gut, aber Freund, du willst doch, daß unser Volk lebt, daß es zu essen erhält. Man kann es doch am Ende nicht füttern nur mit Theorien, mit Phrasen, mit Parteigrundsätzen.

Die Millionen Menschen wollen Brot haben. Wo kommt es her? Entweder wir verzichten auf unser Volk, auf einen Teil dieses Volkes - und wer soll dieser Teil sein -, oder es muß Brot geschaffen werden. Es sind
zwei Wege
möglich: Die Grundfläche unseres Volkes mit vollem Krafteinsatz zu erweitern, oder wir gehen wieder über zu einem gesteigerten Export, und das erfordert wieder Krafteinsatz,

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

denn der Weltabsatzmarkt ist beschränkt, und eine ganze Anzahl Nationen konkurrieren um den Absatzmarkt. Wer besser ausführt, siegt nicht allein, sondern am Ende, wenn Völker vor die letzte Entscheidung gestellt sind,
dann siegt der Kaufmann, der hinter sich die große politische Macht hat.

Denn kein Volk wird sich am Ende abweisen lassen, nur damit die friedliche Wirtschaftsentwicklung nicht gestört wird, denn auch die Wirtschaft ist
[k]ein Selbstzweck. Ihre Aufgabe ist die Ernährung eines Volkes.

Wenn die Konkurrenz ein Volk vom Weltmarkt verdrängt, dann hat zu allen Zeiten das *letzte Gottesgericht* entschieden: Wer ist der Kraftvollere. Dieses steht nicht in Parteigrundsätzen, sondern es liegt in jedem Volke selbst begründet. Volk, bist du genau wie andere Völker, kräftig, bist du stark und gesund, dann sollst du leben, wenn nicht, dann vergehe. Es wird ein besseres Wesen an deine Stelle treten. Das letzte Symbolische liegt in dem Sprichwort:

Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott, d. h., die Gerechtigkeit ist nicht dazu da, den Schwachen und Faulen das Brot zu geben, sondern der Würdigere und Wertvollere erhält auf der Welt das Leben.

Dies wird solange bleiben, solange Wesen auf der Welt sind. Und wenn einer kommt und sagt, diese Anschauung lehnen wir ab -, mein lieber Freund, du kannst es nicht ablehnen. Der Machtvollere, der Stärkere bleibt, er bestimmt, und der Schwächere, der unterliegt und er vergeht. Als Nationalsozialist versuche ich nun, *nicht* mein Volk in schöne Ideen einzuspinnen, lehne es ab, vor mein Volk hinzutreten, um das zu sagen, was es gerne hört,
sondern ich sage die bittere Wahrheit.

Wenn heute die Wirtschaftspolitiker kommen und sagen: Wir, die Wirtschaft, wir werden Deutschland wieder aufrichten -
sie haben sie auch früher nicht aufgerichtet. Die politische Macht war es, die Kraft der deutschen Nation, die politische Ausprägung in der Wirtschaft, die ihnen die Möglichkeit zum Arbeiten erschuf.

Wäre das nicht, so wäre nie eine Wirtschaft entstanden, wie eine Wirtschaft nicht bestehen kann, wenn dieses machtvolle Deutsche Reich vergeht. Nun ist aber in derselben Zeit, in der dieser Machtstaat äußerlich entstand,
die deutsche Nation innerlich zerfallen. Es begann ein Ringen in Wirtschafts- und Weltanschauungsfragen. Die deutsche Nation begann sich langsam zu teilen in zwei Weltanschauungsgegensätze. Die Begriffe, die diesen beiden Weltanschauungen zugrunde liegen, kann man in zwei Worten zusammenfassen:

Hier Sozialismus und hier Nationalsozialismus [5], *hier bürgerlicher Nationalismus und hier proletarischer Sozialismus, hier bürgerlicher Sozialismus [sic!] und dort sozialistischer Marxismus oder besser: marxistischer Sozialismus.*

Diese beiden Begriffe sind langsam zu Schlagwörtern geworden, aber auch zu geschlossenen Inhaltskomplexen. Über diese beiden Begriffe begann nun der Zerfall der gesamten Nation. Wie früher Deutschland getrennt war in Ständen, so begann es sich jetzt langsam zu trennen durch alle Stände, durch alle Staaten. Zwei Lager werden

5 Muß heißen: "Nationalismus".

sichtbar, und es ist das Entsetzliche, daß in derselben Zeit, in der das Deutsche Reich als nationaler Staat der Welt gegenübertritt, die deutsche Nation aufhört, ein einheitlicher Faktor zu sein.

Kein Deutsches Reich, am Ende kein Deutscher mehr, sondern Bürger, Proletarier. Ja, es setzen immer neue Untergliederungen ein. Es ist nun bemerkenswert,

daß Parteien den Verfall der Kraft der Nation begrüßen,

das deutsche Volk selbst sich immer mehr auflöst in zahlreiche Begriffe, Gruppen, Parteien, Verbände usw. Die Revolution vollendete das. Eine Flut von Geistesrichtungen tritt uns nun gegenüber und immer wieder zwei Begriffe:

Nationalismus und Sozialismus.

In diesen beiden Begriffe beginnt nun langsam das politische Leben sich abzurollen und abzuspielen. Die bürgerliche Welt kämpft in ihrer Weltanschauung, die sozialistische in ihrer Weltanschauung. Das Bürgertum wechselt und wandelt innerhalb seiner Weltanschauungsbegriffe, beide Faktoren aber hemmen sich immer mehr und werden endlich zu weltentfernt getrennten Lagern.

Hier sammelt sich das deutsche Bürgertum, und hier sammelt das internationale Proletariat Deutschlands. In diesen beiden Lagern konzentriert sich alles, auch die gesamte politische Aktivität, das heißt, sie wird im gegenseitigen Kampf restlos aufgebraucht. Das Jahr 1918 zeigt den Höhepunkt. Augenblicklich setzt die ganze Kraft nach außen aus und wird restlos im Inneren aufgebraucht. Nun wird mir vielleicht der Mann von rechts sagen: Diese Behauptung ist nur teilweise richtig, denn wir von der bürgerlichen Seite wollen ja gar nicht diese Spaltung, wir wollen ja gar nicht diese Zerreißung der Nation. Ja, heute wird nicht mehr gefragt, was sie wollen, sondern was tatsächlich geschehen ist. In derselben Zeit hat nun das jüdische Volk geschickt und planmäßig die Leitung dieses herrenlos gewordenen Standes in die Hand genommen, eine Entwicklung, die folgerichtig so kommen mußte und gar nicht anders kommen konnte. Wenn zwei Teile in einem Volke sich streiten, dann genügt es, daß ein Teil den Krafteinsatz nach außen ablehnt und nunmehr nach innen wendet, um auch die Arbeit des zweiten Teils, auch wenn sie das beste will, zu zerstören. Wenn heute in einem Volk Millionen von Handarbeitern sagen, wir lehnen eine Zusammenarbeit mit euch ab, wir lehnen aber auch jeden Einsatz für die Nation ab, für den Staat ab, dann sagen sie, wir wollten das nicht. Wir möchten sehr gerne, daß wir doch nach außen gemeinsam gehen. Die Kraft der beiden wird dadurch innen verbraucht werden. Sie sagen: Damit muß nun einer als Sieger hervorgehen. Gewiß, wenn ein Volk sich in zwei so weltverschiedene Hälften zerteilt, dann muß es, wenn es frei sein will, irgendwie die Teilung überwinden, d. h., ein Teil muß endlich Sieger werden. Es muß wieder eine Einheit entstehen, ganz gleich wie. Jeder kann heute das deutsche Bürgertum mit seiner Sozialpolitik in sein Lager ziehen und seinen bürgerlichen Klassenbegriff verhindern.

Aber das ist das Tragische, daß beide Teile gar nicht die Fähigkeiten besitzen, die Einigung wieder herzustellen. Jeder kann heute das deutsche Bürgertum mit seiner Sozialpolitik in sein Lager ziehen und seinen bürgerlichen Klassenbegriff verhindern.

Es ist eine Dummheit zu sagen, daß ein Kommunist ein Bürgerlicher werden könnte.

Er kann das nicht, es wird ja auch gar nicht gewünscht, im Gegenteil. Entsetzlich, der Mensch versteht auch etwas vom Kommunismus, er will auch den Kommunismus.

Ihr versteht ja gar nicht mehr, daß das die Frage der deutschen Zukunft ist.

Wenn heute nun eine solche Klasse nicht mehr die Kraft besitzt, den andern Teil geistig zu überwinden und in sich wieder aufzunehmen und damit auf der neuen, schon längst begrenzten Plattform die Basis für einen allgemeinen nationalen Widerstand zu erhalten, dann scheidet ein solches Volk für die Zukunft aus.

Dasselbe gilt auch von der linken Seite. Auch sie kann die andere Seite nicht überwinden, ja, ein Teil ihrer Führung will es ja gar nicht. Wenn auf der rechten Seite eine Angst besteht vor der Primitivität der Faust, so hat man auf der anderen Seite eine Angst vor der Genialität des Gehirns. Man scheut sich gegenseitig, man will es nicht mehr, daß sich eine Seite allein erhebt zum diktatorischen Anspruch auf die Regierungsgewalt, indem sie sagt, Diktatur des Proletariats.

Glauben Sie, am Ende wird in Deutschland nicht eine Seite diktieren, nicht ein Teil bleibt hier Sieger, sondern, wenn in Deutschland ein Teil den andern unterdrückt, dann ist er der Teil, der Sklavenaufseher der deutschen Nation im Dienste des Auslandes.

Wenn ein Volk seine Kraft vergeudet, setzt sich über uns ein anderer Herr.

Es ist die überstaatliche Hochfinanz.

Während man bei uns von Sieg der beiden Weltanschauungen und von Diktatur des Proletariats spricht, ist die ganze Nation einer fürchterlichen Diktatur einer Hand verfallen. Man muß dann zu folgender Überzeugung gelangen: *Wenn die beiden Lager nicht mehr imstande sind, sich zu überwinden, geistig aufzunehmen, dann ist die Zukunft der deutschen Nation deshalb verdorben, weil diese Zukunft eine Frage der freien Auswirkung der deutschen Kräfte ist. Diese Frage auf allen Gebieten des Lebens ist abhängig vom Schutz, von der deutschen Kraft.*

Arbeiten können Sie soviel sie wollen, fleißig sein können Sie, das nützt dem deutschen Volk heute nichts mehr,

wenn nicht die politische Kraft dahinter tritt, um an der Neuverteilung der Erde teilzunehmen.

Unsere Zeit hat nur eine Frage zu beantworten: ob sie daran teilnehmen will oder nicht. Will sie das nicht,

gut, dann kommt das Ende dieser übersättigten Grundfläche, Deutsches Reich genannt, diese Überzahl von Menschen auf dieser unmöglichen Basis.

Wir müssen an der kommenden Verteilung neuer Lebensmöglichkeiten teilnehmen, indem wir politischen Krafteinsatz vollziehen, indem wir erkennen,

daß jede Generation ihre Schicksalsfrage gestellt erhält und daß es davon abhängt, ob sie diese beantworten kann.

Heute stehen wir wieder vor solchen Fragen. Wieder sehen wir, wie langsam Entscheidungen gefällt werden, und wieder zerfällt unser Volk in einen geistigen Kampf, in zwei Lager, zwei Symbole, zwei Gedanken. Wieder geht unsere Kraft dabei verloren, und dieses Mal ist es schlimmer als vor 200 Jahren. Wenn unser Volk auch in der Stunde wieder versagt, dann ist es möglich, daß wir zurücksinken zu einer kleinen Schweiz. Angesichts dieser Tatsache haben wir vor 10 Jahren einen Entschluß gefaßt.

Wir sagten uns damals: All die alten Parteien haben Deutschland nicht zu retten vermocht. Sie selbst sind mit die Urheber des Zerfalls, sie sind nun gar nicht mehr fähig, die Brücke zu finden, sie haben sich in die Begriffe hineingebohrt, ihnen Inhalt gegeben, ohne Rücksicht darauf, ob das nützlich ist. Sie sind nun jahrzehntelang nur Parteien gewesen und haben nur ihre Parteigedanken verfochten und ihnen eine bestimmte Richtung gegeben. Wo soll jetzt wieder ein Übergang, eine Brücke gefunden werden. Das Bürgertum sagt: Sozialismus ist unvereinbar mit Nationalismus. Die proletarisch-marxistischen Parteien sagen: Der Nationalismus ist unvereinbar mit Sozialismus. Ja, meine Freunde, wenn das wirklich endgültig so sein soll, daß die beiden Begriffe sich niemals vereinen können, wie soll dann überhaupt unser Volk noch einmal zusammenkommen?

Diese Frage ist der Angelpunkt der ganzen deutschen Zukunft. Wenn diese Frage nicht gelöst wird, dann ist die Zukunft unseres Volkes schon jetzt entschieden, dann gehen wir diesen inneren Zerfall bis zum letzten. Wenn diese Frage aber noch einmal für unser Volk günstig gelöst werden kann, dann wird unser Volk auch in der Zukunft wieder in all seinen Schichten die Lebenskraft aufbringen, die es braucht, um der anderen Welt gegenüber standhalten zu können.

Dann ergibt sich erst die Möglichkeit der deutschen Zukunft.

Es ist das eine vielleicht im ganzen gesehene Prognose für die Zukunft unseres Volkes. Aber es ist das Wesentliche. Davon hängt alles andere letzten Endes mit ab. Wenn unser Volk diese Spaltung überwindet, Kraft bekommt zur Selbstbehauptung, dann wird es wieder den richtigen Weg finden, der zur Sonne führt. Wir müssen Männer finden, die unser Volk führen können, Männer, die auf allen Gebieten des Wissens, des Lebens, der freien Wirtschaft und vor allem der politischen Vertretung unser Volk wieder nach oben bringen. Wir dürfen an die Lebenskraft unseres Volkes wieder glauben, aber diese Frage muß gelöst werden, und diese Frage haben wir uns damals zur Lösung vorgenommen. Und wenn Sie nun fragen, was gab Ihnen nun gerade das Recht dazu?

Ja, das Recht, das lag im Frontsoldaten.

Der bürgerliche Parteipolitiker kann die Frage nicht mehr entscheiden. Er ist festgelegt. Der sozialistische Parteipolitiker kann sie nicht mehr entscheiden, er ist auch festgelegt. Der Parteisekretär will sie nicht lösen. (Anhaltender Beifall.)

Wir sind aber fast 6 Jahre Soldat gewesen, und ich frage Sie nun:
Wer hat nun mehr Anrecht gehabt, eine solche Prüfung vorzunehmen als gerade der deutsche Frontsoldat.

War das nicht überhaupt die einzige Plattform, von der aus man völlig frei und unbelastet diese Begriffe noch einmal studieren konnte? War nicht der Frontsoldat gerade der, der diese viereinhalb Jahre überhaupt jeder Parteipolitik entwachsen war? War er es nicht, der gar keine Parteipolitik kennen konnte, der auf dem dritten Boden stand, auf dem Boden der Nation? Keine Klasse, keine untergeordnete Frage spielte eine Rolle. Am Ende hat doch jeder sich gefühlt als Vertreter Deutschlands, ganz gleich ob Bayer oder Preuße, ob jetzt gewöhnlicher Handarbeiter oder Beamter, wenn er ein ehrlicher Soldat gewesen ist.

Er kämpfte für Deutschland und nicht für seine Parteien, und dafür konnte er auch sterben.

Dieses grauenhafte Opfer, dieses entsetzliche Leiden und auch diese Todesangst und diese Todesqualen waren ganz allein aus diesem Grunde zu ertragen. Von dem dritten Standpunkt aus haben wir nun diese Neuprüfung vorgenommen und sind dabei im Gegensatz zu den Parteien, die Deutschland bewußt heute zerreißen, zu der Überzeugung gekommen,
daß die Begriffe falsch definiert worden sind, daß man überall wesentlichen Inhalt mit äußeren Formen vertauscht hat,
verwechselt hat, daß man zum Teil mit Absicht persönliche Begriffe an diese Dinge mit anhing, die damit gar nichts zu tun haben. Man sagt: Sozialismus ist an sich Idealismus, ist eine bestimmte Wirtschaftsauffassung, fordert eine bestimmte Gesellschaftsordnung, fordert bestimmte Motive des Handelns, aber vor allem: Sozialismus ist absolut Todfeind jeder nationalen Gesinnung. Nun hat Sozialismus mit all dem gar nichts zu tun.

Wann ist denn ein Mensch Sozialist? Ist er es dann, wenn er eine Parteiauffassung lehrt, oder dann, wenn er eine politische Predigt auswendig gelernt hat, oder dann, wenn er eine Wirtschaftsordnung zerschlägt, ohne etwas anderes an seine [sic!] Stelle setzen zu können? Wenn er hungert, wenn er leidet, oder ist er dann Sozialist, wenn er ohne Rücksicht auf das Wohl einer Nation eine bestimmte Wirtschaftsordnung zerbricht?

Das ist gewiß, die Menschen haben nichts davon, gewiß, sie leiden, sie leben, hungern, es geht ihnen schlecht, aber sie haben eine Theorie. Ist der Mensch damit ein Sozialist?

Sozialismus ist in meinen Augen, in den Augen des alten Frontsoldaten und des Deutschen, der Verzicht auf den Nutzen des einzelnen zugunsten des Nutzens der Gesamtheit. *Es ist in Wirklichkeit eine einzige Feststellung: Es ist nämlich nicht so, daß sich der Nutzen der Gesamtheit aus dem Nutzen einzelner ergibt, sondern umgekehrt, der Nutzen der Gesamtheit entscheidet erst über den Nutzen der einzelnen. Er hat in den Vordergrund zu rücken. Sowie im wirtschaftlichen Leben irgendwie der Nutzen des einzelnen auf Kosten des Nutzens der Gesamtheit geht, dann hat der Nutzen des einzelnen zurückzutreten, dann ist dieser einzelne Nutzen unsittlich, er ist zugleich Wahnsinn, denn am Ende kann nicht aus einem einzelnen Nutzen ein Gesamtnutzen entstehen, sondern nur aus dem Gesamtnutzen heraus ergibt sich die Möglichkeit eines großen Einzelnutzens für den Menschen. Damit aber gibt es überhaupt nur einen einzigen Grundsatz, und der Grundsatz lautet: Entscheidend ist für alles, ob es dem Leben einer Volksgesamtheit dienlich oder nützlich ist. Entscheidend ist nicht die Frage, ob es einer Form oder Normung entspricht, ob es einem vorgefaßten Gesellschaftsstand oder Staatsauffassung und Staatsgedanken entspricht. Nein! An der Spitze steht stets das Volk. Alles ist dem Begriff dienlich: Diese lebenden Massen aus Fleisch und Blut müssen erhalten werden. Nicht der Staat, nicht eine Wirtschaftsordnung, nicht eine Gesellschaftsform, nicht eine Staatsform, nicht eine Staatsauffassung, nicht etwas Großes, Junges, gar nichts ist Selbstzweck. Nur eins ist für den Menschen hier gegeben: Erhalte dein Fleisch und dein Blut, auf daß dein Volk lebe und auf daß es Dienste erfüllen kann, die der Schöpfer diesem Volk zugewiesen hat. Damit wird alles andere zu einem Mittel, zum Zweck und nicht zum Zweck an sich. Wenn du die Wirtschafts- und Staatsauffassung nicht teilst, das ist alles von untergeordneter Bedeutung. An der Spitze steht stets der Wert des einzelnen für die Behauptung der Gesamtheit. Nur der ist wertlos, der selbst nicht beiträgt für die Erhaltung*

der Gesamtheit. Die Wirtschaftsordnung ist dann richtig, wenn sie dem gesamten Volke dient. Der Staat ist dann richtig, wenn er die natürlichen Kräfte des ganzen Volkes schützt und entwickelt. Die Justiz ist dann richtig, wenn sie die Erhaltung dieses Volkes, die Erhaltung im einzelnen gewährleistet. Alles ist nur dann richtig, wenn es der Erhaltung dieses Volkes entspricht, zuträglich ist und diese Erhaltung garantiert.

Denn ich erkläre:

Sozialist ist derjenige, der gelernt hat, die Gesamtheit zu verstehen, und der gelernt hat, sich und allen einzelnen Wesen zu nutzen, und [*sich*] dem Notwendigen dieser Gesamtheit unterordnet. Dann ist dieser Sozialismus zugleich der nationalste, den es überhaupt geben kann, und dann findet sich eine Brücke über die ganze Nation hinweg. Wenn sie mir nun von rechts sagen, das sind so phantastische Begriffe, das ist ein so idealistischer [*sic!*], das ist nicht real, dann sage ich ihnen:

Der Idealismus ist zu allen Zeiten die allergrößte Realität gewesen [*sic!*],
die es überhaupt auf der Welt gab. Sie klammern sich vielleicht an Wirtschaftsvorstellungen, sie glauben an sich an Staatsauffassungen [*sic!*], klammern sich an Begriffsduseleien, vergessen vollständig, daß das alles am Ende keine Begriffe sind, die Menschen zur letzten Konzentration, zur Hingabe verpflichten können. Was heißt in einem solchen Falle wirtschaftlicher Glaube! Glauben Sie, man stirbt für die Wirtschaft, glauben Sie, man stirbt für wirtschaftliche Begriffe? Ja, was ist denn aber das Leben am Ende
als eine letzte Bekundung des Willens,
dafür einzutreten bis zum letzten. Sie sagen: Ja, ich kann mich doch nicht von dem entfernen, was die Grundlage der wirtschaftlichen Wohlfahrt ist. Sie täuschen sich.

Die Grundlage der wirtschaftlichen Wohlfahrt ist der politische Idealismus von Millionen Menschen, für die Gesamtheit der Nation das eigene Leben hinzugeben, auch wenn diese eigenen Leben wenig von wirtschaftlichen Gütern gesegnet waren. Sie sagen: Wir müssen wirtschaftlich denken. Ja, teurer Herr,
wenn Sie nur in Dividenden denken, vergessen Sie ja ganz, daß dann die andere Seite nunmehr in Lohn denken wird.

Wenn Sie es erreichen, daß die ganze Nation nunmehr vernünftigerweise, sagen wir, wirtschaftlich, realpolitisch denkt, wenn Sie das fertig bringen würden,
dann löst sich die ganze Nation auf.

So wie Sie in Dividende denken, denkt der andere in Lohn,
wenn Sie in Gewinn denken, dann denkt der andere in Arbeitszeit.

Jeder denkt dann nach seinem Nutzen. Nehmen Sie nur aus der Welt das letzte Ideal hinweg, und Sie werden dann sehen, daß Sie keine Menschen mehr vor sich haben, sondern reißende Tiere. Am Ende ist ein Volk immer dann am allergrößten, wenn es am wenigsten egoistisch in dieser Linie denkt. Glauben Sie mir, das gibt ja dann erst die einzige Plattform, um zusammenzukommen. Sie sagen mir von rechts auch oft: Bitte gebrauchen Sie keine Phrasen. Was heißt denn Einheit? Es gibt doch nur eine einzige Plattform, und diese Plattform lautet eben:
Hervorhebung der Bedeutung nationaler Gemeinschaft.

Solange jeder nur sich sieht, solange jeder nur seine Stellung sieht, solange jeder seine Wirtschaft sieht, solange ist jeder einzelne dem Treiben der Menschen untereinander ausgesetzt.

Was du bist, mein lieber Mensch, das ist ein reiner Zufall. Du könntest heute genausogut Handwerker sein. Ein kleiner Zufall hat dich vielleicht in eine andere Tätigkeit gestellt. Du lachst jetzt einfach, mein lieber Freund. Ich komme zuviel durch Deutschland, um nicht zu sehen, daß mancher Junge dort steht, der eigentlich Bauer sein müßte, und doch Torfstecher ist. Und warum? Das Schicksal hat ihm nicht das Los zugesprochen. Mancher ist in Deutschland in einer hohen, hohen Stellung, und wenn ich ihn so kennenlerne, dann empfinde ich, Mensch, du verdienst die Stellung gar nicht. Aber wie belanglos, wie gleichgültig ist das alles, genauso gleichgültig, wie dem einzelnen die Blätter heute sind; wesentlich ist, daß die Stämme gesund bleiben, daß die Bäume gesund bleiben, wesentlich ist, daß der Wald gesund bleibt. Das ist das Spiel des Schicksals, Spiel des Zufalls gewesen, das ist alles auch gar nicht wichtig. Du bist heute Bürger. Weißt du, was deine Kinder sein werden? Weißt du, welche Kittel deine Enkel vielleicht tragen werden? Weißt du vielleicht, welches Kind diese Mutter bekommen wird? Du weißt es gar nicht. Wie belanglos ist das, was wir jetzt sind. Wichtig ist es und wichtig bleibt es, daß der Kern gesund ist und gesund bleibt, und daß diese Stämme es bleiben und die Familie, daß der Wald gesund bleibt und unser Volk. Das ist wichtig und nicht, was wir im einzelnen sind. Dann ergibt sich die richtige Plattform, auf der man zu stehen vermag. Dann sinkt die Eitelkeit, diese Dummheit, dieser Standeswahnsinn, der doch nichts ist. Dann empfindet man erst, wie unwichtig es ist, ob du Handarbeiter oder Bauer bist. Nur eines ist wichtig:

daß ich ein Deutscher bin. (Rasender Beifall.)

Wenn wir diese beiden Begriffe: Sozialismus und Nationalismus so definieren,
daß in beiden Fällen höchste Hingabe für die Gesamtheit erst dem Begriff Gehalt gibt, dann sind die beiden Begriffe eins geworden.

Und wenn der sagt von rechts, das gibt es nicht, das ist doch Unsinn, dann sage ich: Doch das gibt es. Bedenken Sie bitte nur eines, daß es Millionen Deutscher gegeben hat, die unter Hintenansetzung [*sic!*] ihres Lebens der Gesamtheit dienten. Denn was für ein größeres Opfer kann es überhaupt geben, als sein Leben hinzugeben für sein Volk. Das ist das Verbindende, das muß sie zusammenführen mit der linken Seite, mit dem gewöhnlichen Proletariat. Junge, bist du aus dem Holz geschnitzt, das sich für das eigene Volkstum hingibt? Wenn ja, dann bist du in *Wirklichkeit ein Aristokrat* in unserem Volk, dann bist du mehr wert als so mancher. Mein Junge, wenn du bloß ganz gewöhnlicher Musketier bist, und du bist bereit, dein Leben, dein Gut und alles was es überhaupt gibt, hinzugeben für dein Volk, dann bist du tausendmal mehr wert als irgendein Reicher, der sich nicht für sein Volk aufopfern will. Und dann ist es gerechtfertigt, daß man diesen Idealismus zusammenfaßt und zum Träger der Geschichte erhebt.

Das war das Ziel der Nationalsozialistischen Bewegung vor 12 Jahren. Sie wollte die beiden Begriffe, die bisher Millionen von Menschen auseinander gerissen haben, neu definieren und neu der Nation zur Kenntnis bringen, und auf diesen nunmehr zu einem gewordenen Begriff Menschen sammeln zu einem unbedingten Glaubensbekenntnis.

Wir wußten dabei eines: In solchen Fällen kann man nun nicht oben beginnen aus hervorgehobenen Parteien heraus und von oben nun das Neue gestalten. Nein, dann muß man hinein in das Volk und muß von dort aus nun die Sammlung beginnen. Man muß wissen, daß Tausende es zunächst hören und vielleicht nur einer davon kommt, daß Tausende es vernehmen, aber, belastet durch ihre ganze Vergangenheit, nur einer erklären wird: Du hast recht.

Man muß dann glücklich sein, die 5, 6, 7 erst gewonnen zu haben, die sich loslösen von ihren Parteien, die ersten beiden zu besitzen, die aus zwei weltenfernen Lagern kommen und die sich nun die Hand geben, die nun erklären, wir wollen jetzt das andere alles abstreifen. Dieses dumme Leben hat mit seiner übertriebenen Wichtigkeit uns alle auseinander gerissen und nicht vereint. Jeder ist des andern Feind geworden.

Nun sammelt man und ist glücklich, die ersten 10, 11 zu bekommen, die das nun abstreifen, die nun erklären, was uns das Leben auseinander gebracht hat [*sic!*], gilt nicht mehr. Gewiß, du bist das, ich bin das. Aber das Wesentliche ist nicht, daß du das gelernt hast und ich dieses, sondern das Wesentliche ist, daß du ein anständiger Mensch, ein anständiger Deutscher bist, daß du ehrlich bist, daß du nicht dein Volk bestiehlst, dich auf Kosten des Volkes selbst bereichern willst, sondern daß du gemäß deinem Sein dich einsetzen und arbeiten willst für dein Volk und an deinem Volk. Wie du arbeitest, dafür kannst du nicht. Deine Kraft liegt im Kopf, in der Faust, dein Sohn vielleicht kann die Kraft im Kopfe besitzen. Das spielt jetzt gar keine Rolle. Wir finden uns. Aus dem Anfang haben sich 10, 11 gefunden, und dann werden es mehr, werden 13, 20 bis 300, und langsam wird der Kreis größer und mehr Menschen werden darauf aufmerksam. Und dann baut sich in einer zerfallenen nationalen Welt eine neue wieder auf, dann beginnt dieser ewige Erneuerungsprozeß. Die alte Kraft selbst ist morsch geworden. Sie will auch noch leben, und sie glaubt vielleicht, daß in ihr das Leben liegt. Vielleicht meint sie, weil sie doch noch ihre Blätter hat, in aller Zukunft zu bleiben. Das ist doch ein Trugschluß. Was faul ist, bleibt faul, was morsch ist, bleibt morsch, was Lebenskraft verloren hat, erhält sie nicht wieder. Die Frage ist nur, ob neues Leben wieder nachwächst. Erst dann, wenn neben der Eiche, neben dem alten Stamm sich die jungen Pflanzen wieder emporrecken, wenn das junge Stämmchen dann größer wird, kann man sagen, das Leben hat wieder begonnen. Und diese Art der Erneuerung des Lebens gilt auch im großen für ein Volk. Wenn es zerfällt wie die alten Parteien, die das politische Leben darstellt [*sic!*], zerfallen sind, krank geworden sind, morsch geworden sind, dann ist die Frage nur die, ob ein neuer junger Stamm entsteht, ob sich wieder eine neue Nation bildet. Ist das der Fall, dann wird das Wachsen gedeihen [*sic!*]. Dann können die alten Stämme noch Licht und Sonne mitnehmen. Sie können sich darüber neigen, am Ende aber wird doch die junge Kraft sich immer mehr durchsetzen, an die Stelle des alten Waldes treten.

So wird eines Tages eine Nation aus ihrer Zerrissenheit wieder erlöst werden durch den neuen Faktor der Einheit, dem Faktor, der nur geworden ist aus dem ewigen Kampf, aus Glauben und aus Bekenntnis, aus Opfermut und aus Hingabe.

Denn das ist das wunderbare Geheimnis des Sieges jeder Bewegungen [*sic!*], die sich aus kleinen Anfängen emporringt zur Weltanschauung und politischen Macht, sich lang-

sam durchsetzt und langsam Weltbilder verändert, Zeitbilder umgestaltet, neue Kraftverteilung vornimmt. Wie ist es wunderbar, daß ein Staat zerbricht, ein Rom vergeht, ein Christ sich durchringt. Wie ist es wunderbar, daß der mohammedanische Glaube sich aus dem Nichts erhebt und langsam über hundert Millionen zur Religion wird. Wie ist es wunderbar, daß das kleine Preußen, die brandenburgische Mark langsam wächst und wächst und eines Tages wieder ein Deutsches Reich in sich vereinigt und auferstehen läßt.

Das Bild des kommenden Staates.

Diese kleinen Gebilde kennen nur den Kampf. Sie sind Verfolgungen ausgesetzt. Unterdrückung umgibt sie von allen Seiten. Opfer ist das tägliche Leben. Was ist die Folge? Es kommt kein Feigling, es kommt kein Schmeichling [*sic!*], es kommt kein schlechter Mensch, und so kann man [*sic!*] eine solche Bewegung den Gewaltherren der Zeit dankbar sein, wenn sie die Geißel der Verfolgung schwingt. Sie säubert eine solche Bewegung. Sie sorgt dafür, daß nicht das kommt, was selbst nur leben will, was gewinnen will, was sich selbst nur in den Vordergrund schieben will. Sie sorgen dafür, daß nur die Idealisten kommen. Am Ende sind aber die Idealisten zu allen Zeiten die Kraftmenschen gewesen, die Tatmenschen gewesen, die Menschen, die ihre eigene Kraft einsetzten für irgendein Ideal. Daher wird eine solche Bewegung, die nur gequält wird, die nur bedrückt wird, eine unendliche Kraft sammeln. Sie soll allein mächtig sein.

Den Weg geht nun seit 12 Jahren diese Bewegung und trägt in sich bereits
das Bild des kommenden Staates: Ablehnung des internationalen Gedankens in jeder Form, Regelung des Gedankens der Bedeutung des Blutes, der Rasse, Notwendigkeit der Erhaltung dieses Grundwertes, Regelung des Glaubens, daß in dem Grundwert die Garantie für jede Zukunft liegt, Ablehnung der Demokratie. Der neue Zustand der Autorität des Wertes der Persönlichkeit muß sich bereits klar herausschälen.

Niemand darf hoffen, daß Hilfe von außen kommt, auf Völkerbund, Botschafterkonferenz [6], *auf Genf, auf Paris und auch niemals auf Moskau. Alle Hoffnung muß nur gerichtet werden auf das eigene Volk und die eigene Kraft. Wehe dem Volk, das seine Hoffnung auf die Welt setzt. Es wird endlich der Sklave der anderen Welten sein. So wird sich aus diesen Gesichtspunkten heraus die neue Weltanschauung aufbauen auf Anti-Internationalismus, Anti-Demokratie und Anti-Pazifismus.*

Wenn man aus diesen Gesichtspunkten heraus zu den Fragen der neuen Weltanschauung Stellung nimmt und alle Fragen löst von diesem Standpunkt aus, nicht in dem Sinne, das man sagt: Ich gebe euch eine soziale Gesetzgebung, damit ihr mir keine Revolution macht, sondern: *Ich sorge für euch, weil ihr Träger unseres Blutes seid und weil ihr damit die Größe unseres Volkes garantieren könnt und müßt, nicht, weil wir feige sind, sondern weil wir eins sind und eins bleiben müssen.* Einen Leitstern sehen wir, und der heißt: *Was nützt unserem Volk?* Und wenn mir nun einer entgegentritt und sagt: Ist denn das

6 Gemeint ist die seit 1920 bestehende Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans in Paris sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums, die sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages befaßte. Vgl. Jürgen Heideking, Aeropag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

aber christlich? so antworte ich: *Ich kann nur denken in der Seele, in dem Wesen, das mir der Herr gegeben hat. Ich habe nicht die Verpflichtung, mich für andere einzusetzen, aber ich fühle die Verpflichtung, daß ich dem Herrn das Lebewesen in Fleisch und Blut wieder zurückgeben muß, das er mir gegeben hat. Der Allmächtige hätte mich nicht als Deutscher erschaffen, wenn er wollte, daß ich ein Jude wäre, er hat mir das gegeben, was er in mir zu sehen wünscht. Ich bemühe mich, ihm das zurückzugeben, was er mir gegeben hat, und ich glaube, daß ich damit als ein besserer Christ handele als alle diejenigen, die heute ihr eigenes Volk erst in zweiter Linie sehen und die heute ihrem eigenen Volk erst in zweiter Linie dienen. Erst sehe ich mein Volk, erst sein Leben, dann erst interessiert mich die andere Welt.* (Tosender Beifall.)

Dabei kann ich vor aller Welt bekennen, daß wir nicht damit die Absicht hegen, vielleicht die Welt in Feuer und in Blut zu stürzen. Glauben Sie mir, wer selbst viereinhalb Jahre lang Frontsoldat gewesen ist, der kennt den Krieg und der weiß, daß es nichts Entsetzlicheres und Fürchterlicheres gibt. Weil wir den Krieg kennen, wünschen wir ihn nicht, aber weil wir im Krieg gekämpft haben, wollen wir nicht, daß unser Volk stirbt: Das Volk soll leben. Für unser Volk wünschen wir die Freiheit. Wir werden dieses Recht der Welt gegenüber fordern im guten und im schlechten. (Tosender Beifall.)

Wenn ich so den Weg unserer Bewegung übersehe, dann muß ich sagen, der Herr hat uns gesegnet und er wird uns auch weiter führen. Er wird uns geleiten, wenn der Tag kommt, an dem unsere Fahne als Symbol des neuen Deutschen Reiches aufsteigen wird. Nicht weil sie durch Gesetz gegeben wurde, sondern weil sich in ihr der Freiheitskampf der Nation vollzogen hat, weil dann unter ihr gekommen sein wird das Reich, das wir ersehnen, das Deutschland der Freiheit und der Ehre, das Reich der Macht und der Herrlichkeit, das Vaterland, das uns allen gibt Freiheit und Brot. (Stürmischer, anhaltender, nicht endenwollender Beifall.)

22. November 1930 — Dok. 30
Rede auf NSDAP-Führertagung in Köln [1]

Bericht der Polizeidirektion Köln (gez. Bauknecht) vom 12.12.1930 [2]; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 299.

"Infolge ihrer ersten Wahlerfolge könne es sich die NSDAP nunmehr zwar leisten, in einem anderen Tone als vorher zu sprechen. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß auch heute noch etwa 60 % des aktiven Stahlhelms Männer seien, die für die SA und für die SS als Reserven in Betracht kämen, sei es sehr ratsam, sich mit dem Stahlhelm nicht zu

1 Im NSDAP-Parteihaus in Köln. Anwesend waren laut Polizeibericht die leitenden NSDAP-Funktionäre des Gaues Rheinland. Hitler soll bereits am 20.11.1930 mehrstündige Besprechungen in Köln mit der örtlichen Parteispitze geführt haben. Vgl. Rheinische Zeitung vom 21.11.1930, "Heil Hitler!".

2 Es handelt sich um die Wiedergabe einer von der Gauleitung angefertigen Mitschrift, die der Polizei auf vertraulichem Wege zugegangen war.

verfeinden. Es solle daher für die Folge zwar nach außen hin die Trennung "hie Stahlhelm, hie NSDAP" betont werden, aber es sei im wesentlichen eine taktische Frage, die jeder örtliche Führer der Partei selbst zu beurteilen habe, ob man nicht auf eine engere Zusammenarbeit mit den Stahlhelmdienststellen hinarbeiten solle. Diese Maßnahmen dürften natürlich nicht in offiziellen gegenseitigen Konferenzen und Besprechungen erörtert werden, sondern es müsse jeder einzelne Führer persönliche Fühlungnahme mit den in Frage kommenden höheren Stahlhelmführern nehmen. Die Sa[-]f[*ührer*] sollen der SA ab und zu Vorträge in diesem Sinne über den Stahlhelm halten. Die braunen und die grauen Soldaten müßten im Kampf gegen das heutige System zusammenstehen. Bei Stahlhelmveranstaltungen solle, wenn dies für erforderlich angesehen werde, die SA/SS in Zivil mit den Schutz dieser Versammlungen übernehmen. Ein Zwang könne natürlich in dieser Hinsicht keinem SA/SS[-]Mann auferlegt werden. Die nationalsozialistische Presse solle sich jeden Angriffs auf die Stahlhelmbewegung enthalten. Sie solle höchstens die falsche Politik des Stahlhelms sachlich kritisieren. Persönliche Angriffe gegen führende Stahlhelmer hätten zu unterbleiben. Er - Hitler - habe vor einigen Tagen in Hamburg mit der Stahlhelm-Bundesführung über diese Einzelheiten eingehend gesprochen [3], und man sei sich darüber einig geworden, daß der Stahlhelm der NSDAP und die NSDAP dem Stahlhelm keine Schwierigkeiten in bezug auf Politik in den Weg legen wollten. Über die Fragen der Taktik sei man natürlich noch lange nicht eines Sinnes, aber dies ändere nichts an der Tatsache, daß zumindest 60 % des aktiven Stahlhelms heute den politischen Zielen der NSDAP zustimme. Ein militärisch aufgezogener Verband wie der Stahlhelm könne der NSDAP in vielen Fällen heute und vor allem in absehbarer Zukunft sehr zum Nutzen gereichen. Er - Hitler - halte es sogar nicht für ausgeschlossen, daß über den Stahlhelm gewisse Kreise der Wehrmacht für die Zwecke der NSDAP zu gewinnen seien. Einflußreiche und hochgestellte Männer in Heer und Flotte könne man über den Stahlhelm mit den Zielen der NSDAP bekannt machen. Wenn auch die NSDAP den größten Wert auf ihre organische [*sic!*] Selbständigkeit lege und in der SA/SS auch einen ausgezeichneten Verteidigungsapparat besitze, der sehr leicht zum Angriffsinstrument werden könne, so wäre es doch töricht, wollte man nicht, wenn auch nur bis zur Erreichung eines gewissen Zieles, wertvolle Bundesgenossen zu gewinnen suchen."

Über das Verhältnis der NSDAP zur deutschen Wehrmacht führte der Parteichef folgendes aus:

"Die NSDAP lehne den ihr gemachten Vorwurf ab, daß sie irgendwelche Zersetzungsarbeit innerhalb der deutschen Wehrmacht betreibe. Natürlich sei es der Partei nicht einerlei, wie die Truppe über die NSDAP und ihre Ziele denke, und deshalb versuche man, auf gesetzlich erlaubtem Wege (durch die Presse, Einzelaufklärung usw.) die Angehörigen der Wehrmacht davon zu überzeugen, daß die NSDAP heute die einzige Partei sei, die für die Soldaten, die nach seiner - Hitlers - Meinung sich genauso um Politik zu kümmern hätten wie jeder andere Staatsbürger, in Frage komme. Der Soldat müsse über die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik orientiert sein, und deshalb habe sich die NSDAP für das kommende Dritte Reich politisch erzogene Soldaten in

3 Unterredung nicht ermittelt.

der SA/SS geschaffen. Die NSDAP wisse bestimmt, daß heute bereits 50 % der gesamten deutschen Wehrmacht hinter der NSDAP stünden. Besonders die unteren Dienstgrade und die einfachen Soldaten seien für die Partei. Die Offiziere, die vorläufig nur zum Teil für die Partei seien, müsse man eben - u. a. auch auf dem taktischen Umwege über den Stahlhelm - zu gewinnen versuchen. Es könne heute jedem jungen Parteigenossen nur empfohlen werden, sich nach wie vor dem Soldatenberuf zu widmen und sich zum Eintritt in das Reichsheer oder in die Reichsflotte zu melden. Der nationalsozialistische Staat werde ja auch in punkto Wehrhaftmachung eine andere Sprache führen als die heutigen Bürogenerale in Berlin. Für eine künftige deutsche Wehrmachtführung habe die NSDAP schon durch ihre Mitglieder von Epp [4], Göring, Röhm [5], Hierl [6], Litzmann [7] u. a. Vorsorge getroffen. Die genannten Herren würden zu gegebener Zeit mit ihnen geeignet erscheinenden Wehrmachtsoffizieren Fühlung nehmen, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sei." [8]

4 Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1947), Generalleutnant a. D., 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayer.) Division, 1923 Verabschiedung, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP.

5 Ernst Röhm (1887-1934), Hauptmann a. D., 1919 Führer im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-1930 Militärausbilder in Bolivien, 1931 erneut Stabschef der SA, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

6 Constantin Hierl (1875-1955), Oberst a. D., 1895 Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Reichswehrministerium, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II bei der Reichsleitung der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

7 Karl Litzmann (1850-1936), General a. D., 1868 Leutnant, 1901 Generalleutnant, 1902-1905 Direktor der Kriegsakademie in Berlin, 1914-1918 Führung der 3. Garde-Infanterie-Division, des XL. Reservekorps und von Armeegruppen an der Ost- und Westfront, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen und MdR (NSDAP), 1933 preuß. Staatsrat.

8 Folgt abschließender Kommentar.

23. November 1930
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Kaiserslautern [1]

Dok. 31

Die Rhein-NSZ-Front vom 25.11.1930, "Wir werden 30 Millionen werden" [2].

Deutsche Volksgenossen!

Wenn ein Volk seine politische Ehre verliert, dann pflegt die Gegenwart meistens erst dann aufmerksam zu werden, wenn aus dem Verlust der politischen Macht die politische Not entsteht. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, daß mächtige Staaten, kraftvolle Völker fast spurlos vom Erdboden verschwunden sind. Und doch dürfen wir überzeugt sein, daß es auch damals Regierungen gab, die den Verfall dieser Völker in der Zeit des Verfalles bestritten haben, daß lebende Generationen protestierten gegen die Behauptung, daß ihr Weg in den Untergang, in das Nichts führe, daß es Menschen gab, die Protest dagegen einlegten, daß das herrschende Regierungssystem den Staat in den Abgrund bringt. In allen Zeiten hat die herrschende Regierung sich stets dagegen verteidigt, daß sich die Menschen gegen ihr unheilvolles Regime auflehnten. Und immer erst hat die Nachwelt die unheilvolle Wirksamkeit dieser Regierungen festgestellt. Die Gegenwart wurde sich des Verfalles eines Staates höchstens dann bewußt, wenn die Not in ihrer ganzen Wucht die einzelnen Menschen heimsuchte, sie langsam verzweifeln ließ an der wirtschaftlichen Existenz und auf diesem Wege langsam der Zweifel einsetzte an der Richtigkeit der Regierungsmethoden und der Richtigkeit des Weges, den die herrschende Regierung eingeschlagen hat. Heute befindet sich unser Volk in einer ganz ähnlichen Lage. *Wir haben eine Regierung, die nicht müde wird zu versichern, daß ihre Tätigkeit einen großen Erfolg für das deutsche Volk darstelle, eine Regierung, die nicht müde wird zu erklären, daß man anders gar nicht verfahren könne, als sie es tut. Wir haben heute Parteien, die Wert darauf legen zu bekunden, daß [ihre] Tätigkeit segensreich für die Nation sei und die Opposition nur aus Störenfrieden bestehe, die diese segensreiche Tätigkeit unterbinden möchten.* Es gibt heute Millionen Menschen, die keine Kenntnis von uns nehmen und sogar gegen uns Stellung nehmen würden, wenn nicht die Not, die wirtschaftliche Not, den einzelnen Menschen hart und schwer anfassen würde, so schwer, daß er über den Weg der wirtschaftlichen Not begreifen lernt, daß

der Staat zugrunde geht, wenn nicht eine Änderung eintritt.

1 In der Ausstellungshalle, abends. Hitler sprach etwa 1 1/4 Stunden. Die öffentliche Versammlung, an der laut Pfälzischer Presse etwa 8.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Josef Bürckel geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Am Nachmittag, nach 16.00 Uhr, hatte Hitler auf dem Stiftsplatz einen Vorbeimarsch von etwa 5.000 SA-Männern und Hitler-Jungen abgenommen. Zum Gesamtprogramm des pfälzischen Gauparteitages am 22./23.11.1930 vgl. Rhein-NSZ-Front.

2 Vgl. auch Pfälzische Presse vom 23.11.1930, "Gauparteitag der pfälzischen Nationalsozialisten"; VB vom 23.11.1930, "Adolf Hitler in der Pfalz"; Pfälzische Freie Presse vom 24.11.1930, "Der Hitlerspuk in Kaiserlautern"; Pfälzische Volkszeitung vom 24.11.1930, "Hitler in Kaiserslautern"; Pfälzischer Kurier vom 24.11.1930, "Gauparteitag der Nationalsozialisten in Kaiserslautern"; Fränkischer Kurier vom 25.11.1930, "Hitler in der Pfalz".

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft seit 12 Jahren, indem sie nachdrücklich betont:

Das, was Ihr jetzt rein wirtschaftlich erleidet, ist das Ergebnis und die Auswirkung nicht nur einer zwangsläufigen wirtschaftlichen Not, sondern des politischen Verfalles der Nation.

Jeder politische Zusammenbruch wird mit der Vernichtung der Existenz der Nation enden. Wenn ein Volk politisch zerbricht, zerbricht auch seine Lebensmöglichkeit. Dieser rein wirtschaftliche Verfall tritt zwangsläufig in dem Augenblick ein, in dem ein Volk nicht mehr die Kraft besitzt, seiner wirtschaftlichen Macht politischen Rückhalt zu geben.

Heute erwachen Millionen Menschen und erkennen, daß die erste Voraussetzung für die Rettung des Volkes aus der wirtschaftlichen Not die Wiedergewinnung der politischen Macht ist.

Die Geschichte lehrt uns: Immer dann, wenn unser Volk politisch seine Kraft nach außen konzentrierte, dann war auch sein wirtschaftliches Leben gewährleistet, dann blühte die Wirtschaft. In dem Augenblick aber, in dem es keine politische Macht mehr nach außen darstellte, dann zerfiel auch seine Wirtschaft, und die Geißel des Hungers und des Elendes kam über das Volk. Dann brach alles zusammen, was Fleiß und Tüchtigkeit in Jahrzehnten und Jahrhunderten geschaffen hat[*ten*].

Wir sind heute Zeugen dieses Vorganges am eigenen Leibe. Deutschland ist keine politische Macht mehr. Unser Volk besitzt keine politische Kraft mehr nach außen. In dem gleichen Maße zerbricht die Wirtschaft.

Eine Armee von Soldaten haben wir verloren, eine Armee von Arbeitslosen haben wir erhalten.

Wir sind politisch unserer eigenen Macht verlustig gegangen und haben die Macht anderer aufgebürdet erhalten. Das deutsche Volk geht einer Existenz entgegen, die im Elend endet. Wenn wir prüfen, woher es kommt, daß ein Volk nach außen jeder Kraft bar wird, stellen wir fest: Stets dann, wenn es die politische Kraft nur nach innen gekehrt hat, wenn eine Front des Kampfes im Innern entsteht, statt nach außen, wenn das Volk nur Gruppen und Klassen vor sich sieht, die ihre ganze Kraft im Kampfe um die eigene Vernichtung aufbrauchen, dann sinkt die Kraft nach außen. In der Waage des Schicksals liegt in der einen Waagschale das Kampffeld in der Heimat und in der andern das Kampffeld mit der übrigen Welt. Legt ein Volk seine Kraft in die Waagschale nach außen, dann kann es auch im Innern leicht bestehen. *Wenn wir uns die Frage vorlegen, welches sind die Kämpfe im Innern unseres Volkes, dann sehen wir bei uns meistens den Streit um Theorien, um Prinzipien, um Dogmen und um doktrinäre Gedankengänge, die unser Volk soweit schon ergriffen haben, daß es eine Kraft nach außen nicht mehr aufbringt.* Erst waren es die *Religionskriege*, die unser Volk zerfleischten. Deutschland verlor damals die Welt. Heute zerfleischt sich Deutschland im Kampf um weltanschauliche Prinzipien in dem Augenblick, in dem die Welt einer neuen Verteilung entgegengeht.

Der Kampf um die Weltherrschaft wird nicht durch die Tüchtigkeit des Kaufmannes und den Fleiß des Arbeiters entschieden, sondern durch die politische Kraft, die hinter ihnen steht.

Wir erlebten vor unseren Augen in den letzten 20 Jahren das wechselvolle Schicksal Deutschlands, seinen Aufstieg und seinen Niedergang. Vor 60 Jahren schuf Bismarck aus den einzelnen Stämmen und Staaten wieder ein geeintes Deutschland, und in dem gleichen Maße steigt nicht nur die politische Kraft des deutschen Volkes, sondern auch seine wirtschaftliche. Die deutsche Volkswirtschaft kann das deutsche Volk wieder ernähren. Während Deutschland politisch wieder ein Staat wird, beginnt das Volk sich wieder zu teilen in Proletarier und Bürger, in internationale Marxisten und bürgerliche Nationalisten.

Was vorher in einzelne Stämme zerrissen war, ist jetzt in zwei Weltanschauungen gespalten. Es gibt ein Deutsches Reich, aber keine deutschen Staatsbürger mehr.

Es treten sich gegenüber Bürger und Proletarier. Wir haben nunmehr eine Einheit nach außen, aber keine mehr im Innern. Wir haben viereinhalb Millionen Menschen, denen der Begriff deutsche Macht und deutsche Größe vollständig gleichgültig ist. Sie sind international und kennen nur einen Gedanken: Die internationale proletarische Solidarität. Ein Teil unseres Volkes sieht das Ziel seiner Arbeit nur im Innern. Das Ergebnis ist die Spaltung in zwei Teile. Während das Volk den schwersten Ereignissen entgegengeht, hat es keine nationalpolitische Parole, die es zusammenfaßt. Es stehen sich zwei Auffassungen gegenüber, die *nationalsozialistische* [*sic!*] *bürgerliche Auffassung und der internationale marxistische Sozialismus.* Im Jahre 1914 wurde die Kluft noch einmal überwunden. Im Laufe der Kriegsjahre entsteht jedoch wieder der innerpolitische Hader. Es kommt die Stunde, wo der Kampf nicht mehr nach außen gegen den Feind tobt, sondern zuhause. Unser Volk verbraucht seine Kraft im Innern, und es sinken damit seine Lebensaussichten mehr und mehr.

Die Kraftaufwendung nach außen wird gleich Null. Um nach innen kämpfen zu können, unterwirft es sich nach außen. Seine Regierung erhält ihre Existenzberechtigung vom guten Willen der äußeren Feinde. Paris steht hinter dieser Regierung. Diese Regierung sagt: Die Gegner würden es nicht dulden, daß andere ans Ruder kommen. So motiviert man die Notwendigkeit, daß man am Ruder bleibt.

Was wird das Schicksal unseres Volkes sein, wenn wir den Weg weitergehen wie bisher. Deutschland hat 62 1/2 Millionen Einwohner. 20 Millionen Menschen können in Deutschland nicht mehr ernährt werden. Entweder beteiligen wir uns intensiver an der Weltwirtschaft, oder wir sichern uns selbst neue Binnenmärkte und erweitern unseren Lebensraum.

Aber ohne politische Macht läßt sich keiner der beiden Wege gehen.

Wenn Industrielle erklären, durch Rationalisierung und Fleiß werden wir wieder die Weltmärkte erobern, so muß diesen Industriellen gesagt werden: Auch andere, ja die ganze Welt kämpfen darum. Eine große Anzahl von Staaten sind auf den Export angewiesen. Die Märkte der Welt werden aber kleiner und nicht größer.

Und am Ende wird das Volk siegen, das neben der Genialität des Kaufmanns und des Ingenieurs und neben der Tüchtigkeit des Arbeiters in die Waagschale das Gewicht des Schwertes zu legen hat.

Das soll auch unser Volk gelernt haben: Was heißt denn Recht auf der Welt? Wir sehen es ja zuhause. Mit welchem Recht zieht man den SA-Leuten die Hemden aus,

nimmt ihnen die Mützen herunter[3], jagt die Nationalsozialisten von ihren Arbeitsstätten[4]. Diejenigen, die das tun, haben kein Recht, sondern nur die Macht.

"Es wird nicht anders werden, ehe wir selbst die politische Macht besitzen. Dann wird uns wieder unser Recht werden."

So ist es auch nach außen. Mit welchem Recht legt man uns Tribute auf? Wir berufen uns auf unser Recht. Die Welt aber kümmert sich nicht um unser Recht; sie kümmert sich nur um die reale Kraft, die hinter dem Recht steht. Hätte Deutschland kein Recht, aber 80 Divisionen, dann würden wir leben können. Da wir aber keine 80 Divisionen besitzen, statt dessen nur das in den Sternen geschriebene Recht, werden wir daran zugrunde gehen.

"Das deutsche Volk muß wieder ein politischer Machtfaktor werden."

Wenn unsere Gegner sagen: Wie stellt Ihr Euch denn das vor, wir haben doch keine Waffen, so geben wir ihnen zur Antwort: Die politische Macht liegt zunächst im Willen, in der Kraft der Lebensbehauptung, die das Ergebnis eines starken Willens ist, dies ist eine Frage der einzelnen Zielsetzungen dieses Willens. Dann erst kommt die Frage der technischen Auswertung des Willens.

Der Feigling, der ehrlose Mensch wird sich nie verteidigen, auch wenn er tausend Waffen besitzt. Der Mutige aber wird immer Wege zu seiner Verteidigung finden. Am Ende wird das Leben nicht behauptet durch die Waffen, sondern durch den Träger. So müssen wir zuerst ein kraftvolles Volk schaffen, ein Volk, das innerlich gesund ist, das natürlich denkt und das sich nicht phantastischen Begriffen hingibt. Ein Volk, das genau so natürlich denkt, wie der einzelne Mensch denken muß, um sich auf der Welt zu behaupten.

Damit kommen wir zu dem größten Problem der Gegenwart. Jede Zeit hat ihre Frage, von deren Lösung das Wesen der Zeit, von deren Lösung die Zukunft eines Volkes abhängt. Jede Zeit hat ein Problem von überragender Tragweite, das gelöst wird und gelöst werden muß, weil seine Nichtlösung zur Katastrophe führt. Wir sehen das Gleiche im Leben des einzelnen Menschen. Wenn ein Mensch tuberkulös ist, heißt die Lebensfrage für ihn: Überwinde ich die Tuberkulose. Dieser Mensch hat eine ganz andere Frage als die täglichen Fragen, also eine Frage, die weit hinausgeht über die Zielsetzungen des täglichen Lebens: nämlich die Frage, von der alles abhängt, die Frage, ob er gesundet. Während der Befreiungskriege beherrschte eine Frage ganz Deutschland:

Werden wir noch einmal frei?

Das erkannte plötzlich das Volk instinktiv. Jeder einzelne wurde sich bewußt, daß diese Fragen gelöst werden müßten, wenn er Anspruch haben sollte auf Weiterleben. Da verließ der Bauer seinen Pflug, der Arbeiter die Werkstatt und der Student den Hörsaal, und sie fanden sich alle zusammen in dem einen Willen, diese Frage in bejahendem Sinne zu lösen, damit später die Arbeit weitergehe.

---

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

4 Gemeint ist der Runderlaß des preuß. Innenministeriums vom 3.7.1930, der Beamten die Teilnahme, Unterstützung oder Betätigung bei NSDAP und KPD untersagte. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977, S. 87 f.

Wir wachsen immermehr auch heute in die Zeit hinein, wo das Problem der Jetztzeit gelöst werden muß. Noch leben Millionen Menschen in dem Glauben, daß die beiden Begriffe, die unser Volk in zwei Teile gespalten haben, Sozialismus und Nationalismus, sich ausschließen und scheiden wie Feuer und Wasser. Diese zwei Lager sind Todfeinde, und Millionen Menschen haben sich diesen beiden Begriffen so sehr ergeben, daß keine Überbrückung dieser Gegensätze möglich erscheint.

Wenn aber die Frage der Einigung nicht gelöst wird, wird die ganze Kraft der Nation an diesen beiden Begriffen zugrunde gehen, und die Nation wird sich endlich im Kampfe um diese beiden Begriffe restlos aufbrauchen. Wir sind Zeugen dieser Kämpfe. Wir sehen das Tragische dieses Kampfes. Wir sehen heute zwei Weltanschauungen, von denen keine die Kraft mehr besitzt, die andere zu überwinden, es sei denn durch die Diktatur, durch die Versklavung oder durch die Tötung des Gegners. Weder die bürgerliche noch die proletarische Weltanschauung kann die andere assimilieren, um eine geschlossene Nation der Welt entgegenzustellen.

Als wir vor 12 Jahren von der Front zurückkehrten, sahen wir diese Exzesse in ihren Anfängen. Wir konnten dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Wir, die wir die nationalsozialistische Bewegung ins Leben riefen, waren damals politisch namenlos. Keiner war politisch tätig gewesen. Keiner von uns konnte verantwortlich gemacht werden für all das, was vorher geschehen war. Keiner von uns war etwas anderes gewesen als ein anständiger Deutscher, der sein Brot ehrlich verdiente, und der, als das Vaterland rief, sein Vaterland verteidigte wie die Millionen anderer auch.

Wir haben uns das Recht herausgenommen, den Parteien entgegenzutreten und von ihnen Rechenschaft zu fordern für das, was sie angerichtet hatten - nicht als Parteimenschen, sondern als Grenadiere und Musketiere des Weltkrieges.

Die alten Parteien waren es, die den beiden Begriffen Sozialismus und Nationalismus eine engere Deutung gegeben haben, die die beiden Begriffe gegenseitig ausschlossen. Wie sollten die Parteien, die diese Trennung und Spaltung verursacht haben, die Kraft besitzen, diese Begriffe wieder zu vereinen? Wie sollten diese Parteien ein Volk, das sie in zwei Lager gespalten haben, wieder zusammenbringen?

Die Frage ist jedoch entscheidend: Müssen die beiden Begriffe immer auseinandergehen, dann wird unser Volk zugrunde gehen.

Wollte man die Begriffe neu definieren, dann konnte das nur von einer dritten Plattform aus geschehen. Diese neue Definition konnte nur von Frontsoldaten vorgenommen werden, die nur für das deutsche Volk gekämpft hatten und nicht für einzelne Stände und Klassen und Gruppen. Wir sind zu folgender Feststellung gekommen: Wenn der Begriff Sozialismus die Anerkennung besonderer doktrinärer Wirtschaftsformen und gesellschaftlicher Schichtungen und die Ablehnung anderer Wirtschaftsnormen und anderer gesellschaftlicher Anforderung ist, wenn er den Inhalt behält wie früher, dann wird unser Volk nie mehr zusammen kommen können. *Wenn aber der Begriff Sozialismus etwas anderes heißt, wenn er dahin zu verstehen ist, das der Mensch den ganzen Nutzen seines eigenen Ichs unterordnet dem Nutzen der Allgemeinheit und der Gesamtheit, dann wird die Allgemeinheit und die Gesamtheit des deutschen Volkes den Nutzen haben und gesunden.*

Dann aber ist dieser Sozialist in Wahrheit auch Nationalist.

Denn der Nationalist in unserem Sinne handelt auch nicht anders. Wenn aber der Nationalist nur Lieder singt oder das Wesen des Nationalismus nur in der Anerkennung einer Staatsform oder einer bestimmten Verfassung sieht, dann muß man allerdings sagen, Nationalismus kann sich mit Sozialismus nie vereinigen. *Wenn man aber erkennt, daß das Wesen des Nationalismus darin besteht, daß es nicht darauf ankommt, was einer beruflich ist, sondern daß er ein Deutscher ist und daß er bereit ist, sein Leben einzusetzen, wenn es nötig ist, für die Erhaltung der Gesamtheit und es preiszugeben, daß* [*sic!*] *die Gesamtheit besteht, dann ist er der größte Sozialist, den es überhaupt gibt.* Der Mann von der Rechten wird vielleicht sagen: Das sind ideale Begriffe, und von Idealismus kann man nicht leben. Wir aber sagen:

Wehe, wenn der Mensch jeden Idealismus verliert.

Alles kann vergehen, die Wirtschaft kann zerbrechen, wenn aber ein Volk idealistisch bleibt, kann es wieder neu erstehen und zu neuem Leben erwachen. Wenn dem Menschen der Idealismus genommen wird, dann wird er zum rasenden Tier. Die Wirtschaft von heute faßt die Menschen nicht zusammen. Die Wirtschaft zeigt die Differenzierung des Lebens in der krassesten Form. Wenn die Menschen beginnen, nur wirtschaftlich zu denken, dann hat ein Volk aufgehört, eine Einheit zu bilden. Jeder sieht dann nur seine eigenen Vorteile. Man kann nicht sagen: Das Proletariat soll ideal denken und das Bürgertum wirtschaftlich. Wenn die Gesamtheit idealistisch denken soll, dann darf nicht nur ein Teil idealistisch denken und ein anderer Teil wirtschaftlich, sondern alle müssen idealistisch sein.

Sie sehen hier Männer und Jünglinge im Braunhemd, Männer und Jünglinge der verschiedensten Berufe und Stände, die der Kampf um die Rettung des Vaterlandes zusammengeführt hat. Das Braunhemd, die braunen Mützen sind das sichtbare Zeichen, daß alle einem Ideal angehören, das viel stärker ist als die Differenzierung des Lebens. Alle, die in dieser Bewegung aufgegangen sind, haben aufgehört, Proletarier zu sein, haben aufgehört, bürgerlich zu sein, haben aufgehört, Arbeiter zu sein, Angestellte, Apotheker, freie Berufe. Jeder von ihnen stellt über seinen Beruf und über sein eigenes Ich das Bekenntnis zur Gesamtheit, weil sich jeder in erster Linie nur als Deutscher fühlt. Er findet damit den Zusammenhang mit seinen Nächsten. Dann erkennt er, wie belanglos das ganze Leben ist, wie belanglos, daß der eine diesen Beruf hat und jener einen andern. Wir alle sind nur Blätter an einem Stamme, die verwelken und vergehen. Belanglos ist, daß die Blätter vergehen, wesentlich ist nur, daß der Stamm gesund bleibt und erhalten wird. Es ist ganz belanglos, ob du ein Bauer, ob du ein Angestellter, ob du ein Beamter, ob du ein Arbeiter bist.

Nur etwas ist wichtig, daß ich ein Deutscher
bin und daß auch du einer bist.

Was einer im bürgerlichen Leben ist, ist für die Gesamtheit des Volkes belanglos. Wesentlich ist nur, daß jeder seine Pflicht erfüllt an dem Posten, an den er gestellt ist, damit sein Volk leben kann. Wir haben erhabene Zeugen für die Ideale, denen wir nachstreben müssen: die 2 Millionen Tote des Weltkrieges [5]. Sie sind um ein Ideal gestorben, für das Vaterland, und sie sind nicht gefallen, weil sie Arbeiter, Ingenieure,

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

Kaufleute usw. waren. Man leistet den Einsatz seines Lebens nur für ein Ideal, und das muß die Allgemeinheit sein.

Es gibt nur einen politischen Glauben, der heißt Volk und Vaterland.

Wir haben die Einheit der Begriffe Sozialismus und Nationalismus wieder zusammengefügt, indem wir ihnen eine neue Deutung, einen neuen Inhalt gaben.

Wer in unserem Sinne Nationalist ist, ist auch Sozialist und wer Sozialist ist, auch Nationalist.

Wir treten mit dieser unserer Parole der ganzen politischen Meinung entgegen. Wir treten zwischen die beiden Lager, die unser Volk zerspaltet [*haben*] und reiben sie auf, damit unser deutsches Volk wieder zusammengefügt wird im Idealismus und den blöden Standesdünkel und Klassenwahnsinn überwindet.

Es bedarf einer gewaltigen Erziehungsarbeit, bis wir wieder ein einiges Volk werden.

Wir leisten in unserer Bewegung diese vorbildliche Erziehungsarbeit, indem wir den Volksgenossen den falschen Stolz und den Standes- und Klassendünkel nehmen, indem wir sie wieder einheitlich denken lehren, indem wir ihnen wieder den Glauben an den gleichen Rhythmus des Volkes geben, damit nicht einer über den andern die Achsel zuckt darüber, welche Stellung er im Leben einnimmt. Wir fragen nicht, welche Stellung einer einnimmt im wirtschaftlichen Leben, sondern welche Stellung er einnimmt in seinem Volke.

Der Ärmste, der bereit ist, sich für sein Volk zu opfern, ist unendlich wertvoller als der Reiche, der sich feige drückt und nicht für sein Volk kämpfen will. Nicht die Stellung des Menschen im Berufsleben soll gewogen werden, sondern sein Werk als Mann. Es gibt heute in Deutschland Hunderttausende Arbeiter und Handwerker, die intelligenter und tüchtiger sind als die Tausende von sog. Intellektuellen, Hunderttausende von Handwerkern und Arbeitern, die ein falsches System verhindert, ihre Intelligenz nutzbar zu machen für das Vaterland.

Weil unsere Gegner nicht wollen, daß die Klassengegensätze und der Standesdünkel überwunden werden, weil sie von der Spaltung unseres Volkes leben, wollen sie unsere Bewegung nicht dulden und bekämpfen sie, ziehen sie uns die braunen Hemden aus, weil sie nicht dulden wollen, daß durch das braune Hemd unser Ziel und unser Kampf nach außen bekundet wird. Daher der Kampf unserer Gegner gegen unsere Bewegung, in der sie den Träger einer neuen Weltanschauung erkannt haben, die für drei große Ziele kämpft und auf drei Grundbegriffen beruht:

1. Wir sind *Deutsche*, wir sind Nationalsozialisten mit Herz und Hand und kämpfen für unser Volk und suchen es zu erhalten. Wir kämpfen gegen alles Fremde.

2. Wir sind *Antidemokraten*, d. h., wir lehnen ein Gesetz der Majorität ab, das immer nur die Unfreiheit zum Regieren bringt und immer nur die Halbheit und die Unwissenheit mit der Leitung des Staates betraut.

3. Wir sind *Antipazifisten*, d. h., wir lehnen den jämmerlichen Glauben ab, daß es ein Recht gäbe außerhalb der eigenen Kraft und der eigenen Macht.

Wir kämpfen gegen den internationalen Marxismus mit unserem fanatischen Nationalismus. Wir kämpfen gegen die Demokratie, die wir überwinden durch den Führergedanken. Wir treten ein für die Autorität der Persönlichkeit. Bei uns ist ein gewöhn-

l[*icher*] Schlosser Standartenführer und ein Prinz SA-Mann [6]. Wir sind für absolute Einordnung unter den Begriff der Persönlichkeit und für Disziplin in ihren letzten Konsequenzen. Wir setzen uns ein für die Bildung einer Kampfbereitschaft des zukünftigen Reiches und für die Opferbereitschaft für das Vaterland. Welche Opfer bringt heute schon unsere braune Armee auf? Wenn der Spießbürger nachts erwacht und er hört Lärm auf der Straße und er sieht Rot-Front und Nationalsozialisten im Kampfe und er sagt: Schon wieder diese Provokation, warum müssen sie denn ihre braunen Hemden anziehen, so sagen wir ihm: Weil wir nicht feige sein wollen, weil sie wissen sollen, wer wir sind. An der Uniform sollen sie es erkennen. Wenn ganz Deutschland aus Demokraten bestände, gäbe es heute kein deutsches Volk mehr.

Wenn das ganze deutsche Volk nationalsozialistisch denken würde, gäbe es kein unterdrücktes Deutschland mehr.

Wenn 30 Millionen Deutsche so denken würden wie wir - und sie werden einmal so denken - dann wird die Welt wieder verstehen, mit uns Deutschen so zu reden, wie man mit einem tausendjährigen Kulturvolk spricht; denn heute spricht die Welt so mit uns, wie man mit Senegalnegern verkehrt. Man wird aber nichts, was man nicht erst erlernt hat und wozu man nicht erzogen ist. Und das ist die Aufgabe unserer Bewegung, daß sie ihre eigenen Leute so erzieht, daß das ganze deutsche Volk mit diesem Geist erfüllt werden kann. Vor 11 Jahren wurde dieser Kampf begonnen, der Kampf, der die gewaltigste Frage der Gegenwart ist, der Kampf gegen die Internationale, Demokratie und Pazifismus. Wir haben eine Organisation aufgebaut, die erst 7 Mann [7], dann 13, dann 3.000 und 6.000 und 7.000 und schließlich Hunderttausende umfaßte. Zuerst sagten die Gegner: Dieser Idiot ist ein Verschütteter, er ist krank geworden. Man spottete uns aus [*sic!*]. Dann, als die Bewegung immer mehr und mehr wuchs, verlästerte und verleumdete man uns. Man log und log. Man ging von dem Standpunkt aus, wer einmal in einer nationalsozialistischen Versammlung war, der ist für uns verloren. Also müssen wir verhindern, daß sie in die nationalsozialistischen Versammlungen gehen. Die einen logen: Das sind Gotteslästerer und Ketzer, die anderen: Das sind Römlinge und Jesuiten. Die einen logen: Das sind Kapitalistenknechte und Arbeitermörder, die andern: Das sind Bolschewisten. Die einen logen: Das sind verkrachte Offiziere, Aristokraten und Arbeiterfeinde, die andern: Das ist nur ein Gesindel und Großstadtpöbel. So log man, um die Bewegung zu ersticken.

Und sie wuchs doch.

Alle Lügen nützten nichts, und die Bewegung wuchs weiter. Sie logen weiter. Die einen logen, das sind nur Lausbuben, und die andern: Das sind verkalkte Idioten und altersschwache Greise.

Aber langsam vereinigte sich hinter uns das deutsche Volk.

6 Anspielung auf den Werkzeugschlosser und MdR (NSDAP) Wilhelm Dreher (1892-1969) und den 1930 in NSDAP und SA eingetretenen August Wilhelm Prinz von Preußen (1887-1949), die unter dem Motto "Schlosser und Prinz" gemeinsam bei NSDAP-Versammlungen auftraten.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

Wir begannen den Kampf gegen alles und alle. Heute sind wir sechseinhalb Millionen [8]. Heute sagen unsere Gegner: Es ist nur eine Konjunkturerscheinung. Der liebe Gott wird es geben, daß sie wieder zurücksinken. Es wird ihnen alles nichts nützen.

"Wir werden 8, 10, 15 und 30 Millionen werden."

Es wird kommen die Stunde, in der unsere Fahne hoch steigt über Deutschland und den Flaggenstreit [9] beenden wird.

Was soll Deutschlands Flagge sein?

Es wird unsere Flagge sein, die Flagge derjenigen, die den neuen Staat bilden werden. Deutschlands Flagge wird sein unsere Flagge und unser Symbol, die Flagge, die nicht durch Parlamentsbeschluß eingeführt und durch Schutzgesetze geschützt wird, Deutschlands Flagge wird die Flagge sein, unter der Deutschland wieder freigeworden ist, sein Lebensrecht und seine Lebensmöglichkeiten wieder erworben hat. Deutschlands Flagge wird die sein, unter der die Spaltung überwunden und die getrennten Lager wieder zusammengefügt worden sind zu einem deutschen Volke. Und dann wird die Stunde kommen, die wir ersehnen, die Stunde, die wir denen schuldig sind, die im Glauben an Deutschland gefallen sind, die Stunde, in der die Ohnmacht verschwinden wird und an seine Stelle die Kraft und die Stärke tritt. Es wird der Tag kommen, für den Millionen von Deutschen gekämpft haben, für den Millionen gelitten, der Tag, für den die Heimat gedarbt und gesorgt hat, der Tag, der unser Tag ist, der Tag, der uns wiedergibt das Reich der Kraft und der Herrlichkeit. [10]

28. November 1930 Dok. 32

Schreiben an Theodor Fritsch [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift. Faksimiledruck: Schutzumschlag des Handbuchs zur Judenfrage, Leipzig [34]1933.

Sehr verehrter Herr Fritsch!

Besten Dank für die freundliche Zusendung der 30. Auflage Ihres Buches.

Das "Handbuch der Judenfrage" habe ich bereits in früher Jugend in Wien eingehend studiert. Ich bin überzeugt, daß gerade dieses in besonderer Weise mitgewirkt hat, den Boden vorzubereiten für die nationalsozialistische antisemitische Bewegung.

8 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.
9 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Theodor Fritsch (1852-1933), Techniker, Schriftsteller, 1887 Verfasser des "Handbuchs der Judenfrage" (Titel der Erstauflage "Antisemiten-Katechismus"), 1898 Gründer des Deutschen Müllerbundes, 1902-1933 Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift "Der Hammer", 1924 MdR (NSFP).

Ich hoffe, daß der 30. Auflage noch weitere folgen werden und das Handbuch allmählich in jeder deutschen Familie zu finden ist.

Mit deutschem Gruß!
Ihr ergebener A. Hitler

28. November 1930 Dok. 33
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bremen [1]

Bremer Nachrichten vom 29.11.1930, "Adolf Hitler in Bremen" [2].

Adolf Hitler, der nunmehr vortrat und erneut von der Versammlung freudig begrüßt wurde, ging in seinem etwa zweistündigen Vortrage vom Leben und Sterben der Völker aus. Wenn die Geschichte ihren Untergang verzeichne, sähen wir in dieser Katastrophe nur das Endergebnis einer langen Entwicklung. Die Bürger, die in diesen Staaten und Ländern, in Athen und Sparta, in Babylonien und Assyrien gelebt und die Tagesfragen gelöst [*hätten*], hätten nicht vermocht, dies[*es*] Ende vorauszusehen, und überall seien die Propheten, die es vorausgesagt hätten, verhöhnt und verspottet worden.

Heute lägen die Dinge nicht anders. Wie das Leben des einzelnen Menschen von seiner Gesundheit abhänge, so müsse auch im Blick auf ein Volk die Frage gestellt werden, ob es im Innern gesund sei. Wie ein Mensch, der fleißig und sparsam sein könne und sich um die Lösung aller Tagesfragen bemühe, könne auch ein Volk trotz alledem, wie die Geschichte beweise, zum Tode verurteilt sein.

Das deutsche Volk arbeite und wolle arbeiten und könne auf eine lange Periode emsiger Arbeit und großer Sparsamkeit zurückblicken, sinke und verfalle aber trotzdem, weil die Grundbasis für sein *politisches* Leben nicht mehr gesund sei. Nicht sei die Wirtschaft krank, aber es fehle an den der Lebens[*er*]haltung notwendigen Grundsätzen, ohne die es, wie die Geschichte der dahingegangenen Völker beweise, der Vernichtung anheimzufallen drohe. Auch die richtige Lösung der Tagesfragen sei nicht das Wichtigste, sondern ein Grundsatz von Ewigkeitswert. Seine Existenz entscheide nicht die Wissenschaft, nicht die Wirtschaft, nicht der Fleiß, nicht die Arbeitsamkeit in erster Linie, sondern der Wille zur Selbsterhaltung, den es mit seiner ganzen Kraft einsetze. Erlahme

1 Im großen Saal des "Casino", von etwa 20.30 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 5.500 Personen teilnahmen, wurde von MdR Kurt Thiele (NSDAP) geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anlaß der Veranstaltung waren die Bremer Bürgerschaftswahlen am 30.11.1930.

2 Nachdruck: Deutsche Zeitung für Chile (Santiago), vom 24.1.1931, "Nationalismus in Deutschland". Vgl. auch Berliner Börsenzeitung vom 29.11.1930, "Hitler über den nationalsozialistischen Gedanken"; Weser-Zeitung vom 29.11.1930, "Bremen wählt"; Der Angriff vom 29.11.1930, "Hitler spricht in Bremen"; Bremer Volkszeitung vom 29./30.11.1930, "Bremer Hitlertheater ausverkauft"; VB vom 6.12.1930, "Adolf Hitler in Bremen". Sowie Lagebericht der Bremer Landespolizei vom 3.12.1930; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1566/256.

der politische Wille zur politischen Tat - in demselben Augenblick beginne es zu sinken! Ein Grundirrtum sei es, daß sich ohne sie die Wirtschaft aufbauen und erhalten könne. Die nach außen gerichtete politische Kraft eröffne ihr das Feld. Der politische Aufstieg von Leipzig über Wörth und Sedan [3] habe den wirtschaftlichen Boden des deutschen Volkes vorbereitet und ermöglicht. In den letzten zwölf Jahren habe es wirtschaftlich von der Vergangenheit gezehrt und sei jetzt dabei, die letzten Reserven aufzubrauchen. Dann wäre der Zusammenbruch unvermeidlich. Völker könnten ihre Wirtschaft nur behalten, wenn hinter ihr der politische Wille zur Selbsterhaltung stehe. Wenn sich die politische Aktivität nach außen richte, trete sie als Machtfaktor in die Erscheinung. Nach innen gerichtet, bedeute sie die Lähmung der Kraftentfaltung nach außen. Kennzeichen des äußeren Verfalls seien stets die Perioden innerer Kämpfe. In den Hansestädten werde wirtschaftlich gedacht. Nicht zu vergessen sei, daß Deutschland auf engem Raum überbevölkert sei. Der Kampf gehe um die Absatzmärkte, da die Völker um ihre Existenz kämpften und in den Absatzländern durch das Kapital bodenständige Industrien aufkämen. Man spreche vom friedlichen Wirtschaftskampf.

Der Kampf um die Absatzmärkte werde noch schärfer werden. Aufgabe der Politik sei die Lebenserhaltung des Volkes, die uns garantiert werde durch den Einsatz der Kraft nach außen. In diesen Kämpfen entscheide nicht die Wirtschaft, sondern die Politik. Trotz der Billigkeit englischer Ware werde im Kampf um Indien die politische Volkskraft entscheiden, und wer Sieger bleibe, der rette die Ernährungsbasis seines Volkes. Die Wirtschaft werde nach der politischen Entscheidung ihre Wege finden. Es gebe im politischen Leben der Völker Perioden, in denen alle anderen Fragen vor der einen großen Frage zurücktreten müßten, in der es sich um die Mobilisierung des ganzen Volkes zum Kampfe gegen seine Vernichtung handle. Innere Kämpfe vernichteten [*sic!*], wie es z. B. die Religionskriege zeigten, führten zum Sinken der Weltstellung und ihrer Vernichtung! Bismarck habe auf nationaler Grundlage die Einigung der deutschen Stämme unter Schonung ihrer Eigenarten erreicht und dem Zweiten Reich als Symbol die schwarz-weiß-rote Fahne gegeben. Aber danach seien zwei weltanschauliche Begriffe als Zankapfel in das deutsche Volk geworfen [*worden*], die Begriffe national und sozialistisch, der im Jahre 1914 noch einmal überwunden worden sei. In dem Maße, wie sie wüchsen, werde der Gegensatz zwischen Bürgertum und marxistischem Proletariat verschärft, desto mehr die Nation nach außen entzweit und ihre Vernichtung beschleunigt. Zur Vermeidung dieses Unglücks müsse jeder Proletarier erkennen, daß auch sein Schicksal an das Leben der Nation gebunden sei. Trotz aller Standesunterschiede müßten sich alle nach außen hin als Deutsche fühlen, alle lokalen Interessen des Reiches nachgestellt werden. (Lebh[*after*] Beifall.) Es drohe eine Erstarrung und langsame Verkalkung in den beiden Fronten in Volkskörper, eine Spaltung, die schließlich nicht zu überbrücken wäre.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei habe eine neue Plattform geschaffen, auf der die notwendige Verständigung möglich wäre. Am objektivsten hätten

3 Gemeint sind die militärischen Erfolge gegen Frankreich in der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16.-19.10.1813 sowie am 6.8.1870 bei Wörth und am 1.9.1870 bei Sedan.

die Frontsoldaten die beiden Begriffe, um die der Streit gehe, prüfen können. (Lebh[*after*] Beifall.)

Vierundeinhalb Jahre hätten sie aus allen Berufen die eine Pflicht erfüllt, das Vaterland zu schützen, keinen anderen Gedanken gehabt, die ganze Kraft nach außen gerichtet und den Gegensatz zwischen Arbeitern [*sic!*] überwunden. In den ersten Jahren nach dem Kriege hätten sie dann unter dem Eindruck der Zerrissenheit im Vaterlande an die Einigung der Volksgenossen gedacht, lauter namenlose Kameraden, und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ins Leben gerufen, die trotz aller Hemmungen gewachsen sei und weiter wachsen werde, gegründet von sieben ehemaligen Frontkämpfern [4]. Was nützt meinem Volke? sei die einzige Doktrin der Partei. Arbeiter und Wirtschaftler könnten und sollten sich ihr unterordnen; denn wenn sie befolgt würde, bliebe der Segen für jeden einzelnen nicht aus. Herkunft und Beruf seien nicht entscheidend; einzig komme es darauf an, ein Deutscher zu sein. Keine größere Ehre müsse es für jeden einzelnen geben, als Angehöriger der deutschen Nation zu sein. Steht der letzte Straßenfeger mir darin nahe, dann schätze ich ihn höher als jeden, der anders denkt. (Lebh[*after*] Beifall.) Wenn dieser Gedanke erst das ganze Volk durchziehe, dann stände unser Volk anders da.

Wenn es auch keine Wunder gebe, so sei es doch wunderbar, daß sieben unbekannte Frontkämpfer die große Bewegung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hervorgerufen hätten, die es auf 6 1/2 Millionen Stimmen gebracht habe [5].

Der Redner wandte sich dann verschiedenen Einzelfragen zu. Unter starkem Beifall verurteilte er alles Fremde und Undeutsche in Kunst und Literatur mit dem Hinweis auf die reichen Kulturschätze des deutschen Volkes, trat für die Reinerhaltung der deutschen Rasse ein, verurteilte die demokratische Verfassung von Weimar, betonend, daß das Mehrheitsprinzip stets der Mittelmäßigkeit diene, und wies den Pazifismus, der nicht auf die eigene Kraft vertraue, zurück. Das deutsche Volk müsse eine lebendige Volksgemeinschaft unter großen Führern bilden, die ihm zu gegebener Zeit aus allen Volksschichten sicher erstehen würden. Nachdrücklich warnte der Redner vor allem Kleinmut und Wankelmut. Ein Deutschland solle erstehen, das allen Volksgenossen Arbeit und Brot gebe, dessen sich die lebende Generation im Gedanken an das glanzvolle freie Deutschland vor dem Kriege den nachfolgenden Geschlechtern gegenüber nicht zu schämen brauche. [6]

4 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.
5 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.
6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

30. November 1930 Dok. 34
Anordnung

VB vom 6.12.1930.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1930 wird bei der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei *eine Rechtsabteilung* errichtet, deren Leitung der Referent der Reichsleitung für Rechtsfragen Pg. Dr. *Frank* II [1], M.d.R., übernommen hat.

München, den 30. November 1930
gez. Adolf Hitler

30. November 1930 Dok. 35
"Gewährung von Rechtsschutz durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" Anordnung

Masch. Ausfertigung mit Vermerk "Abschrift", o. D.; Brandenburgisches LHA, Rep. 30, Berlin C, Tit. 95, Sekt. 9, Teil 2, Nr. 94.

Mit Wirkung ab 1. Dezember 1930 gelten für die Gewährung von Rechtsschutz durch die "NSDAP" folgende Vorschriften:

§ 1

Jeder ordnungsmäßig seinen Parteiverpflichtungen entsprechende Parteigenosse erhält bei bestimmten Rechtsanlässen kostenlose Rechtsbeistandschaft durch die Bewegung.

§ 2

Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der Sachverhalt, für den Rechtsschutz angefordert wird, bewegungswichtig und bewegungsbedingt [*sic!*] ist.

Bewegungswichtig ist ein Sachverhalt dann, wenn er seinen Ursachen, seinen Umständen und seiner Bedeutung nach für die Gesamtbewegung Beachtung beanspruchen kann.

---

1 Hans Frank (II) (1900-1946), Rechtsanwalt, 1924 Dr. jur., 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft und im Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1931/32 Leiter der Rechtspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 bayer. Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements, 1946 hingerichtet.

Bewegungsbedingt ist ein Sachverhalt dann, wenn er im Dienste an der Bewegung oder in der Zugehörigkeit zur Bewegung wurzelt. Als Dienst an der Bewegung gilt hierbei ausschließlich ein Verhalten, dessen Inhalt oder Zielrichtung einem Sonderbefehl eines autorisierten Führers oder einer allgemeinen Anordnung bzw. einem allgemeinen offiziellen Grundsatz der Bewegung entspricht.

§ 3

Hauptsitz der Rechtshilfe der "NSDAP" ist bei der Reichsleitung in München. Ihr Leiter ist der Leiter der Rechtsabteilung der "NSDAP" [1].

Zur Bewältigung der Aufgaben des Rechtsschutzes stehen der R[*eichs*]L[*eitung*]-R[*echtsabteilung*] in sämtlichen Großstädten Deutschlands juristische Hilfskräfte für Spezialaufgaben, Verteidigungen usw. zur Verfügung. Die interne Regelung dieser persönlichen Seite des Rechtsschutzes bleibt der RLR überlassen.

§ 4

Der Rechtsschutz wird unter der Voraussetzung des § 2 sowohl in strafrechtlichen wie disziplinarstrafrechtlichen, zivilrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten gewährt.

§ 5

Die Gewährung des Rechtsschutzes ist für die beteiligten Parteigenossen vollkommen kostenlos. Allenfalls entstehende Auslagen für notwendige Reisen, Aufenthalt, Verköstigung werden, soweit möglich, gleichfalls von der Partei getragen. Im Einzelfalle haften für derlei entstehende Unkosten jedoch zunächst die zuständigen Gauleitungen.

§ 6

Die entstehenden Gesamtkosten für die Gewährung des Rechtsschutzes an Parteigenossen werden im Umlageverfahren nach den Vorschriften des Reichsschatzmeisters [2] durch freiwillige Beiträge der Unterorganisationen, die dieselben an die Reichskassenverwaltung, Postscheckkonto 23319 München, in monatlich bestimmten und vorauszahlbaren Beträgen abführen, aufgebracht.

Rechtshilfe wird nur dann gewährt, wenn das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 durch die zuständige Gauleitung bestätigt ist.

Jeder Parteigenosse, der Rechtshilfe begehrt, hat sich daher auf dem Dienstwege mit seinem zuständigen Gauleiter in Verbindung zu setzen, den Antrag bei demselben schriftlich zur Begutachtung und Weiterleitung an die RLR einzureichen.

Sämtliche Rechtsschutzanträge sind mit der zusagenden oder versagenden Äußerung des Gauleiters versehen binnen 3 Tagen nach dem Einlauf des Rechtsschutzbegehrens bei der Gauleitung an die RLR weiterzugeben.

1 Vgl. Dok. 34, Anm. 1.
2 Franz Xaver Schwarz.

Die endgültige Entscheidung über die Gewährung des Rechtsschutzes liegt unter Ausschluß des Rechtsweges ausschließlich bei dem Vorsitzenden der Rechtsabteilung der Reichsleitung.

§ 7

Die näheren Ausführungsbestimmungen erläßt, soweit nötig, die RLR.

München, den 30. November 1930

gez. Adolf Hitler [3]

3 Fußvermerk: "An sämtliche Gauleitungen der NSDAP. An sämtliche SA-Dienststellen bis Gausaf. Für die Richtigkeit: gez. Bouhler, Reichsgeschäftsführer".

1. Dezember 1930 Dok. 36
Rede vor dem National-Klub von 1919 in Hamburg [1]

Masch. Aufzeichnung vom 2.12.1930; Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg [2].

Der Politiker darf nicht bei den Tagesfragen bleiben, sondern muß sich zum Prinzipiellen lenken. Da ergibt sich, daß das deutsche Volk zwar, wie immer, ein fleißiges, viel leistendes Volk ist, daß dadurch aber nicht die allgemeine Not verhindert wird. Wenn das 40 Jahre so weiter ginge, was bliebe dann übrig? Die Erfüllung der Tagesarbeit allein entscheide nichts. Die Leistung kann erst mit dem Unterbau von Prinzipien zur Geltung kommen. Große Resultate werden durch politische Fehler zerstört. In dieser Beziehung ist in den letzten 12 Jahren das Tempo des Marsches zur Katastrophe immer mehr beschleunigt worden. Jetzt nähern wir uns rapide der Katastrophe.

Wie ist das Leben unseres Volkes?

Früher wurden die überschüssigen Menschen exportiert. Dieser Export wurde später in Warenexport umgewandelt. Zu ihrer Produktion kamen die Menschen in die Stadt. Durch die Industrie und den Export wurde unser Schicksal an die Ketten der Weltwirtschaft gebunden. Früher hatten wir ein stehendes Heer von etwa 840.000 Mann [3], ebenso viele Menschen wurden durch die Kriegsindustrie beschäftigt. Diese - etwa 1 1/2 Millionen - sind zu Arbeitslosen geworden. Die Heeresarbeit war unproduktiv, aber sie erzog deutsche Männer zur Disziplin, was der Wirtschaft zugute kam, weil man gehorchen und befehlen lernte. Die heutige Disziplinlosigkeit ist durch das Fehlen der allgemeinen Wehrpflicht sehr vergrößert worden.

Der Krieg wird als Zerstörer der Wirtschaft hingestellt. Das ist eine bewußte Unwahrheit. Er hat die inneren Werte nicht angegriffen, sondern nur eine Sperre über das nationale Eigentum gelegt. Er hat das Vermögen des deutschen Volkes unbelastet gelassen, nur ist deutsche Arbeitskraft eingesetzt worden, nicht die unersetzlichen Grundwerte.

Nach dem Krieg wurden die 850.000 Soldaten abgeschafft und ebenso viele Arbeiter.

Die Arbeitslosenzahl vermehrte sich auch dadurch, daß die Verbindung mit dem Ausland nur langsam angeknüpft werden konnte. Die innere Ordnung des Wirtschaftslebens war zerstört. Deutschland mußte den verlorenen Weltwirtschaftsmarkt wieder gewinnen. Der Wirtschaftler denkt, das gelinge mit niedrigen Preisen und erster Quali-

1 Im Festsaal des Hotels "Atlantic", von 21.00 bis 23.30 Uhr. An der geschlossenen Versammlung des "National-Klubs von 1919" nahmen laut Bericht im Hamburger Echo 459 Personen teil, darunter zahlreiche Angehörige der vornehmen Hamburger Gesellschaft. Nach seinem Vortrag setzte Hitler bei einem Essen im "Atlantic" seine Ausführungen vor einem kleineren Kreis von etwa 40 Personen gesprächsweise fort.

2 Druck: Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963, S. 309-314. Vgl. auch Welt am Montag vom 8.12.1930, "Hitler vor den Hamburger Millionären"; Hamburger Echo vom 14.12.1930, "Nummer 172".

3 Die Friedenspräsenzstärke der Kontingente der deutschen Bundesstaaten umfaßte am 1.10.1913 750.861 Mann, die der kaiserlichen Marine 73.149 Mann. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1913, S. 329 f.

tät. Der Politiker versagt sich dieser Hoffnung. Mit Tüchtigkeit kann man produzieren, aber nicht verkaufen. Außerdem lernen die anderen Völker mehr und mehr, ihre Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Dazu trägt bei die Ausbildung von Angehörigen fremder Länder auf deutschen Hochschulen. Das überreiche Amerika erobert die ganze Welt mit seinen unbegrenzten Möglichkeiten. Der Weltabsatzmarkt wird immer mehr berannt.

Durch Überindustrialisierung wachsen die großen Städte. Zugunsten der Stadtbevölkerung wird demokratische Politik getrieben, von der die Landwirtschaft ruiniert wird.

Aus diesem so schwer heimgesuchten Volk werden die Tribute herausgeholt. Das Ausland erklärt sie für erträglich, weil 47 Milliarden [*RM*] Gehälter und Löhne bezahlt würden. In Wirklichkeit sind es nur 6-8 Milliarden, die im Kreislauf immer wiederkehren. Das Vermögen des Volkes ist verloren gegangen. Was der Krieg nicht zerstört hat, ist in den letzten 12 Jahren versilbert und verpfändet worden. Aber selbst vor dem Krieg hätte Deutschland solche Tribute nicht leisten können. Heute muß das Ende der Zusammenbruch sein. Denn es kann immer nur experimentiert werden, wie Absatz zu gewinnen ist, damit die vielen Millionen erzielt werden.

Öffentliche Ruhe und Ordnung können nicht nur durch Polizei und Heer geschützt werden. Zu sichern sind sie nur durch sittliche Staatsordnung und durch die Eingliederung aller in diese Staatsordnung. Nicht Sanierung der Finanzen, nicht Einzelaktionen können uns retten. Auch die Nationalsozialisten nehmen Sanierungen vor, besonders durch Prüfung der Beamtenverhältnisse. Hier zeigt sich, daß man den kleinen Leuten große Abzüge macht, daneben aber ungezählte Tausende nur aus Partei-Protektion neu anstellt. (Lauter Beifall.) Auch wir sind von der Notwendigkeit der Steuern und des Abbaues überzeugt, aber die Katastrophe kann nicht dadurch abgewendet werden. Das ist nur möglich durch Beseitigung der Tribute. Hierfür sind die Wege zu suchen. Manche sagen, nach einigen Jahrzehnten sind wir ja mit den Tributen fertig. Ich aber sage, schon viel früher sind wir selbst fertig. Denn wir gelangen nicht an die Rohstoff-Quellen. Diese und die Absatzmärkte werden nicht durch Geschicklichkeit des Kaufmannes gewonnen, sondern nur durch die Kraft der Völker. Durch den Kampf, Krieg und Frieden sind die zwei Erscheinungsarten dieses Kampfes. Gegenstand des Kampfes darf immer nur die Erhaltung des Volksgutes sein, einerlei, ob man wirtschaftlich kämpft oder Krieg führt. Die politische Macht kann nicht durch die Wirtschaft wiedergewonnen werden, sondern nur durch Kampf. Die lebendige Volkskraft muß für die Erhaltung des Staates eingesetzt werden. Erst unter dem Schutz des starken Staates kann die Wirtschaft existieren. Auch vor dem Krieg ist die Blüte der Wirtschaft erst durch die Blüte des Staates herbeigeführt worden. Mit der politischen Macht sinkt jetzt die Wirtschaft. So wird es auch anderen Völkern gehen. Darüber, ob England oder Indien siegt, wird dadurch entschieden, daß sich zeigt, welche Rasse in den Kampf die größte Kraft hineinlegen kann.

Seine Kraft kann Deutschland vermehren, wenn es den Binnenmarkt durch Kultivierung des Bodens und die daraus sich ergebende Konsum-Erholung stärkt. Aber es handelt sich nicht lediglich darum, im Innern Boden zu gewinnen. Es ist *Irrsinn*, wenn Deutschland verhungern soll, wo doch nebenan faule Völker weite Gebiete unausgenutzt lassen. Will man diese Gebiete, so geht das nur vermöge des Rechts des Stärkern.

Wie kommt unser Volk aber zur politischen Stärke? Sie wird nicht lediglich durch die Menge von Waffen und Soldaten entschieden, sondern durch die Gesamtsumme der Fähigkeiten, aus der sich die politische Kraft ergibt. Heer und Waffen wechseln und vergehen. Aber ein Volk mit starkem Willen und fester Entschlußkraft bleibt an der Spitze, während ein Volk, das diese Tugend verliert, zerbrechen muß. Vor allen Dingen ist notwendig die Fähigkeit des universalen Denkens und das Interesse, die Hingabe für das staatliche Leben. Das wurde im Frieden beeinträchtigt dadurch, daß die Deutschen zu sehr Spezialisten wurden, deren Leistungen allerdings im Kriege hell erstrahlten. Das Spezialistentum, das sich verliert in die Einzelarbeit, ist nicht so schlimm, wenn die Nation regiert und kluge Führer hat. Fehlen sie, dann wird das staatsabgewandte Spezialistentum dem Leben der Nation gefährlich und sie wird Spielball geschickter Agitatoren. In alter Zeit hatten die Deutschen zur Grundlage das Christentum. Sie wurden durch den 30jährigen Krieg zertrümmert. Nach Jahrzehnten entstand dann der neue Staatsgedanke, der von Preußen ausging. Die neue Zeit hat an die Stelle des Begriffes Staat die Tatsache *Volk* gestellt. Der Staat ist die Form, den Inhalt gibt das Volk. Aber die staatliche Basis wird, wie einst durch die Konfession, heute gebildet durch die Gegensätze von Nationalismus und Sozialisierung [*sic!*]. Dieser Riß geht durch die Mitte aller Kreise. Es stehen sich gegenüber die Handarbeiter und die intellektuellen Bürger. Eine Masse von vielen Millionen erklären [*sic!*], sich heute nicht mehr für die Gesamtheit einzusetzen, sondern nur noch für ihre Interessen. Das begann schon im Krieg, die großen Organisationen marxistischen Charakters zeigten, daß sie den Kampf gegen fremde Völker nicht mehr mitmachen wollten. Heute erklären die Millionen von Kommunisten offen, daß sie nicht mehr für ihr Volk kämpfen, sondern nur für den Sieg der Weltrevolution. Schon wegen der Kommunisten kann Deutschland nicht mehr nach auswärts kämpfen. Auch könnte die Reichswehr, selbst wenn die Verträge [4] kein Hindernis wären, nicht mehr auf 4 Millionen gebracht werden. Denn die Nation wird durch die Klassenspaltung gelähmt, mit Steuern können wir zwar einzelnes leisten, nicht aber die politische Kraft herstellen. Das wäre selbst dann nicht möglich, wenn die Umwelt uns günstiger wäre. Nur ein politisch kräftiges Volk könnte wieder zum Machtfaktor werden, mit [*sic!*] dem sich die verbündeten anderen Völker Vorteile versprächen. Denn nur solche Bündnisse, die vorteilhaft sind, haben Bestand. Sympathie und Treue genügen nicht. Auf diesen Gedanken beruhte der Rückversicherungsvertrag mit Rußland [5]. Heute werden von den Regierenden und auch von den Massen solche Erwägungen nicht angestellt. Sie rechnen mit dem Wunder. Willenlos unterwirft man sich dem heutigen schweren Schicksal. Das ist Feigheit. Dabei ist dieses Schicksal vorauszusehen gewesen, ist von Bismarck immer prophezeit worden. Die Parteien können es nicht wenden. Sie bringen keine tiefe Bewegung in das Volk, wirken nur an der Oberfläche. Sie geben dem Volk keine Ideale. Sie können daher nichts ausrichten gegen das in verhängnisvollen Ideen verkörperte Sowjet-Symbol. Man sage nicht, das deutsche Volk

4 Gemeint sind die im Versailler Friedensvertrag festgelegten Beschränkungen für die deutschen Streitkräfte. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff.

5 Hinweis auf das 1887 für drei Jahre abgeschlossene geheime Neutralitätsabkommen zwischen Rußland und Deutschland.

habe keinen Sinn für Ideen. Das Gegenteil hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt. Hunderttausende haben in den Zeiten des Religionskampfes nach der Reformation für die religiöse Idee geblutet. Ohne Ideen, ohne Ideale, das sagt gegen den Schluß Hitler, geht ein Volk zugrunde. Orkanartigen Beifall entfesselte er mit dem Satz: *"Wenn der letzte Mensch aufhört, Idealist zu sein, so sind die ersten längst zu reißenden Wölfen geworden."* Will der Sozialismus Ideale erwecken, so muß er seine Interessen denen der Gesamtheit unterordnen. "Ich habe mich nur einer Doktrin verschrieben: Es ist alles recht und gut, was dem Besten meines Volkes dient." (Brausender Beifall.) Mein Ziel ist, dem Volksgedanken die Millionen seiner Arbeiterschaft wiederzugeben. Das geht nur mit ehrlicher Überzeugung von dem Ideal. Hierfür gibt es nur zwei Linien: Erhaltung der nationalen, unabhängigen Wirtschaft und Erhaltung eines gesunden deutschen Arbeiters, eines gesunden deutschen Volkes. Daß solche Linien möglich sind, zeigt der heutige italienische Staat. Aber selbst wenn wir dieses Beispiel nicht hätten, müßte es bei uns gehen. Voraussetzung dafür aber ist die Befreiung von drei Lastern: Wir müssen den Internationalismus ablegen, müssen Abschied nehmen von dem Gesetz der Demokratie, der Geist muß wieder in seine Rechte eingesetzt werden zur Wiedergewinnung des Idealismus. Wir müssen uns frei machen vom Pazifismus, mit dem nichts zu erreichen ist. Es gilt nicht das Wort: "Mit dem Hute in der Hand, kommt man durch das ganze Land", sondern: In der Welt kommst Du nur weiter mit der Faust. Nicht, als ob man mit ihr fackeln sollte. Ebensowenig aber ist die Welt zu gewinnen durch den Gedanken der Versöhnung. Sondern es heißt: Suchen, finden, erkämpfen sein Recht. Brausender Beifall folgte. [6]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

4. Dezember 1930 Dok. 37
"Der Weg des neuen Deutschlands und die Aufgaben des jungen Akademikertums" [1]
Rede auf NSDStB-Versammlung in Berlin [2]

VB (Berliner Ausgabe) vom 9.12.1930, "Volk und Vaterland sind für uns zwei heilige Begriffe" [3].

Die Erkenntnis ...

Völker und Staaten gehen nicht an verlorenen Kriegen zugrunde. Wenn dennoch die Geschichte vom Untergang von Rassen, Völkern und Staatsgebilden berichtet, dann müssen die Ursachen tiefer liegen. Immer gab es Propheten, die das voraussahen und verspottet und verlacht wurden. So wie man Ihnen heute sagt: Deutschland kann nicht zugrunde gehen! so wird man einst auch gesagt haben, daß Rom, Athen, Babylon nicht zugrunde gehen könnten. Denn *die Masse dachte und denkt nie an die Zukunft,* ist immer zufrieden, daß sie im Augenblick lebt, und sie sieht das Leben immer nur als die Reihenfolge tagtäglicher Ereignisse, Hoffnungen und Begierden. Sie besitzen nicht den Blick, das Ende einer Entwicklung zu erkennen. *Aber kalt, kühl und logisch muß die Gegenwart an den Maßstäben der Vergangenheit gemessen werden*, und der Staatsmann wird daraus die Erkenntnis ziehen und die Kampfmittel seiner Zeit mit den Erfahrungen der Vergangenheit in Übereinstimmung zu bringen versuchen. Unser Zeitalter wird so gern als materiell bezeichnet. An die Stelle von Idealismus wird eine nüchterne Realität gesetzt, die mit ihren Betrachtungen dem Augenblick zu nützen glaubt. Man lehnt feierlich ab, was die Vergangenheit ihr Ideal nannte, heldische Tugenden und Mut. An ihre Stelle stellt man wirtschaftliche Notwendigkeiten. Aber damit setzt die Schwächung der politischen Kraft der Nation ein und bringt auch den Verfall dessen, was die "Realisten" anbeten. Der Götze Wirtschaft bricht zusammen, das materielle Ich wird vernichtet. Und da fragt es sich dann, ob ein Volk ins Chaos stürzt, oder ob in ihm Tugenden wach werden, die die Nation wieder zur Macht führen.

Der Idealismus muß den Materialismus naturnotwendig überwinden ...

Die Straße des Materialismus ist für die Allgemeinheit breit und bequem. Sie geht sich leichter, denn sie führt abwärts. Der Weg des Idealismus ist schwer und steil, denn wer ihn beschreitet, dem kann nicht versprochen werden: Dein Schicksal wird sich morgen bessern! Dem kann nur gesagt werden: *"Du mußt für die Gesamtheit kämpfen,* du mußt dich dafür *selbst* einsetzen." Von ihm wird sogar verlangt, daß er notfalls seine ei-

---

1 Titel nach Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 172.

2 In Hauptsaal der Gaststätte "Neue Welt", nach 20.00 Uhr. Die von der Ortsgruppe Berlin des NSDStB anläßlich der bevorstehenden Hochschulwahlen einberufene öffentliche Versammlung wurde von NSDStB-Ortsgruppenführer Heinrich von Bünau geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Laut Bericht in Der Angriff nahmen über 5.000 Studenten der Berliner Universität und der Technischen Hochschule teil.
Am Vortag hatte Hitler im Hotel "Rheingold" in Berlin vor der NSDAP-Reichstagsfraktion über die taktischen und politischen Richtlinien der NSDAP gesprochen.

3 Vgl. auch Der Angriff vom 5.12.1930, "Der Himmel schenkt nicht den Feigen Freiheit"; Berliner Lokal-Anzeiger vom 5.12.1930, "Hitler in der Hasenheide"; Deutsche Zeitung vom 5.12.1930, "Hitler bei den Berliner Studenten"; Berliner Tageblatt vom 6.12.1930 (MA), "Für und gegen den Krieg".

gene Existenz für die Gesamtheit hingibt, von ihm wird Opfer verlangt. Vielleicht verliert er sein Brot für das Brot der Nation. Aber *wenn Materialismus und Idealismus miteinander kämpfen, dann siegt doch nach einem ehernen Gesetz immer der Idealismus.*

Die heroische Idee sammelt die heroischen Elemente ...

Die Sammlung der besten Kräfte unseres Volkes muß so durchgeführt werden, daß sie *das Schwergewicht der Nation* darstellt. Aber heroische Ideen sammeln auch immer die heroischen Elemente, und dann findet sich eine Minorität zusammen, *die zur historischen Minorität wird, die die Geschichte macht.* Der Krieg hat eine entsetzliche Wertauslese gebracht. Hunderttausende sind dem Feinde als Zielobjekt zum Opfer gefallen. Eine Verschiebung trat ein, die minderwertigen Kräfte wurden konserviert, *die schlechten Elemente beherrschten die Situation,* die besseren waren zum Schweigen verurteilt. 12 Jahre herrschte der Tiefstand. Wir sahen den Egoismus als Triebkraft und leitende Idee. Ginge das so weiter, dann würde die Geschichte von denen gemacht werden, die noch immer Völker beseitigt und Nationen zerstört haben. So muß sich für uns zeigen, daß wir die nachwachsende Jugend sammeln und organisieren können und *durch heroischen Idealismus die anderen überwinden.*

Die neue Plattform ...

Ein Blick in die Werkstatt, auf die Straße, in die Hörsäle zeigt *überall Menschen von höchstem Wert*, genauso wie Leute ohne Wert. Auch bei Spartakus-Naturen können sich innere Höchstwerte zeigen, aber die verkalkte Gesellschaftsordnung läßt zu, daß sie *vom Untermenschentum organisiert* werden. Kommt die Organisation der Besten nicht, so wird die der Gemeinheit triumphieren, auch angeführt von fähigen Köpfen, und zertrümmern, was Jahrtausende gebaut haben. Die bisherigen Bewegungen waren gar nicht fähig, dem zu begegnen, teilweise waren sie von Standesdünkel erfüllt oder durch Klassenbewußtsein gehemmt, eingekapselt in die Begriffe Bürgertum oder Proletariat. Der Name Nationalismus oder Sozialismus bezeichnete Lebensstellungen und ließ nicht zu, daß neue Werte geschaffen wurden. *Das mangelnde Gemeinschaftsgefühl wandelte sich in gegenseitigen glühenden Haß.* Die Aktivität Deutscher wandte sich nur gegen Deutsche. Damit näherten wir uns dem Zustand nach dem Dreißigjährigen Krieg, in dem sich Protestantismus und Katholizismus hemmend und trennend gegenüberstanden. Darum muß *eine neue Plattform* geschaffen werden. Einmal war es der brandenburgisch-preußische Staatsgedanke, der zur Überwindung der inneren Gegensätze und zu grandiosen Leistungen befähigte, heute muß der Gegensatz zwischen Bürger und Proletarier überwunden werden, denn der Aufstieg jeder Nation *kann nur unter gemeinsamen Parolen* stattfinden. Wir müssen den Spalt schließen und die Kräfte wieder auf neuer Plattform sammeln.

Unser Volk muß sich mit seinem ganzen Krafteinsatz den Völkern gegenüberstellen, denn nicht mit der besten Wirtschaftstheorie und guter Ware setzt sich ein Volk durch, sondern nur, wenn es gewaltigsten Lebenseinsatz in die Waagschale werfen kann. *Das Schwert hat noch immer zuletzt entschieden.* Dazu müssen wir die Wunden im Volkskörper schließen, und wenn das nicht gelingt, dann ist alle Tagesarbeit und alles Studium vergeblich.

Wir sind ein Volk ...

Die neuen heroischen Ideen werden sich durchsetzen, den Bauern vom Pflug reißen, den Studenten aus dem Hörsal, den Arbeiter aus der Fabrik, und sie alle sagen lassen: *Wir sind ein Volk.* Das ewige Band der Gemeinsamkeit unseres Blutes wird sie umschließen. Die Besten werden kommen und werden das Volk zusammenschließen zu einem Hoffen und einem Glauben.

Dann zeichnet Adolf Hitler das grandiose Bild dieser Besten unseres Volkes, die sich schon jetzt in der Partei zusammengeschlossen haben und opfernd in der S.A. und S.S. kämpfen.

Wird ein Volk vom Laster geführt, so ergibt es sich dem Laster, führt aber der Idealismus, so wird er das Volk auch dazu erziehen, und es wird ihm im großen Erkennen folgen. Dann wird der gebildete Mensch an seiner Seite den wertvollen Menschen aus der Fabrik wiedererkennen, und der Proletarier wird in dem früher Bekämpften den Kameraden achten, der tapfer mit ihm steht, und *aus gemeinsamen Opfern wird die Wertschätzung erwachsen.* Im Frieden wird so die Kameradschaft blühen, die bisher nur der Krieg kannte.

Jugend muß gutmachen, was das Alter verdarb ...

Sie - wandte sich Hitler direkt an die Akademiker - haben viel gutzumachen. Sie haben mit uns die Kluft zu beseitigen, die durch unser Volk geht und die das Bürgertum mitverschuldet hat.

Es ist entsetzlich, wenn in den Zeitungen von unseren Wahlsiegen geschrieben wird: Bürgerlicher Rechtssieg! *Nein und dreimal nein: Deutscher Sieg!* muß es heißen!

Da braust gewaltiger Jubelsturm auf. 5.000 Studenten zeigen dem Führer, daß sie vom Bürgertum abrücken und nur Deutsche, nichts als Deutsche, Kameraden ihrer Arbeitsbrüder in den Fabriken sein wollen.

Die deutsche Jugend muß gutmachen, was das Alter verdarb. Sie muß den Weg zum deutschen Arbeiter finden. Wenn der Arbeiter opfert, dann muß sie erkennen, daß auch sie zum Opfer verpflichtet ist. Dann wird am Ende in Deutschland nicht eine Partei siegen, sondern das Gesetz zur Wiederherstellung der deutschen Kraft. Volk und Vaterland müssen für unser ganzes Volk die beiden heiligen Begriffe sein, die *unverrückbarer Inhalt unseres Lebens sind.*

Hinein in das Leben der deutschen Zukunft ...

5. Dezember 1930 Dok. 38
Rede auf SS-Versammlung in München [1]

VB vom 7./8.12.1930, "Der Kampf geht auch um die Freiheit der Seele".

Wir begehen jetzt wieder das Fest, das uns Deutschen wohl am meisten zum Herzen spricht und zu Herzen geht, allerdings in einer Zeit, die uns nicht so beschaulich erscheint als vor 20 und 30 Jahren. Es ist eine *Zeit der bittersten Not* und sehr großer Sorgen, für unsere Kameraden eine Zeit großer Verfolgungen und ununterbrochener schwerer Opfer. Das zweite lebende Bild, das Sie hier gesehen haben (Weihnachten im Gefängnis) [2], trifft gerade in diesen Monaten auf viele Hundert unserer Kameraden und deutscher Volksgenossen zu, deren einziges Verbrechen ist, sich nicht gebeugt zu haben und sich nicht beugen zu lassen. Und so ist eigentlich dieses Fest für uns Nationalsozialisten gerade in diesem Jahre überschattet von Not und Sorge. Viele Familien haben keinen Ernährer, Mütter klagen um ihre Söhne, Kinder um ihre Väter - es ist ein trauriges Fest in diesem Jahre!

Und trotzdem läutet aus diesem Feste heraus für uns auch wieder eine Zuversicht. Es gibt wohl kaum jemanden, zum mindesten keinen Nationalsozialisten, der nicht durchdrungen ist von der Überzeugung, daß Kampf und Sorge der Gegenwart zu einem großen Erfolg führen muß und führen wird, dank den Opfern derer, die heute das Braunhemd mit schwarzen oder braunen Mützen tragen.

Wir alle wissen und sehen es vor uns, daß die schlimmste Zeit wahrscheinlich schon hinter Deutschland liegt (starker Beifall), daß vielleicht jetzt noch einmal die alte Gewalt sich aufbäumt, zum Terror greift und Recht und Gesetz bricht, allein, daß es doch das letzte Aufbäumen sein wird, die letzte Aktion der Gegner, und daß gleichlaufend mit ihrem Bestreben einer deutschen Unterdrückung auch bereits die deutsche Erhebung geht, die wir durch alle deutschen Gaue jetzt sich verbreiten sehen.

Gestern abend sprach ich in Berlin vor 5.000 Studenten [3], heute in München, übermorgen in Württemberg [4], dann in Mitteldeutschland [5], so landauf, landab, überall dasselbe Bild: *Kein Saal ist mehr groß genug, um die Massen aufnehmen zu können,* die heute die deutsche Freiheitsbewegung auf die Beine gebracht hat. *Überall derselbe Glaube und Fanatismus und dieselbe blinde Überzeugung:*

Unser wird der Sieg sein! (Stürmischer Beifall.)

Und dieser große Glauben kann bei uns an Weihnachten sogar noch gestärkt werden. Denn wir haben ja in diesem symbolischen Fest das unsterbliche Beispiel vor uns, was aus Kleinstem werden kann, was aus Kleinstem sich zu erheben vermag. Und wir dürfen

1 Im "Bürgerbräukeller", abends. An der geschlossenen Weihnachtsfeier von SS und NSDAP nahmen laut VB neben zahlreicher anderer Parteiprominenz auch August Wilhelm Prinz von Preußen und der Reichsführer der SS Heinrich Himmler teil. Als erster Hauptredner sprach Gauleiter Adolf Wagner. Anschließend wurden drei lebende Bilder mit dem Titel "Ausmarsch ins Feld 1914", "Weihnachten im Gefängnis" und "Deutschlands Erwachen" gezeigt.

2 Vgl. den Bericht im VB vom 7./8.12.1930, "Weihnachtsfeier unserer Schutzstaffel".

3 Vgl. Dok. 37.

4 In Stuttgart. Vgl. Dok. 39.

5 Am 11.12.1930 in Braunschweig. Vgl. Dok. 40.

heute vielleicht für uns Nationalsozialisten mit Recht bekennen, daß wir mehr als *politisierende Diener der Religion* der Religion dienen, indem wir sie nicht mit Politik vermengen, aber in unserem politischen Handeln Prinzipien verfechten, für die einst Christus geboren und für die [*er*] verfolgt und von den Juden ans Kreuz geschlagen worden ist. (Brausender Beifall.)

Und wenn uns heute Verblendung, Torheit, Neid, Eifersucht sogar verleumden und herabsetzen möchten, dann wissen wir doch, daß einmal auch hier die Zeit kommt, die uns recht gibt, und daß die Zeit kommt, die mit ganz anderen Verhältnissen als die Gegenwart aber auch dieses Fest noch feiern wird, die Zeit, in der unser Volk wieder den Frieden erhalten haben wird, der ihm gebührt und *den wir ihm erobern und erkämpfen wollen.*

Dann beginnt an diesem Tage ja auch nur ein großer Lebenskampf, ein *unsterbliches Ringen* und nicht schwächliche Ergebung: Indem wir unser Christentum so auffassen, fühlen auch wir uns verpflichtet, unser Volk diesen Weg des Kampfes zu führen, soll es das erreichen, was durch dieses Fest den Menschen gegeben ist.

Denn wenn die Not zu lange dauert und die rote Fahne sich erhebt, wird auch dieses Fest sein Ende nehmen. *Wenn über Deutschland der rote Geist sein Unwesen treibt, dann wird nach zwei oder drei Generationen dieses Fest auch aus Deutschlands Gauen verschwunden sein! Der Kampf heute geht nicht nur um eine Freiheit im Sinne äußerer Machtvollkommenheit und äußeren Machtzuwachses, nein,*

auch um die Freiheit der deutschen Seele,
um die Freiheit unseres Glaubens, die Freiheit unserer heiligsten Überzeugung.

Und wir haben auch hier Trost und Zuversicht, daß dieser Kampf nicht umsonst ist, sondern schon heute mehr und mehr sich dem Siege nähert.

Wir haben die feste Überzeugung, daß vielleicht schon das nächste Christfest Deutschland oder große Teile Deutschlands in anderer Verfassung sehen wird und daß vielleicht das zweitnächste schon verbunden ist mit dem Läuten der Glocken, die die Freiheit begrüßen! (Stürmischer Beifall.)

Das, meine lieben S.S.- und S.A.-Kameraden und meine lieben Volksgenossen, ist die *Aufgabe*, die wir uns auch an dem Tag genau so stellen müssen wie bisher bei jeder Gelegenheit in unserem Ringen. Auch dieser Tag muß ein *Gelöbnis* sein, daß die Zeit kommt, die die Erfüllung dessen bringt, was wir in Erfüllung sehen möchten.

Es wird uns nichts geschenkt werden,
diese Zeit nicht und ihre Erfüllung nicht. Wir müssen sie erkämpfen und mannbar erkämpfen, tatkräftig und mutig. Wir wollen daher an dem Tag geloben, daß wir auch die kommende Zeit wieder mit einem Leben erfüllen des Kampfes, des Mutes, der Tatkraft und der Arbeit, ununterbrochen und unermüdlich, auf daß die große Sehnsucht und die große Hoffnung unseres Volkes dann in Erfüllung geht.

Sie, meine lieben Freunde, haben heute die schwerste Arbeit. Sie haben heute die größten Opfer und das bitterste Leid zu tragen. Ihnen wird auch, meine lieben Braunhemden, einmal das Größte dafür zuteil werden! (Donnernder Beifall.)[6]

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. Dezember 1930 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

NS-Kurier (Sonderausgabe) vom 13.12.1930, "Hitler spricht zu 30.000" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Sie alle, die Sie hier versammelt sind, werden von dem Gefühl erfüllt sein, daß das Ziel einer Bewegung, die zu einer solchen Aufrüttelung des deutschen Volkes geführt hat, nicht gemessen werden kann an einzelnen sogenannten "Tagesfragen".

Die Sie in dieser überwältigenden Masse zusammengeströmt sind, werden wohl das Bewußtsein in sich tragen, daß Sie hier nicht etwas zu hören bekommen über diese oder jene Steuer oder andere Verordnung, über Tagesangelegenheiten und dergleichen. Was Sie, wie überall in Deutschland, in solchen Massen zusammenströmen läßt, was zu solcher Erhebung unseres Volkes führte, das ist mehr als nur das Interesse am Abrollen der täglichen Ereignisse. *Es ist das Gefühl, daß unser Volk wiederum an einem Wendepunkt seiner Geschichte steht, daß unser deutsches Volk wieder befragt werden wird, wie und ob es sein Leben in Zukunft erhalten und bewahren soll, und daß das deutsche Volk diese Frage diesmal bejahen will!*

Wir alle werden wohl auch das Gefühl haben, daß wir in dem großen Augenblick, in dem wir hier sitzen, seien wir nun Angehörige eines Standes: Beamte, Techniker, Arbeiter, Städter oder Bauern, Handwerker oder Ingenieure, uns nicht in erster Linie mit den Angelegenheiten einer Partei, eines Berufes oder einer Konfession befassen wollen, sondern daß wir in dieser Stunde nur wieder das *eine* Ziel kennen:

Deutsch sein und sonst gar nichts! (Langanhaltender, brausender Beifall.)

Eine Stunde lang wollen wir jetzt alles das, was uns im Alltagsleben aufgerüttelt hat, abstreifen, eine Stunde lang uns entfernen von der Spaltung und dem Riß in unserer Wirtschaft, wollen eine Stunde lang nur als Deutsche denken, unsere Lage ansehen und als Deutsche einen Entschluß fassen!

Es sind nun bald zwölf Jahre vergangen, seit unser Deutsches Reich den folgenschwersten Schritt im Laufe seiner Geschichte vollzogen hat, und ich darf hier voraussetzen, daß wir alle, die wir als Führer vor Ihnen stehen, an diesem Schritt, wie an dem, was darauf erfolgt ist, gänzlich unschuldig sind. Als der Krieg ausbrach, war ich fünfundzwanzig Jahre alt. Die meisten meiner Mitkämpfer waren nicht älter, eher jünger. Wir

---

1 In der Stadthalle, nach 17.00 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht über 20.000 (NS-Kurier: 30.000) Personen teilnahmen, von denen ein Teil die Rede außerhalb der Halle über Lautsprecher verfolgte, wurde von Gauleiter Wilhelm Murr geleitet und mit einer Ansprache eröffnet.
An einer Gegenkundgebung der SPD, der Vereinigten Gewerkschaften und einiger nahestehender Verbände, auf der MdR Kurt Schumacher (SPD) sprach, nahmen laut Polizeibericht etwa 15-16.000 Personen teil, an einer Gegenkundgebung der KPD etwa 3.000 Personen.

2 Vgl. auch Stuttgarter Neues Tagblatt vom 8.12.1930, "Ein Sonntag der Demonstrationen"; Süddeutsche Zeitung für Deutsche Politik und Volkswirtschaft vom 8.12.1930, "Der Hitler-Tag in Stuttgart". Zum Gesamtablauf vgl. auch Lagebericht W 22 des Polizeipräsidiums Stuttgart vom 11.12.1930; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1760/301.

haben damals nicht politisiert, sondern wir haben uns als deutsche Arbeitsmenschen redlich und ehrlich unser Brot verdient, als der Krieg ausbrach, gingen wir dorthin, wo jeder anständige Mensch mit geraden Gliedern war. Und nun haben wir wieder als Soldaten unsere Pflicht erfüllt, haben viereinhalb Jahre nicht geredet, nicht politisiert, saßen in keiner Kammer und in keinem Parlament, sondern haben getan, was man uns befahl, und gut und redlich unsere Pflicht erfüllt. Dann kam die Stunde, in der wir in die Heimat zurückkehren durften und mußten. Wir trafen dort wieder Zustände an, für die wir nicht verantwortlich waren. Wir haben nichts zum Entstehen des Krieges beigetragen. Wir waren auch nicht für seine Folgen verantwortlich.

Namenloser einzelner war der kleine Frontsoldat in dem namenlosen Heer der zwölf Millionen.

Und als wir nach Hause kamen, trafen wir die Heimat in einem Zustande an, der von vielen als ein Segen angesehen wurde, den *wir* aber als ein Unglück empfunden haben.

Nun sind zwölf Jahre vergangen. Jeder Mensch, der nach zwölf Jahren ohne Voreingenommenheit, ohne durch die Parteibrille zu sehen, objektiv und nüchtern das Ergebnis nachprüft, muß zugeben, daß die gewaltigen Hoffnungen, die unser Volk damals gehegt hat, nicht in Erfüllung gegangen sind. Es muß zugegeben werden, daß unser Volk in einem schlimmeren und größeren Zerfall steht als je zuvor. Man sieht, wie unser Volk durch Not und Elend geht, langsam das gesamte nationale Eigentum verliert und keinen Ausweg mehr findet. Tag für Tag prophezeit man Besserung, und jede Partei verspricht dem einzelnen, daß *sein* Schicksal besser wird, wenn er diese oder jene Partei wählt.

Sie aber, meine Freunde, sehen immer mehr, wie das Schicksal des einzelnen dieser zweiundsechzig Millionen mit dem Gesamtschicksal dieser zweiundsechzig Millionen verknüpft ist! Sie werden durch solche Erkenntnis am ehesten befreit und geheilt von den Bestrebungen, auch von uns zu verlangen, daß wir vor den einzelnen hintreten und ihm sagen: Als Vertreter einer neuen Bewegung fordern wir dich auf, dich uns anzuschließen, damit es dir besser geht! Nein! Wir gehen bewußt einen andern Weg, wenn ich auch heute hier vor Ihnen nicht das geringste Versprechen gebe!

Ich rede nicht zu Ihnen in dem Sinne, daß ich sage: Wenn du dieser Bewegung beitrittst, dann wird *dein* Schicksal besser und leichter. Nein!

Ich will, ich kann und ich werde nicht lügen! (Langer, brausender Beifall und Heilrufe.)

Versprechen kann ich dem einzelnen nichts, sondern ich verlange vom einzelnen Opfer! (Abermals tosender Beifall.)

Es ist also der umgekehrte Weg, den wir Nationalsozialisten gehen. *Das Schicksal des einzelnen ist untrennbar verbunden mit dem Gesamtschicksal!*

Wenn unser ganzes deutsches Volksschicksal sich wendet, so wird die Besserung des Gesamtzustandes auch für den einzelnen vielleicht dereinst ein Leben schaffen, das, wenn auch nicht gerade schön zu nennen, doch ein Leben sein wird in Anstand, in Glück, in Freude und mit dem notwendigen Auskommen. Ich sehe über das ganze deutsche Volk hin, über diese zweiundsechzig bis siebzig Millionen Menschen, und blicke dabei auch über die Grenzen hinaus, dorthin, wo unsere Schwestern und Brüder wohnen ... (brausender, langanhaltender Beifall) ..., und ich sehe, wie diese Millionen hungern

und darben und nicht ernährt werden können. Zwei Wege gibt es hier nur: Entweder exportiert Deutschland und nimmt Anteil am Weltmarkt, an der Weltwirtschaft, - oder wir sorgen dafür, daß wir genügend Raum für unsere Bauern bekommen, und die unerträgliche Menschenansammlung in unseren Großstädten wieder ein Ende nimmt. *Beide Wege setzen voraus die politische Macht und politische Kraft unseres Volkes.*

Es gibt viele Menschen, die sagen, die Frage des Exports wäre nur eine Steigerung der Produktion, eine Herabsetzung der Gestehungskosten, eine Frage des Abbaues der sozialen Lasten und sozialen Verpflichtungen, eine Frage der Steigerung der Produktivität, der Arbeitsleistung und vielleicht auch noch eine Frage der technischen Geschicklichkeit unseres Volkes, eine Frage des Erfindungsgeistes.

Es gibt viele, die glauben, daß man allein damit langsam den Weltmarkt wieder würde erobern können.

Wir aber wenden uns gegen diese irrtümliche Auffassung, weil die Welt ein begrenztes Absatzgebiet darstellt, weil der Kampf der Nationen sich in dem Maße verstärkt, in dem sich die Zahl der Nationen vergrößert. *Letzten Endes ist die Frage der Beteiligung am Welthandel nicht eine Frage der Steigerung der Produktion, sondern ausschließlich eine Frage der Eroberung und Gewinnung des Absatzmarktes. Der Verkauf ist das wichtigste Problem, nicht die Produktion!*

Ein Dutzend Nationen sind heute angewiesen auf den sogenannten Welthandel, und am Ende wird in diesem Kampfe nicht das Volk siegen, das am billigsten und meisten produziert, sondern das Volk, das zugleich die größte Kraft in die Waagschale wirft: politische Macht, politische Kraft!

Deutschland hat die große Periode seines Aufstiegs nicht eingeleitet durch Steigerung der Produktion, sondern durch die politische Kraft, die das alte Reich der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellte. Erst ist ein "Leipzig" [3] gekommen! Erst ist gekommen ein "Sedan" [4]! Und nachher erst folgte der gewaltige Aufschwung der deutschen Wirtschaft, geschützt durch die deutsche Kraft. Seit aber nun die deutsche Kraft gebrochen ist, seitdem bricht auch die deutsche Wirtschaft zusammen.

Gewiß, es gibt auch heute noch Millionen, die bewußt erklären: Wir wollen keine deutsche Kraft! Die sagen: Wir kennen kein Vaterland! Es gibt Parteien, die in ihren doktrinären Urteilen das Volk belehren wollen: Wir brauchen keine nationale Kraft!

Sie sollen Brot schaffen, können es aber nicht!

Sie sollen der Nation Lebenswege freimachen, sie können es nicht!

Sie sollen Absatzmärkte erschließen! Sie vermögen es nicht!

Millionen Arbeitsloser sind die lebendigen Ankläger gegen die Schmälerung der deutschen Arbeitskraft. Die deutsche Wirtschaft steht der Welt gegenüber wehr- und schutzlos da, und wir haben es schließlich erlebt, daß man die Schiffe einer großen Nation beschießen kann, ohne daß selbst ein Protest dagegen losgelassen wird [5]!

---

3 Gemeint ist die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19.10.1813.

4 Gemeint ist die Kapitulation des französischen Kaisers Napoleons III. am 2.9.1870 bei Sedan.

5 Anspielung auf die Beschießung des deutschen Dampfers "Baden" durch ein Küstenfort des Hafens von Rio de Janeiro am 24.10.1930, die 27 Tote und 58 Verletzte zur Folge hatte. Vgl. Berliner Tageblatt (AA) vom 27.10.1930, "27 Tote auf der Baden".

Was soll denn der deutsche Kaufmann überhaupt noch draußen in der Welt versuchen?!

Nein, die Wirtschaft kann Deutschland nicht retten, wenn nicht wieder die deutsche Kraft hinzutritt! Aber die deutsche Kraft wird nicht wieder hinzutreten ohne ein einiges Deutsches Reich, ein Reich der Ehre und der Freiheit! Und dieses wiederum ist unmöglich ohne das Opfer! Das Opfer ist der Preis für die deutsche Freiheit! (Langanhaltender, tosender Beifall!)

Meine lieben Volksgenossen! Was ist nun eigentlich der Grund des Zusammenbruchs unserer Freiheit, von der man ein Jahrhundert lang erklärt hat: sie sei belanglos, und ein Jahrzehnt hindurch: das deutsche Volk habe kein Interesse daran! Bis schließlich die entscheidende Stunde kam, in der sich viele fragten: Sind wir denn überhaupt noch frei, oder sind wir es nicht mehr. Und welches Ergebnis hat diese Unfreiheit? Wir können darauf kurz folgende Antwort geben: *Der Verlust der Freiheit führt zum Verlust der Lebensliebe einer Nation von Menschen!*

Meine Gegner rufen mir immer zu: Reden Sie nicht von Ehre, reden Sie nicht von solch dummen Begriffen! Begriffe? Nein! Sie sind nur allzu realer Natur!

Warum ist es so weit gekommen? Das deutsche Volk tritt der Welt heute nicht mehr als ein Volksganzes entgegen, sondern als ein Sammelsurium von Berufen und Ständen, Parteien und Vereinigungen. Seit Jahrzehnten schon ist es in zwei Klassen gespalten: Seit Bismarck das Deutsche Reich geschaffen, begann die Zerreißung in diese zwei Klassen und Weltanschauungen.

Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen und alle anderen Staaten wurden einig, gewiß! Aber die Differenz dieser zwei Weltanschauungen wurde immer größer. *Der Dreißigjährige Krieg hat die deutsche Nation in zwei Hälften gespalten auf religiösem Gebiet! Hie Katholizismus, hie Protestantismus!* Diesmal vollzog sich die Spaltung auf anderem Gebiet: Seit der Reichsgründung nimmt die Kraft der Nation nach außen ab, nach innen wird sie gebunden, und die politische Kraft konzentriert sich immer mehr auf das eine, innerpolitische Kampfziel: *Hie Proletariat! Hie Bürgertum!* Das sind die beiden Pole, die einander gegenüberstehen und langsam zu einer Art neuen Glaubensbekenntnisses geworden sind! *Wir haben es erlebt, daß Millionen unseres Volkes nicht mehr bereit sind, ihre politische Kraft der Nation zu schenken, daß sie aber bereit sind, ihre Kraft in den Dienst einer Idee zu stellen, die nicht die Idee der Nation ist!* Sie sehen Menschen mit roten Fahnen, und es ist ein Bekenntnis, das ihnen auf den Lippen schwebt: Wir sind bereit für *unsere Idee* zu kämpfen, aber wir lehnen es ab, für den Begriff "Nation" uns einzusetzen. Unser Ziel heißt: "Proletariat!"

Die andere Seite lehrt nicht anders; sie hat ebenfalls nur Interessen! So tritt uns im Augenblick der größten Gefahr kein *Volk* mehr entgegen, sondern zwei Klassen schreien: Hier Bürgertum! Hier Proletariat! Hier Marxismus, Sozialismus! Hier bürgerliche Einstellung, Nationalismus. Und wir erkennen mit Entsetzen und Erschauern, daß über diesen beiden Begriffen ein Volk vollkommen zerfällt! Und wenn mir heute irgendein Journalist zuruft: Nehmen Sie doch zu den "Tagesfragen" Stellung! dann muß ich ihm erwidern: *Die grundsätzliche Frage unseres Volkes ist heute nicht mehr: Wie stehst du etwa zur neuen Steuerverordnung oder zu diesem oder jenem neuen Arbeitsgesetz? ...*

Nein, alle diese Fragen haben heute jedwede Bedeutung verloren. Es gibt nur noch eine einzige grundsätzliche Frage, und die ist:

Wollt ihr noch ein Volk sein, oder wollt ihr es nicht mehr sein? (Endloser, brausender Beifall, Händeklatschen und Heilrufe!)

Über Stände, Parteien, Konfessionen hinweg müssen wir die Möglichkeit erhalten zu einem nationalen Begriff, einem nationalen Gedanken und aus diesem heraus zu einer lebendigen nationalen Einheit!

Wollt ihr weiterleben nach kleinen und kleinsten Tagesfragen, weiter gespalten sein in Bürger und Proletarier -, oder wollt ihr in letzter Stunde in dieser Welt mit dem einen und einzigen Begriff dastehen, dem Begriff unseres Deutschtums, unseres deutschen Volkes?

Das ist die Frage, die heute gestellt wird.

Jede Generation hat ihre Frage. Einstens hieß sie: Protestantismus und Katholizismus; dann: deutsche Einigung, deutsche Freiheit oder napoleonische Knechtschaft; dann: Deutsches Reich, deutscher Staat oder Einzelgebilde. Preußen, Bayern, Sachsen, Baden usw. Und heute heißt die Frage:

Wollt ihr in erster Linie Bürger sein, Proletarier, Bauern, Angestellte, Arbeiter -, oder wollt ihr wieder in erster Linie Deutsche sein? (Händeklatschen, Heilrufe, langandauernder, brausender Beifall.)

Das ist die Frage, die unsere Generation beantworten muß -, die Frage, zu der wir Stellung zu nehmen haben, von deren Beantwortung die Zukunft des deutschen Volkes abhängt! Nicht von der Frage der Steuer- und Finanzgesetze oder der Notverordnungen, sondern nur davon, ob wir eines Tages der Welt gegenüber als Volk oder als Konglomerat gegenüberstehen wollen. Und diese Frage ist es, die uns aus allen Ständen und Lagern hier zusammenschließt.

Sie sind herbeigeströmt aus Bauernhöfen, aus Fabriken und Kontoren. Sie alle stellen sie! Und Sie fragen zudem: Wie läßt sich das deutsche Volk aus seiner Gespaltenheit wieder zusammenbringen? *Ja, das ist die Frage, die wir beantworten müssen und die wir auch lösen werden!* (Donnernder Beifall.)

Wenn man den Erklärungen der Parteigegner folgt, dann ist allerdings die Lösung dieser Frage vergeblich, denn beide Gruppen versichern, daß ein Zusammengehen von Sozialismus und Nationalismus unmöglich sei. Beide Gruppen versichern: Sozialismus kann niemals zusammen gebracht werden mit Nationalismus und umgekehrt.

Nun, meine teuren Freunde! In Wirklichkeit sind diese beiden Begriffe nicht im Volk gewachsen, sondern in das Volk hineingebracht worden; und das Volk legt sie so aus, wie man sie ihm beigebracht hat. Und wer hat sie ihm beigebracht? Das haben die Parteien gemacht, weil sie die Begriffe brauchen und ihre ganze Existenz auf diese Begriffe aufgebaut haben und noch aufbauen!

Wir müssen es entschieden ablehnen, daß über die Frage, ob die Begriffe Sozialismus und Nationalismus sich miteinander vereinigen lassen, die *Parteien* entscheiden. Wir sind der Meinung, daß darüber *nur Menschen* entscheiden!

Als wir im Jahre 1918 in die Heimat zurückkehrten, mußten wir uns die Frage vorlegen: Wer kann überhaupt in Deutschland objektiv über diese Begriffe urteilen? Und es gab in Deutschland damals nur eine Stelle, die keinem der beiden Begriffe für sich diente: das war

das deutsche Frontheer! Es hat nicht für eine "Arbeiterbewegung", nicht für das "Bürgertum", "Proletariat" oder für eine "Klasse" gekämpft, sondern für das deutsche Volk und für seine Freiheit! (Bravo! Bravo! Heil! Heil! Rauschender Beifall.)

Und das allein gab die Plattform für die objektive Betrachtung der beiden Begriffe "Sozialismus" und "Nationalismus"; und wenn mich heute einer von der linken Seite fragt: Wer gibt Ihnen denn das Recht, wer erlaubt Ihnen denn, sich zu vermessen, über diese Begriffe zu Gericht zu sitzen? so antworte ich ihm: Mein lieber Freund, das Recht nehme ich mir, weil ich Frontsoldat gewesen bin! (Stürmischer, minutenlanger Beifall!)

Ich habe es gewagt, und die Berechtigung für dieses Wagnis hat mir das deutsche Volk heute ausgestellt mit sechseinhalb Millionen Wählern[6]*! Und wenn wir wieder zur Urne schreiten, dann werden es acht oder neun Millionen sein!*

Sozialismus und Nationalismus sind also die beiden Begriffe, um die es geht. Wenn sie niemals zu vereinen sind, rettungslos auseinandergehen, dann ist die Zukunft des deutschen Volkes eine entsetzliche. Wenn eines Tages sich die deutschen Menschen nicht mehr verstehen, dann werden beide Richtungen auf Mord und Totschlag gegeneinander anrennen und überzeugt sein, daß sie das andere Lager besiegen. So wähnen Proletariat und Bürgertum, einander die Macht zu entreißen, jedes, die Macht über das andere einmal zu besitzen. Und ist es dabei nicht ein Jammer, lesen zu müssen, daß bürgerliche Zeitungen schreiben: Großer bürgerlicher Sieg! Weil unsere Macht sich vergrößert hat?

Wenn wir Nationalsozialisten kämpfen, wenn das Volk dadurch wieder Mut bekommt, so kann das niemals die bürgerliche Presse als Sieg der bürgerlichen Parteien ansehen. Großer deutscher Sieg muß das heißen! (Brausender Beifall!)

Der Begriff "Bürgertum" konnte alle diese wählenden Menschen nicht zu ihrer Entscheidung begeistern. Es ist ausschließlich der Begriff "Volk", "Vaterland", "Heimat" und nicht irgendwelcher "Klassenbegriff", der sie zu Opfern bewog.

Wenn wir Nationalsozialisten überhaupt zu diesen beiden Begriffen Stellung nehmen, erklären wir von vornherein: Wir werden niemals zugeben, daß das Proletariat oder das Bürgertum siegen, deshalb, weil jeder Sieg des einen Gedankens dafür spricht, daß beide Gedanken nicht richtig ausgelegt worden sind. Denn im letzten Grunde ist höchster Nationalismus und höchster Sozialismus ein und dasselbe! (Starker, langanhaltender, brausender Beifall.)

Hat denn Sozialismus irgend etwas zu tun mit einer Wirtschaftsform, einer Wirtschaftsordnung oder gar mit einer Staatsform? Der Begriff "Sozialismus" kann in seiner letzten Ausdeutung nur heißen, daß das Interesse der Gesamtheit dem Einzelinteresse vorgeht und daß das Einzelleben nur so lange berechtigt ist, wie die Volksgemeinschaft als Interessenverkörperung der Gesamtheit leben kann. Falsch ist, was nur dem einzelnen nützt und der Gesamtheit schadet. (Beifall!) Man kann manche Theorie als schön ansehen; wenn man aber Not und Elend erblickt, dann entfernt man sich von der Theorie. Nicht *Ideen* sind das Wichtigste, sondern das Leben der Menschen. Andernfalls erwirkt eine bestimmte Wirtschaftsform nur, daß die Wirtschaft zugrunde gerichtet wird und Millionen von Menschen dem Hungertode ausgeliefert werden. Wenn Kinder nach

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

Milch und Brot schreien, können wir sie nicht mit Ideen füttern. Man kann vielleicht die Menschen für Ideen einnehmen, aber am Ende kommt immer wieder das Leben angerückt und die Forderung: Schafft Brot, schafft Arbeitsmöglichkeit!

Wenn aber der Begriff richtig aufgefaßt wird: Du mußt in erster Linie der Gesamtheit dienen und erst in zweiter Linie dir selbst, dann mündet dieser Sozialismus in den Nationalismus ein! Nationalsozialismus heißt: in Arbeit sein Leben zur Verfügung stellen für die Lebensnotwendigkeit der Gesamtheit! (Bravo!)

Da wird mir der von rechts sagen: Hören Sie mit diesen idealistischen Phrasen auf. Ich aber entgegne ihm: Du sprichst nur in Phrasen, denn du denkst im stillen dabei an Export und Import, an Prozente und Dividende, daran, daß auch der Arbeiter am Reingewinn teilnehmen will! Du maßest dir allein das Recht zu, wirtschaftlich zu denken und *deinen* Vorteil zu suchen, während der Prolet nur die Pflicht hat, ideal zu denken und nicht seinen Vorteil zu sehen. - Gewiß: Wirtschaft ist nötig; sie ist so notwendig wie Kunst, Wissenschaft und Kultur. Sie ist so notwendig wie alles, was wir zum Leben brauchen. Aber über dem allem steht immer wieder der belebende Idealismus. Es ist die freie Idee, die heißt: Volk, Blut, Rasse, Vaterland! Wenn Sie, meine Freunde, sich für eine solche Idee einsetzen mit Ihrem Leben, dann werden Sie noch Schweine genannt, weil Sie das große Opfer bringen und sich hergeben für die Gesamtheit. (Lebhafter Beifall!) Wir haben einst einen Weg gewählt, von dem wir wußten, daß er uns in Gegensatz bringen würde zu Parteien, Kapital, Verwaltung, Staat. Und trotzdem haben wir den Weg gewählt! Als die Bewegung begann, waren wir sieben Mann [7], aber jetzt sind wir Millionen! Man hat uns ausgelacht und Narren gescholten. Jetzt aber fragt man: Wie kommt es, daß diese Bewegung so groß geworden ist?

Wir haben sie geschaffen und werden sie weiterführen, und wenn das ganze Deutschland sich dagegen stellt und alle Parteien protestieren! Wir werden sie weiterführen - und wir werden siegen! (Langanhaltender, starker Beifall!)

Wenn wir erklären, daß Sozialismus und Nationalismus keine getrennten Begriffe sind, daß sie im tiefsten Grunde ein und dasselbe sind, so ist das eine Behauptung, deren Wahrheit durch das Leben bewiesen wird. Hunderttausende von Leuten, die das Braunhemd tragen, und auch diejenigen, denen es ausgezogen wurde [8], sind ein Beweis für die Richtigkeit unserer Thesen. Fragen Sie doch einen der jungen Leute: Was bist du von Beruf? Sie werden tausend Antworten erhalten: Schlosser, Student, Bauer, Ingenieur, Graf, Prinz, alles was deutsch heißt. Wenn Sie einen anderen fragen: Was bist du, Bürger oder Proletarier? so werden Sie zur Antwort bekommen: Wir sind deutsch und wollen auch nichts anderes sein!

Das sind blöde Begriffe, die ihr von der Linken uns einstmals eingehämmert habt. Unsere *Idee* führt uns zusammen, unsere Kämpfe haben uns gegenseitig schätzen gelernt. Wie lächerlich ist doch im Grunde genommen die Trennung für die, die im Lebensberufe stehen! Was hat das zu bedeuten: Schlosser, Ingenieur, Bauer? Genausoviel wie in Rußland, wo es Arbeiter und andere Spezialisten gibt. Aus allen Lagern und Konfessionen kommen sie zu uns, aus der Erkenntnis heraus, daß es nur *ein* Volk geben

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.
8 Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

kann, da wir nur *ein* Ziel kennen. Wir haben den Beweis angetreten vor elf Jahren, haben mit tausend Widerständen zu kämpfen gehabt; alles lachte und spottete. Und es ist trotzdem das große Werk gelungen. Aus den ersten sieben Mann sind Millionen geworden. Das ist der lebendige Beweis, daß unsere These *"Sozialismus und Nationalismus sind eins"* die richtige ist. Wir sind Sozialisten, indem wir höchste Nationalisten sind. Es ist nicht wichtig, was du für einen Beruf und was du für eine Stellung einnimmst, ob du Mechaniker, Schlosser, Bauer oder Prinz bist. Das einzig Wichtige ist, daß ich ein Deutscher bin und daß du auch ein Deutscher bist. (Lebhafter Beifall.)

Und wenn sich das erst ganz vollzogen hat, dann wird sich eine neue Plattform gebildet haben für ein neues deutsches politisches und wirtschaftliches Leben.

Als der Dreißigjährige Krieg zu Ende ging, die deutsche Nation in zwei Lagern geteilt war und keine der beiden Richtungen sich ganz durchsetzen konnte, mußte auch eine neue Plattform geschaffen werden. Sie hieß: "Staatsgedanke", preußisch-brandenburgischer Staatsgedanke, der sich langsam zum deutschen Staatsgedanken auswuchs und die neue Plattform schuf, indem er Menschen der kleinen Reiche zu einem deutschen Menschen in *einem* großen Reich zu vereinigen verstand.

Mit dem Nationalsozialismus muß wieder eine neue Plattform kommen, eine dritte, die die zerrissene Kraft der Nation wieder neu zusammenfügt, so daß das deutsche Volk sie in voller Ausnutzung wieder nach außen verwenden kann.

Eine Bewegung muß da sein, die eine lebendige Kraft in sich hat und die Energie dieses Millionenvolkes nicht erstickt in Untätigkeit und Faulheit, sondern die es fertigbringt, die Millionen höher zu heben.

Es ist das Werk der Nationalsozialisten, das Millionen Menschen mit einem neuen Glauben erfüllt: Deutschland geht nicht zugrunde, weil wir leben als ein ganzes Volk. (Bravo!) *Unsere Bewegung hat von der Geschichte ihre Aufgabe bekommen, vor der Geschichte ihre erste Prüfung abgelegt. Sie wird die neue Plattform schaffen, auf der das Dritte Reich entstehen wird.*

Erst waren wir ein Volk, zum Staatsgedanken geführt, dann wurden wir das Volk auf staatlicher neuer Plattform. Wir fügten nun zum Staat eine neue völkische Plattform für ein neues völkisches Leben. Wir wollen dieses neue völkische Leben in unseren Organisationen selbst leben! Die Organisation selbst soll das Spiegelbild des kommenden Reiches bereits abgeben.

Die Seele des neuen Deutschland soll zunächst im Grunde national sein, im Sinne einer gläubigen Hingabe an das Volk und einer Aufopferung des einzelnen für das Volk. Heute werden wir noch beschimpft. Aber es kommt die Zeit, da der Gegner überzeugt ist, daß eine Bewegung, die Männer zu solchen Opfern begeistert, das Beste darstellt, was das deutsche Volk überhaupt besitzt. Was heißt "national sein" bei den Parteien: Lieder singen, nach außen seine Gesinnung zeigen? *Nein!*

Wirklich national ist nur der, der überzeugt ist, daß man zu Opfern bereit zu sein hat!

Die von rechts sagen: Die Masse blickt nach Moskau und lebt ihren Interessen [*nach*]. Haben sie aber nicht selbst ein böses Vorbild gegeben? Und haben sie nicht von oben herab den Glauben an die Nation leichtfertig und leichtsinnig zerstört? Die Masse hat es nachgemacht, das schlechte Vorbild des Klassendünkels.

Hätte es in Deutschland nie einen Standesdünkel gegeben, so hätte es auch nie in Deutschland einen Klassenwahn gegeben. Die nationalsozialistische Partei ist die einzige Bewegung, die es fertig gebracht hat, alle Konfessionen und Stände zusammenzubringen.

Der Demokratie hat sich das deutsche Volk in Zeiten großer Not anvertraut, denn es hieß: Das Volk regiert sich selbst. Aber es ist nicht so, sondern die Parteimänner regieren. Und wir haben es gewagt, dem Schein zu widersprechen, denn heute sehen wir die Männer, die das Volk führen, nicht. Aber wir treten frei vor das Volk. Die Demokratie hat immer nur eine kurze Spanne in der Geschichte regiert und hat in dieser kurzen Zeit immer die Autorität der Persönlichkeit zerstört. Die Demokratie regiert mit der Dummheit der Menschen. Sie versteckt sich. Aber wir sagen, ist der Weg, den wir gehen, recht, dann folgt uns, ist er aber falsch, dann schlagt uns tot. Die Demokratie ist deshalb auf der ganzen Welt in Erscheinung getreten, weil die Versuchskaninchen, an denen sie sich erprobte, nach kurzer Zeit wieder gestorben sind. Deutschland ist auch ein Versuchskaninchen. Sie haben es versucht, und das Ergebnis liegt heute vor. In ihren Träumen geistert dauernd die Angst vor den "Braunhemden", die marschieren. Heute zittern sie selbst vor ihrem eigenen Werk.

Es ist ihr schlechtes Gewissen! (Beifall, Händeklatschen.) *Wäre das deutsche Volk seit 1.000 Jahren demokratisch regiert worden, was würde dann heute sein? Gäbe es überhaupt noch ein demokratisches Deutschland, gäbe es noch ein deutsches Volk? Nein, wir wären dann längst vergangen!*

Zwölf Jahre demokratisches Regiment haben genügt, um aus dem Reich, das 26 Staaten umfaßte, das heutige Deutschland zu machen.

Du, Demokrat, siehst das Ergebnis deines Geistes. Du sagst: Diese Nationalsozialisten gehen auf die Straße und tragen sich auffällig mit Braunhemd und Mütze.

Ja, weißt du, was Braunhemd und Mütze für diese Leute bedeuten? Es ist ihr Glaubensbekenntnis zu Deutschlands Zukunft und Wiedererwachen!

Glaube mir, diese Jugend möchte auch gerne Vergnügen! Wenn sie sich aber in unsere Reihen stellt, so wird sie obendrein von dir noch beschimpft! Weil sie den Mut und die Energie zur deutschen Freiheit über alles andere stellt, muß sie deinen Spott ertragen. *Wenn dieser Geist des Trotzes, des Widerstands, der Geist von ganz Deutschland wäre -, Deutschland wäre heute nicht mehr unfrei! Frankreich würde anders mit uns reden, als es heute redet.* (Starker, langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Wir wollen mit unserer Organisation die Grundschule für unser kommendes deutsches Volk schaffen! Wir wollen verkünden, was uns als die Voraussetzung für die Wiederaufrichtung eines neuen Deutschen Reiches gilt: Kampf im vollkommenen Nationalismus, Einsetzen höchsten Mutes des einzelnen für die Gesamtheit in diesem neuen deutschen Volk. Die Jugend muß diese Bewegung schaffen durch Glaube, Hingabe, Opfer.

Wir leben heute noch in einer Zeit der schwersten Bedrängung unserer Umschwungbewegung. Wenn die Anhänger der demokratischen Parteien einmal solche Opfer bringen müßten, aus ihren Stellungen gedrängt, in die Gefängnisse geworfen würden, dann fragt sie nach sechs Monaten einmal, ob sie noch der Partei angehören. Die Partei würde nicht mehr bestehen. Und das ist das Gewaltige an unserer Bewegung. *So, wie Sie heute in Massen hier versammelt sind, so ist es in allen Städten des deutschen Vaterlandes:*

Ein wuchtiger Beweis für die Wirklichkeit unserer Idee. Und wenn wir den Sieg niemals zu erringen vermöchten, so würden wir diesen Weg doch gehen, damit die Geschichte dereinst doch berichten könnte von einer kleinen Zahl Männer, die ihrer Pflicht treu blieben. Aber es kann und es wird keinen anderen Sieger geben als uns! (Stürmischer Beifall!) Wir haben die feste Überzeugung nicht verloren, aber nicht etwa, weil wir glauben, daß unsere Kinder unser Volk retten werden, sondern *wir wollen verantwortlich sein, wir wollen Verantwortung tragen! Wir setzen uns ein für die Wiederaufrichtung der Freiheit.* (Beifall.)

Ich tue, was ich für notwendig halte! Ich glaube an eine ewige Gerechtigkeit, an das gerechte Maß und Gewicht, das in die Waagschale gelegt wird! Und ein gerechter Richter entscheidet, wer nun am meisten gearbeitet hat. Wir hoffen, daß endlich die große Stunde kommen wird, in der der allmächtige und gnädige Gott auch unser Volk wieder aufwärts führt, daß unser Volk wieder Gnade findet, sich wieder erhebt, daß das Deutsche Reich erneut erwachen wird aus seiner Ohnmacht und aus Schmach, Jammer und Schande aufersteht zu neuer Größe und Herrlichkeit.

11. Dezember 1930 — Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

Braunschweigische Landeszeitung vom 13.12.1930, "Von sieben Mann auf 6,5 Millionen" [2].

Die Gegenwart sieht im allgemeinen *nur Tagesfragen* vor sich. Die Mehrheit der Menschen sieht in der Politik nichts anderes als die Lösung einer Kette ununterbrochen sich erneuernder Tagesprobleme. Und alle diese Fragen werden von Männern, die glauben, Politiker und Staatsmänner zu sein, so behandelt, wie es der *Augenblick* ihnen eingibt. Was die *Zukunft* bringen, was sich in Zukunft aus den Tagesfragen gestalten wird, übersieht man, darüber zerbricht sich niemand den Kopf. Demgegenüber verstehen *wir* unter richtigem politischen Denken jene Staatskunst, die

nicht auf den Tag eingestellt

ist, sondern die mit der Entwicklung von Jahrhunderten rechnet und damit den Bestand des Staates gewährleistet. Es ist also *prinzipiell* richtiges Denken *notwendig*. Es gibt gewisse Grundgesetze, nach denen die Lebensformen gestaltet werden *müssen*, und die, wenn sie falsch gestaltet wurden, zur Vernichtung eines Volkes und Staates führen müssen. Manchesmal kann in der Tat die Arbeit eines ganzen Zeitalters nicht ausreichen,

1 Im großen Saal des "Hofjäger", von etwa 20.30 bis 22.30 Uhr. Die laut Bericht der Braunschweigischen Landeszeitung vom 12.12.1930 überfüllte öffentliche Versammlung, die zugleich über Lautsprecher in das Städtische Konzerthaus übertragen wurde, wurde vom Braunschweiger Landtagspräsidenten Ernst Zörner (NSDAP) geleitet und mit einer Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Braunschweigische Landeszeitung vom 12.12.1930, "Hitler inmitten von vielen Tausenden"; Braunschweigische Staatszeitung vom 12.12.1930, "Adolf Hitler in Braunschweig"; Volksfreund vom 12.12.1930, "Der langweilige Hitler"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 13.12.1930, "Adolf Hitler spricht in Braunschweig".

um ein Volk vor dem Untergang zu bewahren, wenn die großen Gesichtspunkte unberücksichtigt blieben.

Es genügt in der Tat nicht, nur zu arbeiten und zu sparen, Werte zu schaffen und seine Pflicht zu tun, es genügt nicht, ein tüchtiger Ingenieur oder Maurer oder Arzt oder Lehrer oder Schriftsteller zu sein. Auch die größten Kulturnationen der Vergangenheit haben gearbeitet und haben geschafft und sind doch untergegangen, weil sie sich in der Lösung von Tagesproblemen erschöpften und darüber die großen Fragen grundsätzlicher Natur vernachlässigten.

Uns allen ist klar geworden, daß das deutsche Volk heute schwer leidet, *obwohl es arbeitet, spart und darbt.* Und das liegt daran, daß unserem Volke *die Kraft zur Behauptung seines nationalen Lebens* fehlt. Trotz seines ungeheuren Aufwandes an Fleiß, Tüchtigkeit und Fähigkeit sieht sich das Volk einem unaufhaltsamen *Abgleiten* gegenüber. Das kommt daher, daß man über dem Materialismus und über Tagesfragen die großen unwandelbaren *Begriffe der nationalen Ehre, der Moral und des Selbstgefühls* vergessen hat. Was dem deutschen Volk fehlt, ist nicht die Fähigkeit, Tagesfragen zu lösen, sondern ist die große Linie naturgemäßen Denkens, ist die Konsequenz, die sich aus solchem Denken ableiten muß.

Ohne Kraftanwendung und Krafteinsatz ist ein Volk nicht zu erhalten.

Die Welt kann nun einmal die Macht nicht entbehren. Und zur Formung irgendwelcher Staatsgebilde ist sie unumgänglich notwendig, mag es sich nun um eine Monarchie, um eine Republik, um eine Sowjetunion oder um sonst ein Staatsgebilde handeln. Noch nie ist ein Volk zugrunde gegangen, weil es *zuviel* Kraft besessen hätte, sondern immer nur, wenn es dieser Kraft ermangelte. Ein Beispiel hierfür bietet der weltgeschichtliche *Kampf zwischen Großbritannien und Indien,* dessen Zeugen im Anfangsstadium der Auseinandersetzung wir Lebenden sind. Alle Bemühungen der Inder um Freiheit und Selbstbestimmung werden England nicht zwingen können, seine Machtposition in Indien aufzugeben, wenn nicht die Inder selbst Kräfte sammeln und eine *Macht* werden. Nur ein Volk in der Tat, das sich selbst für sein Leben einsetzt, kann damit rechnen, daß die Summe all seiner Krafteinsetzung *ihm* zugute kommt und nicht *anderen* Völkern. Das lernen wir am *deutschen Beispiel.*

Alle Arbeit, die wir leisten, kommt ja nicht uns zugute, sondern den Siegern des Weltkrieges, und zwar deshalb, weil uns die politische Kraft fehlt, den Erfolg unserer Arbeit für uns selbst und nur für uns zu verwerten.

Die Geschichte lehrt, daß noch immer die Höhe der Lebenshaltungen des Volkes mit dem Wachsen seiner Weltgeltung sich steigerte. *Zerbrach die politische Macht, so sank die wirtschaftliche Bedeutung, so kam die Not.* Der Selbsterhaltungstrieb ist der gesündeste Trieb des Menschen. Menschen müssen sich stets *selbst* einsetzen, um ihre menschliche Arbeit vor der Ausbeutung durch andere zu schützen. Ein Beispiel dafür ist der Farmer, der nicht etwa erst Herden züchtete, seinen Acker bebaute und Reichtümer ansammelte, sondern zuvor seine Farm in *Verteidigungszustand* setzte, um hinterher vor feindlichen Elementen schützen zu können, was er erarbeitet hatte. Und es ist und bleibt grundfalsch, nach wirtschaftlichem Aufstieg zu streben, wenn man nicht vorher die politischen *Voraussetzungen* für einen solchen Aufstieg geschaffen hat. Die *Hanse-*

städte hatten weltwirtschaftlich ihren Höhepunkt erreicht, als sie auch machtpolitisch unanfechtbar dastanden. Als sie jedoch glaubten, ihre wirtschaftliche Position unter *Preisgabe* der politischen Kraft behaupten zu können, erschlafften sie in jeder Hinsicht.

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg der Nationen ist also nur durch das Mittel der Erneuerung ihrer politischen Kraft möglich. Das gilt auch von uns Deutschen. Erst wenn es politisch wieder mit uns aufwärtsgeht, werden wir auch in den Besitz jener Lebenshaltungsmöglichkeiten kommen, die wir unbedingt benötigen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen des politischen Wiederaufstieges ist allerdings *eine einheitliche geistige Plattform im Staat und im Volk,* eine Plattform, die das gesamte Volk zu tragen vermag. Einstens besaßen wir diese große einheitliche Basis, und zwar dank der *Religion.* Als aber nach den Reformationskämpfen zwei Konfessionen, der Katholizismus und der Protestantismus, sich gegenüberstanden, ohne daß sich eine Wiederannäherung hätte ermöglichen lassen, zerbrach diese Plattform. *Bismarck* hat sie dann im Geiste der *preußisch-deutschen Staatsgesinnung* erneuert, indem er die deutschen Stämme zusammenschloß, ein Reich und *eine Nation* schuf. Dieses große Werk war indessen geistig bereits durch die neu empordämmernden großen Zeitfragen unterhöhlt. Weltanschaulich standen sich plötzlich

der Nationalsozialismus [*sic!*] *und der Sozialismus*

als Gegensätze gegenüber. Und auch die Bismarcksche Plattform barst auseinander, als der Weltkrieg ausbrach. Denn die Sozialdemokratie als zeitlich erste Trägerin des Sozialismus brachte nicht die Kraft auf, das *ganze* Volk schon vor dem Kriege *geistig* für die neue Idee zu gewinnen, sondern sie benutzte den Krieg, um

im Interesse einer einzigen Klasse, des Proletariats,

Verrat an Staat und Volk zu üben. Diese Sozialdemokraten dachten nicht in Jahrhunderten und lebten nicht für ihr Volk. Sondern ihnen lag einzig und allein daran, *eine einzige Volksschicht zu fördern.* Sie sind allerdings nicht Sieger geblieben. Denn heute ist das deutsche Proletariat durch die Tributlasten den fremden Völkern ebenso versklavt wie der andere Teil der deutschen Nation. Und in unversöhnlichem Kampfe stehen sich innerhalb Deutschlands *Bürgerliche und Proletarier* gegenüber.

Beide sind *einander* allerdings *nicht gewachsen.* Beiden fehlt die Kraft, sich gegenseitig zu überwinden und wieder zu etwas Höherem zu gelangen. Das Auseinanderstreben der beiden Teile ist durch die Lösung tagespolitischer Probleme nicht aufzuhalten.

Wir Nationalsozialisten aber lehnen es ab, in diesem unsinnigen Streit zwischen Bürgerlichen und Proletariern Partei zu ergreifen.

Wie falsch man das Wesen des Nationalsozialismus einschätzt, hat in diesem Zusammenhang vor einigen Tagen die Bewertung der *Bremer Wahlen*[3] *erwiesen.* Da schrieb man in den bürgerlichen Zeitungen begeistert von einem "bürgerlichen Wahlsieg". Nein, deutsche Volksgenossen, so etwas hat es in Bremen nicht gegeben. In Bremen ist *ein deutscher Wahlsieg* erfochten worden. (Brausender Beifall.)

3 Das Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahl am 30.11.1930 lautete: SPD 31,0 %, DNVP 5,7 %, Zentrum 2,1 %, KPD 10,7 %, DVP 12,5 %, Wirtschaftspartei 1,7 %, DDP 4,1 %, Haus- und Grundbesitzerpartei 4,3 %, NSDAP 25,4 %. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 548 f.

Es muß nun ein
neues Ideal
gefunden werden, für das wieder die Millionen, die Massen *im Gleichtritt* [*sic!*] marschieren. Dieses Ideal vertreten weder die Bürgerlichen noch die Marxisten. Und wir schauen erneut in den Abgrund eines Zwiespaltes.

Bleibt diese Trennung, dann ist schon heute die deutsche Geschichte der nächsten zweihundert Jahre im voraus geschrieben. Wir werden einfach keine Kraft mehr bilden. Wir werden uns unter den Völkern nicht behaupten können, wir werden uns im inneren Kampfe verzehren. Und das Ende wird dann sein die Vernichtung des deutschen Volkes.

Aber als *die Soldaten des Weltkrieges* im Jahre 1918 heimkehrten und diesen Zustand der Zerrissenheit auf sich einwirken ließen, da waren *sie* es, die sofort erkannten, daß aus dieser Sackgasse die Politik der Parteien und der Parteichen nicht herausführen könne. Denn sie hatten die Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus auf ihre Weise im *Felde* gefunden. Vier Jahre lang im Schützengraben, vier Jahre lang im Todeskampf für Deutschland gab es diesen Gegensatz zwischen Nationalismus und Sozialismus gar nicht. Da war es den Soldaten, die Schulter an Schulter kämpften, völlig *gleichgültig,* ob ihr Nebenmann Maurer oder Lehrer, Steinmetz oder Gutsbesitzer, Bauer oder Tagelöhner war. Sie standen geschlossen immer nur auf einer *einzigen* Plattform, und
diese Plattform war die deutsche Front, war jener deutsche Soldat, der nicht nach Herkunft oder Wissen fragt[e], sondern zutiefst fühlte, daß es darauf ankam, daß der Mann in Erscheinung trete. (Brausender Beifall.)

Wenn jetzt die zwei Millionen deutscher Toten [4] plötzlich auferstehen und ich jeden einzelnen von ihnen fragen würde: "Wofür bist du gestorben?" Ich weiß, daß sie alle antworten würden: "Für Deutschland!" (Rauschender Beifall.) Nicht für diese oder jene Partei!

Die Begriffe Sozialismus und Nationalismus hätten beide keinen Sinn, wenn sie nicht *innerlich ehrlich und im heiligen Verantwortungsgefühl* aufgefaßt würden. Was heißt denn nun Sozialismus? Ist es eine Phrase, eine Idee oder eine Handlung? Ich frage vor allem, was ist das für ein Sozialismus, der sich, wie in Rußland, seit den zwölf Jahren seines Bestehens nur durch Massenmorde, durch einen beispiellosen Terror, durch eine schreckliche Vernichtung behaupten kann? Ein solcher Sozialismus ist schlimmer als eine Phrase. Er ist eine Wahnsinnsidee. Der Sozialismus ist aber auch kein Begriff. Denn Theorien lehnt das praktische Leben ab.

Sozialismus ist in Wirklichkeit eine Handlung, eine Tat, die unternommen wird, damit das Volk erhalten bleibt, damit die Gesamtheit dem Volke diene. In diesem Sinne ist der Sozialismus, den ich vertrete, eine heilige Idee.

Ich kenne keine Unterschiede des Standes. Mir schwebt immer nur der eine Gedanke vor: "Du bist ein Deutscher!" Ich empfinde, daß *jeder* an seinem Platze notwendig ist; dieser Bauernjunge, der seinem Vater hilft, den Acker zu bestellen; dieser Student, der sich vorbereitet, Ingenieur oder Techniker zu werden; dieser Arbeiter, der seine Pflicht in der Fabrik tut; und dieser Schriftsteller, der im Dienste der Öffentlichkeit steht. Aber

4 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

ausschlaggebend ist es *nicht*, daß der eine Bauer oder Student und der eine Arbeiter oder Schriftsteller ist. *Wichtig* im Sinne des Sozialismus ist nur, *daß sie alle Deutsche sind und für die Erhaltung der Gesamtheit des Volkes wirken.* Nur wer seine persönlichen Interessen zum Wohle der Gesamtheit zurückstellt, ist ein *reiner* Sozialist.

Indem Hitler dann im Zusammenhang mit Nationalismus und Sozialismus auf *Fragen der Wirtschaft* zu sprechen kam, führte er etwa aus: Auch in der Wirtschaft ist das wirtschaftliche Denken nur gut, wenn hinter diesem Denken eine Idee, ein *Idealismus* steht. Es geht nicht an, daß jeder Ladenbesitzer oder jeder Fabrikbesitzer sagt: "Ich vertrete nur das Interesse meines Geschäftes". Denn wenn sich ein solcher *Egoismus* beim Ladenbesitzer oder Fabrikanten breitmacht, dann ist es nur verständlich, daß auch der Arbeiter und der Angestellte nur an ihren Lohn, an ihr Gehalt, an ihre Ferien, an ihre Vorteile denken. Ein solches Denken aber verleugnet Gott und setzt den Götzen auf den Thron. Im übrigen hängt in allen Berufen alles von der

Tüchtigkeit der Person

ab. Die Persönlichkeit ist für uns Nationalsozialisten ein Ideal und ein Begriff, sie muß ein völkischer Begriff werden. Geschichte wird man schon nach wenigen Jahrzehnten in diesem Sinne anders, das heißt prinzipieller und verantwortlicher lesen und machen als heute. Wenn wir das ganze Problem des Lebens nur als ein Problem des Genusses betrachten, wie es bisher so oft geschehen ist, dann muß ja notgedrungen Spartakus sein Haupt erheben, dann müssen zwangsläufig jene Erschütterungen kommen, die, wie zu Zeiten der französischen Revolution und des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918, die alten Formen zerbrechen und zersprengen.

Oft und gern muß ich an Hans Sachs in den Meistersingern denken, der gesagt hat, daß es wohl schön ist, Gewißheit über die Fragen des Lebens erlangt zu haben, daß man aber zwischendurch immer wieder

an das Volk appellieren

müsse, um festzustellen, ob die alten Gewißheiten denn noch *Geltung* haben[5]. In der Tat muß von Zeit zu Zeit das Volk selbst darüber bestimmen, in welchen Formen und in welchem Rahmen es leben will. Hindert man es an dieser Selbstbestimmung, so kommt es zu Revolten und Revolutionen, so kommt es zu jenen gewaltsamen Ausbrüchen gesunder, kraftvoller Volksenergien, die sich auf die Dauer nicht unterdrücken lassen. Besser aber ist es, man gibt die Möglichkeit zu einer

legalen Eroberung des Staates,

zu einer gesunden Evolution. Und ich stehe nicht an hier festzustellen, daß in diesem Sinne *in der Vergangenheit viel gesündigt* wurde. Die Vorläufer der heutigen Sozialdemokratie, die, im Volke wurzelnd, in sich die Kraft und die Berufung spürten, einer neuen Zeit die Wege zu bereiten, sind zu Unrecht niedergehalten worden. Sie haben sich vergeblich bemüht, *die ständische Mauer*, die vor ihnen aufgerichtet war, zu durchbrechen. Man hat sie immer wieder dünkelhaft abgewiesen. Sie versanken deshalb schließlich im Irrwahn des Marxismus. Dem Volk gingen auf diese Weise tüchtige, aktive, schöpferische Kräfte verloren. Und vielleicht wäre es nie zum inneren nationalen Zwiespalt gekommen, wenn diese Mauer nicht bestanden hätte.

5 Bezieht sich auf die Oper "Die Meistersinger von Nürnberg" von Richard Wagner, 1. Aufzug, 1. Szene.

Daß dieser Fehler sich nicht wiederholt, dafür wollen wir Nationalsozialisten sorgen.

Wir sind neu, wir sind eine neue Partei. Wir kommen aus dem Volk und wir wenden uns an das Volk. Unsere Idee ist aus der Masse heraus geboren und wirbt um die Masse. Das ist frischer Pulsschlag, das ist frische Tatkraft.

Und ich spreche hier offen aus, daß mir ein Tamerlan [6], der wie ein Sturmwind aus dem Osten nach Europa hereinbrach, getragen von den Kräften seines Volkes, sympathischer ist als Bethmann Hollweg [7], jener Weise und Philosoph ohne Energie, der im Jahre 1914 an verantwortlicher Stelle völlig versagte und damit den Zusammenbruch vorbereitete.

Der Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918 ist ein gewaltiges historisches Ereignis. Diese Krise von unerhörten Ausmaßen kann nicht durch einzelne Parteien und Grüppchen überwunden werden. Was hilft es, daß Landvolk oder Deutschnationale, daß Deutsche Volkspartei oder Volkskonservative, daß Staatspartei neuer und alter Fassung und Zentrum sich um ihre Fahnen und Fähnchen scharen, Konferenzen und Sitzungen abhalten und sagen: "Wir haben das Mittel gefunden, Deutschland zu retten." Was ist uns auch das Ausland? Wir Nationalsozialisten fragen danach nicht und wagen das, offen zu sagen. Wichtig allein ist, daß wir uns zum Deutschtum und zum deutschen Interesse bekennen. Und wenn Lloyd George einen

Schandfilm,

der den deutschen Soldaten verhöhnt [8], lobt und sagt, er sei den deutschen Interessen zuträglich, dann sagen wir: "Nein! Das geht uns ganz und gar nichts an!" (Brausender Beifall.) *Wir sind keine Kriegshetzer.* Denn wir kennen den Krieg. Aber wir trachten und streben danach, daß Deutschland wieder ein politischer Machtfaktor wird, auf daß das deutsche Volk leben kann.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und ich persönlich werden heute auf das Schärfste bekämpft. Man verleumdet uns, man verunglimpft uns. Es gab lange Zeit keine Zeitung, keine Versammlung, in denen wir nicht auf das Unerhörteste herabgesetzt worden wären. Was sagen Sie dazu, daß erst kürzlich in Süddeutschland eine Einheitsliste der Parteien vom *Zentrum bis zu den Kommunisten* gegen uns aufgestellt wurde [9]? (Laute Pfuirufe!)

Aber das rührt und bewegt uns nicht. Und was ich persönlich tue, das tue ich aus freiem Willen. Ich stehe allein vor Millionen und nehme alles auf mich. Wenn ich recht habe und siege, dann wird mich dereinst das deutsche Volk segnen. Sollte ich aber unterliegen, so sollen sie mich totschlagen!

---

6 Tamerlan (eigentlich: Timur, 1336-1405), mongolischer Feldherr und Herrscher.

7 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preuß. Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

8 Gemeint ist der Film "Im Westen nichts Neues" nach dem Roman von Erich Maria Remarque, dessen Aufführung die Nationalsozialisten massiv behinderten.

9 Anspielung auf die Gemeindewahlen in Oberuhldingen am Bodensee am 18.11.1930, bei der Zentrum, Staatspartei, SPD und KPD als Vereinigte Bürger- und Arbeiterpartei gemeinsam gegen die NSDAP angetreten waren und 5 der 6 Gemeinderatssitze erreicht hatten. Vgl. Seebote. Überlinger Tageblatt vom 20.11.1930, "Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen".

Ich weiß, daß, wenn dereinst die Geschichte der Jetztzeit geschrieben werden wird, man uns Nationalsozialisten als die Retter des Vaterlandes bezeichnen wird.

Im Schlußabsatz seiner Rede stattete Hitler seinen *Braunhemden*, den "SS"- und "SA"-Leuten, einen sichtlich aus heißestem Herzen quellenden *Dank* ab. Er führte etwa aus: Es kommt vor, daß sich der brave Bürger nachts, durch Lärm auf der Straße geweckt, nach und nach dazu entschließt, sein weiches Federbett zu verlassen und zaghaft ans Fenster zu treten. Dort unten auf der Straße sind Braunhemden von Kommunisten überfallen worden und wehren sich ihrer Haut. Der Bürger aber sagt dann: "Mein Gott, wozu denn dieser Lärm! Können diese Leute denn nicht endlich Ruhe halten? Warum provozieren sie täglich? Warum stören sie meinen Schlaf?" Volksgenossen, demgegenüber habe ich nur zu sagen: Diese Männer tun ihre Pflicht! Und ich frage Sie, ob es leicht und bequem und händelsüchtig ist, wenn man Tag für Tag und Nacht für Nacht seine Pflicht tut, indem man Versammlungen schützt, indem man in Lastwagen über die Landstraßen rollt, indem man friert und hungert und *aus dem Hinterhalt meuchlings ermordet* wird!? Diesen aufopferungsvollen Menschen gilt der Dank aller deutschen Volksgenossen, die es ehrlich und aufrichtig meinen. Nur dann kann es mit Deutschland wieder aufwärtsgehen, wenn

der Geist dieser tapferen Braunhemden

einst das *ganze* deutsche Volk erfüllt. Wenn es dann aber so weit ist, dann: "Wehe unseren Feinden!"

Im Rahmen eines kurzen Rückblickes auf die Entstehungsgeschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die von sieben Männern gegründet wurde [10], nach einem Jahre tausend Mitglieder zählte und dann langsam zu einer gewaltigen Volksbewegung emporwuchs, meinte Hitler: Der Weg von den ersten sieben bis zu den heutigen 6 1/2 Millionen Nationalsozialisten [11] ist steiniger und schwerer gewesen als derjenige, der von diesen 6 1/2 Millionen zu den nächsten 10, 15 und auch 20 Millionen führen wird. Wir Nationalsozialisten werden dann

den Staat auf legalem Wege erobert haben und ihm das Gepräge einer nationalen Gemeinschaft geben.

Die Stunde der Freiheit wird dann gekommen sein. Und jenes Deutschland wird dann Wirklichkeit sein, an das wir glauben und für das wir kämpfen gegen *Tod und Teufel!* [12]

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.
11 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.
12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

30. Dezember 1930 Dok. 41
Anordnung

VB vom 30.12.1930.

Der Gau Westfalen wird im Einverständnis mit dem Gauleiter Pg. Josef *Wagner* [1] geteilt, und zwar gemäß den Wahlkreisgrenzen in Gau Westfalen-Süd und Gau Westfalen-Nord.

Als Gauleiter für Westfalen-Süd bleibt Parteigenosse Josef *Wagner*, dem ich für seine ausgezeichnete Arbeit meinen Dank ausspreche.

Als Gauleiter für Westfalen-Nord bestimme ich den Pg. Dr. Alfred *Meyer* [2], Gelsenkirchen.

Die Übernahme der Geschäfte erfolgt gemäß Verabredung der beiden Gauleiter.

gez. *Adolf Hitler*

1 Josef Wagner (1899-1945?), Volksschullehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923-1926 Ortsgruppenleiter in Bochum, 1927 Bezirksleiter, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1928-1941 Gauleiter des Gaues Westfalen (ab 1931: Westfalen-Süd), 1932 Gründung einer "Hochschule für Politik" zur Heranbildung des Parteinachwuchses, 1933 Vizepräsident des Preuß. Staatsrats, 1935-1941 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1935-1941 Oberpräsident der Provinzen Nieder- und Oberschlesien, 1936 Reichskommissar für die Preisbildung, 1940 Staatssekretär, 1941 Entzug aller Ämter, 1942 Parteiausschluß, 1944 Verhaftung durch die Geheime Staatspolizei.

2 Alfred Meyer (1891-1945), Hauptmann a. D., 1922 Dr. rer. pol., 1923-1930 juristischer Referent der Zeche "Graf Bismarck" in Gelsenkirchen, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1928 Ortsgruppenleiter in Gelsenkirchen, 1929-1930 Abgeordneter der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung (NSDAP), 1929-1930 Leiter des NSDAP-Bezirks Emscher-Lippe, 1930-1932 MdR, 1931-1945 Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, 1938-1945 Oberpräsident der Provinz Westfalen, 1941-1945 ständiger Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete.

1. Januar 1931 Dok. 42
Aufruf

VB vom 1./2.1.1931, "Ein neues Kampfjahr beginnt!".

Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

Das elfte Jahr des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung ist zu Ende. Aus einer unbeachteten Sieben-Mann-Gruppe [1] wurde eine Acht-Millionen-Partei [2]. So hoch dürfen wir heute die Zahl unserer Anhänger einschätzen. Welch eine unendliche Arbeit diese nackte Tatsache umschließt, wie viele Opfer sie erforderte, wissen nur wenige Menschen. Das Schicksal hat uns nichts geschenkt, es mußte alles bitterschwer errungen und erkämpft werden. Elf Jahre lang war die Bewegung von Gefahren umlauert, vom Haß bedroht, heute verspottet und verlacht, morgen verfolgt, bald totgeschwiegen, bald mit Fluten von Lügen, von Verleumdungen überschüttet, aufgelöst [3] und doch wieder erstanden [4] und am Ende jedes Jahres stärker als im vergangenen zuvor.

Der Haß der Gegner wetteiferte mit peinlichstem Neid, mit traurigster Eifersucht "auch"-nationaler und "auch"-völkischer Männer und Verbände. Wir haben Grund, auf die Tatsache stolz zu sein, daß man, um in Deutschland beachtet zu werden, heute unsere Bewegung bekämpfen muß, und daß man sich, um überhaupt Aufmerksamkeit zu erringen, unsere[*n*] Namen borgt [5]! So nützlich es für viele ist, uns zu bekämpfen, so ehrenvoll ist es für uns, angegriffen zu werden.

Die nationalsozialistische Bewegung hat die Geister in Deutschland geschieden.

Wenn heute, in der Zeit unserer tiefsten Erniedrigung, Millionen Menschen, vom Glauben an eine gewaltige Auferstehung unseres Volkes hingerissen, wieder stolz das Haupt erheben, dann strahlt aus ihren Augen das Symbol, das unser Adler in seinen Fängen hält: Über dem Sowjetstern erhebt sich das Hakenkreuz!

Daß sich die deutsche Nation wieder erhebt, ist ausschließlich das Verdienst unserer Bewegung. Nicht das müde Bürgertum und seine Parteien, nicht die Verbände und Vereine und am wenigsten die ewig nörgelnden Kritikaster und Besserwisser haben die Erhebung unseres Volkes erreicht. Es ist dies nur das Werk jener Männer, die sich in diesen elf Jahren aus allen Gauen Deutschlands, aus allen Konfessionen und früheren Weltanschauungen, aus allen Berufen und Ständen heraus, in gläubigem Herzen zusammengefunden haben zum gemeinsamen Ringen um eine deutsche Zukunft. Ihren Opfern, ihrer Arbeit und ihrer Disziplin allein wird Deutschland einst seine Wiederauferstehung verdanken. Diesen nationalsozialistischen Kämpfern gebührt das Ver-

1 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.
2 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.
3 Am 9.11.1923 wurde die NSDAP in Bayern und am 23.11.1923 im ganzen Reich verboten. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 1, 26.
4 Am 27.2.1925 hatte Hitler die NSDAP wiedergegründet. Vgl. Bd. I, Dok. 27.
5 Gemeint ist vermutlich der im Juli 1930 von Otto Straßer gegründete Kampfbund Revolutionärer Nationalsozialisten. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984, S. 41 ff.

dienst, dem deutschen Menschen im Deutschen Reich wieder eine *deutsche* Vertretung geschaffen zu haben!

Vor dem Jahre 1919 gab es auch völkische Erkenntnisse, aber die Feinde des Vaterlandes waren die Sieger!

Vor dem Jahre 1919 gab es auch völkische Grüppchen, Verbände, Vereinigungen, Ringe usw., aber es gab keine auch nur irgendwie ins Gewicht fallende völkische Bewegung!

Vor dem Jahre 1919 gab es auch Versuche zur Abwehr des jüdischen Bolschewismus, aber kein taugliches Instrument hierzu!

In der Presse, im öffentlichen Leben, im Parlament, überall herrschten ausschließlich die Feinde unseres Volkes. Der deutsche Arbeiter, vom Bürgertum mißachtet, war rettungslos den marxistischen Volksbelügern und Volksbetrügern verfallen.

Heute stehen hinter dem deutschen Gedanken acht Millionen Menschen!

Die völkische Idee verfügt über die glänzendst organisierte Partei!

Den marxistischen Verbrechern tritt der nationale Fanatismus entgegen! Was früher verspottet wurde, wird heute gefürchtet!

Und das, Parteigenossen und Parteigenossinnen, ist unser Werk, ist euer Werk!

So groß das Erreichte ist, so groß waren aber auch die Opfer. Tausende und aber Tausende S.A.-Männer und S.S.-Männer sind verwundet, zahlreiche getötet worden. Unter den Augen erbärmlicher bürgerlicher Politiker fließt Tag für Tag ungesühnt das Blut junger Deutscher, deren einziges Verbrechen es ist, ihrem Volke die Treue zu halten und Widerstand zu leisten gegen die Ausplünderung und Vernichtung des deutschen Menschen, gegen die Verpestung und Vergiftung der deutschen Seele, gegen die Beendigung unserer deutschen Zukunft.

Ihnen allen, die auch in diesem letzten Jahr gekämpft und geblutet haben, ihnen, die arbeiteten und ihre Kräfte dem Kampfe der Bewegung weihten, können wir als Dank nur eine einzige Versicherung aussprechen:

Für deutsches Volk und deutsches Land seid ihr eingetreten, für deutsches Land und deutsches Volk wollen wir weiter eintreten, jetzt und morgen und in alle Zukunft, solange der Herr uns gnädig am Leben beläßt. Eine Fahne haben wir uns als Symbol erkoren einst und wollen ihr dienen jetzt und für immer. Euch, die das harte Schicksal von uns wegrief, hat sie als Zeugen des kommenden Reiches umhüllt, wir wollen in der Stunde, in der das Schicksal auch uns von Deutschland ruft [sic!], keine herrlichere Flagge als Letztes besitzen als die Fahne der heutigen deutschen Erhebung! Unsere Fahne. Unser Banner.

Das zwölfte Jahr des Kampfes unserer Bewegung beginnt.

Die innere Überzeugung sagt uns allen, daß sich in diesem Jahre die Wende des deutschen Leidens vollziehen wird.

Wir alle wissen, daß es eine Freiheit als Geschenk nicht gibt. Seit dem Anfang aller Dinge ist das Glück mit Tränen verbunden, und nur wer das Leid kennt, kann die letzte Freude empfinden. Die nationalsozialistische Bewegung geht in diesem Jahre einem schweren Kampfe entgegen, dem härtesten vielleicht seit den Tagen ihrer Gründung. Der haßerfüllte Feind unseres Volkes wittert unseren Sieg. Er wird mit jeder menschlich ausdenkbaren Gemeinheit uns zu bekämpfen suchen. Blinde Deutsche werden ihm

dabei zu Diensten sein. Lüge und Verleumdung, Terror, Verfolgung sollen uns bezwingen. Und dennoch wird unser der Sieg sein. Was die Gegner erhoffen, wird nicht eintreten: Die nationalsozialistische Bewegung wird im Jahre 1931 härter, fester und einiger sein als je zuvor. Die großen Aufgaben des inneren Aufbaues der Bewegung werden in diesem Jahre gelöst. Mehr als zuvor noch wird die Partei in allen ihren organisatorischen Erscheinungen zu einem einzigen unzerreißbaren Körper werden. Das Hunderttausend-Mann-Heer unserer Braunhemden wird allen Verfolgungen zum Trotz wachsen und zu jener Einheit von universalem politischen Kämpfertum führen, die uns vorschwebt.

Wir sehnen den erneuten Appell an das deutsche Volk herbei. Was politische Propaganda heißt, werden wir im Jahre 1931 zeigen. Was sie erreicht, werden unsere Gegner sehen. Der gewaltige Ausbau des Braunen Hauses in München [6] schafft die Möglichkeit des Aufbaues einer Organisation, wie sie keine zweite Partei in Deutschland besitzt.

Wenn ich mich am Beginn dieses neuen Jahres an die Parteigenossen wende, dann nur, um drei Bitten auszusprechen:

Als Führer dieser einzigartigen Bewegung bitte ich euch, Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer, Männer und Frauen:

Erstens, daß ihr in diesem kommenden Jahre mehr als früher noch begreift, daß der Angriff der verruchten Vernichter des Vaterlandes gegen uns für jeden von uns die größte Ehre ist. Wer von der Front dieser Lügner und Verbrecher an unserem Volk beschimpft wird, wird damit geadelt, wer von ihnen verleumdet wird, wird damit gerechtfertigt, wer von ihnen verfolgt wird, ist dadurch für alle Zeit unseres Dankes wert.

Seid im Kampfe gegen die Angriffe unserer Gegner eine unzertrennliche Gemeinschaft. Laßt keinen fallen, der im Kampfe fällt. Glaubt stets dem Parteigenossen und nie dem Gegner und erhebt diesen Glauben zur gewaltigen Überzeugung, nicht nur vom Rechte des einzigen, sondern vom Rechte der Partei und darüber hinaus, vom Rechte unseres Volkes auf dieser Welt, und baut euch damit jene Kraft auf, die nicht nur Berge versetzt, sondern auch Ketten zerbricht.

Und zweitens bitte ich euch, laßt nicht nach im Kampfe und nehmt auch im zwölften Jahre willig auf euch, was ihr zum Teil schon elf Jahre lang ertragen habt. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß dieses zwölfte noch mehr an Opfern verlangen wird als bisher. Allein, sorgt dafür, daß nicht die Beschränkung der Leistung im zwölften Jahre die Opfer von elf früheren Jahren vergeblich sein läßt. Erinnert euch des Krieges, da unser Volk ruhmüberladen 4 1/2 Jahre lang der Welt standgehalten hat, um auf der letzten Stufe zum Sieg zu verzagen und alles zu verlieren. Vergeßt nie, wenn ihr die Größen [*sic!*] der Opfer zu messen beginnt, daß der Kampf um die Freiheit einer Nation nur einen einzigen Maßstab genehmigt: Es ist der Tod, an dem gemessen alles andere an Opfern in ein Nichts zusammensinkt.

Die dritte Bitte aber richte ich an euch:

Männer der nationalsozialistischen Bewegung, politische und S.A.-Führer, S.A.- und S.S.-Kameraden!

---

6 Am 1.1.1931 hatte die Reichsleitung der NSDAP das "Braune Haus" in München, das ehemalige Barlowpalais in der Briennerstraße 45, bezogen. Vgl. Volz, Daten, S. 22.

Tausendmal wohl habt ihr mir in Kundgebungen, Versammlungen und Adressen Treue und Gefolgschaft zugerufen, gelobt und versprochen. Heute, am Beginn dieses Jahres, richte ich an euch zum ersten Male den Appell: *Steht nunmehr treu hinter mir. Ich verlange von euch nichts Ungesetzliches, fordere nichts, was euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetze bringt, verlange aber, daß ihr mir auf dem Wege, den das Gesetz genehmigt und mir mein Gewissen und meine Einsicht vorschreibt, in Treue folgt und euer Schicksal mit dem meinen verbindet.* In elf Jahren hat mir die Vorsehung gestattet, aus nichts eine Partei zu bilden, sie zu betreuen, Mitarbeiter zu finden und mit ihnen die heutige nationalsozialistische Bewegung aufzurichten. Ich kann mich zu den glücklichen Männern rechnen, die am Haß der einen Seite die Größe der Liebe und Anhänglichkeit auf der anderen ermessen können. Im zwölften Jahre des Ringens unserer Bewegung weiß ich, daß der Sieg nunmehr weniger von Erkenntnissen abhängt, sondern in der Kraft der Treue liegt. *Wenn wir sie in diesem Jahre zum Fundament unserer Gemeinschaft erheben, wird nach weiteren zwölf Monaten der Weg zur deutschen Freiheit offen sein!*

Männer der nationalsozialistischen Bewegung! Ich begrüße mit euch das kommende zwölfte Jahr unseres Kampfes für das Leben und die Zukunft unseres deutschen Volkes mit dem Rufe, den wir einst am Beginn unseres Ringens verkündeten, und der nicht nur das Ziel, sondern auch der Lohn unserer Erhebung sein soll:

Deutschland erwache!

München, den 1. Januar 1931

Adolf Hitler

3. Januar 1931 Dok. 43
"Ein neues Kampfjahr bricht an"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 3.1.1931.

Der Jahreswechsel 1930/31 fällt in eine Zeit, die die Geister in Deutschland scheidet. Verzagtheit, Gleichgültigkeit, ja Verzweiflung mit all ihren Auswüchsen auf der einen Seite, sicherste Zuversicht, Glauben und Hoffnungen auf der anderen. Das Verdienst, dem Extrem der Verzweiflung ein Extrem des Glaubens entgegengestellt zu haben, gebührt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung. In elfjähriger Arbeit ist die einstige Sieben-Mann-Gruppe [1] zur Acht-Millionen-Partei [2] emporgewachsen. Eine Arbeit, von deren Größe sich die wenigsten Menschen eine Vorstellung zu machen vermögen. Am allerwenigsten wohl die Kritikaster aus dem "auch"-nationalen und "auch"-völkischen Lager, die unter ihren zahlreichen Deutungen für die Begriffe "deutsch" und

1 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.
2 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

"völkisch" besonders eine zum Leitgedanken ihres politischen Handelns erheben: Habe vor keiner Leistung Respekt! Sie haben denn auch am wenigsten inneres Verständnis dafür, daß, wenn einmal die deutsche Freiheit erkämpft werden wird, dieses Wunder wirklich nicht ihren perfiden Stänkereien, sondern ausschließlich der grenzenlosen Arbeit und Hingabe der Männer zuzuschreiben sein wird, die sich in der nationalsozialistischen Bewegung die Hand zu gemeinsamer Arbeit gereicht hatten. Daß die politischen Gegner der linken Seite uns Nationalsozialisten hassen, ist selbstverständlich. Selbstverständlich weiter auch ihr Kampf mit allen Mitteln gegen uns. Lüge und Verleumdung gehören zum Juden von Natur aus genau so wie die Sepia zum Tintenfisch! Daß diese Welt uns gering einschätzt, sämtliche Führer der Bewegung und insbesondere meine eigene Person als Narren, Idioten, Strohköpfe und Verbrecher titulieren, ist nützlicher, als wenn sie uns überschätzen würden. Was wir am Ende wirklich sind, wird nicht von den Journalisten und Parlamentariern der Gegenwart bestimmt und entschieden, sondern ausschließlich durch die historische Leistung, die wir vollbringen. Wir graben unsere Namen selbst in die Weltgeschichte ein. Das Geschrei unserer Gegner ist nur die seit ewigen Zeiten her dabei übliche Begleitmusik. Je schärfer man schneidet, um so mehr schreit das Zeug.

Die Leistung aber, die die nationalsozialistische Bewegung bisher vollbracht hat, ist kurz zusammengefaßt folgende: Vor dem Jahre 1919 gab es völkische Erkenntnisse, aber keine national-völkische Bewegung. Vor dem Jahre 1919 gab es völkische Grüppchen, Verbändchen, Vereinigungen, Ringe, Runden, Bünde usw., aber keine auch nur im geringsten ins Gewicht fallende völkische politische Partei, heute steht die Acht-Millionen-Partei der Nationalsozialisten vor uns. Vor dem Jahre 1919 war das Judentum in Deutschland unumschränkter Angreifer, heute greift eine gigantische nationale Bewegung an und zwingt die einstigen Angreifer in eine aussichtslose Verteidigung. Vor dem Jahre 1919 schien dem Siegeszug des Marxismus alles verfallen zu sein, heute zittert die rote Internationale vor dem Siegeszug der nationalsozialistischen Bewegung. Vor elf Jahren hatte der nationale Gedanke in Deutschland nicht eine einzige irgendwie als Organisation anzusprechende Partei, heute verfügt die nationalsozialistische Bewegung über die glänzendste politische Organisation, die es bis heute überhaupt in Deutschland gegeben hat. Vor elf Jahren war der Nationalismus in einer dauernd zurückweichenden Verteidigung, heute befindet er sich im ununterbrochen vorwärtsstürmenden Angriff. Das sind die Tatsachen, verehrte Herren Kritiker aus allen Lagern!

Was die elf Jahre nun begonnen haben, wird im zwölften Jahre fortgesetzt werden. Wir Nationalsozialisten begrüßen das Jahr 1931 als ein neues ruhmvolles Jahr in der Geschichte unseres Kampfes um die politische Macht. Wir sind überzeugt, daß sich in diesem, dem zwölften Jahre des Kampfes unserer Bewegung, die große Wende des Schicksals unseres Volkes anbahnen wird. Wir sehen vor uns und rings um uns herum den Gischt der Lügen und Verleumdungen unserer Gegner und werden mit grimmigem Lachen durch sie hindurchschreiten. Wir kennen die Fegefeuer des Judentums zu genau, um nicht zu wissen, daß sie keiner Bewegung, die zum letzten Erfolg schreiten will, erspart bleiben. Wir sind aber in diesem Kampfe so gestählt und innerlich erhärtet worden, daß uns gar nichts mehr zu erschüttern vermag. Im Gegenteil: Je mehr der Feind in

seinem ohnmächtigen Grimm sich überschlägt, um so größer wird unsere Ruhe werden. Denn unser wird der Sieg sein.

So begrüßen wir Nationalsozialisten das kommende, zwölfte Jahr unseres Kampfes mit dem Schrei, den wir einst an die Spitze unseres Ringens stellten und der das Ende unserer Erhebung sein wird: Deutschland erwache!

8. Januar 1931 Dok. 44
Erklärung

Der Nationalsozialist vom 8.1.1931, "Rote Justiz".

"Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer wie eine Diebesbande; vor die [*sic!*] kann man sich schützen, aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passiones auszuführen, vor die [*sic!*] kann sich kein Mensch hüten. Die sind ärger wie die größten Spitzbuben, die in der Welt sind, und meritieren eine doppelte Bestrafung!" [1]

Diese Worte Friedrichs des Großen fielen in einer Zeit, da die Justiz - wie so oft - ihre Gebrechen hatte, die Staatsautorität aber für Recht und Gesetz eintrat. Wehe aber, wenn die Regierungen der Völker selbst von oben herunter die Justiz korrumpieren und zwingen, die [*sic!*] Unwahrheit und dem Unrecht Vorschub zu leisten. Dann wird es Pflicht der aufrechten Männer, die Justiz von ihren Verderbern, mögen sie sein wer immer, zu befreien. Es prüfe jeder an dem vorliegenden Werke [2], ob das Reden angesichts solcher Zustände nicht eine höhere Pflicht ist als das Schweigen.

gez. Adolf Hitler

1 Vermutlich zitiert nach Franz Kugler, Geschichte Friedrichs des Großen, Leipzig 1922 (Neudruck der Erstausgabe von 1840), S. 584.

2 Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz, München 1930. Zur Rezeption vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 210 ff.

9. Januar 1931 [1] Dok. 45
Anordnung

VB vom 13.1.1931.

Verfügung

Pg. *Ringshausen* [2] steht ab 9. Januar [*1931*] zur Disposition der Reichsleitung. Er wird damit als Gauleiter von Hessen-Darmstadt beurlaubt. Seine Stelle als Gauleiter übernimmt provisorisch bis auf weiteres Pg. *Gemeinder* [3], M.d.R. [4]

Adolf *Hitler*

10. Januar 1931 Dok. 46
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oberstaufen [1]

VB vom 16.1.1931, "Das Befinden unseres Pg. Straßer".

Hitler hielt eine kurze Ansprache, in der er hervorhob, daß Straßer einer seiner treuesten Mitkämpfer und seiner treuesten Berater ist. "100 Brüning [2] oder 1.000 Curtius [3] laufen in Deutschland herum, tritt einer von seinem Ministerposten ab, kann morgen

1 Datierung nach masch. Ausfertigung vom 9.1.1931 mit hs. Korrekturen; IfZ-Archiv, Fa 223/67.
2 Friedrich Ringshausen (1880-1941), Lehrer, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt, 1929/30 Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Starkenburg und des Stadtrats von Offenbach a. M., 1930-1933 MdR, 1935 Ministerialrat im hess. Staatsministerium.
3 Peter Gemeinder (1891-1931), Hilfsarbeiter, 1929 Mitglied des Provinziallandtages von Hessen-Nassau (NSDAP), 1930/31 MdR, Jan.-Aug. 1931 Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt.
4 Ergänzend heißt es in der masch. Ausfertigung: "Pg. [*Ferdinand*] Abt bleibt bis zur endgültigen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe seiner Stellung als Ortsgruppen- und Bezirksführer enthoben." Zum innerparteilichen Machtkampf vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 184 f.

1 In der Gaststätte "Zum Ochsen", nach 17.00 Uhr. Zuvor hatte Hitler Gregor Straßer besucht, der nach einem Skiunfall im Oberstaufener Krankenhaus lag.
2 Heinrich Brüning (1885-1970), Politiker, 1915 Dr. rer. pol., 1921 persönlicher Referent des preuß. Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften, 1924-1933 MdR (Zentrum), Sep. 1930 - Mai 1932 Reichskanzler, seit 1934 im Exil, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University, USA.
3 Julius Curtius (1877-1948), Rechtsanwalt, 1914 Dr. jur., 1919-1921 Stadtverordneter in Heidelberg (DVP), 1919-1932 Mitglied des Zentralvorstands und des geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1920-1932 MdR (DVP, zuletzt Staatspartei), 1926-1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsminister des Auswärtigen.

ein anderer hinaufgesetzt werden. Ein Gregor Straßer dagegen kann in der nationalsozialistischen Bewegung nicht ersetzt werden." [4]

[18. Januar 1931] [1] Dok. 47
Interview mit Associated Press

Der Montag Morgen vom 19.1.1931, "Das Hitler-Interview eines jüdischen Journalisten"[2].

Dieser [*Hitler*] erklärt, Deutschlands schwere Lage sei "durch das jüdische Kapital verschuldet". Auf Fränkels [3] Einwand, die jüdische Bevölkerung Deutschlands stelle weniger als ein Prozent der Einwohner des Reiches dar und könne daher doch kaum als eine so große Gefahr bezeichnet werden, antwortete Hitler, er rechne zu den Juden einen jeden, der nicht reindeutsch sei. Die Juden hätten die deutsche Kultur und die deutsche Politik mit ihren Ideen infiziert und Deutsche in Juden verwandelt. Sein Plan sei, alle Juden, die nach dem Weltkrieg eingewandert seien, auszuweisen und den übrigen Juden die Beteiligung an den öffentlichen und an den Regierungs-Angelegenheiten zu verbieten. [4]

---

4 Folgt Bericht über die Abfahrt Hitlers von Oberstaufen.

1 Laut "Der Montag Morgen" hatte Associated Press das von Max Fränkel geführte Interview am 18.1.1931 veröffentlicht.

2 Die von Fränkel angekündigte Veröffentlichung des Interviews im vollen Wortlaut in der "New York Jewish Tribune" ist nicht erschienen.

3 Keine weiteren Angaben ermittelt.

4 Folgt Bericht über den Gesamtverlauf des Interviews und die geplante Veröffentlichung im Wortlaut.

18. Januar 1931 Dok. 48
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Nationalzeitung vom 19.1.1931, "Adolf Hitler in Coburg" [2].

Das Deutsche Reich war durch Jahrhunderte für viele der Besten ein Begriff, der ihren Lebenseinsatz bestimmte und doch nicht Wirklichkeit werden wollte! - Die ideelle Gemeinsamkeit der Plattform des alten Reiches zerbrach im 30jährigen Krieg. Man mußte eine neue finden. Doch die beiden Konfessionen erwiesen sich als zu schwach, als nicht mehr fähig, eine alles einigende Idee zu bilden. Im Norden Deutschlands wuchsen die neuen Keime zum neuen Staatsgedanken. Ein Regenerationsprozeß vollzog sich, wie er sich immer in der Natur vollzieht. Etwa 200 Jahre nach dem 30jährigen Krieg vollzog sich die Geburt des neuen Reiches. Die Männer der Paulskirche waren fraglos von bestem Willen beseelt, aber *Majoritäten konnten das Reich nicht schaffen. Bismarck schuf das Reich im Kampf gegen Demokratie und Parlament. Eine Handvoll Menschen mit ihrem Willen bestimmte das Geschick Deutschlands. Die Geburt des Bismarckreiches hat nicht das mindeste zu tun mit dem Geist, der heute regiert.* Das Bismarck-Reich hat sich bewährt wie nie ein Staat der Welt! Wir durften an diesem seinem Ruhm teilnehmen und sind stolz darauf. Aber was früher der Ehrgeiz einzelner Großer, einzelner Länder zerstörte, hat bei uns der Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum zerbrochen! *Wenn Deutschland wieder aufsteigen soll, müssen die Klassen beseitigt werden, die Parteien verschwinden!* Aber der Herr gibt uns nichts, was wir [*uns*] nicht selbst verdienen, und er nimmt uns nichts, was wir nicht selbst nicht zu halten vermögen! *Wir waren der Freiheit nicht wert, deshalb haben wir sie verloren!* Aber wir dürfen trotzdem nicht mit dem Geschick hadern. Wir sollen dankbar anerkennen und zu retten versuchen, was uns gegeben war. *Wir haben die Ehre preisgegeben, da dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir so behandelt werden, wie es immer in der Geschichte ehrlosen Völkern [er]geht!* Jeder von uns trägt Schuld, aktiv oder passiv, und jeder von uns muß diese Schuld tilgen. - *An diesem Gedenktag* [3] *müssen wir erkennen: Die Feinde sind uns nur überlegen, wenn sie Verräter unter uns finden! Sonst sind wir ihnen überlegen!* Aus der Quelle des Volkes heraus sprudelt uns neue Kraft [*sic!*]. Wir erheben uns aus uns selbst heraus. Und der Rassengedanke ist die neue Plattform, auf der wir uns einigen. *Wir stehen am Beginn eines gigantischen Ringens! Eine neue Fahne ist heute hier hochgezogen worden* [4]. Ein Großer [5] hatte uns ein Reich gezim-

1 Im Hofbräuhaussaal, von 17.00 bis 17.30 Uhr. Die laut Bericht der Coburger Nationalzeitung überfüllte öffentliche Versammlung anläßlich der Reichsgründungsfeier, die über Lautsprecher auch in einen anderen Saal übertragen wurde, wurde vom Coburger Bürgermeister Franz Schwede (NSDAP) eröffnet. Vor Hitlers Rede sprach Julius Streicher zum Thema Juden.

2 Vgl. auch Coburger Tageblatt vom 19.1.1931, "Politische Versammlung"; Deutsche Zeitung vom 19.1.1931, "Das Deutschland Bismarcks behauptete sich, wie nie ein Staat zuvor"; Hildburghauser Kreisblatt vom 19.1.1931, "Adolf Hitler in Coburg"; VB vom 20.1.1931, "Adolf Hitler spricht in Coburg über das kommende Reich". Sowie Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, München 1939, S. 197 f.

3 Am 18.1.1871 war im Spiegelsaal von Versailles der preuß. König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden.

4 Das Coburger Rathaus war an diesem Tag mit der Hakenkreuzfahne beflaggt worden.

5 Gemeint ist Otto von Bismarck.

mert - wir haben es verspielt. *Unsere Pflicht ist es zu sagen: Was wir verloren haben, müssen wir wieder erringen!* Die Zukunft wird unsere Arbeit rechtfertigen. Das Reich wird in neuer, verjüngter Form erstehen. Und die Erkenntnisse der Rassengesetze, die uns Wissenschaft, Philosophie und Dichtkunst nahe bringen, gründen eben die neue Basis. Von ihr aus werden wir den Zerfall überwinden. In 10 Jahren haben wir die einige deutsche Front, den verjüngten deutschen Menschen! *Wenn Bismarck heute wieder käme mit seinen Mitstreitern - sie ständen heute alle bei uns!* Wir haben hohe Achtung vor den Taten jener Großen, vor den hehren Farben des alten Reiches. Unsere Fahne ist das Symbol des neuen Reiches! *Unser Vaterland Deutschland hoch!* [6]

19. Januar 1931 Dok. 49
Anordnung

VB vom 23.11.1931.

Aufsätze, Broschüren und Veröffentlichungen jeder Art, in welchen Pgg. Erziehungs- und Schulfragen im Hinblick auf den Nationalsozialismus behandeln, sind *vor* der Drucklegung bzw. vor der öffentlichen Bekanntgabe dem Nationalsozialistischen Lehrerbund, z. H. des Pg. Hans *Schemm* [1], M.d.R., Bayreuth, zur Beurteilung zu unterbreiten. Dies gilt insbesondere für Auslassungen mit schulprogrammatischem Inhalt.

Alle Parteizeitungen und -verlage werden ersucht, Abhandlungen über Erziehungs- und Schulfragen, die nicht den Vermerk des N.S.-Lehrerbundes tragen, abzulehnen.

Veröffentlichungen, die den oben geforderten Bedingungen nicht entsprechen, haben mit der N.S.D.A.P. nichts zu tun.

Parteigenossen, insbesondere solche, welche in der Bewegung ein Amt bekleiden, müssen sich darüber klar sein, daß auch "private Stellungnahmen" - sofern sie geeignet sind, gegen die N.S.D.A.P. verwendet zu werden - von den Gegnern der Bewegung als offizielle Auslassungen hingestellt werden. Zweckmäßigerweise erfolgt daher auch eine private Beantwortung von an sie gerichteten Fragen nur im Einverständnis mit dem N.S.-Lehrerbund.

Von der gesamten Parteipresse nachzudrucken.

München, den 19. Januar 1931

gez. *Adolf Hitler*

---

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Hans Schemm (1891-1935), Volksschullehrer, 1919 Angehöriger des Freikorps Bayreuth, 1920/21 Leiter eines bakteriologischen Instituts in Thale/Harz, 1921-1928 Rückkehr in den Schuldienst und Dozent an der Volkshochschule in Bayreuth, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Mitglied des Völkischen Bundes in Bayreuth, 1925 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bayreuth, 1928-1932 MdL in Bayern (NSDAP), 1928-1933 Gauleiter des Gaues Oberfranken, 1929 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bayreuther Stadtrat, 1929-1935 Leiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), 1930-1933 MdR, 1933-1935 Gauleiter des Gaues Bayerische Ostmark sowie bayer. Kultusminister.

20. Januar 1931 Dok. 50
Anordnung

VB vom 23.1.1931.

Verfügung

Im Hinblick auf die allgemeine Not verbiete ich mit sofortiger Wirkung allen Partei-Organisationen, karnevalistische Treiben, Bälle usw. zu veranstalten oder sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen.

Wo bereits solche Veranstaltungen angesetzt sind, steht es frei, diese in "deutsche Abende", die vom nationalsozialistischen Geiste getragen sind, umzugestalten.

München, den 20. Januar 1931

gez.: Adolf Hitler

22. Januar 1931 Dok. 51
Anordnung

VB vom 22.1.1931, "Bekanntmachungen".

Pg. Paul *Hinkler* [1], M.d.L., steht ab 21. Januar [*1931*] zur *Disposition der Reichsleitung*. Er wird damit als Gauleiter von Halle-Merseburg beurlaubt [2]. Seine Stelle als Gauleiter übernimmt bis auf weiteres Pg. Rudolf *Jordan* [3].

Adolf Hitler

---

1 Paul Hinkler (1892-1945), Lehrer, 1922-1924 Mitglied des Stahlhelms, 1923/24 Führer des Wehrwolfs im Gau Saale-Unstrut, 1924/25 Abschnittskommandeur des Frontbanns, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppen- und Bezirksleiter in Halle-Merseburg, 1926 Entlassung aus dem Schuldienst, 1926-1931 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, 1927 Stadtrat in Halle (NSDAP), 1928-1933 MdL in Preußen und Geschäftsführer der NSDAP-Landtagsfraktion, 1933-1939 Polizeipräsident von Altona-Wandsbek und Leiter der Geheimen Staatspolizei von Schleswig-Holstein, 1939-1943 Polizeipräsident von Wuppertal.

2 Vgl. Rudolf Jordan, Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971, S. 10 ff.

3 Rudolf Jordan (1902-1988), Volksschullehrer, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1929 Abgeordneter im Provinziallandtag Hessen-Nassau, 1929 Stadtverordneter in Fulda, 1931-1937 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, 1932 Mitglied des Provinziallandtags der Provinz Sachsen und MdL in Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, 1937-1945 Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt sowie Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, 1939-1945 Führer der Anhaltischen Landesregierung, 1944 Oberpräsident der Provinz Magdeburg.

24. Januar 1931 Dok. 52
Erklärung gegenüber Friedrich Fürst zu Eulenburg-Hertefeld [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Unterschrift von Fürst Eulenburg-Hertefeld, o. D. [2]; BA Potsdam, Rep. 37 Boitzenburg, Nr. 4434 [3].

Ich [4]: Bei dem Versuch, Kreise des norddeutschen Grundbesitzes (Mittel- und Großgrundbesitz) für die nationalsozialistische Bewegung zu gewinnen bzw. zu interessieren, wird einem sehr häufig entgegengehalten, daß Ihr Agrarprogramm (Enteignung von Grund und Boden) [5] eine Mitarbeit unmöglich mache.

Hitler: Diese Annahme ist eine völlige Verkennung meiner Absichten, die nie und nimmer auf eine Zerschlagung oder Enteignung größerer Güter abzielen. Ich denke nicht daran, den ererbten oder sonstwie rechtmäßig erworbenen Grundbesitz, soweit er im Dienste der Allgemeinheit Arbeit leistet und produziert, zu stören. Ich habe auch nicht die Absicht, in breitem Umfange auf deutschem Boden zu siedeln, weil die zur Verfügung stehende Fläche für ein 60-Millionen-Volk hierfür zu beschränkt ist. Es würde dabei nur eine Besitzverschiebung herauskommen, die der Allgemeinheit keinen wesentlichen Nutzen bringt, ja hinsichtlich der inneren Ernährungsgrundlage sogar Schaden brächte, da große Güter mehr produzieren als parzellierte. Zweckmäßig siedeln können und werden wir erst, wenn uns der entsprechende Raum zur Verfügung steht, worüber ich in meinem Buch "Mein Kampf" [6] ausführlich gesprochen habe.

Die Enteignung wird sich auf ergaunerten Grundbesitz beschränken und auf Flächen, die zu spekulativen Zwecken erworben wurden, die also nur dazu geeignet sind, einem einzelnen unverhältnismäßig hohen Gewinn - Hunderte und Tausende von Prozenten - bei der Wiederveräußerung in Aussicht zu stellen, ohne daß hierfür wirkliche Arbeit geleistet oder dem Volksganzen Nutzen gebracht worden wäre (z. B. Bauplatz-Spekulation).

Ich: Legen Sie Wert auf Mitarbeit des Mittel- und Großgrundbesitzes in Ihrer Bewegung? Es wird von diesen Kreisen vielfach behauptet oder befürchtet, daß über sie zur

---

1 Auf der Grundlage einer 45-minütigen Unterredung mit Hitler am 24.1.1931 in München hatte Eulenburg-Hertefeld eine von Hitler autorisierte Aufzeichnung angefertigt, die er als Rundschreiben an eine Reihe von Großagrariern sowie an Wilhelm II. in Doorn sandte. Vgl. Kurt Gossweiler u. Alfred Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 15 (1967), S. 644-662.

2 Kopf: "Aus einer Besprechung mit Adolf *Hitler* am 24. Januar 1931 in München".

3 Druck: Gossweiler/Schlicht, Junker, S. 653 ff. Leicht überarbeiteter Teildruck: Der Freiheitskampf vom 12.5.1931, "Der Nationalsozialismus, die letzte Hoffnung".

4 Friedrich Wend Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, (1881-1963), Großgrundbesitzer und Landwirt, 1918 Eintritt in die DNVP, März 1931 Übertritt zur NSDAP.

5 Gemeint ist Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981, S. 24.

6 Vgl. Mein Kampf, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 310 ff.

Tagesordnung übergegangen werden würde, sobald das Ziel der Nationalsozialisten (die Machtergreifung) erreicht sei.

Hitler: Eine solche Behauptung ist unerhört, die Befürchtung völlig unbegründet. Selbstverständlich will ich mit den von Ihnen genannten Kreisen zusammenarbeiten wie mit jedem deutschen Volksgenossen. Ich begrüße es lebhaft, wenn die Intelligenz an unserer Bewegung mitarbeitet.

Ich höre jetzt aus diesen Kreisen immer wieder die Frage: Hast Du auch die nötigen "Köpfe" in Deinen Reihen?

Hier muß ich weiter ausholen. Worauf kam es denn in erster Linie an? Auf das Sammeln der breiten Masse! Meine Hauptaufgabe war es, sie dem Marxismus zu entreißen, sie wieder nationalen Gedanken zugänglich zu machen. Ich bin in diese vom Marxismus verhetzten Schichten hineingestiegen und habe mit ihnen gerungen. Auf den *Erfolg* kam es mir an, nicht auf die Methode, die mir immer wieder von Gegnern, nicht zum wenigsten von Rechtsstehenden, zum Vorwurf gemacht wird. Sollen doch die Herren, die meine Methode bekritteln, in die Industriezentren gehen und den durch den Marxismus rasend gemachten Massen auf *ihre* Methode beizukommen suchen! Ich bin in die Industriezentren gegangen, weil ich diese Arbeitermassen zur Entthronung des Marxismus nicht entbehren kann. Jetzt sitzen 107 Nationalsozialisten im Reichstag [7], und ich rechne damit, daß es das nächste Mal 180 sein werden [8], von denen sich jeder einzelne für seine Überzeugung totschlagen lassen wird.

Wieviele "Köpfe" darunter sind, wird die Zukunft lehren. Ich kann keine "Köpfe" erzeugen. Es ist daher die *Pflicht* der Intelligenz, ihre "Köpfe" zur Verfügung zu stellen, um dann, getragen von den Massen und mit ihrer Wucht, die Befreiung aus den Fesseln des Marxismus zu erkämpfen. Erreichen wir dieses Ziel nicht, dann trifft *die* die Schuld, die im Bewußtsein, einen "Kopf" zu besitzen, diesen nicht in den Dienst unserer Sache gestellt haben. Sie sind die Wegbereiter des Bolschewismus.

In der Zusammenfassung des *ganzen* deutschen Volkes, vom Kaisersohn bis zum letzten Proleten, sehe ich das Ziel, das wir erreichen müssen.

Wie wir über die Belange irgendeines der *Unsrigen* nach der Machtergreifung zur Tagesordnung übergehen sollten, ist mir völlig unverständlich.

Ich: Wie beurteilen Sie die Deutsch-Nationale Volkspartei?

Hitler: Ich habe wiederholt Fühlung mit ihr gehabt und bin zu der Überzeugung gekommen, daß sie nicht wesentlich wachsen, wenn auch voraussichtlich ihren Besitzstand erhalten wird. Die breite Masse des deutschen Volkes wird sie niemals erfassen, weil ihr die Brücke fehlt. Man kann eine große Bewegung heute nicht mehr von oben aufziehen, sie muß von unten herauswachsen, nur dann ist sie fundamental.

Ich: Würden Sie im Parlament eine Koalition mit den Deutsch-Nationalen bilden, wenn Sie dadurch die absolute Mehrheit bekämen?

Hitler: Selbstverständlich.

---

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

8 Bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 erhielt die NSDAP 13,8 Millionen Stimmen (37,4 Prozent) und erreichte damit 230 Reichstagsmandate. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41, 44.

Ich: Welche Bedingungen bzw. Voraussetzungen knüpfen Sie an die Aufnahme in Ihren Reihen?

Hitler: Besondere Bedingungen stellen wir nicht. Der Eintritt wird naturgemäß nur erfolgen, wenn die Grundgedanken unseres Programmes verstanden und dann zur inneren Überzeugung geworden sind. *Eine* Bedingung müssen wir allerdings stellen, und das ist folgende: Für unsere Mitglieder darf es keinen Kompromiß mit dem Marxismus geben.

Den Kampf gegen den Marxismus führe ich *rücksichtslos* mit *allen*, auch den *alleräußersten* Mitteln, die mir das Gesetz unter Einschluß des Notwehrrechts lassen, bis zur *völligen endgültigen Vernichtung* und *Ausrottung* dieser Pest am deutschen Volke. Hierfür habe ich mich eingesetzt. Hierfür kämpfe ich *ohne Erbarmen* und *rücksichtlos* bis ans Ziel.

Fürst Eulenburg-Hertefeld

29. Januar 1931 Dok. 53
"Revision der Verträge oder Revision der deutschen Politik?" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Masch. Polizeibericht vom 30.1.1930 (gez. Emil Luber) mit hs. Korrekturen; StA München, Polizeidirektion München 6742 [3].

Vor 15 Monaten begann der Kampf um die Unterzeichnung des *Young-Planes* [4]. Aus den unzähligen Reden der deutschen Staatsmänner, *oder was man so heißen darf*, hörte man nur von der großen Linderung, die der *Young-Plan* gegenüber dem *Dawes-Plan* [5] bringen sollte.

Die alliierten Finanz-Sachverständigen hätten leichte Rechnung gemacht mit der deutschen Schuld. Zu ihren eigenen Kriegsschulden hätten sie 50 % dazugeschlagen und daraus die deutsche Tributlast konstruiert.

Bei uns spricht man ständig von Sanierung. Die eigentliche Sanierungsaktion soll erst vor der Türe stehen.

Sobald unsere Reichsregierung Angst hat, keine Beamtengehälter mehr zahlen zu können, kommt wieder eine neue Sanierungsaktion.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 29.1.1931.
2 Im Bürgerbräukeller, von 20.20 bis kurz nach 22.00 Uhr. Laut Polizeibericht war die Versammlung überfüllt, so daß ein Teil der Besucher in eine Parallelversammlung geschickt wurde.
3 Vgl. auch Münchener Post vom 30.1.1931, "Hitlers erste Wintervorlesung 1931".
4 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Seit 12 Jahren arbeitet die Steuerpresse immer wieder neue Steuern und Steuern [*aus*], welche das Volk zu erdrücken drohen. *Politisch* muß ein Volk sein, damit es wirtschaftlich bestehen kann. Den Männern der heutigen Richtung ist weder der Kurs noch die Richtung bekannt.

Ich muß einmal wieder als Prophet auftreten, wenn man so sagen darf, und behaupten, alle euere Grundsätze sind falsch.

Von was lebt der Mensch? Nur von der Mutter Erde!

Im Anschluß an diese Worte sprach *Hitler* in längerer Ausführung über Bodenbearbeitung, Handwerk, Industrie, Aufbau [*usw.*] ...

Wenn die Bodenwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, das Volk zu ernähren, kann auch die Industrie nicht mehr existieren. Hierauf kam Hitler auf den deutschen Import und Export in neuerer und früherer Zeit zu sprechen.

Hitler streifte auch das bolschewistische Regime, welches das russische 160-Millionen-Volk auf ein menschenunwürdiges Niveau herabgedrückt habe und welches versucht, alle Wirtschaftsanstrengungen zu zerstören.

Zum Kriegsende sagte ein bekannter deutscher Sozialist: Ich will nicht, daß wir siegreich heimkehren; das Volk soll und muß einmal den Hunger verspüren!

Wenn wir jährlich über eine Milliarde RM Tributlasten zahlen müssen - dieses Geld müssen wir meistenteils durch Anleihen aufnehmen -, so hat Deutschland schon alleinig für Zinsen die ungeheure Summe von 1 Milliarde [*und*] 400 Millionen RM aufzubringen!

Jetzt geht man nach *Paris*, um wieder eine neue *politische Anleihe* unterzubringen [6].

Erst verspiele ich mein Haus - dann mein Weib - und dann meine Kinder! Immer neue Lasten.

Herr *Brüning* steht wieder vor einem Loche [7]. Wieviel ist darinnen schon verschwunden? Nun soll dieses Loch wieder mit einer neuen Anleihe aufgefüllt werden - aber ein neues tut sich wieder auf.

Jetzt kann nur mehr die *politische Kraft des Volkes* helfen. Nicht wir Nationalsozialisten hetzen zum Krieg, *sondern euer Friede* treibt uns in den Tod! Wenn ein Volk am Verhungern ist, so hat es das Recht, sich Boden selbst zu nehmen!

Wir befinden *uns jetzt mitten in der Periode*, wo der Sozialismus dem Not-Sozialismus Platz machen muß! Man sagt mir nach, ich peitsche das Volk auf! Sollte es von selber aufwachen, wenn es schläft? Wir erklären, was ihr sanieren heißt, *ist lächerlich* - was wir wollen, *heißt Freiheit*!

Ihr redet von einem neuen Vertrag, wir wollen Freiheit und heraus aus dem Zuchthaus!

---

6 Am 18.1.1931 hatten Reichsminister des Auswärtigen Curtius und der französische Außenminister Briand in Genf über die mögliche Gewährung französischer Kredite an Deutschland beraten. Vgl. Vossische Zeitung vom 20. und 29.1.1931, "Kredite für Deutschland".

7 Mitte Januar hatten im Reichstag die Beratungen des Etats für 1931 begonnen, bei denen sich ein Fehlbetrag von etwa 1 Milliarde RM abzeichnete. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, München 1932, S. 12 ff.

Wir müssen lachen, wenn uns die heutige Zeit den Kampf ansagt: *Es heißt, wir sind am 22. marschbereit* (es dürfte der 22.II.1931 genannt [*sic!*] sein) [8].

Ich erwidere: *Herr Hörsing* [9], *wir sind immer marschbereit*! Herr Hörsing, beschimpfen Sie uns, so viel sie wollen - bloß lassen Sie *die Toten ruhen*!

Mein Mutter war keine Tschechin, sie war eine *Deutsche*! Und ich, ich rede die Sprache meiner Mutter [10]. (Langanhaltender Beifall.) Wir werden uns bei den legalen Gerichten der Nation auseinandersetzen.

Man wirft uns vor, wir sollen das Christentum und die Religion bedrohen - und demnach werden sich *die Millionen* des deutschen Volkes hinter uns scharen [*sic!*]!

In Deutschland sind wir heute der einzige Damm.

Wir werden in Zukunft nicht mehr der Amboß, sondern der Hammer sein.

Freiheit unserem Volke!

Brot unseren Kindern! [11]

---

8 Gemeint ist der Aufruf des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Otto Hörsing vom 5.1.1931, wonach ihm bis zum Bundesgründungstag des Reichsbanners am 22.2. die sog. Schutzformationen "marschfertig!" gemeldet werden sollten. Vgl. Das Reichsbanner vom 17.1.1931, "Am Bundesgründungstag: Marschfertig!".

9 Otto Hörsing (1874-1937), Metallarbeiter, 1906 Sekretär des SPD-Bezirks Oberschlesien, 1919 Reichskommissar für Schlesien und Posen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1922, 1924-1932 MdL in Preußen (SPD), 1920-1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen, 1924-1932 Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1932 Ausschluß aus SPD und Reichsbanner.

10 Auf einer Versammlung des Reichsbanners in Bremen am 25.1.1931 hatte Hörsing erklärt, Hitlers Mutter sei eine Tschechin, die kein Wort Deutsch verstehe. Vgl. Bayerischer Kurier vom 26.1.1931, "Hörsing proklamiert Vernichtungskampf".

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

3. Februar 1931 Dok. 54
"Erlaß Nr. 1"
SA-Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; BA, Slg. Schumacher 403.

Der Obersten SA-Führung liegen eine Reihe von Meldungen und Anzeigen vor, die sich gegen SA-Führer und -Männer richten und vor allem Angriffe wegen des Privatlebens dieser Persönlichkeiten enthalten.

Die Prüfung ergibt meist, daß es sich um Dinge handelt, die gänzlich außerhalb des Rahmens des SA-Dienstes liegen. Vielfach sind einfach Angriffe politischer oder persönlicher Gegner ohne weiteres übernommen.

Den obersten und oberen SA-Führern wird zugemutet, über diese Dinge, die rein auf privatem Gebiet liegen, Entscheidungen zu treffen.

Ich weise diese Zumutung grundsätzlich und in aller Schärfe zurück.

Abgesehen davon, daß wertvolle Zeit, die im Freiheitskampf notwendiger ist, nutzlos vertan wird, muß ich feststellen, daß die SA eine Zusammenfassung von Männern zu einem bestimmten politischen Zweck ist. Sie ist keine moralische Anstalt zur Erziehung von höheren Töchtern, sondern ein Verband rauher Kämpfer. Aufgabe der Prüfung kann hier nur sein, ob der SA-Führer oder -Mann in der SA seine Dienstpflicht erfüllt oder nicht. Das Privatleben kann nur dann Gegenstand der Betrachtung sein, wenn es wesentlichen Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderläuft.

Die oberen SA-Führer, denen derartige Anzeigen zugehen, werden künftig zunächst zu prüfen haben, ob nicht der Anzeiger, der Mißstimmung und Unfrieden in die SA trägt, zur Verantwortung zu ziehen und gegebenenfalls zum Ausschluß aus der SA bzw. aus der Bewegung zu beantragen sein wird.

Adolf Hitler

3. Februar 1931 Dok. 55
SA-Anordnung

Masch. Ausfertigung, o. D. [1]; BA, NS 23/123.

Im Dienstverkehr werden künftig unterschieden:

1. *Erlasse,*
die Angelegenheiten grundsätzlicher oder allgemeiner Art regeln.

---

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I Nr. 12/31".

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I Nr. 10/31". Fußvermerk: "F[*ür*] d[*ie*] R[*ichtigkeit*]: Rann".

2. *Führerbefehle,*
die die Stellenbesetzung regeln.
3. *Verordnungen,*
die Angelegenheiten besonderer Art regeln.
Erlasse, Führerbefehle und Verordnungen unterzeichnet der Oberste SA-Führer.
4. *SA-Befehle,*
die allgemeine Angelegenheiten des SA-Dienstes regeln.
5. *Verfügungen,*
die Angelegenheiten in besonderen Fällen regeln.
6. *Tagesbefehle,*
die eine einmalige Gültigkeit haben.
7. *Stabsbefehle,*
die sich lediglich auf den Dienstbetrieb des Stabes beziehen.
Die Befehle und Verfügungen 4-7 unterzeichnet der Chef des Stabes.
8. *Besondere Anordnungen,*
die für bestimmte Zwecke einmalige Regelung treffen.
9. *Mitteilungen,*
die lediglich zur Kenntnis bestimmt sind.
Die Weisungen 8 und 9 unterzeichnet der Quartiermeister.
Erlasse, Führerbefehle und SA.-Befehle werden mit Nummern versehen.

Der Generalinspekteur und der Reichsarzt können *Weisungen und Mitteilungen* im Rahmen ihrer Dienstbefugnisse erlassen.

Der Reichsführer der SS und der Korpsführer des N.S.A.K. [2] sind nur zu Anordnungen befugt, soweit sie nicht grundsätzlicher Art sind und keine Personalverfügungen betreffen.

In das Verordnungsblatt werden in der Regel alle Erlasse aufgenommen; Befehle, Verfügungen usw. nur in den Fällen, in denen eine Kenntnis auch außerhalb der SA (z. B. für die politischen Gliederungen) zweckmäßig erscheint.

Die nachgeordneten Dienststellen treffen für ihren Dienstbereich die erforderlichen Anordnungen.

Die bisher gebräuchlichen Ausdrücke und Abkürzungen (Grusa, Sabe usw.) sind nicht mehr anzuwenden.

gez. *Adolf Hitler*

2 Nationalsozialistisches Automobilkorps, gegründet am 1.4.1930, am 20.4.1931 Umbenennung in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps (NSKK). Vgl. Bd. III/3.

6. Februar 1931 Dok. 56
Erklärung [1]

Der Vorposten vom 6.2.1931. Zit. nach Wilhelm Löbsack, Albert Forster. Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940, S. 19 f.

Es ist eine der höchsten Aufgaben der nationalsozialistischen Bewegung, im deutschen Volk die Erkenntnis zu erwecken, daß unsere Zukunft weniger über den Meeren als vielmehr in Europa selber liegt. Weltwirtschaft und Welthandel werden auf die Dauer, trotz allem Verführerischen, nicht unser Volk vor dem Verfall bewahren können. Wirtschafts- und machtpolitisch bedeutet Deutschland in einer Welt, die von Kontinenten regiert wird, wenig, solange es ein 70-Millionen-Volk auf nicht einmal 500.000 Quadratkilometer Grund zusammenpreßt. Nicht nach dem Süden und nach dem Westen soll daher das deutsche Volk seinen Blick richten, sondern in erster Linie nach dem Osten. Wir Nationalsozialisten wollen dafür sorgen, daß das, was heute im Osten Vorposten ist, einst breite Front und später breite Heimat werden soll.

Möge unser neues Kampfblatt in Danzig mithelfen, auf diesem gefährdetsten Boden des Deutschen Reiches selbst das Verständnis für die einzige Bewegung im übrigen Reiche zu erwecken, die berufen sein wird, auch diese Stadt wieder dem Deutschen Reiche zurückzugeben.

Adolf Hitler

1 Geleitwort zur 1. Nummer der von Gauleiter Albert Forster in Danzig herausgegebenen Zeitung "Der Vorposten".

8. Februar 1931 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Nordwestdeutscher Freiheitskämpfer vom 18.2.1931, "Adolf Hitler in Weimar. Nicht in der Weltwirtschaft liegt unsere Zukunft, sondern in unserm Boden" [2].

Deutsche Volksgenossen!

Wenn man das geschichtliche Werden und Vergehen von Völkern bedenkt, zeigen sich uns immer nur ganz große, geschlossene Ereignisse, geschlossene Erscheinungen, die letzten Endes zum Untergang dieser Völker führen. So große Reiche wie Babylon und Rom sind verschwunden. Welche katastrophalen Fehler müssen gemacht worden sein, um ganze mächtige Reiche von der Erde einfach verschwinden zu lassen.

Freilich, der Mensch sieht meist nur den Abschnitt der Geschichte vor sich, den er persönlich erlebt.

Dieser Abschnitt ist kurz und umfaßt wenige Jahrzehnte, und es ist oft schwer zu ermessen, wo in dem kurzen Abschnitt sich vielleicht auch ein Teilchen eines so großen historischen Zusammenbruches vollzieht, ohne daß die Millionen lebender Menschen in dieser Zeit es vielleicht erkennen oder erleben. Sicherlich dürfen wir eines annehmen:

Zu jeder Zeit, in der sich solche historischen Katastrophen vorbereiten oder abspielen, wird es zahllose Menschen gegeben haben, die an die Wirklichkeit eines solchen Vorganges nicht glaubten, es wird zahllose Menschen gegeben haben, die allen Warnungen gegenüber die wirkliche Existenz einer solchen Gefahr bestritten haben, es wird Regierungen gegeben haben, die in ihrer Verwaltung einem Volke, einem Staate zum Verderben gereichten, und immer und immer werden Millionen anderer in den Tag hineingelebt haben, ohne sich auch nur im leisesten eine Vorstellung zu machen, wo das Ende dieser ganzen Entwicklung sein wird.

Es ist heute nicht anders. Die Menschen sehen diese Entwicklung nur für die Zeit des eigenen Lebens. Sie fühlen vielleicht auch manches Mal, daß es eine große Linie auch in ihrer kurzen Periode, eine Entwicklung aufwärts und einmal abwärts gibt. Aber es fehlt nun die Vorstellung, um einen solchen kurzen Entwicklungsgang zu vervollständigen durch einen Blick in die Zukunft. Es fehlt die Fähigkeit, durch einen Blick in die Ver-

1 Im Deutschen Nationaltheater, zwischen 9.00 und 12.00 Uhr. Die überfüllte öffentliche Versammlung, die aus Anlaß einer landwirtschaftlichen Kundgebung der NSDAP-Reichsleitung stattfand, wurde von Walter Darré geleitet. Vor Hitler sprach Constantin Hierl. Anschließend fand ein Vorbeimarsch der SA statt, den Hitler vor dem Goethe- und Schiller-Denkmal abnahm. Zum Gesamtablauf vgl. Rundschreiben Darrés, o. D.; BA, Slg. Schumacher 214.

2 Nachdruck: Westdeutscher Beobachter vom 20.2.1931, "Nicht in der Weltwirtschaft liegt unsere Zukunft, sondern in unserem Boden!" Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 9.2.1931, "Nationalsozialistischer Reichsbauerntag in Weimar"; Deutsche Zeitung vom 9.2.1931, "Nationalsozialistische Landwirtschaftstagung"; General-Anzeiger (Dortmund) vom 9.2.1931, "Nazi-'Reichsbauerntag' in Weimar"; Oldenburgische Landeszeitung vom 9.2.1931, "Landwirtschaftliche Kundgebung der Nationalsozialisten"; Westdeutscher Beobachter vom 9.2.1931, "Der Bauer steht auf!"; Völkischer Beobachter vom 10.2.1931, "Rückkehr zur Nationalwirtschaft"; Thüringischer Landbund vom 11.2.1931, "Bauer, hilf dir selbst!".

gangenheit analoge Erscheinungen zum Vergleich heranzuziehen, und sie wollen einen Weg gehen, den sie nur in ihrer Zeit vor sich sehen. Es stehen demgegenüber Hunderttausende, Millionen, die in einer solchen Entwicklung vielleicht an die dürftigen Erfolge der Zeit glauben, stehen gegenüber Regierungen, die der öffentlichen Meinung gegenüber auf ihre Unfehlbarkeit pochen und die jeden, der Kritik wagt, als einen Unverantwortlichen bezeichnen, als einen, der nicht erfüllt ist von der hohen Weisheit derer, die nun einmal berufen sind, das Volk zu führen und die Regierungsgeschäfte zu leiten. Eine vielhundertjährige Tradition brachte eine gewisse Respektierung weniger des Trägers [*als*] des öffentlichen Amtes an sich. Diese Respektierung führte zuweilen dazu, daß das Volk ganz vergißt, auf welch schwachen Grundelementen die Träger eines solchen Systems eigentlich stehen, wie sehr diese geistigen Erscheinungen des Systems im Augenblick unter das Niveau fallen.

Man überträgt die Bedeutung der Personen der Vergangenheit, die diesem Amt eine Weihe und Würde gegeben haben, ohne weiteres auf die derzeitigen erhabenen Inhaber dieser Ämter.

Gerade das deutsche Volk, das sich in langer Zeit der Geschichte angewöhnt hat, regiert zu werden, und das trotz der Fehler und Vorzüge, die man immerhin zugeben muß, in langen Zeiten auch gut regiert worden ist, gerade dieses deutsche Volk hat großenteils jene kritische Fähigkeit verloren, über dem scheinbaren Erfolg des Tages die große Linie zu sehen, ja, vielleicht auch sogar die Lust verloren, nach dieser großen Linie überhaupt zu suchen. Es gibt im Volk heute Millionen, die sich wirklich gerne berauschen an dem äußeren Erfolg und an dem äußeren Sieg, die sich an den Vorzügen dieses Systems gerne berauschen, um das tiefere Elend, die tiefere Not nicht sehen zu müssen.

Es ist aber bei uns eine gewisse Praxis eingerissen, die [*sic!*] das öffentliche Leben künstlich zu verwirren, es kompliziert erscheinen zu lassen, [*so*] daß die Masse des Volkes in dem tausendfältig durcheinanderlaufenden Erscheinungen der Zeit überhaupt keine klare Linie finden kann.

Wir sehen diese Verwirrung auf allen Gebieten. Wir sehen sie auf dem Gebiete der Rechtspflege, auf dem Gebiete der Schule, unserer Kultur, unserer Kunst und auch auf dem Gebiete des politischen Lebens, vor allem auch auf dem Gebiete der Wirtschaft. Tausendfältige Begriffe schwirren herum, tausendfältige Ausdrücke verwirren die Köpfe, und es gibt wenig Menschen, die aus diesem Durcheinander eine große Linie herausfinden, die sehen, das ist der geeignete Weg. Man hat manchmal das Gefühl, daß man mit Absicht und vollem Bewußtsein eine solche Verwirrung herbeiführt, um dem deutschen Bürger den klaren Blick zu trüben und um den Menschen den Blick für die Notwendigkeit im großen zu erschweren. Wir haben das Gefühl, daß man mit Absicht den Leuten den äußeren Begriff zeigt, was man nicht gern innerlich zeigen möchte [*sic!*]. Nun ist es in meinen Augen die Aufgabe einer politischen Bewegung in einer Zeit, in der man uns die Demokratie aufoktroyiert hat, in einer Zeit, in der wir nun zwangsläufig mit der Majorität rechnen und mit dieser Majorität kämpfen müssen, unseres Erachtens die größte Aufgabe, dieses verwirrende Durcheinander des öffentlichen Lebens auf allen Gebieten zu klären, diese Flut von einzelnen Wörtern, von Schlagwörtern usw. zu

beseitigen und zu versuchen, dem Volk eine große Linie zu zeigen, zu zeigen den Weg, den wir jetzt im Augenblick gehen, frei von allen diesen Verwirrungen, den Weg der Zukunft, den wir gehen müssen, daß wir uns freimachen von allen diesen tausenden Schlagworten, daß wir diese Komplizierung wenigstens zugunsten der inneren Besinnung unterbinden und daß wir uns zurückfinden zu den großen Gesetzmäßigkeiten des Lebens, zu den großen Gesetzen des Volkslebens, die wir überall finden können, auch in der Wirtschaft, ja, dort erst recht. Wenn wir uns zu diesem Entschluß durchringen, dann ist es gut, uns zunächst über etwas Grundsätzliches klar zu werden.

Man spricht heute von Berufen, man spricht von Ständen, man spricht von Klassen usw. und sagt, es gibt Künstler, es gibt Beamte, es gibt Angestellte, es gibt Unternehmer, es gibt Kaufleute, Geschäftsleute, und es gibt auch Bauern. Man stellt nun die Landwirtschaft in die gleiche Linie unserer Wirtschaft, unserer künstlerischen Kultur, unseres politischen Lebens. Man begeht damit bereits ganz bewußt die erste Fälschung, denn man muß den Bauer zusammenfassen mit der Landwirtschaft, muß ihn vollständig herausnehmen aus diesen Begriffen.

Man kann nicht sagen, die Landwirtschaft ist ein Beruf wie so viele andere Berufe.

Nein, die Landwirtschaft ist die Basis des Lebens der Nation an sich.

Auf ihr und aus ihr heraus erst kann auch das weitere Leben sich entwickeln. Man könnte eine Anzahl von Berufen aus dem Leben heute streichen, ohne daß wir daran zugrunde gehen müßten, ja, ohne daß wir deshalb sogar manchmal ärmer werden. Aber wir können nicht die Landwirtschaft streichen, ohne daß wir restlos zugrunde gehen. Die Bodenproduktion ist die erste unbedingte Voraussetzung für jegliches Leben der Menschen, ganz gleich in welchem Umfange die Bodenproduktion betrieben wird, ob im privaten Zustand einer Urmenschheit oder in einem technisch hochkultivierten Zeitalter der Gegenwart. Das Leben des Volkes beruht zunächst auf den Ergebnissen dieser Produktion der Erde, und das kommt am besten in dem Satz zum Ausdruck, den ich schon vor vielen Jahren in diesem gleichen Hause gebraucht habe [3]. Ich möchte sagen, es ist der schönste Satz unseres Lebens, denn er ist die Grundlage alles Lebens. Es kann vorkommen, daß Menschen und Völker über diesen erhabenen Grundsatz hinweggehen und ihn vergessen, vergessen durch irgendwelche äußeren Erscheinungen des Lebens, aber es [*sic!*] wird früher oder später wieder sehr hart zurückgeführt werden, es kommt eines Tages wieder die Zeit, in der die Menschen wieder zurückgepreßt werden auf diesen Grundsatz: Gib uns das tägliche Brot! Das Leben nimmt seinen Ausgang zunächst von der Erde. Die Bodenbearbeitung ist diese Grundlage jeder weiteren Entwicklung.

Wir können uns, in ganz großen Linien gesehen, die Menschheitsentwicklung, soweit sie überhaupt höhere Völker betrifft, folgendermaßen darstellen [*sic!*]. Im Anbeginn lebt jede Familie von dem, was sie sich selbst aus dem Boden schafft. In dem Maße nun, in dem die Bearbeitung des Bodens Fortschritte macht, beginnt eine Einsparung von Menschen aus dieser Grundproduktion, d. h., die Bodenproduktion benötigt zur Ernährung der Summe der Menschen eines Volkes nicht mehr alles, sie kann einen Teil abgeben. Jede Verbesserung einer noch so primitiven Methode durch eine kleinere Anzahl genügt schon, das Leben für alle zu sichern, und die Einsparung dieser Menschen wan-

3 Am 4.7.1926 hatte Hitler auf dem NSDAP-Parteitag in Weimar gesprochen. Vgl. Bd. II/1, Dok. 7.

dert ab in das Handwerk. Es beginnt damit die erste primitive Wirtschaft, d. h., ein Teil einer Volkssumme schafft die Lebensmittel, der andere Teil schafft diejenigen Güter, die auch zum Leben notwendig sind und die wieder von Spezialisten geschaffen werden. Es beginnt der Zerfall der ersten Einheit, nämlich in ein Spezialistentum der Bodenbearbeitung und der primitiven handwerksmäßigen Tätigkeit. Wir sehen nun, wie sich im Laufe der Zeit die Bodenbearbeitung immer größere Möglichkeiten schafft, um Menschen aus dieser Grundsubstanz des Volkes einzusparen und in das Handwerk hinüberzugeben. Dabei ist nun etwas entgegenzuhalten.

Ich kann innerhalb eines Volkes die handwerkliche oder später industrielle Produktion theoretisch nach und nach unbegrenzt steigern. Ich kann aber niemals, sei es auch nur theoretisch, unbegrenzt die Bodenproduktion steigern auf einer bestimmten Grundmenge, d. h. mit anderen Worten: Wenn der Mensch nur [*von*] den Gütern der handwerklichen Produktion leben könnte, ließe sich theoretisch sehr wohl denken, daß auf einem bestimmten Raum, einer bestimmten Fläche die Menschen sich mehr oder weniger ins Ungemessene vermehren könnten. Ich kann die handwerkliche Produktion, soweit ich Rohstoffe für sie habe, unbegrenzt steigern, die industrielle Produktion wie Eisen, Kohle, Stahl usw. kann ich fast unermeßlich steigern.

Aber wenn der Mensch nicht von dem allein leben kann, sondern einen Teil seines Lebens doch der ausschließlichen Ernährung verdankt, und zwar im wesentlichen die Erhaltung seiner Substanz, also seines Fleisches und Blutes, dann, muß ich wissen, geht die Vermehrung der Bodenproduktion nicht ins Ungemessene, sondern dort treten Hemmungen ein. Sie liegen in den Grenzen der Raumfläche, die einem Volk zur Verfügung steht, und in der Größe und in der Güte der Raumfläche, in der Ergiebigkeit dieses Bodens.

So erleben wir denn zu allen Zeiten, daß langsam der Raum zu eng wird für die Zahl der Menschen.

Jeder Stand und jedes Volk trat bis heute eines Tages in eine Situation ein, in der der Boden zu eng geworden ist. Handwerksgüter können unbegrenzt erzeugt werden. Bodengüter aber nicht mehr. Damit tritt dann die Frage heran, entweder Anpassung des Bodens an den Menschen oder Verminderung der Menschen zur Anpassung an den Boden. Es beginnt zum ersten Male das politische Leben sichtbar beeinflußt zu werden von den Gesetzen des Raumes, des Bodens.

Wir kehren aber wieder zurück und sehen, wie die Menschen bei der Bodenproduktion Kräfte einsparen, wie die Handwerksproduktion überschießt und wie nun langsam ein Kreislauf der Wirtschaft eintritt, ein innerer Kreislauf der Wirtschaft, der darin besteht, daß der Handwerker das Handwerkserzeugnis für den Bodenproduzenten liefert und der Bodenproduzent seine Erzeugnisse, die Lebensmittel, für sich und den Handwerker zur Verfügung stellt. Diesen inneren Kreislauf nennt man Volkswirtschaft, d. h., ein Volk deckt in vollem Umfange aus eigener Kraft und eigenem Vermögen alles das, was es zum Leben benötigt, der eine schafft das Brot und der andere schafft die Sichel und den Hammer.

Diese beiden ergänzen sich, und wenn ein Volk diese Einheit besitzt, ist es im vollsten Sinne des Wortes stark und hat schon seine Daseinsberechtigung in seiner eigenen

Kraft. Seine Zukunft liegt ausschließlich in seinem eigenen Fleiß und Vermögen. Solange der Pflug auf der einen Seite und der Hammer auf der anderen Seite sich gegenseitig zu erhalten und zu ernähren vermögen, solange ist ein Volk unabhängig von allen Mächten der Welt. Es kann auf seiner eigenen Scholle stehen und es kann sich sein Leben einrichten und organisieren, so wie es selbst will.

Wenn nun aber dann die Volkszahl größer wird, immer größer und dann endlich auch der Zeitpunkt eintritt, in der die handwerkliche Produktion sich wohl noch steigern kann, aber die Bodenproduktion zurückbleibt, dann muß die Not kommen. Jede Steigerung der industriellen Produktion bedeutet eine Höherwertung der Bodenproduktion. Jede Steigerung der Bodenproduktion bedeutet eine Höherwertung der industriellen Produktion. Diese Sätze müssen wir folgendermaßen verstehen: Wenn in einem Volke ein innerer Kreislauf der Wirtschaft stattfindet, dann ist ein Produkt des Handwerks soviel wert, als man andere Produkte dafür bekommt, grundsätzlich, als man Lebensmittel dafür bekommt und umgekehrt [*sic!*]. Ein Produkt des Bodens, d. h. die Lebensmittel, sind soviel wert, als man Handwerksprodukte dafür bekommt, mit anderen Worten: Steigern sie die industrielle Produktion, bleibt die Bodenproduktion zurück, dann treffen immer mehr Güter auf die Bodenproduktion, sie können daher die Bedürfnisse des Lebens ungemessen befriedigen. Aber langsam kommt dann noch der Hunger, und wenn dieser Hunger nun kommt, dann gibt es Möglichkeiten ihn zu beseitigen, zunächst Export von Menschen, dann aber später Export von Waren. In Wirklichkeit ist das eine zwangsläufige Entwicklung fast, denn selbst wenn man Menschen exportiert, ernährt man diese Menschen im Auslande, d. h., ich fasse ein Volk als einen geschlossenen Körper auf, als eine Rasse. Wenn nun eine Rasse auf ihrem Lebensraum die Menschen nicht mehr ernähren kann, so schickt sie sie hinaus und läßt sie woanders ernähren. Diese haben dann das Bestreben, unabhängig zu werden, einen Staat zu gründen, wenn sie tatkräftig sind; sind sie dies nicht, werden sie zumeist zugrunde gehen. Das Gesetz des Handelns geht an die Kolonisten über als die tatkräftigsten Menschen.

Es gibt auch noch einen zweiten Weg, nämlich man exportiert Ware, d. h., man steigert die wirtschaftliche Produktion so sehr, daß man endlich einen gewissen Überschuß erzielt, den man nach außen hin abführt und von dem Erlös dieses Überschusses langsam Lebensmittel und in neuester Zeit Rohstoffe einführt. Damit beginnt die Volkswirtschaft teilzunehmen und in Verbindung und Beziehung zu treten mit anderen Volkswirtschaften, es beginnt eine Volkswirtschaft in eine andere Volkswirtschaft einzudringen, und es entsteht langsam das, was wir heute mit dem Begriff Weltwirtschaft bezeichnen. Die Völker exportieren und importieren, d. h., gewisse Nationen haben ein Plus an den industriellen Produkten, exportieren diese Produkte und ziehen dafür die fehlenden Lebensmittel und Rohstoffe zurück, mit anderen Worten, es beginnt langsam eine Verflechtung der Interessen der Nationen, und es beginnt damit auch langsam die Souveränität, das höchste eigene Recht der Völker, zu schwinden.

Denn man redet nicht mehr von einer wahren Souveränität einer Nation oder eines Staates, wenn in Wirklichkeit das Leben eines Volkes nicht mehr begründet ist auf der hundertprozentigen eigenen Kraft, sondern bereits abhängig ist von volksfremden Faktoren.

Europa hat diese Entwicklung ganz groß genommen. Erst waren die europäischen Völker Bauernstaaten, dann werden sie langsam mit Handwerkern versorgt, dann beginnt langsam der Menschenexport, zugleich ein ganz schwacher Warenexport, ein ganz schwacher Import von Produkten. Später dann steigert sich dieser allgemeine europäische Warenexport, und es beginnt nun ein Import in immer größerem Umfange, erst von Rohstoffen, später auch von Lebensmitteln sich zu entwickeln. Schließlich sinkt der Menschenexport, der Warenexport steigt, und Westeuropa wird der große Weltlieferant. Alle europäischen Staaten werden nun mit diesem Begriff Weltwirtschaft erfüllt, Europa sieht alle Erscheinungen nunmehr vom Standpunkt dieser Weltwirtschaft aus, alle Staaten sehen nunmehr erst die Frage des Exports auf Grund des Imports, eine neue Gedankenwelt entsteht.

Mit dieser Gedankenwelt sehen wir leider ein Zusammenbrechen der Erkenntnis über die wirkliche Grundlage der Völker. Der Begriff Weltwirtschaft beginnt das ganze System zu verwirren.

Die Folgen dieser Umstellung machen sich sogar in sozialen Erschütterungen bemerkbar. Wir erleben es, daß in einer unvernünftigen Weise eine Menschenanhäufung stattfindet ohne eine europäische Raumerweiterung.

Wir erleben es, wie diese europäische Anhäufung dauernd auf Kosten des flachen Landes stattfindet. Immer mehr Menschen werden erzeugt, und das flache Land gibt jährlich Hunderttausende Menschen ab. Sie wandern in die Großstädte, in diese Exzesse [*sic!*] am Körper der Nation, diese Großstädte, die in keine Beziehungen zum Bauer, zum Lande treten; sie verkennen die Grundlagen der nationalen Existenz. Sie sehen nur noch Fabriken, Schornsteine, Geschäfte, Lichtreklame, Export und Import, Wirtschaft und wieder Wirtschaft, Weltwirtschaft und Welthandel.

Allmählich wird der Grundsatz, daß unsere Zukunft über dem Wasser liegt, zum Glaubensbekenntnis, und allmählich wird die Zahl derer, die vollständig vergessen, daß nicht nur die Gegenwart, sondern daß auch die Zukunft im eigenen Boden wurzelt [*sic!*].

Allmählich wird die Zahl derer, die das vergessen, immer größer und immer mehr, denn die Großstädte werden langsam zur Majorität. Auf 100 Einwohner finden sich endlich kaum mehr 30, kaum mehr 20 der Bodenproduktion. Alles andere ist eben entfremdet, lebt in Städten, verliert jede Beziehung zum Lande, zu der Einsicht für die Notwendigkeit der Erhaltung des eigenen Bauernstandes, lebt nur in den Tag hinein, umgaukelt von den schwankenden Begriffen der Weltwirtschaft, des Exports, Imports, Handels, Kohlenstationen, Stützpunkte usw. usw., bis dann eine ganz neue Welle über die Begriffe dieser Menschen und Großstädte hinwegströmt und die langsam entwurzelt und damit entnervt. Das bedeutet auch eine gigantische Rückwirkung auf die gesamte Politik. Der ganze Lebenskampf der Nation geht nur von dem Gesichtspunkt der Erhaltung unserer weltwirtschaftlichen Stellung aus, Erhaltung unseres Welthandels, Erhaltung der Absatzmärkte, Erhaltung der Rohstoffquellen, kurz und gut, die Völker beginnen, sich in Abenteuer zu stürzen. Abenteuer, die am Ende auch Blut kosten, denn letzten Endes entscheidet doch immer der Stärkere.

Der Kampf um den Weltabsatzmarkt ist genauso ein Ringen wie der Kampf um den Raum ein Ringen ist - nur ein Unterschied: In dem einem Falle geht man auch einem

Kampf auf Leben und Tod entgegen, hat aber in kurzer Zeit nicht mehr die Menschen, mit denen man den Kampf führen könnte, denn die Großstadt vergiftet und vertiert langsam dieses Menschentum. Denn am Ende und trotz allem wird der Staat die meisten Aussichten im Lebenskampf besitzen, der die meisten Bauernbajonette zu seiner Verfügung hat. Es ist das die Menschenmasse, die noch am ehesten gefeit ist gegen die Wirkung unserer allgemeinen Großstadtpsychose und Großstadtnervosität.

Damit aber hat sich folgender Zustand ergeben. Eine ganze Anzahl von Staaten lebt auf Grund dieser Exportwirtschaft, an der Spitze das deutsche Volk. Das westliche Europa ist nun in rettungslose Abhängigkeit gekommen von der Frage der Erhaltung der Export- und der Absatzmärkte. Unser ganzes Leben hängt von der einzigen Frage ab. Ich glaube, durch eine jahrzehntelange Verwirrung haben wir zu guter Letzt in unserer Exportwirtschaft den Menschenabfluß [*gehemmt,* [4]] haben langsam Menschen angesammelt. Wir haben den Kessel überfüllt, überhitzt. Nun ist die Ernährung dieser überspannten Menschenmenge abhängig von ganz bestimmten Voraussetzungen, die sich im Laufe des Friedens herausgebildet hatten. Ein Teil der Menschheit, weit über eine Milliarde, genau 1.800.000.000, sind Absatzmärkte geworden, und der andere Teil sind Exportnationen geworden. Wir gehören zu den Exportnationen. Fast ganz Asien ist Absatzmarkt, Osteuropa ist Absatzmarkt, und der Süden Amerikas war Absatzmarkt. Gigantische Gebiete sind Absatzmärkte. Wir exportierten in sie hinein und zogen aus ihnen dann Lebensmittel zurück. Es ist nun selbstverständlich, daß, wenn die Existenz der übervölkerten europäischen Millionenstaaten auf diesen Voraussetzungen beruht, daß im selben Augenblick, in dem diese Voraussetzung zerstört wird, Europa, und an der Spitze Deutschland, einer Katastrophe entgegengehen muß, einer Katastrophe, die ihren Ausdruck darin findet, daß man theoretisch wohl ins Uferlose industriell produzieren kann, aber keinen Absatzmarkt mehr findet, daß man mit anderen Worten jetzt zu dem Ergebnis kommt, daß industrielle Produktion noch lange nicht das Leben gewährt. Freilich könnte man da fragen: Warum müssen 5 Millionen arbeitslos sein [5]? Man arbeite doch mit ihnen, man produziere! Jawohl. Aber alles dieses Produzieren könnte uns gar nichts nützen. Deshalb ist diese soziale Erscheinung im Moment vielleicht noch besser. Unser ganzes Volk ist durch diesen Weltwirtschaftstaumel auch politisch in eine grundfalsche Richtung hineingedrängt worden. Wir haben vollkommen verlernt, eine klare politische Linie zu verfechten. Wir haben ganz und gar verlernt, in der Erhaltung unseres Volksgutes das Wesentliche zu sehen und zweitens in der Ernährungsgrundlage schließlich das unbedingt Notwendige zu sehen. Wir haben daher auch in unserer Politik alle Konsequenzen dieser Verflechtung vergessen und zum Teil wohl auch verloren. So stehen wir mitten in der angedeuteten Weltkatastrophe, denn der Weltabsatzmarkt geht einer schweren Erschütterung entgegen. Es sind eine Reihe von Ursachen: Erstens, die Völker, die früher von uns Waren bezogen haben, produzieren sie heute zum größten Teile selbst. Der Krieg hat überall Industrien ins Leben gerufen, die später sich dann umgestellt haben auf Friedenswirtschaft, und so sehen wir, daß in zahllosen Staaten

4 Ergänzt nach Westdeutscher Beobachter vom 20.2.1931.

5 Ende Januar 1931 waren im Deutschen Reich 4,89 Millionen Arbeitslose registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 291.

nunmehr eigene Industrien die Bedürfnisse befriedigen. Zweitens: Wir haben neben unserer Volkswirtschaft langsam den Begriff Kapitalismus bekommen, und es gibt viele Menschen, die sich keine klare Vorstellung machen können über den Unterschied zwischen Kapitalismus und Volkswirtschaft. Volkswirtschaft ist eine Notwendigkeit. Es gibt aber kaum ein Gebiet, auf dem man diese Unterschiede krasser sieht als auf dem Gebiet der Exportwirtschaft.

Wenn in Deutschland eine Lokomotivfabrik nach China tausend Lokomotiven exportiert, dann ist das volkswirtschaftlich und noch nützlich [*sic!*]. Mit anderen Worten gesagt: Wir schaffen für 3.000 Arbeiter in Deutschland das Brot, indem wir das Ergebnis ihrer Arbeit in das Ausland exportieren und dafür nun Rohstoffe und Lebensmittel wieder nach Deutschland einführen können. Wenn aber nun eine Bankgruppe in Deutschland in Schanghai eine Lokomotivfabrik baut und dort Lokomotiven erzeugt, dann kann unsere deutsche Nationalökonomie darin auch noch einen Vorteil volkswirtschaftlicher Natur erblicken. In Wirklichkeit hat das nichts mehr mit Volkswirtschaft zu tun, sondern ist rein kapitalistisches Interesse. Was ist der Unterschied? In dem einen Falle leben 3.000 deutsche Arbeiter von dem Erzeugnis ihrer Handarbeit, die [*sic!*] ins Ausland gesandt wurde. Im anderen Falle sorgen 3.000 billige chinesische Kulis für einen Dividendengewinn einer kleinen Gruppe. Dieser Dividendengewinn hält gar keinen Vergleich aus mit dem Nutzen der Handarbeit dieser 3.000 Menschen, die hier beschäftigt werden können.

Es ist das ein ganz krasses Beispiel, aber ganz Europa und besonders ganz Amerika huldigt heute diesem verbrecherischem Wahnsinn. Überall werden in der Welt Filialfabriken gegründet. Das Kapital sucht Verzinsungsmöglichkeiten, und es findet sie größer, indem es in diesen Ländern selbst Industrien gründet mit diesen niedriger bezahlten Arbeitern, als daß man das Kapital bei uns anlegt. Es kommt dazu auch der vollständig vergiftete und verdummte Dünkel der europäischen Nationen, der Dünkel, sich etwas einzubilden auf unsere Dressurfähigkeit anderer Völker. Wir dressieren in unseren Hochschulen Chinesen, Japaner, Gelbe, Schwarze usw. Ingenieure werden ausgebildet. Wir sagen, wir bringen ihnen deutsches Wissen, deutsches Sehen, deutsche technische Geschicklichkeit bei; staunt uns an, was wir für Dresseure sind. Man vergißt vollständig, daß langsam damit die Voraussetzungen gegeben werden, um allen diesen Staaten, Land um Land, eigene Kultur, eigene Befriedigungsmöglichkeiten für diese Kultur zu schaffen, mit eigenen Fabriken, eigenen Unternehmungen usw. Wir schicken ihnen noch Spezialisten hin, die das Ganze in Gang halten, und so sehen wir, daß wir, die wir in ganz Europa am meisten abhängig sind vom Export,

die Länder durch uns selbst unabhängig machen vom Export.

Eine vollständige Disziplinlosigkeit ist eingerissen in unserer Wirtschaft. In Sachsen exportiert unsere Wirtschaft Strümpfe, hunderttausend Menschen leben davon auch im Westen Deutschlands. Aus dem gleichen Sachsen aber liefert die Wirtschaft Strumpfwirkmaschinen an Polen, an Argentinien, mit dem Ergebnis, daß nun dort eigene Fabriken entstehen und der Dauerexport der Wirkwaren und unserer Textilwaren ein Ende nimmt, nur weil hier Maschinen exportiert worden sind. Es ist das alles mit ein Zeichen der vollständigen Zerstörung jedes klaren und logischen Denkens. Alles das ist das Ja-

gen nach dem goldenen Kalb. Alles saust und läuft nach dem Geld, und wenn auch nur ein Knochen zu verlieren ist, nur ein industrieller Auftrag, dann stürzen sich alle europäischen Nationen darauf, mag auch die Vernichtung bei der eigenen Industrie eine viel größere sein.

Es beginnt der Kampf aller gegen alle. Es werden alle Grundsätze, alle Notwendigkeiten in diesem Ringen vergessen. Das Ergebnis ist eine Katastrophe, die wir heute kommen sehen.

Es kommt aber noch folgendes dazu. Als weiterer Konkurrent auf dem Weltabsatzmarkt ist seit 2 bis 3 Jahrzehnten, am schärfsten seit dem Krieg, die amerikanische Nation aufgetreten, ein Riesenstaat mit unendlichen Produktionsmöglichkeiten, der stürzt sich nun auf den an sich beschränkten Weltabsatzmarkt als stärkster Konkurrent, unterbietet andere Völker, unterbietet sie zugleich mit dem Ergebnis, daß alle diese Nationen langsam sich selbst gegenseitig ausschlachten. Nun kommen die schwersten Erschütterungen.

Im selben Augenblick, in dem an sich schon große Teile der Absatzmärkte sich selbst zu versorgen beginnen, greift der Bolschewismus über in ganz Asien, auf den asiatischen Kontinent, setzt die Lebensgrundlage maßlos herunter, drückt Millionen Völker in das Chaos zurück, mit dem Ergebnis einer Ausschaltung von Hunderten von Millionen Menschen als, sagen wir, exportfähige Nationen.

Es gibt bei uns auch heute zahlreiche Menschen, die sagen: Wenn nur England Indien verlieren würde!

Glauben Sie mir, wenn der Bolschewismus auch Indien erfaßt, wenn er ganz China erfaßt, so heißt das, daß rund eine Milliarde Menschen als Absatzmärkte aus der Welt ausfallen, und glauben Sie mir, wenn mancher deutscher Arbeiter heute, von seinen jüdischen Führern vergiftet, darin einen Erfolg sieht, er kann überzeugt sein, das erste Opfer dieser Weltkatastrophe ist er selbst.

Wenn Sie die ersten Anwärter auf die kommende Hungerkatastrophe in Deutschland sehen wollen, dann gehen Sie auf unsere Stempelämter. Dort sitzen und stehen die ersten Opfer der Weltkatastrophe. Es ist ein unglaublicher Wahnsinn, ein unerhörtes Verbrechen, das sich vor unseren Augen abspielt. Es ist eine Katastrophe von gigantischeren Dimensionen als bei allen antiken Völkern und Staaten. Wir leben in dieser Katastrophe, und da halten wir es für gegeben, zur Warnung der uns allen drohenden Gefahr eine grundsätzliche Umstellung vorzunehmen! Gewiß, wir haben ein zerrüttetes Staatsbudget. Was tun? Da setzen sich die Weisen aus dem Morgenlande zusammen, reiben die Hände und machen einen Plan und verkünden dann, wir sind darauf gekommen, daß unser Staatshaushalt nicht in Ordnung ist. Wir wissen es noch nicht genau, was fehlt, aber wir wissen, es stimmt etwas nicht, und wir sind nun bei scharfgradigem Nachdenken darauf gekommen, daß man hier auch einen Ausweg sieht und daß es einen Ausweg gibt, nämlich, wenn der Staat ein Defizit macht, dann heißt das erstens: Wir müssen mehr einnehmen, und zweitens: weniger Geld ausgeben. Und sie rühmen sich mit dieser Weisheit und sagen: Diese Erkenntnis ist unser geistiges Eigentum. Das haben wir entdeckt, und wir lassen an dieser Entdeckung keinen anderen teilnehmen. Auch Unverantwortlichen erlauben wir nicht, an dieser Großtat des 20. Jahrhunderts auch teil[*zu*]nehmen. Wir werden Deutschland retten, indem wir mehr einnehmen und

weniger ausgeben. Wirklich, eine große historische Leistung, zu der man nur eines sagen muß: So ganz neu ist die Idee trotzdem nicht. Schon die Pharaonen haben ebenso gehandelt in ihrer Zeit, und dieser Gedanke geht wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte hindurch. Manches Mal findet ja bekanntlich auch eine blinde Henne ein Korn, und es ist da auch absolut denkbar, daß die großen Staatsmänner der Gegenwart endlich den roten Faden gefunden haben, der sich durch die ganze Weltgeschichte hindurchzieht. Weniger ausgeben und mehr einnehmen? Glauben Sie [*mir,*] mit diesem kindlichen Programm tötet man wieder Millionen und Millionen von Menschen. Millionen vergessen vollständig, daß das ganz nebensächlich ist, daß es sich heute darum handelt, unser ganzes Denken umzustellen und zu fragen: Was wollen wir in Zukunft?

Wollen wir auf unserem Standpunkt stehen bleiben, um als Exportnation unser Leben zu fristen? Dann müssen Sie sich den Weltabsatzmarkt schaffen, wenn notwendig, erobern. Denn wir haben ihn nicht mehr. Das ist eine harte Erkenntnis, aber es ist so.

Die europäischen Völker kämpfen heute auf Leben und Tod, um ihre jetzige Stellung zu halten. Amerika kommt hinzu. Wir sind noch lange nicht am Ende dieses wahnsinnigen Ringens um die Exportmöglichkeiten angekommen.

In diesem Ringen wird die Nation zuerst unterliegen, die am wenigsten politische Einsatzmöglichkeiten besitzt, die am meisten politisch entwaffnet und entrechtet ist. Das sind nun einmal leider wir.

Wenn wir aber glauben, auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen zu können, dann müssen wir den zweiten Weg beschreiten, und der zweite Weg heißt:

Abkehr von dem Phantom der Weltwirtschaft als allein seligmachendes Glaubensbekenntnis und Rückkehr zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Aufrichtung einer eigenen, sich selbst im vollsten Umfange genügenden nationalen Volkswirtschaft.

Das bringt ungeheure Konsequenzen mit sich, denn das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß wir auf allen Gebieten unserer Innen- und Außenpolitik

einen Strich unter die Vergangenheit

ziehen und neue Wege einschlagen, und bedeutet zuletzt grundsätzlich, das Denken der Nation zu verändern, so daß wir diesen Millionen von Menschen die Überzeugung beibringen müssen,

daß nicht in der Weltwirtschaft unsere Zukunft liegt, sondern in unserem eigenen Boden liegt unsere Zukunft.

Das heißt mit anderen Worten: Eine Millionenmenge von Menschen muß von ihrer phantastischen Weltwirtschaftsidee zurückgezerrt werden und wiedereingestellt werden auf das Verhältnis zum deutschen Bauern. Das ist eine unermeßliche Arbeit. Die Väter der Weimarer Verfassung haben uns endgültig auf die Grundlage der Demokratie gestellt. Wenigstens im Ringen um die Macht müssen wir auf die Demokratie Rücksicht nehmen [6]. Wir haben in Deutschland heute zwei Drittel der Bevölkerung in den Großstädten ansässig, mit anderen Worten: Die Großstädte und ihre Mentalität bestimmen und leiten unsere politischen Wege, und diese Großstadtmentalität ist verhängnisvoll, vergiftet, vertiert von tausenden äußeren Eindrücken, es ist billige Lichtreklamepolitik, eine Scheinpolitik auf allen Gebieten, und unser Volk hat vollkommen das nüchterne

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

Denken verlernt. Eine hysterische Masse Menschen ist es geworden. Wir müssen nun leider mit dieser hysterischen Masse Menschen heute rechnen und müssen den Mut haben hineinzusteigen, sie zurückzuführen zu anderen Erkenntnissen.

Wir müssen den Mut aufbringen, gerade dem Proleten der Großstadt zu sagen: Mein lieber Freund, wenn wir heute für den deutschen Bauern eintreten, dann treten wir im wahrsten Sinne des Wortes für Dich ein! Du lebst in der Zukunft davon, wenn alle Weltabsatzmärkte versperrt sein werden, wenn unser Volk vielleicht vor einem asiatischen Chaos steht! Dann wird unser Blick auf das eigene Land gerichtet sein müssen. Dann erhebt sich die Frage, ob unser Bauer uns ernähren kann. Wenn ja, dann ist es gut. Wenn aber nein, was dann? Was soll dann aus unseren Kindern werden? Da müssen wir den Mut aufbringen und müssen diese vom Juden bewußt unserem Volke vorenthaltene, gefälschte und verfälschte Wahrheit sagen [*sic!*].

Wir sind [*uns*] selbstverständlich darüber im klaren, daß diese Erkenntnis für große, mächtige Einrichtungen in der Welt den Tod bedeuten würden. Die Theorie des Klassenstaates verträgt sich eben nicht mit der Theorie des Volksstaates. Die Theorie des Klassenstaates erfordert eine wurzellose Masse Menschen. Wir aber wünschen ein Volk, wohlgegliedert von unten nach oben. Und kommt an uns die Frage: Was wollen sie? Wollen sie einen Industriestaat oder nicht, wollen sie einen Handelsstaat oder nicht, oder wollen sie einen Landwirtschaftsstaat oder nicht, dann müssen wir sagen:

Nein, wir wollen weder einen Landwirtschaftsstaat, noch einen Industriestaat, noch einen Handelsstaat - *wir wollen einen deutschen Bauern- und Wirtschaftsstaat, der sich selbst ernährt und sich selbst erhält, sich selbst genügt und der das, was er notwendig braucht, mit eigener Kraft in der Welt selbst sichert.*

Auch wir wissen, daß man sich nicht aus den Beziehungen der Umwelt ausschließen kann, aus dem Export und dem Import gewisser Rohstoffe. Aber wir wissen auch eines, nämlich, daß die Voraussetzungen dazu in unserer eigenen Kraft liegen. Hier allein ist die Möglichkeit der Erhaltung für die Zukunft, und deshalb wünschen wir ein starkes Volk, das sich abwendet von allem Phantastischem, abwendet von allen verwirrenden Gedankengängen, von Schlagwörtern, von Weltvernunft, Völkerbund, Kulturgewissen, Weltgewissen, Solidarität usw., und das sich durchringt zum eigenen Gesetz, das all das Leben beherrscht, und [*das*] Gesetz heißt: Mensch, ernähre Dich selbst! Bauer, wahre Dein Gut selbst! Hilf Dir selbst, und dann hilft Dir Gott!

So treten wir Nationalsozialisten in das deutsche Volk heute hinein als eine Kampfbewegung gegen die Zeit, in der Fäulniserscheinungen auf allen Gebieten vorhanden sind. Glauben Sie [*mir*], wir werden gerade durch das flache Land mit den Millionen deutscher Bauern Mitkämpfer bekommen! Wir treten hinein zugleich als Kämpfer gegen die Begriffsverwirrung unserer heutigen Zeit und treten demgegenüber wieder auf als die Verfechter einer kristallklaren Volkswirtschaft. Auch wir erkennen die Berechtigung einer Weltwirtschaft an, aber nur dann, wenn sie sich aus dem Zusammenwirken einer klaren und logisch in sich aufgebauten Volkswirtschaft ergibt. Die Berechtigung der Volkswirtschaften untereinander, das kann man meinetwegen mit dem Wort Weltwirtschaft bezeichnen. Aber wir brauchen das nicht. Was wir brauchen, das ist eine Wirtschaft, die in weitestem Umfange das Leben unseres Volkes unserem eigenen Er-

messen, unserem Können, unseren Fähigkeiten anheimstellt und uns nur zum geringsten Teil abhängig sein läßt vom Export. Das bedeutet natürlich einen Krieg gegen die Vorurteile, einen Krieg gegen die lieben alten Laster und Untugenden der Gegenwart. Glauben Sie mir, mein lieber deutscher Bauer. Es würde mir leichter sein, vor dem Großstadtproletariat zu reden und mit einzustimmen in den Schrei: "Nieder mit dem Bauer!" Es wäre ein leichtes, wenn wir auch einstimmen würden in den Schrei der alten lieben Laster. Wenn wir es aber nicht tun, dann wissen wir, daß wir einen schweren Kampf auf uns nehmen. Wir haben ihn aber begonnen im Vertrauen auf die Kraft unseres Volkes und im Vertrauen auf den doch notwendigen Sieg dieser Idee und der Wahrheit.

Unseretwegen können unsere Gegner über uns spotten und lügen, soviel sie wollen. Über all dem Wust der Gemeinheiten, über all der Lüge und dem Spotte werden wir uns dennoch sieghaft erheben. Wir haben es gewagt, dem Deutschland der Klassenkämpfe, dem Deutschland des Zerfalles der Volksgemeinschaft, dem Deutschland der Auflösung mit seinen Parteien, seinen Weltanschauungen usw. wieder den Gedanken der notwendigen Volksgemeinschaft, der Gemeinschaftsvereinigung des Volkstums gegenüberzustellen.

Wir kämpfen damit für ein deutsches Erbgut und wissen, daß dieser Kampf ein sehr schwerer sein wird. Wir treten daher auch nicht vor Sie hin und versprechen Ihnen Seligkeit, Glück, Wohlleben. Nein! Wir sagen Ihnen eines:

Wenn Sie nicht den Weg der Abkehr finden von den Erscheinungen der heutigen Zerstörung, dann bricht Deutschland und Sie mit zusammen. Es gibt keine Zukunft in einem Zustande des eigenen Glücks oder der eigenen Freude. Am meisten weiß das gerade der Bauer. Er weiß, daß es kein Korn gibt, keine Frucht und keine Ernte ohne Arbeit, ohne Schweiß und ohne Sorge. Es ist nun einmal Schicksal des Menschen, daß er sein Leben vom kleinsten bis zum größten erringen muß. Dieses Schicksal ist aber auch ein Glück.

Wenn unser Volk nicht hier wäre, sondern wir vielleicht in einem fremden Lande uns befänden, in dem uns das Leben in den Mund hineinwachsen sollte, dann wären wir nicht das, was wir sind. Es gibt auch ein Glück, nämlich zu wissen, daß alles das, was wir haben, das Ergebnis unseres Wissens, unseres Könnens, unserer Arbeit ist. Und das ist auch überhaupt das größte Glück, was einem Menschen gegeben sein kann. Nicht Geschenke wollen wir empfangen, nein, wir wollen nur die Möglichkeit haben, durch unsere Arbeit leben zu können. Wir träumen nicht von einem Paradies, das es auf dieser Welt nur dann geben kann, wenn es sich die Menschen selbst zimmern. Wir träumen nicht von einem Paradies, das uns das Schicksal in den Schoß wirft als eine gereifte Frucht.

Wir brauchen nur ein Deutschland, wo der einzelne arbeiten wird, wo er aber den Lohn seiner Arbeit auch selbst genießt und wo der Segen seiner Arbeit dem eigenen Volke zukommen wird. Wir träumen dann zugleich von einem Deutschland, das dann erkennen muß und erkennen wird, daß Staatsbürger dieses Reiches nur der sein wird, der in ihm mitarbeitet. Davon träumen wir, daß einmal eine Zeit kommt, in der es überhaupt nur einen elementarsten Grundsatz gibt, und dieser Grundsatz heißt:

Leistung und Arbeit! Davon träumen wir! Es ist ein nüchterner, sehr realer Traum. Wenn er in Erfüllung geht, wird unser Volk immer und immer sein Dasein erhalten können, und am Ende ist das doch das Ziel unseres ganzen Ringens.

Und dann noch eins: Wenn wir nicht den Blick in die Zukunft wenden und nicht das junge Deutschland vor uns sehen, das junge Deutschland, das nun im kleinen heranwächst - für was würden wir dann denn überhaupt ringen, für was würden die Menschen denn dann eigentlich leben? Für was hätte das ganze Leben einen Sinn und Zweck, wenn man nicht weiß, hinter uns kommt die Jugend unserer Nation. Sie wird einst an unsere Stelle treten. Wir werden fallen, aber Deutschland und unser Volk wird leben! [7]

10. Februar 1931 — Dok. 58
"Betr.: Generalinspektion"
SA-Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; BA, Slg. Schumacher 403.

1. Die Generalinspektion ist eine beratende Stelle des Obersten SA-Führers und dem Chef des Stabes unterstellt. Dienstsitz der Generalinspektion ist München.
2. Zweck und Aufgabe der Generalinspektion ist, der Obersten SA-Führung die Grundlagen für eine Organisation zu schaffen, die nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt und durchgebildet wird.
3. Diese Grundlagen werden geschaffen

a) durch Besichtigungsreisen, deren Erfahrungen und Ergebnis dem Chef des Stabes zu melden sind,

b) durch Ausarbeitung der Entwürfe zu den notwendigen Dienstvorschriften,

c) durch Vorschläge auf den Gebieten der Organisation und Ausbildung,

d) durch Beseitigung von Ungleichmäßigkeiten oder Unstimmigkeiten innerhalb der SA oder zwischen SA und SS.

Der Ausgleich im Sinne der Ziffer 3 d ist durchzuführen:

1. in eigener Zuständigkeit auf Grund persönlicher Feststellungen bei Besichtigungen usw.,

2. auf Antrag des Osaf-Stellvertreters (Gruppenführers) an den Generalinspekteur,

3. nach besonderer Weisung der Obersten SA-Führung.

4. Die Organe der Generalinspektion sind:

a) der Generalinspekteur

b) die Inspekteure

c) der Adjutant der Generalinspektion (in München).

---

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I Nr. 118/31".

Dem Generalinspekteur und den Inspekteuren werden bestimmte Gebiete zugeteilt. Die Ernennung erfolgt im Zuge der Entwicklung nach Bedarf. Sie behalten ihren bisherigen Wohnsitz bei.

5. Der Generalinspekteur ist dem Osaf-Stellvertreter (Gruppenführer), der Adjutant den Referenten im Stabe der Obersten SA-Führung gleichgestellt. Der Dienstrang der Inspekteure wird von Fall zu Fall verfügt.

6. Dienstweg und Dienstbefugnisse.

In Ausübung ihrer Besichtigungsaufgaben sind der Generalinspekteur und die Inspekteure Vorgesetzte aller Führer und Einheiten des ihnen zugewiesenen Dienstbereiches, mit Ausnahme der ihnen gemäß vorstehender Ziffer 5 gleichgestellten höheren Führer.

Diesen Führern ist von den beabsichtigten Besichtigungsreisen zeitgerecht vorher Mitteilung zu machen.

Die Weisungen bezgl. Vorbereitung und Durchführung der Besichtigungen ergehen dann von dem Generalinspekteur und den Inspekteuren unmittelbar an die zu besichtigenden Dienststellen unter Benachrichtigung der diesen vorgesetzten Stellen.

Zunächst bleibt es dem Generalinspekteur überlassen, die Besichtigungen nach eigenem Plan durchzuführen; der Obersten SA-Führung ist lediglich ein Besichtigungsplan in großen Zügen einzureichen. Das Ergebnis der Besichtigung ist möglichst rasch der Obersten SA-Führung zu melden, die die Mitteilung an die zuständigen SA- und SS-Dienststellen veranlaßt. Die Inspekteure berichten unmittelbar an die Oberste SA-Führung und an den Generalinspekteur.

7. Die gemäß Ziffer 3 b und c durchzuführenden Arbeiten werden dem Generalinspekteur von dem Chef des Stabes zugeteilt und nach dessen Weisungen von dem Adjutanten der Generalinspektion im einzelnen bearbeitet. Hierwegen ergeht noch Sonderweisung.

8. Als Generalinspekteur bestätige ich zunächst für den gesamten Dienstbereich der SA und SS den bisherigen Generalinspekteur von Ulrich [2].

Zum Adjutanten der Generalinspektion ernenne ich den bisherigen SA-Führer beim Stabe der Obersten SA-Führung, Fritz von Pfeffer [*sic!*] [3]. Die weitere Stellenbesetzung wird später erfolgen.

9. Die Verfügung tritt sofort in Kraft. Bisherige widersprechende Weisungen und Anordnungen sind hiermit aufgehoben.[4]

Adolf Hitler

---

2 Curt von Ulrich (1876-1946), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928 SA-Oberführer West, 1929/30 Stellv. des Obersten SA-Führers in Westdeutschland, 1930 Generalinspekteur der SA und SS, 1930-1933 MdR, 1933-1944 Staatsrat und Oberpräsident der Provinz Sachsen.

3 Franz von Pfeffer (eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon, 1888-1968), Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer und Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR (NSDAP), 1941 Parteiausschluß.

4 Zum Fortgang vgl. Dok. 102.

18. Februar 1931 "Nationalsozialisten!" Aufruf

Dok. 59

VB vom 18.2.1931.

Mit der frechen Lüge, die NSDAP beabsichtige den gewaltsamen Umsturz, hetzen Reichsbanner und Moskau zum Bürgerkrieg in Deutschland. Ganz offen darf sich Hörsing seiner "waffentechnisch gut ausgebildeten Gefolgschaft" rühmen und Waffen führen [1]. Diese Horden überfallen heute im Vereine mit Bolschewisten schwerbewaffnet den waffenlosen S.A.- und S.S.-Mann.

Unter den Augen der bürgerlichen Welt, unter stiller Duldung von seiten sogenannter auch-nationaler Parteien werden Tag für Tag Dutzende von Nationalsozialisten, meist aus dem Hinterhalt heraus, angeschossen oder von feiger Übermacht überfallen und niedergestochen. Das christliche, friedliche Zentrum rührt keinen Finger und verzieht keine Miene angesichts dieser bestialischen Mordüberfälle. *Nur der in Notwehr befindliche S.A.-Mann wird für den Versuch, sein Leben zu retten, von der Justiz unseres Bürgertums verfolgt und bestraft.* Wer den Kugeln und Messerstichen der roten Mordlumpen entrinnt, indem er sich ihrer erwehrt, wandert dafür selbst in das Zuchthaus!

S.A.-Kameraden und S.S.-Kameraden! Ich verstehe Eure Not und verstehe Eure Wut. *Und dennoch muß ich als verantwortlicher Leiter der Partei Euch vor jenen Provokateuren warnen, die, in unsere Reihen geschickt, die S.A. mit allen Mitteln in die Rolle des Angreifers zu drängen versuchen, um auf diese Weise die Legitimation für die Verfolgung unserer Bewegung dem heutigen System in die Hand zu drücken.*

Ich fühle mit Euch S.A.-Kameraden die kaum erträgliche Lage, daß die S.A. und S.S. unbewaffnet dem roten Terror und den gemeinen Mordüberfällen ausgesetzt ist. So entsetzlich diese Not uns alle bedrückt, so wenig dürfen wir vor ihr kapitulieren.

Das kommende Reich wird die das jetzige System vertretenden Parteien und ihre Machthaber für alles Blut, das unsere Kameraden heute vergießen, dereinst zur Verantwortung ziehen. Heute muß ich aber im Interesse der Bewegung und Eurer selbst freiwillig blinden Gehorsam den Befehlen gegenüber verlangen, die die Existenz der Bewegung im Interesse unseres ganzen deutschen Volkes erfordern.

Ich verbiete daher erneut auf das schärfste den Besitz von Waffen jeder Art nach den gesetzlichen Vorschriften.

Biedermänner, die sich in der Maske des wahren Freundes erbötig machen, Waffen zu liefern, sind bei gleichzeitiger Meldung an die vorgesetzte S.A.-Dienststelle sofort der Polizei zu übergeben. Es handelt sich in all diesen Fällen entweder um Burschen, die Geschäfte machen wollen, also Waffenschieber, denen das Wohl und Wehe der Bewe-

1 Anspielung auf eine angebliche Geheimkonferenz der Gauleitung Niederrhein des Reichsbanners vom 4.1.1931. Laut einem Bericht des KPD-Organs "Rote Fahne" sei dort erklärt worden, daß die Ausbildung der Schufo (Schutzformationen) des Reichsbanners "nicht nur marschtechnisch, sondern auch waffentechnisch gut sei. An Waffenbeständen stünden leichte und schwere Waffen genügend zur Verfügung". Vgl. Rote Fahne vom 17.1.1931, "Hörsings Streikbruch und Bürgerkriegsarmee". Sowie VB vom 23.1.1931, "Prälat Kaas erklärt seine Sympathie für das Bürgerkriegs-Reichsbanner".

gung gänzlich gleichgültig ist, oder in fast 99 % um schwerbezahlte erbärmliche Kreaturen, die den Auftrag haben, den verfolgten S.A.-Mann gesetzlich zu belasten, um ihn dadurch erst recht ins Zuchthaus zu bringen. *Spitzelzentralen arbeiten heute mit vielen Hunderttausenden von Mark oft scheinbar unter Förderung amtlicher und halbamtlicher Stellen fieberhaft, um noch in letzter Stunde unsere Bewegung zu einer Unüberlegtheit zu reizen und damit die Gefahr, die ihnen unerbittlich droht, noch einmal zu beseitigen.* Das System, dessen Niederringung allein dem deutschen Volke wieder eine Zukunft öffnet, kämpft heute um Sein oder Nichtsein mit allen Waffen, die die Verzweiflung eingeben kann. Mit Lüge, Verleumdung und Verhetzung versucht man unsere Reihen zu erschüttern. Bestechungsgelder sollen den gleichen Zweck erfüllen. Durch Terror und Verfolgung will man den S.A.-Mann in Grimm versetzen, durch scheinbare Hilfe ihn zu Ungesetzlichkeiten verleiten. Den politischen Führern stiehlt man den Schutz ihrer Immunität, zahlreiche Redner sitzen in den Kerkern der Republik, und alles das nur aus einem Grunde: des deutschen Volkes Erhebung will man damit brechen.

Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer! Schließt Euch diesen Versuchen gegenüber zu einem unzerbrechlichen Bunde zusammen! An unserer zähen Beharrlichkeit werden dann alle Versuche unserer Gegner scheitern. *An unserer unerschütterlichen Gesetzlichkeit werden alle Maßnahmen der heutigen staatlichen Machthaber zersplittern und abprallen.* Die Richtigkeit unserer Behauptungen wird sich von Monat zu Monat stärker erweisen. Die Not selbst wird unser Zeuge sein.

Über all dem Dunst von Lug und Trug, von Haß und Terror wird sich am Ende dennoch das neue Recht erheben, dessen Schmiede Ihr seid.

Adolf Hitler

20. Februar 1931 Dok. 60
"Erlaß Nr. 2"
SA-Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; BA, NS 23/123.

Betr. Gliederung der SA
mit je 1 Anlage

Die SA gliedert sich künftig in folgende Einheiten:
1. die Schar
2. der Trupp
3. der Sturm
4. der Sturmbann
5. die Standarte

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I. Nr. 208/31".

6. die Untergruppe (der Gausturm)
7. die Gruppe
8. die Oberste SA-Führung.

1. Die Schar

Die Schar tritt an Stelle der bisherigen Gruppe.

Die Schar bildet Grundlage und Grundstock für den gesamten Aufbau und Einsatz der SA.

Erst aus der Schar heraus entwickelt sich die weitere Gliederung in Trupps, Stürme usw.

Die Schar soll aus Kameraden bestehen, die sich aus gleicher Gesinnung und gemeinsamer Verbundenheit, die sich auf Jugendfreundschaft, Schulkameradschaft oder gleiches Arbeitsverhältnis gründet, zusammenschließen. Erwünscht und notwendig ist auch örtliche Nachbarschaft, die rasches Zusammenziehen und sofortige Zusammenarbeit ermöglicht. Deshalb ist auch ihre Stärke nicht beschränkt. Sie kann sich zwischen 4 und 12 Mann bewegen. Eine schematische Festlegung der Zahlen ist verboten. Kopf und Seele der Schar ist der *Scharführer*. Scharführer wird und kann zunächst nur der sein, der die Schar aufstellt; er meldet die Aufstellung dem nächst erreichbaren höheren SA-Führer (möglichst Sturmführer), der die Schar unter seinen Befehl nimmt und den Scharführer *bestätigt*. Muß der erste Scharführer die Führung über die Schar abgeben, so werden die weiteren Scharführer vom Sturmführer *ernannt*. Diese Scharführer sind möglichst wieder aus der Schar zu entnehmen. In der Regel soll der bisherige Stellvertreter zum Führer ernannt werden.

Überschreitet die Zahl der geworbenen Scharleute die Zahl 12, so sind 2 Scharen (Grundstock der 2. Schar mindestens 4 Mann) zu bilden. Der Führer ist aus der bisherigen Schar zu entnehmen. Die Schar trägt einen Namen, keine Nummer, Namen des Gründungsführers, des Werkes, des Stadtviertels oder der Straße ist zweckmäßig. Bestimmung bzw. Bestätigung durch den Sturmführer.

Bei der Aufstellung der Schar können die politischen (Ortsgruppen usw.) Leiter durch Werbung und zielbewußte Unterstützung besonders verdienstvoll mitwirken. Das wird dann auch für die Zukunft das enge Band zwischen politischen und SA-Gliederungen gewährleisten.

Die Schar ist die unterste Einheit für den Einsatz der SA.

Einzelne SA-Männer dürfen nie eingesetzt werden.

Der Scharführer führt eine Liste seiner SA-Männer und muß ihre Wohnung kennen und besucht haben.

2. Der Trupp

Mehrere (3-6) Scharen bilden den Trupp. (20-60 Mann).

An der Spitze steht der Truppführer.

Es wird in der Regel, da der Trupp aus der Schar herauswächst, der älteste Scharführer sein.

Der Truppführer wird vom Sturmführer ernannt.

Der Trupp erhält vom Sturmführer einen Namen.

Der Truppführer führt eine Liste seiner SA-Männer und muß die Wohnung seiner Scharführer kennen und besucht haben.

3. Der Sturm

Zwei bis mehrere Trupps werden zum Sturm zusammengefaßt. (70 bis 200 Mann).

Der Sturm ist die wichtigste Einheit der SA, vielfach die letzte, wo engste örtliche oder landsmannschaftliche Verbundenheit erreicht werden kann. Auch hier haben die politischen Leiter noch ein reiches Feld der Mitarbeit und Unterstützung. Oft wird es allein dem Verständnis und der Opferbereitschaft der Ortsgruppenleiter möglich sein, den Auf- und Ausbau einer Sturmabteilung durchzuführen.

Vor allem wird es freilich *nach* Aufstellung der SA, die die Ortsgruppe schützen soll, ihre Aufgabe sein, das Hilfswerk für die SA (Verpflegung, Bekleidung, Unterstützung usw.) kameradschaftlich und tatkräftig ins Leben zu rufen und zu unterstützen. Erinnert sei hier nur an die Bereitstellung von Kost, Feldküchen, warmer Bekleidung usw. für die bedürftigen SA-Kameraden.

Der Sturmführer ist, ähnlich dem Kompagnieführer der alten Armee, eine der verantwortungsreichsten und ausschlaggebendsten Persönlichkeiten in der SA. Mit seiner Person ist das Gedeihen der SA, das Wohl und Wehe der SA-Kameraden auf Tod und Leben verbunden.

Er soll aus der SA herauswachsen und ein aus der SA geborener Führer sein. Er muß mit all seinen Leuten, ihrem persönlichen Erleben und ihrem Schicksal verwachsen sein und sich mit ihnen verbunden fühlen.

Der Sturmführer wird vom Standartenführer ernannt und vom Obersten SA-Führer bestätigt. Der Sturm trägt eine Nummer, z. B. Sturm 27, oder, in besonderen Fällen, einen Namen.

Nummer oder Name sind beim Obersten SA-Führer zu beantragen.

Die Nummer (nur in besonderen Fällen der Namenszug) wird am Kragen getragen.

Der Sturm führt die Sturmfahne, die Hakenkreuzfahne der N.S.D.A.P., die sich in Verwahr[*ung*] des Sturmführers befindet. Dieser bestimmt über Mitführen der Fahne.

4. Der Sturmbann

Mehrere Stürme werden aus Führungsgründen zum Sturmbann zusammengefaßt. (250 bis 600 Mann).

Der Sturmbann entspricht etwa der bisherigen Standarte.

An der Spitze steht der Sturmbannführer.

Der Sturmbannführer wird vom Standartenführer ernannt und vom Obersten SA-Führer bestätigt.

Der Sturmbann ist eine Untergliederung der Standarte und wird daher bezeichnet z. B. I/24, II/38 usw.

Nur der Stab des Sturmbanns trägt am Kragen diese Bezeichnungen.

5. Die Standarte

Mehrere Sturmbanne bilden die Standarte.

Die Standarte ist die letzte große Einheit, die nach früheren militärischen Begriffen etwa einem Regiment entsprechen würde. (1.000-3.000 Mann). Sie soll im allgemeinen an die Stelle der bisherigen Brigade treten.

Die Standarte soll in sich einen ganz besonders ausgeprägten Korpsgeist pflegen, an die Tradition früherer Zeiten anknüpfen und einen nach einheitlichen Gesichtspunkten geschlossenen Körper darstellen. Der Geist der Standarte stählt sich an ihrem Symbol, das der Oberste SA-Führer verleiht.

Diese Standarte ist das Zeichen unseres Sieges. Auf sie sollen deshalb alle SA-Männer der Standarte, sowie sich die Gelegenheit bietet, verpflichtet werden.

Der Standartenführer muß vor allem eine Persönlichkeit sein, die den hohen Anforderungen, die seine Stellung von ihm fordert, gewachsen ist. Ein Führer und Erzieher, der sich etwa den Regimentskommandeur unserer alten, ruhmreichen Armee zum Vorbild nehmen muß. Der Standartenführer ist deshalb besonders sorgfältig von den Gruppenführern auszuwählen und von diesen vorzuschlagen. Der Standartenführer wird vom Obersten SA-Führer ernannt.

Die Standarte erhält eine Nummer, die vom Stabe (außer dem Führer und Adjutant) getragen wird. Z. B. St. 43.

Die Standarte soll auch Spielmannszug und Musikzug bilden.

Der Standartenführer ist vor allem eine SA-Dienststelle; mit der politischen Leitung hat er nur parteikameradschaftliche Fühlung zu halten.

6. Die Untergruppe (Gausturm)

Die Standarten eines oder mehrerer politischer Gaue werden zu Untergruppen zusammengefaßt. Fallen die Grenzen der Untergruppe mit denen des politischen Gaues zusammen, so trägt die Untergruppe außerdem noch die Bezeichnung: Gausturm.

Daraus ergibt sich bereits die Verbindung zwischen SA-Führung und Gauleitung.

Ich erwarte im Interesse der Bewegung die engste und vertrauensvollste gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den Führern der Untergruppen und den zuständigen Gauleitungen [2].

Allenfalls zurückliegende Mißverständnisse und Mißhelligkeiten müssen im Interesse der Sache begraben werden.

Untergruppen und Gauleitung müssen sich gegenseitig verstehen, müssen die Aufgaben und Ziele, die ihnen gesetzt sind, in verständnisvoller Zusammenarbeit zum gemeinsamen Besten erfüllen.

Der Gauleiter wird dem Führer der Untergruppe im großen seine politischen Wünsche, Ziele und Richtlinien darlegen. Er hat auch über jedes *öffentliche* Auftreten der SA grundsätzlich zu bestimmen und mit dem Führer der Untergruppe entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Ich wünsche, daß diese Vereinbarung von dem Gauleiter seinen politischen Untergliederungen und von dem Führer der Untergruppe seinen unterstellten Führern bekanntgegeben werden, damit innerhalb des Gaues *einheitliche* Anordnungen gelten und der allenfallsigen Unstimmigkeit unterer Führer von vornherein ein Riegel vorgeschoben ist.

Ich wünsche ferner, daß vom Gauleiter und Führer der Untergruppe gemeinsam Anordnungen ergehen über Durchführung politischer Aktionen, Aufzüge, Aufmärsche, Propagandamärsche usw., so daß von vornherein bei den untergeordneten Stellen Klar-

2 Vgl. Dok. 27.

heit besteht und ein Eingreifen unterer politischer Stellen in die SA-Führung unterbleibt.

An der Spitze der Untergruppe steht der Führer der Untergruppe (des Gausturms). Dieser Führer wird unmittelbar oder auf Antrag des Gruppenführers von dem Obersten SA-Führer ernannt.

Ich behalte mir vor, die Gauleiter vor der Ernennung zu hören.

Die Untergruppe trägt einen Namen. Der Name des Gausturmes muß damit übereinstimmen. Z. B. Untergruppe (Gausturm) Franken.

Der Stab der Untergruppe besteht aus:
1. dem Führer (Untergruppen-Gausturm-Führer)
2. dem Stellvertreter des Führers
3. dem Geldverwalter
4. 1-3 Hilfskräften.

Die Untergruppe führt weder Fahne noch Musik.

7. Die Gruppe

Eine oder mehrere Untergruppen (Gaustürme) können zu einer Gruppe zusammengefaßt werden. Die Zusammenfassung erfolgt nur aus befehlstechnischen und Zweckmäßigkeitsgründen.

Die Stärke der Gruppe soll 15.000 Mann in der Regel nicht überschreiten. Wird diese Zahl überholt, wird meist eine neue Gruppe gebildet werden.

Die Gruppe ist die oberste Befehlseinheit unter dem Obersten SA-Führer und dafür verantwortlich, daß die Befehle der SA-Führung bis zu den letzten Einheiten einheitlich durchgeführt werden.

Der Gruppenführer wird ohne Rücksicht auf seinen bisherigen Dienstrang, lediglich auf Grund seiner Eignung vom Obersten SA-Führer ernannt und nimmt daher eine besondere Vertrauensstelle ein. Er ist lediglich dem Chef des Stabes und mir verantwortlich und unterstellt. Der Gruppenführer bestellt sich je nach den Erfordernissen und der Größe seines Dienstbereiches einen Stab, an dessen Spitze der Stabsleiter steht, der gleichzeitig sein Stellvertreter ist. Ich behalte mir daher auch die Ernennung des Stabsleiters vor.

Jeder Gruppenführer hat für seine Dienststelle einen Etat zu beantragen, dessen Höhe von dem Obersten SA-Führer festgesetzt wird.

Die Gruppe führt weder Fahne noch Musik.

Sie trägt eine Bezeichnung, die der Oberste SA-Führer verfügt.

8. Die Oberste SA-Führung

Die Oberste SA-Führung liegt in meiner Hand. Mein Stellvertreter ist der Chef des Stabes, dem ein größerer Stab von Sachbearbeitern (Referenten) unterstellt ist.

9. Soweit im Vorstehenden nicht besonders bestimmt, muß jeder Führer einer Einheit (Standartenführer, Sturmführer usw.) grundsätzlich einen *Stellvertreter* haben, der ohne weiteres bei seiner Abwesenheit ihn ersetzt.

10. Bezüglich der Einheiten der SS (Abschnitte, Standarten usw.) ergehen besondere Bestimmungen.

11. Alle bisher angewandten Abkürzungen entfallen. Es dürfen nur mehr die verständlichen und allgemein eingeführten, z. B. *N.S.D.A.P.*, *SA* und *SS* verwendet werden.

12. Die der Obersten SA-Führung nachgeordneten Dienststellen erlassen "Befehle", z. B. Standartenbefehle, Sturmbefehle usw. Nur die Gruppen dürfen für ihren Dienstbereich die in der Verordnung vom 3.2.[*19*]31 [3] verfügten Bezeichnungen anwenden. Erlasse, Führerbefehle und Verordnungen erläßt jedoch nur der Oberste SA-Führer.

13. Nur den Standartenführern wird künftig die Ernennung der unterstellten Führer überlassen bleiben, wobei diejenige der Sturm- und Sturmbannführer jedoch meiner Bestätigung bedarf.

Die Ernennung der oberen Führer vom Standartenführer einschließlich aufwärts vollziehe ich.

14. Jeder höhergestellte SA-Führer ist berechtigt, bei besonderen Anlässen den unterstellten SA-Führer "vorläufig seines Dienstes zu entheben" unter sofortigem Bericht an den Obersten SA-Führer. Die Standarten- und Gruppenführer sind, wenn in ihrem Dienstbereich Führerstellen unbesetzt sind, berechtigt, unterstellte Führer einstweilen "mit der Führung zu beauftragen" unter gleichzeitiger Meldung an den Obersten SA-Führer. Für die SS gilt sinngemäß das gleiche.

15. Die in der Anlage beigefügte Übersicht [4] regelt mit sofortiger Wirksamkeit Dienststellung und Dienstrang in der SA und SS.

In der Anrede ist das Wort "Herr" grundsätzlich wegzulassen.

16. Alle entgegenstehenden bisherigen Anordnungen, insbesondere "Grusa IV" vom 4.6.[*19*]27 [5], sind hiermit aufgehoben. Die vorliegenden Anträge sind damit erledigt.

Adolf Hitler

21. Februar 1931 — Dok. 61
"Das Braune Haus"
Artikel

VB vom 21.2.1931.

Als ich im Jahre 1919 zu den paar Männern stieß, die unter dem Namen *"Deutsche Arbeiterpartei"* ihre kleinen Tagungen abhielten, gab es *weder eine Geschäftsstelle, noch einen Angestellten.* Kein Papier mit einem Kopfaufdruck war vorhanden, ja sogar Stempel fehlten. Das gesamte Vermögen des 7-Männer-Vereins [1] bestand aus einer Aktentasche, in der sich die einlaufende und auslaufende Briefpost befand, sowie aus einer Zi-

3 Vgl. Dok. 55.
4 BA, NS 23/123.
5 Vgl. Bd. II/1, Dok. 141.

1 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

garrenschachtel, die als Kasse diente und die spärlichen Papierscheine des damaligen Revolutionsgeldes verschloß. Verschloß deshalb, weil im allgemeinen in diese Holzschachtel wohl etwas hineinkommen konnte, aber nichts mehr herauskam.

Parteigenosse *Harrer* [2] wachte eifersüchtig darüber, daß das Vereinsvermögen nicht durch leichtsinnige Ausgaben geplündert oder gar verschleudert wurde. Nach heutigem Wert mögen in der Kasse immerhin 15 bis 20 Mark gewesen sein. Diese transportable Parteigeschäftsstelle in Gestalt einer Aktentasche wanderte unter dem Arme Harrers in die verschiedenen Bierlokale und Cafés, in denen der Ausschuß der Partei - der damals aber die Partei selbst war [3] - tagte.

In diesem Jahre 1919 setzte mein erster Kampf in der "Partei" ein. Ich drückte es nach langen Verhandlungen durch, daß drei Stempel angeschafft wurden. Es gelang mir weiter, den hektographierten Druck für unsere kleinen Versammlungseinladungen zu erreichen. Einige Kameraden, die mir damals folgten und in den Ausschuß gingen, unterstützten mich dabei. Ein Mitgliederbuch und ein Kassenbuch wurde angelegt. Die Interessentenlisten verschwanden. Langsam wurde die Mappe zu enge [*sic!*] und der wandernde Aufenthalt der Geschäftsstelle in den verschiedenen Cafés unmöglich. Ich drückte darauf, daß ein Lokal angemietet würde, das uns dann gehörte.

Es war schwer genug, in dieser Zeit, da jedes kleine Plätzchen belegt war, irgend etwas Passendes zu finden. Außerdem hatte ich dauernd den Widerstand Harrers gegen mich, der nun einmal überzeugt war, daß meine Pläne - als da waren: Anschaffung von Stempeln, Anlegung von Mitglieds- und Kassenbüchern, Mietung einer Geschäftsstelle mit elektrischem Licht und Telephonanschluß, mit Tisch und Stühlen - größenwahnsinnige seien und die Partei zum Ruine führen müßten. Als ich dann außerdem auf immer größere Versammlungen drängte, vermochte mir Harrer schon gar nicht mehr zu folgen. Er trat zurück [4], und mir wurde damit freie Bahn gegeben.

Am Jahresanfang 1920 war es gelungen, im *Sterneckergäßchen* das frühere Reichsratszimmer des Sterneckerbräus als *Geschäftsstelle* zu mieten [5]. Es war ein kleiner, gewölbeartiger Raum mit einer braunen Holzvertäfelung, etwa 6 Meter lang und 3 Meter breit, der den früheren bayerischen Reichsräten als Kneipzimmer gedient hatte. Das einzige Fenster konnte das schmale Gewölbe kaum erhellen. Das enge Gäßchen ließ selbst an klaren Tagen nur wenig Licht durch. An trüben Tagen war alles dunkel.

Wer wir waren, wußte noch niemand.

Der Name "Arbeiterpartei" war damals auch wenig empfehlend. So konnte man es verstehen, daß der Besitzer, nachdem wir den Raum gemietet hatten, vorsichtigerweise vorher noch die Holzvertäfelung herausnehmen ließ und die Gasbeleuchtung abmontierte. Solche kostbare Dinge konnten leicht einen Herrn finden, der nicht mit dem Besitzer identisch war. So sah es unheimlich kahl aus, als wir einzogen. Trotzdem schien uns an dem Tage ein Wendepunkt in der kleinen Bewegung eingetreten zu sein. Partei-

---

2 Karl Harrer (1889-1926), Journalist, Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1919 Mitbegründer der DAP/NSDAP (zusammen mit Anton Drexler) und 1. Vorsitzender bis zu seinem Ausscheiden im Jan. 1920.

3 Zum "Arbeitsausschuß" der DAP vgl. Tyrell, Trommler, S. 29 ff.

4 Am 5.1.1920. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 31 f.

5 Im Tal 54 in München.

genosse *Schüßler*[6] brachte ein uraltes Bücherregal, Parteigenosse *Berchtold*[7] (unser heutiger Bewegungsredakteur), der im Vorderhause des Sterneckerbräus einen kleinen Zigarrenladen betrieb, schleppte eine höchst wankelmütige Stellage herbei, vom Wirt erhielten wir leihweise (mit Vorkaufsrecht!) zwei verwitterte alte Kredenzen und endlich noch einen Tisch, auf dem früher vermutlich Fleisch gehackt worden war, und 8 Stühle aus der Wirtschaft. Damit war die Geschäftsstelle fertig.

Es stellte sich schon nach kurzer Zeit heraus, daß sie keinen Sinn hatte, wenn nicht wenigstens in gewissen Stunden jemand da war. Es gelang uns, gegen ein kleines monatliches Entgelt Pg. Schüßler zu bestimmen, sich erst dreimal in der Woche immer einige Stunden lang und später jeden Tag in der Woche auf ein paar Stunden in die neue Geschäftsstelle zu setzen. Wir hatten außerdem das elektrische Licht einrichten lassen und bekamen endlich sogar ein eigenes Telephon. Schüßler war Eigentümer einer hochbetagten Schreibmaschine, die er der Partei leihweise zur Verfügung stellte. Die Wände wurden mit Plakaten unserer Versammlungen beklebt und

zum ersten Mal mit unserer neuen Parteifahne geschmückt.

Mit *welcher Liebe* wir an unserem Symbol hingen, kann heute mancher vielleicht gar nicht verstehen. Überall wohin man blickte, war es in irgendeiner Form befestigt. An den Wänden, an den Schränken, wenn wir Sitzung hatten, wurde es auf den Tisch gelegt, kurz, es blieb uns immer vor Augen. Da die neue Geschäftsstelle zu ebener Erde lag und jederzeit leicht aufgebrochen werden konnte, drückte ich darauf, *einen kleinen Panzerschrank* zu erwerben, um die Kartothek, das Mitglieds- und Kassenbuch sowie die Schreibmaschine einsperren zu können. Tatsächlich hatten wir schon im Jahre 1920 den ersten kleinen Panzerschrank.

Die Finanzierung der Partei fand dabei fast ausschließlich durch meine Versammlungen statt.

Die Mitgliedsbeiträge standen in ihrem Ergebnis in keinem Verhältnis zum Erfolg meiner Reden. Allerdings einen großen Gönner hat die Partei damals doch gehabt: *unseren unvergeßlichen Dietrich Eckart*[8].

Im Jahre 1921 ging es in diesem Betriebe zu wie in einem Kaninchenstalle. Die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter war dauernd gestiegen. Wir stellten außer Schüßler (der unterdessen Geschäftsführer der Partei geworden war) die erste Schreibkraft an. Es war ein junger Parteigenosse, der sich leider später als treulos erwiesen hat[9]. Die Erfahrungen haben uns endlich gelehrt, daß für gewisse Arbeiten Mädchen und Frauen überhaupt vorzuziehen sind. Im *Sommer des Jahres 1921* war die Arbeit in der Geschäfts-

6 Rudolf Schüßler (1893-1974), Kaufmann, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920/21 Geschäftsführer der DAP/NSDAP, Ende 1921 Parteiaustritt.

7 Josef Berchtold (1897-1962), Journalist, 1920 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1923 Führer des "Stoßtrupps Hitler", 1924-1926 Gaugeschäftsführer der NSDAP in Kärnten und SA-Führer in Kärnten, 1926/27 Reichsführer der SS, 1928 im Stab der Obersten SA-Führung in München; 1927-1934 Redakteur des VB, 1933/34 Schriftleiter, 1934-1943 Chef vom Dienst, seit 1938 zugleich stellv. Hauptschriftleiter, 1942 SA-Obergruppenführer.

8 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB.

9 Gemeint ist vermutlich der Polizeispitzel Max Weber.

stelle schon zur Unmöglichkeit geworden. In dem engen Raume trieben sich ununterbrochen so viele Menschen herum, daß von einer geregelten Tätigkeit keine Rede mehr sein konnte. Einer stand dem anderen im Wege. Langsam stellten sich die Folgen ein, die ich auch später in ähnlichen Verhältnissen immer feststellen konnte: die Menschen wurden nervös.

Endlich brachte der Hochsommer 1921 noch einen durchgreifenden Wechsel in der Geschäftsführung der Partei. Parteigenosse *Amann* [10] übernahm auf meine Bitte hin die Stelle des Geschäftsführers der Partei, wobei er mir aber auch sofort erklärte, daß in diesem Raume ein weiteres Arbeiten gänzlich unmöglich sei.

Wir begaben uns also zum zweiten Male auf die Suche und mieteten eine alte, aufgelassene Wirtschaft in der Corneliusstraße, in nächster Nähe des Gärtnerplatzes.

An die *Geschäftsstelle Corneliusstraße 12*

werden sich noch viele unserer älteren Pg., die schon vor dem Jahre 1923 bei der Bewegung waren, erinnern. Heute mag sie uns klein und ärmlich vorkommen, damals war es ein gewaltiger Fortschritt. Als wir sie übernahmen, mußten wir sofort zu einem Umbau schreiten. Von der ehemaligen Gaststube wurde ein Teil abgetrennt und zu einem Zimmer ausgestaltet, in dem Pg. Amann und ich hausten. Im Hauptraum entstand ein sehr primitiver Schalter. Die Küche bekam die S.A.-Führung. Ein weiterer Raum, durch eine Glaswand vom Schalterraum getrennt, diente als Beratungszimmer. *Diese Geschäftsstelle kam vielen Parteigenossen als zu groß vor.* Schon am Ende des Jahres 1922 war sie *wieder viel zu klein.* Sie war sonst verhältnismäßig gut eingerichtet. Hatte eine Anzahl neuer Schreibtische, Rollschränke und für die Kartothek die ersten großen, doppeltürigen Panzerschränke. Für das Beratungszimmer war um ein paar Mark ein uraltes Billard gekauft worden, das nun durch eine primitive Holzplatte in einen Tisch verwandelt wurde.

Unser ältester Parteigenosse, Vater *Jegg* [11], der heute noch lebt und als 79jähriger im Braunen Hause tätig ist, verwandelte als gelernter Schreiner die alten Kredenzen in schreibtischähnliche Erscheinungen und sorgte auch sonst für den dauernden "inneren Ausbau" der "Zentrale".

Und dennoch war *alles unendlich primitiv.* Im S.A.-Zimmer, der einstigen Küche der Wirtschaft, hausten der oberste S.A.-Kommandeur, Hauptmann *Göring,* der Führer des Regiments München, Oberleutnant *Brückner* [12], dann eine Anzahl von Angestellten und endlich sogar noch die Buchhaltung. Der Aktenschrank der S.A. war der frühere Eiskasten, der Schreibtisch des obersten S.A.-Kommandeurs bestand aus einigen Brettern, die über dem Ausguß lagen. Wenn also ein Unvorsichtiger den Hahn nicht ganz zudrehte, dann pflegte es auf die Akten des S.A.-Führers langsam, aber dauernd herunterzutröp-

10 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des VB, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP (Eher-Verlag), 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied des Kreisrates von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

11 Alois Jegg (1852-1935), Schreinermeister, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch.

12 Wilhelm Brückner (1884-1954), Volkswirt, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer des "SA-Regimentes München", 1924 Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1930 SA-Gruppenführer, 1934 Obergruppenführer, 1930-1940 Adjutant Hitlers.

feln. Der frühere Damenabort der Wirtschaft war zum Magazin der Zeugmeisterei geworden, das Beratungszimmer wurde endlich Aufnahme-Abteilung, und im Hochsommer des Jahres 1923 war wieder alles zu klein.

Die Führung der S.A. und ich selbst zogen von der Corneliusstraße weg in die größeren Räume des "Völkischen Beobachters" in der Schellingstraße 39. Schon im Hochsommer 1923 besichtigte ich zum ersten Male die Räume in der späteren Geschäftsstelle Schellingstraße 50. Der November 1923 mit seinen Folgen beendete aber die Arbeit der Bewegung mit einem Schlage auf die Dauer eines Jahres.

Am 10. und 11. November brach in die Geschäftsstelle die Polizei ein und begann zu verschleppen, was verschleppt werden konnte. Man nannte es "konfiszieren". Das gesamte Vermögen des Vereins war beschlagnahmt worden. Panzerschränke, Schreibmaschinen, Schreibtische usw. wurden weggefahren, ebenso die Lastkraftwagen, Personenwagen und die Motorräder. Die Partei hatte sich durch eine peinliche Sparsamkeit im kleinen langsam ein sehr achtbares Vermögen angesammelt, das nun vernichtet wurde. Da an eine Rückgabe angesichts der vollständigen Rechtlosigkeit der Bewegung nicht zu denken war, mußte also wieder von vorne begonnen werden. Im Jahre 1924 war die Bewegung auch politisch so zerfallen, daß anfangs 1925 in Wahrheit nur mehr ein Trümmerhaufen vorlag. Geschäftsstelle war überhaupt keine mehr gegründet worden!

Nach meiner Rückkehr aus der Festungshaft und der erfolgten Wiederzulassung der Partei [13] entschloß ich mich, die alte Kartothek fahren zu lassen und aufs neue von Anfang an wieder zu beginnen. Ich hatte wirklich in den ersten Monaten des Jahres 1925 *gar nichts zur Verfügung.* Da mein Werk [14] noch nicht gedruckt war, blieb mir zunächst nichts anderes übrig, als auf dem Wege von *persönlich aufgenommenen Darlehen* die allernötigsten finanziellen Grundlagen für den Neuaufbau zu schaffen. Parteigenosse *Amann*, der unterdessen Direktor unseres Franz-Eher-Verlages geworden war, stellte dort einen Raum zur Verfügung, der damit zur ersten Geschäftsstelle der wiedererrichteten Bewegung wurde. Es war ein unerträglicher Zustand. Einige Monate später wurde daher *der erste Stock* unserer *bisherigen Geschäftsstelle in der Schellingstraße 50 gemietet.*

Wir zogen damit in das Haus ein, das der Zeuge unserer gewaltigsten Erhebung werden sollte. Damals zählte die Partei knapp zweitausend Mitglieder, heute, da wir aus diesem Hause ausziehen, 430.000.

Ich brauche über die Geschäftsstelle in der Schellingstraße 50 nur wenig sagen. Viele Parteigenossen wissen, wie sie aussieht oder haben wenigstens von ihr gehört. Nur muß ich auch hier betonen, daß die Übernahme dieser Geschäftsstelle, wie immer vorher, einst ebenfalls ein großes Risiko gewesen war. Es gab viele *kleinmütige Geister* (auch in der eigenen Partei!), die die Notwendigkeit der Übernahme und des Ausbaues einer solchen Geschäftsstelle deshalb *nicht* verstanden, *weil ihnen jede Vorstellung von der zukünftigen Größe und Bedeutung der Bewegung fehlte.* Es gab weiter vielleicht auch Men-

13 Am 16.2.1925 hob die bayerische Regierung das Verbot der NSDAP auf. Vgl. Jablonsky, Nazi Party, S. 158.

14 "Mein Kampf", Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925 und 1927.

schen, die der Meinung waren, man dürfe nicht soviel Geld in eine Geschäftsstelle stekken, und die dabei nur einiges vollständig übersahen:

1. Jede Fabrik und jedes Unternehmen braucht einen Arbeitsplatz, eine Arbeitsstätte.

2. Die große Zahl der Menschen beurteilt das Unternehmen nicht zum geringsten Teil nach dem Aussehen der Arbeitsstätte. Wenn man die Notwendigkeit der Propaganda überhaupt anerkennt, dann soll man nie vergessen, daß auch das Aussehen des Arbeitsraumes als Propaganda dienen kann.

3. Wenn die Anlage einer großen Geschäftsstelle finanziell bedenklich wäre, dann müßten die Parteien über die größten Vermögen verfügen, die am wenigsten für solche Dinge auslegen. Es ist aber das Umgekehrte der Fall. Ich habe es ja in den Jahren bis 1923 erlebt. Gewiß, die anderen völkischen Parteien hatten sich keine Geschäftsstellen ausgebaut, sie hatten keine Panzerschränke gekauft und sie haben auch keine Kraftwagen erworben. *Allein sie hatten deshalb doch kein größeres Vermögen, ja, im Gegenteil: Sie besaßen am Ende gar nichts.*

Sparsamkeit ist eine Tugend, allein sie soll auch ein Ziel haben. Indem die nationalsozialistische Bewegung im kleinen dauernd sparte, hatte sie jederzeit die Mittel, um ihrer Größe entsprechend immer würdig nach außen hin aufzutreten, der Privatarbeit [*sic!*] die notwendigen Räume zur Verfügung zu stellen und um die heute nun einmal notwendigen technischen Hilfsmittel zu sichern. Wir leben in der Zeit eines bestimmten technischen Verkehrs, und eine die Zukunft erobernwollende Bewegung kann auch hier nicht in der Vergangenheit haften!

Die besondere Art der Organisation unserer Bewegung, der scharfe Zentralismus der Partei, vor allem die gewaltige Anlage unserer Zentralkartothek, die in dieser Art gänzlich unerreicht und einzig dasteht, zwingen von vornherein zu einem genügend großen Apparat.

Als wir in die Schellingstraße 50 einzogen, errechneten wir die Größe des Hauses als genügend für ungefähr 200.000 Mitglieder. Dabei befanden wir uns in einem dauernden Stadium des Um- und Ausbaues. 1925 wurden die Räume im ersten Stock hergerichtet und bezogen. 1926 die Räume im Parterre zur Kassenabteilung ausgebaut, 1927 erfolgt der Ausbau der Parterreräume für die Geschäftsführung der Partei, anfangs 1928 Ausbau und Bezug der Räume im zweiten Stock im ehemaligen Filmatelier.

Die Nachteile der Geschäftsstelle, Schellingstraße 50, lagen im folgenden:

1. Das Haus war *nicht Eigentum der Partei.* Alle Gelder, die wir also für den Umbau immer wieder opfern mußten, dienten am Ende doch zur Herrichtung eines Anwesens, das einem anderen gehörte.

2. *Die weitere Vergrößerungsfähigkeit fehlte.* Man konnte durch Aufstockung vielleicht noch ein paar Zimmer gewinnen, allein, was hat das alles zu bedeuten gegenüber der Aufgabe, der größten nationalen Partei Deutschlands die entsprechende Geschäftstelle zu geben!

Tatsächlich war im Jahre 1929 ein geregelter Betrieb in der alten Geschäftsstelle zur Unmöglichkeit geworden.

Das zweite Hunderttausend der Mitglieder wurde überschritten, allein noch viel schneller war die Bedeutung der Bewegung gewachsen. Schon damals wußten wir alle,

daß die nationalsozialistische Bewegung die führende nationale Partei werden würde, ja tatsächlich schon war. Im Winter 1929 auf 1930 fanden daher einzelne Besprechungen mit dem Reichsschatzmeister Schwarz [15] und dem Reichsgeschäftsführer Bouhler [16] statt über die Schaffung einer neuen und nunmehr endgültigen Geschäftsstelle der Partei. Alles, was wir bisher mieteten, konnte nur vorübergehender Natur sein. *Was aber die Bewegung braucht, ist ein Heim, das genauso Tradition werden muß, wie der Sitz der Bewegung Tradition geworden ist.*

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist *die größte nationale Bewegung Deutschlands.* Es ist selbstverständlich, daß sich die Bedeutung dieser Bewegung in allem ausdrücken muß. So waren wir im Winter 1929 auf 1930 entschlossen,

der Partei ein eigenes Haus zu geben, das der Größe der Bewegung auch in seiner Würde entsprach.

Es gab dabei zwei Möglichkeiten. Erstens: Man konnte eine geschäftlich belebte Straße der Stadt wählen, war dann aber in der Grundfläche beengt. Jede Vergrößerung mußte dann nach oben geschehen. Auch dieser Fall war erwogen worden. An einem sehr regen Platz Münchens wurde der Kauf eines Hauses ins Auge gefaßt, an dessen Stelle ein 14 bis 16 Stock hohes Hochhaus hätte errichtet werden müssen. Gegen diesen Gedanken sprach nur eines: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nicht nur eine machtpolitische Erscheinung. *Sie wurzelt ihrem ganzen Wesen nach nicht nur in den historischen, sondern auch in den kulturellen Traditionen unseres Volkes.* Bei aller äußeren Großartigkeit eines solchen Hochbaues kann doch nicht übersehen werden, daß es sich dabei um ein Experiment handelt, dessen Vorbilder nicht in uns, sondern außer uns liegen. Was in Neuyork [*sic!*] natürlich ist, ist in München am Ende doch nur gekünstelt.

Zweitens: Man konnte ein Haus suchen, das unserer kulturellen Tradition entspricht, dann aber allerdings genügend Raum *zur horizontalen Erweiterung* besitzen mußte.

Es war ein seltener Zufall, der uns gestattete, das letztere Projekt zu verwirklichen.

Im Frühjahr 1930 waren die räumlichen Verhältnisse in der alten Geschäftsstelle, Schellingstraße 50, unmöglich geworden.

In manchem Zimmer saßen 5, 6, ja in einzelnen bis zu 8 Personen und arbeiteten. Die Kartothek- und Aufnahmeabteilung war infolge ihrer Raumnot gezwungen, *in Nachtschichten arbeiten zu lassen.* Daß die *hygienischen Verhältnisse* dabei keine guten sein konnten, ist natürlich. Mindestens ebenso schlimm war aber auch die *Einbuße der Bewegung an Ansehen.* Wir alle waren im Jahre 1930 überzeugt, daß die nächste Wahl für uns ein Riesensieg werden würde.

Schon im Mai konnten wir auf Grund unserer Mitgliederzahl mit mindestens 70 Mandaten rechnen, und jeder Monat brachte der Bewegung rund 20.000 Mitglieder mehr. Das sind aber, mit 20 multipliziert, 400.000 neue Wähler.

---

15 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), Oberamtmann, 1900-1925 Beamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 1. Kassierer der GVG, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

16 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a. D., 1922/23 stellv. Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

Fand eine solche Wahl statt, dann mußte dies zu einer solchen Zunahme des Ansehens der Partei führen, daß die alte Geschäftsstelle nur mehr eine Belastung sein konnte. Man durfte weiter damit rechnen, daß mit einem großen Wahlsieg das Lügengewebe, das die in der Welt verbreitete Presse um die N.S.D.A.P. spann, mit einem Schlage zerrissen werden würde. Wenn auch die übrige Welt und ihre Presse früher keine Notiz von uns nahmen, so mußte sich das in dem Moment ändern, in dem die Größe der nationalsozialistischen Partei - durch Tatsachen erwiesen - einfach nicht mehr weggelogen werden konnte.

Die steigende Bedeutung der Partei fand aber auch ihren Niederschlag nicht nur in der Häufung der allgemeinen Arbeit, sondern in der Einfügung immer neuer Arbeitsbereiche.

Besonders die *Organisationsabteilung* erweiterte sich zu immer neuen Unterabteilungen. Die *Propagandaabteilung* wurde durch die *Abteilung II* ergänzt, der *Rechtsschutz* wurde ausgebaut und mußte später ebenfalls zu einer eigenen Unterorganisation führen, die Gründung einer Pressezentrale mit verschiedenen Untergliederungen wurde ins Auge gefaßt. Eine *wirtschaftspolitische* sowie eine *agrarpolitische* Abteilung entstanden, die *handelspolitische* Abteilung ist dringend notwendig. Dazu kommt der *mächtige Ausbau der S.A.- und S.S.-Leitung*, der Parteihilfe sowie die dauernde Vergrößerung des *Studentenbundes,* der *Schülerbünde* und der *Hitler-Jugend* usw. Wir konnten im Frühjahr 1930 schon auf den Monat ausrechnen, wann der Betrieb in der alten Geschäftsstelle undurchführbar werden würde.

Aber das Schlimmste blieb immer wieder die Empfindung, daß der gesamte Zustand in der alten Geschäftsstelle nicht der Größe unserer Bewegung entsprach. Denn endlich darf man nicht vergessen: Die nationalsozialistische Bewegung ist eine machtpolitische Erscheinung, sie kann nicht verglichen werden mit den lächerlichen Wirtschafts- und Parlamentsparteien unserer Mitte. Das Ziel ihres Kampfes und Ringens ist so unermeßlich groß, daß sich auch rein äußerlich ihre überragende Bedeutung jedermann klar zeigen muß.

Es war ein Zufall, daß uns auf der Suche nach einem neuen Parteiheim in den Maitagen plötzlich das

"Haus Barlow"

zum Kaufe angeboten wurde. Es war weiter ein Glück, daß gerade dieses Objekt im größten Umfang unseren Hoffnungen entsprach. Ein Besitz in der würdigsten Lage der Stadt München, ein geräumiges, altes Palazzo, das nunmehr schon über hundert Jahre steht, und ein großes, mit Bäumen besetztes, weit in die Tiefe gehendes Grundstück, *das jede Vergrößerung im weitesten Umfange zuläßt!*

So unternahmen wir das für die Bewegung damals immerhin noch große Wagnis und erwarben nach Vortrag des Reichsschatzmeisters dieses Objekt [17]. Wenige Monate später stand die Partei in der offenen Wahlschlacht und kehrte statt mit den erhofften 90 Mandaten 107 Mann stark zurück [18]. Der ganze Lügenschwindel über die Partei war damit erledigt.

Über Nacht war die gelästerte Bewegung zum größten politischen Faktor der nicht-marxistischen nationalen Seite Deutschlands geworden. Es wäre nun schlimm gegangen, wenn wir

17 Am 5.7.1930. Vgl. Volz, Daten, S. 20.
18 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

nicht schon vorher dieses neue Haus erworben hätten. Die Aufnahmeziffern sind seitdem monatlich auf über 30.000 gestiegen. Die sonstige Entwicklung aber blieb im Tempo nicht nur nicht zurück, sondern ging eher noch schneller vorwärts.

Das "Haus Barlow" in der Brienner Straße 45 stammt aus dem Jahre 1828. Es trägt auch heute noch zum Teil *die schlichten Charakterzüge der Baukunst des damaligen Münchens.* Nur mehr zum Teil allerdings, denn die späteren Jahrzehnte haben an diesem Hause fast ununterbrochen um- und zugebaut. Der Gesamteindruck, der, von außen gesehen, ein sehr würdiger ist, wechselt im Inneren. Neben Räumen aus der älteren Zeit, die in ihrer Schlichtheit gerade heute wohltuend wirken, befinden sich oder befanden sich eine ganze Anzahl von Sälen, denen das 19. Jahrhundert seinen späteren Stempel aufgedrückt hatte. Reichgemalte [*sic!*] Kassettendecken wechseln mit holzgeschnitzten, ja einzelne Zimmer waren mit einer Pracht ausgestattet, die sehr stark an die Schloßbauten Ludwigs II. erinnerte.

Die Aufgabe, die nun gelöst werden mußte, war eine doppelte: 1. *Umstellung des Gebäudes* zu einem unseren praktischen Bedürfnissen entsprechenden Bürohaus. 2. *Schonung der vorhandenen*, irgendwie wertvollen Schönheiten des Baues. Dort, wo es unvermeidlich schien, mußte man durch An- und Neubauten eingreifen, dem Ganzen aber den Charakter eines Kulturdokumentes unserer Bewegung geben.

Die nationalsozialistische Bewegung hat eine universale Aufgabe zu lösen: Indem sie ihrer Parole getreu für Freiheit und Brot unseres Volkes kämpft, kämpft sie auch für die *Wiederherstellung der deutschen Ehre*, nicht nur in politischer, sondern *auch in kultureller Hinsicht.* Es ist ein Zeichen der materialistischen Verseuchung der Menschheit, wenn sie keine Beziehung mehr zur Kunst unterhält, und zwar zu einer Kunst, die mehr ist als wieder nur eine bloße Befriedigung materieller Bedürfnisse und Ansprüche.

Wir alle haben die Überzeugung, daß der Sieg der nationalsozialistischen Idee nicht nur dem politischen, sondern auch dem kulturellen Deutschland seinen Stempel für immer aufprägen soll.

Was erscheint dabei natürlicher, als daß wir schon in unserem eigenen Heim damit beginnen, jene Vermählung von Zweckmäßigkeit und Schönheit herbeizuführen, die wir auch im großen einst zu verwirklichen uns bestreben werden.

Ohnehin blickt besonders ein Teil unseres Bürgertums auf die junge Bewegung von oben herunter. Es sieht in uns "Proleten" und "Emporkömmlinge". Wir wollen den Herrschaften nun zeigen, *daß wir mehr Kultur besitzen als unsere Kritiker.* Sie sollen nur die Geschäftsstellen dieser Parteien mit Millionenvermögen vergleichen mit unserem neuen Hause und mögen dann selbst urteilen.

Es kommt noch hinzu, daß wir heute in einer Zeit leben, die in lauter Jagen nach materiellen Gütern sich immer mehr von jeder wirklich hohen Kunst entfernt.

Das neue Haus unserer Bewegung soll als Dokument unserer Gesinnung, wenn auch im kleinsten Umfange, ein Spiegelbild unseres künstlerischen Wollens sein und in kleinstem Maße auch Künstlern eine bescheidene Möglichkeit für ihr Schaffen geben.

Der Bau gehört keinem einzelnen von uns. Nichts ist in ihm, das Privateigentum wäre. Das "Braune Haus" in München ist das ausschließliche Eigentum aller der Männer und Frauen, die es gewagt haben, im Glauben an die unzerstörbare Kraft und Zukunft unseres

Volkes, einen neuen Bund zu gründen und die in diesem Hause ihrem Kampfe einen würdigen Ausdruck auch nach außen hin verleihen wollen.

Dieser Gedanke läßt es als selbstverständlich erscheinen, daß an diesem gemeinsamen Werk, das der Stolz aller sein soll, *auch alle mithelfen*. Nur eine Einschränkung glaubte ich dabei vornehmen zu dürfen: Die Ausgaben für den Umbau des Hauses können in zwei Arten eingeteilt werden.

a) In Ausgaben, die zur Herstellung des reinen technischen Apparates, d. h. also der nackten Büroräume und ihrer Einrichtungen, nötig sind, und

b) den Ausgaben, die der künstlerischen Ausschmückung und der künstlerischen Einrichtung des Hauses dienen. Ich habe dabei nun folgendes verfügt: Die Ausgaben für den reinen Zweckbau und die reine Zweckeinrichtung werden ausschließlich gedeckt durch die *Pflichtbeiträge der Parteigenossen.* Die Ausgaben für die künstlerische Ausstattung und Einrichtung werden ausschließlich gedeckt durch *einzelne freiwillige Spenden* zu diesem Zweck sowie durch von mir selbst festgesetzte Beiträge *aus den Überschüssen meiner Versammlungen.*

Wenn ich heute in Deutschland spreche, dann strömen in meine Versammlungen sicherlich zahlreiche Parteigenossen. Es ist recht und billig, *die Eintrittsgelder für diese meine treuen Anhänger so niedrig als möglich zu halten.* Es ist weiter selbstverständlich, daß die Teilnehmer der S.A. und S.S. zu diesen meinen Versammlungen *überhaupt keinen Eintritt* bezahlen, da sie ohnehin so große Opfer auch in finanzieller Hinsicht übernehmen müssen. Es strömen aber in meine Versammlungen auch Tausende von Menschen, die der Bewegung an sich gänzlich fernestehen, die zum Teil einfach aus Neugierde hineingetrieben werden, zum anderen vielleicht sogar aus einem gewissen Empfinden heraus, auch einmal "dabeigewesen" zu sein.

Wenn ich nun bedenke, welch außerordentlich große Opfer die alten Parteigenossen seit so vielen Jahren auf sich genommen haben, und zwar in einer Zeit, in der es noch wenig ehrenvoll war, Mitglied unserer Bewegung zu sein, und noch sehr viel Mut dazu gehörte, sich offen zu ihr zu bekennen, und wenn ich weiter bedenke, daß unzählige Versammlungsbesucher aus den besser situierten Kreisen unseres Volkes, die bisher für die Bewegung überhaupt noch kein Opfer gebracht hatten, für Kino und Theater, für Bälle und Konzerte zum Teil sehr beträchtliche Eintrittspreise bezahlen, dann sehe ich nicht ein, weshalb diese Menschen auch nicht bei uns heute ein entsprechendes Opfer bringen sollen.

Ich habe deshalb überall verfügt, daß bei meinen Versammlungen, die ja immer von Zehntausenden von Menschen besucht werden, *S.A. und S.S. freien Eintritt erhält, die übrigen Parteigenossen einen möglichst kleinen Eintritt* bezahlen sollen, allein von solchen Zuhörern, die ihrer ganzen Lebenslage nach zu einem größeren Opfer fähig sind, auch ein entsprechend höherer Eintritt gefordert wird. In Versammlungen, die von 12-20.000 Menschen besucht werden, können ohne weiteres 1.000 Plätze zu 5 [*R*]M. abgegeben werden. Und ich habe mich deshalb auch vor 6 Monaten entschlossen, in *allen Versammlungen, in denen ich spreche,* zu verlangen,

daß ein Mindestbetrag von 3-5.000 Mark zur Ausschmückung des Parteiheimes abgeliefert wird.

Ich selbst beziehe *für keine meiner Reden ein Honorar und bezahle mir auch die Reisen aus meinen Bücher-Tantiemen.* Wenn ich persönlich das Opfer bringen kann, in jeder solchen Versammlung bis zur eigenen Erschöpfung zu sprechen, dann können diejenigen, die bisher überhaupt noch kein Opfer für die Bewegung brachten, jedesmal wenigstens 5 Mark bezahlen! Wer das nicht will, braucht nicht zu kommen. *Es sind unzählige andere bereit, seinen Platz einzunehmen.*

Es wird damit aber möglich, in einer Zeit allgemeiner Not, die sich am allerschwersten gerade an Kunsthandwerk und Kunstgewerbe auswirkt, auch dort im Rahmen unseres bescheidenen Könnens zu helfen.

Endlich wurden ja auch am Baue in erster Linie fast ausschließlich nur nationalsozialistische Arbeiter und, soweit irgend möglich und vorhanden, auch nationalsozialistische Geschäfte berücksichtigt. Die meisten Arbeiten sind überhaupt nur von Nationalsozialisten gemacht worden!

Das Gebäude war bei unserer Übernahme unbewohnt, d. h., im zweiten Stockwerk lebte die verehrungswürdige Besitzerin [19] und eine einzige Mietpartei. Die Größe und Weite der Räume, besonders aber ihre Höhe, verbot von selbst jede Verwendung für Wohnungszwecke. Es befanden sich früher nur verschiedene Unternehmungen mit ihren Büros in dem Haus. Nur die Seitenflügel waren bewohnt und mußten abgelöst werden. Wenn auch später die große Gartenfläche teilweise überbaut werden wird, so bestand doch die erste Bauaufgabe in der *Herstellung und Einrichtung des Hauptbaues für den Parteizweck.*

Folgende Abteilungen wurden in Aussicht genommen für das neue Haus und befinden sich auch zum Teil bereits in ihm:

Aufnahme-Abteilung und Zentral-Kartothek, Buchhaltung und Reichsschatzmeister, Geschäftsführung der Partei und Revisionsabteilung, der Reichs-Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Einlauf und Expeditionsabteilung, Graphisch[-]statistische und Vervielfältigungsabteilung, Organisationsabteilung 1, Organisationsabteilung 2, Wirtschaftspolitische Abteilung, Agrarpolitische Abteilung, Handelspolitische Abteilung und Studentenbund, Propaganda-Abteilung 1, Propaganda-Abteilung 2 und Presseamt, Rechtsabteilung, Reichs-Führung der S.A. und Reichs-Führung der S.S. sowie das Büro des Führers. Hinzu kommen noch eine Anzahl von Unterabteilungen und Hilfseinrichtungen. Alles übrige verbleibt bis auf weiteres im alten Bau Schellingstr. 50.

Um diese Ämter unterbringen zu können, mußten in erster Linie zwei größere Bauaufgaben ausgeführt werden. Für die *Zentralkartothek und Aufnahmeabteilung* wurde eine eigene große Halle angebaut, desgleichen wurde der ehemalige Dachboden in ein Bürogeschoß umgebaut. Groß war weiter noch die Umgestaltung des ehemaligen Vestibüles zur Fahnenhalle, des Vestibüles im 1. Stock zur Standartenhalle, des ehemaligen Thorwaldsensaales zum Senatorensaal. Eine beträchtliche Arbeit erforderte die Umgestaltung des Kellers in eine Angestelltenwirtschaft mit all den notwendigen Nebenräumen, die Umgestaltung des 1. Stockwerkes, das nur lauter große Säle besaß, in kleine Bürozimmer. Auch die Räume, die mit ihren früheren Decken übernommen wurden, mußten dennoch wesentlich vereinfacht werden.

19 Elisabeth Barlow.

Der Saal des *Reichsschatzmeisters* mit einer unendlich prunkvollen Ausstattung behielt nur die Decke, während der ganze übrige überladene Wandschmuck, teils geschnitzt und teils in Gips, entfernt wurde. Im *Sitzungssaal des Reichs-Untersuchungsausschusses* verblieb ebenfalls die alte Renaissance-Holzdecke, die etwa in den achtziger Jahren entstanden ist und sehr gute Maße besitzt. Sie wurde nur wenig vereinfacht. Die neuen Lüster kamen zum Teil weg und wurden durch ältere, ebenfalls im Haus befindliche, ersetzt. Das erste Stockwerk, das früher lauter prunkvolle, aber zum größeren Teil weniger wertvolle Decken besaß, erhielt durchwegs eingezogene einfache, weiße Dekken, schon um die übergroße Höhe der Räume zu mildern.

Das zweite Stockwerk erhielt als wesentliches einen *Sitzungssaal für etwa 50 Personen.* Außer einer Verkleinerung verschiedener Räume durch Aufteilung wurde hier nur die Treppe in das neue dritte Stockwerk eingebaut. Dieses dritte Stockwerk ist ein reiner Bürobau mit wundervoller Fernsicht über die Stadt, aber im übrigen ganz einfach gehalten. Die schönsten neuen Räume werden, außer der künstlerisch glänzend wirkenden *Fahnenhalle, der Standartensaal* im ersten Stock und insbesonders aber der *Senatorensaal* sein. Nach vorne heraus erhält der Bau ein neues Portal mit mehr Lichtdurchlaß, links und rechts von Standarten flankiert. Im übrigen sind in diesem Hause die *Hoheitszeichen und Symbole* der Bewegung künstlerisch verarbeitet und verwendet worden. Seit dem griechischen Mäander ist das Hakenkreuz hier zum ersten Male als neues Ornament in den verschiedensten Formen verwendet worden.

In der Vorhalle kommen auf große Marmortafeln mit Bronzebuchstaben die Namen der von Reichsbanner und Rotfront ermordeten Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Kameraden. Der Standarten-Saal im 1. Stock erhält in zwei Bronzetafeln ein Andenken an die im November 1923 vor der Feldherrnhalle zusammengeschossenen Zeugen des deutschen Freiheitskampfes.

Überhaupt wird der Bau ein Museum von Erinnerungen an die Kämpfe unserer Bewegung im ganzen Reiche sein. Es soll jeder Parteigenosse, ob von Nord oder Süd, ob von Ost oder West, im Braunen Haus ein teures Gemeingut sehen. So wie sich die Arbeiter in ihm aus allen deutschen Gauen und Stämmen zusammensetzen, alle christlichen Konfessionen umfassen, so soll auch der innere Eindruck des Baues und seiner Ausschmückung Großdeutschland in seinem schwersten Kampf verewigen.

Es wird später noch der Ruf an die einzelnen Gaue der Bewegung ergehen, *bestimmte Wahrzeichen dem Braunen Haus zu stiften*, um dadurch so recht die Unzertrennlichkeit unserer Kampfgenossen zu dokumentieren. Die S.A. hat zu dem Zweck schon von sich aus ein großes Wandbild gespendet.

So entsteht heute ein Werk, das für unsere Bewegung im Augenblick sicherlich sehr groß ist, das wir aber schon in kurzer Zeit als ganz selbstverständlich empfinden werden. Denn die Bewegung wird weiterwachsen und wird endlich ihre Mission erfüllen. Die Aufgaben, die sie dann zu lösen hat, werden auch auf dem Gebiete der Kunst von so großen Dimensionen sein, daß das "Braune Haus" als Größe des Objekts zurücksinken wird, um endlich nur mehr ein Zeichen der Größe unserer heutigen Gesinnung zu bleiben.

Es wird aber dann erst recht die Liebe und das Verständnis von Millionen erhalten, die in diesem Gebäude das erste und dauernde sichtbare Symbol unseres Wollens und Kämpfens ersehen werden.

22. Februar 1931 Dok. 62
Aufruf [1]

Zitiert nach Rundschreiben der NSDAP, Gau Rheinland, vom 22.2.1931, gez. Erich Evertz (Vermerk: "Abschrift"); GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 307.

Unsere Mobilmachung! SA und SS-Männer! Pg. und Pgn.!

In Euch ruht die Kraft und Stärke unserer Bewegung. Ihr habt wortlos und stumm Jahr um Jahr Eure Pflicht erfüllt, wie es befohlen wurde. Ihr marschiert in Sonne und Schnee und kämpft und opfert für die nat[*ional*]soz[*ialistische*] Freiheitsbewegung mit Eurem Gut und Blut. In Tausenden von Versammlungsschlachten habt Ihr bewaffnete Übermacht aus den Sälen geworfen, um unseren Rednern das Wort zu ermöglichen. Weil Ihr alle das Schwert der Bewegung seid, darum ist die Verantwortung, die auf Euch allen lastet, auch so groß. Verliert trotz des nun beginnenden verschärften Terrors des vereinigten Untermenschentums die kühle Berechnung und Ruhe nicht, zeigt Euch als Soldaten des kommenden Reiches; haltet eiserne Disziplin in Euren Reihen; denkt an die feldgraue Armee, die aushielt im mörderischsten Trommelfeuer, und wartet auf das Wort des Führers! Stählt in der Zwischenzeit Körper und Geist! Schmiedet das Band der Kameradschaft immer fester! Mehrt das Ansehen der braunen Armee dadurch, daß Ihr Euch und Euer ganzes Tun und Lassen entsprechend einstellt! Mobilmachung heißt für Euch, Zähne zusammenbeißen, Fäuste ballen und, fest den Blick auf das Ziel gerichtet, im Gleichschritt des Soldaten den Weg gehen, den Euer oberster Führer bestimmt! Wer das nicht kann oder will, soll sofort das braune Ehrenkleid ausziehen und nicht die toten Brüder schänden und entwürdigen durch Disziplinlosigkeit!! Werbt unermüdlich für die SA und SS. Jeder gesunde Pg. muß Sturmabteilungsmann werden! Innerhalb eines Vierteljahres muß die SA/SS der NSDAP sich verdoppelt haben, das sei unser aller Ziel.

(gez. Adolf Hitler)

1 Anlaß des Aufrufs war die sogenannte Marschbereitschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 22.2.1931. Vgl. Dok. 53, Anm. 8.

22. Februar 1931 Dok. 63
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Braunschweig [1]

Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 24.2.1931, "SA.-Sieg-Heil!" [2].

Wir haben soeben, damit begann *Adolf Hitler* seine großangelegte Rede, *eine Predigt des Idealismus gehört*. Es gibt nicht wenige in Deutschland, die sagen, davon kann man nicht leben. Wir leben heute in einer Zeit des Realismus, die dem idealen *Denken und Handeln* keinen Platz einräumen möchte. Den Gott des Jenseits habt ihr verloren, um euch ein Paradies auf Erden zu schaffen. Wenn wir aber einmal die realen Erfolge dieser "realsten" Politik prüfen, so ist das Ergebnis: *Statt des gesuchten Himmels ist euch die Hölle auf Erden beschert. Not und Elend ist das positive Ergebnis eures paradiesischen Wirkens auf Erden.* Die unausbleibliche Folge ist, daß eine *Unruhe* und *Nervosität* das Volk ergriffen hat, das heute noch nach 12 Jahren "sozialistischer" Republik auf die Erfüllung des versprochenen *realen* Glückes wartet. Zusammenfassend kann festgestellt werden: Das deutsche Volk hat keinen Gewinn, weder an *ideellen* noch an *materiellen* Gütern, statt dessen

steigende Armut

zu verzeichnen. Der Lebensstandard wird auf ein ungeheuerliches *Mindestniveau* heruntergedrückt, der Mensch von Stufe zu Stufe hinabgetrieben, so daß nahezu von einer *langsamen Vertierung* auf allen Gebieten gesprochen werden kann. Diesem Zusammenbruch der "realistischen" Welt stellen wir Nationalsozialisten den Grundsatz gegenüber, daß

der höchste Idealismus zugleich der höchste Realismus ist.

Wenn ich mich nämlich vom *egozentrischen* Denken abkehre und auf das Schicksal meiner Mitmenschen sehe, erhält der Begriff Idealismus einen anderen Sinn.

Wenn ich ein Idealist bin, schaffe ich mit die Lebensgrundlage für meine Mitmenschen, für mein Volk, und ich befolge damit ein Lebensgesetz, das unseren Ahnen heilig war. (Stürmischer Beifall.)

Betrachtet sich der Mensch als ein Einzelwesen, dann hört jedes Gesetz auf, das über die Sorge des einzelnen hinausreicht, *dann aber gibt es keine menschliche Gemeinschaft mehr.* Der Jude sucht bewußt die inneren Bande der Zusammengehörigkeit zu lösen, *indem er Menschen zu Sklaven degradieren will. Wir aber wollen aus Sklaven wieder Men-*

1 Im Städtischen Konzerthaus, gegen 11.00 Uhr. Die laut Lagebericht sehr gut besuchte Delegiertenversammlung des NSDAP-Gaues Hannover-Süd-Braunschweig wurde von Landtagspräsident Ernst Zörner (NSDAP) geleitet und eröffnet. Vor Hitler sprach NSLB-Führer und MdR Hans Schemm über die kulturelle Aufgabe der NSDAP. Am Nachmittag, von 16.00 bis 17.15 Uhr, nahm Hitler auf dem Schloßplatz einen Vorbeimarsch von etwa 8.000 SA-Männern ab.
Bei Zusammenstößen mit politischen Gegnern wurden während des Gauparteitages am 21./22.2.1931 über 100 Personen verletzt. Zum Gesamtprogramm des Gauparteitages vgl. Lagebericht Nr. 3 vom 15.3.1931; Nds. StA Wolfenbüttel, 12 Neu 13, Nr. 13518, Bd. IV.

2 Vgl. auch Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 23.2.1931, "Gautag der Nationalsozialisten in Braunschweig"; Braunschweigische Staatszeitung vom 23.2.1931, "Der Braunschweiger Gautag der NSDAP"; Harzburger Zeitung vom 23.2.1931, "Politische Hochspannung in Braunschweig"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 24.2.1931, "Aufmarsch der Nationalsozialisten in Braunschweig"; Braunschweigische Landeszeitung vom 28.2.1931, "Adolf Hitler an seine Anhänger".

schen machen. (Stürm[*ische*] Zust[*immung*].) Die meisten Menschen werfen den Stimmzettel in d[*ie*] Urne, ohne zu wissen, wie d[*as*] Wesen des Schicksals liegt. Die heutige politische Regierung hat ein Interesse daran, die klaren Lebensgesetze *zu komplizieren* und *zu verschleiern*, dabei handelt es sich um eine *ewige* Gesetzmäßigkeit.

Der Lebensstandard entspricht zu allen Zeiten der eigenen Leistungsfähigkeit des Volkes. Jedes Volk ist glücklich mit dem, was es *geistig* und *materiell* zu produzieren vermag. Wie liegen die Dinge in Deutschland? Unsere Bodenfläche kann uns nicht das geben, was wir zum Leben gebrauchen. Wird die Norm des Verbrauchs beseitigt [*sic!*], dann kommt die Frage: Bei wem wird gekürzt?

Deutschland wurde im letzten Jahr in eine einzige Exportfirma verwandelt, um die Entwurzelung des Volkes zu fördern, die alle Begriffe über Volk, Staat und Nation in einem verschwommenen, lebensfremden Licht erscheinen läßt. Man braucht diese Definition,

denn im Augenblick, wo jeder einzelne erkennt, daß sein Schicksal unzertrennbar verbunden ist mit dem Gesamtschicksal, dann kann er nicht mehr Marxist sein, dann ist er Nationalsozialist! (Stürmische Zustimmung.)

Bricht ein Volk zusammen, *dann breche auch ich! Keine Gesellschaft, keine Klasse und keine Partei würde mir helfen können.*

Der Weltkrieg hat eine *Verengung* der Absatzmärkte gebracht, die besonders bei den europäischen Völkern zu schweren wirtschaftlichen Krisen geführt hat. Ein neuer gigantischer Konkurrent für Europa ist auf den Plan getreten: *Amerika*, das jetzt in einer rasenden Entwicklung den Industrialisierungsprozeß nachgeholt hat und sich nunmehr sogar bestimmenden politischen Einfluß anmaßt. Das Gesetz des *Wollens* und *Handelns* wird uns diktiert, wir haben in Deutschland zuviel Menschen, *die wir nicht ernähren können.* Der Kampf der Mächte wird zwangsläufig schärfer werden, und dem Marxisten ist auf die Frage, ob ein *kapitalistisches* oder *ein Volksinteresse* dafür vorliegt, daß fünf Millionen Deutsche keine Arbeit haben [3], zu antworten: *Zunächst gehst du noch nicht zu einem internationalen Stempelamt, sondern zu einem deutschen.* Die Internationale gibt dir nichts. *Im Leben der Völker gibt es keine Solidarität. Das Leben gibt sich jedes Volk selbst erst dann, wenn es sich dieses kraft seines Blutes und seiner eigenen Tüchtigkeit verdient.* (Stürmische Zustimmung.)

Ist das Leben nichts anderes als ein begrenzter Lebensabschnitt, als eine kurze Spanne Zeit? Weshalb dieses Ringen, wenn nicht die Hoffnung auf das kommende Jugend-Deutschland da ist, das sich wieder fortsetzt. Das Gesetz der Erhaltung der Nation des Volkes zwingt den Menschen in seinen Bann, zur Untertänigkeit. Aber der Mensch lebt nicht von einer Parteibibel, sondern muß zum primitivsten Gebet zurückfinden, das da heißt:

"Herr, gibt uns unser täglich Brot!"

Wir Nationalsozialisten sagen, was ihr redet von Dividende, Im- und Export, Klasse, Stand und Beruf, ist alles so oberflächlich und lächerlich. Nehmen wir allen äußeren Schein weg, und es bleibt übrig:

3 Im Januar 1931 waren im Deutschen Reich 4,89 Millionen Arbeitslose registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 291.

ein Wesen, das nach Brot schreit, das nicht mehr sagt, ich bin ein Bürger oder ein Prolet. Der Hunger wird euch gleich machen, wenn ihr die künstlichen Schranken nicht beizeiten vorher entfernt. (Stürmische Zustimmung.)

Was dir als Volk genommen wird, mußt du als einzelner büßen. Wenn du fragst: Was geht mich als deutscher Prolet der Absatzmarkt in China an? Mein lieber Freund, du gehst stempeln. Da hast du eine Erklärung dafür.

Wie kann das Los erleichtert werden? Das ist ein *politisches* Problem.

Nicht nur der Fleiß ist notwendig zum Leben, sondern auch der Mut, die Frucht des Fleißes zu schützen.

Wehe dem Volk, das vergißt, daß der Pflug aus demselben Stahl sein muß, aus dem das Schwert besteht. Arbeiter- u[*nd*] Soldatentum bilden d[*ie*] Voraussetzungen zum Leben d[*es*] Volkes. Die soldatische Kraft liegt aber nicht allein im Schwert. Über dem Schwert steht der Mensch mit *Geist* und *Willen*.

Der Geist schmiedet die Waffe, und der Wille führt sie.

Völker, die geistig zerflittern [*sic!*], lassen jede Kampfkraft vermissen. Völker, die das einheitliche geistige Wollen verlieren, können das einheitliche Handeln nicht halten. Dieses läßt sich nur erreichen auf der Plattform des *Idealismus*. Da gilt es einen Unterschied zu machen zwischen "bewaffneten Divisionen" und *wehrhaftem* Geist.

Von gewisser Seite macht man den Versuch, unser tiefstes Bekenntnis zur Rasse als unehrlich hinzustellen.

Hat Gott mir mein Blut gegeben, oder habe ich es mir gemacht? Kann es unchristlich sein, wenn ich das mit ganzer Inbrunst hüte, was Gott mir gegeben hat?

Das Blut bleibt ein Volksgut, das zu organisieren ist, *um die besten Köpfe zur Führung zu berufen. Da wird der Volksgenosse auf die Waagschale gelegt nach der Devise: Bist du ein nützliches Mitglied und ein Träger unserer Gemeinschaft?* Mit mathematischer Sicherheit wird bei einer solchen Auslese ein Volk über andere Völker aufsteigen, die ihr Volksgut *nicht* organisiert haben.

Das ist unsere Weltanschauung. Man mag die Prinzipien als *Idealismus* bezeichnen, *doch liegen diese bedingt in den realen Notwendigkeiten des Lebens. Wir sind Kreuzritter einer neuen Idee,* die von uralten Gedanken beherrscht wird. *Wir treten zu einem Großkampf an!* Die Idee ist in unserer Kampforganisation bereits lebendig geworden, und es schält sich in ihr das heraus, was wir von der Zukunft erwarten: Wenn man uns entgegenhält, bei euch sind auch Schatten. Jawohl, mit Stolz registriert die nationalsozialistische Bewegung, Zehntausende ehemals innerlich zerrissene[*r*] Volksgenossen der Nation zurückgewonnen zu haben. *Gäbe es keinen Schatten, könnte es kein Licht geben!* (Stürmische Zustimmung.) Wir versuchen, den Schatten zu erhellen. *Je größer die Widerstände, je größer ist unser Wille, sie zu beseitigen, und um so größer wird der Erfolg sein. Dort wo der Kampf am schwersten ist, muß der Sieg am größten sein! Wir wurzeln im Volke.*

Der Instinkt des kleinen Mannes ist manchmal höher zu setzen als die Philosophie des größten Denkers. (Stürmische Zustimmung.)

Für was lebe ich? Für mein Kind, für kommende Geschlechter! Deshalb:

Ich kämpfe für mein Volk! (Langanhaltender Beifall.) [4]

---

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

24. Februar 1931 Dok. 64
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 26.2.1931, "Sie machen ihre Politik zu zwei Dritteln mit dem Marxismus, sie mögen auch das letzte Drittel mit ihm machen!" [2].

Er [*Hitler*] erklärte den 24. Februar 1920, den Tag der ersten öffentlichen Massenkundgebung der kaum gegründeten kleinen Partei im Münchner Hofbräuhaussaal [3], als einen Wendepunkt nicht nur in unserer Bewegung, sondern wohl auch in der deutschen Geschichte. Zum ersten Mal trat damals eine Bewegung in die breite Öffentlichkeit, die nunmehr seit 11 Jahren das gesamte Denken dieser Öffentlichkeit in der wesentlichsten Weise beeinflußt hat, in vielen Richtungen neu bestimmte und auf manchen Gebieten, fast möchte man sagen, wendete. Dieser Tag vor 11 Jahren war auch bemerkenswert, weil damit eine an sich ganz kleine Bewegung zum ersten Mal dokumentierte, daß sie nicht daran glaubte, eine Idee in engem Zirkel fruchtbar weiter entwickeln zu können, wenn diese Idee zur politischen Wirksamkeit kommen soll, sondern sie war überzeugt, daß sie dann auch hinausgetragen werden müsse in die breiteste Masse der Nation. Man mußte vor diese Masse aber auch hintreten mit dem absoluten Bekennermut, ganz gleichgültig, was nun kommen würde, daß man sich durchringen müßte zur absoluten Erkenntnis von der Notwendigkeit, sein Wissen der Masse zu vermitteln und kraft dieser Erkenntnis auch zu handeln.

Hitler kam nun auf die bis zum 24. Februar 1920 überall in Deutschland bestehenden kleinen Grüppchen als Träger völkischer Ideen zu sprechen, bei denen sich sowohl Genies und weitvoraussehende einzelne hochgeistige Menschen, aber auch viele ganz kleine, zwerghafte Knirpse befanden, die über ein ganz kleines Denken nicht hinausgekommen waren, Gruppen, die vollständig belanglos blieben ohne jede politische Wirksamkeit, so daß im November 1918 nicht diese Gedanken irgendwie siegen konnten, sondern die entgegengesetzte Weltanschauung, die dem Staat das *Gesetz des Handelns* aufzwang. Wollte man nun diese Gedanken aber wirklich zur politischen Wirksamkeit bringen, dann mußte man eines Tages damit vor die *breiteste Öffentlichkeit* hintreten, und dafür gab es meiner Überzeugung und Erfahrung nach nur einen einzigen Weg: *den des gesprochenen Wortes an das Volk,* etwas, was man vor Jahren nicht erkennen wollte und vielleicht noch ableugnete, was aber doch eine ewige Wahrheit ist. Nur das gesprochene Wort allein kann am Ende die Mauer von Vorurteilen, die altgewohnten Begriffe zerschlagen und neue Erkenntnisse über die Menschen ergehen lassen. Bedenken Sie eines: In diesen elf Jahren, seit diesem 24. Februar, hat eine Handvoll Menschen es fertiggebracht, ein ganzes Ideengebäude der anderen Welt zum Einsturz zu bringen. (Starker Beifall.) Denn das Bemerkenswerte ist heute, was unsere Gegner selbst bereits

1 Im Bürgerbräukeller, nach 22.00 Uhr. Vor Hitler sprachen der Vorsitzende der NSDAP-Stadtratsfraktion Hermann Esser und Gauleiter Adolf Wagner. Anlaß der laut VB überfüllten öffentlichen Versammlung war der 11. Jahrestag der ersten großen öffentlichen Massenkundgebung der NSDAP am 24.2.1920 im Münchner Hofbräuhaussaal.

2 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 28.2.1931, "Hindenburg und die 'nationale Opposition'".

3 Vgl. Eberhard Jäckel u. Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 109 ff.

an Konzessionen uns machen mußten, wie sie heute zum Teil von unserer Ideenwelt so bezwungen sind, *daß sie selbst in diesem Kreise fechten müssen,* um überhaupt ihre Position noch zu bewahren.

Nun hat die nationalsozialistische Bewegung angefangen, von diesem 24. Februar an Begriff um Begriff zu zerschlagen, und heute können unsere Gegner mit vielen der Begriffe, mit denen sie einst Deutschland erobert hatten, überhaupt nicht mehr kämpfen, sondern müssen selbst von diesen bereits abrücken, ja sie selbst bereits befehden. Es ist eine Erschütterung der öffentlichen Meinung eingetreten, wie sie sogar vor zwölf Jahren noch als gänzlich undenkbar erschienen wäre.

Millionen Menschen sind jetzt vollständig aufgeklärt darüber, *daß z. B. Marxismus mit Sozialismus gar nichts zu tun hat,* daß umgekehrt der Nationalismus nichts zu tun hat mit dem Klassenbegriff, nichts mit unseren oberen Gesellschaftsschichten, sondern nichts anderes ist als eine grenzenlose Verpflichtung zum Kampf für die Erhaltung des eigenen Volkstums ohne Rücksicht auf Klassen oder Stände. Damals tobte der Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum, und man glaubte nun, in diesem Kampf wird das Schicksal der Welt entschieden. Und über die Begriffe "Proletariat" und "Bürgertum" hat sich nun ein neuer Begriff erhoben:

Volk und Volksgemeinschaft.

Was von jenen Begriffen übrigblieb, sind bloß Parteierscheinungen, die diese Begriffe brauchen, um leben zu können und ihr Leben der Nation als weiterhin notwendig erscheinen zu lassen.

Desgleichen erläutert Hitler die früheren Begriffe von "Republik" und "Monarchie", über die damals eine Verständigung unmöglich schien, während heute eine Millionenfront von Menschen darüber lacht, weil man heute überzeugt ist, daß beide Erscheinungsformen möglich sind, beide verderblich sein können. Damals sah man in der äußeren Form das Wesentliche, während wir *im Inhalt* das Wesentliche sehen. Uns steht der Begriff "Volk" über der Form und Norm des Staates, der nur ein Gefäß, eine Dienerin dieses Inhalts ist, nämlich der Nation, des Volkes, jenes ewig Bleibenden, Seienden, *das bestehen muß.* Die Form selbst ist dann richtig, wenn sie der Erhaltung und dem Zusammenhalt dient, und sie ist falsch, wenn sie die Erhaltung dieses Inhalts nicht gewährleistet, mag sie Republik oder Monarchie sein. (Stürmischer Beifall.)

Der Redner glossiert in diesem Zusammenhang den noch 1923 gepflegten Begriff der "Einheitsfront". Noch bis 1925 konnte man in vielen Gehirnen die Meinung erwecken, daß es zwischen Feuer und Wasser eine Einigung geben könnte. Heute sind diese Sirenenklänge für Millionen Deutsche vollständig vergeblich; Millionen lassen sich in ihrem Entschluß, die Voraussetzungen zur deutschen Einigkeit unerbittlich zu schaffen, durch Herstellung eines einheitlichen Denkens, nicht mehr beirren.

Hitler möchte nun *eines* als das Elementarste und Gewaltigste herausgreifen: Was immer unsere Gegner über uns spotten mögen, etwas können sie nicht aus der Welt schaffen: die Bedeutung jenes Symbols, das einer gigantischen Weltbewegung heute zum Kampfzeichen geworden ist, jene Erkenntnis, aus der uns die Weltgeschichte licht und hell geworden ist, die viele Rätsel aufgelöst hat und mittels der[*er*] wir klar sehen kön-

nen, so daß die Gegner oft vielleicht selbst erstaunt sein werden über die Richtigkeit unserer Prophezeiungen für die Zukunft, die in der Erkenntnis der

Bedeutung der Rassenfrage

wurzelt.

Hitler möchte bei einem Überblick über diese 11 Jahre gestehen, daß noch niemals in einem so kurzen Zeitraum in der deutschen Geschichte eine solche Umwälzung des öffentlichen Denkens vor sich gegangen ist wie in diesen 11 Jahren. Er las vor ein paar Tagen in der Presse, er hätte nach Berlin telephoniert und seinen Herren Abgeordneten seine *schärfste Mißbilligung* ausgedrückt [4], *weil sie aus dem Reichstag herausgegangen seien* [5]. Diesen Herren erwidere er: Wenn unsere Abgeordneten heraus wären, ohne daß ich einverstanden gewesen wäre, dann wären sie am nächsten Tage wieder hineingegangen. Aber sie wären auch gar nicht herausgegangen! (Stürmischer Beifall.) Es geschieht nichts in der Bewegung - diese tröstliche Zuversicht kann ich den Herrschaften geben -, *ohne daß ich es weiß und ohne daß ich es billige.* Ja, noch mehr: Es geschieht gar nichts, ohne daß ich es wünsche. Den nationalen Parteien, die nun einmal einen politischen Faktor darstellen, bemühe er sich seit Jahren klarzumachen, daß es etwas *Unwürdigeres als ihre Rolle überhaupt nicht gebe.* Das heißt: Eine Regierung macht Politik mit der linken Seite nach links, und wenn gewisse Notwendigkeiten kommen, dann wendet sie sich mit einer ganz traurigen, ja erbärmlichen Phrase nach rechts - und gewinne immer wieder Menschen der rechten Seite, *die dann mit ihrer Unterstützung einen weiteren Linkskurs ermöglichen.* Seit 12 Jahren haben diese Regierungen dieses Spiel getrieben und immer wieder unsere von Freimaurern und Juden geleiteten bürgerlichen Parteien einzuspannen vermocht. Es war den Herren entsetzlich, daß nun langsam eine Partei entstand, die diese "verantwortungsbewußte nationale Opposition" nicht mitmacht, sondern erklärt:

Wir werden jedes legale Mittel ergreifen, um euer Regiment zu beseitigen.

Wenn ihr sagt: Ja, aber nun handelt es sich um die Landwirtschaft! Nein, verehrte Führer: Um *euch* handelt es sich, ihr müßt weg, dann kann auch die Landwirtschaft wieder existieren! (Starker Beifall.) Und wenn ihr sagt: Ja, das ist das Vordringlichste! Nein, das Vordringlichste ist, *daß ihr verschwindet!* Und wenn ihr weiter sagt: Aber dann wird die Nation einen schweren Schaden erleiden! Nein, der Schaden wird tausendmal größer, wenn ihr bleibt. Was ihr heute als Schaden an die Wand malt, habt ihr uns vor 11, 10, 9 und 8 Jahren schon an die Wand gemalt. *Hätte eine nationale Opposition schon damals eine eiserne Stirne gezeigt und ein absolutes Rückgrat, dann wäret ihr vor 10 Jahren verschwunden und Deutschland wäre heute gerettet.*

Der bürgerlichen Presse, soweit sie in jüdischen Händen ist, die davon faselt, daß die nationale Opposition nunmehr Gelegenheit habe, "ihre Existenzberechtigung zu beweisen" und die "Probe auf den Begriff 'national' ablegen" könne, antwortet Hitler:

---

4 Münchener Post vom 21./22.2.1931, "Hitlers Sorgen".

5 In der Reichstags-Sitzung am 10.2.1931 hatten die NSDAP und die DNVP aus Protest gegen eine Reform der Geschäftsordnung ihren Auszug erklärt. Die Nationalsozialisten kehrten erst am 14.10.1931 wieder in den Reichstag zurück. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 39 f.

Jawohl, die Probe auf unsere Existenzberechtigung legen wir ab, indem wir euere Existenz vernichten, und die Probe auf unsere nationale Gesinnung legen wir dadurch ab, daß wir die Nation vor euch retten! (Stürmischer Beifall.)

Hitler möchte den Himmel bitten, alle Männer stark und hart werden zu lassen, damit sie nicht wieder auf diese ewige Verführung und Versuchung *hineinfallen,* um dann später doch das höhnische Gelächter dieser Menschen, die sie heute anflehen, als Dank zu ernten.

Es darf uns dabei gar nicht irreführen - fährt Hitler fort -, wenn unser hochverehrter Herr *Reichspräsident* höchstselbst einen *Brief* schreibt und nun wünscht oder hofft, daß die nationale Opposition mithilft, das rote Schiff wieder in den nächsten roten Kanal hineinzuschleifen [6]. Einmal muß erst festgestellt werden, *wer den Brief geschrieben hat.* Wir zweifeln gar nicht daran, daß unser Herr Reichspräsident einst ein Schlachtenlenker war, *aber wir zweifeln daran, daß er ein politischer Lenker ist* (starker Beifall), sondern wir glauben, daß er *politisch selbst gelenkt* wird. (Stürmischer Beifall.) Und wir glauben das deshalb, weil der Herr Reichspräsident niemals solchen Irrtümern hätte erliegen können, wie er sie durch *ähnliche Briefe* bereits der Welt offenkundig und zu wissen getan hat. Denn ähnliche Briefe des Herrn Reichspräsidenten sind vor der Annahme des Youngplanes in Erscheinung getreten [7], und es kann heute kein Mensch mehr leugnen, daß die Stellungnahme des Herrn Reichspräsidenten damals eine *irrige* gewesen ist und dem deutschen Volk nicht zu Nutz und Frommen gereicht hat. (Stürmischer Beifall.) Wir sind nun heute genauso überzeugt, daß die jetzige Stellungnahme ebensowenig dem deutschen Volk letzten Endes nützen und frommen wird, im Gegenteil, wir glauben, daß sie nur denen nützt, die wir verantwortlich machen für das heutige deutsche Schicksal. Und deshalb müssen wir *eines* absolut bekennen: Wir sind gegen derartige Versuche vollständig gefeit. Wenn es überhaupt in Deutschland heute ein nationales Gewissen und eine nationale Opposition gibt, dann sind dafür wahrhaftiger Gott nicht irgendwelche Regierungsstellen, auch nicht die höchste, verantwortlich zu machen, denn sie ist ohne sie, ja, *gegen sie* entstanden.

Wenn heute der Herr Reichspräsident hofft, daß eine nationale Opposition seine Politik retten möge, dann soll er nicht vergessen, daß diese Opposition überhaupt nur da ist, weil sie sich nicht seiner Wege bedient hat, sondern eigene Wege bisher ging. Würde sie seine Wege gegangen sein, gäbe es keine Opposition, an die sich der Reichspräsident bittend wenden könnte.

Wir müssen ein für allemal solche Versuche ablehnen und hoffen, daß sie auch die anderen nationalen Bewegungen und Parteien genauso kalt lassen werden. Wir gehen in den Deutschen Reichstag hinein in dem Moment, in dem es uns für das deutsche Volk wieder *zweckmäßig* erscheint, um dem Volk, nicht einer regierenden Partei zu nützen.

---

6 Gemeint ist ein am 22.2.1931 veröffentlichtes Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg an den DNVP-Reichstagsabgeordneten Kurt Wege. Dort hatte er gefordert, die DNVP solle im Interesse der Hilfe für die Landwirtschaft ihre gegenwärtige blockierende Haltung im Reichstag aufgeben und sich an den diesbezüglichen gesetzgeberischen Arbeiten beteiligen. Druck: Bayerischer Kurier vom 23.2.1931, "Appell des Reichspräsidenten an die Deutschnationalen".

7 Am 18.3.1930 hatte Hindenburg in einem Aufruf seine Zustimmung zum Young-Plan-Abkommen gerechtfertigt. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 74 f.

Wir denken keine Sekunde daran, Hilfsdienst zu leisten für eine heutige Regierung, sondern im Gegenteil: mitgegangen, mitgefangen. Die Herren machen zu zwei Dritteln ihre Politik mit dem Marxismus, sie mögen auch das letzte Drittel mit ihm machen. (Stürmischer Beifall.)

Den ängstlichen Versuchen der Gegner, die Wahlen möglichst hinauszuschieben [8], entgegnet *Hitler* unter dem stürmischen Beifall der Versammlung: Hätte man voriges Jahr im Mai gewählt, dann wären wir mit 50-60 Mandaten in den Reichstag gekommen. Dadurch, daß sie im September wählten, sind wir mit 107 gekommen [9]. Wenn sie jetzt wählen, werden wir mit 160-180 Mandaten zurückkehren, in acht Monaten aber mit noch mehr Mandaten. (Anhaltender Beifall.) Sie können tun, was sie wollen:

Am Ende wird doch unsere Bewegung der Sieger sein.

Wir wissen, es ist ein gewaltiger Turm, den wir zum Einsturz bringen müssen, es wird uns nichts geschenkt werden, aber wir wissen: *Der Turm muß zerbrochen werden,* wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht morgen, dann übermorgen, wenn nicht in *dem* Jahr, dann im nächsten oder meinetwegen 10 Jahre später. Wir werden nur dieses eine Ziel haben: Den Turm unserer Feinde außen und innen [*sic!*], den wollen wir brechen!

In diesem unabänderlichen und unbändigen Willen sind wir von diesen wenigen Männern vor 11 Jahren zur heutigen Millionen-Bewegung emporgewachsen. Im ganzen Deutschen Reich wehen dieselben Fahnen, lebt derselbe Rhythmus unserer Bewegung, derselbe fanatische Glaube, dieselbe Hoffnung und Zuversicht. Ich bin überzeugt: *Es war schwerer damals im Jahre 1920, als unbekannte Männer uns bis heute durchzuarbeiten, als es schwer ist, von heute bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen.*

Hitler gedenkt schließlich der endlosen Opfer und der schweren Rückschläge der Bewegung, von denen er den Verlust so vieler junger Menschen, die sich in diese Bewegung hineinlebten und von irgendeinem Mordbuben niedergestochen oder niedergeschossen worden sind, als das Allerschwerste bezeichnet. Alle diese trüben Tage lassen uns keine Sekunde am endgültigen Ziele verzweifeln.

Vor einem Jahre hat der Führer in einer Versammlung erklärt, als Herr *Groener* [10] sich gerade auf einem Streitgaul oder Streitesel setzte und gegen uns mit eingestemmter Lanze anrannte [11]:

"Herr Groener, wir kämpfen mit streng legalen Mitteln, aber eines Tage werden Sie in den deutschen Reichstag hineingehen, und dann wird es *Ihnen braun entgegenschim-*

---

8 Anspielung auf eine Erklärung der bayerischen Regierung, wonach sich aus der durch den bayerischen Staatsgerichtshof verfügten Aufhebung einiger Bestimmungen des bayerischen Wahlgesetzes keine Notwendigkeit von Neuwahlen ergebe. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 14.2.1931, "Der Entscheid des Staatsgerichtshofes".

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

10 Wilhelm Groener (1867-1939), General, 1886 württemberg. Leutnant, 1916/17 Chef des Kriegsamts im preuß. Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis Aug. 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Jan. 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Okt. 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

11 Gemeint ist die am 25.2.1930 von Groener erlassene Verordnung zur "Anerkennung und Belohnung von Soldaten durch den Reichswehrminister für erfolgreiche Abwehr radikaler Zersetzungsangriffe gegen die Wehrmacht". Druck: Heeres-Verordnungsblatt vom 4.3.1930, S. 17.

mern! Es wird die Stunde kommen, da wird Ihnen eine braune Majorität gegenüberstehen!"[12]

Ein Jahr ist kaum vergangen, *und es ist der rechte Flügel heute braun,* der Flügel, der heute leer ist. Ich kann weiter prophezeien, daß die Zeit kommen wird, wo die Hälfte des Reichstages braun sein wird, und die Stunde, wo es zwei Drittel sein werden. Und es kommt die Zeit, da wird die Farbe, die euch so verhaßt ist, und das Zeichen, das ihr heute so scheut und nicht ansehen könnt, in ganz Deutschland landauf, landab euch entgegenschimmern. *Da wird ein deutscher Reichswehrführer vor sich her eine braun gekleidete neue deutsche Volksarmee sehen, wird im Reichstag sitzen ein großes braunes Heer von Abgeordneten. Dann wird diese Fahne flattern von jedem Turm, von jedem Haus, auf jedem Bau wird unser Zeichen eingemeißelt sein. Deutschland wird wieder deutsch sein, Deutschland wird wieder frei sein, euer Regiment ist gebrochen und unsere Stunde ist dann gekommen.* (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)[13]

27. Februar 1931 — Dok. 65
"Erlaß Nr. 3"
SA-Anordnung

Gedrucktes Exemplar[1]; BA, Slg. Schumacher 403[2].

Zum Gedenktag des ersten öffentlichen Auftretens der N.S.D.A.P. am 24.2.1920 in München[3] ordne ich an:

1. Das bisher den Mitgliedern der Reichsleitung vorbehaltene Abzeichen (Hoheitsabzeichen der Bewegung) wird künftighin von der gesamten SA und SS (Führer und Mann) getragen.

2. Von den nicht in der SA oder in der SS tätigen Mitgliedern der Bewegung tragen das Hoheitsabzeichen künftig alle politischen Leiter von der Ortsgruppe aufwärts.

Adolf Hitler

---

12 Am 18.3.1930 in München. Vgl. Bd. III/3.
13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer, Nr. 387/31". Zusatz (gez. Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz und SA-Stabschef Ernst Röhm): "Das Abzeichen ist bei der Reichszeugmeisterei anzufordern. Näheres wird im V.B. veröffentlicht." Dort heißt es ergänzend: "Preis des Abzeichens 40 Pf.".
2 Druck: VB vom 6.3.1931, "Es wird bekanntgegeben".
3 Vgl. Dok. 64, Anm. 3.

Februar 1931 Dok. 66
Geleitwort

Hans Zöberlein, Der Glaube an Deutschland. Ein Kriegserlebnis von Verdun bis zum Umsturz, München 1931.

Auf den Weg!

Hier ist das Vermächtnis der Front niedergelegt!

Ein einfacher Soldat [1], der nicht beabsichtigte, die Kriegsliteratur zu vermehren, hat sich in jahrelanger, mühevoller Arbeit neben seinem Beruf eine Last von der Seele geschrieben. Kämpfe und Schlachten stehen in historischer Treue mit Tag und Stunde, Ort und Gelände wieder auf. Nicht so, wie man vielleicht die Ereignisse heute nach Jahren erst sieht. Gipfel und Abgründe stehen nebeneinander und immer die sturmfeste Treue der Kameradschaft dabei.

Man hört das Herz der Front schlagen, den Quell jener Kraft, die unsere unvergänglichen Siege schuf. Und ungewollt greift die soziale Frage ins Geschehen ein, das Denken der "vaterlandslosen Gesellen".

Das Buch hat allen etwas zu sagen: Dem Soldaten, dem Politiker, den schaffenden Deutschen aller Stände. Der heranwachsenden Jugend ist es

das Erbe der Front!

München, im Februar 1931

Adolf Hitler [2]

1 Hans Zöberlein (1895-1964), Maurer und Steinhauer, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitlerputsch in München, 1925-1927 Vorsitzender der Sektion Au-Giesing der NSDAP, 1926-1929 Führer des SA-Sturms 5 in München, 1929 SA-Standartenführer, Autor von "Der Glaube an Deutschland" (1931) und "Der Befehl des Gewissens" (1937), 1943 SA-Brigadeführer.

2 Faksimilierte hs. Unterschrift.

7. März 1931 Dok. 67
Rede auf SA-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 727 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809 [3].

Heute sind es 12 Jahre, daß ich Hauptmann Röhm kennengelernt habe. Es war in einem Keller, wo wir uns den Kopf zerbrochen haben, wie der revolutionären Bewegung entgegen getreten werden kann. Damals lernte ich ihn kennen, und heute stelle ich ihn als SA-Führer vor. Es ist ein gewaltiger Anblick, die Größe der "Brigade München" zu sehen. Ihr setzt Euch ein für die nationalsozialistische Idee, für die Fahnen, die ich Euch gegeben habe. Eure Fahne wird die Kokarde des neuen Reiches. Kameraden! Der Weg, den wir bis heute gegangen sind, war schwerer als der, den wir noch gehen werden. Alle können machen, was sie wollen, und die Bewegung steigt doch von Monat um Monat um Tausende. Es heißt überall, die SA ist aufgehoben worden, bzw. ich habe sie selbst aufgelöst. Es ist unmöglich, die SA aufzulösen; denn sie ist keine Organisation, sondern ein Wesenskern, der in der Hauptsache aus mir selbst besteht. Ich bin die SA, und Ihr gehört zur SA. Ihr seid die SA, und ich gehöre zu Euch. Sollte ich aber in die Lage kommen, die SA aufzugeben, so würde ich es mit blutendem Herzen tun, um die Bewegung zu retten. Wenn ich einige Stürme auflöse [4], so habe ich die Gewißheit, daß morgen tausend andere SA-Leute an die Stelle der aufgelösten Stürme treten. Man versucht nunmehr, von der gegnerischen Seite die SA mit Spitzeln zu verseuchen. Diese Leute haben die Aufgabe, Zersplitterung und Uneinigkeit in die SA hineinzutragen. Es ist ein Fall bekannt, wo man sich an einen SA-Führer um Mitteilungen aus der SA wandte. Der betreffende SA-Führer ist zum Schein darauf eingegangen und hat die erhaltenen Beträge der SA-Kasse zugeführt. (Hitler meinte offensichtlich den Fall Voss [5] - Kassel [6]). Man wirft mir auch vor, daß ich zu feige bin, um illegal zu kämpfen. Hiezu bin ich be-

---

1 Im Hackerkeller, nach 21.00 Uhr. An dem Appell der SA-Brigade München-Oberbayern, der aus Anlaß der Amtseinführung von SA-Stabschef Ernst Röhm stattfand, nahmen einschließlich ihrer Führer 1.332 SA-Männer teil. Vor Hitler sprachen Osaf-Stellvertreter Süd, August Schneidhuber, der ehemalige Brigadeführer Wilhelm Helfer sowie Röhm.

2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 7.3. und 11.3.1931 in München sind jeweils mit "Nr. 727" gekennzeichnet. Vgl. Dok. 68.

3 Vgl. auch Der SA-Mann. Wochenbeilage zum VB vom 12.3.1931, "Generalappell der Brigade I". Sowie Lagebericht Nr. 99 der Polizeidirektion München vom 20.4.1931, StA München, Polizeidirektion München 6815.

4 Hitler hatte die Auflösung mehrerer SA-Stürme sowie der Hitler-Jugend in Kassel veranlaßt, die dringend verdächtigt wurden, aus Polizeibeständen Schußwaffen gestohlen zu haben. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 5.3.1931, "Auf Befehl Hitlers!".

5 Otto Voß (geb. 1908), Kaufmann, 1927 Eintritt in die NSDAP und Führer der SA-Standarte I in Bochum, 1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bochum, 1929-1933 Stadtverordneter in Bochum (NSDAP).

6 Irrtümliche Vermengung zweier verschiedener Vorgänge durch den Berichterstatter: Gemeint ist erstens Otto Voß, der mit Wissen der Reichsleitung der NSDAP fast 8 Monate für die politische Polizei in Bochum gearbeitet hatte. Zweitens bezieht sich dies auf die Behauptung der NSDAP, daß die Polizei in Kassel bezahlte Lockspitzel eingesetzt habe, um die SA zu illegalem Waffenbesitz zu provozieren. Vgl. VB vom 6.3.1931 und vom 13.3.1931, "Pg. Voß in Hagen"; Frankfurter Zeitung vom 5.3.1931, "Auf Befehl Hitlers!".

stimmt nicht zu feige; ich bin nur dazu zu feige, daß ich die SA vor die Maschinengewehre führe. Wir brauchen die SA zu viel wichtigeren Dingen, nämlich zur Errichtung des Dritten Reiches. Wir werden uns dabei an die Verfassung halten, und damit werden wir auch zum Ziele kommen. Die Verfassung schreibt uns das Recht vor, zur Macht zu gelangen. Wessen [*sic!*] Mittel wir uns hiezu bedienen, ist unsere Sache. Der jetzige Reichstag wird auch noch gehen, und dann werden wir anstatt mit 107 [7] mit 200 Abgeordneten einziehen. Ihr müßt lernen, mit der Faust Euch zu wehren. Die Führer und Unterführer habe ich beauftragt, Euch auszubilden. Ich muß als Euer Führer vorausgehen, ohne mich umzuwenden, und Euch zu meiner Verfügung haben.

Am Schlusse seiner Ausführungen soll Hitler gesagt haben, daß die SA-Leute, bevor er gehe, noch eine Schuld [*sic!*] abzulegen hätten. Dann soll Hitler geäußert haben: "Kameraden! Erhebt die rechte Faust und leistet mir den Schwur: 'Mit der Faust soll das neue Deutschland erstehen'." [8]

11. März 1931 Dok. 68
Rede auf SS-Versammlung in München [1]

PND-Bericht Nr. 727 [2], o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6809.

Nachdem er [*Hitler*] die Front abgeschritten hatte, hielt er an die SS eine längere Ansprache. Er begrüßte sie als die Elite-Truppe. Sodann gab Hitler einen Rückblick auf die Entwicklung der Partei vor und nach dem Jahre 1923. Ein Häuflein getreuer Menschen, mit denen er sich besonders verbunden fühlt, habe auf ihn vertraut und ihn gebeten, sie weiter zu führen. Wenn auch alles zerschlagen worden sei, der Geist sei aber doch geblieben. Er wünsche nur das beste Zusammenarbeiten im edlen Wettstreit zwischen der SS und SA. In der neuen Armee werde die SS die erste Stellung einnehmen. Er wisse, daß sich Elemente in die Partei eingeschlichen hätten, die Unruhe und Mißstimmung zwischen Mann und Führung hineintragen. Es sei daher unbedingt gegenseitiges Vertrauen notwendig. Er wisse bestimmt, daß in einem Jahr die SA dreimal und die SS zweimal so stark sein werde wie heute. Er als Führer werde weiter kämpfen, bis die deutsche Freiheit hergestellt sei. Für die nationalsozialistische Bewegung und für das deutsche Vaterland, so bemerkte Hitler am Schlusse seiner Ausführungen, wollen wir

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.
8 Folgt abschließender Kommentar.

1 Im Bürgerbräukeller, nach 21.00 Uhr. An dem Generalappell der SS, auf dem neben der Münchener SS auch Abordnungen der SS aus Dachau, Fürstenfeldbruck, Starnberg und Ottobrunn erschienen waren, nahmen 322 SS-Leute, 35 SS-Führer und 35 Anwärter teil. Vor Hitler sprach der Stabschef der SA Ernst Röhm.
2 Die Polizeiberichte über die Auftritte Hitlers am 7.3. und 11.3.1931 in München sind jeweils mit "Nr. 727" gekennzeichnet. Vgl. Dok. 67.

leben und, wenn es notwendig wird, auch sterben. Mit einem Heil auf die Bewegung und auf das Vaterland schloß er seine Rede, von der die SS-Leute sehr begeistert waren. [3]

15. März 1931 Dok. 69
"Helft der deutschen Freiheitsbewegung auf der Hochschule!"
Aufruf

VB vom 15./16.3.1931.

Parteigenossen und -genossinnen, Altakademiker der N.S.D.A.P.

Nahezu 12 Jahre lang hat das deutsche Volk, von gewissenlosen Politikern verführt, die Folgen des Verbrechens vom November 1918 auf sich nehmen müssen. Vor der ganzen Welt gebrandmarkt und verfemt, sank es zum willenlosen Ausbeutungsobjekt herunter. Politisch entrechtet, wirtschaftlich geknebelt und ausgepreßt, beginnt es endlich einzusehen, daß alle Hoffnungen auf Recht und Gerechtigkeit, Kulturgewissen und Weltvernunft lächerliche Utopien sind. Millionen und abermals Millionen Menschen, die selbst nur leidtragende Opfer der großen Weltkatastrophe waren, werden um ihre Existenz gebracht, verlieren die Früchte langjährigen Fleißes und langjähriger Sparsamkeit, Millionen andere stehen am [*sic!*] Ruin ihrer Unternehmungen, ihres Gutes, am Ende ihrer Arbeitsmöglichkeit. Der Arbeiter der Faust ist gezwungen, das Almosen einer Arbeitslosen-Unterstützung entgegenzunehmen, der Arbeiter der Stirne wird zum Bettler degradiert, Zehntausende und abermals Zehntausende intelligente[*r*] junge[*r*] Deutsche[*r*] bieten unter dem Zwang der Not ihre Fähigkeit dem Auslande an und verkommen als mißachteter Kulturdünger anderer Völker.

Und dennoch werden die regierenden Parteien des Novemberverbrechens nicht müde, immer wieder aufs neue zu versichern, daß nur ihre Methoden allein Deutschland zu retten vermögen. *Die Methoden internationaler Verblendung, demokratischer Entwertung und pazifistischer Selbstentwaffnung.* Das Elend erhält durch diese Parteien eine moralische Rechtfertigung durch das Bild der Charakterlosigkeit, die man unserem Volke einimpft, um sie dann der anderen Welt als Ausdruck deutschen Wesens hinzustellen.

Gegen diese moralische und politische Entwaffnung Deutschlands erhebt sich unser Volk.

Aus dem Wirrwarr unserer politischen, beruflichen, klassenmäßigen und gesellschaftlichen Zerrissenheit erwächst eine Bewegung zur Sammlung des deutschen Menschen, zur Bekundung des unbeugsamen Lebenswillens und des Mutes, diesen Lebenswillen mit allen Mitteln zu verwirklichen. In knapp einem Jahrzehnt hat die nationalsozialistische Bewegung, von einer Handvoll Menschen ausgehend, eine geistige Revolu-

3 Folgt Bericht über eine Anzahl von Beförderungen in der SS.

tion vollzogen, der Millionen-Massen unseres Volkes ergeben sind. *Über alle Zerrissenheit hinweg entstand eine Partei, die den schaffenden Menschen der Stirn und Faust zusammenfügt zum Träger des Selbsterhaltungstriebes unseres Volkes, des Willens zu einer neuen Zukunft.*

Aus kleinsten Anfängen ist die größte nationale Partei Deutschlands entstanden. Von Bauerndorf und Stadt, von Werkstatt und Fabrik, von den Büros und größten Unternehmungen holt sie sich ihre Verkünder, über alle gesellschaftlichen, konfessionellen und bisherigen politischen Schranken hinweg fügt sie sie zusammen zu einer lebendigen Einheit.

Am 14. September [1930] [1] *hat die Welt zum erstenmal Kenntnis davon erhalten, daß das Deutschland der feigen, unterwürfigen Kapitulation, der willenlosen Erpressung im Begriffe ist, vernichtet zu werden vom Deutschland der Ehre, des Mutes und der Selbstbehauptung.*

Es ist ein Beweis für die aufwühlende Kraft dieser Bewegung der Erhebung unseres Volkes, daß sich ihr in erster Linie das junge kommende Deutschland anschließt und zur Verfügung stellt. *Von unserer Arbeiterjugend bis zur Studentenschaft wächst der trotzige Entschluß, mit den Maximen unseres bisherigen Regimes zu brechen und die Begriffe*

der Ehre und der Freiheit

erneut und diesmal für immer auf des deutschen Volkes Fahnen zu schreiben.

Unermeßlich sind die Opfer, die der Freiheitskampf eines Volkes erfordert. Hunderttausende junger, deutscher Männer leisten Verzicht auf zahllose Annehmlichkeiten des Lebens, um dem einen größeren Ziele zum Siege zu verhelfen. Gut und Blut fordert die Freiheit als schweres Unterpfand.

Was die deutsche Jugend geben kann, ist fast ausschließlich das Blut. Es ist Pflicht der erwerbenden Generation, das Gut zu opfern.

In unerhörtem Siegeszug pflanzt der Nationalsozialismus in einer Universität nach der anderen, in einer Technischen Hochschule nach der anderen die Fahne des Freiheitskampfes unseres Volkes auf. *So wie in den größten Zeiten deutscher Geschichte ist nun wieder der deutsche Student zum Bannerträger der Zukunft unseres Volkes geworden. Was Generationen deutscher Bürgerlichkeit an unserem Volk verschuldet haben, macht die deutsche Jugend unter dem Zwange ihres Herzens in reißendem Sturme wieder gut.*

Der nationalsozialistische Studentenbund marschiert zum deutschen Volk.

Er wird das vollziehen, was unseren Feinden als das Gefährlichste erscheint: Deutsche Kraft und deutscher Geist werden wieder zu einer Einheit verschmelzen und dem deutschen Lebenswillen damit die Möglichkeit seiner Verwirklichung bieten.

Was der nationalsozialistische Student nun an persönlichen Opfern bringt, erfordert zwingend die Ergänzung durch die Opfer derer, die nicht das Glück besitzen, heute am Kampfe um die deutsche Jugend aktiv teilnehmen zu können.

Die deutsche Jugend beendet den Klassenkampf,

den unseligerweise ihre Väter bewußt oder unbewußt mit einleiten halfen. Die Väter aber haben die Pflicht, auch zu ihrem Teil mit gutzumachen, was ihre Generation verbrochen hat.

---

1 Gemeint ist die Reichstagswahl. Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

Der nationalsozialistische Student, der seinen Kampf in einer Zeit ficht, die der studierenden Jugend ein härteres Leben gibt, als es einst den Vätern beschieden war, fordert und verlangt, daß die bereits im Lebenskampfe stehenden Generationen auch ihrerseits ihre Pflicht der Nation gegenüber erfüllen.

Er hat das Recht zu fordern, daß der Freiheitskampf der jungen Generation nicht mit platonischem Interesse verfolgt wird, sondern daß die alten Herren auch selbst noch einmal jung werden mögen und den jungen Kämpfern als treue Kameraden zur Seite stehen. Wir sind bereit, unser Blut zu geben, an Euch ist es, uns dabei zu unterstützen.

Angesichts der großen Not unserer nationalsozialistischen Studenten und der Unmöglichkeit für den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, die Kampforganisation unserer Jugend, die Mittel aus eigenem aufzubringen, appelliere ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung nunmehr an die alte Akademikerschaft, am Kampfe um unsere Hochschulen und damit um Deutschlands Zukunft, auch aktiv teilzunehmen und gründe zu dem Zwecke die

nationalsozialistische Studenten-Kampfhilfe [2].

Die Aufgabe dieser Einrichtung ist, unserer jungen nationalsozialistischen Akademikerschaft die notwendigen Mittel zum Kampfe zur Verfügung zu stellen.

Adolf Hitler

16. März 1931 Dok. 70
Erklärung

VB vom 18.1.1931, "Adolf Hitler gegen die Bluthetze der roten Antifa".

Ich bedauere und verurteile die Tat der Hamburger Parteigenossen [1] auf das schärfste. Ich sehe aber in den Tätern nur die unglücklichen Opfer einer seit Monaten ungestraft betriebenen Blut- und Mordhetze der kommunistischen Antifa. Zahlreiche Parteigenossen sind dem verbrecherischen Wüten dieser Mordpropaganda zum Opfer gefallen, offensichtlich ohne daß die staatlichen Behörden zu einer entsprechenden Abwehr geschritten wären. Soeben ist wieder ein junger Nationalsozialist von diesen Mordbuben erschossen worden, während ein anderer, aufs schwerste verwundet, augenblicklich noch mit dem Tode ringt [2]. So sehr ich daher die Tat verurteile, so groß ist mein Mitleid mit

2 Zur Nationalsozialistischen Studentenkampfhilfe vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1973, S. 178.

1 Am 14.3.1931 hatten drei Hamburger SA-Männer den Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning (KPD) in einem vollbesetzten Autobus erschossen. Vgl. Thomas Krause, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933, Hamburg 1987, S. 138.

2 Gemeint sind Fritz Felgendreher, der am 14.3.1931 in Essen bei einem Überfall von Kommunisten auf einen SA-Trupp erschossen wurde, sowie Gustav Müller, den Angehörige des Reichsbanners in der Nacht zum 16.3.1931 in Kaiserslautern durch Messerstiche schwer verletzt hatten. Vgl. Berliner Tage-

den verirrten, unglücklichen Parteigenossen, die sich durch ihr Handeln selbst aus der Bewegung ausgeschlossen haben. Das menschliche Mitleid aber zwingt mich, für ihren Rechtsschutz um so mehr aufzukommen, als dadurch vielleicht die Möglichkeit geboten wird, das gesamte Deutschland auf die Leiden aufmerksam zu machen, denen heute Zehntausende von Nationalsozialisten wegen ihrer deutschen Gesinnung wehrlos preisgegeben sind. Ich habe daher Rechtsanwalt Dr. Frank II, München, beauftragt, die Verteidigung der drei Täter zu übernehmen und werde die Kosten hierfür aus eigenem bestreiten [3].

München, den 16. März 1931

Adolf Hitler

25. März 1931 Dok. 71
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Polizeibericht vom 26.3.1931 (gez.: Eckerle); StA München, Polizeidirektion München 6742.

Einleitend erklärte er [*Hitler*], daß in den letzten Tagen Zweifel an der nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Bewegung laut wurden [2]; er bestritt, daß die Bewegung nicht den richtigen Weg gehe, und appellierte an den Glauben zum Nat[*ional*]Soz[*ialismus*]. Weit ausladend schilderte er den moralischen Zusammenbruch 1918, daß Millionen nur den äußeren, militärischen Feind, aber nicht den inneren sehen. Die Revolution war die Einleitung zur Vernichtung des deutschen Volkes.

Die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] werden weiterhin ihr Recht verfechten, d. h. beweisen und verfechten, daß sie auf dem richtigen Weg sind, mit allen Mitteln, die ihnen heute offen stehen, und ihr Selbstbehauptungsrecht bewahren. Wenn die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] 1918

blatt vom 14.3.1931 (AA), "Scharfe Schüsse in Essen"; VB vom 18.3.1931, "Meinem braven Kameraden S.A.-Mann Friedrich Felgendreher zum Gedenken!" und "Ein nat.-soz. Fahnenträger in Kaiserslautern von Messerstechern zerfleischt".

3 Bei dem Prozeß vor dem Hamburger Schwurgericht, der vom 3. bis 16.11.1931 stattfand, wurden die drei Angeklagten Albert Jansen, Otto Bammel und Alois Höckelmeyer von Rechtsanwalt Frank (München) und Rechtsanwalt Raeke (Hamburg) verteidigt. Das Gericht verurteilte die Täter zu sechs bzw. sieben Jahren Zuchthaus. Vgl. Berliner Tageblatt vom 3.11.1931 (AA), "Die Ermordung des kommunistischen Stadtverordneten Henning vor Gericht"; Berliner Tageblatt vom 17.11.1931 (MA), "Zuchthaus für nationalsozialistische Mörder".

1 Im Hackerkeller, von etwa 21.30 bis 22.10 Uhr. Die öffentliche Versammlung der Ortsgruppe XX der NSDAP war laut Polizeibericht bis auf den letzten Platz besetzt. Vor Hitler sprach Gauleiter Adolf Wagner.

2 Vor allem im Umkreis von Osaf-Ost Walter Stennes wurde der legalistische Kurs der NSDAP stark kritisiert. Zu diesem Konflikt, der am 1.4.1931 zur Absetzung von Stennes führte, vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 73 ff. Sowie Dok. 80.

die Behauptung aufgestellt hätten, daß das neue Zeitalter Not und Elend bringt, dann wären alle gegen die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] gewesen.

Deutschland wird beherrscht von zwei Parteigruppen: den Bürgerlichen und den Marxisten. Sie haben seit den 12 Jahren immer ihre Partei hervorgehoben; sie kämpfen weniger um das deutsche Volk, sondern um ihre Partei; sie beten gegen den Klassenkampf und leben von ihm, denn wie kann j[*eman*]d sagen, er lehnt den Klassenkampf ab, wenn er sich zu ihm bekennt? Hitler verweilte hier länger, sprach von Parteiprogrammen, ihrer Bedeutung, daß zwangsläufig das eine Programm ein Feind des anderen sein muß, und erklärt schließlich, daß eine Wiederherstellung der deutschen Kraft nur möglich ist durch Beseitigung des Klassenkampfes. Seit 11 Jahren stehen die Nat[*ional*]-Soz[*ialisten*] im Kampf gegen diese Parteien, ob christliche oder antichristliche, weil die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] ihre Basis bedrohen. (Lebhafter Beifall.)

Trotz aller Gegensätze zwischen den Parteien seien sie sich einig im Kampf gegen die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] (Bravorufe); die nächste Wahl wird sie aber schon so deprimieren, daß das nicht mehr geht. Die S.P.D. hat den Panzerkreuzer hinunter geschluckt [3] (Gelächter und Bravo-Rufe), weil die Partei auf dem Spiel steht. Wenn Deutschland auf dem Spiel steht, ist es gleich. (Bravo-Rufe.) Nach dem Ausgang der Wahl am 14.9.[*1930*] [4] hat sich das Ausland nach 12 Jahren mit der Frage der Revision der Friedensverträge befaßt. Da sind die Parteien ihnen in den Weg gefallen, haben sich zusammengefunden und so die Revision zum Fallen gebracht. Was die eine Partei nicht machen will, um den Schein zu wahren, das macht die andere und umgekehrt.

Hitler äußert sich dann über Ziel des Nat[*ional*]Soz[*ialismus*]; an der Spitze der Wirtschaft steht die Sanierung, an dieser die Beseitigung der bisherigen Verderber, darum das Streben der Nationalsozialisten, mit verfassungsmäßigen Mitteln den Weg zu erkämpfen, der unbeirrt zum Sieg führen muß. Wenn Brüning sagt, das deutsche Volk kann nicht zugrunde gehen [5], dann glauben die Nat[*ional*]Soz[*ialisten*] das auch, weil das deutsche Volk genügende Beweise der Tatkraft, Zähigkeit, Festigkeit etc. gegeben hat, aber mit einem anderen Geist als dem heutigen, in einer Zeit, in der nicht Geister von heute lebten. Wenn ein anderer Geist wieder eingekehrt ist, dann wird das deutsche Volk wieder frei sein und kann der Zukunft ruhig entgegen sehen. (Lebhafter Beifall.) [6]

---

3 Der Bau des Panzerschiffs A war am 27.3.1928 im Reichstag gegen die Stimmen von KPD, SPD, DDP und Teilen der Wirtschaftspartei beschlossen, wegen fehlender Finanzmittel zunächst aber nicht begonnen worden. Bei der Abstimmung im Kabinett am 10.8.1928 hatten die vier SPD-Minister aus Rücksicht auf den Erhalt des Kabinetts Müller für den Bau votiert. Gegen diesen von ihren Ministern unterstützten Kabinettsbeschluß stellte die SPD-Fraktion im Reichstag am 31.10.1928 den Antrag, den Bau des Panzerschiffs einzustellen; dieser wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 541 ff.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

5 Reichskanzler Heinrich Brüning hatte am 17.3.1931 auf der Obermeistertagung des Berliner und Märkischen Handwerks in Berlin erklärt: "Und ein Volk, das sich selbst zu helfen wisse, könne niemals untergehen." Vgl. Bayerischer Kurier vom 18./19.3.1931, "Reichskanzler Dr. Brüning an das deutsche Handwerk".

6 Folgt abschließender Kommentar.

30. März 1931 Dok. 72
Anordnung

VB vom 1.4.1931.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird durch Klage beim Staatsgerichtshof Richtern Gelegenheit geben, die rechtliche Unhaltbarkeit und Unzulässigkeit der Notverordnung festzustellen [1]. Bis zur Wiederaufhebung der Notverordnung im Rechtsverfahren gelten im Interesse der Gesamtbewegung folgende

Vorläufige Anordnungen der Reichsleitung zur Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 [2]

Im Interesse der Gesamtbewegung verfüge ich:

1. Der gesamte Parteiapparat wird entsprechend den Vorschriften der Notverordnung ab sofort darauf eingestellt, jeder Verletzung dieser Vorschriften mit allen Kräften vorzubeugen, ja sogar die Möglichkeit einer solchen Verletzung tunlichst zu beseitigen.

Jeder Parteifunktionär hat sich sogleich mit dem genauen Wortlaut der Notverordnung vertraut zu machen. Der Text der Notverordnung ist in der Parteidienststelle leicht erreichbar aufzubewahren.

2. Jeder Parteigenosse wird ohne Rücksicht auf seine Parteistellung sofort aus der Partei ausgeschlossen, der es sich beikommen lassen sollte, entweder bewußt oder unbewußt gegen die Bestimmungen der Notverordnung zu verstoßen oder solche allenfallsige Verstöße zu dulden bzw. zu billigen.

3. Vor jeder Versammlung (öffentlich unter freiem Himmel, öffentlich im geschlossenen Raum, geschlossen als Mitglieder- oder Funktionär-Versammlung) ist der zuständigen Polizeibehörde unter Angabe des Orts, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes, des Redners, spätestens 24 Stunden vor Beginn der Veranstaltung, eine Anmeldung (nach Formular I) zuzuleiten.

4. Der für die Veranstaltung der Versammlung verantwortliche Parteifunktionär hat mit der Anmeldung eine schriftliche Bestätigung des Redners vorzulegen, in der der Redner anerkennt, daß er darauf hingewiesen wurde, seine Ausführungen im Rahmen der Notverordnung zu halten, und daß er dies auch erfüllen werde (Formular II).

Dabei hat der anmeldende Veranstalter bzw. der Versammlungsleiter zu erklären, daß er für die Einhaltung dieses Rahmens persönlich sorgen werde (Formular III).

5. Bezüglich Lastfahrten, Flugblättern, Plakaten usw. ist die Anmeldepflicht gleichfalls genauestens einzuhalten.

6. In jedem Falle eines Verbotes ist die zuständige höhere Parteidienststelle auf dem raschest-tunlichen Wege genauest zu verständigen.

In jedem Einzelfalle eines Verbotes ist im Einvernehmen mit dem zuständigen Gauleiter Beschwerde einzulegen.

---

1 Die angekündigte Klage, die dem Vorbild der Klagen vor dem Staatsgerichtshof gegen antinationalsozialistische Maßnahmen in Baden und Preußen nachempfunden war, läßt sich nicht nachweisen.

2 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931. Druck: RGBl. I, 1931, S. 79 ff.

7. Weitere Bestimmungen bleiben vorbehalten. Die erwähnten Formulare werden in den nächsten Tagen den Parteidienststellen zugehen.

München den 30. März 1931

gez.: Adolf Hitler

Der Aufruf und die Anordnungen sind von der gesamten Parteipresse nachzudrucken.

30. März 1931 Dok. 73
"Nationalsozialisten! Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 1.4.1931.

Die derzeit herrschenden Parteien haben - wie dies seit Monaten von uns vorausgesehen wurde - nunmehr zum letzten Schlag gegen den Nationalsozialismus ausgeholt. Der vollständige Zusammenbruch ihrer Politik, die durch ihr Wirken heraufbeschworene ungeheuere Not und Verzweiflung zwingen sie zur tatsächlichen Außerkraftsetzung der von ihnen selbst gemachten und beschworenen Verfassung. So versucht man noch einmal durch eine großangelegte Verfolgungsaktion, die nur gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ernstlich gedacht ist, die vorwärtsstrebende Kraft unserer Bewegung zu brechen.

Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer!

Unsere Gegner haben diese Notverordnung [1] gemacht. Die gegnerischen politischen Parteien begrüßen sie, nur von einer einzigen Hoffnung erfüllt, daß Ihr sie vielleicht nicht beachten oder sogar übertreten möchtet. *In diesen Tagen beherrscht das Sehnen der Feinde Deutschlands nur ein Wunsch: Möge es doch gelingen, die Nationalsozialisten so zu reizen, daß ihre Massen die Nerven verlieren und die Gesetze verletzen.* Dieser Wunsch tritt Euch entgegen in den Äußerungen der Presse und der Männer der uns feindlichen Parteien. Tag für Tag lügen sie von Gesetzesverletzungen, die Nationalsozialisten begangen haben sollen, und zeigen damit, wie sehr es ihnen darum zu tun ist, daß das, was bisher immer nur Lüge war, durch Euch selbst Wahrheit wird.

Diese Absicht wird scheitern an der allen formalen Schikanen unerreichbaren geschichtlichen Berufung unserer herrlichen Bewegung.

Den was immer unsere politischen Gegner ersinnen und tun mögen:

Der letzte Sieg wird unser sein!

Um diesem Siege zu dienen, fordere ich daher von Euch:

Die Notverordnung ist von allen Pg. und Parteifunktionären, S.A.- und S.S.-Leuten auf das schärfste und genaueste einzuhalten.

---

1 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

Studiert sie auf das gründlichste und befolgt sie auf das peinlichste und macht damit am sichersten die Hoffnung der Novemberparteien zuschanden. An Eurer überlegenen, eisigkalten Ruhe wird dann jeder Mißbrauch des Rechts durch die gegnerische Seite zerschellen.

Unsere Gesetzlichkeit ist dann heute mehr denn je die Grundlage unserer organisatorischen Sicherheit und damit ein Garant für unseren Erfolg.

Indem wir entschlossen sind, unser Ziel auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen, werden wir es erreichen. Denn würden wir es auf diesem Wege nicht erreichen, welchen Anlaß hätten dann unsere Gegner, mit diesen neuen Mitteln die Unterdrückung unserer Bewegung zu versuchen? Die Notverordnung bedeutet die Feststellung, daß unser bisheriger Weg der Gesetzlichkeit und des Rechts unsere Bewegung zwangsläufig zum Siege führen muß u[*nd*] schon heute dem Sieg entgegengeführt hat.

Parteigenossen! Seid daher über alles besonnen!

Stellt der Nadelstich-Politik unserer parteipolitischen Gegner dieselbe Entschlossenheit und Geschlossenheit gegenüber wie dem gegen uns tobenden Mordterror der Untermenschen.

Als Parteiführer muß ich Euch gerade jetzt erst recht dazu aufrufen, in freiwilliger Disziplin und unerschütterlicher Treue der großen Ziele eingedenk zu sein, für die schon 150 Nationalsozialisten ihr Leben gelassen haben [2].

Diesen Toten dient Ihr, indem Ihr den von ihnen gewünschten Sieg erfechtet. Den Sieg erreicht Ihr, indem Ihr unsere einzige Bewegung schützt und damit ihren Kampf ermöglicht. Der Schutz der Bewegung aber erfordert, daß Ihr Euch jeder Ungesetzlichkeit enthaltet. Meistert Euren Grimm und erhebt die Vernunft zum ausschließlichen Regenten Eures Denkens und Eures Handelns. Die Vernunft aber kann nur auf den Weg der strengsten Gesetzlichkeit führen, und ich als Führer selbst befehle es.

Ich habe Auftrag gegeben, im Wege des ordentlichen Staatsgerichtshofverfahrens die Rechtsgrundlagen der Notverordnung als nicht gegeben nachweisen zu lassen [3].

Bis dahin gelten die von der Reichsleitung in Berücksichtigung der Notverordnung heute erlassenen Anordnungen [4].

Der Kampf der Bewegung geht ungebrochen weiter! Vorwärts!

Adolf Hitler

2 Bis Ende März 1931 waren laut einer parteioffiziellen Aufstellung der NSDAP 78 ihrer Angehörigen bei politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Halbmast, S. 21, 29 ff.

3 Vgl. Dok. 72, Anm. 1.

4 Vgl. Dok. 72.

31. März 1931 Dok. 74
Erklärung

VB vom 31.3.1931, "Wieder eine Lüge angeprangert".

Die Linkspresse verbreitet einen Brief [1], der meinen Namen als Unterschrift trägt, nach welchem von einer Reihe mit Namen genannter Firmen, deren Inhaber ebenso wie namentlich genannte Direktoren Parteigenossen sein sollen, Kampfschatzspenden eingegangen seien [2]. Der Brief ist eine *Fälschung*. Ich habe niemals einen derartigen Brief geschrieben. Die darin genannten Firmen, deren Inhaber oder Leiter, ebenso wie die genannten Direktoren, haben keinerlei finanzielle oder sonstige Zuwendungen an mich oder die N.S.D.A.P. direkt oder indirekt getätigt. Die Inhaber, Leiter und Direktoren sind oder waren nicht Mitglieder der N.S.D.A.P. Sie sind mir sämtlich unbekannt.

Ich habe gegen den Urheber der Fälschung Strafanzeige erstattet.

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Die Mainzer Volkspresse hatte einen angeblichen Brief Hitlers an den Gauleiter des Kreises Hessen vom 4.3.1931 veröffentlicht. Nachdruck: Münchener Post vom 24.3.1931, "Im Solde der Unternehmer. Ein Geheimschreiben Hitlers".

2 In dem angeblichen Schreiben Hitlers heißt es: "An Kampfschatzspenden für den Gau Hessen sind eingegangen M. 15.000, beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyckerhoff, Dr. A. Dyckerhoff, Dipl.-Ing. A. Castell, sowie die Direktoren Schindler und Jung."

1. April 1931 Dok. 75
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 3.4.1931, "Die Tat von heute bringt der Bewegung mindestens eine Million neuer Menschen" [2].

Meine lieben deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

In der ganzen deutschen Geschichte verfolgen wir das Trauerspiel, daß jede Tat, die unserem deutschen Volke dient, im Inneren unseres Volkes ihre Feinde findet, und daß jeder Mensch, der unserem Volke nützen will, nur einen Teil seiner Kraft in den Dienst des Volkes stellen kann. Er braucht den anderen zur Abwehr. Seitdem zum ersten Mal ein Deutscher in die Geschichte eintritt, Hermann der Cherusker, sehen wir, wie keinem das Schicksal erspart wird, sich gegen die Angriffe aus dem eigenen Lager zu wehren. Trotzdem sehen wir eine Geschichte, wie sie kein anderes Volk erlebt hat. Wir leben selbst in einer solchen bewegten Zeit. Die Tatsache, daß unser deutsches Volk berufen worden ist, 26 Staaten gegenüber zu stehen [3], Taten zu vollbringen, die unsterblich bleiben werden, solange es Menschen gibt, zeigt, daß das deutsche Volk die Kraft hat, Größtes und Allergrößtes zu leisten. Wir sind ebenso Zeugen gewesen eines großen Niederbruchs. Es mag vielleicht dem einen oder anderen scheinen, als ob das Schicksal unseres Volkes wäre, in diesem Tal zu bleiben.

Aber trotzdem muß es unser Glaube sein, daß wir dieses Tal wieder verlassen, daß wir trotz allem Verrat und aller Gemeinheit wieder emporsteigen werden. Es ist nicht das Ende unseres Volkes. Nein und dreimal nein!

Wenn einen auch der Blick in die Ereignisse des Tages fast verzweifeln lassen kann [4]. Diese Preisgabe aller Programme und Systeme ist letzten Endes nicht unser deutsches Volk. Wir sind nun einmal ein Volk, das Niedertracht besitzt und voll unerhörtem deutschen Heroismus sein kann, das Größe hat und Feigheit.

---

1 In der Gaststätte "Erholung", abends. Die laut Bericht der Weimarischen Zeitung überfüllte öffentliche Versammlung wurde von Gauleiter Fritz Sauckel mit einer Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprachen Joseph Goebbels und Hermann Göring. Im Anschluß an die Versammlung nahm Hitler auf dem Marktplatz einen Appell von 800 SA-Männern ab.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 2.4.1931, "Hitler in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 2./3.4.1931, "Hitler spricht".

3 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti und Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

4 Am 1.4.1931 wurden im thüringischen Landtag die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen die beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder, Innen- und Volksbildungsminister Wilhelm Frick und Staatsrat Willy Marschler, mit den Stimmen der DVP, der Staatspartei, der SPD und der KPD angenommen. Gegen den Antrag stimmten die NSDAP, die DNVP, die Wirtschaftspartei und die Bauern- und Landvolkpartei. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 101 f.; Donald R. Tracey, The National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History 8 (1975), S. 48.

Das ist das Spiel zwischen Licht und Schatten. Ein Volk, das soviel Licht wie das deutsche hat, muß auch Schatten haben.

Ein Volk mit soviel Licht braucht deshalb auch vor dem Schatten nicht zu erschrekken.

Wenn manche von Ihnen sich fragen, was sollen wir von einer Zukunft halten, wenn das und das möglich ist, das ist nicht Deutschland, das ist nicht das deutsche Volk. Damit hat das deutsche Volk nichts zu tun.

Das deutsche Volk wird nicht dargestellt durch die Deutsche Volkspartei.

Es hat in diesen Parteien nichts zu suchen und wird auch nicht durch sie vertreten. Es ist heute schon in unseren Reihen. Nach dem heutigen Tag dieser erbärmlichen Schande kommt erst wieder ein Tag des Emporstiegs.

Sie haben eines vergessen, unsere Gegner. Der Mensch unterliegt den natürlichen Schwächen. Gebt einem ein schönes Leben, und er wird es am Ende nicht mehr zu schätzen wissen. Gebt einem Sieg über Sieg, und er wird verlernen, eine Niederlage zu tragen. Wir sind - politisch gesehen - jung und leben vom Kampf, und wenn eine Zeit kommt, wo Erfolge kommen, dann gibt es einen, der glaubt, er kann sich ausruhen. Nein, der Kampf muß verstärkt werden. Es gibt keine Versöhnung mit unseren Gegnern. Sie müssen vernichtet werden. Es gibt keinen deutschen Aufstieg, ohne daß man diese Parteien vernichtet.

Endlich sind wir frei und können wieder reden, wie es uns um's Herz ist.

Das ist der Erfolg des heutigen Tages. Und die Herren werden in kurzer Zeit überlegen, was besser für sie war.

Für Deutschland, und das ist für uns maßgebend, wird es besser sein, wenn wir wieder gegen diese Brut der Mitte vorgehen, bis sie beseitigt und vernichtet ist.

So gibt es für uns alle nur eine Antwort:

"Wir versprechen euch, daß ihr an diesen Tag denken sollt!"

Denn wir werden euch an ihn erinnern, daran erinnern, was für eine "heroische" Tat eine Partei getan hat, die selbst die freche Stirn besitzt, vor ihren Namen das Wort *deutsch* zu setzen. "Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei." Wo wir in Deutschland hinsehen, hat diese Partei geholfen, *diese roten Ketten zu schmieden.* Der Kommunist ist wenigstens ehrlicher. Er ist mein Gegner, den ich vernichte, aber ein Feind, der sich *offen als Feind* bekennt. Die anderen aber, die in unserem Volk herumirren, das sind die zu Verachtenden.

In dieser Stunde ballen Millionen die Faust, und die Tat von heute bringt unserer Bewegung mindestens wieder eine Million neuer Menschen.

So rüsten wir uns nun zu einem neuen Kampf, zu einem *neuen Angriff,* zu dem wir uns im Innern stärken wollen.

Ich werde dafür sorgen, daß diese Bewegung eins wird im Ziel. Ich werde für blinden Gehorsam zum Kampf um die deutsche Zukunft sorgen. Wir werden dafür sorgen, daß aus der kommenden Not die nationalsozialistische Bewegung verjüngt und neu gestärkt hervorgeht.

Ich habe noch nie vor Schwierigkeiten kapituliert. Mein ganzes Leben und meine ganze Tätigkeit in der Bewegung ist ein Kampf gegen Schwierigkeiten. Ich kann nicht glücklich sein ohne diese Arbeit. Ich muß jeden Tag für die Bewegung tätig sein.

Wir werden uns durch diesen Sommer kämpfen und durch die Notverordnung[5], mit der man keine Not beheben kann. Wir werden uns niemals auf das Glatteis locken lassen und auch nur einen Zentimeter von unserem Weg abweichen.

Unsere Gegner mögen zur Kenntnis nehmen, daß ich in diesem Punkt Nerven besitze wie Stahldraht. Nein, legal wird unsere Bewegung kämpfen und am Ende doch die Macht im Staate in ihre Hand bekommen.

In diesem Jahr hat *Dr. Frick*[6] seine Visitenkarte abgegeben. Nur einen Bruchteil seiner Kraft konnte er für Thüringen verwerten. Denn nach den heutigen Erlebnissen können Sie ermessen, wieviel er gegen diese Parteien hat kämpfen müssen.

Daß er gestürzt wurde, hat ihn in meinen Augen nur gehoben. Wir haben alle die Erkenntnis zutiefst in uns eingebrannt: Keine der deutschen Parteien ist fähig, die Lage zu erkennen. Mit diesen Elementen kann man in Deutschland nicht regieren. Diese Erkenntnis wird jeden einzelnen zu doppelter Arbeit für unsere Bewegung anspornen.

Auch unsere Gegner werden zu der Erkenntnis kommen, daß der 1. April der schwärzeste Tag der Deutschen Volkspartei gewesen ist. Ich bin in meinem Leben sehr selten Prophet gewesen, aber ich sage,

an diesem Tag stirbt die Deutsche Volkspartei in Thüringen und im übrigen Reich. Der Tag wird diese Partei zusammenschmettern und er wird sie endlich vergehen lassen. Das ist unser Wille.

Sie, Volksgenossen, haben die Verpflichtung, uns in diesem Kampf zu unterstützen. Wir sind einen Weg gegangen, der gerade war. Sie können nicht bestreiten, wir haben wirklich versucht, einen neuen Kurs zu steuern. Eine Überzeugung haben wir, wenn heute Schiller hier zugesehen hätte, ich glaube, der Freiheitsdichter hätte sich abgewandt, und ein Goethe hätte nicht anders gehandelt. Wenn wir Eingriffe in die Kulturgüter machten, so waren die Eingriffe die für die deutsche Kultur notwendigen[7].

Wir lassen die deutsche Kultur nicht von Halbbolschewisten zugrunde richten.

Jeder einzelne von Ihnen muß neue Anhänger für die Bewegung werben. Unser Minister hat seine Pflicht getan. Jetzt tun Sie die Ihrige und sorgen [*dafür*], daß auch den anderen die Erkenntnis aufgeht, daß auch der Verrat eine Stunde hat, die ihm ein Ende setzt.[8]

---

5 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

6 Von Jan. 1930 bis April 1931 war Frick thüringischer Innen- und Volksbildungsminister.

7 Anspielung auf die kulturpolitischen Maßnahmen Fricks in seiner Amtszeit als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, die mitverantwortlich für das gegen ihn eingebrachte Mißtrauensvotum waren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 101 f. sowie Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 58 ff.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

[1. April 1931] [1] Dok. 76
Schreiben an Fritz Sauckel [2]

VB vom 3.4.1931, "Dank an Sauckel".

Lieber Parteigenosse Sauckel!

In jahrelanger Arbeit haben Sie Thüringen zu einer *Hochburg der nationalsozialistischen Bewegung* gemacht. Unter den schwersten Verhältnissen kämpfend, gelang es Ihnen, hinter unseren Minister Dr. Frick eine Fraktion zu stellen, die in ihrer Treue unerschütterlich, in ihrer Verläßlichkeit vorbildlich war. Der *Verrat der Deutschen Volkspartei* [3] muß für Sie und die Bewegung erst recht zum Anlaß werden, den *Kampf gegen die Verderber Deutschlands* mit erhöhter Kraft und Rücksichtslosigkeit weiter zu führen.

Indem ich Ihnen an dieser Stelle meinen und damit der Bewegung Dank ausdrücke, versichere ich Sie zugleich auch meines bedingungslosen Vertrauens für die Zukunft.

gez. A. Hitler

[1. April 1931] [1] Dok. 77
Schreiben an Willy Marschler [2]

VB vom 3.4.1931, "Der Führer dankt Staatsrat Marschler".

Lieber Parteigenosse Marschler!

Unter den Männern, die *unseren Minister Dr. Frick* in seiner Arbeit unterstützten und deckten, stehen Sie mit an vorderster Stelle. Wenn auch der *Verrat der Deutschen Volks-*

1 Laut Der Nationalsozialist vom 3.4.1931, "Hitlers Dank", wurde das Schreiben bei Hitlers Anwesenheit in Weimar am 1.4.1931 verfaßt.

2 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüring. Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

3 Vgl. Dok. 75, Anm. 4.

1 Laut Der Nationalsozialist vom 3.4.1931, "Hitlers Dank", wurde das Schreiben anläßlich des Besuchs Hitlers in Weimar am 1.4.1931 verfaßt.

2 Willy Marschler (1893-1955), kaufmännischer Angestellter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Thüringen (NSDAP), 1930/31 Staatsrat für Weimar, 1931/32 Bürgermeister von Ohrdruf, 1932-1945 thüring. Finanz- und Wirtschaftsminister, 1933-1945 Ministerpräsident, seit 1936 zugleich Volksbildungsminister.

partei mit Hilfe von Sozialdemokraten und Kommunisten den Sturz der nationalen Regierung in Thüringen endlich doch noch herbeigeführt hat [3], so ändert das nichts an den Verdiensten, die Sie sich in Zusammenarbeit mit Parteigenossen Dr. Frick um das Land Thüringen, die deutsche Sache und damit um die nationalsozialistische Bewegung erworben haben.

Ich danke Ihnen dafür im Namen der Bewegung und versichere Sie meines bedingungslosen Vertrauens für die Zukunft.

gez. A. Hitler

2. April 1931 Dok. 78
Schreiben an Wilhelm Frick

VB vom 3.4.1931, "Adolf Hitlers Dank an Pg. Dr. Frick" [1].

Als ich Sie, hochverehrter Parteigenosse Frick, im vergangenen Jahre bat, das thüringische Innenministerium anzunehmen [2], folgten Sie diesem Wunsche trotz der Erkenntnis, daß die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien schwer sein und große persönliche Opfer fordern würde. Wenn nun das damals vor dem Staatsbankerott stehende Thüringen noch in letzter Minute davor zurückgerissen wurde, dann war dies in erster Linie *Ihr Verdienst und das Verdienst der hinter Ihnen stehenden Nationalsozialisten.*

Niemand hat sich mit mehr Hingabe an eine Arbeit begeben als Sie, Herr Dr. Frick, vor einem Jahre an die Ihnen damals zufallende. In wenigen Monaten war es Ihnen gelungen, Thüringen in den Mittelpunkt der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands zu rücken. Wie jede deutsche Arbeit in der Geschichte wurde daher auch die Ihre am gemeinsten angegriffen und befehdet. Es war eine dauernde verschworene und stille Koalition, die von der *kommunistischen bis zur Deutschen Volkspartei* reichte. Ihnen zur Seite standen schwächliche, bürgerliche Parteivertreter [3], die von heute auf morgen zu jedem Umfall bereit waren.

Was in der Zeit *in Thüringen trotzdem geleistet wurde*, kommt ausschließlich auf Ihre Person. Nun ist es der *Deutschen Volkspartei* endlich gelungen, *auch in Thüringen ihre Verrätermission am deutschen Volk zu erfüllen.* Gemeinsam mit Kommunisten und Sozialdemokraten organisierte diese Partei Ihren Sturz, in der Hoffnung, damit auch das nationale Thüringen den internationalen marxistischen Feinden ausliefern zu können. Au-

3 Vgl. Dok. 75, Anm. 4.

1 Teildruck: Der Angriff vom 2.4.1931, "Hitlers Dank an Frick".
2 Der thüringische Landtag hatte Frick am 23.1.1930 zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt. Zur Rolle Hitlers bei der Kandidatur Fricks vgl. Neliba, Frick, S. 57.
3 Dem am 23.1.1930 gewählten thüringischen Kabinett hatten neben der NSDAP die DNVP, die DVP, die Landvolkpartei sowie die Wirtschaftspartei angehört.

ßer den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei unterstützten oder billigten den Verrat die anderen Parteien der Koalition [4]. Nur mit ihrer stillen Beihilfe gelang es, die Absicht der deutschen Volkspartei zu verwirklichen.

Parteigenosse Minister Dr. Frick! Sie haben vor einem Jahr - um die Bereitwilligkeit der N.S.D.A.P. zur Teilnahme an der Verantwortung zu bekunden - auf meinen Wunsch das Thüringische Innenministerium genommen. Sie haben in dieser Zeit übermenschlich gearbeitet. Sie sind dem alten deutschen Verrat zum Opfer gefallen. Sie sollen aber überzeugt sein, daß in der nationalsozialistischen Bewegung und weit darüber hinaus *Ihr Name zu einem Bekenntnis wurde.* Millionen und abermals Millionen Menschen sehen in Ihnen den ersten deutschen Minister, der den Mut hatte, sich überall zum Wesen unseres Volkes zu bekennen und seine Feinde zu bekämpfen. Wir alle glauben felsenfest an die Stunde, die Sie wieder - und dieses Mal dann aber für immer - zum Dienst an unserem Volk an verantwortungsreicher Stelle aufrufen wird.

Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung *danke ich Ihnen für alles,* was Sie in diesem Jahre für Thüringen und damit für die Bewegung leisteten, aus übervollem Herzen. Ich bitte Sie zugleich, nunmehr wieder zurückzukehren in den schweren Tageskampf, der uns heute mehr denn je in Anspruch nimmt. Aus ihm heraus wird dann einst die Stunde kommen, da auf streng legalem Wege die Generalabrechung erfolgt, mit den Parteien und Männern, die zu jedem Verrat bereit, kein Deutschland mehr kennen, sobald ihre persönlichen oder Parteiinteressen dem entgegenstehen.

gez. *Hitler*

2. April 1931 — Dok. 79
"An Dr. Joseph Goebbels [1], Berlin"
Anordnung

VB vom 3.4.1931, "Schärfster Kampf gegen Saboteure in der N.S.D.A.P." [2].

Im November 1926 habe ich Sie, lieber Herr Doktor, gebeten, die Führung der damals vollständig darniederliegenden Ortsgruppe Berlin zu übernehmen [3]. Ich sah mich ver-

4 Vgl. Dok. 75, Anm. 4.

1 Joseph Goebbels (1897-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin-Brandenburg (ab 1928 Groß-Berlin), 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

2 Teildruck: Der Angriff vom 2.4.1931, "Einigung um Stennes?".

3 Goebbels hatte die Leitung des NSDAP-Gaues Berlin-Brandenburg am 7.11.1926 angetreten. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 108.

anlaßt, Ihnen zur Durchführung Ihrer Aufgabe außerordentlich erweiterte Vollmachten zur Verfügung zu stellen [4]. Es ist Ihnen gelungen, unter teilweise schwierigen Umständen in die völlig zerfahrenen [*sic!*] Verhältnisse der Ortsgruppe Ordnung zu bringen und in unermüdlicher vorbildlicher Arbeit aus Berlin zu machen, was wir im Verlaufe der letzten Wahlen [5] ersehen und miterleben durften. Ebenso groß wie Ihre Arbeitsleistung war aber auch in dieser ganzen langen Zeit *Ihre unerschütterliche Treue zur Bewegung und zu mir als Person und Führer.*

Gewissenlose Kräfte versuchen seit Monaten immer wieder, die geleistete Arbeit zu unterhöhlen und zu zerstören, in einzelne Formationen der Bewegung den Geist des Unfriedens, nörgelnder Kritiksucht, ja sogar der Untreue, hineinzubringen, um sie dadurch zu zersetzen [6]. Angesichts der nunmehr erlassenen Notverordnung [7] besteht die große Gefahr, daß die Absicht dieser inneren Feinde, die Bewegung durch Aufreizung zu illegalen Handlungen hinzureißen, verwirklicht und damit den Feinden des deutschen Freiheitskampfes endlich die Möglichkeit geliefert wird zu einer Unterdrückung und Auflösung der Bewegung.

Ich habe mich deshalb entschlossen, gegen diesen Versuch der Zerstörung der nationalsozialistischen Bewegung *den Kampf mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit* aufzunehmen. Ohne Rücksicht auf irgendwelche Folgen werde ich die Partei nunmehr *von ihren zersetzenden Elementen säubern*, ganz gleich in welcher Stellung und in welchem Parteiamt sie sich befinden mögen. Ich werde die Hoffnung jener Feinde unseres Volkes, gegen die ich seit 11 Jahren fechte, auf ein Zerfressen der nationalsozialistischen Bewegung von innen heraus zuschanden machen.

Ich weiß, daß niemand mehr die Notwendigkeit dieses unabänderlichen Entschlusses verstehen und begreifen wird als Sie selbst, lieber Doktor, der Sie mehr als jeder andere unter dem Wirken solcher Elemente zu leiden hatten, die in unserer Bewegung nur ein Instrument für ihre eigenen, teils wahnsinnigen, teils ehrgeizigen, teils aber auch undurchsichtigen Ziele sehen wollten.

Herr Dr. Goebbels, ich beauftrage Sie, *nunmehr erneut die Säuberung der Bewegung mit aller Entschlossenheit in die Hand zu nehmen* und durchzuführen, und ich erneuere zu dem Zweck die Ihnen im November [8] 1926 erteilte *Generalvollmacht*! Handeln Sie rücksichtslos und lassen Sie sich durch keinerlei Bedenken über irgendwelche Folgen in diesem Entschlusse beeinträchtigen; denn es wäre immer noch besser, daß es überhaupt keine nationalsozialistische Bewegung gäbe, als eine Partei der Undisziplin, der Zerfahrenheit und des Ungehorsams.

Nur eine in eiserner Geschlossenheit dastehende Bewegung wird das erfüllen können, was wir seit 11 Jahren dem deutschen Volke als Ziel unserer Arbeit und damit als

4 Am 26.10.1926. Siehe Bd. II/1, Dok. 40.

5 Gemeint ist die Reichstagswahl am 14.9.1930, bei der die NSDAP im Wahlkreis Berlin 12,8 Prozent der Stimmen erhielt (Deutsches Reich insgesamt: 18,3 Prozent). Vgl. Falter, Wahlen, S. 72.

6 Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP, die am 1.4.1931 zur Absetzung des Osaf-Ost Walter Stennes und anschließend zu einer von Stennes angeführten SA-Revolte in Berlin führten, vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 73 ff. Sowie Dok. 80; Dok. 81; Dok. 84.

7 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

8 Oktober. Vgl. Anm. 4.

die Aufgabe unseres Kampfes versichert und versprochen haben. Wenn die Partei dieser Aufgabe nicht gerecht werden könnte, dann wären wir selbst als anständige Menschen verpflichtet, eher noch die Bewegung zu vernichten, als sie zwecklos weitervegetieren zu lassen.

Indem ich Ihnen noch einmal für Ihre ganze geleistete Arbeit und bewiesene Treue danke, hege ich die felsenfeste Überzeugung, daß Sie auch diese neue Aufgabe, so schwer sie sein mag, lösen werden. Was immer Sie in ihrer Erfüllung aber tun mögen: Ich decke Sie.

Hitler

4. April 1931 Dok. 80
Artikel

VB vom 4.4.1931, "Adolf Hitlers Abrechnung mit den Rebellen".

Nationalsozialisten! Parteigenossen! S.A.-Männer!

Hauptmann Stennes [1]*, der vom Stabs-Chef Röhm seiner Stellung enthoben worden war und nunmehr zur längst geplanten Meuterei schritt* [2]*, wurde von mir aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen.* Die Gründe, die zu diesen von mir selbst nie gewünschten Entscheidungen drängten, waren so zwingende, daß ich als Parteiführer bei ihrer Mißachtung pflichtwidrig gehandelt und die schwerste Schuld für den Bestand der nationalsozialistischen Bewegung auf mich geladen haben würde.

Ich mußte handeln, und ich war demgemäß entschlossen zu handeln, und ich werde nunmehr ohne jede Rücksicht auf irgendwelche Folgen die Säuberung der Bewegung von all den Elementen durchführen, die sich nicht bedingungslos den Anordnungen fügen, die ich im Interesse der Erhaltung der Partei zu treffen gezwungen bin. Es hat jeder Parteigenosse das Recht, ja die Pflicht, Forderungen oder Befehle gesetzwidriger Art abzulehnen, aber es hat auch jeder ebenso die Pflicht, allen anderen Anordnungen zu

1 Walter Stennes (1897-1989), Polizeihauptmann a. D., 1918/19 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1923 Bataillonskommandeur der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 Berater und nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 Osaf-Ost, 1931 nach Konflikt mit Hitler Gründung der NSKD, 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

2 Am 1.4.1931 hatte Hitler die Absetzung Walter Stennes als Osaf-Ost veranlaßt, um damit den schwelenden Konflikt mit Teilen der SA, die im Gegensatz zur NSDAP eine revolutionäre Taktik verfolgen wollten, zu beenden. Stennes hatte daraufhin versucht, die NSDAP-Bewegung in Berlin und den östlichen Provinzen zu übernehmen und noch am selben Tag die Räume der Berliner Gauleitung und der Redaktion des "Angriff" besetzt. Wenige Tage später hatte die Parteileitung der NSDAP die Lage aber wieder unter Kontrolle. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 78 ff.

gehorchen. Im anderen Falle hat die Existenz unserer Bewegung keinen Sinn. Parteien, in denen jeder tun kann, was ihm beliebt, gibt es mehr als genug. Um sie zu vermehren, habe ich nicht einst die Nationalsozialistische Partei ins Leben gerufen. Das Ziel, das wir verfechten, ist gigantisch und erfordert eine persönliche Einstellung, die der Größe dieser Zielsetzung entspricht.

Wer dies nicht zuwege bringt, soll und muß die Bewegung meiden oder sie eben wieder verlassen. Unter keinen Umständen aber werde ich dulden, daß bewußter Ungehorsam oder gar Gesetzwidrigkeit in die Bewegung hineingetragen wird. Unter keinen Umständen weiter, daß die Untergrabung der Disziplin oder der [sic!] Zerstörung der Autorität der Führung planmäßig vollzogen, ja förmlich schulmäßig geübt wird.

S.A.-Männer! Folgendes sind die Gründe für mein Handeln.

Prüft sie, und ich weiß von vorneherein, Ihr werdet dann keine Sekunde schwanken mitzuhelfen, die Säuberung der Bewegung von den sie zerstörenden Elementen durchzuführen.

Ihr wißt, Parteigenossen und S.A.-Männer, wie ich vor nunmehr 11 Jahren mit 6 anderen Männern diese Bewegung, der Ihr heute angehört, ins Leben gerufen habe [3]. Deutschland war damals dem wehrlosen Verfall ausgeliefert, beherrscht von einer beutegierigen Parteimeute, die es verstand, den Jammer unseres Volkes zum eigenen Segen umzuwandeln. Zerstörender Marxismus und feiges Paktieren des Bürgertums waren schon damals die Symptome der Zeit.

Gegen eine ganze Welt von Feinden und Widerständen habe ich mich in jenem Jahre, selbst vollständig unbekannt und namenlos, gestellt. Von den besten Freunden verlassen, lebte ich, so wie Ihr S.A.-Männer heute in so viel Tausenden Fällen, nur einem einzigen Gedanken: Eine neue Bewegung soll geschaffen werden, um das alte, zerfallende Partei-Deutschland abzulösen und aus den sich bekämpfenden Klassen- und Weltanschauungen ein neues Volk zu bilden, einig in dem gemeinsamen Willen der Erhaltung des eigenen Lebens, der Existenz und der Sicherung der Zukunft der deutschen Nation. Es war ein ungeheures Ziel, ein schwerer Weg und manches Mal ein fast verzweifelter Kampf. Alle die Männer, die mich heute kritisieren und befehden, haben es nicht fertiggebracht, auch nur den kleinsten Verband aus eigener Kraft aufzustellen und zu erhalten. Ich darf mit Stolz bekennen, daß mir das Schicksal gestattete, aus einem Nichts heraus eine Bewegung zu entwickeln, die heute nicht nur die Hoffnung und die Zuversicht von Millionen Deutschen geworden ist, sondern auch den Schrecken und die Angst für Millionen andere bildet.

Parteigenossen und S.A.-Kameraden! Es war ein sehr schwerer und nur zu oft ein sehr bitterer Kampf. Ich habe in dieser Zeit des Ringens und Kämpfens für mein Ideal, das ja heute auch Euer Ideal geworden ist, mich nie geschont und nie gedeckt. Ich erhielt Freunde und treue Mitkämpfer, die, genau so wie ich, vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein nur von dem einzigen Gedanken beherrscht, belebt und gequält wurden: *"Wie machen wir unser Volk wieder frei?"* Wir kannten in unseren Reihen keinen Klassengegensatz, keinen Standesdünkel, keine Berufseinbildung, denn wir kamen ja selbst aus allen möglichen Schichten unseres Volkes heraus und lebten uns zusammen und zu-

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

einander in der ewigen gemeinsamen Sorge um unsere junge, teure Bewegung. Und, Parteigenossen und S.A.-Männer, für mich selbst war dieser Kampf doppelt schwer. Ich war ja nicht das Kind vermögender Eltern, nicht auf Universitäten vorgebildet, sondern durch die härteste Schule des Lebens gezogen worden, durch Not und Elend. Die oberflächliche Welt frägt ja nie nach dem, was einer gelernt hat, und am wenigsten nach dem, was er wirklich kann, sondern leider meist nur nach dem, was er durch Zeugnis zu belegen vermag. Daß ich mehr gelernt hatte als Zehntausende unserer Intellektuellen, wurde nie geachtet, sondern nur darauf gesehen, daß mir die Zeugnisse fehlten. Ich war auch nicht Offizier, sondern gewöhnlicher Soldat, ja, ich empfand es als ein besonderes Glück, daß mir das Schicksal gestattet hatte, als einfacher Musketier dem deutschen Volke gegenüber die Pflicht zu erfüllen, die in unser aller Augen den höchsten Adel in sich birgt, *Kämpfer und Soldat seines Volkes zu sein.*

Das alles aber erschwerte meine Arbeit unendlich. Hunderttausende empfanden die Absicht eines aus solchem Leben stammenden Mannes, eine Bewegung zur Rettung der Nation gründen zu wollen, als einfach undiskutabel, ja unmöglich. *Von all den Menschen, die heute als Intellektuelle sich nicht genug tun können in sozialistischen Phrasen, habe ich damals keinen gesehen, der den Mut gehabt hätte, an meine Seite zu treten.* Solange sie in mir nur den kleinen Arbeiterführer sahen, wich man weit aus. Erst als ich zum deutschen Volksführer wurde, entdeckten weiß Gott was für Menschen ihr sozialistisches Herz für den Mann der Handarbeit.

Parteigenossen und S.A.-Männer! Ich hasse die Menschen, die im blöden Dünkel oder erbärmlicher Eigensucht den Volksgenossen nicht zu erkennen vermögen, *aber ich hasse noch viel mehr die Lügner und Heuchler, die von Sozialismus reden und selbst am weitesten innerlich von ihm entfernt sind!*

In den Jahren 1919, 1920, 1921, 1922, da hatten wir allerdings mit solchen Phrasendreschern noch nichts zu tun. Man konnte damals noch nicht von Sozialismus reden, sondern man mußte ihn beweisen. Es gab in der Partei kein Amt und keinen Genuß, sondern nur aufreibende, ja verzehrende Arbeit. *Erst als diese von mir und meinen S.A.-Männern geleistete Arbeit reiche Früchte zu tragen begann, kamen die Possenreißer des Salonbolschewismus und Salonsozialismus.* Früher sah man sie nie.

Und in dieser langen Zeit der Arbeit hatte man nicht nur einen ewigen Kampf mit Sorge und Not, sondern einen nicht minder großen gegen den Terror des Gegners und der Behörden durchzuführen. Jeder von uns alten Streitern kämpfte mit Einsatz seines eigenen Lebens, jeder von uns mußte seinen Kampf soundso oft vor dem Richter verteidigen. Innerhalb von 5 Jahren politischem Kampf erhielt ich 5 Jahre und 3 Monate Festung oder Gefängnis und verbrachte davon 14 Monate hinter den Mauern [4]. Keiner meiner damaligen alten Kampfgefährten, die auch heute noch in rührender Treue zu mir stehen, hat es anders gehabt. Aus dieser ewigen Verfolgung, dieser ewigen Verteidi-

4 Hitler war am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis und am 1.4.1924 wegen des Putschversuchs vom November 1923 unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft verurteilt worden. Davon hatte er einen Monat im Gefängnis München-Stadelheim und dreizehn Monate in Landsberger Festungshaft abgebüßt. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f., 225 ff., 241.

gung und diesem ewigen Angriff sind wir langsam harte und entschlossene Menschen geworden und haben allerdings dabei auch gelernt, den Schein vom Wesentlichen zu unterscheiden.

Im November 1923 mußte die Bewegung zum ersten Male für ihre Ideale auf der Straße kämpfen und erlag dabei. Jeder, der dann später vor den Richtern stehenden Führer und jeder von ihnen angeklagte S.A.-Mann hatte sich damals als aufrechter deutscher Mann verteidigt, d. h., keiner von uns leugnete, keiner von uns bat um Gnade, keiner verriet seinen Freund, jeder deckte den anderen, und während die Bewegung durch das Verbot scheinbar vernichtet wurde, haben wir sie durch unser Verhalten wieder gerettet.

Im Dezember 1924 ließ ich das Festungstor hinter mir zurück [5] und begann damit mein neues Leben, d. h. den *Kampf wieder, wie einst, für die Freiheit und Zukunft unseres Volkes.* Aus nichts gründete ich die Bewegung zum zweiten Male [6] und, unterstützt von meinen treuen Mitkämpfern, rissen wir sie aus dem Chaos des völkischen Zerfalls des Jahres 1924 in einem ununterbrochenen Kampfe wieder empor zu dem, was sie heute ist, *zur größten Bewegung der deutschen Nation.*

Parteigenossen! Ich erinnere Euch daran, damit auch Ihr Euch erinnert, daß ich nicht der Syndikus der nationalsozialistischen Bewegung bin, sondern ihr Gründer und ihr Führer.

Und als ihr Gründer und als ihr Führer fühle ich mich vor meinem Gewissen und vor dem Urteil kommender Generationen verantwortlich, dafür zu sorgen, daß die unsagbar großen bisherigen Opfer nicht durch Irrsinn, Wahnsinn oder Verbrechen zu vergeblichen gemacht werden. In dieser mir selbst auferlegten und gewählten Verantwortlichkeit kämpfe ich mit wildem Fanatismus gegen jeden, der versucht, dieses Werk zu schwächen oder gar zu zerstören. Ich sehe in der nationalsozialistischen Bewegung die einzige Zukunft der Nation und würde mein eigenes Fleisch und Blut verdammen, wenn es diese höchste Aufgabe hemmen wollte.

Ich habe mir niemals eingebildet, in meinen Handlungen für die Bewegung etwa unfehlbar oder fehlerlos zu sein. Ich bin ein Mensch wie Millionen andere auch, aber unter diesen Millionen, das weiß ich, befindet sich keiner, der mit größerer Inbrunst an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hängen könnte als ich, und keiner, der mit mehr Recht ihren Schutz und ihre Verteidigung übernehmen dürfte als ich. *In dieser Verbindung mit dieser meiner Bewegung liegt heute aber auch die Stärke unserer Partei.* In einer Zeit des Wankens aller Begriffe, aller Traditionen, aller Erkenntnisse und aller Gewalten, haben wir in unserem Volk durch die nationalsozialistische Bewegung wieder eine Autorität geschaffen, an die zahlreiche Millionen blind glauben.

Wer diese Autorität zu erschüttern versucht, handelt entweder wahnsinnig oder gewissenlos, leichtfertig oder als bewußter Feind.

Da das Ergebnis aber in allen Fällen dasselbe sein muß, stehe ich auch allen Fällen mit gleicher unerbitterlicher Feindschaft gegenüber. Ich habe nun im Laufe der Jahre folgende Erfahrungen gemacht: *Die Autorität im deutschen Volk ist niemals von unten,*

5 Am 20.12.1924.
6 Vgl. Dok. 42, Anm. 4.

sondern immer von oben herunter erschüttert worden. Die Geistigkeit unserer oberen Zehntausend hat in den meisten Fällen die Werkzeuge und oft auch die Arbeiter zu ihrer Vernichtung geliefert.

Die N.S.D.A.P. hat den größten geistigen und willensmäßigen Kampf zu führen, den unser Volk seit Jahrhunderten erlebte. Sie kann gegen die ungeheure Übermacht ihrer Gegner nur dann siegreich sein, wenn sie als *eine* Erkenntnis, als *ein* Wille und als *eine* Tat in Erscheinung tritt. *Ich habe nun in der Bewegung gesehen, daß der treue Anhänger aus dem Volk und immer wieder allen voran der S.A.- und S.S.-Mann stets die treuesten Stützen und Hüter der Einigkeit, Einheit und der Autorität in der Bewegung waren.* Ich habe aber leider mit steigender Verbitterung in den letzten Jahren öfter als einmal feststellen müssen, daß in die Bewegung hineingeratene Intellektuelle, ja selbst Offiziere, nicht nur kein Verständnis für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Autoritätsprinzips besaßen, sondern die Autorität sogar nach allen Regeln der Kunst zu untergraben versuchten.

Hauptmann Stennes wurde im Winter 1927 und 1928 als Führer in die S.A. berufen und trat, um diese Anstellung zu ermöglichen, am 20. Dezember 1927 in die Partei ein.

Hauptmann Stennes war selbst nicht im Kampf um die nationalsozialistische Bewegung groß geworden. Er hatte aber die Verpflichtung übernommen, die Parteigenossen der S.A. zu nationalsozialistischen Kämpfern auszubilden und dementsprechend zu führen.

Der S.A.-Mann der N.S.D.A.P. ist ein politischer Kämpfer. *Seine Aufgabe ist es, der Führung der Bewegung den Schutz der Propaganda zu ermöglichen.* Für den Nationalsozialismus ist und bleibt die Propaganda die Angriffsartillerie. S.A. und S.S. sind die Dekkung dieser Waffe. Die Organisation bezieht die eroberte Stellung und baut sie aus. *Es gibt keinen wirklich tüchtigen S.A.-Mann, der nicht politischer Nationalsozialist ist, und es gibt keinen wahren Nationalsozialisten, der sich nicht selbst als S.A.-Mann fühlt und betrachtet.* Der S.A.-Führer hat die Pflicht, den S.A.-Mann in dem Sinne zu erziehen und zu führen. Er hat damit die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Vorzüge der gesamten Bewegung in der S.A. in konzentrierter Form zum Ausdruck kommen. Wenn die Propaganda in unserem Kampfe die Artillerie vorstellt, die die Zermürbung der feindlichen Front besorgt, dann ist der S.A.-Mann die Infanterie. *Er muß in sich den idealsten Typ des Nationalsozialisten verkörpern. Er muß in seinem Pflichtgefühl der ganzen Bewegung voranleuchten, und er muß in seiner Treue und in seiner Verbundenheit mit seinem Führer für alle das Vorbild sein.*

S.A.-Männer! Ich war es, der Euch einst aufgerufen hat. Und seit jeher war das Band zwischen Euch und mir in der Partei das festeste, und der ganzen Öffentlichkeit gegenüber habt Ihr S.A.-Männer als meine treuesten und unverbrüchlichsten Kampfgenossen gegolten. Und ich weiß, S.A.-Männer, die Ehre zu würdigen, die mir zuteil wird dadurch, daß sich mehr als hunderttausend Männer gerade mit meiner Person so unzertrennlich verbunden fühlen. Und es ist mir damit aber auch eine Selbstverständlichkeit, daß ich mehr als jeder andere an Euch hänge, und es ist weiter dann auch verständlich, daß ich gegen jeden aus einem innersten Zwang heraus Front machen muß, der mir dieses Band zu lösen versucht.

Ich mache nun dem Hauptmann Stennes den Vorwurf, daß er ebenso klug wie geschickt es langsam fertigbrachte, zwischen Euch und mir Mißverstehen, ja am Ende Mißtrauen zu säen. *Während in der gesamten übrigen Partei das Verhältnis zwischen S.A. und mir einem bedingungslosen, gegenseitigen Treugelöbnis gleicht, war es im Bereiche des ehemaligen Polizeihauptmanns Stennes dauernd bedroht und gefährdet. Statt daß ich nun in der Führung einen Verteidiger dieses Verhältnisses gefunden hätte, war es die Führung selbst, die von oben herunter planmäßig gegen die Parteileitung Mißtrauen ausstreute, zum Teil unter Begleiterscheinungen und Formen, die einfach unerhört waren.*

Herr Stennes verstand es langsam, eine Reihe von Begriffen in die S.A. hineinzutragen, die genau so zu den dauernden Zersetzungsrequisiten der Kommunisten gehören.

Wie kommt Herr Stennes dazu, von einer Verbonzung der Partei zu reden [7]?

Was hat bisher Herr Stennes persönlich an Opfern für die nationalsozialistische Bewegung gebracht?

Wer reibt sich mehr für die Bewegung auf? Der Redner unserer Partei, der tagaus tagein durch Deutschland fährt und sich die Kehle wund und heiser schreit, oder Herr Stennes, der in Berlin sitzt, Besprechungen führt oder Paraden abhält? *Herr Stennes war meines Wissens noch nie im Gefängnis gesessen* [*sic!*]. Allein, trotzdem ist er der "Kämpfer". Gregor Straßer aber, den die Polizei mit seiner gebrochenen Wirbelsäule [8] am liebsten vom Brett heruntergeschnallt hätte, um ihn, wenn möglich, in das Gefängnis zu werfen, ist ein Bonze.

Pg. Dr. Goebbels, der von einem Prozeß in den anderen gehetzt wird, ist ein "Bonze". Wo ist der politische Führer - wo ist der Redner unserer Bewegung, hinter dem nicht dauernd die Staatsanwälte her sind?

Mehr als ein halbes Tausend Prozesse lasten auf unseren politischen Kämpfern, aber trotzdem sind sie "Bonzen", nur Herr Stennes, der noch nie in seinem Leben mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hat, gegen den kein einziger Prozeß schwebt, ist ein "Kämpfer".

Wie kommt Herr Stennes dazu, diese Beschimpfungen der Partei zu dulden, ja selbst zu fördern? Und was das Allerschlimmste ist, gar noch selbst zu predigen?

Herr Stennes kritisiert alles und kritisiert an jedem. Das Braune Haus in München wird in der abfälligsten Weise beurteilt und gegen mich persönlich von Herrn Stennes auszuspielen versucht [9]. An sich versichere ich, daß ich mich bei allen meinen Handlungen noch niemals von anderen Erwägungen habe leiten lassen als von denen des Nutzens für unsere Bewegung und unser Volk. *Hätte ich immer nur das getan, was andere guthießen oder gar wollten, so gäbe es heute keine nationalsozialistische Partei.*

Aber Herr Stennes weiß außerdem sehr genau, daß gerade das Braune Haus ja nichts anderes ist als ein Denkmal für unsere S.A.

---

7 Vgl. etwa den Aufruf von Walter Stennes in: Die Deutsche Revolution vom 29.3.1931.

8 Gregor Straßer war im Januar 1931 beim Skilaufen schwer verunglückt und lag deshalb längere Zeit im Oberstaufener Krankenhaus. Vgl. Dok. 46.

9 Vgl. Anm. 7 sowie Dok. 61.

Herr Stennes hetzt Parteigenossen gegen mich auf, indem er gegen die Bronze und den Marmor wettert, der im Braunen Haus verwendet werden soll. Herrn Stennes habe ich darauf nur eines zu antworten:

Jawohl, ich habe angeordnet, daß Marmor verwendet wird und darauf eingegraben werden die Namen unserer toten S.A.-Männer, und, jawohl, ich habe sie weiter auch in Bronze verewigen lassen.

Parteigenossen und S.A.-Männer, ich weiß eines sehr genau: Wenn das Schicksal uns die Macht vollständig in die Hand gibt, dann wird man angesichts des großen Ringens in der Zukunft vielleicht nur zu leicht das Ringen der Vergangenheit vergessen haben. Wer wird dann noch an die Hunderte von braven Kämpfern im Braunhemd denken, die durch ihr Opfer den späteren großen Sieg ermöglicht haben?

Das Braune Haus in München, angefangen von seinem Eingang, der von den beiden S.A.-Standarten flankiert wird, bis ins Innere hinein, soll eine einzige Erinnerung an die große Kampfzeit der jungen Bewegung bilden.

Herr Stennes wünscht keine Tradition der nationalsozialistischen Partei, denn er ist im Innern nie Nationalsozialist gewesen.

Ich aber bin mit dieser Bewegung verwachsen auf Leben und Tod, und ich werde dafür sorgen, daß unseren Kämpfern von heute ein Denkmal entsteht, das auch in späteren Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, nicht übersehen werden kann!

Herr Stennes klagt über die Opfer, er weiß aber sehr genau, daß sie, gemessen an der Zahl der Parteimitglieder, geringe sind. Wenn selbst jeder Parteigenosse im Laufe eines Jahres nur eine Mark opfert, dann entsteht ein Werk, das allen Parteigenossen gehört und das sie mit Stolz erfüllen muß. Wenn aber ein oberer S.A.-Führer über dieses Werk der nationalsozialistischen Bewegung, das wir aus eigener Kraft geschaffen haben, keinen Stolz empfindet, sondern nur Ärger und seine Untergebenen gegen den Führer aufzuhetzen versucht, dann ist er kein Nationalsozialist. Und mich interessiert auch bei Herrn Stennes nicht der Offizier, sondern nur die Gesinnung.

Oder wenn der Polizeihauptmann Stennes die neuzugründende Führerschule im Braunen Hause [10] *heruntersetzt, benörgelt und bekrittelt, dann ist das verständlich bei einem Feind unserer Bewegung, aber unerträglich bei einem S.A.-Führer.* Das Deutsche Reich und deutsche Volk hat Hunderttausende an Volksschulen und Schulgebäuden. Ich habe nun den Entschluß gefaßt, der S.A. ebenfalls eine Schule zu errichten, und weder Herr Stennes noch sonst jemand kann mich davon abbringen. Wenn aber Herr Stennes erklärt, der Besuch dieser Schule wäre für den S.A.-Mann zu teuer, *dann spricht er bewußt die Unwahrheit, weil er genau weiß, daß der Besuch dieser Schule überhaupt unentgeltlich ist und nur von der politischen Organisation getragen wird.*

Aber es ist klar, in dieser Schule wird man nicht zum Soldatenspielen, sondern zum politischen Kämpfer erzogen, und das oberste Gebot wird in ihr lauten:

Treue zur Bewegung und Treue zur Führung.

Wer aber selbst treulos eine Meuterei anzettelt, den braven S.A.-Mann verhetzt, kann kein Interesse an einer Anstalt besitzen, die zur Treue erzieht.

---

10 Gemeint ist die Reichsführerschule der NSDAP in München, die am 15.6.1931 offiziell eröffnet wurde. Vgl. Dok. 137.

Herr Stennes, Polizeihauptmann a. D., setzt seinen Kampf gegen die Autorität in der Bewegung fort, indem er die unseligsten Gegensätze aufzureißen versucht, die es in der deutschen Geschichte je gegeben hat. In raffinierter Methodik wird Berlin gegen München und München gegen Berlin ausgespielt. Preußentum gegen Bayern und umgekehrt. *Dabei müßte Herr Stennes am besten wissen, daß Preußentum kein geographischer, sondern ein sittlicher Begriff* war und ist. Mussolini ist mehr Preuße als etwa Schlange-Schöningen [11], obwohl der eine aus Italien und der andere aus Pommern stammt.

Die Preußen des heutigen Deutschlands sind die Nationalsozialisten,
ganz gleich, wo sie sich befinden mögen. Die Preußen sind aber vor allem jene Nationalsozialisten, die den Begriff der Treue und des Gehorsams kennen, und nicht etwa Meuterer!

Aber Herr Stennes braucht diese Stacheln, um langsam das Vertrauen zur Führung zu erschüttern und die Truppe, wie er sich ausdrückte, "in seine Hand zu spielen".

Herr Hauptmann Stennes entdeckte den Unterschied zwischen Idee und Person, d. h. zwischen der Sache und mir. Monatelang habe ich zugesehen, wie man dieses Gift langsam in das Gehirn und Herz braver S.A.-Männer hineinzuträufeln versuchte. Dabei weiß Herr Stennes nur zu gut, daß er selbst eine sachliche Idee überhaupt nicht besitzt. *Er braucht aber diese Trennung von Person und Idee, um die Treulosigkeit zur Treue umfälschen zu können.* Der brave S.A.-Mann soll die Meinung erhalten, daß die Untreue zu einer Person durch die Treue zu einer Sache aufgehoben werden kann, wobei aber in dem Fall die Person die Oberste Parteiführung ist, die Sache aber der "sehr sachliche" Herr Polizeihauptmann Stennes.

Es wäre kein Wunder, wenn der eine oder der andere S.A.-Mann einer so raffinierten Vergiftung langsam erliegen würde. Als wenige Tage vor der letzten Reichstagswahl Herr Stennes die Stunde "zum Losschlagen" für gekommen erachtete, da motivierte er seine Handlung auch mit "sachlichen" Gründen [12]. Es wurden finanzielle Nöte in den Vordergrund geschoben. Und doch war es nicht das. Gewiß, die Not war groß, und ihr mußte soweit nur überhaupt möglich Einhalt geboten werden,

allein es war ein Verbrechen, den damaligen Vorgang mit finanziellen Forderungen zu verbrämen und dadurch den Anschein zu erwecken, als ob die Treue der S.A. etwa käuflich sei. Zehntausende und Zehntausende von S.A.-Männern waren damals innerlich empört über diese Herabwürdigung ihrer Ehre durch einen Mann, der selbst ersichtlich nie Nationalsozialist gewesen ist.

Im Interesse der Bewegung und der Zukunft ihres Kampfes war ich damals bereit, trotz allem eine Aussöhnung entgegenzunehmen [13]. Ich hatte vielleicht noch die stille Hoffnung, daß der Polizeihauptmann Stennes in der Zukunft anders handeln würde als

11 Hans Schlange-Schöningen (1886-1960), Landwirt, 1921-1928 MdL in Preußen (DNVP), 1924-1930 MdR (DNVP), 1930-1932 MdR (Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1930/31 Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

12 Zur ersten Berliner SA-Revolte im August/September 1930, bei der die Forderung nach größerer finanzieller Unterstützung der SA durch die NSDAP eine wichtige Rolle gespielt hatte, vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 71 ff.

13 Zur Einigung zwischen Hitler und Stennes in der Nacht vom 31.8. zum 1.9.1930 vgl. Longerich, Bataillone, S. 104.

in der Vergangenheit. Es kam aber umgekehrt. *Während Herr Stennes von Loyalität redete, war seine Handlung ein fortlaufender Verrat an der nationalsozialistischen Bewegung.* Mehr noch als früher wurde die Vergiftung des S.A.-Mannes, insbesondere aber der Führer betrieben. Jeder Versuch zu einer aufrichtigen Verständigung wurde mit Hohn beantwortet. Gewiß, Herr Stennes kann nicht begreifen, daß ich, wenn es sich um das Schicksal meiner Bewegung handelt, auch bewegt sein kann. Dem Herrn Stennes war diese Bewegung innerlich vollkommen fremd. *Er kennt nur sein Ich und seine ebenso verlogenen wie undurchsichtigen Ziele.*

Allein dies alles war noch nicht der letzte Grund, der mich nunmehr endlich zum Vorgehen zwang.

Zur Methode des Polizeihauptmanns a. D. Stennes gehörte es, immer mehr die Führung der nationalsozialistischen Bewegung als verspießert, als feige und bourgeois hinzustellen, die überall den revolutionären Schwung lähme und in seiner Auswirkung verhindere.

Herr Stennes mimte den sozialen Revolutionär gegenüber den kapitalistisch denkenden Bonzen. *Das ist aber derselbe Herr Stennes, der von Anfang seiner Tätigkeit an in der N.S.D.A.P. keinen Handgriff ohne Rechnung und Quittung getan hat.* Derselbe Herr Stennes, der alle Strapazen des S.A.-Mannes nur von der Ferne betrachten, derselbe Herr Stennes, der nie eine persönliche Not in seinem Leben gekannt hat. Dieser Herr Stennes, Polizeihauptmann a. D., verstand es allmählich, besonders in die jungen Köpfe der S.A., in erster Linie aber in einem Teil seiner Unterführer Gedanken hineinzupflanzen, deren Verwirklichung den Opfern seiner Führung zum furchtbarsten Verhängnis werden mußte, die Partei aber praktisch der Vernichtung preisgegeben hätte. Herr Stennes redete nur von "Aktion" und von "Tat" und wurde nicht müde, besonders mich als Hemmschuh für die einzig erlösende Handlung hinzustellen. Herr Stennes hatte damit allerdings recht. *Wer heute die nationalsozialistische Bewegung in einen offenen Krieg gegen den Staat führt, versündigt sich nicht nur an der Bewegung, sondern am allerfurchtbarsten an den jungen Kämpfern, an unserer S.A.*

Ich brauche es nicht als eine Niederträchtigkeit zurückzuweisen, wenn Herr Stennes mein Bekenntnis zur Legalität als Ausdruck der Feigheit hinstellt. Denn ich brauche nur zu fragen, *wann hat den überhaupt Herr Stennes sein Bekenntnis zur Aktion in die Tat umgesetzt?* Und wann hat er dafür auch die Konsequenzen getragen?

Ich halte jeden Mann, der es versucht, eine gänzlich unbewaffnete Organisation zu einer Gewalttat gegen den heutigen Staat aufzuputschen, entweder für einen Narren oder einen Verbrecher oder für einen Lockspitzel!

Wenn aber Herr Stennes die jungen Parteigenossen und besonders einen Teil der Führer dauernd mit solchen Gedanken füttert, dann besteht die Gefahr, daß eines Tages aus der Phantasie plötzlich eine blutige Wirklichkeit wird. *Herr Stennes aber wäre der Letzte, der dann dafür die Verantwortung übernähme.* Der Herr Polizeihauptmann a. D. war überall noch dabei, aber er wurde noch nie gefaßt. Dabei besteht aber der Gipfelpunkt der Verlogenheit darin, daß derselbe Herr Stennes, der in seinem Radikalismus die Legalität der Partei nicht genug schmähen kann, selbst sofort zum Zauderer wird in

dem Augenblick, in dem er selbst für sein Handeln die Verantwortung übernehmen müßte.

Wird Herr Stennes nun, da ihn niemand mehr aufhält, da keine "verbonzte Parteileitung" ihm mehr Hindernisse in den Weg legt, etwa losschlagen? Nein! Er wird warten. Er wird warten, bis sich vielleicht wieder jemand anderer findet, der die Verantwortung für seine Putscherei zu übernehmen bereit ist.

S.A.-Männer! Es gibt nur zwei Möglichkeiten:

Entweder man glaubt ernstlich an eine Gewaltaktion, dann ist das entweder ein *Wahnsinn oder ein Verbrechen.*

Oder man glaubt selbst nicht ernstlich an diese Möglichkeit, dann ist es eine Gaunerei und eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, anständige Menschen dumm zu machen, zum Treubruch zu verleiten ohne jeden wirklichen Willen und jede wirkliche Absicht zum Handeln.

Parteigenossen und S.A.-Männer! Diese Schwindeleien mache ich nicht mit.

Im Jahre 1923 habe ich erklärt, marschieren zu wollen, und bin dann marschiert.

Heute muß ich bekennen, daß ich jeden weiteren Versuch in dieser Richtung als Wahnsinn ansehe,

ich habe die strenge Legalität der Partei beschworen [14]*, und ich lasse mich von niemanden zum Meineidigen machen, am wenigsten vom Polizeihauptmann a. D. Stennes.*

Wenn ich aber bedenke, daß diese ganze Verhetzung gegen die Parteileitung und insbesondere meine Person nur zu dem Zweck erfolgt, um unwissende S.A.-Männer zum Treubruch zu verleiten, während man selbst als Meuterer an die Treue der unterstellten Formationen appelliert, dann ist das der Gipfelpunkt von Heuchelei.

Ich habe mich nicht mit denjenigen auseinanderzusetzen, die von vorneherein als Landsknechte im Dienste des Herrn Stennes zur Partei kamen. Ich appelliere aber an die Nationalsozialisten, an den S.A.-Mann, der *mir* die Treue gelobt hat und nicht dem Meuterer Stennes.

Ich appelliere an ihn, weil ich nicht zusehen kann und will, wie dieser Polizeioffizier a. D. die Partei und die Kameraden in das Verderben hineinhetzt.

Der Herr Polizeihauptmann a. D. Stennes hat gegen meinen legalen Kurs die S.A. aufzuhetzen versucht. *Er hat dies in einer Zeit getan, in der dank meiner politischen Führung durch die nationalsozialistische Partei überhaupt zum erstenmal die Hoffnung auf eine deutsche Zukunft entstanden ist.* Herr Stennes selbst hat es in seinem ganzen Leben über die Bildung von ein paar erbärmlichen Rollkommandos nicht hinausgebracht. Derselbe Mann aber untersteht sich, im Augenblick der größten Erfolge unserer Bewegung gegen die Führung zu hetzen und die Partei dem Verderben auszuliefern.

---

14 Beim Hochverratsprozeß gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte Hitler am 25.9.1930 als Zeuge auf die Frage, wie er sich die Errichtung des Dritten Reiches vorstelle, unter Eid erklärt: "Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staate mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen suchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht." Siehe Bucher, Reichswehrprozeß, S. 270. Sowie Bd. III/3.

S.A.-Männer, das ist nur eine Frage des Gewissens, ob man die blöden, geschwollenen Phrasen des Herrn Stennes verwenden will oder nicht. Aber es ist zugleich eine Frage der Verantwortlichkeit, ob man die größte deutsche Bewegung durch ein solch verbrecherisches Geflunker zugrunde richten lassen will. Herrn Stennes kann das gleichgültig sein. *Der Herr Polizeihauptmann a. D. Stennes hat in seinem Leben schon so viel geführt und soviel gemacht, daß es auf einen Wandel mehr oder weniger auch nicht mehr ankommt.*

Ich habe aber diese Bewegung gegründet, ich habe sie geführt, ich bin ihr treu geblieben im Gefängnis und blieb ihr wieder treu in der Freiheit und habe nie in ihr gemeutert und nie gegen sie revoltiert, habe sie nie verlassen und mit etwas anderem vertauscht, und ich dulde daher auch jetzt nicht, daß man sie zugrunde richtet.

S.A.-Männer! Ich habe die durch nichts zu beseitigende oder zu beugende Entschlossenheit, diese Verschwörung gegen den Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten!

Ich habe lange genug zugesehen, werde aber jetzt mit dem Gewicht der Halben-Millionen-Partei gegen den Offiziersmeutererklüngel rücksichtslos vorgehen. Ich weiß, daß durch 8 Millionen Menschen [15] ein Aufatmen geht, wenn diesen Zerstörern der letzten deutschen Zukunftshoffnung das schmutzige Handwerk gelegt wird.

S.A.-Männer! Ihr habt damit jetzt zu wählen, wem Ihr Euch zur Treue verpflichtet fühlt. Dem Polizeihauptmann a. D. Stennes oder dem Begründer der nationalsozialistischen Bewegung und Obersten Führer Eurer S.A. Adolf Hitler.

Wer nicht mit mir gehen will, der mag meine Kokarde und meine Fahne ablegen, das Braunhemd ausziehen und zu dem Polizeihauptmann a. D. gehen.

Wer aber Nationalsozialist sein möchte, der gehört zu mir, und von dem verlange ich, daß er, solange ich nichts Ungesetzliches von ihm fordere, sich meiner Führung fügt. Zehntausende an Funktionären in unserer Partei kennen die Gefolgschaftstreue und den Gehorsam. Ich lasse mir das nicht durch ein paar meuternde Verräter zerstören, sondern ich bin entschlossen, in dem Fall lieber selbst die Reinigung herbeizuführen.

Nationalsozialisten! Die Fahne hoch und im Gleichschritt hinein in die Partei, wo Euer Platz ist!

Nationalsozialisten, S.A.-Männer! Jagt den revoltierenden Meutererklüngel mit Eurer Verachtung zum Teufel.

Kein Führer gehorcht einem Meuterer. Kein Soldat befolgt die Befehle eines meuternden Führers.

S.A.-Männer, ich entbinde Euch des Gehorsams gegenüber den Verschwörern zur Zersetzung unserer Bewegung. Duldet nicht mehr, daß sie Euch S.A.-Männer vor den Blicken von acht Millionen anständiger Menschen beschmutzen und zu ihrer eigenen Ehrlosigkeit herunterziehen. Wenn die Führer keine Treue mehr kennen dem Mann gegenüber, der sie an ihre Stelle gesetzt hat und der ihnen die Möglichkeit zum Wirken schuf, dann müßt ihr Euch zu dieser Treue bekennen und müßt die Führer ersetzen.

Es lebe die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!

Es lebe für immer die S.A. und S.S.!

Weg mit den Verrätern!

Adolf Hitler

15 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

4. April 1931 Dok. 81
"Nationalsozialisten! Parteigenossen und S.A.-Männer!" Aufruf

VB vom 4.4.1931.

Im Wirkungsbereich der S.A.-Gruppe Ost wurde ein Komplott geschmiedet [1], dessen Ausbruch zu einer schweren, ja vielleicht endgültigen Katastrophe für die ganze nationale Bewegung Deutschlands werden konnte.

Angesichts der Notverordnung [2] war ich gezwungen, sofort zu handeln. Die Verschwörer, fast durchgehend mehr oder weniger von Hauptmann Stennes abhängige oder durch ihn beeinflußte Führer, sahen sich in ihren Vorbereitungen plötzlich gestört und versagten deshalb erteilten Befehlen den Gehorsam.

Ich habe mich nunmehr entschlossen, diesen Anlaß zu nehmen, um im Anschluß daran eine gründliche Säuberung der Partei von allen unzuverlässigen Elementen durchzuführen.

Ein Teil der meuternden Führer versucht noch immer, Teile der S.A., die in Unkenntnis ihrer wirklichen Absichten sind, anzustecken.

Es ist die Pflicht aller politischen und aller S.A.-Führer sowie jedes einzelnen Parteimitgliedes und jedes S.A.-Mannes, diesen Versuchen den rückhaltlosesten Widerstand entgegenzusetzen.

Duldet nicht, daß die Meuterer ihr Vorhaben verwirklichen können.

S.A.-Männer! Ich entbinde Euch feierlichst des Gehorsams gegenüber Führern, die nicht selbst gehorchen wollen.

In wenigen Tagen wird der ganze Spuk dieser Destrukteure der deutschen Freiheitsbewegung beseitigt sein. Von Stunde zu Stunde schwindet der Anhang des Meuterers mehr und mehr zusammen.

Die S.A. des ganzen Reiches sieht mit verbittertem Grimm dem unverantwortlichen Treiben dieses ehemaligen Polizeihauptmanns zu.

Nicht nur, daß sämtliche S.A.-Führer der übrigen Gruppenbereiche und ihre S.A.-Männer die Revolte mit tiefster Verachtung erfüllt, verurteilen und als widerlichste Schande ablehnen, steht die gesamte Parteigenossenschaft wie ein Mann gegen diesen Verrat an der deutschen Zukunft auf. Aber auch im Hoheitsbereich der Meuterer selbst fällt ihre Aktion mit rapider Schnelligkeit zusammen.

Nun aber hinaus mit den Verbrechern aus unseren Reihen! Hinaus mit den Verrätern am Schicksalskampf unseres Volkes!

S.A.-Kameraden! Nicht ein zweites Mal werden wir es, was wir 1918 zähneknirschend zulassen mußten, dulden, daß die Zukunft unseres Volkes von einer Handvoll Meuterern zerschlagen wird.

Adolf Hitler

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.
2 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

Wer Befehle und Anordnungen des Polizeihauptmann a. D. Stennes annimmt, duldet oder weitergibt, schließt sich dadurch selbsttätig [*sic!*] aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbewegung aus.

4. April 1931 — Dok. 82
Anordnung

Der Angriff vom 7.4.1931, "Anordnung. Generalvollmacht für Pg. Göring".

Für das Gebiet der *Gruppe Ost* (mit *Ausnahme* des Gaues *Berlin*) bestelle ich als politischen Kommissar mit *außerordentlichen Vollmachten* den Hauptmann a. D. Hermann *Göring* [1]. Die Vollmacht gilt zunächst bis 30. April 1931.

München, 4. April 1931

gez. *Adolf Hitler*

4. April 1931 — Dok. 83
Schreiben an Robert Ley [1]

Masch. Ausfertigung vom 4.4.1931 mit hs. Unterschrift. Faksimiledruck: Walter Kiehl, Mann an der Fahne. Kameraden erzählen von Dr. Ley, München 1938, S. 112.

Lieber Herr Dr. Ley!

Ich habe zu meiner großen Betrübnis erfahren, daß Sie mitten aus der Arbeit heraus verhaftet worden sind und jetzt eine längere Gefängnisstrafe abbüßen müssen [2]. Ich weiß selbst aus eigener Erfahrung, wie schwer so etwas zu ertragen ist.

---

1 Anlaß der Ernennung war die Unterdrückung der Stennes-Revolte in Berlin Anfang April 1931. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 80. Sowie Dok. 80; Dok. 81.

1 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei IG-Farben Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, Dez. 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preuß. Staatsrats, 1933-1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

2 Am 27.3.1931 hatte Ley eine vierwöchige Haftstrafe angetreten, die auf eine Verurteilung aus dem Jahre 1929 zurückging. Anlaß war ein Zeitungsartikel, in dem er die antisemitische Ritualmord-Legende propagiert hatte. Vgl. Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 68, 75.

Ich sende Ihnen zu Ostern meine herzlichsten Grüße und hoffe, daß Sie die Last und Bedrängnis der Gefängnishaft gut überstehen.

Mit deutschem Gruß!
Ihr Adolf Hitler

5. April 1931 Dok. 84
"Wohin die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes führt"
Artikel

VB vom 5./6./7.4.1931.

Wohin die Zersetzungsarbeit und die dauernde Verhetzung von oben herunter durch Herrn Stennes [1] führen kann und führen muß, vermag man aus folgendem zu ersehen:

Der frühere S.A.-Führer von Danzig, Fricke [2], war ein vollständig von Stennes beeinflußter und damit beschlagnahmter [*sic!*] Mann. Er war einer von jenen, die am stärksten die von Stennes proklamierten Gedanken vertreten haben. *Das Ergebnis der Tätigkeit dieses S.A.-Führers in der alten Handelsstadt war am Ende ein geradezu verhängnisvolles.* So wie im vergangenen Jahre einige Wochen vor der Reichstagswahl in Berlin [3], brach auch in Danzig kurz vor der Wahl ein Streit aus [4], der mit Stennes-Methoden die ganze Partei in einen Trümmerhaufen zu verwandeln drohte. Rollkommandos traten auf, Versammlungen wurden gesprengt, kurz, es herrschte ein Zustand, über den die ganze feindliche Presse vor Begeisterung tobte.

Die Verhältnisse zwangen mich auch dort sofort zu energischem Einschreiten. Da eine Absetzung des schuldigen S.A.-Führers durch Stennes nicht zu erreichen war, verfügte ich von mir aus die sofortige Enthebung dieses Mannes von seiner Stelle als S.A.-Führer und seinen augenblicklichen Ausschluß aus der Partei [5]. Die S.A. Danzig betrug

1 Vgl. Dok. 80; Dok. 81.

2 Bruno Fricke (geb. 1900), 1918 Angehöriger des Freikorps Hoßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Gefängnisstrafe wegen Beteiligung an Fememord, 1927-1929 Aufbau der NSDAP-Organisation in Paraguay und Brasilien, 1929 Bezirksleiter und SA-Führer für Lippe-Detmold, 1929 vorübergehend Parteiausschluß, 1930 Mitgründer der Auslandsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Parteigeschäftsführer des NSDAP-Gaues Danzig und SA-Standartenführer, Okt. 1930 Parteiausschluß, 1932 Auswanderung nach Lateinamerika, 1932-1943 Leiter der "Schwarzen Front" Otto Straßers für Lateinamerika (seit 1940 "Freie Deutsche Bewegung"), 1943-1945 in Argentinien inhaftiert.

3 Vgl. Dok. 80, Anm. 12.

4 Zu der Auseinandersetzung in der Danziger NSDAP zwischen Fricke und dem Gauleiter von Ostpreußen Erich Koch im Jahr 1930 vgl. Herbert S. Levine, Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-1939, Chicago 1973, S. 24 ff.

5 Am 2.9.1930 hatte Hitler Fricke, der zuvor bereits einmal aus der NSDAP ausgeschlossen worden war, wegen illegalen Waffenbesitzes erneut aus der Partei ausgeschlossen. Vgl. Protokoll der Beschuldigten-Vernehmung Adolf Hitlers vor dem Amtsgericht München am 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Aa. 399, Nr. 515, Bd. 1. Druck: Bd. IV/2.

damals ungefähr 250 Mann [*sic!*]. Ihre Zerrüttung und die Zerrüttung der ganzen Partei schien mir so bemerkenswert, daß ich beim Reichsuntersuchungsausschuß [6] nach Unterlagen für die frühere Parteitätigkeit des von Stennes gehaltenen S.A.-Führers nachsuchen ließ. Das Ergebnis war vernichtend. Der betreffende Führer hatte sich schon früher schwerste Disziplinbrüche zuschulden kommen lassen, ja unter anderem einmal eine eigene, von der Partei veranstaltete Weihnachtsfeier durch einen von ihm befehligten wüsten Haufen auseinandersprengen lassen [7]. Es war ein Unglück, daß dieser Mann überhaupt ein zweites Mal in die Partei aufgenommen wurde. Jedenfalls stand für mich damit einmal für immer fest, daß wenigstens zunächst eine nochmalige Wiederaufnahme in die Partei oder gar eine Wiederverwendung dieses Mannes nicht mehr vorkommen durfte.

Trotz dem allen aber stellte Herr Stennes die Wiedereinsetzung dieses destruktiven Elements als eine grundsätzliche Forderung auf, bei deren Nichterfüllung er seinen Rücktritt würde nehmen müssen. Ich lehnte natürlich einmal für immer ab. Herr Stennes ist aber dann doch geblieben, denn das Danziger Beispiel sollte ja, wenn möglich, in der ganzen Bewegung wiederholt werden.

Bemerkenswert war weiter die eisigkalte Ablehnung, die bei Herrn Stennes die Neuregelung der Danziger Verhältnisse erfuhr. Ein paar Wochen vor der Wahl, im ersten Chaos, das der Stennes-Mann Fricke angerichtet hatte, schickte ich einen unserer fähigsten jungen Organisatoren mit außerordentlichen Vollmachten nach Danzig [8], den ich persönlich seit vielen Jahren kannte und außerordentlich schätzte. Forster stammt aus Nürnberg. *Stennes opponierte sofort auf das schärfste und erklärte, als gar nichts zog, daß der Süddeutsche unter allen Umständen in Danzig scheitern würde. In derselben Zeit bestimmte ich für Danzig aber auch einen jungen, Forster bekannten S.A.-Führer [9]. Stennes protestierte noch schärfer und prophezeite den vollständigen Zusammenbruch der Bewegung in Danzig.*

Und das Ergebnis?

Ein paar Wochen vor der Wahl, mitten im ärgsten, vom Stennes-Mann Fricke angerichteten Durcheinander, übernahm Forster die Gruppe Danzig. In noch nicht einmal 14 Tagen war Ordnung hergestellt. Die Wahl selbst endete mit einem Riesensieg der Bewegung [10], und heute steht die Danziger Ortsgruppe als eine der stärksten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl in der Partei; die S.A. stieg von 250 auf nahezu 1.400 Mann, und das alte Hanseaten-Bollwerk ist damit auch zu einem Bollwerk der jungen nationalsozialistischen Bewegung geworden.

6 Gemeint ist der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP.

7 Fricke hatte sich 1929 in Detmold an der Sprengung einer Weihnachtsfeier der NSDAP beteiligt und war daraufhin ein erstes Mal aus der Partei ausgeschlossen worden. Vgl. Protokoll der Beschuldigten-Vernehmung Adolf Hitlers vor dem Amtsgericht München am 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Aa. 399, Nr. 515, Bd. 1. Druck: Bd. IV/2.

8 Vgl. Dok. 10.

9 Max Linsmayer (1907-1940), 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1934 SA-Standartenführer in Danzig, 1934-1938 Brigadeführer der SA-Gruppe Niedersachsen, 1938 SA-Gruppenführer, 1940 in Frankreich gefallen.

10 Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Der Grund der Ablehnung durch Herrn Stennes aber ist auch verständlich: Mitglieder und S.A.-Männer in Danzig stehen in geschlossener Einheit zur Partei und zu mir als ihrem Führer und selbstverständlich nicht hinter Stennes.

Sowie aber erst die Partei im großen von diesen Hetzern und Verschwörern gereinigt ist, wird es auch hier nicht anders sein. Sie wird stärker werden und einheitlicher als jemals zuvor.

Es ist jetzt daher unser aller unabänderlicher Entschluß, ihre Säuberung in die Hand zu nehmen und durchzuführen.

Adolf Hitler

5. April 1931 Dok. 85
"Parteigenossen und S.A.-Männer Berlins!"
Aufruf

VB vom 5./6./7.4.1931.

Je aussichtsloser der verbrecherische Versuch der Zerstörung der nationalsozialistischen Partei ist und je schneller der Meutererklüngel erledigt wird, um so mehr ist man gezwungen, zu Lügen seine Zuflucht zu nehmen.

Zu den erbärmlichsten Mitteln zur Rettung der Meuterei des Herrn Polizeihauptmanns a. D. Stennes [1] gehört die Verleumdung, unser Pg. Dr. Goebbels, Euer Führer und mein Freund, habe gemeinsame Sache mit der Verschwörer-Clique gemacht.

Nicht Euren Gauleiter brauche ich zu verteidigen, denn der steht über dem Gesindel, das mit solchen Lügen arbeitet, so turmhoch, daß jede Verteidigung für ihn nur eine Beleidigung sein müßte. Ihr aber, S.-A.-Männer und Parteigenossen, mögt erkennen, wie charakterlos die Menschen sein müssen, die auf diese Weise versuchen, andere zur eigenen Ehrlosigkeit herunterzuziehen!

Dr. Goebbels hat im Einvernehmen mit mir die ganze Clique, die in der von uns gegründeten und emporgeführten nationalsozialistischen Bewegung nur ein Mittel für ihre eigenen Zwecke sehen wollte, jederzeit bereit, sie ihrer Zerstörung auszuliefern, schon jetzt aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen [2].

Keiner der Meuterer hat damit überhaupt nur mehr ein Wort zu reden in unserer Bewegung. Keiner der Meuterer hat noch etwas zu befehlen oder anzuordnen. Wo immer sie unter ganz gleich was für verlogenen Behauptungen und Vorspiegelungen sich anmaßen, Befehle zu erteilen oder Anordnungen zu treffen, ist ihnen jeder Gehorsam zu verweigern.

---

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

2 Vgl. Eintrag vom 2.4. und 4.4.1931 in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 42 ff.

Auf die Menschen, die unsere nationalsozialistische Bewegung auf solche Weise heimtückisch zerstören wollten, müssen 8 Millionen Parteigenossen und Anhänger nur mehr mit dem Finger zeigen! Lest heute die Judenpresse, und Ihr erkennt an ihrem Triumphgeheul die ganze Gemeinheit dieses Versuchs.

Tretet nunmehr Mann für Mann hinter Euren Gauleiter und helft ihm, die Verschwörer-Clique aus der Partei auszutilgen.

Es soll und muß der letzte Versuch dieses ehemaligen Polizeihauptmanns gewesen sein, die Partei, in der heute Millionen die einzige Rettung Deutschlands sehen, für seine undurchsichtigen Ziele und Zwecke auszunützen.

Schon jetzt ist die Revolte im ganzen Reichsgebiet der Bewegung restlos zusammengekracht. Aus der ganzen S.A. kommt eine einzige überwältigende Vertrauenskundgebung.

Die Partei wird aus dieser Reinigung, die wir bis zur letzten Konsequenz durchführen werden, stärker und kraftvoller hervorgehen, als sie je zuvor war. Sie wird beweisen, daß es überhaupt nichts gibt, was sie heute noch erschüttern könnte.

Tretet in bedingungsloser Treue alle hinter Euren Führer und Gauleiter Joseph Goebbels, gebt ihm Euer Vertrauen so unbegrenzt, wie er mein eigenes Vertrauen besitzt!

gez. *Adolf Hitler*

7. April 1931 Dok. 86
"Endlich wird durch Notverordnung die Not des deutschen Volkes behoben" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 11.4.1931, "Adolf Hitler in München. Unsere Nerven sind stärker als Stahl" [3].

Hitler stellt in seiner Rede einleitend fest, daß er eigentlich zu einem abgeänderten Thema sprechen müsse. Auf den Plakaten stand die Frage, ob man etwa die Not durch diese Notverordnung [4] zu beseitigen glaube. Und tatsächlich sei diese Frage auch berechtigt. Die Gegner freilich hätten ein anderes Ziel im Auge. Sie wollten, so behaupteten sie, den unfriedlichen Charakter und das unfriedliche Wesen gewisser Parteien treffen. Allein - frägt Hitler -, wer definiert denn die Begriffe friedlich und unfriedlich? Wenn nicht der Gegner nationalsozialistische Versammlungen stört, sind sie immer

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Zirkus Krone, abends. Der Saal war laut VB überfüllt, so daß ein Teil der Besucher in eine Parallelveranstaltung im Arzbergerkeller geschickt wurde. Die öffentliche Versammlung im Zirkus Krone wurde von Gauleiter Adolf Wagner geleitet und kurz nach 20.00 Uhr mit einer Ansprache eröffnet. Vor Hitlers Rede sprach Joseph Goebbels über die Stennes-Revolte.

3 Vgl. auch Polizeibericht vom 8.4.1931 (gez. Kießling); StA München, Polizeidirektion München 6742.

4 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

friedlich. Für den Demokraten allerdings sei eine Parteiversammlung einfach unfriedlich, schon dann, wenn sie nicht schlafe.

Die nationalsozialistische Bewegung kämpft mit friedlichen Mitteln. Nur der Unfriede der anderen erzeugt wieder Unfrieden. Natürlich wollen die Väter der Notverordnung diese gegen den Terror gerichtet sehen; allein gegen welchen Terror? Gegen den Terror von rechts und links. Da - erklärte Hitler - müssen wir einhaken.

Warum gibt es heute die Möglichkeit, von einem solchen doppelten Terror zu reden?

Ist der Terror von rechts und links etwa gleichzeitig in der deutschen Nation geworden, entstanden wie ein Wunder?

Nein. Niemand kann behaupten, daß es vor dem Jahre 1918 überhaupt in Deutschland so etwas wie Rechtsterror gegeben hat. Wohl aber existierte der Terror der linken Seite zu allen Zeiten als wesentlicher Bestandteil der marxistischen Weltanschauung und Kampfführung. Alles, was aus der Begriffswelt des Marxismus herauswuchs: Anarchie, Nihilismus, Bolschewismus, Sozialdemokratie war auf Terror aufgebaut, und zwar nicht nur auf körperlichem Terror, sondern auch auf geistigem. Der Erfolg der deutschen Sozialdemokratie war nur zum kleinsten Bruchteil der Überzeugungskraft oder der Wucht ihres Ideengehalts an sich zuzuschreiben, zum größten Teil aber der Gewalt, die man in den Dienst dieser Idee zu stellen vermochte. Oder stammt etwa der Spruch: "Und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein!" von uns oder von heute, sehr geehrter Herr Minister [5]?

Man hat jahrzehntelang, ohne daß aus der bürgerlichen Welt eine Gegenwehr gekommen wäre oder hätte kommen können, einen Terror ausgeübt, der langsam Millionen von Menschen der marxistischen Weltanschauung unterwarf.

Es ist nicht die geistige Überlegenheit gewesen, die der Sozialdemokratie die Massen zuführte. Was ist denn Geistiges an einem Herrn Auer [6] oder irgendeinem anderen Führer dieser Partei? Gar nichts! Die Sozialdemokratie war geistig überlegen immer nur in der virtuosen Beherrschung der politischen Lüge und Verleumdung. Ohne sie wäre schon früher ihre Kapitulation erfolgt.

Das Requisit der Sozialdemokratie heißt Gewalt

Das Requisit, mit dem die Sozialdemokratie die Massen bezwang, ist geistiger und körperlicher Terror und heißt Gewalt. Man schlage dieser Partei die Gewalt aus der Faust, und sie bricht in sich zusammen.

Der Nationalsozialismus füllt heute, dank seiner geistigen Überlegenheit, die größten Säle des Reiches, ohne daß die Sozialdemokratie irgendeinen geistigen Widerstand dagegen leisten könnte. Das Mittel aber, das sie früher ihrem unbequemen Gegner als wirkungsvollste Waffe entgegensetzen konnte, versagt gegen uns. Man kann die nationalsozialistische Idee nicht mehr mit Gewalt bezwingen, weil wir selbst zum Geist die Faust gesellten.

5 Gemeint ist der Reichsminister des Innern Joseph Wirth.

6 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1907-1933 MdL (SPD) in Bayern, 1908-1921 Geschäftsführer der SPD in Bayern, Nov. 1918 bis Feb. 1919 bayer. Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident und 1932/33 II. Vizepräsident des Bayer. Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München.

Tatsächlich war aber der geistige Terror der Sozialdemokratie sowohl als der körperliche zwangsläufig bedingt. Die Armseligkeit der geistigen Grundlagen der Ideenwelt der Sozialdemokratie sowie jeder Mangel an praktischen Erfolgsmöglichkeiten zwangen zu diesem System des Terrors. Wollte man nicht dieses marxistische Gedankengebäude zerschlagen lassen, mußte man die Ideen den Menschen mit so fanatischer Einseitigkeit einprägen, daß jede Einwirkungsmöglichkeit fremder Gedanken damit aufhörte. Daher geht durch die ganze Geschichte der geistigen Tätigkeit der Sozialdemokratie wie ein roter Faden die Aufforderung: Proletarier, geht in keine andere Versammlung! Proletarier, haltet euch keine andere Zeitung! Proletarier, lest keine anderen Bücher! Und weshalb das alles? *Aus Angst und Furcht!* (Lauter Beifall.)

Würden die Millionen deutscher Arbeiter sich ihr Urteil durch freies Zuhören und Anhören auch anderer Bewegungen schaffen, durch das Lesen auch anderer Zeitungen und Bücher, es gäbe keine Sozialdemokratie in Deutschland! (Sehr lebhafte Zustimmung.)

Geistig war die Sozialdemokratie *immer* unterlegen. Nur im geistigen Terror, den sie ausübte, beruhte ihre Überlegenheit, und nicht zuletzt aber im körperlichen, mit dem sie den einzelnen Menschen überall bedrohte und am Leben gefährdete. Zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Fabrik und auf der Straße.

Dieser blutige Terror war aber nicht nur notwendig infolge der geistigen Unterlegenheit, der phantastischen Unwirklichkeit der marxistisch-sozialdemokratischen Ideenwelt, sondern auch notwendig infolge des zwangsläufigen Fehlens jedes Erfolges sozialdemokratischer oder marxistischer praktischer Politik.

Rußland und Italien

Ich darf Sie auf zwei Beispiele und den grundlegenden Unterschied hinweisen: auf *Rußland* und *Italien.* In einem Land herrscht der *Marxismus* und im anderen der *Faschismus*. In Italien können Sie reisen, wohin Sie wollen, und ansehen, was Sie mögen. In Rußland sind Sie Sklave Ihrer Führung und erhalten nur das zu sehen, was ohne Angst Ihnen gezeigt werden kann. Warum schickt Rußland selbst außer den paar jüdischen Kommissaren zur Weltvergiftung keine russischen Arbeiter in das Ausland? Sie kämen niemals mehr zurück, so wenig lockt sie dieses Paradies, Nacht für Nacht bewacht man die Grenzen, um das Entfliehen der Menschen zu verhindern, die das kommunistische Glück verlassen möchten, das ihnen dort von Judas Gnaden auf dieser Welt bereitet wird.

Niemand vollstreckt heute mehr Todesurteile auf der Welt als die Partei, die einst behauptete, die Todesstrafe abschaffen zu wollen.

Weshalb aber diese Brutalität?

Etwa deshalb, weil das Proletariat sich schützen muß gegen die Anschläge des Kapitalismus?

Wer soll denn diese Anschläge eigentlich ausüben?

Etwa die feige Bourgeoisie?

Warum verübt denn dann nicht dieselben Anschläge gegen den faschistischen Staat das tapfere Proletariat?

Weil Rußland zu einer Hölle von Elend und Not geworden ist, die nur durch grausamsten Zwang geschützt zu werden vermag. In Rußland regiert man mit Furcht dort, wo bei den anderen das Vertrauen genügt. Der faschistische Zustand kann das Licht des Tages vertragen, der andere nicht. Der eine verträgt Kritik, der andere hat sie zu scheuen. Daher kann sich der eine auch mit leichten Mitteln beschützen, während der zweite den Terror braucht, den geistigen Terror - angefangen beim Lehrbuch der Schule - den körperlichen Terror bis hinein in das Haus und die Wohnung. Denn in Rußland lebt der Marxismus nicht in der Theorie, sondern herrscht in der Wirklichkeit.

Sagen Sie mir nun nicht, daß der Fünfjahres-Plan [7] am besten die Lebensfähigkeit des marxistischen Gedankens auch in der Wirklichkeit beweise. Nein! Denn selbst der kann nicht aus dem marxistischen Können heraus seine Durchführung finden, sondern bedarf der Hilfe und der Geistigkeit der anderen Völker.

Kommunisten, auf euch selbst angewiesen, müßtet ihr in Rußland verhungern!

Italien braucht keine bolschewistischen Ingenieure, um leben zu können. Aber ihr müßt für euer sogenanntes Paradies die ganze Welt um Spezialisten anbetteln, nur damit ihr das primitivste Leben zu erhalten vermögt.

Und daher braucht ihr den Terror, den geistigen und blutigen Terror, damit das russische Riesenvolk niedergehalten wird in der Werkstatt und in der Fabrik, auf dem flachen Lande, im Dorfe und in den Städten.

Der Terror ist deshalb ein zwangsläufig notwendiges Instrument der marxistischen Weltanschauung.

Denn wenn der Marxismus von dem Glück redet, das er dem Menschen auf dieser Welt bringen will, dann muß festgestellt werden: Er hat erbärmlich versagt! Gerade die materiellen Güter sind durch ihn vernichtet worden.

Es ist ganz gleich, in welcher Form und Spielart der Marxismus auftritt, ob als Anarchismus, Kommunismus, ob als Bolschewismus oder als Sozialdemokratie. Das Volk, das sich gegen diese zersetzenden Gifte nicht wehrt, geht daran zugrunde.

Und heute gibt es in Deutschland nun Menschen, die diese Vernichtung nicht dulden, und das sind wir!

Es war selbstverständlich, daß angesichts des Terrors der linken Seite, der ja auch die Revolution 1918 einleitete und durchführte, sich die Frage riesengroß erhob: Wird dieser Terror, der uns als Volk zum Einsturz brachte, einen Widerstand finden, oder wird er Deutschland auf den Weg stoßen, den Rußland vor uns gegangen war? Und wir erlebten dann das schwankende Spiel der Kräfte. Wir sahen, wie in dem einen Lande der Marxismus langsam überwunden wurde, während er im anderen wieder stieg, und sahen überall im Verfolge [*sic!*] der marxistischen Gedankenwelt den Terror einherziehen, d. h. die geistige und physische Unterdrückung der Menschen. Und wir selbst sind Zeugen dessen gewesen! Oder was stand wohl am sichtbarsten über der Räteregierung in Budapest oder hier in München, wenn nicht das Wort Terror?! Geistiger und körperlicher Terror! Ein Terror, den nur leider zu viele heute bereits vergessen haben

7 Gemeint ist der erste Fünf-Jahres-Plan für die Wirtschaft der UdSSR, mit dessen Durchführung im Januar 1928 begonnen worden war.

(lebhafte Zustimmung), den sie aber freilich, wenn er nicht durch eine andere Gewalt gebrochen worden wäre, nicht überlebt haben würden.

Eines wollen wir nun feststellen: Im Jahre 1918 trat an Deutschland die Schicksalsfrage heran: Soll dieser Terror, der unser wehrloses Volk in die Revolution hineintrieb, gebrochen werden oder hinübergeführt werden in die Zukunft?

Wir haben aber gesehen, daß in diesen Jahren 1918, 1919 und 1920 in Deutschland das Regiment jener Parteien verankert wurde, die wir als Parteien der Mitte bezeichnen und die ihrem ganzen Wesen entsprechend den gigantischen Kampf zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht zur Entscheidung brachten. Dieser Zwiespalt aber sitzt wie ein schwärendes Gift in unserem Körper und läßt uns nicht mehr genesen. Dieses innerlich unsichere Deutschland kann zu keiner gefestigten Autorität mehr kommen. Es gibt in ihm weder den Sieg der Geißel des Bolschewismus, noch aber auch den Sieg des Gedankens der völkischen Freiheit.

Wir sind damit aber auch in eine Zeit gekommen, in der der geistige Terror dennoch keineswegs ausgerottet wurde, sondern in die Form eines - ich muß mich hier vorsichtig ausdrücken - staatlich organisierten Schutzes der Parteien des Regiments der Mitte gebracht wurde. (Stürmischer Beifall.) Diese verwendeten die Terrormöglichkeiten, die sich ihnen als Regierungsparteien boten, d. h., sie verwendeten den Schutz des organisierten Staates zu ihrer Stützung, zur Rettung ihres Parteiregiments, ihrer Parteimajoritäten, ihrer Parteikoalitionen, und wandten sich nunmehr zwangsläufig zunächst wohl gegen links, aber dann genauso gegen den unterdes emporstrebenden Gegner von rechts.

Heute befinden wir uns mitten in diesem Zustand, da eine gänzlich entwurzelte Mitte mit den Waffen eines alten überlieferten Widerstandsvermögens sich zu schützen versucht gegenüber dem drohenden Ansturm der beiden Weltanschauungen von links und rechts. Wir sehen, daß, je mehr diese Mitte innerlich verkommt, sie um so mehr zu äußeren Mitteln der Erhaltung greifen muß. Ein Gesetz zur Erhaltung dieser Koalition der Parteimitte jagt das andere, ein Gesetz verschärft wieder das andere!

Wohin wir blicken, eine einzige Folge von geistigem und auch physischem Terror! Eines vermochte er aber doch nicht aufzuhalten: den allgemeinen Zusammenbruch der Weltanschauung der Mitte dank ihrer gänzlichen Wertlosigkeit. Es sind keine klaren Verhältnisse geschaffen worden. Es regiert nicht der Ausdruck einer wahrhaften, aus eigenem Vermögen sich durchsetzenden Weltanschauung, sondern es regiert eine Erbmasse alter Parlamentarier.

Das deutsche Volk aber wird immer kraftloser.

Je mehr nun der vorhandene Aktivismus zum Schutze des bestehenden Parteiregiments im Innern verbraucht wird, um so mehr verschwindet jede aktive Kraft der Nation, die nach außen angesetzt werden könnte.

Deutschland hat heute drei politische Gruppen:

Die linke Seite und die rechte, beide als wirkliche Kraftfaktoren, dazwischen aber eine Masse der Mitte, von gänzlicher innerer Kraftlosigkeit, die die Kraft des Staates verbraucht, um durch sie gestützt und gestärkt bestehen zu können. (Stürmischer Beifall.)

So sehen wir, wie unser Volk langsam immer mehr gelähmt wird, wie jede Kraftentfaltung nach außen verschwindet und unter dem Druck unserer Regierungsparteien der deutsche Staat seine gesamte Aktivität auf dem inneren Kampfplatz verbraucht.

Wir sehen aber noch etwas: Jede Not hat bestimmte Folgen. Das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte, das nur durch das Gewicht der staatlichen Macht in Deutschland aufrechterhalten wird, führt zu einer vollständigen Lähmung unserer Kampfkraft der übrigen Welt gegenüber. Da das Leben aber nun nicht geschenkt wird, sondern erkämpft werden muß, wird die Lebenslage Deutschlands zwangsläufig schwerer und schwerer werden. Die Unmöglichkeit eines Krafteinsatzes nach außen muß als Ergebnis steigende Not mit sich bringen.

"Und Sie alle sind Zeugen dieser Not"

Und diese Not selbst aber hat weitere Folgen, die man dann nicht mehr auf dem Verordnungswege auf die Dauer wird bannen können. Die Not steigt heute in ihrer ganzen drohenden Gewalt vor den Parteien der Mitte empor, und wir sehen, wie man in diesem Lager an der deutschen Zukunft überhaupt schon verzweifelt, wie man an ihr verzagt, ja, an sie überhaupt nicht mehr glaubt. Diese Parteien haben kein Programm mehr zu ihrer Reformation, höchstens noch Hoffnungen auf die Erhaltung ihrer Partei.

Verzweifelten sie nicht überhaupt an der deutschen Zukunft, man müßte sie fragen: Was tut ihr denn, um endlich wieder die in unserem Volke schlummernden Kräfte freizumachen und einzusetzen in das Schicksalsringen für seine Zukunft?

Ihr tut gar nichts, im Gegenteil, ihr haltet den Zwitterzustand der heutigen Parteiverkommenheit aufrecht!

Wir sehen damit aber auch, wie alle Hoffnungen dieser Parteien der Mitte in Wirklichkeit nur Ausflüsse ihrer Verzweiflung sind. Man hat kein aktives Ziel mehr, sondern immer nur mehr ein passives. Man stellt nicht die Frage, wer ist nun in Deutschland endgültig Herr, sondern man fragt, wie retten wir uns vor dem Bolschewismus, wie vor dem Radikalismus, wie vor den Gottlosenverbänden usw. Ein schwächlicher Kampf um die Selbsterhaltung, aber kein Angriffskrieg mit großen Zielen! So fehlt überall Kraft und Entschlossenheit. Auch außenpolitisch ist es nicht anders.

Wir nehmen nur ein Beispiel:

Die Zollunion mit Österreich [8]

Weshalb will man Sie? Man glaubt, daß aus dieser politischen Aktion der derzeitigen Regierungsparteien eine große innere Kraft erwachsen würde. Man glaubt, daß man diese Aktion als das Zeichen einer großen nationalen Tat betrachten werde. Wie ist es aber in Wirklichkeit?

Man will nach außen nationale Demonstrationspolitik treiben, hat aber im Innern Angst vor jeder Äußerung der nationalen Kraft.

8 Am 21.3.1931 hatte die deutsche Reichsregierung das Vorhaben einer Zollunion mit Österreich veröffentlicht, das dann aber vor allem wegen des französischen Widerstands nicht zustande kam. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 531 ff.

Man will mit einer Koalition [9], die ihrem ganzen Wesen nach antinational ist, nationale Politik nach außen machen und vergißt dabei vollständig, daß diesem Regiment heute jene Kraft fehlt, die notwendig wäre, um die nationale Demonstrationspolitik endgültig in eine nationale Erhebungspolitik zu verwandeln. (Langer stürmischer Beifall.)

Denn wer will denn heute wirklich die Einigung der Deutschen? Doch in erster Linie wir Nationalsozialisten. Welche Kräfte aber stehen hinter unserer Regierung? In erster Linie die Internationalisten. *Wie will man aber auf die Dauer mit Internationalisten eine Politik durchfechten, die den Widerstand einer ganzen Anzahl von Staaten wachrufen kann, wenn man im Inneren hinter sich nicht die Kraft hat, die entschlossen und bereit ist, den Widerständen des Auslandes die nationale Entschlossenheit und Einsicht unseres Volkes entgegenzustemmen!*

Man hat in Paris die Schwäche dieser Demonstrationspolitik auch genau erkannt, hat gesehen, daß hier eine nationale Politik getrieben werden soll von Kräften, die in ihrem innersten Wesen gar nicht national sind, und man weiß auch, daß ein starker Wille diese Politik wieder im Keim ersticken kann.

In Berlin allerdings rechnet man damit, daß die geknebelte Opposition "aus vaterländischer Einsicht" und "vaterländischem Empfinden" heraus einer solchen Regierung zur Hilfe eilen wird, um doch noch zu retten, was gerettet werden kann.

Jawohl, Deutschland wollen wir retten! Das Regiment der Parteien der Mitte aber retten wir nicht!

Wenn Deutschland sich heute in einer so traurigen Lage befindet, dann nur deshalb, weil dieses Regiment der Mitte jede endgültige Kraftentscheidung verhindert hat, sowohl im einen als auch im andern Sinn. Der Kampf zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus wäre sonst schon lange entschieden. Glauben Sie aber, daß, wenn wir Nationalsozialisten in diesem Kampfe einst Sieger sein werden, unsere Regierung dann um eine nationale Unterstützung ihrer Politik nach außen wird betteln gehen müssen? Nein!

"3 Jahre nationalsozialistisches Regiment, und hinter unsere nationale Politik tritt dann wieder eine deutsche Nation."

Man kann weder auf dem Wege von Verordnungen die natürliche Entwicklung, die zur Entscheidung drängt, verhindern, noch kann man durch sie die Folgen der augenblicklichen Lähmung der deutschen Kraft beseitigen. Auch außenpolitische Scheinerfolge können auf die Dauer kein Regiment stützen, das innerlich geistig mit diesen Erfolgen nicht verbunden ist.

So haben wir heute in uns alle ein Gefühl:

Es drängt in Deutschland alles zur Entscheidung hin! Es kann so nicht ewig weitergehen!

Jeder einzelne fühlt es: In unserem Volke ballen sich heute die Kräfte zum entscheidenden Ringen zusammen, und nach irgendeiner Seite hin fällt der Sieg. Dann erst wird

9 Im ersten Kabinett Brüning waren zu dieser Zeit das Zentrum, die BVP, die Deutsche Staatspartei, die DVP und die Konservative Volkspartei vertreten, während die SPD diese Regierung durch einen Tolerierungskurs unterstützte.

die Fahne hochgezogen, die Deutschland heißt und in sich die deutsche Zukunft birgt, entweder im schlimmen oder im guten Sinne des Wortes.

Wir Nationalsozialisten aber haben die Überzeugung, daß in dem großen Ringen, das kommt, wir die Sieger bleiben werden.

An uns alle aber tritt nun die Pflicht heran, über die den Augenblick der Zeit bestimmenden Ereignisse nie das Große zu vergessen oder auch nur zu übersehen. Lassen wir uns nie beirren von den momentanen scheinbaren Erfolgen unserer Gegner oder durch die eigene ungünstige Situation! Nein, im Gegenteil: Heben Sie sich höher empor! Sehen Sie in all den heutigen Verordnungen und all den heutigen Gesetzen, in all den Erlassen nur den Ausdruck des Geistes einer Zeit, die nicht vergehen will und doch schon im Vergehen begriffen ist.

Unser Weg zum Sieg

Für die Führung einer großen Millionenbewegung, die in schärfstem Marsche ihrem Ziele zugeht, erwächst damit aber die Pflicht, zu überlegen und einsichtig alle Möglichkeiten abzuwägen.

Die Verantwortung, die wir tragen nach einem zwölfjährigen Kampf, ist ungeheuer, und wir werden dieser Verantwortung gerecht. Es wird uns nichts zu erschüttern vermögen. Wir werden in eisiger Kühle die Millionenbewegung dem Tag entgegenführen, der sie mit Notwendigkeit, ja mit zwangsläufiger Sicherheit zum endgültigen Siege bringt! (Stürmischer Beifall.)

Der Gegner will, daß wir die Nerven verlieren. Wir aber zeigen ihm, daß unsere Nerven stärker sind als Stahl!

Der Gegner will, daß wir uns reizen lassen und Unbesonnenes begehen. Wir aber werden ihm zeigen, daß alle seine Versuche an uns abfließen wie Wasser von Leder!

Der Gegner hofft, uns zu einer Ungesetzlichkeit verleiten zu können. Wir aber werden ihm zeigen, daß unsere Gesetzlichkeit unsere schärfste Waffe ist, mit der wir heute kämpfen! (Langer, starker Beifall.)

Sie können gegen unsere theoretisch und wissenschaftlich begründete Weltanschauung mit geistigen Waffen nicht mehr kämpfen. Sie können uns mit nichts mehr entgegentreten. Sie können die Folgen ihres eigenen Regiments nicht ableugnen und nicht beseitigen.

Sie können uns auf dem Boden des politischen Kampfes keinen Widerstand mehr leisten.

So flüchten sie sich denn unter die dehnbaren Paragraphen der Gesetze.

Wir aber gehen weiter im Kampfe für unser Volk, denn am Ende geht doch alle Gewalt vom Volke aus. Wer aber das Volk in die Gewalt einer Idee zwingt, hat damit auch das Gesetz für sich erobert. (Tosender Beifall.)

Wir sehen nun am Hasse der Gegner, wie sehr sie diesen Weg fürchten. Wie sehr sie sich bemühen, uns zu veranlassen, diesen Weg aufzugeben. Aber weil wir das alles vor uns sehen, ist unsere Verpflichtung doppelt groß, jetzt, eine Handbreit vor dem Sieg, keine Unklugheit zu begehen, sich nicht selbst zu täuschen, sondern auf dem Wege der Gesetzlichkeit zu bleiben, den wir gewählt haben und der uns aus dem Nichts doch schon jetzt zu einem gigantischen Erfolg geführt hat. -

An die Kritiker!

Dem Kritiker dieses Weges aber muß ich eines sagen:

Mit welchem Rechte kritisierst du?

Gehe du erst einmal hinein in die deutsche Bewegung und beginne doch du mit 7 Mann aus dem Nichts heraus ein solches Werk zu schaffen [10]! (Stürmischer Beifall.)

Und wenn du es fertig bringst, dann erst hast du ein Recht zur Kritik. Aber vergiß dabei auch eines nicht: Selbst wenn dich der Himmel genauso segnet, wie er unsere Bewegung gesegnet hat, dann brauchst auch du 12 Jahre zu diesem Werk. Ehe du aber in 12 Jahren dorthin gekommen sein wirst, wo wir uns heute befinden, sind wir beim Siege. (Tosender Beifall.)

Du hast auch sonst kein Recht zu kritisieren, denn du hast nie in der Not gelebt, in der wir lebten und die du dir auch erwählen konntest. Du hast dasselbe Glück gehabt wie wir. Auch du warst mit dem Marschallstab im Tornister geboren worden; warum hast du vor 12 Jahren nicht danach gegriffen? Es stand dir frei, wärest du hinausgegangen und hättest du dasselbe getan. Du tatest es nicht. Wohlan, dann schweige heute, denn nunmehr handeln wir!

Für dich Kritiker spricht gar nichts als deine Einbildung oder deine Überheblichkeit oder wohl gar deine Undankbarkeit. Für uns aber spricht die Arbeit, die jeder vor sich sehen kann: unser Werk.

Wenn sich heute in ganz Deutschland das Bild einer einzigen Bewegung zeigt, die von Ostpreußen bis zum Rhein, von Hamburg bis hierher das deutsche Volk aufrüttelt, dann ist das unser Werk. Wenn diese Bewegung in Deutschland heute eine eiserne unzerstörbare Wucht besitzt, dann ist das wieder unser Werk. Wenn diese ganze Bewegung nur von einem Geiste beherrscht wird, dann ist das erst recht unser Werk. Und wenn sie einst den Erfolg vollendet, dann wird auch das unser Werk sein. Und mit Stolz darf ich sagen: Mein Werk und das Werk von Euch treuen Menschen, die Ihr Euch an meine Seite gestellt habt, die Ihr mit mir gegangen seid in schlimmen und guten Tagen, in das Gefängnis hinein und aus ihm wieder hinaus in die alten Kämpfe wie vorher. -

Die anderen haben es leicht, heute in Deutschland zu kritisieren. So sehr ich aber für Ratschläge dankbar bin und jedem das Recht gebe, seine Meinung zu äußern, so sehr ich es jedem zubillige, daß auch ich ein fehlerhafter Mensch bin und wohl hundertmal mich irre, so sehr bestreite ich aber auch, daß es einen Menschen gibt, der mehr Recht hat auf diese Bewegung als ich, daß es einen Menschen gibt, der sie mehr liebt als ich und daß es einen Menschen gibt, der mehr berechtigt ist, sich vor diese Partei als Führer hinzustellen, als ich.

Und weil ich nun Euer Führer bin, nicht etwa als Syndikus gewählt oder angestellt, nicht von Euch ausgesucht und durch Majoritätsbestimmungen eingesetzt, sondern weil ich Euer Führer bin kraft meiner eigenen Arbeit, dulde ich es auch nicht, daß irgendeiner diese Bewegung schädigt [11].

"Weich bin ich als Mensch, granithart wie Stein aber als Führer der Partei."

---

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

11 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

Alles kann ich verzeihen, nur eines nicht: Verrat an der Bewegung, Untreue an ihr und Störung des Marsches zum Ziel.

Wer sich hier gegen den Geist dieser Partei versündigt, der hat mich als fanatischen Todfeind gegen sich, und ich werde dann nicht ruhen und rasten, ehe ich ihn entfernt habe. Und glauben Sie mir: *Als ich den Entschluß faßte, nunmehr einzugreifen, um eine disziplinlose Gesellschaft, die die Partei gefährdete, in dieser drohenden Stunde auf das rascheste zu entfernen, da habe ich mir nicht gesagt: Es handelt sich ja nur um ein paar hundert Menschen. Nein! Ich erklärte meinen Mitkämpfern: Und wenn ich 30.000 nun entfernen muß, und wenn es 100.000 sind, besser ist es, ein Drittel meiner Bewegung ging und das übrige bliebe hart und fest, als daß auch diese Partei zum Spielball des Ungehorsams und damit des Zerfalls würde wie jede andere auch! Man unterschätzt meine Entschlossenheit im Ausbrennen eines solchen Geschwürs, denn wenn es sein sollte, daß alle gingen, dann ginge eben auch ich wieder allein!* (Tosender, anhaltender Beifall.)

Nun aber habe ich in diesen Tagen erst recht eine große und gewaltige Hoffnung geschöpft für den Kampf in der Zukunft. Ich habe erlebt, daß sich an uns ein Spruch bewährt, der einst in Deutschland als ein goldener galt: In einer Zeit, in der man glaubt, alles stürzen zu können, in der überall der fremde Geist triumphiert, fremdes Gift in unser Volk sich einschleicht und darin Verwüstungen und Verheerungen anrichtet, da wir überall den Verfall sehen, da hat sich für uns riesengroß eingezeichnet die Erkenntnis, daß in der Partei der Spruch noch seine Geltung hat:

Meine S.A.- und S.S.-Kameraden:
Die Treue ist doch kein leerer Wahn!
Es lebe unsere Bewegung!

8. April 1931 — Dok. 87
"Sage mir, wer Dich lobt..."
Artikel

VB vom 8.4.1931.

Seit vielen Wochen verfolgte die Parteileitung die durch den Polizeihauptmann a. D. Stennes inszenierte Verhetzung eines Teiles der S.A. [1]. Freilich war der S.A.-Mann selbst am allerwenigsten geneigt, den Lügen und Verleumdungen, Verdrehungen und Fälschungen Glauben beizumessen. Nur ein Teil der Führer ließ sich einfangen.

Die Schwierigkeit einer Gegenwehr der Partei lag im folgenden: Der Polizeihauptmann a. D. hatte sich eine besondere Taktik zurechtgelegt. Er ging offiziell in [*sic!*] Loyalitätsbezeigungen über, gab eine Treueversicherung nach der anderen ab und ließ dann, teils anonym, teils aber auch direkt, die ihm unterstehenden Führer und S.A.-Männer durch Reden und Schriften ebenso geschickt wie gewissenlos unsicher machen.

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

Ich habe auf die Hauptmerkmale dieser Tätigkeit schon hingewiesen [2]. Wie bei allen solchen Anlässen wurde mit Begriffen operiert, die dem unerfahrenen S.A.-Mann gegenüber nur zu leicht verdreht werden konnten. Nord gegen Süd, Preußen gegen Nichtpreußen, "Sozialrevolution" gegen "kapitalistische Reaktion", "Aktivismus" gegen "feige Legalität" usw. Mit all diesen Begriffen konnte man dann nach Belieben herumjonglieren. Man konnte hetzen, lügen, soviel man wollte. Eine Gegenwehr der Parteileitung war gar nicht möglich, weil die Verschwörer-Clique nach außen offiziell ja von Loyalität überfloß. Wurde wirklich ein solches Subjekt einmal zur Rede gestellt, bestritt die Clique das Behauptete; der pflichtgetreue Führer aber, der eine solche Meldung abgab, wurde am Ende dafür sogar noch bestraft!

Alles das wäre nicht von unmittelbarer Gefahr gewesen, wohl aber die Tatsache, daß Gründe zur Befürchtung gegeben waren, die verhetzte Truppe würde unter Leitung dieser Verschwörung sich zu einer Handlung hinreißen lassen, die zum augenblicklichen Verbot der gesamten Partei führen konnte. *Wir haben im Laufe der letzten Jahre an sich festzustellen Gelegenheit genug gehabt, daß eine ganze Anzahl von Gesetzwidrigkeiten durch Elemente provoziert wurden, die früher Angehörige der Polizei gewesen sind.* Auch die Beziehungen des ehemaligen Polizeihauptmannes Stennes zu einzelnen Beamten der Polizei Grzesinskis [3] waren der Partei bekannt.

Das Aufstechen dieser Eiterblase erleichtert nunmehr der Partei ihren Kampf gegen alle weiteren Zersetzungsversuche. Der Gegner kann in Zukunft nicht mehr getarnt vorgehen, sondern er ist gezwungen, seinen Kampf in aller Öffentlichkeit zu führen. Damit sieht jeder Parteigenosse und jeder S.A.-Mann sofort, wer hinter dieser Verschwörer-Clique steckt.

Heute mag jeder S.A.-Mann aber folgende Tatsache bedenken und überlegen:

1. Die ganze Judenpresse wirft der Partei seit Jahren illegale Absichten vor.

2. Die ganze Judenpresse fordert seit Jahren wegen dieser unterschobenen verdammenswerten illegalen Absichten ein Verbot der Partei.

3. In den Ländern, wo die Parteien des Zentrums und des Marxismus regieren, wird die N.S.D.A.P. aufs schwerste verfolgt, indem man behauptet, sie verfolge illegale Zwecke [4].

---

2 Vgl. Dok. 80; Dok. 81; Dok. 84.

3 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-1933 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamts, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preuß. Landespolizeiamts, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Okt. 1926 bis Feb. 1930 preuß. Innenminister, 1933 Emigration.

4 Zur Bekämpfung der NSDAP auf Länderebene vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 265 ff. Sowie Staat und NSDAP, S. 175 ff.

4. Der Reichsminister Dr. Wirth[5] *bemüht sich seit Monaten ununterbrochen, den illegalen Charakter der Partei aus allen möglichen Vorgängen, Zitaten usw. zu beweisen*[6].

5. Es steht also fest, daß unsere politischen Feinde der schwarz-rot-goldenen Koalition uns mit allen Mitteln illegale Zwecke und Ziele unterschieben möchten und eine solche Zielsetzung und Zweckbestimmung dann als ein Verbrechen erklären, durch das die Partei verboten und das zur Auflösung der S.A. verwendet werden müsse. Tatsächlich wird damit das Uniformverbot[7] *begründet, und endlich werden Zehntausende von Parteigenossen mit dieser Begründung aus dem Staatsdienst geworfen, aus Beamtenstellen entfernt*[8], *kurz, brotlos gemacht.*

Das alles kümmert Herrn Stennes gar nicht! Im Gegenteil: Da die Partei in Wirklichkeit keine illegalen Ziele verfolgt, sondern mit legalen Waffen kämpft, setzt Herr Stennes diese Parteitätigkeit herunter, nennt sie "schlappschwänzig", "sozialreaktionär" "unpreußisch" und bedroht die gesamte Bewegung damit auf das schwerste.

Nun greift die Parteileitung durch. Der Herr Polizeihauptmann a. D. wird in letzter Minute mit seiner Verschwörer-Clique aus der Partei hinausgefeuert. Damit wird jeder Versuch, eine illegale Handlung der Partei aufzuoktroyieren, verhindert.

Was wäre nun natürlich und selbstverständlich?

Es wäre selbstverständlich, daß die Judenpresse, die doch die ganze Zeit gegen unsere Illegalität geschrieen und geflucht hat, sich gegen Stennes wendet und für den legalen Kurs eintritt!

Was aber geschieht?

Die Judenpresse stürzt sich mit wahrem Triumphgeheul auf diesen Fall in der N.S.D.A.P. und hat nur eine Hoffnung, daß der legale Kurs unterliegen möge und der revolutionäre Phrasendrescher und Polizeihauptmann a. D. Sieger bleibt.

Es steht also damit eines fest: Was die Judenpresse die ganze Zeit uns als Verbrechen vorgeworfen hat, das hofft sie, wird nunmehr durch diese Verschwörer-Clique bewiesen.

Daher der grenzenlose Jubel über den Ausbruch dieses Putsches, daher jetzt aber auch die Wut über das Mißlingen desselben.

Aber auch sonst kann jeder S.A.-Mann und jeder Parteigenosse den inneren Wert der Phrasen dieses Meutererringes an der Haltung der Feinde unseres Volkes ermessen:

Der Polizeihauptmann a. D. Stennes schwätzt von "Sozialismus", schwätzt von "Proletariergesinnung", von "Volksempfinden" usw.

---

5 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Dr. phil., 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913 MdL (Zentrum) in Baden, 1914-1918 MdR, 1918-1920 Finanzminister in Baden, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und bis 1933 MdR, März 1920 bis Okt. 1921 Reichsfinanzminister, Mai 1921 bis Nov. 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Okt. 1921 bis Jan. 1922 und Juni 1922 bis Nov. 1922 Reichsminister des Auswärtigen, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Okt. 1931 Reichsminister des Innern, 1933 Emigration.

6 Zur Haltung des Reichsministers des Innern Wirth gegenüber der NSDAP vgl. z. B. Wirths Schreiben an Reichswehrminister Groener vom 21.10.1930. Druck: Staat und NSDAP, S. 164 f.; Wirths Schreiben an das Auswärtige Amt vom 4.4.1931. Druck: ebenda, S. 191 f.

7 Anspielung auf die Uniformverbote für die SA, die auf der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 basierten (Druck: RGBl. I, 1931, S. 79 ff.). In einigen Ländern waren solche Verbote bereits früher erlassen worden (vgl. Dok. 7, Anm. 6).

8 Vgl. Dok. 31, Anm. 4.

Tritt nun die großkapitalistische Judenpresse, treten diese ganzen Börsengazetten etwa für den Sozialismus ein, oder treten sie für den deutschen Arbeiter ein? Oder liegt ihnen etwa das Wohl unseres Volkes überhaupt am Herzen? Nein! Jeder S.A.-Mann weiß, daß es sich hier um ultrakapitalistische Einrichtungen handelt, geschaffen und tätig zum Schutz der internationalen Hochfinanz gegen die Interessen unseres Volkes! *Wie muß es aber dann um den Sozialismus des Herrn Polizeihauptmann a. D. Stennes bestellt sein, wenn ausgerechnet diese kapitalistische Presse vor Begeisterung tobt, weil Herr Stennes die Partei nunmehr in seine Hand zu nehmen versucht?*

Sage mir, wer Dich lobt, und ich sage Dir, wer Du bist!

Und sage mir, wer auf Dich rechnet, und ich sage Dir, wem Du nützest!

Und zum dritten: Sage mir, wem Du nützest, und ich sage Dir, was Du willst!

Der Herr Polizeihauptmann kann seinen politischen Leierkasten noch so angestrengt drehen und seine Phrasenwalzen noch so schnell herunterlaufen lassen, er kann heute keinen Menschen mehr über den wahren Zweck und Sinn seines Handelns täuschen. Das Bravo, das die Judenpresse voll Begeisterung seiner Herostratentat [9] zugejubelt hat, ist das vernichtendste Urteil für jeden Nationalsozialisten.

Solange diese ganze Pressemeute die Vernichtung der Nationalsozialistischen Partei so herbeisehnt, wie sie das jetzt wieder bewiesen hat, solange ist die Partei auf dem richtigen Wege, und solange diese Presse mit solcher Sehnsucht die Beseitigung der heutigen Parteileitung erhofft, solange ist diese Parteileitung gut. Die beste Bestätigung aber für den Wert der heutigen Führung ist die stürmische Begeisterung der Feinde Deutschlands für denjenigen, der als Meuterer der Parteileitung in den Rücken zu fallen versucht. Die Tatsache, daß die grimmigsten Feinde der N.S.D.A.P. die größten Beifallsklatscher zur Aktion dieses Meutererklüngels waren, ist für die Nationalsozialistische Partei und für mich als ihren Führer die erhabenste Rechtfertigung, die ich mir überhaupt denken kann.

Es bestärkt mich dies erst recht in meinen Entschluß, alles das aus der Partei herauszustechen, was irgendwie weiteren Anlaß zu Hoffnungen dieser Todfeinde unseres Volkes und dieser Todfeinde unserer Bewegung geben könnte.

Ich werde daher nicht eher ruhen und nicht eher rasten, bis dieses Giftzeug aus unserer Bewegung aber auch wirklich restlos entfernt ist. Ich bin schon jetzt überzeugt, daß diese Reinigung zur Quelle eines neuen und noch größeren Aufstieges unserer Bewegung werden wird.

Adolf Hitler

9 Bezeichnung für einen Verbrecher aus Ruhmsucht; nach dem Griechen Herostratos, der 356 v. Chr. den Artemistempel in Ephesus in Brand steckte, um berühmt zu werden.

8. April 1931 Dok. 88
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!"
Aufruf

VB vom 11.4.1931.

Der Stahlhelm hat zur Auflösung des Preußischen Landtags ein Volksbegehren eingebracht [1].

Es ist die Aufgabe und Pflicht aller Parteigenossen und aller Anhänger unserer Bewegung, sich ausnahmslos in die Listen einzuzeichnen [2].

Helft auch auf diesem Wege mit, daß die zentrümlerisch-marxistische Politik des Terrors und der Vernichtung unseres Volkes gebrochen wird.

Sorgt dafür, daß Preußen wieder wird, was es jahrhundertelang war: ein stolzes Bollwerk deutscher Kraft,

ein Bannerträger der deutschen Freiheit.

Adolf Hitler

München, den 8. April 1931.

9. April 1931 Dok. 89
Rede auf SA-Versammlung in München [1]

VB vom 14.4.1931, "Hitler spricht über Führung, Autorität, Gefolgschaftstreue" [2].

Vor 12 Jahren sah es in Deutschland um die deutsche Sache trübe aus. Wohin Sie damals blickten, Sie konnten nur eine Flut der Zerstörung sehen, einen einzigen Strom, der alles in sich zu verschlingen drohte, jede Ordnung schien aufgelöst, alle gemeinsten Triebe schien das öffentliche Leben nunmehr endgültig in seinen Dienst gezwungen zu haben. Und diesem ganzen Strom stemmte sich nichts entgegen. Das deutsche Volk zerfiel damals in Klassen und Parteien und Stände und Überzeugungen. Wohin Sie blick-

1 Am 4.2.1931 hatte der Stahlhelm beim preußischen Innenministerium einen Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags beantragt. Vgl. Volker Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 160 f.

2 Am 8.4.1931 wurden die Eintragungslisten für das Volksbegehren ausgelegt. Vgl. ebenda, S. 173.

1 Im Zirkus Krone, von etwa 21.00 bis 21.30 Uhr. Auf der laut Polizeibericht überfüllten Kundgebung der Münchener SA und SS, bei der alle höheren SA-Führer aus dem Deutschen Reich und Österreich anwesend waren, sprachen zuerst Stabschef der SA Ernst Röhm und danach General a. D. Franz Ritter von Epp. Anschließend hielt Hitler eine etwa 30-minütige Rede. Den Abschluß der Versammlung bildete ein feierliches Treuegelöbnis der SA-Führer zu Hitler.

2 Vgl. auch Augsburger Abendzeitung vom 10.4.1931, "Treuegelöbnis der SA-Führer für Hitler"; VB vom 11.4.1931, "Die Treue wird sie zerschmettern". Sowie Polizeibericht vom 9.4.1931 (gez. August Prebeck); StA München, Polizeidirektion München 6809.

ten: kleine Gruppen, kleine Verbändchen, kleine Vereinigungen, und alles ging im tollen Wirbel durcheinander.

Nur etwas schien alles erdrücken zu können: Die Welle des Undeutschen, die Welle unserer internationalen Todfeinde, sie allein schienen in jenen turbulenten Jahren unwiderstehlich zu sein. Der Sieg des Marxismus, der Sieg des Zerfalls, der Sieg der Auflösung überall - und dem stand nirgends eine Krafterscheinung gegenüber, von der man hätte sagen können: Dort ist das Verderben, aber hier ist Deutschland, dort ist der Zerfall, aber hier ist die deutsche Zukunft wieder verkörpert, dort ist der Untergang, aber hier ist der Glaube.

Damals sind viele an Deutschland verzweifelt. Der Zusammenbruch war vielleicht gerade deshalb am größten, weil der einzelne Mensch, umherblickend nach irgendeinem Halt, keinen solchen finden konnte. Wo sollte der junge Deutsche hingehen, auch wenn er nicht einverstanden war mit dem, was damals sich anschickte, die öffentliche Gewalt in Deutschland zu erobern, wohin sollte er sich wenden, zu welcher Bewegung, in welche Organisation sollte er eintreten?

Es war in diesen Jahren 1918, 1919, 1920 trostlos zu sehen, wie überall sich einzelne Deutsche entgegenstemmen wollten dem ungeheuren Verhängnis und wie dieses Verhängnis über sie hinwegschritt, als wären sie nicht gewesen, wie jede einzelne Aktion des Widerstands zusammenbrach und in den Strudel ihres Zusammenbruches die heroischen Menschen mitriß, die sich mutig genug dem allgemeinen Verhängnis entgegenzuwerfen wagten.

Es ist dann Jahr um Jahr vergangen, und noch immer ist Deutschland umdroht, noch immer sehen wir die Feinde unseres Volkes, *auch heute noch sehen wir den Geist der Zerstörung, den Geist der Vernichtung, der Selbstentwürdigung, der Unterwerfung und des Verrates -*

aber welch ein Wandel ist trotzdem nun in Deutschland eingetreten! Da wo sich früher eine große Flut hemmungslos dahinwälzen konnte, ist jetzt ein Fels entstanden, eine gigantische Bewegung steht heute da. Die Wellen des Verfalls spülen um sie herum, aber dieser Fels steht heute, und an ihm werden sich diese Wellen brechen. (Starker Beifall.)

Millionen deutscher Volksgenossen rechnen sich nicht zu uns, obwohl sie auch gerne Deutsche sein möchten. Millionen wollen von uns nichts wissen, *allein sie würden - das, Parteigenossen und Kameraden, wissen wir genau - nach uns schreien, wenn wir plötzlich nicht mehr da wären.* (Stürmischer Beifall.)

Das deutsche Volk steht heute seinem Feind nicht mehr so gegenüber wie vor 12 Jahren, nicht mehr wehrlos ausgeliefert der tobenden Wut des Marxismus. Auch der Jude kann heute nicht mehr wie vor 12 Jahren die Massen aufpeitschen, ohne daß irgendwo ihm einer ein Halt entgegenschreit. (Lauter Beifall.) Nein, ein Wunder hat sich in Deutschland vollzogen: *Wie aus nichts heraus bildete sich eine Zelle der Gesundung und legte nun Ring um Ring um sich, vergrößerte* [*sich*] *von Tag zu Tag und von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr, schob sich in immer breiterer Front hinein in das deutsche Volk und steht heute gewaltig, groß und unerschütterlich in diesem deutschen Volk.* (Stürmischer Beifall.) Und an ihm, an diesem Felsen, an dieser neuen Organisation des deutschen Volkes und des deutschen Lebens stößt sich schon jetzt alles, was früher vollständig

hemmungslos sich am deutschen Volksgut, an deutscher Vergangenheit, an der deutschen Gegenwart und Zukunft austoben konnte.

Und, meine lieben jungen Freunde, was uns Nationalsozialisten allein schon zusammenfügen muß, jetzt und immer, das ist der Abgrund tiefen Hasses aller anderen gegen uns. Denn es gibt gar keine erhabenere Rechtfertigung für unser Werk und für alles das, was aus ihm entstanden ist, als dieser fanatische und teuflische Haß. Warum wenden sie sich gegen uns, warum schreit ihre Presse Tag für Tag nur gegen uns, warum ist diese Koalition von der "Frankfurter Börsenzeitung" bis zur "Roten Fahne" gebildet worden, warum stehen alle auf gegen uns, gegen euch?

Sie sehen in uns den einzigen Feind, der ihre Vernichtungsarbeit verhindern wird, sie sehen in uns den einzigen Feind, der sie um die Frucht ihrer Arbeit bringen wird, sie sehen in uns den einzigen Gegner, der sie einmal zur Rechenschaft ziehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Wenn heute tausend, hunderttausend, ja Millionen verblendete Volksgenossen über uns schimpfen, unser Handeln nicht verstehen wollen und vielleicht auch nicht verstehen können, dann aber dürfen wir eines wenigstens feststellen:

Erstens, wir sind da, und zweitens, wir sind in ansehnlicher Erscheinung da, und drittens, es gibt in Deutschland niemanden mehr, der unser Dasein übersehen kann, und viertens, es gibt niemanden, der sich nicht mit uns auseinandersetzen muß, der nicht, wenn schon nicht heute, dann morgen, und wenn nicht morgen, dann übermorgen eines Tages auch Stellung nehmen muß.

Das ist unser großes Verdienst, daß wir den feigen Zwitterzustand endlich beendet haben. *Wir bringen es so weit, daß jeder Deutsche einmal Farbe bekennen muß.* (Starker Beifall.) Es kommt der Augenblick, da an jeden einzelnen die Frage tritt:

Bist du für uns oder gegen uns? Eines von beiden! Du kannst heute nicht mehr sagen: Ich bin neutral!

Wir werden diese Frage zur ganz großen grundsätzlichen Frage in Deutschland erheben. Sie wird heißen:

Bist du für uns oder gegen uns? Eines [...] [3] *du nur mit uns gehen, - oder du gehst nicht mit uns, dann bist du gegen Deutschland!* (Stürmischer Beifall.)

Wir werden die Menschen damit zur Wahrhaftigkeit wieder zurückzwingen, werden es ihnen unmöglich machen, mit vertarnten [*sic!*] Kappen zu spielen. Und wir werden dann unser Volk erst wieder würdig machen, überhaupt vor den Richterstuhl des Herrn hinzutreten. Denn das ist doch wohl die erste Voraussetzung für das Existenzrecht jedes einzelnen Mannes, daß er selbst erklärt, ob er leben will oder nicht.

Und mit uns meldet das deutsche Volk seinen Anspruch an das Leben an. Es erhebt sich mit uns und wehrt sich gegen diejenigen, die sein Lebensrecht brechen wollen, mögen sie sein wo immer. Und in uns entsteht der öffentliche Ankläger gegen diejenigen, die mithelfen, das Leben unseres Volkes zu kürzen, mögen sie sein wer immer. *Wir haben dabei alle die Genugtuung, daß diese Organisation, von allen befehdet und befeindet, niemandem verpflichtet ist außer unserem Volk und dem Gewissen dieses Volkes - und das tragen wir in unserer Brust.*

3 Text bricht ab.

Niemandem sind wir verpflichtet, keinem Stande, keinem Berufe, keiner Klasse, keiner einzelnen Vereinigung, sondern ausschließlich dem Begriff und seinem Inhalt "deutsches Volk", dieser Substanz von Fleisch und Blut, der wir auch angehören, deren Sprache wir sprechen, deren Wesen uns erfüllt und mit dem wir uns verbunden fühlen, und von dem wir hoffen, daß in der Zukunft mitverbunden bleiben die Kinder unseres Volkes.

Heute stehen wir nun da als eine gewaltige Organisation, und mancher wird sich vielleicht fragen: Wie ist es denn möglich geworden, aus gar nichts heraus das überhaupt zu gründen und diesen Damm, diesen Felsen der anderen Flut entgegenzustemmen? Man wird vielleicht sagen: *Es ist die Idee an sich! Jawohl, dies ist richtig. Kein Gegner kann geistig sich heute mehr mit uns messen und seine Klinge mit uns kreuzen,* nur zu Lügen und Verleumdungen können sie Zuflucht nehmen. Lesen Sie die Blätter der anderen - sie können nicht nur nicht unsere Gedankenwelt beeinflussen oder sie gar entwurzeln, sondern sie wagen das gar nicht mehr.

Allein, es ist nicht die Idee, die uns den *Sieg* gibt. Ideen gab es immer, zu allen Zeiten, und doch hat so oft auf der Welt die Gemeinheit triumphiert. Sie mögen auch sagen: Vielleicht ist es die Verbindung dieser Idee mit dem Wesen dieser Organisation, vielleicht ist es die Tatsache, daß in dieser Organisation die Gedankenwelt der Idee selbst vorbildlich verankert ist? Schon richtiger und doch nicht ganz richtig!

Gewiß, was wir im großen verfechten, wir tragen es bereits in uns, stolz nach außen und innen. Wir sind eine Vereinigung von Männern, die auf ihr Volk eingeschworen sind, und wir sind eine Vereinigung von Männern, die bereit sind, für ihr Volk sich einzusetzen bis zum letzten, die den Mut besitzen, die Mehrheit dorthin zu setzen (?), wohin sie immer gehört, und die Führung dort zu suchen, wo sie von jeher liegt: *bei der Kraft der Persönlichkeit.*

Wir haben den Mut, das an uns selbst zu erproben. Jeder von uns ist stolz darauf, sagen zu können: *Auch ich habe einmal gehorcht, gedient, auch ich habe mich einmal unterworfen. Ich selbst bin stolz darauf* (Stürmischer Beifall.) - *heute allerdings befehle ich -, ich erwarte nun aber auch von anderen, daß sie gehorchen.* Dieses Befehlen- und Gehorchenkönnen ist gewiß ein großer Garant für den Sieg dieser Idee in dieser Organisation und dieser Organisation mit dieser Idee. Allein, es ist noch lange nicht das Ausschlaggebende. Wenn unsere Gegner alles messen wollen mit dem Maßstab ihres rein materialistischen Sehens, ihres Wägens nach rein materialistischen Gründen, dann werden sie niemals uns vollständig verstehen können.

Was uns groß gemacht hat, ist etwas, was darüber hinauswächst. Wir haben eine Unzahl von Prinzipien aufgestellt, Prinzipien, die wir in dieser Bewegung garantiefest verankern.

Wir haben aufgestellt ein

Prinzip der Führung,

das grundsätzlich immer an jeder Stelle einem die Verantwortung gibt und sagt: Du bist dafür verantwortlich, und keine Majorität kann dich jemals deiner Verantwortung entbinden; du mußt die Verantwortung übernehmen, du kannst befehlen, aber du mußt auch mit deinem Kopf dafür eintreten. Ein Prinzip, das wir durchführen von der kleinsten Gruppe bis hinauf zur Gesamtorganisation.

Wir haben ein zweites Prinzip, das
Prinzip der Autorität
nach unten und der Verantwortung nach oben - zum Unterschied vom demokratischen Prinzip der Autorität nach oben und der Verantwortung nach unten. Wir haben dieses Prinzip wieder aufgebaut, vom kleinsten angefangen bis hinauf zum größten. Der kleinste Gruppenführer, der kleinste Truppenführer, er hat unbeschränkte Autorität über seine Gruppe. Verantwortlich ist er der nächsten Stelle nach oben, und so läuft das durch bis zur letzten Verantwortung, die wieder im Volke mündet.

Allein auch das ist noch nicht das zuletzt Entscheidende.

Wir haben in dieser Bewegung zum Prinzip erhoben den
Gedanken der deutschen Gefolgschaftstreue.

Der Gedanke der deutschen Gefolgschaftstreue, die vielleicht andere, die nicht deutsch sind, gar nicht verstehen und ermessen können. Diese Gefolgschaftstreue, die aber am Ende härter ist als jeder Befehl, als jede Strafe, fester als jede äußere Bindung, die es geben kann, diese Gefolgschaftstreue, die im kleinsten beginnt, die dort die kleine Gemeinschaft aufbaut, die wir Gruppe oder Trupp heißen, die Gefolgschaftstreue in den Sturm hinein, die weitergeht in die Standarte, sich fortsetzt in den Gausturm und schließlich endet in der Gesamtorganisation.

Und da kann ich unseren Gegnern wohl sagen: Solange ihr in uns nur eine Organisation findet, aufgebaut auf einer Idee, aufgebaut auf Gehorsam, aufgebaut auf Befehlsgewalt und meinetwegen sogar auf Strafgewalt, solange könnt ihr noch immer damit rechnen, uns einmal beseitigen zu können.

Wenn aber in diese Organisation als gewaltigster Kitt die Treue eingefügt ist, wenn sie durchdrungen ist von diesem unbändigen Gefühl des Glaubens, der gegenseitigen Hingabe, der gegenseitigen Treue, der Gefolgschaft auf Leben und Tod, wenn das ist, dann ist all euer Stürmen vergeblich, dann werdet ihr unterliegen, dann wird diese Treue euch zu Boden schmettern!

Sie wird der Sieger sein in Deutschland.

Die Untreue hat unser Volk einst geschlagen, und die Treue wird es wieder erlösen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Und das ist das große Geheimnis des wunderbaren Sieges dieser jungen Bewegung. Das ist das Geheimnis: Diese Treue zuerst von einem Dutzend und später von hundert, dann von tausend und endlich von zehn- und hunderttausend Mann untereinander und zueinander,

die Treue zur Idee, die Treue zum Führer, die Treue zu unserem deutschen Volk -

das ist das Geheimnis, das uns stark und unbesiegbar macht!

Und wer an der Treue rüttelt, der stürzt und muß stürzen! (Stürmischer Beifall.)

Jahrelang hatten wir das Glücksgefühl, einer ganzen Welt gegenüber standhalten zu können. *Ein unerhörtes Wunder war es, im Osten und Westen und auf den Meeren der ganzen Welt unsere Fahnen in Ehren zeigen zu können.* Ein Wunder ist das gewesen, daß so oft zehn unserer Feinde nicht zwei Deutsche brechen konnten. Ein Wunder, daß wir damals mit einer Handvoll Divisionen feindliche Armeen zum Stehen brachten, daß

drei Bataillone 50 englische totlaufen ließen, ein unerhörtes Wunder ist das gewesen, der Segen des Herrn, der der Treue unseres Volkes zu Hilfe kam.

Und an dem Tag, an dem ein Teil unseres Volkes treulos wurde, treulos seinem Volk, seiner Führung, treulos unserer Geschichte, unserer Vergangenheit, treulos den Opfern, die wir gebracht haben, da zog der Herr die Hand zurück, und da stürzten wir nieder und werden seitdem noch geschlagen und können uns nicht mehr erheben, so lange, bis dieser Geist wieder in einem Teil des deutschen Volkes zum Fundament der Gemeinsamkeit wird, und auch so lange, bis dieser Geist uns wieder und unser ganzes deutsches Volk durchdringt und endlich als Wesensausdruck unseres Volkes wieder der anderen Welt gegenübertritt.

Jedes Volk hat seine Kraft und jedes Volk hat seine Stärke, und auch unser Volk hat seine besondere Kraft und seine besondere Stärke. Und solange wir dieser unserer eigensten Kraft und Stärke selbst treu geblieben sind, solange wurde der deutsche Name in der Geschichte immer mit Ruhm und Ehre überhäuft.

Und so finden wir uns wieder zurück zu diesem Glaubensbekenntnis unserer Väter, unserer Ahnen und unserer eigenen größten Zeit, die wir einst miterleben durften. *Finden uns wieder zurück in die Jahre, in denen wir nichts gewesen sind als Kampfgenossen, jeder von derselben soldatischen Treue zu unserem Volke erfüllt, mit Treue gebunden, zu Treue verpflichtet und Treue haltend seinen Kameraden bis in den Tod hinein. So finden wir uns wieder zurück in diese größte Zeit, die wir selbst miterleben konnten, und erheben den Glaubenssatz von damals wieder zum Bekenntnis von heute und sehen, wie schon jetzt der Segen des Herrn sich uns wieder zuwendet. Denn das ist das Wunder, das wir heute erleben:*

Der wilden Flut der Gegner hat sich wieder das zu sich selbst zurückgefundene deutsche Volk entgegengestellt durch euch und in euch. (Zu den S.A.- und S.S.-Leuten.) *Und die Gegner stürmen gegen euch, weil sie wissen, was euch die Kraft gibt, sie versuchen, das zu lösen, was euch unüberwindbar macht, versuchen euch zu verleiten, abzulegen das, was euch eure Stärke gibt. Und in diesen Wochen wieder, haben wir alle zu unserem Glück und unserer inneren Erhebung gesehen, daß jeder solche Versuch bereits vergeblich ist* [4].

Das Heer vom Hakenkreuz, das braune Heer ist unzertrennlich schon jetzt miteinander verbunden. Ob sie uns die Uniform ausziehen, ob sie uns die Abzeichen wegnehmen [5], *ob sie uns bedrohen - es ist gleichgültig. Ein Treuebund schließt sich heute um hunderttausend junge Männer, fügt sie zusammen zu einer Schwurgemeinschaft, und keiner ist mehr bereit, sich von dieser Gemeinschaft zu entfernen, ganz gleich, wie hart auch ihn selbst das Schicksal treffen mag.*

Und so sind wir heute hier zusammengekommen, um den Schwur auch für die Gemeinschaft vor dem ganzen übrigen Deutschland hier erst recht und erneut abzulegen:

Das ganze Deutschland sehe heute hierher, in den Tausenden von Männern sehe es nun den Beweis des neuen Bundes, der sich in Deutschland gebildet hat. Das ganze Deutschland sehe jetzt hierher, und es nehme dann zur Kenntnis, daß dieser Bund unzerstörbar ist, jetzt und für alle Zukunft. Und dieses ganze Deutschland entnehme dem die Gewißheit, daß in diesem Bunde dem deutschen Volk der Rächer und Erretter geworden ist, daß die hundert-

4 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.
5 Vgl. Dok. 87, Anm. 7.

tausend jungen und alten deutschen Männer, die sich im Bunde gefunden haben, mit Recht von sich sagen:

Wir sind die Repräsentanten des deutschen Lebens, nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft, wir tragen das deutsche Schicksal.

In unserem Lager ist heute Deutschland!

Stürzen wir, dann braust die Flut über Deutschland weg, und kein Damm hält mehr das Schicksal auf. So heißt es denn nun: Alle Mann zur Stelle, verschränkt die Arme, bildet eine neue Front, zieht unsere Banner auf, geht dem Feind entgegen und bekennt euch zum alten Wahlspruch:

Wenn alles untreu würde, so bleiben wir doch treu [6]*!*

10. April 1931 Dok. 90
Geleitwort

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift: Wille und Weg, Heft 1 vom April 1931.

Zum Geleit!

"Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg", heißt ein altes deutsches Sprichwort.

Wohl in keiner zweiten Bewegung Deutschlands war der Wille von solch ausschlaggebender Bedeutung wie in unserer Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Selbst aus schwersten Lagen und Nöten vermochte dieser Wille die Bewegung immer wieder herauszuführen. Seine Hauptwaffe im Kampf war dabei immer die *Propaganda*. Je meisterhafter unsere Bewegung dieses politische Kampfinstrument zu beherrschen lernt, um so sicherer öffnet sie damit dem Willen den Weg zum Erfolg.

Diesem Zweck soll auch die neue, von der Reichspropaganda-Leitung herausgegebene Schriftenfolge "Wille und Weg" [1] dienen.

Jeder Parteifunktionär und besonders jeder Propagandaleiter der Bewegung müssen sie studieren. Sie wird mithelfen, dem propagandistischen Kampf der Partei jene Einheitlichkeit zu geben, die die Voraussetzung ganz großer durchgreifender Erfolge ist.

München, den 10. April 1931

Adolf Hitler

6 Nach Novalis: "Wenn alle untreu werden, so bleib' ich dir doch treu."

1 Die Zeitschrift "Wille und Weg", die im Untertitel die Bezeichnung "Monatsblätter der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P." führte, erschien erstmals im April 1931. Herausgeber war Joseph Goebbels.

12. April 1931 — Dok. 91
Rede auf SA-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 14.4.1931, "Wo wir stehen, steht Deutschland" [2].

SA, Sie sind heute wieder hier, nahe an zehntausend Mann, aus freiem Willen, Ihrem eigenen Gewissen gehorchend. Es gibt in Deutschland keine bessere Widerlegung der Hoffnung derer, die meinen, daß der größte Feind der heutigen Zustände aufgehört habe zu existieren, als dieser Aufmarsch. Auch dieser Tag heute soll ein Beweis dafür sein, daß die alte SA lebt und steht. Unerschütterlicher als jemals zuvor. Sie sind hierher gekommen, um neue Fahnen aus meiner Hand in Empfang zu nehmen und bekunden damit auf's Neue, daß unser altes Symbol nichts von seiner Kraft für Sie verloren hat. Wir sind gerade in diesem Lande, in dem man die nationalsozialistische Regierung gestürzt hat [3], zusammengekommen als [*sic!*] zu einem feierlichen Protest gegen den Versuch, uns zu vernichten. Entweder das Schicksal drückt uns die Führung des deutschen Volkes in die Hand, oder dieses Volk wird überhaupt nicht geführt werden. Das Banner, das Sie hier vor sich sehen, ist nun einmal zum *Symbol eines eigenen Wollens* geworden. Unser *Glaube* ist es, der sich in dem alten Vorbild verkörpert. Der Mensch braucht nun einmal sichtbare Zeichen, an denen er sich aufrichtet, in denen sich seine Gesinnung verkörpert. Für uns ist das Hakenkreuzbanner dieses sichtbare Zeichen. Nun bitte ich Sie, nehmen Sie die neuen Banner in Ihre Reihen auf. [4]

---

1 Auf der Schießhauswiese, nach 10.45 Uhr. An dem SA-Appell, bei dem Hitler 14 SA-Standarten aus dem Bereich Großthüringen weihte, nahmen laut Bericht der Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland etwa 8.000 SA-Männer teil. Anschließend hielt Hitler eine weitere Rede auf der NSDAP-Gauführertagung im Nationaltheater. Vgl. Dok. 92.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 18.4.1931, "Adolf Hitler besichtigt die SA". Zum Veranstaltungsablauf vgl. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 13.4.1931, "Nationalsozialistische Reichsführertagung in Weimar".

3 Vgl. Dok. 80, Anm. 4.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

12. April 1931
Rede auf NSDAP-Gauführertagung in Weimar [1]

Dok. 92

VB vom 15.10.1931, "Das jüngste Deutschland kämpft für die Erneuerung uralter Lebenswahrheiten" [2].

Liebe Parteigenossen!

"Kritisieren ist leicht, und Bessermachen ist schwer" -, ein altes Sprichwort, das unsere Gegner auch nur zu gern bei uns anwenden möchten, wenn wir uns unterstehen, an ihnen und ihren Leistungen Kritik zu üben.

Wir dürfen aber eines für uns in Anspruch nehmen: Haben wir das Wesentliche, das Wichtigste, was es in Deutschland gibt, nicht schon besser gemacht als unsere Gegner? Mit welchem Programm sind wir in die Öffentlichkeit getreten? Haben wir ein Paradies versprochen oder einen Himmel? Haben wir nicht ununterbrochen das Schlimme aufgezeigt und vorhergesagt?

Haben wir es nicht fertiggebracht, in den 12 Jahren des Zerfalles und Verfalles eine neue eiserne Front aufzurichten? Ist nicht aus unserer Arbeit heraus, in einer Zeit, in der alles zerfällt, in Deutschland ein hartes Instrument geschaffen worden für den Kampf unseres Volkes? Haben wir nicht eine gigantische Organisation aufgebaut? Haben wir nicht vielen Millionen unseres Volkes einen neuen Glauben gegeben, so daß wir wohl sagen dürfen: Wenn diese Bewegung vergeht, dann stürzt für Millionen Menschen alles zusammen!

Verantwortungslose Narren aus Bürgerkreisen können sich gar nicht genug tun, uns zu verwünschen, ich weiß aber, daß, wenn die Bewegung morgen nicht mehr wäre, dann gerade diese Kreise nach unserer Bewegung schreien würden.

Wer hat denn heute überhaupt Widerstand geleistet?

Überall und immer waren wir das Gewissen der Nation.

Es gab in diesen 12 Jahren keinen Angriff gegen das Leben des deutschen Volkes oder gegen seine Ehre, den nicht wir, und oft allein, zurückgewiesen hätten.

Wer hat es unternommen, in dieses Volk eine neue Erkenntnis hineinzutragen? Unsere Bewegung, unsere Redner, unsere Führer waren es. Wir sind ein Stück deutscher Geschichte.

Ich glaube, in der Zeit der schlimmsten Erniedrigung unseres Volkes sind wir das beste Stück der deutschen Geschichte.

---

1 Im Nationaltheater, mittags. Die nichtöffentliche Gauführertagung der Thüringer NSDAP wurde von Gauleiter Fritz Sauckel eröffnet. Nach Grußworten von SA-Oberführer Gustav Zunkel, Hans Schemm und des sächsischen Gauleiters Martin Mutschmann sprachen MdL Willy Marschler, Gaupropagandaleiter Franz Metzner, Hauptschriftleiter Hans Ziegler, MdL Fritz Wächtler und Sauckel. Anschließend hielt Hitler, der zuvor bei einer SA-Standartenweihe gesprochen hatte (vgl. Dok. 91), eine Rede. Am Nachmittag nahm er auf dem Marktplatz einen Aufmarsch von etwa 12.000 Angehörigen der SA, SS und HJ ab.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 13.4.1931, "Nationalsozialistische Reichsführertagung in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 13.4.1931, "12.000 Braunhemden marschieren"; Der Nationalsozialist vom 14.4.1931, "Wo wir stehen, steht Deutschland".

Wir wollen uns über eines klar sein: So richtig die Idee ist, so wenig liegt in der Richtigkeit einer Idee an sich schon ihr notwendiger Erfolg begründet. Als wir vor 12 Jahren zu arbeiten begannen, da griffen wir hinein in die deutsche Geschichte der letzten hundert Jahre und holten aus ihr die fundamentalen Erkenntnisse heraus, auf denen sie sich aufbaute.

Es gibt Leute, die da sagen, alles, was wir vertreten, sei nicht neu. Gewiß: Alles, um was der Mensch kämpft, ist nicht neu. Es wiederholt sich der Prozeß des ewigen Lebens immer in den gleichen Formen und in denselben Körpern. *Es ist nur die eine Frage, ob die Menschen manchmal nicht vom Wege einer tausendjährigen Erkenntnis, einer Notwendigkeit, die immer wieder bewiesen wurde, sich abwenden und Gesetzen ergeben, die unvernünftig sind und die schon ihren Vorfahren geschadet hätten.* Und da ist es die Aufgabe der wirklichen Köpfe, das Volk wieder zur Vernunft zurückzuführen. Der Verstand sagt viel, aber leider kann der Verstand auch oft verbogen werden. Er kann betäubt werden, er kann vom Verstande zum Unverstande sich verbiegen, und dann wird es nur wenige geben, die in einer solchen Periode menschlicher Verirrung klar sehen und wieder zurückfinden zu dem, was der Verstand eigentlich befehlen müßte. Die große Masse hat an sich verstandesmäßig nicht die Fähigkeit, das Notwendige zu sehen, sie ist verblendet, ihr Verstand ist selten klar. So bleiben immer nur wenige übrig, die den Verstand behalten, und sie müssen nun mit ihrem Verstande versuchen, den Verstand der Masse wieder zurechtzurichten. Sie haben dabei eine große Unterstützung: *Jedes verstandesmäßige Selbstverständliche ist damit auch natürlich, und alles Natürliche liegt außer im Verstande auch noch im Unterbewußtsein der Menschen.*

An den unverdorbenen Instinkt der breiten Masse muß man sich dann wenden. *Eine Bewegung, die die Massen wiedergewinnen will, muß den Weg vom Verstande zum Instinkt finden.* Sie muß verstandesmäßige Begriffe so formulieren, daß sie in der Masse, die wohl dem Verstande nach nicht sehend ist, aber doch richtig im Gefühl, wieder das Verständnis findet, so, daß aus dem Verstande und aus diesem Instinkt der Masse sich langsam die Möglichkeit ergibt, das Volk wieder zum bewußten Sehen seiner Lebensnotwendigkeiten zu bringen. Alles, was wir tun, haben schon unsere Vorfahren getan, und nur weil sie es getan haben, sind wir da.

Nein, nichts Neues, sondern urewige Wahrheiten vertreten wir, keine gekünstelte, von uns entdeckte, erfundene Buchweisheit, nein, was wir vertreten, das ist zu allen Zeiten Grundlage gewesen der Größe der Völker. Das deutsche Volk wird zugrunde gehen, wenn es seine Kraft im Innern verbraucht. So war es aber seit Jahrtausenden, daß ein Volk seine Kraft im Inneren verbraucht, wenn es sich in Klassen und Berufe spaltet.

Ebenso wissen wir, daß es nötig ist, über den Interessen des einzelnen nur die Gesamtinteressen zu sehen, daß diese als die wichtigsten zu gelten haben, weil sich erst nach ihnen die Interessen der einzelnen bilden. Wir müssen deshalb einen Weg finden, der bei allen Differenzen im wirtschaftlichen Leben in gewissen großen Fragen doch alle Menschen zusammenführt, wir wissen aber weiter, *daß dieser Weg nur gefunden wird, wenn die verschiedensten Klassen verstehen lernen, daß in Wirklichkeit weder die materielle Vertretung der Lebensinteressen, noch die ideelle Vertretung der Interessen der Nation allein die Voraussetzung für das Lebensglück des Volkes bilden, wenn nicht der Begriff*

"Nationalismus" übergeht in einen natürlichen "Sozialismus". Eine wahre Volksgemeinschaft muß sich organisieren.

Es genügt aber auch nicht, wenn ein Volk einig ist, es muß dann sein Schicksal in die Hände der Weisen legen. Es darf nicht die Unvernunft zum Regenten seines Daseins machen. Es genügt nicht, daß wir eine Volksgemeinschaft besitzen, es ist notwendig, diese Volksgemeinschaft in ihren innersten Werten zu entwickeln. Wir müssen nachforschen, worin dieser innere Wert liegt. *Er liegt in den bestimmten rassischen Qualitäten. Wir sind Deutsche. Wir unterscheiden uns von anderen Völkern. Wir haben etwas in uns, das uns eigenartig ist. Wenn ich diese rassische Qualität zu heben versuche, dann muß ich dieses Volk regieren lassen von der Auslese seiner fähigsten Köpfe auf allen Gebieten. Nicht die Mehrheit wird Weisheit sein, nicht die Mehrheit wird Tatkraft sein, nicht die Mehrheit ist Genialität, sondern immer die einzelne Person.*

Nicht das napoleonische Zeitalter gab einem Napoleon seinen Namen, sondern Napoleon prägte ihn seiner Zeit auf, ein Friedrich hat einem Zeitalter seinen Geist aufgedrückt, ein Wagner gab der Zeit seine Musik. Immer werden die fähigen Köpfe die Quelle aller menschlichen Leistungen sein!

Die großen Köpfe eines Volkes sind das höchste Nationaleigentum.

Man redet vom Walde, von den Wiesen, Feldern, Bergwerken, von den Bauten und glaubt, das sei unser Nationalreichtum. *Der Nationalreichtum eines Volkes sind seine großen Männer.* Das Volk, das die meisten großen Genies besitzt, wird am reichsten sein. Das Volk, das die meisten und größten Dichter, die meisten Musiker, die meisten Bildhauer hat, wird am reichsten sein an Werken der Kunst. Das Volk, das die meisten großen Staatsmänner besitzt, die meisten Feldherren, wird nicht nur den meisten Ruhm bekommen, sondern auch das meiste Gut, das durch deren Kraft erworben wird. Der höchste nationale Reichtum für ein Volk liegt im Werte seines Blutes und im Werte seiner bedeutenden Menschen. Es ist aber logisch, daß ein Volk sich von seinem höchsten Werte den Weg bestimmen läßt.

Es genügt aber auch nicht, daß ein Volk kräftig und gesund ist, daß es reich ist an genialen Menschen.

Ist es noch nötig [*sic!*], daß es in seiner Gesamtheit begreift, daß auf der Welt alles Ringen Kampf heißt. Arbeit und Kampf sind zwei Begriffe, die eigentlich eins sind. Das Volk, das den höchsten Kampfeinsatz bietet, wird das meiste leisten.

Die Waffen zum Kampfe sind verschieden. Das eine Volk kämpft mit der Lüge, das andere mit seinem Blute. Wir Deutschen waren immer nur stark in dieser letzten Waffe. Sowie wir in der Geschichte glauben wollen, das Schicksal übertölpeln zu können, rief es uns sein Halt zu: Das versteht ihr nicht. Hier werdet ihr unterliegen, wenn ihr so weiterkämpfen wollt, denn ihr kämpft mit Waffen, die ich nicht euch gegeben habe! Nur wenn wir uns auf unsere wesenseigenen Waffen besonnen haben, dann sind wir groß geworden.

Das sind lauter alte Gedankengänge, die nur die Menschheit vergessen hat, denn heute lehrt man an Stelle des Blutwertes "Internationalismus", an Stelle des Persönlichkeitswertes "Demokratie", an Stelle des Kampfgedankens "Pazifismus".

Es war unser Verdienst, daß wir uralte Gedankengänge wieder in unser Volk hineinpflanzten und damit an seinen inneren Instinkt appellierten. Auf diese uralten Gedanken hat sich gerade das jüngste Deutschland verpflichtet: der Blutsträger der Zukunft unseres Volkes.

Wir sind als junge Bewegung mit uralten Ideen ins Leben getreten. Wir beginnen den Kampf der Lebenserneuerung so wie in der Natur. So vertritt und ficht die jüngste Bewegung für ihre Menschheitserkenntnis mit dem ältesten Symbol:

Das Hakenkreuz finden Sie unter den tiefsten Schutthalden der Kultur [*sic!*]. *Wo menschliche Kultur entstand, wurde sie von Ariern begründet, und wo diese wirkten, da sehen wir dieses uralte Zeichen, das nichts zu tun hat mit Hohenzollern, Republik oder Monarchie. Dieses Zeichen war da, als es noch keine Weimarer Verfassung gab, und dieses Zeichen wird da sein, wenn es keine Weimarer Verfassung mehr geben wird,*
ja, wenn vielleicht selbst das Gebäude, das wir heute Reich nennen, beseitigt ist, und darüber Jahrtausende vergangen sein werden. Es ist das ewige Lebenszeichen der Erneuerung, des Frühlings, des werdenden Sommers. Wir haben durch dieses Zeichen uns eine Kampfwaffe gegeben.

Jede Idee braucht eine Vertretung, und diese Vertretung ist die Organisation der Menschen dieser Idee, und wir haben aus unserer Idee eine eisenharte Organisation gebildet und sie in die Welt hineingestellt. *Heute steht sie vor Ihnen als das kraftvollste politische Gebilde des deutschen Volkes überhaupt.*

Wenn unsere Gegner die Hoffnung schöpfen, das Gebilde könnte einstürzen, dann zeigen sie, wie sehr sie selbst alt und schwach geworden sind und wie wenig ihnen das Verständnis geblieben ist für die unerschütterliche Jugendkraft dieser neuen Erscheinung. Unsere Gegner gehen in den Wald und schreien plötzlich: *Hier ist ein Bäumchen geknickt, ja, ein Bäumchen ist gebrochen. Gloria, der Wald hört auf zu wachsen. Aber der Wald wird trotzdem weiter wachsen. Es kann der eine oder andere stürzen, die Lebenskraft der Organisation stürzt keiner, denn sie ist das deutsche Volk. Niemand kann es brechen, außer das Alter selbst.* Nur wenn unsere Nachkommen sich wieder beirren lassen von fremden Menschheitsidealen, wenn eines Tages diese Organisation nicht mehr jung ist, sondern selbst alt geworden sein sollte, alt an Geist, alt am Sehen und Empfinden, dann kann auch für sie die Stunde schlagen, in der sie zugrunde geht. Dann wird nach Jahrtausenden nur die Frage bleiben: Gibt es noch Menschen unseres Blutes? Wenn ja, dann werden sie wieder tief unter dem Boden auf das alte Kreuz stoßen und sie werden wieder beginnen, das alte Werk neu aufzubauen.

Wir stehen an der Wiege eines Kindes. Die Gegner schätzen unsere Bewegung nicht richtig ein. *Gewiß, es ist noch ein kleiner Knabe (mit 8-9 Millionen Wählern* [3]*), doch er wird bald ein Jüngling sein und in die beste Zeit seines Lebens kommen.*

Er wird dann seine Mission erfüllen, ganz gleichgültig, wer sich ihm dabei entgegenstellt.

Sie, meine Führer, sind Mitkämpfer, und nicht jeder von Ihnen wird vielleicht das Letzte sehen, wird das Letzte erkennen. Irgendwo trägt aber jeder sein Erbgut im Blute. Ist der Hammer unserer Idee vom Metalle deiner Brust, dann muß du einen Ton von dir

3 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

geben, und das kann nur sein: Ich will sein. Du trägst den Geist, der an dich schlägt, in deinem Innern. *Wenn du deinen Glauben auf Grund deines inneren Instinktes hast: Dahin gehöre ich, wenn ich auch nicht alles verstehe -, dann folge deiner Stimme. Sie führt dich besser als die wankende Einsicht.*

Wenn wir uns zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben, dann müssen wir mit unseren Waffen kämpfen, und die beste Waffe in Deutschland war da noch immer die Treue. Gemeinsame Gaunerei kann scheinbar ebenfalls binden wie ein gemeinsames Ideal. Aber sie wird nicht der letzten Prüfung standhalten. Die Räuber gehen gemeinsam, bis sie die Beute besitzen, *die Idealisten gehen zusammen, bis das Ideal verwirklicht ist.* Auf dieser Treue baut sich in Deutschland alles auf, was historisch groß geworden ist.

Treuebruch! Es gibt kein Verderben im deutschen Volke, das nicht eingeleitet worden wäre mit dem Worte Treuebruch, seit der Zeit, wo wir zum ersten Male als Deutsche in die Geschichte traten. Es gibt aber auch nichts Gewaltigeres in unserer Geschichte als das, was unser Volk geleistet hat unter dem Worte Treue.

Treue in guten Tagen, Treue in schlechten Tagen, Treue im Gefängnis und heraus aus dem Gefängnis. Treue zur Idee und zueinander; daraus ist auch unsere große herrliche Organisation entstanden. Wir müssen immer eingedenk sein, daß alle menschliche Erkenntnis zerstört zu werden vermag, daß aber der Glaube viel schwerer zu erschüttern ist und daß dieser Glaube, wenn er sich in Treue umsetzt, unüberwindlich wird.

Sie, meine Führer, müssen die Träger dieses Glaubens und dieser Treue sein. Wo immer Sie stehen, müssen Sie sich als treu verbunden fühlen mit dieser Bewegung. Und wenn ich Ihre Treue für mich verlange, dann geschieht es, weil ich diese Bewegung gegründet habe. Wenn wir in dieser Weise zusammengeschmiedet im Kampf für unser Volk den Weg weiter gehen, dann muß, allen Teufeln zum Trotz, die Entscheidungsstunde kommen, dann muß diese Fahne über alles siegen, selbst wenn die Welt voll Teufel wär' [4].

4 Aus dem Kirchenlied "Ein feste Burg ist unser Gott" von Martin Luther: "Und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es soll uns doch gelingen". Druck: Evangelisches Kirchengesangbuch, Nr. 201.

13. April 1931 Dok. 93
Schreiben an Julius Friedrich Lehmann [1]

Masch. Abschrift, o. D.; BA, NL Schmidt-Hannover 30.

Hochverehrter, lieber Herr Lehmann!

Ich wende mich heute an Sie in der stillen Hoffnung, daß es Ihnen vielleicht möglich sein würde, auf eine Entwicklung, in der ich eine neue und gänzlich unnötige Streitsache sehe, günstigen Einfluß zu nehmen.

Wie Sie wohl aus der Presse genugsam ersehen haben werden, sah ich mich veranlaßt, den früheren S.A.-Führer von Berlin, Polizeihauptmann a. D. Stennes, seiner Stellung zu entheben und mit einer Anzahl anderer Parteigenossen aus der Bewegung auszuschließen [2]. Die Gründe hierzu waren absolut zwingende. Nicht nur das Interesse meiner Partei erforderte ihre Säuberung von diesen Destrukteuren, sondern im höchsten Sinne des Wortes das Interesse der gesamten nationalen Bewegung. Ich habe in letzter Zeit schon nicht mehr die Verantwortung übernehmen können für Vorbereitungen, die dieser ehemalige Polizeihauptmann getroffen hat und die im Falle ihrer Ausführung in einer Katastrophe sondergleichen geendet hätten. Die Notverordnung [3], über deren Sinn auch Sie, lieber Herr Lehmann, keine Zweifel haben werden, machte mir das schnellste Handeln zur Pflicht. Ich hätte nun wohl erwarten dürfen, daß zum mindesten das nationale Deutschland für mein Vorgehen Verständnis aufbringen würde. Ich muß aber zu meinem Leidwesen sehen, daß unter den Presse-Organen, die in einer geradezu bösartigen Weise gegen mich Stellung nehmen, an der Spitze die Deutsche Zeitung [4] steht.

Glaubt man denn wirklich im Lager des Alldeutschen Verbandes, daß es für Deutschland und für die deutsche Zukunft ein Glück wäre, wenn die nationalsozialistische Bewegung von irgendeinem Narren oder Verbrecher heute zerstört würde? Oder glaubt man wirklich, daß der Kampf um die deutsche Erhebung leichter durchführbar wäre, wenn die nationalsozialistische Partei auseinanderfiele? Ich weiß, daß es in Deutschland Menschen gibt, deren verbohrter Vereinsegoismus zu solchen Auffassungen befähigt. Allein, mit welchem Rechte würden sich solche Menschen dann als "alldeutsch" bezeichnen! Als Geheimrat Hugenberg [5] seinen inneren Parteikonflikt hatte [6],

---

1 Julius Friedrich Lehmann (1864-1935), Dr. med., Verleger, 1890 Gründer eines medizinischen Verlags in München, Mitglied der Thulegesellschaft, 1917 Herausgeber der Zeitschrift "Deutschlands Erneuerung", 1919 Mitglied des geschäftsführ. Ausschusses des Alldeutschen Verbands und des Beirats des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1931 Eintritt in die NSDAP.

2 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

4 Die 1896 gegründete "Deutsche Zeitung" gehörte zur Neudeutschen Verlags- und Treuhand G.m.b.H. und erschien 12mal wöchentlich in Berlin. Vgl. Handbuch des öffentlichen Lebens, 5. Ausgabe, 1929. Hrsg. von Maximilian Müller-Jabusch, S. 670.

5 Alfred Hugenberg (1865-1951), Politiker, 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines

traten ich und meine ganze Presse gegen die Zerstörer der Deutschnationalen Partei auf. Die Störenfriede wurden eindeutig als Deserteure abgelehnt. Ich muß auch bekennen, daß die im Scherl-Verlag erscheinenden Blätter [7] durchgehend eine wenigstens anständige Neutralität bewahren. Der Deutschen Zeitung aber blieb es vorbehalten, in einer schon wirklich erbärmlichen Unobjektivität die Interessen eines kleinen Meutererklüngels zu vertreten. Ich schreibe Ihnen, Herr Lehmann, nicht deswegen, weil mir das schadet. Denn, wenn man in der Redaktion der Deutschen Zeitung und beim Alldeutschen Verband ernstlich glaubt, vor einer, wie es den Anschein hat, ersehnten "Spaltung der Partei" zu stehen, dann werden diese scharfsichtigen Politiker zu zahlreichen bisherigen Enttäuschungen noch eine viel größere erleben. Ich habe mit dem möglichen Ausschluß von 10-15.000 Mann gerechnet und sehe, daß es noch nicht einmal 300 werden dürften [8]. Das ist bei einem durchschnittlichen Monatszugang von 36.000 neuen Kämpfern nicht erschütternd, sondern höchstens befreiend. Ich hatte die Partei noch niemals so fest in meiner Hand als jetzt, da ich den einzigen, sich nicht fügen wollenden Destrukgteur aus ihr entfernte. Durch die ganze Bewegung geht ein Aufatmen der Erlösung.

Wenn ich mich gegen die Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes bzw. seiner Presse wende, dann geschieht es einfach aus dem Grund, weil ich nicht gewillt bin, mich mit Kräften künftighin noch an einen Tisch zu setzen, die einem bei der ersten passenden und günstigen Gelegenheit in so wenig anständiger Weise in den Rücken zu fallen belieben. Denn ich muß schon betonen, daß sich die Judenpresse (besonders ihre grundsätzliche Einstellung betrachtet [*sic!*]) in dem Fall nicht so unanständig verhalten hat wie die Deutsche Zeitung, die bewußt Tatsachen fälscht. Am letzten Freitag hatte Herr Stennes in Berlin einen Generalappell für die ihm treugebliebene, d. h. also meuternde, S.A. angesetzt [9]. Das Ergebnis war vernichtend. Statt der erhofften 3.000 Mann waren sage und schreibe 170 erschienen. Sämtliche Judengazetten geben ziffermäßig und eindrucksmäßig die vollständige Pleite dieses Abends zu. Nur die Deutsche Zeitung erhöht aus ihrer inneren Sympathie für die Meuterer die Zahl auf eintausend [10], versechsfacht sie also, ohne in ihrem alldeutschen Gewissen auch nur mit einer Wimper zu zucken. Der Zweck liegt auf der Hand. Es soll die steckengebliebene und zusammengekrachte

---

umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Jan. bis Juni 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister.

6 Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen nach Hugenbergs Wahl zum Parteivorsitzenden, die 1929/30 zur Abspaltung von erheblichen Teilen der DNVP führten, vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 548 ff.

7 Im Berliner Großverlag August Scherl GmbH, der seit 1914 zum Hugenberg-Pressekonzern gehörte, erschienen die Tageszeitungen Berliner Lokal-Anzeiger, Berliner Illustrierte und Der Tag sowie eine Reihe von Zeitschriften. Vgl. Heidrun Holzbach, Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 292 f.

8 Aufgrund der Stennes-Revolte wurden bis Mai 1931 etwa 500 Mitglieder aus der SA ausgeschlossen. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 111.

9 Am 10.4.1931 im Viktoria-Garten in Wilmersdorf. Vgl. Berliner Tageblatt vom 10.4.1931 (MA), "'Revolutionäre Nationalsozialisten'".

10 Vgl. Deutsche Zeitung vom 11.4.1931 (AA), "Eine Kundgebung der Stennes-Anhänger".

Meuterei durch diese Presse Unterstützung [*und*] eine liebevolle Förderung erfahren. Daß dieses Bestreben vom nationalen großen deutschen Standpunkt aus gesehen ein Verbrechen, ja ein reiner Wahnsinn ist, dürfte kaum bestritten werden können. Ich aber halte mich in erster Linie deswegen dagegen auf [*sic!*], weil es sich hier um eine Gemeinheit handelt. Wenn die Deutsche Zeitung den Kampf gegen die NSDAP und mich aufzunehmen beliebt oder wenn der Alldeutsche Verband die Stunde für gekommen glaubt, mit Zersetzung meiner Partei arbeiten zu können, dann nur los, aber bitte mit offenem Visier. Ich habe nicht wenige Parteigenossen, die es begrüßen werden, wenn auch die letzten Beziehungen zu irgendwelchen bisherigen bürgerlichen und sogenannten auchnationalen Verbänden und Parteien aufhören. Die überwältigende Mehrzahl meiner Anhänger sind ohnehin so überzeugt von der Treulosigkeit der bürgerlichen nationalen Politik, daß ich ihnen einen Herzenswunsch erfülle, wenn ich den hergeworfenen Fehdehandschuh der Deutschen Zeitung aufgreife und den Kampf in aller Form annehme. Und wenn diese Taktik der Deutschen Zeitung der stillen sympathischen Unterstützung hinausgeworfener Destrukteure meiner Bewegung sich nicht ändert, und zwar schnellstens ändert, bin auch ich entschlossen, den dann gegebenen Widerstand in aller Form durchzuführen. Ich habe aber noch die leise Hoffnung, daß es vielleicht im Alldeutschen Verband auch noch einzelne Männer gibt, die einigen Zweifel an der Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und nicht zuletzt auch Anständigkeit des Vorgehens der Deutschen Zeitung hegen können. Und unter diese Männer rechne ich vor allem auch Sie, lieber Herr Lehmann. Und deshalb wäre ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir, lieber Herr Lehmann, Ihre Auffassung über diese indirekte Kriegserklärung von seiten des Alldeutschen Verbandes mitteilen wollten oder wenn Sie es zuwege brächten, auch dort der nationalen Vernunft und der nationalen Anständigkeit das Wort zu reden. Denn es ist und bleibt nun einmal unanständig, Meuterer, die sich gegen die Autorität einer nationalen Bewegung auflehnen, aus anderen nationalen Kreisen heraus zu unterstützen, und es ist doppelt unanständig, wenn man dabei sogar zu Lügen seine Zuflucht nehmen muß.

Mit deutschen Gruß
Ihnen immer in Verehrung ergebener
Ihr
gez. *Adolf Hitler*

14. April 1931 Dok. 94
Anordnung

VB vom 17.4.1931, "Es wird bekanntgegeben".

Bekanntmachung

Im Gau Thüringen mußte das Gesuch des Landwirtschaftlichen Gaufachberaters, Herrn Verwaltungsdirektor *Beinzger* [1], um Rücktritt vom Amte des Gaufachberaters bewilligt werden, weil unsere Gegner ihn in einer Art und Weise wirtschaftlich bekämpften, die den guten Sitten widerspricht, und wir seinen wirtschaftlichen Ruin nicht verantworten können. Die Gegner sollen sich aber getäuscht haben, wenn sie glauben, mit solchen Mitteln unseren Kampfeswillen hemmen zu können.

Ich ernenne daher Pg. Walter *Darré* [2] zum kommissarischen Landwirtschaftlichen Gaufachberater in Thüringen und erteile ihm besondere Vollmachten, um den in Thüringen notwendig werdenden Kampf mit aller Energie zum erfolgreichen Ende führen zu können.

München, den 14. April 1931

gez. *Adolf Hitler*

1 Walter Beinzger (geb. 1889), Landwirt und Verwaltungsbeamter, 1919-1933 Leiter der Staatlichen Thüringischen Landesanstalt für Viehversicherung, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1931 stellv. landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP, 1928-1933 Stadtrat (NSDAP), seit 1932 NSDAP-Fraktionsvorsitzender in Jena, 1934 Sonderbeauftragter für das Versicherungswesen im Reichsnährstand, Mitglied des Reichsbauernrats und des Landesbauernrats Thüringen, 1934-1940 SS-Hauptsturmführer bzw. SS-Obersturmbannführer (seit 1937) im Stab RuSHA, seit 1940 im SD-Hauptamt.

2 Walter Darré (1895-1953), Diplom-Landwirt, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SS, 1931-1938 Leitung des Rassen- und Siedlungshauptamts der SS und der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933-1942 Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, 1933-1945 Reichsbauernführer.

15. April 1931 Dok. 95
"Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (USchlA)"
Anordnung [1]

Gedrucktes Exemplar mit Verzeichnung späterer Änderungen [2]; BA, Slg. Schumacher 380.

I. *Zweck der USchlA*

§ 1

Die USchlA haben den Zweck, die gemeinsame Ehre der Partei und die des einzelnen Mitgliedes zu wahren sowie nötigenfalls Meinungsverschiedenheiten einzelner Mitglieder auf gütlichem Wege auszugleichen.

Ihre Aufgabe ist es:

1. gegen diejenigen Mitglieder, deren Benehmen dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. nicht entspricht, auf dem durch gegenwärtige Richtlinien bezeichneten Wegen einzuschreiten und, wo es zur Wahrung der Ehre und des Ansehens der Partei nötig, auf die Entfernung unwürdiger Mitglieder aus der Partei anzutragen;

2. Die Mitglieder von unberechtigten Verdächtigungen ihrer Ehrenhaftigkeit zu reinigen sowie

3. bei Zwistigkeiten von Mitgliedern einen gütlichen Ausgleich zu erwirken.

Vom Aufgabenkreis der USchlA sind ausgenommen SA- und SS-Angelegenheiten, d. h. Disziplinwidrigkeiten und Beschwerden von SA- und SS-Angehörigen sowie Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten zwischen SA- und SS-Angehörigen.

II. *Bildung der USchlA*

§ 2

Zur Bildung eines USchlA sind verpflichtet:

a) die politischen Gliederungen der Partei:

1. die Ortsgruppen von 50 Mitgliedern an. In Ortsgruppen geringerer Stärke, die bereits einen USchlA gebildet haben, bleibt dieser mit Billigung des Ortsgruppen- und Gauleiters bestehen;

2. innerhalb der Bezirke für die unter 50 Mitglieder zählenden Ortsgruppen, falls der Gauleiter diesen USchlA als gemeinsames Organ der kleinen Ortsgruppen wünscht. Der Bezirksleiter hat keinen USchlA und keine Befugnisse gemäß § 4 Abs. 4 der Satzungen;

3. die Gaue.

b) der Deutsche Frauenorden;

c) die Reichsleitung.

---

1 Die Anordnung ersetzte die bisherigen Richtlinien, die Rundschreiben des Vorsitzenden des USchlA bei der Reichsleitung sowie die Grusa VIII vom 10.5.1930 (Druck: Bd. III/3). Vgl. VB vom 24.4.1931, "Es wird bekanntgegeben".

2 Wiedergabe ohne nachträgliche Ergänzungen.

§ 3

Die Ortsgruppen- und Gauleiter schlagen zum Vorsitzenden ihres USchlA ein geeignetes Mitglied ihres Wohnsitzes dem Gau bzw. der Reichsleitung zur Ernennung vor. Der Ernannte gewinnt seinerseits 2 Mitglieder als Beisitzer sowie 2 Mitglieder als Ersatzmänner, die vom Ortsgruppen- bzw. Gauleiter bestätigt werden.

Der Vorsitzende der Partei ernennt ein Mitglied zum Vorsitzenden des USchlA der Reichsleitung und auf dessen Vorschlag zwei Mitglieder zu Beisitzern sowie 2 Ersatzmänner.

Die zum USchlA tretenden Mitglieder sind bei Antritt ihres Amtes zu unbedingtem Schweigen in Verfahrensangelegenheiten gegenüber jedermann zu verpflichten.

Einer der drei zu Gericht sitzenden Mitglieder muß SA- oder SS-Mann sein.

§ 4

Die Vorsitzenden der USchlA dürfen zu keinem anderen Parteiamt herangezogen werden (Vorsitzender einer Ortsgruppe oder eines Gaues, Schriftführer, Kassenwart und SA-Führer vom Sturmf[*ührer*] aufwärts).

§ 5

Ortsgruppen- und Gauleiter erbitten etwa nötige Amtsenthebung vom Gauleiter bzw. der Reichsleitung.

§ 6

Die Vorsitzenden der übergeordneten USchlA sind in Verfahrensangelegenheiten als Vorgesetzte der untergeordneten USchlA zu betrachten. Der USchlA eines Bezirkes ist keinem USchlA einer Ortsgruppe übergeordnet, vielmehr lediglich als gemeinsamer USchlA schwacher Ortsgruppen zu betrachten.

Die Namen der Angehörigen der USchlA sind der übergeordneten Stelle zu melden und durch diese zum 1. Oktober jeden Jahres dem USchlA der Reichsleitung; Ergänzungsmeldung zum 1. jeden Vierteljahres.

USchlA, deren Namen der Reichsleitung nicht gemeldet sind, werden von der Reichsleitung nicht anerkannt.

III. *Zuständigkeit der USchlA*

§ 7

Zur Beurteilung der USchlA gehören:

a) Alle Handlungen und Unterlassungen von Mitgliedern, die dem richtigen Ehrgefühl und den Anschauungen der N.S.D.A.P. zuwider sind und daher die gemeinsame Ehre der Partei gefährden oder verletzen, auf Antrag und Anklage des jeweiligen politischen Leiters;

b) diejenigen Fälle, in denen Mitglieder zum Schutze ihrer eigenen Ehre auf einen Spruch des USchlA antragen.

Handlungen und Unterlassungen von Mitgliedern, die vor deren Eintritt in die Partei liegen, fallen nur insoweit unter die Beurteilung der USchlA, als sie nach Eintritt in die Partei noch fortwirken.

Jedes Mitglied, das persönliche Angriffe in einer Mitgliederversammlung vorbringt oder eine Aussprache über persönliche Angriffe in einer Mitgliederversammlung duldet, handelt entgegen den Bestrebungen des Vereins und ist nach § 4 Abs. 2 b der Satzung [3] zu behandeln.

Kommt ein USchlA zur Erkenntnis, daß eine Anschuldigung gegen ein Mitglied *wider besseres Wissen* ausschließlich aus gehässigen Beweggründen erfolgt ist, so hat er von sich aus gegen den betreffenden Anschuldiger wegen Schädigung des Vereins (§ 4 Abs. 2 c der Satzung [4]) vorzugehen. Dem politischen Leiter ist gleichzeitig hiervon Mitteilung zu machen.

§ 8

Über Handlungen oder Unterlassungen eines einer Ortsgruppe angegliederten Mitgliedes, deren Tragweite den Rahmen der Ortsgruppe nicht überschreiten, ist vom USchlA der Ortsgruppe zu befinden. Die Entscheidung liegt beim Ortsgruppenleiter.

Handlungen oder Unterlassungen eines unmittelbar dem Gau unterstellten Mitglieds, deren Tragweite den Rahmen des Gaues nicht überschreitet, unterliegen der Beurteilung des USchlA des Gaues. Die Entscheidung liegt beim Gauleiter.

§ 9

Ist eine zur Zuständigkeit des USchlA gehörende Handlung oder Unterlassung zugleich in den Strafgesetzen bedroht und dieserhalb ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, so soll der USchlA erst nach dessen Beendigung einschreiten.

Unberührt hiervon bleibt die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens, sobald dieses eine Schädigung der Partei mit sich zu bringen geeignet ist. In diesem Falle bleibt es dem USchlA unbenommen, auf sofortige Entfernung des betreffenden Mitglieds anzutragen.

Ist gerichtlich auf Freispruch erkannt, so soll ein Verfahren durch den USchlA nur dann eröffnet werden, wenn trotz des Freispruchs in dem gerichtlichen Verfahren Tatsachen bekannt werden, die an sich eine Verletzung der Ehre und eine Schädigung der N.S.D.A.P. enthalten.

Ist dagegen eine gerichtliche Verurteilung erfolgt, so hat der USchlA darüber Beschluß zu fassen, ob und in welcher Weise von seiten der Partei diese Verurteilung zu würdigen ist.

3 Vgl. Anm. 13.
4 Vgl. Anm. 13.

§ 10

Im einzelnen sind zuständig:

A. die Orts-(Bezirks-)USchlA für Verfahren in 1. Instanz gegen ein oder mehrere Mitglieder der Ortsgruppe (des Bezirks) mit Ausnahme derjenigen Mitglieder, für die nach B. oder C. ein anderer USchlA als 1. Instanz vorgeschrieben ist.

B. Die Gau-USchlA

1. für Verfahren in 1. Instanz gegen folgende Mitglieder, soweit für sie nicht die Zuständigkeit der USchlA [*der*] R[*eichs*]L[*eitung*] besteht: nämlich für

a) Bezirks- und Ortsgruppenleiter,

b) Mitarbeiter des Gauleiters und Gauredner,

c) Abgeordnete der Kreis- und Provinziallandtage,

d) Sturmführer und Sturmbannführer,

e) Mitglieder des N.S.D.St.B.,

f) diejenigen im Gaugebiet wohnhaften Mitglieder, die keiner Ortsgruppe angehören,

g) die übrigen als Sektion Gauleitung zusammengefaßten Mitglieder;

2. als Beschwerdeinstanz gegen Orts-USchlA und Ortsgruppenleiter gemäß § 21.

C. der USchlA R.L.

1. für Verfahren in 1. Instanz gegen folgende Mitglieder:

a) Gauleiter,

b) Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Mitglieder der Hanseatischen Bürgerschaften,

c) Reichsredner,

d) Standartenführer, Oberführer, Gruppenführer und in ihrem Rang stehende Mitarbeiter des Osafstabes, Stabschef,

e) die übrigen in der Sektion Reichsleitung zusammengefaßten Mitglieder,

f) Ortsgruppen, deren Ausschluß beantragt ist;

2. als Beschwerdeinstanz gegen Gau-USchlA und Gauleiter gemäß § 21.

Falls in einer Angelegenheit sich die Zuständigkeit mehrerer USchlA ergibt, so führt das Verfahren

a) bei Verschiedenartigkeit des Ranges der USchlA: der höhere USchlA,

b) bei gleichem Range der USchlA: der übergeordnete USchlA, der jedoch die Führung des Verfahrens einem der betreffenden USchlA übertragen kann.

Mehrere USchlA können, falls ein Zusammenhang besteht, miteinander verbunden werden.

IV. *Verfahren der USchlA*

§ 11

Es ist die vornehmste Pflicht des Vorsitzenden sowie der Beisitzer des USchlA, ihnen zur Behandlung übertragene Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen

Mitgliedern im Wege von Besprechungen auszugleichen und widerstrebende Mitglieder zur Einigung zu bewegen.

Mit dieser Aufgabe wächst die Tätigkeit der USchlA zu außerordentlicher Bedeutung, die das ganze Verantwortungsgefühl eines geraden Mannes zu Nutz und Frommen der Bewegung verlangt.

Sind die gütlichen Ausgleichsversuche ergebnislos verlaufen, so ist unter Mitteilung an den politischen Leiter und - ist in die Angelegenheit ein SA- oder SS-Mann verwikkelt - von den SA- oder SS-Vorgesetzten das Verfahren zu eröffnen.

Die USchlA sind unabhängig und verpflichtet, nach Satzung und Richtlinien nach bestem Wissen und Gewissen zu verfahren.

Bindend sind für USchlA

a) vom übergeordneten USchlA gegebene Anweisungen allgemeiner Natur,

b) ein Spruch des übergeordneten USchlA.

Ein gerichtliches Urteil (Verurteilung, Freispruch) nebst Begründung kann für USchlA wichtige Anhalte geben. Jedoch ist der USchlA nicht gezwungen, sich für sein Verfahren und insbesondere seine Spruchfällung daran zu klammern.

§ 12

Werden einem Mitglied des USchlA ehrenrührige Handlungen oder Unterlassungen eines Mitgliedes bekannt, so ist davon dem politischen Leiter und - ist das Mitglied ein SA- oder SS-Mann - dem SA- oder SS-Vorgesetzten Meldung zu erstatten.

Findet der politische Leiter, daß Handlungen oder Unterlassungen eines Mitgliedes den Spruch des USchlA erfordern, so hat er ein Verfahren durch den USchlA anzuordnen.

Ohne Kenntnis des politischen Leiters sowie - falls sich das Verfahren gegen einen SA-Mann oder SS-Mann richtet - des SA- oder SS-Vorgesetzten darf ein Verfahren vom USchlA *nicht* eröffnet werden.

Weigert sich der politische Leiter, ein USchlA-Verfahren anzuordnen, so hat der Meldende das Recht zur Beschwerde beim politischen Vorgesetzten des betr[*effenden*] politischen Leiters; die Entscheidung des Vorsitzenden USchlA R.L. ist endgültig.

§ 13

Die Vorsitzenden der USchlA sind für den nach gegenwärtigen Richtlinien einzuhaltenden Gang des Verfahrens verantwortlich.

§ 14

Ist die Eröffnung eines Verfahrens angeordnet, so darf es ohne abschließenden Spruch des USchlA nicht wieder eingestellt werden.

§ 15

Mit den nötigen Erhebungen sowie den Zeugenvernehmungen ist vom Vorsitzenden des USchlA im Falle seiner Verhinderung ein Beisitzer zu beauftragen.

Der mit der Untersuchung Beauftragte hat sämtliche an dem Verfahren beteiligte Mitglieder zu unbedingtem Stillschweigen gegen jedermann zu verpflichten und sie auf die Folgen des Bruchs des Schweigegebotes hinzuweisen.

§ 16

Der Gang der Voruntersuchung bis zur Hauptverhandlung ist folgender:

1. USchlA benachrichtigt politischen und - falls sich das Verfahren gegen einen SA- oder SS-Mann richtet - SA- oder SS-Vorgesetzten vom Beginn der Voruntersuchung. In Führerstellen tätige Mitglieder sind für die Dauer eines gegen sie gerichteten Verfahrens zu beurlauben.

2. Der Anschuldiger hat seine Aussagen unter Angabe von Zeugen schriftlich niederzulegen und zu unterzeichnen.

3. Der Beschuldigte ist mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntzumachen und zur mündlichen Einvernahme vor den USchlA zu laden. (Muster [5])

4. Die mündliche Einvernahme hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen.

Der Beschuldigte gibt hier seine Darstellung zur Beschuldigung unter Angabe seiner Zeugen. Die Aussage ist zu protokollieren und vom Beschuldigten sowie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster [6])

5. Die Zeugen sind zur mündlichen Einvernahme zu laden. (Muster [7])

6. Die Einvernahme der Zeugen hat durch den Vorsitzenden des USchlA oder einen Beisitzer unter voller Verantwortung des Vorsitzenden zu erfolgen, ist zu protokollieren und sowohl vom Zeugen wie vom Vernehmenden zu unterzeichnen. (Muster [8])

7. Es sind nur Aussagen zur Sache zuzulassen, andere zurückzuweisen.

8. Auswärtige Zeugen können zum schriftlichen Bericht aufgefordert werden, sind aber ebenso zur Aussage der Wahrheit zu ermahnen.

9. Der sich aus der Voruntersuchung ergebende Schriftwechsel ist in einem Akt zusammenzufassen.

Erübrigt sich nach Auffassung des USchlA die Hauptverhandlung, so ist die Voruntersuchung mit einem entsprechenden Beschluß, der den Beteiligten bekanntzugeben ist, abzuschließen. Im anderen Fall erfolgt

10. Ladung der Beteiligten zur Hauptverhandlung [9]. Zwischen Abgang der Ladung und Hauptverhandlung muß mindestens eine Frist von drei Tagen liegen.

11. Die Weigerung eines Mitglieds, der Ladung eines USchlA oder seiner Aufforderung zu einer schriftlichen Äußerung nachzukommen, richtet sich gegen die Bestrebungen des Vereins und ist im Wiederholungsfalle nach § 4 Abs. 2 b der Satzung [10] zu ahnden. In leichten Fällen kann eine Mahnung oder Verwarnung erteilt werden.

5 Siehe Beilage II; BA, Slg. Schumacher 380.
6 Siehe Beilage III; BA, Slg. Schumacher 380.
7 Siehe Beilage IV; BA, Slg. Schumacher 380.
8 Siehe Beilage V; BA, Slg. Schumacher 380.
9 Als Muster siehe Beilage VI; BA, Slg. Schumacher 380.
10 Vgl. Anm. 13.

§ 17

Die Hauptverhandlung hat im Beisein des gesamten USchlA (Vorsitzenden und 2 Beisitzer) stattzufinden. Außer diesen haben nur die Ersatzbeisitzer als Zuhörer Zutritt (Ausnahme siehe nächsten Absatz). Einer der Beisitzer führt das Protokoll [11], das am Ende der Verhandlung vom Vorsitzenden sowie den andern Beisitzern zu unterzeichnen ist. Der Vorsitzende kann mit der Leitung der Verhandlung einen Beisitzer beauftragen.

Auf Antrag eines beschuldigten SA- oder SS-Mannes ist der Sturmführer zuzuziehen.

Mehr als 2 Beisitzer können nicht als befangen erklärt werden. Richtet sich die Befangenheitserklärung gegen den Vorsitzenden, so entscheidet darüber der übergeordnete USchlA endgültig.

a) Der Gang der Handlung ist folgender:

1. Aufruf der Beteiligten,
2. Bekanntgabe der Beschuldigung,
3. Beurlaubung der Zeugen,
4. Vernehmung des Beschuldigten,
5. Vernehmung der Zeugen,
6. Aussage des Beschuldigers,
7. Schlußwort des Beschuldigten,
8. Entlassung der Parteien mit Zeugen,
9. Beschlußfassung des USchlA.

b) In der Beschlußfassung beschließt der USchlA in gemeinsamer Beratung darüber, welcher Spruch nach § 19 der gegenwärtigen Richtlinien zu fällen ist, derart, daß das mit der Untersuchung beauftragte Mitglied zunächst sein Urteil abgibt, danach der andere Beisitzer und der Vorsitzende des USchlA, dessen Stimme bei Abfassung des Spruches den Ausschlag gibt.

Ist ein Spruch nicht einstimmig gefällt, so ist die abweichende Ansicht des Betreffenden, mit seiner Unterschrift versehen, in einem besonderen Spruchprotokoll niederzulegen und auf dem Dienstwege dem USchlA R.L. einzureichen.

Jeder Beschluß ist vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen. (Muster [12])

Der Spruch des Vorsitzenden des USchlA ist dem politischen Leiter sowie gegebenenfalls dem SA- oder SS-Vorgesetzten möglichst unmittelbar nach der Hauptverhandlung mit eingehender Begründung schriftlich mitzuteilen.

c) Der Beschuldiger ist ebenso wie der Beschuldigte während der ganzen Hauptverhandlung zugegen. Beide können mit Genehmigung des Verhandlungsleiters Fragen an die Zeugen richten.

d) Die Zeugen sind darauf hinzuweisen, daß derjenige, der vor dem USchlA wissentlich die Unwahrheit sagt, unweigerlich auf Grund § 4 Abs. 2 c der Satzungen [*sic!*] aus der Partei ausgeschlossen wird.

---

11 Als Muster siehe Beilage VII; BA, Slg. Schumacher 380.
12 Siehe Beilage VIII; BA, Slg. Schummacher 380.

§ 18

Wird eine mündliche Hauptverhandlung nicht für notwendig erachtet, oder ist sie aus technischen Gründen nicht möglich, so muß dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich schriftlich

1. zu der Beschuldigung und
2. zu den Zeugenaussagen

zu äußern.

Die Fällung eines Spruches bzw. die Fassung eines Beschlusses ohne Entgegennahme einer Äußerung des Beschuldigten ist ausgeschlossen.

§ 19

Der Spruch des USchlA kann lauten:

1. Auf Unzuständigkeit, wenn der USchlA der Ansicht ist, daß der Fall sich überhaupt nicht zur Behandlung durch ihn eigne,

a) weil es sich um Privat- und Familienangelegenheiten handelt, die die Partei nicht berühren,

b) aus Gründen einer höheren Parteiraison,

c) weil ein anderer USchlA zuständig sei.

2. Auf Vervollständigung der Untersuchung, wenn der USchlA eine solche, um sich eine bestimmte Überzeugung bilden zu können, für nötig und möglich hält.

3. Auf Freisprechung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der dem Angeschuldigten zur Last gelegte Verstoß gegen die Bestimmungen des § 4, Abs. 2 und 3 der Satzung [13] nicht vorliegt.

4. Auf Schuldig des Verstoßes gegen § 4 Abs. 3 a, b oder c unter Beantragung der Erteilung einer Verwarnung, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch das ihm zur Last fallende Verhalten nicht unwürdig geworden ist, in der Partei belassen zu werden.

5. Auf Schuldig des Verstoßes gegen § 4 Abs. 2 a, b oder c oder Abs. 3 a, b oder c unter Beantragung des Ausschlusses aus der Partei, wenn der USchlA der Überzeugung ist, daß der Angeschuldigte durch sein Verhalten das Recht verwirkt hat, in der N.S.D.A.P. zu verbleiben.

Außerdem kann der USchlA neben der Verwarnung erkennen auf zeitliche Aberkennung der Fähigkeit zur Ausübung eines Parteiamts sowie zum öffentlichen Auftreten als Redner.

13 § 4 Abs. 2 der Satzung der NSDAP vom 22.5.1926 legte fest, daß folgende Mitglieder ausgeschlossen werden *sollten*: "a) die ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen nach erfolgter Aufnahme solche bekanntwerden, b) die den Bestrebungen des Vereins zuwiderhandeln und c) die durch ihr sittliches Verhalten im Verein oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen oder dadurch den Verein schädigen. § 4, Abs. 3 bestimmte, daß folgende Mitglieder ausgeschlossen werden *konnten*: "a) die innerhalb der Ortsgruppe oder des Gauverbandes wiederholt Anlaß zu Streit und Zwist gegeben haben, b) die trotz Aufforderung mit ihrer Beitragsleistung ohne Entschuldigung 3 Monate im Verzug geblieben sind und c) wegen Interesselosigkeit am Verein." Druck: Bd. I, Dok. 146.

Schließlich kann der USchlA bei persönlichen Kränkungen vom Schuldigen die Unterschrift unter eine vom USchlA entworfene und dem Gekränkten zu übermittelnde schriftliche Entschuldigung verlangen.

§ 20

Der politische Leiter hat den Spruch seines USchlA dem Beschuldiger sowie dem Angeschuldigten *innerhalb 14 Tagen* mitzuteilen und demgemäß zu verfügen. Abschrift der Verfügung geht zu Akt des USchlA. (Muster [14])

Auf Wunsch ist den Beteiligten Einsicht in den Beschluß nebst Begründung zu gewähren.

Richtet sich ein Ausschluß gegen ein parteiamtlich in der Öffentlichkeit stehendes oder ein mit einer führenden Stelle innerhalb der Bewegung vertrautes Mitglied (Gemeindevertreter und Truppenführer sowie einen in § 10 *B 1 a-d* Aufgeführten), so ist zum Inkrafttreten des Ausschlusses das Einverständnis des übergeordneten USchlA erforderlich.

V. *Beschwerdeweg*

§ 21

Gegen den Ausschluß steht dem Ausgeschlossenen nach § 4 der Satzung [15] das Recht der Beschwerde zu. Dieses kann nur *persönlich* unter Ausschluß einer Vertretung wahrgenommen werden. Es bleibt jedoch auf diejenigen Ausgeschlossenen beschränkt, die sich im Besitze des Mitgliedsbuches befinden, sowie auf diejenigen, die durch mindestens einjährige, ununterbrochene Mitgliedschaft sich als Nationalsozialisten bewährt haben.

§ 22

Die Beschwerde gegen einen Ausschluß ist ausschließlich beim Gau einzureichen und vom Gauleiter dem Vorsitzenden seines USchlA zur Prüfung zu überweisen.

§ 23

Die Prüfung der Beschwerde durch den USchlA hat sich darauf zu erstrecken, ob

1. die für die Beschwerde vorgeschriebene Frist von 8 Tagen durch den Ausgeschlossenen eingehalten ist,

2. der durch gegenwärtige Richtlinien vorgeschriebene Verfahrensweg von dem untergeordneten USchlA eingehalten ist,

3. der Ausschluß durch die im Laufe des Verfahrens auf Grund der Zeugenaussagen festgestellten Tatsachen begründet ist.

---

14 Siehe Beilage IX a und IX b; BA, Slg. Schumacher 380.

15 § 4 Abs. 7 der Satzung der NSDAP vom 22.5.1926 legte fest: "Es steht dem Ausgeschlossenen frei, innerhalb 8 Tagen nach Empfang des Beschlusses bei der nächst höheren Instanz um Widerruf schriftlich nachzusuchen." Druck: Bd. I, Dok. 146.

§ 24

Der Spruch der USchlA der Beschwerdeinstanz nach Prüfung der Beschwerde kann lauten:

1. Die Beschwerde gegen den Ausschluß ist wegen Fristversäumnis abzulehnen (Ausnahmen sind nur in seltenen Fällen zulässig, insbesondere, wenn Versäumnis ausreichend begründet entschuldbar erscheint).

2. Die Prüfung der Beschwerde hat einen Verstoß gegen § 16 bzw. § 17 der Richtlinien für USchlA ergeben. Die Akten werden zur Ergänzung nach § 19 Ziff. 2. zurückgegeben.

3. Der Beschwerde wird stattgegeben. Der USchlA hält auf Grund der Unterlagen § 19 Ziff. 5 nicht für gegeben.

4. Die Beschwerde wird zurückgewiesen. Der USchlA macht sich die Begründung des USchlA der Ortsgruppe usw. zu eigen.

§ 25

Kommt der USchlA der Beschwerdeinstanz zu der Erkenntnis nach § 24 Ziff. 1, 3 oder 4, so hat der politische Leiter dies dem Beschwerdeführer schriftlich mitzuteilen.

Jedem Spruch ist, wie dem der ersten Instanz, eine ausführliche Begründung bei[*zu*]-fügen.

§ 26

Weigert sich ein politischer Leiter, den Spruch seines USchlA zu vollziehen, so steht dem Vorsitzenden des USchlA die Beschwerde an den ihm vorgesetzten USchlA zu. Dieser Beschwerde ist der Akt beizufügen.

VI. *Besondere Anordnungen der USchlA*

§ 27

Der den Austritt und Ausschluß behandelnde § 4 [16] ist wie folgt zu numerieren:

Abs. 1 endet mit den Worten: "Voll zu bezahlen".

Abs. 2 beginnt: "Mitglieder werden ausgeschlossen" und endet: "den Verein schädigen".

Abs. 3 beginnt: "Mitglieder können ausgeschlossen werden" und endet: "Interesselosigkeit am Verein".

Abs. 3 a will vor allem Mitglieder erfassen, die es unterlassen, ihnen bekanntwerdende ehrenrührige Handlungen oder Unterlassungen eines Mitgliedes *sofort* dem USchlA oder dem Vorsitzenden zur Prüfung zu melden, die vielmehr unter Umgehung dieser Melde- und Bruch der auferlegten Schweigepflicht begründete oder unbegründete Beschuldigungen gegen Mitglieder herumtragen und zu Redereien und zu Schwätzereien Veranlassungen geben.

Abs. 4 beginnt: "Zur Verfügung" und endet: "Schlichtungsausschuß des Vereins".

Abs. 5 endet mit den Worten: "unterrichtet werden".

16 Gemeint ist die Satzung der NSDAP vom 22.5.1926. Druck: Bd. I, Dok. 146.

Abs. 6 lautet: "Der Ausschluß tritt zunächst sofort in Kraft". Die folgenden Sätze werden in gleicher Weise fortlaufend numeriert, so daß der letzte Absatz 10 lautet: "Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu".

§ 28

Zur Verfügung des Ausschlusses sind nach § 4 Abs. 4 der Satzungen [17] nur die von der Reichsleitung und den Gauleitungen bestätigten politischen Leiter ermächtigt, nicht aber deren Stellvertreter.

§ 29

Die Veröffentlichung eines Auschlusses in der Presse bedarf der Genehmigung durch die Reichsleitung.

§ 30

Die Richtlinien für Untergliederungen der N.S.D.A.P. vom 15. November 1928 [18] sind in Ziff. 8 c entsprechend zu berichtigen.

München, den 15. April 1931.

gez. Walter *Buch* [19]

Vorsitzender des USchlA R.L.

gez. *Röhm*

Stabschef

gez. *Adolf Hitler*

17 § 4 Abs. 4 der Satzung der NSDAP vom 22.5.1926 legte fest: "Zur Verfügung des Ausschlusses sind berechtigt auf Antrag des betreffenden Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses: a) Der 1. Vorsitzende der betreffenden Ortsgruppe, b) die Mitgliederversammlung der betreffenden Ortsgruppe, c) der Gauleiter, d) der Vorsitzende des Vereins, dieser in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß des Vereins." Druck: Bd. I, Dok. 146.

18 Gemeint sind die "Richtlinien für die Untergliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" vom 15.9.1928. Ziffer 8 c lautete: "Weiter wird vom O[*rts*]Gr[*uppen*]-Führer ein Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuß aus 3 älteren Pg. (ehrenamtlich) bestellt, der die Streitfälle und Ausschlußanträge innerhalb der Ortsgruppe behandelt. Er ist Beirat des O.Gr.-Führers. Der Vorsitzende des USA gehört zum erweiterten Vorstand. Für seine Arbeit sind die "Richtlinien des USA" maßgebend. Ortsgruppen, die noch nicht im Besitz dieser Richtlinien sind, können diese bei der Hauptgeschäftsstelle anfordern." Druck: Bd. III/1, Dok. 25.

19 Walter Buch (1883-1949), Major a. D., 1919 Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts.

16. April 1931 Dok. 96
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kaiserslautern [1]

Rhein-NSZ-Front vom 17.4.1931, "Die Zukunft wird unser sein" [2].

Das Weltgeschehen steht im Zeichen großer Auseinandersetzungen.

Wohin wir blicken, beginnt das Alte zu stürzen, überall sehen wir, daß alle Überlieferungen beseitigt werden, an deren Stelle Neues tritt. Und gerade in diesen Tagen sind wir Zeugen eines großen geschichtlichen Geschehens, das sich im Süden Europas vollzieht [3], ein kleiner Ausschnitt nur aus dem allgemeinen Ringen. Es ist aber mehr als nur der Sturz von Staatsformen, was wir heute vor uns sehen. Nicht Monarchien werden beseitigt und nicht Republiken geraten ins Schwanken, sondern Weltanschauungen werden erschüttert. Wohin wir heute in der Welt blicken, sehen wir einen Zusammenbruch tausendjähriger Perioden, sehen wir eine Überwindung von tausendjährigen Ansichten und Anschauungen, und wir können nicht sagen, daß wir am Ende dieses Prozesses angelangt wären und nunmehr ein Stillstand eintrete. Im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob wir uns erst am Beginn befänden. Wenn wir einen Blick über die ganze Welt werfen, dann sehen wir etwa folgende große Erscheinungen: Auf der einen Seite tritt die amerikanische Union als typischer kapitalistischer Staat in schärfsten Wettbewerb gegen Europa, auf der anderen Seite Sowjetrußland, theoretisch-antikapitalistisch, in Wirklichkeit eine kapitalistische Konkurrenzmacht gegenüber dem alten Europa. Wir sehen, wie sich Indien aus englischen Fesseln zu lösen versucht, und erleben, wie China sich erhebt und sich vor die Frage gestellt sieht, sich nach Europa zu orientieren oder dem Bolschewismus anzuschließen. Im Süden Europas hat sich eine neue Staatsidee gestaltet. Und der schärfste Konkurrent dieses Staates [4] mobilisiert den schwarzen Erdteil, um seine Weltgeltung durchzusetzen.

Wir sehen nun in diesem allgemeinen Geschehen, daß das deutsche Volk nur der Spielball fremder Kraft und fremden Willens ist, sehen mit Entsetzen, daß, wenn diese Entwicklung so fortgeht wie jetzt, Deutschland ein Jahrzehnt später als Macht von Weltbedeutung vollkommen ausscheidet.

Damit erhebt sich die Frage, ob dieses Deutschland, bar jeder Weltbedeutung, überhaupt noch lebensfähig ist, ob die Voraussetzungen noch vorhanden sind, die zur Ernährung des deutschen Volkes bisher noch annähernd genügten, und ob nicht dann unter dem dauernden Kampf alle Interessen gegen alle Deutschland [*sic!*], das ganze deutsche Volk in dem Kampf um das nackte Leben unterliegt, weil es unterliegen muß. Ich glaube, daß schon der Blick in die heutige Lage für uns trostlos genug ist, und daß, wenn sich die Lage in Deutschland noch 5, 6 oder 7 Jahre in der gleichen Linie weiterentwik-

1 In der städtischen Ausstellungshalle, nach 21.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht in Der Angriff etwa 6.500 Personen teilnahmen, wurde durch Pg. Fritz Schwitzgebel (Zweibrücken) geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Anschließend hielt Hitler eine etwa zweistündige Rede.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 17.4.1931, "Hitler in Kaiserslautern"; Märkische Zeitung vom 17.4.1931, "Hitler über die nationalsozialistische Bewegung"; Pfälzische Presse vom 17.4.1931, "Adolf Hitler in Kaiserslautern", Leipziger Neueste Nachrichten vom 18.4.1931, "Hitler in Kaiserslautern".

3 Am 14.4.1931 hatte König Alfons XIII. abgedankt und war in Spanien die Republik ausgerufen worden.

4 Gemeint ist Frankreich.

kelt und sich das deutsche Volk weiter aufgibt, dann schon im nächsten Jahrzehnt die Existenzvoraussetzungen für das deutsche Volk nicht mehr vorhanden sind.

Es wird sich die Frage ergeben:

Was hat das alles mit Kommunalpolitik zu tun?

Ein örtliches Schicksal soll hier entschieden werden, das Schicksal einer deutschen Mittelstadt[5]. Was hat das mit dem Schicksal des deutschen Volkes, mit dem Schicksal von 65 Millionen Menschen zu tun? Und weshalb gehen wir bei unserer Begutachtung der Lage dieser Stadt aus von der Betrachtung des Schicksals dieses 65-Millionen-Volkes. Ich muß folgendes einfügen: Ich weiß, was Sie heute bewegt, zunächst das Schicksal dieser Stadt. Allein, glauben Sie mir, zu allen Zeiten werden die Menschen zuerst von ihrem eigenen Schicksal bewegt, dann vom Schicksal ihrer Gemeinde und dann vom Schicksal des ganzen Landes und endlich vom Schicksal der ganzen Nation. Wenn wir aber umgekehrt zurückblicken in die Vergangenheit und wenn wir feststellen, daß Staaten vergangen und Völker verschwunden sind, dann sehen wir umgekehrt rückblickend immer nur das Ganze vor Augen. Wir sehen, daß Völker vergangen sind, wir vergessen aber vielleicht daran zu denken, daß es dort genauso um das Schicksal einzelner Menschen, einzelner Städte und Bezirke gegangen ist.

Daraus müßten wir die Lehre ziehen.

Wenn die Völker von vornherein immer so denken würden wie die Nachkommen, wenn die einzelnen Menschen das gemeinsame Schicksal ihres Volkes sehen würden, würden sie auch verstanden haben und verstehen, daß ihr Einzelschicksal nicht ausgeschaltet werden kann aus dem allgemeinen Schicksal, daß

das Schicksal einer Stadt nicht zu trennen ist von dem Schicksal des Reiches

und daß es keine Änderung des Schicksals gibt, wenn nicht das gesamte Schicksal geändert wird. Wie wir heute auch wissen, daß Rom zugrunde gegangen ist an Fehlern allgemeiner Art, ohne daß der Bürger einer anderen römischen Stadt das begriff, so müssen wir heute sehen, daß unser Schicksal gebunden ist an das Schicksal Deutschlands in seiner Gesamtheit.

Wer heute Kommunalpolitik treiben will und glaubt, seine Gemeinde herausheben zu können aus dem allgemeinen Volksschicksal, der täuscht sich und wird nichts zuwege bringen. Im Gegenteil, er muß unterliegen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, das Schicksal der einzelnen Kommunen zu ändern, wenn [*sic!*] das Schicksal der gesamten deutschen Nation geändert wird.

Wir leben in der Zeit großer gewaltiger Schicksalskämpfe, wir sehen, wie die Gedanken die Völker bewegen, wie umfassende Ideen nach Gestaltung ringen. Und sehen neue Gedanken an die Stelle der alten treten. Wir sind Zeugen dieser Umwälzungen. Auch in Deutschland spielt sich dieser große Kampf ab, ein Kampf neuer Auffassungen gegen alte Überlieferungen, und wir fühlen, daß dieser Kampf um mehr geht als um das Schicksal seiner Kommune[*n*].

Es wird ein Volksschicksal auf die Waage gelegt, und es geht darum, ob das Schicksal des gesamten Volkes zu leicht befunden wird.

5 Anspielung auf den von der NSDAP initiierten Volksentscheid am 19.4.1931 über die Auflösung des Stadtrats von Kaiserslautern.

Wir Nationalsozialisten kämpfen für diese neuen Ideen, und eine jede Kommune muß ein Stützpunkt dieser neuen Idee sein. Wir tragen diesen Kampf hinein in jedes Dorf und in jede Stadt, bis die neue Idee sich allerorts durchgerungen und damit endgültig gesiegt hat.

Was will diese neue Idee?

Es sind heute zwei Extreme, zwischen denen zerrieben wird, was sich in der Mitte befindet: auf der einen Seite der Marxismus in hundertprozentiger Reinkultur und auf der anderen Seite der Nationalsozialismus. Alles, was dazwischen liegt, wird entweder ausgelöscht oder wird sich nach dem einen oder anderen Extrem bewegen müssen. Bismarck hat einmal gesagt, daß das Zentrum der Schrittmacher der Sozialdemokratie war [6].

Unsere ganzen bürgerlichen Parteien waren Schrittmacher der Sozialdemokratie und des Kommunismus! (Lebhafte Zustimmung.)

Am Ende steht entweder die Auflösung des Volkes und des Staates, oder es siegt der Nationalsozialismus.

Und er wird siegen.

Was sich an unserer Peripherie herumtreibt, das wird in unseren Kreis hineingezogen, ob man will oder nicht.

In 10 Jahren wird es in Deutschland eine bürgerliche Partei nicht mehr geben, so wenig wie es eine marxistische sozialistische Partei geben wird. Wir wissen bereits heute, daß in 10 Jahren der Kampf entschieden sein wird. Es wird als Sieger übrigbleiben der Nationalsozialismus, der ein neues Gesetz des Handelns und Denkens erläßt, das Gesetz der Kraft, das Gesetz des Willens, ein Gesetz, das dem einzelnen nicht mehr die Freiheit gibt, sich gegen das Prinzip der Vernunft zu wenden, das ihn zwingen wird, sich diesem Prinzip unterzuordnen.

Zwei große Gedankengänge sind im Spiel. Welcher Art sind sie nun? Wir haben in Deutschland heute 5 Millionen Arbeitslose [7]. Das sind soviel Menschen, wie die Tschechoslowakei an Einwohnern zählt [8]. Ein ganzer Staat Europas ist praktisch ohne Arbeitsmöglichkeit. Woher kommt das? Die Kommunisten sagen, weil wir in einer Periode des Kapitalismus leben, und die Kapitalisten, weil wir in der Periode sozialistischer Revolten leben. Beide haben Unrecht. Das deutsche Volk hat seine 65 Millionen Menschen in Vorkriegszeiten unter ganz bestimmten Voraussetzungen ernährt. Es hatte durch eine hochentwickelte Exportindustrie die Möglichkeit geschaffen, mehr Menschen auf deutschem Boden zu ernähren, als aus diesem Boden ernährt werden konnten.

6 Gemeint ist vermutlich die am 9.10.1878 anläßlich der zweiten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Deutschen Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "... Zentrum und Sozialisten haben vielfach mit Eifer übereingestimmt..., auch das Zentrum hat in allen Fällen mit Ausnahme von einem immer für den Kandidaten gestimmt, von dem zu vermuten war, daß er der Regierung der feindlichere sein werde." Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 8. Sitzung vom 9.10.1878, S. 129.

7 Ende April 1931 waren im Deutschen Reich 4,4 Millionen Arbeitslose registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 291.

8 Die Tschechoslowakei besaß 1930 14,7 Millionen Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Internationale Übersichten, S. 1.

Diese Exportindustrie ist abhängig von der Möglichkeit des Verkaufs ihrer Waren, von der Aufnahmefähigkeit des Weltabsatzmarktes. Wir haben ein System entwickelt, das wir Kapitalismus nennen, das bei allen Fehlern die Kraft hatte, 65 Millionen Menschen auf eigenem Grund und Boden dadurch zu ernähren, daß man das Ergebnis ihrer Arbeit in die Welt schickte und aus ihrem Erlös Nahrungsmittel hereinbrachte. Der Weltkrieg hat die Voraussetzungen dafür beseitigt. Diese liegen nicht nur in der deutschen Leistungsfähigkeit, sondern in der Gesamtleistungsfähigkeit des Staates, die sich ausdrückt in der Abschätzung der deutschen Kraft. Schon in der Vorkriegszeit wurde dabei das Schwert gewogen. Seit 1918 spielt die Leistungsfähigkeit nunmehr die zweite Rolle. Die größte Rolle spielt die politische Macht, das Volk wird sich am ersten [*sic!*] den Weltabsatzmarkt erschließen und bewahren, das über die größte politische Macht verfügt. Wir erleben, wie der Absatzmarkt von Jahr zu Jahr durch Konkurrenz und natürliche Beengung kleiner wird. Wir sehen, wie England bemüht ist, Indien als Absatzmarkt sich zu erhalten. Die Kommunisten sagen, Gott sei Dank, daß endlich auch Indien von Europa frei wird, und vergessen, daß dann in Deutschland 10 und 12 Millionen Arbeitslose mehr sein werden. Am Ende wird nicht das Wort Freiheit, sondern das Wort Hunger, Elend und Not stehen. Wir sehen, daß die Senkung des Lebensniveaus rasende Fortschritte macht und daß Deutschland davon am stärksten betroffen ist. England hat in seinem Kolonialbesitz gewisse Lebensräume, die sein Volk vor dem Furchtbarsten bewahren können. Frankreich hat einen gigantischen Kolonialbesitz. Es wird auch noch existieren können, wenn der Weltabsatzmarkt weiter eingeschränkt wird.

Nur Deutschland hat diese Möglichkeit nicht mehr.

Es ist angewiesen auf seinen eigenen Boden und auf die Verkaufsmöglichkeiten seiner Arbeit.

Wenn der Boden zur Ernährung nicht genügt und auch die Verkaufsmöglichkeit der deutschen Arbeit immer mehr schwindet, kommt die Not als ein unausbleibliches ehernes Gesetz, und wir sehen, wie die Not kommt. Wenn man die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten 10 Jahren verfolgt, dann kann man jedes Frühjahr von Berlin hören, daß der Arbeitsmarkt anzieht, und im Herbst, daß er nachläßt. Nun könnte man sagen, das wiederholt sich eben Jahr für Jahr.

Aber der Gesamtzustand wird von Jahr zu Jahr schlechter. Erst waren es in der Krise zwei Millionen Arbeitslose und im Sommer eine Million, dann 2.125.000 bzw. 1.125.000, dann in der Krise 2.150.000 und im Sommer 1.500.000. Heute haben wir in der Krise 5 Millionen Arbeitslose, im Sommer werden es 3 Millionen sein, im Herbst aber 6 und 7 Millionen und dann 7 und 8 Millionen, bis es schließlich zum Einsturz der Wirtschaft führt.

Man wird fragen, was soll und muß dieser Entwicklung gegenüber geschehen, wenn ihr Einhalt geboten werden soll. 5 Millionen Arbeitslose sind alles Einzelschicksale. Hunderttausend Geschäftsleute sind alles Einzelschicksale. Wo wir hinsehen, es ist überall derselbe Vorgang: Das Reich verarmt, das Land verarmt, die Kommune verarmt. Vielleicht wird der eine oder andere, der noch nicht von dem Zusammenbruch erfaßt ist, sagen: Mich erfaßt es nicht. Es wird noch Kommunen geben, die noch nicht in

den Zusammenbruch hineingezogen sind. Aber es wird bestimmt morgen geschehen, und wenn es morgen noch nicht kommt, muß es bestimmt übermorgen kommen.

Wenn Deutschland zerbricht, zerbricht auch jedes Land und jede Kommune.

Es ist grundfalsch zu sagen: Deutschland kann vergehen, aber die Stadt soundso wird übrigbleiben. Ein Zusammenbruch ist allgemein.

Wenn ein Volk zugrunde ging, hatte das immer bestimmte Ursachen. Es ist kein Volk verschwunden, ohne daß es nicht selbst Schuld gehabt hätte. Und die Nachwelt hat auch meistens die Schuld festzustellen vermocht. Wir wissen, warum Rom und Griechenland zugrunde gingen, und wir wissen es auch von späteren Reichen.

Immer waren es Fehler grundsätzlicher Natur: Denkfehler, Auffassungsfehler, die in ihrer logischen Entwicklung das Volk vernichten mußten.

Wir sehen heute dasselbe in unserem eigenen Volke.

Wir haben den Krieg verloren, weil unser Volk auf einer Reihe von Gebieten das gesunde Denken verlernt hat. Hätte unser Volk niemals geglaubt, daß es eine Gerechtigkeit geben kann, ohne daß man die Gerechtigkeit erkämpft, daß es keine Freiheit gibt, außer sie liegt in der Kraft des einzelnen begründet, dann hätten wir nie die jetzigen Opfer bringen müssen. Wenn wir nie eine Sekunde vergessen hätten, daß es eine internationale Solidarität nie gibt und geben kann, dann hätten wir diese Notzeiten nicht erleben müssen. Hätten wir keine Sekunde geglaubt, daß der Pazifismus die Weltabrüstung verwirklichen könnte, dann ständen wir heute nicht wehrlos da. Hätten wir manches nicht geglaubt und für möglich gehalten, dann wäre unser Volk den geschichtlichen Ereignissen ganz anders entgegengetreten. Wir hätten sie gemeistert, statt uns von ihnen meistern zu lassen.

Jedes Volkes Schicksal hat das Volk als Träger der Ursache.

Im Handeln und Denken des Volkes liegt seine Zukunft begründet, genau wie beim einzelnen Menschen. Wenn ein Mensch zerbricht, können wir die Gründe seines Schicksals studieren und können feststellen, was er falsch gemacht hat, warum sein Leben scheitern mußte. Wir können das im großen und ganzen auch bei den Völkern feststellen. *Wenn ein Volk seinen inneren Wert verliert, kann es auf keine Zukunft rechnen, wenn ein Volk auf die Verteidigung seiner eigenen Rechte Verzicht leistet, dann ist das die Ursache seines Zusammenbruches. Wenn man von Deutschlands Schicksal reden will, muß man untersuchen, ob wir selbst schuld daran waren und was schuld ist an unserer Niederlage auf allen Gebieten. Man muß untersuchen, ob man es ändern kann und wie man es ändern muß, man muß feststellen, hier und dort sind uns Fehler unterlaufen, die naturwidrig sind. Fehler im Denken und im Handeln.*

Die Erkenntnis dieser Fehler muß die erste Voraussetzung sein für unseren Wiederaufstieg.

Wir Nationalsozialisten
haben aus der Zeit heraus eine Reihe der größten Fehler des Denkens und Handelns der deutschen Nation herausgefunden und setzen uns rücksichtslos dafür ein, diese Fehler wieder gutzumachen in der Erkenntnis:

Wenn wir nicht hier umkehren, muß unser Volk zwangsläufig zugrunde gehen.

Und wir sind überzeugt, daß es sich nicht darum handeln kann, daß wir allein diese Erkenntnis haben und sie in die Tat umsetzen. Sie muß 40 bis 50 Millionen erwachsene Deutsche erfassen, jeder einzelne für sich muß diese Wendung im Handeln und Denken vornehmen. Damit wird der Kampf um das Reich zum Kampf um jede Stadt, um jedes Dorf, in denen der Nationalsozialismus seine Gedankengänge predigt, in der Überzeugung, daß sie die Voraussetzungen zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sind.

Welche Gedankengänge sind es denn?

Zunächst das eine. Wir treten in einen Schicksalskampf ein, und wir sehen, warum rückblickend in der Geschichte derselbe Kampf immer die gesamte Substanz betroffen hat. D. h., wenn ein Stand zugrunde ging, gingen alle zugrunde, vielleicht, daß der eine den Zusammenbruch etwas länger überdauerte, aber am Ende steht der Zusammenbruch aller. Die Arbeitslosen sind die ersten Anwärter.

Aber es bilde sich ja kein Bürger ein, daß er der Vernichtung entrinnen könne.

Ein Volk ist wie ein Schiff. Wenn es sinkt, sinkt alles unter. Bei einem Schiffbruch wird vielleicht durch andere Schiffe gerettet. Im Leben der Völker gibt es so etwas nicht. Geht der deutsche Bürger zugrunde, dann auch der Proletarier, der Großindustrielle, der Bauer und der Adlige, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Es bleibt nichts übrig.

So muß denn die weitere Erkenntnis einsetzen: Wenn ein Volk um sein Schicksal kämpfen muß, dann ist es selbstverständlich, daß es auf Rettung nur rechnen kann und darf, wenn es den Kampf nur in seiner Gemeinschaft führt, daß der Kampf nicht geführt werden kann, wenn das Volk gespalten ist in einzelne Parteien und Stände.

Die erste Voraussetzung ist die vollständige Einheit von 65 Millionen deutscher Menschen. (Langanhaltender Beifall.)

Das Schicksal kümmert sich nicht um den deutschen Bürger, um den Proleten, Bauer[*n*], Akademiker usw., es kümmert sich nur um ein Volk. Wenn heute das deutsche Volk auf dem Kampfplatz des Lebens unterliegt, dann fragt das Schicksal nicht weshalb und warum. Es fragt auch nicht, ob der Bürger schuld ist oder der Proletarier oder der Bauer oder der Städter, es stellt nur fest: Ihr seid unterlegen und werdet in der Gesamtheit büßen.

So ist die Hauptnotwendigkeit die Überwindung der inneren Klassenspaltung.

Der Nationalsozialismus wird dafür sorgen, daß das ganze deutsche Volk in allen Schichten geeinigt wird. Wir werden dafür sorgen, daß die Einigung der deutschen Nation herbeigeführt wird, d. h., wir brechen die Klassenbegriffe in jedem einzelnen Menschen, bis das ganze Volk in den großen weltanschaulichen Gesichtspunkten eins ist.

Man wird vielleicht sagen: Theoretisch kann man es tun. Nein. Kann es einen besseren Beweis für die praktische Durchführung des Nationalsozialismus geben als
die Notverordnung[9]*?*
Sie richtet sich in erster Linie gegen uns. Was geht daraus hervor:
Die heutigen Regierungsparteien sehen in uns einen machtvollen Faktor
(lebhafter Beifall), den man mit solchen angeblichen Gesetzesmaßnahmen bekämpfen zu müssen glaubt. Gibt es ein besseres Eingeständnis als das, daß wir zu einem gewalti-

9 Vgl. Dok. 72, Anm. 2.

gen Machtfaktor geworden sind! Was ist die Grundlage dieser Macht! Es ist einzig das Bekenntnis zu unserem

Volkstum.

Was könnte sonst diese Menschen zusammenfügen und zusammenkitten und alle Unterschiede der wirtschaftlichen u[*nd*] der gesellschaftlichen Stellung beseitigen als unser Volkstum, das über all diese Begriffe geht. Das einzelne Leben ist mit der Zeit gekommen und wird in seiner Zeit vergehen.

Was unvergänglich ist, das ist unser Volkstum, das muß uns bleiben.

Es ist nicht leicht, wenn einer im bürgerlichen Lager aufgewachsen ist und gewöhnt ist zu sagen: Ich bin Bürger und das sind Arbeiter, und ich bin etwas Besseres, und wenn ein Mensch, der sein Leben lang im proletarischen Lager war und sagt, ich habe das proletarische Klassenbewußtsein, es ist nicht leicht diese Menschen von heute auf morgen zusammenzufügen und sie zusammenzuschweißen und ihnen die Einsicht einzuhämmern. Es gibt nur einen Unterschied, der Unterschied der Leistung, der Kraft und Fähigkeit. Aber es haben sich zuerst Hunderte, dann Tausende, dann Zehntausende, dann eine halbe Million und dann 6 1/2 Millionen Menschen [10] diese weltanschaulichen Gedankengänge zu eigen gemacht, und es werden 10 Millionen werden, und schließlich wird es das ganze deutsche Volk sein. Es kann sich jetzt gegen uns das ganze Proletariat und Bürgertum erheben,

die Zukunft wird unser sein!

Und wir werden unsere Gedankengänge in das Volk hinaustragen, und wir ziehen die Protestflagge auf, die gleichzeitig die Flagge der Einigung ist, und wir werden sie alle gewinnen, denn unter dieser Flagge sammelt sich das deutsche Volk. Und an die Stelle des Klassenbewußtseins werden wir ein deutsches Volksbewußtsein setzen, und alle Deutschen werden lernen den Wert des eigenen Blutes, sie werden lernen, daß jede Leistung begründet ist in dem Wesen des Volkes, mit andern Worten, daß der Mensch in seinem eigenen Blut die Quelle seines Wesens und seiner Bedeutung auf der Welt besitzt. Und wenn hier der

Zentrumsbürger

entgegentritt: Sie versündigen sich damit, denn sie stellen den Menschen über die Religion, so sagen wir:

Im Gegenteil. Nicht wir Menschen haben den Deutschen geschaffen, nicht wir Menschen den Engländer, den Chinesen und den Neger, sondern den Deutschen schuf Gott, und wir halten nur, was Gott geschaffen hat. (Riesiger langanhaltender Beifall.) *Wenn ich mich dagegen verwahre, daß mein Blut bastardisiert wird, dann erfülle ich Gottesgebot: Denn Gott hat es mir gegeben, und in seine Hände will ich es wieder zurücklegen, wie ich es empfangen habe. Ich will nichts gegen seinen Willen tun, denn wenn Gott es gewollt hätte, mich als Neger oder Juden vor sich zu sehen, dann hätte er mich in seiner Allmacht dazu gemacht.*

So kämpfen wir für die Erhaltung der Rasse und des Blutes und des Rassenbewußtseins, weil darin die Quelle der Kraft des Volkes liegt. Wenn das deutsche Volk auf [*sic!*] sich selbst vergißt und sein Wesen verachtet, wenn es ausländisches Wesen in sich

10 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

aufzunehmen sich bemüht, dann entfernt es sich von den Quellen seiner Kraft. Aus unserem Blut heraus sind die großen unsterblichen Werke entstanden, die uns als Deutsche auszeichnen. Aus fremden Blut aber macht man Jazzmusik.

Was die Bedeutung von uns ausmacht, liegt im Wesen unseres deutschen Volksgutes, und was uns entwürdigt und herabzieht, liegt außerhalb. Wir können daher sagen, wenn das deutsche Volk aus der heutigen Not gelöst werden soll, muß es wieder große Leistungen schaffen, und das kann es nur tun, wenn es sich zurückbesinnt auf sein deutsches Volkstum. Dann werden wir wieder zu dem werden, was wir waren.

Uns hat noch niemals Gott verlassen, wenn wir uns nicht selbst verlassen haben. Solange wir auf unsere Kraft vertrauen und uns auf unseren deutschen Mut verließen, solange waren wir ein Volk, über das die Welt nicht zur Tagesordnung schreiten konnte. Als wir aber einem amerikanischen Wanderprediger, einem Wilson, mehr glaubten als unserem gesunden Denken, da hat man uns niedergerungen [11].

Unsere Regierenden sehen heute nur nach Moskau, nach Genf auf den Völkerbund und nach der Botschafterkonferenz [12].

Nur eines wollen sie nicht sehen, was die einzige Voraussetzung für unsere Freiheit ist. Die heißt nicht Moskau und nicht Genf und nicht Völkerbund, sondern

deutsche Kraft.

So kämpfen wir um jeden einzelnen Menschen und hämmern ihm ein das eherne Gesetz der unbedingten Hingabe an sein Volk und der Verpflichtung, die sich daraus ergibt, daß wir dieses Volkstum hüten und pflegen müssen, damit unsere Nachkommen dieser Kraft nicht verlustig werden. Dann gehen sie einen Schritt weiter und sehen wieder, daß wir einen Schritt weiter und sehen wieder [*sic!*], daß am Anfang einer jeden großen Leistung eines Volkes die Persönlichkeit der einzelnen Menschen steht. Jede Leistung will von einem Menschen geschaffen sein. Und

in geschichtlichen Zeiten der Not sind immer einzelne Menschen Führer gewesen. Bei jeder Wissenschaft hat ein einzelner Mann Pate gestanden.

Jede große historische Tat geht vom einzelnen Menschen aus,

und nicht von dem Massenwahnsinn der Demokratie, von der wir wissen, daß dieses Prinzip im Leben des einzelnen völlig untauglich ist und daß es auch nicht den kleinsten Organismus zu leiten vermag. Ein Volk, das vor dem Untergang steht, hat große Leistungen notwendig, die nur entstehen aus der Kraftquelle des Wertes der Persönlichkeit.

Wenn die bürgerlichen Parteien uns mit ihrem Maßstab messen, wenn sie wonnetrunken schreien: "Spaltung bei den Nationalsozialisten" [13], wenn sie auf einmal die Verbrechen, die sie nicht müde wurden zu geißeln, ganz entzückt loben und auf einmal illegale Ziele begrüßen, wenn sie sich gegen uns wenden und mit Freuden feststellen zu können glauben, wir seien in der Spaltung begriffen, dann kann ich nur das eine feststellen:

---

11 Anspielung auf den Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und dem amerikanischen Präsidenten Wilson vor Abschluß des Waffenstillstands 1918. Vgl. Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 6.

13 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

Sie haben keine Vorstellung von dem Wesen unserer Bewegung, von dieser unzertrennlichen Gemeinschaft.

Im Zeitalter der demokratischen Parteien und ihres Zerfalles ist eine kraftvolle Organisation entstanden, eine unüberwindliche Organisation der Autorität! -

Und wenn einer gegen diese Organisation und Autorität verstößt, dann wird er beseitigt, ohne daß die Organisation auch nur einen Atem dadurch berührt werden könnte. Das sollen sich die bürgerlichen Parteien ein für allemal gesagt sein lassen.

Ich war bereit, 10.000 zu entfernen, wenn sie sich nicht der Autorität, der Führung gefügt hätten. Ich habe nicht einmal 200 entfernen müssen [14], aber

im Monat März sind 37.000 neue Kämpfer zu uns gekommen [15].

Wenn ich heute 50.000 entfernen müßte, in 2 Monaten wäre das wieder eingeholt. Es ist eine Organisation der Autorität entstanden, die niemals mehr zusammenbrechen kann, trotz aller Versuche, das auf sog. gesetzlichem Wege zu erreichen.

So gehen wir hinein in jedes Dorf und in jede Stadt und erziehen die Gesamtheit des Volkes zur Erkenntnis der Notwendigkeit der eigenen Vertretung des eigenen Rechtes. Wenn dir Unrecht geschieht am eigenen Leibe, mußt du selbst zum Richter gehen, du muß zuerst für dein Recht eintreten. Der Gerichtshof der Welt heißt

die Walstatt eigener Kraft.

Wenn einer sagt, rüste ab, dann sage ich zu ihm, rüste du zuerst ab. Ich vertrete dieses Recht mit der Kraft meines Volkes. Gibt es eine vollständigere Rechtfertigung für diese Erziehungsarbeit am deutschen Volk als das

Verhalten der SPD in der Panzerkreuzerfrage [16]*!*

Warum mußte sie diesem Schiff zur Annahme verhelfen: Weil die Existenz der sozialdemokratischen Partei es erforderte, sagen sie. Gut! Wenn die Existenz deiner Partei es erfordert, dann bewilligst du es. Wenn aber die Existenz des Vaterlandes es erfordert, lehnst du es ab.

Wir erziehen das deutsche Volk zum Schutze seines Lebens, weil sein Leben es erfordert. Wir leisten diese Erziehungsarbeit in jeder Kommune, in jeder Stadt und in jedem Land und schreiben unsere Grundsätze auf unsere Fahnen. Und wir sehen, wie ein Bollwerk nach dem andern fällt und von uns erstürmt wird, und

dieser Kampf ist der Kampf um das deutsche Volk.

So sehen wir hier in Kaiserslautern den Kampf nur als einen kleinen Ausschnitt an. Wie dieser Kampf auch ausgehen mag [17], der Montag wird uns wieder im Kampf finden.

Unser Kampf ist zu vergleichen mit einer Flut, die anrollt und sich das erstemal bricht. Und die dann das zweitemal kommt. Es wird Welle auf Welle kommen, bis sie alles mit sich

14 Vgl. Dok. 93, Anm. 8.

15 Vom Februar bis zum April 1931 war der Mitgliederstand der NSDAP um etwa 40-45.000 gestiegen. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352.

16 Vgl. Dok. 71, Anm. 3.

17 Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Stadtrates von Kaiserslautern erhielt beim Volksentscheid am 19.4.1931 zwar 16.040 Stimmen gegenüber 15.358 Nein-Stimmen, die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde dabei aber nicht erreicht. Vgl. VB vom 21.4.1931, "NSDAP schlägt alle anderen Parteien zusammen in Kaiserslautern".

forttreibt, bis sie eindringt in das hinterste Dorf. Die Gegner sagen, nach dem 14. September [18] sei die nationalsozialistische Welle gebrochen.

Aufgepaßt!

Die zweite Welle wird heranrollen, und wenn auch sie gebrochen wird, wird die dritte Welle kommen. Und sie wird dann 15 und 20 Millionen Menschen mit sich fortreißen, und sie wird wiederum kommen und trägt dann das deutsche Volk mit sich fort. Dann wird die Stunde kommen, wo unsere Fahne hochsteigt über Deutschland, und es wird dann nicht mehr Bürger und Bauern und Proletarier und Akademiker und Arbeitgeber und Arbeitnehmer heißen, sondern es wird heißen:

Vor euch steht das deutsche Volk!

17. April 1931 Dok. 97
Erklärung

VB vom 23.4.1931, "Danksagung des obersten Führers an die Berliner S.A. und S.S.".

In den vergangenen Berliner Ereignissen [1] hat die S.A. und S.S. Berlin unerschütterlich und treu ihre Pflicht getan und ist vom ersten Augenblick an bedingungslos hinter mir gestanden.

Ich spreche ihr daher an dieser Stelle meinen Dank aus.

München, den 17. April 1931

gez. Adolf *Hitler*

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

19. April 1931 Dok. 98
Rede auf NSDAP-Versammlung in Meiningen [1]

Der Nationalsozialist vom 21.4.1931, "Unser die Zukunft" [2].

Politik ist werdende Geschichte, und Geschichte war zu allen Zeiten politisches Geschehen. Wenn man nun in der Geschichte der Völker zurückblättert, dann stoßen wir immer wieder auf schwere Katastrophen, die die Völker und Staaten in den Abgrund gerissen [*haben*] und zum Verschwinden brachten. Und es ist natürlich, daß die Nachwelt immer nur *das ganze große geschichtliche Ereignis* sieht, daß Staaten vernichtet worden sind, daß Völker untergegangen und Kulturen verschwunden sind, daß gigantische Städte in Trümmer gingen und der Wüstensand heute über sie hinweggeht, immer aber nur stellt die Nachwelt das große Ereignis fest, und nur zu leicht übersieht der Mensch, daß diese geschichtlichen Ereignisse *über große Perioden* sich erstrecken und daß es sich nicht um abstrakte Vorgänge gehandelt hat. So ging Rom zugrunde, das ist leicht ausgesprochen. Daß in einem solchen Satz aber eine *Unsumme von Leiden und Kämpfen, Entbehrungen und Not begründet* ist, daß sich ein *Schicksal* abspielt, das sich an einem ganzen Volke erfüllt, das *übersieht die Nachwelt.* Rom einst war Leben von Millionen Menschen und sein Zusammenbruch war *Volkstod und Völkertod, nicht nur ein seelischer, sondern einer, dem auch der physische Tod nachfolgte.* Und es ist klar, daß diese großen Vorgänge den meisten Menschen *damals* nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Der Mensch sieht nur, wie sein Leben sich abspielt während der kurzen Spanne seines irdischen Daseins.

Nur *wenige* haben die Fähigkeit, die große Linie des Lebens zu werten, die Linie zu verfolgen und sich Rechenschaft abzulegen, ob diese Linie steigt oder fällt. Wieviel schwieriger aber ist es, daß sie nicht nur eine Generation zu bewerten vermag [*sic!*], daß er 2, 3 und 4 Geschlechter verfolgen kann, daß er feststellt, ob diese Entwicklung nach vorwärts geht oder nach unten.

Wenn man damals sagte, Rom geht zugrunde, glauben Sie, es gab Römer, die es merkten, und es gab Hunderttausende, die es *bestritten*, und es gab welche, die sich dagegen verwahrten, daß ihre Politik falsch sei. Die ganz großen Fehler sind zu ihrer Zeit bestritten worden, keine Regierung trat von sich aus vor das Volk und erklärte, wir sind schuldig, jeder betonte, daß sie es *richtig* gemacht haben [*sic!*].

Wir selbst sind Zeuge solcher Katastrophen gewesen, das deutsche Volk erlitt einen solchen Zusammenbruch, und die Nachwelt wird einst feststellen, daß es *ein Jahr des Zusammenbruchs,* eine *Katastrophe* war - das Jahr 1918. Die Gegenwart behauptet, daß es ein Jahr des *Glücks*, des *Aufstiegs*, des *Fortschritts* war.

---

1 Im Schützenhaussaal, abends. Die öffentliche NSDAP-Versammlung, an der laut "Der Nationalsozialist" über 3.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Fritz Sauckel eröffnet. Anschließend sprach der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Münchner Stadtrat, Hermann Esser. Danach hielt Hitler eine etwa zweistündige Rede. Am Nachmittag hatte er auf dem Marktplatz eine Parade von etwa 4.000 SA-Leuten abgenommen.

2 Vgl. auch Meininger Tageblatt vom 20.4.1931, "Hitler Kundgebung in Meiningen" sowie Der Angriff vom 21.4.1931, "Hitler in Meiningen".

Millionen sind umhüllt von diesem Wahnwitz und von diesem Nebel der Unwahrheit. Sie meinen, an diesem Tage [3] haben wir *Errungenschaften* erhalten, und es ist nicht ganz klar, was für Errungenschaften. Daß dies aber nur als *Versprechung* und nicht als *Erfüllung* erschien, das bestreiten sie.

5 Millionen sind arbeitslos [4]. Rechnen wir 5 mal 4, so ergibt das 20 Millionen Menschen, mehr als der tschechoslowakische Staat an Einwohnern zählt [5], die heute von Unterstützungen leben.

Wir sehen daraus, daß ein derartiger Zustand *nicht als normal* anzusehen ist, nicht nur weil dieser Zustand wirtschaftlich ungesund ist, sondern weil 5 Millionen Menschen gezwungen werden, *praktisch überflüssig in der Nation zu sein.* Ungesund, weil die andern für sie sorgen und sie erhalten müssen. Das ist kein natürlicher Zustand mehr.

Das ist ein kleiner Beweis für die Behauptung, daß die ganze Entwicklung keine gesunde ist.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, wann ist ein Volk überhaupt noch gesund, dann müssen wir sagen:

Ein Volk ist dann noch gesund, wenn es aus der Vergangenheit und der Gegenwart für die Zukunft ableiten läßt [*sic!*].

In dem Augenblick, in dem die Gegenwart die Zukunft bedroht, in demselben Augenblick ist das Volk nicht mehr gesund, dann kommt der Augenblick, in dem ein Zustand nicht mehr hinweggestritten werden kann. In Deutschland ist es augenblicklich so, daß wir uns diesem Zustand *mit rasendem Tempo* nähern. So sehr wir auch *persönlich gebunden sind an das Einzel-Schicksal,* so natürlich es auch ist, daß jeder bestrebt ist, sein Leben zu verbessern, so sehr notwendig ist es zu erkennen, daß *alles große geschichtliche Geschehen wohl vom einzelnen ausgeht, aber in der Gesamtheit* seine Wurzeln hat.

Der einzelne Mensch muß aufpassen, was die Gesamtheit praktisch anrichtet, der einzelne muß sein Schicksal bannen können. Ein Volk versündigt sich an sich selbst, wenn der einzelne nur an sich denkt.

Wir selbst sind Zeuge eines solchen Vorganges gewesen. Deutschland verliert durch eine Schuld, die ich jetzt gar nicht näher erläutern will, einen großen Kampf um sein Dasein. Ein scheinbar nur politischer, ein machtpolitischer Vorgang. Allein die Folgen dieses Vorganges sehen Sie an allen einzelnen Menschen wiederkehren. Zusammenbruch auch für den einzelnen.

Die Nation ist kein abstrakter Begriff, sondern die Summe von 62 Millionen Menschen. Der Zusammenbruch hat sich nicht nur an der Nation vollzogen, sondern an *jedem einzelnen.*

Der hat seine *Existenz* verloren, jener sein *Vermögen*, diesem ist sein *Hof* zugrunde gerichtet, jeder *einzelne ist ein Wurm in diesem Schicksal, der zertreten wird.* Und das Schicksal des einzelnen wird sich erst ändern, wenn sich *das Schicksal des Volkes geändert* hat. Und da dürfen wir dann zunächst folgendes feststellen: Das Schicksal des Volkes ist, wie das Schicksal des einzelnen, eine *Frage der Ernährung*, denn obgleich schon

3 Gemeint ist der 9.11.1918, an dem in Berlin die Republik ausgerufen wurde.
4 Vgl. Dok. 96, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 96, Anm. 8.

der Mensch von Brot allein nicht lebt, so ist doch *das Brot die Basis des Lebens.* Unsere Volkszahl hat sich überhöht; seit einem Jahrhundert ist eine Überansammlung von Menschen durchgeführt worden. Unter bestimmten, z. T. machtpolitischen Voraussetzungen, z. T. wirtschaftspolitischen Voraussetzungen ist das deutsche Volk geführt worden.

Der *Weltabsatzmarkt* ist zu einem großen Teil dem deutschen Volk *entrissen* und zum anderen Teil *verschlossen.*

Deutschland hat 20 Millionen Menschen zuviel, die es nicht selbst ernähren kann.

Nun ist dieser Weltabsatzmarkt heute im Schwinden begriffen, und zwar aus 2 Gründen; der erste Grund ist die *Konkurrenz der europäischen Staaten,* und der zweite Grund ist der, daß neben den [*sic!*] alten europäischen Staaten ein neuer, die *amerikanische Union* getreten ist. Und ein weiterer Grund ist nicht allein die Konkurrenz, sondern das *Zusammenschmelzen der Absatzgebiete.* Die osteuropäischen Staaten beginnen sich selbst zu industrialisieren. Wir liefern Ingenieure, Chemiker, Professoren, an unseren Universitäten werden sie dressiert und dann in den [*sic!*] osteuropäischen Staaten verschickt. Durch die Bolschewisierung Rußlands ist ein riesiges Gebiet als Absatzmarkt für uns verloren gegangen. *Der Fünfjahresplan* [6] *ist die lediglische Vorbereitung* [*sic!*] *für die gänzliche Unabhängigkeitmachung Rußlands von uns.*

Der deutsche Kommunist begrüßt die Entwicklung in Rußland, von uns vergißt er aber, *daß er mithilft, den Ast abzusägen, auf dem er selbst sitzt,* der für ihn *Lebensvoraussetzung* ist, denn er lebt nicht von kommunistischen Manifesten, sondern von Arbeit und Brot.

Es gibt auch bei uns Menschen, die den indischen *Freiheitskampf* gutheißen. Sie übersehen aber, daß es sich aber nicht nur um ein indisches oder um ein innerpolitisch englisches Problem handelt, sondern *um den Kampf der weißen Rasse, weil die weiße Rasse ihre Lebensgrundlage verliert.* Das ist die Frage. Und wenn nun ein Kommunist sagt, ja, sie soll sie verlieren, so sage ich ihm, ja, du schreist doch immer, ich will besser leben, und du tust alles, um die Voraussetzungen dazu zu zerstören.

Glauben Sie, wenn Europa sich 300 Jahre früher bolschewistisch eingestellt hätte, wir wären heute noch Europa?

Es ist nur die Frage, ob unser Volk die *Voraussetzung* noch besitzt, unter denen wir groß geworden sind, und da müssen wir folgendes feststellen: Jedes Volk hat bestimmte Voraussetzungen für seine Existenz in die Wiege gelegt bekommen, genau wie jeder Einzelmensch. Einer ist gesund und hat *Kraft,* einer ist *geistig* hochstehend, einer verfügt über eine *glänzende Auffassungsgabe,* ein anderer wieder ist *beharrlich* und ein anderer ist *zähe.* Jeder Mensch bringt es zu etwas, wenn er seine *Fähigkeiten* anwendet. Wenn ein Mann nur mit Muskelkraft plötzlich *geistig* arbeiten müßte und umgekehrt, wenn nur [*sic!*] der geistig Intellektuelle schwere Muskelarbeit verrichten müßte, so würden beide nichts vollbringen.

Und wie der einzelne seine Fähigkeiten ausnutzen muß, so müssen es auch die Völker.

---

6 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.

Die weiße Rasse hat diese Voraussetzungen Jahrhunderte lang mit einem Gefühl, einem Instinkt gehorchend, befolgt und hat *Ungeheures* geleistet. Heute nun müssen wir leider feststellen, daß die weißen Völker von dieser Voraussetzung *von Jahr zu Jahr immer schneller sich entfernen.* Unsere Vorfahren hätten schon längst dort enden müssen, wenn sie so gehandelt hätten wie wir heute.

Es ist klar, wenn der Lebenskampf zur letzten Schärfe entbrannt ist, daß eben *nur das beste Volk* bestehen kann, das gelernt hat, in allen seinen Funktionen nach seiner Veranlagung zu leben, und gelernt hat, das ganze Leben unter dem Gesichtspunkt der Allgemeinheit zu führen.

Der Trugschluß, Deutschland sei groß geworden, weil wir Industriestaat geworden sind, sei falsch. Nein, *die deutsche Industrie ist groß geworden, weil wir ein deutsches Volk waren, das auch machtpolitisch dachte.* Die Wirtschaft ist nicht in Essen, in Chemnitz, in Bielefeld gemacht worden. Es ist klar, daß es eine deutsche Industrie ohne einen kraft- und machtvollen deutschen Staat nicht geben kann. Es war der große gewaltige machtpolitische Aufschwung, der den Aufschwung der Wirtschaft zur Folge hatte.

Die politische Macht führt *immer zu wirtschaftlicher Blüte,* aber leider beginnen die Menschen später zu vergessen, welche Ursache zu der wirtschaftlichen Blüte führte.

Dann *verlieren* sie die politische Macht, und die *Wirtschaft bricht zusammen.* Das ist schon mehrmals so gewesen. *Sie sehen es heute in jeder Stadt.*

Als Deutschland machtpolitisch war, blühte auch die Wirtschaft, und seit Deutschland machtpolitisch zusammengebrochen ist, da sank auch die Wirtschaft zusammen. Die Politik hat versagt, die Wirtschaft wird das deutsche Volk wieder emporführen, sagt man jetzt. *Auch das ist eine Verfälschung vom Wesen des Staates.* Dabei ist aber das Schlimmste, daß die Wirtschaft durch dieses nur wirtschaftliche Denken *nicht zur Blüte kommt,* sondern abstirbt. Nach 10 Jahren sind sie nur noch ein Haufen Interessengruppen

und am Ende steht der Zusammenbruch der Gesamtheit.

Wir haben 40 Jahre lang nur *wirtschaftlich* gedacht. Wollt ihr wieder zurückkehren zu einer Weltbedeutung, ihr müßtet wieder werden eine *Volksgemeinschaft [sic!].*

Der Deutsche muß aufhören, nur mehr Bauer, Professor, Fabrikant oder Arbeiter zu sein, in erster Linie muß er wieder lernen, der ganzen Welt gegenüber ein Volksgenosse zu werden.

Erst die Beantwortung dieser Frage gibt die Voraussetzung für das spätere Leben der Nation. Wird diese Frage nicht gelöst, dann wird Deutschland zugrunde gehen. Die Wirtschaft wird sich abwickeln nach Gesetzen, *die nicht die Wirtschaft sich selbst gibt.*

Was hat das alles zu sagen, wenn einer sich auf seinen Stand, seine Bildung etwas einbildet. Dazu kann er meist selbst nichts. Weiß er denn, was sein *Kind* werden wird, weiß er denn, *was seine Vorfahren gewesen* [*sind*] und wer sie waren, weiß er, ob nicht vielleicht sein Enkel schon ein gewöhnlicher Straßenfeger oder ein großer Mensch werden wird. Weiß er das?

Jede Familie hat große und kleine Blätter am Lebensbaum. Eins ist größer, eins ist kleiner, es kümmert uns aber nicht, ob ein Blatt groß oder klein ist, die *Hauptsache ist, daß der Stamm gesund ist, und der Stamm ist das deutsche Volk.*

Wesentlich ist allein, daß du ein *Deutscher* bist.

Wenn Deutschland zugrunde geht, dann *nützt dir dein Können nichts.* Daraus erkennen wir, daß es eine *Notwendigkeit* gibt, die *uns zusammenführen* muß. Die Politik ist werdende Geschichte eines Volkes. Die Wirtschaft hat eine Dienerin dieses Volkes zu sein. Das Kapital dient der Wirtschaft, und die Wirtschaft dient dem Volk.

Wir Nationalsozialisten sind eine *Volksgemeinschaft.* Mancher Kommunist wird darüber lächeln, mancher Gebildete spötteln. 1914 waren es 10 Millionen [7], die *im Kampf unseres Volkes um seine Existenz über allen Plunder ihrer gesellschaftlichen Stellung hinausgewachsen* sind.

Wir Nationalsozialisten haben zu dem Zweck das *einheitliche Kleid* angezogen, um zu zeigen, daß wir eins sind im Wollen, im Willen, im Glauben.

Wir sind der Überzeugung, daß unser Volk nicht schlechter geworden ist in den letzten Jahren. Es haben *sich Deutsche gefunden, vom königlichen Prinzen* [8] *herunter bis zum Straßenfeger*, in einer einheitlichen Front. Das ist auch ein Programm, das bedeutender ist als all das wirtschaftliche Gefasel, ein Programm, das heute Hunderttausende marschieren zu lassen vermag.

Von den anderen Parteien würde heute keiner auf die Straßen gehen und sich totschlagen lassen.

Für uns gibt es Grundsätze, von denen ich einige erörtern will. Einer lautet:

Wenn du als Mensch etwas gelten willst, dann besinne dich auf dich selbst und nütze die Kraft, die dir gegeben wurde.

Versuche nicht, deutsches Volk, in anderem deine Stärke zu finden, *besinne dich auf dich selbst. In deinem Blute liegt dein Grundsatz.* 4 1/2 Jahre lang hat unser Volk auf der einen Seite standgehalten, *26 Nationen auf der anderen Seite* [9]. Daß unser Volk schlechter wäre als die anderen, das glaube ich nicht, denn wir hätten sonst nicht 3 Monate standgehalten. Ja, was waren denn die anderen, wenn wir schlecht gewesen sind, da müßten doch die 26 anderen Nationen erst recht schlecht gewesen sein.

Wir sind nicht schlechter, nur die Führung des deutschen Volkes ist bisweilen schlechter geworden.

Das deutsche Volk hat den Beweis für seine Güte geliefert, der nicht bestritten werden kann.

Wenn mir aber einer sagt, Sie sind ein Anbeter der Rasse, so sage ich: *Der Geist ist nun leider an den Körper gebunden.* Wir wollen, daß unser Volk *von seinen fähigsten Köpfen geführt wird. Wir bemühen uns, diesen Grundsatz zum großen politischen Grundsatz zu erheben.*

Das Reich habt ihr verwirtschaftet! Euere Parteien sind lächerliche Haufen, und wenn ihr euere Parteien antreten laßt, dann werden auch wir antreten. "Das ist rohe Gewalt", wirst du sagen. Die Nacht um Nacht hinausfahren, um *Versammlungen zu schützen, um Opfer auf Opfer zu bringen,* lassen sich nicht leiten von roher Gewalt.

Es ist ein gewaltiger, großer innerer Gedanke, der sie beherrscht.

---

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

8 Anspielung auf den 1930 in die NSDAP und die SA eingetretenen August Wilhelm Prinz von Preußen (1887-1949).

9 Vgl. Dok. 75, Anm. 3.

Du siehst nicht den *Geist*, der hinter dieser Faust steht.

Das demokratische Prinzip der Mehrheit ist immer das *Zeichen des Verfalls* gewesen.

Man kann den *Bauernhof* nicht durch Majorität bewirtschaften, man kann eine Fabrik nicht durch Majorität leiten. Jeder weiß, daß wenn an seinem Wagen der Vergaser nicht funktioniert, daß er dann zu einem *Fachmann* gehen muß und nicht zu einer *Majorität*. Aber wenn das *Reich* am Untergang steht, dann *soll es die Majorität* retten.

Manche Deutsche behaupten, daß ich der *Diktator* wäre. Ich aber sage:

Diese Organisation hat 30.000 Diktatoren; jeder Funktionär ist *verantwortlich* und hat *Autorität* in dieser Organisation, und in dieser Organisation herrscht der *Persönlichkeitsgedanke*, und wir werden dafür sorgen, daß diese Organisation langsam *übergeführt* wird in den *deutschen Staat*.

Von der ersten Stunde an ist das Leben Widerstand und Kampf. Alles ist im Leben auf Kampf eingestellt. Und was ist denn die Arbeit [*anderes*] als Kampf gegen die Natur, Kampf gegen den Boden, Kampf gegen die wilden Tiere und Kampf gegen den Menschen, der sie um die Früchte der Arbeit bringen will? Mit dem Widerstand erwächst zugleich die *Kraft*, und wenn die Menschheit *keinen Widerstand* zu verzeichnen hätte, würde sie *verfaulen*. Sagen Sie nicht, es wäre eine Theorie.

Keiner stürzt, der nicht reif ist für den Sturz, keiner fällt, der nicht fallen muß.

Jede Kraft erwächst aus Widerstand. Jede Kraft erhöht sich aus Widerstand. Soll es etwa umgekehrt sein, daß der *Starke zugrunde geht, damit der Schwache lebt?*

Einen *Damm* haben sie um sich gebaut seit 12 Jahren, der uns vom deutschen Volk trennen soll, aber *Stück um Stück bricht ein Teil nach dem anderen heraus, dann geht die Welle zurück*, und zum dritten und vierten Male dringt die Welle heran, bis endlich der Damm gebrochen ist und das deutsche Volk wieder deutsch und frei geworden ist ... [10]

20. April 1931 — Dok. 99
SA-Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung, Nr. 1 vom 20.4.1931.

Anordnung

1. Während der Berliner Vorgänge [1] hat sich der selbst[*ändige*] Sturmbann V, der zur besonderen Verfügung des Gruppenführers Ost [2] stand, dadurch ausgezeichnet, daß er

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.
2 Walter Stennes.

vom ersten Tag ab in überragender Mehrheit treu hinter mir stand. Besonders beim Sturm "Horst Wessel" [3] fehlte in den entscheidungsvollen Tagen nicht ein Mann.

Ich spreche dem Sturmbann V und im besonderen dem Sturm "Horst Wessel" meinen Dank und meine Anerkennung aus und verfüge, daß der Sturmbann V künftig die Bezeichnung "Sturmbann Horst Wessel" führt.

Wegen Entsendung einer Abordnung des Sturmbanns Horst Wessel nach München ist gesonderte Verfügung ergangen.

2. In gleicher Weise spreche ich dem Sturmführer 50, Feldwebel Voß [4], für seine bewiesene Treue und seine vorbildliche Haltung in entscheidender Stunde meine besondere Anerkennung aus.

Adolf Hitler

20. April 1931 — Dok. 100
SA-Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung, Nr. 1 vom 20.4.1931.

An Reichsführer SS
An SS Berlin

In den bekannten Berliner Ereignissen [1] hat die SS Berlin unerschütterlich und treu ihre Pflicht getan und ist vom ersten Augenblick an bedingungslos hinter mir gestanden.

Ich spreche daher allen Führern und Männern meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Der Oberste SA-Führer:
Adolf Hitler

3 Horst Wessel (1907-1930), Student, Führer des SA-Trupps 34, dann des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben. Vgl. Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

4 Peter Voß (1892-1934), 1931-1934 Standartenführer der SA-Standarte 2 in Berlin.

1 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

20. April 1931 Dok. 101
SA-Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung, Nr. 1 vom 20.4.1931.

An Gruppe West

Dem Sturm 21 in Lengerich, Gau Westfalen-Nord, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. Nov[*ember*] 1923 an der Feldherrnhalle in München gefallenen Rittmeister Hans Rickmers [1] des Sturmes 21, künftig die Bezeichnung

Sturm 21 "Hans Rickmers"

zu führen.

Der Oberste SA-Führer:
Adolf *Hitler*

21. April 1931 Dok. 102
"Betreff: General-Inspektion"
SA-Anordnung

Masch. Ausfertigung vom 21.4.1931 [1]; BA, Slg. Schumacher 404.

Verordnung

1. Die General-Inspektion ist eine beratende Stelle des Obersten SA-Führers und dem Chef des Stabes unterstellt. Dienstsitz der General-Inspektion ist Kassel.

2. Zweck und Aufgabe der General-Inspektion ist, die Oberste SA-Führung im Ausbau der SA und SS nach einheitlichen Gesichtspunkten durch persönliche Fühlung- und Inaugenscheinnahme zu unterstützen.

3. Zu diesem Zweck sind zahlreiche Reisen des General-Inspekteurs [2] notwendig. Um überblicken zu können, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Abteilungen besucht werden und allenfalls nötige Anregungen geben zu können, legt der Generalinspekteur zum 1.3., 1.6., 1.9., 1.12. einen Besichtigungsplan für das kommende Vierteljahr dem Chef des Stabes vor; durch besondere Verhältnisse nötigwerdende Abweichungen davon sind ihm überlassen. Nach Abschluß jeder Besichtigungsreise berichtet der Gene-

1 Johann Rickmers (1881-1923), Rittmeister a. D., Bataillonskommandeur im Bund Oberland und Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I a No. 1790/31". Fußvermerk: "F[*ür*] d[*ie*] R[*ichtigkeit*] Fuchs (Quartiermeister)".

2 Curt von Ulrich.

ral-Inspekteur dem Chef des Stabes die dabei gemachten Beobachtungen und Erfahrungen.

4. Um die Reisetätigkeit des General-Inspekteurs noch weiter nutzbar zu machen, werden ihm außerdem folgende Aufgaben übertragen:

a) Beseitigung von Unstimmigkeiten zwischen SA, SS und HJ, sowie innerhalb SA, SS und HJ. Sein Eingreifen kann sowohl aus eigenem Antrieb, wie auf Weisung der Obersten SA-Führung oder auf Antrag eines Gruppenführers erfolgen. Er erhält für diese Tätigkeit eine von mir ausgestellte Vollmacht;

b) Mitwirkung in der Fürsorge durch Anregungen usw. auf Grund der bei den Besichtigungsreisen gemachten Beobachtungen;

c) Unterstützung des Nachrichtendienstes der Obersten SA-Führung durch Übermittlung der für diese wissenswerten Beobachtungen, namentlich über die Stimmung in der SA, SS und HJ.

Der Generalinspekteur wird ferner zur Ausarbeitung von Vorschriften sowie zur Beurteilung von Vorschlägen und Anregungen herangezogen werden.

5. Dem General-Inspekteur sind ein Stabsleiter und nach Bedarf Adjutanten zugeteilt. Die Einsetzung von dem General-Inspekteur unterstellten Inspekteuren für Teilgebiete bleibt vorbehalten.

6. Der General-Inspekteur steht im Range der Gruppenführer, der Stabsleiter im Rang des Stabsleiters der Gruppe, die Adjutanten im Rang der Adjutanten der Obersten SA-Führung. Der Dienstrang der Inspekteure wird von Fall zu Fall verfügt.

In Ausübung seiner Besichtigungsreisen ist der General-Inspekteur Vorgesetzter aller Führer und Einheiten der SA, SS und HJ mit Ausnahme der ihm im Rang gleichstehenden Führer.

7. Die gem[*äß*] Besichtigungsplan (Z[i]ff[*er*] 3) zur Besichtigung in Aussicht genommenen Verbände werden von der Obersten SA-Führung verständigt. Etwaige Einwendungen haben sie umgehend sowohl der Obersten SA-Führung wie der General-Inspektion unmittelbar zu melden.

Den weiteren Schriftwechsel bez[*ü*]g[*lich*] Einzelheiten der Besichtigung führt die General-Inspektion mit den betr[*effenden*] Dienststellen unmittelbar.

8. Von allen in ihrem Bereich stattfindenden Aufmärschen usw. vom Sturmbann einschl[*ießlich*] aufwärts haben die Gaustürme dem General-Inspekteur unmittelbar Mitteilung zu machen, um ihm die allenfallsige Teilnahme zu ermöglichen.

9. Diese Verordnung tritt an Stelle der Verordnung vom 10.2.[*19*]31 [3], die hiemit aufgehoben ist, mit sofortiger Wirksamkeit in Kraft.

gez. *Adolf Hitler*

3 Siehe Dok. 58.

22. April 1931 Dok. 103
Meineidsverfahren gegen Richard Römer [1]
Zeugenaussage vor dem Schwurgericht Frankenthal [2]

VB vom 25.4.1931, "Der Frankenthaler Prozeß" [3].

"Die nationalsozialistische Bewegung war von jeher der schärfste Gegner jeder separatistischen Bewegung [4].

Als im Jahre 1919 die Partei zum ersten Male politisch auftrat, hatte sie unter den verschiedenen politischen Gegnern eine Strömung gegen sich, die unter dem Deckmantel einer nur bayerischen bzw. weißblauen Politik arbeitete und nach unserer Überzeugung Ziele verfolgte, die in ihrem Endergebnis zum Separatismus führen mußten. Der Repräsentant dieser Bewegung war der Diplomingenieur Ballerstedt [5].

Die nationalsozialistische Bewegung hat 1919/20/21 einen ununterbrochenen Kampf in München gegen die Tätigkeit des Ingenieurs Ballerstedt geführt, und ich habe vor Gericht meine erste Strafe im Kampf gegen eine Bewegung erhalten, die wir als separatistisch ansahen, weil ich in einer Versammlung und in einem Plakat scharf gegen Ballerstedt Front gemacht habe [6]. Der Kampf gegen diese Bewegung dauerte bis 1920/21 hinein. Es ist so weit gekommen, daß wir eine Versammlung von Ballerstedt, zwar nicht im Effekt gewollt, aber praktisch gesprengt haben. Das Ergebnis war, daß ich wegen Versammlungssprengung angeklagt wurde und wegen Landfriedensbruch meine

1 Richard Römer (1894-1945), Weinhändler, 1923-1933 Bürgermeister von Dirmstein, bis 1930 Leiter des Bezirks Frankenthal der Pfälzer Bauernschaft.

2 Im Schwurgericht Frankenthal, von etwa 9.30 bis kurz vor 12.00 Uhr. Dem Angeklagten Richard Römer wurde in dem von Landgerichtsdirektor Schumacher geleiteten Verfahren zur Last gelegt, 1930 in einer Privatklagesache einen Meineid geleistet zu haben. Dort hatte er unter Eid erklärt, daß die pfälzischen Separatistenputsche 1923 vom Rechtsrheinischen ausgegangen seien und nicht von den Franzosen. Der pfälzische Separatist Franz Josef Heinz habe mit Hitler korrespondiert und sei mit ihm auch zusammengetroffen. Dabei seien auch Pläne entwickelt worden, 10.000 junge Leute in der Pfalz zu mobilisieren, um die Franzosen aus der Pfalz herauszuwerfen. Zur Klärung dieser Vorwürfe wurde unter anderem auch Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß keine Beziehungen zwischen Hitler und der pfälzischen Separatistenbewegung bestanden hätten, sprach Römer aber vom Vorwurf des Meineids frei. Vgl. Heinrich Weiler u. Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977, S. 244 ff. sowie zur Vorgeschichte Bd. III/3.

3 Vgl. auch Bayerischer Kurier vom 23.4.1931, "Ein politischer Prozeß"; Frankenthaler Tageblatt vom 23.4.1931, "Schwurgericht Frankenthal. Meineidprozeß Römer" sowie VB vom 24.4.1931, "Die nationalsozialistische Bewegung war stets der schärfste Feind des Separatismus".

4 Der Vorsitzende hatte Hitler zuvor nach Verbindungen der NSDAP zu den pfälzischen Separatisten gefragt. Vgl. Frankenthaler Tageblatt.

5 Otto Ballerstedt (1887-1934), Dipl.-Ingenieur, Führer des föderalistischen Bayernbundes, 1934 im Zuge des sog. Röhmputsches ermordet.

6 Hitler war am 29.1.1921 wegen übler Nachrede zu 1.000 RM Geldstrafe verurteilt worden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 31.1.1921, "Das Urteil im Prozeß Ballerstedt-Hitler"; VB vom 3.2.1921, "Gerichtssaal. Ballerstedt gegen Hitler".

erste Gefängnisstrafe wegen Sprengung der Versammlung eines Mannes erhielt, der für einen Separatisten galt [7].

Ich hebe das nur deshalb hervor, weil daraus die allgemeine Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung zum Separatismus hervorgeht. Das ist natürlich auch später unsere allgemeine Einstellung gewesen. Die Partei war immer ein Herd der antiseparatistischen Bewegung, eine Stelle, von der der Kampf ausging. *Persönlich habe ich jeden Separatisten in der Pfalz und im Rheinland für einen Verbrecher angesehen.* Die nationalsozialistische Bewegung hat sich 1920 bis 1922 überhaupt von Beziehungen zu anderen Verbänden möglichst ferngehalten. Im besetzten Gebiet war unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich erschwert.

Ich habe Heinz-*Orbis* [8] *nie gesehen, habe ihn nie getroffen und habe nie mit ihm einen Brief gewechselt.* Vor meiner Fahrt nach Frankenthal habe ich noch den Verlagsdirektor des "Völkischen Beobachters", Amann, gefragt, der damals Geschäftsführer war, ob jemals ein Brief von Heinz-Orbis eingelaufen ist. Amann, der ein vorzügliches Gedächtnis hat, hat erklärt, er könne unter seinem Eid versichern, daß niemals ein Brief von Heinz-Orbis eingelaufen ist. Wir haben mit Heinz-Orbis nicht das geringste zu tun gehabt."

Auf die Frage des Vorsitzenden: "Sie werden wohl viele Briefe bekommen, die Sie in den Papierkorb werfen, ohne sie weiter zu beachten?", erklärte Adolf Hitler: "Ich kann nur sagen, daß ich nie einen Brief von Heinz-Orbis erhalten habe, es wäre mir mindestens im Jahre 1923, nachdem der Separatistenrummel begonnen hatte, zum Bewußtsein gekommen, daß ich einen Brief von Heinz-Orbis erhielt. Selbst bei schärfster Anstrengung meines Gedächtnisses ist mir nichts in Erinnerung gekommen. Es ist daher ausgeschlossen, daß ich mit Heinz-Orbis jemals etwas zu tun hatte und daß er bei mir in München war."

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm vor der Separatistenzeit der Name Heinz-Orbis bekannt war, erklärte Adolf Hitler:

"Ich persönlich habe den Namen Heinz-Orbis erst gekannt, als er Separatistenführer war. Heinz-Orbis ist mir nur als Separatistenführer zum Bewußtsein gekommen."

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden, ob Heinz-Orbis in der Geschäftsstelle in München während Hitlers Anwesenheit war, antwortete Adolf Hitler: "Der Geschäftsführer Amann sagt nein."

Vorsitzender: "Es wird behauptet, daß zehntausende Bauernsöhne mobilisiert werden sollten, um die Franzosen aus der Pfalz hinauszuwerfen."

Adolf Hitler: "Ich bin fast 6 Jahre Soldat gewesen und habe die Franzosen an der Westfront kennengelernt. Persönlich bin ich der größte politische Gegner der Franzosen. Ich weiß aber auch ganz genau, daß man die Franzosen nicht mit zehntausend, hunderttausend, nicht mit zweihunderttausend oder dreihunderttausend Mann aus dem

---

7 Nachdem die NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbundes in München gesprengt hatte, wurde Hitler am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Einen Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt München-Stadelheim, der andere Teil wurde ihm erlassen. Vgl. Deuerlein, Hitler, S. 57 f.

8 Franz Josef Heinz (1884-1924), genannt Heinz-Orbis, Landwirt in Orbis, 1920 Mitglied im pfälzischen Kreistag (DVP), Nov. 1923 bis Jan. 1924 Präsident der Regierung der Autonomen Republik Pfalz, am 9.1.1924 von Mitgliedern des pfälzischen "Kampfbundes" in Speyer erschossen.

Land werfen kann. Ich bin mir über die militärischen Möglichkeiten des deutschen Volkes in der damaligen Zeit vollständig klar gewesen, wie ich sie auch heute noch genau kenne."

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß ein Zeuge, Dr. Nafziger [9], behauptete, einen Brief des Orbis an Hitler in den Postkasten geworfen zu haben, erklärte Adolf Hitler: "Davon ist mir nichts bekannt."

Der Verteidiger des Angeklagten Römer, R.-A. Pestalozza [10], erklärte, es sei ihm mitgeteilt worden, daß der als Separatist und Landesverräter bekannte Schmitz-Epper [11] behauptet habe, er sei mit Heinz bei Hitler gewesen. Schmitz-Epper erklärt allerdings, daß er unter einem falschen Namen bei Hitler vorgesprochen habe.

Hitler: "Wenn ein Mann unter falschem Namen sich in die Geschäftsstelle einschleicht und bei mir vorspricht, wie soll ich vor Gericht unter Eid angeben, wie dieser Mann hieß oder wer er war?"

Vom Vorsitzenden wird Adolf Hitler dann eine Photographie des Hoch- und Landesverräters Heinz-Orbis gezeigt, wozu Adolf Hitler erklärte: "Ich kann nur nochmal erklären, daß ich Heinz-Orbis in meinem ganzen Leben nie gesehen und nie gesprochen habe."

Rechtsanwalt Pestalozza richtete an Adolf Hitler die Frage, ob er sich an einen Mann namens Wiggers [12] erinnere, der der Geschäftsführer der Freien Bauernschaft in Niederbayern war und diese in das völkische Fahrwasser hineinziehen wollte. Dieser Wiggers behaupte, daß er bei Hitler gewesen sei. Adolf Hitler erklärte darauf, damals seien natürlich die Vertreter der verschiedensten Verbände und Berufsgruppen politisch tätig gewesen, es sei denkbar, daß einer der Führer zu ihm gekommen sei. "An der Spitze der Bauernbewegung stand damals auch der Grundbesitzer Roth [13], ein Bruder des ehemaligen Justizministers Roth [14]. Ich kann mich an Wiggers nicht erinnern, dagegen noch an den Bruder des Justizministers Roth." [15]

9 Jakob Nafziger (1892-1980), Landwirt, Geschäftsführer der "Freien Bauernschaft".

10 Anton Graf von Pestalozza (1877-1938), Rechtsanwalt, Dr. jur.

11 Josef Schmitz-Epper (1897-1979), 1923/24 Pressechef der Autonomen Regierung der Pfalz und Sekretär der Freien Bauernschaft, 1924 Emigration nach Frankreich, 1940 Emigration nach Casablanca.

12 Emil Wiggers (geb. 1892), 1920-1922 Geschäftsführer der "Freien Bauernschaft" in der Pfalz, 1922-1925 Beauftragter zur Gründung der "Freien Bauernschaft" in Bayern, 1925-1932 Gründer und Führer der "Pfälzischen Bauernvereinigung".

13 Nicht ermittelt.

14 Christian Roth (1873-1934), Dr. jur., seit 1899 im bayer. Verwaltungsdienst, Juli 1920 bis Sep. 1921 bayer. Justizminister, anschließend Amtsanwalt bei der Polizeidirektion München, 1920-1928 MdL (Bayerische Mittelpartei/DNVP, seit 1924 Völkischer Block), 1924 MdR (NSFP), 1928-1934 Generalstaatsanwalt beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof.

15 Folgt Bericht über die Abreise Hitlers.

22. April 1931 "SA-Erlaß Nr. 4" SA-Anordnung

Dok. 104

Gedrucktes Exemplar [1]; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Betr. Sanitätswesen der SA und SS

1. Die Leitung und Aufsicht über das Sanitätswesen der SA und SS wird dem Reichsarzt für SA und SS übertragen. Dienstbezeichnung und Anrede: Reichsarzt. Der Reichsarzt hat einen Stab mit Stellvertreter (bisher Adjutant) und nach Bedarf 1 bis 2 Hilfskräften. Er ist Sachberater des Chefs des Stabes in allen Sanitätsangelegenheiten.

2. In reinen Sanitätsdienstsachen verkehrt der Reichsarzt unmittelbar mit den SA- und SS-Dienststellen: *"Sanitätsdienstweg"*. Er erläßt gemäß Verordnung I Nr. 10/31 vom 3.2.[*19*]31 [2] im Rahmen seiner Dienstbefugnisse Weisungen und Mitteilungen.

3. Beim Stab des Sturmbannes, der Standarte, der Untergruppe bzw. des Abschnittes SS und beim Reichsführer SS befindet sich ein Arzt. Dienstbezeichnung und Anrede: Sturmbannarzt, Standartenarzt, Oberarzt. Die Ärzte sind Fachberater ihres SA-Führers in allen Sanitätsangelegenheiten, sie sind für die Anordnungen im Sanitätsdienst und deren Durchführung verantwortlich; in allgemeinen Formationsangelegenheiten sind sie an die Weisungen ihrer SA-Führer gebunden. Sind bei einem Sturmbann mehrere Ärzte vorhanden, so werden sie als 1., 2., 3. Sturmbannarzt eingeteilt. Sanitätsdienststelle ist jedoch nur der 1. Sturmbannarzt.

4. Die Sturmbannärzte der SA werden auf Vorschlag des Standartenführers, der den Standartenarzt vorher zu hören hat, nach Zustimmung des Reichsarztes durch den Obersten SA-Führer ernannt; die Standartenärzte auf Vorschlag des Gruppenführers, der vorher den Oberarzt zu hören hat, nach Zustimmung des Reichsarztes durch den Obersten SA-Führer; die Oberärzte auf Vorschlag des Gruppenführers nach Zustimmung des Reichsarztes durch den Obersten SA-Führer.

5. Die Sturmbann- und Standartenärzte der SS werden auf Vorschlag ihres Standartenführers nach Zustimmung des Reichsarztes, des Oberarztes SS und des Reichsführers SS durch den Obersten SA-Führer ernannt.

6. Die Enthebung der SA- und SS-Ärzte erfolgt durch den Obersten SA-Führer, auf Antrag des auch die Ernennung beantragenden Formationsführers nach Zustimmung des Reichsarztes. In dringenden Fällen können die zuständigen Führer und der Reichsarzt die vorläufige Enthebung verfügen unter gleichzeitiger Berichterstattung an den Obersten SA-Führer.

7. Sämtliche SA-Ärzte tragen violette Spiegel, die SS-Ärzte bis auf weiteres schwarze. Sämtliche Ärzte tragen zum Dienstanzug nicht die Sanitätsbinde, sondern die Hakenkreuzbinde, da sie durch den Äskulapstab auf dem Spiegel als Ärzte gekennzeichnet sind.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. IV b Nr. 1812/31".
2 Siehe Dok. 55.

8. Dienstanzug des Reichsarztes: Auf beiden Spiegeln goldenes Eichenlaub mit Äskulapstab, Kragen, Spiegel, Mützendeckel und hochgeklappter Mützenrand mit Goldschnur gerändert. Violetter Überzug über dem Mützenkopf. Reichsarzt-Stellvertreter und Oberärzte goldenes Eichenlaub auf linkem, Äskulapstab auf rechtem Spiegel, Kragen, Spiegel und Mützendeckel goldgerändert. Standarten- und Sturmbannärzte goldenes Eichenblatt auf linkem, Äskulapstab auf rechtem Spiegel, Spiegel und Mützendeckel goldgerändert. Dienstanzug der SS-Ärzte nach SS-Befehl No. 22 [3].

9. Auf 30 Mann SA entfällt im allgemeinen 1 Sanitätsmann. Jeder Sanitätsmann muß außer seiner Sonderausbildung die allgemeine Ausbildung der SA und SS in allen Dienstzweigen besitzen. Die Sanitätsmänner sind nach Möglichkeit innerhalb des Sturmes auf die einzelnen Trupps so zu verteilen, daß jeder Trupp je nach seiner Stärke 1-2 Sanitätsmänner hat. Die Ausbildung der Sanitätsmänner bei den Kursen des Roten Kreuzes ist immer die beste und vorteilhafteste. Bei Ausbildung durch SA- und SS-Ärzte oder Pg-Ärzte sind am Abschluß der Kurse Prüfungen in Gegenwart der Führer zu halten. Über die Ausbildung und die bestandene Prüfung kann der ausbildende Arzt eine Bescheinigung erteilen: Ausgebildet als Sanitätsmann für die SA und SS. Die Eintragung der Ausbildung in das Parteibuch ist bei der für die Eintragung in dieses zuständigen Dienststelle zu veranlassen.

10. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann bereits für eine Schar von 12 Mann ein Sanitätsmann eingeteilt werden. Die Einteilung erfolgt durch den Sturmführer auf Antrag des Sturmbannarztes.

11. Sind bei einem Sturm 4 oder mehr Sanitätsmänner vorhanden, so kann der älteste und bewährteste zum Sanitätsscharführer ernannt werden (1 Stern auf linkem Spiegel).

12. Bei jedem Sturmbann und bei jeder Standarte kann ein Sanitätstruppführer ernannt werden, der bei Zusammenziehung von Sanitätsmännern bei Aufmärschen und Parteitagen als Führer eines zusammenzuziehenden Sanitätskommandos bestimmt wird (Abzeichen: 2 Sterne auf linkem Spiegel).

13. Die Sanitätsmänner tragen zum Dienstanzug im Sanitätsdienst am linken Oberarm die Sanitätsarmbinde (weiße Binde mit weißem Kreuz in rotem Kreis).

14. Der häßliche und sprachlich unmögliche Ausdruck "Sanitäter" ist bei der SA und SS verboten. Es muß stets Sanitätsmann oder Sanitätsmänner heißen.

15. Zur Ermöglichung der laufenden Versorgung mit Sanitätsmaterial haben alle SA-Dienststellen von den ihnen durch die politischen Stellen auf Grund der getroffenen

3 Abschrift von Abschrift, o. D.; BA, Slg. Schumacher 425. Die betreffenden Passagen des SS-Befehls Nr. 22 lauten:
"Der Standartenarzt trägt auf dem rechten Spiegel seine Brigadenummer, auf dem linken Spiegel Äskulapstab, Spiegel, Kragen und Mützenrand schwarzsilber umrandet, Armstreifen wie der Stab seiner Dienststelle.
Der Brigadearzt trägt beide Spiegel wie der Standartenarzt, Spiegel und Mützenrand silberumrandet, Kragen schwarzsilberumrandet, Ärmelstreifen wie Brigadeoberstab.
Der Oberarzt beim Oberführer trägt auf beiden Spiegeln Äskulapstab, Spiegel, Kragen und Mützenrand silberumrandet, Ärmelstreifen wie Oberstab des Oberführers.
Der Reichsarzt-SS trägt auf beiden Spiegeln Äskulapstab in größerer Ausführung, Spiegel, Kragen und Mützenrand silberumrandet, Ärmelstreifen wie Oberstab des Reichsführers-SS.
Ärzte und Sanitätsmannschaften tragen statt der SS-Armbinde die Sanitätsarmbinde wie bisher."

Vereinbarungen und gemäß der Anordnung unseres Führers Adolf Hitler vom 3.9.1930 [4] zufließenden Beträgen fortlaufend ein Prozent ihres Geldes jeweils sofort nach Eingang auszuscheiden und dem beigegebenen Arzte abzuliefern.

Adolf Hitler

24. April 1931 Dok. 105
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart [1]

NS-Kurier vom 25./26.4.1931, "Hitlers Appell an Stuttgart" [2].

Mein Vorredner [3] schloß mit dem Satz, daß die oberste Aufgabe unserer Bewegung darin bestehe, den Gemeinnutz an Stelle des Eigennutzes zu setzen. Was heißt nun Gemeinnutz? Gemeinnutz kann nichts anderes sein als der Nutzen der Volksgemeinschaft. Die Gemeinschaft dieser Männer und Frauen, die sich zusammen deutsches Volk heißen [*sic!*]. Und der Nutzen dieser Gemeinschaft kann nur den einen Sinn haben, den Bestand, die Existenz, das Leben und damit die Gegenwart und die Zukunft dieser Volksgemeinschaft, also dieses Volkes zu gewährleisten. Es ist für uns jenes ewig Seiende und Bleibende, für das der einzelne kämpfen muß, weil die Selbsterhaltung der deutschen Volksgemeinschaft, des deutschen Volkes am einzelnen liegt. Die deutsche Volksgemeinschaft, das deutsche Volk ist damit das Kampfziel der nationalsozialistischen Bewegung. Und wenn man in einer Partei überhaupt von Dogmen reden will, die unumstößlich sind und niemals geändert werden dürfen, dann möchten wir als Nationalsozialisten nur ein einziges Dogma aufstellen, das unveränderlich vorgeschrieben sein soll in aller Zukunft, so wie es uns vorleuchtete vom ersten Tag an. Und dieses heißt:

Unser Volk muß leben, und was dem Leben unseres Volkes dient, ist damit nützlich und notwendig.

Wir kämpfen nicht für irgendein unlebendiges, totes Programm, wir kämpfen nur für eines: Unser Volk soll bleiben, soll in die Zukunft hineinwachsen, groß sein, mächtig

---

4 Druck: VB vom 3.9.1930, "Verfügung". Sowie Bd. III/3.

1 In der Stadthalle, abends. Die öffentliche NSDAP-Versammlung aus Anlaß der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 26.4.1931, die laut Polizeibericht von 8-9.000 Personen besucht wurde, wurde von MdL Christian Mergenthaler (NSDAP) geleitet. Vor Hitler sprach der Oberbürgermeisterkandidat der NSDAP, Karl Strölin.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 25.4.1931, "Hitler in Stuttgart"; VB vom 26./27.4.1931, "Hitler in Stuttgart". Zu den äußeren Begleitumständen siehe Stuttgarter Neues Tagblatt vom 25.4.1931, "Letzte Vorbereitungen zur Wahl". Sowie Bericht der Polizeipräsidiums Stuttgart vom 29.4.1931; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1760/301.

3 Karl Strölin (1890-1963), Stadtamtsmann, 1923 Dr. rer. pol., 1923 Eintritt in die NSDAP, 1931 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931-1933 Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der NSDAP-Fraktion im Stuttgarter Stadtrat, März 1933 Staatskommissar für die Verwaltung, Juli 1933-1945 Oberbürgermeister von Stuttgart, Kontakte zum Goerdeler-Kreis.

und glückselig sein. Und wir sind überzeugt, daß aus dieser Macht, dieser Größe sich auch das Glück des einzelnen ableiten wird. Unser Dogma ist: Unserem Volk wollen wir dienen. Und um die Größe und um das Glück unseres Volkes wollen wir kämpfen und ringen.

Wir sehen im Schicksal des einzelnen ein unzertrennliches Schicksal der Gesamtheit. Wenn wir sagen, wir wollen eintreten für diesen gemeinsamen Nutzen der Gesamtheit, dann ist es, daß wir damit kämpfen auch für den Nutzen eines einzelnen, denn es gibt keinen Nutzen, der sich nicht ableitet auf den Nutzen des einzelnen [*sic!*], sondern daß sich ewig nur der Nutzen der einzelnen ableitet aus dem Nutzen der Gesamtheit. Wir wissen dabei, daß das Volk und sein Schicksal unzertrennliche Bundesgenossen sind, Schicksalsgenossen kann man hier ruhig sagen. Jedes Volk trägt sein Schicksal in sich, in der Art, in der es sich gibt, mit der es seinen Weg ging. Damit liegt aber letzten Endes auch das Schicksal der einzelnen in dieser großen gedanklichen und tatsächlichen Arbeit, die ein Volk zur Erhaltung seines Wesens aufzubringen bereit ist. Die Geschichte der Völker ist vielleicht nur verständlich als eine Reihenfolge ganz großer Umwälzungen, großer Geschehnisse, und leider pflegen die Menschen zu schnell und zu leicht zu übersehen, daß auch diese ganz große Schicksalswendung der Vergangenheit sich auswirken wird an Millionen einzelner Menschen.

Wenn Völker zugrunde gehen, gehen einzelne an diesem Volke zugrunde und wir selbst. Wir sehen in uns, wie das große Schicksal der deutschen Nation sich dauernd fortpflanzt und endlich sich ändert im Schicksal dieser 65 Millionen Menschen, die geboren sind, und dieser unzähligen Menschen, die unserem Volke noch geschenkt werden sollen, vielleicht aber nicht mehr geschenkt werden.

Wir sehen an uns am besten, was es bedeutet, wenn ein Volk zugrunde geht.

Wir sehen, daß dieses Zusammenbrechen eines Volkes ein Vorgang ist, der Millionen erfaßt

und am Ende jeden einzelnen ergreifen will und ergreifen muß. Und daraus wird es uns aber auch erst klar, daß ein solches gemeinsames Schicksal, das sich auswirkt bis zum letzten einzelnen Menschen, wie wir heute erleben, naturgemäß sich auswirken muß bis hinab in jede einzelne Unterorganisation [*der*] Menschen. Es gehen nicht nur Reiche zugrunde, sondern auch Provinzen, Bezirke, Städte und Dörfer, und am Ende geht auch der Mensch zugrunde. Der Mensch mit all seiner Ordnung und seiner Organisation. Und damit aber müssen wir auch erkennen, daß das Schicksal, das ein Reich trifft, auch die Kommune treffen muß, daß aber das Schicksal der Kommune nicht bestimmend ist für den Weg des Reiches. Nicht in Stuttgart wird die deutsche Geschichte endgültig entschieden. Aber auch hier und in jeder anderen deutschen Stadt beginnen die großen Schicksalswege der deutschen Nation, des deutschen Volkes.

Noch etwas ist verständlich. Wenn Völker zugrunde gehen, dann ist dieses Zugrundegehen im Gesamten eine Erkrankung nicht nur einer politischen Führung, sondern auch eine Erkrankung des gesamten politischen Denkens, Sehens und Fühlens eines Volkes überhaupt. Die Führung ist immer nur Geist vom Geist eines Volkes, weil der Geist eines Volkes sich immer wieder speisen läßt durch seine Führung.

Der Geist, der über das deutsche Volk im Jahre 1918 gekommen ist, war nicht nur ein Geist der Führung, sondern leider auch zum großen Teil ein Geist, der durch die Führung dem Volke übermittelt worden ist. Und in dieser Vergeistigung liegt eine Verankerung einer falschen Führungsidee, die zwangsläufig zur Vernichtung führen muß.

Das Schicksal einer Stadt bestimmt nicht das Schicksal einer Nation, aber das Schicksal einer Nation bestimmt das Schicksal einer Stadt. Aber alle diese Städte haben Schuld und Anteil an dem Schicksal einer Nation. Und wenn jemand dieses Schicksal beugen will, dann muß er beginnen beim einzelnen, ihn in die neue Idee und neue Auffassung hineinführen und ihm sagen: Wenn du weiter dich so benimmst, dann ruinierst du dich selbst, dann vernichtest du dein Geschäft, deine Existenz, ruinierst die Existenz deiner Kinder.

Aber

die Gegenwart will niemals ihre Fehler einsehen, am wenigsten, wenn diese Fehler Ausdruck von Regierungen sind.

Zu allen Zeiten verwahrten sich die Regierungen gegen die Feststellung falscher Gedanken, falscher Auffassungen, und zu allen Zeiten verfluchten sie die Kritiker, und zu allen Zeiten haben dann, wenn die Regierungen trotzdem falsche Gedanken besaßen, die Kritiker später recht bekommen. Manchesmal war es zu spät und dem Volk nicht mehr zu helfen. Oft war es aber auch nicht zu spät, und es gab auch eine Zeit, da das deutsche Volk aus dem Zerfall wieder aufstieg. Und dieser Emporstieg bedeutet immer gleichzeitig ein Emporsteigen des einzelnen Menschen. Die Größe der deutschen Nation war zu aller Zeit immer das Glück des deutschen Menschen. Je kleiner das Glück im Gesamten, je größer das Unglück im Gesamten, desto schwieriger [*sic!*] waren die Lasten. Da müssen wir uns eine Frage vorlegen: Wann sind im Völkerleben die Prinzipien richtig und wann falsch? Falsch in dem Augenblick, in dem sie zwangsläufig ein Volk in der Gesamtheit vernichten müssen. Sie müssen immer richtig sein, wenn aus diesem Prinzip heraus ein Volk groß und mächtig geworden ist.

Und wenn wir dies auf das deutsche Volk anwenden, dann müssen wir sagen, das deutsche Volk ist deshalb heute grundsätzlich falsch gelenkt und damit vom falschen Geist erfüllt, weil die Gedanken, die uns beherrschen, zusammengefaßt die Leitgedanken des Zerfalls aller Völker und Staaten gewesen sind.

Was das heutige leitende Prinzip ist, das war seit Jahrtausenden das Merkmal zusammenbrechender Völker in der Vernichtung befindlicher Staaten. Seit Jahrtausenden ist dieses Prinzip der Geist des Zerfalls gewesen. Legen wir uns die Frage vor: Was ist das für ein Geist, der unser deutsches Volk beherrscht, dann können wir verschiedene Gedanken feststellen: So ist das deutsche Volk heute zu einem großen Teil erfüllt von der Meinung, das Glück des einzelnen wäre bestimmend für das Glück der Gesamtheit. Wir haben heute in Deutschland zwei große Schichten. Auf der einen Seite die geistige Arbeiterschaft und auf der anderen die Handarbeiterschaft, und diese haben sich weltanschaulich politisch getrennt, [*so*] daß es heute in Deutschland Millionen von Menschen gibt, die da glauben, daß ihre Existenz nicht verbunden ist mit der Existenz der Nation, [*sondern*] mit der Existenz ihrer Klasse. Und wir finden einen zweiten Kapitaldenkfehler unserer öffentlichen Meinung. Nämlich, daß es eine Gleichheit der Völker

gäbe, die in der Gleichheit der Menschen wurzele, und daß aus dieser Gleichheit der Völker und Menschen eine Gleichartigkeit des Schicksals herausfließt und daß diese damit auch zu einer Gleichartigkeit der Anstrengungen führen muß; daß das Schicksal der Völker kein national selbstbegründendes [*sic!*] Schicksal sei, sondern begründet in einer Internationalität.

Internationalität auf allen Gebieten, in allen Bestrebungen, auf dem Gebiet der Organisation staatlicher Natur, auf dem Gebiete der Wirtschaft, des geistigen Lebens, des Kulturlebens, der Kunst, überall. Es gäbe eine Internationalität von wirklich gestaltender und die Menschen vorwärtsbewegender Fähigkeit und Kraft.

Tausend Vorgänge unseres Lebens bleiben unverständlich, wenn wir nicht diese verschiedenen Gesichtspunkte als die trügerischen Punkte anschauen und sehen, daß im Wesen dieser falschen Auffassungen

zwangsläufig die Vernichtung der deutschen Nation

begründet ist und daß, wenn wir uns einmal noch erheben wollen, wir dann den Geist, der sich aus diesen falschen Punkten herausgebildet hat, ausscheiden müssen.

In Deutschland sind 65 Millionen Menschen auf eine zu kleine Grundfläche zusammengepreßt, und Deutschland kann die Menschen nicht mehr auf eigenem Grund und Boden ernähren, noch weniger den Rohstoffbedarf decken. Wir müssen, um überhaupt leben zu können, entweder im Tode weichen oder uns auf eine besondere Wirtschaftsfrage [*sic!*] umstellen, die einen Überschuß unserer Produktion ergibt, um aus diesen Exportüberschüssen fehlende Rohstoffe nach Deutschland hereinzubekommen, das heißt, die Exportmöglichkeit unseres deutschen Volkes ist zu einem wesentlichen Bestandteil zu erhöhen.

Das Wesentliche an diesem Export ist nicht die Produktionsmöglichkeit, sondern die Absatzmöglichkeit mit unserer Produktion. Und diese Absatzmöglichkeit ist ein Faktor, der zu einem großen Teil außerhalb des friedlichen Ermessens unserer Nation liegt, das heißt, eine ganze Welt haben wir als Konkurrenten, und diese Konkurrenz muß in der kommenden Zeit immer schwerer werden. Wir sind immer mehr auf diesen Absatz angewiesen.

Und wieder sehen wir, wie eine neue Weltanschauung, den Bolschewismus, der große Bestandteile der Importmöglichkeiten beseitigt, die überhaupt zu einem bestimmten Import anreizen oder verpflichten könnten [*sic!*]. Wir sehen die Gegenseite, die langsam mit Hilfe europäischer Völker, des amerikanischen Kapitals, wesentlicher Wissenschaftler, in diesem Gebiet entstehen [*sic!*], die selbst wieder auf eine Existenz sich umstellt, und wir sehen eine Erschütterung aller Voraussetzungen der lebensfähigen Nationen. Wenn heute England Indien verlieren würde, bedeutet das das Zurückgehen einer Voraussetzung für das politische Volk, genauso wie Sowjetrußland die Entziehung einer gewissen Lebensvoraussetzung für das deutsche Volk bedeutete. Wenn das heutige Deutschland nicht mehr exportieren kann, so ist das nicht ein Schlag gegen das deutsche Kapital, sondern gegen den deutschen Arbeiter. Gewiß, der Moskauer bolschewistische Jude wird sagen, wir haben eine grandiose Idee. Ich sehe aber nicht den Menschen in Moskau, sondern ich sehe den Deutschen hier. Ich sehe das Schicksal dieses Deutschen von heute. Eine Idee einer Völkerrevolution minderer Rasse gegen die deutsche Rasse

heißt die Vernichtung deiner selbst. Du sagst, ich vernichte den Kapitalismus. Nein, das tust du nicht. Ihr vernichtet nicht den Kapitalismus, sondern Millionen von arbeitenden Menschen. Wenn du mir ja sagst, hast du recht. Wenn du nein sagst, muß ich dir erklären, dann vernichtest du nicht den Kapitalismus, denn Anwärter auf den Kapitalismus sind nicht etwa stellenlose Kapitalisten, sondern stempelnde Arbeitslose.

Es heißt immer: Wir haben große Erfolge wieder erzielt, wir haben die Zahl der Erwerbslosen um 300.000 zurückgepreßt. Diese Erfolge kennen wir seit zwölf Jahren. Seit zwölf Jahren vermindert man so die Arbeitslosenzahl. Aber

Jahr für Jahr wird die Zahl der Beschäftigten im Sommer geringer

und der Nichtbeschäftigten im Winter größer. Drei Jahre weiter und wir werden im Winter zehn Millionen Arbeitslose besitzen und im Sommer acht oder sieben Millionen. Stellen Sie sich eine Nation auf die Dauer vor, innerhalb derer Millionen von Menschen keine gesicherte Existenzbasis besitzen. Soviel Einwohner in Deutschland sind ohne jede Existenz, als die tschechoslowakische Republik überhaupt zählt [4]. Da können wir nur eines sagen: Diese Entwicklung, die wir heute in der Welt sehen und der wir in Deutschland selbst Vorschub leisten, muß dahin führen, daß in kurzer Zeit das deutsche Volk überhaupt ohne Existenzvoraussetzung und -wirklichkeit ist. Der Anfang war schrecklich, das Ende aber wird furchtbar sein. Das geht nicht ewig so weiter.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, was kann in Deutschland uns helfen, müssen wir erkennen: Ganz gleich, ob wir auf dem beschrittenen Weg in die ernste Zukunft weiter schreiten oder ob wir uns den Weg wieder öffnen wollen, immer brauchen wir dazu politische Kraft. Ein Volk ohne politische Kraft ist heute wehrlos, und ein Volk, das wehrlos ist, ist rechtlos, und ein Volk, das rechtlos ist, ist damit existenzlos auf der Welt. Was wir Deutsche im Innern schlecht sehen, das können wir alles umgestalten. Es liegt in unserem Vermögen. Und je mehr wir die Notwendigkeit der Erhaltung erkennen, um so mehr muß uns die Notwendigkeit dieser Gemeinsamkeit zugute kommen. Was aber uns vernichten müßte, ist die Notwendigkeit der Lebensvoraussetzung des deutschen Volkes überhaupt. Wenn das eintritt, können wir sagen, ist eine weitere Existenz der deutschen Nation in Frage gestellt. Wir sehen ja das Schicksal von heute.

Unser Volk wird langsam zersplittert. Millionen Menschen werden ausgestoßen. Sie verlieren den Boden unter den Füßen.

Damit verfällt unser gemeinsames Gut, das einzelne übernommen haben, immer mehr, immer schneller, und am Ende dieses Verfalls steht ein Schreckensgespenst. Es wird der Brudermord sein. Aufruhr wird kommen. Unser Volk wird von Stufe zu Stufe tiefer sinken. Und dann wird langsam das Massensterben einsetzen. Es wird langsam die deutsche Familie veröden, und der deutsche Mensch wird zurücksinken. Am Ende werden wir vielleicht eine zweite Fremdenführernation sein. Und damit rollt unser Schicksal genauso wie bei anderen Völkern der Vergangenheit. Darum müssen wir unsere heutige Erkenntnis immer wieder durchringen. Was uns auf diese Bahn gebracht hat, muß überwunden werden. Wir sehen die Lebensnotwendigkeit unseres Volkes klar voraus. Wir werden überwinden [*sic!*], wenn das deutsche Volk wieder in den Besitz seiner

4 Vgl. Dok. 96, Anm. 7 und 8.

eigenen Kraft und Macht kommt. Wir müssen verstehen, daß jedes Opfer, das der einzelne bringt, tausend Zinsen trägt, wenn es der Gesamtheit zugute kommt.

Da tritt nun die nationalsozialistische Bewegung heute in das deutsche Volk hinein mit einem weltanschaulichen Programm. Wenige Punkte nur, die sie als ein neues politisches Glaubensbekenntnis in unser deutsches Volk hineinbringen will, so daß jeder Deutsche erkennt, das ist die Wurzel, von der aus ich denken und Stellung nehmen muß zu allen Lebensfragen, die an uns herantreten. Die erste Erkenntnis ist:

Wir müssen wieder ein Volk werden.

Über Reparationen und Revolution hinweg muß jeder sich wiedererinnern an den Begriff deutsche Nation und deutsches Volk.

Die größte Realition [*sic!*] zu allen Zeiten ist der Idealismus gewesen. Der Idealismus ist nicht etwas Irrationelles [*sic!*], etwas Unnatürliches, sondern je mehr im harten Lebenskampf sich die gegenseitigen Interessen daran stoßen und die Menschen Gefahr laufen, in dem Kampf zerrissen zu werden, um so mehr taucht dann die Bedeutung irgendeines Ideals auf, das die Menschen doch wieder zusammenfassen kann.

Indem wir die Erhaltung unseres Blutes als oberste Pflicht ansehen, bestätigen wir die Gesamtheit jedes einzelnen. Gewiß, man kann seine Interessen vertreten, darf dabei aber dann eines nicht vergessen, daß alle Interessen, sie mögen scheinbar noch so auseinandergehend sein, in dem Augenblick ausgelöscht werden, in dem die ganze Nation versinkt, und wenn die eigenen Interessen wichtiger sind als die der Nation, dann kann man es erleben, daß das deutsche Volk zugrunde geht. Denn die Geschichte kennt keinen Fall, daß eine Nation als Volk zugrunde geht und als Klasse übrigbleibt. Das Leben macht uns am Ende doch klein.

Wir müssen uns fragen: Ist es notwendig, daß unser Volk, um sich wieder gegenseitig verstehen zu lernen, erst ganz versinken muß, oder ist es nicht besser, wenn das deutsche Volk sich gegenseitig wieder schätzt. Wenn es beginnt, friedlich und verständlich miteinander zu sein, wenn der Mann von rechts einsehen lernt, daß der Nationalismus ganz blutleer und sinnlos ist, wenn er nicht an das Wohl aller des Volkes denkt, und daß der Sozialismus Wahn ist, wenn er nur das Wohl des einzelnen bedenkt.

Solange wir uns auf das Wesen unseres Volkes berufen haben und dieses Wesen schützten und aus ihm heraus arbeiteten, schufen, gestalteten und dichteten, stand es um unsere Nation gut. Wir haben Gewaltiges geleistet und

der deutsche Name ist ruhmvoll über die Welt gegangen.

Es ist kein Zufall, daß die Leistungen von jetzt bedeutungslos sind, gemessen an den Leistungen von der Zeit, in der unser Volk von seinem Wesen heraus schuf.

Wenn wir glauben, als amerikanische Halbneger amerikanische Jazzmusik machen zu müssen, dann müssen unsere Leistungen erbärmlich sein. Dann müssen uns die schlagen, denen diese Kunst aus dem innersten Wesen entspringt. Am Ende wiegt aber eine deutsche Symphonie sämtliche Jazzmusik auf. Und so ist es nicht nur in der singenden Seele unseres Volkes, sondern so war es auch in der gestaltenden Seele,

solange wir das geblieben sind, was wir waren, und das hüteten, was uns der Himmel mitgegeben hat, solange sind wir in Ehren vor der Welt gestanden.

Solange wir glaubten, daß wir um unser Wesen selbst kämpfen müssen und auf unsere eigene Kraft vertrauten, solange sind wir unbesiegt geblieben. Erst als das deutsche Volk sich selbst vergaß, da hat uns dann die Kraft verlassen, und nicht nur die Kraft, sondern auch die Macht und das Recht und damit auch das Glück. Wenn wir unser Recht und Glück selbst vertreten wollen, müssen wir uns auf unsere eigene Kraft stützen. Deutschland wird dann wieder groß und mächtig sein, wenn jeder Deutsche wieder Deutscher sein will. Wir wollen in unser Volk hineintragen, daß das gesamte Schicksal einer Nation am Ende doch nur das Ergebnis der Leistungsfähigkeit einzelner Menschen ist. Was geschaffen wurde seit Jahrtausenden, ist immer das Ergebnis der schöpferischen Kraft und der Fähigkeit einzelner Personen gewesen. Im einzelnen Menschen liegt die Fähigkeit begründet, und wehe dem Volk, das anstelle der schöpferischen Kraft und Fähigkeit der einzelnen Personen die Dummheit und Unwissenheit setzt.

Wenn wir uns vorstellen, daß ein Volk von 50 oder 60 Millionen Menschen in jedem einzelnen Mann verschiedene Fähigkeiten besitzt, dann muß es uns einleuchten, daß dieses Volk glücklich und machtvoll werden müßte, dann müßte es klar sein, daß ein solches Volk wachsen müßte, daß sein Leben bestimmt und dirigiert wird von denen, die dazu geboren sind.

Wenn man das Glück dem einzelnen verspricht, muß man dafür sorgen, daß die Gesamtheit nach den Gesetzen der höchsten Fähigkeit regiert wird. Diese Auffassung muß das ganze Leben durchdringen, muß langsam als selbstverständliche Erkenntnis in den einzelnen Menschen vermittelt werden.

Wir haben auch zu erkennen, daß es nichts auf der Erde gibt, das dem Menschen geschenkt wird. Alles muß im Kampfe erworben werden. Rede nicht von Arbeit, denn auch Arbeit ist Kampf! In diesem Ringen ist der Mensch gewachsen und groß geworden. Arbeite nicht mehr, und du wirst die Kraft verlieren zum Arbeiten! Denke nicht mehr, und du wirst die Fähigkeit verlieren zu denken! Kämpfe nicht mehr, und du wirst die Kraft verlieren zur Lebenserhaltung! Das Gesetz heißt: Sieg des Rechtes. Und das Recht ist immer nur bei der Stärke und der Kraft und niemals bei der Schwäche.

Je mehr ein Mensch sein Leben an Hoffnungen bindet, die an anderen hängen, um so mehr schneidet er dieses Leben ab. Am Ende wird er verlassen und allein sein. Er wird zu spät erkennen, daß auch sein Schicksal nur von ihm allein gemeistert wird und nicht von anderen. Und wenn man mit diesem Geist und mit diesen Grundgedanken vor die Nation tritt, wenn diese Gedankengänge Gemeingut aller Deutschen geworden sind, dann muß aus allem Zerfall und all dieser Zermürbung heraus ein großer deutscher mächtiger Kraftkörper und deutscher Wille erwachsen.

Eine neue deutsche Nation wird sich bilden, die dann für die Erhaltung ihres Schicksals nicht mehr mit Bürger[*n*] und Proletariern kämpfen [*sic!*], sondern sie wird wieder kämpfen mit Deutschen, die bereit sind, sich hinzugeben zur Erhaltung ihres Volkstums. Und damit beginnt dieser Kampf überall. Er beginnt im einzelnen Menschen, versucht ihn herauszuheben aus dem Klassenbegriff und hineinzustellen in die deutsche Gemeinschaft. Gewiß, Millionen lehnen es zunächst ab, aber ein halbes Dutzend kommt doch. Gewiß, tausend lachen. Aber es werden doch sechzig und endlich doch dreitausend. Gewiß, Zehntausende lachen darüber. Aber aus den dreitausend werden langsam zehn-

tausend, und es kommen hunderttausend und schließen die Front. Langsam lernen sich die Menschen untereinander verstehen und einsehen, daß alles geblähter Stolz gewesen ist.

Sie werden auf einmal einsehen, daß es über dem Beamten, Arbeiter und Bauern noch etwas anderes gibt, nämlich den deutschen Mann, der einmal eine Nation gerettet hat, aus allen Schichten heraus, in der Zeit, wo er erkannt hat, wo eigentlich die Kraft im Volke liegt. Nicht im Beruf und in der Klasse, sondern im deutschen Mann!

Die deutsche Frau wird als deutsche Mutter zur Trägerin der deutschen Zukunft. Auch sie muß mitkämpfen für das deutsche Volk. In Wirklichkeit ist [*sic!*] der Lebenskampf für ihr Kind eine ähnliche Stellung. Millionen deutscher Menschen wollen sich nicht mehr zerreißen lassen und nicht mehr diesen Bruderhaß und Klassenhaß. Sie wollen, daß ein deutsches Volk entsteht.

So treten wir heute an den einzelnen. Und er lehnt uns ab. Und wir kommen morgen wieder. Und er lehnt uns ab. Und wir werden zehnmal kommen, und einmal wird auch er sich beugen. Und will er nicht, so wird das Schicksal über ihn hinwegrollen. Und wir wenden uns an die Kommune, an das Reich und sind gleich einer Welle. Sie aber erwehren sich ihrer. Die Woge kommt das zweite Mal. Und das zweite Mal werden sie sich ihrer noch einmal erwehren. Und sie wird ein drittes Mal kommen. Und wenn sie das dritte Mal das Reichstagsgebäude umspült, dann wird das neue Banner gehißt sein, und aus dem Zerfall von heute wird dann das Reich der deutschen Zukunft.

27. April 1931 — Dok. 106
SA-Anordnung

Gedrucktes Exemplar [1]; BA, Slg. Schumacher 239.

Verfügung

Mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1931 wird die Hitler-Jugend (HJ) als geschlossene Organisation der Obersten SA-Führung unterstellt. Der Reichsführer-HJ untersteht dem Chef des Stabes.

Entsprechend der Gliederung der SA wird deshalb das Reichsgebiet, statt wie bisher in 7 Oberbereiche HJ, in 10 HJ-Gruppen und 2 selbständige HJ-Gaue eingeteilt, nämlich:

1. *HJ-Gruppe Ostland:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl. Sie umfaßt Ostpreußen und Danzig.

2. *HJ-Gruppe Ost:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl. Sie umfaßt: Brandenburg, Ostmark, Pommern und Mecklenburg.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. II a/HJ Nr 1834/31".

3. *Selbständiger HJ-Gau Berlin:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl.

4. *HJ-Gruppe Nord:* Führer: Walter Burchhard [2], Sitz: Bremen, [*Am*] Bunten Tor, Steinweg 475 a. Sie umfaßt: Hannover-Süd, Hannover-Ost, Schleswig-Holstein, Hamburg und Weser-Ems.

5. *HJ-Gruppe Nordwest:* Führer: Wilhelm Kayser [3], Sitz: Köln a. Rh., Filsengraben 4. Sie umfaßt: Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Düsseldorf, Essen, Köln-Aachen.

6. *HJ-Gruppe West:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl. Sie umfaßt: Hessen-Nassau-Nord, Hessen-Nassau-Süd, Hessen-Darmstadt, Koblenz-Trier.

7. *HJ-Gruppe Südwest:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl. Sie umfaßt: Württemberg, Baden, Pfalz, Saar.

8. *HJ-Gruppe-Süd:* Führer: Emil Klein [4], Sitz: München, Schellingstraße 37. Sie umfaßt: Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Oberpfalz, Franken.

9. *Selbständiger HJ-Gau München:* Führer: Emil Klein, Sitz: München, Schellingstraße 37.

10. *HJ-Gruppe Mitte:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl. Sie umfaßt: Sachsen, Thüringen, Halle-Merseburg, Magdeburg.

11. *HJ-Gruppe Schlesien:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl.

12. *HJ-Gruppe Österreich:* Führer: wird noch bekannt gegeben. Sitz: desgl.

Die Gaueinteilung und Unterstellung wird noch bekannt gegeben.

In den unten angegebenen Grenzen unterstehen die HJ-Gruppen den Gruppenführern der SA, die beiden selbständigen Gaue Berlin und München den selbständigen Gaustürmen Berlin und München, die übrigen HJ-Gaue den Gau-SA-Führern. Den übrigen SA-Dienststellen ist die HJ nicht unterstellt, sie haben jedoch im Interesse der Bewegung in verständnisvoller Übereinstimmung zusammen zu arbeiten.

Das Unterstellungsverhältnis der HJ unter die SA erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Teilnahme an Märschen und Demonstrationen,

2. Überwachung des öffentlichen Auftretens,

3. Einspruchsrecht bei Ernennung und Absetzung von HJ-Führern in den oben genannten Dienststellen.

4. Die HJ-Gruppen und Gauführer sind Jugendreferenten der entsprechenden SA-Dienststellen, der Reichsleiter-HJ ist Referent beim Stab des Obersten SA-Führers.

---

2 Walter Burchhard (1908-1943), 1919-1928 Mitglied der Deutschen Pfadfinderjugend, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 HJ-Gauführer von Weser-Ems, 1929 Gauführer von Lüneburg-Stade, 1930/31 HJ-Oberführer Nord-West bzw. HJ-Gruppenführer-Nord, Sep. 1931 Ausschluß aus HJ und NSDAP, 1937 Wiedereintritt in die NSDAP.

3 Wilhelm Kayser (geb. 1908), Kaufmann, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1927 Aufbau der HJ in Köln, 1928 Stellvertreter des Gauleiters für die HJ im Rheinland, 1928-1930 Gaugeschäftsführer des NSDAP-Gaues Rheinland, 1930-1932 Gesamtführung der HJ für Westdeutschland, 1932 Austritt aus HJ und NSDAP, Gründung der Deutschen Jungfront in Köln, 1932-1935 Leitung der Kölner Ortsgruppe der Schwarzen Front, 1935 Verhaftung, 1937 Verurteilung wegen Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus.

4 Emil Klein (geb. 1905), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1931 HJ-Gauführer Südbayern, 1931 HJ-Gauführer München-Oberbayern, dann HJ-Oberführer Süd, 1931/32 HJ-Gebietsführer Hochland, 1932 vorübergehend abgesetzt, 1933 erneut HJ-Gebietsführer Hochland, dann HJ-Obergebietsführer, 1939-1945 Stabsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Von diesen Anordnungen werden die bisherigen Beziehungen zwischen HJ und politischen Leitern der NSDAP nicht berührt.

Entsprechend diesen Unterstellungsverhältnissen regelt sich der Dienstweg für die HJ.

Die Reichsleitung der HJ wird ab 1.5.[*19*]31 nach München verlegt. Geschäftsstelle: Schellingstraße 50.

Die bisherige unterste HJ-Einheit, die Gruppe, erhält mit sofortiger Wirksamkeit den Namen "Kameradschaft".

Adolf Hitler

27. April 1931 Dok. 107

Rede auf Tagung der NSDAP-Reichstagsfraktion in München [1]

VB vom 29.4.1931, "Der Nationalsozialismus als letzter Wall gegen die rote Flut" [2].

Freudig begrüßt, erschien dann *Adolf Hitler*. Er sprach dann Dr. Frick den Dank der ganzen Bewegung für seine gesamte Tätigkeit aus. Das Ergebnis des bürgerlichen Verrats sei [3], daß die Bewegung in Thüringen erst recht vorwärtsschreite, eine neue Wahl würde mit einer Zerschlagung des Bürgertums als Schützerin des Marxismus enden. Wenn Bismarck früher gesagt habe, der Liberalismus sei die Vorstufe des Sozialismus [4], so könne man heute feststellen:

1 Laut Programm im großen Saal des Kunstgewerbehauses, Pfandhausstr. 7, nach 19.00 Uhr. Die Sitzung der vollständig erschienenen NSDAP-Reichstagsfraktion fand im Anschluß an eine NSDAP-Führertagung am 26./27.4.1931 statt, auf der alle Gauleiter, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten und die Führer der Zweigorganisationen erschienen waren. Vor Hitler gab zunächst Wilhelm Frick einen Bericht über die Tätigkeit der NSDAP-Fraktion im Reichstag sowie über die politischen Ereignisse in Thüringen. Nach Hitler sprach MdR Franz Stöhr über die politischen Vorgänge im Reichstag.
Am Vortag hatte Hitler eine Rede auf der Sitzung der Propaganda- und Schriftleiter der NSDAP gehalten. Zum Gesamtablauf der NSDAP-Führertagung vgl. VB vom 29.4.1931, "Unaufhaltsam dem Sieg entgegen".

2 Vgl. Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 und Lagebericht N/Nr. 101 vom 9.6.1931; StA München, Polizeidirektion München 6735. Siehe auch das Programm der Tagung im Rundschreiben von MdR Franz Stöhr an die Mitglieder der NSDAP-Reichstagsfraktion vom 17.4.1931; BA, Slg. Schumacher 319.

3 Gemeint ist die Aufkündigung der Regierungskoalition mit der NSDAP in Thüringen durch die DVP sowie das erfolgreiche Mißtrauensvotum im Thüringischen Landtag gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder am 1.4.1931. Vgl. Dok. 75, Anm. 4.

4 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie". Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

Im heutigen politischen Bürgertum liegt bereits der Bolschewismus beschlossen! [*sic!*]

In eindringlichen Worten schildert der Führer dann die gegenwärtige politische Lage und betont, daß wir mit der Arbeit und dem Fortschreiten der Bewegung außerordentlich zufrieden sein können. Der von den Gegnern erhoffte Rückschlag ist nicht eingetreten, im Gegenteil, die Bewegung schreitet überall vorwärts. Selbst die Bürgermeisterwahl in Stuttgart [5], der Volksentscheid in Lippe [6], Wahlen, die keine großen politischen Gesichtspunkte aufweisen, zeigen prozentuale Zunahmen von 60 Prozent und 50 Prozent seit 1930.

Jetzt heißt es, alle Kräfte zu mobilisieren, sich namentlich auf die *Kämpfe in Preußen* vorzubereiten [7].

Es wird, wie Adolf Hitler dann ausführlich begründet, einst die Stunde kommen, da die Spannungen zwischen den heute noch gegen uns arbeitenden Koalitionen doch zu große werden und sie unter dem Druck der erwachenden Nation auseinandergesprengt werden.

Um so mehr erscheint die Einheit der N.S.D.A.P. immer imposanter. Immer mehr erkennen *alle* Gutwilligen, daß

der Nationalsozialismus der letzte Wall [*sic!*] *gegen die rote Flut darstellt!*

Versänke unsere Bewegung, so wäre eine alles vernichtende Sturzflut über das deutsche Volk nicht mehr aufzuhalten.

Alles zerfällt, die imponierende Einheit der Partei aber steigt immer mehr und mehr vor den Augen der Welt empor. *Sie* wird alle Nörgler, alle alten Gebilde überwinden. [8]

---

5 Bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart am 26.4.1931 hatten 115.178 Wähler für den gemeinsamen Kandidaten der Demokraten, der DVP, des Christlichen Volksdienstes, der Wirtschaftspartei und der DNVP, 25.814 Wähler für den Kandidaten der NSDAP und 24.247 Wähler für den Kandidaten der KPD gestimmt. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 27.4.1931, "Oberbürgermeister-Wahl in Stuttgart".

6 Am 26.4.1931 hatten rund 37.000 Wähler für den von der NSDAP initiierten Volksentscheid zur Auflösung des Landtags von Lippe gestimmt, der damit an der erforderlichen einfachen Mehrheit von mindestens 54.000 Stimmen scheiterte. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 27.4.1931, "Volksentscheid in Lippe gescheitert"; Berliner Tageblatt vom 28.4.1931, "Der Lipper Volksentscheid".

7 Gemeint ist der vom Stahlhelm initiierte Volksentscheid über die Auflösung des Preußischen Landtags, der am 9.8.1931 stattfand (vgl. Dok. 88), sowie die bevorstehende Landtagswahl in Preußen am 24. April 1932.

8 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsverlauf. Ergänzend berichtet der Lagebericht Nr. 101: "Hitler hielt dabei eine Ansprache, in welcher er unter größter innerer Bewegung betonte, daß vielleicht schon dieses Jahr den Tag der legalen Machtergreifung bringe. Die Bewegung dürfe unter keinen Umständen mehr rückläufig werden, sonst sei es um sie geschehen."

April 1931 Anordnung

Dok. 108

Zitiert nach Memorandum Kurt Kühmes vom April 1931 (gedr. Exemplar), "Zweck und Aufgaben der Reichs-Führerschule"; BA, Slg. Schumacher 409 [1].

Zur propagandistischen werbenden Kraft der Idee kommt in dieser Bewegung die erhaltende Kraft der Organisation, und diese selbst soll nunmehr auch ihre letzte Ergänzung finden durch die befestigende Kraft der *Erziehung*.

Was das alte Reich nicht besaß, nämlich eine den Anforderungen des heutigen Kampfes genügende "*Führung*" der Nation, wird die nationalsozialistische Bewegung schaffen.

Die Bewegung muß sich einen ausgebildeteten *Stamm Unter- und Ober-Führer* sichern, die die unerschütterliche Einheit der Partei ebenso garantiert wie die folgerichtige Leitung dieser Riesenorganisation und ihrer Menschen.

Die Partei wird um so mehr planmäßig dazu übergehen, jene Schulung ihrer Führer vorzubereiten und durchzuführen, die als Ergebnis Männer züchtet, *die Offiziere im politischen Existenzkampf* ihres Volkes sind [2]. Weltanschauliche, politische Offiziere, Führer der S.A. und der S.S. sowie der politischen Organisation überhaupt, die gelernt haben, nicht nur den Gegner *zu sehen*, sondern ihn auch mit jenen Waffen zu *schlagen*, die für ihn *vernichtend* sind.

[*Adolf Hitler*]

[April 1931] [1] Geleitwort

Dok. 109

Cav. Vincenzo Meletti, Die Revolution des Faschismus <Civiltà Fascista>, München 1931, S. 7 f.

Dieses Buch enthält mehr als ein gewöhnliches Buch: Es enthält die Staatsidee der Zukunft, aufgezeigt an ihrer italienischen Verwirklichung.

Das Buch wurde ins Deutsche übersetzt, weil in Deutschland - völlig unabhängig von Italien - die in den Grundzügen gleiche Staatsidee unter dem Namen Nationalsozialismus entstand und im Begriffe ist, gegen die verzweifelt Widerstand leistenden Vertreter überlebter Staatssysteme sich durchzusetzen.

---

1 Druck mit leichten Änderungen: VB vom 14.5.1931, "Zweck und Aufgabe der Reichsführerschule".

2 Bezieht sich auf die Gründung der Reichsführerschule der NSDAP in München, die am 15.6.1931 offiziell eröffnet wurde. Vgl. Dok. 137.

1 Das Buch Melettis wurde im VB vom 26./27.4.1931 als Neuerscheinung annonciert.

Die innere Verwandschaft der italienischen und der deutschen Prägung der neuen Staatsidee kann nicht bestritten werden. Man muß sich allerdings vor Augen halten, daß im vorliegenden Buche gemäß italienischem Sprachgebrauch das Wort "Sozialismus" anstelle des Begriffes "Marxismus" steht. Tatsächlich ist der Faschismus nicht, wie es dem uneingeweihten oder oberflächlichen Leser scheinen könnte, antisozialistisch. Er ist im Gegenteil sozialistisch im höchsten Maße, wenn man Sozialismus im besten Sinne nimmt, gemäß seiner Auslegung durch den Nationalsozialismus in Deutschland. "Glaubt mir, Mussolini ist kein gewöhnlicher Sozialist", sagte einst Sorel [2], "vielleicht werdet Ihr ihn eines Tages an der Spitze einer heiligen Schar mit dem Schwerte die Fahne Italiens grüßen sehen." Solch ein Sozialist ist Nationalsozialist!

Die neue Staatsidee entstand aus dem Frontkämpfertum des Weltkriegs heraus. Sie ist Geist von seinem Geist: Groß, hart, kämpferisch, klassenverschmelzend, Persönlichkeit und Leistung wertend, *Alles* für die nationale Gesamtheit fordernd. Es ist kein Zufall, daß Mussolini Soldat der vordersten Linie des Weltkrieges war. Eine glückliche Fügung ließ die beiden volksbestimmenden Abwandlungen einer Staatsidee in zwei Staaten in Erscheinung treten, die natürliche Interessen verbinden und die durch diese Staatsidee an Kraft gewinnen mögen, um einst in verstärktem Maße ihre gemeinsamen Interessen wahrzunehmen.

Adolf Hitler

2 Georges Sorel (1847-1922), Ingenieur und Sozialphilosoph, Theoretiker des revolutionären Syndikalismus, 1908 Autor von "Réflexions sur la violence".

[April] 1931 [1]
Interview mit Il Popolo d'Italia [2]

Dok. 110

Il Popolo d'Italia vom 12.5.1931, "Con Adolfo Hitler alla 'Casa Bruna'" [3].

"Ich will Euch daran erinnern", sagt mir Hitler, während er mir genau in die Augen schaut, "daß ich mich von Anfang an gegen diese Politik [4] und für eine Annäherung an Italien ausgesprochen habe und für eine Verständigung mit England. Ich war und bin heute noch davon überzeugt, daß nur ein englisch-italienisch-deutscher Block den Frieden und die europäische Zivilisation vor der 'Zersetzung' durch ein mehr und mehr mit schwarzem Blut durchmischtes Frankreich auf der einen Seite und vom Alptraum des asiatischen Bolschewismus auf der anderen retten kann. Frankreich kann heute wegen des beeindruckenden demographischen Rückgangs, der diese Nation plagt, und wegen der - im Grunde verständlichen - Tendenz zur Bildung eines Blocks von hundert Millionen Franko-Negern, die sie höchstens zu einer afrikanischen Macht reduzieren kann, Frankreich kann heute nicht mehr nach der einstigen Vormachtrolle im Westen streben. Deswegen denke ich oft an das Wahre an der Theorie der historischen Zyklen [5]: Die Rolle des faschistischen Italiens gegenüber Frankreich müßte in etwa die sein, die das große römische

- Tengo a ricordarvi - mi dice Hitler fissandomi bene negli occhi - che contro questa politica io mi manifestai subito per un avvicinamento all'Italia, per una intesa con l'Inghilterra. Fui e sono tuttora convinto che soltanto un blocco anglo-italo-tedesco possa salvare la pace e la civiltà europea dal «rodimento» di una Francia sempre più mescolata da sangue nero, da una parte, e dall'incubo di un bolscevismo asiatico, dall'altra. Oggi la Francia non può più aspirare al predominio occidentale di un tempo con quell'impressionante fenomeno di regresso demografico che l'affligge e con quella tendenza - comprensibile del resto - a voler creare un blocco di cento milioni di franco-negri che non può ridurla se non a potenza africana ... Ecco perchè io penso spesso alla verità della teoria dei cicli storici: il «ruolo» dell'Italia fascista verso la Francia dovrebbe essere pressapoco quello che si assunse il grande impero romano contro l'africana Cartagine. Ma per concludere su questo punto io sono convinto che l'Italia non potrà mai adattarsi a subire le pretese egemoniche della Francia, meritevole come è, e per la sua posizione geografica

1 Datierung nach Il Popolo d'Italia vom 3.11.1931.

2 Im Braunen Haus in München. Das Interview wurde von Gino Cucchetti geführt. Deutsche Übersetzung von Stefano Eleuteri und Hans Woller (IfZ München).

3 Vgl. auch die Zusammenfassung des Interviews in Il Popolo d'Italia vom 3.11.1931, "Adolfo Hitler nel pensiero di alcuni italiani". Druck: Renzo de Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), 2., erweit. Aufl., Florenz 1983, S. 205 ff.

4 Ergänzend berichtete Il Popolo d'Italia vom 3.11.1931: "Während die Außenpolitik der Sozialdemokratie und der demokratischen Liberalen der Berliner Regierung ein Bündnis mit Frankreich eingehen wollte, was in den Verträgen von Spa, Locarno, London und Haag seinen Ausdruck fand, predigte ich

Reich gegenüber dem afrikanischen Karthago spielte. Aber, um diesen Punkt abzuschließen: Ich bin überzeugt davon, daß sich Italien nie damit abfinden kann, sich den Hegemonialansprüchen Frankreichs zu beugen, denn Italien, die Lehrmeisterin von Zivilisation und Weisheit, ist selbst würdig, wegen seiner geographischen Lage und vor allem wegen seiner großen geistigen Entwicklung im Mittelmeer die Vorherrschaft auszuüben."

e soprattutto per il suo grande sviluppo teorico, di predominare essa nel Mediterraneo, essa maestra di civiltà e di sapienza.

[...] [6]

[...]

"Unser Aufstieg ist beispielhaft", erklärt mir Hitler ohne den geringsten Schatten falscher Bescheidenheit, "wir haben ihn mit Kämpfen und Opfern errungen. Diese waren gleich hart, wenn nicht härter als die vom Faschismus ausgefochtenen sieg- und opferreichen Kämpfe. Die 1919 in München im Gegensatz zum herrschenden Marxismus und Kommunismus entstandene nationalsozialistische Weltanschauung verbreitete sich in kurzer Zeit in Deutschland, Österreich, in den deutsche Provinzen der Tschechoslowakei. Von den roten Parteien gnadenlos bekämpft, wurden auch wir gezwungen, unsere Weltanschauung mit der brutalen Kraft der 'Stoßtrupps' zu verteidigen. Alles wurde gegen uns versucht, gegen unsere Versammlungen, unsere Häuser, unsere Berufe, unsere Leben. Auch wir haben unsere Schlachten geschlagen - die nicht beendet sind -, und auch wir haben unsere glorreichen Toten. Unser Versuch

- Ascensione esemplare la nostra - mi spiega Hitler senz' ombra di false inutili modestie - ottenuta con le lotte e i sacrifici altrettanto duri, se non più di quelli sostenuti e vinti dal Fascismo. Sorta l'idea nazionalsocialista nel 1919 a Monaco, in contrapposto al marxismo e al comunismo dominanti, si divulgò in breve tempo in Germania, in Austria, nelle provincie tedesche della Cecoslovacchia. Combattuti ad oltranza dai partiti rossi, fummo costretti anche noi a difendere la nostra idea spirituale con la forza brutale delle «squadre d'azione». Tutto fu tentato contro di noi, contro le nostre riunioni, contro le nostre case, contro i nostri impieghi, contro le nostre vite. Abbiamo anche noi sostenuto le nostre battaglie - che non sono finite - e abbiamo anche noi i nostri morti gloriosi. Nel nostro tentativo del 9 novembre '23 fummo soffocati e non potemmo riaverci che nel '25. Ma altre difficoltà dovemmo superare e stiamo superando: la Germa-

schon immer, daß ein Bündnis mit Frankreich nicht möglich wäre, da Frankreich allein den Untergang und die absolute Unterwerfung Deutschlands zum Ziel habe."

5 Bezieht sich auf Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. 1: Gestalt und Wirklichkeit, Wien 1918, Bd. 2: Welthistorische Perspektiven, München 1922.

6 Folgt Schilderung Cucchettis der Situation der NSDAP in Deutschland.

vom 9. November 1923 wurde erstickt, und wir konnten uns erst 1925 davon erholen [7]. Aber wir haben andere Schwierigkeiten zu überwinden und sind dabei, dies auch zu tun: Deutschland besteht aus einem Dutzend verschiedener Länder; ein großer Teil der dortigen marxistischen Regierungen bekämpft uns auf verschiedene Weise, und sie werden von uns mit verschiedenen Methoden bekämpft. Das deutsche Volk ist z. T. protestantisch, z. T. katholisch: Mir ist oft vorgeworfen worden, dem katholischen Teil feindselig gegenüberzustehen. Nichts ist falscher. Meine Partei bekämpft nur die politischen Kundgebungen der Katholiken (siehe die Bayerische Volkspartei), so wie Mussolini einst die klerikale Partei bekämpfte. Der Artikel 24 der Hitler-Partei [8] ist klar: «Die Partei stützt sich auf die Grundlagen des Christentums und mischt sich in religiösen Streitigkeiten nicht ein». Auch unsere revolutionäre Einstellung kostet uns nicht wenige Opfer. Wir können nicht die gleichen Wege gehen wie der Faschismus, da uns der Waffenbesitz verboten ist. Folglich würde ein harter Kampf gegen Polizei und Heer in einer Katastrophe für uns enden. Der einzige Weg, den die Nationalsozialistische Partei beschreiten kann, um an die Macht zu gelangen, ist der legale Weg der Ausnutzung der Möglichkeiten, die ihr das parlamentarische System bietet. Trotzdem sind von Januar zum heutigen Tag mehr als zweitausend Kämpfer in Zusammenstößen mit den Kommunisten

nia è costituita da una dozzina di paesi diversi dove una gran parte delle amministrazioni marxiste, in diversi modi ci combattono e con diversi modi vanno controbattute; la Germania ha il suo popolo in parte protestante e in parte cattolico: mi è stato spesso rimproverato di mostrarmi ostile alla parte cattolica. Niente di più falso. Il mio partito combatte soltanto le manifestazioni politiche dei cattolici (vedi partito popolare bavarese) cosí come Mussolini combattè il partito clericale. L'articolo 24 del programma hitleriano parla chiaro: «il partito è posto sulla base del cristianesimo e non s'immischia in dispute religiose». Anche la nostra pregiudiziale rivoluzionaria ci costa non pochi sacrifici. Noi non possiamo seguire le stesse vie del Fascismo in quanto è proibito il possesso delle armi. In tal modo una lotta a fondo contro la polizia e l'esercito si concluderebbe in un disastro per noi. L'unica strada che può seguire il partito nazionalsocialista per giungere al potere è quella legale dello sfruttamento delle possibilità che gli offre il sistema parlamentare. Con tutto ciò, dal gennaio ad oggi, più di duemila squadristi rimasero feriti, anche mortalmente, negli scontri coi comunisti. Dura lotta, tremenda responsabilità (osservo che per la prima volta la voce di Hitler trema): ma stupende se - come è certo - ci condurranno alla vittoria finale! I successi ottenuti nelle elezioni del 14 settembre dello scorso anno, per cui 107 deputati hitleriani entrarono al Reichstag, dimostrano

7 Vgl. Dok. 42, Anm 4.
8 Artikel 24 des 25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24.2.1920 lautete:
"Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

verletzt worden, zum Teil tödlich [9]. Ein harter Kampf, eine ungeheure Verantwortung (ich merke, daß Hitlers Stimme zum ersten Mal zittert): Aber großartig, wenn sie - was sicher ist - uns zum Endsieg führen werden! Der Wahlerfolg vom 14. September des vergangenen Jahres, der 107 Abgeordnete Hitlers [*sic!*] in den Reichstag brachte [10], zeigt, daß der Triumph auch über den legalen Weg gesichert ist. Aber das beste Indiz für diesen Triumph ist der großartige Anblick, den die Jugend bietet: Sie ist ganz mit uns, für uns und widmet sich tagtäglich und auf tausend Weisen unserer Sache. Fast sechzigtausend Jugendliche der deutschen Universitäten haben an den letzten Wahlen teilgenommen [11]. Nie zuvor hat man ähnliches erlebt. Deutschland kann seiner Zukunft sicher sein. Die Jugend folgt immer demjenigen, der die Zukunft in der Hand hat!"

Ich habe Hitler gefragt, welches sein Programm sei, falls die Nationalsozialistische Partei an die Macht gelangen würde.

"Ich kann heute kein endgültiges innenpolitisches Programm festlegen. Wenn unsere Partei an die Macht kommt, dann wird sie einen solchen Scherbenhaufen vorfinden, daß es schwer

che il trionfo, anche per le vie legali, è sicuro. Ma poi il miglior segno di questo trionfo sta nello spettacolo mirabile che ci offre la gioventù: essa è tutta con noi, è per noi, si offre quotidianamente ed in mille modi alla nostra causa. Quasi sessantamila giovani degli atenei tedeschi hanno partecipato alle ultime elezioni. Mai s'era visto spettacolo simile. La Germania può essere sicura del suo domani. La gioventù segue sempre colui che ha nel suo pugno l'avvenire!

Ho chiesto a Hitler quale sia il suo programma qualora il partito nazionalsocialista giungesse al potere.

- Non posso stabilire oggi un programma definitivo in materia di politica interna. Quando il nostro partito giungesse al potere troverebbe un mucchio tale di rovine per cui è difficile e azzardato dire

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist *in* und *außer* uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von *innen* heraus auf der Grundlage:
Gemeinnutz vor Eigennutz."
Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 25 f.

9 Von Januar bis Ende März 1931 waren laut einer parteioffiziellen Aufstellung der NSDAP acht ihrer Angehörigen in politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Halbmast, S. 44 f.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

11 Zu den nationalsozialistischen Wahlerfolgen bei den Hochschulwahlen im Wintersemester 1930/31, bei denen der NSDStB an zahlreichen Universitäten große Stimmengewinne erzielte, vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 2, Düsseldorf 1973, S. 7 f.

und gewagt wäre, heute schon zu sagen, wie und mit welchen Mitteln das Vaterland gerettet werden kann. Aber alle Mittel werden eingesetzt und alle Hindernisse überwunden werden. Unsere Partei wird auch künftig mit offenen Karten spielen, und Deutschland und die Welt können sich auf uns verlassen. Aber kein Opfer schreckt uns. Und wir werden siegen." [12]

oggi come e con quali mezzi la Patria potrà essere salvata. Ma tutti i mezzi si useranno e tutti gli ostacoli si vinceranno. Domani come oggi il nostro partito giuocherà a carte scoperte e la Germania e il mondo possono essere sicuri di noi. Ma nessun sacrificio ci spaventa. E vinceremo.

12 Folgt Bericht über die Verabschiedung Cucchettis durch Hitler.

[1. Mai 1931] [1] Interview mit Daily Express [2]

Dok. 111

Daily Express vom 4.5.1931, "Herr Hitler talks to the Daily Express" [3].

"Do the members of your party pay a subscription, Herr Hitler?" I asked when I was received by the Fascist leader himself in the large cream and red room which is his private office. Dressed in a simple blue serge suit, he was sitting with his secretary [4] at a large double table by a window.

"Yes", said Herr Hitler. "I believe in sacrifice. Every member subscribes at least a shilling a month [5] - a heavy burden for the workmen, peasants, and small officials who form the main body of my party."

"Even unemployed members have to pay. They are let off with 9d. a month. My people must be prepared to sacrifice something for their cause. I want no softies in my movement. I want fanatics and idealists who are willing to risk all their all for their cause."

Herr Hitler went on to talk to me of his country's "humilation". He desires to restore it to its place in the sun, and in revealing his bitter hatred of the French his gutteral Tyrolese voice quickly filled with emotion.

What he would like

[...] [6]

"Herr Hitler," I said, "I have been told by Fascist friends that you are anxious for the friendship of Britain."

"I believe," Hitler answered, "that Germany's interests are similar to those of Great Britain, and that we can co-operate alike with Great Britain and with Italy."

"What would you demand of Great Britain?" I asked.

Herr Hitler answered with a long speech. The two main points were that he expected from Great Britain, cancellation of the reparations debt and "a free hand in the East."

He would not specifiy exactly what this meant, but it was given to understand that it included the restoration to Germany of the Polish corridor.

Room to expand

"I do not demand the restoration to Germany of her 1914 frontiers," he added. "I do not demand back Germany's lost colonies. But I demand that Germany shall no longer

---

1 Der Daily Express datierte das Interview auf den 3.5.1931, doch folgt aus der dort sowie bei Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 115 ff., gegebenen Schilderung der Begleitumstände, daß das Interview bereits am 1.5.1931 stattgefunden haben muß.

2 Im Braunen Haus in München. Das Interview führte der Sonderkorrespondent des Daily Express, Sefton Delmer.

3 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 5.5.1931, "Daily Express bei Hitler"; Der Jungdeutsche vom 6.5.1931, "Adolf Hitler verzichtet"; VB vom 6.5.1931, "Eine Unterredung mit Hitler"; Die deutsche Revolution vom 10.5.1931, "Hitler opfert die Grenzlanddeutschen".

4 Rudolf Heß.

5 Der Mindestmitgliedsbeitrag der NSDAP für Angehörige der SA und SS sowie Arbeitslose betrug 1 RM, für alle übrigen Parteimitglieder 1,20 RM. Vgl. Rundschreiben des Reichsschatzmeisters Franz Xaver Schwarz an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 3.9.1930; BA, NS 1/51.

6 Folgt Beschreibung der Gesprächssituation.

be treated as a pariah but as an equal, and that our surplus millions shall be given a chance to expand into the empty spaces on our eastern frontiers."

"They must be allowed to exploit the resources now being wasted by Bolshevik mismanagement. It is the only thing that can save Germany and Europe from ruin." [7]

2. Mai 1931 Dok. 112
Rede auf Führertagung des NSDStB in München [1]

Anlage zum Rundschreiben Willi Körbers an alle Hochschulgruppenführer des NSDStB vom 6.5.1931; StA Würzburg, Best. RSF, Sign. II * C 224.

Von jeher hat sich die intellektuelle Schicht des deutschen Volkes für die repräsentierende gehalten. Dabei ist der große Fehler dieser Intellektuellen, daß sie Spezialisten sind. Wenn man dies einem geistigen Führer schon vor 20 Jahren vorhielt, hat er das mit Entrüstung zurückgewiesen, ja, diese intellektuelle Schicht glaubte sogar, in sich die Volksführung zu verkörpern. Auf zwei Gebieten war wirkliche Volksführung vorhanden, d. h. rein geistige Betätigung im Zusammenhang mit praktischer Führung: in Verwaltung und Heer. Der alte Offiziersstand war der beste, denn der Offizier war nicht nur Spezialist als Kriegshandwerker, Kriegslehrer usw., sondern er war Massenführer! Menschen zu führen, will gelernt sein. Dies kann nicht auf Schulen geschehen. Die Offiziere wurden "Führer" im Verkehr mit der Truppe, und sie wurden gezwungen, gerade diese Schulung durchzumachen; sie waren Rekrutenabrichter und standen ständig im lebendigen Umgang mit den Mannschaften. So lernten sie die Menschen behandeln.

Rein psychologisch gesehen bedeutet Beschäftigung mit geistigen Dingen noch keineswegs Führertum. Die Verbindung zwischen Führer und Geführten war im Heer so einheitlich wie nirgends sonst. Sie schien geradezu unzerreißbar. Aber schon im Lauf des Krieges konnte man bemerken, daß der deutsche Reserveoffizier Mängel in seiner Ausbildung in Bezug auf Massenführung und praktischen Umgang mit der Truppe aufwies. Der Reserveoffizier hatte, mit Ausnahmen natürlich, keine Verbindung zur Mannschaft, die immer dann am stärksten ist, je schärfer der Offizier auftritt. So haben sich im Weltkrieg auch gewisse Berufe als nicht geeignet zur Führung erwiesen.

Der zweite wirkliche Führerstand in Deutschland war der des Beamten, der in der Verwaltung praktisch mit Menschen umgehen lernte. Der kleine Bezirksamtmann beispielsweise mußte mit seiner Land- oder Kleinstadtbevölkerung tagtäglich verkehren. Alle übrigen Schichten stellten nun ein ausgesprochenes Spezialistentum dar und gewannen innerhalb ihrer Berufe eine vollkommen einseitige Einstellung. Das war schon

7 Folgt Bericht über anschließende Begegnung mit August Wilhelm Prinz von Preußen.

1 Im Braunen Haus. An der Sitzung des Führerrings des NSDStB nahmen die Kreisleiter des NSDStB teil sowie Reinhard Sunkel und Ernst Anrich, die eine Rebellion gegen den Reichsführer des NSDStB, Baldur von Schirach, angezettelt hatten. Hitler sprach mehrere Stunden.

der Fehler des vergangenen Jahrhunderts, demzufolge die Sozialdemokratie entstehen konnte. Vom Staat aus fehlte die geistige Führung. So kamen die Gewerkschaften hoch, und der Zusammenbruch 1918 war leicht. Hinzu kam, daß die Armee langsam unter den Dolchstößen von hinten zerbröckelt [*sic!*] wurde. Es steht in Widerspruch zu den Ereignissen des Jahres 1918, wenn behauptet wird, daß wir eine wirkliche Führung besessen hätten. Der bürgerliche Politiker bestreitet zwar, daß seine Parteien nichts mehr von der Führung verstanden haben, daß sie den kleinen Mann nicht mehr verstanden und die verschiedensten Gebiete vernachlässigten (Massenpsychologie, Dialektik usw.). Aber die Tatsache ist: Die geistige Leitung der Nation besitzt gar keinen Anspruch mehr auf die Führung. Das Volk ist der politischen Führung entrückt, entlaufen. Man darf darum nicht sagen: weil die geistige Leitung sich nicht theoretisch genug damit beschäftigt hat, sondern weil sie sich zu [*sehr*] spezialisierte. Das Schlimmste war die Trennung und Verfemung der einzelnen Schichten durch die Art der Bildung. Als ich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei begründete, war für mich die Hauptfrage, ob es gelingen würde, an die Stelle der jüdisch-intellektuellen eine nationale Massenführung zu setzen. Ich war mir darüber klar, daß hier eine neue Schulung notwendig war, aber ebenso sicher wußte ich, daß diese Aufgabe nie und nimmer am grünen Tisch erfüllt werden könnte, sondern daß die Fähigkeit zur Führung im praktischen Verkehr mit der Masse erworben werden muß. Es wäre viel leichter gewesen für die alte Armee, den Offizier in Schulen auszubilden und ihn dann als ausgekochten General auf die Truppe loszulassen. Aber tatsächlich erhielt der Offizier nicht seine Ausbildung auf der Schule, sondern im dauernden Verkehr mit der Truppe. Die Kluft, die allein schon durch Sprache und Ausdrucksweise zwischen Intelligenz und Nichtintelligenz entstanden ist, hat der Offizier zu überbrücken gelernt. Er beherrschte als Führer das Menschenmaterial. Das ist die Aufgabe des Nationalsozialismus: entweder dem souverän gewordenen deutschen Volk eine nationale deutsche Führung zu geben oder an diesem Versuch zu scheitern und zugrunde zu gehen. Hier stieß die Bewegung anfangs auf große Schwierigkeiten, gewann aber vor allem die Sympathie derer, die schon früher mit der Masse zusammen gewesen waren (Offiziere, Ingenieure, kleine Beamte usw.). Nur wenige Tausend waren im Anfang bereit, an der praktischen Volkserziehung teilzunehmen. Außer der jungen Kriegsgeneration stand die Jugend der Bewegung fern. Wenn die nationalsozialistische Bewegung aber siegen will, muß sie die Jugend in ihren Dienst stellen. Die alten Schichten sind nur bis zu einem gewissen Grade brauchbar, ein größerer Prozentsatz scheidet überhaupt aus, während die neue Jugend für diese Aufgabe absolut zu gewinnen ist.

Was ich brauche, sind keine debattierenden, sich geistig aufpäppelnden jungen Menschen, sondern solche, die in die Masse hineinzugehen verstehen und lebendigen Anteil nehmen am Massenkampf.

Die geistige Weiterbildung konnte der Offizier ebensowenig im Verkehr mit der Front erfahren wie heute der Student, der in der Front steht. Das für den völkischen Staat einmal notwendige geistige Rüstzeug wird er allerdings in Schulen sich verschaffen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß für gewisse geistige Betätigungen objektive Vermittlung notwendig ist. Ebenso war es mit der strategischen Kunst. Die Frage ist nur,

was ist das Primäre: die Erziehung zum Generalstabsoffizier oder zum Massenführer? *Ich* will keine völkischen Generalstabsoffiziere, sondern Führer, die die Massenbewegung im praktischen Dienst kennenlernen! Das ist die Aufgabe des Studentenbundes.

Es ist dies eine Erziehung, über deren Tiefe heute noch kein Mensch urteilen kann. Überhaupt hat niemand bereits einen Überblick über die ganze Umwandlung. Wir stehen nicht am Abschluß einer Entwicklung, sondern am Beginn.

Ein völkischer Staat ohne Intelligenz ist gar nicht denkbar. Aber erst später haben wir Zeit für Hochschulen, Internate und nicht nur praktische, sondern tiefste theoretische Erkenntnisse über die Fähigkeiten zur Massenführung. Heute wäre ein Urteil Überheblichkeit. Je tiefer der Sinn dieser Revolution ist, desto langsamer ihr Prozeß. Kein Mensch kann heute ein umfassendes, abschließendes Bild geben.

Das ist niemals die Aufgabe des Studentenbundes. Die Partei kann auch kein erschöpfendes Programm aufstellen, was die Aufgabe der nächsten Jahre sein wird. Große Bewegungen entstehen aus Grunderkenntnissen. Das Wesentliche von Weltanschauungen ist, daß von Grundanschauungen aus *jede* Frage des Lebens besonders beleuchtet wird. Ändert sich der Standpunkt, wird alles anders beurteilt. Deshalb ist die Eroberung der politischen Macht die Hauptsache, um einer Richtung zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind in einer Zeit der Gärung; die Begriffe von Recht und Unrecht, von Gut und Böse usw. sind schwankend. Erst muß das Fundament geschaffen werden, dann ist an den Neuaufbau zu denken. Es kann kein neues bürgerliches Gesetzbuch geschaffen werden, solange man sich nicht einig ist, ob Landesverrat Hochverrat ist oder nicht, Eigentum Diebstahl oder [*nicht*] usw. Dieser Widerspruch duldet aber keinen Aufschub, da wir zu einer neuen Welt vorwärts drängen. Wer zuerst zur Macht kommt, wird Europa - vielleicht für immer - den Stempel aufprägen. Es handelt sich dabei nur um Nationalsozialismus oder Kommunismus. Darum ist jede einzelne Organisation nur danach zu beurteilen, ob sie dieser politischen Macht nützt oder nicht.

Bereits 1919 war diese Frage akut. Es gab damals 2 Richtungen: die eine völkische, "geistig sich vertiefende", und die andere, von der man sagt, daß sie "die Gewalt anbetende, geistlose" sei. Letztere habe ich gewählt. Die andere hat dem Marxismus niemals geschadet. Unsere Richtung besitzt außer den Erkenntnissen die reale Kraft des Volkes. Praktische Erkenntnisse zu besitzen ist gut, aber ohne Macht völlig belanglos. Die "völkische Erkenntnis" allein, selbst die eines Chamberlain [2], war trotz ihres Widerhalls in gewissen Kreisen der deutschen Intelligenz für die breite Masse unseres Volkes völlig wertlos. Einige wenige haben sich darin vertieft, aber das ist nur von noch größerem Schaden gewesen, und es entstand daraus der Dünkel, sich nun aufgrund besonderer völkischer Erkenntnisse erst recht über die anderen zu erheben. Dabei hat niemand weniger Anspruch auf das Recht zur Volksführung als gerade diese, zwischen denen und dem Volk die Kluft am größten ist. Das Volk verstand infolgedessen immer die Verführer noch besser.

2 Houston Stewart Chamberlain (1855-1927), Schriftsteller, 1899 Verfasser des die arische Rassenideologie propagierenden Werkes "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (2 Bde.), 1908 Heirat mit Eva Wagner, einer Tochter Richard Wagners.

Wer will nun die Nation aus der Katastrophe herausreißen? Der Intellektuelle, der national Denkende oder der Massenführer? Es handelt sich darum, eine Brücke zum Volk zu finden. Dazu habe ich mich bekannt. Ich will die Masse als Kampfinstrument gewinnen. Eine Gewinnung der Intelligenz aber hat nur dann Zweck, wenn sich in ihr fähige Menschen befinden, die eine innige Beziehung zur Masse herzustellen vermögen. Ist der Abstand zwischen der nationalen Intelligenz und dem Volk groß, so bedeutet ihre Richtung nur einen völkischen Klüngel. Der Gegner hat ein ganz richtiges Urteil gefällt. Solange der Feind lacht, ist der Belachte dem Feind gar nicht gefährlich. Wohl aber dann ihn zu fürchten beginnt [*sic!*]. So ging es der völkischen Richtung bis zu meinem Eintritt in die Geschichte. Sie wurde in allen Witzblättern belacht. Noch 1919 entsinne ich mich eines Abends, an dem Dietrich [3] und ich einen jüdischen Vortragenden sagen hörten, "die völkische Bewegung wird erst dann was werden, wenn ein Jude sie in die Hand nimmt". *Jetzt wird sie gehaßt.* Der Gegner hat damit ein Werturteil abgegeben. Leider ist es aber auch echt deutsch, daß dieses Werturteil bestritten wird. Millionen glauben z. B., daß die Deutsche Volkspartei wichtiger sei als die nationalsozialistische Bewegung. Aber sie glauben es nur bis 5 Minuten vor 12. Um 12 Uhr werden sie "begeisterte Anhänger" von uns sein. Sogar in unseren eigenen Reihen wird immer gekrittelt. Darum ist es notwendig zu erkennen, daß es eine Einheit, die alle umfaßt, nicht gibt. Aus diesem Grunde muß derjenige, der Erfolg will, geistige Tyrannei ausüben, und das zieht ewige Kritik nach sich. Weil der Aufbau einer Organisation unmöglich ist, wenn es heißt: Jeder kann tun, was er will, habe ich diese Freiheit eben abgelehnt. Gäbe es vollkommen freiwillige Übereinstimmung, brauchten wir keine Organisationen mehr. Wären alle Menschen gleich an Charakter, Erfahrungen, Wissensgrundlagen usw., wäre an sich schon jede Organisation überflüssig. Solche Menschen gibt es aber nicht, wie die Geschichte zeigt. Aber es gibt Menschen, die in Schlußpunkten zusammengehen, und dahin führt nur ein Weg. Ist der Weg also ein anderer, dann ist eben das Ziel nicht das gleiche. Ganz verkehrt ist es, hier das "getrennt Marschieren, vereint Schlagen" anzuführen. Nein, einer muß zum Ziel führen, einer muß auf dieses Ziel hinweisen. Berührungen mit anderen Zielen sind irgendwo immer, aber nur teilweise. Ein Ziel, ein Weg! Die Nationalsozialistische Partei wurde deshalb von vornherein nicht mit Proklamationen der Geistesfreiheit gebildet. Unsere Organisation bedeutet eine geschlossene, einheitliche Marschroute. Das ist die organisatorische Bindung. Für diesen einen Weg muß jeder mehr oder weniger Verzicht leisten. Denken Sie an die Kompanie. Sie stellt beim Marschieren eine Durchschnittsleistung dar. Einige gehen allein schneller, einige langsamer, zusammen machen sie den Durchschnittsschritt, für den ein Maßstab gilt. Aber der dauernde Verzicht des einzelnen, am Ende der von Tausenden ergibt die gemeinsame große Leistung. Das ist geistig auch nicht anders. Wollte man Organisationen gründen, in denen jeder nach bestem Wissen und Gewissen den Weg bestimmt, also individualistischer Willensträger ist, würde das ihre Auflösung bedeuten. Solche Organisationen

3 Hans Dietrich (1898-1945), Volksschullehrer, 1920-1922 Gauwart des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924-1928 MdR (NSDAP), 1929 Vorsitzender der NSDAP-Stadtratsfraktion in Coburg, 1932/33 MdL in Bayern, 1933 Stadtschulreferent in Coburg, 1933/34 Landesobmann der NS-Kriegsopferversorgung in Bayern.

sind in dem Augenblick erledigt, in dem ihnen eine andere gegenübergestellt wird, die jeden Individualismus ablehnt.

Deutschland ist rassisch nicht rein gebildet; es setzt sich zusammen aus rein nordischen, rein ostischen usw. Elementen und aus Mischungen aus allen diesen Bestandteilen. Darum wird bei jeder Frage, die blutsmäßige Stellungnahme voraussetzt, verschiedene Beantwortung erfolgen, und daher wird bei demokratischer Entscheidung immer nach der rassisch minderwertigen Seite hin entschieden werden. Darum ist bei uns keine andere Form der Organisation denkbar als die, die auf der Anerkennung des Führers und seiner Autorität beruht. Ich habe mich von der früheren falschen Auffassung losgesagt, die z. B. Eigentum der Demokraten ist, die in Debattierklubs hängen geblieben sind. Es ist verkehrt, soviel zu kritisieren, denn die Geschichte mißt nun einmal immer die kleine Summe der Fehler und nicht die große der Qualitäten. Deutschland hat von jeher entweder geborene Volksführer oder aber gänzlich unfähige Männer hervorgebracht.

Spät erst hat sich der Student in diese Bewegung eingegliedert. Das Ziel, ihn zu erobern, wurde nicht darum aufgestellt, um mit ihm geistige Zirkel zu bilden, sondern um Führer aus ihm zu machen, und das geschieht nicht durch staatliche oder wissenschaftliche Erziehung, sondern dadurch, daß man ihn in eine Beziehung zur Masse setzt. Auch in Zukunft wird das Spezialistentum nicht überwunden werden können; über die lebendige Beziehung zur Masse hinein *muß* der Staat Generalstabsoffiziere heranbilden, fähige Köpfe für große Operationsziele. Die Massenführung aber wird nur in dauernder Berührung mit der Masse gelernt. Die Intelligenz muß mit der Masse zusammengeschweißt werden, darum war in der alten Armee das Einjährigensystem [4] ein großer Fehler. Der Einjährige hätte lieber länger dienen sollen, dann aber auch Führer werden. So hat man lediglich aus ihm einen Reserveoffizier entwickelt. Im Jahre 1922 wurde der erste Versuch gemacht, aus verschiedenen Universitäten Parteigenossen herauszuziehen. Pg. Heß [5] gründete damals das Studentenbataillon [6], welches später planmäßig ausgebaut wurde. Immer wurde die Frage gestellt: Was ist der Zweck dieser studentischen Organisation? Generalstabsoffiziere daraus zu gewinnen oder Volksführer? Es kam und kommt nur letzteres in Frage.

4 Im Deutschen Kaiserreich konnten Militärdienstpflichtige mit höherer Bildung, die sich als Freiwillige meldeten, statt der vollen aktiven Dienstzeit lediglich ein Jahr ableisten. In der Regel wurden die sog. "Einjährigen" als Offiziersaspiranten entlassen und bildeten damit die Grundlage des Reserveoffizierskorps. Vgl. Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte, Bd. A-Me, Berlin (Ost) 1985, S. 168 f.

5 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

6 Gemeint ist die Ende 1922 von Rudolf Heß aufgestellte SA-Studentenkompanie, die als Teil des SA-Regiments München 1923 am Hitler-Putsch teilgenommen hatte. Vgl. Faust, Nationalsozialistischer Studentenbund, Bd. 1, S. 26.

Seit Pg. von Schirach [7] *die Führung des Studentenbundes hat, hat er in diesem Sinne unschätzbare Dienste dadurch geleistet, daß in Zeiten allgemeiner Depression und Stagnation immer dieser große Antrieb hineinkam: Es geht vorwärts!*

Wenn der Theoretiker sagt, die NSDAP sei eine oberflächliche Partei, dann kann ich ihm nur antworten: Sie sind eben nur Theoretiker. Es handelt sich um eine Feldschlacht und nicht um das Betreiben kriegswissenschaftlicher Studien. Wir haben keine Zeit, Führer zu erziehen, die geistig hoch gebildet sind, denn wir befinden uns in einem Riesenschwung. Wir haben Tempo! Wir wollen die Überzeugung erwecken, daß der deutsche Freiheitsgedanke *herrscht*. Das ist unsere Aufgabe, nicht: Hinsetzen, um geistige Vertiefung zu betreiben. Später, ja, wenn wir im Besitz der Macht sind. Dann ist es dafür noch nicht zu spät. Jetzt muß unsere Sorge sein, daß uns niemand die Macht nimmt. Pg. von Schirach hat verstanden, auf was es ankommt: ausschließlich auf die grandiose Massenbewegung. Für theoretische Probleme haben wir keine Zeit. Die hatte das 19. Jahrhundert. Allerdings hat dieses Jahrhundert dann auch auf Erfolg verzichten müssen. Es gab immer schon zwei Sorten von Menschen: die einen, die arbeiteten und schufen, und die anderen, die an dieser Arbeit Kritik übten. Das war schon seit des Cheruskers [8] Zeiten so. Man hat dem Cherusker haarscharf nachgewiesen, daß er nichts geleistet hatte. Was damals war, ist im Verlauf der deutschen Geschichte immerfort so betrieben [*worden*]. Über Bismarck hieß es zu seinen Lebzeiten: Der Mann kann nichts. Ich erinnere Sie an die konservative Deputation, die dem König gegenüber diese Auffassung vertreten hat [9]. Und so geht es weiter bis auf den heutigen Tag. Im Krieg war jeder klüger als die Heeresleitung, und jeder Biertisch war der Ansicht, daß alles falsch gemacht würde und er alles viel besser machen könnte. Genau so ist es auch in letzter Zeit. Es heißt von mir, ich sei ein schwacher Trommler, kein Organisationsführer, zwar der beste Redner, was aber nichts zu bedeuten hat. Wenn einer eine wirklich große Leistung vollbringt, wird sie sofort von denen kritisiert, die noch nichts vollbracht haben. Wenige nur erkennen sie an. Als die Partei den Wahlsieg des 14. September erkämpft hatte [10], kam Stennes und sagte: Es geht zurück, ich verzweifle. Wird dagegen aber scharf vorgegangen [11], heißt es: Terror. *Aus diesem Grunde habe ich mir vorgenommen, mich nie um Kritik zu kümmern. Ich tue, was ich für richtig halte.* Das ist meine Anmaßung, aber bedenken Sie, daß ohne diese Anmaßung die Partei gar nicht entstanden wäre. Sie ist vielleicht frech, aber ich besitze sie nun einmal, und Sie haben sich damit abzufinden. Diese Anmaßung ist meine Krankheit, und sie muß darum in Kauf genommen werden. Wenn in Deutschland mehr Freiheit in dieser Beziehung wäre, wäre wohl mehr Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ich bin nun einmal der Ansicht, daß ich alles, was die nationalso-

---

7 Baldur von Schirach (1907-1974), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1932 Reichsführer des NSDStB, 1928 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 Reichsleiter der NSDAP für die Jugenderziehung, 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

8 Gemeint ist der Cheruskerfürst Arminius (etwa 17 v. Chr. - 20 n. Chr.), verdeutscht Hermann.

9 Nicht ermittelt.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

11 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.

zialistische Bewegung betrifft, besser beurteilen kann als irgendein anderer, und ich wehre mich gegen die Schmälerung dieses Unfehlbarkeitsglaubens, und nicht nur ich, sondern auch alle, die mit mir übereinstimmen.

Wenn zwei Meinungen in der Reichsleitung bestehen, muß ich dazwischen treten. Und trotzdem herrscht bei uns ein größeres Maß an Freiheit als anderswo. Die Partei ist in innerer Arbeit begriffen, vielleicht am Anfang einer 100jährigen Periode, deren Fundament durch keine mehr oder weniger geistreiche Theoretisiererei zerstört werden darf. Jeder hat das Recht, mir seine eigene Meinung vorzutragen. Es kann sogar schärfster Geisteskampf dabei entstehen. Aber einen Appell an die Organisation *verbiete ich*. Denn das Wichtigste ist, daß die Bewegung steht. Man versucht, die Organisation des NSDStB zu zerstören [12]. Ich muß als ihr Wahrer mit aller Rücksichtslosigkeit Stellung nehmen gegen diesen Versuch. Das Recht der Kritik ist niemandem bestritten. Aber diese Kritik darf nicht Formen annehmen, die zur Zerstörung der Organisation führen. Nirgendwo ist weiterer Spielraum zum Vorbringen einer Auffassung als bei uns. Ich treffe keine Entscheidung leicht und nie ohne Besprechung mit mehreren anderen, da ich, wenn ich mit meinem Namen unterzeichne, alles decke. Dadurch werde ich immer vorsichtiger. So wird auch bei uns mehr beraten als anderswo und jede Frage mit der größten Sorgfalt untersucht und geprüft. Jeder Kritik steht von vornherein der Weg zu mir frei. Der Weg geht aber niemals hinunter zur Masse, denn das wäre der Weg zur Zerstörung. Es gibt zwei Systeme, die sich gegenüberstehen: 1. das typisch jüdisch-demokratische mit der Verantwortung nach unten und der Autorität nach oben und 2. das einzig richtige mit der Verantwortung nach oben und der Autorität nach unten. Wenn ich dieses zweite System, das nationalsozialistische, aufbaue, kann ich unter keinen Umständen die Autorität stören lassen. Beim 1. System kann ich nach unten rebellisch machen, beim 2. ist dies unmöglich, da ich damit die Organisation auflöse. Als Beispiel: Ich passe Pg. von Schirach nicht. Schirach geht zu allen Kreisleitern und erklärt, Hitler muß beseitigt werden. Wenn das einreißt, was sagt dann Schirach, wenn ein Kreisleiter dasselbe macht? Was sagt ein Gauleiter, wenn sein Bezirksführer dasselbe tut, Entscheidungen und Unterschriften sammelt, was der Bezirksführer, wenn sein Ortsgruppenführer die Unterführer gegen ihn aufhetzt? Schließlich wendet sich dann das Parteimitglied gegen den Zellenobmann, und die ganze Bewegung befindet sich in innerem Aufruhr. Diese Entwicklung dulde ich unter keinen Umständen. Man ist Nationalsozialist oder man ist es nicht. Ich verzichte auf Treuekundgebungen, sie haben für mich gar keinen Wert. Ich wünsche nur Disziplin. Ich will keine Liebe, man kann mich sogar hassen, aber die Organisation muß erhalten bleiben. Ich entscheide, solange kein anderer meine Stelle einnimmt. Nur mir kann eine Auffassung vorgetragen werden und das sogar immer wieder. Aber unter keinen Umständen wünsche ich, daß, unter Treueversicherungen gegen mich, die Mitglieder aufgehetzt werden. Der Studentenbund arbeitet mit besonders schwierigem Material, das schon durch den ewigen Wechsel seiner Mitglieder das Arbeiten besonders mühevoll macht. Wer an ihm seine Kritik übt, kann sein Amt niederlegen, wenn er mich nicht überzeugen kann. Ich maße mir an, gewisse Dinge

12 Zu der von Reinhard Sunkel und Ernst Anrich angeführten Rebellion im NSDStB gegen Baldur von Schirach 1930/31 vgl. Faust, Nationalsozialistischer Studentenbund, S. 153.

besser beurteilen zu können als irgendein anderer. Das ist nun einmal meine Krankheit. Diese Anmaßung ist mit Leistung begründet, und ich lasse mir kein Lot davon nehmen.

Seit Monaten sind Angriffe gegen Pg. von Schirach erfolgt. Sachlich vertritt Schirach das, was ich ihm einst aufgetragen habe und heute noch als einzige Aufgabe ansehe. Praktisch hat er [*sich*] unerhört dafür abgerackert. Sein Erfolg geht weit über meine Erwartung hinaus. Kritik üben immer andere, die nicht so gearbeitet haben und deren Ansichten für mich von vornherein falsch sind. Ich dulde kein Handeln, kein Feilschen. Ich habe die Kritik eines Stennes mit Engelsgeduld bis zum äußersten angehört. Immer schon teilten sich die Menschen in solche, die etwas taten, und in Nichtkönner. Die Nichtkönner ergreifen stets Besitz von dem Erfolg der anderen. Sie sind es, die am schnellsten mit der Kritik da sind. Sie sind diejenigen, die nach "zielbewußter und straffer Führung" verlangen, die ewig die Parteien wechseln. Ich bin der "Nicht-Zielbewußte". So ist es auch hier. Zu dem Brief, den Sunkel [13] an Herrn Pohl [14] geschrieben hat [15], habe ich zu sagen: Wenn so etwas einreißt, hört jede Organisation auf, denn das Recht, das sich Herr Sunkel nimmt, kann auch jeder andere Parteigenosse für sich in Anspruch nehmen. Neulich noch hat Herr Sunkel mir feierlich erklärt, nichts gegen Schirach zu unternehmen, und hat dieses Versprechen nicht gehalten.

Ich bin nun selbstverständlich nicht mehr gewillt, mich in eine Diskussion einzulassen. Einem solchen Vorgehen gegenüber gibt es keine Diskussion. Können Sie, Herr Sunkel, ein solches Vorgehen als fair ansehen oder als Handlung eines Ehrenmannes? Sie können zu diesem Mann, der sich abgerackert hat, Nächte hindurch gearbeitet hat und selbst sein Studium zum Opfer gebracht hat, sachlich stehen, wie Sie wollen. In meinen Augen ist ein solcher Brief eine *Beleidigung* und seiner Form und seinem Inhalt nach unmöglich. Sie irren sich, Herr Sunkel, wenn Sie sagen, daß ich Zahlen wollte und nicht Menschen [16]. Zahlen haben bei mir keinen Wert, gar keinen Wert. Wenn der Studentenbund nur ein Zehntel so stark wäre, wäre es immer noch eine gute Organisation.

Sie unterschätzen den deutschen Studenten. Wenn Sie der deutschen Studentenschaft diesen Brief vorlegen würden, würden Sie keine drei Mann hinter sich bekommen. Denn hinter eine solche Handlungsweise stellt sich kein deutscher Idealist. Sie werden sich in ein paar Stunden entscheiden. Wir haben hier *eine* Ehrauffassung untereinander. Ich stehe mit meiner ganzen Autorität hinter dieser Sache, die jetzt eine Ehrenangelegen-

13 Reinhard Sunkel (1900-1944), 1919 Angehöriger des Landesjägerkorps Märker und des Freikorps Graf Dohna, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1927/28 Mitglied der NSDStB-Hochschulgruppe Kiel, 1928 Wechsel nach Erlangen, 1930/31 Kreisleiter X (Berlin) des NSDStB, NSDStB-Organisationsleiter und Stellvertr. Baldur von Schirachs, März 1931 Ausschluß aus NSDStB, 1931 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Kiel, 1932 Kreisleiter der NSDAP Kiel-Bordesholm, 1932/33 MdL in Preußen (NSDAP), 1933/34 Ministerialrat im preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1934-1937 Ministerialdirektor im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1937 Ruhestand.

14 Hans Pohl, Kreisleiter VIII (Deutsch-Österreich) des NSDStB.

15 Gemeint ist das Schreiben Wilhelm Völckers und Reinhard Sunkels an Hans Pohl vom 20.4.1931. Es zielte darauf, möglichst viele Hochschulgruppen des NSDStB aus Protest gegen Schirach zu einer Austrittserklärung zu bewegen. Abschrift in Anlage zum Rundschreiben Körbers vom 6.5.1931.

16 Im Schreiben Völckers und Sunkels an Pohl vom 20.4.1931 hieß es: "Es kommt auch gar nicht darauf an, daß nur tüchtige Leute unterschreiben, denn unsere Berliner sind auch keinen Schuß Pulver wert. Hitler will keine Menschen, sondern Zahlen."

heit geworden ist, und hinter Schirach. Ich habe keinen verständigeren und treueren Mitarbeiter als diesen jungen Kameraden, der stets in meinem Sinn gehandelt hat und stets das tat, was ich ihm auftrug. *Ich würde mich lieber in Stücke hauen lassen, als Schirach im Stich zu lassen. Herr Sunkel, ich bin jetzt das alte Frontschwein, das für seinen Kameraden eintritt und ihn auf Hieb und Stich deckt.*

6. Mai 1931 — Dok. 113
Schreiben an Edmund Heines

VB vom 6.5.1931, "Adolf Hitlers Dank an Pg. Heines".

Lieber Pg. Heines!

Wie mir der Chef des Stabes [1] berichtet, hat die S.A. und S.S. *bei dem Generalappell im Sportpalast* [2] sich in vorzüglicher Haltung gezeigt.

Daß trotz der Erschütterungen, die die Ereignisse des 1. April mit sich gebracht haben [3], die Gesamt-S.A. Ende des gleichen Monats in solchem einheitlichem Geist angetreten ist, bleibt neben der tatkräftigen Dienstführung des kommissarischen Gruppenführers Ost, Oberleutnant *Schulz*, vor allem, *lieber Heines, Ihr Verdienst und das Ihres Stabes*.

Wenn ich Sie daher jetzt *zu anderer Verwendung* [4] wieder abberufen mußte, so konnte ich dies allein wegen Ihrer *über jedes Lob erhabenen Dienstleistung*. Dafür Ihnen von Herzen zu danken und meine volle Anerkennung auszusprechen, ist mir heute ein besonderes Bedürfnis.

Adolf *Hitler*

1 Ernst Röhm.
2 Am 28.4.1931 in Berlin. Vgl. Der Angriff vom 31.4.1931, "Stabschef Röhm besichtigt den Gausturm".
3 Vgl. Dok. 80, Anm. 2.
4 Heines nahm wieder seine vorherige Funktion als Stellvertreter des Stabschefs der SA ein.

6. Mai 1931
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eutin [1]

Dok. 114

Anzeiger für das Fürstentum Lübeck vom 8.5.1931, "Adolf Hitler in Eutin" [2].

Volksgenossen und -genossinnen!

Im Völkerleben werden Fehler gemacht, die die Gegenwart nicht zugibt und die sich auch erst in der Nachwelt auswirken. Bei dem Untergange von Babylon, Ninive, Ägypten und Rom darf nicht vergessen werden zu beachten, daß sich solche großen historischen Vorgänge auf Millionen einzelner Menschen ausgewirkt haben, daß derartige Lebenskatastrophen die Menschen um ihre Zukunft gebracht haben, Geschlechter sind gestorben, andere Staaten sind entstanden, wie lange werden diese dauern? Heute ist unser Fehler die Verkennung der Verbundenheit des einzelnen mit dem Schicksal des ganzen Volkes. Die meisten Menschen sehen nur ihr eigenes Schicksal, ihr eigenes Leid, und nur wenige verstehen, daß dieses geregelt wird vom Gesamtschicksal und daß das Schicksal des Staates entscheidet.

Viele politische Führer sehen ihre Aufgabe darin, jedem einzelnen seine Rettung aus der Not zu versprechen, die Menschen wollen eben ein Rezept für ihr eigenes Wohl, jeder Stand und Beruf will seine eigenen Sorgen [*auf*]gehoben wissen. Wo aber dann das politische Leben ausartet in der Vertretung von Interessenten-Gruppen, wo für die einzelnen Berufe besondere Programme zugeschnitten werden, da wird die Nation auseinandergerissen; wenn aber alle Schichten gesammelt werden, dann hört diese Propaganda der Berufe von selbst auf, und man rückt von der unaufrichtigen Methode des Versprechens selbst ab, in einer großen Bewegung [*über*]schneiden sich die Einzelinteressen.

In der nationalsozialistischen Bewegung ist das Schicksal des einzelnen mit der Gesamtheit verbunden, diese umfaßt das ganze deutsche Vaterland, und dadurch ist auch die Freiheit des Volks nicht zu brechen. Alles, was den Menschen ausmacht, ist einem ewigen Wandel unterbrochen [*sic!*], wenn Deutschland zugrunde geht, geht alles, was zu ihm gehört, mit verloren, keiner kann diesem Schicksal auf die Dauer entrinnen. Ist uns unsere jetzige Not zwangsläufig aufgebürdet und handelt es sich hierbei um ein Gesamtschicksal? Die Führer der einzelnen Parteien mögen den besten Willen haben, wenn sie ihren Mitgliedern das Beste versprechen, aber Tatsache ist, daß, trotzdem seit 12 Jahren stets für den Einzelberufsstand politisch und wirtschaftlich gearbeitet wird, alle diese

---

1 In der Reithalle, von etwa 20.45 bis 22.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Anzeiger für das Fürstentum Lübeck etwa 4.000 Personen teilnahmen, wurde von NSDAP-Kreisleiter Johann Böhmcker geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Weitere 3.000 Menschen verfolgten die Rede außerhalb der Halle über Lautsprecher.

2 Vgl. auch Lübecker Beobachter vom 7.5.1931, "Hitler vor 8000 in Eutin"; Kieler Neueste Nachrichten vom 8.5.1931, "Hitler spricht in Eutin"; Lübecker Beobachter vom 8.5.1931, "Hitler über deutschen Idealismus"; Lübecker General-Anzeiger vom 8.5.1931, "Adolf Hitler in Eutin"; Rostocker Anzeiger vom 8.5.1931, "Hitler in Eutin". Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch VB vom 10./11.5.1931, "Eutin unterm Hakenkreuz".

Berufe trotz ihrer Vertretungen zugrunde gehen, weil man eben nicht als das Wesentlichste das ganze Volk rettet. Wie wenig sieht überhaupt der Mensch in seiner Durchschnittslebe[*ns*]zeit von 30 Jahren vom allgemeinen Volksleben und seiner Entwicklung?

Wie der einzelne Mensch durch irgendein Laster sowie sonstige Lebenstätigkeit sich zunichte machen kann, so sterben auch die Völker zwangsläufig durch allgemeine Fehler in der Lebensauffassung, z. B., wenn sie sich auf fremde Hilfe verlassen. Nur eigene Kraft hilft, der Mensch wie die Völker müssen selbst für ihr Recht kämpfen. Ein Volk muß nach eigenen Fähigkeiten sich ordnen, die Mehrzahl kann zu keinen Zeiten das Wissen ersetzen. Beim deutschen Volksschicksal war stets das Tragische die Raumnot, der Drang nach mehr Boden; die Mutter Erde ist die Quelle allen Seins. Keine Theorie und kein Dogma, sondern nur der Boden kann ein Volk retten. Auf Eis und Schneefeldern kann kein Leben gedeihen. Beim Menschen ist als Qualität die Rasse bestimmend; wie es unter den Milliarden Sternen nicht zwei gleiche gibt, so auch nicht bei den Menschen, der Unterschied ist von Natur da. Zwei Hauptfaktoren gibt es: der Boden und der Mensch, der das Leben nach seinen Fähigkeiten gestaltet. Wenn nun ein Volk von Rasse auf ungenügenden Boden kommt, dann ist Not die Folge, wodurch es dann entweder hart in seiner Kraft wird, oder aber es zermürbt. Seit Jahrtausenden ist unser deutsches Volk immer wieder durch die Peitsche der Not vorwärts getrieben worden. Auch heute ist die Not wieder bei uns hervorgetreten. Wir sind zur Exportwirtschaft von Waren übergegangen und müssen die Rohstoffe dazu einführen, also als Fabrikvolk für die anderen Länder arbeiten. Großstädte, Fabriken und Bergwerke sind entstanden und immer mehr Menschen dem Lande entfremdet, 30 Millionen Menschen wissen nicht, was eigener Boden bedeutet, ein Faden nach dem andern wird durch den Großstadttrubel mit dem Lande durchschnitten. Unser Volk wird von der eigentlichen Grundlage abgedrängt.

Ein ewiges Schwanken zeigt sich in der Politik, es gibt kein großes außenpolitisches Ziel mehr, es gilt nur noch der Erhaltung der Wirtschaft. Hätten wir Deutschen im Weltkriege mehr Lebensgrundfläche gehabt, wir wären nicht besiegt worden, wir sind gebrochen durch die Abhängigkeit vom Auslande. Beim Export sind wir jetzt angewiesen auf die Verkaufsmöglichkeit, aber von Jahr zu Jahr wird der Weltmarkt schwächer, da die fremden Völker sich selbst ihre eigene Industrie geschaffen haben, und zwar meist durch unsere Hilfe, indem wir dorthin die nötigen Maschinen exportiert haben. Tausende unserer Arbeiter sind jetzt dadurch brotlos geworden. Was sollen die Ausländer an unseren Hochschulen und Akademien? Wir schädigen uns dadurch selbst. Beim Überwinden des Berges der Erwerbslosigkeit sind wir aber in den Abgrund gestürzt, im Winter wird die Zahl der Arbeitslosen immer wieder steigen. Unser Volk kann wirtschaftlich nicht mehr leben, und dann sollen wir noch 2 1/2 Milliarden Tribute zahlen [3], eine reine Idiotie. Zwischen Wirtschaftsvertretern und Bankvertretern wird stets ein großer Unterschied bestehen. Um eine Änderung der Verhältnisse zu schaffen, muß unser Volk sich selbst besinnen und innerlich zu einer Kraft gekommen sein, um sich sein Schicksal selbst zu schmieden. Auf die Dauer hat nur der Tüchtige Glück, Privatlotterien persönlicher Art haben schon manchen zugrunde gerichtet. Auch von einem Volke

3 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

muß alles erkämpft werden. Die Nationalsozialistische Partei will die weltanschaulichen Irrtümer aus unserem Volke herausbringen. Die ganze andere Welt hält sich frei von solchen Gedanken, die man uns gern aufdrängen will. Das deutsche Volk will arbeiten und denken, aber alles wird vergeblich sein, wenn die große Politik versagt. Nach den nationalsozialistischen Begriffen ist die Hauptsache die innere Verbundenheit des ganzen Volkes. Die Wirtschaft als solche ist stets zerreißend, nicht [*ver*]bindend gewesen, denn jeder ist in ihr auf seinen Vorteil bedacht, und das wirkt vergiftend, nur die Aufrechterhaltung der Ideale wirkt aufbauend, Menschen ohne Ideale werden zu Wölfen, es kommt dann die Furie des Klassenhasses. Unser höchstes Ideal ist aber die Erhaltung des Volkstums. Der einzelne Mensch ist aber nur eine vorübergehende Erscheinung, die meist an einer Überhebung noch krankt, und wie entfremdet die Einbildung auf Stand, Beruf usw. die Mitmenschen untereinander, trotzdem niemand weiß, was seine Vorfahren einst waren und was aus seinen Enkeln werden wird. Wir sind in Wirklichkeit nur wie vergängliche Blätter, aber der Baum resp[*ektive*] der Wald muß erhalten bleiben, so auch unser Volk. Wir dürfen die Kette in der Nachfolge nicht abreißen lassen, und wir müssen uns bewußt bleiben, daß wir alle als Deutsche zusammengehören. Der Kampf im Felde Schulter an Schulter hat die Menschen sich wieder nähergebracht und ohne Ansehen des Berufes usw. allein nach der Tüchtigkeit schätzen gelernt [*sic!*], und daraus ist die große Kameradschaft geworden. Unsere neue Kampfgemeinschaft kennt keine Vertreter des Berufes, nur des ganzen Volkslebens. Der Nutzen der Gesamtheit ist das Wesentliche, aus diesem Nutzen kommt das Gute für den einzelnen von selbst. Wir müssen wieder uneigennützig und neidlos werden; für Dividenden läßt sich niemand totschießen, nur für ein großes Ideal sind unsere Helden gefallen, aber nicht für die Wirtschaft.

Drei große Gedankengänge müssen wir beachten, wenn unser Volk die alte Bedeutung wieder erlangen soll. Es ist zuerst der Glaube an die Zukunft Deutschlands entscheidend, solange dieses deutsch sein wollte, hat es Bestand gehabt, nur erst durch fremdes Wesen sind wir unterlegen, unsere Stärke hat uns im Kriege niemand streitig machen können. Zweitens, wenn ein Volk gesund ist, dann wird es sich eine vernunftgemäße Organisation schaffen und die schöpferische Kraft der Persönlichkeit gelten lassen. Die Majorität stellt keine Weisheit dar, ein Verantwortlichkeitsgefühl ist auch bei einer Regierung notwendig. Bei einem Volk der Demokratie hat in Wirklichkeit niemand etwas zu sagen; bei der Nationalsozialistischen Partei ist eigentlich jeder einzelne Mensch ein verantwortlicher Diktator über sich und den ihm anvertrauten Kreis. Man müsse zugeben, daß bei dieser Organisation aus dem Nichts eine Organisation geworden ist, so stark wie in Deutschland keine zweite, und wenn das deutsche Volk einen ebensolchen Aufschwung mitmacht, dann kann es zufrieden sein. Und schließlich: Alles muß erkämpft werden. Pazifismus heißt Verzicht auf Lebensbehauptung, Brot und Freiheit sind nicht ohne Kampf [*sic!*]. Was hat nun dies alles mit der Landtagswahl [4] zu tun? Die Antwort auf diese Frage lautet, daß die nationalsozialistische Bewegung um das ganze deutsche Volk kämpft, daher auch um jeden Staat und jeden einzelnen Deut-

4 Am 17.5.1931 wurde der Landtag in Oldenburg gewählt. Die NSDAP erhielt dabei 37,2 Prozent der Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen, S. 100.

schen. Durch dauernde Arbeit wächst der Erfolg. Aber der Wahlkampf ist für uns nicht entscheidend, wir kämpfen für die Zukunft, nach der ersten Welle rollen weitere heran, bis ein Volk herangereift ist, eine Vereinigung von Menschen, die sich Deutsche nennen. Wir kämpfen nicht um Mandate, wenn am 17. Mai die Schlacht geschlagen ist, geht unser Kampf am 18. weiter. [5]

8. Mai 1931 Dok. 115
Strafverfahren gegen vier NSDAP-Angehörige [1]
Zeugenaussage vor dem Schwurgericht III Berlin-Moabit [2]

Berliner Tageblatt vom 8.5.1931 (AA), "Hitler als Zeuge", sowie vom 9.5.1931 (MA), "Zu viel Legalität" [3].

Vorsitzender: Es ist seitens des Vertreters der Nebenkläger [4] die Behauptung aufgestellt worden, daß der Sturm 33 [5], dem die vier Angeklagten angehören, ein Rollkommando gewesen sei. Es sei dieses Rollkommando planmäßig angeordnet worden, mit dem

---

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die Angehörigen des Berliner SA-Sturms 33 Konrad Stief, Albert Berlich, Max Liebscher und Rolf Wesemann waren angeklagt, am 22.11.1930 bei einem bewaffneten Überfall auf eine Veranstaltung der KPD im Tanzpalast "Eden" in Berlin-Charlottenburg drei Mitglieder der KPD durch Schüsse verletzt zu haben. Am 19.5.1931 wurden Stief, Berlich und Liebscher wegen schwerem Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, Wesemann wurde freigesprochen.

2 Vormittags von 9.00 bis 12.15 Uhr, sowie nachmittags. Gerichtsvorsitzender war Landgerichtsdirektor Kurt Ohnesorge. In der Vormittagssitzung wurde ausschließlich Hitler als Zeuge vernommen. In der Nachmittagssitzung traten zuerst der ehemalige Osaf-Ost Walter Stennes und der ehemalige SA-Oberführer von Berlin Ernst Wetzel als Zeugen auf, anschließend noch einmal Hitler. Die Vernehmung Hitlers dauerte insgesamt etwa drei Stunden.

3 Vgl. auch 8 Uhr-Abendblatt (Berlin) vom 8.5.1931, "Hitler schwört alles ab"; Der Angriff vom 8.5.1931, "Unser Führer in Moabit"; Berliner Tageblatt vom 8.5.1931 (AA), "Hitler als Zeuge"; Germania vom 8.5.1931 (AA), "Hitler und Stennes vor Gericht"; Potsdamer Tageszeitung vom 8.5.1931, "Hitler und Stennes als Zeugen vor Gericht"; Frankfurter Zeitung vom 9.5.1931 (MA), "Ein Hitler-Kolleg über Legalität" sowie vom 9.5.1931 (AA), "Hitler und Stennes"; Generalanzeiger (Dortmund) vom 9.5.1931, "Der Überfall im Eden-Tanz-Palast"; Germania vom 9.5.1931, "Neue Vernehmung Hitlers"; Potsdamer Tageszeitung vom 9.5.1931, "Hitler als Zeuge in Moabit"; Potsdamer Volksblatt vom 9.5.1931, "Adolf im Kreuzverhör"; Vossische Zeitung vom 9.5.1931, "Hitlers Zeugen-Aussage in Moabit"; VB vom 10./11.5.1931, "Der politische Machtkampf wird nicht durch Rollkommandos, sondern allein durch eine Erneuerung des Denkens entschieden"; Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 13.5.1931, "Hitler verteidigt seine SA"; Die deutsche Revolution vom 17.5.1931, "Adolf Hitler, der Zeuge der Legalität". Siehe auch anonyme Aufzeichnung vom 9.5.1931; BA Potsdam, RMdI, 26067.

4 Hans Litten (1903-1938), Rechtsanwalt, 1929-1933 Anwalt für die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), 1933-1938 in Zuchthaus- und Konzentrationslagerhaft, 1938 infolge von Mißhandlungen im KZ Dachau gestorben.

5 Zur Geschichte des Berliner SA-Sturms Nr. 33 vgl. Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J. (vermutl. 1933).

Ziele, auch Menschen zu töten, und dieser Plan sei von der Parteileitung gebilligt und auch der Parteileitung bekannt gewesen. Wissen Sie etwas näheres?

Hitler: Nein, ich halte es für gänzlich ausgeschlossen, daß irgendein Sturm in Berlin sich in dieser Weise mit einer Aufgabe betraut gefühlt hätte, die nach den Grundsätzen der Partei vollkommen ausgeschlossen wäre.

Die Partei lehnt Gewaltmethoden auf das schärfste ab. Die S.A.-Gruppen sind gebildet worden mit der Aufgabe, die Partei gegen den Terror von links zu schützen und propagandistisch aufzutreten.

Die S.A. war die große Organisation, die im großen Umfange das Recht der Propaganda vertreten sollte. Ich halte die Bildung eines Sturms für solche Zwecke, wie sie von unseren Gegnern behauptet werden, für gänzlich ausgeschlossen. Ich darf darauf hinweisen, daß die nationalsozialistische Bewegung nach Prinzipien und Grundsätzen gebildet ist, die ich als legal bezeichne.

Die Legalität der Partei ist die tatsächliche Realität.

Jeder Versuch, unter Umgehung der Weimarer Verfassung zur Macht zu kommen, ist schlecht und bedeutet Blutvergießen. Ich habe zwar die Weimarer Verfassung nicht geschaffen, halte sie auch für falsch, aber ich gehe den absolut legalen Weg aus innerster Überzeugung der Notwendigkeit der Legalität. Hitler wendet sich jetzt gegen Stennes und setzt sich mit den Terrorbestrebungen Stennes auseinander. "Wenn mir irgend jemand unterstellt," so erklärt Hitler weiter, "Stennes habe im Auftrage der Partei Rollkommandos formiert, so ist das lächerlich. Stennes unterstanden, so lange er in der Partei seine Stellung hatte, 20.000 Mann. Wie kann man eine solche Masse als Rollkommando bezeichnen. Die Tätigkeit, die ich ausübe, die von meinen Gegnern als verbonzt und verspießert angesehen wird, hat zu einer Kritik der Bewegung geführt, die meiner Kritiker zu einigen erbärmlichen Rollkommandos.

Vors[*itzender*]: Wollen Sie Ihre Kritiker als die Organisation bezeichnen, die Herr Stennes gebildet hat?

Hitler: Ich will nicht die Tätigkeit Stennes in der Partei kennzeichnen. In der Partei hat er, wie schon gesagt, 20.000 Mann zu befehlen gehabt. Er hat es aber nicht weiter gebracht als zu ein paar elenden kleinen Organisationen.

Vors[*itzender*]: Wollen Sie sagen, daß Stennes, bevor er in die Partei eintrat, Rollkommandos geschaffen hat?

Hitler: Der Begriff "Rollkommando" hat hier eine ganz lächerliche Bedeutung bekommen.

Was waren denn die Rollkommandos früher? Eine Gruppe von etwa zehn Mann, die gegen ein vielfaches in heroischer Weise, unter Scheuung keiner Opfer, vorging. Die S.A. hatte das absolute Verbot, gewaltsam vorzugehen oder zu provozieren. Aber

in der Notwehr läßt es sich schwer entscheiden, wo die Grenze zwischen Notwehr und Angriff ist.

Wenn ein S.A.-Mann monatelang von roten Mördern ... (der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ohnesorge [6], den Zeugen unterbrechend: Ich bitte diesen Ausdruck zu unterlassen.)

6 Kurt Ohnesorge (1878-1961), Richter.

Hitler: Wenn ein S.A.-Mann monatelang verfolgt wird, so kann ich mir vorstellen, daß er in der Not den Augenblick der Notwehr verkennt. Nicht ein einziges Mal hat die Parteiführung die Parole ausgegeben: Schlagt die Sozialdemokraten oder Kommunisten [7]! Aber wenn ein S.A.-Mann die Grenze der Notwehr wirklich überschreitet, so kann man einen Menschen dafür nicht verantwortlich machen.

Vors[*itzender*]: Sie wollen also die Bezeichnung "Rollkommando" nicht in der Weise angewandt wissen, wie sie von den Nebenklägern [8] ausgelegt wird und ganz besonders nicht auf den Sturm 33.

Hitler: Ich kenne den Sturm 33 nicht.

Vors[*itzender*]: Sie wissen auch nicht, ob irgendwelcher Plan, wie er hier von den Nebenklägern behauptet wird, beim Sturm 33 bestanden hat?

Hitler: Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen.

Rechtsanw[*alt*] *Dr. Litten* (Vertreter der Nebenkläger): Sie sagten, Rollkommandos seien kleine Gruppen, und bezogen diesen Begriff nur auf die Tätigkeit des Hauptmann Stennes vor Austritt aus der nationalsozialistischen Partei [9]. Dabei fällt mir auf, daß Sie in einem Ihrer Artikel [10] geschrieben haben: "Ich habe in Leipzig die Legalität der Partei beschworen [11], und ich werde mich nicht meineidig machen lassen, am wenigsten von Hauptmann Stennes".

Hitler: Ich stelle ja nur den Erfolg meiner Legalität dem Erfolg der Politik des Hauptmann Stennes gegenüber, der es nur bis zur Bildung einiger kleiner Organisationen gebracht hat. Wenn ich schreibe: Ich werde mich nicht abdrängen lassen vom Wege der Legalität, so hat das mit der Frage der Rollkommandos nichts zu tun.

Ich werde, so lange ich die Ehre habe, Führer der Nationalsozialistischen Partei zu sein, mich nicht vom Wege der Legalität abdrängen lasssen.

(Hitler schlägt sich dabei mit der Faust gegen die Brust.) Die Legalität der Partei wird erst dann in Frage gestellt, wenn ich Rollkommandos billigen würde.

Rechtsanw[*alt*] *Dr. Litten*: Nach Ihren Angaben hatten Sie Befürchtungen vor Stennes.

Hitler: Nicht die Bildung von Rollkommandos, sondern die Hoffnungen und Wünsche, die in der Zeitung von Stennes standen [12], die Sie dort nachlesen können.

Rechtsanw[*alt*] *Dr. Litten*: Sie fürchteten also die illegalen Ideen Stennes'?

Hitler: Ich bin nicht in der Lage, darüber zu urteilen.

Rechtsanw[*alt*] *Dr. Litten*: Sie können also über die Tätigkeit Stennes' in der nationalsozialistischen Bewegung keine genauen Angaben machen. Wollen Sie sagen, daß die

---

7 Anspielung auf die von der KPD von August 1929 bis Juni 1930 propagierte Devise "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!". Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

8 Nebenkläger waren drei bei dem Überfall auf den Eden-Palast verletzte Kommunisten.

9 Stennes war am 1.4.1931 auf Veranlassung Hitlers aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 78.

10 Siehe Dok. 80.

11 Vgl. ebenda, Anm. 14.

12 Gemeint ist die erstmals im April 1931 erschienene Zeitung "Arbeiter, Bauern, Soldaten", die im Juni 1931 als SA-Beilage in der von Otto Straßer herausgegebenen Zeitung "Die deutsche Revolution" aufging. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 85 f.

Intentionen und Wünsche Stennes', wenn sie sich erfüllten, die Illegalität bedeuten würden?

Hitler: Wenn ich mich mit den Ideen, die Stennes in der Zeitung verbreitet, identifizieren würde, so würde ich mich damit nur von meinem Weg weit entfernen.

Rechtsanw[alt] Dr. Litten: Ist Ihnen nicht bekannt, aus der Sprachgebung der Freikorps her, daß der Ausdruck "Rollkommando" die Bedeutung angenommen hat: Kommando zur Beseitigung mißliebiger Gegner unter allen Umständen?

Hitler: Bei uns Nationalsozialisten ist der Begriff Rollkommando eine lächerliche Erscheinung. Ich habe schon vor sieben Jahren geschrieben, daß

in unserer Bewegung nichts gegen Beschluß und gegen die Partei gemacht wird, sondern durch die Ingangsetzung von Massen [*sic!*] [13].

Rechtsanw[alt] Dr. Litten: Sie wissen doch aber, daß der Ausdruck Rollkommando so gebraucht wird? Ist Ihnen bekannt, daß in Kreisen der S.A. von einer besonderen "Rollkluft" gesprochen wird?

Hitler: Von einer Rollkluft habe ich nichts gehört.

Unser Ehrenkleid, das wir tragen, hat man uns genommen [14], jetzt trägt jeder eine Phantasieuniform.

Rechtsanw[alt] Dr. Litten: Sie sagten, daß von seiten der Nationalsozialistischen Partei keine Gewalttaten unternommen werden. Hat nicht Goebbels die Parole ausgegeben: Man müsse die Gegner zu Brei zerstampfen [15]?

Hitler: Das ist so aufzufassen, daß man die gegnerischen Organisationen erledigen und vernichten muß. Die gegnerische Ideenwelt als Idee und Organisation muß beseitigt werden. Aber damit ist doch nicht gesagt, daß man die Gegner überfällt und ermordet.

Rechtsanw[alt] Litten: Sie sagen, es sei einem Führer einer großen Bewegung unmöglich, seine Bewegung bis in die letzten Einzelheiten zu überwachen. Wenn die Unterführer Rollkommandos gebildet hätten, würde die Parteileitung davon Kenntnis erhalten?

Hitler: Es würde nicht nur die Parteileitung, sondern auch die Ortsbehörde Kenntnis erhalten, in deren Bezirk sich ein derartiges Kommando bilde. Es ist in Deutschland gänzlich unmöglich, daß ein Sturm von 200 Mann, ein Rollkommando mit solchen Zielen, wie sie hier unterschoben werden, sich bildet und daß ein solches Rollkommando geheim bleiben könnte.

Wir wissen, daß in allen unseren Organisationen Spitzel sitzen.

Sollen sie! Aber ich kann mir denken, daß sich ein solches schwerbezahltes Subjekt in die Partei einschleicht und Organisationen bildet, die die Partei schwer belasten. Ich als

---

13 Ergänzend heißt es im 8-Uhr-Abendblatt vom 8.5.1931: "Ich habe schon in meinem Werke auseinandergesetzt, daß *unsere Ziele nicht durch Bomben, Handgranaten und Pistolen* (So! So! Die Red.) erreicht werden könnten, sondern durch große in Bewegung gesetzte Massen."
Vgl. Hitler, Mein Kampf, Bd. 2, S. 191: "*Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße.*"

14 Vgl. Dok. 87, Anm. 7.

15 Bezieht sich vermutlich auf einen Artikel von Joseph Goebbels, in dem er im Hinblick auf die Mörder des im Januar 1930 tödlich verwundeten Berliner Nationalsozialisten Horst Wessel gefordert hatte: "Sie müssen zu Brei und Brühe geschlagen werden." Siehe Der Angriff vom 23.1.1930, "Horst Wessel".

Führer kann nicht mehr tun, als scharfe Anweisungen zu geben, und ich betone nochmals, daß ich es für gänzlich ausgeschlossen halte, daß der Sturm 33 andere Aufgaben hatte als die, die ihm die Partei vorschreibt. Ich habe in Deutschland Stürme oder Hundertschaften, die bisher nie einen Kampf zu bestehen hatten, weil sie von keinem Gegner bedroht oder überfallen werden. In anderen Teilen Deutschlands, z. B. im Ruhrgebiet, gibt es Stürme, die nicht aus dem Kampf herauskommen, deren sämtliche Mitglieder verwundet sind. Aber wenn es irgendeinen Sturm gäbe, der heute in ein Lokal eindringt und harmlose Menschen mißhandelt, so müßte das der Parteileitung bekannt werden, und sofort würden von uns aus Untersuchungskommissionen und die S.A.-Inspektion kommen, und wir würden vor nichts zurückschrecken, um diese unsere Leute zu dispensieren.

Rechtsanw[alt] Litten: Haben Sie nicht gegen Hauptmann Stennes den Vorwurf erhoben, daß er in Danzig einen S.A.-Führer eingesetzt habe, der Rollkommandos gebildet und sogar eigene Parteiversammlungen gesprengt habe [16]?

Hitler: Das hat doch gar nichts hier mit der Sache zu tun. Dieser Mann war schon früher einmal aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hat sogar eine Weihnachtsfeier der eigenen Partei gesprengt [17]. Daran erkennen Sie schon seine Unfähigkeit. Im weiteren Verlauf der Aussage erklärte dann Hitler, in Danzig hätten die S.A.-Leute Waffen mit Waffenscheinen erhalten, und wenn die Frage des Waffentragens hier herangezogen werde, dann könne er darüber nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit aussagen, denn das berühre die Frage der Landesverteidigung.

Beisitzer: Sie haben den Ausdruck Rollkommando als verwaschen und phantastisch mißverstanden bezeichnet. Nun verstehe ich nicht, daß Sie Hauptmann Stennes den Vorwurf der Bildung von Rollkommandos machen.

Hitler: Ich habe in einem Artikel, den ich schrieb [18], in dem ich diesen Ausdruck gebraucht habe, unter Wahrnehmung der Interessen der Bewegung geschrieben. Wenn ich gewußt hätte, der Ausdruck Rollkommando würde hier in diesem Prozeß so ausgelegt und mir zum Vorwurf gemacht, hätte ich ihn damals nicht gebraucht.

Rechtsanw[alt] Litten versucht nun die Frage zu erörtern, wie weit Hitler moralisch den Begriff der Notwehr rechnet. Das Gericht lehnt aber Fragen, in diesem Zusammenhang gestellt, ab.

Verteidiger Rechtsanw[alt] Becker [19]: Wird die Behauptung der Betätigung des Hauptmannes Stennes in illegalem Sinne nicht schon dadurch ad absurdum geführt, daß Hauptmann Stennes Polizeispitzel ist?

Hitler: Ich habe das nie behauptet, ich habe nur gesagt, er sei früher Polizeioffizier gewesen und betätige sich jetzt besonders radikal.

Rechtsanw[alt] Becker: Dadurch will ich beweisen, daß es unsinnig ist, Hauptmann Stennes mit illegalen Zielen zu identifizieren.

---

16 Vgl. Dok. 84.
17 Vgl. ebenda, Anm. 7.
18 Vgl. Dok. 80.
19 Nicht ermittelt.

Hitler: Ich bin ganz anderer Auffassung. Ich glaube, daß ein Mensch, der fähig ist, Polizeispitzel zu sein, auch fähig ist, sich selbst das Material zu beschaffen, das er für seine Spitzeltätigkeit braucht. Ich werde aber als Führer, wo ich Widerstände gegen den Parteikurs sehe, alles tun, um diese Widerstände aufzuhellen. Es ist ein Unterschied, ob ich hier vor Gericht sage, der Mann ist das, oder ob ich als Parteiführer den Auftrag gebe, das und das zu untersuchen.

Rechtsanw[alt] Becker:

Halten Sie es für möglich, daß Stennes Polizeispitzel war?

Hitler: Das kann ich unter Eid nicht sagen.

Rechtsanw[alt] Becker: Sie haben diese Behauptung positiv im September 1930 aufgestellt [20].

Hitler: Es ist denkbar, daß ich die Befürchtung ausgesprochen habe. Hitler erklärt dann, die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes zur Zeit der Wahlen [21] sei der Parteileitung unverständlich gewesen und auch allen Parteigenossen unverständlich geblieben.

Verteidiger Rechtsanw[alt] Becker: Die Öffentlichkeit meint, die Legalität der Nationalsozialisten sei eine getarnte Legalität, sie sei keine echte Legalität. Daher muß dem Zeugen Hitler Gelegenheit gegeben werden, die Legalität an einzelnen Beispielen zu zeigen.

Hitler: Der Weg der Partei ist notwendig ein legaler. Die S.A. ist nicht bewaffnet. Ich greife ein, wo ich von einer Waffe höre.
Wo ist die Partei, die grundsätzlich den Parteimann, der eine Waffe hat, ausschließt? Nicht die kommunistische, nicht die sozialdemokratische Partei. Die Organisation ist tatsächlich unbewaffnet.

Würde ich hören, daß irgendwo Waffen sind, ich würde sie der Behörde ausliefern.
Hitler fährt dann fort, mit großem Schwung politische Ausführungen zu machen. Würde heute Deutschland von einem einzelnen bedrückt werden, von einem Napoleon, von einem Eroberer, dann würde ich anders handeln. Aber Deutschland ist von einem geistigen Zustand bedrückt, das deutsche Volk muß geistig erobert werden von der nationalsozialistischen Bewegung. Nur soweit die S.A. angegriffen wird, nehme ich für sie das Recht der gesetzlichen Notwehr in Anspruch.

Rechtsanwalt Litten beantragt nun, das große Paket zu öffnen, das vor dem Gerichtstisch liegt, und

Hitler die Waffen zu zeigen, die bei dem hier verhandelten Überfall gefunden worden sind.
Aber es kommt nicht dazu, stattdessen macht Hitler noch weitere vage Ausführungen darüber, daß wohl auch einmal ein Schraubenschlüssel oder etwas Ähnliches bei einem S.A.-Mann gefunden werde. Er erklärt, ich kann es menschlich verstehen, wenn ein

20 Gemeint ist vermutlich die mehrstündige Unterredung in der Wohnung von Joseph Goebbels in der Nacht vom 31.8. zum 1.9.1930, bei der Hitler und sein Sekretär Rudolf Heß gegenüber einer Reihe von Berliner SA-Führern den Osaf-Ost Walter Stennes als Polizeispitzel verdächtigten. Vgl. Walter Stennes, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931, S. 4. Nach der Stennes-Revolte Anfang April 1931 hatte Hitler diesen Vorwurf auch öffentlich erhoben. Vgl. Dok. 87.

21 Vgl. Dok. 80, Anm. 12.

fortwährend vom Tode Bedrohter sich eine Waffe anschafft, denn ich weiß, was Todesangst ist.

Der Vorsitzende schaltet jetzt, da die Vernehmung Hitlers schon zwei Stunden lang dauert, die Aufforderung an die Angeklagten ein, sich niederzusetzen. Die Angeklagten, die seit früh 9 Uhr in der Anklagebank stehen, lehnen die Anregung des Vorsitzenden ab. Dann gibt Rechtsanwalt Litten Hitler noch einmal Gelegenheit zu einer rhetorischen Ausführung, indem er ihn fragt, ob er den Kampf mit illegalen Mitteln vielleicht gegen die Arbeiterschaft zulasse. Hitler erhebt die Stimme und beteuert, niemanden kann es mehr als mich schmerzen, daß es heute noch einen Kampf von deutschen Arbeitern gegen deutsche Arbeiter gibt. Dazu ist die nationalsozialistische Bewegung da, um diesen Kampf unmöglich zu machen.

Rechtsanw[alt] Dr. Litten hat nun drei Fragen formuliert, die er dem Zeugen Hitler stellen will.

Frage 1: Ob Hitler das für Notwehr hält, was den Angeklagten zum Vorwurf gemacht wird?

Frage 2: War Hitler, als er Goebbels zum Reichspropagandaleiter machte[22], die Stelle aus dessen Buch bekannt, wo Goebbels erklärt, daß vor dem Umsturz nicht zurückgeschreckt werden dürfe, das Parlament gesprengt und die Regierung zum Teufel gejagt werden solle und wo der Aufruf zur Revolution im Sperrdruck gegeben wurde[23]?

Frage 3: Hat Hitler dem Reichskanzler Brüning Zusicherungen gegeben, im Falle einer Beteiligung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an der Regierung die S.A. aufzulösen[24]?

Nachdem sich Verteidiger, Vertreter der Nebenkläger und Staatsanwaltschaft zur Zulassung der Fragen geäußert haben, zieht sich das Gericht zur Beratung zurück, die etwa dreiviertel Stunden dauert, und verkündet dann, daß die Frage 1 als ungeeignet abgelehnt, die Fragen 2 und 3 zugelassen werden.

Landgerichtsdirektor Ohnesorge fragt nun: Sie haben die Frage bezüglich der Zulassung des Herrn Goebbels zum Reichspropagandaleiter gehört, Herr Hitler, wie stellen Sie sich dazu?

Hitler: Ich kann heute nicht mehr unter Eid aussagen, ob ich das Goebbelsche Buch damals gekannt habe. Die These in dem Goebbelschen Buch ist gänzlich ohne Parteiwert, denn die Broschüre trägt nicht das Parteizeichen und ist auch nicht parteiamtlich sanktioniert. Nur das hat Geltung, was parteiamtlich sanktioniert ist.

---

22 Am 26.4.1930. Vgl. Reuth, Goebbels, S. 165.

23 Gemeint ist die Broschüre von Joseph Goebbels, Der Nazi-Sozi, Elberfeld 1927. Für den Fall, daß die NSDAP die Macht nicht auf dem Wege einer parlamentarischen Mehrheit erlangen würde, hatte Goebbels dort angekündigt: "Dann marschieren wir gegen diesen Staat, dann wagen wir den letzten großen Streich um Deutschland, aus Revolutionären des Wortes werden dann Revolutionäre der Tat. Dann machen wir Revolution." Zitiert nach Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 356. In der 1929 im Eher-Verlag erschienenen 2. Ausgabe der Broschüre war diese Passage allerdings gestrichen. Vgl. dazu Goebbels-Tagebücher, I/1, S. 61 f.

24 Gemeint ist die Besprechung Heinrich Brünings mit Hitler, Wilhelm Frick und Gregor Straßer in der Wohnung des Reichskommissars für die Osthilfe Treviranus am 6.10.1930. Vgl. Brüning, Memoiren, S. 191 ff.

Goebbels ist wegen seiner außerordentlichen Propagandafähigkeiten ernannt worden und hat die Richtlinien einzuhalten, die ich als Parteichef ihm angebe.

Rechtsanw[*alt*] *Litten*: Ist es richtig, daß Goebbels schon 1926 Berliner Gauleiter geworden ist [25]?

Hitler: Ich kann mich auf das Datum nicht festlegen.

Litten: Muß nicht das, was ein Mann wie Goebbels außerhalb seiner parteiamtlichen Stellung sagt, außerordentlichen Einfluß auf alle Mitglieder der Partei ausüben, die seine Broschüre lesen?

Hitler: Es ist ein dauernder Verschmelzungsprozeß in unserer Bewegung, in die Leute aus allen Lagern, von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen, kommen. Ich darf darauf hinweisen, daß jede Partei nicht gemessen werden kann an Äußerungen eines einzelnen Mitgliedes, sondern nur an den parteiamtlichen Richtlinien. Man muß uns nach den Grundsätzen messen, daß wir

absolut granitfest auf dem Boden der Legalität stehen

aus der Überzeugung heraus, daß es eben keinen anderen Weg gibt. Selbst schwere Kämpfe wird die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht scheuen, und sie ist bereit, jeden zu rügen und aus ihren Reihen auszuschließen, der einen anderen Standpunkt einnimmt.

Dr. *Litten*: Muß es an dem Beispiel Goebbels gemessen nicht in der Partei die Auffassung erwecken, daß es mit dem Programm der Legalität nicht weit her ist, wenn Sie einen Mann wie Goebbels nicht rügten oder ausschlossen, sondern gerade zu[*m*] Reichspropagandaleiter machten?

Hitler: Die ganze Partei steht auf legalem Boden, und Goebbels steht ebenfalls auf diesem Boden. Er ist in Berlin und kann jederzeit hergerufen werden.

Rechtsanw[*alt*] *Litten*: Ist Herrn Goebbels die Weiterverbreitung seiner Schrift untersagt worden?

Hitler: Das weiß ich nicht.

Litten: *Und ist Ihnen bekannt, daß zahlreiche S.A.-Leute und Parteimitglieder besonders in Norddeutschland sich gerade an dieses Programm der Illegalität Goebbels halten?*

Hitler: Wenn das der Fall wäre, hätten mich diese Leute vor einem Monat verlassen. Denn vor einem Monat wurden sie alle gefragt, ob sie mit dem hundertprozentigen Kurs der Legalität einverstanden wären. Das Ergebnis war überwältigend [26]. Darf ich beim Gericht beantragen, den Leiter des Untersuchungsausschusses der Partei, den Leiter der S.A. und alle Gauleiter zu laden, damit sie diesen meinen Standpunkt bestätigen.

Landgerichtsdirektor Ohnesorge: Wir kommen jetzt zur dritten Frage.

Haben Sie dem Reichskanzler Brüning versprochen, im Falle des Eintritts in die Regierung die S.A. aufzulösen?

25 Vgl. Dok. 79, Anm. 3.

26 Siehe dazu die im VB abgedruckten Loyalitätsadressen zahlreicher SA-Verbände nach der Niederschlagung der Stennes-Revolte Anfang April 1931.

Hitler (außerordentlich errregt): Ich stelle fest, daß weder Brüning mir eine Beteiligung an der Regierung angetragen hat, noch wir die Beteiligung gefordert haben unter Zugrundelegung irgendeiner Konzession.

Das Ersuchen, die S.A. aufzulösen, würde für mich das Ende der Partei bedeuten. Die S.A. sind die ersten Parteimänner [*sic!*]. Mir zuzumuten, die S.A. aufzulösen, um in eine Regierung zu kommen, würde gleichbedeutend sein mit dem Angebot des eigenen Selbstmordes oder des Selbstmordes der Partei.

Rechtsanw[*alt*] *Dr. Becker*: Ist Ihnen bekannt, daß bei den Verhandlungen mit [*sic!*] Oberstleutnant Röhm mit Reichswehroffizieren [27] die Umstellung der S.A. mit der Entfernung ihrer revolutionären Ziele besprochen wurde?

Hitler: Nein, die S.A. hat keine revolutionären Ziele, sondern nur legale. [28]

Rechtsanw[*alt*] *Becker*: Findet gegenwärtig eine Umorganisation der S.A. mit dem Ziele ihrer Eingliederung in die Partei statt?

Hitler: Die Aufgabe ist es, der S.A. klarzumachen, daß sie Parteimitglieder sind. Das ist keine organisatorische Maßnahme. Die organisatorische Arbeit besteht nur darin, der Parteileitung die Möglichkeit zu geben, jederzeit den legalen Kurs der Partei festzulegen. Wir können nichts anderes tun, als immer wieder zu versichern, daß die S.A. eine legale Gruppe ist und daß die Parteileitung alle Garantien für die Legalität übernimmt. Was die Besprechungen mit dem Reichskanzler und den Reichswehrgeneralen anbelangt, so kann ich nur Auskunft darüber unter Ausschluß der Öffentlichkeit geben. [29]

---

27 Gemeint ist die Besprechung Ernst Röhms mit Reichswehrminister Kurt von Schleicher am 21.3.1931. Vgl. Schreiben Röhms an von Schleicher vom 24.3.1931. Druck: Staat und NSDAP, S. 189 f.; Schreiben von Schleichers an Röhm von Ende März 1931. Druck: ebenda, S. 190. Sowie Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 118 f.

28 Ergänzend berichtet hierzu Germania vom 9.5.1931: "Im weiteren Verlauf der Vernehmungen im Stief-Prozeß fragte R.-A. Becker den Zeugen Hitler, ob ihm bekannt sei, daß Hauptmann Röhm und Hauptmann Göring in Verhandlungen mit Reichsminister Treviranus und mit Vertretern des Reichswehrministeriums eine Umorganisation der S.A. in Aussicht gestellt hätten.
Hitler antwortet darauf: Meine Unterredung mit Reichskanzler Brüning ist durch diese Herren vorbereitet worden. Ich halte es jederzeit für möglich, daß die Herren einem Regierungsvertreter sagen, daß von uns alles getan wird, um alle Parteimitglieder, also auch die S.A.-Leute, auf absolut legalem Boden zu halten, und daß die Partei dafür garantiert, daß dieser legale Boden nicht verlassen wird. In diesem Zusammenhange kann natürlich jemand sagen, wenn im entgegengehalten wird, da und dort sei die Linie der Legalität verlassen worden, daß die Partei unverzüglich solchen Zuständen entgegentreten wird. Das ist sogar die Pflicht jedes Funktionärs, daß er unverzüglich einschreitet, wenn irgendwelche Abweichungen von dem legalen Charakter bekannt werden. Es ist möglich, daß das auch bei den Verhandlungen mit Minister Treviranus und den Generälen v. Hammerstein und Schleicher betont worden ist."

29 Ergänzend berichtete Germania vom 9.5.1931: "*Hitler*: Die Umorganisation der S.A. ist ein Dauerzustand, denn diese Organisation, die zunächst aus einigen tausend Mann bestand, zählt nach Zehntausenden. Und da muß den neu Hinzutretenden immer wieder klar gemacht werden, daß der S.A.-Mann nicht dem Freikorpsgeist zu folgen hat, sondern daß er ein politischer Soldat ist, der sich in [*sic!*] hundert Prozent als Parteimitglied zu fühlen hat.
R.-A. *Litten*: Worin besteht denn der Freikorpsgeist nach Ihrer Meinung?
Hitler: Der Freikorpsgeist lebte in denjenigen, die glaubten, daß durch einfache Zurverfügungstellung der physischen Kraft in den Dienst irgendeiner Regierung eine Änderung des Schicksals der deutschen Nation herbeiführen zu können. Der Nationalsozialist weiß dagegen, daß das Schicksal der Nation abhängig ist von einer vollständigen inneren geistigen Umwandlung des deutschen Volkes."

Rechtsanw[alt] Dr. Litten: Verstehen Sie unter Freikorpsgeist auch die Verbrechen und Tötungen, die gerichtsnotorisch in den Freikorps begangen worden sind?

Hitler (im entrüsteten Tone): Ich lehne es ab anzuerkennen, daß so etwas geschehen ist. Die Freikorps haben keine Tötungen begangen, sondern Deutschland verteidigt.

Rechtsanw[alt] Dr. Litten: Herr Zeuge, ist es richtig, daß Sie anläßlich der sogenannten S.A.-Revolte im vorigen Jahre sich bei ihrem Rundgang durch Berliner Restaurants von bewaffneten S.A.-Leuten haben begleiten lassen [30]?

Hitler (der wiederum entrüstet ist): Davon war nicht die Rede. In allen Lokalen bin ich mit stürmischer Begeisterung begrüßt worden. (Lachen und Heiterkeit im Zuhörerraum, was vom Vorsitzenden gerügt wird.)

[...] [31]

Rechtsanwalt Dr. Litten: Halten Sie aufrecht, was Sie in der Vormittagssitzung sagten, daß, wenn Sie dem Kurs Stennes' gefolgt wären, Sie den Weg der Legalität hätten verlassen müssen?

Hitler: Ich habe folgendes erklärt: Die Auffassung, die Hauptmann Stennes in seinem Blatt vertritt, würde mich dazu führen, daß ich als pflichtgemäßer Wahrer meiner Parteibelange den Weg verlassen müßte, den ich eingeschlagen habe. Ich muß aber betonen, daß es Hauptmann Stennes überlassen bleiben muß, seine Ziele als legal zu bezeichnen. Das ist Auffassungssache.

Rechtsanwalt Litten: Ist es richtig, daß die revolutionäre Zeitschrift Goebbels "Das Bekenntnis zur Illegalität" [32] jetzt von dem Parteiverlag übernommen ist und eine Auflage von 120.000 erreicht hat?

Rechtsanwalt Kamecke [33] protestiert gegen diese Frage.

Rechtsanwalt Dr. Litten: Ich habe nämlich festgestellt, daß die Broschüre von der Partei sanktioniert ist, daß sie in allen Goebbels-Versammlungen verkauft wird und daß sie in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist, im Gegensatz zu den Erklärungen Hitlers über die Legalität.

Vors[itzender]: Herr Hitler, Sie haben tatsächlich in der Vormittagsverhandlung ausgesagt, daß Goebbels' Schrift nicht parteioffiziös sei.

Hitler: Das ist sie auch nicht. Parteiamtlich ist eine Schrift dadurch, wenn sie *das Hoheitszeichen der Partei*

30 Am Abend des 31.8.1930 hatte Hitler zur Beschwichtigung der gegen ihre ungenügende finanzielle Ausstattung rebellierenden Berliner SA einen Rundgang durch verschiedene SA-Lokale unternommen, wobei er laut Bericht des Berliner Tageblatts von schwerbewaffneten SS-Leuten begleitet worden sei. Dabei soll Hitler teils auf eisige Ablehnung gestoßen sein, teils auch Erfolg gehabt haben. Vgl. Berliner Tageblatt vom 2.9.1930, "Der Sturm der SA".

31 Verhandlungspause. Die weiteren Ausführungen aus der Nachmittagssitzung sind dem Bericht des Berliner Tageblatts vom 9.5.1931 entnommen. Zuerst wurden Walter Stennes und der ehemalige SA-Oberführer Ernst Wetzel als Zeugen vernommen. Danach wurde erneut Hitler in den Zeugenstand gebeten.

32 Gemeint ist die von Goebbels verfaßte Broschüre "Der Nazi-Sozi", deren 2., bereinigte Ausgabe 1929 im Eher-Verlag erschienen war.

33 Otto Kamecke, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, vor 1933 mehrfach Rechtsvertreter von Goebbels und Hitler.

aufgedruckt trägt. Im übrigen müßte über diese Dinge der Propagandachef gehört werden und vor allem - Hitler brüllt mit hochrotem Kopf -:

"Wie kommen Sie dazu, Herr Rechtsanwalt, zu sagen, das ist eine Aufforderung zur Illegalität? Das ist eine durch nichts zu beweisende Erklärung!"

Rechtsanw[alt] Litten: Wie ist es möglich, daß der Parteiverlag die Schrift übernimmt, die im klaren Gegensatz zur Parteirichtung steht?

Vors[itzender]: Das hat mit diesem Prozeß nichts zu tun.

Rechtsanw[alt] Litten: Ich kann nur sagen, daß das Gericht jetzt ...

Vors[itzender] (unterbrechend): Ich bitte, am Gericht keine Kritik zu üben.

Rechtsanw[alt] Litten: (zur Frage der Vereidigung des Zeugen Hitler): Was bedeutet die Abkürzung S.A.? Gegen Hitler hat Rechtsanwalt Löwenthal [34] im Schweidnitzer Prozeß [35] den Vorwurf erhoben, er habe bei früheren Gelegenheiten einen Meineid geleistet, weil er im Gegensatz zu dem damaligen Osaf Pfeffer von Salomon das Wort S.A. als Sportabteilung gedeutet [*habe*].

Hitler: Ich habe schon früher die Entwicklung des Wortes dargelegt. Wir sprachen zunächst von einer Saalschutzabteilung, dann von einer Sportabteilung und seit der großen Saalschlacht in München im Jahre 1921 [36] von der Sturmabteilung.

Rechtsanwalt Litten: Weshalb haben Sie dann aber nicht gegen Rechtsanwalt Löwenthal Strafantrag wegen Beleidigung gestellt?

Hitler (auffahrend): Ich werde seit fünf Jahren verleumdet und beleidigt. Ich habe keine Zeit und Lust, diese Prozesse alle durchzuführen. [37]

---

34 Fritz Löwenthal (1888-1956), Rechtsanwalt, Dr. oec. publ., 1928 Eintritt in die KPD, 1930-1932 MdR (KPD), 1933 Emigration nach Frankreich, später Niederlande, 1935 in die Sowjetunion, 1946 Rückkehr nach Deutschland (SBZ), Leiter der Abteilung Justizaufsicht der Zentralverwaltung für Justiz, 1947 Flucht nach Westdeutschland.

35 Gemeint ist der Prozeß gegen 16 wegen Landfriedensbruch angeklagte Nationalsozialisten vor dem Landgericht Schweidnitz, bei dem Hitler am 13.12.1929 sowie am 12.6.1930 als Zeuge vernommen worden war. Vgl. Hubert Wolan, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930), in: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 343 ff. Vgl. auch Bd. III/2 und Bd. III/3.

36 Am 4.11.1921 im Festsaal des Hofbräuhauses. Vgl. Jäckel/Kuhn (Hrsg.), Hitler, S. 515 ff. Zur Frühgeschichte der SA vgl. Longerich, Bataillone, S. 22 ff.

37 Folgt Bericht über den weiteren Verhandlungsablauf. Hitler wurde nach kurzer Beratung des Gerichts auf seine Aussage vereidigt und die weitere Verhandlung vertagt.

9. Mai 1931 Dok. 116
Rede auf NSDAP-Versammlung in Delmenhorst [1]

Delmenhorster Kreisblatt vom 11.5.1931, "Hitler-Kundgebung in Delmenhorst" [2].

Hitler leitete seine Ausführungen mit einem Abriß der großen deutschen Not ein. Parteien, die das Volk zwölf Jahre hindurch mit Versprechungen getröstet haben, die sich als falsch erwiesen, setzten diese Methode auch heute noch fort und verkennten [*sic!*] dabei vollständig, daß der Nation nichts anderes fehle als gesunde Lebensvoraussetzungen. Alle Versprechungen seien nutzlos, solange diese nicht gegeben seien. Seit 12 Jahren atomisiert sich das politische Leben des deutschen Volkes immer mehr. Berufe um Berufe organisieren sich zu einer eigenen politischen Vertretung, und jahraus, jahrein werden sich Berufe organisieren oder aus Berufen heraus organisierte Parteien die unglaublichsten Versicherungen und Versprechungen gemacht [*sic!*]. In derselben Zeit, in der man sagte, nun beginnt endlich die Periode, in der die Interessen des Arbeiters vertreten werden, in derselben Zeit gibt es eine Arbeitslosennot, die entsetzlich ist. In derselben Zeit, in der Landbünde aufstehen, Landvolkparteien entstehen, gehen Hunderte, Tausende von Bauernhöfen zugrunde, wo Mittelstandsparteien für die Interessen des Mittelstandes kämpfen, wird der Mittelstand gänzlich vernichtet. In derselben Zeit, wo die Deutsche Volkspartei die Vertretung der Wirtschaft als ihre oberste Aufgabe bezeichnet, wird die Wirtschaft dem Ruin ausgeliefert. Niemand kann bestreiten, daß alle Versprechungen, die man den einzelnen Berufsständen immer wieder gemacht hat, immer noch nicht in Erfüllung gegangen sind. Berufe um Berufe sind immer mehr dem Elend preisgegeben, aus dem der Beruf gerade gerettet werden sollte. Es ist nur natürlich, daß in der Gegenwart jeder nur sein Ich sieht, nur sein Leben sich vorstellt, denn die Menschen werden ja in diesem Sinne erzogen. Der einzelne Mensch sieht nur sein Leben. 20 bis 40 Jahre hat er es überblickt, und da fühlt er die Not, die ihn persönlich betrifft. Aber wie gering ist in Wirklichkeit diese Not des einzelnen, gemessen an dem ungeheuren Schicksal, das auf der Gesamtheit lastet. Das aber vergißt der heutige Mensch, in seiner eigenen persönlichen Not nur einen Bestandteil des großen Schicksals zu sehen, das das ganze Volk betrifft, einer großen Erscheinung, die mit ihm Millionen von Menschen demselben Ende zuführen muß.

Hier setzt nun der Nationalsozialismus mit seiner ersten grundsätzlichen Auffassung ein. Nämlich, daß wohl im einzelnen innerhalb einer lebendigen Volksgemeinschaft Interessengegensätze bestehen mögen und daß bei der Verschiedenartigkeit der Menschen solche Interessengegensätze immer sein werden. Sie sind auch heute, sie waren vor Jahrtausenden und werden in Jahrtausenden sein. Das liegt in der natürlichen Ver-

1 Im Schützenhof, von etwa 20.00 bis 22.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Delmenhorster Kreisblatt etwa 6.000 Personen teilnahmen, wurde durch den NSDAP-Ortsgruppenleiter von Delmenhorst geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anschließend sprach Hitler etwa 2 1/2 Stunden. An einer parallelen öffentlichen SPD-Versammlung auf dem Marktplatz nahmen etwa 1.500 Personen teil.

2 Vgl. auch Berliner Börsen-Zeitung vom 11.5.1931, "Hitler über die Reformation des deutschen Geistes"; Deutsche Zeitung vom 12.5.1931, "Reformation des deutschen Geistes"; Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 13.5.1931, "Adolf Hitler spricht!".

schiedenartigkeit aller Lebewesen begründet. Doch es gibt darüber hinaus gewisse Notwendigkeiten, die bestimmend sind für das Gesamtschicksal des Volkes, über alle Unterschiede hinweg irgend etwas, das sich als Schicksal über die gesamte Menschenzahl erhebt. Und wenn dieses Etwas zum Verderben ausschlägt, kann der einzelne tun, was er will, er wird doch mit unterliegen. Es ist nur eine Frage zu untersuchen: ob das Schicksal des einzelnen, das jeder spürt, überhaupt nurmehr eine Erscheinung ist, die vom einzelnen in seinem begrenzten Wirkungsvermögen behoben werden könnte, oder ob es sich nicht um eine Erscheinung handelt, deren Gründe tausendfach tiefer liegen, die ihre Ursache in absoluten Gründen hat. Ob unser Volk nicht bereits von Krankheiten durchsetzt ist, die uns vernichten müssen, die unser Volk zerstören müssen und die, wenn sie bleiben, diese Volksgemeinschaft von 60 Millionen Menschen auflösen müssen, die dann aber auch zur Vernichtung auch der Existenz dieser Volksgemeinschaft führen müssen. Da tritt uns in Deutschland zunächst der Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Marxismus entgegen. Ein Gegensatz grundverschiedener Natur, ich möchte sagen, prinzipieller Erkenntnisse.

Ich nehme an, daß alle unsere politischen Gegner als Führer durchgehend Ehrenmänner sind, daß sie alle ebenfalls auch das Beste wollen, stelle aber demgegenüber die Tatsache fest, daß dieses Wollen nicht in Erfüllung ging. Es wäre hier nur denkbar, daß entweder die Kraft zum Wollen zu schwach war, oder das Wollen selbst falsch, auf falschen Erkenntnissen beruhte [*sic!*]. Andernfalls müßte man annehmen, daß es sich um bewußte Verbrecher handeln würde, um Lügner und Betrüger. Lassen wir den einzelnen außer Betracht und nehmen nur die Gesamtheit an. Sie wollte wohl auch das Beste, aber die Tatsachen sprechen dafür, daß ihre Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Sie haben also entweder nicht die Kraft gehabt, ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen, den Sieg zu erringen - dann müssen sie weg *wegen ihrer Schwäche*. Oder sie haben mit aller Kraft gekämpft und trotzdem ihr Ziel nicht erreicht, ihre Versprechungen nicht wahrmachen können, - dann beweist das, daß *ihre Gedankengänge falsch sind*.

Der Grundgedanke des Marxismus besagt, daß es nur ein Glück gibt, das Diesseits. Dieses Glück hängt ab von der Lebensmöglichkeit, die der einzelne Mensch sich an materiellen Gütern schafft. Diese Grundgedanken gipfeln dann weiter in der Auffassung, daß die Erzeugung und Verteilung der Lebensgüter abhängig ist von einer bestimmten Wirtschaftsordnung und einer bestimmten Konstruktion der Gesellschaftsordnung und daß diese bestimmte Wirtschaftsordnung und diese bestimmte Gesellschaftsordnung die alleinige Voraussetzung ist für das Glück der Menschen, und zwar für ein Glück, daß sich aufbaut auf dem Besitz materieller Güter in dieser Welt.

Wir sagen demgegenüber, daß das Glück des Lebens nicht abhängig ist von der Summe der Lebensgüter, sondern daß es abhängig ist von zwei anderen Faktoren: abhängig vom Grund und Boden, von der Mutter Erde, und abhängig von den Menschen, von der Qualität der Menschen, und zwar von der rassischen Qualität. Jedes Volk kann nur dann glücklich werden, wenn es sein eigenes Leben lebt, wenn es die Güter bekommt, die es selbst zu erzeugen fähig ist, genau wie der einzelne Mensch nur glücklich

sein kann vom Ergebnis seiner Leistung. Keine Lotteriekugel bringt wirkliches Glück, am Ende ist wirkliches Glück nur Befriedigung über eigene Leistung.

Die Gegenwart versucht nun mit Absicht, den Menschen die Bedeutung des Begriffes Raum und Boden auszureden. Man braucht das auch, um die Menschen zu politischen Wahnsinnstaten reif zu machen, denn je mehr sie entwurzelt werden, je mehr man sie an die Maschinen und in die Großstädte hineinbringt, je mehr man sie in einen Taumel hetzt von Leuchtreklame, Kino, von Betrieb, Tempo, Verkehr, um so mehr werden die Menschen dem Boden entfremdet. Sie beginnen unnatürlich zu denken, bis schließlich ein Volk von 50 bis 70 Millionen überhaupt keine Vorstellung mehr davon hat, woher das tägliche Brot eigentlich kommt. Der Mensch verlernt ganz, wie der Bauer es muß, den Kampf mit einem ungewissen Schicksal aufzunehmen. Er vergißt die Notwendigkeit des Risikos. Es soll alles mit 50-60 Prozent Gewißheit gutgehen. Es entsteht so allmählich im einzelnen und schließlich im ganzen Volke die Furcht vor der Verantwortung. Dann entscheidet in wichtigen Fällen nicht mehr der einzelne, weil er nicht mehr die Verantwortung tragen will, den Mut nicht hat, sondern die Mehrheit, die 51 Prozent, die Majorität.

Diese Entwurzelung der Menschen und die Zusammenballung in Großstädten führt also zu einer langsamen Denkveränderung. Wenn ein Volk diese Umbildung erfährt, lassen die gesamten Kräfte langsam nach. Es wird auch auf anderen Gebieten gewisse Denkveränderungen erleben. Man wird vollständig vergessen, daß

die gesamte Volksmasse eine Einheit ist.

Man wird, wenn der Boden für die Gesamtheit nicht mehr ausreicht, nicht den Mut aufbringen, sich so zu entscheiden, daß der Lebensraum des Volkes erweitert werden muß, sondern wird andere Wege finden wollen. Der normale Zustand eines Volkes müßte so sein, daß der Bauer die Produkte des Bodens erzeugt, der Städter die handwerklichen und Industrieprodukte. Der Bauer beliefert das ganze Volk ausschließlich mit Bodenprodukten und der Städter das ganze Volk einschließlich des Bauern mit handwerklichen und Industrieprodukten. Wenn ein Volk so organisiert wäre, dann ist es nicht von fremden Einflüssen, auswärtigen Faktoren abhängig. Wenn aber ein Volk gezwungen ist, einen Teil der für seinen Lebensbedarf notwendigen Stoffe von auswärts einzuführen, dann muß solch ein Volk nicht nur produzieren, sondern es muß auch exportieren, muß sich auch Absatzmärkte suchen. Da es verkaufen muß, ist damit das Volk abhängig von Faktoren, die nicht mehr von seinem eigenen Ermessen abhängen. Wir sind dadurch in einen Zustand geraten, daß wir zwar 40 Millionen Menschen vom eigenen Grund und Boden ernähren konnten, aber etwa 20 Millionen Menschen in Abhängigkeit vom Handel und der Exportwirtschaft gebracht haben, die wir in dem Augenblick, wo wir nicht mehr bestehen können, wo die Absatzmärkte uns verloren gingen oder abgeschnitten wurden, nicht mehr ernähren können.

Das ist die Frage, die drohend über Deutschland liegt, die jede Partei mit ihren Parteiprogrammen zerstören wird, an der sie alle zugrundegehen, die Frage:

Können wir die Ernährung dieser 62 1/2 Millionen Menschen auf unserer Grundfläche heute noch durchführen, wenn bestimmte Voraussetzungen, die uns befähigten, Menschenmassen anzusammeln, heute nicht mehr vorhanden sind?

Da müssen wir bei kühler Betrachtung der Lage leider feststellen: Diese Voraussetzungen werden, wenn nicht in Deutschland bestimmte Auffassungen sich vollkommen ändern, in einer verhältnismäßig absehbaren Zeit nicht mehr gegeben sein. Zum Teil sind sie schon heute nicht mehr gegeben.

Das Heer der Arbeitslosen, die zugrundegehenden Bauern, die vernichteten Wirtschaften, das alles sind nur zwangsläufige Folgeerscheinungen. Dann gibt es aber immer noch Narren, die trotz dieser Vorgänge, die eine schwere Bedrohung unserer nationalen Wirtschaft darstellen, die Stirn besitzen zu erklären, daß wir außerdem noch jährlich 2 bis 2 1/2 Milliarden Tribute bezahlen könnten [3]. Es handelt sich hier nicht um Wirtschaftssachverständige, die das sagten, sondern um Banksachverständige. Der Wahnsinn dieser Zahlungsversprechen könne nur noch von absolut verantwortungsloser Politik gedeckt werden, was nur möglich sei, weil nicht ein Kopf dafür verantwortlich ist, sondern ein parlamentarisches System. Jeder kleine Schuhsenkeldieb ist für seine Tat verantwortlich, und derjenige, der zwanzig Mark stiehlt, muß dafür büßen: Ein Abgeordneter aber, ein Parlamentarier, kann zwanzig Aktionen unternehmen, von denen jede einzelne für die Nation sich vernichtend auswirkt. Dann heißt es nicht, er sei verstockt, sondern man sage, das ist ein alter, erfahrener Parlamentarier.

Man kann in einem Augenblick, da es um schwerste, lebenswichtige Schicksalsfragen geht, nicht mit wechselnden Majoritäten das Los einer Nation bestimmen.
Wir führen in Deutschland einen dauernden, ständigen Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Bauern und Städtern, Hausbesitzern und Mietern. So stellt sich uns heute das politische Leben in Deutschland dar. Dieses Leben wird mit um so größerem Getöse durchgeführt, es wird um so mehr Lärm gemacht, wenn es sich darum handelt, *das Volk von ganz großen Fragen abzulenken.* Wenn irgendeine ganz große Frage in den letzten zwölf Jahren vor die Nation trat, wurde eine bei näherer Betrachtung unwichtige Angelegenheit in den Vordergrund geschoben, künstlich vergrößert und als sehr wichtig hingestellt. So konnten wir es erleben, daß in demselben Augenblick, als der Dawesplan zur Entscheidung stand, die Frage der Fürstenenteignung [4] in den Vordergrund geschoben wurde und in unserem damaligen politischen Leben eine wichtige Rolle spielte, obgleich diese Frage ganz belanglos für das Schicksal unserer Nation war. Es ist heute nicht anders. Jedes kleinste Ereignis wird aufgebauscht und als wesentlich hingestellt, und das in einer Zeit, in der sich alles zusammenballt
zur letzten Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Nation.

Wir machen uns gar keine Vorstellung, was das Wort Arbeitslosigkeit bedeutet. Der Bürger liest, daß wir fünf Millionen Arbeitslose haben - in Wirklichkeit sind es noch mehr - und sagt dann, es ist sehr schlimm. Liest er dann im Frühjahr, daß die Zahl der Arbeitslosen um etwa 30.000 zurückgegangen ist, dann atmet er auf und ist überzeugt,

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
4 Gemeint ist das von SPD und KPD angestrengte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten. Beim Volksentscheid am 20.6.1926 hatten 14,5 Millionen Wähler für die Enteignung gestimmt, die nötige Mehrheit von 20 Millionen Wählern wurde aber nicht erreicht. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

daß es wieder vorwärts geht. Das hat der Bürger jetzt zehn Jahre lang gesagt. Im Winter: Es ist doch bedauerlich, wie die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen ist, und im Frühjahr: Man kann jetzt wirklich sagen, daß es wieder besser geht, daß wir bald über den Berg sind.

Gewiß, über den Berg sind wir bereits - wenn das so weitergeht, dann werden wir bald im Abgrund sein.

Wir haben heute mehr Arbeitslose, als der preußische Staat zu Beginn des ersten schlesischen Krieges Einwohner zählte [5]. Wir haben heute in Deutschland einen Staat, der überhaupt keine Existenz mehr hat. Wir hatten früher einen sogenannten vierten Stand. Heute haben wir bereits einen fünften Stand, und dieser Stand ist ganz unschuldig geworden. Er ist aber gerade deshalb die größte Gefahr für uns, weil dem einzelnen das Gefühl einer Schuld fehlt, weil das Schicksal als absolut unverdient empfunden wird, endlich aber das Schicksal als natürlich angesehen wird.

Überall in der Welt sehen wir heute ein

Ringen nach neuen Formen.

Überall wird Altes, Bestehendes zerbrochen. Frankreich wird zu einer Gigantennation von über 100 Millionen Menschen [6]. Deutschland, das Volk der größten Leistungsfähigkeit, zerfällt in tausend nichtige Begriffe und Auffassungen. Marxismus und Bürgertum ringen in Deutschland miteinander, versuchen sich gegenseitig zu besiegen.

Wir vergeuden unsere Kräfte in inneren Kämpfen und haben keine Kraft mehr für große Entscheidungen.

Aus dieser Erkenntnis heraus versucht nun der Nationalsozialismus unserem Volke eine neue Lebensanschauung zu geben, von der aus eine bestimmte allgemeine Art des Denkens und damit der Betrachtung aller Probleme gegeben sein wird. Wir sind der Anschauung, daß unser Volk von falschen Gedankengängen beherrscht wird, die uns vernichten müssen. Die Gedankengänge, die wir als weltanschaulich verantwortlich feststellen möchten für unseren Verfall und gegen die wir kämpfen, sind die Begriffe Klassenstaat, Internationalität, Demokratie und Pazifismus. Wenn wir gegen diese vier Gedankengänge Stellung nehmen, so sind wir uns klar darüber, daß es sich nicht darum handeln kann, im einzelnen um die Dinge zu feilschen, über die Form zu streiten, gegen die zweite oder dritte Internationale Stellung zu nehmen, sondern daß es sich um eine

bewußte Proklamation einer neuen Weltanschauung

handelt, neu in der Zeit des Haders der Parteien, neu in der Zeit der Internationale, des Pazifismus, des Klassenstaates. Neu ist in der Welt, in der Weltgeschichte aber uralt. Die Grundregeln unserer Bewegung lauten: Der Wert der Menschen ist verschieden, der Wert der Völker ist verschieden. Es kann nicht der Wunsch der Vorsehung sein,

5 Ende April 1931 waren im Deutschen Reich 4,36 Millionen Arbeitslose registriert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 291. Preußen hatte 1740 etwa 2,25 Millionen Einwohner besessen. Vgl. J. A. Demian, Historisch-diplomatische Übersicht des Länder- und Volksbestandes der Preussischen Monarchie von dem Jahr 1740 bis 1817, Berlin 1817, S. 2.

6 Frankreich hatte laut der Volkszählung vom 7.3.1926 eine Bevölkerung von etwa 40,2 Millionen Menschen. Im selben Jahr wurden in den französischen Besitzungen in Asien etwa 20,7 Millionen und in den afrikanischen Besitzungen etwa 33,7 Millionen Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Internationale Übersichten, S. 1 ff.

dem am wenigsten befähigten oder praktisch dem minderwertigsten Volk einen Einfluß zu geben, sondern das Volk des größten Wertes trägt sein Lebensrecht in seinem Wert. So soll auch im einzelnen Volke nicht die Demokratie, die willenlose Masse herrschen, sondern die *wahre Volksherrschaft, d. h. die Herrschaft der Tüchtigsten des Volkes.* In jedem Bauernhof muß einer die Verantwortung tragen, jeder Wirtschafter weiß, daß in einem Betriebe einer die Verantwortung haben muß. In einem Fabrikbetriebe gibt es keine Demokratie, da ist einer für den Betrieb verantwortlich. Ebenso ist jeder Handwerker für seine Arbeit verantwortlich. Man sucht immer den Handwerker auf, der für den betr[*effenden*] Auftrag gerade in Frage kommt, der für seine Arbeit, für die von ihm auszuführende Reparatur verantwortlich ist. Wenn aber dem Staatswagen etwas fehlt, so kann ihn eine Majorität reparieren. Wenn ich eine Hose machen lassen will, gehe ich zum Schneider.

Also die Hose kann nur ein Schneider machen, aber das Deutsche Reich regieren könnten 570 [7] *Gewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker, Ingenieure, Angestellte, Beamte, und zwar immer mit Majorität.*

Was immer einen Staat begründet und groß gemacht hat, war die Autorität der Persönlichkeit, auf allen Gebieten verankert, was einen Staat vernichtet hat, war der Massenwahnsinn. Wenn aber die Verschiedenartigkeit der Menschen feststeht, erwiesen ist, dann ist es klar, daß es einen Pazifismus als wirklich schöpferische Idee nicht geben kann. Alles, was entsteht, geschieht nur im ewig wechselnden Spiel der Kräfte.

Es ist komisch, daß gerade in dem Augenblick, wo uns hier in Deutschland der Pazifismus als weltanschauliche Grundlage der Zukunft hingestellt wird, zugleich der Gummiknüppel als Zepter eben dieses Systems, das den Pazifismus predigt, in Erscheinung tritt. Bekenntnis zum eigenen Volk, Bekenntnis zur Kraft der Person sind Ursachen von Leistungen, Bekenntnis zum Sinn und Gedanken des Kampfes sind die Voraussetzungen jedes völkischen Aufstiegs. Wir verkünden keine Ideologie. Auf der Basis unserer Weltanschauung ist bereits die größte Organisation entstanden, die Deutschland heute hat. Man mag gegen uns sagen, was man will, man mag sich zu uns stellen, wie man will, aber das eine wird man doch wohl zugeben müssen,

daß das Glück auf die Dauer nicht beim Untüchtigen verweilt.

Unsere Organisation aber ist seit 12 Jahren dauernd vom Glück begünstigt. Das ist kein Zufall, sondern das ist Gesetzmäßigkeit. Es muß das Glück bei uns sein, weil unsere Grundlage richtig ist. Es ist auch nicht unsere Aktivität allein, die uns die Erfolge erringen läßt. Wir müssen aktiv sein, weil wir überzeugt sind von der Rechtmäßigkeit unserer Gedanken. Wir können mit Stolz darauf hinweisen, daß alles, was wir tun, befriedigende Wirklichkeit geworden ist.

Uns ist die Ausgleichung der Klassengegensätze gelungen.

Es hat kein Mensch das Recht, sich selbst höher zu werten als seinen Mitmenschen. Keiner hat sich selbst seinen Vater ausgesucht, jeder unserer Volksgenossen ist das geworden, was er werden mußte auf Grund seiner Geburt, seiner angeborenen Fähigkeiten und auf Grund der Möglichkeiten, die die Nation ihm zur Verfügung stellte zur

---

7 Anspielung auf den Deutschen Reichstag, dem in der 1930 beginnenden V. Wahlperiode 577 Abgeordnete angehörten.

Entwicklung seiner Fähigkeiten. So besitzt keiner ein Recht, sich über den anderen emporzuheben. Es ist heute völlig gleichgültig, was ich bin. Deine Mutter war vielleicht ein Bauernmädchen, dein Vater ein Bauer, deine Vorfahren ebenfalls Bauern. Weißt du, was deine Vorfahren gewesen sind? Nicht immer. Aber kaum sind sie das gewesen, was du heute bist. Weißt du, was deine Nachkommen sein werden? Nein! Du weißt nicht, was aus den Menschen werden wird. *Ob nicht aus dem Schoße des Arbeitsmädchens ein Sohn kommt, der die Nation emporhebt.*

Was bist du in deinem eigenen Bereich, was sind wir alle? Nichts anderes als Blätter in einem Wald. Die Kronen sind verschieden in ihrer Größe. Die Blätter kommen und vergehen wieder. Wichtig ist nur die Erhaltung des Stammes, am wichtigsten die Erhaltung des Waldes. So ist es auch bei den Menschen. Wir einzelnen sind gänzlich unwichtig. Wichtig ist nur das eine, daß er ein Deutscher ist, daß ich ein Deutscher bin, daß wir alle nur dafür zu sorgen haben, daß dieser Wald Deutschland bleibt und immer wieder neue Zweige und Stämme ins Leben schicken kann.

Wenn ich mich so zurücksetze, dann verstehe ich nicht, wie du dich so in den Vordergrund schieben kannst, den Plunder der Bildung, des Reichtums, der Kleidung so wichtig anzusehen, um zu sagen, ich kann mich mit dem oder jenen nicht zusammensetzen. Es gibt noch einen anderen Wert, den wir im Kriege kennen lernten. Ob da der Kamerad Arbeiter, Bauer, Angestellter, Ingenieur, Werkmeister oder sonst was war, interessierte mich nicht. Da wurde nur gefragt, bist du ein Mann? Da hat man gesehen, wie aus dem Bauern, dem Handwerker, dem Handarbeiter, dem Offizier, dem Straßenfeger plötzlich der Mann herausgewachsen ist. Herrgott, war das doch schön. Da war plötzlich eine Kameradschaft begründet. Da hat plötzlich jeder gewußt, im Grunde sind wir doch alle nur Blutsträger unserer Volksgemeinschaft, der deutschen Nation.

Wir wissen nicht, was unsere Kinder sein werden, aber wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Wald erhalten bleibt, daß er leben kann in alle Zukunft hinein. Das kann er nur, wenn wir die Wichtigkeit des eigenen Ichs vergessen. Wenn du sagst: Es geht nicht. Schau her!

Es geht!

Du hast deine politische Organisation. Was ist fester, deine Organisation, oder frage die Deutsche Volkspartei und stelle unsere junge Armee dagegen. Laß' sie antreten zur Kraftprobe, zum Gewaltkampf, nenne es Tauziehen oder wie du willst. Ich möchte keinen blutigen Kampf entfesseln, es brauchte nur die Kraftprobe gemessen zu werden. Unsere Waagschale würde niedersinken und die andere meterhoch schnellen. Ich weiß, daß, hätte das Schicksal uns abwägen wollen, wir heute das Gewicht der deutschen Nation sind und nicht die anderen. Ich weiß, daß, wenn die ganze deutsche Nation bürgerliche, demokratische Wirtschaftspolitik bis zum letzten treiben würde, es dann mit uns aus sein würde für alle Zukunft. Wenn die große deutsche Nation heute so denken würde, wie wir denken, den Mut haben würde, den wir haben, dann würde Deutschland heute nicht von Frankreich unterdrückt werden können.

Nun noch eine letzte Frage: Was hat das alles mit der Oldenburger Landtagswahl [8] zu tun? Wir wollen ein Reich erobern. Wir wollen die Menschen des Reiches erobern.

8 Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

Wir wollen den Staat erobern, alle Organisationsgebilde des Staates. Der Weg, den wir gehen, ist ein dornenvoller Weg. Wir treten an den ersten Menschen heran und sagen ihm: Mein Freund, hier haben wir in großen Umrissen die Gedanken einer neuen Weltanschauung festgelegt: Rassegedanke, Persönlichkeitsgedanke, Kampfgedanke. Willst du dich auf den Boden dieser Erkenntnisse und damit jetzt auf Tatsachen stellen? Der Mensch sagt entweder nein, ich gehöre zur anderen Partei, oder er sagt, ich will mir das überlegen. Die Bewegung geht zum zweiten, dritten, vierten usw., schließlich kommt einer und stimmt freudig zu. Dieser eine ist in einer Fabrik beschäftigt, ist ein Arbeiter, dann kommt ein anderer, aber ein Handwerker, dann ein Bürger, dann ein ehemaliger Offizier, dann wieder ein Handwerker, ein Fabrikarbeiter, und dann schließlich zum ersten Male ein Bauer. Und immer wieder geht die Bewegung an den einzelnen Menschen heran und stellt ihn vor die Entscheidung, und immer wieder kommt der eine oder der andere zu ihr. Jeder, der abgelehnt hat, steht eines Tages wieder vor derselben Frage. Es ist ein dauerndes Angreifen. Immer wieder tritt die Bewegung an das Volk. Hunderte, Tausende, Zehntausende schließen sich der Bewegung an. Immer wieder stellt sie unaufhörlich die Frage, willst du kommen oder willst du nicht? So haben wir um jeden einzelnen Menschen gerungen, so ringen wir auch um jeden hier, um jeden Bauernhof, jedes Dorf, um jeden Marktflecken, um jede Stadt, um jeden Kreis, um jedes Land. Und immer wieder kommt die Bewegung mit ihrer Frage. So ringt sie endlich um das Reich selbst, das Deutsche Reich, den deutschen Staat. Sie sieht in jeder Position, die sie erobert hat, nur eine neue Angriffsstellung. Sie sagt auch nicht, das haben wir erobert, nun begeben wir uns zur Ruhe, zurück zur häuslichen Arbeit, wenn aber wieder eine Wahl kommt in vier Jahren, dann kommen wir wieder an euch heran. Nein, jeden Tag hält die Bewegung nahezu 300 Versammlungen ab, in einem Jahre bereits 90.000. Diese Zahl wird sich steigern, ununterbrochen steigern. Und wenn das Schicksal uns einen noch so großen Erfolg gibt, für uns gibt es deshalb noch keine Ruhepause, der Erfolg ist nur ein Markstein auf unserem Wege.

Es handelt sich nicht um ein paar preußische Ministerposten, sondern darum, daß wir den Preußen als Menschen, als Deutschen genauso erobern für diese Idee bis zum letzten Mann, genau so, wie wir den Bayer, den Thüringer, Sachsen, Oldenburger, Hamburger erobern wollen. Darum handelt es sich. Jede eroberte Position ist für uns nur ein eroberter Graben und wird die Ausgangsstellung für den nächsten Graben sein. Auch Oldenburg ist für uns ein Graben, ein Stützpunkt im Deutschen Reiche, der erobert werden muß. Auch wenn das Schicksal uns morgen die Macht geben sollte, daß wir allein regieren könnten, würden wir die Arbeit nicht einstellen, es wird weiter gekämpft. Es handelt sich nicht um die Majorität, sondern darum, daß wir Deutschland erobern, daß hinter diesem Deutschland eines Tages eine Nation von 60 Millionen steht, daß wir die große Spaltung überwinden und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zusammenfassen zu einer Einheit. Das ist unser großes Ziel, unsere Aufgabe. Der 17. Mai ist für uns hier nur ein Angriffstag. Und wenn die Schlacht geschlagen ist, dann - das eine Versprechen gebe ich heute - dann beginnt am 18. Mai der neue Kampf.

10. Mai 1931 Dok. 117
Rede auf SA-Versammlung in Oldenburg [1]

Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 13.5.1931, "6.000 SA-Männer in Oldenburg" [2].

An die 200.000 Kämpfer [3] stehen heute in Deutschland bereit, für unser Volk und den deutschen Staat einzutreten. Vom Osten bis zum Westen, vom Norden bis zum Süden steht heute in Deutschland eine braune Armee. Die Hoffnung der Gegner, daß diese Armee zusammenschmelze, sei zuschanden geworden. Es werden nicht weniger, im Gegenteil, die 200.000 werden 400.000, dann 500.000, dann Millionen und aus Millionen das deutsche Volk. 60 Millionen Menschen in den Dienst und Bann für Deutschland stellen, sei die vornehmste Aufgabe der Nationalsozialisten. Eure Aufgabe ist erst dann erfüllt, wenn Euer Zeichen sich über ganz Deutschland erhebt. Ich weiß, daß die Gegenwart Opfer fordert, es gibt keine Freiheit ohne Kampf, und keinen Kampf ohne Opfer. Wohin Deutschland heute gerät, das seht Ihr selbst. Daß es ein neues Deutschland werde, das liegt bei Euch. Ich begrüße Euch, Parteigenossen, S.A.-Kameraden, mit den Worten:
Eure Ehre heißt Treue,
Eure Treue heißt Deutschland! [4]

12. Mai 1931 Dok. 118
Rede auf NSDAP-Versammlung in Jever [1]

Jeversches Wochenblatt vom 13.5.1931, "Die Hitlerkundgebung in Jever".

Deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen!

So wie Sie hier heute versammelt sind, so strömen die Menschen zusammen von der Ostgrenze bis Köln, vom Süden zum Norden und im Bruderlande Österreich. Unsere

1 Auf dem Pferdemarkt, gegen 17.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 4.600 (Bremer Nationalsozialistische Zeitung: 6.000) SA-Männer sowie Tausende von Zuschauern teilnahmen, wurde von Gauleiter Carl Röver mit einer Ansprache eröffnet. Vor Hitlers Ankunft sprachen MdR Hans Frank und Gauleiter Bernhard Rust. Die Kundgebung, die die Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931 zum Anlaß hatte, endete mit einem Vorbeimarsch der SA vor Hitler.

2 Vgl. auch Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg) vom 11.5.1931, "Hitlertag und Hitlerparade in Oldenburg". Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. Lagebericht Nr. 2395 vom 11.6.1931; StA Bremen, Nachrichtenstelle Polizeidirektion, 4,65/1574/257.

3 Im April 1931 zählte die SA 119.000 Mitglieder. Bis zum Dezember 1931 stieg diese Zahl auf 260.000. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 111.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Reithalle, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht im Jeverschen Wochenblatt etwa 4.000 Personen teilnahmen, wurde von NSDAP-Bezirksführer Siebrecht mit einer Ansprache eröffnet. Hitler hielt eine etwa zweistündige Rede, anschließend sprach Gauleiter Carl Röver. Anlaß der Versammlung war die Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931.

große Bewegung reißt das deutsche Volk heraus aus seiner Lethargie ins politische Leben. Deutschland erwacht. Seit elf Jahren kannten wir bis jetzt kein solch gewaltiges Erwachen, und es steht einzig da in der Geschichte, daß eine solche Bewegung die breitesten Massen des Volkes erfaßt im ganzen Lande und in allen Schichten, Ständen und Berufen. Betrachten wir einmal den Werdegang unserer Bewegung. Im Anfang glaubten die Gegner, sie mit einigen Glossen und Witzen abtun zu können. Aber es erhebt sich die Frage: Wenn aus sieben Menschen eine Bewegung entstand [2], welcher nunmehr Millionen anhängen, so muß doch etwas vorhanden sein, das das Volk aufrüttelt, etwas, was alle fühlten, was ihm aber bis jetzt nicht gesagt wurde? Wir verkünden nichts Neues. Uralt ist dies, und der Erfolg beruht darauf, daß sich jeder sagte: Das habe ich bisher doch schon selbst gedacht, aber es hat mir nur das rechte Wort dafür gefehlt. Die Nationalsozialisten sind nicht den Weg der anderen Parteien gegangen. Das machte schon ihre Zusammensetzung aus verschiedenen Berufen und Ständen. Da sind die Bauern von der Scholle, Hausbesitzer und Mieter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Knecht und Industriearbeiter. Denken Sie sich einen Handarbeiter, dem die Versicherung gegeben wurde, daß seine Sorgen behoben werden. Er weiß nicht, was der Bauer wünscht. Der eine wünscht höhere Lebensmittelpreise, der andere höhere Mieten. Jeder Stand hat seine besonderen Wünsche. Der Bauer wünscht höhere Zölle, der Arbeiter die Aufreißung der Grenzen. Was aber in den verschiedenen Parteien versprochen wird, das kann nicht gehalten werden. Diesen Weg können wir nicht gehen. 50 Jahre lang wurde das ganze politische Leben von Interessen- und Standesvertretungen beherrscht. Nur die Interessen der Wirtschaft kamen zur Geltung. Und es wurde immer zu viel versprochen unter der Versicherung des kommenden Glücks. Hat es eine Erfüllung gegeben? Ist der Bauer gerettet? Ist das Handwerk gerettet? Nein, alles wird ruiniert. Weil man nur diese Interessen in den Mittelpunkt stellte, mußte jeder Stand zerbrechen. Theoretisch sah vieles schön aus, was in der Praxis aber scheitern mußte. Tatsächlich sind wir nun ja nicht nur ein Stand oder ein Beruf. Wir sind ein Volk von 63 Millionen Menschen, eine Nation, die alle Berufe in sich vereinigt. Wer da glaubt, keine Rücksicht auf den anderen nehmen zu müssen und auf die Geschichte des Volkes, der vergißt das Große und die gemeinsamen Gesichtspunkte. Er glaubt, daß jeder den andern treten kann. Und am Ende treten sie sich alle. Diese Partei, weil ihr Bauern angehören, jene, weil Beamte in ihr vertreten sind. Wenn wir uns als Deutsche nicht in erster Linie als Nation betrachten mit gemeinsamen Lebensnotwendigkeiten, dann werden wir alle zugrunde gehen. Alle Berufe, in der Partei sowohl wie draußen das Volk. Es muß daher eine Linie gefunden werden, die allen natürlich erscheint. Verfolgen wir die Geschichte, so sehen wir die großen Fehler, die zu allen Zeiten gemacht wurden. Jeder Mensch sieht nur sein eigenes Unglück und das Leid seines Standes. Und dabei wird vielleicht eine größere Katastrophe zwangsläufig vorbereitet, wie wir das an längst vergangenen Völkern sehen, die zugrunde gerichtet wurden. Die späteren Generationen nannten dies dann eine Staatskatastrophe. Aber nicht darum ging's allein. Menschen mit Leib und Blut waren mit dem Staat verbunden; Staat und Volk sind zusammen vergangen. So ist heute auch Deutschland bedroht, nicht ein Stand allein. Wie konnte es dazu kommen? Alle haben gesün-

2 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

digt, nicht nur ein einzelner Stand. Bürger und Proletariat müßte gemeinsame Not verbinden. Aber einer kämpft gegen den anderen. Nutznießer ist allein die Hochfinanz. Der Sieg des Proletariats besteht darin, daß wir heute fünf Millionen Arbeitslose [3] haben. Das kommt dabei heraus, wenn die politischen Parteien sich nur mit Stand und Klasse beschäftigen.

Beschäftigt man sich aber mit Deutschland und seinen 60 Millionen Menschen, so findet man den Schlüssel zur heutigen Zwangslage, die überwunden und beseitigt werden muß. Wir erkennen, daß der Marxismus in allen seinen Spielarten die größte Irrlehre aller Zeiten war. Der Marxismus sieht das Heil nur in den Gütern, die der Mensch erzeugt, als das Ergebnis einer bestimmten Wirtschaftskonstellation. Die Bildung der Gesellschaft ist verantwortlich für das Leben des Menschen. Für den Nationalsozialismus ist nicht alles gleich, was Menschenantlitz trägt. Von den 1,8 Milliarden Bewohnern unserer Erde sind vielleicht 250 Millionen von dieser, 50 Millionen von jener Qualität. Jede Menschheitsgruppe hat ihren besonderen Menschenwert, je nach dem Grad des Blutes und der Rasse. Und jede Gruppe hat ein verschiedenes Lebensniveau. Es ist falsch, die Höhe eines Volkes einschätzen zu wollen nach irgendeinem Wirtschaftsboden, auf dem der Mensch lebt. Setze das fähigste Volk in die Wüste, und es macht aus ihr fruchtbaren Boden, während umgekehrt eine minderwertige Rasse den besten Boden zur Wüste werden läßt.

Der Grundgedanke des Marxismus besagt, daß es nur ein Glück gibt, das Diesseits. Dieses Glück hängt ab von der Lebensmöglichkeit, die der einzelne Mensch sich an materiellen Gütern schafft. Diese Grundgedanken gipfeln dann weiter in der Auffassung, daß die Erzeugung und Verteilung der Lebensgüter abhängig ist von einer bestimmten Wirtschaftsordnung und einer bestimmten Konstruktion der Gesellschaftsordnung und daß diese bestimmte Wirtschaftsordnung und diese bestimmte Gesellschaftsordnung die alleinige Voraussetzung ist für das Glück der Menschen, und zwar für ein Glück, das sich aufbaut auf dem Besitz materieller Güter in dieser Welt.

Wir sagen demgegenüber, daß das Glück des Lebens nicht abhängig ist von der Summe der Lebensgüter, sondern vom Grund und Boden, von der Mutter Erde, und abhängig von den Menschen, von der Qualität der Menschen, und zwar von der rassischen Qualität. Jedes Volk kann nur dann glücklich werden, wenn es sein eigenes Leben lebt, wenn es die Güter bekommt, die es selbst zu erzeugen fähig ist. Genau wie der einzelne Mensch nur glücklich sein kann vom Ergebnis seiner Leistung. Keine Lotteriekugel bringt wirkliches Glück, am Ende ist wirkliches Glück nur Befriedigung über eigene Leistung.

Die Gegenwart versucht nun mit Absicht, dem Menschen die Bedeutung des Begriffes Raum und Boden auszureden. Man braucht das auch, um die Menschen zu politischen Wahnsinnstaten reif zu machen, denn je mehr sie entwurzelt werden, je mehr man sie an die Maschinen und in die Großstädte hineinbringt, je mehr man sie in einen Taumel hetzt von Leuchtreklame, Kino, von Betrieb, Tempo, Verkehr, um so mehr werden die Menschen dem Boden entfremdet. Sie beginnen unnatürlich zu denken, bis schließlich ein Volk von 50 bis 70 Millionen überhaupt keine Vorstellung mehr davon

3 Vgl. Dok. 96, Anm. 7.

hat, woher das tägliche Brot eigentlich kommt. Der Mensch verlernt ganz, wie der Bauer es muß, den Kampf mit einem ungewissen Schicksal aufzunehmen. Er vergißt die Notwendigkeit des Risikos. Es soll alles mit 50 bis 60 Prozent Gewißheit gut gehen. Es entsteht so allmählich im einzelnen und schließlich im ganzen Volk die Furcht vor der Verantwortung. Dann entscheidet in wichtigen Fällen nicht mehr der einzelne, weil er nicht mehr die Verantwortung tragen will, den Mut nicht hat, sondern die Mehrheit, die 51 Prozent, die Majorität.

Diese Entwurzelung der Menschen und die Zusammenballung in Großstädten führt also zu einer langsamen Denkveränderung. Wenn ein Volk diese Umbildung erfährt, lassen die gesamten Kräfte langsam nach. Es wird auch auf anderen Gebieten gewisse Denkveränderungen erleben. Man wird vollständig vergessen, daß

die gesamte Volksmasse eine Einheit ist.

Man wird, wenn der Boden für die Gesamtheit nicht mehr ausreicht, nicht den Mut aufbringen, sich so zu entscheiden, daß der Lebensraum des Volkes erweitert werden muß, sondern wird andere Wege finden wollen. Der normale Zustand eines Volkes müßte so sein, daß der Bauer die Produkte des Bodens erzeugt, der Städter die handwerklichen und Industrieprodukte. Der Bauer beliefert das ganze Volk ausschließlich mit Bodenprodukten und der Städter das ganze Volk einschließlich des Bauern mit handwerklichen und Industrieprodukten. Wenn ein Volk so organisiert wäre, dann ist es nicht von fremden Einflüssen, auswärtigen Faktoren abhängig. Wenn aber ein Volk gezwungen ist, einen Teil der für seinen Lebensbedarf notwendigen Stoffe von auswärts einzuführen, dann muß solch ein Volk nicht nur produzieren, sondern es muß auch exportieren, muß sich auch Absatzmärkte suchen. Da es verkaufen muß, ist damit das Volk abhängig von Faktoren, die nicht mehr von seinem eigenen Ermessen abhängen. Wir sind dadurch in einen Zustand geraten, daß wir zwar 40 Millionen Menschen vom eigenen Grund und Boden ernähren konnten, aber etwa 20 Millionen Menschen in Abhängigkeit vom Handel und der Exportwirtschaft gebracht haben, die wir in dem Augenblick, wo wir nicht mehr bestehen können, wo die Absatzmärkte uns verloren gingen oder abgeschnitten wurden, nicht mehr ernähren können.

Wir kommen nun zu Rußland. Der Bolschewismus hat eine Viertelmilliarde Menschen auf ein tiefes Lebensniveau herabgedrückt. Wenn die Idee des Fünfjahresplanes [4] über ganz Asien geht und sich erfüllt, kann ganz Europa zugrunde gehen und Milliarden von Menschen aus einem Wirtschaftssystem herausgebrochen werden.

Die Opfer der heutigen Entwicklung sind nicht die Millionäre, es sind die fünf Millionen Arbeitslosen bei uns. So beginnt die Katastrophe. Wie sie endet, können sich die wenigsten Menschen vorstellen. Die heutige Weltlage ist am schwersten für *den* Staat, der am wenigsten Kraft hat, um sich durchzusetzen. Wenn die Völker zum letzten Verzweiflungskampfe mit ihrer Wirtschaft antreten, wird sich *das* Volk am besten halten, das sich mit der größten Brutalität seinen Platz bewahren kann. Unsere Regierungen wollen das nicht zugeben. Sie finden immer wieder tausend läppische Kleinigkeiten und Methoden, die um diese Dinge herumgehen. So erklären sie, wenn man kein Geld mehr hätte, müsse man mehr Steuern entnehmen, wenn man keins mehr hat, muß man weni-

4 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.

ger Geld ausgeben. Damit lenkt man das Volk von den großen Zwangsläufigkeiten ab. Wir müssen sparen. Das ist doch keine neue Erkenntnis. Und sie nützt heute ja auch nichts mehr, weil ganz andere Voraussetzungen gegeben sind. In einer Zeit, wo Volk und Wirtschaft einer furchtbaren Katastrophe entgegen gehen, glaubt man, daß dieses Volk noch 2 1/2 Milliarden [*RM*] Tribute bezahlen kann[5]. Es handelt sich nicht um Sachverständige, die das sagen, sondern um Banksachverständige. Diese gehen aber von ganz anderen Voraussetzungen aus. Sie gehen von der Rentabilität ihrer Banken aus. Die *Volks*sachverständigen müssen ausgehen von der Lebensnotwendigkeit ihrer Völker. Sie müssen es ablehnen, wenn die Regierungen immer wieder mit der Forderung neuer Steuern vor das Volk treten, denn es läßt sich doch nicht wegleugnen, daß die bisherigen Reparationen nur durch fortdauernde Verschuldung unseres Volkes möglich wurden. Und diese Volkssachverständigen würden erkennen, daß das Ganze nur ein Zauber ist.

Das internationale Judentum kann kein Volk brauchen, das noch bodenfest ist. Darum werden die Zölle abgebaut, die Grenzen aufgerissen. Das Landvolk wandert in die Städte. Dort ballen sich die Massen zusammen. Es erhebt sich der Schrei: Billige Lebensmittel! Die Folge ist aber steigende Vernichtung der Landwirtschaft, steigende Unproduktivität, wieder Abwandern in die Städte, Vermehrung des großstädtischen Proletariats. Noch lauter der Schrei: Billiges Brot! Grenzen auf! Neue Zerstörung der Wirtschaft. Ein grauenhafter Kreislauf, der langsam das Land vernichten muß. Und sieht man denn nicht, daß man dadurch Deutschland die Möglichkeit nimmt, irgend etwas zu kaufen? So treiben wir der Katastrophe entgegen, wie noch nie ein Land in der Geschichte.

Wir machen uns gar keine Vorstellung, was das Wort Arbeitslosigkeit bedeutet. Der Bürger liest, daß wir fünf Millionen Arbeitslose haben. In Wirklichkeit sind es noch mehr.

Was erleben wir Jahr für Jahr? Im Frühling heißt es, die Zahl der Arbeitslosen hat sich vermindert, dann atmet der Bürger auf und denkt, daß es nun wieder vorwärts geht. Im Winter heißt es: Es ist schlimm, daß die Arbeitslosigkeit wieder steigt, und im Frühjahr: Man kann jetzt wirklich sagen, daß es wieder besser wird, daß wir bald über den Berg sind. Gewiß, über den Berg sind wir bereits, wenn das so weiter geht, dann werden wir bald im Abgrund sein. Wir haben heute mehr Arbeitslose als der preußische Staat zu Beginn des ersten schlesischen Krieges Einwohner zählte[6]. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so haben wir heute bereits über 20 Millionen Arbeitslose. Eine Jugend wächst unter diesen Verhältnissen heran, die den Begriff Arbeit nicht kennt. Wir taumeln mit einer gewissen sträflichen Gleichgültigkeit einem Zustand entgegen, der jeden mit Grauen erfüllen müßte. Millionen sehen gar nicht die gigantische Frage, die sich drohend über uns erhebt, sie sehen nur ihr kleines Einzelinteresse, ihren Stand, ihren Beruf. Der Hausbesitzer, der Mieter, der Arbeiter, der Angestellte, der Kaufmann sieht nur sich und sein Standesinteresse. Wenn unser 65-Millionenvolk in dem Wahn weiterläuft, daß es sich auf diese Art helfen könne, dann wird es eines Tages ein Erwachen geben, das für Millionen zu einer einzigen Katastrophe werden wird.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.
6 Vgl. Dok. 116, Anm. 5.

Es ist höchste Zeit, daß sich das deutsche Volk in letzter Stunde noch besinnt und sich als eine Gemeinschaft empfindet, die ihr gleiches Volksschicksal sieht, die erkennt, daß nicht nur Stände gewogen werden, sondern daß das ganze Volk gewogen wird.

Gibt es denn nun noch eine Möglichkeit, um dem Generalschicksal zu entgehen? Wir dürfen eine solche Möglichkeit bejahen, wenn das Volk die Zeichen der Zeit versteht. Es geht heute nicht um läppische Parteiprogramme. Sondern jeder hat sich zu erforschen: Was kann uns noch helfen? Was wird uns nach geschichtlicher Gesetzmäßigkeit noch helfen können? - Ganz gleich, was das Leben mit uns vor hat, eins ist von ausschlaggebender Bedeutung, nämlich die Frage,

ob unser Volk in seinem Denken so gebunden ist, daß es jene Kraft nicht mehr hat, die man braucht, um sich in der Welt als ein Machtfaktor zu behaupten.

Die Lage, in der wir uns heute befinden, war in der Geschichte schon einmal gegeben. Nur wenn sich unser Volk zu einer gigantischen Kraftäußerung zusammenrafft, wird es den Weg ins Freie finden. Unser Volk bekommt einen neuen Lebensraum oder einen neuen Weltabsatzmarkt oder - wir gehen zugrunde. Es muß wieder zu einem ganz kalten harten Denken zurückkehren, wie es auch der einzelne tut, wenn die graue Sorge an seine Tür pocht. Er prüft sich, legt sich die Frage vor: Was habe ich falsch gemacht? Habe ich die notwendige Tatkraft, habe ich mich selbst aufgegeben? Er wird sich zusammenreißen und beginnen, die Fehler zu vermeiden, die er machte. Er wird gesund und richtig handeln, wird sich sagen: Ich stehe allein da, helfen wird mir niemand. Wenn ich mir nicht allein helfe, werde ich verloren sein. Jede Hoffnung auf gute Freunde, auf Solidarität ist Wahnsinn. Ich muß alle meine Kräfte zusammenfassen. Ich kann nicht das und jenes tun, kann nicht phantastischen Gedanken nachjagen, muß vielmehr mein ganzes Können für eine bestimmte Aufgabe einsetzen. Mein ganzes Leben muß jetzt nach meiner besten Leistungsfähigkeit organisiert werden. Ich muß einsehen, daß es ohne Kampf nicht abgeht. Wenn ich das nicht tue, werde ich zerbrechen. Ich will wieder ein neues Leben anfangen, wieder vorwärts kommen.

Dieselben Entschlüsse muß auch ein Volk fassen. Es muß sein ganzes Wesen zusammenreißen. Es kann sich nicht mehr das Spiel erlauben, dem Schicksal entgegenzutreten mit zwei Gedanken, hie Bürgertum, hie Proletariat. Nein, jeder muß sich zusammenraffen und herausstellen die gemeinsame Not, das Volk muß aufhören, ein Interessenhaufen zu sein, es muß zusammengeschmiedet werden zu einer Macht, muß verstehen, daß seine Zukunft in seinem Wert allein liegt. Es darf dann nicht sagen: Wir sind international, ich glaube an internationale Kräfte. Es muß sich zu seinem Volkstum zurückfinden [*sic!*].

Wir Deutschen haben alle das Recht, an die Kräfte unseres Volkes zu glauben. Solange als wir uns unserer deutschen Kraft verbunden fühlten und ihr die Treue hielten, waren wir stark und unerschütterlich. Vor 12 1/2 Jahren war es, daß wir unser eigenes Wesen den anderen gegenüberstellten. Solange hatten uns 26 Staaten nicht zu überwinden vermocht [7]. Als wir das Bekenntnis unserer eigenen Kraft aufgaben und Wilson nachliefen [8], hat uns der Herrgott geschlagen.

7 Vgl. Dok. 75, Anm. 3.
8 Vgl. Dok. 96, Anm. 11.

Deutschland erhebt sich an dem Tage, wo auch der letzte Deutsche nur noch an Deutschland glaubt. (Stürmischer Beifall.)

Aber nicht nur diese Selbstbesserung tut not. Wir müssen auch unser ganzes Leben nach natürlicheren, vernünftigen Gesetzen organisieren. Wenn alle unsere Einzelleistungen nach einem vernünftigen Gesetz geregelt werden, wenn wir erkennen, daß die Kräfte des Volkes tausendfältig verschieden sind, dann ist es klar, daß die gesamte Leistung des Volkes auch vergrößert werden kann, sofern jeder einzelne an die richtige Stelle gestellt werden kann. Das alte Preußen hatte noch Köpfe. Das Deutschland von heute hat nur noch Majoritäten. Die Folge sind Halbheiten, Kompromisse, Schwächen und Unzulänglichkeiten, wohin wir blicken. Lassen Sie einen kleinen Bauernhof nach dem Prinzip der wechselnden Mehrheiten regieren und sehen Sie, was dabei herauskommt. Aber das Furchtbare ist, daß man heute auf diese Weise nicht nur einen Bauernhof, sondern einen ganzen Staat zugrunde richtet.

Ganz Deutschland muß einsehen, daß das, was wir brauchen, uns von niemandem geschenkt wird. Die Arbeit ist ein dauernder Kampf gegen die Elemente, gegen die Natur, überall Ringen, überall Krieg. Es gibt nur *ein* Gesetz: Der Stärkere bestimmt und wehe dem Schwachen! Es gibt kein Recht, wenn nicht die Kraft dahinter tritt. Wehe dem Volke, das sich in einer solchen Zeit von pazifistischen Gedankengängen leiten läßt.

Es haben die Anstrengungen, die Widerstände des Lebens zu besiegen, nachgelassen. Der eine setzt auf Genf[9], der andere auf Moskau, der dritte auf das Weltgewissen. Während es beim Nationalsozialismus uns einen Leitfaden und uns einen Grundgedanken gibt, welche in dem Programm verankert sind [*sic!*]: Über der Zerrissenheit unseres Volkes verbindet uns die Liebe mit den Menschen ohne Ansehen von Stand und Beruf. Ob du nicht noch eines Tages zu uns kommst, in unsere Gemeinschaft des Volkes? Und nun die andere Seite. Du kannst vielleicht Deutschland anzünden. Aber die niederbrechenden Balken werden auch dich erschlagen. Oder es kommt die Stunde, wo du dich zurücksehnst nach der Heimat. Daß große, gemeinsame Notwendigkeiten ein gegenseitiges Kennen zwischen Bürger und Proletariat erfordern, ist selbstverständlich. Was gelten äußerer Plunder und äußerer Firnis? Weißt du, was vor drei Generationen dein Vorfahr gewesen ist? Vielleicht war er irgendwo Arbeiter. Und vielleicht werden deine Nachkommen die Straße fegen oder in der Fabrik Arbeit suchen. Wer war vor 50 Jahren da und was wird nach 50 Jahren da sein? Vor uns das *Volk*! Nach uns das *Volk*! Was du bist, spielt keine Rolle. Dein Stand, deine Interessen, Dividenden und Gewinn sind nicht das Wichtigste. Du sagst: Die Proletarier haben kein Gefühl. Hast *du* deine Pflicht erfüllt? Komme in unsere Bewegung, die nachholt, was du versäumt [*hast*]. Es geht doch nicht? Jawohl, es geht! Es ist *ein* Grund, der unsere Bewegung zusammenfaßt: Das deutsche Herz, die deutsche Seele schreit auf gegen die Zerreißung des deutschen Menschen, protestiert gegen den faulen Zauber einer falschen Gesellschaftsordnung und entdeckt, daß es etwas gibt, was viel größer ist, als was der Mensch aus eigener Kraft geworden ist. Sie sehen hier alle Berufsmenschen beisammen in einer Kampfgemeinschaft. Weshalb wohl kamen sie zu uns? Sie entdeckten, daß hinter dem Bauern, hinter dem Arbeiter, hinter dem Angestellten noch etwas ist, etwas Gemeinsa-

9 Sitz des Völkerbundes.

mes, nämlich der Mann. Sie haben sich langsam schätzen gelernt, wie wir uns im Felde schätzen lernten. Ich stände nicht an dieser Stelle, wenn ich nicht 4 1/2 Jahre den Krieg und die Frontkameradschaft erlebt hätte. Unser Volk hat Millionen an Männern, die ihren Mann gestanden [*haben*]. Herrgott, sollen wir uns nicht kennenlernen? Soll uns das Leben auseinanderreißen? Und dürfen nicht unsere Frauen ein Gleiches für sich beanspruchen? In dieser Gemeinsamkeit liegt das Große unserer Bewegung. Wir sind Nationalsozialisten, indem wir für unser Volk kämpfen. Die Gedankengänge, gegen die wir kämpfen, sind die Begriffe Klassenstaat, Internationalität, Demokratie und Pazifierung.

Hitler schilderte dann in kurzen Strichen die Etappen der Entwicklung der Bewegung. Im ersten Jahr stiegen wir auf nur 64 Mitglieder. Im 2. Jahr wuchs die Bewegung auf 3.000, im 3. auf 7.000, im 4. Jahre auf 30.000 Mitglieder. Dann sanken wir zusammen. Die Partei wurde verboten [10]. "Eine kleine Gruppe von Idioten!" "Nieder mit ihnen!" hieß es, "sie sind tot!" Aber die Partei rief, und wieder begannen wir zu arbeiten. Wir wuchsen zusehends und schneller und wissen, daß wir jetzt 10 bis 11 Millionen Wähler hinter uns haben [11]. Wir werden unsere Werbung weiter tragen, an jedes Haus, an jede Tür. So geht es mit jedem Tage weiter. Wir besuchen jede Stadt, jedes Dorf, jedes Land. So tobt der Kampf um das Reich. Und jeder Kampf, im Kleinen wie im Großen, ist ein Kampf für eine neue Position. Wir kämpfen nicht um Ministerstühle und Mandate, wir kämpfen um Deutschland, um unser Volk. Das Ziel unseres Kampfes sind 65 Millionen Menschen deutschen Blutes. Sie wollen wir erobern, und der Sieg ist dann für uns errungen, wenn die Reichsdeutschen in den Bann dieser Idee gezwungen sind. Als wir unsere Arbeit begannen, war uns Lob und Haß einerlei, wir sahen nur unser Volk und seine Zukunft. Wenn man uns heute steinigen würde, wir würden nichts von unserer Arbeit, von unserem Endziel aufgeben.

Deutschland und unser deutsches Volk ist unser erster und letzter Gedanke. Darum sind wir überzeugt, daß diese Bewegung einmal auch Deutschland sein wird.

Wir werden Festung auf Festung erstürmen, und wenn sie sich tausendmal durch Wälle von Lügen und Verleumdungen zu schützen suchen. Einmal kommt die Zeit der großen Flut. Da wird sie über Deutschland hingehen, die braune Welle, und ein neuer Gemeinschaftsgeist wird in unserem Volke einziehen. Der Flaggenstreit [12] ist dann beendet. Das deutsche Volk hat dann seine Fahne, *die Fahne, die ihm die Freiheit gegeben hat.* - Die letzten Worte Hitlers gehen unter Stürmen der Begeisterung unter. [13]

10 Bei der Auflösung der NSDAP durch Generalstaatskommissar von Kahr am 8.11.1923 besaß sie laut Volz, Daten, S. 8, 55.787 eingeschriebene Mitglieder.

11 Vgl. Dok. 8, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

14. Mai 1931 Dok. 119
Rede auf NSDAP-Versammlung in Cloppenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land (Oldenburg) vom 15.5.1931, "Hitler in Cloppenburg" [2].

Hitler legte seinen Worten als Grundgedanken die *Sanierung* des deutschen Volkes zugrunde, um dem Worte statt der *realistischen* die *idealistische* Deutung zu geben. Aus der Überfülle der Gedankengänge seien nur die wichtigsten wiedergegeben. Die Sanierung, am 12. November 1918 [3] begonnen, wäre durch alle Regierungen gegangen und würde ununterbrochen fortgesetzt, nur daß man zum Sanieren wenig übergelassen habe. Redner verurteilt es, erst im Innern zu sanieren und *dann* der Reparationsfrage auf den Leib rücken zu wollen [4]. *Wenn* Deutschland einmal eine derartige Sanierung gelingen sollte, dann würde *Frankreich* wohl die Reparationsfrage aufrollen, um mehr zu fordern. Erst müsse sich das deutsche Volk im *Wesen* und *Geiste* sanieren, bevor man von anderen Fragen spreche. Man kann, erklärt Hitler, nicht sanieren, wenn ein Volk über die wichtigsten Zustände keine Auffassung mehr besitzt. - Redner verbreitet sich über die Rechtsauffassung und erklärt dann weiter, daß ein Volk, das zwei bis drei *Weltanschauungen* huldige, zugrunde gehen müsse, wenn nicht *eine* davon sich durchsetze. *Dies* sei die Frage der Sanierung des deutschen Volkes. In *Europa* würde diese Frage gelöst werden zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus; vollständig scheide aus, was man unter dem Wort "Mitte" bezeichnet, die in Wirklichkeit Schrittmacher des Marxismus bisher gewesen sind. (Beifall.) In der Frage Bürgertum und Proletariat müsse das erstere ziffern- und kampfmäßig unterliegen. Unsere Parole muß heißen: *Hier die Klassen, und da ist das deutsche Volk.* - Redner führt die Interessenpolitik der einzelnen Berufe vor Augen und erklärt über die Politik des letzten Jahrzehnts: "*Theoretisch hat man die Stände gerettet und praktisch vernichtet.*" Man kann nicht mit Standes- und Berufsinteressen gegen die Weltanschauung eines Bolschewismus ankämpfen. Ein Volk kann nicht bestehen, wenn wir nicht die Gesamtheit im Auge behalten. (Starker Beifall.) Wie kann man uns *vor der Welt sanieren* wollen, wenn im Innern noch nicht einmal Klassenunterschiede saniert sind. Es muß eine Bewegung kommen, die den Satz hat: "*Hier ist das deutsche Volk und der deutsche Mann.*" (Stürm[*ischer*] Beifall.)

Hitler forderte dann weiter die wahre Volksgemeinschaft, die die richtige Sanierung bringen würde. Als Deutscher müsse man es *ablehnen*, fremden Gesetzen zu unterste-

1 In der Viehhalle, gegen 14.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Bericht in Nachrichten für Stadt und Land etwa 9-10.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Carl Röver geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Vor Hitlers Ankunft, der eine 1 1/4-stündige Rede hielt, sprachen Wilhelm Frick und General a. D. Karl Litzmann. Anlaß der Versammlung war die Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931. Zuvor hatten etwa 600 SA-Männer einen Umzug durch die Stadt veranstaltet.

2 Zum äußeren Ablauf vgl. Münsterländische Tageszeitung vom 15.5.1931, "Hitler-Kundgebung in Cloppenburg enttäuscht"; Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 16.5.1931, "Hitler in Cloppenburg".

3 Am 12.11.1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten sein Regierungsprogramm verkündet. Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Erster Teil. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Düsseldorf 1969, S. 37 f.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 4.

hen und Tribute zu zahlen. Das Volk kann nur wieder groß werden, wenn es dafür sorgt, daß deutsche Wesenskraft zweckentsprechend und autoritativ in Erscheinung tritt. Im ganzen Leben stehen wir für ein Gesetz, das heißt: *Leistung der Persönlichkeit*! Wechselnde Majoritäten sind ein Spiel der Verantwortungslosigkeit. Volksherrschaft heißt Herrschaft durch die besten Köpfe der Nation.

Ich lehne den *Pazifismus* als Weltanschauung ab. Überall hat sich die *Kraft* durchgesetzt, und wehe dem Volk, das auf andere Faktoren hofft als auf seine eigene Kraft, und das Zentrum mag aus den spanischen Ereignissen [5] ersehen, daß auch *das Kreuz*, wenn es notwendig ist, das *Schwert braucht*, um sich zu *erhalten*. Ich setze nur auf die *deutsche Kraft* allein, *sie* muß saniert werden.

Redner kommt dann auf die *Entwicklung der Bewegung* zu sprechen und erklärt u. a., daß man überhaupt über Reparationen *reden* darf, hat unser Sieg vom 14. September [6] im Gefolge gehabt. Bei der nächsten Reichstagswahl werde die NSDAP 10, 11 oder 12 Millionen Wähler haben [7]. Wir kämpfen, bis das deutsche Volk geistig saniert ist und dann *der Welt* gegenübertreten kann und sagen: Wir wollen, daß auch ihr einwilligt in die *zweite* Sanierung; wir sind keine Sklaven mehr; wir wollen frei sein. (Ungeheurer, anhaltender Beifall.) [8]

18. Mai 1931 Dok. 120
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 1 vom 1.6.1931, S. 1.

Verfügung

Bei der Reichsleitung der Partei ist ein Personalamt eingerichtet worden. Zum Chef des Personalamtes habe ich den Pg. Hauptmann a. D. *Loeper* [1] ernannt.

München, 18. Mai 1931

Adolf Hitler

5 Am 11.5.1931 hatte in Madrid eine Volksmenge mehrere Jesuitenkirchen und -klöster gestürmt und in Brand gesetzt. Vgl. Vossische Zeitung vom 12.5.1931, "Belagerungszustand".

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 52, Anm. 8.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), Hauptmann a. D., 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichwehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellv. Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Gau Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933-1935 Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.

19. Mai 1931 Dok. 121
"Preußentum und Nationalsozialismus" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

Der Angriff vom 20.5.1931, "Berlins Treuegelöbnis zu seinem Führer Adolf Hitler" [3].

"Folgen Sie mir zurück in die Zeit vor zwölf Jahren. Sie jubelten hier soeben heute nicht mir *persönlich*, sondern dem durch unsere Bewegung wieder erneuerten Glauben an die *deutsche Zukunft* zu [4]. Damals, vor zwölf Jahren, schien sich der Marxismus, die "Demokratie", zu endgültigem Siege zu erheben. Damals entstand aber auch, unbemerkt von der Öffentlichkeit, das erste *Widerstandszentrum*, das die alten Ideale in der Nation wachhalten und wieder vorantragen wollte.

Es fehlte den Trägern dieses Widerstandes, unbekannten Weltkriegskämpfern, die parlamentarische Schulung einer langen, politischen Tradition, wie sie etwa die *Sozialdemokratie* aufzuweisen hatte. *Alles* stand gegen diese mutigen Bekenner, am erbittertsten der träge Spießer, der schon damals kein *anderes* "Ideal" kannte als "Ruhe und Ordnung".

Heute ist als Ergebnis des nationalsozialistischen Glaubens, seiner Tatkraft, seines Wollens, seines Opfermutes eine Millionenbewegung geworden, auf der Deutschlands Zukunft ruht.

Hinter ihr steht ein lebensvoller Apparat, ein *Organismus*, von gigantischem Leben erfüllt, sich selbst erhaltend aus *eigener Kraft*.

Aber das ist noch nicht das *Ausschlaggebende*. Diese Organisation ist die Spenderin eines *neuen Hoffens* darauf, daß Deutschland doch noch wieder einmal sich erheben muß - trotz alledem und alledem. Sie harrt in eiserner Geschlossenheit auf die Stunde, die für sie kommen wird, weil sie kommen *muß*!

Inzwischen leistet der Nationalsozialismus seine *Erziehungsarbeit*; er verbreitet das Bewußtsein, daß nie etwas Großes erreicht wird, es sei denn durch Autorität und Disziplin. Diese innere Arbeit ist vielleicht wichtiger als die rauschenden äußeren Erfolge, die allerdings *dazu* dienen, unseren *Feinden* zu zeigen, daß die Stunde der Abrechnung immer näher rückt. Wir sind nah, wir steigen *unaufhaltsam* - und wenn ihr es nicht glauben wollt, *um so besser*!

Hätte im Jahre 1918 der "Geist" der Revolution sich wirklich durchgesetzt, würde vor allem die sittliche Staatsidee Preußens, dieser Eckpfeiler deutscher Entwicklung, die Kern- und Keimzelle seines völkischen Seins, restlos vernichtet worden sein. Die ganze beste Tradition des Preußengedankens hat der Nationalsozialismus *wieder aufgenom-*

1 Titel laut Der Angriff.

2 Im Sportpalast, von etwa 20.00 bis 21.00 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut VB 18.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Joseph Goebbels geleitet und mit einer Ansprache eröffnet.

3 Vgl. auch Berliner Illustrierte Nachtausgabe vom 20.5.1931, "Hitler in Berlin"; Deutsche Zeitung vom 20.5.1931, "Hitler über den Vormarsch der NSDAP"; Der Tag vom 20.5.1931, "Hitler spricht im Sportpalast"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 21.5.1931, "Adolf Hitler im Sportpalast"; VB vom 21.5.1931, "Der unerschütterliche Siegesglaube der Nationalsozialisten".

4 Anspielung auf den minutenlangen Beifall, mit dem Hitler vor seiner Rede begrüßt worden war.

men. Er hat ihn wieder emporgerissen aus Sumpf und Morast, in die man sie herabgestoßen hat."

Hitler zeichnete dann eine Skizze der heutigen Zustände, die zu bessern und auszuräumen die Gesamtaufgabe der NSDAP sei. Das neue *Fundament* sei gelegt, der Weiterbau am Werke müsse sich auch ferner nach den wenigen einfachen, *klaren* Plänen und *Leitsätzen* vollziehen:

"Während das *bisherige* Deutschland zerfällt, erhebt sich durch uns schon das *neue* Reich in seinen Grundfesten.

Wir glauben *nicht* an internationale Verträge, weil es keine Gleichheit aller Völker und daher auch keine Gleichheit aller *Interessen* gibt. Wir glauben nur an die eigene Kraft und die Stärke unserer Nation, die täglich aufs neue geprägt und bewußt gemacht werden muß. Wenn dies geschieht, wird Deutschland seinen Weg empor gehen.

Dem System der *anonymen Majorität*, ohne wahre Verantwortung, stellen wir die *Autorität echter Persönlichkeiten* entgegen. Der rein *staatliche* Preußengedanke wird dadurch *völkisch* und *rassenmäßig* unterbaut.

Zwölf Jahre nationalsozialistische Bewegung bedeuten historisch gesehen zwölf Jahre unermüdlichen Kampfes. Gäbe es draußen einen *allgemeinen* Sinn für Gerechtigkeit, müßte man wenigstens den *äußeren* Erfolg unserer Arbeit anerkennen: Keine andere Bewegung hätte in zwölf Jahren *das* leisten können, was wir geleistet haben. Warum haben es *unsere Kritiker* nicht *besser* gemacht?

Die NSDAP wird gegen ihre Widersacher den letzten und *endgültigen* Sieg erringen. Denn es *kann* keine Partei uns jemals übertreffen, weil sie uns nie an Arbeitsmut und Opferwillen zu übertreffen vermag. *Nur wer viel einsetzte* [*sic!*], kann viel *gewinnen*."

Der Führer deutete dann einen Teil der unmenschlichen Leiden an, deren Überwindung das sichere Unterpfand des Sieges sei:

"Ich stehe heute vor euch - nicht um Beifall zu heischen. Mir ist es völlig *gleichgültig*, wie die Gegenwart mich und meine Mitkämpfer beurteilt. Die nationalsozialistischen *Vorkämpfer* haben im politischen Kampfe *Unmenschliches geleistet*. Unsere Rechtfertigung vor uns selber ist nur eins: das Gelöbnis, daß wir nie, nie, nie unserer Fahne untreu werden:

Ihr bleiben wir treu - bis zum letzten Atemzug!"

22. Mai 1931 Dok. 122
Schreiben an August Schneidhuber [1]

Masch. Ausfertigung vom 22.5.1931 mit hs. Unterschrift; StA München, Polizeidirektion München 10146.

An Gruppenführer Süd, Herrn Major Schneidhuber.

Ihrer Beschwerde über den Stabschef [2] vom 16.5.[*19*]31 [3] gebe ich nicht statt.

In einer dienstlichen Anordnung [4], die Teile Ihrer Gruppe aus Ihrem Befehlsbereich herausnimmt, eine grobe Mißachtung der Gruppe zu erblicken, ist mir unverständlich.

Auch muß ich es im einzelnen Falle dem Stabschef überlassen, ob er es für angezeigt hält, Sie vor einer zu treffenden Anordnung vorher zu hören oder nicht.

Ob Sie eine Zusicherung des Stabschefs, in einschneidenden Fragen vorher gehört zu werden, in dieser Form erhalten haben oder nicht, kann daher ganz außer Betracht bleiben.

Adolf Hitler

1 August Schneidhuber (1887-1934), Landwirt, 1928 SA-Obergruppenführer, 1929-1931 Führer der SA-Gruppe Süd, 1931/32 Führer der SA-Gruppe West, 1932/33 MdR (NSDAP), 1932-1934 Führer der SA-Obergruppe VII, 1933/34 Polizeipräsident in München, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

2 Ernst Röhm.

3 Am 16.5.1931 hatte Schneidhuber folgendes Schreiben an Hitler gerichtet: "Gelegentlich der Abtrennung Münchens, die - bevor ich eine Ahnung davon hatte - seitens der Obersten SA-Führung bereits mit einer mir untergeordneten Dienststelle besprochen war, hatte ich eine Unterredung mit dem Stabschef.
In dieser sicherte mir Stabschef zu, daß künftig einigermaßen einschneidende Dinge innerhalb der Gruppe nur nach Anhörung des Gruppenführers befohlen würden und bekräftigte dies durch einen Händedruck.
Gestern erhielt ich den Befehl I a Nr. 2522/31, der die ursprüngliche Verfügung bezüglich Münchens aufhebt und die Herausnahme von ganz Oberbayern aus meiner Gruppe anordnet.
Ich sehe in diesem Vorgehen den Bruch eines ausdrücklich gegebenen Versprechens und eine so grobe Mißachtung der Gruppenführung Süd, daß ich es für unerläßlich halte, hiervon dem Obersten SA-Führer Kenntnis zu geben." (StA München, Polizeidirektion München 10146.)

4 Gemeint ist der SA-Befehl I a Nr. 2522/31 vom 9.6.1931. Abschrift: StA München, Polizeidirektion München 10146.

28. Mai 1931 Dok. 123
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 1 vom 1.6.1931, S. 1.

Verfügung

Der Gauleiter vom Rheinland, Pg. Dr. *Ley*, hat mit Rücksicht sowohl auf das starke Anwachsen der Bewegung, wie auch auf seine dienstliche Überlastung eine Trennung des bisherigen, zwei Wahlkreise umfassenden Gaues vorgeschlagen [1].

Ich genehmige diesen Antrag, indem ich dem Pg. Dr. Ley für seine vorzügliche Arbeit meine vollste Anerkennung und meinen Dank ausspreche.

Der bisherige Gau Rheinland wird demgemäß geteilt in den Gau Köln-Aachen und den Gau Koblenz-Trier, entsprechend den gleichnamigen Wahlkreisen.

Zum Leiter des Gaues Koblenz-Trier wird Pg. Gustav *Simon* [2], M.d.R., Koblenz, mit Wirkung vom 1. Juni ab ernannt.

München, den 28. Mai 1931

Adolf Hitler

30. Mai 1931 Dok. 124
Anordnung

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift, in: Entwurf der Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), I. Teil, Diessen 1931, S. 3 [1].

Nachstehender "Entwurf der S.A.-Dienst-Vorschrift" hat von heute ab als Grundlage für den gesamten Dienst der S.A. zu gelten. Soweit bisherige Erlasse, Verfügungen, Befehle usw. mit ihm in Widerspruch stehen, werden sie dadurch außer Kraft gesetzt.

Für die S.S. gilt der Entwurf sinngemäß ebenfalls, von den von mir in einzelnen Punkten verfügten Sonderregelungen abgesehen.

1 Gemeint ist ein Schreiben Leys vom 5.5.1931. Vgl. Smelser, Ley, S. 96. Zur Vorgeschichte der Teilung des Gaues Rheinland vgl. ebenda, S. 90 ff.

2 Gustav Simon, (1900-1945), Lehrer, 1923 2. Vorsitzender der Völkischen Studentengruppe Frankfurt a. M., 1925 Eintritt in die NSDAP und Gründung des NSDStB in Frankfurt a. M., 1928 NSDAP-Bezirksleiter für Trier-Birkenfeld, 1929 NSDAP-Bezirksleiter für Koblenz, 1929-1933 Mitglied des Stadtrates Koblenz und des Provinzial-Landtages der Rheinprovinz (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931-1942 Gauleiter des Gaues Koblenz-Trier, 1940-1942 Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg, 1942-1945 Gauleiter des Gaues Moselland.

1 Kopfzeile: "Der Oberste S.A.-Führer. I a Nr. 3015/31".
Vgl. auch Dok. 127.

Die Gruppen und die General-Inspektion berichten zum 1.10.[*19*]31, wie sich der Entwurf bewährt hat. Änderungsvorschläge können dabei gemacht werden.

Soweit in einzelnen Ländern noch Beschränkungen im Tragen einheitlicher Kleidung bestehen [2], ruhen die bzgl. Dienstanzug getroffenen Bestimmungen daselbst.

Adolf Hitler

31. Mai 1931 Dok. 125
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Frankfurt (Oder) [1]

Frankfurter Oder-Zeitung vom 1.6.1931, "Adolf Hitler in Frankfurt (Oder)" [2].

Wenn der Nationalsozialismus immer wieder seine *Legalität* betont, so fragt mancher vielleicht mit Recht, wie er sich dann überhaupt von den anderen Parteien unterscheide. Aus diesem Grund ist es gut, wenn man von Zeit zu Zeit die Ideen aufzeigt, aus der die Bewegung entstanden ist. Diese Ideen stellen den Nationalsozialismus turmhoch über jede parlamentarische Partei. Abgesehen von wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen, von der Not, die den einzelnen bedrückt, ist folgendes zu beachten:

Das deutsche Volk befindet sich gegenwärtig in einem Zustand tiefster Zerrissenheit, die sich auf allen Gebieten bemerkbar macht. Gewisse *Grundauffassungen*, denen wir unsere Kultur verdanken,

sind ins Wanken geraten

und werden nur noch von einem Teil der Nation anerkannt. Millionen lehnen diese Grundauffassungen ab, z. B. die Begriffe Eigentum und Vaterland. *Wir ringen jetzt um eine neue Basis*. Den Kampf um diese Basis führen in der Hauptsache der *Bolschewismus und der Nationalsozialismus*. Wenn nicht bald eine der beiden Richtungen siegt, dann löst sich unser Volk völlig auf.

Der Redner kennzeichnete dann die Weltanschauung des *liberalen Bürgertums*. Der Bürger erkenne die werterfüllte Einzelpersönlichkeit auf allen möglichen Gebieten an, nur nicht in der Politik. Es sei aber ein Unding, wirtschaftlich Individualist und politisch demokratisch zu sein. Gerade in der Politik seien *Führer* besonders nötig, denn das

2 Vgl. Dok. 87, Anm. 7.

1 In der Gaststätte Bellevue, nachmittags. Der Gauparteitag des Gaues Ostmark der NSDAP, an dem laut VB vom 3.6.1931 1.500 Vertreter von über 600 Ortsgruppen teilnahmen, wurde von Gauleiter Wilhelm Kube mit einer Ansprache eröffnet. Danach sprach Pg. Stöhr. Anschließend hielt Hitler eine etwa zweistündige Rede. Zum Abschluß der Versammlung sprach noch einmal Kube. Im Anschluß daran besichtigte Hitler etwa 4.000 auf der Schützenwiese angetretene SA-Männer und hielt dabei eine weitere Ansprache (vgl. Dok. 126).

2 Vgl. auch Berliner Börsen-Zeitung vom 1.6.1931, "Nur mit legalen Mitteln"; Berliner Tageblatt vom 1.6.1931 (AA), "Hitler will 'die ganze Reichswehr'"; VB vom 1./2.6.1931, "Adolf Hitler spricht zu den Führern der Ostmark"; VB vom 3.6.1931, "Adolf Hitler in der Ostmark".

ganze Volk könne nicht herrschen, und es sei ganz falsch zu behaupten, daß die politische Leitungsfähigkeit der Menschen gleich sei. Da sei der Kommunismus viel konsequenter, der wirtschaftliche *und* politische Gleichheit lehre.

Dieser Zwiespalt ist zum großen Teil mit Schuld an den seelischen Qualen, die unser Volk erduldet. Allerdings werden nicht jedem die Gründe bewußt, nicht jeder schaut durch den Dunst hindurch, der von geschäftigen Nutznießern dieser "Demokratie" noch vergrößert wird. Aber das gesamte Fundament wankt unter uns, die Menschen verlieren den Halt.

Wollen wir unserem Volk eine neue Basis schaffen, so müssen wir zwei Dinge beachten, den Lebensraum, der uns zur Verfügung steht, und den Menschen, der darauf lebt.

Jedes Volk wächst eines Tages über seinen Grund und Boden hinaus, oder es dezimiert sich selbst. Es besteht ein ewiger Kampf zwischen Volkszahl und Raum. Vor dem Kriege haben wir versucht, auf dem zu engen Raum unser Volk zu beschäftigen. Wir wurden Fabrik. Wir führten Waren aus und glaubten so, auf *friedlichem* Wege unser Volk ernähren zu können. Das war ein Irrtum, denn gerade unser Export, unsere friedliche, wirtschaftliche Entwicklung wurde uns mißgönnt, und die andern überzogen uns mit Krieg.

Die Industrialisierung birgt aber noch ein anderes Übel in sich. Die Menschen strömen vom Lande in die Stadt. Sie werden entwurzelt und ihr gesundes Denken geht verloren. Sie verlangen billige Lebensmittel, Senkung der landwirtschaftlichen Zölle. Die Majorität siegt. Der Bauer hat schwer zu kämpfen. Sein Besitz verschuldet immer mehr. Neue Menschenmassen strömen in die Stadt. So treibt ein Keil den andern, und am Ende steht der Bolschewismus.

Hier setzt der *Nationalsozialismus* ein. Der Marxist, der Sozialdemokrat sagt: Das Leben des einzelnen Menschen ist das Ergebnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Nationalsozialist sagt: Das Leben des einzelnen Menschen, dein Leben ist von dir selbst, ist Rassewert, ist abhängig von dem Lebensraum, den du besitzt, den du dir erkämpfst [*sic!*].

Beweis dafür ist *Rußland*: Es hat den Kommunismus eingeführt und müßte jetzt auf allen Gebieten der Welt vorauseilen. Aber was da geleistet wird, das leisten *fremde* Spezialisten. Nimmt man die Geistigkeit der anderen Völker weg, so bleibt nichts mehr übrig. Ja, sagen die andern, ihr müßt die Russen erziehen. Nein, sage ich, das geht nicht. Er muß sich selbst erziehen, und das kann er nicht.

Das Wichtigste ist also der Mensch,

sein Blut und seine Rasse. Jede Weltanschauung muß auf diese Werte Rücksicht nehmen. Die Rasse, wenn auch immerhin in allerlei Zusammensetzungen, ist der Grundwert. *Wann ist unser Volk am leistungsfähigsten gewesen?* Immer dann, wenn es ganz sich selbst und seiner Eigenart [*gemäß*] gelebt hat. Die großen Männer, die es dann führten, sind unsere eigene, beste Verkörperung gewesen. Der Mensch in seinem Wert ist der Ausgangspunkt von allem.

Hitler kam in diesem Zusammenhang auf

die Behandlung der sozialen Frage

zu sprechen. Das Bürgertum hat sich wohl damit beschäftigt, aber nach seiner Ansicht nur aus zwei Gründen: erstens aus *Angst* vor der sozialen Revolution und zweitens *aus Mitleid*. Die Erkenntnis von der *Notwendigkeit* eines körperlich und geistig gesunden Volkstums für die Zukunft der Nation, die sei nur bei wenigen zu finden gewesen. *Nicht aus sozialer Schwärmerei, nicht aus Mitleid, sondern aus klaren Vernunftgründen heraus stellt daher der Nationalsozialismus den Menschen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Das Volk besteht nicht aus Beamten, Bürgern, Bauern und Arbeitern, sondern aus deutschen Menschen! Und nur wenn jeder sein Bestes, sein Höchstes gibt - nicht jeder das Gleiche -, dann können wir als Volk leben und uns durchsetzen.*

Wenn der *Pazifist* auftritt und sagt, so, wie die Welt jetzt verteilt ist, so soll es bleiben, der "ewige" Friede darf nicht gestört werden, so können wir, als ein Volk, dem dieser Friede den Lebensraum genommen hat, nicht damit einverstanden sein. Aber nur der Starke und Gesunde wird sich durchsetzen, nur der hat das Recht auf Leben.

Der *Kommunismus* umfaßt mit seiner Verantwortlichkeit die ganze Welt, nur den eigenen Volksgenossen schließt er aus. Der *Nationalsozialismus* dagegen will nur dem eigenen Volke helfen und weiter nichts. An Stelle der Demokratie will der Nationalsozialismus Persönlichkeitswerte setzen, anstelle des Klassenstandpunktes die Volksgemeinschaft, und statt Klassenhaß will er soziale Verantwortung üben.

Zum Schluß kam Hitler auf Tagesfragen zu sprechen. Er betonte mit Nachdruck, daß er *nur mit legalen Mitteln* kämpfe, weil er es für ein Verbrechen halte, wehrlose Menschen vor Maschinengewehre zu treiben. Er kenne den Krieg in seiner wahren Gestalt, selbst unter gleichartig bewaffneten Gegnern sei er eine sehr ernste Angelegenheit.

Die Beschuldigung seiner Gegner, daß er die Reichswehr unterwühle, sei falsch. Erstens wolle er die Soldaten nicht in Gewissenskonflikte bringen, und zweitens könne man mit einer zerrütteten Truppe keine Geschichte machen. Der Nationalsozialismus gedenke aber, die Waffen des Staates in voller Geschlossenheit für den Sieg des 3. Reiches einzusetzen. "Wir werden einstmals den Staat mit legalen Waffen erobern."

"Auch wir haben Fehler an uns", so schloß Hitler, "auch wir haben Fehler gemacht, aber wir haben weniger gemacht als unsere Gegner. Wäre dem nicht so, wie hätte es sein können, daß unsere Bewegung, die vor 12 Jahren noch aus 7 Mann bestand [3], heute eine Millionenbewegung geworden ist, während die anderen Parteien alle zurückgehen? *Alle Feinde unseres Volkes sehen in uns die größte Kraft.* Alle Parteien bekämpfen uns mit den schärfsten Mitteln. Wir haben alles gegen uns! Wir stehen gegen das ganze andere Deutschland! Trotzdem ist das unverrückbare Ziel, nach dem wir streben, unserem Volk die Lebensmöglichkeiten wieder zu erkämpfen und den Zustand der Ermattung und Zermürbung Deutschlands zu beenden. Bei jeder unserer Handlungen fragen wir uns, nützt es dem Volk oder nützt es ihm nicht. Nicht den Glauben verlieren und nicht die Geduld verlieren, das rufe ich besonders euch Jungen zu. Wenn die Kommunisten fast täglich einen von unseren Kameraden ermorden, so sage ich mir, so entsetzlich das ist:

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

Auch diese Opfer sind notwendig, dadurch wächst die Erkenntnis, daß eine Umstellung im Volke kommen muß.

Wenn wir diese Macht auf legalem Wege erst erreicht haben,
dann werden wir diese Macht auch zu gebrauchen wissen!
Nicht nur Disziplin, sondern auch inneres Verstehen ist notwendig, um uns reif und würdig zu machen zu der Aufgabe, zu der wir glauben, daß uns das Schicksal berufen hat. Ich habe nur den einen Wunsch, daß diese, unsere Fahne dereinst als Siegeszeichen über einem freien Deutschland schweben möge." [4]

31. Mai 1931 Dok. 126
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt (Oder) [1]

Frankfurter Oder-Zeitung vom 1.6.1931, "Adolf Hitler sprach" [2].

Über Deutschland hängen genauso die schweren Gewitterwolken wie hier über diesem Festplatz, und genauso, wie hier die Blitze sich ankündigen [3], so sehen wir auch über Deutschland das Gewitter leuchten. Und wir sind überzeugt, daß über Deutschland das Gewitter kommen und daß am Ende des Gewitters dann die Sonne scheinen wird. (Stürmische Bravo- und Heil-Rufe.)

Nicht aus dem Geschick des einzelnen, aus dem Schicksal der Millionen ballt sich die Erkenntnis für das Volk zusammen, daß es sich nicht mehr um Einzelfragen handelt, sondern daß unser Volk auf der Waage der ewigen Gerechtigkeit gewogen wird, ob es zu leicht befunden wird oder nicht.

Wenn ich Deutschland sehe, dann glaube ich sehen zu können: *Das deutsche Volk ist wieder im Begriff, eine Macht zu werden.* Es erhebt sich aus dem dumpfen Verzagen, es kommt wieder *ein* Wille herein, der es zusammenschweißt und der den Menschen den großen Glauben einhämmert: den Glauben an die deutsche Zukunft.

Ich glaube, daß wir am Beginn unserer Zeit stehen, wenn wir nicht selbst verzagen. Genauso wie vor der Erhebung 1812/13 sehen wir einen Teil Verzagter, die noch nicht glauben wollen, daß die Zeit sich naht, daß Millionen Deutsche sich zusammenballen und eine neue Front hereintragen in *das Deutschland des Zerfalls, das Deutschland der*

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Auf der Schützenwiese, nach 18.00 Uhr. An der öffentlichen Versammlung zum Abschluß einer Kundgebung des Gaues Ostmark der NSDAP, nahmen laut Frankfurter Oder-Zeitung etwa 15-17.000 Personen teil. Hitler, der zuvor bereits auf dem Gauparteitag der ostmärkischen NSDAP im Bellevue gesprochen hatte (vgl. Dok. 125), schritt vor seine Rede zunächst die Front der etwa 4.000 angetretenen SA-Männer ab.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.6.1931, "Adolf Hitler in Frankfurt". Zum Gesamtverlauf der Kundgebung vgl. auch VB vom 3.6.1931, "Adolf Hitler in der Ostmark".

3 Ein heraufziehendes Gewitter erzwang wenige Minuten später den Abbruch der Versammlung.

Ohnmacht, der Auflösung: eine Front der Volkseinheit; ich sehe, daß Millionen zum Träger des Glaubens an die Zukunft werden.

Sie alle hat nicht hergeführt der Wunsch, für sich, für Ihren Beruf, für Ihren Stand etwas zu erhalten, sondern das geheimnisvolle Sehnen nach einem Deutschland der Macht, der Freiheit und der Herrlichkeit!

Un so gehen Sie denn von hier fort in der Überzeugung, daß Sie heute nicht alleinstehen, sondern sich in ganz Deutschland Millionen gefunden haben von gleichem Geist erfüllt. Glauben Sie an die Bewegung, die das letzte ist, was der Auflösung entgegentritt!

Werben Sie mit Ihrem Glauben neue Anhänger. Unser Vaterland, Deutschland, Heil! [4]

Mai 1931 — Dok. 127
Vorwort

Druck: Entwurf der Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), I. Teil, Diessen 1931, S. 4 f. [1]

Männer und Kameraden der S.A.!

Durch das Diktat von Versailles haben Deutschlands innere und äußere Feinde unserem Volke die Wehrpflicht und das Wehrrecht genommen. Nach dem Wunsche unserer Verderber soll aber der technischen und organisatorischen Entwaffnung unseres Volkes auch noch die geistige folgen. Ihre Parteien der Demokratie und des Marxismus verseuchen das deutsche Denken mit pazifistischen Lehren und hoffen dadurch die augenblickliche Wehr- und Waffenlosigkeit des Deutschen Reiches zu einer ewigen geistigen und seelischen Zerstörung des deutschen Volkes vertiefen zu können. Dabei verkünden diese selben Parteien, die nach außen von demütiger Unterwerfung reden, nach Innen den brutalsten Terror.

Demgegenüber ist es das unerschütterliche Ziel der nationalsozialistischen Bewegung, an Stelle des heutigen Deutschlands ein neues zu setzen. Dieses soll dereinst erfüllt sein von dem Gedanken der nationalen Ehre, durchglüht von einem unbändigen Willen zur Freiheit, getragen aber von der Erkenntnis der notwendigen Aufrechterhaltung einer allein die Zukunft gewährleistenden wahrhaft sozialen Volksgemeinschaft.

Ein lebendiges Dokument dieser Gesinnung und ein unerschütterlicher Garant für die Verwirklichung dieses Wollens muß im Rahmen der nationalsozialistischen Gesamtbewegung die von mir einst gegründete Schutzorganisation derselben sein, die S.A.

Die S.A. soll den jungen Deutschen geistig und körperlich zum gestählten kampfbereiten Menschen für unser deutsches Volk erziehen.

---

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. auch Dok. 124.

Sie soll aus Hunderttausenden einzelnen eine einige, disziplinierte, gewaltige Organisation zusammenschweißen.

Im Zeitalter der Demokratie müssen die Autorität des Führers, in der Zeit einer zügellosen Freiheit eiserne Disziplin ihre Fundamente sein.

Soweit nicht Ungesetzliches gefordert wird, ist ihr Gehorsam ein blinder.

Ihre höchste Ehre ist die höchste Treue. An ihr wird die Gewalt und der Terror unserer Gegner brechen!

Indem diese Organisation aber in unverbrüchlicher Treue zum Führer und unzertrennlicher Kameradschaft untereinander diese Gedankengänge verwirklicht, hilft sie mit, als scharfe Schutz- und Propagandaorganisation der nationalsozialistischen Gesamtbewegung den Sieg an jene Fahnen zu heften, die in der schlimmsten Zeit deutscher Ohnmacht und deutscher Verzagtheit den Glauben an unsere Zukunft verkörperten und bei Millionen weiter erweckten.

Die S.A. trägt die Fahne des neuen Reiches schon heute vor ihren Stürmen, die Adler der kommenden Erhebung unseres Volkes sind ihre Kokarden.

S.A.-Kameraden, das Ziel ist bekannt. Die neue S.A.-Dienstanweisung zeigt uns bestimmt den Weg.

Adolf *Hitler*

Mai 1931 Dok. 128
Erklärung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 1 vom 1.6.1931, S. 1.

Bekanntgabe

Außerstande, den Gauleitungen, Ortsgruppen und politischen Leitungen, den SA-, SS- und HJ-Führern, den SA- und SS-Männern, den Hitler-Jungens, den Frauen- und Mädchengruppen sowie den Parteigenossen und Parteigenossinnen, welche meiner zum 42. Geburtstage [1] durch Geschenke, Glückwünsche und Treueerklärungen gedachten, eigenhändig zu danken, spreche ich allen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus.

München, im Mai 1931

Adolf Hitler

1 Am 20. April.

3. Juni 1931 Dok. 129
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 6.6.1931, "Die Bewegung gedenkt der Opfer des marxistischen Mordterrors" [2].

Adolf Hitler, mit brausenden Heilrufen begrüßt, wies einleitend auf die erschütternde Tatsache hin, daß in diesen Wochen kaum mehr ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo ein Nationalsozialist seine Überzeugung mit dem Leben bezahlen muß, *daß aber die bürgerliche Welt, die um das Leben eines Kürten besorgt ist* [3], *von dem Wüten der Rotmordbanditen keine Notiz nimmt. Das zeigt die vollständige Entfremdung zwischen dem vergangenen und kommenden Deutschland.* Ein Ministermörder wie Friedrich Adler [4] wird von dem Marxismus mit einer maßgebenden Führerstelle in der Partei bedacht. Erst in dem Augenblick, in dem eine braune Armee gebildet wurde, fand es ein Teil des Marxismus für richtig, nunmehr offiziell vom Terror abzurücken, wie der Fuchs, der vor dem Galgen steht und nun jammert, daß es Menschen gibt, die mit Mitteln der Gewalt kämpfen wollen.

Parallel mit dem Marxismus geht zu allen Zeiten die Tscheka,
der blutigste Terror, getreu seinem Grundsatz, daß dem der Schädel einzuschlagen sei, der sich nicht zu seinen Ideen bekehren will. Dieser Terror feierte seine größten Triumphe am 8. und 9. November 1918, *wo die Revolution nichts anderes war als ein Terrorakt der marxistischen Betrüger,* dank der Korruption und Feigheit der bürgerlichen Parteien.

Nie wäre diese Revolution möglich gewesen, hätte es damals schon einen Nationalsozialismus gegeben, nie wäre Kurt Eisner [5] *mit seinem Deserteurhaufen hereinmarschiert, wären wir damals gewesen!* (Stürmischer Beifall.)

Indem heute Tag für Tag Dutzende von Nationalsozialisten erschlagen, niedergestochen und verwundet werden und immer neue Tote dieser Mordpest zum Opfer fallen, sammelt sich langsam in einem neuen Teil der Nation die Überzeugung der niemals

1 Im Bürgerbräukeller, ab 20.40 Uhr. Die Kundgebung des Sturmbannes München II zum Gedenken an den Tod von Georg Hirschmann (1927), an der laut Polizeibericht etwa 1.500 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter der Sektion Au-Giesing Max Köglmaier geleitet und eröffnet. Im Anschluß an die Rede Hitlers sprach Köglmaier gleichfalls zum Tod Hirschmanns. Die Veranstaltung endete um 21.20 Uhr.

2 Vgl. auch Polizeibericht vom 5.6.1931 (gez. Franz Schrödel); StA München, Polizeidirektion München 6808.

3 Anspielung auf die öffentlichen Proteste gegen die geplante Hinrichtung Peter Kürtens (1883-1931), der 1931 wegen zahlreicher Morde neunfach zum Tode verurteilt worden war. Vgl. etwa Berliner Tageblatt vom 13.5.1931 (AA), "Der Kampf um die Todesstrafe".

4 Friedrich Adler (1879-1960), öster. Sozialdemokrat und Publizist, 1902 Dr. phil., 1907-1911 Privatdozent für Physik an der Univ. Zürich, Hrsg. von "Der Kampf" (Wien), 1911-1925 Sekretär der SPÖ in Wien, 1916 tödliches Attentat auf den öster. Ministerpräsidenten Stürgkh, 1917 zum Tode verurteilt, zu 18 Jahren Kerkerhaft begnadigt, 1918 amnestiert, 1919-1925 Mitglied des öster. Nationalrats (SPÖ), 1919-1934 Hrsg. der "Arbeiterzeitung" (Wien), 1923-1940 Generalsekretär der Internationalen Arbeiter-Internationale, 1939 Emigration nach USA, 1942-1944 Leiter des Austrian Labor Committee.

5 Kurt Eisner (1867-1919), Journalist, 1898-1905 Redakteur des "Vorwärts", 1907-1910 Chefredakteur der "Fränkischen Tagespost", 1917 Führer der USPD in München, 1918/19 bayer. Ministerpräsident, am 21.2.1919 ermordet.

mehr zu überbrückenden Gegnerschaft zu dieser Welt und zugleich der Wille, eines Tages mit ihr die endgültige Auseinandersetzung herbeizuführen.

Jeder Tote wird auf ein Blatt geschrieben, und es wird die Stunde kommen, da wir die Mörder vor Gericht laden und uns mit ihnen auseinandersetzen werden, nach dem Gott wohlgefälligen alten Bibelspruch: Aug' um Auge, Zahn um Zahn. (Donnernder Beifall.)

Hitler betont, daß jede solche Tat heute eine Millionenbewegung nur in sich härter werden läßt, daß das Untermenschentum sich gewaltig täuscht, wenn es glaubt, die Bewegung dadurch einschüchtern zu können.

In dem

Ermordeten Georg Hirschmann [6]

sehen wir das klassische Beispiel für die *Unschuld* des Erschlagenen [7]. Er hat niemanden provoziert, niemanden bedroht, niemanden verletzt. *Seine einzige Schuld war, da zu sein, als Repräsentant eines anderen Deutschlands. Nur eine einzige Schuld liegt vor, und diese Schuld ist unsere Ehre, unser Gewissen, unser Wille.*

Hitler schließt, indem er betont,

daß für die Nationalsozialisten der Weltkrieg kein Ende gefunden hat, daß wir wohl die einzigen gewesen sind, die sagen konnten:

Wir haben nicht abgerüstet.

Wir sind des deutschen Volkes Wehr und Waffe heute noch.

Als Soldaten weinen und klagen wir nicht, gehen wir nicht in uns, um etwa zu prüfen, ob wir vielleicht nicht doch den Gegnern Unrecht getan haben. Sondern als Soldaten wollen wir den ehernen Entschluß stählen und festigen, eines Tages Abrechnung zu halten. Das Gesetz schreibt uns heute den *Weg vor zur Macht. Den Weg der Macht aber wird uns einst unser Gewissen und unsere Erinnerung vorzeichnen.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [8]

---

6 Georg Hirschmann (1888-1927), Schuhmacher, SA-Mitglied.

7 Am 25.5.1927 war es am Abend zwischen SA-Leuten und Passanten, darunter Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, zu einer Schlägerei im Münchner Stadtteil Giesing gekommen, an deren Folgen Georg Hirschmann starb. Vgl. Münchner Zeitung vom 27.5.1927, "Politische Schlägereien mit tödlichem Ausgang".

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

6. Juni 1931 Dok. 130
Schreiben an Paul Schulz [1]

VB vom 6.6.1931 (Reichsausgabe), "Adolf Hitler an Oblt. Schulz".

Lieber Pg. Schulz!

Mit dem 31. Mai treten Sie von Ihrer augenblicklichen Verwendung [2] wieder in Ihre Dienststelle [3] zurück.

Sie haben in entscheidender Stunde an wichtiger Stelle einen verantwortungsvollen Posten übernommen und ihn in jeder Hinsicht zu meiner vollen Zufriedenheit ausgefüllt.

Die rasche Beruhigung, die im Bereiche der Gruppe Ost nach Übernahme der Führung durch Sie eintrat, ist Ihr und Ihrer Mitarbeiter bleibendes Verdienst. Sie haben Ihre Aufgabe so befriedigend gelöst, daß ich Sie nunmehr schon Ihrem größerem Wirkungskreis wiedergeben kann.

Dafür spreche ich Ihnen Dank und Anerkennung aus.

gez. *Adolf Hitler*

1 Paul Schulz (1898-1960), Oberleutnant a. D., 1919 Freikorps Eulenburg, 1922/23 Offizier der "Schwarzen Reichswehr", 1927 wegen Fememordes zum Tode verurteilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, 1930 amnestiert und Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Stellvertreter und Stabsleiter des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, 1932 Parteiaustritt, 1934 Emigration.

2 Schulz war zur Niederschlagung der SA-Revolte am 4.4.1931 anstelle von Walter Stennes kommissarisch als Osaf-Ost in Berlin eingesetzt worden. Vgl. VB vom 8.4.1931, "Oblt. a. D. Schulz hat die Führung der S.A. in Berlin übernommen".

3 Stabsleiter und Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Gregor Straßer.

7. Juni 1931 Dok. 131
Rede auf SA-Versammlung in Chemnitz [1]

VB vom 9.6.1931, "Der Hitlertag in Chemnitz" [2].

Der Sturm der Begrüßung legte sich erst, als Adolf Hitler auf dem großen Kommandoturm vor das Mikrophon trat und zur S.A. und den übrigen Massen sprach, daß wir hier zusammengekommen seien, um *feierlichen Protest* einzulegen *gegen den Versuch der ewigen Versklavung*, zum Protest gegen die Feigheit und Unterwürfigkeit, die heute von den anderen als politisches Ideal gepriesen wird. Daß wir in der einst roten Stadt zusammengekommen sind, zum Zeichen der Wende, da der neue Geist der deutschen Erhebung sich anschickt, *dem Reich wieder die Freiheit und unseren Kindern das tägliche Brot* zu geben.

Zugleich soll die Zusammenkunft ein *Protest gegen die unerhörte Mordhetze* der Roten sein, die von neuem zwei Opfer gekostet habe [3]. Es soll, und dies ist unser unbändiger Wille, aus diesen Opfern heraus die *Entschlossenheit kommen, ein unerbittliches Gericht* dereinst zu halten. Wir wollen das Gelöbnis ablegen, daß nach dem Sieg wir entschlossen sind, mit den Verführern und geistigen Urhebern der Mordhetze abzurechnen.

S.A.-Männer und Zeugen unserer Jugend und Zukunft, Hitlerjungens, erhebt mit mir die Hand zum ewigen Schwur und Gelöbnis zum Kampf für unseres heiligen Reiches Zukunft.

---

1 Auf der Städtischen Südkampfbahn, nach 12.00 Uhr. An der öffentlichen Kundgebung nahmen laut Lagebericht etwa 16.000 SA-Männer und Hitler-Jungen teil. Vor seiner Rede schritt Hitler die Front der SA und HJ ab und weihte 40 neue Fahnen. Von 15.00 bis 17.30 Uhr nahm er dann auf dem Marktplatz den Vorbeimarsch von SA und HJ ab.
Am Abend hielt Hitler eine weitere Rede auf dem sächsischen Gauparteitag der NSDAP (vgl. Dok. 132).

2 Vgl. auch Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 8.6.1931, "Sachsentag der 'NSDAP' in Chemnitz"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 8.6.1931, "Riesiger Nationalsozialisten-Aufmarsch in Chemnitz". Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch Lagebericht Nr. 33040/6/31 vom 24.6.1931; StA Dresden, MdI 11126/5.

3 Bei gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten waren in den Morgenstunden des 7.6.1931 zwei Nationalsozialisten durch Schüsse tödlich verwundet worden. Vgl. Leipziger Neueste Nachrichten vom 8.6.1931, "Der amtliche Polizeibericht".

7. Juni 1931 Dok. 132
Rede auf NSDAP-Gauparteitag in Chemnitz [1]

VB vom 11.6.1931, "Du bist nichts - dein Volk ist alles!" [2].

Der Führer wies zunächst darauf hin, daß hier ein anderes Deutschland versammelt ist als das, das gestern nach England fuhr [3], *ein anderes* aber auch als das, das dieser Tage in Leipzig seine Tagung abschloß [4].

Brüning habe dieser Tage selbst eine Erklärung abgegeben [5], die seine Politik vernichtend verurteile. *Trotzdem wage er, neue Opfer zu fordern.*

Auch die Nationalsozialisten seien überzeugt, daß kein Aufbau ohne Opfer möglich sei. Nicht daß sie Opfer fordere, mache man der Regierung zum Vorwurf, sondern daß sie

die Opfer nicht benütze, die deutsche Freiheit aufzubauen,

sondern, daß *jedes neue Opfer zu einer neuen Fessel werde.* Man habe den Eindruck, daß die neue Regierungserklärung von Menschen stamme, die nicht auf der Erde lebten, die noch nicht erkannt hätten, um welche Probleme es gehe.

In Deutschland seien nicht die Finanzen, in Deutschland sei das Volk in Unordnung geraten.

Es sei eine Periode eines gigantischen Zusammenbruchs auf allen Gebieten. Die heutigen Machthaber kümmerten sich nur um die Finanzen, glaubten, mit den Finanzen auch das deutsche Volk sanieren zu können. Man könne nicht die Finanzen in Ordnung bringen, wenn man jährlich 2 Milliarden Tribute zahle [6]. Welchen Grund aber solle das Ausland haben, die Tribute herabzusetzen, wenn wir trotz aller Opfer, was Brüning erstrebe, unsere Finanzen in Ordnung bringen könnten?

---

1 Im Kaufmännischen Vereinshaus, abends. Der Gauparteitag der sächsischen NSDAP, an dem mehrere Tausend Personen teilnahmen, wurde um 17.45 Uhr von Gauleiter Martin Mutschmann mit einer Ansprache eröffnet. Vor Hitler hielt erst Hermann Göring eine Rede. Anschließend sprachen der NSDAP-Reichsleiter für Kulturfragen, Hanno Konopath, sowie Joseph Goebbels. Am Nachmittag hatte Hitler bereits eine Ansprache bei einer SA-Fahnenweihe gehalten (vgl. Dok. 132) sowie auf dem Marktplatz einen Vorbeimarsch von etwa 16.000 SA-Männern und Hitler-Jungen abgenommen. Zum Programm des Gauparteitages am 6./7.6.1931 vgl. Faksimiledruck des Veranstaltungsplakats : Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, München 1938, S. 258.

2 Vgl. auch Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 8.6.1931, "Sachsengautag der 'NSDAP' in Chemnitz"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 8.6.1931, "Riesiger Nationalsozialisten-Aufmarsch in Chemnitz". Zum äußeren Ablauf der Veranstaltung vgl. auch Lagebericht Nr. 33040/6/31 vom 24.6.1931; StA Dresden, MdI 11126/5.

3 Vom 5. bis 9.6.1931 hatten sich Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius zu Gesprächen mit der britischen Regierung über die deutschen Reparationsleistungen in Chequers aufgehalten. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 544; Brüning, Memoiren, S. 278 ff.

4 Vom 31.5. bis 5.6.1931 hatte in Leipzig ein Parteitag der SPD stattgefunden. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 324 ff.

5 Gemeint ist der anläßlich der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 5.6.1931 veröffentlichte Aufruf der Reichsregierung. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 120 f.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 5.

Jetzt sei uns die dritte Notverordnung[7] *beschert worden, nachdem uns bereits die erste*[8] *habe "in Ordnung bringen" sollen. Aber sie habe die Unordnung nur größer gemacht, und mit der zweiten*[9] *sei es ebenso gewesen. Bei der dritten versuche man, dem nationalen Deutschland eine Konzession zu machen, indem man nach England fahre und durch Besprechungen vom Ausland zu erreichen suche, was man spielend habe erreichen können, wenn das offizielle Deutschland im September die Stimme des nationalen Deutschlands hätte hören und ihr folgen wollen.*

Auch früher seien zuweilen die deutschen Finanzen in Unordnung gewesen, aber da dieser Unordnung ein *gesundes, geordnetes Volk gegenübergestanden* habe, habe diese Unordnung nie Bedeutung gewonnen, weder hinsichtlich unseres Ansehens im Auslande, noch hinsichtlich des Lebensstandardes unseres Volkes.

Aber die damaligen ehernen Grundpfeiler unseres Volkes seien erschüttert worden: die *große, gemeinsame, religiöse Basis* wie die einheitliche Rechtsgrundlage in Deutschland. Die Auffassung von dem Begriff Staat, Vaterland hätten wir so erschüttern lassen, daß

heute Millionen Deutsche kein Vaterland mehr kennen und den Vaterlandsverrat als ideale Tat ansähen.

Auf tausend Gebieten zeige sich heute, daß die Fundamente ins Schwanken geraten seien. Tapferkeit werde zur Dummheit, Feigheit als heroische Tat erklärt. Überall mache sich ein Zerfall breit, und man könne sagen: Wenn dieser Prozeß der Erschütterung noch lange anhalte, werde das Volk zerfallen und der Egoismus zur überragenden Bedeutung kommen.

Aber heute noch bilde sich eine Wirtschaftspartei ein, daß sie Deutschland retten könne, daß es auf parlamentarische Fragen ankomme. Es komme darauf an, ob unser Volk noch die Kraft habe, sich *auf einer Basis zusammenzufinden mit einer neuen ethischen Grundauffassung,* die gesund genug sei, den Zersetzungsprozeß aufzuhalten und neu aufzubauen. Aus dem Durcheinander der sich äußerlich noch deutsch nennenden Menschen müsse eine Einheit geschaffen werden zu einer neuen deutschen Nation. Das sei die Frage, die sich zu lösen in gutem und edlem Sinne der Nationalsozialismus zutraue. Er glaube, die Keimzelle dieser neuen deutschen Nation zu sein.

In dem Begriff "Volkstum, Blut und Rasse" sehe man die Wurzel zu dieser Einheit. Von einzelnen kehre man zum Ganzen zurück, wie es uns der Krieg gelehrt habe. Wesentlich sei, daß es einst ein deutsches Volk gegeben habe, dessen Söhne und Töchter wir seien. Es müsse

aus uns heraus wieder ein deutsches Volk erstehen.

Nicht was uns nütze, sondern was diesem deutschen Volke nütze, dürfe für unsere Handlungen auf allen Gebieten, Technik, Kunst, Wissenschaft usw., maßgebend sein.

---

7 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931, Druck: RGBl., I, 1931, S. 279 ff.

8 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930. Druck: RGBl., I, 1930, S. 517 ff.

9 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931. Druck: RGBl., I, 1931, S.79 ff.

Blutwert, Persönlichkeitswert und Kampf seien die drei Werte, von denen aus der Nationalsozialismus die Brücke zu jedem einzelnen Volksgenossen bauen wolle.

Alles könne vergehen, eins aber müsse bleiben: die Quelle unseres Daseins, unser Volk.

Damit habe man dem Nationalsozialismus auch den heiligen Idealismus gegeben, aus dem für jeden einzelnen das reinste Glück erblühen müsse. Heute ständen in den nationalsozialistischen Reihen Hunderttausende, deren Leben keinen Sinn und Zweck mehr hätte, wenn ihnen nicht der Nationalsozialismus Sinn und Zweck gegeben hätte. (Minutenlanger Jubel.)

So sei das Wunder geschehen,
das man täglich neu erlebe: daß sich der Mann am Schraubstock, der kleine Beamte, der Offizier und der Bauer zueinanderfänden, daß sich aus der gleichen Gesinnung eine Stirn, ein Mensch, ein Typ bilde. Das Volk sammle so seine beste Auslese, und wenn die beendet sei, habe der Himmel dem deutschen Volke die Macht gegeben. Dann aber werde als oberstes Sittengesetz gelten:

Du bist nichts, dein Volk ist alles! [10]

8. Juni 1931 Dok. 133
Schreiben an Benito Mussolini

Masch. Ausfertigung vom 8.6.1931 mit hs. Unterschrift; Archivio Centrale dello Stato, Rom, Segretaria particolare del Duce, Carteggio riservato 1922-1943, b. 71, fasc. "Hitler" [1].

Euere Exzellenz

hatten die Güte, mir durch Herrn Hauptmann Göring ein Bild mit eigenhändiger Unterschrift überbringen zu lassen [2]. Ich empfinde dies als eine große Ehre. Die von Eurer Exzellenz in der Widmung zum Ausdruck gebrachte Sympathie für die von mir geführte nationalsozialistische Bewegung hege ich seit Jahren in außerordentlicher Weise für den von Eurer Exzellenz geschaffenen Faschismus. Die in vielen Punkten zwischen den Grundgedanken und Prinzipien des Faschismus und der von mir geführten nationalsozialistischen Bewegung vorhandenen geistigen Beziehungen lassen mich in der inneren Hoffnung leben, es möchte gelingen, daß sich dereinst nach dem Siege meiner Bewegung in Deutschland - an den ich in felsenfester Zuversicht glaube - zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland ein ähnliches Verhältnis zum Segen der beiden großen Nationen ergeben wird.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Faksimiledruck: Cesare Barbieri Courier, 1980 Special Issue, Published by The Cesare Barbieri Center of Italian Studies at Trinity College, Hartford Connecticut 1980, S. 25.

2 Bei einer von Major Giuseppe Renzetti arrangierten Begegnung Hermann Görings mit Mussolini im Frühjahr 1931 hatte ihm der Duce ein Foto mit Widmung für Hitler überreicht. Vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 218.

Ich verbinde daher meinen Dank mit den verehrungsvollen Glückwünschen für das persönliche Wohlergehen Eurer Exzellenz sowie für das von Eurer Exzellenz so genial geführte faschistische Italien.

Gleichzeitig erlaube ich mir in diesem Schreiben ein Bild von mir selbst beizufügen [3], mit der Bitte, es freundlich entgegennehmen zu wollen.

Ich verbleibe mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und dem Ausdruck der aufrichtigen Bewunderung

Eurer Exzellenz
ergebener Adolf Hitler

9. Juni 1931 Dok. 134
Interview mit der Times [1]

The Times (London) vom 9.6.1931, "Herr Hitler's Views".

"If elections were held to-morrow my party would become by far the largest in the Reichstag, says Herr Hitler, speaking in his room in the Brown House at Munich. [... [2]]

He is well satisfied with the progress of the party. He thinks the coming Prussian elections [3] must so reduce the Socialists that the Catholic Centre will have to dissolve the 12-year-old-partnership [4], and be forced to seek allies on the Right, unless, as he adds ironically, it cares to combine with the Communists. Reich elections are not due for 3 1/2 years, but might come any time after next autumn. Herr Hitler foresees a similar position there, and says that in any coalition negotiations his party's appetite "will no be less" than it was last autumn, when the Foreign, Home and Reichswehr Ministries were its price for cooperation [5]. As to insistence upon the suspension of Reparation payments, he prefers not to discuss that.

3 Fotografie Hitlers mit handschriftlicher Widmung:
"S[*einer*] Exzellenz Herrn Benito Mussolini
in Verehrung
Adolf Hitler".
Faksimiledruck: Cesare Barbieri Courier, S. 26.

1 Das Interview führte der Sonderkorrespondent der Times, vermutlich Stanley Simpson.
2 Folgt Beschreibung des Braunen Hauses.
3 Die nächste Wahl des preußischen Landtags fand am 24.4.1932 statt.
4 Das Zentrum und die SPD waren seit 1919 nahezu ununterbrochen an allen preußischen Regierungskoalitionen beteiligt. Eine Ausnahme bildete das bürgerliche Minderheitskabinett Stegerwald 1921, das die SPD nicht einschloß. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff.
5 Zu den Forderungen Hitlers für den Fall einer Regierungsbeteiligung nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 vgl. Kunrat Freiherr von Hammerstein, Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933, in: Frankfurter Hefte 11 (1956), H. 1, S. 15.

England

In the outer world, Herr Hitler thinks, common interests must draw England, Italy, and Germany together. He does not think Germany's interest demands a great fleet. The army is a more profitable investment, and if the money once spent on warships had but been devoted to it "things might have turned out differently". England, he adds, fought the War to retain command of the seas and has had to surrender it to the United States; England destroyed Germany's submarine strength and now finds a greater submarine menace much nearer her coasts. And France, Herr Hitler suggests, perceptibly warming to his subject, will drop England like a squeezed orange "when it is in her interest". In pursuance of this train of thought he states that the recovery of colonies is not a major German interest as he sees it. But Germany must export; the export of goods becomes increasingly difficult, and therefore she must export men. If she has no colonies she must look elsewhere, and particularly towards the east. Herr Hitler does not specify this conception precisely, but his mind seems to take the Polish Corridor in its stride and to contemplate German colonization of an unlimited eastern area. He speaks next of Bolshevism, and, having a gift for picturesque and telling comparisons, asks if it is understood in England that there are to-day more communists in Germany than there were German soldiers in the War [6], and that the red flag may one day fly "from Vladivostok to the English Channel."

10. Juni 1931 Dok. 135
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 10.6.1931; IfZ-Archiv, Db 52.01, (masch. Abschrift, o. D.).

An selbständige Untergruppe München-Oberbayern

Dem Sturm 62 in München wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. November 1923 an der Feldherrnhalle in München gefallenen SA-Mann Kurt Neubauer [1], welcher Angehöriger der Stammformation des jetzigen Sturmes 62 war, künftig die Bezeichnung

Sturm 62 "Kurt Neubauer"

zu führen.

Adolf Hitler

6 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 waren 4,6 Millionen Stimmen auf die KPD und 8,6 Millionen Stimmen auf die SPD entfallen. Vgl. Falter, Wahlen, S. 41. Zur deutschen Heeresstärke im Ersten Weltkrieg vgl. Dok. 26, Anm. 6.

1 Kurt Neubauer (1899-1923), Diener Ludendorffs, Angehöriger des 3. SA-Bataillons, 1923 bei Teilnahme am Hitler-Putsch getötet.

12. Juni 1931 Dok. 136
"Die Katastrophe in der deutschen Politik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

Polizeibericht vom 13.6.1931 (gez. Franz Huber); StA München, Polizeidirektion München 6742 [3].

Als Herr Brüning seine erfolgreiche Reise nach England angetreten hat [4], schrieb die amerikanische Presse, die Deutschen hätten gar keinen Anlaß, eine Revision des Young-Planes zu verlangen, denn knapp vor einem Jahr hätten dieselben unterzeichnet und den Plan für gut befunden. Ich glaube, daß die Männer, die ihn unterzeichnet haben, kein Recht haben, nunmehr die Revision zu betreiben. Und wenn die eine Seite A macht, kann die andere Seite B machen und ihr Nein verwirklichen. Die Regierung erklärt, als ob überhaupt nichts vorgefallen wäre, der Plan habe eben nicht erfüllt, was man [*sich*] von ihm versprochen hat. Was haben sachverständige Kapazitäten in der deutschen Wirtschaft in den 12 Jahren geleistet, was haben sie der Regierung eingeredet, und was hat die Regierung ihnen geglaubt, das wissen wir genau. Zum dritten Male versucht die Regierung, die Finanznot ihres Volkes zu streichen, die Wirtschaft zu heben und die Kapitalnot zu beseitigen. Am 14. September [5] sagte man uns, ein Zusammengehen mit uns sei nicht möglich, weil der Unterschied der Gedanken nicht nur im Young-Plan, sondern auch in Versailles begründet wäre. Es gibt ohne Revision keine Sanierung, der Gedanke einer Sanierung ist einfach absurd, und Sie sehen es ja selbst. Wir behaupten: keine Sanierung, bevor nicht Revision eintritt. Herr Brüning sagt, wenn wir vollständig geordnete Verhältnisse haben, ist es möglich, dem Auslande mit neuen Plänen entgegenzutreten, mit neuen Plänen gegen Frankreich, England und Amerika [6]. Der Mensch lacht, die Regierung nimmt das ernst. Es ist eine solche Auffassung für den Menschenverstand unfaßbar. Man braucht nicht zu warten bis 1931, seit 7 Jahren lebt man von Anleihen von ausländischem Geld [*sic!*], um die Wirtschaft auf einer noch lebensfähigen Basis zu halten. Die Triebkraft der staatserhaltenden Parteien heißt Feigheit und Angst vor uns. Die Frage des Auslandes ist, entweder euer Geld oder euere Kraft. [7] Unsere Methoden werden nicht nur die Abänderung des Young-Planes sein,

---

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Im Zirkus Krone, von etwa 9.15 bis 22.15 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 5.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Adolf Wagner geleitet und mit einer Ansprache zum Thema "Die Tragödie der deutschen Kunst" eröffnet. Danach sprach der NSDAP-Fraktionsvorsitzende im Münchner Stadtrat, Hermann Esser, über den Brand des Münchner Glaspalasts. Anschließend folgte die Rede Hitlers.

3 Vgl. auch VB vom 14./15.6.1931, "Adolf Hitler: 'Das ist die Frage: Entweder euer Geld oder euere Kraft!'".

4 Vgl. Dok. 132, Anm. 3.

5 Vgl. Dok. 1, Anm 5.

6 Vgl. Dok. 25, Anm. 4.

7 Ergänzend berichtet der VB: *"Auch wir werden am Tage unseres Sieges mit einer Notverordnung vor das deutsche Volk treten. Und sie wird lauten:*
Nieder mit eurem Internationalismus in jeder Form, nieder mit eurer Demokratie in jeder Form und nieder und weg mit eurem Pazifismus in jeder Form.

sondern sie wird [*sic!*] das Höllentor von Versailles öffnen und seine Mauern niederreißen. Wir sind bereits auf dem Wege, diese Fragen zu verwirklichen, und dann wird ein Volk aus seiner Not wieder zur neuen Macht, Kraft, Recht und Freiheit gebracht. [8]

15. Juni 1931 Dok. 137
Rede in der NSDAP-Reichsführerschule in München [1]

VB vom 17.6.1931, "Eröffnung der nat.-soz. Reichsführerschule" [2].

Im Gegensatz zu den Unterlassungssünden des alten Staates, im Gegensatz zu den nivellierenden Ergebnissen demokratischer Führungsmethoden entwickelte er [*Hitler*] das Prinzip nationalsozialistischer Führerauslese. Das Ziel dieser Auslese ist die Züchtung eines im Charakter und im Blute hochwertigen Geschlechts von Führern, in denen sich der politische Wille der Nationalsozialisten verkörpern soll.

Mit genau demselben Recht wie die anderen heute werden wir dann dem deutschen Volk unsere Notverordnung geben. Der Tag ist nicht mehr fern. Und wenn die Regierungen heute sagen, wir sind bereits über den Berg, so antworten wir: *Jawohl, wir sind oben und ihr stürzt bereits herunter.*
Der Nationalsozialismus marschiert in rasendem Tempo dem Sieg entgegen. Die Verfassung begleitet uns auf diesem Weg bis zum Tage des Sieges. Dann aber wird die neue Notverordnung zur Behebung unseres Leides und unserer Not uns in die Lage versetzen, nach London und Rom zu gehen und zu erklären, wir fronen nicht mehr. Es ist nicht mehr das alte Deutschland, es steht ein neues da."

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Schwanthalerstraße 68. Im Anschluß an die offizielle Eröffnung der Reichsführerschule der NSDAP, bei der zahlreiche Parteiprominenz anwesend war, und die Begrüßung der 90 am ersten Lehrgang teilnehmenden SA-Führer hielt Hitler die erste Unterrichtsstunde. Im Verlauf der dreiwöchigen Schulung referierte er außerdem zu den Themen "Wesen des Führertums", "Idee der nationalsozialistischen Bewegung, Notwendigkeit der Organisation und der Schaffung und Erziehung des SA-Führerkorps", "Die wirtschaftspolitische Zukunft des deutschen Volkes" sowie "Entstehung, Geschichte und Ziel der NSDAP". Vgl. Polizeibericht vom 12.12.1931, "Über die Führerschulung bei der SA der NSDAP"; BA Potsdam, RMdI, 26096.

2 Zur Eröffnung der Reichsführerschule sowie zum Ablauf des ersten Lehrgangs vgl. Berliner Tageblatt vom 16.6.1931, "Hitlers Kadettenkorps" sowie Kölnische Zeitung vom 17.6.1931, "Die nationalsozialistische Reichsführerschule".

21. Juni 1931 Dok. 138
Rede auf NSDAP-Versammlung in Mühldorf [1]

Masch. Aufzeichnung der Gendarmerie-Hauptstation Mühldorf mit hs. Korrekturen (gez. Naber) vom 22.6.1931; BayHStA München, MInn 81585 [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn ein Volk, ein Staat zusammenbricht, dann sind immer Fehler gemacht worden. Jeder Regierende verwahre sich aber, Fehler gemacht zu haben, und ein jeder führe 1.000 Gründe für seine Maßnahmen an, aber zahlreiche Staaten seien zusammengebrochen, weil Fehler gemacht wurden, und auch gegenwärtig stehe der Zusammenbruch für Millionen vor der Türe. Die Sozialdemokraten haben 1918 die goldene Freiheit versprochen, er wolle aber diese Frage gar nicht nachprüfen, da es ein jeder am eigenen Leibe verspüre. Seine Partei hatte Recht und behalte Recht, was sie schon immer vorausgesagt habe, nämlich, daß die materielle Not das Volk in das Lager der NSDAP treiben werde. Aber auch seine Partei könne den Himmel, der von der Sozialdemokratie 1918 versprochen worden sei, nicht bringen. Das Leben sei schwer, und wenn die Menschen gewisse Grundsätze des Lebens verleugnen, dann gehen sie zugrunde. Das Leid, das den einzelnen treffe, werde die Gesamtheit vernichten. Er sage der Regierung, sie könne dem einzelnen nicht helfen, es sei alles vom Schicksal der Gesamtheit abhängig, das Volksschicksal müsse geändert werden.

Die Strohköpfe von 1918 haben es nicht fertiggebracht, das deutsche Volk zu vernichten, weil der Kern des Volkes gut sei; auch heute sei der gleich gute Kern noch im Volke. Das Leben eines Volkes hänge ab von dem Bodenraum, der ihm zur Verfügung stehe, von der Mutter Erde; das sei der Brunnen, der Lebensnerv. Man könne Neger unter ein kommunistisches System bringen, weil sie da hin passen, nicht aber seine Partei. Dummheit sei heute zum Besitze größter Staatsweisheit geworden, man brauche sich nicht mehr zu schämen, wenn man das Wort dumm sage. Man dürfe die Güte eines Volkes nicht verwechseln mit der Güte seiner Führer. Leider werden die Völker nach ihren Repräsentanten eingeschätzt.

Redner behandelte dann die Ein- u[*nd*] Ausfuhr, die Fortschreitung der technischen Errungenschaften, die Auswanderung der Deutschen, die Abwanderung vom Lande in die Großstadt und kam bei diesem Punkte zu dem Schlusse, daß es in der Großstadt unglaublich viele Leute gebe, die heute gar nicht mehr wissen, wo das Brot herkomme, die sich darüber noch nie Gedanken gemacht haben. Diese Leute schreien, die Grenzen auf, diese schreien um billige Lebensmittel, sie vergessen aber, daß wir auch eine Landwirtschaft, daß wir auch Bauern haben, die leben wollen. Seit 12 Jahren werde in

---

1 In der Gewerbehalle, nach 16.45 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 2.700 Personen teilnahmen, wurde von NSDAP-Bezirksleiter Karl Dörfler geleitet und eröffnet. Etwa 2.000 Personen verfolgten die Rede über Lautsprecher außerhalb der Halle. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Zuvor hatte er auf dem Rennplatz einen Appell von 2.000 SA- und SS-Männer abgenommen.

2 Vgl. auch VB vom 21.6.1931, "Der Schlüssel zur Welt heißt Stahl und Schwert"; Mühldorfer Anzeiger vom 23.6.1931, "Hitlertag - das große Ereignis in Mühldorf".

Deutschland nur mehr eingeführt und die Ausfuhr sei fast ganz vergessen worden; auch sei vergessen worden, daß man zur Einfuhr Geld haben müsse. Der Weltabsatzmarkt habe sich geändert, die Völker, die früher von Deutschland bezogen haben, haben heute keinen Bedarf mehr. Sie produzieren ihren Bedarf selbst, dank der deutschen Ingenieure, die ihnen die Maschinen geliefert und sogar noch aufgestellt haben.

Es sei Wahnsinn, wenn die Regierung sage, das und das müsse abgebaut werden, man vermehrt nur die Arbeitslosenziffer, man könne unter einer solchen Voraussetzung überhaupt nicht regieren, da niemand Arbeit habe. Das Schicksal der Welt heiße Schwert, Stahl und Schwert, nicht Konferenzen und Botschaftereinladungen. Tochtergesellschaften der deutschen Industrie im Auslande seien verwerflich, da sie dem deutschen Arbeiter das Brot wegnehmen; hier helfe der Deutsche selber mit, sich den Ast abzusägen. Von anderer Seite werde der Fünfjahresplan in Rußland [3] gepriesen. Dieser Plan könne schließlich dem Russen Besserung bringen, den deutschen Arbeiter treibe er aber zum Stempeln. Auch der Kommunist schreie am Zahltage nach Brot und nicht nach Theorie.

Nur die Nation werde sich halten können, die die politische Macht besitze, das deutsche Volk sei politisch ohnmächtig, weshalb es auch in die heutige Lage geraten sei. Das Recht sei nur ein ewiges, wenn die Kraft da sei. Zuerst die Liebe zu den eigenen Volksgenossen und dann erst zu den anderen. Den Grundsatz, wenn man geschlagen werde, daß man sich in Liebe beugen solle, [*er*]kenne seine Partei nicht an und könne hier die Bayer[*ische*] Volkspartei sagen, was sie wolle [*sic!*]. Diese Liebe von der Bayer[*ischen*] Volkspartei verwandle sich in öffentliche Gewalt, in grüne Mützen, Maschinengewehre und Gummiknüppel. Darum müsse es heißen, Landgraf werde hart [4]. Dem Volke müsse das Leben gesichert werden, dann brauche man solches nicht. Solange er Uniform vor sich sehe, habe sich aber an der Sache nichts geändert.

Warum komme die Regierung erst jetzt zur Einsicht, daß man sparen müsse, warum weiß man das erst nach 12 Jahren [5]? Warum haben sie nicht schon lange gesagt, sie verzichten auf die Hälfte ihrer Gehälter. Man hätte schon längst mit dem Sparen beginnen sollen. Wenn man diese Notverordnungen [6] etwas oberflächlich ansieht, glaubt man, es seien weise Männer beisammengewesen, bei genauerer Betrachtung komme man aber darauf, daß es früher auch schon so gemacht worden sei, nämlich, wenn die Ausgaben zu groß werden, daß man die Einnahmen anpassen müsse. Es werde aber bald ausgemolken sein, das Melken nütze nichts mehr, da die Kuh keine Milch mehr gebe, mit tausend Notverordnungen sei aus der Kuh nichts mehr herauszubringen, dies um so weniger, wenn man der Kuh auch noch zu wenig Futter gebe.

Aus Mangel an politischer Macht habe Deutschland die Stellung in der Welt eingebüßt. Dies müsse anders werden, der Glaube an die Kraft eines Volkes sei ein großes Gewicht in der Waagschale.

3 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.
4 Zitat aus dem Gedicht "Der Edelacker" von Wilhelm Gerhard.
5 Vgl. Dok. 132, Anm. 7.
6 Vgl. ebenda, Anm. 8 und 9.

Sie sorgen aber (die Regierung), daß der Mensch heruntersinke, sie ziehen den Leuten das Hemd aus [7]. Das mache aber nichts, das Herz ändere sich deshalb nicht, sondern bleibe immer gleich. Mancher Kamerad werde in den Reihen ohnmächtig, weil er heute noch nichts gegessen habe, er verzweifle aber trotz dieser Armut nicht wie die Anhänger der demokratischen Partei, die gewiß nicht arm seien. Er verzweifle deshalb nicht, weil er ein Ziel habe, weil er einen Glauben habe. Lieber würden seine Anhänger sterben als von der demokratischen Partei Geld annehmen.

Die Mehrheit habe noch nie schöpferische Kraft bewiesen, sondern immer nur der einzelne, sie seien Antidemokraten, an Demokratie gehe das Volk zugrunde. Wer regiere denn heute eigentlich? Wenn jemand irgendeinen Gegenstand zum Reparieren hat, so gehe er gewöhnlich zum zuständigen Geschäftsmann, der die Sache auch gelernt hat. Wenn aber der Staatswagen eine Reparatur brauche, so sei dies leicht, den könne jeder regieren. Der Stimmzettel zerstöre die Geschichte, durch den Stimmzettel seien noch nie große Männer hervorgezaubert worden. Man müsse Köpfe haben zum Regieren und nicht eine Mehrheit. Beide vertragen sich nicht zusammen. Wenn der gute Kopf, der Könner siege, werde immer die Mehrheit aufgelöst. Wenn ein Volk einen hohen Wert besitze und so organisiert sei, daß es vom fähigsten Kopfe regiert werde, dann müsse es hoch kommen.

Redner behandelte dann weiters die Bildung und das Anfangsstadium seiner Partei und führte dann weiters aus, die Keimzelle des kommenden Reiches sei schon geborgen gegen alle Waffen der Gewalt und des Terrors. Die Zeitungen können lügen, wie sie lügen wollen, sie werden den Geist, der Geist *seines ganzen Volkes* sein werde, nicht mehr beseitigen. Er habe sich bemüht, jedem diesen Geist zu geben, den Geist, der des deutschen Volkes Kennzeichen sein werde. Das Hemd [8] müsse bekennen, daß es nichts gebe, was sie trennen könne. Dieser Geist sei es, der sie das Leid des Lebens nicht fühlen läßt, der sie [*sic!*] über alles Weh, ja sogar über Gefängnisstrafen hinweghelfe. Seine Bewegung werde weiter und weiter um sich greifen, und es werde die Stunde kommen, wo die Waagschale voll sein und niedersinken werde. [9]

7 Anspielung auf die polizeiliche Anordnung, wonach bei dem am Nachmittag veranstalteten SA-Appell auf der Rennbahn keine einheitliche Kleidung oder Abzeichen getragen werden durften. Vgl. Mühldorfer Anzeiger.

8 Gemeint ist das Braunhemd der SA.

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. Juni 1931 Dok. 139
Schreiben an Magnus von Levetzow [1]

Masch. Ausfertigung vom 25.6.1931 mit hs. Unterschrift; BA/MA, N 239-60.

Sehr verehrter Herr Admiral!

Herzlichen Dank für die freundliche Übersendung Ihrer Darstellung der Seeschlacht an der Doggerbank [2] und für die Widmung. Die Schilderung in ihrer historischen Klarheit und plastischen Lebendigkeit zu lesen, war mir ein wirklicher Genuß. Untermischt wurde er freilich mit der Erbitterung über die alles Maß übersteigende Unfähigkeit und Leichtfertigkeit - um nicht zu sagen Gewissenlosigkeit - unserer damaligen Flottenleitung.

Mit deutschen Grüßen
Ihr sehr ergebener
Adolf Hitler

25. Juni 1931 Dok. 140
Rede auf NSDStB-Versammlung in Erlangen [1]

Masch. Aufzeichnung vom 27.6.1931; Stadtarchiv Erlangen, III 220, H. 1 [2].

Wer die Klagen im heutigen Deutschland vernimmt, möchte fast zu der Auffassung kommen, es gäbe nur eine einzige Not, die uns alle bedrückt und die auf materiellem Gebiete liegt, eine rein äußere und äußerliche Not. Ohne Zweifel bewegt diese äußere und äußerliche Not Millionen unseres Volkes heute vielleicht am allermeisten. Sie ist die Treiberin, die Antreiberin, sie ist die Ursache unseres augenblicklichen innerpolitischen Geschehens und zahlreicher innerpolitischer Handlungen. Gerade in diesen Tagen wurde die Notwendigkeit einer Änderung z. B. der Reparationsverpflichtungen mo-

---

1 Magnus von Levetzow (1871-1939), Konteradmiral a. D., 1889 Eintritt in die Kaiserliche Marine, 1918 Chef des Stabes der Obersten Seekriegsleitung, 1920 Chef der Marinestation der Ostsee, nach Unterstützung des Kapp-Putsches Verabschiedung aus Reichsmarine, 1925-1928 Tätigkeit im Junkers-Konzern, 1928-1932 Politischer Beauftragter Wilhelms II., 1932 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdR (NSDAP), 1933-1935 Polizeipräsident von Berlin.

2 Magnus von Levetzow, Die Seeschlacht an der Doggerbank, Leipzig 1926.

1 Im Kollosseum, gegen 20.30 Uhr. Die öffentliche Versammlung, an der laut Erlanger Tagblatt etwa 1.500 bis 1.600 Personen teilnahmen, wurde von dem Erlanger NSDStB-Funktionär Hobom geleitet und mit einer Ansprache eröffnet. Anschließend sprach Hitler zwei Stunden.

2 Erlanger Neueste Nachrichten vom 26.6.1931, "Hitler spricht in Erlangen"; Erlanger Tagblatt vom 26.6.1931, "Adolf Hitler spricht in einer Erlanger Studenten-Versammlung"; Erlanger Volksblatt vom 27.6.1931, "Hitler-Narkose".

tiviert mit dem Hinweis zum Radikalismus[3]. Also treibend selbst für solche Wandlungen sind in erster Linie nur Ängste vor der Not und ihrer Auswirkung und immer nur Ängste vor äußerlicher Not und der äußerlich gesehenen Auswirkung derselben. Daß es aber darüber hinaus noch eine ganz andere Not gibt, die viel größer ist und die ich als innere Not unseres Volkes bezeichnen möchte, wird zum großen Teil nicht gesehen, zu einem kleinen Teil glatt gestrichen und zum kleinsten Teil zugegeben und zu einem noch kleineren Teil wirklich als das Schwerste empfunden. Wenn ich aber nun eine Überprüfung dessen vornehmen will, was unserer Auffassung nach heute geschehen müßte, dann erscheint es mir zweckmäßig, von der Not auszugehen, die zunächst den Menschen am meisten verständlich ist, weil sie von der großen Masse unseres Volkes unbedingt empfunden wird, jener Masse, die eine gewisse Feinfühligkeit für andere Probleme gar nicht besitzt, jener großen Volksmasse, die vielleicht sogar ihrer inneren rassischen Veranlagung nach nicht empfindsam ist für Nöte seelischer Natur, wohl auch nicht das Verständnis besitzen kann für die Folgen derartiger seelischer Nöte, die überhaupt nur empfindsam ist gegen die Not, die tagtäglich den einzelnen im irdischen Leben trifft, d. h. im Leben, in der Ernährung, in der Kleidung, vielleicht auch noch zu einem kleinen Teil in der Wohnung usw., kurz, an all den rein materiellen Gütern. Es ist aber vielleicht richtig, wenn man gerade von dort ausgeht und von dieser Not aus versucht, unser heutiges Schicksal zu erklären und die Ursache dieses Schicksals zu finden und zu Wegen zu kommen, die vielleicht hinausführen könnten. Wir leiden Not. Wenn wir nun ehrlich sind, müssen wir ohne weiteres zugestehen, daß auch die rein materielle Not unseres Volkes nur relativ gemessen werden kann, daß man sie nicht als eine absolute Not bezeichnen darf, denn es gibt sicherlich zahllose Völker, die mit dem Leben unendlich zufrieden wären, das unser Volk heute als gänzlich unerträglich empfindet. Wenn wir von einer Not sprechen, auch materieller Art, dann können wir ruhig sagen, es ist diese Not nur verständlich, wenn wir den allgemeinen Lebensstandard begreifen, den unser Volk sich im Laufe vieler Jahrzehnte errungen hat, einem Lebensstandard, der zahllose Güter dem einzelnen Menschen vermittelt, die vielleicht an sich nicht absolut notwendig wären und die andere Völker vielleicht auch teilweise gar nicht besitzen. Es besteht die Tatsache, daß unser Volk sich einen gewissen Lebensstandard erworben hat und jedes Abgleiten von diesem Lebensstandard als eine unerträgliche Verschlimmerung betrachtet. Die Berechtigung einer solchen Auffassung können wir nicht leugnen, denn am Ende wird jedes Volk das als absolut notwendig ansehen, was zur Hebung seiner Kraft und Fähigkeit hilft. Der Lebensstandard ist nur das Ergebnis der inneren Fähigkeit, des Erfolges. Dieser Lebensstandard ist uns nicht geschenkt worden, sondern ist das Ergebnis einer dauernden Arbeit, die wir unserem Volk, seinen Fähigkei-

3 Gemeint ist vermutlich die am 23.6.1931 von Reichskanzler Brüning gehaltene Rundfunkrede, in der er das am 20.6.1931 vom amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover vorgeschlagene einjährige internationale Schuldenmoratorium für die alliierten Kriegsanleihen und die deutschen Reparationszahlungen begrüßt hatte. Teildruck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. u. Bearb.: Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler. Bd. 8: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930 - 1933, Berlin 1963, S. 187 ff.

ten, seinem Fleiß, seiner Arbeitsamkeit und so weiter verdanken. Dieser Lebensstandard ist selbstverständlich auch an gewisse Voraussetzungen gebunden gewesen, und zwar Voraussetzungen nicht nur im inneren deutschen Menschen, sondern Voraussetzungen allgemeiner Natur. Ich möchte hier zunächst die gröberen Voraussetzungen heranziehen. Der Lebensstandard des deutschen Volkes war gebunden an gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen, die sich im Laufe einer jahrhundertelangen Entwicklung ergeben haben und die zur größten und konzentriertesten Auswirkung in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg gekommen sind. Wir wissen, Deutschland könnte an sich den Lebensstandard gar nicht aufrecht erhalten, den es besitzt, wenn unser Leben 100%ig angewiesen wäre nur auf die beengten Grenzen unseres eigenen Volkstums. Daß wir überhaupt den Lebensstandard der Vorkriegszeit erreichten konnten, hing damit zusammen, daß wir künstlich die Grenzen unseres beengten Lebensraumes erweitert haben, dergestalt, daß wir uns in eine Wirtschaftsordnung oder ein Wirtschaftssystem eingelebt hatten, das uns die Möglichkeit gab, in Deutschland an gewissen Gütern mehr zu produzieren, als wir selbst brauchen, und vom Überfluß dieser Güter all das Fehlende hereinzuholen, was nicht vorhanden war und doch nötig wurde und ist, d. h. also zunächst eine Unzahl Rohstoffe, die wir überhaupt nicht besitzen und die wir brauchen, wenn wir unseren Lebensstandard aufrecht erhalten wollen, den wir auch messen möchten am Lebensstandard der umliegenden Völker. Eine Unzahl von Rohstoffen besitzt unser Lebensraum nicht, wir müssen sie also erwerben, d. h. mit anderen Worten, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um uns die Kaufmöglichkeit zu verschaffen. Diese Kaufmöglichkeit lag in der Übersteigung einer gewissen Produktion auf gewissem Gebiet, eines Exports und Hereinkaufens der uns fehlenden Rohstoffe aus dem Überfluß dieses Exports. Dazu kamen Lebensmittel, zum Teil notwendiger Natur, zum Teil nicht notwendig, wir empfinden sie aber als notwendig. Wer will auf Kaffee, auf Zucker, auf Tee usw. verzichten. Nun ist es natürlich, daß sich im Laufe einer jahrzehntelangen Entwicklung, die einen Ausgleich geschaffen hat zwischen der überwuchernden Volkszahl und dem gleichbleibenden Lebensraum, daß im Laufe dieser künstlichen Entwicklung, die wir nun genommen haben, sich Voraussetzungen bilden, die allein eine solche Entwicklung gewährleisten konnten, d. h. mit anderen Worten, die Ernährung des deutschen Volkes auf dem Wege war nur denkbar, wenn ganz bestimmte Voraussetzungen vorhanden waren. Fallen diese Voraussetzungen, dann ist dieser Weg der Ernährung undenkbar, denn dieser Weg hat zwangsläufig einen Ernährungsausgleich zwischen Volkszahl und Lebensraum geschaffen, aber einen Ausgleich, der abhängig ist von außen, und zweitens einen Ausgleich, der grenzenlose Gefahren birgt, daß die Volksmasse beim Fehlen dieser Voraussetzungen einer Katastrophe entgegentreiben muß. Die Not war auch früher der stete Begleiter unseres Volkes gewesen und resultiert immer aus dem zu kleinen Lebensraum, aus der zu großen Bevölkerungszahl usw. Immer war eine gewisse Not unsere Begleiterin, und immer zwang uns diese Not zur Aushilfe, immer mußten wir versuchen, den Lebensraum zu erweitern, entweder dadurch, daß wir hinausgingen in die Welt, nämlich daß unser Volk auswanderte. Dieser ganze, sagen wir, An- und Ausgleichs-Prozeß zwischen Volkszahl und Raum hatte etwas für sich. Es konnte zu jeder Zeit irgendein Stocken eintreten, ohne daß es eine Kata-

strophe bedeuten mußte, denn tatsächlich hielt sich die Volkszahl in einem noch erträglichen Verhältnis zur Raumfläche. Wir besitzen heute rund 20 Millionen Menschen, die nur bedingt ernährt werden können. Wir besitzen die Unmöglichkeit, vor allem ohne gewisse Voraussetzungen einen Lebensstandard aufrecht zu erhalten, den wir gewohnt sind. Es fehlen uns bestimmte Materialien, die wir noch brauchen zum Aufbau unseres Lebens, und damit war die Aufrechterhaltung aller Voraussetzungen, die diese rein wirtschaftliche Sicherung unseres Volkes möglich machen konnte, von einer überragenden Wichtigkeit. Sind diese Voraussetzungen nämlich erst beseitigt, dann stehen wir vor der Tatsache, daß ein übervölkerter Volkskessel augenblicklich nicht mehr weiter ernährt werden kann, daß der Lebensstandard nicht aufrecht erhalten werden kann, daß damit der zwangsläufige Abbau des Lebensstandards eintreten muß und daß sich dies nur in Katastrophen vollzieht. Theoretisch könnte man die ganze Nation zu diesem Abbau zu bewegen versuchen, in der Praxis vollzieht sich dieser Abbau in zahllosen Zusammenbrüchen. Die äußeren Voraussetzungen sind nun ganz kurz folgende: Wir sind genauso wie eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten ein Export-Volk geworden. Wir haben Waren exportiert und brauchen notwendigerweise die Absatzmärkte. Es ist notwendig, daß in der Welt ein gewisser Teil Empfangsmarkt bleibt, damit der andere Teil exportieren kann und sich die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel beschaffen kann. Das setzt voraus, daß der Absatzmarkt ziemlich gleich erhalten bleibt, daß er nicht beseitigt wird durch immer zahlreichere Anstürme von Export-Völkern. Leider müssen wir feststellen, daß dies eingetreten ist. Die Absatzmärkte haben sich wesentlich verengt, der Absatz ist immer schwieriger geworden, denn seit dem Kriege sind eine ganze Anzahl von Nationen zu Industrie-Völkern geworden, aus einer Reihe von Gründen, nicht nur aus national-ökonomischen Gesichtspunkten heraus. Wir selbst haben alles getan, durch die dauernde Gründung von Tochtergesellschaften, gewisse Staaten in eine Unabhängigkeit zu bringen. Es ist z. B. nicht gleich, ob in Deutschland eine Lokomotiv-Fabrik für China Lokomotiven fabriziert, oder ob diese Lokomotiven bei der Tochtergesellschaft in Shanghai gemacht werden. Es ist da so, daß das eine für Deutschland eminent wichtig ist, während das andere ein kapitalistisches Interesse besitzen kann, für das deutsche Volk aber schädlich sein muß. Wir sind diesen Weg bis zur letzten Konsequenz gegangen. Es ist ein edler Wettbewerb der weißen Rasse im Gange. Am schärfsten sehen wir diesen Wettbewerb in Rußland, wo sich alles damit befaßt, damit möglichst bald Rußland gänzlich unabhängig von uns wird. In derselben Zeit in der z. B. in Deutschland ein Bundesstaat Textilien exportieren muß, liefert eine andere Industrie die ganzen Maschinen, um langsam in Polen usw. die Fabriken aufzubauen, durch die man selbst dann diese Textilien zu erzeugen vermag. Das Ergebnis sehen wir erst allmählich, aber langsam findet eine Übersättigung der Welt statt, und allmählich wird das, was noch fehlt zur dauernden Ergänzung, von den Industrien der eigenen Länder selbst geleistet werden können, und endlich werden die Völker einsehen, es ist für sie besser, die Rohstoffe selbst zu behalten und an Ort und Stelle zu bearbeiten. Wir leben in einer Zeit, in der alle vernünftig geführten Völker und Staaten versuchen, sich möglichst wirtschaftlich unabhängig vom Ausland zu machen. Nur ein Staat und ein Volk tut das nicht, und das ist unser deutsches. Nun kommen noch weitere Faktoren

hinzu. Nicht nur diese [*sich*] steigernde Industrialisierung, sondern die Zunahme der Konkurrenz um diese Absatzmärkte an sich, und diese Zunahme ist nicht nur etwa für europäische Nationen, sondern vor allem durch das Eintreten Amerikas [*sic!*]. In der Nordamerikanischen Union ist uns der schwerste Konkurrent entstanden, den es geben konnte. Einem Über-120-Millionen-Staat ist es durch die unerhörten Bodenschätze möglich, gigantische Produktionsziffern zu erreichen. Einfach durch den Konsum im eigenen Lande kann Amerika als schwerster Konkurrent jedes andere Land schlagen. Wenn gewisse Industriezweige noch nicht bedroht sind, so ist das deshalb, weil andere Industrien Amerika mehr gewinnen ließen. In eben dem Maße, in dem diese anderen Industrien diese aufschießende amerikanische Industrie nicht mehr beschäftigen können [*sic!*], in demselben Augenblick wird diese Produktion auch auf Gebiete überschreiten, die wir bisher gewissermaßen als Monopol angesehen haben. Es kommt noch ein Faktor hinzu, nämlich die sich ausbreitende bolschewistische Weltanschauung, die langsam vorwärtsschreitende bolschewistische Revolutionierung, der Stoß des Bolschewismus gegen das kapitalistische System, dem wir unsere gesamte Existenz zu verdanken haben. Es gibt Menschen, die mit einem zufriedenen Gefühl zusehen, wie sich diese bolschewistische Welle über Indien ausbreitet und China erfaßt, und die nicht darüber nachdenken, daß der Sieg dieser Weltanschauung die absolute Niedersenkung und Außerlebenssetzung Europas bedeutet. Heute blickt noch ein Staat auf den anderen, daß der andere vorangehen wird und die Katastrophe abhalten wird. Auch heute kann ja diese ganze Bolschewitisierung [*sic!*] auch nur stattfinden mit Hilfe einer arischen Unterstützung, die der Wahnsinn ergibt, der Irrsinn, das Verkennen unserer Lebensnotwendigkeiten und Lebensvoraussetzungen. Wir können also noch einen weiteren Faktor einschieben. Diese langsame Übersättigung der Welt äußert sich gegen die Einfuhrmöglichkeiten, die sich jetzt schon positiv äußert und die sich in kurzer Zeit noch mehr äußern wird, nach der Vollendung des russischen Fünfjahresplanes [4]. Die primitiven Bedürfnisse, die diese Völker dann noch besitzen, können sie tatsächlich mit Hilfe der Industrien, die wir und Amerika aufbauen, befriedigen, und dann wird die Katastrophe noch wesentlich größer werden, als sie schon ist. Diese verschobenen Lebensbedingungen kann man nicht ändern durch irgendeine Notverordnung oder durch das Rezept, das zu allen Zeiten den Staatsleitungen vorgeschwebt hat, nämlich, wenn die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, muß man die Ausgaben drosseln und die Einnahmen zu erhöhen versuchen. Dies hat nie verhindern können, daß am Ende, wenn die allgemeinen Voraussetzungen fehlten, Völker zerbrochen sind. Ich möchte aber nun von diesen allgemeinen Voraussetzungen zu den inneren Voraussetzungen kommen, denn diese äußeren Voraussetzungen, die wir früher als gegeben und gültig ansahen und heute nicht mehr besitzen, sind auch einmal geschaffen worden, sie sind nicht vom Himmel gefallen aufgrund ganz bestimmter innerer Voraussetzungen, und diese sind das wesentlichste. Da möchte ich in ganz groben Zügen skizzieren, wieso diese weiße Rasse sich eine Stellung in der Welt verschaffen konnte, aufgrund derer sie sich einen gewissen Lebensstandard zu leisten vermochte. Es sind gewisse Voraussetzungen gewesen, und ich möchte an die Spitze die allerwichtigste setzen, nämlich den Menschen persönlich. Wenn in der Welt sich in ganz

4 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.

großen Grenzen der Lebensstandard der Völker verfolgen läßt, wenn man ganz große Stufen sieht, kann man unbedingt schließen, daß auch der Wert dieser Menschen ein ganz verschiedener sein mußte. Es wäre nicht denkbar, daß eine gewisse Gruppe von Völkern einen bestimmten Lebensstandard besitzt, der so unendlich verschieden ist von allgemeiner Kultur und Lebensstandard anderer Rassen, wenn nicht hier ein eminenter innerer Unterschied vorhanden wäre. Wir können aus dieser Tatsache allein die Feststellung treffen, der Wert der Völker ist ein verschiedener, ist ein grundverschiedener. Ich kann wohl die Menschheit zählen von 1 bis 1.800 Millionen und jedem einzelnen eine Nummer aufkleben, aber über diese Nummer gilt noch ein zweites, der Wert des einzelnen. Dieser Wert ist der spezifische Wert, er läßt sich in Gruppen zusammenfassen, und es ist feststehend, daß bestimmte Menschen zu allen Zeiten Fähigkeiten in sich hatten, die sie berechtigten und befugten, sich über andere zu erheben, und die auch praktisch ihre Erhebung ermöglichten. Freilich ist eines dabei notwendig, nämlich, daß diese Fähigkeiten auch ausgenützt werden. Es genügt nicht, daß sie da sind, sondern sie müssen ausgenützt werden, und es ist die Frage, haben unsere Vorfahren die Fähigkeiten, die sie besaßen, auch ausgenützt? Ja oder nein. Wenn sie es nicht taten, ist diese Auffassung falsch, taten sie es aber, so ist das die einfachste Erklärung für diese Tatsache, daß bestimmte Völker Herrenvölker sind und andere Nichtherrenvölker, so sehr das auch dem heutigen demokratischen Gedankengang widerspricht. Die Welt war in 2 Arten von Menschen eingeteilt, in Herrenvölker und Nichtherrenvölker, man mag sich dagegen noch so sehr sträuben. Ich komme zum wesentlichsten. Wenn ich behaupte, daß die weiße Rasse an sich den anderen überlegen ist, dann würde diese Behauptung noch längst nicht genügen, den höheren Lebensstandard zu beweisen, wenn nicht diese weiße Rasse in ihrem ganzen Auftreten ihren Herrenstandpunkt durchgesetzt und betont hätte. Denn vergessen wir doch eines nicht: Wenn England Indien entgegentritt vom Standpunkt eines demokratischen Gleichheitsprinzips aus, erworben hat England Indien aus anderen Gedankengängen heraus, und wenn die Engländer von vornherein mit der Anschauung gekommen wären, mit der ihre Nachfahren heute das indische Problem meistern wollen, hätte Indien niemals an [*sic!*] England gehört. Daß diese weiße Rasse Kolonien bekam, das verdankt sie nicht einer früheren Aberkennung ihres überlegenen Herrenstandpunktes, sondern eines Auslegens dieser Überzeugung, der Herr der anderen zu sein. Der heutige Demokrat lehnt eine solche Auffassung ab, aber er lebt zunächst noch von den Folgen dieser Auffassung unserer Ahnen, denn würden diese eine solche Auffassung nicht gehabt haben, würde er nicht auf der Welt sein können. Wir müssen nun aber leider feststellen, daß wir in einer Periode leben, in der diese allgemeinen Voraussetzungen glatt abgeleugnet und beseitigt werden. Ich möchte diese Voraussetzungen noch näher skizzieren. Es sind eine Reihe von wichtigen Grundlagen unseres einstigen Erfolges zu sehen, denen die weiße Rasse ihre Existenz, und zwar ihren heutigen Lebensstandard überhaupt verdankt. Das erste ist die Tatsache ihrer überlegenen Kultur, ihrer Fähigkeiten, ihrer Wesensart an sich, das zweite die Art, in der sie diese Überlegenheit organisatorisch zum Ausdruck brachte. Überall dort, wo wir Organisationen von Menschen finden, die große Leistungen vollbringen, herrscht die Autorität des persönlichen Wertes. Es gibt keine große Leistung auf der Welt, die nicht

unter Anerkennung des Persönlichkeitswertes entstanden wäre. Niemals war Demokratie aufbauend, und nie hat es [*sic!*] überhaupt eine größere Zusammenballung von Menschen gestattet. Es gibt 2 Möglichkeiten: Entweder ich glaube an die Gleichheit aller, ich glaube an die Wesensgleichheit aller Fähigkeiten, des Temperaments, der Einsicht, des Wissens, dann allerdings, wenn ich das anerkenne, dann wäre die Demokratie selbstverständlich richtig, aber dann wäre jede Organisation gar nicht möglich, denn wenn 100 Menschen vollständig gleich veranlagt sind, die gleichen Fähigkeiten besitzen, das gleiche Auffassungsvermögen haben, die gleiche Tatkraft usw., dann ist eine Organisation derselben nicht nötig, denn an sich wird aus der Gleichheit heraus der gleiche Entschluß und die gleiche Tat kommen. Wenn ich von vornherein die Menschen organisiere, so kann das nur den Zweck haben, auseinanderklaffende Leistungen auf eine Linie zu bringen, kann also nur den Zweck haben, daß ich auf verschiedenen Gebieten die Leistungen und Fähigkeiten zusammenfasse. Da steht von vornherein fest, wir haben Menschen mit einer Leistungsfähigkeit nach dieser Richtung, und ich organisiere diese Menschen, indem ich den Fähigkeiten in dieser Richtung die Führung anvertraue, und so bauen wir in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Verwaltung, überhaupt auf allen Gebieten eine Organisation auf, indem wir gleiche Fähigkeiten zusammenholen und den Fähigsten darunter die Führung anvertrauen. Praktisch aber wird die Fähigkeit konstatiert durch die Leistung, d. h. mit anderen Worten, es würde jedes, sagen wir, Feststellen einer Fähigkeit unmöglich sein, wenn nicht die Leistung diese Feststellung treffen würde. Es ist selbstverständlich, daß die Leistung an sich, die in der Persönlichkeit liegt, die erste Feststellung für einen bestimmten Wert ergibt und daß ich auf der Basis sicherer Feststellung eine Organisation der Menschen vorführe und daß ich damit immer wieder dem Allerleistungsfähigsten die Führung gebe. Auf diesem Grundgedanken, nicht erkenntnismäßig, sondern instinktmäßig, war die Organisation unseres völkischen Lebens aufgebaut, und zwar auf allen Gebieten. Auf einem Gebiete, auf dem die Menschen am meisten das Fehlerhafte der Leistungen empfinden, auf dem Gebiete der Wissenschaft, da möchte man diese Gedanken beibehalten, nur auf den anderen Gebieten versucht man sie abzuleugnen. Früher war das die Basis, der Persönlichkeitswert war entscheidend. Die europäischen Völker würden sich nie zu einer Weltherrschaft emporgeschwungen haben, wenn sie nicht in dem dauernden Konkurrenzkampf ihre Kraft gestählt hätten und sich daraus immer eine logische Ordnung der Menschen ergeben hätte, nämlich, daß die Fähigkeiten der Nation nach außen genauso führend sind wie innen die Fähigkeiten der Köpfe. Es kommt noch ein drittes dazu. Dieses Volk und diese europäischen Völker hatten nun bestimmte allgemeine Grundgedanken als Basis ihrer Organisation, und zwar Grundgedanken, die als Grundlagen unerschütterlich waren, z. B. ein aufgebautes Sitten- und Moralgesetz, das irgendwie mündet im Begriff eines überirdischen Wesens, im Gottesbegriff, und daß nun darauf als einer unzerstörbaren Plattform sich alles aufbaute. Die Wirtschaft hat eine bestimmte Grundauffassung, nämlich, daß der Gedanke des Eigentums nicht unsittlich, sondern sittlich sei, ausgehend vom Prinzip der verschiedenen Leistungsfähigkeiten, denn man erkennt wohl logisch, wenn die Fähigkeiten verschieden sind und diese dokumentieren [*sich*] in der verschiedenen Leistung der Menschen, die Gesamtsumme der verschiedenen Leistungen

aber das sog. Nationalvermögen ergibt, daß dann zweckmäßigerweise der Mensch den Teil verwaltet, den er selbst zugesteuert hat, daß es unlogisch ist, ein Nationalvermögen aus verschiedenen Fähigkeiten aufbauen zu lassen, aber die Verwaltung dann nicht so zu gestalten, sondern rein formal nach dem Gesetz irgendeiner Gleichheit zu organisieren, sondern daß es im Gegenteil vernünftig ist, wenn ich angesichts der verschiedenen Leistungen die Verwaltung des aus solchen verschiedenen Leistungen entstandenen Gutes dem Menschen überantworte, der diese Leistung vollbracht hat. Und an diesem Recht des Eigentums, durch Jahrtausende festgelegt, ist gezweifelt worden. Der Umfang dieses Rechtes war verschieden, ursprünglich so, daß man genau unterschied, das was keiner Leistung zuzuschreiben ist, d. h. der Grund und Boden, was frei wächst, das gehört allen, das ist die gemeinsame Basis. Das was der besonderen Leistung ihre Entstehung verdankt, ist Eigentum des einzelnen, eine sittliche Auffassung, die nicht bestritten wurde. Damit weiter. Die im Instinkt wurzelnde Überzeugung des Lebensrechtes einer Menschengemeinschaft gleicher Wesen, das Lebensrecht eines Volkes - und ursprünglich war Volk und Staat stets identisch - das Lebensrecht einer solchen Gemeinschaft ist unbedingt vorhanden, und es ist Pflicht, für dieses Lebensrecht einzutreten, d. h., der Staat ist nicht eine Organisation von Menschen, zu der die einzelnen Stellung nehmen können nach ihrem Belieben, sondern dieser Staat verpflichtet, in den Dienst seiner Erhaltung zu treten, und vor alledem kommt noch, daß durchaus nicht eine allgemeine Rechtsauffassung nur entstanden ist, sondern daß auch eine gewisse Pflichtauffassung abgeleitet werden könnte, und an der Spitze dieser Pflichtauffassung steht, wenn die Notwendigkeit zur Erhaltung des Staates besteht, sich selbst als Opfer einzusetzen, eine Pflicht, die als ruhmvolle Tat in der Erfüllung gepriesen wurde, als größter Idealismus, der aber in Wirklichkeit klarster Realismus ist, denn auf dieser Aufopferung basiert die Ableitung, das Recht des einzelnen. So sehen wir hier eine bewußte Entwicklung der Werte, die nun in unserem arisch-germanischen Volkstum lagen, und sehen eine Auswirkung dieser Werte, eine rücksichtslose Auswertung. Der moderne Mensch kann vielleicht zum Teil keine richtige Einstellung zu unseren Vorfahren gewinnen. Sie waren keine fantastischen Schwärmer, so wenig es heute unsere Bauern sind. Wenn wir diese inneren Voraussetzungen, denen die weiße Rasse ihre Herrschaft heute verdankt, ansehen, müssen wir leider feststellen, daß diese inneren Voraussetzungen fast im Zerbrechen sind. Zunächst die Völker selbst. Nehmen wir das deutsche Volk. Das deutsche Volk hat vielleicht die meisten Fähigkeiten auf fast allen Gebieten. Der Grund liegt darin, daß wir ein rassisch aus den verschiedensten kleinen Teilen zusammengesetztes Volk sind. Sicher ist, daß jede Rasse eine ganz bestimmte Veranlagung besitzt und daß diese ganz bestimmte Veranlagung nicht mehr feststellbar irgendwie ursächlich bedingt ist durch eine solche Rasse-Veranlagung. Es ist ganz sicher, daß bestimmte Rassebestandteile eine Veranlagung besitzen, die wir als eine künstlerisch musikalische usw. bezeichnen, und es ist bestimmt, daß unser Leben ursprünglich in der Linie dieser Veranlagung und Richtung organisiert war, d. h., es war wirklich so, daß die politische Vollmacht auch nur der Teil der Nation besaß, der in dieser Linie wirklich fähig gewesen ist, so daß die Führung der Nation auf politischem Gebiet tatsächlich als die Führung der Kraft angesehen und anerkannt wurde. Jahrhunderte hindurch ist das so gewesen und

wurde dann langsam gestürzt, indem man plötzlich eine neue Idee aufgriff. Es ist natürlich und logisch, daß bei einem Techniker Talent zur Technik vorhanden sein muß und daß ein Mensch, der technisch nicht fähig ist, sich auf dem Gebiet zweckmäßigerweise nicht betätigen wird. Es ist logisch, daß Fähigkeiten zur Musik vorhanden sein müssen, wenn einer Musiker werden will, und daß dort, wo diese Fähigkeiten nicht vorhanden sind, eine Betätigung nicht erfolgen kann. Nur auf einem Gebiet hat man diesen Grundsatz durchbrochen, indem man bestritt, daß es eine absolute politische Fähigkeit gibt. Man ging weiter, man bestritt sogar, daß es Menschen gäbe mit höheren Fähigkeiten auf diesem Gebiet, man sagte, auf diesem Gebiet sind alle Fähigkeiten gleich. Ein Wahnwitz, der nur klar wird, wenn man bedenkt, daß die Notwendigkeit nur bestritten wird, weil ein anderes Volk sich diese Fähigkeit zutraut und ausüben will. Wenn wir heute die Demokratie in das Innere verfolgen, in das Innere, Treibende, in die Wirksamkeit, dann müssen wir feststellen, daß auch dort einzelne Menschen die Treibenden und Leitenden sind, einzelne Menschen, die mit Hilfe der Demokratie die bisherige Führung praktisch beseitigen. Praktisch haben wir das im letzten Prozeß in Rußland gesehen. Dort war die politische Fähigkeit in einer sehr dünnen germanischen Oberschicht, die eine Organisation vornahm, wie sie das Slaventum nicht vornehmen könnte. Man stelle sich vor, die Welt ist von Menschen besiedelt, die keine größere Organisation bilden sollen, die nur aus Familien bestehen, auch das ist denkbar. Es ist natürlich, daß eine solche lose und überhaupt nicht vorhandene Zusammenfassung größerer Menschenmassen größere Leistungen verbietet. Auch wenn größere Fähigkeiten vorhanden wären, müßte an einer solchen Art der Organisation der Besiedelung der Welt die größere Leistung unmöglich werden. Es gibt dann noch eine zweite Besiedelungsmöglichkeit, daß die Menschen sich in größere organische Gebilde zusammenfinden und daß damit auch eine geballte Leistung der Menschen möglich ist, auf zahllosen Gebieten. Das setzt voraus, daß eine führende Rasse die Organisation vornimmt, d. h., daß eine führende Rasse auf einem gewissen Gebiet absolut herrscht und die Menschen zusammenfaßt auf bestimmte anzuerkennende und anerkannte Grundpläne. Nun müssen wir z. B. in Rußland feststellen, daß tatsächlich die Zusammenfassung des Slaventums zu großen Taten immer von anderen vorgenommen wurde, kaum je von Slaven selbst, und daß die größte Zusammenfassung überhaupt nur denkbar wurde auf genau demselben Weg, auf dem sie heute noch stattfindet. Während die frühere germanische Oberschicht eigentlich ziemlich alle Lebensaufgaben erfüllen konnte, kann die heutige jüdische Oberschicht in Rußland nur einen ganz verschwindend kleinen Teil erfüllen, und deshalb muß Rußland immer Anleihen machen bei anderen Völkern. Der Vorgang war zunächst der, daß über dem Umweg der Demokratie, d. h. der blinden und noch blinder gemachten Masse, die bisherige germanische Oberschicht ausgerottet worden ist und eine neue Schicht sich breit gemacht hat. Die alte Führung wurde beseitigt und die jüdische ist an ihre Stelle getreten. Wir sehen in ganz Europa denselben Versuch, über dem Umweg der Demokratie. Vielleicht ist das Wort Oberschicht in diesem Falle falsch, vielleicht kann man sagen, die Schicht, die diese Fähigkeiten besaß, das ist nur ein Teil unseres Volkes gewesen, der diese Fähigkeiten besaß. Wir sehen die Tatsache, daß die Organisation der europäischen Völker und insbesondere die Organisation Deutschlands nunmehr beginnt, einen

ganz anderen Weg zu gehen. Wir verlassen den Weg der bisherigen Organisation unserer Volksmasse, d. h. dieses absolut anerkannte Vorrecht derjenigen, die fähig sind, diese Organisation vorzunehmen, zugunsten eines Gesetzes der Demokratie, d. h., wir begeben uns in einen Kampf, der entscheiden wird, ob eine neue Organisation stattfindet, oder ob über diesem Kampf die alte zerbricht und überhaupt keine neue kommt und sich das Volk auflöst. Wir sehen die Auflösung unseres Volkskörpers nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet des inneren Lebens. Die allerwesentlichsten Grundlagen, auf denen man überhaupt eine Volks-Organisation aufmachen kann, sind erschüttert und umstritten. Ich beginne mit dem ersten. Wo ist z[*ur*] Z[*ei*]t noch eine allgemein anerkannte Wurzel für unsere moralischen und sittlichen Ansichten und Überzeugungen? In derselben Zeit, in der ein Teil der Nation im religiösen Sinne die Quelle seiner moralischen Verfassung sieht, leugnet der andere Teil die Existenz eines Gottes. Millionen von Deutschen gehen an dieser Tatsache vorbei, höchstens mit dem unangenehmen Gefühl, was soll aus den Kirchen werden, wenn die Gottlosigkeit weiter um sich greift. Den wenigsten wird klar, daß es sich um eine absolute Erschütterung handelt. Von was wollen sie eine einheitliche moralische Auffassung ableiten, wenn der eine Teil sagt, wir glauben an Gott, und der andere Teil, wir leugnen Gott. Man würde vielleicht zur Antwort geben, wir schaffen etwas Neues. Ich stelle nur fest, daß wir in der Zeit leben, in der diese einheitliche Auffassung nicht mehr das ist, und das schlimmste ist, daß man sich damit abgefunden hat, daß man, soweit es sich nicht um eine Störung der öffentlichen Ordnung handelt oder um eine Störung der Herrschaft von Parteien, schweigt und niemand etwas dagegen hat. Wir haben nicht mehr den Mut zu sagen, diese Auffassung ist nicht richtig, wir lassen uns nicht erschüttern, diese Auffassung wird zerbrochen werden, wir dulden nicht, daß diese letzte Basis der Moral erschüttert wird. Wir haben die Demokratie. Wir bekennen damit, denn sonst wäre sie sinnlos, daß grundsätzlich die Leistungsfähigkeit der Menschen gleich sein müsse, mit anderen Worten, wir haben ein Gesetz unserer politischen Organisation und Führung, das nur passen würde zum Bolschewismus als Wirtschaftsordnung, denn wenn ich feststelle, daß die Menschen an sich gleich sind, daß alle Fähigkeiten gleich gelagert sind, mit welchem Recht gehe ich dann her und erkläre nun, aber das Ergebnis der Leistung ist verschieden, und dieses verschiedene Ergebnis muß selbstverständlich dem Einfluß des einzelnen unterworfen sein. Wie könnten wir einen Eigentumsbegriff kennen, wenn jeder das gleiche hätte, dieser Eigentumsbegriff würde dann zwecklos sein. Wenn ich auf der einen Seite als politische Basis des gesamten Lebens die absolute Gleichwertigkeit auf jedem Gebiet vertrete und dann einen Eigentumsbegriff festnagle, der von vornherein Abstufungen vorsieht, dann ist das ein Widerspruch in sich und nicht etwa nur unter der Decke vorhanden, der lebt in uns. Millionen sagen, das Privateigentum ist die Basis jeder höheren Kulturentwicklung, und Millionen andere sagen, Privateigentum ist Diebstahl. Wie wollen sie auf einer so zerrissenen grundsätzlichen Auffassung eine Wirtschaft aufbauen. Man kann das nicht tun. Man sage nur nicht, das wird sich erst im Gärungsprozeß entwickeln. In diesem Gärungsprozeß befinden wir uns, aber klar ist, daß dieser Prozeß zu irgendeinem Ergebnis führen muß. Es ist denkbar, daß ein organisatorischer Aufbau von Menschen, wie das Beispiel Rußland zeigt, auch auf Ablehnung

des Begriffes Gott vielleicht auf Jahrhunderte gelingt [*sic!*], aber es ist gänzlich undenkbar, daß eine solche innere Festigung überhaupt möglich ist, wenn ein Teil auch nur an Gott noch glaubt, genauso wie es logisch wäre, wenn die andere Seite sich ebenso unbarmherzig wehrt gegen die Antastung ihrer Auffassung. Eine Auffassung muß dann letzten Endes Sieger sein. Dasselbe gilt vom Privat-Eigentum oder nicht Privat-Eigentum. Sie meinen, daß man [*sich*] auf die Dauer diesen schönen zu dem heutigen Wesen so recht passenden Kompromiß-Standpunkt leisten kann. Wir haben 15 Millionen Menschen, die sagen, Privateigentum ist richtig, und wir haben 15 Millionen Menschen, die sagen Privateigentum ist Diebstahl. Wir haben heute in Wirklichkeit schon keine Justiz mehr, die für sich das moralische Recht einer Entscheidung in Anspruch nehmen könnte, wie könnten Sie einen Mann verurteilen lassen, wegen Diebstahl, wenn es 15 Millionen Menschen gibt, die sagen, Privateigentum ist Diebstahl. Die andere Seite hat kein Recht mehr, wenn sie sich grundsätzlich für irgendeine Auffassung entscheidet. Oder ein Teil von uns ist überzeugt, daß wir als Volk nun eine Zahl von Menschen darstellen, gleicher oder irgendwie annähernder Wesen, und daß wir ein Recht besitzen, diese Gemeinschaft zu erhalten, weil wir in ihr einen besonderen Wertfaktor erblicken. Denen steht gegenüber eine andere Schicht, die erklärt, das alles ist in Wirklichkeit nicht aufrecht zu erhalten, alle Menschen sind gleich, daher ist jede einzelne staatliche Organisation verderblich, daher gibt es das gar nicht, was man mit dem Worte Staat oder Vaterland bezeichnet, es gibt keinen Vaterlandsverrat, im Gegenteil. Was für den einen Vaterland und Staat ist, ist für den anderen der Ausdruck einer schändlichen Organisation und Unterdrückung, damit ist alles, was gegen diese Schändlichkeit verübt wird, recht und notwendig, während der eine in all dem Verbrechen sieht. Wenn in einem Volk Millionen Menschen auf der einen Seite an das Vaterland glauben, Millionen es verdammen, Millionen die Pflicht der Verteidigung anerkennen und die anderen die Pflicht der Zerstörung anerkennen, wenn der Heroismus für Millionen eine höchste Notwendigkeit ist, für die anderen eine Gesinnungslosigkeit, wie wollen Sie von der Aufrechterhaltung dessen sprechen, was in der heutigen Auffassung die Voraussetzung sein soll für unsere Lebenshaltung. Wie wollen Sie von der Aufrechterhaltung eines Staates sprechen, auf zerrissener Grundlage. Das schlimmste scheint mir zu sein, daß dieses große Millionenvolk politisch wirklich so desorganisiert ist, daß seine Führung vom Volk in keiner Weise mehr anerkannt wird als die politische Kraftleitung der Nation. Im Laufe unserer Entwicklung sind wir in den Fehler verfallen zu glauben, daß ein bestimmtes Wissen auf einem bestimmten Gebiet allein schon gleichbedeutend sei mit Führerfähigkeit, mit Volksführungsfähigkeit an sich. Ein Trugschluß schon deshalb, weil es nicht stimmt, sondern weil die andere Seite das nie begreift, eine Führung muß unbedingt auch gefühlsmäßig vom Volk anerkannt werden. Nun glaubt man allerdings, daß die überlegene Bildung unserer derzeitigen Führung allein schon den absoluten Anspruch erfüllt, direkt als Volksführung anerkannt zu werden, und vergißt, daß dieser Anspruch nicht entschieden wird von den Trägern des Volkes allein, sondern von denen, die geführt werden sollen, und vergißt vollständig, daß das, was den Intellektuellen als Führungsbescheinigung dient und auch als genügender Beweis vorkommt, von der breiten Masse nicht verstanden wird. Z. B., wie wollen Sie erwarten, daß ein Mensch, der

gänzlich unmusikalisch und taub ist, die geistig überlegene Führung eines anderen anerkennt, der musikalisch ist, ihm fehlt doch da jede Beurteilung, er kann sich nicht hineindenken, weil ihm das Verständnis fehlt von der Leistung des anderen. Wie wollen Sie von einem Menschen, der ausschließlich körperlich tätig ist, überhaupt erwarten, daß er Verständnis für eine geistige Führung zeigt, er kann es gar nicht, weil seine Fähigkeiten es ihm verbieten, die Überlegenheit des anderen zu verstehen. Unsere gesamte geistige Führung ist auf einem Gebiete zuhause, das die große Masse nicht versteht, das, was sie zu würdigen vermöchte, ist nicht bei der geistigen Führung. Es ist kein Zufall, daß schon um die Jahrhundertwende die Inhaber der geistigen Führung der Nation keinen Einfluß auf die praktische Volksführung ausübten. Sie schreiben eine ungeheure Literatur über das Volk, das Volk nimmt davon gar keine Notiz. Das, was das Volk bewegt, das ist das Gefühl der Kraft, das Gefühl einer Überlegenheit, das sich auf dem Gebiete äußert, auf dem das Fassungsvermögen liegt. Diese Faktoren, die der Masse imponieren, sie heißen, Tatkraft, Entschlossenheit, Mut, Ausdauer usw. Das ist der geistigen Führung gänzlich aus dem Gedächtnis entschwunden, im Laufe der Jahrhundertwende. Das Ergebnis haben wir gesehen. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir ein Volk bilden von eminent wirtschaftlicher Leistung, eminent kultureller Leistung und großer wissenschaftlicher Leistung und eine unter jeder Kritik schlechte, politische Führung haben, und weshalb, weil langsam diese Organisation in Unordnung geraten ist, so daß wir jetzt vor der absoluten Tatsache stehen. Jene inneren Ursachen, die ich eingangs erwähnte, werden mit dazu beitragen, daß wir langsam auch die frühere allgemeine Leistungsfähigkeit verlieren, d. h., unseren Lebensstandard aufgeben müssen, wir sind zerfallen. Wir verzichten auf die Hervorhebung des Begriffes Volk - Rasse - Blut, auf das Werk des einzelnen, wir verzichten auf die Hervorhebung der Kampfesnotwendigkeit, des ewigen Ringens, wir verzichten damit aber auch auf allgemeine Grundsätze des Lebens, auf Grundanschauungen, auf denen das Leben aufgebaut werden könnte, und endlich auf eine logische Führung. Das Ergebnis sehen wir vor uns. Es ist eine allgemeine Wertminderung und Kraftminderung, die sich nicht etwa dadurch zeigt, daß wir augenblicklich keine Waffen besitzen, sondern daß von Jahr zu Jahr die geistige und moralische Waffenfähigkeit der deutschen Nation nachläßt, und das ist das entsetzliche. Nicht daß wir Mangel an Maschinengewehren, an Munition usw. haben, sondern daß ersichtlich die innere geistige Waffenfähigkeit dahinsiecht und endlich überhaupt aufhören wird, und da tritt der Nationalsozialismus in die deutsche Nation hinein und versucht bewußt, auf einer Reihe von Gebieten einen Wandel dadurch herbeizuführen, daß er wieder zum ursprünglichen Denken zurückkehrt. Das, was früher der Instinkt befohlen hatte, das soll die Vernunft befehlen. Ich darf mit einer Feststellung beginnen: Wenn unsere politischen Gegner kommen und sagen, können sie damit denn die allgemeine Not jetzt meistern, den Lebensstandard heben und gerade das zu [*sic!*] beseitigen, was das Volk heute am meisten bedrückt, dann müssen wir zur Antwort geben, jede Not wird empfunden aus der allgemeinen weltanschaulichen, geistigen, sittlichen, moralischen Veranlagung eines Volkes heraus. Wenn ein Volk erzogen wird, seine ganze Lebensaufgabe nur im Materiellen zu sehen, in der Beschaffung materieller Güter, seinen ganzen Lebenszweck nur im Ausleben zu sehen, wenn der Egoismus ganz offiziell zum Regenten des Lebens

proklamiert wird, wenn man nichts anderes hört als Rationalismus usw., wenn die einen das religiöse Ideal einreißen, andere politische Ideale beseitigen usw., wenn überhaupt die Gedanken des Ideals schon zu Felde ziehen [*sic!*], dann darf man sich nicht wundern, wenn in einer solchen Entwicklung das Volk langsam abgestumpft wird für das materielle Leben, das Volk wird zu einer fast tierischen Auffassung abgestumpft. Alles wird nur mehr unter einer bestimmten Perspektive besehen, durch eine Brille beguckt. Man rottet auf allen Gebieten aus, was der Idealismus sieht, und wundert sich endlich, wenn das Volk selbst in seinen gesamten Ansprüchen immer mehr und mehr zur tierischen Auffassung zurückkehrt. Wenn mir daher die politischen Gegner vorhalten werden, werden Sie die Not beseitigen können, dann muß ich ihnen zunächst eines zur Antwort geben. Man kann diese heutige Katastrophe auf 2 Wegen beheben. Man kann sie beheben, indem man wirklich zu einer Übersteigung der Fähigkeiten noch einmal das nötige Materielle herbeischafft, vorausgesetzt, daß alles andere dazu genügt, aber auch dadurch, daß man durch eine Sinneswandlung dieses Volkes den Wert dieses Materiellen heruntersenkt, daß man es nicht mehr als das Ausschlaggebende hinstellt, und ich behaupte, daß ein Volk, wenn es überhaupt zu materiellen Gütern kommen will, erst lernen muß, den Wert des rein Materiellen bis zu einem gewissen Grade als nicht allein wesentlich anzusehen. Erst wenn dies so ist, wird ein solches Volk der Not wesentlich gewaffneter [*sic!*] gegenübertreten. Ich weiß, daß der politische Gegner das bestreitet. Ich möchte noch eines feststellen. Nehmen Sie 100 Arbeiter unserer Sturmabteilung und prüfen Sie ihr Leben, und Sie werden sehen, daß es genau so bitter ist wie das Leben eines anderen Menschen. Darüber hinaus, es ist noch bitterer, denn sie werden wegen ihrer Gesinnung verfolgt und ihrer Existenz beraubt. Sie müssen zu den normalen Opfern noch eine Unzahl Opfer bringen, Tag für Tag, nicht nur etwa Einsatz des Lebens, denn es ist bemerkenswert, daß der Materialist für das Opfer des Lebens kein Verständnis aufbringt. Ja, 100.000.- RM Kriegsanleihe zu verlieren ist entsetzlich, sein Leben hinzugeben ist natürlich, das ist leichter in den Augen des Materialisten. Ich darf nur eines betonen, daß der junge Nationalsozialist mehr Opfer zu bringen hat als der andere, und trotzdem, nehmen Sie 100 Menschen der demokratischen Partei und 100 aus diesen Abteilungen, und prüfen Sie dann diese beiden Teile nach ihrem Optimismus und nach ihrer inneren Selbstzufriedenheit, und dann werden Sie eines feststellen, daß von diesen 100 Nationalsozialisten 90 leichter das Leben geben, als von den anderen nur einen Bruchteil ihres Vermögens opfern würde [*sic!*], da auf der anderen Seite der Idealismus die Nöte des Lebens viel leichter ertragen läßt. Wie oft erlebe ich es, daß in meinen Versammlungen irgendein SA-Mann ohnmächtig wird und umfällt. Man denke sich nur, daß dieser arme Teufel vielleicht seit 12 Stunden keinen Bissen mehr gegessen hat, daß er vielleicht, bloß um die Fahrt zu bezahlen, auf sein Abendbrot verzichten muß. Man vergißt, daß der Mann das als eine Selbstverständlichkeit auffaßt, daß er darüber sich nicht grämt und daß derselbe Mensch tausendmal unglücklicher ist, wenn seiner Bewegung ein Leid zustößt. Er hat ein Ideal bekommen, das ihn führt und das ihn emporhebt und das ihn das andere mehr oder weniger geringer einschätzen läßt. Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland über 150 Jahre lang einen Riesenkampf ausfocht. Dieses Volk, das Sie heute sehen als eine Sammlung von Materialisten, denen

man einreden will, daß es nur egoistische Ziele gäbe auf der Welt, dieses Volk hat vor 150 Jahren im großen Bestandteil Haus und Hof verlassen, wenn es sich um einen Angriff auf sein Ideal gehandelt hat. Das ist die allererste größere Umwandlung, die ein Volk in sich vornehmen muß, wenn es überhaupt wieder emporsteigen will. Wenn die Menschen in der rein äußerlichen Not allein das Entscheidende sehen und darüber verzagen, dann ist mit einer Zukunft nicht mehr zu rechnen. Wenn diese äußere Not zu einer inneren Umwandlung, zu einem Insichgehen führt, wenn diese äußere Not zur Bildung eines neuen Ideals führt, dann wird dieses Ideal die Not eines Tages überwinden, denn dann wird aus diesem Ideal die Kraft kommen, einmal auch wieder die realen Voraussetzungen für das Leben zu schaffen, denn am Ende, meine lieben Volksgenossen, täuschen wir uns darüber nicht, durch Kraft hat der weiße Mensch sich seine Lebensstellung erobert und durch demokratisch-bolschewistische Schritte kann er sie sich nicht halten und bewahren. Wenn unser Volk und die anderen Völker wieder zu einer Lebensbehauptung kommen wollen, dann müssen sie sich zu einer inneren Kraft durchringen, den Menschen wirklich so auswirken zu lassen, wie er sich mit Recht auswirken kann, denn wenn überhaupt Vernunft als ein Gesetz der Menschenordnung gilt, dann kann ich nur sagen, daß die fähigsten Menschen tatsächlich dieses Regelungsrecht besitzen und nicht die unfähigen, daß die höheren Rassen dieses Organisationsrecht auf der Welt besitzen und nicht die unterwürfigen, daß nicht Völker-Demokratie im großen und einzelnen ein duldiges [*sic!*] Gesetz sein kann, daß es am Ende ein Recht gibt, das einfach in der Qualität liegt, daß die Qualität das Recht billigt und daß auch der Untermensch nicht glücklich werden würde, wenn nicht der andere seine Organisation in die Hand nimmt. Man redet soviel von Freiheit, nehmen Sie den Weg und sehen Sie 100 Jahre darnach wieder in Ihr Land, Sie würden nichts mehr von Freiheit sehen. Nein, das was auf der Welt wirklich zum Herren bestimmt, aufgrund der inneren Veranlagung, hat damit auch das Recht, dieses Herrenrecht auszuüben, nicht im Sinne einer Unterdrükkung oder Ausbeutung, sondern im Sinne einer überlegenen Organisation der Menschen, nach ihrer Fähigkeit und ihren angeborenen Qualitäten. Das ist ein natürliches Recht, ja wir können weiterhin sagen, die zum Herrenrecht geborenen Rassen haben die Pflicht, eine Organisation der Menschheit herbeizuführen, die logisch und vernünftig ist, nicht eine Ausbeutung und Unterdrückung. Wenn auch das deutsche Volk diese Auffassung ableugnet, dann soll es sich nicht beklagen, denn wer das moralische Herrenrecht aufgibt, hat kein Recht an ein materielles Herrenleben. Das materielle Herrenleben ist nur dann moralisch gerechtfertigt, wenn es seine tiefste Begründung in einem moralischen Herren-Sinne hat, und es muß eine junge Bewegung kommen, die ein solches Volk wie das deutsche aus dieser Verzagtheit, aus dieser inneren Verzweiflung wieder herausreißt und zunächst eine Organisation politischer Natur durchführt, die ebenso zweckmäßig ist wie die wirtschaftliche Organisation, zum Teil noch als eine zweckmäßigere angesehen werden kann. Ich sage zum Teil. Wann ist die politische Organisation nicht zweckmäßig? Wenn die Führung der Nation auf politischem Gebiet [*nicht*] in den Händen derer liegt, die auf dem Gebiet wirklich Fähigkeiten und Veranlagung besitzen. Und wie zeigt diese Fähigkeit und Veranlagung sich? Dadurch, daß eine Zeit ein politisches Kampfideal aufstellt und nun der Lebenskampf die Menschen aussucht, die für

dieses Ideal an sich geeignet sind. Wir haben ein Volk und haben in diesem Volk die Fähigkeiten auf allen Gebieten, aber diese Fähigkeiten werden dauernd zerstreut. Nehmen wir an, der der irgendwie technisch veranlagt ist, wird Ingenieur, der kaufmännisch veranlagt ist, wird Kaufmann, und es werden die meisten das, in welchem Sinne sie irgendwie veranlagt sind, dauernd wird eine bestimmte Saite angeschlagen, und es melden sich aus dem Volk heraus dauernd die Menschen, die diese Veranlagung besitzen. Überall findet eine Auslese statt, die den Menschen herauszieht aus dem Volk. Nur auf einem Gebiet hat man diese Art von Auslese vollständig vergessen. Man bildet sich ein, daß technisches Wissen usw. gleichbedeutend sei mit politischer Führerfähigkeit und hat sich darin unendlich getäuscht. Wir können generell wohl eines sagen: Politisch zur Führung ist bestimmt der Teil der Nation, der einen Teil des Heroismuses besitzt, der zu allen Zeiten die Voraussetzungen besitzt [*sic!*]. Sie müssen an ein Volk den Appell gehen lassen, daß man diese Menschen sammelt, die diese Fähigkeiten besitzen, so daß sich eine neue Führungsschicht bildet, genauso wie sie andere Bildungsschichten auch besitzen. Was heißt nun das? Wenn Sie heute ein Programm verkünden, das lautet, diese Partei vertritt die Wirtschaftsbelange, so werden alle die kommen, die in den Wirtschaftsbelangen das Um und Auf und das Wesentliche ihres Lebenszweckes und ihrer Arbeit erkennen und ansehen. Wenn Sie eine Partei bilden, die sagt, wir lehnen jeden Kampf ab, wenn Sie eine Partei bilden, die den Pazifismus auf ihre Fahnen schreibt, dann werden alle die Menschen kommen, die sich unter diesen Fahnen wohlfühlen, wenn Sie einen Appell an die Menschheit erlassen, der ganz gemein ist, der meinetwegen auf die primitivste Habsucht eingestellt ist, dann werden sämtliche Diebe kommen, und wenn Sie umgekehrt einen Appell an ein Volk richten, der Opfer fordert, der Selbstaufgabe, wenn notwendig, des eigenen Lebens, fordert, werden alle die Menschen kommen, die diese Fähigkeiten besitzen, und dann werden Sie mit einem solchen Appell aus der Masse eines führungslos gewordenen Volkes zwangsläufig gekommene Führung wieder herausziehen [*sic!*]. Wie heißt nun aber dieser Appell? Er heißt zunächst, es wird eine Organisation gebildet, deren Menschen sich vollständig lossagen von der bisherigen Art der Erwägung des einzelnen, die von vornherein erklären, jawohl, auf wirtschaftlichem Gebiete ist entschieden, die wirtschaftliche Leistung, [*aber*] auf politischem Gebiete gibt die wirtschaftliche Leistung nicht den geringsten Grad- oder Wertmesser ab. Hier sind ganz andere Tugenden. Diese Tugend hat der ganz kleine Frontsoldat, der sich totschießen läßt, weit mehr als ein großer Fabrikbesitzer, der ein solches Aufopfern seines eigenen Ichs vermeidet und ihm aus dem Wege gehen wird. Für die Feigen ist der Fabrikbesitzer der richtige, aber für die politische Führung der Nation ist der andere der richtige. Die politische Führung hat daher den politischen Kampf zu führen und den Menschen nicht zu messen nach seiner wirtschaftlichen Stellung, sie kann nicht sagen, das ist ein Beamter, das ist ein Ingenieur, das ist nur ein Arbeiter oder bloß ein Bauer, nein, da hat das alles nichts zu sagen. Der Appell muß lauten: Es wird eine Organisation von Deutschen gebildet, die von vornherein im einzelnen Menschen nicht das Wesentliche sehen, in der Haltung des einzelnen Menschen nicht das Notwendige sehen, die das Wesentliche sehen in der Erhaltung des Volksgutes. Heute bist du Gelehrter, deine Vorfahren waren vielleicht Bauern, deine Nachkommen

werden vielleicht einmal Arbeiter sein, das alles spielt hier keine Rolle. Solange wird dieser Brunnen Kräfte geben, solange er selbst nicht versiegt, solange er selbst erhalten bleibt, und dieser Brunnen heißt Volkskraft und Volksgesundheit, und nicht nur Gesundheit einer Klasse oder einer Volksschicht, sondern Gesamtgesundheit des ganzen deutschen Volkes. Daher kann in diese Bewegung auch keiner kommen und sagen, ich bin Bürger, nein, solange du das sein willst, kannst du nicht kommen, keiner kann kommen und sagen, ich bin Beamter der Gehaltsklasse 7, nein, du bist hier Deutscher, und damit richtet sie einen so fanatischen, einseitigen Appell an das Volk, das nur bestimmte Menschen darauf reagieren werden, alle, die in irgendeiner Stunde ihre sonstigen Vorurteile, ihre anerzogenen Auffassungen über Lebensstellung, Stand, Beruf oder Klasse überwinden können und überwunden haben, Menschen, die in irgendeiner Stunde diesen ganzen Plunder erkennen, die sehen, eigentlich ist das geradezu lächerlich, was wir sehen ist so vergänglich, was bleibt davon, wenn wir als Volk in der Gesamtheit zugrundegehen. Was habe ich für eine Stellung, wenn das Volk in seiner Gesamtheit vergeht, was bin ich allein? Lächerlich! Gar nichts. Der Appell dieser Bewegung heißt eigentlich, wenn ich ihn ganz vereinfache, nichts anderes als: Volksgenossen, die ihr Männer sein wollt, ihr seid uns willkommen und ihr müßt in diese Bewegung eintreten. Ich sage Männer, was heißt das? Es gab eine Zeit, da waren wir auf Leben und Tod verstrickt. Da hat man persönlich über die sog. Lebensstellungen und wirtschaftlichen Stellungen und Berufe, die bis dorthin zu der äußeren bürgerlichen Welt des Menschen gehörten, einen ganz anderen Wert entdeckt, da hat man gesehen, wie ein Schlossergeselle in der Stunde, in der der letzte Appell erfolgte, eigentlich doch kein P[*r*]o[*l*]et mehr gewesen ist und kein Schlosser mehr war, sondern wie in dem Augenblick plötzlich sich dieser namenlose Schlosser zu einem Manne umgewandelt hat. Da gab es eine Stunde, in der man sah, wie alles andere wegschmolz, wie gar nichts mehr übrig blieb als das, was das Leben bisher verdeckt hat, man konnte erkennen, unser Volk hat neben Überprofessoren, Überwissenschaftlern usw. noch etwas ganz anderes, es hat 8 Millionen Männer [5], die in der kritischen Stunde ihren Mann gestanden haben und die damit eine Qualität aufbahnten [*sic!*], und was kann allein die Führung eines Volkes, die in der letzten Konsequenz die Organisation des letzten Krafteinsatzes bedeutet, berechtigen, wenn nicht die beste Auslese aus dieser Mannbarkeit der Nation. Wenn daher eine neue Bewegung zu einer neuen Organisation unseres Lebens kommen will, dann muß sie zunächst zwangsläufig aus dieser durcheinandergeschütteten Masse Menschen die überlegenen Qualitäten herausholen, sie muß die Masse herausholen, die fähig und reif ist zur Führung der Nation, weil sie den Heroismus in sich am meisten verkörpert. Es findet dann eine neue Sortierung statt, die wirtschaftliche Sortierung des Menschen, die dauernd stattfindet, wird ergänzt. Auch hier werden nur bestimmte Werte festgestellt, durch Aufrufe und durch freiwillige Meldung festgestellt und zusammengefaßt, und diese Zusammenfassung wird einmal das neue Bürgertum sein, nicht in bisherigem Sinne, sondern in rein politischem Führungssinne. Es wird die neue Führung der Nation sein, hart, unbarmherzig, rücksichtslos, wenn nötig, aber erfüllt von einer unbedingten Hingabe an das Große, und erst wenn das Eisengerippe wieder eingezogen ist, dann wird das

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 6.

deutsche Volk im Besitz einer Führung auch selbst wieder ein schlagfertiger Körper werden, und dann muß der zweite Ruf sofort laut werden, wir sind nicht nur Kämpfer für unseren Volkswert, für den Blutswert unserer Gemeinschaft, sondern Kämpfer für eine logische Organisation des politischen Lebens, d. h., wir bekunden feierlich, wir lehnen die Demokratie ab und setzen an ihre Stelle bewußt die Autorität des persönlichen Wertes. Gewiß, wir werden damit dem ganzen Zeitgeist einen Kampf ansagen und die ganze Zeit als Kämpfer gegen uns haben, aber wir wissen auch, daß wenn ein Volk von an sich großen Qualitäten sein Leben so organisiert, daß an jeder Stelle einer, und zwar einer der fähigsten Köpfe die unbedingte Autorität bestimmen [*sic!*] kann, daß ein solches Volk kraft dieser inneren Organisation anderen Völkern überlegen sein wird und muß und auch die Folge dieser Überlegenheit eines Tages wieder eintreten wird. Drittens, wir erklären diesen Kampfruf weiter, daß diese Organisation jeden Gedanken an eine allein durch Vernunft zu erfolgende Regelung der Menschen untereinander ablehnt, von dem Überzeugnis [*sic!*], daß im Volksleben der Wert des Lebens nicht gemessen wird an der Leichtigkeit der Gedanken, der Vernunft überhaupt, sondern am Gewicht des Blutes und des Bluteinsatzes, d. h. an den ersten, schwersten Werten, die ein Volk besitzen kann. Ein Volk, das sich nicht selbst wehrt und verteidigt und sein Lebensrecht verficht, hat kein Recht und keinen Lebensanspruch. Man sage nicht, daß das eine unethische Auffassung ist. Im Gegenteil, gibt es eine höhere Ethik als diese Werte für die bestimmt anzusehen, die sie dank ihrer umfassenden Gesundheit, ihrer unbedingten Kraft und auch geistigen Überlegenheit am meisten verdienen? Ich glaube nicht, daß es ethischer ist zu meinen, daß die Erde den Schwachen gehört. So wie im einzelnen Bürgerleben sich kein Richter findet, wo auch kein Kläger ist, so auch im Völkerleben, nur daß der Richter im Völkerleben das Gottesgericht ist und daß das Volk, das zu feige ist, den Gang zu gehen, von vornherein verzichtet, und ich gestehe feierlich, daß es die Aufgabe dieser Bewegung ist, das deutsche Volk zu dem Mut zu erziehen, auch dieses Gottesgericht jederzeit auf sich zu nehmen, in der Erkenntnis, daß die Freiheit niemals kommt, außer sie ist verdient, und das Verdienen der Freiheit findet immer statt, und die große Waage der Weltgeschichte heißt Kampf und immer Kampf. Indem wir aber so eine Anzahl heroischer Proklamationen erlassen und nun Menschen bekommen dieses fanatischen Willens, glauben wir, daß diese Bewegung auch einmal allein berufen sein kann, den inneren Zwiespalt zu überwinden, denn auch dazu gehört Heroismus und Entschlossenheit. Glauben Sie, alle die Grundlagen, die unser früheres Leben ermöglichten, sind nicht gekommen auf dem Wege demokratischer Gleichmacherei usw., sondern auch früher sind diese Grundlagen nur hart geboren worden und unter Schmerzen zur Welt gekommen und mit Schmerzen verteidigt worden, und es wird in der Zukunft nicht anders sein. Wenn mir heute ein Bürger entgegentritt und sagt, wenn das so weiter geht, kommen Extreme an das Ruder und dann ist es aus, was heißt das, das heißt, dann wird die Sache dem Ende entgegengehen, so oder so. Bilde dir ja nicht ein, daß du dieser Zeit entgehen kannst. Du bist der vom Schicksal bestimmte Vorläufer dieser Zeit, du selbst, du Bürger hast diese Zeit eingeleitet. Deine Gedankengänge haben diese Zerrissenheit mit sich gebracht, du bist mit ein Teil der Schuld. Bismarck ist Schrittmacher der Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie ist Schrittmacherin des Bol-

schewismuses, und es ist natürlich, daß sich bei einer solchen Entwicklung am Ende die Frage erhebt, ob die Kraft zu einer anderen Lösung vorhanden ist. Das, was den Bürger verzweifeln läßt, ist für diese Bewegung die große Hoffnung. Die Parteien der Mitte sagen, es bricht alles zusammen, wir erklären, was ihr als Zusammenbruch anseht, ist das Werden einer neuen Zeit. Nur eine Frage ist gegen diese Zeit: Geht diese Zeit aus vom deutschen Volk, d. h. von uns, von unseren Qualitäten, regeln wir unser Leben, halten wir unsere Art, oder sinkt diese Zeit hinüber zu einem anderen Volk, wird der Jude tatsächlich heute der Weltherr, organisiert er sein Leben, wird er in der Zukunft die Völker beherrschen, das ist die große Frage, die entschieden wird, so oder so. Dem kann niemand entgehen, und wenn die Vertreter des schwächsten Regiments glauben, daß ihre Schwäche nunmehr in der letzten Entscheidung vielleicht hindert [*sic!*], das Schicksal aufhalten könnte, dann täuschen sie sich. Sie können es um eine halbes Jahr heben, vielleicht sogar um 1 Jahr, aber die Fragen ballen und häufen sich nur noch mehr an und die nach einer Entscheidung drängende Kraft wird dadurch immer größer. Was heute noch leicht geht, wird in 4-6 Monaten schwerer gehen, und was da noch erträglich ist, wird in 2 Jahren zu Erschütterung führen, aber am Ende wird trotzdem ein neuer Zustand entstehen. Entweder der, den wir ersehnen, oder der, den der Bolschewismus sich erhofft. Da tritt dann an die Schicht des deutschen Volkes, die bisher den Lebenskampf auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst usw. führten [*sic!*], die Pflicht heran, nunmehr sich reif zu machen und teilzunehmen an der politischen Führung der Nation, d. h., die deutsche Jugend muß sich klar werden, wenn die Nation so fortschreitet in ihrer politischen Entwicklung wie jetzt ohne uns, dann nehmen sie ohnehin keinen Anteil mehr, denn dann wird diese politische Führung der Zukunft von denen ausgeübt, die heute in der Roten Fahne [6] ihre Gedanken vertreten, die ihren letzten Zentralsitz in Moskau haben. Dann können Sie Studierende machen, was Sie wollen, Sie werden vielleicht eher noch Torf stechen, als [*daß*] Sie mitreden können in der politischen Führung unserer Nation. Wenn Sie aber wollen, daß die Seite siegt, der auch Sie entstammen, dann müssen Sie sich reif machen für diese Art der Führung. Was Sie von der Führung erwarten, ist Kraft. Glauben Sie nur nicht, daß das Volk in seiner großen Zahl Verständnis hat für alle die Begriffe, die man dem deutschen Bürgertum einimpft. Der Schlüssel zum Herzen des Volkes heißt niemals Schwäche, sondern Kraft und Entschlossenheit. Was das Volk nie verträgt, ist Unsicherheit, Schwäche, Feigheit, denn dafür hat auch der primitive Mensch Verständnis. Was Sie wissenschaftlich zu leisten vermögen, können sie nicht abschätzen, was Sie als Mann vorstellen, verstehen auch sie zu würdigen, und daher war es mit das größte, daß das alte Heer einst noch Männer erzog, und zwar so, daß in der kritischen Stunde sich Millionen freudig und frei unterordneten und sich fügten, bis zur Selbstaufgabe des eigenen Lebens. Heute muß das anders vollzogen werden, daher erkläre ich feierlich, keine sog. innere geistige Fortbildung wird dem deutschen Volke die spätere Führung übergeben, denn diese geistige Bildung hat nie aufgehört, hat aber nicht verhindern können, daß unser Volk gefallen ist. Was verhindern kann, daß Sie dereinst in ihrer eigenen Heimat nur als eine Art Spezialisten geduldet werden, ist ausschließlich Ihre politische Eingliederung in die deutsche Nation. Und wenn

6 Parteiorgan der KPD.

1.000mal unsere Gegner darüber spötteln, warten Sie die politischen Kräfte noch ruhig ab. Vor 12 Jahren traten in dieses politische Leben unseres Volkes diese 7 Mann [7], heute sind es weit über eine halbe Million eingeschriebene Mitglieder [8] und ca. 8-9 Millionen Anhänger, und es kommt eines Tages die Stunde, da wird die neue Sortierung unseres deutschen Volkes beendet sein, da wird das politische Schwergewicht [*sic!*] wieder aufgehoben sein, da wird die Zeit kommen, wo man nicht mehr von Ziffern, sondern von Werten reden wird, nicht mehr von Quantitäten, sondern von Qualitäten, dann kommt die Zeit, da die Waagschale in dieser Bewegung niedersinken wird, denn in ihr wird dann sein der hohe Wert des deutschen Volkes.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 3.

8 Im Juni 1931 waren die Mitgliedsnummern der NSDAP bei 550.000 angelangt. Die tatsächliche Mitgliederzahl lag aber niedriger, da durch Austritt freigewordene Nummern nicht wieder neu besetzt wurden. Vgl. Tyrell, Führer, S. 352.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BDC	Berlin Document Center
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GRUSA	Grundsätzliche Anordnungen
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
Nds.	Niedersächsisch
NL	Nachlaß
NSAK	Nationalsozialistisches Automobilkorps
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund

NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
Osaf	Oberste SA-Führung
Pg./Pgg.	Parteigenosse(n)
PND	Politischer Nachrichtendienst (der Polizeidirektion München)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RL	Reichsleitung
RMdI	Reichsministerium des Innern
RuSHA	Rasse- und Siedlungs-Hauptamt
SA	Sturmabteilung
SADV	SA-Dienstvorschrift
SD	Sicherheitsdienst
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
stellv.	stellvertretender
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
VB	Völkischer Beobachter

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Bariéty, Jacques, Le "Plan Briand Kellog de renonciation à la guerre" de 1928. In: Wege in die Zeitgeschichte. Hrsg. v. Jürgen Heideking u. a., Berlin 1989, S. 448-459.

Baumgärtner, Raimund, Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Crabb, Cecil V. Jr., The Doctrines of American Foreign Policy, Baton Rouge (La.) 1982.

Demian, J. A., Historisch-diplomatische Übersicht des Länder- und Volksbestandes der Preussischen Monarchie von dem Jahr 1740 bis 1817, Berlin 1817.

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973.

Emery, Edwin und Michael Emery, The Press in America. An Interpretative History of the Mass Media, Englewood Cliffs (N.J.), [4]1978.

Falter, Jürgen, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

Felice, Renzo de, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), 2., erweit. Aufl., Florenz 1983.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Glashagen, Winfried, Die Reparationspolitik Heinrich Brünings 1930-1931. Studien zum wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Auflösungsphase der Weimarer Republik, 2 Bde., Diss. Bonn 1980.

Gossweiler, Kurt und Alfred Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32. In: Zeitschrift für Geschichtwissenschaft 15 (1967), S. 644-662.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS, Erste Folge, Berlin 1932.

Hammerstein, Kunrat Freiherr von, Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933. In: Frankfurter Hefte 11 (1956), H. 1, S. 11-18.

Heideking, Klaus, Aeropag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Helmreich, Jonathan E., Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy, The Hague 1976.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 548-652.

Hitler, Adolf, Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927.

Holzbach, Heidrun, Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard u. Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jordan, Rudolf, Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Kolb, Eberhard, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

Krause, Thomas, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933, Hamburg 1987.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

Krull, Regine, Die Bielefelder Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie während der Weltwirtschaftskrise. In: 75. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg (1984/85), Bielefeld 1985, S. 189-216.

Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-1939, Chicago 1973.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Löbsack, Wilhelm, Albert Forster. Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Maier-Hartmann, Fritz, Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, München 1938.

Maser, Werner, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Noakes, Jeremy, The Nazi Party in Lower Saxony, 1921-1933, London 1971.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/1, Düsseldorf 1980.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Sanitätsbericht über das deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/18. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums, Bd. 3: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer, Berlin 1934.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989.

Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. 1: Gestalt und Wirklichkeit, Wien 1918, Bd. 2: Welthistorische Perspektiven, München 1922.

Staat und NSDAP 1930-1932. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Band 3, Düsseldorf 1977.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913-1932.

Stennes, Walter, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931.

Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J. (vermutl. 1933).

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Tracey, Donald R., The National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History 8 (1975), S. 23-50.

Tyrell, Albert (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albert, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. u. bearb. von Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler. Bd. 8: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930 - 1933, Berlin 1963.

Vietsch, Eberhard von, Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Koblenz 1958.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volkov, Shulamit, Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990.

Volz, Hans, Daten zur Geschichte der NSDAP, ^{6}Berlin 1936.

Weiler, Heinrich und Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, i. A. der Obersten SA-Führung bearb. von J. K. von Engelbrechten und Hans Volz, Berlin 1937.

Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte, Bd. A-Me, Berlin (Ost) 1985.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 341-362.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932

Teil 2: Juli 1931 – Dezember 1931

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 4. Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann.
Teil 2. Juli 1931 – Dezember 1931. – 1996
ISBN 3-598-22001-4
NE: Hartmann, Christian [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Zahl und Umfang der in Band IV der Edition noch zu veröffentlichenden Dokumente ließen es sinnvoll erscheinen, den noch ausstehenden Zeitraum Juli 1931 bis März 1932 in zwei Teilbänden zu publizieren. Der vorliegende Band deckt den Zeitraum von Juli 1931 bis Dezember 1931 ab. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden, wie zuvor, die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt, außerdem ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Ute Elbracht, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte — München, im Juni 1996

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf die seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet,

1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

2. Juli 1931
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Dok. 1

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2, München 1987, S. 86.

Redetext nicht ermittelt[3].

---

1 Die Reichsführerschule der NSDAP, die am 15.6.1931 in München eröffnet wurde, sollte eine systematische Ausbildung der SA-Führung ermöglichen. Die in der Schwanthalerstraße 68 gelegene und von Kurt Kühme, Major a. D. und nun SA-Gruppenführer, geleitete Institution legte ihren Schwerpunkt auf die weltanschauliche Schulung der Kursteilnehmer, die hier gewöhnlich drei Wochen auf Kosten der Reichsleitung verbrachten. Unter den Lehrkräften befand sich oft die Prominenz der NSDAP; der Unterricht in organisatorischen, praktischen und rechtlichen Fragen, ein ausgedehntes sportliches Begleitprogramm sowie Exkursionen bis nach Italien ergänzten diese Ausbildung. Bis Januar 1932 durchliefen insgesamt 468 SA-Führer in sieben Lehrgängen diese Schulung, wobei es sich nicht nur um die Spitze der SA handelte, sondern um ausgewählte Vertreter einzelner Dienstgradgruppen. Dies verdeutlicht einmal mehr die Absicht dieser Lehrgänge, welche die Qualität der SA-Führung steigern sollten, aber ebenso die politische Loyalität der SA. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee". Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 555 ff. Vermerk der Polizeidirektion München Ref. VI/N o. Nr. vom 15.6.1931; StA München Polizeidirektion 6812. Erfahrungsbericht der RFS. zum 2. Lehrgang vom 5. Juli bis 26. Juli 1931 (NSDAP/RFS Nr. 926/31) vom 5.9.1931; StA München Polizeidirektion 6808. Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931; StA München Polizeidirektion 6812. Ferner Illustrierter Beobachter vom 1.8.1931, "Die Reichsführerschule der N.S.D.A.P. in München" sowie Bd. IV/1, Dok. 108, 137.

2 Vor dem I. Lehrgang (15.6.-4.7.1931). Während des II. Lehrgangs (5.7.-26.7.1931) hielt Hitler Vorträge zu den Themen "Das Wesen des Führertums", "Die wirtschaftspolitische Zukunft des deutschen Volkes", "Die Aufgaben der Organisation, die Erziehung der SA zum verantwortungsbewußten Führerkorps". Genaue Daten oder Mitschriften dieser Reden liegen nicht vor. Vgl. Erfahrungsbericht der RFS. zum 2. Lehrgang vom 5. Juli bis 26. Juli 1931 (NSDAP/RFS Nr. 926/31) vom 5.9.1931; StA München Polizeidirektion 6808.

3 Goebbels schreibt, Hitler habe "über Organisation und Propaganda" gesprochen.

3. Juli 1931 Dok. 2
Rede auf NSDAP-Versammlung in Erlangen[1]

Masch. Aufzeichnung vom 4.7.1931; Stadtarchiv Erlangen, III 220, H. 1[2].

Meine lieben Volksgenossen!

Wir leben in einer Zeit, die recht wenig Erfreuliches mit sich bringt. Unzählige Menschen sind augenblicklich mit ihrem eigenen Schicksal beschäftigt, sind in Anspruch genommen von Not und Sorgen, und es wäre nur zu verständlich, wenn Millionen von einem politischen Redner und Führer nichts anderes erwarten wollten, als daß er auf das eingeht, was sie selbst am schwersten bedrückt. Das sind augenblicklich die wirtschaftlichen Sorgen und Nöte[3], die überall ihre Spuren hinterlassen und die da heißen: Verelendung, Arbeitslosigkeit[4], Zusammenbrüche[5], Armut, Selbstmorde[6], Auswanderungen[7] usw.

---

1 Im Kolosseum, ab 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. An der Versammlung, die von Stadtrat und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Erlangen Alfred Groß geleitet wurde, nahmen etwa 1.400 Personen teil. Bis zum verspäteten Eintreffen Hitlers sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser.
Vgl. auch den Bericht des *Erlanger Volksblatts*: "Dazu kam, daß in der Erlanger SA der Nazi allerhand 'Reibungen' sich ergeben haben. So ist ein großer Teil nicht mehr mit der Art einverstanden, mit der die Hirschmänner aufzutreten belieben. Diese und andere 'Schwulitäten' haben dazu geführt, daß Hitler innerhalb einer Woche zweimal nach Erlangen kam." Wegen dieser Differenzen aber auch wegen der internen Konflikte im NSDStB, die von der Hochschulgruppe Erlangen ausgegangen waren, hatte Hitler bereits am 25.6.1931 auf einer NSDStB-Versammlung in Erlangen gesprochen. Druck: Bd. IV/1, Dok. 140.

2 Vgl. auch Erlanger Nachrichten vom 4.7.1931, "Hitler spricht vor einer Massenversammlung im Kolosseum"; Erlanger Tageblatt vom 4.7.1931, "Adolf Hitler wieder in Erlangen"; Erlanger Volksblatt vom 4.7.1931, "'Bürgerliche Simpel'. Oder: Hitler kann auch keine Besserung versprechen". Lagebericht Nr. 196/II/31 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.10.1931; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 929. Ferner Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1973, S. 154 ff.

3 Zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

4 Im Juli 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 3.989.686 Arbeitslose, im Jahresdurchschnitt 1931 4.519.704 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 11 (1931), Teil II, Nr. 34, S. 685; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 298. Die amtliche Statistik unterscheidet zwischen Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung, bzw. in der Krisenfürsorge, Wohlfahrtserwerbslosen sowie Nichtunterstützten.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

5 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932 (S. 374 f.) verzeichnet für das Jahr 1931 19.254 neue Konkurse und 8.628 neue Vergleichsverfahren; in diesem Jahr wurden 9.409 Konkurse und 7.628 Vergleichsverfahren beendet. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1930 lauten: 15.486 neue und 8.787 beendete Konkurse, 7.178 neue und 6.637 beendete Vergleichsverfahren.

6 1930 wurden im Deutschen Reich 17.880 Fälle von Selbstmord registriert, 1931 18.625. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 43; 1933, S. 45.
Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht. 1931 wurden pro 100.000 Einwoh-

Wir Nationalsozialisten haben diese Entwicklung vorausgesagt zu einer Zeit, da die anderen wirklich noch glaubten, eine schöne Zukunft prophezeien zu dürfen. Ich brauche nur daran erinnern, als vor 1 1/2 Jahren der Young-Plan[8] kam und dieselbe Regierung, die heute zugeben muß, daß ihr Plan zum Gegenteil von dem geführt hat, was sie damals prophezeite, nicht zu überbieten war in Versprechungen. Da war diese Regierung erfüllt von der Überzeugung, daß mit dem Young-Plan eine gewaltige Besserung kommen wird, daß die Arbeitslosigkeit nachlassen wird, daß die Finanznot ein Ende erreichen wird usw[9]. Erinnern Sie sich dieser zahllosen Beschimpfungen, denen wir ausgesetzt waren[10], bloß weil wir sagten, der Young-Plan wird das Gegenteil von dem bringen, was man sich vom Young-Plan verspricht[11]. Wie hat man uns damals heruntergesetzt. Ein Abgeordneter z. B. sagte, nur unreife Rotzjungen wollen gegen

---

ner jährlich über 58 Selbstmorde registriert. Bemerkenswerterweise hat sich diese hohe Selbstmordquote bis Ende der dreißiger Jahre nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie exakt denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 136.

7 Im Jahr 1930 wanderten 37.399 Deutsche aus, 1931 fiel diese Zahl weiter auf 13.644. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 35.
Zur zurückhaltenden Auswanderungspolitik der deutschen Behörden vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

8 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 438 ff.

9 Angesichts der hohen Auslandsverschuldung des Deutschen Reichs wurden von den Verteidigern des Young-Plans auch wirtschaftliche Gründe für dessen Annahme angeführt. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 417 f.

10 Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. I, Frankfurt a. M. 1977, S. 178 ff.

11 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 8), dem als Gesetzentwurf das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" zugrundelag, hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11.1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 422 ff.

den Young-Plan Stellung nehmen. Wir haben die Genugtuung, daß die Regierungen heute gegen diesen Young-Plan Stellung nehmen [12].

Wenn das so ist, wenn wir das getan haben, in einer Zeit, nicht nur einmal, sondern dutzendmal, wenn wir auch zu den Notverordnungen [13] eine Stellung einnahmen, die sich bis jetzt als richtig erwiesen hat, dann kommt es nur deshalb, weil wir über all dem einzelnen Leid und Geschehen niemals das größere Gesamte aus dem Auge verloren haben, weil wir während dieser ganzen Periode des Kampfes unserer Bewegung keine Sekunde den Blick vom Großen abgewendet haben; weder kann uns die sog. Scheinbesserung einer Zeit über die Tragik unseres Schicksals hinwegtäuschen, noch kann uns das Leid Millionen einzelner auch nur um eine Sekunde verzweifeln lassen an dem Endschicksal des deutschen Volkes [*sic!*]. Wir werden weder in einer leichtfertigen Hoffnung vergehen, wenn die Minister eine Notverordnung ausbrüten und sagen, so wird alles gut werden usw., noch können wir in den Schrei derer einstimmen, die vom Schicksal wirklich erfaßt werden. Wir gehen einen eisernen Weg einer grundsätzlichen Erkenntnis, wir legen uns die Frage vor, kann man überhaupt auf dem Wege, der heute beschritten wird, das deutsche Schicksal ändern oder bessern. Ist dieses Schicksal mit so lächerlichen Mitteln wirklich zu beheben, wie sie unsere politischen Gegner anwenden? Wenn unsere Regierungen tun, als hätten sie wunder was geleistet nach einer Notverordnung - wir sagen, es ist nichts Geniales, daß, wenn die Staatseinnahmen mit den Ausgaben sich nicht mehr decken [14], daß dann die Einnahmen erhöht werden müssen und die Ausgaben zu drosseln sind. Diese Weisheit ist uralt, das haben schon die Pharaonen gewußt. Etwas anderes hat die Regierung seit 12 Jahren nicht fertiggebracht. [15] Wir fragen uns nun, weshalb denn trotz dieser Kunst-

---

12 Die Reichsregierung hatte in ihrem Aufruf, mit dem sie die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 6.6.1931 veröffentlichte, u. a. festgestellt: "Die Grenzen dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan [*i. e. Young-Plan*] zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrig erwiesen. Die Erleichterung, die der neue Plan nach der Absicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprach, hat er nicht gebracht." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, München 1932, S. 120 f.
Zusammenfassend zur Reparations- und Wirtschaftspolitik Brünings: Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933. Ed. by Jürgen Baron von Kruedener, New York 1990.

13 Das Kabinett Brüning war im März 1930 ohne Rücksicht auf die im Reichstag bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebildet worden, so daß seine Politik letzten Endes auf die Verordnungsermächtigung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung angewiesen war. Bei dieser Konstellation blieben Konflikte mit dem Reichstag nicht aus, der jedoch seit der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit der Drohung einer weiteren Reichstagsauflösung in Schach gehalten wurde. Betrug die Zahl der Reichstagssitzungen 1930 noch 94, so gingen sie 1931 auf 41 zurück. Dagegen wurden 1930 vom Reichstag 98 Gesetze beschlossen, 1931 nur noch 34, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von 5 im Jahr 1930 auf 44 im Jahr 1931 stieg. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

14 Im Rechnungsjahr 1931/32 wurde für den ordentlichen Haushalt des Deutschen Reichs ein Defizit von 1.690 Millionen RM verzeichnet, für den außerordentlichen Haushalt ein Defizit von 470,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 444. Weitere Daten zur Haushaltslage in Deutschland: Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

15 Obwohl sich das Kabinett Brüning bemühte, durch eine rigorose Sparpolitik für eine ausgeglichene Haushaltsbilanz zu sorgen, stieg der Schuldenstand des Deutschen Reiches von 7.130,7 Millionen RM im

stücke unser Volk eigentlich von Jahr zu Jahr in seiner Existenzmöglichkeit mehr und mehr erschüttert wird. Sie haben nicht das Geringste getan, um diese Frage zu klären, denn sie müssen eines zugeben. Nehmen wir an, wir sind von lauter anständigen Menschen regiert - wir wollen das annehmen, denn das andere würde gesetzlich verboten sein anzunehmen [16]; und wir nehmen weiter an, daß diese anständigen Menschen dauernd das Beste glauben, wir nehmen noch an, daß sie wenigstens das glauben, was sie selbst sagen, wenn sie das nicht glauben würden, dann würde das eine innere Verlogenheit bedeuten; aber so etwas anzunehmen, ist verboten, und wir müssen feststellen, daß das, was sie gesagt haben, nie eingetroffen ist. Wir sehen so unser Volk heute in dem Zustand: Es wird beherrscht, von Zeit zu Zeit bearbeitet usw., das ist nicht anders geworden als früher, es ist bloß schlechter geworden. Dann kam die Periode der Dauerversprechungen von einem Mal zum anderen Mal. Sie sagten immer: Wenn das unterzeichnet ist, wird es besser werden, wird die Not ein Ende haben usw., wenn wir nach Locarno [17] gehen, wird Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden [18], wenn wir den Young-Plan unterzeichnen, wird es besser werden, durch die Notverordnungen wird die Finanznot behoben usw. endlos; man könnte beginnen, von den ersten Verhandlungen bis jetzt, das ist eine endlose Serie von lauter Versprechungen - und was ist gekommen? Ist es nun tatsächlich besser geworden in der ganzen Zeit? Fühlen Sie nicht, daß wir langsam einem Abgrund zutreiben, und zwar in jeder Hinsicht; man sagt, wirtschaftlich wird es besser werden - ist es besser geworden? Man sagt, politisch wird es besser - sehen wir nicht, daß unser ganzes Volk überhaupt zerfällt, daß wir politisch vor den ungeheuersten Erschütterungen stehen, die es überhaupt gibt? Sie haben gesagt, sie wollen uns entgegentreten, und heute klappern sie mit den Zähnen und sagen, wir stehen am Beginn einer neuen Revolution [19]. Was ist eingetreten, von dem, was

---

Haushaltsjahr 1927/28 auf 11.434,0 Millionen RM im Haushaltsjahr 1931/32. Vgl. Heindl, Haushalte, S. 103 ff., 406.

16 Anspielung auf das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, das nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau vom Reichstag verabschiedet worden war. Das Gesetz wurde am 2.6.1927 um zwei Jahre verlängert; am 25.3.1930 wurde ein zweites Gesetz zum Schutze der Republik verabschiedet, das bis zum 31.12.1932 befristet und dessen Strafmaß deutlich herabgesetzt war. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 128 ff., 171 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.; 1927, I, S. 125; 1930, I, S. 91 ff.

17 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

18 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

19 Nach dem spektakulären Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stellte sich die Frage, ob die Führung einer derart erstarkten radikalen Partei auch weiterhin bereit sein würde, sich an die Spielregeln einer demokratischen Verfassung zu halten. So verwies der Reichsminister des Innern Joseph Wirth am 4.4.1931 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt auf das Urteil des Reichsgerichts, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Hitler selbst gab jedoch am 20.6.1931 gegenüber dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, zu erkennen, daß er sich ganz auf die legale Machtübernahme konzentriere. Druck von Wirths Schreibens: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo

sie vorhergesagt haben? Gar nichts. Wir nehmen an, daß es lauter anständige Menschen gewesen sind, dann muß ich sagen, diese Menschen haben die Grundgesetze unseres Lebens überhaupt nicht gesehen und erkannt, denn hätten sie diese gesehen und erkannt, dann hätten sie das nicht prophezeien können, was sie prophezeit haben, dann wäre es unmöglich gewesen, daß sie sich von irgendeiner Notverordnung eine Besserung versprochen hätten. Unser Unheil liegt darin, daß eine Erhaltung der deutschen Nation auf ihrem heutigen Lebensstandard überhaupt unmöglich ist. Entweder sie beseitigen heute gewisse Voraussetzungen, die uns z. Zt. zwangsläufig um diesen Lebensstandard bringen müssen, oder wir werden unseren Lebensstandard aufgeben müssen. Nun ist dieses Wort, man gibt einen Lebensstandard auf, leicht ausgesprochen; in der Praxis handelt es sich aber um einen eminent einschneidenden, ich möchte fast sagen, schmerzvollen Vorgang. Man kann sagen, das deutsche Volk lebt über seine Verhältnisse - ja, ohne Zweifel. Die Ministergehälter sind über unsere Verhältnisse[20], aber das ist eine Erkenntnis, die so lange vollkommen belanglos ist, solange die Herren nicht sagen, wo die Grenze ist, die wir erreichen und nicht überschreiten dürfen. Das müssen sie uns sagen, aber sie können das gar nicht sagen, denn in Wirklichkeit müßte das eine Herabschraubung des Lebensniveaus unseres Volkes bedeuten, und zwar allgemein bedeuten, und da können sie noch nichts sagen, denn sie haben behauptet, indem wir die Revolution machen[21], heben wir Europas Lebensniveau, und darum können sie das Gegenteil nicht sagen. Sie tun nur eines, sie appellieren an das Volk und machen das Volk mitschuldig. Wenn ich so Reden höre von heutigen Regierungs-Inhabern [*sic!*], dann greife ich mich an die Stirn. Wenn etwas Nützliches gemacht wird, dann tritt eine Erscheinung vor das Volk hin und sagt: Wir haben das und das gemacht, und ich habe das gemacht - sehr schön. Wenn es sich aber um die negative Seite handelt, dann sagen sie nicht, ich habe auch was zu sagen, sondern dann heißt es: Unser Volk hat sich übernommen, das Volk muß in sich gehen, das Volk lebt über seine Verhältnisse, dann ist das Volk der schuldige Teil. Weshalb denn das? Sie können die Schuld persönlich nicht auf sich nehmen, weil sie ihr ganzes Handeln verurteilen würden, denn in ihrem Handeln und der

---

Wengst, Düsseldorf 1977, S. 191 f. Ferner Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 231 f.

20 § 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27.3.1930 legte das Amtsgehalt der Reichsminister auf jährlich 36.000 RM fest, zuzüglich eines örtlichen Sonderzuschlags, einer Wohnungsentschädigung von jährlich 3.600 RM, einer Dienstaufwandsentschädigung sowie einer Entschädigung von jährlich 3.600 RM bei Unmöglichkeit der Verlegung des eigenen Hausstands nach dem Sitz der Reichsregierung. Druck: RGBl. 1930, I, S. 96 ff.
Das Kabinett Brüning beschloß am 13.6.1930, die Mittel für Repräsentationszwecke um 20 % zu kürzen; am 26./29.9.1930 stimmte das Kabinett einer Kürzung der Bezüge von Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister um 20 % zu. Diese, für drei Jahre vorgesehene, Kürzung sollte am 1.4.1931 beginnen, wurde aber mit Kabinettsbeschluß vom 24.10.1930 auf den 1.11.1930 vorgezogen. Am 2.6.1931 einigte sich das Kabinett schließlich darauf, diese Gehälter nochmals um 8 % zu reduzieren und sie darüber hinaus der Krisensteuer für die Veranlagten zu unterziehen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilman Koops, Boppard a. Rh. 1982, Bd. 1, S. 198, 457, 470 f., 550; Bd. 2, S. 1170 f. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 und der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931: RGBl. 1930, I, S. 517 ff., hier S. 522 f.; RGBl. 1931, I, S. 279 ff., hier S. 282 f.

21 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Auswertung der Zielsetzung [*sic!*] liegt die kommende Vernichtung der deutschen Nation begründet, und zwar aus folgendem heraus:

Das deutsche Volk ist heute eine angehäufte Menschenmasse auf einem viel zu kleinen Lebensraum. Man hat viele Jahrzehnte hindurch das Volk dauernd mit Gedankengängen gefüttert, von der liberalen als auch marxistischen Seite aus, wie die Weltwirtschaft, die Geschäftsordnung, die Wirtschaftsordnung usw. gemacht wird und hat den Anschein erweckt, als ob aus solchen Gedankengängen heraus sich das Wirtschaftsleben, die Existenz des einzelnen klären oder auch ganz heben würde. Man hat bewußt das Volk von einer Erkenntnis weggezogen, nämlich von der Erkenntnis der unzertrennlichen Verbundenheit eines Volkes mit dem Grund und Boden, mit der Mutter Erde. Beide Richtungen, liberal-bürgerlich und marxistisch, haben Wert darauf gelegt, den einzelnen Menschen die Auffassung einzuimpfen, als könnte er sich ein Leben gestalten, das unabhängig sei vom Grund und Boden. Ein Trugschluß. Der Marxismus sowohl als auch der Liberalismus braucht diese Theorie. Der Marxismus selbst hat ausdrücklich erklärt, mein lieber Prolet, dein Leben ist unabhängig vom Volk als Lebensraum, von der Erde, die deinem Volk zur Verfügung steht, dein Leben ist abhängig von der Konstruktion der Wirtschaft, d. h. also, wenn wir eine kommunistische Wirtschaft haben, dann würdest du im Überfluß leben, und weil wir das nicht besitzen und in einem bürgerlich-kapitalistischen Staat uns befinden, deshalb geht es dir schlecht; mit anderen Worten, man hat bewußt dem einzelnen Mann verschwiegen, daß das Leben sich nicht ergibt aus irgendeiner Wirtschaftsordnung, sondern zunächst aus dem vorhandenen Grundquell alles Lebens, und das ist die Mutter Erde, d. h., im Boden liegt zu einem gewissen und hohen Prozentsatz allein die Lebensmöglichkeit eines Volkes begründet. Wenn ein Volk einen zu beengten Lebensraum hat, d. h., wenn ein Volk gewisse Bodenschätze nicht besitzt, wenn der Boden für seine Ernährung zu beengt ist, dann führt das dazu, und zwar [*zu*] einer bestimmten Not. Es gibt eine Reihe von Abhilfen dabei, aber die Raumnot zwingt, ihre Methoden zu ergreifen, die wir sonst nicht ergreifen würden. Wir erleben das im Völkerleben tausendfältig, wie aus dieser Raumnot unbewußt für den einzelnen sich ein Leben ergibt, das er selbst nicht so gestalten würde.

Die zweite Erkenntnis ist die, daß außer dem Boden selbstverständlich der Mensch der wesentliche Faktor ist - er selbst als Wesen von Fleisch und Blut; d. h., wenn der Marxismus sagt, vom Menschen als Wertfaktor ist es nicht abhängig, sondern nur vom Menschen als Glied einer bestimmten Gesellschaftsordnung, so ist das eine kapitale Lüge. Man muß diese Lüge aussprechen, denn auf ihr basiert das marxistische Gebäude unserer Wertauffassung, die heute regiert. Die Lüge liegt darin, daß in Wirklichkeit die Existenz des Menschen abhängig ist von seiner eigenen Qualität. Ich kann sagen, das deutsche Volk hat 65 Millionen Menschen[22], Afrika hat 200 Millionen Menschen[23], aber ich kann nicht 65 Millionen Afrikaner gleichsetzen mit 65 Millionen Deutschen, ich kann zwar sagen Nr. 1, 2, 3 usw., ich kann zählen bis auf 1.800 Millionen[24], aber außer diesen Ziffern entscheidet der persönliche Wert der Menschen.

22 Nach der Zählung vom 16.6.1925 hatte das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Gesamtbevölkerung von 63.180.649 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

23 Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Einwohnerzahl Afrikas auf 145 Millionen Menschen geschätzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 3*.

24 Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Weltbevölkerung auf 2.023 Millionen Menschen geschätzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1* ff.

Ich kann nicht sagen, die Nr. 1 der Menschheit ist gleich der Nr. 270; nein, ich muß fragen, welcher Art ist der Mensch Nr. 1.

Die beiden Faktoren bestimmen die Lebenshöhe, genau wie im einzelnen Leben die Basis in erster Linie die Qualität des Menschen ist, sein eigener Wert und sein Bewegungsfeld. Damit aber komme ich, sagen wir, zu einer Basis, von der aus ich das Leben eines Volkes zum ersten Mal in seinen Möglichkeiten überhaupt überprüfen kann, indem ich den Menschen selbst nehme und mir die Frage vorlege, kann dieser Mensch aufgrund seiner Qualität, seines Wertes, sich ein bestimmtes höheres Leben schaffen und zimmern, und ich muß bei dieser Prüfung, wenn ich sie am deutschen Volk vornehme, zugeben, jawohl, das ist nicht eine Hypothese, eine Annahme, sondern ist tausendfältig bewiesen. Das, was wir Deutsche heute als Kultur und Lebensstandard besitzen, haben wir selbst aus dem Quell unseres eigenen Volkstums gestaltet und geschaffen. Es ist nicht so, wie wenn ich einem Neger in irgendeiner Mission das Lesen und Schreiben beibringe, da kann ich sagen, der Neger hat die Kultur von anderen in Form einer äußeren Dressur erhalten. Bei uns ist dies aus unserem eigenen Volk herausgewachsen, und es ist das Ergebnis unseres eigenen Grundrechtes [*sic!*], wir selbst haben es geschaffen, dank der Qualität und Höhe unseres Volkstums. Damit zugleich auch die Beantwortung der Frage, ob wir überhaupt fähig wären, in der Zukunft einen Lebensstandard uns zu gestalten, den andere Völker, die wir als erstklassige Völker bezeichnen, haben. Wir müssen diese Frage bejahen. Wir können sagen, es gibt überhaupt vermutlich kein Volk, das aus eigenem heraus sich mit Recht eines besseren Lebenstandards rühmen konnte als unser deutsches Volk, und wer das nicht geglaubt hat, den mußte der Krieg belehren. Unzählige Deutsche sind während des Krieges über die Grenzen gekommen und wenn sie gerecht sind und Vergleiche anstellen zwischen unserem Lebensstandard und dem, was sie in der Fremde sahen, dann müssen sie zugeben, daß es kaum etwas gibt, an dem wir uns schämen müßten [*sic!*], gemessen an dem, was andere Völker haben und produzieren. Und wir haben das zusammengefaßt und bewiesen, in diesem Krieg hat unser Volk eine Leistung vollbracht, die man nicht wegstreifen kann, denn daß wir einer 5fachen Menschenmacht standgehalten haben[25], ist nicht nur ein Gradmesser an Mut,

25 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden folgende Stärkeverhältnisse:

	Einwohnerzahl (in Millionen)	Kriegsstärke des Heeres	Gesamtzahl der Ausgebildeten
Deutschland	67,0	3.823.000	4.900.000
Österreich-Ungarn	51,3	2.500.000	3.034.000
Mittelmächte	118,3	6.323.000	7.934.000
Frankreich	39,6	3.580.000	4.980.000
Rußland	173,3	4.800.000	6.300.000
England	45,3	350.000	1.000.000
Serbien	4,0	300.000	400.000
Montenegro	0,3	40.000	60.000
Entente	262,5	9.070.000	12.740.000

Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930, S. 221.

Tapferkeit und Ausdauer, sondern auch an Leistungsfähigkeit. Was ist das für ein Wunder, daß dieses Volk standhält. Es ist der Beweis für eine innere Güte unseres Volkes, die kein Mensch beseitigen kann, ein Beweis der Kraft. Wenn wir also vom Qualitätswert des deutschen Menschen ausgehen, dann will ich sagen, der Qualitätswert ist nicht zu bestreiten, den haben wir. Wenn trotzdem unser Leben von dauernder Not verfolgt wird und zwar einer Not, die zum Teil in Ernährungssorgen sich ausdrückt[26], deshalb, weil der zweite Faktor viel zu klein und arm ist, um diese Volksmasse selbst bei Verwendung ihrer großen Fähigkeiten mit dem zu versorgen, was sie braucht. 65 Millionen Menschen leben auf 450.000 Quadratkilometer Grund[27]. Dieser Grund ist nicht nur zu arm an Bodenschätzen, die die heutige Industrie als Rohstoffe benötigt[28], mit anderen Worten, der beengte Lebensraum wird uns immer und immer wieder zwingen, nach Abhilfe zu suchen, und, daß unsere ganze heutige Zeit das vollständig übersieht und vergißt, beweist nur, wie oberflächlich wir im Laufe der Jahre geworden sind. Freilich eine Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, die sich aus der Art der Behebung dieser Not in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege erklären läßt, denn die Not war schon immer da. Früher vor 100 Jahren spürten wir sie direkt, d. h., die Not war so groß, daß Jahrzehnte Menschen auswandern mußten. Damals konnte man diese Raumnot nicht bestreiten. Aus dem überflüssigen Volksmaterial haben wir Deutsche mitgeholfen, neue Weltteile zu erschließen und zu besiedeln. Wir waren nicht in der Lage, auf der beengten Raumfläche unser Volk zu ernähren. Wir haben diese Raumnot damals überwunden. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts begann man diese Not mit einer neuen Taktik anzugreifen, man sagte, wir wollen nunmehr keine Menschen mehr exportieren, wir wollen nicht die Volkszahl künstlich vermindern, daß sie an den Raum angepaßt bleibt, sondern wir wollen in der Zukunft unser Volk, das wir sonst nach außen schikken und dort arbeiten lassen, in der Heimat arbeiten lassen und die Produktion dieser Arbeit nach außen schicken. Wir produzieren in Deutschland auf Export, verkaufen und nehmen vom Erlös die fehlenden Rohstoffe herein. Gewiß eine Entwicklung, die sich so natürlich ergeben hat. Hinter den Menschen Kaufmann trat die deutsche Kraft und Macht, das Deutsche Reich. In der Zeit begann Deutschland statt Menschen zu exportieren, Waren zu exportieren[29]. Diese

26 1931 wurden lebende Tiere in einem Gesamtwert von 54,9 Millionen RM nach Deutschland importiert; die entsprechenden deutschen Exporte beliefen sich auf 46,9 Millionen RM. Lebensmittel und Getränke wurden in einem Gesamtwert von 1.969,9 Millionen RM nach Deutschland ein- und in einem Gesamtwert von 359 Millionen RM von Deutschland ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 172.

27 Das Deutsche Reich umfaßte, einschließlich Saargebiet, eine Fläche von 470.682,38 km^2 (Stand: 31.12.1931) und eine Bevölkerung von 63.180.649 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

28 1931 wurden Rohstoffe und halbfertige Waren in einem Gesamtwert von 3.542,8 Millionen RM (50,9% des Gesamteigenhandels) nach Deutschland importiert; die entsprechenden deutschen Exporte beliefen sich auf 2.040,6 Millionen RM (20,2% des Gesamteigenhandels). Fertige Waren wurden in einem Gesamtwert von 1.344,6 Millionen RM nach Deutschland ein- und in einem Gesamtwert von 7.546,8 Millionen RM von Deutschland ausgeführt (19,3%, bzw. 74,6% des Gesamteigenhandels). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 172 ff. Zum deutschen Außenhandel allgemein vgl. Verena Schröter, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

29 Die Exporte des Deutschen Reichs besaßen 1880 einen Gesamtwert von 2.923 Millionen Mark, davon Nahrungsmittel im Wert von 588,4 Millionen Mark. 1913 belief sich der Gesamtexport auf 10.097 Millionen Mark, davon Nahrungsmittel im Wert von 1.001,2 Millionen Mark. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Ma-

Entwicklung hatte einen Vorzug. Wir haben es fertiggebracht, langsam die ganze Volksmasse bei einer dauernden Vermehrung innerhalb unserer Grenzen zu behalten. Wir brauchten keine Menschen mehr hinausschicken [30], Deutschland wurde groß und mächtig, die Volkszahl stellte uns in die Reihen der ersten Nationen hinein, unsere militärische Kraft schien dauernd im Wachsen begriffen, und es gab nicht wenige, die glaubten, wir würden uns auf diesem friedlichen Wege die Welt erobern.

Diesen Vorteilen einer langsam steigenden Wohlhabenheit [31] unseres Volkes standen auch große Nachteile gegenüber, zunächst einige in die Augen springende Nachteile. Unser deutsches Volk hat damit seine Existenz abhängig gemacht von Faktoren, die außerhalb unseres Ermessens liegen, denn wenn wir Handel treiben, wenn wir auf Export produzieren, so heißt das, daß wir uns abhängig machen, vom Empfangsmarkt, wenn diese Kaufmärkte nicht da sind, was dann? Denn die Situation in Deutschland war die: Unter der Voraussetzung bestimmter Verkaufsmöglichkeit häuften wir in Deutschland langsam eine gigantische Menschenzahl an. Was geschieht, wenn die Verkaufsmöglichkeit schwindet? Dann haben wir in Deutschland eine Millionenzahl, zusammengepreßt und auf eine Lebensexistenz eingestellt. Wenn diese Existenz dadurch, daß die Verkaufsmärkte vergehen, in Frage gestellt wird, was dann? Das war die erste Schwäche. Sie trat uns im Laufe des Krieges in der furchtbarsten Weise entgegen. Wir hatten keine Möglichkeit mehr, nach außen zu exportieren und zu importieren. Das Ergebnis war eine steigende Not auf allen Gebieten, die uns zum ersten Male so recht zeigte, wie sehr wir abhängig sind vom Auslande. Das ist, wie gesagt, die eine Schattenseite.

Die zweite ist das Zusammenballen großer Menschenmassen in unseren Groß- und Weltstädten. Wir beginnen einen immer größeren Teil unseres Volkes zu entwurzeln. Wir bauen selbst mit, daß ein neuer Stand entsteht, dem der Begriff Eigentum praktisch unbekannt sein muß. Man kann nicht gut den Eigentumsbegriff als die Basis einer Wirtschaftsordnung auffassen, wenn von vornherein es ungezählten Menschen unmöglich ist, jemals zu einem Eigentum zu gelangen. Wie kann ich erwarten, daß diese Menschen Verfechter eines Gedankens sein werden, der ihnen selbst ewig fremd bleiben wird. Wir haben damit weiter eine ganze Unzahl sonstiger Erkrankungen unseres Volkskörpers in Kauf nehmen müssen. Die Großstadt begann unser Volk zu verpesten, Millionen von Menschen praktisch wertlos zu machen, zu zermürben und sie dann langsam zu einer Gefahr für das übrige flache Land zu entwickeln [*sic!*] [32].

---

terialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, [*Bd. II*], München 1975, S. 85.

30 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II, S. 38 f.

31 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

32 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestal-

Und nun, drittens, die größte Gefahr. In eben dem Maße, in dem wir unser Volk auf Exportwirtschaft umstellen, die Menschen des flachen Landes in die Stadt ziehen, verlieren sie langsam den ganzen Blick für den Boden. Millionen Menschen leben in der Großstadt, ohne sich überhaupt nur einmal den Kopf zu zerbrechen, woher denn eigentlich das Brot kommt. Im Gegenteil, es verhärtet sich der Gedanke immer mehr, daß der Bauer eine Belastung der Nation ist, daß der Agrarier gewissermaßen ein Schönheitsfehler der Nation ist, daß die Bodenbearbeitung ein notwendiges Übel sei. Millionen entfernen sich immer weiter von der Verbundenheit mit der Mutter Erde. Der ganze Betrieb der Stadt nimmt sie gefangen und zerstört die ganze Verbundenheit mit der Erde. Unser Volk beginnt unwirtschaftlich zu denken. Wirtschaft ist die Losung der Zeit, Weltwirtschaft ist die große Parole der Zukunft[33], und da geht eine Unzahl weiterer Schlagwörter einher, Export, Import usw. Ganz und gar vergißt man, daß eine einzige gute Erde mehr wert ist als eine Handelsbilanz und daß eine einzige schwächere Erde durch keine lose Handelsbilanz ausgeglichen werden kann. Man vergißt, daß der Bauer das Fundament ist, auf dem sich alles aufbaut, daß, wenn diese breite Grundmasse zugrunde ginge, wir dann eigentlich ein Riesenkopf wären, aber ohne jedes Fundament. Ich möchte fast sagen, eine Seifenblase, denn was heißt Großstadt? Wir treiben die Menschen in die Großstadt hinein, geben zugleich dem Volk eine demokratische Verfassung, d. h., die Mehrheit entscheidet, der Mensch liebt sein Ich, seine Not und sein Elend. Er brüllt nach Brot, die Demokratie gibt ihm die Möglichkeit, diesen Schrei nach Brot auszustoßen. Also wichtig ist, sagt der Großstädter, daß wir existieren können. Die Lebensmittel importieren wir, sie sind billiger, als wenn wir sie von einem Bauern beziehen, darum Grenzen auf. Die Großstadt wächst, die Grenzen werden von Jahr zu Jahr mehr aufgerissen, immer mehr Bauern gehen dabei zugrunde[34]. Die Großstadtmassen werden noch größer[35], es gehen noch mehr ländliche Betriebe zugrunde. Es kommt die Zeit, da kann der fleißigste Stand, den die ganze Nation besitzt, der Arbeiter, von früh-

---

tung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

33 Als wissenschaftlicher Terminus etablierte sich der Begriff "Weltwirtschaft" zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz zum Begriff der "Volkswirtschaft" definierte man hierunter die Summe der internationalen Handelsbeziehungen im Sinne eines weltumspannenden Austauschsystems und einer gewissen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Dem - im engeren Sinn - neuen Phänomen, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägte, versuchte man im Deutschen Reich u. a. durch die Gründung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (1911) und des Weltwirtschafts-Instituts an der Handelshochschule Leipzig (1924) Rechnung zu tragen. Zum Stand der damaligen Diskussion vgl. z. B. Ernst Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

34 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1931 19.546 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 422.490 ha eingeleitet und 5.765 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 176.662 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 376.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

35 Zur innerdeutschen Migration vgl. Dieter Langewiesche, Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten. Hrsg. von Werner Conze und Ulrich Engelhardt, Stuttgart 1979, S. 70-93.

morgens bis nachts überhaupt nicht mehr existieren, weil er überschuldet ist. Man sagt dann am Ende, daß dieser Stand ungesund ist, deshalb noch mehr die Grenzen auf, und so sehen wir, wie langsam unser ganzes flaches Land entvölkert wird, es kommen immer mehr Industrien, und alles strahlt darüber und sagt: wieder ein neues Stahlwerk, wieder ein neues Textilwerk, alles exportiert, wir erobern uns die Welt, was brauchen wir diese Bauern. Und dann kommt eines Tages die Stunde, da dieser Fimmel aber auch andere Nationen erfaßt, immer mehr Völker wollen exportieren, nun beginnt der Kampf um den Absatzmarkt. Etwas hat man in dieser Zeit ganz vergessen, nicht ein Kaufmann hat die Welt erobert, sondern der Soldat. Dort, wo die Soldaten hinzogen, konnte der Kaufmann hinkommen, und wo die letzte staatliche Gewalt ihr Ende erreicht hat, ist auch der Kaufmann erledigt gewesen, das war zu ewigen Zeiten so. Es kommt die Frage, wenn nun die europäischen Nationen wie England, Frankreich, Italien usw. langsam zu Exportvölkern werden und am Ende die amerikanische Union auch noch hinzutritt, wird dann der Absatzmarkt auch immer größer? Wenn also die Exportvölker sich dauernd vermehren, vermehren sich dann auch die Absatzmärkte? Hier müssen wir leider das Gegenteil feststellen. Die Exportnationen vermehrten sich, die Absatzmärkte sind kleiner geworden, weil sie sich selbst industrialisierten, zum anderen Teil sind sie deshalb kleiner geworden, weil wir Europäer und Amerikaner in diesen früheren Empfangsländern sogenannte Tochtergesellschaften gegründet haben, so daß wir also praktisch überflüssig werden. Dieser Prozeß geht dauernd still vor sich. Er hat seit dem Krieg enorme Fortschritte gemacht, nun beginnt man die Folgen zu spüren. Europa kämpft einen Kampf mit einer unendlichen Senkung aller Gestehungskosten[36] und Preise, um überhaupt noch mitarbeiten zu können, und es kommt ein weiterer Faktor hinzu, nämlich ein Riesengebiet, das zunächst noch nicht vollständig ist, heute Rußland erfaßt, morgen vielleicht China usw., der Bolschewismus tritt entsetzlich hinzu. Wenn wir sagen, verzeihen Sie, ich liefere noch Maschinen; ja, du gedankenloser Narr, du lieferst Maschinen[37] zum Aufbau des Fünfjahresplanes[38], damit später auch nichts mehr dorthin geliefert werden kann. Du handelst genauso geistvoll und überlegt, wie ein Kommunist auf der

36 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

37 Während der Weltwirtschaftskrise, welche die deutsche Industrie schon wegen ihrer Abhängigkeit vom internationalen Handels- und Kapitalmarkt besonders traf, entwickelte sich die Sowjetunion zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Entsprechende Absatzmärkte boten die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans. Dementsprechend stieg der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige von sowjetischen Aufträgen abhing. Gerade im Bereich des deutschen Maschinenbaus gab es Firmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 222 ff.

38 Die sowjetische Führung versuchte seit Mitte der 20er Jahre längerfristige Perspektiven einer wirtschaftlichen Planung zu entwickeln. Im April 1929 wurde ein entsprechender Entwurf der Staatlichen Generalplankommission als 1. Fünfjahresplan für den Zeitraum 1928-1933 verabschiedet. Sein Schwerpunkt lag auf der Produktionsgüterindustrie, insgesamt sollte die Industrieproduktion um 230% erhöht werden. Trotz deutlicher Zuwächse erreichte dieser erste Versuch einer koordinierten wirtschaftlichen Lenkung nicht die vorhergesehenen Ziele, ganz davon abgesehen, daß das industrielle Wachstum mit einem reduzierten Lebensstandard, gesunkenen Reallöhnen sowie sekundär mit gravierenden Einbußen der landwirtschaftlichen Produktivität erkauft werden mußte. Vgl. Alec Nove, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970, S. 136 ff.

anderen Seite handelt. Ihr seht beide nicht von heute auf morgen. Du sagst, ich kann soundsoviel Maschinen verkaufen, und vergißt ganz dabei, was du heute tust, führt dazu, daß wir in 5 Jahren überhaupt nichts mehr verkaufen können, daß nichts mehr geliefert werden kann, und der Kommunist sagt, Sowjet-Rußland baut seinen Fünfjahresplan auf. Denn glauben wir doch nicht, daß tatsächlich, wenn nun die Importmöglichkeit nach Rußland aufhört, daß dann der Kapitalismus als eine unreale und unkörperliche Erscheinung zugrunde geht. Das Opfer, das erste Opfer der Vernichtung unseres Lebens und der Exportmöglichkeit bist du, das ist der, bei dem festgestellt wird, du bist jetzt überflüssig, wenn du nicht mehr da wärest, die Nation bräuchte dich eigentlich nicht mehr. Du wirst dann von den anderen noch mit ernährt, solange sie können, wenn aber die Zahl dieser anderen immer kleiner wird, dann werden sie die anderen Lasten nicht mehr tragen können, dann kommt man in den Zusammenbruch hinein, den unsere heutige Welt gar nicht sieht.

Wenn ich dieses dumme Geschwätz höre, die Arbeitslosigkeit ist im Rückgang begriffen, der Arbeitsmarkt ist um 50.000 Menschen erleichtert worden. Ja, was heißt denn das? Das war jedes Jahr so, seit 12 Jahren haben wir das Schauspiel, daß die Arbeitslosigkeit im Sommer zurückgeht. Seit 12 Jahren erleben wir die Tatsache, daß in einem Jahr im Winter die Arbeitslosenziffer 1 Million ist und im Sommer nur 700.000. Dann sagt der Bürger, Fortschritt, es geht aufwärts und spricht von Hebung der Situation und wie diese Sprüche alle heißen, und im Winter steigt dann die Zahl der Arbeitslosen auf 1,2 Millionen, dann läßt man den Kopf hängen bis zum Frühjahr, da sind es dann wieder bloß 900.000 Arbeitslose, dann jubelt wieder alles und dann wieder der Winter auf 1,5 Millionen Arbeitslose. Man beginnt dann schon wieder zu trösten, wir haben die Aussicht, daß in einer wärmeren Jahreszeit die Arbeitslosenzahl zurückgeht, und dann wird es wirklich Frühling, und die Zahl sinkt auf 1,2 Millionen und dann jubelt man wieder, es geht schon besser, und die Regierungskunst hat die Krise überwunden, wir sind auf dem Wege der Besserung, bis dann wieder der Winter kommt, mit 2,5 Millionen Arbeitslosen. So steigt die Zahl von Jahr zu Jahr. Sie betrug im letzten Jahr wesentlich über 5 Millionen[39], und als wir jetzt den Rückgang um nicht einmal 1 Million erhalten haben[40], atmet alles auf, und es wird als ein Triumph der Regierung betrachtet, und im Winter werden es vielleicht 7 Millionen sein und das nächste Jahr im Sommer 5-6 Millionen, wohin dann? Dann schweigt am Ende alles.

Wenn heute die Regierung hergeht und sagt, wir müssen eine neue Notverordnung erlassen, die Zahl der Steuerträger wird von Monat zu Monat kleiner und immer größere Lasten werden diesen aufgebürdet[41], unter denen sie fast zusammenbrechen, und das nächste Jahr werden sie eine noch größere Steuerschuld besitzen. Ihr seht nicht, daß wir einer ganz großen Zeit entgegengehen, einer Zeit, die über ein Völkerschicksal entscheidet, in der man nicht mehr mit so lä-

39 Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich hatte 1930 im Dezember mit 4.383.843 gemeldeten Arbeitslosen ihren Höchststand erreicht. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 22, S. 465, ferner Anm. 4.

40 Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich hatte 1931 im Juni mit 3.953.946 gemeldeten Arbeitslosen ihren Tiefststand erreicht. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 22, S. 465.

41 Die Steuerlastquote - d. h. die Quote der Staatseinnahmen aus Steuern, Zöllen und Umlagen in Relation zum Volkseinkommen - stieg von 9 % im Jahr 1913 auf 23 % im Jahr 1932. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 150.

cherlichen Mitteln die großen Probleme wird lösen können, in der die letzte Frage an die Nation gestellt wird - so, wie die Welt aussieht, gibt sie einem Teil der weißen Rasse nicht mehr die Lebensmöglichkeit. Entweder diese weiße Rasse besorgt sich die Lebensnotwendigkeit mit den Mitteln, die sie einst zu den Herren gemacht hat, oder sie sinkt von ihrer Stellung herunter. Wenn heute einige sagen, wir lehnen eine solche Gewalttheorie ab, so sagen wir, sie haben bis jetzt von dieser Gewalttheorie ihrer Vorfahren gelebt. Wenn einige sagen, wir wollen nicht Verzicht leisten auf den Gedanken der Liebe, wir haben auch nichts dagegen, wenn ihr davon ernährt werden könnt, ihr regiert und nicht wir, euer System herrscht und nicht das unsere. Eine Nation bricht zusammen, Millionen vernichteter Existenzen stehen da, wo bleibt da eure Liebe? Ja, nach außen schwätzt ihr von Liebe, aber zu euren eigenen Volksgenossen kennt ihr keine Liebe. Auch ich bete diese Liebe an, aber in erster Linie in meinem Volk und dann erst die andere Welt. Als Nationalsozialist möchte ich keinem Menschen etwas zu Leide tun, aber ich möchte auch nicht, daß meinem Volk etwas geschieht. Wenn ich sehe, Millionen unseres Volkes sind ausgeliefert, darüber zerbricht sich ein Bürger überhaupt nicht den Kopf, wenn 6-7 Millionen Menschen ohne Erwerb sind, das ist die doppelte Zahl der Einwohner von ganz Preußen[42], mit Weib und Kindern zusammengerechnet[43] sind das mehr Menschen, als Polen Einwohner zählt[44], diese Menschen werden als überflüssig gestempelt, obwohl sie arbeiten möchten. Aber darüber zerbricht sich ein bürgerlicher Politiker überhaupt nicht den Kopf, das sind Fragen, die nicht bedeutend sind, ihn interessiert höchstens die Handelsbilanz. Ich muß sagen, es gibt neben der Handelsbilanz eine Volksbilanz, und wenn ich diese Bilanz ziehe, dann muß ich sagen: entsetzlich. Was ist aus unserem Volk geworden. Das fleißigste Volk der Welt sind wir gewesen, heute finden 6-7 Millionen keine Tätigkeit mehr, das sparsamste Volk waren wir, heute von dem Gedanken erfüllt, Sparen hat überhaupt keinen Zweck mehr, das Geld frißt entweder die Inflation oder der Staat, das innerlichste Volk waren die Deutschen, heute sind sie entsetzlich oberflächlich geworden. Einst Machtstaat, heute erfüllt von einer Demut und Unterwürfigkeit, einst ein Staat, der die Interessen seiner Bürger verfechten konnte und heute ein Bettler. Was ist das für eine Bilanz? Und wenn ich die andere Bilanz ziehe, Rückgang der Volkszahl, Vernichtung des Lebensniveaus für Millionen Menschen, absolutes Heruntergleiten des Kulturniveaus, Zersetzung der Kultur, Zerreißung der inneren Geschlossenheit des Volkes, was ist das für eine Bilanz? Wenn ich weitergehe und die Frage vorlege, was ist heute unser deutsches Volk noch als einheitlicher Faktor, und mir gestehen muß, daß überhaupt kaum etwas da ist, was als Grundlage unserer Volkseinheit angesehen werden könnte.

42 Laut Volkszählung vom 16.6.1925 besaß das Land Preußen, einschließlich Saargebiet, eine Bevölkerung von 38.846.008 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

43 Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung waren am 15.2.1931 43,7% (1.137.186) ledig, 52,6% (1.367.259) verheiratet, 3,7% (97.325) verwitwet, geschieden oder getrennt lebend. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 307.
Rechnet man zu allen Arbeitslosen die Familienangehörigen, dann waren im Herbst 1932 ca. 23,3 Millionen Deutsche (36 %) auf eine Unterstützung durch öffentliche Mittel angewiesen. Vgl. Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München [2]1990, S. 69.

44 Laut Volkszählung vom 9.12.1931 besaß Polen eine Bevölkerung von 32.132.936 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1*.

Der Bürger-Politiker sagt, Wirtschaft ist die Parole der Zeit. Verehrter Herr, Sie scheinen nicht zu sehen, daß wir in einem Staat leben, in dem 15 Millionen über den Grundgedanken der Wirtschaft eine ganz andere Auffassung haben wie die übrigen 15 Millionen. 15 Millionen sagen, Privateigentum ist die Grundlage der Kultur, ist die Basis der Wirtschaft, und genauso viele sagen, Privateigentum ist Diebstahl. Wir haben 15 Millionen, die sagen, der Staat, die Nation ist ein hohes und höchstes Gesetz, und genausoviele sagen, Staat ist der Ausdruck eines gemeinen Klassen-Systems, ist ein reaktionärer Begriff, der überwunden werden muß. Wir haben Millionen, die sagen Landesverrat ist ein Verbrechen, und Millionen sagen, Landesverrat ist eine Pflicht[45]. Da siehst du nicht diese Bilanz, mein Verehrter, die heute uns so weit gebracht hat, daß wir als ein Kraftfaktor überhaupt ausgefallen sind. Wenn ich auf der einen Seite diese Volksbilanz ziehe und auf der anderen Seite die allgemeine Lebensbilanz und damit die Möglichkeit der Ernährung der Volksmasse vergleiche, die wir in vergangenen Friedensjahren bei uns aufgespeichert haben, unter ganz gewissen Voraussetzungen, die heute fehlen, dann werden Sie verstehen, warum ich Pessimist bin im Prophezeien der Zukunft, soweit es sich um die materiellen Güter in der nächsten Zeit handelt. Dann werden Sie auch verstehen, warum ich aus dieser Erkenntnis heraus umgekehrt der völkische, sagen wir ruhig, Gläubiger bin, der Optimist bin, der überzeugt ist, daß heute die einzige Rettung nur darin besteht, daß sich unser Volk zu einem Denken und einer Gesinnung zusammenfindet, die bewußt entspricht [*sic!*] und die wir unbewußt einmal gehabt haben. Die Gesinnung, die wir damals hatten und die das ermöglichte, war eine absolut heroische. Aus dem heraus ist das erst möglich geworden, und wenn wir halten wollen, was wir damals besaßen, dann kann es nur geschehen über den Umweg einer denkenden Zurückentwicklung zu einem Standpunkt, den wir früher instinktiv erworben haben [*sic!*].

Worauf beruht die Herrschaft der sogenannten weißen Rasse, zu der wir gehören? Und wenn heute mancher Kommunist sagt, ich sage mich los. Mein lieber Freund, du brüllst am allerlautesten, wenn du zu einem Lebensniveau gezwungen wirst, das, sagen wir einmal, dem [*des*] Neger entspricht. Dem Negerniveau bist du heute noch überlegen. Was du aber immer ersehnen wirst, wird ein Niveau sein, das deiner Leistungsfähigkeit entspricht. Da muß ich sagen, diese Leistungsfähigkeit der weißen Rasse zunächst war nur denkbar in gegenseitiger freiester Konkurrenz, d. h., im Spiel der freien Kräfte miteinander hat Nation über Nation sich erhoben, denkbar in voller Auswirkung der natürlichen Überlegenheit der weißen Rasse anderen Völkern gegenüber. Wenn du sagst, das lehnen wir ab, dann hätten wir niemals Amerika besiedeln dürfen; überhaupt wo ist die Grenze, bis zu der man nach der Erde greifen darf und nicht weiter? Du sagst, wir sind gegen den Imperialismus, wer ist Imperialist? Der Politiker? Nein. Imperialist ist der Vater und die Mutter. Jede Mutter und jeder Vater, die dem Kinde das Leben gaben,

45 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vorgesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat bestraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

sind in dem Augenblick Imperialisten, denn in dem Augenblick geben sie der Welt und ihrem Volke ein neues Wesen, das nach Brot schreit, das man nicht füttern kann mit Phrasen und das, wenn nicht ein anderes Wesen dafür stirbt, eben mehr Brot fordert. Und wenn du sagst, das ist unmoralisch; ja, mein Freund, wer hat denn die Menschen auf der Welt eingeteilt? Ist das ein kommunistisches Kodex-Gesetz [*sic!*] oder war es eine höhere Entscheidung, in Form einer Landzuweisung der Völker? Eine Entscheidung, die allen Völkern gütig zur Seite steht und die heißt: Wie deine Kraft ist, ist dein Recht. Was du dir an Raum nimmst, ist dein, solange du es bearbeitest, kommt es dir zu gute, kommt ein Stärkerer, dann entscheidet das Schicksal. Die Erde ist der Wanderpokal für die Völker, die ihn durch ihren Fleiß und ihre Kraft verdienen, seit Jahrtausenden. Fahre wohl, wenn ein Völkerbund in Erscheinung tritt und sagt, Hunderttausende haben das Spiel der freien Kräfte verteidigt. Es haben sich Kontinente aus dem Weltmeer erhoben und sind wieder versunken, Völkerwanderungen sind über die Erde gegangen. Kaum zwei oder drei sind erkenntlich. In diesen Jahrtausenden ist das Leben dauernd gewandert, angefangen von der Pflanzenwelt, endigend beim Menschen, hat Gebiet um Gebiet bezwungen und wurde wieder verdrängt, andere Völker sind gekommen und gingen wieder über all den Boden hinweg, Kulturen sind in Trümmer gesunken, immer sahen wir dasselbe Spiel, und dann kommt das Jahr 1919, und was heißt dieses Jahr, ich könnte auch sagen 101919 oder 1001919 usw., aber die Menschen, sie setzen ein Jahr fest und dann sagen sie, halt, stop, von jetzt ab hört die Entwicklung auf, was die Menschen jetzt besiedelt haben, gehört ihnen, so, wie sie es besiedelt haben, muß es bleiben, in den nächsten Jahrtausenden soll eine Änderung nicht mehr stattfinden[46]. Glauben Sie mir, das ist eine menschliche Vermessenheit, wenn heute jemand sagt, wie es ist, soll es bleiben. Im Völkerbund sind zwei Sorten von Völkern, die einen sind groß und mächtig und die anderen sind betrogen, zum Teil durch ihre eigene Schuld. Die ersteren sagen, so wie es jetzt ist, soll es bleiben, ich verstehe das, Engländer, daß dir die heutige Welt paßt, ich verstehe dich, Franzose, daß du es so weiter haben willst, ich verstehe auch dich, Russe, denn du hast 18x so viel Grund und Boden auf einen Kopf des Volkes gerechnet wie wir Deutschen[47], du hast recht zu sagen, so soll es bleiben. Aber wir, die wir zu den Betrogenen gehören, wir haben keinen Grund, das anzuerkennen und jeden Prozeß einer Änderung abstoppen zu wollen, im Gegenteil. Ich erkenne, wenn der Himmel uns das Leben schenkt, verpflichten wir uns, für das Leben zu sorgen. Wenn der Himmel unbegrenzt ist im Segen des Lebens, dann ist ebenso unbegrenzt unser Recht auf das Leben, und wenn der Himmel unser Volk vermehrt, haben wir das Recht und die Pflicht, das tägliche Brot zu sichern, und wenn ich für diese Sicherung eintrete, dann trete ich nicht ein für eine graue Theorie[48],

---

46 Artikel 10 der Völkerbundsatzung vom 28.4.1919 garantierte allen Mitgliedsstaaten "Unversehrtheit des Gebiets" und "politische Unabhängigkeit". Damit wurde der Völkerbund zum Konservator des territorialen Status quo, den die Pariser Friedenskonferenz 1919/20 festgelegt hatte. Vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 45 ff. Druck der Völkerbundsatzung: Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin ^{2}1924, S. 159 ff.

47 1925 betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 134,24 Menschen pro km^2. Für den europäischen Teil der Sowjetunion wurde 1926 eine Bevölkerungsdichte von 15,13 Menschen pro km^2, für den asiatischen Teil von 2,04 Menschen pro km^2 ermittelt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 1 * f.

48 "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie/Und grün des Lebens goldner Baum". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

sondern für dieses Leben. Dann sehe ich vor mir nicht Kapitalisten, Kommunisten oder Bolschewisten, sondern dann sehe ich vor mir Jung-Deutschland stehen. Ich wünsche dabei, daß ihm in der Zukunft nicht das Leid beschieden sein möge, das wir heute durchkämpfen müssen, genauso wie auch jeder Vater und jede Mutter den einen Wunsch bei den Kindern hat; ich möchte den kennen, der sich in seinem Leben so ganz schwer abschuften mußte und nicht den Wunsch hat, daß es seinen Kindern leichter werden möchte, das tägliche Brot zu erwerben, daß seine Kinder nicht mehr die Not erleiden sollen; und verdammen Sie, wenn wir im Großen nicht anders denken, wenn wir wünschen, dieses kommende Deutschland soll nicht mehr das Leid erleben, das wir erleben mußten, sondern soll davon bewahrt bleiben, in eine graue Zukunft hineinzustarren und dieses Leid mitzumachen, das uns als ein Fluch seit 12 Jahren getroffen hat. Wenn wir dieses Ziel zur Aufgabe des politischen Wollens setzen, dann ergibt sich aus dem von vornherein sofort die Aufgabe der inneren Regeneration des deutschen Volkes, und als Nationalsozialist wende ich mich ab von all diesen eitlen Hoffnungen auf eine leichte Besserung unseres Wirtschaftslebens, auf daß die Fäulnis ruhig weitergreifen kann, sondern erkenne ich ganz genau, daß das Schicksal, das uns getroffen hat, zwangsläufig kommen mußte und daß wir [*es*] erst dann überwinden können, wenn wir unser Volk wieder zurückführen zu einer inneren Kraft und inneren Stärke, daß ich als Nationalsozialist daher auch ruhig sage, wir sind nicht am Ende, sondern am Beginn eines schweren Ringens; was wir bisher erlebten, ist die Einleitung gewesen, es kommt jetzt die Entscheidung, es kommt die Zeit, da gewogen wird, sind wir zu schwer, um zu vergehen, oder zu leicht, um zu bestehen[49].

Wir gehen in die Zeit hinein, da die Völker wieder für ihr Leben kämpfen werden. Einer wird wohl diese Zeit einer gesellschaftlichen Gleichgültigkeit durchbrechen, und die Kraft wird sich offenbaren und in einem neuen großen Ringen wird eine neue Weltordnung hergestellt werden und diese wird kein anderes Bild ergeben als das, was seit Jahrtausenden war. Der Kräftigste wird über das Leben bestimmen und die Unterlegenen werden in eine Rolle gedrängt, die ihrem Wesen und ihren Fähigkeiten entspricht. Ich habe diese vermessene Absicht und ich möchte, daß unser deutsches Volk in diesem großen Kampf nicht Leidtragender ist, daß es nicht ein Objekt ist, mit dem andere spielen, sondern Herr seiner selbst werde, daß es in diesen großen Kampf eintritt mit eigener Kraft und eigenem Wollen und daß es sein Leben und seine Lebensbehauptung in den Vordergrund rückt und daß es den Weg dorthin findet und die schwerste Zeit von jetzt wieder zu überwinden vermag. Meine politischen Gegner werden mir sagen, glauben Sie, daß Sie morgen das ändern können? Dann muß ich Ihnen leider zur Antwort geben, nein, ich habe niemals behauptet, daß morgen Glück und Wohlleben hereinströmen wird, sondern nur, daß mit einem Sieg unserer Bewegung das deutsche Volk wieder eine gemeinsame ideenmäßige Plattform [*sic!*] bekommen wird, daß die inneren Spannungen einen Ausgleich finden und daß damit die gesamte deutsche Kraft zusammengeballt wird und daß diese Kraft zur Verteidigung zur Verfügung steht. Eines möchten wir unserem Volk sichern, daß, wenn es sein Schicksal nicht mehr tragen kann, es dieses Schicksal nicht mehr ertragen muß, weil es die Kraft besitzt, sein Schicksal zu ändern. Ich möchte, daß bis dorthin dieses deutsche Volk aus dieser entsetzlichen heutigen Ziellosigkeit und damit Hoffnungslosigkeit wieder erlöst wird und ein Ziel und eine Hoffnung erhält.

---

49 Anspielung auf Daniel 5, 27: "*Tekel*, das ist, man hat dich auf der Waage *gewogen* und zu leicht befunden."

Wenn mir der politische Gegner sagt, die Not ist da, können Sie die bis morgen beseitigen? Die Not ist das Ergebnis der inneren Mutlosigkeit. Besiege ich diese Kraftlosigkeit, dann werden wir entweder mehr Lebensraum gewinnen oder unserem Handel und unserer Wirtschaft wieder den Absatzmarkt aufsprengen. Wenn wir aber bis dorthin die Not deswegen nicht mehr so fühlen wie heute, [*dann deswegen,*] weil wir wieder ein Ziel des Kampfes erhalten haben, denn was unser Volk jetzt so verzweifeln läßt, ist die Tatsache, daß wir unserem Volk seit Jahrzehnten jeden Idealismus ausgerissen haben, daß wir sagen, was heißt Idealismus, was heißt Gott, Religion, Völkerkraft, Nation, Blut, was ist das für ein dummes Zeug, daß wir seit Dutzenden von Jahren von weiter nichts reden als von Realismus, Kommunismus, Bolschewismus usw., daß wir unser Volk dauernd füttern mit dem Satz, das Glück prägt sich aus im materiellen Leben, daß man nicht sagen kann, so wie es der heutige Bürger tut, das Volk ist materialistisch veranlagt, du bist es ja zu allererst. Was hast du für einen Idealismus? Wie oft höre ich auf unseren Wirtschaftstagungen weiß Gott was für Sprüche, ich weiß ganz genau, ihr wäret nicht bereit zum kleinsten Opfer; jeder kleine SA-Mann ist bereit, für sein Ideal sein Leben zu opfern, du erkennst von oben herunter kein Ideal mehr an, liebster Freund, du wunderst dich, wenn der andere die gleiche Antwort gibt, ich lebe nur mehr dem Lohn, in der Freiheit usw. [*sic!*]. Dann sagst du, was du Materialist? [*sic!*] Ja, mein Lieber, ihr baut ja den Idealismus von oben herunter ab. Dann sagt ihr, dieser Radikalismus, und meint, den Idealismus, ihr seid keine Radikalen, weil ihr keine Idealisten seid. Ihr sagt, dieser Radikalismus muß ausgerottet werden, und meint, der Idealismus muß ausgerottet werden, und wenn euch das gelingt, seid ihr entsetzt. An dem Tage, an dem in Deutschland der letzte Idealist gestorben ist, beginnt der Radikalismus erst, aber nicht der Radikalismus aus idealem Gefühl; dann beginnt der Kampf, dann hast du jedes Ideal vernichtet und dann bist auch du reif zur Vernichtung, dann sieht der blanke Egoismus durch. Entweder ich bringe in mein Volk einen ganz großen Idealismus wieder hinein, oder mein Volk wird absterben. Es ist nur eine Frage. Die Not von jetzt kann man zunächst dadurch überwinden, daß man den Menschen ein anderes und höheres Ziel und Ideal zeigt. Unser Volk ist dafür fähig. Wenn der Bürger sagt, das sind Phrasen, so sagen wir, was hast du gemacht in deinen Parteien, lächerliche Holzgebilde, und was haben dagegen wir aufgebaut. Eine Hunderttausendmann-Armee, nach diesem Ideal zusammengezimmert auf Leben und Tod. Lasse deine Partei gegen unsere marschieren, lasse deine Organisation antreten gegen unsere, und dann wirst du sehen, was für eine Kraft in diesem Idealismus steckt und was er überwinden kann. Wenn wir heute 100 Mitglieder der demokratischen Partei nehmen und 100 Mann von hier - da kann mancher darunter stecken, der auf sein Abendbrot verzichtet hat, nur um die Fahrt hierher zu bezahlen - , bei den ersteren da blitzt nicht ein Funke von Glaube an die deutsche Zukunft heraus; und wenn ich diese armen Teufel ansehe, dann sehe ich aus ihnen eines herausleuchten, den Glauben an die unvergängliche Lebenskraft unseres Volkes. Das sind die Träger der Zukunft der deutschen Nation. Von ihnen heraus sprüht dieser Funke Lebenswille von einem zum anderen über und breitet sich aus und wird zu dem Feuer, das heute ganz Deutschland langsam aufbrennt, trotz aller Gegner und lächerlichen Gedankengänge. Das sind die Träger des Lebensglaubens eines Volkes und die haben dieselbe Not, ja vielleicht mehr Not als die anderen, aber während die anderen an dieser Not zu Boden sinken, wirken sie als der ewige Hammerschlag des Schicksals, der sie hält und stark macht; und deshalb verstehen

unsere Gegner nicht, wenn sie uns bedrücken, daß das das Gegenteil bezweckt. Sie glauben, uns zermürben zu können, und in Wirklichkeit helfen sie mit, daß unter der Schmiedepresse langsam der Stahl wird, daß die Menschen hart werden, daß sie langsam in zäher Zusammenarbeit hart werden und in sich einen gigantischen und gewaltigen Entschluß fassen. Sie machen uns reif für die kommende Zeit; was vielleicht bei den anderen zur Zermürbung führt, führt uns zur Härte. Wir sind nicht gesunken, sondern sind dauernd, ununterbrochen gewachsen.

Und wenn sie nun näher fragen: Worauf baut sich dieser Glaube auf? Er baut sich auf, auf einigen Erkenntnissen, von denen wir überzeugt sind, wenn ein Volk diese Erkenntnisse in sich aufnimmt und bis zu 100 % auswirken läßt, daß ein solches Volk mit einer gesetzesmäßigen Sicherheit wieder eines Tages emporsteigen muß, weil diese Erkenntnisse zur Kraft führen können. Diese Erkenntnisse sind in Wirklichkeit nur drei primitive Grundsätze [*sic!*], die das Um und Auf unserer nationalen Weltanschauung ausmachen [*sic!*], die wir dem einzelnen einbrennen und von denen wir überzeugt sind, daß, wenn sie Gemeingut unseres Volkes geworden sind, eine neue Plattform hergestellt ist, auf der man zu einer neuen Organisation des Volkskörpers kommen kann; denn heute sind die Grundgedanken, auf denen unsere heutige Organisation beruht, vollständig zerfressen, und die Träger dieser Gedanken haben nicht mehr die Kraft, ihre Ideen mit einer Entschlossenheit durchzusetzen und der Nation als einziges Gesetz des Denkens und uns aufzudrängen [*sic!*]. Sie können das nicht, weil sie selbst nicht mehr erfüllt sind vom Glauben an die Richtigkeit dieser Gedanken. So erleben wir es, daß unser Volk weder religiös, noch sittlich, noch rechtlich, noch nach den Grundgedanken seiner staatlichen Organisation eine irgendwie einheitliche Auffassung hat, im Gegenteil. Überall zerfällt unser Volk. Wir brauchen eine Organisation, die es uns ermöglicht, unsere ganze Kraft einzusetzen, das ist das Geheimnis jeder Organisation eines Volkes. Jedes Volk hat einen bestimmten Lebenswillen, und dieser Lebenswille prägt sich aus als eine bestimmte Kraft, und es ist nur die Frage, genügt es, diese ganze Kraft von den Fragen der inneren Existenz wegzuziehen und nach außen anzusetzen, dann wird ein Leben auf der Welt gewährleistet sein. Verliert ein Volk diese Fähigkeit, seine Kraft nach außen zu konzentrieren, dann wird sie sich nach innen austoben, dann wird diese Kraft, die führende Kraft, zur Zerstörung führen. Die Völker sind verschieden, in ihrem Blutswert liegt allein schon ihre Bedeutung begründet. Ein Volk, das sich am meisten auf seinen Blutswert beruft, das sein eigenes Wesen am meisten auslegt, das seine Seele am meisten fördert und sich auf das Gebiet seiner Fähigkeiten begibt und diese wirken läßt, ein solches Volk wird weit über andere Völker wachsen, die in ihrer Begabung auf den Gebieten anderer Nationen suchen [*sic!*].

D. h. mit anderen Worten, nehmen wir ein krasses Beispiel. Wir haben heute Negermusik. Von wem wird sie gemacht! Von der ganzen Welt. Von wem stammt sie? Von Negern und ziemlich amusikalischen Amerikanern. Wer macht das mit? Wir Deutsche. Wer hat den Siegespreis errungen? Vermutlich die Amerikaner. Werden wir ihnen diesen Siegespreis entwinden können? Ich bezweifle das. Denn ich verstehe, daß unsere Leistung aus uns selbst kommen muß, daß sie nicht fremd sein kann, daß eines Tages ein Mozart und ein Wagner gegen diesen Kitsch dann wieder siegt, und so ist es auf allen Gebieten [*sic!*].

Wenn mir jemand sagt, wir müssen versuchen, den Juden zu verdrängen von seinem Arbeitsfeld. Mein Freund, wir werden unterliegen. Das ist nicht unser Gebiet. Gehe mit in das Deut-

sche Museum[50] und nehme Maschine um Maschine, Erfindung um Erfindung, und dann vergegenwärtigen wir uns den Menschen, den Erfinder selbst, wir sehen eine endlose Ahnenreihe von Ariern, hauptsächlich von Germanen, ungezählte Deutsche sind da, und alle diese Schöpfer haben in Wirklichkeit dieses Kultur-Niveau mitbegründet. Sie werden unter diesen Zehntausenden von Erfindern kaum einen einzigen Juden darunter finden[51]. Wenn Sie aber auf ein Gebiet der händlerischen Verwertung kommen, dann sehen Sie umgekehrt den Juden tätig, denn das ist sein Gebiet, das ist seine Stärke. Wenn mir jemand erklärt, nun müssen wir ihn dort schlagen, nein, ich glaube diese ganze Tätigkeit ist für uns schädlich. Wir wollen ihm keine Konkurrenz bereiten, wir wollen nicht sagen, deutscher Bauer handle auch, wir sagen im Gegenteil, wir verbieten dir das. Wir müssen erkennen, worin denn überhaupt unsere Kraft liegt, wo wir sie haben, und müssen dann aus dieser Kraft heraus uns erst entwickeln, und wenn wir das fertigbringen und den Begriff Volk unter den Mittelpunkt alles Geschehens rücken [*sic!*], dann schlagen wir die Brücke zwischen den Menschen unseres Volkes untereinander.

Ich weiß, zahlreiche Patrioten höre ich, die sagen, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern[52]. Mein Freund, nicht einmal bei deinem Stammtisch ist es mehr so, dort hört bereits die Brüderlichkeit auf. Wenn ich in unser Volk sehe, ich sehe eine Überheblichkeit, einen Klassen-Wahnsinn der weißen Rasse. Ihr selbst habt das Beispiel gegeben, ist es nicht so gekommen, daß kein Volk von Männern mehr da ist. Wir haben gesagt, wir deutschen Männer müssen das und das tun, jetzt heißt es: Wir Gewerbetreibende oder ihr Landwirte oder wir Beamte der Gehaltsklasse 7 usw. Hat es nicht immer schon so geheißen, sind wir nicht immer mehr zerrissen? Du selbst bist gar nichts. Wenn du sagst, ich bin höherer Beamter - was heißt das? Das ist ein reiner Zufall. Was sind deine Vorfahren gewesen, waren das auch höhere Beamte? Nein! Komisch, also deine Vorfahren waren nicht höhere Beamte, du bist es heute. Was sind deine Vorfahren gewesen? Es müssen gesunde Menschen gewesen sein, denn sonst könntest du nicht da sein; also an sich war es zunächst wichtiger, daß sie gesund gewesen sind, sie waren vielleicht bloß Bauern, aber heute bildest du dir ein, daß du mehr bist. Ich will dir etwas sagen. Wenn wir damit beginnen, daß wir die Wertung des Menschen nach so lächerlichen Grundsätzen durchführen, dann wundere dich nicht, wenn unser Volk zerfällt. Wir wissen, daß das Leben den einzelnen abstempelt, wir wollen auch wissen, daß die Erfüllung dieses Wirkungsgebietes nur die Pflicht ist. Was ist ein großer Wald mit Bäumen und Blättern? Morgen werden wieder neue Blätter kommen, andere werden verwelken usw. Dieser Wald ist das Volk. Du mein Lie-

50 Das Deutsche Museum in München war 1903 auf Anregung von Oskar von Miller gegründet und am 7.5.1925 eröffnet worden. Auf einer Ausstellungsfläche von damals 36.000 m^2 präsentiert das Museum eine umfassende Sammlung zur Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik und unterhielt - neben verschiedenen Spezialsammlungen - eine naturwissenschaftlich-technische Bibliothek.

51 Von den in Deutschland oder Österreich-Ungarn geborenen Naturwissenschaftlern jüdischer Herkunft erhielten bis 1931 u. a. folgende den Nobelpreis: Adolf Ritter von Baeyer, 1905 Nobelpreis für Chemie; Robert Bárány, 1914 Nobelpreis für Medizin; Paul Ehrlich, 1908 Nobelpreis für Medizin (zusammen mit Ilja Metschnikow); Albert Einstein, 1921 Nobelpreis für Physik; James Franck, 1925 Nobelpreis für Physik (zusammen mit Gustav Hertz); Fritz Haber, 1918 Nobelpreis für Chemie; Gustav Hertz, 1925 Nobelpreis für Physik (zusammen mit James Franck); Richard Willstätter, 1915 Nobelpreis für Chemie. Vgl. "Doch das Zeugnis lebt fort". Der jüdische Beitrag zu unserem Leben, Berlin 1965, passim.

52 Muß heißen: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern/In keiner Not uns trennen und Gefahr". Aus dem 1804 entstandenen Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), II. Akt, 2. Szene.

ber, was du auch bist, ein Bauernknecht, ein Arbeiter, ein Beamter, das ist gänzlich belanglos, wichtig ist nur eines, daß du ein Deutscher bist, und darauf müssen wir aufbauen, das müssen wir in den Vordergrund rücken, und wir werden zur Antwort bekommen, das kann man nicht. Mein Verehrter, was glaubst denn du, was wir 4 1/2 Jahre in den Vordergrund gerückt haben[53]? Du sagst, das ist ein Idealismus, den es nicht gibt. Glaubst du, daß man 4 1/2 Jahre lang gekämpft hat, weil es Apotheker und Professoren oder Schuhmachermeister gibt? Glaubst du, dafür ist man gestorben? Mein lieber Freund, du hast eine Ahnung. Du sagst, der Idealismus, daß man so ganz und gar auf das äußere Leben vergißt [*sic!*], der existiert nicht? 4 1/2 Jahre lang hat der existiert, und wenn du sagst, das war - nein, das lebt auch wieder auf. Du glaubst nicht, wie der junge Mensch eine innere Sehnsucht hat, diese blöde Fessel von Vorurteilen zu zerreißen und zu zerbrechen, wie glücklich sie sind, wenn sie sich sagen können, jetzt sind wir endlich über all den Plunder wieder weggekommen. Was heißt Student, Arbeiter, Handwerker, Bauer? Wir sind eine braune Armee von 250.000 Mann[54] und sind stolz, daß wir eins sind, aus allen Lebensstellungen heraus[55]; und wenn Sie mich eines fragen, dann sage ich nicht, ich bin Student, oder ich bin Handwerker, Bauer oder Arbeiter, sondern ich bin Deutscher, Deutscher ganz allein. Das andere erfüllt mich auch, aber das ist nicht das wesentliche. Wenn die große Sense kommt, die die Völker zusammenmäht, dann frägt sie auch nicht, was bist du? Sie trifft unser Volk dann in all seinen Schichten und Berufen, sie zermürbt uns. Sie wirft den Sohn der sog. vornehmen Familie herunter und macht den genauso arbeitslos wie den ganz gewöhnlichen Handwerker, auf den er früher herabgesehen hat. Und wundern Sie sich nicht, wenn sie langsam zusammenfinden und wenn sie damit eine unzerstörbare Basis schaffen, eine Einheit, und damit dokumentieren, die Klassen überwinden wir nicht dadurch, daß wir eine Klasse über die andere siegen lassen, sondern daß wir die Nation über Klassen erheben. Nun marschieren wir in eine Zeit hinein, in der die Völker sich zum Teil zersplittern, in der sie erfaßt werden von Bolschewismus, Kommunismus, Bürgertum usw. und miteinander ringen.

Zahllose Parteien zersplittern die Nation[56], und da sagen wir uns: Wenn in diese zerfallende Welt nunmehr eine Nation hineinmarschiert, die ganz eins geworden ist, daß dann dieses Volk siegen muß. Zweitens sagen wir, wir leben in einer Zeit, in der die anderen Völker sich nach dem demokratischen Prinzip organisieren, überall die Mehrheit entscheiden lassen[57], wenn in

---

53 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

54 Nach parteieigenen Angaben zählte die SA im April 1931 119.000, im November desselben Jahres 227.000 Angehörige. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 111.

55 Zum damaligen Sozialprofil der SA vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-35, London 1983, S. 25 ff.
Speziell zu ihrer Führung vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

56 Zum Spektrum der bürgerlichen deutschen Parteien in der Weimarer Republik vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

57 Der Erste Weltkrieg hatte mit einem Triumph des demokratischen Prinzips geendet; mit Ausnahme von Rußland hatte sich in allen Staaten Europas der liberal-demokratische Verfassungsstaat durchgesetzt. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der folgenden Jahre sorgten allerdings dafür, daß sich in vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas zum Teil auch denen des Mittelmeerraums autoritäre und halbautoritäre Regime

einer solchen Zeit ein Volk auftritt und sein ganzes Leben vom Kleinsten bis zum Größten so organisiert, daß an jeder Stelle der fähigste Kopf die absolute Autorität hält, dann muß ein solches Volk alle anderen Völker überragen.

Wenn Sie heute zwei Bauern nehmen und den einen lassen Sie bei den Knechten entscheiden und den anderen bei den fähigen Bauern, dann wird der eine Kopf den anderen überflügeln. Wenn Sie die einfachste Maschine nehmen und wollen sie reparieren lassen, dann werden Sie nur Mechaniker gebrauchen können und Sie werden einem das Bestimmungsrecht geben. Jedes Gebiet kann nur bearbeitet werden von denen, die dazu fähig sind, und immer wird einer der schöpferische Träger des Gedankens sein, einer wird aus dem Gedanken die Tat entwickeln, d. h., wenn Sie die ganze Nation auch politisch vom Kleinsten zum Größten so organisieren, dann geht durch das ganze Leben eine Einheit der Auffassung.

Wir können nicht einen Staat organisieren, wenn Sie [*wie*] bei der Wirtschaft sagen, sie muß aufgebaut sein auf den Gedanken der Autorität, der Persönlichkeit. Eine Politik ist aufgebaut auf den Gedanken der Majorität. Entweder ein Gesetz ist universal richtig oder falsch, dann ist es allgemein falsch. So sind wir der Überzeugung, daß in einer Welt, in der die anderen Völker sich immer mehr demokratisieren, die Völker zwangsläufig in den Vordergrund treten, die sich aufbauen, auf den Gedanken der Autorität, des Persönlichkeitswertes. Wir sind überzeugt, daß in einer Zeit, in der die ganze Welt irgendwie von jüdisch-pazifistischem Geiste angeregt wird, geistig willenlos gemacht wird, daß in der Zeit das Volk siegt, das sich dem Gedanken verschließt und für sich selbst den Kampfgedanken und Glauben von sich hebt [*sic!*]. Es heißt, wir sind antiinternational, wir sind antidemokratisch und antipazifistisch. Wir bauen unser Fundament, indem wir zum heutigen Tagesplan Stellung nehmen. Wir sind keine Nationalsozialisten, weil wir ohnmächtig werden angesichts der Not oder weil wir von einem Recht schwärmen, das verletzt werden soll, nein, wenn mich jemand fragt, weshalb sind Sie Sozialist, so sage ich, weil ich glaube, daß unser Volk nicht auf die Dauer bestehen kann als Volk, wenn es nicht in allen Teilen gesund ist. Ich kann mir keine Zukunft unseres Volkes vorstellen, wenn ich auf der einen Seite sehe, daß eine wohlgemästete Bürgerschaft daherwandelt und nebenher abgemagerte Arbeitergestalten schreiten. Ich frage, wie soll unsere Zukunft aussehen? Mich interessiert nur mein Volk, wie wird das sein in 100 Jahren, darauf kommt es an. Nicht aus Mitleid mit dem einzelnen bin ich Sozialist, nur aus Rücksicht auf unser Volk. Ich will, daß das Volk, das uns das Leben gegeben hat, auch in der Zukunft besteht. Ich sehe dabei nicht den heutigen Geist der Menschen, sondern immer nur das Volk, und daher muß man auch hart sein können. Wir fühlen uns nicht verpflichtet zu sagen: Volk wir unterbreiten dir eine Auffassung, der guten Willens ist, kann auf diesen Boden treten, wer eine andere Meinung äußern will, [*den*] wollen wir auch anerkennen, wir stehen auf dem Boden der Freiheit. Nein, wir stehen auf dem Boden der Notwendigkeit, und notwendig ist die Erhaltung eines Volkes, und was sich dem entgegensetzt, muß überwunden werden. Nur so kann man einer Zeit und einem Volk neue Lebensgesetze geben. Was sich nicht selbst umgibt mit dem Glauben der absoluten Notwendigkeit, das vergißt von vornherein schon seine Lebensmöglichkeit, und daher wird unsere Bewegung dem Volke eiserne Lebensgesetze geben.

etablieren konnten. Vgl. The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore [2]1980.

Wenn unsere Gegner sagen, wir dulden nicht, daß man die Demokratie, die Freiheit antastet, dann müssen wir ihnen zur Antwort geben, das machen wir ja gar nicht. Von Freiheit redet ihr und Vernichtung bringt ihr. Das ist in eurem Auge vielleicht nicht Freiheit, sondern höhere Disziplin. Einheitliche Auffassung in unserem Auge ist es, unbegrenzte Lebensmöglichkeit nach außen, denn das wollen wir uns wohl hier als ein unabänderliches Gesetz vor Augen halten: Wenn wir die Freiheit der Zügellosigkeit, der Weltauffassung und ihrer Auswirkung ansehen, dann werden wir das Sklavenjoch nach außen auf uns nehmen. Wenn wir aber die Freiheit nach außen hin haben, dann müssen wir die Disziplin im Innern anerkennen, und diese Disziplin ist heute nicht mehr da, nicht weil wir etwa da sind, sondern wir sind gekommen, weil es keine Disziplin mehr gab; wir werden sie dem deutschen Volke wiedergeben und wir beginnen mit der Disziplinierung auch hier praktisch, indem wir dieses Volk der Zukunft in das deutsche Volk hineinstellen, und wenn die Regierungen kommen und sagen: Halt, wir dulden das nicht, du mußt deine Bekleidung ausziehen, du mußt dein braunes Hemd ablegen[58], dann müssen wir den Herren zur Antwort geben, für uns ist dieses Hemd nur ein Symbol[59], weil diese Farbe die kommende Farbe des Reiches sein wird; aber ob wir es auf dem Leibe tragen oder im Herzen ist gänzlich einerlei. Aus nichts[60] ist eine Millionenbewegung entstanden, mehr als $^1/_2$ Million eingeschriebene Mitglieder[61] und heute sicher mehr als 10 Millionen An-

58 Auf der Grundlage von § 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 ("Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten werden. Das Verbot kann sich auf das Tragen bei bestimmten Gelegenheiten beschränken") erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Keine Verbote bestanden in Sachsen, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig und Lippe-Detmold. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2077, Anm. 2. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931: RGBl. 1931, I, S. 79 ff. Vgl. ferner Dok. 4, Anm. 3 und 7.

59 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 174 f. sowie Jill Halcomb, the SA. A Historical Perspective, Columbia 1985, S. 87 ff.

60 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

61 Im Januar 1931 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 400.000 vergeben, im April 1931 die Nummer 500.000, im Juni 1931 schließlich die Nummer 550.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15 % niedriger anzusetzen. Vgl. Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 120 ff.

hänger[62], und unsere Herren Gegner sollen nur zweifeln; ihr wißt, wir sind da, ihr bringt uns nicht mehr weg. Während ihr auch herumläuft [*sic!*], geht durch ganz Deutschland eine ungeheure innere Bewegung, ein Aufatmen und vielleicht auch dort, wo Deutschland aufhört, wo die Fremden vor den Toren stehen. Es erweckt in Deutschland eine Bewegung, es erhebt sich das deutsche Volk, es geht dieses Ahnen von Norden bis Süden, und die Zeit der tiefsten Erniedrigung ist vorbei. Deutschland wird wieder eins, und damit beginnt die Zeit der deutschen Hebung. Das Bürgertum und [*das*] Proletariat, es mag heute noch kämpfen, aber eine neue Front schiebt sich hervor[63].

4. Juli 1931 Dok. 3
"Der Kampf gegen die Halbheit"
Artikel[1]

Illustrierter Beobachter vom 4.7.1931.

62 Eine deutliche Zunahme der NSDAP-Wähler begann sich seit der Jahreswende 1929/30 abzuzeichnen. Nach dem als Sensation empfundenen Ergebnis der NSDAP bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 - 6.379.672 Wähler (18,3 %) votierten damals für die NSDAP - war der Stimmenanteil für die NSDAP bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen meist noch höher: Braunschweig, 14.9.1930, 67.902 Stimmen (22,2 %); Bremen, 30.11.1930, 51.327 Stimmen (25,4%); Danzig, 16.11.1930, 32.457 Stimmen (16,4 %); Oldenburg, 17.5.1931, 97.802 Stimmen (37,2 %); Schaumburg-Lippe, 3.5.1931, 7.854 Stimmen (27 %). Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 92 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff. Zu Ursachen und Verlauf der Wählerbewegungen vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 30 ff.

63 Über den Abschluß der Veranstaltung berichten die *Erlanger Nachrichten*: "Sofort nach seinem Vortrag verließ Hitler unter dem Jubel der Versammlung den Saal und begab sich nach Nürnberg."

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung (1. Auflage: München 1925, S. 288-291/München [65]1933, S. 298-302); weitere Auszüge erschienen wöchentlich im *Illustrierten Beobachter*. Auf Aufnahme wie auf den jeweiligen Nachweis wird im folgenden verzichtet.

5. Juli 1931 Dok. 4
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 7.7.1931.

Aus Anlaß der in den letzten Tagen erfolgten Unternehmungen [1] der Münchner Polizei gegen das "Braune Haus" [2] und damit gegen die N.S.D.A.P. hat sich der Parteigenossen eine begreifliche, sich stets steigernde Erregung bemächtigt. Ich sehe mich daher veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Trotz der Entscheidung des Preußischen Kammergerichts und anderer deutscher höherer Gerichte, daß polizeiliche Verbote gegen das Tragen von Parteiuniformen verfassungswidrig und deshalb rechtsunwirksam sind [3], hat die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28.3.[*19*]31 [4] erneut die Zulässigkeit von Uniformverboten behauptet. Gerichte und namhafte Juristen haben die Zulässigkeit von Uniformverboten auch auf Grund dieser Notverordnung mit ausschlaggebenden Gründen angefochten [5]. So hat erst vor einigen Tagen das Halberstädter

1 Auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 und der Vollzugsbekanntmachung des bayerischen Ministeriums des Innern vom 11.5.1931 (vgl. Anm. 7) hatte die Polizeidirektion München am 1.7.1931 das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen von politischen Vereinigungen verboten. In dieser Anordnung wurde noch einmal dezidiert darauf hingewiesen, daß dieses Verbot auch "für Wach- und Ehrenposten aller Art" gelte. Nachdem die NSDAP am 4.7.1931 eine Entfernung der beiden uniformierten Wachposten vor dem Braunen Haus abgelehnt hatte, wurde die Parteizentrale der Nationalsozialisten noch am selben Tag von der Landespolizei besetzt; die Parteiakten wurden beschlagnahmt, 29 Uniformierte verhaftet. Bei den sich anschließenden Demonstrationen und Tumulten kam es zu weiteren 19 Verhaftungen. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 335; Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 35. Zur Überlieferung durch die Presse vgl. Anm. 8.

2 Gemeint ist das ehemalige Barlow-Palais in der Brienner Straße 45. Hitler hatte am 26.5.1930 das 1828 im Biedermeierstil erbaute Adelspalais von Elisabeth Barlow gekauft. Nach größeren Umbauarbeiten, mit denen der Münchner Architekt Paul Ludwig Troost beauftragt wurde und für die Hitler selbst Entwürfe anfertigte, war die gesamte Reichsleitung der NSDAP zu Beginn des Jahres 1931 dorthin verlegt worden. Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff. Ferner Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 48 und 50; Bd. IV/1, Dok. 61 sowie Dok. 19 dieses Bandes.

3 *Erste* Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 ein generelles Uniformverbot für politische Verbände angeordnet. Das Preußische Kammergericht erklärte in seinen Urteilen vom 23.1.1931 und 13.3.1931 dieses Verbot jedoch für rechtsunwirksam, da es dem durch Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleisteten Grundrecht auf Meinungsfreiheit zuwiderlaufe. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 294 ff., 341 ff. Druck des Runderlasses des preußischen Ministeriums des Innern vom 11.6.1930: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 87. Urteile des Preußischen Kammergerichts vom 23.1.1931 und vom 13.3.1931 in: Archiv für Strafrecht und Strafprozeß. Hrsg. von K. Klee, Bd. 75, Berlin 1932, S. 142 ff., 180 ff.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 58.

5 Gemeint ist vermutlich das im *VB* vom 7.7.1931 publizierte Gutachten von Walter Luetgebrune: VB vom 7.7.1931, "Das Gutachten des Juristen".

Schöffengericht uniformierte S.A.-Leute von der Anklage eines Vergehens gegen die Uniformverbotsbestimmung der Notverordnung freigesprochen[6].

Trotz dieser Rechtslage hielt es die Polizeidirektion München für angebracht, im Wege unhaltbarer Anordnungen und Verfügungen den uniformierten Schutz des "Braunen Hauses" zu bekämpfen[7].

Zur Regelung des Verkehrs standen an den Eingangstüren des "Braunen Hauses" insgesamt zwei uniformierte Parteigenossen. Um diese beiden uniformierten Diensttuer zu beseitigen, erließ die Polizeidirektion München am 1.7.1930 eine "Anordnung", die in erster Linie das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen von politischen Vereinigungen für Wach- und Ehrenposten verbot. Niemand bezweifelt, daß diese Anordnung sich lediglich gegen die N.S.D.A.P. und deren Parteiheim richten sollte. Mitglieder der Reichsleitung setzten sich sofort mit der Polizeidirektion München in Verbindung und erreichten die Zusage, daß uniformierte Parteigenossen den Verkehrsdienst im "Braunen Hause" besorgen können, soweit sich dieser auf Grund und Boden des Parteiheims abspielt.

Entgegen dieser Zusage wurden im Laufe des 4. Juli 1931 über vier Hundertschaften Landespolizei aus München gegen das "Braune Haus" angesetzt. In einer sich überstürzenden Fülle von einzelnen Polizeimaßnahmen zum Zwecke der Entfernung der zwei Uniform tragenden Diensttuer wurde gegen das "Braune Haus" und seine Umgebung vorgegangen. Die Vorgänge, die sich in Durchsetzung dieser Polizeiangriffe im Laufe des gestrigen Tages in und vor dem "Braunen Hause" abspielten, erregten die weite Masse der deutschen Münchner Bevölkerung[8]. Um für die kommenden rechtlichen Auseinandersetzungen zugleich das einwandfreie Beweismaterial zu sichern, wurden die wesentlichen Vorgänge sofort urkundlich festgestellt. Die Rechtswidrigkeit dieser polizeilichen Maßnahmen ist von namhaften deutschen Juristen, die in

6 Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten (vgl. Anm. 3), versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot mit Hilfe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 auf Reichsebene durchzusetzen (vgl. Dok. 2, Anm. 58). Allerdings weigerten sich auch jetzt regionale Justizorgane wie z. B. das Amtsgericht Torgau oder das Landgericht Halberstadt, Strafen aufgrund dieser neuen Verordnung auszusprechen. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 202 f.

7 Der bayerische Minister des Innern Karl Stützel hatte am 11.5.1931 eine "Bekanntmachung über den Vollzug der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" erlassen. Unter Bezug auf § 8 dieser Verordnung ("Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten werden. Das Verbot kann sich auf das Tragen bei bestimmten Gelegenheiten beschränken.") ermächtigte Stützel die Polizeidirektionen in den Städten München, Nürnberg und Fürth, politischen "Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen bei bestimmten Gelegenheiten zu verbieten". Druck: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern vom 15.5.1931, S. 138. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931: RGBl. 1931, I, S. 79 ff.

8 Zur Reaktion der Lokalpresse vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 2.7.1931, "Teilweises Uniformverbot in München"; Münchener Post vom 2.7.1931, "Das Ärgernis des Braunen Hauses verboten"; vom 3.7.1931, "Man pfeift auf Herrn Stützel!"; vom 6.7.1931, "Innenminister und Polizeipräsident mit dem Tode bedroht"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.7.1931, "Das Uniformverbot und die Nationalsozialisten"; vom 8.7.1931, "Einerseits - andererseits". Ferner VB vom 4.7.1931, "Polizei-Überfall auf das 'Braune Haus'"; vom 7.7.1931, "Der Kriegszug des Polizeipräsidenten Koch gegen das 'Braune Haus'"; Illustrierter Beobachter vom 18.7.1931, "Der Kampf ums 'Braune Haus'. Motto: 'Tapfere Bayern sans wir'".

der Reichsleitung anwesend waren, sofort vermerkt worden. Gegen jede einzelne Maßnahme sind die Rechtsmittel ergriffen[9]. Wir haben die begründete Hoffnung, daß nunmehr durch einen eklatanten Fall eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden wird.

Am Ende muß auch im heutigen Deutschland ja doch Recht Recht bleiben. Daß der politische Terror seit 12 Jahren vor keinem Mittel zurückschreckt, die nationalsozialistische Bewegung zu unterdrücken und zu verfolgen, hat bisher nicht verhindern können, daß trotzdem aus einer Bewegung von 7 Mann[10] in diesen 12 Jahren mehr als 8 Millionen geworden sind[11]. Die rechtswidrige Aktion der Polizeidirektion München hat den Begriff "Braunes Haus" der Öffentlichkeit besser zur Kenntnis gebracht, als dies durch irgendwelche Propaganda hätte geschehen können.

Parteigenossen, laßt euch durch gar nichts provozieren! An unserer Gesetzlichkeit wird der Gegner am Ende trotz allem zerschellen.

München, den 5. Juli 1931

gez. Adolf *Hitler*

---

9 Am 7.8.1931 beschloß der IV. Strafsenat des Reichsgerichts, die Beschwerde des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. vom 3.7.1931 gegen die Anordnung der Polizeidirektion München vom 1.7.1931 (vgl. Anm. 1) zu verwerfen. In seiner Begründung bemerkte der Senat u. a., daß er sich schon mehrfach mit der Gültigkeit von Uniformverboten aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zu beschäftigen gehabt habe. Grundsätzliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung seien jedoch nicht stichhaltig. Das in § 8 dieser Verordnung ausgesprochene Uniformverbot für politische Verbände richte "sich nicht gegen eine bestimmte politische Meinung, sondern will lediglich der *Bekämpfung politischer Ausschreitungen* dienen". Beschluß des Reichsgerichts, IV. Strafsenat, Nr. XII.V.62/31 vom 7.8.1931 (Abschrift); GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 294.

10 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigem Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167; Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.; Tyrell, Vom "Trommler", S. 77, 198 f., Anm. 118.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62.

6. Juli 1931 Dok. 5
"Partei-Befehl an die NSDAP, Hitlerbewegung, in Österreich"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; Österreichisches StA, Nachlässe und Sammlungen, E/1702 [1].

1. Die administrative Landesleitung der Partei in Österreich [2] wird zur verantwortlichen, politischen Landesleitung bestimmt [3]. Als Landesleiter wird Pg. Alfred *Proksch* [4] bestellt. Der Sitz der Landesleitung ist in Linz a. d. Donau.

2. Die Zusammenlegung der S.A.-Gruppenführung [5] und der Landesleitung in Linz a. d. Donau wird sobald als möglich durchgeführt, spätestens nach Freistellung der betreffenden Führer.

3. Mit der neuen Landesleitung werden sinngemäß für alle Sonder-Organisationen (Schüler-, Juristen-, Ärzte- und Lehrerbund) sowie für die Betriebszellen-Organisation eigene Landesleitungen aufgestellt [6]. Soweit als möglich am Sitz der Landesleitung.

4. Das Organisationsprinzip, Bundesland gleich Gau, bleibt bestehen. Eine Ausnahme bildet der Westgau, der in seiner bisherigen Zusammensetzung bleibt [7].

---

1 Kopf: "Der oberste Partei- und S.A.-Führer".

2 Im Vergleich zu den Erfolgen der NSDAP hatten die österreichischen Nationalsozialisten bislang wenig Terrain gewonnen. Bei den Nationalratswahlen vom 9.11.1930 erhielt die NSDAP (Hitler-Bewegung) lediglich 111.843 Stimmen (3,03 %); im Nationalrat war sie damit nicht vertreten. Die Stagnation der österreichischen NSDAP resultierte vor allem aus der Zersplitterung des rechtsradikalen Lagers in Österreich, dem Fehlen einer kompetenten und kontinuierlichen Führung aber auch aus Hitlers generellem Desinteresse. Noch am 4.12.1930 hatte der Gauleiter des Gaues Wien, Alfred Frauenfeld, in einem Brief an die Reichsleitung der NSDAP beklagt, "daß Adolf Hitler kein Interesse habe an der österreichischen Hitlerbewegung". Vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 60 ff.; Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch. Hrsg. von Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem unter Leitung von Dwaine Marvick, Bd. III/Teil C, Wien 1966, S. C 95 ff.

3 Nach dem Rücktritt von Landesleiter Friedrich Jankovic im April 1927 waren die österreichischen Gaue der NSDAP der Reichsleitung der NSDAP direkt unterstellt worden. Zu seinem General-Bevollmächtigten für alle Angelegenheiten der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) hatte Hitler Gregor Straßer ernannt. Vgl. Pauley, Weg, S. 61 ff. sowie Dok. 8.

4 Alfred Proksch (1891-1981), Eisenbahnbeamter, 1912 Eintritt in die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) Österreichs, 1918/19 Mitglied der Delegation der Deutschen Parteien in der Tschechoslowakei, 1923 Landesobmann der DNSAP von Oberösterreich, 1923-1932 Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender in Linz (DNSAP, ab 1926 österreichische NSDAP (Hitler-Bewegung)), 1926-1928 Gauleiter des Gaues Oberösterreich, 1928-1931 stellvertretender Landesleiter, 1931-1934 Landesleiter der österreichischen NSDAP, 1933 Ausbürgerung, 1938 Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Österreich (Ostmark), 1938/39 für das Sudetenland, 1940 für das Wirtschaftsgebiet Wien-Niederdonau, 1941 SA-Obergruppenführer, 1945 zu vier Jahren Kerker verurteilt.

5 Zur damaligen Organisationsstruktur der SA-Gruppe Österreich vgl. Dok. 28.

6 Zur sozialen Zusammensetzung der österreichischen NSDAP vgl. Pauley, Weg, S. 93 ff. Weitere Angaben zu ihrer Organisationsstruktur: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der N.S.D.A.P., München o. J., S. 139 ff.

7 Die NSDAP in Österreich war in die Gaue Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Wien, Steiermark und den Westgau gegliedert. Der Westgau umfaßte die Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg. Vgl. Bd. III/1, Dok. 16 sowie Dok. 8 dieses Bandes.
Zu den Folgen der neuen Organisationsstruktur für die österreichischen Gaue vgl. z. B. Dok. 50.

Das nördliche Burgenland bleibt wie bisher beim Gau Niederösterreich, das südliche Burgenland bei Steiermark. Diese Regelung gilt solange, als ein eigener Gau Burgenland noch nicht lebensfähig erscheint.

5. Für jeden Gau wird durch den S.A.-Gruppenführer im Einvernehmen mit dem Gauleiter ein S.A.-Führer als Gau-S.A.-Führer bestimmt, ohne Rücksicht auf die derzeitige Größe der S.A. in dem betreffenden Gau.

An die Geldverwalter dieser Gau-S.A.-Führer wird die sogenannte S.A.-Zulage von 20 Groschen direkt von der Landesleitung überwiesen[8].

6. In der Regelung des Untersuchungs- und Schlichtungsverfahrens in Österreich wird nichts geändert.

7. Die Kassenverwaltung wird bei der Landesleitung zentralisiert, d. h. die Ortsgruppen liefern direkt an die Landesleitung ab. Die Verteilung der eingehenden Beitragsgelder erfolgt nach folgendem Schlüssel:

Der Mitgliedsbeitrag	*Der ermäßigte Beitrag*
wird erhöht auf:	
S[*chilling*] 1.30	70 Groschen
Davon verbleibt:	
Bei der *Ortsgruppe*:	20 g bzw. 10 g
An die *Landesleitung* wird von den Ortsgruppen abgeliefert:	1 S[*chilling*] 10 g bzw. 60 g
Die Landesleitung führt ab:	
an die *Geldverwalter bei Gau-SA-F*[*ührung*]:	20 g bzw. 20 g
an die *Kasse der S.A.-Gruppenführung*:	10 g bzw. 5 g
an die *Kasse der Landesleitung*:	20 g bzw. 10 g
an den *Gau wird zurückgeliefert:*	60 g bzw. 25 g

Sämtliche Überweisungen erfolgen nach dem Prozentsatz der Eingänge.

Die *Mitgliedsaufnahmegebühr* beträgt *1 S 50 g.*[9]

Davon gehen 50 g an die *S.A.-Gruppe,* 1.- S mit Rücksicht auf die erhöhten Sachleistungen an die *Landesleitung.*

Die S.A. verzichtet zu Gunsten der Ortsgruppe auf die ihr bisher zustehende Hälfte der Kampfschatzsammlungen[10].

Wird S.A. von außerhalb des Bereiches des eigenen Sturmbanns zum Versammlungsschutz angefordert und beträgt der Anmarschweg dieser auswärtigen S.A. über 25 Kilometer, so ist die Übernahme der Transportkosten zwischen dem Veranstalter der Versammlung und dem betreffenden S.A.-Führer vorher genau festzusetzen.

---

8 Die sog. SA-Zulage war am 2.9.1930 eingeführt worden. Vgl. Bd. III/3, Dok. 102.

9 In der Vorlage Anmerkung: "Zur Gänze gleichzeitig mit der Einsendung der Beitrittserklärung an die Landesleitung einzuzahlen!"

10 Unter dem Begriff "Kampfschatzsammlung" verstand man in der NSDAP gelegentliche Sammlungen, mit denen für Wahlkämpfe, zur Unterstützung der SA oder für einzelne Projekte finanzielle Rücklagen gebildet werden sollten; hierfür wurden teilweise sog. Kampfschatzmarken ausgegeben. Vgl. Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 150.

8. Bei der verhältnismäßig großen Überweisungsquote an die Gaue obliegt diesen die Tilgung der vorhandenen Schulden. Eine Zurückzahlung der von der Landesleitung bei der letzten Wahl aufgenommenen und auf einzelne Gaue verteilten Wahlschulden wird auf 6 Monate gestundet.

9. Eine endgültige Regelung der bis jetzt bei der administrativen Landesleitung seitens einzelner Gaue aufgelaufenen Beitragsschulden hängt von der prompten Durchführung der Neuregelung ab. Ebenso wird das Tempo der Abtragung von Wahlschulden durch die Gaue bei dieser endgültigen Regelung in Rechnung gestellt.

10. Diese Neuregelung tritt in Kraft mit *Wirkung vom 1. Juli* [*1931*], d. h., die Ortsgruppen rechnen bereits für den Monat Juli zum 5. August mit der Landesleitung ab. Beitragsschulden der Ortsgruppen an die Gaue für die abgelaufene Zeit sind von den Ortsgruppen an den Gau zu zahlen.

11. Als Landesgeschäftsführer wird auf Vorschlag der Reichsleitung Pg. *Habicht*[11] bestellt, der seit Jahren als Ortsgruppenführer und Fraktionsführer unserer Stadtparlamentsgruppe in Wiesbaden der Bewegung wertvolle Dienste geleistet hat[12].

12. Der N.S.P.-Verlag, Linz, wird durch eine zu treffende Neuregelung so gestaltet, daß die Überschüsse, wie auch bisher, für die Folgezeit restlos der Partei zur Verfügung stehen. Damit erhält dieser Verlag besondere Rechte.

Die Reichsleitung wie die österreichische Landesleitung sind sich in der heutigen schweren Zeit sehr wohl bewußt, daß die Beitragserhöhung für die Parteimitglieder ein außerordentlich schweres Opfer bedeutet.

Mit Rücksicht auf die politische Lage in Österreich, die einer machtvoll erstarkten Organisation unserer Partei große Ausblicke eröffnet, sowie in Anbetracht der bevorstehenden sehr wichtigen Nationalratswahlen[13], für die unter allen Umständen ein Kampfschatz gesammelt werden muß, ist die Reichsleitung der Meinung, daß die Mitglieder der Partei in Österreich,

---

11 Theodor (Theo) Habicht (1898-1944), 1914/15 kaufmännische Lehre, 1919/20 Zeitfreiwilliger, 1921-1926 kaufmännischer Angestellter, 1926 Eintritt in die NSDAP, seit 1927 Herausgeber des *Nassauer Beobachter* sowie seit 1930 der *Rheinwacht*, 1927-1931 Kreisleiter der NSDAP in Wiesbaden, 1928-1931 Stadtverordneter in Wiesbaden, 1930/31 Mitglied des Kommunallandtags für Nassau, 1931-1933 MdR, 1931 Landesgeschäftsführer, seit 1932 Landesinspekteur der NSDAP in Österreich, 1934 Ausweisung aus Österreich, 1937-1939 Oberbürgermeister von Wittenberg, 1939 Ministerialdirektor im Range eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung, 1940 zur Disposition, 1944 als Hauptmann und Bataillonskommandeur an der Ostfront gefallen.

12 Weitere Angaben zur Tätigkeit Habichts bei A[*dalbert*] Gimbel (Hrsg.), So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941, passim.

13 Wegen der akuten Finanz- und Bankenkrise war am 29.5.1931 der österreichische Justizminister Hans Schürff zurückgetreten, bis zum 16.6.1931 demissionierte das gesamte Kabinett unter Bundeskanzler Otto Ender. Die am 20.6.1931 gebildete neue Regierung unter Bundeskanzler Karl Buresch galt als "eine Regierung der schwachen Hand", deren Handlungsspielraum von der Wirtschaftskrise und der hohen Auslandsverschuldung des österreichischen Staates schwer beeinträchtigt wurde. Dennoch wurde der Nationalrat, der erst am 9.11.1930 gewählt worden war, nicht aufgelöst. Vgl. Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 180 ff.

14 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe),

die jahrelang schon schwere Opfer gebracht haben, auch dieses neue Opfer bringen werden, im Interesse unserer Arbeit und zur Erreichung unseres großen Endzieles.

Der Reichsorganisationsleiter I: Der Reichsschatzmeister:

gez. Gregor *Straßer* [14] gez. *Schwarz* [15]

Ich verfüge, daß dieser Parteibefehl mit sofortiger Wirkung zur Durchführung gelangt.

Der Partei- und Oberste S.A.-Führer:

gez. Adolf *Hitler* [16]

1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

15 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), 1896 Angestellter bei der bayerischen Militärverwaltung, 1900-1924 Verwaltungsbeamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Erster Kassier der Großdeutschen Volksgemeinschaft, Versetzung in den Ruhestand als Oberinspektor, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

16 In der Vorlage folgt Anordnung des Landesleiters Alfred Proksch:
"Nationalsozialisten Österreichs!
Der oberste Führer [*sic!*] hat mich zur Leitung der Partei in Österreich berufen. Ich habe die Berufung angenommen, da ich darin die Erfüllung des Gelöbnisses erblicke, der Bewegung jederzeit mit allen Kräften pflichtbewußt zu dienen und dem Führer Treue und Gehorsam zu halten. In der Überzeugung, daß dieses Gelöbnis die Herzen aller Nationalsozialisten erfüllt, gehe ich daran, die mir übertragene Aufgabe zu lösen. Eine Kampforganisation setzt sich nur dann erfolgreich durch, wenn in ihr alle Kräfte verständnisvoll, diszipliniert und opferbereit zusammenwirken. Ich werde es daher als besondere Aufgabe erachten, das Zusammenwirken der gesamten Organisation in Treue zum Führer und zu dem von ihm gesetzten Ziel, bei unbedingter Aufrechterhaltung der gebotenen Unterordnung unter den Führerwillen sicherzustellen. Es stehen große Entscheidungen bevor!
Ich rufe darum alle Nationalsozialisten Österreichs auf, in diesen entscheidenden Tagen am Platze zu sein und alle Tugenden des Kämpfers im höchsten Maße zu offenbaren: Zielbewußtsein, Pflichttreue, Opfersinn, Arbeitswillen, vor allem aber eherne Disziplin. Wer dem Rufe nicht folgen kann oder will, der scheide aus unseren Reihen. Wer ihm aber zu folgen bereit ist, der trete an, denn nun gilt es zu schaffen und zu zeigen, daß in der alten Ostmark der Drang zur Freiheit nicht minder lebendig ist als in anderen deutschen Gauen. Nationalsozialisten Österreichs! Die Fahnen hoch und mit äußerster Anspannung der Kräfte in den Kampf. Wir werden siegen, weil wir wollen und weil wir an den Sieg glauben!"

7. Juli 1931 Dok. 6
Telegramm
an Karl Stützel[1]
an die Polizeidirektion München
an die Kreisregierung von Oberbayern

VB vom 7.7.1931, "Protesttelegramme".

Erheben gegen Verfügung der Polizeidirektion München, durch die Betreten des "Braunen Hauses" soeben allgemein verboten wurde[2], Beschwerde und protestieren auf das entschiedenste gegen diese ungeheuerliche, rechtlich niemals zu haltende Maßnahme.

Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e.V.

Adolf *Hitler*

10. Juli 1931 Dok. 7
Rede auf SA-Versammlung in München[1]

VB vom 11.7.1931 [*sic!*], "Fahnenweihe bei Sturm 53".

Redetext nicht ermittelt.

---

1 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Ministerium des Innern, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Minister des Innern (BVP).

2 Vgl. Dok. 4.

1 Im Augustinerkeller, Arnulfstraße 52, ab 20.00 Uhr. Der Ankündigung ist lediglich zu entnehmen, daß die Fahnenweihe des SA-Sturms 53 Anlaß für Hitlers Rede war.

13. Juli 1931 Dok. 8
"Verfügung"
Anordnung

Masch. Ausfertigung; BA, Slg. Schumacher 305 I.

Die administrative Landesleitung der NSDAP (Hitler-Bewegung) wird mit sofortiger Wirkung in eine selbständige politische Landesleitung Österreich der NSDAP mit dem Sitz in Linz umgewandelt [1]. Zum Landesleiter ernenne ich

Pg. Alfred *Proksch*, Linz/Donau.

München, den 13.VII.[*19*]31

gez.: Adolf *Hitler*

Herrn Reichsschatzmeister Schwarz
zur Kenntnisnahme

14. Juli 1931 [1] Dok. 9
Interview mit United Press

The New York Herald, Paris, vom 15.7.1931, "Hitler balances Bolshevism with own movement" [2].

"The situation as it has developed now has confirmed my former fears and predictions", the National-Socialist chief declared. "The Young plan [3] is ending in economic disaster [4]. Its consequences also will be felt in the whole world, while the Versailles treaty [5], which was made to divide the world into two parts will prove a curse on mankind.

Ready to Lead.

"We are ready to assume governmental power at any time, because the national opposition is convinced that it alone is able to halt an extreme development. There are only two possibili-

---

1 Vgl. Dok. 5.

1 Der Bericht datiert das Interview auf Dienstag.
2 Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. 8-Uhr-Abendblatt vom 14.7.1931, "Hitler für Erfüllung"; Braunschweigische Landeszeitung vom 15.7.1931, "Eine Erklärung Adolf Hitlers"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15.7.1931, "Hitler: 'Der Kampf Brünings ist der Kampf Deutschlands'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 15.7.1931, "Eine Erklärung Hitlers"; Die Deutsche Revolution vom 19.7.1931, "Hitler für System und Erfüllungspolitik"; VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".
3 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.
4 Vgl. Dok. 2, Anm. 3-7. Die schwierige Situation der in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängigen deutschen Wirtschaft war in erster Linie Folge der ab 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise.
5 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

ties for the future - either our movement for power over Bolshevism or Bolshevism which is turning Europe and far beyond it into chaos[6].

"Whenever fate calls us to the helm, we shall not believe in the possibility of paying political tribute, but we do believe in the necessity of fulfilling those purely economic obligations which Germany assumed in the course of years.

"It will be our foremost aim to secure general economic and political consolidation of Germany even by the hardest measures. However, first of all, our watchword is the stamping out of Bolshevism in all forms."

Not Opposed to Brüning.

In his conversation Hitler explained that he did not wish to place difficulties in the way of Brüning's economic fight because "Brüning now is fighting for Germany"[7].

"I am myself a German", he went on. "It is foolish to blame the government for the economic disaster of today. The blame must be attached to the policy based on false economic presumption[8]."

6 Anspielung auf die weitverbreitete Furcht der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit vor dem Bolschewismus. Vgl. z. B. Gottfried Niedhart, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118; Harvey Klehr and John Earl Haynes, The American Communist Movement. Storming Heaven Itself, New York 1992, S. 26 ff.

7 Zum Verhältnis Hitlers zu Brüning vgl. z. B. den Bericht des Vorsitzenden der DVP Eduard Dingeldey über seine Besprechung mit Hitler am 28.7.1931: "Er [*Hitler*] habe von Herrn Brüning, vor seinem Patriotismus und vor seinem menschlichen Charakter wie auch vor seiner Intelligenz alle Hochachtung." Niederschrift über eine Besprechung mit Adolf Hitler im Hotel *Deutscher Hof* in Nürnberg am Dienstag, den 28. Juli 1931; BA, NL Dingeldey 37. Sowie Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 272: "Unter vier Augen könne er [*Göring*] mir vertraulich mitteilen, daß Hitler und seine Freunde gegen meine Außen- und Wirtschaftspolitik im Grunde gar nichts einzuwenden hätten."

8 In *Der Angriff* vom 16.7.1931 ("Sie lügen! Sie lügen! Ein gefälschtes Hitler-Interview") wurde dieser Teil des Interviews dementiert und behauptet, Hitler habe lediglich eine schriftliche Erklärung an United Press abgegeben. Die Wiedergabe im *VB* vom 28.7.1931 ("Gegen Versailles und den Bolschewismus"), die von Hitler gezeichnet wurde, verzichtet ebenfalls auf den letzten Teil des Interviews.

15. Juli 1931 Dok. 10
Zeugenaussage vor dem Amtsgericht München[1]

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; Niedersächsisches StA Stade, Rep. 171 a Stade Nr. 93.

T[*elschow*][2], den ich persönlich kenne, war im vor[*igen*] Jahre gesundheitlich sehr stark mitgenommen. Ich erklärte ihm daher, er müsse in Urlaub gehen u. sich einige Wochen erholen. Ich habe ihn speziell nach Schleching geschickt, wo unsere Leute zur Erholung meistens hingehen[3]. T. ist also auf meine Anweisung nach Schleching gegangen. Während der Zeit seines Aufenthaltes in Schleching war T. auch dienstlich in München u. Berchtesgaden u. vielleicht auch an andern Orten.

V[*or*]g[*elesen*] u[*nd*] u[*nterschrieben*]

Adolf Hitler

1 Anlaß für Hitlers Zeugenaussage waren die Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft Stade gegen MdR und Gauleiter Otto Telschow, dem u. a. Unterschlagungen vorgeworfen wurden. Mit Schreiben Nr. 4 J. 797/30 an das Polizeipräsidium München vom 11.6.1931 bat die Oberstaatsanwaltschaft Stade, Telschows Behauptung mit Hilfe von Zeugenaussagen zu überprüfen, er habe 1930 "mit seiner Ehefrau eine Reise nach Schlecking [*sic!*] in Oberbayern unternommen. Von Schlecking aus soll er" - so die Oberstaatsanwaltschaft Stade - "auch Reisen nach Berchtesgaden, Innsbruck und an andere Orte unternommen haben. Der Beschuldigte soll die Behauptung aufgestellt haben, er habe die Reise im Auftrage Hitlers ausgeführt, um in Tirol etwas auszuspionieren."
Mit Schreiben Nr. 1431/31 vom 24.6.1931 informierte die Polizeidirektion München die Oberstaatsanwaltschaft Stade, daß "von hier wiederholt telephonisch versucht" wurde, "Hitler zum Erscheinen bei der Polizeidirektion zum Zwecke seiner Vernehmung zu veranlassen. Hitler ist bis heute nicht erschienen, auch verlief eine Vorsprache im Parteiheim der NSDAP erfolglos." Es werde deshalb anheimgestellt, "Adolf Hitler richterlich vernehmen zu lassen"; Niedersächsisches StA Stade, Rep. 171 a Stade Nr. 93.

2 Otto Telschow (1876-1945), Unteroffizier, dann Polizeiobersekretär, 1901-1924 Verwaltungsbeamter bei der Polizeibehörde Hamburg, 1905 Eintritt in die Deutschsoziale Partei (DSP), 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1928 Gauleiter des Gaues Lüneburg-Stade, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ost-Hannover, 1929-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1933 Präsident des Hannoverschen Provinziallandtags und Preußischer Staatsrat, 1945 Selbstmord.

3 Gemeint ist vermutlich der in Schleching (Oberbayern) gelegene Gasthof *Geigelstein*, für den 1930 im *Völkischen Beobachter* als "Treffpunkt aller Nationalsozialisten" geworben wurde.

19. Juli 1931 Dok. 11
"Der Freiheitskampf des deutschen Volkes" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weißenburg/Mittelfranken [2]

Berliner Börsen-Zeitung vom 22.7.1931, "Hitler zur Lage" [3].

Am Sonntag veranstaltete die NSDAP in Weißenburg eine große Kundgebung, in deren Verlauf Adolf Hitler in drei Massenversammlungen sprach. Hitler verglich in seinen Ausführungen den Young-Plan [4] mit dem Hoover-Plan [5] und erklärte, politische Schulden würden in der Weltgeschichte nur durch die eigene Kraft ausradiert. Kein Volk habe bisher seine politische Versklavung durch Arbeit beseitigt. Die Ursachen für die außerordentlich schwierige Lage zu ergründen, ginge über den Horizont der Parteipolitiker, die nur von heute auf morgen sähen. Die Krise sei eine Weltkrise, bei der fast alle weißen Völker von der gleichen Seuche der inneren Zersetzung ergriffen seien. Es handele sich nun heute darum, ob bei der Fortdauer der jetzigen Entwicklung in 50 Jahren das deutsche Volk noch bestehe. Die Nationalsozialisten hätten sich das Ziel gesetzt, die innere Zersetzung des Volkes zu beseitigen, die die bürgerlichen Parteien und der Marxismus beabsichtigten. Wir müßten wieder ein Volk werden, dann werde die unverwüstliche Lebenskraft unseres Volkes letzten Endes siegen.

---

1 Titel laut *Weißenburger Tagblatt*.

2 Es war zunächst vorgesehen, daß Hitler im Anschluß an eine Freiluftaufführung von Schillers *Wilhelm Tell* im Weißenburger Bergwaldtheater sprechen sollte. Mit Schreiben vom 15.7.1931 teilte der 1. Bürgermeister der Stadt Weißenburg, Hermann Fitz, Hitler jedoch mit, daß eine solche Ansprache nicht zugelassen worden sei. Der als Anlage beigefügte Abdruck eines Vermerks des Stadtkommissärs Baer vom 15.7.1931 genehmigte lediglich die vorgesehenen Kundgebungen im Saal des Evangelischen Vereinshauses, im Wildbad-Saal und im Goppelt-Saal, während unter Bezug auf die Anordnung des Bayerischen Ministeriums des Innern vom 10.7.1931 alle übrigen geplanten Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten wurden. Vgl. Schreiben des 1. Bürgermeister Dr. Fitz an Hitler vom 15.7.1931; BA Potsdam 62 Ka 1, Kanzlei des Führers der NSDAP.
Hitler, der entgegen seiner Zusage nicht an der - völlig verregneten - Sondervorstellung teilnahm, traf erst um 15.00 Uhr ein und sprach in allen drei, voll besetzten Sälen, zunächst 90, dann jeweils 45 Minuten. Der *VB* ermittelte eine Zuhörerschaft von über 2.500 Personen. Neben Hitler hielt auch die örtliche wie die überregionale Parteiprominenz der NSDAP Reden, u. a. MdL und Gauleiter Julius Streicher sowie MdL und Gauleiter Adolf Wagner.

3 Vgl. auch Illustrierter Beobachter vom 4.7.1931, "Deutschlands größte Naturbühne in Weißenburg i/Bay."; VB vom 12./13.7.1931, "Gau Mittelfranken"; Weißenburger Tagblatt vom 20.7.1931, "Hitlertag in Weißenburg"; Weißenburger Zeitung vom 20.7.1931, "Hitlertag in Weißenburg"; Allgemeine Rundschau vom 21.7.1931, "Hitler in Weißenburg"; VB vom 28.7.1931, "Adolf Hitler in Weißenburg". Lagebericht Nr. 2100 b 1^b N der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.10.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP Gautagungen und Propagandaaufmärsche, 26085. Ferner Paul Kremmel, Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Bereich des Bezirksamts Weißenburg in Bayern, Lichtenfels 1987, S. 44 f.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

21. Juli 1931 Dok. 12
Telegramm an Heinrich Brüning [1]

Telegramm; BA, R 43 I/319 [2].

Reichskanzler *Brüning* [3]
Deutsche Botschaft
London S.W.1, CarltonHouse Terr. 9

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan [4] des amerikanischen Präsidenten Hoover [5] wird die unverhüllte Absicht Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen [6]. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden.

Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allerorts gefährlichste Gedankengänge aufkeimen.

1 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen, 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

2 Druck mit geringfügigen inhaltlichen Überarbeitungen: VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".

3 Brüning befand sich zusammen mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Julius Curtius, vom 21.7. bis 23.7. 1931 auf der Sieben-Mächte-Konferenz in London, um mit den anderen Regierungsvertretern über eine gemeinsame Strategie gegen die Finanzkrise zu beraten. Vgl. Brüning, Memoiren, S. 337 ff.

4 Zur Entschärfung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise hatte der Präsident der USA Hoover am 20.6.1931 vorgeschlagen, alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr zu sistieren, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern, aber auch um die amerikanischen Kapitalanlagen in Europa zu sichern. Nach langwierigen Verhandlungen, bei denen vor allem der Widerstand Frankreichs zu überwinden war, wurde das Protokoll über die Durchführung des sog. Hoover-Moratoriums am 11.8.1931 in London von allen beteiligten Mächten mit Ausnahme von Jugoslawien unterzeichnet. Vgl. Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge 1962; Link, Stabilisierungspolitik, S. 498 ff.

5 Herbert C. Hoover (1874-1964), 1895 Bergbauingenieur, seit 1897 Tätigkeit im Ausland, seit 1901 Industrieberater, Gründung eigener Unternehmen, 1915-1919 Leiter des Hilfswerk für Belgien, 1917-1919 Leiter des Ernährungsamts der USA, 1921-1928 amerikanischer Handelsminister, 1929-1933 Präsident der USA, seit 1942 erneut Organisator karitativer Hilfsaktionen.

6 Deutschland und Großbritannien hatten umgehend ihre Zustimmung zu Hoovers Vorschlägen vom 20.6.1931 signalisiert. Frankreich forderte jedoch am 24.6.1931, daß hiervon die Zahlung der unaufschiebbaren Annuitäten, wie sie der Young-Plan vorsah, nicht berührt würden und vor Beginn des Moratoriums die Rückstände bei den deutschen Sachlieferungen beglichen werden sollten. Erst am 6.7.1931 stimmte Frankreich dem Moratorium zu.
Auf der Konferenz in Paris am 18./19.7.1931 waren Brüning und Curtius vom französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval und Finanzminister Pierre Flandin Kredite in Höhe von 500 Millionen $ angeboten worden, an die man politische Bedingungen knüpfte. Die deutschen Vertreter waren jedoch damals nicht bereit, auf den geplanten Neubau von Panzerkreuzern, die deutsch-österreichische Zollunion oder eine mögliche Revision der deutsch-polnischen Grenzen zu verzichten; vorgeschlagen wurden ferner eine Verpfändung der deutschen Zolleinnahmen oder der deutschen Außenhandelskredite. Vgl. Haim Shamir, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930-1936, Leiden 1989, S. 43 ff.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt[7], will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten[8].

Die gesamte nationale Opposition[9] macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie[10] gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird[11].

Graf von der Goltz[12], Hitler[13], Hugenberg[14], Graf Kalckreuth[15], Bethge[16], Lind[17], Seldte[18], Duesterberg[19]

---

7 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.
Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.

8 Vgl. den Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin Nr. I^{7}-42^{01} an den Preußischen Minister des Innern vom 10.7.1931, wo über eine vertrauliche Unterredung zwischen Hugenberg, Hitler, MdR Hermann Göring und MdR Wilhelm Frick am 9.7.1931 berichtet wird: "Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darüber einig, daß ihre Hoffnungen auf eine baldige Wirtschaftskatastrophe durch das Eingreifen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zunichte gemacht worden oder doch zum mindesten stark gefährdet sind. Ihre politischen Ziele - die Machtergreifung in Deutschland - seien nur durch eine Wirtschaftskatastrophe zu erreichen; deshalb müßten von der NSDAP und der DNVP sofort entsprechende Maßnahmen getroffen werden." Abschrift des Preußischen Minister des Innern Nr. II 1292/10.7. vom 21.7.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP, Bewegung, Entstehung, Ziele und Mittel, Bd. 3, 26067.
Vgl. ferner Goebbels' Tagebucheintrag vom 24.6.1931: "Das Hoover-Angebot macht uns viel zu schaffen. Das wird unseren Sieg um etwa 4 Monate verschieben. Es ist zum Kotzen!". Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 83.

9 Das Telegramm war vom Stahlhelm initiiert worden; Staatssekretär Otto Meißner hatte dann geraten, die gesamte "Nationale Opposition" daran zu beteiligen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 176 f.

10 In der Vorlage: "die".

11 In seiner Sitzung vom 21.7.1931 beschloß das Reichskabinett, auf das an Brüning gerichtete Telegramm "nichts zu veranlassen". Auch ein Schreiben vom 22.7.1931, das der Reichslandbund in derselben Absicht an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gerichtet hatte, blieb unbeantwortet. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, S. 1403 f., 1411 f.
In seinen Memoiren erwähnt Brüning das Telegramm, das in die Londoner Ministerkonferenz "hineingeplatzt" sei und "das die Franzosen ungeheuer gegen uns aufreizte". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 338. Zur Wirkung in Frankreich vgl. z. B. Le Matin vom 22.7.1931, "Un télégramme des nationalistes et racistes au chancelier".

12 Rüdiger Graf von der Goltz (1865-1946), 1882 preußischer Leutnant, 1916 Generalmajor, 1918 Deutscher General in Finnland, Februar bis Oktober 1919 Führer der Freikorpsverbände im Baltikum, Abschied als Generalleutnant, 1924-1930 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Jugend (Bund Jungdeutschland), 1925-1933 Geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1934 Führer des Reichsverbands Deutscher Offiziere.

13 Mit Schreiben vom 20.7.1931 hatte Hugenberg Hitler den Telegrammentwurf übersandt und Hitlers Unterschrift als "dringend erwünscht" bezeichnet. Schreiben Hugenbergs an Hitler vom 20.7.1931; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 72.

14 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender

30. Juli 1931 Dok. 13
Erklärung

VB vom 1.8.1931, "Adolf Hitler gegen die neuesten Verleumdungen".

Aus mir vorgelegten Pressemeldungen ersehe ich, daß die Verleumder und Lügenzentralen augenblicklich wieder mit Hochdruck arbeiten. Wenn es sich auch zum Teil um einen förmlichen Blödsinn handelt, so halte ich es doch für notwendig, diese Schwindeleien als solche zu brandmarken.

1. Der "Berliner-Tageblatt"-Schwindler berichtet, daß ich mich von meinem Stabschef Röhm[1] zu trennen gedenke, bzw. den Bruch vollzogen habe, daß ich Major Pabst[2] an seine Stelle setzen werde und daß dies auf Zureden meiner "kapitalistischen Gönner" geschehe[3]. Da

---

der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfangreichen Presse- und Medienkonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar 1933-Juni 1933 Reichswirtschaftsminister sowie Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

15 Eberhard Graf von Kalckreuth (1881-1941), Rittergutsbesitzer, 1926-1928 und 1930-1933 Präsident des Reichslandbunds, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

16 Albert Bethge, Gutsbesitzer, Mitglied des Provinziallandtags der Provinz Brandenburg, 1928-1933 Mitglied des Präsidiums des Reichslandbunds.

17 Heinrich Lind (1878-1941), Landwirt, Bürgermeister in Nieder-Issigheim (Hessen-Nassau), Begründer und Führer der Kurhessischen Bauernschaft, 1920-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Christliche Bauern- und Landvolkpartei), 1930-1933 Mitglied des Präsidiums des Reichslandbunds, 1933 Eintritt in die NSDAP.

18 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, Hauptmann d. R., 1918 Gründer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister, April 1933 Eintritt in die NSDAP, SA-Obergruppenführer, Chef des Quartiermeisteramts im Stab der Obersten SA-Führung, 1933/34 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, seit März 1934 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbunds (NSDFB).

19 Theodor Duesterberg (1875-1950), 1894 preußischer Leutnant, 1905 Kommandierung in den Großen Generalstab, 1914 Major, seit 1915 im Kriegsministerium, 1919 Abschied als Oberstleutnant, Geschäftsführer der DNVP im Wahlkreis Halle-Merseburg, 1924-1933 Zweiter Bundesführer des Stahlhelm, zugleich Führer des Landesverbands Mitteldeutschland des Stahlhelm, 1932 im ersten Wahlgang Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, 1933 Rücktritt von den Bundesämtern des Stahlhelm, im Juli 1934 und Juli 1944 kurzfristig verhaftet.

1 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

2 Waldemar Pabst (1881-1970), 1899 preußischer Leutnant, 1918 Hauptmann, 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Beteiligung an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Dezember 1919 Verabschiedung, 1920 Major, Teilnahme am Kapp-Putsch, Flucht nach Österreich, seit 1922 Stabschef der österreichischen Heimwehr, 1930 und 1931 Ausweisung, kurzfristig in Italien, dann im Zuge der Generalamnestie Rückkehr nach Deutschland, 1931-1940 Direktor in der Rheinmetall Borsig AG, Leiter der Wehr- und Waffenabteilung, 1932 Versuch der Gründung einer Weißen "faschistischen" Internationale, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches kurzfristig verhaftet, 1939 Major d. R., 1940 Entlassung aus dem Heer, 1943 Emigration in die Schweiz, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik.

3 Das *Berliner Tageblatt* hatte u. a. gemeldet, Hitler plane Röhm durch Pabst zu ersetzen, da gegen Röhm wegen Vergehens gegen § 175 StGB ermittelt werde. Hitler zögere noch, doch versuchten seine "kapitalistischen

ich annehme, daß der kleine Schwindler damit den Wunsch als Vater seiner Gedanken hat, kann ich ihm um so leichter den Weg zur Wahrheit öffnen. *Hauptmann Röhm bleibt mein Stabs-Chef*[4]. *Major Pabst wird nicht mein Stabs-Chef*[5]. Die kapitalistischen Gönner aber, die das Gegenteil wünschen, würde ich dringendst bitten, mir einmal namentlich bekanntzugeben. Ich suche dauernd nach kapitalistischen Gönnern[6], habe aber leider bisher feststellen müssen, daß sie ausschließlich im Lager der Parteien und Zeitungen des "Berliner Tageblattes"[7] sind. *Die ganze Artikelei ist vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und frei erlogen.*

2. Oberfinanzrat Bang[8] und Justizrat Claß[9] haben mir selbstverständlich ebenfalls niemals irgendeinen Wunsch geäußert. Ich habe die Herren seit dem Young-Plan[10] weder gesehen, noch mit ihnen irgendwelche politische Verhandlungen gehabt[11]. *Alles, was das "Berliner Tageblatt" darüber schreibt, ist frei erfunden und erlogen.*

3. Die sozialdemokratische Presse weiß zu berichten, daß ich die Absicht gehabt habe, nach Italien zu fliehen[12], und bringt in diesem Zusammenhang eine romanhafte Schilderung von

---

Gönner", wie etwa Oberfinanzrat a. D. Paul Bang, ihn in diesem Sinn zu beeinflussen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 29.7.1931 (MA), "Vorgänge im 'Braunen Haus'". Ferner Münchener Post vom 31.7.1931, "Stabschef Röhm abgesetzt!".
Diesen Meldungen unmittelbar vorausgegangen war die von der *Münchener Post* seit April 1931 initiierte Pressekampagne gegen Röhm, in deren Mittelpunkt dessen Homosexualität stand. Vgl. Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990, S. 61 ff.

4 Hitler hatte am 30.11.1930 den höchsten Führern der SA Röhm als den neuen Chef des Stabes der SA vorgestellt. Offiziell nahm Röhm diese Funktion seit 1.1.1931 wahr. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 108 f.

5 In seinen unveröffentlichten Memoiren schreibt Pabst, daß MdR Hans Frank ihm am 26.12.1930 in Innsbruck eine Einladung Hitlers überbracht habe. In einer darauf folgenden Besprechung habe Hitler ihm angeboten, er solle "sein politischer Beauftragter" werden; Pabsts Hinweis, daß er bislang zu Hitlers Gegnern gezählt habe, sei von diesem nicht akzeptiert worden. Pabst habe tags darauf in einem Brief an Hitler seine Ablehnung nochmals schriftlich begründet, was Hitler tief verletzt habe. Vgl. BA-MA, N 620/4; W. Pabst Lebenserinnerungen, Teil 3.

6 Zur Frage der Finanzierung der NSDAP durch die Industrie vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

7 Das *Berliner Tageblatt* wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur seit 1906 Theodor Wolff war, stand während der Weimarer Republik der DDP bzw. der DStP nahe und war mit einer Auflage von 137.000 Stück das Flaggschiff des Mosse-Verlags. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968, S. 73 ff.

8 Paul Bang (1879-1945), 1904 Dr. jur., 1906 Assessor, Hilfsrichter am Amtsgericht und Landgericht Freiberg, 1911 Eintritt in das sächsische Finanzministerium, 1919 Verabschiedung als Oberfinanzrat, Vertrauter von Alfred Hugenberg, 1928-1933 MdR (DNVP), Februar bis Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, danach schriftstellerisch tätig.

9 Heinrich Claß (1868-1953), Justizrat, 1895 Rechtsanwalt beim Landgericht Mainz und Oberlandesgericht Darmstadt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, 1902 stellvertretender Vorsitzender, 1908-1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der *Deutschen Zeitung*, Verfasser von *Bilanz des neuen Kurses* (1903), *Deutsche Geschichte* (1908), *Wenn ich der Kaiser wär'* (1912), *Zum deutschen Kriegsziel* (1914), *Wider den Strom* (1932).

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

11 Gemeint ist die Kooperation im sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, mit dem der Young-Plan verhindert werden sollte. Vgl. Dok. 2, Anm. 11. Ferner Bd. III/2, Dok. 51, 59, 92.

12 Die *Münchener Post* hatte am 29.7.1931 unter der Überschrift, "Hitler wollte nach Italien fliehen", berichtet: Wegen der nicht abreißenden Gerüchte über seine bevorstehende Verhaftung und ein Verbot der NSDAP habe

Dingen, die im Braunen Haus [13] stattgefunden haben sollen [14]. *Es ist alles vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und erlogen* [15]. Nur etwas ist an diesen Nachrichten wahr: Ich war noch nie in meinem Leben so aufgeräumt und innerlich zufrieden wie in diesen Tagen. Denn in diesen Tagen wurde Millionen Deutschen endlich durch die harte Wirklichkeit das Auge über die unerhörten Gaunereien, die unerhörten Belügungen [*sic!*] und Betrügereien der marxistischen Volksschwindler geöffnet [16]. In diesen Tagen haben zum erstenmal vielleicht die breiten Massen selbst gesehen, wer einst recht gehabt hat, die Young-Plan-Schwindler der Sozialdemokratie, des Zentrums und der umliegenden Parteien oder die Männer des Young-Plan-Volksbegehrens [17]. Ich habe mich daher mit Recht in diesen Tagen so glücklich und zufrieden gefühlt [18],

---

Hitler seine Flucht nach Italien vorbereitet. Erst als Hermann Göring aus Berlin Bescheid gegeben habe, Brüning sei bereit, Hitler in sein Kabinett aufzunehmen, sei die Stimmung umgeschlagen, und Hitler habe siegesbewußt, jedoch vergeblich den Anruf Brünings erwartet.

13 Vgl. Dok. 4, Anm. 2.

14 Möglicherweise eine Anspielung auf die Artikelserie der *Münchener Post*, in denen über die Homosexualität des Stabschefs der SA Ernst Röhm berichtet wurde. Vgl. Münchener Post vom 22.6.1931, "Warme Brüderschaft im Braunen Haus"; vom 23.6.1931, "Hitlers Attentats-Ängste"; vom 24.6.1931, "Das Braune Haus der Homosexuellen".

15 Ende April/Anfang Mai 1931 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini mit MdR Hermann Göring erstmals einen hochrangigen Nationalsozialisten empfangen. Hitler, der schon lange den Wunsch einer Reise nach Italien hegte, verstand dies als Signal. Am 15.10.1931 berichtete der Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, nach Rom, Hitler habe bereits vor einigen Monaten diesen Wunsch an ihn herangetragen. Eine solche Reise solle seine Sympathie für Italien sowie seine Bewunderung für den Duce zum Ausdruck bringen, wie überhaupt den hohen Stellenwert guter deutsch-italienischer Beziehungen. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 f.; Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 314 ff.; Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 17 f.
Allgemein zum damaligen Verhältnis Hitler-Mussolini: Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

16 Die Österreichische Creditanstalt hatte am 11.5.1931 ihre Zahlungsunfähigkeit eingestehen müssen. Der darauf einsetzende Abzug ausländischen Kapitals aus Deutschland zeigte, wie labil und krisenanfällig auch hier das Bankensystem geworden war (hohe kurzfristige Auslandsverschuldung, ungünstiges Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital, geringe Liquiditätsquote, Übersetzung des Bankenapparats). Durch den Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen wurde die Darmstädter und Nationalbank bis 11.7.1931 illiquid, weitere Banken wie die Landesbank der Rheinprovinz, das Bankhaus Schroeder oder die Dresdner Bank folgten. Der Reichsregierung gelang es jedoch, eine Eskalierung der Bankenkrise mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern: Ausfallbürgschaft für Verbindlichkeiten der Danatbank (13.7.1931), Schließung aller Banken am 14./15.7., Erhöhung des Diskontsatzes von 7% auf 10%, dann auf 15%, des Lombardsatzes von 8% auf 15%, dann auf 20% (15.7./31.7.), zentrale Bewirtschaftung des gesamten Devisenverkehrs bei der Reichsbank (15.7./12.8.), Beschränkung des gesamten Zahlungsverkehrs der Banken bis 5.8. (ab 15.7.) und Gründung der Akzept- und Garantiebank (25.7.). Diese Politik konnte jedoch weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

18 In seinen Memoiren schreibt Krebs, daß die Bankenkrise das Braune Haus in "Alarmzustand" versetzt habe. "In gänzlicher Verkennung der Situation erwartete man den sofortigen Sturz der Regierung Brüning und machte

während umgekehrt den Partei- und Zeitungsschwindlern der Young-Front die Angst und Bestürzung zum Hals hinaufkroch. Der beste Beweis hierfür sind auch die heute fabrizierten Lügenberichte!

30. Juli 1931

gez. Adolf *Hitler*

31. Juli 1931 Dok. 14
"Führerbefehl Nr. 2"[1]
Anordnung

Masch. Ausfertigung; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

Ernannt werden:

Zum Gruppenführer Bayern:		Oberst a. D. Hofmann[2]
" "	Ostland:	Litzmann[3], bisher m[*it*] d[*er*] F[*ührung*] b[*eauftragt*]

Zu Gausturmführern die bisher mit der Führung eines Gausturms Beauftragten: Friedrich[4] - Pommern, Nibbe[5] - Mecklenburg, Krüger[6] - Brandenburg, Kasche[7] - Ostmark, Schöne[8] -

sich zur Übernahme des Erbes bereit." Vgl. Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 151.

1 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer II a Nr. 4541/31 München, den 31. Juli 1931" sowie Verteiler.

2 Hans Georg (Johann Georg) Hofmann (1873-1942), 1895 bayerischer Leutnant, 1917 Major, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Teilnahme an den Kämpfen in München, Ingolstadt und Hamburg, 1923 Kommandeur der Festung Ingolstadt, 1926 Abschied als Oberst, Eintritt in die NSDAP, Führer der bayerischen SA, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Bayern, 1932/33 MdR, 1933 Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, SA-Obergruppenführer, Inspekteur der SA-Gruppe Südwest, Juli 1934 Staatssekretär beim Reichsstatthalter in Bayern, Mitglied des Volksgerichtshofs.

3 Karl-Siegmund Litzmann (1893-1945), Sohn von General a. D. Karl Litzmann (1850-1936), 1914 preußischer Leutnant, 1918/19 Angehöriger des Landesschützenkorps, 1919 Gutsbesitzer, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Ostland, 1932/33 MdL in Preußen, April bis Oktober 1933 Sonderkommissar für Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, SA-Obergruppenführer, 1933/34 Führer der Obersten Behörden für Pferdezucht und -sport, November bis Dezember 1934 Vorsitzender der Prüfungskommission für die Führer der SA-Brigaden und Standarten, 1934 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1937-1942 Chef des Hauptamts Reit- und Fahrausbildung in der Obersten SA-Führung, 1942-1944 Generalkommissar Estland, 3.1.1945 Eintritt in die Waffen-SS als Hauptsturmführer, als Sturmbannführer gefallen.

4 Hans Friedrich (geb. 1886), Steuermann in der deutschen Kriegsmarine, 1919/20 Angehöriger eines Freikorps, 1920 Abschied als Leutnant z. S., Tätigkeit im Genossenschaftswesen in Pommern, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Pommern, 1932/33 MdR, 1933 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Pommern, 1934 Landesbauernrat und Provinzialrat, 1939 Ausschluß aus der NSDAP, durch "Gnadenerlaß des Führers" in Verweis umgewandelt.

Nordmark, ferner Ludin [9] - Baden und Graf von Helldorf [10], selbst. Untergruppe Groß-Berlin, sämtliche mit dem Dienstgrad eines Oberführers.

Beauftragt werden:

Der Gruppenführer Heines [11] des Stabes der Obersten SA-Führung mit der weiteren kom-m[*issarischen*] Führung der Gruppe Schlesien.

Der SA-Führer z. b. V. von Grolman [12] mit der Führung der Untergruppe Niederschlesien unter Verleihung des Dienstgrades eines Oberführers.

---

5 Walther Nibbe (geb. 1900), 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Mecklenburg, 1938 SA-Brigadeführer, Chef des Amtes Organisation und Einsatz bei der Obersten SA-Führung, 1939 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südmark, 1945 Führer der SA-Gruppe Pommern.

6 Friedrich-Wilhelm Krüger (1894-1945), 1914 preußischer Leutnant, 1919/20 Angehöriger des Freikorps Lützow, 1920 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit im Buchhandel, 1924-1928 Direktor der Berliner Müllabfuhr A. G., 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931/32 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Brandenburg, dann Gruppenführer Ost, 1932/33 MdR, 1933-1935 Chef des Ausbildungswesen in der Obersten SA-Führung, 1935 SS-Obergruppenführer, Mitglied des Stabes des Reichsführers SS, 1939-1943 Höherer SS- und Polizeiführer Ost, 1942 Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement, 1944 Kommandeur der 6. SS-Gebirgs-Division "Nord", dann Kommandierender General des V. SS-Gebirgs-Korps, 1945 Selbstmord.

7 Siegfried Kasche (1903-1947), Fähnrich a. D., 1919 Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, seit 1921 verschiedene Tätigkeiten in Landwirtschaft und Industrie, 1926 Eintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauleiter des Gaues Ostmark, 1929-1931 Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter in Sorau (Nieder-Lausitz), 1930-1933 MdR, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Ostmark, 1936-1941 SA-Obergruppenführer, Beauftragter der SA für Neubauernsiedlung und Volkstumsfragen, 1937-1941 zugleich Führer der SA-Gruppe Hansa, 1941 deutscher Gesandter in Agram, 1943 Außerordentlicher und Bevollmächtigter Minister in Kroatien, 1947 hingerichtet.

8 Heinrich Schöne (geb. 1889), Landwirt, 1924 Eintritt in die NSFB, seit 1925 NSDAP, 1929 SA-Oberführer, 1931 SA-Gausturmführer Nordmark, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nordmark, Februar 1934 Führer der SA-Obergruppe I, 1934-1942 Polizeipräsident von Königsberg, 1941 Generalkommissar des Reichskommissariats Ukraine, 1943 Inspekteur der Marine-SA.

9 Hanns Ludin (1905-1947), 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1927 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, Juni 1931 Begnadigung, Juli 1931 SA-Oberführer, Gausturmführer Baden, 1932 MdR, 1933 Polizeipräsident von Karlsruhe, SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südwest, 1940 Reaktivierung als Hauptmann, 1941 deutscher Gesandter in Preßburg, 1947 hingerichtet.

10 Wolf Heinrich Graf von Helldorf (1896-1944), Rittergutsbesitzer, 1915 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Rittmeister, 1918/19 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1920-1924 Exil in Italien, 1925-1928 und 1932/33 MdL in Preußen (DVFP, später NSDAP), 1924/25 Mitbegründer und Führer des Frontbanns, Gruppe Mitte, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, 1931 SA-Oberführer, Führer der selbstständigen SA-Untergruppe Groß-Berlin (-Brandenburg), 1933 Polizeipräsident von Potsdam, 1935-1944 Polizeipräsident von Berlin, 1938 SA-Obergruppenführer, 1944 als Mitverschwörer des 20. Juli hingerichtet.

11 Edmund Heines (1897-1934), Leutnant a. D., 1918/19 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925 Kommandeur des Bataillons Roßbach in München, 1926/27 SA-Standartenführer, 1927 Parteiausschluß, 1928 wegen Totschlags (Fememord) zu 15 Jahren, nach Urteilsrevision zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1929 Haftentlassung und Wiedereintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1930 Referent bei der Obersten SA-Führung, 1931-1934 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Schlesien und Stellvertreter Ernst Röhms, 1933 Polizeipräsident von Breslau, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

12 Wilhelm von Grolman (1894-1985), 1914 preußischer Leutnant, 1918/19 Angehöriger des Freikorps Reinhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1923 Eintritt in die NSDAP, November 1923 als Oberleutnant der baye-

Versetzt werden:

Zur Verfügung der Obersten SA-Führung: Oberführer von Petersdorff[13].

Zum Stab der Gruppe Schlesien: Sturmbannführer von Flotow[14], bisher Adjutant der Gruppe Süd.

Der Oberste SA-Führer:

gez. Adolf *Hitler*

Juli 1931[1] — Dok. 15
Interview mit Reuters

VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".

Das Eintreffen dieser Krise[2] wurde von uns seit Jahren vorhergesagt. Schuld daran sind die Friedensverträge[3] mit ihren nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Leben der Völker bedrohenden und vernichtenden Folgen. Die letzte und schwerste Folge wird das Hineintaumeln in das bolschewistische Chaos sein[4]. Unsere Vorschläge zur Besserung der Lage sind so lange undurchführbar, als nicht ein durchgreifender Systemwechsel in Deutschland eine klare antibolschewistische Front herstellt. Nur auf dieser eindeutigen Grundlage ist noch eine Rettung von Staat und Wirtschaft vor der bolschewistischen Katastrophe möglich,

---

rischen Schutzpolizei entlassen, danach kaufmännische Tätigkeit, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, Eintritt in die SS, 1931 Eintritt in die SA, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Niederschlesien, 1935 Hauptmann der preußischen Schutzpolizei, 1937 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1940 Leiter der Personalabteilung der Schutzpolizei, 1942 SS-Brigadeführer, Chefadjutant des Reichsministers des Innern, 1943 Polizeipräsident von Leipzig.

13 Horst von Petersdorff (1892-1962), 1911 preußischer Fahnenjunker, 1919 Angehöriger eines Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, 1922 Abschied als Hauptmann, Tätigkeit als Kaufmann, Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Berliner SA, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer in der Obersten SA-Führung, 1932 Austritt aus der NSDAP, 1934 Emigration nach Österreich, 1939 Hauptmann d. R., 1942 Oberstleutnant, Kommandeur des Reserve-Gebirgsjäger-Regiments Nr. 1, 1943 Chef der Deutschen Industrie-Kommission in der Slowakei und Ungarn, seit Juli 1944 verhaftet, September 1944 Abschied als Oberstleutnant, Anklage vor dem Volksgerichtshof, Dezember 1944 Freispruch.

14 Andreas von Flotow (1900-1933), Landwirt, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Sturmbannführer, 1932/33 MdR, SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Ostsee, 25.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA wegen eines Artikel in der *Täglichen Rundschau* vom 3.1.1933, "Partei oder Kampfbund. Der Weg der nationalsozialistischen Partei", am 30.4.1933 verhaftet und "auf der Flucht erschossen".

1 Eine genaue Datierung ist dem *VB*, der in der Zeit vom 14.-28.7.1931 verboten war, nicht zu entnehmen.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff. sowie Dok. 13, Anm. 16.

3 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

4 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

die sonst ganz Europa in schwerste Mitleidenschaft ziehen wird. Wir sind jederzeit bereit, die Verantwortung für eine Sanierung allein oder mit anderen[5] zu übernehmen[6].

5 Am 11.7.1931 hatte der Zweite Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, Hitler gesprochen und ihn - so sein Eindruck - "von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der nationalen Opposition" überzeugt. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 175.
Am 28.7.1931 kam es in Nürnberg zu einer Besprechung zwischen Hitler und dem Vorsitzenden der DVP, Eduard Dingeldey. Einem Bericht Dingeldeys zufolge signalisierte Hitler: "Wenn aber ein Nationalsozialist eine nationale Regierung bilden sollte, die selbstverständlich unter Einschluß der Deutschen Volkspartei bis zum Zentrum gehen müsse, dann sei die Voraussetzung, daß diese Regierung den Ausrottungskampf gegen den Marxismus und die Wiederaufrichtung der völkischen Idee verkünde." Dingeldeys Fazit lautete, "daß in diesem Augenblicke mit Hitler praktische Politik nicht zu machen war und ist, daß aber vielleicht unter der Einwirkung weiterer Ereignisse in Deutschland in fortgesetzten Unterhaltungen etwas erreicht werden könnte". Niederschrift über eine Besprechung mit Adolf Hitler im Hotel *Deutscher Hof* in Nürnberg am Dienstag, den 28. Juli 1931; BA, NL Dingeldey 37.
Zu Hitlers damaligen Kontakten zur DNVP vgl. Dok. 12, Anm. 8. Ferner Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Teil II, Düsseldorf 1980, Dok. 283.

6 Vgl. auch das allgemein gehaltene Kommuniqué, das nach der Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg am 9.7.1931 (vgl. Dok. 12, Anm. 8) veröffentlicht worden war: "Der Versuch der jetzigen Machthaber, trotz des sichtbaren Zusammenbruchs von Volk und Wirtschaft die Erfüllungspolitik unter verschleierten neuen Formen auch weiterhin aufrechtzuerhalten, führte zu einheitlichen festen Entschlüssen. Die nationale Opposition wird den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 156; VB vom 11.7.1931, „Fort mit dem System!".

1. August 1931 Dok. 16
Geleitwort[1]

Illustrierter Beobachter vom 1.8.1931, "Die Reichsführerschule der N.S.D.A.P. in München".

Die Partei wird planmäßig dazu übergehen, jene Schulung ihrer Führer vorzubereiten und durchzuführen, die als Ergebnis Männer heranbildet, die Offiziere im politischen Existenzkampf unseres Volkes sind.

Adolf *Hitler*

1. August 1931 Dok. 17
Anordnung

Druck: Archiv der NS-Presse, November 1937; IfZ, MA 1563/40.

Bei der Reichsleitung der NSDAP in München ist eine Pressestelle[1] errichtet worden, die in Zukunft den Verkehr der Presse mit der Reichsleitung vermitteln wird.

Mit der Leitung der Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP habe ich Parteigenossen *Dr. Dietrich*[2], bisher Schriftleiter der "National Zeitung", Essen, beauftragt.

---

1 Hitlers Geleitwort war Teil eines Bildberichts des Illustrierten Beobachters über die am 15.6.1931 eröffnete Reichsführerschule der NSDAP in München. Vgl. Dok. 1, Anm. 1.

1 Die am 1.8.1931 gegründete Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP war ein erster Versuch, die extrem heterogene nationalsozialistische Presselandschaft systematisch zu koordinieren. Alle nationalsozialistischen Redaktionen sollten inhaltlich und methodisch durch die Pressestelle ständig mit Informationen versorgt und damit vereinheitlicht werden, wozu ihr die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* und eine eigene Bildmaternzentrale zur Verfügung standen. Personell war die Institution anfangs dürftig ausgestattet - ihr neuernannter Leiter Otto Dietrich verfügte lediglich über zwei weitere Mitarbeiter, außerdem einen Volontär und eine Schreibkraft. Die Pressestelle war zunächst der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP zugeordnet und wurde am 24.9.1932 Hitler direkt unterstellt, so daß erst ab diesem Zeitpunkt der nationalsozialistische Reichspropagandaleiter Goebbels Einfluß auf diese Institution und damit die nationalsozialistische Presse erhielt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 42 und Bd. V/1, Dok. 192.

2 Otto Dietrich (1897-1952), 1918 Leutnant a. D., 1921 Dr. rer. pol., 1922 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Essener Handelskammer, 1925 Handelsredakteur bei der *Essener Allgemeinen Zeitung*, dann Münchner Korrespondent der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, 1928 Leiter des Handelsteils der *München-Augsburger Abendzeitung*, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1.2.1931 stellvertretender Chefredakteur der *National Zeitung*, Essen, 1.8.1931 Leiter der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 (Reichs)Pressechef der NSDAP, Eintritt in die SS, 1933 Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., Vizepräsident der Reichspressekammer, Verfasser von *Mit Hitler in die Macht* (1933), *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (1935), *Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich* (1937), *Auf den Straßen des Sieges - Mit dem Führer in Polen* (1939), 1937-1945 Pressechef der Reichsregierung, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1941 SS-Obergruppenführer, 30.3.1945 Entlassung aus allen Ämtern, 1949 im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

Gleichzeitig habe ich Parteigenossen Hauptmann a. D. *Weiß*[3] vom "Völkischen Beobachter" mit der Herausgabe der "Nationalsozialistischen Korrespondenz"[4] beauftragt, in deren Rahmen die Mitteilungen der "Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP" veröffentlicht werden. Die Schriftleitung wird Parteigenosse Dr. Dietrich übernehmen.

Die "Nationalsozialistische Korrespondenz", die zu einem Nationalsozialistischen Zeitungsdienst erweitert werden soll, wird zunächst in allen notwendig erscheinenden Fällen nach Bedarf und von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab täglich erscheinen.

München, den 1. August 1931

gez. *Adolf Hitler*

---

3 Wilhelm Weiß (1892-1950), 1913 bayerischer Leutnant, 1915 Fliegertruppe, 1920 Hauptmann a. D., 1919 Mitglied der Landesleitung der Bayerischen Einwohnerwehr, 1921 Schriftleiter ihrer Zeitschrift *Heimatland*, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch verhaftet, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1924-1926 Chefredakteur des *Völkischen Kuriers*, 1927 Chef vom Dienst in der Redaktionsleitung des *Völkischen Beobachters*, 1930 SA-Oberführer im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Chefredakteur der antisemitischen Zeitschrift *Die Brennessel*, 1932 Leiter der Zentralschriftleitung des Zentralverlags der NSDAP, 1933 stellvertretender Hauptschriftleiter, 1938 Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1933 Mitglied des Präsidialrats der Reichspressekammer, Leiter des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., 1934 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1935 Mitglied des Reichskultursenats, 1936 Hauptamtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, 1937 SA-Obergruppenführer, 1949 zu drei Jahren Arbeitslager und zehn Jahren Berufsverbot verurteilt.

4 Die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* erschien erst ab Januar 1932 und war als parteiinterner Pressedienst der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP konzipiert. Mit der Herausgabe der Partei-Korrespondenz wurde der Chef vom Dienst beim *Völkischen Beobachter*, Wilhelm Weiß, beauftragt, für den Inhalt zeichnete der Leiter der Pressestelle, Otto Dietrich, verantwortlich. In seiner ersten Folge definierte der neue Pressedienst seine Aufgaben wie folgt: "Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz arbeitet in engster Anlehnung an die Reichspressestelle; sie ist durch Personalunion in der Schriftleitung mit ihr verbunden. Die Reichspressestelle wird in Zukunft an die Parteiblätter *unmittelbar* nur noch solche Mitteilungen und Anordnungen zum Versand bringen, die parteiinternen und parteiinformatorischen Charakter tragen, also für eine weitere Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Im übrigen wird der Aufgabenkreis der Reichspressestelle durch das Erscheinen der Partei-Korrespondenz nicht berührt." Vgl. Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1932, "Betr.: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"; IfZ, ZS 874 Zeugenschrifttum Otto Dietrich; Karl-Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968, S. 13. Ferner Bd. IV/3.

6. August 1931 Dok. 18
Beschuldigten-Vernehmung durch das Amtsgericht München [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Unterschrift; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1 [2].

In ergebener Bezugnahme auf die bereits zur Person abgegebene Erklärung [3] möchte ich mich im Nachfolgenden zu den angegebenen Anklagepunkten im Zusammenhang äußern:

Ich wurde am 8. Mai 1931 vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit zu einem Beweisthema vernommen [4], das mir in meiner Zustellung bekanntgegeben war und das der Vorsitzende des Prozesses, Landesgerichtsdirektor Ohnesorge [5], wörtlich folgendermaßen umriß [6]:

> "Herr Hitler, ich darf Sie zunächst unter Aussetzung der Beeidigung vernehmen. Seitens der Vertreter des Nebenklägers ist die Behauptung aufgestellt und auch in Ihr Wissen gestellt worden, daß der hier in Frage stehende Sturm 33 [7] ein sogenanntes Rollkommando gewesen sei, daß die hier in Rede stehende Tat vorher geplant worden sei mit dem Ziel, auch Menschen zu töten, und zwar vorsätzlich und mit Überlegung zu töten, daß dieser Plan vorher der Parteileitung, also auch Ihnen, zu Ohren gekommen sei. Ich bitte Sie, sich darüber zu äußern. Kennen Sie die näheren Verhältnisse, kennen Sie ein Rollkommando 33, wissen Sie etwas über diesen Plan, wie er am 23. November 1930 ausgeführt worden ist!?"

Dieses war das Beweisthema, das mir bekannt war und zu dem ich vernommen werden sollte.

Im Laufe der mehrstündigen Vernehmung versuchte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Litten [8] unter unausgesetztem Abweichen vom Beweisthema, mir zahllose Fragen vorzulegen, de-

---

1 Mit Schreiben vom 12.5.1931 hatte der Berliner Schriftsteller Helmut Klotz bei der Staatsanwaltschaft I Berlin Anzeige gegen Hitler "wegen wissentlichen, bzw. fahrlässigen Falscheides" erstattet. Klotz behauptete, daß alle Aussagen Hitlers, die er als Zeuge am 8.5.1931 vor dem Schwurgericht III Berlin-Moabit über den ehemaligen SA-Standartenführer in Danzig, Bruno Fricke, abgegeben habe, nicht der Wahrheit entsprächen.
Am 5.10.1931 teilte Oberstaatsanwalt Benno Köhler Klotz mit, es sei nicht nachzuweisen, daß Hitler "bei seiner Vernehmung am 8.Mai 1931 vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin, in der Strafsache gegen Stief und Genossen, einen fahrlässigen Falscheid oder gar einen Meineid geleistet" habe. Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1. Zum Prozeß vgl. Bd. IV/1, Dok. 115.

2 Kopf: "Ermittlungsrichter III. An den Untersuchungsrichter O.L.G.R. Kemmer [*richtig: L.G.R. Kämmerer*] München, Amtsgericht, Strafgericht. Betreff: Ermittlungsverfahren gegen *Hitler* wegen Eidesverletzung."

3 Bezieht sich auf die Vernehmung Hitlers durch das Amtsgericht München am 31.7.1931; das Protokoll enthält lediglich Angaben zur Person Hitlers. Vgl. Beschuldigten-Vernehmung des Amtsgerichts München, Abteilung Strafgericht (Ermittlungsrichter) vom 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1.

4 Vgl. Bd. IV/1, Dok. 115.

5 Kurt Ohnesorge (1878-1961), 1931 Landgerichtsdirektor.

6 Wie Hitler am Ende seiner Erklärung darlegt, entstammen die im folgenden wiedergegebenen Zitate einem Protokoll seiner Zeugenaussage vom 8.5.1931, die von Stenographen erstellt wurde. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind diese Teile des Dokuments eingerückt wiedergegeben.

7 Zu weiteren Angaben zur Geschichte des Berliner SA-Sturms 33 vgl. Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J.

8 In der Vorlage: Lütten. Hans Litten (1903-1938), Rechtsanwalt, 1929-1933 Anwalt für die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), seit 1933 in Zuchthaus- und KZ-Haft, 1938 im KZ Dachau ermordet.

ren Beantwortung von vorneherein aus eigenem Wissen gänzlich unmöglich war. Denn es war selbstverständlich, daß alle die Vorgänge, über deren Verlauf oder Sinn ich gefragt wurde und die ich nicht selbst miterlebt hatte, mir nur durch Mitteilungen dritter Personen bekannt geworden sein konnten. Ich habe auch des öfteren das Gericht darauf hingewiesen, daß mir dauernd Fragen gestellt werden, die ich nur nach meinem subjektiven Wissen beantworten kann, da auch parteiamtliche Feststellungen nicht von mir auf ihre letzte Tatsächlichkeit überprüft werden können, da ich, wie schon betont, auch über die tatsächlichen Unterlagen meiner Entscheidungen immer auf Meldungen bzw. Mitteilungen anderer angewiesen bin. Selbst die mich unterrichtenden Parteidienststellen der Reichsleitung sind ihrerseits ebenfalls auf ihnen gemachte Meldungen angewiesen. Ich habe in diesem Sinne dem Gericht wörtlich erklärt, einmal:

> "Ich bin nicht in der Lage, die Tätigkeit eines Herrn auf ihre Legalität hin bis auf die letzten Konsequenzen durchzuprüfen. Ich könnte noch viel weniger hier - ich muß ja unter Umständen meine Aussage später beeiden - unter Eid eine Erklärung über die legale oder nichtlegale Tätigkeit eines Herrn im einzelnen abgeben. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn es handelt sich ja hier in erster Linie um eine subjektive Empfindung."

Ein andermal:

> "Ich habe bereits erklärt, daß ich hier als Zeuge unter Eid stehe und daß ich daher gar keine Aussage machen kann, die ich nicht selbst entweder aus eigenem Wissen weiß oder die mir so bewiesen ist, daß ich sie als absolut erwiesen dem Gericht mitteilen kann. Aber hier unter Eid ein subjektives Urteil abgeben, eine subjektive Auffassung zum Ausdruck zu bringen, lehne ich ab."

Und ich habe endlich in konsequenter Befolgung dieser Stellungnahme nach meinen Aussagen zu dem vom Verteidiger herbeigezogenen *Fricke*[9]-Komplex zusammenfassend dem Gericht noch einmal erklärt:

> "Ich habe schon betont, daß ich diese Äußerungen durchgehend als Führer der Partei meiner subjektiven Auffassung gemäß gemacht habe. Ich lehne es absolut ab, daß Sie, Herr Verteidiger, versuchen, mir diese geschriebene Auffassung an Eidesstatt unterzuschieben."

Ich wollte damit sagen, daß es mir vorher unmöglich war, die mir gemachten Meldungen so auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, daß ich sie unter Eid zu nehmen in der Lage bin, auch wenn sie von mir vorher in einem Zeitungsartikel teilweise niedergeschrieben worden waren[10]. Es ist selbstverständlich, daß ich unter dieser "subjektiven" Auffassung jenes Wissen verstand, das mir aus den Informationen meiner Herren über die einzelnen Vorgänge zuteil wurde.

---

9 Bruno Fricke (geb. 1900), 1918 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Haftstrafe wegen Beteiligung an einem Fememord, 1927-1929 Aufbau der NSDAP in Paraguay und Brasilien, 1929 Bezirksleiter und SA-Führer für Lippe-Detmold, Dezember 1929 vorübergehender Parteiausschluß, 1930 Mitbegründer der Auslandsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Danzig, SA-Standartenführer, September 1930 Ausschluß aus der NSDAP, Eintritt in die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten", 1932 Auswanderung nach Paraguay, 1932-1943 Leiter der "Schwarzen Front" Otto Straßers in Lateinamerika (seit 1940 "Freie Deutsche Bewegung"), 1943-1945 in Argentinien inhaftiert.

10 Gemeint ist Hitlers Artikel "Wohin die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes führt", der im *VB* vom 5./6./7.4.1931 erschienen war. Druck: Bd. IV/1, Dok. 84.

Denn da ich, wie schon betont, persönlich bei all den angezogenen Ereignissen nicht anwesend war, habe ich über alle die Vorgänge, bezüglich deren Tatsächlichkeit nur mittelbares und nicht unmittelbares Wissen.

Zu den mir vorgehaltenen Punkten bemerke ich folgendes:

Herr Fricke wirft mir folgende vier Behauptungen als unwahr vor:

Es sei unwahr, daß er

1.) einmal bereits aus der Partei ausgeschlossen worden sei,

2.) wegen des Verstoßes gegen das Waffenverbot aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen worden sei,

3.) eine Weihnachtsfeier der Partei in Lippe gesprengt hätte,

4.) auch eine Versammlung der Partei in Danzig auseinandergesprengt hätte[11].

Ich beginne mit dem *Punkt 4,* weil er charakteristisch ist für die Art und Weise der Anzeige-Erstattung überhaupt in diesem Falle.

Dem Gericht lag als Beweismaterial u. a. eine Nummer des "Völkischen Beobachters" vom 5./6./7. April [*1931*] vor. Aus dieser Nummer wurde ein Artikel mit der Überschrift "Wohin die Tätigkeit des Hauptmann Stennes[12] führt"[13] angezogen. In diesem Artikel, der von mir gezeichnet wurde, hieß es u. a.:

"Das Ergebnis der Tätigkeit dieses S.A.-Führers (Fricke) in der alten Handelsstadt war am Ende ein geradezu verhängnisvolles. So wie im vergangenen Jahre einige Wochen vor der Reichstagswahl in Berlin, brach auch in Danzig kurz vor der Wahl ein Streit aus, der mit Stennes-Methoden[14] die ganze Partei in einen Trümmerhaufen zu verwandeln drohte[15]. Roll-

---

11 In seinem Bericht Nr. 1 pol. 804/31 vom 22.8.1931 an den preußischen Justizminister Hermann Schmidt ging der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin, Leopold Wilde, im einzelnen auf Hitlers Behauptungen vom 8.5.1931 ein. Nach einer detaillierten Untersuchung aller vier Behauptungen, die Hitler über Fricke aufgestellt hatte, resümierte Wilde: "Ein fahrlässiger Falscheid - nur ein solcher könnte in Frage kommen - wird dem Beschuldigten [*Hitler*] in allen Fällen nicht nachzuweisen sein, da er bei seiner Vernehmung betont hat, er stütze sich in seinen Angaben auf Meldungen und Mitteilungen dritter Personen." Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1.

12 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

13 Vgl. Anm. 10.

14 Im Auftrag Hitlers hatte Röhm am 1.4.1931 Walter Stennes als OSAF-Ost abgesetzt; damit sollte auch gegenüber den Teilen der SA ein Zeichen gesetzt werden, die im Gegensatz zu Hitler mit dem Gedanken einer revolutionären Machtübernahme sympathisierten. Stennes versuchte daraufhin, die Führung der NSDAP in Berlin und Ostdeutschland an sich zu reißen, indem er noch am selben Tag die Räume der Berliner Gauleitung und des *Angriffs* besetzte. Nach wenigen Tagen setzte sich die Reichsleitung der NSDAP jedoch endgültig gegenüber Stennes durch. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984, S. 73 ff. sowie Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115.
Zum Prozeß Stennes' gegen Hitler vgl. Bd. IV/3.

kommandos traten auf, *Versammlungen wurden gesprengt,* kurz, es herrschte ein Zustand, über den die ganze feindliche Presse vor Begeisterung tobte."

Soweit der Artikel, der in dieser Stelle [*sic!*] verlesen wurde.

Dazu erklärt Rechtsanwalt Dr. Litten:

"'Rollkommandos wurden gebildet, Versammlungen wurden gesprengt. Alles das sind besonders verstärkende Momente. Sogar ein Überfall auf die Weihnachtsfeier der eigenen Partei wurde ausgeführt. Da haben wir einen solchen Fall, in dem der Zeuge Hitler ...'

Vorsitzender: 'Bitte äußern Sie sich hierzu, Herr Zeuge!'

Hitler: 'Ich darf betonen, daß diese Sprengung der Weihnachtsversammlung der eigenen Partei nicht im Bereich des Hauptmann Stennes erfolgt ist, sondern im Bereich, glaube ich, des Gruppenführers West[16], wenn ich nicht irre, in Detmold oder in einem anderen Gebiet, und daß ich das nur angeführt habe, als Beweis dafür, daß tatsächlich dieser Mann nicht fähig ist, irgendein Verhältnis zur politischen Organisation herzustellen.'

Vorsitzender: 'Herr Rechtsanwalt. Ich darf Sie bitten, Ihre Fragen auf unser Beweisthema zu beschränken. Der Zusammenhang muß gewahrt bleiben. Das Gericht hat stets mit vollem Bewußtsein betont, daß in die Verhandlung nicht irgendwelche andere Handlungen, die sich in anderen Städten oder sonstwo abgespielt haben, hineingezogen werden. Dazu fehlt dem Gericht erstens der Grund und zweitens die Möglichkeiten.'

Rechtsanwalt Dr. Litten: 'Ich bin allerdings der Meinung, - soweit nachher eine konkrete Frage beanstandet werden sollte, werde ich das im einzelnen auszuführen haben - daß die Vorgänge bei anderen Stürmen der SA symptomatisch sein können. Aber hier handelt es sich ja um eine Frage, die zunächst vom Gericht zugelassen worden ist und die nun auch zum Ende beantwortet werden muß. Es ist also richtig, Herr Zeuge, daß Sie diesem SA-Führer in Danzig nicht nur den Vorwurf der Versammlungssprengung, von der wir eben durch Sie sogar hörten, daß sie nicht einmal im Bezirk SA-Ost, sondern irgendwo anders stattgefunden hat, sondern auch den Vorwurf der Bildung der Rollkommandos und des Waffenbesitzes gemacht haben.'

Vorsitzender: 'Ich habe allerdings angenommen, als ich den Artikel las, daß diese Sprengung der Versammlung sich bei einer Weihnachtsfeier der eigenen Partei in Danzig zugetragen hat.'

Zeuge Hitler: 'Nein.'

---

15 Die Auseinandersetzungen in der Danziger NSDAP resultierten vor allem aus dem Gegensatz zwischen Fricke und dem amtierenden Gauleiter Erich Koch. Vgl. Herbert S. Levine, Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973, S. 24 ff.
Zur Neuordnung des Gaus vgl. Bd. III/3, Dok. 122 sowie Bd. IV/1, Dok. 10.

16 Zum damaligen Zeitpunkt: Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Abschied als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

Vorsitzender: 'Mir ist das so in Erinnerung. Es heißt hier - (Vorsitzender liest den Artikel noch einmal durch).'

Vorsitzender: 'Das ist also richtig, es steht nichts davon in dem Artikel, daß sich das auf Danzig bezieht.'"

Ich selbst habe mit keinem Wort als Zeuge in der Vernehmung behauptet, daß Fricke in Danzig eine Versammlung gesprengt hat [17]. Wohl aber habe ich in dem von mir geschriebenen Zeitungsartikel eine solche Behauptung aufgestellt, die auch jederzeit bewiesen werden kann. Denn auch hierüber sind mir Meldungen verantwortlicher Partei-Instanzen vorgelegt worden.

Die Anklage wirft mir nun vor, ich hätte als Zeuge unter Eid behauptet, Fricke habe in Danzig eine Versammlung gesprengt. Man sieht aus dem dargelegten Sachverhalt, wie unhaltbar diese ganzen Behauptungen über meine angeblichen Aussagen sind. Denn ähnlich verhält es sich auch mit den anderen Punkten.

Zu *Punkt 1 u. 3* habe ich folgendes zu bemerken:

Mir wurde durch parteidienstliche Stellen die Meldung von einer Sprengung unserer eigenen Weihnachtsfeier in Detmold im Jahre 1929 (durch eigene Leute!) gemeldet. Fricke wurde dabei als der Schuldige bezichtigt. Ich habe auch heute noch keine Veranlassung, an dieser Schuld Frickes zu zweifeln. Mein Wissen über diesen Punkt beruht auf der dienstlichen Meldung des zuständigen Referenten des Reichsuntersuchungs-Ausschusses bei der Reichsleitung [18]. Diese dienstliche Meldung enthielt auch die Nachricht, daß Fricke wegen dieser schuldhaften Beteiligung an der Sprengung dieser Weihnachtsfeier aus der Partei ausgeschlossen worden war. Für mich war der Ausschluß dieses Mannes nach einem solchen Verhalten eine Selbstverständlichkeit.

Zu *Punkt* 2 habe ich zu bemerken:

Der von mir persönlich am 2. September 1930 getätigte Ausschluß des Herrn Fricke [19] hat folgenden Wortlaut:

"Herrn Bruno Fricke, Zoppot, Plankengasse 7.

Auf Antrag des Uschla R.L. schließe ich Sie hiermit auf Grund des § 4, Absatz 2 [20] aus der Partei aus.

---

17 Vgl. Bd. IV/1, Dok. 115. Dem Dokument liegt die Überlieferung durch das *Berliner Tageblatt* zugrunde; auch hier wird lediglich über Hitlers Behauptung berichtet, daß Fricke eine Weihnachtsfeier der NSDAP gesprengt habe. Vgl. jedoch Hitlers Darstellung in seinem Artikel vom 5./6./7.4.1930, Bd. IV/1, Dok. 84.

18 Nicht zu ermitteln. Vgl. jedoch den Bericht Frickes vom 6.12.1930 über die "Weihnachtsfeier in Lippe". In diesem Bericht behauptete Fricke, die nationalsozialistische Weihnachtsfeier in Lippe sei 1929 ohne sein Wissen von zwei neu hinzugekommenen Angehörigen der Ortsgruppe Detmold organisiert worden, bei denen sich herausgestellt habe, daß diese bereits von anderen Ortsgruppen der NSDAP ausgeschlossen worden seien. Aus Rücksicht auf die bereits angelaufene Propaganda habe er die Weihnachtsfeier nicht mehr abgesagt, sie jedoch um 1 Uhr nachts für beendet erklärt und dies mit der Polizeistunde begründet. Nachdem die Gäste das Lokal verlassen hätten, habe er die beiden Parteigenossen zur Rede gestellt und sie aufgefordert, ihm ihre Abzeichen und Mitgliedsausweise auszuhändigen. Daraufhin sei einer der beiden entflohen, der andere sei von der SA verprügelt worden, was dann in der Presse vor Ort zu einem publizistischen Nachspiel geführt habe. Vgl. BA Außenstelle Zehlendorf, Personalakte Bruno Fricke.

19 Frickes Ausschluß aus der NSDAP war am 28.9.1930 im *VB* verkündet worden. Vgl. Bd. III/3, Dok. 122 mit Anm. 5.

20 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926; § 4, Absatz 2 regelt den Ausschluß von Mitgliedern. Druck: Bd. I, Dok. 146.

Begründung:

Ich habe in mehreren Verfügungen das Tragen von Waffen allen Parteigenossen verboten[21]. Sie haben nicht nur dieses Verbot nicht innegehalten, sondern nach Meldung des dafür verantwortlichen Gauleiters[22] dafür gesorgt, daß die S.A. mit Pistolen ausgerüstet und zum Teil mit Waffenscheinen versehen, durch Danzig zieht. Dies widerläuft den Bestrebungen des Vereins. Infolgedessen sind Sie auf Grund der Satzung aus der Partei ausgeschlossen.

Der Ausschluß tritt sofort in Kraft.

gez.: Adolf *Hitler*".

Ich habe diesen Ausschluß Frickes persönlich verfügt

1.) wegen der Schwere des Vergehens an sich und

2.) wegen der mir infolge der exponierten Lage Danzigs[23] besonders gefährlich erscheinenden Situation.

Nur in so dringlichen Fällen kann ich mich mit einem solchen Verfahren selbst befassen. Die Dringlichkeit lag hier aber in der Gefahr einer ansonsten motivierten polnischen Intervention.

Im Prozeß selbst habe ich über diesen zweiten Ausschluß Frickes, der von mir selbst vollzogen worden war, nur folgendes gesagt:

> "Zweitens wurde mir damals gemeldet, daß die Danziger SA-Leute Waffen besitzen. Darauf bezieht sich das. Ich habe allerdings unterdessen feststellen müssen, daß die SA-Leute dort mit Waffenscheinen Waffen bekommen haben. Aber ich muß überhaupt betonen: Wenn diese Frage hier angeschnitten werden soll, so könnte ich über dieses Thema nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiteren Aufschluß geben."

---

21 Seit der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 versuchte Hitler alles zu vermeiden, was als militärische Vorbereitung für einen neuen Staatsstreich hätte ausgelegt werden können. Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben an die Gauleiter der NSDAP vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39), seine Zeugenaussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930 (Bd. III/3, Dok. 123) und sein Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).
Zur Entwicklung der SA und ihren damaligen Aufgaben vgl. Longerich, Bataillone, S. 45 ff.

22 Erich Koch (1896-1986), Reichsbahnbeamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1928 Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ruhr, 1926 Gaugeschäftsführer und stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1926 Dienstentlassung wegen politischer Betätigung, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ostpreußen, 1929 Mitglied des Provinzialausschusses und NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Ostpreußischen Provinziallandtag, Vorsitzender der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion in Königsberg, 1930-1933 MdR, 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 1942-1944 Reichskommissar für die Ukraine, 1959 in Polen zum Tode verurteilt, Urteilsrevision zu lebenlanger Haft.
Seit 1.3.1929 war Koch als Gauleiter des Gaues Ostpreußen mit der kommissarischen Leitung des Gaues Danzig beauftragt. Vgl. Bd. III/1, Dok. 92.

23 Laut Artikel 102 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatten die alliierten und assoziierten Mächte die Stadt Danzig und das sie umgebende, in Artikel 100 definierte Gebiet als Freie Stadt begründet; dieses Gebiet unterstand dem Schutz des Völkerbunds. Druck von Artikel 100-108 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 869 ff. Zur Situation Danzigs in der Zwischenkriegszeit vgl. Christoph M. Kimmich, The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Weiter hat auf den Ausschluß Frickes noch Bezug der allgemeine Satz, den ich weiter vorne als Zeuge vor Gericht sagte:

"Der Betreffende (Fricke) hat auch in Danzig mit der politischen Leitung gar kein Verhältnis herzustellen vermocht, sondern ist auch in Danzig mit der politischen Leitung in dauernde Konflikte geraten, so daß ich nunmehr diesen Mann infolge der ewigen Übergriffe auf das politische Gebiet, das ihn gar nichts anging, eben entfernte."

Da über die Waffenfrage ganz klare Verfügungen der politischen Leitung vorlagen, war das selbstherrliche Vorgehen Frickes in dieser Angelegenheit ein Eingriff in politische Befugnisse der Gau- bzw. Reichsleitung.

Zusammenfassend möchte ich folgendes zum Schluß erklären:

Ich habe in der eben abgegebenen schriftlichen Aussage jene Stellen, die wortwörtlich aus dem stenographisch aufgenommenen Verhandlungsprotokoll des von mir beigezogenen Parlaments-Stenographen stammen, rot unterstrichen. Für die wortgetreue Wiedergabe dieser Stellen können allenfalls die Parlaments-Stenographen als Zeugen benannt werden.

Auf die Anzeige generell habe ich, gestützt auf diese meine heutigen Ausführungen, zu erklären, daß ich mich bei meinen Zeugenaussagen in keiner Weise einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht habe.

Adolf Hitler

7. August 1931 Dok. 19
Schreiben an Karl Stützel

Masch. Ausfertigung mit kleinen hs. Korrekturen und hs. Unterschrift; BayHStA, OBB Akten 12735 [1].

Herr Staatsminister!

Als Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V., München [2], und damit Bauherr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Anwesen Brienner Straße 45 [3] erhielt ich den Vortrag des Rechtsbeistandes der Partei, Rechtsanwalt Frank II [4],

---

1 Für den Hinweis auf dieses Dokument und ergänzende Angaben dankt der Herausgeber Frau Dr. Ulrike Grammbitter, Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München.

2 Druck der Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 sowie vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

3 Nachdem die Reichsleitung der NSDAP das "Braune Haus" (Brienner Straße 45, vgl. Dok. 4, Anm. 2) zu Beginn des Jahres 1931 bezogen hatte, wurde Troost bereits im Mai 1931 mit der Planung zu einer ersten Erweiterung im östlichen Gartengelände des Grundstücks beauftragt. Der Rohbau für das langgestreckte, zweigeschossige Verwaltungsgebäude im neoklassizistischen Stil wurde im Dezember 1931 fertiggestellt. Die Ausdehnung der NSDAP im Gebiet östlich des Königsplatzes war damit aber noch nicht zu Ende: Im Januar

München, aus dem ich ersehe, daß das Staatsministerium des Innern sich mit dem Gedanken trägt, unter Bezugnahme auf § 83, Absatz 2 der Münchner Bauordnung[5] zu dem Bauvorhaben der Partei Rückgebäude Brienner Straße 45 die vorgeschriebene Genehmigung allenfalls nicht zu erteilen[6].

Ich erlaube mir daher in meiner Eigenschaft als Bauherr auf diejenigen Gesichtspunkte hinzuweisen und sie dem Staatsministerium des Innern zu unterbreiten, die m. E. bei der Prüfung dieser Frage von entscheidender Bedeutung sind.

Der ebengenannte § 83, Abs. 2 der Münchner Bauordnung lautet bekanntlich folgendermaßen:

"Bei Neubauten an der Ludwigs-, Maximilians-, Königin-, Prinzregenten-, Brienner- und Widenmayerstraße und bei Fassadenänderungen an Gebäuden in diesen Straßen, dann bei sol-

1932 wurde die Partei Eigentümerin des westlichen Nachbargebäudes Brienner Straße 44, zwei Monate später wurde ein Kaufvertrag für das benachbarte Wohnhaus Arcisstraße 20 unterzeichnet. Noch im selben Jahr wurde die Reichsführerschule der NSDAP (vgl. Dok. 1, Anm. 1) in die Brienner Straße 44 verlegt. Vgl. Ulrike Grammbitter, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

4 Hans Frank (II) (1900-1946), 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft, Angehöriger des Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Dr. jur., Rechtsanwalt in München, 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses in der Reichsleitung der NSDAP, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung, 1931/32 auch der Rechtspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 bayerischer Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements (für die besetzten polnischen Gebiete), 1946 hingerichtet.

5 Druck: K[*arl*] Helmreich, F[*erdinand*] Schels, A[*ugust*] Steinhauser (Hrsg.), Das Münchner Baupolizeirecht. Die Münchner Bauordnung und die Münchner Staffelbauordnung mit Erläuterungen sowie mit Abdruck der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, München 1927, S. 145.

6 Gegenüber den Bauvorhaben der NSDAP auf dem Grundstück Brienner Straße 45 (vgl. Anm. 3) hatten die Nachbarn am 9./10.7.1931 bei der Lokalbaukommission München vergeblich Einspruch eingelegt. Am 27.7.1931 wandte sich Gerhard Freiherr von Pölnitz in Vertretung der Eigentümerinnen der Brienner Straße 44 deshalb direkt an die Regierung von Oberbayern und das bayerische Ministerium des Innern. "Schon heute sind wir im Anwesen Brienner Straße 44 aufs schwerste geschädigt durch die Nachbarschaft des sogenannten braunen Hauses. Naturgemäß wickelt sich darin ein außerordentlich starker Parteiverkehr ab, wozu noch der außergewöhnlich starke Verkehr mit Kraftfahrzeugen bis tief in die Nacht hinein als erschwerend hinzukommt. Die heute im Souterrain des braunen Hauses untergebrachte Mannschaftsküche und Kantine sowohl, als auch die sich schon heute dort befindliche 'Wache' haben durch Singen, Schreien, dauernd wiederholt vorkommende Raufereien unter sich und mit Passanten aller Art, einen Unruheherd geschaffen, der unser Anwesen aufs stärkste bereits entwertet hat. Es soll nun noch ein Büro- und Kasernengebäude neu errichtet werden [...] Der Charakter der Gegend ist schon durch den heutigen Bestand des braunen Hauses erheblich verändert worden. Wenn sich nun aber noch ein reiner Zweckbau dort befinden würde, wie es der vorliegende Neubau darstellt, der zu rein geschäftlichen bzw. militärischen Maßnahmen dient, so ist die ganze Gegend von Grund auf verändert und der Wert der umliegenden Grundstücke aufs stärkste herabgesetzt. [...] Die früher ruhige und verhältnismäßig wenig begangene Gegend ist heute einer der unruhigsten Punkte der Stadt geworden. Ständig befinden sich vor dem braunen Haus Ansammlungen von Passanten und Parteimitgliedern, ganze Ketten von Autos umsäumen das Haus. Wie soll das erst werden, wenn dort auch noch ein Gesellschafts-, Kasernen- oder Bürohaus stehen sollte?" Vgl. BayHStA, OBB Akten 12735; Stadtarchiv München, LBK 1623 sowie Grammbitter, "Parteiheim", S. 61 ff. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzung vgl. Anm. 16 und 21.

chen Bauführungen in der Umgebung von Besitzungen der Zivilliste oder von Privatbesitzungen des Königs und in der Umgebung von Gebäuden für Zwecke der Wissenschaft oder Kunst oder von monumentalen Bauwerken ist die Allerhöchste Genehmigung vorbehalten."

Diese Allerhöchste Genehmigung wird nunmehr durch das Staatsministerium des Innern erteilt, wobei zu beachten ist, daß es dem Ministerium des Innern anheimgestellt wurde, ob es sich in diesen Fällen ein Gutachten der staatlichen Monumentalbau-Kommission erholen [*sic!*] will.

Der innere Zweck jeder mit Gesetzeskraft versehenen Bauordnung ist, das willkürliche Bauen des einzelnen der Gemeinschaft gegenüber in nicht nur unschädliche, sondern im Gegenteil nützliche Bahnen zu lenken. Diese Nützlichkeit umfaßt nicht nur Fragen der allgemeinen Plangestaltung, sondern ebenso alle Erfordernisse in bausicherheitlicher [*sic!*], feuerpolizeilicher, sanitärer und endlich auch künstlerischer Hinsicht. Der Bauordnung liegt daher, wie notwendiger Weise jedem anderen Gesetz, ein absolut sichtbarer und feststellbarer Zweck zugrunde. Auch die angezogene Stelle der Münchner Bauordnung diente der Erfüllung eines bestimmten Zweckes.

Da die gesamte Art der Bebauung des Stadtgebietes durch die Bauordnung an sich in eingehendster Weise nach den oben skizzierten Zwecken hin geregelt erscheint, muß der Sinn des angezogenen § 83, Abs. 2. M[*ünchner*]B[*au*]O[*rdnung*] einem ganz besonders vom Gesetzgeber im Auge behaltenen Zweck gedient haben. Der Zweck der Einfügung dieser Sonderbestimmung kann nicht im Rahmen einer allgemeinen Bauordnung gelegen sein, da in diesem Falle nicht die Allerhöchste Genehmigung erforderlich gewesen wäre.

Der Zweck dieser Einfügung wird nur verständlich aus der Existenz des Königtums an sich und der mit dieser Erscheinung verbundenen Rückwirkung auf einen bestimmten Ausschnitt des kulturellen Lebens. Es sind nicht in erster Linie rein baukünstlerische Gesichtspunkte, Fragen der Erhaltung des, ein künstlerisches Erbgut darstellenden, Stadtbildes, die zu dieser Sonderbestimmung Veranlassung geben konnten, denn sonst würde sie allgemein gehalten worden sein. Ihre Beschränkung auf ganz bestimmte Straßenzüge und Bauobjekte, die zum Teil gar nicht als künstlerisch hochwertig bezeichnet werden können, beweist, daß der für diese Sonderbestimmung verantwortliche Gedanke auf einem anderen Gebiet lag.

Das Königtum hat zu allen Zeiten genauso wie auch jede andere Autorität des staatlichen oder religiösen Lebens seine künstlerische Mission nur bedingt in einer Erhaltung künstlerischer Werte an sich gesehen, in weitaus größerem Maße aber in der Kunst ein Mittel zur Verherrlichung und damit letzten Endes Stärkung der königlichen Institution an sich erblickt. Könige als Baumeister haben genauso wie große Kirchenfürsten wohl der Kunst ihre Sympathie im reichsten Maße bezeugt, aber ausgehend von dem Gedanken nicht nur die Kunst durch das Königtum, sondern umgekehrt auch das Königtum durch die Kunst verherrlichen zu lassen. Diese Verherrlichung der Kunst durch das Königtum hat zahllosen Meisterwerken das Leben geschenkt, die Verherrlichung des Königtums aber durch die Kunst half mit, der Autorität der monarchischen Institution eine Kraft zu schenken, die als Repräsentation nach außen, [*als*] unterwürfige Bewunderung nach innen in Erscheinung trat. Die Kunst des Königtums war nur ein Bestandteil der imponierenden Repräsentation dieser Einrichtung dem Volke und im weiteren Sinne der Umwelt gegenüber. Denn zu dieser äußeren Aufmachung gehörte ebenso un-

zertrennlich die sichtbare Form des Auftretens, die Demonstration der Macht, kurz der gesamte Stil des höfischen Lebens.

Aus dieser Notwendigkeit heraus entstand auch der angeführte Absatz der Münchner Bauordnung. Es handelt sich in dieser Sonderbestimmung nicht um Straßen oder Objekte eines an sich vorhandenen bestimmten Kunstwerkes, sondern nur um Straßen, Anlagen und Objekte, die in die repräsentative Interessensphäre des Königtums gehören. Es soll durch diese Anordnung die letzte Entscheidung über bestimmte Veränderungen in diesen Straßen und um diese Bauten der ansonst zuständigen Behörde deshalb genommen werden, weil der hierbei anzulegende Maßstab nur von dem Gesichtspunkte der monarchischen Institution an sich allein angelegt werden kann. Das Königtum besaß die sehr richtige Empfindung, daß über die letzten Interessen des Königtums niemand anderer befinden kann, als der Repräsentant dieser Institution selbst. Denn die dabei ins Auge gefaßten und bestimmenden Gesichtspunkte waren eben nicht solche allgemein künstlerischer Natur oder gar bautechnischer Notwendigkeiten, sondern solche der Repräsentation des Königtums an sich sowie der Erhaltung jenes stadtbaulichen Charakters, ja sogar jenes Stiles, der dieser Repräsentation in erster Linie entsprach.

Die namentlich angeführten Straßen vor allem zeigen in München ganz sichtbar den Zusammenhang mit diesem Zweck. Eine Auswahl nach nur künstlerischen Gesichtspunkten hätte zum Teil wesentlich andere Plätze und Straßen berücksichtigt. Es handelt sich aber hierbei eben ausschließlich um die Erhaltung derjenigen Straßenzüge, Anlagen und Objekte, die in einem inneren Zusammenhang mit dem nach außen sichtbaren Auftreten und der nach außen wirksamen Repräsentation des Königtums stehen.

Mit der Beseitigung der monarchischen Institution[7] ist der innerste Zweck der Einfügung in die Sonderbestimmung an sich beseitigt. Denn nunmehr kann es sich nur darum handeln, das aus den Interessen des Königtums heraus geschaffene Kunstgut zu bewahren. Diese Erhaltung wird natürlich nicht ihre Begrenzung finden nur im Schutz der einzelnen Objekte oder einzelner Straßen, des allgemeinen Bildes dieser Straßen, sondern wenn möglich auch des inneren Charakters dieser Anlagen. Hierbei aber ist zu berücksichtigen, daß auch bei Fortdauer des königlichen Willens die Umwandlungen der Zeit nicht ohne Spuren geblieben wären. Ja, es steht folgende Tatsache fest: Die künstlerische Veränderung eines Stadtbildes ist wesentlich konservativeren Gesetzen unterworfen als die charakterliche. Der Schloßplatz in Berlin, die Schloßfreiheit haben rein künstlerisch das äußere Bild mehr gewahrt, als das charakterliche Lebensbild. Die Straße Unter den Linden, einst gedacht als vornehmste Auffahrtsavenue zum Königlichen Schloß ist zu einer, vom tobenden Verkehr erfüllten Geschäftsstraße geworden. Die repräsentativen Wünsche des Königtums konnten am Ende nicht auf die Dauer den Lebensgesetzen einer werdenden Millionenstadt[8] Widerstand leisten. Die Veränderungen, die allein der

7 Nach politischen Demonstrationen vor der Münchner Residenz war noch am Abend des 7.11.1918 die Wache auseinandergelaufen und König Ludwig III. nach Schloß Wildenwart im Chiemgau geflohen. In der Nacht vom 7. auf 8.11.1918 rief Kurt Eisner bei der ersten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats im bayerischen Landtag die "Republik Bayern" aus. Am 13.11.1918 entband König Ludwig auf Schloß Anif bei Salzburg die bayerischen Beamten und Offiziere von ihrem Treueeid. Vgl. Zorn, Bayerns Geschichte, S. 108 ff.

8 Berlin besaß 1910 eine ortsanwesende Bevölkerung von 2.070.695 Einwohnern, 1925 eine Wohnbevölkerung von 4.024.286 und 1933 von 4.202.050 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, S. 5; 1931, S. 5; 1933, S. 6 f.

moderne Verkehr mit sich bringt, sind von so tief einschneidender Wirkung, daß das Stilbild jeder Straße dadurch zwangsläufig verändert werden muß und auch verändert wird.

Die vornehmste Straße alter Adelspaläste, ja selbst reine Palaststraßen werden durch die zwangsläufige Erfassung durch den modernen Verkehr in ihrem inneren Stil genauso umgewandelt, wie eben auch das gesamte sonstige Leben diesem Wechsel unterworfen erscheint. Es ist eine Unmöglichkeit zu glauben, irgendeinen Teil einer Stadt im Wesen einer vergangenen Zeit erhalten zu können. Allmählich wird der Geist einer Zeit so allgemein sein, daß sich ihm nichts auf die Dauer entziehen kann.

Dieser Prozeß wird umso schnellere Fortschritte machen, je mehr der Stil der Vergangenheit als Gegengewicht ausgeschaltet erscheint. Dies ist aber mit der Beseitigung der Monarchie tatsächlich geschehen. So flutet die moderne Zeit heran, ohne daß die alte außer ihren steinernen Dokumenten überhaupt dem neuen Leben Lebendiges gegenüberstellen könnte.

Zu dieser zwangsläufigen Wandlung des Charakters eines Stadtbildes, die durch den allgemeinen Verkehr usw. bedingt ist, kommt noch hinzu die Verschiebung der wirtschaftlichen Schwerpunkte in einer Stadt. Wohnstraßen von einst sind Verkehrsstraßen von jetzt, Verkehrsstraßen von früher erliegen im Laufe von nur wenigen Jahrzehnten oft wieder der Verödung. In allen Städten der Welt sehen wir eine Art City-Bildung mit all ihren verkehrstechnischen Folgen. Auch in München ist dieser Prozeß im Gange und wird nicht auf die Dauer aufzuhalten sein. Ja, es ist eine Ironie des Schicksals, daß der scheinbar schärfste Kontrast zum heutigen Geschäfts- und Wirtschaftsleben am Ende zum gleichen Resultat führt. Die Anhäufung von Museen, Sammlungen und sonst öffentlichen Gebäuden führt praktisch zum selben Ergebnis wie die Anhäufung von Büros und Geschäftshäusern.

Tatsächlich zeigen sich auch im Münchner Stadtbild alle diese Erscheinungen eines dem Wandel und Wechsel der Zeit erliegenden Lebens. In den meisten der in der Sonderbestimmung angezogenen Straßen ist die innere Wandlung des einstigen charakterlichen Bildes bereits im vollen Gange. Nur die grobtektonische äußere Erscheinung der Straßen ist geblieben. Der innere Zweck ist schon bei den meisten Gebäuden ein ganz anderer geworden, als er bei der Anlage der Straßenzüge gedacht war. So sind in der Brienner Straße besonders nach dem Kriege eine große Anzahl ehemaliger Palais zu Geschäftshäusern umgebaut worden[9]. Diese Umwandlung ist durchaus nicht das Ergebnis einer vorher gefaßten bewußten Absicht, sondern die Folge eines unabwendbaren wirtschaftlichen Zwanges. Der moderne Verkehr entwertet die Wohnzwecken dienenden ehemaligen Palazzos [*sic!*] so sehr, daß bei der unterdes zum Teil aus besonderen Anlässen eingetretenen Verarmung der ehemaligen Besitzer eine Weiterführung und Erhaltung dieser Häuser wirtschaftlich unmöglich ist. Die nackten Selbstkosten zwingen zu Mietpreisen, die in so tumultuösen Straßen bei einem teilweise so beschränkten Komfort nicht bezahlt werden[10]. Das Ergebnis einer Beibehaltung des bisherigen Zweckes

9 Das Münchener Adreßbuch aus dem Jahr 1931 verzeichnet in der Brienner Straße ca. 500 Privatwohnende, ca. 160 Geschäfte, Handwerksbetriebe und Büros, ferner 35 Praxen und Kanzleien, 5 Fabriken, 8 Pensionen, Restaurants, Cafés usw., 2 Vereine sowie 15 öffentliche Gebäude.

10 Einer Statistik des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V. sind folgende exemplarische Monatsmieten für Wohnungen in der Brienner Straße zu entnehmen: Drei-Zimmer-Wohnung, Miete: 130,- RM, davon ein Zimmer untervermietet; Vier-Zimmer-Wohnung, Miete: 180,- RM, davon zwei Zimmer untervermietet; Fünf-Zimmer-Wohnung, Miete: 139,20 RM, davon ein Zimmer untervermietet. Vgl. Die Lage am Münchener

dieser Bauten würde sie in kürzester Zeit demselben ruinösen Verfall entgegenführen, wie wir das teilweise sogar bei den dem Staate gehörigen Objekten festzustellen in der Lage sind. Daher ist die Umwandlung dieser ehemaligen Palaststraßen in Geschäftsstraßen die praktische Voraussetzung zur Erhaltung wenigstens des äußeren Stadtbildes. Denn nur in einer solchen neuen Verwendung liegt die Möglichkeit, den Bauobjekten jene Sorge zuteil werden zu lassen, die zur Verhinderung eines absoluten Verfalls notwendig ist. Die dabei erforderlichen großen Summen können nur in einer neuen Verwendung dieser Objekte aufgebracht werden, denn wenn der Staat kaum in der Lage ist, die ihm gehörigen Monumentalbauten ordentlich instandzuhalten, dann noch viel weniger Private, die in solchen Straßen aus ihren Objekten bei bisheriger Verwendung kaum mehr einen Nutzen ziehen können.

Damit aber kann der Sinn des angezogenen Absatzes der Münchner Bauordnung nur sein, das äußere Bild in den in Frage stehenden Straßen, wenn möglich, so zu konservieren, daß eine Schädigung künstlerischer Werte vermieden wird.

Als ich für den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein das Anwesen Brienner Straße 45 erwerben ließ [11], war ich mir der Verpflichtung vollständig bewußt, das klassische Stadtbild, soweit es in dieser Straße überhaupt noch vorhanden ist, aufrechtzuerhalten. Tatsächlich ist dieses durch die von einem unserer ersten Künstler [12] vorgenommene Ausgestaltung der Fassade in rein ästethischer Hinsicht in einem Umfange gehoben worden, der m. E. und Wissens bei keinem zweiten Umbau in dieser Zeit auch nur annähernd erreicht wurde. Gemessen an dem alten, absolut dem Verfall preisgegebenen Objekt stellt die heutige bauliche Lösung eine künstlerische Leistung dar, die dem Charakter der Straße unbedingt zugutekommt [13]. Der Einwand, daß diese äußere, stilistisch glückliche Konservierung etwa durch die innere Preisgabe der Bestimmung des Hauses aufgewogen oder gar aufgehoben würde, ist hinfällig, weil diese innere Umwandlung ja eine allgemeine gesetzmäßige Notwendigkeit ist, der alle Straßen und einzelnen Privatbauten der Ludwigischen [14] Zeit unterworfen sind. Der weitere Einwand, daß diese innere Wandlung des Zweckes des Hauses besonders unangenehm emp-

Wohnungs- und Geschäftsraummarkt. Denkschrift des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V., München 1931, S. 14, 19.
Zum Vergleich: Ein Facharbeiter in der elektrotechnischen Industrie hatte 1928 einen Bruttowochenverdienst von 56,76 RM; ein kaufmännischer Angestellter im Bankgewerbe (Gruppe III) hatte 1931 ein monatliches Endgehalt von 348,19 RM; ein planmäßiger verheirateter Reichsbeamter hatte 1931 in der Ortsklasse A je nach Besoldungsgruppe ein monatliches Endgehalt zwischen 208 und 1.066 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 276, 297, 299.

11 Am 26.5.1930. Vgl. Dok. 4, Anm. 2 sowie Bd. III/3, Dok. 50.

12 Paul Ludwig Troost (1878-1934), Ausbildung an der TH Darmstadt als Privatarchitekt, 1900 Übersiedlung nach München, Tätigkeit im Atelier von Professor Martin Dülfer, Schwerpunkt Inneneinrichtungen, Teilnahme an verschiedenen Ausstellungen, 1910 Innenarchitekt des Norddeutschen Lloyd, 1917 Verleihung des Professorentitels durch den bayerischen König Ludwig III., 1930 Eintritt in die NSDAP, Mitglied des *Kampfbundes Deutscher Kultur*, 1931 Mitglied des *Kampfbundes der Deutschen Architekten und Ingenieure*, 1933 "Erster Baumeister des Führers", Mitglied des Münchner Stadtrats.

13 Bereits 1930 hatte Fritz Gablonsky von der Obersten Baubehörde empfohlen, der Staat solle die beiden, zum Kauf ausgeschriebenen Gebäude Brienner Straße 44 und 45 erwerben; es drohe ansonsten ein schleichender Verfall des ursprünglich vornehmsten Viertels von München. Vgl. Grammbitter, "Parteiheim", S. 63.

14 Ludwig I. (1786-1868), 1825-1848 König von Bayern.

funden würde durch die nebenanliegende Nuntiatur[15], ist ebenfalls nicht aufrechtzuerhalten. Ich habe das Haus Brienner Straße 45 nicht erwerben lassen, um der Nuntiatur Unannehmlichkeiten zu bereiten[16], sondern um dem Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein ein würdiges und nach rückwärts vergrößerungsfähiges Gebäude zu geben. Die Nuntiatur ist, ähnlich wie die wenigen Staatsgebäude, in der Lage, das innere Leben dieses Bau-Objektes in Übereinstimmung zu halten mit dem Bau an sich. Es kann aber nicht wegen der in einem Falle vorhandenen glücklichen Möglichkeit das, bei den anderen in Privatbesitz befindlichen Objekten, einfach Unmögliche übersehen werden. Der Klage der Nuntiatur über den großen Autobetrieb vor dem Hause kann in dem Moment abgeholfen werden, in dem das Ministerium der Ausführung des Neubaues im Hause Brienner Straße 45 die Genehmigung erteilt. Es ist mit ein Gedanke der Verrückung der Seitengebäude nach hinten gewesen, dadurch die Einfahrten zu erhalten, um in Zukunft die Wägen leichter als bisher im Hofe des Anwesens parken zu lassen.

Ich traue der Objektivität des Staatsministeriums des Innern zu, bei einer gerechten Prüfung der rein künstlerischen Seite der Angelegenheit zu dem Ergebnis zu kommen, daß aus solchen Gesichtspunkten ein Einwand überhaupt gar nicht erhoben werden kann. Es könnte sich also immer wieder nur um einen Einwand gegen die Veränderung der Zweckverwendung des Objektes handeln. Ich nehme aber auch hier an, daß dann dieser Einwand nicht seine Begründung einfach darin findet, daß dieses Haus einer bestimmten politischen Partei gehört, sondern daß es nicht mehr dem alten Wohnzweck an sich dient.

Dieser Wohnzweck ist, wie schon betont, in diesen Straßen auf die Dauer nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Einwand, der heute gegen die Bauabsicht von mir erhoben wird, müßte logischer Weise alle Straßen, die in dieser Sonderbestimmung angezogen sind, ihres heutigen Charakters entkleiden, weil sie ihren derzeitigen inneren Lebenszweck durchgehends derselben Notwendigkeit verdanken, die in dem vorliegenden Fall als unmöglich angesehen werden soll.

Ich darf weiter noch darauf hinweisen, daß erst seit den Tagen der Interpellation im Landtag[17] und der daraufhin erfolgten Polizei-Aktionen[18] das Braune Haus in den Gesichtskreis

15 Die Päpstliche Nuntiatur, seit 1785 in München ansässig, war seit 1887 in der damaligen Brienner Straße 15 untergebracht und blieb bis 1920 die einzige päpstliche Gesandtschaft in Deutschland. Das Gebäude lag gegenüber dem Braunen Haus. Als Apostolischer Nuntius für Bayern fungierte damals Alberto Vassallo di Torregrossa (1865-1959). Vgl. Benedikt Weyerer, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993, S. 143 ff.

16 Unabhängig von der Beschwerde der Nachbarn (vgl. Anm. 6) hatte die Polizeidirektion München in ihrem vertraulichen Bericht Nr. 1200/31. VId an das Ministerium des Innern vom 26.6.1931 auf den geplanten Neubau der NSDAP in der Brienner Straße 45 hingewiesen und ihn als "im höchsten Grade unerwünscht" bezeichnet; seine Verhinderung nach § 83, Abs. 2 der Münchner Bauordnung sei deshalb geboten. "Bei Zulassung dieses Baues würde das Machtbewußtsein der NSDAP eine gewaltige Förderung erfahren, ganz abgesehen von den Behelligungen, die sich durch die Bauausführung in dem sonst so ruhigen Viertel für die Nachbarschaft, insbesondere für die Nuntiatur ergeben würden." Trotz dieser Bedenken erteilte die Lokalbaukommission am 11.7.1931 mit ihrem Beschluß Nr. 15582/31 eine Baugenehmigung unter Vorbehalt. BayHStA, OBB Akten 12735.

17 Nach der Besetzung des Braunen Hauses durch die bayerische Polizei hatte die Fraktion der NSDAP im bayerischen Landtag am 7.7.1931 eine Interpellation an die Staatsregierung gerichtet, ob sie dies Vorgehen der Polizeidirektion München billige. Druck: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1930/31, Beilagen-Bd. IX, München o. J., S. 286. Vgl. ferner Dok. 4 und 6.

der allgemeinen öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wurde. Ja, darüber hinaus, diesen Polizeiaktionen habe ich es zu verdanken, daß die Kenntnis des Braunen Hauses so ziemlich der ganzen Welt vermittelt wurde. Es ist nicht verwunderlich, daß seit diesem Tage zahlreiche Ausländer neugierig ein Objekt bestaunen, dessen bescheidene Existenz der Anlaß zur Verschwendung so umfangreicher Machtmittel einer wirklich nicht bedrohten Staatsautorität wurde. Die Errichtung oder Nichterrichtung eines Hoftraktes an der Stelle eines früheren, nunmehr abgerissenen Baues spielt dabei überhaupt keine Rolle.

Ich stelle aus all dem Angeführten daher an das Staatsministerium die ergebene Bitte, unter Berücksichtigung meiner Erwägungen eine Prüfung des Bauvorhabens des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins, Brienner Straße 45, unter Zuziehung der Staatlichen Monumental-Baukommission vornehmen zu wollen, für den Fall, daß Bedenken gegen eine Genehmigung unseres Bauvorhabens vorhanden sein sollen. Ich erwarte dabei von der Objektivität des Herrn Staatsministers, daß er uns die im Kommentar der Münchner Bauordnung von Helmreich[19] in Anmerkung 15, § 83 angeführte Auffassung[20] zugute kommen läßt, wonach entscheidend für die Prüfung der gesamten Verhältnisse nur das Bauobjekt selbst und nicht die Person des Gesuchstellers sein kann.

Genehmigen Sie, Herr Staatsminister, den Ausdruck
meiner vorzüglichen Hochachtung

Adolf Hitler[21]

---

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 1.

19 Karl Helmreich (1885-1958), Dr. jur., 1913 Assessor bei der bayerischen Staatseisenbahnverwaltung, 1917 Rechtsrat bei der Stadt München, Leiter des Referats 9 (Ausstellungspark, Oktoberfest usw.), 1919 Leiter des administrativen Baupolizei- und Wohnungsreferats, 1929 Leiter des Bezirkspolizeireferats, Verfasser zahlreicher Gesetzeskommentare, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1936 ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hauptamt für Kommunalpolitik in der Reichsleitung der NSDAP, seit 1941 im Range eines Blockleiters, 1939 Versetzung in den Ruhestand, Leiter der Referendarausbildungsstelle bei der Stadt München.

20 "Ob 'ganz besondere Verhältnisse' als gegeben angenommen werden, ist Sache der pflichtgemäßen Prüfung der zur Erteilung der Dispens zuständigen Behörde. Solche Verhältnisse können aber nur in dem Bauprojekt selbst, *nicht in der Person des Gesuchstellers* begründet sein." Druck: Helmreich, Schels, Steinhauser, Münchner Baupolizeirecht, S. 147 f.

21 Der bayerische Minister des Innern Karl Stützel teilte der Regierung von Oberbayern mit Erlaß Nr. 3679 a 3, 4 u. 5 am 12.8.1931 mit, daß eine Genehmigung für das Bauvorhaben der NSDAP nicht erteilt werden könne. Über die architektonischen und ästhetischen Auflagen kam es deshalb zwei Tage später zu einer Besprechung zwischen Troost und den hierfür zuständigen Ministerialbeamten, die daraufhin am 17.8.1931 die Genehmigung der von Troost überarbeiteten Pläne empfahlen. Obwohl das Ministerium des Innern am 24.8. mit Erlaß Nr. 3697 a 6 an die Regierung von Oberbayern nun "die Errichtung eines Rückgebäudes in dem Anwesen Brienner Straße 45" unter Berücksichtigung der gemachten Auflagen und vorbehaltlich der baupolizeilichen Zustimmung genehmigte, stagnierten die Bauarbeiten, da Pölnitz am 7.9.1931 erneut Beschwerde gegen diesen Beschluß einlegte. Auch eine Erklärung der Reichsleitung der NSDAP vom 4.9.1931, daß sie keinesfalls beabsichtige, "die in der Schwanthalerstr. 68 untergebrachte Reichsführerschule in das Braune Haus zu verlegen", brachte die Sache nicht voran. Nachdem die Regierung von Oberbayern mit Bericht Nr. e 6437 A I vom 15.9. dem Ministerium des Innern ausführlich erläuterte, warum sie beabsichtige, die Beschwerde der Nachbarn "im ganzen abzuweisen", genehmigte Stützel schließlich am 9.10.1931 das Bauvorhaben der NSDAP, das inzwischen die verschiedenen Auflagen berücksichtigte. Tags darauf wies die Bau-Innung München in einer Eingabe an das Ministerium des Innern darauf hin, daß man "sehnlichst darauf" warte, "daß die Bauarbeiten

8. August 1931 Dok. 20
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Preußen!"
Aufruf[1]

VB vom 8.8.1931, "Adolf Hitlers Aufruf an Preußen"[2].

Als vor nunmehr bald 12 Jahren das alte System zusammenbrach[3], versicherten Sozialdemokratie und Zentrum das deutsche Volk einer nunmehr anbrechenden schöneren Zeit der Freiheit, des Fortschrittes, der Wohlfahrt und des sozialen Glücks[4].

Diese Ideale wurden als die moralische Rechtfertigung der Revolution den deutschen Massen vorgehalten.

Die Warnungen derer, die bei einer Herrschaft der Sozialdemokratie Unfreiheit, Elend und Not als notwendige Begleiterscheinungen vorhersagten, wurden in den Wind geschlagen und nicht geglaubt.

Deutschland verfiel einer Demokratie, die in dieser Art noch jedes Volk zugrunde gerichtet hatte.

Das deutsche Volk ist nunmehr selbst Zeuge der Richtigkeit dieser Behauptung.

Die Schutzgesetze dieser Demokratie verbieten, den wahren Zustand der Nation aufzuzeigen[5]*. Eine Verfassung lebt, aber das Volk wird seit 12 Jahren von einer Elends- und Notkrise in die andere geworfen.*

Alles in diesen 12 Jahren ist ins Wanken geraten. Auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Erwerbslebens, der Arbeit jagt eine Enttäuschung katastrophaler Art die andere[6]. Millionen haben

---

weitergeführt werden können". Der Streit mit den Nachbarn endete damit, daß die NSDAP im Januar 1932 das westliche Anwesen Brienner Straße 44 erwarb. BayHStA, OBB Akten 12735; Stadtarchiv München, LBK 1623; Grammbitter, "Parteiheim", S. 62 ff.. Zum weiteren Verlauf des Bauvorhabens, dessen Richtfest am 15.12.1931 gefeiert wurde, vgl. Dok. 95.

1 Der Aufruf ist dem Aufruf "An mein Volk" nachempfunden, mit dem der preußische König Friedrich Wilhelm III. am 17.3.1813 das Signal zum Kampf gegen die französischen Besatzungstruppen gab. Druck: Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten. Hrsg. und eingeleitet von Eckart Kleßmann, München 1973, S. 38 ff.

2 Leicht gekürzte Wiedergabe: Der Angriff vom 7.8.1931, "Adolf Hitler: 'Schlagt den Feind!'".

3 Gemeint sind das Ende des Ersten Weltkriegs und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

4 Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

5 Unter Berufung auf die "Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 17.7.1931 hatte die preußische Regierung am 6.8.1931 alle in Preußen erscheinenden Zeitungen verpflichtet, eine amtliche Stellungnahme gegen den Volksentscheid zu publizieren. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 175 ff.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

ihre sauer ersparten Groschen verloren[7], Millionen andere ihren Arbeitsplatz[8]. In zahllosen Diktaten wurden auf unser Volk Lasten über Lasten gehäuft, die in Generationen nicht abzutragen sind.

Alle Versprechungen vom Ende unserer Not und dem Wiederaufbau der Wirtschaft, der Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Behebung des Finanzelends im Reich, in den Ländern und Gemeinden, alle diese Versprechungen sind durch die harte Wirklichkeit als unverantwortliche Flunkereien enthüllt worden. Immer kam es anders.

Erinnert Euch des Young-Plans[9]!

Erinnert Euch an die Versprechungen, daß seine Unterzeichnung Deutschland einer glücklicheren Zukunft entgegenführen würde, daß die Geldnot nunmehr ihr Ende fände[10], daß die Wirtschaft Kapitalien erhalte, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut würde, daß nunmehr die Steuern ermäßigt werden könnten[11] und daß aus den Ersparnissen des Young-Planes Millionen den notleidenden Massen zugeführt werden sollten.

Erinnert Euch an alles das und seht Euch nun die Wirklichkeit an.

Deutsches Volk aller Berufe und Stände! Haben wir nicht recht gehabt? Haben wir, die Männer des Volksbegehrens gegen den Young-Plan[12], mit unseren Prophezeiungen recht gehabt, oder haben die Parteien der Young-Plan-Unterzeichnung mit ihrer Verteidigung recht behalten?

Die Geschichte hat nach noch nicht einmal 12 Monaten das Recht auf unserer Seite festgestellt [*sic!*][13].

Die Not, die Ihr, deutsche Volksgenossen, heute erleidet, ist die Zeugin für die Wahrhaftigkeit unserer Voraussagen.

Eine ungeheure Hoffnung ist damit wieder in ein Nichts vergangen. Eine Illusion hat sich verflüchtigt und nur etwas ist geblieben:

das tausendmal größer gewordene graue Elend und die Parteien, die es verschuldeten.

Denn während die Demokratie unser Volk von einem Unglück in das andere jagt, verewigen sich ihre Parteien.

Das deutsche Volk stirbt, aber Sozialdemokratie und Zentrum leben.

Solange aber Sozialdemokratie und Zentrum nicht überwunden werden, wird Deutschland nicht auferstehen. Die Position aber, von der aus die Sozialdemokratie heute Deutschland beherrscht, ist Preußen[14].

---

7 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 4, 39 und 40.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 9.

11 Die geplante Steuerreform des Reichsministers der Finanzen Rudolf Hilferding, die darauf zielte, die bislang ungenügende Kapitalbildung im Deutschen Reich durch steuerliche Entlastung zu fördern, sollte auch durch die erwarteten Erleichterungen durch den Young-Plan ermöglicht werden. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 86 ff.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Morgen, am Sonntag, den 9. August 1931, tritt an die deutsche Nation die Frage heran, ob sie nach zwölf Jahren unermeßlicher Schicksalsschläge nun endlich reif genug geworden ist, den Weg nach aufwärts zu sehen[15].

Preußen, Ihr spielt das Prävenire[16].

Am nächsten Sonntag blicken 90 Millionen Deutsche in aller Welt[17] *auf Euch 40 Millionen Preußen*[18].

So wie 1813 seid Ihr jetzt wieder die schlesische Armee der deutschen Nation[19].

In Eurer Hand liegt die Freiheit, liegt die soziale Zukunft unserer Rasse. Das Kommando des großen Marschalls der Augustschlacht an der Katzbach sei morgen Euer Befehl:

Vorwärts, schlagt den Feind[20]*!*

Adolf Hitler

---

14 In der Weimarer Republik bildete die Koalition zwischen Zentrum und SPD gewissermaßen das Rückgrat für die Arbeit der preußischen Regierung: Seit März 1919 wurden mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle preußischen Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

15 Der Stahlhelm hatte am 4.2.1931 beim preußischen Minister des Innern Carl Severing ein Volksbegehren beantragt, "um auf diesem Wege in Preußen eine Regierung zu ermöglichen, die dem in der Wahl vom 14. September 1930 einwandfrei festgestellten Volkswillen entspricht". Bis April 1931 trugen sich 5.955.996 Stimmberechtigte für dieses Volksbegehren ein. Nachdem der Landtag am 9.7.1931 mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt hatte, dem Volksbegehren zu entsprechen und den Landtag aufzulösen, wurde für den 9.8.1931 ein Volksentscheid angesetzt, der inzwischen nicht nur von Stahlhelm, NSDAP und DNVP, sondern auch von DVP, KPD und einigen kleineren Parteien unterstützt wurde. Von etwa 26.899.000 Stimmberechtigten votierten am 9.8.1931 jedoch nur 9.793.603 (37,1%) für eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags, so daß sich am Termin der für Frühjahr 1932 vorgesehenen Neuwahl nichts änderte. Vgl. Möller, Parlamentarismus, S. 315 ff.

16 Die NSDAP hatte das vom Stahlhelm initiierte Volksbegehren zunächst nur zögernd unterstützt. Erst als die KPD im Juli 1931 das Projekt des Stahlhelms in einen "Roten Volksentscheid" umzufunktionieren suchte, machte sich die NSDAP zum Fürsprecher dieses Plebiszits, in der Hoffnung, ihre Position im preußischen Landtag, wo sie bislang lediglich mit sechs Abgeordneten vertreten war, schlagartig zu verbessern. Vgl. Sabine Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984, S. 127 ff. Ferner Bd. IV/1, Dok. 88.
In einer internen Unterredung mit dem italienischen Konsul in München Capasso Torre am 18.6.1931 beurteilte Hitler die Aussichten des Volksentscheids jedoch pessimistisch. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 230 f.

17 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Welt 94.428.430 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

18 Vgl. Dok. 2, Anm. 42.

19 Die Schlesische Armee unter dem Befehl von Generalleutnant Gebhard Leberecht von Blücher umfaßte im August 1813 drei russische und ein preußisches Korps und war mit rund 105.000 Soldaten die schwächste unter den drei Armeen der Verbündeten. Dennoch lag während des Herbstfeldzugs 1813 die operative Initiative bei dieser Armee, die mit Blücher sowie Gerhard von Scharnhorst und August Neidhart von Gneisenau als Generalquartiermeister auch von den wichtigsten Vertretern der militärischen Reformbewegung in Preußen geführt wurde. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987, S. 364 ff.

20 Der spätere Generalfeldmarschall von Blücher, Fürst von Wahlstatt, hatte nach der Schlacht an der Katzbach am 26.8.1813 die Parole ausgegeben, den Sieg auszunützen und den Feind "mit Leib und Seele" zu verfolgen. Die russischen Verbündeten bezeichneten ihn daraufhin als "General Pascholl", als "General Vorwärts". Vgl. Tom Crepon, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988, S. 247 ff.

8. August 1931 Dok. 21
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Anhänger unserer Bewegung!" Aufruf

VB vom 8.8.1931.

Ihr seht die Not, Ihr seht die Verzweiflung. Erfüllt morgen Eure Pflicht!

Als Führer verlange ich von Euch, daß Ihr am 9. August[1] das unerschütterliche Vorbild seid für alle Unentschlossenen und Wankenden.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie und des Zentrums in Preußen[2] sind die Voraussetzungen zum Leben des deutschen Volkes.

Adolf Hitler

25. August 1931 Dok. 22
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.8.1931.

Betreffend: Rechtslage und Finanzgebarung der Organisation.

I. Wie mir die Herren der Reichsleitung berichten, mehren sich in letzter Zeit auffallend Briefe an die Reichsleitung, in denen von Geschäftsleuten aller Art Forderungen gegen Untergliederungen der Bewegung aus den verschiedensten Rechtsgründen geltend gemacht werden. Der Umstand, daß sich diese Geschäftsleute unmittelbar an die Reichsleitung wenden, beruht darauf, daß die Untergliederungen der Bewegung in Erfüllung übernommener Verpflichtungen teilweise versagen.

Ich mache die verantwortlichen Herren der Gesamtorganisation aller Untergliederungen erneut unter Betonung ihrer persönlichen Verantwortung auf folgende Regelungen aufmerksam, deren Beachtung ich erneut anordne:

Rechtsperson im Rechtsleben ist ausschließlich für die Gesamtbewegung der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Verein e. V., Sitz München, Briennerstraße 45[1]. Der im Sinne des Gesetzes für diesen Verein allein Vertretungsberechtigte bin ich. Der Reichsschatzmei-

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 15.
2 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.

1 Druck der Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 sowie vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

ster Schwarz hat meine Vollmacht, mich und damit die Gesamtbewegung auf dem Gebiete der Wirtschaft und Finanzgebarung zu vertreten[2]. Die Amtsleiter der Reichsleitung leiten die ihnen übertragenen Abteilungen und zwar in meinem Auftrag und meiner Vollmacht selbständig.

Verträge, bzw. Rechtsgeschäfte aller Art, die irgendwie die Gesamtpartei angehen oder angehen können, müssen in jedem Einzelfalle vorher der Reichsleitung zur Begutachtung und zur allenfallsigen [*sic!*] Einholung meiner Bewilligung zugeleitet werden. Außer den erwähnten Herren der Reichsleitung besitzt kein Verantwortungsträger in der Organisation auf dem Gebiete der Regelung der Vereinsangelegenheiten Generalvollmacht.

Die Reichsleitung lehnt es, wie wiederholt betont, ausdrücklich ab, Forderungen anzuerkennen, die aus Rechtsgeschäften entstehen, ohne daß die vorherige Genehmigung der verantwortlichen Stelle der Reichsleitung vorliegt.

II. Ich mache künftighin jeden verantwortlichen Leiter einer Gliederung der Bewegung persönlich haftbar, wenn, wie das bisher schon zu beobachten war, parteidienstliche Anfragen oder Ersuchen der Amtsleiter der Reichsleitung unbeantwortet bleiben sollten. Fristen von Rückäußerungen, die von der Reichsleitung gesetzt werden, sind gleichfalls pünktlich einzuhalten. Künftighin wird jede bewußte Verletzung dieses Gebotes als parteischädigende Handlung geahndet werden. Die verantwortlichen Herren der Organisation müssen für diese meine Anordnung, die ausschließlich vom Interesse der Gesamtbewegung veranlaßt wird, Verständnis haben.

III. Der Dienstverkehr mit der Reichsleitung hat zunächst die Aufgabe, die organisatorische Sicherung der Bewegung bis ins letzte lebendig zu halten. Wird dieser notwendige Geschäftsverkehr innerhalb der Organisation dadurch bedroht, daß dringende Angelegenheiten immer wieder infolge Ausbleiben von Stellungnahmen hinausgeschoben werden müssen, so entstehen unter Umständen auch schwere wirtschaftliche Nachteile für die Gesamtbewegung. Für wirtschaftliche Schäden dieser Art müssen künftig dann die verantwortlichen Herren der Organisation persönlich direkt oder indirekt zur Verantwortung gezogen werden.

München, 25. August 1931

Adolf *Hitler*

2 Vgl. Dok. 33.

4. September 1931 Dok. 23
Rede auf NSDAP-Unterführer-Versammlung in Hamburg[1]

Hamburger Tageblatt vom 7.9.1931, "Adolf Hitler: Rettung kann nur von uns selbst kommen"[2].

Ich bin heute gekommen, um in einem engen Kreis von Parteigenossen und Parteigenossinnen über die Lage und die Stellung Deutschlands zu sprechen. Es ist eingetroffen, was wir seit Jahren als die ganz notwendigen Folgen haben kommen sehen. Alle Hoffnungen sind zusammengebrochen, und es ist nur noch eine Hoffnung vorhanden, daß etwas nicht zusammenbrechen wird, was unsere Gegner wünschen: die nationalsozialistische Bewegung, deren Sieg allein die Gewähr dafür bieten wird, daß über dem alten Elend die Sonne einmal schöner und freudiger aufsteigt als heute. Es ist schon so, und das ist mein fester Glaube, die Bewegung von heute wird nicht zusammenbrechen, sondern sie wird stehen.

Ich darf nun ganz kurz ein Bild der heutigen Lage geben, so wie ich sie sehe. Für mich soll nicht entscheidend sein die augenblicklich herrschende Lage, sondern die Kräfte, welche im Völkerleben immer maßgebend sein werden. Nur weil ich die bewegenden Kräfte im Auge hatte, habe ich in diesen 12 Jahren immer richtig prophezeit und ununterbrochen die große Linie im Auge gehabt, die m. E. zwangsläufig zu einem bestimmten Ergebnis führen mußte. Wenn wir die heutige Lage durch die Brille unserer Regierung ansehen, dann scheint alles nur davon abzuhängen, daß wir fremde Hilfe, in erster Linie von auswärts, erhalten. Man erwartet Hilfe von Amerika, später von England und von Paris[3]. Ganz gleich, nur irgendwie muß sich ein lichter Schimmer zeigen, der dann als der berühmte Silberstreifen angesehen wird[4]. Wie oft hat man uns erzählt, es seien wieder große Auslandsanleihen von 2-3 Milliarden, bzw. 300 Millionen Dollars in Aussicht. Man packt hierauf seine Koffer, fährt dieser Fata Morgana entgegen und muß kurz darnach zu großer Enttäuschung bemerken, daß kein Mensch im Auslande mehr

---

1 In den Sagebielsälen, abends. An der geschlossenen Versammlung, mit der die NSDAP den Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 27.9.1931 eröffnete, nahmen rund 1.000 Funktionäre der örtlichen NSDAP teil.
Am selben Tag kam es außerdem zu einer "Unterredung mit Hi[*tler*] und einigen maßgebenden Herren der Hamburger Wirtschaft". Vgl. Schreiben des Vorstandsmitglieds des Hamburger Nationalklubs, Georg von Holten, an Admiral a. D. Magnus von Levetzow vom 9.9.1931; BA-MA N 239/55.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.9.1931, "'Jederzeit volle Verantwortung - aber niemals für den Brüning-Kurs'"; Hamburger Fremdenblatt vom 6.9.1931, "Hitler in Hamburg"; VB vom 6./7.9.1931, "'Ich weiche keinen Schritt zurück'". Ferner Tagebuch Albert Krebs, Eintrag vom 4.9.1931; BA NL Krebs/1. Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 239.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4 und 6.

4 Am 17.2.1924 hatte der damalige Reichsminister des Auswärtigen und Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann, bei einer Rede auf dem Parteitag des 25. Wahlkreisverbandes der DVP in Elberfeld folgendes geäußert: "Wenn ich an die Verhandlungen denke, die von den Sachverständigenkomitees geführt worden sind und die in Berlin fortgesetzt wurden, wenn man mich da fragt, ob aus diesen Verhandlungen etwas zu erwarten sei, möchte ich mich dem anschließen, was ein deutscher Wirtschaftler, der seit Jahren diese Sisyphusarbeit mitgemacht hat und der die Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen sah, geäußert hat: er sehe zum erstenmal einen Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont." Druck: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard u. a., Bd. I, Berlin 1932, S. 298 ff., hier S. 300.

gewillt ist, uns Kredite einzuräumen[5]. Man schaut also nach einem neuen Lichtblick aus und vergißt dabei vollkommen die Frage, ob es nicht möglich ist, sich selbst von innen heraus zu helfen. Glaubt man nun endgültig, daß man von außen gerettet wird, dann muß die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik selbst darauf eingestellt sein. Wir glauben es nicht. Ich glaube niemals, daß ein Vólk durch äußere Hilfe gerettet werden kann. Die wesentliche politische Macht hat Frankreich. Frankreich hat gar kein Interesse daran, uns zu helfen[6]. *Rettung kann nur kommen, wenn wir uns selbst helfen wollen und wenn die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik eine einheitliche Linie in diesem Sinne findet.*

Es handelt sich nicht darum, was ein Staatsmann will, sondern was er politisch nach außen hin kann [*sic!*]. Man muß einen Willen haben, welcher imstande ist, die Macht zu schaffen, die nach außen hin alle diese Ideen verwirklichen kann. Ich trenne mich hierin sowohl vom Zentrum als auch der Demokratie[7]. Ich glaube im Völkerleben nur an die Kraft der Gewalt selbst[8]. Ich habe das eine für mich, daß die anderen mit ihrem Rezept keine Erfolge erzielen. Wir glauben nicht an die Liebe der andern und an Völkerverbrüderung - und werden daher politisch uns auch nie so einstellen.

Die katastrophale Niederlage in der Frage der Zollunion[9] sei ein drastisches Beispiel dafür. Er, Hitler, habe diese Katastrophe schon bei der Verkündung der Zollunion in einer Münchener Rede vorausgesagt, daß es

eine innere Unmöglichkeit sei, nach außen Demonstrationspolitik treiben zu wollen, gleichzeitig im Innern aber die Herrschaft des zersetzenden Pazifismus und der zerstörenden Demokratie aufzurichten[10].

---

5 Durch die Bankenkrise (vgl. Dok. 13, Anm. 16) verringerte sich die Kreditversorgung des Deutschen Reichs, was vor allem Wirtschaft und Kommunen zusätzlich belastete. Hatte das Volumen der Kurzkredite (ausschließlich der Bankendebitoren) Ende 1930 noch 26,3 Milliarden RM betragen, so verringerte es sich bis Ende 1931 auf 21,1 Milliarden RM und Ende 1932 auf 19,5 Milliarden RM. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 17 ff., 178 ff., ferner Dok. 29, Anm. 7.

6 Zur damaligen Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses vgl. Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.

7 Gemeint sind vermutlich alle bürgerlich-demokratischen Parteien.

8 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Peter Emil Becker, Wege ins Dritte Reich. Bd. 2: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, Stuttgart 1990.

9 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war schon länger erwogen worden, seit 1930 bemühten sich der Reichsminister des Auswärtigen Curtius und der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober um eine Konkretisierung. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben Schober und ihm folgend Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

10 Gemeint ist Hitlers Rede vom 7.4.1931 in München. Druck: Bd. IV/1, Dok. 86.

Die Zollunion sollte die große politische Tat des Systems sein. Aber man hätte wissen müssen, daß ihr Mißerfolg schon in den Voraussetzungen beschlossen gewesen sei. Geschichtliche Aufgaben könne man nur leisten, wenn man vorher die Kraft des Volkes organisiere und zum mindestens das Fundament des gemeinsamen politischen Denkens schaffe. Wenn, wie es bei uns der Fall sei, sich zwei Auffassungen über die Grundlagen von Staat und Volk so versteinert gegenüberstünden, daß keiner mehr die Kraft fände, die andere zu überwinden[11], dann müsse eine dritte kommen, die beide überwindet. Die nationalsozialistische Bewegung, die nur aus sich selbst herausgewachsen sei[12], werde mit allen ihr innewohnenden aggressiven Kräften den steril gewordenen Prozeß beenden und eine neue gemeinsame Lebensgrundlage der Nation herstellen.

Es gibt auf der Erde zwei Menschen[*typen ?*] mit zweierlei Lebensstandard. Die weiße Rasse konnte auf Grund ihrer höheren Kräfte sich anderen Völkern niedrigerer Art gegenüber ein Herrenrecht anmaßen, das ihr die Möglichkeit gab, organisierend und damit beherrschend auftreten zu können. Dies bildet die Voraussetzung für den höheren Lebensstandard der weißen Rasse. Das will der Marxismus stürzen. Dann aber stürzt eben unser deutsches Volk. Wenn man will, daß dieser Unterschied in der Welt vergeht, dann wird das, was vorhanden gewesen ist, verschwinden und damit auch unsere Lebensexistenz. Wir haben einen Kulturstaat, der auch industriell aufgebaut ist, weshalb wir auf Einfuhr von Rohprodukten aus dem Auslande angewiesen sind[13]. Solange wir diese Einfuhr brauchen, müssen wir unsere Herrenstellung auf der Erde verteidigen, müssen Macht entwickeln.

Wir können heute nicht mehr so weiterwirtschaften wie bisher. Auch nur der Gedanke an ein Weiterwirtschaften in diesem Sinne bedeutet eine Utopie. Wir klammern uns an etwas, was nicht mehr da ist. Eine weitere Verschuldung ist nicht mehr denkbar[14]. Absicht, uns Geld zu geben, hat kein Mensch, trotz aller politischen Zusicherungen, weil wir keine Gegenwerte besitzen. Eine Fabrik von 10 Millionen Mark hat den Wert nur in der Voraussetzung, daß sie arbeitet. Wer kauft sich denn eine Anlage, die vollkommen still liegt? Der Wert liegt in ihrem Betrieb. Der größte Dampfer ist in dem Augenblick wertloses Eisen, wenn er still liegt. Wenn ich heute sage, Deutschland ist reich, ja, an was sind wir reich? Wir können vielleicht gewisse Dinge zu Geld machen, aber lebendige Arbeit ist ausgeschaltet. Die lebendige Arbeit, die bereits ausgeschaltet ist, wird immer mehr ausgeschaltet [*sic!*]. Wir fürchten, daß die Arbeitslosenziffer[15] im kommenden Winter auf 6-7 Millionen wächst, doch ich möchte hoffen, daß ich mich darin täusche.

Woran liegt das alles? Ich greife ein Beispiel heraus. Wenn drei Menschen zusammen verkehren und können sich nicht einmal über die grundlegenden Ideen ihres Gemeinschaftswesens einigen, so stürzen sie ins Unglück. Wie soll es dann dem deutschen Volke im Großen ergehen? Was wir heute im Großen erleben, können wir bei jedem Verein im Kleinen erleben. Wenn je-

11 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 28.

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 4, 39 und 40. Zur Arbeitslosigkeit in Hamburg während der Weltwirtschaftskrise vgl. Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 243 ff.

mand in unserem Vaterlande sagt, ich glaube an einen Gott, so sagt der andere, Religion ist Unsinn. Ich kann mir ein kommunistisches Deutschland vorstellen, einen sogenannten unzivilisierten Massenstaat, ich kann mir aber auch einen nationalsozialistischen Staat vorstellen, in dem sämtliche übernommenen Kulturgüter wieder die alte Höhe erreichen werden. Aber einen Staat, der die kommunistischen und nationalsozialistischen Grundideen enthält, kann ich mir nicht vorstellen. Wenn unser Volk so weiter fortfährt wie jetzt, so wird in kurzer Zeit kein Mensch mehr bereit sein, für Deutschland sich aufzuopfern. Ich sage daher, der Staatsmann von heute hat eine andere Aufgabe wie der Staatsmann vor 12-20 Jahren. Damals mußte der Staatsmann mit den vorhandenen Instrumenten kämpfen für den Bestand der Daseinsgrundlagen des Volkes. Wir befinden uns aber in einer Zeit, in der es kein Gemeinschaftsfundament und kein Instrument zur Verteidigung dieses Fundamentes gibt.

An und für sich ist es nicht entscheidend, ob unser neues Deutschland in 2, 5 oder 10 Jahren gebildet wird, entscheidend ist, daß in diesen Jahren überhaupt an dem Wiederaufbau unserer Ideen gearbeitet und mit der Schaffung des Instrumentes zur Sicherung unseres Daseinskampfes begonnen wird, so daß ein evtl. Stillstehen bzw. Rückgang uns nicht mehr schädlich werden kann [*sic!*].

Am Schluß seiner Rede wandte sich Adolf Hitler mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Einheit der Bewegung [16] an die Funktionäre. Wir haben vor 13 Jahren die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch Deutschlands gezogen und eine Grundlage geschaffen und darauf Menschen verpflichtet. Aus dem Willen zur Einheit des Volkes heraus ist unsere Bewegung entstanden, und was im Großen für Volk und Staat gilt, das gilt für unsere Bewegung selbst. Sie darf sich nicht in inneren Diskussionen aufreiben. Sie hat die Pflicht, ihre Kraft nach außen in einer Richtung zu sammeln und sich auf den Boden einiger, unantastbarer und undiskutierbarer Grundanschauungen zu stellen [17]. Ich kann Ihnen hier nur sagen: Wenn es uns gelingt, diese Partei in ihrer ganzen Kraftanstrengung immer von diesen Mißständen freizuhalten und alles nach außen zu kehren, dann wird in den nächsten Jahrzehnten nur unsere Bewegung bestimmend sein. Daß dies nicht mißlingt, das fühle ich als meine äußerste Aufgabe [*sic!*]. Ich bin in einzelnen Dingen schweigsam und nachgiebig, jedoch grundsätzlichen Dingen gegenüber hart, sehr hart, eisenhart. Niemals werde ich mich zu einer anderen Aufgabe bekennen als zu der, die ich vertrete. Ich stehe hier und bleibe hier und werde niemals auch nur einen Zentimeter von meinem Entschluß zurückgehen. Sie bitte ich, haben Sie das Verständnis dafür in einer Zeit, die das Grauenhafte der Folgen aufzeigt, welche auf eine innere Zersetzung einer Bewegung immer folgen werden. Ich fühle mich nicht als Vertreter einer Partei, sondern als

16 Hitlers absoluter Führungsanspruch, der die Geschichte der NSDAP seit ihrer Wiedergründung im Februar 1925 prägte, provozierte immer wieder heftige interne Konflikte. Besonders folgenschwer von ihrer Publizität wie von ihrer Wirkung waren beispielsweise Hitlers Auseinandersetzungen mit Albrecht von Graefe (vgl. Bd. I, Dok. 106, 109 ff.; Bd. II/1, Dok. 46, 66; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13), Artur Dinter (vgl. Bd. II/2, Dok. 183; Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35), Otto Straßer (vgl. Bd. III/3, Dok. 39, 40, 64, 67, 70, 77) und Walter Stennes (vgl. Bd. III/3, Dok. 100 ff.; Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 93, 99 f., 115).

17 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innnerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

der Führer und damit verantwortlicher Leiter der letzten Hoffnungen von unzähligen Deutschen. Wenn diese Bewegung zerbrechen würde, dann würde alles zerbrechen. Ich glaube, daß in unserer Bewegung heute Hunderttausende sind, die sich in Treue zusammenschließen und dafür sorgen werden, daß endlich einmal eine neue Lebensbasis für unser Volk geschaffen wird. Wir gehen einer sehr schweren, harten Zeit entgegen, und Sie werden sehen, wie nötig es ist, daß unser Volk wieder das wird, was es in früheren und besseren Zeiten gewesen war. Wir werden jede Verantwortung übernehmen und keinen Fußbreit an Macht und Pflichten aufgeben. Ich würde mich als erbärmlicher Wicht fühlen, wenn ich nicht den Mut hätte, die volle Verantwortung für mein Handeln zu übernehmen. Nun sagt man vielleicht: "Die Schlacht steht heute schief, wir übernehmen ein schlechtes Erbe." Gewiß, die Schlacht steht schief, aber glauben Sie, daß man deshalb das Recht hat zu sagen: "Nein, wir übernehmen das Kommando nicht!?" Nein, wir haben den Mut es zu tragen, und wir wollen es besser machen. Wenn ein anderer meint, die können es nicht mehr gut machen und sollten dies und jenes übernehmen, so sage ich:

Jawohl, ich übernehme das Leid meines Volkes.

Wir müssen den Mut haben, unser Ziel unentwegt zu verfolgen und jetzt nicht zurückweichen. Es ist unsere Aufgabe, dem Volk klarzumachen, daß wir ausbaden müssen, was uns eingebrockt wurde. Je mehr die Bewegung geschlossen dasteht, um so größer wird der Erfolg werden. Zweifel dürfen nicht sein. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die heute dies und morgen das wollen. Ich habe mir nur ein Ziel gesetzt, für das ich bis zum letzten kämpfen werde. Der Wahlspruch der anderen Parteien lautet: *"Bei uns kann jeder tun, was er will."* Darauf ist zu sagen, daß dann nicht die Deutschen tun werden, was *sie* wollen, sondern die Welt wird *mit uns* tun, was sie will. Ich habe nur den einzigen Wunsch, daß mein Wille dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen wird. In unserer Bewegung herrscht ein Gesamtwille, der allein politische Erfolge ermöglicht und den ich bestimme. Wer sich wirklich zu meinem Programm bekennt und mir glaubt, soll kommen. Wer es nicht will, der gehe zu anderen Parteien, wir wollen ihn nicht. Wenn wir einig bleiben, dann wird keine Macht der Erde uns [*et*]was anhaben können. Wir hoffen, daß es so kommen möge, unser Wirken wird dann in das Buch der deutschen Geschichte unter der Überschrift eingetragen werden:

Aufstieg der deutschen Nation.

6. September 1931 Dok. 24
Geleitwort

Nationalsozialistische Landpost vom 6.9.1931, "Adolf Hitler: Zum Geleit".

Liberalismus und Marxismus sind unzertrennliche Bundesgenossen. Bismarcks Behauptung, daß der Liberalismus Schrittmacher der Sozialdemokratie sei [1], ist heute eine ebenso klare wie geschichtlich erwiesene Tatsache. Eine der größten Sünden der liberalistischen-marxistischen Periode ist die innere Abkehr von der Erkenntnis der Bedeutung des eigenen Lebensraumes. Unter dem Schlagwort der "Weltwirtschaft" [2] erdrosselte man langsam bei Millionen Menschen das Verständnis für die Bedeutung einer eigenen, sich selbst genügenden Wirtschaft. Jede Rückkehr zu einer gesunden Volkswirtschaft aber erfordert die Wiederherstellung einer genügenden eigenen Ernährungsbasis und eines gesunden Bauerntums [3]. Nicht die Weltwirtschaft ist das Fundament unserer Existenz, sondern unser deutscher Bauer. Und nicht nur wirtschaftlich ist er das Fundament, sondern auch völkisch. Wenn der Liberalismus aus wirtschaftlichen Erwägungen den Bauernstand vernachlässigte, dann versuchte der Marxismus aus parteipolitisch-weltanschaulichen Dingen heraus [*sic!*] ihn zu vernichten [4]. Der Nationalsozialismus aber wird entweder den deutschen Bauern erobern und zu einem Pfeiler seiner Welt machen oder er wird überhaupt nicht sein. Daher ist für uns der deutsche Bauer nicht ein Kampfobjekt und Stimmengewinn [*sic!*], sondern die Voraussetzung zum Bestand eines von der Welt unabhängigen Volkes und Staates. Heute kämpfen wir Nationalsozialisten um die Seele des deutschen Bauern. Es wird einmal eine Zeit kommen, da werden Millionen deutscher Bauern die schärfsten fanatischen Verfechter unserer nationalsozialistischen Weltanschauung sein! Die "Nationalsozialistische Landpost" [5] soll zum deutschen Bauern sprechen, auf daß morgen der deutsche Bauer in ihr zum deutschen Volk zu reden vermag.

---

1 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie." Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

3 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22.

4 Zum Verhältnis von politischen Parteien und bäuerlicher Bevölkerung vgl. Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.

5 Mit dem Erscheinen der *Nationalsozialistischen Landpost* versuchte die NSDAP im September 1931 eine Zeitung ins Leben zu rufen, die speziell auf die Interessen der Landbevölkerung zugeschnitten war. Die Zeitung sollte - so ihr Chefredakteur Richard Walther Darré - "die große kämpferische Linie der nationalsozialistischen Agrarpolitik herausschälen und den deutschen Landstand für das Dritte Reich schulen". Parallel hierzu war ab April 1931 im *Völkischen Beobachter* eine Seite für Landwirtschaftsfragen reserviert, erschienen in allen nationalsozialistischen Gauzeitungen landwirtschaftliche Beiblätter. Die *Nationalsozialistische Landpost* wurde im parteieigenen Verlag Franz Eher Nachf. gedruckt und erschien wöchentlich, am 15.1.1933 in einer Auflagenhöhe von ca. 20.000 Stück. Vgl. Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 51 f.; Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 11.

6. September 1931 Dok. 25
Rede auf Gautag der Thüringer NSDAP in Gera[1]

Der Nationalsozialist (Beilage) vom 10.9.1931, "Rede Adolf Hitlers" [2].

Parteigenossen und -genossinnen!

Wenn wir seit 12 Jahren fast ununterbrochen als Propheten aufgetreten sind und immer dabei *Recht* behielten, dann geschah es deshalb, weil wir über den Ereignissen des Tages *die große Linie* nicht aus dem Auge verloren haben, die *große Linie der Entwicklung*, weil wir über dem Erfolg des Tages nicht vergessen haben, *was endgültig Erfolg bringen und sichern kann*, und weil wir allerdings auch über all die Niederlagen nicht verzagten, sondern immer und immer wieder *Trost und Zuversicht* fanden in der *Kraft unseres Volkes*. Sie haben vorher von unserm Parteigenossen Minister [*sic!*] *Frick*[3] einen Hinweis bekommen auf die *Zollunionspolitik unserer Regierung*[4], und Sie haben ja selbst in den letzten Tagen gelesen, wie diese Politik nun-

1 Im Doppelsaal des Gasthofs *Heinrichsbrücke*, nach 17.00 Uhr. Hitler sprach etwa eine Stunde. Die Versammlung, an der etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Fritz Sauckel geleitet und mit einer kurzen Begrüßung eröffnet. Vor Hitler, der zusammen mit MdL und Gauleiter Adolf Wagner, Röhm, August Wilhelm Prinz von Preußen und SA-Obergruppenführer Manfred Frhr. von Killinger eingetroffen war, sprach MdR Frick.
Hitlers Rede bildete den Abschluß des Thüringer Gautags. Der Gautag wurde am 5.9.1931 mit einer Tagung aller politischen Leiter eröffnet, gefolgt von einem Fackelzug, einem SA-Konzert auf dem Schützenplatz und einem sog. Riesenschlachtenfeuerwerk, das laut Polizeibericht etwa 20.000 Zuschauer verfolgten. Tags darauf wurde eine Feier auf dem Schützenplatz abgehalten, bestehend aus Appell, Fahnenweihe, sog. Feldgottesdienst, Gefallenenehrung und kurzen Ansprachen. Ab 12.30 Uhr formierte sich ein Propagandamarsch aus etwa 11-12.000 uniformierten Nationalsozialisten, deren Vorbeimarsch Hitler auf dem Markt abnahm. Neben der Rede im Gasthof *Heinrichsbrücke* hielt Hitler kürzere Ansprachen bei der Fahnenweihe am Vormittag und beim Abschluß des Propagandamarsches auf dem Roßplatz.

2 Vgl. auch Thüringer Allgemeine Zeitung vom 1.9.1931, "Nationalsozialistischer Gautag"; Geraer Nachrichten vom 7.9.1931, "Thüringer Gautag der Nationalsozialisten"; Geraer Zeitung vom 7.9.1931, "Aus Groß-Gera: Thüringer Gauparteitag der Nationalsozialisten"; Ostthüringer Tribüne vom 7.9.1931, "'Generalangriff auf Gera'"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 7.9.1931, "Nationalsozialistischer Gautag in Gera"; Das Volk vom 7.9.1931, "'Generalangriff auf Gera'"; Der Nationalsozialist vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!!"; VB vom 8.9.1931, "15.000 marschieren in Gera"; vom 9.9.1931, "Die Saat Fricks ist aufgegangen: Der Hitlertag in Gera - ein Symbol sieghaften Glaubens"; Der Vorposten vom 11.9.1931, "Hitlertag in Gera"; Illustrierter Beobachter vom 19.9.1931, "Hitlertag im ehemals roten Thüringen" und "Der Hitlertag in Gera"; vom 26.9.1931, "Hitlertag in Gera". Lagebericht Nr. V/31 Pol. der Thüringischen Polizeidirektion Gera vom 7.9.1931; Thüringisches HStA Weimar, MdI, P 163 sowie Programm für den 7. Thüringer Gautag in Gera am 5. und 6. September 1931; BA, NSD Th 4. Ferner Karl Heinz Albrecht, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J., S. 57 ff.

3 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

4 "Dr. Frick geht nun auf die klägliche Rolle des Außenministers Curtius in Genf ein. Unsere Pleite in der Zollunionsfrage ist bezeichnend für das ganze System. Man hätte das ganze Projekt von vorneherein zurückstecken

mehr endete[5]. Es ist aber doch wichtig, gerade in diesem Beispiel die innere Linie zu finden, die - unserer Überzeugung nach: von vornherein - dieses Experiment, sagen wir, *zum Scheitern bringen* mußte. Als die Regierung Brüning - man war wirklich erstaunt über diesen Bocksprung - plötzlich in einer aufwallenden Energie dieses Projekt der Zollunion der Welt *gemeinsam mit der ähnlich kraftvollen österreichischen Regierung* bekanntgab (Gelächter)[6], da waren wir im ersten Augenblick *ungläubig*. Ich muß gestehen, in der ersten Sekunde dachte ich, es wäre eine fette Ente irgendeines Pressejuden, und war erstaunt, als ich in den nächsten Tagen immer ungefähr dasselbe las, und es demnach stimmen mußte. Sie wissen nun auch, warum man eigentlich dieses Zollunionsprojekt der Welt plötzlich übergab. Die Zeitungen der Regierung selbst ließen durchblicken, was damit beabsichtigt war. Man wies hin - analog eines Vorganges in der Mitte des vorigen Jahrhunderts - , wie später eine große machtpolitische Erhebung aus dem Zollverein entstand[7].

So könne auch aus der Zollunionspolitik der Regierung Brüning schon jetzt geschlossen werden, daß sie der Beginn einer ganz großen nationalen Einigung sein würde, ja man schrieb es nicht, aber man ließ es durchleuchten, daß diese Politik eine nationale Erhebungspolitik sein würde.

Die Einleitung dazu sei die Zollpolitik Brünings. Als ich das las und sah, wie gierig sich die Regierungspresse darauf stürzte, und wie man mit dieser Fata Morgana nun *wieder einen Teil des Volkes zu blenden versuchte*, und sich auch ein Teil blenden ließ, da wurde mir augenblicklich klar, daß dieser Versuch *mit einer Riesenkatastrophe* enden mußte.

Sehen Sie, wenn Bismarck einst die Zollvereinspolitik aufnahm und weiter durchführte, ja, wenn er sich endlich sogar entschloß, bewußt die Bildung eines neuen Reiches vorzunehmen unter Herbeiführung einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten[8] *in der Erkenntnis, daß hier erst im Innern absolute Klarheit geschaffen werden mußte über die Macht, die nun endgültig Deutschlands Macht und Schicksal bestimmt; wenn Bismarck einen solchen Plan klar ins Auge faßte, dann hat er sich aber auch für diesen Plan*

alle die Mittel gesichert,

die zu seiner Durchführung nötig waren. Zur selben Zeit war die Preußenpolitik umgestellt und aus der Sphäre des ewigen Nachgebens herausgenommen[9]. *Und sollte eingesetzt werden*

---

müssen. Man kann nun einmal mit einem Breitscheid, Ullstein und Mosse keine nationale Aufbaupolitik treiben." Vgl. Der Nationalsozialist vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!! Der Kongreß am Sonntag".

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

6 Nachdem die Presse bereits seit dem 17.3.1931 über die deutsch-österreichischen Vorbereitungen für das Zollunions-Projekt berichtete, ließen sich die Verhandlungen nicht länger geheimhalten. Die österreichische Regierung gab den Inhalt des Protokolls am 20.3., die deutsche Regierung am 21.3.1931 bekannt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 88, 280; Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 193 ff.

7 Unter Führung Preußens hatten sich seit 1833 die meisten Länder des Deutschen Bundes zum Deutschen Zollverein, einem zoll- und handelspolitischen Bündnis zusammengeschlossen. Österreich und einige Mittelstaaten wie Hannover oder Baden blieben dem Abkommen vorerst fern.

8 Gemeint ist der Deutsche Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte und nach der vernichtenden Niederlage der österreichischen Armee in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7. 1866 am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

9 Zur preußischen Außenpolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 9 ff.

zum Kampf für diese Auseinandersetzung, für die Klärung der innerdeutschen Frage. In demselben Augenblick faßte Bismarck den Entschluß, sich jedes Machtinstrument dabei zu sichern.

Auch wenn es ein Minister wäre, der Curtius [10] heißt, das Letzte und Entscheidende liegt in dem Falle in den Machtmitteln, und Bismarck erkannte ganz genau, daß nicht nur das Wollen eines Menschen das Entscheidende ist, sondern auch das Können, daß man nicht eine nationale Politik nach außen ohne das Instrument zur Unterstützung, zur Durchfechtung der Politik treiben kann. Als Herr Brüning die Zollunionspolitik begann, die nun zu einer katastrophalen Niederlage führte, da konnte man dann durch die Flut der Notverordnungen, die sich über verfassungsmäßige Grundsätze hinwegsetzten [11], die deutsche Opposition im Zaume halten, man konnte uns daran hindern, man konnte aber eines nicht, durch derartige Maßnahmen dem Auslande einen anderen Eindruck von der Kraft vermitteln, als nun wirklich an Kraft vorhanden war. Bismarck hat einst seine Einigungspolitik durchgeführt *mit Hilfe der preußischen Armee,* Brüning führt seine Einigungspolitik durch mit einem Gemengsel von Sozialdemokraten, Zentrümlern [*sic!*], Deutschen Volksparteilern, mit einer Elite aus Pazifisten, Demokraten, ja, auch des nackten Landesverrats. Glauben Sie, wer solche Kräfte hinter sich besitzt, der kann nicht eine Politik der nationalen Erhebung durchführen! (Tosender Beifall.) Insofern hat Stresemann [12] immer noch logisch gehandelt. Stresemann hat immer der Wertmäßigkeit seiner Partei entsprochen. Er hatte hinter sich Demokraten, Pazifisten, Zentrümler, Marxisten, und er hat in klarer Erkenntnis der "Kraft", die diesen Gebilden im aktiven Sinne zu eigen ist, eine Politik der absoluten Unterwerfung, des Verzichts der Verständigung, das heißt des Hinnehmens, geführt. Ob Stresemann ein großer Staatsmann war, wird nicht durch Republikschutzgesetz [13] und Notverordnungen entschieden, sondern das wird die Zukunft lehren. Heute wird festgestellt werden müssen, er hat immerhin einen gewissen klaren Blick gehabt (Gelächter) für das, was in Wirklichkeit hinter ihm stand und was er mit dem, was hinter ihm stand, machen konnte. Wenn die Heutigen das Gleiche hinter sich haben und nun glauben, eine ganz andere Politik machen zu können, sie müssen daran scheitern, denn es handelt sich auch in unserer Zeit um äußere Machtinstrumente, wie in der Zeit, in der Bismarck an die Einigung der deutschen Stämme schritt. Damals handelte es sich um die Überwindung dynastischer oder staatspolitischer Differenzen. Bismarck hat diese Differenzen mit staatspolitischen Machtmitteln überwunden und er hat seinem Preußen die Macht gegeben, mit der man diese Politik der Überwindung durchführen konnte. Heute reicht das freilich nicht mehr aus. Heute, da Deutschland gegen eine Welt steht, wird nicht durch Armeen allein ein Kampf entschieden, *heute wird ausschließlich der Wert eines Volkes an sich, die innere Qualität eines Volkes an sich, die innere Einheit*

10 Julius Curtius (1877-1948), 1904 Dr. jur., Rechtsanwalt in Duisburg und Heidelberg, 1919-1921 Stadtverordneter in Heidelberg (DVP), 1919-1932 Mitglied des Zentralvorstands und des geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1920-1932 MdR, 1924 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, 1926-1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsminister des Auswärtigen, danach Tätigkeit als Rechtsanwalt.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

12 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbands sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 16.

eines Volkes an sich, entscheiden. Heute ist entscheidend das Schwergewicht, der Goldgehalt eines Volkes überhaupt. Die Völker selbst entscheiden künftig diesen Kampf. Nicht um staatspolitische Interessen wird gekämpft werden in der Zukunft. Sie sehen es schon an Deutschland. Was heute in die Waagschale gelegt wird, ist das Schicksal der Nation selbst, das Schicksal der Völker selbst; Leben oder Tod von Millionen von Menschen. Heute dreht es sich um Millionen-Armeen von zum Hungertod bestimmten Menschen. Heute handelt es sich nicht darum, vielleicht bloß eine Grenzveränderung vorzunehmen, *sondern heute handelt es sich darum, Leben zu schaffen für ein Volk, das sonst nicht mehr leben kann,* und alle Kraft dient dem Einsetzen für den Lebenskampf unserer Nation. (Starker Beifall.) Das Volk, das seine gesamte Kraft, seinen ganzen Aktivismus von innen nach außen zu wenden vermag, das Volk wird in der Zukunft die meiste Aussicht zum Leben besitzen. Voraussetzung ist die Einigkeit der Volksgemeinschaft über die elementarsten Lebensgrundgesetze. Wenn z. B. zwei Menschen miteinander verkehren, Umgang haben sollen, und zwar freundschaftlichen Umgang, dann ist es nötig, daß sie wenigstens über ganz gewisse Begriffe einer einheitlichen Auffassung sind. Besitzen sie diese einheitlichen Grundbegriffe nicht, dann wird es ihnen unmöglich gemacht, miteinander zu verkehren. Ich kann mich auf die Dauer nicht freundschaftlich mit einem Menschen zusammenschließen, wenn dieser Mensch einen gewissen Grundsatz nicht anerkennen will, den ich als absolut richtig erachte, sondern hier eine gegnerische Ansicht vertritt. Zum Beispiel: *mir ist Deutschland alles;* da kann ich nicht auf die Dauer freundschaftlich mit einem Menschen zusammenleben, *dem Deutschland gar nichts ist,* ja wenn er es vielleicht sogar haßt. Ich kann nicht auf die Dauer mit jemand eng zusammenarbeiten, dem gewisse Voraussetzungen für diese Arbeit vollständig fremd sind, die für mich ein Evangelium bedeuten. Es ist einmal notwendig, daß die Menschen, die miteinander einen Vertrag abschließen, eine Gemeinschaft bilden wollen, gewisse Grundgesetze als allgemein gültig anerkennen. Wenn ein Verein oder Verband in gewissen, ganz großen Gesichtspunkten vollständig unter seinen Mitgliedern einig ist und über diese Punkte überhaupt keine Diskussion entsteht, *dann wird die ganze Kraft der Mitglieder dieses Bundes sich nach außen wenden können,* dann wird die ganze Kraft nach außen fühlbar werden. *In dem Augenblick, in dem aber der Zweifel beginnt über Rechte und bestimmte allgemeine Grundsätze des Vereins, wird die Kraft sofort von außen weggezogen und sich nach innen wenden. Die Diskussion über Zweckmäßigkeit oder Richtigkeit der Hauptbegriffe führt zur Auflösung des Vereins. Es ist dann die Frage, ob aus dem Ringen neue Grundsätze geboren werden oder ob ein Zwiespalt entsteht und am Ende drei, vier, fünf verschiedene Meinungen übrig bleiben. Das bedeutet dann das Ende des Vereins, das heißt, diese Gemeinschaft von Menschen wird nie den Kampf bestehen, sondern sie wird sich im Innern verbrennen und verbrauchen.* Und wir sehen das im Volksleben als ganz großes Gesetz[14]. Wenn Menschen zu Staaten zusammengeschlossen werden, dann brauchen wir zuletzt eine ganz große Gemeinschaft. Dann muß eine bestimmte einheitliche Basis, eine gemeinsame Plattform hierfür da sein. Diese einheitliche Basis, dieses anerkannte Grundgesetz des Gemeinschaftslebens, war bei uns vor 1.000 Jahren das Christentum, die christliche Religion. Auf dieser allgemeinen Basis konnte eine Einigung von Menschen stattfinden, die nicht immer Gleiches dachten, Gleiches wollten oder Gleiches auch nur sagten. Diese große gemeinsame Platt-

14 Vgl. Dok. 23, Anm. 8.

form hat es aber immerhin ermöglicht, daß große Menschengruppen entstanden, die ihre Interessen nach außen wahrnehmen konnten, weil die Kraft nicht im Innern verbraucht wurde. Im Augenblick, in dem diese Basis bei uns langsam dem Zerfall verfiel und nun die Nation nach einer neuen Basis zu suchen begann, da sehen wir, wie die ganze äußere Kraft von uns wegzieht und wie sie nach einem Naturgesetz nach innen strebt, wie plötzlich scheinbar ein höheres Schicksal selbst die Menschen unbewußt zwingt, zu suchen nach einer neuen, ich möchte sagen gesellschaftlichen Basis, einem neuen Gesellschafts- und Gemeinschaftsvertrag [15], und wir wissen, daß dieses Suchen bei uns in Deutschland leider unterbrochen worden ist und daß nun letzten Endes zwei Meinungen übrig blieben [16]. Und wir sehen, daß Deutschland alle Kraft verloren hat, nach außen noch aufzutreten, und wir sehen endlich weiter, daß es Jahrhunderte braucht, um eine neue Plattform zu finden, diesmal war es nur eine dynastisch-staatliche Plattform. Und wieder sehen wir, daß über diese Diskussion diese inneren Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, des Gemeinschaftslebens, aufhörten, und wir alle erlebten einen Tag, da man wenigstens glaubte, daß nunmehr diese Diskussion über unser inneres Leben vollständig begraben sei. Das war am 4. August 1914, da sahen wir, wie in dem Augenblick eine enorme Kraftexplosive [*sic!*] sich nach außen wenden konnte [17]. Deutschland hat die größte Machtäußerung innerhalb seiner ganzen Geschichte offenbart. In 4 1/2 Jahren

15 Möglicherweise eine Anspielung auf die, seit dem 17. Jahrhundert - insbesondere von Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau - entwickelte Theorie vom Gesellschaftsvertrag: Ausgehend von einem fiktiven Naturzustand, gekennzeichnet durch Unordnung und Unsicherheit, wird gesellschaftliche Einheit und Legitimität politischer Herrschaft nicht mehr religiös begründet, sondern durch das Konstrukt des Gesellschaftsvertrags, d. h. im Verständnis dieser Theorien durch die freiwillige Selbstbeschränkung der souveränen, freien und in keine vorgegebene Ordnung eingebundenen Individuen.
Als mögliche Quelle für Hitlers Bemerkung wäre an die Rezeption des Begriffs bei Oswald Spengler zu denken. Vgl. Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922, S. 568 f.

16 Vgl. Dok. 23, Anm. 11.

17 Wie der Erste Weltkrieg durch die NSDAP rezipiert wurde, verdeutlicht beispielsweise das Programm dieses Gautags; dort wird der Ablauf eines sog. Schlachtenfeuerwerks geschildert, das bei dieser Gelegenheit abgebrannt wurde: "'Die Hölle von Verdun'. Weiße Signalpatronen steigen auf, das Terrain ableuchtend, Gewehrfeuer und stoßweises Maschinengewehrfeuer. Aufsteigen von roten Signalleuchtkugeln. Schlagartiges Einsetzen des Maschinengewehr- und Geschützfeuers. Aufsteigen von grünen Leuchtkugeln, Steigerung des Gewehr- und Maschinengewehrfeuers. Geschützsalven, Minenfeuer, platzende Schrapnells, Geschoßeinschläge und Explosionen, pfeifende und zischende Rollsalven und Detonationen bis auf höchste Stärke. Dauer 8 bis 10 Minuten, bestehend aus tausenden einzelner Abschüsse von Schwärmern, Brillantkreiseln, Feuerstrahlen, Goldschlangen, Silberwirbeln, Pfeifen und Sirenen, jeder mit starkem Knall endigend. Rollsalve von 40 großen Luftminen und 40 Batterien Luftbuketts mit mächtigem Feuerregen in Gold-, Brillant- und Silberfeuer. Massenaufflug von hunderten von Signalleuchtsternen in allen Farben aus 80 Leuchtkugelröhren. Von allen Seiten Raketenkreuzfeuer von 200 Strahl-Raketen. Schnellfeuer-Batterie von 50 Abschüssen mit platzenden Granaten. Schrapnell-Batterie von 50 Blitzpetarden. Rollsalve von 50 Abschüssen von singenden und heulenden Geschossen und krachenden Einschlägen. Steigerung durch 3 weitere Batterien von platzenden Granaten, Flammenwerfern und heulenden Sirenen. Weitere Steigerung durch 4 Batterien von feuerspeienden Geschützen mit blitzenden und krachenden Abschüssen und Einschlägen mit mächtiger Kanonade." Vgl. Programm für den 7. Thüringer Gautag in Gera am 5. und 6. September 1931; BA, NSD Th 4.
Vgl. hierzu die Schilderung in *Der Nationalsozialist* vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!! Riesenfeuerwerk": "Es gibt kein besseres Wort, dieses Tongemälde zu bezeichnen als das, was einer der alten Frontsoldaten zwar etwas kräftig, aber treffend prägte. Er sagte: 'Sämtliche Frontschweine sind wieder einmal in ihrem Element.'"

hat ein Schicksal sich vollzogen, das sich erst heute vollständig auszuwirken beginnt. Am 4. August 1914 hatte die Diskussion über innere Fragen ein Ende gefunden und die unerhörte Kraft unseres Volkes, aller Aktivismus, der vorhanden und der nun losgebunden war von innerer Auseinandersetzung, der wandte sich nach außen [18]. Und in vier Jahren beginnt nun wieder die Diskussion über innere Fragen. Unsere gemeinschaftlichen Probleme in der Natur traten auf, Wahlrecht, so oder so, Monarchie oder Republik, Kommunismus oder Kapitalismus, Proletariat oder Bourgeoisie, Frage um Frage - und das Ergebnis? *Deutschland beginnt wieder einen Teil seiner Kraft im Innern zu verbrauchen.* Und während die ganze Welt gegen uns steht, im selben Augenblick nehmen wir die Kraft von außen weg [19]. Nicht alles ist tot, wenn wir wenigstens einen lebendigen Willen haben und Vertrauen. Das ist das Besinnen, und dann kommt die Stunde, wo der ganze Wille nach innen gefesselt ist. *Wenn nicht der innere Zwiespalt beendet wird und unser Volk neue einheitlich anerkannte Lebensgrundsätze erhält, wird unser Volk keine Kraft mehr nach außen aufbringen.* Wenn wir das aber nicht können, dann wird dieses Schicksal überall gegen uns entscheiden. Glauben Sie nicht an ein Recht, das Leben heißt, und glauben Sie nie an eine Macht bei einem Volk, das seinen ganzen Aktivismus im inneren Streit und Hader verbraucht. Damit stehen wir vor der großen Aufgabe der deutschen Geschichte. Wir mußten ein Interregnum von vielleicht 150 bis 200 Jahren durchmachen, da wir keine weltanschaulich geklärte Basis besaßen, wir mußten dem deutschen Volke eine neue Grundlage geben, die gestattet, nunmehr eine einheitliche Stellung einzunehmen. Denn so wie heute Deutschland vor uns liegt, kann es ja gar keine Kraft entwickeln. Die Regierung tobt sich in Notverordnungen aus, die Wirtschaft redet und spricht, die Gesetzgebung ist wie eine tibetanische Gebetmühle. Das ist alles belanglos. Sie sind fleißig und eifrig, aber sie sehen gar nicht, daß sie gar nicht mehr regieren. Was wollen Sie regieren? Deutsche? Sie haben keine Deutschen mehr, und auf der anderen Seite sind es Bürgerliche. Der Deutsche selbst muß erst wieder werden, aus dieser Zerfahrenheit der Weltanschauungen heraus muß [*er*] erst wieder geboren werden. Was heißt, meine Führer, Parteigenossen und -genossinnen, reden von Wirtschaftsbegriffen, wenn über die primitivsten Grunderfahrungen der Wirtschaft keine Klarheit herrscht, wenn der eine das Eigentum anbetet, der andere es verflucht, was heißt regieren, wenn der eine im Staat eine notwendige Organisation seines Volkes sehen will, der andere im Staat nur die Herrschaft einer bestimmten Klasse sieht? Was heißt Sitte und Moral, wenn die ganze Basis unseres heutigen sittlichen Erziehens ins Wanken geraten ist, wenn der eine in seinem Gott seine ganze Hoffnung sieht, und der andere nur im Glauben ein Opium für das Volk erblickt [20], wenn alles zerfetzt und zerrissen ist, und wenn der Staat alle diese Meinungen staat-

---

18 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914. Vgl. z. B. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542; Thomas Rohkrämer, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

19 Zur Dolchstoß-Legende vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

20 Anspielung auf die 1844 entstandene Abhandlung von Karl Marx (1818-1883) *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.* Dort heißt es: "Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks." Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) [9]1974, S. 378-391, hier S. 378.

lich konzessioniert, wenn der Staat einen Dieb einsperrt wegen eines Vergehens am Eigentum und gleichzeitig eine Partei protegiert, die die Eigentumsfeindlichkeit predigt[21]? Was heißt es, einen Religionslästerer einzusperren, wenn der Staat selbst die Konzession erteilt den Gottlosenverbänden, die die Religionslosigkeit praktisch demonstrieren[22]? Was heißt es, wenn sie einen einsperren wegen Landesverrats, nebenher aber die Parteien staatlich konzessionieren, die die Verurteilung ablehnen[23]? Man hat 12 Jahre lang den Kommunismus bekämpft, und die Herren sind eifrig in ihrer Bekämpfung. Ich weiß nicht, wie viele Gefängnis- und Zuchthausstrafen verhängt worden sind und wie oft dabei der Gummiknüppel[24] geschwungen worden ist. *Eines weiß ich, daß in dieser Zeit aus 35.000 Spartakisten vom Jahre 1918 vielleicht 6 oder 7 Millionen geworden sind*[25]. *Ein vernichtendes Ergebnis für das, was heute bei uns Regieren heißt.* Sie können es nicht wegdenken, es ist so. Sie haben nicht die Gefahr beseitigt, im Gegenteil. Ich glaube überhaupt nicht an die mögliche Vertretung deutscher Lebensinteressen nach außen, solange nicht erst diese Frage gelöst ist. Sie kann nicht mechanisch gelöst werden,

21 Für SPD und USPD war die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Gleichwohl gab die SPD diesen Gedanken nicht auf; das am 14.9.1925 beschlossene Heidelberger Programm der SPD forderte z. B. eine "Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" sowie die Verstaatlichung von "Grund und Boden, Bodenschätzen und natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen". Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S. 141 ff. Druck des Heidelberger Programms: Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960, S. 461 ff.

22 1931 bestanden im Deutschen Reich zwei größere Vereinigungen eines dezidiert politischen Atheismus - der Deutsche Freidenkerverband (DFV), 1931 mit 547.128 Mitgliedern, und der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands (VpFD), 1932 mit 153.356 Mitgliedern. Große Teile des DFV standen der SPD nahe, die dessen Aktivitäten tolerierte, ohne sich die zugrundeliegende Ideologie zu eigen zu machen. Der VpFD war dagegen sehr viel stärker an die KPD und ihre Massenorganisationen gebunden. Gerade dessen zunehmend aggressiver und radikaler werdende Agitation veranlaßte die Reichsregierung in ihrer Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931, Versammlungen oder Aufzüge auch dann mit Verbot zu bedrohen, wenn "eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden". Aufgrund dieser Verordnung wurden allein im September 1931 im Deutschen Reich 50 geplante atheistische Veranstaltungen verboten und 46 Kundgebungen aufgelöst. Vgl. Jochen-Christoph Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981. Druck der Notverordnung: RGBl. 1931, I, S. 79 ff.

23 Vgl. Dok. 2, Anm. 45.

24 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der Schutzpolizei der Länder nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Johannes Schwarze, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977, S. 79.

25 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im März 1919 etwa 90.000, im März 1922 etwa 380.000 Mitglieder an. Zu Beginn des Jahres 1931 verfügte die KPD über rund 200.000 Mitglieder. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 321.
Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 552.334 Wahlberechtigte (2,0%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 356 f.; 1931, S. 546 f.

formal vom Piedestal[26] einer Regierung herunter. Aus dem Volke selbst, aus der Nation heraus muß die Frage gelöst werden. Und wenn heute gesagt wird, wir wollen diese Auseinandersetzung nicht, daß es hier zu einer endgültigen Kraftprobe kommt, dann können wir nur sagen, ihr wollt zum Fluch unserer konfessionellen Spaltung auch noch den Fluch einer politischen hinzufügen, denn glaubt ihr, daß ihr die Kraft finden könnt, um die deutschen Interessen gegenüber der Welt wahrnehmen zu können? Nein, meine lieben Bürgerlichen, wir stellen uns dieser Auffassung entgegen, wenn Ihr sagt, wir wollen keine Auseinandersetzung, dann muß unser Gebet lauten: Herr, mache uns reif für diese Auseinandersetzung, laß uns mutig sein für diese Auseinandersetzung und laß uns den Tag bestimmen, an dem sie stattfinden wird. *Lieber 12 Jahre in einem Volk ein schwerer Kampf, der mit einem Sieg endet, als 100 Jahre feiger Unterwerfung nach außen, weil keiner etwas gewagt hat.* Eine richtige, aber harte Erkenntnis, eine Erkenntnis, die uns zugleich schwerste Verpflichtung auferlegt; aber was wir heute diesen Regierenden zum Vorwurf machen, ist nichts anderes, als daß sie Politik machen wollen ohne Instrument.

Als ich im Jahre 1918 auf [*19*]19 bei einer kühlen Überlegung der Lebensaussichten unseres Volkes zu der Überzeugung kam, daß in dieser inneren Spaltung unseres Volkes unser Unglück liegt, da versuchte ich, diese Überzeugung aus der rein theoretischen Erkenntnis herauszuheben und praktische Folgerungen zu ziehen. Wenn einmal in der deutschen Geschichte von meinem Verdienst die Rede sein wird, so ist es nur eines, *daß ich das, was andere Hunderttausende auch fühlten, praktisch zu verwirklichen versuchte*[27]. (Stürmischer Beifall.) Wieviele Menschen mag es wohl gegeben haben, die in den Jahren 1918 bis [*19*]19 der Überzeugung waren, daß Deutschland zerfallen müsse, die eingesehen haben, daß der Marxismus als Giftstoff uns langsam vollständig zerstören würde, und wieviel Hunderttausende Bürgerliche haben immer von neuem ihre Kräfte vergeudet. Wieviele Menschen haben das wohl instinktiv empfunden und wieviele vielleicht auch genau gesehen. Sie haben daraus aber keine praktischen Konsequenzen gezogen. Das ist es auch, was ich heute der Regierung vorwerfe. Sie will regieren und hat nicht das Instrument dazu. Diesen Vorwurf hätte ich auch auf mich beziehen müssen, wenn ich nur mit dem bloßen Willen in die Geschichte getreten wäre, wenn ich mir nicht gesagt hätte: Du mußt das, was du willst, zu verwirklichen suchen. Damals sagte ich mir: Wenn man das will, dann muß ein Instrument dafür geschaffen werden; man muß im Kleinen beginnen. Aber da, wo in einem Gesellschaftsvertrag oder einem Gemeinschaftsvertrag geschrieben steht: "Hier kann jeder tun und lassen, was er will[28]", da muß jetzt über jeder Pforte geschrieben stehen: "Hier hört dein freier Wille auf! *Hier mußt du dich fügen, und wenn du dich nicht fügen willst, dann kannst du gehen."* Hier kann jedenfalls in diesem Bunde nicht jeder tun, was er will, nein, *ich bin so anmaßend und setze fest, was über der Pforte zu stehen hat! Ich war vom ersten Tage an überzeugt, daß diese neue Bewegung nur dann einen Sinn*

26 Italienisch, französisch: Sockelartiger Ständer für Zier- und Kunstgegenstände.
27 Zu den politischen Anfängen Hitlers vgl. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 87 ff. sowie Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.
28 Anspielung auf die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen", die im Zweiten Hauptteil (Artikel 109 ff.) der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 festgelegt waren. Druck: RGBl. 1919, S. 1404 ff.

haben werde, wenn sich in ihr selbst das Übel behebt, an dem Deutschland zugrunde geht. Es handelt sich nicht darum, in einem Volke Generäle auszubilden, *sondern darum, daß man ein Volk zum Soldaten erzieht.* Die Generäle kommen dann von selbst. *Ein Volk muß sich seine Soldaten bilden, das ist das Wesentliche. Nicht Führer müssen und brauchen wir zu erziehen, sondern unser ganzes Volk muß neu erzogen werden zu einem Glaubensbekenntnis, zu einer Weltanschauung, die allgemein anerkannt wird.* Und wenn Hunderte sich daran stoßen, gut, dann bleibt weg! Ihr sollt nicht kommen, und wenn der eine oder andere hineingeht und keine Befriedigung findet, so wird man ihm sagen: Gehe wieder hinaus; hier herrscht ein Wille und hier herrscht ein Gesetz. Nicht von einer Person allein muß der Vertrag anerkannt werden, sondern er gilt als Prinzip für jeden Vertreter. *Und so müssen wir auch dieses Wunder verstehen, daß unsere Bewegung diese jugendfrische Kraft nach außen besitzt*[29].

Wenn vielleicht auch manche Parteigenossen das eine oder das andere Mal mich nicht verstehen und fragen, warum schließt ihr den aus[30]? Glauben Sie mir, würde ich es nicht tun, dann würde auch diese Partei in kurzer Zeit der inneren Diskussion verfallen, und wenn das erst einreißt, dann sehen Sie nicht mehr die Zehntausende marschieren, sehen nicht mehr dieses Leuchten der Augen, den Hauch und den Schimmer, die aus einer Seele kommen. *Rauben Sie den Glauben an die Siegeskraft dieser Partei, so rauben Sie die Kraft nach innen. Das Auge wird erlöschen und die tatkräftigen Jungen, die weltaufrüttelnden Menschen werden morsche Demokraten, werden innerlich zerbrechen, uneins, ewig auf dem Pfade des Suchens.* Da muß man die Stirn besitzen, dem entgegenzutreten. *Ich glaube, am Ende hat schon heute das Schicksal uns und der Bewegung Recht gegeben.* Über all dem, was die andere Menschheit gewöhnlich als wesentlich ansieht, bei der Behebung der Not, ist noch etwas ganz anderes. Wenn eine Notzeit über ein Volk hereinbricht und ein Volk nur mehr gelernt hat, alles von der Seite des Materialismus zu betrachten, nur Augen für Materielles, für Rationalisierung usw. hat, da kann ein Augenblick kommen, wo sie der Not nicht mehr Herr werden. Denn im Völkerleben kann es Nöte geben, die nur durch immense Kraftanstrengungen beseitigt werden können. Dazu gehört aber mehr, als nur ein materielles Sehen, nämlich ein idealistischer Glaube. *Wenn ein Volk einmal so weit ist, daß die Not es zerbricht, dann kann es nur noch loskommen, indem es, da die Not selbst nicht zu beheben ist, die Menschen ändert.* Sie müssen es fertigbringen, den Menschen nach diesem Vorbilde zu ändern, wenn er den Idealismus als wesentlich ansieht, dann haben sie den Menschen immun gemacht gegen Not und Elend. Das letzte Glück des Menschen liegt *nicht im Glück an sich, sondern in der Stellung des Menschen*, die er zum Glück einnimmt. Das Kostbarste liegt nicht in dem, was dem einzelnen zuteil wird, sondern in dem, was er als höchstes Gut auffaßt. Wenn Sie den Menschen so erziehen, dann wird er niemals das Glück im Realen suchen; sondern je mehr Sie ihn zu einem anderen Ideal hinzuführen vermögen, um so mehr hat er die Vergänglichkeit und Lächerlichkeit dieses materiellen

29 Von ihrer Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrößerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der NSDAP weit überrepräsentiert. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

30 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

Glücks erkannt und er wird glücklicher sein als der andere bei seinem Vermögen. Wenn ich heute meine Zehntausende von SA- und SS-Kameraden ansehe, so glauben Sie mir, das heißt, Millionen deutscher Brüder die Aussicht auf ein Glück zu eröffnen, das ihnen niemand nehmen kann, weil es in dem Glauben wurzelt. Da kann die Not noch so groß werden, am Ende wird sie doch überwunden. Sehen Sie die Zehntausende SA-Kameraden an, die heute an mir vorbeimarschierten[31]! Geht es ihnen besser, als den anderen, den Bürgerlichen? Führen Sie doch diese vorbei. Sie marschieren nicht. Sie müssen sie eher vorbeischleppen! Sehen Sie nur jedem ins Auge hinein, und dann werden Sie den Unterschied sehen. Sie könnten dann vielleicht die Geldbörse vergleichen und würden erstaunt sein, wie leicht dem einen die Börse ist[32], und doch glänzt sein Auge. Und wie schwer sie bei dem anderen sein kann, der trotzdem von Verzweiflung, Verzagtheit und Mißmut begleitet ist. *Das ist das erste Große, daß wir Millionen von Menschen die Möglichkeit eines Glückes schaffen, das nicht wieder genommen werden kann.* Unser Glück ist das Gefühl unserer Pflicht, und diese Pflicht selbst ist wieder bedingt in dem Glauben an unser Volk, an die Zukunft unserer Rasse. Und dann zweitens: Das ist die Zurückführung von Millionen von Menschen, die in dem letzten Jahrzehnt außerhalb unserer Gemeinschaft gestanden sind. Es ist vielleicht einmal für uns alle das allergrößte Werk, daß wir Millionen deutscher Arbeiter wieder hineinführen in ihre Volksgemeinschaft[33]. *Einmal wird es uns als größtes Verdienst angerechnet werden, daß wir Millionen von Menschen, die jetzt gesellschaftlich geächtet sind, wieder in die Gesellschaft zurückführten, anständige ehrliche Menschen, die das Wohl der Gesamtheit über alles setzen.* Wir haben eine große Versöhnung eingeleitet in unserem Volk, die nicht nur von dem Einen, sondern auch von dem Anderen gewollt ist. *Wir haben es fertiggebracht, eine Organisation aufzubauen, in der wirklich ganz Deutschland vertreten ist[34], daß wir langsam mehr und mehr überall vorwärtskommen und aufbauen und alle Schichten zusammenbringen, die sich am Ende gegenseitig achten und lieben lernen.* Das ist nicht anders zu verstehen als so, daß wenn der Himmel unser Volk segnet, wir unser großes Ziel erreichen. Dann wird diese Braune Armee[35] so zusammengeschmolzen sein [*sic!*], daß nichts mehr sie zerreißen kann, daß wir allgemein von Stolz erfüllt sein und sagen können: Wir haben das geschafft. Ich muß daher in einer Zeit, da das Schicksal rasend schnell uns der Katastrophe nähertreibt, schärfer als früher noch an die Parteigenossen und -genossinnen die Forderung richten: *Seid unter Euch einig! Unterlaßt Streit über zwecklose Probleme, die erst entschieden werden in der harten Wirklichkeit.*

---

31 Vgl. Anm. 1.

32 Vgl. Dok. 2, Anm. 55 sowie Dok. 28, Anm. 3.

33 Zum Verhältnis Hitlers zur Arbeiterschaft vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart [2]1989, S. 116 ff., 175 ff. sowie Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

34 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

35 Vgl. Dok. 2, Anm. 54 und 59.

Ein einziges Dogma
schreibt Euch auf in Euer Gehirn, in Euren Arbeitsplatz. Es lautet:
Was nützt meinem Volk?

Seht das Volk nie als eine Klasse an, sondern als einen großen Brunnen, dem wir alle entstammen. Dieser Brunnen muß gesund bleiben an Leib und Seele. Vergeßt nicht, daß im Staate alle Zukunft liegt. Und wenn wir nun das Wohl dieses Staates vor uns sehen, dann werden wir immer und immer den Weg leicht finden, zu überbrücken, was uns entzweien könnte. Denn grau ist am Ende alle Theorie[36], und nur das Leben selbst gibt die einzige Antwort, wie es auch die einzigen Fragen stellt.

Wir gehen schweren harten Zeiten entgegen[37] und können wohl sagen, daß wir dem Schicksal dankbar sein müssen, daß es uns 12 Jahre Frist zum Arbeiten geschenkt hat[38]. Es hätte auch anders kommen können. Wäre das Schicksal ungnädig gewesen und wäre die Katastrophe vielleicht schon vor zehn oder acht oder fünf Jahren über Deutschland hereingebrochen, da wären wir nicht gewesen, und unser Volk hätte zur Verteidigung seines Lebensbrunnens nichts gehabt. Wir müssen dem Himmel danken, daß er uns diese 12 Jahre geschenkt hat. Und wenn ich diese gnädige Schenkung als ein Zeichen ansehe, dann glaube ich herauszulesen, daß es bestimmt war und bestimmt ist, unser Ziel zu erreichen. Im 12. Jahre werden wir erreichen, was unser einstiges altes Heer, unser altes Volk im vierten Jahre des Kriegsbeginns erstrebte[39]. Vor uns sehen wir den Sieg. Wir sehen ihn. Es liegt nur an uns, daß er uns nimmer entrissen wird. Wir wollen in diesem 12. Jahre uns stählen und festigen in dem unbeugsamen Entschluß: immer vorwärts zu gehen, unserem Ziel entgegen, die innere Disziplin der Bewegung zu steigern, damit, wenn diese Stunde kommt, die Tatkraft unserer Bewegung für unser Volk nach außen eintreten kann. So wollen wir uns vor Augen halten, was in 12 Jahren geleistet und gearbeitet wurde. Wir wollen es uns zur Pflicht machen, nun erst recht weiter zu harren, bis die Stunde kommt, in der es dem Herrn gefällt, unser Gewicht in die Waagschale zu werfen und nachzuprüfen, ob wir es wert sind, nunmehr gutzumachen, was die Vergangenheit zerbrochen hat. Dann müssen wir bereit sein, alles einzusetzen, was in den 12 Jahren an Kraft gesammelt wurde. Und wir wollen die Hoffnung haben, daß die Zukunft, die uns vielleicht als Gegenwart heute nicht versteht, einmal uns allen recht geben wird. Es kann für uns ja keinen Dank im einzelnen geben, keinen Dank für den Führer, keinen Dank für den SA-Führer, es

36 "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie/Und grün des Lebens goldner Baum". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

37 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

38 Anspielung auf die Gründung der DAP am 5.1.1919. Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

39 Der am 3.3.1918 mit Sowjetrußland geschlossene Frieden zu Brest-Litowsk und die militärischen Erfolge gegenüber Italien und Rumänien gaben der Obersten Heeresleitung die Möglichkeit, die Masse der deutschen Verbände an der Westfront zu konzentrieren und am 21.3.1918 die Großoffensive "Michael" zu eröffnen. Der zunächst erfolgreiche deutsche Angriff, der jedoch bis Juni/Juli 1918 an eigenen Führungsfehlern, der mangelnden Beweglichkeit der deutschen Truppen, vor allem aber an der alliierten Überlegenheit scheiterte, setzte im Deutschen Reich noch einmal große Hoffnungen frei, im vierten Kriegsjahr doch noch einen Siegfrieden erzwingen zu können. Vgl. Der Weltkrieg 1914-1918, Bd. 14: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956; Wilhelm Meier-Dörnberg, Die große deutsche Frühjahrsoffensive 1918 zwischen Strategie und Taktik. In: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Horst Boog u. a., Herford 1988, S. 73-95.

kann für uns nur einen Dank geben. Wir werden vergehen, aber wir wollen, daß unser Name erhalten bleibt und eingezeichnet ist in das Buch der deutschen Geschichte unter dem Kapitel "Aufstieg der Deutschen Nation".

7. September 1931 [1] Dok. 26
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 20.10.1931.

Ab 7. September 1931 bestimme ich den Parteigenossen Dr. Günther Ziegler [2], Berlin NW 7, Mittelstraße 15, Tel. A. 2 Flora 7046, (früher Direktor der Verkehrsfliegerschule) dazu, in Stellvertretung des Pg. Hauptmann a. D. Göring [3] die gesamten Belange der deutschen Luftfahrt für die Partei wahrzunehmen und zu bearbeiten [4]. Alle Anfragen betr. Luftfahrt und Fliegerei sind daher in Zukunft Pg. Dr. Ziegler zuzuweisen.

Adolf *Hitler*

1 Datierung nach dem Datum der Ernennung.

2 Günther Ziegler (1892-1945), 1913 Flugzeugführer, 1917 Führer der Kampfeinsitzer-Staffel 7, 1918 Abschied als Leutnant, 1921 Dr. rer. pol., kaufmännischer Angestellter, 1924 Prokurist bei der Sportflug G.m.b.H., Berlin, 1927 Vorstandsmitglied der Deutschen Verkehrsfliegerschule G.m.b.H., Berlin, 1930 Verkaufsleiter der Argus-Motoren G.m.b.H., Berlin, Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, SA-Oberführer, stellvertretender Korpsführer des Nationalsozialistischen Fliegerkorps, 1938 Generalmajor, Abteilungschef Inland im Allgemeinen Wehrmachtamt des Oberkommandos der Wehrmacht, 1942 Kommandeur der Technischen Brigade Mineralöl im Kaukasus, 1943 Generalleutnant, Leiter des Sonderstabes TK-Frauenaktion, 1945 an der Ostfront als vermißt gemeldet.

3 Hermann Göring (1893-1946), 1912 preußischer Leutnant, 1915 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, Abschied als Hauptmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Emigration, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern/preußischer Minister des Innern, 1933-1945 preußischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichskommissar für den Luftverkehr/Reichsminister für Luftfahrt, 1933 General, 1934-1945 Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, 1935-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936-1942/44 Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplans, 1937/38 Reichswirtschaftsminister, 1938 Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 29.4.1945 Enthebung von allen Ämtern, 1946 Verurteilung zum Tode, Selbstmord.

4 Zur Organisation der Luftfahrt in der NSDAP vgl. Dok. 79.

7. September 1931 Dok. 27
Schreiben an Alfred Hugenberg

Masch. Schreiben (Abschrift); BA, NL Schmidt-Hannover 30 [1].

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Als ich mich vor nunmehr bald 1 1/2 Jahren entschloß, mit meiner Bewegung in ein Bundesverhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei, dem Stahlhelm und anderen Verbänden zu treten [2], leitete mich der Gedanke, auf diesem Wege gegenüber dem heutigen System eine stärkere Vertretung der nationalen Interessen vornehmen zu können. So wenig dadurch die Freizügigkeit der Propaganda-Arbeit der einzelnen zusammengeschlossenen Parteien und Verbände behindert werden sollte, so nötig ist es aber, daß dort, wo diese nationale Opposition dem heutigen System gegenüber schon als gemeinsamer Inhaber der staatlichen Macht auftritt [3], untereinander strengste Loyalität herrscht. Ich habe, sehr verehrter Herr Geheimrat, auf den Gebieten nun die schlimmsten Erfahrungen gemacht. In Thüringen hat der "Stahlhelmkamerad" Minister Baum [4] nicht nur den Sturz meines Ministers Frick herbeigeführt [5], sondern im Bunde mit der Sozialdemokratie und unter Förderung seitens der Kommunistischen Partei nationalsozialistische Beamte aus ihren Ämtern entfernt, sie versetzt ohne irgendeine andere Begründung als die ihrer Parteizugehörigkeit angeben zu können [6]. Alles was Minister Frick - und

---

1 Der Briefwechsel zwischen Hitler und Hugenberg wurde noch vor 1933 von seiten der DNVP publiziert: Unsere Partei vom 15.10.1932 (Sonderbeilage), "Zum Tage von Harzburg! Ein Briefwechsel Hugenberg - Hitler".

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

3 Am 23.1.1930 war Wilhelm Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, Willy Marschler zum thüringischen Staatsrat in einer aus NSDAP, DNVP, Christlich-Nationaler Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und DVP gebildeten Koalitionsregierung berufen worden.
Am 1.10.1930 wurde Anton Franzen braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister in einer aus DNVP und NSDAP gebildeten Koalitionsregierung. Damit hatten zum erstenmal nationalsozialistische Politiker Funktionen in Länderregierungen erhalten. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11.

4 Erwin Baum (1868-1950), Landwirt, MdL in Altenburg, 1920-1933 MdL in Thüringen (Thüringer Landbund, seit 1928 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei/LVP), Januar 1930 bis Juli 1932 thüringischer Ministerpräsident und Finanzminister, Mai 1931 bis Juli 1932 auch Wirtschaftsminister.

5 Wegen der zunehmend aggressiver werdenden nationalsozialistischen Polemik hatte die thüringische DVP ihre Koalition mit der NSDAP aufgegeben und am 1.4.1931 im thüringischen Landtag die Mißtrauensanträge von KPD und SPD gegen die beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Frick und Marschler unterstützt. Da auch die DStP für diesen Antrag stimmte, traten Frick und Marschler zurück. Das Kabinett unter Ministerpräsident Baum (LVP) blieb jedoch, angewiesen auf die Duldung der SPD, als Minderheitsregierung im Amt. Baum übernahm das Innenministerium, der thüringische Wirtschaftsminister Wilhelm Kästner (Wirtschaftspartei) das Volksbildungsministerium, die Funktion Marschlers als Staatsrat für Weimar blieb unbesetzt. Vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 174 ff. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 61 f. Ferner Bd. IV/1, Dok. 75 ff.

6 Folgt man einem Schreiben, das der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte und Theodor Duesterberg, am 11.12.1931 an Hitler richteten, so hatte Baum im ganzen zwei nationalsozialistische Beamte versetzt; "dafür sind uns dienstliche Gründe genannt worden, nicht aber die Zugehörigkeit zur Partei." Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

nur dieser ganz allein - an nationaler Erhebungsarbeit in Thüringen geleistet hat[7], wird von dem "Stahlhelmkameraden" Baum mit Hilfe der Sozialdemokratie wieder planmäßig ausgelöscht.

Zu meinem Leidwesen muß ich nunmehr in Braunschweig einen ganz ähnlichen Vorgang erleben. Herr Minister Franzen[8], der aus Gründen, die hier belanglos sind, sein Ministermandat niederlegte und aus der Partei ausschied[9], hat damit praktisch denselben Schritt vollzogen, den bei Ihnen, Herr Geheimrat, z. B. einst Herr Treviranus[10] tat[11]. Ich habe den Schritt des Ministers Franzen nicht zu mißbilligen, denn der aus der Partei ausgeschiedene Herr kann in keinerlei Weise für die weitere Haltung der Bewegung maßgeblich sein. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei bin ich[12]. Ich habe nicht versäumt, den Rücktritt des Ministers Franzen als einen rein persönlichen Akt dieses Herrn festzustellen, für dessen Verhinderung weder eine Möglichkeit noch ein Anlaß vorlag. Ich habe aber erklärt, daß die nationalsozialistische Partei nicht daran denkt, die ihr zukommende Stellung im braunschweigischen Kabinett aufzugeben[13]. Durch eine Maßnahme, die ich unter anderen Umständen vielleicht nur als spitzbubenmäßig bezeichnet hätte, hat nun im Verein mit dem ausgeschiedenen und aus der

7 Zur Politik Fricks in Thüringen vgl. Neliba, Frick, S. 57 ff.

8 Anton Franzen (1896-1968), 1924 Dr. jur., 1926 Amts- und Landrichter, 1928 Landgerichtsrat, 1929 Amtsgerichtsrat in Kiel, 1930/31 MdR (NSDAP), Oktober 1930 bis Juli 1931 braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, September 1931 Austritt aus der NSDAP.

9 Franzen war am 27.7.1931 als braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister zurückgetreten, weil er - so sein Schreiben an den Präsidenten des braunschweigischen Landtags Ernst Zörner vom 27.7.1931 - es ablehne, "als Vollzugsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechtester Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein". Obwohl Franzen Hitler frühzeitig über seine Absichten informiert hatte, wurde er nach seinem Rücktritt von Hitler scharf kritisiert, da die NSDAP nun vorerst in keiner Landesregierung mehr vertreten war. Franzen verließ daraufhin die NSDAP. Vgl. Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 49 ff.

10 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1909 Seekadett, 1919 Abschied als Kapitänleutnant, 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrsminister, 1933 Aufsichtsratsvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.
Am 21.8.1931 hatten sich Hitler und Treviranus zu einer Unterredung getroffen, die jedoch folgenlos geblieben war. Vgl. Treviranus' Brief an Generalmajor Kurt von Schleicher vom 22.8.1931. Druck: Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 429 f.

11 Treviranus hatte am 3.12.1929 zusammen mit elf weiteren Reichstagsabgeordneten die DNVP verlassen und am 28.1.1930 zusammen mit den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Volkskonservative Vereinigung gegründet. Aus diesem lockeren Zweckbündnis, zu dem weitere Mitglieder der DNVP stießen, bildete sich am 23.7.1930 die Konservative Volkspartei, die sich jedoch weder als Massenpartei konsolidieren, noch die Zersplitterung im konservativen Lager überwinden konnte. Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 47 ff., 57 ff., 71 ff.; Horst Möller, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten. In: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 118-146.

12 Vgl. Dok. 23, Anm. 17.

13 Zur Politik der Regierung Küchenthal, die von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, vgl. Roloff, Bürgertum, S. 31 ff.

Partei ausgetretenen Funktionär Franzen der deutschnationale Herr Minister Küchenthal [14] unter Berufung auf die Notverordnung des Herrn Brüning einen Beschluß herausgegeben, wonach in Zukunft in Braunschweig nur mehr ein Minister aus "Ersparungsrücksichten" bleiben soll [15]. Die Einfügung, daß der Landtag noch andere bestimmen könne, bleibt belanglos, weil damit das Übergehen zur Tagesordnung ermöglicht ist.

Sehr geehrter Herr Geheimrat, ich habe mich nunmehr angesichts dieses unmöglichen Vorgehens zu der Überzeugung durchgerungen, daß das Endergebnis jedes Zusammengehens der Nationalsozialistischen Partei mit bürgerlichen Verbänden anscheinend in einer heimtückischen und hinterhältigen Abdrosselung von uns enden soll. Ich habe heute die Überzeugung, daß unanständiger auch das Zentrum nicht an uns handeln könnte, wie es die mit mir in der nationalen Opposition zusammensitzenden Parteien und Verbände tun. Ich habe trotz aller Empfindlichkeiten von der anderen Seite nie mit der Wimper gezuckt, wenn von dem Stahlhelm oder der Deutschnationalen Volkspartei Angriffe gegen meine Bewegung gerichtet wurden. Ich erkläre nunmehr feierlichst, daß ich es ablehne, eine Vereinigung weiter aufrechtzuerhalten, von der ich so schlechte Beweise über die Auffassung der Begriffe Treue und Loyalität bekomme. Denkt sich etwa der Stahlhelm oder die Deutschnationale Volkspartei ein Zusammenarbeiten im kommenden Reichskabinett [16] mit Nationalsozialisten ähnlich wie das Zusammenarbeiten des deutschnationalen Ministers Küchenthal in Braunschweig mit uns? Was würde man wohl sagen, wenn Nationalsozialisten in einer Regierung Beamte als Mitglieder des Stahlhelm oder der Deutschnationalen Volkspartei wegen ihrer Gesinnung entfernen oder versetzen würden? Herr Geheimrat, wenn man sich das unter "nationaler Opposition" vorstellt, dann verzichte ich darauf. Wenn aus solchem Verrat und aus solcher Heimtücke die deutsche Befreiung kommen soll, dann glaube ich nicht daran! Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, daß ich unter diesen Umständen lieber als Nationalsozialist meinen Weg alleine gehe, als mich von teuren Verbündeten rückwärts erdolchen zu lassen.

---

14 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

15 Küchenthal rechtfertigte seine Verordnung vom 3.9.1931, die Regierungsgeschäfte des Freistaats Braunschweig künftig nur noch durch eine Ein-Minister-Regierung zu führen, mit § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24.8.1931 (Druck: RGBl. 1931, I, S. 453). Die Wahl eines zweiten Ministers wurde allerdings dem Landtag anheim gestellt. Der Protest der NSDAP gegen diese Maßnahme des ehemaligen Koalitionspartners führte zum Einlenken Küchenthals, so daß der braunschweigische Landtag am 15.9.1931 Dietrich Klagges (NSDAP) zum zweiten braunschweigischen Minister, zuständig für die Ressorts Volksbildung und Inneres, wählte. Vgl. Roloff, Bürgertum, S. 58 ff.

16 Vgl. das Schreiben Magnus von Levetzows an Guido Otto Graf von Henckel Fürst von Donnersmarck vom 28.8.1931, in dem Levetzow über die Besprechung berichtet, die Hitler und Göring am 24.8.1931 mit Vertretern national-konservativer Interessengruppen in Berlin führten. Hitler habe unterstrichen, daß er sich weder von Hugenberg trennen wolle noch zu Konzessionen an die Regierung Brüning bereit sei. Für eine Beteiligung von NSDAP und DNVP an der Regierung sei "die numerische Überlegenheit im Kabinett [...] die gleichzeitig unabwendbare Forderung, an der er mit Hugenberg festhalte". Druck: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 297 ff.

Ich habe mich deshalb entschlossen, an Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, die Frage zu richten, ob es Ihrem Einfluß möglich ist, in Braunschweig auf Ihr Parteimitglied dahingehend einzuwirken, daß die in Frage stehende Verordnung entweder sofort zurückgezogen oder bis längstens und höchstens 15. September [*1931*] befristet wird. Ebenso, daß die Deutschnationale [*Volks*]partei sich restlos für die Wiederbesetzung der zweiten Ministerstelle durch einen Nationalsozialisten einsetzt. Sollte diese Angelegenheit nicht in diesem loyalen Sinn entschieden werden können, dann teile ich Ihnen, hochverehrter Herr Geheimrat mit, daß ich am 16. September den Austritt der nationalsozialistischen Partei aus der nationalen Opposition als vollzogen ansehe und der Öffentlichkeit endgültig bekanntgeben werde. Vielleicht werden die Minister des Stahlhelm und der Deutschnationalen Volkspartei mich dann als Feind mehr zu schätzen lernen als heute als Freund.

Indem ich Sie persönlich meiner Hochachtung versichere, verbleibe ich, Herr Geheimrat

Ihr ergebener

gez. Adolf *Hitler*[17]

---

17 In seiner Antwort vom 9.9.1931 zeigte sich Hugenberg "enttäuscht" über Hitlers Brief. Er habe nicht angenommen, "daß der eine dem anderen so leichthin die Trennung androhen könnte", und frage sich, ob "vielleicht in Ihrer eigenen Partei die von anderen Stellen kommenden Widerstände gegen eine nationale Einheitsfront so stark geworden sind, daß Sie glaubten, diesen Strömungen ein Zugeständnis machen zu müssen". In einem weiteren Schreiben betonte Hugenberg zwei Tage später, daß "die entstandenen Schwierigkeiten [...] durch das Verhalten des Ministers Dr. Franzen und der braunschweigischen Fraktion der NSDAP hervorgerufen worden" seien. Trotzdem unterbreitete er Hitler folgendes Angebot: "Herr Minister Dr. Küchenthal hat aber ständig die Auffassung festgehalten, daß Ihrer Partei dadurch die Stellung eines zweiten Ministers nicht unmöglich gemacht werden soll und steht auch heute zu dieser seiner Zusage. Die D.N.V.P. in Braunschweig hat ihrerseits inzwischen schon erklärt, daß sie mit der Wahl eines nationalsozialistischen Ministers einverstanden sei. Daß die Wirtschaftler mitgehen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Wenn die Deutsche Volkspartei es nicht tun sollte, so sind meine Freunde bereit, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, was voraussichtlich genügen wird, um die Deutsche Volkspartei zur Zustimmung zu veranlassen, denn bei einer Neuwahl würde von dieser Partei in Braunschweig kaum noch etwas übrig bleiben. Es bedarf also einer Aufhebung der Notverordnung nicht." Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise, Teil 2, S. 947 ff.
In seinem Schreiben an Hitler vom 20.3.1932 beklagte Hugenberg, daß er auf seine Briefe vom 9.9. und 11.9.1932 "nie eine Antwort erhalten" habe. BA, NL Leo Wegener 73.

8. September 1931 Dok. 28
"Betrifft: Standarten"
Anordnung

Masch. Rundschreiben; BA, NS 23 (SA), Nr. 123 [1].

Der Wunsch der Standarten, möglichst bald ein Feldzeichen verliehen zu bekommen [2], ist begreiflich. Die Knappheit der Mittel setzt leider auch hier meiner Absicht, diesem Wunsche zu entsprechen, eine Grenze [3].

Die SA zählt z. Z. 108 Standarten [4]; 42 haben bereits Feldzeichen, vier davon 2. Die Verteilung ist aus der Beilage ersichtlich. Diese enthält ferner ein Verzeichnis der Standarten, welche noch im Laufe dieses Jahres ein Feldzeichen verliehen erhalten sollen.

Maßgebend für die Verleihung ist in erster Linie das Alter, die bisherige Tätigkeit der betr[*effenden*] Standarte. Jedoch wurde in einzelnen Fällen hiervon abgewichen, um Gaustürmen, die bisher überhaupt noch kein Feldzeichen hatten, wenigstens eines zu geben.

Für die Namensgebung bitte ich, bei künftigen Vorschlägen die bisher angewendeten und bewährten Grundsätze festzuhalten. Hienach führt die Standarte den Namen des Landstrichs, in dem sie steht, oder eines Ortes in diesem, der eine besondere Bedeutung hat. Personennamen kommen als Standartenbezeichnung nur in Betracht, wenn der Betreffende eine besondere Bedeutung für die SA hat, z. B. gefallene Kameraden, nicht aber historische Personen wie Gneisenau, Friedrich der Große usw.

Begründete Änderungsanträge zu der beabsichtigten Neuzuteilung von Feldzeichen können von den Gruppen *beschleunigt* gestellt werden; eine Mehrzuweisung kommt jedoch nicht in Frage.

gez. Adolf *Hitler*

F. d. R.
Der Chef des Stabes: Röhm

---

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I Nr. 5325/31 München, den 8. September 1931 Verteiler IV.".

2 Als Erkennungszeichen für die SA waren die ersten Standarten am 28.1.1923 verliehen worden. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 wurde die Form der Standarten vereinheitlicht und als eine Art Feldzeichen für alle SA-Verbände eingeführt. Vgl. Halcomb, S.A., S. 247 ff.

3 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Obwohl nach einzelnen Meutereien der SA im September 1930 allen Parteimitgliedern eine sog. SA-Zulage auferlegt worden war, ging der Generalinspekteur der SA noch im Dezember 1931 davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 134 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 102.

4 Zur damaligen Größe der SA vgl. Dok. 2, Anm. 54. Zu ihrer organisatorischen Gliederung vgl. Bd. IV/1, Dok. 60. Vgl. ferner das Schreiben Nr. VI/N 2325/31 des Polizeipräsidiums München an das Polizeipräsidium Berlin vom 14.1.1932, wo über die SA-Führerbesprechung berichtet wird, die am 15./16.9.1931 im Braunen Haus stattfand: "Röhm kündigte in dieser Besprechung als wesentlichstes an, daß die S.A. in 25 Gruppen neu eingeteilt werden soll, weil wegen des starken Anwachsens eine Übersicht über die S.A. in den bisherigen großen Bezirken nicht mehr möglich sei. Die Grenzen der neuen Gruppen würden sich im allgemeinen in Preußen mit den Grenzen der Provinzen decken, während sie in den übrigen deutschen Freistaaten und in Österreich den dort üblichen Verwaltungsbezirken entsprechen würden." StA München, Polizeidirektion München 6808.

Gegenwärtiger Besitzstand und beabsichtigte nächste Zuteilung.

Gruppe	Gausturm	Standarte	besitzt	soll erhalten
Ostland	Danzig	D	-	"Danzig"
	Ostpreußen	1	"Tannenberg"	-
		2	-	-
		3	-	-
		4	-	"Masuren"
Ost	Brandenburg	24	"Grenzmark"	"Fehrbellin"
		35	-	"Potsdam"
		64	-	-
	Pommern	2	"Pommern"	-
		42	-	"Stralsund"
		9	-	"Kolberg"
		176	-	-
	Ostmark	52	-	"Niederlausitz"
		8	-	-
		48	-	"Grenzmark"
		149	-	-
	Mecklenburg	90	"Mecklenburg"	-
		89	-	-
Nord	Nordmark	31	-	"Altona"
		85	"Nordmark"	-
			"Dithmarschen"	-
		86	"Schleswig"	-
		163	"Holstein"	-
	Hamburg	76	"Hamburg"	-
	Hannover-Süd	10	-	-
		73	"Hannover"	-
		74	-	-
		82	-	"Göttingen"
		92	"Braunschweig"	-
		164	-	-
	Hannover-Ost	9	-	-

Gruppe	Gausturm	Standarte	besitzt	soll erhalten
Nord	Hannover-Ost	16	-	-
		26	-	"Wasserkante"
		77	-	-
	Weser-Ems	2	-	"Ostfriesland"
		19	-	-
		62	-	-
		75	-	-
		78	-	-
		91	"Oldenburg"	-
Nordwest	Westfalen-Nord	13	"Knickmann"[5]	-
		15	-	-
	Westfalen-Süd	17	"Bochum"	-
			"Ruhr"	-
		132	-	-
	Essen	159	"Essen"	-
		57	-	-
	Düsseldorf	39	-	"Schlageter"[6]
		171	"Schlageter"	"Wuppertal"
	Rheinland-Nord	16	"Rhein"	-
		25	-	-
		65	-	-
West	Hessen-Darmstadt	115	-	"Darmstadt"
		116	-	"Oberhessen"
		117	-	-

5 Ludwig Knickmann (1897-1923), seit 1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1918 Angehöriger verschiedener Freikorps, dann Mechaniker in Gelsenkirchen, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen und belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 21.6.1923 von einer belgischen Militärpatrouille erschossen.

6 Albert Leo Schlageter (1894-1923), 1918 Leutnant d. R., 1919 Eintritt in den Jungdeutschen Orden, 1919-1921 Angehöriger verschiedener Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, Ruhrgebiet und in Oberschlesien, 1923 Mitglied der Organisation Heinz, Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 9.5.1923 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, am 26.5.1923 standrechtlich erschossen.
Die NSDAP vereinnahmte Schlageter schon bald für ihre Propaganda, obwohl es unklar blieb, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist. Sicher läßt sich nur sagen, daß Hitler im Jahr 1923 den Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets entschieden abgelehnt hat. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Gruppe	Gausturm	Standarte	besitzt	soll erhalten
West	Hessen-Nassau S[*ü*]d	80	-	-
		81	"Frankfurt a.M."	-
	Hessen-Nassau N[*or*]d	83	"Kassel"	-
	Reinland-Süd	20	-	"Koblenz"
Südwest	Württemberg	1	"Württemberg"	-
		2	-	"Ulm"
		3	-	-
	Baden	4	-	"Kurpfalz"
		5	"Baden"	-
		6	-	-
	Pfalz-Saar	7	-	-
		8	"Pfalz"	-
		9	-	"Emil Müller"[7]
Bayern	Schwaben	3	"Augsburg"	-
	Franken	5	"Coburg"	-
		7	"Bayreuth"	-
		9	-	-
		14	"Franken"	-
		19	"Ansbach"	-
	Niederbayern-Oberpfalz	11	"Landshut"	-
		10	-	-
Mitte	Sachsen	1	"Chemnitz"	-
		2	"Sachsen"	-
			"Zwickau"	-
		3	-	"Bautzen"
		4	"Leipzig"	-
		5	"Dresden"	-
	Thüringen	1	-	"Osterland"
		2	"Thüringen"	-

7 Emil Müller (1905-1926), Arbeiter in Germersheim (Pfalz), SA-Mann, in der Nacht vom 26. auf den 27.9.1926 von dem französischen Unterleutnant Pierre Rouzier erschossen.
Zu den Umständen von Müllers Tod vgl. Bd. II/1, Dok. 94, Anm. 8.

Gruppe	Gausturm	Standarte	besitzt	soll erhalten
Mitte	Thüringen	3	-	"Kyffhäuser"
		4	-	-
		5	-	"Wartburg"
	Halle-Merseburg	11	-	"Halle"
		12	-	-
		13	-	-
	Magdeburg-Anhalt	1	-	-
		2	-	-
		3	"Magdeburg"	-
		6	-	"Anhalt"
Schlesien	Oberschlesien	-	-	"Oberschlesien"
	Mittelschlesien	1	-	"Schweidnitz"
		2	-	-
	Niederschlesien	3	-	"Görlitz"
Österreich	Wien	1	"Wien"	-
			"Marchfeld"	-
	Steiermark	4	"Graz"	-
	Ober-Österreich	5	"Linz"	-
	Kärnten	6	-	-
	Westgau	7	-	-
	Nieder-Österreich	10	-	-
	Groß-Berlin	1	"Berlin"	-
		2	"Berlin II"	-
		3	-	
		4	"Kütemeyer" [8]	-
		5	-	"Horst Wessel" [9]

8 Hans Georg Kütemeyer (1895-1928), Kaufmann in Berlin-Schöneberg, 1927 Eintritt in die NSDAP und SA, SA-Scharführer im Sturm 15, am 16.11.1928 bei einer Schlägerei ums Leben gekommen.
Zu den Umständen von Kütemeyers Tod vgl. Bd. III/1, Dok. 52, Anm. 19.

9 Horst Wessel (1907-1930), 1922 Eintritt in den Bismarck-Bund, 1924 Eintritt in den Wiking-Bund, 1926 Student, Eintritt in die NSDAP und die SA, Führer des SA-Trupps 34, SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturms 5

Gruppe	Gausturm	Standarte	besitzt	soll erhalten
	München-Oberbayern	1	"München"	-
		2	"München III"	-
		4	-	-
		I/5	"Oberland"	-
		Summe:	46	28

9. September 1931 Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Apolda [1]

Der Nationalsozialist vom 10.9.1931, "Adolf Hitler: 'Ich glaube an die Solidarität der deutschen Nation!'" [2].

Wenn wir Kritik üben, so haben wir als einzige das Recht dazu. Wir Nationalsozialisten sind nicht verantwortlich für den Krieg, für den Zusammenbruch und für die Zeit nach der Revolution [3]. Außerdem haben wir seit 12 Jahren die Entwicklung vorausgesagt, die Schritt für Schritt eingetroffen ist, und uns nie durch Ereignisse des Tages beirren lassen.

Es ist aber nicht heute meine Aufgabe, die Ereignisse des Tages zu schildern; ich möchte Ihnen vielmehr ein Bild der Gesetzmäßigkeit geben, die ich in der inneren Entwicklungslinie erkenne, die nach aufwärts führen muß [*sic!*]. Heute versündigt man sich gegen natürliche Entwicklungsgesetze, die auch das gute Wollen einzelner gar nicht ändern kann. Die Katastrophe wird heute nur in *wirtschaftlicher* Beziehung gesehen [4], weil der einzelne Mensch diese zuerst am eigenen Leibe verspürt. Die Masse spürt Ehrverlust und Freiheitsverlust der Nation zunächst nicht und erst auf dem Umweg durch die wirtschaftlichen Verluste. Wir müssen aber jeden wirtschaftlichen Zusammenbruch aus einem politischen herleiten. Wie andererseits

in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben. Vgl. Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

1 Im Bürgervereinssaal, von 20.30 bis 22.45 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die laut Vorlage "binnen 3 Stunden restlos ausverkauft" war, nahmen etwa 2.000 Personen teil. Der *VB* berichtet, daß die Versammlung, "besonders stark von Arbeitern, Geschäftsleuten und Fabrikanten besucht" gewesen sei. Den Vorlagen ist ferner zu entnehmen, daß sich seit dem Nachmittag mehrere tausend Personen, denen es nicht gelungen war, eine Eintrittskarte zu erwerben, auf dem Darrplatz vor dem Bürgervereinssaal versammelten. Die Versammlung wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Rudolf Melzer geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 10.9.1931, "Apolda im Zeichen der Anwesenheit Hitlers"; Apoldaer Tageblatt vom 10.9.1931, "Adolf Hitler in Apolda"; VB vom 12.9.1931, "Hitler in Apolda". Ferner Chronik der Stadt Apolda, Apolda o. J., S. 88 f.

3 Gemeint sind der Erste Weltkrieg und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

alle Anstrengungen wirtschaftlicher Natur zwecklos sind, wenn sie nicht auch politisch untermauert werden.

Hitler geht nun auf die Zusammenhänge zwischen

Politik und Wirtschaft

ein, von denen unsere wirtschaftlichen Koryphäen keine Ahnung haben. Die politische Denkkraft des durchschnittlichen Wirtschaftlers geht nicht über die Mauer seiner Fabrik hinaus. Seit Jahren spielt nun schon

der wirtschaftliche Sachverständige

die Hauptrolle bei allen politischen Entscheidungen[5] und *alle sind ausnahmslos durch den politischen Prozeß widerlegt worden.* Hitler verurteilt nun den Begriff der Weltwirtschaft[6], der uns von der Volkswirtschaft wegführe und uns von außerhalb unseres Landes und Bodens befindlichen Faktoren abhängig mache. Es bleibt aber ewig wahr, daß *eine einzige Ernte für unser Volk tausendmal mehr wert ist als irgendeine Anleihe*[7]. (Beifall.) Der Marxismus hat von diesen Bodenwerten weggeführt. Wir müssen uns aber darüber klar werden, daß für das Volksleben

zwei Faktoren entscheidend

sind:

Sein Grundwert an sich und

die Mutter Erde,

auf der sich das Leben abspielt. Von dieser ist der Mensch abhängig.

Darum ist der *Kampf um ausreichenden Lebensraum* immer notwendig. Die Eroberung neuen Bodens und seine Besiedlung (z. B. im Osten)[8], das sind die großen weltgeschichtlichen Ergebnisse, denen gegenüber die Kämpfe zwischen Dynastien als belanglos verschwinden. *Die Erde ist nun einmal begrenzt, aber unbegrenzt ist der Lebenswille eines Volkes.* Aus die-

5 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 wurde die Summe der endgültigen alliierten Reparationsforderungen gegenüber Deutschland nicht fixiert; Artikel 233 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu, der - so Artikel 234 - ab 1.5.1921 "von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands" prüfen solle. Für die Angehörigen der verschiedenen Expertengremien, die im Anschluß über die deutschen Reparationsleistungen berieten, bürgerte sich die Bezeichnung "Sachverständige" ein. So basierte etwa der sog. Young-Plan auf dem "Bericht des auf Grund des Genfer Beschlusses vom 16. September 1928 eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses"; dieser Bericht wurde auch als "Sachverständigenplan" bezeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 987 ff.; RGBl. 1930, II, S. 395 ff. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 8.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

7 Das Deutsche Reich war - nicht zuletzt aufgrund seiner Reparationszahlungen - in einem extremen Maß abhängig von ausländischen Anleihen; insgesamt hatte die kommerzielle Auslandsschuld am Ende des Jahres 1930 eine Höhe von 25,6 Milliarden RM erreicht. Dieser Verschuldung standen entsprechende deutsche Forderungen an das Ausland in Höhe von 9,7 Milliarden RM gegenüber, d. h. die deutsche Nettoverschuldung belief sich damals auf 15,9 Milliarden RM. Von diesen Auslandskrediten hatten Reich, Länder und Gemeinden 4,9, die deutsche Wirtschaft (in Form von Direktkrediten) 11,8 und die deutschen Banken 8,9 Milliarden RM erhalten. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 17 ff., ferner Dok. 2, Anm. 14 und 15 und Dok. 23, Anm. 5.

8 Zur Entwicklung von Hitlers Rußlandbild vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.
Zur zeitgleichen Wiederbelebung ostimperialer Wirtschafts- und Herrschaftskonzepte außerhalb der NSDAP vgl. Müller, Tor, S. 235 ff.

ser Spannung zwischen Lebensraum und Ausdehnungswille entsteht ein notwendiger Kampf. Es ist ein Wahnsinn zu glauben, ein Genfer Völkerbund könne plötzlich heute die Lebensraumgrenze ein für allemal festlegen[9]. Das wäre ebenso lächerlich, wie eine internationale Kommission zur Verhinderung des Mondumlaufs. (Gelächter und Beifall.) Was beherrscht uns denn heute mehr, ein utopistisches Gesetz aus Genf oder unsere deutsche Not? *Ein Volk, das den Kreislauf der inneren Wirtschaft verläßt, beginnt von Faktoren abhängig zu werden, die nicht mehr in seinem Machtbereich stehen.* Die Not ist nun um so größer geworden, als sich durch die fortgesetzte Industrialisierung aller Völker

der Weltabsatzmarkt

für das deutsche Volk verengert [*sic!*]. Auch *Sowjet-Rußland* beginnt jetzt zu exportieren[10], und wir Deutschen exportieren nach Rußland obendrein noch die Maschinen[11], die dem Sowjetstaat die Durchführung des Fünfjahresplans[12] ermöglicht, durch den wiederum Millionen deutscher Arbeiter brotlos werden. Aber die deutsche Wirtschaft freut sich obendrein noch, ohne diese Zusammenhänge zu Ende zu denken, über diesen Export der Maschinen. So sündigen die Kommunisten einerseits, die Herren Wirtschaftler andererseits bewußt oder unbewußt, und

Millionen von Arbeitslosen[13]

sind das Ergebnis der Wirtschaftspolitik von heute. Naturgemäß wird jetzt die *Zollmauerumgürtung* jedes Volkes immer stärker und so wird allmählich die Weltwirtschaft durch diese Zollmauer wieder in Einzelwirtschaften zerlegt[14]. *Um so mehr bleibt entscheidend immer die einzusetzende politische Macht.*

Ein Volk, das diesen Gedanken ablehnt, hat dann auch kein Recht, sich zu beklagen.

Die Arbeit von Millionen von Menschen ist einst nicht ausgegangen von lächerlichen

wirtschaftlichen Theorien,

sondern allein von den

Ergebnissen auf den Schlachtfeldern.

---

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 46.

10 Hatte Rußland im Jahr 1913 Güter im Wert von 1.192 Millionen Rubel exportiert, so betrug der Gesamtexport 1921 nur noch 15,8 Millionen Rubel, auch weil dieser seit 1920 unter Kontrolle des Volkskommissariats für den Außenhandel stand. 1929 belief sich der sowjetische Gesamtexport - im Vordergrund standen Agrarprodukte und Rohstoffe - auf 742,3 Millionen Rubel. In Folge des Fünfjahresplans stieg dieser 1930 auf 812,7 Millionen Rubel, fiel jedoch - verursacht durch die damit verbundenen Schwierigkeiten und die katastrophalen Folgen der sog. Kollektivierung der Landwirtschaft - 1931 auf 636,1, 1932 auf 450,8 Millionen Rubel. Vgl. Michael Gotthelf, Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918-1978, Frankfurt a. M. 1979. Zahlen S. 57, 104.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 4.

14 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

Weltmärkte werden nun einmal mit dem Schwerte offengehalten. Wenn Clemenceau [15] von 20 Millionen Deutschen spricht, die wir zuviel hätten [16], wir aber als Deutsche wollen, daß 65 Millionen [17] leben und sich entwickeln sollen, dann muß eben Deutschland in die Lebenssphäre anderer Völker eingreifen, oder es geht zugrunde. Du Marxist oder Pazifist, leugne doch nicht, daß überall im Universum

Kraft und Energie regieren.

Leugnest du das, so änderst du dies Gesetz im Universum nicht, aber du verzichtest dann auf dein Leben. Von der Wiedergewinnung der Macht und Kraft unseres Volkstums hängt alles ab.

Hitler geht nun, wie in seiner Geraer Rede [18], von höchster Warte dazu über, die *Voraussetzungen* aufzuzeigen, die für die innere Gestaltung der Kraft und die Auffindung der inneren Lebensgesetze nötig sind.

Es handelt sich gar nicht um die Waffen, sondern um den Willen, um die willensmäßige Einheit des Volkes. *Aus dieser werden die Waffen kommen. Es kommt immer auf den Träger der Waffen an.* (Stürmischer Beifall.) Es handle sich darum, einen Volkskörper zu schaffen, der seinen ganzen inneren Aktivismus nach außen wenden kann. Das kann erst geschehen, wenn der innere Riß geschlossen wird. Nur so konnte sich damals, 1914, die ganze Kraft nach außen wenden. Der heutige Zwiespalt aber in unserer Nation verbraucht alle Kraft nach innen, und die heutigen Machthaber und die lieben Bürgerlichen wollen gar keine Entscheidung, predigen lieber Ruhe und Ordnung. In Wirklichkeit heißt das Friedhofsruhe und langsame Zersetzung. *Es muß erst wieder ein deutsches Volk erzeugt werden, dann erst kann es Geschichte machen.*

Hitler rechnet nun mit Sozialdemokraten und Bürgertum ab, die längst *steril* geworden seien, und erkennt als die einzigen kampffähigen Gegner Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten wollen

das Volk an sich

und haben die Kräfte erkannt, die zum Siege führen müssen. *Mit einem Fuß in Deutschland und mit dem zweiten in Genf [19] oder Moskau [20] zu stehen, ist verrückt. Das heutige System sollte sich nicht einbilden, mit Notverordnungen kommen zu können [21], wo sich Völkerschicksale entscheiden.* In diesen Notverordnungen finden wir allerhand Gedanken von uns, die sich

---

15 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitschrift *L'Aurore*, 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

16 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch *L'Allemagne ennemie* von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop." Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

18 Am 6.9.1931. Druck: Dok. 25.

19 Artikel 7 der Völkerbundssatzung bestimmte Genf zum Sitz des Völkerbunds. Druck: RGBl. 1919, S. 723.

20 Anspielung auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sog. Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

21 Zur verfassungsrechtlichen Problematik des Brüningschen Präsidialkabinetts vgl. Dok. 2, Anm. 13.

hier Leute aneignen, die gar nicht die Kraft zu ihrer Durchführung haben. Wir müssen heute den Begriff Nation fanatisch vertreten. Die Spaltung ist einst von obenher erfolgt.

Der Standesdünkel

oben mußte den Klassenkampf erzeugen.

Der Wahn, daß man auf der Wirtschaft ein Volk aufbauen könne, müsse zerstört werden. So viele meinten, daß Idealismus nichts vermöchte. Dennoch marschieren heute Hunderttausende SA[22], und aus ihren Augen leuchtet der Glaube an Deutschlands Zukunft. Was das zu sagen hat? Mehr als alle Notverordnungen. Hitler geht dann mit dem *Standesdünkel* ins Gericht. Der Beamte dünke sich mehr als der Schlosser und so weiter. Gewiß war vielleicht sein Vater schon Beamter, vielleicht auch sein Großvater, aber schließlich gab es eine Zeit, wo es so viele Beamte noch gar nicht gab (Beifall und Gelächter) und wo ein deutscher Handwerker in der Ahnenreihe steht. *Die Erbmasse und das Blut entscheiden. Über allen Berufen gibt es noch einen Wert: der Mann.* Das ist die große Erfahrung des Weltkrieges: Der Manneswert hat den Krieg geführt. Wir müssen auch wieder Ehrfurcht vor der Geschichte haben. *Ich lasse mir die Großen meines Volkes nicht rauben.*

Ich bekenne mich als Deutscher und bin stolz darauf, daß ich es bin!

Die großen Leistungen der Vergangenheit sind die Maßstäbe. Aber der Marxismus will ja die geschichtlichen Maßstäbe ausrotten, um die eigene Kleinheit nicht erkennen zu lassen. Ich baue auf mein Volk und seine Kraft, ich plädiere auf das Recht der Selbstbehauptung und will keine Botschafterkonferenz[23],

ich glaube an die Solidarität der deutschen Nation! (stürmischer Beifall)

und an die Zukunft, die uns durch diese Kraft wieder eröffnet wird.

Ich stehe vor Ihnen nicht als Mann einer weltfremden Theorie, sondern als Mann der größten Organisation, die aus diesem Gedanken erwachsen ist. *Die Wirtschaft wird in wenigen Monaten zugrunde gegangen sein, aber der ideale Glaube unserer Bewegung wird als hochragender Pfeiler der deutschen Kraft bestehen bleiben.*

Wer mich fragt, ob ich es denn schaffen werde, dem kann ich nur antworten: Wer diese gewaltige Organisation von 600.000 Mitgliedern[24] und 10 Millionen Anhängern[25] aus dem Chaos schaffen konnte, der wird es eher fertigbringen, den Staat neu zu organisieren als die heutigen Machtträger, die nicht eine einzige Organisation haben schaffen können. Und wenn die Herren Gegner spottend behaupten, wir hätten ja so viele Buben in unseren Reihen[26], dann sage ich, Gottlob, daß wir sie haben. *1914 sind deutsche Buben Helden gewesen*[27]. Gerade ich

---

22 Vgl. Dok. 2, Anm. 54.

23 Die seit 1920 bestehende Pariser Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums befaßten sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Aufgrund der Veränderungen in der internationalen Politik trat die Konferenz seit ihrer 327. Sitzung am 12.1.1931 jedoch nicht mehr zusammen, ohne daß ein offizieller Auflösungsbeschluß gefaßt worden wäre. Vgl. Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

24 Im August 1931 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 600.000 vergeben, im Oktober 1931 die Nummer 650.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Ferner Dok. 2, Anm. 61.

25 Vgl. Dok. 2, Anm. 62.

26 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

versuche ja in meinen Reihen aus ihnen deutsche Männer zu machen. Bei wem das Herz spricht, der trete ein in die junge deutsche Volksarmee. Wir wollen aber keine überredeten Menschen, sondern nur überzeugte. Hitler schließt seine gewaltige Rede mit den Worten: *Wenn die Großen unserer Vergangenheit heute auferstehen würden, ich weiß, sie stünden heute bei uns* [28]*!*

15. September 1931 Dok. 30
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.9.1931.

Der Gauleiter Adolf *Ehrecke* [1], Saarbrücken, wurde infolge seiner Tätigkeit für die Partei [2] aus dem Saargebiet ausgewiesen und hat mich infolgedessen um Enthebung von seinem Amte als Gauleiter gebeten [3]. Ich genehmige unter diesen Verhältnissen das Rücktrittsgesuch des Pg. Ehrecke und danke ihm für seine unter schwierigen Verhältnissen der Bewegung geleisteten Dienste.

München, den 15. September 1931

Adolf *Hitler*

---

27 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren in Deutschland die Jahrgänge bis 1893 vollständig gemustert und teilweise eingezogen. Unabhängig davon bestand die Möglichkeit, sich vom 17. Lebensjahr aufwärts freiwillig zum Militärdienst zu melden, obwohl es mitunter vorkam, daß selbst 15jährige an der Front waren. Ab 1915 gingen die Musterungskommissionen dazu über, nicht nur die 20jährigen, sondern auch die 19- und 18jährigen (Jahrgang 1896 und 1897) zu mustern, den Jahrgang 1897 jedoch erst ab Frühjahr 1916 einzuziehen. Als jüngster Jahrgang wurde bis Kriegsende der Jahrgang 1900 zu $^2/_3$ eingezogen. Vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums. Bd. III: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934, S. 15 ff.

28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Adolf Ehrecke (1900-1980), Studienassessor in Schweinfurt, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gauleiter des Gaues Saar, seit 1933 als Schulrat an verschiedenen Schulen tätig, 1942 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Görlitz (Niederschlesien), 1944 mit dem Schulaufsichtsdienst für Volksschulen und mittlere Schulen beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete beauftragt.

2 Am 4.12.1926 hatte die Regierungskommission des Saargebiets die Gründung einer "NSDAP des Saargebietes" genehmigt, während die reichsdeutsche NSDAP im Saarland weiterhin verboten blieb. Dennoch betrachtete die Reichsleitung der NSDAP den Gau Saar als Teil ihrer Partei (vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 16). Das geringe öffentliche Echo, Personalauseinandersetzungen, finanzielle Schwierigkeiten und die mäßige Unterstützung aus München für die formal von der Reichsleitung unabhängige Organisation führten zu einer Parteikrise, so daß Hitler die Partei am 19./20.5.1929 offiziell auflöste (vgl. Bd. III/2, Dok. 39). Am 31.7.1929 beauftragte Hitler Ehrecke mit der Reorganisation der Partei, die sich jetzt "NSDAP Gau Saar" nannte. Vgl. Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987, S. 44 ff.

3 Wegen seiner aggressiven Propaganda und der sie begleitenden Gewalttätigkeiten der saarländischen NSDAP war Ehrecke am 31.3.1931 aus dem Schuldienst entlassen, am 20.6.1931 aus dem Saargebiet ausgewiesen worden. Nachfolger wurde der stellvertretende Gauleiter Karl Brück. Vgl. Paul, NSDAP des Saargebietes, S. 52 f., 180 sowie IfZ, Fa 223/8, Personalakte Adolf Ehrecke.

15. September 1931 Dok. 31
Rede auf SA-Gruppenführer-Tagung in München [1]

Anlage zum Bericht Nr. VI/N 1577/31 der Polizeidirektion München an das Reichsministerium des Innern vom 7.10.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP: Bewegung, Entstehung, Ziele und Mittel, Bd. 3, 26067 [2].

Adolf Hitler begrüßte um 10 Uhr vormittags des 15. September [*19*]31 die sämtlichen erschienenen Persönlichkeiten mit dem Hinweis, daß nur sehr selten eine Tagung in diesem Rahmen stattfinden könne und daß er sich freue, einmal alle wichtigen Führer der Bewegung beisammen zu haben. Er leitete gleich über auf die Besprechung über die politische Lage, die aber nichts wesentlich Neues ergab. Er erwähnte, daß zur Zeit in ganz Deutschland, am stärksten aber in Bayern, der Polizeiterror herrsche [3]. Er müsse leider zugeben, daß viele polizeilichen Maßnahmen auf die Fehler von Unterführern zurückzuführen seien, für die man ihn selbst nicht verantwortlich machen könne [4]. Aber das sei nicht so schlimm. Die Erfahrung habe gezeigt, daß das behördliche Vorgehen gegen die Partei einen geistigen Zuwachs [*sic!*] für dieselbe bedeute. Es sei unmöglich, aus einem Menschen, der innerlich Nationalsozialist sei, durch Versammlungs- oder Zeitungsverbote einen Sozialdemokraten oder einen Zentrumler [*sic!*] zu machen. Der Betreffende bleibe immer Nationalsozialist. Man habe in Deutschland jahrelang

1 In der Reichsführerschule der NSDAP, Schwanthalerstraße 68, nach 10.00 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Vor Hitler sprach der Stabschef der SA Ernst Röhm über die Lage der SA.
Mit Schreiben Nr. 5118/31 vom 28.8.1931 hatte Röhm alle Gruppenführer der SA sowie die selbständigen Untergruppenführer Groß-Berlin und München-Oberbayern zu der Besprechung eingeladen. Als Themen nannte das Schreiben: "Die politische Lage, besondere Maßnahmen im Falle von Unruhen, Ausbau von SA und SS, Erfahrungen der Reichsführerschule, Verhältnis zur Hitlerjugend, Zusammenwirken mit NSKK, SA-Zeitung, Verhältnis zum Stahlhelm, Einzelfragen." Ein Abdruck des Schreibens ging an alle übrigen Spitzen der NSDAP. Parallel hierzu hatte MdR und Reichsorganisationsleiter I der NSDAP, Gregor Straßer, mit Rundschreiben vom 4.9.1931 alle Gauleiter zu einer Besprechung eingeladen, die am selben Tag um 9.00 Uhr im Braunen Haus begann. Nach Polizeiangaben nahmen 27 SA-Führer aus ganz Deutschland an der Versammlung teil, ferner "etwa 80-90 Gauleiter aus Deutschland", worunter vermutlich auch die stellvertretenden Gauleiter zu rechnen sind, sowie Teile der Reichsleitung der NSDAP. Am 16.9.1931 wurde die Besprechung im Sitzungssaal des Braunen Hauses von 9.30 bis 11.00 Uhr fortgesetzt, wobei sie - so die Vorlage - "mit verschiedenen Einzelfragen ganz untergeordneter Bedeutung ausgefüllt" wurde. "Von 11-13 Uhr besprachen sich die einzelnen Referenten untereinander in Form eines zwanglosen Gedankenaustausches." Für die Zeit von 13.00 bis 16.00 Uhr lud Hitler alle Teilnehmer der Tagung in das Restaurant *Osteria* ein.

2 Die Vorlage enthält auch eine Abschrift des Schreibens OSAF Nr. 5118/31 vom 28.8.1931.
Vgl. auch Rundschreiben des Reichsorganisationsleiters I der NSDAP an alle Gauleiter und den Landesleiter von Österreich vom 4.9.1931; BA, NS 20-123. Bericht Nr. VI a F 1874/31 der Polizeidirektion München vom 15.9. 1931; StA München, Polizeidirektion München 6735. Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin Nr. I^{7} 42^{02}/24.9. an den preußischen Minister des Innern vom 5.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310. Lagebericht Nr. 105 der Polizeidirektion München vom 23.10.1931; StA München, Polizeidirektion München 6827. Ferner die standardisierte Pressemitteilung z. B. in: Der Nationalsozialist vom 19.9.1931, "Die Führertagung"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 19.9.1931, "Auftakt zur Winteroffensive"; Niedersächsischer Beobachter vom 26.9.1931, "Reichsführer-Tagung".

3 Offenbar eine Anspielung auf das Uniformverbot in Bayern (vgl. Dok. 2, Anm. 58 und Dok. 4, Anm. 3 und 7), die Besetzung des Braunen Hauses (vgl. Dok. 4 und 6) sowie den Erlaß der Polizeidirektion München vom 11.7.1931, den *Völkischen Beobachter* - Bayern-Ausgabe und Reichs-Ausgabe - bis 2.8.1931 zu verbieten. Vgl. VB vom 11.7.1931, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'".

4 Vgl. z. B. Dok. 18.

die KPD niedergehalten[5]. Man habe ihre Versammlungen und ihre Presse verboten. Bei der letzten Reichstagswahl stellte sich aber heraus, daß die Anhängerschaft der KPD dadurch nicht geringer geworden sei[6]. In München allein hätten über 30.000 Einwohner kommunistisch gewählt[7], obwohl die Kommunisten während der Wahlzeit kaum eine einzige richtige Massenversammlung zustandebrachten[8]. Und so sei es auch mit dem Nationalsozialismus. Man könne jetzt durch Notverordnungen auch noch die Wahlen hinausschieben[9]; man könne die Presse und die Versammlungen verbieten. Die Nationalsozialisten bleiben deshalb doch die gleichen. An einem wesentlichen Zuwachs der Parteimitglieder brauche es gar nicht mehr gelegen sein[10]. Die Partei sei in der Lage, sich trotz Verboten zu finanzieren[11], und es bestünde kein Interesse daran, eine zu breite Masse als Mitglieder zu gewinnen, weil erfahrungsgemäß viele unlautere Elemente dabei seien. Die Partei wolle die ruhige Zeit dazu benützen, sich selbst innerlich zu stärken und zu reinigen und im Kleinen und an jedem einzelnen Parteigenossen für die Zukunft zu arbeiten. Der Tag, an dem der Nationalsozialismus siegen würde, der komme ganz von selbst. Ob er nun durch Notverordnungen um einige Monate hinausgeschoben würde, spiele keine Rolle. Bisher sei alles so eingetreten, wie die Nationalsozialisten es vorausgesagt hätten. Und mit einer ganz natürlichen Sicherheit müsse auch der Tag kommen, an dem das heutige System seine Niederlage erleiden würde.

Hitler kam dann auf das Verhalten bei Ausbruch von Unruhen zu sprechen. Er äußerte sich hierüber außerordentlich vorsichtig. Es sei möglich, daß die kommende schwere Zeit schwere Unruhen mit sich brächte. Die Nationalsozialisten müßten vorsichtig sein, um sich nicht aus ihrer Reserve herauslocken zu lassen[12]. Unruhen wirtschaftlicher Art müßte die Regierung selbst be-

---

5 Die Rechtsprechung der Weimarer Republik behandelte die KPD seit Mitte der 20er Jahre als hochverräterische Organisation, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Bereits am 10.5.1929 war der Rote Frontkämpferbund verboten worden, so daß die KPD - im Gegensatz zu anderen Parteien - zumindest offiziell über keinen Wehrverband verfügte. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178, 354 ff.; Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975, S. 223 ff.

6 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatten 3.264.793 Wahlberechtigte (10,6%) KPD gewählt, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 563; 1931, S. 546 f.

7 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt die KPD in München 40.169 Stimmen, was 10,1% der Wahlberechtigten entsprach. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930, S. 563 ff.

8 Zur Rolle der KPD bei den bayerischen Wahlen vgl. Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 1-286, hier S. 30 ff.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 29, Anm. 24.

11 Zur Finanzierung der NSDAP vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

12 Hitler hatte dem italienischen Konsul in München Capasso Torre am 20.6.1931 mitgeteilt, daß er jegliche Putschversuche entschieden ablehne; die NSDAP hätte sich dann nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit der Reichswehr auseinanderzusetzen. Die offiziellen Verlautbarungen der NSDAP betonten erst recht ihren Willen, die Macht auf "legalem" Weg zu erobern. Obwohl die politische Praxis, insbesondere an der Parteibasis, oft anders ausfiel, war Hitler nach der Erfahrung des gescheiterten Putschs im November 1923 nicht bereit, seine - letzten Endes maßgebliche - Strategie einer Legitimierung seines Machtanspruchs durch Wahl-

kämpfen. Es sei aber auch möglich, daß die Unruhen rein politischer bzw. kommunistischer Art seien. In diesem Falle könne man der Regierung, wenn sie dieser Unruhen nicht selbst Herr wird, sehr wohl beispringen. Aber dabei müßten die Nationalsozialisten Obacht geben, daß sie nicht nur die Kastanien aus dem Feuer holen. Darüber lasse sich aber, wie gesagt, heute noch nichts sagen. Auf keinen Fall würden die Nationalsozialisten irgendeinen unüberlegten Schritt tun. Die Heimwehr [13] in [*der*] Steiermark habe es wieder deutlich erwiesen [*sic!*], daß es unmöglich sei, auf illegalem Wege etwas Erfolgreiches zu unternehmen [14]. Die Partei müsse auf dem legalen Weg bleiben, der überhaupt augenblicklich der einzig sichere sei [15]. (Die sämtlichen SA-Führer waren mit diesen Ausführungen sichtlich einverstanden, denn sie spendeten lebhaften Beifall.) [16]

---

erfolge aufzugeben. Die Politik der damaligen Reichsregierung sowie die Entscheidungspraxis der Rechtssprechung orientierten sich deshalb, ungeachtet aller Zweifel und Schwankungen, an Hitlers immer wieder bekundetem Legalitätswillen. Während der Jahre 1925 bis 1933 wurde der Status der NSDAP als der einer legalen Partei reichsweit nicht infragegestellt. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 231 f. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 19 sowie Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

13 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie, die seit 1930 zur Spaltung der Heimwehr in einen legalistischen und einen putschistischen Flügel führte. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

14 In der Nacht vom 12. auf 13.9.1931 hatte der damalige Bundesführer der Heimwehr Walter Pfrimer der steirischen Heimwehr das Signal zum Putsch gegeben. Daraufhin besetzten Heimwehrformationen mit insgesamt 14.000 Bewaffneten fast die gesamte Obersteiermark, verhafteten zahlreiche Personen und errichteten Straßensperren. Doch war bereits am nächsten Tag abzusehen, daß sich die Heimwehr in den übrigen österreichischen Bundesländern dem Hochverratsunternehmen nicht anschließen würde. Nachdem auch jede Unterstützung durch den staatlichen Machtapparat und eine militärische Hilfe durch Ungarn ausgeblieben war, brach der "Operettenputsch" noch am selben Tag zusammen, und Pfrimer floh ins Ausland. Trotzdem gaben die österreichischen Streitkräfte und Behörden ihre wohlwollende Neutralität nicht auf. Pfrimer, der kurz darauf nach Österreich zurückkehrte, wurde am 18.12.1931 vom Grazer Schwurgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Vgl. Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien 1972, S. 107 ff.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 19.

16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Nach Hitler sprachen SA-Gruppenführer Franz Ritter von Hörauf über die Situation der SA, SA-Gruppenführer Hans Georg Hofmann zur Frage des Grenzschutzes, der Korpsführer des NSKK, Adolf Hühnlein, über das NSKK sowie SA-Gruppenführer Kurt Kühme über die Reichsführerschule.
Vgl. ferner das Schreiben Nr. VI/N 2325/31 des Polizeipräsidiums München an das Polizeipräsidium Berlin vom 14.1.1932, in dem Hitlers Rede wie folgt geschildert wird: "Hitler sprach sodann über die Kurfürstendammausschreitungen in Berlin und gab hierbei zu, daß die S.A.-Führung in den Großstädten bei der nun politisch einmal bedingten langsamen Entwicklung der Partei oft in die Lage versetzt werde, etwas zu unternehmen, was geeignet sei, die revolutionäre Stimmung der Leute zu befriedigen. Diese Unternehmungen müßten sich aber in Formen abwickeln, die die nach außen legale Politik der N.S.D.A.P. nicht in Gefahr brächten. Die Partei dürfe durch ein solches Vorgehen nicht belastet werden. Für die S.A.-Führer sei es in solchen Fällen selbstverständlich, daß sie sich schützend vor die Partei stellten und eine Verbindung etwaiger Vorfälle mit der Partei grundsätzlich ableugneten sowie, wenn es keine anderen Wege gäbe, die Verantwortung für die Vorfälle selbst auf sich nähmen. Die betreffenden S.A.-Führer müßten weiterhin verstehen, daß die Partei nach solchen Vorfällen selbstverständlich von den betroffenen S.A.-Führern öffentlich abrücken und sie demonstrativ fallenlassen müßte. Sie könnten aber gewiß sein, daß die Partei ihre Verdienste nicht vergessen und sie im geeigneten Augenblick in ihre Ämter wiedereinsetzen würde." StA München, Polizeidirektion München 6808.

16. September 1931 Dok. 32
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1931.

Pg. Karl *Lenz* [1], M.d.R., wird mit sofortiger Wirkung mit der Führung des Gaues Hessen-Darmstadt [2] beauftragt [3].

München, den 16. September 1931

Adolf *Hitler*

16. September 1931 Dok. 33
Anordnung

Druck: Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 71 f.

Ich, Adolf *Hitler*, als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins, eingetragener Verein in München [1], erteile hiermit dem Reichsschatzmeister des genannten Vereins, Herrn

Stadtrat Franz Xaver Schwarz

in München, Schellingstraße 50/0,

Vollmacht,

den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein in allen seinen Vermögensangelegenheiten in jeder Weise zu vertreten [2].

---

1 Karl Lenz (1899-1944) 1916 Kriegsfreiwilliger, 1920 Lehrer in Heidelberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1925 SA-Führer in Heidelberg, 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Eichtersheim, dann Kreisleiter in Sinsheim-Wiesloch, 1927-1931 Gaupropagandaleiter der NSDAP und stellvertretender Gauleiter des Gaues Baden, 1928 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1929/30 MdL in Baden, 1930-1933 MdR, 1931/32 MdL in Hessen-Darmstadt, 1931/32 Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt, 1934 Aberkennung aller politischen Ämter für den Zeitraum von drei Jahren, 1935 Lehrer in München, 1936 Bezirksschulrat, 1943 Sturmbannführer der Waffen-SS, Geschäftsführer der Firma Deulag in Belgien.

2 Der Gau Hessen-Darmstadt wurde 1927 aus dem Gau Hessen-Nassau-Süd ausgegliedert; im Dezember 1932 wurde das Gebiet wieder Teil des Gaus Hessen-Nassau-Süd.

3 Die Politik der NSDAP im Gau Hessen-Darmstadt wurde nicht nur durch schwere innere Differenzen behindert, sondern auch durch die Gegensätze zu den beiden anderen "hessischen" Gauen der NSDAP, Hessen-Nassau-Süd und Hessen-Nassau-Nord. Zur Reorganisation der Partei war erst am 9.1.1931 Peter Gemeinder zum Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt ernannt worden, doch war dieser am 30.8.1931 an einem Herzschlag gestorben. Vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 182 ff.

1 Druck der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 und vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

2 Das Ressort des Reichsschatzmeisters wurde mit dieser Anordnung aus der Politischen Organisation der NSDAP formal ausgeklammert und Hitler direkt unterstellt. Schwarz verschaffte dies einen ungewöhnlich gro-

Der Bevollmächtigte darf die Vollmacht zwar nicht in ihrem ganzen Umfange, jedoch in einzelnen Beziehungen, insbesondere soweit ein Geschäftsanteil des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Betracht kommt, auf einen anderen übertragen, auch die übertragene Vollmacht widerrufen.

Von den Beschränkungen des § 181 BGB.[3] ist der Bevollmächtigte befreit.

München, den 16. September 1931

Gez.: Adolf *Hitler*[4]

17. September 1931 Dok. 34
"Führertugend"
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 15; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Redetext nicht ermittelt.

ßen Handlungsspielraum bei seinen zahlreichen Kompetenzkonflikten mit den Gauleitern, aber auch den übrigen Organen der Reichsleitung der NSDAP. Vgl. ferner Dok. 22.
Zur Tätigkeit von Schwarz vgl. Ulf Lükemann, Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, Diss. phil., München 1963; Diether Degreif, Franz Xaver Schwarz. Das Reichsschatzmeisteramt der NSDAP und dessen Überlieferung im Bundesarchiv. In: Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms. Hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg, Boppard a. Rh. 1989, S. 489-503.

3 § 181 BGB lautet: "Ein Vertreter kann, soweit nicht ein anderes ihm gestattet ist, im Namen des Vertretenen mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft nicht vornehmen, es sei denn, daß das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht." Druck: Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Ergänzungsbestimmungen, München [35]1936, S. 40.

4 Folgt notarielle Beglaubigung.

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.30 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.

2 Während des IV. Lehrgangs, der vom 6.9.-27.9.1931 dauerte.

18. September 1931 Dok. 35
"Sozialismus"
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I7 (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 16; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Redetext nicht ermittelt.

21. September 1931 Dok. 36
Erklärung

VB vom 23.9.1931, "Zum Trauerfall in der Familie des Führers".

Sie bringen in Ihrer Nummer vom 21. September 1931 unter der Überschrift "Eine rätselhafte Affäre" eine Darstellung des unglücklichen Ereignisses in meiner Familie, die in wesentlichen Punkten unrichtig ist[1].

---

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.30 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.

2 Während des IV. Lehrgangs.

1 Unter der Überschrift "Eine rätselhafte Affäre. Selbstmord der Nichte Hitlers" meldete die *Münchener Post* am 22.9.1931 u. a.: "In einer Wohnung am Prinzregentenplatz hat sich eine 23jährige Musikstudierende, eine Nichte Hitlers, *erschossen.* Das Mädchen hatte schon seit zwei Jahren ein möbliertes Zimmer in einer Wohnung auf der gleichen Etage inne, auf der sich Hitlers Wohnung befand. Was die Studentin in den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt. Es handelt sich um Angela *Raubal*, die Tochter der Stiefschwester Hitlers. [...] Am Freitag, 18. September, kam es zwischen Herrn *Hitler* und seiner Nichte wieder einmal zu einer heftigen Auseinandersetzung. Was war die Ursache? Die lebenslustige, 23jährige, musikstudierende Geli wollte nach Wien reisen, sie wollte sich verloben. Hitler war entschieden dagegen. Darüber gab es unter den beiden immer neuen Streit. Nach einem heftigen Auftritt verließ Hitler seine Wohnung, Prinzregentenplatz 16/II. Am Samstag, 19. September, wurde bekannt, daß Fräulein Geli in der Wohnung, mit der Schußwaffe Hitlers in der Hand, *erschossen aufgefunden* wurde. Das Nasenbein der Toten ist zertrümmert, die Leiche trug auch noch andere schwere Verletzungen. Aus einem Brief an eine in Wien wohnende Freundin geht hervor, daß Fräulein Geli die feste Absicht hatte, nach Wien zu gehen. Zur Absendung des Briefes kam es nicht mehr. Die Mutter des Fräuleins, eine Stiefschwester des Herrn Hitler, wohnt in Berchtesgaden; sie wurde nach München gerufen. Herren aus dem Braunen Hause haben dann beraten, was als *Ursache* des Selbstmordes veröffentlicht werden soll. Man einigte sich darauf, den Tod Gelis mit *unbefriedigten künstlerischen Leistungen* zu begründen. Dabei wurde auch die Frage erörtert, wer, wenn irgend etwas passiere, der eventuelle Vertreter Hitlers sein solle. Es wurde Gregor *Straßer* genannt, der nun wieder vollkommen gesund und jetzt ein eifriger Schwimmer und Turner sein soll. Als Ursache, warum die Polizei in die Wohnung Prinzregentenplatz 16/II gekommen ist, wurde im Braunen Haus angegeben, daß die Polizei Haussuchung nach einem Geheimbefehl gehalten habe."

Ich fordere Sie daher auf Grund § 11 des Pressegesetzes[2] auf, in Ihrer nächsten Vollausgabe folgende Berichtigung an der gleichen Stelle mit den gleichen Drucklettern zu bringen:

"Berichtigung

1. Es ist *unwahr*, daß ich mit meiner Nichte Angelika Raubal[3] 'immer neuen Streit' bzw. 'eine heftige Auseinandersetzung' am Freitag, den 18. September 1931 oder vorher hatte.

Wahr ist, daß ich mit meiner Nichte keinerlei Streit oder Auseinandersetzung hatte[4].

2. Es ist *unwahr*, daß ich 'entschieden dagegen war', daß meine Nichte nach Wien reise.

Wahr ist, daß ich niemals gegen die geplante Reise meiner Nichte nach Wien war.

3. Es ist *unwahr*, daß sich meine Nichte in Wien verloben wollte oder daß ich gegen eine Verlobung meiner Nichte irgendetwas hatte.

Wahr ist, daß meine Nichte, von der Sorge gequält, die zu einem öffentlichen Auftreten nötigen Anlagen doch nicht zu besitzen, nach Wien fahren wollte, um dort bei einem ersten Stimmpädagogen ihre Stimme neuerdings prüfen zu lassen.

4. Es ist *unwahr*, daß ich meine Wohnung am 18. September 1931 'nach einem heftigen Auftritt' verließ.

Wahr ist, daß keinerlei Auftritt gewesen war und keine Erregung herrschte, als ich meine Wohnung an diesem Tage verließ[5].

München, den 21. September 1931

gez.: Adolf *Hitler"*

---

2 § 11 des Reichspreßgesetzes vom 7.5.1874 legte u. a. fest: "Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer betheiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben beschränkt." Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893, S. 186.

3 Angelika (Geli) Raubal (1908-1931), 1927 Abitur an der Staats-Realschule in Linz, Immatrikulation an der Universität München als Studentin der Medizin, seit 1928 Gesangs- und Musikausbildung im Gesangsstudio Streck, München, 1929 Umzug in Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16/II, 18.9.1931 Selbstmord. Vgl. Todes-Anzeige des Standesamts München II für Angela Raubal vom 22.9.1931; StA München, Amtsgericht München, TA 716.

4 Der direkte Anlaß für den Selbstmord Geli Raubals ist ungeklärt, wie auch über ihr Verhältnis zu Hitler Unterschiedliches kolportiert wird. Manches spricht dafür, daß das junge Mädchen Hitlers Geliebte war, möglicherweise auch zu anderen Männern Beziehungen hatte. Sicher ist, daß Hitler in der ihm zwanghaften Art mehr und mehr in ihr Leben einzugreifen und es zu reglementieren suchte, so daß Spannungen und Differenzen in dieser ungleichen wie - unter verschiedenen Aspekten - belasteten Beziehung nicht ausblieben. Kein Zweifel besteht auch daran, daß die Bedeutung dieser Nichte für Hitlers Biographie nicht hoch genug zu bewerten ist: Ihr Suizid ist als "eines der Schlüsselereignisse seines individuellen Lebens" (Fest) zu deuten. Vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 446 ff.; Christa Schroeder, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985, S. 153 ff., 234 ff., 296 f.; Frauen um Hitler. Nach Materialien von Henriette von Schirach, München 1983, S. 44 ff. Ernst Hanfstaengl schreibt in seinen Erinnerungen, der bayerische Justizminister Franz Gürtner habe dafür gesorgt, daß Polizei und Staatsanwaltschaft im Fall Raubal ihre Ermittlungen nicht weitergeführt hätten. Vgl. Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 240 f.

5 Kurz nach der Beerdigung von Geli Raubal am 23.9.1931 besuchte Hitler ihr Grab auf dem Wiener Zentralfriedhof. Laut Bericht der Bundes-Polizeidirektion Wien vom 26.9.1931 hatte Hitler seine Einreisegenehmi-

Ich mache Sie auf die gesetzlichen Folgen einer Unterlassung der Wiedergabe dieser Berichtigung ausdrücklich aufmerksam [6].

Hochachtungsvoll!

gez.: Adolf *Hitler* [7]

24. September 1931 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [1]

Hamburger Nachrichten vom 25.9.1931, "'Erlösung Deutschlands aus eigener Kraft!' Drei Massenversammlungen der Nationalsozialisten" [2].

Wenn ich seit 12 Jahren in Deutschland meine Aufgabe verfolgt und in meinen Voraussagen recht behalten habe, so liegt das daran, daß ich mich nicht beirren ließ durch zeitliche Ereignisse und Schwankungen. Ich habe stets die großen Gesetzmäßigkeiten in der geschichtlichen

---

gung für die Beerdigung selbst nicht wahrgenommen. Am 26.9.1931 wurde jedoch sein Auto bei der Einreise nach Österreich beobachtet. Dieses sei um etwa 10 Uhr vor dem Zentralfriedhof vorgefahren. Hitlers Fahrer Julius Schaub habe dort "einen Erlaubnisschein zum Einfahren in den Friedhof" erwirkt, um 10.30 Uhr habe das Auto den Friedhof wieder verlassen. Bericht Pr. Zl. IV-4367/Zl. der Bundes-Polizeidirektion Wien vom 26.9.1931 (Abschrift); Polizeidirektion Wien, Archiv.

6 Druck von Hitlers Erklärung: Münchener Post vom 22.9.1931, "Eine rätselhafte Affäre. Selbstmord der Nichte Hitlers".

7 In der Vorlage wird Hitlers Erklärung kurz eingeleitet und abschließend wie folgt kommentiert: "Eine dem Inhalt dieser Berichtigung des Führers entsprechende Erklärung hat, wie wir hören, auch die Mutter der so unglücklich aus dem Leben Geschiedenen abgegeben. Im übrigen ist amtsärztlich festgestellt, entgegen den Behauptungen der 'Münchener Post', daß das Nasenbein der Verunglückten nicht verletzt war und daß die Leiche keine über die Schußfolgen hinausreichenden Verletzungen irgendwelcher Art aufwies."

1 In den Sagebielsälen, nach 20.30 Uhr. Die überfüllte Versammlung, an der 10.000 (*Schleswig-Holsteinische Tages-Zeitung*: 12.000) Personen teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Karl Kaufmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprach MdR Hermann Göring. Parallel hierzu veranstaltete die NSDAP zwei weitere Versammlungen in Bans Gesellschaftshaus und im Conventgarten, auf denen jeweils Göring sowie MdR und Gauleiter Bernhard Rust bzw. MdR und Gauleiter Josef Wagner sprachen. Hierzu berichtet die Vorlage: "Hitler erschien nicht in den beiden Nebenversammlungen, da er - wie mitgeteilt wurde - erkrankt war und Fieber hatte."
Vgl. ferner BA, NL Krebs/1, Tagebucheintrag vom 24.9.1931: "Am Abend Hitler-Versammlung. Hitler sieht sehr angegriffen aus, spricht aber sehr gut."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 25.9.1931, "Hitler in Hamburg"; Hamburger Fremdenblatt vom 25.9.1931, "Die Nationalsozialisten"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 26.9.1931, "Adolf Hitlers letzter Appell"; VB vom 26.9.1931, "'Unterliegt Deutschland heute, so verliert nicht ein König seine Krone, sondern Millionen ihr Brot!'"; Bildbericht in Illustrierter Beobachter vom 17.10.1931, "Zum nationalsozialistischen Wahlsieg in Hamburg". Ferner Polizeidirektion Hamburg/Nachrichtenstelle, Lagebericht Nr. 2 vom 28.11.1931; StA Bremen 4,65/1591/260 sowie Okraß, Hamburg, S. 239 f.

Entwicklung verfolgt. Dabei fand ich, daß es noch niemals eine Regierung gegeben hat, die ihre Fehler zugegeben hätte. Stets war sie überzeugt von ihrer Unfehlbarkeit. Das ist überall in der Geschichte zu beobachten. Nicht um Hamburg handelt es sich heute, sondern um Deutschland; wenn Deutschland sich nicht wieder erhebt, dann bleibt auch Hamburg am Boden[3]. Es gibt für Deutschlands Entwicklung nur eine große Linie, für die die Geschichte Lehrmeister sein muß.

Deutschland hat heute zu viel Menschen auf zu wenig Raum.

Wir brauchen für 15 Millionen zusätzliche Lebensmittel. Solange wir der Welt gegenüber nicht die Kraft gewinnen, unsere Lebensbedingungen zur Geltung zu bringen, solange wird unser Volk leiden müssen. Diese Kraft heißt:

Politische Kraft.

Unser Volk kann nicht mehr normal leben, es fehlt uns an den nötigsten Rohstoffen[4]. Aber die Welt hat sich gegen uns verriegelt. Und das schreitet immer weiter fort. Was soll erst geschehen, wenn der Bolschewismus in seiner Machtergreifung des großen asiatischen Erdteils weitere Fortschritte macht wie bisher[5]? Die deutsche Industrie und der Handel sind aufs schwerste getroffen[6]. Unsere Häfen sind verödet und werden es immer mehr sein. Wir brauchen Pioniere in der Welt. Der erste Pionier aber ist die politische Kraft, dann erst kommt der Kaufmann. Sehen sie auf Hamburgs Geschichte, wie die stolze Hanse Hamburgs und Deutschlands Handel in die Welt trug. Von Hamburg aus streckte Deutschland das Schild seiner Kraft in die Welt hinaus. Vor dem Kriege schien es, Hamburg sollte der größte Hafen des Kontinents werden[7]. Nach dem Kriege hat Deutschland seine Macht verschleudert. An die Stelle der Macht trat das Recht.

Was ist Recht ohne Macht?

Seine Existenzfragen kann Deutschland nicht mit der Feder und dem Recht entscheiden. Hinter dem Recht muß die Macht stehen. Das hat Bismarck das deutsche Volk gelehrt. Die deutsche Regierung kann nicht zu den anderen sagen: Das ist mein Recht. Es nützt nichts, wenn nicht hinter diesem Anspruch

die ganze Macht eines 65-Millionen-Volkes[8] steht.

---

3 Vgl. Dok. 23, Anm. 15.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 28.

5 Zur sowjetischen Außenpolitik in Asien vgl. Peter Sturm, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

7 Nach der 1867 erfolgten Aufnahme Hamburgs in den Norddeutschen Bund entwickelte sich die Hansestadt in wenigen Jahrzehnten zu einer Handelsmetropole, die nur noch von London und New York übertroffen wurde. 1875 waren in Hamburg 93 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 84.300 BRT und 336 Segler mit 149.350 BRT registriert, 1914 764 Dampfer mit insgesamt 2.618.040 BRT. Wurden 1880 Güter mit einem Gesamtgewicht von 4.500.000 t und einem Gesamtwert von rund 1,7 Millionen Mark eingeführt, so stieg die Einfuhr bis 1900 auf 14.818.000 t, bzw. 3,8 Milliarden Mark. Die Ausfuhr stieg im selben Zeitraum von 2.870.000 t auf 9.345.000 t, bzw. von 1,6 Milliarden Mark auf 3,3 Milliarden Mark. Vgl. Werner Jochmann, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

Bismarck wäre nicht zu seinem großen Ziel gelangt, wenn nicht Roon die Macht des preußischen Staates begründet hätte[9]. (Großer Beifall!) Wenn heute ein deutscher Reichskanzler sagt: "Ich will Deutschland retten" [10], dann frage ich: Womit? Mit Zentrum, mit Pazifisten, mit Marxisten, mit Demokraten oder Staatspartei [11] oder sonstigem Splitterunfug? Ich antworte:

Damit retten Sie Deutschland niemals!

Glauben Sie, Bismarck hätte sein großes Werk nach Theorien durchgeführt, wenn er sich nicht überzeugt hätte, daß er die Macht hatte, daß er sich nicht unter Parteien und dergleichen beugen mußte?

Wenn Deutschland heute zugrunde geht, dann ist es nicht um den König von Preußen geschehen, dann verlieren

Millionen Menschen ihr tägliches Brot. (Bewegung.)

Es handelt sich nicht um die Staatsform und um den Staat, sondern darum, daß ein Volk in den Abgrund geht. Kein Volk kann auf die Dauer zwei Staaten vertragen, einen, dessen Glieder arbeiten müssen, und einen, dessen Glieder hungern und betteln gehen. (Bewegung.) Mit Verwaltungsmätzchen ist unserem Volk nicht mehr zu helfen. Die Finanzgewaltigen verderben unser Volk. Nicht einmal im Frieden [12] hätte das deutsche Volk diese wahnsinnigen Tribute nebst internationalem Zinsendienst aufbringen können [13]. Um alles zu decken, müßten wir jährlich 60 Milliarden exportieren können. Stattdessen wird unser Export immer geringer [14]. Die ganze Welt sieht jetzt, daß der deutsche Tribut unmöglich ist [15]. Deutschland kann nicht

9 Der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon (1803-1879) hatte 1859 eine Reorganisation der preußischen Armee eingeleitet, welche die militärische Schlagkraft Preußens während der deutschen Einigungskriege möglich machte.

10 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf der Reichsregierung, mit dem sie die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 6.6.1931 veröffentlicht hatte. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 120 f. Vgl. auch Dok. 2, Anm. 12.

11 Am 27.7.1930 hatten sich führende Politiker der DDP, angeführt vom Parteivorsitzenden Erich Koch-Weser, mit der von Artur Mahraun geleiteten Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammengeschlossen. Einzelne Vertreter der DVP wie Rochus Freiherr von Rheinbaben und der Jungliberalen wie Theodor Eschenburg und Josef Winschuh kamen dazu. Dennoch gelang es der neuen Partei nicht, eine Sammlungsbewegung der politischen Mitte zu initiieren, schon weil die DVP an der überstürzten Gründung der DStP nicht beteiligt wurde. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439ff. sowie Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988, S. 366 ff.

12 Gemeint ist die Zeit vor 1914. Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch über zwölf Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

13 Im Haushaltsjahr 1930/31 betrugen die äußeren Kriegsfolgelasten 1.906,6 Millionen RM, für den Haushaltsplan 1931/32 wurden diese mit 1.004,4 Millionen RM veranschlagt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 439.
Die in der Zeit vom 11.11.1918 bis 30.6.1931 erbrachten deutschen Reparationsleistungen wurden von der interalliierten Reparationskommission mit 20.778, 9 Millionen RM, von deutscher Seite mit 67.673 Millionen RM bewertet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*.

14 1913 hatte das Deutsche Reich Güter im Wert von 10.097,5 Millionen Mark exportiert. 1926 hatte es mit einem Export im Gesamtwert von 10.414,6 Millionen RM etwa denselben Stand, 1929 mit einem Gesamtwert von 13.486,3 Millionen RM seinen Höchststand in der Zwischenkriegszeit überhaupt erreicht. 1930 fiel der deutsche Gesamtexport auf 12.035,6 Millionen RM, 1931 auf 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich auf 5.741,1 Millionen RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. III, S. 75.

15 Anspielung auf das Hoover-Moratorium. Vgl. Dok. 12, Anm. 4 und 6.

mehr, Deutschland ist zusammengebrochen. Und die andern fangen auch an, unter dem grausamen Unfug zu erbeben. Man könnte an deutsche Schadenfreude denken. Das aber wäre kindisch.

Zur Zeit Bismarcks wurden die Geschicke der Völker durch die Armeen entschieden; heute ist das Gewicht an Gold ausschlaggebend. Dabei sieht es im Innern Deutschlands trostlos aus. Können Sie sich ,denken, daß eine Familie gedeihen kann, in der Mann und Frau ganz entgegengesetzte Grundsätze verfolgen, z. B. in der Erziehung ihrer Kinder? Der eine Teil will eine ehrliche, arbeitsame Jugend, und der andere ermuntert zur Lüge, zur Faulheit und zum Stehlen? Eine solche Familie muß in die Brüche gehen. So ist es aber bei uns im Staat, der uns mit Notverordnungen bombardiert, deren Recht viele nicht einsehen[16]. Unser Volk hat keine Einheitlichkeit mehr in Fragen der Staatsauffassung, der Religion, der Erziehung, der Sitte, der Treue. Können Sie sich eine Kompanie denken, in der 50 Mann das feige Überlaufen, das Drücken für erlaubt halten, während der andere Teil fest steht auf dem Boden vaterländischer Disziplin? Auf der einen Seite wird die deutsche Ehre preisgegeben, während die andere festhält an guter deutscher Tradition. Kann man eine solche Kompanie zum Kampf und zum Sieg führen? Der Staat sieht heute zu, wie auf der Ehre unseres Volkes herumgetrampelt wird. Deshalb verlangen wir:

Hoch die deutsche Ehre!

Das erste, was in einem Volk nötig ist, ist eine einheitliche Auffassung in einigen Grundfragen, so in der Frage

des Blutes, der Ehre und des Kampfes.

1914 hatten wir im deutschen Volke die große einheitliche Auffassung[17]. Nach dem Kriege haben fünf Jahre genügt die Anschauungen über Deutschlands Kraft und Ehre zu zersplittern. (Sehr richtig.) Die Zukunft des deutschen Volkes liegt in einer gemeinsamen Basis für ein einheitliches Denken, damit

Deutschland nach außen wieder zu seiner geschichtlichen Kraft kommt. (Stürmischer Beifall.)

In diesen Fragen spielen die Wahlen, auch die Hamburger[18], keine ausschlaggebende Rolle. Von unten herauf in unserem Volke muß die Gesundung kommen, die uns die innere

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

17 Vgl. Dok. 25, Anm. 18.

18 Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 19.2.1928 und vom 27.9.1931 lautete:
Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	19.2.1928	27.9.1931
KPD	16,6%	21,9%
SPD	35,9%	27,8%
DDP/DStP	12,8%	8,7%
Wirtschaftspartei	2,9%	1,5%
Volksrecht-Partei	0,8%	-
Zentrum	1,4%	1,4%
Christlich-Sozialer Volksdienst	-	1,4%
DVP	12,5%	4,8%
DNVP	13,7%	5,6%
NSDAP	2,2%	26,2%
Sonstige	1,0%	0,7%

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 94.

Wiedergeburt, die neue Weltanschauung von der alten deutschen Ehre bringt. Dann kommt der freie Wettbewerb mit den Völkern.

Einer muß Sieger sein,

und das wird Deutschland sein. (Stürmischer Beifall.)

Die Geschichte nimmt ihren strengen Verlauf, wir stehen unter ihrem Schicksal. Jedes Volk hat seinen Wert und kann nur groß werden durch seinen eigenen Wert. Wehe ihm, wenn ein Volk in seiner Seele vergeht. (Große Bewegung.) *Das* Volk wird sich am besten halten, das seinen Hauptwert in seine besten Hirne und Fäuste legt. (Gewaltiger Beifall.) Ein Volk darf nur auf seine eigene Kraft vertrauen, nicht auf Barmherzigkeit und Hilfe anderer. Sonst bist du verlassen genug. (Bewegung.) Sei nur ein Mann und schaffe dir selbst dein Glück, ein anderes gibt es nicht. Das ist dein Glück, daß dein Fleiß belohnt, deine Arbeit anerkannt und deine Liebe erwidert wird. (Beifall.) Unser ganzes Volk ist unglücklich; Unfriede überall. Millionen laufen dem internationalen Phantom nach. Seht ihr Glück auf ihren Gesichtern? Sorge und Kummer haben sie gezeichnet. Uns nützt kein Völkerbund [19].

Was wir sind, das sind wir aus uns selbst, das halten wir fest.

(Stürmischer, minutenlanger Beifall.) Was mir am meisten Schmerzen gemacht und Arbeit gekostet hat, das liebe ich am meisten. Das ist unser Volk. Wir müssen unser Volk erziehen zur Ehre, zur Kraft und zum Stolz. Dann werden wir glücklich sein. Wollen Sie Beweise? Dann sehen Sie auf diese Jugend [20], auf diese Bewegung, die in fünf Jahren zur

größten deutschen Organisation

geworden ist [21]. Betet zu Gott, daß einst ganz Deutschland so sich sein eigenes Leben schaffen kann. (Stürmischer Beifall.) Vor den großen Zielen müssen kleine Vorbedingungen erfüllt werden, dazu gehören auch die Hamburger Wahlen. Mag unser Erfolg groß oder geringer sein, am Montag, dem 28. September [*1931*], gehen wir an unsere Arbeit, wie die Tage zuvor. Klassen- und Standesdünkel müssen im deutschen Volke zu Ende sein [22]; denn wir sind Glieder eines Volkes und uns alle bindet ein Schicksal. Aufhören muß es, daß man sich trennt in Bürger, Beamte, Arbeiter, Proleten [*sic!*] usw. Wir müssen zuerst Deutsche sein. (Beifallssturm.) Dieser Wahlkampf ist nur ein Glied in unseren Kämpfen für die Zukunft. Wir wollen, wenn das Schicksal uns segnet, die deutsche Einheit schaffen, für die wir uns opfern werden. Dann kommen wir zu einem Reich der Kraft, der Größe und der Herrlichkeit [23].

---

19 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.
20 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.
21 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62.
22 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
23 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. September 1931 Dok. 38
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I7 (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 25 f.; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Hitler sprach zunächst über den Begriff des Führers, insbesondere des Volksführers. *Hitler* wies in diesem Zusammenhang speziell auf die heutigen Volksführer hin, welche gerade in den Parteien des Volkes speziell sich zu 60% aus Juden rekrutierten[3]. Die restlichen 40% schimpfen sich intellektuell und seien es ja gar nicht, da die Intelligenz des heutigen Deutschlands von den Juden und roten Bonzen, welche den heutigen Staat dank des Gummiknüppels[4] regierten, fast ganz zum Zuschauen verurteilt sei. In Rußland z. B., dem Traumland des KPD-Mannes, setzten sich die Intellektuellen sogar zu fast 95% aus Juden zusammen[5] und die Regierungsweise dieser Intellektuellen spiegele sich am besten in der katastrophalen Lage der UdSSR wieder[6].

Über das Dritte Reich[7] führte *Hitler* etwa folgendes aus:

Was wir von der Zukunft erwarten, muß bereits heute in uns vorhanden sein. Unsere jetzige Organisation müsse bereits das verkörpern, was das Dritte Reich sein soll. Bei Auflehnung

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 15.15 bis 17.00 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.

2 Vor dem IV. Lehrgang (6.9.-26.9.1931). Während dieses sowie des V. Lehrgangs ("vom 11. Gilbhardts bis zum 1. Nebelungs 1931") hielt Hitler jeweils Vorträge zu den Themen "Wesen des Führertums", "Idee der nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Bewegung, Notwendigkeit der Organisation und der Schaffung und Erziehung des SA-Führerkorps", "Die wirtschaftspolitische Zukunft des deutschen Volkes". Genaue Daten oder Mitschriften dieser Reden liegen nicht vor. Vgl. "Erfahrungsbericht zum 4. Lehrgang vom 6. bis 27. September 1931" (NSDAP/RFS Nr. 1172/31) vom 5.10.1931; "Erfahrungsbericht zum 5. Lehrgang vom 11. Gilbhardts bis zum 1. Nebelungs 1931" (NSDAP/RFS Nr. 1460/31) "vom 6. Nebelungs 1931"; StA München Polizeidirektion 6808.

3 Die Angaben entsprechen nicht der Realität. Vgl. Peter Pulzer, Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848-1933, Oxford 1992, S. 214 ff.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 24.

5 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

6 Die Sowjetunion gehörte zu den wenigen Staaten, die nicht direkt von den Folgen der Weltwirtschaftskrise betroffen waren. Jedoch hatte die sowjetische Führung unter dem Stichwort Kollektivierung der Landwirtschaft seit 1929/30 begonnen, die bislang dominierenden privatwirtschaftlichen Strukturen in der Landwirtschaft systematisch zu zerschlagen. Stalins neue Agrarpolitik führte nicht nur zu einem wirtschaftlichen Desaster - die landwirtschaftliche Produktion sank unter das Niveau von 1914 -, sondern kostete auch Millionen Menschen - in erster Linie als Folge der Zwangsumsiedlungen und der Hungersnöte - das Leben. Vgl. R. W. Davies, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980; Stephan Merl, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

7 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Mit dem Begriff wurde eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte verbunden und, darauf aufbauend, eine neue Form "aristokratischer" Herrschaft in Europa, die Idee und Wirklichkeit versöh-

und Reibereien rücksichtslos durchgreifen, im allgemeinen aber vermittelnd und propagandistisch das Volk erfassen. Hinstrebend auf die Gemeinsamkeit und innere Verbundenheit von Volk und Staat. Gemeinsamkeit des Denkens und des Handelns. Alles - Bewegung, Volk, Heer, Kirche - habe auch auf den geringsten Befehl rücksichtslos und striktest zu reagieren. Keinen Parlamentarismus, keine Abstimmung, nur Führerprinzip. Restlose Disziplinerhaltung.

Alle Waffen, die der Mensch ersinnen könne, müßten wir nehmen, um die Macht zu erreichen. Jedes Mittel, jeder Weg sei dazu recht, gemäß dem Wahlspruch der Engländer: "Right or wrong, my country!" [8]

Über die militärische Gestaltung des Dritten Reiches [9] sagte *Hitler:*

Jugend von Schulbeginn an, sechstes Lebensjahr, ähnlich italienischer Balilla [10] erfassen, dann HJ (Hitler-Jugend) [11]. Ab 18. Lebensjahr bis 20. zur SA. Die SA sei eine Propagandatruppe [12], siehe faschistische Schwarzhemden [13], Miliz. 20.-22. Lebensjahr: Gründliche waffen-

---

nen sollte. Als Schlagwort wurde es bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

8 Die Sentenz, die gewöhnlich in dieser verkürzten Form zitiert wird, geht zurück auf den US-Marineoffizier Stephen Decatur (1779-1820), der im April 1816 folgenden Toast ausbrachte: "Our country! In her intercourse with foreign nations, may she always be in the right - but our country, right or wrong!"

9 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff. Ferner Bd. III/2, Dok. 6, 7 dieser Edition.

10 Bei der Balilla handelte es sich zunächst um eine von mehreren faschistischen Jugendorganisationen; in ihrer Frühphase war sie für Jungen zwischen 8 und 14 Jahren konzipiert. Mit der Gründung des Opera Nazionale Balilla am 3.4.1926 wurde eine Organisation unter Leitung von Renato Ricci geschaffen, in der alle faschistischen Jugendverbände zusammengefaßt wurden. Seit 1927/28 wurde die Mitgliedschaft allen Kindern und Jugendlichen durch das Unterrichtsministerium nahegelegt, die meisten Jugendverbände außerhalb der Balilla wurden nicht mehr geduldet. Hauptanliegen der weit gefächerten Jugendorganisation, deren Gliederungen 1931 etwa 2.412.000 Kinder und Jugendliche angehörten, war neben der politischen Indoktrinierung die sportliche und vormilitärische Ausbildung sowie die Organisation von kulturellen Aktivitäten und sozialen Programmen. Vgl. Niccolò Zapponi, Il partito della gioventù. Le organizzazioni giovanili del fascismo 1926-1943. In: Storia Contemporanea 13 (1982), S. 569-633; The "Opera Nazionale Balilla", Rome o. J.

11 Zu den verschiedenen nationalsozialistischen Jugendorganisationen vgl. Dok. 59 mit Anm. 6.

12 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925, in der betont wird, daß der Wiederaufbau der SA nach den Grundsätzen erfolgen solle, "die bis zum Februar 1923 maßgebend waren". Damit sollte jegliche Bewaffnung oder militärische Ausbildung ausgeschlossen werden zugunsten einer primär propagandistisch ausgerichteten Tätigkeit sowie eines "Ordner- und Aufklärungsdiensts der Bewegung". Druck: Bd. I, Dok. 4.

13 Gemeint ist die Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale, die offiziell am 1.2.1923 gegründet wurde und u. a. mit schwarzen Hemden uniformiert war. In ihr waren die sog. Squadristi aufgegangen, die seit 1920 der faschistischen Bewegung als Kampftruppe dienten. Übergreifendes Merkmal dieser heterogenen Gruppen, die als Leibwache Mussolinis, aber auch als lokale Machtbasis der regionalen Parteiführer in Erscheinung traten, war ihre extreme Gewalttätigkeit und ihre radikale antisozialistische aber auch antibürgerliche Gesinnung. Mit der Konsolidierung seiner Herrschaft versuchte Mussolini dieses, anfangs nur schwer zu kontrollierende Gewaltpotential aufzufangen, indem er es als Miliz in den Staatsdienst übernahm. Die Kontrolle der lokalen Verbände wurde verschärft, ihre Aktivitäten auf paramilitärische Ausbildung beschränkt, ohne daß jedoch Armee und Miliz miteinander verschmolzen wurden: Während ein Teil der Miliz mit quasi polizeilichen Funktionen öffentliche Einrichtungen sicherte, wurden nur wenige Teile in der Armee oder im Kolonialdienst eingesetzt. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 52 ff., 244 ff.; Alberto Aquarone, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

technische Ausbildung in deutscher Reichswehr (als stehendes Heer, mit allgemeiner Wehrpflicht), nach Ausbildung in R[*eichs*]W[*ehr*] zurück zur SA. SA besoldet, bewaffnet, staatsbeamtet.

26. September 1931 Dok. 39
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 28; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Hitler führte hierbei noch folgendes über die nächste Zukunft aus:

Regierung noch dieses Jahr zahlungsunfähig[3] an Beamte, Angestellte, Erwerbslose, Wohlfahrt. Folgen davon: Kommune[4] Aufstand, Straßenkämpfe, Schupos gegen Kommune, welche sich gegenseitig aufreiben werden. Dann sind Nazis legal und illegal berechtigt einzugreifen, verbunden SA und Stahlhelm, unterdrücken blutig Kommune, überrennen geschwächte Schu[*tz*]po[*lizei*]. R[*eichs*]W[*ehr*] auf Nazi-Seite[5] und ergreifen Regierung und Macht. Dann Abrechnung und "Köpferollen"[6].

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.00 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.
2 Es handelte sich um den Abschiedsappell des IV. Lehrgangs (6.9.-26.9.1931). Vgl. Dok. 38, Anm. 2.
3 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.
4 Gemeint ist die KPD.
5 Zum - im großen und ganzen distanzierten - Verhältnis zwischen Reichswehrführung und NSDAP vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP.
6 Anspielung auf Hitlers Zeugenaussage vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930, die damals für großes Aufsehen gesorgt hatte: "Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen." Vgl. Bd. III/3, Dok. 123 mit Anm. 40.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Ablauf der Veranstaltung.

30. September 1931 Dok. 40
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1931.

Als sich die Leitung der NSDAP, einer Anregung des Parteigenossen Streicher [1] folgend, entschloß, der neuen Zentralgeschäftsstelle der Partei die einfache Bezeichnung "Braunes Haus" [2] zu geben, beabsichtigte sie damit einen Begriff zu schaffen, der von vorneherein und für immer nur auf ein einziges Objekt bezogen werden kann. In letzter Zeit beginnen nun verschiedene Ortsgruppen ihre Geschäftsstellen bzw. Parteigebäude ebenfalls mit der Bezeichnung "Braunes Haus" zu versehen [3]. Damit wird nicht nur der ursprüngliche Zweck der Verwendung dieses Namens beseitigt, sondern wie es nicht anders möglich ist, die Bezeichnung selbst allmählich entwertet. Ich verfüge daher, daß der Name "Braunes Haus" ausschließlich auf die Reichsgeschäftsstelle beschränkt bleibt und ein zweites Mal in der Partei nicht wiederkehren darf. Die Ortsgruppen und Gaue müssen für ihre, wenn auch parteieigenen Geschäftsstellen neue Bezeichnungen finden und wählen. Die Partei besitzt eine so große Anzahl hervorragender Mitkämpfer, die ihre Treue zum deutschen Volk und zur Bewegung schon mit dem Tode besiegelt haben, daß es nicht schwer fällt, ihnen zu Ehren die einzelnen Parteihäuser zu benennen [4].

München, den 30. September 1931

Adolf *Hitler*

---

1 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes *Der Stürmer*, 1924 Erster Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925: NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des (Unter)Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

2 Vgl. Dok. 4, Anm. 2.

3 Vgl. z. B. das Rundschreiben des österreichischen Vereins "Braunes Haus" vom März 1932; dieser Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Spenden aufzutreiben, die der Gauleitung der Wiener NSDAP (Hitler-Bewegung) den Kauf von neuen Räumlichkeiten ermöglichen sollten. In dem Rundschreiben heißt es, daß dieses Haus (Wien VI, Hirschengasse 25) "über Bewilligung des Führers den stolzen Namen 'Adolf-Hitler-Haus' tragen" solle, womit wohl kaum der ursprünglichen Bezeichnung des Vereins Rechnung getragen wurde. Wien VerwArchiv/NS-Parteistellen, K 1.

4 Zum Totenkult der NSDAP für ihre bei politischen Auseinandersetzungen getöteten Parteimitglieder vgl. z. B. Dok. 45 sowie Dok. 43, Anm. 16 und 17.

30. September 1931 Dok. 41
Schreiben an Sefton Delmer[1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; faksimilierter Druck: Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 144.

Sehr geehrter Herr Delmer!

So ehrend für mich Ihre liebenswürdige Aufforderung ist, meine Ansichten über die derzeitige Krise in England[2] mitzuteilen, so groß sind aber auch meine Bedenken, mich einer solchen Aufgabe zu unterziehen[3]. Ich fürchte, daß vielleicht ein Teil des englischen Publikums es als anmaßlich [*sic!*] empfinden würde, wenn ich als Deutscher Auffassungen in einer englischen Zeitung vertrete, die nach meinem besten Wissen und Gewissen nichts anderes sein könnten als eine Kritik politischer Maßnahmen und Vorgänge, die bisher leider auch von einem großen Teil des englischen Volkes sicherlich als richtig angesehen worden sind[4]. Ich hoffe ja allerdings, daß gerade aus dieser Krise heraus in England die Geneigtheit wachsen wird, aus eigenem Ermessen die letzten zwölf Jahre einer Nachprüfung zu unterziehen. Ich würde glücklich sein, wenn sich daraus eine Überwindung jener unseligen Kriegspsychose in solchem Umfange ergeben könnte, daß die von mir und meiner Bewegung ersehnte Anbahnung eines wirklich herzlichen Verhältnisses zwischen dem englischen und deutschen Volk endlich Wirklichkeit würde[5]. Denn ich glaube, daß die nunmehr hereinbrechende Krise überhaupt nur durch ein engstes politisches Zusammenarbeiten jener Nationen gelöst werden kann, die in der Wiederaufrichtung eines natürlichen europäischen Gleichgewichtes die erste Voraussetzung zur Beschäftigung mit jenen großen Weltfragen sehen, unter denen auch England heute leidet.

---

1 (Denis) Sefton Delmer (1904-1979), 1917 Austausch als Zivilinternierter nach Großbritannien, 1927 Journalist des *Daily Express*, 1928 Korrespondent in Berlin, 1933 Leiter des Pariser Büros des *Daily Express*, zugleich Tätigkeit als Sonderkorrespondent, Juni 1934 nach kurzfristigem Aufenthalt Ausweisung aus Deutschland, 1936 Korrespondent in Spanien, 1937 Chefredakteur des *Daily Express*, 1939/40 Kriegsberichterstatter, 1941-1945 Leiter der Rundfunk-Feindpropaganda des Foreign Office.

2 Anspielung auf die Arbeitslosigkeit, nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht während der Weltwirtschaftskrise *das* zentrale innenpolitische Problem in Großbritannien. 1931 waren in Großbritannien 2.718.400 Arbeitslose registriert; das entsprach einer allgemeine Arbeitslosenquote von 16,4%, bzw. einer Quote der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten von 21,3%. Vgl. Johannes Paulmann, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989, S. 14.

3 Hitler hatte bereits am 1.5.1931 Delmer ein Interview gegeben. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 111. Zum Verhältnis zwischen Hitler und Delmer vgl. Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 266.

4 Die Regierung MacDonald hatte seit 1929 vergeblich versucht, mit Staatsinvestitionen und Sonderprogrammen der steigenden Arbeitslosigkeit gegenzusteuern. In Abgrenzung hierzu ging die im August 1931 gebildete Nationale Regierung zu rigorosen Sparmaßnahmen und einer konsequenten Deflationspolitik über. Vgl. The Managed Economy. Essays in British Economic Policy and Performance since 1929. Edited by Charles Feinstein, Oxford 1983.

5 Ein deutsch-britisches Bündnis bildete eine der Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

Ich bitte daher nochmals, von dem mich so ehrenden Ersuchen absehen zu wollen, und ich verbleibe

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler

4. Oktober 1931 Dok. 42
Rede auf Führertagung des Gaues München-Oberbayern der NSDAP in München [1]

Bericht Nr. VI/N 1679/31 (Abschrift) der Polizeidirektion München an das bayerische Ministerium des Innern vom 9.10.1931; StA München, Polizeidirektion München 6735.

In ähnlichem Sinne [2] äußerte sich Adolf Hitler in seiner Schlußansprache.

11. Oktober 1931 Dok. 43
Rede auf Versammlung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg [1]

Braunschweigische Staatszeitung vom 12.10.1931 (Beilage), "Die Ansprache Adolf Hitlers" [2].

Die Überzeugung wächst, daß die Gesetzgebungsmaschine vollständig leer läuft. Wir lebten [*sic!*] in einer Zeit, da über die primitivsten Belange des Lebens nicht mehr eine einheitliche Grundauffassung vorhanden ist. Sie reden, so fuhr Hitler fort, von Rettung der Wirtschaft und

---

1 Genaue Ort- und Zeitangaben sind der Vorlage nicht zu entnehmen; vermutlich fand die Versammlung in der Reichsführerschule der NSDAP, Schwanthalerstraße 68, statt. Die Versammlung, zu der sämtliche Bezirks-, Ortsgruppenleiter und sonstigen Amtswalter des Gaues München-Oberbayern der NSDAP von MdL und Gauleiter Adolf Wagner für die Zeit vom 2.-4.10.1931 eingeladen worden waren, sollte "die Notwendigkeit einer verschärften Winterarbeit" in den Vordergrund stellen. Vor Hitlers Schlußansprache wurden verschiedene Referate gehalten, die sich mit einzelnen Aspekten der Arbeit im Gau München-Oberbayern beschäftigten: nationalsozialistische Presse, Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumvereine, Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Betriebszellenabteilung [*sic!*].

2 "In dem an alle Mitglieder der Schulungstagung gehaltenen Vortrag des Gauleiters Adolf Wagner über die Richtlinien für die kommende Arbeit faßte er noch einmal alle, in den einzelnen Tagungen zutage getretenen Erfordernisse zusammen, richtete an die Amtswalter die dringende Aufforderung, auch in den jetzigen schweren Zeiten, wo die Partei nach außen hin kaum arbeiten könne, die Fahne nicht im Stiche zu lassen. Die Zeit arbeite für den Nationalsozialismus. Wie 'Die Front' während des Verbotes die Abonnentenzahl fast verdoppeln konnte, so sei auch jedes Versammlungsverbot eine Propaganda für die Partei. Er habe die bestimmte Zuversicht, daß der kommende Winter die Entscheidung bringe."

1 Im Kurhaus, nachmittags. Hitlers Rede war Teil der vom Parteivorsitzenden der DNVP Alfred Hugenberg initiierten Tagung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg. Die Veranstaltung, an der in erster Linie Vertreter von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutschem Verband teilnahmen, ferner einige Politiker der DVP und der Wirtschaftspartei, pensionierte Militärs sowie einige Vertreter des deutschen Hochadels, der Wirtschaft und Landwirtschaft, sollte die Einheit aller rechtsstehenden Gruppierungen demonstrieren, insbesondere in Frontstellung gegenüber den Regierungen Brüning und Braun. Wegen seines Empfangs beim Reichspräsidenten von Hindenburg (vgl. Dok. 46, Anm. 12) verließ Hitler jedoch erst am 10.10.1931 um 19.00 Uhr Berlin und nahm nicht - wie ursprünglich vorgesehen - an der für 22.00 Uhr anberaumten Besprechung aller Führer der verschiedenen Gruppen teil. Auch am Vormittag des folgenden Tages blieb Hitler der Fraktionssitzung der NSDAP, der gemeinsamen Sitzung aller parlamentarischen Vertreter sowie dem sich anschließenden "Feldgottesdienst" fern; lediglich bei einer geschlossenen Sitzung der NSDAP-

haben unten ein Volk, daß keine einheitliche Auffassung mehr vom Begriff Wirtschaft besitzt, sie reden von einer Rettung der Wirtschaft, und die eine Hälfte der Nation ist überzeugt, daß die Voraussetzung für jede Wirtschaft, für jede kulturelle Höherentwicklung im Privateigentum zu suchen ist, und die andere Hälfte erklärt, Privateigentum ist Diebstahl. Sie reden *oben* von der Rettung des Staates und haben *unten* ein Volk, bei dem 50 v[*on*] H[*undert*] im Staate eine nationale Organisation des Volkes erblicken und 50 v[*on*] H[*undert*] eine schandbare Vorherrschaft einer Klasse über andere. Sie reden von Verteidigung des Staates und haben unten eine Nation, von der die eine Hälfte in dem Gedanken der Verteidigung eine sittliche und ethische Pflicht erblickt, und 50 v[*on*] H[*undert*] in der Verteidigung den Ausdruck einer Dummheit sieht. Sie haben eine Gesetzgebungsmaschine, die rechnet mit einer allgemein vorhandenen Moral, und sie haben unten ein Volk, bei dem die grundsätzlichsten Auffassungen über den Gedanken Moral und Sitte vollständig auseinanderklaffen. Für den einen ist der Held vorbildlich, für den anderen ist der Held ein Dummkopf. Dieser *Spaltungsprozeß* macht nicht halt bei der Wurzel unseres heutigen sittlichen moralischen Ideals, selbst nicht vor der Religion. Ein Teil sieht in der Religion eine notwendige Grundlage für sittliche, moralische Erziehung des Volkes, ein anderer Teil erklärt den Begriff Gott als nicht gegeben. Der Staat kämpft nicht gegen diese Erscheinungen, er kämpft nur gegen die letzten brachialen Auswirkungen dieser weltanschaulichen Differenzen. Er duldet die Organisation[*en*], die erklären, daß Eigentum Diebstahl ist[3]. Der Staat erklärt allerdings: Du stürzest das Kruzifix. Du bist ein Verbre-

Fraktion verlas Hitler ein Manifest (Dok. 44), das er in der Veranstaltung am Nachmittag nochmals vortrug. Bei dem sich anschließenden Vorbeimarsch von ca. 3.000 Angehörigen des Stahlhelm und ca. 2.000 SA-Männern beschränkte sich Hitler darauf, den Vorbeimarsch der nationalsozialistischen Verbände abzunehmen, um sich dann vorzeitig zu entfernen und auch dem gemeinsamen Mittagessen fernzubleiben. Wegen Meinungsverschiedenheiten mit Hugenberg, die es zunächst ungewiß erschienen ließen, ob er überhaupt sprechen würde, verspätete sich Hitler um etwa 40 Minuten bei der für 14.30 Uhr vorgesehenen gemeinsamen Kundgebung, die Hugenberg leitete. Vor Hitler sprachen der braunschweigische Ministerpräsident Werner Küchenthal, dann Hugenberg, der eine "Gemeinsame Entschließung der Nationalen Front" verlas; nach Hitlers Rede sprachen der Erste und Zweite Bundesführer des Stahlhelm Franz Seldte und Theodor Duesterberg, der Präsident des Reichslandbunds Eberhard Graf von Kalckreuth, Reichsbankpräsident a. D. Hjalmar Schacht, dessen Redebeitrag zunächst nicht vorhergesehen war, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbands Heinrich Claß und der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände Rüdiger Graf von der Goltz, abschließend nochmals Hugenberg. Zusammen mit Göring, Goebbels und Magnus von Levetzow verließ Hitler Harzburg um ca. 20.00 Uhr und traf tags darauf um 4.00 Uhr in Berlin ein.

2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 12.10.1931 (AA), "Verbrecherische Rede Schachts in Bad Harzburg"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 12.10.1931 (MA), "Systemwechsel und Neuwahlen"; Deutsche Tageszeitung vom 12.10.1931, "Kampfansage aus Harzburg"; Frankfurter Zeitung vom 12.10.1931 (MA), "Forderungen der Harzburger Tagung"; Le Matin vom 12.10.1931, "Nationalistes et hitlériens scellent leur alliance contre M. Brüning"; Der Montag vom 12.10.1931, "Rücktritt von Brüning und Braun und sofortige Neuwahlen gefordert"; Morning Post vom 12.10.1931, "Great Gathering at Harzburg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 12.10.1931, "Tagung der Rechtsopposition in Harzburg"; Pester Lloyd vom 12.10.1931 (AA), "Die Offensive der deutschen Rechtsopposition gegen das zweite Kabinett Brüning"; Vossische Zeitung vom 12.10.1931 (AA), "Harzburg"; Westdeutscher Beobachter vom 12.10.1931, "Hitlers Manifest an das deutsche Volk!"; Der Führer vom 13.10.1931, "Hitlers Kundgebung an alle Nationalsozialisten"; Germania vom 13.10.1931 (MA), "Der Bund von Harzburg"; Jüdische Rundschau vom 13.10.1931, "Die Heerschau von Harzburg"; Der Jungdeutsche vom 13.10.1931, "Die Harzburger Opposition"; VB vom 13.10.1931, "An der Spitze des Kampfes zur Überwindung des herrschenden Systems marschiert die N.S.D.A.P.!"; C.V.-Zeitung vom 16.10.1931, "Hindenburg, Hitler, Harzburg"; Illustrierter Beobachter vom 24.10.1931, "Bad Harzburg im

cher [4] -, aber er duldet und konzessioniert die Verbreitung von Weltanschauungen, die den Begriff Gott in das Lächerliche ziehen.

Es ist die *Schuld unserer Staatsmänner,* daß sie nicht das Volk reformieren. Man verkündet der Welt den Plan einer *Zollunion* [5]; man tut es nicht aus dem Gedanken heraus, die wirtschaftliche Grundlage Deutschlands zu erweitern, sondern man glaubt, damit eine billige, national schillernde Propaganda machen zu können, und die Welt hat es denn auch von diesem Gesichtspunkt beurteilt. Der heutigen Regierung muß man sagen: Ihr erklärt, daß euch die Hände gebunden sind mit hunderttausend Mann [6]. In Zukunft aber kämpfen nicht formale Heeresorganisationen, in Zukunft wird die Kraft der Nation nicht gewogen nach der äußerlichen, rein technischen Bewaffnung [7]:

Die Völker werden gewogen nach ihrem eigenen, inneren Goldgehalt.

Wir gehen einer Zeit entgegen, in der wir mit dem heutigen deutschen Volk unterliegen müssen. Ich kenne den schönen Gedanken: "Wir müssen uns in Genf unterwerfen, weil wir zu Hause keine Kraft besitzen [8]; wir dürfen keine nationale Stärke entwickeln, weil wir sonst nicht die Politik der Verständigung führen können!" Es ist der sich gegenseitig ergänzende Satz. Damit gehen wir einer Zeit entgegen, die mit Völkern aufräumen wird, wenn sie mit solcher Schwäche in der Welt versuchen wollen, ihre Existenz in der Welt zu vertreten.

Niemand wünscht den Frieden mehr als wir. Niemand kann den Krieg entsetzlicher finden als wir, die wir ihn erlebt haben [9].

Aber ich bin überzeugt, daß, wenn im harten Wettkampf um das nackte Dasein die Interessen der Nation sich gegenseitig kreuzen, kein Volk verzichten wird, das Gewicht seiner Kräfte in die Waagschale zu werfen.

Zeichen des Hakenkreuzes". Schreiben Martin Blanks an Paul Reusch vom 12.10.1931. Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise, Bd. 2, Dok. 341. Druck bzw. Zusammenfassung der übrigen Reden: Ursachen und Folgen, Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems, Berlin o. J., S. 362 ff.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 224 ff. Ferner Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer - Schicksale - Lehren, Göttingen 1959, S. 280 ff.; Berghahn, Stahlhelm, S. 179 ff.; Turner, Großunternehmer, S. 217 ff. Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschlands 1930-1933, Berlin 1992, S. 554 ff.

3 Vgl. Dok. 25, Anm. 21.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 22.

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

6 In Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wurde die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann, in Artikel 183 die Stärke der deutschen Kriegsmarine auf 15.000 Mann festgelegt. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943.

7 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Dok. 38, Anm. 9.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.

9 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das bayerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.
Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die übrige nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsunion. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff.

Kein Staatsmann kann den Frieden erhalten im Zustand der Wehrlosigkeit. Einmal muß die Zeit kommen, in der an Stelle der Erpressung wieder ein wirklicher Friede eintritt zwischen gleichberechtigten Nationen.

Daher wünschen wir von der anderen Welt nichts als die Anerkennung als gleichberechtigte Nation, wissen aber auch, daß diese Anerkennung nicht in Genf erfochten wird, sondern in deutschen Landen, im Dorf, in der Gemeinde, im Kreise, in der Großstadt, überall müssen wir die Gleichberechtigung erfechten.

Wir können nicht denen folgen, die sagen, Deutschland ist zerrissen, hier ist Bolschewismus, hier ist Nationalismus. Wir müssen demgegenüber die Auffassung vertreten:

Wehe, wenn in Deutschland zu seiner konfessionellen Spaltung auch noch eine ewig dauernde politische kommt[10]*. Wehe, wenn die Weltanschauungen politischer Natur genau so versteinern, wie wir das in unserer Konfession erlebt haben. Es muß in Deutschland entweder Kommunismus regieren oder Nationalismus* [*sic!*].

Wir treten in die Zeit hinein mit dem Entschluß, diese chronische Krankheit eines Tages in eine akute zu verwandeln, wir glauben, daß, wie immer dann, wenn wir den Ereignissen offen ins Auge blicken, der Deutsche seinen Mann gestellt hat, er ihn auch in Zukunft stellen wird. Mit politischen Verordnungen kann man nicht Weltanschauungen vertilgen, mit Notverordnungen kann man nicht ihre Folgen beseitigen[11].

Es muß in Deutschland ein Kampf um die Seele des einzelnen beginnen, ein Ringen um jeden Menschen, jeden Mann, jedes Weib, jedes Kind. Wenn aber der Gegner dem Geiste den Terror entgegensetzt, dann wollen wir auch davor nicht verzagen. Wir hoffen, daß die Zeit kommt, schneller vielleicht als wir es ahnen[12]*, daß wir ganz legal*[13] *das aktive Notwehrrecht derer wiederherstellen können, die niemals an Kampf, an Angriff, an Überfall gedacht haben, sondern immer nur an einen Gedanken: an Deutschland,*

in diesem Gedanken allerdings sich wehren gegen jeden, der die Vertretung dieses Ideals mit Gewalt zu verhindern versucht. Es ist denkbar, daß Deutschland kommunistisch regiert wird, es ist sicher, daß es nationalistisch regiert werden kann, es ist unmöglich, daß es ein Deutschland gibt, bei dem eine Hälfte kommunistisch, die andere nationalistisch denkt. Hier muß die Entscheidung gesucht und herbeigeführt werden. Das ist die größte Aufgabe, die uns die Zeit gestellt hat. Heute müssen wir über negative Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten hinausgehen und zum aktiven Kampf schreiten. Dazu sind wir entschlossen.

---

10 Vgl. die Schilderung des damaligen Stabschefs der SA Otto Wagener, der berichtet, daß die Oberste SA-Führung 1930 eine Karte über die Dislozierung der SA- und SS-Verbände angefertigt habe. Hitler habe daraufhin die sehr heterogene regionale Verteilung dieser Verbände, die sich vor allem im Norden und Osten Deutschlands konzentriert hätten, mit der konfessionellen Spaltung erklärt und anhand eines historischen Atlasses nachgewiesen, daß die jeweiligen Trennlinien weitgehend identisch seien. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von H. A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 76 ff.

11 Am 6.10.1931 war die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen worden. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 542 ff. Druck: RGBl. 1931, I, S. 537 ff. Generell zur Notverordnungspolitik der Reichsregierung vgl. Dok. 2, Anm. 13.

12 Vermutlich eine Anspielung auf Hitlers Gespräche mit Reichspräsident von Hindenburg. Vgl. Dok. 46, Anm. 12.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

Adolf Hitler schloß mit folgenden Worten [14]:

Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ihr wißt, wir haben nie Versprechungen gegeben und tun es auch heute nicht. Wir versichern nur, daß es unser heiliger Ernst ist, aus dem Deutschland des politischen, kulturellen und sozialen Verfalles wieder ein Reich zu zimmern, das seinen Bürgern in Ehren Freiheit und Brot [15] zurückgeben wird. Hunderte aus unseren Reihen sind für dieses Ziel in den bitteren Tod gegangen. Zehntausende haben dafür Wunden und Siechtum davongetragen [16]. Ihr Geist soll für immer unser Mahner sein! Kameraden! Wir alle wollen beweisen, daß wir ihrer Opfer würdig sind [17]! Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung! Es lebe Deutschland!

Sodann verlas er das bereits in der Fraktionssitzung der Nationalsozialisten [18] bekanntgegebene *Manifest* [19].

---

14 Die folgende Passage entspricht weitgehend dem Ende des im Anschluß von Hitler verlesenen Manifests. Vgl. Dok. 44.

15 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.

16 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1931 112 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum von Januar bis September 1931 verzeichnet die parteiamtliche Statistik 29 Tote. Zwischen 1927 und 1931 wurden der SA-Versicherung 10.164 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast. Ein Heldenbuch der SA. und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 44 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 412.

In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370. Generell zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation „Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

17 Vgl. mit dem Bericht des italienischen Konsuls in München, Capasso Torre, über seine Unteredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und hätte unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. De Felice, Hitler e Mussolini, S. 232.

18 Vgl. Anm. 1.

19 Vgl. Dok. 44.

11. Oktober 1931 Dok. 44
Rede auf Versammlung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg[1]

VB vom 13.10.1931, "An der Spitze des Kampfes zur Überwindung des herrschenden Systems marschiert die N.S.D.A.P. Großes Manifest Adolf Hitlers"[2].

Nationalsozialisten!
Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seit wir vor 12 Jahren die Gründung unserer nationalsozialistischen Partei erlebten[3], stehen wir in einem ununterbrochenen Kampf gegen die Novemberrevolte[4] und das aus ihr erwachsene System. 12 Jahre lang haben wir damit vor einer Entwicklung gewarnt, die heute als sichtbare Katastrophe ihren grauenerregenden Ausdruck findet.

Außen-, innen- und wirtschaftspolitisch sind unsere Prophezeiungen restlos in Erfüllung gegangen. Mit unheimlicher Sicherheit vollzieht sich der politisch-gesellschaftliche

Zerfall unseres Volkes,

und damit sinkt die Kraft, die Interessen unseres Reiches nach außen hin zu wahren, von Monat zu Monat. Im harten Kampf um das Dasein der Völker und Nationen bleibt Deutschland mehr und mehr zurück!

Eine vernichtete Wirtschaft[5], Millionen von Arbeitslosen[6], ein zerbrochener Mittelstand[7], von Haus und Hof getriebene Bauern[8] sind die Zeugen dieses Verfalls und die Opfer jener unheilvollen Illusionen, denen sich in erster Linie die heutige Reichsregierung seit bald zwei Jahren unentwegt hingegeben hat.

1 Das Manifest war der zweite Teil von Hitlers Redebeitrag bei der Tagung der "Nationalen Opposition". Vgl. Dok. 43, Anm. 1 und 19.
2 Hitlers Manifest fand in der gesamten nationalsozialistischen Presse Verbreitung. Vgl. z. B. Illustrierter Beobachter vom 24.10.1931, "Wir übernehmen die Macht! Adolf Hitlers denkwürdiges Manifest an alle seine Mitkämpfer, verkündet zu Harzburg am 11. Oktober 1931".
3 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.
4 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
5 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.
6 Im Oktober 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 4.623.480 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 34, S. 685. sowie Dok. 2, Anm. 4.
7 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts an der tief sitzenden Verunsicherung, welche die Weltwirtschaftskrise im unabhängigen und bislang relativ protegierten Mittelstand hinterließ. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.
8 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

Die Politik der Selbstentwürdigung, die Unterwerfung und die daraus sich ergebende Politik der Erfüllung[9] drohen alles zu vernichten, was jahrhundertelanger Fleiß geschaffen hat und durch ungeheure Opfer an Gut und Blut beschützt worden ist.

Das letzte Ergebnis dieser Politik des Verzichtes auf die nationale Kraft und ihre bewußte Regierung [*sic!*] *muß der Bolschewismus sein.*

Vor der ganzen Welt erheben wir gegen die bisherigen deutschen Regierungen und besonders gegen die derzeitige Reichsregierung die

feierliche Anklage,

daß sie durch das Versäumen einer pflichtgemäßen Aufklärung über die furchtbare innere Lage Deutschlands *in erster Linie mitschuldig sind* an einer Katastrophe, die heute in ihrer zwangsläufigen Auswirkung alle kulturellen Nationen bedroht. Die Verschleierung der tatsächlichen Lage der deutschen Wirtschaft aus Gründen innerpolitischer Zweckmäßigkeit gegenüber der anderen Welt[10], der Versuch, Möglichkeiten einer Erfüllungspolitik vorzutäuschen, während in Wahrheit die gesamte Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht, ist verantwortungslos. Die Gewinne, die uns als Gegenleistung für diese Politik der Illusionen aufgezeichnet werden, sind demgegenüber gänzlich belanglos. Während die Not in unserem Volk Staat und Wirtschaft zu vernichten droht, erhebt sich die militärische Macht einer europäischen Nation zu einer, den Frieden auf das ernstlichste gefährdenden, Hegemonie[11]. Der *"Friedensvertrag" von Versailles*[12]*, einst als Grundlage für eine Befriedung der Welt versprochen*[13]*, dient ihr nunmehr als Instrument zur Vernichtung unseres Volkes,* ohne Rücksichtnahme sogar auf die Interessen der übrigen Welt. Milliarden und Milliarden, aus dem Fleiß und Schweiß unseres Volkes herausgepreßt, verwandeln sich als Tribute in eine ewig neue Belastung der Welt: Ein in Waffen starrendes Frankreich[14] zwingt Volk um Volk zu immer größeren Rüstungen.

Wir werfen der heutigen Regierung demgegenüber vor, daß sie ohne jedes klare Ziel in der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik den Zustand einer maßlosen Verwirrung teils selbst angerichtet, teils erhalten hat und ersichtlich überhaupt keine klaren Gedanken über irgendeinen rettenden Weg aus unserer Not besitzt.

---

9 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene demonstrative Bereitschaft zur ruinösen Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

10 Vgl. jedoch Dok. 2, Anm. 12.

11 Zur weitgehend defensiven Strategie der französischen Militärführung vgl. Robert Allan Doughty, The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919-1939, Hamden 1985.

12 Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

13 Zum Scheitern der Politik des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, mit der Beendigung des Ersten Weltkriegs eine neue internationale Ordnung zu konstitutieren, vgl. Thomas J. Knock, To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

14 Das französische Heer verfügte 1932 über 31.252 Offiziere und ca. 573.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Luftwaffe über 2.375 Offiziere und ca. 38.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Kriegsmarine über 4.745 Offiziere und ca. 59.000 Unteroffiziere und Mannschaften. 1933 waren die französischen Streitkräfte mit etwa 4.800 Geschützen und Minenwerfern, 1.700 Kampfwagen und 3.000 Flugzeugen ausgestattet. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 347 ff., 405 ff., 443 ff.; Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934, S. 66 ff.

Um engstirniger Parteiinteressen willen muß so eine Nation zugrundegehen.

Fest entschlossen, unser Land um jeden Preis vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren und damit nicht nur uns, sondern auch der übrigen Welt die Garantie für ein friedliches, kulturelles und wirtschaftliches Weiterleben zu verbürgen, erklären wir Nationalsozialisten außerdem folgendes:

Wir sind bereit und gewillt, im Reich und in den Ländern zur Bildung nationaler Regierungen jede und die gesamte Verantwortung zu übernehmen.

Im Geiste dieser höchsten Verantwortlichkeit dem deutschen Volk gegenüber reichen wir den in der nationalen Opposition zusammengeschlossenen Parteien und Verbänden in loyaler Zusammenarbeit die Hand[15]. Wir halten sie auch weiterhin für jeden offen, der entschlossen ist, mit uns das bisherige System zu überwinden, den internationalen marxistischen Geist zu bekämpfen und die Ehre und die Freiheit unseres Volkes wiederherzustellen.

Wir sehen die Möglichkeit der Rettung der deutschen Nation nur in einem gigantischen *Appell an die in uns selbst vorhandenen Kräfte.* Wir erklären jeden Versuch, in unserem Volke die Hoffnung auf Hilfe von außen zu erwecken, als bewußten Betrug an der Nation ebenso wie an der übrigen Welt.

Feierlich erheben wir Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles, der nicht nur unser deutsches Volk zerstört, sondern in zwangsläufiger Folge die ganze Welt in einen Zustand ewiger Unruhe und Unsicherheit werfen muß. Die von uns allen gewünschte Zusammenarbeit der zivilisierten Nationen zur Behebung der schweren internationalen Schäden ist so lange undenkbar, als die Welt durch diesen Vertrag in zwei feindselige Hälften zerrissen ist. Der Kampf gegen die bolschewistische Zertrümmerung aller bestehenden menschlichen Gemeinschaft setzt eine aufrichtige Aussöhnung aller derjenigen Nationen voraus, die vor allem im Interesse ihrer hand- und kopfarbeitenden Menschen ein Hinabsinken in den sozial grauenhaften Zustand des bolschewistischen Sklavenstaates vermeiden wollen.

Wir sehen in der von uns als Pflicht aufgefaßten Aufgabe der *Überwindung unserer inneren Klassengegensätze sowie der gerechten Befriedigung jener sozialen Ansprüche, die dem hohen Lebensstandard unseres Volkes entsprechen,* für die Zukunft nicht nur einen Garanten der inneren Ruhe Deutschlands, sondern einen wichtigen weiteren Schritt in der Reihe jener Maßnahmen, die zur Sicherung der Stabilität der menschlichen Gesellschaft international notwendig sind. Wir sehen in dieser *inneren sozialen und damit politischen Befriedung unseres Lebens* aber auch die *einzige Voraussetzung* zur Erfüllung jener nichtpolitischen finanziellen Verpflichtungen, die wir als Verpflichtungen von Kaufmann zu Kaufmann aufgenommen haben.

Wir sind überzeugt, daß ein national regiertes, und damit von der übrigen Welt wieder geachtetes Deutschland mehr befähigt ist, aufrichtige friedliche Beziehungen zu den anderen Nationen anzuknüpfen und zu pflegen, als unser heutiges, von den Fieberkrisen des Bolschewismus durchschütteltes[16] und am Ende gar vollkommen zerstörtes Volk.

---

15 Vgl. Dok. 43, Anm. 1.

16 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 4.590.160 Wähler (13,1 %) KPD gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

Unser Kampf gegen den Bolschewismus um eine neue Zukunft der Nation ist damit zugleich ein leidenschaftlicher Kampf für die Interessen der deutschen Arbeiterschaft, die am schwersten von den Auswirkungen der tributpolitischen Bedrückung geschlagen ist.

Unsere ganze Kraft und Arbeit gehört dem schaffenden deutschen Volk!

Unser Kampf aber gilt jenen marxistischen Verführern, die dem deutschen Arbeiter Freiheit, Schönheit und Würde versprachen[17], ihn aber durch Betrug der eigenen Nation entfremdeten und durch Verrat dem heutigen Elend überlieferten.

Wir sind daher entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen, abendländischen und christlichen Kultur[18] durchzuführen. *Die Sympathie und Freundschaft verbinden uns daher mit jenen Nationen, die uns in der Durchführung dieses Kampfes entweder schon vorangeschritten sind oder gleiche Ziele mit uns verfolgen*[19]*!*

Aus dieser Überzeugung und aus diesem Willen heraus erklären wir somit: Die Regierung Brüning und jede ihr wesensgleiche oder verwandte Regierung in den Ländern besitzen heute nicht mehr die Zustimmung und das Vertrauen jenes Teiles unseres deutschen Volkes, der ziffern- und wertmäßig allein der verantwortliche Träger unseres Lebens und unserer Zukunft sein kann: *Sie sind deshalb reif zum Sturz!*

Wir fordern, daß die Macht und Verantwortung in die Hand der nationalen Opposition gelegt werden. Parteien, die gegen diesen von uns bekundeten Willen stehen oder Stellung nehmen, werden wir bis aufs äußerste bekämpfen. Regierungen, die ohne oder gegen uns gebildet werden oder zu regieren versuchen, lehnen wir ab. Ein System aber, das uns verfolgt, darf auch in der Zeit der Not, ja selbst der Todesgefahr von jetzt ab nicht mehr auf unsere Hilfe oder unseren Schutz hoffen.

Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen[20]! Ihr wißt, wir haben nie Versprechungen gegeben und tun es auch heute nicht. Wir versichern nur, daß es unser heiliger Ernst ist, aus dem Deutschland des politischen, kulturellen und sozialen Verfalls wieder ein Reich zu zimmern, das seinen Bürgern

Ehre, Freiheit und Brot[21]

zurückgeben wird. Hunderte aus unseren Reihen sind für dieses Ziel in den bitteren Tod

---

17 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.

18 Zum Verhältnis der NSDAP zum Christentum vor 1933 vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff., 160 ff.

19 Anspielung auf die Alleinherrschaft des Partito Nazionale Fascista in Italien: Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 wurde zunächst die oppositionelle Presse unterdrückt, im Oktober 1925 wurde als erste Partei der Partito Socialista Unitario verboten. Nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 folgten am 5.11.1926 Verbot und Ausschaltung aller übrigen oppositionellen Organisationen in Italien, Einführung der Pressezensur und Errichtung einer politischen Polizei. Vgl. Lyttelton, Seizure of Power, S. 257 ff.

20 Vgl. Dok. 43, Anm. 14.

21 Vgl. Dok. 43, Anm. 15.

gegangen. Zehntausende haben dafür Wunden und Siechtum davongetragen[22]. Ihr Geist soll für immer unser Mahner sein!

Kameraden, wir alle wollen beweisen, daß wir ihrer Opfer würdig sind!

Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung!

Es lebe Deutschland!

Bad Harzburg, 11. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

12. Oktober 1931 Dok. 45
"Standarten-Verleihung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 12.10.1931.

Für das Jahr 1931 werden der SA folgende 28 neue Standarten[1] verliehen:

1. Danzig
2. Fehrbellin
3. Potsdam
4. Kolberg
5. Altona
6. Harz
7. Mittelweser
8. Ostfriesland
9. Bergisch Land
10. Bautzen
11. Osterland
12. Kyffhäuser
13. Wartburg
14. Halle
15. Anhalt
16. Oberschlesien
17. Schweidnitz
18. Görlitz
19. Horst Wessel
20. Rheinhessen
21. Koblenz
22. Ulm
23. Kurpfalz
24. Emil Müller
25. Königsberg
26. Stralsund
27. Niederlausitz
28. Starkenburg.

Wegen der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel[2] mußte ich die ursprünglich beabsichtigte Anzahl neuer Feldzeichen auf die vorstehend genannte Reihe beschränken. Von dem Ausfall wurde bedauerlicherweise auch eine ganze Reihe alter, verdienter Standarten betroffen.

22 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

1 Vgl. Dok. 28 mit Anm. 2.
24 dieser Standarten wurden auf dem SA-Treffen in Braunschweig von Hitler persönlich verliehen. Vgl. Dok. 48, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 28, Anm. 3.

Die zurückgestellten Feldzeichen sind als die ersten für das kommende Jahr zur Verleihung vorgesehen.

Adolf *Hitler*

1. Betrifft: Namensverleihungen

Gruppe Berlin-Brandenburg.

Dem Sturm 24 der Standarte 3, Berlin, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in der Nacht vom 9./10. September 1931 von Kommunisten zusammengeschossenen SA-Mann Hermann Thielsch[3] künftig die Bezeichnung

"Sturm 24 Hermann Thielsch"

zu führen.

Dem Sturm 1/4, Berlin, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im SA-Dienst im Schneesturm umgekommenen SA-Mann Werner Wessel[4] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Werner Wessel"

zu führen.

Gruppe Nord.

Dem Sturm 1/76, Hamburg, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 7. September 1930 von Kommunisten erschlagenen Truppführer Dreckmann[5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Dreckmann"

zu führen.

Gruppe Südwest.

Dem Sturm 8 der Standarte 8, Pirmasens, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 4. Dezember 1924 von Marxisten erschossenen SA-Mann Arthur Prack[6] künftig die Bezeichnung

"Sturm 8 Arthur Prack"

zu führen.

---

3 Hermann Thielsch (1911-1931), Autoschlosser in Berlin, Angehöriger des Stahlhelm, dann SA-Mann, am 9.9.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Thielschs Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministerium des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitglieder der NSDAP": "Bei einem Überfall von Kommunisten auf das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Gneisenaustraße/Ecke Solmsstraße wurde der Nationalsozialist Thielsch tödlich verletzt." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

4 Werner Wessel (1910-1929), Bruder von Horst Wessel, Student, 1928 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann in Berlin, am 22.12.1929 bei einer Skitour im Riesengebirge erfroren.

5 Heinrich Dreckmann (1885-1930), Bankbote in Hamburg, 1930 Eintritt in die SA, SA-Truppführer, am 7.9.1930 erstochen.

6 Arthur Prack (1896-1924), Kaufmann in Pirmasens (Pfalz), Angehöriger des Frontbanns, am 5.12.1924 an den Folgen einer Schußverletzung gestorben.

Gruppe Mitte.

Dem Sturm 184, Einsiedel in Sachsen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 16. März 1930 von Marxisten durch einen Dolchstoß ermordeten Gründer des Sturmes Kurt Günther[7] künftig die Bezeichnung

"Sturm 184 Kurt Günther"

zu führen.

Gruppe Nordwest.

Dem Sturm 85 der Standarte 57 wird die Berechtigung verliehen, zum Andenken an den am 18. Oktober 1929 von Kommunisten erstochenen Heinrich Bauschen[8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 85 Heinrich Bauschen"

zu führen.

Der Oberste SA-Führer:

Adolf *Hitler*

14. Oktober 1931[1] Dok. 46
Schreiben an Heinrich Brüning

VB vom 16.10.1931, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler".

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

In Ihrer großen Rede am 13. Oktober [*1931*] anläßlich der Wiedereröffnung des deutschen Reichstages[2] finde ich in einem Teile, der sich gegen die in der nationalen Opposition zusam-

7 Kurt Günther (1904-1930), Tischler in Einsiedel (Sachsen), 1924 Eintritt in die Großdeutsche Volksgemeinschaft, 1926 Eintritt in die NSDAP, seit November 1929 SA-Mann, am 16.3.1930 erstochen.

8 Heinrich Bauschen (1901-1929), Eisenbahnarbeiter in Duisburg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Duisburg, SA-Mann, am 18.10.1929 erstochen.

1 Datierung nach: Antwort Hitlers auf die Rede des Reichskanzlers in einem Offenen Brief vom 14. Oktober 1931. In: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning, München 1932, S. 17-40.

2 Nach der Umbildung des Reichskabinetts in der Zeit vom 7.-9.10.1931 gab Brüning in der Reichstagssitzung vom 13.10.1931 - auf dieses Datum hatte sich der Reichstag am 26.3.1931 vertagt - eine Regierungserklärung ab und dankte den ausgeschiedenen Ministern. Aus der Regierung ausgeschieden waren der Reichsminister des Auswärtigen Curtius, der Reichsminister des Innern Joseph Wirth und Reichsverkehrsminister Theodor von Guérard, Brüning hatte in Personalunion das Reichsministerium des Auswärtigen, Groener in Personalunion das Reichsministerium des Innern übernommen. Neu hinzugekommen in die Reichsregierung waren als Reichswirtschaftsminister Hermann Warmbold, als Reichsjustizminister Curt Joël, seit 7.11.1931 als Reichskommissar für die Osthilfe Hans Schlange-Schöningen. Die sich anschließende Aussprache im Reichstag dauerte bis 16.10.1931; an diesem Tag beschloß der Reichstag, sich erneut bis 23.2.1932 zu vertagen. Vgl. Karl

mengeschlossenen Parteien wendet, einen Passus, der mich als Führer der größten, in Opposition stehenden nationalen Bewegung zwingt, zur Verteidigung unserer Absichten und unseres Handelns eine öffentliche Entgegnung und Rechtfertigung zu geben.

Herr Reichskanzler, Sie sagen:

"Ich werde mich lieber als Vaterlandsverräter und alles mögliche jeden Tag beschimpfen lassen, als nur einen Augenblick die Nerven zu verlieren und von demjenigen Wege, den ich mir vorgenommen habe, zurückweichen" [3].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ich darf an die Spitze dieser Ausführungen die Versicherung stellen, daß niemand von uns, und am wenigsten ich selbst, an der Unantastbarkeit Ihrer Person und Ihres persönlichen Wollens auch nur den leisesten Zweifel hegt[4]. Ich sehe es von vornherein als gegeben an, daß alle Maßnahmen und Handlungen, die Sie, Herr Reichskanzler treffen, nach Ihrem eigenen besten Wissen und Gewissen erfolgen. *Ich darf aber, Herr Reichskanzler, bitten, daß unser eigenes Wollen und unsere Absichten nicht mit anderem Maßstabe bemessen werden. Angefangen vom kleinsten S.A.-Mann, der ohne jeden persönlichen Vorteil Leben und Gesundheit für Deutschlands Zukunft einzusetzen bereit ist, bis zu uns Führern, die wir es vorgezogen haben, zwölf Jahre lang in der verachteten und unterdrückten Stellung einer durch das innere Gewissen diktierten Opposition zu stehen, beherrscht uns alle nur ein einziges Gesetz:*

Wichtiger als unser eigenes Leben ist das Leben unseres Volkes, der Bestand Deutschlands.

Herr Reichskanzler, Sie beanspruchen für sich als Vorbild die großen Männer der preußischen und deutschen Geschichte, die den "Mut zur Unpopularität" in sich getragen hätten[5]. *Diesen Mut trug die nationalsozialistische Bewegung vom ersten Tag ihrer Gründung an als einen heiligen Talisman in sich.* Zwölf Jahre lang, Herr Reichskanzler, haben wir es auf uns genommen, von den erdrückenden geistigen und brachialen Machtmitteln des heutigen Systems vor aller Öffentlichkeit verfemt und geschlagen zu werden. Die Gedankengänge, die wir heute verfechten, sind in einem wahren Fegefeuer an Verfolgungen jeglicher Art gehärtet worden.

Der "Mut zur Unpopularität"

Es war populärer und vor allem leichter, in diesen zwölf Jahren in der geistigen Front der heutigen Regierung zu stehen als in der Front unserer Bewegung.

Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978, S. 367 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 548 ff.

Druck von Brünings Rede vom 13.10.1931: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2069 ff. Soweit die folgenden Anspielungen Hitlers auf diese Rede Brünings nicht oder nur geringfügig von der Vorlage abweichen, werden die jeweiligen Zitate in den Anmerkungen nicht wiederholt.

3 Wie Anm. 2, S. 2074.

4 Zum Verhältnis Hitlers zu Brüning vgl. Dok. 9, Anm. 7.

5 "Ich habe gute, *größere Vorbilder* in der Geschichte des preußischen und deutschen Volkes. Auch damals sind die Männer, die die Nerven nicht verloren haben und die den Mut gehabt haben, eine unpopuläre Politik zu betreiben, aufs äußerste verleumdet und verspottet worden. Nachher, wenn die Dinge gut gegangen sind, dann werden diese Persönlichkeiten als Monopol für die *nationale Gesinnung* monopolisiert." Wie Anm. 2, S. 2074.

Und selbst jetzt arbeitet der gesamte ungeheure Apparat des Staates erneut über dem Wege und mit den Mitteln der Notverordnungen[6] an der geistig-moralischen und körperlichen Züchtigung der Menschen, die das heutige System als für Deutschland verderblich ansehen und es so zu bezeichnen wagen.

Als einer der Sprecher bei der Harzburger Tagung[7] und als Führer der nationalsozialistischen Bewegung sehe ich mich verpflichtet, gerade um einer erneuten irrigen Unterschiebung von Beweggründen für unser Handeln vorzubeugen, die Gründe in aller Öffentlichkeit klarzulegen, die uns auch zur Stellungnahme gegen das heutige Kabinett zwingen.

Herr Kanzler, Sie sprechen in Ihrer Rede folgenden Satz aus:

"Die Ereignisse der Vergangenheit beweisen es, daß man den ungeheuren Druck, den die Weltkrise auf das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben ausübt, nur dann durchhalten kann, wenn man zwar nach einem wohlüberlegten Plan, aber schrittweise den Weg zur Heilung geht"[8].

Ich und wir alle haben das Gefühl und die Überzeugung, daß, wenn nun wirklich alle Maßnahmen der heutigen Regierung nach einem wohlüberlegten Plane erfolgt sein sollten, dann dieser Plan selbst schlecht gewesen sein muß. Die Öffentlichkeit hat ja trotz der Demokratisierung, die nach den Absichten der Weimarer Verfassung unser politisches Leben sinnvoll beherrschen soll, von einem solchen Plan im allgemeinen kaum eine Kenntnis. Das, was mir und den anderen im politischen Leben stehenden Menschen aber an grundsätzlichen Erwägungen und Plänen bekannt ist, wird - das ist meine unzerstörbare Überzeugung - keiner heutigen und noch viel weniger einer geschichtlichen Prüfung standhalten können.

Herr Reichskanzler, Sie betonen in dieser Rede den Wunsch, daß sich zur Stärkung der inneren Position Deutschlands die Parteien zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenfinden möchten[9]; und an einer anderen Stelle Ihrer Rede beklagen Sie das Scheitern solcher Hoffnungen und Wünsche, indem Sie sagen:

"Aber alle Versuche, die ich seit Wochen und Monaten unternommen habe, haben ergeben, daß ein Zusammenfinden der Parteien, die für eine solche Regierung notwendig sind, leider Gottes in Deutschland ausgeschlossen ist. In der schwersten und schicksalsreichsten Stunde des deutschen Volkes gehen die Tendenzen leider Gottes darauf hinaus, schärfste Fronten gegeneinander aufzurichten, statt sich zusammenzufinden in der einfachen Pflichterfüllung für das ganze Volk"[10].

Aus diesen Sätzen soll für die Öffentlichkeit hervorgehen, daß wohl Versuche für ein Zusammenleben unternommen worden seien, aber aus Verschulden der Parteien zu keinen praktischen Erfolgen geführt hätten.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 13 und Dok. 43, Anm. 11.
7 Vgl. Dok. 43 und 44.
8 Wie Anm. 2, S. 2074.
9 "In einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Grundlagen in der ganzen Welt wanken, in einer Zeit, wo kein Notenbankpräsident und kein Finanzminister in der Welt einen Zeitraum über einen Monat sicher überblicken kann, in einer solchen Zeit, wo unter Umständen täglich neue Maßnahmen getroffen werden müssen, da gäbe es allerdings eine zweckmäßige politische Lösung vor allem in Deutschland, das am schwersten unter den Verhältnissen leidet, das wäre eine Regierung aller verantwortungsvollen und verantwortungsbereiten Parteien." Wie Anm. 2, S. 2074.
10 Wie Anm. 2, S. 2074.

Die nationalsozialistische Bewegung wurde von der Verantwortung bewußt ausgeschaltet

Soweit es sich hierbei um die nationalsozialistische Bewegung handelt, an die doch mit in erster Linie als zweitgrößte und heute sicherlich tatsächlich überhaupt stärkste Partei [sic!] gedacht werden müßte[11]*, muß ich vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß mir nichts bekannt ist von irgendeinem Schritt, den der Herr Reichskanzler in dieser Richtung unternommen hat und der bewußt eine Heranziehung unserer Bewegung zur Verantwortung hätte bedeuten können*[12].

Auch die hinter Ihnen, Herr Reichskanzler, stehende Presse hat seit dem 14. September [1930] keinen Tag verstreichen lassen, ohne immer wieder, und zwar von vornherein festzustellen, daß eine verantwortliche Mitarbeit der nationalsozialistischen Partei an der derzeitigen Regierung weder erwünscht noch möglich sei[13].

Es ist aber selbstverständlich, daß, wenn ein Kanzler sich überhaupt mit dem Gedanken einer parteimäßigen Untermauerung seiner Position trägt, er eine innere geistige Übereinstimmung wenigstens über die großen Ziele und Absichten seines Handelns herbeiführen muß. Die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre über die staatsmännischen Qualitäten sowohl als über die Ziele und Programme der leitenden Führer der aus dem Boden und der Welt der Weimarer Verfassung erwachsenen Parteien sind nicht so bestechende, als daß sie eine verantwortungsbewußt geführte Bewegung ohne weiteres veranlassen könnten, Vertrauen zu geben, wo es aller Beweise der politischen Würdigkeit hierzu ermangelt. *Was allein eine solche Zusammenfassung ermöglichen kann, ist das Herausschälen großer, allgemein als richtig erkannter leitender Gedanken für die beabsichtigte außen-, innen- und wirtschaftspolitische Tätigkeit.*

---

11 Umfragen oder Schätzungen über die Zahl potentieller NSDAP-Wähler zum damaligen Zeitpunkt liegen nicht vor. Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3%) für die NSDAP, bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 13.745.781 (37,3%). Die NSDAP war damit seit 1930 die zweitstärkste, seit 1932 die stärkste Partei im Reichstag. Die zwischen diesen beiden Wahlen stattfindenden Landtags-, Kommunal- und Reichspräsidentenwahlen deuteten darauf hin, daß das nationalsozialistische Wählerpotential auch weiterhin kontinuierlich wuchs. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff.; Falter, Hitlers Wähler, S. 30 ff.

12 Bereits nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatte Brüning am 5.10.1930 mit Hitler verhandelt, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Am 10.10.1931 war Hitler erneut von Brüning, dann von Reichspräsident von Hindenburg empfangen worden. Auch diese Unterredungen blieben ergebnislos: Weder konnte Hitler dazu bewegt werden, die Regierung Brüning künftig zu tolerieren, noch war Hindenburg vorerst bereit, mit Hitler weiter zu verhandeln. Dennoch bemühte sich Brüning damals, die Fäden zur NSDAP nicht abreißen zu lassen. Vgl. Josef Becker, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 230 ff.; Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 14.10.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 307 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff., 391 f.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 510 f.

13 Bis auf wenige Ausnahmen waren die führenden Politiker des Zentrums sich zunächst darüber einig, daß auch nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930 eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung nicht in Frage komme. Am 15.9.1930 stellte die *Germania* fest: "Die rechte Opposition ist regierungsunfähig, [...]". Tags darauf erklärte der Reichsminister des Innern Joseph Wirth, eine "Rechtsfront" sei "nicht diskutierbar. [...] Eine solche Entwicklung liege [...] außerhalb der politischen Möglichkeit." Im Herbst 1931 begann man jedoch auch im Zentrum die Möglichkeit zu diskutieren, die NSDAP durch eine Beteiligung an der politischen Verantwortung zu verschleißen. Vgl. Germania vom 15.9.1930 (AA), "Ruhig Blut!"; vom 17.9.1930 (MA), "Schach dem Radikalismus! Reichsinnenminister Wirth über die politische Lage nach den Wahlen"; Becker, Regierungsbeteiligung, S. 79 ff. Ferner Dok. 78, Anm. 2.

Soweit uns Nationalsozialisten nun solche Gedanken bekannt geworden sind, mußten wir sie leider als irrig ablehnen. Schon jetzt hat dabei die Geschichte unsere Auffassungen bestätigt.

Dadurch erscheint auch die Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung als Oppositionspartei gegen das Kabinett Brüning nicht nur moralisch berechtigt, sondern im Interesse unseres deutschen Volkes als eine geschichtliche Notwendigkeit.

Wie fast alle Tagesereignisse im politischen Leben der Völker letzte Auswirkungen grundsätzlicher, geistiger Einstellungen und praktischer Maßnahmen sind, so werden die zahllosen Fehlschläge der Absichten und Handlungen der heutigen Regierung auch nur verständlich, wenn man die Irrtümer der Gedankengänge kennt und berücksichtigt, die ihnen allen zugrunde lagen.

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben das Nachfolgeamt des großen Reichsgründers [14] in einer Zeit übernommen [15], da eine mehr als zehnjährige politische Reichsführung ihre allgemeine historische Verurteilung bereits gefunden hatte. Da der Weg seit dem Jahre 1918, den die deutsche Nation unter ihren verschiedenen Regierungen nahm, ein dauernder Weg nach abwärts war, sämtliche Regierungen in dieser Zeit aber die Kontinuität der leitenden politischen Gedanken und Tendenzen auf das schärfste betonten, muß es die erste Aufgabe eines neuen Staatsmannes sein, gerade diese Unentwegtheit der politischen Linienführung zu beenden, wenn nicht ansonsten auch die Fortführung der Linie im gleichen Ergebnis weiterlaufen soll.

Zehn Jahre innere Entmannungs-, äußere Unterwerfungs- und wirtschaftliche Erfüllungspolitik [16] *waren bei Ihrem Regierungsantritt, Herr Reichskanzler Brüning, bereits gerichtet. Wenn jede neue Regierung es nunmehr als ihre oberste Aufgabe ansieht, gemäß den Tendenzen der bisherigen Regierungen weiter zu verfahren, ist, erstens, nicht einzusehen, inwiefern sich dann die Resultate ändern sollen und weshalb man dann, zweitens, überhaupt Regierungswechsel vornimmt!*

Trotz zehnjährigem Bankrott des Systems Fortsetzung der Erfüllungspolitik

Das Bestreben, die gesamten politischen Tendenzen über alle Regierungsveränderungen hinweg gleichförmig zu erhalten, wird allerdings verständlich, wenn man weiß, daß es sich bei solchen Vorgängen immer nur um äußere Personalveränderungen gehandelt hat, während die endgültig bestimmenden Kräfte, soweit sie parteimäßig in Erscheinung treten, ununterbrochen dieselben blieben.

Die Parteien, die den November [19]18 verschuldeten, regieren heute noch

Und wenn Sie, Herr Reichskanzler Brüning, nunmehr erklären, daß Sie

"zu der Erkenntnis kamen, daß kein anderer Weg möglich sein werde, eine Regierung zu bilden, als der, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von den Parteien ist, als es das bisherige Kabinett war" [17],

14 Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen.

15 Hindenburg hatte den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Heinrich Brüning, am 28.3.1930 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die nach schwierigen Verhandlungen am 30.3.1930 ernannt wurde. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 483 ff.

16 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

17 Wie Anm. 2, S. 2074.

so ist dies in Wahrheit ja nur ein Versuch, die innere geistige Linie, die in den bisherigen Regierungsparteien ihre Wurzel hat, auch weiterhin aufrechtzuerhalten, obwohl rein äußerlich parteimäßig dafür die Voraussetzungen bereits fehlen. Herr Reichskanzler, *Sie bemühen sich, eine Regierung zu bilden, die allerdings von Parteien unabhängig ist, insofern es sich um jene Partei handelt, die heute die Majorität der deutschen Nation repräsentiert.* Sie können diese Majorität nicht der Minorität irgendwelcher Regierungsparteien [18] gegenübersetzen - aber indem Sie auf diese prononciert parteimäßige Vertretung Verzicht leisten, garantieren Sie als letztmögliche Konzession wenigstens deren geistige Repräsentanz.

Daß diese meine Behauptung von der unveränderlichen Fortführung der Geschäfte des Reiches in den Linien einer zehn Jahre lang als unheilvoll bewiesenen politischen Auffassung richtig ist, geht aber am eindeutigsten aus jenen Gedankengängen hervor, die Sie, Herr Reichskanzler, Ihren Maßnahmen selbst zugrunde legten.

Auch die früheren Regierungen konnten in den Jahren ihrer fortschreitenden Tätigkeit die Meinung der Möglichkeit der Durchführung der finanziellen Forderungen der Friedensverträge nicht mehr voll aufrechterhalten. Allerdings vermochten Sie, entsprechend ihrer inneren Verflechtung mit den geistigen und politischen Vorkämpfern des Versailler Vertrages [19], nicht an diesem selbst zu rütteln. Der harte Zwang der Wirklichkeit ließ Sie stattdessen immer wieder neue Wege suchen, Verpflichtungen zu erfüllen, die de facto unerfüllbar sind [20]. Die Auswechslung des Dawes-Paktes [21] durch den jeglicher Einsicht in wirtschaftliche Möglichkeiten erman-

18 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.
Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

19 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

20 Brüning erkannte in den Reparationsverpflichtungen das Kernstück des Versailler Vertrags; zugunsten ihrer Streichung war er bereit, seine übrigen außenpolitischen Ziele, die territoriale Revision und die militärische Gleichberechtigung, vorerst zurückzustellen. Vor dem Hintergund der Weltwirtschaftskrise benützte er seine rücksichtslose Deflationspolitik als Druckmittel, um die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Ein erster greifbarer Erfolg dieser Strategie zeichnete sich damals mit dem Hoover-Moratorium ab. Vgl. Dok. 2, Anm. 8 sowie Dok. 12, Anm. 4.
In seiner Unterredung am 5.10.1930 hatte Brüning Hitler darüber informiert, daß die "Streichung der Reparationen [...] das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein" werde. Mit der Reparations- sowie der Abrüstungsfrage hoffe er, "im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 193.

21 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zah-

gelnden Young-Plan[22] war ein Versuch, die politische Erpressung der deutschen Nation auf einem als unmöglich erkannten Weg in eine als möglich angenommene neue Methode zu wandeln. Ich habe als Führer der nationalsozialistischen Bewegung dieses Vorgehen als eine Selbsttäuschung oder als eine bewußte Täuschung anderer gebrandmarkt. *Tatsächlich hat der Kampf*

für und gegen den Young-Plan

die Nation gespalten[23]. Herr Reichskanzler Dr. Brüning, Sie beklagen diese Spaltung, indem Sie in Ihrer Rede erklären:

"In der schwersten und schicksalsreichsten Stunde des deutschen Volkes gehen die Tendenzen leider Gottes darauf hinaus, schärfste Fronten gegeneinander aufzurichten, statt sich zusammenzufinden in der einfachen Pflichterfüllung für das ganze Volk"[24].

Herr Reichskanzler, Sie können und dürfen nicht erwarten, daß Menschen, die sehen, wie durch ein herrschendes Regiment eine unheilvolle Katastrophe für ein Volk angerichtet wird, sich einfach in das "unabwendbare" Schicksal ergeben und ihre Mitschuld dann als "Pflichterfüllung" vor dem Gewissen abschreiben.

Es gibt im Völkerleben Zeiten, in denen die höchste Pflichterfüllung der Kampf gegen diejenigen ist, die, ganz gleich, ob aus guten oder schlechten Motiven heraus, eine Nation ersichtlich dem Verderben entgegenführen.

Die Geschichte kennt keinen Freispruch von Fehlern im Völkerleben nur deshalb, weil sie gut gemeint waren. Würde die Auffassung, die Sie, Herr Kanzler, in Ihrer Rede vertreten, der Befehl für das Handeln der Völker seit Ewigkeit her gewesen sein, so wäre jede geschichtliche Wende aus schlimmen zu besseren Zeiten unmöglich gewesen.

Kein Kanzler kann sich auf die Dauer selbst die Rechtfertigung seines Handelns aussprechen, außer er vermag den Erfolg als Zeugen anzuführen.

Die deutsche Nation wird einmal den Männern dankbar sein, die es unternommen haben, gegen die Front der auf dem Boden der Erfüllungs- und Unterwerfungspolitik stehenden Parteien eine andere Front aufgerichtet zu haben. Denn wenn heute überhaupt in der Welt ein langsames Verständnis für die Unhaltbarkeit der Friedensverträge[25] und ihrer unvernünftigsten Bestimmungen aufdämmert, dann nicht aus Sympathie für die Front der Erfüllungsparteien - denn diese hätte ja zehn Jahre lang der Welt alle Voraussetzungen zur Bestätigung einer solchen Zuneigung schon längst geboten -, sondern ausschließlich aus den Empfindungen heraus, die die Aufrichtung unserer Front ausgelöst hat.

Der "ethische Wille" ist nicht nur für Regierungen empfehlenswert, sondern eine *allgemeine* Notwendigkeit. Die Frage, wer sich auf diesen Willen mehr berufen kann, Regierungen oder

---

lungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan ersetzt. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

22 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

23 Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11.

24 Vgl. Anm. 10.

25 Gemeint sind die Friedensverträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920), die auf der am 18.1.1919 eröffneten Pariser Friedenskonferenz unterzeichnet wurden. Vgl. Max Gunzenhäuser, Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919-1920. Literaturbericht und Bibliographie, Frankfurt a. M. 1970.

Völker, ist in der Geschichte schon sehr unterschiedlich beantwortet worden. Letzten Endes gibt es aber auch keinen ethischen Willen, der nicht durch die Vernunft für ein Volk als zweckmäßig erwiesen wird. Uns hat aber, Herr Reichskanzler Brüning, gegen Sie nichts in die Front einer Opposition geführt, was nicht in der Vernunft seine tiefste Begründung und damit seinen kategorischen Befehl erhalten hätte.

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben einst - in Fortführung der bisherigen politischen Auffassungen unserer Regierungsparteien - grundsätzlich die Meinung vertreten, daß

1. das Reparationsproblem wohl aufgerollt werden müsse, daß aber

2. ein praktisches Verhandeln für eine deutsche Regierung erst dann in Frage komme, wenn sie eine solche innere Sanierung ihrer Finanzen durchgeführt habe, daß sie "gerüstet" am Verhandlungstisch erscheinen könne[26].

Herr Reichskanzler! Ich habe - und mit mir meine gesamten Mitarbeiter - diese Auffassung als falsch angesehen. *Ich war der Überzeugung, daß ohne restlose Beseitigung der Reparationen an eine wirtschaftliche Sanierung überhaupt nicht zu denken sei.* Der Gedanke, aus einem Volk fortlaufend jährlich zwei oder zweieinhalb Milliarden Tribute[27] - und noch dazu nach so schweren vorausgegangenen Opfern - herauszuholen, verliert auch dann nichts von seiner absurden Einfalt, wenn sogenannte "wirtschaftliche Sachverständige" ihn für möglich oder meinetwegen sogar für gut erklären.

Durch die Tatsachen widerlegt

Tatsache ist, daß ja alle die Versprechungen und Zusicherungen und Versicherungen aus dem Lager der Parteiwelt, deren geistiges Erbe Sie selbst, Herr Kanzler, verwalten, durch die Wirklichkeit glatt widerlegt worden sind.

Wo sind alle Versprechungen über die durch den Young-Plan endlich garantierte Wiederherstellung der Finanzen im Reich, in den Ländern und in den Kommunen[28]*?*

---

26 In seiner ersten Unterredung mit Hitler am 5.10.1930 hatte Brüning diesen relativ offen über seine Pläne ins Bild gesetzt. Die "Streichung der Reparationen" werde "das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein". Hierzu sei es notwendig, die Ausgaben auf allen Gebieten einzuschränken, "verbunden mit einer Senkung der Preise und Löhne". Durch diese finanziell-wirtschaftliche Sanierung könne Deutschland "jeden Druck von außen her aushalten" und "seinerseits jederzeit die Weltkrise [...] benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 192 ff., Zitat S. 193; Gotthold Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 161; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 140 ff. Vgl. ferner Anm. 20.

27 Die durchschnittliche Höhe der jährlichen Reparationszahlungen nach dem Young-Plan beliefen sich auf 59 Raten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM. De facto sah der Young-Plan vor, daß die Zahlungen im Annuitätenjahr 1929/30 mit 742,8 Millionen RM einsetzen und im Annuitätenjahr 1965/66 mit 2.428,8 Millionen RM ihren Höhepunkt erreichen sollten, um schließlich im Annuitätenjahr 1987/88 mit einer Zahlung von 897,8 Millionen RM zu enden. Vgl. Gesetze über die Haager Konferenz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff., hier S. 432 ff.
Die bis zum 30.6.1931 tatsächlich erbrachten deutschen Reparationsleistungen nach dem Dawes-Plan beliefen sich nach Schätzung der Reparationskommission auf 7.553,2 Millionen RM, nach deutscher Berechnung auf 7.993 Millionen RM; die bis zum 30.6.1931 erbrachten deutschen Reparationsleistungen nach dem Young-Plan nach Schätzung der interalliierten Reparationskommission auf 2.800 Millionen RM, nach deutscher Berechnung auf 3.103 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*.

28 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

Wo ist die wirtschaftliche Sanierung oder Ankurbelung der Wirtschaft[29]*?*

Wo blieb die dadurch herabgeminderte Zahl der Arbeitslosen[30]*?*

Wo sind die Erfolge bei der "Rettung der Landwirtschaft"[31]*?*

Und wann endlich, Herr Reichskanzler Brüning, hat der damals versprochene Steuerabbau begonnen[32]*?*

Herr Reichskanzler, Sie sagen in Ihrer Rede, daß das Fehlschlagen aller dieser Versprechungen - das wohl durch die heutige Entwicklung genugsam bewiesen ist - , eine "Katastrophe sei, die man zum Teil schon, zum Teil nicht vorhersehen konnte"[33].

Herr Reichskanzler Brüning! Ich darf hier der geschichtlichen Wahrheit wegen feststellen, daß die richtige Formulierung dieses Satzes heißen müßte: daß wir uns in einer Katastrophe befinden, die ein Teil vorhergesehen hat und der andere Teil nicht.

Und ich darf wieder um der geschichtlichen Wahrheit willen feststellen, daß ich und eine Reihe weiterer Parteiführer und zahllose sonstige im politischen und wirtschaftlichen Leben stehende Männer diese Katastrophe nicht nur vorhergesehen, sondern sogar genau vorausgesagt haben[34]*!*

Von uns vorausgesagt

Und ich darf weiter feststellen, Herr Reichskanzler Brüning, daß unsere damaligen Voraussagen genauso als *"unwahrhafte Agitation"* abgeurteilt worden sind[35], wie Sie, Herr Reichskanzler, unser heutiges Verhalten zu brandmarken belieben.

---

29 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

30 Vgl. Dok. 44, Anm. 6.

31 Vgl. Dok. 2, Anm. 34. Zur Agrarpolitik der Regierung Brüning vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

32 In seiner Regierungserklärung hatte Brüning als neuernannter Reichskanzler vor dem Reichstag am 1.4.1930 verkündet: "Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms stehen. Eingehende *Sparvorschläge* auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist seitens der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden. Diese Sparmaßnahmen werden nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. Sie haben lediglich den Zweck, ihrerseits zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft, zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand schwer lastenden Realsteuern." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930, S. 4728 ff., hier 4729.

33 "Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß die Krise, in der sich Deutschland seit längerer Zeit befindet, durch eine Reihe von Umständen, die zum Teil vorauszusehen waren, zum Teil unerwartet gekommen sind, sich im Laufe des vergangenen Monats zum äußersten verschärft und mit dazu beigetragen hat, daß Entwicklungen einer Weltkrise ohnegleichen zu einem Zustande geführt haben, wie ihn die Geschichte der modernen Wirtschaft noch nicht gekannt hat." Wie Anm. 2, S. 2073.

34 Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11, ferner Anm. 43 dieses Dokuments.

35 "Meine Damen und Herren! Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß jetzt auch nicht mehr aus den Kreisen der *Rechtsopposition*, wie es in den vergangenen Monaten und im vergangenen Jahre geschehen ist, *die Tatsache einer bestehenden Weltkrise* abgeleugnet wird. Das ist immerhin ein erheblicher Fortschritt! Die Dinge sind in der Erkenntnis des deutschen Volkes so weit vorgeschritten, daß man mit diesen Formen der Agitation, die man gegen die Reichsregierung glaubte noch bis zum Sommer anwenden zu können, keinen Erfolg mehr haben zu können glaubt." Wie Anm. 2, S. 2073.

Jedenfalls hat die Wirklichkeit Monat für Monat schärfer erwiesen, daß Ihre Meinung, Herr Kanzler, erst das Reich finanziell und wirtschaftlich sanieren zu können, um dann in Revisionsverhandlungen einzutreten, ein Irrtum war, ja, daß im Gegenteil ohne vorhergehende Beseitigung des Reparationswahnsinns überhaupt an keine Ordnung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung zu denken ist.

Allein noch viel schärfer und größer mußte die Differenz in jenen Auffassungen sein, die die Frage der Vorbereitung und Einleitung von Revisionsverhandlungen überhaupt betrafen.

Herr Reichskanzler Brüning! Sie waren der Überzeugung, daß man - um in Revisionsverhandlungen einzutreten - erst selbst finanziell saniert sein müsse.

Ich, Herr Reichskanzler Brüning, war der Überzeugung, daß man sich ohne vorhergehende Beseitigung der Reparationen nicht sanieren kann und daß man aber, zweitens, selbst wenn man dies könnte, dann unter keinen Umständen mehr zu Revisionsverhandlungen käme. Denn ich nehme den schlimmsten Fall an, Herr Reichskanzler Brüning: Angenommen, Ihre Auffassung wäre richtig gewesen, angenommen, es wäre Ihnen durch Ihre ersten beiden Notverordnungen[36] gelungen - so wie sie dies als Zweck hinstellten und des Erfolges sicher zu sein behaupteten -, den öffentlichen Haushalt von Reich, Ländern und Kommunen zu sanieren und in Ordnung zu bringen[37], mit welchen Begründungen hätten wir dann überhaupt eine Revision der Reparationsbelastungen fordern können?

Lag nicht die einzige wirtschaftliche Rechtfertigung der Reparationsbeseitigung gerade im Nachweis, daß ohne diese Entlastung ein wirtschaftlicher Zusammenbruch kommt, der in seinen weiteren Folgen natürlich auch die andere Welt in das Verderben hineinziehen muß?

Konnte man dem deutschen Volk einen Dienst erweisen, wenn man durch Maßnahmen, die ebenso drückend wie letzten Endes innerlich doch unwahr sein mußten, der Welt eine Sanierung vortäuschte, aus der man dann, wenn schon nicht das Recht, so aber doch die Möglichkeit der Reparationserfüllung zu folgern in der Lage war?

Wenn Ihnen, Herr Reichskanzler Brüning, selbst nur vorübergehend das Ziel einer wirtschaftlichen Sanierung gelungen wäre, hätte kein Mensch in der Welt an eine Revision auch nur des Young-Planes gedacht!

Hier sind Gegensätze der Auffassung, die natürlich nicht überbrückt werden können.

Es ist unmöglich, von jemandem zu fordern, ein System zu decken, das sein Handeln aus Gedankengängen ableitet, die man bei bestem Wissen und Gewissen für falsch hält.

Nicht minder groß aber ist der Unterschied in den Auffassungen über das, was man überhaupt einer Revision unterziehen muß, und das, was man keiner Revision unterziehen darf.

Als Nationalsozialist habe ich mich einst auf das schärfste gegen die Umänderung des Dawes-Paktes in den Young-Plan gesträubt. Ich vertrat schon damals die Auffassung, daß alle diese Pakte und Pläne Ausführungsbestimmungen zu einem Grundvertrag sind, der nicht ausgeführt werden kann.

---

36 Gemeint sind die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 und die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 185 ff., 341 ff. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff.

37 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

Der Friedensvertrag von Versailles

ist kein Friedensvertrag. Er gehört im Gegenteil in die Kategorie jener politischen Tributdiktate, die in sich den Keim späterer Kriege tragen.

Wie jeder Vertrag, schafft auch der Friedensvertrag von Versailles Tatsachen, die man vielleicht innerlich ablehnen mag, die aber eine reale historische Wirklichkeit sind und damit Bedeutung besitzen. Ganz gleich, wie man sich zu den Gestaltungen der Staats- und Volksgrenzen, die in diesem Vertragswerke niedergelegt sind, im einzelnen stellen mag, ob man sie anerkennt oder ob man sie ablehnt, sie müssen zunächst als etwas Tatsächliches hingenommen werden. Es ist nicht nötig, daß aus solchen geographisch-politischen Neugestaltungen in zwangsläufiger Folge weitere Kriege erwachsen müssen, sondern sehr oft war in der Welt das Ergebnis politischer Grenz- und Staatsverschiebungen eine Periode darauffolgender Beruhigung und innerer Genesung! Was aber dem Friedensvertrag von Versailles den giftigen Stachel einer ewigen Menschheitsbedrohung gibt, ist die Klassifikation der Völker und Nationen in zwei streng voneinander geschiedene Hälften.

Gegen Versailles: Uns genügt keine Änderung der Ausplünderungsmethode, wir fordern Änderung des ganzen Unterjochungssystems

Die moralische Minderwertigkeitserklärung der Unterlegenen und die daraus gefolgerte Berechtigung ihrer ewigen wirtschaftlichen Ausplünderung ist auf die Dauer unerträglich. Das deutsche Volk hat eine Geschichte, die älter ist als die des Friedensvertrages von Versailles. Es hat eine Ehre, die ihm nicht durch einen verlorenen Krieg einmal für immer abgesprochen werden kann[38].

Es hat das Recht auf ein eigenes Leben, das größer ist als alle Rechte, die aus diesem Vertrage scheinbar das Recht zur Zerstörung dieses Lebens ableiten wollen.

Für uns alle handelt es sich nicht mehr um eine Änderung der Methodik unserer Ausplünderung, sondern um eine Änderung der schein-rechtlichen Ausgangsbasis für dieses System einer unwürdigen Unterjochung.

Die junge, neue deutsche Generation fordert stürmisch die tatsächliche Gleichberechtigung unseres Volkes mit den anderen Kulturnationen.

Der Gedanke an die in dem Versailler Vertrag niedergeschriebene moralische Unwürdigkeit unseres Volkes ist uns genauso unerträglich, wie die praktisch daraus abgeleiteten finanziellen Verpflichtungen.

Wir protestieren schärfstens gegen alle Versuche, aus dem Young-Plan wieder einen anderen Reparationsplan mit irgendeiner neuen Mechanik oder Methodik zu entwickeln.

Zwölf Jahre lang hat Deutschland diese Zuchthausketten getragen. Die Friedensgeneration, die allein die Welt verantwortlich machen könnte für unser entsetzliches Geschick, ist entweder auf den Schlachtfeldern geblieben, oder sie ist heute alt und morsch. Das deutsche Volk von jetzt - wir alle - sind uns keiner Schuld bewußt an irgendeinem Vorgange, der eine Rechtfertigung sein könnte für den Versailler Vertrag. *Die Forderung nach Beseitigung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die unser Volk rechtlich und wirtschaftlich zu Menschen zweiter Klasse verdammen, ist nicht nur unser ethischer Wille, sondern auch eine ethische Pflicht.*

---

38 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

Ich erhebe nun auch gegen die heutige Regierung den Vorwurf, daß sie die günstige Situation nach dem 14. September 1930 ungenützt vorübergehen ließ.

Damals war - etwas Neues seit den Tagen des Zusammenbruches - in einem großen und beachtlichen Teile der Weltpresse eine Bereitwilligkeit zu spüren, die Ausgangsbasis aller Reparationsverpflichtungen selbst einer kritischen Prüfung zu unterziehen[39]. In *Amerika* und in *England* haben es hervorragende Herausgeber großer Zeitungen mit anerkennenswertem Mute und dankbar zu begrüßender Offenherzigkeit versucht, entgegen der bisherigen allgemeinen Weltpsychose in vernünftig objektiver Weise die Zweckmäßigkeit eines Vertragswerkes anzuzweifeln, das die Menschheit, je länger um so mehr, von der ihr so nötigen vertrauensvollen Zusammenarbeit entfernt[40]. In *Italien* wurden diese Auffassungen nahezu allgemein auf das wärmste unterstützt. Dort haben nicht nur die gesamte wesentliche Presse, sondern auch der verantwortliche überragende Staatsmann[41] die Unmöglichkeit des heutigen Zustandes bestätigt, ja sogar die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, an seiner Beseitigung in groß empfundener Weise mitzuwirken[42].

Das Ergebnis dieser Bemühungen war, soweit es sich um die Stellungnahme der verantwortlichen deutschen Regierungspresse handelte, allerdings kläglich. Ein Teil der hinter den Regierungsparteien stehenden Zeitungen brachte es sogar fertig, die Männer, die es in England und Amerika auf sich genommen hatten, einer Änderung der Beurteilung unseres Volkes das Wort zu reden, zu beschimpfen und herabzusetzen[43]. Man täuschte Zweifel an der Aufrichtig-

39 Die britische Presse versuchte den, in dieser Form unerwarteten Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930 auch mit dem Versailler Friedensvertrag zu erklären. Die Stimmen, die deshalb auf seine Revision drängten, blieben jedoch die Ausnahme. Vgl. Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964, S. 91 ff.; Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 73 ff.; Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993, S. 52 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 124, Anm. 4.

40 Die britischen und amerikanischen Journalisten, mit denen Hitler nach dem 14.9.1930 Interviews führte, ließen teilweise ein gewisses Verständnis für seine Ideen und Forderungen erkennen. Vgl. Bd. III/3, Dok. 124, 126; Bd. IV/1, Dok. 1, 2, 7, 8, 9.

41 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans *l'Avanti!*, 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung *Il popolo d'Italia*, 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident (Capo del Governo), 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

42 Vgl. das Schreiben des Reichsministers des Innern Wirth an den Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 15.4.1931, in dem Wirth über sein Gespräch mit Mussolini vom 13.4.1931 berichtet: "Ich hatte es nicht schwer, im Anschluß daran unsere Bedenken gegen die Zahlungen aus dem Young-Plan zu vertiefen. Mussolini verwarf den Young-Plan und forderte seine schleunige Revision. [...] Mussolini äußerte die kühne Ansicht, daß man überhaupt keinen Plan mehr aufstellen solle. Jeder Plan sei verderblich."
Ferner das Telegramm des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert an das Auswärtige Amt vom 15.4.1931, in dem er über seine Unterredung mit Mussolini am selben Tag berichtet: "Hierauf fragte mich Herr Mussolini, was meiner Ansicht nach geschehen würde, wenn wir ganz plötzlich erklären würden, wir zahlten nicht mehr. Indem er das Buch des Herrn Schacht erwähnte, mit dessen Lektüre er augenblicklich beschäftigt sei, ließ er durchblicken, daß in diesem Falle nichts Besonderes sich ereignen würde." Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVII, Göttingen 1981, Dok. 85 f.

43 Der am 2.4.1930 vom Amt des Reichsbankpräsidenten zurückgetretene Hjalmar Schacht hatte die Reparationspolitik der Reichsregierung in seiner Darstellung *Das Ende der Reparationen* (Oldenburg 1931) sowie in öffent-

keit ihrer Gesinnung sowohl als am Recht ihrer Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten vor!

Sie, Herr Kanzler, haben damals keine Initiative ergriffen, um den
Wahlausgang des 14. Sept[*ember 1930*]
in diese von der Welt aus hingehaltene Waagschale zu werfen. Allerdings liegt der Grund auch hier wieder in´einer tiefgehenden Verschiedenheit unserer Auffassungen.

Denn in Ihren Augen, Herr Reichskanzler, ist die Lösung aller dieser Aufgaben Pflicht und Recht einer Regierung, die, wie Sie glauben, nicht unbedingt in lebendiger Beziehung zu den ihr gleichdenkenden Massen der Nation stehen muß. *Ihr Versuch, ein überparteiliches Kabinett zu bilden, ist ja an sich ein Widerspruch in einer Zeit, da die Weimarer Verfassung wenigstens nach außen hin noch als Grundlage unseres politischen Handelns ausgegeben wird*[44]. Denn auch dieses unparteiische Kabinett ist nach dieser Verfassung abhängig von der Gunst oder Mißgunst, vom Wollen oder von der Ablehnung der Parteien. Aber abgesehen von diesem Widerspruch, ist der Gedankengang, aus dem eine solche Auffassung kommt, an sich falsch. Solange sich der Wille des Volkes in den organisierten Formen der Parteien ausdrückt, muß eine Regierung ihr Wollen in Übereinstimmung bringen mit den analog denkenden Parteien. *Das Ziel, den Friedensvertrag von Versailles zu überwinden, setzt bei einer Regierung aber immer voraus, daß dieses bestimmte politische Wollen nicht eine reine Reservatauffassung von ihr, sondern die allgemeine Auffassung der hinter ihr stehenden und sie tragenden Kräfte ist.*

So wie besonders außenpolitische Maßnahmen einer Regierung nicht in einer gleichen Absicht und Willensbildung der Nation verankert sind, wird die Kraft zu ihrer Durchfechtung nur eine sehr mäßige sein können. Der Gedanke, eine Revision eines Reparationsplanes aus "wirtschaftlichen" Erkenntnissen oder Erfahrungen heraus vorzunehmen, hat viel Bestechendes an sich. Er wird aber am Ende daran scheitern, daß die Reparationsidee überhaupt in der Minderwertigkeitsfeststellung des Friedensvertrages von Versailles begründet ist, die unser Volk als schuldig und damit verantwortlich für alle Schäden einmal für immer festnagelt. *Damit ist aber die Aufgabe des Ankämpfens gegen den Friedensvertrag von Versailles aus dem Bereich einer beschränkten Regierungsaktion wesentlich herausgehoben und in die Größe einer allgemeinen nationalen Aufgabe eingerückt.*

---

lichen Vorträgen während verschiedener Auslandsreisen kritisiert. Die *Germania* berichtete z. B. am 4.3.1931 über Schachts Reise nach Schweden und bemerkte zu Schachts USA-Reise im Oktober 1930: "Daß er dabei in der Wahl des Augenblicks und in der Form seiner Ausführungen eine besonders glückliche Hand gehabt hat, wird bekanntlich von Sachkennern bestritten." Gleichwohl gab es in der bürgerlichen Presse auch zurückhaltende oder wohlwollende Berichte. Vgl. Germania vom 4.10.1930, "Schacht über das Reparationsproblem"; vom 10.10.1930, "Schachtrede in Neuyork"; vom 20.10.1930 (AA), "Washingtoner Gerüchte"; vom 4.3.1931 (AA), "Zweimal Schacht"; vom 6.3.1931 (AA), "Schacht will ernst genommen werden". Ferner Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 11 ff.; Heinz Pentzlin, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980, S. 126 ff., 150 ff.

44 In der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 wurde die staatsrechtliche Funktion der Parteien kaum definiert, weder in den Bestimmungen über den Ursprung der Staatsgewalt (Artikel 1) und die Stellung der Abgeordneten (Artikel 21), noch in denen über die Regierungsbildung (Artikel 53). Artikel 53 lautete stattdessen: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." Vgl. Bracher, Auflösung, S. 37 ff. Druck: RGBl. 1919, S. 1383, 1388, 1393.

Die Bewertung einer deutschen Regierung für diese Aufgabe wird ausschließlich stattfinden nach der Bewertung der sie tragenden nationalen Kraft. Nicht

der "ethische Wille"

einer Regierung oder gar eines einzelnen Regierungschefs ist damit entscheidend, sondern der ethische Gehalt der ganzen Nation. *Es ist daher in erster Linie die Aufgabe einer Regierung, diese innere Kraft ins Leben zu rufen, um mit ihr äußere Politik machen zu können.*

Es sind hier tiefgehende und unüberbrückbare Gegensätze in den Grundauffassungen vorhanden.

Sie, Herr Reichskanzler Brüning, sind überzeugt, daß eine Regierung, gestützt und getragen von Zentrum, Sozialdemokratie, den Parteien des Pazifismus[45] usw., in der Lage sein kann, eine aktive nationale Außenpolitik zu betreiben.

Ich, Herr Reichskanzler Brüning, bin demgegenüber der Überzeugung, daß eine solche Regierung unter diesen Voraussetzungen meinetwegen die beste Absicht haben kann, im Effekt aber die Stärke ihrer Politik nach der Schwäche ihrer inneren Deckung ausfallen muß.

Daher ist Ihre Berufung, Herr Reichskanzler Brüning, auf die großen Führer aus der preußischen und deutschen Geschichte, die erst den Mut zur Unpopularität in sich trugen, dann aber nach einer Periode äußerster Verleumdung und Verspottung als Monopol für die nationale Gesinnung benutzt wurden[46], ebenso unverständlich wie unberechtigt.

Denn alle diese Männer haben sich grundsätzlich nicht auf überlebte Parteien international-demokratisch-pazifistischer Einstellung gestützt, sondern immer den Weg zu den wirklichen Quellen der nationalen Kraft gefunden. Sie haben ihre politischen Maßnahmen mit jener Welt verteidigt, aus der sie stammten. Daher ist ihnen aber auch der Erfolg beschieden gewesen, den wir heute bei den meisten Maßnahmen der derzeitigen Regierungen vergeblich suchen.

Ich darf noch einmal zurückkommen, Herr Reichskanzler, auf Ihre Äußerung[47], daß Sie "nach einem wohlüberlegten Plan schrittweise den Weg zur Heilung gingen".

Darf ich mir daran anschließend die Frage erlauben, ob zum Beispiel die Einleitung der deutsch-österreichischen Zollunion[48]

nach einem solchen "wohlüberlegten Plan" erfolgt ist oder nicht? Da die Versicherung gegeben wird, daß das erstere der Fall sei, gibt es nur zwei Möglichkeiten zur Erklärung der ka-

---

45 Das Zentrum stand der Reichswehr ohne Ressentiments gegenüber und unterstützte in der Regel die Forderungen der Reichswehrführung. Bei der SPD war dagegen das Spektrum der Meinungen ungleich breiter, vom extremen Pazifismus bis hin zur Bereitschaft einer weitgehend vorurteilsfreien Kooperation mit der Bewaffneten Macht. Die auf dem Magdeburger Parteitag (26.-31.5.1929) angenommenen *Richtlinien zur Wehrpolitik* waren ein mißglückter Versuch eines Konsenses, die SPD blieb in der Wehrpolitik tief gespalten. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304, hier S. 142 ff., 148.
Mit ca. 30.000 Mitgliedern war die "Deutsche Friedensgesellschaft" (DFG) 1927 die größte und einflußreichste pazifistische Vereinigung; von ihren Mitgliedern gehörten fast die Hälfte der SPD, ein Viertel der DDP und etwa 5% dem Zentrum an. Die übrigen Mitglieder waren parteipolitisch nicht gebunden. Vgl. Wolfram Wette, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 25-173, hier S. 86.

46 Wie Anm. 5.

47 Wie Anm. 2, S. 2074.

48 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

tastrophalen Niederlage: Entweder der Plan war trotz aller Überlegung falsch, oder die Fundierung des Planes war nicht genügend.

Ich bin überzeugt, daß *beides* zutrifft.

Ich habe sofort nach Bekanntwerden des Zollunionprojektes die Auffassung vertreten, daß außerordentlich gewichtige Gründe sowohl gegen die Zeit, als auch gegen die Art der Durchführung dieses Unternehmens sprächen[49].

Ich habe, zweitens, die rein machtmäßige Fundierung Ihrer Regierung, Herr Reichskanzler Brüning, für diesen Zweck und diese Aufgabe als gänzlich ungenügend angesehen und dies auch ausgesprochen.

Es ist einfach unmöglich, eine außenpolitische Maßnahme durchzuführen, wenn innenpolitisch die Kräfte zu einer konsequenten und andauernden Verfechtung nicht vorhanden sind oder gar nicht verwendet werden.

Als - um wieder auf die von Ihnen, Herr Reichskanzler, [*her*]angezogenen großen Männer der preußischen Geschichte zurückzukommen[50] - Bismarck ebenfalls nach einem wohlüberlegten Plan, Schritt für Schritt vorgehend, den wirtschaftlichen Zweckverband des Deutschen Zollvereins[51] zur machtpolitischen Einheit des Deutschen Reiches ausbaute, da war in jeder Phase dieses Prozesses die absolute *Übereinstimmung* zwischen seinem außenpolitischen Wollen und der im Innern hierfür bereitgestellten Kräfte vorhanden. Sein Vorgehen lag geistig ebenso klar und bestimmt in der Tradition und Linie des besten Preußentums, wie umgekehrt Ihr beabsichtigter Vorstoß in der Zollunionsangelegenheit außerhalb des Sinnes und der Geisteswelt des Weimarer Staates liegt.

Die innersten Gedanken und Wesenszüge der marxistischen und bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die seit dem November 1918 unser unglückliches Volk belasten, werden durch *keine* Brücke mit einem Handeln verbunden, das von Ihnen selbst, Herr Reichskanzler, als national gedacht und von der übrigen Welt natürlich auch als ähnlich angesehen wird.

Darüber hinaus aber hat Bismarck sich und seinem Wollen nicht nur die allgemeine geistige Unterstützung der Nation gesichert, sondern auch alle rein machtmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die zur Durchfechtung seiner Absichten erforderlich schienen. Denn letzten Endes wird der Erfolg im Leben vom Können mindestens genau so viel abhängen als wie vom Wollen [*sic!*].

Man kann aber nicht nach außen hin eine nationale Politik betreiben, wenn man als einzige Kraftreserve hinter sich Marxisten, Pazifisten und Demokraten besitzt.

Die Auffassung, daß für eine solche Aufgabe dann auf den anderen Teil der Nation zurückgegriffen werden könnte, muß zurückgewiesen werden.

Entweder Nationalsozialismus oder - Bolschewismus!

Es geht nicht an, heute zu beklagen, daß eine zweite Front gebildet ist, und morgen wieder zu hoffen, daß man von ihr unterstützt wird, um außenpolitisch wichtige Entschlüsse von vornherein nur auf diese, nunmehr auf einmal höchst erwünschte, ja sogar als nötig erkannte

49 Gemeint ist Hitlers Rede vom 7.4.1931 in München. Druck: Bd. IV/1, Dok. 86.
50 Wie Anm. 5.
51 Vgl. Dok. 25, Anm. 7.

zweite Front aufzubauen. Es geht dies auch deshalb nicht an, weil natürlich jede der Fronten ihre sehr geschlossene allgemeine Anschauungswelt besitzt. *Es ist aber nun ein Unding, Innenpolitik in der Anschauungswelt des Pazifismus und Außenpolitik in der Anschauungswelt des nationalistischen Aktivismus machen zu wollen.*

Die katastrophale Niederlage Ihrer Außenpolitik in der Frage der Zollunion, Herr Reichskanzler, kam daher nicht von ungefähr. Nein - sie ist das Ergebnis der klaren Erkenntnis der

Schwäche und Ohnmacht,

die hinter Ihrem Wollen stand. Auch Bismarck hätte nicht mit dem Geist von Olmütz [52] in den Knochen einem Königgrätz [53] entgegenmarschieren können. Und wenn schon, es wäre nie Königgrätz geworden.

Aber selbst wenn, Herr Reichskanzler, die nationale Front, insonderheit wir Nationalsozialisten es wagen wollten, Sie auf einzelnen derartigen außenpolitischen Exkursionen zu begleiten, so würde dies trotzdem für das Ergebnis belanglos, für unsere Partei vernichtend und für Deutschland sehr schädlich sein. Denn die Maßnahmen, die zur Entscheidung des Seins oder Nichtseins der Völker in letzter Konsequenz eingesetzt werden können und eingesetzt werden müssen, sind undenkbar, wenn nicht ein Volk selbst in den wesentlichsten Grundauffassungen zu den Problemen des Lebens eine einheitliche Stellung einnimmt. *Und hier ist wieder die Frage, Herr Reichskanzler Brüning:*

Glauben Sie, daß man Völker mit marxistisch-pazifistisch-demokratischen Lebensauffassungen in der Weltgeschichte als erfolgreich ansprechen kann, oder daß nicht vielmehr das Gegenteil der Fall ist? Ich bin überzeugt, daß es keine Nation und keinen Staat gibt, die auf die Dauer mit solchen Ideen zu bestehen vermögen. Sicher aber ist eines: Beide Gedanken können nicht zugleich in einer Brust wohnen.

Die konsequente Weiterverfolgung der in Deutschland seit 12 Jahren eingeschlagenen offiziellen politischen Linie endet im Bolschewismus.

Die nationalsozialistische Bewegung setzt dieser Entwicklung den sturſten Widerstand entgegen. Und sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß - wenn eben nicht der Bolschewismus siegen soll - der Antipode siegen muß.

Diese geistige Auseinandersetzung und weltanschauliche Klärung unseres Volkes ist für die spätere außenpolitische Vertretung unserer Interessen genauso nötig und unentbehrlich, wie die Arbeit Friedrich Wilhelms I. dem großen König erst die Möglichkeit für sein unvergängliches Wirken schuf [54]*, die Reorganisation der preußischen Armee unter Roon die Vorbedingung der Proklamation des Kaiserreiches war* [55]*!* Die staatspolitische Aufgabe Bismarcks bestand in der Überwindung einzelner staatlicher Widerstände gegen die Bildung eines,

52 In der Olmützer Punktation vom 29.11.1850 einigten sich Preußen und Österreich auf ein gemeinsames Vorgehen in Holstein und Kurhessen. Diese außenpolitische Niederlage zwang Preußen, das zunächst eigenständig im kurhessischen Verfassungsstreit zu intervenieren versucht hatte, seine Pläne für eine politische Neugestaltung Deutschlands vorerst aufzugeben.

53 Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

54 Gemeint ist der Aufbau des absolutistisch geprägten, preußischen Militär- und Beamtenstaats unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740); dieser Staat und seine Armee boten dem Sohn des "Soldatenkönigs", Friedrich II., dem Großen (1740-1786), das Potential für seine erfolgreichen Eroberungskriege.

55 Vgl. Dok. 37, Anm. 9.

alle deutschen Stämme umfassenden Reiches. Die Voraussetzung hierzu war die Schaffung des *machtpolitischen* Instrumentes zu diesem Zweck, der preußischen Armee!

Die staatspolitische Aufgabe von heute heißt Gleichberechtigung unseres Volkes mit den anderen Nationen. Die Voraussetzung dazu aber ist die geistig-sittliche und moralische Regeneration unseres Volkes.

Damit wird die staatspolitische Aufgabe von einst zu einer *völkisch*-politischen von jetzt. Jedes Vorbeigehen an der Lösung dieser Aufgabe muß zu politischen Resultaten führen, wie sie am Ende des Zollunionsversuches sich ergeben haben.

Auch die Fortsetzung der in Ihrer Rede rühmend erwähnten Besprechungen von Chequers, Paris, London und Rom[56] wird nicht zu dem Resultat führen, das Sie, Herr Reichskanzler Brüning, als "tatsächliche Solidarität der Nationen" ansprechen[57]. Denn auch hier kann die Solidarität nicht der Ausdruck einer *äußeren* Höflichkeitserweisung einem Staatsmann gegenüber sein als vielmehr der *inneren* Anerkennung des gleichen Wertes eines Volkes.

Wäre das anders, dann müßte das Urteil der Geschichte über die Personen, die in den letzten zwölf Jahren die zum Teil unverständliche Ehre besaßen, die deutsche Nation nach außen vertreten zu dürfen, noch viel härter ausfallen, als es ohnehin sein wird.

Deutschland wird erst von dem Augenblick an als gleichgeachtetes Mitglied der zivilisierten Staatsgemeinschaft angesehen werden, in dem es als gesamtpolitische Erscheinung wieder den Anspruch auf Machtgeltung aus dem eigensten inneren Wert heraus erheben kann. Auch von der übrigen Welt wird nicht nur das außenpolitische Wollen, sondern mindestens ebenso sehr die innenpolitische Kraft gewogen!

Ich habe volles Verständnis für die Warnung, die Sie, Herr Reichskanzler, an die Welt vor "Augenblickslösungen, die unter dem Druck dringender materieller Not entstehen", richten[58]. Um so mehr, als wir ja am praktischen Beispiel unserer Notverordnungen selbst erleben können, wie zweifelhaft solche aus dem Drang des Tages herausgeborene Abhilfs- und Aushilfsmaßnahmen sind. Allein, ich hege leider die Befürchtung, daß dieser Appell ein vergeblicher sein wird. *Denn wenn Sie, Herr Reichskanzler Brüning, auch von einer "allgemeinen Weltkrise" sprechen*[59] *und diese uns als Entschuldigung für das eigene Unglück vorzuhalten versuchen, dann muß ich doch bekennen, daß zwischen den Krisen in allen anderen Ländern und der Krise bei uns ein turmhoher Unterschied besteht*[60]. Wirtschaftliche Katastrophen hat es

56 Gemeint sind die Gespräche, die Reichskanzler Brüning und der Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 5.6. bis 9.6.1931 in London, bzw. am 6./7.6.1931 in Chequers, am 18./19.7.1931 in Paris und am 7./8.8.1931 in Rom mit dem Ziel einer Revision des Young-Plans führten. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 542 ff. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVII, Dok. 169, 172; Bd. XVIII, Dok. 25, 67, 112, 123. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, Dok. 329, 408, 428, 440.

57 "Schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine lähmende Wirkung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprachen, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom und hier, in Berlin, gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen *Solidarität der Nationen* ebnen; denn es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Völkern der Welt zu schaffen." Wie Anm. 2, S. 2070.

58 "Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Drucke dringender materieller Not." Wie Anm. 2, S. 2070.

59 Wie Anm. 33.

60 Zu den internationalen Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, S. 111 ff.

oft, wirtschaftliche Panikstimmungen desgleichen gegeben. Sie beruhen mehr oder weniger stets auf korrigierbaren wirtschaftlichen Erscheinungen. *Unsere* Krise fußt auf einem

allgemeinen politischen Zusammenbruch,

bei dem es nur verwunderlich ist, daß der enorme moralische und sachliche Kredit von *früher* her überhaupt ein wirtschaftliches Fortfretten[61] bis heute gestattete.

Deutschland darf gar nicht hoffen, sich durch ein Anhängen an den wirtschaftlichen Genesungsprozeß anderer Nationen auch aus der Krise herausziehen zu lassen. Denn die Ursachen dieser Krise sind, wie schon betont, ganz verschiedene. Was in den anderen Nationen, dank der Intaktheit ihrer Volkskörper und der daraus resultierenden machtmäßigen Kräfte sowie der günstigeren räumlichen Dimensionen jederzeit wieder korrigiert werden kann, ist bei uns solange vergeblich zu ändern, als nicht die Änderung der Mentalität unseres Volkskörpers andere Vorbedingungen schafft. *Die Erkenntnis der unzertrennlichen Verbundenheit von Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik und die Folgerungen sind damit wichtiger für die Wiederaufrichtung unseres Volkes als tausend Erklärungen vor dem Reichstag.*

Das große Lob, das sich die Regierung Brüning mit der Feststellung aussprach, "sie sei als erste den übrigen Nationen mit einschneidenden Sparmaßnahmen vorangegangen"[62], kann wesentlich gedämpft werden durch die einfache Feststellung, daß seit undenkbaren Zeiten her die Maßnahmen von Regierungen in ähnlichen Situationen immer dieselben waren und auch in der Zukunft dieselben bleiben dürften.

Wenn die öffentlichen Ausgaben durch die öffentlichen Einnahmen nicht mehr gedeckt sind, dann möge man nicht von einer großen Tat sprechen, wenn entweder die Einnahmen erhöht oder die Ausgaben gesenkt werden. Im übrigen ist ja selbst dieses der Regierung Brüning in beiden Fällen mißlungen. Trotz aller Bemühungen ist es weder gelungen, die Gesamtausgaben wesentlich zu senken, noch die Gesamteinnahmen wesentlich zu steigern[63]. Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es sich dabei durchgehend um Maßnahmen handelt, die Sie, Herr Reichskanzler Brüning, selbst in der übrigen Welt als "Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not"[64] bedenklich finden und daher ablehnen. *Im übrigen ist auch hier ausschließlich der Erfolg entscheidend, und zwar nicht nur der Erfolg des Ausgleichs im Staatshaushalt, son*dern, *in viel höherem Sinne, der Erfolg in der Rettung der Gesamtnation und damit natürlich auch ihrer Wirtschaft.*

Bei dem Lesen dieser letzten Regierungserklärung und der darin aufgezählten fortlaufenden Erfolge auf allen Gebieten des Lebens unseres deutschen Volkes wurde ich unwillkürlich an

61 Österreichischer Begriff für: sich abmühen, sich wund reiben.

62 "Die Reichsregierung nimmt es für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreis der großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen an den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat." Wie Anm. 2, S. 2070.

63 Die Ausgaben im Reichshaushalt betrugen in Millionen RM: Haushaltsjahr 1927/28: 7.154,8; Haushaltsjahr 1929/30: 8.043,2; Haushaltsjahr 1930/31: 8.190,2; Haushaltsjahr 1931/32: 6.815,2.
Die Steuer- und Zolleinnahmen des Deutschen Reichs (einschließlich Sonderleistungen und Reparationssteuern) betrugen in Millionen RM: Haushaltsjahr 1927/28: 9.368,5 (davon Reichsanteil: 6.356,8); Haushaltsjahr 1929/30: 10.033,6 (davon Reichsanteil: 6.740,7); Haushaltsjahr 1930/31: 9.684,4 (davon Reichsanteil: 6.634,0); Haushaltsjahr 1931/32: 8.385,3 (davon Reichsanteil: 6.064,2). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 434 ff., 441 f.

64 Wie Anm. 58.

das Bulletin jenes Arztes erinnert, der der fragend zuhörenden Gemeinde die befriedigende Auskunft gibt: *Operation gelungen, Patient gestorben...*

Wie gering auch heute noch die Bedeutung der inneren seelischen und geistigen *Harmonie* des Volkes angeschlagen wird, geht aus einer ganzen Anzahl weiterer Stellen Ihrer Kundgebung hervor. Da ist zunächst jener Passus, der besagt, daß

"die Öffentlichkeit die Gewißheit haben muß, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen, die dem arbeitsamen und ordnungsliebenden deutschen Volk die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist"[65].

Einschränkend heißt es dann weiter:

"Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen nicht ausreichen, sondern nur den Weg freimachen können. Sie bedurfte dabei der hingebenden Arbeit eines unter Opfern und erschwerenden Umständen pflichttreu tätigen Berufsbeamtentums"[66].

Herr Reichskanzler Brüning! Sie sehen auch hier zum Unterschied von uns das Problem einer von Weltanschauungen zerrissenen Zeit nur in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung!

Ruhe und Ordnung!

Es ist dies eine Auffassung, die von dem römischen Landpfleger Pontius Pilatus an bis zu den kaiserlichen und königlichen Ministern der ersten Novembertage von 1918 sich immer gleich geblieben ist.

Eine Weltanschauungs- und Glaubenskrise beginnt sich in äußere Bewegung umzusetzen. Staatsaufgabe: Man hindere die *äußere* Bewegung, und der Kranke wird damit "gesund"!

Herr Reichskanzler Brüning! Mit denselben Methoden, nur in viel schärferer Anwendung, hat einst der Zarismus den Bolschewismus zu überwinden versucht, glaubte man in Deutschland die Sozialdemokratie wieder auszurotten[67]*, und meinen Sie heute, den Kommunismus zu töten*[68].

Ich will dabei ganz schweigen von den furchtbaren Verfolgungen, die meine eigene Bewegung seit einem Jahrzehnt zu erdulden hat. Ich kann darüber schweigen, weil ja auch hier die Wirksamkeit eines solchen Verfahrens an der Gewalt einer Idee glatt zerschellte.

---

65 "Die Öffentlichkeit muß die Gewißheit haben, daß *Auswüchsen des politischen Kampfes* mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßregeln getroffen, die dem arbeitsamen und ordnungsliebenden deutschen Volke die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist." Wie Anm. 2, S. 2072.

66 Wie Anm. 2, S. 2072.

67 Anspielung auf das am 30.9.1890 ausgelaufene, aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. am 21.10.1878 in Kraft getretene Gesetz "wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das Vereine mit sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Zielsetzung verbot.

68 Vgl. Dok. 31, Anm. 5.

Auf eine Tatsache, die nicht abgestritten werden kann, darf ich Sie, Herr Reichskanzler Brüning, hinweisen, daß nämlich, seit Sie Ihren Kampf gegen den Radikalismus mit Hilfe der Notverordnungen aufgenommen haben, die

Zunahme der Terrorakte

gewaltig ist. In der praktischen Auswirkung haben diese Maßnahmen zu demselben Ergebnis geführt wie ähnliche Versuche in früheren Zeiten. Die Tatsache der Entwaffnung eines reisenden Kaufmanns hat noch nie den lauernden Strolch im Überfall abgehalten. *Die Tatsache der Entwaffnung, der körperlichen Wehrlosmachung Ihres bürgerlichen Staates, Herr Reichskanzler, wird die Angriffswucht des Bolschewismus nicht nur nicht lähmen, sondern im Gegenteil außerordentlich fördern.*

Ich darf weiter darauf hinweisen, Herr Reichskanzler, daß seit Monaten nicht nur hin und wieder Polizeioffiziere niedergeschossen werden[69], sondern daß, was Ihnen vielleicht im Drang der Geschäfte entgangen sein mag, im Laufe der wenigen Monate rund

ein halbes Hundert

von Mitgliedern *meiner* Bewegung zum größten Teil aus dem Hinterhalt niedergeschossen oder niedergestochen wurden[70]. Jede neue Notverordnung hat diese Entwicklung beschleunigt. Eine sichtbare Gegenwirkung durch das Gesetz, eine Bestrafung der Täter, ist bisher selten erfolgt, jedenfalls aber gänzlich wirkungslos geblieben[71]. Es ist daher nur zu bedauerlich, daß unser altes Berufsbeamtentum in diesem aussichtslosen Kampf verbraucht wird.

Die wahre Aufgabe des Reichsheeres: Landesverteidigung statt Systemschutz

Am allerbedauerlichsten aber ist es, wenn das letzte, weltanschaulich noch nicht angefressene Instrument, auf das Sie allein sich heute noch zu stützen vermögen, die Reichswehr, nunmehr durch ihren in der Regierung befindlichen Vertreter direkt und indirekt an diesen Kämpfen beteiligt und in ihren Strudel hineingerissen wird.

Auch die Übergabe des Innenministeriums an den Reichswehrminister[72] ist wieder nur verständlich aus der absoluten Kluft, die rein gedanklich zwischen Ihren und unseren Auffassungen, Herr Reichskanzler, vorhanden ist.

---

69 Nach Angaben des preußischen Ministeriums des Innern wurden zwischen dem 1.1.1928 und 31.10.1932 bei politischen Auseinandersetzungen in Preußen elf Polizeibeamte getötet und 1.155 verletzt. Der Aufstellung zufolge waren Angehörige der KPD für acht Tote und 870 Verletzte verantwortlich, Angehörige der NSDAP für 137 Verletzte, Angehörige des Reichsbanners für 37 Verletzte und übrige Wehrorganisationen für 27 Verletzte. Bei den restlichen drei Toten und 84 Verletzten war die politische Zugehörigkeit der Täter nicht zu ermitteln. Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 253. Ferner Dok. 94, Anm. 28.

70 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71.

71 Umfassende Zahlen über die damalige Entscheidungspraxis bei politischen Prozessen liegen nicht vor. Die vorhandenen Zeugnisse lassen jedoch in den ersten Jahren der Weimarer Republik Einseitigkeiten in der Urteilsfindung erkennen, die klar zu Lasten der politischen Linken gingen; danach bietet die Rechtssprechung ein differenziertes Bild. Allerdings galt die KPD seit Mitte der 20er Jahre - im Gegensatz zur NSDAP - als hochverräterische Organisation, so daß die Beweislast gegebenenfalls bei deren Angehörigen lag. Lag der Vorwurf des Hochverrats vor, wurde gegen die KPD und ihre Nebenorganisationen regelmäßig das vollständige Instrumentarium des Straf- und Verwaltungsrechts eingesetzt. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178, 354 ff.

72 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feld-

Für uns ist die Armee der repräsentative und tatsächliche Ausdruck der Kraft einer Nation zur Verteidigung ihrer Interessen nach außen[73]. Für Sie, Herr Reichskanzler Brüning, ist sie letzten Endes eine Einrichtung zum Schutz der Regierung nach *innen*[74]. Der Sieg unserer Gedanken wird der gesamten Nation ein politisches und weltanschauliches Denken vermitteln, das die Armee in eine wirklich innere geistige Beziehung zum gesamten Volk bringt und sie damit von der peinlichen Tatsache erlöst, ein Fremdkörper im eigenen Volk zu sein. Der Erfolg Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, wird sein die Verpflichtung der Armee zur Erhaltung eines politischen Systems, das in Tradition und innerer Auffassung dem Geiste eines Heeres *todfeindlich* gegenübersteht.

In der letzten Konsequenz muß dies dem Heer, ob gewollt oder ungewollt, den Stempel einer mehr oder weniger für innere Zwecke gedachten Polizeitruppe aufdrücken. Die Frage, ob eine solche Entwicklung in der Zukunft zu einer Besserung der außenpolitischen Situation des Reiches führen wird, kann nur der bejahen, der in der Schwäche eine Empfehlung sieht.

Wenn ich nun von diesen grundsätzlichen Unterschieden in der Auffassung absehe und zu einzelnen Punkten Stellung nehmen will, so stoße ich auch hier auf eine endlose Reihe von Anschauungen und Behauptungen, die nicht unwidersprochen bleiben können, obwohl der Raum und die Zeit ein näheres Eingehen verbieten. Zum Beispiel: Herr Reichskanzler Brüning, Sie sagen:

"Die verderblichen Folgen der politischen Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen hat die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt"[75].

Herr Reichskanzler! *Diese Auffassung haben wir seit 12 Jahren unentwegt vertreten und sind dafür ebenso unentwegt von den heute regierenden Parteien 12 Jahre lang angegriffen und heruntergesetzt worden!*

Oder, wenn Sie, Herr Reichskanzler, weiter beklagen, daß

"unsere deutsche Wirtschaft zu viel Kredite aufgenommen, die mittleren Unternehmungen und insbesondere das Kleinhandwerk und der Bauer zu schwer und zu wenig Kredite bekommen haben"[76],

so ist dies das endliche Zugeben von Behauptungen, die wir ebenfalls seit vielen Jahren aufstellen. Allerdings mit einer Einschränkung: Wie denkt man sich überhaupt eine nationale

eisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).
Groener hatte am 9.10.1931 kommissarisch die Geschäfte des Reichsministers des Innern übernommen. Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1933), München 1993, S. 307 ff.

73 Vgl. Dok. 38, Anm. 9.

74 Anspielung auf Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der u. a. bestimmte: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

75 Wie Anm. 2, S. 2070.

76 "Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, daß die großen Unternehmungen vielfach durch ausländische Kredite eine sehr starke Expansion betreiben konnten, während Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie in ihren Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten demgegenüber zurückgeblieben sind." Wie Anm. 2, S. 2071.

Wirtschaft ohne *fremden* Kapitalzufluß, wenn man über den Umweg von Reparationen und eines zum äußersten aufgetriebenen Staatshaushaltes rein steuertechnisch die Finanzen zugrunde richtet?

Herr Reichskanzler Brüning! Sie sagen in Ihrer Rede:

"Der Weg könne zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Überzeugung hat, daß Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewußtsein überall wiederhergestellt sind"[77].

Herr Reichskanzler, heute gibt es in Deutschland eine erdrückende Überzahl von Menschen, deren Glaube an die "Gerechtigkeit" auf den *Nullpunkt* gesunken ist. Wie aber will man von "Verantwortungsbewußtsein" reden, wenn ein Volk erleben muß, daß seine Staatsmänner einen Vertrag von so furchtbaren Folgen wie den

Young-Plan

unterschreiben, obwohl sie samt und sonders wissen müßten, daß er erstens unerfüllbar ist[78] und zweitens ein ganzes Volk mit tödlicher Sicherheit in eine *Katastrophe sondergleichen* führen muß. *Herr Reichskanzler, das deutsche Volk hat in überwältigender Zahl heute nicht das Gefühl, daß es in den letzten 12 Jahren im Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit geleitet worden ist. Es hat stattdessen das Gefühl, daß man nur zu oft entweder nackte Parteiinteressen in den Vordergrund rückte oder schwächliche Angst bestimmen ließ.*

Herr Reichskanzler, Sie sagen:

"Entscheidend im ganzen ist der richtunggebende ethische Wille, der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volk und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst dieser ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen."

Ich darf nur fragen, *worin* bestehen die positiven Leistungen, um diesen ethischen Willen zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, zur Selbstzucht, zum Opfer für das Vaterland zu fördern, zu stärken, ja, ihm zum Siege zu verhelfen?!

Schutz der Jugend

Als Nationalsozialist kann ich mit Stolz diese Tugenden als Grundpfeiler des Erfolges unserer Bewegung bezeichnen! Und wie werden wir dafür verfolgt! *Gehört es zum "Schutz der Jugend vor Zersetzung"*[79]*, wenn im Film und im Theater, in der Presse und in der Literatur ein wilder Krieg gegen alles geführt wird, was dieser Jugend, wenn sie überhaupt einmal einen*

77 Wie Anm. 2, S. 2072.

78 Auch bei den Parteien, die sich für eine Annahme des Young-Plans eingesetzt hatten, bestand Konsens darüber, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil. Bonn 1991, S. 11 ff.

79 "Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt werden." Wie Anm. 2, S. 2073.

Wert für Deutschland haben soll, heilig sein müßte? Die Reichsregierung hat nicht nur nicht alle Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe gestellt[80], sondern sie setzt eher ihre Kräfte ein zum Schutz der verderblichen Zersetzung vor dem nationalen Widerstand.

Herr Reichskanzler, Sie sprechen weiter von der Aufrechterhaltung des Mitbestimmungsrechtes des Arbeiters an den Löhnen und an der Aufrechterhaltung der Tarife[81].

Herr Reichskanzler, in Wahrheit ist das alles schon heute eine blasse Illusion. Gewiß, es steht dem einzelnen frei, an der Lohnbestimmung mitzureden[82], aber über ihn hinweg nimmt sich die Regierung die Freiheit, auf dem Wege von Notverordnungen die realen Lebensgrundlagen, d. h., die Löhne und Gehälter durch schwerste Besteuerung so zu kürzen[83], daß die Erlaubnis, bei den Tariffestlegungen mitzusprechen, nur noch den Gewerkschaftssekretär zu befriedigen vermag. Die Tarife bleiben, aber der Lebensstandard sinkt.

Weiter verkünden Sie[84], Herr Reichskanzler, dem deutschen Volk die Einberufung eines wirtschaftlichen Beirates[85]. Wenn es nun richtig ist, daß heute die Situation sich schon in den

80 Zur Jugendpolitik in der Weimarer Republik vgl. Elizabeth Harvey, Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.

81 "Die *Sozialpolitik* muß derart gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft* nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die *Tarife* müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden." Wie Anm. 2, S. 2072.

82 Mit der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23.12.1918 hatte das Tarifvertragsrecht in Deutschland erstmals eine juristische Grundlage erhalten und war durch Artikel 165 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 auch verfassungsrechtlich garantiert worden. Ungeachtet kleinerer juristischer Änderungen behielt diese Tarifvertragsverordnung während der Weimarer Republik ihre Gültigkeit. Allerdings ermöglichten verschiedene Verordnungen des Jahres 1919, zusammengefaßt in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30.10.1923, einen staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie in Form des Schiedsspruchs. Vgl. Thomas Bohle, Einheitliches Arbeitsrecht in der Weimarer Republik. Bemühungen um ein deutsches Arbeitsgesetzbuch, Tübingen 1990, S. 34 ff. Druck der genannten Verordnungen: RGBl. 1918, S. 1456 ff.; 1919, S. 8, 100, 1415, 1500 ff.; 1923, I, S. 1043 ff.

83 Über den Weg der Zwangsschlichtung versuchte die Regierung Brüning von Anfang an auf eine Senkung der Tariflöhne einzuwirken, beispielsweise im Oeynhausener Schiedsspruch vom 10.6.1930. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9.1.1931 wurden die wichtigeren Schlichtungsverfahren nicht mehr dem Reichsarbeitsminister, sondern der Reichsregierung zur Entscheidung übergeben. Insgesamt kamen 1931 73,1% aller Tarifabschlüsse nach behördlicher Schlichtung zustande.
Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst wurden bereits am 16.7.1930 mit der Verordnung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 (2,5%) und am 5.6.1931 mit der Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (4-8%) eingeleitet. Vgl. Johannes Bähr, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932, Berlin 1989, S. 296 ff. Druck der genannten Verordnungen: RGBl. 1930, I, S. 207 ff.; 1931, I, S. 1, 279 ff. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 20.

84 "Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen *Wirtschaftsbeirat* zu ernennen, der der Reichsregierung in der wechselvollen Entwicklung der Krise zur Seite stehen soll." Wie Anm. 2, S. 2071.

85 Dem auf Initiative Brünings gebildeten Wirtschaftsbeirat beim Reichspräsidenten, der am 29.10.1931 erstmals zusammentrat, gehörten Vertreter aus Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft und den Gewerk-

Aussichten auf Genesung wie 50 [%] zu 50 [%] verhält, so erhebt sich nur die Frage: *Warum ist dieser Beirat nicht schon längst zusammengerufen worden?* Und zwar zusammengerufen in der Zeit, da die Situation im ungünstigen Sinne zum günstigen wie 90 [%] zu 10 [%] stand?!

Nein, es gibt wirklich keine Wunderlösungen! Es gibt keine Patentlösungen!

Es gibt nur eine einzige Lösung, und sie heißt:

Ein Volk zur inneren Gesundung bringen!

Wenn Sie, Herr Reichskanzler, betonen, daß der Winter überstanden werden wird[86], so hat die deutsche Nation bisher schließlich noch jeden Winter überstanden. Denn wenn Sie einen Winter nicht überstanden hätte, gäbe es heute kein deutsches Volk mehr. Es kann dies also unter gar keinen Umständen als das besondere Verdienst einer Regierung gebucht werden, wenn unser Volk, das sicherlich eine jahrhunderttausendelange Entwicklung hinter sich hat und zweitausend Jahre geschichtlich verfolgbar ist, auch noch das Jahr 1932 erlebt.

Allein, es handelt sich nicht darum, ob wir den nächsten Frühling sehen, sondern wie wir ihn sehen.

Es handelt sich darum, ob unser Volk endgültig in den Abgrund des Bolschewismus hinuntertaumeln wird oder ob es sich noch einmal in die Höhe der anderen gesitteten Kulturnationen erhebt.

Es handelt sich weiter darum, ob wir uns zu solchen inneren Lebensauffassungen und Grundsätzen durchringen, daß aus der Einheit dieser Auffassungen dereinst wieder die Kraft zur Selbstbehauptung kommen kann.

Herr Reichskanzler Brüning! Sie sehen die Zukunft in einer friedlich-schiedlichen Anpassung der Völker aneinander [*sic!*]. Ich und wir Nationalsozialisten möchten sicherer gehen. Ob wir die Freundschaft aller Völker je erwerben, weiß ich nicht. Aber die Achtung kann sich ein Volk immer erringen, wenn es statt auf fremde Hilfe auf seine eigene Kraft baut. 12 Jahre lang wurde eine Politik der Illusionen betrieben. Das heutige Ergebnis ist schon grausam genug. Wird es später einmal für unser Volk eine Erleichterung sein, wenn zu den Illusionen der 12 Jahre die Illusion von fünf weiteren kommt? *Und wenn die Welt nicht in den Zustand dieser friedlichen Zusammenarbeit gerät, sondern in ihrer Zerrissenheit zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus eines Tages wieder die Kraft zu Hilfe ruft, wird dann Deutschland sein*

schaften an; damit sollten alle Interessenverbände an der Vorbereitung einer umfassenden finanz- und wirtschaftspolitischen Notverordnung beteiligt werden. Obwohl die Vertreter der Landwirtschaft bereits während der Verhandlungen ausschieden und die übrigen Interessenvertreter sich im nachhinein vom Verhandlungsergebnis distanzierten, versuchte die Reichsregierung im Kommuniqué über die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats vom 23.11.1931 den Eindruck zu erwecken, als bestünde auch in diesem Gremium allgemeiner Konsens über die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 526 f., 531, 546 f., 550 f., 554, 559, 563 f.; Rainer Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929-1932, Regensburg 1991, S. 256 f.

86 "Sie [*die Reichsregierung*] bemüht sich, nicht mehr zu verteidigen, wie sie sie in den Wintermonaten verteidigen mußte: sie braucht nicht mehr zu sagen, daß sie bislang keine sichtbaren Erfolge in der Außenpolitik und auf manchen anderen Gebieten habe, sondern heute kann sie sagen, daß der Weg frei ist und daß auch *der kommende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann.* Denn die deutsche Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genug im eigenem Volke." Wie Anm. 2, S. 2077.

Schicksal mit Palmzweigen verteidigen, oder wird es nicht dann doch gezwungen sein, im Zusammenschluß mit anderen Kulturnationen der Welt auch für sein Leben einzutreten?

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben in Ihrer Rede nur in einem recht, wenn Sie nämlich erkennen, daß wir uns an der Wende einer Zeit befinden, daß eine Weltkrise ohnegleichen vor der Tür steht[87], eine Krise, die aber nicht in wirtschaftlichen Dingen und Erscheinungen ihren Ausdruck findet, sondern

neue Grundauffassungen des Lebens

entstehen sieht.

Und wir selbst sind nur ein Teil der Bewegung dieser Zeit.

Am deutschen Lande hat sich schon oft der Anprall Asiens gebrochen. Das Schicksal hat uns bestimmt, in einer Zeit zu kämpfen, die uns abermals vor eine schwere und entscheidende Aufgabe des Lebens stellt. In Deutschland wird der Kommunismus entweder seinen Weltsieg erringen oder er wird gebrochen.

Unsere Bewegung ist die Kraft, die vor der Geschichte diese historische Aufgabe lösen wird. Der Kommunismus ist der angreifende Feind, das Bürgertum ist der letzte schwindende Widerstand. Sie, Herr Reichskanzler Brüning, stehen zwischen den Erscheinungen der Waage. Wir aber werden das Gewicht für die Erhaltung des Lebens unseres Volkes sein.

So sehr ich daher die höchste Achtung, Herr Reichskanzler Brüning, vor Ihrer Person hege, so sehe ich in der Überwindung Ihres Systems und Ihrer Regierung die Beseitigung des letzten Hindernisses zum Sieg der klar zutage tretenden Kraft unseres Volkes!

Die Zeit soll später einmal urteilen, wer die große Frage des Lebens unseres Volkes richtiger sah: Sie oder wir[88]*!*

gez. Adolf *Hitler*

14. Oktober 1931 Dok. 47
Erklärung[1]

VB vom 15.10.1931, "Eine Erklärung Adolf Hitlers".

Unsere Nationalsozialistische Partei ist die stärkste politische Organisation, die Deutschland je besaß, nicht nur ziffernmäßig[2]. Unsere Stärke liegt in der in unserer Bewegung zum ersten

87 Wie Anm. 33.

88 Zu Brünings Reaktion auf Hitlers Brief vgl. seine Rede im Reichstag vom 16.10.1931, in der er mehrfach auf Hitlers Brief eingeht; zu Beginn seiner Rede bemerkte Brüning: "Ich danke außerordentlich den Rednern der einzelnen Parteien ebenso wie dem Führer der Nationalsozialistischen Partei für die Vornehmheit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben. Das ist zweifellos eine Besserung mancher politischen Methoden gegen früher, von der ich wünschen möchte, daß sie bis in die letzte und kleinste Versammlung im kleinsten Orte des Landes überall eingeführt würde, eine Besserung der politischen Methoden, die uns zu unserer Freude dann einer großen Anzahl von Maßnahmen entheben würde, die wir nicht zu unserem

Male verwirklichten Volksgemeinschaft[3], die allein Träger unserer Zukunft sein kann. Die siegreiche Kraft aber liegt in dem fanatischen Glauben, den unsere Partei nach mehr als 40jährigem Niedergang des nationalen Gedankens zum ersten Male wieder Millionen von Deutschen einzubrennen vermochte. Das Dritte Reich[4] wird unsere Fahne tragen, genauso wie seine Vorkämpfer unter ihr heute ihr Blut vergießen[5]. Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie restlos zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung des Kabinetts diesem Rufe selbstverständlich Folge[6].

18. Oktober 1931 Dok. 48
Rede auf SA-Versammlung in Braunschweig[1]

Braunschweigische Staatszeitung vom 19.10.1931, "Die Braunschweiger Hitlertage"[2]

S.A., S.S. und Hitlerjugend!

Vor 12 Jahren ist die Bewegung zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten[3]. Eine Handvoll Menschen hat damals die Fahne hochgehoben, die Ihr heute nun hier zu Tausenden vor

eigenen Genuß oder aus freiem Willen in die Notverordnungen haben hineinnehmen müssen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2193 ff.

1 Laut Vorlage verlas MdR Hermann Göring Hitlers Erklärung im Anschluß an eine Rede, die er am 14.10.1931 in Berlin-Wilmersdorf hielt.
2 Vgl. Dok. 46, Anm. 11 und Dok. 2, Anm. 62.
3 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
4 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17, ferner Dok. 28 und 45.
6 Vgl. auch Dok. 44.

1 Auf dem Franzschen Feld, ab 10.50 Uhr. Hitler übergab der SA bei dieser Gelegenheit 24 neue Standarten. Vgl. hierzu Dok. 28 und 45.
Hitlers Rede war Teil des bislang größten SA-Treffens, mit dem er auf seine ergebnislose Unterredung mit Hindenburg am 10.10.1931 (vgl. Dok. 46, Anm. 12) und den Verlauf der Harzburger Veranstaltung (vgl. Dok. 43 und 44) reagierte, aber auch auf die Veränderungen in der braunschweigischen Regierung (vgl. Dok. 27, Anm. 9 und 15). Hierfür wurden aus dem gesamten Deutschen Reich SA-Verbände zusammengezogen, die u. a. mit 26 Sonderzügen nach Braunschweig transportiert wurden. Am 17.10.1931 beteiligten sich etwa 5.500 SA-Männer an einem Fackelzug, tags darauf marschierten von 6.30 bis 10.00 Uhr etwa 55.000 SA-Männer, 3.000 SS-Männer, 2.000 Hitler-Jungen sowie 250 Mädchen und Frauen auf dem Franzschen Feld auf, begleitet von ca. 230 Autos und Motorrädern des NSKK. (*VB* sowie ein Teil der übrigen Presse: 104.000 Teilnehmer, 500 Fahrzeuge; vgl. Dok. 49, Anm. 6). Nach der "Standartenweihe" auf dem Franzschen Feld zogen diese Formationen von 11.45 bis 17.45 Uhr an Hitler vorbei, der sich mit seinem Stab auf dem Schloßplatz aufgestellt hatte. Der Bericht des Polizeipräsidenten in Hannover, dem sämtliche Zahlen entnommen sind, vermerkt, daß insgesamt 32 SA-Kapellen, 65 SA-Spielmannszüge, 1.006 SA-Abteilungen, 5 SS-Kapellen und ein Spielmannszug der Hitler-Jugend gezählt wurden, ferner, daß der größte Teil der SA "feldmarschmäßige Ausrüstung (Tornister, Brotbeutel mit Feldflasche, Decken und Kochgeschirr usw.)", einige auch Stahlhel-

Euch seht. 12 Jahre unerhörter Verfolgung und Unterdrückung, aber auch 12 Jahre eines unermeßlichen Siegeszuges liegen hinter uns, und nun befinden wir uns an der Wende[4].

Ihr habt heute 24 neue Standarten empfangen. Ich glaube, es werden die letzten sein, die Ihr vor dem Siege der Bewegung in Eure treue Obhut nehmt. (Stürmische Heilrufe.)

Ich weiß, daß die, die mich 12 Jahre hindurch auf diesem Wege begleitet haben, unerhörte Opfer bringen mußten[5], Opfer, wie sie von keiner anderen Bewegung in Deutschland verlangt worden sind und die mit dem Willen gebracht wurden, ein neues Reich der Ehre, der Kraft und der Freiheit zu errichten.

Ich weiß, daß gerade in diesen Wochen und Monaten von Euch, meine lieben Kameraden, das Schwerste verlangt wurde. Ich kann an Euch nur die Mahnung richten:

Haltet die Nerven! Haltet Euch zusammen! Wanket nicht einen Meter vor dem Ziel!

Vergeßt nicht die Jahre des Weltkrieges, sondern seid angesichts der Wende der Zeit härter und entschlossener denn jemals zuvor! (Erneute stürmische Heilrufe.)

Wenn wir in letzter Minute nicht die Nerven verlieren, nicht selbst schwach werden und uns als Deutsche, wie so oft in der Geschichte, selbst besiegen, dann wird keine Macht in Deutschland uns niederzwingen können. (Heilrufe.) Mit Euch sind die Wünsche der Besten unseres Volkes, mit Euch ist auch die Sehnsucht nach einer besseren Zukunft.

Kameraden! In der Stunde, da ganz Deutschland auf unsere Bewegung blickt, kann ich nicht anders, als von Euch erneut das Gelöbnis abzunehmen, daß Ihr, so wie bisher, in Treue

---

me und feldgraue Mäntel trugen. Während der Veranstaltung kreisten vier Propagandaflugzeuge der NSDAP über der Stadt. Der Polizeibericht hebt hervor, "daß an einzelnen verkehrsreichen Stellen die Verkehrsregelung durch uniformierte SS-Leute erfolgte". Bereits in der Nacht von Samstag auf Sonntag kam es zu zahlreichen politisch motivierten Zusammenstößen, bei denen der Erwerbslose Heinrich Fischer erstochen und der Arbeiter Karl Engelke erschossen, außerdem etwa 60 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Zum weiteren Verlauf der Veranstaltung vgl. Dok. 49.

2 Vgl. auch VB vom 17.10.1931, „Das mitteldeutsche S.A.-Treffen in Braunschweig“; Braunschweigische Landeszeitung vom 18.10.1931, "Zweck und Ziel des Hitlertages"; Berliner Börsen-Zeitung vom 19.10.1931, "Hitler: 'Nerven behalten!'"; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 19.10.1931, "Die SA.-Tage in Braunschweig"; Braunschweigische Landeszeitung vom 19.10.1931, "Verlauf des Braunschweiger S.A.-Treffens"; Le Matin vom 19.10.1931, "Hier à Brunswick. Hitler a passé en revue 75.000 racistes"; Der Montag vom 19.10.1931, "Der Aufmarsch der nationalsozialistischen S.A. in Braunschweig"; Volksfreund vom 19.10.1931, "Die Fratze des Faschismus"; Vossische Zeitung vom 19.10.1931, "Braunschweiger Treffen"; Berliner Börsen-Zeitung vom 20.10.1931, "Die Wahrheit über Braunschweig"; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 20.10.1931, "Nachklänge vom Hitlertage"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 20.10.1931, "Hitlers Rede in der Braunschweiger Stadthalle"; Neue Arbeiter Zeitung vom 20.10.1931, "Rotes Braunschweig in Front gegen Faschismus u. SA-Terror!"; Volksfreund vom 20.10.1931, "Klagges muß sich verantworten"; VB vom 20.10.1931, "Unter den Fahnen des Dritten Reiches marschieren 100.000 S.A.-Männer"; Der Angriff vom 21.10.1931,"104.000 in Braunschweig"; Illustrierter Beobachter vom 31.10.1931, "Das braune Heer in Braunschweig"; vom 7.11.1931, "Nachklänge von Braunschweig". Ferner Bericht Nr. I.2256/31 des Polizeipräsidenten in Hannover an den Oberpräsidenten in Hannover vom 20.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 313; Bericht I A. No. 4022 des Polizeipräsidenten in Köln an den Regierungspräsidenten in Köln vom 23.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 313 sowie Reinhard Bein, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930 bis 1945, Braunschweig 1985, S. 15 ff.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.

4 Zu den damaligen Erwartungen Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 19, Dok. 13, Anm. 18, Dok. 39, 44, 46 und Dok. 65, Anm. 13.

5 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

zu der Bewegung steht, die aus Not und Kampf heraus dem neuen Reich sein Symbol, seine Ehre und seine Freiheit geben wird.

Es liegt an Euch und an uns, daß sich die Zeit eines zwölfjährigen Niederganges endlich wendet und übergeht in die Zeit eines neuen Aufstieges unseres Volkes. Unserem heiligen Deutschen Reich und unserem deutschen Volk die Treue jetzt und immer!

Hitler schloß mit dem Ruf: *"Deutschland erwache!*[6]*"*, in den die Masse der Braunhemden begeistert einstimmte.

18. Oktober 1931 Dok. 49
Rede auf SA-Versammlung in Braunschweig[1]

VB vom 20.10.1931, "Mit der N.S.D.A.P. zur deutschen Freiheit!"[2].

Adolf Hitler ging davon aus, daß Brüning in der letzten Reichstagssitzung erklärt habe, er möchte verhindern, daß sich in Deutschland aufrichte eine Front von Arbeitnehmern und Arbeitgebern[3]. Damit habe er den Kern des Problems nicht getroffen.

Er habe vergessen, daß sich gegenüber der bürgerlichen Welt und der international-marxistischen eine dritte Front aufgerichtet habe: die Front, die weder bürgerlich noch marxistisch[4]*, sondern die [die] man heute in Braunschweig in einem kleinen Abschnitt über sechs Stunden lang habe marschieren sehen*[5]*:*

die neue Front.

---

6 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch der SS-Standarten. Vgl. Halcomb, SA, S. 251 ff.

1 In der Stadthalle, von 20.00 bis 22.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Bernhard Rust geleitet und eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 5.000 (*VB*: 10.000) Personen teil. Wegen Überfüllung fand im Schützenhaus eine Parallelversammlung statt, in die Hitlers Rede durch Lautsprecher übertragen wurde. Zur Gesamtveranstaltung vgl. Dok. 48 mit Anm. 1.

2 Zur Parallelüberlieferung vgl. Dok. 48, Anm. 2.

3 Brüning hatte am 16.10.1931 in seiner Rede im Reichstag die Gespräche erwähnt, die er mit den Vertretern der verschiedensten Interessengruppen geführt habe. Es sei nicht zu verantworten, wenn "mitten in diese Verhandlungen hinein vielleicht gutgemeinte Aufrufe von Spitzenorganisationen hineinplatzen, die sofort zwei scharfe, sich restlos verneinende Fronten im deutschen Volk schaffen". Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2193 f.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34. Zum Sozialprofil der SA vgl. Dok. 2, Anm. 55.

5 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.
Für den "Vorbeimarsch am Führer Adolf Hitler" wurden Eintrittskarten zum Preis von 50 Pfennig verkauft. Eintrittskarte für "SA-Treffen Braunschweig 17.-18. Oktober 1931"; Niedersächsisches StA Wolfenbüttel 30 Slg. 10, Nr. 16.

6 Die Zahlen über die Teilnehmer an dem SA-Treffen differieren stark. Während die Pressestelle der NSDAP und alle ihr nahestehenden Zeitungen sie stereotyp mit 104.000 Personen angeben, liefert die *Neue Arbeiter Zei-*

Hinter den 100.000, die heute in Braunschweig aufmarschiert seien[6], ständen mehr als 10 oder 12 oder 15 Millionen Menschen[7], die überzeugt seien, daß die Erlösung aus dieser, hier so überzeugend zum Ausdruck gekommenen Kraft einmal Wirklichkeit werden wird. *Was wollen wir? Nicht mehr und nicht weniger, als daß man die Nation frage um ihre Meinung.*

Man befürchtet eine Erschütterung. *Wenn ein System schlecht regiert, dann wird immer die Abrechnung eine Erschütterung bedeuten! Aber die Herren mögen sich merken, daß sie nicht mit mehr Recht Anwalt der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind als wir.* Wenn sie Ruhe und Ordnung aus wirklicher Überzeugung wollen, dann können sie doch eines tun, denen den Platz freimachen, die willens und in der Lage sind, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die zwei Instrumente, mit denen die Regierung nur noch in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, Reichswehr und Schu[*tz*]po[*lizei*], ständen uns genauso zur Verfügung. *Aber uns stände noch etwas mehr zur Verfügung, was die anderen nicht haben, nämlich die Kraft unserer Bewegung. Die Reichswehr würden wir ihrer eigentlichen Bestimmung zuführen können, die Heimat nach außen zu schützen[8]. Den Feind zwischen uns, den zwingen wir selber zu Boden.*

Nur den Winter zu überstehen[9], ist ein außerordentlich beschränktes und unrühmliches Ziel. Das Überstehen dieses Winters wird nicht so ungeheuerlich sein. *Aber etwas Ungeheuerliches ist es, daß unser deutsches Volk die Regierungen der letzten 12 Jahre überstanden hat!*

Die Zahl derer, die heute nichts mehr auf Versprechungen geben, ist ins Gigantische gewachsen. Sie wissen es in der Regierung, daß sie heute eine schwere Niederlage erleiden würden. Darum verhindern sie die Fragestellung, selbst wenn sie gegen den Geist der Verfassung verstoßen[10].

Wir sind heute die Verfassungstreuen[11], die anderen haben Angst vor ihrer eigenen Verfassung.

Heute handelt es sich nicht um einzelne Regierungsmaßnahmen, sondern es handelt sich darum, ob unser ganzes Volk noch in geschlossener Kraft und Macht einzusetzen ist. Diese Frage ist glatt zu verneinen. Die Regierung könnte sich heute ihre Notverordnungen ersparen[12], wenn sie das *Volk* selbst in den 12 Jahren zur Ordnung gebracht hätte. Aber sie haben das Volk von einer Illusion in die andere hineingeschaukelt, um ihre unmögliche Situation zu retten. Wir halten es für wichtig, dem Volk die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Wir geben keine Versprechungen, sondern wollen nur die Voraussetzungen schaffen, aus denen eines Tages nach menschlicher Voraussicht die Rettung aus der Not kommen muß. *Wir treiben daher keine Opposition gegen einzelne Minister, sondern gegen ein System, das das Volk in zwei Teile spaltet* - Teile, die sich gegeneinander versteinern und für immer eine Gesundung und Aufwärtsentwicklung unterbinden. Wir sind nicht so weltentrückt, um keine Unterschiede an-

tung die niedrigste Zahlenangabe: "72.000 schwindelt die faschistische Landeszeitung, während es noch nicht einmal die Hälfte waren." Vgl. ferner Dok. 48, Anm. 1.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 38, Anm. 9 sowie Dok. 46, Anm. 74.

9 Vgl. Dok. 46, Anm. 86.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

11 Zur Frage nach der "Legalität" der Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 13 und Dok. 43, Anm. 11.

zuerkennen. Aber wir betonen die Notwendigkeit der Einheitlichkeit in allen wichtigen Fragen der Nation.

Niemand hat heute Veranlassung, sich besser zu dünken als die anderen. Seit wann können Sklaven sich als Bürger oder Aristokraten bezeichnen? *Sie sind höchstens etwas gehobene Verwalter des heutigen Elends.*

Heute sahen wir 100.000 marschieren, die über allen Klassen-Parteien hinweg die Kraft und die Gedanken der geeinten Nation verkörpern. *In wenigen Jahren werden Millionen marschieren, und aus den Millionen wird einmal das ganze deutsche Volk. Wer diese Kolonnen sah, der kann nicht sagen, es wären Bürger oder Proletarier. Diese waren*

das junge Deutschland

und das alte, so weit es sich jung im Herzen erhalten hat.

Der Weg, den wir seit 12 Jahren genommen haben [13], ist viel gewaltiger, als es der Weg sein wird, der von heute zum Endziel führt.

Damals noch hätten sie uns vielleicht besiegen können. Sie hätten jeden einzelnen totschlagen müssen, um uns zu vernichten. Heute ist es zu spät.

Was ganz groß gewesen ist in der Welt, war immer nur der Idealismus.

Und ist es nicht unerhörter Idealismus, der die Hunderttausend beseelt, die wir heute sahen? Und kann man daraus nicht allein schon den Glauben entnehmen, daß unser Volk dennoch bestehen wird? Viele sind im Hunger nach Braunschweig gekommen und marschieren hungrig wieder ab [14] und haben doch nur einen Glauben in sich:

Deutschland und immer nur Deutschland.

Kann das nicht das edelste Band sein, das uns wieder auf immer zusammenschweißt? Ich möchte nicht der Freund sein eines Menschen um seines Vermögens und seiner Stellung willen. *Ich bin glücklich, der Freund und Kamerad von all denen zu sein, die dieses große gemeinsame Opfer auf sich nehmen, die sie um dieses Tages willen brachten.* Ob sie aus Palast oder Hütte kamen [15], was sie alle adelt, ist ihr Herz, ihr Opfersinn, ihr glühender Idealismus, und das macht aus dem Ärmsten der Armen doch einen Adeligen unseres Volkes.

Aus diesem wundervollen Geist heraus wollen wir ein neues Volk aufbauen. *Wenn das ganze deutsche Volk die Gesinnung besitzt, die wir alle besitzen, dann würde man uns in der Welt vielleicht nicht lieben, aber die Achtung würde uns niemand auf der Welt verweigern können. Wir denken dabei nicht an Krieg. Aber jeder von uns will einen Frieden, der unser Volk am Leben läßt.* Und wenn wir das alle wollen, dann wird auch die Welt Verständnis für diesen Frieden besitzen.

12 Jahre innerer Kampf liegen hinter uns. Aber auch vor uns liegt noch ein großes Ringen, das immer ein Ringen bleiben wird, um nicht in träger Sattheit zu erschlaffen. Wenn der Himmel es gut meint mit dieser Bewegung, dann läßt er sie immer kämpfen. Heute ringen wir um die Zukunft des deutschen Volkes, morgen um die Zukunft unserer Rasse.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

14 Vgl. Dok. 28, Anm. 3 sowie Dok. 2, Anm. 55.

15 Anspielung auf den Kampfruf aus der Französischen Revolution: "Krieg den Palästen! Friede den Hütten!" Er findet sich erstmals in Bd. I der 1795 erstmals erschienenen Werken des französischen Schriftstellers Sébastien Roch Nicolas, gen. Chamfort (1741-1794).

Wir sind vom Glück gesegnet worden.

Noch niemals in der Welt ist eine umwälzende Idee schneller vorwärtsgestoßen als die unsrige.

Ohne Rücksicht auf Terror, Lügen und Gewalt werden die Fahnen weitergetragen, bis einmal die große Stunde kommt, die ich heute aus hunderttausend Augenpaaren herausleuchten sah. *Das ist die Stunde, da die Fahne der nationalsozialistischen Opposition zur Fahne des neuen Reiches wird.*

Wir glauben an den Sieg, weil in uns die besten Kräfte lebendig sind.

Wir hoffen auf den Sieg, weil mit uns Deutschlands Jugend ist[16].

Wir sind überzeugt, daß der Sieg kommt, weil unser Wille die Not zerbrechen wird[17].

20. Oktober 1931 Dok. 50
Schreiben an Heinrich Suske[1]

Masch. Schreiben mit hs. Zeichnung; PA-AA, Chef AO, Schriftwechsel betr. Österreich 1931.

Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Durch den Reichsorganisationsleiter[2] wird mir Ihre Bitte vorgetragen, von Ihrem Amt als Leiter des Westgaues enthoben zu werden[3]. Ich bedaure an und für sich diesen Entschluß, den Sie mit der Neuregelung in Österreich[4] begründen, willfahre aber Ihrer Bitte und enthebe Sie von Ihrem Posten, indem ich Ihnen gleichzeitig für die jahrelange Arbeit im Dienste der Bewegung[5] ebenso wie für Ihre Treue zu meiner Person und zur nationalsozialistischen Idee meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringe.

gez. Adolf Hitler

---

16 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Heinrich Suske (1879-1946), Ingenieur, Eisenbahnbeamter, 1926 Eintritt in die österreichische NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927 Gauleiter des Gaues Tirol, 1928-1931 Gauleiter des Westgaues (Tirol, Salzburg, Vorarlberg), 1932 Parteiausschluß.

2 Gregor Straßer.

3 Nach der Ernennung von Alfred Proksch zum Landesleiter der österreichischen NSDAP (vgl. Dok. 5) war Suske schon bald mit diesem in Konflikt geraten. Streitpunkte waren etwa - wie Suske am 24.8.1931 in seinem Schreiben an die Reichsleitung der NSDAP ausführlich schilderte - die Überlegungen der Landesleitung, das Land Salzburg zu einem eigenen Gau der NSDAP auszubauen, Suskes Kooperation mit Wehrverbänden außerhalb der NSDAP sowie die differierenden Vorstellungen beim Aufbau einer eigenen Gauzeitung. Suske, der den "Hausknecht-Ton" der neuen Landesleitung nicht akzeptieren wollte, hatte Hitler mit Schreiben vom 27.8.1931 gebeten, ihn "von der Leitung des Westgaues zu entheben". PA-AA, Chef AO, Schriftwechsel betr. Österreich 1931.

4 Vgl. Dok. 5 und 8.

5 Einem parteiinternen Bericht zufolge soll aus dem Westgau unter der Führung Suskes ein "Sauhaufen" geworden sein. Vgl. Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983, S. 30.

21. Oktober 1931 Dok. 51
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.10.1931.

Auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters-I [1], Pg. Gregor Straßer, ernenne ich den Pg. Gauleiter Dr. Robert *Ley* [2] im Rahmen der Organisationsleitung I zum Reichsorganisations-Inspektor [3]. Über Arbeitsgebiet und Aufgabenbereich der Reichsorganisations-Inspektoren erhalten die Gauleiter direkte Benachrichtigung [4].

München, den 21. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

---

1 Die Organisations-Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP entwickelte sich aus der Propaganda-Abteilung, mit deren Leitung Gregor Straßer am 16.9.1926 beauftragt worden war. Am 2.1.1928 wurde Straßer offiziell Reichsorganisationsleiter der NSDAP, um der stetig wachsenden Partei eine straffe wie schlagkräftige organisatorische Struktur zu geben, aber auch um den Kontakt wie die Kontrolle der Parteibasis sicherzustellen. Die Bedeutung der Organisations-Abteilung (seit 1930: I), aus dem Organigramm kaum ersichtlich, kann für die Entwicklung der NSDAP nicht hoch genug veranschlagt werden. Während sich Hitler der Routine eines solchen Tagesgeschäfts mehr und mehr entzog, andere Parteifunktionäre sich hierfür als unfähig oder zu schwach erwiesen, war es der unermüdlich tätige wie in der Partei außergewöhnlich geschätzte Straßer, der die organisatorischen Voraussetzungen für den politischen Aufstieg der NSDAP schuf. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 28 ff. Ferner Bd. II/1, Dok. 29; II/2, Dok. 211 sowie Dok. 53, Anm. 1 dieses Bandes. Zur Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 356 ff.

2 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei der IG-Farben, Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur II der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

3 Ley und Straßer hatten im Mai 1931 die Initiative zur Errichtung dieses Amts ergriffen: Straßer war allein nicht mehr in der Lage, die organisatorischen Aufgaben der zur Massenpartei angewachsenen NSDAP zu bewältigen und benötigte einen Vertreter, der die Entwicklung der Partei an ihrer Basis kontrollierte. Ley wiederum fühlte sich nach der am 1.6.1931 erfolgten Teilung seines Gaus (vgl. Bd. IV/1, Dok. 123) deklassiert, so daß diese "Beförderung" seinen Ehrgeiz befriedigte. Am 9.6.1932 wurde die Reichsinspektion der NSDAP geteilt; Ley übernahm die Leitung der Reichsinspektion II, Paul Schulz die der Reichsinspektion I. Vgl. Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 93 ff., Dok. 93 sowie Bd. V/1, Dok. 86.

4 Vgl. Dok. 93.

21. Oktober 1931 Dok. 52
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.10.1931.

An Stelle des zum Reichsorganisations-Inspektor ernannten Gauleiter, Pg. Dr. Robert *Ley*[1], ernenne ich mit sofortiger Wirkung den Pg. Josef *Grohé*[2] in Köln zum Gauleiter des Gaues *Köln-Aachen*[3].

Ich spreche bei dieser Gelegenheit dem Pg. Dr. Robert Ley für seine jahrelange Arbeit im Rheinland meinen besten Dank und meine vollste Anerkennung aus [4].

München, den 21. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

22. Oktober 1931 Dok. 53
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.11.1931.

Im Amtsbereich des Reichsorganisationsleiter II[1] werden errichtet:

Die ingenieur-technische Abteilung,

Abteilungsleiter (mit dem Rang eines Amtsleiters) Pg. *Feder*[2].

---

1 Vgl. Dok. 51.

2 Josef Grohé (1902-1987), kaufmännischer Angestellter, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gaugeschäftsführer des Völkisch-Sozialen Blocks, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1926-1931 Hauptschriftleiter des *Westdeutschen Beobachters*, 1929 Stadtverordneter in Köln, 1931-1945 Gauleiter des Gaues Köln-Aachen, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, 1944 Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich, 1946-1950 inhaftiert.

3 Der Gau Rheinland der NSDAP war am 1.6.1931 in Anlehnung an die Gliederung der Wahlkreise in den Gau Köln-Aachen und den Gau Koblenz-Trier geteilt worden. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 123.
Zur Tätigkeit Grohés vgl. Adolf Klein, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983, S. 34 ff.

4 Zur Tätigkeit Leys als Gauleiter des Gaues Rheinland vgl. Smelser, Ley, S. 41 ff.

1 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, Abschied als Oberst, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1931 Beauftragter des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

Die rechtspolitische Abteilung,
Abteilungsleiter (mit dem Rang eines Amtsleiters) Pg. *Dr. Frank II.*
Die innerpolitische Abteilung,
Abteilungsleiter Pg. *Dr. Nicolai*[3].
Die Abteilung für Arbeitsdienstpflicht,
Abteilungsleiter Pg. *Schulz*[4].

München, den 22. Oktober 1931

gez. Adolf *Hitler*

f.d.R.: der Chef des Personalamtes:

Loeper[5]

Zweck der im Juni 1929 gegründeten Organisations-Abteilung II war - so Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung Gregor Straßers vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86, Bd. V/1, Dok. 85 sowie Dok. 51, Anm. 1 dieses Bandes. Zur Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

2 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Verfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der *Nationalsozialistischen Bibliothek*, 1931 Leiter der Ingenieurtechnischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der Technischen Universität Berlin für Siedlungswesen.

3 Helmut Nicolai (1895-1955), 1920 Dr. jur., 1921 Gerichtsreferendar, 1924 Regierungsassessor im Landratsamt Wittenberg (Halle), 1925 Tätigkeit im Regierungspräsidium in Münster (Westf.), 1928 Tätigkeit im Regierungspräsidium in Oppeln, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 vom Amt suspendiert, Leiter der Innerpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen (NSDAP), 1933 Regierungspräsident von Magdeburg, 1934 Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Leiter der Abteilung Verfassung und Gesetzgebung, Verfasser von *Rassengesetzliche Rechtslehre* (1932), *Recht und Rasse* (1933), *Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild* (1934), 1934 Anklage vor dem Obersten Parteigericht, 1935 Ausschluß aus der NSDAP.

4 Paul Schulz (1898-1960), Oberleutnant a. D., 1919 Angehöriger des Freikorps Eulenburg, 1922/23 Offizier der "Schwarzen Reichswehr", 1927 wegen Fememordes zum Tode verurteilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, 1930 amnestiert und Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Stellvertreter und Stabsleiter des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, 1931 kommissarischer OSAF-Stellvertreter Ost, Leiter der Abteilung für Arbeitsdienstpflicht in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur I der NSDAP, Dezember 1932 Parteiaustritt, anschließend Tätigkeit für eine Baugesellschaft, 1934 Emigration in die Schweiz.

5 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), 1904 preußischer Leutnant, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichwehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellvertretender Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Gau Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1930-1932 Chef des Personalamts in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Mitteldeutschland-Brandenburg.

23. Oktober 1931 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dessau [1]

Der Angriff vom 24.10.1931, "Am Vorabend der anhaltischen Wahlen" [2].

Adolf Hitler unterzog die *Interessenparteien* einer *schonungslosen Kritik* und ging dann auf die heutige *Weltwirtschaft* und ihre Folgen für Deutschland ein [3]. Die verheerende *Reparationspolitik* habe Deutschland völlig *bargeldlos gemacht* [4]. Die kommende Zeit werde *schwere Auseinandersetzungen* bringen. Wenn wir aber nach *außen hin* stark werden wollen, dann bedürfe es zuerst einmal der *inneren Ruhe.* Kennzeichnend und verheißend sei es, daß in der nationalsozialistischen Bewegung heute der *General* [5] und der *Musketier des Weltkrieges* [6] gemeinsam zum Volke sprächen.

Mit einem Appell an das *Nationalgefühl* und dem Verlangen, daß wir *zuerst* einmal *Deutsche, dann* erst *"Standesmenschen"* sein müßten [7], beendete Hitler unter *orkanartigem Jubel* seine Rede.

24. Oktober 1931 Dok. 55
"Kameraden der SA, der SS, der HJ und des NSKK!" Aufruf

VB vom 24.10.1931.

Die Tage von Braunschweig sind vorbei [1]. Die Welt hat den gewaltigsten Aufmarsch erlebt, der je in Deutschland gesehen wurde. Ein Abschnitt des harten Kampfes liegt wieder hinter uns.

---

1 Im Kristallpalast, ab 21.00 Uhr. Anlaß für die zweistündige Rede Hitlers waren die am 25.10.1931 in Anhalt stattfindenden Wahlen für die Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen, bei der die NSDAP stärkste Partei wurde (vgl. Dok. 57, Anm. 2). An der überfüllten Versammlung, die vom Ortsgruppenführer der NSDAP in Dessau, Theodor Hofmann, geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 3.000 (*VB*: 5.000) Personen teil. Vor Hitler sprach General a. D. und SA-Gruppenführer Karl Litzmann.
Ergänzend berichtet der *Anhalter Anzeiger*: "Gegen 21 Uhr kam Hitler. Man hörte schon im Vorraum vereinzelte Heil-Rufe. General Litzmann unterbrach seine Rede, und es herrschte dann zwei Minuten lang eine vollständige Ruhe in dem überfüllten Raum."

2 Vgl. auch Anhalter Anzeiger vom 24.10.1931, "Hitlers Appell in Dessau"; Volksblatt für Anhalt vom 24.10.1931, "Hitler war doch in Dessau"; VB vom 28.10.1931, "Adolf Hitler in Dessau vor 5.000 Zuhörern".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 8, 14 und 15.

5 Anspielung auf: Karl Litzmann (1850-1936), 1868 preußischer Leutnant, 1901 Generalleutnant, 1902-1905 Direktor der Kriegsakademie in Berlin, 1914 Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision, 1919 Abschied als General, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1932/33 MdR und MdL in Preußen, 1933-1936 Preußischer Staatsrat.
In seiner Rede hatte sich der pensionierte General zur nationalsozialistischen Bewegung bekannt und dann - so der *Anhalter Anzeiger* - "mit trockenem Humor und frischer Begeisterung von seinen Kriegstaten in Rußland" erzählt.

6 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

Ich kenne die Opfer, die Ihr gebracht habt zum Gelingen des großen Tages, Opfer, wie nur Ihr sie bringen könnt, sonst keine Partei, keine Bewegung der Welt.

Dafür danke ich Euch! Und ich spreche Euch meine freudige Anerkennung aus für das, was Ihr geleistet.

Der Kampf geht weiter! Und daß er zum Siege führt, diesen Glauben hat in Euch und der Welt das S.A.-Treffen von Braunschweig unerschütterlich verankert.

Adolf *Hitler*

24. Oktober 1931 Dok. 56
"Germany at the Crossroads!"
Artikel[1]

The Saturday Review vom 24.10.1931[2].

It is impossible to understand and to appreciate correctly from a political point of view the Germany of to-day without a knowledge of the structural changes which are taking place in the country and will form the Germany of to-morrow. The German people are at the crossroads, where the signposts point two ways, where the old is still desperately fighting with the new, where National Socialism is already beginning to emerge clearly as the image of a new Germany.

National Socialism is intent on realizing in Germany a new political ideal out of the ruins of bourgeois and proletarian ideology which is already on the point of collapse; to realize a political ideal according to which it is not the individual or humanity, but the people, which represents the only real organic whole as the highest standard of value. By reason of this attitude National Socialism refuses to rule over and exploit foreign peoples and nations[3]. National

1 Vgl. Dok. 48 und 49.

1 Eine spanische Übersetzung dieses Artikels erschien am 28.11.1931 unter der Überschrift "Mis planes para el futuro. El hitlerismo, de victoria en victoria. Cuando lleguemos al poder" [*Meine Pläne für die Zukunft. Der Hitlerismus von Sieg zu Sieg. Wann wir an die Macht gelangen*] in der 1917 von Nicolás M. Urgoiti y Achúcarro und José Ortega y Gasset gegründeten madrilenischen Zeitung *El Sol*.

2 Zur Reaktion in der deutschen Presse vgl. z. B. Braunschweigische Landeszeitung vom 25.10.1931, "Hitler an England"; VB vom 25.10.1931, "'Der Friede und die Ordnung Europas hängt am Sieg des Nationalsozialismus'". Der zuletztgenannte Artikel bestätigt, daß es sich hier um einen Originalbeitrag Hitlers handelt.

3 Zur bereits damals absehbaren Haltung der NSDAP zu Themen wie Antipazifismus, Kriegsvorbereitung, Abrüstung und Eroberung von Lebensraum vgl. die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur Auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105. Generell zum imperialistischen Charakter der nationalsozialistischen Ideologie vgl. Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [3]1991, S. 29 ff.

Socialism demands no less and no more than sufficient room for the German nation to live by right of existence as a great and free people.

The victory of the Hitler movement in Germany will not be the victory of pre-war Germany which belongs to history, which National Socialists, as sons of an honourable nation, refuse to belittle. The rule of National Socialism will not bring back the old Germany. It is a young German race which is here, fighting for its right to live.

This young Germany, which is free from all guilt for the war and did not put its signature to Germany's confession of her alleged war guilt[4], has entrusted its fate to the hands of the National Socialist movement in order to throw off the terrific burden of crippling debts[5] which deprive it and its descendants for generations to come of all hope of a better existence.

This young Germany, which is determined to solve, simultaneously with the question of war debts, the question of peaceful internal reconstruction, means to put down with a strong hand those destructive Marxist elements which are to-day leading Germany to the verge of financial and moral destruction.

It means to make an end in Germany of the pestilence of Asiatic Bolshevism[6] which threatens the thousand-year-old-civilization of Europe and has thrown the incendiary bomb of chaos into every country of the world. It means to restore and strengthen the moral fibre to which the German people owe their good name among the nations of the world.

In order to fulfil this great task, and also as a matter of honesty, National Socialism cannot assume the responsibilty of promising to shoulder financial obligations in connexion with war debts which the economically exploited and now impoverished German people is unable to pay, which render impossible all economic construction, to the detriment not only of Germany, but of the rest of the world.

On the other hand, the Hitler movement is determined to take over and pay private debts[7]. National Socialism attaches considerable importance to making this fact public, in order to counter the false rumours which are being spread about its intentions.

Here ist the truth. Private creditors will find that the operation of National Socialist economic principles in Germany constitutes a better and safer guarantee of the settlement of their financial claims[8], than the irresponsible mismanagement of Germany under the present system[9].

4 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

5 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

6 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

7 Zum Stand der privaten deutschen Auslandsverschuldung vgl. Dok. 29, Anm. 7, ferner Dok. 23, Anm. 5.

8 Der Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte nicht nur die deutsche Wirtschaft stark verunsichert, auch ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen, so daß innerhalb weniger Wochen die deutschen Börsenkurse durchschnittlich um 10% fielen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie über die sozialistischen Elemente in der wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff.

9 Auf der Grundlage des Layton-Berichts, der erstmals die finanzielle Situation Deutschlands systematisch bilanzierte, hatten Vertreter aller interessierten Gläubigerländer am 19.8.1931 in Basel mit einem deutschen Bankenkomitee ein sog. Stillhalteabkommen, gültig für die Zeit vom 1.9.1931 bis 29.2.1932, unterzeichnet. Durch dieses Abkommen wurden die meisten kurzfristigen Kredite ausländischer Gläubigerbanken an deutsche Banken, Industrie- und Handelsfirmen in Höhe von 6,3 Milliarden RM auf sechs Monate gestundet, um damit - parallel zum Hoover-Moratorium (vgl. Dok. 12, Anm. 4) - die deutsche Zahlungsfähigkeit langfristig zu

We are convinced that upon the success of the National Socialist regime in Germany rests the peace and order of Europe, and that the continuance of the present system is definitely leading towards the abyss.

The National Socialist movement does not intend to make war [10], and sincerely desires peace in order to be able to devote itself to the reconstruction of the country. However, in its honest conviction, it warns the world against the folly of the illusion that it is possible to erect the structure of peace on foundations continually eaten away by cancer of exacting reparations. This way lies chaos and crash, and the economic devastation of a great and vital nation in the heart of Europe.

Those who really desire peace must see, above all, that the nations are able to live together in peace and are not driven to explosions by their immanent forces.

The National Socialist movement believes that peace would be assured for Europe if the political treaties by which Germany is imprisoned [11] were revised and abrogated rather than if efforts are made to maintain them, just as France's mania for armaments [12] endangers rather than ensures the security of the world.

The National Socialist movement is firmly convinced that the young Germany which it represents, whose eyes are directed towards the future under the sign "Poor but Honest", will alone succeed in restoring the confidence of foreign countries in the German people, and hopes that no nation, realizing that the peace of Europe can only be ensured by the existence of prosperous, free and happy countries, will refuse them their respect and confidence.

The result of the Prussian plebiscite [13], regarded by many countries as a National Socialist defeat [14], does not by any means signify the failure of the basic idea of our movement, as our opponents would like to have it. On the contrary, it has proved that National Socialism is the only movement in Germany which could successfully combat social democratic mismanagement and the consequent process of decay.

As a matter of national discipline the National Socialists did not refuse their support to the people's decision, although they had missed no opportunity to voice in good time their doubts with regard to the will of the people as represented by other organizations because, according to German laws, such plebiscites are rendered so difficult that it is often impossible to obtain a result at all. National Socialism succeeded, by the appeal of the animating idea behind it and

sichern und die internationalen Konsequenzen der deutschen Finanzkrise nach Möglichkeit abzuschwächen. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 134 ff.

10 Vgl. Dok. 43, Anm. 7.

11 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

13 Vgl. Dok. 20, Anm. 15.

14 Das Ergebnis des Volksentscheids vom 9.8.1931 über eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags wurde von der ausländischen Presse in der Regel als Niederlage der radikalen Parteien gewertet. Vgl. z. B. *The Times* vom 11.8.1931, "Referendum failure", wo es u. a. heißt: "The failure of the Referendum has given general satisfaction among the moderate parties in Germany, and, to judge from telegraphed Press comments, also in foreign countries."
In *Le Temps* vom 12.8.1931 ("La crise allemande") ist u. a. zu lesen: "Les milieux officiels ont exprimé une vive satisfaction des résultats du referendum prussien, dont l'échec consolide la situation de M. Brüning et favorisera la restauration de la confiance en Allemagne."

because of the inflexible spirit of its adherents, in mobilizing enormous masses of people to vote against the "black" and "red" Prussian Government[15]. Among the ten million of Prussians who demonstrated against the Prussian Government[16], at least six or seven million were in sympathy with the National Socialist Party.

In view of this, we believe we are justified in calling this a decisive victory for our movement. By the customary rules of election, the present Government received a clear minority of votes. According to the result of this polling, a new election would reveal the Hitler Party as the strongest individual party in Prussia, the rising power in the German Empire.

Instead of falsely imputing aggressive and destructive tendencies to the movement, the cause of European peace would be far better served if this fact were recognized and efforts were made to understand better the aims of the Hitler movement, and to arrange the future of Europe in such a way that Germany should at least be enabled to escape from her present unfortunate predicament and to participate in the reconstruction of Europa without hindrance.

The rise of the National Socialist Party within the German Empire is an inevitable process. The people bear the impress of the Hitler movement far more completely than is imagined outside Germany.

If ever Youth faced fearful odds it is here and now[17], but we have taken an avowed stand and face the future undaunted, fraught with danger though it be.

26. Oktober 1931 Dok. 57
Telegramm an den Gau Magdeburg-Anhalt der NSDAP[1]

Der Angriff vom 26.10.1931, "Hitlers Dank an die Kämpfer".

An Nationalsozialisten Dessau (Anhalt)

Ich und [*die*] ganze Partei sind stolz auf Euren Sieg[2]. Unsere Bewegung allein wird einmal Deutschland retten.

Adolf Hitler

---

15 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.

16 Von etwa 26.899.000 Stimmberechtigten votierten beim Volksentscheid vom 9.8.1931 9.793.603 (37,1%) für eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags, so daß sich am Termin der für Frühjahr 1932 vorgesehenen Neuwahl nichts änderte. Vgl. Möller, Parlamentarismus, S. 322.

17 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

1 Bei Hitlers Rede in Dessau am 23.10.1931 (Dok. 54) hatte der Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wilhelm Friedrich Loeper, verkündet. "Wir werden Ihnen Sonntag abend telegraphieren, daß Dessau nationalsozialistisch ist." Bei Hitlers Telegramm handelt es sich offenbar um die Antwort. Vgl. Anhalter Anzeiger vom 24.10.1931, "Hitlers Appell in Dessau".

27. Oktober 1931 Dok. 58
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar[1]

Der Nationalsozialist vom 29.10.1931, "Hitlers Dank an Sauckel"[2].

Der Führer betonte, daß er sich *besonders* freue, gerade an diesem Tage in Weimar zu weilen, denn er stehe *in vollstem Vertrauen zum Gauleiter*[3]. Dieser sei einer der ältesten Parteigenossen und habe in schwerster Zeit und mühevoller Arbeit einen Gau aufgebaut, der sich sehen lassen könne[4]. Die Bewegung und alle Thüringer Parteigenossen seien daher dem Gauleiter Sauckel Dank schuldig. Die Versuche bürgerlicher Parteien, von Bünden, Gruppen usw., Mißtrauen in die Bewegung zu säen, indem sie von Differenzen zwischen ihm, dem Führer, und seinem Gauleiter sprächen[5], seien zum Scheitern verurteilt.

Es werde niemals solche Differenzen geben! Er decke alles, was Sauckel in Thüringen getan habe[6] und müsse betonen, daß ohne seinen Willen und ohne seine Kenntnis nichts in Thü-

---

2 Am 25.10.1931 hatten in Anhalt Gemeinde- und Kreistagswahlen stattgefunden, mit erheblichen Stimmengewinnen für die NSDAP. Im Gemeinderat von Dessau verfügte die NSDAP jetzt über 15 (1927: 0) von 36 Sitzen, im Gemeinderat von Köthen über 12 (1927: 1) von 30 Sitzen, womit sie in beiden Fällen stärkste Partei war. Im Kreistag von Zerbst war die NSDAP nun mit 7 (1927: 0) Abgeordneten vertreten, bei insgesamt 16 Abgeordneten; im Kreistag von Dessau betrug das Verhältnis 8 (1927: 0) zu insgesamt 20 Sitzen, im Kreistag von Köthen 6 (1927: 0) zu 16 Sitzen. Mit Ausnahme des Kreistags von Köthen, wo die NSDAP über dieselbe Stärke verfügte wie die SPD, stellte die NSDAP in den anderen beiden Kreistagen die stärkste Fraktion. Vgl. Anhalter Anzeiger vom 26.10.1931, "Nationaler Sieg in Anhalt", "Die Wahlergebnisse aus dem Lande"; VB vom 27.10.1931, "Die N.S.D.A.P. die stärkste Partei in Anhalt". Ferner Dok. 54.

1 Im Kolonialheim, nachts. An der geschlossenen Veranstaltung nahmen etwa 200 Personen teil. Hitler hatte seine Fahrt von Berlin nach München unterbrochen und abends eine Vorstellung im Deutschen Nationaltheater besucht. Anschließend erschien er, begleitet von Goebbels, MdL Paul Hennicke und SA-Oberführer Gustav Zunkel, überraschend auf dem Kameradschaftsabend im Kolonialheim.

2 Vgl. auch Weimarische Zeitung vom 28.10.1931, "Sauckel hat Hitlers Vertrauen"; VB vom 31.10.1931, "Adolf Hitlers Dank an Pg. Sauckel".

3 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

4 Sauckel war am 30.9.1927 zum Gauleiter des Gaues Thüringen ernannt worden. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183. Zur Frühgeschichte der NSDAP in Thüringen vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

5 Verschiedene Anfragen der nationalsozialistischen Fraktion im thüringischen Landtag hatten nochmals eine Diskussion über die am 1.4.1931 beendete Koalitionsregierung zwischen Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP entfacht. Dabei mußte sich auch Sauckel "wegen übler Nachrede auf eigenen Antrag seiner Fraktion" verantworten. Vgl. Thüringer Allgemeine Zeitung vom 16.10.1931, "Nachklänge aus Thüringens Frick-Zeit".

6 Sauckel hatte im März 1931 in *Der Nationalsozialist* einen Leitartikel veröffentlicht, in dem er die Vertreter der DVP als "trottelhafte Greise" und "bürgerliche Schlappschwänze" beschimpfte sowie als "Verräter und Betrüger, die in ihrer bodenlosen Unfähigkeit und Unverschämtheit mit dem Schicksal unseres Volkes ein frevelhaftes Spiel treiben". Die thüringische Landtagsfraktion der DVP nahm dies zum Anlaß, die Koalition mit der NSDAP endgültig aufzukündigen und die Mißtrauensanträge von KPD und SPD zu unterstützen. Die NSDAP hatte eine solche Reaktion nicht erwartet; obwohl Hitler persönlich zu vermitteln suchte und Sauckel

ringen geschehen sei und geschehen werde. Die Bewegung sei heute so geschlossen und diszipliniert, daß die Gauleiter und politischen Führer in ihrem Handeln instinktiv das Richtige träfen. Er warne alle Parteigenossen, auf Einflüsterungen zu hören, die nur den einen Zweck hätten, die Geschlossenheit unserer Bewegung zu sprengen [7].

Am Schluß seiner Ausführungen dankte der Führer dem Gauleiter nochmals [8].

30. Oktober 1931 Dok. 59
"Verfügung"
Anordnung

Masch. Manuskript (Abschrift); StA München, Polizeidirektion München 6808 [1].

1. Im Rahmen der Obersten SA-Führung wird eine neue Dienststelle "Reichsjugendführer" (R.J.F.) errichtet [2].

2. Der Reichsjugendführer untersteht dem Chef des Stabes [3] unmittelbar. Zum Reichsjugendführer ernenne ich den Pg. von Schirach [4].

---

seine Ausfälle zurücknahm, gelang es der NSDAP vorläufig nicht, in die thüringische Regierung zurückzukehren. Vgl. Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd. V/2: Politische Geschichte der Neuzeit, Köln 1978, S. 512 f.; Witzmann, Thüringen, S. 175 f.; Dok. 27, Anm. 5 sowie Bd. IV/1, Dok. 75 ff. Ferner Der Nationalsozialist vom 12.3.1931, "Sprengung der Thüringer Koalition?"; vom 13.3.1931, "Unsere Antwort an Witzmann".

7 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I/IIa Nr. 6466/31 München, den 30. Oktober 1931".

2 Baldur von Schirach berichtet in seinen Memoiren, Hitler habe mit der Einrichtung dieser Dienststelle auf Schirachs Erfolg auf dem 14. Deutschen Studententag in Graz (19.7.-22.7.1931) reagiert. Damals war es Schirach gelungen, mit Walter Lienau einen Vertreter des NSDStB zum Ersten Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft zu machen. Vgl. Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 99 ff. sowie Dok. 96.

3 Ernst Röhm. Die Hitler-Jugend war als geschlossene Organisation am 1.5.1931 der Obersten SA-Führung unterstellt worden. Am 13.6.1932 wurde Schirach als Amtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP Hitler direkt unterstellt, die Reichsjugendführung also der Obersten SA-Führung gleichgestellt. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 106 sowie Bd. V/1, Dok. 90.

4 Baldur von Schirach (1907-1974), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1932 Reichsführer des NSDStB, 1928 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 Reichsleiter der NSDAP für die Jugenderziehung, 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

5 Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) war im Februar 1926 von dem Jurastudenten Wilhelm Tempel gegründet worden. Mit der Ernennung Schirachs zum Reichsführer im Juli 1928 gelang es dem NSDStB an den meisten deutschen Hoch- und Fachschulen Fuß zu fassen; die Ergebnisse des NSDStB bei den hochschulinternen Wahlen lagen zunächst weit über den Wahlergebnissen der NSDAP. Gleichwohl blieb nicht nur die Zahl an Mitgliedern, die im Sommer 1931 etwa 2.500 betrug, vorerst begrenzt, seit Frühjahr 1931 schwächten auch heftige innere Konflikte den NSDStB. Vgl. Faust, Studentenbund, passim. Vgl. ferner Dok. 96 sowie Bd. III/1, Dok. 5, 69; Bd. IV/1, Dok. 112.

3. In den Arbeitsbereich des Reichsjugendführers gehören:
a) der Nationalsozialistische Studentenbund[5] (Reichsführer Pg. von Schirach),
b) die Hitler-Jugend[6] (mit der Führung beauftragt: Pg. von Renteln[7]),
c) der Nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Schülerbund[8] (Reichsführer Pg. von Renteln).

4. Der R.J.F. ist Referent für alle unter 3 genannten Gliederungen und bearbeitet im Stabe des Obersten SA-Führers die gesamten Jugendangelegenheiten. Er hält den Chef des Stabes über alle organisatorischen Fragen der Jugendgliederungen auf dem laufenden und trägt insbesondere alle Angelegenheiten, welche die SA berühren, vor.

Er steht im Range eines Gruppenführers; sein Dienstanzug wird noch gesondert festgesetzt.

5. In Fragen der inneren Organisation, der Stellenbesetzung und des Zusammenwirkens mit der SA hat der Reichsführer der Hitler-Jugend unmittelbares Vortragsrecht beim Chef des Stabes. Er hat darüber dem R.J.F. vorher zu berichten.

6. Der bisherige Reichsführer der Hitler-Jugend, Gruber[9], wird in die Reichsleitung der NSDAP (Jugendausschuß)[10] berufen[11]. Er tritt unter besonderer Anerkennung der im Auf- und Ausbau der HJ geleisteten Dienste zur besonderen Verfügung der Obersten SA-Führung[12].

---

6 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 eine Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" gegründet worden. Der im Vergleich zu den übrigen Gliederungen der NSDAP eher locker organisierte Jugendverband, in den 1928 sog. Schwesternschaften (seit 1930: Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) und 1930 das Deutsche Jungvolk aufgenommen wurden, besaß im Oktober 1931 26.198 Mitglieder. Da sich diese zu 69% aus Arbeitern und Lehrlingen sowie zu 9% aus Arbeitslosen rekrutierten, wurde die damalige Hitler-Jugend weltanschaulich stark von sozialrevolutionären Vorstellungen geprägt. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Ca. 1975. Ferner Bd. III/2, Dok. 96; Bd. IV/1, Dok. 106.

7 Theodor Adrian von Renteln (1897-1946), 1924 Dr. rer. pol., Journalist, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gründer und Reichsführer des Nationalsozialistischen Schülerbunds, 1931/32 Reichsführer der HJ, 1932 MdR, 1932/33 Führer des NS-Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstands, 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handeltags, 1935 Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Leiter des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, 1940 Hauptamtsleiter Handel und Handwerk in der Reichsleitung der NSDAP, 1941 Generalkommissar in Litauen, 1946 hingerichtet.

8 Der Nationalsozialistische Schülerbund (NSS) wurde 1929 von Renteln in Berlin gegründet und war vor allem auf den Gymnasien und Realschulen verbreitet. Die eher mittelständisch geprägte Jugendorganisation, die am 1.9.1931 über 8.906, am 1.12.1931 über 14.881 Mitglieder verfügte, konnte zunächst ihre Unabhängigkeit gegenüber der HJ behaupten und mit ihr konkurrieren. Vgl. Daniel Horn, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

9 Kurt Gruber (1904-1943), Student, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1931 Reichsführer der HJ, 1931-1932 Jugendfachberater der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur Gauleitung Sachsen versetzt, 1943 SA-Standartenführer.

10 Der Ausschuß für Jugendorganisation der NSDAP war am 27.10.1927 gegründet worden, um alle entsprechenden Aktivitäten der NSDAP zu koordinieren. Der Ausschuß, den zunächst Franz von Pfeffer, ab 9.6.1930 Walter Buch leitete, blieb jedoch ein relativ bedeutungsloses Führungsgremium, dem jede Exekutivgewalt fehlte. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 119 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 56.

11 Die Reichsführung der Hitler-Jugend hatte ihren Sitz zunächst in Plauen gehabt; erst am 27.4.1931 entschied die Reichsleitung der NSDAP, sie zum 1.5.1931 nach München zu verlegen. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 135 f.

12 Gruber war es nicht gelungen, den Aufbau der Hitler-Jugend dem sprunghaften Wachstum der NSDAP anzupassen; sein mangelndes Organisationsvermögen, persönliche Konflikte und Alkoholprobleme führten dazu, daß er am 29.10.1931 Hitler gegenüber seinen Rücktritt erklärte. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 138 ff.

7. Die Zusammensetzung der Stäbe des R.J.F. und der Jugendverbände schlägt der R.J.F. der Obersten SA-Führung baldigst zur Genehmigung vor.

gez. Adolf *Hitler*

2. November 1931 Dok. 60
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.11.1931.

Die Wirtschaftspolitische Abteilung[1] bildet zu ihrer Beratung einen Wirtschaftsrat. Sie zieht ihn bei der Bearbeitung aller parteiamtlichen Kundgebungen, bei allen amtlichen Lehrschriften, bei den Vorarbeiten für die wirtschaftliche Gesetzgebung sowie überhaupt in allen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu Rate[2].

Der Wirtschaftsrat ist berechtigt, auch seinerseits der Wirtschaftspolitischen Abteilung Anregungen zu geben.

In den Wirtschaftsrat werden berufen:
Die Parteigenossen: Feder, München, als Vorstand[3], ferner
Dr. Albrecht[4], Altenburg,
Staatsminister Klagges[5], Braunschweig,
Dr. Pfaff[6], Solln bei München,

1 Die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP wurde am 1.1.1931 gegründet; Leiter wurde der bisherige Stabschef der SA Otto Wagener. Die Abteilung, die über acht Referenten verfügte und einen eigenen Wirtschaftspolitischen Pressedienst (W.P.D.) herausgab, sollte ein Wirtschaftsprogramm konzipieren, nachdem weder die Bürokratie noch die Ideologen der NSDAP hierzu in der Lage gewesen waren. Diese Entwürfe, gedacht als wirtschaftspolitische Eventualplanung für den Moment der Machtübernahme, wurden immer wieder in gemeinsamen Sitzungen mit Hitler und Gregor Straßer durchgesprochen. Gleichzeitig sollte die Abteilung über ein Netz von elf Beauftragten Kontakte zu wirtschaftlichen Spitzenverbänden aufbauen und durch 44 Gauwirtschaftsreferenten den Kontakt zur Parteibasis aufrechterhalten. Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 34 ff.; Turner, Hitler, passim.
Zur Tätigkeit der Wirtschaftspolitischen Abteilung vgl. Joachim Petzold, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

2 Der Wirtschaftsrat der Reichsleitung der NSDAP, "der allem Anschein nach hauptsächlich als Briefkopf existierte und nur selten zusammentrat", erlangte keine größere Bedeutung und wurde bereits am 15.12.1932 wieder aufgelöst. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 32.

3 Zur zunehmenden Skepsis Hitlers gegenüber Feder vgl. den Brief Levetzows an Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312 ff., hier S. 315.

4 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1924 Mitarbeiter im *Völkischen Beobachter*, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbeauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von 3 Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.-G.

5 Dietrich Klagges (1891-1971), Mittelschullehrer, 1925 Eintritt in die NSDAP, dann Stadtverordneter in Benneckenstein, 1930 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1931 Regierungsrat im braunschweigischen Volksbildungsministerium, braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, 1932/33 MdR, 1932 Leiter der Unterabteilung Wirtschaftswissenschaft in der Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 zugleich braunschweigischer Ministerpräsident, 1950 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1957 aus der Haft entlassen.

6 Alfred Pfaff (geb. 1872), Elektro-Chemiker, 1896 Dr., seit 1896 Betriebsleiter, dann Direktor in der elektrochemischen Bergwerks- und Eisenhüttenindustrie, 1932/33 MdR (NSDAP).

Reinhardt[7], Herrsching a. Ammersee,
Funk[8], Berlin,
Daitz[9], Lübeck.
Eine Erweiterung des Wirtschaftsrates bleibt vorbehalten.

München, den 2. November 1931

gez. Adolf *Hitler*

f.d.R.: der Chef des Personalamtes:

Loeper

3. November 1931 Dok. 61
"Verordnung"
Anordnung[1]

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

Ich genehmige, daß das anläßlich des SA-Treffens in Braunschweig am 17. und 18. Oktober 1931[2] ausgegebene Abzeichen[3] zum Dienstanzug getragen wird. Die Berechtigung zum Tragen ist im Mitgliedsbuch zu bestätigen.

gez. Adolf *Hitler*

---

7 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsministerium der Finanzen, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers, 1937 SA-Obergruppenführer, 1945-1949 inhaftiert.

8 Walther Funk (1890-1960), Journalist, 1916 Redakteur der *Berliner Börsen-Zeitung*, 1922-1930 Chefredakteur, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, 1933-1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938-1945 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1939-1945 Reichsbankpräsident, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1958 aus Gesundheitsgründen entlassen.

9 Werner Daitz (geb. 1884), 1907 Dipl.-Ing.-Chemiker, Unternehmer, Erfinder, Publizist, 1912 Generaldirektor der Kautschuk-Gesellschaft Schön & Co., Harburg, 1919 Inhaber der Firma Daitz & Co., Lübeck, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1933 Leiter des Amts für Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, seit 1934 Amt III, zugleich Gesandter, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Lübeck bei der Reichsregierung.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I a Nr. 6648/31 v. 3. 11. [*19*]31".

2 Vgl. Dok. 48 und 49.

3. November 1931 Dok. 62
"Verfügung" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

1.) Die bisherige selbständige Untergruppe München-Oberbayern wird mit Wirksamkeit vom 15.11.[*19*]31 in die "Gruppe Hochland" umgewandelt.

Aus der bisherigen Gruppe Bayern wird der Gruppe noch der Gausturm Schwaben, aus der Gruppe Österreich der Westgau (Tirol, Vorarlberg und Salzburg) zugeteilt.

Bezüglich Stellenbesetzung siehe Führerbefehl Nr. 5 [2].

2.) Die bisherige Gruppe Bayern erhält die Bezeichnung "Gruppe Mittelland". Zu ihr tritt, außer den ihr verbleibenden U[*nter*]Gr[*uppen*] Franken und Gausturm Oberpfalz-Niederbayern, ab 15.11.[*1931*] die Untergruppe Thüringen.

3.) Der Gausturm Oberfranken (Standarten 5 und 7) wird ab 15.11.[*1931*] von der Untergruppe Franken abgetrennt und bildet eine besondere Untergruppe "Oberfranken" (OF), Stabssitz Bayreuth. Bezüglich Stellenbesetzung siehe Führerbefehl Nr. 5.

Adolf Hitler

3. November 1931 Dok. 63
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sonneberg [1]

Der Nationalsozialist vom 10.11.1931, "Riesige Massenkundgebung mit Adolf Hitler und Dr. Frick in Sonneberg" [2].

Dann sprach Adolf Hitler, abermals mit stürmischen Ovationen begrüßt. In 2 1/2stündiger, großangelegter, staatsphilosophischer Rede sprach der Führer über das Wollen des Nationalsozialismus. Ausgehend von dem Unterschied zwischen uns und den anderen Parteien legte

3 Abbildung: Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937, S. 44.

1 Kopf: "(I Nr. 6647/31 v. 3.11.31)".

2 Vgl. Führer-Befehl Nr. 5 (Der Oberste SA-Führer IIa Nr. 6644/31) vom 13.11.1931; StA München, Polizeidirektion München 6822.
Da es sich bei diesem Dokument um eine formalisierte Massenernennung handelt, wurde von einer Aufnahme in die Edition abgesehen. (Vgl. S. XIII).

1 Im Gesellschaftshaus, von 21.00 bis 23.30 Uhr. An der Versammlung, die vom Kreisleiter der NSDAP Hans Sauer geleitet und mit einer kurzen Begrüßung eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 2.000-2.200 (*Sonneberger Zeitung*: 2.500-3.000) Personen teil. Vor Hitler sprach MdR und Staatsminister a. D. Frick über das Thema "Unser Kampf um Deutschland". Da die Versammlung völlig überfüllt war, wurden die Reden durch Lautsprecher in das Schießhaus übertragen, wo sich weitere 800 Personen versammelt hatten, doch gelang - so der Bericht des *VB* - "die Übertragung infolge eines Sabotageaktes unserer Gegner nicht in dem ge-

der Führer dar, daß nicht, wie es die Anschauung der Demokraten und Pazifisten lehre, die Summe der Einzelschicksale das Schicksal eines Volkes bestimme, sondern

über dem Schicksal jedes einzelnen stehe das Schicksal der Nation.

Unter Hinweis auf den Zerfall alter großer Reiche und dessen Ursachen ging Hitler auf das Regierungssystem in Deutschland über. Man glaube heute, man könne das Gesetz der Kraft und der Stärke ausschalten. An die Stelle dieses geistigen Zerfalls müsse wieder *eine tragbare natürliche Weltanschauung* gesetzt werden. "Dabei will ich ein Dogma in den Vordergrund rücken", fuhr Adolf Hitler fort, "das einzige, das ich anerkenne, das ich aber auch anbete:

Ich finde alles recht, als richtig und notwendig, was meinem Volke nützt und es erhält."

Man müsse zu den Forderungen des Lebens zurückkehren. Nicht die Gesellschaftsordnung bestimme das Leben, sondern die Lebensbedingungen, der Lebensraum.

Jedes Volk sehe deshalb das Recht auf Erweiterung seines Lebensraumes als etwas Natürliches an. Wenn man sage, das sei Imperialismus, dann sei jeder Vater und jede Mutter Imperialist, wenn sie Kinder zeugten.

Sodann rechnete der Führer scharf mit den Anbetern der Wirtschaft ab. Nicht die Wirtschaft sei das Schicksal, sondern die Politik. Lasse man Deutschland weiter politisch so verkommen, wie es in den letzten zwölf Jahren der Fall gewesen sei, dann werde auch die Wirtschaft noch völlig zugrunde gehen.

Wir müssen uns wieder *auf unsere Kraft besinnen.* Wenn ein Wille da sei, dann könne sich jedes Volk wieder frei machen. Wir müßten wieder zur eigenen Wirtschaft zurückkehren. Dazu sei es aber nötig zu erkennen, daß wir, ganz gleich, ob wir teilnehmen wollen an der Weltwirtschaft[3] oder ob wir uns eine Nationalwirtschaft aufbauen wollten, dazu *Macht* brauchen.

Nicht das Einzelindividuum sei das Entscheidende, sondern die Gemeinschaft. Der einzelne ist nichts, die Gesamtheit alles. Menschen kommen und vergehen, aber wichtig ist, *daß das Volk gesund erhalten bleibt.* Zur Erreichung dieses Zieles sei es notwendig, *aufzuräumen einerseits mit dem Hochmut, dem Stolz und dem Standesdünkel und andererseits mit dem Klassenkampf.*

Dieses erforderliche Gemeinschaftsgefühl habe er in seiner Bewegung geschaffen[4]. Hitler fuhr fort:

"Darauf bilde ich mir am meisten ein, daß ich Millionen von Intellektuellen gelehrt habe, wieder den deutschen Arbeiter schätzen zu lernen[5], und Millionen zurückgeführt habe zur Nation!"

---

wünschten Maße". Der Veranstaltung ging ein Fackelumzug durch Sonneberg voraus, an dem sich etwa 300 SA-Männer beteiligten.

2 Vgl. auch Sonneberger Zeitung vom 3.11.1931, "Adolf Hitler spricht heute in Sonneberg"; vom 4.11.1931, "Hitlers Programm einer kraftvollen und willenstarken deutschen Nation"; Thüringer Volksfreund vom 4.11.1931, "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"; Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 5.11.1931, "Hitler und Frick in Sonneberg"; VB vom 11.11.1931, "Ganz Sonneberg war auf den Beinen"; Vorwärts vom 19.11.1931, "Parteioffizielle Morddrohung"; Sonneberger Zeitung vom 20.4.1939, "Zweimal sprach der Führer in Sonneberg"; Schreiben des Stadtvorstands Sonneberg o. Nr. an das thüringische Ministerium des Innern vom 4.11.1931; Polizeibericht der thüringischen Bereitschaftspolizei o. Nr. vom 4.11.1931; StA Weimar, MdI, P 163. Ferner Neue Presse vom 21.11.1992, "Die Anfänge des Nationalsozialismus".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 33.

Hitler schloß dann seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, daß die Bewegung, die er geschaffen habe, sich unter allen Umständen durchsetzen werde. *Entweder siege in Deutschland dann in der letzten Entscheidung das deutsche Volk oder der internationale, bolschewistische Jude.* Jede neue Wahl zeige, daß unsere Bewegung siegreich sei[6]. Aus den Einzelsiegen werde sich dann der Schlußsieg ergeben. *Dann wird Deutschland wieder ein Reich der Freiheit, der Macht und der Ehre*[7].

4. November 1931 Dok. 64
"Tagesbefehl. SA-Kameraden!"
Anordnung[1]

Gedrucktes Exemplar; BA, Sammlung Schumacher Nr. 403[2].

Am 4.11.[*19*]31 besteht die SA 10 Jahre[3].

In einem Jahrzehnt opfervollen und fanatischen Kampfes[4], unermüdlicher und zäher Arbeit und Hingabe ist aus einer kleinen Schar einsatzbereiter Kämpfer ein Heer vom Hakenkreuz [*sic!*] erwachsen, das heute schon das 2. Hunderttausend überschritten hat[5].

Wenn ich Euch an diesem Gedenktage meinen und der Gesamtbewegung Dank und die uneingeschränkte Anerkennung ausspreche, so weiß ich, daß sie Euch nur ein Ansporn sein wird, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten dem unaufhaltsamen Siege entgegen.

Vorwärts sei auch die Losung für die Tage und Wochen des Kampfes, die vor uns liegen.

Adolf Hitler

Vgl. auch den Bericht des *VB*, in dem es u. a. heißt: "Es fiel besonders auf, daß sich unter der wartenden Menge *viele Handarbeiter* befanden."

6 Vgl. z.B. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18 und Dok. 57, Anm. 2.
Anlaß für das Auftreten Hitlers und Fricks war die am 8.11.1931 stattfindende Stadtratswahl in Sonneberg, bei der die NSDAP die Zahl ihrer Sitze von fünf auf zehn verdoppeln konnte. Die SPD erhielt bei dieser Wahl fünf, die KPD vier und der Nationale Bürgerblock zwei Sitze. Damit wurde der Nationalsozialist Gustav Biermann zum 2. Bürgermeister gewählt. Vgl. VB vom 10.11.1931, "Wir siegen".

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer Nr. 6643/31. München, den 4. November 1931."

2 Vgl. auch VB vom 4.11.1931, "10 Jahre S.A.".

3 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

4 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 43, Anm. 16.

5 Laut Bericht der Obersten SA-Führung Ib/Nr. 80/32 vom 11.1.1932 besaß die SA im Oktober 1931 eine Gesamtstärke von 192.439 Mann, im November 1931 eine Gesamtstärke von 221.136 Mann; Sächsisches HStA, Min.d.Innern Nr. 19088.

4. November 1931 Dok. 65
Erklärung

VB vom 4.11.1931, "Wie sie lügen!".

Es ist unwahr, daß ich in der Unterredung mit Generalleutnant *v. Schleicher* [1] fest versprochen hätte, die S.A. sofort nach der Regierungsübernahme [2] restlos aufzulösen und zu entlassen [3].

Wahr ist, daß in keiner der beiden Unterredungen mit Generalleutnant v. Schleicher oder mit sonst jemandem überhaupt die Rede von einer Auflösung oder Entlassung der S.A. war.

Es ist unwahr, daß ich erklärt hätte, auf die Besetzung der Polizeipräsidentenposten in den hauptsächlichsten Städten und Ländern [*sic!*] zu verzichten und alle radikalen Elemente meiner Partei rücksichtslos auszuschalten, insbesondere Dr. Goebbels [4] in keiner Weise zu irgendeiner verantwortlichen Regierungsstelle heranzuziehen [5].

---

1 Kurt von Schleicher (1882-1934), 1900 preußischer Leutnant, 1913 Hauptmann in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1918/19 Chef der politischen Abteilung in der OHL, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Major, 1919-1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt/Reichswehrministerium, 1926-1929 Oberst, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium, 1929-1932 Generalmajor, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, 1931 Generalleutnant, 1932 General, 1.6.1932 bis 28.1.1933 Reichswehrminister, 3.12.1932 bis 28.1.1933 zugleich Reichskanzler, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet. Schleicher besaß seit März 1931 über den Stabschef der SA Röhm direkten Kontakt zur Führung der NSDAP. Zur genauen Datierung der Unterredungen zwischen Hitler und Schleicher, über die Brüning informiert war, liegen unterschiedliche Angaben vor; nachgewiesen ist eine Unterredung vor dem (Anfang Oktober) und eine nach (22. oder 29.10.1931) dem Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten am 10.10.1931, bei dem sich Schleicher und Hitler ebenfalls kurz unterhielten. Hatten dabei zunächst militärpolitische Fragen im Vordergrund gestanden, so entsprach es den Interessen wie der Schlüsselstellung Schleichers, wenn zunehmend politische Grundsatzfragen beraten wurden. Schleicher resümierte, Hitler habe "seine Loyalität und Legalität beteuert"; dieser sei - so Schleicher an anderer Stelle - "jetzt doppelt und dreifach an den Legalitätspfahl gebunden". Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 27 f., 38; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 460; Kunrat Frhr. von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 20 f.; Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 129, 135 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S.120 f. Von den zeitgenössischen Zeitungsberichten besonders wichtig: Frankfurter Zeitung vom 30.10.1931, "Adolf Hitler bei General Schleicher" mit offizieller Stellungnahme des Reichswehrministeriums.

2 Die *Welt am Montag* hatte am 2.11.1931 gemeldet ("Hitler vor den Toren"), daß Hitlers geheime Verhandlungen mit den Reichsbehörden "vor ihrem Abschluß" stünden. Durch seine Unterredung mit Schleicher habe er auch die Reichswehr auf seine Seite gebracht. Als Gegenleistung habe Hitler versprochen, die SA "nach der Regierungsübernahme restlos aufzulösen", auf die Besetzung der wichtigsten Polizeipräsidentenposten zu verzichten und Goebbels mit keiner wichtigen Aufgabe zu betrauen. Ferner habe Hitler erklärt, daß er sich das Programm des Reichsverbands der Deutschen Industrie zu eigen gemacht und - auf Druck westdeutscher Industrieller - Kontakte zu französischen Politikern aufgenommen habe. Beim Besuch Lavals in Berlin habe er sich - wenn auch vergeblich - um eine geheime Unterredung mit diesem bemüht, wie er auch verschiedene Reisen ins Ausland plane, u. a. nach Paris und London. Als "Termin für seine Regierungsübernahme" habe Hitler "spätestens Ende November" genannt. Der Artikel schließt mit den Worten: "Sobald aber außenpolitische Klarheit geschaffen worden ist, dürften einer *vorläufig geteilten* Machtübernahme [*Hitlers*] nennenswerte Schwierigkeiten kaum noch im Wege stehen."

3 Zur Bedeutung der SA in den damaligen politischen und militärischen Planungen Hitlers vgl. Dok. 31 und 38.

4 Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der *Nationalsozialistischen Briefe*, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin,

Wahr ist, daß weder von der Besetzung der Polizeipräsidentenposten, noch von der Ausschaltung der radikalen Elemente meiner Partei, noch von einer Verwendung oder Nichtverwendung von Dr. Goebbels die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich weiter erklärt hätte, daß ich mir das Programm des Reichsverbandes der [*Deutschen*] Industrie[6] in jeder Beziehung zu eigen mache und den Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes unbedingt unterstütze[7].

Wahr ist, daß weder vom Programm des Reichsverbandes der [*Deutschen*] Industrie noch vom Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich durch verschiedene Vertrauensleute Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen hätte und mich anläßlich des Besuches der französischen Minister in Berlin[8] um eine geheime Unterredung mit Laval[9] bemühte[10].

1927-1934 Herausgeber der Zeitung *Der Angriff*, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

5 Zum damaligen Verhältnis zwischen Hitler und Goebbels vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 206 ff.

6 Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte gemeinsam mit den wichtigsten Wirtschaftsverbänden am 29.9.1931 eine öffentliche Erklärung veröffentlicht, in der "schärfste Kritik" geäußert wurde "gegenüber einem politisch diktierten Hin- und Herschwenken zwischen Kapitalismus und Sozialismus". Im einzelnen forderte man einen umfangreichen Abbau der öffentlichen Ausgaben, "Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse", Abbau der sozialpolitischen Leistungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Senkung der Bahn- und Posttarife und eine Befreiung des Geldmarkts vom Druck der öffentlichen Schulden. Vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 99 ff. Druck: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Hrsg. von Cuno Horkenbach, Berlin 1931, S. 318 ff.

7 Vgl. jedoch den Brief von Rudolf Heß an Klara und Fritz Heß vom 3.9.1931, in dem u. a. steht: "H[*itler*] ist jetzt mehr in Berlin als in München. Er hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die noch vorhandenen Stützen der jetzigen Regierung in Industrie- und Bankwelt zum Wanken zu bringen. Er betreibt dies mit großem Erfolg. Sogar führende Bankleute haben sich nun dahin geäußert, daß H[*itler*] der einzige sei, der die Lage noch retten könne." Druck: Rudolf Heß, Briefe 1908-1933. Hrsg. von Wolf Rüdiger Heß, München 1987, S. 413. Zum damaligen Verhältnis zwischen NSDAP und Großindustrie vgl. Turner, Großunternehmer, S. 207 ff.

8 Erstmals seit 1878 waren am 27./28.9.1931 mit dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval und dem französischen Außenminister Aristide Briand französische Staatsmänner zu einem offiziellen Besuch in Berlin eingetroffen. Angesichts der äußeren Bedeutung dieses Ereignisses waren die Ergebnisse der Besprechungen der französischen Politiker mit Brüning, Curtius und Hindenburg verhältnismäßig gering, die großen Themen Reparationen und Abrüstung wurden kaum angesprochen. Vereinbart wurde in erster Linie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem durch die Einsetzung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVIII, Dok. 77, 134, 209, 212, 214 f., 224, 230; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, Dok. 488. Ferner André François-Poncet, Als Botschafter im 'Dritten Reich'. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz 1980, S. 28 ff.

9 Pierre Laval (1883-1945), 1907 Rechtsanwalt, 1914 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer (Section Française de l'Internationale Ouvrière), 1923-1940 Bürgermeister von Aubervilliers, seit 1925 Inhaber verschiedener Ministerposten in den Regierungen Painlevé, Briand und Tardieu, seit 1927 Senator, 1931/32 und 1935/36 Ministerpräsident, 1932 und 1934-1936 zugleich Außenminister, 1940 stellvertretender Ministerpräsident der französischen Regierung in Vichy, 1942-1944 Chef du Gouvernement, 1944 Flucht nach Belfort, dann Sigmaringen, 1945 hingerichtet.

Wahr ist, daß ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen habe. Wahr ist, daß ich mich um keine Unterredung mit Laval bemühte.

Unwahr ist demgemäß auch, daß ich meiner Presse eine Änderung ihrer Haltung Frankreich gegenüber[11] befohlen hätte[12].

Es ist weiter unwahr, daß ich als Termin für eine Regierungsübernahme spätestens Ende November bezeichnet hätte[13].

Wahr ist, daß ich keinen Termin für eine Regierungsübernahme genannt habe.

Adolf Hitler

7. November 1931 Dok. 66
Rede auf NSBO-Versammlung in München[1]

VB vom 11.11.1931, "Reichsschulungskurs der N.S.B.O.".

Redetext nicht ermittelt[2].

10 Eine solche Unterredung läßt sich weder nachweisen, noch erscheint dies wahrscheinlich. Hitler war damals noch nicht einmal bereit, französische Journalisten zu empfangen. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Göttingen 1983, Dok. 98 sowie Excelsior vom 5.1.1932, "Le Pouls de l'Allemagne en Fièvre". Ferner Bd. IV/1 dieser Edition, Dok. 15, 24.

11 Vgl. etwa die Berichterstattung in *Der Angriff* vom 26.9.1931 ("Die Franzosen kommen!"); dort ist u. a. zu lesen: "Die französischen Minister werden das deutsche Berlin nicht auf der Straße sehen. In Scham und Zorn über das uns von Frankreich angetane Unrecht wird es diesem Versuch gegenüber die kälteste und schneidendste Reserve bewahren und es den Männern des Herrn Hörsing überlassen, mit Triumphgeschrei die Vertreter der feindlichen Nation zu bewillkommnen." Generell zur nationalsozialistischen Pressepolitik gegenüber diplomatischen Vertretern vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 573.

12 In seinen Memoiren (S. 460 ff.) schreibt Brüning, er habe sich - zwei Tage vor dem Besuch - mit Goebbels darauf verständigt, daß der Empfang der französischen Politiker nicht durch die NSDAP gestört werde. Er habe Goebbels als Gegenangebot eine gewisse Unterstützung im sog. Kurfürstendamm-Prozeß gegen SA-Oberführer Graf Helldorf zugesichert. Vgl. auch Le Matin vom 26.9.1931, "Avant la visite à Berlin des Ministres Français", wo bereits vor dem Besuch von einem entsprechenden Verbot Hitlers berichtet wird.

13 Vgl. jedoch etwa Dok. 48. Ferner das Schreiben des preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern Nr. II 1420 al/316 vom 21.10.1931, wo über eine geheime Unterredung zwischen einem ehemaligen Polizeibeamten und Hitler am 11.10.1931 berichtet wird. "Hitler habe dem Polizeibeamten versichert, daß 'alle ehemaligen Polizeibeamten wieder herankämen', wenn er die Macht ergriffen habe. Auf die Frage nach dem Zeitpunkt der Machtergreifung habe Hitler immer nur geäußert, daß das noch 'heuer' geschehe. Auf die eingehendere Frage, wann das 'heuer' sei, habe Hitler geantwortet, daß er 'noch vor Weihnachten' die Macht ergreifen werde." BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792.

1 In der Reichsführerschule der NSDAP. Mit Hitlers Rede, die knapp eine Stunde dauerte, wurde ein Lehrgang der Gau-Betriebszellenleiter der NSDAP abgeschlossen. Der Lehrgang, der von Reichsbetriebszellenleiter, MdR Walter Schuhmann, geleitet wurde, war am 2.11.1931 in der Reichsführerschule eröffnet worden.

2 Laut Vorlage vermittelte Hitler den Hörern "Einblick in *grundsätzliche* Aufgaben und das Wesen der nationalsozialistischen Weltanschauung".

9. November 1931 Dok. 67
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gießen[1]

Gießener Anzeiger vom 10.11.1931, "Hitler spricht in Gießen"[2].

Er [*Hitler*] erklärte den aus Gießen und in sehr großer Zahl auch von auswärts (aus allen Teilen Oberhessens und aus den benachbarten preußischen Gebieten) erschienenen Besuchern einleitend, daß das deutsche Volk jetzt an einem *großen historischen Wendepunkt* seiner Geschichte stehe, der von einschneidendster Bedeutung für das ganze Volk sein werde. *Die NSDAP weiche den Tagesfragen nicht aus*, die sie mit übernehmen müsse, wenn sie in die Regierung eintrete[3]. Aber alle diese Tagesfragen seien nur zu verstehen und zu lösen, wenn das deutsche Volk ein gesundes und natürliches Feld für seine Arbeit wiedergewinne. Es müsse aber jedermann klar sein, daß nicht das Einzelschicksal das Gesamtschicksal ausmache, sondern [*daß*] *das Schicksal der Gesamtheit über den Einzelschicksalen stehe.*

Tags zuvor hatte eine Unterredung zwischen Hitler, Gregor Straßer und Rudolf Heß auf der einen Seite sowie dem Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands, Hans Bechly, und dem Vorstandsmitglied, Max Habermann, auf der anderen Seite stattgefunden. Während Habermann am 25.11.1931 in der *Deutschen Handels-Wacht* schrieb, die nationalsozialistischen Politiker hätten "sich so eindeutig auf den Boden der gegebenen sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten gestellt, daß Harzburg als Hoffnung der sozialpolitischen Reaktionäre erledigt" sei, äußerten die Vertreter des DHV intern ihre Enttäuschung über den Verlauf des Gesprächs. Hitler habe einen dreiviertelstündigen Monolog gehalten, sie selbst seien nur eine Viertelstunde zu Wort gekommen. Vgl. Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 249 f.; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 32 f.

1 In der Volkshalle, von 21.00 bis 23.30 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Karl Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 8.000 Personen teil.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.11.1931, "Wir trommeln in Hessen"; VB vom 11.11.1931, "Große Hitlerkundgebung in Gießen"; Hessenhammer vom 13.11.1931, "Der Führer spricht in Mainz und Gießen"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf". Ferner Jörg-Peter Jatho, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

3 Anlaß für Hitlers Rede war der Wahlkampf für die am 15.11.1931 stattfindende hessische Landtagswahl. Ihr Ergebnis und das der vorhergehenden Landtagswahl am 13.11.1927 lautete:
Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	13.11.1927	15.11.1931
KPD	8,6%	13,6%
SPD	32,6%	21,4%
DDP/DStP	7,8%	1,4%
Zentrum	17,7%	14,3%
Volksrecht-Partei	5,0%	0,2%
Christlich-Sozialer Volksdienst	-	2,1%
Hessischer Bauernbund	12,7%	2,6%
DVP	10,7%	2,3%
DNVP	4,9%	1,4%
NSDAP	-	37,1%
Sonstige	-	3,5%

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 95.

Die verschiedenen Parteien hätten immer nur vom Interessenstandpunkt der jeweiligen Wählerschichten aus gehandelt[4]. Man könne aber keinen bestimmten Berufsstand retten, sondern allenfalls nur dessen Interessen vertreten. Man könne *nur entweder Deutschland retten, oder Deutschland gehe zugrunde!* (Stürmischer Beifall.) Jeder unterliege dem Lebensgesetz der Nation, das alle Teile in natürlicher gesetzmäßiger Folgerichtigkeit beherrsche. Der Redner lenkte dann die Blicke auf die wirtschaftlichen Verfallserscheinungen hin und betonte, solange eine Nation sich *politisch und moralisch in Ordnung* befinde, werde sie die Erneuerung des Volkskörpers sicherstellen können; erst wenn ein *Volk politisch* zerbreche, als *Machtfaktor ausscheide,* beginne die Wirtschaft ähnliche Wege zu gehen. Der tiefste Grund der wirtschaftlichen Katastrophe liege in einem Verhängnis, das uns Deutsche ununterbrochen verfolge: Das *Leben* dränge unbegrenzt nach Vermehrung, der aber der *Lebensraum* in seiner Begrenzung Widerstand entgegensetze. An die Schaffung des erforderlichen *Lebensraumes* durch die *Exportwirtschaft* sei nicht zu glauben, es sei vielmehr noch mit einer Verschärfung der Lebensraumkrise zu rechnen. Das Leben sei bedingt, erstens, durch den Lebensraum, durch die Mutter Erde, und, zweitens, durch den Menschen in seiner Zahl und Qualität. Der Redner wandte sich gegen die marxistische mechanische Auffassung des Lebens, die besage, die Konstruktion in allem sei entscheidend für das Leben. Er, als Nationalsozialist sage dagegen, entscheidend sei, erstens, der Raum, zweitens, der Mensch, nicht nur als Zahlenproblem, sondern auch als Qualität und Faktor der Güte; der Mensch könne sich von der Erde nicht loslösen.

Man gebe dem Volke den Lebensraum, und es werde sich sein Leben wieder gestalten.

Der Boden sei die erste Voraussetzung zum menschlichen Leben, die zweite liege in dem Menschen selbst und in seinem grundsätzlichen blutmäßigen Wert.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Frage, was zu tun ist, wenn das *Volk wächst* und über seinen Lebensraum hinauskomme. Auch hier trenne ihn eine grundsätzliche Überzeugung vom Marxismus. Niemals hätten Veränderungen des Raumes friedlicher Natur stattgefunden. *Immer seien Völker verdrängt worden durch stärkere Völker.* Die Not habe die Völker immer auf die Suche nach neuem Lebensraum getrieben. Das Gesetz der *Kraft* habe bisher die Welt verteilt. *England und Frankreich* hätten ein Interesse daran zu sagen, die Welt solle so bleiben, wie sie heute sei[5]. Er verstehe nicht, daß es Deutsche gebe, die glauben, daß der jetzige Zustand der Welt andauern solle.

---

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
Vgl. ferner das Schreiben Gregor Straßers an den hessischen Gauleiter Lenz vom 3.11.1931 (BA, NS 22-370), in dem es u. a. heißt: "Ich möchte Sie von folgender Stellungnahme des Führers unterrichten: Unbeschadet der Fortführung unserer Agitation im alten Rhythmus und Jargon wünscht der Führer, daß der Wahlkampf in Hessen ausgesprochen gegen die Weimarer Koalition geführt wird. Parteien, die zur Nationalen Opposition gehören, werden am besten gar nicht erwähnt, d. h. weder für noch gegen [*sie*] gesprochen. Das gleiche gilt für die Deutsche Volkspartei."

5 Zum Selbstverständnis des außenpolitischen Handelns Großbritanniens vgl. eine Denkschrift des Foreign Office von 1926, in der es u. a. heißt: "We [...] have no territorial ambitions nor desire for aggrandisement. We got all that we want - perhaps more. Our sole object is to keep what we want and live in peace." Zit. bei: Bernd Ebersold, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992, S. 15, Anm. 26. Zum Sicherheitsdenken der französischen Außenpolitik vgl. Jacques Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925 de l'Exécution à la Négociation, Paris 1977.

Alle Völker hätten Lebensraum gewonnen nur aus ihrer eigenen Kraft. Die grundsätzliche Auffassung der Nationalsozialisten sei, daß im Völkerleben die Nation zu Grunde gehe, die sich nicht ihr Leben selbst sichere und selbst dafür eintrete.

Leider hätten aber Millionen deutsche Menschen das natürliche Denken verlernt und kein Verständnis mehr für den eigenen Lebensraum. Der *eigene Boden* müsse die Plattform sein, auf der ein Volk stehe, nicht der Welthandel! *Hitler* wandte sich dann entschieden gegen das Geschrei, die *Grenzen zu öffnen*[6], *während die deutsche Landwirtschaft zugrunde gehe*[7], es dann immer noch mehr Entwurzelte gebe und schließlich das eigene Volk von seiner Lebensbasis entwurzelt sei. Von einem gewissen Punkt der weltwirtschaftlichen Entwicklung ab heiße der Schlüssel nicht mehr Preis, sondern *politische Macht!* Angesichts der ungeheuren Veränderung in Deutschland seit 1918 sei eine *grundsätzliche Umstellung im Denken* zu fordern. Der Redner wies dann auf die Schattenseiten der Überrationalisierung unserer Industrie hin[8], die mit Erzeugungsmöglichkeiten für den vier- bis fünffachen Bedarf ausgestattet sei, während sie dafür aber keinen Absatz habe[9]. Dem Volke, das auf Export angewiesen sei, werde durch dieses Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Absatz der Lebensraum noch mehr beengt, die Weltschwierigkeiten würden noch größer, dazu komme als politischer Faktor der *russische Bolschewismus* hinzu, der von Millionen unseres Volkes noch gar nicht begriffen werde. Der *russische Fünfjahresplan*[10] bedeute bei seinem Gelingen für Hunderttausende von deutschen Volksgenossen nur Arbeitslosigkeit[11]; ebenso sei es, wenn England Indien verliere[12]. Das sei nicht belanglos für uns, deren Leben auf Export aufgebaut sei[13].

---

6 Das Gesetz über Zolländerungen vom 28.3.1931 ermächtigte die Reichsregierung, "unter sorgfältiger Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen die Zollbehandlung für einzelne Erzeugnisse des ersten Abschnitts des Zolltarifs abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln". Die sich zunehmend verschärfende Zollpolitik der Reichsregierung trug jedoch in erster Linie den Problemen der Agrarwirtschaft Rechnung, was heftige Diskussionen zwischen den Agrarverbänden auf der einen und den Industrie- und Handelsverbänden, aber auch SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite auslöste. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 32 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen vom 28.3.1931 und der Verordnung des Reichspräsidenten über Zolländerungen und über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen vom 1.12.1931: RGBl. 1931, I, S. 101, 689.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

8 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

9 Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1928 auf 100, so stieg die Produktion an Investitionsgütern 1929 auf 103, um 1930 auf 84, 1931 auf 54 und 1932 auf 35 zu fallen. Bei den Produktionsgütern belief sich die Quote 1929 auf 103, 1930 auf 86, 1931 auf 61 und 1932 auf 46. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 84. Ferner Dok. 37, Anm. 14.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.

12 Zur damaligen wirtschaftlichen Bedeutung Indiens vgl. Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985, S. 93 ff.; The Cambridge Economic History of India, Vol. 2: c. 1757-c. 1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

13 1931 belief sich der deutsche Gesamtexport im reinen Warenverkehr auf 9.598,6 Millionen RM; hiervon gingen Waren im Wert von 157,5 Millionen RM (1,6%) nach Britisch Indien. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 212 f.

Wenn der bisherige Weg der Weltwirtschaft von uns weitergegangen werde, gehe unser Volk in rasender Schnelligkeit einem Zusammenbruch entgegen, der noch gewaltiger sein werde als der bisherige[14]*. Dieser Weg führe zum absoluten Ruin, nicht nur zu einer Finanzkatastrophe, sondern zu einer Lebenskatastrophe. Bei dieser Sachlage gebe es für uns nur zwei Möglichkeiten, um der Katastrophe zu entgehen: entweder wir schüfen uns einen neuen Binnenmarkt durch Anpassung des Lebensraumes an unsere Volkszahl, oder wir stellten hinter unsere Produktion in Zukunft wieder die Gesamtheit unserer politischen Macht.*

Der Redner betonte hierauf das *Recht* des deutschen Volkes auf *Leben* und erklärte, wenn ein Volk nicht bereit sei, für sein Recht als Kläger aufzutreten und auch zu *streiten*, habe es kein Recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn man ihm sage, er bete die Gewalt an, so erklärte er, er bete das Recht seines Volkes zum Leben an, indem er es ableite von der Würdigkeit zum Leben[15]. Würdig zum Leben sei das Volk, das gesund und kraftvoll sei und sein Leben selbst verfechte. (Erneuter stürmischer Beifall.) *Wir wollen uns nicht unterwerfen* und uns nicht feige vom Schicksal erwürgen lassen. Die Zukunft unseres Volkes hänge ab von der *Wiedererringung einer gesunden, natürlichen Widerstandskraft.* Von der blutsmäßigen Gemeinschaft ausgehend, predige er einen gesunden Nationalismus, der sich frei mache von allen Vorurteilen; baue er eine Brücke, über die Millionen zu ihm herübermarschieren könnten; zertrümmere er Vorurteile und hole den *deutschen Menschen* hervor. *Sein Nationalismus sei brüderliche Gemeinschaft* mit dem Volke, und daß er sich *freimache von Vorurteilen,* sei *Sozialismus im edelsten Sinne des Wortes.* Turmhoch über allem stehe ihm aber das Schicksal seines Volkes. Um wieder als politische Realität angesehen zu werden, müsse *Deutschland* wieder als ein *machtbesitzender und machtbedeutender Faktor* vor die Welt hintreten. Die Kraft dazu liege in uns allen, nur was aus uns selbst komme, sei stark. Der Redner richtete dann eine entschiedene Absage an die Weltbürgerschaft, die Weltmeinung, das Weltgewissen usw., die alle uns um die eigene Kraft betrogen hätten. Er erklärte:

Zu lieben, brauche man uns nicht; anzuerkennen, brauche man uns auch nicht, wenn man uns nur als eine tatsächliche, geschichtliche Realität respektiere, das sei vollständig ausreichend.

Weiter lehnte der Redner die Demokratie, Mehrheitsbildung usw. entschieden ab und bekannte sich zu dem Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit. Gegen den Internationalismus und gegen die Demokratie sei der Kampf zu führen. Unser Volk glaube an alles, nur *nicht* an die *Notwendigkeit der eigenen Rettung,* an das *Vertrauen auf die eigene Kraft.* Diese Denkweise müsse dem Volke ausgebrannt werden. An Stelle des zerrissenen deutschen Volkes, des vom Klassenkampfgedanken durchsetzten Körpers sei der *einheitliche Wille zur deutschen Volksgemeinschaft* zu setzen. Wenn ganz Deutschland so denke wie die "Frankfurter Zeitung"[16], dann sei das Ende unseres Volkes gekommen, wenn ganz Deutschland aber so denke wie die NSDAP,

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

15 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.

16 Die *Frankfurter Zeitung* geht zurück auf die seit 1856 erscheinende *Frankfurter Handelszeitung*, seit November 1866 *Frankfurter Zeitung und Handelsblatt.* Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die *Frankfurter Zeitung* schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitungen in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die *Frankfurter Zeitung*, deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 12 ff.

dann werde Deutschland vor dem Ausland ganz anders bestehen. Die NSDAP kämpfe nicht um Wahlen, sie wolle nur die *Macht im Staate* mit legalen Mitteln erkämpfen [17]. Heute seien 20 Millionen Menschen bei der NSDAP [18], bald würden es 30 Millionen sein, und daraus werde einmal das neue Deutschland, die *neue Gemeinschaft der deutschen Menschen* werden. Das Ringen gehe um ein deutsches Volk, das frei und würdig sei und bestehen könne vor dem großen, ewigen Gericht, das sich sein Schicksal wieder selbst gestalten könne. Die NSDAP kämpfe für ein

Deutsches Reich, das nicht geknechtet und versklavt sei,

für ein Reich, das wieder frei sein werde, für ein Deutschland, das als Schirm und Schutz auch des ärmsten seiner Bürger dastehe! (Langanhaltender stürmischer Beifall und Jubel.) [19]

10. November 1931 — Dok. 68
Anordnung [1]

Masch. Aufzeichnung; StA München, Polizeidirektion München 6826.

Allen SA und SS-Ärzten und allen Sanitätsmännern [2] sage ich für ihre aufopfernde und uneigennützige Tätigkeit bei dem Aufmarsch in Braunschweig [3] sowie ihre sonstige Bereitwilligkeit, mit der sie sich in den Reihen der SA und SS betätigen, meinen herzlichen Dank und beauftrage den Reichsarzt [4] mit der Bekanntgabe.

Der Oberste SA-Führer:

gez. Adolf Hitler

Der Reichsarzt:

gez. Dr. Hocheisen

f. d. R. Dr. Lang [5]

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

18 Gemeint sind offenbar die Wähler der NSDAP, wobei es sich hier lediglich um eine Schätzung handelt. Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 29, Anm. 24 sowie Dok. 46, Anm. 11.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. Reichsarzt. München, den 10.11.1931. Verteiler: Sanitätsdienstweg. Anweisung 7. Hiermit gebe ich nachstehenden Befehl unseres Führers Adolf Hitler bekannt:"

2 Zur Organisation des Sanitätswesens von SA und SS vgl. Bd. IV/1, Dok. 104.

3 Vgl. Dok. 48 und 49.

4 Paul Hocheisen (1870-1944), Dr. med., 1892 württembergischer Sanitätsoffizier, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1929 Abschied als Generaloberstabsarzt (Generalleutnant), Eintritt in die NSDAP, 1930 Eintritt in die SA, 1931 Reichsarzt im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 MdR, 1933 SA-Sanitätsobergruppenführer, Generalinspekteur des Sanitätswesens der SA und SS, 1933-1936 Stellvertretender Präsident des Roten Kreuzes.

11. November 1931 Dok. 69
Rede auf NSDAP-Versammlung in Mainz[1]

Mainzer Tageszeitung vom 12.11.1931, "Hitler in Mainz"[2].

Der Nationalsozialismus sei eine Weltanschauung. Überall wo er hinkomme, erlebe er dasselbe Bild. Zehntausende fänden sich zu den Kundgebungen der Nationalsozialisten ein. Aber alle, die da versammelt seien, sollten einmal, wenn auch nur für zwei Stunden, vergessen, daß der eine Arbeiter, der andere Beamte oder Mittelständler oder Bauer sei[3]. Alle sollten sich als Menschen deutscher Nation fühlen und erkennen, daß nur in der innigen Volksgemeinschaft das Heil unseres Volkes liegen könne. Die nationalsozialistische Bewegung erstrecke sich infolgedessen nicht auf die einzelnen Stände.

Das Schicksal der Gesamtheit hänge nicht ab von dem Schicksal des einzelnen, sondern das Wohl und Wehe des einzelnen hänge von dem Schicksal der Gesamtheit ab.

Die Menschen müßten lernen, geistig auf *einer* Plattform zu stehen. Millionen Deutscher werden hingeführt zur Erkenntnis des Nationalsozialismus, daß über aller Leibesnot die Not des Geistes und die Freiheit steht [*sic!*].

Die Partei des Nationalsozialismus ist dazu da, daß sie dem deutschen Volk aus seiner Not heraushilft.

Unter Hinweis auf den Zerfall alter Reiche und dessen Ursachen ging Hitler auf das heutige Regierungssystem in Deutschland ein. An Stelle des geistigen Zerfalles müsse wieder eine tragbare natürliche Weltanschauung treten. Nicht die *Gesellschaftsform* bestimme das Leben, sondern die Lebensbedingungen, der Lebensraum.

Die Erweiterung des Lebensraumes sei das natürliche Recht eines jeden Volkes.

Innerhalb der Reichsgrenzen habe sich ein 65-Millionenvolk angesammelt[4], für das die Existenzvoraussetzungen nicht mehr beständen. Durch Finanzmanipulationen seien die heutigen Zustände nicht zu bessern, das sei heute eine politische Frage. Der Weltabsatzmarkt für

---

5 Theobald Lang (geb. 1898), 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Dr. med., 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 Stellvertreter des Reichsarztes im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 SA-Oberarzt, 1933 Ausschluß aus der NSDAP, 1941 Emigration in die Schweiz.

1 In der Stadthalle, von 21.00 bis 23.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 20.000 Personen teil. Da die Versammlung - ungeachtet des Faschingsanfangs - völlig überfüllt war, wurde Hitlers Rede mit Lautsprecheranlagen in sämtliche Nebenräume übertragen. Im Anschluß an seine Rede hielt Hitler eine weitere Ansprache in einem Zelt neben der Stadthalle, das etwa 15.000 Personen faßte.

2 Wortgleicher Bericht in Rhein- und Hesse-Bauer vom 12.11.1931, "Hitler in Mainz". Vgl. auch Der Angriff vom 12.11.1931, "Hitler spricht in Mainz"; Mainzer Anzeiger vom 12.11.1931, "Adolf Hitler in Mainz"; Mainzer Journal vom 12.11.1931, "Zweimal drei Fragen!"; Volkszeitung vom 12.11.1931, "Hitlerei statt Karneval"; Hessenhammer vom 13.11.1931, "Der Führer spricht in Mainz und Gießen"; VB vom 15./16.11.1931, "20.000 deutsche Menschen im Banne unseres Führers"; Der Vorposten vom 20.11.1931, "Eindrücke eines Wiesbadeners. Im Mainzer 'Hitler'-Zelt"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf"; Mainzer Anzeiger vom 11.11.1933, "Hitlers erster Besuch in Mainz".

3 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

die Wirtschaft sei auf zwei Wegen zu erschließen, einmal durch Güte und Billigkeit der Waren und in der Hauptsache durch politischen Willen. Wir sind als politische Macht zerbrochen worden, und der wirtschaftliche Zusammenbruch folgte nach. Die Frage der Wiedergeburt des deutschen Volkes ist eine Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht. Der Gedanke des Internationalismus, der Demokratie und des Pazifismus sind die eigentlichen Ursachen des Niederganges unseres Volkes. Über den Begriff des Nationalsozialismus sagte Hitler, daß Nationalismus und Sozialismus unzertrennlich sein müssen.

Richtig ist, was meinem Volke nützlich ist.

Damit kommt *Hitler* zurück auf die Erkenntnis, daß das *Wohl der Gesamtheit über das Wohl des Einzelindividuums* zu stellen sei. Zur Erreichung dieses Zieles sei es notwendig, aufzuräumen mit Hochmut, Standesdünkel und Klassenkampf. Das erforderliche Gemeinschaftsgefühl habe er in seiner Bewegung geschaffen.

Er sei stolz darauf, daß er Millionen Intellektueller gelehrt habe, wieder den deutschen Arbeiter zu schätzen[5] *und Millionen zurückgeführt zu haben zur Nation.*

Es stehe niemand so hoch, als daß er dem Einfachsten aus dem Volke nicht entgegengehen könne. Die Rettung unseres Volkes könne nur im Besinnen auf seine eigene Kraft und im Gedenken an seine kulturgeschichtliche Aufgabe erfolgen. Demokratie bedeute nichts anderes, als Verantwortungslosigkeit zum System zu erheben. Nur die Herrschaft der Köpfe sei ein erstrebenswertes Ziel.

Die junge Bewegung des Nationalsozialismus erklärt, daß sie den Frieden liebt, aber zum Kampfe gerüstet ist.

Die NSDAP habe heute über eine Million Mitglieder, und über 12 Millionen Deutscher ständen in der Bewegung[6]. Der Nationalsozialismus ringe um die Seele des deutschen Volkes.

Die Nationalsozialisten würden, falls sie in die Regierung eintreten, in keiner Weise den Tagesfragen ausweichen[7]. Jedoch müsse zum Verständnis und zur Lösung dieser Tagesfragen ein gesundes und natürliches Arbeitsfeld für das deutsche Volk wiedergewonnen werden.

Wenn das Volk politisch und moralisch nicht mehr in Ordnung sei, zerbreche es. Wenn es dadurch auch als Machtfaktor ausscheide, werde in kurzer Zeit auch die Wirtschaft denselben Weg gehen. Als Kardinalpunkt hob Hitler in diesem Zusammenhang die bedeutsame Frage der

Wiedergewinnung von Lebensraum für das Volk

hervor. Er betonte, daß für das deutsche Volk ein Verhängnis darin liege, daß sein Leben unbegrenzt nach Vermehrung dränge, während sein Lebensraum durch Begrenzung diesem Drängen nach Leben Widerstand entgegensetze. Aus der Exportwirtschaft könne der notwendige Lebensraum nicht gewonnen werden. Dagegen sei es wichtig, den Lebensraum durch die Mutter Erde, also durch bewußte Bodenständigkeit und durch qualitativ hochstehende Menschen wieder zu schaffen. Die marxistische Lebensauffassung der rein betonten mechanischen Konstruktion lehnte Hitler entschieden ab. Er stellte dieser These die Forderung nach Raum

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 33.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 29, Anm. 24 sowie Dok. 46, Anm. 11.

7 Vgl. den Bericht der *Volkszeitung*: "Plötzlich kommt Leben in die Versammlung. Alles reckt die Köpfe. *Hitler* betritt das Podium! Der 'Retter' spricht! Aber *nichts* vernimmt das Ohr von dem Mittel, den Wegen der einzuleitenden Rettung. *Kein* Wort über Außenpolitik, über Wirtschaftsfragen, kein Berühren der *sozialen Fragen*, kein Eingehen auf die Tagesprobleme, nur eine historische Betrachtung über den Sinn des Nationalismus."

und Qualitätsmenschen [*sic!*] gegenüber, Menschen nicht nur als Zahlen, sondern auch als Güterfaktoren, die sich nicht von der Erde loslösten [*sic!*]. Wenn unser Volk auf dieser Grundlage wieder Lebensraum schaffen werde, könne es auch sein Leben neu gestalten. Sodann erklärte Hitler, daß es zur Sicherung des Lebensraumes auch erforderlich sei, sich auf die eigene Kraft zu besinnen und immer daran zu denken, daß *schwächere* Völker in der Geschichte bisher stets durch *stärkere verdrängt* worden seien.

Die Nationalsozialisten seien grundsätzlich der Auffassung, daß im Leben der Völker jede Nation zugrunde gehe, die ihr Leben nicht selbst sichert und selbst mit aller Kraft dafür eintritt. Weiter wandte sich Hitler mit Entschiedenheit dagegen, daß dem Drängen auf immer weitere Öffnung der Grenzen nachgegeben werde [8], weil durch eine solche Politik der deutsche Bauer ruiniert [9] und das Volk in seiner Lebensbasis immer mehr entwurzelt werde [10]. Er bezeichnete als Schlüssel in dieser Frage das bewußte Bekenntnis und die Wiedereinsetzung der *politischen Macht* hinter die wirtschaftlichen Aufgaben unseres Volkes. Ebenso notwendig sei eine grundsätzliche Umstellung im Denken unserer Nation. Er übte Kritik an der starken Rationalisierung unseres Wirtschaftssystems, bei der der Ausbau des Produktionsapparates viel weiter gegangen sei, als zur Bedarfsdeckung heute und auch für absehbare Zeit überhaupt notwendig sei [11]. Von der *Durchführung des russischen Fünfjahresplanes* [12] *sei für Hunderttausende deutscher Volksgenossen nur Arbeitslosigkeit* zu befürchten [13], eine Tatsache, die für unser auf Export eingestelltes Volk nicht belanglos sei. Mit Nachdruck warnte Hitler vor dem weiteren Beschreiten der bisherigen Wege in der Weltwirtschaft [14], weil dadurch der deutsche Zusammenbruch noch schneller als bisher vor sich gehen und nicht nur zur Katastrophe der Finanzen, sondern auch zur Katastrophe des deutschen Lebens führen werde. Er erklärte als dringend notwendig die Schaffung eines neuen deutschen Binnenmarktes durch Abstimmung des Lebensraumes auf die Volkszahl und durch die Einsetzung unserer politischen Macht hinter unsere Produktion in der Zukunft. Gegenüber allen Widerständen betonte er mit Nachdruck das deutsche Recht auf Leben und die Verpflichtung für das deutsche Volk, für sein gutes Recht zu streiten, wenn es sich nicht unterwerfen und vom Schicksal erwürgen lassen wolle. Deutschland müsse wieder ein Machtfaktor in der Welt werden, damit es von ihr als politische Realität gewertet werde. Er forderte vom deutschen Volk die Notwendigkeit des Erkennens der Rettung aus eigener Kraft, Vertrauen auf die eigene Kraft, Beseitigung des Klassenkampfes und Systemersetzung [*sic!*] durch den einheitlichen Willen zur deutschen Volksgemeinschaft. Auf dieser Grundlage ringe die NSDAP mit legalen Mitteln [15] um die Macht im Staate. Sie sei sich darüber klar, daß aus ihren Millionen eine neue deutsche Lebensgemeinschaft erstehen werde. Sie kämpfe für ein freies Deutsches Reich, das unter keiner Knechtschaft und Sklaverei mehr stehe, sondern jedem deutschen Bürger wieder Schirm und Schutz in der Welt gewähren könne [16].

---

8 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.
9 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.
10 Vgl. Dok. 24, Anm. 3.
11 Vgl. Dok. 67, Anm. 8.
12 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.
13 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.
14 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.
15 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

13. November 1931 Dok. 70
Rede auf NSDAP-Versammlung in Darmstadt [1]

Hessenhammer vom 20.11.1931, "Adolf Hitlers Weltanschauungsrede" [2]

Ich glaube, daß nichts besser einen Blick in die Bewegung einzuführen vermag [*sic!*] als unsere Opfer[3]. Glaubt man wirklich, daß eine Bewegung ein Volk so wieder aufzurütteln verstände, wenn sie nichts anderes wollte, als zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen? Es handelt sich heute darum, unserem deutschen Volk eine willensmäßige Geschlossenheit zu geben. Ich stelle mich nicht zu den Fragen der Mieter, der Hausbesitzer, der Bauern usw.[4],

ich stelle mich nur zu einer Frage, und die heißt Deutschland!

(Stürmischer Beifall.)

Seit 13 Jahren haben die Parteien angeblich ihre Berufs- und Klassengruppen gerettet, und wo ist nun diese Rettung? Es sind also entweder die Köpfe schlecht gewesen oder die Gedanken. Schlechte Gedanken kommen aber immer nur aus schlechten Köpfen.

Unsere Bewegung setzt sich aus allen Berufsgruppen des deutschen Volkes, aus Arbeitern und Arbeitgebern, aus Bauern und Städtern zusammen[5]. Wir verlangen, daß jeder Deutsche nicht zuerst sich, sondern das Große der Nation sieht.

---

16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis 23.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache sowie einem Nachruf auf den verstorbenen Gauleiter Gemeinder (vgl. Dok. 32, Anm. 3) eröffnet wurde, nahmen etwa 20.000 (*VB*: 30.000) Personen teil. Wegen der Überfüllung der Versammlung war die Halle kurzfristig durch ein Festzelt erweitert worden.
Vgl. auch die Schilderung des *Hessischen Volksfreunds*: "Im Rampenlicht sieht der Mann, dem die Massen zuströmen, für einen nüchternen Beobachter so aus: *Wilhelminische Allüren,* die Ähnlichkeit mit jenem anderen Größenwahnsinnigen auch dadurch unterstrichen, daß die Beleuchtung das Zahnbürstenbärtchen in einer scharfen Doppelfalte um die Nase nach oben gestrichen fortzusetzen scheint. Die sich fortwährend überschlagende Stimme, die plötzlich wieder in einen fast weinerlichen Ton verfällt, scheint einem Manöverkritik abhaltenden Oberst zu gehören. Die unversieglichen Mengen Schweiß, die dieser Mann absondert, wischt er sich hastig mit dem Zeigefinger aus der haarverklebten Stirn fort. Die Hände, Schauspielerhände, verkrampfen sich unausgesetzt in der Luft, als wollte er sich daran halten, die Finger krallen und zittern, als wollten sie das Unfaßbare mit Zaubergesten hervorholen. *Der ganze Mann ist ein dauernder Krampf.* Und so redet und redet er geschlagene drei Stunden wie ein Wasserfall, der manchmal sekundenlang aussetzt, gleichsam aufschluckt. Und wenn man das Fazit zieht - ja, was hat dieser Apostel der Hakenkreuz-Seligkeit eigentlich gesagt? Wo steckt das Geheimnis dieser 'Persönlichkeit', die nichts als übernommene Phrasen von sich gibt und eine 'Weltanschauung' aus Ungereimtheiten zusammenpappt? Man ist entsetzt über die Hohlheit und Alltäglichkeit der Phrasen, die er von sich gibt."

2 Vgl. auch Darmstädter Tagblatt/Hessische Neueste Nachrichten vom 14.11.1931, "'Volk ohne Raum'. Hitler in Darmstadt"; Darmstädter Zeitung vom 14.11.1931, "Hitler in Darmstadt"; Hessischer Volksfreund vom 14.11.1931, "Gemeinplatzpatrone Hitler"; VB vom 15./16.11.1931, "'Ich glaube nicht an den Internationalismus, sondern an die innere Mission der Völker'"; Westdeutscher Beobachter vom 16.11.1931, "Hitler vor 30.000 in Darmstadt"; Der Vorposten vom 20.11.1931, "Hitler erobert Hessen"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf".

3 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 55.

Was ist denn heute die Schicksalsfrage des deutschen Volkes? Wir gehen heute einem Verhängnis entgegen und dieses kann man nicht abwenden, wenn man nur zu den jeweiligen Tagesfragen Stellung nimmt.

Am 11. November 1918 fuhr ein deutscher Wagen einem französischen entgegen[6], aus dem Herr Erzberger[7] mit seinen Begleitern entstieg und jenen Waffenstillstand unterschrieb, der die Ursache zu all den weiteren Schandverträgen[8] ist. Alle diese Ereignisse wirken nun auf das deutsche Volk und somit auf jeden einzelnen mit verhängnisvoller Macht ein. Wir Nationalsozialisten erklären jetzt seit 12 Jahren, daß der seinerzeit beschrittene Weg zwangsläufig zum Verhängnis führt. Und hier setzt nun der Nationalsozialismus ein, der zuerst zu dem großen Schicksal der deutschen Nation Stellung nimmt.

Vor uns steht heute drohend die Gefahr, daß die 65 Millionen Menschen[9] von dem, dem deutschen Volke gelassenen, Boden nicht mehr ernährt werden können[10]. Keine doktrinäre Konstruktion kann Brot schaffen, wo kein Boden mehr vorhanden ist. Das unterscheidet uns vom Marxismus.

Und noch ein zweites: Der Nationalsozialismus erkennt die marxistische Lehre von der Gleichheit der Menschen nicht an.

Von der Güte der Erde und der Qualität der Menschen ist das Schicksal eines Volkes abhängig.

Es muß daher einmal der Kampf um den Raum kommen. Und hier scheiden wir nun wieder scharf von den Marxisten [*sic!*], denn der Kampf ist ein ehernes Gesetz auf dieser Welt. Wir setzen nicht den Begriff Recht außer Kraft, sondern wir klären ihn nur, denn das Recht haben wir in Deutschland gegenüber dem Ausland seit 12 Jahren gehabt, aber nicht die Kraft. Im Völkerleben wird die Volkszahl im Gegensatz zu einem beschränkten Bodenraum stehen. Das deutsche Volk ist jetzt seit zweitausend Jahren von der Göttin der Not immer wieder gezüchtigt worden ... [*sic!*]. Die Welt war nie etwas anderes als ein Wanderpokal für die Völker, die sich durch ihre Kraft durchgesetzt haben. Und da trat um 1919 eine Kommission

6 Zum Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

7 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

8 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

10 Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erzeugte Deutschland mit Ausnahme des Roggens - keine landwirtschaftlichen Überschüsse mehr. 1930 wurden lebende Tiere im Wert von 118,4 Millionen RM, 1931 im Wert von 54,9 Millionen RM in das Deutsche Reich importiert. Die entsprechende deutsche Ausfuhr betrug 1930 68,7 Millionen RM, 1931 46,9 Millionen RM. Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1930 2.969 Millionen RM, im Jahr 1931 1.969,6 Millionen RM. Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1930 in Höhe von 479,8 Millionen RM, im Jahr 1931 in Höhe von 359,0 Millionen RM exportiert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 174 f.

im Völkerbund zusammen, die die Unveränderlichkeit der Welt auf dem Papier festsetzen wollte [11].

Nach welchem Rechtsstandpunkt wollt Ihr Herren von den bürgerlichen Parteien z. B. beweisen, daß die heutige Verteilung des Bodens nicht mehr geändert werden darf [12]? Es gibt zwei Wege, um das bestehende Mißverhältnis zu beheben,

entweder mehr Raum für ein Volk oder weniger Volk auf dem zur Verfügung stehenden Raum.

Das vergangene Jahrhundert glaubte nun, einen dritten Weg entdeckt zu haben, und dieser Weg hieß: Wirtschaft. Die Fabriken schossen aus dem Boden, und die Wirtschaft wurde auf Export eingestellt. Neue Schäden entstanden da für uns, erstens die Millionenstädte [13], die Menschen emporzüchteten [*sic!*], die in keiner Verbindung mehr mit dem Boden und der Scholle standen [14]. Man sprach daher dort nur noch von Weltexport, Weltindustrie, Weltwirtschaft [15] usw. Die Millionen in der Großstadt forderten nun: Grenzen auf, wir wollen billigere Lebensmittel. Und diese strömten herein und vernichteten allmählich die eigene Landwirtschaft. Eines Tages wird aber dann die Frage nicht mehr so lauten, ob man noch billigere Lebensmittel hereinlassen soll, sondern so, ob man überhaupt noch die Kaufkraft besitzt, die Lebensmittel zu bekommen. Heute konkurrieren auf dem Weltmarkt noch eine Reihe neu hochgekommener Völker, und unter diesen wird nicht nur das Volk sich durchsetzen, das die beste Ware zu bieten hat, sondern vor allem ein Volk, hinter dem eine politische Macht steht.

Wir Deutsche können uns den Weltmarkt mit der billigen Ware allein nicht erkämpfen, denn wir sind schon einmal im Jahre 1914 durch politische Mächte und Kräfte daran gehindert worden [16].

Die ganze heutige Entwicklung muß dazu führen, daß der Absatzmarkt in einigen Jahren vollkommen verriegelt sein wird, und es fragt sich nur, *für welches Volk* er verriegelt sein wird.

Und eines Tages wird neben dem Gewicht der Ware wieder das Gewicht des Schwertes eingesetzt werden müssen.

Als Nationalsozialist sage ich, daß diese Fragen der Zukunft nur von einem einheitlichen Volkswillen gelöst werden können. Wenn unser Volk den Weg weiter einhält, den es seit 13 Jahren geht, dann wird unser Volk in 10 Jahren so am Boden liegen, daß es nicht mehr über die 1. oder 2. Internationale diskutieren wird [17].

---

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 46.

12 Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 eine zentrale Forderung nahezu aller Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung nach einer Grenzrevision: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, S. 535 f.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 32.

14 Vgl. Dok. 24, Anm. 3.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

16 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

17 Die Erste Internationale wurde am 28.9.1864 in London gegründet und umfaßte zeitweise fast alle Gruppen und Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel einer Koordinierung und Bündelung im interna-

4 1/2 Jahre hatten wir, die heutigen Kämpfer, geschwiegen und nur unsere Pflicht als Soldaten getan. Nach dem Kriege, nachdem alle anderen versagt hatten, haben *wir* dann gesprochen, zu einer Zeit, als die Nation in die 2 Begriffswelten "national" und "sozial" gespalten war.

Solange Völker eine Einheit in dieser Willensbildung besitzen, ist die ganze Kraft nach außen ansetzbar. Ist das aber nicht mehr der Fall, dann wenden sich alle vorhandenen Kräfte nach innen und zerreiben sich gegenseitig. Im August [*19*]14 schien es so, als ob alle inneren weltanschaulichen Gegensätze überwunden wären und alle Kraft sich nach außen richtete[18]. Aber nach 4 1/2 Jahren zeigte es sich, daß das Ringen gegen eine Welt von Waffen damit ausging, daß die vorhandenen deutschen Kräfte sich wieder gegenseitig befehdeten[19]. Da hatten wir wenigen, die wir *keiner* Gruppe angehörten, uns zusammengefunden und eine neue Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt, die sich eine Verbindung des nationalen und sozialen Teils des deutschen Volkes in der nationalsozialistischen Bewegung zum Ziel gesetzt haben. Für uns ist das einzig wesentliche, daß wir *ein* Volk sind. Und so sagen wir auch, daß nur *der* national sein kann, der nie das gesamte Wohl der Nation aus den Augen verliert. (Jubelnde Zustimmung.)

Wir marschieren heute in eine neue Zeit hinein,

in der nicht um eine Goldwährung diskutiert wird[20]*, sondern um die Bewährung des Volkes selbst.*

Wenn es heute keinen Nationalsozialismus geben würde, gäbe es auch keine bürgerlichen Gruppen und Parteien mehr.

Unsere neue Gedankengrundlage soll nur 3 Grundsätze in sich aufnehmen:

1. Die Bedeutung eines Volkes liegt in seinem Wesen, in seiner Seele. Die Größe unserer Zukunft ist die Größe unseres Volkes überhaupt. Ich glaube nicht an die Kraft des internationalen Gedankens, sondern [*an*] uns, an die *innere* Kraft eines Volkes.

Ich will weder Nachbeter von anderen sein, noch Kulturdünger für andere.

---

tionalen Kampf des Proletariats um politische und wirtschaftliche Emanzipation scheiterte schließlich an den Differenzen zwischen Karl Marx und Michael Bakunin, so daß sich die Erste Internationale 1872 spaltete und 1876 auflöste. Zur Zweiten Internationale schlossen sich im Juli 1889 in Paris verschiedene sozialistische Vereine und Gewerkschaften zusammen, um in einem internationalen Gremium theoretische, nicht aber taktische Fragen zu klären und abzustimmen. Die Zweite Internationale zerfiel während des Ersten Weltkriegs, als die meisten Mitgliedsparteien die Position des Burgfriedens vertraten. Als sich im März 1919 die Zweite Internationale wiederbegründete, initiierte Lenin in bewußter Abgrenzung die Dritte, Kommunistische Internationale. Um einen Ausgleich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bemühte sich die im Februar 1921 gegründete Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1-2, Hannover 1961-1963.

18 Vgl. Dok. 25, Anm. 18.

19 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

20 Nachdem Großbritannien am 21.9.1931 verkündet hatte, die Bindung an den Goldstandard für seine Währung aufzuheben, gefolgt von Schweden (28.9.1931), Dänemark (29.9.1931) und Finnland (12.10.1931), war auch im Deutschen Reich ein solches Vorgehen diskutiert worden. In einer Sitzung des Reichskabinetts am 7.12.1931 stellte Reichsbankpräsident Hans Luther jedoch fest: "Für die Währung sei nicht die Golddeckung entscheidend, sondern das Verhältnis zwischen Warenumlauf und Geldumlauf. Die Inflation beginne, wenn sich der Geldumlauf vermehre, ohne daß die Warenmenge wachse. Durch Vermehrung des Geldumlaufs könne die Warenmenge nicht gesteigert werden. [...] Gold und Deckung seien nur Hilfskonstruktionen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 592. Ferner Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, New York 1992, S. 258 ff.

Auch für uns gilt der Grundsatz:
Mensch und damit Volk hilf dir selbst, dann hilft dir Gott[21].

2. Auf der Welt wird nur dasjenige Volk bestehen, das seinem fähigsten Kopf die Leitung gibt. Alles, was auf der Welt geschaffen wird, verdankt seine Entstehung der Qualität und nicht der Quantität.

Die Demokratie ist der Schirm der Unverantwortlichkeit. Wenn eine Partei zugrunde geht, dann haben die Schuld Parteitage, und wenn ein Reich zugrunde geht, dann haben die Schuld Reichstage. Könige, Diktatoren, ja sogar Tyrannen kann man verantwortlich machen, aber nicht Majoritäten.

Die Demokratie wird immer ein Feind der Köpfe sein. Und die Voraussetzung für das Bestehen eines Volkes wird immer die Überwindung der Demokratie sein.

3. Ein Volk wird dann bestehen, wenn es seinen Blutwert erkennt.

Heute baut der eine auf Genf[22], der andere auf Moskau[23], der dritte auf Weltwirtschaft usw. *Wir* werden nur auf eines bauen,
auf unsere eigene Kraft.

Das ist keine Theorie, denn auf der Basis dieser Ideenwelt ist heute die größte deutsche Organisation[24] entstanden. Wenn man diese Jammerpolitik der bürgerlichen Parteien ansieht, die zum Leben zu krank und zum Sterben zu feige sind, wo ist da das stolze Deutschland?

Demgegenüber haben wir heute eine Armee von Hunderttausenden zu stellen, die nicht Bürger und nicht Marxisten sein wollen,
sondern Deutsche und nur Deutsche.

Was wollen Sie, meine Herren, von den bürgerlichen Parteien, denn von mir? Mit 25 Jahren bin ich ins Feld, mit 30 Jahren kam ich zurück[25], und heute mit 42 Jahren stehen Millionen hinter mir.

---

21 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."
22 Vgl. Dok. 29, Anm. 19.
23 Vgl. Dok. 29, Anm. 20.
24 Für die Zeit der Weimarer Republik lassen sich etwa folgende Mitgliederstärken der großen deutschen Parteien ermitteln:

Partei	Gesamtzahl der Mitglieder	Zeitpunkt
KPD	ca. 200.000	1931
SPD	1.037.384	1.1.1931
DDP/DStP	113.323	1929
Zentrum	ca. 200.000	1933
DVP	ca. 250.000	1930
DNVP	ca. 696.000	1928
NSDAP	ca. 650.000	Oktober 1931

Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 575; Bd. 2, S. 414, 477; Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994, S. 151 ff.; Flechtheim, KPD, S. 321; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O. o. J., S. 191; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977, S. 34; Tyrell, Führer befiehl, S. 352; Ferner Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.
25 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

Es liegt mir nicht daran, Sie zu bitten, geben Sie uns Ihre Stimme. Denn für uns ist diese Wahl[26] auch nur ein kleiner Abschnitt in unserem Aufstieg. Wir wissen, daß das deutsche Volk aus 1.000 Nöten sich wieder emporkämpfen muß.

Das neue Reich muß aus uns heraus geboren werden.

Wir glauben an die Wiedergewinnung der Kraft und an die Wiedergewinnung des Mutes unseres Volkes. Wir kämpfen nicht um ein einzelnes Land, sondern wir ringen um den deutschen Menschen. Und wenn am 15. November die Schlacht vorbei ist, wird am 16. wieder weitergearbeitet,

bis die Stunde kommt, wo ein neues deutsches Volk entstanden ist, bis neu errichtet ist das Reich der Größe und der Freiheit[27].

14. November 1931 Dok. 71
Schreiben an Wilhelm Groener

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1 [1].

Euer Exzellenz!

Namens der NSDAP, der stärksten politischen Partei Deutschlands[2], wende ich mich heute an Sie, Herr Reichsminister, als den verfassungsmäßig berufenen Wahrer des Lebens und der Sicherheit der deutschen Staatsbürger, um Unterlagen zu überreichen, die ein klares Bild der Recht- und Schutzlosigkeit der in meiner Partei zusammengeschlossenen Millionen nationaler Deutscher geben.

In den Anlagen unterbreite ich:

1) Totenliste der NSDAP[3],

2) Bericht der Hilfskasse der NSDAP über gemeldete Schadenfälle in *einem* Berichtsmonat (10.10. bis 13.11.[*19*]31)[4],

26 Vgl. Dok. 67, Anm. 3.

27 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer München, 14. November 1931 Ch. Nr. 6973/31".

2 Vgl. Dok. 70, Anm. 24 sowie Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11.

3 Die von der Hilfskasse der NSDAP zusammengestellte undatierte "Totenliste der N.S.D.A.P." enthält insgesamt 90 Namen, beginnend mit Rudolf Eck - Todesdatum 5.3.1924 - und endend mit Martin Martens, Todesdatum 11.11.1931.

4 Der Bericht der Hilfskasse der NSDAP an die Oberste SA-Führung vom 14.11.1931 meldet für den Zeitraum vom 10.10.1931 bis 13.11.1931 267 Verletzte und 11 Tote. Der Bericht erwähnt jedoch im folgenden, daß 15-20 % hiervon auf Sportverletzungen zurückzuführen seien.

3) Vorlage des Gruppenführers Nord [5] für seinen Dienstbereich (Hannover-Süd und Ost, Hamburg, Nordmark, Weser-Ems) [6],

4) Vorlage des Gruppenführers Ost für seinen Dienstbereich (Pommern, Mecklenburg, Ostmark) [7],

5) Vorlage des Gausturms München-Oberbayern für seinen Dienstbereich [8],

6) Verluste der Berliner SA ab 1.1.[*19*]31 [9],

7) Telegramm Berliner SA-Männer an den Herrn Reichspräsidenten und dessen Antwortschreiben [10],

8) Letzte Drahtung über Verhaftung von SA-Führern und Reichstagsabgeordneten in Elberfeld [11],

---

5 Viktor Lutze (1890-1943), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit als Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Teilnahme am Ruhrkampf, 1927 stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1928 SA-Oberführer Ruhr, 1930-1933 MdR, 1930/31 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nord, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe West, 1933 Polizeipräsident von Hannover, 1933-1941 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1.7.1934 Stabschef der SA, 1943 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

6 Der Bericht des Gruppenführers Nord, SA-Gruppenführer Viktor Lutze, an die Oberste SA-Führung vom 12.11.1931 setzt darüber in Kenntnis, daß während der letzten drei Tage im Bereich dieser SA-Gruppe drei SA- bzw. SS-Männer getötet und 30 schwer verletzt worden seien. In dem Bericht wird ferner erwähnt, daß die SA-Verbände "mit ganz wenigen, absolut zu verstehenden Ausnahmen völlig unbewaffnet" seien, und schildert das - angeblich zu laxe - Verhalten der Polizei bei bewaffneten Zusammenstössen mit KPD- und Reichsbannerangehörigen sowie die polizeilichen Maßnahmen zur Einhaltung des Uniformverbots. Dem Bericht liegt ein Bericht des Sturmbanns II/163 vom 12.11.1931 bei "Über den Feuerüberfall der K.P.D. auf S.A. und S.S. am 11.11.[*19*]31".

7 Der Bericht des Gruppenführers Ost, SA-Oberführer Friedrich-Wilhelm Krüger, an die Oberste SA-Führung vom 13.11.1931 führt Klage über die sich häufenden bewaffneten Angriffe von KPD-Angehörigen auf die SA und behauptet, daß die Polizei bei der Ermittlung der Täter "in vielen Fällen nur einen sehr geringen Eifer an den Tag" lege. "Das Verhalten der Polizei bei diesen Überfällen läßt häufig eine sehr einseitige Einstellung gegen die SA-Leute erkennen. Entweder wird gegen die Täter nichts unternommen oder das Eingreifen erfolgt so langsam und zögernd, daß die Täter entkommen können." Die Anlage führt eine Liste von Fällen auf, "die eine offenkundig einseitige Einstellung der Polizei erkennen lassen".

8 Der Bericht des kommissarischen Führers des SA-Gausturms München-Oberbayern, Karl Friedrich Frhr. von Eberstein, an die Oberste SA-Führung vom 14.11.1931 enthält verschiedene Anlagen, die das polizeiliche Verbot dokumentieren, am 8.11.1931 nationalsozialistische Gedenkfeiern abzuhalten: Für eine geplante Feier im Zirkus Krone liegt ein Schriftwechsel zwischen der Leitung des Gaues München-Oberbayern und der Polizeidirektion München vor, für entsprechende Feiern in Schliersee, Hausham und Miesbach ein Schriftwechsel zwischen Rechtskonsulent Martin Weise, Bezirkspropagandaleiter der NSDAP in Miesbach, und dem Bezirksamt Miesbach.

9 Der Bericht des Führers der selbstständigen SA-Untergruppe Groß-Berlin, SA-Oberführer Wolf Heinrich Graf von Helldorf, an die Oberste SA-Führung vom 13.11.1931 über die personellen Verluste der Berliner SA ab 1.1.1931 verzeichnet die Todesfälle von Gerhard Liebsch (gest. 25.5.1931), Fritz Schröder (gest. 3.8.1931), Hans Hoffmann (gest. 17.8.1931), Hermann Thielsch (gest. 9.9.1931), Kurt Nowack (gest. 11.10.1931), Heinrich Böwe (gest. 18.10.1931), Erwin Moritz (gest. 5.11.1931).

10 Liegt der Vorlage nicht bei.
Der Reichspräsident hatte am 13.11.1931 durch Staatssekretär Meißner einigen SA-Leuten, die um einen Empfang gebeten hatten, mitteilen lassen, "daß er mit großem Bedauern die in der letzten Zeit vorgekommenen Mordtaten und Überfälle verfolgt und den Herrn Reichsmin[*ister*] des Innern ersucht hat, der Bekämpfung dieser sich in letzter Zeit häufenden Vorfälle seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von einem Empfang wolle er jedoch absehen. Er stelle es ihnen anheim, "dem Herrn Reichsmin[*ister*] des Innern Ihr Material zu unterbreiten". Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 252 f.

9) Bericht über Schließung der SA-Heime und -Verkehrslokale in Berlin[12],

10) Nr. 262 der "Münchener Post"[13].

Ich darf dazu anfügen:

Um die Übersichtlichkeit nicht zu erschweren, habe ich nur die Berichte einzelner Gruppen herausgegriffen und den letzten Berichtsmonat der Hilfskasse der NSDAP beigefügt. Diese Anlage enthält nur die Liste der tödlich oder schwer Verletzten in *einem* Monat[14].

Der Vorlage dürfte besonders insoferne ein ganz erheblicher Wert beizumessen sein, als die Angaben der Verletzten und der Zeugen eidesstattlich gemacht und diese Aussagen der unmittelbar Beteiligten durch die nachprüfenden Vorgesetzten wieder eidesstattlich versichert wurden.

Die Angriffe erfolgten ausnahmslos durch Kommunisten und Reichsbanner-Leute; unsere SA- und SS-Männer waren meist in der Minderzahl und stets in Notwehr[15]. In der Regel wurden unsere Leute überfallen, wenn sie, von Versammlungen kommend, einzeln sich auf dem Nachhauseweg befanden.

Vielfach wird mir gemeldet, daß die Polizei sich gegenüber den Angriffen untätig verhält, unsere Leute nichts weniger wie in Schutz nimmt [*sic!*], ja sogar versteckt und offen für die angreifenden Linksradikalen Partei nimmt[16].

---

11 Das Telegramm der SA-Gruppe Nordwest an die Reichsleitung der NSDAP vom 14.11.1931 lautet: "Gruppenführer von Fichte und Untergruppenführer Feller, MdR, und zahlreiche SA-Führer nach Führerbesprechung von Elberfelder Polizei schwer mißhandelt und verhaftet. Erbitten Freilassungserwirkung durch Dr. Frank II bei Polizeipräsidium Elberfeld."

12 Der Bericht des SA-Oberführer Krüger vom 11.11.1931 undatierte schildert Ablauf und Folgen der Schließung einiger Berliner SA-Heime. Die Erbitterung hierüber sei - so Krüger - in der SA besonders groß, da es sich bei diesen Heimen um "rein soziale Hilfswerke" handele. Krüger warnt davor, daß die SA künftig nicht mehr in der Hand ihrer Führer zu halten sei, wenn die - angebliche - Parteilichkeit der preußischen Polizei durch solche Maßnahmen noch verschärft würde. Krügers Bericht liegt ein detaillierter Bericht über die Schließung der sechs Berliner SA-Heime und SA-Lokalen bei, ferner ein juristisches Gutachten von Rechtsanwalt Reinhard Neubert, Berlin, vom 12.10.1931.

13 Unter der Überschrift "Mobilmachungs-Vorbereitungen zum Bürgerkrieg" berichtete die *Münchener Post* am 12.11.1931 auf ihrer Titelseite, daß in der SA "eine seltsame Geschäftigkeit" eingesetzt habe, "die bei den Prätorianern den Eindruck erwecken soll, als ginge es morgen oder übermorgen los". Zum Beweis diente der Zeitung ein vollständig abgedruckter Befehl des OSAF-Stellvertreters vom 4.10.1931, dessen Einzelmaßnahmen darauf hinauslaufen, die SA kurzfristig einsatzbereit zu machen (Überprüfung und Ergänzung der Ausrüstung, Abmeldung bei Entfernung vom "Standort", zentrale Lagerung der Ausrüstung, Versetzungen zur SS, Führerbesprechungen usw.). Die genaue Zielsetzung dieser Maßnahmen bleibt unklar, doch wird in diesem Befehl vom "Falle der Machtergreifung" gesprochen. Der Bericht, dem kleinere Meldungen über ähnliche Vorgänge im gesamten Deutschen Reich folgen, schließt mit den Worten: "Durch diesen Befehl an *Hitlers Privatarmee* wird erneut die Frage aufgeworfen, wie lange die zuständigen Amtsstellen die kriegsmäßig ausgerüsteten Prätorianerorganisationen der Nazi noch dulden wollen. Sind diese Organisationen etwa keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?"

14 Generell zu den personellen Verlusten der NSDAP vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

15 Der preußische Minister des Innern Carl Severing hatte am 14.10.1931 vor dem preußischen Landtag die Folgen des politischen Terrors seit Jahresbeginn bilanziert. Bei gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen waren von seiten der KPD 34 Tote und 186 Schwerverletzte zu verantworten, Angehörige der NSDAP trugen die Verantwortung für insgesamt 3 Tote, 8 tödlich Verletzte und 78 Schwerverletzte. Vgl. Verhandlungen des Preußischen Landtags, III. Wahlperiode 1928-1932, Bd. 16, Berlin 1931, Sp. 22100 f.
Zum Gewaltpotential der SA vgl. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung.

Grundsätzlich darf ich dazu folgendes bemerken:

Die Aufgabe der Polizei ist eine rein präventive zunächst, d. h., sie hat für den Schutz der Staatsbürger zu sorgen. Das Ergebnis einer nunmehr übersehbaren zwölfjährigen Polizeipraxis ist aber gerade das Gegenteil: Bewaffnete marxistische Horden bringen Tag für Tag, insbesondere in erschreckender Steigerung in den letzten Wochen, deutsche Volksgenossen ums Leben. Die Polizei hat also ganz offensichtlich versagt. Es besteht daher die ernste Gefahr, daß entsprechend der Steigerung dieser Mordüberfälle begreiflicherweise auch die Erregung in den Anhängerkreisen wächst, so daß allenfalls das persönliche Notwehrrecht zum Schutze des eigenen Lebens selbst mit der Waffe den Ausschlag gibt gegenüber einem noch so starken Willen, die gesetzlichen Vorschriften über Waffengebrauch zu beachten[17]. Der schutzlos dem Blutrausch preisgegebene Deutsche wird je unter Umständen eher eine Gefängnisstrafe wegen Waffentragens in Kauf nehmen als sein Leben infolge der nur einseitig von uns befolgten Waffenverordnung[18] verlieren.

Daraus ergibt sich, daß das Reichsministerium des Innern als oberste Hüterin der Sicherheit die endgültig entscheidende Umstellung der deutschen Polizeibehörden zur Unterdrückung des marxistischen Blutterrors übernehmen und sicherstellen müßte.

Sollte die dadurch allein mögliche Wiederherstellung einer Rechtssicherheit nicht erreichbar sein, so sehe ich nur den einen Weg, der Bewegung das generelle Notwehrrecht[19] offiziell zuzubilligen.

---

16 Zum Einsatz der Polizei gegen den politischen Extremismus vgl. Gusy, Weimar, S. 272 ff. Zur Praxis der politischen Auseinandersetzungen am Beispiel Berlin vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 305 ff. Vgl. ferner Dok. 46, Anm. 69.

17 Mit dem Gesetz gegen Waffenmißbrauch vom 28.3.1931 versuchte die Reichsregierung der zunehmenden Gewalt bei politischen Zusammenstößen Herr zu werden. § 1, Abs. 1 bestimmte, daß das Tragen von Hieb- und Stoßwaffen in der Öffentlichkeit mit Gefängnis bis zu einem Jahr und/oder Geldstrafe bestraft werden kann. Ergänzend hierzu legte die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931 (Siebenter Teil, § 8) fest: "Wer auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen wird, das mittels einer Waffe begangen ist [...], ist in polizeiliche Haft zu nehmen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, und so lange festzuhalten, als diese Voraussetzung vorliegt." Noch einmal verschärft wurden die Bestimmungen über den Waffenbesitz durch die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931 (Achter Teil, Kapitel I). Druck: RGBl. 1931, I, S. 77, 567, 742 f.

18 Einer Übersicht des Berliner Polizeipräsidenten aus dem Jahr 1931 zufolge wurden bis November 1931 die folgenden Waffen bei Angehörigen von KPD und NSDAP beschlagnahmt:

Art der Waffen	NSDAP	KPD
Schußwaffen	47	153
Hieb- und Stoßwaffen	17	138
Andere Waffen	55	127
Infanteriemunition	-	212
Pistolenmunition	68	525

Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 315 f.

19 Anspielung auf § 53 StGB. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931, S. 159.

Ich füge in diesem Zusammenhange auch einen Bericht über die Schließung der SA-Heime und -Verkehrslokale Berlins deshalb bei, weil hier offensichtlich auch die Maßnahmen der Polizei eine Rechtlos- und Schutzlosmachung meiner Anhänger zur Folge haben.

Übersieht man das Gesamtergebnis der gegen die NSDAP gerichteten Ausnahmeverfügungen (Uniformverbot[20], Aufmarschverbot, Schließung der Heime, Verbote usw.), so ergibt sich sichtbar eines: der damit verfolgte Zweck, den Vormarsch der Partei aufzuhalten, hat zu einer grandiosen Stärkung meiner Bewegung geführt[21]. Gerade das Gegenteil der Absicht wurde erreicht.

Die Verbote des Uniformtragens, der Aufmärsche usw. haben aber ebensowenig den Schutz der SA-Männer, sondern gerade das Gegenteil, ihre Schutzlosigkeit herbeigeführt.

Ich glaube, Eure Exzellenz werden mit mir in der Anerkennung übereinstimmen müssen, daß meine Leute dem rechtswidrig bewaffneten Gesindel der Großstädte und dem laxen Verhalten der Polizei gegenüber die von der gesamten anständigen Bevölkerung längst anerkannte und geradezu heldenhafte unerschütterliche Ruhe bewahren.

Das Ertragen der brutalen Gewalt kann aber einmal seine Grenze finden, so sehr mir und meinen Unterführern darum zu tun ist, die Leute zurückzuhalten. Ich habe nicht nötig, auch hier wieder die völlige Legalität der Partei[22] zu betonen und hervorzuheben, daß jedem rechtswidrigen Besitz und Gebrauch von Waffen[23] aller Art seitens der Führung entgegengetreten wird[24].

Endlich füge ich noch einen Ausschnitt aus der marxistischen "Münchener Post"[25] an[26].

Daß der Bericht von Anfang bis zu Ende eine infame Fälschung ist, brauche ich wohl nicht zu betonen. Hervorheben will ich aber nur, daß die Anhänger der marxistischen Parteien durch derartige Hetzberichte systematisch zum Bürgerkrieg und Blutterror getrieben werden. Die Verantwortung für die Untaten der Mordgesellen trifft also neben ihnen nicht minder die marxistische Presse, die durch ihre verantwortungslose Hetze der intellektuelle Urheber der Mordtaten ist.

---

20 Vgl. Dok. 2, Anm. 58 sowie Dok. 4, Anm. 3 und 7.

21 Vgl. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

22 Anspielung auf Hitlers sog. Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

23 Vgl. z. B. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39) und seinen Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).

24 In einem Bericht des preußischen Ministeriums des Innern wurden 1931 71 Fälle registriert, in denen Nationalsozialisten wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt, jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen wurden. Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 303.

25 Die *Münchener Post* war 1887 gegründet worden und erschien als sozialdemokratische Tageszeitung 1930 in einer geschätzten Auflage von 15.000 Exemplaren. Chefredakteur des Blattes, das zur Konzentrations-A.G. gehörte, war seit 1921 Erhard Auer. Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, passim.

26 Vgl. Anm. 13.

Ich habe zu Euer Exzellenz das absolute Vertrauen, daß Sie das hier vorgelegte Material sorgfältig prüfen[27] und kraft Ihres Amtes die Maßnahmen treffen, die dem Blutrausch des Marxismus Einhalt gebieten und wieder gesetzmäßige Zustände in Deutschland herbeiführen[28].

Mit der Versicherung persönlicher Hochachtung
bin ich Euer Exzellenz sehr ergebener

Adolf Hitler

15. November 1931 — Dok. 72
Rede auf HJ-Reichsführertagung in München[1]

VB vom 19.11.1931, "'Das Dritte Reich ruht auf der Auslese der heroischen Menschen'".[2]

Ein Volk zieht seine Kraft aus den mannigfaltigen Wurzeln seiner *Rasse*. Die Auslese des Lebens allein entscheidet über die rassisch bedingten wirtschaftlichen, künstlerischen und sonsti-

---

27 Hitlers Angaben zu den Überfällen auf Nationalsozialisten (vgl. Anm. 4) wurden von den jeweiligen Landesregierungen überprüft; die Vorlage Nr. I A 2100/28.1.II. des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932 faßte die Ergebnisse zusammen: Von den genannten 278 Überfällen seien "26 Fälle auszuscheiden, die sich außerhalb des Reichsgebiets zugetragen haben", 58 Fälle seien der Polizei nicht zur Kenntnis gekommen. "Von den danach übrigbleibenden 194 Fällen sind weiter 18 Fälle auszuscheiden (8 Fälle, wo Nationalsozialisten selbst die Täter waren, 5 Fälle von Privatstreitigkeiten, 3 Unglücksfälle, 2 Fälle, wo die Verletzungen durch Polizeibeamte erfolgt sind)." Bei 63 Fällen seien die Täter nicht zu ermitteln, bei 10 Fällen läge die Schuld auf beiden Seiten. "In den dann noch übrig bleibenden 103 Fällen sind in 74 Fällen die Kommunisten, in 29 Fällen Mitglieder des Reichsbanners usw. als die Schuldigen festgestellt." BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792.

28 Hitlers Schreiben war am 17.11.1931 u. a. Thema einer Besprechung des Reichsministers des Innern mit den Innenministern der Länder, bei der Groener vorerst konstatierte, "daß die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung des politischen Terrors ausreichten". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 556; Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 41 a.
Eine Antwort Groeners an Hitler liegt nicht vor; vgl. jedoch das Schreiben von Arno Schickedanz an Alfred Rosenberg vom 21.12.1931 (BA, NS 8-116), in dem ein Schreiben erwähnt wird, "das von dem Reichsinnenminister resp. dem Reichswehrminister eben an Hitler abgegangen ist, dessen Unterzeichneter Groener und dessen Verfasser der Herr General von Sch[*leicher*] ist".

1 Ort der Veranstaltung nicht zu ermitteln, möglicherweise die Reichsführerschule. Hitler sprach nach persönlicher Begrüßung aller Anwesenden am Nachmittag etwa eine Stunde. Laut *VB* vom 18.11.1931 nahmen an der Veranstaltung "sämtliche Mitglieder der Hitler-Jugend-Reichsleitung, die Gebietsführer der H.J. Schlesien, Österreich, West, Nordwest, Nord, Südwest, Berlin, Ostpreußen und München und die Gauführer von Tirol und Baden teil. Die Oberste SA-Leitung, der Nationalsozialistische Studentenbund und der Nationalsozialistische Schülerbund waren vertreten." Am Vormittag sprachen Buch, Schirach, Röhm und Renteln. Offenbar diente die Veranstaltung dazu, die neue Organisation der Reichsjugendführung der NSDAP vorzustellen. Vgl. Dok. 59.

2 Vgl. auch VB vom 18.11.1931, "Reichsführertagung der Hitler-Jugend"; Hessenhammer vom 20.11.1931, "'Das Dritte Reich ruht auf der Auslese der heroischen Menschen'".

gen Fähigkeiten des Einzelmenschen. Auf dem *politischen* Gebiet aber wurde die natürliche Auslese des Lebens in Deutschland außer Kraft gesetzt.

Die Führung einer Nation wird anerkannt, solange sich ihre *Fähigkeit* mit ihren *Ansprüchen* deckt; denn das Eine trägt den Beweis für das Andere in sich. Jede Volksführung hat die politische Aufgabe, die in der Nation wirkenden Fähigkeiten zu verwerten. In Deutschland fungierten als politische Führer Menschen, denen die Kraft zum Zerbrechen der Widerstände fehlte. Das Volk lebt in der

Sehnsucht zum wirklichen Führertum,

es wird mit sicherem Instinkt den wahrhaften Führer erkennen. Wollen die Deutschen ihren gegenwärtigen Elendszustand überwinden, so müssen sie aus dem Gesetz der bewiesenen Leistung eine neue Führerauslese treffen. *Wie der Magnet des Pazifismus mit unwiderstehlicher Gewalt die feigen Naturen anzieht, so wird unser Magnet des Mutes, des Opfers und der Hingabe für die Nation die wertvollen Kräfte erobern.*

Die Regeneration des gesamten Volkes gehört zu den ersten und wichtigsten Aufgaben des Nationalsozialismus. *Eine neue Führerschicht der Leistung hat das zur politischen Gestaltung unfähige bürgerliche Führerelement zu ersetzen.*

Mit der Einfügung von einer Million Menschen in unsere Bewegung[3] schließen wir eine Etappe unseres Werkes ab; wir verzichten auf die übrigbleibenden alten Schichten. Wir ringen dem Schicksal die *Leistungsfähigkeit* ab, sie werden die politische Führung übernehmen und die Unfähigkeit verdrängen.

Später wird die dauernde Ergänzung der politischen Führer- und Kämpferschicht des Nationalsozialismus nur noch durch die Jugendorganisation der Bewegung[4] *erfolgen.*

Sie hat in erster Linie an der planmäßigen Schaffung jener Auslese zu arbeiten, die nach ihrem Werte reif zur politischen Führung ist. *Die Hitler-Jugend ist Vorläuferin der S.A., durch sie soll die heutige Million durch eine neue eiserne Million ergänzt werden.*

Die politische Aufgabe der Hitler-Jugend, die sich in die nationalsozialistische Gedankenwelt hineingelebt hat, lautet:

Gewinnung aller heroischen Menschen unserer Nation.

Dabei gilt für uns Nationalsozialisten das Gesetz des alten Heeres[5], nach dem ein jeder den Marschallstab in seinem Tornister trägt[6].

Das sind die Wege zur Herrschaft und zum letzten Ziele! Geben wir niemals den Willen zur Herrschaft auf, sonst steht Deutschland am Ende seiner Geschichte, und ein anderes Volk rückt an seine Stelle. *Gelingt es uns, den neuen politischen Kämpfertyp zu gestalten - und ich glaube zuversichtlich, daß es uns gelingen wird -, so wird die Welt eine Nation erleben, deren ungeheure Kraft unbesiegbar ist.*

---

3 Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 59.

5 Gemeint ist das deutsche Heer vor 1914.

6 Der Satz, "Tout soldat français porte dans sa giberne le bâton de maréchal de France", wird gewöhnlich dem französischen Kaiser Napoleon I. zugeschrieben. Erstmals nachweisen läßt er sich jedoch in Elzéar Blaze, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837, S. 1, 5.

23. November 1931 Dok. 73
Erklärung[1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/18.

Zu den mir nachstehend bekanntgegebenen Fragen:

1. Frage: Hat Adolf Hitler irgendwie, irgendwann im Verlauf seiner politischen Tätigkeit auf Südtirol Verzichtserklärungen abgegeben?

2. Frage: Hat Adolf Hitler erklärt, daß die NSDAP an Südtirol nicht das geringste Interesse habe, sondern dieses Südtirol auch für den Fall preisgäbe, daß durch die nationalsozialistische Politik Deutschland wieder ein aktiver Machtfaktor geworden sein sollte, es also auch für den Fall nicht dem Deutschtum zurückerstattet wissen will, daß die Italiener, sei es durch Gewalt oder Entgegenkommen, dazu bereit wären?

3. Frage: Hat Adolf Hitler irgendwelche direkte finanzielle Beziehungen zum Faschismus in Rom? Bekam er oder seine Bewegung irgendwie Gelder vom Faschismus oder von den mit dem Faschismus irgendwie in Verbindung stehenden Verbänden, Banken usw.?

4. Frage: Es wird behauptet, daß die Mutter Adolf Hitlers von Geburt eine Tschechin gewesen sei, die kein Wort Deutsch verstanden habe. Herr Hitler wird gebeten zu diesem dauernd wiederkehrenden Vorwurf Stellung zu nehmen,

habe ich folgendes zu erklären:

Zu Frage 1.: *Nicht ich habe eine Verzichterklärung auf Südtirol abgegeben,* sondern jene Parteien, die durch ihre vaterlandslose und korrupte Politik die Widerstandskraft der Mittelmächte[2] gebrochen haben. Diese Parteien, Sozialdemokraten, Klerikale und Demokraten unterzeichneten auch die Friedensverträge[3], durch die nicht nur ein *theoretischer* Verzicht auf die

---

1 Anlaß für Hitlers Erklärung war ein Beleidigungsprozeß, den Otmar Seitlinger, Vorsitzender des Lueger-Bunds in Klagenfurt, gegen Stefan Tischler, Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung *Vormarsch*, beim Bezirksgericht Klagenfurt angestrengt hatte. Seitlinger hatte öffentlich behauptet, daß Hitlers Mutter Tschechin gewesen sei und daß Hitler "in blinder Bewunderung des Faschismus Südtirol und sein Deutschtum verraten habe". Der *Vormarsch* hatte daraufhin auf Plakaten den Lueger-Bund und Seitlinger der Lüge beschuldigt - für Seitlinger Anlaß zu einer Beleidigungsklage. In seiner ersten Sitzung am 2.10.1931 beschloß das Gericht, Hitler, Wilhelm Frick und Hans Frank zu den Behauptungen Seitlingers im Rechtshilfeweg durch deutsche Gerichte vernehmen zu lassen. Vgl. Berichte Nr. 269/31, 33/32 und 54/32 des Deutschen Konsulats in Klagenfurt an das Auswärtige Amt vom 8.9.1931, 20.1.1932 und 9.2.1932; PA-AA, Abteilung II, Italien, Politik 6A: Nationalitätenfrage, Fremdvölker, Südtiroler Frage, Bd. 30, 36. Abteilung II, Österreich, Politik 5: Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 11. Zitat in Bericht Nr. 54/32.

2 Während des Ersten Weltkriegs Bezeichnung für die Verbündeten Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien.

3 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106. Druck: Jahrbuch des Völkerrechts, Bd. VIII: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250 ff.
Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten war am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet worden. Als Vertreter Deutschlands fungierten der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung stimmte am 9.7.1919 dem Friedensvertrag mit 208 gegen 115 Stimmen zu. Vgl. Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967, S. 225. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

seitdem abgetrennten deutschen Gebiete ausgesprochen wurde, sondern durch die diese Gebiete auch *praktisch* in den Besitz fremder Staaten einverleibt worden sind. Heute kann nur eine bodenlose Infamie von einem "Verzicht" auf ein Gebiet reden, das man tatsächlich gar nicht mehr besitzt. Ich selbst habe bis zum 13. Oktober 1918, dem Tage einer schweren Gasverletzung[4], als deutscher Soldat gekämpft[5] und damit tatsächlich für die Erhaltung der Gebiete gerungen, die von den defaitistischen Parteien Deutschlands und Österreichs dann dem Ausland ausgeliefert worden sind[6].

Zu Frage 2: *Ich habe nie erklärt, "daß wir kein Interesse an Südtirol besitzen", sondern wie jeder Deutsche Mitleid mit dem von unseren defaitistischen Parteien einst verlassenen und preisgegebenen Volksgenossen empfunden*[7]. Ich habe aber auch umgekehrt stets erklärt, daß ich es niemals verantworten würde, Millionen Menschen auf das Schlachtfeld zu führen, Hunderttausende verkommen zu lassen, um etwa durch Gewalt wieder gutzumachen, was die November-Parteien[8] einst verbrochen haben. Die Nationalsozialistische Partei sieht vor sich nicht das Schicksal Südtirols als das Entscheidende für die deutsche Nation, sondern das Schicksal von 65 Millionen Menschen[9], die geknebelt und entrechtet der langsamen Verelendung und dem langsamen Verkommen ausgeliefert sind. Die Nationalsozialistische Partei macht keine Protestpolitik auf dem Berliner Schloß- oder dem Wiener Heldenplatz, sondern eine praktische Politik der Sicherung der Lebensgrundlagen der deutschen Nation. Von rund über 100 Millionen lebenden Deutschen[10] sind mehr als 30 Millionen außerhalb der heutigen Reichsgrenzen[11]. Ich lehne es ab, ihre Bedeutung weniger gewürdigt zu sehen als die Bedeutung irgendeines herausgegriffenen Splitters dieser Zahl[12]. Wenn Italien aus "Entgegenkommen" bereit wäre,

4 Hitler erlitt in der Nacht vom 13. auf 14. Oktober 1918 auf der Montagne-Höhe bei Werwick-Süd, zusammen mit mehreren Soldaten des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16, eine Gasverletzung; am 21.10.1918 wurde der kurzfristig erblindete Hitler in das preußische Reserve-Lazarett Pasewalk bei Stettin eingeliefert und dort bis zum 19.11.1918 behandelt. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

5 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

6 Zum Stellenwert Südtirols in der deutschen Diplomatie und in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 64 ff.

7 Hitlers Einschätzung des Südtirol-Problems - Verzicht auf Südtirol zugunsten einer deutsch-italienischen Freundschaft - , fand anfangs weder im bürgerlichen und erst recht nicht im rechtsextremen Lager Verständnis, so daß Hitler immer wieder gezwungen war, diesen "Sündenfall" in seinen außenpolitischen Zielvorstellungen zu rechtfertigen. Vgl. z. B. seine Broschüre "Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem" vom Februar 1926, ein Sonderdruck aus "Mein Kampf" (Druck: Bd. I, Dok. 100), Hitlers ausführliche Darlegungen im Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" (Bd. II A, S. 189 ff.) sowie seine Ausführungen im Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß. Druck: Bd. III/2, Dok. 34 f.; Bd. III/3, Dok. 13. Generell zu dieser Thematik vgl. Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125, hier S. 110 ff.

8 Gemeint sind die deutschen Parteien, die während und nach der Revolution 1918/19 an der Macht waren.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

10 Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

11 Ende 1925 wurden auf den einzelnen Kontinenten die folgenden Zahlen an Deutschsprachigen ermittelt. Europa: 82.862.800; Asien: 197.480; Amerika: 11.080.800; Afrika: 126.700; Australien/Polynesien: 160.650.
In Europa lebten zum damaligen Zeitpunkt schätzungsweise 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff., 25.

Südtirol an Deutschland zurückzugeben, so kann nur ein Lügner behaupten, daß ich oder meine Bewegung es ablehnen würden, das Land etwa entgegenzunehmen. Allerdings scheint mir die Erörterung dieses Gedankens allein schon die schärfste Charakterisierung der politischen Phantastik [*sic!*] zu sein, mit der diese Kreise ihre Verleumdungen untermauern.

Zu Frage 3: Ich habe *niemals* weder direkt noch indirekt *finanzielle* Beziehungen zum Faschismus in Rom unterhalten [13]. Ich habe nie vom Faschismus oder von mit ihm in Verbindung stehenden Verbänden, Banken usw. Gelder verlangt oder empfangen. Ebensowenig die von mir geführte und unter meiner Aufsicht stehende Bewegung [14]. Ich habe zum Unterschied der tatsächlich öfter als ein Mal vom Ausland subventionierten, internationalen Parteien [15] meinen Ehrgeiz darein gesetzt, die *Erkämpfung der deutschen Freiheit ausschließlich aus Mitteln und Kräften der deutschen Nation zu besorgen.*

Zu Frage 4: *Meine Mutter* [16] *war eine rein deutsche Frau* [17], von rein deutscher Herkunft, weder meine Mutter noch mein Vater [18] konnten daher auch nur ein Wort Tschechisch. In meinem Elternhause ist daher auch niemals ein tschechisches Wort gesprochen worden. Der Mädchenname meiner Mutter lautete *Klara Pölzl.* Sie stammt aus einer rein deutschen Bauernfamilie aus dem Waldviertel. Mein Vater desgleichen. Es entspricht dem Charakter meiner politischen Gegner, daß sie das, was sie politisch nicht brechen können, persönlich verleum-

12 Bei der Volkszählung vom 31.12.1910 wurden in Südtirol 220.644 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Innsbruck 1989, Bd. 1, S. 145 ff. hier S. 146.

13 Fasziniert von den Erfolgen der italienischen Faschisten hatte Hitler bereits im September 1922 durch seinen außenpolitischen Berater Kurt Lüdecke Kontakte zu Mussolini aufgenommen, während Mussolini wiederum durch ein Netz von Vertrauensleuten versuchte, Fühlungnahme zu den verschiedenen deutschen Rechtsgruppen zu halten. "Eine direkte italienische Einflußnahme und Unterstützung des bayerischen Rechtskartells um Kahr, Lossow, Seisser, Ludendorff und Hitler" ist "zwar nicht schlüssig nachzuweisen, aber denkbar." Vgl. Alan Cassels, Mussolini and German Nationalism, 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157; Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 14 ff. Zitat S. 15; Schieder, Das italienische Experiment, S. 110 ff.

14 Zum damaligen Verhältnis zwischen NSDAP und Italien vgl. Dok. 13, Anm. 15 und Dok. 93, Anm. 7.

15 Das *genaue* Ausmaß der finanziellen Unterstützung der KPD durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen in Moskau ist bislang unbekannt. Wahrscheinlich wurden die Geheimapparate der KPD ausschließlich, die KPD selbst dagegen etwa zu einem Drittel durch die Komintern finanziert, was an dem chronischem Geldmangel der deutschen Kommunisten allerdings nur wenig änderte. Während die Partei das Thema offiziell zu vertuschen suchte, wurde die finanzielle Abhängigkeit der KPD von Moskau in der deutschen Öffentlichkeit meist weit überschätzt. Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 308 ff.

16 Klara Hitler, geb. Pölzl (1860-1907), Hausgehilfin im Haushalt von Alois und Franziska Hitler, 1885 Heirat mit Alois Hitler.

17 Klara Pölzl wurde am 12.8.1860 in Spital in Niederösterreich als Tochter des Kleinbauern Johann Baptist Pölzl (1828-1902) und der Johanna Hüttler (1830-1906) geboren. Ihre Vorfahren, aber auch die väterliche Linie der Vorfahren Adolf Hitlers entstammten dem Waldviertel zwischen Donau und böhmischer Grenze. Der Name Hitler, Hiedler oder Hüttler läßt sich hier bis in die dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts zurückverfolgen und ist möglicherweise deutschen oder - in der Form Hidlar, Hidlarcek - tschechischen Ursprungs. Vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff.; Werner Maser, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978, S. 9 ff.

18 Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), 1851 Schuhmacherlehrling, 1855 Eintritt in den österreichischen Zolldienst, 1870 Kontrollassistent, 1895 Pensionierung als Zollamts-Oberoffizial.

den [19], und es entspricht *weiter ihrer Erbärmlichkeit, dabei in den Kreis ihrer Lügen und Verleumdungen nicht nur die Lebenden, sondern sogar die Toten, ja die Eltern einzubeziehen* [20].

Diese abgegebenen Erklärungen bin ich bereit, jederzeit auf meinen Eid zu nehmen.

München, den 23. November 1931

Adolf Hitler

25. November 1931 Dok. 74
Anordnung für die SA-Gruppe Hochland [1]

Masch. Aufzeichnung; IfZ, MA 1225.

Ich bestimme, daß die Angehörigen der Untergruppe München-Oberbayern [2] zum Dienstanzug kurze Lederhose mit weißen Strümpfen und Halbschuhen tragen dürfen. Der Anzug hat bei Ausrückungen gleichmäßig zu sein.

Ferner genehmige ich der Untergruppe München-Oberbayern als Gausturmabzeichen das Edelweiß in der von der Reichszeugmeisterei vorgelegten Ausführung. Es ist an der linken Seite der Mütze hart über dem Sturmriemenknopf zu tragen.

gez. Adolf Hitler

---

19 Zu den zeitgenössischen Behauptungen und Gerüchten über Hitlers Herkunft vgl. Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 252 ff. sowie Maser, Hitler, S. 9 ff. Ferner Bd. IV/1, Dok. 53.

20 Hitlers familiäre Herkunft ist nicht in allen Punkten sicher zu rekonstruieren und gab deshalb immer wieder zu Spekulationen und Gerüchten Anlaß: Sein Vater, Alois Schicklgruber, war unehelicher Herkunft und erst 1876 von Johann Nepomuk Hüttler legitimiert worden; wer Adolf Hitlers Großvater war, konnte allerdings nie sicher geklärt werden. Hitlers Vater war dreimal verheiratet, wobei die Mutter Adolf Hitlers mit ihrem ersten Sohn, Gustav Hitler (1885-1887), vermutlich schon schwanger war, als die zweite Frau von Alois Hitler, Franziska Hitler, noch lebte. Vor allem aber war Klara Hitler - vorausgesetzt Johann Nepomuk Hüttler war tatsächlich der leibliche Vater von Alois Hitler - dessen Nichte. Sicher belegt ist der Dispens, den die katholische Kirche nach anfänglichem Zögern am 7.1.1885 für die Heirat von Alois Hitler und Klara Pölzl erteilte. Vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff. sowie Maser, Hitler, S. 9 ff.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I Nr. 7261/31. München, den 25.11.1931."

2 Die Anordnung wendet sich sowohl an die SA-Gruppe Hochland als auch an die SA-Untergruppe München-Oberbayern. Zur organisatorischen Umgestaltung dieses SA-Verbands vgl. Dok. 62.

25. November 1931 Dok. 75
"Sieg des Nationalsozialismus: Sieg der deutschen Jugend![1]"
Rede auf NSDStB-Versammlung in München[2]

PND-Bericht VI/d Nr. 2559/31 vom 26.11.1931; StA München, Polizeidirektion München 6737[3].

Man hat das Wesen unserer Bewegung so verstanden, daß wir eine Art streitbaren Dienst zu leisten haben. Man meinte, wir würden den Teil, der nicht erfaßt werden könnte, so präparieren, daß ihre Angriffe zwischen Politik und Wirtschaft so hineingezogen werden, wie es stets mit seinem Wesen geschieht und was außerdem noch geschehen wird [*sic!*]. Es ist das größte Unglück der Nation, wenn eine wirtschaftliche Geistigkeit politische Interessen in Anspruch nimmt [*sic!*]. Es ist in den meisten Fällen unmöglich, daß ein wirtschaftlich eingestellter Mensch politisch zu führen vermag. Die Wirtschaft wird den Staat aufbauen; es ist aber ausgeschlossen, bei nur wirtschaftlichem Denken einen Staat aufrechtzuerhalten. In dem Geschehen der letzten 12 Jahre sehen wir den furchtbaren Beweis von nur wirtschaftlichem Denken. Hier Städter, hier Bauer, hier Hausbesitzer, hier Mieter, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer u.s.w. - nur Gegensätzlichkeiten. Dadurch verlieren sie das Wesen für die notwendige Gemeinschaft. Sogenannter Reichswirtschaftsrat löst sich auf[4], weil man glaubte, man könne bei einem Gegensatz ohne die absolute Autorität nicht handeln. Wirtschaftliche Fähigkeit hat gar nichts zu tun mit der politischen. Die politische Fähigkeit des einzelnen ist, das Zusammenfassen der entstehenden Leistungen, die die Menschen auf ihre übrige Mitwelt abgeben. Wirtschaftliche Gesichtspunkte treten für politische Organisationen nicht hervor. Ein Mensch, der politisch eingestellt ist, kann nicht wirtschaftlich [*eingestellt*] sein und umgekehrt. Wo in jeder Bewegung sich wirtschaftliche Dinge zu organisieren beginnen, hört der politische Kampf auf. Ein Mensch der wirtschaftlich denkt, kann nicht mehr Kämpfer sein. Die Demokratie ist und bleibt der Todfeind eines wahrhaften Kämpfers. *Das vernichtendste Urteil für die deutsche Revolution[5] ist, daß sie keinen Bismarck und keinen Napoleon hervorbrachte.*

Die Demokratie zeigte hier ihre inneren Schwächen. Die brutale Gewalt war verherrlicht. Das deutsche Volk mußte dieser Gesellschaft erst zeigen, daß sie kein Anrecht besitzt, die politische Führung zu übernehmen. Der Teil, der dem Einfluß der Revolution entzogen war, hat

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.11.1931.

2 Im Bürgerbräukeller, Rosenheimer Straße 29, von 20.15 bis 22.00 Uhr. Wegen Überfüllung der Versammlung wurde Hitlers Rede - so die Vorlage - "mittels Mikrophon durch die Reichspost in die Parallelversammlung" im Franziskanerkeller übertragen.
Anlaß für Hitlers Rede waren die AStA-Wahlen an den Münchner Hochschulen, die tags darauf stattfanden. Der NSDStB, bislang schon stärkste Fraktion, verbesserte sich dabei an der Universität München von 10 auf 11 Sitze, an der Technischen Hochschule München von 11 auf 14 Sitze. Vgl. VB vom 28.11.1931, "Astasieg in München".

3 Vgl. auch München-Augsburger Abendzeitung vom 26.11.1931, "Warum schweigt Hitler?"; Bayerischer Kurier vom 27.11.1931, "Warum schweigt Herr Hitler?"; VB vom 27.11.1931, "Adolf Hitler spricht vor den Münchener Studenten".

4 Gemeint ist der Wirtschaftsbeirat beim Reichspräsidenten, der am 23.11.1931 seine Schlußsitzung gehabt hatte. Vgl. Dok. 46, Anm. 85.

5 Gemeint sind die ab November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

sich politisch organisiert. *Wir wollen unser Volk vom internationalen Judentum nicht rauben lassen* [*sic!*].

Glauben Sie mir, jede menschliche Gemeinschaft baut sich auf Grundverträge auf[6]. Es ist unmöglich, daß ein Teil nationalistisch und der andere Teil bolschewistisch denkt. Solange in Deutschland die Frage Marxismus und Nationalismus nicht geklärt ist, wird Deutschland gegenüber anderen Völkern nicht mehr in Erscheinung treten.

Wir haben in Deutschland zuviel Menschen auf einem zu kleinen Grund. Deutschland hat Menschen angehäuft, die eigentlich gar nicht mehr existieren können. Millionen von Deutschen sind ganz aufgegangen in der Überzeugung, daß die Landwirtschaft eigentlich ein lästiges Anhängsel sei. Millionen Menschen sehen auf Welthandel, Weltexport etc. Wir haben im Laufe der letzten 40 bis 50 Jahre eine Wirtschaft aufgebaut, deren bestimmte Voraussetzungen heute nicht mehr da sind[7]. Können wir heute noch mit dem Absatzmarkt rechnen, den wir brauchen? Ja oder nein! Sie können gut studieren und lernen. Sie wissen nicht, ob Sie als Torfstecher enden[8]. Eines aber wissen Sie, was die Nation in ihrer gewaltigen Kraft einst leisten kann. Ich glaube, daß es ganz gleich ist, wie die Würfel in Zukunft fallen. Wenn nur ein unbedingt sicheres Deutschland entsteht. Ein Volk kann nur bestehen, wenn es seinen inneren Kampf beendet hat. *Staatsmann ist nur derjenige, der dieses Volk wieder zu einer Einheit zusammenbringt.*

Wir müssen ein neues Volk sein und eine neue Führung schaffen, und nur dann kann das Leben seinen Sinn und seinen Zweck erfüllen. Der Geist eines Menschen zieht diesen immer nur dahin, wo er hingehört. Treten sie ein in das Programm der nationalen Bewegung. Die Bedeutung unserer Bewegung liegt darin, daß sie das Prinzip entwickelt hat, und zwar das Prinzip der Autorität nach unten und der Verantwortlichkeit nach oben. Noch keine organisierte Intelligenz hat eine solche Aufwärtsbewegung wie wir [*sic!*]. *Parteien zerschellen, und ein neues Volk steigt empor.*

Wen die Bewegung einmal erfaßt hat, geht in ihr auf. Was sich heute im Kampf bildet, führt sich selbst. Wer nicht Kämpfer war zur Zeit der größten Not, der kann auch nicht deutscher Führer sein. Fassen sie die nächste Wahl[9] als eine kleine Stufe auf für das große Ziel, das wir uns gestellt haben [*sic!*]. Ein neues großes Deutsches Reich wollen wir, das frei und unabhängig ist, und daß uns dann wieder die Welt frei spricht von der größten Schande des 20. Jahrhundert[10].

Hitler betonte in seiner Rede die allgem[*eine*] politische Entwicklung nach der Revolution, ohne dabei irgendwelche Maßnahmen der Reichsregierung und der Länderregierungen anzugreifen.

---

6 Vgl. Dok. 25, Anm. 15.

7 Anspielung auf die sich seit Herbst 1929 abzeichnende Weltwirtschaftskrise.

8 Noch mehr als von ihren dürftigen Lebensbedingungen wurde die soziale Situation der deutschen Studenten in der Weimarer Republik von den düsteren beruflichen Zukunftsperspektiven geprägt. 1931 wurde der jährliche Neubedarf an Akademikern auf 10.500 geschätzt, was nach damaligen Berechnungen zu einer Zahl von etwa 100.000 stellenlosen Akademikern führen mußte. Im Winter 1932/33 standen nach Auskunft des Reichsarbeitsministeriums schließlich 300.000 beschäftigten Akademikern im Deutschen Reich 150.000 arbeitslose gegenüber. Vgl. Faust, Nationalsozialistische Studentenbund, Bd. 1, S. 112 ff., Zahlen S. 116 f.

9 Vgl. Anm. 2.

10 Anspielung auf Artikel 231, den sog. Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

28. November 1931 Dok. 76
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.12.1931 [1].

Die Erfahrungen in Hessen [2] haben gezeigt, daß der beabsichtigte Eintritt in die NSDAP von Personen, welche in der Öffentlichkeit bereits eine Rolle spielten [3], mit besonderer Sorgfalt überprüft werden muß. Während bisher beim Übertritt von politischen Führern anderer Parteien in unsere Bewegung eine mehrmonatliche Prüfungszeit bis zur endgültigen Aufnahme eingeschoben wurde [4], verfüge ich für die Zukunft folgendes:

Dem Ersuchen von Personen, welche bisher in der Öffentlichkeit hervortraten, insbesondere wenn diese bereits als politische Führer anderer Parteien eine Rolle spielten, in die NSDAP aufgenommen zu werden, ist nicht vor Ablauf einer Prüfungszeit von einem Jahr, gerechnet vom Tage der Einreichung des Aufnahmegesuches an, stattzugeben [5].

München, 28. November 1931

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Vgl. auch VB vom 22.12.1931, "Verfügung".

2 Der ehemalige Kreisleiter der NSDAP, Karl Wilhelm Schäfer, hatte am 25.11.1931 dem Polizeipräsidenten von Frankfurt Dokumente übergeben, die am 5.8.1931 Thema einer Besprechung der Gaufachberater des Gaues Hessen-Darmstadt der NSDAP im Gasthaus *Boxheimer Hof* im Kreis Bensheim gewesen waren. Diese Dokumente - als Autor bezeichnete sich der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues, Gerichtsassessor Werner Best, - enthielten Entwürfe, die im Fall einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung mit der KPD durch die NSDAP veröffentlicht werden sollten. Vorgesehen waren u. a. die Todesstrafe bei Widerstand gegen die SA, die zwangsweise Requirierung von Lebensmitteln, die vorläufige Zwangsbewirtschaftung aller Privatvermögen sowie eine Arbeitsdienstpflicht ab 16 Jahren, ohne deren Erfüllung kein Anspruch auf Ernährung bestehen sollte. Diese "Boxheimer Dokumente" wurden vom preußischen Minister des Innern, Carl Severing, der Presse übergeben, sorgten dort jedoch für mehr Aufregung als bei den Reichsbehörden. Best wurde am 12.10.1932 durch den IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig mangels Beweisen von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 604 ff.; Martin Loiperdinger, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468; Staat und NSDAP, Dok. 43, 47 ff.

3 Anspielung auf: Karl Wilhelm Schäfer (1896-1933), Diplom-Handelslehrer, Syndikus in Offenbach, Kreisleiter der NSDAP in Offenbach, 1925 Verfasser von *Die deutsche Judenfrage*, 1931/32 MdL in Hessen, November 1931 Ausschluß aus der NSDAP, seit März 1933 in "Schutzhaft", am 16./17.7.1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen.

4 Mitgliedern der NSDAP war eine gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen politischen Organisationen und Wehrverbänden verboten. Vgl. z. B. Hitlers Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927. Druck: Bd. II/1, Dok. 75. Zur Aufnahme von Mitgliedern vgl. die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 und 22.5.1926. Druck: Bd. I, Dok. 64, 146.

5 Im Auftrag Hitlers schrieb Göring am 26.11.1931 an den Reichspräsidenten, daß die "Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen [...] der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden" seien. "Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 48 mit Anm. 1.
Daß Hitler damals jedoch eine ganz ähnliche Strategie verfolgte, verdeutlichen seine geheimen Ansprachen vom 25.9. und 26.9.1931. Druck: Dok. 38 f.

28. November 1931 Dok. 77
"Erlaß Nr. 4"
Anordnung[1]

Gedrucktes Exemplar; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

1. Sämtliche in der SA (SS) diensttuenden Pg sind in der Sammelbezeichnung "SA- (SS-) Männer" zusammengefaßt. Sie gliedern sich in SA- (SS-)Führer und SA- (SS-)Männer im engeren Sinn.

2. Die Gesamtführerschaft der SA und SS gliedert sich künftig in das untere, mittlere und höhere Führerkorps.

Die Gliederung ist aus der Anlage 1[2] ersichtlich.

3. Künftig wird unterschieden zwischen Dienstgrad und Dienststellung[3].

Jeder Angehörige der SA und SS hat einen Dienstgrad, der mit der Dienststellung gleicher Bezeichnung nicht übereinzustimmen braucht. Es gibt:

höhere Führer	Obergruppenführer
	Gruppenführer
	Oberführer
	Standartenführer
mittlere Führer	Sturmbannführer
	Sturmführer
untere Führer	Truppführer
	Scharführer

SA- (SS-)Männer; (die Bezeichnung SA- (SS-)Leute ist unzulässig).

4. Der Eintritt in die SA oder SS erfolgt in der Regel als SA- (SS-)Mann. Hat der Betreffende schon früher in der SA (SS) oder in mit dieser verbündeten oder zusammengeschlossenen Verbänden (Kampfbund[4], Reichskriegsflagge[5], Oberland[6], Frontbann[7]) gedient oder

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I/II a Nr. 7162/31. München, den 28. November 1931. Betrifft: Dienstgrad- und Dienststellungsverhältnisse." Ferner Verteiler.

2 Beilage "Dienststellenverzeichnis" und "Dienstgradverzeichnis"; BA, NS 23 (SA), Nr. 123. Zur damaligen Gliederung der SA vgl. ferner Bd. IV/1, Dok. 60.

3 Für den Führungsstil und das Selbstverständnis der SA war dies eine einschneidende Veränderung. Vgl. z. B. Punkt 6 der "Grundsätzlichen Anordnung der SA V" vom 5.6.1927: "Die Abzeichen sind Dienststellen-Abzeichen, nicht Rangabzeichen. Es gibt bei uns keinen Rang; alle SA-Männer haben denselben Rang. Also gibt es niemanden, der Rang und Abzeichen eines Sta[*ndarten*]f[*ührers*] trägt, aber keine Sta[*ndarte*] führt; ebenso gibt es niemanden, der eine Sta[*ndarte*] führt, dem aber nur Rang und Abzeichen eines Tr[*upp*]f[*ührers*] zuständen. Die (Dienststellen-)Abzeichen sind vielmehr mit dem Wechseln der Stelle an- und abzulegen. Wechsel und Rücktritt sind also keine Schande und keine Degradierung." Druck: Bd. II/1, Dok. 142.

4 Die NSDAP hatte im Januar 1923 die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns verlassen und kurz darauf einen eigenen Dachverband gegründet, die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände. Unter dem Einfluß von Erich Ludendorff und Hitler formierte sich hieraus im September 1923 der sog. Kampfbund, zu dessen politischem Führer Hitler am 25.9.1923 gewählt wurde. Mit diesem straff organisierten Dachverband wurde nicht nur die SA zu einem paramilitärischen Verband umstrukturiert, Hitler beanspruchte damit auch die Führung aller rechtsradikalen Wehrverbände. Der Kampfbund - zu seinen wichtigsten Teilen zählten SA, der Bund Oberland und die Reichskriegsflagge - wurde mit etwa 4.000 Mann zum Träger von Hitlers mißlunge-

war er durch seine Zugehörigkeit zur Reichswehr usw. bisher am Eintritt verhindert[8], so kann er ausnahmsweise mit einem höheren Dienstgrad eingestellt werden.

5. Die SA- (SS-)Männer werden zu nächsthöheren Dienstgraden *befördert.*

Die Beförderung ist vom Dienstalter unabhängig und erfolgt ausschließlich nach Leistung und Eignung. Auch das Überspringen von Dienstgraden ist zulässig.

Die Beförderung spricht aus: zum Schar- und Truppführer (Sturmgeldverwalter), der Sturmbannführer, zu allen übrigen Dienstgraden der Oberste SA-Führer[9] oder in seinem Auftrag der Chef des Stabes[10].

Unabhängig davon wird jeder SA-Führer vom Sturmführer aufwärts durch den Obersten SA-Führer als SA-Führer bestätigt und erhält durch das Personalamt die vom Führer unterzeichnete Bestallung.

Der einmal verliehene Dienstgrad bleibt auch bei Wechsel der Dienststelle oder der Verbandszugehörigkeit aufrecht. Er kann nur durch die Dienststelle aberkannt werden, die für die Beförderung zuständig ist. Ausschluß aus der SA hat ohne weiteres den Verlust des Dienstgrades zur Folge.

---

nem Putschversuch am 8./9.11.1923. Kurz darauf verboten, versuchte die Organisation vergeblich in der Illegalität zu überleben. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 87 ff., 169 ff., 213 ff., 313 ff., 380 ff.

5 Die Reichskriegsflagge hatte sich im Oktober 1923, im Vorfeld des Hitler-Putsches, auf Initiative von Ernst Röhm von der Reichsflagge abgespalten. Vereinigte die Reichsflagge - ein im wesentlichen auf Bayern beschränkter Wehrverband, der 1922 von bayerischen Reichswehroffizieren gegründet worden war - die eher gemäßigteren und älteren Elemente der völkischen Bewegung, so handelte es sich bei Reichskriegsflagge um seinen politisch radikaleren paramilitärischen Ableger, vornehmlich in Südbayern. Der Verband, der vermutlich zwischen 250 und 500 Mitglieder hatte, wurde nach dem gescheiterten Hitler-Putsch verboten. Vgl. ebenda, S. 97 ff.

6 Das Freikorps Oberland (ab 1921: Bund Oberland) war im April 1919 unter maßgeblicher Mitwirkung von Rudolf von Sebottendorff, Vorsitzender der Thule-Gesellschaft, gegründet worden. Der antimarxistisch, großdeutsch und antisemitisch ausgerichtete Bund, der seine Schwerpunkte in Bayern und Oberschlesien besaß, beteiligte sich an den Kämpfen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und am Hitler-Putsch; im November 1923 verfügte er in Bayern über etwa 2.000 Mitglieder. Nach seinem Verbot im November 1923 wurde der Bund Oberland 1925 neugegründet, bis er sich Ende 1930 endgültig auflöste. Vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

7 Der Frontbann wurde im August 1924 von Ernst Röhm und Wolf Heinrich Graf von Helldorf offiziell gegründet, um nach dem gescheiterten Hitler-Putsch die organisatorischen Reste der SA aufzufangen und eine reichsweite Wehrbewegung zu konstituieren. Der rein militärischen Organisation schlossen sich einige kleinere Verbände wie die Altreichsflagge oder der Völkische Wehrring an, so daß dieser Wehrverband damals etwa 30.000 Mitglieder besaß. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 begann der Verband rasch wieder zu zerfallen, schon weil Hitler sich gegen Putschpläne entschieden hatte; die Masse der Mitglieder stießen wieder zur NSDAP bzw. zur SA, die organisatorischen Reste vereinigten sich mit Ludendorffs Tannenberg-Bund. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 45 ff. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, passim.

8 § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 verbot den aktiven Soldaten jede politische Betätigung. Für den Dienstbereich galt dies auch für Militärbeamte. Dieses Verbot galt nicht nur für "die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen", sondern auch für "das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reiche, in den Ländern oder in den Gemeinden". Druck: RGBl. 1921, S. 329 ff., 337.

9 Hitler.

10 Ernst Röhm.

6. Die Besetzung der Dienststellen erfolgt gleichfalls ausschließlich nach dem Leistungsprinzip auf dem Wege der *Ernennung*. In der Regel werden die Dienststellen durch einen mit dem entsprechenden Dienstgrad ausgestatteten SA-Führer besetzt, z[*um*] B[*eispiel*] die Standarte durch einen Standartenführer, oder es wird der hierfür in Aussichtgenommene gleichzeitig zur Beförderung zu diesem Dienstgrad vorgeschlagen. Zum Inhaber einer Dienststelle kann aber auch ein im Dienstgrad Höherer oder Niederer ernannt werden, z[*um*] B[*eispiel*] zum Führer einer Standarte ein Oberführer oder Sturmbannführer.

Zur *Ernennung* (sowie zur Enthebung) sind zuständig:

zum	Scharführer	der Sturmbannführer
"	Truppführer	
"	Sturmgeldverwalter	
zum	Sturmführer	der Oberste SA-Führer
"	Sturmbannführer	bzw. Chef des Stabes.
"	Standartenführer	
"	Untergruppenführer	
"	Gruppenführer	
"	Gruppenstabsführer	
"	Untergruppenstabsführer	
"	Adjutanten und sonstigen Führern in einem Stabe	
"	SA-Arzt in jeder Dienststellung	
"	Geldverwalter vom Sturmbanngeldverwalter an	

7. Unabhängig davon kann bei voraussichtlich längerem Freiwerden einer Dienststelle ein Führer zunächst "mit der Führung beauftragt" werden. Die Zuständigkeit hierzu ist aus Ziff[*er*] 145 der S.A.D.V. [11] ersichtlich.

8. Ein zum Inhaber einer Dienststelle ernannter oder mit der Führung beauftragter Führer ist Vorgesetzter aller Führer des ihm unterstehenden Verbands, auch wenn sie im Dienstgrad höher oder dienstälter sind. Z[*um*] B[*eispiel*] ein zum Führer einer Standarte ernannter Sturmbannführer ist Vorgesetzter auch eines Standartenführers, der einen Sturmbann in seiner Standarte führt.

9. Die Personalverfügungen (Führerbefehle) werden daher künftig z[*um*] B[*eispiel*] lauten:

"Der Führer der Standarte 9, Standartenführer M., wird zum Oberführer befördert und zum Führer der Untergruppe B ernannt" oder "Der Führer des Sturmbanns I/6, Sturmbannführer N., wird zum Standartenführer befördert und zum Stabsführer der Untergruppe B ernannt."

---

11 "Ist eine SA-Führerstelle durch Enthebung oder Rücktritt offen oder läßt sich von vorneherein übersehen, daß die Behinderung länger wie [*sic!*] einen Monat dauern wird, so wird ein geeigneter SA-Führer 'mit der Führung beauftragt'. Zuständig hierfür ist b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Sturm- und Sturmbannführer der Standartenführer, b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Standarten- und Untergruppenführer der Gruppenführer, b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Gruppenführer der Chef des Stabes der Obersten SA-Führung. Ein mit der Führung eines Verbandes beauftragter Führer trägt die Abzeichen seiner bisherigen Dienststellung und wird mit der diesen entsprechenden Anrede angesprochen. Er unterzeichnet: 'M.d.F.b.' (mit der Führung beauftragt), darunter Name und Dienstrang." Vgl. Ziffer 145 der Dienstvorschrift für die SA der NSDAP, Dießen 1931, S. 77.

10. Schriftliche Meldungen, Befehle usw. sind künftig zu unterzeichnen, z[*um*] B[*eispiel*]:
Der Führer der Untergruppe (Berlin)
K.
Oberführer
Ist der Führer lediglich "mit der Führung beauftragt", so unterzeichnet er:
Der Führer der Standarte 21
M.d.F.b.
L.
Sturmbannführer
Vertritt er lediglich den Führer, so unterzeichnet er:
Der Führer des Sturmbanns I/21
I.V.
G.
Sturmführer.

11. Referenten und Adjutanten der Obersten SA-Führung und der ihr unterstellten Gliederungen [12] sowie aller Stäbe haben den Dienstgrad, zu dem sie durch den Obersten SA-Führer befördert sind, und tragen die Abzeichen ihres Dienstgrades.

Als Dienststellungsabzeichen tragen die Adjutanten (die Referenten nicht!) eine rote, mit Silber durchwirkte Fangschnur an der rechten Schulter.

Die Stabsleiter der Gruppen und Untergruppen, des RFSS [13], der RFS [14], und der General-Inspektion führen künftig die Dienststellungsbezeichnung "Stabsführer". Ihr Dienstgrad wird jeweils durch Führerbefehl bestimmt.

13. Änderung der S.A.D.V., soweit sie mit diesen Bestimmungen in Widerspruch steht, wird erfolgen [15]. Der SS sind Abweichungen im Rahmen dieser Bestimmungen, soweit sie durch ihre besonderen Verhältnisse bedingt sind, anheimgestellt [16].

Adolf *Hitler*

---

12 Dem Chef des Stabes in der Obersten SA-Führung waren damals unmittelbar unterstellt: SS, NSKK, Hitler-Jugend, General-Inspektion, Reichsarzt, Reichsführerschule. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J., S. 155. Mit Anordnung vom 30.10.1931 wurden der neuen Dienststelle "Reichsjugendführer" in der Obersten SA-Führung NSDStB, HJ und NSS unterstellt. Vgl. Dok. 59.

13 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplom-Landwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer (der) SS, 1930-1933 MdR, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939-1945 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

14 Reichsführerschule der NSDAP, vgl. Dok. 1, Anm. 1.

15 Vgl. die mit Wirkung vom 1.10.1932 ausgegebene SA-Dienstvorschrift, welche die SA-Dienstvorschrift vom 30.5.1931 ersetzte.

16 Mit Ergänzungsbefehl zum Erlaß Nr. 4 des Obersten SA-Führers vom 21.12.1931 definierte der Reichsführer-SS Himmler die formalen Besonderheiten in der Organisation, Dienstgradbezeichnung und Uniformierung der SS; StA München, Polizeidirektion 6829.

29. November 1931 Dok. 78
Erklärung

VB vom 1.12.1931, "'Hitler und Zentrum'. Eine Erklärung Adolf Hitlers".

Seit Monaten versucht ein Teil der deutschen Presse, insbesondere aber deutschnationaler Herkunft, zu durchsichtigen Verdächtigungen die Behauptung zu verbreiten, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, und an der Spitze ich[1], ständen in Verhandlungen mit dem Zentrum zum Zwecke eines Eintritts der N.S.D.A.P. in die Reichsregierung[2]. Der deutschnationale Chefredakteur der "Nachtausgabe", Berlin, Kriegk[3], stellte in einem Artikel die Behauptung auf, daß Führer der nationalsozialistischen Bewegung erklärt hätten, die Partei sehe nicht mehr im Sturze des heutigen Systems ihre Aufgabe, sie habe daran kein Interesse[4]. *Herr Kriegk wurde durch den Pg. Goebbels aufgefordert, die Namen dieser nationalsozialistischen Führer bekanntzugeben*[5]. *Er konnte dieser Aufforderung bisher deshalb nicht nachkommen,*

---

1 Im Gegensatz zu verschiedenen nationalsozialistischen Politikern scheint Hitler selbst nicht auf eine Koalition mit dem Zentrum hingearbeitet zu haben. Krebs, der Hitler am 27.11.1931 besuchte, stellte fest, "daß man auf eine engere Verbindung zu Brüning wenig Wert legte. Man war sicher, auch ohne und gegen ihn an die Regierung zu kommen." Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 34.

2 Brüning schreibt, er habe im Oktober 1931 eine "dauernde geheime Fühlungnahme mit dem Straßer-Flügel der NSDAP" unterhalten, in erster Linie um Hindenburgs Wiederwahl vorzubereiten, aber auch, um die "Nationale Opposition" zu spalten. Weitere, sich allerdings verselbständigende Kontakte zur Führung der NSDAP bestanden über Generalleutnant von Schleicher (vgl. Dok. 65, Anm. 1). Nach der Landtagswahl in Hessen intensivierte sich jedoch im Spätherbst 1931 auch die öffentliche Diskussion über eine mögliche Koalition zwischen Zentrum und NSDAP, unter Ausschluß der DNVP. So bewertete Prälat Georg Schreiber in einer Rede in Münster am 31.10.1931 Hitlers Brief vom 14.10.1931 (Dok. 46) als ein "Dokument der Selbstbesinnung, in dem der Wille zu einer positiv gerichteten Legalität ausgedrückt sei". Kurz darauf verkündete der nationalsozialistische Politiker Franz Stöhr in München, die NSDAP sei bereit, mit dem Zentrum zu regieren, wenn es sich "aus den Klauen des gottleugnerischen Marxismus" befreit habe. Vgl. Becker, Regierungsbeteiligung, S. 88 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 460 ff.; Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Jahrgang 1931, Berlin o. J., S. 341. Ferner Dok. 46, Anm. 12 und 13.

3 Otto Kriegk (geb. 1892), seit 1914 Journalist bei der *Weser-Zeitung*, Bremen, 1915 Dr. phil., Publizist, Mitglied der DNVP, seit 1922 außen- und innenpolitischer Redakteur bei der *Berliner Illustrierte Nachtausgabe*, ferner bei weiteren Blättern des Scherl-Verlags wie *Berliner Lokalanzeiger* oder *Der Montag*.

4 Kriegk hatte in einem ausführlichen Bericht über die Veranstaltung in Bad Harzburg (Vgl. Der Montag vom 12.10.1931, "Rücktritt von Brüning und Braun und sofortige Neuwahlen gefordert") ihren angeblich harmonischen Verlauf herausgestellt und die Geschlossenheit der "Nationalen Opposition" betont. Daß Hitler - Kriegk zufolge - angeblich gesagt habe, die NSDAP sei überzeugt, "daß sie mit den anderen den Sieg erringen werde", war vermutlich der eigentliche Grund für die Verärgerung auf nationalsozialistischer Seite. Goebbels kritisierte darauf im *Angriff* diesen Bericht (vgl. Anm. 5), worauf Kriegk in der *Berliner Illustrierten Nachtausgabe* vom 28.10.1931 ("Angriff?") antwortete: "Leider hat der Leitartikel des 'Angriff' im Augenblick dieses sympathischen Eingeständnisses wieder 'danebengeschlagen'. Er hat die unwahre Behauptung aufgestellt, daß im 'Montag' den Führern der Nationalsozialisten der Vorwurf der 'nationalen Unzuverlässigkeit' gemacht sei. *Das Gegenteil war im 'Montag' zu lesen.* Es war ausdrücklich festgestellt, daß die nationalsozialistische Bewegung 'mit den lautesten Worten die Befreiung der deutschen Nation von der Vorherrschaft fremden Großkapitals fordert', was im Zusammenhang des Artikels die selbstverständliche Tatsache bedeutet, daß die Nationalsozialisten mit aller Kraft gegen das heutige System kämpfen."

5 Vgl. *Der Angriff* vom 27.10.1931, "Ausgerechnet Herr Kriegk", in dem Goebbels gegen Kriegks Behauptung polemisierte, einzelne Führer der NSDAP hätten auf der Harzburger Tagung ihr Desinteresse am Sturz des politischen Systems zu erkennen gegeben; Kriegk habe ferner behauptet, die Regierung Brüning wolle die

weil diese Behauptung genauso unwahr ist, wie alle ähnlichen vom Anfang bis zum Ende erlogen sind. Unter Bezugnahme auf ein kleines Berliner Skandalblättchen gibt nun die *"München-Augsburger Abendzeitung"*, ebenfalls ein deutschnationales Organ, dessen Lügen wieder[6] und fordert mich zu einer Stellungnahme auf. Da ich damit persönlich apostrophiert werde, will ich nun auch persönlich Antwort geben:

Alle diese Meldungen sind vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und erlogen, und zwar zu dem Zwecke, die nationalsozialistische Bewegung vor allem in den Augen der deutschnationalen Wählerschaft, wenn irgend möglich, zu *diskreditieren.* Nur zu diesem Zweck werden auch die Bälle zwischen Zentrum und bürgerlichen, auch "nationalen" Parteizeitungen hin- und hergeworfen, was die Schreiber der "München-Augsburger Abendzeitung" ebenfalls sehr genau wissen. Denn aus einer inneren Herzensbesorgnis heraus kann die Angst dieses deutschnationalen Parteiblättchens bezüglich einer Kapitulation der Nationalsozialisten vor dem heutigen System wirklich nicht kommen. Sonst müßte das besagte Parteiblättchen ja ganz übersehen haben, daß sich im Koalitionskabinett der Bayerischen Volkspartei, sprich bayerischen Zentrums[7], noch ununterbrochen ein vergessener deutschnationaler Herr Minister[8] befindet, und daß diese selbe Deutschnationale [*Volks*]partei 10 Jahre lang in engster Bundesbrüderschaft mit dem bayerischen Zentrum einen mehr oder weniger erfolgreichen, aber immer aufrichtig ernstgemeinten Krieg gegen die Feinde des heutigen Systems geführt hat[9]. In derselben Zeit,

NSDAP in ihre Politik integrieren. "Herr Dr. *Kriegk* wird hiermit aufgefordert, diese 'einzelnen Führer' zu *nennen* und zu sagen, wann und wo sie diesen Eindruck erweckt haben."

6 Die *München-Augsburger Abendzeitung* hatte immer wieder über die Schaukelpolitik der NSDAP zwischen DNVP und Zentrum berichtet und bereits am 30.10.1931 ("Hitler bei General von Schleicher") konstatiert, daß die nationalsozialistische Fühlungnahme zur Regierung Brüning "in weiten nationalen Kreisen eine starke Beunruhigung" erzeuge. Am 28./29.11.1931 erschien unter Berufung auf *Die Schwarze Front*, dem Organ des nationalsozialistischen Renegaten Otto Straßer, die Meldung, daß sich die Verhandlungen zwischen Brüning und Hitler über eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung konkretisiert hätten; inzwischen gäbe es eine genaue Kabinettsliste, in der für Frick der Posten des Reichskanzlers, für Hitler die Kandidatur zum Reichspräsidenten vorgesehen sei. Brüning, der lediglich auf der Wiederwahl Hindenburgs bestehe, wolle im Februar 1932 die NSDAP in die Reichsregierung aufnehmen. Vgl. München-Augsburger Abendzeitung vom 31.10.1931, "Sollen die Spaltungspolitiker triumphieren?"; vom 17.11.1931, "Nach der Wahlschlacht in Hessen"; vom 20.11.1931, "Keine Verhandlungen der NSDAP mit Zentrum oder Reichsregierung"; vom 21./22.11.1931, "Zentrum und Hitler"; vom 26.11.1931, "Warum schweigt Hitler?"; vom 28./29.11.1931, "Immer wieder: Hitler - Zentrum".

7 Als Ableger des bayerischen Zentrums wurde die BVP am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg gegründet, zu welcher der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins Georg Klier die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 17 ff.

8 Gemeint ist: Franz Gürtner (1881-1941), 1909 III. Staatsanwalt beim Landgericht München I, 1912 Amtsrichter beim Amtsgericht München, Tätigkeit im bayerischen Justizministerium, 1921 Landgerichtsrat im bayerischen Justizministerium, 1922-1932 bayerischer Justizminister, Eintritt in die Bayerische Mittelpartei (seit 1924: DNVP), 1932-1941 Reichsminister der Justiz, 1937 Eintritt in die NSDAP.

9 Vgl. jedoch den Bericht des württembergischen Gesandten in München, Carl Moser von Filseck, vom 9.9.1931, in dem er über eine Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held berichtet. Held habe sich davor mit dem Fraktionsvorsitzenden der bayerischen DNVP, Hans Hilpert, unterhalten, der ihm für den Fall von Neuwahlen die Bildung einer Koalition aus BVP, DNVP und NSDAP vorgeschlagen habe. Held "habe dem Dr. Hilpert gesagt, die Deutschnationalen seien ja doch nur ein Schwanzstück der National-

da der Nationalsozialismus den Begriff einer nationalen Opposition erst geschaffen hat, hockten im Reich und in den Ländern Deutschnationale und Zentrum an mehr als einer Stelle, und öfter als einmal[10], einträchtlich [*sic!*] beisammen.

Ich darf mir also sowohl die Belehrungen als auch die Besorgnisse dieser Herrschaften einmal für immer [*sic!*] *verbitten.* Wenn in Deutschland das heutige System gestürzt wird - und der Tag wird trotz aller Zentrums- und bürgerlichen Intrigen kommen - , dann wird die Kraft, die diesen Sturz herbeiführt, nicht die Deutschnationale [*Volks*]partei oder ihre Presse gewesen sein, sondern ausschließlich der Nationalsozialismus. Das heute laufende Intrigenspiel ist jedenfalls ebensowenig geeignet, die "Harzburger Front"[11] zu festigen wie das derzeitige System zu erschüttern.

Adolf *Hitler*

30. November 1931 Dok. 79
"Betrifft: Nationalsozialistisches Fliegerkorps (NSFK)" Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

1.) Ab 1.1.1932 soll das Nationalsozialistische Fliegerkorps (N.S.F.K.) errichtet werden, um auch auf dem Gebiete des Flug- und Luftfahrtwesens die Führung zu übernehmen[1].

sozialisten. Dieser habe selbst zugegeben, daß seine Partei immer mehr abbröckele, sei aber weit entfernt, daraus die Konsequenzen zu ziehen." Druck: Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 247 f.

10 Die DNVP war in zwei Reichsregierungen vertreten gewesen - mit dem Reichsminister des Innern Martin Schiele, Reichsminister der Finanzen Otto von Schlieben und Reichswirtschaftsminister Albert Neuhaus vom 15.1.1925 bis 25.10.1925 im (ersten) Kabinett Luther sowie im (vierten) Kabinett Marx, dem von seiten der DNVP vom 29.1.1927 bis 12.6.1928 als Vizekanzler und Reichsjustizminister Oskar Hergt, als Reichsminister des Innern Walter von Keudell, als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele sowie als Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch angehörten. Vgl. Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 107 ff., 225 ff.
Vertreter der DNVP oder der ihr entsprechenden regionalen Organisationen waren u. a. in den folgenden Ländern in Koalitionsregierungen vertreten: Württemberg: Wilhelm Bazille (1924-1933, bis 1930 DNVP), Alfred Dehlinger (1924-1945); Thüringen: Emil Herfurth (1924-1927), Karl Kiem (1930/31); Mecklenburg-Schwerin: Hermann Steinmann, Fritz Dettmann (1920/21), Joachim Frhr. von Brandenstein, Dietrich von Oertzen (1924-1926), Carl Eschenburg (1929-1932). Außerdem war die DNVP zeitweise an den Regierungen in Anhalt, Bayern (vgl. Anm. 8), Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe beteiligt.

11 Vgl. Dok. 43 und 44.

1 Mit der Vereinnahmung des Luftsports durch die NSDAP verfolgte diese nicht nur propagandistisch-organisatorische sowie langfristig militärische Absichten. Die Gründung dieser Gliederung war ebenso Ausdruck jenes Technikmythos, der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von der Öffentlichkeit, allen voran den radikalen Parteien, auch den linksradikalen, begeistert aufgegriffen wurde. Innerhalb der NSDAP blieb das NSFK

2.) Das N.S.F.K. wird als e. V. eingetragen; an der Spitze steht als Präsident Hauptmann Göring, M.d.R., im Kriege Kommandeur des Jagdgeschwaders Frhr. von Richthofen, dem der Senat, der Geschäftsführer (Korpsführer) und ein stellv[*ertretender*] Geschäftsführer (stellv. Korpsführer) beigegeben sind[2].

3.) Das Nationalsozialistische Fliegerkorps wird der Obersten SA-Führung unterstellt, Korpsführer ist der Chef des Stabes[3], stellv. Korpsführer: Standartenführer Ziegler, zugleich Inspekteur der Fliegerstürme und -staffeln und Referent Fl. (Flieger) im Stabe der Obersten SA-Führung.

4.) Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin NW 7, Georgenstraße 44.

5.) Aufgabe des N.S.F.K. ist Förderung des Deutschen Flugwesens, insonderheit Pflege des Flugsportes; es schafft die technischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Aufstellung der Fliegerstürme und -staffeln unserer Sturmabteilungen[4]. Das N.S.F.K. wird als Verbandsorganisation die rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Vereine wahrnehmen, insbesondere durch Verträge mit Versicherungsgesellschaften und Abkommen mit den fliegerischen Interessenverbänden. Das N.S.F.K. wird zu gegebener Zeit Antrag auf Aufnahme in den Deutschen Luftrat[5] stellen und damit auch die sportlichen Belange seiner Vereine vertreten können.

Dem N.S.F.K. unterstehen alle Vereine und Organisationen der Partei, die sich mit dem Flugwesen beschäftigen und den Flugsport betreiben. Die Eingliederung der Vereine in das N.S.F.K. erfolgt korporativ. Der Beitrag beträgt bis auf weiteres pro Mitglied monatlich 20 Reichspfennige. Einzelpersonen können bei einem Mindestbeitrag von 1.- RM pro Monat und 2.- RM Aufnahmegebühr fördernde Mitglieder werden.

Es wird angestrebt, daß jeder Gau der N.S.D.A.P. über mindestens einen flugsporttreibenden Verein verfügt und daß jeder Verein neben theoretischem Unterricht über alle Gebiete des Flugwesens sich auch praktisch im Modellflugzeugbau, im Segelflug und Motorflug betätigen kann.

---

eine kleine elitäre Splittergruppe, die zusammen mit anderen Flugsportgruppen im März 1933 mit dem Deutschen Luftsport-Verband verschmolzen wurde. Erst später versuchte man den politischen Gedanken wieder in den Vordergrund zu stellen, indem man 1937 den Deutschen Luftsport-Verband insgesamt in NSFK umbenannte. Vgl. Peter Fritzsche, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge (Massachusetts) 1992, S. 185 ff.

2 Zu den ersten Organisationsansätzen für ein nationalsozialistisches Flugwesen vgl. Dok. 26.

3 Ernst Röhm.

4 Angesichts der technischen und finanziellen Grenzen sowie einer nur geringen Anzahl ausgebildeter Piloten blieben die Aktivitäten des NSFK zunächst recht begrenzt und kamen über einzelne Privatinitiativen nicht hinaus. Dem Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin Nr. I^7 42^{02} f. 31 an den preußischen Minister des Innern vom 8.2.1932 zufolge wurde bei der Ortsgruppe der NSDAP in Frankfurt a. M. 1930 eine "Fliegerstaffel" gegründet, die über ein Flugzeug verfüge; registriert wurden außerdem zwei Motorflugzeuge, die auf den Namen von Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß zugelassen seien und die von Hitler "bei eiligen Reisen" genützt würden, sowie ein "rein nationalsozialistisches Unternehmen" in Hamburg, das zwei Motorflugzeuge und ein Segelflugzeug besitze. Da die, beim SA-Aufmarsch in Braunschweig am 18.10.1931 (vgl. Dok. 48 und 49 eingesetzten fünf bis sechs Flugzeuge zum Teil als diese Maschinen identifiziert wurden, dürfte der Flugpark des NSFK zum damaligen Zeitpunkt kaum sehr viel größer gewesen sein. GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 68a, 15.

5 Der 1924 gegründete Deutsche Luftrat war die oberste deutsche Behörde im Flugsport. Die Organisation hatte ihren Sitz in Berlin und unterhielt die Zeitschrift *Luftschau*. Vgl. Fritzsche, Nation, passim.

6.) Die Satzungen werden, wenn behördlich genehmigt, den Gruppen zur Weiterverteilung zugeschlossen.

7.) Da dieses Ziel nur bei schärfster Zusammenfassung aller Kräfte zu erreichen ist, muß angestrebt werden, daß im N.S.F.K. möglichst alle SS-Männer erfaßt werden, die in Flug- und Luftfahrtverbänden vor und während des Krieges und die als Flugzeugführer, Beobachter usw. im oder nach dem Kriege tätig waren oder sind. Ob dieser Rahmen noch erweitert wird, kann erst später und von Fall zu Fall entschieden werden.

8.) Ich ordne daher an:

Der Obersten SA-Führung sind bis zum 20.12.[*19*]31 von den Gruppen und dem Reichsführer SS [6] Sammelvorlagen aller derjenigen SA- und SS-Männer vorzulegen, die bereit und in der Lage sind, sich im Flugwesen zu betätigen und dem N.S.F.K. beitreten wollen.

Die Meldungen müssen folgende Punkte enthalten:

Vor- und Zuname
Straße
Bisherige Tätigkeit in der Luftfahrt
Beruf
Geburtsdatum
Seit wann der Partei angehörig
Wohnort
Geburtsort
Mitgliedsnummer.

Zeiteingabe der Standarten an die Untergruppen: 10.12.[*19*]31

Zeiteingabe der Untergruppen und unmittelbar unterstellten Standarten an die Gruppen: 15.12.[*19*]31.

Adolf Hitler

6 Heinrich Himmler.

30. November 1931 Dok. 80
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

SA

Gruppe Ost

Dem Sturm 58/I/6 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. September 1931 von Kommunisten erschossenen Scharführer Gustav Seydlitz [2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 58 Gustav Seydlitz"

zu führen.

Dem Sturm 62/III/52 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 28. Juni 1931 von einem politischen Gegner niedergeschossenen SA-Mann Karl Fiedler [3] künftig die Bezeichnung

"Sturm 62 Karl Fiedler"

zu führen.

Gruppe Nord

Dem Sturm 3/85, Lunden, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 7. März 1929 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Hermann Schmidt [4] künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Hermann Schmidt"

zu führen.

---

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 28 und 45, ferner Dok. 43, Anm. 16 und 17.

2 Gustav Seydlitz (1906-1931), Arbeiter in Schwiebus (Neumark), SA-Mann, dann SA-Scharführer im SA-Sturm 58, am 20.9.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Seydlitz' Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitgliedern der NSDAP": "Am 20. September [*1931*] wurde ein Nationalsozialist nach einer öffentlichen Kundgebung der KPD vor dem Standquartier der NSDAP in Meseritz von einem Kommunisten mit einer Stange geschlagen. Als die Nationalsozialisten dem Kommunisten, der sich mit seinen Begleitern in ein in der Nähe gelegenes Haus zurückgezogen hatte, nachdrängten, wurden sie von den Kommunisten beschossen. Hierbei wurde Seydlitz tödlich getroffen. Gegen 2 Mitglieder der KPD, die an der Schießerei beteiligt waren, ist ein Verfahren wegen Totschlags eingeleitet worden." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

3 Karl Fiedler (1889-1931), Transportarbeiter in Crossen an der Oder, 1930 SA-Mann, am 28.6.1931 angeschossen, am 7.7.1931 verstorben.
Zu den Umständen von Fiedlers Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Fiedler gehörte früher der NSDAP an und trat alsdann zur Stennes-Bewegung über. Bei einer Auseinandersetzung mit dem örtlichen Führer der NSDAP ist er von diesem in Notwehr getötet worden." Dagegen behauptete die NSDAP, es seien Stennes-Anhänger gewesen, die Fiedler getötet hätten. Vgl. Halbmast, S. 46.

4 Hermann Schmidt (1908-1929), Landarbeiter in St. Annen (Schleswig-Holstein), SA-Mann, am 7.3.1929 erstochen.
Zu den Umständen von Schmidts Tod vgl. Bd. III/2, Dok. 9.

Dem Sturm 13/85, Baregenstedt, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 7. März 1929 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Otto Streibel [5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 13 Otto Streibel"

zu führen.

Dem Sturm 11/85 wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 26. März 1931 im SA-Dienst tödlich verunglückten Standartenführer [6] Peter Uhr [7] künftig die Bezeichnung

"Sturm 11 Peter Uhr"

zu führen.

Gruppe Mittelland

Dem Sturm 137, Gehren in Thüringen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. März 1924 von Marxisten erschlagenen Rudolf Eck [8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 137 Rudolf Eck"

zu führen.

Gruppe West

Dem Sturm 53/V/28 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 19. März 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Joseph Felzen [9] künftig die Bezeichnung

"Sturm 53 Joseph Felzen"

zu führen.

Dem Sturm 32/II/80 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 6. März 1927 von Gegnern erschossenen SA-Mann Wilhelm Wilhelmi [10] künftig die Bezeichnung

"Sturm 32 Wilhelm Wilhelmi"

zu führen.

---

5 Otto Streibel (1894-1929), Tischler in Röst (Schleswig-Holstein), SA-Mann, am 7.3.1929 erstochen.
Zu den Umständen von Streibels Tod vgl. ebenda.

6 Der von Uhr geführte SA-Verband im Raum Süderdithmarschen hatte zunächst den Status einer Standarte, dann den (niedrigeren) eines Sturmbanns. Vgl. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 29.3.1931, "Aus der Bewegung".

7 Peter Uhr (1898-1931), Schulamtsdiener in Albersdorf (Schleswig-Holstein), 1928 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, 1929 SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturm 81, SA-Sturmbannführer, Führer des SA-Sturmbanns V Süderdithmarschen, am 26.3.1931 bei einem Motorradunfall tödlich verunglückt.

8 Rudolf Eck (1907-1924), Schlosserlehrling in Langewiesen (Thüringen), Mitglied der Jungbruderschaft des Jungdeutschen Ordens, in der Nacht vom 4. auf 5.3.1924 erschlagen.
Zu den Umständen von Ecks Tod vgl. Der Jungdeutsche vom 15. Lenzings [*März*] 1924, "Kommunistisches Mordgesindel".

9 Joseph Felzen (1903-1931), Metzgergeselle in Wittlich (Eifel), SA-Mann, dann SA-Truppführer im SA-Sturm 53, am 19.3.1931 schwer verletzt, am 29.3.1931 verstorben.
Zu den Umständen von Felzens Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Der Tatbestand ist noch nicht einwandfrei geklärt. Nach den bisherigen Feststellungen kam es am 19. März [*1931*] zwischen dem der KPD angehörenden Arbeiter Lohnert und dem Nationalsozialisten Metzger Joseph Felzen zu einer Prügelei, bei der weder Stöcke noch sonstige gefährliche Schlagwerkzeuge gebraucht worden sind. Scheinbar haben weniger politische Gesichtspunkte als Zwistigkeiten, die beide in einem Sportverein hatten, bei dem Streite mitgespielt. Felzen soll auch aus Anlaß seines Namenstages betrunken gewesen sein. Es ist auch bekannt, daß er in betrunkenem Zustande sehr streitsüchtig war."

10 Wilhelm Wilhelmi (1909-1927), Hilfsarbeiter in Singhofen (Hessen), SA-Mann, am 6.3.1927 erschossen.

Dem Sturm 38/I/80 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Karl Ludwig [11] künftig die Bezeichnung

"Sturm 38 Karl Ludwig"

zu führen.

SS

Dem SS-Sturm 1/I/20 SS-Standarte, Düsseldorf, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. September 1931 durch Kommunisten erstochenen SS-Mann Vobis [12] künftig die Bezeichnung

"1. SS-Sturm Vobis"

zu führen.

Dem 1. SS-Sturm I/25 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. Oktober 1931 von Kommunisten erschossenen SS-Trupp-Geldverwalter Garthe [13] künftig die Bezeichnung

"1. SS-Sturm Garthe"

zu führen.

Adolf *Hitler*

---

11 Karl Ludwig (1907-1927), Kellner in Wiesbaden, 1926 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, am 7.4.1927 schwer verletzt, am 10.4.1927 gestorben.

12 Karl Vobis (1899-1931), Zimmermann in Düsseldorf, SS-Mann, am 3.9.1931 erstochen.
Zu den Umständen von Vobis' Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Der der SS der NSDAP angehörende Vobis erhielt am 4. September [*1931*] bei einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Düsseldorf einen Messerstich in den Rücken, der den Tod durch Verbluten herbeiführte. Täter konnte bisher nach den vorliegenden Berichten nicht ermittelt werden. Nach einer Mitteilung der 'Frankfurter Zeitung' vom 8.11.1931 (Nr. 833-35) sollen jedoch die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Florian und Weitzel der Polizei den nationalsozialistischen Arbeiter Schöll als Täter übergeben haben, der Vobis irrtümlich für einen Kommunisten gehalten habe. [...] Für die sonst in der Presse erhobene Beschuldigung, Schöll sei ein Spitzel gewesen, hat sich keinerlei Anhaltspunkt ergeben. Schöll hat früher weder der KPD noch heute der NSDAP angehört; er war vielmehr früher Mitläufer der kommunistischen Jugend und jetzt Mitläufer der SA der NSDAP und hielt sich als solcher etwa 14 Tage in einem SA-Heim auf. Als die übrigen Insassen dieses Heims einen kommunistischen Überfall auf das Heim zurückwehrten, hat Schöll nach seinen Angaben, die sich nicht widerlegen lassen, aus dem Heim ein Messer geholt und auf den ersten besten Mann losgestochen. Er will Vobis weder gekannt noch erkannt haben."

13 Erich Garthe (1901-1931), Vertreter in Essen, SS-Mann, Trupp-Geldverwalter, am 5.10.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Garthes Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Im Verlaufe von gegenseitigen Überfällen von Nationalsozialisten und Kommunisten wurde Garthe am 5. Oktober [*1931*] in Essen durch einen von kommunistischer Hand abgegebenen Schuß so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Gegen den Täter, der geständig ist, ist ein Strafverfahren eingeleitet."

1. Dezember 1931 Dok. 81
"Tagesbefehl an die SA und SS"
Aufruf

VB vom 3.12.1931.

Eine Welle von Haß und Verleumdung will sich in letzter Stunde dem Siegesmarsch[1] der N.S.D.A.P. entgegenwerfen[2].

Stützpunkt um Stützpunkt, Ort um Ort habt Ihr Männer der S.A. und S.S. in jahrelangem zähen Ringen, nur getragen von Eurem heiligen Glauben und unbändigen Siegeswillen, erkämpft und gehalten. Eure Kraft und Euer Wille bürgt für den endlichen Sieg. Keine Macht der Erde kann Euch den Lorbeer entreißen, wenn Ihr, ohne nach rechts oder links zu blicken, Euren Weg geradeaus geht wie bisher. Das weiß auch der Feind. Und so versucht er, Euch zu reizen, herauszufordern und aufzuputschen. In letzter Stunde sollt Ihr noch die Nerven verlieren, soll Euch der heilige Zorn zu unüberlegtem Handeln hinreißen.

Wir kennen den feindlichen Plan, wir werden auch ihn zunichte machen.

Die nächsten Wochen werden Eure Geduld und Eure Selbstbeherrschung auf eine harte Probe stellen.

Haltet die Ohren steif, behaltet die Nerven!

Laßt Euch nicht provozieren, laßt Euch nicht verführen!

Ganz von selbst, mit gesetzmäßiger Sicherheit[3] *wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben.*

Bis dahin beißt die Zähne zusammen und erfüllt Eure Pflicht. Hart und verschlossen, eisern und unerschütterlich nach außen, glühend und gläubig im Innern.

Wer in den letzten Tagen der Prüfung versagt, ist nicht wert, Zeuge des Sieges zu sein.

Ihr habt Härteres schon getragen, jetzt bleibt Euch selbst treu!

Denn unser ist der Sieg, unser ist Deutschland!

München, 1. Dezember 1931

Der Oberste S.A.-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Zum damaligen Optimismus Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

2 Die Affäre um die sog. Boxheimer Dokumente hatte in der Öffentlichkeit die Gerüchte angeheizt, ein nationalsozialistischer Putsch stünde unmittelbar bevor, die NSDAP werde nun ihren "Legalitätskurs" aufgeben. Vgl. Dok. 76 sowie 90.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

1. Dezember 1931 Dok. 82
Schreiben an Franz Seldte[1]

Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5 ff.; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

Sehr geehrter Herr Seldte!

In einem mir unter dem 23. November [*1931*] geschriebenen und gestern vorgelegten Brief[2] beklagen Sie eine Reihe von Vorkommnissen, die Sie im Interesse reibungsloser Zusammenarbeit und unter besonderer Bezugnahme auf Berliner Besprechungen zwischen Hauptmann Göring und Rittmeister von Morozowicz[3] geklärt und beseitigt wissen möchten.

Ich darf Ihnen gleich eingangs dieses Briefes versichern, daß auch ich für diese Wünsche volles Verständnis empfinde. Ich muß aber betonen, daß, wenn in dieser Richtung überhaupt von bedauerlichen Vorgängen gesprochen werden kann, die Schuld wirklich nicht bei meiner Partei liegt.

Ich sehe zunächst nicht ohne Erstaunen in Ihrem Briefe einen Hinweis auf schwere Kränkungen, die dem Stahlhelm in Harzburg zugefügt worden sein sollen dadurch, daß ich die zum Vorbeimarsch angetretenen Kameraden erst 25 Minuten warten ließ und dann die Parade des Stahlhelms verließ[4].

Erstens hatte ich bis zum Moment des Vorbeimarsches keine Ahnung, daß dieser Nationalsozialisten und Stahlhelm gemeinsam umfassen sollte. Mir wurde in Berlin im Gegenteil erklärt, daß der Stahlhelm überhaupt nur mit ein paar Hundert Mann vertreten sei.

Zweitens begab ich mich zum Platze des Vorbeimarsches im selben Augenblick, in dem mir dienstlich das Eintreffen der S.A. gemeldet worden war.

---

1 Ein Durchschlag des Schreibens ging an den 2. Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg.

2 Wegen verschiedener Querelen zwischen Stahlhelm und NSDAP (vgl. Anm. 9) hatten der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Seldte und Duesterberg, in einem Schreiben vom 23.11.1931 Hitler um "restlose Aufklärung" und um Stellungnahme zu den Ereignissen in Bad Harzburg gebeten. Der Stahlhelm habe Hitlers Verhalten "als eine schwere Kränkung und einen Verstoß gegen beste deutsche soldatische Auffassung" empfunden. "Der Stahlhelm, B. d. F., hält den Zusammenhalt der gesamten Nationalen Opposition für notwendiger denn je. Er ist an und für sich bereit, für diese große nationale Aufgabe auch weiter Opfer zu bringen. Das kann aber nicht dazu führen, daß der Stahlhelm sich eine Behandlung gefallen läßt, die er bisher nicht erfahren und anderen Verbündeten gegenüber nicht angewandt hat." Die laufenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Stahlhelm über eine weitere Zusammenarbeit, wie sie von Göring und dem Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, Elhard von Morozowicz, geführt würden, erforderten "eine klare Antwort" Hitlers. Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

3 Elhard von Morozowicz (1893-1934), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Rittmeister, Gutsbesitzer, Eintritt in den Stahlhelm, 1924 Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, 1933 Wehrstahlhelm-Reichsführer, SA-Gruppenführer im Stab der Obersten SA-Führung, 1934 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.
Morozowicz hatte sich Ende Oktober 1931 bei Gesprächen mit Göring vergeblich darum bemüht, die Kooperation zwischen NSDAP und Stahlhelm zu verbessern. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 190.

4 Zum Ablauf der Kundgebung, welche die "Nationale Opposition" am 11.10.1931 in Bad Harzburg abhielt, vgl. Dok. 43, Anm. 1.

Drittens nehme ich an sich grundsätzlich niemals den Vorbeimarsch von Verbänden ab oder nehme an diesem Vorbeimarsch teil, wenn diese nicht mir bzw. meiner Partei unterstellt sind. Ein Abgehen von dieser Gepflogenheit war in diesem Fall um so weniger geboten, als ich - wie schon betont - vorher überhaupt keine Kenntnis von dem ebenfalls beabsichtigten Vorbeimarsch des Stahlhelms hatte, noch von einem Offizier des Stahlhelms gebeten wurde, bei dem Vorbeimarsch anwesend zu sein. Wäre ein solcher Wunsch mir gegenüber ausgesprochen worden, dann hätte ich die entsprechende Erklärung sofort gegeben. Denn wenn ich schon bei anderen Verbänden die Teilnahme an den Vorbeimärschen bisher abgelehnt habe, dann muß ich es dem Stahlhelm gegenüber um so mehr tun, als mir gar nicht klar ist, in welcher Form ich als Nationalsozialist die vorbeimarschierenden Formationen des Stahlhelms oder ihre Fahnen überhaupt grüßen könnte. Es dürfte Ihnen, Herr Seldte, vielleicht ganz entgangen sein, daß der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, in einem bekannten Führerbrief, der durch einen mir nicht bekannten Vorgang seinen Weg in die ganze Presse gefunden hatte, den Gruß der Nationalsozialisten[6] indirekt so abfällig kritisierte[7], daß ich es sowohl meiner persönlichen Selbstachtung, als auch der Achtung meiner Anhänger gegenüber ablehnen muß, mich mit diesem also kritisierten Gruß etwa am Ende bloßzustellen.

Im übrigen habe ich noch nie Anlaß genommen, das, wie Sie sicher wissen, aus dem Französischen abgeleitete Salutieren[8] meinerseits mit heruntersetzenden Bemerkungen zu versehen.

Da Sie nun weiter von Harzburger Vorgängen schreiben, und mir nun durch Parteigenossen ähnliche Briefe vorgelegt wurden, in denen weitere Vorkommnisse als verletzend angeführt erscheinen[9], so will ich an dieser Stelle auch dazu die nötigen Aufklärungen geben.

---

5 In ihrer Antwort vom 11.12.1931 bemerkten Seldte und Duesterberg, daß Vertreter des Stahlhelm den verantwortlichen SA-Führer genau über den geplanten Vorbeimarsch der angetretenen Verbände informiert hätten. Druck wie Anm. 2, S. 7.

6 Der nationalsozialistische Gruß mit erhobenem rechten Arm kann seit dem "Deutschen Tag" in Nürnberg im September 1923 fotographisch belegt werden. Vermutlich geht er zurück auf das Vorbild der italienischen Faschisten, die damit an römische Vorbilder anzuknüpfen suchten. Für den Reichsparteitag in Nürnberg 1927 wurde diese Grußform als einheitlicher Gruß in der NSDAP eingeführt, wobei selbst hier der "Faschisten"-Gruß - so Rudolf Heß im Juni 1928 im *Völkischen Beobachter* - nicht unumstritten blieb.
Die damit verbundene Grußformel "Heil Hitler" läßt sich bis Mitte der zwanziger Jahre zurückverfolgen und war seit 1930 für die NSDAP verbindlich. Das Wort "Heil" war der mittelalterlichen Tradition der Fürstenakklamation entlehnt und wurde im 19. Jahrhundert von der Turner- und Sport-, sowie der Wandervogelbewegung, dann auch von völkischen Gruppen aufgegriffen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 177 ff.; Schieder, Das italienische Experiment, S. 108 f.

7 Duesterberg hatte in einem Führerbrief des Stahlhelm den nationalsozialistischen Gruß als "römischen" Gruß kritisiert. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 188, Anm. 3.
In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 ging der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann auch auf Duesterbergs Kritik am Hitler-Gruß ein, der in diesem Zusammenhang erklärt haben soll: "Laß dich durch einen Hitler-Gruß nie aus der Ruhe bringen, denk immer an den Kernspruch des Götz von Berlichingen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2367.

8 Das Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung als militärische Ehrenbezeugung läßt sich erstmals in der österreichischen Armee des beginnenden 18. Jahrhunderts nachweisen. Dieses "Salutieren", mit dem das Abnehmen der Kopfbedeckung angedeutet werden sollte, wurde 1769 in der gesamten österreichischen Armee, 1817 für alle Dienstgrade der preußischen Armee eingeführt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986, S. 152 ff.

Es wurde bedauert, daß ich am Vortage statt gegen Abend erst um Mitternacht kam. Der Grund lag in dem Versuch der Berliner Polizeidirektion, mir an diesem Samstag 44 S.A.-Heime zu schließen[10]. Es wären damit über 1.000 Mann meiner treuesten Anhänger obdachlos geworden, während über 4.000 dadurch ihre Verpflegungsmöglichkeit verloren hätten[11]. Ich habe es daher als wichtiger angesehen, in einem solchen Augenblick meinen Kameraden zu helfen[12], als in Harzburg an der Redigierung eines Aufrufes[13] teilzunehmen, der mir vom ersten Moment an so unmöglich erschien, daß jede noch weiter dafür angewandte Zeit ohnehin nur einen Verlust bedeutet hätte.

Als übles Harzburger Vorkommnis wurde es weiter gedeutet, daß ich nicht an dem gemeinsamen Mittagessen teilnahm. Ich habe nie erklärt, daran teilnehmen zu wollen, und bin persönlich auch nie darum gefragt worden. Hätte man mich persönlich dazu aufgefordert, würde ich abgelehnt haben. Ich kann einen sehr begründeten Widerwillen gegen sog[*enannte*] gemeinsame Essen bei Anlässen nun einmal nicht unterdrücken, bei denen tausende meiner Anhänger unter sehr großen persönlichen Opfern, ja zum Teil mit hungrigem Magen, Dienst tun[14]. Die Struktur meiner S.A. ist eine andere als die des Stahlhelms. Ich habe in manchen Gebieten durch die ebenso unglaublichen wie schamlosen Terrorakte eines sich zum Teil auch als national gebärdenden Unternehmertums mehr als 80% der Stärke meiner Stürme arbeitslos[15]. Es würde sicher manchem meiner Kameraden wehe tun, wenn er wüßte, daß, während ihm selbst gerade infolge der Ausübung seines Dienstes der Magen knurrt, sein Führer an irgendeiner Tafel sitzt, ganz gleich, wie nun das Essen aussehen mag. Ich hasse alle sog[*enannten*] gemeinsamen Es-

9 Ursache für den Schriftwechsel zwischen Hitler und der Führung des Stahlhelm waren verschiedene Schreiben von Vertretern des Stahlhelm an Hitler und weitere nationalsozialistische Funktionäre vom Oktober, November 1931, die entweder unbeantwortet geblieben waren oder nach Vorstellung des Stahlhelm keine adäquate Antwort gefunden hatten. Vgl. z. B. den Schriftwechsel zwischen dem Führer des Bayerischen Stahlhelm, Hermann Ritter von Lenz, und der Reichsleitung der NSDAP, bei dem sich Lenz vergeblich über Werbungen der SA im Stahlhelm beschwerte, oder den Schriftwechsel zwischen dem Landesführer des Stahlhelm in Sachsen, Hans Brückner, und der dortigen Gauleitung der NSDAP über eine mögliche Kooperation für den Fall von Auseinandersetzungen mit linken Wehrverbänden. Druck wie Anm. 2, S. 1 ff. Vgl. ferner Berghahn, Stahlhelm, S. 187 ff.

10 Dem *VB* zufolge wurden am 10.10.1931 aufgrund von § 7 der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931 vier Berliner SA-Heime ganz, vier weitere "Verkehrslokale radikaler Parteien" für die Zeit von 18.00 bis 6.00 Uhr geschlossen. Dadurch seien 1.000 SA-Männer obdachlos geworden, für 6.000 hätte keine Verpflegungsmöglichkeit mehr bestanden. Vgl. VB vom 13.10.1931, "1.000 S.A.-Männer obdachlos!" Ferner Dok. 71, Anm. 12.

11 Zur sozialen Funktion der SA-Heime vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 126 ff.

12 Eigentlicher Grund für Hitlers Abwesenheit war seine Unterredung mit Hindenburg und Brüning, die am 10.10.1931 um 19.00 Uhr in Berlin stattfand. Vgl. Dok. 43, Anm. 1.

13 Druck der "Entschließung der Nationalen Front", die von den Organisatoren der Veranstaltung nicht unterschrieben worden war: Ursachen und Folgen, Bd. VIII, S. 365 f.

14 Zur materiellen Situation der SA vgl. Dok. 28, Anm. 3.

15 Die Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen der SA war eminent hoch. Vor Januar 1933 schwankte die Arbeitslosenquote in der SA zwischen 67% (Berlin, 1930) und 58% (Niederbayern, 1932). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote unter Männern betrug im Deutschen Reich im Jahr 1931 17,4%. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, Zahlen S. 361.

sen. Die Partei selbst hat niemals derartige Veranstaltungen gemacht. Ich nehme daher auch persönlich an solchen nicht teil.

Weiter wurde mir vorgehalten, daß die gemeinsame Kundgebung durch meine Weigerung zu sprechen um eine halbe Stunde verzögert worden sei. Diese Verzögerung brauchte nicht stattzufinden, denn es waren ansonsten genügend Redner verfügbar. Die Gründe, die mich zunächst zu meiner Weigerung veranlaßten, waren aber einwandfrei, und ich habe später aufrichtig bedauert, daß ich nicht bei meinem Entschluß geblieben bin.

Die Art der Aufziehung dieser Tagung [*sic!*] war für jeden Nationalsozialisten schwer verständlich. Ich gebrauche hier als Führer der größten nationalen Bewegung Deutschlands [16] den mildesten Ausdruck, der mir zur Verfügung steht.

Ich muß mir nach dieser Darstellung nun aber auch noch eine Bemerkung erlauben: Warum hat die Stahlhelm-Leitung, die nach dieser Tagung mich noch in Berlin in meinem Hotel aufsuchte [17], mit keinem Wort diese Dinge berührt, sondern nur schreibweise [*sic!*] und damit mir unerreichbar, und natürlich auch nicht widerlegbar die Weiterverbreitung besorgt?

Ich halte gerade ein solches Verfahren im Interesse der gewünschten reibungslosen Zusammenarbeit für sehr bedenklich.

Sie beklagen sich nun, Herr Seldte, in Ihrem Brief über eine Ihnen zugefügte Behandlung, die sich der Stahlhelm nicht gefallen lassen will. Zu dieser Bemerkung haben nicht Sie, Herr Seldte, ein Recht, sondern ich und die nationalsozialistische Bewegung.

Als die nationalsozialistische Partei in einem sehr schweren Ringen in Thüringen zum ersten Male einen bewußt deutsch handelnden Minister in die Regierung entsandte [18], dessen nationale Bedeutung durch nichts besser demonstriert wurde, als durch den fanatischen Widerstand aller marxistisch zentrümlerischen Kräfte in Deutschland, da war es das heutige Stahlhelm-Mitglied Baum, das in zäher und zielklarer Arbeit den nationalen "Verbündeten" zu Fall brachte [19]. Der Stahlhelm hat einen Mann heute als amtierenden Minister in Thüringen [20], der mit Hilfe der Sozialdemokratie nationalsozialistische Beamte ihrer Stellung enthebt, sie versetzt [21], genauso wie er erst den nationalsozialistischen Minister zum Sturz brachte. Herr Seldte, es ist für uns eine ungeheure Überwindung, überhaupt von "Verbündeten" zu reden, wenn ihr praktisches Verhalten sich so diametral zum Geredeten verhält. Was würde man wohl sagen, wenn wir Nationalsozialisten in einem Land, das wir beherrschen, hohe Beamte nur wegen ihrer Stahlhelm-Zugehörigkeit oder gar, sagen wir, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen [*Volks*]partei von ihren Ämtern entfernen würden? Welches Urteil würde man aber erst dann fällen, wenn diese famose nationale Tat sogar am Ende nur mit Marxisten vollzogen

16 Vgl. Dok. 46, Anm. 11 und Dok. 70, Anm. 24.

17 Seldte und Duesterberg hatten am 17.10.1931 versucht, in einem persönlichen Gespräch mit Hitler jene Diskrepanzen auszuräumen, die während der Veranstaltung in Bad Harzburg offenkundig geworden waren. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 187; Theodor Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 14.

18 Wilhelm Frick. Vgl. Dok. 27, Anm. 3.

19 Vgl. Dok. 27, Anm. 5 und Dok. 58, Anm. 5 und 6.

20 Erwin Baum.

21 In ihrer Antwort vom 11.12.1931 erwiderten Seldte und Duesterberg, daß Baum erst als Minister dem Stahlhelm beigetreten sei. Baum habe insgesamt zwei nationalsozialistische Beamte versetzt, wofür dienstliche Gründe vorgelegen hätten. Druck wie Anm. 2, S. 7.

werden könnte. Würde Thüringen nur von Stahlhelm-Leuten beherrscht, dann könnte man mit dem Hinauswerfen nationalsozialistischer Beamter meinetwegen eigene Kraft vortäuschen, aber wenn man sich mit Marxisten verbündet, um den sog[*enannten*] nationalen Bundesgenossen auf die Straße zu setzen oder strafweise zu verschieben, dann ist ein solches Gebaren nach meiner Auffassung von Bundestreue einfach erbärmlich. Nennen Sie mir einen Mann meiner Partei, Herr Seldte, der mit Marxisten zusammen das tut, was Ihr Mann in Thüringen getan hat und auch heute noch nicht lassen will, und ich brandmarke ihn öffentlich und schlage ihn aus meiner Partei hinaus [*sic!*]. Das Allerbärmlichste [*sic!*] aber ist es, wenn in einem Lande tatsächlich von heut' auf morgen der Marxismus endgültig gestürzt werden könnte, und dieser Sturz nur deshalb unterbleiben muß, weil sog[*enannte*] nationale Kräfte lieber mit der Sozialdemokratie paktieren, als den Interessen der Nation zu dienen.

Ich unterhalte mich nicht über die zum Teil mehr als verletzenden Briefe, die mir von Parteigenossen zur Verfügung gestellt worden sind und die sie von Stahlhelm-Führern erhalten haben. Aber ich denke, daß Sie zumindest nicht von mir erwarten werden, mich in Korrespondenzen einzumischen, ehe nicht die allerprimitivsten Voraussetzungen hierzu geschaffen sind.

Ich möchte allerdings hier noch hinzufügen, daß ich hiermit keine Beschwerde vorbringe. Wir werden trotz des Verhaltens des Thüringer Stahlhelm-Ministers dennoch auch dort den Marxismus aus eigener Kraft überwinden.

Ich darf am Ende des Briefes noch bemerken, daß nicht Hauptmann Göring auf meine Anweisung hin in politische Verhandlungen mit Herrn von Morozowicz eingetreten ist, sondern daß der Vorgang umgekehrt erfolgte.

Im übrigen bin ich in den letzten Monaten von der Presse meiner Verbündeten so konsequent und hinterhältig verdächtigt und angegriffen worden[22], daß es wirklich nur der Beweis für meine grenzenlose Loyalität ist, wenn ich diese kleinen heimtückischen Ehrabschneidereien nicht in der dafür zweckmäßigen drastischen Form zurückgewiesen habe. Man soll sich aber nicht irren: Die nationalsozialistische Bewegung verdankt ihre Existenz nicht der Protektion anderer Verbände. Die Ziele der sog[*enannten*] nationalen Opposition, der Kampf gegen das heutige System war unser Programm zu einer Zeit, da so manche der auf der Harzburger Tagung erschienenen Vereinigungen politischer und bündischer Natur noch sehr brav im Lager der Weimarer Demokratie standen.

Am unerbittlichen Kampf meiner Partei gegen das heutige System hat sich nie etwas geändert. Versuche, Einfluß auf die Führung meiner Bewegung in irgendeiner offenen oder vertarnten [*sic!*] Form zu gewinnen, muß ich allerdings schärfstens zurückweisen. Das besagt aber nicht, daß ich nicht ebenfalls vom aufrichtigsten Wunsch erfüllt bin, eine gemeinsame

---

22 Vgl. z. B. Dok. 78.

23 In ihrer Antwort an Hitler vom 11.12.1931 versuchten Seldte und Duesterberg, Hitlers Vorwürfe im einzelnen zu widerlegen (vgl. Anm. 5 und 21), ohne daß sie damit die Auseinandersetzung als abgeschlossen betrachtet hätten: "Der Stahlhelm ist zur Mitarbeit bereit, muß aber daran festhalten, daß die von uns genannten Beschwerden Bayern, Sachsen, Nordmark geklärt und beseitigt werden. Ein politisches Unfehlbarkeits-Dogma kann der Stahlhelm jedoch niemanden zubilligen." Druck wie Anm. 2, S. 7 f.
Mit Schreiben vom 23.12.1931 wies Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha Hitler darauf hin, "daß die Bundesführer des Stahlhelm auf eine Antwort, sehr verehrter Herr Hitler, zu einem Ihnen kürzlich zugegangenen Schreiben warten. Soweit ich etwas von den Dingen verstehe, würden Sie mit einer Beantwortung

Kampfbasis mit all den Parteien und Verbänden zu suchen und aufrechtzuerhalten, die das gleiche Ziel verfechten wollen wie wir[23].

München, den 1. Dezember 1931

Mit deutschem Gruß und Heil!

gez. *Adolf Hitler*

N[*ach*]S[*chrift:*] Nur zur Illustration erlaube ich mir einen Artikel beizufügen, der das bundesbrüderliche Verhältnis beleuchtet[24].

4. Dezember 1931 Dok. 83
Pressekonferenz in Berlin[1]

The Times vom 5.12.1931, "Herr Hitler's Policy"[2].

He was astounded, he said, that so much notice had been taken of a document produced out of personal interest in a hypothetical case by a single member of a party[3] now numbering over 700,000 registered members[4]. His (Herr Hitler's) will was paramount in the National-

bis zum 28. ds. Mts. nicht nur der nationalen Bewegung außerhalb der NSDAP, sondern auch dem Nationalsozialismus selbst einen Gefallen tun. Vielleicht läßt sich eine Formulierung finden, die die Freundschaft temperiert aufrechterhält." BA Potsdam, 62, Ka 1. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzung vgl. Bd. IV/3.

24 Liegt der Vorlage nicht bei.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 257 f.; J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 63 f. Ferner Anm. 2.
Für den Dezember 1931 liegen ungewöhnlich viele Berichte ausländischer Pressevertreter über Hitler und die NSDAP sowie über Interviews mit Hitler vor. Diese Interviews sind nicht immer eindeutig zuzuordnen, da die einzelnen Artikel oft wenige oder keine Angaben zum äußeren Ablauf enthalten, insbesondere über Zeit und Ort sowie die Frage, ob es sich hier um ein Exklusivinterview handelte. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß Hitlers Auslandspressechef Ernst Hanfstaengl für Hitler am 4.12.1931 eine Pressekonferenz mit ausländischen, meist britischen und amerikanischen Korrespondenten veranstaltete, während eine weitere, für den 11.12.1931 vorgesehene nicht stattfand (vgl. Dok. 91 mit Anm. 1). Interviews sind nur dann in diese Edition aufgenommen, wenn Inhalt und das Datum des Erscheinens dafür sprechen, daß es sich um ein Exklusivinterview oder eine Pressekonferenz gehandelt hat, auf der Hitler selbst sprach.

2 Vgl. auch Chicago Tribune vom 5.12.1931, "Hitler Pledges to Pay Berlin's Debts to World"; Sonntagsblatt Staats-Zeitung und Herold (New York) vom 6.12.1931, "Adolf Hitler erklärt, er strebe nicht nach dem Präsidentenamt"; The Daily Express vom 5.12.1931, "Hitler Flings His Challenge to the World"; The Daily Mail vom 5.12.1931, "Hitler Talks to 'Daily Mail'"; The New York Times vom 5.12.1931, "Hitler Backs Debts Bars Reparations; Sees Victory Soon"; Volksblatt und Freiheits-Freund (Pittsburgh) vom 7.12.1931, "60 Jahre lang politische Schulden zu bezahlen, wird Hitler, zur Macht gelangt, ablehnen" [*sic!*].

Socialist Party[5]. With the exception perhaps of the Italian Fascists, there was not a political party or movement in the world to-day so entirely governed by one will. It was absurd to suppose that he, after a 12-year struggle in which he had raised the party from seven[6] to 700,000 members-and some 15,000,000 supporters[7], and brought it to the threshold of power, would dream of throwing overboard at the last moment the principle of legality which he had held so tenaciously[8]. There was no need to do so. It was beyond all possible doubt now that the party would attain power before long, whether this month or next, or in five months' or 10 months' time[9].

Nevertheless, Herr Hitler, assuming that the Hessian plan was, as it purported to be, worked out on the hypothesis of a Communist revolt, found excuses for the Hessian Nazis' zeal[10]. As often before, he painted in lurid colours the dangers of a Communist uprising in Germany[11]. It stood to reason, he said, that there was a Bolshevist peril in a country containing 6,000,000 to 7,000,000 Communists and 4,000,000 left-wing Socialists[12] who might easily be carried away by them, to say nothing of foreign allies to the East[13]. It was only after big upheavals that people understood the few who had tried to foresee and forearm. At present most people had not the faintest idea of the immensity of such a struggle, which would sweep away everything as we knew it and leave an entirely new "basis of facts", so that such questions as that of private property would have to be considered in an entirely new light. Herr Hitler said that he

Inländische Kommentare: Berliner Tageblatt vom 5.12.1931 (AA), "Hitler wirbt um das Ausland"; Vossische Zeitung vom 5.12.1931 (AA), "Hitler an die Auslandspresse"; Münchener Post vom 5./6.12.1931, "Hitler beschwichtigt das Ausland"; Frankfurter Zeitung vom 6.12.1931, "Hitler spricht - Brüning schweigt"; Neue Leipziger Zeitung vom 6.12.1931, "Hitler empfiehlt sich dem Ausland".

3 Gemeint ist die sog. Boxheimer Affäre. Vgl. Dok. 76 und 90.

4 Die NSDAP vergab im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 2, Anm. 61.

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

7 Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3 %) für die NSDAP. Bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen zeichnete sich insgesamt eine relativ kontinuierliche Zunahme der NSDAP-Wähler ab, ohne daß es möglich gewesen wäre, ihre Zahl so exakt zu bestimmen. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 stimmten 11.339.446 (30,9%) Wähler für Hitler, im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 13.418.547 (36,8%), Hitlers Schätzungen sind also übertrieben. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff. Falter, Hitlers Wähler, S. 30 ff. Ferner Dok. 2, Anm. 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.

8 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

9 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

10 Vgl. Dok. 76, Anm. 2.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.
Vgl. ferner den Kommentar am Ende der Vorlage: "It should be understood that Herr Hitler's belief in the Bolshevist menace has always been exceptionally strong and that his remarks on the continual Nazi-Communist clashes in Germany, while undoubtedly sincere, present only one side of the picture. Responsibility for aggression is often almost as difficult to fix in these cases as in international wars."

12 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 4.590.160 Wähler KPD (entsprechend 13,1%) und 8.575.244 Wähler SPD (entsprechend 24,5%) gewählt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

13 Vgl. Dok. 73, Anm. 15.

could not forbid individual members of his party to reflect on the problems that would thus be raised, but to put them into documentary form, as in Hesse, was downright effrontery [14].

Anti-Communist "Mission"

Herr Hitler explained the bitterness and determination of the rank and file of his movement by the constant guerrilla warfare with the Communists, in which the Nazis had had 5,000 wounded and many killed during the first 11 months of this year [15]. It had often been insinuated, he said, that there was much of Bolshevism in National-Socialism, but if that were true, surely the Communists and Socialists - the "Marxists" - would not fight the Nazis so fanatically. The constant struggle and casualties were making his party hard and great. The decisive battle against Bolshevism would be fought out in Germany; the Nazis felt it their mission to win this fight for the whole world, and they would win it.

Turning to the question of foreign debts Herr Hitler brought forth the argument, which is heard to-day throughout a large part of the world, that Germany cannot pay both political debts and private commercial debts [16] without exporting on a scale which could only be described as mad [17], and which could only lead to world-wide economic chaos. The Nazis acknowledged commercial debts as between one merchant and another, and were prepared to pay these if Germany were enabled to do so [18]. But they refused to submit to political extortion. Everything depended upon whether the world was going to allow France to insist on priority for political exactions. It was a question of what one could, not what one would.

The National-Socialists, Herr Hitler continued, were a party of young people [19] who were not responsible for the War. Those of them who were old enough had done their duty in the trenches [20] like the young people of other countries, but they could not be held responsible for the War or for the Revolution or for the Treaty of Versailles. When they attained power they would talk really frankly for the first time and present a plain picture of things as they were. They would not sign anything that could not be fulfilled [21].

---

14 Vgl. jedoch Dok. 90, Anm. 7.

15 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 71, Anm. 3 und 4.

16 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.

17 Zum damaligen deutschen Export vgl. Dok. 2, Anm. 26 und 28 sowie Dok. 37, Anm. 14.

18 Zur Wirkung derartiger Äußerungen vgl. z. B. den Bericht des deutschen Generalkonsuls in Pretoria, Friedrich von Keßler, an das Auswärtige Amt vom 8.12.1931, in dem er über eine Unterredung mit dem Premierminister der Südafrikanischen Union, James Hertzog, berichtet: "Er [*Hertzog*] kam dabei auf die Tätigkeit des Herrn Hitler zu sprechen, dessen Erklärung, seine Partei träte für Zahlung der Privatschulden ein, er als erfreulich bezeichnete. Dadurch und durch die sich jetzt anscheinend in legalen Bahnen bewegende Politik der Partei sei viele Sorge genommen. Die offene Erklärung, daß die Partei keinerlei Reparationen bezahlen wolle, halte er vom Standpunkt der Wirkung auf das Ausland für gut. Man sähe daraus deutlich, daß es für das deutsche Volk Grenzen gäbe. In diesem Zusammenhang darf ich berichten, daß gerade in den letzten Tagen die gesamten hiesigen und Johannesburger Zeitungen - afrikanische und englische - voll waren von Artikeln über Herrn Hitler, alle geschmückt mit dessen Bildern. Dabei zeigte sich überall eine gemäßigte, sachliche Beurteilung über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung." Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 107.

19 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

20 Vgl. Dok. 43, Anm. 9, aber auch Dok. 94, Anm. 37.

21 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

Reduction of Imports

In reply to questions about economic policy Herr Hitler laid down three main aims: a ruthless reduction of the huge German administrative apparatus, an equally ruthless throttling of imports, and the elimination of political obligations. The drastic reduction of imports, to which after all the Brüning Government and the Governments of other countries have already been compelled to resort, figured again and again in his remarks, and he advanced the theory that if, by not buying unnecessary foreign products, especially foodstuffs, a milliard marks were kept in the country [22], it would stimulate the home market and, with a turnover six or seven times a year, be in effect equivalent to six or seven milliards.

In conclusion, Herr Hitler spoke of international relations in general. Hatred, he said, was comprehensible in time of war, but he could not understand its being nourished for years afterwards. It would be foolish, for instance, for Germany to gloat over the prospect of the loss of India by the British Empire [23], which would be a misfortune for the rest of the world, including Germany [24]. With one exception [25], friendly relations had been restored between Germany and her former enemies, and he claimed that his party had contributed most towards this achievement [26]. For 12 years he had been preaching that the old War-time cry of "Gott strafe England" [27] should be forgotten [28].

---

22 Vgl. Dok. 70, Anm. 10.

23 Ungeachtet des großen militärischen Engagements Indiens während des Ersten Weltkriegs blieben nach 1918 die Hoffnungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung auf politische Gleichberechtigung und langfristig auf politische Unabhängigkeit unerfüllt; die indische Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich daraufhin zu einer Massenbewegung, deren Politik sich auf den gewaltlosen Widerstand gegen die britische Kolonialmacht konzentrierte. Vgl. Penderel Moon, The British Conquest and Dominion of India, London [2]1990, S. 957 ff.

24 Vgl. Dok. 67, Anm. 12 und 13.
Mit Schreiben vom 10.12.1931 beschwerte sich der Vertreter der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry in Berlin, Chempakaraman Pillai, bei Hitler über diese Äußerung: "Wir Inder können Ihre Politik der Annäherung an England nicht beglückwünschen, auch wird Ihre Erklärung, daß, wenn England Indien verlieren würde, dies zugleich ein Unglück für Deutschland und die gesamte Welt sein würde, von der Mehrheit des deutschen Volkes nicht geteilt." Mit Schreiben vom 24.12.1931 ließ Rudolf Heß ausrichten, daß Hitler nach wie vor der Überzeugung sei, "daß eine Aufgabe der englischen Herrschaft in Indien gleichbedeutend wäre mit der Ausbreitung des Bolschewismus in Indien und daß somit die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft dort im Interesse der ganzen civilisierten Welt" liege. Beide Schreiben in PA-AA, Presse-Abteilung, England, P 16: Maßnahmen zur Hebung des deutschen Ansehens in England, Bd. 3.

25 Gemeint ist Frankreich.

26 Die Äußerungen wie überhaupt die Politik der NSDAP hatten im Ausland Interesse, in manchen Fällen auch ein gewisses Verständnis hervorgerufen, gewöhnlich aber für Irritationen gesorgt, obwohl die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlerfolg vom 14.9.1930 versuchten, das Ausland so gut es ging zu beschwichtigen. Zu den außenpolitischen Aktivitäten der NSDAP vor 1933 vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968, S. 1 ff., 90 ff. Zur Rezeption durch das Ausland vgl. Schreiber, Hitler. Interpretationen, S. 73 ff. sowie Dok. 46, Anm. 39.

27 Die Wendung "Gott strafe England", welche Alfred Funkes Roman *Schwert und Myrte* (Berlin 1914) entstammt, fand während des Ersten Weltkriegs im Deutschen Reich weite Verbreitung, etwa in Form von Briefaufklebern, Plakaten, Haussegen oder Zeitungs- und Illustriertenüberschriften (Freundliche Mitteilung des Archivs der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart).

28 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.

With France it was another matter[29]. *Rapprochement* must proceed from France, and was impossible as long as France could not bring herself to cease trying to treat 65,000,000 Germans[30] as a second-class nation. After 1871 Germany had imposed no political conditions, and the indemnity had been completely cleared off within three years[31]. No conditions had been imposed to prevent France's rearming again immediately[32]. Germany had acted with this magnanimity after winning the 1870 war entirely unaided[33]. France, having "won" the late War in very different circumstances[34], was still endeavouring to keep her heel on the neck of Germany 12 years after. The Disarmament Conference[35] would be the great test of the common sense of the entire world. If the world allowed France to keep her armaments at their present high level[36], which was quite unnecessary for her security, it would mean that the world wanted France to continue her system of hegemony[37] by means of blackmail[38].

29 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

30 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

31 Frankreich war es bereits bis September 1873 gelungen, die deutschen Kriegskontributionen in Höhe von 5 Milliarden Francs abzubezahlen, so daß die letzten deutschen Besatzungstruppen 18 Monate früher als vorgesehen das Land verließen. Vgl. Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M. 1978, S. 191 ff., 394 ff.

32 Hauptpunkte des am 10.5.1871 abgeschlossenen Friedensvertrags von Frankfurt waren die Abtretung des Elsasses und des östlichen Teils Lothringens mit der Festung Metz an das Deutsche Reich sowie die Zahlung von Kriegskontributionen in Höhe von 5 Milliarden Francs; die militärischen Bestimmungen des Vertrags hielten sich dagegen in Grenzen und galten nur bis zum Abzug der deutschen Besatzungstruppen. Vgl. Eberhard Kolb, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989, S. 327 ff. Druck: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 1, Berlin 1922, S. 38 ff.

33 Zur Beendigung des deutsch-französischen Krieges 1870/71 vgl. Kolb, Weg.

34 Anspielung auf die Dauer des Ersten Weltkriegs und die Unterstützung Großbritanniens und der USA, ohne die die französische Front zusammengebrochen wäre.

35 Der Beginn der "Konferenz für die Herabsetzung und die Begrenzung der Rüstungen" des Völkerbunds in Genf war von der "Vorbereitenden Abrüstungskommission" des Völkerbunds im Dezember 1930 auf den 2.2.1932 festgesetzt worden. Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow vom 18.12.1931. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 130.

36 Vgl. Dok. 44, Anm. 14.

37 Vgl. Dok. 44, Anm. 11.

38 Folgt Kommentar über Hitlers Aussagen.
Mit Telegramm Nr. 500 vom 7.12.1931 berichtete der Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London, Albrecht Graf von Bernstorff, u. a. an das Auswärtige Amt: "Hitler-Interview auch heute noch stärkstens beachtet. Leitartikel Financial Times und Manchester Guardian unterstreichen Äußerungen zu Reparationsfrage, Korrespondentenberichte meister Blätter erörtern in Erwartung Gegenerklärung Reichsregierung innerpolitisches Kräfteverhältnis und hinweisen auf Unmöglichkeit sofortiger Machtergreifung durch Nazi, wenn auch mit Regierungsbeteiligung Nazi im Laufe nächster Monate allgemein fest gerechnet wird." PA-AA, Presse-Abteilung, England, P 6: Presseübersichten, Bd. 6.

5. Dezember 1931 [1] Dok. 84
Interview mit Sunday Graphic and Sunday News [2]

Sunday Graphic and Sunday News vom 6.12.1931, "Berlin Reaches Fever Pitch".

"The crisis which is developing in the Government", he said, "takes us earlier than we expected, but the plans of the party to take over the affairs of Germany are complete.

"They were completed this morning. Every public provision is mapped out and allotted, and we are expecting a call to power hourly [3].

"All this talk about my becoming President of Germany is rubbish. I have no such plan [4].

"If there is another President it will be somebody else whom I have in mind [5].

"Germany has been thrown into the present crisis by the extravagance of its previous Governments.

Dependent on France

"Germany's financial policy has been totally dependent upon the attitude of France, who has been forcing the country to organise to maintain a system of foreign financial dictation [6].

"The country has never been financially sound since the war. Successive Governments have borrowed one loan to pay another at any interest and under any conditions.

"The time has come to call a halt. I am not prepared to continue on those lines. I will not promise to carry the burdens of reparations any longer.

"I refuse to see Germany crushed and the world thrown into economic chaos in order to keep to the letter of the Versailles Treaty [7] - the most infamous document in history.

"Reparations must count together with war debts, and they are the millstone which has dragged the whole world into the eddy of depression.

---

1 Datierung nach dem Tag des Interviews.

2 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. Das Interview führte Donald Mackenzie.
Die vorhergehende Schilderung des Interviews, sein Inhalt, aber auch die Artikel in der deutschen Presse machen es wahrscheinlich, daß es sich hier um ein Exklusivinterview Hitlers handelt. Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 7.12.1931, "Ein neues Hitler-Interview?"; Münchener Zeitung vom 7.12.1931, "Hitlers Auslandspropaganda".
Laut *Münchener Zeitung* vom 7.12.1931 ("Hitlers Auslandspropaganda") bezeichnete die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP das in dieser Form veröffentlichte Interview "als in wesentlichen Teilen unzutreffend".

3 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

4 Hitler hatte auch intern - so auf einer Abendgesellschaft in Berlin am 18.11.1931 - zu erkennen gegeben, "er denke nicht daran", Reichspräsident zu werden; er fände es unter seiner Würde, einen Titel anzunehmen, "den die verbrecherische Revolution geschaffen habe". Vgl. Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312-317, hier S. 313.

5 Bis zu seinem Entschluß am 2.2.1932, selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, überlegte Hitler, Franz Ritter von Epp oder Wilhelm Frick als Kandidaten aufzustellen. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 245 f.
In derselben Ausgabe der *Sunday Graphic and Sunday News* ist zu lesen, Ernst Hanfstaengl werde als Präsidentschaftskandidat gehandelt. Vgl. Sunday Graphic and Sunday News vom 6.12.1931, "The Next President?"

6 Anspielung auf die politischen Bedingungen, welche die französische Seite am 19.7.1931 an die Vergabe weiterer Kredite an Deutschland geknüpft hatte. Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

7 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

"The money spent in this way must be diverted into the pockets of the people of the world. People must be able to purchase; consumption must be kept up so that production can be maintained and prosperity return.

"The stabilisation of nations must depend upon healthy balances of trade rather than through artificial standards of metal.

"Any attempt to maintain reparations means the murder of commercial life. If they remain, any promises of repayments for private loans are *de facto* illusionary.

"Germany must meet her private commitments if she is to maintain her integrity in trade[8]*, and it is my intention to see that every nation which has helped Germany by private loan since the war is fully reimbursed with interest and capital.*

"Disarmament must be faced resolutely[9]. I agree with Senator Borah[10] that France is the enemy of disarmament[11].

"Although France is not threatened by any nation, she is determined to increase her gigantic superiority over world nations in arms[12] and in gold reserves[13] in order to be in a position to enforce regular payments under the Versailles Treaty and to bring about the economic ruin of Germany.

"That policy is a menace to the world, because if Germany collapses in the present state of world depression many other nations will follow her.

"It is my hope, although I am not very optimistic, that France will realise the extremes to which she is pushing Europe, and when the Nazi Party comes into power it may find itself able to modify its present position to meet a more rational outlook in Paris.

8 Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

9 Vgl. Dok. 83, Anm. 35. Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 38, Anm. 9.
Zur Haltung der NSDAP zur internationalen Abrüstung vgl. auch die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur Auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Bernhard Wilhelm von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105.

10 William E. Borah (1865-1940), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, 1907-1940 Senator für Idaho (Republican), 1911-1940 Mitglied, 1924-1933 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses.

11 Aus Anlaß der Eröffnung des Freien Internationalen Pariser Abrüstungskongresses hatte Borah am 26.11.1931 eine kurze Ansprache gehalten, die durch Radio in den Tagungsort des Palais du Trocadéro übertragen worden war. Dabei hatte Borah "seine völlige Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verhalten der Siegerstaaten zu dem in Versailles feierlich abgegebenen Versprechen einer Rüstungsminderung" zum Ausdruck gebracht. Borahs Kritik aber auch die Äußerungen der übrigen Delegierten aus aller Welt wurden von französischen Rechtsradikalen mit Tumulten beantwortet, mit denen sie die Veranstaltung zu sprengen versuchten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 27.11.1931 (MA), "Der freie internationale Pariser Abrüstungskongreß"; Vossische Zeitung vom 28.11.1931 (AA), "Tribünensturm im Trocadero"; Germania vom 29.11.1931, "Paris schreit Abrüstung nieder"; VB vom 4.12.1931, "Kundgebungen und Pläne zur Abrüstungskonferenz".

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

13 Aufgrund der vergleichsweise günstigen volkswirtschaftlichen und währungspolitischen Rahmenbedingungen besaß die Banque de France im Juni 1928 Goldreserven in Höhe von 28.935 Millionen Francs, im November 1932 in Höhe von 83.342 Millionen Francs. Vgl. Kenneth Mouré, Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in French Monetary Policy, 1928-1936, Cambridge 1991.
Im internationalen Vergleich verfügte Frankreich 1931 über Goldreserven in Höhe von 11.325,9 Millionen RM, das Deutsche Reich in Höhe von 1.055, Großbritannien in Höhe von 2.723,9, die Schweiz in Höhe von 2.072,4, die UdSSR in Höhe von 1.378,1 und die USA in Höhe von 18.487,4 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 176*.

"I will have no truck with Bolshevism. You may be assured that Bolshevism is a danger which is threatening the entire world at present [14].

"And if the nations of the world recognize the Soviet [15] *it will be the worst day's business they have ever done.*

"There must be a combined international front against Moscow.

"Contrary to reported statements, Germany, or that major section of it represented by the Nazis or National Socialists [16], is of this opinion also.

"The sincere desire of German patriots is a close rapprochement between Germany, England and Italy [17], *whose interests in the present condition of world affairs most closely interlock.*

"The Nazi Party has swept the country so rapidly during the past few weeks [18] that it has astonished even its organisers. The results of recent elections have been many hundreds per cent, more favourable than I had even dreamt of.

"The condition at the present moment is that even if I wished to avoid taking the helm in Germany the weight of popular opinion would not allow me to do so.

"The coming week will shape the history of Europe for the next ten years. Any attempt to exercise financial pressure on Germany will react disastrously on the world."

---

14 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

15 Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16.4.1922 hatte das Deutsche Reich die diplomatischen Beziehungen zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wiederaufgenommen. Nachdem die britische Regierung unter Premierminister MacDonald die UdSSR am 2.2.1924 diplomatisch anerkannt hatte, folgten am 7.2. Italien, am 25.2. Österreich, am 18.3. Schweden, am 31.5. China, am 4.8. Mexiko, am 28.10. Frankreich und am 20.1.1925 Japan. Wegen unüberbrückbarer Spannungen unterbrach Großbritannien seine diplomatischen Beziehungen zur UdSSR erneut in der Zeit vom 27.5.1927 bis 3.10.1929. Vgl. Wolfgang Eichwede, Der Eintritt Sowjetrußlands in die Internationale Politik, 1921-1927. In: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955. Unter Mitarbeit von Heinz Brahm u. a. hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1972, S. 150-212.

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 62 und Dok. 83, Anm. 7.

17 Bündnisse zwischen Deutschland und Großbritannien sowie Italien bildeten die Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff., S. 136 ff.

18 Zum Wachstum der NSDAP-Wähler vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 67, Anm. 3 und Dok. 83, Anm. 7.

5. Dezember 1931 Dok. 85
Interview mit The Associated Press[1]

Sonntagsblatt Staats-Zeitung und Herold (New York) vom 6.12.1931, "Adolf Hitler erklärt, er strebe nicht nach dem Präsidentenamt".

Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, erklärte heute dem Vertreter der Associated Press gegenüber, daß er unter keinen Umständen für das Präsidentenamt der deutschen Republik kandidieren werde[2].

"Auch wenn wir die Macht ergreifen", sagte er, "beabsichtige ich nicht, als Kandidat für das Präsidentenamt aufzutreten."

Mit fast knabenhaftem Lächeln fügte er hinzu: "Dafür ist bereits gesorgt[3]." Er wollte sich nicht darüber äußern, ob er damit vielleicht meinte, daß Präsident von Hindenburg nach den Plänen seiner Partei auch weiterhin das Oberhaupt der deutschen Republik bleiben sollte[4].

---

1 In Berlin. Das Interview führte der Leiter des Berliner Büros von Associated Press, Louis P. Lochner.

2 Vgl. Dok. 84, Anm. 4.

3 Vgl. Dok. 84, Anm. 5.

4 Folgt Bericht über die Pressekonferenz vom 4.12.1931. Vgl. Dok. 83.
Mit Bericht No. 1326 vom 7.12.1931 informierte der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic M. Sackett, den amerikanischen Außenminister, Henry L. Stimson, über eine Besprechung zwischen ihm und Hitler anläßlich einer Abendveranstaltung beim Direktor der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Emil von Stauß. Auch bei dieser Unterredung erörterte Hitler, "speaking as if he were addressing a large audience", dieselben Themen wie gegenüber den ausländischen Pressevertretern: Arbeitslosigkeit, Verlust der deutschen Kolonien, eingeschränkter deutscher Lebensraum, Grenzen des deutschen Exports, Bereitschaft zur Zahlung privater Schulden, jedoch nicht von Reparationen, Hegemonie Frankreichs über Europa, die kommende Abrüstungskonferenz usw. In einem Schreiben vom 9.12.1931 an Stimson faßte Sackett nochmals seinen persönlichen Eindruck dieses Treffens zusammen: "The impression I gained of Hitler is that of a fanatical crusader. He has a certain forcefulness and intensity which gives him a power of leadership among those classes that do not weigh his outpourings. His methods are those of an opportunist. While he talked vigorously, he never looked me in the eye. He could not make an intellectual appeal and I do not believe his followers in that class, and they are many, can have been influenced by any personal contact with him, but are turning to his party in despair that former political allegiances provide no relief from present intolerable conditions. I sensed the feeling during the interview that if this man comes into power he must very shortly find himself on the rocks, both of international and internal difficulties. He is certainly not the type from which statesmen evolve." NA, RG 59, GC 862.50/721, FP 862.50/723.

5. Dezember 1931 Dok. 86
Schreiben an Wilhelm Groener [1]

Hs. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1 [2].

Euere Exzellenz,

beehre ich mich, in der Anlage Drohung des Gruppenführers Nord Hannover [3] zu überreichen mit der Bitte, die hier gemeldeten Übergriffe der preußischen Polizei zu prüfen.

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler

6. Dezember 1931 Dok. 87
Interview mit Gazzetta del Popolo [1]

Gazzetta del Popolo vom 7.12.1931, "A colloquio con Hitler" [2].

"Das Gelärme der linken Presse über die Enthüllung eines angeblichen nationalsozialistischen Komplotts in Hessen [3] - so Hitler auf meine erste Frage - hat sich in Nichts aufgelöst wie alle aufgebauschten Presse-

"Il baccano della stampa di sinistra sulle rivelazioni del preteso complotto nazionalsocialista dell'Assia - ha detto Hitler rispondendo alla mia prima domanda - si è risolto in nulla, come tutte le montature di stampa.

1 Das Schreiben ist eine Ergänzung zum Schreiben Hitlers vom 14.11.1931. Druck: Dok. 71.
2 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer München, z. Z. Berlin, 5. 12. [*19*]31".
Von Hitlers Hand sind lediglich Grußformel und Unterschrift.
3 Die Anlage zum Schreiben des Gruppenführers Nord, SA-Gruppenführer Viktor Lutze, vom 16.11.1931 enthält einen Stimmungsbericht der SA-Untergruppe Nordmark. Er schildert die Auseinandersetzungen mit Angehörigen von KPD und Reichsbanner am 3.11., 9.11., 11.11. und 13.11.1931, bei denen zwei SS-Männer und ein SA-Mann getötet sowie 12 Angehörige von SA, SS und Hitler-Jugend zum Teil schwer verletzt worden seien. Klagen über das parteiische Verhalten der Polizei, die angeblichen Schikanen von seiten des Staates und die gespannte Stimmung in der Bevölkerung, insbesondere bei den Bauern und Arbeitslosen, schließen sich an.

1 In Berlin; das Interview führte der Berliner Korrespondent der *Gazzetta del Popolo*, Pietro Solari. Eine gekürzte Version des Interviews ist veröffentlicht in: Pietro Solari, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932, S. 103-106.
2 Vgl. auch 8-Uhr-Abendblatt vom 8.12.1931, "Hitler gibt weiter Interviews..."; Danziger Allgemeine Zeitung vom 9.12.1931, "Wieder ein Interview Hitlers"; Augsburger Postzeitung vom 10.12.1931, "Die Nationalsozialisten als Fischfänger im Ausland"; Germania vom 11.12.1931, "Hitlers Werben in Rom". Ferner Jutta Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Frankfurt a. M. 1992, S. 198 ff.
3 Vgl. Dok. 76 und 90.

meldungen. Unnötig zu sagen, daß die nationalsozialistische Bewegung wie zuvor das Gesetz respektiert, d. h. sie beschränkt sich darauf, auf dem Boden der Verfassung zu kämpfen[4]. Im übrigen liegt es angesichts der Größe, den die Bewegung erreicht hat[5], auf der Hand, daß gewalttätige Abweichungen keinen Sinn und keine Berechtigung hätten. Wir sind nunmehr reif für die Macht, die wir auch erobern werden. Die Zeit arbeitet für uns, und es braucht nicht mehr viel Zeit[6]."

[...][7]

"Absolut nichts. Der deutsche Nationalsozialismus ist gezwungen, das katholische Zentrum genau so zu bekämpfen[8], wie der italienische Faschismus sich von den Popolari befreien mußte[9]."

[...][10]

"Der Nationalsozialismus bekämpft nicht die katholische Kirche[11]. Wir sind keine re-

Inutile dire che il movimento nazional-socialista rimane, come per l'innanzi, fedele all'azione legale, cioè si limita a battersi sul terreno costituzionale. È ovvio del resto, date le proporzioni assunte del movimento, che una deviazione verso la violenza non avrebbè né scopo, né giustificazione. Siamo ormai maturi per il potere, che conquisteremo. Il tempo lavora per noi, e non occorrerà molto tempo.

[...][12]

Assolutamente nulla. Il nazional-socialismo tedesco si trova a dover combattere il Centro cattolico esattamente come il Fascismo italiano dovè sbarazzarsi dei popolari.

[...][13]

Il nazional-socialismo non combatte la Chiesa cattolica. Noi non siamo un movimento reli-

4 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11 sowie Dok. 83, Anm. 4 und 7.

6 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

7 "Es kursierten jüngst Gerüchte über Kontakte zwischen dem Nationalsozialismus und dem katholischen Zentrum. Was ist daran wahr?"

8 Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6, ferner Dok. 94.

9 Der Partito Popolare Italiano (PPI) wurde am 18.1.1919 als demokratische Volkspartei mit deutlich christlichem Akzent, doch unabhängig von der katholischen Kirche gegründet. Bei der Parlamentswahl vom 16.11.1919 wurde der PPI mit 100 Sitzen nach den Liberaldemokraten und den Sozialisten drittstärkste Partei, so daß er seitdem verschiedenen Kabinetten angehörte, ab Oktober 1922 auch dem ersten Kabinett Mussolini. Wegen des Konflikts über die Frage der Wahlrechtsänderung schieden die beiden Minister des PPI bereits im April 1923 wieder aus dieser Regierung aus. Die nun einsetzende antifaschistische Opposition des PPI wurde jedoch entscheidend geschwächt, als Papst Pius XI. den Gründer und Generalsekretär des PPI, Luigi Sturzo, bis zum 10.7.1923 zum Rücktritt zwang. Die Popolari, die inzwischen nur noch über 39 Sitze im Parlament verfügten, wurden ab Januar 1925 mehr und mehr illegalisiert, ihre Reste am 5.11.1926 ganz aufgelöst. Vgl. Richard A. Webster, The Cross and the Fasces. Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford (California) 1960, S. 50 ff.; Gabriele De Rosa, Luigi Sturzo, Torino 1977, S. 191 ff.

10 "In Deutschland ist der Kampf kompliziert durch die entschieden antinationalsozialistische Stellungnahme der katholischen Kirche."

11 Vgl. Dok. 44, Anm. 18.
Hitler hatte im Februar 1929 die Lateranverträge, die am 11.2.1929 zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet worden waren, ausdrücklich begrüßt. Vgl. Bd. III/1, Dok. 89 und 90.

12 "Sono corse voci recentemente di prese di contatto fra il nazional-socialismo ed il Centro cattolico. Quanto c'è di vero in tutto ciò?"

13 "In Germania la lotta è complicata dalla recisa presa di posizione anti-nazional-socialista della Chiesa cattolica."

ligiöse, sondern eine politische Bewegung. Wenn der Katholizismus sich auf politischem Gebiet mit dem Zentrum identifiziert[14], so ist das nicht unsere Schuld."

[...][15]

"Sie ergibt sich klar aus der Art der deutschen Lage. Wir hätten keine Probleme, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen, wenn Frankreich und die Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrags[16] uns erlauben würden, unsere Exporte zu erhöhen, um uns in die Lage zu versetzen, leben und bezahlen zu können. Wir würden es in diesem Fall wie ein ehrlicher Händler machen, der um seine Geschäfte zu verbessern, es in Kauf nimmt, eine Provision zu zahlen, selbst eine hohe, wenn sie einigermaßen erträglich ist. Aber wie sollen wir zahlen, wenn um Deutschland herum immer höhere Zollschranken errichtet werden[17], die unsere Exporte blockieren und ersticken[18]? Wie sollen wir gleichzeitig private Schulden der deutschen Industrie und die Reparationen zahlen, wenn ohne Kredite die deutsche Industrie nicht mehr in der Lage ist zu produzieren[19]? Schulden und Reparationen sind so eng miteinander verbunden, daß man zwischen ihnen nur einen rein formalen Unterschied machen kann. Im wesentlichen können die Privatschulden bezahlt werden[20], die Reparationen

gioso, ma politico. Se sul terreno politico il cattolicesimo si identifica col Centro, non è colpa nostra.

[...][21]

Risulta nettamente dalla natura stessa della situazione tedesca. Noi non avremmo nessuna difficoltà a riconoscere e pagare le riparazioni, se la Francia e gli Stati firmatari del Trattato di Versaglia ci permettessero di aumentare le nostre esportazioni, in modo da renderci possibile di vivere e di pagare. Faremmo in tal caso come un onesto commerciante, il quale, pur di sviluppare il suo giro di affari, si sottopone al pagamento d'una provvigione, magari elevatissima, ma relativamente sopportabile. Ma come pagare quando intorno alla Germania si elevano barriere doganali sempre più alte, che fermano e strozzano la nostra esportazione? Come pagare insieme debiti privati della industria tedesca e riparazioni, se senza crediti l'industria tedesca non è più in grado di produrre? Debiti e riparazioni sono connessi così strettamente, che fra di essi non si può fare se non una distinzione formale. In sostanza i debiti privati si possono pagare, le riparazioni no. E si deve far rilevare che qui si tratta di potere, non di volere. Se il mondo continuerà a pretendere dalla Germania il prezzo dei ricatti politici

14 Das Zentrum war am 13.12.1870 als Partei des deutschen politischen Katholizismus gegründet worden und hatte auch während der Weimarer Republik dieses politisch-weltanschauliche Profil behalten. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966; Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992; Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

15 "Welcher außenpolitischen Linie wird der Nationalsozialismus folgen?"

16 Der Versailler Friedenvertrag wurde am 28.6.1919 von den alliierten Hauptmächten USA, Großbritannien und seinen Dominions, Frankreich, Italien und Japan sowie 22 weiteren alliierten Staaten einerseits sowie Deutschland andererseits unterzeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

17 Vgl. Dok. 29, Anm. 14 und Dok. 67, Anm. 6.

18 Zum damaligen deutschen Export vgl. Dok. 2, Anm. 26 und 28 sowie Dok. 37, Anm. 14.

19 Zur damaligen Verschuldung der deutschen Wirtschaft vgl. Dok. 29, Anm. 7.

20 Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

aber nicht[22]. Und es muß klargemacht werden, daß es sich hier nicht um eine Frage des Wollens, sondern um eine des Könnens handelt. Wenn die Welt nicht aufhört, von Deutschland den Preis, in Form von Tributen, für Erpressungen Frankreichs zu fordern, so muß sie sich auf einen kompletten Zusammenbruch Deutschlands einstellen. Die Tribute sind eine Verrücktheit, und die politischen Forderungen Frankreichs führen die Welt in den Ruin. Wir werden jetzt bei der Abrüstungskonferenz[23] sehen können, ob der gesunde Menschenverstand sich durchsetzen wird oder ob Frankreich, bewaffnet bis an die Zähne[24], mit gesündesten Staatsfinanzen, wirtschaftlich noch nicht von der Krise berührt[25], sich in seiner Sicherheit von einer vollständig entwaffneten Nation wie Deutschland[26] noch immer bedroht fühlen wird."

[...][27]

"Versuche einer Annäherung müssen von Frankreich kommen[28]. Aber sie werden solange zum Scheitern verurteilt sein, wie Frankreich die 65 Millionen Deutschen[29] als eine Nation zweiten Ranges betrachten wird. Andererseits muß man sehen, daß die nationalsozialistische Bewegung, die aus dem

della Francia, sotto forma di tributi, deve prepararsi anche ad assistere ad un completo fallimento della Germania. I tributi sono una pazzia, e le richieste politiche della Francia conducono il mondo alla rovina. Vedremo ora alla Conferenza del disarmo se il buon senso riuscirà a farsi strada e se la Francia, armata fino ai denti, finanziariamente solidissima, economicamente ancora non intaccata dalla crisi, continuerà a sentirsi minacciata nella sua sicurezza da una Nazione completamente disarmata, come la Germania.

[...][30]

I tentativi di avvicinamento devono venire dalla Francia; ma essi saranno sempre destinati al fallimento fino a che la Francia continuerà a considerare i 65 milioni di tedeschi come una Nazione di second'ordine. D'altra parte bisogna tener presente che il movimento nazional-socialista, che è sorto dalla nuova

21 "Qual'è la linea di politica estera che il nazional-socialismo seguirà?"
22 Vgl. Dok. 83, Anm. 18.
23 Vgl. Dok. 83, Anm. 35.
24 Vgl. Dok. 44, Anm. 14.
25 Die französische Wirtschaft wurde erst relativ spät voll von den Folgen der Weltwirtschaftskrise erfaßt; veranschlagt man die Produktivität der französischen Industrie für das Jahr 1929 mit 100, so besaß sie im folgenden Jahr noch denselben Wert, um 1931 auf eine Quote von 86, 1932 auf 72 zu fallen. Auch der Banque de France gelang es vorerst, die Staatsverschuldung weitgehend zu begrenzen. Der französische Staatshaushalt hatte bis 1929 Überschüsse ausgewiesen, erst 1930 verzeichnete er ein Defizit von 4.918, 1931 dann von 5.484 Millionen Francs. Vgl. Mouré, Managing the Franc Poincaré, Zahlen S. 20 f. Ferner Dok. 84, Anm. 13.
26 Vgl. Dok. 43, Anm. 6 und Dok. 94, Anm. 56.
27 "Sieht der Nationalsozialismus keine Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Deutschland und Frankreich?"
28 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.
29 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.
30 "Tra la Germania e la Francia il nazional-socialismo non vede possibilità di intesa?"

neuen Deutschland entsprungen ist, eine neue Generation repräsentiert, die für den Versailler Vertrag nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es ist eine Generation, die keine Verträge anerkennen wird, die Deutschland nicht einhalten kann. Wir werden nicht um 11 Uhr einen Vertrag unterzeichnen, um um Viertel vor 12 festzustellen, daß es uns unmöglich ist, diesen einzuhalten[31]."

[...][32]

"Im nächsten Frühling sind die Wahlen für den preußischen Landtag[33]. Der nationalsozialistische Sieg wird erdrückend sein. Wir werden das Zentrum und die Sozialdemokraten[34] hinwegfegen und dem Nationalsozialismus die Macht im größten und wichtigsten Land des Reiches[35] erobern."

[...][36]

Hitler macht zu diesem Punkt eine Zwischenbemerkung und bittet, die Antwort auf diese Frage nicht zu veröffentlichen[37]. Ich gebe ihm darauf mein Wort, und der Chef der Nationalsozialisten verabschiedet mich mit einem zackigen römischen Gruß[38] und einem herzlichen Händedruck und bemerkt dabei: "Die italienische Presse hat sich immer äußerst loyal und korrekt verhalten[39]."

Germania, rappresenta una nuova generazione, la quale non può essere resa responsabile per il Trattato di Versaglia. È una generazione che non riconoscerà dei trattati che la Germania non è in grado di rispettare. Non firmeremo alle 11 un trattato per riconoscere alle 11,45 che ci troviamo nell'impossibilità di rispettarlo.

[...][40]

Avremo nella primavera prossima le elezioni per la Dieta prussiana. La vittoria nazional-socialista sarà schiacciante. Spazzeremo il Centro e la social-democrazia, conquistando il potere al nazional-socialismo nel più grande e più importante degli Stati confederati del Reich.

[...][41]

Hitler fa a questo punto una parentesi, chiedendo che la risposta a questa domanda non sia resa di pubblica ragione. Gli dò la mia parola, e il Capo del nazional-socialismo mi congedà con un rigido saluto romano ed una cordiale stretta di mano osservando: "La stampa italiana è stata sempre della maggior lealtà e correttezza."

31 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.
32 "Wie wird sich der politische Kampf in Deutschland demnächst entwickeln?"
33 Am 24.4.1932.
34 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.
35 Von der Gesamtfläche des Deutschen Reichs mit Saargebiet, die am 31.12.1931 mit 470.682,38 km^2 angegeben wurde, entfielen 294.250,84 km^2 auf das Land Preußen. Von der Wohnbevölkerung - am 16.6.1925 wurden im Deutschen Reich mit Saargebiet 63.180.649 Menschen ermittelt - lebten 38.846.008 Menschen im Land Preußen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.
36 "Wie sind Ihre Pläne für die Präsidentschaftswahlen von 1932?"
37 Vgl. Dok. 84, Anm. 4 und 5.
38 Vgl. Dok. 82, Anm. 6.
39 Zu Hitlers Interviews mit italienischen Pressevertretern vgl. Bd. III/3, Dok. 127; Bd. IV/1, Dok. 110.
40 "Quali sviluppi avrà prossimamente la lotta politica in Germania?"
41 "Quali sono i vostri programmi per le elezioni presidenziali del 1932?"

6. Dezember 1931 Dok. 88
Interview mit The Associated Press[1]

New York Herald Tribune vom 7.12.1931, "March on Berlin Idea Nonsense, City Already 'Ours', Hitler Says".[2]

"Some day, maybe very soon, there will be new Reichstag elections," he said.

"That will be our 'march on Berlin'[3], for an overwhelming section of the German people will sweep our candidates into power."

The leader of Germany's "Brown Shirts"[4] broke into an amused chuckle [*when we*] were speaking of the impending march on the capital.

"What?" he exclaimed. "March on Berlin?" Why should we march on Berlin when I am here quite as much as I am in other parts of the Reich[5]?

"We need not march on Berlin when we already are sure of the capitulation of this citadel. Supposing an army beleaguers a fortress and knows that within a few days the enemy inside will be starved and must surrender? Would it not be arrant nonsense to organize a storm attack?

"The enemies of Nazi-ism are dying of starvation, politically speaking. That is, their adherents are dwindling while ours constantly increase[6]. Wherever elections are held we land on top[7]. Only today at Breslau in the university elections 75 per cent of the votes were National Socialists[8].

"March on Berlin? Nonsense!"

He declined to reveal to his interviewer the National Socialists' economic program[9], but intimated there would be many changes in the laws of Germany if his party came into power. He was asked what he proposed to do about the gold standard[10] in event he seized control of the country. After reflecting for a moment, he shrugged his shoulders.

---

1 In Berlin. Möglicherweise führte auch dieses Interview der Leiter des Berliner Büros von Associated Press, Louis P. Lochner. Vgl. Dok. 85.

2 Vgl. auch Der Landbote (Winterthur) vom 10.12.1931, "Hitler-Hausse".

3 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, mit dem dieser die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien einleitete.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 59.

5 Hitler begann seit dem Wahlerfolg vom 14.9.1930 seine Aufenthalte immer mehr in die Reichshauptstadt zu verlagern. Bis Februar 1931 pflegte er relativ bescheiden im Hotel *Sanssouci* (Bezirk Tiergarten, Linkstr. 37) abzusteigen; mit seinem Umzug in eines der ersten Berliner Häuser, dem Hotel *Kaiserhof* (Bezirk Mitte, Mohrenstr. 1-5), schräg gegenüber der Reichskanzlei, wollte er auch räumlich seinen Führungsanspruch demonstrieren. Gleichwohl hielt Hitler an München als Parteizentrale der NSDAP fest. Am 18.6.1931 bemerkte er gegenüber dem italienischen Konsul in München, Capasso Torre, daß er in Berlin nicht die Ruhe zur Arbeit finde. Berlin sei eine Stadt ohne Traditionen, zur Häfte amerikanisiert, zur Hälfte kulturlos. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63, 68; De Felice, Hitler e Mussolini, S. 230 f.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 83, Anm. 4 und 7.

7 Vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

8 Der NSDStB hatte bei den Wahlen der Freien Breslauer Studentenschaft am 3./4.12.1931 1.528 von 1.963 abgegebenen Stimmen und damit 24 von 31 Mandaten erhalten. Vgl. VB vom 6./7.12.1931, "N.S.-Studentensieg in Breslau".

9 Zu den damaligen Diskussionen in der Führung der NSDAP über das künftige Wirtschaftsprogramm vgl. Dok. 60. Ferner Turner (Hrsg.), Hitler, S. 105 ff., 202 ff., 318 ff.

10 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

Says Little on Gold Standard

"Our economic ideas are something we do not propose to uncover now," he said. "They are, if you please, patented[11].

"We saw what happened in connection with the present government's emergency decrees: The government took our ideas for three-fourths of them[12], but changed and falsified them and you see for yourself what the result is. Hence we do not propose to divulge our economic ideas hereafter until we are in control of the situation and can give effect to them."

He reflected for a moment, while he vigorously rubbed his chin, then spoke again.

"Let me make this general observation," he said. "The question of the gold standard depends much on the attitude of France as the strongest European gold power[13].

"If France insists on drawing to itself all the gold and will disgorge it only on the basis of holdup political deals, I can well conceive of a united front of the remaining world to abandon the gold standard and select some other standard.

"For Germany this question is not so important anyway since we have but very little gold."

Looks to France for Solution

"To repeat: it depends upon France, what shall happen to the gold standard. National socialism desires to restore to the German people work, bread and, last, but not least, honor. How that is to be done we will show you later."

There would be many changes in the law, in the event of his gaining power, Hitler intimated.

"The Leipzig Supreme Court decided that right goes hand in hand with might," he said, "and whoever has might, may decree what's right[14].

11 Vgl. mit der Vernehmung von Hitlers damaligem Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler vom 1.9.1948; Keppler war von Hitler im Dezember 1931 gebeten worden, für die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP zu arbeiten: "Hitler selbst benutzte häufig den Satz, daß die Wirtschaft keine Frage der Politik sei, daß man ausschließlich die wirtschaftliche Vernunft zur Geltung kommen lassen müsse, und weiterhin müßte bei jeder Maßnahme erwogen werden, ob dadurch das Vertrauen gefördert werde oder nicht. Ich bat Hitler zunächst, die Behandlung von Wirtschaftsfragen völlig aus der Propaganda zu streichen, und Hitler hat diesem Wunsch sofort entsprochen, denn er hat, wie fast jeder andere Politiker damals im Reich, bei seinen Propagandareden keine Versprechungen gemacht, und die Behandlung von Wirtschaftsfragen in der Propaganda führten ja automatisch zu Versprechungen." Vgl. Aussage W. Keppler vom 1.9.1948; IfZ, MB 26/94, Nürnberger Folgeprozesse, Fall XI, S. 19220 f.

12 Über den Inhalt der am 8.12.1931 erlassenen Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens wurde in der Öffentlichkeit schon zum damaligen Zeitpunkt viel spekuliert. Vgl. Vossische Zeitung vom 2.12.1931, "Angriff auf Preis und Lohn. Pläne im Reichskabinett für die neue Notverordnung"; Frankfurter Zeitung vom 4.12.1931 (AA), "Was die Notverordnung bringen wird. Noch keine endgültige Entscheidung in den Einzelfragen"; Ferner Dok. 94, Anm. 4, 77, 82, 90, 92 und 103.

13 Vgl. Dok. 84, Anm. 13. Auch zum Folgenden.

14 Anspielung auf das von Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Obwohl dieses dezidiert positivistische Rechtsverständnis, das die normschaffende und daher auch normverändernde Kraft der realen politischen Machtverhältnisse betonte, unter den führenden deutschen Staatsrechtslehrern nicht unumstritten war, bestimmte es doch das damalige Verfassungsdenken. Auch die Rechtsprechung folgte der These von der rechtschöpferischen Kraft der Revolution. Bereits am 28.4.1919 sah das Reichs-

"National socialism will enact new laws. Much of what in the present system is now established by law will be changed by law. I do not think you or anyone else can claim our present laws are particularly apt."

Hitler indicated that he expected his own flag [15] eventually to fly over Germany. When asked what flag his government would fly if it gained power, he rose from his chair and rubbed his hands together.

Question of the Flag

"Ah, there's a question concerning which we will have a little argument with certain gentlemen responsible for 1918," he said. "The Red, Black and Gold [*sic!*] [16] most certainly will cease to be the national flag."

"Will you substitute the National Socialists flag for it?" he was asked.

"As 75 per cent of the German people are behind that flag already [17], why shouldn't it become the national flag?" he replied.

As the interviewer was bowed out of Hitler's presence by an adjutant, he posed a final question - what impression repercussions of the Nazi leader's Friday interviews [18] in newspapers of the world had made upon him.

"I am happy that I apparently gave the gentlemen of the opposition such a good time," he replied, with a broad smile.

"Judging by the way the German opposition press is jumping on me [19], they now at least have something to write about [20]."

---

gericht die Rechtsetzungsmacht der revolutionären Reichsregierung begründet in ihrer "tatsächlichen Ausübung der Herrschergewalt". In seinen Urteilen vom 12.10 und 21.12.1921 stellte der Vereinigte II./III. Strafsenat fest, daß das alte Hochverratsrecht dem Schutz der Verfassung "in ihrer jeweils bestehenden Form" diene, womit *alle* politischen Umsturzversuche prinzipiell kriminalisiert wurden. Auch der endgültige Reichsstaatsgerichtshof argumentierte in einem Urteil vom 16.10.1926, "daß im Staatsleben der tatsächlichen Herrschaft, die sich gegenüber Widerständen durchzusetzen vermocht" habe, "staatsrechtliche Anerkennung" gebühre. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 8 ff., 546 ff.

15 Das Hakenkreuz galt seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Symbol für die Rückbesinnung auf vermeintliche germanische Traditionen; Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt es einen eindeutig völkisch-antisemitischen Charakter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Zeichen von einzelnen Freikorpsverbänden getragen, bis es am 7.8.1920 in der Form der Hakenkreuzfahne, welche zugleich die Farben schwarz-weiß-rot aufgriff, zum offiziellen Parteiabzeichen der NSDAP erklärt wurde. Vgl. Karlheinz Weißmann, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991, S. 55 ff., 132 ff.

16 Ursprung der schwarz-rot-gelben Farbkombination war vermutlich die Uniformierung des Lützowschen Freikorps während der Befreiungskriege. Nach 1815 galt diese Farbkombination in den Burschenschaften als Symbol der Freiheit und der deutschen Einheit, bis sie die deutsche Nationalversammlung mit Gesetz vom 31.7.1848 zur deutschen Kriegs- und Handelsflagge bestimmte. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 versuchte, zumindest teilweise, an diese Tradition anzuknüpfen; Artikel 3 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 20 ff.

17 Vgl. mit Anm. 7 und 8. Zur Quantifizierung der NSDAP-Anhänger vgl. Dok. 83, Anm. 7.

18 Gemeint ist Hitlers Pressekonferenz am 4.12.1931. Vgl. Dok. 83.

19 Zur Reaktion der deutschen Presse auf Hitlers Interviewserie mit ausländischen Journalisten vgl. Dok. 83, Anm. 2, Dok. 84, Anm. 2 und Dok. 87, Anm. 2.

20 "After the interview Hitler left for Munich." Folgt Bericht über die allgemeine politische Entwicklung.

7. Dezember 1931 Dok. 89
Artikel[1]

The New York Times vom 8.12.1931, "Constructive Rule Pledged by Hitler"[2].

What the Germany of today needs is a totally new diagnosis of its economic and industrial situation. Even a blind man realizes that Germany is at the end of its power today.

The talk of fulfillment of both private and political debts[3] is the most laughable thing imaginable, if it were not so sad and so tragic. Unfortunately, this is the case.

Anybody familiar with the speech Premier Laval delivered recently in Paris[4] must admit that official French opinion has not progressed one inch, and has not even begun to realize the gravity of the economical problem of the world today.

To be sure, enlightened British and American opinion years ago recognized the suicidal insanity of the economic arrangement forced by the victorious powers on Germany in 1918-19. It will be remembered that Professor Maynard Keynes[5] of Cambridge University raised his

---

1 Das World Copyright 1931 lag bei der North American Newspaper Alliance.

2 Vgl. auch Tidens Tegn (Oslo) vom 11.12.1931, "Tyskland på skilleveien".
Überarbeitete und kritisch kommentierte Auszüge von Hitlers Artikel erschienen am 16.12.1931 auch auf der Titelseite der polnischen Zeitung Ilustrowany Kuryer Codzienny (Krakau) unter dem Titel "Co zrobię, jeżeli dojdę do władzy?" [*Was werde ich tun, wenn ich an die Macht komme?"*].

3 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 und Dok. 29, Anm. 7.
Mit Bezug auf diesen Artikel Hitlers teilte der deutsche Generalkonsul in New York, Otto Carl Kiep, mit Bericht Nr. Ha. 925 vom 9.12.1931 dem Auswärtigen Amt mit, daß Hitlers ergänzende Erklärungen "zweifellos beruhigend und vielleicht sogar fördernd auf die hiesige Einstellung zum deutschen Kredit gewirkt [*hätten*], indem man daraus den bisher fraglichen Tatbestand zu entnehmen glaubte, daß die nationalsozialistische Partei mit dem proklamierten Schutz der deutschen Privatverbindlichkeiten gegenüber dem Auslande sich vorbehaltlos zum kapitalistischen System bekenne". PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

4 Der französische Ministerpräsident Laval hatte am 26.11.1931 vor der Abgeordnetenkammer eine grundsätzliche Rede zur außenpolitischen Lage Frankreichs gehalten, in der er auf den Besuch Brünings und Curtius' in Paris eingegangen war, auf seinen Gegenbesuch in Berlin, auf die Londoner Konferenz und die Gespräche, die er mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover (vgl. Anm. 32) geführt hatte. Zum französisch-deutschen Verhältnis und die Spekulationen über eine Streichung der deutschen Reparationen erklärte Laval u. a.: "Je comprends la misère du peuple allemand, misère qui explique certains excès. Mais imaginons les rôles renversés. Si la France était débitrice de l'Allemagne; si elle offrait un pareil spectacle, que penserait-on outre-Rhin? Sans porter atteinte à la dignité du peuple allemand, j'ai le droit de tenir ce langage. J'ai le devoir de parler franchement. [...] Que l'Allemagne recouvre sa solvabilité, c'est son intérêt, l'intérêt de tous, c'est notre interêt évident. Nous aurons à défendre les intérêts de notre pays sous le contrôle vigilant des Chambres. Nos délégués veilleront à ce qu'il ne soit pas porté atteinte aux droits que nous confèrent les accords de la Haye [*i. e. Young-Plan*]." Vgl. Le Temps vom 28.11.1931, "Discours de M. Pierre Laval"; vom 29.11.1931, "Le Discours de M. Laval et L'Opinion Allemande".

5 John Maynard Keynes (1883-1946, ab 1942: 1st Baron Keynes of Tilton), 1906 Tätigkeit im India Office, 1908 Lecturer in Economics am King's College in Cambridge, 1912 Herausgeber des *Economic Journal*, 1913 Schriftführer der *Royal Economic Society*, 1915-1919 Berater der British Treasury, Delegationsleiter der British Treasury auf der Pariser Friedenskonferenz, 1939-1945 Berater der British Treasury, Werke u. a.: *Indian Currency and Finance* (1913), *The Economic Consequences of the Peace* (1919), *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), *How to Pay the War* (1940).

voice in the critical days, calling the attention of the world public to the economic disaster working behind the tyrannical paragraphs and the whole hideously insane Versailles document[6].

Although Austro-German and American protests were heard at the time, alas, the malady of victory beclouded the brains of responsible European statesmen in those days.

Treaty of "Blind Hatred"

In vain Count von Brockdorff-Rantzau[7], the German delegate to Versailles, refused to sign the Versailles Treaty. His protests were howled down and he himself was forced to leave his post, making room for representatives, then supreme of the Catholic, Centre and International Socialist parties[8].

The world remembers what happened then. The keynote of the Versailles encyclopedia was blind hatred[9], solemnized by the signatures of all the great statesmen of the world, the German delegation having been forced previously to endorse this document. The Versailles treaty was signed under duress, yet this circumstance, which alone would suffice to disqualify any agreement in the eyes of the law, was canonized and sanctified by the concerted efforts of a large majority of the world governments and the world press.

This continued long years, without any noticeable effort on the part of the weak-kneed German Government to bring things to an issue. Yet economic conditions claimed, in their increasingly sinister development, a revision rearrangement for Germany and the rest of the world.

---

6 Keynes hatte 1919 seinen Posten als Delegationsleiter der British Treasury auf der Pariser Friedenskonferenz niedergelegt, weil er die vorgesehenen Bedingungen des Versailler Friedensvertrags für volkswirtschaftlich nicht vertretbar hielt. Unter diesem Gesichtspunkt unterzog er den Vertrag in seinen weit verbreiteten und bald ins Deutsche übersetzten Schriften *The Economic Consequences of the Peace* (1919), *A Revision of the Treaty* (1922) einer vernichtenden Kritik. Die gewaltigen deutschen Reparationszahlungen zerstörten nach Keynes' Meinung nicht nur das internationale Wirtschaftssystem, auch bot der Vertrag keine Alternative zu jenen instabilen Strukturen, welche die Wirtschaft bereits vor 1914 geprägt hatten. Vgl. Matthias Peter, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919-1946, München 1997 [in Vorbereitung].

7 Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928), 1891 Dr. jur., 1894-1896 als Attaché der deutschen Gesandtschaft in Brüssel zugeteilt, 1897-1901 Legationssekretär an der deutschen Botschaft in St. Petersburg, 1901-1909 an der deutschen Botschaft in Wien, 1905 Botschaftsrat, 1909-1912 politischer Generalkonsul in Budapest, 1912-1918 deutscher Gesandter in Kopenhagen, Dezember 1918 bis Februar 1919 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Februar bis Juni 1919 Reichsminister des Auswärtigen, Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1922-1928 deutscher Botschafter in Moskau.

8 Zusammen mit dem Kabinett Scheidemann war Brockdorff-Rantzau in der Nacht vom 19. auf 20.6.1919 zurückgetreten, da sich das Kabinett auf seiner Sitzung in Weimar nicht über den alliierten Friedensvertragsentwurf einigen konnte. Nachdem die DDP einer neuen Regierung nicht mehr beitreten wollte, erklärte sich Gustav Bauer (SPD) bereit, ein neues Kabinett aus Vertretern von Zentrum und SPD zu bilden, von dessen elf Ministern schon acht dem Kabinett Scheidemann angehört hatten. Das neue Kabinett signalisierte daraufhin seine Bereitschaft zur Unterzeichnung des Friedensvertrags, der am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet wurde, von seiten Deutschlands durch den Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

9 Anspielung auf Artikel 231, den sog. Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

I need only allude to the tremendous army of the unemployed[10] as an accursed consequence of the Versailles arrangement[11]. I need only call attention to the gigantic sums necessary in various countries of the world to prevent the perishing and revolting of the unemployed masses.

Does the world realize that if Germany actually could fulfill her political payment under the Versailles treaty that this could only be effected by screwing up German exports in the fantastic figures of $ 15,000,000,000 to $ 20,000,000,000 yearly[12]? Does the world realize the consequences, that it automatically means the break-down of almost all the existing economic systems[13]?

Vast Dumping Would Follow

It would mean dumping compared with which Russian dumping dwarfs to nothingness[14]. Roughly speaking, Germany would be the only country in the world without unemployed, while the reverse would be true in most other countries. This sounds like a paradox, but it is perhaps an instance where what George Meredith[15] would have called "the artistry of fate" turns the tables on world history[16].

If Germany were enabled by a world agreement and tariff arrangements to export the above-mentioned quantities of goods, and that is necessary if Germany is expected to pay tributes, then Germany probably would be the only thriving country on the planet. It would be German goods over all. That is hardly the sense or the purpose of the Versailles treaty, and proves the absurdity of the entire arrangement.

---

10 Im Dezember 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 5.668.187 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, Berlin 1932, S. 298 sowie Dok. 2, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

12 1930 betrug der deutsche Gesamtexport 12.035,6 Millionen RM, 1931 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich 5.741,1 Millionen RM. Für die äußeren Kriegsfolgelasten waren im Haushaltsjahr 1930/31 1.906,6 Millionen RM veranschlagt, im Haushaltsplan 1931/32 1.004,4 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 439, S. 197* sowie Dok. 2, Anm. 26 und 28, Dok. 37, Anm. 13 und 14.

13 In seiner Unterredung mit Hitler am 5.10.1930 (vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 20) hatte Brüning diesem mitgeteilt, daß es sein Ziel sei, "im nächsten Jahr die Reparationen ausschließlich durch unsern Ausfuhrüberschuß zu bezahlen und dadurch das Gefüge des gesamten Weltmarkts auseinanderzubrechen". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 193.

14 Wegen des hohen Bedarfs an Devisen, welche die Realisierung des sowjetischen Fünfjahresplans (vgl. Dok. 2, Anm. 38) erforderte, ging die Sowjetunion immer mehr dazu über, Waren zu beinahe jedem Preis abzusetzen. Das sowjetische Dumping nahm solche Ausmaße an, daß Folgen für die Weltmarktpreise nicht ausblieben und die westlichen Industriestaaten, deren Außenhandel ohnehin unter der Weltwirtschaftskrise litt, zu Gegenmaßnahmen übergingen. So versuchten z. B. die USA seit Juli 1930, Frankreich seit Oktober 1930 durch ein Lizenzsystem den sowjetischen Import einzuschränken; die Sowjetunion beantwortete seit Oktober 1930 diese "Anti-Dumping-Kampagne", indem sie ihre Bestellungen in den betreffenden Ländern annullierte oder Transitrechte verweigerte. Durch die "Anti-Dumping-Kampagne" verlagerte sich lediglich der sowjetische Außenhandel, vor allem nach Deutschland und Großbritannien. Vgl. Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

15 George Meredith (1828-1909), britischer Schriftsteller, Werke u. a.: *Ordeal of Richard Feverel* (1859), *Rhoda Fleming* (1865), *Vittoria* (1866), *Beauchamp's career* (1875), *The egoist* (1879), *Diana of the Crossways* (1885), *Lord Ormont and his Aminta* (1894).

16 Nicht ermittelt.

We are obviously near the end of a vicious circle. The Versailles Treaty proved to be within thirteen years the most formidable boomerang in the history of modern Europe. The world's political wisdom reached its end in a blind alley.

What will be done if our party gets power?

The world must not expect fireworks from me. The contrary is the case. True, Germany, which is on its sick-bed today, will need an entirely different treatment from that prescribed by the Versailles quack doctors since 1919.

As will be remembered, Germany's reputation as a commercial nation of the first order before the war was based on Germany's progressive conservatism, and her solid honesty was almost a proverbial trade-mark. One of my chief aims is to restore the world-wide credit of German commerce, industry and finance [17].

It must not be believed that Germany and I stand for anything but the old, forgotten virtues of our forefathers the frugality, inner discipline and honesty which are the cornerstones of any State and Commonwealth. Saving must take place along the whole line. I mean a stop must be put to the extravagant methods used in obtaining loans, municipal and national.

Would Curb Capital Borrowing

Germany and I stand for this because, while respecting all private debts [18], we will cease to borrow capital as far as possible, and cease to enter loan arrangements at wicked interest, such as 12, 15 and more per cent [19].

I say all promiscuous borrowing must stop [20]. I am confident the world will soon feel vastly different about Germany when it is proved that her sole aim is to reconquer and create confidence in our entire business dealings.

It is inevitable that a firm, thoughtful impression made thus is going to do more good than a thousand silly conferences. This does not mean we refuse to listen to reason. The very contrary is the case.

It will be in Berlin that the unvarnished state of Germany's condition will be put before the world. It will be in Berlin where we will inform the world of our program, which is based on the Spartan State ideal [21].

---

17 Die Exporte des Deutschen Reichs besaßen 1880 einen Gesamtwert von 2.923 Millionen Mark, 1913 von 10.097 Millionen Mark. 1926 hatte es mit einem Export im Gesamtwert von 10.414,6 Millionen RM etwa denselben Stand, 1929 mit einem Gesamtwert von 13.486,3 Millionen RM seinen Höchststand in der Zwischenkriegszeit überhaupt erreicht. 1930 fiel der deutsche Gesamtexport auf 12.035,6 Millionen RM, 1931 auf 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich auf 5.741,1 Millionen RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. II, S. 85; Bd. III, S. 75.

18 Vgl. Dok. 83, Anm. 18.

19 Von der öffentlichen Gesamtverschuldung (Stand: 31.3.1930) waren folgende Beträge zu Spitzenzinssätzen angelegt: Deutsches Reich 9.629,6 Millionen RM, davon Spitzenzinssatz 8-9%: 210 Millionen RM; Länder 2.098,8 Millionen, davon Spitzenzinssatz über 10%: 13,3 Millionen RM; Gemeinden 10.284,3 Millionen RM, davon Spitzenzinssatz über 10%: 417,9 Millionen RM. Die jeweiligen Durchschnittzinssätze beliefen sich auf 5,2%, 6,7% und 7,0%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 484.

20 Entspricht Punkt 12 des Programms der NSDAP vom 24.2.1920: Brechung der Zinsknechtschaft. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 547 ff., hier 549.

21 Zur Rezeption Spartas durch Hitler und die NS-Führung vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72, hier S. 51 ff.

Necessarily, the feeding, warming, clothing and housing of our suffering masses of men, women and children will be one of the first problems of our government. That it must be effected largely in a more or less summary manner is readily understood.

Only one method is adoptable and that is what will make the mark go furthest in order to feed our people and pay our debts. I regret very much that I am unable to give further details on this point. Why should I, by promulgating carefully thought out plans, act as a prompter to the moribund system of today?

Regarding unemployment, doubtless the German State will be able to solve this problem in a large degree through public works, carefully calculated, however, not to interfere with existing industries. Touching the gold standard[22], I regret that I am compelled to shroud myself in silence, for reasons similar to the above.

I wish to say, however, that I see no reason why Germany should take the initiative.

It must be understood, notwithstanding, that the gold standard dogma, like all dogmas, has a limit, especially when overdone to the degree that France is doing it today[23]. As is well known, France is hoarding practically the entire gold of the world in bank vaults in Paris, and this is being done not only on financial grounds, but is primarily political.

Moves to Dominate World

French imperialism, the desire to dominate Europe[24], yes, the world is back of the sinister political decisions of the present day from Washington, London, Vienna, Rome and Budapest. All are practically paralyzed by France's domination of the gold situation and therewith the political situation.

If France is permitted to continue to pursue her policy of financial bullying and political extortion, as is now the case, the world in a certain sense will become French. France [*is*] thus realizing her program of world domination, compared with which certain dreams of Louis XIV[25] appear insignificant and innocent. The area between Cadiz, Calais, Copenhagen and Constantinople has become virtually French territory.

The rest of Europe will have to bow down before the new factor whose man power in case of war will come from Africa[26]. The meaning every American school child can realize, Europe under French domination will cease to be European and will be in danger of becoming African. A parallel is the Roman Empire in decline using increasing numbers of Teutonic soldiers and falling gradually into the hands of various Germanic races[27].

22 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

23 Vgl. Dok. 84, Anm. 13.

24 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

25 Anspielung auf die zwischen 1679 und 1681 eingeleitete Reunionspolitik des französischen Königs Ludwig XIV. (1643/61-1715), die auf eine völlige Kontrolle von Frankreichs Grenzräumen im Norden und Osten zielte.

26 1926 wurde im französischen Mutterland eine Wohnbevölkerung von 40.228.481 Menschen ermittelt, in den französischen Kolonien in Afrika von 33.174.057 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 1* ff.

27 Germanen im römischen Militärdienst hatte es bereits während der römischen Republik gegeben. Doch erst in der Spätantike versagte das System der Ansiedlung geschlossener germanischer Stammesverbände (foederati) als Teil der römischen Grenzpolitik, begannen sich die germanischen Verbände im römischen Heer aufzublähen

Europe and the world have the choice. If world conscience suffers defeat through French militarism, Europe is lost and the ultimate outcome will be chaos.

America is daily turning more from an observer into a sufferer in the European drama[28]. The time is coming when America will be forced to discard the old Washingtonian doctrine of political isolation[29]. She will find it impossible to expand commercially throughout the world while simultaneously preserving her political aloofness. America will have to "talk up" in this hour of destiny.

As a matter of fact, the United States have already started to express an opinion on the present situation. I refer to the statements[30] of Senator William F. Borah and Congressman Louis T. McFadden[31].

There you have genuine Americanism asserting itself in plain everyday language. That is perhaps the reason why the man in the street has taken an interest in the involved problem. Senator Borah today is almost as well known in the world as any of the great statesmen of the past fifty years.

The now historic clash between Premier Laval and Senator Borah[32] has served to illuminate the world problem. On one side is regional, revengeful narrowness; on the other side, a vast capacity to visualize problems, so to speak, from above. That is and always has been the only way to lead mankind out of threatening situations onto common ground, good-will and mutual understanding.

---

und zu verselbständigen und gelangten germanische Offiziere in militärische Spitzenstellungen, so daß sich das germanische Element schließlich nicht mehr in den römischen Reichsverband integrieren ließ. Stattdessen zerfiel das Imperium Romanum zunehmend in Subsysteme, die von einzelnen germanischen Stämmen und Fürsten dominiert wurden. Vgl. Karl Friedrich Stroheker, Germanentum und Spätantike, Zürich 1965.

28 Zum damaligen Stellenwert Europas in der Außenpolitik der USA vgl. Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919-1933, Chapel Hill 1979.

29 Anspielung auf die isolationistische Tradition der US-Außenpolitik, die bereits vom ersten Präsidenten der USA, George Washington (1732-1799), gefordert worden war und die am 2.12.1823 durch die Erklärung des amerikanischen Präsidenten James Monroe (1758-1831) den Status einer außenpolitischen Doktrin erhielt. Der Monroe-Doktrin zufolge wurden alle Kolonisationsversuche, Gebietsübertragungen und Interventionen nichtamerikanischer Mächte gegenüber unabhängigen amerikanischen Staaten als unfreundlicher Akt betrachtet, die gegen den Frieden und die Sicherheit der USA zielten; diese wiederum erklärten ihre Bereitschaft, sich nicht in europäische Angelegenheiten einzumischen. Vgl. Klaus Schwabe, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.

30 Während Borah das Hoover-Moratorium (vgl. Dok. 12, Anm. 4) unterstützte und von Konzessionen an Frankreich nichts wissen wollte, lehnte McFadden das Moratorium ab. Vgl. Leffler, Elusive Quest, S. 240 ff.

31 Louis T. McFadden (1876-1936), 1892 Eintritt in die First National Bank, Canton (Pennsylvania), 1899 Kassierer, 1916 Präsident, 1915-1935 Mitglied im Repräsentantenhaus (Republican), 1920-1932 Vorsitzender der Commission of Banking and Currency.

32 Anläßlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Laval in den USA vom 22.-26.10.1931 hatte Borah am 24.10. eine Presseerklärung abgegeben, in der er für eine Revision des Versailler Friedensvertrags plädierte; es sei sinnvoller, die Zahlungen zu reduzieren, als zu verschieben, auch könne man nicht mehr an einer territorialen Regelung wie der des polnischen Korridors festhalten. Frankreich müsse ferner bestimmen, wie mit einer internationalen Abrüstung zu beginnen sei. Laval ließ daraufhin erklären, "er sei nicht nach Washington gekommen, um sich mit dem ehrenwerten Senator über den Vertrag von Versailles zu unterhalten". Nachdem Borah und Laval abends an einem Bankett teilgenommen hatten, äußerte Borah tags darauf gegenüber der Presse, sie seien sich in nichts nähergekommen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 25.10.1931 (Reichsausgabe), "Laval 20 Stunden bei Hoover"; vom 26.10.1931 (Reichsausgabe), "Keine Verlängerung des Hooverjahres?".

German Masses Seek Change

Of course, things in Germany must be reshaped entirely. You must realize the masses who are going to sweep our delegates into control are thoroughly disgusted and disappointed with all events since Germany signed the Versailles Treaty. Those millions behind me today[33] are not expecting me to preserve the present system.

Quite the contrary is the case. They are yearning for a new State, new ideals and heroic conceptions instead of the banal platitudes our parliamentarism has bestowed on them these last years. Those masses want to feel some one single head is responsible and not the ubiquitous anonymity of the State bourgeois party system.

Seventy-five per cent of all my followers are hand laborers and belong to the proletariat[34]. This will in itself suffice to put at ease any one who might fear secret monarchial plotting behind our party[35].

It stands to reason that the new State which will emerge in the not distant day will not be abused for the pleasure of some selfish cliques. That would be utter insanity.

Nevertheless, new Germany will not hesitate to re-employ whatever was useful in the old pre-war régime.

Here let me say that the absurdity of all rumors concerning a Nazi march on Berlin[36] and the like is evident. The collapse of the present régime is only a question of weeks or months[37]. Why, then, try to hasten the process whose inevitability is a mere matter of organic necessity? It is like trying to hasten the coming of spring with a pocket lantern.

---

33 Vgl. Dok. 83, Anm. 7. Zu den übrigen Wahlerfolgen der NSDAP vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

34 Genaue statistische Angaben über die Mitglieder der NSDAP, geschweige denn über die Wähler liegen für diesen Zeitraum nicht vor. Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren die Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder der SPD ihre Stimme gaben" (Falter, S. 225).
Mitgliederuntersuchungen deuten darauf hin, daß der Anteil an Arbeitern bei den neu eingetretenen NSDAP-Mitgliedern während der Jahre 1930-1932 bei 35,9%, also ebenfalls unter dem Reichsdurchschnitt lag. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 52 ff., 250 f.; Falter, Hitler Wähler, S. 198 ff. mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

35 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Hitler, der im übrigen die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), dachte nicht im entferntesten daran, die politische Machtübernahme mit einer monarchischen Restauration zu verbinden. Bereits im Januar 1930 hatte er beispielsweise bei einem Prozeß gegen den Münchener Journalisten Karl Rabe seine deutliche Skepsis gegenüber jeder Form einer monarchischen Restauration öffentlich klargestellt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 5. sowie Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 111. Ferner Turner (Hrsg.), Hitler, S. 86 ff.

36 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, mit dem dieser die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien einleitete.

37 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. Dok. 48, Dok. 65, Anm. 13 sowie Dok. 88.

Spring is surely coming for our poor, unhappy Germany, but we cherish no illusions that the beginning of our régime will be easy. However, we are entering on this effort with a solemn determination to give Germany back to the Germans[38].

9. Dezember 1931 Dok. 90
"Betr.: Parteidisziplin"
Anordnung[1]

Masch. Ausfertigung mit masch. Unterschrift; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

Der Fall Hessen[2] hat gezeigt, daß Parteigenossen[3] sich berufen fühlen, Ausarbeitungen für den Fall eines kommunistischen Aufstandes, Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus usw. zu machen.

Soweit legale Vorarbeiten[4] hier von einzelnen geleistet werden wollen, sind sie unnötig; das Erforderliche wird von der Obersten SA-Führung bzw. von der Parteileitung veranlaßt[5].

Daß der Nationalsozialismus nach Übernahme der Macht mit unerbitterlicher [*sic!*] Strenge gegen alle Schädlinge an Volk und Vaterland vorgehen wird, ist eine Selbstverständlichkeit, die keiner Erwähnung bedarf[6].

Alle Besprechungen und Stilübungen aber, die illegale Handlungen zur Voraussetzung oder zum Ziele haben und dadurch die Partei schädigen und gefährden, verbiete ich nachdrücklich.

---

38 Das Schlagwort "America for the Americans" ist Teil der sog. Monroe-Doktrin (vgl. Anm. 29). Seitdem wurde die Parole immer wieder aufgenommen und auch auf andere Nationen und Kontinente übertragen.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. Nr. 7525/31. München, den 9. Dezember 1931." Folgt Verteiler.

2 Vgl. Dok. 76, Anm. 2.

3 Anspielung auf: Werner Best (1903-1989), 1923 Eintritt in die DNVP, 1924 von einem französischen Militärgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, von April bis September 1924 inhaftiert, 1925 Referendar am Amtsgericht Mainz, 1927 Dr. jur., 1929 Gerichtsassessor bei verschiedenen Amtsgerichten, 1930 Eintritt in die NSDAP, Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen-Darmstadt, 1931 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1931-1933 MdL in Hessen, ab 1932 Fraktionsvorsitzender, 1931 Eintritt in die SS, 1933 Regierungsrat, Staatskommissar für das Polizeiwesen, dann Landespolizeipräsident in Hessen, 1935 SS-Standartenführer, Chef des Amts Verwaltung und Recht im Hauptamt Sicherheitspolizei im Reichsministerium des Innern sowie Abteilungsleiter und oberster Rechtsberater im Geheimen Staatspolizeiamt, 1939 SS-Brigadeführer, Leiter des Amts II im Reichssicherheitshauptamt, 1940 Kriegsverwaltungschef des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, 1942 "Reichsbevollmächtigter in Dänemark", 1944 SS-Obergruppenführer, 1948 in Kopenhagen zum Tod verurteilt, dann begnadigt, 1951 aus der Haft entlassen, Rückkehr nach Deutschland.

4 Zur Frage der "Legalität" der Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12. Zum Versuch Hitlers, den aus der sog. Boxheimer Affäre erwachsenen Schaden zu begrenzen, vgl. auch Dok. 94.

5 Vgl. hierzu Hitlers geheime Ansprachen vom 25.9. und 26.9.1931. Druck: Dok. 38 f.

6 Reichspräsident von Hindenburg empfing am 11.12.1931 Göring, der ihm im Auftrag Hitlers mitteilte, daß sich die NSDAP "nur legal betätige und ihre Ziele nur auf legalem Wege verfolge. Diese Legalitätsversicherung gelte auch für den Fall, daß die Nationalsozialisten in der Regierung säßen, und auch dann, wenn sie etwa allein die Regierung in Händen hätten. Auch dann würden sie unter Beachtung der Gesetze und der Verfassung legal arbeiten." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 48.

Erfahrungsgemäß befassen sich oft gerade Parteigenossen, die der SA und der Partei erst seit kurzer Zeit angehören, mit solchen Entwürfen, um damit den Nachweis ihrer "Aktivität" und Kampffreudigkeit zu erbringen und schaden damit ungewollt der Bewegung[7]. Der ungewollte Erfolg ihres Vorgehens entspricht damit in der Wirkung dem gewollten Handeln von Spitzeln und Provokateuren.

Parteigenossen, die dem hier nochmals ausdrücklich ausgesprochenen Verbot zuwiderhandeln, haben den Ausschluß aus der Partei zu gewärtigen.

gez. *Adolf Hitler*

F.d.R.

Röhm

11. Dezember 1931 Dok. 91
Rundfunkrede[1]

New York American vom 13.12.1931, "Hitler Pleads for Hands off Reich Affairs"[2].

"I wish to thank Mr. William Randolph Hearst[3], the Hearst Newspapers and the Columbia Broadcasting Network[4] for the opportunity to present to the American people a short exposition of the ideas and purposes of the National Socialist movement in Germany.

7 Best hat rückblickend berichtet, daß er Ende November 1931 von Hitler persönlich in München empfangen worden sei, der ihm wegen der Affäre keine Vorwürfe gemacht habe. Wie Bests weitere Karriere verdeutlicht, hätten ihm - so Best - die "Vorgänge um die sog. 'Boxheimer Dokumente' [...] in der Folgezeit keineswegs geschadet". Vgl. Loiperdinger, Blutnest, S. 440.

1 Hitler hatte ursprünglich geplant, am 11.12.1931 eine zweite Pressekonferenz für britische und amerikanische Journalisten zu veranstalten (vgl. Dok. 83). Obwohl die Reichsregierung dem Plan des preußischen Innenministers Carl Severing nicht zustimmte, diese Konferenz zu verbieten, wurde sie durch die NSDAP selbst abgesagt; offenbar hatte Hitler von Severings Plan erfahren, der zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski erwog, Hitler bei dieser Gelegenheit aus Preußen auszuweisen. Als die NSDAP am Abend desselben Tages versuchte über ein Rundfunkkabel nach London einen Rundfunkrede Hitlers für das Ausland vorzubereiten, wurde dies von Reichspostminister Georg Schätzel verboten, so daß Hitlers geplante Rede erst zwei Tage später in der amerikanischen Presse publiziert wurde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 597; Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, NL Grzesinski, Aufzeichnung vom 11.12.1931.

2 Vgl. auch Le Matin vom 12.12.1931, "Hitler voulait faire de nouvelles déclarations"; Paris-Midi vom 12.12.1931, "Les tribulations héroï-comiques d'Hitler à la recherche d'un poste de radio"; Vossische Zeitung vom 12.12.1931, "Hitler an Hearst"; VB vom 13./14.12.1931, "Adolf Hitler spricht zur amerikanischen Öffentlichkeit über die bolschewistische Weltgefahr"; Münchener Zeitung vom 21.12.1931, "Das vereitelte Interview".

3 William Randolph Hearst (1863-1951), Journalist, 1887 Kauf des *San Francisco Evening Examiner*, 1895 Übernahme des *Morning Journal*, New York, seit 1900 Aufbau eines die gesamte USA umfassenden Presse-

Party's fast growth

"The National Socialist Party is the biggest in Germany[5]. In 1919, only a few months after the World War, a few men including myself, founded a small political circle[6]. There were about seven of us[7], none prominent politically. A year later, there were six men and women[8]. After a short period of persecution and suppression[9], the party rose under my leadership. Today, with a following of between 14,000,000 and 15,000,000[10], we are the largest party in all Germany.

"In 1918, Germany suffered the most terrific collapse in all history. Practically all existent parties are more or less responsible for that catastrophe[11], and the formation of an entirely new party composed of the nation's youth[12] seemed to me to be absolutely imperative.

Near Bolshevism

"That was a critical moment for Germany. For the first time in history, we stood on the brink of Bolshevism[13]. From that day, our supreme aim has been to prevent Bolshevism and barbarism. Now, as then, we are convinced a Communist victory in Germany would signalize the beginning of a world catastrophe.

"Civilized nations are so closely interwoven politically, economically and culturally that a blow directed at Germany would be felt throughout the world and all hopes of recovery from

konzerns, 1903-1907 Mitglied des Repräsentantenhauses (Democrat), um 1930 größter Zeitungsverleger der Welt, Besitzer von 9 Morgen-, 11 Abend- und 13 Sonntagsblättern sowie 7 Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 11 Millionen Exemplaren.

4 Gemeint ist das Columbia Broadcasting System (CBS), das im April 1927 unter der Bezeichnung Columbia Phonograph Broadcasting System, Inc. (CPBS) von der Rundfunkgesellschaft United Independent Broadcasters, Inc. und der Schallplattenfirma Columbia Phonograph Record Company gegründet worden war und am 25.9.1927 seinen Sendebetrieb aufnahm. Nach finanziellen Verlusten zog sich die Schallplattenfirma aus der Rundfunkgesellschaft zurück, die seit 19.11.1927 Columbia Broadcasting System hieß. Die seit 1930 von Edward Klauber geleitete Gesellschaft verfügte zu Beginn der dreißiger Jahre über sieben Sendestationen in den USA sowie über ein Netz von Korrespondentenbüros in verschiedenen amerikanischen Städten und in London. Vgl. Robert V. Hudson, Mass Media. A Chronological Encyclopedia of Television, Radio, Motion Pictures, Magazines, Newspapers and Books in the United States, New York 1987, S. 195 f.

5 Vgl. Dok. 46, Anm. 11, Dok. 2, Anm. 61 und Dok. 83, Anm. 4 und 7.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

7 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

8 Ein alphabetisches Mitglieder-Verzeichnis der DAP vom Herbst 1919 nennt jedoch bereits Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern; IfZ, SV 136. Ein Mitgliederverzeichnis der NSDAP für die Zeit von Februar 1920 bis August 1921 verzeichnet unter der Mitgliedsnummer 555 Hitlers Eintritt am 2.2.1920, unter der Mitgliedsnummer 2.882 den Eintritt von Ulrich Graf am 16.2.1921. Druck: Tyrell, Führer, S. 22 f.

9 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Nach seiner Haftentlassung wurde die NSDAP am 26.2.1925 durch Hitler wiederbegründet. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution. Ferner Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

10 Vgl. Dok. 83, Anm. 7.

11 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

12 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

13 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

the world crisis would have been buried the moment the red flag of the Soviets was carried from Moscow to Hamburg and Heidelberg [*sic!*]. The effects on the world would be inconceivable.

Blames Treaty

"The Versailles Treaty, dictated by blind hatred, created more than 6,000,000 Communists in Germany [14], claiming they are the advance guard of the world revolution. The Communist movement in the United States is as yet comparatively weak [15]. If the United States possessed the same percentage of Communists, there would be about 12.000.000 to deal with. The danger of such a situation would drive home to the American people the necessity for a movement like ours directed against the Red pest of Moscow. In view of this tremendous danger, I sincerely hope the United States will sympathize with us and help in removing this impending disaster.

70,000,000 Involved

"National Socialists believe peace does not signify only the cessation of hostilities on the battlefield, but must also find expression in the everyday life of nations.

"Perpetuation of war hatred by the Versailles treaty led to the disruption of nations and is leading toward world revolution. Our movement embodies the youth of 70,000,000 people [16], whose cultural importance is attested by names like Duerer, Holbein, Bach, Handel, Beethoven, Mozart, Schubert, Wagner, Kant, Goethe, Schiller, Schopenhauer and others.

"For what crimes shall we be responsible to justify being branded as a second-class nation, or being subjected again, possibly tomorrow, to the brutality of French colonial troops on the Rhine [17]?

"If the world permits such degradation for Germany, it must not be surprised if some day the spectre of Communism stalks through the land.

---

14 Vgl. Dok. 83, Anm. 12.

15 Bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1928 wurden für die Communist Party 48.000 Stimmen (0,13%), für die Socialist Party 268.000 Stimmen (0,73%) abgegeben, während der demokratische Kandidat Al Smith 15 Millionen, der republikanische Kandidat Herbert Hoover 21,4 Millionen Stimmen erhielten. Vgl. Klehr/Haynes, American Communist Movement, S. 47.

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

17 Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reichs war vor allem aufgrund französischer Initiative zustande gekommen. Nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands vom 11.11.1918 zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich (Punkt V-VIII) wurden diese Gebiete bis Mitte Dezember 1918 von alliierten Truppen besetzt. In Artikel 428-432 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wurde eine schrittweise Räumung dieser Gebiete in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren vorgesehen, "um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzustellen". Erst mit der Annahme des Young-Plans wurde eine vollständige und vorzeitige Räumung zugesichert, so daß sich die französischen Truppen bis zum 30.6.1930 aus allen noch besetzten Gebieten des Deutschen Reiches zurückzogen. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 22 ff.; RGBl. 1919, S. 1309 ff. Vgl. ferner Walter A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978, S. 15 ff.; David G. Williamson, The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 11 ff.; Krüger, Außenpolitik, passim.

Wants Peace

"I know what war is like[18]. Our party wants peace in Germany and Europe[19]. It fails to understand why peace should be *thwarted* everlastingly by French tyranny and armaments[20]. French militarism, together with Russian Bolshevism, represent the greatest menace to the peaceful development of mankind.

"My party recognizes private property, contracts and private debts[21]. My party, however, will never recognize political debts and tribute imposed in order to keep Germany in eternal bankruptcy.

"My party is not a movement of desperation, but of hopefulness. We are convinced we can assume power in Germany by lawful means[22]. In power, our slogan will be:

"Germany for Germans[23]"

"Give the world what it is rightfully due. Give the German people what, as a sovereign people, it must have to live.

"We want nothing but a Monroe Doctrine[24] for German men, women and children. Our watchword will always be:

"'Germany for Germans.'"

12. Dezember 1931 Dok. 92
"Dienstanweisung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.12.1931.

1. Die Reichsinspektionen sind beratende Stellen des Obersten Führers[1] und dem Reichsorganisationsleiter I[2] unterstellt. Dienstsitz der Reichsinspektionen ist München.

2. Zweck und Aufgabe der Reichsinspektion ist die oberste Führung im Ausbau der politischen Organisation nach einheitlichen Gesichtspunkten durch persönliche Fühlung und Inaugenscheinnahme zu unterstützen.

3. Zu diesem Zweck sind zahlreiche Reisen der Reichs-Inspekteure notwendig. Um überblikken zu können, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Organisationen besucht werden und allenfalls nötige Anregungen geben zu können, legen die Reichsinspekteure zum 1. III., 1. VI.,

18 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.
19 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.
20 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.
21 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.
22 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.
23 Vgl. Dok. 89, Anm. 38.
24 Vgl. Dok. 89, Anm. 29.

1 Hitler.
2 Gregor Straßer. Vgl. Dok. 51, Anm. 1.

1. IX., 1. XII. einen Besichtigungsplan für das kommende Vierteljahr dem Reichsorganisationsleiter vor; durch besondere Verhältnisse nötig werdende Abweichungen davon sind ihnen überlassen. Nach Abschluß jeder Besichtigungsreise berichtet der Reichsinspekteur [3] dem Organisationsleiter [*über*] die dabei gemachten Beobachtungen und Erfahrungen.

4. Um die Reisetätigkeit der Reichsinspekteure noch weiter nutzbar zu machen, werden ihnen außerdem folgende Aufgaben übertragen:

a) Beseitigung von Unstimmigkeiten innerhalb der politischen Organisation. Ihr Eingreifen kann sowohl aus eigenem Antrieb wie auf Weisung der Reichsorganisationsleitung oder auf Antrag eines Gauleiters erfolgen. Die Reichsinspekteure erhalten für diese Tätigkeit eine von mir ausgestellte Vollmacht;

b) Mitwirkung in der Fürsorge durch Anregungen auf Grund der bei den Besichtigungsreisen gemachten Beobachtungen.

c) Die Reichsinspekteure werden ferner zur Ausarbeitung von Vorschriften sowie zur Beurteilung von Vorschlägen und Anregungen herangezogen.

Der Reichsinspekteur ist Amtswalter der Reichsleitung.

5. Der gemeinschaftliche Besichtigungsplan (Ziffer 3) zur Besichtigung in Aussicht genommener Organisationen wird den betreffenden Organisationen von der Reichsorganisationsleitung mitgeteilt. Etwaige Einwendungen haben sie umgehend sowohl der Reichsorganisationsleitung wie der betreffenden Reichsinspektion unmittelbar zu melden.

Den weiteren Schriftwechsel bezüglich Einzelheiten der Besichtigung führt die Reichsorganisation mit den betreffenden Dienststellen unmittelbar.

6. Von allen in ihrem Bereich stattfindenden größeren Tagungen und Aufmärschen insonderheit Gautagungen haben die Gauleitungen der Reichsinspektion unmittelbar Mitteilung zu machen, um ihr die allenfallsige [*sic!*] Teilnahme zu ermöglichen.

7. Diese Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirksamkeit in Kraft.

München, den 12. Dezember 1931

gez.: *Adolf Hitler*

F. d. R.:

Loeper, Chef des Pers[*onal*]-Amtes

3 Gemeint ist vermutlich der Reichsorganisations-Inspektor Robert Ley. Vgl. Dok. 51.

12. Dezember 1931 [1] Dok. 93
Erklärung [2]

VB vom 12.12.1931, "Die sudetendeutschen Nationalsozialisten bei Adolf Hitler" [3].

In England vollzieht sich gegenwärtig ein bedeutsamer Umschwung in der öffentlichen Meinung. Frankreich ist mit seiner Militär- und Goldpolitik[4] *auf dem besten Wege, sich zum Weltschuldigen zu machen. Auch in Amerika und Italien wächst die antifranzösische Strömung von Tag zu Tag, ja man kann sagen von Stunde zu Stunde.* Die unhaltbare Lage am Weltwirtschaftsmarkte drängt die anderen Staaten förmlich in eine Abwehrfront gegen den einseitigen Nutznießer der Verhältnisse. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zum Weltsklaven erniedrigen. Die Unhaltbarkeit der Reparationen, auf die wir zuerst und immer wieder hinweisen, wird heute auch in Italien, England und Amerika erkannt[5]. Es grenzt an Lächerlichkeit, wenn uns unsere Gegner unterschieben, daß wir die Tributfrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. *Wir wollen keinen Krieg*[6]*, aber wir wollen die Gleichberechtigung des Deutschtums in der Welt.* Dafür kämpfen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalsozialistischen Bewegung und dafür werden wir mit der ganzen Kraft eines von uns auf nationaler Grundlage errichteten Deutschland kämpfen. Es wurden Nachrichten verbreitet, daß ich beabsichtige, demnächst nach Rom[7] oder London[8] zu reisen. Es ist natürlich

1 Datierung nach dem Erscheinungstag der Erklärung.

2 Hitlers Erklärung wurde in Form einer wörtlichen zitierten Mitschrift durch die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP publiziert. Anlaß war eine Unterredung Hitlers mit den tschechoslowakischen Abgeordneten Hans Krebs und Rudolf Kasper (DNSAP) sowie mit Max Karg.

3 Vgl. auch VB vom 22.12.1931, "Das Reich, Frankreich und die Welt. Eindrücke aus einer Unterredung mit Adolf Hitler".

4 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14 sowie Dok. 84, Anm. 13.

5 Die Reichsregierung hatte am 19.11.1931 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses gefordert; dieses Gremium sollte klären, ob Deutschland nach Ablauf des Hoover-Jahres (vgl. Dok. 12, Anm. 4) noch in der Lage sein würde, seine Reparationszahlungen, aber auch die Zahlung seiner kommerziellen Schulden fortzusetzen. Der Ausschuß, dem je ein italienischer, belgischer, britischer, deutscher, japanischer, französischer und amerikanischer Vertreter angehörte, nahm seine Arbeit am 8.12.1931 auf. In seinem Bericht vom 23.12.1931 kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß Deutschland "nicht in der Lage sein wird, in dem im nächsten Juli beginnenden Jahr den geschützten Teil der Annuität zu transferieren". Deshalb empfahl der Ausschuß für "das deutsche Problem, das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann". Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 674 ff. Druck der Dokumente: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 515 ff.

6 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.

7 Hitler hatte seine Pläne für eine Reise nach Rom nicht aufgegeben (vgl. Dok. 13, Anm. 15). Der italienische Verbindungsmann Renzetti erhielt jedoch am 20.11.1931 aus Rom die Weisung, es sei besser, wenn Hitler vorerst nicht nach Italien komme. Erst die damaligen Wahlerfolge der NSDAP durchbrachen für kurze Zeit Mussolinis Ablehnung, so daß er vorschlug, Hitler am 11.12.1931 als privaten Gast der faschistischen Partei zu empfangen. Hitler hatte bereits sein österreichisches Visum erhalten, als Renzetti ihn am 6.12.1931 erneut um eine Verschiebung seiner Reise bat - aus Gründen, 'die nur der Duce kenne', womit wohl die sogenannte Boxheimer Affäre und ihre politischen Folgen gemeint war. Während die Spekulationen der Presse über Hitlers Auslandsreisen nicht abrissen, ließ dieser keine Gelegenheit aus, um deswegen bei der italienischen Seite vorstellig zu werden. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 ff.; I Documenti Diplomatici Italiani.

nicht ausgeschlossen, daß sich solche Notwendigkeiten ergeben können. Unsere Aufgabe ist es derzeit, den weltpolitischen Boden für unsere Politik zu bereiten. *Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reiche mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln*[9] *zur Macht kommen wird.*

Jede Wahl bringt neue Beweise für den unaufhaltsamen Aufstieg[10]. Wir sind keine Partei im üblichen Sinne des Wortes, sondern wir sind eine mit elementarer Kraft hervorbrechende Volksbewegung. Die Zeit wird reif für den Endkampf im Innern mit dem Marxismus und Bolschewismus. Ein gegen die bolschewistisch-marxistische Pest immunisiertes Deutschland wird ein neuer, gewaltiger Posten in der Weltpolitik sein[11].

Es wird nicht nur das Vertrauen in die deutsche Lebens- und Wirtschaftskraft wiederherstellen, sondern auch in politischer Hinsicht ein Faktor sein, dessen Freundschaft für die anderen Wert und Anziehungskraft besitzt.

Was die politischen Fragen des *europäischen Südostens*, darunter der Tschechoslowakei betrifft, so können sie nur unter dem Gesichtswinkel unserer Einstellung zu Frankreich beurteilt werden. Frankreich ist in den letzten Monaten intensiv bestrebt, im Donaugebiet, besonders in Österreich und Ungarn neuen Boden zu gewinnen[12]. Die in den Vordergrund geschobene *Habsburger Frage* gehört zu diesen Bestrebungen. Abgesehen von Einzelheiten, wird unser Verhältnis zum Ring der Kleinen Entente[13] stets abhängig sein von unserem Verhältnis

Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981, Doc. 79, 110. Ferner die Berichte des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert; PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

8 Es entsprach Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt, wenn er sich auch um Kontakte mit Großbritannien bemühte. Nachdem Rosenberg Anfang Dezember dort das Terrain sondiert hatte (Dok. 94, Anm. 32), bemerkte Hitler am 7.12.1931 gegenüber Renzetti, daß er noch vor Übernahme der Macht Italien und auch Großbritannien bereisen wolle. Philipp Prinz von Hessen, Schwiegersohn des italienischen Königs Viktor Emanuel III., fühlte deshalb am 30.11.1931 beim britischen Botschafter in Rom, Ronald Graham, vor. Dieser bezeichnete die Angelegenheit als "question of considerable delicacy and difficulty". Wenn Hitler London besuchen wolle, sei das seine Privatangelegenheit, wenn er jedoch den Kontakt mit führenden britischen Politikern suche, eine andere. Die britische Regierung werde nichts unternehmen, um die Regierung Brüning zu schwächen. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie, Vol. XI, Doc. 110; Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Second Series, Volume II: 1931, London 1947, Doc. 304.

9 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

10 Vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

12 Die *Wiener Neuesten Nachrichten* hatten am 31.10.1931 über ein französisches Projekt zur Sammlung der Kräfte auf dem Gebiet der alten k.u.k.-Monarchie berichtet. Geplant war die Bildung eines "zentraleuropäischen Bundes", dem Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, die Tschechoslowakei und eventuell auch Polen angehören sollten; dieser Bund sollte zunächst vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Staaten intensivieren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 293. Ferner Holm Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning. In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 121-164, hier S. 141 f.

13 Seit August 1920 hatte sich zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) ein System bilateraler Defensivverträge herausgebildet. Frankreich, das 1924/25 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschaftsverträge abschloß, unterstützte dieses, auch als "Kleine Entente" bezeichnete, Bündnissystem in der Absicht, den durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo

zu Frankreich. In der österreichischen Frage werden wir den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes unseres Bruderstammes nie aufgeben[14], ob nun wirtschaftliche Donaukonföderationspläne oder dynastische Interessen von anderer Seite dagegen aufgeboten werden. *Ebensowenig wie gegen Frankreich hegen wir die uns immer wieder angedichteten, kriegerischen Absichten gegen die französischen Vasallen im Südosten*[15]. Ein Krieg europäischer Staaten untereinander hieße heute soviel, wie dem Bolschewismus Tür und Tor öffnen. Mit dem ersten Kanonenschuß würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Visitenkarte in den europäischen Hauptstädten aller Länder abgeben.

Adolf Hitler schloß seine Ausführungen mit den Worten: *"Ich bin glücklich, daß heute alle Voraussetzungen für meine Politik bis nahe an die Entscheidung gediehen sind*[16]*. Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutet nicht nur in unseren Augen, sondern auch schon zum großen Teil im Urteil des deutschfreundlichen Auslandes den Beginn einer neuen Ordnung im Innern und einer neuen Wendung in der Weltpolitik. Ein nationalsozialistisches Deutschland wird und muß die Liquidierung der Schande des 9. November 1918*[17] *bringen."*

in Südost- und Ostmitteleuropa zu sichern. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

14 Anspielung auf Artikel 80 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: "Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbunds einer Abänderung zustimmt." Ebenso bezeichnete Artikel 88 des Friedensvertrags von St. Germain vom 10.9.1919 die Unabhängigkeit Österreichs als unabänderlich und verbot jede Beteiligung an den Angelegenheiten einer anderen Macht. Druck: RGBl. 1919, S. 833; Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer u. a. VI. Band: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250 ff., hier S. 276. Ferner Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978, S. 31 ff.

15 Am 20.11.1931 hatte Renzetti Hitler vertraulich mitgeteilt, daß Italien nicht beabsichtige, seine Position auf dem Balkan aufzugeben. Hitler habe - so Renzetti - dafür Verständnis geäußert und dies als völlig richtig bezeichnet. Deutschland müsse sein Desinteresse am Balkan zum Ausdruck bringen und woanders, vor allem im Osten, Märkte finden. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie, Vol. XI, Doc. 80.

16 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48, Dok. 65, Anm. 13 und Dok. 87.

17 Die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich erreichten am 9.11.1918 ihren ersten Höhepunkt: der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm wurde veröffentlicht, Prinz Max von Baden übergab das Kanzleramt an Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann proklamierte die "Deutsche Republik" und Karl Liebknecht die "Freie Sozialistische Republik". Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

13. Dezember 1931 Dok. 94
Schreiben an Heinrich Brüning[1]

VB vom 17.12.1931, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler"[2].

Herr Reichskanzler!

In dem von Ihnen gegebenen Kommentar[3] über die Notwendigkeit und den Inhalt der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten[4] lese ich folgende Sätze:

"Ich werde mich weiter allen Versuchen von Parteien entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser seelischen Spannung und materiellen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt ermahnt alle Völker, den innenpolitischen Meinungsstreit ruhen zu lassen, wenn das Vaterland in der entscheidenden Stunde des politischen Handelns steht[5]".

Obwohl das Inkrafttreten jeder der von Ihrer Regierung herausgegebenen Notverordnungen als eine "entscheidende Stunde" des politischen Handelns bezeichnet wurde[6], entnehme ich aus der umfangreichen Einleitungsrede doch, daß dieser letzten Notverordnung eine noch we-

1 Laut Anzeige im *VB* vom 20./21.12.1931 wurde Hitlers Brief wegen großer Nachfrage durch den Eher-Verlag als Sonderdruck verkauft: Einzelnummer 5 Pf; 500 gr. (ca. 18 Stück) 1,- RM; 1 kg (ca. 35 Stück) 2,- RM; 2 kg (ca. 75 Stück) 4,- RM; 5 kg (ca. 185 Stück) 9,- RM. Alle weiteren 20-kg-Pakete ab 26,- RM. 1932 wurde der Brief als Heft 5 in der Reihe Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, aufgelegt, Kaufpreis 10 Pf.

2 Hitler hatte dem Pressekonzern von William Randolph Hearst die Genehmigung erteilt, 24 Stunden vor Erscheinen seines Briefes in der deutschen Presse eine Zusammenfassung in amerikanischer Sprache ausschließlich in der Presse des Hearst-Konzerns abzudrucken. In dieser Fassung sind die Zitate aus Brünings Rede sowie die zahlreichen direkten Anspielungen auf die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 nicht enthalten. Vgl. z. B. New York American vom 16.12.1931, "Hitler in Defiance. Calls Bruening's Decrees Worthless".

3 Brüning hatte am 8.12.1931 ab 21.00 Uhr über alle deutschen Rundfunksender Rechenschaft abgelegt über die am selben Tag erlassene Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten. Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Brüning nimmt den Kampf auf" und "Die Rundfunkrede des Kanzlers".
Soweit die folgenden Anspielungen Hitlers auf diese Rede Brünings nicht oder nur geringfügig von der Vorlage abweichen, werden die jeweiligen Zitate in den Anmerkungen nicht wiederholt.

4 Nach langen Diskussionen hatte sich die Reichsregierung auf einen wirtschafts-, finanz- und innenpolitischen Maßnahmenkatalog geeinigt, den der Reichspräsident am 8.12.1931 als Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens verabschiedete. Kernstück dieser Vierten Notverordnung waren die deflationistischen Zins-, Preis- und Lohnsenkungen, ferner die Senkung der Eisenbahntarife, Abbau der Hauszinssteuer, Mietsenkung, Erhöhung der Umsatzsteuer oder eine Reichsfluchtsteuer, außerdem einschneidende Sparmaßnahmen im sozialpolitischen Bereich (vgl. Anm. 82) sowie verschiedene Verordnungen gegen die zunehmende Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen (vgl. Anm. 92 und 103). Mit dieser gewaltsamen "Adjustierung aller Lebens-, Preis-, Produktions- und Verteilungsbedingungen an eine völlig neue Wirtschaftslage" (Brüning, Memoiren S. 477) versuchte Brüning in einer Art Flucht nach vorn eine Wende in der Wirtschafts-, aber auch in der Reparationspolitik zu erzwingen. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 626 ff. Druck: RGBl. 1931, I, S. 699 ff.

5 "Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innenpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht." Wie Anm. 3.

sentlich gesteigerte Bedeutung innewohnen soll, daß die Stunde dieses Handelns als besonders ernst angesehen wird. *Dennoch vermisse ich in der bemerkenswerten Einleitung Ihrer Notverordnung, Herr Reichskanzler, den angeführten "uralten Instinkt" der Völker,* der meines Erachtens nicht nur von Parteien zu verlangen ist, sondern auch von Staatsmännern.

Ein Angriff ohne Not

In Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, greifen Sie bewußt die nationalsozialistische Bewegung an und stellen sie damit indirekt in Gegensatz zur Geschlossenheit des übrigen Volkes. Da in diesem Angriff gegen einen Teil der deutschen Nation ich selbst als Führer eine besondere Erwähnung erfahre[7], sehe ich mich verpflichtet, diesem Angriff gegenüber, Herr Reichskanzler, die von mir geführte Masse unseres Volkes zu verteidigen. *Ich bedaure dies aufrichtig, da mir an sich nicht einleuchtet, in welchem ursächlichen Zusammenhang die Angriffe gegen einen so großen Teil des deutschen Volkes mit der neuen Notverordnung stehen sollen.* Weder politisch noch materiell lag für diese Angriffe eine Notwendigkeit vor. Sie tragen mithin rein parteipolitischen Charakter.

Materielle Gründe lassen sich aus dieser Notverordnung für den Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung um so weniger ableiten

als Sie selbst, Herr Reichskanzler, in Ihrer Rede zugeben, daß die materielle Not wenigstens teilweise den Fehlern früherer Regierungen zuzuschreiben sei[8].

---

6 Gemeint sind die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930, die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931 sowie die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung von politischen Ausschreitungen vom 6.10.1931. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff., 537 ff.

Zu Brünings Argumentation vgl. z. B. seine Rede vor dem Reichstag vom 5.12.1930: "Meine Herren, es ist meine Pflicht, in dieser ernsten Stunde Sie zu bitten, daß die Notverordnung so, wie sie ist, nicht aufgehoben wird, daß die Entscheidung darüber ehestens gefällt wird, und, meine Herren, seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt! Stellen Sie Wünsche und Kritiken in einer wirklich ernsten Stunde zurück! Sie wissen nicht, wenn etwa die Dinge zum Scheitern kommen könnten, was hinter diesem Scheitern stehen kann!" Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, Berlin 1931, S. 311.

7 "Wenn der *Parteiführer der Nationalsozialisten* die *legalen* Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen *im grellen Kontrast dazu* die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man, auf legalem Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität, und sie ist es noch weniger, wenn zur gleichen Zeit im engeren Kreis Rachepläne verfaßt und vorgetragen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste." Wie Anm. 3.

Intern äußerte sich Brüning damals jedoch "über die Persönlichkeit Hitlers eher lobend", so am 1.12.1931 gegenüber dem polnischen Gesandten in Berlin, Alfred Wysocki: "Hitler zeige in Wirklichkeit mehr Mäßigung als sein Ruf erwarten lasse." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 578.

8 "Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volke im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf *Fehler, die wir selbst* in den vergangenen Jahren gemacht haben." Wie Anm. 3.

Wir Nationalsozialisten hatten mit diesen Regierungen nicht nur nichts gemein, sondern haben sie im Gegenteil wegen ihrer nunmehr endlich erkannten Fehler immer abgelehnt und bekämpft.

Politische Gründe können aber ebensowenig ein innerer Anlaß für diesen Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung und meine Person gewesen sein. Denn wenn schon eine objektive Prüfung meiner Opposition keine Rechtfertigung unseres Handelns ergeben hätte, dann müßte zumindest die allgemeine politische Gerechtigkeit, deren auch ein Staatsmann nicht entsagen darf, zur Feststellung gelangt sein, daß es außer der nationalsozialistischen Partei noch andere Bewegungen und Parteien in Deutschland gibt, die zum Teil ebenfalls sehr scharf das heutige System und Ihre Regierung ablehnen. Wenn auch von einer anderen Weltanschauung ausgehend, so bekämpft die Kommunistische Partei [*Deutschlands*] zum Beispiel nicht nur das heutige System, sondern sogar den Staat, ja die gesamte Ordnung, *und zwar bewußt und gewollt mit illegalen Methoden*[9].

Politische Gründe für das Bekämpfen von Parteien angesichts dieser in schwerer Stunde des deutschen Volkes aufgebürdeten neuen Notverordnung wären demnach nur dann zuzubilligen, wenn Sie, Herr Reichskanzler, gegen die Gesamtheit derjenigen Stellung genommen hätten, die Sie und Ihre Regierung ablehnt.

Es ist das allerdings die nach Millionen zählende überwältigende Mehrheit unseres Volkes[10].

Da dies unterblieben ist, können es nur *parteimäßig* bedingte Erwägungen gewesen sein, die der Anlaß waren, die nationalsozialistische Bewegung allein mit Vorwürfen zu überschütten, die ebenso ungerechtfertigt wie leicht zu widerlegen sind. Dieser Umstand zwingt mich zu den nachstehenden Ausführungen:

Über den Wert des Schweigens, des Redens und des Handelns

In Ihrer nunmehr gedruckten Rede finde ich folgende Sätze:

"Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich oft zu lange schweige. Die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens scheint mir trotz allem größer zu sein als die des Redens, und ich habe die Zuversicht, daß das deutsche Volk sich auf die Seite des Sachlichen, Ernsten stellen wird[11]."

---

9 Der Rote Frontkämpferbund war seit Mai 1929 verboten. Die paramilitärisch geschulte und teilweise bewaffnete Organisation wurde jedoch illegal fortgeführt. Im Sommer 1931 sollen ihr noch etwa die Hälfte ihrer früheren Mitglieder angehört haben, was etwa 40.000 entsprochen hätte. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 603 f.

10 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

11 Wie Anm. 3.
Angesichts der sich häufenden Hitlerschen Interviews mit ausländischen Journalisten war in der deutschen Presse Kritik darüber geäußert worden, daß allmählich Hitler, nicht mehr jedoch die Reichsregierung das Deutsche Reich nach außen zu vertreten schien; vgl. z. B. Frankfurter Zeitung vom 6.12.1931 (Reichsausgabe), "Hitler spricht - Brüning schweigt": "Sozusagen am Vorabend entscheidender Verhandlungen, die ausschließlich der derzeitigen Regierung zustehen, macht sich Herr Hitler zum Sprecher Deutschlands. Wir erlauben uns die bescheidene Frage: *Wer regiert* eigentlich in Deutschland? Herr Hitler, der bei den letzten Wahlen nicht weniger, aber auch nicht mehr als 6,4 Millionen Stimmen erhielt, oder Herr Dr. *Brüning*, der sich immerhin noch auf eine klare und feste Mehrheit im Reichstag zu berufen vermag. Wir meinen, Herr Dr. Brüning, der ja nicht bloß Kanzler, sondern auch Außenminister ist, sollte darauf verzichten, sich lebendig begraben zu lassen."

Herr Reichskanzler! Diesen Ihren Auffassungen scheinen mir einige nicht unbedeutende Irrtümer zugrunde zu liegen. Gewiß wird nicht jede Rede, die auf der Welt gehalten wird, als eine "sachliche Leistung", der man mit Ernst entgegentreten muß, gewürdigt werden können. *Seit ich den deutschen Rundfunk in den regelmäßigen Dienst der Regierungspropaganda gestellt sehe*[12]*, kann auch ich mich dem Eindruck der nur allzu begründeten leichten Vergänglichkeit rednerischer Leistungen nicht mehr verschließen.* Allein, es würde doch verkehrt sein, aus solchen etwa durch die Gegenwart illustrierten Beispielen auf eine allgemeine Minderwertigkeit des geistigen Gehaltes von Reden schließen zu wollen gegenüber der Bedeutung schriftlicher Elaborate, selbst wenn sie das Glück oder Unglück besitzen, durch die Maschinerie einer Gesetzgebung gelaufen zu sein. Die Gesamtsumme aller Verordnungen, angefangen von denen der Dorfschulzen bis zu denen höchster Stellen, weist sowenig von höherer Bedeutung auf, daß demgegenüber viele Reden als beachtliche Dokumente gewissenhaften und pflichtgemäßen Arbeitens angesehen werden dürfen. *So manche Verordnung, die - ich will es nicht bestreiten - der grübelnde menschliche Verstand in emsigem Fleiß und in anerkennenswerter Ausdauer zuwege brachte, ist in ihrem endgültigen und tatsächlichen Wert spezifisch leichter gewesen als das Blatt Papier, das das Unglück hatte, diese Verheißung der Menschheit vermitteln zu müssen.*

Der Wert eines Gesetzes liegt weder in der dafür aufgewendeten Zeit noch im äußeren Umfang, sondern ausschließlich im endgültigen geistigen Gehalt. Der Blitz des Genies hat die Welt zu allen Zeiten gründlicher aufgehellt als tausend qualmende Pechfackeln mancher Verordnungs- und Gesetzgebungskunst.

Ich weiß, daß nach einer vormärzlichen Auffassung Regierungen das Recht besitzen, zu handeln, und die Völker die Pflicht haben sollen, zu schweigen[13]. Schon das alte Deutschland hat demgegenüber beharrlich die Auffassung vertreten, daß außer dem Recht der Regierung zu *handeln* auch noch das Recht der Stellungnahme der Regierten vorhanden sei. *Außer der Pflicht der Regierten, eine Regierung hinzunehmen, gibt es auch eine Pflicht der Regierung, die Einwände der Regierten gnädigst würdigen zu wollen.*

Insbesondere seit der Revolution des Jahres 1918 glaubt das deutsche Volk, eine Berechtigung der Kritik, und zwar der offenen Kritik um so mehr zu besitzen, als ja dieses behauptetermaßen früher nicht vollständig zugebilligte Recht der freien Rede mit ein Grund zum Sturz des alten Systems gewesen sein soll[14].

12 Die Richtlinien über die Regelung des Rundfunks vom 2.12.1926 legten fest, daß der Rundfunk im Deutschen Reich keiner Partei diene; sein gesamter Nachrichten- und Vortragdienst sei "streng überparteilich zu gestalten". In der Praxis wurde das Prinzip der Neutralität allerdings rasch durchbrochen, schon weil sich die parteipolitischen und staatlichen Funktionen der Politiker nicht immer auseinanderhalten ließen. Während in der Reichstagwahl von 1928 Wahlsendungen der Parteien grundsätzlich verboten waren, wurde 1930 allen Parteien - mit Ausnahme von KPD und NSDAP - die Möglichkeit gegeben, ihr Programm der Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage begann sich die Regierung Brüning seit Herbst 1930 der Möglichkeiten des Rundfunks verstärkt, manchmal sogar täglich zu bedienen. Vgl. Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955, S. 51 ff., 91 ff.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 267 ff., 386 ff.

13 Anspielung auf die Ära vor der im März 1848 beginnenden Revolution im Deutschen Bund.

In der Verfassung des neuen Reiches lautet es daher auch nicht: Alle Macht geht von der *Regierung* aus, sondern: Alle Macht geht vom *Volke* aus [15].

Sie selbst, Herr Reichskanzler, wachen nun eifersüchtig darüber, daß niemand anderes in Deutschland handlungsberechtigt sei als die Regierung. *So aber ergibt sich von selbst die Beschränkung der Opposition auf das Gebiet der Kritik und damit der Rede.*

Wenn das heutige Deutschland einen Oliver Cromwell, einen George Washington oder einen Otto v. Bismarck sein eigen nennen würde, dann müßten augenblicklich alle drei sich begnügen, ihre oppositionellen Auffassungen gegenüber dem derzeitigen Regiment lediglich durch Wort oder Schrift der Nation zur Kenntnis zu bringen. Aber wenn diese drei heute auch nur reden könnten, wäre damit wahrhaftig nicht gesagt, daß dem Inhalt ihrer Reden etwa weniger Wert zukäme als dem Gehalt von Regierungs-Verordnungen, Herr Reichskanzler!

Bei dieser Geringschätzung der Rede wird mir allerdings die bescheidene geistige Potenz neuerer deutscher Redeleistungen amtlicher Herkunft ebenso erklärlich, wie mir umgekehrt die Häufigkeit dieser unternehmenden Versuche eine gewisse Bewunderung abnötigt.

Warum benützen denn überhaupt Regierungsstellen immer wieder ein Instrument, das ihnen in seinem inneren Wert so bedenklich, um nicht zu sagen verächtlich erscheint, und das sie wohl auch aus diesem Grunde so mangelhaft beherrschen?

Der Erfolg allein ist Gradmesser

Die Regierung, Herr Reichskanzler, kann handeln. Sie kann den Flug der Gedanken und Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung verwirklichen. Sie kann die Richtigkeit ihrer Auffassungen durch die Tat beweisen. Und sie ist eifersüchtig darauf bedacht, daß kein anderer als sie diese Möglichkeiten wahrnimmt. *Was bleibt uns denn anderes übrig, Herr Reichskanzler, als die Rede, um unsere Auffassungen über die Verderblichkeit Ihrer Pläne, über die Irrtümer, die ihnen zugrunde liegen, und über die Fehlschläge, die kommen müssen, dem deutschen Volk zur Kenntnis zu bringen?*

Natürlich kann man durch die blinde Gewalt auf dem Wege der Anwendung staatlicher Machtmittel der Opposition das Reden und Schreiben verbieten [16]. *Allein, dann muß der Erfolg gegen die Redner und für die Gewaltinhaber sprechen, und zwar nicht etwa der Erfolg,*

---

14 Das Recht auf Meinungsfreiheit war - im Gegensatz zur preußischen Verfassung vom 31.1.1850 - in der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 nicht verankert. Während des Ersten Weltkriegs versuchten die Militärbehörden die öffentliche Meinung engmaschig zu überwachen und zu reglementieren; 1915 wurde die Oberzensurstelle und das Kriegspresseamt ins Leben gerufen, bis Ende 1916 existierten über zweitausend Zensurbestimmungen. Der Interfraktionelle Ausschuß, der sich am 6.7.1917 im Reichstag gebildet hatte, forderte in seinem Minimalprogramm vom 22.10.1917 die Beseitigung der politischen Zensur. Nachdem dieser Punkt im September 1918 in das Programm der Mehrheitsparteien aufgenommen worden war, hob der preußische Kriegsminister Heinrich Scheüch mit Erlaß vom 2.11.1918 die meisten Beschränkungen der freien Meinungsäußerung auf. Vgl. Udo Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967, passim; Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.

15 Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

der sich im gelungenen Verbot einer Versammlung oder Zeitung ausdrückt, sondern in der gelungenen Führung einer Nation.

Die Richtigkeit oder die Unrichtigkeit einer geistigen Leistung, ganz gleich, ob sie sich im geschriebenen oder im gesprochenen Worte äußert, beweist am Ende nur der wirkliche Verlauf der Ereignisse. Als der Reichskanzler Bismarck sich mit seinen ihn kritisierenden Gegnern auseinandersetzte, verdammte er sie schließlich zu ehrerbietigem Schweigen durch die Proklamation eines neuen Deutschen Reiches von gewaltigem internationalen Ansehen und steigender innerer Wohlfahrt.

Der Kurs des heutigen Systems hat aber bisher nicht den Regierungen, sondern den kritisierenden Rednern Recht gegeben.

Wenn man heute dennoch höheren Ortes in dieser unserer Rede-Tätigkeit etwas Ungehöriges erblicken möchte, dann erspare man uns das Reden und gebe uns die Macht!

Herr Reichskanzler, wir sind jederzeit bereit zu handeln.

Oder haben wir uns etwa je geweigert, die Verantwortung zu übernehmen?

Es ist allgemein bekannt, daß Sie, Herr Reichskanzler, die Übernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Bewegung und durch die nationale Opposition überhaupt ablehnen [17]. Die Motivierung dieser Stellungnahme ist nicht leicht.

Das System,

dessen Wesen sich in unserer heutigen Regierung verkörpert, wird von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation verworfen [18]. Wenn man trotzdem versucht, das gerade vom demokratischen Standpunkt aus unverständliche Bleiben der augenblicklichen Gewalten zu rechtfertigen, muß man natürlich nach irgendwelchen Gründen suchen. Ich glaube daher, daß das Gefühl für die Notwendigkeit einer Verteidigung der an sich unverständlichen Haltung des derzeitigen Systems gegenüber dem Drängen der überwiegenden Mehrheit des Volkes mit ein Grund zur Einleitungsrede Ihrer Notverordnung, Herr Reichskanzler, war.

Mit fadenscheinigen Anschuldigungen gegen die N.S.D.A.P. sucht sich das System zu halten

Zwei Erwägungen sollen nach Ihrer Rede das heutige Regierungs-System innerlich verpflichten, die öffentliche Gewalt nicht aus der Hand zu geben:

---

16 Teil acht, Kapitel III ("Verstärkung des Ehrenschutzes") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 verschärfte die Strafen für üble Nachrede und Verleumdung für den Fall, daß es sich bei den Verletzten um Personen des öffentlichen Lebens handelt. Kapitel IV ("Sicherung des Weihnachtsfriedens") enthielt darüber hinaus Maßnahmen, die für die Zeit bis zum 3.1.1932 so gut wie jede politische Agitation verboten. Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f.

17 Brüning fehlte für die NSDAP jegliche Sympathie. Gleichwohl scheute er nicht davor zurück, die Nationalsozialisten von sich aus in sein politisches Kalkül miteinzubeziehen - auch aus Rücksichtnahme gegenüber dem Reichspräsidenten und dessen Beratern, aber auch um die Radikalität der nationalsozialistischen Forderungen außenpolitisch zu instrumentalisieren. Brünings Konzept lief damals wohl darauf hinaus, "der NSDAP in Preußen viel, in der Reichsregierung einiges, jedoch Hitler nichts zu bieten" (Gerhard Schulz). Vgl. Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 599 ff., Zitat S. 602 sowie Staat und NSDAP, Dok. 373.
Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6.

18 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

1. Die nationalsozialistische Bewegung als stärkster Faktor der nationalen Opposition soll kein legaler Verband sein und muß daher vom Gesamtgewicht der zur Regierungsübernahme berechtigten gegnerischen Wähler- und Parteimasse abgezogen werden[19]. Damit kann dann die Regierungskoalition von Zentrum und Marxismus als einzige Lösung auch demokratisch sachlich verantwortet werden.

2. Die nationalsozialistische Bewegung und im weiteren Sinne die gesamte nationale Opposition verfolgen angeblich ein Programm der Illusionen und Wunschbilder[20]. Die derzeitige Regierung aber und überhaupt das herrschende System sollen demgegenüber im Sinne einer "ernsten Sachlichkeit" und einer "praktischen Wirklichkeit" arbeiten. Damit können sie dann die Stimme der inneren Unruhe auch noch durch die pathetische Beteuerung einer "moralischen Verantwortlichkeit" zum Schweigen bringen[21].

Beide Einwände können an der Hand Ihrer Einleitungsrede der Notverordnung - und der tatsächlichen Wirklichkeit - unschwer widerlegt werden.

1. In Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, sagten Sie wörtlich folgendes:

"Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zu sinnlosem Bruderkampf und außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man, auf legalem Weg zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Dagegen wende ich mich als Staatsmann aufs schärfste[22]".

Zunächst ist es unrichtig, daß etwa nur ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung die Legalität der Partei betone, während meine Unterführer einer anderen Auffassung seien[23].

Ich befinde mich in dieser Frage mit allen meinen Führern und Parteigenossen in voller Übereinstimmung, ausgenommen jene Elemente, die als

bewußte Spitzelprovokateure [*sic!*] *in die Partei hineingeschickt*

werden, für die dann aber nicht ich, sondern die hohen Auftraggeber verantwortlich zu machen sind. Gewiß, Herr Reichskanzler, hat es in meiner Partei zeitweilig einzelne Führer gegeben, deren Auffassungen ich nicht immer als mit meinen legalen Auffassungen übereinstimmend angesehen habe[24]. *Allein, gerade diese Führer hatten engere Beziehungen zu amtlichen Stellen als ich, der offizielle Parteiführer*[25].

19 Vgl. Anm. 7.

20 "Wunschgebilde sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren, nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht ebenfalls in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich in heißester Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Überlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt." Wie Anm. 3.

21 Läßt sich in dieser Form nicht in Brünings Rede nachweisen; jedoch ist ihr gesamter Tenor als Appell an die moralisch-nationale Verantwortung zu verstehen.

22 Wie Anm. 7.

23 Anspielung auf die sog. Boxheimer Affäre vgl. Dok. 76 sowie 90.

24 Hitler versuchte immer wieder, den Ausschluß von nationalsozialistischen Funktionären, die nicht bereit waren, sich seinem Führungsanspruch zu unterwerfen, damit zu begründen, diese hätten angeblich gegen das von ihm vertretene "Legalitätsprinzip" verstoßen. Vgl. Bd. III/3, Dok. 39, Bd. IV/1, 79-82, 84-87, 93, 115 sowie Dok. 18.

25 Gemeint ist vermutlich der ehemalige OSAF-Stellvertreter Ost Walter Stennes, der damals einen Beleidigungsprozeß gegen Hitler vorbereitete, weil ihm in der nationalsozialistischen Presse vorgeworfen wurde, es habe sich bei ihm um einen Polizeispitzel gehandelt. Vgl. hierzu Bd. IV/3.

Sollten Sie, Herr Reichskanzler, Wert darauf legen, diese eigenartigen Tatsachen öffentlich behandelt zu sehen, dann bin ich gerne bereit, der öffentlichen Meinung ein Material zu unterbreiten, auf daß sich auch diese ein Bild davon machen kann, wie schwer es ist, die Verantwortung für eine große Partei zu übernehmen, wenn einzelnen "Mitgliedern" so verführerische Angebote gemacht werden.

Ich habe aber, Herr Reichskanzler, solche Männer bisher ohne weiteres - sehr zum Leidwesen gewisser Interessenten - *rücksichtslos aus der Partei entfernt.*

Notwehr - nicht Bruderkampf!

Es ist weiterhin nicht richtig, daß meine Unterführer einen "sinnlosen Bruderkampf" predigen[26]. Richtig ist, daß wir diesen Kampf auf das schmerzlichste bedauern. *Richtig ist es allerdings auch, daß wir uns nicht schutz- und wehrlos von der roten Mordbestie abschlachten lassen. Richtig ist weiter, daß wir nicht daran denken, Deutschland dem Schicksal Rußlands auszuliefern.* Und richtig ist endlich, daß wir uns nicht durch den Terror kommunistischer Meuchelmörder die politische Propaganda zusammenschlagen lassen. *Und ebenso richtig ist, daß wir in dieser reinen Notwehr die schwersten Blutopfer zu tragen haben*[27].

Richtig ist, Herr Reichskanzler, daß seit vielen Monaten meine waffenlosen und damit praktisch wehrlosen Parteigenossen von Meuchelmördern überfallen, niedergestochen, verletzt und getötet werden, ohne daß die Regierung - Ihre Regierung, Herr Reichskanzler Brüning - es fertiggebracht hätte, diesem Wüten Einhalt zu gebieten.

Wenn einmal der kommunistische Meuchelmord zwei Polizeioffiziere trifft[28], dann allerdings kann die Öffentlichkeit nicht gut an diesen blutigen Tatsachen vorbeigeführt werden, *daß aber diese rote Mordseuche die nationalsozialistische Bewegung in einem Jahr über fünfzig Tote und viertausend Verwundete*[29]

26 Anspielung auf die aufsehenerregende Rede, die Gregor Straßer am 4.12.1931 in Stuttgart gehalten hatte. Dem Bericht Nr. II b 33116/31 des Polizeipräsidiums Stuttgart an das Reichsministerium des Innern vom 10.12.1931 zufolge proklamierte Straßer "den rücksichtslosen und mitleidlosen Kampf gegen jeden, der sich dem Nationalsozialismus entgegenstelle". Die NSDAP werde "legal bleiben, bis sie die politische Macht errungen habe. [...] Einmal an die Macht gekommen, werde die Macht schonungslos angewendet werden. Die Regierungsvertreter, die heute ihre Plätze entgegen dem Willen des Volkes weiter behaupteten, würden für jeden Schaden, der der Nation aus ihrem Verbleiben in der Regierung entstehe, vor dem Staatsgerichtshof verantwortlich gemacht werden. Schädlinge jeder Art hätten ihr Leben verwirkt, demnach werde jede Form des Landesverrats mit dem Tode bestraft." BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Versammlungen, 1.3.1931-April 1935, 26088. Vgl. ferner Frankfurter Zeitung vom 8.12.1931 (MA), "Keine Einigung! Rede Gregor Straßers".

27 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71, Anm. 13, 15, 18 und 23 f.

28 Am 9.8.1931, dem Tag des Volksentscheids in Preußen, hatten Angehörige der KPD auf dem Bülowplatz in Berlin die Polizeihauptleute Paul Anlauf und Franz Lenck erschossen, sowie den Oberwachtmeister Richard Willig schwer verletzt. Obwohl es nicht gelang, die Täter zu fassen, ließen die Ermittlungen keinen Zweifel, daß Angehörige der KPD hinter diesen Morden standen. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 10.8.1931 (AA), "Der Mord an den Schupo-Offizieren" sowie Jochen von Lang, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Berlin 1991, S. 11 ff.
Zu den personellen Verlusten der Polizei insgesamt vgl. Dok. 46, Anm. 69.

29 Nach parteieigenen Angaben starben im Zeitraum zwischen Januar bis Dezember 1931 42 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 6.307 Verletzte gemeldet. Vgl. Volz, Daten, S. 72; Halbmast, S. 44 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 412; Longerich, Bataillone, S. 122. Zu den individuellen Hintergründen dieser Todesfälle vgl. z. B. Dok. 80.

gekostet hat, das wird der Welt verschwiegen. Darüber schreiben weder gewisse Zeitungen, noch reden darüber die Führer der Regierungsparteien!

Ich habe in Verfolg meiner legalen Versicherungen schweren Herzens meinen treuen Anhängern unbedingte Waffenlosigkeit befohlen[30]. *Aber den Befehl, sich wehrlos abschlachten zu lassen, Herr Reichskanzler, können Sie nicht von mir verlangen, und ich werde ihn nicht geben.*

Es würde vielleicht zweckmäßiger gewesen sein, die Welt auf diese Tatsachen hinzuweisen, als Zweifel in die Legalität einer Bewegung zu setzen[31], die mehr als tausendfältige Beweise von der Gesetzlichkeit ihrer Gesinnung gegeben hat.

Die Torheiten der Außenpolitik des Systems

Es ist weiter unrichtig, Herr Reichskanzler, daß irgendein Verantwortlicher in der Partei zu "außenpolitischen Torheiten" aufgefordert hätte[32], die sich auch nur zu einem Tausendstel etwa mit jenen außenpolitischen Torheiten messen könnten, die in den letzten zwölf Jahren tatsächlich begangen wurden und heute eine geschichtlich erwiesene Tatsache sind. *Allein die Unterschrift unter die Klausel des Young-Planes*[33]*, die Frankreich ein Sanktionsrecht nach eigenem*

30 Vgl. z. B. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39) und seinen Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).

31 Anspielung auf Hitlers sog. Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123. Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.
Am 11.12.1931 war Göring vom Reichspräsidenten empfangen worden; "Göring gab dem Herrn Reichspräsidenten zugleich im Auftrage von Adolf Hitler die bestimmte Versicherung ab, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich nur legal betätige und ihre Ziele nur auf legalem Wege verfolge. Diese Legalitätsversicherung gelte auch für den Fall, daß die Nationalsozialisten in der Regierung säßen, und auch dann, wenn sie etwa allein die Regierung in Händen hätten. Auch dann würden sie unter Beachtung der Gesetze und der Verfassung legal arbeiten." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 599.

32 Vermutlich eine Anspielung Brünings (vgl. Anm. 7) auf jene außenpolitischen Aktivitäten, die Hitler im Dezember 1931 entfaltet hatte - seine Pressekonferenz in Berlin am 4.12.1931 sowie die sich anschließenden Interviews mit ausländischen Korrespondenten, Hitlers Artikel, der kurz darauf in der internationalen Presse erschienen war, ferner eine weitere Pressekonferenz sowie ein Rundfunkinterview mit ausländischen Journalisten, die jedoch beide verboten wurden. Ferner berichtete die Presse immer wieder von Reiseplänen Hitlers nach Rom und London. Vgl. Dok. 83 ff. sowie Dok. 13, Anm. 15 und Dok. 93, Anm. 7.
Auch der Besuch von Alfred Rosenberg in London hatte in der Öffentlichkeit für Aufregung gesorgt. Anfang Dezember 1931 war es Rosenberg gelungen, Kontakte zu verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens herzustellen, u. a. zu dem britischen Kriegsminister Douglas McGarel Hogg, 1st Viscount of Hailsham. Ungeachtet der dezidiert beschwichtigenden Absicht von Rosenbergs Reise berichtete *The New York Times*, einer Äußerung Rosenbergs zufolge werde Deutschland im Falle einer nationalsozialistischen Machtübernahme militärisch organisiert werden, der Schwerpunkt der sich anschließenden Eroberungen werde in Ost- und Mitteleuropa liegen, Südrußland würde für deutsche Siedler geöffnet. Vgl. Seppo Kuusisto, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-39, Helsinki 1984, S. 78 ff. Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 4.12.1931 (AA), "Hitlers 'Sondierung' in London"; Vossische Zeitung vom 6.12.1931 (MA), "Rosenbergs Londoner Eindrücke..."; VB vom 10.12.1931, "Londoner Reise".

33 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

Ermessen zubilligt[34], *war eine politische Torheit, die nicht durch tausend rednerische Entgleisungen einzelner aufgewogen werden könnte, auch wenn diese tatsächlich geschehen wären. Wenn die außenpolitische Situation des Deutschen Reiches dreizehn Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch immer so hoffnungslos verzweifelt ist, dann wahrhaftig nicht deshalb, weil etwa die Weisheit bei unserer politischen Führung Pate war, sondern, weil alle politischen Torheiten, die die Phantasie sich auszudenken vermag, in unserer außenpolitischen Führung in Erscheinung traten.*

Vielleicht schenkt ein gütiges Geschick dem deutschen Volk in der Zukunft einmal einen Staatsmann von wirklichem Format, dessen Patent nicht vom Berliner "8-Uhr-Abendblatt"[35] oder der "[*Berliner*] Morgenpost"[36], sondern von der Geschichte ausgestellt wird, und der Zeit und Muße hat, die außenpolitischen Leistungen von 1918 bis 1932 vom überlegeneren Standpunkt der Nachwelt aus durchzuprüfen. Ich fürchte, er wird sich schwer tun, die kleinen Gewichte zu finden, um die "Weisheiten" dieser Zeit wägen zu können. Aber es wird ihm vollends unmöglich sein, die großen Gewichte in die der Torheit gegenüberliegende Waagschale überhaupt auch nur hineinzubringen.

Und um dies gleich am Vorliegenden selbst zu prüfen:

Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß es außenpolitisch richtig und klug ist, eine Bewegung, die, nationalpolitisch gesehen, den einzigen Aktivposten Deutschlands für eine wirkliche nationale Außenpolitik darstellt, planmäßig der Welt gegenüber als eine "illegale" und "verderbliche" Räuberbande zu qualifizieren, ohne damit aber auch nur im geringsten den Sieg dieser Bewegung verhindern zu können?

---

34 Anlage I, Teil II des Haager Abkommens vom 20.1.1930 über die endgültige Annahme des Sachverständigenplans (Young-Plan) vom 7.6.1929 legte u. a. fest: "Wenn indes eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den Ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen beweisen, den Neuen Plan [*i. e. Young-Plan*] zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Ständige Gerichtshof darüber befindet; sie erklärt, daß sie es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen." Druck: RGBl. 1930, II, S. 105.

35 Das *8-Uhr-Abendblatt* geht zurück auf die am 22.3.1848 in Berlin gegründete *National-Zeitung*, die politisch zunächst der Fortschrittspartei, seit 1866 der Nationalliberalen Partei nahestand. Aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten wurde die Tageszeitung 1910 zum ersten deutschen Spätabendblatt umgestaltet, das nun unter dem Titel *8-Uhr-Abendblatt. National-Zeitung* erschien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Zeitung, die 1930 eine Auflage von etwa 100.000 Exemplaren erreichte, vom Mosse-Verlag erworben, dessen finanzielle Schwierigkeiten zu Beginn der 30er Jahre zum Niedergang des Blattes beitrugen. Vgl. Jürgen Kahl, National-Zeitung. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 177-189; Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1982, passim; sowie Anm. 94.

36 Die 1898 gegründete liberale Tageszeitung *Berliner Morgenpost* war 1930 mit einer täglichen Auflage von 621.000 Exemplaren nicht nur das Flaggschiff des Ullstein-Verlags, sondern eine der auflagestärksten Zeitungen in Deutschland. Vgl. Rainer Wagner, Berliner Morgenpost. In: Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, Bd. 2, Berlin 1977, S. 9-45; Kurt Koszyk, Der jüdische Beitrag zum deutschen Presse- und Verlagswesen. In: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 196-217.

Ist es wirklich "staatsmännische Weisheit", eine Partei, deren Siegeszug eine zwölfjährige Unterdrückung nicht aufzuhalten vermochte, der Welt durch eine übelwollende Presse widerspruchslos als Gefahr für die menschliche Gesellschaft, für Ruhe, Frieden und Ordnung hinstellen zu lassen, und damit von vorneherein das unweigerlich kommende neue Deutschland vor der Welt zu belasten?

Mehr als irgendeine andere Partei zeichnet sich die nationalsozialistische Bewegung dadurch aus, daß sich in ihren führenden Stellen und unter ihren Mitgliedern zahllose Teilnehmer am großen Weltkrieg befinden[37]*. Wir haben ihn alle in seiner grausamen Wirklichkeit kennengelernt. Niemand von uns wünscht einen Krieg. Allerdings sind wir trotzdem Männer geblieben, die, wenn nötig, weniger am Leben als an der Freiheit hängen. Wenn aber dieser Geist als "blutrünstig" verschrien und damit seine Ausrottung besiegelt werden soll, dann unterschreibt man zugleich das Todesurteil unserer Nation!*

Untauglichkeit der Demokratie

Der zweite Teil Ihrer Bemerkung, Herr Reichskanzler, ist mir, offen gestanden, völlig unverständlich. Sie lehnen es als "Staatsmann" ab, daß wir, legal zur Macht gekommen, dann die Legalität durchbrechen könnten[38]? Herr Reichskanzler, die Grundthese der Demokratie lautet: Alle Macht geht vom Volke aus. Die Verfassung schreibt vor, auf welchem Wege sich eine Auffassung, eine Idee und damit eine Organisation vom Volk die Legitimation zur Verwirklichung ihrer Absichten holen muß. *Das Volk selbst entscheidet aber am Ende auch über seine Verfassung.*

Herr Reichskanzler: Wenn die deutsche Nation die nationalsozialistische Bewegung einst legitimiert, eine andere Verfassung als die heutige einzuführen, dann können Sie es nicht verhindern.

Die Staatsmänner sind in erster Linie verantwortlich für das, was aus ihrem Geist und Wirken entsteht, und nicht für das, was ein anderer später vollzieht. Auch der Blick in die Zukunft darf das eigene Handeln nur insofern bestimmen, als es dieser Zukunft nützlich sein kann.

Die deutsche Nation aber lebt nicht für eine Verfassung, sondern sie gibt sich die Verfassung, die zum Leben taugt, und wenn sich eine als lebensunbrauchbar erweist, dann stirbt nicht die Nation, sondern dann ändert sich die Verfassung!

Das System gegen die eigene Verfassung

Wir Nationalsozialisten haben, glaube ich, den Geist der heutigen Verfassung am Ende noch richtiger erfaßt als die Exponenten des derzeitig herrschenden Systems. Denn es gibt nicht nur eine Verfassung dem Buchstaben nach, sondern auch eine Verfassung dem Geiste nach. Glauben Sie, Herr Reichskanzler, aber, daß es dem Wesensgedanken der Demokratie entspricht und damit dem innersten Sinn auch der Weimarer Verfassung, wenn eine Regierung Regierung bleibt, obwohl sie weiß, daß der Ausgangspunkt ihrer Gewalt, nämlich das Volk,

37 Zum Kriegsdienst nationalsozialistischer Politiker vgl. Dok. 43, Anm. 9.
Mit dem Kabinett Brüning war erstmals eine neue Generation von Politikern in politische Spitzenämter gerückt. Da sechs Kabinettsmitglieder als Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hatten, wurde das Kabinett Brüning immer wieder auch als das "Kabinett der Frontsoldaten" bezeichnet. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 173.

38 Wie Anm. 7.

sich schon längst von ihr gewendet hat? Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß der Gesetzgeber der Weimarer Verfassung die demokratische Willensbildung und Willensmeinung der Nation als letzten Träger der Gewalt verwechselt wissen wollte mit der Angst parlamentarischer Parteien als tragende Basis eines Kabinetts?

Wie untauglich die Demokratie für Deutschland ist, weil sie ihren eigenen Geist verleugnet, hat uns England in einem prachtvollen Beispiel bewiesen. Im Augenblick, da die frühere Regierung MacDonald[39] zu der Überzeugung kam, daß im englischen Volke eine weitgehende Verschiebung der politischen Willensbildung stattgefunden hatte, löste sie das englische Parlament auf und appellierte an das britische Volk[40]. Sie gab damit dem nationalen Selbsterhaltungstrieb vor der ganzen Welt deutlich Ausdruck. Das war nicht nur fair, sondern auch logisch im Sinne der Demokratie.

Was aber geschieht bei uns? Seit Monaten zeugt jede neue Wahl von der ungeheuren Umstellung, die sich im Innern unseres Volkes vollzieht. Ein Blick auf das Wachstum der Partei[41], der Ihnen, Herr Reichskanzler, jederzeit möglich ist, muß den Verlauf dieser Tendenz bestätigen. Was aber geschieht bei uns? Man beginnt den kleinlichsten Krieg gegen die nationalsozialistische Bewegung und hofft, auf dem Wege von Verordnungen und schikanösen, halb empörenden und halb lächerlichen Maßnahmen Metternichschen Geistes, das herrschende System gegen die Demokratie zu verteidigen[42]. Jawohl, *gegen* die Demokratie und *gegen* die Verfassung, Herr Reichskanzler! Denn wie soll man einen Vorgang z. B. beurteilen, in dem ein Staatsgerichtshof das Wahlgesetz eines Landtages als rechtsungültig feststellt, der Landtag selbst aber, ohne mit einer Wimper zu zucken, bleibt, weil ein ängstlicher Selbsterhaltungstrieb Parteien, - darunter die auch Sie stützenden Parteien der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratie[43] - vor dem Wandel des Urteils des Volkes zittern läßt[44]? Sie finden heute

39 James Ramsay MacDonald (1866-1937), Journalist, 1886 Mitglied der Fabian Society, 1894 Eintritt in die Independent Labour Party, 1900 Mitbegründer des Labour Representation Committee (seit 1906: Labour Party), 1906-1918 und 1922-1937 Mitglied des britischen Unterhauses, 1911-1914 Fraktionsführer der Labour Party, Januar bis November 1924 Premierminister und Außenminister, 1925 Vorsitzender der Labour Party, 1929-1935 Ministerpräsident, anschließend Lord President of the Council.

40 Wegen der sich zuspitzenden finanziellen und wirtschaftlichen Krise war das Kabinett MacDonald am 24.8.1931 zurückgetreten. Tags darauf bildete MacDonald unter seinem Vorsitz eine als National Government bezeichnete Regierung, die sich jedoch nun aus Vertretern von Labour Party, Konservativen und Liberalen zusammensetzte. Da die Labour Party MacDonald ihr Vertrauen entzog, stimmte dieser am 30.9.1931 Neuwahlen zu, nachdem im September die Haushaltsvorlagen und das Gesetz über die Aufhebung des Goldstandards parlamentarisch gebilligt worden waren. Bei der Wahl vom 27.10.1931 verbesserten sich die Konservativen von 264 auf 471 Mandate, die Liberalen gewannen 33 Mandate, während die Labour Party von 265 auf 52 Mandate fiel. Obwohl MacDonalds National Labour Group lediglich 13 Mandate erhalten hatte, blieb dieser weiterhin Premierminister eines zweiten Nationalen Kabinetts, das sich am 5.11.1931 aus Konservativen, Liberalen sowie Vertretern der National Labour Group konstituierte. Vgl. David Marquand, Ramsay MacDonald, London 1977, S. 638 ff.

41 Vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6, Dok. 67, Anm. 3 und Dok. 83, Anm. 7.

42 Anspielung auf den österreichischen Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg (1773-1859), der Symbolfigur für die seit 1815 einsetzende politische Restauration im Deutschen Bund.

43 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

44 Der bayerische Staatsgerichtshof hatte am 12.2.1930 der Klage von DDP, Wirtschaftspartei und Christlichem Volksdienst gegen das bayerische Landeswahlgesetz nur teilweise stattgegeben; Artikel 42 und 58 dieses Geset-

keinen deutschen Staatsrechtslehrer wahrhaft demokratischer Gesinnung, der nicht vom sachlichen Standpunkt aus das eben geschilderte Unterfangen des Bayer[*ischen*] Landtages als verfassungswidrig ablehnt. Für eine Besorgnis hinsichtlich verfassungswidriger Akte wäre meines Erachtens also im heutigen Deutschland mehr als genug Anlaß vorhanden. Schenken Sie doch diesen nächstliegenden Gefahren Ihre geschätzte Aufmerksamkeit, statt sich *durch politischen Astigmatismus*[45] ablenken zu lassen durch die Sorge um ein von Ihnen lediglich befürchtetes illegales Handeln meiner Bewegung nach ihrer legalen Machtübernahme[46]. Herr Reichskanzler! Wir Nationalsozialisten respektieren die Verfassung in unserem Kampf um die politische Macht und hoffen, *daß es uns möglich sein wird, dem deutschen Volke eine neue und gesündere Verfassung zu geben.* Ich verspreche Ihnen aber schon jetzt, daß wir die jeweils gültige Verfassung auch dem Sinne nach treuer respektieren werden als das heutige System die von Weimar!

Ich kann dabei auch nicht ohne weiteres zugeben, daß die Berechtigung zu Ihren Zweifeln, Herr Reichskanzler, in die derzeitige und künftige Legalität meiner Partei einfach in der von Ihnen betonten Stellung als "Staatsmann" liegen soll. Sie, Herr Reichskanzler, sind heute Staatsmann kraft Ihres Amtes, aber schon jetzt sicher nicht mehr kraft der Zustimmung der nach Ihrer Verfassung auch heute dazu erforderlichen Mehrheit[47]. Ich bin Volksmann [*sic!*] und überlasse es der Zukunft und dem deutschen Volk, ob sie mir den so oft mißbrauchten Ehrentitel des Staatsmannes verleihen wollen oder nicht.

Sowenig aber die von Ihnen, Herr Reichskanzler, angezweifelte Legalität der Partei einen stichhaltigen Grund für die Notwendigkeit des Bestandes der heutigen Regierung abgibt, sowenig ist dies der Fall bei Ihren Befürchtungen hinsichtlich der angeblichen Unrealität unseres Programms.

Sie erklären in Ihrer Rede:

"Daß sich unser Volk gegen das harte Schicksal der Zeit aufbäumt, versteht niemand mehr als ich. Weite Kreise unseres Volkes haben in dieser Not ihre Zuflucht zu Traumbildern genommen.

---

zes, welche die Nominierung von 15 "Landesabgeordneten" durch die Parteien vorsahen, wurden jedoch als Verstoß gegen die Reichsverfassung bewertet. Daraufhin stellte die Landtagsfraktion der NSDAP am 22.10.1930 den Antrag, alle Beschlüsse des bayerischen Landtags nach dem 12.2.1930 für ungültig zu erklären. Dieser Antrag wurde vom bayerischen Staatsgerichtshof am 26.2.1931 abgewiesen; abgewiesen wurde ferner am 21.9.1931 ein Antrag von DVP, DStP, Wirtschaftspartei und Christlichem Volksdienst vom 30.4.1931 gegen das neue Landeswahlgesetz, das der Landtag am 10.3.1931 angenommen hatte. Am 24.10.1931 erließ der bayerische Landtag ein Gesetz über die Verfassungsmäßigkeit des Landtags, am 5.11.1931 lehnte der Staatsgerichtshof weitere Anträge der NSDAP-Fraktion ab, die Rechtsungültigkeit des Landtags festzustellen und eine einstweilige Verfügung gegen seine Einberufung zu erwirken. Vgl. Bekanntmachung der Entscheidung des Bayerischen Staatsgerichtshofs vom 26.2.1931, 21.9.1931 und 5.11.1931; Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 10.3.1931; Gesetz über die Verfassungsmäßigkeit des Landtags. Druck: Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern 1931, S. 117 ff., 124 ff., 291 ff., 307, 325 ff.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 38 f.; 1931, S. 63, 110.

45 Medizinischer Terminus für Sehstörungen wegen krankhafter Veränderungen der Hornhaut.

46 Zu Hitlers damaligen Absichten vgl. z. B. Dok. 90.

47 Anspielung auf Artikel 54 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393. Zu den Machtverhältnissen im Reichstag vgl. Dok. 46, Anm. 18.

Wunschbilder aber sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist nur möglich, wenn sich die Politik der Regierung nicht auch in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich bei heißer Liebe zu Volk und Vaterland nur von der Erkenntnis der uns verbliebenen Mittel leiten läßt.

Wenn die deutsche Politik der Versuchung nachgeben würde, die Leiden der Gegenwart durch Steigerung unklarer Wünsche und durch die Herausstellung unerreichbarer Ziele zu heilen, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der in der Verzweiflung solchen Zielen nachjagt, muß ein schreckliches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, dem drohenden Zerfall der Volkskräfte mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch

unter Verhängung des Ausnahmezustandes

gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden der stärksten Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen[48]".

Herr Reichskanzler! Der Vorwurf der Illusionen trifft nicht die nationale Opposition, und am wenigsten die Nationalsozialistische Partei oder mich, sondern zuallererst das heutige System.

Die Illusionen von Erzberger bis Brüning

Als in den Novembertagen 1918 die Revolution ausbrach, wurde mit ihr die Flagge der Illusion hochgezogen, die seitdem über allen Regierungshandlungen innen und außen weht. Als Ihr Fraktions- und Parteigenosse Matthias Erzberger sich am 11. November 1918 als deutscher Waffenstillstandsunterhändler in den Wald von Compiègne begab und die denkwürdigen, echt staatsmännischen Worte sprach: "Wir müssen eben alles annehmen. Alles müssen wir annehmen. Dann werde sie uns am ehesten verzeihen[49]", da war das eine Illusion. Eine Illusion von entsetzlichen und furchtbaren Folgen, genauso entsetzlich wie die Illusion jener Matrosenbataillone und Schlachtschiffbesatzungen, die wähnten, daß mit ihrem Landesverrat die rote Fahne auch auf den englischen Schiffen hochgezogen würde[50].

---

48 "Daß sich jeder einzelne von uns innerlich aufbäumt gegen das harte Schicksal unserer Zeit, versteht niemand mehr als ich. Wir haben uns, niedergeworfen durch den Weltkrieg aus glänzender Höhe, im innersten Herzen aufgebäumt gegen die Erkenntnis, daß die Not eine Wirklichkeit, nicht nur ein böser Traum sei. Mit steigender Not haben sich in steigendem Maße weite Volkskreise zu Traumbildern geflüchtet. Wunschgebilde sind kein politisches Programm." Der Rest des Zitats entspricht weitgehend wörtlich der Vorlage. Wie Anm. 3.

49 Angesichts der verzweifelten militärischen Lage war Erzberger vom Reichskanzler Prinz Max von Baden ermächtigt worden, jeden Waffenstillstand, so hart er auch sei, anzunehmen. Auch der Chef der OHL, Hindenburg, empfahl in einem Telegramm vom 10.11.1918, den Waffenstillstand "trotzdem abzuschließen", selbst wenn es nicht möglich sein sollte, Erleichterungen durchzusetzen. Obwohl die alliierten Militärs nicht die geringste Konzessionsbereitschaft zeigten, gelang es Erzberger, der damals nicht mehr übernahm als die formale Verantwortung für den verlorenen Weltkrieg, bei den Verhandlungen im Wald von Compiègne noch einige technische Erleichterungen durchzusetzen. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 293 ff. Zum äußeren Ablauf: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1.

50 Wie in allen kriegführenden Staaten bestand auch in weiten Kreisen der britischen Bevölkerung bei Ende des Ersten Weltkriegs ein hoher Konflikt- und Erwartungsstau, der jedoch - mit Ausnahme des Soldatenrats in Kempton Park Anfang Januar 1919 und der explosiven Stimmung in den Entlassungscamps in Nordfrankreich

Alle Programme der damaligen Zeit und alle Versprechungen, und zwar ausgegeben sowohl von den amtlichen Regierungsstellen wie von Parteiführern, waren, milde gesagt, Illusionen. Die Phrase von der nun kommenden "Schönheit, Freiheit und Würde" [51] war genauso eine traurige Illusion, wie die Phrase vom nunmehr beginnenden sozialen Glück, von der sozialen Wohlfahrt, vom sozialen Emporstieg eine verlogene war.

Eine Illusion war der versprochene Abbau der Preise, eine Illusion die "Entbürokratisierung" unserer Verwaltung, eine Illusion die "Abschaffung der Geheimdiplomatie" [52], eine Illusion die Verheißung einer wahrhaften demokratischen Gleichberechtigung! Unsere ganze Politik damals jagte nur Illusionen nach, Herr Reichskanzler. Und ich war einer der ganz wenigen, der es schon in jenen Jahren wagte, in offenen Massenversammlungen sich diesen Illusionen entgegenzustellen [53]!

Furcht vor den Akten seiner Geschichte

Das heutige System darf es nicht wagen, die Dokumente seiner Erklärungen und Versprechungen aus der Zeit seiner Begründung der Öffentlichkeit in Erinnerung zu bringen, weil sie aus lauter Illusionen bestehen. Aber *meine Reden* aus diesen Jahren, genauso wie aus den späteren, können Sie öffentlich zum Anschlag bringen lassen. Sie würden heute die Unterlage zu meiner Rechtfertigung abgeben, wie sie seinerzeit die Unterlage abgaben für meine Verfolgung durch Ihre Partei und deren marxistische Verbündete.

Es war eine Illusion, daß man eine Kriegsflotte in der Hoffnung ablieferte, sie wieder zurückzubekommen [54],

eine Illusion, daß man eine Handelsflotte auslieferte in der Meinung, sie wiederzuerhalten [55],

eine Illusion, daß man abrüstete [56], im Glauben, Frankreich würde dasselbe tun [57].

---

und Südengland - nicht auf die Streitkräfte übergriff. Dagegen kam es im zivilen Sektor zu Massenstreiks, mit insgesamt 1.165 Streiks und 1.116.000 Streikenden im Jahr 1918 die international größte Streikbewegung. Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

51 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

52 Anspielung auf Punkt 1 des Friedensprogramms des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 8.1.1918, demzufolge keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr getroffen werden sollten. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. II, S. 374.

53 Zu Hitlers politischen Anfängen vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 200 ff. Hitlers damalige Reden und Äußerungen in: Jäckel/Kuhn, S. 87 ff. Ferner Dok. 2, Anm. 60.

54 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Kriegsmarine - laut Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen sämtliche Unterseeboote, sechs Panzerkreuzer, zehn Linienschiffe, acht Kleine Kreuzer und 50 Zerstörer - wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337 ff., hier S. 353 ff.; Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.

55 Wegen der fortbestehenden Seeblockade hatten sich alliierte und deutsche Vertreter im Brüsseler Abkommen vom 14.3.1919 darauf geeinigt, als Gegenleistung für einen begrenzten Lebensmittelimport nach Deutschland die deutsche Handelsflotte dem Allied Maritime Transport Council zur Verfügung zu stellen. Vgl. Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976, S. 293 ff.

Anlage III, § 1 und 2 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte, daß die deutsche Regierung innerhalb von zwei Monaten dem alliierten Wiedergutmachungsausschuß "das Eigentum an allen den Reichs-

Es war eine Illusion, eine Hilfe vom Weltgewissen, vom Völkerbund oder von irgendeiner Konferenz zu erwarten.

Es war eine Illusion, als man den Friedensvertrag in der Meinung unterschrieb, es handle sich nur um ein formales Dokument und nicht um die schon damals beabsichtigte Zerstörung des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft durch Frankreich.

Es war eine Illusion, daß man glaubte, durch die Unterzeichnung der Kriegsschuldlüge[58] Erleichterungen, ja "Verzeihung" erhalten zu können, während in Wirklichkeit in der Weltgeschichte noch jede charakterlose Handlung ihre eigene Rache in sich trug.

Es war eine Illusion, als wiederum Ihr Parteigenosse Matthias Erzberger, Herr Reichskanzler, den Alliierten als mögliche Reparationssumme hundert Milliarden Goldmark vorschlug[59] und deutsche Regierungen allen Ernstes glaubten, das erfüllen zu können, und jeden moralisch steinigten, der diesen Wahnsinn einen Wahnsinn nannte.

Es war weiter eine Illusion, als man im Ruhrkampf wähnte, durch einen bezahlten Generalstreik eine okkupierende Armee verscheuchen zu können[60], und eine noch größere Illusion,

---

angehörigen gehörenden Handelsschiffen von 1.600 Bruttotonnen und darüber, ferner die Hälfte des Tonnengehalts der Schiffe, deren Bruttotonnengehalt zwischen 1.000 und 1.600 Tonnen beträgt, und je ein Viertel des Tonnengehalts sowohl der Fischdampfer wie der anderen Fischereifahrzeuge" auszuliefern habe. § 5 verpflichtete die deutsche Regierung, für die alliierten Regierungen fünf Jahre lang Handelsschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von jährlich max. 200.000 Tonnen zu bauen; Konditionen und Preise sollten durch den alliierten Wiedergutmachungsausschuß festgelegt werden. Druck: RGBl. 1919, S. 1019 ff.

56 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff. Vgl. ferner Dok. 37, Anm. 3.

57 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

58 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

59 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 verzichteten die Alliierten darauf, ihre endgültigen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland zu fixieren, sondern wiesen dies einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu. Allerdings wurde im Friedensvertragsentwurf eine Vorabzahlung in Höhe von 100 Milliarden Goldmark gefordert, unabhängig von weiteren deutschen Reparationen. Die deutsche Friedensdelegation versuchte daraufhin vergeblich, die alliierten Reparationsforderungen auf diese - unverzinsbare - Summe festzulegen, wobei Erzberger zunächst die Erstattung durch Sachwerte in Form eines deutschen Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich sowie einer alliierten Beteiligung an der deutschen Industrie favorisierte. Vgl. Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973, S. 161 ff. Druck von Teil VIII des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 985 ff.

60 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung hatte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen initiiert. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

daß man meinte, ohne Aufbau einer aktiven Front im Hinterland eines Tages besser verhandeln zu können als vorher[61].

Es war eine Illusion, als man den Dawes-Pakt[62] *unterschrieb und an das Traumbild einer damit möglich werdenden Sanierung der deutschen Wirtschaft glaubte.*

Und es war wieder eine Illusion, als man diese Fata Morgana des Dawes-Frühlings schon als den Beginn der Staatsrettung durch die Wirtschaft [*sic!*] feierte[63].

Eine Illusion war die Hoffnung, die man an Locarno[64] knüpfte, genauso, wie der Young-Plan nur auf Illusionen beruhte.

Illusion[*en*] *von Dawes bis Young*

Es war eine Illusion, daß man meinte, mit dem Young-Plan die Finanzen des Reiches und der Länder sanieren zu können[65], eine Illusion, daß man versuchte, damit auch die Wirtschaft zu retten[66].

Eine Illusion war das Versprechen, durch die Unterzeichnung des Young-Plans die *Arbeitslosigkeit*[67] zu beseitigen, und nichts anderes als eine Illusion die Beteuerung, damit die Landwirtschaft dem Verderben zu entreißen[68]. Und über allem die ungeheure Illusion, daß die deutsche Wirtschaft das leisten könne, und die noch größere Illusion, daß nunmehr der Beginn geregelter und geordneter Verhältnisse erreicht sei.

Jawohl, Herr Reichskanzler, solchen Illusionen ist unsere betont nüchtern und real denkende Staatsleitung zum Opfer gefallen und noch zahllosen anderen dazu!

Denn auch die Notverordnungen, Herr Reichskanzler, haben sich in der von Ihnen erhofften Wirkung durchlaufend ebenfalls als Illusionen erwiesen.

Am verhängnisvollsten waren die Illusionen aber meist dann, wenn Rundfunkreden der Dürftigkeit und Brüchigkeit unserer Verordnungen volkstümliche Lichter aufzusetzen bemüht waren.

Ich habe schon in meinem ersten offenen Brief an Sie[69], Herr Reichskanzler, auf den schweren Irrtum hingewiesen, der in Ihrer Auffassung lag, Deutschland müsse erst seine Fi-

---

61 Hitler hatte 1923 jegliche Unterstützung des passiven Widerstands gegen die Ruhrbesetzung mit der Begründung abgelehnt, daß zuerst der "innere Feind" besiegt werden müsse, bevor Frankreich bekämpft werden könne. Vgl. z. B. seine Reden vom 26.2. und 21.8.1923. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 835 ff., 981 ff. Ferner Fest, Hitler, S. 273 f.

62 Vgl. Dok. 46, Anm. 21.

63 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, welche die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherstellen sollte. Zwischen 1924 und Sommer 1930 flossen rund 28 Milliarden RM Auslandsanleihe insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Diese Kredite, mit denen nach 1924 etwa $^{2}/_{5}$ aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert wurden, ermöglichten die einsetzende Konjunktur der deutschen Wirtschaft sowie zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere in den Kommunen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff, 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

64 Vgl. Dok. 2, Anm. 17.

65 Vgl. Dok. 2, Anm. 9, 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.

66 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

67 Vgl. Dok. 89, Anm. 10 sowie Dok. 2, Anm. 4.

68 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

69 Druck: Dok. 46.

nanzen und seine Wirtschaft saniert haben, um dann mit Aussicht auf Erfolg eine Revision des Young-Planes anstreben zu können[70]. Ich stellte damals fest, daß an sich eine solche Sanierung vor der Revision nicht nur des Young-Plans, sondern überhaupt des Friedensvertrages von Versailles ausgeschlossen wäre, daß aber, selbst wenn sie gelänge, damit jede praktische Beseitigung der uns aufgebürdeten Lasten unmöglich würde. Denn wie wollten wir der Welt die Unmöglichkeit der Verträge klar machen, wenn wir trotz ihrer die Aufrechterhaltung des finanziellen und wirtschaftlichen Lebens als möglich beweisen? Sie, Herr Kanzler, haben nun zu diesem Punkt im Reichstag Stellung genommen und meine Auffassung als Irrtum hinzustellen versucht mit der Begründung, daß durch diese, die letzte Substanz erfassenden Eingriffe in unser wirtschaftliches Leben die Unmöglichkeit der Erfüllungspolitik[71] erst der Welt bewiesen werden solle[72].

Neue verzweifelte Erfüllungsversuche

Herr Reichskanzler Brüning, erstens, ist das der Welt bereits bewiesen worden. Zweitens, konnte man das der Welt in jeder Stunde der Entwicklung der letzten sechs Jahre beweisen, wenn man dies gewollt hätte. Und drittens, stimmt es nicht, daß etwa die heutige Regierung zum Unterschied von den früheren durch die bewußte ausschließliche Inanspruchnahme der eigenen deutschen Möglichkeiten die Unmöglichkeit der Erfüllung des Geforderten demonstrieren wollte! Nein!

Tatsächlich hat auch die derzeitige Regierung die ganze Welt abgetastet nach neuen Krediten[73]. Würden sie gegeben worden sein, man hätte die Fortführung der Erfüllungspolitik erneut als möglich "bewiesen".

Denn jede noch so zarte Blüte, und wenn sie tausendmal nur eine Scheinblüte ist, muß immer wieder die Welt in ihrem Irrtum bestärken, daß der Wahnsinn der Reparationen am Ende vielleicht doch kein Wahnsinn sei. Auch das ist eine Illusions-Politik, Herr Reichskanzler.

Und ebenso war die *Zollunion*[74] ein mir unverständliches "Wunsch- und Traumbild". Die ganze Art der Einleitung und Durchführung: eine "Illusions-Politik" im Exempel! Wie es über-

70 Vgl. Dok. 46, Anm. 20 und 78.

71 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

72 Brüning hatte sich am 16.10.1931 im Reichstag mit Hitlers Brief vom 14.10.1931 auseinandergesetzt und u. a. erklärt: "Wir haben erfüllt, wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft erfüllt hat, nicht auf Grund von Anleihen, sondern auf Grund einer bestimmten Gestaltung der Handelsbilanz mit allem, was damit zusammenhängt. In dem Augenblicke zeigte sich neben anderen Dingen, die mit der Erschütterung der Weltwirtschaft und der Kreditwirtschaft der Welt zusammenhängen, daß es so mit den Reparationen nicht geht." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2195.

73 Die Banken- und Kreditkrise des Sommers 1931 verschärfte den Druck auf die öffentliche Hand in Deutschland, die ohnehin unter ihrer hohen Auslandsverschuldung zu leiden hatte. Seit Juni 1931 versuchten deshalb Vertreter von Reichsregierung und Reichsbank in verschiedenen Anläufen die Sicherung des Zinsen- und Tilgungsdienstes sicherzustellen, indem sie mit ausländischen Regierungen oder Banken über neue Kredite sowie über eine Verlängerung der Tilgungsfristen verhandelten. Am 25.6.1931 erhielt die Reichsbank einen internationalen Überbrückungskredit in Höhe von 100 Millionen $, alle weiteren deutschen Sondierungen wie die Reise von Reichsbankpräsident Luther nach London und Paris am 9./10.7.1931 oder die Besprechungen auf der Konferenz von London vom 20.7.-23.7.1931 blieben jedoch ergebnislos. Vgl. Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958, S. 283 ff. Ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 56, Anm. 9.

74 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

haupt eine Illusion ist, ohne die "Sanierung" des inneren Volkskörpers eine wirklich erfolgreiche Vertretung nationaler Interessen nach außenhin durchführen zu wollen.

Die große Illusion der Notverordnungen

Und wieder ist es eine "Illusion" zu glauben, daß man die "Sanierung einer Nation", die von weltanschaulichen Krämpfen durchschüttelt wird, auf dem Verordnungswege durch Polizeierlasse dekretieren kann.

Die Meinung, zweieinhalb Milliarden an jährlichen Tributen und zweieinhalb Milliarden an jährlichen Zinsleistungen aufbringen zu können[75], ist eine Illusion, genauso wie der Gedanke, daß man für solche Unmöglichkeiten auf die Dauer im Innern die politische Deckung finden wird. Nein, Herr Reichskanzler! Seit dreizehn Jahren trabt ein geisterhafter Pegasus[76] durch die seligen Gefilde unbegrenzter Illusionen: Das Tier nennt sich deutsche Innen- und Außenpolitik!

Sie haben, Herr Reichskanzler, die Erwartung ausgesprochen, daß man mit der kritischen Beurteilung der neuen Gesetzesvorlage zurückhalte, bis ihre Auswirkung klar und erwiesen wäre. Dieser Wunsch erscheint mir vom Standpunkt einer selbst unsicheren Regierung verständlich. Ein Staatsmann, der sich der Richtigkeit seines Handelns bewußt ist und damit zwangsläufig den Erfolg reifen sieht, kann nur hoffen, daß seine Gegner seine Maßnahmen vorzeitig abträglich kritisieren und sich damit bei dem dennoch eintretenden Erfolg selbst widerlegen. *Eine Regierung aber, die, durch die bisherigen Erfahrungen belehrt, in der Beurteilung ihrer eigenen Erfolgsaussichten selbst schon schwankend geworden ist, wird natürlich umgekehrt am liebsten überhaupt jede Kritik verbieten.* Sie ahnt im vornehinein [*sic!*], daß das Nichteintreffen ihrer Versprechungen die Kritiker später rechtfertigt. Daher wird sie am liebsten allen die Entwicklung der Dinge vorhersehenden Männern das Reden und Schreiben verbieten, um auf diese Weise zu verhindern, daß die Opposition eines Tages später auf ihre Prophezeiungen hinweisen kann und von der Nation ihre verdiente Anerkennung erhält.

Brünings Sozialversicherung

Es ist mir daher die Besorgtheit für den Weihnachtsfrieden[77] auch politisch absolut verständlich. Ich will aber nun aus Ihrer Verteidigungsrede, Herr Reichskanzler, anläßlich des parlamentarischen Kampfes um die *erste* Notverordnung[78], deren Auswirkungen seitdem

---

75 Vgl. Dok. 46, Anm. 27.

76 Antiker Mythos eines geflügelten Pferdes.

77 In Teil acht, Kapitel IV der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 ("Sicherung des Weihnachtsfriedens") wurden für die Zeit bis zum 3.1.1932 u. a. "alle politischen Versammlungen und Aufzüge, die zu politischen Zwecken oder von politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden", verboten. Verboten wurden für diesen Zeitraum außerdem alle "Plakate, Flugblätter und Flugschriften politischen Inhalts". Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f.

78 Der Reichstag hatte am 16.7.1930 mit 256 gegen 193 Stimmen - darunter die Stimmen von SPD, DNVP, KPD, NSDAP und Volksrecht-Partei - die Deckungsvorlage der Reichsregierung abgelehnt, mit der das Haushaltsdefizit abgebaut werden sollte. Die Regierung setzte nun den abgelehnten Gesetzentwurf unter Einbeziehung einer Bürgersteuer und Gemeindegetränkesteuer als Notverordnung nach Artikel 48 in Kraft. Auf Antrag der SPD stimmte der Reichstag am 18.7.1930 mit 236 gegen 221 Stimmen für Aufhebung dieser Notverordnung. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14.9.1930 fest. Die abge-

zweifelsfrei vorliegen, nachweisen, *wie sehr Sie sich auch rein persönlich damals Illusionen hingegeben haben, die bei einem Staatsmann unverzeihlich sind.*

In der Sitzung des Reichstages vom 16. Oktober 1930 sagten Sie, Herr Reichskanzler, wörtlich:

"Die Reichsregierung hat den großen Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt zur Überwindung der Krise[79]*".*

Herr Reichskanzler, der große Plan hat sich praktisch als eine Illusion erwiesen, denn die Krise wurde nicht überwunden.

In der angeführten Sitzung betonten Sie weiter:

"Mit dieser Notverordnung (vom 26.7.[19]30) hat der Herr Reichspräsident zusammen mit der Reichsregierung auf dem im Art[ikel] 48 der Weimarer Verfassung vorgezeichneten Wege die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notstände getan[80]*".*

Herr Reichskanzler, weder die finanzielle, noch die wirtschaftliche, noch die soziale Not ist gemildert worden. Diese Auffassung beruhte demnach auf einer Illusion. Weiter sprachen Sie:

"Wichtige Teile der Sozialversicherung haben eine Gestaltung erhalten, die eine Rettung der Sozialversicherung möglich macht[81]*".*

Herr Reichskanzler, die Sozialversicherung erscheint mir weniger denn je gerettet, sondern auf das schwerste bedroht[82]. Ich habe auch hier das Gefühl, daß diese Behauptung sich als Illusion erweisen wird.

In derselben Rede versicherten Sie, Herr Reichskanzler, daß die Grundlinien des Reformwerks von damals "Vereinfachung des behördlichen Apparates, insbesondere auf dem Gebiete der Steuerverwaltung, eine Steuerpolitik, die den Produktionsprozeß nicht unerträglich belastet, vielmehr die Kapitalbildung, namentlich auch bei den kleinen Sparern fördert, und schließlich die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden" seien[83].

---

lehnte Notverordnung wurde am 26.7.1930 in verschärfter Form erneut als Notverordnung erlassen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 103 ff.; Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6395 ff. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 311 ff.

79 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, Berlin 1932, S. 17.

80 Ebenda.

81 Ebenda, S. 17.

82 Im Fünften Teil der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 wurden viele Leistungen der Sozialversicherung drastisch reduziert: Eingeschränkt wurden die kassenärztlichen Leistungen, etwa durch eine Gesamtvergütung pro Kassenmitglied in Höhe einer festgelegten Kopfpauschale oder durch Niederlassungsbeschränkungen für Kassenärzte. Gekürzt wurden die Leistungen der Unfallversicherung, etwa durch Streichung der Leistungen bei Mitverschulden des Unfalls oder bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis 20%, ferner der Leistungen der Knappschaftlichen Versicherung. Außerdem wurden u. a. eingeführt: Reduzierung von Kinderzuschüssen und Waisenrenten bis zum 15. Lebensjahr, Verlängerung der Wartezeit beim Anspruch auf Invalidenrente oder Ruhen von Renten bei mehrfachen Renten- oder Pensionsansprüchen aus verschiedenen Versicherungszweigen. Schließlich wurden die obersten Landesbehörden ermächtigt, "Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts der Hilfsbedürftigen" festzusetzen. Druck: RGBl. 1931, I, S. 718 ff.

83 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 18.

Nachdem von all diesen Hoffnungen in Wirklichkeit nicht *eine* in Erfüllung ging, kann man auch sie nur in das Gebiet der Illusionen verweisen.

Ebenso hat es sich als Illusion herausgestellt, daß die Durchführung dieses Wirtschaftsprogramm-Planes nichts unversucht lassen wird, um möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit zu bringen[84].

Endlich aber versicherten Sie:

"Angesichts der seelischen und wirtschaftlichen Not unseres Vaterlandes hält es die Regierung für eine ihrer wichtigsten Aufgaben, allen Bestrebungen kultureller Zersetzung auf das energischste sich entgegenzustellen. Die schwere Krise, die Deutschland jetzt zu überwinden hat", (das wurde, wie gesagt, schon am 10.10.[*19*]30 erklärt) "erfordert sittliche Stärke und einmütiges Zusammenhalten aller derer, die ihr Vaterland lieben[85]".

Herr Reichskanzler, war das eine Illusion, ein Traum- und Wunschbild, oder gehören die Schandfilme, die unentwegt in Deutschland laufen, und die marxistisch-jüdische Kulturzersetzung aller Art von heute etwa zu den Bestrebungen, sich der kulturellen Vernichtung entgegenzustellen?

Aber es war auch eine Illusion, wenn Sie damals erklärten, daß

"Opfer verlangt werden, die den Weg zur Freiheit und zum Aufstieg bahnen sollen[86]".

Die Freiheit der Völker ist immer erst in zweiter Linie mit wirtschaftlichen Opfern erhandelt worden, in erster Linie aber mußte sie immer durch politische Opfer und Leistungen verdient werden. Jede andere Auffassung ist eine Illusion.

Brüning gesteht die Illusionen des Systems ein

Auch die neue Notverordnung, Herr Reichskanzler, wird sich in den Hoffnungen, die man an sie knüpfen müßte, als eine Illusion erweisen. In Ihrer Rede führen Sie gleich eingangs folgendes aus:

"Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die neuen Maßnahmen sind bedingt durch weltwirtschaftliche Gründe, durch die Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden, und durch *eigene Fehler*. Täglich schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. In das Sinken der englischen Währung sind auch andere Währungen verstrickt.

Ein blinder Wirtschaftskrieg von ungeheurem Ausmaß ist entbrannt.

Die Ursachen der allgemeinen Not sind der Welt ebenso wie die besondere Rolle Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise bekannt. Trotzdem besteht die ernste Sorge, ob die Tatkraft der Regierungen rasch die nötigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis zieht.

Das Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt nicht meistern. Großzügige Lösungen, die von überholten Gedankengängen der Vergangenheit frei sind, müssen gefunden werden. Teillösungen sind für die Welt unzureichend[87]".

---

84 "Sie [*die Reichsregierung*] wird bei Durchführung ihres Wirtschafts- und Finanzplanes nichts unversucht lassen, um möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit zu bringen, und hofft hierbei auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Hohen Hauses." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 19.

85 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 22.

86 Ebenda.

Ich bin als Nationalsozialist Ihnen, Herr Reichskanzler, zu Dank verpflichtet, daß Sie in dieser Rede zum erstenmal mit die Schuld an der derzeitigen Katastrophe den Fehlern beimessen, die unsere Regierungen bisher begangen haben. Da Sie weiter der Auffassung sind, daß das Festhalten an "formalen Rechtsauffassungen" die Lage der Welt nicht meistern kann, *geben Sie damit indirekt zu, daß auch Ihre eigene Regierung wenigstens bis zu dieser Notverordnung durch das Befangenbleiben in diesen formalen Rechtsauffassungen ebenfalls diese Politik der Fehler fortzuführen scheint.* Da ich annehmen will, daß keine der bisherigen Regierungen aus schlechter Absicht oder bösem Willen solche Fehler beging, sondern vermutlich sich später als fehlerhaft herausstellte, was von ihnen zuerst als richtig und nützlich angesehen wurde, haben sich also alle diese Regierungen in den wichtigsten und einschneidendsten Belangen *geirrt.* Sie sind "Traumbildern" erlegen und haben "Illusionen" nachgejagt.

Sie mildern allerdings diesen Vorwurf, indem Sie auch "weltwirtschaftliche" Gründe anführen. Allein in bezug auf diese haben die deutschen Regierungen sich gleichfalls den schwersten Illusionen hingegeben. Sie selbst, Herr Reichskanzler, waren doch überzeugt, daß der Young-Plan durchführbar sei[88] und eine Besserung gerade der "Weltverhältnisse" im Gefolge haben werde. Eine furchtbare Illusion! Wenn Sie aber nun von "überholten Gedankengängen" der Vergangenheit reden und großzügige Lösungen vorschlagen, die von diesen Gedankengängen frei sind, *dann darf ich wohl feststellen, daß diese überholten Gedankengänge die Ihren, Herr Reichskanzler, waren, und die großzügigen Lösungen, die von diesen Gedankengängen frei sind, von uns schon seit Jahr und Tag niedergelegt wurden.*

Immerhin steht vor allem aber Ihre Verurteilung des Festhaltens an formalen Rechtsauffassungen in schärfstem Widerspruch zu jener Angst, die auch Sie bei dem Gedanken zu verspüren scheinen, die Nationalsozialisten könnten, legal zur Macht gekommen, etwa hinterher gegen die formale Rechtsgrundlage der Verfassung sich versündigen. Warum im einen Fall so großzügig und im anderen so besorgt?

---

87 "Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung, die soeben der Herr Reichspräsident unterzeichnet hat, halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volke im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf *Fehler, die wir selbst* in den vergangenen Jahren gemacht haben. Tag für Tag schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. Mit der *englischen Währung* sinkt der Wert zahlreicher anderer Währungen. Ein blinder Wirtschaftskrieg von ungeheurem Ausmaß ist entbrannt, der die Wohlfahrt aller Völker der Welt zu untergraben droht. Weder über das Maß der die ganze Welt bedrängenden Schwierigkeiten noch über die wesentlichen Ursachen des gefahrvollen Zustandes der Gegenwart sind sich die Menschen im unklaren. Sie kennen auch die besondere Rolle, die Deutschland dabei spielt. Trotzdem muß ich die ernste Sorge äußern, daß die Tatkraft der Regierungen nicht Schritt hält mit dieser sachlichen Einsicht, mit der unabwendbaren Notwendigkeit, aus den gewaltigen Gefahren jetzt rasch die nötigen Folgerungen zu ziehen. [...] Durch Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt nicht gemeistert werden - *großzügige Lösungen* müssen gefunden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankengänge der Vergangenheit belastet ist. Wollte man bei Teillösungen stehen bleiben, die an der zwangsläufigen Gesamtlage vorbeigehen, so würde sich allerdings erweisen, daß sie nicht nur für die einzelnen Beteiligten unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind." Wie Anm. 3.

88 Vgl. Dok. 46, Anm. 20 und 78.

Ich habe mich hier nicht mit dem sachlichen Teil der Notverordnung auseinanderzusetzen. Ich habe hier nur die Absicht, für die Zukunft festzustellen, daß auch sie in der Wirkung eine Illusion bleiben wird.

Gesetze und Ausführungsbestimmungen

Wenn eine Notverordnung mit so großem Aplomb in die Welt gesetzt wird, kann ihre Rechtfertigung nicht im mehr oder weniger gelungenen Anknabbern einzelner Auswirkungen der allgemeinen Not liegen, sondern in einer grundsätzlichen Behebung der Ursachen der Not. Alle großen Gesetzeswerke haben den Vorzug, sich einer gewissen lapidaren Kürze zu bedienen. Der Gesetzgeber hat in solchen Fällen die Aufgabe, am Motor des gemeinschaftlichen Lebens die schadhafte Stelle herauszusuchen und dort Wandel zu schaffen. Es müssen daher scharf getrennt werden das Gesetz und die zeitweiligen Ausführungsbestimmungen. Dem Gesetz muß der Zweck nicht nur zugrunde liegen, sondern der Zweck muß auch in jeder Zeile klar ersichtlich sein.

Was bezweckt die neue Notverordnung?

Wenn hier generell von einer "Heilung" der Schäden der Zeit[89] gesprochen wird, dann muß eine solche Absicht doch im einzelnen auch bemerkbar sein.

Die heutigen Schäden aber werden durch folgende Tatsachen charakterisiert:

1. Die politische Krise unseres Volkes,
2. die Produktionskrise,
3. die Arbeitslosenkrise,
4. die Finanzkrise unseres öffentlichen Lebens,
5. die Finanzkrise unseres privaten Lebens.

Das Volk interessiert nur die Frage, inwieweit man dieser großen Krisen Herr wird oder nicht.

Das Volk kümmert sich nicht - und mit Recht nicht - um den Umfang einer Notverordnung, auch nicht um die darauf angewendete Zeit. Es fragt nicht danach, ob dieses Werk in Tages- oder Nachtüberstunden fabriziert wurde, sondern es interessiert sich ausschließlich nur für den Effekt in der Richtung der angedeuteten Punkte.

Man versucht ja auch durch Reden und mittels der Presse, die Notwendigkeit der neuen Verordnung mit dem Nutzen zu motivieren, den sie durch die Beseitigung dieser Krisen unserem Volke bescheren wird.

Brünings Versagen

Und dazu, Herr Reichskanzler, möchte ich nun genauso, wie vor der Unterzeichnung des Young-Plans, meine Auffassung zur Kenntnis der deutschen Öffentlichkeit bringen.

1. Die Meinung, daß durch die vierte Notverordnung die politische Krise unseres Volkes überwunden wird, ist eine Illusion.

89 Vermutlich eine Anspielung auf Brünings Reichstagsrede vom 13.10.1931: "Die Ereignisse der Vergangenheit beweisen es, daß man den ungeheuren Druck, den die Weltkrise auf das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben ausübt, nur dann durchhalten kann, wenn man zwar nach einem wohlüberlegten Plan, aber schrittweise den Weg zur Heilung geht." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2074.

2. Die Meinung, daß die Krise des inneren Marktes und des Exports unserer deutschen Produktion durch diese Notverordnung behoben wird, ist eine Illusion.

3. Die Meinung und Hoffnung, daß durch sie die Arbeitslosenkrise beseitigt wird, ist eine Illusion.

4. Die Auffassung, daß mit dieser Notverordnung die Finanzkrise unseres öffentlichen Lebens abgewendet wird, ist eine Illusion.

5. Und die Meinung endlich, daß man damit die Finanzkrise des privaten Lebens und der privaten Wirtschaft würde überwinden können, ist eine Illusion[90].

Es wird statt des Erhofften in all diesen fünf Punkten das Gegenteil eintreten: *Die Zukunft wird es beweisen.*

Ich habe keine Veranlassung, Herr Reichskanzler, diese meine Auffassungen einem System gegenüber näher zu begründen, das von sich selbst überzeugt ist, die sachliche Vernunft zu repräsentieren, während man die Opposition als in "Traum- und Wunschbildern" befangen hinstellt. Ich habe noch viel weniger Grund zu einer solchen eingehenden Widerlegung, als ich es ja seit einer Reihe von Monaten erleben muß, *wie wenig die sogenannte "sachliche Vernunft" die heutige Regierung davon abhält, von Zeit zu Zeit in den "Phantasie- und Traumgarten" der Opposition einzubrechen, um dann die erst als giftig verschrienen Früchte in amtlicher Packung als harmlose Kostproben dem erstaunten Volke als "neue Erkenntnisse des sachlichen Denkens" vorzusetzen.*

Ich beschränke mich daher auf eine gründliche Widerlegung desjenigen Teils der Notverordnung, den Sie, Herr Reichskanzler, als letztes Kapitel folgen lassen.

Schon die Art der Gruppierung zeigt auch hier wieder die Befangenheit der Regierung in einer Illusion, nämlich in dem irrigen Glauben, daß erst die Wirtschaft und dann das politische Leben saniert werden könne. Unterstrichen wird diese Auffassung ja auch durch die verschiedenen Erklärungen unserer Regierung dem Ausland gegenüber, in denen auf peinliche Fragen das nunmehr nicht wegzuleugnende Wachsen der nationalsozialistischen Bewegung am liebsten auf die "Weltwirtschaftskrise" zurückgeführt wird. Einiges Nachdenken sollte allerdings die Regierung eines anderen belehren. Denn wenn diese Auffassungen zuträfen, dann müßte eigentlich die *Wirtschaftspartei* heute an unserer Stelle stehen[91]! Daß es umgekehrt ist, beweist nur,

daß das, was die Regierungsparteien heute noch nicht verstehen, das Volk schon längst begriffen hat. Ohne nationalpolitische "Sanierung" des deutschen Volkskörpers gibt es auch keinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

Ich nehme an, daß Sie, Herr Reichskanzler, allen Ernstes glauben, das politische Anhängsel der Notverordnung sei das geeignete Mittel zur politischen "Sanierung" des deutschen Volkes,

---

90 Die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 enthielt die folgenden Teile: Preis- und Zinssenkung (S. 700 ff.), Wohnungswirtschaft (S. 706 ff.), Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung (S. 710 ff.), Sonstige wirtschaftlichen Maßnahmen (S. 714 ff.), Sozialversicherung und Fürsorge (S. 718 ff.), Arbeitsrechtliche Vorschriften (S. 726 ff.), Sicherung der Haushalte (S. 728 ff.), Schutz des inneren Friedens (S. 742 ff.). Druck: RGBl. 1931, I.

91 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 1.361.762 Wähler (3,9%) für die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) votiert; damit war die Wirtschaftspartei mit 23 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

und daß man dann eine solche "Sanierung" am zweckmäßigsten den Polizeidirektionen zur weiteren Amtshandlung anheimstelle.

Ich nehme also an, Herr Reichskanzler, daß Sie diesen Glauben haben, nehme weiterhin allerdings an, daß verschiedene Mitarbeiter an diesem großen historischen Gesetzwerk wohl auch noch andere Möglichkeiten im Auge gehabt haben werden, z. B. die, mit diesem Erlaß die nationalsozialistische Bewegung und im weiteren Sinne die nationale Opposition überhaupt, mundtot zu machen, ja vielleicht sogar zu vernichten. Man nehme einem Menschen das Hemd weg, ziehe ihm die Hose aus[92], entferne ihm die Nadel[93], und er hat aufgehört, ein Nationalsozialist zu sein! Es war von jeher bemerkenswert, wie einseitig sich oft in politisch maßgebenden deutschen Köpfen die Welt spiegelte. Das kommt aber davon, daß man, statt sich mit einer Bewegung innerlich auseinanderzusetzen, nur die wohlbekannten Berichterstatter aus den Häusern Mosse[94], Ullstein[95] und aus der "Germania"-[96] und "Vorwärts"-

---

92 Nach langwierigen Diskussionen hatte die Reichsregierung in Teil acht, Kapitel II ("Uniformverbot") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen für alle deutschen Länder vereinheitlicht; § 1 lautete: "(1) Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. (2) Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist." Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f. Zur Vorgeschichte vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 610 ff., 628 f. Ferner Dok. 2, Anm. 58 sowie Dok. 4, Anm. 3 und 7.

93 Gemeint ist das Parteiabzeichen der NSDAP.
In seiner Besprechung vom 15.1.1932 stimmte das Kabinett dem Antrag des Reichsministers des Innern Groener zu, daß "das durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen aufgehoben werden soll, soweit es sich um Bundesnadeln und ähnliche Knopflochabzeichen in der bisherigen Form und Größe handelt". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 631. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen vom 16.1.1932: RGBl. 1932, I, S. 19.

94 Der Mosse-Verlag war aus einer "Annoncen-Expedition" hervorgegangen, die der Buchhändler Rudolf Mosse (1843-1920) 1867 in Berlin ins Leben gerufen hatte. Diesem Metier blieb Mosse treu, 1914 betreute er die Anzeigenteile von etwa 100 Zeitungen. Seit 1872 begann sich der politisch liberal orientierte Verlag mit dem *Berliner Tageblatt* auch direkt im Zeitungsgeschäft zu engagieren, 1889 kam die *Berliner Morgenzeitung*, 1902 die Illustrierte *Weltspiegel*, 1904 die *Berliner Volks-Zeitung* hinzu. Nach dem Tod Mosses verlor der Verlag, der in Familienbesitz blieb, allmählich seine marktbeherrschende Stellung, bis er zu Beginn der 30er Jahre in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten geriet. Vgl. Koszyk, Der jüdische Beitrag, S. 196 ff.; Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin, passim.

95 Das 1877 von dem Papierhändler Leopold Ullstein (1826-1899) in Berlin gegründete Unternehmen war 1931 einer der größten Buch-, Zeitschrift- und Zeitungsverlage im Deutschen Reich; er befand sich damals im Familienbesitz. Die Ullstein A. G., die 1927 etwa 8.000 Mitarbeiter beschäftigte, verfügte über einen eigenen Nachrichtendienst und eine eigene Druckerei. Die bei der Ullstein A. G. erscheinenden Tageszeitungen *Berliner Morgenpost*, *B. Z. am Mittag*, *Tempo*, *Vossische Zeitung*, *Berliner Allgemeine Zeitung* gehörten zu Beginn der 30er Jahre zu den auflagenstärksten deutschen Zeitungen. Vgl. Hundert Jahre Ullstein 1877-1977, 4 Bde.

96 Im Januar 1871 von katholischen Vereinen in Berlin gegründet, entwickelte sich die Tageszeitung *Germania* schon bald zum publizistischen Sprachrohr des politischen Katholizismus. Die Zeitung, die seit 1881 zweimal täglich erschien, wurde im gesamten Deutschen Reich zum Zentralorgan des Zentrums, ungeachtet ihrer verhältnismäßig geringen Auflage, die noch für die Weimarer Republik auf ca. 10.000, evtl. 35.000 geschätzt wird. Chefredakteur des regierungstreuen Blatts, das als Aktiengesellschaft organisiert war, war seit 1927 Ernst Buhla. Vgl. Klaus Martin Stiegler, Germania (1871-1938). In: Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen, S. 299-313; Jürgen A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977, S. 193 ff.

Redaktion[97] als politische Experten über das, was mit dem deutschen Volke geschehen soll, anerkennt!

Der Blutterror unter Brünings Notverordnung

Sie sehen, Herr Reichskanzler, den inneren Frieden Deutschlands bedroht. Gewiß haben wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren darauf hingewiesen, daß dieser Friede aufhören muß, wenn eine Partei bewußt den marxistischen Klassenkampf predigt und den niedersten Abhub der Gosse als Mord-Tscheka[98] auf die menschliche Gesellschaft hetzt[99]. *Wir haben es schon vor Jahren als unverständlich empfunden, daß in marxistischen Zeitungen kaum verhüllte Aufforderungen zum Totschlagen anderer standen*[100] *und fast kein Staatsanwalt es wagte, einzuschreiten, nur weil diese anderen als Faschisten - sprich Nationalsozialisten - tituliert wurden.* Trotzdem haben sich damals diese Mordtaten und Überfälle noch in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Erst seit Sie, Herr Reichskanzler, auf dem Notverordnungswege den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte "in Schutz zu nehmen" begannen, ist unglücklicherweise der Terror unerträglich geworden. Die Wirklichkeit hat alle Ihre Notverordnungen in der Praxis zum Scheitern gebracht. Am erbarmungslosesten da, wo es sich um die "politische Befriedung des öffentlichen Lebens" gehandelt hätte. Statt die nun einmal vorhandene Bewegung in unserem Volke in große sichtbare Ströme zu leiten, hat man sie künstlich vom Licht weg und in die Dunkelheit hineingetrieben. Nach der genialen Methode des bekannten Philosophen-Vogels, der das, was er nicht sieht, als nicht mehr vorhanden annimmt.

Jede der politischen Behinderungs- und Auflösungsmaßnahmen der letzten Jahre hat zu einer grenzenlosen Verbitterung der Geister und Verschärfung der Situation geführt.

Glauben Sie etwa, Herr Reichskanzler, daß Sie, indem Sie einem erwachsenen Mann das Abzeichen seiner politischen Gesinnung wegnehmen, ihn etwa dieser Gesinnung entfremden?

---

97 Die Tageszeitung *Vorwärts* erschien als "Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" seit 1876, bzw. 1890. Chefredakteur des Blattes, das nach Ende des Ersten Weltkriegs in einer Auflagenhöhe von 300.000 Exemplaren je Morgen - und Abendausgabe erschien und seit März 1925 der von der SPD geschaffenen Konzentrations-A.G. angehörte, war Friedrich Stampfer. Vgl. Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn [2]1980, S. 8 ff.

98 Russische Abkürzung für "Allrussische Außerordentliche Kommission", der politischen Geheimpolizei, die am 20.12.1917 von den Bolschewiki gegründet wurde; nach dem Ende des Bürgerkriegs wurden ihre Funktionen ab Februar 1922 von einer Abteilung im Volkskommissariat des Innern, der "Staatlichen Politischen Verwaltung", abgekürzt GPU, übernommen. Hier Metapher für die Verfolgung politischer Gegner durch die Kommunisten und den sowjetischen Einfluß auf die KPD.

99 Das Zentralkomitee der KPD hatte am 10.11.1931 einen Beschluß gegen die "linken sektiererischen Stimmungen" in der Partei gefaßt und "die Propagierung des individuellen Terrors" ausdrücklich verurteilt: "Die *linke Gefahr* in der revolutionären Bewegung zeigt sich u. a. im Entstehen terroristischer Stimmungen, der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteuerlichen Spielereien mit Sprengstoff." Vgl. Die Rote Fahne vom 13.11.1931, "Beschluß des Zentralkomitees der KP. Deutschlands".

100 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.
Von Hitler wurde diese Parole stets mißverständlich zitiert: "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft." Vgl. Bd. III/3, Dok. 15.

Sie fanatisieren ihn, da Sie bei ihm das Gefühl fortgesetzten Mißbrauchs der öffentlichen Gewalt hervorrufen. Sowenig Frankreich mit seiner Methode Deutschland gegenüber das Emporkommen einer nationalen Kraft verhindern kann, sowenig können Sie, Herr Reichskanzler, durch ein analoges innerpolitisches Vorgehen das Wachsen dieser Kraft im eigenen Volkskörper unterbinden.

Alle Bestimmungen des sogenannten Uniformverbots, des Abzeichenverbots usw. vermehren die Empörung gegen das heutige System, und zwar am Ende auf *allen* Seiten. Ein einziger Blick in die Geschichte müßte Ihnen, Herr Reichskanzler, zeigen, daß derartige Unterdrückungsversuche bisher noch immer zum Gegenteil geführt haben. Und *Sie,* Herr Reichskanzler, werden die Geschichte in diesem Punkte wohl schwerlich widerlegen.

Durch diese Verordnung entfernen Sie aus unserem Volk die Kommunistische Partei [*Deutschlands*] keineswegs - im Gegenteil. Sie fördern sie. Was aber die nationalsozialistische Bewegung betrifft, so wage ich es, Ihnen, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß diese Bewegung leben und Deutschland beherrschen wird, wenn von diesen Verordnungen noch nicht einmal die Erinnerung übriggeblieben ist.

Brüning als schlechter Psychologe

Wie wenig man überhaupt die psychologischen Wirkungen solcher Maßnahmen begreift, ersehe ich auch aus dem für die neue Notverordnung gewählten Zeitpunkt.

Man glaubte die Zeit *vor* Weihnachten wählen zu müssen, weil man dann unter Berufung auf den heiligen Christfrieden der Opposition auf längere Zeit die politische Tätigkeit würde verbieten können. Denn, wenn man heute alle Versammlungen untersagte, so wußte man natürlich, daß damit die Regierungsparteien nicht betroffen würden. *Keinem Unabhängigen in Deutschland wird es ja auch einfallen, diese Verordnung zu verteidigen!* Es wäre also nur möglich, daß man dagegen spricht. Und nun, welch ein genialer Einfall, den Frieden des Christfestes indirekt als Schild über diese famose Notverordnung zu halten! Und trotz alledem, Herr Reichskanzler: Es ist wieder eine psychologische Illusion, der Sie sich hingegeben haben. Würde die Versammlungsfreiheit verfassungsmäßig geblieben sein, so hätte mancher seinen inneren Grimm von sich geladen. Es ist eine fragwürdige staatsmännische Klugheit, in solchen Zeitläuften alle Ventile zuzudrehen, so daß der Dampf die nötige Spannung erhält!

So psychologisch falsch schon der Zeitpunkt der Verkündigung der neuen Notverordnung war, der Millionen Deutschen selbst die bescheidenste Weihnachtsfreude raubte, so unglückselig sind die psychologischen Auswirkungen.

Sie sind überzeugt, Herr Reichskanzler, daß es zu einer mächtigen politischen Befriedung der Gemüter führt, wenn man z. B. jetzt zehntausend nationalsozialistische Weihnachtsfeiern verbieten kann und damit Hunderttausende von darbenden deutschen Kindern um ihre Bescherung bringt[101]*!*

Sie sind überzeugt, Herr Reichskanzler, daß es dem politischen Frieden und der Befriedung des öffentlichen Lebens dient, wenn man dieses Verbot sogar so weit treibt, *daß z. B. eine hohe bayerische Regierung Symphoniekonzerte verbietet, nur weil sie von der nationalsozialistischen*

101 Zu den nationalsozialistischen Weihnachtsfeiern vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 65.

Bewegung veranstaltet werden[102]*!* Oder sind etwa Brahms-, Bruckner- und Mozart-Symphonien republikgefährdend?

Die Geschichte wird zeigen, ob die Hoffnungen, mit solchen Methoden eine Bewegung zu ersticken, richtig waren, oder ob sie in das Reich der Illusionen gehören.

Entwaffnung der Anständigen

Sie hoffen endlich, Herr Reichskanzler, durch neue Waffenverordnungen[103] den Terror aus dem öffentlichen Leben zu bannen.

Noch niemals hat die Entwaffnung der Anständigen die Unanständigen vom Angriff zurückgehalten, und noch niemals hat der Unanständige die Waffen abgegeben, sondern immer nur der Anständige.

Es ist eine verhängnisvolle Illusion, Herr Reichskanzler, zu erwarten, auf diesem Wege etwa die Gewalttaten der kommunistischen Meuchelmörder verhindern zu können. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Wenn Sie heute durch das erweiterte Waffenverbot selbst das deutsche Haus wehrlos machen, wie meine S.A. wehrlos ist[104], dann wird der marxistische Terror der Straße in kurzer Zeit sogar zum Terror im Hause.

Der Bandit hat sich noch niemals um Entwaffnungsbestimmungen gekümmert. Teilen Sie ihm aber auf dem Verordnungsweg, Herr Reichskanzler, mit, daß kein anständiger Mensch in seinem Hause mehr eine Waffe besitzt, und Sie geben damit den Banditen die Stelle preis, die jedes einzelnen Menschen Burg sein sollte.

Ich prophezeie Ihnen daher, Herr Reichskanzler, daß durch diese Bestimmung Ihrer Notverordnung der Terror und die öffentliche Unsicherheit eine abermalige Steigerung erfahren dürfte!

Wenn man nun, Herr Reichskanzler, gerade unter Berücksichtigung der letzten Notverordnung und ihrer Einleitung die innerlich wahrhaft bedrückende Überzeugung gewinnt, daß genauso wie seit dreizehn Jahren auch in Zukunft das deutsche Volk im Banne der Illusionen belassen werden soll, dann kann man sich nicht den Verpflichtungen entziehen, die einem diese Erkenntnis aufbürdet.

Die nationalsozialistische Bewegung ist mehr wie jede andere überzeugt, daß ein Volk, um aus seiner traurigen Lage wieder herauszukommen, schwere Opfer zu bringen hat. Sie hält diese Opfer aber nur dann für fruchtbar und damit gerechtfertigt, wenn sie sich mit einer neuen Glaubensbildung vermählen. Die heutige Regierung hat psychologisch alles getan, um die Vertrauenskrise, in der wir leben, zu verewigen. Es fehlt überall das primitivste psychologi-

102 Das geplante Konzert des Nationalsozialistischen Symphonieorchesters, bei dem am 16.12.1931 im Zirkus Krone Werke von Carl Maria von Weber, Richard Wagner und Anton Bruckner gespielt werden sollten, wurde am 15.12.1931 von der bayerischen Regierung unter Bezug auf die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 verboten. Vgl. Anzeige im VB vom 13./14.12.1931 sowie VB vom 15.12.1931, "Weihnachtskonzert des nat[*ional*] soz[*ialistischen*] Symphonieorchesters verboten".

103 Teil acht, Kapitel I ("Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 versuchte den Besitz von Schußwaffen und Munition sowie von Hieb- und Stichwaffen noch schärfer als bisher zu reglementieren. Den obersten Landesbehörden wurde die Möglichkeit eingeräumt, den Besitz von Schußwaffen zu registrieren und diese gegebenenfalls in Verwahrung zu nehmen. Ebenso wurden Verkauf und Erwerb von Hieb- und Stoßwaffen von der Genehmigung der obersten Landesbehörden abhängig gemacht. Druck: RGBl. 1931, I, S. 742 f. Vgl. ferner Dok. 71, Anm. 17.

104 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71, Anm. 13, 15, 18 und 23 f.

sche Verständnis dafür, daß ein System wohl infolge der Angst der schuldigen Parteien verfassungsmäßig noch bestehen kann, tatsächlich aber im Volke schon längst gestürzt ist. Man kann nicht zwei Jahre regieren und eine Enttäuschung auf die andere türmen, um im dritten noch an dasselbe gläubige Vertrauen zu appellieren, mit dem man zu Beginn des ersten allenfalls begrüßt wurde. Gewiß wird die systemhörige Presse jede neue Notverordnung mit aufgeregtem Geschrei begrüßen, so wie die bezahlten Claqueure im Theater bei den kümmerlichsten Darbietungen den meisten Lärm zu machen pflegen. Allein die Zuschauer bewegt dies nicht. *Das Volk nimmt an dem allen keinen Anteil mehr.* Es gibt aber keine Rettung, die nicht ihre innerste Kraft aus dem gläubigen Vertrauen der Masse ziehen kann. Die Zerrissenheit unseres Volkskörpers wird nicht beseitigt durch den Versuch der Galvanisierung miteinander kämpfender Weltanschauungen auf dem Verordnungswege. Ein täglich schrumpfender Teil des deutschen Volkes mag noch an den Marxismus glauben, der andere, täglich wachsende, glaubt an uns. An die Mitte glaubt niemand.

Der Glaube an Deutschland!

Weil es aber allen heutigen Regierungsmaßnahmen an innerer Verbundenheit mit einem weltanschaulichen Geiste gebricht, fehlt ihnen auch die psychologische anfeuernde Kraft und damit der Elan, der in Perioden des Volkszerfalls die allererste Voraussetzung für das tatsächliche Wirksamwerden grundlegender Gesetze ist. Man kann nicht ewig nur an die "staatsbürgerliche Disziplin" appellieren, kann nicht nur zu Paragraphen einer Verordnung seine letzte Zuflucht nehmen - nein, eines Tages muß die Forderung des wahrhaften Gesetzgebers zur Forderung der Nation werden.

Die Nation aber wird einer solchen Anforderung immer nur dann Folge leisten, wenn im Innern eine klare und einheitliche Willensbildung erfolgt ist, und hier werden die doktrinären und formalen Auffassungen von Ruhe, Frieden und Ordnung auf die Dauer den Geist der inneren Geschlossenheit nicht ersetzen können. Die Zerrüttung dieses Geistes wird aber durch keine Notverordnung beseitigt, sondern durch den endgültigen Sieg über die Zersetzung, die heute politisch-moralisch in Deutschland Platz gegriffen hat.

Mit Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, versuchten Sie, durch die Art des Angriffs gegen die nationalsozialistische Bewegung beizutragen zur Verhinderung unseres Sieges. Die praktische Auswirkung aber wird im Verein mit Ihrer Notverordnung zur "Sanierung" unseres Lebens am Ende doch mithelfen zur wirklichen Rettung der deutschen Nation.

Auch die Wirkung dieser Notverordnung wird, obwohl anders gedacht, mithelfen, meiner Partei den Sieg zu verleihen und damit die Periode der Illusionen des heutigen Systems zu beenden[105].

Berlin, den 13. Dezember 1931

gez. *Adolf Hitler*

105 Brüning erwähnt Hitlers Schreiben in seinen Memoiren (S. 472); Brünings Datierung 14.12. bezieht sich offenbar auf das Empfangsdatum. Hitler habe mit diesem Schreiben - so Brüning - "Kampf auf der ganzen Linie" angekündigt. "Dieser Brief war taktisch falsch, weil er jedem Vernünftigen klarmachte, daß ich nun gezwungen war, in irgendeinem öffentlichen Schritt die Unterstützung der Sozialdemokratie zu suchen."

15. Dezember 1931 Dok. 95
Rede auf Richtfest für ein Verwaltungsgebäude der NSDAP[1]

VB vom 17.12.1931, "Richtfest des Bürobaues des 'Braunen Hauses'".

Er [*Hitler*] legte dar, daß in der Politik dieselben Gesetze wie in der Baukunst Geltung haben: Man muß einen fertigen Plan haben und sich klarmachen, was will ich, mit welchem Material will ich es und welchen Zweck habe ich im Auge. Auch im Staatsleben muß man mit dem Fundament beginnen und kann nicht, wie dies bei uns heute geschieht, den Zerfall eines Hauses dadurch aufhalten, daß man seine Fassade neu anstreicht. Wären unsere Staatsmänner alle einmal eine Zeitlang Maurer gewesen, so würden sie heute, um das Auseinanderfallen der staatlichen Organisation unseres Volksaufbaues zu verhüten, nicht am Dach herumdoktern statt [*sic!*] an den Fundamenten. Der Führer zeigte insbesondere, daß die Intelligenz nur der Kitt und Mörtel für den Aufbau eines Volkes sein kann, dessen Material die Masse ist, und daß ohne gegenseitige Ergänzung beider kein Bau zustandekommen kann. Aus seinem eigenen Leben erinnerte Hitler daran, wie er, selbst von der Baukunst herkommend[2], in die Politik hineingewachsen ist und seine Erfolge in der Anwendung der gleichen Gesetze und Logik wie in jener Kunst bestehen. Er endete mit der Hoffnung, daß wir in naher Zukunft wie heute die Richtfeier dieses Baues auch die Richtfeier des neuen Deutschen Reiches begehen können[3].

---

1 In München, Brienner Straße 45, nach 16.00 Uhr. Vor Hitlers Rede in der Kantine des "Braunen Hauses" sprach Zimmermann Max Poltinger den Zunftspruch. "In scherzhafter Weise wurde weiter der Schikanen der Baubehörde gedacht, die den Bau eines dritten Stockwerkes untersagt hat. Dann wurde der Verdienste des Bauleiters, Prof[*essor*] Troost, und seiner Mitarbeiter, der Architekten Heldmann und Schiedermaier, sowie des Reichsschatzmeisters Schwarz gedacht und zuletzt auf Adolf Hitler ein begeistertes dreifaches Heil ausgebracht."
Zum Bauvorhaben der NSDAP vgl. Dok. 19.

2 Hitler hatte im Oktober 1907 die Aufnahmeprüfung an der Allgemeinen Malerschule der Akademie der Bildenden Künste in Wien nicht bestanden; man hatte ihm daraufhin das Studium der Architektur nahegelegt, wofür Hitler jedoch der notwendige Schulabschluß fehlte. In den folgenden Jahren finanzierte sich Hitler durch das Malen von Postkarten und Aquarellen, suggerierte jedoch sich und seiner Umwelt, daß er sich auf das Studium der Architektur vorbereite. Sein Interesse an der Architektur wurde auch durch seine Karriere als Parteipolitiker nicht beendet. Seine zahlreichen architektonischen Entwürfe, die teilweise schon vor 1933 in Hitlers Privatbauten sowie in Bauten der NSDAP umgesetzt wurden, dienten ihm zur Entspannung, aber auch als Beweis seiner "Begabung". Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 15 ff.; Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969, S. 42 ff.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

18. Dezember 1931 Dok. 96
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 18.12.1931, "Parteiamtlich wird bekanntgegeben".

In letzter Zeit wird von gegnerischer Seite versucht, einen Gegensatz zwischen Studentenbund und Partei zu konstruieren[1]. Ich stelle demgegenüber fest: Die Vertretung der nationalsozialistischen Belange auf den Universitäten und Hochschulen erfolgt ausschließlich durch die Vertreter der N.S.D.St.B.[2]

Ich verbiete den Parteigenossen bei Androhung ihres Ausschlusses aus der N.S.D.A.P. auf anderen Listen als auf denen des N.S.D.St.B. zu kandidieren oder - falls sie schon auf solchen Listen gewählt sind - gegen den N.S.D.St.B. zu wirken.

Die hochschulpolitischen Maßnahmen des N.S.D.St.B. werden von mir restlos gedeckt. Der Kampf gegen sie ist deshalb in Wahrheit ein Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung überhaupt. Mitglieder der Partei, die sich an diesem Kampf beteiligen[3], schließen sich damit selbst aus der Bewegung aus.

Adolf Hitler[4]

---

1 Der neue Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft Walter Lienau hatte sich seit August bei Heß über Schirach beklagt und am 22.10.1931 einen Ausschlußantrag gegen Schirach gestellt. Lienau konnte jedoch weder im NSDStB noch in der Partei mit seiner Kritik gegen den Reichsführer des NSDStB durchdringen. Fehler und Inaktivität bei seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Deutschen Studentenschaft trugen dazu bei, daß Lienau bis Jahresende jeglichen Rückhalt in der NSDAP verlor, so daß er im Dezember 1931 von seinem Amt als Vorsitzender und im folgenden Monat auch von seinem Amt als Ältester der Deutschen Studentenschaft zurücktrat. Vgl. Faust, Studentenbund, Bd. 2, S. 22 ff. sowie Dok. 59, Anm. 2.

2 Vgl. Dok. 59, Anm. 5.

3 Lienau hatte sich nicht nur parteintern, sondern auch innerhalb der Deutschen Studentenschaft abfällig über Schirach geäußert.
Walter Lienau (1906-1941), Student, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1929 Hochschulgruppenführer des NSDStB an der TH München, 1930 Kreisleiter VII der Deutschen Studentenschaft, dann Hochschulpolitischer Referent in der Reichsleitung des NSDStB, 1931/32 Erster Vorsitzender, dann Ältester der Deutschen Studentenschaft, danach Landwirt, 1939 Eintritt in die Waffen-SS Division "Leibstandarte Adolf Hitler", 1941 in Griechenland gefallen.

4 Folgt die Erklärung: "Einzelne Angehörige studentischer Verbände verbreiten die Behauptung, daß zwischen uns Zerwürfnisse persönlicher und sachlicher Art bestehen. Sie stützen sich dabei auf Äußerungen, die Pg. Lienau vor langer Zeit getan hat, die aber bereits ihre dienstliche Erledigung gefunden hatten, bevor sie von unbeteiligter Seite weitergegeben wurden. Wir wissen uns mit der überwiegenden Mehrzahl des deutschen Verbindungsstudenten einig in der Zurückweisung dieses unberechtigten Eingriffs einzelner Verbandsangehöriger in Angelegenheiten der nationalsozialistischen Bewegung. *Wir stellen fest, daß zwischen uns keinerlei persönliche und sachliche Differenzen irgendwelcher Art bestehen. Wir werden nach wie vor unsere Kräfte in vertrauensvoller Zusammenarbeit am gemeinsamen Werk der Eingliederung des deutschen Studenten in die Bewegung Adolf Hitlers einsetzen.*
Der Reichsführer des N.S.D.St.B. *Baldur von Schirach.* Reichsjugendführer der N.S.D.A.P.
Walter Lienau. Ältester der Deutschen Studentschaft. Mitglied der Reichsleitung des N.S.D.St.B."

20. Dezember 1931 [1] Dok. 97
Interview mit The New York Times [2]

The New York Times vom 20.12.1931, "Herr Hitler Replies to Some Fundamental Questions. An Interview With the Nazi Leader in Which He Throws Light on His Policy in some Foreign and Domestic Matters not Explained Before and States the Main Points of His Program for Germany".

[...] [3]

"We regard them as not only unjust but unreasonable," said Herr Hitler with considerable vehemence. "The Entente demands that we pay from 2,000,000,000 to 2,500,000,000 marks annually as tribute [4]. This can only be done if we export from 20,000,000,000 to 25,000,000,000 marks worth of goods every year [5]. Since other nations build up high tariff walls to protect their own industries [6], it is extremely difficult to find markets to absorb such a huge volume of exports.

"Consequently, we rationalized and modernized our industries [7], went in intensively for mass production and borrowed heavily abroad for the purpose. That is, we took on huge loans at high interest rates [8] and have to pay 1,500,000,000 marks yearly to foreigners in interest alone [9]. The whole thing is insane. We could reduce our exports considerably if we were not obliged to pay this interest.

"Foreigners sometimes say we have lived luxuriously and spent money wastefully. They criticize us for building stadia and swimming pools [10]. But how could we employ our people

1 Hitlers Interviewpartner Callender erwähnt in seiner Einführung, er habe Hitler in der Nacht vor dem Interview im Münchner Bürgerbräukeller sprechen hören; gemeint ist möglicherweise Hitlers Rede am 25.11.1931 (Druck: Dok. 75). Andererseits spricht Hitler in diesem Interview Themen an, die erst in seinen Interviews im Dezember auftauchen, bzw. die zeitlich eher in diesen Monat passen. Da weitere Angaben nicht vorliegen, orientiert sich die Datierung des Interviews an seinem Publikationstermin. Vgl. ferner Hanfstaengl, 15 Jahre, S. 254 f.

2 In München, im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte der Leiter des Pariser Büros der *New York Times*, Harold Callender.
In der Einführung zu diesem Interview ist u. a. zu lesen: "Herr Hitler is a born orator. Even when answering questions in his office he instinctively assumed his platform manner. He quickly warmed up to his subject and spoke at a racing speed. He rose from his chair, walked about the room, sat upon a table, but was never quite at rest. He emphasized his assertions with nervous gestures, save when he occasionally became more guarded and checked his rapid flow of speech to make sure that his words were carefully noted."

3 "'The National Socialist party considers reparations to be unjust', began the interviewer. 'But how would you do away with them?'"

4 Vgl. Dok. 46, Anm. 27 sowie Dok. 2, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 89, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 29, Anm. 14, aber auch Dok. 67, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 67, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

9 Zahlen für 1931 nicht zu ermitteln. Für den Zeitraum vom 1.3.1932-28.2.1933 beliefen sich die Zinsverpflichtungen für sämtliche deutschen kommerziellen und öffentlichen Auslandsschulden auf 1.225 Millionen RM, für die regelmäßigen Tilgungsraten auf 213 Millionen RM. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt 12 (1932), H. 16, S. 492 f.

10 Vermutlich eine Anspielung auf Parker Gilbert, der während seiner Zeit als Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen (1924-1930) immer wieder den, in seinen Augen zu hohen, Lebensstandard der Deutschen

otherwise? These expenditures may not have been productive from the point of view of our creditors, but they were for us. We live in a time when the interest of bankers dominates, and industry goes to ruin.

"How will the reparations question be settled? We hope by the application of reason by showing what the actual facts are. For instance, our need to export on such a huge scale makes us more formidable competitors of the other industrial nations and contributes to unemployment in England and America."

[...][11]

"If France insists that the political debt must have priority, the issue becomes one of our ability to pay, not of our will to pay. This is a question the rest of the world will have to decide. If France presses for payment, the German economy will go to smash."

[...][12]

"We recognize it, yes. But it does not follow that it will be possible to pay them. This depends upon the economic situation and the policies of foreign countries."

[...][13]

"There is nobody anywhere who thinks they can be paid in March[14]," Herr Hitler replied. "The money is invested in business and trade. Foreigners lent us capital at interest rates that often were as high as 10 per cent and more[15]. Only by intense production and export was it possible to bear this burden. The interests of finance and of industry were in conflict.

"We cannot and should not bring in more foreign capital, because we cannot pay the interest on what we have already borrowed. If the lenders insist upon having their funds back, we can only say that it is impossible to liquidate them now. If they were withdrawn, Germany would break down[16]. One of the things for which we reproach the present government is that it, like all other governments, has hidden the facts and kept these truths from the people. If we were to pay both the political and the commercial debts, we should have to export from 60 to 80 billion marks worth of goods a year because we cannot safely count upon more than 10 per cent profit."

---

kritisiert hatte; in seinem Memorandum vom 20.10.1927 war er beispielsweise scharf mit der exzessiven Verschuldung von Gemeinden und Ländern ins Gericht gegangen. Gerade die Gemeinden hatten mit Hilfe ausländischen Kapitals seit 1924 viel in öffentliche Einrichtungen investiert. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 415. Druck des Memorandums: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 489 ff.

11 "'What about the repayment of the foreign loans which have made it possible to pay reparations?' Herr Hitler was asked."

12 "'You recognize the obligation to pay back these foreign loans?'"

13 "'What would you do regarding the short-term loans which fall due in March, 1932, seeing that Germany still relies upon foreign capital whether she pays reparations or not?' the interviewer asked."

14 Anspielung auf das sog. Stillhalteabkommen, das am 29.2.1932 auslief. Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

15 Die Nominalverzinsung der meisten Auslandsanleihen im Deutschen Reich bewegte sich zwischen 4,5% und 8%. Die *durchschnittliche* Effektivverzinsung für Auslandsanleihen im Deutschen Reich betrug für den Anleiheschuldner 1930 6,6%, 1931 6,5%. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt 12 (1932), H. 4, 10, S. 120, 317. Ferner Dok. 89, Anm. 19.

16 Zur damaligen Gesamtverschuldung Deutschlands vgl. Dok. 29, Anm. 7, Dok. 23, Anm. 5 und Dok. 2, Anm. 14 und 15.

French Pressure Criticized

[...] [17]

"Of course we want peace and friendship with every country," he said. "But the vital needs of each country must be recognized. We could not propose, for instance, that England give up her colonies, her shipping and her trade so that we might live in friendship with her. Germany needs a foundation for her national life. When France recognizes this, nobody will be more pleased than I [18]. Until she does, no rapprochement is possible. Senator Borah realizes this when he says that the pressure France holds over Germany is the worst threat to peace [19]."

[...] [20]

"Economic rapprochement [21]," he said, "cannot be separated from the general political situation."

[...] [22]

"The gold standard [23], as everbody knows, is based upon an almost universal theory," Hitler replied. "However, everybody must realize, that even the most widely accepted theory, if overstrained, is bound to collapse in practice. Germany today possesses only a negligible quantity of gold [24]. Therefore it can hardly be expected that Germany should take the lead in this grave matter.

"As a matter of fact the country which is doing most to unbalance the world gold standard system is France. What France is doing today in the way of world gold hoarding is out of all proportion. It is a threat to world peace and happiness. But who is to check France, whose secret purpose in her gold hoarding is the re-establishment of the policy of Louis XIV of dominating Europe [25] by political extortions gained through financial scheming. If the world doesn't intervene to establish a normal balance of political power, France will be able to say not 'I am the State [26]', as did Louis XIV, but 'I am Europe'."

Tactics of His Party

[...] [27]

"The National Socialist movement will win the power in Germany by methods permitted by the present Constitution in a purely legal way [28]. It will then give to the German people the

17 "The next question touched upon Franco-German relations. Herr Hitler was asked whether he favored a rapprochement with France and, if so, on what basis."

18 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.

19 Vgl. Dok. 84, Anm. 11 sowie Dok. 89, Anm. 32.

20 "Herr Hitler was asked what he thought of the Bruening-Laval attempt to work toward an economic rapprochement while leaving political differences aside."

21 Vgl. Dok. 65, Anm. 8.

22 "'I have read in numerous National Socialist pamphlets', said the interviewer, 'that the party would abolish the gold standard in favor of a currency based on goods. May one assume that this is your purpose?'"

23 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

24 Vgl. Dok. 84, Anm. 13. Auch zum Folgenden.

25 Anspielung auf die zwischen 1679 und 1681 eingeleitete Reunionspolitik des französischen Königs Ludwig XIV. (1638-1715), die auf eine völlige Kontrolle von Frankreichs Grenzräumen im Norden und Osten zielte.

26 Mit dem unverbürgten Satz "L'État c'est moi" soll Ludwig XIV. 1655 vor den Generalständen sein absolutistisches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht haben.

form of organization and government which suits our purposes and which will give us the power to conquer communism and the pest of Marxism. The present State, with its present constitution, is not in a position to do this."

[...][29]

"The Nationalist Socialist movement will collaborate with the political forces in Germany which are willing to accept our platform, our policies, our purposes[30]. The movement will not continue the present government's policies, since they are responsible not only for the weakening of Germany but to a great extent also for the disasters that have overcome other nations. Had it not been for the 'policy of fulfillment'[31] in Germany, there would have been no world economic crisis such as we have today[32]."

In speaking of the political groups with which his party could collaborate, Herr Hitler evidently referred to the German Nationalist[33] and the Stahlhelm, whose members share many of the National Socialists' ideas and joined with them at Bad Harzburg in the great demonstration against the government[34]. The three organizations form what is known as the Nationalist Opposition. In saying that the 'policy of fulfillment' brought on the world economic crisis, he meant that it was the payment of reparations which disorganized the world's systems of money and credit.

[...][35]

"The National Socialist movement," answered Herr Hitler, "is not a military but a political organization[36]. It is characterized, however, by very strict discipline. The form and nature of a political organization are determined not only by the will of its members but also by its oppo-

27 "The conversation then turned to the National Socialist movement and its tactics. 'I believe you have said', the interviewer observed, 'that you intended to gain the power in Germany by means of the ballot and by no other means, that you would wait until you had a clear majority in the Reichstag before attempting to carry out your program. Is this true? And if you got that majority, would you retain parliamentary government or seek to change the Weimar Constitution so as to do away with parliamentary government?'"

28 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

29 "'Would you join a coalition Cabinet, for instance, with the Centre [Dr. Bruening's party]?'"

30 Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6.

31 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

32 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

33 Gemeint ist die DNVP.

34 Vgl. Dok. 43 und 44.

35 "'The military form which the National Socialist movement has taken', said the interviewer, 'has given rise abroad to the impression that it is a militaristic movement and would not be averse to using force to gain the power in Germany and to change the frontiers. What could you say on that point?'"

36 Vgl. Hitlers Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925: "Die Neubildung der S.A. erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923 maßgebend waren. [...] Bewaffnete Gruppen oder Verbände sind von der Aufnahme in die S.A. ausgeschlossen. *Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen trägt oder in Depots aufzubewahren versucht, wird sofort aus der S.A. und Partei ausgeschlossen.* [...] Der Zweck der neuen S.A. ist wie einst vor dem Februar 1923: Stählung des Körpers unserer Jugend, Erziehung zur Disziplin und Hingabe an das gemeinsame große Ideal, Ausbildung im Ordner- und Aufklärungsdienst der Bewegung." Druck: Bd. I, Dok. 4. Zur damals ambivalenten Funktion der SA vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 144 ff.

nents. Germany has today more than 6,000,000 Communists and from six to seven million other varieties of international Socialists [37]. These represent the advance guard in our own country of a formidable foreign power. Democratic theories and admonitions do not suffice to resist a force which is motivated not by belief in democracy but by bloody brutality. If America had 20,000,000 Communists and Social-Democratic Marxists [38], the American people would readily understand why the National Socialist movement inculcates in its members the highest discipline and a readiness for self-sacrifice."

[...] [39]

"The abolition of universal military service in Germany [40] seems to the rest of the world to have been a great achievement," remarked Herr Hitler. "But if it leads to the disruption of the German nation and to bolshevistic chaos [41], the world then will prefer German universal military service to a German Red army."

Monarchy Held Not an Issue

[...] [42]

"The National Socialist movement," replied Herr Hitler, "has nothing whatever to do with monarchism [43]. The vital problem now facing the German nation is not whether a King of Prussia will again become German Kaiser but whether bolshevism will destroy the German people, their culture and their economic system."

[...] [44]

"The attitude of the National Socialist movement to every inhabitant of this country," he said, "is determined by that inhabitant's attitude to Germany. Moreover, it was America, in spite of its enormous territory, that was the first country to teach us by its immigration law that a nation should [*not*] open its doors equally to all races [45]. Let China be for the Chinese.

37 Vgl. Dok. 83, Anm. 12.

38 Vgl. Dok. 91, Anm. 15.

39 "'It is also assumed', continued the interviewer, 'that you would like to revive the traditional type of discipline which Oswald Spengler identifies with Prussianism and which the old German Army and the system of universal military service exemplified.'"

40 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

41 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

42 "'Would not the abolition of the republic be a first step to the restoration of the monarchy, and does not your movement tend to strengthen monarchistic tendencies?'"

43 Vgl. Dok. 89, Anm. 35.

44 "Herr Hitler was asked whether anti-Semitism was a fundamental part of his party's platform."

45 Mit dem First Quota Act vom 19.5.1921 versuchten die USA, einzelne Höchstwerte für die Immigration festzulegen. Pro Jahr sollten höchstens 3 % derjenigen nationalen Volksgruppen einwandern, deren Mitglieder 1910 bereits in den USA gelebt hatten, jedoch außerhalb der USA geboren waren. Unter die Ausnahmen dieser Regelung fielen auch die Angehörigen der sog. Asiatic barred zone. Durch den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924 wurde die Einwanderung in die USA noch schärfer reglementiert. Vgl. Michael C. Le May, From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987, S. 74 ff. Gesetzestext: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff.

America for the Americans and Germany for the Germans[46]. We have a very small amount of territory for our 65,000,000 people[47], but at least within our restricted area we can be our own masters. Let me add that I should severely condemn every German who would take part in public affairs in Palestine or seek to influence them[48]."

The Kaiser's Overthrow

[...][49]

"In the hour of the greatest need of my people," he answered, "I should never have made a revolution[50]. Even if I had thought my former government had been guilty, I should have covered up the fact instead of proclaiming it to the world. Only after the end of the war and the signature of the peace should I have made that government answer for its sins. I am convinced that no American would have behaved in any other way."

[...][51]

"We National Socialists see a prospect of maintaining peace only if the menacing situation of one-sided disarmament disappears[52]. There are just two possibilities: Either the armed nations will remove the disturbing and threatening pressure of their unreasonable and unjustified military superiority or else the disarmed nations will one day rearm. What we ask is the removal of this menace."

[...][53]

"Yes," he said. "What we want is equality. Moreover, because of her financial position Germany is more interested in disarmament than in further armament[54]."

Revision of the Peace Treaty

[...][55]

"We oppose the treaty[56] as a form of continuous throttling, oppression and extortion - morally, politically and economically. It was not a peace treaty but a settlement dictated by

46 Vgl. Dok. 89, Anm. 38.

47 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

48 Parallel zur Entstehung des Zionismus hatte am Ende des 19. Jahrhunderts die verstärkte jüdische Einwanderung in das damals noch türkische Palästina begonnen; die Balfour-Erklärung vom 2.11.1917, mit der die britische Regierung "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk" in Aussicht stellte, war eine erste internationale Anerkennung der territorialen Ziele des Zionismus. 1930 lebten auf dem britischen Mandatsgebiet Palästina ca. 160.000 Juden und 780.000 Araber. Vgl. Peter Freimark, Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina. In: Helmut Mejcher (Hrsg.), Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn [2]1993, S. 49-74.

49 "Herr Hitler had often referred to the German revolution as 'The crime of 1918', so the interviewer asked him what he would have done at that time."

50 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik am 7.4.1919 in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. bayerischen Infanterieregiments. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 188 f.

51 "When asked what he thought about the prospects of reducing armaments, apropos of the world disarmament conference next February, Herr Hitler replied:"

52 Anspielung auf die geplante Abrüstungskonferenz in Genf. Vgl. Dok. 83, Anm. 35.

53 "'Do you mean that if France had an army of 100.000 men, then Germany would be satisfied with her army of 100.000?' Herr Hitler was asked."

54 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 38, Anm. 9.

hatred ["Hassdiktat" was the word Herr Hitler used], which cuts the world sharply into two groups of people, victors and vanquished. We shall not allow ourselves to be kept eternally in the position of a second-class nation, mistreated by France."

[...][57]

"In 1871," replied Herr Hitler, "the French opposed the Treaty of Frankfurt just as we oppose the Treaty of Versailles today, but Germany made no effort on that account to limit France's armament[58]."

[...][59]

"We do not regard the League as any sort of guarantee of peace," he said. "If it were such a guarantee, why should France require her enormous military force[60]? Moreover, I am not aware that the League's intervention in the conflict between Japan and China has kept the peace[61]. We do not want to be either Japanese or Chinese."

---

55 "Reference was made to a recent book ("Morgen wieder Krieg [*Untersuchungen der Gegenwart. Blick in die Zukunft, Berlin (Rowohlt) 1931*]", by Dr. [*Ludwig*] Bauer) in which Germany's insistence upon revision of the Versailles Treaty was rated as one the disturbing factors in Europe, and Herr Hitler was asked to comment upon this contention."

56 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

57 "'But if you demand that the treaty be revised, you cannot logically expect the French to disarm, since they contend that their army is needed, precisely to prevent treaty revision and the changing of frontiers.'"

58 Vgl. Dok. 83, Anm. 32.

59 "Herr Hitler was then asked about his party's demands that Germany withdraw from the League of Nations."

60 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

61 Der selbstinszenierte Bombenanschlag auf die südmandschurische Eisenbahnlinie bei Mukden am 18.9.1931 hatte der japanischen Kwantung-Armee einen Vorwand geliefert, um die gesamte Mandschurei in einem viermonatigen Feldzug zu besetzen. Unter Berufung auf Artikel 11 des Genfer Protokolls vom 2.10.1924 wandte sich China daraufhin an den Völkerbundsrat, der zwischen September und Dezember 1931 dreimal zusammentrat, die Erklärungen beider Seiten protokollierte, Empfehlungen erteilte und am 10.12.1931 auf japanischen Vorschlag eine Studienkommission ernannte, ohne damit die japanische Offensive in irgendeiner Form aufhalten zu können. Vgl. Christopher Thorne, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

22. Dezember 1931 Dok. 98
Interview mit Tokio Nichi Nichi Shimbun [1]

Tokio Nichi Nichi Shimbun vom 24.12.1931, "Herr Hitler, Chef der Hakenkreuz-Partei, wartet im Braunen Haus den Lauf der Dinge ab" [2].

Wenn die Welt endlich erwachen würde, würde sie die deutschen Reparationszahlungen unverzüglich beenden, um den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Die deutschen Reparationen haben allein Frankreich wirtschaftlichen Vorteil gebracht. Man muß sich im klaren sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft auf der ganzen Welt schwerste Folgen hat. Die heutige Situation habe ich bereits vor einigen Jahren prophezeit [3]. Aber damals nahmen alle Zeitungen der Welt meine Vorhersagen nicht ernst und machten sie nur lächerlich. Man las in jedem Zeitungsartikel, daß Herr Owen Young [4], der Vorsitzende der Reparationskommission, die finanziellen Probleme besser verstehe als Herr Hitler.

Aber jetzt sieht die Presse endlich ein, daß Herr Young die Sache nicht richtig verstanden hat und Hitler doch recht hatte. Wenn ich nun die Macht ergreife, werde ich der Weltöffentlichkeit verkünden, daß Deutschland nicht in der Lage ist, weitere Reparationszahlungen zu leisten. Ich werde auf die Tatsachen verweisen und deutlich machen, warum Deutschland dazu unfähig ist. Ich lehne auch den internationalen Darlehensausschuß [5] für Deutschland ab, der angeblich das Reparationsproblem lösen soll. Die Zurückweisung des Darlehensausschusses gehört zum politischen Programm der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei.

Der Plan eines solchen internationalen Darlehensausschusses hat die Tatsache außer acht gelassen, daß Darlehen an Deutschland die internationalen Finanzmärkte eher gefährden würden. Denn Deutschland würde damit verpflichtet, wegen der enorm hohen Darlehen hohe Zinsen zu zahlen, und würde damit zum Dumping gezwungen sein und so den Weltmarkt in Unordnung bringen.

Zum Schluß ging er auf das Gerücht ein, daß die Nationalsozialistische Partei auf eigene Initiative eine Luftwaffe aufbaue [6]. Dieses Gerücht widerspreche den Tatsachen, wenn es auch wahr sei, daß 15 Millionen Deutsche [7] einschließlich der Piloten und Kraftfahrzeugführer [8] seine Partei unterstützen.

---

1 Laut Hanfstaengl wurde Hitler in seiner Privatwohnung (Prinzregentenplatz 16/II) durch Professor Momo interviewt.
Deutsche Übersetzung: Prof. Dr. Yuji Ishida (Universität Tokio).

2 Vgl. auch Bericht J. Nr. 72 der deutschen Botschaft in Tokio an das Auswärtige Amt vom 6.1.1932; PA-AA, Presse-Abteilung, P 30: Informationen der ausländischen Pressevertreter, Interviews pp., Bd. 19. Ferner Hanfstaengl, 15 Jahre, S. 251 f.

3 Anspielung auf das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11.

4 Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

5 Gemeint ist der Beratende Sonderausschuß bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, dessen Einberufung die Reichsregierung am 19.11.1931 gefordert hatte. Vgl. Dok. 93, Anm. 5.

6 Anspielung auf das Nationalsozialistische Flieger-Korps. Vgl. Dok. 26 und 79.

7 Vgl. Dok. 83, Anm. 7.

22. Dezember 1931 [1] Dok. 99
Interview mit The Christian Science Monitor [2]

The Christian Science Monitor vom 22.12.1931, "Hitler Defends Strong Reich as Basis of French Accord".

New Organization of State

[...] [3]

"No, the reason is not purely economic, though of course bad economic conditions are the result of conditions in general," Herr Hitler replied. "The best proof is that many of us make heavy sacrifices for the progress of our movement. What National Socialism does is this - it offers the people a new idea of unity, a new organization of the state." He stopped to find just the right words, and slowly said, "It is a protest against mass ruling by majority, a progress of internationalism against weak pacifism. Call it a new heroism, if you like."

[...] [4]

"I am in favor of good relations among the peoples of the world," Herr Hitler replied, and then continued with vigor, "but this order of things must be based on mutual respect. A nation which is as defenseless [5] and downtrodden as Germany does not receive the respect of others. How was it possible, for instance, for the United States and Great Britain to conclude a pact limiting their naval armaments [6]? Because they were equal [7], because each had respect for the

---

8 Gemeint ist das am 1.4.1930 gegründete Nationalsozialistische Automobil-Korps, das am 20.4.1931 in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps umbenannt wurde. Der paramilitärisch organisierte Motorsportverein, mit dessen Leitung im Dezember 1930 Major a. D. Adolf Hühnlein als Korpsführer beauftragt wurde, sollte die SA mit motorisierten Verbänden ergänzen, aber auch durch den Kraftfahrer-Relaisdienst der Reichsleitung der NSDAP einen unabhängigen Nachrichtendienst aufbauen. Die Ausrüstung des NSKK bestand zunächst hauptsächlich aus privaten Motorrädern und PKWs, parteieigene Lastkraftwagen blieben vorerst die Ausnahme. Parteiinternen Angaben zur Folge waren im Spätherbst 1931 im NSKK "mehr als 10.000 Kraftfahrer organisatorisch erfaßt". Zur Organisationsgeschichte vgl. [*Theodor*] Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936, Zahlenangabe S. 54. Ferner Bd. III/3, Dok. 30.

1 Datierung nach dem Erscheinungstag des Interviews.
2 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5.
3 "'What is it, Herr Hitler, that draws ever-increasing numbers to your party? Is it purely the hope that you will provide food and work?' was the first question."
4 "'What then is your attitude toward the world's efforts to bring about a better understanding among the nations?'"
5 Vgl. Dok. 43, Anm. 6 und Dok. 94, Anm. 56.
6 Mit dem Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatten die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan versucht, international verbindliche Standards für die Rüstung zur See festzulegen, indem sie die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger sowie die jeweilige Größe und Bewaffnungsstärke der übrigen Kriegsschiffsklassen genau definierten. Den USA wie Großbritannien wurden z. B. jeweils 525.000 Tonnen für den Neubau von Schlachtschiffen zugebilligt. Der Londoner Vertrag vom 22.4.1930 führte auch für jene Schiffsklassen feste Obergrenzen ein (Kreuzer, Zerstörer und U-Boote), die durch den Washingtoner Vertrag noch nicht erfaßt waren, und versuchte die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger neu festzulegen, was Frankreich und Italien allerdings nicht anerkannten. Der Vertrag regelte ferner den Verzicht auf den Neubau von Schlachtschiffen während der Jahre 1931 bis 1936 sowie die Bestimmungen für den Bau von U-Booten. Vgl. Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 88 ff.; Druck des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922: Papers Relating to the Foreign Relations of the

other, because each knew that if one increased his armaments the other would follow suit, and that this would lead to unbearable conditions and therefore they came to an agreement."

"Calls for Better Battalions"

"But what does France do when it deals with defenseless Germany?" and here Herr Hitler's voice rose, and it was as if he saw one of those vast audiences before him which throng to his public meetings, "France does not trouble to conclude an agreement with Germany. When it sees that Germany wants more strength and tries to move more freely, France increases its pressure[8], and calls for better battalions. What person would take pains to discuss matters with a man who lies on the ground? On the day, when France faces a determined defiant Germany, conscious of its strength, it will want to arrive at an agreement with it.

"Germany has been ruthlessly weakened, and that is why it was decreed that 63,000,000 Germans should crowd together on a territory measuring 470,000 square kilometers. Nobody asked whether this was possible. It was just ordered and that was all there was to it[9]. Only children act that way.

"Then it was decreed that Germany should pay 2,500,000,000 marks annually in the form of reparations[10]. It was not asked whether Germany could do that in its crippled condition. When it lacked the necessary money, other nations advanced it[11]. When it tried to increase its exports to pay this money in foreign currency, and to buy foreign exchange in order to purchase food and raw materials which it must import in order to exist, the other nations tried to prevent this by erecting high tariff walls[12]."

[...][13]

"If France insists on the continuation of reparations Germany will collapse economically. Then France can come in, if she wants to, and occupy German factories. When Germany, in consequence of its breakdown, numbers 15,000,000 unemployed, the whole world will suffer, and perhaps will view things differently. It will be facing a menacing war of Bolshevism[14]."

United States 1922, Vol. I, Washington 1938, S. 247-266; Druck des Londoner Vertrags vom 22.4.1930: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Vol. I, Washington 1945, S. 107-125.

7 Die britische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1929 über eine Gesamttonnage von 1.240.740 t, die der USA über 1.173.820 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930, S. 381.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

9 Das Deutsche Reich hatte 1910 einen Gesamtumfang von 540.875,5 km², 1930 - ohne Saargebiet - einen Gesamtumfang von 468.753,3 km², hatte also durch den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 an Fläche 72.122,2 km² verloren. In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag abzutreten hatte, lebten jedoch 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, so daß sich Gebiets- und Bevölkerungsverluste ungefähr die Waage hielten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 5 ff.; Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

10 Vgl. Dok. 46, Anm. 27 sowie Dok. 2, Anm. 8.

11 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 14, aber auch Dok. 67, Anm. 6.

13 "'But what would you do if you were in the Government and France refused to cancel reparations?'"

14 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

Favors Better Relations

[...] [15]

"Rather than allow such conditions to arise, yes."

[...] [16]

"I favor better relations with France, but only as between two erect nations [17]."

[...] [18]

"I support general disarmament [19]," Herr Hitler replied, "but it certainly will not do for Germany to remain the only disarmed country in the midst of nations armed to their teeth. I do not want war. But the present condition is as bad as war. Germany's return to strength and defiance need not lead to friction in international affairs."

The last question pertained to his attitude toward Parliament. "Whether I would govern with a Parliament depends on the Parliament," he said, rising from his chair [20].

31. Dezember 1931 Dok. 100
"Neujahrsbefehl an die SA, SS, HJ u[*nd*] das NSKK"
Aufruf

VB vom 31.12.1931.

Das Jahr 1931 hat die unter dem Befehl der Obersten SA-Führung zusammengefaßten Einheiten der Bewegung [1] innerlich und zahlenmäßig gestärkt und gefestigt.

Das Heer der Braunhemden [2] hat sich um Vielfaches vermehrt [3].

Hohe Blutopfer hat die Bewegung tragen müssen:

Für Ehre und für Freiheit des Volkes fielen: 46. Verwundet wurden: 4.805 [4]. Ihrer wollen wir vor allem in Treue und Dankbarkeit gedenken.

---

15 "'Would you then cease paying reparations?'"

16 "'But do you want to come to terms with France?'"

17 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.

18 "'Would you insist on German rearmament if the nations hesitate to reduce their armaments at the coming Disarmament Conference?'"

19 Vgl. Dok. 38, Anm. 9. Zur geplanten Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 83, Anm. 35.

20 Folgt Bericht über die Verabschiedung durch Hitler.

1 Dem Chef des Stabes in der Obersten SA-Führung waren damals unmittelbar unterstellt: SS, NSKK, Hitler-Jugend, General-Inspektion, Reichsarzt, Reichsführerschule, ab 30.10.1931 unter der Dienststelle "Reichsjugendführer" in der Obersten SA-Führung NSDStB, HJ und NSS. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932, S. 155 sowie Dok. 59.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 59.

3 Der SA war es 1931 gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder beinahe zu verdreifachen. Zählte man im Januar 1931 noch 88.000 Mitglieder, so waren es im Dezember desselben Jahres 260.000. Vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 111.
Die NSDAP hatte im Januar 1931 die Mitgliedsnummer 400.000 ausgegeben, im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 2, Anm. 61, ferner Dok. 83, Anm. 7.

Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Aus dem Blute der Kämpfer sproß der Keim zu neuer Kraft.

Kameraden, ich danke Euch an der Schwelle des Neuen Jahres für all das, was Ihr in entsagungs- und opferreichem Kampfe des vergangenen Jahres geleistet habt.

Ich spreche allen Führern und Männern der SA, SS, HJ und des NSKK meine uneingeschränkte Anerkennung aus.

Stolz auf das Erreichte des Jahres 1931 könnt Ihr mit froher Zuversicht in das Neue Jahr treten.

Ihr seid die Hoffnung des deutschen Volkes.

Seid Eurer Sendung wert!

Der Oberste SA-Führer:

Adolf Hitler[5]

4 Vgl. Dok. 94, Anm. 29, Dok. 43, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 71.

5 Folgt Aufruf des Stabschefs der SA Ernst Röhm: "Kameraden der SA, SS, HJ und des NSKK. Der Dank und die Anerkennung des Führers zur Jahreswende wird uns ein Ansporn sein, im kommenden Jahre wie in dem nunmehr abgeschlossenen unsere Pflicht zu erfüllen. Kampfwille und Opferbereitschaft, Zucht und Kameradschaft sollen auch die Richtpunkte des Jahres 1932 sein! Wir werden siegen, weil wir siegen wollen. Und Hitlers Sieg wird der Sieg Deutschlands sein."

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BDC	Berlin Document Center
B.d.F.	Bund der Frontsoldaten
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BRT	Bruttoregistertonne
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Berliner Zeitung
CBS	Columbia Broadcasting System
CPBS	Columbia Phonograph Broadcasting System
CV	Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DFV	Deutscher Freidenkerverband
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DSP	Deutschsoziale Partei (1900-1914)
DsP	Deutschsozialistische Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
f. d. R	für die Richtigkeit
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft

HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KG	Kommanditgesellschaft
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
LVP	Landvolkpartei
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MBO	Münchner Bauordnung
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NA	National Archives, Washington
ND	Neudruck
NL	Nachlaß
NSAK	Nationalsozialistisches Automobil-Korps
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
O.Gr.	Ortsgruppe
OHL	Oberste Heeresleitung
O/LGR	(Ober)landgerichtsrat
Osaf, OSAF	Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung

PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
Rep.	Repertorium
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFS	Reichsführerschule
RFSS	Reichsführer SS
RG	Record Group
RGBl	Reichsgesetzblatt
RJF	Reichsjugendführer/Reichsjugendführung
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
R.L., RL	Reichsleitung, Reichsleiter
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
RW	Reichswehr
S.A., SA	Sturmabteilung
SADV	SA-Dienstvorschrift
SAF	SA-Führer/SA-Führung
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schupo	Schutzpolizei
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS	Sommersemester
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
TH	Technische Hochschule
TK	Totaler Krieg
TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UGr.	Untergruppe
USA	United States of America
USA, USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDSt	Verein Deutscher Studenten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VpFD	Verein proletarischer Freidenker

WS	Wintersemester
z. b. V.	zur besonderen Verwendung

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Abel, Karl-Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Aldcroft, Derek H., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 3, München 1978.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XVII-XIX, Göttingen 1982-1983.

Albrecht, Karl Heinz, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J.

Aquarone, Alberto, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

Archiv für Strafrecht und Strafprozeß. Hrsg. von K. Klee, Bd. 75, Berlin 1932.

Bach, Jürgen A., Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977.

Bähr, Johannes, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932, Berlin 1989.

Bariéty, Jacques, Les Rélations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925, de l'Exécution à la Négociation, Paris 1977.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Becker, Josef, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111.

Becker, Peter Emil, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart 1990.

Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten. Hrsg. und eingeleitet von Eckart Kleßmann, München 1973.

Bennett, Edward W., Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge 1962.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Bermbach, Udo, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Blaich, Fritz, Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München ²1990.

Blaze, Elzéar, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837.

Bohle, Thomas, Einheitliches Arbeitsrecht in der Weimarer Republik. Bemühungen um ein deutsches Arbeitsgesetzbuch, Tübingen 1990.

Bohn, Jutta, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Frankfurt a. M. 1992.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf ⁵1978.

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 1, 2, Hannover 1961-1963.

The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore ²1980.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Ergänzungsbestimmungen, München [35]1936.

Büttner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982.

The Cambridge Economic History of India, Vol. II: c. 1757-c. 1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157.

Christ, Karl (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986.

Crepon, Tom, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988.

Curtius, Julius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948.

Davies, Robert William, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983.

Degreif, Diether, Franz Xaver Schwarz. Das Reichsschatzmeisteramt der NSDAP und dessen Überlieferung im Bundesarchiv. In: Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms. Hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg, Boppard a. Rh. 1989, S. 489-503.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

De Rosa, Gabriele, Luigi Sturzo, Torino 1977.

Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dienstvorschrift für die SA der NSDAP, Dießen 1931.

"Doch das Zeugnis lebt fort". Der jüdische Beitrag zu unserem Leben, Berlin 1965.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler. Second Series, Volume II: 1931, London 1947.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Doughty, Robert Allan, The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919-1939, Hamden 1985.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Duesterberg, Theodor, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Ebersold, Bernd, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933. Ed. by Jürgen Baron von Kruedener, New York 1990.

Eichengreen, Barry, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, New York 1992.

Eichwede, Wolfgang, Der Eintritt Sowjetrußlands in die Internationale Politik, 1921-1927. In: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955. Unter Mitarbeit von Heinz Brahm u. a. hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1972, S. 150-212.

Eisfeld, Gerhard und Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn [2]1980.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsunion. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Falter, Jürgen W., Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-229.

Fenske, Hans, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Alexander, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

François-Poncet, André, Als Botschafter im "Dritten Reich". Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz 1980.

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Frauen um Hitler. Nach Materialien von Henriette von Schirach, München 1983.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, 2 Bde., Innsbruck 1989-1990.

Freimark, Peter, Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina. In: Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts. Hrsg. von Helmut Mejcher, Paderborn ^{2}1993, S. 49-74.

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Fritzsche, Peter, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge (Massachusetts) 1992.

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, 3 Bde., München 1967.

Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd V/2: Politische Geschichte in der Neuzeit, Köln 1978.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Gies, Horst, R., Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Gimbel, A[*dalbert*] (Hrsg.), So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gotthelf, Michael, Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918-1978, Frankfurt a. M. 1979.

Grammbitter, Ulrike, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme, Bd. 1: Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871-1877, Berlin 1922.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gunzenhäuser, Max, Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919-1920. Literaturbericht und Bibliographie, Frankfurt a. M. 1970.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Halbmast, Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Halcomb, Jill, The S.A. A Historical Perspective, Columbia 1985.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München ^{2}1980.

Harvey, Elizabeth, Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Haupts, Leo, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976.

Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Helmreich, K[*arl*], F[*erdinand*] Schels, A[*ugust*] Steinhauser (Hrsg.), Das Münchener Baupolizeirecht. Die Münchener Bauordnung und die Münchener Staffelbauordnung mit Erläute-

rungen sowie mit Abdruck der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, München 1927.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Heß, Rudolf, Briefe 1908-1933. Hrsg. von Wolf Rüdiger Heß, München 1987.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning, München 1932.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Jahrgang 1931, Berlin o. J.

Horn, Daniel, The National Socialist Schuelerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789,
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969,
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.

Hudson, Robert V., Mass Media. A Chronological Encyclopedia of Television, Radio, Motion Pictures, Magazines, Newspapers and Books in the United States, New York 1987.

Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jacobsen, Hans-Adolf, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O. o. J.

Jahrbuch des Völkerrechts, Bd. VIII: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jatho, Jörg-Peter, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen. Hrsg. von Werner Wolf und Antonio Peter, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

Jellonnek, Burkhard, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Lose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988.

Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

Kahl, Jürgen, National-Zeitung. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 177-189.

Kaiser, Jochen-Christoph, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kimmich, Christoph M., The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, München 1973.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klehr, Harvey and John Earl Haynes, The American Communist Movement. Storming Heaven Itself, New York 1992.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knipping, Franz, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Knock, Thomas J., To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

Koch, Hannsjoachim W., Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987.

Kolb, Eberhard, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989.

Koszyk, Kurt, Der jüdische Beitrag zum deutschen Presse- und Verlagswesen. In: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 196-217.

Koszyk, Kurt, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Kremmel, Paul, Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Bereich des Bezirksamts Weißenburg in Bayern, Lichtenfels 1987.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

Kuusisto, Seppo, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-39, Helsinki 1984.

Die Lage am Münchener Wohnungs- und Geschäftsraummarkt. Denkschrift des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V., München 1931.

Lang, Jochen von, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Berlin 1991.

Langewiesche, Dieter, Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten. Hrsg. von Werner Conze und Ulrich Engelhardt, Stuttgart 1979, S. 70-93.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Leffler, Melvyn P., The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919-1933, Chapel Hill 1979.

Le May, Michael C., From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-39, Chicago 1973.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Loiperdinger, Martin, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. von Eike Hennig, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lüke, Rolf E., Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958.

Lükemann, Ulf, Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, Diss. phil., München 1963.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990.

Marquand, David, Ramsay MacDonald, London 1977.

Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin (Ost) [9]1974.

Maser, Werner, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Mehringer, Hartmut, Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 1-286.

Meier-Dörnberg, Wilhelm, Die große deutsche Frühjahrsoffensive 1918 zwischen Strategie und Taktik. In: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Horst Boog u. a., Herford 1988, S. 73-95.

Meissner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg [3]1950.

Meister, Rainer, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929-1932, Regensburg 1991.

Mendelssohn, Peter de, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1982.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Merl, Stephan, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991.

Middleton, Roger, The Treasury and Public Investment. A Perspective on Interwar Economic Management. In: Public Administration 61 (1983), S. 351-370.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten. In: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 118-146.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moon, Penderel, The British Conquest and Dominion of India, London [2]1990.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977.

Mouré, Kenneth, Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in French Monetary Policy, 1928-1936, Cambridge 1991.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J.

Neebe, Reinhard, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Niedhart, Gottfried, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

Nove, Alec, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970.

Nove, Alec und J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler. Die Illusionspolitik von Matthias Erzberger bis Heinrich Brüning. Die große Illusion der letzten Notverordnung, München 1932.

The "Opera Nazionale Balilla", Rome o. J.

Oppermann, [*Theodor*], Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938; 1930, Vol. I, Washington 1945.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Paul, Gerhard, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.

Pauley, Bruce F., Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien 1972.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Paulmann, Johannes, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989.

Pentzlin, Heinz, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980.

Peter, Matthias, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919-1946, München 1997 [in Vorbereitung].

Petersen, Jens, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petzold, Joachim, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pohle, Heinz, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969.

Pulzer, Peter, Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848-1933, Oxford 1992.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Hrsg. vom Reichsarbeitsministerium, Jg. 1930, Teil I; Jg. 1931, Teil I und II.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rohkrämer, Thomas, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüffler, Klaus, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums. Bd. III: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin ²1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schausberger, Norbert, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schiffers, Reinhard, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.

Schildt, Axel, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schmidt-Hannover, Otto, Umdenken oder Anarchie. Männer - Schicksale - Lehren, Göttingen 1959.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schroeder, Christa, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985.

Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Revolution und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schumacher, Martin, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schwabe, Klaus, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarz, Angela, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwarze, Johannes, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977.

Shamir, Haim, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930-1936, Leiden 1989.

Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989.

Solari, Pietro, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969.

Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1932.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1935. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stern, Fritz, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M. 1978.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stiegler, Klaus Martin, Germania (1871-1938). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 299-313.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. und erläutert von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931.

Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932-1933.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stroheker, Karl Friedrich, Germanentum und Spätantike, Zürich 1965.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J.

Sturm, Peter, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning. In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 121-164.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930.

Thorne, Christopher, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

Tracey, Donald R., The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ^{9}1986.

Treviranus, Gotthold Reinhold, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

Turner, jr., Henry Ashby, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bde. II, III, VIII, Berlin o. J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1930/31, Beilagen Bd. IX, München o. J.

Verhandlungen des Preußischen Landtags, III. Wahlperiode 1928-1932, Bd. 16, Berlin 1931.

Verhandlungen des Reichstages. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, 446, Berlin 1931-1932.

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. VI. Band: Die Friedensschlüsse 1918-1921. (Jahrbuch des Völkerrechts VIII. Band), München 1922.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Vogelsang, Thilo, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932. In: VfZ 6 (1958), S. 86-118.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagemann, Ernst, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch. Hrsg. von Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem unter Leitung von Dwaine Marvick, Bd. III/Teil C, Wien 1966.

Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

Webster, Richard A., The Cross and the Fasces. Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford (California) 1960.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Weißmann, Karlheinz, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. 14: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956.

Wendt, Bernd-Jürgen, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteigruppe" oder "Revolutionsarmee". Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

Wette, Wolfram, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 25-173.

Weyerer, Benedict, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993.

Williamson, David G., The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zapponi, Niccolò, Il partito della gioventù. Le organizzazioni giovanili del fascismo 1926-1943. In: Storia Contemporanea 13 (1982), S. 569-633.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart [2]1989.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932

Teil 3: Januar 1932 – März 1932

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann

K · G · Saur München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
Bd. 4. Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann.
Teil 3. Januar 1932 – März 1932. – 1997
ISBN 3-598-22005-7

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Mit dem Erscheinen dieses Teilbandes, der den Zeitraum von Januar 1932 bis März 1932 abdeckt, liegt Band IV vollständig vor. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden auch in diesem Teilband die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt sowie ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hier veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Ute Elbracht, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte
Horst Möller
Udo Wengst

München, im Februar 1997

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf die seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet,

1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt a. M., Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbork, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner mehrere Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

1. Januar 1932 Dok. 1
Aufruf

VB vom 1./2.1.1932, "Neujahrsaufruf Adolf Hitlers".

Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!

Das *zwölfte Jahr* des Kampfes unserer Bewegung[1] ist zu Ende. Dank der übergroßen Treue aller Mitkämpfer, dank ihrem Arbeits- und Opfersinn ist es gelungen, auch in diesem Jahre den *Siegesmarsch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei weiter fortzusetzen.* Wir alle wissen es:

Im Jahre 1931 ist unsere Bewegung zur größten Partei Deutschlands geworden[2].

Gewaltige äußere Erfolge sind der allen sichtbare Beweis für diese Tatsache.

Als am 14. September 1930 6½ Millionen erwachsene Deutsche *107 Abgeordnete unseres Vertrauens in den Deutschen Reichstag* wählten[3], zerriß zum ersten Male für die ganze Welt das Lügengewebe, mit dem man das innere Wachstum unserer Bewegung nach außen hin jah-

1 Die DAP war am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden. Zu ihrer Frühgeschichte vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

2 Für die Zeit der Weimarer Republik lassen sich etwa folgende Mitgliederstärken der großen deutschen Parteien ermitteln:

Partei	Gesamtzahl der Mitglieder	Zeitpunkt
KPD	ca. 287.000	März 1932
SPD	1.008.953	31.12.1931
DDP/DStP	113.323	1929
Zentrum	ca. 200.000	1933
DVP	ca. 250.000	1930
DNVP	ca. 696.000	1928
NSDAP	ca. 800.000	Dezember 1931

Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, S. XCVII; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1932, S. 109; Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986, Bd. 1, S. 575; Bd. 2, S. 414, 477; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977, S. 34; Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352.

3 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte NSDAP gewählt, die daraufhin mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten war. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 547. Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der NSDAP im V. Reichstag vgl. Reichstags-Handbuch 1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1930.

relang verschleiert hat. Selbst die Lüge und Verleumdung mußten einen Augenblick in ihrem Treiben innehalten: Es war ein Sieg erfochten worden, der nicht weggelogen werden konnte. Allerdings, schon wenige Wochen später hatten sich die berufsmäßigen politischen Verdreher der Wahrheit so weit wiedergefunden und von ihrem ersten Schrecken erholt, daß das alte freche Lügenspiel erneut beginnen konnte. Man versuchte sich selbst und der Welt einzureden, daß nur eine "augenblickliche Erkrankung" des deutschen Volkes Ursache unseres Erfolges sein konnte. Die Partei - so hieß es - habe damit ihren Höhepunkt erreicht und werde nunmehr jäh nach unten stürzen[4].

Parteigenossen und -genossinnen! Ihr habt gesehen, wie das Schicksal und die Tatsachen auch dieses Mal unsere offiziellen politischen Propheten Lügen straften.

Das Jahr 1931 hat Sieg um Sieg an unsere nationalsozialistischen Fahnen geheftet.

Trotz der von mir vorhergesagten Flut von Lügen, Fälschungen und Verleumdungen[5] sind in den Wahlen dieses Jahres die Massen unserer Anhänger enorm gewachsen.

Deutschland ist im Begriff in rapider Schnelligkeit nationalsozialistisch zu werden.

Die Wahlen in Bremen, in Hamburg, in Oldenburg, in Anhalt-Dessau, in Mecklenburg, in Hessen und in Württemberg, sie haben eine fortlaufende Steigerung der Größe und der Bedeutung unserer Bewegung gebracht[6].

Dem Bolschewismus steht die gewaltige Front des neuen Deutschland gegenüber.

Allein, so berauschend diese äußeren Erfolge auch sind, sie wären wertlos, wenn ihnen am Ende nicht ein gleiches *inneres Wachstum der Partei* zur Seite stünde.

---

4 In den Kommentaren der deutschen Presse zum Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 gab es Stimmen, die das rapide Anwachsen der nationalsozialistischen Wählerschaft nur als vorübergehendes Phänomen bewerteten. Doch gab es auch sehr viel ernstere Urteile, etwa das des *Berliner Tageblatts* vom 24.9.1930 (MA), "Doppelt grundlose Panik": "Jetzt ist anzunehmen, daß er [*der Nationalsozialismus*] eine vorübergehende Erscheinung ist und daß nach einer Besserung der Wirtschaftslage, nach einem Rückgang der Arbeitslosenziffer sein Stern wieder verblassen wird. Er wird keine vorübergehende Erscheinung sein, wenn man ihn in die Regierungsämter eindringen läßt. Das Ausland glaubt nicht an die Harmlosigkeit des Experimentes und darum hat es, auch nach Erledigung des törichten Putschgeschwätzes, weiter die deutschen Wertpapiere fortgeworfen, als die Äußerungen aus der Mitte rechts den Eindruck erweckten, das Kabinett 'von Frick bis Brüning' werde kommen."

5 Anspielung auf Hitlers Aufruf vom 1.1.1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 42.

6 Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 30.11.1930 erhielt die NSDAP 51.327 Stimmen (25,4%), bei der Wahl am 13.11.1927 hatte sie noch nicht kandidiert; bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 27.9.1931 konnte die NSDAP ihr Wahlergebnis von 14.760 (2,2%, 19.2.1928) auf 202.506 Stimmen (26,2%) steigern; bei der Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931 von 17.457 (7,5%, 20.5.1928) auf 97.802 Stimmen (37,2%); bei der Landtagswahl in Hessen am 15.11.1931 erhielt die NSDAP 291.183 Stimmen (37,1%), bei der Wahl am 13.11.1927 hatte sie noch nicht kandidiert.
Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen in Anhalt am 25.10.1931 war die NSDAP fast überall zur stärksten Partei geworden. Ein Gesamtergebnis der württembergischen Gemeinderatswahlen vom 6.12.1931 liegt nicht vor, es wird auf knapp 20% geschätzt, so daß die NSDAP zweitstärkste Partei wurde. Bei den Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin am 1.11.1931 erzielte die NSDAP mit 91.896 Stimmen das beste Ergebnis aller Parteien und Listenverbindungen. Vgl. Jürgen Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 93 ff.; Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986, S. 97 ff.; Kerstin Urbschat, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 83-98, hier S. 94.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Größe des Wachstums unserer Bewegung sollt ihr aber an folgendem ermessen: Am 14. September 1930 zählte unsere Partei 293.000 Mitglieder[7]. Und heute, am 1. Januar 1932, hat sie das *8. Hunderttausend bereits überschritten*[8].

Am 1. Januar 1931 haben sich rund hunderttausend Männer in unserer SA-und SS-Organisation befunden. Heute am 1. Januar 1932 weit über 300.000[9].

Die Zahl unserer Anhänger beträgt schon jetzt mehr als 15 Millionen[10]!

Es ist ein Siegeszug, der in der Geschichte unseres Volkes ohne Beispiel ist.

Diesem ziffernmäßigen Wachstum entspricht der einzig dastehende *innere Ausbau* unserer Organisation.

Heute steht dem Bolschewismus und seinen marxistisch-zentrümlich-demokratischen Hilfskräften [*sic!*] eine gewaltige Front des erwachenden Deutschland gegenüber!

Wenn nicht Zentrum und mittleres Bürgertum [*sic!*] *aus ihrer inneren Wesensverwandtschaft heraus mit dem Marxismus paktieren würden*[11], *gäbe es schon heute kein rotes antichristliches Deutschland mehr.*

Sie sind daher die fluchbeladenen Helfershelfer des Bolschewismus!

So wie früher einst ein Bismarck mit Recht den Liberalismus als Schrittmacher der Sozialdemokratie bezeichnen konnte[12], so sind Demokratie und Zentrum heute die *Schrittmacher des Bolschewismus* und damit die Hauptmitschuldigen an unserm Unglück.

---

7 Die NSDAP hatte im Juni 1930 die Mitgliedsnummer 250.000 vergeben, im September 1930 die Mitgliedsnummer 300.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15% niedriger anzusetzen. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 120 ff.

8 Die NSDAP hatte im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000 ausgegeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Anm. 7.

9 Der SA war es 1931 gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder beinahe zu verdreifachen. Zählte man im Januar 1931 noch 88.000 Mitglieder, so waren es im Dezember desselben Jahres 260.000. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 111.

10 Umfragen oder Schätzungen über die Zahl potentieller NSDAP-Wähler zum damaligen Zeitpunkt liegen nicht vor. Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3%) für die NSDAP, bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen zeichnete sich insgesamt eine relativ kontinuierliche Zunahme der NSDAP-Wähler ab. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 stimmten 11.339.446 (30,9%) Wähler für Hitler, im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 13.418.547 (36,8%), bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 schließlich 13.745.781 Wähler (37,3%). Die NSDAP war damit seit 1930 die zweitstärkste, seit 1932 die stärkste Partei im Reichstag. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff.; Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 30 ff.

11 Auf Reichsebene bestanden Koalitionen zwischen (M)SPD, Zentrum und DDP 1919 im Kabinett Scheidemann, 1919/20 im Kabinett Bauer, 1920 im 1. Kabinett Müller und 1921/22 im 1. und 2. Kabinett Wirth; zwischen SPD, Zentrum, DDP und DVP 1923 im 1. und 2. Kabinett Stresemann sowie zwischen SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP 1928-1930 im 2. Kabinett Müller.
In Preußen als dem größten und wichtigsten Land im Deutschen Reich wurden seit März 1919 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

12 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fort-

Die Größe unserer nationalsozialistischen Organisation zeigt sich allein äußerlich in der Errichtung des *"Braunen Hauses"*[13] *als Reichszentralgeschäftsstelle*[14]. Im Februar dieses Jahres erfolgte der Umzug aus der Geschäftsstelle Schellingstraße 50[15] in das neuerworbene Haus an der Brienner Straße. Heute ist das Haus trotz Erweiterungs- und Umbauten schon wieder viel zu klein. Ein Neubau wächst empor, ein weiterer ist projektiert, ein anderes neben dem Braunen Haus liegendes Gebäude ist seit Dezember dieses Jahres bezogen[16]! Erst im Jahr 1931 war es möglich geworden, die Organisationsabteilung II[17] auszubauen.

Nicht nur die *Eroberung des Arbeiters* in der Stadt hat damit in erhöhtem Umfange eingesetzt[18], sondern ebenso die *Gewinnung des Bauern*[19].

---

12 schrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie." Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

13 Hitler hatte am 26.5.1930 ein 1828 im Biedermeierstil erbautes Adelspalais in München (Brienner Straße 45) für die NSDAP gekauft. Nach größeren Umbauarbeiten, mit denen der Münchner Architekt Paul Ludwig Troost beauftragt wurde und für die Hitler selbst Entwürfe anfertigte, war die gesamte Reichsleitung der NSDAP zu Beginn des Jahres 1931 dorthin verlegt worden. Vgl. Ulrike Grammbitter, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87. Ferner Bd. III/3, Dok. 48 und 50; Bd. IV/1, Dok. 61 sowie Bd. IV/2, Dok. 19.

14 Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff.; Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f.

15 Die Hauptgeschäftsstelle für die Reichsleitung der NSDAP in der Schellingstr. 50 war am 24.6.1925 bezogen worden. Die Räume stellte Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann zur Verfügung, der im selben Hinterhaus sein Fotoatelier besaß. Im März 1925 waren in der Hauptgeschäftsstelle vier Angestellte beschäftigt, bis 1930 war deren Zahl auf 56 gestiegen. Vgl. Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938, S. 79 f.; Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 172 f. Dort auch eine Abbildung.

16 Nachdem die Reichsleitung der NSDAP das "Braune Haus" (vgl. Anm. 13) zu Beginn des Jahres 1931 bezogen hatte, wurde Troost bereits im Mai 1931 mit der Planung zu einer ersten Erweiterung im östlichen Gartengelände des Grundstücks beauftragt. Der Rohbau für das langgestreckte, zweigeschossige Verwaltungsgebäude im neoklassizistischen Stil wurde im Dezember 1931 fertiggestellt. Die Ausdehnung der NSDAP im Gebiet östlich des Königsplatzes war damit aber noch nicht zu Ende: Im Januar 1932 wurde die Partei Eigentümerin des westlichen Nachbargebäudes Brienner Straße 44, zwei Monate später wurde ein Kaufvertrag für das benachbarte Wohnhaus Arcisstraße 20 unterzeichnet. Noch im selben Jahr wurde die Reichsführerschule der NSDAP in die Brienner Straße 44 verlegt. Vgl. Grammbitter, "Parteiheim", S. 61 ff. sowie Bd. IV/2, Dok. 19 und 95.

17 Zweck der im Juni 1929 gegründeten Organisations-Abteilung II in der Reichsleitung der NSDAP war - so deren Leiter Konstantin Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung Gregor Straßers vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86 und Bd. V/1, Dok. 85. Zur organisatorischen Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

18 Genaue statistische Angaben über die Mitglieder der NSDAP, geschweige denn über die Wähler liegen für diesen Zeitraum nicht vor. Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9. 1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nicht nur eine Partei der Städter, sondern sie ist schon heute auch die größte deutsche Bauernpartei[20].

Ihre Politik des Ausgleichs und der Versöhnung der einzelnen Lebensstände[21], *der Zusammenfassung aller Deutschen für die politischen großen Lebensaufgaben unseres Volkes* prägt sich von Monat zu Monat schärfer in ihrer eigenen Zusammensetzung aus.

Die innere Festigkeit unserer Bewegung, die absolute Richtigkeit der Gedanken sowie der Grundlagen ihrer Organisation zeigten sich vielleicht am deutlichsten anläßlich der Überwindung aller Versuche unserer Gegner, durch innere Störungen die ihnen verhaßte Partei der deutschen Wiederaufstehung zu zersplittern.

So groß der Jubel unserer Feinde war, mit dem sie jedes scheinbare Anzeichen einer inneren Rebellion in unserer Bewegung[22] begrüßten, so bitter war auch immer ihre Enttäuschung: Aus jeder Prüfung ist die Partei stärker herausgekommen, als sie hineinging. Das Jahr 1931 hat dies am schlagendsten bewiesen!

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen!

Ihr seht die Entwicklung heute klar hinter euch liegen und mögt daraus einen Blick in die Zukunft tun.

---

einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren die Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder der SPD ihre Stimme gaben" (Falter, Hitlers Wähler, S. 225).

Mitgliederuntersuchungen deuten darauf hin, daß der Anteil an Arbeitern bei den neu eingetretenen NSDAP-Mitgliedern während der Jahre 1930-1932 bei 35,9%, also ebenfalls unter dem Reichsdurchschnitt lag. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 52 ff., 250 f.; Falter, Hitlers Wähler, S. 198 ff. mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

19 Die Wahlergebnisse der NSDAP in landwirtschaftlich geprägten Regionen hing vor allem von deren Konfession ab. Die "überdurchschnittliche Anfälligkeit nicht nur der großagrarischen, sondern vor allem der durch bäuerliche Familienbetriebe geprägten Landregionen gegenüber dem Nationalsozialismus beschränkt sich [...] weitgehend auf den evangelischen Teil Deutschlands. In den überwiegend katholischen Kreisen läßt sich die vermutete Beziehung nicht feststellen." Bei einem Vergleich *aller* Kreise ist bis 1930 noch kein meßbarer Einfluß der Landwirtschaft auf die Wahlergebnisse der NSDAP zu erkennen. Dagegen erreichte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 in landwirtschaftlich geprägten Kreisen ein durchschnittliches Wahlergebnis von 33%, in Kreisen mit einem geringeren Agraranteil jedoch nur von 29%. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff., Zitat S. 260 f.

20 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22 sowie Bd. IV/2, Dok. 24.

21 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47; Manstein, Mitglieder und Wähler.

22 Anspielung auf die sog. Stennes-Revolte im Frühjahr 1931. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115 sowie Bd. IV/2, Dok. 18.

Die Welt geht einer Entscheidung entgegen, die sich in Jahrtausenden oft nur einmal vollzieht.

Die bürgerlichen Parteien sehen das Weltgeschehen mit *ihren* Augen an. Klein und kurzsichtig, wie sie sind, vermuten sie auch in den Erscheinungen der Umwelt nur ihnen gleiche treibende Kräfte. Auch jetzt erkennen sie im Bolschewismus noch nicht die Zerstörung aller menschlichen Kulturen, sondern ein vielleicht sogar noch "interessantes Experiment eines neuen staatlichen Wollens". Sie haben keine Ahnung davon, daß heute eine tausendjährige Kultur in ihren Grundfesten erschüttert wird, keine Vorstellung, daß, wenn der Bolschewismus endgültig siegt, nicht ein paar kümmerliche bürgerliche Regierungen zum Teufel gehen, sondern *unersetzbare geschichtliche Traditionen ihre Beendigung finden*. Ja, daß darüber hinaus ein Wendepunkt in der Entwicklung der Menschheit überhaupt als Endergebnis im schlimmsten Sinne des Wortes eintreten muß. Ein Sieg des Bolschewismus ist nicht nur das Ende unserer heutigen Völker, ihrer Staaten, ihrer Kulturen, ihrer Wirtschaft, sondern auch das Ende ihrer Religionen! Nicht Freiheit kommt aus dieser Welterschütterung, sondern barbarische Tyrannei auf der einen Seite und eine materialistische Vertierung des Menschen auf der anderen!

Wie so oft in der Geschichte der Völker wird auch dieses Mal Deutschland in seinem Schicksal von entscheidender Bedeutung sein für das Schicksal aller. Wenn erst einmal die Fahne der roten Menschheitsverdummung und Menschenvertierung [*sic!*] über Deutschland aufgezogen wird, ist auch die andere Welt dem gleichen Los verfallen.

Wir kämpfen nicht für den Sieg einer Partei, sondern für die Erhaltung unseres Volkes.

70 Jahre lang haben in Deutschland verruchte bürgerliche Parteien die Kraft des nationalen Gedankens verbraucht und unser Volk in einem hohen Grade dem Marxismus ausgeliefert. 70 Jahre lang haben die Parteien der Demokratie und vorgeblich später das streng christliche Zentrum in widernatürlicher Unzucht mit den Wegbereitern des Bolschewismus[23] unser Volk verderben helfen.

Heute klammern sie sich in verwerflicher Herrschsucht an ein Regiment, das schon jetzt nicht mehr ihnen gehören würde, wenn ihre eigene Bedeutung allein maßgebend wäre.

Wenn die von uns geschaffene nationalsozialistische Bewegung als Gegengewicht gegen den Marxismus heute ausfiele, würde Deutschland morgen bolschewistisch sein.

Was aber will das Schicksal?

Wenn dem Geschehen des nunmehr vergangenen Jahres ein innerer Sinn zugrunde liegen soll, dann kann es nur der sein, daß das Schicksal selbst *klare Fronten* will.

Das Bibelwort, das den Heißen oder Kalten anerkennt, den Lauen aber zum Ausspeien verdammt[24], sehen wir in unserem Volke in Erfüllung gehen. Die Mitte wird zerhauen und zer-

---

23 Die Reichstagsfraktion des Zentrums stimmte 1889 gegen die von Bismarck angestrebte Verlängerung des Sozialistengesetzes und lehnte 1899 auch die gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerichtete Zuchthausvorlage ab. Ungeachtet des politisch und sozial heterogenen Charakters des Zentrums beharrte seine Führung jedoch auf einer grundsätzlichen Ablehnung des Sozialismus, den sie durch Entwicklung einer eigenen christlichen Soziallehre und den Aufbau von spezifisch christlichen Arbeitervereinen zu ersetzen suchte. Vgl. Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

24 Vgl. Offenbarung 3, 16-17: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde."

schlagen. Die Kompromisse werden ein Ende nehmen. Dem internationalen Bolschewismus gegenüber steht heute im Nationalsozialismus die deutsche Nation. Der Allmächtige selbst schafft durch seinen gnädigen Willen die Voraussetzung zur Rettung unseres Volkes[25]; indem er die laue Mitte vernichten läßt, will er uns den Sieg geben.

Nationalsozialisten! Wir gehen nunmehr in das neue Jahr hinein in der Überzeugung, daß es das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung sein wird.

Der Blick nach rückwärts zeigt uns zahllose Opfer. Solange wir eine kleine Partei vorstellten [*sic!*], waren wir berechtigt, in unseren eigenen Opfern die Größe der Verpflichtung für unser Handeln zu erblicken. Seit uns die Vorsehung so große Erfolge gewährte, liegt das Maß unserer Pflichten Deutschland gegenüber in der Größe der Opfer, die unser Volk im Laufe seines geschichtlichen Werdens überhaupt auf sich genommen hat. Denn nicht um den Sieg einer Partei kämpfen wir, sondern um die Erhaltung unseres Volkes.

Angesichts der Größe dieser Opfer und dieser Aufgabe können wir nicht erwarten, daß der noch kommende Weg ein leichter sein wird!

Männer der nationalsozialistischen Bewegung!

SA- und SS-Kameraden!

Ich wiederhole, was ich das letzte Jahr von Euch forderte[26]:

Männer meiner nationalsozialistischen Bewegung! Ich verlange von Euch nichts Ungesetzliches, fordere nichts, was Euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetz bringt[27]*, verlange aber, daß Ihr mir auf dem Wege, den das Gesetz genehmigt und mir mein Gewissen und meine Einsicht vorschreiben, in Treue folgt und Euer Schicksal mit meinem Schicksal verbindet.*

Es wird ein Fegfeuer von Verleumdungen, Lügen, Fälschungen, Terror und Unterdrückung sein, durch das unsere Bewegung hindurch muß!

Unser Gegner fürchtet die Vergeltung für die Überzahl der Verbrechen, die er an unserem Volk verübte. Er wird daher vor keiner Gemeinheit und keiner Tat zurückschrecken, um den Sieg unserer Bewegung zu verhindern.

---

25 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

26 Anspielung auf Hitlers Aufruf vom 1.1.1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 42.

27 Nach dem spektakulären Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stellte sich die Frage, ob die Führung einer derart erstarkten radikalen Partei auch weiterhin bereit sein würde, sich an die Spielregeln einer demokratischen Verfassung zu halten. So verwies der Reichsminister des Innern Joseph Wirth am 4.4.1931 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt auf das Urteil des Reichsgerichts, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Hitler selbst gab jedoch am 20.6.1931 gegenüber dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, zu erkennen, daß er sich ganz auf die legale Machtübernahme konzentriere. Die offiziellen Verlautbarungen der NSDAP betonten erst recht, daß die Macht auf "legalem" Weg erobert werden sollte. Obwohl die politische Praxis, insbesondere an der Parteibasis, oft anders ausfiel, war Hitler nach der Erfahrung des gescheiterten Putschs im November 1923 nicht bereit, seine - letzten Endes maßgebliche - Strategie einer Legitimierung seines Machtanspruchs durch Wahlerfolge aufzugeben. Druck von Wirths Schreibens: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 191 f. Ferner Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 231 f. Allgemein: Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Nationalsozialisten! Rechnet von vornherein damit, und nichts wird Euch dann überraschen. Dann werdet Ihr alles überwinden.

Der Weg von 7 Mann[28] *auf 15 Millionen war schwerer als der Weg von 15 Millionen zur deutschen Nation.*

Wenn wir einst die Kühnheit besaßen, an unser gigantisches Ziel und seine Verwirklichung zu glauben, dann wollen wir heute den Mut besitzen, wie ein Ritter ohne Furcht und Tadel[29] zwischen Hölle, Tod und Teufel hindurch den Weg zum Siege und zur Freiheit zu wählen.

Nationalsozialisten! Jeder von Euch sei stolz, im Jahre 1932 vom Gegner angegriffen zu werden!

Wen die marxistischen Fälscher und Zentrumslügner und ihre Presse nicht befehden, der taugt nichts für Deutschland und ist nichts wert für unser Volk!

Ringt Euch durch zu der Erkenntnis, daß unseren Feinden heute nur ein einziges Mittel zum Kampfe bleibt: die Lüge, und ermeßt daraus die Notwendigkeit einer auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißten Gemeinschaft!

Kameraden! Wir wollen als Kämpfer in dieses neue Jahr hineinmarschieren, auf daß wir es als Sieger verlassen.

Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Kampfbewegung!

Es lebe unser ewig geliebtes deutsches Volk!

Deutschland erwache[30]!

München, 1. Januar 1932

Adolf Hitler

28 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigen Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167; Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.; Tyrell, Vom "Trommler", S. 77, 198 f., Anm. 118.

29 Der Ausdruck geht auf den Beinamen "chevalier sans peur et sans reproche" des französischen Ritters Pierre Terrail, Seigneur de Bayard (1476-1524) zurück, dessen Lebensgeschichte 1527 veröffentlicht worden war.

30 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Jill Halcomb, the S.A. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985, S. 251 ff.

3. Januar 1932[1] Dok. 2
Interview mit Tokio Asahi Shimbun[2]

Tokio Asahi Shimbun vom 3.1.1932, "Befehl aus dem Braunen Haus!"[3].

"Die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan", so Hitler, "sind ein sehr schwieriges Thema[4]. Bevor ich auf die außenpolitischen Grundsätze unserer Partei eingehe, eine Bemerkung am Rande: Es scheint, daß ausländische Zeitungen unsere Partei als deutschen Faschismus bezeichnen. Das ist aber ein schierer Irrtum. Der Faschismus ist die besondere Form des italienischen Nationalismus, deshalb kann es ihn in Deutschland überhaupt nicht geben. 'Der Nationalsozialismus' ist eine spezifisch deutsche Erscheinung, eine politisch-kulturelle deutsche Bewegung[5]. Dennoch, soweit Italien ein nationaler Staat ist, habe ich ihm gegenüber volle Sympathie[6]. Auch England kann unser Freund sein[7]. Die außenpolitischen Feinde der National-

1 Datierung nach dem Erscheinungstag des Interviews. Der Bericht der deutschen Botschaft in Tokio bemerkt hierzu, daß "das Datum des Interviews [...] etwa in die Mitte des Dezembers v[*origen*] J[*ahre*]s fallen" dürfte.

2 In München im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte Herr Kuroda.
Deutsche Übersetzung: Prof. Dr. Yuji Ishida (Universität Tokio).
Der Artikel beginnt mit einer allgemeinen Schilderung: "Hier in München, genauer gesagt, links vom Karolinenplatz, an der rechten Seite der Brienner Straße, befindet sich das Braune Haus, das Hauptquartier der 'Nationalsozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei (Nazi)'. Ich brauchte nicht extra nach dem Weg zu fragen, denn ich sah in der Ferne im schneeregnerischen Alpenwind die große Parteiflagge mit dem Hakenkreuz im Rot flattern. Da ich den Termin bereits durch Telegramm aus Berlin vereinbart hatte, ließ man mich sogleich, nachdem ich die Visitenkarte gezeigt hatte, das Empfangszimmer betreten. Alles war in braun: der Stuhl, die Wand, das Hemd des Führers usw. Sogar sein Gesicht ist wegen tagtäglicher Kämpfe braungebrannt. Es ist dem Führer Hitler in diesem Jahr gelungen, aus einer Partei mit 100.000 Mitgliedern eine große Partei mit 700.000 Mitgliedern zu machen und statt einer Million jetzt 12 Millionen Wähler zu gewinnen. Hitler muß, unabhängig von der gegenwärtigen miserablen Politik, ein recht populärer neureicher Politiker sein. Er trinkt nicht, raucht nicht. Er hat kein Interesse an einem Dritten. Nur auf 'das Dritte Reich', so Hitler, freut er sich."

3 Vgl. auch Bericht J. Nr. 72 der deutschen Botschaft in Tokio an das Auswärtige Amt vom 6.1.1932; PA-AA, Presse-Abteilung, P 30: Informationen der ausländischen Pressevertreter, Interviews pp., Bd. 19. Ferner Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 251 f.

4 Zum Stand der deutsch-japanischen Beziehungen nach 1919 vgl. Gabriele Ratenhof, Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931-1933. Die deutsche Fernostpolitik als Spiegel und Instrument deutscher Revisionspolitik, Frankfurt a. M. 1984, S. 35 ff.

5 Zu den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus vgl. z. B. Wolfgang Schieder, War Hitlers Diktatur faschistisch? In: Wissenschaftskolleg - Institute for Advanced Study - zu Berlin. Jahrbuch 1985/86, Berlin 1987, S. 81-92.

6 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63; Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125, hier S. 108 ff.

7 Ein deutsch-britisches Bündnis war ein weiteres Axiom in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

sozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei sind Rußland[8] und Frankreich[9]. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß meine Partei sich gegen den Bolschewismus Rußlands wenden muß. Gegenüber Frankreich müssen wir unsere Opposition beibehalten, solange es sich einer Revision des Vertrags von Versailles entgegenstemmt. Für meine Partei, die bald die Macht in Deutschland ergreifen wird[10] und dann weder das alte Kaiserreich wiederherstellen[11], noch die bisherige Republik fortsetzen, sondern ein neues Drittes Reich[12] begründen wird, ist ihre Stellungnahme gegenüber Japan allein bedingt durch den Grad der Unterstützung, die sie in ihrem Kampf um die Revision des Versailler Vertrags durch Japan erhalten wird[13]."

"Unser Wahlspruch", so sagte Hitler, "ist 'Deutschland den Deutschen[14]!' Deshalb müssen wir auch das Motto: 'Japan den Japanern' anerkennen. Wir erkennen an, daß Japan vom Standpunkt seiner eigenen Existenz aus seine Interessen schützen muß. Kürzlich hat Straßer[15] zu

8 Zur Entwicklung von Hitlers Rußlandbild vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

9 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

10 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

11 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Hitler, der im übrigen die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), dachte jedoch nicht daran, die politische Machtübernahme mit einer monarchischen Restauration zu verbinden. Derartige Vorstellungen gab er nicht nur intern zu erkennen; bereits im Januar 1930 hatte er beispielsweise bei einem Prozeß gegen den Münchener Journalisten Karl Rabe seine deutliche Skepsis gegenüber jeder Form einer monarchischen Restauration öffentlich klargestellt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 5 sowie Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 111. Ferner Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 86 ff.

12 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Mit dem Begriff wurde eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte verbunden und, darauf aufbauend, eine neue Form "aristokratischer" Herrschaft in Europa, die Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Als Schlagwort wurde es bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

13 Japan gehörte neben den USA, Großbritannien und seinen Dominions, Frankreich und Italien zu den fünf alliierten Hauptmächten, die am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag unterzeichneten. Durch Artikel 156-158 des Vertrags wurden Japan die ehemaligen deutschen Besitzungen im chinesischen Schantung zugesprochen, die es aber 1922 an China zurückgab; der Völkerbund übertrug den Japanern ferner das Mandat über die von Deutschland annektierten Pazifikinseln nördlich des Äquators. Dennoch waren die deutsch-japanischen Beziehungen während der Weimarer Republik, bei denen freilich der wirtschaftlich-kulturelle Austausch im Vordergrund stand, vom Interesse beider Seiten geprägt, ihre Beziehungen zu normalisieren. Vgl. Ratenhof, Reich, S. 35 ff. Druck des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 915 ff.

14 Anspielung auf das Schlagwort "America for the Americans", das Teil der sog. Monroe-Doktrin ist. Bereits der erste Präsident der USA, George Washington (1732-1799), hatte eine isolationistische Außenpolitik gefordert; durch die Erklärung des amerikanischen Präsidenten James Monroe (1758-1831) vom 2.12.1823 erhielt diese Konzeption den Status einer außenpolitischen Doktrin.

15 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gau-

meiner großen Freude in seiner Stuttgarter Rede gesagt: 'Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde. Wir respektieren zwar den Völkerbundsrat, aber unser Verständnis für den Standpunkt Japans ist noch größer[16].' Die deutsche Republik übertreibt in ihrer pazifistischen Einstellung die Unterstützung des Völkerbunds. Die Vertreter dieser Richtung sagen: Deutschland muß unter allen Umständen den Völkerbund unterstützen, weil für das waffenlose Deutschland im Falle einer neuen gewaltsamen französischen Ruhrbesetzung[17] kein anderer Weg als die Anrufung des Völkerbunds gegeben ist. Dies ist jedoch ein ziemlich haltloses Argument und nicht zu rechtfertigen. Denn erstens ist es ein Irrtum, die Mandschurei-Frage[18] mit dem Ruhreinfall zu vergleichen: Während es sich bei der Mandschurei-Frage um die Verteidigung der japanischen Rechte in der Mandschurei handelt, wollte sich Frankreich mit dem gewaltsamen Einfall in das Ruhrgebiet die Garantie für Ansprüche ganz anderer Art verschaffen. Und zweitens ist Deutschland heute zwar ein Land ohne Rüstung, aber nicht ein Land ohne Verteidigung[19]. Es ist bedauerlich und ungerecht, wenn die jüdischen Zeitungen die Rolle Japans mit derjenigen Frankreichs an der Ruhr und die Rolle Chinas mit derjenigen Deutschlands gleichsetzen. Jedenfalls wird Deutschland, wenn Frankreich heute wiederum die Ruhr besetzen sollte, sich nicht an den Völkerbund wenden. Ich glaube, Sie können daraus unsere Einstellung zu Japan wohl entnehmen[20]."

---

leiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

16 Bei seiner Rede, die MdR Gregor Straßer am 4.12.1931 in Stuttgart gehalten hatte, hatte er u. a. ausgeführt: "Die Feinde unserer Feinde [...] sind unsere Freunde. Dem Völkerbund unseren tiefsten Respekt, aber wir werden uns mehr an Japan ein Beispiel nehmen. Uns wird niemand antasten, und wir werden in Ruhe den neuen nationalsozialistischen Staat aufbauen, wenn die 'marxistische Pest' ausgerottet ist." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.12.1931 (1. MA), "Keine Einigung! Rede Gregor Straßers".

17 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung hatte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen initiiert. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

18 Der selbstinszenierte Bombenanschlag auf die südmandschurische Eisenbahnlinie bei Mukden am 18.9.1931 hatte der japanischen Kwantung-Armee einen Vorwand geliefert, um die gesamte Mandschurei in einem viermonatigen Feldzug zu besetzen. Unter Berufung auf Artikel 11 des Genfer Protokolls vom 2.10.1924 wandte sich China daraufhin an den Völkerbundsrat, der zwischen September und Dezember 1931 dreimal zusammentrat, die Erklärungen beider Seiten protokollierte, Empfehlungen erteilte und am 10.12.1931 auf japanischen Vorschlag eine Studienkommission ernannte, ohne damit die japanische Offensive in irgendeiner Form aufhalten zu können. Vgl. Christopher Thorne, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

19 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff.

5. Januar 1932 Dok. 3
"Die Welt um Euch wird in Schande vergehen, und unser Staat wird Wirklichkeit"
Artikel

Der S.A.-Mann vom 5.1.1932, "Adolf Hitler spricht zu uns!".

Wie wenig die Revolte des Jahres 1918 die schlechte geistige Tradition der Vorkriegszeit zu erschüttern vermochte, zeigt am eindringlichsten die Einstellung der heutigen deutschen Machthaber zum Wehrproblem und zur Wehrfrage [1]. Soweit es sich dabei um Menschen handelt, die bewußt gegen die Interessen unseres Volkes Stellung nehmen, können sie aus jeder Betrachtung bleiben. Ihr Handeln ergibt sich aus ihren Absichten. *Sie sind einst Verräter gewesen und wollen und dürfen nichts anderes sein.*

Es gibt aber neben diesen Kreaturen immer noch Männer, die, wenn sie auch im Jahr 1918 oder vielleicht schon früher ebenfalls den Boden unter den Füßen verloren hatten, trotzdem wenigstens in *ihrem Inneren der Nation gerne dienen wollten.* Sie beklagen nachträglich das Unglück, das uns getroffen hat, und wollen nun nach dem Rezept - das kleinere Übel dem größeren vorzuziehen - in ihren Auffassungen und nach ihrem Vermögen das Schicksal der Nation vor "Schlimmerem" bewahren. Die *zwangsläufige Begrenzung ihres Wollens pflegen sie dabei in unserer Wehrlosigkeit zu erblicken.*

Der Friedensvertrag von Versailles [2] hat uns durch die Beschränkung unserer Wehrhoheit - oder wie sie glauben, durch die Festlegung auf ein technisch schwaches Hundert-Tausend-Mann-Heer [3] - zu einer Politik passiver Duldung verdammt. Wie weit diese Duldung ging, zeigt der heute allen sichtbare *Zusammenbruch nicht nur unseres Volkes,* sondern selbstverständlich *auch unserer Wirtschaft* [4]. Indem aber diese Kreise, die nicht wenig Wert darauf legen, als "auchnationale" [*sic!*] angesehen zu werden, den Friedensvertrag als unabänderliches Lebensgesetz unseres Volkes, trotz aller äußerlichen Proteste, *innerlich* dennoch als Tatsache hinnehmen, bemühen sie sich, wenigstens in dem uns durch diesen Vertrag gegebenen Rahmen ein nach ihrer Auffassung kampfkräftiges Heer zu schaffen [5].

Ganz abgesehen davon, daß die effektive Stärke und Bewaffnung unserer Reichswehr zur *Lösung militärischer Aufgaben gänzlich unzulänglich* ist, hängt sie auch als Körper in einer

20 Folgt weiterer allgemeiner Bericht.

1 Zum Verhältnis der damaligen Parteien zur bewaffneten Macht in der Weimarer Republik vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304, S. 140 ff.

2 Druck des Versailler Friedenvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

3 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann, Artikel 183 die Stärke der deutschen Kriegsmarine auf 15.000 Mann fest. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943. Vgl. Dok. 2, Anm. 19.

4 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und Folgen vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

5 Zum damaligen Verhältnis von Außenpolitik, operativer Planung und Aufrüstung in Deutschland vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

ihr vollständig fremd gewordenen Umwelt. In einer destruktiv wirksamen Demokratie kann auf die Dauer kein auf Autorität aufgebauter Organismus existieren, ohne nicht in einen unlöslichen Gegensatz zur allgemeinen Staats- und Lebensauffassung zu kommen. Allein davon abgesehen: Die künftigen Kriege werden schon durch die Art ihrer technischen Führung *zwangsläufig Volkskriege,* für deren Ausgang überhaupt *nicht so sehr die Armeen, als die Völker von entscheidender Bedeutung sein werden*[6].

Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht wird eben nicht erfüllt durch die Organisation eines Heeres, sondern nur durch die geistige Wehrbereitschaft eines Volkes überhaupt.

Heeres-Institutionen, selbst von bestem militärischem Wert, werden in der Zukunft wertlos sein, wenn nicht *die dahinterstehenden Völker soldatisch denken* und damit zu einem *ebensolchen Handeln* und *ebensolchen Opfern* entschlossen sind. Damit ist die Aufgabe des wirklich verantwortungsbewußten Politikers und Staatsmannes nicht mehr die, eine mehr oder weniger gut dressierte Truppe aufzustellen, *sondern ein ganzes Volk in den geistigen Zustand einer unbedingten Wehrwilligkeit und Wehrbereitschaft zu versetzen.*

Diese Forderung hat gar nichts mit Waffen und mit militärischen Organisationen zu tun, sondern sie ist *eine Frage der inneren Konsolidierung eines Volkskörpers,* der Erziehung zu einem einheitlichen, gesunden, weltanschaulichen Denken, der Förderung aller Tugenden, die erfahrungsgemäß die Widerstandskraft der Menschen zu erhöhen und zu stählen vermögen und nicht zuletzt die Herbeiführung einer solchen Konstruktion des inneren Lebens eines Volkes, daß sich aus ihr zwangsläufig eine hohe körperliche und geistige Rüstung ergibt, die die augenblickliche Überführung eines solchen Volkes in den Zustand der *aktiven* Verteidigung jederzeit möglich macht. Das Heer als letzte Schulung eines Volkes darf dann auch seinem innersten Wesen nach nicht mehr als Fremdkörper gelten, sondern als *selbstverständliche Spitzenleistung* in all den angeführten Punkten.

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich als ihr Ziel die Regeneration des deutschen Volkes gestellt.

Sie vollzieht ihre Aufgabe nicht im korrumpierenden Sinn bisheriger parlamentarischer Parteien. Sie bemüht sich in ihrer eigenen Organisation schon in allen wesentlichen Punkten, das spätere Gesamtziel soweit als möglich zu verwirklichen. Sie sieht daher ihre Aufgabe auch nicht in der Betätigung militärischer Spielereien, sondern in *der bewußten Erziehung und Disziplinierung ihrer Mitglieder zu einer bedingungslosen Hingabe an das Volk*[7].

Bürgerliche Unwissenheit, der Unverstand von Generalen und Ministern, die Todesfeindschaft [*sic!*] der marxistischen Zerstörer Deutschlands haben gemeinsam mit allen Mitteln versucht, die Entwicklung und den späteren Siegeszug unserer Bewegung zu verhindern.

---

6 Anspielung auf das durch die Erfahrung des Ersten Weltkriegs gewandelte Kriegsbild, das den Krieg nicht mehr als ein relativ begrenztes militärisches, sondern als umfassendes gesamtgesellschaftliches Ereignis verstand. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden derartige Ideen in zahlreichen Schriften vertreten, wobei Ludendorff, der Protagonist dieses Denkens, sie endgültig erst 1935 unter dem Begriff des "Totalen Krieges" zusammenfaßte. Vgl. [*Erich*] Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935. Ferner Geyer, Aufrüstung, S. 484 ff.

7 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff. Ferner Bd. III/2 dieser Edition, Dok. 6, 7.

Zwölf Jahre sind wir von einer Verfolgung in die andere hineingejagt worden. Die Demokratie hat sich in ihrer inneren Verlogenheit, in ihrer unwahren Heuchelei noch nie so entlarvt als im Kampfe gegen uns. Und trotzdem: Aus jeder Verfolgung kam die Bewegung stärker hervor als sie hineinging. Zum zweiten Male erleben wir in unserem Volk den wunderbaren Werdegang Preußens[8]*. Ein kleines Gebilde, dauernd von Feinden umdroht, wächst langsam zur bestimmenden Macht empor!*

In einem Augenblick, da besonders *die SA und SS die schwersten Verfolgungen und Opfer zu erleiden haben,* gibt die Reichsparteileitung für ihre in der SA und SS stehenden männlichen Parteigenossen, *die neue SA-Zeitung*[9] heraus. Sie soll den Hunderttausenden unserer SA- und SS-Männer[10] das *Gefühl für die Aufgabe, die Tradition und Geschlossenheit unserer herrlichen nationalsozialistischen Bewegung stärken und festigen.*

Vor zwölf Jahren habe ich eine Handvoll Männer unter meinem Befehle zusammengefaßt, um mit ihnen die Verkündigung der nationalsozialistischen Idee vor dem Terror unserer Feinde zu beschützen und damit zu ermöglichen[11]. *Durch Tausende Verbote, Verfolgungen, Unterdrückungen hindurch hat sich aus diesen 45 Mann heute eine riesenhafte Organisation entwickelt. Ihre einzige Waffe ist ihr Geist und ihr Wille*[12]*!*

Würde ganz Deutschland den Geist unserer SA und SS sein eigen nennen, es gäbe schon längst für unser Volk kein Versailles mehr.

---

8 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.

9 Seit März 1928 erschien im *Völkischen Beobachter* eine monatliche Beilage unter dem Titel *Der SA-Mann*, die ab 5.1.1932 durch die Oberste SA-Führung als selbständiges Wochenblatt herausgegeben wurde. Hauptschriftleiter der Zeitung, die sich in erster Linie mit militärischen Themen sowie internen Angelegenheiten von SA und NSDAP beschäftigte, war Josef Berchtold. Vgl. A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 180 ff.

10 Laut Bericht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern Nr. IAN 2100 d/30.1. vom 18.2.1932 besaß die SA im November 1931 eine Gesamtstärke von 221.136 Mann. Der Bericht unterstellt eine monatliche Zunahme der SA "von rund 29.000 Mann", so daß Ende Dezember 1931 von ca. 250.000, Ende Januar 1932 von ca. 279.000 SA-Männern auszugehen sei.
Ein weiterer Bericht dieser Behörde Nr. IAN 2100 e/6.2. vom 1.3.1932 gibt die Gesamtstärke der SS in Deutschland und Österreich im Dezember 1931 mit 14.964 Mann an; BA, R 134/91.

11 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 22 ff. sowie Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, Dok. 312 und 313.

12 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370.
Generell zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

Im Kampf um die politische Macht, den wir, SA- und SS-Kameraden, *auf streng verfassungsmäßigem Wege bestehen wollen*[13], hat unsere Bewegung Blutopfer über Blutopfer bringen müssen[14], ohne daß das herrschende Regiment dies zu verhindern vermocht hätte.

Im Gegenteil.

Ihr, meine Kameraden, seid immer und immer wieder angegriffen worden, und trotzdem war der Staat gegen Euch!

Ihr, meine Kameraden, seid verfolgt worden, und Ihr findet bei diesem Staate keine Hilfe!

Ihr, meine Kameraden, habt zahlreiche Tote und Zehntausende an Verletzten zu beklagen, aber selbst wenn Ihr nur das Notwehrrecht ausübt, dann wandert Ihr in die Gefängnisse.

Und dennoch seid Ihr unserer Bewegung unverbrüchlich treu geblieben. Ja, im Gegenteil: Je mehr man Euch nationalsozialistische Männer und Kämpfer entrechtete und unterdrückte, um so größer wurde Euer Opfermut und um so fanatischer Euer Glaube!

Ihr tragt in Euch den Geist, der bisher noch immer der endgültige Sieger über faule und morsche Systeme geworden ist.

Die Welt um Euch wird in Schande vergehen, und unser Staat wird Wirklichkeit!

Dem soll auch diese neue Waffe dienen!

Adolf Hitler

---

13 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

14 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1931 insgesamt 112 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum zwischen Januar und Dezember 1931 verzeichnet die parteiamtliche Statistik allein 42 Tote. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 6.307 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 44 ff.; Longerich, Bataillone, S. 122.

8. Januar 1932 Dok. 4
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lemgo[1]

Lippische Post vom 9.1.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Lemgo"[2].

Von stürmischen Beifall begrüßt, tritt dann Adolf Hitler vor das Mikrophon und bemerkt einleitend, daß, nachdem nun wieder in einem Teil Deutschlands ein Wahlkampf stattfinde[3], die Parteien vor das Volk träten und ihr Programm verkündeten. Unter den Parteien, die auch um das Vertrauen des deutschen Volkes werben, steht heute wohl, so bemerkte Hitler, an der Spitze die nationalsozialistische Bewegung. Die NSDAP werbe aber nicht nur während der Wahlzeiten, sondern werbe dauernd[4], da es ihr nicht um einen momentanen Wahlerfolg gehe. Die Bewegung kämpfe und ringe um den deutschen Menschen überhaupt und nicht um einzelne Berufe und Stände[5]. Natürlich sei eine solche Tätigkeit weit schwerer als die einer Partei, die nur einen bestimmten Kreis von Interessenten vertrete. Deshalb hätten die Parteien auch die Möglichkeit der Unbegrenztheit an Versprechungen.

Es sei falsch und ein Irrtum, wenn man das Gesamtschicksal der Nation ableite vom Einzelschicksal. Die Atomisierung unseres politischen Lebens kenne kaum noch eine Grenze, denn man habe völlig übersehen, daß letzten Endes das Gesamtschicksal entscheidend ist für das

---

1 Im Schützenhaus, nach 21.15 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Alfred Meyer geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 8.000 Personen teil. Hitlers Rede wurde mit Lautsprechern in die Schützenhalle, in den Röding'schen Saal und ein kurzfristig aufgeschlagenes Zelt der Schützengesellschaft übertragen. Vor Hitler sprachen hier SA-Standartenführer August-Wilhelm Prinz von Preußen, der Präsident des braunschweigischen Landtags Ernst Zörner und MdR Martin Löpelmann. Wegen der schlechten Qualität der Übertragung hielt Hitler nach seiner Hauptrede noch kurze Ansprachen in den übrigen Versammlungsorten.
Ergänzend berichtete der *Lippische Kurier*: "Die SA-Kameraden, die in der Saalschlacht in Knetterheide verwundet wurden, kommen in den Saal. Den Kopf verbunden, den Arm in der Binde und bandagiert als Zeichen eines von Kommunisten angezettelten Bruderkampfes, so nehmen auch sie auf der Bühne Platz."

2 Vgl. auch Lippischer Allgemeiner Anzeiger vom 9.1.1932, "Hitler sprach in Lemgo!"; Lippischer Kurier vom 9.1.1932, "9.000 jubeln dem Führer zu!"; Lippische Landeszeitung vom 9.1.1932, "Hitler-Kundgebung in Lemgo"; Lippische Volks-Zeitung vom 9.1.1932, "Adolf Hitler in Lemgo"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 9.1.1932, "Wahlrede Hitlers"; Lippische Tageszeitung vom 10.1.1932, "Hitler-Kundgebung in Lemgo"; VB vom 10./11.1.1932, "Adolf Hitler spricht in Lippe". Ferner: Grete Steinecke, Wir Lipper, Detmold 1933, S. 19 ff.; Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984, S. 40 ff.

3 In Lippe fanden am 10.1.1932 Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Auch bei diesen Wahlen konnte die NSDAP erhebliche Stimmengewinne erzielen, ohne daß es ihr gelang, allein eine Mehrheit zu bilden. In den drei größten Städten Lippes wurde die NSDAP jeweils zur stärksten Partei: Detmold 8 (bisher 0) Mandate; Lemgo 7 (0) Mandate; Schötmar 8 (0) Mandate. In den *Kreis*tagen Detmold und Lemgo wurden SPD und NSDAP jeweils zu den stärksten Parteien; Detmold: SPD 8, NSDAP 7 Mandate, Lemgo: SPD und NSDAP jeweils 8 Mandate. Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.1.1932, "Das Wahlergebnis in Lippe: Nirgends nationalsozialistische Mehrheit"; Frankfurter Zeitung vom 11.1.1932, "Wahlen in Lippe".
Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 109: "Der lippische Wahlerfolg hätte besser sein können."

4 Zu Struktur und Intensität der nationalsozialistischen Propaganda vor 1933 vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

Einzelschicksal, daß das Einzelschicksal aller gebunden sei an das Gesamtschicksal. (Lebhafter Beifall.)

Das gelte nicht nur personell, sondern auch territorial. Wenn Deutschland zugrunde gehe, gingen auch die Länder, die Kreise und die Gemeinwesen zugrunde. Die politische Not habe sich heute umgesetzt in die wirtschaftliche Not[6]. Man empfinde jetzt allmählich, daß die Not jeden einzelnen in Deutschland erfaßt habe, und habe lange übersehen, daß diese Not sich ableite von einer Not, die die Gesamtheit schon lange erfaßt habe.

Es sei falsch, anzunehmen u[*nd*] zu glauben, daß man von der Wirtschaft ausgehen müsse. Es wäre richtig, einzusehen, daß von der Bedeutung des Staates die gesunde Lage der Wirtschaft abhänge.

Die Parteien hätten 13 Jahre gepredigt, daß von dem Gedeih des Lebens einzelner und bestimmter Berufsgruppen eine Besserung der gesamten Verhältnisse herbeigeführt werden könne. Das Ergebnis sei vernichtend.

Wenn man sich der heutigen Notlage zuwende, so sei es falsch, daß man annehme, daß die Tagesfragen in ihrer Summierung irgendwie politisch richtunggebend sein könnten; richtig sei, daß die allgemeine politische Entwicklung einer Nation letzten Endes sich auf die Tagesfragen auswirke. Man dürfe nicht vergessen, daß es sich um Auswirkungen handele und nicht um Ursachen, und weil [*sic!*] es nicht wesentlich sei, eine Bekämpfung der Auswirkungen vorzunehmen, sondern eine Beseitigung der Ursachen.

Das grandiose Beispiel hierfür sei der 11. November 1918, wo man nicht einen Waffenstillstand unterzeichnet habe[7], sondern ein Diktat. Es war kein Vertrag, daß die Waffen ruhen sollten, sondern eine Kapitulation. Wenn das Heer diese Bedingungen gekannt haben würde, so wären diese Bedingungen sicher nicht angenommen worden[8]. (Beifall.) Fehler und Fehler hätten sich diesem Ereignis angereiht. Und alle diese Fehler würden motiviert mit dem Waffenstillstand. Dadurch sei Deutschland zu einer Nation 2. Klasse degradiert.

Es sei eine Utopie, zu glauben, daß ein fremdes Land für uns freiwillig die Vertretung der Rechte übernehme. Entscheidend für das höchste Gericht bleibe immer die eigene Kraft und die Willigkeit, diese eigene Kraft für das Recht einzusetzen. Die Zeit habe gezeigt, wohin der Weg des Appells an das Weltgewissen uns führe. Genauso sei es im Innern. Wenn andere kämen und sagten, wir vertreten eure Standesinteressen, dann sei das nachher Betrug und weiter nichts. (Lebhafter Beifall.) Es sei deshalb notwendig, daß die Interessen der Nation vertreten werden, die Grundlage sind für das Leben aller.

Der tägliche Kampf beruhe auf dem unbegrenzten Lebensdrang aller Lebewesen und in der Begrenztheit des Lebensraumes. Hunger und Liebe seien die gewaltigen Mächte, die das Schick-

6 Zur Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4.

7 Zum Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

8 Seit der Tankschlacht bei Villers-Cotterêts am 18.7.1918 rissen die schweren militärischen Rückschlage der deutschen Westfront nicht mehr ab. Am 28.9.1918 mußte der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff, der Reichsregierung empfehlen, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, da die deutsche Front kurz vor dem Zusammenbruch stand. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff.

sal der kleinsten Lebewesen bis hinauf zum Menschen bestimmen. Die Natur in ihrer ewigen Weisheit und Vernunft kenne nicht Rechte des einzelnen, sondern nur die Stärke und die Kraft. Ebenso vergehe ein Volk, das klein und schwach sei, nach dem Naturwillen; die Welt achte nicht die Kranken, sondern nur das Gesunde.

Der Kommunismus, so führte Hitler dann weiter aus, wäre gar nicht als geistige Erscheinung in die Städte hereingekommen, wenn man nicht körperlich die Voraussetzungen dafür geschaffen habe [*sic!*].

Der Lebensraum sei immer das Entscheidende für die Nation. Und es komme immer wieder ein Zeitpunkt, wo nicht mehr genügend Lebensraum vorhanden sei. Immer sehe man in diesem Zusammenhang die Not als treibenden Faktor der Entwicklung, die sich in drei verschiedenen Auswirkungen zeige. Entweder in Auswanderung[9] oder Geburtenbeschränkung oder, 3., einer Einsparung der Grundproduktion und Abschiebung der Menschen in die Industrieproduktion. Wenn die Grundproduktion nicht mehr die notwendigen Rohstoffe aus dem eigenen Boden zu ziehen vermöge, dann trete die Umwandlung ein, die wir in den letzten Jahrzehnten ja alle miterlebt hätten. Die Industrie- und Handwerkskreise nähmen zu, und je weiter man diesen Weg beschreite, desto schlimmer wären dann die Auswirkungen. So gesund und natürlich die Raumerweiterungen seien, so unnatürlich sei letzten Endes die Volksverminderung und der Gedanke, durch eine Exportwirtschaft die Volksverminderung zu verhüten und die zu große Volksmenge durch eine Überschußwirtschaft ernähren zu können. Die politische Macht habe dabei Pate gestanden, wie die Entwicklung in Deutschland sich vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen habe. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Weltwirtschaft[10] bzw. der Export- oder Welthandel auf die Dauer volkserhaltende Faktoren sein könnten.

Millionen Menschen lebten in den Großstädten[11], die überhaupt keine innere Beziehung zum eigenen Lebensraum mehr hätten. Der Schrei der Großstädte: Billige Lebensmittel - öffnet

9 Im Jahr 1930 wanderten 37.399 Deutsche aus, 1931 fiel diese Zahl auf 13.644, 1932 auf 10.325. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 35.
Zur zurückhaltenden Auswanderungspolitik der deutschen Behörden vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

10 Als wissenschaftlicher Terminus etablierte sich der Begriff "Weltwirtschaft" zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz zum Begriff der "Volkswirtschaft" definierte man hierunter die Summe der internationalen Handelsbeziehungen im Sinne eines weltumspannenden Austauschsystems und einer gewissen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Dem - im engeren Sinn - neuen Phänomen, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägte, versuchte man im Deutschen Reich u. a. durch die Gründung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (1911) und des Weltwirtschafts-Instituts an der Handelshochschule Leipzig (1924) Rechnung zu tragen. Zum Stand der damaligen Diskussion vgl. z. B. Ernst Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

11 1931 wurden im Deutschen Reich zehn Großstädte mit einer Wohnbevölkerung von 500.000 und mehr Menschen gezählt; in diesen Städten wohnten 1931 zusammen 10.094.995 Menschen (16,2% der Gesamtbevölkerung). Millionenstädte waren 1931 lediglich Berlin mit einer Wohnbevölkerung von ca. 4.288.000 Menschen und Hamburg von 1.137.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 7 ff.
Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rai-

die Grenzen - nieder mit der eigenen Landwirtschaft - hätte zur Vernichtung der eigenen Bodenwirtschaft geführt [12]. Dieser Zustand führe eines Tages dahin, daß wohl die Grenzen vollständig offen ständen, daß aber kein Geld mehr da sei, womit man kaufen könnte.

Nach dem Kriege hätte die ausgehungerte Welt eine Massenproduktion gezeitigt, die dann für einige Zeit eine Blüte aller Industriezweige gebracht habe. Der Krieg habe aber auch gelehrt, die Produktionsmethoden zu erforschen und zu verbessern. Die Periode der Rationalisierung in der Produktion habe begonnen [13]. Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt in kaum erlebten Ausmaßen hätten sich gezeigt. Dann sei die Zeit gekommen, wo man Menschen eingespart habe, um exportieren zu können. Man hätte Millionen auf die Straßen geworfen [14] und bezahle die Milliarden, die diese Erwerbslosen an Unterstützung bezögen [15], wieder durch Steuern und Abgaben.

Besonders kritische Worte richtete Hitler an die deutsche Industrie, die eine Disziplinlosigkeit zeige, die kaum zu überbieten sei. Man richte heute anderen Ländern funkelnagelneue Fabriken ein, gründe vollständig neue Industrien, "liefere" gleichzeitig Ingenieure und Arbeiter und wäre froh, Arbeit zu haben [16]. Aber die Zukunft werde die Kehrseite dieses Unternehmens zeigen. Die Länder, die heute von uns wirtschaftlich ausgerüstet würden, würden unsere

---

ner Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

12 Das Gesetz über Zolländerungen vom 28.3.1931 ermächtigte die Reichsregierung, "unter sorgfältiger Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen die Zollbehandlung für einzelne Erzeugnisse des ersten Abschnitts des Zolltarifs abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln". Die sich zunehmend verschärfende Zollpolitik der Reichsregierung trug jedoch in erster Linie den Problemen der Agrarwirtschaft Rechnung, was heftige Diskussionen zwischen den Agrarverbänden auf der einen sowie den Industrie- und Handelsverbänden, aber auch SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite auslöste. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 32 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen vom 28.3.1931 und der Verordnung des Reichspräsidenten über Zolländerungen und über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen vom 1.12.1931: RGBl. 1931, I, S. 101, 689.

13 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

14 Im Januar 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.041.910 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

15 Für das Rechnungsjahr 1931/32 wurde der Finanzbedarf für die Arbeitslosenfürsorge von Reich, Ländern und Gemeinden mit 1.018,3 Millionen RM veranschlagt, für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge mit 54 Millionen RM. Der Finanzbedarf für die allgemeine wirtschaftliche Fürsorge betrug 2.422,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 434 f.

16 War Deutschland vor 1914 der drittgrößte Kapitalexporteur der Welt, so begrenzte nach dem Ersten Weltkrieg der chronische Kapitalmangel die Investitionsmöglichkeiten der deutschen Industrie. Vor dem Ersten Weltkrieg betrugen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland ca. 11 Milliarden Mark, bis Ende 1922 sanken sie auf 1,8 Milliarden Mark. Für 1930 wurde das deutsche Auslandsvermögen auf 9-11 Milliarden RM geschätzt, davon ca. 5 Milliarden RM in langfristigen Anlagen. Die Weltwirtschaftskrise setzte weiteren deutschen Auslandsinvestitionen jedoch vorerst enge Grenzen. Vgl. Verena Schröter, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984, S. 114 ff., 422 ff.

größten Konkurrenten werden. Und das Geld für diese Unternehmungen würde in Wechseln bezahlt und vom Reich garantiert. Dann könne man gut behaupten, daß der Bolschewismus lebensfähig sei. Er sei nur lebensfähig, weil Deutschland Blut und Gut zur Verfügung stelle[17]. (Stürmischer Beifall.)

Der Kampf auf dem Weltmarkt werde sich noch so zuspitzen, daß sich nur der in der Konkurrenz behaupten könne, der seinem Export auch mit dem Schwert nachhelfen könne; die Schwachen müßten verzichten.

Es seien immer Marksteine des Verfalls, wenn die Völker vergäßen, daß die Bedeutung ihres Lebens in ihrer grundsätzlichen Substanz des Fleisches und Blutes, in ihrer Rasse liege. Auch wenn man glaube, für die Kraft der Persönlichkeit, für die Fähigkeit des Genies die Demokratie setzen zu können. (Beifall.) Es sei falsch, anstatt auf eigene Kraft zu bauen, an internationale Hilfe zu glauben und anstatt des Glaubensbekenntnisses zum Heroismus das zum Pazifismus abzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Die innere Gemeinsamkeit bei den wichtigsten Lebensfragen sei das allerentscheidenste schon für die glückliche Gestaltung der kleinsten Zelle, der Familie. Hitler wandte sich dann in längeren Ausführungen den zwiespältigen Anschauungen im deutschen Volke zu, die sich immer feindlich gegenüberständen, so daß viele Kräfte für den Kampf im Innern verbraucht würden. Und alles lebe nebeneinander, staatlich konzessioniert. Bei diesem Meinungskampf, der sich in der Hauptsache zugespitzt habe zwischen Marxismus und Nationalismus, sei es notwendig, daß endlich mal nach 13 Jahren eine Anschauung als klarer und eindeutiger Sieger hervorgehe. (Lebhafter Beifall.)

Man behaupte immer, daß die Begriffe national und sozial unvereinbar seien, daß es niemals einen sozialistischen Nationalismus oder einen nationalen Sozialismus geben könne. Wenn diese Definition richtig sei, dann müsse die Entwicklung schließlich dahin führen, daß die deutsche Nation aufhöre, ein einheitlicher Faktor zu sein. Aber die beiden Anschauungen seien doch überbrückbar. Oder ob man etwa glaube, daß das Bürgertum fähig sei, den Bolschewismus zu überwinden? 13 Jahre lang habe das Bürgertum versagt. Deshalb müsse man jetzt dem Bürgertum zurufen: "Tretet zurück, Ihr habt kein Recht mehr, Eure politische Existenz zu behalten." (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

13 Jahre haben wir gesehen, daß die Auffassung, daß die Begriffe Sozialismus und Nationalismus unüberbrückbar seien, zum Verderb des Volkes führen muß. Die deutsche Front, der deutsche Soldat, haben nicht 4½ Jahre lang im Felde gestanden[18], damit das deutsche Volk

17 Während der Weltwirtschaftskrise, welche die deutsche Industrie schon wegen ihrer Abhängigkeit vom internationalen Handels- und Kapitalmarkt besonders traf, entwickelte sich die Sowjetunion zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Entsprechende Absatzmärkte boten die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans. Dementsprechend stieg der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige von sowjetischen Aufträgen abhing. Gerade im Bereich des deutschen Maschinenbaus gab es Firmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 222 ff.

18 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

verproletarisieren sollte, sondern für ein gesundes Vaterland ... (die letzten Worte gehen im Beifallssturm unter.) Deutschland dürfe nicht untergehen. Man müsse den Mut aufbringen, die beiden trennenden Begriffe so zu definieren, daß sie zu einer Einheit würden.

Nachdem Hitler dann auf die vielen Männer hingewiesen hatte, die Deutschland der Welt geschenkt habe, nachdem er darauf verwies, welche unschätzbaren kulturellen Werte Deutschland schon hervorgebracht habe, ließ er das Bild der vielen deutschen Mütter vor den Zuhörern erstehen, die diese geistigen Führer Deutschlands unter dem Herzen getragen hätten.

Nicht der Beruf des einzelnen, der Stand, die Klasse des einzelnen sei wichtig, sondern das, daß wir alle Deutsche seien. (Stürmischer Beifall und andauerndes Händeklatschen.) Klassenvorurteile und Standesdünkel müßten verschwinden.

Hitler betonte dann, daß er niemals Nationalsozialist geworden sei, wenn er nicht Soldat gewesen wäre[19]. Und dieselbe Kameradschaft, die im Felde geherrscht habe, bestehe heute in der SA[20]. Diese hätten den Glauben an ihr Volk, die Liebe zu ihrem Vaterland, den Glauben an die Zukunft, an die Erhebung des Volkes noch nicht verloren und hätten auch den Mut, sich dafür einzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Dann aber sei dieser Nationalismus zugleich auch der idealste [*sic!*] Sozialismus.

Die Gegner der NSDAP, so führte Hitler weiter aus, hätten auf materialistischer Basis aufgebaut, sie aber hätten schon die wahre Volksgemeinschaft in den eigenen Reihen. Die NSDAP sei keine Bewegung von Phantasten, sondern die größte nationale Bewegung, die Deutschland jemals mitgemacht habe. Man sei stolz darauf, daß in den Reihen der SA 50 Prozent Studenten und die andere Hälfte Arbeitslose seien[21]. Die seien jetzt auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißt.

Drei Grunderkenntnisse seien maßgebend: Die Anhänger der Partei müßten deutsche Nationalisten sein, sie müßten sich bekennen zum deutschen Volk in jeder Phase ihres Lebens,

19 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das bayerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

20 Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff. Speziell zur SA: Bruce B. Campbell, From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

21 Der Anteil an Arbeitslosen unter den Angehörigen der SA wird auf über 60% geschätzt, regionale Angaben schwanken zwischen 58% (Niederbayern, 1932) und 67% (Berlin, 1930). Studenten waren dagegen in der SA ungleich geringer repräsentiert, sie organisierten sich eher im NSDStB, so daß Studenten wie Horst oder Werner Wessel in der SA die Ausnahme blieben. Die Quote an Doppelmitgliedschaften in NSDStB und SA um 1930 wird auf nicht mehr als 1% veranschlagt, die der Studenten in der SA insgesamt auf etwa 3%. Vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983, S. 45 ff.; Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 186 ff.; ders., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, hier S. 361.

sie müßten sich abwenden von der Hoffnung auf internationale Hilfe und wieder zurückkehren zur Erkenntnis der Notwendigkeit der eigenen Rechtsvertretung auf der Welt.

Als Hitler erwähnt, daß die nationalsozialistische Bewegung die Einheit des deutschen Volkes genauso herstellen werde wie die Einheit des italienischen Volkes hergestellt sei[22], erhebt sich lang anhaltender Beifall.

Heute wisse man, so beendete Hitler seine Ausführungen, daß die Bürgerlichen die Wahl scheuten, weil sie wüßten, daß eine braune Front einziehen würde. (Stürmischer Beifall.) 15 Millionen ständen heute hinter der Bewegung[23], eine gigantische Volksbewegung sei zu verzeichnen. Man werde weiterkämpfen und ringen um jedes Fleckchen im großen Vaterland, und sei es noch so klein[24]. Und werde dann schließlich die Hakenkreuz-Standarte über Deutschland aufpflanzen. (Stürmischer Beifall.) Man werde die Fahne zeigen zum Zeichen dafür, daß das Deutschland von Compiègne[25] wieder vergangen und ein anderes Deutschland auferstanden sei.

Wenn man 1914 gesagt haben würde, daß man keine Freiheit, keine Ehre mehr brauche, dann wäre es nicht nötig gewesen, daß so viel Blut unnütz geflossen wäre. Dann hätte man besser daran getan, das Gewehr wieder zu schultern und nach Hause zu ziehen. Die Toten und die Vergangenheit forderten heute Rechenschaft, und es sei die geringste Dankespflicht, daß man das Gedächtnis der Toten auch ehre. Denn sie hätten nicht dafür gelitten und gekämpft, daß das Schicksal des deutschen Volkes so jammervoll und so traurig sich gestalten sollte. Aber, und das müsse man der heutigen feigen Zeit entgegenschleudern, es gelte das Wort: "Kameraden, noch ist Deutschland nicht verloren[26]!" (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)[27]

---

22 Nach der Wahl vom 15.5.1921 war der Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Mit ihrem "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922 erzwangen die italienischen Faschisten Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten. Die nachträgliche Legitimierung des Staatsstreichs durch den verunsicherten König änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur weder dem herrschenden Recht und der Verfassung entsprach, noch - zumindest vorläufig - den Vorstellungen der Mehrheit des italienischen Volkes. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 77 ff.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

24 Mit einer Gesamtfläche von 1.215,16 qkm war Lippe im damaligen Deutschen Reich eines der kleinsten Länder. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

25 Stadt in der Picardie, nordöstlich von Paris. Am 11.11.1918 unterzeichneten Marschall Ferdinand Foch und Matthias Erzberger im Wald von Compiègne den Waffenstillstand zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich. Vgl. Anm. 7.

26 Möglicherweise Anspielung auf die Anfangsworte der polnischen Nationalhymne: "Jeszcze Polska nie zginęła, Noch ist Polen nicht verloren", die der polnische Schriftsteller und Politiker Józef Wybicki (1747-1822) 1797 verfaßte und die 1918 offizielle polnische Nationalhymne wurde.

27 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. Januar 1932 Dok. 5
"Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"
Geleitwort

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 11.1.1932.

Die Presse ist der Spiegel der gesamten Lebensäußerungen eines Volkes. Jede Zeit hat die Presse, die sie verdient. So ist es heute, so wird es aber auch in der zukünftigen Entwicklung des deutschen Volkes, in der kommenden Periode deutschen Lebens sein, an deren Schwelle wir stehen. Die Presse ist eine Macht.

Aber stärker ist der Lebenswille eines Volkes.

Das hat der Nationalsozialismus bewiesen, der seine machtvolle Entwicklung trotz und gegen eine Presse durchsetzte, deren geistiger Hochmut im umgekehrten Verhältnis zu ihrer volkspolitischen Leistung steht. Es wird eine der großen innerpolitischen Aufgaben eines nach nationalsozialistischen Grundsätzen regierten Staates sein, eine dem Wesen des Volkes entfremdete Presse wieder der Nation zurückzugeben und sie politisch, wirtschaftlich und kulturell restlos in den Dienst *deutschen* Geistes zu stellen. Dazu ist in erster Linie die in rüstigem Aufbau begriffene nationalsozialistische Presse-Organisation berufen [1].

Unter dem schweren Druck der marxistisch-demokratischen Verbotswillkür [2] und in der Enge der politischen Zwangsjacke des heutigen Systems kämpft die aus den kleinsten Anfängen entwickelte junge nationalsozialistische Presse heute einen schweren, aber erfolgreichen Kampf. Die Parteileitung ist von der Notwendigkeit, ihre weitere Entwicklung in jeder möglichen Weise zu unterstützen, überzeugt. Durch die Einrichtung der Reichspressestelle der NSDAP [3]

---

1 Zur Entwicklung der nationalsozialistischen Presse vor 1933 vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff.; Peter Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987, S. 11 ff.

2 Nationalsozialistische Zeitungen wurden in der Weimarer Republik relativ häufig verboten; allein 1931 mußte der *Völkische Beobachter* viermal sein Erscheinen einstellen, in der Zeit vom 3. bis 9.2., 14. bis 27.7., 27.8. bis 1.9. und 13. bis 20.9. Im Gegensatz zu den sozialdemokratisch geführten Länderregierungen empfahl die Reichsregierung allerdings im August 1931, Presseverbote nach Möglichkeit zu vermeiden. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 357 ff. Ferner VB vom 10.2.1931, "Die neue Verfolgungswelle gegen den Nationalsozialismus"; vom 28.7.1931, "Reichsgericht verfügt Erscheinen des 'Völkischen Beobachters'"; vom 27.8.1931, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'"; vom 13./14.9.1931, "Der 'Völkischen Beobachter' wieder verboten".

3 Die am 1.8.1931 gegründete Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP war ein erster Versuch, die extrem heterogene nationalsozialistische Presselandschaft systematisch zu koordinieren. Alle nationalsozialistischen Redaktionen sollten inhaltlich und methodisch durch die Pressestelle ständig mit Informationen versorgt und damit vereinheitlicht werden, wozu ihr die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* und eine eigene Bildmaternzentrale zur Verfügung standen. Personell war die Institution anfangs dürftig ausgestattet - ihr neuernannter Leiter Otto Dietrich verfügte lediglich über zwei weitere Mitarbeiter, außerdem einen Volontär und eine Schreibkraft. Die Pressestelle war zunächst der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP zugeordnet und wurde am 24.9.1932 Hitler direkt unterstellt, so daß erst ab diesem Zeitpunkt der nationalsozialistische Reichspropagandaleiter Goebbels Einfluß auf diese Institution und damit die nationalsozialistische Presse erhielt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 42; Bd. IV/2, Dok. 17; Bd. V/1, Dok. 192.

ist der nationalsozialistischen Presse-Organisation die Grundlage für eine dem Aufschwung und der Bedeutung der Bewegung entsprechende Entwicklungsmöglichkeit gegeben worden, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. Die Gründung der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz[4] ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege.

Der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz ist das Ziel gesetzt, in engster Anlehnung an die Parteileitung den nationalsozialistischen Gedanken und den Geist der Bewegung in einheitlicher und geschlossener Form der Presse und damit der gesamten deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln.

Ich wünsche der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz vollen Erfolg.

Adolf Hitler

4 Die ab Januar 1932, auf Initiative von Otto Dietrich erscheinende Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz war als parteiinterner Pressedienst konzipiert, der im Auftrag der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP alle nationalsozialistischen Redaktionen regelmäßig mit Informationen versorgen sollte. Mit der Herausgabe der Partei-Korrespondenz wurde der Chef vom Dienst beim *Völkischen Beobachter*, Wilhelm Weiß, beauftragt, für den Inhalt zeichnete der Leiter der Pressestelle, Otto Dietrich, verantwortlich. In seiner ersten Folge definierte der neue Pressedienst seine Aufgaben: "Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz arbeitet in engster Anlehnung an die Reichspressestelle; sie ist durch Personalunion in der Schriftleitung mit ihr verbunden. Die Reichspressestelle wird in Zukunft an die Parteiblätter *unmittelbar* nur noch solche Mitteilungen und Anordnungen zum Versand bringen, die parteiinternen und parteiinformatorischen Charakter tragen, also für eine weitere Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Im übrigen wird der Aufgabenkreis der Reichspressestelle durch das Erscheinen der Partei-Korrespondenz nicht berührt." Dennoch blieben die NS-Zeitungen vorerst noch in erheblichem Maße auf die Informationen bürgerlicher Agenturen, insbesondere durch Hugenbergs "Telegraphen-Union", angewiesen. Vgl. Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1932, "Betr.: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"; IfZ, ZS 874 Zeugenschrifttum Otto Dietrich; Karl-Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968, S. 13.

12. Januar 1932 Dok. 6
Schreiben an Heinrich Brüning[1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NL Pünder 97[2].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6.1.[*19*]32 teilte mir Reichsinnenminister, General Groener[3], mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg[4] auf parlamentarischem Wege zu verlängern, bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags neuwählen zu lassen[5]. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorhaben.

---

1 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen, 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.
Das Schreiben überbrachte MdR Göring noch in der Nacht des 12.1.1932 Brüning in dessen Privatwohnung, "woran sich noch eine längere Aussprache knüpfte". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990, Bd. 3, Dok. 626. Zur weiteren Vorgeschichte vgl. Anm. 5.

2 Vgl. auch VB vom 14.1.1932, "Adolf Hitlers Absage an Brüning" sowie "Die parteiamtliche Darstellung der Vorgänge in Berlin".

3 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feldeisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1917 Kommandeur der 33. Infanteriedivision, 1918 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn, Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, September Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).

4 Paul von Beněckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 preußischer Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

5 Die von Brüning geplante Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch eine Abstimmung im Reichstag und Reichsrat war verfassungsrechlich nur unter Ausschaltung von Artikel 41 der Reichsverfassung möglich. Dies wäre eine Verfassungsänderung gewesen, die jedoch nach Artikel 76 mindestens von zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden mußte. Mit einer Zustimmung der KPD war nicht zu rechnen, während das Abstimmungsverhalten von DNVP und NSDAP unklar blieb, so daß sich die Reichsregierung im Januar 1932 darauf konzentrierte, diese beiden Parteien zur Unterstützung ihres Plans zu gewinnen. Zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP kam es hierüber am 6.1. (Hitler-Röhm-Groener), 7.1. (Hitler-Röhm-Brüning-Groener), 8.1. (Hitler-Schleicher ?), 9.1. (Hitler-Frick-Brüning-Treviranus), 10.1.1932 (Hitler-Meißner) und 11.1.1932 (Hitler-Frick-Göring-Meißner) zu Verhandlungen. Nach anfänglichem Zögern verweigerte jedoch Hitler seine Zustimmung und machte sie - so Staatssekretär Hermann Pünder in einem Vermerk vom 8., 10. und 13.1.1932 - "von der Bedingung sofortiger Reichstagsauflösung abhängig". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts

Ich beehre mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die N.S.D.A.P. bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten[6] nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab[7].

Die verfassungsrechtlichen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen[8].

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung
bin ich,
sehr geehrter Herr Reichskanzler,
Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler[9]

---

für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 106 ff.; Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 500 ff.; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 243 ff.; Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 704 ff.

6 Nach seiner Unterredung mit Hindenburg am 10.10.1931 (vgl. Bd. IV/2, Dok. 46, Anm. 12) hatte Hitler gegenüber Magnus von Levetzow bemerkt, sein "Gesamteindruck des Alten" sei "zwar kein bedeutender, aber doch auch kein unsympathischer". Gegenüber vertrauten Parteigenossen soll er dagegen Hindenburg als den "alten Tatter, der nicht mehr pinkeln kann", bezeichnet haben. Doch vermied es Hitler geschickt, den Hindenburg-Mythos öffentlich zu schmälern. Dies überließ er statt dessen der nationalsozialistischen Propaganda, deren Polemik und offene Häme gegen den höchsten Vertreter des verhaßten republikanischen Systems bereits während des Volksbegehrens gegen den Young-Plan einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 192 ff. Zitate: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 311 (Brief Levetzows vom 14.10.1931); Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 34.
Zur bald darauf einsetzenden Polemik der NSDAP gegen Hindenburg vgl. z. B. die Titelseite des Illustrierten Beobachters vom 27.2.1932, wo unter einer Abbildung Hindenburgs steht: "Hindenburgs trauriges Schicksal. Der bald 84jährige [*sic!*] Generalfeldmarschall des Kaiserreichs - heute Präsidentschaftskandidat der Dolchstößler von 1918 und der Kriegsdienstverweigerer!".

7 Am 11.12.1931 hatte Göring noch dem Reichspräsidenten versichert, "daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durchaus in Verehrung zu dem Herrn Reichspräsidenten stände und eine Wiederwahl oder ein längeres Verbleiben des Herrn Reichspräsidenten im Amte begrüßen würde". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 599.

8 Druck: Dok. 8. Vgl. ferner Dok. 12.

9 Parallel zu Hitler erteilte auch Hugenberg am 11.1. dem Plan einer parlamentarischen Verlängerung der Reichspräsidentschaft Hindenburgs eine schriftliche Absage. Hitler und Hugenberg hatten sich in Besprechungen am 9.1. und 11.1. auf diese Entscheidung geeinigt, am 10.1.1932 blieb eine Aussprache von Brüning und Hugenberg über diese Frage ergebnislos. Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 168 ff. Druck von Hugenbergs - damals ebenfalls veröffentlichtem - Schreiben: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 622. Ferner Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bd. 4/II, Düsseldorf 1980, Dok. 401 b und c.

12. Januar 1932[1] Dok. 7
Schreiben an Franz Seldte[2]

Bayerischer Kurier vom 16.2.1932, "Hitler gibt dem Stahlhelm seine Befehle"[3].

"Sehr geehrter Herr Seldte!

In einem mir unter dem 11. Dezember [*1931*] geschriebenen und am 16. Dezember vorgelegten Brief[4] kommen Sie auf mein Schreiben vom 1. Dezember [*1931*][5] zurück. Ich muß es mir

---

1 Datierung nach Frankfurter Zeitung vom 16.2.1932 (1. MA), "Der Stahlhelm unter Hitlers Diktat?".

2 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, Hauptmann d. R., 1918 Gründer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister, April 1933 Eintritt in die NSDAP, SA-Obergruppenführer, Chef des Quartiermeisteramts im Stab der Obersten SA-Führung, 1933/34 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, seit März 1934 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbunds (NSDFB).

3 Es läßt sich nicht sicher entscheiden, ob dieses Schreiben Hitlers authentisch ist. Die Pressestelle des Stahlhelm stellte dies am 15.2. in Abrede. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 16.2.1932 (2. MA), "Der Stahlhelm erklärt den Hitler-Brief als Fälschung"; vom 18.2.1932 (2. MA), "Der Hitler-Brief eine Mystifikation?". Der Bayerische Kurier betonte jedoch in einer Stellungnahme vom 17.2.1932 ("Ein brüchiges Dementi"), daß lediglich ein Dementi des Stahlhelm vorliege, nicht aber eines von Seldte, an den Hitler dieses Schreiben persönlich gerichtet habe. Der Gewährsmann, durch den man dieses Schreiben wie auch den vorhergehenden Briefwechsel zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm erhalten habe, sei absolut zuverlässig.
Auch die NSDAP behauptete, "daß der vom 'Bayerischen Kurier' veröffentlichte angebliche Brief *Adolf Hitlers* vom 12. Januar an den ersten Bundesführer des Stahlhelm eine glatte *Fälschung* sei". Vgl. z. B. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 19.2.1932, "Der gefälschte Hitler-Brief".
Die vorhergehende Korrespondenz, an die dieses Schreiben nahtlos anschließt, sein Aufbau, der charakteristische Sprachstil und die hier angesprochenen Themen, wie überhaupt die intimen Kenntnisse über den vorhergehenden Dialog zwischen Hitler und der Bundesführung des Stahlhelm sprechen jedoch dafür, dieses Dokument in die Edition aufzunehmen. Zumindest von der NSDAP ist bekannt, daß sie mit Dementis - etwa bei Auslandsinterviews - nicht zurückhaltend war, ganz davon abgesehen, daß es bei Hitlers geradezu zwanghafter Rechthaberei kaum vorstellbar ist, daß er den Konflikt mit dem Stahlhelm auf sich beruhen ließ.

4 Seldte und Duesterberg hatten Hitlers Schreiben vom 1.12.1931 (Druck: Bd. IV/2, Dok. 82) am 11.12.1931 beantwortet und versucht, Hitlers Vorwürfe im einzelnen zu entkräften, nachdem sie vergeblich Hitler bei einer vereinbarten persönlichen Aussprache erwartet hatten. Zu Hitlers Verhalten bei der Veranstaltung in Bad Harzburg (vgl. Bd. IV/2, Dok. 43, Anm. 1) bemerkten sie: "Ihre grundsätzliche Einstellung, mit anderen Deutschen, die im Felde und weiter seit 13 Jahren unaufhörlich für Deutschland gerungen haben, nicht gemeinsam an einem Vorbeimarsch teilnehmen zu können, widerspricht u[*nseres*] E[*rachtens*] deutschem Soldatenempfinden und deutschem Frontgeist." Im folgenden gingen Seldte und Duesterberg auf Hitlers Verärgerung über Duesterbergs Kritik am Hitler-Gruß ein, ferner auf die ebenfalls hohe Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen des Stahlhelm sowie auf die "Fälle" Baum und Grützner (vgl. Anm. 6-8). Heftig kritisiert wurde der ständige Kleinkrieg der NSDAP gegen den Stahlhelm sowie die immer wieder geäußerte Absicht Röhms, "den Stahlhelm zu zerschlagen oder ihn sich einzugliedern". Bliebe diese Auffassung bestehen, "die Herr Röhm ausspricht und von der Sie bisher nicht abgerückt sind, dann trifft Sie die volle Verantwortung für einen Bruderkampf und vielleicht für das Scheitern der endgültigen Machtergreifung bzw. für den Verlust der errungenen Macht. Der Stahlhelm ist zur Mitarbeit bereit, muß aber daran festhalten, daß die von uns genannten Beschwerden Bayern, Sachsen, Nordmark geklärt und beseitigt werden. Ein politisches Unfehlbarkeits-Dogma kann der Stahlhelm jedoch niemanden zubilligen. [...] Wir als aufrechte Deutsche und als ehemalige preußisch-deutsche Soldaten sind bereit, ehrlich auf dem Boden der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung mitzuarbeiten. Jede andere Behandlung lehnen wir jedoch entschieden ab!" Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 7 f.; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

versagen, auf die von Ihnen vorgebrachten, zum Teil *mehr als verletzenden Punkte* Ihres Briefes einzugehen. Die von Ihnen zugleich erhobenen *Vorwürfe* zum Fall *Grützner*[6] weise ich *schärfstens* zurück und lehne es ab, mich mit Ihnen in eine Auseinandersetzung einzulassen, die die *innere Struktur* meiner Partei betrifft[7]. Zu derartig kritischen Bemerkungen haben nicht Sie, Herr Seldte, ein Recht, sondern, wie ich bereits in meinem letzten Brief betont habe, ich und die nationalsozialistische Bewegung.

Ihre Äußerungen über die *Vorgänge in Thüringen*[8] ändern nichts an der Tatsache, daß es einzig und allein das heutige Stahlhelm-Mitglied *Baum* gewesen ist, das mit Hilfe der Sozial-

---

5 Druck: Bd. IV/2, Dok. 82.

6 Walther Grützner (geb. 1881), 1904 1. juristische Staatsprüfung, 1908 Ratsreferendar bei der Stadt Dresden, 1917 Stadtrat im Kriegsernährungsamt, 1918 Eintritt in die SPD, 1920 Regierungspräsident in Düsseldorf, 1923 Ausweisung durch die französischen Besatzungstruppen, Leitung der Nebenstelle in Barmen, 1925 Regierungspräsident in Merseburg, 1929 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, dann Senatspräsident am Preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin, 1930 Ausschluß aus der SPD, 1934 Versetzung in den Ruhestand.

Grützner hatte immer wieder für Eklats gesorgt. Wegen seiner zahllosen Provokationen gegen die alliierten Besatzungsmächte war er von französischer Seite am 18.2.1923 ausgewiesen und im Dezember 1923 von einem französischen Kriegsgericht in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, so daß er auf den Posten des Regierungspräsidenten in Merseburg versetzt werden mußte. Nachdem ihn der preußische Minister des Innern, Albert Grzesinski, dort in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte, schrieb er am 3.2.1930 an alle Koalitionsfraktionen einen offenen Brief, in dem er Grzesinski zu denunzieren versuchte. Obwohl Grützners Behauptungen über Grzesinskis Privatleben rasch widerlegt wurden, trat dieser am 28.2.1930 zurück. Vgl. Horst Romeyk, Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1918 bis 1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299, hier 253 ff.; Möller, Parlamentarismus, S. 390.

7 Grützner stand tatsächlich der NSDAP seit 1930/31 nahe, so daß die Presse über seine angebliche Mitgliedschaft berichtete. Allerdings erschien seine Vorgeschichte selbst der NSDAP so problematisch, daß sie - so eine vorläufige Entscheidung der Reichsleitung der NSDAP vom 9.4.1931 - zögerte, das ehemalige sozialdemokratische Mitglied aufzunehmen. Nachdem der Gau Brandenburg erneut auf eine Entscheidung gedrängt hatte, da Grützner öffentlich als nationalsozialistischer Politiker auftrete, informierte der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Reichsleitung der NSDAP am 12.8.1931 den Gau, daß Hitler über den "Fall" Grützner informiert sei, sich jedoch eine Entscheidung vorbehalte. Am 30.11.1931 erging an Grützner ein ablehnender Bescheid. Vgl. Romeyk, Düsseldorfer Regierungspräsidenten, S. 262, Anm. 110.

8 In ihrem Schreiben vom 11.12.1931 waren Seldte und Duesterberg auch auf das Verhalten des thüringischen Ministerpräsidenten Erwin Baum eingegangen, über dessen Politik sich Hitler in seinem Schreiben vom 1.12.1931 beklagt hatte (vgl. Bd. IV/2, Dok. 82, ferner Dok. 27 mit Anm. 4-6). Demzufolge hatte Duesterberg "als zuständiger Landesführer dem Herrn Minister Frick, als er mit dem damaligen Reichsinnenminister [*Joseph*] Wirth in heftiger Auseinandersetzung stand, öffentlich von Landsberg/Warthe aus telegrafisch die Unterstützung durch den gesamten thüringischen Stahlhelm zugesagt. Es ist darauf weder ein Dank noch irgendeine Antwort gekommen. Weiter hat der 2. Bundesführer die beiden thüringischen Stahlhelmgauführer [*Paul*] Schönheit und [*Rudolf*] Schaper zu Herrn [*Fritz*] Sauckel gesandt. Sie wurden trotz der Anmeldung nach stundenlangem Warten unter nichtigen Vorwänden nach Hause geschickt. Herr Baum ist doch nicht Stahlhelm-Minister, er ist vielmehr erst, als er schon Minister war, und zwar vom Landbund aus, ohne Wissen des Landesführers in die Stahlhelm-Ortsgruppe Eisenberg eingetreten. Als Minister hat er zwei nationalsozialistische Beamte versetzt; dafür sind uns dienstliche Gründe genannt worden, nicht aber die Zugehörigkeit zur Partei. Bitte vergleichen Sie diesen Fall mit dem Fall Grützner. Dieser ehemalige sozialdemokratische Regierungspräsident, dessen Verhalten schon im Westen viel Anstoß erregt hat (daß er von den Franzosen vertrieben worden ist, wissen wir), kam vor Jahren nach Merseburg. Er hat in seiner Stellung jahrelang Stahlhelm und Nationalsozialisten auf das schärfste bekämpft. Nicht nur zwei, sondern eine ganze Reihe von höheren Beamten, die dem Stahlhelm angehörten oder ihm nahestanden, sind auf seine Veranlassung hin gemaß-

demokratie den ersten, bewußt deutsch handelnden Minister[9] in der Thüringer Regierung zum Sturz brachte und nationalsozialistische Beamte ihrer Stellung enthob und strafweise versetzte[10]. Dieses famose nationale *Gebaren Ihres Mannes* erscheint durch die von Ihnen angeführten "dienstlichen Gründe" nicht weniger *erbärmlich*, als das Verhalten der sogen[*annten*] nationalen Kräfte, die nach wie vor lieber mit der Sozialdemokratie paktieren, als den Interessen der Nation zu dienen. Herr Seldte, solange im Stahlhelm diese Auffassung von Bundestreue herrscht, muß ich es entschieden ablehnen, als Ihr 'Verbündeter' zu gelten."

"Wollen Sie, Herr Seldte", so fährt Hitler fort, "nicht nur mit Worten, sondern auch in Ihrem praktischen Verhalten das gleiche Ziel verfechten wie wir, bin ich nach wie vor von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, mit Ihnen eine gemeinsame Kampfbasis zu suchen. Die *mindeste Vorbedingung* aber zu dieser Zusammenarbeit ist die *Forderung*, daß der Stahlhelm alle jene Mitglieder, die in zäher und zielklarer Arbeit gemeinsam mit den marxistischen Kräften die nationalsozialistische Bewegung fortgesetzt *hinterhältig verdächtigt* und *angegriffen* haben, *aus seinen Reihen verweist* und in besonderen Fällen *öffentlich brandmarkt*. Für eine reibungslose Zusammenarbeit verlange ich ferner, daß Sie, Herr Seldte, und alle Stahlhelmführer in den Ländern und Provinzen mit dem derzeitigen System *völlig brechen* und sich bereit finden zum Sturz und zum Kampf gegen dieses System[11].

Ich darf noch bemerken, daß es als selbstverständlich gilt, wollen Sie mit uns gemeinsam auf einer Ebene dieses eine Ziel verfechten, der nationalsozialistischen Bewegung in der Frage der *Reichspräsidentenwahl*[12] bedingungslose Gefolgschaft zu leisten. Dazu gehört vor allem, daß der vertrauliche Brief, den das Bundesamt des Stahlhelm vor wenigen Tagen zur Frage der bevorstehenden Präsidentschaftswahl an seine Führer hinausgegeben hat[13], *zurückgezogen* und für *vollkommen ungültig* erklärt wird."

---

regelt oder in ihrer Laufbahn schwer geschädigt worden. Der 2. Bundesführer, der Herrn Grützner Renegat genannt hatte - Grützner war früher Reserveoffizier und rechts eingestellt -, wurde gerichtlich mit hoher Geldstrafe bedacht. Eine große mitteldeutsche Stahlhelm-Veranstaltung wurde auf Weisung Grützners im letzten Augenblick verboten. Heute ist Herr Grützner bei Ihnen und bearbeitet in vertraulichen Ausschüssen politische Personalien!" Im folgenden erwähnten Seldte und Duesterberg weitere Beispiele für eine kommunalpolitische Zusammenarbeit zwischen nationalsozialistischen Politikern und Politikern anderer Parteien. Druck: Wie Anm 4.

9 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

10 Vgl. Anm. 8.

11 Die Haltung des Stahlhelm gegenüber der Republik schwankte damals zwischen Kooperationsbereitschaft und kompromißloser Opposition. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 187 ff.

12 Die Parteien und Interessenverbände begannen zum damaligen Zeitpunkt erst mit ihren internen Sondierungsgesprächen über die im Frühjahr anstehende Reichspräsidentenwahl. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die NSDAP weder ihre Strategie in dieser Frage festgelegt, noch hatte sich Hitler bereits entschlossen, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vgl. Dok. 6 und Dok. 29, Anm. 4.

13 Am 23./24.1.1932 hatte die *Rheinische Zeitung* ("'Stahlhelm' gegen Hindenburg") über einen vertraulichen Führerbrief berichtet, den das Bundesamt des Stahlhelm zum bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf kur-

Hitler geht nun auf dieses Schreiben ein, in dem es heißt, daß ein ausgesprochener Kandidat der "nationalen Opposition" insgesamt 15 Millionen Stimmen, ein Gegenkandidat der Linken und der Mitte nach Ansicht des Stahlhelm es auf 14 Millionen Stimmen bringen würde. Die Kommunisten könnten für ihren Kandidaten Thälmann auf 6 Millionen Stimmen rechnen. Nach dem Stahlhelm-Schreiben hätten bei einem zweiten Wahlgang die *Kommunisten die Entscheidung* und würden zweifellos eher die Hindenburg-Wahl ermöglichen als die eines Rechtskandidaten. Der Stahlhelm empfiehlt daher in diesem vertraulichen Brief die *Wahl Hindenburgs*[14].

"Herr Seldte, in Ihrem mir unter dem 23. November geschriebenen Brief[15] beklagen Sie eine Reihe von Vorkommnissen, die Sie im Interesse *reibungsloser Zusammenarbeit* beseitigt wissen möchten. In Ihrem Brief unter dem 11. Dezember weisen Sie nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit des echten Zusammenschlusses der nationalen Opposition hin[16]. Kaum tritt die Präsidentschaftsfrage in den Kreis der innerpolitischen Erörterungen, empfehlen Sie Ihren Mitgliedern eine Kandidatur, die niemals und von Anfang an nicht die Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung finden kann, solange das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten dem Repräsentanten des heutigen Systems, gekennzeichnet durch Reichskanzler Brüning, gehört.

---

sieren ließ. Demnach erwartete die Stahlhelmführung, daß ein Kandidat der "nationalen Opposition" etwa 15 Millionen Stimmen, ein Gegenkandidat der "Linken", also der bürgerlichen Parteien und der SPD voraussichtlich 14 Millionen Stimmen erhalten könnte; die Stimmen für einen Kandidaten Thälmann wurden auf etwa 6 Millionen veranschlagt. Ungeachtet aller Bedenken gegenüber dem "gegenwärtigen System" schloß die Stahlhelmführung: "*Gegen die Gefahr, daß schließlich mit kommunistischer Hilfe ein Kandidat der Linken gewählt wird, ist die Wiederwahl Hindenburgs rein zahlenmäßig das beste Mittel.*" Die Reichsregierung solle allerdings erklären, künftig auf jede Reparationszahlung verzichten zu wollen. Schließlich wurde mitgeteilt, daß es zwischen Hitler und Stahlhelmführern keine Verhandlungen mehr gegeben und daß sich über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl "*erhebliche Gegensätze zwischen Hugenberg und Hitler herausgebildet*" hätten.

14 Der Stahlhelm befürwortete damals eine *Volks*wahl Hindenburgs, ohne sich jedoch offen für dessen Kandidatur auszusprechen. Am 14.2.1932 teilte eine Delegation des Stahlhelm Hindenburg mit, man sei nur bereit seine Kandidatur zu unterstützen, "wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen" werde. Nach langwierigen Verhandlungen entschied sich jedoch die Stahlhelmführung, mit Duesterberg einen eigenen Kandidaten aufzustellen; über dessen Kandidatur wurde die Öffentlichkeit am 22.2. unterrichtet. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 197 ff.

15 Wegen verschiedener Querelen zwischen Stahlhelm und NSDAP hatten der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Seldte und Duesterberg, in einem Schreiben vom 23.11.1931 Hitler um "restlose Aufklärung" und um Stellungnahme zu den Ereignissen in Bad Harzburg gebeten. Der Stahlhelm habe Hitlers Verhalten "als eine schwere Kränkung und einen Verstoß gegen beste deutsche soldatische Auffassung" empfunden. "Der Stahlhelm, B. d. F., hält den Zusammenhalt der gesamten Nationalen Opposition für notwendiger denn je. Er ist an und für sich bereit, für diese große nationale Aufgabe auch weiter Opfer zu bringen. Das kann aber nicht dazu führen, daß der Stahlhelm sich eine Behandlung gefallen läßt, die er bisher nicht erfahren und anderen Verbündeten gegenüber nicht angewandt hat." Die laufenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Stahlhelm über eine weitere Zusammenarbeit, wie sie von Göring und dem Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, Elhard von Morozowicz, geführt würden, erforderten "eine klare Antwort" Hitlers. Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12. Vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 82.

16 "Dieser Brief ist wegen der inzwischen erlassenen Notverordnung in seiner Bearbeitung verzögert worden. Diese Notverordnung erweist die unbedingte Notwendigkeit des echten Zusammenschlusses der gesamten Nationalen Opposition erneut." Druck: Wie Anm. 4.

Herr Seldte, unsere Achtung und Ehrfurcht vor der untadeligen Gestalt des greisen Generalfeldmarschalls ist *grenzenlos* [17] und größer als die plötzlich entdeckte Liebe der Vereinigungen im Lager der Weimarer Demokratie. Das haben wir bereits 1925 bewiesen [18]. Heute geht es aber *gegen das System* und gegen alle, die das System stützen oder verteidigen, ohne Rücksicht auf Namen und Personen, im Interesse des Volkes und der Nation. Das muß Ihnen bekannt sein und *Ihre voreiligen Entschlüsse* in der Frage der Reichspräsidentenwahl sind nicht geeignet, eine reibungslose Zusammenarbeit auf gemeinsamer Ebene zu garantieren [19].

Ich darf am Ende des Briefes noch einmal bemerken: Es gibt nur ein Ziel. Das ist der unerbitterliche Kampf meiner Partei gegen das heutige System und seine Träger. Wir werden solange kämpfen, bis wir das Ziel erreicht haben, ohne dabei auf die *Protektion oder Unterstützung anderer Verbände und Parteien* angewiesen zu sein. Das besagt aber nicht, daß ich nicht jederzeit bereit bin, mit Ihnen, Herr Seldte, eine gemeinsame Kampfbasis zu suchen, um auf dem Boden wahrhaft nationaler Treue das gleiche Ziel zu verfechten, das von Anfang an unveränderlich unser Programm gewesen ist.

Mit deutschem Gruß und Heil!

gez.: *Hitler*"

17 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

18 Zusammen mit BVP, Bayerischem Bauernbund, DVP, Deutsch-Hannoverschen Partei, DNVP, Stahlhelm und Wirtschaftspartei - zusammengeschlossen zum sog. Reichsblock - hatte auch die NSDAP Hindenburgs Kandidatur beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl von 1925 unterstützt. In seinem Aufruf vom 10.4.1925 hatte sich Hitler an die Wähler gewandt mit der Aufforderung, "Euren alten Generalfeldmarschall" zu wählen. Druck: Bd. I, Dok. 41.

19 Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 44 des Bundesamts des Stahlhelm vom 24.2.1932, das über dessen Politik im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl informierte und auch über die Unterredungen, die man am 14.2. und 17.2.1932 deswegen mit Göring geführt habe. Dieser habe der Stahlhelmführung Hitler als "Einheitskandidaten" vorgeschlagen. "Die Stahlhelmführung erklärte ihrerseits, daß sie den Entschluß des Herrn Hitler, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren, bedauere, da seine geschichtliche Aufgabe, große Massen des deutschen Volkstums aus dem Marxismus zu nationaler Auffassung zu führen, offensichtlich noch nicht beendet sei, und er als R[*eichs*]P[*räsident*] naturgemäß in das System hineingehen müßte. Herr G[*öring*] erklärte darauf, daß Herr H[*itler*] sich keineswegs mit der R[*eichs*]P[*räsidenten*]-Stelle begnügen wolle, daß er vielmehr von seiner Stelle aus den ganzen Staat einheitlich führen wolle. Er wolle daher auch die Stelle des Reichskanzlers mit einem ihm unbedingt genehmen Mann seiner Partei besetzen und ebenso das Reichswehr- und Reichsinnenministerium." Da man sich bei diesen Unterredungen nicht habe einigen können, habe die NSDAP erklärt, "daß sie nunmehr mit einem Sonderkandidaten vorgehen werde". Für das weitere Verhalten der NSDAP sei es auffallend gewesen, daß man versucht habe, Stahlhelm und DNVP *jeweils* auf einen eigenen Kandidaten festzulegen. BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 78.

15. Januar 1932 Dok. 8
Schreiben an Heinrich Brüning [1]

VB vom 19.1.1932, "Die Denkschrift Adolf Hitlers an den Reichskanzler zur Reichspräsidentenwahl" [2].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Reichsinnenminister General Groener hat mir in Ihrem Auftrage, Herr Reichskanzler, am 6. Januar 1932 mitgeteilt, es bestände die Absicht, *eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß des Deutschen Reichstags herbeizuführen* [3]. Da zur Erreichung der dafür als notwendig erachteten Zweidrittelmehrheit die Zustimmung der N.S.D.A.P. erforderlich ist [4], wurde meine Stellungnahme hierzu erbeten.

Ich habe - überrascht von dem Vorschlage - in den verschiedenen, mit Ihnen, Herr Reichskanzler, und dem Reichsinnenminister General Groener und Staatssekretär Dr. Meißner [5] gehabten Besprechungen [6] meine *Bedenken* gegen diese eigenartige Absicht vorgebracht. Meinen Bemühungen gelang es, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. *Entgegen meiner Absicht, die Angelegenheit diskret zu behandeln, wurde aber die Öffentlichkeit insoweit in Kenntnis gesetzt, daß aus begreiflichen parteipolitischen Interessen eine Pressekampagne* [7] *durch ungeschickte Kombinationen und unanständige Pressionen, ja sogar durch Fälschungen die Lage verwirrte und meine Entscheidung erschwerte.* Da der von

---

1 Das Schreiben wurde Brüning tags darauf von MdR Göring überreicht. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 642.

2 Hitlers Schreiben, über das die in- und ausländische Presse ausführlich berichtete, wurde von der NSDAP auch als Sonderdruck verbreitet: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning. Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5, München 1932, S. 73-82.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Laut Artikel 76 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bedurften Verfassungsänderungen auf dem Weg der Gesetzgebung der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Reichstags. Druck: RGBl. 1919, S. 1397.
Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren 577 Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden, d. h. für eine Verfassungsänderung wären hier 385 Stimmen notwendig gewesen. Die bürgerlichen Parteien verfügten zusammen über 209 Mandate, die SPD über 143, zusammen jedoch nur über 352 Mandate. Da von einer Ablehnung der KPD auszugehen war (77 Mandate), hing der Erfolg einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten - eine Unterstützung durch *alle* bürgerlichen Parteien und der *gesamten* SPD vorausgesetzt - von der DNVP (41 Mandate) *oder* der NSDAP (107 Mandate) ab. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

5 Otto Meißner (1880-1953), 1901 Dr. jur., 1902 Referendar im elsaß-lothringischen Justizdienst, 1908 Regierungsassessor, 1911 Regierungsrat und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, 1915-1918 Reserveoffizier, 1918 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1919 Geschäftsträger in der Ukraine, Vortragender Rat im Büro des Reichspräsidenten, Eintritt in die DDP, 1920 Ministerialdirektor und Leiter des Büros des Reichspräsidenten, 1923 Staatssekretär, 1935 Chef der Präsidialkanzlei, 1937 Reichsminister, 1949 Freispruch im "Wilhelmstraßen-Prozeß".

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

7 Die Reichsregierung hatte die Presse am 7.1.1932 über die Unterredung zwischen Brüning und Hitler erst offiziell in Kenntnis gesetzt, nachdem die Telegraphen-Union hierüber bereits berichtet hatte. Durch die vorzeitige Bekanntmachung wurde Hitlers Konzessionsbereitschaft, sofern eine solche überhaupt bestanden haben soll-

mir gewünschte Weg der Überwindung dieser Schwierigkeiten nicht durchzudringen vermochte [*sic!*], bleibt mir angesichts der Art der Behandlung der Frage durch einen Teil der Presse, angesichts der Kombinationen und unwahren Behauptungen, die sich daraus ergaben, kein anderer Weg, als auch von mir aus die Öffentlichkeit von den Gründen zu unterrichten, die meine Stellungnahme bedingten. Denn ich bin ja nicht in der Lage, Herr Reichskanzler, Ihre Aktion als möglich anzusehen, sowohl vom rein *verfassungsmäßigen* Standpunkt aus, als auch auf Grund einer *politischen* Überprüfung.

Ich habe mir erlaubt, die in dieser Denkschrift niedergelegten rein verfassungsrechtlichen Bedenken ehrerbietigst dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten[8]. Die politischen Argumente, die gegen die Aktion sprechen, würde ich nicht anführen, wenn nicht die Notwendigkeit der Durchführung dieses Planes sowohl von Ihnen, Herr Reichskanzler, als auch von anderen Seiten mit Gründen hauptsächlich *außenpolitischen* Charakters motiviert worden wäre. Da ich aber diese Argumente in erstaunlicher Übereinstimmung in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht gesehen habe[9], bin ich gezwungen, *auch ihre Widerlegung öffentlich vorzunehmen. Denn ich habe in all den Besprechungen nicht eine Begründung gefunden, deren Widerlegung irgendwelche Schwierigkeiten bereiten würde. Im Gegenteil: Ich glaube, daß zumindest die in meiner Bewegung stehenden deutschen Volksgenossen sich auf das einmütigste hinter die ihnen nunmehr von mir bekanntgegebene Auffassung stellen werden.* Ich glaube dabei noch darüber hinaus, daß es für die Zukunft nützlich ist, die Widerlegung der Begrün-

---

te, von vornherein blockiert. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626 mit Anm. 5 und 6. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 706.f
Zur Reaktion der Presse vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 7.1.1932 (AA), "Hindenburg soll bleiben"; Münchner Neueste Nachrichten vom 8.1.1932, "Hitler bei Brüning und Groener"; Vorwärts vom 8.1.1932 (MA), "Bleibt Hindenburg?"; Vossische Zeitung vom 8.1.1932 (AA), "Ja oder Nein!"; Frankfurter Zeitung vom 9.1.1932 (AA), "Gibt es eine Einheitsfront?"; Berliner Tageblatt vom 10.1.1932 (MA), "War hier ein Kluger klug genug?". Charakteristisch für den Tenor der bürgerlichen Blätter etwa der Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes das jetzige Vorgehen der Reichsregierung aufs entschiedenste begrüßen wird."

8 Nach seinen Unterredungen mit Vertretern der Reichsregierung über eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten (vgl. Dok. 6, Anm. 5) hatte Hitler am 12.1.1932 zunächst an den Reichspräsidenten selbst einen Brief gerichtet, in dem er seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber diesem Plan darlegte. Um eine öffentliche Auseinandersetzung über die Wiederwahl Hindenburgs zu verhindern, intervenierte Staatssekretär Meißner noch am selben Tag persönlich bei Hitler und erreichte, daß dieser "die Denkschrift als nicht geschrieben" zurücknahm und "der Ordnung entsprechend seine offizielle Antwort dem Herrn Reichskanzler zustellte". Diese Übereinkunft war das Motiv für Hitlers Schreiben vom 12.1. (Dok. 6) und 15.1.1932. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626.

9 In ihrer offiziellen Verlautbarung vom 7.1.1932 hatte die Reichsregierung den Reichspräsidenten als "das stärkste Aktivum" charakterisiert, "das Deutschland in der Welt besitzt". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 626, Anm. 6.
Zur Reaktion der Presse vgl. etwa den Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Es geht in diesem Augenblick um eine der bedeutendsten politischen Entscheidungen, die heute in Deutschland fallen können. Der Schritt, den die Reichsregierung tut, hat zweifellos nicht bloß innerpolitische Gründe. Herr Dr. Brüning rechnet mit der großen Autorität und dem Vertrauen, das sich der gegenwärtige Reichspräsident in der ganzen Welt erworben hat. Er erwartet offenbar, seine Stellung bei den Verhandlungen in Lausanne zu stärken, wenn die anderen Nationen damit rechnen können, daß die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und verfassungsmäßiger Zustände in Deutschland auch weiterhin durch die Person Hindenburgs gewährleistet bleiben." Frankfurter Zeitung vom 9.1.1932 (AA), "Gibt es eine Einheitsfront?"

dung einer Absicht *öffentlich* vorzunehmen, *die in anderer Form und mit anderen Methoden vielleicht schon morgen wieder auftauchen könnte.*

Die *Weimarer Verfassung* ist das Grundgesetz und damit die Rechtsgrundlage der deutschen Republik[10]. In Artikel 1 der Verfassungsurkunde stellt sie fest:

1. Das Deutsche Reich ist eine *Republik.*
2. Die Staatsgewalt geht vom *Volke* aus.

Dementsprechend bestimmt auch der Artikel 41: *Der Reichspräsident wird vom ganzen Volk gewählt*[11].

Daß diese Urwahl durch den verfassungsändernden Beschluß einer qualifizierten Mehrheit des Reichstags ersetzt werden könnte, widerspricht meines Erachtens den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung. Wäre dem nicht so, dann würde die Reichsverfassung in Artikel 43 nicht fordern, daß der Reichspräsident *nur durch eine allgemeine Volksabstimmung abgesetzt werden kann,* nicht aber durch eine Mehrheit des Reichstags[12]. Dieser Zweidrittelmehrheit ist in dem genannten Artikel der Reichsverfassung lediglich *das Recht einer Antragstellung zur Volksabstimmung vorbehalten.* Wie sehr die Reichsverfassung das Ergebnis der Volksabstimmung (d. h. also den einfachen Mehrheitsentscheid der Urwähler) über jede, auch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstags stellt, geht meiner Auffassung nach völlig zweifelsfrei aus dem weiteren Satz des Artikels 43 hervor, daß nämlich die Ablehnung des Antrags auf Absetzung des Reichspräsidenten durch den Ausgang der Volksabstimmung *als neue Wahl gilt* und automatisch die Auflösung des den Antrag stellenden Reichstags zur Folge hat. Selbst wenn also eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages die Absetzung des Reichspräsidenten wünscht, die darauf durchgeführte Volksabstimmung aber in einfacher Mehrheit diesen Antrag ablehnt, *bleibt der Reichspräsident in seinem Amte* und gilt sogar damit überhaupt wieder als neu gewählt. Der Reichstag selbst jedoch verfällt der Auflösung.

Würden die Gesetzgeber der Weimarer Verfassung eine Neuwahl oder auch nur eine Amtsverlängerung im Augenblick der Abfassung dieser Urkunde durch eine Reichstagsmehrheit für angängig gehalten haben, dann hätten sie ebenso sicher eine entsprechende Bestimmung in der Reichsverfassung getroffen, wie sie damit allerdings aber auch umgekehrt logischerweise der gleichen Mehrheit die Befugnis zuerkannt haben würden, den Reichspräsidenten auch wieder abzusetzen. Denn es ist klar: *Die Instanz, die eine Einsetzung vornimmt, muß auch die Absetzung aussprechen können. Wenn eine Zweidrittelmehrheit den Reichspräsidenten zu wählen befähigt ist, muß ihn eine andere Zweidrittelmehrheit ebenso auch absetzen können.* Die Reichsverfassung lehnt aber diese Befugnis des Reichstags von vornherein als irrig ab, indem

10 Druck der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: RGBl. 1919, S. 1383 ff.

11 Anspielung auf Artikel 41, Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt." Druck: RGBl. 1919, S. 1391. Die Wahl des Reichspräsidenten wurde ferner geregelt im Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4.5.1920, später gültig in der Form vom 6.3.1924, sowie das Zweite Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 13.3.1925. Druck: RGBl. 1920, S. 849 f.; 1924, I, S. 168; 1925, I, S. 19.

12 Artikel 43, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Der Beschluß des Reichstags erfordert Zweidrittelmehrheit. Durch den Beschluß ist der Reichspräsident an der ferneren Ausübung des Amtes verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als neue Wahl und hat die Auflösung des Reichstags zur Folge." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

sie ausdrücklich bestimmt, *daß der Reichspräsident vom Volke gewählt werden muß und nur daher auch wieder vom Volke allein abgesetzt werden kann.*

Ein Aufheben dieser Bestimmungen der Reichsverfassung durch verfassungsändernde Mehrheit kann daher meines Erachtens nur dann stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstags auf Absetzung festgelegt wird. Damit ist die Wahl des Reichspräsidenten den wechselnden Zufällen parlamentarischer Majoritäten genauso ausgeliefert, wie umgekehrt auch Stellung und Vollmacht des jeweiligen Reichspräsidenten dauernd den gleichen unsicheren Faktoren preisgegeben sein würden.

Die falschen Vergleiche des Reichskanzlers.

Dabei ist es meines Erachtens *gänzlich* abwegig, wenn Sie, Herr Reichskanzler, die Verlängerung der Präsidentschaft des seinerzeitigen Reichspräsidenten Friedrich Ebert [13] hier zum Vergleich oder gar zur Stützung Ihres jetzigen Standpunktes heranziehen [14]. Friedrich Ebert wurde durch die Nationalversammlung zum vorläufigen Präsidenten gewählt und durch einen Reichstagsbeschluß in seinem Amte verlängert [15]. *Dieser Vorgang erhielt schon damals nicht die allgemeine Zustimmung maßgeblicher Staatsrechtslehrer* [16]. *Die Nationalsozialistische [Deutsche Arbeiter]partei jedenfalls hat diesem Verfahren des Deutschen Reichstages niemals ihre ideelle Zustimmung ausgedrückt, sondern im Gegenteil den Vorgang als verfassungswidrig abgelehnt* [17].

Generalfeldmarschall von Hindenburg ist damit als erster Reichspräsident auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege zur Wahl gestellt und gewählt worden [18]. Die Bedenken,

---

13 Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

14 Vermutlich eine Anspielung auf jene Argumente, mit denen Brüning und weitere Regierungsvertreter in ihren Unterredungen mit Hitler, die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten begründet hatten. Vgl. Dok. 6, Anm. 5. Für diese Vermutung sprechen auch Anm. 20 und 25.

15 Die Verfassunggebende Nationalversammlung hatte Ebert am 11.2.1919 mit 277 Stimmen, bei 51 Enthaltungen und 51 Gegenstimmen zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt. Gemäß Artikel 180, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sollte er sein Amt "bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten", d. h. bis zur ersten Volkswahl ausüben. Nationalversammlung bzw. Reichstag versuchten jedoch, diese Volkswahl herauszuzögern. Obwohl Ebert mehrfach die Festlegung eines Wahltermins gefordert hatte, beschloß der Reichstag am 24.10.1922 erneut, die Wahl zu verschieben. Stattdessen verabschiedeten alle im Reichstag vertretenen Parteien - mit Ausnahme von KPD und DNVP - mit 314 gegen 76 Stimmen das "Gesetz zur Änderung des Artikel 180 der Reichsverfassung". Unter Durchbrechung von Artikel 41 wurde damit die Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum 30.6.1925 verlängert. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 307 ff., 419 ff.; Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 264 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 801.

16 Die zeitgenössische Staatslehre nahm am Gesetz zur Änderung des Artikels 180 der Reichsverfassung vom 27.10.1922, mit dem die Amtszeit des ersten Reichspräsidenten auf parlamentarischen Weg verlängert wurde, in der Regel keinen Anstoß. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 312; Bd. VII, S. 266.

17 Die Nationalsozialisten, die seit dem 4.5.1924 durch die NSFB im Reichstag vertreten waren, brachten am 27.5.1924 den Gesetzentwurf ein, den Artikel 180 dahingehend zu ändern sei, daß "die Wahl des ersten Reichspräsidenten gemäß Artikel 41 [...] sofort einzuleiten" sei. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 382, Anlagen, Berlin 1924, Antrag Nr. 41.

18 Nachdem der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 ergebnislos geendet hatte, nahm Hindenburg nach längerem Zögern am 8.4. die Kandidatur um dieses Amt an. Am 26.4.1925 wurde Hindenburg im zweiten Wahlgang mit 14.655.641 Stimmen (48,3%) vor seinen Konkurrenten Wilhelm Marx (13.751.605 Stim-

die aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert durch Beschluß des Deutschen Reichstags bestanden und von der nationalsozialistischen Bewegung vertreten wurden, müßten infolgedessen heute *eher noch schärfer als damals* geltend gemacht werden.

Im übrigen ist mir nicht bekannt, daß, abgesehen von einigen außergewöhnlichen Vorgängen in mittel- und südamerikanischen Republiken, die ich nicht als nachahmenswerte Vorbilder für ähnliche Versuche in Deutschland ansehen möchte, in den großen republikanischen Staaten der Welt - in Amerika und Frankreich - der verfassungsmäßig niedergelegte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes jemals verlassen worden wäre[19].

Die von Ihnen, Herr Reichskanzler, mir als analogen Fall entgegengehaltene Meinung[20], *der Präsident der Exekutive der französischen Republik, Adolphe Thiers*[21], *sei ebenfalls entgegen den Bestimmungen der französischen Verfassung durch Parlamentsbeschluß in seinem Amte auf Lebensdauer verlängert worden, beruht auf einem Irrtum*[22].

Der Präsident der französischen Republik wird *überhaupt nicht vom Volk, sondern von einer Nationalversammlung gewählt, die sich aus den Mitgliedern der Deputiertenkammer und des Senats zusammensetzt*[23]. Es ist natürlich jederzeit möglich, daß dieses vergrößerte Parlament einen Präsidenten in seinem Amte verlängert, da ein solcher Beschluß verfassungsmäßig dann eine Neuwahl wäre, die von der hierzu befugten Instanz vorgenommen wird und

men, 45,3%) und Ernst Thälmann (1.931.151 Stimmen, 6,4%) zum Reichspräsidenten gewählt. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 68 ff. Zahlen bei Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 Vgl. hierzu Sidney M. Milkis, Michael Nelson, The American Presidency. Origins and Development, 1776-1993, Washington, D.C. [2]1994 sowie Jean-Marie Mayeur, La vie politique sous la Troisième République 1870-1940, Paris 1984, S. 42 ff.
Druck der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 17.9.1787 sowie der französischen Verfassungsgesetze vom 25.2., 24.2. und 16.7.1875: Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. Hrsg. von Günther Franz, Darmstadt [3]1975, S. 10 ff., 396 ff.

20 Vgl. Anm. 14 sowie Brüning, Memoiren 1918-1934 (S. 501), in denen Brüning über seine Unterredung mit Hitler am 7.1.1932 berichtet: "Hitler hatte sich in der Zwischenzeit von irgend jemand Argumente geben lassen zur Bekämpfung der Auffassung von der verfassungsmäßigen Zulässigkeit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Vor allem hatte er sich genau orientieren lassen über die Analogie in der französischen Politik in den 70er Jahren."

21 Adolphe Thiers (1797-1877), französischer Rechtsanwalt und Historiker, 1832 Innenminister, kurzfristig Ministerpräsident, 1836-1840 Außenminister, seit 1863 liberaler Oppositionsführer in der Abgeordnetenkammer, 17.2.1871 Chef du Pouvoir Exécutif de la République Française, 31.8.1871 bis 24.5.1873 Präsident der Französischen Republik.

22 Die französische Nationalversammlung hatte in der Übereinkunft von Bordeaux vom 12.2.1871 die bestehende republikanische Staatsform zum Provisorium erklärt, das durch die Wahl einer endgültigen Verfassung durch das französische Volk beendet werden sollte. Davon betroffen war auch das Amt des Präsidenten der Französischen Republik, in das Thiers am 31.8.1871 durch die Nationalversammlung gewählt worden war. Das Amt, in dem sich die Funktionen eines Staats- und Ministerpräsidenten vorläufig vereinigten, wurde durch das Gesetz Rivet vom 31.8.1871 zeitlich befristet auf die Dauer der Tätigkeit der Nationalversammlung. Eine verfassungsrechtlich gültige Grundlage für die Wahl und das Amt des französischen Präsidenten wurde erst durch die französischen Verfassungsgesetze von 1875 geschaffen. Vgl. Mayeur, Vie politique, S. 42 ff.

23 Anspielung auf Artikel 2 des französischen Verfassungsgesetzes vom 25.2.1875: "Le président de la République est élu à la majorité absolue des suffrages par le sénat et par la chambre des députés réunis en assemblée nationale. Il est nommé pour sept ans; il est rééligible." Druck: Franz (Hrsg.), Staatsverfassungen, S. 396 f.

von der Verfassung zugelassen ist. *Adolphe Thiers selbst hat übrigens niemals auf Lebensdauer eine Verlängerung seiner Präsidentschaft erhalten, sondern wurde im Gegenteil 1873 gestürzt*[24].

Ich habe daher, Herr Reichskanzler, persönlich berechtigte Zweifel, daß ein solcher Vorgang überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament des staatlichen Lebens erblickt werden soll.

Die Würde des Reichspräsidenten verlangt die Entscheidung durch das Volk.

Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen der klaren Bestimmung der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte meines Erachtens aber zumindest *eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein:*

Die Zusammensetzung des Reichstages muß den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen.

Ihre Meinung, Herr Reichskanzler, daß im Interesse der Kontinuität der Führung der politischen Geschäfte auf eine Wahl verzichtet werden müsse, weil sich durch einen in ihr äußernden *neuen Willen* unter Umständen eine Änderung in personeller und sachlicher Richtung hin ergeben könnte[25], widerlegt sich durch sich selbst. *Denn weil die Demokratie die Auffassung vertritt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und damit sämtliche Repräsentanten der Staatsgewalt nur Mandatare des Volkswillens sind, unterwirft sie die Leitung der politischen Geschäfte persönlich und damit auch sachlich der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Nachprüfung durch das Volk.* Indem durch die Verfassung sowohl der Volksvertretung als auch dem Reichspräsidenten eine bestimmte, begrenzte Geltungsdauer zugemessen wird, *berücksichtigt sie die Änderungen in der politischen Willensbildung des Volkes,* die sich *aus der Beurteilung der Leistungen* der vom Volk gewählten Regierung ergeben und einstellen. Nach der Auffassung der Demokratie soll aber gerade diese Einstellung in den von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Wahlen ihre ausdrückliche Berücksichtigung finden. Es ist dabei gänzlich belanglos, wie lange in dem vorliegenden Falle der Reichstag schon als gewählt erscheint und wann seine normale Wiederwahl stattfinden soll. Denn laut Verfassung soll die Reichspräsidentenwahl 1932 stattfinden[26]. *Damit aber ist es für diese Wahl nicht wesentlich, welche politische Auffassung die deutsche Nation am 14. September 1930 besaß*[27], *sondern entscheidend, welche*

24 Thiers scheiterte an der noch offenen Frage nach der definitiven Staatsform Frankreichs. Seine Entscheidung für eine republikanische Verfassung stieß auf den Widerstand der Nationalversammlung, wo sich am 24.5.1873 Orleanisten, Legitimisten und Bonapartisten mit 360 gegen 344 Stimmen für seinen Rücktritt aussprachen. Vgl. Mayeur, Vie politique, S. 42 ff.

25 Vgl. Anm. 14 und 25 sowie Brüning, Memoiren 1918-1934 (S. 501), in denen Brüning über seine Unterredung mit Hitler am 7.1.1932 berichtet: "Ich setzte ihm die Lage der Außenpolitik auseinander, vor allem die Bedeutung einer schnellen Wiederwahl des Reichspräsidenten für die Realisierung der erhofften außenpolitischen Erfolge."

26 Hindenburg war am 26.4.1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden und hatte am 30.4. sein Amt angetreten. Artikel 43, Abs. 1 legte die Amtszeit des Reichspräsidenten auf sieben Jahre fest. Laut § 148, Abs. 3 der Reichsstimmordnung vom 14.3.1924 begann die Amtszeit des Reichspräsidenten mit der Feststellung des Reichswahlausschusses, "daß ein Anwärter mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat". Druck: RGBl. 1919, S. 1392; 1924, I, S. 173 ff., hier S. 196.

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 3 und 10.

politische Willensbildung sie im März 1932 besitzt. Selbst wenn demnach angenommen werden könnte, der Reichstag sei befugt, die Urwahl durch eine einfache Abstimmung zu ersetzen, so müßte doch als logische Vorbedingung *die restlose Übereinstimmung des Willensausdrucks des Reichstags mit der in diesem Zeitpunkte vorhandenen Willensbildung der Nation garantiert sein.*

Da dies nachweisbar weder der Fall ist, noch überhaupt der Fall sein kann, müßte schon in Ansehung der Würde des Herrn Generalfeldmarschalls demnach zuerst der Reichstag, der ihn in seinem Amte neu zu wählen berufen ist, dem Willen des Volkes entsprechend zusammengesetzt sein. Praktisch würde damit aber gerade das erreicht, was erst vermieden werden sollte: Es fände dennoch eine Wahl statt.

Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur können niemals *ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung* sein, selbst wenn diese Verletzung eine buchstabenmäßige Begründung fände, dem inneren klaren Sinn und Geist der Verfassung aber widerspräche.

Die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist die Überwindung des heutigen Systems.

Ganz abgesehen von diesen verfassungsrechtlichen Erwägungen sind mir aber vor allem *die Gründe unverständlich, die diesen Versuch motivieren sollten.*

Herr Reichskanzler, Sie sind der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertrügen. Ich glaube nicht, daß diese Meinung den Nagel auf den Kopf trifft. Denn mit wesentlich mehr Recht könnte ich als Führer der größten Oppositionspartei folgendes erklären:

Das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermag, kann aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erfordern.

Der Verfall unseres einst großen und mächtigen Reiches hat seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung unseres Volkskörpers und seiner allgemeinen Widerstandsfähigkeit durch die Parteien, die das heutige System verkörpern. Die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge ist daher die innerpolitische Überwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zersetzungsarbeit, die mit dem November 1918 einst ihr Ziel erreichte[28] *und Deutschland dorthin trieb, wo es sich heute befindet.*

Gewiß gibt es zur Zeit Politiker, die in der *endlich festgestellten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands*[29] einen eminenten Erfolg einer klug angelegten Politik erkennen möchten[30]. Im

28 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

29 Anspielung auf die Unterredung, die Brüning mit dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, am 8.1.1932 geführt hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte Brüning dem britischen Botschafter offen eingestanden, "das Ziel der Reichsregierung sei die Erreichung der völligen Streichung der Reparationen". Es sei für Deutschland unmöglich, "nach Ablauf des Hoover-Jahres die Reparationszahlungen fortzusetzen bzw. wiederaufzunehmen". Tags darauf wurde dieser Standpunkt Brünings als Interview mit dem Wolffschen Telegraphenbüro veröffentlicht: Der Bericht der Baseler Sachverständigen beweise "die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die

kaufmännischen Leben würde man über solche Auffassungen nur verwunderlich den Kopf schütteln. Es scheint mir immerhin leichter zu sein, die *Zahlungsunfähigkeit* eines Unternehmens herbeizuführen als die *Rentabilität.* Sollte man aber wirklich in der nunmehr *zweifelsfrei feststehenden Tatsache des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands* eine politische Leistung erblicken, dann bliebe höchstens die Stümperhaftigkeit zu vermerken, die zwölf Jahre bedurfte, um qualvoll zu vollziehen, was geschicktere Menschen vielleicht schon in drei Jahren hätten demonstrieren können. Wenn man, um die Notwendigkeit der Existenz eines Unternehmens zu beweisen, dieses vorher erst zugrunde richten muß, dann sollte man zumindest die Qual abkürzen und beschleunigt sterben lassen, was nach der Ansicht einer höheren Staatskunst, um das Anrecht zum Leben zu erweisen, vorher umgebracht werden muß.

Wenn aber ein solcher Vorgang eine wirtschaftliche Voraussetzung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg ist, dann ist nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitische Wahlen dabei von Schaden sein könnten. Denn Sie, Herr Reichskanzler, sehen den Schaden doch wohl darin, daß die nach Ihnen Kommenden schlimmer sein könnten als Sie selbst, d. h. aber doch nichts anderes, als daß sie *den Prozeß der praktischen Demonstration des wirtschaftlichen Zusammenbruchs höchstens noch beschleunigen könnten. Dieses aber müßte ja nach den Auffassungen der heutigen deutschen Staatskunst nur erwünscht und deshalb zu begrüßen sein. Oder sollte man am Ende gar befürchten, daß durch einen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung diese geniale politische Zielsetzung, der völlige wirtschaftliche Ruin, durchkreuzt würde?*

Die zwei Traditionen in der deutschen Politik

Herr Reichskanzler, ich zweifle keinen Augenblick, daß politische Tribute an der effektiven Zahlungsunfähigkeit, d. h. am *tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch einer Nation*, scheitern können. Ich glaube aber nicht, daß eine durch solche Tatsachen erzwungene Nichterfüllung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem wirtschaftlichen Unvermögen des Schuldners *politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger sichtbar werden.*

---

deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen". Brünings Eingeständnis belastete vor allem die deutsch-französischen Beziehungen, während man in Großbritannien Verständnis für die deutsche Position äußerte. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 683 ff.; Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Göttingen 1983, Dok. 168, 175, 177, 178, 188; Politik und Wirtschaft, Bd. 2, Dok. 399 a und b.

30 Brüning erkannte in den Reparationsverpflichtungen das Kernstück des Versailler Vertrags; zugunsten ihrer Streichung war er bereit, seine übrigen außenpolitischen Ziele, die territoriale Revision und die militärische Gleichberechtigung, vorerst zurückzustellen. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise benützte er seine rücksichtslose Deflationspolitik als Druckmittel, um die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Ein erster greifbarer Erfolg dieser Strategie zeichnete sich damals mit dem Hoover-Moratorium ab. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, passim.
In seiner Unterredung am 5.10.1930 hatte Brüning Hitler darüber informiert, daß die "Streichung der Reparationen [...] das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein" werde. Mit der Reparations- sowie der Abrüstungsfrage hoffe er, "im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen". Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 193.

Daß Deutschland heute nicht mehr bezahlen kann, Herr Reichskanzler, ist kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch eine unvergleichlich fehlerhafte politische Leistung herbeigeführte, mit unfaßbarem Leid und grauenhafter Not verknüpfte Katastrophe. 13 Jahre währte dieser durch eine unverantwortliche Illusionspolitik eingeleitete und durchgeführte Zusammenbruch.

Die Tatsache nun, daß es gelingt, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im 14. Jahr ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn die Männer des Zusammenbruchs, statt mit ihm zu verschwinden, auch Direktoren des Wiederaufstieges sein möchten.

Es kann alles zur Tradition werden. Sauberkeit genauso wie Schlamperei und Fäulnis wie Größe. Wenn aber ein System im 13. Jahr seines Bestandes auf keinen größeren Aktivposten hinzuweisen vermag als den, durch eine vollkommene Pleite den Gläubiger endlich von der Zahlungsunfähigkeit überzeugt zu haben, dann scheint mir ein solches Verfahren kaum weniger außerhalb der Tradition eines Systems zu liegen, als das System, das einst Deutschland aufbaute, sich ebenfalls einer Tradition rühmen durfte.

Ich glaube daher, daß hier tatsächlich zwei Traditionen in Erscheinung treten: Jene Tradition, die einst Deutschland geschaffen hat, und diese Tradition, die es vernichtete.

Ich verstehe daher nicht, wieso ausgerechnet die Parteien, die einst die ehrenvolle Entwicklung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich jäh unterbrachen, heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen können, deren Befähigung zum Zerstören ebenso restlos erwiesen wird, wie ihre Unfähigkeit zum Neuaufbau allein schon aus der Tradition ihres Wirkens eindeutig und klar hervorgeht.

Die Angst des Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Ich glaube vor allem nicht daran, daß die Schwäche, außenpolitisch gesehen, plötzlich ein *Vorzug* sein könnte. *Und ich glaube noch weniger, daß eine Regierung, deren innerpolitisches Fundament nur in der Angst eines Systems begründet ist, das, von schlechtem Gewissen erfüllt, die Auseinandersetzung mit dem Gegner scheut, ein wirksamer oder gar würdiger Repräsentant einer Nation wäre.*

Wenn z. B. eine große politische Organisation, von deren Geneigtheit die heutige Regierung abhängig ist[31], erklärt, daß sie an sich dem Reichspräsidenten nichts entgegenbringen könne, aber ihn als kleineres Übel empfinde, und deshalb, um den Sieg des gefürchteten Nationalsozialismus zu vermeiden, selbst einen Hindenburg noch lieber nehmen würde[32], *dann*

31 Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

32 Brüning hatte am 7.1.1932 an führende sozialdemokratische Politiker appelliert, ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen, die Reichspräsidentschaft Hindenburgs durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu verlängern. Trotz heftiger Kritik ihres linken Flügels begann die SPD seit Beginn des Jahres 1932 ihre Mitglieder und Anhänger darauf vorzubereiten, "daß sie, um den Faschismus zu verhindern, einen ungeliebten Kandidaten zum Reichspräsidenten würden wählen müssen" (Winkler, Weg, S. 511). So schrieb der *Vorwärts* z. B. am 8.1.1932: "Herr v. Hindenburg hat zweifellos in seiner nun fast siebenjährigen Amtszeit seine

ist die Regierung nur zu bemitleiden, die in solchen Instinkten die Wurzeln ihrer starken Kraft sieht. Ich zweifle nicht, daß sich in einer unfair ausgelegten Demokratie auch auf solcher Basis noch eine Regierungsgewalt schlecht und recht erhalten kann.

Aber ich bin überzeugt, daß man die Nation bemitleiden muß, die das Unglück besitzt, von einer solchen Gewalt nach außen vertreten zu werden. Ernstliche Erfolge sind dann nicht zu erwarten.

Die Beseitigung des herrschenden Systems ist ein außenpolitischer Gewinn Deutschlands.

Ich glaube nicht, daß im Völkerleben auf Rechte Verzicht geleistet wird, *wenn nicht Vorteile geboten werden.* Man kann nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen hat als die Drohung mit dem, was an seiner Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründet mit dem ansonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso schrecklichen Nationalismus, *dann ist das für mich als ebenfalls [her]angezogenem Schrecken höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich.*

Ich halte es jedenfalls vom Standpunkt der Repräsentation des deutschen Volkes nach außen für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment kommt, dessen Existenz weder der Angst noch des Hinweises auf die zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel bedarf, sondern das aus eigener Kraft, wurzelnd im Willen der Nation, seine Daseinsberechtigung schöpft.

Ich sehe daher, Herr Reichskanzler, in jedem Vorgang, der zur Überwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten hat, wird man ihm etwas geben. Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge wird erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland *mehr Gewinn bringt* als das Beharren auf Verträgen, *deren Rechtsgültigkeit man aus unserer Unterschrift ableitet, deren Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen hat und deren Zweckmäßigkeit damit an sich nur mehr eine relative ist. Somit ist die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volkes im Inneren und damit eine Frage der Überwindung eines Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein wird mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes, begonnen im November 1918 und, so Gott will, beendet in einer nicht zu fernen Zeit.*

Auch aus diesen Erwägungen heraus muß ich daher einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung mir ein Beweis dafür zu sein scheint, daß man auf diesem Wege ein System zu retten gedenkt, dessen Vernichtung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist.

Gegner von einst, die seine Kandidatur bekämpften, entwaffnet. Er hat sich in schwerer Zeit als *Hüter der Verfassung* erwiesen und er hat die Hoffnungen, die viele seiner Anhänger von einst auf ihn gesetzt hatten, schwer enttäuscht." Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 501 f.; Winkler, Weg, S. 479 ff., 511 ff. Ferner Vorwärts vom 8.1.1932 (MA), "Bleibt Hindenburg?"

Die Frage der Moral

Im übrigen ist es auch noch eine Frage der Moral, zumindest in unseren Augen, ob es erträglich erscheint, jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden[33]*, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Wortführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen der also Bevorzugten besitzen*[34].

Auch aus dieser Empfindung heraus muß ich daher Ihren Vorschlag, Herr Reichskanzler, *ablehnen*. Ich bedauere nur nochmals, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den wir Mitkämpfer des großen Krieges, als dem Generalfeldmarschall unserer Heere, unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden[35].

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. *Adolf Hitler*

33 Zur Auseinandersetzung der staatlichen Gewalt mit der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 265 ff.; Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 119 ff. sowie Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977.

34 Bereits nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatte Brüning am 5.10.1930 mit Hitler verhandelt, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Am 10.10.1931 war Hitler erneut von Brüning, dann von Reichspräsident von Hindenburg empfangen worden. Auch diese Unterredungen blieben ergebnislos: Weder konnte Hitler dazu bewegt werden, die Regierung Brüning künftig zu tolerieren, noch war Hindenburg vorerst bereit, mit Hitler weiter zu verhandeln. Dennoch bemühte sich Brüning damals, die Fäden zur NSDAP nicht abreißen zu lassen. Vgl. Josef Becker, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111; Dorpalen, Hindenburg, S. 230 ff.; Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 14.10.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 307 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff., 391 f.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 510 f.

35 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

16. Januar 1932 Dok. 9
Aussage vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte[1]

Masch. Protokoll mit hs. Korrekturen und Ergänzungen vom 25.1.1932; BA, NS 26/597[2].

[...][3]

Hitler: Herr Vorsitzender! Ich habe für die betreffende Nummer tatsächlich einen Artikel eingeschickt[4]; er ist mit meinem Namen gezeichnet. Ich bin erstaunt, daß ich eine Klage zugestellt bekomme für einen Artikel, den ich weder verfaßt, noch veranlaßt, noch eingeschickt habe, noch ihn überhaupt gesehen oder davon Kenntnis gehabt habe.

[...][5]

Hitler: Nein! Das ist ganz unmöglich. Verantwortlich ist der Schriftleiter. Ich weiß nicht, wer für die Nummer verantwortlich zeichnete. (Zuruf: Herr Binz![6]).

---

1 Nach seiner Absetzung als OSAF-Stellvertreter Ost und seinem Ausschluß aus der NSDAP am 2.4.1931 war Walter Stennes in der nationalsozialistischen Presse der Vorwurf gemacht worden, es habe sich bei ihm um einen Polizeispitzel gehandelt, so etwa in Der Angriff vom 4.4.1931 ("Wer ist Herr Stennes? Polizeihauptmann *außer* oder *im* Dienst??") und im VB vom 5./6./7.4.1931 ("Stennes ein Mitarbeiter Grzesinskis!"). Stennes hatte daraufhin, unterstützt von Rechtsanwalt Curt Becker, gegen Hitler und den Chefredakteur des *Angriffs*, Julius Lippert, Klage wegen Beleidigung erhoben. Das Verfahren, das am 16.1.1932 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, endete mit einem Freispruch Hitlers. Lippert wurde wegen übler Nachrede zu 300,- RM Geldstrafe, bzw. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Den Vorsitz in dem polizeilich ungewöhnlich stark gesicherten Prozeß führte Amtsgerichtsrat Alfred Bues, als Rechtsbeistand Hitlers fungierte Hans Frank II, als Rechtsbeistand Lipperts der Berliner Rechtsanwalt Otto Kamecke.
Nach Polizeiangaben hatte Röhm im September 1931 versucht, Stennes zum Einlenken zu überreden, indem er dem ehemaligen SA-Führer "finanzielle Hilfe" anbot. Stennes habe sich jedoch kategorisch geweigert, möglicherweise mit dem Ziel, "für den Fall eines Vergleichs mit Hitler eine Entschädigungssumme von ungefähr 100.000,- RM" einfordern zu können. Der Bericht fährt fort: "Dieser hohen Ziffer gegenüber ist m. E. aber Vorsicht geboten." Vgl. Bericht Nr. I.7.4201 des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I A an das Preußische Ministerium des Innern vom 16.9.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 68 a.

2 Vgl. auch Der Abend vom 16.1.1932, "Hitler als Angeklagter"; Berliner Börsen Curier vom 16.1.1932, "Politisches aus dem Stennesprozeß"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 16.1.1932, "Hitler fährt wieder nach Berlin"; Berliner Tageblatt vom 17.1.1932 (MA), "Verpuffte Sensation"; Le Matin vom 17.1.1932, "Hitler gagne le procès que lui avait intenté M. Stennes"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 17.1.1932, "Der Stennes-Hitler-Prozeß"; Der Angriff vom 18.1.1932, "Wieder eine verpuffte Stennes-Sensation"; VB vom 19.1. 1932, "Freispruch Adolf Hitlers im Beleidigungsprozeß des Polizeihauptmanns a. D. Stennes". Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte (143 B. 342.31) vom 27.1.1932; BA, NS 26/597. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.1.1932. Ferner Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging. Biographie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 132 f.

3 Beginn der Verhandlung mit dem Vorschlag des Vorsitzenden Bues, sich auf einen Vergleich zu einigen, was sowohl Frank wie Becker ablehnen. Nach Verlesung der Klageschriften und der betreffenden Artikel im *VB* und in *Der Angriff* (vgl. Anm. 1) Beginn der Vernehmung Hitlers.

4 Gemeint ist Hitlers Artikel "Wohin die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes führt" und sein Aufruf "Parteigenossen und S.A.-Männer Berlins!", die beide im VB vom 5./6./7.4.1931 erschienen waren, zusammen mit dem Artikel von Gerhard Binz. Druck: Bd. IV/1, Dok. 84 und 85.

5 "*Vors.:* Sie sind der Herausgeber der Zeitung. Schweben Sie sozusagen über den Wassern oder sind Sie aktiv an der Herausgebertätigkeit beteiligt?"

6 Gerhard L. Binz (geb. 1895), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Entlassung als Leutnant, 1920 Studium der Rechtswissenschaften, 1930 Eintritt in die NSDAP, Redakteur im *Völkischen Beobachter*, Chef vom Dienst, 1933 Re-

[...][7]

Hitler: Ich hätte erwartet, daß man den verantwortlichen Redakteur verklagt hätte. Wenn Sie sagen, er sei nicht auffindbar, so stimmt das nicht; dann tut mir das leid, dann ist die Klage vielleicht nicht richtig zugestellt worden.

[...][8]

Hitler: Wenn ich eine Klage von "so großer Bedeutung" erhebe, muß ich doch zum mindesten durchlesen, wer die Verantwortung für den Artikel trägt. Verantwortlich ist Herr Gerhard Binz. Er ist natürlich jederzeit erreichbar. Ich habe mit dem Erscheinen gar nichts zu tun. Das wäre schon sachlich undenkbar.

[...][9]

Hitler: Nein.

[...][10]

Hitler: Nein. Wenn ich persönlich einen Artikel hinausgehen lasse, so zeichne ich ihn. Würde ich persönlich jemals einen Artikel herausgeben, ohne ihn zu unterzeichnen, so würde ja jederzeit der verantwortliche Schriftleiter Auskunft geben müssen. Ich würde mich auch nicht in die Hand eines Journalisten geben, dadurch, daß ich erkläre, ich hätte den Artikel nicht geschrieben, und es könnte mir eines Tages gesagt werden: Sie haben ihn doch geschrieben!

[...][11]

Hitler: Ich bin verantwortlicher Leiter der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei und bin damit auch verantwortlich für die Führung ihrer Politik[12]. Ich habe nicht erklärt - und auch übrigens nicht im Zirkus Krone, wie Sie meinen[13] -, daß ich für alles, was in der Partei geschieht, verantwortlich sein kann. Selbst wenn man die Weisheit, sagen wir einmal eines Rechtsanwalts besäße, wäre es nicht denkbar, daß ein Mensch für alles, was geschieht,

---

ferent für Wehrwissenschaften im Reichsministerium des Innern, Vorsitzender des Wehrrechtsauschusses der Akademie für Deutsches Recht, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, 1938 SA-Oberführer, 1939 Hauptmann d. R.

7 "*R.A. Dr. Becker (unterbrechend)*: Der jetzt unauffindbar ist...
Vors.: Ich bitte doch, alle Störungen zu vermeiden!"

8 "*Vors.:* Es wird behauptet, Rosenberg sei verantwortlicher Redakteur."

9 "*Vors.:* Ist der Artikel von Ihnen inspiriert worden?"

10 "*Vors.:* Es bestand doch der bekannte Gegensatz [*zu Stennes*]. Dieser Gegensatz kommt ja auch in Ihrem Aufruf an die Partei deutlich zum Ausdruck. Es ist doch durchaus möglich, daß aus diesem Gefühl heraus Sie auch diesen Aufsatz, sagen wir mal, lanciert haben."

11 Mitschrift der weiteren Verhandlung. Auseinandersetzung zwischen Becker und Frank, da Becker von Hitler wissen will, ob dieser nicht letzten Endes die Verantwortung für die beiden Artikel trage. Er, Becker, behaupte, daß Hitler "höchstselbst der Inspirator, der alleinige Inspirator dieser Verleumdung ist und daß, soweit diese Verleumdung auch noch von anderen ausgesprochen ist, diese lediglich das nachgeschrieben haben, was Hitler erfunden hat".

12 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77 sowie Manfred Funke, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989.

13 Eine solche Aussage läßt sich weder in Hitlers Rede am 7.4. noch am 9.4.1931 nachweisen. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 86 und 89.

bis zum letzten Zeitungsartikel die Verantwortung übernimmt. Ich wäre dankbar, wenn Herr Dr. Becker[14] mir klarmachen wollte, wie *er* die Verantwortung für 60 oder 70 Zeitungen[15] tragen will. Das Gesetz schreibt vor, daß *ein* Mann verantwortlich ist, der nämlich, der unterschrieben hat[16]. Ich sehe darauf, daß die Partei die Linie einhält, die ich für richtig halte. Es ist absolut denkbar, daß ich einmal Bedenken oder Befürchtungen oder Auffassungen anderen gegenüber äußere. Daraus aber eine Mittäterschaft bei dem Artikel ablesen zu wollen, ist eine Konstruktion, die ich ablehnen muß. Meine persönliche Auffassung steht hier gar nicht zur Debatte, die ich pflichtgemäß als Führer der Partei habe und haben muß und die ich mir von gar keinem Menschen vorschreiben lasse, die ich im Interesse der Bewegung für nötig erachte. Wenn ich als Führer über das Verhalten eines anderen Führers Bedenken äußere oder Vor[*be*]halte mache, dann muß ich es ablehnen, daß ein derartiger Vor[*be*]halt als eine Erfindung bezeichnet wird! Denn ich habe nichts zu *erfinden,* sondern nur Meinungen, die in meinen Augen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, zu prüfen und vorzuschlagen. Der Artikel ist nicht von mir verfaßt und daher auch nicht von mir zu verantworten. Die Behauptung, daß er geistig von mir inspiriert sei, widerlegt sich durch den Inhalt und die Bezugnahme auf einen Brief[17], von dessen Existenz ich bis zu seinem Erscheinen selbst keine blasse Ahnung hatte. Es wird erklärt, daß dieser Fall die Begründung dafür sei, daß an sich sonst bereits vorhandene Bedenken und Behauptungen nun wirklich als richtig anzusehen wären. Gerade aus dem Artikel geht klipp und klar das Gegenteil von dem hervor, was Sie (zu Dr. Becker) in die Sache hineinlegen.

[...][18]

Hitler: Wir haben damals, um allen späteren Deutungen vorzubeugen, alles stenographieren lassen. Ich habe auf die positive Frage hin, ob ich auf einer Standartenführer-Versamm-

14 Curt Becker (geb. 1884), 1917 Dr. jur., Rechtsanwalt in Berlin.

15 In dem vom Reichsverband Nationaler Werbefachleute e. V. 1931 herausgegebenen Zeitungskatalog "Die Nationalsozialistische Presse Deutschlands" werden für dieses Jahr insgesamt 148 Zeitungen genannt, "in denen alle möglichen NS-Periodika, auch jenseits der Reichsgrenzen, enthalten sind". Hierunter lassen sich 92 reichsdeutsche nationalsozialistische Zeitungen ermitteln, von denen 57 mehr als einmal wöchentlich erschienen. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 126 ff., Zitat S. 130.

16 § 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7.5.1874 lautete: "Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne dieses Gesetzes), müssen außerdem auf jeder Nummer, jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten. Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redakteure ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Teil der Druckschrift jede der benannten Personen die Redaktion besorgt." Druck: Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder. Von Kurt Häntzschel, Berlin 1927, S. XVI, 52 ff.

17 Der Polizeipräsident von Berlin, Albert Grzesinski, hatte gegen einen Polizeiwachtmeister Glindisch ein Disziplinarverfahren eröffnet, weil dieser ohne Kenntnis seiner Vorgesetzten Verbindungen zur NSDAP aufgenommen hatte. In Grzesinskis Schreiben an Glindisch vom 6.3.1931 wurde Bezug genommen auf einen Brief des OSAF-Stellvertreter Ost, der im Februar 1931 bei *Hausdurchsuchungen* von der Berliner Polizei beschlagnahmt worden war, ohne daß dieser Sachverhalt von Grzesinski erwähnt wurde. Nachdem Glindisch die Berliner NSDAP über das Schreiben von Stennes informiert hatte, ging diese davon aus, Stennes habe sich aus eigenem Antrieb an Grzesinski gewandt. Vgl. Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte (143 B. 342.31) vom 27.1.1932; BA, NS 26/597.

18 "*Vors.:* Wollen Sie sich Ihre Aussage vorlesen lassen? Die Stelle selbst würde genügen."

lung behauptet hätte, Stennes[19] sei Polizeispitzel[20], erwidert: Es wäre denkbar, daß ich diese Befürchtung gehabt habe[21].

[...][22]

Hitler: Das ist die Aussage. Es kann allein aus dem stenographischen Protokoll bei seiner Vergleichung mit den Ausführungen Dr. Beckers ein Rückschluß auf alles übrige gezogen werden.

[...][23]

Hitler: Im übrigen bin ich jederzeit bereit, auch eine eidesstattliche Erklärung abzugeben.

[...][24].

19 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

20 Gemeint ist vermutlich die mehrstündige Unterredung in der Wohnung von Joseph Goebbels in der Nacht vom 31.8. zum 1.9.1930, bei der Hitler und Heß gegenüber einer Reihe von Berliner SA-Führern Stennes als Polizeispitzel verdächtigten. Vgl. Walter Stennes, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931, S. 4; IfZ, Fa 88.

21 Vgl. jedoch Hitlers Artikel vom 4.4.1931, in dem es u. a. heißt: *"Ich halte jeden Mann, der es versucht, eine gänzlich unbewaffnete Organisation zu einer Gewalttat gegen den heutigen Staat aufzuputschen, entweder für einen Narren oder einen Verbrecher oder für einen Lockspitzel!* Wenn aber Herr Stennes die jungen Parteigenossen und besonders einen Teil der Führer dauernd mit solchen Gedanken füttert, dann besteht die Gefahr, daß eines Tages aus der Phantasie plötzlich eine blutige Wirklichkeit wird. *Herr Stennes aber wäre der Letzte, der dann dafür die Verantwortung übernähme.* Der Herr Polizeihauptmann a. D. war überall noch dabei, aber er wurde noch nie gefaßt." Druck: Bd. IV/1, Dok. 80.
Ferner Hitlers Artikel vom 8.4.1931: "Auch die Beziehungen des ehemaligen Polizeihauptmannes Stennes zu einzelnen Beamten der Polizei Grzesinskis waren der Partei bekannt." Druck: Bd. IV/1, Dok. 87.

22 *"R.A. Becker (einfallend)*: ...und daß Sie dieser Auffassung Ausdruck gegeben haben."

23 *"Vors.:* Ich möchte anregen, Herrn Hitler zu entlassen.
R.A. Dr. Frank II: Das würde ich auch bitten.
Vors.: Ich behalte keinen länger hier als nötig."

24 *"Vors.:* Das ist natürlich nicht möglich.
R.A. Dr. Frank II: Herr Hitler ist jederzeit erreichbar.
Vors. (zu Hitler): Wenn Sie selbst nicht den Wunsch haben zu bleiben, möchte ich Sie nicht mehr behelligen.
(Hitler verläßt darauf den Sitzungssaal, wobei sich die meisten Zuhörer erheben und die Hand zum Gruß ausstrecken.)
Vors.: Ich bitte, keine Gefühlsäußerungen! Ich kann das hier nicht dulden!"
Folgt Mitschrift der weiteren Verhandlung.

17. Januar 1932 Dok. 10
Rede auf NSDStB-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 18.1.1932, "Adolf Hitler spricht zu 6.000 Studenten" [2].

Adolf Hitler geht aus von der Reichsgründung, die heute vor 61 Jahren die größten Männer jener Zeit im Spiegelsaal zu *Versailles* vereinigte [3]. Er spricht von der gewaltigen Leistung des großen Staatsmannes *Bismarck*, der jenes Werk der Einigung der deutschen Stämme vollbrachte, und er zeigt die Zersetzungsarbeit, die mit dem Tage begann, als die Einigung erreicht war.

Standes- und staatspolitisch geeint, beginnt die neue Spaltung, schärfer als vorher die in Herzog- und Fürstentümer. Eine Spaltung jetzt nach *Staatsgrenzen*, eine Spaltung, die quer durch das ganze Volk geht.

Der von den Marxisten gepredigte *Klassenhaß* wirkt sich aus, zersetzt die Volkseinheit. Im November 1918 hat der innere Zerfall seinen ersten Höhepunkt erreicht [4], und die Kapitulation nach außen ist da.

[...] [5]

Es muß ein Volksgesetz geschaffen werden, nach dem alle Dinge, die eine Spaltung des Volkes hervorrufen können, der Diskussion entzogen werden!

Die Kraft nach außen beginnt im gleichen Augenblick zu schwinden, in dem die innere Einigkeit gestört wird. Im August 1914 war die letzte Einigkeit in unserem Vaterlande [6], alles

1 In den Tennishallen, Brandenburgische Straße 53 (Bezirk Wilmersdorf), abends. Hitler sprach etwa 90 Minuten. Die Versammlung, an der laut Vorlage etwa 6.000 (*VB*: 10.000) Personen teilnahmen, wurde vom Kreisleiter X des NSDStB, Gerd Rühle, mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Anlaß für Hitlers Rede waren die Berliner Studentenschaftswahlen, die in der Zeit vom 18. bis 23.1.1932 an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, der Technischen Hochschule zu Berlin, der Handelshochschule Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik stattfanden. Auch bei diesen Wahlen konnte der NSDStB erhebliche Stimmengewinne erzielen. So entfielen an der Friedrich-Wilhelm-Universität - bei einer allerdings schwachen Wahlbeteiligung von ca. 46,4% - von 5.834 abgegebenen gültigen Stimmen 3.794 Stimmen auf den NSDStB, so daß er nun über 65 (1929: 23) von 100 Kammersitzen verfügte. Vgl. Berliner Tageblatt vom 26.1.1932 (MA), "Astawahlen in Berlin"; Germania vom 26.1.1932, "Astawahlen in Berlin".

2 Vgl. auch Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18.1.1932, "Hitler vor den Berliner Studenten"; Der Montag vom 18.1.1932, "Hitler vor den Studenten"; Vossische Zeitung vom 18.1.1932 (AA), "Das Weltanschauungsplakat"; Deutsche Tageszeitung vom 19.1.1932, "Hitler vor den Berliner Studenten"; Vorwärts vom 19.1.1932 (MA), "Galavorstellung mit Adolf"; VB vom 19.1.1932, "Adolf Hitler vor den Berliner Studenten"; vom 20.1.1932, "'Niemand kann sich an der Entscheidung mehr vorbeidrücken!'"; Elsässer Zeitung (Straßburg) vom 23.1.1932, "Adolf Hitler spricht"; Illustrierter Beobachter vom 30.1.1932, "Adolf Hitler bei den Berliner Studenten". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 111. Vgl. ferner die Ankündigung in: Studenten im Kampf. Beiträge zur Geschichte des NSD-Studentenbundes (Sondernummer: Die Studentische Kameradschaft). Hrsg. vom Reichsstudentenführer, München 1938, S. 17.

3 Am 18.1.1871 war im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles der preußische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

5 "Zutiefst erregt von der verbrecherischen Handlungsweise der Männer, die diesen Zerfall herbeigeführt haben und damit die Schuld an dem Untergang tragen, ruft Adolf Hitler aus:"

6 Zur Stimmung im August 1914 vgl. z. B. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542; Thomas Rohkrämer, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraus-

wandte sich geschlossen gegen den Feind, der das Land bedrohte. Dann mußten wir die Stunden erleben, da Deutschland sich überhaupt nicht mehr nach *außen* wandte, sondern nur noch die Frage *Marxismus* oder *Nichtmarxismus* akut war, in diesem Augenblick brach Deutschland zusammen.

Kann man mit einer Armee nach außen kämpfen, wenn sie innerlich zerfressen ist? Nein! Muß der Feldherr dann noch weiter suchen, Siege zu erfechten? Nein! Seine Aufgabe besteht dann darin, seine Bataillone zu ordnen. Schafft euch ein Volk, ihr hohen Herren, dann könnt Ihr Außenpolitik treiben!

Was gibt es heute in Deutschland, das *einmütig anerkannt* würde? Fast nichts! Über alles gibt es zwei Meinungen, die durch - sie nennen es *Weltanschauungen* - begründet sind.

Nur einmal die *Familie*: Die einen nennen sie *Keimzelle eines gesunden* Volkes, ja *Grundlage* eines gesunden Volkes überhaupt - die anderen eine *vorübergehende Paarung zweier Menschen.*

Vaterlandsverteidigung ist für die einen eine *hehre Aufgabe,* für die sie Leben, Gut und Mut einsetzen - für die anderen eine *Dummheit.*

Der eine Teil unseres Volkes glaubt, Deutschland muß gerettet werden - der andere Teil glaubt, Deutschland kann sterben.

Ja, es ist soweit, daß man heute an manchen Stellen zufrieden wäre, wenn dieser Zustand bleiben würde, wenn Deutschland in dieser Spaltung *erstarrte: Hie Marxismus, hie Bürgertum*[7]*. Nur um der "Ruhe" willen.*

Dies Zerrissensein Deutschlands muß beendet werden. Es muß eins werden! Es ist nicht möglich, daß das deutsche Volk zwei Seelen in seiner Brust trägt[8]*. Es muß eine klare Entscheidung getroffen werden: Bolschewismus oder Deutschland!*

[...][9]

Unsere Lage ist trostlos! Sieben Millionen Arbeiter in der Landwirtschaft [*sic!*], *sieben Millionen in der Industrie und eben so viele ohne Arbeit, ohne Existenzmöglichkeit*[10]*!*

In furchtbarer Deutlichkeit zeigt Hitler die naturnotwendig aus der heutigen Wirtschaftsführung erwachsenden Folgen auf. *Der Kampf um den Absatzmarkt wird zum Kampf um das nackte Leben werden!* Es wird ein Kampf aller gegen alle sein, bei dem die schwächste Nation ausgeschaltet werden wird.

---

setzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

7 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

8 "Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

9 "Dieser unbeugsame Wille, eine neue *Einigung* unter allen Umständen herbeizuführen, weckt jubelnden Beifall. Nachdem sich der Sturm der Begeisterung gelegt hat, fallen die Worte des Führers wie Hammerschläge in die Massen."

10 1925 wurden im Deutschen Reich 9.762.000 Beschäftigte im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (30,5%) sowie 13.239.000 Beschäftigte im Bereich von Industrie und Handwerk (41,4%) ermittelt. Im Vergleich hierzu betrug die Zahl der im Januar 1932 bei den deutschen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 6.041.910. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 19 ff., 297. Vgl. ferner Dok. 4, Anm. 14.

In diesen Kampf, in den wir zwangsläufig getrieben werden, gehen wir - wie es heute aussieht - ohne einheitlichen Willen hinein. Man sucht nach außen den Frieden, um im Innern die Auseinandersetzung durchführen zu können [*sic!*]. *Man übersieht, daß, wenn wir nicht handeln, das Schicksal der Welt entschieden wird ohne uns, gegen uns oder auf uns!*

Man steuert dahin, die Deutschen zu den *Griechen der Neuzeit* werden zu lassen [11], die gut sein werden, der übrigen Welt *Sprachlehrer, Bonnen* [12], *Erzieher* und vielleicht noch *Fremdenführer* zu stellen. *Damit ist Deutschland am Ende!*

Es gibt heute schon Menschen, die so verderbt sind, daß sie das als *ganz natürlich* ansehen.

Nein! Nein! Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, nein auch für das, was unsere Vorfahren uns überliefert haben! Sie können verlangen, daß nicht eine Generation das vernichtet, was Hunderte von Generationen aufgebaut haben. Wir sind entschlossen, dies Schicksal abzuwenden!

[...] [13]

Die Weimarer Verfassung, deren legalste Vertreter *wir* heute sind [14], diese Verfassung schreibt die *demokratische Führung* vor. Jedes Volk muß untergehen, das dieser Form sich anschließt. Wenn die Masse entscheidend sein soll, dann müssen es *Führer* sein, die diese Masse führen!

In seinen weiteren Sätzen wendet Adolf Hitler sich direkt an die Studenten: Aus dem politischen Leben müssen die Köpfe erwachsen, die politische Führer werden sollen. Es spielt keine Rolle, aus welcher "Klasse" diese Führer kommen. Und wenn gewissen Leuten diese Führer nicht genehm sind, weil sie nicht ihrer *Gesellschaftsschicht* entsprangen [15], dann sagen wir: Es ist gleichgültig, ob *Ihnen* diese Führer genehm sind. Es kommt darauf an, ob *das Volk* diese Männer hinnimmt!

Wenn wir von neuen Führern sprechen, so tun wir das nicht vom grünen Tisch, sondern wir haben die Führerauswahl schon in die Hand genommen. Ist es nicht etwas Gewaltiges, daß 30.000 Funktionäre, viele Tausend Unterführer und einige Dutzend Führer [16] schon von Millionen anerkannt werden? Alles Männer, die niemand kannte, hätten wir sie nicht gerufen.

---

11 Zum Einfluß griechischer Lehrer auf die römische Gesellschaft vgl. Johannes Christes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

12 Französischer Begriff für Kindermädchen, Erzieherin.

13 "Ungeheurer Jubel antwortet Adolf Hitler auf diese Worte. Es ist begeisterte Zustimmung, mehr noch: *bedingungsloses Gelöbnis der Gefolgschaftstreue* beim Kampf um das von innen und außen bedrohte Vaterland, was ihm aus dem brausenden Beifall entgegentönt."

14 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

15 Zum Sozialprofil der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 vgl. Kater, Nazi Party, S. 169 ff.

16 Genaue Angaben über die Zahl der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 liegen nicht vor. Anhaltspunkte vermittelt jedoch der Organisationsgrad der NSDAP.
Die Reichsleitung der NSDAP in München beschäftigte 1931 204, 1932 dann 275 Angestellte. Zu Beginn des Jahres 1932 verfügte die Partei ferner im Deutschen Reich über 37, in Österreich über sechs Gauleitungen, denen jeweils ein bürokratischer Apparat von bis zu 16 Ämtern zugeordnet war. Die Zahl der nationalsozialistischen Ortsgruppen wurde im Mai 1930 mit 5.032 angegeben, so der Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich wiederum auf NS-interne Quellen stützt. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266;

Es handelt sich nicht darum für den Studenten, in den *Staatswissenschaften zu ergrauen*, er muß in *sein Volk gehen*, seine Nöte und Freuden kennenlernen, er muß *ein Stück des Volkes* werden.

Wir sind daran zugrunde gegangen, daß zu großes Wissen auf der einen Seite vom Volke nicht mehr verstanden wurde.

Der Student gehört in die *vordersten Reihen* der Volksbewegung, *unserer* Volksbewegung. Was um ihn vorgeht, ist nicht Politik schlechthin, für die er neben seinem Studium *keine Zeit hat;* was um ihn vorgeht, ist die *Gestaltung seiner Zukunft.* Heute schon wird darüber die Entscheidung gefällt, ob er überhaupt einmal sein erarbeitetes Wissen seinem Volke zur Verfügung stellen kann.

Wer nicht am Kampf teilnimmt, wird nicht teilhaben am Siege!

Es gibt Leute, die glauben, wenn sie das braune Hemd[17] *anziehen, verlören sie an Ansehen. Das zeigt nur, wie nötig es wäre, daß sie es anzögen! Der Musketier, mag er gleich nicht einmal lesen können, ist in der Entscheidungsstunde mehr wert, als der Literat, der feingeistige Schwätzer, der weit vom Schuß steht, denn er ist bereit, sein Leben einzusetzen für die große Sache. Und wir werden nicht ruhen, die deutschen Volksgenossen, soweit sie es überhaupt wert sind, zu einen, zusammenzuschweißen. Es ist eine Sehnsucht im Volke, eine Sehnsucht nach Einigkeit!*

Ist es nicht eine große Erhebung, wenn Millionen im Nationalismus aufstehen, jedes Dorf, jede Familie gepackt wird? Wenn das nicht Deutschlands Erhebung ist, dann hat es nie eine deutsche Erhebung gegeben! Die endgültige Entscheidung liegt in der harten Tat, nicht in Kompromissen[18]*!*

Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, insbes. S. 58 f., 221 ff.; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, S. 379 f.
Die Zahl sog. Einheitsführer in der SA wird für die Zeit vor 1933 auf ca. 10.000 Mann geschätzt. Vgl. Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360, hier S. 345.

17 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Halcomb, the S.A., S. 87 ff.

18 Zum Eindruck von Hitlers Rede vgl. den Kommentar in der *Vossischen Zeitung* (Anm. 2): "Es bleibt höchstens die Frage, wie Hitler selbst diese Rede überstand, die er mit geringfügigen Variationen schon einige hundert Male gehalten hat. Diese Sprache läßt sich inhaltlich kaum wiedergeben. Sie erging sich in einer vollkommen vagen Begriffsbildung, in rein auf das Gefühlsmäßige abgestimmten Bildern und Vergleichen, die in einem sich ständig steigernden Überschwang herausgeschleudert wurden und immer wieder sich in einem Schlagwort, einer pathetischen Beschwörungsformel zusammenballten, die die Masse hochriß. Irgendwelche konkreten politischen, wirtschaftlichen, sozialen Fragen wurden überhaupt nicht berührt. Aus der ganzen, 1 ½ stündigen Rede sprach nur das bekannte politische Weltbild, das in seiner primitiv vereinfachenden, plakatmäßigen Art die Massensuggestion der nationalsozialistischen Propaganda erklärlich macht: Es gibt nur zwei Parteien, Vaterlandsverräter und Vaterlandsverteidiger; es gibt nur die eine Wahl, mit dem Marxismus für Deutschlands Untergang oder mit Hitler für Deutschlands Aufstieg."

23. Januar 1932 Dok. 11
"Die Politik der Illusionen" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26.1.1932, "Adolf Hitlers Abrechnung mit den Verantwortlichen des Systems" [3].

Adolf Hitler ging in seiner Rede von der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten *Laval* [4] aus, daß Frankreich nicht gewillt sei, auf etwas zu verzichten und von einem Plane abzugehen, der die freiwillige Unterschrift Deutschlands trägt [5].

"Wir Nationalsozialisten haben", - so betonte der Führer - "schon damals, vor zwei Jahren, darauf hingewiesen, daß der bloße *Versuch* einer Durchführung des Young-Planes [6] zu einer

---

Vgl. ferner den Kommentar in *Der Angriff*: "Es ist ungeheuer schwer, das, was der Führer in seinen schlichten, aber in ihrer Überzeugungskraft gewaltigen Worten sprach, so wiederzugeben, wie es in die Herzen der Hörer eindrang. Man kann nur *Worte, Sätze* niederschreiben, die Rede muß man *erlebt* haben, um sie ganz erfassen zu können."

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 23.1.1932.

2 Im Zirkus Krone, am Marsfeld, ab 16.30 Uhr. Hitler sprach etwa 90 Minuten. An der Veranstaltung, die von Gauleiter Adolf Wagner mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen laut Vorlage ca. 7.000 Personen teil. Die Eintrittspreise betrugen bis zu 6,- RM.

3 Vgl. auch Germania vom 25.1.1932, "Hitler-Rede in München. Er schlagwortet weiter"; Münchner-Augsburger Abendzeitung vom 25.1.1932, "Hitler und Rosenberg erwidern"; Münchner Neueste Nachrichten vom 25.1.1932, "Politik der Illusionen"; Bayerischer Kurier vom 26.1.1932, "Zirkusgespräche"; Münchener Post vom 26.1.1932, "Nazi und Stahlhelmer pfeifen auf das Gesetz". Ferner PND-Bericht o. Nr. vom 25.1.1932; StA München, Polizeidirektion München 6743.

4 Pierre Laval (1883-1945), 1907 Rechtsanwalt, 1914 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer (Section Française de l'Internationale Ouvrière), 1923-1940 Bürgermeister von Aubervilliers, seit 1925 Inhaber verschiedener Ministerposten in den Regierungen Painlevé, Briand und Tardieu, seit 1927 Senator, 1931/32 und 1935/36 Ministerpräsident, 1932 und 1934-1936 zugleich Außenminister, 1940 stellvertretender Ministerpräsident der französischen Regierung in Vichy, 1942-1944 Chef du Gouvernement, 1944 Flucht nach Belfort, dann Sigmaringen, 1945 hingerichtet.

5 Der französische Ministerpräsident Laval hatte am 26.11.1931 vor der Abgeordnetenkammer eine grundsätzliche Rede zur außenpolitischen Lage Frankreichs gehalten, in der er auf den Besuch Brünings und Curtius' in Paris eingegangen war, auf seinen Gegenbesuch in Berlin, auf die Londoner Konferenz und die Gespräche, die er während seines Besuchs in den USA (22.-26.10.1931) mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover geführt hatte. Zum französisch-deutschen Verhältnis und den Spekulationen über eine Streichung der deutschen Reparationen erklärte Laval u. a.: "Je comprends la misère du peuple allemand, misère qui explique certains excès. Mais imaginons les rôles renversés. Si la France était débitrice de l'Allemagne; si elle offrait un pareil spectacle, que penserait-on outre-Rhin? Sans porter atteinte à la dignité du peuple allemand, j'ai le droit de tenir ce langage. J'ai le devoir de parler franchement. [...] Que l'Allemagne recouvre sa solvabilité, c'est son intérêt, l'intérêt de tous, c'est notre interêt évident. Nous aurons à défendre les intérêts de notre pays sous le contrôle vigilant des Chambres. Nos délégués veilleront à ce qu'il ne soit pas porté atteinte aux droits que nous confèrent les accords de la Haye [*i. e. Young-Plan*]." Vgl. Le Temps vom 28.11.1931, "Discours de M. Pierre Laval"; vom 29.11.1931, "Le Discours de M. Laval et L'Opinion Allemande".

6 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und

völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft führen müsse[7]. Wenn es Tatsache ist, daß dieser Plan undurchführbar und unerfüllbar ist[8], so ist es aber auch ebenso Tatsache, daß dieser nunmehr auch von der ganzen übrigen Welt als unerfüllbar bezeichnete Plan von Deutschland als rechtsgültig anerkannt worden ist. Ich betone, daß *wir* schon seinerzeit im Namen des deutschen Volkes die Rechtsgültigkeit nicht anerkannt haben und daß, wenn wir Gelegenheit zur Aufklärung gehabt hätten, die ganze Nation ihn schon damals einmütig verworfen hätte. Unsere Kritik der Notverordnungen wurde als Illusion bezeichnet[9]. Nur wenige Wochen sind seitdem vergangen.

Die 'Illusionspolitiker' sind nicht wir.

Nun frage ich Sie, *wer* hat sich auf dem Gebiet der Illusionen bewegt, wir oder die Männer der Notverordnungen? In der Antwort des Herrn Reichskanzlers[10] wird uns entgegengehalten: Ja, Sie könnten auch nichts anderes machen als wir heute. Halt! Herstellt Euch! [*sic!*] Wir haben nicht nötig, das zu tun, was die anderen heute machen. *Aber seit anderthalb Jahren sehe ich, daß sich die andern mit unseren Ideen beschäftigen;* und sie sind gezwungen, das zu beginnen, was wir seit vielen Jahren gefordert haben. Aber es ist etwas anderes, ob ein Mensch eine Violine zur Hand nimmt, der gar nicht darauf spielen kann, oder ob ein anderer sie in die Hand nimmt, der ein guter Violinspieler ist. *Ich bestreite, daß es ihnen möglich ist, sich auf*

Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 438 ff. Vgl. auch Dok. 61, Anm. 9.

7 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 6), dem als Gesetzentwurf das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" zugrundelag, hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11. 1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 422 ff. Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. I, Frankfurt a. M. 1977, S. 178 ff.

8 Vgl. Dok. 8, Anm. 29.

9 Vgl. etwa Brünings Rundfunkrede, in der er am 8.12.1931 die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens rechtfertigte. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Reichskanzler u. a.: "Wunschgebilde sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren, nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht ebenfalls in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich in heißester Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Überlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt." Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Die Rundfunkrede des Kanzlers" sowie Bd. IV/2, Dok. 94, Anm. 3 ff.

10 Gemeint ist Brünings Schreiben vom 22.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

Gebieten zu bewegen, die unsere waren und sind. Wo sie versuchen, sich fremdes Geistesgut anzueignen, sehe ich Schritt für Schritt die Beschränktheit und Stümperhaftigkeit bei der Verwendung dieses Geistesgutes. Wenn die heutigen Politiker sagen, es sei der Beweis der Fähigkeit des deutschen Volkes, daß es trotz allem diesen Winter überlebt[11], so glauben auch wir, daß es nicht nur diesen Winter, sondern jeden Winter überdauert, *weil wir glauben, daß es das heutige System überwindet."*

Die persönlich Schuldigen müssen fort!

Adolf Hitler schälte dann in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der heutigen Katastrophe[12] heraus und stellte fest, daß es unmöglich sei, diese Ursachen zu beseitigen, *wenn man nicht die persönlich Schuldigen beseitige.*

"Die Weltkrise ist da, aber nicht unverschuldet. Die Menschen, die sich heute auf sie berufen, haben ein gerütteltes Maß an *Schuld*, daß sie eingetroffen ist. Ich glaube, daß es Völker gibt, die in der Lage sind, ihr zu begegnen. Aber Deutschland ist soweit gebracht worden, daß es anscheinend als Opfer auf der Strecke bleiben soll. Es wird behauptet, die Weltkrise sei ein Verhängnis und niemand sei schuld! Ist sie ein *Verhängnis*, dann ist Deutschland verloren.

Wir aber glauben, daß es in Deutschland Schuldige gibt, und dann ist der erste Schritt zur Besserung die Beseitigung der Schuldigen.

Sie sagen: Schuldig ist Versailles[13]. *Jawohl! Wer ist aber schuld an Versailles? Der verlorene Krieg! Wer ist aber schuld am verlorenen Krieg?* (Stürmischer Beifall!) *Wer ist schuld an Versailles?! Immer wieder trifft den Menschen der Fluch der Tat*[14].

Wäre die Katastrophe nicht gekommen, sondern der Erfolg, wären dann auch die Vertreter von Weimar gekommen und hätten gesagt: Wir haben keine Schuld daran. *Warum* du stirbst ist einerlei, wesentlich ist, daß du nicht die Kraft hattest, dein Leben zu bewahren. So ist es auch im Leben der Völker.

Versailles ist nur Folgeerscheinung, nicht Ursache.

In dem Augenblick, da man zur Revolution schritt, war alles weitere eine zwangsläufige Folgeerscheinung. *Am 9. November 1918, am Tage der Revolution, wurde auch die Kriegsschuldlüge*[15] *mit aus der Taufe gehoben. Hier in Berlin, nicht in Paris. Die Revolutionspar-*

---

11 Anspielung auf Brünings Regierungserklärung vom 13.10.1931, bei der dieser u. a. ausgeführt hatte: "Sie [*die Reichsregierung*] braucht nicht mehr zu sagen, daß sie bislang keine sichtbaren Erfolge in der Außenpolitik und auf manchen anderen Gebieten habe, sondern heute kann sie sagen, daß der Weg frei ist und daß auch *der kommende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann.* Denn die deutsche Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genug im eigenem Volke." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2077.

12 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4.

13 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

14 Nach Friedrich von Schiller (1759-1805), *Die Piccolomini*, 5. Akt, 1. Szene: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."

15 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch

teien brauchten die Kriegsschuldlüge um einen Rechtsgrund für die eigene Revolte zu besitzen[16]. *Und die Parteien, die in Versailles den ersten Paragraphen unterzeichnet haben, haben damit ihr eigenes Handeln in der Heimat motiviert. Aus einem innerpolitischen Verbrechen heraus hat die Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und demokratischem Bürgertum Deutschland vor der ganzen Welt belastet*[17].

Das 'schuldige' Deutschland, das sich selbst als schuldig bekannte, verfiel der Entwaffnung[18]. Indem man die Nation wehrlos machte, gab man sie auch der wirtschaftlichen Ausplünderung preis. Ich wiederhole: Erst macht man *Revolution*, weil Deutschland und seine Regierung schuld sei am Kriege. Dann kam die *Anerkennung der Kriegsschuldlüge* als Basis des Friedensvertrages, dann die *Entwaffung* als Folge der festgestellten Kriegsschuld und endlich mußte Deutschland *zahlen,* weil es 'ja schuld am Kriege und vollständig wehrlos' war. Nein! Nicht Versailles ist die Ursache der Katastrophe, sondern Eure *Parteien* sind die Ursache. Und daher müssen sie zuerst vernichtet werden.

Herr Brüning ist überzeugt, die Konferenz in Lausanne werde Deutschland erlösen[19]. Ich weiß nicht, ob Lausanne stattfindet[20]. *Ich weiß nur, daß, wenn diese Konferenz Deutschlands erlösen würde, sie bestimmt nicht stattfände.*

Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

16 In der Phase zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß bemühten sich die meisten deutschen Politiker, einschließlich des Rats der Volksbeauftragten, eine öffentliche Diskussion über den Schuldanteil des kaiserlichen Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vorerst zu vermeiden. Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.; Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 136 ff.
Eine Ausnahme bildete lediglich die revolutionäre Linke, insbesondere der damalige bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner, der sich am 10.11.1918 mit einem Manifest an alle feindlichen Regierungen wandte und am 23.11. ohne Absprache mit der Reichsregierung gekürzte Aktenfunde aus dem bayerischen Ministerium des Äußern veröffentlichte, um die deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges nachzuweisen. Vgl. Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrag des Bayerischen Landtags hrsg. von P[*ius*] Dirr, München [3]1925; Falk Wiesemann, Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie. In: Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. von Karl Bosl, München 1969, S. 387-426, hier S. 408 ff.

17 Anspielung auf das am 21.6.1919 aus SPD und Zentrum gebildete Kabinett Bauer, dessen Vertreter am 28.6. 1919 den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben hatten. Die DDP trat jedoch erst am 3.10.1919 dem Kabinett wieder bei. Vgl. Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986, S. 88 ff.

18 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.
Zu den Rüstungsbeschränkungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 vgl. Dok. 2, Anm. 19.

19 Brüning informierte am 8.1.1932 den britischen Botschafter in Berlin, Rumbold, daß von deutscher Seite "frühestens der 25. Januar als Beginn der Lausanner Konferenz in Frage" komme. Auf dieser Konferenz wolle die Reichsregierung das Ziel einer "völligen Streichung der Reparationen" erreichen. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 167, 168 sowie Dok. 8, Anm. 29.

20 Das Foreign Office hatte am 20.1.1932 in einem Kommuniqué erklärt, daß die Vorverhandlungen für die Lausanner Konferenz noch nicht abgeschlossen seien; diese könne deshalb nicht, wie vorgesehen, am 25.1. be-

Solange es eine Menschengeschichte gibt, ist noch nie eine Unterschrift eines Volkes unter ein Versklavungsdokument bloß aus der Erkenntnis der *Unerfüllbarkeit* der Forderung gelöscht worden. Immer noch hat das *politische* Wollen das durchstrichen, was *politische* Unfähigkeit vorher unterzeichnete.

Wir versprechen nicht, daß heute oder morgen die Wendung kommen wird, aber wir versprechen, daß wir die Ursachen des Verfalls beseitigen werden. Die Männer, die für die Pleite verantwortlich sind, müssen mit der Pleite auch verschwinden.

Und wenn sie sagen: Wir gehen nicht, so erwidere ich: Wir werden euch entfernen, so wahr ich hier stehe! (Ungeheurer Beifall.)

Die Männer von Versailles [*sic!*] *können nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung nicht die Männer der deutschen Zukunft sein.* Wenn sie sagen, wir räumen das Feld nicht, weil wir verantwortlich sind, dann fragen wir: Wem seid ihr verantwortlich? Der Nation!? *Fragt sie doch! Sie wird euch euer Urteil ausstellen.* (Tosender Beifall.) Aber ihr fürchtet das *Volk* als Richter[21]! Oder seid ihr verantwortlich eueren Parteien? *Die sind nicht Deutschland!*

Voraussetzung für die deutsche Freiheit ist eine Entwicklung derjenigen Kräfte, die unzertrennlich verbunden sind mit dem Sein und dem Wesen des deutschen *Volkstums.* Wenn das deutsche Volk sich nicht selbst gefunden hat, war es immer noch verloren. Wir müssen nicht nur das Gift des Pazifismus und Internationalismus in jeder Form austilgen, sondern die *Parteien,* die ihre Träger sind.

Voraussetzung zu einer Wiedererhebung ist allein die innere Regeneration unseres Volkes. Was die anderen zerstört haben, bauen wir Stück für Stück wieder auf: eine neue Volksgemeinschaft. In ihr ist das beste Deutschland aus allen seinen Schichten vereint und marschiert heute in unseren Reihen. Wenn es nicht das Beste wäre, wie hätten wir dann aus sieben[22] *Mann 15 Millionen*[23] *werden können* [*sic!*]*? Wenn diesen Geist, der heute 15 Millionen beherrscht, schon heute ganz Deutschland besäße, dann ständen wir heute anders da.*

Wenn ihr sagt, wir werden eine eiserne Front[24] *aufrichten, dann erwidern wir: Die Front aus Eisen ist schon da! Ihr habt die Front der Lüge, der Verleumdung, des Meuchelmordes und hinterhältigen Angriffs. Trotzdem habt ihr uns nicht zum Wanken gebracht.*

---

ginnen. Daraufhin teilte der deutsche Botschafter in London, Konstantin Frhr. von Neurath, dem britischen Außenminister, Sir John Simon, mit, die deutsche Seite hoffe immer noch, "daß es möglich sein würde, zu einer Konferenz zu kommen". Simons vermittelnder Vorschlag, das Hoover-Moratorium vorläufig um sechs Monate zu verlängern, wurde von Neurath abgelehnt, da dies, so Neurath, keine bloße Verlängerung darstelle, sondern eine "Übernahme neuer Verpflichtungen". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 201. Druck des Kommuniqués: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 398. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 692 ff.

21 Anspielung auf Brünings Versuch, einen Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl zum damaligen Zeitpunkt zu verhindern. Zu Hitlers Reaktionen vgl. Dok. 6, 8 und 12.

22 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

24 Die Eiserne Front war am 16.12.1931 von Vertretern der SPD, des ADGB, des Arbeiter-Turn- und -Sportbunds sowie des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin gegründet worden, um die Mitglieder und Anhänger dieser Massenorganisationen zur Abwehr gegen die Nationalsozialisten zu mobilisieren. Dabei wurden neue Formen der Mobilisierung, der öffentlichen Selbstdarstellung und Symbolik eingesetzt, in einzelnen Fällen wurde auch paramilitärisch ausgebildet. Obwohl zu Beginn des Jahres 1932 in allen deutschen Städten öffentliche Großveranstaltungen stattfanden, bei denen sich Zehntausende von Anhängern in sog. Eiserne Bücher

Und wenn da jemand sagt, er wäre noch nicht erschüttert, dann weisen wir darauf hin, daß auch eine Festung erst dann zu Fall gebracht wird, wenn ihr *letztes* Fort gefallen ist.

Die Parteitürme Deutschlands[25], *mögen sie heißen wie immer, wir reißen sie ein und bauen auf dem Schutt wieder auf den Turm der deutschen Nation!"* (Stürmischer, anhaltender Beifall!)[26].

25. Januar 1932 Dok. 12
Schreiben an Heinrich Brüning

VB vom 29.1.1932, "Adolf Hitlers Schlußabrechnung mit Brüning" [1].

Herr Reichskanzler!

In dem mir unter dem 23. Januar [*1932*] zugestellten und von Ihnen, Herr Reichskanzler, gezeichneten Brief[2] finde ich Auffassungen, die meiner Überzeugung nach ebenso irrig in den

eintrugen, blieb die Eiserne Front weitgehend auf die SPD und die ihr nahestehenden Verbände und Organisationen beschränkt. Vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 472 ff.; Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 514 ff.

25 Der Turm wurde zum Symbol des Zentrums, nachdem Bismarck am 8.5.1880 in einer Rede vor dem Reichstag die Partei mit einem Belagerungsturm verglichen hatte, "welcher der Regierung ununterbrochen, kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht". 1906 übte Julius Bachem beispielsweise parteiinterne Kritik, indem er in den Historisch-politischen Blättern forderte: "Wir müssen aus dem Turm heraus!" Dennoch galt der Turm schon bald als positives Symbol von Standhaftigkeit und Verläßlichkeit, als Bollwerk für die Bewahrung des katholischen Glaubens und wurde dementsprechend während der Weimarer Republik in der Bildpropaganda des Zentrums eingesetzt. Vgl. Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. IV, Köln 1928, S. 15 ff.; Bd. VII, Köln 1930, S. 163 f. Abbildung: Günter Buchstab, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984, Blatt IV.

26 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Zur Bewertung von Hitlers Rede vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 114 f.: "Der Führer hat gestern im Zirkus Krone Brüning eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit und Aggressivität nichts zu wünschen übrig läßt. Jetzt sind die Brücken endgültig abgebrochen. Nun heißt es Kampf, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist."

1 Hitlers Schreiben, über das die in- und ausländische Presse ausführlich berichtete, wurde von der NSDAP auch als Sonderdruck verbreitet: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5), München 1932, S. 87-94 sowie VB vom Januar 1932 (Sonder-Nummer 21), "Adolf Hitlers Schlußabrechnung mit Brüning".

2 Brüning hatte am 22.1. auf Hitlers Schreiben vom 15.1.1932 (Dok. 8) geantwortet und sich kritisch mit Hitlers verfassungsrechtlichen und politischen Bedenken auseinandergesetzt, die dieser gegen den Plan der Reichsregierung vorgebracht hatte, die Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Weg zu verlängern (vgl. Dok. 6, Anm. 5). Dieser Plan sei, so der Reichskanzler, "selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden, bevor mit Ihnen in Verbindung getreten wurde". Ein solches Vorgehen sei durch Artikel 76 der Reichsverfassung gedeckt und würde die Bestimmung des Artikels 43, Abs. 1 "über die Amtsdauer des Reichs-

Annahmen wie falsch und unsachlich in den Folgerungen sind. Ich möchte daher die von Ihnen eröffnete Debatte bezüglich einer parlamentarischen Verlängerung der Reichspräsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg[3] für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nicht zum Abschluß bringen, ohne zu diesen Punkten Stellung genommen zu haben.

Sie schreiben, Herr Reichskanzler, daß es sich nicht um ein "Aufheben" der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung gehandelt habe, daß demnach der verfassungsmäßig niedergelegte Vorgang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen werden sollte, sondern es sollte, wie es mir gegenüber klar zum Ausdruck gebracht worden sei, nur die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Reichspräsidenten "aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes" im Wege der Gesetzgebung um eine gewisse Zeit verlängert werden[4].

Herr Reichskanzler, dieser Darstellung widerspreche ich.

Herr Reichsinnenminister, General Groener, hat mir in seiner Eröffnung mitgeteilt[5], daß die Absicht bestünde, aus außenpolitischen Gründen von einem Wechsel in der Person des Herrn Reichspräsidenten Abstand zu nehmen. Es gäbe dabei zwei Möglichkeiten:

1. Generalfeldmarschall v. Hindenburg könnte erneut zur Volkswahl als Kandidat aufgestellt werden. Dagegen habe sich dieser aus begreiflichen Gründen, die vor allem in dem hohen Alter des Herrn Reichspräsidenten liegen, verwahrt[6]. Auch Sie selbst, Herr Reichskanz-

---

präsidenten als solche bestehen lassen", ganz davon abgesehen, daß eine Beschlußfassung des Reichstags in dieser Sache durch den Reichsrat bestätigt werden müsse. Auch Hitlers politische Argumente müsse er "als unsachlich zurückweisen". Die "Hauptursache der deutschen Not" sei nicht "auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen", sondern in erster Linie auf den Versailler Vertrag "mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft". Die "ganze Arbeit dieser Regierung" werde "von dem Primat der Außenpolitik beherrscht"; ihr außenpolitischer Erfolg sei "zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt [...], mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt." Schließlich verwahrte sich Brüning gegenüber Hitlers Vorwurf, seine Anregung in der Präsidentschaftsfrage sei "ein Produkt der Angst des 'Systems' vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus". Die NSDAP sei keine "verfemte Partei", er habe nicht zum erstenmal das Gespräch mit ihr gesucht. "Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten auf unseren Posten gestellt, tun wir nach besten Kräften unsere Pflicht. Wir kennen nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Über unsere Erfolge steht jedem das Urteil frei. Unser gutes Gewissen aber lassen wir uns von niemand bestreiten. Es gibt uns die Kraft, ohne Furcht den Weg zu gehen, den es uns vorschreibt." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 642.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 "Es hat sich niemals, wie Sie meinen, um ein 'Aufheben' der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes um eine gewisse Zeit im Wege der Gesetzgebung zu verlängern." Wie Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 6 mit Anm. 3.

6 Mit Blick auf sein Alter von 84 Jahren war Hindenburg zunächst nicht bereit, sich für eine zweite Amtszeit als Reichspräsident zur Verfügung zu stellen. Als er am 5.1.1932 Brünings Plan zustimmte, seine Amtszeit als Reichspräsident auf *parlamentarischem* Weg verlängern zu lassen, betonte er, daß ihm dieser Entschluß "sehr schwer" falle. Deswegen wolle er sich keinem neuen Wahlkampf aussetzen. Das Amt solle ihm "als eine vollendete Tatsache in seine Hände gelegt werden"; es dürfe darum "auch keine Schachergeschäfte zwischen den Regierungsparteien oder anderen politischen Gruppen geben". Nachdem es sich bis zum 12.1.1932 ab-

ler, betonten uns gegenüber, daß schon aus physischen Gründen der Herr Reichspräsident nicht mehr in der Lage sei, eine Wahlkampagne auf sich zu nehmen.

2. Herr Reichsinnenminister, General Groener, entwickelte weiter, es bestünde die Möglichkeit einer Verlängerung der Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten durch eine parlamentarische verfassungsändernde Mehrheit. Er führte weiter aus, daß, so sehr auch dem Zweck vielleicht schon mit der Verlängerung auf eine gewisse Zeit gedient wäre, *dem Herrn Reichspräsidenten doch nicht zugemutet werden dürfte, sich ein zeitlich begrenztes und damit auch nach dessen Auffassung beschränktes Vertrauensvotum ausstellen zu lassen. Der Herr Reichspräsident bestehe daher darauf, daß in diesem Falle die Verlängerung seiner Amtsdauer auf die Zeit einer vollen Amtsperiode vorgenommen werde.* In den mir vorgelegten fünf Punkten war allerdings vorgesehen, daß es dem Herrn Reichspräsidenten überlassen sein müßte, das Amt anzunehmen oder nicht, und daß es weiter in seinem Ermessen stünde, nach seinem Belieben den Zeitpunkt einer ev[*en*]t[*uel*]l[*en*] Amtsniederlegung persönlich zu wählen.

In einer späteren Besprechung mit dem Herrn Staatssekretär Meißner wurde ebenfalls auf diese Punkte hingewiesen[7].

Es ist daher etwas irreführend, wenn Sie, Herr Reichskanzler, von einer Verlängerung auf eine *gewisse* Zeit schreiben[8]. *Richtig ist, daß der Reichstag die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten auf 7 Jahre, also auf die volle gesetzlich vorgezeichnete Amtsperiode verlängern sollte.*

Wie Sie nun der Ansicht sein können, daß damit der verfassungsmäßig bestimmte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen würde, ist mir unverständlich. *Denn Ihr Vorschlag würde in der Form einer zeitlich begrenzten Suspension inhaltlich wie tatsächlich eine Außerkraftsetzung und damit Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung bedeuten*[9]. Es ist dabei gänzlich belanglos, ob sich dieser Vorgang nach 7 Jahren wiederholen soll, oder ob man dann geruht, auf die Artikel der jetzigen Verfassung zurückzukommen. Denn wenn dieser Weg überhaupt beschritten wird, ist es klar, daß die Gründe, die heute zu einer Aufhebung der Bestimmungen der Verfassung für die nunmehr fällige Reichspräsidentenwahl angeführt werden, in 7 Jahren genauso wieder angeführt werden können. Die Motivierung, daß dieses Vorgehen "aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes" stattfinden soll, ist keine irgendwie verfassungsrechtlich ins Gewicht fallende, sondern eine rein persönliche Auffassung, die, wenn einmal überhaupt zugelassen, von jedem Kanzler und bei jeder Reichspräsidentenwahl nach Belieben wiederholt und geltend gemacht werden kann.

Wenn aber durch ein verfassungsänderndes Gesetz die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg auch nur auf beschränkte Zeit verlängert würde, so ist nichtsdestowe-

---

zeichnete, daß diesem Verlangen nicht entsprochen werden konnte (vgl. Dok. 6, Anm. 5), sah sich Brüning gezwungen, Hindenburg um eine Kandidatur für eine erneute Wahl durch das Volk nach Artikel 41 zu bitten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 18, Anm. 2.

7 Vgl. Dok. 8, Anm. 8.

8 Vgl. Anm. 2 und 4.

9 Gemeint sind Artikel 41 und 43 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 1391 f.

niger auch damit die Bestimmung der Weimarer Verfassung über die Wahl des Reichspräsidenten praktisch aufgehoben, *denn die Verfassung zwingt rechtlich dazu, daß nach Ablauf der Amtszeit des Reichspräsidenten dieser im Mai des laufenden Jahres erneut vom Volk zu wählen ist, und gestattet damit nicht, daß durch das Parlament die Amtszeit des zur Zeit amtierenden Reichspräsidenten verlängert wird.* Es würde also tatsächlich diese Bestimmung der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt.

Es spielt keine Rolle, auf welche Zeit diese Außerkraftsetzung erfolgt, denn die Verfassung ist nicht eine Vorschrift von irgendwie periodisch begrenzter Wirksamkeit für das Verfassungsleben der Nation, sondern sie soll eine dauernd gültige sein. Ich kann nicht, soferne die Verfassung es nicht selbst ausdrücklich zuläßt, einzelne ihrer Bestimmungen vorübergehend außer Kraft setzen, ohne daß ich diese Normen damit de facto aufgehoben habe. *Die Verfassung schreibt ja ausdrücklich vor, welche Bestimmungen vorübergehend aus bestimmten Gründen und zu bestimmten Zwecken außer Kraft gesetzt werden können*[10]. Nur in *diesen* besonders berücksichtigten Fällen dürften gewisse, genau angeführte Bestimmungen der Verfassung vorübergehend sistiert werden, ohne rechtspolitische Gefährdung der Verfassungsgrundlagen.

Daß die Reichspräsidentenwahl nicht in den Bereich dieser Punkte gehört, geht einwandfrei hervor aus:

1. der erschöpfenden Aufzählung der Bestimmungen der Verfassung, die vorübergehend außer Wirksamkeit gesetzt werden können, und

2. der klaren Fassung des Artikels 43, Abs. 1, der besagt, daß das Amt des Reichspräsidenten 7 Jahre dauert und seine Wiederwahl zulässig ist[11].

Es ergibt sich daraus unzweideutig, daß nur derselbe Rechtsakt, der einen Reichspräsidenten in sein Amt beruft, ihn erneut in diesem Amte bestätigen kann. Eine allenfalls auch rechtsformal gestützte Umgehung des Verfassungsgrundsatzes der freien Volkswahl des Reichspräsidenten ist und bleibt tatsächlich eben eine Aufhebung der die Reichspräsidentenwahl garantierenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

Vom Standpunkt der demokratischen Grundrechte aus hat aber nur das Volk den in der Verfassung niedergelegten Rechtsanspruch, die Wahl des Reichsoberhauptes persönlich und unmittelbar vorzunehmen[12]. *Dieses Volksrecht kann nicht durch irgendeine sogenannte qualifizierte Reichstagsmehrheit ersetzt werden, ohne daß nicht tatsächlich dieses Volksrecht damit aufgehoben wird.* Selbst wenn man aber das Gegenteil gelten ließe, dann müßte, wie ich schon in meinem letzten Schreiben an Sie, Herr Reichskanzler[13], mir zu betonen erlaubte, nach allen

10 Anspielung auf Artikel 48, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

11 Artikel 43, Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

13 Dok. 8.

Auffassungen von Recht und Billigkeit der Reichstag im Zeitpunkt der fälligen Wahl des Reichspräsidenten ein wirklicher Repräsentant des dann gegebenen Volkswillens sein. *Daß aber der heutige Reichstag nicht in diesem Sinne Vertreter des jetzigen deutschen Volkswillens ist, wissen Sie, Herr Reichskanzler, am allerbesten!*

Nun schreiben Sie, Herr Reichskanzler, daß der Artikel 76 in seiner Feststellung, daß "die Verfassung im Wege der Gesetzgebung geändert werden kann", so allgemein gefaßt sei, daß kein Grund ersichtlich ist, warum nicht durch ein verfassungsänderndes Gesetz von der Bestimmung des Artikels 43 Abs. I der Reichsverfassung, wonach das Amt des Reichspräsidenten 7 Jahre dauert, abgewichen werden könnte[14]. Herr Reichskanzler, ich empfinde diesen Vorschlag und die daran geknüpfte Meinung, daß damit ja nur die Amtsdauer des Reichspräsidenten verlängert würde, ohne die Wahl als solche aufzuheben oder auch nur zu beeinträchtigen, einfach als unverständlich.

Praktisch heben Sie damit die allerwesentlichste Bestimmung der Verfassung auf: Denn nunmehr soll das Volk nicht mehr mit der Wahl seines Reichspräsidenten nach Ablauf von sieben Jahren betraut werden, indem man die Amtszeit auf dem Wege eines verfassungsändernden Gesetzes einfach um soundsoviele Jahre verlängert. Es ist ganz klar, daß damit genauso gut die Amtsdauer auch auf Lebenszeit festgesetzt werden kann!

Und dabei wagen Sie, Herr Reichskanzler, zu erklären, daß Ihr Vorschlag keine Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung sei?

Herr Reichskanzler, Ihre jetzige Darstellung beinhaltet noch viel mehr. *Sie gefährdet die derzeit geltende Verfassung überhaupt.* Der Grundgedanke der Weimarer Verfassung war, ähnlich wie in der Verfassung der nordamerikanischen Union[15], der, dem Reichstag den vom Volk gewählten Reichspräsidenten gegenüberzustellen. *Von diesen beiden Grundsäulen unseres Reichsaufbaues versuchen Sie die eine einzureißen.* Ich verstehe dann nicht, wieso Sie noch weiter beifügen können, daß in diesem Falle nicht von einer Auslieferung des Reichspräsidenten an die wechselnden Zufälle parlamentarischer Majoritäten gesprochen werden könne[16]. *Es ist ganz klar, Herr Reichskanzler, wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen soll,*

14 "Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung, der ausdrücklich bestimmt, daß und in welchen Formen die gesetzgebenden Körperschaften die Verfassung ändern können. Der Satz: 'Die Verfassung kann im Wege der Ges[etz]gebung geändert werden', ist allgemein gefaßt, und es ist kein Grund ersichtlich, warum nicht in den Formen des verfassungsändernden Gesetzes von der Regelung des Artikels 43, Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach das Amt des Reichspräsidenten sieben Jahre dauert, im Einzelfall sollte abgewichen werden können." Wie Anm. 2.
Zur rechtlichen Problematik der Verfassungsänderung vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 419 ff.

15 In der Verfassung der USA vertritt der Präsident die plebiszitäre, der Kongreß die repräsentative Komponente. Verfassungsrechtlich bilden diese beiden Komponenten Widerlager, die in allen wesentlichen Entscheidungen erst eine gemeinsame Linie finden müssen. Diese komplementäre Struktur kann nicht nur den Entscheidungsprozeß selbst, sondern auch die Kalkulierbarkeit seiner Ergebnisse erschweren. Vgl. Edward S. Corwin, The President. Office and Powers, 1787-1984. History and Analysis of Practice and Opinion, New York [5]1984. Druck von Artikel II der Verfassung vom 17.9.1787 sowie der Zusatzartikel 12, 14, 15 und 19, die Wahl und Aufgaben des Präsidenten der USA definieren: Franz (Hrsg.), Staatsverfassungen, S. 10 ff.

16 "Um ein solches verfassungsänderndes Gesetz, das übrigens die Bestimmung des Artikels 43, Abs. 1 Reichsverfassung über die Amtsdauer des Reichspräsidenten als solche bestehen lassen würde, handelte es sich und nicht, wie Sie in Verkennung der Rechtslage anzunehmen scheinen, um eine 'Wahl' des Reichspräsidenten durch den Reichstag." Wie Anm. 2.

die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genauso gut eine andere Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Freilich ergibt sich die Bedenklichkeit Ihrer Gedankengänge schon daraus, Herr Reichskanzler,

daß die unausbleibliche Folge einer derartigen parlamentarischen Amtszeitverlängerung eine in ihren Auswirkungen unabsehbare Herabminderung des Ansehens und Einflusses eines derartig vom Parlament abhängig gewordenen Reichspräsidenten bringen wird.

Ihre weitere Meinung, daß die Bestimmung des Artikels 43 Abs. I über die Amtsdauer des Reichspräsidenten dabei als solche bestehen bliebe, ist zumindest für jeden geradlinigen Laienverstand unfaßbar. *Denn in der Praxis heißt das dann: der Abs. I Art. 43, "Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7 Jahre", bleibt auf dem Papier dem deutschen Volk vermutlich als Reliquie der Weimarer Verfassung erhalten, während der Reichspräsident selbst nicht 7, sondern 14, oder vielleicht auch 20 und mehr Jahre Amtsdauer vom Reichstag zugebilligt erhält.*

Ohne Rücksicht auf die rein juristischen Konstruktionen, ergäbe sich folgender Zustand: *Eine Präsidentschaft nach außen hin verfassungstreu, nach innen tatsächlich verfassungswidrig.*

Herr Dr. Brüning, warum haben Sie nicht schon vor 7 Jahren Hindenburg statt Wilhelm Marx gewählt?

Zu Ihren Auslassungen, Herr Reichskanzler, über die politischen Gründe, die mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung zwingen, bei aller Verehrung für die Person des Generalfeldmarschalls [17] Ihren Versuch abzulehnen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Sie sehen in den Argumenten, die wir für unsere Ablehnung Ihres Vorschlages vorzubringen haben, eine unsachliche, aus rein parteipolitischen Interessen heraus bedingte Einstellung, während Sie zum Unterschiede davon für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, nach "vaterländischen" und ähnlichen Gesichtspunkten zu handeln. Herr Reichskanzler, darf ich mir dann die Frage erlauben:

Haben Sie vor 7 Jahren, als das Zentrum die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf das schlimmste bekämpfte [18] und dem Generalfeldmarschall eine wirklich alles andere als "geschichtliche Gestalt" als Gegenkandidaten entgegenstellte, damals Ihre Stimme Herrn Marx [19] gegeben, ebenfalls aus vaterländischen Erwägungen oder aus parteipolitischen?

---

17 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

18 Das Zentrum hatte für die Reichspräsidentenwahl von 1925 ihren Parteivorsitzenden Marx zum Kandidaten aufgestellt, der im ersten Wahlgang am 29.3. jedoch nur 3.887.734 Stimmen (14,5%) erhielt. Nachdem der Vorschlag der DNVP einer Kandidatur Hindenburgs für das Amt des Reichspräsidenten das Spektrum der rechtsstehenden Parteien geeint hatte (vgl. Dok. 7, Anm. 18), sprachen sich alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der KPD, für die Kandidatur von Marx im zweiten Wahlgang aus. Obwohl Marx im zweiten Wahlgang am 26.4.1925 13.751.605 Stimmen (45,3%) erhielt, konnte Hindenburg diese Wahl mit einem Stimmenanteil von 48,3 % gewinnen. Vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 109 ff. Zahlen bei Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 Wilhelm Marx (1863-1946), 1889 Gerichtsassessor in Simmern, 1894 Landrichter in Elberfeld, 1906 Oberlandgerichtsrat in Köln, 1899-1921 MdL in Preußen, 1910-1918 MdR (Zentrum), 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1928 Parteivorsitzender des Zentrums, 1921 Landgerichtspräsident in Limburg/Lahn, 1922 Senatspräsident am Kammergericht in Berlin, November 1923 bis Januar 1925 und

Oder sollte Ihrer Meinung nach vor 7 Jahren das vaterländische Interesse gegen Hindenburg gesprochen haben und erst heute dafür?

Herr Reichskanzler, Sie haben die rein persönliche Auffassung, daß heute Ihr parlamentarischer Versuch eine nationalpolitisch notwendige Tat sei[20]*, und ich habe die Überzeugung, daß die nationalpolitisch wichtigste Handlung die Beseitigung des heutigen Systems ist.*

Sie schreiben in Ihrem Briefe, daß Sie zur "Steuer der Wahrheit" meinen "Theorien" durch den Hinweis auf die *Tatsachen* entgegentreten müßten[21].

Herr Reichskanzler, ich habe Ihren Brief jetzt vielleicht schon ein dutzendmal durchgelesen, *aber ich suche vergebens diese "Tatsachen",* deren Anführung anscheinend wohl vergessen wurde. Sie sagen, daß Sie es vom "vaterländischen Standpunkt" aus auffällig finden, daß ich die Hauptursache der deutschen Not auf unsere parteipolitischen Verhältnisse zurückführe. Herr Reichskanzler! Fürst Bismarck, der doch fraglos auch einen vaterländischen Standpunkt einnahm und gerade deshalb vom Zentrum angehaßt [*sic!*] und auf das furchtbarste befehdet wurde[22], hat insbesondere, soweit es sich um die Parteien handelt, die Ihre tragenden Kräfte, Herr Reichskanzler, sind, die ganz gleichen Auffassungen über diese parteipolitischen Hauptursachen der deutschen Not gehabt.

Dann schreiben Sie - auch sehr wenig "tatsächlich" -, daß nach "fast allgemeiner Auffassung" ein "außenpolitischer Tatbestand" für unsere Not der Versailler Vertrag sei[23], mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der sowohl unsere deutsche Not, als auch die Weltnot verursache.

Sehr richtig, Herr Reichskanzler! *Aber zu einem Versailler Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht die hinter Ihnen stehenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest akzeptiert und gedeckt hätten*[24]. Nicht ich,

---

Mai 1926 bis Juni 1928 Reichskanzler, November 1925 bis Mai 1926 Reichsminister der Justiz, Februar bis April 1926 Ministerpräsident in Preußen.

20 "Während meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert war, halten Sie mir eine ausschließlich von Ihrem parteipolitischen nationalsozialistischen Gesichtspunkt gesehene, in allgemeinen Wendungen sich ergehende Darstellung der deutschen Nachkriegsentwicklung entgegen. Diese Darstellung geht an den wichtigsten Vorgängen dieser Zeit vorbei." Wie Anm. 2.

21 "Ich bedauere dieses Nachspiel unserer großen nationalen Aufgabe gewidmeten Aussprache, muß aber zur Steuer der Wahrheit Ihren Theorien durch den Hinweis auf die Tatsachen entgegentreten." Wie Anm. 2.

22 Anspielung auf den sog. Kulturkampf, der im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1887 das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche prägte. Zur damaligen Geschichte des Zentrums vgl. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. III.

23 "Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es auffällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen. Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand, der Versailler Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnöte. Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrags in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauversuche immer wieder zerstört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht." Wie Anm. 2.

24 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Herr Reichskanzler, habe jemals im Versailler Vertrag eine mögliche Basis für das Leben unseres Volkes oder das Gedeihen der Wirtschaft gesehen, *aber die hinter Ihnen stehenden Parteien haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages seine Erfüllung zumindest als möglich vorgetäuscht*[25]*. Derjenige, der als erster in Deutschland in unzähligen Massenversammlungen gegen diesen Vertrag Stellung nahm, war, um "geschichtlichen Verwechslungen vorzubeugen", ich*[26]*, nicht Sie. Die unerbittliche Handhabung aber dieses Vertrages, die, wie Sie meinen, in den ersten 5 Jahren jeden deutschen Wiederaufbau zerstörte, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse "deutsche" Parteien zu jeder Erpressung, Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten.*

Ich gehe daher nicht "an den außenpolitischen Verhältnissen vorbei", auch nicht an dem dadurch geschaffenen "Sachverhalt", sondern ich mache diejenigen verantwortlich, die durch ihr Wirken diese Verhältnisse entweder schufen oder zumindest begünstigten. So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden[27], müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.

Herr Reichskanzler! Sie reden von "sachkundigen Männern aller Länder" und versuchen diese gegen uns auszuspielen[28]*. Wollen Sie etwa auch die Gutachten jener "Sachverständigen"*[29] *anführen, die erst den Dawes-Pakt*[30] *und dann den Young-Plan*[31] *dem deutschen Volk aufgeschwätzt haben, indem sie segensreiche Wirkungen für uns und die übrige Welt aus diesen "Verträgen" voraussagten? Herr Reichskanzler, nicht Ihre Sachverständigen haben die*

---

25 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

26 In der politischen Rhetorik Hitlers spielte die Kritik am Versailler Friedensvertrag von Anfang an eine zentrale Rolle, etwa in seiner ersten größeren öffentlichen Rede am 13.11.1919. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 92 ff.

27 Zum Verhältnis von Linksliberalismus und Staat nach 1871 vgl. James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983, S. 147 ff.

28 "Eine ungeheure Wirtschaftskrise hat, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, die meisten Länder der Erde erfaßt. Sachkundige Männer aller Länder haben sich über die Ursachen dieser Krise geäußert und führen sie auf gewaltige Strukturwandlungen zurück, die die Weltwirtschaft durch den Krieg selbst und seine Folgeerscheinungen erfahren hat." Wie Anm. 2.

29 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 wurde die Summe der endgültigen alliierten Reparationsforderungen gegenüber Deutschland nicht fixiert; Artikel 233 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu, der - so Artikel 234 - ab 1.5.1921 "von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands" prüfen solle. Für die Angehörigen der verschiedenen Expertengremien, die im Anschluß über die deutschen Reparationsleistungen berieten (unter Einschluß von deutschen Vertretern), bürgerte sich die Bezeichnung "Sachverständige" ein. So basierte etwa der sog. Young-Plan auf dem "Bericht des auf Grund des Genfer Beschlusses vom 16. September 1928 eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses"; dieser Bericht wurde auch als "Sachverständigenplan" bezeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 987 ff.; RGBl. 1930, II, S. 395 ff.

30 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zahlungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan ersetzt, der Gesamthöhe und Dauer der deutschen Kriegsentschädigungen festzulegen suchte. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

31 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

Entwicklung richtig prophezeit, sondern wir. Ich bin jederzeit bereit, die "Gutachten" Ihrer "Sachverständigen" unseren damaligen Warnungen angesichts des ganzen deutschen Volkes [*sic!*] gegenüberzustellen. *Selten wurden in einer für Deutschland furchtbareren Weise Gutachten von Regierungssachverständigen durch die Tatsachen widerlegt.* Die heutige Katastrophe, Herr Reichskanzler, haben wir seit Jahren vorhergesagt[32], dafür wurden wir von Ihnen und Ihren Parteien als "staatsgefährliche Phantasten" verschrieen.

Herr Reichskanzler! Sagen Sie aber, daß auch eine andere Reichsregierung auf Ihren Wegen weiter fortschreiten müßte, so billige ich Ihnen von Ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit einer solchen Einstellung zu; wie jeder Feldherr, und mag er noch so viele Niederlagen erlitten haben, immer noch überzeugt ist, daß es ein anderer nicht hätte besser machen können. *Die Geschichte zeigt aber, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einer an sich verzweifelten Situation*[33] *ein Herzog von Braunschweig die Armee führt oder ein Gneisenau*[34].

Endlich ermahnen Sie uns noch, zu bedenken, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen sind durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt[35].

Herr Reichskanzler! Gewiß gab es eine Zeit, da war es die Pflicht jedes anständigen Menschen, sich hinter die Wahrer der deutschen Interessen zu stellen, die damals auf dem Schlachtfelde verteidigt wurden. In dieser furchtbarsten Zeit haben aber jene Parteien, auf die Sie sich heute stützen, diese Lehre überhaupt nicht befolgt!

Heute handelt es sich nun darum, diesen Saboteuren der deutschen Widerstandskraft endlich die Seele der Nation aus höchstem "vaterländischem Interesse" zu entreißen.

Sie können von uns nicht erwarten, Herr Reichskanzler, daß wir etwa den Young-Plan dekken, dessen Erfüllung Ihre Parteien als einen entscheidenden Fortschritt bejubelten, wir aber von Anfang an als Wahnsinn erkannten. *Sie können auch heute nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen Ja und Amen sagen wird, die nach aller menschlichen und geschichtlichen Erfahrung ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müssen. Ich zweifle keinen Augenblick, Herr Reichskanzler, daß, wenn Friedrich der Große, Freiherr vom Stein oder Bismarck verdammt wären, die Politik der letzten 13 Jahre als simple Staatsbürger zu verfolgen, sie nicht in Ihrem zentrümlich-demokratisch-marxistischen Verein* [*sic!*] *stünden, sondern in der nationalen Opposition.*

---

32 Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Holz, Diskussion, Bd. I, S. 178 ff.

33 Bezieht sich vermutlich auf Gneisenaus Entscheidung, nach der Niederlage von Ligny am 16.6.1815 keinen Rückzug anzutreten, sondern nach Waterloo zu marschieren, wo am 18.6. das Eintreffen der preußischen Truppen den Sieg der Verbündeten über Napoleon ermöglichte.

34 Der preußische Generalfeldmarschall Karl Wilhelm Ferdinand Herzog von Braunschweig (1735-1806) war am 14.10.1806 in der Entscheidungsschlacht bei Auerstedt von französischen Truppen vernichtend geschlagen worden; der Herzog wurde dabei tödlich verwundet.
August (Graf) Neidhardt von Gneisenau (1760-1831), seit 1809 als Oberst Mitglied der Militär-Reorganisationskommission und damit einer der wichtigsten Wegbereiter der preußischen Heeresreformen, übernahm 1813 als Nachfolger Gerhard von Scharnhorsts den Posten des Generalquartiermeisters der Schlesischen Armee. Als Generalstabschef von Gebhard Leberecht (Fürst) von Blücher wurde Gneisenau während der Befreiungskriege zum führenden operativen Kopf, nicht nur im preußischen Heer, sondern auch innerhalb der damals verbündeten Armeen.

35 Wie Anm. 2.

Ihnen, Herr Reichskanzler, schreibt das Gewissen den Weg vor, uns die Einsicht. Ihnen gibt Ihr Gewissen vielleicht noch Kraft, Ihren aussichtslosen Weg fortzusetzen, *uns aber beseelt der Wille, an Stelle der unterwürfigen Illusionspolitik und dem internationalen Schlagwort-Geflunker der letzten 13 Jahre Vernunft und Mut zu Regenten unseres deutschen Lebens zu erheben.*

Ich darf weiter mein Erstaunen darüber aussprechen, daß Sie, Herr Reichskanzler, nicht den Unterschied sehen wollen zwischen rein informatorischen Besprechungen, die Sie mit mir hatten, über die ich demgemäß auch schwieg, und einem Ansinnen, das die Partei als solche bestimmen sollte, eine parlamentarische Aktion mitzumachen in einer Zeit, in der in ganz Deutschland den Nationalsozialisten staatsbürgerliche Rechte brutal vorenthalten werden: *Denken Sie nur etwa daran, wie Preußen nationalsozialistische Beamte behandelt*[36], *denken Sie an die amtlichen Unterdrückungen, Verdächtigungen und Verfolgungen aller Art gegenüber dem Nationalsozialismus, denken Sie an die vielen hundert niedergeschlagenen ehrlichen Kämpfer meiner Bewegung*[37]*; denken Sie daran, daß auch das Reich durch sein Verbot, Nationalsozialisten auch nur als einfache Werft-Arbeiter einzustellen*[38], *den Verfolgungsfeldzug gegen den Nationalsozialismus fördert!*

Daß Sie, Herr Reichskanzler, angesichts dieser Umstände mein Erstaunen, von Ihnen zu einer solchen parlamentarischen Aktion beigezogen zu werden, nicht begreifen wollen oder können, zeigt eben doch, wie grundverschieden Ihr Denken von dem meinen ist.

---

36 Nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den preußischen Kommunalwahlen vom November 1929 verbot das preußische Ministerium des Innern mit Runderlaß vom 31.1.1930, Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen; dazu zählten auch die Ämter der Oberbürgermeister und Bürgermeister. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 gab das preußische Ministerium des Innern den Beschluß des Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekannt, der allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung" untersagte. Von den hierauf eingeleiteten Disziplinarmaßnahmen blieben nur die Mitglieder des Reichstags und des Preußischen Landtags sowie sog. Ehrenbeamte ausgenommen. Die Klage, welche die nationalsozialistische Fraktion im Preußischen Landtag am 22.12.1930 durch die Rechtsanwälte Roland und Oswald Freisler dagegen erhob, wies der Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs am 27.4.1931 ab. Vgl. Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 3, 10 a-c, 46; Pyta, Gegen Hitler, S. 282 ff., 303 ff.

37 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12.

38 Reichswehrminister Groener hatte am 16.7.1929 angeordnet, alle Arbeiter in Reichswehrbetrieben, die der NSDAP angehörten, zu entlassen. Daraufhin hatte auch die Marinewerft Wilhelmshaven einigen Arbeitern gekündigt. Nachdem ein Heizer dagegen geklagt hatte, verurteilte das Arbeitsgericht Wilhelmshaven am 2.12.1930 das Reichswehrministerium zur Rücknahme der Kündigung und zur Zahlung des entstandenen Lohnausfalls. In einer vom Reichswehrministerium erwirkten Berufungsverhandlung wurde das Urteil im Februar 1931 aufgehoben. Nachdem der "Fall Wilhelmshaven" am 19.12.1930 auch Thema einer Kabinettsbesprechung gewesen war - Brüning regte bei dieser Gelegenheit an, "in den Heeresbetrieben sich um die Parteizugehörigkeit der Arbeiter nicht mehr zu kümmern" - , verfügte das Reichswehrministerium jedoch am 2.1.1931, vorerst keine weiteren Nationalsozialisten aus Reichswehrbetrieben zu entlassen. Mit einem grundsätzlichen Erlaß vom 29.1.1932 suchte Groener schließlich zu "klären, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht auszuschließen sind". Mit diesem Erlaß, der die Anhängerschaft der NSDAP "endgültig als für die Reichswehr voll verwendbares Potential" legalisierte (Hürter, Groener, S. 326), hob Groener auch seinen Erlaß vom 16.7.1929 wieder auf. Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 19, 20, 34, 51-57; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 206; Johannes Hürter, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 284 ff., 321 ff.

Herr Reichskanzler! Sie nehmen als gutes Recht den Glauben in Anspruch, daß es kein anderer hätte besser machen können als Sie. *Versagen Sie dann aber auch uns das Recht nicht, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die Ihre.*

München, den 25. Januar 1932

Braunes Haus

Adolf Hitler

25. Januar 1932 Dok. 13
Schreiben an Karl Haniel [1]

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift. Faksilimierter Druck: Rudolf Tilly, 60 Jahre Industrie-Club e. V., o. O. o. J. [*Düsseldorf 1972*], S. 31.

Sehr geehrter Herr Haniel,

Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 18. d[*e*]s M[*ona*]ts [2] gelangten verspätet in meine Hände.

Ich möchte Ihnen meinerseits meinen besten Dank zum Ausdruck bringen, daß Sie mir Gelegenheit geben, vor einer größeren Zahl namhafter Wirtschaftler [*sic!*] meine Gedanken vorzutragen [3].

Für die Einladung, zusammen mit meinen Herren als Ihr Gast am Abendessen im Club [4] teilzunehmen, danke ich Ihnen gleichfalls. Ich bitte, es mir nicht zu verübeln, wenn ich die

---

1 Karl Haniel (1877-1944), 1912 Landrat in Merzig a. d. Saar, 1914 Chef der Zivilverwaltung in Wallonien, 1919 Geschäftsführer der Haniel & Lueg GmbH in Düsseldorf, 1921 zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, in Nürnberg und der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG in Oberhausen, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte, seit 1928 Vorsitzender des Industrie-Clubs, Düsseldorf, Mitglied der Ruhrlade.

2 Laut Auskunft des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs zu Köln e. V. und des Industrie-Clubs e. V., Düsseldorf, nicht mehr zu ermitteln.

3 Gemeint ist Hitlers Rede am 26.1.1932. Druck: Dok. 15.
Der Industrie-Club veranstaltete regelmäßig Vorträge, in denen Außenstehende zu wirtschaftlichen und politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Themen sprachen. 1931 hatten u. a. Reichskanzler a. D. Wilhelm Cuno über wirtschaftspolitische Fragen und Max Cohen-Reuss (SPD) über das deutsch-französische Verhältnis referiert. Der zuletzt genannte Vortrag hatte im Club für Spannungen gesorgt und bot Fritz Thyssen die Möglichkeit, auch bei einem nationalsozialistischen Politiker um einen Vortrag nachzufragen, wobei er zunächst an Gregor Straßer dachte. Die Möglichkeit, vor einem derartigen Kreis zu sprechen, wollte Hitler aber offenbar selbst nutzen. Vgl. Tilly, 60 Jahre Industrie-Club, S. 30 ff.; Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 260.

4 Der 1912 gegründete Industrie-Club e. V. Düsseldorf erreichte im Jahr 1925 seinen höchsten Mitgliederstand mit 1.024 Mitgliedern. "Der Charakter des Clubs blieb weit hinter dem zurück, was sein Name versprach": Ihm gehörten "nicht nur die Repräsentanten der größten Industriebetriebe, sondern auch ihre weniger bedeuten-

Einladung nicht annehme unter Hinweis auf meine sehr starke Inanspruchnahme in letzter Zeit, derzufolge ich im Anschluß an den Vortrag gerne mich ausruhen möchte.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Adolf Hitler

26. Januar 1932 Dok. 14
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 26.1.1932.

Gruppe Nord

Dem Sturm 4/75, Bremen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. November 1931 durch einen Reichsbannermann ins Herz gestochenen und getöteten SA-Mann Wilhelm Decker [2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 4 Wilhelm Decker"

zu führen.

Dem Sturm 19/103 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 15. Januar 1932 [*sic!*] von Marxisten ermordeten SA-Mann Richard Menzel [3] künftig die Bezeichnung

"Sturm 19 Richard Menzel"

zu führen.

Gruppe Nordwest

Dem Sturm 2/25 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. November 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Ägidius Geurten [4] künftig die Bezeichnung

---

den Untergebenen, die Leiter mittlerer oder sogar kleiner Unternehmen, Verkaufsvertreter, Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und Firmenanwälte" an. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 264 f. Ferner Tilly, 60 Jahre Industrie-Club.

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 3, Anm. 14 und 12 sowie Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996.
Vgl. ferner den Bericht des italienischen Konsuls in München, Capasso Torre, über seine Unterredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und hätte unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. Vgl. De Felice, Hitler e Mussolini, S. 232.

2 Wilhelm Decker (1907-1931), arbeitsloser Bootsbauer in Bremen, 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 9.11.1931 im Anschluß an eine NSDAP-Totengedenkfeier erstochen.

3 Richard Menzel (1910-1932), Maler in Büdelsdorf (Schleswig-Holstein), 1931 Eintritt in die SA, am 11.1.1932 bei politischen Auseinandersetzungen in Rendsburg erschlagen.

"Sturm 2 Ägidius Geurten"
zu führen.

Dem Sturm 11/159 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 28. April 1928 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Gottfried Thomae[5] künftig die Bezeichnung
"Sturm 11 Gottfried Thomae"
zu führen.

Dem Sturm 1/132 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 4. Dezember 1930 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Theo Sanders[6] künftig die Bezeichnung
"Sturm 1 Theo Sanders"
zu führen.

Dem Sturm 2/17, Bochum, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Marxisten ermordeten SA-Mann Otto Senft[7] künftig die Bezeichnung
"Sturm 2 Otto Senft"
zu führen.

Dem Sturm 1/17, Bochum, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im SA-Dienst tödlich verunglückten SA-Mann Alfons König[8] künftig die Bezeichnung
"Sturm 1 Alfons König"
zu führen.

Gruppe Südwest

Dem Sturm 17/18 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 27. September 1926 von dem Franzosen Rouzier in Germersheim erschossenen SA-Mann dieses Sturmes Emil Müller[9] künftig die Bezeichnung
"Sturm 17 Emil Müller"
zu führen.

---

4 Ägidius Geurten (1908-1931), Grundarbeiter in Aachen, SA-Mann, am 20.11.1931 bei einer NSBO-Versammlung erschlagen.

5 Gottfried Thomae (1901-1928), Ingenieur in Essen, 1925 Eintritt in die NSDAP, SA-Sturmführer, am 28.4. 1928 im Anschluß an eine NSDAP-Wahlveranstaltung erschossen.

6 Theodor Sanders (1909-1930), Handlungsgehilfe in Hagen (Westfalen), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 2.12.1930 beim Verteilen von Propagandamaterial von politischen Gegnern schwer verletzt, am 4.12.1930 verstorben.
Zu den Umständen von Sanders' Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministerium des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitgliedern der NSDAP": "Meldung trifft zu. Sanders, der Mitglied der SA der NSDAP ist, wurde am 2.12. in Hagen beim Heraustreten aus seiner Wohnung von Kommunisten überfallen und derart schwer - u. a. durch Messerstiche in die Brust und in den Unterleib - verletzt, daß er nach Überführung ins Krankenhaus starb. Der Haupttäter ist wegen Totschlags zu 9 Jahren und 1 Monat Zuchthaus, 6 weitere Mittäter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen zwischen 6 Mon[*aten*] und 3 Jahren 8 Mon[*aten*] verurteilt worden." GstA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

7 Otto Senft (1892-1927), Friseur in Bochum, Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, 1924 Eintritt in die NSFB, am 10.2.1927 bei einer NSDAP-Veranstaltung in Dortmund von politischen Gegnern schwer verletzt, am 13.2.1927 verstorben.

8 Alfons König (1912-1931), SA-Mann in Bochum.

9 Emil Müller (1905-1926), Arbeiter in Germersheim (Pfalz), SA-Mann, in der Nacht vom 26. auf den 27.9.1926 von dem französischen Unterleutnant Pierre Rouzier erschossen.

Gruppe Hochland

Dem Sturm 14/4, Berchtesgaden, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den dem Sturm besonders nahegestandenen Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee Dietrich Eckart[10] künftig die Bezeichnung

"Sturm 14 Dietrich Eckart"

zu führen.

Gruppe Mittelland

Dem Sturm 24/7 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. Oktober 1929 von Marxisten schwer verwundeten und am 20. Oktober 1929 seinen Verletzungen erlegenen SA-Mann Karl Rummer[11] künftig die Bezeichnung

"Sturm 24 Karl Rummer"

zu führen.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm 4/63 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 6. Juni 1926 [*sic!*] von Kommunisten erschossenen SA-Mann Franz Kortyka[12] künftig die Bezeichnung

"Sturm 4 Franz Kortyka"

zu führen.

Dem Sturm 6/63 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im September 1930 [*sic!*] von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Günther Wolf[13] künftig die Bezeichnung

"Sturm 6 Günther Wolf"

zu führen.

Dem Sturm 2/19 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 30. Januar 1931 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Richard Seelinger[14] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Richard Seelinger"

zu führen.

Zu den Umständen von Müllers Tod vgl. Der Prozeß Rouzier, Landau 1927; Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 308 ff.

10 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift *Auf gut Deutsch*, 1921-1923 Chefredakteur des *Völkischen Beobachters*, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch am 15.11.1923 inhaftiert, am 20.12.1923 entlassen.
Zur Biographie Eckarts vgl. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler. Der "völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

11 Karl Rummer (1907-1929), Erdarbeiter in Schwarzenbach am Wald (Oberfranken), Mitglied der SPD, 1929 Eintritt in die NSDAP und SA, am 5.10.1929 bei einer NSDAP-Veranstaltung von politischen Gegnern schwer verletzt, am 20.10.1929 verstorben.

12 Franz Kortyka (1899-1926), Grubenarbeiter in Miechowitz (Oberschlesien), 1919 Mitglied des Oberschlesischen Landesschützenbunds, 1924 Eintritt in die SA, 1926 Eintritt in die NSDAP, am 8.6.1926 erschossen.

13 Günther Wolf (1909-1930), Baugewerkschüler in Beuthen (Oberschlesien), SA-Mann, am 3.8.1930 erschlagen.
Zu den Umständen von Wolfs Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft nicht zu. Es handelt sich um einen unpolitischen Vorfall, der sich auf dem Heimwege mehrerer Baugewerkschüler von der Semesterschlußkneipe ereignete, wobei Wolf mit seinen Kommilitonen in persönlichen Streit geriet und dabei getötet wurde." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

Dem Sturm 34/10 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 11. Februar 1931 von Kommunisten niedergestochenen und am 28. Februar seinen Verletzungen erlegenen SA-Mann Gerhard Bischoff[15] künftig die Bezeichnung

"Sturm 34 Gerhard Bischoff"

zu führen.

Dem Sturm 1/157 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. März 1931 [*sic!*] von Reichsbannerleuten erschlagenen SA-Mann Adolf Gerstenberger[16] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Adolf Gerstenberger"

zu führen.

Dem Sturm 21/19 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 21. November 1931 im SA-Dienst tödlich verunglückten SA-Mann Heinz Humbsch[17] künftig die Bezeichnung "Sturm 21 Heinz Humbsch"

zu führen.

Reichsführer SS

Dem Sturm 4/III/40 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in Neumünster von politischen Gegnern erschossenen SS-Mann Martens[18] künftig die Bezeichnung

"4. Sturm Martens"

zu führen.

Dem Sturm 1/I/40 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in Eutin von politischen Gegnern erstochenen Trupp-Geldverwalter Radke[19] künftig die Bezeichnung

"1. Sturm Radke"

zu führen.

---

14 Richard Seelinger (auch: Selinger, 1909-1931), Ackerkutscher in Dobers bei Sänitz (Niederschlesien), 1928 Eintritt in den Stahlhelm, 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 30.1.1931 bei einer NSDAP-Veranstaltung erschossen.
Zu den Umständen von Seelingers Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft im wesentlichen zu. Am 30. Januar wurden Mitglieder [*der*] NSDAP, die sich auf dem Wege zu einer Versammlung der NSDAP in Moholz b/Niesky befanden, aus dem Hinterhalt beschossen, wobei 1 Nationalsozialist einen tödlichen Bauchschuß, 1 anderer einen Schuß ins Gesäß erhielt. Die Täter sind nicht ermittelt worden; die polizeilichen Feststellungen lassen jedoch die Annahme zu, daß es sich hierbei um Mitglieder der KPD oder des 'Kampfbundes gegen den Faschismus' gehandelt hat." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

15 Gerhard Bischoff (1905-1931), Bauer in Mittel-Peilau (Niederschlesien), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 11.2.1931 bei politischen Auseinandersetzungen schwer verletzt, am 28.2.1931 verstorben.
Zu den Umständen von Bischoffs Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministerium des Innern: "Meldung trifft im wesentlichen zu. Am 11.2.1931 ist in Mittel-Peilau, Reg[*ierungs*]bezirk Breslau, der nationalsozialistische Parteiangehörige Gerhard Bischoff bei einem planmäßigen kommunistischen Überfall von Kommunisten schwer verletzt worden. Er ist am 28.2.1931 gestorben." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

16 Adolf Gerstenberger (auch: Gerstenberg, 1909-1931), Schuhmacher in Karlsmarkt (Oberschlesien), 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 15.3.1931 bei politischen Auseinandersetzungen schwer verletzt, am 16.3.1931 verstorben.

17 Heinz Humbsch (1912-1931), SA-Mann.

Dem Sturm 1/II/1 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den bei der Erschießung des Separatistenführers Heinz Orbis [20] gefallenen Parteigenossen Hellinger [21] künftig die Bezeichnung

"1. Sturm Hellinger"

zu führen.

Dem Sturm 3/I/25 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 19. Januar 1932 in Essen durch Kommunisten erschossenen SS-Sanitäts-Mann Arnold Guse [22] künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Arnold Guse"

zu führen.

Adolf Hitler

---

18 Martin Martens (1909-1931), Schlachter in Neumünster (Schleswig-Holstein), SS-Mann, am 11.11.1931 erschossen.

19 Karl Radke (1898-1931), 1918 Leutnant d. R., 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Butterhändler in Eutin (Oldenburg), 1931 Eintritt in die NSDAP und SS, Trupp-Geldverwalter, am 9.11.1931 bei einem Umzug des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erstochen.
Zu den Umständen von Radkes Tod und der juristischen Aufarbeitung des Falls vgl. Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 222 ff., 550 ff.

20 Franz Josef Heinz (1884-1924, genannt Heinz-Orbis), Bauer in Orbis (Pfalz), 1920 Mitglied des pfälzischen Kreistags (DVP), November 1923 bis Januar 1924 Präsident der Regierung der Autonomen Republik Pfalz, am 9.1.1924 von Mitgliedern des pfälzischen Kampfbunds in Speyer erschossen.

21 Franz Hellinger (1901-1924), Monteur und Kraftfahrer in München, Mitglied im Wehrkraftverein, dann im Jungsturm, als Unteroffizier des Bunds Oberland Beteiligung an den Kämpfen in Oberschlesien und im Ruhrgebiet, Mitglied des Pfälzischen Kampfbunds, am 9.1.1924 bei der Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Franz Josef Heinz(-Orbis) erschossen.
Hellinger war weder Mitglied der NSDAP noch der SS; am 10.1.1932 wurde jedoch unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit das Wiesmann-Hellinger-Denkmal auf dem Speyerer Friedhof eingeweiht, was die NSDAP vermutlich dazu veranlaßte, Hellinger für sich zu vereinnahmen. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.1.1932, "Den Befreiern der Pfalz"; Den Freiheitskämpfern des 9. Januar 1924. Ein Gedenkblatt an den Befreiungskampf der Pfalz. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung eines Wiesmann-Hellinger-Denkmals, Speyer o. J. [*1932*].

22 Arnold Guse (1911-1932), Arbeiter in Essen, SS-Sanitäts-Mann, am 19.1.1932 erschossen.
Zu den Umständen von Guses Tod vgl. den Bericht der Frankfurter Zeitung vom 25.1.1932, "Nationalsozialistische Revolverschützen": "Die Erschießung des *Nationalsozialisten Guse* am 19. d. M. hat ihre Aufklärung gefunden. Als in der Mauerstraße Schüsse fielen, glaubten die Nationalsozialisten, daß diese ihnen galten, und erwiderten sie. Von einem dieser Schüsse ist der SS-Mann Guse, wie sich jetzt herausgestellt hat, im Rücken tödlich getroffen worden. *Ein SS-Mann hat eingestanden*, daß er einen Schuß in Richtung Mauerstraße abgegeben habe, in dessen Feuer der vor ihm stehende Guse zusammengebrochen sei. Seine Angabe, daß es sich um einen Unglücksschuß handelte, scheint nach Lage der Dinge Glauben zu verdienen."

26. Januar 1932 [1] Dok. 15
Rede vor dem Industrie-Club in Düsseldorf [2]

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [*1932*] [3].

Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung in weiten Kreisen Deutschlands als antiwirtschaftlich eingestellt gilt [4], dann, glaube ich, liegt der Grund darin, daß wir zu den Ereignissen, welche die Entwicklung zur heutigen Lage bedingten [*sic!*], seinerzeit eine andere Stellung einnahmen als die sonstigen Organisationen, die im öffentlichen Leben von Bedeutung sind. Auch jetzt unterscheidet sich unsere Auffassung in vielem von der unserer Gegner.

---

1 Die Reichsleitung der NSDAP bemühte sich, möglichst wenig Aufhebens von dieser Rede Hitlers zu machen; am 28.1.1932 informierte der *VB* hierüber lediglich mit einer kurzen Notiz von zehn Zeilen. Die Gerüchte über Hitlers Auftritt rissen jedoch nicht ab und dienten der Linkspresse als Beweis für die Abhängigkeit der NSDAP von kapitalistischen Geldgebern. Als selbst Reichskanzler Brüning öffentlich erklärte, Hitler spreche vor Industriellen "hinter verschlossenen Türen", veröffentlichte der *VB* am 17./18.4.1932 unter dem Titel "Adolf Hitlers große Düsseldorfer Rede vor den Führern der Wirtschaft" einen Auszug dieser Rede; das umfassendere Protokoll, wie es der Franz-Eher-Verlag als Sonderbroschüre publizierte, liegt der hier vorliegenden Wiedergabe zugrunde. Die Forschung hat sich immer wieder an dem hier genannten, falschen Datum (27.1.1932) orientiert; vgl. etwa Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 67 ff.; Milan Hauner, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983, S. 77. Die zeitgenössischen Zeitungsartikel und Polizeiberichte lassen indes keinen Zweifel daran, daß Hitlers Rede am 26.1.1932 stattfand.

2 Im Großen Ballsaal des Park-Hotels, Düsseldorf, Elberfelder Straße 6/8, von ca. 18.00 bis 20.30 Uhr. An der geschlossenen Versammlung, die vom Oberbürgermeister von Düsseldorf, Robert Lehr (DNVP), mit einer kurzen Begrüßung eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 700-800 Personen teil. Von seiten der NSDAP war neben Hitler nur Göring anwesend, von seiten der Großindustrie u. a. Ernst Brandi, Gustav Brecht, Ludwig Grauert, Karl Haniel, Johann Jakob Hasslacher, Jacob Herle, Ernst Poensgen, Fritz Thyssen und Albert Vögler. Vgl. die Bemerkung im Bericht Nr. D II 287 des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Minister des Innern vom 3.2.1932: "Nicht bemerkt wurden dagegen die bekanntesten Führer der Schwerindustrie wie Geheimrat Dr. [*Carl*] Duisberg, [*Gustav*] Krupp v. Bohlen-Halbach, [*Paul*] Reusch, [*Fritz*] Springorum, [*Abraham*] Frowein, [*Erich*] Mittelsten Scheid und [*Otto*] Kind."
Vor dem Park-Hotel hatte sich eine Menschenmenge aus Anhängern und Gegnern Hitlers versammelt, die ab 18.30 Uhr von der Polizei zerstreut wurden; dabei wurden 15 Personen verhaftet. Um jegliches Aufsehen zu vermeiden, wurde Hitler um ca. 17.30 Uhr in den inneren Hof des Park-Hotels chauffiert, von wo er den Bau durch einen Seiteneingang betrat. Während Hitlers Vortrag wurde das Hotel durch Polizei gesichert, im Parterre und im ersten Stock waren sämtliche Jalousien heruntergelassen.

3 Vgl. auch Freiheit vom 21.1.1932, "Hitler zum Befehlsempfang vor die Stahlherren geladen"; Düsseldorfer Nachrichten vom 27.1.1932, "Hitler sprach in Düsseldorf"; Frankfurter Zeitung vom 27.1.1932 (MA), "Hitlers Düsseldorfer Vortrag"; Freiheit vom 27.1.1932, "Massenruf vor dem Park-Hotel 'Nieder mit Hitler, dem Unternehmerknecht!'"; Die Rote Fahne vom 27.1.1932, "Hitler an der Festtafel des Kapitals"; Volkszeitung vom 27.1.1932, "Er hat's geschafft!"; Vorwärts vom 27.1.1932 (AA), "Verbrüderung beim Sekt"; Vossische Zeitung vom 27.1.1932 (AA), "Thyssen als Hitlers Schrittmacher"; Düsseldorfer Tageblatt vom 28.1.1932, "Hitler vor der westdeutschen Industrie"; Freiheit vom 28.1.1932, "Rund ums Parkhotel"; Kölnische Volkszeitung vom 28.1.1932, "Hitler vor den Industriellen"; VB vom 28.1.1932, "Adolf Hitler vor der westdeutschen Industrie"; Westdeutscher Beobachter vom 28.1.1932, "'Nazi-Geldgeber'"; Freiheit vom 29.1.1932, "Hitler fordert Standrecht"; Germania vom 29.1.1932, "Zweimal 'Heil!'"; Volkszeitung vom 29.1.1932, "Triumph der Herrenmoral"; Düsseldorfer Lokal-Zeitung vom 30.1.1932, "Die Woche"; Der Angriff vom 4.2.1932, "Der 'Vorwärts' verhöhnt die Arbeiter"; Der Jungdeutsche vom 12.2.1932, "Der Düsseldorfer Hitler"; VB vom

Weltkrise oder eigene Schuld?

Nach unserer Überzeugung hat die Not nicht ihre letzte und tiefste Ursache in allgemeinen Weltvorgängen, die damit ja auch mehr oder weniger Korrekturmöglichkeiten für ein einzelnes Volk von vorneherein ausschließen würden. Wenn es richtig wäre, daß die deutsche Not ihre zwangsläufige Ursache lediglich in einer sogenannten Weltkrise[5] findet - einer Weltkrise, auf deren Verlauf wir naturgemäß als Volk keinen oder nur einen verschwindenden Einfluß ausüben können -, dann wäre die Zukunft für Deutschland als trostlos zu bezeichnen. Wie soll sich überhaupt ein Zustand ändern, für den es keine direkt Schuldigen gibt? Meiner Ansicht nach muß die Auffassung, nach der die Weltkrise allein schuld ist, in der Folge zu einem gefährlichen Pessimismus führen. Es ist nun einmal natürlich, daß, je mehr die Ursachen eines Zustandes der Beeinflussungsmöglichkeit des einzelnen entzogen werden, desto mehr der einzelne auch daran verzweifeln wird, einen solchen Zustand je noch ändern zu können. Das Ergebnis muß allmählich eine gewisse Lethargie sein, eine Gleichgültigkeit, ja am Ende vielleicht Verzweiflung.

Denn ich halte es für wichtig, vor allem mit der Auffassung der Weltbedingtheit unseres Schicksals grundsätzlich zu brechen. Es ist nicht wahr, daß unsere Not ihre letzte Ursache in einer Weltkrise, in einer Weltkatastrophe hat, sondern richtig ist, daß wir in eine allgemeine Krise hineingerieten, weil bei uns von vornherein gewisse Fehler gemacht worden sind. Ich kann nicht sagen: "Nach allgemeiner Auffassung ist der Friedensvertrag von Versailles[6] die Ursache unseres Unglücks[7]." Was ist der Friedensvertrag von Versailles anderes als ein Menschenwerk? Es ist nicht etwas von der Vorsehung uns Aufgebürdetes oder Aufgeladenes. Es ist ein Menschenwerk, für das selbstverständlich auch wieder Menschen mit ihren Vorzügen oder mit ihren Fehlern verantwortlich gemacht werden müssen. Wäre es anders, wie sollten dann Menschen dieses Werk überhaupt wieder beseitigen können! Ich bin der Meinung, daß es keinen durch menschliches Wollen veranlaßten Vorgang gibt, der nicht auch wieder durch ein anderes menschliches Wollen zu ändern wäre.

Sowohl der Friedensvertrag von Versailles als auch sämtliche Folgen dieses Vertrages sind das Ergebnis einer Politik gewesen, die man vielleicht vor fünfzehn, vierzehn oder dreizehn

---

18.2.1932, "Verleumder am Pranger! Die Wahrheit über Hitlers Vortrag vor den westdeutschen Industriellen". Ferner Berichte Nr. I 68.32 des Polizeipräsidenten in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 27.1. und 4.2.1932; Bericht Nr. I C 3411 a/O.Nr. 200 des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 5.2.1932; Bericht Nr. D II 287 und D II 382 des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den preußischen Minister des Innern vom 3.2. und 18.2.1932; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a. Außerdem Turner, Großunternehmer, S. 259 ff., Fotos S. 200 f.
Journalisten hatten zu der Veranstaltung keinen Zutritt, ihre Berichte geben nur Eindrücke aus zweiter Hand wieder. Dagegen nahm ein Kriminalkommissar Dr. Meyer persönlich an der Veranstaltung teil; sein, wesentlich knapperer, Bericht bestätigt die Authentizität der hier ausgewählten Vorlage.

4 Zur Entwicklung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms vor 1933, das Hitler der Öffentlichkeit offensichtlich nicht zu präsentieren wagte, vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 27 ff.

5 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 4, Anm. 14 und 15.

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Vgl. etwa mit der Argumentation Brünings in seinem Brief vom 22.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

Jahren zumindest in den Feindstaaten als richtig ansah, die, von uns aus betrachtet, aber verhängnisvoll sein mußte, wenn sie auch noch vor zehn und weniger Jahren von Millionen von Deutschen gedeckt wurde und sich heute in ihrer ganzen Unmöglichkeit enthüllt. Ich muß also feststellen, daß auch in Deutschland eine unbedingte Schuld an diesen Vorgängen vorhanden sein muß, wenn ich überhaupt glauben will, daß das deutsche Volk noch Einfluß auf den Wandel dieser Verhältnisse ausüben könne.

Es ist meines Erachtens auch falsch zu sagen, daß das derzeitige Leben Deutschlands nur von außenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt werde, daß das Primat der Außenpolitik unser ganzes inneres Leben heute regele. Gewiß kann ein Volk so weit kommen, daß außenpolitische Verhältnisse sein inneres Leben völlig beeinflussen und bestimmen. Aber man sage nicht, daß dieser Zustand dann ein natürlicher oder von vornherein gewollter sei. Es ist vielmehr wichtig, daß ein Volk die Voraussetzungen schafft für einen Wandel dieses Zustandes.

Wenn mir jemand sagt, daß die Außenpolitik in erster Linie entscheidend sei für das Leben eines Volkes, dann muß ich vorher die Frage stellen: Was heißt denn überhaupt "Politik"? Es gibt eine Reihe von Definitionen. Friedrich der Große sagt: "Politik ist die Kunst, seinem Staat mit allen Mitteln zu dienen [8]." Bismarck erklärt: "Politik ist die Kunst des Möglichen [9]" - ausgehend von dem Gedanken, daß im Bereiche des Möglichen alles geschehen soll, um dem Staat und - in der späteren Umwandlung zum Nationalitätenbegriff - der Nation zu dienen. Wieder ein anderer meint, daß dieser Dienst am Volke sich sowohl mit friedlichen als auch mit kriegerischen Mitteln vollziehen kann. Denn Clausewitz sagt: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, wenn auch mit anderen Mitteln [10]." Umgekehrt meint Clemenceau, daß der Friede heute nichts anderes sei als die Fortsetzung des Kampfes und die Verfolgung des Kampfzieles, wenn auch wiederum mit anderen Mitteln [11]. Kurz: Die Politik ist nichts anderes und kann nichts anderes sein als die Wahrnehmung der Lebensinteressen eines Volkes und die praktische Durchführung seines Lebenskampfes mit allen Mitteln. Es ist somit ganz klar, daß dieser Lebenskampf zunächst seinen Ausgang vom Volk selbst nimmt, und daß das Volk gleichzeitig das Objekt, der Wert an sich ist, der erhalten werden soll. Alle Funktionen dieses Volkskörpers sollen letzten Endes nur *einen* Zweck erfüllen, die Erhaltung eben dieses Körpers für die Zukunft sicherzustellen. Ich kann darum weder sagen, daß die Außenpolitik, noch daß die Wirtschaftspolitik von primärer Bedeutung ist. Natürlich wird ein Volk, um leben zu können, einer Wirtschaft bedürfen. Allein diese Wirtschaft ist auch nur eine der Funktionen dieses

---

8 Gemeint ist wohl die Sentenz, "die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterlande zu dienen", mit der der preußische König Friedrich II., der Große (1712-1786) sein Politisches Testament von 1752 eröffnet. Druck: Die Werke Friedrichs des Großen. Hrsg. von Gustav Berthold Volz, Bd. 7: Antimachiavell und Testamente, Berlin 1912, S. 115-193, hier S. 117.

9 "Politik ist die Lehre des Möglichen", Otto Graf von Bismarck in einem Gespräch mit Friedrich Meyer von Waldeck am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918, S. 19.

10 "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel." Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640.

11 1919 erklärte Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929) in einer Rede vor Offizieren der Militärschule von St. Cyr: "Der Friede, den wir eben gemacht haben, sichert Euch zehn Jahre Konflikte in Mitteleuropa." Vgl. Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966, S. 56.

Volkskörpers, um existieren zu können. Wesentlich aber ist zunächst der Ausgangspunkt selbst, nämlich das Volk an sich.

Außenpolitik und Volkskräfte

Man darf nicht sagen, daß die Außenpolitik den Weg eines Volkes ausschlaggebend bestimme, sondern man muß sagen, daß zunächst das Volk in seinem inneren Wert, in der Organisation und in der Erziehung zu diesem Werte sich selbst seinen Weg innerhalb der umgebenden Welt vorzeichnet. Ich darf nicht sagen, daß die Außenpolitik das Volk irgendwie maßgeblich im Werte verändern könnte, sondern ich muß sagen: Jedes Volk hat den Kampf für die Wahrnehmung seiner Interessen zu führen und kann nur den Kampf führen, der seinem innersten Wesen, seinem Werte, seinen Fähigkeiten, der Güte seiner Organisation usw. entspricht. Natürlich werden dann auch die außenpolitischen Verhältnisse wieder rückwirkende Einflüsse ausüben. Allein wir erleben es ja: Welch ein Unterschied in der Reaktion der einzelnen Völker auf außenpolitische Verhältnisse! Die Reaktion wird bestimmt durch die innere Verfassung, durch den inneren Wert, durch die Veranlagung, durch die Fähigkeiten eines jeden Volkes. Ich kann daher feststellen, daß selbst bei gleichbleibendem Grundwert einer Nation Verschiebungen in der inneren Organisation des Lebens dieser Nation bereits zu einer Veränderung der Stellungnahme nach außen führen können.

Es ist daher falsch zu sagen, daß die Außenpolitik ein Volk forme; vielmehr regeln die Völker ihre Beziehungen zur übrigen Welt entsprechend den ihnen innewohnenden Kräften und entsprechend der Erziehung zum Einsatz dieser Kräfte. Wir können ganz überzeugt sein, daß, wenn an Stelle des heutigen Deutschlands ein anderes Deutschland gestanden hätte, auch die Stellungnahme zur übrigen Welt wesentlich anders gewesen wäre. Vermutlich würden aber damit auch die Einflüsse der übrigen Welt in einer anderen Form in Erscheinung getreten sein. Dies abstreiten, bedeutet: Deutschlands Schicksal kann nicht mehr geändert werden, ganz gleichgültig, welches Regiment in Deutschland herrscht. Wenn eine solche Auffassung vertreten wird, so kann man auch sofort die Wurzel und die Erklärung hierfür finden: Immer sind die Behauptungen, daß das Schicksal eines Volkes nur vom Auslande bestimmt wird, Ausflüchte schlechter Regierungen gewesen. Schwache und schlechte Regierungen haben zu allen Zeiten mit diesem Argument gearbeitet, um damit ihr eigenes Versagen oder das ihrer Vorgänger, das Versagen ihrer ganzen traditionsgebundenen und festgelegten Richtung zu entschuldigen und von vornherein zu erklären: Jeder andere an dieser Stelle könnte es nicht anders machen. Denn was könnte er Verhältnissen gegenüber, die nun einmal feststehen und in der übrigen Welt wurzeln, mit seinem Volke - das dann natürlich auch als ein festgelegter Wert aufgefaßt werden muß - beginnen?

Volkswert als politischer Faktor

Ich vertrete demgegenüber eine andere Erkenntnis: Drei Faktoren bestimmen wesentlich das politische Leben eines Volkes.

Erstens der innere Wert eines Volkes, der als Erbmasse und Erbgut durch die Generationen hindurch immer und immer wieder weitergegeben wird, ein Wert, der nur dann eine Veränderung erfährt, wenn der Träger dieses Erbgutes, das Volk, sich in seiner inneren blutsmäßigen Zusammensetzung selbst verändert. Sicher ist, daß bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tugenden und bestimmte Laster bei Völkern solange immer wiederkehren, solange ihre innere

Natur, ihre blutsmäßige Zusammensetzung sich nicht wesentlich geändert hat. Ich kann die Tugenden und die Laster unseres deutschen Volkes bei den römischen Schriftstellern [12] schon genauso feststellen, wie ich sie heute sehe. Dieser innere, das Leben des Volkes bestimmende Wert kann aber, wenn nicht durch blutsmäßige Veränderung der Substanz, durch nichts beseitigt werden. Vorübergehend mögen ihn unlogische Organisation des Lebens oder unvernünftige Erziehung beeinträchtigen. Aber dann wird nur seine Auswirkung verhindert, während der Grundwert an sich nach wie vor vorhanden ist. Dieser ist der große Quell aller Hoffnungen für den Wiederaufstieg eines Volkes. Hier liegt das Recht zu glauben, daß ein Volk, das im Laufe von Jahrtausenden zahllose Beispiele höchsten inneren Wertes gegeben hat, nicht plötzlich von heute auf morgen diesen angeborenen, erbmäßig übernommenen Wert verloren haben kann, sondern daß dieses Volk eines Tages diesen Wert wieder zur Wirksamkeit bringt. Wäre dies nicht der Fall, so könnte der Glaube von Millionen von Menschen an eine bessere Zukunft - die mystische Hoffnung auf ein neues Deutschland - nicht verständlich sein. Es wäre unverständlich, wieso dieses deutsche Volk, am Ende des Dreißigjährigen Krieges von 18 auf 13½ Millionen Menschen zusammengeschrumpft [13], wieder die Hoffnung fassen konnte, durch Arbeit, durch Fleiß und durch Tüchtigkeit emporzukommen, wie in diesem völlig zerstoßenen Volke doch wieder das Sehnen nach einer neuen staatlichen Fassung Hunderttausende und endlich Millionen ergriff. Es wäre unbegreiflich, wenn nicht in all diesen einzelnen Menschen unbewußt etwas von der Überzeugung läge, daß ein Wert an sich vorhanden ist, der durch die Jahrtausende immer wieder in Erscheinung trat, manches Mal durch eine schlechte Führung, durch schlechte Erziehung, durch eine schlechte Konstruktion des Staates vielleicht zurückgedrängt und in seiner Auswirkung behindert wurde, aber am Ende sich immer wieder durchrang - immer wieder der Welt das wunderbare Schauspiel eines neuen Emporsteigens unseres Volkes gebend.

Persönlichkeitswert und Volkswert

Ich sagte, daß dieser Wert verdorben werden kann. Es sind aber vor allem noch zwei andere, innerlich verwandte Erscheinungen, die wir in den Verfallszeiten der Nationen immer wieder feststellen können. Die eine ist der Ersatz des Persönlichkeitswertes durch einen nivellierenden, zahlenmäßigen Begriff in der Demokratie. Die andere ist die Regierung des Volkswertes, die Verneinung der Verschiedenartigkeit der Veranlagung, der Leistung usw. der einzelnen Völker. Wobei die beiden Erscheinungen einander bedingen oder zumindest in der Entwicklung beeinflussen. Internationalismus und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Es ist nur logisch, daß die Demokratie, die im Inneren eines Volkes den besonderen Wert des einzelnen

12 Gemeint ist wohl in erster Linie das ca. 98 n. Chr. entstandene Werk *De origine et situ Germanorum* des römischen Schriftstellers Publius Cornelius Tacitus (55-ca. 116 n. Chr.).

13 Genaue statistische Erhebungen über die deutschen Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges liegen nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß in einzelnen Gegenden 60-70% der Bevölkerung an den Folgen des Krieges starben, während andere Landstriche von diesen Ereignissen weitgehend unberührt blieben. Für das gesamte Heilige Römische Reich Deutscher Nation kann man vermutlich bis 1648 von einem durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang bei der Landbevölkerung von ca. 40%, bei der städtischen Bevölkerung von ca. 33% ausgehen. Legt man die Grenzen des Deutschen Reichs von 1914 zugrunde, so würde dies ungefähr einem Rückgang der Bevölkerung von 20.954.000 auf 13.296.000 Menschen entsprechen. Vgl. Günther Franz, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, Stuttgart [4]1979.

negiert und einen Gesamtwert, einen Zahlenwert an dessen Stelle setzt, im Völkerleben genauso verfährt und dort zum Internationalismus ausartet. Im großen heißt es: Es gibt keine angeborenen Volkswerte, sondern es treten höchstens vielleicht augenblickliche Erziehungsunterschiede in Erscheinung; aber zwischen Negern, Ariern, Mongolen und Rothäuten besteht kein wesentlicher Wertunterschied. Diese Auffassung, die die Basis unserer ganzen heutigen internationalen Gedankenwelt ist und in ihren Auswirkungen so weit führt, daß endlich ein Neger in den Sitzungen des Völkerbundes präsidieren kann, führt zwangsläufig in der weiteren Konsequenz dahin, daß man gleicherweise erst recht innerhalb eines Volkes Unterschiede im Werte der einzelnen Angehörigen dieses Volkes negiert. Damit kann natürlich auch jede vorhandene besondere Fähigkeit, jeder vorhandene Grundwert eines Volkes praktisch wirkungslos gemacht werden. Denn die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summierung aller Leistungen, sondern letzten Endes aus der Summierung der Spitzenleistungen. Man sage nicht, daß das Bild, das die Kultur der Menschen als ersten Eindruck vermittelt, der Eindruck der Gesamtleistung sei. Dieses ganze Kulturgebäude ist in den Fundamenten und in allen Steinen nichts anderes als das Ergebnis der schöpferischen Fähigkeit, der Leistung, der Intelligenz, des Fleißes einzelner Menschen, in den größten Ergebnissen auch die große Schlußleistung einzelner gottbegnadeter Genies, in den Durchschnittsergebnissen die Leistung der durchschnittlich fähigen Menschen und im Gesamtergebnis zweifellos das Resultat aus der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft zur Verwertung der Schöpfungen von Genies und Talenten. Damit aber ist es natürlich, daß, wenn die immer in der Minderzahl befindlichen fähigen Köpfe einer Nation wertmäßig gleichgesetzt werden all den anderen, damit langsam eine Majorisierung des Genies, eine Majorisierung der Fähigkeit und des Persönlichkeitswertes eintreten muß, eine Majorisierung, die man fälschlicherweise dann mit Volksherrschaft bezeichnet. Denn dies ist nicht Volksherrschaft, sondern in Wirklichkeit Herrschaft der Dummheit, der Mittelmäßigkeit, der Halbheit, der Feigheit, der Schwäche, der Unzulänglichkeit. Es ist mehr Volksherrschaft, ein Volk auf allen Gebieten des Lebens von seinen fähigsten, dafür geborenen Einzelwesen regieren und leiten zu lassen, als alle Gebiete des Lebens von einer jeweils diesen Gebieten naturnotwendigerweise fremd gegenüberstehenden Majorität verwalten zu lassen.

Damit aber wird die Demokratie praktisch zur Aufhebung der wirklichen Werte eines Volkes führen. Es ist daher auch erklärlich, daß Völker mit einer großen Vergangenheit, von dem Zeitpunkt an, da sie sich unbegrenzter demokratischer Massenherrschaft hingeben, langsam ihre frühere Stellung einbüßen; denn die vorhandenen und möglichen Spitzenleistungen Einzelner auf allen Gebieten des Lebens werden nunmehr dank der Vergewaltigung durch die Zahl praktisch unwirksam gemacht. Damit aber wird ein solches Volk allmählich nicht nur an kultureller, nicht nur an wirtschaftlicher Bedeutung, sondern an Gesamtbedeutung überhaupt verlieren. Es wird in verhältnismäßig kurzer Zeit im Rahmen der übrigen Welt nicht mehr den Wert von ehedem darstellen. Es muß damit aber auch zwangsläufig eine Verschiebung in seiner Interessenwahrnehmung der übrigen Welt gegenüber eintreten. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Volk etwa in eine Zeit von 1807 bis 1813 unter der Führung fähigster Köpfe hineingeht[14], denen eine unerhörte Autorität gegeben wird, oder ob es in eine ähnliche Zeit wie 1918 bis 1921

14 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und

unter der Führung des parlamentarischen Massenwahns marschiert. In einem Fall sieht man als Ergebnis des inneren Lebensaufbaus der Nation höchste Leistungen, die wohl im Volkswert schon begründet sind, aber deren Auswirkungen so erst ermöglicht werden, während im anderen Falle sogar der an sich vorhandene Wert nicht mehr in Erscheinung tritt. Ja, es kann soweit kommen, daß dann ein unbedingt fleißiges Volk, in dessen ganzem Leben sich scheinbar kaum etwas geändert hat - besonders im Hinblick auf die Anstrengungen der einzelnen - , in seiner Gesamtleistung so viel verliert, daß sie der Welt gegenüber nicht mehr ins Gewicht fällt.

Das Kampf- und Leistungsprinzip

Es kommt aber noch ein Drittes hinzu: Nämlich die Meinung, daß das Leben auf dieser Welt, nachdem man schon den Persönlichkeitswert und den besonderen Volkswert leugnet, nicht durch Kampf erhalten werden müsse. Eine Auffassung, die vielleicht belanglos wäre, wenn sie sich nur in einzelnen Köpfen festsetzte, die aber von entsetzlichen Folgen ist, weil sie langsam ein ganzes Volk vergiftet. Es ist nicht so, daß derartige allgemein-weltanschauliche Veränderungen nur an der Oberfläche blieben oder nur rein geistige Vorgänge bedeuteten. Nein, sie wirken sich über kurz oder lang bis in die Tiefe hinein aus, alle Lebensäußerungen des Volkes beeinflussend.

Ich darf Ihnen ein Beispiel anführen: Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrechterhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. Er kann nicht etwa damit allein motiviert werden, daß man sagt: Es war bisher so, also muß es auch weiter so sein. Denn in Perioden großer staatlicher Umwälzungen, der Völkerverschiebungen und der Veränderung des Denkens können Einrichtungen, Systeme usw. nicht nur deshalb unberührt bleiben, weil sie bisher in der gleichen Form bestanden. Es ist das Charakteristische aller wirklich großen revolutionären Epochen der Menschheit, daß sie über solche, nur durch das Alter geheiligte oder auch nur scheinbar durch das Alter geheiligte Formen mit einer Leichtigkeit sondergleichen hinweggehen. Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrechterhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: Das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind[15]. Erst dann kann ich feststellen: weil die Leistungen der Menschen verschieden sind,

---

Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

15 Die Haltung der NSDAP zur Frage des Privateigentums wie überhaupt zu allen wirtschaftspolitischen Grundsatzangelegenheiten mußte damals den Zeitgenossen "wirr und widerspruchsvoll" (Turner, Großunternehmer, S. 273) erscheinen. Zwar hatte Hitler schon 1928 Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 - er forderte u. a. "Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke" sowie die "Verhinderung jeder Bodenspekulation" - dahingehend ausgelegt, daß sich solche Enteignungen nur gegen "jüdische Grundspekulations-Gesellschaften" richteten, doch blieben viele wirtschaftspolitischen Äußerungen nationalsozialistischer Politiker etatistisch geprägt. So verstärkte etwa die NSBO im Anschluß an Hitlers Rede vor dem Industrie-Club bewußt ihre antikapitalistische Propaganda, während die Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP damals erklärte, daß "die großen Trusts" in die Hände des Staates überführt wer-

sind auch die Ergebnisse der Leistungen verschieden. Wenn aber die Ergebnisse der Leistungen der Menschen verschieden sind, ist es zweckmäßig, auch die Verwaltung dieser Ergebnisse ungefähr im entsprechenden Verhältnis den Menschen zu überlassen. Es würde unlogisch sein, die Verwaltung des Ergebnisses einer bestimmten, an eine Persönlichkeit gebundenen Leistung dem nächstbesten Minderleistungsfähigen oder einer Gesamtheit zu übertragen, die schon durch die Tatsache, daß sie die Leistung nicht vollbrachte, bewiesen hat, daß sie nicht fähig sein kann, das Ergebnis zu verwalten. Damit muß zugegeben werden, daß die Menschen wirtschaftlich nicht auf allen Gebieten von vornherein gleich wertvoll, gleich bedeutend sind. Dies zugegeben, ist es jedoch Wahnsinn, zu sagen: Auf wirtschaftlichem Gebiete sind unbedingt Wertunterschiede vorhanden, auf politischem Gebiete aber nicht! Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen, den zu überbrücken man durch Angleichung der ersteren an die letztere versuchen wird - versucht hat, denn dieser Zwiespalt ist nicht nur blanke, blasse Theorie geblieben. Der Gedanke der Gleichheit der Werte ist unterdessen nicht nur politisch, sondern auch schon wirtschaftlich zum System erhoben worden. Und nicht etwa bloß in einer abstrakten Theorie [16]: Nein, dieses wirtschaftliche System lebt in gigantischen Organisationen - ja, es hat heute bereits ein Riesengebiet staatlich erfaßt [17].

Ich kann aber nicht zwei Grundgedanken als auf die Dauer möglich und tragend für das Leben eines Volkes ansehen. Ist die Auffassung richtig, daß die menschliche Leistung unterschiedlich ist, muß es auch richtig sein, daß der Wert der Menschen im Hinblick auf die Hervorbringung bestimmter Leistungen verschieden ist. Es ist dann aber unsinnig, dies nur in bezug auf ein bestimmtes Gebiet gelten lassen zu wollen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und ihrer Führung, aber nicht auf dem Gebiet der Führung des Gesamtkampfes um das Leben, nämlich auf dem Gebiet der Politik. Es ist vielmehr logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistungen als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß. Wenn aber demgegenüber behauptet wird - und zwar gerade von wirtschaftlicher Seite -, daß auf politischem Gebiet besondere Fähigkeiten nicht nötig seien, sondern daß hier eine absolute Gleichförmigkeit der Leistung bestehe, dann wird man eines Tages diese selbe Theorie von der Politik auch auf die Wirtschaft übertragen. Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. Wir befinden uns heute in einer Periode, in der diese beiden Grundprinzipien in allen Grenzgebieten miteinander ringen und auch bereits in die Wirtschaft eindringen.

---

den müßten. Obwohl das privatwirtschaftliche Denken in der Reichsleitung der NSDAP allmählich an Terrain gewann, versuchte Hitler vorerst alle Entscheidungen in dieser Grundsatzfrage zu vermeiden. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 271 ff.; Barkai, Wirtschaftssystem, S. 34 ff., 68 ff. Ferner Bd. II/2, Dok. 254, Bd. IV/1, Dok. 52 und Bd. IV/2, Dok. 60.

16 Anspielung auf den Marxismus.

17 Gemeint ist die Sowjetunion.

Ein Beispiel: Das Leben fußt in seiner praktischen Betätigung auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Es wird jetzt langsam bedroht durch die Herrschaft der Zahl. Im Staat steht aber eine Organisation - das Heer -, die überhaupt nicht irgendwie demokratisiert werden kann, ohne daß sie sich selbst aufgibt. Allein schon ein Beweis für die Schwäche einer Weltanschauung, daß sie nicht auf alle Gebiete des Gesamtlebens anwendbar ist. Mit anderen Worten: Die Armee kann nur bestehen unter Aufrechterhaltung des absolut antidemokratischen Grundsatzes unbedingter Autorität nach unten und absoluter Verantwortlichkeit nach oben, während demgegenüber die Demokratie praktisch völlige Abhängigkeit nach unten und Autorität nach oben bedeutet. Das Ergebnis aber ist, daß in einem Staat, in dem das ganze politische Leben - angefangen bei der Gemeinde und endigend im Reichstag - sich auf dem Gedanken der Demokratie aufbaut, die Armee allmählich ein Fremdkörper werden muß, und zwar ein Fremdkörper, der auch unbedingt als Fremdkörper empfunden wird. Es ist für die Demokratie eine fremde Vorstellung, eine fremde Weltanschauung, die diesen Körper beseelt. Ein innerer Kampf zwischen der Vertretung der Demokratie und der Vertretung der Autorität muß die zwangsläufige Folge sein, ein Kampf, wie wir ihn auch in Deutschland erleben.

Man kann nicht annehmen, daß in diesem Ringen plötzlich ein Stillstand eintreten könnte. Nein, im Gegenteil: Dieses Ringen wird fortgesetzt, bis eine Nation entweder endgültig im Internationalismus und in der Demokratie versinkt und damit der völligen Auflösung anheimfällt oder sich wieder eine neue logische Form des inneren Lebens schafft.

Daraus ergibt sich, daß die Erziehung zum Pazifismus sich notwendigerweise bis ins kleinste Einzelleben auswirken muß. Der Gedanke des Pazifismus ist logisch, wenn ich eine allgemeine Völker- Menschengleichheit annehme. Denn was soll dann der Kampf noch für einen Sinn haben? Der Gedanke des Pazifismus in die praktische Wirklichkeit und auf alle Gebiete übersetzt, muß langsam zu einer Zerstörung des Konkurrenztriebes, des Ehrgeizes zur besonderen Leistung jeder Art führen. Ich kann nicht sagen: Politisch werden wir Pazifisten, verwerfen wir den Gedanken der Notwendigkeit, sich das Leben durch Kampf zu bewahren - wirtschaftlich aber wollen wir scharfe Konkurrenten bleiben. Wenn ich den Kampfgedanken an sich beseitige, ist es ganz belanglos, wenn er für Einzelgebiete noch bleibt. Über die Leistungen im einzelnen sind am Ende politische Entschlüsse entscheidend. Sie können durch 50 Jahre auf dem Boden des Autoritätsstandpunktes, auf dem Boden des Leistungsprinzips die beste Wirtschaft aufrichten; Sie können durch 50 Jahre Werke aufbauen: Sie können durch 50 Jahre Vermögen anhäufen und Sie können in drei Jahren verfehlter politischer Entschlüsse alle Ergebnisse dieser 50 Jahre wieder zerstören. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch selbstverständlich, weil eben die politischen Entschlüsse aus einer anderen Wurzel gezogen wurden als die aufbauenden wirtschaftlichen.

Zusammenfassend: Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind.

Der Wert eines Volkes an sich, die Art der inneren Organisation, durch die dieser Wert sich auswirken soll, und die Art der Erziehung sind die Ausgangspunkte für das politische Handeln eines Volkes und damit die Grundlagen für die Ergebnisse dieses Handelns.

Glauben Sie doch nicht, daß ein Volk, das sich so seiner Werte beraubte wie das deutsche, in früheren Jahrhunderten besser fuhr, ob Weltkrise oder nicht. Wenn ein Volk den Weg nimmt, den wir genommen haben - praktisch schon seit dreißig oder fünfunddreißig Jahren, offiziell seit dreizehn Jahren -, dann kann es nirgends anders hingelangen als dorthin, wo sich zur Zeit Deutschland befindet. Daß sich nun heute die Krisenerscheinungen fast über die ganze Welt hin verbreiten, ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Erschließung der Welt heute in einem Umfang erfolgt ist und die gegenseitigen Beziehungen in einer Weise verstärkt sind, wie es vor 50, 80 oder 100 Jahren kaum möglich schien. Und trotzdem ist es falsch, zu glauben, daß der Vorgang nur jetzt, im Jahre 1932, denkbar sei. Nein, ähnliches hat die Weltgeschichte schon mehr als einmal erlebt. Immer dann, wenn bestimmte Beziehungen der Völker entsprechende Lagen schufen, mußte eine Erkrankung dieser Völker um sich greifen und die Gesamtlage beeinflussen.

Es ist natürlich billig zu sagen: Wir wollen warten, bis die allgemeine Lage sich ändert. Das ist unmöglich. Denn die Lage, die Sie heute vor sich sehen, ist nicht etwa die Folge einer göttlichen Willensoffenbarung, sondern das Ergebnis menschlicher Schwächen, menschlicher Fehler, menschlicher Trugschlüsse. Es ist nur natürlich, daß zuerst in diesen Ursachen eine Wandlung eintreten muß und somit zuerst die Menschen einem inneren Wandel anheimgegeben werden müssen, ehe man mit einer Änderung der Lage rechnen darf.

Wirtschaft und Politik

Das ergibt sich schon bei einem Blick auf die heutige Weltlage: Wir haben eine Anzahl von Nationen, die auf Grund eines ihnen angeborenen überragenden Wertes sich eine Lebenshaltung schufen, die in keinem Verhältnis steht zu dem Lebensraum, den sie in dichten Siedelungen bewohnen. Wir haben die sogenannte weiße Rasse, die sich seit dem Zusammenbruch der Antike im Laufe von rund tausend Jahren eine Vorzugsstellung in der Welt verschafft hat. Ich kann die wirtschaftlich bevorzugte Herrenstellung der weißen Rasse der übrigen Welt gegenüber aber gar nicht verstehen, wenn ich sie nicht in engsten Zusammenhang bringe mit einer politischen Herrenauffassung, die der weißen Rasse als etwas Natürliches seit vielen Jahrhunderten eigen gewesen und von ihr nach außen hin vertreten worden ist. Greifen Sie irgendein einzelnes Gebiet heraus, nehmen Sie etwa Indien: England hat Indien nicht auf dem Wege von Recht und Gesetz erworben, sondern ohne Rücksicht auf Wünsche, Auffassungen oder Rechtskundgebungen der Eingeborenen und hat diese Herrschaft, wenn nötig, mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit aufrechterhalten[18]. Genau so wie Cortés oder Pizarro Zentralamerika und die Nordstaaten von Südamerika einst nicht auf Grund irgendwelcher Rechtsansprüche sich aneigneten, sondern aus dem absoluten, angeborenen Herrengefühl der weißen Rasse[19]. Die Besiedelung des nordamerikanischen Kontinents ist ebensowenig aus irgendwelchen, nach demokratischer oder internationaler Auffassung höheren Rechtsansprüchen erfolgt, sondern aus

18 Zum Erwerb der britischen Kolonien in Indien vgl. Penderel Moon, The British Conquest and Dominion of India, London [2]1990, S. 11 ff.

19 Gemeint ist die Eroberung des Azteken-Reichs im heutigen Mexiko während der Jahre 1529-1531 durch Hernán Cortés (1485-1547) und die Eroberung des Inka-Reichs in Südamerika durch Francisco Pizarro (1478-1541) während der Jahre 1531-1537.

einem Rechtsgefühl, das seine Wurzel einzig in der Überzeugung von der Überlegenheit und damit vom Recht der weißen Rasse besaß[20]. Wenn ich mir diese Geistesverfassung wegdenke, die im Laufe der letzten drei, vier Jahrhunderte der weißen Rasse die Welt erobert hat, dann würde tatsächlich das Schicksal dieser Rasse nicht anders sein als etwa das Schicksal der Chinesen: eine maßlos zusammengepreßte Menschenmasse auf außerordentlich beengtem Boden, eine Überbesiedelung mit all ihren zwangsläufigen Folgen[21]. Wenn das Schicksal die weiße Rasse einen anderen Weg gehen ließ, dann nur deshalb, weil diese weiße Rasse überzeugt war, ein Recht zu besitzen, die übrige Welt zu organisieren. Ganz gleichgültig, wie sich im einzelnen dieses Recht nach außen vertarnte [*sic!*] - in der Praxis war es die Ausübung eines außerordentlich brutalen Herrenrechtes. Aus dieser politischen Auffassung heraus erwuchs der Boden für die wirtschaftliche Besitzergreifung der anderen Welt.

Ein berühmter Engländer schrieb einmal, das Charakteristische der englischen Politik sei diese wunderbare Vermählung von wirtschaftlichen Erwerbungen mit politischer Machtbefestigung, und umgekehrt der politischen Machterweiterung mit sofortiger wirtschaftlicher Inbesitznahme[22]. Ein Zusammenspiel, das in dem Moment undenkbar ist, in dem einer der beiden Faktoren fehlt. Ich weiß allerdings, daß die Auffassung besteht, man könne auch wirtschaftlich die Welt erobern. Das aber ist einer der größten und grimmigsten Trugschlüsse, die es gibt. Lassen Sie den Engländer seinen Kampf um Indien nur mehr wirtschaftlich führen, lassen Sie England endgültig Verzicht leisten auf die Gesinnung, die ihm einst Indien gebracht hat, auf eine Gesinnung, die ihm in den vielen Aufständen und den langen blutigen Kämpfen um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts Indien bewahrt hat, und Sie werden sehen: Die englischen Fabriken behalten Indien nicht - sie werden stillstehen, weil der alte Geist Englands, der Geist, der einst die Voraussetzung für diese Fabriken geschaffen hat, verlorenging!

Herrensinn in Wirtschaft und Politik

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrensinn im politischen Wollen und Herrensinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben: Statt sich raummäßig zu erweitern, statt Menschen zu exportieren, haben sie Waren exportiert, haben ein wirtschaftliches Weltsystem aufgebaut, das seinen charakteristischen Ausdruck darin findet, daß - unter Voraussetzung verschiedener Lebensstandarde [*sic!*] auf der Erde - in Europa und in der neuesten Zeit auch in Amerika gigantische Welt-Zentralfabriken und in der übrigen

20 Zu den Ursachen und Motiven der im 17. Jahrhundert beginnenden systematischen Besiedelung Nordamerikas durch europäische Siedler vgl. Richard Middleton, Colonial America. A History, 1607-1760, Cambridge, Mass., 1992.

21 1930 wurde die in China lebende Bevölkerung auf etwa 474.000.000 Menschen geschätzt, was einer *durchschnittlichen* Verteilung von 42,78 Menschen pro km^2 entsprochen hätte. Zum Vergleich: Die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich betrug damals 134,24, in Frankreich 75,93, in Großbritannien 139,97, in den USA 15,66 und in Japan 135,22 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1 * ff.

22 Nicht ermittelt.

Welt riesige Absatzmärkte und Rohstoffquellen bestehen. Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrechterhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die, nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende, Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann.

Die verschiedenen Nationen haben sich nun - entsprechend ihrer inneren Veranlagung - diese Vormachtstellung verschieden gesichert; vielleicht am genialsten England, das sich immer neue Märkte erschloß und sie sofort politisch verankerte, so daß es unbedingt denkbar ist, daß Großbritannien - gleichbleibende geistige Einstellung vorausgesetzt - sich ein eigenes, von der Welt mehr oder weniger unabhängiges Wirtschaftsleben aufbaut. Andere Völker haben dieses Ziel nicht erreicht, weil sie ihre geistigen Kräfte in inneren weltanschaulichen - früher religiösen - Kämpfen verzehrten. Sie haben in der großen Periode der Weltverteilung wohl im Inneren ihre Fähigkeiten entwickelt, haben auch später versucht, an dieser Weltwirtschaft Anteil zu nehmen; aber sie haben sich nicht selbst Absatzmärkte geschaffen und diese Absatzmärkte vollständig gesichert.

Als Deutschland beispielsweise dazu überging, Kolonien zu begründen[23], da war der innere Gedankengang, dieser ganz kühle, nüchterne englische Gedankengang der Kolonialgründung zum Teil schon abgelöst von mehr oder weniger romantischen Vorstellungen: deutsche Kultur der Welt zu vermitteln, deutsche Zivilisation zu verbreiten[24] - Dinge, die dem Engländer in der Kolonialzeit absolut fernlagen. Daher mußten die praktischen Ergebnisse bei uns hinter den Erwartungen zurückbleiben - abgesehen davon, daß die Objekte zum Teil die hohen, romantischen Hoffnungen gar nicht mehr erfüllen konnten.

Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich[, *die Nationen der ?*] weißen Rasse[, *haben ?*] sich langsam ziffernmäßig so vermehrt[25], daß eine Erhaltung der gigantischen Volkszahlen nur dann garantiert erscheint, wenn die wirtschaftlichen Absatz-

23 Aufgrund privater Initiativen war 1884 Südwestafrika zum ersten deutschen Schutzgebiet erklärt worden, es folgten im selben Jahr das Gebiet am Kamerun und das Togogebiet sowie 1885 Ostafrika. 1885 wurden außerdem die im Jahr zuvor erworbenen Gebiete Bismarck-Archipel und Kaiser-Wilhelms-Land zur Kolonie Deutsch Neuguinea vereinigt. Diese "pazifischen" Schutzgebiete des Deutschen Reichs wurden 1885 durch die Marshall-Inseln, 1886 durch die nördlichen Salomon-Inseln und 1899 durch die von Spanien erworbenen Karolinen, Marianen und die Palau-Inseln erweitert; im selben Jahr wurde auch West-Samoa „unter deutschen Schutz" gestellt. 1897 verpachtete schließlich China die Halbinsel Kiautschou für 99 Jahre an das Deutsche Reich. Vgl. Horst Gründer, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985.

24 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründungen vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

25 Bevölkerungswachstum seit 1800 (in Tausend):

	1800/16	1870	1900	1930
Deutsches Reich	24.831	41.059	56.367	65.287
Frankreich	27.349	36.103	38.962	41.835
Großbritannien	15.717	33.113	41.459	46.035

Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 11*. Die Zahlen beruhen zum Teil auf Schätzungen und berücksichtigen - mit Ausnahme des Deutschen Reichs - die jeweiligen Gebietsveränderungen.

möglichkeiten in der Welt gewährleistet sind. Es ist also so, daß eigentlich ein Teil der Welt unbedingt von der Aufrechterhaltung eines Zustandes abhängig ist, den wir Deutsche als Demokraten und internationale Völkerbundsmenschen[26] geistig längst abgelehnt haben. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Die Konkurrenz zwang die europäischen Völker zu einer immer steigenden Verbesserung der Produktion, und die steigende Verbesserung der Produktion führte zu einem dauernden Einsparen von Menschen. Solange eine immer neu folgende Erschließung neuer Weltabsatzmärkte damit Schritt hielt, konnten die in der Produktion der Landwirtschaft und später des Handwerks eingesparten Menschen ohne weiteres immer wieder in neue Produktionen überführt werden, so daß wir das Charakteristische des vergangenen Jahrhunderts darin sehen, daß erst aus der Landwirtschaft Menschen eingespart werden und in das Handwerk kommen, später im Handwerk selbst durch die Rationalisierung der Produktionsmethoden immer mehr Menschen der Einsparung verfallen und ihrerseits wieder neue Lebensmöglichkeiten in einer Erweiterung der Produktionszweige finden. Aber dieser Prozeß war nur so lange denkbar, solange eine dauernd steigende Abnahmemöglichkeit geschaffen wurde, eine Abnahmemöglichkeit, die so groß wie die Steigerung der Produktion sein mußte.

Weltwirtschaftswende

Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich, und außerdem - aus nicht *zwingenden* Gründen - die amerikanische Union und eine ganze Reihe von Kleinstaaten sind Industrienationen, angewiesen auf Export[27]. Nach Beendigung des Krieges haben alle diese Völker einen von Gebrauchsartikeln ziemlich geleerten Weltmarkt vorgefunden. Nun stürzten sich die durch den Krieg besonders wissenschaftlich-theoretisch genialisierten [*sic!*] Industrie- und Fabrikationsmethoden[28] auf diese große Leere, begannen die Betriebe umzustellen, Kapitalien zu investieren und unter dem Zwang der investierten Kapitalien die Produktionen auf das äußerste zu steigern. Dieser Prozeß konnte zwei, drei, vier, fünf Jahre gut gehen. Er konnte weiter gut gehen, wenn entsprechend der rapiden Steigerung und Verbesserung der Produktion und ihrer Methoden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen wurden. Eine Frage von eminentester Bedeutung, denn die Rationalisierung der Wirtschaft[29] führt, vom Beginn der Rationalisierung der Grundwirtschaft angefangen, zu einer Einsparung der menschlichen

26 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 353 ff.

27 Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung:

	1929	1931
Deutsches Reich	211 RM	149 RM
Frankreich	196 RM	118 RM
Großbritannien	325 RM	161 RM
Niederlande	432 RM	279 RM
Schweden	334 RM	194 RM
Schweiz	414 RM	267 RM
USA	178 RM	81 RM

Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können. Wir sehen aber, daß seit dem Weltkriege eine wesentliche Erweiterung der Absatzmärkte nicht mehr stattfand; im Gegenteil: daß sie dadurch relativ zusammenschrumpften, daß die Zahl der exportierenden Nationen sich langsam steigerte und daß eine Unzahl früherer Absatzmärkte selbst industrialisiert wurden, daß endlich ein neuer Großexporteur: die amerikanische Union - die vielleicht heute noch nicht allgewaltig auf allen Gebieten in Erscheinung tritt, aber wohl auf einzelnen mit Produktionsvorteilen rechnen kann, die wir in Europa nun einmal nicht besitzen und nicht besitzen können.

Die Drohung des Bolschewismus

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszubrechen - eine Erscheinung, über die deutsche Staatsmänner heute noch mit einer staunenswerten Leichtigkeit hinweggehen. Wenn ich beispielsweise eine Rede höre, in der man betont: "Nötig ist, daß das deutsche Volk zusammensteht[30]!" - dann muß ich fragen: Glaubt man denn tatsächlich, daß dieses Zusammenstehen heute nur mehr eine Frage des politischen guten Wollens ist? Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriffe steht, sich den ganzen asia-

---

Außenhandel in Millionen RM:

	1929	1931
Deutsches Reich	13.446,8	6.727,1
Frankreich	9.576,1	6.966,3
Großbritannien	22.662,4	15.218,9
Niederlande	4.642,1	3.206,7
Schweden	2.005	1.517,2
Schweiz	2.163,8	1.806,2
USA	18.477,3	8.798

Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 94* ff., 100*.

28 Zum technischen Innovationsschub des Ersten Weltkriegs vgl. die Übersicht von Max Schwarte (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920.

29 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

30 Möglicherweise eine Anspielung auf Brünings Rede vom 8.12.1931, mit der er die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten gerechtfertigt hatte. Dabei hatte der Reichskanzler u. a. ausgeführt: "Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innenpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht." Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Brüning nimmt den Kampf auf" und "Die Rundfunkrede des Kanzlers".

tischen Kontinent zu unterwerfen[31], und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht?!

Es wird bei uns so dargestellt, als ob es sich hier bloß um rein geistige Probleme einzelner Phantasten oder einzelner Übelwollender handelte. Nein, eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und zum Einsturz bringen. Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genauso einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum. In 300 Jahren wird man nicht mehr sagen: Es handelt sich hier um eine neue Produktionsidee. In 300 Jahren wird man vielleicht schon wissen, daß es sich fast um eine neue, wenn auch auf anderer Basis aufgebaute Religion handelt! In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin[32] nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha. Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. Wir sehen die Etappen dieses Prozesses: erst Senkung des Kulturniveaus und damit der Aufnahmefähigkeit, Senkung des gesamten Menschenniveaus und damit Abbruch aller Beziehungen zu anderen Nationen, dann Aufbau einer eigenen Produktion, und zwar mit Hilfe der Krücken der kapitalistischen Wirtschaft[33]. Als letztes Stadium dann eigene Produktion[34] unter vollständiger Ausschaltung der anderen Länder, die selbstverständlich eines Tages in den angrenzenden Gebieten auch den schwersten wirtschaftlichen Konkurrenten bekommen werden.

Ich weiß ganz genau, daß Herren des Reichswehrministeriums und Herren der deutschen Industrie mir entgegnen werden[35]: Wir glauben nicht, daß sich die Sowjets jemals eine wirk-

31 Zur sowjetischen Außenpolitik in Asien vgl. Peter Sturm, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

32 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), Rechtsanwalt, seit 1897 Verbannung, seit 1900 Exil, seit 1903 Führer des radikalen Flügels der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), 1917 Rückkehr aus dem Exil, Organisator des Juli-Aufstands und der Oktober-Revolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, 1919 Begründer der III. Internationale.

33 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

34 Die sowjetischen Führung versuchte seit Mitte der 20er Jahre längerfristige Perspektiven einer wirtschaftlichen Planung zu entwickeln. Im April 1929 wurde ein entsprechender Entwurf der Staatlichen Generalplankommission als 1. Fünfjahresplan für den Zeitraum 1928-1933 verabschiedet. Sein Schwerpunkt lag auf der Produktionsgüterindustrie, insgesamt sollte die Industrieproduktion um 230% erhöht werden. Trotz deutlicher Zuwächse erreichte dieser erste Versuch einer koordinierten wirtschaftlichen Lenkung nicht die vorhergesehenen Ziele, ganz davon abgesehen, daß das industrielle Wachstum mit einem reduzierten Lebensstandard, gesunkenen Reallöhnen sowie sekundär mit gravierenden Einbußen der landwirtschaftlichen Produktivität erkauft werden mußte. Vgl. Alec Nove, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970, S. 136 ff.

35 Bei verschiedenen deutschen Industriellen, aber auch hohen Vertretern von Reichswehr und Diplomatie besaß die vielfältige Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion teilweise großen Rückhalt. Vgl. Müller, Tor zur Weltmacht. Zur wirtschaftlichen Bedeutung der sog. "Russengeschäfte" vgl. ferner Dok. 4, Anm. 17.

lich konkurrenzfähige Industrie werden aufbauen können. Meine Herren, sie würden sie nie aus nur russischen, bolschewistischen Nationalelementen aufbauen können. Aber diese Industrie wird aus Wertelementen [*sic!*] der weißen Völker selbst aufgebaut. Es ist unsinnig, zu sagen: Es ist nicht möglich, in Rußland durch Kräfte anderer Völker eine Industrie aufzubauen - es war auch einst möglich, eine Industrie in Böhmen durch Deutsche auszurüsten[36]. Und darüber hinaus: Das alte Rußland befand sich bereits im Besitze einer gewissen Industrie[37].

Wenn man weiter erklärt: Die Produktionsmethoden werden nie mit uns irgendwie gleichen Schritt halten können, dann vergessen Sie nicht, daß der Lebensstandard reichlich ausgleichen wird, was auf der anderen Seite durch die Produktionsmethode vielleicht bei uns an Vorsprung besteht. (Sehr richtig!)

Wir werden jedenfalls folgendes erleben: Der Bolschewismus wird sich - bei einem weiteren Gleichbleiben des europäischen und amerikanischen Denkens - langsam über Asien ausbreiten. 30 und 50 Jahre spielen dabei, da es sich um Weltanschauungen handelt, gar keine Rolle. 300 Jahre nach Christus hat das Christentum erst langsam begonnen, den ganzen Süden Europas zu durchsetzen, und 700 Jahre später hat es auch den Norden Europas erfaßt. Weltanschauungen so grundsätzlicher Natur können noch fünfhundert Jahre später ihre absolute Eroberungsfähigkeit bekunden, wenn sie nicht bei Beginn durch den natürlichen Selbsterhaltungstrieb anderer Völker gebrochen werden. Wenn aber dieser Prozeß auch nur 30, 40 oder 50 Jahre so weiter dauert und unsere Geistesverfassung bleibt, dann, meine Herren, wird man nicht sagen können: Was geht das unsere Wirtschaft an?!

Mensch und Maschine

Meine Herren, die Entwicklung liegt auf der Hand. Die Not ist sehr groß. Sie zwingt zu Einsparungen auf allen Gebieten. Das natürlichste Einsparen erfolgt dabei immer wieder an der menschlichen Arbeitskraft. Die Industrien werden sich gezwungenerweise immer mehr und mehr rationalisieren, d. h. Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit bei Senkung ihrer Arbeiterzahlen. Wenn aber diese Menschen nicht mehr in neu erschlossenen Berufszweigen, neu erschlossenen Industrien untergebracht werden können, dann heißt das, daß langsam drei Volkskonten angelegt werden müssen: das eine heißt Landwirtschaft. Von diesem Grundvolkskonto [*sic!*] hat man einst die Menschen für das zweite Konto eingespart. Dieses zweite Konto war

36 Durch die Industrialisierung entwickelte sich Böhmen während des 19. Jahrhunderts zu einem der leistungsfähigsten und modernsten Wirtschaftszentren Österreich-Ungarns. "Ethnische Anteile" lassen sich in den verschiedenen Industriezweigen nur ungefähr feststellen. Die Tschechen führten in der Nahrungsmittelindustrie, im Maschinenbau, speziell bei Landwirtschaftsmaschinen, in der Ziegel- und Keramikindustrie, ferner in der Lederwaren- und Möbelherstellung sowie im graphischen Gewerbe. In der Schwerindustrie hielten sich Tschechen und Deutsche etwa die Waage, ebenso in der chemischen Industrie und der Zuckerindustrie. Überwiegend deutschen Charakter nach Kapital und Arbeit besaß die in Böhmen führende Textilindustrie und ihre Unterbranchen, ferner die Porzellan-, Glas-, Farben- und Lackindustrie. "Aufs Ganze gesehen sind beide Völker des böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes Träger des industriellen Fortschritts der Donaumonarchie gewesen [...]". Vgl. Friedrich Prinz, Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914. In: Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder. Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl Bosl, Bd. III, Stuttgart 1968, S. 3-235, hier S. 202 ff., Zitat S. 208.

37 Zu der verzögert einsetzenden Industrialisierung Rußlands vor 1914 vgl. Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1975, insbes. S. 188 ff.

das Handwerk und später die Industrieproduktion. Jetzt wird aus diesem zweiten Konto wieder eine Einsparung an Menschen vorgenommen, die man hinüber auf das dritte Konto: Arbeitslosigkeit schiebt. Man verbrämt damit schamhafterweise die Wirklichkeit. Die richtige Bezeichnung wäre "existenzlos" und damit eigentlich "überflüssig". Es ist das Charakteristikum unserer europäischen Nationen, daß langsam ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung statistisch als überflüssig nachgewiesen wird. Es ist nun ganz klar, daß die notwendige Erhaltung dieses dritten Kontos den beiden anderen aufgebürdet wird[38]. Das verstärkt den Steuerdruck, dessen Folge der Zwang zu einer weiteren Rationalisierung der Produktionsmethode, eine weitere Einsparung, eine weitere Steigerung des dritten Kontos sein wird.

Dazu kommt der Kampf, den heute alle europäischen Nationen um den Weltabsatzmarkt mit dem Ergebnis führen, daß dieser Kampf sich naturgemäß in den Preisen ausdrückt, etwas, was rückwirkend zu neuen Einsparungen zwingt. Das Endergebnis, das heute noch kaum vorausgesehen werden kann, wird aber jedenfalls entscheidend sein für Zukunft oder Untergang der weißen Rasse und vor allem der Völker, die in ihrer raummäßigen Begrenzung nur sehr schwer eine innere Wirtschaftsautarkie aufrichten können. Die weitere Konsequenz wird sein, daß z. B. England sich auf seinen Binnenmarkt umorganisiert und zum Schutze dessen Zollschranken aufrichtet, heute hoch und morgen noch höher, und alle anderen Völker, die es nur irgendwie können, denselben Schritt vollziehen[39].

Insofern haben alle diejenigen recht, die die trostlose Lage Deutschlands als besonders bemerkenswert für unsere heutige Not hinstellen. Zugleich aber haben sie unrecht, die Not nur im Äußeren zu suchen, denn diese Lage ist ja nicht nur das Ergebnis der äußeren Entwicklung, sondern unserer inneren geistigen - ich möchte fast sagen - Verirrung, unserer inneren Zersetzung, unseres inneren Zerfalls.

Man sage nicht, daß wir Nationalsozialisten etwa kein Verständnis für die Notwendigkeit der Heilung von momentan auftretenden Schäden besäßen. Eines aber ist gewiß: Jede Not hat irgendeine Wurzel. Es genügt daher nicht - ganz gleichgültig, meine Herren, was heute die Regierung an Notverordnungen herausgibt[40] -, daß ich an der Peripherie der Not herumdoktere und von Zeit zu Zeit versuche, die Krebsgeschwulst zu beschneiden, sondern ich muß an den

38 Zu den finanziellen Folgen der Massenarbeitslosigkeit vgl. Dok. 4, Anm. 15.

39 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

40 Das Kabinett Brüning war im März 1930 ohne Rücksicht auf die im Reichstag bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebildet worden, so daß seine Politik letzten Endes auf die Verordnungsermächtigung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung angewiesen war. Bei dieser Konstellation blieben Konflikte mit dem Reichstag nicht aus, der jedoch seit der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit der Drohung einer weiteren Reichstagsauflösung in Schach gehalten wurde. Betrug die Zahl der Reichstagssitzungen 1930 noch 94, so gingen sie 1931 auf 41 und 1932 schließlich auf ganze 13 zurück. Wurden 1930 vom Reichstag noch 98 Gesetze verabschiedet, so waren es 1931 34 und 1932 nur noch 5 Gesetze, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von fünf im Jahr 1930 auf 44 (1931) und schließlich auf 59 im Jahr 1932 stieg. Vgl. Boldt, Artikel 48, S. 288 ff.

Erreger, an die Ursache herankommen. Es ist dabei relativ belanglos, ob diese erregende Ursache heute oder morgen schon gefunden oder beseitigt wird, sondern wesentlich ist, daß ohne ihre Beseitigung keine Heilung erfolgen kann. Es ist falsch, heute ein Programm auf 20 oder 30 Jahre abzulehnen, weil wir so lange nicht warten können - auch für einen Tuberkulösen ist es gleichgültig, ob die ihm vom Arzt zur Heilung empfohlene Kur drei oder mehr Jahre dauert. Wesentlich ist, daß kein Mittel, das als äußeres und vielleicht rasch angewendetes, ihm momentan eine Linderung der Schmerzen verschafft, die Krankheit an sich beseitigt. Wir sehen das ja in einer geradezu klassischen Art an der Auswirkung unserer Notverordnungen. Immer wieder wird der - ich gebe zu - redliche Versuch gemacht, eine unmögliche Situation irgendwie zu bessern und ihr zu begegnen. Sie sehen, daß jeder Versuch in seiner endlichen Auswirkung gerade zum Gegenteil führt: zu einer Steigerung der Erscheinungen, die man beseitigen möchte. Dabei will ich noch ganz absehen von der, meines Erachtens, augenblicklich größten Not, einer Not, die ich nicht nur als eine bloß wirtschaftliche, sondern als eine im höchsten Sinne des Wortes völkische bezeichnen möchte:

die Arbeitslosigkeit.

Man sieht immer nur 6 oder 7 Millionen Menschen[41], die nicht im Produktionsprozeß stehen, und bedauert nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus den dadurch bedingten Produktionsausfall.

Meine Herren, man sieht aber nicht die geistigen, moralischen und seelischen Ergebnisse dieser Tatsache vor sich. Glaubt man denn wirklich, daß auch nur 10, 20 oder 30 Jahre ein derartiger Prozentsatz der nationalen Kraft brachliegen kann, ohne daß dieses Brachliegen auch eine geistige Wirkung ausüben, eine seelische Umstellung zur Folgen haben muß? Und glaubt man, daß das für die Zukunft belanglos bleibt?

Meine Herren, wir haben doch selbst erlebt, daß Deutschland durch eine geistige Verirrung, deren Folgeerscheinungen Sie heute praktisch überall spüren, den Krieg verlor. Glauben Sie, wenn 7 oder 8 Millionen Menschen erst zehn oder zwanzig Jahre aus dem nationalen Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, daß für diese Menschenmassen der Bolschewismus noch etwas anderes sein könnte, als die logische weltanschauliche Ergänzung ihrer tatsächlichen praktischen wirtschaftlichen Situation? Glauben Sie wirklich, daß man die rein geistige Seite dieser Katastrophe übersehen kann, ohne daß sie sich eines Tages als böser Fluch der bösen Tat[42] auch in die Wirklichkeit umsetzt?

Wirtschaft und politische Macht

Wenn die deutsche Not auf dem Wege von Notverordnungen zu beheben wäre, dann wären all die großen Gesetzgeber vergangener Jahrtausende Stümper gewesen, die in ähnlichen Verhältnissen versuchten den Volkskörper zu regenerieren, um mit Hilfe dieser neu geschaffenen Kraftquelle neue und heilsame Entschlüsse durchführen zu können. Es ist gänzlich belanglos, was die augenblickliche deutsche Regierung will, wie es auch belanglos ist, was die deutsche Wirtschaft will oder wünscht. Es ist wesentlich, einzusehen, daß wir uns augenblicklich wie-

41 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

42 Nach Friedrich von Schiller (1759-1805), *Die Piccolomini*, 5. Akt, 1. Szene: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."

der in einem Zustande befinden, wie er schon einige Male in der Welt bestand: Schon einige Male war der Umfang bestimmter Produktionen in der Welt über den Rahmen des Bedarfs hinausgewachsen. Heute erleben wir ein Gleiches im allergrößten Stil: Wenn alle Automobilfabriken, die es zur Zeit auf der Welt gibt, hundertprozentig beschäftigt würden und hundertprozentig arbeiten würden, dann könnte man den gesamten Kraftwagenbestand in 4 ½ oder 5 Jahren ersetzen. Wenn alle Lokomotivfabriken hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man das gesamte Lokomotivmaterial der Welt in acht Jahren glatt erneuern. Wenn sämtliche Schienenfabriken und Walzwerke der Welt hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man vielleicht in 10 bis 15 Jahren das gesamte Schienennetz, das die Welt besitzt, noch einmal um die Welt herumlegen. Das gilt für fast alle Industrien. Es ist eine derartige Steigerung der Produktionsfähigkeit erzielt worden, daß der augenblicklich mögliche Absatzmarkt in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Wenn aber der Bolschewismus als Weltidee den asiatischen Kontinent aus der menschlichen Wirtschaftsgemeinschaft herausbricht, dann sind auch nicht annähernd mehr die Voraussetzungen zur Beschäftigung dieser gigantisch entwickelten Industrien vorhanden. Dann befinden wir uns industriell ungefähr in dem gleichen Stadium, in dem sich die Welt auf anderen Gebieten schon einige Male befunden hat. Schon einige Male war z. B. auf der Welt der Tonnageraum der Seeschiffahrt viel größer als die zu verfrachtende Warenmenge. Schon einige Male sind damit bestimmte Wirtschaftsgruppen schweren Krisen ausgeliefert worden. Wenn Sie die Geschichte nachlesen und die Wege studieren, die hier zur Abhilfe gewählt worden sind, dann werden Sie zusammengefaßt immer eines finden: Man paßte nicht die Warenmenge der Tonnage an, sondern die Tonnage wurde der Warenmenge angepaßt - und zwar nicht durch freiwillige wirtschaftliche Entschlüsse von Reedereien, sondern durch politische Machtentscheidungen. Wenn mir ein Politiker oder Wirtschaftler entgegenhält: Das war allerdings einst der Fall zwischen Rom und Karthago[43], zwischen England und Holland oder zwischen England und Frankreich[44], heute aber entscheidet die Wirtschaft, so kann ich nur entgegnen: Das ist nicht der Geist, der einst der weißen Rasse die Welt, der auch uns Deutschen den Weg in die Weltwirtschaft öffnete. Denn nicht die deutsche Wirtschaft eroberte die Welt und dann kam die deutsche Machtentwicklung, sondern auch bei uns hat erst der Machtstaat der Wirtschaft die allgemeinen Voraussetzungen für die spätere Blüte geschaffen. (Sehr richtig!) Es heißt in meinen Augen das Pferd von rückwärts aufzäumen, wenn man heute glaubt, mit wirtschaftlicher Methodik etwa die Machtstellung Deutschlands wieder zurückgewinnen zu können, statt einzusehen, daß die Machtposition die Voraussetzung auch für die Hebung der wirtschaftlichen Situation ist. Das bedeutet nicht, daß man nicht heute oder morgen versuchen soll, der Krankheit, die unsere Wirtschaft erfaßt hat, entgegenzutreten, auch wenn man den Krankheits-Herd nicht gleich treffen kann. Aber es heißt, daß jede solche äußere Lösung am Kern des Problems vorbeigeht, daß es nur eine grundsätzliche Lösung gibt.

43 Gemeint ist die langandauernde Auseinandersetzung zwischen Rom und Karthago in den drei Punischen Kriegen (264-241 v. Chr., 218-201 v. Chr., 149-146 v. Chr.), die im Jahr 146 v. Chr. schließlich mit der völligen Zerstörung Karthagos, der Versklavung seiner Einwohner und der Gründung der römischen Provinz Africa endete.

44 Gemeint sind die Kriege gegen die Niederlande 1652-1654, 1665-1667 und 1672-1674 sowie die mehrfachen Auseinandersetzungen mit Frankreich im Zeitraum zwischen 1701 und 1815, in denen England bzw. Großbritannien seine See- und Weltgeltung durchsetzte.

Sie beruht auf der Erkenntnis, daß zusammenbrechende Wirtschaften immer als Vorläufer den zusammenbrechenden Staat haben, und nicht umgekehrt, daß es keine blühende Wirtschaft gibt, die nicht vor sich und hinter sich den blühenden, mächtigen Staat als Schutz hat, daß es keine karthagische Wirtschaft gab ohne karthagische Flotte und keinen karthagischen Handel ohne karthagische Armee[45] und daß es selbstverständlich auch in der Neuzeit - wenn es hart auf hart geht und die Interessen der Völker aufeinanderprallen - keine Wirtschaft geben kann, ohne daß hinter dieser Wirtschaft der absolut schlagkräftige, entschlossene politische Wille der Nation steht.

Ich möchte hier dagegen Verwahrung einlegen, daß diese Tatsachen einfach mit der Behauptung abgetan werden: der Friedensvertrag von Versailles sei "nach fast allgemeiner Auffassung" die Ursache unseres Unglücks. Nein, durchaus nicht, "nach fast allgemeiner", sondern nur nach Auffassung derjenigen, die mitschuldig sind an seiner Abschließung. (Beifall.)

Der Friedensvertrag von Versailles ist selbst nur die Folgeerscheinung unserer langsamen inneren geistigen Verwirrung und Verirrung. Wir befinden uns nun einmal in einem Zeitalter, in dem die Welt außerordentlich schweren und sie durchrüttelnden geistigen Kämpfen entgegengeht. Ich kann um diese Kämpfe nicht herumkommen, indem ich mit Bedauern einfach die Achseln zucke und - ohne mir die Ursachen klarzumachen - sage: "Einigkeit tut not!" Diese Kämpfe sind keine Erscheinungen, die etwa nur in dem bösen Willen von ein paar Menschen begründet sind, sondern es sind Erscheinungen, die letzten Endes ihre tiefste Wurzel sogar in Rassetatsächlichkeiten [*sic!*] besitzen.

Forderung einer Regeneration des Volkskörpers

Wenn sich heute in Rußland der Bolschewismus ausbreitet, dann ist dieser Bolschewismus am Ende für Rußland genauso logisch, wie vorher das Zarentum logisch war. Er ist ein brutales Regiment über ein Volk, das, ohne brutal regiert zu sein, überhaupt nicht als Staat erhalten werden kann. Wenn aber diese Weltauffassung auch auf uns übergreift, dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch unser Volk rassisch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, daß wir daher in der Parole: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch[46]!" viel mehr sehen müssen als eine nur politische Kampfparole. In Wirklichkeit ist es die Willenskundgebung von Menschen, die in ihrem Wesen tatsächlich eine gewisse Verwandtschaft mit analogen Völkern einer niedrigen Kulturstufe besitzen. Auch unser Volk und unser Staat sind einstmals nur durch die Ausübung des absoluten Herrenrechtes und Herrensinns der sogenannten nordischen Menschen aufgebaut worden, der arischen Rassebestandteile, die wir auch heute noch in unserem Volke besitzen. Damit ist es aber nur eine Frage der Regeneration des deutschen Volkskörpers nach den Gesetzen einer ehernen Logik, ob wir zu neuer politischer Kraft zurückfinden oder nicht.

45 Zur Interdependenz zwischen dem merkantilen Charakter der karthagischen Zivilisation und dem Aufbau eines Imperiums, das primär auf die Bewahrung der Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer zielte, vgl. B. H. Warmington, Karthago. Aufstieg und Untergang einer antiken Weltstadt, Wiesbaden 1963, S. 36 ff.

46 Anspielung auf das 1847/48 entstandene *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), das mit dem Aufruf schließt: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) [9]1974, S. 459-493, hier S. 493.

Daß die innere weltanschauliche Einheit belanglos sei, kann nur ein Mensch behaupten, der als Spezialist auf irgendeinem Gebiete keinen Blick für die wirklichen, gestaltenden und lebendigen Kräfte der Nation mehr besitzt - ein Staatsmann, der aus der Amtsstube nicht mehr herauskommt[47] und in tausendstündigen Verhandlungen und Sitzungen am grünen Tisch sich mit den letzten Auswirkungen der Not beschäftigt, ohne die großen Ursachen und damit aber auch die großen Entschlüsse zu ihrer Beseitigung zu finden. Es ist ganz klar, daß ich heute ohne weiteres zu dem einen oder anderen Vorgang des öffentlichen Lebens auf dem Verordnungswege Stellung nehmen kann. Allein, prüfen Sie doch die Wirkungsmöglichkeit dieser Stellungnahme am praktischen Leben! Es gibt keine Organisation auf der Welt, die nicht als Voraussetzung eine gewisse Gemeinsamkeit der Zielsetzung besitzt. Es ist keine Organisation denkbar, bei der nicht bestimmte immer und immer wieder in Erscheinung tretende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung absolut einheitlich anerkannt, bejaht oder beantwortet werden müssen. Das gilt schon von der kleinsten Organisation, die es überhaupt gibt, von der Familie. Es kann ein Mann, es kann eine Frau noch so tüchtig sein: Wenn in ihrem beiderseitigen Bunde bestimmte notwendige Grundfragen nicht gleichmäßig bejaht werden, dann wird ihre Tüchtigkeit nicht verhindern können, daß ihr Bund zu einer Quelle ewigen Haders wird und am Ende an der inneren Disharmonie auch ihr äußeres Leben scheitert. Der Mensch kann die Kraft seiner Aktivität nur nach einer Richtung ganz entfalten und für die Gesamtheit eines Volkes ist die Hauptfrage, wohin diese Kraft geleitet wird. Wendet sie sich nach außen oder wendet sie sich nach innen? Sie muß sich nach innen wenden in dem Augenblick, in dem über gewisse Fragen nicht eine völlig einheitliche Auffassung besteht; denn sonst ist ja der einzelne Mensch schon der Feind seines Nächsten, der dann praktisch seine Umwelt ist. Für einen Verein ist es nicht gleichgültig, ob er Vereinsgrundsätze besitzt und anerkennt oder nicht. Nein, entscheidend bei der Beurteilung jeder menschlichen Vereinigung ist die Stärke des inneren Verhältnisses, die auf der Anerkennung gewisser leitender allgemeiner Grundsätze aufgebaut ist.

Weltanschauliche Gegensätze

Im Völkerleben ist die Stärke nach außen durch die Stärke der inneren Organisation bedingt, die Stärke der inneren Organisation aber ist abhängig von der Festigkeit gemeinsamer Anschauungen über gewisse grundsätzliche Fragen. Was nützt es, wenn eine Regierung einen Erlaß zur Rettung der Wirtschaft herausgibt[48], die Nation aber als lebendiges Objekt zur Wirtschaft selbst zwei vollständig verschiedene Einstellungen hat? Ein Teil sagt: "Voraussetzung zur Wirtschaft ist das Privateigentum"; der andere Teil behauptet: "Privateigentum ist Diebstahl[49]."

---

47 In der zeitgenössischen Publizistik wurde Reichskanzler Brüning immer wieder vorgeworfen, er habe den Kontakt zum Volk verloren und konsultiere bei seinen politischen Entscheidungen nur noch kleine Gruppen von Politikern, Ministerialbeamten und wirtschaftlichen Spezialisten. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 711.

48 Anspielung auf die (Erste) und Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930, bzw. vom 5.6.1931, die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung von politischen Ausschreitungen vom 6.10.1931 sowie die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff., 537 ff., S. 699 ff.

49 Für SPD und USPD war die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von

50 Prozent bekennen sich zur einen Grundauffassung, 50 Prozent zur anderen. Sie können mir vorhalten, daß diese Anschauungen reine Theorie bedeuten - nein, diese Theorie ist notwendigerweise die Basis für die Praxis. War diese Auffassung etwa nur eine Theorie, als aus ihr heraus im November 1918 die Revolution ausbrach und Deutschland zerschlug? War das eine vollständig belanglose und vor allem die Wirtschaft nicht interessierende Theorie? Nein, meine Herren! Ich glaube, solche Auffassungen müssen, wenn sie nicht geklärt werden, zur Zerreißung eines Volkskörpers führen; denn sie bleiben eben nicht Theorie. Die Regierung sagt: "Das vaterländische Denken..." - was heißt "vaterländisches Denken"? Fragen Sie die deutsche Nation! Ein Teil bekennt sich dazu, der andere erklärt: "Vaterland ist eine dumme Bourgeois-Überlieferung, weiter gar nichts." Die Regierung sagt: "Der Staat muß gerettet werden." Der Staat? 50 Prozent sehen im Staat eine Notwendigkeit, aber 50 Prozent haben überhaupt nur den Wunsch, den Staat zu zertrümmern, sie fühlen sich bewußt als Vorposten nicht nur einer fremden Staatsgesinnung und Staatsauffassung, sondern auch eines fremden Staatswillens. Ich kann nicht sagen, daß dies nur theoretischer Natur sei. Es ist nicht theoretisch, wenn in einem Volk nur höchstens 50 Prozent bereit sind, für die symbolischen Farben, wenn notwendig, zu kämpfen, während 50 Prozent eine andere Fahne aufgezogen haben, die nicht in ihrer Nation, nicht in ihrem Staat, sondern die außerhalb des eigenen Staates schon die staatliche Repräsentation besitzt.

"Die Regierung wird versuchen, die Moral des deutschen Volkes zu bessern." Welche Moral, meine Herren? Auch die Moral muß eine Wurzel haben. Was Ihnen moralisch erscheint, erscheint anderen unmoralisch, und was Ihnen unmoralisch vorkommt, ist für andere eine neue Moral. Der Staat sagt z. B.: "Der Dieb muß bestraft werden." Zahllose Angehörige der Nation aber entgegnen: "Man muß den Besitzer bestrafen, denn der Besitz an sich ist schon Diebstahl." Der Dieb wird eher noch glorifiziert. Die eine Hälfte der Nation sagt: "Der Landesverräter muß bestraft werden", aber die andere Hälfte meint: "Landesverrat ist eine Pflicht." Die eine Hälfte sagt: "Die Nation muß mit Mut verteidigt werden", und die andere Hälfte hält Mut für eine Idiotie. Die eine Hälfte sagt: "Die Basis unserer Moral ist das religiöse Leben", und die andere Hälfte höhnt: "Der Begriff Gott existiert nicht in Wirklichkeit, Religionen sind bloß Opium für das Volk[50]."

Glauben Sie nur nicht, daß, wenn ein Volk von diesen weltanschaulichen Kämpfen einmal erfaßt ist, man einfach auf dem Notverordnungswege um sie herumkommt, daß man sich ein-

USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Gleichwohl gab die SPD diesen Gedanken nicht auf; das am 14.9.1925 beschlossene Heidelberger Programm der SPD forderte z. B. eine "Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" sowie die Verstaatlichung von "Grund und Boden, Bodenschätzen und natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen". Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S. 141 ff. Druck des Heidelberger Programms: Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München [2]1960, S. 461 ff.

50 Anspielung auf die 1844 entstandene Abhandlung von Karl Marx *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. Dort heißt es: "Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks." Druck: Marx, Engels, Werke, Bd. 1, S. 378-391, hier S. 378.

bilden kann, dazu keine Stellung nehmen zu brauchen, weil es sich um Dinge handle, die weder die Wirtschaft, noch das Verwaltungsleben, noch das kulturelle Leben berührten! Meine Herren, diese Kämpfe treffen die Kraft und Stärke der Gesamtnation! Wie soll ein Volk überhaupt noch einen Faktor nach außen darstellen, wenn 50 Prozent am Ende bolschewistisch orientiert sind und 50 Prozent nationalistisch oder antibolschewistisch[51]? Es ist denkbar, Deutschland als bolschewistischen Staat aufzurichten - es wird eine Katastrophe sein - aber es ist denkbar. Es ist auch denkbar, Deutschland als nationalen Staat aufzubauen. Aber es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50 Prozent seiner Angehörigen bolschewistisch und 50 Prozent national orientiert sind! (Sehr richtig!) Um die Lösung dieser Frage kommen wir nicht herum! (Lebhafter Beifall!)

Der Prozeß des inneren Zerfalles

Wenn die heutige Regierung erklärt: "Wir sind doch fleißig, wir arbeiten, diese letzte Notverordnung hat soundsoviel hundert Stunden Sitzungen bedeutet" (Heiterkeit), so bezweifle ich das nicht[52]. Aber die Nation wird dadurch um keinen Grad härter oder fester, der Prozeß des inneren Zerfalls schreitet unentwegt weiter fort. Wohin dieser Weg aber endlich führt, das können Sie wieder nur durch eine ganz große Überlegung feststellen: Deutschland hatte einst - als erste Voraussetzung zur Organisation unseres Volkes im großen - eine weltanschauliche Basis in unserer Religion, dem Christentum. Als diese weltanschauliche Basis erschüttert wurde, sehen wir, wie die Kraft der Nation von außen sich den inneren Kämpfen zuwandte, weil die Natur den Menschen aus innerer Notwendigkeit heraus zwingt, in dem Augenblick, in dem die gemeinsame weltanschauliche Basis verlorengeht oder angegriffen wird, nach einer neuen gemeinsamen Basis zu suchen. Das sind die großen Zeiten der Bürgerkriege, der Religionskriege usw. - Kämpfe und Wirrnisse, in denen entweder eine neue weltanschauliche Plattform gefunden und darauf wieder eine Nation aufgebaut wird, die ihre Kraft nach außen wenden kann, oder in denen eben ein Volk sich spaltet und zerfällt. In Deutschland vollzog sich dieser Prozeß in geradezu klassischer Form. Die religiösen Kämpfe bedeuteten ein Zurückziehen der ganzen deutschen Kraft nach innen, ein Aufsaugen und Verbrauchen dieser Kraft im Innern und damit automatisch ein langsam sich steigerndes Nicht-mehr-Reagieren auf außenpolitische große Weltvorgänge, die nun das Volk vollständig inaktiv finden, weil es gleichzeitig innere Spannungen besitzt, die nach einem Ausgleich drängen.

Es ist falsch, zu sagen: die Weltpolitik, die Weltlage allein haben im sechzehnten Jahrhundert Deutschlands Schicksal bestimmt. Nein, unsere innere Lage hat damals mitgeholfen, das Weltbild zu gestalten, unter dem wir später so sehr gelitten haben: die Weltverteilung ohne Deutschland.

In einem zweiten, ganz grandiosen geschichtlichen Beispiel wiederholt sich dieser Vorgang: An Stelle der fehlenden religiösen Einheit - denn die beiden Konfessionen sind endlich eingefroren, keine kann mehr die andere überwinden - wird eine neue Plattform gefunden: der neue Staatsgedanke, erst legitimistischer Prägung und später langsam übergehend zum Zeit-

51 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

52 Vgl. mit dem Tenor von Hitlers Brief an Brüning vom 13.12.1931. Druck: Bd. IV/2, Dok. 94.

alter des nationalen Prinzips und gefärbt von ihm. Auf dieser neuen Plattform findet Deutschland sich wieder zusammen und Stück für Stück mit dem Zusammenfügen des in den alten Wirrnissen zerfallenen Reiches[53] nimmt automatisch und dauernd die Kraft nach außen wieder zu. Diese Kraftsteigerung führt in jene Augusttage 1914[54], die mitzuerleben wir ja selbst das stolze Glück besaßen. Eine Nation, die keine inneren Differenzen zu haben scheint und die gesamte Kraft damit nach außen wendet! Und in kaum 4 ½ Jahren sehen wir den Prozeß wieder rückläufig werden. Die inneren Differenzen werden sichtbar, sie beginnen sich langsam zu vergrößern, allmählich wird die Kraft nach außen gelähmt. Der Kampf im Innern wird wieder vordringlich; endlich kommt der Zusammenbruch des November 1918. Das heißt in Wirklichkeit nichts anderes, als daß die deutsche Nation wieder ihre ganze Kraft den inneren Auseinandersetzungen zuwendet - nach außen sinkt sie in eine vollständige Lethargie und Ohnmacht zurück.

Es wäre aber ganz falsch, zu meinen, daß dieser Prozeß etwa nur in den Novembertagen 1918 sich vollzog. Nein, in eben der Zeit, in der Bismarck Deutschland machtvoll einigte, begann die weltanschauliche Zerreißung. An Stelle von Preußen, Bayern, Württembergern, Sachsen, Badenern usw. begannen nun Bürger und Proletarier zu treten. An Stelle einer vielfältigen Zerreißung, die staatspolitisch überwunden wird, beginnt eine Klassenspaltung, die im Effekt zu ganz demselben Ergebnis führt. Denn das Bemerkenswerte der früheren staatlichen Zerreißung war, daß der Bayer unter Umständen eher mit einem Nichtdeutschen ging als mit dem Preußen. Das heißt, es wurden eher Beziehungen nach außen für möglich erachtet als Beziehungen zum eigenen deutschen Volksgenossen. Genau das gleiche Resultat ergibt sich jetzt auf dem Wege der Klassenspaltung. Wieder erklärt eine Millionenmasse von Menschen feierlich, daß sie eher bereit ist, Beziehungen zu analog denkenden und analog eingestellten Menschen und Organisationen eines fremden Volkes aufzunehmen, als Beziehungen zu blutsmäßig gleich bestimmten, aber geistig anders denkenden Menschen des eigenen Volkes. Nur so ist es verständlich, daß Sie heute die rote Fahne mit Sichel und Hammer - die Fahne einer fremden Staatsmacht - über Deutschland wehen sehen können[55], daß es Millionen Menschen gibt, denen man nicht sagen kann: Auch ihr seid Deutsche - auch ihr müßt Deutschland verteidigen! Wären diese Menschen dazu bereit wie im Jahre 1914, dann müßten sie ihrer Weltanschauung entsagen; denn es ist durchaus abwegig, zu glauben, daß der Marxismus sich im Jahre 1914 doch zur Nation bekehrt hätte[56]. Nein! Der deutsche Arbeiter hat sich 1914 in intuitiver Er-

53 Kaiser Franz II. - seit 1804 als Franz I. Kaiser von Österreich - hatte am 6.8.1806 aufgrund eines Ultimatums Napoleons die Reichskrone niederlegt. Damit hatte das längst zerfallene Heilige Römische Reich Deutscher Nation formell aufgehört zu bestehen.

54 Vgl. Dok. 10, Anm. 6.

55 Nach dem Sieg der bolschewistischen Revolution in Rußland wurden Hammer und Sichel, zunächst noch ergänzt durch das Schwert, zum Staatswappen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Durch Artikel 70 der Bundesverfassung vom 31.1.1924 wurde das Symbol in das Staatswappen der UdSSR sowie in die Hoheitszeichen aller Unionsrepubliken übernommen. In Deutschland waren Hammer und Sichel seit 1919 Symbol der USPD, seit 1920 der KPD, deren rote Fahnen neben diesem Symbol noch die Initialen der Partei trugen. Vgl. Arnold Rabbow, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970, S. 123 ff.

56 Unabhängig von der Frage nach der Kriegsschuld und dem Charakter des Krieges stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 3.8.1914 in einer Fraktionssitzung mit einer Mehrheit von 78 zu 14 Stimmen für eine Bewilligung der Kriegskredite und integrierte sich damit in die von der politischen Führung propagierte Poli-

kenntnis vom Marxismus abgewendet und gegen seine Führung den Weg zur Nation gefunden. (Starker Beifall!) Der Marxismus selbst als Vorstellung und Idee kennt keine deutsche Nation, kennt keinen nationalen Staat, sondern kennt nur die Internationale!

Neue geistige Einstellung

Damit aber kann ich heute eines feststellen: ganz gleichgültig, was die Gesetzgebung unternimmt - besonders auf dem Verordnungswege und am meisten auf dem Notverordnungswege: Wenn Deutschland dieser inneren geistigen und weltanschaulichen Zerrissenheit nicht Herr wird, dann werden alle Maßnahmen der Gesetzgebung den Verfall der deutschen Nation nicht verhindern können. (Sehr richtig!) Glauben Sie doch nicht, meine Herren, daß in Zeitaltern, in denen Völker erwiesenermaßen geschichtlich zugrunde gegangen sind, die Regierungen nicht etwa auch regiert haben! In derselben Zeit, da Rom langsam zerbrach, waren die Regierungen sicherlich auch tätig. Ja, ich möchte fast sagen: Die Schnelligkeit der Gesetzgebungsmaschine scheint mir an sich fast ein Beweis für den Zerfall eines Volkskörpers zu sein. (Sehr richtig!) Man versucht nur, durch die Gesetzgebungs-Rotationsmaschine den in Wirklichkeit vorhandenen inneren Spalt und den Grad der Zerrissenheit nach außen hin zu verschleiern. Auch heute ist es nicht anders. Und glauben Sie ja nicht, daß überhaupt jemals eine Regierung zugegeben haben würde, daß ihre Arbeit nicht geeignet wäre, die Nation zu retten. Jede hat sich selbstverständlich dagegen verwahrt, daß ihre Tätigkeit nicht unbedingt notwendig sei, jede war überzeugt, daß es niemand besser machen könnte als sie. Sie werden keinen Feldherrn der Weltgeschichte finden, der, und wenn er noch so viele Schlachten auf [*sein*] Verlustkonto buchen könnte, nicht überzeugt war, daß keiner es hätte besser machen können als er. (Heiterkeit.) Wesentlich aber wird immer bleiben, daß es am Ende eben doch nicht gleichgültig ist, ob der Herzog von Braunschweig eine Armee führt oder Gneisenau[57], ob ein System nur auf dem Verordnungswege versucht, eine Nation zu retten, oder ob eine neue geistige Einstellung ein Volk innerlich belebt und von dem toten Objekt der Gesetzgebungsmaschinerie hinweg als lebendigen Faktor wieder in das Leben zurückführt. (Starker Beifall.) Es ist nicht gleichgültig, ob Sie in Zukunft in Deutschland einfach auf dem Weg einer mehr oder weniger verfassungsmäßig verbrämten Gesetzgebung den einzelnen Spitzenerscheinungen der Not zu steuern versuchen, oder ob Sie die Nation an sich wieder zur inneren Stärke zurückführen.

Und wenn mir das System[58] entgegenhält, dazu sei jetzt keine Zeit mehr - freilich, meine Herren, viel zu viel Zeit ist schon in unnützer Arbeit vertan, viel zu viel Zeit schon verloren worden. Den Regenerationsprozeß hätte man 1919 ansetzen können, und in den vergangenen elf Jahren hätte Deutschland eine andere äußere Entwicklung genommen. Denn wenn der Frie-

tik des Burgfriedens. In der Reichstagssitzung vom 4.8. verkündete der sozialdemokratische Abgeordnete Hugo Haase, daß die SPD die geforderten Kredite bewilligen werde; die vorgelegten Gesetzentwürfe wurden daraufhin ohne weitere Debatte einstimmig genehmigt. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973, S. 653 ff.; Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, dort auch umfassende Angaben zur Stimmung der sozialdemokratischen Parteibasis. Ferner Dok. 10, Anm. 6.

57 Vgl. Dok. 12, Anm. 34.

58 Gemeint ist die in Deutschland herrschende republikanische Staatsform.

densvertrag in der Form kommen konnte, wie er uns aufgebürdet wurde, dann doch nur deshalb, weil Deutschland zum Zeitpunkt seiner Abfassung überhaupt aufgehört hatte, irgendein ins Gewicht fallender Faktor zu sein. (Sehr richtig!) Und wenn dieser Friedensvertrag in seiner Auswirkung die Formen annahm, die wir an ihm kennen und erlebten, dann auch nur, weil es in diesen ganzen Jahren ein Deutschland von irgendeinem bestimmten und fühlbaren Eigenwillen nicht gab. Wir sind daher nicht das Opfer der Verträge, sondern die Verträge sind die Folgen unserer Fehler, und ich muß, wenn ich überhaupt die Situation bessern will, erst den Wert der Nation wieder ändern. Ich muß vor allem eines erkennen: *Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt.* (Sehr richtig!)

Ich greife als Beispiel zwei Vorgänge aus der Geschichte heraus: Zunächst Bismarcks Idee einer Auseinandersetzung Preußens mit dem Hause Habsburg, des Aufbaues eines neuen Reiches unter Herausdrängung von Österreich[59], eine Idee, die nie realisiert worden wäre, wenn nicht - bevor man versuchte, sie in die Tat umzusetzen - das Instrument geschaffen worden wäre, mit dem man die politische Zielsetzung praktisch verwirklichen konnte. Nicht die politische Situation hat Preußen gezwungen, eine Reorganisation seiner Armee vorzunehmen[60], sondern die von Bismarck weitschauend gegen den parlamentarischen Wahnsinn[61] durchgesetzte Reorganisation der preußischen Armee hat die politische Situation erst ermöglicht, die in Königgrätz[62] ihren Abschluß fand und in Versailles das Reich begründete[63], das, weil allmählich auf anderen Grundlagen fußend, im gleichen Saale später wieder zerschlagen und verteilt wurde.

---

59 Die außenpolitischen Überlegungen Otto von Bismarcks, seit 1851 preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt, orientierten sich von Anfang an maßgeblich an jenen divergierenden Interessen, die Preußen und Österreich im Deutschen Bund verfolgten. Da Bismarck eine zweite Rolle Preußens im Deutschen Bund, wie es Österreich vorschwebte, nicht akzeptieren wollte, hielt er eine Auseinandersetzung mit Österreich auf Dauer für unausweichlich. Als preußischer Ministerpräsident und Außenminister erprobte Bismarck seit 1862 zunächst die Alternative einer Kooperation mit Österreich auf der Grundlage einer Teilung Deutschlands in Interessensphären. Spätestens seit Februar 1866 lief Bismarcks Politik jedoch darauf hinaus, den Konflikt zwischen Preußen und Österreich um die Führungsrolle in Deutschland militärisch zu entscheiden. Vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 25 ff.

60 Der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon (1803-1879) hatte 1859 eine Reorganisation der preußischen Armee eingeleitet, welche die militärische Schlagkraft Preußens während der deutschen Einigungskriege möglich machte. Vgl. Manfred Messerschmidt, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380, hier S. 177 ff.

61 Nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten ignorierte Bismarck zunächst den Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhaus über die Heeresreform, indem er das Abgeordnetenhaus schloß und mit Hilfe der sog. Lückentheorie auf eine parlamentarische Zustimmung zum Staatshaushalt verzichtete; 1866 legalisierte er jedoch durch die sog. Indemnitätsvorlage nachträglich seine verfassungswidrige Politik. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980, S. 199 ff.

62 Anspielung auf den Deutschen Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte und nach der vernichtenden Niederlage der österreichischen Armee in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 bereits am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

63 Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Und umgekehrt: Wenn eine heutige deutsche Regierung in Anlehnung an Bismarcksche Gedankengänge versucht, den Weg von damals zu beschreiten und vielleicht als Vorläufer einer deutschen Einigungspolitik einen neuen Zollverein[64], eine Zollunion, zu gründen[65], dann ist es nicht wesentlich, daß man dieses Ziel aufstellt, sondern wesentlich ist, was man vorbereitet, um die Durchführung dieses Zieles zu ermöglichen. Ich kann nicht ein Ziel aufstellen, das, unterstützt durch die Pressekampagne der eigenen Gazetten, in der ganzen Welt als ein eminent politisches Ziel aufgefaßt wird, wenn ich mir nicht die politischen Mittel sichere, die zur Durchführung eines derartigen Planes unumgänglich notwendig sind. Und die politischen Mittel - ich kann sie heute nicht einmal mehr begrenzt sehen - liegen nur in der Reorganisation einer Armee. Denn ob Deutschland eine Armee von 100.000 Mann besitzt[66] oder von 200.000 oder 300.000, ist letzten Endes gänzlich belanglos, sondern wesentlich ist, ob Deutschland 8 Millionen Reserven besitzt, die es, ohne derselben weltanschaulichen Katastrophe entgegenzugehen wie im Jahre 1918, in die Armee überführen kann. (Sehr richtig!)

Die Willensbildung der Nation

Wesentlich ist die politische Willensbildung der gesamten Nation, sie ist der Ausgangspunkt für politische Aktionen. Ist diese Willensbildung garantiert im Sinne der Bereitwilligkeit des Einsatzes für irgendeine nationale Zielsetzung, dann kann eine Regierung, gestützt auf diese Willensbildung, auch die Wege wählen, die eines Tages zum Erfolg führen können. Ist aber diese Willensbildung nicht erfolgt, dann wird jede Macht der Welt die Aussicht eines solchen Unternehmens an der Stärke der dahinter bereitgestellten Mittel prüfen. Und man wird genau wissen, daß eine Regierung, die sich nach außen hin zu einer so großen nationalen Demonstration aufrafft, im Innern aber angewiesen ist auf die schwankenden Kräfte marxistisch-demokratisch-zentrümlerischer Parteiauffassungen, niemals fähig ist, diesen Plan wirklich bis zur letzten Konsequenz durchzufechten. (Sehr gut!) Man sage nicht: Es handelt sich hier eben um ein einmütiges Zusammenleben aller. Das einmütige Zusammenstehen aller kann nur dann erreicht werden, wenn allen eine einmütige Auffassung gemeinsam ist. Den Satz: Getrennt marschieren und vereint schlagen[67], den gibt es in einer Armee nur deshalb, weil in einer Armee

64 Unter Führung Preußens hatten sich seit 1833 die meisten Länder des Deutschen Bundes zum Deutschen Zollverein, einem zoll- und handelspolitischen Bündnis zusammengeschlossen. Österreich und einige Mittelstaaten wie Hannover oder Baden blieben dem Abkommen vorerst fern.

65 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war schon länger erwogen worden, seit 1930 bemühten sich der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius und der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober um seine Konkretisierung. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben Schober und ihm folgend Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

66 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 3, Anm. 3.

67 Als Grundsatz operativen Handelns wird der Satz "Getrennt marschieren, vereint schlagen" dem preußischen Generalstabschef, Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), zugeschrieben. Obwohl diese

mit einheitlichem Oberbefehl das getrennte Marschieren genauso befohlen wird wie das gemeinsame Schlagen, weil beides aus ein und derselben Befehlswurzel kommt. Ich kann aber nicht Armeen wildfremd nebeneinander herlaufen lassen und erwarten, daß sie dann plötzlich bei einem Signal, das ihnen eine hohe Regierung zu geben geruht, wunderbar harmonisieren [*sic!*] und eine gemeinsame Aktion einleiten. (Sehr richtig!)

Das gibt es nicht! Es ist auch deshalb ganz unmöglich, weil am Ende das Katastrophale nicht so sehr im Vorhandensein der geistigen Differenzen liegt, als vor allem in der staatlichen Konzessionierung dieser Differenzen.

Wenn man mir heute als Nationalsozialist den schwersten Vorwurf entgegenschleudern will, dann sagt man: "Sie wollen in Deutschland eine gewaltsame Entscheidung herbeiführen, und dagegen müssen wir uns wenden. Sie wollen in Deutschland eines Tages ihre politischen Gegner vernichten! Wir aber stehen auf dem Boden der Verfassung und müssen allen Parteien ihre Existenzberechtigung garantieren." Darauf kann ich nur eins erwidern: In die Praxis übersetzt heißt das: Sie haben eine Kompanie. Diese Kompanie müssen Sie vor den Feind führen. In der Kompanie herrscht freies Koalitionsrecht. (Heiterkeit.) 50 Prozent der Kompanie haben eine Koalition auf dem Boden der Vaterlandsliebe und der Verteidigung des Vaterlandes, 50 Prozent auf dem Boden pazifistischer Weltanschauung gebildet; sie lehnen den Krieg grundsätzlich ab, verlangen die Unantastbarkeit der Gewissensfreiheit, erklären sie zum höchsten und einzigen Gut, das wir heute überhaupt besitzen. (Heiterkeit.) Doch kommt es zum Kampf, so wollen alle fest zusammenstehen. (Erneute Heiterkeit.) Sollte aber ein Mann - pochend auf die Gewissensfreiheit - zum Gegner überlaufen, so käme der eigentümliche Moment, in dem Sie ihn als einen Fahnenflüchtigen arretieren und bestrafen müßten, aber vollständig vergäßen, daß Sie eigentlich gar kein Recht hätten, ihn zu bestrafen! Ein Staat, der - staatlich konzessioniert - die Auffassung verbreiten läßt, daß der Vaterlandsverrat eine Pflicht ist, der es duldet, daß große Organisationen ruhig erklären: Unsere Aufgabe wird es sein, im Kriegsfalle jede militärische Leistung glatt zu verhindern[68] - mit welchem Recht bestraft dieser Staat einen Vaterlandsverräter? Daß sich ein solcher Staat durch den Wahnsinn dieser Einstellung selbst ad absurdum führt, nur nebenbei: denn der Mensch, der sonst als Verbrecher gebrandmarkt wäre, wird nunmehr für die Hälfte der Nation ein Märtyrer sein. Warum? Weil der gleiche Staat, der auf der einen Seite die Theorie des Landesverrats zu einer ethischen und moralischen erklärt und sie beschützt[69], auf der anderen sich untersteht, einen Menschen, der diese Auffassung aus dem Gebiet der Theorie in die Praxis zu überführen versucht, einzusperren.

Maxime als Richtlinie seiner militärischen Führung gelten kann - so in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 - , erkennt Treitschke in dem preußischen Heeresreformer, General Gerhard von Scharnhorst, den eigentlichen Urheber dieser Sentenz. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928, S. 149.

68 Zur Position der pazifistischen Verbände vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.
Zur Haltung der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

69 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vor-

Meine Herren! Das alles ist unmöglich, vollständig unmöglich, wenn man überhaupt daran glaubt, daß ein Volk, um bestehen zu können, seine Kraft nach außen wenden muß! Betrachten Sie aber die heutige Situation: 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 7 oder 8 Millionen Erwerbstätige in der Industrie, 6 oder 7 Millionen Erwerbslose[70]! Überlegen Sie sich, daß menschlicher Voraussicht nach sich hier gar nichts ändern wird, und Sie müssen zugeben, daß Deutschland in seiner Gesamtheit dann auf die Dauer nicht bestehen kann - es sei denn, wir finden zu einer ganz außerordentlichen, von innen heraus neu gestalteten politischen Kraft zurück, die allein uns nach außen wieder Wirksamkeit zu verschaffen vermag.

Denn es ist ja ganz gleichgültig, welches Problem unseres völkischen Lebens wir versuchen wollen zu lösen: Wollen wir die Exportwirtschaft aufrechterhalten, immer wird auch hier eines Tages der politische Wille der Gesamtnation ein ernstes Wort sprechen müssen, damit wir nicht von den Interessen anderer Völker beiseite gedrängt werden. Wollen wir einen neuen Binnenmarkt aufbauen, wollen wir die Raumfrage lösen: stets werden wir wieder die gesammelte politische Kraft der Nation brauchen. Ja, wenn wir bloß als Bundesgenossen gewertet werden wollen - immer müssen wir vorher Deutschland wieder zu einem politischen Machtfaktor machen. Das ist aber niemals dadurch zu erreichen, daß man im Reichstag den Antrag einbringt, auf dem Verhandlungswege ein paar schwere Batterien, acht oder zehn Tanks, zwölf Flugzeuge oder meinetwegen sogar ein paar Geschwader zu beschaffen - das ist gänzlich belanglos! Im Völkerleben haben sich die technischen Waffen ununterbrochen verändert. Was aber unveränderlich bleiben mußte, war die Willensbildung. Sie ist das Konstante und die Voraussetzung zu allem. Versagt sie, so nützen alle Waffen nichts. Im Gegenteil - wenn Sie das deutsche Volk zu einer Levée en masse[71] aufrufen würden und ihm zu diesem Zweck die Waffen zur Verfügung stellten - morgen würde der Bürgerkrieg das Ergebnis sein, nicht aber der Kampf nach außen. Mit dem heutigen Volkskörper kann man keine praktische Außenpolitik mehr treiben. Oder glauben Sie, daß Bismarck mit dem heutigen Deutschland seine geschichtliche Mission hätte erfüllen können, daß das Deutsche Reich aus dieser geistigen Verfassung heraus entstanden wäre?

Damit trete ich dem heutigen System noch lange nicht mit der Behauptung entgegen, daß man den einzelnen Ereignissen gegenüber etwa stillzuschweigen habe und untätig bleiben müsse, sondern mit der Behauptung, daß eine letzte Lösung nur dann erfolgen kann, wenn die innere Zerrissenheit klassenmäßiger Natur in der Zukunft wieder überwunden wird. Ich rede

---

gesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat bestraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

70 Vgl. Dok. 10, Anm. 10.

71 Die "levée en masse" wurde vom Leiter des Kriegswesens im Wohlfahrtsausschuß, Lazare Carnot, erstmals im August 1793 als militärisches Aufgebot *aller* Ledigen zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr zur Verteidigung der französischen Republik ins Leben gerufen. Diese Massenheere waren eine der Voraussetzungen für den Sieg der französischen Revolutionsarmeen. Im Januar 1814 rief Napoleon I., im Herbst 1870 Léon Gambetta erneut zur "levée en masse" auf.

dabei nicht nur als reiner Theoretiker. Als ich im Jahre 1918 in die Heimat zurückkehrte, da fand ich einen Zustand, den ich, genau wie alle die anderen auch, als gegebene Tatsache hätte hinnehmen können. Ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil der deutschen Nation in diesen November- und Dezembertagen 1918 und 1919 noch, unbedingt der Ansicht war, daß, ginge Deutschland diesen inneren politischen Weg weiter, es nach außen hin einem rapiden Ende entgegeneilen würde. Die gleiche Ansicht also, die auch ich hatte. Es bestand nur ein Unterschied. Ich sagte mir damals: Es genügt nicht nur zu erkennen, daß wir zugrunde gegangen sind, sondern es ist auch notwendig zu begreifen, warum! Und auch das ist nicht genug, sondern es ist notwendig, dieser zerstörenden Entwicklung den Kampf anzusagen und sich dafür das nötige Instrument zu schaffen. (Bravo!)[72]

Die neue Bewegung

Es war mir klar: Die bisherige Parteiwelt hat Deutschland zertrümmert, an ihr ist es zerbrochen. Es ist unsinnig zu glauben, daß die Faktoren, deren Existenz geschichtlich mit dem Verfall Deutschlands unzertrennlich verbunden ist, nun plötzlich die Faktoren des Wiederaufstiegs sein könnten. Jede Organisation wird nicht nur Träger eines bestimmten Geistes, sondern endlich sogar einer bestimmten Tradition. Wenn also zum Beispiel Verbände oder Parteien geradezu traditionell seit 60 Jahren vor dem Marximus zurückgewichen sind, so glaube ich nicht, daß sie nach der furchtbarsten Niederlage plötzlich mit ihrer in Fleisch und Blut übergegangenen Tradition brechen werden und vom Rückzug zum Angriff übergehen, sondern ich glaube, daß der Rückzug sich fortsetzen wird. Ja, eines Tages werden diese Verbände den Weg beschreiten, den die Organisationen mit dauernden Niederlagen immer gehen: Sie werden mit dem Gegner paktieren und versuchen auf friedlichem Wege zu erreichen, was nicht erkämpft werden konnte.

Zwar mußte ich mir im Jahre 1918 bei einsichtiger, kühler Überlegung sagen: Gewiß, es ist ein entsetzlich schwerer Weg, nunmehr vor die Nation hinzutreten und mir eine neue Organisation zu bilden. Es ist an sich natürlich viel leichter, in eine der bestehenden Formationen hineinzugehen und von dort aus zu versuchen, den inneren Zwiespalt der Nation zu überwinden. Allein, kann man das überhaupt von den bestehenden Organisationen aus? Hat nicht jede Organisation am Ende den Geist und die Menschen, die in ihrem Programm und ihrem Kampf Befriedigung finden? Ist nicht im Laufe von 60 Jahren eine Organisation, die dauernd vor dem Marxismus zurückwich und endlich eines Tages glatt und feige kapitulierte, überhaupt schon mit einem Geist und mit Menschen angefüllt, die den anderen Weg weder verstehen noch gehen wollen? Wird nicht im Gegenteil in einer solchen Epoche der Verwirrung die Zukunft ein-

72 Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar der *Kölnischen Volkszeitung*: "Im Interesse der politischen Gesundung und Führung des deutschen Volkes kann man es wirklich nicht beklagen, daß Hitler vor dem industriellen Forum gesprochen hat, vor allem dürften die bisher nur geflüsterten Vermutungen über eine etwaige Kandidatur dieses Parteiführers für die Präsidentschaft jedenfalls in den gestern berührten Kreisen kaum mehr erörtert werden angesichts der Inhaltlosigkeit seines Programms, welches längst vorhandene Erkenntnisse politischer und wirtschaftlicher Natur neben vollkommen verworrenen ethisch-religiösen Momenten in einer geradezu beispiellosen naiven Weise zu einem Bekenntnismischmasch vermengt. Zwar ein reiner Tor, dem die Gunst des durch Krieg und Krise vorbereiteten Milieus den Boden für seine fixen Ideen geschaffen hat, aber ein gefährlicher Tor!".

fach darin liegen, daß der in Unordnung geratene Volkskörper erneut gesiebt wird, daß sich eine neue politische Führung aus dem Volke herauskristallisiert, die es versteht, die Masse der Nation in die Faust zu nehmen und dabei die Fehler vermeidet, die in der Vergangenheit zum Untergang führten? Ich mußte mir natürlich sagen, daß der Kampf ein entsetzlicher sein würde! Denn ich war nicht so glücklich, einen prominenten Namen zu besitzen, sondern ich war nur ein deutscher Soldat[73], namenlos, mit einer ganz kleinen Zinknummer auf der Brust[74]. Aber ich kam zu einer Erkenntnis: Wenn sich nicht von kleinster Zelle aus in der Nation ein neuer Volkskörper bildet, der die bisherigen "Fermente der Dekomposition"[75] überwindet, dann wird die Gesamtnation selbst niemals mehr zu einer Erhebung kommen können. Wir haben es ja praktisch einmal erlebt. Über 150 Jahre hat es gedauert, bis aus dem zerfallenen alten Deutschen Reich als Keimzelle eines neuen Reiches Preußen zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission emporwuchs[76]. Und glauben Sie: Es ist in der Frage der inneren Regeneration eines Volkes gar nicht anders. Jede Idee muß sich ihre Menschen werben. Jede Idee muß vor die Nation hintreten, muß aus ihr die ihr notwendigen Kämpfer gewinnen und muß allein den schweren Weg mit all seinen notwendigen Folgen gehen, um eines Tages die Kraft zu bekommen, das Schicksal zu wenden.

Schicksalswende

Daß dieser Gedankengang am Ende richtig war, hat die Entwicklung bewiesen. Denn wenn es auch heute in Deutschland viele gibt, die glauben, wir Nationalsozialisten wären zu positiver Arbeit nicht fähig[77] - sie täuschen sich! Wenn wir nicht wären, gäbe es schon heute in Deutschland kein Bürgertum mehr (Sehr richtig!), die Frage: Bolschewismus oder nicht Bolschewismus wäre schon lange entschieden! Nehmen Sie das Gewicht unserer gigantischen Or-

---

73 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

74 1869 wurde in der preußischen Armee eine sog. Rekognitionsmarke eingeführt, um bewußtlose und tote Soldaten zu identifizieren. Nachdem sich dieses Verfahren im Deutsch-französischen Krieg 1870/71 bewährt hatte, wurden während des Ersten Weltkriegs Erkennungsmarken an alle deutschen Soldaten ausgegeben; bei Offizieren war der ganze Name, bei Unteroffizieren und Mannschaften die Nummer der Kriegsstammrolle sowie die Bezeichnung des letzten Truppenteils oder Schiffes eingestanzt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986, S. 226 f.

75 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

76 Vgl. Dok. 3, Anm. 8.

77 Vgl. z. B. *Vorwärts* vom 29.12.1931 (MA), "Volksfeinde in den Gemeinden", wo u. a. berichtet wird: "Durch die letzten Kommunalwahlen sind die Nationalsozialisten auch in die Gemeindeparlamente eingezogen. Hier, wo die Bevölkerung praktische Arbeit im Interesse der Gemeinde verlangt, hat kurze Zeit genügt, [*um*] die Unzulänglichkeit, Demagogie und Korruption der 'Erneuerer' zu enthüllen. Der Widerspruch zwischen den agitatorischen Versammlungsreden und der praktischen Arbeit ist klar zutage getreten. [...] Die Kommunalpolitische Zentralstelle der Sozialdemokratie hat sich mit der Herausgabe einer Broschüre über die Nazi-Kommunalpolitik ein Verdienst erworben. An Hand authentischen Materials wird in dem Heftchen die Unfähigkeit, Demagogie und Korruption der Nationalsozialisten in der Kommunalverwaltung dargelegt." Generell zu dieser Argumentationslinie vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 149 ff.

ganisation, dieser weitaus größten des neuen Deutschlands, aus der Waagschale des nationalen Geschehens heraus, und Sie werden sehen, daß ohne uns der Bolschewismus schon heute die Waagschale herunterdrücken würde - eine Tatsache, deren bester Beweis die Einstellung des Bolschewismus uns gegenüber ist. Mir ist es eine große Ehre, wenn heute Herr Trotzki[78] den deutschen Kommunismus auffordert, um jeden Preis mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen[79], da im Nationalsozialismus die einzige wirkliche Gefahr für den Bolschewismus zu sehen ist[80]. Eine um so größere Ehre für mich, als wir in 12 Jahren aus gar nichts heraus gegen die ganze derzeitige öffentliche Meinung, gegen die Presse, gegen das Kapital, gegen die Wirtschaft, gegen die Verwaltung, gegen den Staat, kurz: gegen alles eine Bewegung aufgebaut haben, die heute nicht mehr beseitigt werden kann, die da ist, zu der man Stellung nehmen muß, ob man will oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich glaube, daß die Stellungnahme für jeden, der noch an eine deutsche Zukunft glaubt, an sich ja klar sein muß. Sie sehen hier eine Organisation vor sich, welche die Erkenntnisse, die ich eingangs meiner Rede als wesentlich bezeichnete, nicht theoretisch predigt, sondern praktisch in sich vollzieht, eine Organisation, erfüllt von eminentestem, nationalem Gefühl, aufgebaut auf dem Gedanken einer absoluten Autorität der Führung auf allen Gebieten, in allen Instanzen - die einzige Partei, die in sich nicht nur den internationalen, sondern auch den demokratischen Gedanken restlos überwunden hat, die in ihrer ganzen Organisation nur Verantwortlichkeit, Befehl und Gehorsam kennt und die damit zum erstenmal in das politische Leben Deutschlands eine Millionen-Erscheinung eingliedert, die nach dem Leistungsprinzip aufgebaut ist. Eine Organisation, die ihre Anhänger mit unbändigem Kampfsinn erfüllt, zum ersten Male eine Organisation, die,

---

78 Leo Trotzki (eigentlich: Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, 1902-1917 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar, Organisator und Oberbefehlshaber der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

79 Seit der 1928/29 einsetzenden Stalinisierung der Komintern begann diese, die Sozialdemokratie zunehmend in die Nähe des Faschismus zu rücken. Im Juli 1929 erklärte das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die nun als "Sozialfaschismus" diskreditierte Sozialdemokratie zum Hauptfeind der internationalen proletarischen Bewegung. Die KPD konzentrierte sich deshalb auf die Auseinandersetzung mit der SPD, nicht der NSDAP, deren - für sie unerwarteten - Erfolge sie lediglich als Symptom für den endgültig bevorstehenden Zerfall des kapitalistischen Systems deutete. Vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984, S. 130 ff. Zum damaligen Verhältnis der Basis von KPD, NSDAP und SPD vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991, S. 102 ff.

80 Trotzki hatte in seinem *Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD* vom 8.12.1931 vor einem bevorstehenden nationalsozialistischen Staatsstreich gewarnt und als Gegentaktik empfohlen, "der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten auf[*zu*]zwingen", ohne sich dabei jedoch der SPD zu verpflichten: "Man muß in der Tat die vollkommene Bereitschaft offenbaren, gegen die Faschisten einen Block mit den Sozialdemokraten zu bilden, in allen Fällen, wo sie auf einen Block eingehen. [...] Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen, unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen." Vgl. L[*eo*] Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus, Berlin 1932, S. 6 f.

wenn der politische Gegner erklärt: "Euer Auftreten bedeutet für uns eine Provokation[81]", es nicht für gut befindet, sich dann plötzlich zurückzuziehen, sondern die brutal ihren Willen durchsetzt und ihm entgegenschleudert: Wir kämpfen heute! Wir kämpfen morgen! Und haltet Ihr unsere Versammlung heute für eine Provokation, so werden wir nächste Woche wieder eine abhalten - so lange, bis Ihr gelernt habt, daß es keine Provokation ist, wenn auch das *deutsche* Deutschland [*sic!*] seinen Willen bekennt! Und wenn Ihr sagt: "Ihr dürft nicht auf die Straße" - wir gehen trotzdem auf die Straße! Und wenn Ihr sagt: "Dann schlagen wir Euch[82]" - so viele Opfer Ihr uns auch aufbürdet, dieses junge Deutschland wird immer wieder marschieren, es wird eines Tages die deutsche Straße, den deutschen Menschen restlos zurückerobern. Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr - ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. Wir faßten diesen Entschluß nicht etwa aus Rauflust, denn ich könnte mir an sich ein schöneres Leben denken, als durch Deutschland gehetzt zu werden, von zahllosen Verordnungen verfolgt zu sein, ununterbrochen mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen, staatlich dabei kein Recht mein eigen zu nennen[83]. Ich könnte mir ein schöneres Schicksal als das eines Kampfes denken, der zumindest am Beginn doch von allen als eine verrückte Schimäre angesehen wurde. Schließlich glaube ich, auch die Fähigkeit zu besitzen, irgendeinen Posten in der Sozialdemokratischen Partei einnehmen zu können, und eines ist sicher: Hätte ich meine Fähigkeit in diesen Dienst gestellt, ich würde heute vermutlich sogar regierungsfähig sein. Für mich aber war es ein größerer Entschluß, einen Weg zu wählen, auf dem mich nichts leitete außer dem eigenen Glauben und der unzerstörbaren Zuversicht in die sicherlich noch vorhandenen natürlichen Kräfte unseres Volkes und seine - bei rechter Führung - eines Tages notwendigerweise wieder in Erscheinung tretende Bedeutung.

Nun liegt ein zwölfjähriger Kampf hinter uns. Wir haben ihn nicht nur theoretisch geführt und allein in unserer Partei in die Praxis umgesetzt, sondern wir sind auch bereit, ihn jederzeit im großen zu führen. Denke ich an die Zeit zurück, da ich mit sechs anderen unbekannten Menschen diesen Verband gründete[84], da ich vor 11, 12, 13, 14, 20, 30 und 50 Menschen

81 Im Vorfeld von Hitlers Rede hatte die örtliche KPD Flugblätter verbreitet, in denen es u. a. hieß: "Gefahr im Verzug! Werktätige! Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Der Joungplanknecht [*sic!*] und Unternehmerlakei [*sic!*] Hitler wagt es, nach Düsseldorf zu kommen! Werktätige Düsseldorfs, gibt es eine größere Provokation? Auf Einladung des Industrieclubs der Stahlwerkgewaltigen und Nordwestscharfmacher tritt der Führer der faschistischen Terrorgarden des Unternehmertums Hitler am 26. Januar um 18 Uhr im Parkhotel am Corneliusplatz zum Befehlsempfang an. [...] Massen heraus auf die Straße zum Massenaufmarsch der Hungernden gegen die Satten und ihren Lakei. Versalzt den Kapitalhyänen ihr Schlemmermahl im Parkhotel, womit der Verkauf der Nordwestarbeiter an die Scharfmacher des Industrieclubs eingeleitet wird." HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a.

82 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

83 Nach formaljuristischen Kriterien war Hitler seit 1924 staatenlos. Faktisch wurde er vermutlich am 12.7.1930, offiziell durch seine Anstellung als Regierungsrat des Landes Braunschweig am 25./26.2.1932 deutscher Staatsbürger. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448. Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566 sowie Dok. 28.

84 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

sprach, da ich nach einem Jahr 64 Menschen für die Bewegung gewonnen hatte[85], an die Zeit, da unser kleiner Kreis sich immer mehr erweiterte, dann muß ich gestehen, daß das, was heute, da ein Millionenstrom deutscher Volksgenossen in unsere Bewegung mündet[86], geschaffen ist, etwas einzig Dastehendes in der deutschen Geschichte darstellt. 70 Jahre lang haben die bürgerlichen Parteien Zeit zum Arbeiten gehabt. Wo ist die Organisation, die sich mit der unsrigen vergleichen könnte? Wo ist die Organisation, die so wie die unsrige darauf hinweisen könnte, daß sie, wenn notwendig, 400.000 Männer auf die Straße hinausbringt[87], die blinden Gehorsam in sich tragen, die jeden Befehl vollziehen - sofern er nicht gesetzwidrig ist[88]? Wo ist die Organisation, die in 70 Jahren erreicht hätte, was wir in knapp 12 Jahren erreichten - mit Mitteln, die so improvisierter Natur waren, daß man sich fast schämen muß, dem Gegner zu gestehen, wie armselig die Geburt und das Werden dieser großen Bewegung einst gewesen sind.

Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. Eine schwere Erziehung, um die wir aber nicht herumkommen!

Wenn man glaubt, für alle Zukunft die Begriffe "bürgerlich" und "proletarisch" konservieren zu können, dann konserviert man entweder die deutsche Ohnmacht und damit unseren Untergang, oder aber man leitet den Sieg des Bolschewismus ein. Will man auf jene Begriffe nicht Verzicht leisten, dann ist meiner Überzeugung nach ein Wiederaufstieg der deutschen Nation nicht mehr möglich. Der Kreidestrich, den Weltanschauungen in der Weltgeschichte Völkern gezogen haben, ist schon öfters als einmal der Todesstrich gewesen. Entweder es gelingt aus diesem Konglomerat von Parteien, Verbänden, Vereinigungen, Weltauffassungen, Standesdünkel und Klassenwahnsinn wieder einen eisenharten Volkskörper herauszuarbeiten, oder Deutschland wird am Fehlen dieser inneren Konsolidierung endgültig zugrunde gehen. Auch wenn man noch 20 Notverordnungen auf unser Volk herniederprasseln läßt, sie werden die große Linie unseres Verderbens nicht ändern können! Soll eines Tages der Weg wieder gefunden werden, der aufwärts führt, dann muß zuerst das deutsche Volk wieder zurechtgebogen werden. Das ist ein Prozeß, an dem keiner vorbeikommt! Es geht nicht an zu sagen: "Daran sind allein die Proleten schuld!" Nein, glauben Sie mir, unser ganzes deutsches Volk, alle Schichten haben ein gerüttelt Maß von Schuld an unserem Zusammenbruch: Die einen, weil sie ihn gewollt und bewußt herbeigeführt haben, die anderen, weil sie zusahen und zu schwach waren, ihn zu verhindern! In der Geschichte wird das Versagen genauso gewogen wie die Absicht oder die Tat selbst. Es kann sich heute niemand der Verpflichtung entziehen, die Regeneration des deutschen Volkskörpers auch durch seine persönliche Anteilnahme und Eingliederung zu vollziehen.

---

85 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnissses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt; IfZ, SV 136.

86 Vgl. Dok. 1, Anm. 3, 6, und 10. Zum damaligen Mitgliederstand der NSDAP vgl. ebenda, Anm. 2, 7 und 8.

87 Zur damaligen Stärke von SA und SS vgl. Dok. 1, Anm. 9, Dok. 19, Anm. 11 und Dok. 20, Anm. 6.

88 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

Die Kraft eines großen Ideals

Wenn ich heute vor Ihnen spreche, dann nicht, um Sie zu einer Stimmabgabe zu bewegen, oder Sie zu veranlassen, meinetwegen das oder jenes für die Partei zu tun. Nein, ich trage Ihnen hier eine Auffassung vor, von der ich überzeugt bin, daß ihr Sieg den einzig möglichen Ausgangspunkt für einen deutschen Wiederaufstieg bedeutet, die aber auch der letzte Aktivposten des deutschen Volkes überhaupt ist. Ich höre so manches Mal von unseren Gegnern: "Der heutigen Not werden auch Sie nicht Herr." Angenommen, meine Herren, das würde zutreffen. Was aber hieße das dann? Es hieße, daß wir einer entsetzlichen Zeit entgegengingen, der wir gar nichts entgegenzusetzen hätten als eine rein materialistische Auffassung auf allen Seiten. Die Not aber würde als rein materielle - ohne daß man dem Volk irgendein Ideal wiedergegeben hat - tausendfach stärker empfunden. (Lebhafter Beifall.)

Man sagt mir so oft: "Sie sind nur der Trommler des nationalen Deutschlands[89]!" Und wenn ich nur der Trommler wäre?! Es würde heute eine größere staatsmännische Tat sein, in dieses deutsche Volk wieder einen neuen Glauben hineinzutrommeln, als den vorhandenen langsam zu verwirtschaften. (Lebhafte Zustimmung.) Nehmen Sie eine Festung und laden Sie dieser Festung schwerste Entbehrungen auf: Solange die Besatzung eine mögliche Rettung sieht, an sie glaubt, auf sie hofft, solange kann sie die geschmälerte Ration ertragen. Nehmen Sie aus dem Herzen der Menschen den letzten Glauben an eine mögliche Rettung, an eine bessere Zukunft erst einmal gänzlich fort, und Sie werden erleben, wie diese Menschen plötzlich die verkleinerten Rationen als das Wichtigste ihres Lebens ansehen. Je mehr ihnen zum Bewußtsein gebracht wird, nur ein Objekt des Handelns, nur Gefangene der Weltpolitik zu sein, um so mehr werden sie, wie jeder Gefangene, sich nur den materiellen Interessen zuwenden. Je mehr Sie umgekehrt ein Volk wieder in die Sphäre idealen Glaubens zurückführen, umso mehr wird es die materielle Not als nicht mehr so ausschließlich bestimmend ansehen. Am gewaltigsten hat das unser deutsches Volk bewiesen. Wir wollen doch nie vergessen, daß es 150 Jahre lang mit ungeheurem Einsatz Religionskriege geführt hat, daß Hunderttausende von Menschen einst ihre Scholle, ihr Hab und Gut bloß um einer idealen Vorstellung und Überzeugung willen verlassen haben! Wir wollen nie vergessen, daß 150 Jahre lang aber auch nicht ein Gramm materieller Interessen dabei in Erscheinung getreten ist! Und Sie werden dann verstehen, wie gewaltig die Kraft einer Idee, eines Ideals ist! Nur so ist es auch zu begreifen, daß in unserer Bewegung heute Hunderttausende von jungen Menschen[90] bereit sind, mit Einsatz

---

89 Hitler selbst verstand sich zunächst nur als Propagandist der DAP/NSDAP, nicht als ihr Führer. In diesem Zusammenhang bezeichnete er sich selbst als "Trommler der nationalen Freiheitsbewegung", so etwa in seiner Rede vor dem Nationalen Klub 1919 am 29.5.1922. Nachdem Hitler am 29.7.1921 Erster Vorsitzender der NSDAP geworden war, begann sich bei den Parteimitgliedern allmählich die Bezeichnung "Führer" einzubürgern, im folgenden Jahr verfestigte sich dieser Titel durch das Vorbild Mussolinis. Am 13.12.1922 wurde erstmals ein Plakat publiziert, in dem "unser Führer, Adolf Hitler," angekündigt wurde, ab April 1923 wurde in der offiziellen Terminologie der NSDAP von Hitler nur noch in dieser Form gesprochen. Trotzdem läßt sich die Trommler-Apostrophierung, die hier wohl nicht zufällig fällt, bis in die späten 30er Jahre nachweisen. Vgl. Tyrell, Trommler, passim; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 642 f.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 63 f.

90 Von ihrer Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrö-

ihres Lebens dem Gegner entgegenzutreten. Ich weiß sehr wohl, meine Herren, wenn Nationalsozialisten durch die Straßen marschieren, und es gibt plötzlich abends Tumult und Radau, dann zieht der Bürger den Vorhang zurück, sieht hinaus und sagt: "Schon wieder bin ich in meiner Nachtruhe gestört und kann nicht schlafen. Warum müssen die Nazis denn auch immer provozieren und nachts herumlaufen?" Meine Herren, wenn alle so denken würden, dann wäre die Nachtruhe allerdings nicht gestört, aber dann würde auch der Bürger heute nicht mehr auf die Straße gehen können. Wenn alle so denken würden, wenn diese jungen Leute kein Ideal hätten, das sie bewegt und vorwärtstreibt, dann allerdings würden sie diese nächtlichen Kämpfe gern entbehren. Aber vergessen Sie nicht, daß es Opfer sind, wenn heute viele Hunderttausende von SA- und SS-Männern der nationalsozialistischen Bewegung jeden Tag auf den Lastwagen steigen[91], Versammlungen schützen, Märsche machen müssen, Nacht um Nacht opfern, um beim Morgengrauen zurückzukommen - entweder wieder zur Werkstatt und in die Fabrik, oder aber als Arbeitslose die paar Stempelgroschen entgegenzunehmen[92]; wenn sie von dem wenigen, das sie besitzen sich außerdem noch ihre Uniform[93] kaufen, ihr Hemd, ihre Abzeichen, ja, wenn sie ihre Fahrten selbst bezahlen[94] - glauben Sie mir, darin liegt schon die Kraft eines Ideals, eines *großen* Ideals! Und wenn die ganze deutsche Nation heute den gleichen Glauben an ihre Berufung hätte wie diese Hunderttausende, wenn die ganze Nation diesen Idealismus besäße: Deutschland würde der Welt gegenüber heute anders dastehen! (Lebhafter Beifall.) Denn unsere Situation in der Welt ergibt sich in ihrer für uns so verhängnisvollen Auswirkung nur aus der eigenen Unterbewertung der deutschen Kraft. (Sehr richtig.) Erst wenn wir diese verhängnisvolle Einschätzung wieder abgeändert haben, kann Deutschland die politischen Möglichkeiten wahrnehmen, die - weitschauend in die Zukunft - das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: *entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft. Die Arbeitskraft unseres Volkes, die Fähigkeiten sind vorhanden, niemand kann unseren Fleiß bestreiten. Die politischen Voraussetzungen aber müssen erst wieder gestaltet werden; ohne sie werden Fleiß und Fähigkeit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit am Ende doch vergeblich sein. Denn eine unterdrückte Nation wird selbst die Er-*

ßerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der NSDAP weit überrepräsentiert. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

91 Lastkraftwagen spielten als Transportmittel und Werbeträger bei den politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen in der Weimarer Republik eine große Rolle und wurden von allen Parteien und Wehrverbänden eingesetzt. Zum Stand der Motorisierung von NSDAP und SA vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 552 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 30.

92 Zum damaligen Sozialprofil der SA vgl. Fischer, Stormtroopers, S. 25 ff. Ferner Dok. 4, Anm. 21. Speziell zu ihrer Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

93 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

94 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Obwohl nach einzelnen Meutereien der SA im September 1930 allen Parteimitgliedern eine sog. SA-Zulage auferlegt worden war, ging der Generalinspekteur der SA noch im Dezember 1931 davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 134 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 102.

gebnisse ihrer Sparsamkeit nicht dem eigenen Wohl zuführen können, sondern auf dem Altar der Erpressungen, der Tribute, zum Opfer bringen müssen.

So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen Regierung nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers. Diese Aufgabe zu leisten, habe ich vor 13 Jahren die nationalsozialistische Bewegung gegründet und sie seit 12 Jahren geführt[95] und hoffe, daß sie diese Aufgabe dereinst auch erfüllen, daß sie als schönstes Ergebnis ihres Ringens wieder einen vollständig innerlich regenerierten deutschen Volkskörper zurücklassen wird, unduldsam gegen jeden, der sich an der Nation und ihren Interessen versündigt, unduldsam gegen jeden, der ihre Lebensinteressen nicht anerkennt oder sich gegen sie stellt, unduldsam und unerbittlich gegen jeden, der diesen Volkskörper wieder zu zerstören und zu zersetzen trachtet - und im übrigen zu Freundschaft und Frieden bereit mit jedem, der Freundschaft und Frieden will! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)[96].

95 Hitler war am 29.7.1921 nach heftigen inneren Auseinandersetzungen zum Ersten Vorsitzenden der NSDAP gewählt worden. Vgl. Tyrell, Trommler, S. 116 ff.

96 Nach Hitlers Rede dankten ihm Karl Haniel und Fritz Thyssen; während Haniel nur kurz sprach, machte Thyssen aus seiner Sympathie kein Hehl. Vöglers Versuch, eine Diskussion über Hitlers Rede einzuleiten, wurde von Thyssen, der neben Hitler und Göring auf der Rednertribüne Platz genommen hatte, ignoriert. Göring blieb zum Abendessen des Clubs, während Hitler - so der Polizeibericht - um 21.45 Uhr das Park-Hotel unauffällig in Richtung Köln verließ. Entgegen einigen Presseberichten nahm Hitler weder an einem "Schlemmermahl" teil, noch zog er sich in das für ihn reservierte "Fürstenzimmer" des Hotels zurück. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dok. 13.
Vgl. ferner den Bericht der *Düsseldorfer Lokal-Zeitung*: "Denn als an dem Abend im Industrieklub nach der zweieinhalbstündigen Rede des nationalsozialistischen Führers der 'junge' Thyssen aufsprang und mit zackigen Worten in die Versammlung schrie, Hitlers Worte seien sehr interessant gewesen und der Marxismus, von dem man schon so viel gehört habe, sei wirklich eine Schweinerei und jeder im Saal müsse jedes Wort unterschreiben - da war der ganze rhetorische Eindruck im Nu verfolgen. Und als nun Thyssen und seine Getreuen mit scharfem Blick die Reihen abgingen, ob auch jeder brav die Hände zum Beifall rühre, daß keiner durch Stillhalten aus der Reihe zu tanzen wage, da fing die Verärgerung an. Und zwar bei den besseren Herren der Industrie, bei den Besitzern der soliden Montanpakete, die sich im Vollgefühl dieses Besitztums nicht gern zu Gefühlsäußerungen zwingen lassen, zu denen sie sich spontan vielleicht mit Vergnügen bekennen würden. Auch Thyssens Eskapaden, das Immer-sieben-Meilen-Voraussein, pflegen seit erdenklichen Zeiten zu verstimmen, und der Tanzhusar der westdeutschen Industrie sollte sich nach ihrer Ansicht überhaupt mehr Zurückhaltung auferlegen, seit ihm einige kühlere, weniger temperamentvolle Köpfe durch eine geschickte Transaktion jeden maßgeblichen Einfluß bei den Vereinigten Stahlwerken genommen haben."
Thyssen lud tags darauf Hitler, Göring und Röhm zusammen mit zwei weiteren Vorstandsmitgliedern der Vereinigten Stahlwerke AG, Albert Vögler und Ernst Poensgen, zu einer Besprechung auf sein Schloß Landsberg bei Mühlheim a. d. Ruhr ein. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 269 f. Ferner Westdeutscher Beobachter vom 29.1.1932, "Unser Führer in Bad Godesberg".

31. Januar 1932 Dok. 16
Interview mit La Stampa [1]

La Stampa vom 17.11.1938, "Tappe della rivoluzione nazista. La Haus Elephant".

"Gestern Abend", erklärte mir der Führer tags darauf im Elephant [2], "haben wir glücklicherweise erfahren, daß Ideen universell sind und auch jenseits eurer Grenzen gewiß verstanden werden. Ein Ausländer kann sich vielleicht nicht erklären, weshalb das Publikum bei der Andeutung auf die Räumung der Kammer durch die Soldaten und in der Szene, in welcher der Prinz von Schönburg auftrat, applaudiert hat [3]. Der Ausländer wird in diesem Beifall eine antifranzösische Geste vermuten. Keineswegs: Dies steht für den Aufstand gegen Gerede und Zeitverschwendung. Man applaudiert den Soldaten, nicht aus Liebe zum Militarismus, sondern weil der Soldat die Tat verkörpert."

[...] [4]

Ich versuchte das Datum zu erfahren, an dem Hitler damit rechnete, die Macht übernehmen zu können, bekam aber eine ausweichende Antwort [5]. Dann bestritt der Führer, daß der Erfolg seiner Bewegung auch durch die wirtschaftliche Misere [6] bedingt sei, wel-

"Ieri sera" - mi dichiarò il Führer all'indomani, all'Elephant - "noi siamo stati felici di sentire che certe idee sono universali e comprese anche al di là delle vostre frontiere. Uno straniero non saprà forse spiegarsi come mai il pubblico abbia applaudito l'accenno allo sgombro della Camera mediante i soldati e la scena in cui appare il principè di Schoenburg. Lo straniero supporrà in quell'applauso una manifestazione antifrancese. Mai più: esso significa la rivolta contro le chiacchiere e la perdita di tempo. Si applaude ai soldati non per amore del militarismo, ma perchè il soldato simbolizza l'azione."

[...] [7]

Tentai di conoscere la data nella quale Hitler contava d'impadronirsi del potere, ma ebbi una risposta evasiva; quindi il Führer smentì che la fortuna del suo movimento fosse anche dovuta al disagio economico il quale suole spingere gli esasperati ad invoca-

1 Im Hotel *Elephant*, Weimar, Markt 19. Das Interview führte Italo Zingarelli.

2 Anlaß für Hitlers Aufenthalt in Weimar war die deutsche Uraufführung des Dramas *Hundert Tage/Campo di Maggio* von Giovacchino Forzano im Deutschen Nationaltheater am 30.1.1932. Dem Stück, dem ein Entwurf Benito Mussolinis zugrundelag, thematisiert das Scheitern Napoleons I. nach seiner Rückkehr von Elba. Vgl. Vossische Zeitung vom 1.2.1932 (AA), "Mussolini als Dramatiker"; Berliner Tageblatt vom 2.2.1932 (MA), "Angeblich von Mussolini: 'Hundert Tage'"; Der Angriff vom 3.2.1932, "'Die hundert Tage'". Zu den literarischen Anregungen Mussolinis vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 208 f.

3 Anspielung auf den 3. Akt, 1. Szene des Dramas an, in dem der preußische Oberst Prinz von Schönburg dem französischen General Lafayette mitteilt: "Der Fürst von Blücher wünscht, daß Sie wissen sollten, daß nicht einmal sein König ihn dazu bringen könnte, die Bedingungen zu ändern, die er für die Sicherheit Preußens für notwendig hält." Vgl. die Vorlage sowie Giovacchino Forzano, Campo di Maggio. Dramma In Tre Atti, Firenze 1931, S. 162 f.

4 Folgt Schilderung eines gemeinsamen Besuchs Hitlers und Zingarellis bei der in Weimar lebenden Schwester von Friedrich Nietzsche, Elisabeth Förster-Nietzsche. Angebot Hitlers, das Gespräch kurz im Hotel *Elephant* fortzusetzen.

5 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

6 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und ihren Folgen vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 4, Anm. 14.

7 Vgl. Anm. 4.

che die Verzweifelten dazu führe, Extremlösungen zu fordern: "Wie oft wird auf der Welt von politischen Mißständen gesprochen", sagte er zu mir, weiterhin ruhig und sicher. "Man darf nicht vergessen, daß diese von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängen, wie auch nicht zu vergessen ist, daß die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen das Ergebnis eines politischen Mißstands sind. Es ist notwendig, politisch zu handeln, und nur eine politische Erneuerung wird uns Rettung bringen. Es ist zwecklos, dies zu leugnen, und es ist zwecklos, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft zu leugnen. Es gibt Leute, die behaupten, daß auch wir, einmal an die Regierung gelangt, keine Wunder vollbringen können [8]. Aber hier in Thüringen haben wir beispielsweise schon regiert [9], und wenn morgen Wahlen wären, würden wir noch viel mehr Stimmen erhalten als zuvor [10]. Was wir versucht haben, wird also so schlecht nicht gewesen sein. Man wird zudem nicht unterstellen wollen, daß sich Hunderte und Aberhunderte von Deutschen nur aufgrund von persönlichem Interesse und wirtschaftlicher Gründe tagtäglich dem Risiko aussetzen, umgebracht zu werden [11]. Nein, nein: Man will einen politischen Neuanfang."

re soluzioni estreme: "Quante volte nel mondo si parla di disagio politico", mi disse sempre calmo e sicuro, "non va dimenticato ch'esso dipende dalle condizioni economiche, così come non va dimenticato che le cattive condizioni economiche sono un prodotto del malessere politico. È nel campo della politica che occorre agire e la salvezza ci verrà soltanto da una rigenerazione politica. È inutile negarlo ed è inutile negare il nesso fra politica ed economia. C'è della gente che dice che miracoli, andando al Governo, non ne potremo fare nemmeno noi: ma qui in Turingia, ad esempio, noi abbiamo già governato, e se domani si facessero le elezioni, avremmo ancora più voti di prima. L'esperimento non sarà stato dunque cattivo. Non si vorrà poi supporre che centinaia e centinaia di tedeschi si espongano quotidianamente al rischio di lasciarsi accoppare solo per interesse e perchè spinti da moventi economici. No, no: si vuole una rinascita politica."

8 Vgl. z. B. Dok. 15, Anm. 77.

9 Am 23.1.1930 war Wilhelm Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, Willy Marschler zum thüringischen Staatsrat in einer aus NSDAP, DNVP, Christlich-Nationaler Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und DVP gebildeten Koalitionsregierung berufen worden. Damit hatten zum erstenmal nationalsozialistische Politiker Funktionen in einer Länderregierung erhalten. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11. Wegen der zunehmend aggressiver werdenden nationalsozialistischen Polemik unterstützte die DVP am 1.4.1931 im thüringischen Landtag die Mißtrauensanträge von KPD und SPD gegen diese beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder, so daß sie daraufhin zurücktreten mußten. Vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 174 ff. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 61 f. Ferner Bd. IV/1, Dok. 75 ff.

10 Bei der Thüringer Landtagswahl vom 8.12.1929 stimmten 90.159 Wahlberechtigte (11,3%) für die NSDAP, bei der Landtagswahl vom 31.7.1932 dagegen 395.321 Wahlberechtigte (42,5%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 111.

11 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12.

Hitler offenbarte ein absolutes Vertrauen in die Solidarität aller Deutschen und behauptete, daß, obwohl Deutschland unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Gliederung jahrhundertelang unter Teilungen gelitten habe, dennoch das Gefühl der nationalen Einheit immer und überall stark geblieben sei, in Bayern wie in Thüringen, in Oldenburg, in Preußen wie in Westfalen. Er fügt hinzu, daß die französischen Spekulationen der Nachkriegszeit über den vermeintlichen deutschen Separatismus [12] heute mehr denn je absurd seien: "Im Volk existieren solche Gefühle nicht. Was die religiöse Frage betrifft, werde ich daran erinnern, daß der Deutsche aus Westfalen, der den Ruf hat, am entschiedensten Deutscher zu sein, Katholik ist [13]. Wenn ich im Norden spreche, beobachte ich bei den Massen eine Begeisterung, die nicht geringer ist als im Süden. Ich würde sogar fast behaupten, daß diese Begeisterung in Holstein, an der äußersten nördlichen Grenze Deutschlands, am größten ist [14]." Ihm zufolge bedeute die Demokratie für Deutschland nichts anderes als ein Importartikel, ein jüdisches Produkt, wobei erschwerend hinzukomme, daß die sogenannten deutschen De-

Hitler rivelava una fede assoluta nella solidarietà di tutti i tedeschi e sosteneva che se dal punto di vista dell'organizzazione statale la Germania per secoli aveva indubbiamente sofferto delle divisioni, il sentimento dell' unità nazionale era rimasto sempre forte dappertutto, in Baviera come in Turingia e nell'Oldenburg, in Prussia come in Vestfalia. Le speculazioni francesi del dopoguerra sul preteso secessionismo tedesco, aggiunse, oggi sarebbero assurde più che mai: "nel popolo non esistono sentimenti del genere. Circa il fattore religioso, rammenterò che il tedesco di Vestfalia, il quale gode fama di essere il tedesco più accanito, è cattolico. Quando parlo nel Nord, osservo un entusiasmo delle folle non minore che nel Sud; quasi quasi nell'Holstein, all'estremo limite settentrionale della Germania, questo entusiasmo è maggiore che altrove." La democrazia rappresentava, a suo giudizio, per la Germania, niente altro che un articolo d'importazione, un prodotto ebraico, con l'aggravante che i cosiddetti democratici tedeschi non si rendevano conto dell'essenza vera della odierna democrazia francese: "La Francia sarà bene una repubblica", esclamò, "ma come pratica la de-

12 Seit November 1918 betrieben politische Splittergruppen in der preußischen Rheinprovinz, der Pfalz und Rheinhessen die Gründung eines vom Deutschen Reich unabhängigen Staates. Mit Rückendeckung der französischen Besatzungsmacht kam es seit dem 23.9.1923 in verschiedenen Städten des Rheinlands zu separatistischen Unruhen, am 21.10.1923 wurde in Aachen eine Rheinische Republik ausgerufen. Die Bewegung dehnte sich mit aktiver Unterstützung der französischen Armee in den folgenden Tagen bis Bonn, Koblenz, Trier und Wiesbaden aus. Die Unfähigkeit der Separatisten, größere Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen, deutsche Gegenmaßnahmen, aber auch britischer und belgischer Widerstand führten dazu, daß Frankreich Anfang 1924 das Interesse an einem selbständigen Rheinland verlor und die separatistische Bewegung zusammenbrach. Vgl. Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987; Gerhard Gräber und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1: November 1918-November 1923, Landau 1992.

13 1925 wurden in der preußischen Provinz Westfalen 2.396.818 römisch-katholische und 2.274.137 evangelische Christen ermittelt, ferner 140.264 Angehörige sonstiger oder keiner Religionsgemeinschaft. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 15.

14 Bei den Reichstagwahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932 erzielte die NSDAP im Wahlkreis Schleswig-Holstein mit 27%, bzw. 51% der abgegebenen Stimmen ihr jeweils bestes Ergebnis im Deutschen Reich. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 f. Allgemein zur Situation der NSDAP in Schleswig-Holstein vgl. "Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Hrsg. von Erich Hoffmann und Peter Wulf, Neumünster 1983.

mokraten den wahren Charakter der heutigen französischen Demokratie nicht erkannt hätten. "Frankreich mag wohl eine Republik sein[15]", rief er aus, "aber wie praktiziert es die Demokratie? Der Deutsche ist instinktiv antidemokratisch. Er kommt pflichtbewußt auf die Welt und behält in seiner Seele, sein ganzes Leben lang, den Willen, den Wunsch, zu gehorchen und die Ordnung zu respektieren. Wenn die Deutschen nicht von Natur aus diszipliniert und gehorsam wären, wie hätte dann Deutschland in den vier schrecklichen Kriegsjahren standhalten können? Das demokratische Deutschland - das machen und präsentieren die Zeitungen der großen Städte."[...] [16]

Hitler sprach auch über Italien[17] und beklagte sich darüber, daß der politische Kampf ihm keine Zeit lasse, um Rom, Florenz und unsere anderen berühmten Städte zu besichtigen[18]. Dann fügte er hinzu, daß die Voraussagen für die Zukunft Italiens ähnlich leicht seien wie die für Deutschland[19].

mocrazia? Il tedesco è antidemocratico per istinto: egli nasce col senso della disciplina e conserva nell'animo, per tutta la vita, la volontà, il desiderio di ubbidire e di rispettare l'ordine. Se i tedeschi non fossero disciplinati e ubbidienti per natura, come avrebbe potuto la Germania resistere a quattro anni di guerra tremenda? La Germania democratica la fanno o la presentano i giornali delle grandi città." [...] [20]

Hitler parlò anche dell'Italia, deplorando che la lotta politica non gli lasciasse tempo di visitare Roma, Firenze ed altre nostre città famose, poi disse che per l'avvenire dell'Italia i pronostici erano facili come per l'avvenire della Germania [21].

15 In Frankreich war am 4.9.1870 die Republik ausgerufen worden.

16 Folgt folgender Kommentar: "Dies bezog sich natürlich auf die von Juden geleiteten oder kontrollierten Zeitungen: von der 'Vossischen Zeitung' Georg Bernhards bis zum 'Berliner Tageblatt' von Theo Wolff. Hier seien nur diese Zeitungen genannt und nicht jene, die von der gleichen Gruppe der 'Vossischen' und des 'Tageblattes' vertrieben wurden (Ullstein und Mosse), oder die aus der Provinz, die keinesfalls weniger wichtig waren."

17 Allgemein zum damaligen Verhältnis Hitler-Mussolini vgl. Dok. 2, Anm. 6.

18 Ende April/Anfang Mai 1931 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini mit MdR Hermann Göring erstmals einen hochrangigen Nationalsozialisten empfangen. Hitler, der schon lange den Wunsch einer Reise nach Italien hegte, verstand dies als Signal. Am 15.10.1931 berichtete der Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, nach Rom, Hitler habe bereits vor einigen Monaten diesen Wunsch an ihn herangetragen. Eine solche Reise solle seine Sympathie für Italien sowie seine Bewunderung für den Duce zum Ausdruck bringen, wie überhaupt den hohen Stellenwert guter deutsch-italienischer Beziehungen. Renzetti erhielt jedoch am 20.11.1931 aus Rom die Weisung, es sei besser, wenn Hitler vorerst nicht nach Italien komme. Erst die damaligen Wahlerfolge der NSDAP durchbrachen für kurze Zeit Mussolinis Ablehnung, so daß er vorschlug, Hitler am 11.12.1931 als privaten Gast der faschistischen Partei zu empfangen. Hitler hatte bereits sein österreichisches Visum erhalten, als Renzetti ihn am 6.12.1931 erneut um eine Verschiebung seiner Reise bat - aus Gründen, 'die nur der Duce kenne', womit wohl die sogenannte Boxheimer Affäre samt ihrer politischen Folgen gemeint war. Während die Spekulationen der Presse über Hitlers Auslandsreisen nicht abrissen, versuchte dieser in immer neuen Anläufen die italienische Seite auf seinen Wunsch aufmerksam zu machen. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 ff.; Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 314 ff.; Alfred Kube, Pour le mérite und Haken-

4. Februar 1932 Dok. 17
Rede auf Reichsführertagung der NSDAP in München[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 121[2].

Nach einer Reihe von Referaten [...] redet der Führer. Er deutet die großen Tagesprobleme nur an, aber so souverän und mit soviel Witz und Überlegenheit, daß alles mitgerissen wird. Er bleibt unbestechlich in seinem Urteil. Jedermann weiß nun, daß die alte Linie eingehalten wird[3].

---

kreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 17 f.; I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981, Doc. 79, 110. Ferner die Berichte des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert; PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

19 Folgt folgender Kommentar: "Ich glaube, der Grund für die Unterbrechung der Unterhaltung lag in dem unruhigen Schweigen von Heß, der neben Hitler den Eindruck von Patroklos erweckte. Als ich den Führer und seinen Stellvertreter aus dem Hotel kommen sah, um in das Auto zu steigen, das schon von der Menge umringt war, sah ich in Wirklichkeit zwei Männer, die gewohnt waren, sich ohne Worte zu verständigen. Als ich später lesen sollte, daß Hitler, nunmehr Kanzler und Führer des Reiches geworden, Heß mit der Vertretung an der Spitze der Partei betraut hatte, wunderte ich mich nicht: Ich dachte zurück an den Elephant."

20 "Il che evidentemente si riferiva ai giornali diretti o controllati da ebrei, dalla Vossische Zeitung, di Georg Bernhard, al Berliner Tageblatt, di Theo Wolff, per non citare gli altri editi dagli stessi due gruppi a cui appartenevano la Vossische e il Tageblatt (Ullstein e Mosse) e quelli di provincia, per nulla minori."

21 "Credo che a far cessare la conversazione abbia a questo punto contribuito l'impaziente silenzia di Hess, che a fianco a Hitler suscita la visione di Patroclo. Quando vidi il Führer e il suo Luogotenente uscire dall'albergo per salire nell'automobile già circondata dalla folla vidi in realtà due uomini usi a comprendersi senza parlare. Il leggere, tempo dopo, che Hitler, diventato Cancelliere e Capo del Reich, aveva incaricato Hess di rappresentarlo alla testa del partito non mi sorprese: ripensai all'Elephant."

1 Im Braunen Haus, Brienner Straße 45. An der Tagung, die vom 2.2. bis 4.2. dauerte, nahmen die gesamte Reichsleitung der NSDAP, alle Gauleiter sowie alle nationalsozialistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten teil. Die Veranstaltung sollte der Vorbereitung des Reichspräsidentenwahlkampfs sowie der Klärung einiger politischer und organisatorischer Fragen dienen, die das sprunghafte Anwachsen der NSDAP mit sich brachte. Neben Hitler sprachen der Reichsorganisationsleiter II der NSDAP, Konstantin Hierl, der in Vertretung des erkrankten Reichsorganisationsleiters I der NSDAP, Gregor Straßer, die Tagung leitete; ferner die folgenden nationalsozialistischen Funktionäre: Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels, der Leiter der Agrarpolitischen Abteilung Richard Darré, der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung Otto Wagener, der Leiter der Reichsbetriebszellen-Abteilung (NSBO) Walter Schuhmann, Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, Reichsgeschäftsführer Philipp Bouhler, der Leiter des Personalamts Wilhelm Friedrich Loeper, der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses Walter Buch und der Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters I Paul Schulz.

2 Vgl. auch National Zeitung vom 2.2.1932, "Die Gerüchte über Hitlers Kandidatur"; NSK vom 3.2.1932, "Reichsführertagung der NSDAP"; Münchner Neueste Nachrichten vom 4.2.1932, "Führertagung der N.S.D.A.P."; National Zeitung vom 4.2.1932, "Die Führertagung in München"; Vossische Zeitung vom 4.2.1932 (MA), "Die 'Führer' im Braunen Haus"; Der Nationalsozialist vom 5.2.1932, "Hitler allein führt!"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5.2.1932, "Abschluß der Führertagung der N.S.D.A.P."; Illustrierter Beobachter vom 20.2.1932, "Paroleausgabe im Braunen Haus".

3 Die nationalsozialistische Presse berichtete relativ zurückhaltend über diese Veranstaltung, der *Völkische Beobachter* war damals allerdings verboten. Daß Hitler selbst sprach, ist lediglich in den Tagebüchern von Goebbels überliefert. Dort ist auch vermerkt, daß er am 2.2. bei einer "Konferenz der Amtsleiter" eine "Darstellung der Lage" gegeben und am Abend des 4.2. mit den Gauleitern "noch einmal die Einzelheiten der politi-

5. Februar 1932 — Dok. 18
"An alle Reichsredner[1]"
Aufruf

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift Bormanns; Nds. HStA Hannover, Hann. 310 II A, 37 II.

In den kommenden Wochen beginnen die vielleicht letzten großen Entscheidungskämpfe. Die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl[2] sowie der Wahl zum preußischen Landtag[3] ist eine ausschlaggebende[4]. Die Größe des Erfolges hängt ab von der Wirksamkeit unserer Propaganda[5]. Ein durchschlagender Erfolg kann nur erzielt werden, wenn sämtliche Reichsredner von der Reichspropaganda-Leitung[6] einheitlich verteilt und eingesetzt werden können.

---

schen Situation" besprochen habe. Möglicherweise resultierte die Zurückhaltung der Presse aus Hitlers Zögern, der sich noch immer nicht endgültig für eine Kandidatur um das Reichspräsidentenamt entschieden hatte, was für erhebliche Unruhe in der NSDAP sorgte. Goebbels' Bemerkung ist denn vermutlich auch Ausdruck seiner Hoffnung, daß sich Hitler doch noch hierzu entscheiden würde. Vgl. Dok. 29, Anm. 4 sowie den Eintrag vom 29.1.1932 im Tagebuch des Staatssekretärs im Reichsministerium der Finanzen, Hans Schäffer: "*Schleicher* erzählt darauf, es gehe jetzt in München im 'Braunen Haus' sehr merkwürdig zu. Die Unterführer bestürmten *Hitler*, er solle selbst als Bewerber um die Reichspräsidentenschaft auftreten. Es will das aber unter keinen Umständen tun. Es wäre geradezu grotesk, wenn man sich ihn als Reichspräsidenten vorstellte. Er sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit 'ja' oder 'nein' antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherredete. Er wisse sicher auch gar nicht, was er wolle." Druck: Politik und Wirtschaft, Bd. 2, Dok. 415.

1 1928 hatte der Gauleiter des Gaues Oberbayern(-Schwaben) Fritz Reinhardt begonnen, den Rednernachwuchs der NSDAP systematisch zu schulen. Nachdem Reinhardts Schule in Herrsching am 10.6.1929 offiziell den Status einer Reichsrednerschule der NSDAP erhalten hatte (seit 15.11.1930: Reichspropaganda-Abteilung II), konnte diese Institution bis 1933 - zumeist in Fernkursen - etwa 6.000 nationalsozialistische Funktionäre rhetorisch ausbilden, die damit den Status von "Reichsrednern" erhielten. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 69 f. sowie Bd. IV/1, Dok. 22.

2 Obwohl das Scheitern von Brünings Plan, Hindenburgs Amtszeit als Reichspräsident auf parlamentarischem Weg zu verlängern, dessen Vertrauen zu Brüning nachhaltig erschüttert hatte, erklärte Hindenburg am 27.1. 1932, "wenn das Volk ihn zum Reichspräsidenten wieder haben wolle, dann könne er sich dem natürlich nicht entziehen". Auch einen Rücktritt Brünings, der einer Wiederwahl Hindenburgs durch die Rechtsparteien nicht im Weg stehen wollte, lehnte er entschieden ab. Tags darauf schränkte er gegenüber Brüning allerdings ein, seine Kandidatur dürfe nicht "auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Rechten" stoßen und seine Wiederwahl müsse "im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden". Nach weiteren vergeblichen Verhandlungen insbesondere mit DNVP und Stahlhelm erklärte sich Hindenburg offiziell erst am 15.2.1932 zu einer Kandidatur bereit, nachdem der zu seiner Wiederwahl konstituierte Hindenburg-Ausschuß hierfür drei Millionen Unterschriften gesammelt hatte. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 646, 657, 665, 666, 673; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff. Ferner Dok. 6, Anm. 5 und Dok. 12, Anm. 6.

3 Die letzte preußische Landtagswahl hatte am 20.5.1928 stattgefunden; am 14.3.1932 bestimmte der Ständige Ausschuß des preußischen Landtags den 24.4. zum Wahltag. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 769.

4 Hitler hatte sich zum damaligen Zeitpunkt noch nicht entschieden, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vgl. Dok. 29, Anm. 4.

5 Für die Reichspräsidentenwahl wurde die nationalsozialistische Propaganda, die Goebbels mit Hitler während der Reichsführertagung der NSDAP festgelegt hatte, durch deren Reichspropaganda-Abteilung straff und einheitlich organisiert: Plakate, Wahlzeitungen und Schlagwörter wurden nach zentralen Vorbildern ausgerichtet. Allein für die letzten beiden Wochen vor dem Wahltag waren im gesamten Deutschen Reich rund 50.000 Mas-

Ich ordne daher an:

Alle Reichsredner haben für die Dauer der Reichspräsidenten- und der Preußenwahl - abgesehen von ihrer sonstigen rednerischen Tätigkeit - mindestens 30 Termine der Reichspropaganda-Leitung zur Verfügung zu stellen. Die Anordnungen der Reichspropaganda-Leitung sind unbedingt zu befolgen. Ich erwarte von allen Reichsrednern, daß sie aus eigener Einsicht ihr allerhöchstes tun, um den entscheidenden Sieg herbeizuführen. Vom obersten Führer bis zum letzten Mann gibt es nun nur noch ein einziges Handeln der höchsten Disziplin sowie der bedingungslosesten Einfügung in die getroffenen Anordnungen [*sic!*].

München, den 5. Februar 1932

gez. *Adolf Hitler*

Für die Richtigkeit
Bormann[7]

senkundgebungen geplant, außerdem sollten ca. 8.000.000 Broschüren, 12.000.000 Zeitungs-Extraausgaben und 1.000.000 Bildplakate eingesetzt werden. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 95 ff.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 121 f. Ferner Dok. 17 sowie VB vom Februar 1932 (Sonder-Nummer), "Das Signal zum Angriff!".

6 Am 16.9.1926 hatte Gregor Straßer die Leitung der Propaganda-Abteilung übernommen, am 2.1.1928 jedoch faktisch an seinen Geschäftsführer Heinrich Himmler abgegeben. Nach den kümmerlichen Anfängen, die geprägt waren vom dilettantisch-bürokratischen Führungsstil Himmlers, gewann die nationalsozialistische Propaganda erst professionellen Charakter, als Joseph Goebbels am 27.4.1930 mit der Leitung dieser Abteilung beauftragt wurde. Obwohl dem Berliner Gauleiter vorerst nur ein Teil der propagandistischen Kompetenz der NSDAP unterstellt war, gelang es ihm, einen Propagandaapparat zu organisieren, der sich dem aller übrigen deutschen Parteien überlegen zeigte - ungeachtet der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der NSDAP und der geringen personellen Ausstattung dieser Abteilung (Ende 1931 zehn hauptamtliche Kräfte). Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 64 ff. sowie Bd. II/1, Dok. 29; Bd. II/2, Dok. 198, 204, 211, 212; Bd. III/3, Dok. 38.

7 Martin Bormann (1900-1945), 1919 landwirtschaftlicher Eleve, 1920 Inspektor auf einem mecklenburgischen Gut, 1922/23 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1924 wegen Beteiligung an einem Fememord zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, danach Mitglied des Frontbanns, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Gaupresseobmann in Thüringen, 1928 Gaugeschäftsführer der NSDAP in Thüringen, 1928-1930 dem Stab der Obersten SA-Führung zugeteilt, Gründer und Leiter der "Hilfskasse der NSDAP", 1933-1941 Stabsleiter des "Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß, Reichsleiter der NSDAP, 1941 Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, April 1943 "Sekretär des Führers", 1945 Selbstmord, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg in absentia zum Tode verurteilt.

9. Februar 1932 Dok. 19
Rede auf SA-Versammlung in Berlin [1]

VB vom 11.2.1932, "'Wir haben an Stelle der eisernen Front die lebendige Front'" [2].

S.A.-Kameraden!

Ich bin gekommen, um Sie zu begrüßen und Ihnen zugleich zu danken. Vor vielleicht einem Jahre, da hatten gewisse Kreise und ihre Presse die Hoffnung, daß nunmehr der Augenblick des Zerfalls der nationalsozialistischen Bewegung und insbesondere der Augenblick der Auflösung der S.A. gekommen sei [3]. Sie kennen selbst die *Flut der unwahren Meldungen,* die damals in die Öffentlichkeit gejagt worden sind [4], mit dem ausgesprochenen Zwecke, das Vertrauen zur Führung zu untergraben und das Vertrauen der Führung zur S.A. zu erschüttern. Ich danke Ihnen daher, daß Sie heute hierher gekommen sind, meine Kameraden! Denn ich glaube, das ist nach rund einem Jahre die Antwort, die niemand weglügen und wegleugnen kann. *Die S.A. Berlins steht und wird durch nichts erschüttert und gebrochen.*

Bei Gründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns klar, daß die schönste Idee so lange zwecklos bleibt, solange sie nicht *ihre Verwirklichung in der lebendigen Masse des Volkes* findet. Damals haben wir die großen Grundsätze unserer Bewegung aufgestellt.

---

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nach 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa eine Stunde. An der Versammlung nahmen, so die Vorlage, ca. 15.000 SA-Männer teil.
Zum Versammlungsablauf bemerkt die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*: "Im Innenraum und auf den Rängen waren die Stürme aufmarschiert, an ihrer Spitze die sechs Standarten der Gruppe Berlin-Brandenburg. Außer den SA-Mitgliedern wurden *nur die Presse* und *geladene Gäste* zugelassen; anwesend waren u. a. Vertreter der Botschaften bzw. Gesandtschaften von Amerika, Italien, Ungarn, Bulgarien, Türkei, Bolivien, Schweden, Lettland, Finnland und Norwegen. Kurz nach neun Uhr erschien Hitler, begleitet vom Stabschef *Röhm*, Gruppenführer Graf *Helldorf* usw. Auch Prinz August Wilhelm war anwesend. Graf Helldorf meldete die SA, worauf Hitler das Wort nahm."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.2.1932, "15.000 Berliner SA-Männer stehen vor dem Führer"; Berliner Tageblatt vom 10.2.1932 (MA), "'Der Führer'"; Deutsche Zeitung vom 10.2.1932, "Appell der SA Berlin und Brandenburg"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 10.2.1932, "Hitler sprach im Sportpalast"; Vorwärts vom 10.2.1932 (MA), "Hitler-Parade in Berlin"; Vossische Zeitung vom 11.2.1932 (MA), "Weshalb SA-Appell?". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 125 sowie J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 204 f.

3 Anspielung auf die sog. Stennes-Revolte. Im Auftrag Hitlers hatte Röhm am 1.4.1931 Walter Stennes als OSAF-Ost abgesetzt, tags darauf wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. Damit sollte auch gegenüber den Teilen der SA ein Zeichen gesetzt werden, die im Gegensatz zu Hitler mit dem Gedanken einer revolutionären Machtübernahme sympathisierten. Stennes versuchte daraufhin, die Führung der NSDAP in Berlin und Ostdeutschland an sich zu reißen, indem er noch am selben Tag die Räume der Berliner Gauleitung und des *Angriffs* besetzte. Nach wenigen Tagen setzte sich die Reichsleitung der NSDAP jedoch endgültig gegenüber Stennes durch. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984, S. 73 ff. sowie Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115., Bd. IV/2, Dok. 18.
Zum Prozeß Stennes' gegen Hitler vgl. Dok. 9.

4 Zur Reaktion der Presse auf die Abspaltung der Stennes-Gruppe von der NSDAP vgl. Moreau, Nationalsozialismus, S. 80 f.

Nationalismus bis zur äußersten Hingabe, Persönlichkeitswert im Sinne höchster Autorität des Führergedankens und Kampfbereitschaft bis zur Selbsthingabe und bis zur Selbstaufopferung.

Sie haben seitdem in Deutschland das *große Wunder des Werdens des Wachsens, Ausbreitens unserer Bewegung erlebt.* Diese drei Grundsätze sind heute bereits Millionen Menschen in Fleisch und Blut übergegangen. Hunderttausende leben nach ihnen und sind bereit, für sie zu kämpfen. *Auf der Basis dieser Grundsätze ist die größte Organisation aufgebaut worden, die es als politische Bewegung in Deutschland überhaupt jemals gegeben hat*[5]. Wir werden am Ende des nächsten Monats *die erste Million eingeschriebener Mitglieder* zählen[6], und wir wissen, daß jeder Nationalsozialist, der sich offen als Kämpfer zu uns bekennt und in unsere Reihen sich freiwillig einreiht, mindestens 20 andere hinter sich sieht.

Daß unsere Bewegung berufen ist, das deutsche Schicksal zu wenden, geht vielleicht am eindeutigsten aus der Haltung unserer Gegner selbst und aus dem Umfang und der Art ihres Kampfe gegen unsere S.A. hervor.

Es ist unser Stolz und unsere Ehre, von allen Feinden des Vaterlandes in- und außerhalb der Grenzen am meisten gehaßt zu werden.

Sie täuschen sich, wenn sie glauben, durch die Flut ihrer Lügen und Verleumdungen uns bedrücken oder durch den Haß einschüchtern zu können.

Im Gegenteil! Es gibt eine "öffentliche Meinung", von der wir nicht gepriesen werden möchten und die wir lieber als Gegner sehen, weil wir einmal auch *als Gegner mit ihr abrechnen werden.*

Auch die Bewegung hier in Berlin mußte vier Stadien überwinden[7]. Das erste war die *Periode des Totschweigens* durch unsere Gegner. Dann begann man die ihnen verhaßte Organisation *lächerlich zu machen,* wie es vielleicht am meisten die S.A. hat erleben müssen. Aber das Lachen, meine Kameraden, ist den Herrschaften jetzt schon gründlich vergangen. Sie mußten dann zu anderen Waffen greifen, *zur Lüge und Verleumdung.* Damit setzte die zweite große Kampfepoche besonders wieder gegen die S.A. ein, wie Sie es hier vor allem im Zentrum dieses Kampfes erlebt haben. Lügen und Verleumdungen, so daß man nur staunen muß über das geduldige Papier. Was hat man hier zusammengelogen! Vor einem Jahr noch, da hieß es, die Partei sei im Zerfall, die S.A. im Zerfall. Da hieß es weiter, die S.A. meutert und umgekehrt, der Führer löst die S.A. auf[8]. Man ging sogar dazu über, einen Kampf zwischen der Führung,

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, ferner 3, 6 und 10.

6 Die NSDAP vergab im Februar 1932 die Mitgliedsnummer 900.000, im März 1932 die Mitgliedsnummer 950.000 und im April 1932 die Mitgliedsnummer 1.000.000. Die parteieigene Statistik der NSDAP wies bis zum 30.1.1933 allerdings im ganzen nur 849.009 Parteieintritte aus. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352; Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O., o. J., S. 12 sowie Dok. 1, Anm. 7 und 8.

7 Zur Frühgeschichte der NSDAP in Berlin vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

8 Hitler hatte bereits am 1.9.1930, nach den ersten Unruheerscheinungen innerhalb der SA, deren Führung persönlich übernommen. Anstelle des bisherigen Obersten SA-Führers, Franz Pfeffer von Salomon, fungierte sein Nachfolger Ernst Röhm lediglich als Stabschef der SA, der Hitler unterstellt blieb. Vgl. Bd. III/3, Dok. 99 ff.

zwischen dem Stabschef und dem Führer, zwischen der S.A.-Führung und der politischen Leitung zu konstruieren[9].

Und die Antwort, Kameraden!

In einem Jahr haben wir, ich und mein Stabschef, die Organisation hergestellt, so wie sie nun dasteht. Allen diesen Lügnern als Antwort! Sie werden natürlich das Lügen damit nicht aufgeben. Aber wir geben auch die Arbeit nicht auf!

Und was ist nun das Ergebnis?

Die Organisation ist härter und selbstbewußter als jemals zuvor. Sie ist durch ein ununterbrochenes Fegefeuer von Angriffen und Lügen gegangen, daß sie heute überhaupt nicht mehr angreifbar ist.

Und dann kam die vierte Periode des Kampfes, den die S.A. am schwersten auf sich nehmen mußte. Die Epoche des *Terrors.* Sie wissen gerade in dieser Stadt, wie der Terror sich ausbreitete. Sie kennen die Blutzeugen dieses Terrors in unserer Bewegung[10], und wieder können wir sagen: Es ist vergeblich gewesen. Sie haben uns viele Dutzende von rückwärts erstochen, erschossen und erschlagen und haben viele Tausende verletzt[11].

Aber aus 70.000 Mann vor einem Jahr sind heute nahezu 400.000 geworden[12]. Das ist der Erfolg und das Ergebnis.

---

9 Vgl. z. B. Hitlers Dementi vom 30.7.1931. Druck: Bd. IV/2, Dok. 13.

10 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12. Zum Verlauf der gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen in Berlin vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 305 ff.

11 In seinem Bericht Nr. II 1420 a 1 B/7.12. vom 15.2.1932 informierte der Preußische Minister des Innern den Reichsminister des Innern über seine Ermittlungen zu einer Liste der NSDAP über angebliche Überfälle durch politische Gegner. Von den genannten 121 Fällen hätten fünf nicht in Preußen stattgefunden, 17 Fälle seien der Polizei unbekannt, 21 erschienen recht zweifelhaft, in sechs Fällen handele es sich um private Streitigkeiten, in drei Fällen um Unfälle und in 14 Fällen seien "Nationalsozialisten als Urheber der Zusammenstöße anzusehen". "Hiernach verbleiben von den in der Liste aufgeführten 121 Fällen weniger als die Hälfte, nämlich 55, in denen man zwar nicht immer von Überfällen, so doch jedenfalls von Zusammenstößen mit politischen Gegnern sprechen kann, die wohl von diesen hervorgerufen sein könnten. Wie ich bereits aus Anlaß der Übersendung der Stahlhelm-Liste bemerkt habe, sind auch von den angeblichen Überfällen auf Nationalsozialisten eine größere Anzahl recht unbedeutender Natur; in vielen dieser Fälle haben die Verletzten nicht einmal Anzeige bei der Polizei erstattet." [...] "Im übrigen muß nicht selten auch der Verdacht geäußert werden, daß Nationalsozialisten derartige Überfälle erfinden, um sich in den Genuß der SA-Versicherung zu setzen." Zu einem ähnlichen Ergebnis kam der Abschlußbericht Nr. I A 2100/28.1.II. des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932, in dem die entsprechenden Berichte der Länder zusammengefaßt wurden. BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792 und 25793/1. Vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 71 und 86.

12 Nach parteieigenen Angaben zählte die SA im Januar 1932 290.000 Mitglieder, jedoch erst im Juni desselben Jahres 397.000 Mitglieder. Vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 159 sowie Dok. 1, Anm. 9.
Vgl. auch den Bericht der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern Nr. 2100 d/30.1.- e.f. vom 18.2.1932, in dem es u. a. heißt: "Was die Stärkezahlen angeht, so kann Hitlers Angabe, die SA sei 300.000 Mann stark (Hitlers Neujahrsbotschaft 1932 im Völkischen Beobachter 1/2 vom 1./2. Januar 1932) wohl zutreffen, wenn man die zahlenmäßig nachgewiesene Novemberstärke 1931 von 221.136 Mann auf den 1. November 1931 bezieht und eine gleiche monatliche Steigerung von rund 29.000 Mann monatlich (wie von Oktober zu November 1931) nimmt. Die von Hitler bei dem Berliner SA-Appell am 9. Februar 1932 genannte Zahl von 400.000 'Kämpfern' erscheint nur erklärlich, wenn die SS, die Hitler-Jugend und andere Sonderorganisationen (NSKK, NSDStB) einbezogen werden." Vgl. auch Staat und NSDAP, Dok. 59 a.

Auch dieser Terror wird genau so überwunden werden, wie wir bisher alle Gefahren überwunden haben. Und wenn uns heute eine sog. "eiserne" Front[13] mit grimmigen Redensarten bedroht,

so haben wir an Stelle der "eisernen" Front eine lebendige Front.

Ich weiß nicht, wozu mehr Eisen gehört, unter der offiziellen Sonne zu blühen und zu gedeihen oder im Sturme des ewigen Angriffes zu dem zu werden, was wir heute sind.

Wenn jemand in Deutschland von Eisen reden kann, meine Kameraden, das Eisen der deutschen Nation, das seid Ihr, Ihr ganz allein! Die anderen mögen von Eisen reden, wir werden ihnen einmal unsere Güte beweisen.

Wir können mit der größten Zuversicht den kommenden Ereignissen entgegensehen. Unsere Gegner wissen eines nicht: Je unbegrenzter bei uns die Freiheit des Geistes ist, um so schärfer ist die Disziplin und Geschlossenheit der Organisation. Wer diese Organisation kennt, der weiß, daß es in ihr nicht das gibt, was das Leben der anderen politischen Parteien ausmacht, die sich den Kopf darüber zerbrechen, welche Entscheidungen wir jetzt treffen werden[14]. Die Herren bemühen sich vergeblich. *Unser Entschluß wird zur richtigen Zeit getroffen und zur richtigen Zeit bekanntgegeben.* Ich weiß, daß in Deutschland eine Millionenpartei voll Begeisterung aufschreien wird über unseren Entschluß, und ich weiß es vor allem von Euch meine Kameraden, denn etwas vergessen unsere Gegner: Sie glauben, daß alles bei uns nach Befehlen geschieht.

Meine Freunde, wenn Ihr heute hier steht, dann weiß ich, was Euch hergeführt hat. Es ist nicht ein toter Befehl, es ist Euer eigener Wille. Es ist Euer eigener Glaube, Euer eigenes Inneres, das Euch herführt, genau wie mich der Glaube an Euch hierhergeführt hat! Das verstehen unsere Gegner nicht, daß es über den toten Befehlen noch etwas anderes gibt, etwas Lebendiges, von dem die anderen Parteien keine Ahnung besitzen. Daher verstehen Sie auch nicht das Übereinstimmen in unserem Denken.

Mein lieber S.A.-Mann, was Du im Augenblick von der kommenden Wahl[15] denkst, das weiß ich, und Du weißt auch, was ich darüber denke.

Wenn irgendeine Bewegung mit eisigster Ruhe den Entscheidungen entgegensehen kann, dann ist es die unsere ganz allein. Wir haben 12 Jahre lang gearbeitet, in guten und in sehr schlechten Zeiten. Wir sind dieser Bewegung treu geblieben in Zeiten des Aufstiegs und in Zeiten der Not, und in diesem schweren Kampf ist auch eine Organisation entstanden, die heute *selbstbewußt und zuversichtlich* sein kann.

Wir haben getan, was Menschen überhaupt nur tun konnten. Und nun vertrauen wir dem Schicksal, daß es die Arbeit von uns nicht verdammen, sondern segnen wird. Daß es aus der Arbeit und aus den Opfern, aus der Not und dem Tod so vieler unserer Kameraden das erwachsen läßt, was wir uns alle ersehnen und war wir uns alle erhoffen:

An Stelle des Regiments der Parteien des Novembers 1918[16] *ein neues Deutsches Reich!*

Dieses neue Reich muß zuerst seine neuen Bürger haben, und das Ehrenkleid dieser Bürger wird eine andere Farbe haben als die Parteikleider von jetzt.

---

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

14 Vgl. Dok. 18, Anm. 4, Dok. 17, Anm. 3, ferner Dok. 29, Anm. 4.

15 Anspielung auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl und die preußische Landtagswahl. Vgl. Dok. 18, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 29, Anm. 4.

16 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Es kommt die Stunde, da wird das Braun[17]*, das man heute verpönt*[18]*, durch ganz Deutschland leuchten, und aus 400.000 Deutschen werden dann viele Millionen geworden sein.*

Man hat Euch wohl das Hemd ausgezogen, aber in Euren Augen blitzt überall das Feuer, und ich sehe an Eurer Stirn *denselben Willen und Entschluß*. Ihr marschiert heute vor Euren Standarten[19] und Adlern[20], tragt vor Euch Eure Sturmfahnen. Meine Kameraden vergeßt nicht, daß einst diese Adler zu Tausenden durch ganz Deutschland getragen werden müssen und daß hinter diesen Adlern und Zehntausenden von Fahnen einmal das ganze deutsche Volk marschieren muß und marschieren wird.

Ich baue auf Euch meine Kameraden! Baue auf Euch blind und bin überzeugt, daß Ihr genau so in höchstem Gehorsam und in höchster Pflichterfüllung Eure Leistungen vollbringen werdet zu diesem großem Werk der Zukunft!

S.A. Berlin! Sieg Heil[21]*!"*

---

17 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

18 *Erste* Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 Uniformen für politische Verbände generell verboten. Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten, versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot auf der Grundlage von § 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 durchzusetzen. Daraufhin erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) erneut Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Nach langen Diskussionen vereinheitlichte die Reichsregierung schließlich in Teil acht, Kapitel II ("Uniformverbot") der *Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten* vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen für *alle* deutschen Länder; § 1 lautete: "(1) Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. (2) Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2077, Anm. 2; Pyta, Gegen Hitler, S. 294 ff., 341 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 610 ff. Druck der Verordnungen des Reichspräsidenten: RGBl. 1931, I, S. 79 ff., 743 f.

19 Als Erkennungszeichen für die SA waren die ersten Standarten am 28.1.1923 verliehen worden. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 wurde die Form der Standarten vereinheitlicht und als eine Art Feldzeichen für alle SA-Verbände eingeführt. Vgl. Halcomb, S.A., S. 247 ff.

20 In Anknüpfung an die römischen Legionsadler trugen die SA-Standarten an ihrer Spitze ein, von einem Eichenlaubkranz umzogenes, Hakenkreuz, das von einem goldenen Adler gehalten wurde. Das alte Herrschaftssymbol des Adlers besaß antike Wurzeln, verkörperte aber ebenso die deutsche Reichstradition, die heraldisch auch vom damaligen Deutschen Reich fortgeführt wurde. Die offizielle, von Hitler selbst entworfene Symbolik der NSDAP versuchte an beide Traditionen anzuknüpfen, wobei die Behauptung, daß es sich bei diesem Wappentier um eine altes "arisches Symbol" handele, eine zusätzliche Begründung lieferte. Zusammen mit den übrigen beiden Komponenten - Hakenkreuz und Eichenkranz - entwickelte sich der Adler zu einem Erkennungszeichen der NSDAP, das anfangs etwa bei den SA-Standarten oder auf der Titulatur des *Völkischen Beobachters* eingesetzt wurde, seit 1927 beispielweise auch auf Ansteckzeichen, seit 1928 auf dem Koppelschloß der SA und seit 1930 auf den Dienststempeln der NSDAP. Vgl. Halcomb, S.A., S. 250 ff.; Tyrell, Führer befiehl, S. 46 f.

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungablauf. Hierzu bemerkt *Der Angriff*: "Der *Präsentiermarsch* schmetterte durch die Riesenhalle, und der Führer beginnt die Front abzuschreiten. Direkt neben dem Führer sit-

10. Februar 1932 Dok. 20
Rede auf SS-, HJ-, NSDStB-, NSKK- und NSDAP-Amtswalter-Versammlung in Berlin[1]

Der Angriff vom 11.2.1932, "'Wir sind keine Bürger von 1918!'"[2].

Kameraden!

Der Zweck und die Aufgabe unserer Bewegung wird uns mit dem Augenblick klar, da wir den Blick hierher wenden und die Jugend sehen, die heute dem Verderben geweiht wäre ohne unsere Bewegung. Zwei eurer Kameraden, ihr Jungen, wurden draußen erschlagen, von feiger Mörderhand gemeuchelt[3]. Aber wir wissen, der Tag kommt, da wir Rechenschaft fordern!

[...][4]

Dann spricht der Führer von den ersten Monaten der Bewegung, von der Zeit, da noch wenig Jugend in den Reihen stand[5].

---

zen auf ihrer Ehrentribüne *die Verwundeten* der SA. Jedem reicht Adolf Hitler die Hand, und unter der erschütternden Gewalt seines mächtigen Auges schießt den tapferen Jungens das Wasser in die Augen. Sie werden diesen Tag nie vergessen. *Genau zwei Stunden* dauert das Abschreiten der Fronten trotz der viergliedrigen Aufstellungen in der Arena. Immer wieder hält der Führer an und spricht mit einzelnen Kameraden. Als er endlich oben im dritten Rang bei der *Horst-Wessel-Standarte* angelangt ist, hallt dröhnend und ergreifend das herrliche Lied des zum Symbol für alle Toten gewordenen Sturmführers durch den Saal. Die Uhr geht auf zwölf Uhr, als der Stabschef der SA, Hauptmann Röhm, in kurzer packender Ansprache der *freudigen Genugtuung* über das geschaffene Werk Ausdruck gibt und dem Führer aufs neue die *unerschütterliche Kampfestreue* der SA gelobt."

1 In den Tennishallen, Brandenburgische Straße 53 (Bezirk Wilmersdorf), abends. Die Versammlung, an der etwa 7.000 Angehörige der o. g. NS-Organisationen teilnahmen, sollte die Ansprache vor der Berliner SA am 9.2.1932 ergänzen (vgl. Dok. 19); aus Platzgründen war es an diesem Tag nicht möglich gewesen, jene Organisationen in die Veranstaltung zu integrieren. Vor Beginn seiner Rede schritt Hitler etwa eine Stunde lang die Front der angetretenen Formationen ab, die wegen des Uniformverbots in Zivil angetreten waren. Die Teilnahme des NSS war kurz vor Beginn der Versammlung durch das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verboten worden. Im Anschluß an Hitlers Rede sprach der Stabschef der SA Röhm.

2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 10.2.1932, "'Der Führer'"; VB vom 12.2.1932, "Der zweite Berliner Appell vor Adolf Hitler". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 125 f. sowie Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 215 ff.

3 Gemeint sind: Herbert Norkus (1916-1932), Realschüler, 1931 Eintritt in die HJ, am 24.1.1932 bei einer HJ-Propagandaaktion erstochen.
Georg Preiser (1913-1932), Lehrling, 1931 Eintritt in die HJ, Kameradschaftsführer, am 7.2.1932 bei einer politischen Auseinandersetzung erschlagen.
Wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung von Norkus wurden am 14.7.1932 die Kommunisten Georg Stolt und Werner Seeburg sowie der Anhänger des ehemaligen Berliner SA-Führers Walter Stennes, Johannes Kuhlmann zu drei Jahren und der Kommunist Werner Post zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kommunist Ernst Kuhli und der Stennes-Anhänger Rudolf Gundel erhielten ein Jahr Gefängnis. Vgl. Der Angriff vom 23.1.1932, "Der Meuchelmord an dem Hitlerjungen. Schlesischer SA-Mann erschlagen"; vom 8.2.1932, "Hitlerjunge von Rotmord erschlagen! Reichsbanner schießt SA.-Leute nieder"; Frankfurter Zeitung vom 16.7.1932, "'10 Liter Bier für ein Menschenleben'" sowie Striefler, Kampf um die Macht, S. 363 f.

4 "Wie ein Aufschrei der Erlösung und der Wut geht es durch die jungen Menschen."

Vor zwölf Jahren waren es wenige Männer, dazu kamen dann bald ein paar meiner Kriegskameraden. Heute sind es allein 400.000 aktive Kämpfer in der SA und SS[6]!

Furchtbares haben die Vorkämpfer unserer Bewegung erdulden müssen. Aber an dem *Leidensweg* kann man am besten ermessen, zu welch großer Mission unsere Sache bestimmt ist.

Wir haben *alle* Stadien des Kampfes unserer Gegner durchlebt, von der *Nichtachtung* über *Lächerlichmachung, Lüge und Verleumdung* bis zum blutigsten *Terror.*

Aber nur in *schärfstem Kampf* werdet ihr Männer. Heute, Jungen, seid ihr noch *Knaben*, aber indem ihr schon jetzt Teil habt an dem Kampf für euer Volk, werdet ihr Männer werden, auf die ein Volk stolz sein wird.

Ihr werdet geschmäht von den Feinden Deutschlands. *Seid stolz darauf, von jenen beschimpft zu werden, die das Kainszeichen des Brudermordes*[7] *auf der Stirne tragen.* Seid glücklich, nichts mit diesen gemein zu haben!

Es ist kein Feigling unter euch, denn was sollte ihn zu euch ziehen, zu euch, die ihr nichts habt als *Leiden, Verfolgung, Terror* und *den Tod!*

[...][8]

Wundern Sie sich nicht, wenn einer dieser Jungen ohnmächtig wurde. Wer weiß, wann er zum letzten Male etwas zu essen bekam. Es gehört schon ein großer Idealismus dazu, Stunden und Stunden hier zu stehen mit leerem Magen. *Ein Idealismus, von dem die anderen keine Ahnung haben!*

Dann spricht der Führer von den zwölf Jahren des Kampfes, die hinter uns liegen.

Wir haben *zwölf Jahre* gewußt, wofür wir kämpfen, und glauben Sie sicher, wir werden es im *dreizehnten Jahre*, im Jahre der *Entscheidung*, nicht vergessen, was unser Ziel war!

Wir scheuen nicht jene Männer, die sich die *'Eisernen'* nennen[9], um sich Mut zu machen. Wir gehen unseren Weg nach dem Buchstaben des Gesetzes[10]; wenn aber jene dieses Gesetz vergessen, wie sie es 1918 vergaßen[11], so stehen wir ihnen entgegen, keine bürgerliche Front, wie sie ihnen damals gegenüberstand. Was ihnen heute entgegensteht, ist der *Wille der Nation!*

Was wir für Deutschland erkämpfen, das haben wir heute schon aufgebaut. Wenn ich das Resultat der Lügen des letzten Jahres überblicke, dann kann ich *zufrieden sein.* Je ärger die Lügen wurden, desto fester wurde die Disziplin in unseren Reihen, desto stärker wurde unsere Bewegung!

Wenn einmal unsere Adler[12] durch Deutschland getragen werden, dann sollen die Adler Brandenburgs[13] mit an der Spitze sein![14]

---

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 90. Zur Entwicklung der nationalsozialistischen Jugendorganisationen vgl. Bd. IV/1, Dok. 106 und Bd. IV/2, Dok. 59.

6 Zur damaligen Größe der SA vgl. Dok. 19, Anm. 12.
Die SS besaß nach parteiinternen Angaben am 31.12.1931 eine Stärke von 14.964 Mann. Vgl. Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn [4]1990, S. 80 f., Anm. 8.

7 Anspielung auf 1. Mose 4, 15.

8 "Atemlose Stille! Ein dumpfer Fall; ein Hitler-Junge ist zusammengebrochen. Kameraden tragen ihn hinaus. Einen Augenblick lang schweigt der Führer."

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

11 Vgl. Dok. 12, Anm. 24.

14. Februar 1932 Dok. 21
Rede auf Führertagung des Gaues München-Oberbayern der NSDAP in München [1]

VB vom 17.2.1932, "Hindenburg als Schildträger der rot-schwarzen Katastrophenfront" [2].

Es sind Wunder geschehen. Generalfeldmarschall von Hindenburg wird gegenwärtig von den Crispien[3], Barth[4] und Genossen als der einzig mögliche Präsidentschaftskandidat hingestellt[5]. Das ist unsere Erziehungsarbeit; ich hätte gar nicht gedacht, daß die Sozialdemokratie jemals so patriotisch, so militaristisch werden würde [6]. Auch auf anderen Gebieten zeigt sich unsere

---

12 Vgl. Dok. 19, Anm. 20.

13 Eine doppeldeutige Anspielung, die sowohl auf die Feldzeichen der brandenburgischen SA-Standarten (vgl. Dok. 19, Anm. 19 und 20) wie auch auf das traditionelle heraldische Symbol Brandenburgs, einen roten, goldbewehrten Adler auf silbernem Schild, Bezug nimmt.

14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Am 13./14.2.1932 verhandelte Göring in Berlin im Auftrag Hitlers mit Seldte, Duesterberg und Hugenberg über dessen Vorschlag, die Harzburger Front geschlossen für eine Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen, falls dieser das Kabinett in ihrem Sinne umbilden werde. Den Verhandlungspartnern war es jedoch unmöglich, sich auf eine gemeinsame Kabinettsliste zu einigen, da Göring von vorneherein das Amt des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers und des Reichswehrministers für die NSDAP forderte. Daraufhin beschloß man, jeweils eigene Kandidaten aufzustellen, wobei Göring eine Kandidatur Hitlers ankündigte. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 203 ff.; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 436; Weiß/Hoser (Hrsg.), Die Deutschnationalen, S. 178.

1 Im Franziskanerkeller, Perusastraße 5, nach 14.15 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner geleiteten Tagung nahmen laut *VB* "mehr als 1.000 Ortsgruppen- und SA-Führer, Propaganda- und Pressewarte usw." teil.

2 Vgl. auch VB vom 17.2.1932, "Die Bewegung ist zum Endkampf gerüstet".

3 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der *Königsberger Volkszeitung*, 1906-1912 Redakteur der *Volkswacht* Danzig, 1912-1914 Redakteur der *Schwäbischen Tagwacht* Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift *Der Sozialdemokrat*, 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1919 bis Januar 1920 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

4 Emil Barth (1879-1941), Klempner, 1914 Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbands, 1917 Mitbegründer der Organisation der revolutionären Obleute in Berlin, November bis Dezember 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten (USPD), 1921 Sekretär der Berliner freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, 1922 Eintritt in die SPD.

5 Die SPD begann seit Januar ihre Anhänger auf eine Unterstützung von Hindenburg im Reichspräsidentenwahlkampf vorzubereiten. In seinem Leitartikel "Gegen Hitler und Kompanie!" kritisierte der *Vorwärts* vom 14.2. 1932 (MA) scharf die Entscheidung der KPD, für die Reichspräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. "Die Sozialdemokratie wird nicht den kommunistischen Unsinn mit zwei multiplizieren: sie wird sich nicht ohne sorgfältige Prüfung der Risiken zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine bloße Zählkandidatur ist sie sich zu gut." Der Name Hindenburgs wurde in dem Artikel nirgends erwähnt, jedoch wurde folgendes Fazit gezogen: "Zu verhindern, daß vom 13. März oder vom 10. April dieses Jahres ab ein Faschist Deutschlands Oberhaupt wird, ist das Ziel jeder vernünftigen Arbeiterpolitik. Die Sozialdemokratie wird in nüchterner Überlegung die Mittel wählen, um *einen Sieg des Faschisten zu verhüten*." Einen offiziellen Aufruf, Hindenburg zu wählen, verabschiedete der Parteivorstand der SPD allerdings erst am 26.2.1932. Vgl. Vorwärts vom 14.2.1932 (MA), "Gegen Hitler und Kompanie!" sowie Dok. 29, Anm. 33. Ferner Winkler, Katastrophe, S. 511 ff.

Erziehungsarbeit: Das feine Gefühl, das die Sozialdemokratie heute hat für staatsangehörig und nicht staatsangehörig, für deutsch und nicht deutsch[7]*, für Inländer und Ausländer, für diesseits und jenseits der Grenze Geborene*[8] *..., dieses feine Gefühl, das doch so gar nicht zu ihrer internationalen Einstellung paßt ..., auch das ist eine Folge unserer Erziehungsarbeit.*

Zwei andere Worte aus der Rede des Führers seien noch herausgegriffen:

Ich habe 12 Jahre lang gegen das System gekämpft; ich kann jetzt nicht im 13. Jahre dem System den Steigbügel halten[9]*. Ich denke nicht daran; im Gegenteil: Was reif ist zum Fall, das stoße man zurück!*

Und dem gemeinen Wort des "Vorwärts" aus dem Jahre 1916: "Deutschland soll - das ist unser fester Wille - seine Kriegsflagge streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben [10]", setzt Adolf Hitler nun entgegen:

Es ist unser fester Wille, daß das System aus diesem Kampfe nicht mehr zurückkehrt!

Ein beispielloser Beifallsorkan folgte den Worten.

---

6 Die Reichspropagandaleitung der NSDAP verfolgte während des Wahlkampfs die Strategie, Hindenburg den bürgerlichen Wählern als Kandidaten der SPD zu präsentieren, gegenüber den sozialdemokratischen Wählern jedoch als Junker und Militaristen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 95.

7 Vermutlich eine Anspielung auf die Rede, die der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski am 7.2.1932 in Leipzig gehalten hatte: "*Wie blamabel* ist es für das deutsche Volk, daß dieser Ausländer Hitler nicht nur mit der Regierung ernste außenpolitische Verhandlungen führt, sondern auch vor Vertretern der ausländischen Presse über Deutschlands Zukunft und Deutschlands außenpolitische Interessen sprechen kann, *ohne daß man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagt.*" Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 8.2.1932, "Das Volkshaus dicht umlagert"; VB vom 12.2.1932, "'Warum hat man diesen Ausländer nicht mit der Hundepeitsche davongejagt?'" sowie Albert Carl Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 137.
Zur sozialdemokratischen Polemik gegenüber den Versuchen der NSDAP, Hitler einzubürgern, vgl. z. B. Morsey, Regierungsrat, S. 429 f., 438; Overesch, Einbürgerung, S. 552 ff. sowie Dok. 49.

8 Hitler wurde am 20.4.1889 in Braunau am Inn als österreichischer Staatsangehöriger geboren. Am 24.5.1913 zog er von Wien nach München, am 16.8.1914 trat er in die bayerische Armee ein. Nach dem Hitler-Putsch versuchte die bayerische Regierung vergeblich, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst in der bayerischen Armee die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Seitdem galt Hitler als staatenlos. Vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 34 ff.; Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280. Ferner Dok. 4, Anm. 19 sowie Dok. 15, Anm. 83.

9 Anspielung auf Brünings Versuch, mit Hitlers Unterstützung die Amtszeit von Reichspräsident von Hindenburg auf parlamentarischen Weg zu verlängern. Vgl. Dok. 6, Anm. 5 sowie Dok. 8 und 12.

10 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

16. Februar 1932 Dok. 22
"Die deutsche Ernte 1932 in Gefahr!"
Aufruf[1]

VB vom 18.2.1932[2].

Voraussetzung für die Unabhängigkeit des deutschen Staates ist die Möglichkeit, das deutsche Volk aus der deutschen Scholle ernähren zu können. Eine intakte deutsche Landwirtschaft und Gärtnerei sind in der Lage, die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes zu gewährleisten[3].

Das herrschende System hat die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Gartenbau rettungslos dem Verfall preisgegeben[4]. Überschuldet und seelisch verzweifelt weiß der deutsche Landwirt und Gärtner heute nicht mehr, woher er die Mittel zur Durchführung der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung nehmen soll[5]; weitgehende Einschränkung bei der Aussaat wird bereits erwogen[6]. So entsteht die Gefahr, daß wir 1932 eine unzureichende Ernte haben wer-

---

1 Hitlers Aufruf war am 13.2.1932 eine Besprechung zwischen den preußischen Gauleitern der NSDAP, deren landwirtschaftlichen Referenten und dem Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Richard Walter Darré, im Hotel *Kaiserhof* in Berlin vorausgegangen; dabei wurde erörtert, daß 1932 nur mit 40-70% der bisherigen Ernteergebnisse zu rechnen sei. Mit dem Aufruf wurden nicht nur propagandistische Ziele verfolgt; vorrangig erschien der NSDAP die Überlegung, eine Machtübernahme auch ernährungspolitisch abzusichern, bzw. mögliche Gegenmaßnahmen der preußischen Regierung im Vorfeld zu verhindern. Vgl. Horst Gies, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 102 ff.

2 Masch. Entwurf: Stadtarchiv Goslar, NL Darré, Nr. 159 b.

3 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Dok. 1, Anm. 20.

4 Einer Statistik des Reichslandbunds zufolge hatte der deutsche Agrarindex 1927, gemessen an Jahresdurchschnittspreisen, 137,8 betragen; bis zum 27.1.1932 war er auf einen Stand von 91,8 gefallen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 654.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

5 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1931 19.546 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 422.490 ha eingeleitet und 5.765 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 176.662 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 376.

6 Die Reichsregierung hatte in der Kabinettsitzung vom 22.1.1932 dem Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Martin Schiele zugestimmt, "für die Düngerfabrikanten und Lieferanten von Saatgut ein gesetzliches Pfandrecht an den landwirtschaftlichen Früchten" einzuführen und außerdem den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, "für Forderungen aus Düngemittellieferungen eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 58 Millionen [*RM*] zu übernehmen". Ansonsten seien, so Schiele, die Landwirte "nicht in der Lage, die notwendigen Geldbeträge zur Beschaffung der Düngemittel und des Saatgutes für die Frühjahrsbestellung aufzubringen". Gleichwohl protestierte der Reichslandbund in großen Kundgebungen gegen diese Entscheidung; in seiner Entschließung vom 31.1.1932 behauptete der Bund, daß die Reichsregierung "die volle Verantwortung für den Zusammenbruch der deutschen bäuerlichen Veredelungswirtschaft" trage. Durch den Zusammenbruch der Agrarpreise sei im kommenden Herbst ein "Ertragsausfall zwischen 2,5 und 5 Millionen Tonnen Getreidewert [*zu*] befürchten". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 641, 654, 656; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 20 f. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversor-

den und daß damit die lebensnotwendige Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln unterbunden sein wird. *Das verarmte deutsche Volk ist nicht mehr in der Lage, die Devisen aufzubringen, welche notwendig sind, um die bei unzureichender Ernte fehlenden Nahrungsmittel vom Auslande hereinzuholen*[7].

Deutsche Volksgenossen, deutsche Landwirte und Gärtner! Dies darf nicht sein, es ist eure vaterländische Pflicht, eine Erntekatastrophe zu verhindern.

Daher rufe ich alle Deutschen auf, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt durch irgendwelche Maßnahmen die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsbestellung gefährdet und dem deutschen Landwirt oder Gärtner in den Rücken fällt, oder wer als Landwirt aus eigennützigem Interesse eine ordnungsgemäße Bestellung unterläßt, begeht Verrat am deutschen Volke. Industrie, Handwerk und Handel haben die Ehrenpflicht, alle Hilfsquellen freizumachen und der Landwirtschaft und Gärtnerei die Sicherung der Ernte 1932 zu ermöglichen.

Ich erkläre für die nationalsozialistische Bewegung, daß eine kommende *nationalsozialistische Regierung* alle Maßnahmen auch nach der Ernte ganz *besonders schützen* wird, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen werden, um die Frühjahrsbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung wird außerdem eine *Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke* durchführen, die nach dem Tage der Bankenkatastrophe vom 13. Juli 1931[8] vorgenommen worden sind. Dies ist die einfachste Pflicht nationalsozialistischer Staatsauffassung, welcher die Erhaltung des deutschen Bauerntums als Blutserneuerungsquelle des Volkes sowie die Sicherung seiner Ernährungsgrundlage oberstes Lebensgesetz ist. Der Nationalsozialismus stellt die Lebensgesetze des Volkes höher als die Interessen des internationalen Finanzkapitals, welche zur Vernichtung aller naturgemäßen Grundlagen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft geführt haben.

---

gung vom 23.1.1932 und zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren vom 19.2.1932: RGBl. 1932, I, S. 32 f., 71 f.

7 1929 wurden ausländische Lebensmittel und Getränke im Gesamtwert von 3.822,7 Millionen RM in das Deutsche Reich eingeführt, 1931 im Wert von 1.969,6 Millionen RM, 1932 im Wert von 1.493,2 Millionen RM. Lebende Tiere wurden 1929 im Wert von 149,7 Millionen RM importiert, 1931 im Wert von 54,9 Millionen RM, 1932 im Wert von 34,3 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 186.

8 Die Österreichische Creditanstalt hatte am 11.5.1931 ihre Zahlungsunfähigkeit eingestehen müssen. Der darauf einsetzende Abzug ausländischen Kapitals aus Deutschland zeigte, wie labil und krisenanfällig auch hier das Bankensystem geworden war (hohe kurzfristige Auslandsverschuldung, ungünstiges Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital, geringe Liquiditätsquote, Übersetzung des Bankenapparats). Durch den Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen wurde die Darmstädter und Nationalbank bis 11.7. 1931 illiquid, weitere Banken wie die Landesbank der Rheinprovinz, das Bankhaus Schroeder oder die Dresdner Bank folgten. Der Reichsregierung gelang es jedoch, eine Eskalierung der Bankenkrise mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern: Ausfallbürgschaft für Verbindlichkeiten der Danatbank (13.7.1931), Schließung aller Banken am 14./15.7., Erhöhung des Diskontsatzes von 7% auf 10%, dann auf 15%, des Lombardsatzes von 8% auf 15%, dann auf 20% (15.7./31.7.), zentrale Bewirtschaftung des gesamten Devisenverkehrs bei der Reichsbank (15.7./12.8.), Beschränkung des gesamten Zahlungsverkehrs der Banken bis 5.8. (ab 15.7.) und Gründung der Akzept- und Garantiebank (25.7.). Diese Politik konnte jedoch weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Ich erwarte von jedem Parteigenossen und Deutschbewußten, insbesondere aber von jedem deutschen Bauern und Gärtner, daß er im Hinblick auf die Sicherung der gefährdeten Ernte jetzt seine Pflicht tut.

gez. *Adolf Hitler*

16. Februar 1932 Dok. 23
"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen!"
Aufruf

Der Angriff vom 16.2.1932, "Der Führer an die Gefolgschaft: Zur Kandidatur des Marschalls" [1].

Als *letzten Versuch*, das unheilvolle gegenwärtige System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderheit befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition [2] entschlossen, den Generalfeldmarschall von *Hindenburg* zur Neuwahl als Reichspräsidenten vorzuschlagen [3].

Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im *Young-Plan* [4] und in den *Notverordnungen* [5] gefunden hat, weiter *fortgesetzt* werden.

Das nationale Deutschland wird darauf die *einzig mögliche* Antwort erteilen:

Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu ihrem Kampf gegen das System diese *Kandidatur ablehnen*. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Trägern des heutigen Systems ist damit gekommen.

Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampf *verbrauchen* zu lassen [6].

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Vgl. auch VB vom 17.2.1932, "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!"

2 Eine Koalition zwischen Zentrum, BVP und SPD, die im Reichstag zusammen über 230 von 577 Sitzen verfügten, bestand damals auf Reichsebene nicht. Zur Tolerierungspolitik der SPD vgl. jedoch Dok. 8, Anm. 31. Ferner Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
Zur Situation in Preußen vgl. Dok. 1, Anm. 11.

3 Dem Hindenburg-Ausschuß unter Leitung des Berliner Oberbürgermeisters Heinrich Sahm war es im Februar gelungen, mehr als drei Millionen Unterschriften für eine erneute Kandidatur Hindenburgs zu sammeln. Daraufhin erklärte dieser am 15.2. zunächst gegenüber Reichskanzler Brüning, am folgenden Tag öffentlich, sich noch einmal in einem Wahlkampf für das Amt des Reichspräsidenten zu bewerben. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 256 ff. ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

6 Zu Hitlers privaten Ansichten über Hindenburg vgl. Dok. 6, Anm. 6.

16. Februar 1932 Dok. 24
Rede auf NSDAP-Versammlung in Düsseldorf[1]

VB vom 18.2.1932, "Adolf Hitler eröffnet den Wahlkampf"[2].

Unser Führer gedachte der Zeit vor 13 Jahren, da die ruhmbedeckte deutsche Armee über den Rhein zog und ein anderes Deutschland vorfand, *für das die Millionen weder gekämpft, noch die zwei Millionen gefallen waren*[3]. Es war das Deutschland, das in zwei scheinbar nicht mehr zusammenkommende Hälften gespalten war. Hier die "Nationalisten" und dort die "Sozialisten". Er ließ an den Zehntausenden im Geiste vorübergleiten die Zeit vor Jahrhunderten, da ein Sehnen ging durch das Volk, aus der staatspolitischen Zerrissenheit eine *Nation* zu werden, und wo es dennoch einer endlosen Reihe von Kämpfen bedurfte, bis endlich Bismarck über das zerklüftete Volk als Zeichen der Einheit die Kaiserkrone setzte[4]. *Und jetzt!, so führte*

---

1 In der Maschinenhalle, von 20.00 bis 22.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Bericht des Polizeipräsidenten etwa 16.000-18.000 (*Volksparole*: 25.000) Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Friedrich Karl Florian, mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet. Da die Veranstaltung völlig ausverkauft war, wurde Hitlers Rede durch Lautsprecher in den Kaiser- sowie den Rittersaal der Tonhalle und den Großen Zoosaal übertragen. Vermutlich sollte durch diese Veranstaltung auch den Gerüchten entgegengearbeitet werden, die Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Club (Dok. 15) ausgelöst hatte.
Ergänzend ist im Bericht des Regierungspräsidenten zu lesen: "Aus dieser kurzen Inhaltsangabe ist schon zu ersehen, daß Hitler zwar eine Kritik der Vergangenheit gegeben, aber nicht gezeigt hat, wie Politik und Wirtschaft in einem etwaigen nationalsozialistisch geführten Reiche aussehen sollten. Dieser Mangel der Rede wurde bei zahlreichen urteilsfähigen und unvoreingenommenen Zuhörern sehr stark empfunden. Wenn auch die Teilnehmerzahl überwältigend war und die Anwesenheit Hitlers dem Aussehen der Stadt das Gepräge eines ganz großen Ereignisses gab, so hat der Verlauf des Abends doch viele Neugierige, die in großer Zahl erschienen waren, enttäuscht und wahrscheinlich unter ihnen nur wenig neue Anhänger geworben. Wenn auch die Form der Rede in Aufbau und Sprache ganz hervorragend war, so wurde doch auch die Darstellung des 'verfeinerten und veredelten' Nationalismus von sehr vielen als 'nichts Neues' empfunden. Eine gewisse Enttäuschung über den Mangel an Sensationellem in der Rede ist daher nicht zu verkennen. Trotzdem darf die Wirkung der Rede Hitlers auf die großen Anhängermassen nicht unterschätzt werden. Diese haben für den Abend große Opfer gebracht. Viele Tausende sind aus der Umgebung in Kraftwagen und Omnibussen nach Düsseldorf geeilt. Die Eintrittskarten für die Maschinenhalle betrugen 1-10 RM, im Freihandel wurden für 10-RM-Karten bis 20 RM gezahlt. Für diese allein in der Maschinenhalle zu 10-12.000 Versammelten war der Abend schon durch die Wucht der Zusammenballung begeisterter Menschenmassen ein großes Erlebnis."

2 Vgl. auch Düsseldorfer Nachrichten vom 17.2.1932 (MA), "Hitler sprach in Düsseldorf"; Düsseldorfer Stadtanzeiger vom 17.2.1932, "Hitler spricht in Düsseldorf"; Düsseldorfer Tageblatt vom 17.2.1932, "Dafür brauchte Hitler nicht zu kommen"; Frankfurter Zeitung vom 17.2.1932 (2. MA), "Hitler in Düsseldorf"; Freiheit vom 17.2.1932, "Hitlers ohnmächtiger Haßgesang"; Kölnische Zeitung vom 17.2.1932, "Hitler in Düsseldorf"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 17.2.1932, "Hitlers Rede in Düsseldorf"; Volksparole vom 17.2.1932, "Adolf Hitler in Düsseldorf 'Am 13. März wird erstehen ein Reich der Macht und Herrlichkeit!'"; Volkszeitung vom 17.2.1932, "Kaiser Adolf I. blamiert sich in vier Düsseldorfer Sälen"; Westdeutscher Beobachter vom 17.2.1932, "Adolf Hitler in Düsseldorf 'Am 13. März wird erstehen ein Reich der Macht und Herrlichkeit!'"; Volkszeitung vom 18.2.1932, "Hitler in Düsseldorf". Ferner Bericht Nr. I 51[02] des Polizeipräsidenten in Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 18.2.1932; Bericht Nr. I C 3411 a des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern vom 18.2.1932; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 30653 a.

3 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

4 Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Adolf Hitler aus, erleben wir in Deutschland eine ähnliche Epoche. Wo früher Preußen und Bayern und Württemberger sich gegenüberstanden, stehen sich heute gegenüber Proletarier und Bourgeoisie[5].

Keiner will den anderen mehr verstehen. Wie einst die Stammesspaltung, so führt nun die Klassenspaltung zum gleichen verheerenden Ergebnis, dessen Zeugen wir sind. *Die inneren Kampfparolen und der Kampf zwischen uns und in uns verbrauchen unser Volk so sehr, daß Deutschland nicht mehr Weltgeschichte macht, sondern daß auf Deutschland die Weltgeschichte vollzogen wird.*

Aus der Erkenntnis, daß *Nationalismus* und *Sozialismus* zusammengehören und eins sind, daß beide Begriffe losgelöst werden müssen von den Interessentengruppen, die sie vertreten, wurde die Idee des *Nationalsozialismus* geboren[6]. So wie die Millionen nicht in die Front einrückten als Bürger oder Proletarier, sondern in der gläubigen Hoffnung, das *deutsche* Volk und den *deutschen* Boden zu verteidigen, ebenso wollen wir nicht Proleten oder Bürger oder Bauer, Handwerker oder Student sein, sondern allein nur *Deutsche.*

Der Zusammenbruch der Interessentenhaufen

Nachdem Adolf Hitler den kläglichen *Zusammenbruch der Interessentenhaufen* beleuchtet hatte, dem der unvergleichliche Siegeszug und Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gegenübersteht, zeigte er die Ursachen unserer Not und das Mißverhältnis zwischen Raum und Volkszahl und hier wieder die Sünden der heutigen Machthaber, die aus Deutschland auf Kosten des eigenen Marktes ein einziges Exportunternehmen gemacht haben.

Wir zivilisieren die Welt und nehmen den deutschen Menschenmassen damit die Lebensnotwendigkeiten. Die Verbilligung und Einsparung der menschlichen Arbeitskraft geht allein auf das Konto: *Erwerbslos.* So weit sind wir nun bereits gekommen, daß zwei Schaffende in Deutschland einen Dritten, Erwerbslosen, ernähren müssen[7]. *Das deutsche Volk baut mit seinen Mitteln eine Wirtschaft auf, die uns einst zugrunde richten muß. Und das heißen die Träger des heutigen Systems dann politische Klugheit und Voraussicht!* Diese Entwicklung wird solange bleiben, solange das deutsche Volk das Schicksal über sich ergehen läßt, anstatt das Schicksal *selbst* wieder zu meistern. *Wunder im Völkerleben geschehen nur dann, wenn ein Volk Wunder verdient.* Der Kampf um den Weltmarkt wird noch viel härter werden. Wir werden weiter lernen müssen, ärmer zu werden und bescheidener, wenn dieses System noch länger regiert.

---

5 Vgl. Dok. 10, Anm. 7.

6 Die Bezeichnung "nationalsozialistisch" wurde von der 1904 im deutsch-böhmischen Industriegebiet gegründeten österreichischen "Deutschen Arbeiterpartei", die gleichermaßen nationalistisches und antikapitalistisches Gedankengut aufgriff, spätestens seit 1908 verwendet. Im August 1918 änderte die Partei ihren Namen offiziell in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei". Vgl. Andrew G. Whiteside, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

7 Statistische Angaben über die Zahl der Erwerbstätigen im Deutschen Reich liegen nur für das Jahr 1925 und 1933 vor. Im Februar 1932 ermittelten jedoch die Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern einen Anteil von Vollbeschäftigten von 49,8% (davon Kurzarbeiter 22,6%) sowie einen Anteil von Vollarbeitslosen von 44,1%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 307 sowie Dok. 4, Anm. 14 und Dok. 10, Anm. 10.

Wir Nationalsozialisten sind daher der Überzeugung, daß hinter dem Recht zugleich auch stehen muß die Kraft und Gewalt eines ganzen Volkes. Man komme uns nicht damit zu erklären, wir seien allein nur die Anbeter der Gewalt[8]. *13 Jahre regieren in Deutschland die Internationale und das Zentrum der Liebe*[9].

Heute werden wir das Schicksal der Nation in die Hände nehmen.

Wo blieb, fragen wir, in allen diesen Jahren der Appell an das Recht und an die Liebe? 13 Jahre habt ihr regiert! Habt allein das Schicksal unseres Volkes in Händen gehabt. Heute allerdings werden wir das Schicksal der Nation aus euren Händen nehmen! (Tosender Beifall.)

Was ihr in der Zukunft tun wollt, interessiert uns nicht. Wir wägen nur das ab, was ihr in der Vergangenheit getan habt!

13 Jahre sind wir euren Weg gegangen und stehen heute vor der Katastrophe des Systems. Wo ist das Recht? Eine Konferenz sitzt beisammen und berät über die Abrüstung[10], *und dabei fällt gleichzeitig das Wort "Memel"*[11]. *Die Kraft fehlt uns, das Recht auch zu verwirklichen und das Recht auch zu verteidigen.*

Heute aber steht die größte politische Organisation Deutschlands, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei[12]*! Die politischen Gegner zweifeln an unserer Zahl. Wir wer-*

8 Zur bereits damals absehbaren Haltung der NSDAP zu Themen wie Antipazifismus, Kriegsvorbereitung, Abrüstung und Eroberung von Lebensraum vgl. die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105. Generell zum imperialistischen Charakter der nationalsozialistischen Ideologie vgl. Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991, S. 29 ff.

9 Das Zentrum war seit 13.2.1919 an allen Reichsregierungen beteiligt; die SPD in der Zeit vom 13.2.1919-25.6.1920, 10.5.1921-22.11.1922, 13.8.1923-3.11.1923 und vom 28.6.1928-27.3.1930. Vgl. ferner Dok. 23, Anm. 2.

10 Am 2.2.1932 war die internationale Abrüstungskonferenz in Genf eröffnet worden, an der über 4.000 Diplomaten und Sachverständige aus 60 Staaten teilnahmen. Im Rahmen der am 8.2. beginnenden Generalaussprache forderte Reichskanzler Brüning am 9.2. "nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung", die "auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker" verwirklicht werden sollte. Der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Rudolf Nadolny, unterbreitete am 18.2. 1932 detaillierte Vorschläge, die sich primär an zwei Leitgedanken orientierten - eine völlige Beseitigung aller Angriffswaffen sowie "die Durchführung einer alle Rüstungsfaktoren umfassenden wirksamen Rüstungsverminderung und Begrenzung". Vgl. Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978, S. 90 ff. Druck der Reden: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 444 ff.

11 Die litauische Regierung hatte am 6.2.1932 den Präsidenten des Direktoriums des Memelgebiets, Otto Böttcher, abgesetzt, kurze Zeit inhaftiert und am 27.2. durch den Litauer Eduard Simaitis ersetzt. Als Begründung dienten die Gespräche, die Böttcher im Dezember 1931 selbständig mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geführt hatte. Gegen das litauische Vorgehen protestierte nicht nur die deutsche Diplomatie, die sich am 8.2. in dieser Angelegenheit an das Generalsekretariat des Völkerbunds wandte; am 19.3. wiesen auch die Signatarmächte der Memelkonvention darauf hin, daß das gegenwärtige Direktorium im Widerspruch zu den Bestimmungen der Konvention stünde, da es den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen müsse. Am 22.3. wurde deshalb der Memelländische Landtag aufgelöst. Vgl. Ernst-Albrecht Plieg, Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat, Würzburg 1962, S. 68 ff.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10.

den sie ihnen am 13. März[13] *zeigen! Wir werden ihnen zeigen, was wir aufgebaut haben, während sie zerstörten.* (Tosender Beifall.)

Heute stehen wir wieder am Beginn eines Kampfes, der geführt wird um Deutschland. Unsere Gegner sagen, es soll so bleiben wie bisher, und unser Kandidat [14] ist die Gewähr dafür.

Wir aber wollen, daß es anders wird!

Die anderen brachten uns das Deutschland der Not und des Elends und der Unterdrückung. Unser Ziel aber ist das Deutschland der *Ehre,* der *Freiheit* und des *Brotes* [15]!

20. Februar 1932 Dok. 25
Interview mit Giornale d'Italia [1]

Giornale d'Italia vom 21.2.1932, "Il national-socialismo tenta il colpo decisivo contro il regime di Weimar" [2].

[...] [3]

Und Hitler hat geantwortet:

"Ja, sicher. Der Nationalsozialismus, der Ausdruck des nationalen Bewußtseins ist, welches sich gegen ein System auflehnt, das uns geknechtet und gedemütigt hat, kann eine solche Lage nicht mehr länger ertragen. Die Person Hindenburgs ist heute Ausdruck

[...] [4]

E Hitler ha risposto:

"Si, certamente. Il social-nazionalismo, che è l'espressione della coscienza nazionale ribellantesi ad un sistema che ci ha asserviti ed avviliti, non può sopportare più oltre una tale situazione. La persona di Hindenburg è oggi l'espressione di questo sistema. Noi la

13 Die Reichsregierung hatte am 15.2.1932 den Wahltag für den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl auf den 13.3.1932 festgelegt. Der Reichstag stimmte am 26.2.1932 diesem Vorschlag zu. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 672; Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932, S. 2244 ff., 2434. Druck der Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten vom 26.2.1932: RGBl. 1932, I, S. 97.

14 Paul von Hindenburg. Vgl. Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

15 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.
Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5; das Interview führte der Berliner Korrespondent des *Giornale d'Italia*, Alfredo Stendardo.

2 Vgl. auch Kölnische Volkszeitung vom 25.2.1932, "Hitler übertrumpft Goebbels"; Germania vom 26.2.1932, "Hitler trommelt". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 130.

3 Artikel beginnt mit allgemeinen politischen Betrachtungen und einer Schilderung der Vorgeschichte des Interviews. "Wird die nationalsozialistische Partei den bevorstehenden Kampf für die Präsidentschaftswahlen so kämpfen, als wäre es ihr entscheidender Kampf?"

4 "Combatterà il partito social-nazionalista la imminente battaglia per la elezione presidenziale come se fosse la sua battaglia decisiva?"

dieses Systems [5]. Wir werden sie bekämpfen, obwohl es uns persönlich sehr leid tut, den Feldmarschall, den wir als Feldherrn unserer Heere im Krieg verehren [6], in eine so unangenehme Lage getrieben zu sehen."

[...][7]

"Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß ein Deutscher mit nationalen Gefühlen seine Stimme dem System geben kann, das wir bekämpfen, es sei denn, er selbst wäre ein Anhänger dieses Systems."

[...][8]

"Von solchen Kandidaturen ist mir nichts bekannt[9]."

[...][10]

Mein Gesprächspartner hat mit der Antwort nicht gezögert:

"Wir rüsten uns für diesen Zusammenstoß wie für einen Kampftag, dessen Bedeutung

combatteremo, benchè assai ci dolga, personalmente, di vedere il maresciallo di campo, che noi veneriamo come il condottiero delle nostre milizie in guerra, cacciato in una così penosa situazione."

[...][11]

"Ritengo di escludere senz'altro che un tedesco di sentimenti nazionali possa dare il suo voto al sistema che noi combattiamo, a meno che egli stesso non ne sia un seguace."

[...][12]

"Non mi consta alcunché di tali candidature."

[...][13]

Il mio interlocutore non ha indugiato a rispondere:

"Noi ci apprestiamo a questo scontro, la cui importanza non può essere sottovalutata, come

5 Hindenburg hatte sich am 15.2.1932 offiziell bereit erklärt, für eine erneute Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stehen. Zur Genese dieser Entscheidung vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

7 "Glauben Sie, daß die Person Hindenburgs im Land noch eine solche Popularität genießt, daß, trotz der klar entgegengesetzten Position der rechten Parteien, nationalistische Wähler ihre Stimme dem Marschall geben werden?"

8 "Man hat von einigen Generälen (Groener, Seeckt) als möglichen Kandidaten der Rechten gesprochen. Was ist von diesen Gerüchten zu halten?"

9 Eine Kandidatur von Generaloberst a. D. Hans von Seeckt, 1930-1932 MdR (DVP), stand damals nicht zur Debatte; gleichzeitig lehnte Seeckt es damals ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 618 f.
In Anbetracht der Rücktrittsüberlegungen Brünings wurde im Februar 1932 kurze Zeit erwogen, Groener zu seinem Nachfolger zu ernennen, während Brüning das Amt des Reichsministers des Auswärtigen weiterführen sollte. Allerdings dachte Groener nicht daran, für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Vielmehr sah der Doppelminister es als seine Aufgabe an, "als Bindeglied zwischen Brüning und dem Reichspräsidenten diese beiden Persönlichkeiten in der Führung des Präsidialregimes zusammenzuhalten". Vgl. Hürter, Groener, S. 322 ff., Zitat S. 326; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 418, 436.

10 "Können Sie mir sagen, ob Ihre Partei entschlossen ist, die Schlacht um die Präsidentschaftswahl so zu führen, daß sie nicht zögern wird, ihre Reserven bis zum letzten Mann einzusetzen, sondern auch ohne darauf zu verzichten, ihre besten Leute in den Kampf zu werfen?"

11 "Crede lei che la persona di Hindenburg goda ancora nel Paese di tale popolarità che, malgrado la netta posizione avversa dei partiti di destra, vi saranno degli elettori nazionalisti che daranno il loro suffragio al Maresciallo?"

12 "Si è parlato di alcuni generali (Groener, Seeckt) come di probabili candidati della destra. Vi è in queste voci qualche cosa di positivo?"

13 "E può dirmi se il suo partito è risoluto a tal punto da condurre la battaglia per l'elezione presidenziale che non solo non esiterà ad impegnare le sue riserve fino all'ultimo uomo, ma ancora non recederà dal gettare nella mischia i suoi migliori nomi?"

nicht unterschätzt werden darf, und wie bei einem Kampftag werden wir Opfer nicht scheuen."

Nachdem ich Adolf Hitler eine präzisere und persönlichere Frage gestellt hatte, habe ich eine Antwort erhalten, deren Veröffentlichung mir nicht erlaubt worden ist.

Abschließend hat der Führer der Braunhemden [14] hinzugefügt:

"Moltke hat einmal gesagt, daß kein General seinen Schlachtplan von Anfang an in allen Einzelheiten ausarbeitet [15]. Der grundlegende Entwurf ist natürlich von vornherein klar, aber die Einzelheiten der Aktion sind zum großen Teil abhängig von den Schritten des Gegners [16]."

ad una giornata campale e come in una giornata campale, non saremo avari di sacrifici."

Avendo rivolto ad Adolfo Hitler una domanda più precisa e personale, ne ho avuto una risposta che non mi è lecito riprodurre.

Concludendo, il capo delle Camicie Brune ha aggiunto:

"Moltke ha detto una volta che nessun generale elabora il suo piano di battaglia fin da principio in tutti i suoi dettagli. Il disegno centrale è naturalmente ben chiaro già in precedenza ma le particolarità dell'azione sono in gran parte dipendenti dalle mosse dell'avversario."

25. Februar 1932 Dok. 26
Schreiben an die SA-Gruppe Nordwest

Druck: Hans Weberstedt, Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehörigen der Gefallenen, München [2]1936, S. 141.

Dem Sturm 7/I 98, Wickede, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. Februar 1932 von Kommunisten erschossenen Scharführer Wilhelm Sengotta [1] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 7 Wilhelm Sengotta"

zu führen.

gez. *Adolf Hitler*

14 Vgl. Dok. 10, Anm. 17.

15 Gemeint ist vermutlich der 1871 entstandene Aufsatz *Über Strategie* des preußischen Generalstabschefs Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), in dem er u. a. schrieb: "Die materiellen und moralischen Folgen jedes größeren Gefechtes sind aber so weitgreifender Art, daß durch dieselben meist eine völlig veränderte Situation geschaffen wird, eine neue Basis für neue Maßregeln. Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus. Nur der Laie glaubt in dem Verlauf eines Feldzuges die konsequente Durchführung eines im voraus gefaßten, in allen Einzelheiten überlegten und bis ans Ende festgehaltenen, ursprünglichen Gedankens zu erblicken." Druck: Helmuth Graf von Moltke, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 630-632, hier S. 632.

16 Folgen weitere Betrachtungen Stendardos zur allgemeinen politischen Lage in Deutschland.

1 Wilhelm Sengotta (1911-1932), Schlosser in Dortmund-Wickede, 1931 Eintritt in die SA und in die NSDAP, SA-Scharführer, im Anschluß an eine NSDAP-Versammlung in Obermassen bei Dortmund am 20.2.1932 erschossen.

26. Februar 1932 Dok. 27
Schreiben an Familie Sengotta

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift. Faksimilierter Druck: Weberstedt, Langner, Gedenkhalle, S. 144 f.

Von verschiedenen Reisen zurückgekehrt, wird mir die Liste derjenigen vorgelegt, welche neuerdings im Kampf um die deutsche Zukunft ihr Leben lassen mußten. Unter ihnen befindet sich auch Wilhelm Sengotta [1].

Mit aufrichtigstem Mitgefühl gedenke ich der Angehörigen. Ich weiß, daß jeder Versuch, Trost spenden zu wollen bei dem letzten und schwersten Opfer, der Hingabe eines geliebten Menschen, vergeblich ist. Aber eine Versicherung kann ich Ihnen geben:

Jeder neue Tote soll uns Überlebende im Willen stärken, das Ziel mit um so größerer Entschlossenheit zu verfolgen, auf daß alle die Opfer nicht umsonst gebracht wurden und ihre Namen einst genannt werden als diejenigen, welche ihr Leben gaben, damit ein neues und besseres Deutschland erstehen konnte [2].

Mit aufrichtigem Beileid!

Adolf Hitler

26. Februar 1932 [1] Dok. 28
Ernennungsprotokoll [2]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/5.

Vor mir erschien heute der, laut Verfügung des Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums und des Herrn Braunschweigischen Finanzministers [3] vom 25. Februar 1932 Nr. D Pers. Hitler im braunschweigischen Staatsdienste angestellte, nunmehrige Regierungsrat

1 Vgl. Dok. 26, Anm. 1.
2 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 14, Anm. 1.

1 Datierung nach dem Kopf des Protokolls.
2 Nach Artikel 41 der Verfasung des Deutschen Reichs war die deutsche Staatsbürgerschaft Voraussetzung für die Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten. Da Hitler jedoch seit 1924 staatenlos war (vgl. Dok. 21, Anm. 8), blieb nur die Möglichkeit, ihn nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 durch Anstellung in ein öffentliches Amt einzubürgern. Nachdem Hitler am 12.7.1930 ein solches Angebot des thüringischen Innenministers Wilhelm Frick abgelehnt hatte - zur Debatte stand die Ernennung zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen - , gewann die Angelegenheit für die NSDAP im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl an Brisanz, auch weil im Februar 1932 der Versuch des braunschweigischen Innen- und Volksbildungsministers Dietrich Klagges (NSDAP) scheiterte, Hitler zum außerordentlichen Professor für "Organische Gesellschaftslehre und Politik" an der Technischen Hochschule in Braunschweig zu ernennen. Erst dem Vorschlag, Hitler die Stelle eines Regierungsrats an der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin

Adolf *Hitler* [4], geboren am 20. April 1889 in Braunau a/Inn. Dieser leistete nach Eröffnung des Erforderlichen den durch die Verordnung des Staatsministeriums über die Vereidigung der öffentlichen Beamten vom 31. Oktober 1919 (G[*esetz-*] u[*nd*] V[*erordnungs*]S[*ache*] Nr. 143, S. 407) vorgeschriebenen Diensteid, wie folgt:

"Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten [5]."

v[*or*]g[*elesen*] u[*nd*] u[*nterschrieben*]

Adolf Hitler [6]

Regierungsrat

Zur Beglaubigung:

Boden [7]

Gesandter, Wirkl[*icher*] Geheimer Rat

---

zu übertragen, stimmte bis zum 24.2.1932 der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums, Werner Küchenthal, sowie die übrigen Koalitionspartner des braunschweigischen Kabinetts zu. Mit dieser Ernennung wurde Hitler offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen. Vgl. Morsey, Regierungsrat; Overesch, Einbürgerung; ders., Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina in Braunschweig 16/1981, S. 57 f. Vgl. ferner Dok. 49.
Die Ernennung fand in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin, Lützowplatz 11, statt. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 198. Foto: Illustrierter Beobachter vom 12.3.1932, S. 232.

3 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

4 Mit dieser Verfügung teilte das Braunschweigische Staatsministerium dem braunschweigischen Reichsratsbevollmächtigten Friedrich Boden u. a. mit, daß das Braunschweigische Staatsministerium beschlossen habe, "den Schriftsteller *Adolf Hitler* [...] mit Wirkung vom heutigen Tage im braunschweigischen Staatsdienste unter Ernennung zum Regierungsrat anzustellen, ihm die freie planmäßige Stelle eines Regierungsrats bei dem Landeskultur- und Vermessungsamt zu verleihen und ihn zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen. Die Aufgaben Hitlers werden insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig in weitestem Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch der Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft anzunehmen." BA, NS 26/5. Druck: Morsey, Regierungsrat, Dok. 9.

5 Irgendwelche Aktivitäten Hitlers in dieser Funktion sind nicht nachweisbar. Vgl. Morsey, Regierungsrat, S. 440 ff.

6 Am 25.2.1932 bat Hitler in einem Telegramm an den braunschweigischen Landtagspräsident Ernst Zörner, sich "als Untermieter [...] anzumelden". Tags darauf bestätigte Hitler in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums den Eingang seiner Ernennungsurkunde. Vgl. Im deutschen Land marschieren wir. Materialien zur nationalsozialistischen Herrschaft, zusammengestellt von Reinhard Bein, o. O. o. J. [*Braunschweig 1982*], S. 27; Morsey, Regierungsrat, S. 441, Anm. 87.

7 Friedrich Boden (1870-1943), 1900 braunschweigischer Regierungsassessor, 1905 Regierungsrat, 1906 Geheimer Regierungsrat, stimmführender braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat mit Sitz in Berlin,

27. Februar 1932 Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

VB vom Februar 1932 (Sonder-Nummer 22), "Das Signal zum Angriff!" [2].

Wenn ich das "aufrichtige Bedauern" meiner "Freunde" in der Berliner Presse darüber lese, daß ich, der bisher unbesiegte Führer, nunmehr durch meine Umgebung gezwungen und gedrängt würde, in die Niederung des Parteikampfes hinunterzusteigen, und dabei Gefahr liefe, zum ersten Male vielleicht besiegt zu werden [3], dann sehe ich demgegenüber die in Ihnen allen lebendige Erkenntnis: *Wer mutig und entschlossen kämpft, wer gewillt ist, das Äußerste einzusetzen, der kann niemals besiegt werden. Denn selbst, was dem anderen dann als Niederlage erscheint, ist in Wirklichkeit doch tausendmal besser als das, was wir heute mit "kluger Ergebung" und "Fügung" als "Schicksal" bezeichnen.*

Sie empfinden es, daß in diesen kommenden Wochen ein Riesenkampf vielleicht in seinen entscheidenden Stunden anrückt. Sie wissen auch, daß es sich diesmal um wesentlich mehr handelt als um eine Präsidentschaftskandidatur [4].

1911 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1914 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hof, zugleich stimmführender anhaltinischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1919 in diesen Funktionen zum Reichsrat bestellt, zugleich als Gesandter für Preußen beglaubigt, 1923 zugleich stimmführender Bevollmächtigter zum Reichsrat für Mecklenburg-Strelitz, 1929 Dr.-Ing. E. h., 1934 Entlassung aus dem braunschweigischen, dann aus dem anhaltinischen und mecklenburgischen Staatsdienst.

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nach 22.00 Uhr. Bis zum Eintreffen Hitlers gegen 21.45 Uhr sprach MdR und Gauleiter Goebbels. An der Versammlung im Sportpalast und in den Tennishallen in der Brandenburgischen Straße 53, wohin Hitlers Rede durch Lautsprecher übertragen wurde, nahmen laut Vorlage 25.000 Personen teil.

2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 28.2.1932, "Hitler im Sportpalast"; Le Matin vom 28.2.1932, "La campagne pour les élections présidentielles en Allemagne"; Neue Preußische Zeitung (Kreuz-Zeitung) vom 28.2. 1932, "Die erste Kandidatenrede Hitlers"; Vorwärts vom 28.2.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 28.2.1932 (MA), "Tritt zur Seite, Hindenburg!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 134.

3 Goebbels hatte am 22.2.1932 im Rahmen einer Generalmitgliederversammlung des Gaues Groß-Berlin der NSDAP im Berliner Sportpalast siegesgewiß verkündet: "Hitler wird unser Reichspräsident!" Tags darauf schrieb etwa das *Berliner Tageblatt* ("Vier Kandidaten"): "Unser Münchener Korrespondent berichtet, daß man in dortigen unterrichteten Kreisen geneigt sei, in dem Vorgehen von Goebbels den Versuch zu sehen, *Hitler vor vollendete Tatsachen zu stellen*; bisher scheint Hitler immer noch gehofft zu haben, einer Kandidatur entgehen zu können, weil er offenbar selbst von ihren Aussichten nicht so fest überzeugt ist wie Herr Goebbels, der ihn gestern bereits als den kommenden Reichspräsidenten bezeichnen zu können glaubte. Vielleicht hält Dr. Goebbels selbst nicht allzu viel von den Aussichten der Kandidatur Hitlers und sähe es nicht ungern, wenn der oberste Chef eine Niederlage erlitte." Vgl. ferner Vossische Zeitung vom 23.2.1932 (AA), "Hitlers Parteikandidatur"; VB vom 24.2.1932, "Deutschland wählt Hitler!".
Vgl. ferner Goebbels' Tagebucheintragung vom 23.2.1932: "Die Presse macht gegen mich die schamlosesten Ausfälle. Es wird behauptet, ich hätte den Führer 'ernannt' oder ihn 'gezwungen', zu kandideren." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 131.

4 Hitler hatte bereits im Januar bei seinen Verhandlungen mit der Reichsregierung (vgl. Dok. 6, Anm. 5) die Möglichkeit ins Spiel gebracht, selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, zögerte dann aber lange vor dieser Herausforderung, schon weil seine Staatsangehörigkeitsfrage noch ungeklärt war (vgl. Dok. 21, Anm. 8 und Dok. 28, Anm. 2). Auch sah es zunächst noch danach aus, als ob sich das rechte Lager auf einen

Sie wissen, daß diesmal gekämpft wird und gerungen wird um den Begriff des 9. November 1918[5] *und seine Folgeerscheinungen, und daß dieser Kampf gar nicht anders ausgehen kann als mit der Vernichtung dieses 9. November 1918 und seiner Folgeerscheinungen.*

13 Jahre lang habe ich, erst als Unbekannter, Namenloser, später als meinen Gegnern Wohlbekannter diesen Kampf auf mich genommen. 13 Jahre lang war ich der unentwegte Angreifer. 13 Jahre bin ich der dauernde Ankläger gewesen gegen dieses System. Und heute? *Heute, meine Volksgenossen, fordere ich Sie auf, daß Sie nun die Richter werden.*

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Mit welchem Recht sind Sie gerade der öffentliche Ankläger gewesen? *Mit dem Recht eines Mannes, der aus dieser namenlosen Masse Volk stammt, dieser Masse, die ihr am 9. November 1918 geschlagen und ins Unglück gestürzt habt!* Mit dem Recht eines dieser Millionen Namenloser, die sich früher nicht zur Wehr setzen konnten und die in mir nun euch gegenüber den Sprecher gefunden haben. *Heute weiß ich, daß hinter diesen Anklagen bereits die Mehrheit des deutschen Volkes steht und das ganze Volk stehen würde, wenn es nicht durch die Interessenten des 9. November 1918 in einer Pressehypnose gehalten würde.*

Ich glaube, daß gerade dieser kommende 13. März[6] eine Partei wieder vor diesen Richterstuhl hinzitieren wird, nämlich die Partei, die einst erklärte, daß sie dem Volk, dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Proletarier, Glück, Zukunft und soziale Gerechtigkeit bringen werde[7],

---

Kandidaten einigen könne. Über seine Kandidatur sprach Hitler am 18.1.1932 erstmals mit Goebbels, der ihm sogleich zu suggerieren suchte, daß "wohl im Ernst auch nichts anderes mehr in Frage" komme. Doch blieb die Lage über Wochen unklar, obwohl Goebbels am 12.2.1932 schrieb, daß nun die Entscheidung gefallen sei. Aber erst am 22.2.1932, als die Gegenseite - insbesondere KPD, SPD und DNVP - festgelegt war, erhielt Goebbels die lang erwartete Erlaubnis, in einer groß inszenierten Rede im Berliner Sportpalast Hitlers Kandidatur öffentlich bekanntzugeben. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 112 ff.; Horn, Führerideologie, S. 340 ff.; Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 244 ff. Ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

5 Die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich erreichten am 9.11.1918 ihren ersten Höhepunkt: der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm wurde veröffentlicht, Prinz Max von Baden übergab das Kanzleramt an Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann proklamierte die "Deutsche Republik" und Karl Liebknecht die "Freie Sozialistische Republik". Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

6 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

7 Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.
Derartige Bemerkungen Hitlers waren auch Reminiszenzen an die Proklamationen und Äußerungen des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, die in ihrem humanistisch-pazifistischen Pathos und ihrer optimistischen Erwartungshaltung selbst unter der revolutionären Linken der Jahre 1918/19 die Ausnahme geblieben waren. So hieß es etwa in Eisners erster Regierungserklärung vom 8.11.1918: "Eine neue Zeit hebt an. *Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.* Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt." Hitler, der am 20.11.1918 in München eintraf, konnte die Politik und das Scheitern Eisners im Zentrum des Gesche-

und die heute zu feige ist, ihren Namen überhaupt in den Kampf zu stellen. Wenn heute die Sozialdemokratie sich zu schreiben erfrecht, die Erfüllungspolitik[8] müsse ein Ende nehmen[9]; jawohl! *Weil wir euch dazu zwingen!* Wenn es heute in Deutschland eine Überzeugung gibt, daß die Kriegsschuldlüge[10], die Locarno-[11], Dawes-[12] und Young-Verträge[13] unmöglich sind, daß sie unseren und am Ende sogar den Ruin der Wirtschaft der Welt bringen[14], *dann nur,* meine Freunde, *weil in Zehn- und Hunderttausenden von Kundgebungen, Versammlungen, Reden und öffentlichen Ansprachen wir unser Volk darüber belehrten*[15].

Sie können heute nun nicht mehr verschweigen, was Millionen schon wissen.

Und nicht anders ist es in der Zeit der sogenannten Notverordnungen[16] geworden. Wenn wir jetzt in unser deutsches Volk hineinsehen, dann erblicken wir die Trümmerhaufen als Meilensteine des sogenannten November-Emporstiegs. Zahlreiche Berufe und Stände sind zusammengebrochen, Millionen Menschen haben ihren Spargroschen verloren[17], Millionen andere

hens genau studieren und nahm am 26.2.1919 auch an Eisners Beerdigung teil. Vgl. das Foto bei Guido Knopp, Hitler. Eine Bilanz, Berlin 1995, S. 113 sowie Joachimsthaler, Korrektur, S. 179 ff., 207. Ein Foto bei Fest (Hitler, S. 157) zeigt vermutlich Hitler auf einer Veranstaltung der SPD im Jahr 1919. Druck von Eisners Aufrufen und Reden: Deutscher Geschichtskalender. Hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Leipzig o. J., S. 66 ff, hier S. 67. Vgl. ferner Dok. 11, Anm. 16.

8 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene demonstrative Bereitschaft zur ruinösen Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

9 Seit Dezember 1931 wuchs auch in der SPD die Kritik an den deutschen Reparationen. In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 führte MdR Erich Roßmann (SPD) u. a. aus: "In der Überzeugung, daß der Welt am besten durch *Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden* gedient wäre, trennt uns nichts von den übrigen Parteien des Hauses. Nur in der Verfolgung dieses Zieles gehen die Wege weit auseinander. Für dieses Ziel müssen die *politischen Voraussetzungen* geschaffen werden, nicht nur bei uns, sondern vor allem auch draußen, bei denen, mit denen wir verhandeln müssen. Diese politischen Voraussetzungen schafft man nicht durch ein *ewiges Gerede von der Revanche.* Diese politischen Voraussetzungen schafft man nicht durch ein törichtes Absingen des Liedes 'Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen', auch nicht durch Befreiungsreden vom Ministertisch, auch nicht durch unzeitgemäße, provozierende Stahlhelmaufmärsche in Koblenz und in Breslau. Diese Voraussetzungen schafft man insbesondere nicht durch das törichte und verbrecherische Gerede von der Zerreißung der internationalen Verträge." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2368. Ferner Vorwärts vom 31.12.1931, "Aufklärung tut not! Über Versailles und die Reparationslasten. "

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

11 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

12 Vgl. Dok. 12, Anm. 30.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

14 Vgl. Dok. 8, Anm. 29.

15 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

17 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

ihr Geschäft, ihren Arbeitsplatz [18] und sind dem Verhungern ausgeliefert. *Ein ganzes Volk ist dem Untergang geweiht.* Man weiß das jetzt auch auf einmal. Eine Million Bauern stehen vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz, vor dem Verlust von Haus und Hof [19]. Das kleine Handwerk ist vernichtet [20], der Mittelstand so gut wie beseitigt [21]. *Elend über Elend, Katastrophe über Katastrophe, wohin wir heute blicken.*

Und dabei ist das nur der materielle Teil unseres Unglücks, *denn schwerer vielleicht wiegt noch die Einbuße von Ansehen in der Welt.* Wie ist man 13 Jahre lang mit uns umgegangen! Wo finden Sie ähnliche Vergleiche, Beispiele in der Weltgeschichte? *Wo Zeiten, in denen ein großes Volk so mißhandelt werden konnte? So gequält werden konnte, so verächtlich gemacht werden konnte wie unser deutsches Volk?*

Heute wollen diejenigen plötzlich Vertrauen fordern, die einst das Vertrauen zerstört haben. Aber sie können kein Vertrauen finden, weil dem Volk eine Überzeugung abhanden gekommen ist, nämlich die Überzeugung, daß Gesetz und Moral immer ein und dasselbe sein muß.

In diesen Tagen lesen Sie wieder in der Presse, wie nötig es sei, das bestehende System und die Regierung des Augenblicks dem deutschen Volk auch weiterhin zu erhalten [22]. Meine Freunde! Im Jahre 1918 hatte Deutschland vielleicht 35.000 Spartakisten [23], 1919 vielleicht eine halbe Million unabhängige Sozialdemokraten [24], 1925 1,4 Millionen Kommunisten bei

---

18 Im Februar 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.128.429 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297 sowie Dok. 4, Anm. 14.

19 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.

20 Das Investitionsvolumen des deutschen Handwerks wurde für das Jahr 1924 auf 57 Millionen RM beziffert und erreichte 1927 mit 209 Millionen RM seinen höchsten Stand. 1929 fielen die Investitionen auf 100 Millionen RM, 1930 waren keine Investionen mehr zu verzeichnen. 1931 blieben schließlich die Gesamtinvestitionen im Handwerk um 50 Millionen RM hinter den zum Ausgleich der Abnutzung erforderlichen Abschreibungen zurück. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 508.

21 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent, was allerdings nichts an der tiefsitzenden Verunsicherung änderte, welche die Weltwirtschaftskrise im unabhängigen und bislang vergleichsweise protegierten Mittelstand hinterließ. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff. sowie Dok. 32, Anm. 16.

22 Vgl. etwa den Kommentar des *Berliner Tageblatt* vom 23.2.1932 (AA), "Vorspiel", in dem die bevorstehende Reichspräsidentenwahl folgendermaßen bewertet wurde: "Um Sein oder Nichtsein der Staatsform, um die Chance, ein Regime der Barbarei, der Unvernunft, des hilflosen Dilettantismus abzuwenden, um die Hoffnung, daß wir nicht weitergleiten auf der verhängnisvollen Bahn der Halbdiktatur und des Notregierens, sondern - von dem Harzburger Spuk befreit - wiedergewinnen, was sonst für Menschenalter verloren ist."

23 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im März 1919 etwa 90.000, im März 1922 etwa 380.000 Mitglieder an. Zu Beginn des Jahres 1931 verfügte die KPD über rund 200.000 Mitglieder. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 321.
Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 552.334 Wahlberechtigte (2,0%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 356 f.; 1931, S. 546 f.

24 Besaß die USPD im März 1919 eine Mitgliederzahl von etwa 300.000, so stieg diese bis November auf etwa 750.000. Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984, S. 251.

der ersten Reichspräsidentenwahl; und bei der zweiten Wahl, da der Generalfeldmarschall aufgestellt wurde[25], schon über 1,7 Millionen Kommunisten[26]; und bei der Reichstagswahl 1930, fünf Jahre später, schon über 4 Millionen Kommunisten. *Heute werden es vielleicht 6, 7 oder 8 Millionen sein*[27]. *Und trotzdem sagen sie: nur so weiter, damit das deutsche Volk einig werde. Ja, nur so weiter, und nach weiteren sieben Jahren wird überhaupt kein deutsches Volk mehr da sein!*

Es ist eine schöne These zu sagen: Ich bin der Wahrer der Verfassung[28]. *Der Reichspräsident muß mehr als das, er muß der Wahrer des deutschen Volkes sein!*

Wir sehen, daß das heutige System aber nur einen einzigen Gedanken hat, sich selbst zu erhalten und nicht zu gehen.

So sind wir 13 Jahre lang Ankläger gewesen, und nun kommt die Stunde, da Sie, meine Volksgenossen, nach 13 Jahren am 13. März wohl zum erstenmal im großen Umfange Richter sein müssen über das, was bisher von der einen Seite zerstört, und Richter über das, was die andere Seite an inneren Werten unseres Volkes wiederaufgebaut hat!

Und wenn unsere Gegner dann ganz erstaunte und dummdreiste Fragen stellen, was habt denn ihr Großes dem deutschen Volk zu geben, dann geben wir zur Antwort:

einen neuen Glauben, eine neue Hoffnung und eine durch nichts mehr zu erschütternde Zuversicht!

Diese Entwicklung ist es, die uns den Mut gibt, zu hoffen, daß nunmehr eine Wende des deutschen Schicksals eintritt.

Deutsche Volksgenossen! Vor drei Tagen, da wurde mein Name durch die ganze Presse gezogen, und die wenigsten werden sich dabei vielleicht erinnert haben, daß ich genau 12 Jahre vorher, am 24. Februar 1920, zum ersten Male vor die Öffentlichkeit trat und vor dieser Öffentlichkeit Programm und Ziele dieser Bewegung verkündete[29]. Und heute, da ich zu Ihnen

---

25 Vgl. Dok. 8, Anm. 18.

26 Ernst Thälmann erhielt als Kandidat der KPD im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29.3.1925 1.871.815 Stimmen (7,0%), im zweiten Wahlgang am 26.4.1925 1.931.151 Stimmen (6,4%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

27 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stimmten 4.592.090 Wähler (13,1%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 waren es 5.369.708 (14,5%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41 ff.

28 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 hatte Reichskanzler Brüning noch einmal an seine Rundfunkerklärung vom 8.12.1931 erinnert, die von MdR Goebbels scharf kritisiert worden war: "Anscheinend ist auch diese Rundfunkrede mit ihren entscheidenden Sätzen dem Abgeordneten Goebbels und denen, die ihm Beifall gezollt haben, nicht mehr in Erinnerung gewesen. Ich darf deshalb die entscheidenden Sätze hier vorlesen: 'Die Reichsregierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates; sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.' Dann habe ich den entscheidenden Satz hinzugefügt: 'Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen im grellen Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum Bruderkampfe und zu außenpolitischen Torheiten auffordern.'" Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2323 ff., hier S. 2329.
Vgl. ferner den Tenor von Brünings Brief vom 22.1.1932, Dok. 12, Anm. 2.

29 Am 24.2.1920 hatte Hitler im Münchner Hofbräuhaus das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff. Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Wilhelm Mommsen

spreche, da jährt sich wieder ein solcher Tag. *Heute vor 7 Jahren, am 27. Februar 1925, da ich aus der Festung zurückkehrte*[30], *habe ich zum zweitenmal Programm und Ziel dieser Bewegung der Öffentlichkeit verkündet*[31]. Drei Tage, und welche Arbeit liegt in ihrer Spanne! *Erst ein fünfjähriges Ringen, am Ende von unseren Gegnern als Vernichtung empfunden, und nunmehr ein 7jähriges Ringen, und wieder stehen wir jetzt in der Front,* [um] *mit legalen Waffen*[32] *die zu treffen, die wir einst mit anderen Waffen treffen wollten.* 7 Jahre zum zweitenmal Kampf und Arbeit und Opfer, und zum zweitenmal Erfolg und Erfolg. *Heute, da wissen sie, daß es in Deutschland dem System gegenüber, das den November 1918 und die darauffolgenden 13 Jahre auf dem Gewissen hat, nur einen einzigen Gegner gibt, und das sind wir.*

Unsere Parole:

Wir stürzen euch auf alle Fälle!

Wenn der "Vorwärts" heute im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei schreibt: "Schlagt Hitler!"[33], so bin ich stolz darauf. *Ich will nichts anderes, als mich mit Euch schlagen, und das Schicksal soll dann die Waage in die Faust nehmen und abwägen, in welcher Schale mehr Opfer sind und mehr Wille und mehr Entschlossenheit, in Eurer oder in unserer.* Ich kenne Eure Parole.

Ihr sagt: "Wir bleiben um jeden Preis", und ich sage Euch: Wir stürzen Euch auf alle Fälle!

Und was Ihr auch dagegen unternehmen mögt, was Ihr dagegen schreiben mögt, lügen und verleumden mögt, es wird zuschanden werden!

Und wenn Ihr sagt, daß nun endlich ich selbst in dieser Arena des Kampfes stehe, *jawohl, ich glaube, daß jetzt die Entscheidung naht,* und ich würde zu stolz sein und zu selbstbewußt, um bei dieser Entscheidung vielleicht im zweiten Glied zu marschieren. *Im Gegenteil, ich bin glücklich, daß ich jetzt mit meinen Kameraden schlagen kann, so oder so.* Und wenn Ihr nun glaubt, uns durch Drohungen mürbe zu machen, so täuscht Ihr Euch! Sie können mir ruhig mit der Hundepeitsche drohen[34]. (Stürmische Pfuirufe.) Wir werden sehen, ob am Ende dieses Kampfes die Peitsche sich noch in Euren Händen befindet.

(Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 547 ff.

30 Nach seinem gescheiterten Putschversuch war Hitler am 11.11.1923 verhaftet und am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

31 Am 26.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

32 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

33 Der Parteivorstand der SPD veröffentlichte am 27.2.1932 einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, der die Entscheidung der SPD begründete, in diesem Wahlkampf Hindenburg zu unterstützen und auf einen "Zählkandidaten" zu verzichten. Hindenburg habe "seine einstigen Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn beseitigen." Jede Stimme, die nun gegen Hindenburg abgegeben würde, sei eine Stimme für Hitler. Der Aufruf endet mit den Parolen: "Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faszistischen Bedrohung! Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart [3]1991, S. 516 f. Vgl. ferner Dok. 8, Anm. 32 und Dok. 21, Anm. 5.

34 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

Der 13. März wird für uns ein Kampftag sein, und ich glaube, daß dieser Kampf, meine Volksgenossen, den Segen findet, den er verdient. *13 Jahre Ringen, 13 Jahre Beharrlichkeit, 13 Jahre Entschlossenheit können nicht umsonst gewesen sein.*

Ich glaube an eine höhere Gerechtigkeit. Ich glaube, daß sie Deutschland geschlagen hat, weil wir treulos geworden waren, und ich glaube, daß sie uns helfen wird, weil wir wieder Treue bekennen.

Ich glaube, daß sich der Arm des Allmächtigen von denen wegziehen wird, die nur nach fremder Deckung suchen.

Wir haben einst dem Generalfeldmarschall gehorsam wie dem Obersten Kriegsherrn gedient[35]*, und haben ihn verehrt*[36]*, und wollen, daß sein Name dem deutschen Volk als Führer des großen Ringens erhalten bleibt. Weil wir aber das wünschen und weil wir das wollen, sehen wir heute die Pflicht, dem alten Generalfeldmarschall zuzurufen:*

Alter Mann, du bist uns zu verehrungswürdig, als daß wir es dulden könnten, daß hinter dich sich die stellen, die wir vernichten wollen. So leid es uns daher tut, du mußt zur Seite treten, denn sie wollen den Kampf, und wir wollen ihn auch.

Und ich glaube, daß dieser Kampf mit dem Sieg derer beendet wird, die den Sieg auch verdienen, verdienen durch ihren Kampf, durch ihre Opfer und ihren Einsatz, durch ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit, durch ihren Glauben und durch die großen Ideale, die sie beseelen.

Unser muß der Sieg sein!

Und so bitte ich denn, gehen Sie in die kommenden Wochen hinein und erfüllen Sie Ihre Pflicht! Sehen Sie in diesem März mehr als einen Monat deutscher Geschichte. *Sehen Sie in ihm zum erstenmal vielleicht den Tag, der es ermöglicht, daß das Buch der Weltgeschichte noch einmal aufgeschlagen wird und daß dann die Seiten von 1918 bis 1932 herausgerissen werden.* Daß es nicht mehr heißt, das deutsche Volk hat eine Revolution gemacht[37], sondern daß es dann im Anschluß an die Großtat unseres Heeres heißt:

Das deutsche Volk hat seine Ehre wiedergewonnen!

Auf daß dann die nächsten Blätter wieder bleiben können, ruhmreich und ehrenvoll für unser Volk, daß diese Blätter dann einst wieder Geschichte sein werden für unsere deutsche Jugend, Geschichte, die sie nicht zum Erröten bringt.

Die Stunde kommt, tun Sie jetzt Ihre Pflicht, und unser muß der Sieg sein[38].

---

35 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

36 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

37 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf *An das werktätige Volk!*, den der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat am 11.11.1918 publiziert hatte: "Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt. Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik." Vgl. Vossische Zeitung vom 11.11.1918, "An das werktätige Volk!"

38 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

28. Februar 1932 Dok. 30
Schreiben an Paul von Hindenburg[1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1[2].

Herr Reichspräsident!

Eine Reihe von Vorkommnissen zwingt mich als Führer der größten deutschen Bewegung und Kandidat für die Reichspräsidentenwahl am 13. März[3] an Sie, Herr Reichspräsident, den Appell zu richten, gewissen Vorgängen Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, die meiner Überzeugung nach zum einen gefährlich und zum andern gesetzwidrig sind.

1.) Die Sozialdemokratische Partei, die Sie, Herr Reichspräsident, in ihrem Partei-Aufruf vom 27. Februar für ihre Wähler als Kandidaten aufstellt[4], schreibt in ihrem Wahlaufruf folgendes:

"Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Chaos in Deutschland und ganz Europa ... höchste Gefahr und blutige Auseinandersetzung im eigenen Volk und mit dem Ausland[5]."

Herr Reichspräsident, ich weise den Versuch, mit diesen Methoden *das Ausland* gegen die freie politische Meinungsentscheidung der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobilmachen zu wollen, entrüstet zurück. Ich habe in meinen Äußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe beseelt gewesen ist. Versuche, eine unbequeme deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen. Für die Dauer des Wahlkampfes sollen meine Erklärungen der Welt, wenn erforderlich, genauso zur Kenntnis kommen wie die Erklärungen der Vertreter des heutigen Systems.

---

1 Hitler veranstaltete am 28.2.1932 ab 14.00 Uhr eine Pressekonferenz im Hotel *Kaiserhof*, bei der er sein Schreiben an Hindenburg, das dieser erst zwei Stunden vorher durch Boten erhalten hatte, ausländischen Pressevertretern vorlas. Hierüber berichtete der *VB*: "Die Tatsache, daß er - entgegen seiner ursprünglichen Absicht - sich in dieser Angelegenheit jetzt an die ausländische Presse wende, begründete er mit dem Hinweis auf die Lage seiner eigenen Presse unter Handhabung der Notverordnung. Es stelle ein Novum dar, daß man bei einer innerpolitischen Frage das Ausland mobilmache und erkläre, wenn der Gegenkandidat gewählt werde, so könne das zum Krieg führen. Durch solche Redensarten würde nur der Nährboden für einen Krieg vorbereitet. Ein Sieg der NSDAP könne auf die Außenpolitik nur günstig einwirken." Vgl. Le Matin vom 29.2.1932, "Hitler reçoit des journalistes étrangers"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 29.2.1932, "Hitler an die ausländische Presse"; VB vom 1.3.1932, "Adolf Hitler empfängt die ausländische Presse"; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63 f. sowie Domarus, Hitler, Teil I, Bd. 1, S. 95 f.

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 29.2.1932, "Offener Brief Hitlers an den Reichspräsidenten"; VB vom 1.3.1932, "Adolf Hitler an den Reichspräsidenten".

3 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 33, ferner Dok. 8, Anm. 32 und Dok. 21, Anm. 5.

5 Auslassung in der Vorlage; der ganze Satz des Aufrufs lautet: "Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzung im eigenen Volke und mit dem Ausland." Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 517.

2.) In demselben Aufruf, der Sie, Herr Reichspräsident, als Kandidat präsentierenden Sozialdemokratischen Partei findet sich folgende Stelle:

"Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse ...[6]"

Auch durch diesen Satz, Herr Reichspräsident, wird versucht, insbesonders dem Ausland vorzutäuschen, Deutschland befände sich im Zustand irgendeiner demokratischen freien Verfassung. Ich stelle demgegenüber fest, daß seit Jahren von Pressefreiheit in Deutschland überhaupt nicht mehr die Rede sein kann[7] und daß gerade in diesen Tagen der Wahl, der Wahlvorbereitungen und des Wahlkampfes die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit und Freiheit der Wahlpropaganda unter Ihrer Präsidentschaft auf das schonungsloseste unterdrückt werden[8]. Sofort bei Beginn dieses Wahlkampfes wurde unter nichtigen Vorwänden ein Teil meiner Presse teils beschlagnahmt, teils verboten[9]. Der Artikel der Verfassung, der die Wahlfreiheit garantiert[10], kann aber durch Sie, Herr Reichspräsident, mit dem Artikel 48[11] nicht außer Kraft gesetzt werden. Es handelt sich also hier um glatte und durch nichts zu beschönigende Verfassungsbrüche.

---

6 Auslassung in der Vorlage; der ganze Satz des Aufrufs lautet: "Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionären Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnsklaverei." Druck: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 517.

7 Die freie Meinungsäußerung "durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise" wurde durch Artikel 118 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 garantiert. Einschränkungen im politischen Bereich bestanden durch die presserechtlichen Bestimmungen (§§12-14) des Zweiten Republikschutzgesetzes vom 29.3.1930, denen zufolge Druckschriften beschlagnahmt oder je nach ihrer Art für eine Dauer zwischen vier Wochen und sechs Monaten verboten werden konnten, wenn sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung darstellten. Die §§ 10-12 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 verschärften diese presserechtlichen Bestimmungen, auch Plakate und Flugblätter konnten deswegen nun beschlagnahmt und eingezogen, Tageszeitungen für die Dauer bis zu acht Wochen verboten werden. Die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17.7.1931 (ergänzt am 10.8.1931) gab den obersten Reichs- und Landesbehörden ein Verlautbarungsrecht in allen periodischen Druckschriften, die dort "ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich" aufzunehmen waren. Druck: RGBl. 1919, S. 1405; 1930, I, S. 91 ff.; 1931, I, S. 79 ff., 371, 435.

8 Während der Jahre 1930 bis 1932 wurden wegen Verstosses gegen § 14 des Zweiten Republikschutzgesetzes vom 29.3.1930 lediglich 52 Anklagen erhoben und 16 Verurteilungen ausgesprochen. Vgl. Gusy, Weimar, S. 190.

9 Der *Völkische Beobachter* wurde durch Erlaß der Polizeidirektion München vom 30.1.1932 für die Zeit vom 1.2.-7.2.1932 verboten, außerdem wurde am 24.2.1932 die für die Auslieferung am 25.2. vorgesehenen Nummern des *Völkischen Beobachters* und von *Der Flammenwerfer* von der Münchner Polizei beschlagnahmt. Vgl. VB vom 1.2.1932, "Der 'Völkische Beobachter' verboten!"; vom 26.2.1932, "Der Völkische Beobachter verboten".
Zum damaligen Verbot von *Der Angriff*, als der damals zweitwichtigsten nationalsozialistischen Zeitung vgl. Anm. 24 sowie Dok. 5, Anm. 2. Auch regionale nationalsozialistische Zeitungen wurden damals verboten wie etwa am 15.2.1932 die *Hessische Volkswacht*. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 21.2.1932 (1. MA), "Trotz Verbot einfach erschienen!".

10 Gemeint ist Artikel 125 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze." Druck: RGBl. 1919, S. 1407.

11 Vgl. Dok. 12, Anm. 10.

3.) Der preußische Innenminister Severing [12] hat in einer längeren Ansprache den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten, sowie den höheren Beamten des Innenministeriums und anderer preußischer Ressorts, laut Pressenachrichten, die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei als *staatsfeindlich* hingestellt [13]. Es ist also möglich, daß unter Ihrer Präsidentschaft, Herr Generalfeldmarschall, der Reichsinnenminister Groener die Auffassung vertritt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei nicht staatsfeindlich [14], und der preußische Innenminister Severing dagegen, in dessen Hand die Mittel der praktischen Exekutivgewalt liegen, die Auffassung verbreitet, sie sei staatsfeindlich. Ich sehe in dem Vorgehen des preußischen Innenministers Severing einen unzulässigen Druck auf die preußische Verwaltung, ihren Einfluß bei der Wahl in einem für uns ungünstigen Sinne geltend zu machen.

4.) Herr Reichspräsident, Sie sollen den Wunsch ausgesprochen haben, daß dieser Wahlkampf in *ritterlicher* Weise geführt werde [15]. Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Vorgänge hinzulenken:

a.) In einer amtlichen Erklärung des Herrn Reichsinnenministers General Groener gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels [16], wurde diesem eine sinnentstellte Äußerung zu-

---

12 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Minister des Innern, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern, 1947-1952 MdL in Nordrhein-Westfalen (SPD).

13 Zusammen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun war Severing am 27.2. in einer internen Besprechung mit den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten auf den bevorstehenden Reichspräsidentenwahlkampf und die zu erwartende Politik der NSDAP eingegangen. Dabei hatte er darauf hingewiesen, "daß die Sturmabteilungen nicht Abwehr-, sondern Angriffsorganisationen militärischen Charakters seien, die unter das Gesetz vom 22.3.1921 zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedenvertrags fielen. [...] An der staatsfeindlichen Betätigung der NSDAP habe sich trotz der Legalitätserklärungen *Hitlers* nichts geändert; von Ansätzen einer Bereitschaft zu positiver Mitarbeit am Staate könne keine Rede sein. Es sei daher zu bedauern, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der NSDAP aufgenommen habe." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 58.

14 Gemeint ist Groeners Erlaß vom 29.1.1932. Vgl. Dok. 12, Anm. 38.
Am 24.2.1932 rechtfertigte Groener nochmals im Reichstag diesen Erlaß, dem "eine Vorleistung der Führung der Nationalsozialisten" vorausgehe. "Das ist der *Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit in der Wehrmacht* seit Jahr und Tag, die wiederholt mir abgegebene Erklärung des Führers, daß er jeden Mann seiner Partei, der solches unternimmt, rücksichtslos entfernen wird." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2279 f.

15 Nach Hindenburgs Entscheidung für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, berichteten die Hindenburg-Ausschüsse immer wieder, Hindenburg habe von ihnen verlangt, sie sollten "den Wahlkampf ritterlich und sachlich führen". Vgl. Der Abend vom 19.2.1932, "Landesverrat! Landesverrat! Der 'ritterliche Kampf' gegen Hindenburg"; Vossische Zeitung vom 4.3.1932 (MA), "Kämpft ritterlich!".
Auch Duesterberg hatte in einem Wahlaufruf verkündet, es sei für ihn selbstverständlich, "daß wir den Kampf um die Reichspräsidentschaft ritterlich führen". Vgl. Der Tag vom 24.2.1932, "Ein Leben in Arbeit und Pflicht".

16 Nach der diffamierenden Rede, die Goebbels am 23.2.1932 im Reichstag gehalten hatte (vgl. Anm. 17 und 18), gab Groener tags darauf im Reichstag folgende Erklärung ab: "In der gestrigen Sitzung hat der Abgeordnete *Dr. Goebbels* nach Feststellung des Ältestenrates folgendes gesagt: 'Sage, wer dich lobt, und ich sage, wer du bist. Hindenburg, gelobt von der *Partei der Deserteure*.' Ich ergreife die Gelegenheit, wo Dr. Goebbels wieder anwesend ist, auf dieses Wort noch einmal einzugehen. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach, wenn Hindenburg in irgendwelche Beziehung mit dem Wort 'Deserteur' gebracht wird. Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen

geschrieben[17], die nach dem amtlichen Protokoll der Reichstags-Sitzung vom 23.2.1932 nicht gefallen ist[18]. Trotz erfolgter Aufklärung nahm der Herr Reichsinnenminister Groener seinen schweren Vorwurf nicht etwa zurück. Im Gegenteil: Durch Ihre Notverordnung[19] wurden wir gezwungen, die objektiv unrichtige und uns schädigensollende [*sic!*], vom Innenministerium verbreitete Wiedergabe dieser Stelle in unserer eigenen Presse zum Abdruck zu bringen[20]. Herr Reichspräsident! Ist ein solches Verfahren ritterlich?

---

wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt, kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebensowenig anhaben wie der Verehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung im Krieg und Frieden empfindet. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, diese ungeheuerliche Äußerung des Abgeordneten Dr. Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen und sie auf das schärfste zurückzuweisen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2270 sowie Hürter, Groener, S. 327 f.

17 Die Auseinandersetzung über den in Anm. 16 genannten Teil von Goebbels' Rede hatte sich über jenen Satz entzündet, der tags darauf in der Presse folgendermaßen wiedergegeben wurde: "Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! Hindenburg, gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure...!" Folgt man dem *offiziellen* Protokoll der Reichstagssitzung, so wurde Hindenburg in dieser Passage von Goebbels' Rede nicht genannt. Allerdings ließ ihr vorhergehender Teil, in der auf Hindenburg Bezug genommen wurde, keinen Zweifel daran, auf wen diese Bemerkung zielte. Grund für die Empörung der sozialdemokratischen Abgeordneten war freilich weniger Goebbels' Polemik gegenüber dem Reichspräsidenten, sondern seine Behauptung, die SPD sei die Partei der Deserteure. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24.2.1932 (MA), "Tumulte im Reichstag"; Germania vom 24.2.1932 (MA), "Beginn der Reichstagsschlacht"; Vorwärts vom 24.2.1932 (MA), "Sozialdemokratie trumpft auf! Sie läßt sich Nazi-Frechheiten nicht mehr gefallen."; Der Angriff vom 5.3.1932, "Trotz Terror und Verboten: Das Volk für seinen wahren Führer!". Ferner Anm. 16 und 18 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 131 f.

18 Das offizielle Protokoll jener Passage aus der Rede, die Goebbels am 23.2.1932 im Reichstag hielt, lautet: "Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort, das bisher immer noch seine Richtigkeit erwies: Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! (Bravo! und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure -- (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. - Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten. - Glocke des Präsidenten.)
Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Dr. Goebbels, Sie haben eine im Hause anwesende Partei die Partei der Deserteure genannt. (Andauernde Zurufe von den Nationalsozialisten und Gegenrufe von den Sozialdemokraten.) - Meine Herren, ich bitte um Ruhe. - (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wer hat desertiert? Wo waren Sie? Sagen Sie das!) - Ich bitte jetzt um Ruhe. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten. - Abgeordneter Dr. Schumacher: Sie waren keinen Tag an der Front!) - Herr Abgeordneter Dr. Schumacher, ich bitte um Ruhe." Folgt weitere Auseinandersetzung zwischen Goebbels, dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe und sozialdemokratischen Abgeordneten über Goebbels' Vorwurf, die SPD sei die Partei der Deserteure. Nach einer Unterbrechung der Sitzung kamen die Mitglieder des Ältestenrats des Reichstags überein, daß die Goebbelssche Äußerung "eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes" darstelle, daß Goebbels nach § 91 der Geschäftsordnung von der Sitzung auszuschließen sei. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 ff. (Im Unterschied zu den übrigen zitierten Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstags enthält diese Wiedergabe sämtliche Zwischenrufe).

19 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10.8.1931, die den verantwortlichen Schriftleiter und den Verleger einer periodischen Druckschrift verpflichtete, "auf Verlangen einer obersten Reichs- oder Landesbehörde amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen". Verlautbarungen der Landesregierungen bedurften der Genehmigung des Reichsministers des Innern. Druck: RGBl. 1931, I, S. 371, 435.

20 Vgl. Der Angriff vom 24.2.1932, "Pg. Dr. Goebbels rechnet ab"; vom 26.2.1932, "Severing sendet uns eine Auflagenachricht".

b.) Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Grzesinski[21], hat unter Bezugnahme auf ein Versammlungsthema: "Der Kandidat Crispiens[22]" den "Angriff", die in einer hohen Auflage erscheinende Tageszeitung meiner Partei in Berlin[23], für die Halbzeit des Wahlkampfes verboten[24]. In der Motivierung dieses Verbots - die ebenso fadenscheinig wie an den Haaren herbeigezogen ist und die ihre treffende Beleuchtung dadurch erhält, daß der unter dieser Überschrift plakatierte Vortrag meines Parteigenossen Alfred Rosenberg[25] als Plakat und Veranstaltung vorher polizeilich genehmigt war - wird vom Herrn Polizeipräsidenten Grzesinski auf die moralische Notwendigkeit eines Ehrenschutzes Ihrer Kandidatur, Herr Reichspräsident, hingewiesen. Herr Reichspräsident! Ich empfinde diese Maßnahme des Polizeipräsidenten Grzesinski nicht nur als ungesetzlich und verfassungswidrig, sondern auch als im strikten Widerspruch

---

21 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamts, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamts, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Minister des Innern, 1933 Emigration, seit 1937 in den USA, 1939-1943 Vorsitzender der German Labor Delegation.

22 Vgl. die Anzeige in *Der Angriff* vom 25.2.1932: Rosenberg sollte am 26.2.1932 ab 20.30 Uhr in einer Massenversammlung in den Tennishallen zum Thema "Der Kandidat Crispiens" sprechen.

23 Die Berliner Zeitung *Der Angriff* war vom Berliner Gauleiter der NSDAP Joseph Goebbels im Juli 1927 gegründet worden. Die Zeitung war weniger als Informationsblatt konzipiert, sondern als neuer Typ einer primär ideologisch ausgerichteten "Kampfpresse", die ihrem Herausgeber Goebbels eine Plattform für seine Propaganda und ihren charakteristischen Stil bot; das zunächst wenige Seiten umfassende Blatt erschien einmal, ab Oktober 1929 zweimal pro Woche und wurde im November 1930 zur Tageszeitung erweitert. Zu Beginn des Jahres 1933 hatte *Der Angriff* nach dem *Völkischen Beobachter* (160.000) mit täglich 125.000 Exemplaren die höchste Auflage aller nationalsozialistischen Tageszeitungen erreicht. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 100 ff., 195; Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 3.

24 *Der Angriff* wurde von Grzesinski am 27.2.1932 für die sechs Tage verboten. In seinem Schreiben an die NSDAP vom 27.2.1932 begründete der Berliner Polizeipräsident dieses Verbot wie folgt: "Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin 'Der Angriff', wegen einer Versammlungsankündigung mit dem Thema 'Der Kandidat Crispiens' auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Reichspräsident v. Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnentstellender Form wiedergegebene angebliche Äußerung des Abgeordneten *Crispien*, 'Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt', nunmehr auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verwendet worden. Die direkte oder indirekte Bezeichnung als Landesverräter gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Äußerung der Mißachtung und verfolgt den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen." Verlag und Schriftleitung des *Angriff* legten dagegen Beschwerde beim Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsminister des Innern und beim Reichsgericht ein. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27.2.1932 (AA), "Der 'Angriff' auf sechs Tage verboten"; Germania vom 28.2. 1932, "Der 'Angriff' verboten"; Vorwärts vom 28.2.1932 (MA), "Gegen die Nazi-Hetzer". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 133 f.

25 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift *Der Weltkampf*, 1929 Gründer des Kampfbunds für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von *Der Mythus des 20. Jahrhunderts*, 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

stehend zu der von Ihnen gewünschten Ritterlichkeit des Wahlkampfes. Ist es ritterlich, meine Presse unter solchen Vorwänden von einem Manne verbieten zu lassen, der die Ehre Ihres Gegenkandidaten, Herr Generalfeldmarschall, auf das denkbar schwerste selbst angegriffen hat? Abgesehen davon, daß Herr Grzesinski in einer öffentlichen Drohrede sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß ich noch nicht mit der Hundepeitsche aus Deutschland gejagt worden sei[26], verbreitet dieser Herr die Verleumdung, ich sei einst österreichischer Deserteur gewesen und hätte deshalb meine Staatsangehörigkeit verloren[27]. Ich lasse Ihnen, Herr Reichspräsident, anbei die Abschrift der von der zuständigen österreichischen Militärbehörde, dem Landesevidenzbüro der Landeshauptstadt Linz, auf mein Ansuchen ausgestellten amtlichen Bescheinigung zugehen, aus der Sie ersehen mögen, daß ich schon im Februar 1914 überhaupt keine österreichische Heeresverpflichtung mehr hatte[28] und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten bin[29], in der ich dann über fünfeinhalb Jahre zu dienen die Ehre hatte. Welches Vertrauen, Herr Reichspräsident, können wir zu Behörden haben, deren Repräsentanten sich solcher Kampfmittel bedienen? Und wie müssen wir es dann empfinden, wenn diese Männer, die in amtlichen Verbotsbegründungen gegen uns erklären, "es gäbe genügend Methoden, mit denen für ein politisches Ziel geworben werden könne, ohne daß man einen politischen Gegner beschimpfe", als "Hüter der Wahlmoral" die Freiheit unserer Propaganda unterdrücken.

Herr Generalfeldmarschall! Halten Sie es Ihres Namens für würdig, sich selbst als Präsidentschaftskandidat durch ein Gestrüpp von Notverordnungen und Gesetzesparagraphen in Ihrer persönlichen Ehre schützen zu lassen, Ihren Gegenkandidaten aber als Freiwild der parteipolitischen Lüge und Verleumdung preiszugeben? Was gedenken Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit wiederherzustellen?

Berlin, Hotel Kaiserhof, Sonntag den 28. Februar 1932

Adolf Hitler[30]

---

26 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

27 Bei seiner Rede, die Grzesinski am 7.2.1932 in Leipzig gehalten hatte, hatte er u. a. ausgeführt: "Wie blamabel ist es für das deutsche Volk, daß hier Millionen von Deutschen einem Ausländer nachlaufen, der in seinem Heimatlande sich der Militärdienstpflicht entzog und nur, weil er bei Ausbruch des Weltkrieges fürchtete, wegen seiner Desertion bestraft zu werden, sich in ein bayrisches Regiment hat einreihen lassen." Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 8.2.1932, "Das Volkshaus dicht umlagert"; VB vom 12.2.1932, "'Warum hat man diesen Ausländer nicht mit der Hundepeitsche davongejagt?'".

28 Liegt der Vorlage nicht bei. Vgl. jedoch die Amtsbestätigung der oberösterreichischen Landesregierung, Landesevidenzreferat, Zahl 786, vom 23.2.1932: "Es wird bestätigt, daß der am 20. April 1889 in Braunau am Inn geborene und in Linz, Oberösterreich, heimatberechtigte *Adolf Hitler*, Sohn des Alois und der Clara, geborenen Pötzl [*sic!*], laut Stellungsliste bei der Nachstellung in der III. Altersklasse am 5. Februar 1914 in Salzburg 'zum Waffen- und Hilfsdienste untauglich, zu schwach' befunden worden ist und der Beschluß auf 'Waffenunfähigkeit' gefällt wurde." BayHStA, PrASlg. 1160. Vgl. ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 133 f.

29 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

30 Hitlers Brief wurde von Reichsminister Groener am 5.3.1932 mit einem öffentlichen Schreiben beantwortet; Groener betonte, daß es die Würde des deutschen Staatsoberhaupts eigentlich gebiete, "die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer

28. Februar 1932 Dok. 31
Schreiben an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/6.

Betreff: Urlaub.

Hiermit bitte ich, mir bis zum Ende des Reichspräsidenten-Wahlkampfes[1] Urlaub gewähren zu wollen[2].

Hochachtungsvoll!

Adolf Hitler

---

an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte". Hitlers Vorwürfe erforderten jedoch eine öffentliche Antwort. "Ihr Appell an die Prinzipien der Ritterlichkeit, den Sie damit verbinden, veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewunderungswürdiges Zeugnis seines Bemühens um eine objektive Amtsführung abglegt hat, in Gewissenskonflikt zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen, meinem Empfinden für Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräs[*identen*] zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde." Zu Hitlers einzelnen Beschwerden bemerkte Groener, daß das Prinzip der Wahlfreiheit kein "Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf" sei. "Ihr Hinweis auf eine angebliche Verfassungswidrigkeit der bestehenden Verordnungen während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Art[*ikel*] 125 der R[*eichs*]verf[*assung*] vorbei. Sie rufen den Schutz des Reichspräs[*identen*] an gegen Teile des Wahlaufrufes der SPD, in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit den Aufrufen und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die unberechtigt erscheinenden Befürchtungen zu wehren - nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer politischen Ziele, um damit die ernste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen." Groener stimmte Hitler bei, daß er kein österreichischer Deserteur gewesen sei und stellte auch mit Befriedigung fest, "daß der Abgeordnete Dr. Goebbels in einem an mich gerichteten Brief von der Absicht einer Beleidigung des Herrn Reichspräs[*identen*] durch seine Äußerung im Reichstag weit abgerückt ist. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagssitzung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe." Er, Groener, sei es Hindenburg, "der mit seiner Kandidatur ein tief erschütterndes, persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen: Hindenburg ist nicht 'der Kandidat Crispiens', ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutscher Arbeiter genauso wie von Millionen deutscher Volksgenossen in anderen Ständen". Groener schloß sein Schreiben: "Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entschließung bei der Wahl gehindert wird. Aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich schützend vor die Person des amtierenden Reichspräs[*identen*] zu stellen, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des G[*eneral*]f[*eld*]m[*arschalls*] von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 52 f. Zur Genese von Groeners Antwort, die zunächst schärfer ausfallen sollte, vgl. Hürter, Groener, S. 331 f., Anm. 141.

1 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
2 Vgl. Dok. 28.

1. März 1932 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg[1]

Hamburger Tageblatt vom März 1932 (Sonderausgabe), "'Tut eure Pflicht - und wir werden siegen!'"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Was ich in einem nunmehr bereits 13jährigen politischen Kampfe noch niemals erlebt habe, erlebe ich heute. Meine politischen Gegner haben Mitleid mit mir. Sie bedauern so inständig, daß ich nunmehr von dem vornehmen und hohen Postament von früher herabgestiegen sei in die Niederungen des Parteikampfes hinein[3]. Ich darf diese wohlwollenden, aufrichtigen Gegner eines wissen lassen: Es tut keinem Menschen mehr leid, in diese Niederungen des Parteikampfes hinabzusteigen als mir[4]. Aber da sich in diesen Niederungen, ja leider Gottes, das deutsche Volk befindet, muß man schon hinuntersteigen, *um dies Volk wieder hinaufzuziehen.*

Es gibt gar manche Gegner unter uns, die sagen, den Nationalsozialisten kommt die allgemeine politisch ungünstige Situation zugute, in der sich Deutschland befindet. Verehrte Herrschaften,

wenn Deutschland sich nicht in der Situation befinden würde, wären wir wahrscheinlich gar nicht da.

Es wäre ja dann auch nicht die Notwendigkeit vorhanden, daß wir überhaupt den Kampf einst aufgenommen haben. Denn wir wollten ja nicht eine Partei um ihrer selbst Willen gründen, sondern wir waren entschlossen, eine Bewegung ins Leben zu rufen, [*die*] einer Entwicklung vorbeugen oder sie beenden sollte, die wir kommen sahen. Wenn die Herrschaften heute sagen, daß Deutschland sich in traurigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen befindet, dann antworten wir:

Ja, Verehrteste, das haben Sie vor 13 Jahren nicht gesagt,

sondern damals erklärten Sie, daß mit *Ihren Prinzipien, Ihren Methoden und Ihren Auffassungen* Deutschland einer Zukunft entgegengehen würde, die unsere frühere Lage weitaus an *Schönheit, an Freuden, an Würden, an Glück* übertreffen sollte[5]. Das haben Sie behauptet,

---

1 In den Sagebielsälen, nach 21.30 Uhr. An der völlig überfüllten Versammlung, die um 20.30 Uhr vom Fraktionsvorsitzenden der NSDAP in der Hamburger Bürgerschaft, Wilhelm von Allwörden, eröffnet wurde, nahmen rund 15.000 Personen teil, die sich laut *VB* über alle sechs Säle verteilten. Vor Hitler sprach MdR Wilhelm Kube. Über den Einmarsch Hitlers schreibt das *Hamburger Tageblatt*: "Eine vieltausendköpfige Menschenmenge, ein vieltausendköpfiges graues, dumpfes, gequältes Heer, scheint all die Last und Sorgen dieser entsetzlichen dreizehn Jahre, scheint all seine Tränen, seinen Kummer, seine Sorgen hinwegwischen zu wollen in diesem Schrei, der Gruß ist und Huldigung zugleich."

2 Vgl. auch Hamburger Echo vom 2.3.1932, "Hitler-Abend"; Hamburger Fremdenblatt vom 2.3.1932, "Hitler in Hamburg"; Hamburger Tageblatt vom 2.3.1932, "'Ich verlange Kampf wie bisher und fordere Opfer'"; Le Matin vom 3.3.1932, "La campagne électorale allemande"; VB vom 3.3.1932, "Hitler - der Glaube und die Hoffnung von Millionen".

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 4, ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

5 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen

und wir erklärten damals, daß man mit den *Prinzipien der Demokratie und des Internationalismus und des Pazifismus* eben dies Glück nicht würde erzeugen können, sondern daß mit diesen Prinzipien *Deutschland zugrunde gerichtet werden müsse*. Und nun ist Deutschland zugrunde gerichtet, nun sagen Sie, ihr seid da, weil es uns schlecht geht.

Darüber hinaus sagen wir, wir sind da,

[um] Euch zur Rechenschaft zu ziehen.

Denn, daß es uns schlecht gehen wird, daß konnte jeder entweder nicht *verbrecherisch verblendete* oder *absichtlich bösartige* Mensch einsehen und müßte es zugeben.

Sie hören heute soviel von *Legalität* und *Illegalität*[6]. Nun wissen wir alle, daß es in der Geschichte zahlreiche Handlungen gab, die in ihrer Zeit und im Augenblick ihres Abrollens illegal waren, später eine Tatsache schufen und endlich von der Geschichte anerkannt wurden, nicht deshalb, weil sie eine Tatsache schufen, sondern deshalb, *weil aus dieser Tatsache eine innere Rechtfertigung kam*. Wenn man schon eine Revolution macht, wie am 9. November 1918[7], *dann kann sie nur legalisiert werden durch ihren inneren Erfolg*, und nicht durch die Tatsache der Machtübernahme allein[8].

Dieser innere Erfolg ist nun aber ausgeblieben.

Im Gegenteil, wir sehen, daß ein entsetzlicher Wandel in allem eingetreten ist. Wo Sie heute Ihren Blick hinwenden, die größten Veränderungen, die größten Umwälzungen, ja, ein Blick in die Vergangenheit scheint manchmal fast wie in einem Traum zu sein.

Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42. Vgl. ferner Dok. 29, Anm. 7.

6 Die öffentliche Diskussion um die Legalität der nationalsozialistischen Politik war erneut aufgeflammt, nachdem der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten in Preußen am 27.2.1932 einen höheren Polizeioffizier wegen seines offenen Bekenntnisses zur NSDAP verurteilt und dies mit entsprechenden Entscheidungen des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 10.2. und 30.9.1931 begründet hatte. "Mit Recht hat sonach der Staatsministerialbeschluß vom 25. Juni 1930 die NSDAP als eine Organisation, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist, bezeichnet. Ein *Staatsbeamter* aber, der sich offen als Anhänger dieser Partei zu erkennen gibt, offen für diese eintritt, wie es der Angeschuldigte getan hat, begeht ein *Dienstvergehen*." Vgl. Vossische Zeitung vom 27.2.1932 (AA), "Beamte dürfen nicht Hitler-Leute sein"; Berliner Tageblatt vom 28.2.1932 (MA), "Die N.S.D.A.P. keine legale Partei"; Frankfurter Zeitung vom 28.2.1932 (MA), "Nicht legal!".
Generell zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 27.

7 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

8 Anspielung auf das von Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Obwohl dieses dezidiert positivistische Rechtsverständnis, das die normschaffende und daher auch normverändernde Kraft der realen politischen Machtverhältnisse betonte, unter den führenden deutschen Staatsrechtslehrern umstritten war, bestimmte es doch das damalige Verfassungsdenken. Auch die Rechtsprechung folgte der These von der rechtschöpferischen Kraft der Revolution. Bereits am 28.4.1919 sah das Reichsgericht die Rechtsetzungsmacht der revolutionären Reichsregierung begründet in ihrer "tatsächlichen Ausübung der Herrschergewalt". In seinen Urteilen vom 12.10. und 21.12.1921 stellte der Vereinigte II./III. Strafsenat fest, daß das alte Hochverratsrecht dem Schutz der Verfassung "in ihrer jeweils bestehenden Form" diene, womit *alle* politischen Umsturzversuche kriminalisiert wurden. Auch der endgültige Reichsstaatsgerichtshof argumentierte in einem Urteil vom 16.10.1926, "daß im Staatsleben der tatsächlichen Herrschaft, die sich gegenüber Widerständen durchzusetzen vermocht" habe, "staatsrechtliche Anerkennung" gebühre. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 8 ff., 546 ff.

Überall, in Nord, Süd, West oder Ost des Reiches, sehen wir an tausend Beispielen die ungeheuerlichsten Veränderungen, ja Verwüstungen. Auch Ihre Stadt hier war einst eine der blühendsten Handelsmetropolen Deutschlands[9], und heute zeigt der langsam verödete Hafen auch, wie sie ärmer und immer ärmer wird[10]. Was hat sich in diesen 13 Jahren nicht verschoben. Einst war Deutschland ein großes Reich, ein mächtiges Reich, stark genug, um vor einer ganzen Welt zu bestehen, und heute geht dieses kleine Litauen über uns zur Tagesordnung über[11], als ob wir gar nicht da wären.

15 Jahre vorher - und eine Welt kann uns nicht niederzwingen, und heute verhöhnt uns ein kleiner winziger Zwergstaat. 15 Jahre vorher - und dieses Volk ist in der Lage, mit seiner Wirtschaft einen Widerstand zu organisieren, der ebenfalls der ganzen Erde standhält - und jetzt sehen wir einen Trümmerhaufen, wohin wir blicken. 15 Jahre vorher - und dieses Volk hat im Innern eine Verfassung, die von Millionen nicht aus Zwang, sondern aus unbedingter innigster Gläubigkeit als richtig angesehen wurde, und heute eine Verfassung, die man dauernd durch Zwangsgesetze, Auflagen und Verordnungen in Schutz zu nehmen vermag. 15 Jahre vorher - eine Gesetzgebung, die von Millionen als in Übereinstimmung mit ihrer eigenen moralischen Auffassung angesehen wurde, und heute eine Moralauffassung, die die Gesetzgebung ablehnt und ablehnen muß, weil sie sich nicht mehr in Übereinstimmung befindet mit den im sonstigen bürgerlichen Leben gültigen Auffassungen. 15 Jahre vorher - dieses Volk im Besitz einer großen unbesiegten Armee[12] - heute einer lächerlichen Zwergtruppe[13]. 15 Jahre vorher - dieses Volk immer noch reich und vermögend, und heute arm und elend. Vorher ein Volk, das jede Arbeit schaffen konnte, heute ein Drittel der ganzen im Erwerbsleben Stehenden ohne Zweck, ohne Beschäftigung, ohne Arbeit[14].

Was Sie ansehen, alles hat sich gewandelt, wenn man später einmal diese 15 Jahre überblikken wird, die zwischen dem Jahre 1918 und heute liegen, dann wird man feststellen müssen,

9 Nach der 1867 erfolgten Aufnahme Hamburgs in den Norddeutschen Bund entwickelte sich die Hansestadt in wenigen Jahrzehnten zu einer Handelsmetropole, die nur noch von London und New York übertroffen wurde. 1875 waren in Hamburg 93 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 84.300 BRT und 336 Segler mit 149.350 BRT registriert, 1914 764 Dampfer mit insgesamt 2.618.040 BRT. Wurden 1880 Güter mit einem Gesamtgewicht von 4.500.000 t und einem Gesamtwert von rund 1,7 Millionen Mark eingeführt, so stieg die Einfuhr bis 1900 auf 14.818.000 t, bzw. 3,8 Milliarden Mark. Die Ausfuhr stieg im selben Zeitraum von 2.870.000 t auf 9.345.000 t, bzw. von 1,6 Milliarden Mark auf 3,3 Milliarden Mark. Vgl. Werner Jochmann, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

10 Als größter deutscher Handelshafen hatte Hamburg besonders unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu leiden: 1925 wurden in Hamburg 586.407 Erwerbspersonen ermittelt, davon 38.947 Arbeitslose (6,64%); bis 1933 war die Zahl der Erwerbspersonen auf 603.250 gestiegen, die der Arbeitslosen auf 176.417 (29,24%). Die seewärtige Warenein- und -ausfuhr über Hamburg erreichte 1928 einen Spitzenwert von 29.688.000 BRT, um bis 1932 auf 19.827.000 BRT zu sinken. Die Zahl der Beschäftigten im Hamburger Hafen halbierte sich im Zeitraum von 1927 bis 1932 von 20.071 auf 10.195. Vgl. Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 243 ff., 672 ff.

11 Vgl. Dok. 24, Anm. 11.

12 Zur Genese der sog. Dolchstoßlegende und den tatsächlichen Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 3, Anm. 3.

14 Im März 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.034.100 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 297 sowie Dok. 4, Anm. 14.

daß es kaum eine Epoche in der Weltgeschichte gibt, in der ein Volk einen solchen Niedergang erlebt hat.

Nur etwas ist geblieben: Wenn in diesen 15 oder 13 Jahren Deutschland als Macht zugrunde ging, wenn in diesen 13 Jahren Deutschland als Weltfaktor ausgeschaltet wurde, wenn in diesen 13 Jahren Millionen Menschen ihre Spargroschen verloren haben [15], wenn in diesen 13 Jahren Millionen andere ihre Geschäfte aufgeben mußten [16], wenn nach diesen 13 Jahren Millionen andere gar keinen Arbeitsplatz mehr besitzen, wenn in den 13 Jahren alles zerstört und verändert wurde, was man früher als natürlich und wichtig empfand, dann ist Eines geblieben:

die Parteien und die Männer, die das verschuldet haben, die sind noch immer da, die haben sich nicht geändert. (Lebhafter Beifall!)

Die haben es verstanden, im Zeitalter der Demokratie über die größte Niederlage, über das größte Versagen hinweg ihre eigene politische Unsterblichkeit stets auf das Neue zu erweisen. *Nicht zu vertilgen scheint dies politische Zeug zu sein, unsterblich förmlich, unsterblich sowohl an minderwertigen Leistungen als auch an der Zähigkeit, mit der es trotz aller Fehlschläge und trotz aller Katastrophen sich selbst erhält.* Ein ganzes Volk scheint überhaupt den einzigen Zweck zu haben, einen Nährboden abzugeben, für diese Bazillenkulturen. Wer redet vom deutschen Volk, wer redet von den Millionen Menschen, die leben wollen und keine Existenzmöglichkeit mehr finden?

Niemand! Man redet nur von den Parteien, die in ihrer Existenz erhalten werden müssen, von der Presse, die in ihrer Existenz unverändert bleiben muß. Man redet vor allem auch von den unsterblichen Männern, die dieses System hervorgezaubert haben, nicht unsterblich in ihrer explosiven Größe oder gar in ihrem weltanschaulichen Format. *Aber unsterblich in einer eminenten Zähigkeit des Klebens an einmal eingenommenen Sitzen und Plätzen.*

Sehen Sie, werden unsere Gegner sagen, ihr seid da, weil die Not zu groß ist. Jawohl, ihr habt den Nagel auf den Kopf getroffen. *Wenn ihr besser funktioniert hättet, wäre unsere Existenz gar nicht zu verantworten.* Ihr fragt,

was will dieser Hitler?

Er kämpft gegen den 9. November 1918, er ist doch selbst auch ein Kind des 9. Nov[*ember*] 1918. Gewiß, ihr habt recht: in Eurer Revolution, in Eurem Umsturz, in Euren Zuständen bin auch ich gewachsen [17], und weil ich aus ihnen gewachsen bin, werden wir Euch überwinden (Beifall). *Wenn ich aus den überalterten bürgerlichen Parteierscheinungen kommen würde, könnte ich mit Euch gar nicht ringen; denn diese überlebte Welt hat ja einst nicht Widerstand leisten können, wie sollte sie denn heute zu siegen vermögen?* Weil ich und wir Kinder dieser Zeit sind, weil wir dies alles miterlebt hatten, einst an der Front [18] und dann im Kampfe der Heimat, weil wir Euch gerade dabei kennenlernten, sind wir das geworden, was wir heute vorstellen.

Und wir stellen nichts Schlechtes vor.

---

15 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.

16 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933 (S. 384 f.) verzeichnet für das Jahr 1932 14.138 neue Konkurse und 6.189 neue Vergleichsverfahren. 1931 wurden 19.254 neue Konkurse und 8.628 neue Vergleichsverfahren registriert.

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

Wenn ich Eure Plakate heute lese und auf denen Euren Aufruf sehe: *"Wählt Hindenburg, damit Ihr Hitler schlagt*[19]*"*, welch ein Wandel auch auf diesem Gebiete.

Die stolze Sozialdemokratie, die mit starkem Arme einst alle Räder stehenlassen wollte, jetzt stehen sie still ohne ihre starken Arme[20]. *Die stolze Sozialdemokratie, die einen Staat, ein Volk revolutionieren, erobern und hinüberführen wollte in einen neuen Glückszustand. Die uns ausgespottet hat* [*sic!*], *die mich halb als Narren, halb als Idioten, dann wieder als Verbrecher hinstellte*[21], *die wagt heute nicht mehr, uns mit offenem Visier unter eigener Bezeichnung entgegenzutreten. Glauben Sie mir, hätte ich gar nichts erreicht in meinem Leben, als daß ich diese Partei zu den Füßen des Feldmarschalls*[22] *gezwungen hätte*[23], *es wäre auch schon ein geschichtliches Verdienst gewesen.* (Lebhafter Beifall.)

Als ich einst diesen Kampf vor 13 Jahren begann, da wußte ich, daß bei der mir ganz klaren Charakterlosigkeit dieser politischen Gegner - *denn wer in einer solchen Stunde wie im November 1918 eine Revolution macht, ist charakterlos*[24] - diese Menschen in der Klebrigkeit ihres Existenzkampfes [*sic!*], in ihrer Selbsterhaltungssucht vermutlich eines Tages selbst kommen würden, um alles das anzuerkennen, weswegen sie mich am liebsten gesteinigt hätten. Es ist schon ein schöner Wandel in dieser Partei vor sich gegangen. Einst die Partei des revolutionären Proletariats und heute die Partei einer braven bürgerlichen Stimmabgabe für den verhaßten 85jährigen Generalfeldmarschall. Einst internationale Barrikadenkämpfer und heute brave nationale Spießbürger, sehr brave Spießbürger, die einem Zentrumsminister[25] als absolut zahme Hündchen aus der Hand heraus fressen[26]. Die Herren haben sich wirklich wesentlich verändert. Sie sagen, wir müssen das tun, um das Ärgere zu verhüten, und ich bin stolz darauf, daß dieses Allerärgste ich bin. Würde ich nicht das Allerärgste sein, würden sie vielleicht auch mich sogar noch entgegennehmen. Es sollte mich nicht wundern, wenn die Partei, die den Weg von Crispien bis zu Hindenburg gefunden hat, eines Tages nicht auch noch versuchen sollte, den Weg von Hindenburg zu uns zu finden oder mindestens tastend abzuforschen (lebhafter Beifall), vorausgesetzt, daß wir [*das*] wollten.

Und hier allerdings beginnt die große Trennung. Als ich vor 13 Jahren mit meinen Volksgenossen diesen Kampf begann, da strebte ich danach, in das in Zersplitterung und Zerfall begriffene deutsche Volk langsam wieder den Gedanken einer neuen deutschen Volksgemeinschaft hineinzupflanzen, allerdings durchdrungen dabei von der Überzeugung, daß man zu diesem Zweck die Gebilde beseitigen muß, die Interessenten an diesem Zerfall sind. Ich war

---

19 Auf ihren Plakaten sowie in ihrer Publizistik warb die SPD im damaligen Reichspräsidentenwahlkampf ständig mit Parolen wie: "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg! Hitler geschlagen und Hindenburg gewählt!" Vgl. die damaligen Ausgaben des *Vorwärts* sowie Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

20 Anspielung auf das 1863 von Georg Herwegh (1817-1875) verfaßte Lied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen zehnte Strophe lautet: "Mann der Arbeit, aufgewacht!/ Und erkenne deine Macht!/ Alle Räder stehen still,/ Wenn dein starker Arm es will." Das Lied fand in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung weite Verbreitung.

21 Zur sozialdemokratischen Rezeption Hitlers und der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.

22 Reichspräsident Paul von Hindenburg.

23 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

24 Vgl. Dok. 12, Anm. 24.

25 Gemeint ist vermutlich Heinrich Brüning.

26 Vgl. Dok. 8, Anm. 31 ferner Dok. 1, Anm. 11.

mir dabei klar, daß diese Einigung nicht herbeigeführt wird durch eine rein theoretische Einigungsformel, die man auf irgendeiner Wahl als Stichwort verwenden kann, sondern ich war mir klar, daß eine solche Einigkeit genauso Jahre in ihrer Erziehung braucht und irgendwo an einer lebendigen Keimzelle ihren Ausgang nehmen muß, wie die Zersetzung einst brauchte, um unser Volk in diese sich gegeneinander aufhebenden Hälften zu zerreißen. Ein langsamer Prozeß war einzuleiten, der dabei außerdem noch auf eine ganz neue weltanschauliche Basis gestellt werden mußte. Denn es handelte sich nicht darum, nur eine sogenannte grundsätzliche Einigkeit zu erzielen, sondern darum, diese Einigkeit in eine Gedankenwelt zu bringen, die natürlich und logisch und damit auch bestandsfähig im Sinne der Erhaltung der Nation ist. Vor 13 Jahren habe ich mit diesem Kampf begonnen, und ich weiß sehr wohl:

Nur meiner Dummheit und meiner Unfähigkeit und meiner Schlechtigkeit und meiner Minderwertigkeit allein ist es zu verdanken, daß heute hinter dieser Idee eine gigantische Millionenbewegung[27] *steht.* (Beifall.)

Aber nur der Fähigkeit und der Tüchtigkeit und der Einsicht und der - Redlichkeit - darauf legt man allerdings an sich nicht viel Wert - , sagen wir also lieber, der Klugheit meiner politischen Gegner und der sogenannten Köpfe in den anderen Parteien ist es zuzuschreiben, daß sie so wesentlich abgenommen haben. Immerhin, die Tatsachen stehen fest,

aus nichts hat sich in diesen 13 Jahren eine neue Gemeinschaft in unserem Volk aufgebaut!

Umgekehrt ist aber in diesen 13 Jahren die Gegenseite mehr und mehr geschwunden und zusammengeschlagen worden. Es steht fest, daß diese Gemeinschaft heute *der lebendigste Willensausdruck des deutschen Volkes* ist. Genauso, wie feststeht, daß die andere Seite mehr als Ausdruck der Verzagtheit, der Hoffnungslosigkeit und der fehlenden Zuversicht angesehen werden muß. Und noch etwas steht fest, daß die Sozialdemokratie heute einen Reichspräsidenten Hindenburg, der vor 7 Jahren zu alt war[28], wesentlich verjüngt empfindet und ihm gläubigen Herzens zustimmt als dem sogenannten *"kleineren Übel"*. Das ist so, wie wenn wir entwe-

---

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6.

28 Die SPD reagierte mit größter Sorge auf Hindenburgs Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, die am 8.4.1925 bekanntgegeben worden war. Den sozialdemokratischen Politikern und ihrer Presse galt der Generalfeldmarschall als "das Symbol der Monarchie und des Kriegs", so tags darauf der *Vorwärts*. Am 11.4. präzisierte der Parteivorstand der SPD in einem Aufruf seine massiven Befürchtungen: "*Die Kandidatur Hindenburgs ist eine Gefahr für den Frieden!* Wie soll unter Hindenburg die Räumung des Rheinlands durchgesetzt werden? Maßloses Unglück brächte diese Wahl über das gesamte deutsche Volk. Neue politische und wirtschaftliche Unsicherheit droht. Die *deutsche Währung* wird aufs neue gefährdet. Wer Hindenburg wählt, der stimmt für neue Inflation, [...]." Am 25.4. brachte der *Vorwärts* auf seiner Titelseite die Balkenüberschrift: "Rettet Volk und Land! Arbeit für Hindenburg ist Selbstmord aus Dummheit!". Entsprechend beunruhigt war der Tenor der sozialdemokratischen Blätter nach Hindenburgs Wahl am 26.4.1925. Die Republik sei nun - so der *Vorwärts* am 27.4.1925 - "in eine Gefahrenzone eingetreten". Allerdings begann sich die Aufregung der Sozialdemokraten noch im selben Jahr zu legen, bereits während des Heidelberger Parteitags im September 1925 erkannten große Teile der SPD an, daß Hindenburg die Hoffnung gewisser Kreise auf eine monarchische Restauration nicht erfüllt habe. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 237 ff.; Vorwärts vom 9.4.1925 (MA), "Also wirklich - Hindenburg!"; vom 11.4.1925 (AA), "Wähler und Wählerinnen"; vom 25.4.1925, "Rettet Volk und Land! Arbeit für Hindenburg ist Selbstmord aus Dummheit!"; vom 27.4.1925 (AA), "Der Präsident der Minderheit".

der morgen oder übermorgen oder in 7 Jahren zu Herrn Grzesinski kommen würden, um ihm zu sagen: *Wir geben Ihnen unsere Stimme.*

Es ist ein riesiger Siegeszug, den diese Bewegung seit 13 Jahren eingeschlagen hat,

ein Siegeszug, der in der Geschichte unseres Volkes einzig dasteht

und dessen Wesentliches ich nicht darin sehen möchte, daß wir in der unermeßlichen Arbeit uns über die einzelnen Vorgänge politisch aufklären, daß wir immer die Propheten waren und unserem Volke sagten, was kommen wird, wenn es auch die Regierungen nicht wahr haben wollten. Nicht darin liegt das Wesentliche, daß wir eine gewaltige Organisation schufen als äußeren Ausdruck des Lebens einer Bewegung, daß wir diese Organisation heute als die größte bezeichnen können, sondern das Wesentliche liegt schon darin,

daß wir in eine allgemeine Umwelt von Verzweiflung, von Angst, Gleichgültigkeit und Verzagtheit wieder einen gewaltigen deutschen Glauben gebracht haben, daß wir im ganzen Deutschen Reiche von Königsberg bis hierher nach Hamburg und von Stettin bis nach Wien[29] *eine Bewegung schufen, die Millionen von Menschen aus ihrer Verzweiflung herausgerissen hat und ihrem Kampf wieder ein Ziel gab.*

Wir nehmen es als unser geschichtliches Verdienst in Anspruch, ganz gleich, wie auch die Würfel in der Zukunft fallen mögen, dem deutschen Volke eine gewaltige Bewegung geschenkt zu haben, von der wir mit Stolz sagen können,

daß sich in ihr die Erhebung unseres Volkes vollzieht.

Alle Menschen, die wir um uns sehen, sind auf dem Gebiet lange tüchtig behandelt [*worden*]. Das ist ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen seine letzte Entscheidung und seinen Abschluß findet, der aber insgesamt doch den Erfolg gebracht hat, daß nach einer jahrzehntelangen klassenmäßigen Verhetzung die Menschen aus allen Klassen und Schichten wieder zueinanderfinden[30], ja, daß sogar die Hetzer des Klassenkampfes von einst und seine Anhänger von heute zu überlegen beginnen, ob der Klassenkampf notwendig sei oder nicht[31].

Die Sozialdemokratie ist jetzt schon sehr im Zweifel darüber, ob sie nicht wenigstens die alte Methode etwas außer Kraft setzen sollte oder nicht.

Meine lieben Freunde, es ist ganz gleichgültig, wie einst unsere Geschichte und von wem sie beurteilt werden wird. Wesentlich ist,

---

29 Zur Entwicklung der NSDAP in Österreich vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988. Zum damaligen Verhältnis zwischen der Reichsleitung der NSDAP und ihrem österreichischen Ableger vgl. ferner Bd. IV/2, Dok. 5 und 8.

30 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

31 Der linke Flügel der SPD, der sich um die linkssozialistische Halbmonatsschrift *Der Klassenkampf - Marxistische Blätter* gruppierte, hatte auf dem Leipziger Parteitag der SPD vom 31.5. bis 5.6.1931 eine grundsätzliche Debatte über die sozialdemokratische Tolerierung der Regierung Brüning initiiert. Nach heftigen Auseinandersetzungen schloß der Parteivorstand am 29.9.1931 die Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld aus der SPD aus, die daraufhin am 4.10.1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) gründeten. Obwohl eine Reihe von Sozialdemokraten aus dem linken Flügel zu dieser neuen Partei überwechselten und sich ihr einige linke Splittergruppen anschlossen, gewann die SAPD, die ihre Schwerpunkte in Sachsen und Thüringen besaß, keinen größeren Einfluß. Ihren Mitgliederhöchststand erreichte sie im Oktober 1931 mit 25.000 Mitgliedern, bei der preußischen Landtagswahl vom 24.4.1932 erhielt sie lediglich 0,4% der Wählerstimmen. Vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965 sowie Dok. 8, Anm. 31.

daß kein Geschichtsschreiber an dieser einzigartigen Erscheinung wird vorbeigehen können. Sie müssen sie zur Kenntnis nehmen, und wir werden dafür sorgen, daß sie nicht nur zur Kenntnis genommen werden muß, sondern daß sie tatsächlich zur beherrschenden Kraft des Deutschen Reiches wird.

Deshalb kämpfen wir am 13. März [*1932*][32]. Es handelt sich nicht darum, daß das deutsche Volk einen neuen Reichspräsidenten erhält, es handelt sich nicht darum, daß dieser Reichspräsident überparteilich ist, sondern es handelt sich darum, daß

dieser Reichspräsident ein Wegbereiter eines neuen Deutschlands wird.

Heute stehen sich zwei Welten gegenüber, eine alte verkommene, die sich selbst ihr Todesurteil geschrieben hat, und ein neues Deutschland, das nicht gewillt ist, seine Zukunft von irgend jemand verbrauchen zu lassen.

Nicht darum handelt es sich, ob ein 80- oder 90jähriger Greis menschliche Sympathien besitzt[33]*, sondern darum, ob er uns, den Jungen, das Leben gewähren kann. Ich glaube nicht, daß mit 85 Jahren die Tatkraft zunimmt, wenn man sie 7 Jahre vorher schon in Zweifel zog. Wir glauben das vor allem dann nicht, wenn es sich um einen sogenannten "überparteilichen" Mann handelt, der das Parteileben weder begreift, noch versteht, noch in seiner Bedeutung erfaßt.*

Wir glauben nicht, daß je so ein Mann imstande sein würde, denen Widerstand entgegenzusetzen, die natürlich heute glücklich sein müssen, unter einem an sich vornehmen Schirm ihre eigene Existenz zu verbergen. Ich sage Ihnen ja auch gar kein Geheimnis,

wenn nicht der Generalfeldmarschall kandidiert hätte, dann hätte ich auch nicht kandidiert.

Dann wäre an meine Stelle ein anderer Herr getreten[34]. In dem Moment aber, in dem man diesen ehrwürdigen Namen dazu brauchte, die Kandidatur derer anzunehmen, die ihn einst ablehnten, im gleichen Augenblick war es für [*mich*] selbstverständlich, daß ich als der Führer der Bewegung nun als Gegner auftrete. (Heil und Beifall). Ich kann das um so mehr tun, als ich genau wie alle anderen anständigen Deutschen den Generalfeldmarschall in der Zeit, als ihn die anderen bekämpften, auf das Höchste verehrt habe. Ich kann es um so mehr tun, als ich ihn auch heute als den großen Heerführer des Krieges immer gleich verehre, als ich auch vor der ehrwürdigen alten Erscheinung die unbedingte persönliche Ehrfurcht besitze. Aber ich muß es tun, weil ich nicht will, daß

Zentrum[35] *und Sozialdemokratie sich gerade hinter diesen Mann stellen, weil ich das Zwischengelände freimachen will und weil ich nicht will, daß man uns den Gegner zu entziehen versucht, der geschlagen werden muß, wenn Deutschland leben soll.* (Beifall.)

---

32 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

34 In der Reichsleitung der NSDAP waren kurze Zeit Wilhelm Frick und Franz Ritter von Epp als mögliche Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl im Gespräch. Erwogen wurde auch eine Kandidatur von Karl Litzmann, General a. D. und SA-Gruppenführer, der gewissermaßen als "Strohmann" der NSDAP in den ersten Wahlgang geschickt werden sollte. Derartige Planspiele waren jedoch in erster Linie das Ergebnis der damaliger Unentschlossenheit Hitlers, und es charakterisiert die Lage, wenn Goebbels noch am 2.2.1932 vom großen "Rätselraten über unseren Kandidaten" schrieb. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 343; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 119.

35 In Anbetracht von Hindenburgs Bedeutung für die Politik Brünings und die Politik des Zentrums bemühte sich dieses schon früh darum, "den Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem es seinen treuesten Führer und

Daher kann ich nur eines erklären:

Den Generalfeldmarschall des Weltkrieges verehre ich; einen Reichspräsidenten von Hindenburg verurteile ich nicht; den Kandidaten für die Zukunft lehne ich ab.

Denn wir, die Jugend, sind nicht gewillt, uns erneut 7 Jahre der Fortsetzung eines Regiments auferlegen zu lassen, das wir in all seinen entsetzlichen Auswirkungen kennengelernt haben. Und ich kann nur eines sagen: Weil wir den Generalfeldmarschall verehren, muß ich dem alten Manne heute sagen:

Tritt zurück, du kannst die nicht verdecken, die wir vernichten wollen. (Beifall.)

Wenn ich früher oft sagte, daß ich niemals eine Wahlrede halte, um [*um*] irgendeine Stimme zu betteln, dann muß ich es heute erst recht sagen. Ich denke auch nicht daran, daß wenn das Schicksal mich an diese Stelle führt, *meine Mission nur eine Repräsentation* sein könnte[36]. Im Gegenteil, ich sehe nach wie vor die Aufgabe der höchsten Spitze des Reiches nicht nur in der Hütung der Verfassung[37], sondern in der Bewahrung eines Volkes vor Unglück, vor Not und vor Vergehen[38]. Ich weiß daher auch, daß unser Kampf damit kein Ende nimmt, und das sollten auch die Gegner wissen. Unser Ringen wird in der neuen Position erst recht fortgesetzt werden. *Streng legal*[39], *meine Herrschaften.* Wir sind zu unserem eigensten Erstaunen ja durch Euch darüber belehrt worden, welche Methoden die Legalität einem findigen Kopf an die Hand gibt, und ihr werdet es auch schon merken, daß wir nicht minder klug sind als ihr. Wir werden strengstens dafür sorgen, daß in Deutschland die Welle der Erneuerung zum großen Strom wird und daß eines Tages dann der Welt wirklich ein neues Geschlecht gegenüber-

---

die höchste Verkörperung seines nationalen Willens verehrt, über dieses schicksalsreiche Jahr hinweg in seinem Amte zu erhalten" - so die *Germania* am 9.1.1932. Nach Hindenburgs Entscheidung, sich einer neuen Kandidatur zu stellen, veröffentlichte der Vorsitzende des Zentrums, Ludwig Kaas, bereits am 16.2.1932 eine Erklärung, in der es u. a. hieß: "Im bewußten Gegensatz zu solchen [*parteipolitischen*] Verirrungen und im Vertrauen auf die Zustimmung und Unterstützung ungezählter Volksgenossen außerhalb unserer Reihen bekennen *wir Mitglieder der Deutschen Zentrumspartei* uns über alle politischen und konfessionellen Schranken hinweg in staatspolitischem und volklichem Gemeinschaftsgeist zu *Hindenburg* und proklamieren ihn freudig und entschlossen *auch als den Kandidaten unserer Wahl* [...]". Vgl. Germania vom 9.1.1932, "Einmal einig sein!"; vom 18.2.1932, "'Unsere Wahl ist getroffen'". Ferner Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 18, Anm. 2.

36 Der Reichspräsident besaß als höchster Amtsträger des Deutschen Reichs nicht nur repräsentative Funktionen im Sinne einer personalen Integrationsfigur nationaler Einheit und Selbstbestimmung; ihm waren auch jene Hauptfunktionen übertragen, die vorher der Kaiser ausgeübt hatte: das Recht zur völkerrechtlichen Vertretung des Reichs (Art. 45), das Recht zur Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister (Art. 53), das Recht zur Ausfertigung der Reichsgesetze (Art. 70), das Recht des Oberbefehls über die Reichswehr (Art. 47), das Recht der Begnadigung (Art. 49), das Recht zur Ernennung der Reichsbeamten und Offiziere (Art. 46) und schließlich in kritischen Lagen das Recht zur Reichsexekution oder zur Anwendung der Diktaturgewalt (Art. 48). Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 307 ff.; Druck der genannten Artikel: RGBl. 1919, S. 1392 f., 1396.

37 Anspielung auf einen Brief des Reichspräsidenten Friedrich Ebert an die bayerische Regierung vom 27.2.1922, in dem er seinen Auftrag folgendermaßen definierte: "Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayrischen Verordnung hinzuwirken." Vgl. Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1929, S. 219, Anm. 112.

38 Zu Hitlers intern geäußerten Absichten nach einer Wahl zum Reichspräsidenten vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 19.

39 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

tritt. Denn das scheidet uns von unseren heutigen Gegnern: Sie meinen, durch die diplomatische Klugheit derer, die zum Teil vor 20 Jahren noch nicht wußten, was Diplomatie ist, durch diese Klugheit, die sie uns an so wunderbaren Beispielen seit 13 Jahren vordemonstrieren, das Reich retten zu können.

Wir aber glauben, daß erst die Nation im Inneren gerettet werden muß. Schaffe ein anderes deutsches Volk und du erhältst ein anderes Deutsches Reich, schaffe dir ein anderes Deutsches Reich und du erhältst der Welt gegenüber wieder einen Machtfaktor, der neu gewogen wird.

Dieses Neuwägen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß aus der uns feindseligen Schale dieser Waage alle die Gewichte herausgenommen werden, die in unserem Volke zugunsten der Fremden wirken. Die Gewichte, die da heißen: *Zentrum, Sozialdemokratie, Parlamentarismus, Demokratie, Pazifismus, Internationalismus.* Ich hoffe, daß am 13. März [*1932*] ein Gewicht bereits entfernt wird.

Ich bitte Sie nicht um Ihre Stimme. *Wer von Ihnen eine Epoche des Sichgehenlassens erwartet, der darf mir seine Stimme gar nicht geben. Wer von Ihnen eine Periode erwartet, in der nun plötzlich gebratene Tauben kommen und den Spießbürger von selbst zu mästen beginnen, der darf mir seine Stimme nicht geben.* Ich verlange Kampf wie bisher und ich fordere Opfer. Aber ich verspreche auch eines, daß jedes Opfer getreulich gelegt werden soll in den großen Kampf um die deutsche Freiheit und um die deutsche moralische und damit auch politische Wiedergenesung. Ich verspreche, daß jedes dieser Opfer getreulich eingelegt werden soll als Guthaben in diesem großen Ringen um Sein oder Nichtsein unseres Volkes.

Wer an dem Kampf teilnehmen will, der wird seine Pflicht erfüllen in unserem Sinn, wer das nicht will, der soll zur anderen Seite gehen.

Es wird dort gleich besser werden. Sie versprechen schon heute, daß jetzt nach diesen Neuwahlen der Wiederaufstieg beginnt, falls sie siegen sollten[40]. Ich glaube selbst, daß sie sich von ihrer Perspektive aus gesehen, darin nicht täuschen würden. Was heißt denn für einen Sozialdemokraten der obersten Bonzokratie der Wiederaufstieg Deutschlands? *Wiederaufstieg der Sozialdemokratischen Partei.* Was heißt für einen Zentrumsmann Wiederaufstieg Deutschlands? *Wiederaufstieg des Zentrums.* Wenn aber der Sieg zu uns kommt, dann kommt damit ihre Vernichtung; wenn nicht morgen, dann übermorgen oder in einem Jahr, so schnell wie die legalen Verhältnisse es erlauben.

Ich glaube, daß jedes Volk von Zeit zu Zeit die Möglichkeit erhält, sein eigenes Tun und Lassen wieder nachzuprüfen, zu untersuchen, wo Fehler gemacht worden sind und dann aus diesen Nachprüfungen auch neue Konsequenzen zu ziehen. Wenn heute der einzelne Deutsche die letzten 7 Jahre einer solchen Nachprüfung unterzieht, kühl und nüchtern, und abwägt, wer nun eigentlich recht gesprochen hat, wer sich irrte in den 7 Jahren, wer die Zukunft richtig sah und wer sich in ihr täuschte, dann muß das deutsche Volk eine Konsequenz ziehen, und ich glaube, sie wird gezogen, dank unserer langjährigen Arbeit. Ich glaube und bin überzeugt, *daß dieser Tag das deutsche Volk gewaltig nach vorwärtsrücken wird. Wenn aber Sie die Frage*

40 Auf ihren Plakaten warben die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse damals mit dem Slogan: "Für Wiederaufbau und Freiheit! Gegen Parteienherrschaft, wirtschaftlichen Zusammenbruch und Bürgerkrieg! Wählt Hindenburg!" Druck: Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 66 f.

erheben, aus was schließen Sie, daß Deutschland nach vorwärtsgerückt wird, dann erwidere ich: aus der Haltung und den Äußerungen unserer Feinde.

Denn auf etwas bin ich stolz: Alle, die in Ost und West oder mitten unter uns Deutschlands Größe nicht wollen, die lehnen uns ab. Ich habe nicht eine Stimme vernommen zu meinem seligen Glück, unter ihnen allen nicht eine, die sagt, man müßte mich wählen. Die anderen bedeuten die Ordnung - ihre Ordnung! Sie bedeuten die Ruhe - ihre Ruhe, sie bedeuten den Frieden, ihren Frieden! Jawohl, es ist für mich ein Stolz, wenn ich auf ihren Plakaten lese: *"Schlagt den Mann!" Sie haben Recht. Sie müssen mich schlagen, damit sie nicht selbst eines Tages geschlagen werden!*

Wenn heute Herr Grzesinski sagt, man müsse diesen Mann mit der Hundepeitsche (Pfui-Rufe) hinausjagen[41]. Meine Freunde, vielleicht ist es dazu schon zu spät. Wir wollen abwarten, wie lange die Herren noch Hundepeitschen und ähnliche Instrumente in ihren Händen haben. (Beifall.)

Ihr Wunsch, uns zu schlagen, ist für uns eine Ehre. Ihre Meinung, uns schlagen zu können, ist genauso trügerische Phantasie, wie ihre ganzen sonstigen politischen Meinungen. Ihr Glaube, daß vielleicht die Zukunft ihnen noch einmal diesen Augenblick bescheren könnte, ist eine grandiose Verkennung der wirklichen Sachlage. Sie, die uns heute mit Peitschen drohen, drohen ja bloß deshalb, weil sie jetzt schon zu schwach sind, sie zu führen. Könnten sie, sie täten es ja ohnehin.

In Wahrheit aber sind sie zu schwach, um damit überhaupt noch einen Eindruck zu erwecken. Sie haben gesehen, es ist ein Deutschland erstanden, das unter den Schlägen nicht mehr kleiner wird, sondern größer wird, das nicht mehr verzagt wird, sondern das trotziger wird. Es ist jetzt ein Deutschland gekommen, das nicht mehr unter ihren Schlägen und mit ihren Methoden verzweifelt, sondern in geballtem Grimm alles in sich aufnimmt, was nötig ist, um einst sich auseinanderzusetzen, so, wie die Bibel und die Verfassung es genehmigen. Wir werden den Grundsatz:

Auge um Auge, Zahn um Zahn[42] *in die Weimarer Verfassung schon so hineinzulegen vermögen, daß an der Legalität unseres Vorgehens gar nicht gezweifelt werden kann.* Sie wissen auch eins, daß der Wille, mit den Verderbern Deutschlands abzurechnen, heute millionenfach ist. Sie wissen es, daß diese Hunderttausende von SA-Männern und Zehntausende von SS-Männern[43] gar nicht mehr geschlagen, terrorisiert, unterdrückt werden können,

denn, was in ihren Augen Unterdrückung ist, ist bei uns Stärkung, was in ihren Augen Schlagen heißt, heißt bei uns Schmieden.

Sie sorgen dafür, daß der deutsche Geist befreit wird, der schon in früheren Jahrhunderten unserem Volke Wegweiser war aus der Zeit der schlimmsten Not. Und so wende ich mich denn an Sie, nicht mit Bitten, sondern mit der schon zum soundsovielten Male wiederholten Erklärung:

---

41 Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

42 Anspielung auf 2. Mose 21, 24: "Entsteht ein dauernder Schaden, so sollst du geben Leben um Leben, Auge um Auge, Zahn um Zahn, Hand um Hand, Fuß um Fuß, Brandmal um Brandmal, Beule um Beule, Wunde um Wunde."

43 Vgl. Dok. 19, Anm. 12 sowie Dok. 20, Anm. 6.

Sie haben unseren Weg vor Ihren Augen, wir werden ihn weitergehen. Besitzen Sie das Vertrauen, gut, dann treten Sie für uns ein. Haben Sie das Vertrauen nicht, so lassen Sie es bleiben, gehen Sie zu den anderen. So oder so, der Tag kommt, an dem wir siegen werden. (Beifall.)

Wenn Sie Ihre Pflicht erfüllen, so wie wir sie heute 13 Jahre lang erfüllt haben, dann muß Deutschland wiederauferstehen. Wenn aber so mancher bürgerliche Kritiker hergeht und sagt: "Was haben Sie denn nun geleistet? Mein lieber Freund? Was wollen Sie denn von uns noch mehr? Als der Krieg ausbrach, da war ich 25 Jahre alt, als ich zurückkehrte fast 30, und dann habe ich zu arbeiten begonnen, und heute steht die große Millionen-Bewegung Deutschlands da, und Sie fragen:

Was ist denn das?

Ja, mein lieber Bürger, was hast du denn geleistet?

Würden wir nicht sein, dann gäbe es heute wirklich nur noch 2 Kandidaten: Thälmann[44] und Hindenburg. Wenn Sie überhaupt gewillt sind, Arbeit zu würdigen, dann müssen Sie auch das in die Waagschale legen. *Tun Sie Ihre Pflicht, so wie wir sie 13 Jahre lang getan haben,* wie Tausende und Zehntausende und Hunderttausende meiner SA- und SS-Kameraden sie jeden Tag erfüllen. Auch Sie können mithelfen, einzugreifen in das Rad, das Weltgeschichte heißt, und ihm einen neuen Lauf geben. *Denn dieser 13. März wird entweder ein Tag, der für weitere 7 Jahre Deutschland die Bahn der Vergangenheit vorzeichnet oder ein Tag, der diese Bahn beendet, den 9. November damit stürzt und Deutschland wieder entgegenführt einer anderen, einer neueren und größeren Zukunft. Erfüllen Sie Ihre Pflicht, so wie sie die 100.000 unserer Kämpfer erfüllen, und dieser Tag muß ein Sieg des deutschen Volkes werden*[45].

44 Ernst Thälmann (1886-1944), Transportarbeiter, 1903 Eintritt in die SPD, 1904 Eintritt in den Deutschen Verkehrsbund, 1918 Desertion und Anschluß an die USPD, Mitglied eines Arbeiter- und Soldatenrats, 1919 Vorsitzender der USPD in Hamburg, 1919-1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1920 Eintritt in die KPD, Ortsgruppenleiter der KPD in Hamburg, Mitglied des Zentralausschusses der KPD, 1923 führende Rolle beim kommunistischen Aufstandsversuch in Hamburg, 1924-1933 MdR, Fraktionsvorsitzender, 1924 stellvertretender Vorsitzender der KPD, 1925 Vorsitzender der KPD und des Roten Frontkämpferbunds, Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten, 1928 wegen Verschleierung in der Wittorf-Affäre seiner Funktionen enthoben, auf Anweisung von Josef Stalin wiedereingesetzt, 1931 Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), 1932 Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten, März 1933 Verhaftung, Inhaftierung u. a. im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, im Gerichtsgefängnis Hannover und im Strafgefängnis Bautzen, am 18.8.1944 im KZ Buchenwald ermordet.

45 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

2. März 1932 Dok. 33
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stettin[1]

Pommersche Tagespost vom 3.3.1932, "Hitler in der Messehalle"[2].

Vor 13 Jahren, so begann *Hitler*, trat in Deutschland *ein System* die Herrschaft an, das in seinen Anfängen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückgeht. Die Aktion des 9. November 1918, durch die das alte Reich zerschlagen wurde[3], ist später "legalisiert" worden[4]. Aber eine *geschichtliche Legalisierung* kann erst eintreten, wenn erwiesen ist, daß durch den revolutionären Vorgang das Schicksal des Volkes ein besseres geworden ist. Wir sehen in der Nachkriegsentwicklung immer wieder das eine: Es wird immer schlechter! Die Entwicklung ist heute so, daß *selbst das heutige System, um sich zu behaupten, feierlich erklärt, daß es seine Politik ändert.* Hätte sich die *Sozialdemokratie* vor 13 Jahren so *vor* den Feldmarschall[5] gestellt, wie sie sich heute *hinter* ihn stellt[6], es wäre nie so weit gekommen mit dem deutschen Volk.

Hitler stellte dann die beiden Entwicklungen einander gegenüber, die Entwicklung des Systems und die Gegenentwicklung der nationalen Bewegung, die diesem System die Macht wieder entreißen wird. Es ist ein *junges Deutschland* entstanden[7], das *den Kampf nicht scheut,* sondern zu diesem Kampf bereit steht.

"Entweder" - rief Hitler aus - "sie schlagen uns, oder wir schlagen sie, aber das junge Deutschland wird siegen, weil auf der anderen Seite die Schuld ist." Dann erinnerte Hitler an die stolze Größe des alten, von allem unabhängigen Deutschen Reiches. Aus diesem Reich der Kraft aber sei heute ein Land der Ohnmacht geworden. Nur etwas sei uns geblieben, die *Parteien des 9. Novembers.* Aber wenn sie uns auch alles genommen hätten, die *Stunde der Abrechnung* würden sie nicht aufhalten können. "Sie haben einst den Repräsentanten des Reiches abgesetzt[8], wir werden sie daher mit demselben Recht absetzen."

---

1 In den Messehallen, nach 22.40 Uhr. An der überfüllten Versammlung, die offiziell um 20.00 Uhr begann, nahmen rund 10.000 (*VB*: 15.000) Personen teil. Vor Hitler sprach MdR Göring ab 21.15 Uhr eine knappe Stunde, um anschließend in einer Parallelversammlung in der Turnhalle aufzutreten. Vor der Veranstaltung nahm Hitler einen Appell von etwa 4.200 (*VB*: 5.000) pommerschen SA-Männern und Hitler-Jungen in der Pommernhalle ab.
Ergänzend berichtet die *Pommersche Tagespost*: "Adolf Hitler war im Sprechen leider etwas gehemmt durch eine Erkältung. Trotzdem steigerte er sich während seiner Rede stark und riß wie immer die Versammlung mit sich."

2 Vgl. auch Stettiner Abendpost vom 3.3.1932, "Adolf Hitler sprach in Stettin"; Volks-Bote vom 3.3.1932, "Möchten Sie Hitler *persönlich* kennenlernen? Ohne 5 oder 10 Mark Eintrittgeld zu zahlen?"; vom 4.3.1932, "Eisbeine mit Hitlerkohl"; VB vom 4.3.1932, "Gestern 15.000 Hamburger, heute 20.000 Pommern". Bild in VB vom 6./7.3.1932.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 8.

5 Paul von Hindenburg.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

8 Gemeint ist der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm am 9.11.1918. Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

"Die deutsche Wiedererhebung" - fuhr Hitler fort - "muß ein Werk der inneren Reorganisation sein. Was Deutschland retten kann, ist die Zurückführung der Stände, der Klasse, der Menschen überhaupt zum Begriff Nation."

Im *Schlußteil* seiner Rede, den wir der vorgeschrittenen Zeit wegen nur noch stichwortweise bringen können, beschäftigte sich Adolf Hitler ausführlich mit dem "Wunder der nationalen Bewegung". Als die Träger dieser Bewegung bezeichnete er die Begriffe *Liebe* und *Opfer*. Unter diesem Zeichen müßte auch der Tag des 13. März [*1932*] stehen[9]. Gerade in diesem Teil der Rede erhielt Hitler den immer wieder zustimmenden Beifall der Versammlung[10].

3. März 1932 Dok. 34
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau[1]

Schlesische Zeitung vom 4.3.1932 (AA), "Adolf Hitler spricht in Breslau" [2].

Es gibt im Leben der Völker Tage, an denen für viele Jahrzehnte und Jahrhunderte eine bestimmte Entwicklung eingeschlagen oder festgelegt wird. Es gibt auch Tage, an denen eine

9 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 22.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Helmuth Brückner eröffnet wurde, nahmen laut Vorlage etwa 50.000 (*VB*: 70.000) Personen teil, darunter auch ca. 1.500 Sudetendeutsche. Hitlers Rede, die etwa 30 Minuten dauerte, wurde durch Lautsprecher in den Messehof, in die Festräume des Zoos, das Terrassen-Restaurant an der Jahrhunderthalle und in die Ausstellunghallen am Zoo übertragen. Vor Hitler sprach SA-Standartenführer August Wilhelm Prinz von Preußen, wegen Hitlers Verspätung dann MdR und Untergauleiter Josef Schönwälder. Im Anschluß an die Veranstaltung sprach Hitler noch 10 Minuten im Messehof und nahm einen Aufmarsch schlesischer SA-Männer in den Gaststätten *Schießwerder* und *Bergkeller* ab. Trotz einiger Aktionen von politischen Gegnern blieben Zusammenstöße aus, da die Polizei insgesamt 18 Offiziere und 477 Wachtmeister für Sicherungsmaßnahmen aufgeboten hatte.
Ergänzend berichtet die *Schlesische Zeitung*: "Auf weitem Parkplatz reihte sich bereits mittags Wagen an Wagen in endloser Reihe: Lastautos, die - selbst das Verdeck von Menschen besetzt - die Nationalsozialisten der schlesischen Dörfer in die Hauptstadt brachten, Omnibusse der Reichspost, Privatwagen aller Art, vorsintflutliche Vehikel darunter. Von weit her sind sie gekommen, aus Hirschberg, aus Waldenburg, aus Sulau und Militsch, aus allen Teilen Schlesiens; ja, selbst viele Stunden weite Fahrten haben viele in unbequemsten Stellungen oder auf dem Verdeck eines Omnibusses angeklammert, nicht gescheut, um ihren Führer zu hören. Und immer weiter rollt es heran: Pferdegespanne und Kraftwagen, Motor- und Fahrräder. Ein großes Aufgebot von Polizei versieht den nicht leichten Ordnungsdienst auf der Straße; in der Jahrhunderthalle selbst sorgt die SS für mustergültige Ordnung. Stunde um Stunde warten die Menschen, ohne Ungeduld, festlich gestimmt. Mittagessen und Abendbrot haben sie sich mitgebracht: fliegende Händler drängen sich mit Früchten und Erfrischungen durch die Massen, Sanitäter und Krankenschwestern sind auf dem Posten, es ist ein buntes, bewegtes Bild. Zwischen den Mengen verteilt, sieht man SS-Männer, die ruhig Anweisungen geben; alle Gesichter sind voll froher Spannung und aus den Augen leuchtet die Gewißheit des Sieges. [...] Im Schießwerder sammelt sich indessen Schlesiens SA in Erwartung der Besichtigung durch Hitler. In langen Radfahrkolonnen naht vom Lande her Sturm auf Sturm; in ausgerichteten Reihen stehen Tausende in dem weiten Gartengelände, Hunderte von Hakenkreuzfahnen wehen ihnen voran, und ein Trauerflor an manchem Fahnentuch kündet von blutigen Opfern, die diese Stürme im Kampf um eine Idee bereits gebracht haben."

Entwicklung ihren Abschluß findet. Wir haben einen solchen Tag vor über 13 Jahren erlebt, der Tag, an dem in Deutschland die Fahne der Revolution hochgezogen wurde und das alte Reich sein Ende fand[3]. Millionen haben damals in diesem Akt den Beginn einer neuen großen und besseren Zeit sehen zu können geglaubt. Millionen haben aus diesem Gefühl heraus vielleicht diesem Tag zugestimmt. Seitdem sind über 13 Jahre vergangen, und die Millionen Gläubigen vom November 1918[4] sehen sich heute enttäuscht. Ein kleiner Parteiklüngel versucht auch jetzt noch fortzusetzen, was damals begonnen wurde. Es ist nicht das eingetreten, was die Männer des November 1918 uns versprochen hatten. *Freiheit, Schönheit, Würde, soziales Glück, Wohlleben, Gerechtigkeit und weiß Gott was noch sollten damals aus der Taufe gehoben werden*[5]. Das deutsche Volk hat nun 13 Jahre lang Gelegenheit gehabt, die Richtigkeit dieser Zusicherungen zu überprüfen. Es ist eingetroffen, was damals eine Handvoll Männer als sicher und naturnotwendig voraussagten.

Die Männer des November 1918 müssen heute schon zu Lügen und Verleumdungen ihre Zuflucht nehmen, um sich und ihr Dasein der Nation noch weiterhin zu erhalten.

Wenn wir Nationalsozialisten gegen diesen November 1918 kämpfen, dann wissen wir, daß man nicht etwa Geschichte wieder rückgängig machen kann. Wir wissen aber, daß eine schlechte Geschichte eines Tages wieder geändert werden kann. Die Zeit von 13 Jahren war ausreichend, um den Männern des November 1918 Gelegenheit zu geben, ihr Können zu beweisen. Man sagt, der November 1918 sei geschichtlich legalisiert worden durch die Tatsache, daß die Nationalversammlung später die geschaffenen Verhältnisse anerkannt habe[6]. Legalisierung aber heißt, daß das Volk die Macht krönt. Und wenn wir heute diese Revolution rückblickend in ihren Anfängen überschauen, dann müssen wir zugeben:

Noch niemals hat der Erfolg so gegen eine Revolution gesprochen, wie der Erfolg des 9. Novembers 1918 gegen diesen Tag redet.

Jahre kamen, in denen unser Volk ausgenützt und ausgepreßt wurde, wie kaum jemals ein Volk von dieser Größe vorher. Dann begann die lange Leidenszeit. Es begann die Zeit der Sachlieferungen, die Zeit der Erfüllung, die Zeit der Verträge, die keine Verträge waren, sondern die nur Diktate darstellten, da man immer nach faulen Worten suchte, um der Nation die Bürde doch mundgerecht zu machen, da man immer wieder dem Moloch der Erfüllungspolitik[7]

---

2 Vgl. auch Schlesische Zeitung vom 28.2.1932 (Sonntagsausgabe), "Die Hitler-Kundgebung"; Breslauer Abend- und Sport-Zeitung vom 2.3.1932, "60.000 Karten zum Hitler-Tag"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 3.3. 1932, "Nieder mit Hitler!"; vom 4.3.1932, "Arbeiterdemonstrationen in allen Stadtteilen gegen Millionärsknecht Hitler"; Breslauer Abend- und Sport-Zeitung vom 4.3.1932, "Hitlers Breslauer Besuch"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 4.3.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Breslau"; Neue Breslauer Zeitung vom 4.3. 1932, "Hitler-Rummel"; Schlesische Volkszeitung vom 4.3.1932, "Ganze 20 Minuten sprach Hitler"; Schlesische Zeitung vom 4.3.1932, "Der Aufmarsch der Fünfzigtausend"; Volkswacht vom 4.3.1932, "Hitler und sein 'Volk'"; Schlesische Tagespost vom 5.3.1932, "Hitler in Breslau"; VB vom 5.3.1932, "Adolf Hitler spricht zu 70.000 Schlesiern"; Volkswacht vom 10.3.1932, "Adolfs 'Arbeiter'. Wo die Hitler-'Proletarier' mit ihren Limousinen hergekommen waren".

3 Gemeint ist der 9.11.1918. Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 32, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 7.

6 Vgl. Dok. 32, Anm. 8, ferner Dok. 45, Anm. 3.

7 Vgl. Dok. 29, Anm. 8.

opferte, da das deutsche Volk seinen Spargroschen verlor[8], da unter dem Druck der Steuerlast Millionen zusammenbrachen, Hunderttausende von Existenzen vernichtet und die Landwirtschaft in den Ruin geführt wurde[9]. Von 23 Millionen werktätigen Menschen sind heute fast ein Drittel ohne Beschäftigung[10]. Hat dieses System auch nur einmal in einer Minute gezeigt, daß es fähig wäre, ein Volk wieder aufwärts zu führen? Nein!

Sie leben auf historischem Boden. Vor weit über hundert Jahren war Preußen auch von schwerer Not geschlagen[11]. *Alles lag darnieder. Da haben diejenigen dem deutschen Volk wieder Glück und Segen gebracht, die sich für die Ehre der Nation einsetzten. Jetzt ist nicht die deutsche Wirtschaft zerbrochen*[12], *sondern das deutsche Volk.*

Was haben sie nun gerettet, die Parteien der Bürger und Bauern, die Parteien der Arbeiter, der Wirtschaft, der Hausbesitzer, der Beamten und Angestellten? Gar nichts! Sie haben mitgeholfen, das Reich mehr und mehr zu zerstören. Jetzt soll es plötzlich anders werden. Und das erklären die, die 13 Jahre lang vor Gott und der Welt so unerhört versagt haben. Traut ihnen nicht! Es wird alles bleiben, wie es war. Es kann niemand aus seinem Wesen heraus. Die Kräfte, die uns hierbei geführt haben, werden morgen keinen anderen Weg nehmen können als den, den sie einmal eingeschlagen haben. Erst ein 14. September [*1930*][13] und eine neue Reichspräsidentenwahl müssen kommen, um diesen Männern ins Gewissen zu reden und ihnen klar zu machen, daß es so nicht weitergehen kann.

Ehre ist zur Unehre und Unehre zur Ehre geworden, Fleiß und Tüchtigkeit haben keinen Sinn mehr, die Sparsamkeit wird nicht belohnt, die Arbeit kann nicht mehr auf das Ergebnis ihres Wirkens hoffen, der Mensch, der eine Existenz aufbaut, verliert sie ohne seine Schuld. Alles ist zertrümmert worden, Begriffe und Vorstellungen sind zusammengefallen, Macht ist vergangen. Nur etwas ist geblieben: Die Männer, die das verschuldet haben! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun versuchen sie wieder, mit Phrasen das Volk zu betören, nur um selbst zu bleiben. Hätten sie Charakter, dann müßten sie vor die Nation hintreten und feierlich erklären: Wir haben geglaubt, auf dem Weg der Demokratie, des Internationalismus und des Pazifismus dem deutschen Volk ein besseres Leben geben zu können. Wir gestehen, daß wir uns getäuscht haben, und treten daher zurück. Dann könnten wir sagen: Was ihr verbrochen habt, könntet ihr nie wieder gutmachen, nie könnt ihr uns das ersetzen, um was ihr uns gebracht habt. Aber weil ihr reuig seid, wollen wir euch verzeihen. Aber nein. Sie versuchen nun wieder mit den von ihnen so oft beteuerten Behauptungen zu operieren.

Sie bringen es sogar fertig, zu ihrer eigenen Rettung einen alten, ehrwürdigen Mann, den wir alle verehrten und noch heute verehren als den großen Generalfeldmarschall[14], *vor sich*

---

8 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.
9 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.
10 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
11 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staates um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen Friedens zu Tilsit.
12 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 3 und 4.
14 Zu Hitlers privaten Ansichten über Hindenburg vgl. Dok. 6, Anm. 6.

zu stellen, um hinter ihm ihre Existenz als Parteimänner noch einmal zu retten. Es war von uns nicht bestimmt, daß ich als Kandidat auftreten[15], *daß ich diesen Kampf führen sollte, sondern ein anderer Herr sollte diesen Kampf durchführen*[16]. *Aber in dem Moment, in dem die Sozialdemokraten und das Zentrum*[17] *den alten Feldmarschall bewegen konnten, ihr Kandidat zu werden*[18], *bin ich der Führer der Gegenseite geworden*[19]. (Minutenlanger Beifall.)

13 Jahre haben wir nun gegen dieses System gekämpft. Heute sollen sie nicht einen ehrwürdigen Greis vorschieben. Heute sollen sie Distanz halten. Ich selbst will den Kampf dagegen aufnehmen. Ich kann das, denn ich habe einst keine Revolution gemacht[20], ich habe nicht den Gehorsam versagt und die Treue gebrochen, ich habe nicht das alte Heer und seine Führer beschimpft. Heute aber wende ich mich gegen die, die damals den Generalfeldmarschall nicht gekannt haben.

Es ist mein unermeßlicher Stolz, daß ich die SPD innerhalb [von] 13 Jahren jetzt zu Füßen des Generalfeldmarschalls gezwungen habe[21]. (Lebhafter Beifall.) Ihr Gelöbnis ist aber heute zu spät. Vor 14 oder 15 Jahren war der Augenblick da, an dem sie ihre Treue dem Feldherrn hätten bekunden können. Heute ist diese Treue nichts anderes als Schutzschild für das bedrohte eigene Parteigebäude. Und sie haben Recht, dieses Gebäude bedroht zu fühlen. Aus dieser Auseinandersetzung kann nichts sie befreien. Sie mögen heute glauben, durch diese Wahl noch einmal sieben Jahre lang ihr Dasein mit den Mitteln zu bewahren, die wir heute kennen. Sie mögen auch glauben, daß sie noch einmal mit diesen Mitteln ihre Welt aufrechterhalten können. Sie werden sich aber in ihrem Glauben täuschen. (Lebhafte Zustimmung.) Heute ziehen die Mätzchen nicht mehr, mit denen man auf die Tränendrüsen der Nation zu spekulieren sucht.

---

15 Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4.

16 Vgl. Dok. 32, Anm. 34.

17 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

18 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

19 Hitler hatte noch am 18.11.1931 auf einer Abendgesellschaft in Berlin geäußert, "er denke nicht daran", Reichspräsident zu werden; er fände es unter seiner Würde, einen Titel anzunehmen, "den die verbrecherische Revolution geschaffen habe". Vgl. Schreiben Magnus von Levetzows an Guido Otto Graf von Henckel Fürst von Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312-317, hier S. 313. Ferner Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 101.
Im Dezember bestätigte Hitler gegenüber ausländischen Journalisten erneut diese Haltung. Vgl. z. B. Bd. IV/2, Dok. 84 f., 87.

20 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik am 7.4.1919 in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. bayerischen Infanterieregiments. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 188 f.

21 Obwohl die SPD im Jahr 1925 aus ihren großen Vorbehalten gegenüber der Kandidatur Hindenburgs kein Hehl gemacht hatte, bemühte sie sich dennoch, zwischen der Person des Generalfeldmarschalls und den ihn unterstützenden Kräften zu unterscheiden. Nicht ohne Rücksichtnahme auf den Hindenburg-Mythos schrieb der *Vorwärts* am 9.4.1925: "Alles in allem ist also der alte Herr das, was man 'eine geschlossene Persönlichkeit' nennt. Wie eine verwitterte Säule aus uralter Zeit ragt er in die Gegenwart hinein, die er nicht versteht und nicht einmal kennt. Nicht gegen ihn richtet sich unser Kampf. Er richtet sich gegen die verantwortungslosen Intriganten und Demagogen." Nach Hindenburgs Wahl am 26.4.1925 erneuerte tags darauf der *Vorwärts* noch einmal diese Einschätzung: "Die Gefahr liegt weniger bei dem greisen Marschall selbst, als bei der Kamarilla, die sich um ihn bilden wird." Vgl. Vorwärts vom 9.4.1925 (MA), "Also wirklich - Hindenburg!"; vom 27.4.1925 (AA), "Der Präsident der Minderheit". Ferner Dok. 32, Anm. 28.

In diesen 13 Jahren ist eine neue junge Front[22] erstanden, die so gequält und gedrückt wurde, daß sie eiskalt und stahlhart geworden ist. Wir lassen uns durch niemand von der Auseinandersetzung mit den Feinden des Vaterlandes zurückhalten. Einigkeit! Jawohl, das ist unser Ziel. Diese Einigkeit haben wir dem deutschen Volk in einer gewaltigen großen Organisation demonstriert. Allein, es kann nur eine Einigkeit geben zwischen denen, die wirklich guten Willens sind. Die Gegner sagen: "Wir bleiben um jeden Preis." Wir rufen ihnen entgegen: "Wir entfernen euch auf alle Fälle." 13 Jahre dauert dieses Ringen. Damals waren es nur wenige Menschen, die verlassen waren und verspottet und verhöhnt wurden. Heute ist es eine gewaltige Organisation, vor der der Feind aus dem November 1918 so sehr zittert, daß er schon zu feige ist, unter eigenem Namen zu kämpfen, daß er nicht wagt, mit offenem Visier zu sagen: Hier sind die Anhänger der Sozialdemokratie und dort sind die Nationalsozialisten. Die Melodie, die der Teufel heute pfeift, kennen wir. Was heute die Sozialdemokratie von der Nation fordert, ist uns klar. Ebenso klar lautet dabei unsere Antwort:

Das alte Deutschland hat seinen Weg gewählt, und wir wählen unseren Weg. Wir hoffen auf ein neues Deutsches Reich, das uns gehört und nicht den Feinden. Wir verlangen mit dem Recht unserer Arbeit und unserer Opfer, daß uns die Macht gegeben werde.

Wenn ich jetzt in diesen Tagen kreuz und quer durch Deutschland komme und überall dieselbe Erscheinung sehe, dann wird mir mit Stolz erst bewußt, welches Werk in den 13 Jahren entstanden ist. Dann wird mir bewußt, daß das die deutsche Nation ist, daß das die Zukunft unseres Volkes ist. Und dann wird mir bewußt, daß, wenn das jemals zugrunde ginge, unsere Gegner nichts Ebenbürtiges an diese Stelle setzen könnten.

Das ist das Deutschland der Opfer, aber auch des Ruhmes, das Deutschland der Prüfungen, aber auch des Heroismus, das Deutschland des eigenen Stolzes, des unbändigen Ehrgeizes. Das ist das Deutschland, das heute wirklich allein den deutschen Namen vor der Geschichte so repräsentiert, daß auch die Vorfahren, die vor über hundert Jahren mit gerungen haben, sich dessen nicht zu schämen brauchen. (Lauter Beifall und Händeklatschen.)

Das ist das Deutschland, von dem wir glauben, daß es vor Gott und der Welt das wieder zurückholen wird, was das frühere Deutschland preisgegeben hat: Erst die Ehre, dann die Freiheit und dann auch das tägliche Brot[23]. Ich bitte Sie heute nicht um Stimmen. Wer zu uns gehört, weiß, was an diesem 13. März [*1932*][24] entschieden wird. Wer zu uns gehört, weiß, daß nicht auf sieben Jahre, sondern vielleicht für Jahrhunderte ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes eingetreten ist. Ich kann nicht den einzelnen um einen Stimmzettel anbetteln, wenn ich demgegenüber die Opfer bedenke, die Hunderttausende uns Tag für Tag bringen. Ich kann nicht um einen Stimmzettel betteln angesichts der Entbehrungen, Sorgen und Verfolgungen, die meine Freunde auszustehen haben. Ich kann Sie nur auffordern: *Tun Sie Ihre Pflicht! Wir werden die unsrige tun. Deutschland aber muß frei werden*[25]*!*

---

22 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

23 Vgl. Dok. 24, Anm. 15.

24 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Ergänzend berichtet die *Breslauer Abend- und Sport-Zeitung*: "Hitler, der in Begleitung von sechs Herren seines Stabes mit zwei Kraftwagen in Breslau aus Stettin eingetroffen war, begab sich bald nach den Kundgebungen ins Hotel *Monopol*, wo er die den hochgestellten Persönlichkeiten vorbehaltenen Appartements bezog. Der

4. März 1932 Dok. 35
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig[1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 5.3.1932, "Präsidentschaftskandidat Hitler in Leipzig[2]".

Die Männer, die vor 13 Jahren das alte Reich gestürzt haben, möchten heute den Sinn ihrer eigenen Tat verleugnen. Sie haben damals mehr vesprochen, als eine kleine staatliche Änderung herbeizuführen. Sie haben Glück, allgemeine Brüderlichkeit, Friede, Brot, Freiheit und Menschheitsverständigung verheißen[3]. In 13 Jahren habe man erkannt, was davon eingetroffen sei. 13 Jahre seien eine lange Bewährungsfrist. Wer unparteiisch und objektiv die Ergebnisse seit 1918 prüfe, müsse zugeben, *daß man von Freiheit, von Frieden und Gerechtigkeit, von sozialem Glück weit entfernt sei.*

Ganze Berufsstände sind *zusammengebrochen,* viele Millionen haben ihre Spargroschen[4], ihre Existenz, ihren Arbeitsplatz verloren[5]. *Der deutsche Bauer*[6]*, die deutsche Wirtschaft*[7]*, der deutsche Staat,* der früher groß und mächtig war, ist zusammengebrochen.

Nur etwas ist uns geblieben: *Die Männer und Parteien, die uns damals den Himmel auf Erden versprochen haben.*

Jetzt solle das deutsche Volk abermals auf sieben Jahre über sein Schicksal entscheiden. Und da erlebe man ein förmliches Wunder: *Die Sozialdemokratie und das Zentrum*[8], die sich

---

Breslauer Aufenthalt Hitlers, der sich bis in die Mittagsstunden des Freitags erstreckte, war der weiteren Parteigängerschaft *unbekannt* geblieben, da nach der Kundgebung die Parole ausgegeben worden war, daß Hitler sofort abreise. Hitler empfing im Laufe des Freitagvormittags [*4.3.1932*] lediglich die *Führer der schlesischen Nationalsozialisten*, mit denen er längere Zeit konferierte. Um 1 Uhr fuhr er mit seinem schweren Mercedes nach *Leipzig* ab, wo heute gleichfalls eine Kundgebung stattfindet."

1 Im Park Meusdorf, bis 23.00 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 11.000 Personen teil. Vor Hitler sprachen MdR Göring sowie der Vizepräsident des sächsischen Landtags und Kreisleiter der NSDAP in Leipzig, Walter Dönicke. Auf einer Parallelversammlung im Zoo sprach MdL Werner Studentkowski.
Ergänzend berichten die *Leipziger Neuesten Nachrichten*: "Park Meusdorf ist nicht der Versammlungsraum, der großen Massenszenen einen würdigen Rahmen bieten kann. Aber die ganze Vorstadtromantik dieses Lokals ist vergessen in dem Augenblick, in dem Adolf Hitler selbst vor seiner Gemeinde, seinen Freunden und auch vor Zweiflern steht und von seinem Glauben an Deutschland spricht und von seinem Glauben an sich selbst. [...] Der äußere Rahmen der Veranstaltung war der übliche der großen NSDAP-Kundgebungen. Musterhafter Ordnungsdienst, einwandfreie Versammlungsdisziplin. Während der einleitenden Worte des Hauptmanns Göring und dann vor allem während der Rede Hitlers erreichte die Begeisterung Höhen der Intensität, die nur selten einer politischen Veranstaltung beschieden sind. Aber auch diese echte Begeisterung, derem Eindruck sich kein Teilnehmer der Meusdorfer Kundgebung entziehen konnte, vermag einen schmerzlichen Nebenklang nicht ganz zu verdecken, den wir auch aus mancher Formulierung Adolf Hitlers selbst herauszufühlen glaubten: Hitler *gegen* Hindenburg, das stimmt nicht ganz. Die beiden Männer gehören zusammen."

2 Vgl. auch Leipziger Volkszeitung vom 5.3.1932, "Tod dem Faschismus. Wer Teddy Thälmann wählt, die Nazis stählt!"; Sächsische Arbeiterzeitung vom 5.3.1932, "Hitler-Pleite in Leipzig"; VB vom 6./7.3.1932, "In zwei Stunden 8.000 Karten verkauft".

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 sowie Dok. 32, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.

5 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.

6 Vgl. Dok. 22, Anm. 4, ferner 5-7.

7 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

8 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

früher nicht genug tun konnten in Schmähungen über das alte Heer[9] und in Beschimpfungen des Generalfeldmarschalls[10] -, sie wagen jetzt nicht einmal mehr, *einen eigenen Kandidaten aufzustellen*[11]. Im deutschen Volk ist die Mentalität einer Schafsgeduld im Schwinden. Das Volk wacht auf und will nicht mehr alles geduldig einstecken. (Stürmischer Beifall.)

Mit erhobener Stimme fuhr Hitler dann fort: *Die Leute, die jetzt hinter dem Generalfeldmarschall stehen, haben einst das alte Reich zerstört. Ich habe an der Front meine Pflicht getan*[12]. *Ich habe nicht am 9. November 1918*[13] *die rote Fahne aufgezogen*[14]. *Ich habe als treuer Soldat gekämpft. Ich will nicht dem Generalfeldmarschall entgegentreten; aber als ich gehört habe, daß jene Novemberlinge*[15] *sich hinter dem Reichspräsidenten jetzt verstecken, da habe ich mich zum Führer der Gegenseite aufstellen lassen*[16]. (Stürmischer Beifall.)

Die deutsche Jugend,

so fuhr Hitler fort, die in der NSDAP verkörpert ist[17], *müsse das künftige Los des Volkes für Jahrzehnte tragen,* nicht mehr der alte Herr. Er (Hitler) müsse Hindenburg zurufen: Tritt beiseite, du kannst die nicht mehr decken, die dich jetzt wählen wollen! Wir, die Nationalsozialisten, haben ein Recht zu diesem Ruf, weil die NSDAP überhaupt es erst ermöglicht hat, daß heute noch eine Präsidentenwahl stattfinden kann. *Wenn der Nationalsozialismus nicht gewesen wäre, so gäbe es heute nur einen Reichspräsidentenkandidaten, und der hieße Thälmann*[18]. Die Nationalsozialisten haben weiter ein Recht darauf, sich jetzt in die vorderste Linie zu stellen und die Hand nach dem Reichspräsidentenstuhl auszustrecken, weil sie vor Jahren schon das kommende Schicksal des deutschen Volkes vorausgesagt haben. *"Alles ist eingetroffen, wie ich es vorausgesagt habe. Die Brüning-Parteien*[19] *haben von Jahr zu Jahr das Volk mit leeren*

---

9 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Bewaffneter Macht in Deutschland bis 1918 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

10 Vgl. Dok. 32, Anm. 28.

11 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

12 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

13 Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

14 Vgl. Dok. 34, Anm. 20.

15 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

16 Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

17 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

18 Das Zentralkomitee der KPD hatte bereits am 12.1.1932 mit ihrem Vorsitzenden Thälmann einen eigenen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt und dies folgendermaßen begründet: "Die Kommunistische Partei Deutschlands, als die einzige politische Klassenvertretung des deutschen Proletariats, wird durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und die aktivste Mobilisierung der ausgebeuteten Volksmassen *selbständig* am Wahlkampf teilnehmen. Die Kommunistische Partei betrachtet die Präsidentschaftswahlen, wie alle anderen öffentlichen Wahlen und Volksabstimmungen, nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe, als einen Bestandteil *des Kampfes von Klasse gegen Klasse*." Druck: Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hermann Weber, Köln 1963, S. 106 f.

19 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

Versprechungen getröstet. Ein Volk braucht die heiße Glut der Zuversicht, *ein brennendes Vertrauen zu seiner Führung.* Millionen von Deutschen, die heute dem Nationalsozialismus anhängen, haben diese Zuversicht im Herzen.

Vor 24 Stunden habe ich

vor 50.000 Menschen in Breslau[20] *gestanden,*

auf dem historischen Boden von 1813. *Ein Volk bricht jetzt auf*[21] und rüstet sich mit einem neuen Glauben, ist entschlossen, den Kampf gegen die Widerwärtigkeiten des Systems aufzunehmen und besitzt die Zuversicht, dabei zu siegen. *Das Brüning-Deutschland hat keine Hoffnung und Zuversicht.* Welchen Entwicklungsvorgang hat die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei in wenigen Jahren genommen? Trotz der Lügenhetze der gegnerischen Presse, trotz schlimmsten Terrors der Regierungsgewalten, trotz der Mordpest der Linksparteien[22]; ohne Prominente und Manager habe sich die Partei durchgesetzt [*sic!*]. Wir haben bei niemandem eine Anleihe gemacht[23]. Wir haben eine neue Tradition für Deutschland gestaltet. Diese Bewegung formt in der Zukunft Deutschlands Schicksal. Wir denken nicht daran, das *kostbare Gut, das in 13 langen und schweren Jahren erworben ist, zu verfeilschen und zu verhandeln.* Man muß die Frage stellen: Können die Männer des jetzigen Systems überhaupt Deutschland wieder emporbringen? *Angst und schlechtes Gewissen* beseelt die jetzigen Machthaber. Ihre Versprechungen, deren Leere längst erkannt ist, können sie nicht einlösen.

Erst muß die Nation gerettet werden, dann kann man die Wirtschaft retten.

Aus dem Leben heraus haben wir eine neue Organisation von ungeheurer Stoßkraft geschaffen. Über Klassen, Stände und Berufe hinweg haben wir das deutsche Volk zu einer neuen Einheit zusammengeführt. Bei uns heißt es: *keine Parteien, nur noch Deutsche*[24]*!* (Stürmischer Beifall.) Diese Bewegung ist lebendig, millionengroß an Zahl[25], noch größer an Herz und Kraft.

Heute hat sich nicht wie 1918 der Abschaum des Volkes eine Organisation geschaffen, sondern heute haben sich

die besten Kräfte des Volkes,

der Arbeiter, der Bauer, der Angestellte, der Unternehmer, der Student, der Bürger, die Jugend und das *Alter* unter der Fahne des Nationalsozialismus vereint[26], um einen neuen Staat zu schaffen. Jetzt will man immer noch die *Naivität* und die *politische Blindheit an die Spitze*

Zur Tolerierungspolitik der SPD, die bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten hatte, vgl. Dok. 8, Anm. 31.

20 Vgl. Dok. 34.

21 Anspielung auf die erste Zeile des am 7.8.1813 verfaßten Gedichts *Männer und Buben* von Theodor Körner (1791-1813): "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los".

22 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12, Dok. 14, ferner Dok. 19, Anm. 11.

23 Zur Finanzierung der NSDAP vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

24 Anspielung auf die Rede, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. am 31.7.1914 vom Balkon des Berliner Schlosses gehalten hatte: "In dem jetzt bevorstehenden Kampf kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche, und welche von den Parteien auch im Laufe des Meinungskampfes sich gegen mich gewendet haben sollte, ich verzeihe ihnen allen von ganzem Herzen." Vgl. Kaiserworte. Ausgewählt von Friedrich Everling, Berlin 1917, S. 117.

25 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10.

26 Vgl. Dok. 1, Anm. 21 sowie Dok. 15, Anm. 90.

erheben. Jetzt kommen meine Gegner mit guten Ratschlägen für mich: ich wäre doch als Parteiführer ausgeschaltet, wenn ich Reichspräsident würde[27]. Mit solchem Rat solle man mich verschonen. Ich werde weiterkämpfen. Wer nicht an den Nationalsozialismus glaubt, kann mir die Stimme am 13. März[28] nicht geben. Ich bitte und bettle nicht, mich zu wählen. Ich habe dreizehn Jahre meine Pflicht getan, ich habe dreizehn Jahre *für Deutschland gekämpft.* Nun wissen Sie, wen Sie am 13. März [*1932*] zu wählen haben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)[29]

5. März 1932 — Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Blankenburg[1]

Masch. Abschrift vom 10.5.1937; BA, NS 26/58[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Dreizehn Jahre sind im Völkerleben eine kurze Frist. Dreizehn Jahre aber sind eine lange Zeit, wenn sie zur Probe für ein System dienen sollen. Wie selten gibt die Geschichte einer Regierung 13 Jahre, um die Richtigkeit ihrer Thesen und die Richtigkeit ihrer Handlungen vor dem

---

27 Hitlers Zögern vor einer Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten hatte im Februar 1932 in der Presse für zahllose Spekulationen gesorgt; vor allem die parteiinternen Auseinandersetzungen in dieser Frage sorgten für großes Interesse. So berichtete etwa die *Frankfurter Zeitung* über angeblich tiefe Verstimmungen zwischen Hitler und Goebbels. Die Führung der NSDAP habe sich gespalten in eine Fraktion um Hitler, Frick und Epp, die eine Kandidatur ablehnten, und in eine Gruppe um Goebbels, Wagener und Röhm, die Hitler unter allen Umständen dazu zu drängen suchten, um dadurch "Hitlers Macht zu schmälern und sich selbst den Parteiapparat in die Hand zu spielen". Vgl. Frankfurter Zeitung vom 8.2.1932 (MA), "Hitler Gegenkandidat Hindenburgs?"; vom 9.2.1932 (AA), "Verlegenheit der Nationalsozialisten" sowie Dok. 17, Anm. 3 und Dok. 29, Anm. 3 und 4.
Zur Diskussion innerhalb der nationalsozialistischen Führung, in deren Verlauf vor allem Goebbels, Göring und Röhm, Hitlers Kandidatur favorisierten, Gregor Straßer jedoch davor warnte, vgl. auch Orlow, Nazi Party, S. 244 ff.

28 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

29 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Stadthalle, nach 22.00 Uhr. Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Fritz Sauckel und MdR Göring. Da die Versammlung, die offiziell um 20.30 Uhr begann, mit etwa 6.000 Personen völlig überfüllt war, wurde Hitlers Rede durch Lautsprecheranlagen in die Säle des Kurhauses sowie in die Gaststätten *Ratskeller* und *Weißes Roß* übertragen.

2 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 1.3.1932, "Der Führer in Thüringen!"; Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 7.3.1932, "Adolf-Hitler-Kundgebungen in Thüringen"; Gothaer Volksfreund vom 7.3.1932, "Hitler zeigte sich den Spießbürgern gegen ein Eintrittsgeld von 10 Mark"; Weimarische Zeitung vom 7.3.1932, "Adolf Hitler spricht vor den Thüringern"; Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Aufbruch der Nation"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Thüringen"; Der Nationalsozialist vom 9.3.1932, "Nachklänge"; VB vom 9.3.1932, "Adolf Hitler in Bad Blankenburg: 'Wir werden siegen, weil wir siegen müssen!'". Ferner Thüringisches Ministerium des Innern, Vermerk Nr. III P 6635 vom 2.3.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 163.

Richterstuhle der Geschichte zu erweisen und zu beweisen. Wie leicht ist man sonst geneigt, und wie war man besonders früher geneigt, Regierungen, ihre Gedanken und und ihre Handlungen zu beurteilen, nachdem nur wenige Monate erst verflossen waren und nachdem die Auswirkung ihrer Absichten überhaupt kaum schon in Erscheinung zu treten vermochte.

Wir selbst sind ja Zeugen eines solchen Gerichts gewesen. In langem, jahrzehntelangem Ringen ist einst Preußen in Deutschland aufgegangen und ist Deutschland zu dem geworden, was wir alle noch erlebt haben: Eine Fülle von Leben, von Wohlfahrt, von Reichtum hat sich damals über unser Volk ergossen[3]. Und dann kam der schwere Krieg[4]. Und wenn je ein System von sich sagen konnte, daß es schwersten Belastungsproben standgehalten hat, dann war dies das alte Deutschland. Wir kennen ja kaum einen geschichtlichen Vorgang, daß ein Volk fast allein der ganzen Welt gegenüberstand und aus eigener Kraft und aus eigenem Vermögen solche Leistungen zustandebrachte wie unser deutsches Volk.

Dann kam allerdings im Gefolge dieses gigantischen Ringens auch die Not[5]. Es begannen die Sorgen. Und es kam auch eine Zeit, es kamen Monate, in denen vielleicht die Front nicht gerade alles das erfüllte, was der einzelne in der Heimat, ungenügsam, von ihr erhoffte. Diese wenigen Monate, diese Nichterfüllung traumhafter Wünsche genügten, um den Stab zu brechen über ein Regiment, das immerhin für sich in Anspruch nehmen konnte, daß es unser deutsches Volk aus kleinsten Anfängen emporgeführt hat zu einer sehr großen Blüte; ein Regiment, das in dem Jahre, das dem Kriegsbeginn voranging, mit Recht sagen konnte: Wir haben es fertiggebracht, einem Siebzig-Millionen-Volke[6] das tägliche Brot zu sichern[7]; wir haben es

---

3 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

4 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

5 Die Folgen des Ersten Weltkriegs spürte die deutsche Zivilbevölkerung zunächst am deutlichsten in dem akuten Mangel an Lebensmitteln, Kohlen und Konsumwaren. Da das Deutsche Reich bereits vor 1914 etwa ein Drittel seines Lebensmittelbedarfs durch Importe deckte, begann sich die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln mit dem Beginn der britischen Seeblockade radikal zu verschlechtern; geringe Ernten und die steigende Inflation verschärften zusätzlich die Lage. 1918 konnten durchschnittlich nur noch 57-70% des tatsächlichen Kalorienbedarfs bei leichter, 47-54% bei mittelschwerer Arbeit gedeckt werden. Nichts hat die Stimmung an der deutschen "Heimatfront" stärker beeinflußt als die wirtschaftliche Not, speziell die Hungersnot, die schließlich im Herbst 1918 zu einem der Auslöser der revolutionären Unruhen wurde. Vgl. Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973, Zahlen S. 19; Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

6 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs betrug 1871: 40.997.000, 1900: 56.046.000, 1914: 67.790.000 und 1919: 62.897.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

7 Während des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung kontinuierlich. Der zunehmend geringere Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben der Familienhaushalte macht dies bereits deutlich. Wurden um 1800 schätzungsweise noch rund 70% der durchschnittlichen Familieneinkommen für Lebensmittel ausgegeben, so waren es um 1900 nur noch rund 45%. Zwischen 1850 und 1913 stieg in Deutschland der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von 22 kg auf 44,93 kg, der an pflanzlichen Produkten von 308,73 kg auf 462,64 kg, der an tierischen Produkten insgesamt von 297,9 kg auf 465,62 kg. Vgl. Hans J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer quantitativen Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

fertiggebracht, dieses Volk der Notwendigkeit zu entheben, Hunderttausende seiner Bürger als Auswanderer in das Ausland zu schicken[8], wie wir das früher zu verzeichnen hatten; wir haben es fertiggebracht, langsam eine steigende Wohlfahrt um sich greifen zu lassen[9]. Gewiß, es gibt ja keinen menschlichen Zustand, der jemals die Erfüllung auch der letzten Wünsche mit sich bringen könnte: Aber was überhaupt menschenmöglich war, das haben wir einst tatsächlich erhalten.

Dieses System konnte weiter mit Recht sagen: Wir sind besser gewesen als alle unsere Gegner; wir sind ihnen in allen Dingen unbedingt voranmarschiert. Und selbst unsere soziale Gesetzgebung[10] - gewiß, sie war lückenhaft, sie wies Fehler und Schwächen auf; aber sie war immer noch besser als die unserer Gegner.

Dieses Deutschland ist auf allen Gebieten menschlicher Gesittung und menschlicher Kultur den andern Völkern weit vorausgeeilt. Und vielleicht lag ja gerade in diesen Fortschritten die Ursache des Neides der andern und damit die Schuld an diesem Kriege[11].

Wenige Monate haben dann genügt, um das alles zu verurteilen, um Bewegungen auf den Plan zu rufen, die nun einfach erklärten: Das muß gestürzt werden; und zwar gestürzt werden deshalb, weil Besseres an seine Stelle treten soll. Die Gedankengänge des alten Deutschlands schienen falsch gewesen zu sein, neue Auffassungen schienen richtiger zu sein. Man erklärte, daß man nunmehr mit der Demokratie, mit dem Internationalismus und dem Pazifismus dem deutschen Volke endlich das werde bescheren können, was es, wie man behauptete, früher nicht besessen habe: nämlich Freiheit, Schönheit, Würde, soziales Glück, Befriedigung des einzelnen[12]; allgemeine Weltabrüstung, Herbeiführung eines Weltfriedens. Wir sollten ja die Schuldigen gewesen sein, so hieß es[13]. Man sagte: Weil dieses alte Deutschland da ist, weil

8 Im Zeitraum von 1820 bis 1870 erreichte die Zahl der deutschen überseeischen Auswanderer im Jahr 1854 mit 239.200 Menschen, entsprechend 0,7% der Bevölkerung, ihren absoluten Höhepunkt. In den Jahren 1852, 1853, 1857, 1866, 1867, 1869, 1870 überschritt die Zahl der deutschen Auswanderer, die meistens die USA anstrebten, jeweils die Grenze über 100.000, während sie in den übrigen Jahren - zum Teil deutlich - darunter blieb. Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl der deutschen Auswanderer während der Jahre 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. Nach 1892 überschritt diese Zahl nicht mehr die 100.000-Grenze, nach 1894 nicht mehr die 40.000-Grenze, nach 1907 nicht mehr die 30.000-Grenze. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. I: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870. Von Wolfram Fischer, Jochen Krengel und Jutta Wietog, München 1982, S. 34 f.; [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 38 f.

9 Veranschlagt man den Index für den durchschnittlichen Jahresverdienst von Arbeitnehmern in Industrie, Handel und Verkehr für das Jahr 1895 mit 100 und vergleicht diesen mit dem Index der Lebenshaltungskosten, so zeigt sich, daß in der Zeit zwischen 1871 und 1913 der *reale* durchschnittliche Jahresverdienst kontinuierlich stieg: 1871: 466 (70); 1885: 589 (89); 1895: 665 (100); 1905: 755 (114); 1913: 834 (125). Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II, S. 107 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Quellen und des Berechnungsmodus.

10 Anspielung auf die Bismarcksche Sozialgesetzgebung: das 1883 eingeführte Gesetz zur Krankenversicherung, das im Jahr darauf verabschiedete Unfallversicherungsgesetz und das 1889 eingeführte Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung. Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 335 ff. Zur Entwicklung des deutschen Sozialsystems im internationalen Vergleich vgl. z. B. Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.

11 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 und Dok. 32, Anm 5.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

dieses alte Deutschland militaristisch denkt, weil es sich gerüstet hat, deshalb mußte auch die Welt so denken, deshalb war auch die Welt gezwungen, sich zu rüsten, deshalb sind wir in den Krieg verwickelt worden; und damit das ein Ende nimmt, deshalb muß dieses Deutschland beseitigt werden[14].

Gut! Es wurde beseitigt. Nun sind inzwischen 13 Jahre vergangen, und ich glaube, es ist nun wohl an der Zeit zu überprüfen, was denn nun von all den Versprechungen, den Zusicherungen, den Hoffnungen in Erfüllung gegangen ist. Denn das dürfen wir wohl sagen: Keiner früheren Regierung ist jemals eine solche Spanne Zeit vergönnt gewesen, um die Richtigkeit ihrer Maßnahmen, ihrer Handlungen oder auch nur ihrer Gedanken zu erweisen. Keine der früheren Regierungen hat von sich sagen können: 13 Jahre haben wir die Möglichkeit zum Experimentieren; gelingt es, dann werden wir gerechtfertigt dastehen, mißlingt es, dann brauchen wir noch immer nicht zurückzutreten, sondern dann werden wir weiter experimentieren, und wir werden dann ja sehen, wie lange das Objekt es überhaupt aushält.

Natürlich, es ist jetzt schlimm bestellt. Wo ist die Freiheit? Man lacht ja hell auf. Freiheit im Innern? Vor ein paar Tagen hat die Leitung der sozialdemokratischen Partei sich den schönen Witz erlaubt, zu sagen: Wenn der Nationalsozialismus an das Ruder käme, dann würde die Pressefreiheit geschädigt werden[15], die Pressefreiheit (Lachen), die wir nun seit 12, 13 Jahren unter dem System kennengelernt haben[16]!

Freiheit der politischen Meinungsäußerung, Freiheit der Willensbekundung[17]! Wir kennen sie, diese Freiheit, die nicht einmal ein Hemd verschont, wenn seine Farbe den Machthabern nicht paßt[18].

Und die Freiheit nach außen! Sie kennen wir noch viel besser! Heute kann man uns nicht mehr gut vorschwindeln, daß wir uns im Zustande einer Freiheit befänden. 13 Jahre Sklavenlos, 13 Jahre Unterdrückung, 13 Jahre Ausplünderung, 13 Jahre Unterwürfigkeit - darüber geht man jetzt einfach hinweg; darüber geht man zur Tagesordnung über.

Schönheit! Wer redet heute noch von Schönheit im deutschen Leben? Würde! Wer spricht heute noch von Würde? Soziale Gerechtigkeit! Wer redet noch von sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Glück? Wer in Deutschland denkt heute überhaupt noch an soziales Glück?

Und alle die andern Phrasen! Abbau der Bürokratie: Wie sieht es damit aus? Abbau des Militarismus in der Welt! Wie sieht es damit aus? Das erleben wir. Völkerfriede! Wir sehen ihn. Völkerverständigung! Wir fühlen sie Tag für Tag.

---

14 Die französische Außenpolitik verfolgte am Ende des Ersten Weltkriegs das Ziel, Deutschland wieder in seine ursprünglichen Teilstaaten aufzulösen, wobei Preußen auch seine Eroberungen von 1866 und 1871 sowie die Rheinprovinzen abtreten sollte. Diese Bedingungen, die auch weite Teile der französischen Öffentlichkeit unterstützten, wurden dezidiert als "Anti-Bismarck-Frieden" verstanden. Erst auf der Pariser Friedenskonferenz traf das französische Sicherheitsbedürfnis auf den Widerstand der britischen und amerikanischen Diplomatie, so daß das Deutsche Reich, ungeachtet einzelner territorialer Verluste, auch nach dem Versailler Friedensvertrag seine nationale Einheit behalten konnte. Vgl. Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979, insbes. S. 77 ff.

15 Anspielung auf den Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, den der Vorstand der SPD am 27.2.1932 veröffentlicht hatte. Vgl. Dok. 30, Anm. 6.

16 Vgl. z. B. Dok. 5, Anm. 2 sowie Dok. 30, Anm. 9.

17 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

18 Vgl. Dok. 19, Anm. 18.

Ja, eine Flut von Phrasen hat im Jahre 1918 die Revolution eingeleitet, und diese Phrasen sind heute schon gerichtet, sind gerichtet als absurde, irrsinnige Ideen, die nur dazu angetan waren, unser deutsches Volk zu zerstören, um die die andere Welt sich aber gar nicht kümmert. Gewiß hat man abgerüstet: Uns [19]! Und wir haben jetzt die Ehre, mit unseren Mitteln unsere Unterdrücker aufzurüsten. Gewiß hat man das Kapital bekämpft. Das heißt: Man hat die Spargroschen vernichtet[20] und hat uns im übrigen der internationalen Hochfinanz ausgeliefert. Gewiß hat man die Freiheit gebracht: die Freiheit für die andern, uns auszuplündern, und für uns die Ohnmacht, das zu erdulden.

Wohin wir blicken: ein Versagen auf allen Gebieten! Und nun haben wir es ja schon einige Male erlebt, daß über alle diese Fragen das deutsche Volk sich sein Urteil bilden mußte. Wir haben in den letzten Jahren es erlebt, wie dieses Urteil langsam immer klarer wurde, wie immer mehr Millionen von Deutschen die Phrasenhaftigkeit der Verbrecher des November[21] erkannt haben, wie sie immer mehr zu der Überzeugung kamen, daß unser Volk einem unerhörten Betruge zum Opfer gefallen ist. Immer mehr wurde es klar, daß in Deutschland alles sich gewendet hat: Ehre ist zur Unehre geworden; Arbeitsamkeit ist zwecklos; Fleiß wird nicht gelohnt; Sparsamkeit hat keinen Sinn mehr; alle Tugenden von früher sind vergangen, überlebt, überwunden; die Größe des Reichs ist zerstört; unsere Kraft ist uns genommen; die Freiheit ist praktisch zur Unfreiheit geworden. Nur eines hat sich nicht verändert, eines ist uns erhalten geblieben, in all den langen Jahren: die Männer, die das alles verschuldet haben! (Heiterkeit.) Die Männer, die das alles zu verantworten haben, sind uns erhalten geblieben, und ihre Parteien haben sich konserviert. Sie sind noch heute da wie im November 1918 und regieren heute noch gerade so wie damals.

Über die Weltrevolution hinweg, über den verlorenen Krieg hinweg, hinweg über die Katastrophe der Vernichtung unseres ganzen Lebens: der Vernichtung des Mittelstandes[22], des Bauernstandes[23], des Gewerbes[24], der Vernichtung von 7 Millionen Arbeitsplätzen[25] haben diese Männer sich zu erhalten vermocht. Und sie erklären heute ganz offen: Wir wollen uns auch weiterhin erhalten; mag auch Deutschland zugrundegehen, wir bleiben. (Pfui.)

Und so ist es nun zu verstehen, daß in Deutschland aus dem Volke selbst heraus langsam die Reaktion im Sinne einer Erhebung der gequälten Menschen sich bemerkbar machte und daß nun heute der Parole der andern: Wir werden bleiben um jeden Preis, millionenfältig die Parole entgegengehalten wird: Nein, auch eure Stunde wird kommen, ihr habt einst das alte Deutschland beseitigt, weil es fehlerhaft, weil es schlecht gewesen sei; wohlan, jetzt seid ihr 13 Jahre lang geprüft worden, 13 Jahre lang hat euch das Schicksal nun gewogen, und ihr seid zu leicht befunden worden[26]; ihr müßt deshalb nun abtreten! (Lebhafter Beifall.) Wir verstehen es, daß euch das schwer ankommt; ihr werdet heute verfolgt von den Geistern eures eige-

19 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 3, Anm. 3.
20 Vgl. Dok. 32, Anm. 14.
21 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
22 Vgl. Dok. 29, Anm. 20 und 21.
23 Vgl. Dok. 22, Anm. 4-6.
24 Vgl. z. B. Dok. 32, Anm. 16.
25 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
26 Anspielung auf Daniel 5, 27: "*Tekel*, das ist, man hat dich auf der Waage *gewogen* und zu leicht befunden."

nen schlechten Gewissens; was ihr in den 13 Jahren an einem stolzen, großen Volke verbrochen habt, das geistert euch jetzt die Vergeltung vor, und es ist verständlich, daß ihr euch sträubt, nun plötzlich das zu verlassen, was allein euch vor der Vergeltung sichert, nämlich die Macht. Allein, ihr werdet sie trotzdem verlassen müssen; ob heute oder morgen oder übermorgen ist ganz einerlei; ihr werdet sie verlassen müssen; und alle Winkelzüge, alle Schachzüge, all das Betteln und alles Gewinsel, alle Spekulationen auf die Tränendrüsen und alle Sentimentalität - es nützt euch jetzt gar nichts mehr; ihr selbst habt dafür gesorgt, daß wir hart geworden sind. In den verflossenen 13 Jahren ist in Deutschland eine Bewegung entstanden, aus einer Hand voll Menschen heraus[27], und ihr habt sie selbst langsam gehärtet; ihr habt sie verfolgt, ihr habt sie so gequält und so geschlagen, daß in unseren Herzen Mitleid mit euch keinen Platz mehr findet. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Ihr habt uns alle gelehrt, was "Recht" ist. Ihr habt uns aber auch gelehrt, was die Macht alles vermag. Ihr habt uns gelehrt, daß man auf Gnade nicht mehr rechnen darf. Ihr habt uns gelehrt, euer ganzes System zu durchschauen. Und wenn ihr nun heute erklärt: Wir sind doch jetzt auch national[28]; wenn heute die volksbefreiende, internationale, revolutionäre "Partei der Sozialdemokratie" nun plötzlich kommt und die alten Wimpel aufzieht, wenn sie das Deutschlandlied singt und wenn sie nun plötzlich den Generalfeldmarschall[29] zu ihrem Kandidaten erhebt[30], dann läßt uns das erst recht eiskalt. (Bravo.) Es ist für mich ein großer Stolz, daß ich diese Partei des November 1918 jetzt nach 13 Jahren zu den Füßen des Herrn Generalfeldmarschalls gezwungen habe (Stürmischer, anhaltender Beifall); daß sie jetzt nicht mehr von dem "Blut- und Mordgeneral" redet; daß sie jetzt nicht mehr von dem "Tyrannen" spricht, nicht mehr von dem "fluchwürdigen Repräsentanten des militärischen Systems"[31], sondern daß sie jetzt betet: Vater von Hindenburg, hilf Deiner Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

---

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

28 Mit seiner Reichstagsrede vom 23.2.1932, in der er die SPD als die "Partei der Deserteure" diffamierte, hatte Goebbels - er selbst hatte wegen seines Klumpfußes nie Wehrdienst geleistet - eine erregte Diskussion im Reichstag und in der Öffentlichkeit ausgelöst über das Verhalten der Parteien im Ersten Weltkrieg, vor allem aber über den Einsatz ihrer Mitglieder an der Front. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, seit 1914 schwer kriegsversehrt, hatte daraufhin der NSDAP vorgehalten, daß "von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion [...] im Krieg 73 Prozent aktiv gedient" hätten, während die NSDAP "zum größten Teil unter der Führung von Leuten" stünde, "die sich im Krieg um ihre Militärpflicht gedrückt" hätten. Andere Abgeordnete wie etwa Ernst Lemmer (DStP) oder Franz Künstler (SPD) unterstützten diese Argumentation. Die emotionalisierte Auseinandersetzung veranlaßte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht zu der Bemerkung, "daß sich Nationalsozialisten und Sozialdemokraten den Rang ablaufen, daß sie die treuesten Diener der imperialistischen Politik Hindenburgs und Groeners sind". Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 ff.

29 Paul von Hindenburg.

30 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

31 In der sozialdemokratischen Presse der Jahre 1918/19 wird deutlich, daß selbst damals große Teile der SPD dem Generalfeldmarschall, dem nationalen Mythos des Weltkriegs, vergleichsweise respektvoll begegneten. Bei seinem Einzug in Kassel am 14.11.1918 wurde Hindenburg mit einer Bekanntmachung des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats begrüßt, die von dem späteren preußischen Ministern des Innern Albert Grzesinski unterzeichnet war; dort hieß es u. a.: "Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz." Reichspräsident Ebert antwortete am 2.5.1919 auf Hindenburgs Abschiedsgesuch und nutzte die Ge-

Welch ein Wandel in 13 Jahren, ja in 7 Jahren! Noch vor 7 Jahren wußte die Sozialdemokratie sich nicht genug zu tun im Beschimpfen des Generalfeldmarschalls[32]. Da war er zu alt, da war er unfähig, und ich weiß nicht was noch. Und heute liegt die einzige Rettung ihres Systems in dem Namen Hindenburg. Ich weiß, und wir wissen, weshalb: Die Sozialdemokratie wagt es heute nicht mehr, uns, den verachteten Nationalsozialisten, uns, den verfolgten, unterdrückten Nationalsozialisten einen eigenen Mann entgegenzustellen! (Sehr richtig.) Wir haben etwas derartiges nicht notwendig. Sie werden es nicht erleben, daß etwa die nationalsozialistische Partei eines Tages den Herrn Grzesinski bitten wird: Herr Grzesinski, werden Sie unser Kandidat! (Heiterkeit.) Wir haben Männer unseres eigenen Wesens und unserer eigenen Überzeugung mehr als genug. Und es war ja auch zuvor ein ganz anderer bestimmt, in den Wahlkampf einzutreten[33]. Denn es hieß ja allgemein: Der Herr Generalfeldmarschall mit seinen 85 Jahren ist zu alt, um noch einmal zu kandidieren; der Generalfeldmarschall will seinen Lebensabend friedlich und in Ruhe verbringen, will sich auf sein Gut zurückziehen[34]. Und so war denn auch bei uns ein anderer Mann bestimmt. Denn den Kampf gegen die Sozialdemokratie oder das Zentrum führen wir mit jeglichem Kandidaten unserer Partei durch. Dann allerdings kam plötzlich aus der Psychose der Verzweiflung heraus der Moment, in dem die Parteien des November 1918: Zentrum[35] und Sozialdemokratie, den General des Weltkrieges als ihren Mann hervorholten. Und da allerdings war es eine Selbstverständlichkeit: Wenn diese Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, den Generalfeldmarschall, den sie einst bekämpft und beschimpft haben, heute als ihren Mann uns gegenüberstellen, dann bin ich aus freiem Willen und aus eigenem Entschluß der Gegenführer! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Dann bin ich der Mann, der es als eine selbstverständliche Ehre betrachtet, diesen Kampf aufzunehmen und diese Herrschaften aus ihrer Deckung hervorzuziehen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe nicht 13 Jahre lang gekämpft, um jetzt, am Tage der Auseinandersetzung, uns durch irgendeine Maske den Gegner entziehen zu lassen. Die Sozialdemokratie mag sich so oder so vertarnen [*sic!*], und das Zentrum mag sich so oder so vertarnen: Es wird beiden Parteien gar nichts nützen; ihre Spekulation, daß wir nun vielleicht in die Knie sinken und aus sentimentaler Ehrfurcht heraus unseren Kampf aufgeben würden, ist falsch. Wir haben nicht deswegen 13 Jahre hindurch gekämpft, nicht 13 Jahre lang Opfer um Opfer gebracht, wir haben nicht Tausenden unserer Anhänger die Gefängnisse öffnen lassen, haben nicht Zehntausende unserer Anhänger verwunden und Hunderte töten lassen[36], um uns jetzt von der Auseinandersetzung vielleicht

---

legenheit, "um Ihnen für Ihre dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue auf Ihrem Posten ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Persönlichkeit zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen." Vgl. Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 48 ff., Zitate S. 49, 54 f. Zu der "fast devoten" Vernehmung Hindenburgs durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des Weltkriegs am 18.11.1919 vgl. Heinemann, Niederlage, S. 163 f.

32 Vgl. Dok. 32, Anm. 28.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

34 Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

35 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

36 Vgl. Dok. 3, Anm. 14 und 12. Ferner z. B. Dok. 14 und 60.

aus Rücksicht auf einen Namen zurückhalten zu lassen. Wir können das tun, und ich kann das tun, denn ich habe nicht zu denen gehört, die einst den Generalfeldmarschall beleidigt, die ihn beschimpft haben[37]; ich habe nicht zu denen gehört, die damals von der Fahne liefen, die treulos wurden, die den Gehorsam brachen; ich habe nicht zu denen gehört, die meuterten, die desertierten[38]. Heute nun haben wir ein Recht zu sagen: Herr Generalfeldmarschall von Hindenburg, als Feldmarschall verehren wir Dich[39]; als Reichspräsidenten möchten wir Dich nicht verurteilen; aber als Kandidaten für die Zukunft lehnen wir Dich ab! (Stürmischer Beifall!) Du zählst heute 85 Jahre; Du trägst das Schicksal der Nation nicht mehr auf Deinen Schultern, das Du uns aufbürdest: Wir sind das Deutschland der Zukunft, wir haben die Verantwortung zu tragen, *wir* haben die Lasten und die Sorgen, und *wir* kämpfen den Kampf! Heute kann nicht ein alter Mann diejenigen decken, die sich 13 Jahre lang an unserem Volk versündigt haben; heute kann nicht ein alter Mann - und mag es noch ein so ehrlicher Mann sein in seinem ehrwürdigen Alter - einen Schutz bieten denen, die wir vernichten wollen.

Daß aber dieses System vernichtet werden muß, wenn die heutige Lage Deutschlands überhaupt geändert werden soll, das mögen Sie aus den wenigen folgenden Sätzen ersehen:

Deutschland geht zu Grunde, weil es seine politische Macht preisgab. Es gab die politische Macht preis, weil es bestimmten Gedankengängen huldigte, die im Völkerleben noch immer Vernichtung bedeutet haben; Internationalismus, Demokratie und Pazifismus sind noch immer Wahnideen der Völker gewesen. Und Sie sehen ja heute, wie solche Gedanken sich praktisch auswirken: Was hilft heute China in Schanghai der Internationalismus oder die Demokratie, was hilft ihm ein pazifistischer Appell an den Völkerfrieden oder an den Völkerbund[40]?

Die Verbrecher, die solche Gedanken propagieren, können nur Völker wehrlos machen. Und wenn die Völker wehrlos geworden sind, dann verkriechen sie sich am Ende feige hinter einem Generalfeldmarschall. Deutschland hat die Macht verloren, und mit der Macht das Recht, und mit dem Recht das Leben. Und wenn sie das Deutsche Reich wieder emporführen wollen, dann können sie nicht sagen: Die deutsche Wirtschaft muß gebessert werden. Nein, es muß begonnen werden mit der Wiederherstellung eines deutschen Volkes voll innerer Kraft und Stärke. Und das beginnt man nicht mit 85 Jahren. Sondern das beginnt man, indem man im Kleinsten, im Volke selbst die Regenerationszellen bildet, die dann Ring um Ring dieses neuen Lebens legen können.

Und wenn wir heute dem System entgegentreten, so verbitte ich mir die dumme Frage irgendeines Kritikasters: Was habt ihr denn geleistet? Ich zählte 25 Jahre, als ich in den Krieg ging. Damals habe ich nicht politisiert[41]. Damals war ich ein Mann, der seinem täglichen Lebens-

37 Vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 18.

38 Vgl. Dok. 4, Anm. 19, aber auch Dok. 34, Anm. 20.

39 Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Lagebericht Nr. 197/II/32 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.5.1932, in dem es zum Wahlkampf der NSDAP heißt: "Persönliche Verunglimpfungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg, von einigen geringfügigen Entgleisungen abgesehen, konnten in Nordbayern sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei den Nationalsozialisten trotz der Unzahl der Versammlungen nicht festgestellt werden, vielmehr betonten die meisten nationalsozialistischen Redner die restlose Verehrung der Person des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg durch die NSDAP." StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940.

40 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.

41 Zu Hitlers Biographie vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Fest, Hitler, S. 29 ff.; Joachimsthaler, Korrektur, S. 15 ff.; Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 43 ff.

kampfe nachging, wie Millionen andere auch. Und dann kam der Krieg, und ich habe wiederum nicht politisiert, sondern ich habe ganz einfach meine Pflicht getan wie Millionen andere auch. Dann kam der Friede, dann kam die Revolution. Und dann begann ich zu arbeiten. Und mühsam, aus einer Hand voll Menschen habe ich in 13 Jahren das aufgebaut, was heute dasteht. (Brausender, lang anhaltender Beifall.) Und wenn ein dummer Kritikaster fragt: Was ist denn das?, dann antworte ich ihm: Mein lieber Freund, du scheinst es genau zu wissen, was es ist; denn ihr wagt ja nicht einmal mehr, uns mit offenem Visier entgegenzutreten. Und im übrigen, mein lieber Kritikaster: Was hast denn du in dieser Zeit getan? Ich bin vor 13 Jahren ein namenloser Soldat gewesen, und heute - da kennen sie mich! Und wenn man uns fragt: Was habt ihr geleistet? Eine vorbildliche Organisation haben wir geschaffen, habe ich geschaffen; eine Organisation, die in sich das verkörpert, was das heutige Deutschland nicht mehr besitzt, nämlich eine wahrhaftige Volksgemeinschaft[42]. Eine Bewegung habe ich gegründet, die immer mehr die Überzeugung lebendig werden ließ, daß es sich heute in Deutschland nicht handelt um Proletarier und nicht um Bürger, nicht um Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht um Städter und Bauern, nicht um Handwerker, Mittelstand, Industrielle usw., sondern daß es sich darum handelt, das deutsche Volk noch einmal zu einer Einheit zu machen. (Bravo.) Nicht das ist wichtig, ob heute einer Bürger ist oder nicht Bürger, ob er Proletarier ist oder nicht, ob er Arbeitgeber ist oder Arbeitnehmer, ob Bauer oder Städter, ob Handwerker oder irgend etwas anderes, sondern wichtig ist, daß er zuerst wieder lernt, ein Deutscher zu sein (lebhafter Beifall) und daß er sich eines Lebens befleißigt, das die Gründung und den Bestand einer solchen Volksgemeinschaft ermöglicht und nicht zerstört, daß einer auf den andern Rücksicht nimmt, daß keiner sich einbildet, er sei wichtiger als andere, sondern daß jeder es versteht: Wenn alle Menschen unseres Volkes irgendwo ihre Pflicht erfüllen, dann sind sie alle auch gleich wichtig und gleich notwendig und gleich unersetzlich und von gleicher Bedeutung; daß aber weiter alle diese Menschen auch lernen, tatsächlich in ihrer Nation das Höchste zu sehen, daß sie in ihrer Nation die große Voraussetzung erblicken für eine volkliche, brüderliche Solidarität; daß sie aber auch entschlossen sind, zu verstehen und zu begreifen, daß der Wert der Persönlichkeit nicht durch die Zahl ersetzt werden kann, daß Volksführung nicht Massenirrsinn ist; und daß sie endlich auch noch verstehen, daß kein Recht auf der Welt geschenkt wird, sondern daß jedes Recht - so hart es auch sein mag und so unangenehm es ist - eben doch gebunden ist an die Macht, und daß die Macht nur in Entschlossenheit und in der Willensbildung einer Nation liegt; und daß diese Willensbildung wieder stattfinden muß, daß man nicht einfach sagen kann: Seid einig[43], daß es nötig ist, diese Einigkeit praktisch zu demonstrieren und den Geist der Uneinigkeit auszurotten (lebhafter Beifall); daß zu diesem Zwecke das Parteisystem beseitigt werden muß, das uns in dieses Unglück gestürzt hat; daß man nicht sagen kann: Leben und leben lassen[44], wir wollen eine Krippe machen miteinander, den einen Teil übernehmen die bürgerlichen Parteien[45], den anderen Teil übernehmen die Brüningschen Parteien, und die tei-

42 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

43 Anspielung auf das 1804 entstandene Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), 4. Akt, 2. Szene: "Seid einig - einig - einig!"

44 Anspielung auf das 1798 entstandene Dramatische Gedicht Schillers *Wallensteins Lager*, 6. Akt: "Und ging's nicht nur aus seinen Kassen, Sein Spruch war: leben und leben lassen."

45 Vgl. Dok. 35, Anm. 19.

len sich auch wieder hinein. Nein, man muß einsehen, daß man sich durchringen muß zu hartem Entschluß. Es gibt in gewissen Dingen des nationalen Lebens nur eine mögliche Auffassung; diese muß siegreich dominieren, oder ein Volk geht zu Grunde. Man muß einsehen, daß Deutschland nicht lebt, damit die Parteien existieren können, sondern daß am Ende die Parteien ihren Sinn verloren haben in dem Moment, in dem Deutschland an ihnen zu Grunde geht.

Ist aber nun erwiesen, daß in diesen 13 Jahren etwa das Leben der deutschen Nation diesen Parteien zuzuschreiben ist? Oder ist nicht erwiesen, daß Deutschland an ihnen langsam abstirbt? Und es muß dieses Absterben jetzt, wenn nötig, auch beschleunigt werden. Diese Gebilde müssen überwunden werden. Sie müssen ausgejätet werden, ohne Rücksicht auf das Geschrei der einzelnen Interessenten. Und alles das ist langsam entstanden aus einer Hand voll Menschen heraus!

Unsere Gegner sagen: Ihr habt keine Köpfe[46], ihr seid alle unfähig! Jawohl, meine Freunde; weil wir keine Köpfe haben und weil wir unfähig sind, ist aus 7 Mann[47] in 13 Jahren gegen alle nur denkbaren Widerstände diese große Organisation entstanden! Und nur, weil die andern alles Köpfe sind, haben sie ihre Parteien so sehr verwirtschaftet, daß sie heute einen fremden Decknamen brauchen, um überhaupt nur noch bestehen zu können. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialdemokratie und das Zentrum brauchen heute einen Generalfeldmarschall des Weltkrieges, den sie erst beschimpft haben, um überhaupt in die Kampfarena treten zu können. Ich bin stolz darauf, daß ich sagen kann: Ich bin ein Mann, der alles, was er heute ist, selbst geschaffen und selbst gemacht hat, ich habe keine Anleihen bei fremden Größen aufgenommen; ich habe mich nicht hinter irgend jemand gesteckt. Das was ich heute bin, bin ich durch mich und durch meine Arbeit geworden und durch das Vertrauen derer, die mir nunmehr seit 13 Jahren gefolgt sind. (Heil!) Und für diese nehme ich heute auch den schwersten Kampf auf. Unsere Gegner sind nun heute von Mitleid erfüllt. Die Berliner Zeitungen schreiben: Es ist so bedauerlich, daß dieser - das bin ich - bisher unbesiegte Führer nun in die Niederungen des Parteikampfes hinuntersteigen muß, allwo er vielleicht geschlagen wird[48]. O, würdige Freunde, pflegt euch nicht mit solchen Gedanken! Allerdings, ihr kennt ja die Niederungen des Parteikampfes sehr genau, sintemalen[49] ihr euch in diesen Niederungen seit 40, 50 Jahren herum-

46 Vgl. etwa den Kommentar des sozialdemokratischen *Hamburger Echos* vom 2.3.1932 ("Hitler-Abend") auf Hitlers Rede in Hamburg am 1.3.1932: "Im Reichstag wurde der Nationalsozialismus als die 'organisierte Dummheit' definiert. Man kann hinzufügen: 'die organisierte politische Charakterlosigkeit', um den Nationalsozialismus restlos, aber auch restlos in seinen Elementen bloßzulegen. Wir erleben eine frischfröhliche Renaissance der wilhelminischen Gesinnung im deutschen Bürgertum; jene politische Knechtsgesinnung, die mit die Ursache der deutschen Kriegsniederlage und des deutschen Zusammenbruchs war. Dem proletarischen Betrachter des Hitlerfilms, der gestern bei Sagebiel abrollte, würgt der Ekel die Kehle, wenn er die tausende gebügelten und gestriegelten Bürger beobachtet. In ihnen feiert die Knechtsgesinnung Orgien. Mit wahrer Wollust lassen sie sich von ihren größenwahnsinnigen Führern ihre jämmerliche Bedeutungslosigkeit bescheinigen. [...] Herr Hitler. Was ist Herr Hitler? Eine lebende Illustration zu seinem Wälzer 'Mein Kampf': ein eitler Poseur. So hat man ihn sich vorgestellt. Weich, unangenehmes Theater in der reichlichen Pose. Eine Zweitausgabe Wilhelms des Großmäuligen. [...] Was hat der Mann gesprochen? Man erinnert sich vergebens. Man greift in schleimigen Glitsch. Nur eins hat sich eingeprägt: Sein immer wiederkehrendes Ich, Ich und nochmal Ich."

47 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

48 Vgl. z. B. Dok. 29, Anm. 3.

49 Veraltet für: da, weil.

treibt. Aber ich scheue den Kampf nicht. Und ich glaube auch nicht, daß wir in diesen Niederungen umkommen werden. Im Gegenteil, wir haben aus dieser Niederung heraus heute den granitenen Block aufgebaut, der stark genug ist, daß heute auf ihn die Hoffnung, die Zuversicht und der Glaube von vielen Millionen Menschen sich aufrichtet, und dieser Block wird diese Hoffnung und diese Zuversicht auch tragen. Denn das ist vielleicht das Größte, was wir geleistet haben: In diesen 13 Jahren einer langsam steigenden Verzweiflung und Lethargie ist allmählich in Deutschland nun wieder ein Glaube aufgekommen, ein Glaube, der Millionen von Deutschen beseelt, der Hunderttausende heute kämpfen läßt, der sie bereit sein läßt, sich, wenn notwendig, totschlagen zu lassen, ein Glaube, den die demokratischen Parteien, die sozialdemokratische Partei und das Zentrum heute nicht besitzen. Ein Glaube aber auch, der überzeugt ist davon, daß aus ihm heraus Deutschland wieder genesen wird. Ein Glaube, der den Mut hat, jetzt den Kampf ganz offen aufzunehmen.

Am 13. März[50] wird um mehr gekämpft als um eine Wahl. Sie haben ganz recht, unsere Gegner, wenn sie sagen: Es handelt sich um Sein oder Nichtsein[51]. Ganz richtig! Sein oder Nichtsein, das ist die Parole für Deutschland sowohl, als auch für seine Feinde [*sic!*]; Sein oder Nichtsein, meinetwegen auch für uns. Wir haben noch nie vor dieser Parole Schrecken oder Angst gehabt. Wir wissen, und unsere Gegner wissen es, daß an diesem Tage die Entscheidung nicht geht um den Reichspräsidenten von Hindenburg, sondern daß entschieden wird über das, was hinter ihm steht, entschieden wird über das System, das in 13 Jahren Deutschland dorthin regiert hat, wo es sich heute befindet. Wir wissen, daß die Entscheidung geht um die Männer und um die Parteien. Und weil wir das wissen, deshalb gehen wir in den Kampf hinein mit der gläubigen Zuversicht, die uns seit 13 Jahren ununterbrochen beseelt hat. Und ich kann Sie deshalb heute auch gar nicht bitten, kann nicht darum betteln, daß Sie mir Ihre Stimme geben. Ich kann es nicht tun, wenn ich bedenke, welche Opfer meine Gefährten und Kameraden bringen, ohne daß sie irgend jemand darum bitten könnte, ohne daß ihnen jemand das irgendwie lohnen könnte.

Ich kann nur eines erklären: Seit dem Frühjahr 1919 habe ich um diese Dinge gerungen, habe ich aus dem Nichts etwas aufgebaut. Und ich glaube, daß das nun Gewachsene stark genug ist, um den Kampf gegen dieses System aufzunehmen. Haben Sie Vertrauen zu diesem Manne, dann müssen Sie ihm Ihre Stimme geben, haben Sie das Vertrauen nicht, dann dürfen Sie ihm Ihre Stimme nicht geben. Wenn Sie erfüllt sind von Gedanken irgendeiner rührseligen Sentimentalität, dann dürfen Sie mir Ihre Stimme nicht geben. Wenn Sie erfüllt sind von irgendwelcher "Ritterlichkeit"[52] und ähnlichem dieses Systems, dann dürfen Sie mich nicht wählen.

Nur dann, wenn Sie bereit sind, daß das, was heute schuldig ist, auch gebrochen wird, nur dann mag Ihr Gewissen Ihnen genauso die Handlung am 13. März vorschreiben, wie mein Gewissen mir seit 13 Jahren mir meine Arbeit vorgeschrieben hat [*sic!*]. Ich habe in diesen 13 Jahren nur ein Ziel gekannt: Das System, das an Deutschland sich versündigt hat, muß wei-

50 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

51 Anspielung auf das Drama *Hamlet*, III, 1, von William Shakespeare (1564-1616): "To be, or not to be, that is the question."

52 Vgl. Dok. 30, Anm. 15.

chen; denn leben muß Deutschland! Und am 13. März wird ja am Ende über nichts anderes entschieden, als über die Frage: Soll das System leben und Deutschland langsam der Vernichtung entgegentreiben, oder soll Deutschland leben und soll das System die Abrechnung erfahren, die ihm gebührt? Ich glaube, daß der 13. März ein Tag des Gerichtes sein wird. Wir haben gesät; am 13. März wird geerntet werden. Ich glaube, daß der Herr unser Sehnen, unsere Arbeit segnen wird. Wir waren die Ankläger, und Sie sollen jetzt die Richter sein! (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall und Heil-Rufe.)

6. März 1932 — Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Aufbruch der Nation" [2].

Eine neue Stunde schlägt! (Heil-Rufe.) Dreizehn Jahre hat das heutige System regiert. Die Zeichen seiner Regierung sehen wir überall um uns. *Dreizehn Jahre Katastrophe über Katastrophe. Dreizehn Jahre Mißerfolg über Mißerfolg.* Heute sind wir zum Gericht angetreten.

Ich lese soeben, daß ein deutscher Reichsminister an mich die Frage richtet nach unserem positiven Programm [3]. (Lachen.) *In dreizehn Jahren hat also ein Mann an so verantwortungsvoller Stelle noch nicht die Gelegenheit gefunden, sich mit unserem Programm vertraut zu machen. Was heute fünfzehn Millionen* [4] *wissen, weiß der Herr Reichsinnenminister nicht.*

---

1 Auf dem Marktplatz, ab 12.00 Uhr. Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Fritz Sauckel und MdR Göring. Im Anschluß an Hitlers Rede wurden der Thüringer SA von Göring 20 neue Sturmfahnen übergeben. An der Versammlung nahmen laut Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar etwa 7.800 Personen, zumeist SA-Männer und Parteiangehörige, teil.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 7.3.1932, "Adolf-Hitler-Kundgebungen in Thüringen"; Weimarische Zeitung vom 7.3.1932, "Hitlers Thüringer Heerschau" und "Adolf Hitler spricht vor den Thüringern"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Thüringen"; VB vom 8.3.1932, "Blumen und Fahnen grüßen den Führer an allen Straßen auf seiner Siegesfahrt durch Deutschland"; Der Nationalsozialist vom 9.3.1932, "Nachklänge"; Bildbericht in: Illustrierter Beobachter vom 26.3.1932, "Der Führer an vorderster Front!". Ferner Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar o. Nr. vom 8.3. 1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 163.
Ergänzend berichtet die *Thüringer Allgemeine Zeitung*: "Bei der Regie, in der die nationalsozialistische Parteiapparatur sonst Erstaunliches leistet, sind diesmal einige Mißstände zu verzeichnen. Die Kundgebung begann mit mehr als halbstündiger Verspätung, was von den teilweise schon sehr lange bei kühler Witterung wartenden Zuschauern vielfach unliebsam empfunden wurde. Offenbar waren Schwierigkeiten bei der Lautsprecheranlage vorhanden, die aber nicht restlos überwunden werden konnten, denn ein vielfaches Echo übertönte die Worte der Redner, so daß sie selbst in geringer Entfernung kaum verständlich waren. Hitler litt überdies wohl infolge der Wahlkampfstrapazen an einer nicht unbeträchtlichen Heiserkeit. Es mochte an diesen äußeren Umständen liegen, daß die Heilrufe und Beifallsausbrüche nicht die bei sonstigen Auftreten Hitlers gewohnten Formen annahmen."

3 Gemeint ist Groeners offener Brief an Hitler vom 5.3.1932. Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 10.

Es gibt in meinen Augen keine vernichtendere Erledigung dieses Systems als diese einzige naive Frage.

Die Herren dürften in kurzer Zeit darüber sich klar werden; jetzt ist es zu spät, sich über unser Programm zu unterrichten!

Jetzt ist es Zeit, daß sie verschwinden! (Jubelnde Zustimmung. Adolf Hitler kann einige Zeit nicht weitersprechen.)

Dreizehn Jahre konnten sie wirken, und das Ergebnis ihres Wirkens liegt heute vor uns. Nun wollen *wir* unser Programm verwirklichen. Nun sind wir entschlossen, über die dreizehn Jahre deutscher Mißregierung zum Gericht anzutreten, und *Sie*, meine deutschen Volksgenossen, sind zum Gerichtsherrn bestimmt.

Dreizehn Jahre war ich öffentlicher Ankläger, heute sind Sie der Richter, und der 13. März [1932][5] *wird ein Gerichtstag sein in der deutschen Geschichte.*

Ich habe Sie nicht zu bitten, Ihre Pflicht zu erfüllen. Ich weiß, daß Sie nicht jahrelang gekämpft haben, um in der Stunde der Entscheidung plötzlich zu versagen. Ich bin hierhergekommen, um auf dem Platz, auf dem im Jahre 1926 die Bewegung zum ersten Mal wieder in die Öffentlichkeit trat[6], Ihnen meinen Dank auszusprechen für Ihren Glauben, Ihr Vertrauen und Ihren Opfermut. Ich glaube, daß Sie in wenigen Wochen oder Monaten selbst empfinden, wie recht Sie vor der deutschen Geschichte gehandelt haben!

Ich wollte den Kampf nicht führen[7]. Wenn aber Sozialdemokratie[8] und Zentrum[9] sich hinter den einst von ihnen verfemten Generalfeldmarschall[10] stellen, dann stelle ich mich als Ihr Führer vor Sie und nehme den Kampf auf. (Wieder minutenlanger Beifall.) Wir wollen sehen, ob ein alter ehrwürdiger Mann[11] es fertigbringt, *die Männer vor der Vernichtung zu schützen, die uns jetzt dreizehn Jahre verdorben haben.*

Kameraden, die Stunde der Entscheidung kommt, tut eure Pflicht, und der Sieg ist unser[12].

5 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
6 Anspielung auf den ersten Reichsparteitag der NSDAP, den diese nach ihrer Wiedergründung am 3./4.7.1926 in Weimar veranstaltet hatte. Vgl. Donald R. Tracey, Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 49-74, hier S. 63 f. Ferner Bd. I, Dok. 144; Bd. II/1, Dok. 4-7 sowie Dok. 39, Anm. 24 dieses Bandes.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.
8 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
9 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.
10 Paul von Hindenburg.
11 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.
12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

6. März 1932 Dok. 38
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M.[1]

VB vom 8.3.1932, "Blumen und Fahnen grüßen den Führer an allen Straßen auf seiner Siegesfahrt durch Deutschland"[2].

13 Jahre predige ich immer das gleiche Programm. Millionen von Menschen haben dieses Programm freudig in ihre Herzen aufgenommen, und nur ein Mann, der Reichsinnenminister[3], weiß nichts von diesem Programm[4]. 13 Jahre Kampf liegt hinter mir. 13 Jahre Kampf, der nichts anderes war, als das nachzuholen, was die andern im Großen versäumten: *Aus dem Haufen der Interessenten[5] der Bauern und Bürger, der Hausbesitzer und Arbeiter wieder eine einige deutsche Nation zu schmieden[6]. Und das ist das Ergebnis: Daß das deutsche Volk erwacht ist und wieder den Glauben findet an die eigene Kraft. Der 13. März[7] soll deshalb ein Markstein sein im Kampf um die neue Weltauffassung. Er soll zugleich die aus der Verfolgung des Systems retten, die nichts anderes wollen als die Größe unseres Vaterlandes.*

13 Jahre, so wie mein Gewissen es mir vorschrieb, habe ich gekämpft und so, wie Ihr Gewissen es Ihnen vorschreibt, erfüllen Sie am 13. März Ihre Pflicht. Der 13. März wird vergehen, der 14. März aber wird uns wieder im Kampfe finden. So oder so[8].

---

1 In der Festhalle, ab 22.30 Uhr. Vor Hitler sprachen MdR und Gauleiter Jakob Sprenger und MdR Göring, der bei dieser Gelegenheit behauptete, "Gott der Allmächtige" habe Hitler "als Flamme bestimmt". An dieser und den fünf weiteren Parallelversammlungen nahmen insgesamt laut *Frankfurter Zeitung* etwa 25.000 (*Höchster Kreisblatt*: 35.000, *VB*: 60.000) Personen teil, die jedoch über vier Stunden auf Hitler warten mußten, da dieser mittags noch in Weimar aufgetreten war und sich auf seiner Fahrt nach Frankfurt stark verspätet hatte. Im Anschluß an seine Rede sprach Hitler um Mitternacht noch kurz im *Hippodrom*.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1932, "'Seine Unfehlbarkeit' in Frankfurt: Parade der Limousinen und der Schmerbäuche"; Frankfurter Nachrichten vom 7.3.1932, "Hitler und Goehring [*sic!*] sprechen in Frankfurt"; Frankfurter Zeitung vom 7.3.1932 (1. MA), "Hitler in Frankfurt"; Höchster Kreisblatt vom 7.3.1932, "Hitler in Frankfurt"; Volksstimme vom 7.3.1932, "Gottes Flamme - aber sie brennt trübe!".

3 Wilhelm Groener.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

5 Die Parole "Jagt sie weg, die 'Haufen der Interessenten!'" war im Reichstagswahlkampf 1930 zum populärsten Slogan der NSDAP geworden. Der Satz nahm Bezug auf eine Rede, die der Reichsminister der Finanzen Hermann Dietrich (DDP/DStP) am 18.7.1930 im Reichstag gehalten hatte und bei der er die Frage aufwarf, "ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind". Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6516 f.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 90.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

7 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. März 1932 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Als in den Novembertagen 1918 von der völkerbefreienden Sozialdemokratie im Verein mit dem Zentrum[3] das alte Reich überwunden wurde, da sollte eine große Zeit größerer Schönheit, größerer Blüte, eine Zeit der Würde, der Freiheit, des sozialen Glücks, des allgemeinen Emporstieges, aber auch eine Zeit der Völkerabrüstung, der Völkerversöhnung, der Völkerverständigung und des Weltfriedens ihren Anfang nehmen[4].

13 Jahre sind jetzt verflossen, und wir haben ein Recht dazu, die Frage aufzuwerfen, was nun von all den Versprechungen in Erfüllung gegangen ist. Ist Deutschland, das Deutschland des großen Kampfes, aber auch das Deutschland der Blüte von einst mit Recht gestürzt worden? Dann muß der Zustand von jetzt besser sein als der von einst. Ist der Zustand von heute aber keine Verbesserung, dann war der Sturz des alten Reiches ein Verbrechen und die Männer, die den Machthabern von früher zuriefen: Ihr seid verantwortlich!, können sich heute nicht beklagen, wenn wir nun ihre Verantwortlichkeit vor der Geschichte und vor unserem Volke auch feststellen wollen.

13 Jahre sind im Völkerleben keine lange Zeit, aber sie sind sehr lang, wenn sie einem System als Frist gewährt sind, um seine Erfolge zu zeigen, als Frist gegeben sind, sich durch seine Leistungen zu rechtfertigen. Wenn wir diese 13 Jahre aber nach den Erfolgen dieses Systems überprüfen wollen, dann sehen wir eine Katastrophenreihe, wie sie in der Geschichte nicht nur unseres Volkes, sondern wohl aller großen Völker der Erde einzig dastehend sind. Angefangen vom Tage der Revolution[5] bis in die Epoche der Unterjochung, der Versklavung, der Verträge[6], bis in die Zeit unserer Notverordnungen[7] sehen wir Fehlschlag um Fehlschlag, Zusam-

1 In der Festhalle im Luitpoldhain, von 22.00 bis 23.00 Uhr. An der überfüllten Versammlung nahmen etwa 20.000 (*VB*: 28.000) Personen teil. Vor Hitler sprachen Stadtrat und Organisationsleiter der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP, Willy Liebel, der Münchner Stadtrat Hermann Esser, MdR Göring sowie MdL und Gauleiter Julius Streicher.

2 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit. Hrsg. von Heinz Preiß, Nürnberg 1939, S. 178-183. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text.
Vgl. auch 8-Uhr-Blatt vom 8.3.1932, "Hitler antwortet Groener in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 8.3. 1932, "'So oder so'. Adolf hat wenig Hoffnung"; Fränkische Volkstribüne vom 8.3.1932, "Hochbetrieb in Nürnberg"; NS-Kurier vom 8.3.1932, "Nordbayern umjubelt Adolf Hitler"; Nürnberger Zeitung vom 8.3.1932, "Hitler spricht in Nürnberg"; VB vom 9.3.1932, "Der Tag von Nürnberg"; Illustrierter Beobachter vom 26.3. 1932, "Der Führer an vorderster Front!". Faksimilierter Abdruck eines Plakats: Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken, S. 179.

3 Zur Politik des Zentrums in der Endphase des Ersten Weltkriegs vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 7 und Dok. 32, Anm. 5.

5 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

6 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Vgl. Dok. 12, Anm. 30 und Dok. 11, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

menbruch um Zusammenbruch, Elend über Elend, Verzagtheit, Lethargie, Hoffnungslosigkeit, überall Meilensteine dieser Katastrophen.

Was ist nicht alles seitdem zu Boden gestürzt worden: ein großes Reich hat man zerbrochen, die Macht dieses Reiches gestürzt, seine Ehre unterhöhlt, sich selbst zum Schuldigen der Welt gegenüber gestempelt[8], Versklavungsedikte unterschrieben, Berufsstände vernichtet, der Bauernstand liegt heute am Boden[9], das Gewerbe bricht zusammen[10], Millionen haben ihre Spargroschen verloren[11], Millionen andere heute ihre letzte Arbeitsmöglichkeit[12].

Alles, was früher war, hat sich gewendet, alles, was früher groß schien, ist gestürzt worden, nur etwas ist uns erhalten geblieben: die Männer und die Parteien, die das Unglück verschuldet haben, sie sind auch heute noch da. Sie sind es, die jetzt, da die Nation sich anschickt, mit ihnen Abrechnung zu halten, die sie einst ungerechtfertigt mit dem alten Reich gehalten haben [*sic!*], sie sind es, die jetzt mit einem Taschenspielerkunststück versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen und sich hinter dem Rücken eines Feldmarschalls[13] verstecken, den sie selbst einst auf das schmachvollste beschimpft hatten.

13 Jahre lang haben wir Nationalsozialisten dieses System bekämpft, haben seine Verbrechen festgestellt und die Folgen vorhergesagt. Ein Programm hat seitdem seinen Siegeszug durch Deutschland angetreten, und wenn heute ein Herr Reichsinnenminister[14] sagt: "Gebt doch Euer Programm bekannt[15]", dann kann ich ihm nur zur Antwort geben:

Verehrter Herr, Sie sind vermutlich der *einzige* in Deutschland, der dieses Programm nicht kennt, darum sind Sie auch der einzige, der keine Ahnung von unserem Programm hat. Verehrter Herr, wenn Sie der Meinung sind, daß dieses Programm noch zu wenig verkündet worden ist, Herr Reichsinnenminister, dann geben Sie mir den Rundfunk[16], so wie Sie ihn verwenden[17], und ich werde auf dem letzten Dorf dieses Programm zur Kenntnis bringen und da-

---

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.
9 Vgl. Dok. 22, Anm. 4-6.
10 Vgl. Dok. 32, Anm. 16.
11 Vgl. Dok. 29, Anm. 17.
12 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
13 Paul von Hindenburg.
14 Wilhelm Groener.
15 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
16 Die Richtlinien über die Regelung des Rundfunks vom 2.12.1926 legten fest, daß der Rundfunk im Deutschen Reich keiner Partei diene; sein gesamter Nachrichten- und Vortragdienst sei "streng überparteilich zu gestalten". In der Praxis wurde das Prinzip der Neutralität allerdings rasch durchbrochen, schon weil sich die parteipolitischen und staatlichen Funktionen der Politiker nicht immer auseinanderhalten ließen. Während in der Reichstagwahl von 1928 Wahlsendungen der Parteien grundsätzlich verboten waren, wurde 1930 allen Parteien - mit Ausnahme von KPD und NSDAP - die Möglichkeit gegeben, ihr Programm der Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage begann sich die Regierung Brüning seit Herbst 1930 der Möglichkeiten des Rundfunks verstärkt, manchmal sogar täglich zu bedienen. Vgl. Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955, S. 51 ff., 91 ff.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 267 ff., 386 ff.
17 Die Mitteldeutsche Rundfunk AG hatte es am 3.3.1932 mit Hinweis auf Artikel 2, Ziffer 2 der Genehmigungsurkunde für den deutschen Rundfunk abgelehnt, Hitlers Rede in Bad Blankenburg (Dok. 36) im Rundfunk zu übertragen. Vgl. Der Nationalsozialist vom 8.3.1932, "Der Partei-Rundfunk". Ferner Dok. 51.

mit als allerletztem Deutschen auch Ihnen selbst! Daß nur die Wilhelmstraße[18] von diesem Programm keine Ahnung besitzt, geht aus dem hervor, was ich in den letzten Wochen und Tagen in Deutschland erlebt und gesehen habe.

Das Bild, das Sie jetzt in dieser Halle vor sich sehen, wiederholt sich von Nord bis Süd, von Ost bis West,

ein Volk ist im Aufbruch begriffen

und fordert nunmehr Rechenschaft von denen, die es 13 Jahre gequält und mißhandelt haben, und nun versuchen die, die heute Rechenschaft ablegen sollen, sich plötzlich unkenntlich zu machen. Die völkerbefreiende, internationale, revolutionäre, antimilitaristische und antikapitalistische Sozialdemokratie versteckt sich nun hinter dem breiten Rücken des Generalfeldmarschalls von Hindenburg aus dem Weltkrieg[19].

Meine Freunde, es war vorher nicht bestimmt, daß ich in dem Kampf als Kandidat auftrete[20], allein in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie und das Zentrum den Mann vor sich halten als Schild gegen uns, den sie selbst vor Jahren auf das furchtbarste besudelten, in dem Augenblick war es mir klar, daß ich aus eigenem Willen und eigenem Entschluß mich zum Führer der Gegenseite erhob und den Kampf gegen die Deckung suchenden Parteien nunmehr rücksichtslos aufnehme. Ich habe ein Recht dazu, ich habe einst nicht den Feldmarschall geschmäht, ich bin nicht der Fahne untreu geworden, ich habe nicht gefordert, daß er ausgeliefert werde[21], ich habe ihn nie verurteilt, nicht gerichtet als Reichspräsident[22]. Heute sehe ich vor mir den 85jährigen Greis und muß ihm zurufen:

---

18 Die vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. angelegte Wilhelmstraße in Berlin entwickelte sich bereits im 18. Jahrhundert zu einer bevorzugten Wohngegend des Militär- und Beamtenadels sowie einiger preußischer Prinzen. Nach 1871, bzw. nach 1919 wurden viele Palais zum Sitz von obersten Reichsbehörden; so lagen damals das Bureau des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium der Finanzen, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Reichsverkehrsministerium in der Wilhelmstraße, aber auch das Preußische Staatsministerium, das Preußische Justizministerium sowie die amerikanische und britische Botschaft. Vgl. Laurenz Demps, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin [2]1996; Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929, S. 2 ff., 67 ff., 102 ff.

19 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

21 Auf der Grundlage von Artikel 227-230 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 - sie forderten die Auslieferung des abgedankten Kaisers Wilhelm II. sowie aller "wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten" Deutschen - hatten die Alliierten am 3.2.1920 der Deutschen Friedensdelegation eine Auslieferungsliste übergeben, die 895 Namen enthielt, darunter auch den von Generalfeldmarschall von Hindenburg. Nachdem die Reichsregierung unter Reichskanzler Gustav Bauer (SPD) erklärte, daß eine Auslieferung undurchführbar sei, sie aber bereit wäre, alle deutschen Verstösse gegen die Kriegsgesetze vor dem Reichsgericht verhandeln zu lassen, gingen die Alliierten bereits am 17.2.1920 auf das deutsche Kompromißangebot ein. Eine revidierte Liste der Siegermächte vom 7.5.1920 enthielt nur noch die Namen von 46 deutschen Offizieren und Soldaten und verzichtete auf die Nennung "großer Namen", darunter auch Hindenburgs, um jeglichen Verdacht politischer Motivation auszuschließen. Von diesen übriggebliebenen Fällen wurden schließlich nur zehn vor dem Reichsgericht verhandelt, wobei fünf Freisprüche sowie vier und zwei zusätzliche Verurteilungen ausgesprochen wurden. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, passim. Druck: RGBl. 1919, S. 980 ff.

22 Vgl. Dok. 7, Anm. 18.

"Alter Mann, Du trägst die Zukunft Deutschlands nicht mehr auf Deinen Schultern, sondern wir müssen sie auf den unsrigen tragen, Du kannst keine Verantwortung mehr übernehmen für uns, wir, die Generation des Krieges, werden sie selbst übernehmen. Du ehrwürdiger alter Mann, Du kannst die heute nicht mehr decken, die wir vernichten wollen. Tritt daher beiseite und gib den Weg frei!"

Zentrum und Sozialdemokratie, Marxismus und bürgerliche Parteien haben Deutschland vernichtet, haben unser Volk zerstört, unsere Macht gebrochen und unsere Wirtschaft damit zur Verelendung gebracht. Wir haben demgegenüber heute den unerbittlichen Entschluß, dieses System des Zerfalls und der Zerrissenheit zu überwinden und niederzuringen und anstelle der Begriffe Proletariat, Bürgertum, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Städter, Handwerker, Beamter, Hausbesitzer, Katholik, Protestant wieder einen anderen Begriff zu setzen[23]:

Deutschland und das deutsche Volk!

Wir haben ein Recht dazu. Während die anderen Deutschland zerrissen, sind wir nicht müßig gewesen, sondern haben in einem unendlichen Kampf, den Sie, Nürnberger, Gelegenheit hatten zu verfolgen[24], aus Nichts heraus eine neue Formierung des deutschen Volkes vorgenommen. Wenn heute Deutschland überhaupt mit Zuversicht in diese Wahl hineingehen kann, wenn heute Deutschland überhaupt hoffen darf, im Dienste unseres Volkes eine nationale Entscheidung herbeizuführen, dann ist das das Ergebnis - *unserer Arbeit.* Es ist für uns ein unendlicher Stolz und für mich ein grimmiger Stolz, heute zu erleben, daß es mir gelungen ist, die *antimilitaristische, vaterlandslose*[25], *undeutsche Sozialdemokratie jetzt zu den Füßen des ehemaligen Generalfeldmarschalls des Weltkrieges niederzuzwingen!*

Hätte mich das Schicksal 10 Jahre früher geboren werden lassen, ich hätte vielleicht diese Partei schon im Kriege zu Füßen des Feldmarschalls und der deutschen Waffen gelegt und Deutschland wäre dann nicht besiegt worden. Heute kommt ihre Unterwerfung zu spät. Wir aber haben kein Verständnis für die sozialdemokratische Reue, kein Verständnis für die Reue

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

24 Unter Hitlers Führung begann die NSDAP schon früh parteiinterne Großveranstaltungen zu inszenieren; vom 27.-29.1.1923 hielt sie ihren ersten "Reichsparteitag" in München ab. Nach der Wiedergründung der NSDAP wurde diese Tradition fortgesetzt, zunächst am 3./4.7.1926 in Weimar, vom 19.-21.8.1927 erstmals in Nürnberg. Die groß aufgezogenen Spektakel, die sich zunehmend auf die Verehrung Hitlers konzentrierten, entwickelten sich in ihrer "Mischung aus Volksfest und religiöser Selbstdarstellung" (Paul, S. 202) zu Höhepunkten der frühen nationalsozialistischen Propaganda. Dabei bot sich Nürnberg zunächst weniger durch seine historische Tradition an, sondern vor allem durch seine Infrastruktur und das Entgegenkommen der dortigen Polizeidirektion. Die politischen Zusammenstösse, die den vierten Reichsparteitag (1.-4.8.1929) begleiteten und zwei Nationalsozialisten das Leben kosteten, sorgten jedoch dafür, daß der Nürnberger Stadtrat eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Parteitage verweigerte, so daß dieses Ritual erst 1933 wiederaufgegriffen werden konnte. Vgl. Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg [2]1991, S. 9 ff.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 199 ff. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 463-484 sowie Bd. I, Dok. 144; Bd. II/1, Dok. 4-7, 123, 126; Bd. II/2, Dok. 161-168; Bd. III/2, Dok. 42, 45, 60-67; Bd. III/3, Dok. 24.

25 Die pejorative Bezeichnung "vaterlandslose Gesellen" für die Sozialdemokratie wird häufig dem deutschen Kaiser Wilhelm II. zugeschrieben, bezieht sich jedoch vermutlich auf einen Satz im 2. Kapitel *Proletarier und Kommunisten* des 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten *Manifest der Kommunistischen Partei*: "Die Arbeiter haben kein Vaterland." Der Schriftsteller Adam Scharrer (1889-1948) machte die Wendung 1930 zum Titel eines Romans. Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 479.

des Zentrums[26]; denn wir glauben nicht, daß diese Reue innere Gesinnung ist, sondern wir sehen in ihr die *schlotternde Angst vor der Abrechnung*, wir sehen in dieser Reue nur ein Zeichen des *eigenen Schuldbewußtseins*, das *sie* verfolgt.

Wenn wir heute uns aber anmaßen, als öffentliche Kläger aufzutreten, dann schuf unsere Arbeit, die wir geleistet haben, das Recht dazu. In einer Zeit, da die ganze Nation zerfällt, Vertrauen, Glauben und Zuversicht geschwunden sind, bauten wir aus den Besten unseres Volkes, aus Arbeitern und Bauern, aus Städtern und Angestellten, aus allen Berufsschichten eine *neue Front* auf, die vielleicht wirklich sagen darf:

Wir sind *Deutschland!*

In der Zeit gaben wir Millionen Menschen nicht nur ein Programm, Herr Reichsinnenminister, nein, in dieser Zeit gaben wir ihnen einen neuen Glauben, eine neue Zuversicht, ein neues Vertrauen, wir gaben ihnen ein Ziel für das sie bereit sind, sich wieder einzusetzen.

Aus dem Deutschland des Standesdünkels, der Klassenherrschaft, des Klassenwahns haben wir begonnen, wieder ein Deutschland der völkischen Gemeinschaft aller anständigen Menschen zu machen. Hunderttausenden und Millionen von Bürgern zogen wir die Vorurteile, den eigenen Standesdünkel aus dem Herzen und Gehirn heraus. Millionen von Arbeitern nahmen wir die Vorurteile des Klassenwahnsinns weg. Und wir sind stolz darauf, aus Millionen *international eingestellter Proletarier* von einst, *Millionen aufrichtig ehrliche Kämpfer des deutschen Volkes von jetzt* gemacht zu haben. Wir sind nicht Theoretiker, bloße Redner gewesen, wir haben die beste und gewaltigste Organisation, die Deutschland als nationalpolitisches Gut je besessen hat, aus nichts heraus geschaffen gegen alle Widerstände, die Menschen nur erdenken und ausüben können, und diese Front ist kein Schaumgebilde, sie wurde gehärtet durch Verfolgungen, Unterdrückungen, Verleumdungen, Lügen und Terror, durch Tod und Verwundung, durch Ausnahmegesetze, durch Rechtsbrüche nur um so inniger zusammengeschweißt.

Heute sind aus 7 Mann[27] von einst die Millionen[28] des erwachenden Deutschland[29] geworden. In der Erkenntnis, daß die Größe des Volkes auch sein Leben und seine Wirtschaft bestimmt, haben unzählige Deutsche ihr Augenmerk wieder auf diese Größe und die Voraussetzungen hierfür gerichtet, haben Verständnis gefunden und konnten sehen, wie im Zeitalter der Demokratie, des Internationalismus und des Pazifismus, da das andere Reich ohnmächtig wurde und zerbrach, wie im Deutschen Reich ein *neuer Staat* entstand. Ein Staat, der in sich größer und gefestigter ist als das Reich, das wir heute erobern wollen. In unserer Bewegung haben wir den Wahrheitsbeweis dafür angetreten, daß, wenn ein Volk unsere Gedanken verfolgt, es wachsen und groß werden muß, so wie unsere Bewegung mit diesem Gedanken von einer Handvoll Menschen zu dieser von allen Feinden Deutschlands am meisten gehaßten Millionenbewegung wurde. Ankläger, aber auch Propheten sind wir 13 Jahre lang gewesen. Von Epoche zu Epoche haben wir diesem System die Folgen seines Handelns vorhergesagt. Unsere Gegner sollen doch heute wiederholen, was sie dem Volke verkündeten beim Dawes-Pakt[30],

26 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.
27 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.
28 Vgl. Dok. 1, Anm. 3, 6, und 10. Zum damaligen Mitgliederstand der NSDAP vgl. ebenda, Anm. 2, 7 und 8.
29 Vgl. Dok. 1, Anm. 30.
30 Vgl. Dok. 12, Anm. 30.

beim Young-Plan[31], beim Vertrag von Locarno[32], bei den Notverordnungen, und was *wir* erklärten und was *ich* vorher sagte. Sie sollen das öffentlich anschlagen, sie können es aber nicht. Sie können nicht wagen, ihre eigene Unfähigkeit der Nation einzugestehen, sie können nicht wagen, ihre eigenen Behauptungen auch nur einmal zu wiederholen; demgegenüber darf ich mit Stolz feststellen:

Lügen und Verleumdungen sind eure einzigen Waffen gegen uns gewesen, Lügen und Verleumdungen eure einzige Verteidigung. Alles konntet ihr uns aus dieser Lüge vorwerfen, etwas aber nicht: daß wir auch nur einmal unseren Ideen, unseren Gedanken, unserer Überzeugung und unseren Behauptungen untreu geworden wären.

Diese gerade Linie unserer Entwicklung gibt uns nun heute das Recht, vor Sie hinzutreten und Sie aufzufordern, nachdem wir 13 Jahre Ankläger gewesen sind, nunmehr als Volk von Männern die Richter zu sein. Der 13. März [*1932*][33] entscheidet nicht über einen Präsidentenposten, er entscheidet darüber, ob das System des Novembers 1918 bis heute bleiben soll, oder ob es gerichtet und beurteilt und beseitigt werden soll. Sie und ich, wir haben Jahre lang gegen eine scheinbar unüberwindliche Übermacht gekämpft, ohne Rücksicht auf Popularität, auf Zustimmung oder Ablehnung oder Verfolgung unsere Weltanschauung vertreten. Wir haben sie vertreten in guten Tagen, aber auch im Gefängnis, in der Festung[34], als Getretene, Verachtete und Verfolgte, vertreten sie heute noch und werden sie nach diesem 13. März wieder vertreten.

Wir haben dabei nur einen einzigen Befehlsgeber gekannt, und das war unsere Einsicht, das war unser Gewissen. 13 Jahre lang haben wir diesem System gehorcht, und der Herr hat unsere Arbeit gesegnet. Nun erfüllen Sie das Gebot Ihres Gewissens, auf daß der Herr auch Deutschland wieder segnen möge.

Am 13. findet ein Tag des Gerichtes statt, am 14. beginnt wieder unsere Arbeit, denn notwendig ist, daß dieses System überwunden wird und notwendig ist, daß Deutschland wieder lebt.

Heil!

---

31 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.
32 Vgl. Dok. 29, Anm. 11.
33 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
34 Vgl. Dok. 29, Anm. 30.

8. März 1932 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart[1]

NS-Kurier vom 9.3.1932, "Die große Rede des Führers"[2].

Meine Volksgenossen und -genossinnen!

Was dem einen recht ist, muß für den anderen billig sein. Vor 13 Jahren hat das heutige System Abrechnung gehalten mit dem System der Vergangenheit. Vor 13 Jahren haben die Männer dieses Systems erklärt, daß das System des alten Deutschlands beseitigt, gestürzt, vernichtet werden müßte, weil es versagt habe[3]. Gut. Sie haben damals in einer schweren Stunde die Macht an sich gerissen, und es gelang ihnen, machtmäßig wirklich das alte Reich zu beseitigen und ihren Staat anstelle dieses alten Deutschlands zu setzen. Sie motivierten diese Handlung mit den zahllosen Gebrechen, mit den Fehlern, mit den Schwächen dieses alten Deutschland und erklärten, daß der Staat, der nun auf diese Stelle treten sollte, dem deutschen Volk ein größeres Glück, mehr Schönheit, Freude, Würde, mehr soziales Glück, mehr soziale Gerechtigkeit usw. bringen würde als das vergangene Reich[4].

Gewiß, wer will das nicht einsehen, auch dieses alte Deutschland hat seine Fehler und seine Gebrechen gehabt. Aber immerhin war es ein Staat, der 70 Millionen Menschen[5], wenn auch vielleicht kein überflüssiges, aber immerhin auslangendes Brot gegeben hat [*sic!*], ein Staat, der für 70 Millionen Menschen Beschäftigung, Arbeit, Leben, Brot herbeischaffen konnte[6],

---

1 In der Stadthalle, nach 22.30 Uhr. An der vollkommen überfüllten Versammlung, die um ca. 20.00 Uhr von MdR und Gauleiter Wilhelm Murr eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht 19.000 (*NS-Kurier*: 25.000) Personen teil, für die außerhalb der Stadthalle ein weiteres Versammlungszelt aufgeschlagen worden war. Da sich Hitler auf seiner Fahrt von Nürnberg nach Stuttgart wegen einer Autopanne in Ansbach stark verspätete und zunächst einen Aufmarsch von 2.000 württembergischen SA-Männern im Wullesaal abnahm, wurde die Wartezeit durch Reden vom Führer der SA-Gruppe Südwest, SA-Gruppenführer Dietrich von Jagow, und MdR Göring überbrückt. Dem *NS-Kurier* zufolge nahmen etwa 100 Vertreter der in- und ausländischen Presse an der Veranstaltung teil.

2 Vgl. auch NS-Kurier vom 8.3.1932, "Der Führer spricht..."; vom 9.3.1932, "Württemberg wählt Adolf Hitler"; Stuttgarter Neues Tagblatt vom 9.3.1932, "Hitler in der Stadthalle"; Schwäbischer Merkur vom 10.3. 1932, "Adolf Hitler in Stuttgart"; VB vom 10.3.1932, "25.000 in Stuttgart" sowie PND-Bericht W. 3 der Polizeidirektion Stuttgart vom 13.5.1932; StA Bremen, 4,65/1761/301. Bild in: Illustrierter Beobachter vom 26.3.1932, "Der Führer an vorderster Front" sowie VB vom 12.3.1932.

3 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 5.

5 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs betrug 1871: 40.997.000, 1900: 56.046.000, 1914: 67.790.000 und 1919: 62.897.000 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

6 Statistische Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Kaiserreich liegen - mit Ausnahme des Jahres 1895 - nicht vor. Bei dieser Zählung wurden am 14.6.1895 im Deutschen Reich 179.004, am 2.12.1895 553.640 unfreiwillig Unbeschäftigte ermittelt, was bei einer Gesamtzahl von ca. 16 Millionen Arbeitnehmern einer Quote von 1,11% bzw. 3,40% entsprach. Unabhängig von den saisonalen Schwankungen, der Zugehörigkeit zu einzelnen Branchen oder konjunkturellen Einbrüchen wie die der Jahre 1873-1879, 1891/92 und 1908/09 dürfte damals die "Vollbeschäftigung" den Arbeitsmarkt geprägt haben. Neueren Berechnungen zufolge dürfte die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich zwischen 1889 und 1913 durchschnittlich 2,4% betragen haben. Vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 241 ff.

ein Staat, der dabei angesehen und mächtig war, nicht nur in seiner Staatsautorität im Innern, nein, auch als Repräsentation des deutschen Volkes nach außen, ein Staat, der sich rühmen konnte, eine vorbildliche, gute technische, jeder Korruption gegenüber erhabene Verwaltung zu besitzen, die sparsamste Verwaltung, unverständlich sparsam, wenn man sie mit dem vergleicht, was später an dessen Stelle getreten ist, ein Staat weiter, der jeden einzelnen nicht nur mit Stolz erfüllen konnte, sondern der auch jeden einzelnen in seinen Rechtsansprüchen der Welt gegenüber zu vertreten vermochte, ein Staat, der dem deutschen Volk Jahrzehnte hindurch nicht nur einen Frieden in der Gestalt, was man heute mit dem Wort Frieden bezeichnet, sicherte, sondern der dem deutschen Volk das Recht zum Leben aufrechterhalten konnte und der dem deutschen Volk nicht nur dieses Recht als eine fiktive Sache bescherte, sondern als eine reale Tatsache sicherte, ein Staat, der überhaupt die Kraft besaß, wenn notwendig für dieses Lebensrecht einzutreten, der hinter sich eine gewaltige, gigantische Organisation lebendiger Volkskraft in seinem Heer sein eigen nannte, ein Staat, der es dem Deutschen möglich machte, in der ganzen anderen Welt mit Stolz sich als Deutscher zu bekennen. Gewiß, sie haben uns damals nicht überall geliebt, aber was heißt denn im Völkerleben: von seinen Gegnern geliebt werden? *Deutschland war geachtet,* vielleicht gefürchtet, das zeigte ja auch, daß dieser Staat 4 ½ Jahre lang der Welt gegenüber eine Existenz vertreten, aufrechterhalten und verteidigen konnte[7]. Gewiß, man wird sagen, Fehler sind da und dort gemacht worden[8], aber sehen wir nur einmal alles ingesamt, so müssen wir wohl zugeben, es war ein Reich, das einen Grund hatte, von seinen Bürgern geschätzt, ja geliebt zu werden. Natürlich sind im Laufe des Krieges schwere Nöte gekommen[9], und eines Tages, da hat vielleicht die Armee nicht mehr so gesiegt, wie der Stammtischpolitiker das gerne hätte sehen mögen, und man hat darüber hinaus dieses alte Reich nun gestürzt. Es hat einige Monate lang vielleicht nicht das Allerletzte erfüllt, was Unvernunft damals glaubte fordern zu können, und schon sind die Machthaber von heute als die Ankläger und als die Richter aufgetreten und haben dieses alte Reich gestürzt.

Bilanz über 13 Jahre Demokratie

Nun sind 13 Jahre vergangen, eine kurze Frist im Völkerleben, aber *eine sehr lange Zeit*, wenn ein System diese Frist zu seiner Bewährung sich erbittet, eine lange Zeit, in der eine Regierung, ein Regierungssystem, eine Verfassung beweisen müssen, ob sie wirklich gut sind oder nicht gut sind. Will man 100 Jahre oder 200 Jahre warten, bis unsere Kinder auch 80 Jahre alt sind [*sic!*], um dann vielleicht einmal die Frage zu erheben: Habt ihr gut regiert oder habt ihr nicht gut regiert, war dieses System richtig oder war es nicht richtig?

Nein, die Richter, die einst das alte Deutschland nach wenigen Monaten, ja nach Wochen Fehlschlägen an den Fronten verurteilten, die haben kein Recht, heute plötzlich zu verlangen, daß man sie selbst nicht auch nunmehr auf die Waage legt und prüft, was sie eigentlich geleistet haben.

---

7 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

8 Zu Hitlers durchaus kritischer Rezeption der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich vor 1914 vgl. etwa seine Ausführungen in seinem im Sommer 1928 entstandenen Manuskript. Druck: Bd. II A, S. 36 ff.

9 Vgl. Dok. 36, Anm. 5.

Wenn heute ein Herr Reichsinnenminister aufsteht und sagt: "Herr Hitler, warum verkünden Sie der Öffentlichkeit nicht Ihr Programm[10]?" dann muß ich sagen: *"Wo waren Sie denn die 13 Jahre?"* (Stürmischer Beifall.) Millionen Menschen haben dieses Programm kennengelernt, Millionen sind belehrt worden und haben sich dem Programm ergeben, bildeten diese Realität, die sie heute als die nationalsozialistische Bewegung vor sich sehen, nur *ein* Mann, ausgerechnet der Reichsinnenminister, hat keine Vorstellung von dem, was wir wollen.

Es ist aber jetzt auch gar nicht mehr notwendig (Rufe: Sehr richtig! und lebhafter Beifall), denn am 13. März [*1932*][11], Herr Minister Groener, wird nicht über mein Programm zu Gericht gesessen, sondern über Ihr Programm! (Lebhafter Beifall.)

Nicht darüber wird entschieden, ob wir ein richtiges Programm haben, sondern ob ihr System richtig regiert hat und dem deutschen Volk das brachte, was es hätte bringen müssen, um die Meineidstat des November 1918 zu rechtfertigen. (Stürmischer Beifall.)

2 Tatsachen ...

Und da möchte ich denn zwei Tatsachen feststellen. Das System hat einst Behauptungen aufgestellt, die darin gipfelten, daß es alles besser machen würde als in der Vergangenheit, und *wir* haben auch Behauptungen aufgestellt, nämlich die, daß dieses System mit seinen Ideen, seinen Gedanken, seiner Weltauffassung, nicht nur nichts bessern werde, sondern daß es Deutschland *dem Ruin entgegenführen* wird, und es ist jetzt zu prüfen, wer nun Recht behalten hat, das System mit seiner Behauptung vom November 1918 oder wir mit unseren, das System mit seiner Behauptung über den neuen Staat, die segensreichen Folgen der neuen Verfassung, die segensreichen Folgen ihres Parlamentarismus, die segensreichen Folgen ihrer Demokratie, ihres Internationalismus, ihrer Weltversöhnungspolitik, Weltverständigungspolitik, ihrer Erfüllungspolitik[12], ihrer sozialen Politik usw., und ob alle diese Zusicherungen, Versprechungen, Erwartungen, Hoffnungen denn wirklich erfüllt worden sind oder ob nicht wir recht hatten, die wir in jedem solchen Fall genau prophezeiten, was die Folgen ihres Handelns sein müßten. Denn wenn heute meine politischen Gegner es so hinstellten, als ob die nationalsozialistische Bewegung nur so *ein Zufallsprodukt* wäre, hauptsächlich dadurch entstanden, daß keine Köpfe ihre Führer sind[13], dann muß ich Ihnen schon zur Antwort geben: *Wie beschämend für die politischen Ergebnisse unserer Gegner, wenn Kopflosigkeit eine solche Bewegung hervorruft!* Weshalb ist es denn den "Köpfen" nicht gelungen, wenigstens das zu behalten, was sie schon alles besaßen? Nein, das Volk hat jetzt bereits 13 Jahre selbst die Behauptungen gegenseitig abgewogen und mitgeprüft, das Volk hat selbst schon 13 Jahre mit gesteigerter Intensität die Behauptungen der einen Seite verglichen mit den Voraussagen der anderen, und dem verdanken wir's, daß heute in Deutschland eine große Millionenpartei entstanden ist, eine Millionenbewegung, die sich jetzt anschickt, die Konsequenzen ihrer Einsicht zu ziehen.

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
11 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
12 Vgl. Dok. 29, Anm. 8.
13 Vgl. z. B. Dok. 36, Anm. 46.

...und ihre Konsequenzen

Die Konsequenzen aber sind ungefähr folgende: Deutschland empfindet heute die Katastrophe, weil sie nun wirtschaftlich langsam in Erscheinung zu treten beginnt. Deutschland sieht jetzt, daß die Regierungsprinzipien, die Gedankengänge *falsch gewesen* sein müssen, weil das wirtschaftliche Ergebnis *katastrophal* ist. Allein in diesem Deutschland beginnen auch Millionen schon einzusehen, daß die Wirtschaftskatastrophe [14] selbst *nur eine Folgeerscheinung* ist. Deutschland hatte ja einst eine blühende Wirtschaft, nicht weil nur wirtschaftlich richtiger gedacht wurde als heute, nein, über und vor der Wirtschaft stand noch eine deutsche Macht, stand eine deutsche Kraft, stand ein deutscher Wille, stand ein deutsches Volk, und die Novemberrevolte [15] hat die deutsche Macht zertrümmert [16], hat das deutsche Volk gebrochen, den deutschen Willen beseitigt, die Volksgemeinschaft aufgelöst, und im Sturz der politischen Kraft sah man nun auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sinken. Es hat sich in unserem Volk in ganz großen Zügen wiederholt, was wir in der ganzen Weltgeschichte immer noch sahen:

Die wirtschaftliche Blüte ist auf die Dauer nur denkbar, wenn über dem Kaufmann, über dem Handwerker, über dem Handelsmann, über dem Arbeiter die geballte Kraft einer Nation steht.

Wenn sie zerbricht, bleibt die Wirtschaft nicht allein übrig, sondern sie folgt dem Verlust der staatspolitischen Macht immer noch ins Grab nach. Das ist das, was heute Millionen Menschen immer schärfer verständlich und klar wird. Wir verlieren unsere wirtschaftliche Stellung, müssen sie verlieren in eben dem Maß, in dem ein wirtschaftlich von der Welt abhängiges Volk politisch in der Welt nichts mehr zu sagen hat. (Rufe: Sehr richtig!) Die politische Stellung aber verliert man nicht deshalb, weil der eine oder andere Diplomat fehlerhaft, schlecht handelt, sondern man verliert sie, wenn hinter die politisch-diplomatische Vertretung keine Kraft mehr gesetzt werden kann. Entscheidend ist das Volk in seiner inneren Konstitution, das ist die Voraussetzung für jegliche Krafteinschätzung und damit auch Kraftanerkennung.

Ein Volk wurde zugrunde gerichtet

Wenn wir nun aber *die Prinzipien des Systems* das seit dem November 1918 regiert, von dem Gesichtspunkt aus überprüfen, dann müssen wir sagen:

Internationalismus, Demokratie und Pazifismus sind die sichersten Rezepte, um jedes Volk zugrunde zu richten. (Lebhafter Beifall.) Im Kleinen genauso wie im Großen. Und wenn ein Volk einen Zusammenbruch erlebt, wie das deutsche, und sieht, daß alle Fähigkeit, aller Fleiß, alle Sparsamkeit, Genügsamkeit nichts nützen und am Ende doch nur zum Untergang führen, dann liegt der Fehler in der Gesamtorganisation des nationalen Lebens, in den Gedanken, die diese Organisation beseelen, in den Gebrechen der Weltanschauung, die das Volk beherrschen, und wenn man eine solch zusammengebrochene Nation wieder erheben will, dann muß man ihr wieder *eine gesunde innere Verfassung* geben. (Rufe: Sehr richtig!) Gib einem Volke die innere Kraft, d. h. die Kraft, die in der Richtigkeit der organisatorischen und weltanschaulichen Grundlagen ihre Wurzel haben muß, und du gibst einem solchen Volk dadurch wieder

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 4, ferner Dok. 32, Anm. 14.
15 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
16 Zum Ultimatum Ludendorffs vom 28.9.1918, den Krieg wegen der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe unverzüglich zu beenden, vgl. Dok. 4, Anm. 8.

die Lebensmöglichkeit - auch der Wirtschaft. Denn glauben Sie nur nicht, daß es eine blühende nationale Wirtschaft überhaupt geben kann, wenn ein Volk keine Nation mehr sein will. (Rufe: Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Das ist aber das Vernichtendste dieses Systems, daß es in 13 Jahren gelang, eine Nation aufzulösen in ihre wirtschaftlichen Bestandteile, in ihre konfessionellen Bestandteile, in ihre weltanschaulichen Richtungen.

Was haben Sie heute vor sich? Bürger, Proletarier, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausbesitzer, Mieter, Bauern, Städter, Katholiken, Protestanten. Ja, glauben Sie, wenn das deutsche Volk den Weg der 13 Jahre weitergeht, glauben Sie, daß aus dem heraus plötzlich sich noch einmal eine Zusammenballung nationaler Energie oder Kraft ergeben kann? *Nein,* wenn es nicht möglich wird, all diese Differenzen irgendwie zu überwinden und anstelle dieser Bürger und Arbeiter, Proletarier, anstelle dieser Katholiken und Protestanten, Hausbesitzer und Nichthausbesitzer, Ingenieure, Techniker, Beamten und Angestellten wieder *eine deutsche Nation* hinzusetzen, wird niemals mehr ein Aufstieg Deutschlands kommen [17]. Und das haben wir 13 Jahre lang vorher prophezeit und Sie sehen ja, wie die Gebilde dieses Systems in sich selbst immer mehr sich zerspalten und langsam auflösen [18].

9. März 1932 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln [1]

Kölnische Zeitung vom 10.3.1932 (AA), "Hitler in Köln" [2].

Nachdem sich der Begrüßungsbeifall gelegt hatte, sagte Hitler u. a., daß das heutige *System* zum letzten entscheidenden Kampf herausgefordert werde. Das alte Deutsche Reich hätte gewiß seine Fehler gehabt, aber im großen gesehen, wäre das damalige Deutschland ein Vorbild

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.
18 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Im Anschluß an seinen Auftritt in Stuttgart fuhr Hitler mit seinem Stab nach Heidelberg, um im Hotel *Europäischer Hof* zu übernachten. Die *Heidelberger Neuesten Nachrichten* berichten, daß sich vor dem Hotel "im Lauf des Vormittags viele Hunderte" versammelten, "die Hitler sehen wollten. Adolf Hitler hatte längere Besprechungen mit hiesigen Parteiangehörigen und seiner Begleitung. Als er das Hotel verließ und in den Wagen stieg, der mit Blumen geschmückt war, wurde er von den Wartenden mit Heilrufen begrüßt, und diese Begrüßung setzte sich zum Teil bei der Weiterfahrt durch die Stadt fort, wenn die Wagen erkannt wurden." Vgl. Heidelberger Neueste Nachrichten vom 10.3.1932, "Reichspräsidentenkandidaten in Heidelberg". Ferner Heidelberger Beobachter vom 10.3.1932, "Unser Führer in Heidelberg"; Heidelberger Tageblatt vom 10.3.1932, "Zwei Reichspräsidentschaftskandidaten im 'Europäischen Hof'".

1 Auf dem Messegelände, nach 22.00 Uhr. Die Westhalle, in der Hitler seine Ansprache hielt, war durch Lautsprecheranlagen mit neun weiteren Hallen verbunden, die den Zeitungsberichten zufolge ebenfalls voll besetzt waren. Die Versammlung, an der nach Schätzungen der Polizei über 35.000 (*Westdeutscher Beobachter*: 70.000) Personen teilnahmen, wurde kurz nach 20.00 Uhr von MdL und Gauleiter Josef Grohé mit einer kurzen Ansprache eröffnet, dann sprachen MdR Göring sowie General a. D. Karl Litzmann.
2 Vgl. auch Kölner Tageblatt vom 10.3.1932, "Hitler in der Messehalle"; Rheinische Zeitung vom 10.3.1932, "Für 100 Mark konnte man Adolf sehen: Der Hochstapler in der Messe"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umge-

für alle andern Staaten, die erste Macht in der Welt gewesen[3]. Die Kritiker von damals hätten das ganze System verurteilt und es mit einem Schlag als Verbrechen und Schande hingestellt. Man habe Gewaltiges versprochen, aber was hätte sich in dem neuen deutschen Staat gezeigt? Die *letzten dreizehn Jahre* hätten eine Entwicklung gebracht, die konsequent nach abwärts führte. Die Politik der letzten dreizehn Jahre wäre eine *einzige Reihe von Katastrophen* gewesen. Stand um Stand und Beruf um Beruf wären langsam in Deutschland zerbrochen. Die Wirtschaft wäre zerstört[4] und über sechs Millionen hätten keine Arbeit[5]. Was die System-Parteien zerstören konnten, hätten sie zerstört. Nur die *fluchbeladenen Männer und Parteien,* die dies verschuldet hätten, seien uns erhalten geblieben. Aber welche Metamorphose hätten Zentrum und Sozialdemokratie erlebt? Sie seien nicht besser, sondern charakterloser geworden. Die Sozialdemokratie, die nicht müde geworden wäre, den Militarismus zu beschimpfen[6], sei jetzt glücklich, daß ein Repräsentant des Militarismus[7] gnädig ihr Schutzherr geworden wäre[8]. Mit erhobener Stimme sagte Hitler dann: "Es ist der Erfolg meiner dreizehnjährigen Arbeit, daß die *Sozialdemokratie heute winselnd zu den Füßen des Feldmarschalls* liegt. Ich hatte nicht die Absicht, so fuhr Hitler fort, als Kandidat in diesem Präsidentenkampf aufzutreten. Im Augenblick aber, wo Sozialdemokratie und Zentrum den Feldmarschall als ihren Wortführer herausstellten, bin ich der *Wortführer der andern* Seite geworden[9]. Ich lasse mir nicht durch Taschenspielerkunststückchen die Entscheidung aus der Hand nehmen." Im weiteren Verlauf der Rede sagte Hitler dann, was er auch schon in andern Versammlungen vorgebracht hat: "Ehrwürdiger *alter Mann,* du mußt *beiseitetreten,* damit wir die, die hinter dir stehen, vernichten können!" Die Sozialdemokratie, so sagte Hitler weiter, kenne ihn heute, und sie werde ihn noch mehr kennenlernen. Er sei *stolz* darauf, der *meistgehaßte Mann* für die Sozialdemokratie zu sein[10]. Er hätte die größte nationalpolitische Organisation in Deutschland aufgestellt[11]. Wenn der Reichsminister des Innern *Groener* demgegenüber frage, was er denn für ein *Programm* habe[12], so sei das *belanglos.* Er müßte demgegenüber sagen: *Nicht wir* haben heute Rechnung abzulegen, *sondern Sie.* Nicht wir brauchen heute zu sagen, was wir für ein Programm haben, sondern ihr habt zu sagen, was ihr für ein Programm hattet. Er sei heute der öffentliche Ankläger, und am 13. März [*1932*][13] sei Gerichtstag über das System. Hitler schloß mit den Worten: "Am 13. März ist Abstimmungstag. Am 14. März wird *so oder so unser Tag eintreten."*

Die Versammlung antwortete auf die Rede Hitlers mit lebhaftem Beifall. Der Gesang des Deutschlandliedes schloß die Kundgebung ab.

---

bung vom 10.3.1932 (AA), "Der Wahlkampf"; VB vom 11.3.1932, "Adolf Hitlers Siegeszug: Von der Bergstraße bis nach Köln"; Westdeutscher Beobachter vom 17.3.1932, "Kölns gewaltigstes vaterländisches Ereignis seit Kriegsausbruch: Die Hitler-Versammlung der Siebzigtausend!". Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 09904).

3 Vgl. Dok. 40, Anm. 8.
4 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.
5 Vgl. Dok. 32, Anm. 14 sowie Dok. 4, Anm. 14.
6 Vgl. Dok. 35, Anm. 9.
7 Paul von Hindenburg.
8 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.
9 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.
10 Zur sozialdemokratischen Rezeption Hitlers und der NSDAP vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.
11 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6 und 12.
12 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.
13 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

10. März 1932 Dok. 42
Schreiben an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/6.

Hiermit bitte ich, mir weiterhin Urlaub[1] bis zur Beendigung des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl[2] gewähren zu wollen[3].

München, den 10.3.[*19*]32

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler

10. März 1932 Dok. 43
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dortmund[1]

National Zeitung vom 11.3.1932, "Adolf Hitler im Ruhrgebiet"[2].

Heute nach 13 Jahren können wir den Maßstab der Prüfungen anlegen an die Versprechungen. Noch niemandem ist eine so lange Bewährungsfrist erteilt worden wie diesem System, das Deutschland immer nur weiter nach unten geführt hat. Nur der grenzenlosen Zähigkeit des deutschen Lebenswillens und dem Selbsterhaltungstrieb ist es zuzuschreiben, daß es überhaupt

1 Vgl. Dok. 28.

2 Der Reichstag stimmte am 26.2.1932 dem Vorschlag der Reichsregierung zu, einen etwaigen zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten auf den 10.4.1932 festzulegen. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932, S. 2244 ff., 2434. Druck der Zweiten Verordnung zur Wahl des Reichspräsidenten vom 19.3.1932: RGBl. 1932, I, S. 153.

3 Mit Schreiben Nr. 7778 vom 16.3.1932 erteilte der braunschweigische Gesandte Boden Hitler "gern den erbetenen weiteren Urlaub bis zur Beendigung des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl"; BA, NS 26/6.

1 In der Westfalenhalle, nach 21.45 Uhr. Vor Hitler sprachen MdR und Ortsgruppenleiter Emil Stürtz, MdR und Gauleiter Josef Wagner und MdR Göring. An der Versammlung nahmen laut *Dortmunder Zeitung* etwa 18.000 (*VB*: 30.000) Personen teil, darunter 4.600 SA- und SS-Männer sowie 800 Hitler-Jungen. Die *Dortmunder Zeitung* berichtet, daß auf den Plätzen vor der Halle "einige tausend Automobile" geparkt gewesen seien, "davon etwa 200 aus Holland".
Über die Pause zwischen der Rede Görings und Hitlers berichtet der *General Anzeiger*: "Eine sehr lange Pause folgte, die aber durch einen interessanten Zwischenfall unterbrochen wurde. Zwei ganz gewöhnliche Zeitgenossen marschierten unvermutet durch die Pforte herein, durch die der Oberosaf [*Hitler*] kommen sollte, und *tosender Beifall* empfing und begleitete sie auf ihrem Weg durch das Spalier. Erst allmählich ebbte der Beifallssturm ab, als man den Irrtum erkannte: Ein nichtssagender Zwischenfall? Vielleicht, aber doch bedeutungsvoll genug für die Urteilslosigkeit, mit der diese Massen jeder Attrappe Beifall spenden, auch wenn es nur ein Blitzphotograph ist."

2 Vgl. auch Dortmunder Zeitung vom 11.3.1932, "Hitler in Dortmund"; General Anzeiger vom 11.3.1932, "Der Oberosaf und sein Adjutant. Der Herr Regierungsrat in der Westfalenhalle" und "Adolf Hitler in Dortmund"; Tre-

noch ein Deutschland gibt, und die Personen und Beamten, die das verschuldet haben, wagen es, vor das Volk zu treten und Vertrauen zu fordern und am Ende gar eine Bestätigung.

Und da erleben wir es, daß die Parteien, die einst nicht müde geworden waren, den Generalfeldmarschall des Weltkrieges zu schmähen[3], daß sie heute glücklich sind, sich von diesem Generalfeldmarschall noch einmal decken zu lassen. Es ist für mich ein Stolz, daß dank meiner Arbeit heute, 13 Jahre nach dem Weltkrieg, die pazifistische, internationale, antimilitaristische, antikapitalistische Sozialdemokratie zu Füßen des Generalfeldmarschalls liegt[4].

Was hätte sie wohl gesagt, diese stolze Sozialdemokratie, wenn ich ihr vor sieben Jahren gesagt hätte: "In sieben Jahren wird er Euer Kandidat sein." Ich kann nur ein einziges bedauern, daß mich das Schicksal nicht schon 10 Jahre früher geboren werden ließ und daß es mich nicht schon 10 Jahre früher in die politische Arena geschickt hat.

Denn stellen Sie sich vor, was wäre aus Deutschland geworden, wenn ich 10 Jahre früher gelebt und gekämpft hätte und die Sozialdemokratie schon im Jahre 1917 oder 1918 so zu Füßen des Generalfeldmarschalls gezwungen hätte, wie das heute der Fall ist[5].

Freilich, warum sie es heute tun will, ist uns klar: Heute muß sie antreten, um Rechenschaft abzulegen. Sie kann keine Rechenschaft ablegen, sie kann heute nicht einmal mehr einen Mann ihrer Partei mir gegenüberstellen. (Beifall.) Wenn sie heute überhaupt noch bestehen will, dann muß sie in die alte Armee[6] hinein und dort eine Anleihe machen. Gegen einen Herrn Grzesinski oder Braun[7] oder Severing hätte jeder Nationalsozialist den Kampf aufnehmen können[8].

---

monia vom 11.3.1932, "Fanatismus!"; Westfälische Allgemeine Volkszeitung vom 11.3.1932, "ER hat gesprochen"; Le Matin vom 12.3.1932, "La grandiloquence à Dortmund du chef nazi"; VB vom 12.3.1932, "Das junge Deutschland wird Sieger sein!".

3 Vgl. z. B. Dok. 7, Anm. 18.

4 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

5 Vgl. auch den Bericht der *Tremonia*: "Wenn er dann bedauert, daß das Schicksal ihn *nicht schon zehn Jahre früher geboren* hat, um ihn in die politische Arena zu schicken, so muß man schon sagen, daß um diese Zeit wirklich noch kein Platz für einen Regierungsrat Adolf Hitler gewesen wäre."

6 Gemeint ist die deutsche Armee vor 1914.

7 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1921-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

8 Innerhalb der SPD galt Braun als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten, für das er bereits im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 kandidiert hatte. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse gehörte Braun damals jedoch zu denjenigen sozialdemokratischen Politikern, die sich am entschiedensten für eine Wiederwahl Hindenburgs engagierten. Der *Vorwärts* veröffentlichte am 10.3.1932 ein Manifest Brauns, in dem er noch einmal, wie damals kaum jemand in der SPD, dezidiert und positiv für den amtierenden Reichspräsidenten Stellung nahm: "Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen: Tut desgleichen, schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" Vgl. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977, S. 717 ff.
Eine Kandidatur Severings oder Grzesinskis wurde damals in der SPD nicht ernsthaft erwogen. Allerdings überlegten Severing und der Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium, Arnold Brecht, kurze Zeit, ob sich mit dem bekannten Zeppelinfahrer und -ingenieur Hugo Eckener nicht ein angesehener, demokratisch wie national ausgewiesener Kompromißkandidat präsentieren ließe. Vgl. Thomas Alexander, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 189 f.

Sie können sich unsere Verblüffung vorstellen, daß das System, das den Generalfeldmarschall einst so bekämpft hat, ihn jetzt plötzlich selbst als Kandidaten wünscht und da war eins klar:

Wenn Sozialdemokratie und Zentrum[9] den Feldmarschall heute aufstellen in der Hoffnung, sich damit zu retten, dann bin ich der Führer der Gegenseite[10]! (Stürm[*ischer*] Beifall.) Und da ist es selbstverständlich, daß ich den Kampf aufnehme. Ich kann das tun. Ich habe als gewöhnlicher Soldat treu und gehorsam wie Millionen andere meine Pflicht getan[11].

Dann aber, als diese anderen das alte Reich stürzten und ihre phantastischen Zusicherungen an dessen Stelle setzten, da habe ich mich abgewandt und begann eine kleine Partei auf sieben Mann aufzubauen[12]. Heute allerdings muß ich sagen:

Ehrwürdiger alter Mann! Es tut mir leid, aber ich kann nicht zugeben, daß Du hinter Deinem Rücken diejenigen hast, die uns vernichten wollen. Wir sind die deutsche Jugend[13]. Du kannst keine Verantwortung mehr übernehmen für die Jahrzehnte, die wir einmal zu büßen oder zu leben haben. Wir dulden deshalb nicht, daß sich diese Parteien hinter Dich stellen, sondern wir nehmen den Kampf auf, unerbittlich und entschlossen und sind überzeugt davon, daß in diesem Kampf das junge Deutschland Sieger sein wird! (Beifall.)

Mein Programm lautet:

Erst gesundet dein Volk und dann wird in einem gesunden Volk auch eine gesunde Wirtschaft bestehen können. Das, was ich in den letzten Tagen jetzt überall erlebt habe, das ist *die deutsche Nation,* die in einer Erhebung begriffen ist.

Gebt mir den Rundfunk[14], wenn ihr glaubt, mein Programm sei noch zu wenig bekannt[15]. (Gewaltiger Beifall.) Von der Angst, daß es zu wenig wissen, glaubte ich meine Gegner nicht befangen. Jetzt habe ich gar die Empfindung, daß man es gern sehen würde, wenn nur wenige Menschen diese Gedanken in sich aufgenommen hätten.

Man wandte *Auslandsstimmen gegen meine Kandidatur ein*[16]. Polen wende sich gegen meine Kandidatur. Frankreich wende sich dagegen. Ja, ich bin stolz darauf, daß sie sich dagegen wenden! Ich weiß nicht, ob nicht Frankreich oder Polen, ob sie eine Kandidatur Bismarcks begrüßt haben würden.

---

9 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

11 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

13 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

14 Vgl. Dok. 39, Anm. 16.

15 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

16 Reichskanzler Brüning hatte tags zuvor in der Westfalenhalle für die Wiederwahl Hindenburgs gesprochen und dabei u. a. ausgeführt: "Wenn augenblicklich Stimmung gemacht wird, als ob die ganze Welt auf die Wahl Hitlers warte, so kann man nichts anderes, als über solche Behauptungen etwas mitleidig lächeln. Eine Empfehlung für die [*politische*] Rechte in ihrem Kampfe ist es in den Augen vieler Politiker des Auslandes nicht gewesen, in dem Augenblick, wo die Reichsregierung um die Reparationen und die Abrüstung zu kämpfen hat, in schärfster Form einen *innerpolitischen Kampf* entfesselt zu haben, der nicht im Interesse des deutschen Volkes gelegen hat." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 10.3.1932 (2. MA), "Der Reichskanzler spricht in Dortmund"; Berliner Tageblatt vom 10.3.1932 (AA), "Wahlkampf auf dem Höhepunkt".

Die nationalsozialistische Bewegung, wie sie in den vergangenen 13 Jahren entstanden ist, ist heute überhaupt

der einzige Aktivposten der deutschen Nation.

Wenn mich jetzt jemand fragt: Welches Programm haben Sie? Dann antworte ich:

Herr Innenminister[17]! Darüber wird jetzt überhaupt nicht entschieden, sondern jetzt wird gerichtet über Ihr Programm, und nicht nur über Ihr Programm, sondern über Ihre Leistungen. Ich würde mich schämen vor der Geschichte, für unsere Leistungen 13 Jahre Bewährungsfrist zu beanspruchen.

Wir haben heute das Recht, Ankläger zu sein, denn wir haben 13 Jahre lang eine Entwicklung vorhergesagt, wie sie jetzt gekommen ist - *diese Millionen, die jahrelang Fahnenträger waren, werden jetzt Richter sein.* Wir haben das Recht, heute nicht nur als Kläger, sondern auch als Richter aufzutreten, denn die Entwicklung,

die eingetreten ist, haben wir vorhergesagt. Wir sind mehr in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen, als das Zentrum seine Haltung im November 1918 verantworten kann[18]. [*sic!*]

Nicht dieser Wahlkampf bringt die letzte Entscheidung über Deutschlands Zukunft und Schicksal, sondern die letzte Entscheidung liegt ausschließlich darin, ob es uns gelingt, das Gift der Demokratie, des Internationalismus und Pazifismus in Deutschland wieder auszurotten. Wenn dieser Prozeß mißlingt, dann geht der Prozeß der Zerstörung Deutschlands zwangsläufig weiter. Und umgekehrt, wenn die Neubildung der Nation gelingt, dann wird ihre Folge dieselbe sein wie einst die staatspolitische Einigung[19].

Ich bin meinen Weg gegangen, so, wie mein Gewissen ihn mir befohlen hat, und mein Weg war schwer. Alles war gegen uns, und trotzdem ist in 13 Jahren das entstanden, was heute unsere Gegner und Deutschlands Feinde im Geiste fürchten. Wir haben nicht 13 Jahre lang gerungen, um im vierzehnten plötzlich zu vergessen, wofür wir kämpften. Ganz gleich, wie die Entscheidung am 13. [*März 1932*][20] fallen mag: Am 13. findet eine Wahl statt. Am 14. beginnt wieder unser Kampf, den wir führen, daß Deutschland frei werde[21]!

17 Wilhelm Groener.
18 Vgl. Dok. 39, Anm. 3.
19 Gemeint ist die bis 1871 erfolgte Einigung des Deutschen Reichs.
20 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.
21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. März 1932 Dok. 44
Erklärung

VB vom 13./14.3.1932, "Unser Führer brandmarkt die letzten Lügen des Systems".

Das vor dem Zusammenbruch stehende System versucht in letzter Minute, durch das Ausstreuen von Putschgerüchten seine Position zu retten[1]. Diese Versuche sind zu dumm, als daß sie von jemand ernst genommen werden könnten. Die nationalsozialistische Bewegung hat heute weniger denn je Anlaß, ihren legalen Weg[2] zu verlassen[3], auf dem das System in die Knie gezwungen werden wird. Alle ausgestreuten Gerüchte über Putschabsichten der N.S.D.A.P. sind Fälschungen[4], in deren Zeichen die Wahlkampagne unserer parteipolitischen Gegner überhaupt steht.

Hannover, 11. März [*1932*]

Adolf Hitler

1 Während des Reichspräsidentenwahlkampfs schienen sich die Anzeichen zu verdichten, daß die NSDAP nicht bereit sein würde, am 13.3. eine Niederlage zu akzeptieren. Die - unzutreffende - Vorstellung, daß "Frick, Goebbels und Straßer Herrn Hitler bei der kommenden Reichspräsidentenwahl die letzte Chance bewilligt" hätten, "sich legal in den Sattel zu setzen" - so Groener am 8.3.1932 in einem Brief an den preußischen Minister des Innern Severing - , schürte die Furcht vor einem Auseinanderbrechen der NSDAP, deren revolutionäres Potential dann nicht mehr zu kontrollieren sei. (Vgl. auch Dok. 29, Anm. 3 und 4, Dok. 35, Anm. 27) Am 4.3. informierte deshalb der preußische Ministerpräsident Otto Braun Reichskanzler Brüning über eine Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern und verwies auf die "bedenkliche Atmosphäre [...], in der die politischen Spannungen täglich wachsen". Die Denkschrift unterstrich, daß die NSDAP "ganz ernstlich mit einer in kurzem bevorstehenden Entscheidung" rechne, möglicherweise auch "in der Form der gewaltsamen Machtergreifung". Am 8.3. schrieb Groener an Severing, daß die Mobilisierungsmaßnahmen der SA "zu besonderen Besorgnissen Anlaß geben". Man müsse unmittelbar nach der Wahl "mit einem Losschlagen der SA" rechnen. Druck: Staat und NSDAP, Dok. 59 a und b, 60. Ferner Vorwärts vom 3.3.1932 (MA), "Lappo oder Nazis"; vom 11.3.1932 (MA), "Drei Tage Legalität". Zu den hierauf eingeleiteten Maßnahmen des preußischen Staates vgl. Dok. 52-54.
Zur damaligen Stimmung vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 138 f. sowie Münchener Post, "Fertig zum Bürgerkrieg".

2 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

3 Vgl. das Schreiben Nr. VI/N 693/32 der Polizeidirektion München an den Reichsminister des Innern vom 10.3.1932, in dem der Befehl Nr. 673/2 der Obersten SA-Führung vom 2.3. zusammengefaßt wird: Es gebe Hinweise - so die Oberste SA-Führung - daß die Eiserne Front versuchen werde, "durch Täuschungsmanöver irgendwelcher Art die SA zu Gesetzwidrigkeiten zu provozieren". Am 13.3. seien deshalb alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand zu halten, "wobei scharf geprüft werden soll, ob das Waffenverbot eingehalten" werde. Gewaltanwendung von seiten der SA und SS seien nur "in den Grenzen des gesetzlichen Notwehr- und Notstandsrechts erlaubt. [...] Die Abwehr aller Gewaltmaßnahmen gegnerischer Organisationen ist den staatlichen Machtmitteln zu überlassen, die von entsprechenden Beobachtungen sofort zu benachrichtigen sind." Man dürfe sich unter keinen Umständen provozieren lassen, alles, was den Anschein von Putschversuchen erwecke, sei "unbedingt zu unterlassen". BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1. Dem Schreiben liegt eine beglaubigte Abschrift des Befehls der Obersten SA-Führung bei. Vgl. auch VB vom 22.3.1932, "So lautete unser Alarmbefehl, mit dem Severing seinen Reinfall zu begründen versucht". Ferner Dok. 52, Anm. 17 und 20 sowie Staat und NSDAP, Dok. 60.

4 Aktueller Anlaß für die Nervosität der Öffentlichkeit waren Gerüchte aus dem Kreis um Stennes sowie die am 9.3. erfolgte Verhaftung von drei Angehörigen der Berliner Polizei, Polizeileutnant Kurt Lange, Polizeiwachtmei-

11. März 1932 Dok. 45
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover[1]

Niedersächsischer Beobachter vom 11.3.1932, "Adolf Hitler in Hannover: Aufbruch der Nation"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Seit 13 Jahren sehen wir in Deutschland ein System regieren, das einst unbarmherzig Kritik geübt hat an dem Inhalt dieses alten Deutschland, an allem, was einst uns hoch, teuer und wert war.

13 Jahre lang herrscht nun dieses System selbst!

Eine Zeit, die an und für sich vielleicht nicht lang ist im Leben der Völker und nicht lang in der Geschichte unseres Volkes. Allein, 13 Jahre sind eine lange Frist, wenn man sie

als Bewährungsfrist für ein System

auffaßt. Wir haben uns einst gegen die Revolution gewendet, nicht weil sie einen alten Zustand beseitigen sollte, sondern weil sie nach aller menschlicher Einsicht und Erfahrung einen schlechteren an seine Stelle setzen mußte. Wir haben uns weiter dagegen gewendet, weil sie in einem Augenblick Deutschland überfiel, da die Nation im Schicksalskampf schwerster Art war, und wir wendeten uns weiter gegen sie, weil sie Prinzipien aufstellte, deren Durchführung unserer Überzeugung nach Deutschland dem Ruin entgegen führen mußte.

Nun sind 13 Jahre vergangen und das neue System muß nun selbst Rede und Antwort stehen für die Tat des November 1918. Gewiß, es gibt viele, die nun heute einfach sagen: Was wollt ihr? Der November 1918 und die Revolution sind ja legalisiert worden durch den Entschluß des deutschen Volkes, der sich in seiner National-Versammlung kundgab[3]. Meine Volksgenos-

---

ster Hans Schulz-Briesen und Buchhalterin Gertrud Müller, denen nachgewiesen werden konnte, daß sie Pläne über Polizeiunterkünfte und polizeiliche Waffen- und Munitionslager an die NSDAP weitergeleitet hatten. Lange rechtfertigte sein hochverräterisches Unternehmen mit der Behauptung, man habe mit nationalsozialistischer Hilfe einen möglichen Angriff des Reichsbanners auf die Berliner Polizeiwachen abwehren wollen. Vgl. Vorwärts vom 10.3.1932 (AA), "Nazi-Hochverrat bei der Polizei"; Frankfurter Zeitung vom 11.3.1932 (1. MA), "Unter dem Verdacht des Hochverrats"; Germania vom 11.3.1932, "Sturm auf Polizeiwachen?" Ferner Dok. 54, Anm. 5.

1 Im Kuppelsaal auf dem Stadthallengelände, nach 21.30 Uhr. Hitlers Rede, die den Abschluß seiner Wahlkampfreise bildete, wurde durch Lautsprecher in die Wirtschaftsräume der Stadthalle, in den Beethovensaal, die Ausstellungshalle, in zwei Volksfestzelte sowie in den Stadthallengarten übertragen, wo sich laut Vorlage insgesamt etwa 60.000 (*Hannoverscher Anzeiger:* 30.000, *VB*: 70.000) Personen versammelt hatten. Vor Hitler sprachen der Bezirksleiter der NSDAP von Groß-Hannover, Leopold Gutterer, und MdR Göring.

2 Vgl. auch Hannoverscher Anzeiger vom 12.3.1932, "Vorbereitungen für den Hitler-Besuch"; Hannoverscher Kurier vom 12.3.1932, "Hitler in Hannover"; Hannoversches Tageblatt vom 12.3.1932, "Hitler-Rede in Hannover"; Hannoverscher Anzeiger vom 13.3.1932, "Hitler spricht in Hannover"; Volkswille vom 13.3.1932, "Hitlerzirkus in Hannover"; VB vom 13./14.3.1932, "'Über dieses System halten wir nun Gericht!'".

3 Bei seiner Auseinandersetzung mit dem Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, der vorerst die politische Macht ohne demokratische Legitimation beanspruchte, gelang es Ebert als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten schon früh, die Weichen für eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl für eine Verfassunggebende Nationalversammlung zu stellen. Am 25.11.1918 stimmte die Reichskonferenz, an der Vertreter aus den Spitzenorganen des Reichs und der Länder teilnahmen, "der Berufung einer konstituierenden

sen, es gibt gewiß auch diese Art von Legalisierungen eines Vorgehens[4]. Allein, es gibt auch noch eine andere, und diese andere heißt nicht einfach: Ich ergreife die Macht, weil ich die Gewalt dazu besitze und lasse mir diese Macht durch den Druck der Gewalt von einem Volke bestätigen. Es gibt noch eine zweite Legalisierung und die heißt:

Ich ergreife die Macht, weil ich glaube, Besseres anstelle des Alten setzen zu können, und ich erreiche die Legalisierung meines Handelns durch den Erfolg.

Die Völker leben nicht der Verfassung wegen, der Staatsform wegen, auch nicht der Gesetze wegen, denn Regierungen, Gesetze, Verfassungen, Staatsformen haben nur dann Sinn und Zweck, wenn sie dem Leben eines Volkes dienstbar sind, wenn sie einem Volke Segen, Nutzen und Glück bringen.

Man kann mir tausendmal entgegenhalten, der November 1918 ist später durch die Nationalversammlung legalisiert worden.

Gut, er ist aber nicht legalisiert worden durch den Erfolg, und das ist das Entscheidende.

Man hatte einst einen Zustand beendet, weil er schlecht sein sollte, wo man behauptete, einen besseren an seine Stelle zu setzen. Ich sage jetzt, er hat Fehler gehabt, ganz gewiß, meine Freunde, hat er Fehler gehabt. Welchen Zustand in der Welt gibt es denn überhaupt, der gänzlich fehlerfrei wäre? Natürlich hat dieses alte Deutschland Fehler gehabt[5], aber den Fehlern standen doch auch Vorzüge gegenüber. Wir sind ein großes Volk gewesen, wir hatten einen gewaltigen Staat, wir hatten eine blühende Wirtschaft[6], wir hatten eine Gesetzgebung, die in sozialer Hinsicht nicht alles gleich das erfüllte, was man hoffen wollte, aber doch vorbildlich war und zwar in allen anderen Nationen[7] [*sic!*], und wir hatten weiter damals eine Verwaltung, die vielleicht manchmal zu bürokratisch gewesen sein mag, aber die doch

die redlichste und unbestechlichste und auch sparsamste der Welt

gewesen ist. Wir hatten einen Staat, der in manchen Dingen vielleicht noch besser hätte sein können; jawohl; aber war denn das Jahr 1918 etwa der Abschluß unserer Zeit? Wollen wir doch gerecht sein! In 45 Jahren hat dieses alte Reich das deutsche Volk groß gemacht, mächtig und auch wohlhabend. Millionen Menschen, die früher auszuwandern gezwungen wären - sie haben ihr Brot damals in der Heimat gefunden[8], und wenn mir wieder einer sagt, ja, aber es war nicht immer ausreichend, gewiß, wo gibt es in der Welt überhaupt einen ganz vollendeten Zustand? Es war nicht immer ausreichend, aber es hat immerhin gelangt, um dieses Volk zu ernähren,

um diesen Millionen Arbeitsuchenden auch wirklich einen Arbeitsplatz zu geben[9].

Nationalversammlung" zu, am 29.11. setzte der Rat der Volksbeauftragten den Wahltermin auf den 16.2. 1919 fest, in der entscheidenden Sitzung vom 19.12.1918 befürwortete der allgemeine deutsche Rätekongreß mit 344 gegen 98 Stimmen dieses procedere, indem er den Wahltermin für die Verfassunggebende Nationalversammlung auf den 19.1.1919 vorverlegte. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 777 ff., 819 ff.

4 Vgl. Dok. 32, Anm. 8.

5 Zu Hitlers Kritik an den strukturellen Schwächen des Kaiserreichs vgl. Bd. II A, S. 42 ff. Ferner seine Kritik an den sozialen Verhältnissen im Wien der Jahrhundertwende. Adolf Hitler, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 21 ff.; [65]1933, S. 22 ff.

6 Vgl. Dok. 36, Anm. 3 und 9.

7 Vgl. Dok. 36, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 36, Anm. 7 und 8.

9 Vgl. Dok. 40, Anm. 6.

Es gibt keine bessere Rechtfertigung unseres alten Reiches, trotz seiner Fehler und Gebrechen, als die Tatsache, daß das deutsche Volk viereinhalb Jahre dieser unerhörten Feindeswelt widerstand[10]. Es gibt keine Rechtfertigung mehr für dieses alte Reich, als die Tatsache, daß auf der einen Seite die deutsche Wirtschaft in der Lage war, diesen Weltkampf aus eigenem Vermögen in Deutschland technisch, wissenschaftlich, chemisch[11] zu organisieren und auf der anderen die deutsche Volkskraft bereit war, diesen Kampf mit ihrem Blute zu tragen. Wenn man dieses alte Deutschland nun damals stürzte, dann mußte man selbstverständlich schon sehr Großes anstelle des alten Reiches setzen.

Bloß die Tatsache, daß ein paar lüsterne Menschen sich gern in Ministersessel setzen wollten - das ist keine Rechtfertigung für diesen November 1918!

Man mußte dann wirklich ein besseres, ein größeres, ein freieres, ein sozial glücklicheres Deutschland an diese Stelle setzen. Man hat es auch versprochen[12]. Meine Freunde! Was sicherte man im November 1918 zu? Man erklärte, es würde ein neues Reich nun kommen, der Freiheit und der Schönheit und der Würde, ein Reich des sozialen Glückes, der Wohlfahrt[13], ein Reich einer entbürokratisierten Verwaltung, ein Reich eines billigeren Staatssystems und einer besseren Verwaltung. Es würde ein Reich kommen mit besseren Mitteln! Es wird weiter aber von dem Reich sogar noch ein Segen ausgehen in die ganze andere Welt. Dieses Reich wird abrüsten, und es wird damit die ganze Welt einladen, diesem Vorbild zu folgen, und es würde eintreffen eine allgemeine Völkerannäherung, Völkerversöhnung aus der Weltabrüstung, endlich ein Weltfriede, und es wird ein Segen kommen, alles durch die Männer des November 1918.

Und sie haben alles verwirtschaftet.

Sie haben verwirtschaftet zunächst das Reich als Machtbegriff, haben verwirtschaftet die deutsche Nation als Begriff einer völkischen Einheit. Sie haben verwirtschaftet allgemeine Traditionen, die aus dieser Vergangenheit bis in die heutige Zeit hineinreichten; sie haben ver-

10 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

11 Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Deutschland zum wichtigsten Zentrum der chemischen Forschung und Produktion. Während des Ersten Weltkriegs versuchte man deshalb die hohe Importabhängigkeit Deutschlands durch die Herstellung synthetischer "Ersatzstoffe" zu kompensieren. Die Pulver- und Düngemittelproduktion konnte fortgesetzt werden, nachdem Fritz Haber 1909 die Synthese von Ammoniak gelungen war, Carl Bosch ein technisches Produktionsverfahren erarbeitet und 1913 die Großproduktion von Stickstoff begonnen hatte. Auch konnte die deutsche chemische Industrie die Produktion von sog. "Methylkautschuk" forcieren, ferner die Synthese von Aluminium aus Tonerde, die Herstellung von Spinnstoffen aus Holzfasern, das Nitrieren von Zellulose und anderes mehr. Unter maßgeblicher Beteiligung von Fritz Haber wurden im Ersten Weltkrieg jedoch auch chemische Waffen entwickelt, die erstmals am 22.4.1915 bei Ypern zum Einsatz kamen. Mit der Entwicklung der sog. Grünkreuz-, Blaukreuz- und Gelbkreuzgranate waren bis 1918 mehr als 25% der deutschen Artilleriemunition mit Gaskampfstoffen gefüllt. Der Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften sorgte jedoch dafür, daß auch auf dem Gebiet der chemischen Kriegführung bis 1918 die Alliierten die Oberhand gewannen. Vgl. Jeffrey Allan Johnson, The Kaiser's Chemists. Science and Modernization in Imperial Germany, Chapel Hill 1990; Dietrich Stoltzenberg, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude, Weinheim 1994; Gottfried Plumpe, Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906-1944/45. In: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 564-597; Manfred Rasch, Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wirtschaft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), S. 73-120.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

13 Vgl. Dok. 32, Anm. 5.

wirtschaftet weiter alle die großen Güter, die wir aus der Vergangenheit mit übernommen haben. Sie verwirtschafteten nicht nur dabei die seelischen Werte, die kulturellen Werte, nein, auch die wirtschaftlichen Werte. Vielleicht sehen die Menschen ihrer ganzen Veranlagung nach zunächst weniger die moralischen Katastrophen als die politischen Katastrophen. Aber sie sehen heute, weil sie fühlen, daß Deutschland als Volk gesunken ist! Das scheint ja manchem ganz belanglos zu sein. Daß Deutschland als moralische Macht gesunken ist, scheint ebenfalls belanglos zu sein. Daß dieses Deutschland in seinen Ehrbegriffen gesunken ist, wird auch geringgeachtet. Aber daß dieses Deutschland nun auch in seiner Wirtschaft zerbricht[14], das erscheint jetzt auf einmal sehr bemerkenswert zu werden. Stand um Stand und Beruf um Beruf werden von dieser Katastrophe ereilt. Glauben Sie mir, es ist im Völkerleben niemals anders gewesen; der Satz:

Ehre, Freiheit und Brot[15]

hat eine urewige Bedeutung.

Wenn ein Volk seine Ehre preisgibt, wird es seine Freiheit verlieren, und wenn ein Volk seine Freiheit verliert, wird es sein Brot verlieren.

Ein ewiges Gesetz, das sich durch die Jahrtausende hindurchzieht, und bei dem wir keine Ausnahme machen. Die Wirtschaftskatastrophe ist es, die die Menschen aufpeitscht. Freilich sagen unsere Gegner, ja, wolltet ihr denn wirtschaftlich Besseres leisten? Wenn wir versuchen wollten, denselben Weg zu gehen, den unsere Gegner seit 13 Jahren gehen, dann würden auch wir natürlich da nichts ändern können. Daß die Menschen gerne leben, und gern gut leben, war immer der Fall. Alle Nationen, die zugrunde gegangen sind, haben auch den Drang zu gutem Leben gehabt. Sie sind nicht deshalb gestürzt worden, weil sie etwa nicht leben wollten, sondern sie sind gestürzt worden, weil sie nicht begriffen haben, daß das Leben auch Opfer erfordert, und als größtes Opfer fordert dieses Leben nun einmal die Bereitwilligkeit einer Nation, sie für sein Leben einzusetzen [*sic!*]. Glauben Sie, die Wirtschaftsnot war zu allen Zeiten fühlbar, und kein Volk hat sich ihr gern unterworfen; wenn wir aber dennoch sehen, wie im Laufe der Jahrtausende Nationen an dieser Not zugrunde gegangen sind, dann dürfen wir eben nicht vergessen, daß vor dieser Wirtschaftsnot immer der Zerfall der Völker und des Staates als politische Macht stand, und wir haben auch damit begonnen. Glauben Sie doch, welch ein unerhörtes Wunder war es, diese deutsche Wirtschaft, die unter Anspannung der genialsten Geister und der genialsten Methoden uns 4 Jahre lang der Welt mit ihren unerhörten Rohstoffquellen standhalten ließ[16]! Nicht die Wirtschaft ist damals zerbrochen,

zerbrochen ist damals das deutsche Volk!

---

14 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

15 Vgl. Dok. 24, Anm. 15.
Möglicherweise auch eine Anspielung auf den zu Beginn des 19. Jahrhunderts geprägten Wahlspruch der deutschen Burschenschaft "Ehre, Freiheit, Vaterland".

16 Obwohl die deutsche Wirtschaft vor 1914 zu etwa 40% von Rohstoffimporten abhängig war, bestanden keine wirtschaftlichen Vorkehrungen für eine längere militärische Auseinandersetzung, schon weil alle strategischen Überlegungen auf der Prämisse eines kurzen Krieges mit vergleichsweise niedrigem Materialverbrauch basierten. Aufgrund der alliierten Blockade entwickelte sich während der Jahre 1914-1918 die Rohstoffknappheit zum zentralen Problem der deutschen Wirtschaft, Arbeitskräftemangel, Defizite im Transportsystem und bei der Organisation verschärften die Lage. Die Forcierung der Eigenproduktion und der Einsatz von Ersatzstof-

Politisch sind wir *erst* gestürzt worden! Wenn die Hansa ihre politische Macht verliert, dann verlieren die Hansastädte selbstverständlich auch ihr wirtschaftliches Leben[17].

Nur mit so gigantischen Versprechungen und nur durch das Erwecken so ungeheuerlichster Hoffnung konnte man die Verantwortung auf sich nehmen, das alte Deutschland zu stürzen und das neue heutige an dessen Stelle zu setzen.

Nun sind 13 Jahre vergangen, und es ist schon die Zeit, ganz nüchtern einmal zu prüfen, was denn jetzt in den 13 Jahren von dem, was man versprach, in Erfüllung ging. Es ist schon Zeit, sich zu überlegen, ob auch nur in einem Punkt diese Entwicklung zu bemerken ist, daß das deutsche Schicksal sich wieder zum Besseren wendet. Es ist im Völkerleben natürlich nicht immer leicht, aus der oft zusammenhanglosen Reihenfolge der Ereignisse eine Linie herauszufinden, die Linie, die ich als Lebenslinie bezeichnen möchte, als Erfolgslinie. Es ist nicht leicht festzustellen, wie verläuft denn, im ganz Großen gesehen, das Leben? Findet man aus dieser zusammengesetzten Reihe von Ereignissen einen Weg, der irgendwie nach aufwärts zu führen scheint, oder ist es ein Weg, der in der Ebene bleibt, oder ist es ein Weg, der das Volk nach unten führt? Wir wissen, daß dieses Leben sich zusammensetzt aus glücklichen und weniger glücklichen Ereignissen und Vorkommnissen, wir wissen auch, daß alles in Wellenlinien verläuft, aber wir wissen auch, daß Wellental und Wellenberg, irgendwo in der Mitte geschnitten, doch eine Bahn ergeben müssen. Wir sehen es auch im alten Deutschland aus all den Erscheinungen von Konjunktur und von Nichtkonjunktur, von Wirtschaftsblüte und Wirtschaftskatastrophen. Aus all den Erscheinungen von glücklichen Ereignissen und weniger glücklichen Ereignissen ergab sich doch insgesamt eine Linie des Aufstiegs. Deutschland ist in 45 Jahren groß, machtvoll und stark, das deutsche Volk im Gesamten doch wohlhabend geworden. Wenn wir diese Linie heute sehen, wenn wir all diese Ereignisse seit 1918 aneinanderzufügen anfangen, von jenem Tage, da Matthias Erzberger[18] im Wald von Compiègne den Waffenstillstand unterschrieb[19] und dann übergehen zu all den außerpolitischen Ereignissen, zu dem

---

fen, insbesondere bei der synthetischen Produktion von Stickstoff, die Ausbeutung der besetzten Gebiete, der verstärkte Handel mit verbündeten und neutralen Mächten, Rohstoffrecycling, eine Zentralisierung des kriegswirtschaftlichen Lenkungsapparates sowie die Mobilisierung aller Arbeitskräfte sorgten dafür, daß das Produktionsniveau in den zentralen Bereichen noch einige Jahre gehalten werden konnte, bis sich während der Jahre 1917/18 eine völlige Erschöpfung der deutschen Wirtschaft abzeichnete. Vgl. Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2), München 1973; Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

17 Die Privilegierung bestimmter regionaler Gruppen von Kaufleuten an ausländischen Handelsorten läßt sich in Westeuropa bis ins 11. Jahrhundert zurückverfolgen. Der Schwerpunkt der Hanse, der vorwiegend, aber nicht ausschließlich deutsche Städte angehörten, verlagerte sich zunehmend in den Ostseeraum, wo sie in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts den Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht erreichte. Die Verlagerung der Fernhandelswege, die niederländische und englische Konkurrenz sowie der Dreißigjährige Krieg sorgten für den Niedergang der Hanse während des 16. und 17. Jahrhunderts.

18 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

19 Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

Diktat von Versailles[20] und anschließend zu den inneren Maßnahmen, dann finden wir auch hier einen Weg, eine Linie, und wir müssen sagen, die Linie geht nicht nur nicht aufwärts, sie geht nicht einmal in der Ebene dahin,

nein, sie führt dauernd konsequent nach unten.

Und wenn heute eine Regierung sagt: "Ja, was hätten andere an unserer Stelle getan[21]?", dann kann man ihnen nur eines zur Antwort geben:

Man hätte es selbst bei scharfsinnigster Überlegung nicht schlechter machen können, als sie es gemacht haben (Lebhafter Beifall),

denn mehr tun, als ein so großes Erbe zu verwirtschaften, hätte niemand fertiggebracht.

Nein, die großen Auseinandersetzungen, die unserem Volke die Freiheit, unserem Reich die Macht gegeben haben, sie haben die Wirtschaft erst in die Lage versetzt, sich zu entwickeln, zu blühen und zu gedeihen. Man lebt nun einmal in einer Welt der harten Gegensätze, der harten Tatsachen. Politisch sind wir zuerst zusammengebrochen, und dann ist diesem ewigen Gesetz von Ursache und Wirkung nach auch langsam die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Es kann möglich sein, an einem Tage zu vernichten, was Generationen vorher aufgebaut haben. Es ist schon eine ungeheure Leistung, daß dieses System in 14 Jahren [*sic!*] vernichten konnte, was viele Jahrzehnte früher geschaffen war. Das heutige Deutschland ist nun mitten in der Wirtschaftskatastrophe, die Doktoren unseres politischen Lebens lehren nun, jetzt ist es Zeit, um Stand um Stand zu retten. Die Vertreter der Bauern sagen: Organisiert das Landvolk; die Vertreter der Handarbeiter sagen: Organisiert das städtische Proletariat; die Vertreter des Mittelstandes sagen: Packt den Mittelstand zusammen und wollen ihn in eine politische Form zwingen. Andere wieder organisieren die Hausbesitzer und andere wieder die Mieter, andere wieder die Beamten und Angestellten, die Gewerbetreibenden, andere wieder die Industrie[22]. Jetzt versucht man einen Staat zu retten. 13 Jahre lang ist diese Rettungsaktion schon im Gange, und was ist das Ergebnis? Sie haben nur eins vergessen wollen: Deutschland ist nicht deshalb zugrunde gegangen, weil seine Arbeiter nichts taugen oder weil die Handwerker nichts taugen, oder der Bauer nichts taugte, weil etwa der Mittelstand nichts getaugt hat.

Wir sind zugrunde gegangen, weil wir als Volk nichts mehr getaugt haben (Lebhafter Beifall),

weil die Zeit kam, in der wir überhaupt kein Volk mehr darstellen wollten, sondern eine Sammlung von Berufen, Ständen, Städtern, Bauern, Handwerkern, Unternehmern, Arbeitnehmern, Mietern, Hausbesitzern, Katholiken, Protestanten, Parteien, Vereinigungen[23]. Wir werden

---

20 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

21 Hindenburgs Anhänger richteten während des Wahlkampfs an dessen Gegenkandidaten immer wieder den Vorwurf, sie seien bislang den Beweis einer besseren Politik schuldig geblieben. Bei einer Rede in Düsseldorf sagte etwa Reichskanzler Brüning am 8.3.1932: "Wenn eine Partei stärker und stärker wird, dann fängt sie an zu überlegen und sich zu ängstigen, was denn eigentlich am Tage des Eintritts in die Verantwortung von ihr getan werden soll. Um ein Wort des Herrn Goebbels aufzunehmen: Dann kommen die dunklen Schatten von Philippi allmählich heran. Dann heißt es: Liebe Parteifreunde, ihr dürft nicht erwarten, daß wir es mit einem Male besser machen. Wir müssen wegen des jetzt bestehenden Systems noch ein oder zwei Jahre die Politik dieses Systems fortsetzen." Vgl. Germania vom 10.3.1932, "Der Kanzler in Düsseldorf".

22 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

23 Zum Spektrum der bürgerlichen deutschen Parteien und Verbände in der Weimarer Republik vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

an diesem Gemengsel zugrunde gehen, wenn wir diese Klassenspannungen nicht überwinden. Das ist belanglos, was heute die Arbeiter oder die Bauern, die Städter, die Handwerker, für sich als Stand wünschen, sondern das ist entscheidend, was wir als Nation darzustellen in der Lage sind, denn der Zerfall der politischen Kraft strahlt augenblicklich seine verderblichen Auswirkungen aus, und das Ende jeden politischen Zusammenbruches im Völkerleben ist der Zusammenbruch der Wirtschaft. Nur, meine Freunde, ist dieser politische Zusammenbruch im ganz Großen gesehen durch Jahrtausende immer die Folgeerscheinung bestimmter gedanklicher Verirrungen gewesen.

Wenn im einzelnen menschlichen Leben die Auffassungen zu diesem Leben falsche werden, wenn der einzelne Mensch sich bestimmten Gedankengängen ergibt, die wir, sagen wir, als Faulheit, als Arbeitsunlust, als allgemeine Unfähigkeit, als Drückebergerei, als Angst vor der Verantwortung bezeichnen, dann wird das Leben des einzelnen Menschen allmählich Schiffbruch erleiden, und in bestimmten Grundgesetzen, die - wenn im Völkerleben statt des Geistes der nationalen Selbstbehauptung der Geist internationaler, theoretischer, phantastischer Verfließung [*sic!*] eintritt, wenn statt des Geistes der Autorität der Geist eines reinen Zahlenwahnsinns, eine reine Zahlenmehrheit, eine rein fiktive parlamentarische Demokratie, Ausdruck findet (und man wundere sich nicht, wenn die Erscheinungen und die Auswirkungen am Ende immer die gleichen sein werden) - die Völker zerbrechen. [*sic!*] Als im Jahre 1918 das neue System eingeleitet wurde mit den Begriffen Internationalismus, Demokratie und Pazifismus, begann Deutschland zu verfallen;

die Kraft unserer Nation ist an diesen Begriffen langsam verbraucht worden.

Wir haben aufgehört, ein einheitliches Volk zu sein. Was an Energie in uns vorhanden ist, das verbrauchen sie nun im gegenseitigen Krieg. Das Grundgesetz unseres Lebens ist zerstört worden, und damit die Kraft der Nation praktisch außer Kraft gesetzt. Wenn Sie aber wollen, daß Deutschland noch einmal sich aus dieser Epoche des inneren Zerfalls und Verfalls und seiner Zersetzung erheben soll, dann dürfen Sie nicht glauben, daß die Wirtschaft hier zu beginnen vermag. Nein, aus dem zerfallenden deutschen Volk muß wieder gebildet werden

eine deutsche Nation;

ein Prozeß, der nicht nur am grünen Tisch vollzogen werden kann, sondern der sich praktisch auszuwirken hat, so wie im Völkerleben noch immer ein Reorganisationsprozeß begann und sich durchsetzte. Ebenso muß in der Nation eine Keimzelle entstehen, die von sich aus erklärt, wir lehnen die Prinzipien dieser Zeit ab.

Wir wollen den Klassenkampf des Standesdünkels überwinden und wollen damit eine neue Keimzelle eines neuen Volkes bilden. (Langanhaltender Beifall.)

In der letzten Zeit, in der nun das alte System gestürzt wurde, und die Männer des heutigen Regiments ihre Herrschaft begründeten, da haben wir in dieser Zeit des Zerfalls zugleich gegründet aus einer Hand von Menschen[24] diese neue Keimzelle einer sich neu bildenden deutschen Volksgemeinschaft, nicht am grünen Tisch, mit nur geschriebenen Programmen, sondern in einer praktischen Erziehungsarbeit, die im einzelnen begann und mühsam Mensch um

24 Offenbar Hörfehler; gemeint ist wohl: Handvoll.

Mensch dem deutschen Volke dieser Zersplitterung abrang, abkämpfte und zusammenfügte zu einer neuen Einheit[25].

Eine neue Organisation unseres Volkes erstand.

Wir haben damals die Entwicklung vorhergesagt. Wir konnten sie leicht prophezeien, denn was Deutschland in den 13 Jahren erlebt hat, haben vor uns schon viele Völker mitgemacht, die demselben Wahnsinn verfielen, der im November 1918 bei uns zur Staatsdemokratie erhoben wurde. Wir haben die Entwicklung vorhergesagt, wendeten uns dagegen und haben Recht behalten, nicht nur als negative Kritiker, nein, als positive Aufbauer einer Organisation, an die sich heute Deutschland klammert, weil sonst nichts da ist an Kraft und Entschlossenheit.

Die Zeit aber hat uns Recht gegeben. Was ist in diesen 13 Jahren nun nicht alles zusammengebrochen, was ist nicht alles vergangen, was hat sich nicht alles geändert! Das deutsche Volk von jetzt ist kaum noch zu erkennen. Würden plötzlich die Gräber sich öffnen vor Ypern[26], Verdun[27] und an der Somme[28] und würden die toten Helden, die damals nicht wußten, daß sie dafür gekämpft haben, aufstehen und zwischen uns treten, ich glaube, sie würden schamerfüllt in die Gräber zurückkehren, wenn sie das Deutschland sehen würden, das heute ihr Opferlohn sein sollte, alles hat sich gewendet, alles wurde weggefegt, nur etwas allein, das ist uns geblieben:

Die Parteien, die dieses Verbrechen verschuldet haben.

Sie sind heute noch zwischen uns, sie leben noch, als ob nichts geschehen wäre, als ob sie nicht ein weltgeschichtliches Verbrechen auf sich geladen hätten.

Im Gegenteil, sie sind erfüllt von einem Geist der Selbsterhaltung, der Deutschland unsterblich gemacht hätte, wenn er einst der Geist der ganzen Nation gewesen wäre.

Sie wollen nicht weichen. In den 13 Jahren sind wir langsam als Ankläger groß geworden, haben nicht 13 Mal sondern tausende Male Recht bekommen. Die Gegner aber sind im Besitz

---

25 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 28.

26 Der Raum westlich der Stadt in Westflandern wurde in der Zeit vom 30.10. bis 18.11.1914 zum Schauplatz der "Schlacht bei Ypern", in deren Verlauf es den angreifenden deutschen Truppen nicht gelang, die Stadt zu erobern. Die deutsche Seite verlor dabei ca. 23.500 Tote, Verwundete und Vermißte. Die darauf folgende Erstarrung dieses Frontabschnitts blieb bis zum Juni 1917 unverändert. Auch während der deutschen Offensive des Jahres 1918 konnten die alliierten Truppen die völlig zerstörte Stadt halten. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearb. im Reichsarchiv, Bd. V: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 332 ff.; Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 10 ff., 371 ff.; Bd. XIV: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956, passim.

27 Der Chef der Obersten Heeresleitung, General Erich von Falkenhayn, hatte vergeblich gehofft, durch den am 21.2.1916 beginnenden Angriff auf die französischen Festungsanlagen bei Verdun eine Entscheidung zu erzwingen. Mit der französischen Gegenoffensive von Oktober bis Dezember 1916 war das unter großen Verlusten beider Seiten (deutsche Seite: 338.000 Mann; französische Seite: 364.000 Mann) eroberte Gelände wieder verlorengegangen. Vgl. Holger Afflerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 360 ff.; Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Bd. X: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel in der Obersten Heeresleitung, Berlin 1936, S. 54 ff., 389 ff.; Bd. XI: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17, Berlin 1938, S. 117 ff., 179 ff.

28 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generale Douglas Haig und Ferdinand Foch versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrücken. Beide Seiten hatten höchste Verluste (deutsche Seite: ca. 500.000 Mann; alliierte Seite: ca. 700.000 Mann), ohne daß eine operative Entscheidung herbeigeführt werden konnte. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. X, S. 49 ff., 338 ff.; Bd. XI, S. 53 ff., 173 ff.

der Macht und sie erklären: "Wir wollen nicht abgehen, ihr könnt tun, was ihr tun wollt, wir wollen uns um jeden Preis dem deutschen Volke auch für die Zukunft erhalten." (Gelächter.) Ja, sie gehen weiter, sie nehmen die Lupe und untersuchen uns. Sie sagen, wir müssen erst Klarheit bekommen, ob ihr befugt seid, überhaupt zu regieren, sie sagen, wir müssen erst die Überzeugung gewinnen, daß man euch Deutschland anvertrauen kann. Meine Freunde, wir werden diese Herrschaften lehren, daß das Schicksal sie nicht zu unseren Richtern bestimmt hat,

sondern, daß das Schicksal ihre Vernichtung bestimmt hat.

Einige Direktoren schleichen sich in ein gutgehendes Geschäft ein, in dem sie plötzlich eine Panik erzeugen und ruinieren in 13 Jahren dieses Geschäft bis in den Grund und Boden und im 14. sagen sie dann - wenn nun langsam andere kommen, die schon beweisen, daß sie aufzubauen vermögen - da erklären sie: Wir müssen euch untersuchen, ob ihr überhaupt befugt, berechtigt seid, unsere Stellungen einzunehmen, ob wir euch das anvertrauen können, was wir zerstört haben. (Gelächter.) Sie tun so, als ob von dem, was heute noch da ist, sie überhaupt auch nur das Geringste selbst geschaffen hätten. Und da suchen sie nun die letzten spärlichen Überreste, die ihrer Zerstörung widerstanden haben. Und sie werden dabei erfinderisch in ihrem Bestreben zu bleiben, erfinderisch und charakterlos zugleich. Wie sie die Gesetze heute beugen, das wissen Sie alle.

Freiheit, Rechte, wo sind sie jetzt?

Verfassung, wo ist sie? Sie wissen, wie man gerade den Wahlkampf verfassungsmäßig führt, die eine Seite unterdrückt und die andere im Rundfunk reden läßt[29]. Sie wissen das alles. Aber das könnte man noch gelten lassen als begreifliche Mittel der Selbsterhaltung. Sie gehen aber noch viel weiter. Wohin ist die stolze Sozialdemokratie von einst gekommen?

Es ist ja für mich persönlich natürlich ein großer Stolz, heute zu sehen, wie ich es nach 13 Jahren fertiggebracht habe, als ein einsamer Mann, der ohne Namen einst den Kampf aufnahm, diese stolze internationale, sozialistische, marxistisch-revolutionäre, antikapitalistische, antimilitaristische Sozialdemokratische Partei zu Füßen des Generalfeldmarschalls[30] *zu zwingen*[31].

(Minutenlanger Beifall.)

Fast könnte ich mit dem Schicksal hadern, daß es mich nicht 10 oder 15 Jahre eher das Licht der Welt erblicken ließ. Was wäre wohl aus Deutschland geworden, wenn ich 1915 meine politische Erziehung besessen hätte? Ob sie etwa auch im Jahre 1917 oder 1918 so anbetend vor den Knien des Generalfeldmarschalls gelegen hätten wie heute? Deutschland hätte nicht den Krieg verloren, es wäre keine Revolte gekommen. Es wäre nicht gekommen diese endlose Reihe von Wahnsinn und Sorgen und Elend.

Da aber die Erkenntnis von der Bedeutung des Generalfeldmarschalls erst jetzt kommt, da er 85 Jahre alt ist [*sic!*], *kommt sie zu spät.*

Denn heute müssen wir sagen:

Die Zukunft Deutschlands liegt nicht auf den Schultern eines noch so ehrwürdigen Greises, sondern sie liegt heute schon auf unseren Schultern.

---

29 Vgl. Dok. 39, Anm. 16 und 17, ferner Dok. 51.

30 Paul von Hindenburg.

31 Vgl. Dok. 8, Anm. 32, Dok. 21, Anm. 5 und Dok. 29, Anm. 33.

Wir sind heute Deutschland, wir haben das Los in der Zukunft zu tragen, und wir genehmigen niemand für sich, uns dieses Los vielleicht in der Vertretung unseres Schicksals abnehmen zu wollen. Wir denken nicht daran, uns durch ein Taschenspielerkunststück des Zentrums[32] und der Sozialdemokratie die Auseinandersetzung mit den Parteien aus der Hand stehlen zu lassen. Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum heute erklären: Wir stellen uns hinter den Generalfeldmarschall, dann muß ich sie lehren, es war nicht meine Absicht und es war nicht bestimmt, daß erst ich diesen Kampf führe[33], denn wir glaubten alle, daß in einem Kampf uns natürlich ein Zentrumsmann[34] oder ein Vertreter der völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie[35] entgegentreten würde. Wir waren überzeugt, daß entweder Herr Marx oder Herr Brüning und auf der anderen Seite Braun, Severing oder Grzesinski kandidieren würde. Nachdem sie den Vertreter des alten Heeres, den 85jährigen Feldmarschall heute als ihren Kandidaten uns gegenüberstellen, da ist es selbstverständlich,

daß die Führung der Gegenseite ich dann übernehme.

(Minutenlanger Beifall.)

Den Kampf führe ich durch.

Es soll nicht sein, daß diese Parteien eine 60jährige Lüge durch eine noch größere fortsetzen.

Wir setzen uns mit ihnen auseinander. Es tut mir beinahe leid, daß zwischen uns und sie diese alte ehrwürdige Erscheinung getreten ist.

Wir müssen aber dem alten Generalfeldmarschall dabei sagen:

"Alter Mann, Du kannst heute die nicht mehr decken, Du mußt zur Seite treten. Als Mann verehren wir Dich, als Feldmarschall haben wir Dich einst geliebt, als Reichspräsident wollen wir Dich nicht richten, aber Kandidat für die Zukunft kannst Du nicht mehr sein." (Lebhafter Beifall.)

"Sie kennen nur einen Feind, und das bin ich!"

Wir haben 7 Jahre geschwiegen[36]. Jetzt sind wir Ankläger und reden, und Sie müssen die Richter sein. Für uns ist dieser 13. März [*1932*][37] nicht irgendein Tag, so wie tausend andere, vielleicht auch in der Geschichte unseres Volkes, auch nicht ein Wahltag, bei dem entschieden wird über eine neue parlamentarische Konstellation, eine neue Regierungsbildung. Nein, wir glauben, daß dieses System nun Bewährungsfrist lange genug gehabt hat. Es hat in diesen Jahren nur ein Versagen an das andere gefügt. Heute ist die Zeit vorbei, wenn heute ein Reichsinnenminister Groener ganz erstaunt naiv die Frage erhebt: Herr Hitler, teilen Sie doch der Öffentlichkeit Ihr Programm mit[38]: dann muß ich schon sagen: Herr Minister des Innern, wo wa-

32 Vgl. Dok. 32, Anm. 35.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 17, Anm. 3, Dok. 18, Dok. 29, Anm. 3 und 4 sowie Dok. 34, Anm. 19.

34 Zur Politik des Zentrums vgl. Dok. 32, Anm. 35.

35 Vgl. Dok. 43, Anm. 8.

36 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in einigen Ländern öffentliches Redeverbot, das jedoch überall nach wenigen Jahren aufgehoben wurde: Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis März 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) . Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

37 Vgl. Dok. 24, Anm. 13.

38 Vgl. Dok. 30, Anm. 30.

ren Sie ganzen Jahre? (Lebhaftes Gelächter.) Sind die Gemäuer des Reichsinnenministeriums so dick, daß von all dem, was sich in Deutschland zugetragen hat, zu Ihnen gar nichts kam? Sie fragen nach unserem Programm. O, Herr Minister, das haben wir 13 Jahre lang verkündigt [*sic!*], ununterbrochen, soweit es ging und so weit Ihre Regierung uns das zuließ, und ich kann dabei schon sagen, Ihr Vorwurf, Herr Minister, trifft besonders mich gänzlich ungerechtfertigt, denn als ich diesen Kampf begann, waren Sie der große Generalissimus[39] und ich der kleine unbekannte Musketier, der namenlose Soldat[40], und es ist schon eine Leistung, wenn man so als namenlose Nummer und Ziffer einen Kampf beginnt und heute bereits so weit durchgedrungen ist in Deutschland,

daß Sie nur einen Feind kennen, und das bin ich[41]. (Beifall.)

Ich habe in diesen 13 Jahren mein Programm viel verkündet, sonst stünden jetzt nicht Millionen hinter uns[42], denn wenn auch unsere Gegner überzeugt sind, daß wir keine Köpfe besitzen[43] und wohl deshalb die Massen bei uns sind, dann ist es doch ein schlechtes Zeichen dafür, daß die andern trotz der Köpfe keine Massen mehr besitzen, die an die Köpfe glauben. (Großes Gelächter.) Ich weiß, was sie dabei im Innersten denken. Sie glauben, hier ist eine Or-

39 Groener war 1899 als Hauptmann in den Großen Generalstab kommandiert worden und wurde nach einer raschen Karriere als Chef des Feldeisenbahnwesens (1915) und Chef des Kriegsamts (1916) am 29.10.1918 Nachfolger von Erich Ludendorff in der Funktion des Ersten Generalquartiermeisters. In der besonders kritischen Phase zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß gelang es Groener, den Rückzug der deutschen Truppen zu organisieren, den völligen Zerfall der Armee, vor allem aber den des Deutschen Reichs zu verhindern und in Kooperation mit den Mehrheitssozialdemokraten die Auswüchse der Revolution zu dämpfen. Nachdem es Groener vorbehalten blieb, offiziell die militärische Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkriegs feststellen zu müssen - am 9.11.1918 gegenüber Wilhelm II., am 23.6.1919 gegenüber der Reichsregierung - nahm er am 30.9.1919 als Generalleutnant seinen Abschied. Vgl. Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard a. Rh. 1977.

40 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

41 Groener hatte aus seinem ersten persönlichen Zusammentreffen mit Hitler im Januar 1932 (vgl. Dok. 6, Anm. 5) ein bemerkenswert positives Fazit gezogen; fünf Tage später äußerte er bei einer Befehlshaberbesprechung: "Sympathischer Eindruck, bescheidener, ordentlicher Mensch, der Bestes will. Im Auftreten Typ des strebsamen Autodidakten. [...] Absicht und Ziele *Hitlers* sind gut, ist aber Schwarmgeist, glühend, vielseitig." Groener mußte aber schon bald einsehen, daß es kaum möglich sein würde, Teile der NSDAP in den Staat einzubinden (vgl. Dok. 12, Anm. 38). Bereits am 24.1. bezeichnete er den nationalsozialistischen Parteiführer als einen "Visionär und Götzen der Dummheit", der "mit allen Mitteln" von der politischen Verantwortung fernzuhalten sei, Anfang Februar nannte er ihn einen "wilden Schizophrenen". Groeners Enttäuschung über Hitlers Verweigerung bei der Präsidentschaftswahl führte zu einem Meinungsumschwung, der sich erstmals in seiner scharfen Antwort an Hitler vom 5.3. manifestierte (vgl. Dok. 30, Anm. 30). Der Konfrontationskurs des Reichsinnenministers erreichte seinen Höhepunkt, als er nach dem generellen politischen Uniform- und Abzeichenverbot vom 8.12.1931 am 13.4.1932 "sämtliche militärähnlichen Organisationen" der NSDAP verbot. Vgl. Hürter, Groener, S. 307 ff.; Staat und NSDAP, Dok. 52 a-57, 60-67; Politik und Wirtschaft, Bd. II, Dok. 408.

42 Vgl. Dok. 1, Anm. 2, 3, 6, 8 und 10 sowie Dok. 19, Anm. 6 und 12.

43 Vgl. etwa den Kommentar der *Frankfurter Zeitung* vom 9.3.1932 (2. MA, "Vom Paradox zum Selbstverständlichen"), in dem es u. a. heißt: "Die eigentliche Gefahr eines Regimes Hitler liegt woanders. Sie liegt da, wo in den letzten Jahrzehnten häufig die Gefahrpunkte der deutschen Politik lagen: in dem provinziellen Format der Führer. [...] Über Gesinnungen läßt sich immer streiten. Aber das *Format* des Gegners wird im Laufe von jahrelangen Auseinandersetzungen erkennbar, und in diesem 'provinziellen' Format der nationalsozialistischen Partei und ihrer Führer sehen wir die große Gefahr für Deutschland." Vgl. ferner Dok. 36, Anm. 46.

ganisation, sie hat keine Köpfe, wir sind Köpfe ohne Organisation. Was könnte besser zusammenpassen, als unsere Köpfe auf ihre Organisation zu setzen.

Wir lassen uns nicht etwas Schlechteres aufpropfen, als wir als Stamm sind. Ihr veredelt keinen Baum, sondern ihr könnt ihn höchstens verderben. Im übrigen halten wir ja gar nicht Gericht darüber. Herr Minister Groener täuscht sich in der Meinung, daß die deutsche Nation ja nur eine Frage zu prüfen hat: "Ist das Programm der Nationalsozialisten richtig oder unrichtig?" Herr Groener, heute richten wir über Ihr Programm. Was Sie und die Freunde Ihrer Koalition wollen, das wollen Sie vielleicht noch einmal doch der Nation erklären. Wenn Sie sich beklagen, daß zu wenig Deutsche doch Kenntnis davon besitzen, weiß Gott, dem wäre leicht abzuhelfen.

Man möge mir doch auch einmal den Rundfunk zur Verfügung stellen.

Ich kann schon reden und ich kann weiter eidlich versichern, daß jede Rede von mir stammt, keine gelesen wird, nichts gedruckt ist und keiner sie mir vorgeschrieben hat[44]. Ich würde auch vor diesem technischen Instrument meinen Mann stellen. [*sic!*] Im übrigen lade ich noch das System ein, den Prozeß abzukürzen. Sie brauchen gar nichts tun, als alles das, was sie geredet haben, heute zu plakatieren, und was ich geredet habe, plakatieren wir daneben. Sie können jeden Artikel von mir einmal drucken lassen und der Nation zeigen, meine Gegner tun es nicht. Sie sind hier so unerhört feinfühlend. Sie wollen nicht in die Vergangenheit hineinsteigen. Aber sie werden sehr nervös, wenn plötzlich die Artikel von 1925 der Vergangenheit entrissen werden[45]. [...][46] Wir können schon weitergehen und all das wiedergeben, was sie die langen Jahre verbrochen haben, all die Erklärungen, ihre Verträge, ihre Unterschriften, ihre Notverordnungen[47] und unsere Behauptungen dagegen, und das Volk könne dann ja an der

44 Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Hitler seine Reden nicht selbst ausarbeitete. Häufig brachte er eine Reihe von Stichworten zu Papier, an Hand derer er dann einer Sekretärin seine eigentliche Rede in die Maschine diktierte. Dieses Manuskript wurde von Hitler nochmals überarbeitet. Andererseits wird immer wieder berichtet, daß Hitler vor Massenversammlungen völlig frei sprach oder daß ihm nur ein Zettel mit Stichworten als Orientierungshilfe zur Verfügung stand. Charakteristisch für seine Rhetorik, die ganz auf den Kontakt, schließlich auf die Überwältigung seiner Zuhörer zielte, blieb ohnehin eine sich verselbständigende Improvisation, fern jeder schriftlichen Vorlage. Vgl. Christa Schroeder, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985, S. 78 ff.; Detlev Grieswelle, Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972, insbes. S. 122 ff., 225 f.; Domarus, Hitler, Bd. I, S. 48 ff. Beispiele für Stichwortzettel von Hitler-Reden bei Jäckel/Kuhn, Hitler, etwa Dok. 138, 145, 181.

45 Schon im Vorfeld des Reichspräsidentenwahlkampfs begann die NSDAP unaufhörlich die Propaganda derjenigen Parteien und Personen wiederaufzulegen, die noch 1925 Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten entschieden abgelehnt hatten, inzwischen aber aus pragmatischen Gesichtspunkten dessen Wiederwahl unterstützten. Vgl. z. B. VB vom 31.1.1932, "'Körperlich und geistig unfähig, sein Amt zu verwalten'"; vom Februar 1932 (Sonder-Nummer 22), "'Saupreußischer General'"; vom 12.3.1932, "Zentrumsheuchler"; Illustrierter Beobachter vom 12.3.1932, "Wer will, daß alles beim alten bleibt, wählt Hindenburg!". Ferner Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2250 sowie die Sammlung von Heinz Franke, Warum Hindenburg? Kampfschrift, Heft 7. Broschürenreihe der Reichspropaganda-Leitung der NSDAP, München 1932.
Auch die nationalsozialistische Provinzpresse arbeitete ständig mit solchen Reproduktionen; vgl. z. B. Hessenhammer vom 11.3.1932, S. 2, wo ein Wahlflugblatt der SPD aus dem Jahr 1925 abgedruckt ist.

46 "(Siehe 'Volkswille'. Die Schriftl[*ei*]t[*un*]g)".

47 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

Wirklichkeit heute entscheiden, wer Recht gehabt hat. Wir könnten den Kampf auch der Programme aufnehmen. Aber wir brauchen das gar nicht. Denn wir können den Tatsachen der anderen Seite auch eine Tatsache von uns gegenüberstellen. In der Zeit, in der dieses andere System alle moralischen, ethischen, alle inneren Werte der Nation zerstört hatte, das gefürchtete Deutschland auflöste, dieses deutsche Volk zerriß und zersplitterte, in der Zeit haben wir die festeste Organisation aufgebaut, die Deutschland je gehabt hat. Nicht als Theoretiker rede ich heute zu meinen Gegnern, sondern als der Organisator der größten deutschen Nationalbewegung, und wenn sie sagen: Ja, aber das sind doch zunächst nur Parteiwerte, meine Herren, das sind Volkswerte, und wenn sie sagen, ja, aber sie haben sie nur nicht, deshalb müßt ihr weg, damit wir das Werk des neuen deutschen Volksaufbaus, der neuen deutschen Volksgemeinschaft erproben, und wenn wir am 13. März nicht mehr geleistet haben als ihr, dann könnt ihr über uns zu Gericht sitzen. Schlechteres können wir nämlich gar nicht leisten, weil alles das, was überhaupt verrichtet werden konnte, ihr schon uns vorweggenommen habt. Wohl aber können wir sagen, daß in der Zeit das deutsche Volk wieder einen Aktivposten bekommen hat.

Es ist der Aktivposten des Vertrauens und des Glaubens und der Zuversicht.

Es mag Menschen geben, die der Meinung sind, daß wir nicht so schwer ins Gewicht fielen. Was würde heute Deutschland sagen, wenn diese Bewegung nicht in den 13 Jahren diesen Kampf geführt hätte?

Deutschland würde stumpfsinnig, hoffnungslos und ohne Zuversicht am Boden liegen, wenn nicht wir diese gewaltige Welle von Glauben und Zuversicht in die Nation gebracht hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

14 Tage ziehe ich jetzt durch Deutschland. Ausgehend von Berlin, Hamburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Mitteldeutschland, Bayern, Württemberg und endlich an den Rhein und Westfalen und nun hier[48], und überall ist dasselbe Bild:

Ein Volk ist im Aufbruch begriffen,

Deutschland hat seine Seele und seinen Glauben an die Zukunft wieder gefunden. (Lebhafter Beifall.)

Als einst ein Fichte seine Rede an die deutsche Nation hielt[49], und als einst die Freiheitskämpfer in Schlesien Preußen ausriefen[50] - es konnte keine gewaltigere Bewegung sein als die, die heute durch unser Volk geht. Wenn überhaupt dieses deutsche Volk noch einen Wert besitzt, dann ist es der Wert, der in der Bewegung heute gesammelt ist. Aus den besten unse-

48 Vgl. Dok. 29-43.

49 Gemeint sind die *Reden an die deutsche Nation*, die Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) im Winter 1807/08 im französisch besetzten Berlin hielt. Im Zentrum dieser, von der Öffentlichkeit stark beachteten Reden steht die Idee der Nationalerziehung der Deutschen zur Sittlichkeit, zum Mut, zur Selbständigkeit, zu einer neuen Religion und einer neuen nationalen Ordnung, mit dem Ziel die französische Besatzungsherrschaft zu überwinden. Vgl. Peter Rohs, Johann Gottlieb Fichte, München 1991, S. 161 ff. Druck: Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eingeleitet von Rudolf Eucken, Leipzig 1909.

50 Obwohl der preußische König Friedrich Wilhelm III. noch am 19.1.1813 seine Zustimmung zu der am 30.12. 1812 geschlossenen Konvention von Tauroggen verweigert hatte, reiste er Ende Januar nach Breslau, um seine Handlungsfreiheit gegenüber den französischen Besatzungstruppen zu verbessern. Der harte Kern der Reformer wie Gerhard von Scharnhorst, August Neidhart von Gneisenau, Hermann von Boyen und Gebhard Leberecht von Blücher begleiteten ihn. In Breslau unterzeichnete der König am 27.2. den Friedens-, Freundschafts- und Bündnisvertrag zu Kalisch, mit dem er seine schwankende Politik zugunsten einer antifranzösischen

res Volkes haben wir sie gebildet, aus Handarbeitern, aus Arbeitern der Stirn[51], aus allen Schichten unserer Nation, aus allen Konfessionen haben wir die besten Leute herausgeholt, zusammengefügt, zueinandergebracht und gelehrt, sich gegenseitig wieder zu begreifen und zu verstehen, haben ihnen den Willen eingeimpft, wieder ein Volk sein zu wollen[52].

Wo ist die gleiche Erscheinung heute in Deutschland?

Klassen haben sie, jawohl, Konfessionen haben sie, jawohl! Berufe; aber ein Volk haben sie nirgends. Wenn wir heute als Ankläger auftreten, dann haben wir hinter uns eine gigantische geleistete Arbeit, und wenn unsere Gegner jetzt so tun, als ob diese Arbeit keinen Wert besäße, oh, wie würden sie wohl reden, wenn das Ergebnis dieser Arbeit ihnen zur Verfügung stände? Wie würden sie dann auf einmal diese Arbeit zu würdigen und zu schätzen vermögen! Wie würden sie dann mit einem Schlage die Größe der Leistung verstehen, die sie heute nicht wahr haben wollen, vor allen Dingen innerlich ist ihnen selbst anders.

Innerlich dämmert ihnen schon etwas auf, daß in Deutschland das Volk sich einer neuen Weltanschauung und damit einem neuen Geist zuwendet. Ganz innerlich ist ihnen schon langsam klar, daß die Nation sie vor den Richtstuhl hinruft, und daß das Volk sie verurteilen wird. Innerlich sind sie nicht von dieser Freiheit erfüllt, wie außen. Und wir verstehen sie auch.

Sie versuchen, das Geklapper ihrer Zähne heute hinter Phrasen zu verbergen. Ich muß hell lachen, wenn ich so einzelne Vertreter dieses alten Systems reden höre, daß sie uns die Macht so oder so nicht geben wollen, weder legal noch illegal[53].

Wir nehmen sie legal[54]*, und ihr werdet sie uns nicht illegal verweigern.*

Ihr werdet auch vor unserer legalen Faust zerbrechen. Wir danken euch, ja, ihr habt uns ja selbst zu dem gemacht, was wir heute sind, daß ich eine Millionenbewegung heute hinter mir habe, das ist noch nicht so wesentlich, als daß diese Millionenbewegung in ihrem besten Teil von meinen Gegnern selbst gebildet wurde. Durch diese Unsumme von Verfolgungen und Unterdrückungen, von Terror, von Lüge, von Verleumdung, von Blut, von Gefängnis habt ihr uns kalt gemacht. Eiskalt.

Und wir werden vor euch unsere Fahne niemals senken.

Der Tag des 13. März ist für uns nur ein Kampftag, ein Schlachttag, in den die Bewegung hineinmarschiert, sehr zuversichtlich. Ein Tag aber, der vielleicht eure Geschichte beendet, aber niemals die unsrige. Ein Tag der Schlacht, dem ein Morgen der Arbeit wieder folgen wird. Wir denken nicht daran, daß an dem Tage nun mit einem Wunder plötzlich Deutschlands Schicksal geändert sein wird. Es wird ein gewaltiger Schritt sein auf dem Wege zur inneren

Koalition mit Rußland beendete. Am 10.3. stiftete er den Orden des Eisernen Kreuzes, am 17.3. erließ er den Aufruf "An mein Volk" und erklärte Frankreich den Krieg. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987, S. 345 ff.

51 Bei dem Wort Arbeit handelt es sich um einen der Zentralbegriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung; dementsprechend prägte Hitler schon in seinen frühen Reden den Begriff des Hand- und des Kopfarbeiters, bzw. des Arbeiters der Stirn und der Faust - auch in der Absicht, alle bestehenden sozialen und beruflichen Gegensätze bereits sprachlich zu nivellieren. Vgl. Cornelia Berning, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 14 ff.

52 Vgl. Dok. 1, Anm. 21.

53 Vgl. Dok. 29, Anm. 28.

54 Vgl. Dok. 1, Anm. 27, ferner Dok. 32, Anm. 6 sowie Dok. 44.

deutschen Genesung, zur inneren deutschen Wiedergeburt. Es wird aber ein Tag vielleicht sein, der für uns eine neue Verpflichtung enthalten muß, weiterzuarbeiten, so wie bisher,

denn nicht durch das Wunder einer Abstimmung, wird Deutschland gerettet, sondern durch das Wunder einer neuen inneren Reorganisation unseres Volkes, einer Reorganisation, die die besten Köpfe der Nation in den Dienst der Nation stellt und den besten Köpfen der Nation das beste Volk wieder zur Seite gibt.

So kann ich Sie auch nicht bitten und werben, daß Sie uns Ihre Stimme geben. Es würde ein Unrecht sein, gemessen an den Opfern derer, die seit so vielen Jahren mit mir kämpfen. Was sollte ich heute einen Deutschen bitten, geben Sie mir Ihre Stimme, wenn ich doch meine Kameraden um mich sehe, die bereit sind, ihr Leben zu geben; das steht in gar keinem Verhältnis. 13 Jahre lang habe ich mein Gewissen als einzigen Befehlsgeber gekannt für mein Handeln. Folgen Sie Ihrem Gewissen. Wenn Sie uns nicht vertrauen, brauchen Sie uns Ihre Stimme nicht zu geben. Wenn Sie uns vertrauen, müssen Sie Ihre Pflicht erfüllen. Eines kann ich Ihnen allen als Dank versichern:

Am 13. März wird ein großer Kampf ausgefochten und am 14. beginnt wieder unsere Arbeit für Deutschland[55].

12. März 1932 Dok. 46
Interview mit der New York Evening Post[1]

New York Evening Post vom 12.3.1932, "Hitler Predicts Run-Off Victory; To be 'Moderate'. Tells Post Deadlock is Certain at Polls Tomorrow. Puts Hindenburg Total at 12 Million. Avers He Will Not 'At Once' Rescind Policies of Bruening Regime"[2].

"Hindenburg", Hitler said, "cannot muster more than 12,000,000 votes. I cannot get less than 12,000,000[3]. I shall certainly poll more votes on the first ballot, but I consider it virtually impossible that either of us shall obtain an absolute majority tomorrow. It will have to come to a run-off on April 10 [, *1932*][4] when plurality decides and then there is no question of the outcome."

55 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In Hannover. Das Interview führte der Korrespondent der *New York Evening Post* in Berlin, Hubert Renfro Knickerbocker, offenbar noch am selben Tag. Vgl. auch Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 254 f. Ferner H[*ubert*] R[*enfro*] Knickerbocker, Deutschland So oder So?, Berlin 1932.
Der Artikel wird eingeleitet mit einer Schilderung der allgemeinen politischen Verhältnisse.

2 Zur Reaktion der Presse vgl. z. B. Le Matin vom 13.3.1932, "Hitler déclare..."; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Führer vor der Wahl"; Germania vom 19.3.1932, "System oder Phrase?"; Vossische Zeitung vom 2.4.1932, "Wie sehr Hitler sich irrte"; Münchener Post vom 5.4.1932, "Hier irrte Hitler".

3 Vgl. jedoch Dok. 47, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

Hitler Condition Good

[...][5]

"If I am wrong in my estimates," he said while he drank a cup of coffee, "it will be the first time I have overestimated the National Socialist vote. I always have underestimated it. In September, 1930, I reckoned that we would certainly get thirty-five seats in the Reichstag, probably forty-five, and at the most seventy-five[6]. We got 107[7]. In more than a decade of public life, not poor in experience or enthusiasm, I never witnessed such scenes of delirious acclamation as now[8]. Hindenburg has absolutely no chance and I consider it was unforgivable and irresponsible frivolity on the part of Dr. Bruening that he should have exposed the Field Marshal to the tragedy of irreparable defeat[9]."

[...][10]

Sees Bruening Out

"Dr. Bruening will resign the moment I am elected. But he will also have to resign if I get, say, 13,000,000 votes tomorrow. There will be an interim Government until the final outcome of the election and the moment I take office there will be a new Reichstag election. It is fundamentally false to think that I intend to rule without the Reichstag[11]. I intend to rule only with the Reichstag, but it is necessary first to have a new Reichstag election to obtain a Parliament that really represents the will of the people and that is capable of working.

---

5 "Hitler looked even fresher than he did six weeks ago when I saw him in Munich and although in the last twelve days he has spoken nightly to assemblies he reckoned totalled 500,000 persons and despite the fact that he stands today at the decisive moment in his career, he showed not a trace of nervousness or fatigue."

6 Hitler hatte etwa im Juli 1930 bei einem internen Gespräch mit dem Hohen Kommissar des Völkerbunds für die Freie Stadt Danzig, Manfredi conte di Gravina, die Erwartung ausgesprochen, daß sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Zahl der nationalsozialistischen Abgeordneten von 12 auf etwa 50 erhöhen werde. Die NSDAP könne, so Hitler, jeweils 20 bis 25 Sitze von der SPD und den bürgerlichen Parteien gewinnen, ferner zwei bis fünf Sitze vom Zentrum. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 231 f.

7 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 6.409.610 Wahlberechtigte (18,3%) NSDAP gewählt, so daß sie mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten war. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 72.

8 Zur öffentlichen Wirkung von Hitlers Auftreten im Reichspräsidentenwahlkampf vgl. Dok. 29-45.

9 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 12, Anm. 6, Dok. 18, Anm. 2 und Dok. 25, Anm. 4.

10 "But what will happen if Hitler is elected? This is the great question that is exciting Germany and Europe today, and Hitler until now has maintained the greatest reticence in respect to any outline of his immediate plans. Today he gave a clearer sketch of what he expects to do than ever before, and some of it is surprising."

11 Hitler und die NSDAP ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie den Parlamentarismus ablehnten. In der nationalsozialistischen Propaganda wurde der Reichstag als die "seichteste Schwätzerinstitution aller Zeiten" denunziert, während die nationalsozialistischen Abgeordneten immer wieder durchblicken ließen, daß sie lediglich ihr Mandat wahrnahmen, um die parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu zerstören. 1924 schrieb Hitler in seiner Bekenntnisschrift *Mein Kampf*: "Die junge Bewegung [*NSDAP*] ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, d. h. sie lehnt im allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab, in dem der Führer nur zum Vollstrecker des Willens und der Meinung anderer degradiert wird. Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben." Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 25 ff. Zitate: Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 54, 364.

"I anticipate that we can get a working majority in the Reichstag that will enable my Government to rule by constitutional means and not by emergency decrees [12]. I am not going to rule by emergency decrees as the present Government does. I do not consider it is justified to take advantage of Paragraph 48 of the Constitution providing that the President can rule by decree in the event of a national emergency unless such national emergency actually exists. I consider such a national emergency would only ensue in case, for instance, of an attempted revolution, or, say, an attempt by the Poles to invade Germany [13]."

Contrasts Former Stand

[...] [14]

"No", he said, "I shall not attempt to rescind at once all of Chancellor Bruening's emergency decrees any more than I shall announce at once repudiation of the Versailles Treaty. Emergency decrees, like the Versailles Treaty, have created a condition and it is impossible to correct the condition merely by rescinding the decrees or repudiating the treaty. We will first rescind the decrees when we have something to take their place and we will first get rid of the Versailles Treaty when we have a conference at which another treaty can be made to take its place."

Promise of Moderation

[..] [15]

"I can't believe these people mean seriously what they say. Any attempt at a general strike against me would be a most absurd fiasco. Its leadership would be bound to fall into the hands of Communists and the bourgeois parties now combating me would be compelled to come on their knees and beg me to lead my men to protect them against the Reds [16]."

---

12 Vgl. Dok. 15, Anm. 40.

13 Zur verfassungsrechtlichen Frage der Diktaturgewalt vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 687 ff. Dort auch Hinweise auf das zeitgenössische Schrifttum. Für den Spielraum bei der Interpretation des konstitutionellen Ausnahmezustands war es bezeichnend, daß das in Artikel 48, Absatz 5 angekündigte Ausführungsgesetz nie zustandekam.

14 "This rather unexpected acknowledgement of respect for democratic principles stands in sharp contrast to the fear of many of Hitler's opponents that he would attempt an immediate overthrow of the Republic. It confirms the opinion that Hitler's real intention is to follow the example of Benito Mussolini who only established his Fascist regime in its present form after years of gradual evolution. Hitler indicated on the whole that there would be no very great change if he took office."

15 "This is certainly the most definite promise Hitler has yet made of moderation in his domestic foreign policy. Hitler's difficulty is that none of his opponents believe him. On the contrary, so strong is their conviction that his regime would mean disaster that the opinion is widely and openly heard from Republicans that he would never be allowed to take office even if he were elected. Trade union leaders fearing the fate that befell organized labor in Italy, have threatened a general strike. Asked what he would do in such an eventuality, Hitler replied:"

16 Wie etwa Hitlers interne Ansprachen vor SA-Führern im September 1931 verdeutlichen, spielten derartige Planspiele in seinen damaligen politischen Überlegungen eine große Rolle. Die innenpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich schienen Hitlers Erwartung zu rechtfertigen, daß - so Hitler am 15.9. - "die kommende schwere Zeit schwere Unruhen mit sich brächte", die er zu seinen Gunsten ausnutzen wollte. Hitler lehnte es jedoch ab, zumindest vorerst, den ersten Schritt zu tun oder sich lediglich für die Interessen des bestehenden Staates einspannen zu lassen. Erst bei kommunistischen Unruhen sei die NSDAP "legal und illegal berechtigt, einzugreifen". Vgl. Bd. IV/2, Dok. 31 und 38 f. Ferner Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus.

[...][17]

"Every man who has ever taken a hand in history must be prepared for responsibility and since I am certain of my ability to fulfill my role I have no fear of assuming it."

[...][18]

"It was June 1 or 2, 1918, during the Chemin des Dames offensive[19]. We had just stormed a village and I was sent out with dispatches over a shell-torn field. Suddenly in front of me I saw a shellhole and in it the flat steel helmets of Frenchmen in a machine gun nest. I had no grenades and only one pistol. I was too close to have been unobserved. There was nothing to do but bluff."

Bluff Won Out

"I leaped on the edge of the shell-hole and shouted in French: 'You are my prisoners', at the same time shouting orders in German as though I had a company of soldiers with me. First one Frenchman came out with his hands up, then another and another until thirteen Poilus[20], one non-com[21] and one lieutenant came out. Three of them had pistols and I didn't know enough French to order them to surrender their arms. They marched ahead of me and all the time I was thinking that my pistol only had ten rounds of ammunition and that there were fifteen men and three of them still had their guns. We marched and marched and the French grew restive and I grew nervous and prayed we would meet some of our men. Then I saw soldiers. If they are French I will have to shoot it out, I thought. They were Germans and that was all of that[22]."

[...][23]

Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 590 ff.; Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994, S. 257 ff. Bei der Affäre um die sog. Boxheimer Dokumente war es erneut deutlich geworden, daß man auch an der Basis der NSDAP ähnliche Gedanken hegte. Diese putschistischen Einzelinitiativen stellten jedoch nicht nur die Autorität der Parteileitung in Frage, sondern ebenso die nationalsozialistische Legalitätstaktik, so daß die Führung der NSDAP alles tat, um diese politischen Eigenmächtigkeiten möglichst zu unterbinden. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 76 und 90, ferner Dok. 1, Anm. 27 und Dok. 44, Anm. 1 dieses Bandes.

17 "Hitler's self-confidence is amazing. Never having held public office and faced with the possibility of becoming head of a great State he answered the question as to whether he had anxieties about assuming such a responsibility with the smiling remark."

18 "I asked him about the election story of his opponents, reflecting on his war record and questioning the circumstances under which he won the Iron Cross. Urged to give the correct version Hitler for the first time told the story that does not even appear in his autobiography and apparently has never been published."

19 Der Chemin des Dames, ein 30 km langer Höhenweg im Departement Aisne, wurde im März 1917 Teil der sog. Siegfriedstellung, auf die sich die deutsche Westfront zurückgezogen hatte. Nachdem französische Truppen den beherrschenden Höhenzug am 16.4.1917 erobert und die deutschen Verteidiger hinter die Ailette zurückgedrängt hatten, lag dieser Frontabschnitt im Zentrum des zweiten Teils der deutschen Frühjahrsoffensive des Jahres 1918. Am 27.5. überschritten deutsche Einheiten erneut den Chemin des Dames, am 7.9. wurden die Stellungen von der 9. deutschen Armee wiederbesetzt und am 11.10.1918 endgültig geräumt. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. XIV, passim.

20 Französisches Adjektiv für: haarig, behaart. Spitzname für den französischen Soldaten, insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg.

21 Abkürzung für: Non commissioned officer, englische Bezeichnung für die Dienstgradgruppe der Unteroffiziere.

22 Als Soldat wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz und am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. Es läßt sich nicht mehr sicher rekonstruieren, warum Hitler das Eisernen Kreuz I. Klasse erhielt, das im Ersten Weltkrieg sel-

13. März 1932 Dok. 47
"Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 15.3.1932, "Adolf Hitler an die Partei" [1].

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen[2]! Gegen das vereinte Aufgebot aller anderen Parteien, trotz schwerster behördlicher Unterdrückungen und Behinderungen unserer Propaganda[3] hat

ten an Mannschaften und Unteroffiziere verliehen wurde. Die später immer wieder kolportierte Geschichte, er allein habe 15 französische Soldaten gefangen genommen, erscheint unwahrscheinlich. Vermutlich erhielt Hitler diesen Orden für seinen unermüdlichen wie gefährlichen Dienst als Meldegänger, wobei die Initiative hierfür vom Leutnant d. R. "Hugo Gutmann, einem jüdischen Büromaschinenfabrikanten aus Nürnberg", ausging. In einem Schreiben des Stellvertretenden Kommandeurs des Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiments 16, Major Reinhart Frhr. von Godin, vom 31.7.1918 wurde die Ordensverleihung u. a. folgendermaßen begründet: "Hitler ist seit Ausmarsch beim Regiment und hat sich in allen mitgemachten Gefechten glänzend bewährt. Als Meldegänger leistete er sowohl im Stellungskrieg als auch im Bewegungskrieg Vorbildliches an Kaltblütigkeit und Schneid und war stets freiwillig bereit, Meldungen in den schwierigsten Lagen unter größter Lebensgefahr durchzubringen. Nach Abreißen aller Verbindungen in schwierigen Gefechtslagen war es der unermüdlichen und opferbereiten Tätigkeit des Hitlers zu verdanken, daß wichtige Meldungen trotz aller Schwierigkeiten durchdringen konnten." Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff., Zitate S. 173, 175. Dort auch sämtliche Quellen zu diesem Komplex.

23 "Hitler received the Iron Cross in August, 1918."

1 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 15.3.1932 (1. MA), "Der nationalsozialistische Kommentar"; Neue Preußische Kreuz-Zeitung vom 14.3.1932, "Hitler im zweiten Wahlgang"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Führer nach der Wahl". Zur Genese von Hitlers Aufruf vgl. ferner Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht, München 1934, S. 62 f.

2 Das Ergebnis des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 lautete:

Stimmberechtigte	43.949.681	
gültige Stimmen	37.648.317	86,2%
Hindenburg	18.651.497	49,6%
Hitler	11.339.446	30,1%
Thälmann	4.983.341	13,2%
Duesterberg	2.557.729	6,8%
sonstige	116.304	0,3%

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.
Hindenburg hatte damit die in § 4 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4.5.1920 geforderte absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

3 Die Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3., 17.7. und 10.8.1931 ermächtigten die Justiz, auch gegen die rechtsradikale Presse schärfer vorzugehen. Allein *Der Angriff* wurde im Jahr 1932 zwölfmal verboten.
Von dieser Verbotspraxis wurden nicht nur die großen nationalsozialistischen Zeitungen getroffen. Im *VB* und in *Der Angriff* finden sich in den Monaten Februar und März 1932 insgesamt 59 Meldungen über Verbote nationalsozialistischer Provinz- oder Spezialblätter wie etwa *Der Alemanne* (Freiburg, eine Woche), *Bremer Nationalsozialistische Zeitung* (15.2.-15.3.1932), *Niederrheinische Tageszeitung* (Geldern, eine Woche), *Der Oberbergische Bote* (Waldbröl, 9.3.-16.3.1932), *Preußische Zeitung* (Königsberg, 19.2.-27.2. und 5.3.-25.3. 1932), *Schulbeobachter* (Berlin, bis 31.5), *Volkskampf* (Kiel, zwei Wochen), *Westdeutscher Beobachter* (Köln,

die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei ihre Wählerschaft in knapp anderthalb Jahren fast verdoppelt[4].

Wir sind heute zur unbestritten weitaus stärksten Partei Deutschlands emporgestiegen.

Mit einer Flut von Lügen, Verleumdungen und Irreführungen sondergleichen haben unsere Gegner gekämpft. Die gegen uns vereint aufmarschierenden Parteien sind von *21,4 Millionen auf 18,6 Millionen gesunken*[5], *wir sind dagegen von 6,4 auf 11,3 Millionen gestiegen.* Deutschnationale und Stahlhelm haben ihren alten Bestand gehalten[6].

Was uns in dem Wahlkampf noch nicht restlos gelungen ist, *muß im kommenden vollendet werden.*

Nationalsozialisten!

Wir haben aus eigener Kraft aus dem deutschen Volk über 5 Millionen Stimmen erneut an uns gezogen. Der Angriff gegen die Zentrums- und Marxistenfront muß nun sofort in *der schärfsten Form* erneut aufgenommen werden[7]. Ich weiß, Parteigenossen, daß Ihr in dem

---

9.3.-16.3.1932) und andere mehr sowie sechs weitere Meldungen über Beschlagnahme von nationalsozialistischen Zeitungen. Insgesamt wurden 1931 224, 1932 sogar 294 Zeitungsverbote ausgesprochen. Vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914-1945, Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 340; Klaus Petersen, Literatur und Justiz in der Weimarer Republik, Stuttgart 1988, S. 86; Rüffler, Landfriedensbruch, S. 298 ff. Ferner Dok. 5, Anm. 2, Dok. 30, Anm. 7-9 und 24 sowie Dok. 64, Anm. 1.

4 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte (18,3%) NSDAP gewählt, beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 stimmten 11.339.446 Wähler (30,1%) für Hitler. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546 f.; 1932, S. 541 ff.; Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 46, 72.

5 Neben Hitlers Aufruf ist eine statistische Übersicht des Wahlergebnisses abgedruckt, die verdeutlicht, daß unter dieser Berechnung lediglich jene Parteien und Gruppierungen subsumiert wurden, die sich für eine Kandidatur Hindenburgs ausgesprochen hatten, nicht aber DNVP und KPD, die jeweils einen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt hatten. Während bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 18.651.497 Wähler (49,6%) für Hindenburg votierten, hatten die Parteien (SPD, DStP, Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Christlich-Sozialer Volksdienst, Zentrum, BVP, DVP, Konservative Volkspartei und sonstige), die Hindenburgs Kandidatur unterstützten, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 zusammen 21.449.117 Stimmen (61,6%) erhalten. In der Statistik des *VB* wird das gesamte Wahlergebnis der "Hindenburg-Parteien" vom 14.9.1930 jedoch nur mit 20.561.275 Stimmen angegeben, da einige kleinere Parteien nicht in die Addition miteinbezogen wurden. Dagegen entspricht Hitlers - davon abweichende - Angabe der hier durchgeführten Berechnung. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff. Ferner Dok. 50, Anm. 15.

6 Die DNVP hatte bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 2.458.246 Stimmen (7,0%) erhalten; der Stahlhelm hatte nicht kandidiert, große Teile dieses Verbands standen jedoch der DNVP nahe. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 wählten 2.557.729 Wähler (6,8%) Duesterberg, für den sich die DNVP ausgesprochen hatte. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 46; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 542 ff. sowie Dok. 50, Anm. 26.

7 Ungeachtet des hohen Risikos hatte die NSDAP ihren Wahlkampf so geführt, als ob eine Entscheidung schon gefallen sei. Der *VB* war etwa am 24.2.1932 mit dem Leitartikel überschrieben: "Deutschland wählt Hitler! Vorwärts zum Endkampf - Der Sieg ist unser!". In einem Rundschreiben empfahl denn auch die Reichspropagandaleitung der NSDAP allen Gauen unverhohlen die folgende Taktik: "Der stehende, ewig wiederholte Satz lautet: Adolf Hitler ist nicht nur unser Kandidat, Adolf Hitler ist der kommende Präsident. Die Siegesgewißheit der gesamten Partei muß bis zum blinden Gehorsam gesteigert werden."
Das Wahlergebnis vom 13.3. traf deshalb die Parteigenossen wie ein Schock. Hitler, in dessen Handeln stets "ein Element von Spielerwesen und Glücksrittertum" (Fest, Hitler, S. 282) greifbar war, ließ jedoch - so wie er es in seinen Wahlkampfreden immer wieder angekündigt hatte - keinen Zweifel daran, daß er sich auch einem zwei-

Kampfe schwere Opfer gebracht habt. Trotzdem fordere ich Euch auf, *augenblicklich den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen.* Kein Tag darf verlorengehen! *Ich habe schon in meinen Reden angekündigt, daß ganz gleich, wie die Wahl ausgeht, der 14. März* [*1932*] *uns wieder an der Arbeit sehen wird. Und ganz gleich, wie groß und intensiv diese Arbeit der letzten Wochen war, sie wird und muß noch gesteigert werden!*

Wenn die Wähler der gesamten nationalen Front[8] sich auf das Gebot der Stunde besinnen, muß es uns noch möglich werden, die wenigen Millionen fehlenden Volksgenossen aus der widernatürlichen Front unserer Gegner herauszubrechen und uns zuzuführen[9].

Ich weiß, daß meine Redner jetzt ermüdet sind. Ich weiß, daß meine SA- und SS-Männer zahlreiche schlaflose Nächte hinter sich haben, ich weiß, daß die politischen Leiter, ebenso wie die Führer der SA, in den letzten Wochen Übermenschliches geleistet haben. Allein, es darf heute keine Rücksicht geben. So wie ich selbst die Arbeit augenblicklich wiederaufnehme, erwarte ich von Ihnen allen, daß Sie ohne Zögern Ihre Anstrengungen erhöhen und, wenn nötig, verdoppeln. Entsprechend der vor uns klar sichtbaren Aufgabe wird unsere Propaganda einer neuen Überprüfung unterzogen[10]! Die Anordnungen für die Weiterführung und Verstärkung des Kampfes gehen bereits heute abend an die Organisationen hinaus.

Parteigenossen!

Durch unsere Energie und Zähigkeit sind wir *von sieben Mann*[11] *nunmehr auf 11,3 Millionen gewachsen!* Die übrigen nationalen Kräfte eingerechnet, umfassen wir damit rund 13,8 Millionen. *Es muß uns möglich sein, die fehlenden 2 ½ Millionen aus der gegnerischen Front herauszureißen und dorthin zu führen, wohin sie gehören.*

Das Ziel ist klar, die Notwendigkeit des Kampfes wird durch die schon gebrachten Opfer nur noch erhärtet. Wir sind es all denen, die uns ihr Vertrauen schenkten, schuldig, unser Höchstes und Allerletztes herzugeben, um den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Der erste Wahlkampf ist beendet, *der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen.*

Ich werde auch ihn mit meiner Person führen.

München, den 13. März 1932

gez. *Adolf Hitler*

---

ten Wahlgang stellen werde. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 347 ff.; Paul, Aufstand der Bilder, S. 95 ff. Zum Entscheidungsprozeß Hitlers vgl. auch Dok. 48 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 140 f.

8 Vgl. Dok. 50, Anm. 25.

9 Hugenberg informierte Hitler mit Schreiben vom 20.3.1932 über seinen Entschluß, "in den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl *nicht* einzugreifen". Seine Entscheidung begründete Hugenberg folgendermaßen: "Nach meiner Auffassung kann durch meine Stellungnahme angesichts der Aussichtslosigkeit Ihrer Kandidatur ein *sachlicher Schaden* für die nationale Bewegung - sonst wäre ich anders verfahren - *nicht* entstehen. Darum ist dies der Augenblick, in dem das Volksinteresse, das über allem steht, das *Hervortreten* einer vorhandenen Meinungsverschiedenheit zwischen uns nicht nur *zuläßt*, sondern sogar *fordert*. Es soll geradezu eine *weithin sichtbare Kundgebung* sein, *wenn wir bei dieser zweiten zwecklosen Präsidentenwahl Gewehr bei Fuß stehen.*" BA, NL Leo Wegener 73.

10 Vgl. auch Dok. 55, Anm. 6, Dok. 58 und 65.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.

13. März 1932 Dok. 48
"Kameraden der S.A. und S.S.! Hitlerjugend! N.S.K.K.!"
Aufruf

VB vom 15.3.1932, "Adolf Hitler an die Partei" [1].

Ein schwerer Kampf liegt hinter Euch! Ich habe persönlich Eure Opfer und Eure Anstrengungen kennengelernt. Dank ihnen ist die Partei in einem unvergleichlichen Aufstieg nunmehr zur weitaus stärksten politischen Bewegung Deutschlands geworden [2]. Ein zweiter größerer Kampf aber steht Euch nunmehr bevor! Noch einmal hat sich dieses System durch Lüge und Trug und Mißbrauch aller öffentlichen Einrichtungen [3], durch Terror [4] und Verbote [5] vorübergehend zu halten gewußt. Der Kampf dagegen muß daher sofort aufs neue beginnen. Mit dem 14. März [*1932*] setzt das Ringen um den entscheidenden zweiten Wahlgang ein [6]. Unsere Aufgabe ist: Mindestens 2 ½ Millionen verführte Wähler aus der Zentrums- und Marxistenfront herauszubrechen und der nationalen Front zuzuführen. Wir sind von sieben Mann [7] auf heute fast 11 ½ Millionen angewachsen. Wir werden, wenn alle Parteigenossen und alle Kameraden der S.A., S.S., Hitlerjugend und N.S.K.K. fanatisch ihre Pflicht erfüllen, auch diese Aufgabe lösen! So sehr Ihr vielleicht der Ruhe bedürft, so sehr zwingt mich der bevorstehende schwerste Kampf, von Euch auch die schwersten Opfer zu verlangen. Unser Angriff hat unverzüglich einzusetzen. Die Propaganda ist jetzt in höchster Intensität 4 Wochen lang fortzuführen. Am 10. April [8] muß, koste es was es wolle, dieses Ziel erreicht sein! Unsere Kameraden, die so große Opfer brachten, ja am Ende ihre Gesundheit und ihr Leben gaben, haben ein Recht, auch von uns den höchsten Einsatz zu fordern. Der Nationalsozialist, der seine Gegner erkannt hat, läßt sie in seinem Angriff nicht mehr los, bis daß sie zuletzt doch zusammenbrechen!

Der Dank liegt nur im endgültigen Sieg!

München, den 13. März 1932

Adolf Hitler

---

1 Vgl. Dok. 47, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.
3 Zur Finanzierung und Organisation des Wahlkampfs für die Wiederwahl Hindenburgs vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. III, Dok. 680. Beispiele für die Propaganda der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse: Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 63 ff.
4 Nach parteieigenen Angaben starben im Zeitraum vom 1.1. bis 11.3.1932 18 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen. Vgl. Halbmast, S. 58 ff., ferner Dok. 3, Anm. 14 und 12. Angaben zu den individuellen Hintergründe dieser Todesfälle in Dok. 14 und Dok. 60.
5 Vgl. z. B. Dok. 47, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 28.
8 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

15. März 1932 Dok. 49
Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags[1]

Masch. Manuskript; Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 41-54[2].

Auf Vorruf erscheint der
Zeuge *Hitler*[3].

---

1 Im Plenarsaal des Thüringischen Landtags in Weimar, nachmittags. Hitlers Vernehmung dauerte etwa eine halbe Stunde.
Wilhelm Frick hatte als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister eigenmächtig versucht, Hitler mit Hilfe von § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 (Anstellung in ein öffentliches Amt) die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Am Rande des Gautags des Thüringer NSDAP am 12./13.7. 1930 überreichte Frick seinem Parteivorsitzenden eine Ernennungsurkunde, die er heimlich, ohne Abstimmung mit dem Kabinett vorbereitet hatte. Hitler, den Frick pro forma zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen ernennen wollte, reagierte jedoch äußerst reserviert auf diesen juristischen Winkelzug, erkannte er doch instinktiv, daß er sich durch Fricks dubioses Vorgehen, vor allem aber durch das ihm angebotene Amt der Lächerlichkeit preisgeben würde. Nachdem Hitler in dieser Sache nichts mehr von sich hören ließ und bei seiner Zeugenvernehmung vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930 angab, er sei staatenlos, ging Frick davon aus, daß Hitler "seine Entscheidung im ablehnenden Sinne getroffen hatte" - so zumindest seine Zeugenaussage am 15.3.1932. Er habe deshalb, so Frick weiter, Anstellungsurkunde und Empfangsbescheinigung vernichtet und habe dies auch von Hitler angenommen. Obwohl Frick sein Vorgehen geheimzuhalten suchte, war es Anfang Februar 1932 durch eine gezielte Indiskretion ehemaliger Nationalsozialisten stückweise bekannt geworden (vgl. Anm. 31), so daß der Thüringer Landtag am 18.2.1932 auf Antrag der SPD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzte; drei Vertreter der SPD, zwei des Thüringer Landbunds und je ein Vertreter von Wirtschaftspartei, DVP und KPD sollten diesen Fall aufklären. Nach der Zeugenvernehmung am 15.3. konnte sich der Untersuchungsausschuß jedoch nicht darauf einigen, den Fall weiter gerichtlich zu verfolgen. Ein entsprechender Antrag des Ausschußmitglieds August Frölich wurde in der sechsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 3.5.1932 mit 4:4 Stimmen abgelehnt. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196; Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach a. M. 1946, S. 7 ff.; Overesch, Einbürgerung Hitlers; ders., Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 206 ff.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 16.3.1932, "Adolf Hitler in Weimar"; Berliner Tageblatt vom 16.3.1932 (MA), "Der Gendarm von Hildburghausen" und "Zwei Zeugen"; Le Matin vom 16.3.1932, "Un Projet de Trêve Politique pendant les Fêtes de Paques"; Münchner Neueste Nachrichten vom 16.3.1932, "Vernehmung Hitlers vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß"; Das Volk vom 16.3.1932, "Hitler - die abgeschminkte Primadonna"; Vossische Zeitung vom 16.3.1932 (MA), "Wie man Gendarm wird ..."; Vorwärts vom 16.3.1932 (MA), "Hitler - geheimer Gendarm!"; Frankfurter Zeitung vom 17.3.1932 (2. MA), "'Hildburghausen'"; Der Nationalsozialist vom 17.3.1932, "SPD am Pranger!"; VB vom 17.3.1932, "Eine ungeheure Blamage des Thüringer Untersuchungsausschusses gegen Dr. Frick" und "Adolf Hitler vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Thüringen". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

3 Vgl. hierzu die Erinnerungen Brills: "Dann befahl ich dem Landtagsdiener, den Zeugen Hitler hereinzuführen. Höchste Spannung herrschte im Saal. Die Tür öffnete sich, ein Mann in einem zweireihigen blauen Jakettanzug erschien im Türrahmen und stolperte beim Eintritt über den Teppich. Die Begleitung Hitlers im Saal hatte sich erhoben, um ihn mit dem 'deutschen Gruß' zu begrüßen. Da Hitler aber beim Stolpern mit dem Gesicht stark nach vorn gekommen war (o weh, dachte ich, Napoleon betritt die Bühne der Weltgeschichte in Unterhosen), unterblieb die Demonstration. Auch als Hitler sich aufrichtete, waren seine Anhänger so verwirrt, daß nur aus einem stotternden Chor und erst, nachdem Hitler die rechte Hand erhoben hatte, das 'Heil Hitler!' ertönte. Ich ließ mich dadurch nicht irre machen, sondern fragte mit scharfer Stimme an Hitler gerichtet: 'Herr Regierungsrat Hitler?...' Hitler antwortete mit Ja." Vgl. Brill, Strom, S. 11.

Nach Rechtsbelehrungen durch Herrn Vorsitzenden[4] leistet er den Zeugeneid in der religiösen Form.

Seine Personalien gibt er (am Schlusse seiner Vernehmung) wie folgt an:

Adolf Hitler, 43 Jahre alt, Regierungsrat[5] und Schriftsteller, München.

Vorsitzender: Das, was in Ihre Wissenschaft gestellt ist, Herr Zeuge, ist Ihnen durch die Zeugenladung bekannt. Ich bitte, Ihre Aussage im Zusammenhang zu machen. Es handelt sich um den Versuch des ehemaligen thüringischen Staatsministers Dr. Frick[6], Sie durch die Anstellung im thüringischen Staatsdienst als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen einzubürgern.

Zeuge: Was soll ich dazu sagen?

[*Vorsitzender*:] Das, was Sie darüber wissen.

Zeuge: Ich kam zum Parteitag nach Gera[7]. Wir gingen, glaube ich, danach in das Hotel. Oder war das Hotel vorher? Das kann ich nicht mehr sagen. Im Hotel teilte mir Herr Dr. Frick mit, daß er diesen Schritt unternommen habe. Ich war im ersten Moment vollständig verblüfft und überrascht. Denn es war davon nicht gesprochen worden. Ich habe nichts davon gewußt[8]. Deshalb war ich selbstverständlich im ersten Augenblick auch etwas bedrückt, weil ich mir darüber klar war, daß Herr Dr. Frick diesen Schritt getan hatte als Deutscher in der Überzeugung, damit ein in seinen Augen und in den Augen meiner gesamten Anhänger bestehendes Unrecht wiedergutzumachen. Ich hatte persönlich sofort die Überzeugung, daß ich diese Sache nicht annehmen könnte. Und ich habe auch Herrn Dr. Frick sofort erklärt, daß ich die Sache nicht wollte. Ich habe mich dann mit einigen Herren besprochen und habe nach dieser Bespre-

4 Hermann Brill (1895-1959), 1912 Eintritt in die SPD, 1916 Lehrer in Nauendorf, 1919 in Finsterbergen und 1920 in Tambach-Dietharz, 1919/20 MdL in Gotha (USPD), 1920-1933 MdL in Thüringen (USPD, seit 1921 SPD), 1920-1922 Mitglied des thüringischen Volksrats, Mitglied des USPD-Bezirksvorstands Thüringen, 1921-1923 Hilfsreferent, dann Vortragender Rat im thüringischen Ministerium für Volksbildung, 1923/24 Abteilungsleiter, dann Ministerialdirektor im thüringischen Innenministerium, 1928 Dr. jur., 1927-1932 Mitglied des Thüringischen Staatsgerichtshofs, 1927-1933 Gastdozent für öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1932 MdR, 1933/34, 1935 und 1938 inhaftiert, 1939 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg, seit 1943 im KZ Buchenwald, Mai-Juli 1945 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1946-1949 Staatssekretär und Chef des Staatskanzlei im hessischen Staatsministerium, 1947-1949 Chief Consultant bei OMGUS in Berlin, 1949-1953 MdB (SPD), seit 1950 Honorarprofessor für Staatsrecht an der Universität Frankfurt a. M.

5 Vgl. Dok. 28.

6 Wilhelm Frick war vom 23.1.1930 bis 1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister und damit der erste nationalsozialistische Politiker, der ein Ministeramt wahrnahm. Vgl. Neliba, Frick, S. 57 ff.

7 Der Gautag der Thüringer NSDAP fand am 12./13.7.1930 statt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 74.

8 Der Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags hatte zuvor Frick als Zeugen vernommen und ihn detailliert über Vorgeschichte und Verlauf von Hitlers mißglückter Anstellung in den thüringischen Staatsdienst befragt. Frick gab an, er sei dabei "ohne jede Verabredung und ohne jede Fühlungnahme mit Adolf Hitler" vorgegangen. Verschiedene Anhaltspunkte sprechen dafür, daß Hitler in Fricks Pläne offensichtlich nicht eingeweiht worden war und schon deshalb nicht auf dessen Initiative einging. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

chung - es war vielleicht ¼ Stunde später - Herrn Dr. Frick nochmals erklärt, daß ich die Sache nicht annehmen wolle. Herr Dr. Frick hat mir darauf gesagt: Nehmen Sie wenigstens die Urkunde zu sich und überlegen Sie sich die Sache; vielleicht kommen Sie doch zu einem anderen Entschluß. Ich habe das getan. Dann habe ich die Urkunde vernichtet und bin bei meinem Entschluß geblieben.

Vorsitzender: Herr Dr. Frick hat uns gesagt, daß Sie nach Behändigung [*sic!*] der Anstellungsurkunde eine Empfangsbescheinigung unterschrieben haben[9]. Erinnern Sie sich dessen?

Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern.

[*Vorsitzender:*] Es soll in dieser Empfangsbescheinigung der Vermerk enthalten gewesen sein, daß Sie auf Ausübung des Amtes und auf die Zahlung des Gehalts verzichteten. Sie sollen Herrn Dr. Frick gegenüber auch gesagt haben: Ob Sie die Sache endgültig annehmen würden, das müßten Sie sich noch überlegen, das würden Sie noch erklären.

Zeuge: Nein, ich habe sofort erklärt, daß ich es nicht annehme. Herr Dr. Frick sagte, ich solle es mir überlegen. Es war eine an sich peinliche Situation, weil ich überzeugt war, daß Herr Dr. Frick diese ganze Aktion unternommen hatte, um als Parteigenosse, als deutscher Mann, ein Unrecht gutzumachen an seinem Führer. Ich war hier natürlich persönlich in einer menschlich peinlichen Situation. Denn ich wollte auch Herrn Dr. Frick nicht brüskieren. Ich hatte dazu auch keine Veranlassung; denn ich persönlich habe an sich die Überzeugung gehabt, daß ich das deutsche Staatsbürgerrecht mir erworben habe[10] und daß es mir nur aus parteipolitischen Rücksichten heraus verweigert wurde[11].

[*Vorsitzender:*] Sie erinnern sich wohl nicht, eine derartige Empfangsbescheinigung unterschrieben zu haben?

---

9 Bei seiner Zeugenvernehmung hatte Frick ausgesagt, daß Hitler in Gera eine Empfangsbescheinigung über die erhaltene Anstellungsurkunde unterschrieben habe. Diese Empfangsbescheinigung habe auch - so glaubte sich Frick zu erinnern - eine Erklärung enthalten, daß Hitler auf die Ausübung des Amts, die Zahlung des Gehalts und den damit verbundenen Urlaub verzichte. Dieses Papier habe er an Frick zurückgegeben, jedoch von Anfang klargestellt, welch große Bedenken er gegenüber dem Frickschen Vorhaben habe. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

10 Nach § 12 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 konnte "ein Ausländer, der mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heer oder in der Marine aktiv gedient hat" auf eigenem Antrag "von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden". Hierfür waren jedoch die Voraussetzungen von § 8, Abs. 1 dieses Gesetzes zu erfüllen, d. h. der Antragsteller mußte unbeschränkt geschäftsfähig sein, "einen unbescholtenen Lebenswandel geführt" haben, "an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden" haben und schließlich imstande sein, "an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren". Nach § 9 durfte die Einbürgerung durch den Reichskanzler erst festgestellt werden, wenn "keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat". "Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde." Vgl. Ernst Isay, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929, S. 30 ff.

11 Eigentliches Motiv für die Ablehnung der deutschen, bzw. bayerischen Behörden war das von Hitler initiierte Hochverratsunternehmen im November 1923. Ganz davon abgesehen hatte Hitler nie das gesetzlich vorgeschriebene Einbürgerungsgesuch eingereicht. Vgl. Anm. 14.

Zeuge: Nein, ich erinnere mich nicht.

[*Vorsitzender:*] Sie meinen vielmehr, Sie haben sofort erklärt, Sie können die Sache nicht annehmen?

Zeuge: Ich habe sofort erklärt, daß ich die Sache nicht annehmen will. Herr Dr. Frick versuchte mir darauf noch die Gründe zu erklären, die dafür sprechen sollten, und ich habe dann noch mit einigen anderen Herrn darüber gesprochen. Aber diese waren meiner Auffassung. Und Herr Dr. Frick sagte dann: Nehmen Sie die Sache wenigstens zu sich und überlegen Sie es sich; Sie können es sich noch ein paar Tage überlegen, und wenn Sie noch zu einem anderen Entschluß kommen, dann teilen Sie es mir mit.

[*Vorsitzender:*] War unter diesen anderen Herren auch Herr Stennes [12]?

Zeuge: Nein.

[*Vorsitzender:*] Wann haben Sie die Anstellungsurkunde vernichtet? Können Sie das sagen?

Zeuge: Vielleicht am nächsten oder übernächsten Tage. Ein paar Tage später. Ich weiß es nicht genau. Die Urkunde kam mir wieder in die Hände, ich habe sie dann zerrissen und verbrannt. Für mich war es keine Urkunde, weil ich von vornherein erklärt habe: Ich nehme es nicht an.

[*Vorsitzender:*] Vorher haben Sie mit Herrn Dr. Frick über die Sache nicht gesprochen?

Zeuge: Nein, nie!

[*Vorsitzender:*] Herr Dr. Frick hat hier bekundet, daß er mit Ihrem Einverständnis im Jahre 1929, also ein halbes, ein dreiviertel oder ein ganzes Jahr vor dieser Angelegenheit in Thüringen einen Einbürgerungsversuch in Bayern unternommen habe. Erinnern Sie sich dessen?

Zeuge: Jawohl! Ich weiß gar nicht, ob das Herr Dr. Frick gewesen ist. Herr Dr. Frick war wohl dabei, aber ich glaube, es ging von Herrn Buttmann [13] aus. Ich habe diesen Schritt deshalb unternehmen lassen [14], weil von Zeit zu Zeit von den gegnerischen Parteien behauptet wurde, die

---

12 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

13 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Ministerialdirektor, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek.

Erklärung, daß mir das Staatsbürgerrecht vorenthalten werde, würde nur aus parteitaktischen Gründen abgegeben; in Wirklichkeit würde gegen eine solche Einbürgerung kein Widerstand erhoben werden. Es lag mir daran, in der Öffentlichkeit zu beweisen, daß tatsächlich von den herrschenden Parteien, von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum sowohl, als auch von der Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen diese Einbürgerung um jeden Preis verhindert wurde. Es wurde mir damals mitgeteilt, daß der bayerische Innenminister [15] auch sofort erklärt habe, das käme nicht in Frage.

Vorsitzender: Nach Herrn Dr. Frick soll er das nicht sofort erklärt haben. Er soll erklärt haben, er müsse sich zunächst mit dem Ministerpräsidenten Held [16], vielleicht auch mit dem Ministerrat in Verbindung setzen. Und dann sagt Herr Dr. Frick, sei nach 14 Tagen der ablehnende Bescheid ergangen.

Zeuge: Ja, ich habe ja einen zusammenfassenden Bericht erhalten.

[*Vorsitzender:*] In der Zeit, die zwischen den gescheiterten bayerischen Einbürgerungsversuchen und dem Versuche in Thüringen lag, haben Sie mit Herrn Dr. Frick nicht verhandelt in der Richtung, er möge in Thüringen einen solchen Schritt unternehmen?

Zeuge: Nein, nein! Dazu bestand für mich gar keine Veranlassung. Ich muß betonen, daß ich die Anhänglichkeit und die Besorgtheit meiner Parteigenossen selbstverständlich verstehe. Es ist oft darüber gesprochen worden. Und die Parteigenossen haben selbstverständlich darunter gelitten, daß ich als einziger Deutscher in einer Zeit, in der 200.000 bis 300.000 ostgalizische Juden und Schieber eingebürgert worden sind [17], ausgerechnet nicht eingebürgert wurde. Es ist

---

14 Buttmann und Frick hatten sich 1929 an den bayerischen Innenminister Karl Stützel gewandt "und sich über die Haltung der Regierung zu einem etwaigen Einbürgergesuch Hitlers erkundigt". In der Sitzung des bayerischen Ministerrats vom 21.12.1929 entschied jedoch der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held, "daß die im Jahre 1924 erfolgte Verurteilung Hitlers wegen Hochverrat eine positive Stellungnahme zu einem etwaigen Einbürgerungsgesuch unmöglich erscheinen lasse". Stützel informierte daraufhin Buttmann und Frick ohne Angaben von Gründen, "daß er nach Anhörung des Ministerrats von der Stellung eines Einbürgerungsantrags durch Hitler abraten müsse". Vgl. Morsey, Regierungsrat, S. 420 f. sowie VB vom 12.2.1932, "Die Einbürgerung Hitlers und die bayer[*ische*] Regierung".

15 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Ministerium des Innern, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Minister des Innern (BVP).

16 Heinrich Held (1868-1938), Jurist, Journalist, 1899 Chefredakteur und seit 1906 Mitinhaber des *Regensburger Morgenblattes* (seit 1910: *Regensburger Anzeiger*), 1907-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1918 Mitbegründer der BVP, 1914-1924 Vorsitzender der Zentrum-, bzw. der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.

17 Die Einwanderung sog. Ostjuden nach Deutschland, die durch den Ersten Weltkrieg forciert worden war, ist statistisch nur schwer zu fassen. Zuverlässigen Schätzungen zufolge sollen zwischen 1914 und 1921 etwa 100.000 Ostjuden nach Deutschland gekommen sein, von denen jedoch ca. 40 % weiterwanderten oder in ihre Heimat zurückkehrten. Allgemeine Akzeptanz fand eine Angabe des preußischen Ministeriums des Innern von 1921, das in seine Schätzung von etwa 70.000 zugewanderten Ostjuden auch noch die illegal Eingewanderten einzubeziehen suchte. Bei der Volkszählung von 1925 wurden im Deutschen Reich 564.379 Ange-

klar, daß darüber viel gesprochen worden ist. Ich persönlich habe gar keine Veranlassung, das bestehende System und die Parteien vielleicht zu bitten, mich einzubürgern. Ich bin der Überzeugung, daß ich meine Einbürgerung auf dem Schlachtfelde erworben habe und daß ich die Parteien, die seinerzeit den Krieg sabotiert und uns um die Erfolge unserer Opfer gebracht haben, überhaupt nicht zu bitten habe, daß sie überhaupt nicht berechtigt sind, jemand einzubürgern.

(Sehr richtig! von den anwesenden nationalsozialistischen Zuhörern. - Zuruf links: Joseph Goebbels[18]! - Abg[*eordneter*] Hennicke[19] zu den Soz[*ialdemokraten*]: Mensch, halt die Fresse da hinten! - Erregung.)

[*Vorsitzender:*] Die Besorgnis soll aus dem Grunde entstanden sein, daß man annahm, Sie könnten als Staatenloser[20] ausgewiesen werden?

Zeuge: Diese Besorgnis hatte ich. Denn ich glaube, die bayerische Regierung - ich kann das natürlich nicht bestimmt unter meinem Eide sagen, weil ich keinen Einblick habe in die innersten Absichten der bayerischen Regierung -, aber mir ist später von absolut vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, daß die bayerische Regierung im Jahre 1924 tatsächlich an eine Ausweisung gedacht hat, daß aber die österreichische Regierung erklärt hat, sie würde mich nicht über die Grenze lassen. Tatsächlich war die Grenze für mich gesperrt.

[*Vorsitzender:*] Herr Stennes hat hier erklärt, daß im Sommer 1930 - einen genauen Zeitpunkt kann er nicht angeben, er will aber unter "Sommer" auch den September mit verstanden wis-

---

hörige jüdischen Glaubens ermittelt, davon 75.600 Angehörige osteuropäischer Staaten. Während nach November 1918 die im April verfügte Grenzsperre gegen ostjüdische Arbeiter zunächst weiterbestand, garantierte der Erlaß des preußischen Ministers des Innern Wolfgang Heine (SPD) vom 1.11.1919 den bis zu diesem Zeitpunkt eingewanderten Ostjuden die Duldung. Ausgewiesen werden sollten nur rechtskräftig Verurteilte sowie Personen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erwarten ließen. Aufgrund der relativ strengen Bestimmungen des deutschen Einbürgerungsrechts - verlangt wurden beispielweise bei der Einbürgerung von Ostausländern in Preußen und Bayern eine Ansässigkeit im Inland von mindestens 20 Jahren - wurden nur wenige Ostjuden in Deutschland eingebürgert. Einer 1933 in der Reichskanzlei erstellten Statistik zufolge wurden von 1919-1931 129.517 Ausländer in Preußen eingebürgert, darunter lediglich 12.500 Ostjuden. Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

18 Vgl. Dok. 30, Anm. 16-18 und Dok. 36, Anm. 28.
Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der *Nationalsozialistischen Briefe*, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung *Der Angriff*, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

19 Paul Hennicke (1883-1967), 1919 Assessor bei der Eisenbahndirektion Erfurt, danach Tätigkeit im Reichsbahnausbesserungswerk Gotha, 1922 Eintritt in die NSDAP, Mitbegründer der Ortsgruppe Gotha, 1924-1927 und 1929-1933 MdL in Thüringen (Völkisch-Sozialer Block, seit 1926 NSDAP), 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, 1927 Stadtverordneter in Gotha, 1929 SS-Standartenführer, Führer der 14. SS-Standarte, 1933 SS-Oberführer, Führer des SS-Abschnitts XXVII, Reichsbahnrat, Thüringischer Staatsrat, 1934 SS-Brigadeführer, 1938 SS-Gruppenführer, 1942 SS- und Polizeiführer in Rostow, 1943 in Kiew, 1944 Tätigkeit im SS-Personalhauptamt, 1947/48 wegen Beteiligung an der Hinrichtung von Johann Maier und Josef Zirkl in Regensburg am 23./24.4.1945 angeklagt und freigesprochen, 1961 Verurteilung wegen Beteiligung an der Ermordung von Juden im Raum Kiew.

20 Vgl. Dok. 21, Anm. 8. Auch zum Folgenden.

sen[21] - in den Kreisen der Reichsleitung Ihrer Partei des öfteren über die Frage der Einbürgerung gesprochen worden sei[22]. Wissen Sie etwas von solchen Gesprächen?

Zeuge: Das ist schon möglich. Ich betonte schon, daß die Herren der Partei es als ein maßloses Unrecht und als eine absolut parteipolitisch einseitige und durch nichts gerechtfertigte Maßnahme angesehen haben, daß man mir als einzigem Deutschen, der ich 4 ½ Jahre an der Front gewesen bin[23], die Einbürgerung verweigerte. Das ist ohne weiteres denkbar. Ich persönlich habe mit Herrn Stennes nicht darüber gesprochen.

[*Vorsitzender:*] Haben Sie Herrn Pfeffer[24] von diesem Frickschen Versuche Kenntnis gegeben?

Zeuge: Nein. Ich glaube nicht. Ich kann mich nicht erinnern. Ich halte es für ausgeschlossen. Für mich war der Versuch sofort erledigt. Als ich von Gera wegging, war der Versuch praktisch für mich erledigt.

[*Vorsitzender:*] Die Herren Stennes und Pfeffer wollen sich mehrfach über diese Frage unterhalten haben. Es sei dabei aber immer zum Ausdruck gekommen, man könne vielleicht in Thüringen das machen, aber es sei vielleicht nicht notwendig; die politischen Ereignisse würden von selbst die Einbürgerung herbeiführen.

Zeuge: Über [*das,*] was die Herren Pfeffer und Stennes sich unterhalten haben, wird man aus deren Aussagen ersehen können. Ich bin darüber nicht im Bilde.

[*Vorsitzender:*] Wir wissen das von Herrn Stennes. Die Frage, die ich an Sie gerichtet habe, ging dahin, ob solche Unterhaltungen vielleicht veranlaßt worden sind durch Auskünfte, die Sie Herrn Stennes oder Herrn Pfeffer gegeben haben.

Zeuge: Von mir nicht. Ich habe keine Veranlassung gesehen, mich einbürgern zu lassen. Im übrigen war ich überzeugt, daß die Einbürgerung, wenn ich es für richtig und zweckmäßig hielte, so oder so vorgenommen werden würde. Ich hätte keine Sekunde gezögert, wenn ich

---

21 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

22 Stennes war am selben Tag durch den Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtags als Zeuge gehört worden, ohne jedoch viel zu dem Fall selbst mitzuteilen. Dabei hatte das *Montags-Blatt*, dessen Herausgeber Stennes bis Juni 1931 gewesen war, als erste Zeitung über eine mögliche Anstellung Hitlers im thüringischen Staatsdienst berichtet (vgl. Anm. 31). Auf Brills Fragen teilte Stennes aber lediglich mit, daß er während des Sommers 1930 in der Reichsleitung der NSDAP in München erfahren habe, "daß Erwägungen über die Einbürgerung des Herrn Regierungsrat Hitler schwebten". Hierbei habe "es sich nicht um offizielle Besprechungen, sondern um reine Privatunterhaltungen" gehandelt, wie er sie etwa mit dem damaligen Obersten SA-Führer von Pfeffer geführt habe. Er könne sich aber nicht erinnern, mit Hitler oder Frick über diese Angelegenheit gesprochen zu haben. Vgl. Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 7-13. Zu den möglichen Motiven von Stennes vgl. Dok. 9, Anm. 1.

23 Vgl. Dok. 4, Anm. 19.

24 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer, Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

persönlich es für richtig gehalten hätte, Herrn Dr. Frick zu sagen: Herr Minister, versuchen Sie sofort, soweit Sie in Ihrem Wirkungsbereiche die Möglichkeit haben, meine Einbürgerung herbeizuführen. Weil ich der Überzeugung bin, daß ich nur ein selbstverständliches Recht für mich in Anspruch genommen hätte, und zwar nicht von einem Vertreter des Systems, sondern von dem Minister, den ich persönlich letzten Endes präsentiert habe[25].

[*Vorsitzender:*] Ich habe keine Frage mehr an den Herrn Zeugen. Einer der Mitglieder des Ausschusses?

Abgeordneter *Gründler*[26]: Der Herr Zeuge hat wiederholt davon gesprochen, es sei ihm die Einbürgerung verweigert worden.

(Erregung unter den anwesenden Nationalsozialisten. Zuruf: Hände aus den Hosentaschen!)

Vorsitzender: Ich bitte, Ruhe zu halten. Sie sind hier Zuhörer.

Abgeordneter *Gründler* (zu den Nationalsozialisten gewendet): Bei Ihnen ist es wohl Mode, daß Sie die Hände an die Hosennaht nehmen? Bei uns ist das nicht so.

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Gründler, ich bitte, zur Fragestellung zu kommen.

Abgeordneter *Gründler*: Der Herr Zeuge hat wiederholt davon gesprochen, daß die Einbürgerung in Deutschland ihm verweigert worden sei. Soviel mir bekannt ist, erfolgt die Einbürgerung in Deutschland dergestalt, daß zunächst einmal ein Antrag auf Einbürgerung eingereicht werden muß. Wenn man es auf "deutsche Art" machen will, dann geht es meines Erachtens nicht an, daß man in jüdischer Art hinten herum Verhandlungen führt. Sondern dann muß man als deutscher Mann ...

Zeuge (in Erregung): Bin ich hier Zeuge oder kann ich hier verletzt werden! Ich lasse mich nicht verletzen[27].

(Erregte Zurufe von den Nationalsozialisten.)

---

25 Zu den Koalitionsverhandlungen, die nach der thüringischen Landtagswahl vom 8.12.1929 zwischen Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP geführt wurden und an denen sich Hitler im Januar 1930 persönlich beteiligte, vgl. Witzmann, Thüringen von 1918-1933, S. 153 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11.

26 Hermann Gründler (geb. 1897), Redakteur in Langenwetzendorf (Thüringen), 1920 Eintritt in die USPD, 1921-1933 MdL in Thüringen (USPD, seit 1922 SPD), 1935 vom Oberlandesgericht Jena in einem Verfahren gegen mehrere ehemalige Mitglieder der SPD freigesprochen.

27 Vgl. mit der Nachkriegsdarstellung Brills (Strom, S. 13): "Nun hatten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ein Abgeordneter tat das in verletzender Form. Darauf entstand ein ungeheurer Tumult im Saal. Der bis dahin zwar erregte, aber gebändigte Hitler gestikulierte wie ein afrikanischer Neger bei einem religiösen Tanz und schrie, als ob er körperlich verletzt sei. Seine Suite machte Anstalt, gegen einen Teil der Zuschauer tätlich zu werden. Mit starker Stimme brachte ich Hitler zur Ordnung zurück und sagte ihm, es sei nicht meine Absicht, Ordnungsstrafen auszusprechen, ich würde aber auch nicht davor zurückschrecken, es zu tun, wenn er nicht sofort die Würde des Gerichts wahre. Ich hatte in dieser Szene den Hysteriker Hitler ohne Maske gesehen."

[*Vorsitzender:*] Nur nicht so aufgeregt!

Zeuge (in großer Erregung zu dem Abgeordneten Gründler): Ich lasse mich nicht von Ihnen brüskieren! Nehmen Sie die Hände aus den Hosentaschen!
(Großer Lärm.)
Ich lasse mich hier nicht so behandeln.

Vorsitzender (zu den anwesenden Nationalsozialisten): Wenn Sie keine Ruhe halten, muß ich diejenigen, die nicht an der Verhandlung beteiligt sind, aus dem Saale entfernen lassen. Herr Gründler nimmt dieselbe Haltung ein, die Herr Dr. Frick vorhin gegenüber dem Ausschuß eingenommen hat[28].
(Lärmende Zurufe von den Nationalsozialisten.)
Herr Hennicke, ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen. (Abg[*eordneter*] Hennicke: Bitte! Mit Wonne!) Er verläßt den Saal.

Abgeordneter *Gründler*: Ich frage den Herrn Zeugen, ob er den geraden deutschen Weg eingeschlagen und einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hat.

Vorsitzender (zum Zeugen): Wollen Sie die Frage beantworten! Haben Sie einen solchen Antrag gestellt?

Zeuge: Ich habe durch zwei Herren fragen lassen, ob gegen einen solchen Antrag Einspruch erhoben werden würde oder nicht. Es wurde mir mitgeteilt: Jawohl, es wird Einspruch erhoben werden.

[*Vorsitzender:*] Das war kein Antrag.

Zeuge (in großer Erregung): Ich brauche nicht jede Woche zu bitten, daß mir von Parteien, die überhaupt kein Recht haben ...

[*Vorsitzender:*] Wir haben hier nur die Aufgabe, Tatsachen festzustellen...

Zeuge: Das sind Tatsachen.

[*Vorsitzender:*] ... und Tatsachen zu würdigen.

Zeuge: Inwiefern? Ich sehe nicht ein, inwiefern den Untersuchungsausschuß die allgemeine Frage meiner Einbürgerung angeht. Das geht Sie nichts an!

[*Vorsitzender:*] Das ist insofern wichtig, als der Schritt hier in Thüringen zu würdigen ist im Zusammenhang mit den allgemeinen Einbürgerungsversuchen.

---

28 Die *Frankfurter Zeitung* und die *Vossische Zeitung* berichten, daß Frick bei seiner Vernehmung permanent die Hände in den Hosentaschen behielt. Im Protokoll der Vernehmung des Zeugen Frick wird ferner deutlich, daß er versuchte, den Fragen des Untersuchungsausschusses mit einer gewissen Arroganz zu begegnen. Vgl. Anm. 2 sowie Thüringisches HStA Weimar, Landtag von Thüringen, Nr. 196, Bl. 15-40.

Zeuge: Nein, das ist gar kein Zusammenhang.

Abgeordneter *Mäder*[29]: Der Herr Zeuge hat vorhin erklärt, er hätte seine Ernennung zum Polizeikommissar in Hildburghausen deshalb nicht für opportun gehalten, weil er der Meinung gewesen sei, daß ihm auf solchem Wege die Staatsangehörigkeit nicht zu verleihen sei; sondern, wenn er es für notwendig halte, diese Staatsangehörigkeit zu erwerben, dann würden sich schon die geeigneten Mittel und Wege gefunden haben. Ich habe die Frage an den Herrn Hitler zu richten, ob vielleicht auch die Erwägung eine Rolle gespielt hat, daß Herr Hitler für das verantwortungsvolle und schwierige Amt eines Polizeikommissars ...

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Eine Frechheit!)

... in persönlicher und fachlicher Beziehung gar keine Voraussetzungen mitbringt. Im Programm ...

Vorsitzender (unterbrechend): Einen Augenblick! Die Frage braucht nicht weiter begründet zu werden. Ich bitte auf die Frage zu antworten, Herr Zeuge: Ist zwischen Ihnen und Herrn Dr. Frick die Frage der besonderen Eignung und Leistungsfähigkeit erörtert worden?

Zeuge: Nein.

[*Vorsitzender:*] Der Zeuge beantwortet die Frage mit Nein.

Abgeordneter *Frölich*[30]: Der Zeuge Dr. Frick hat vorhin erklärt, daß er Herrn Hitler eine Urkunde ausgehändigt habe. Der Zeuge Herr Hitler hat hier angegeben, er habe diese Urkunde vernichtet. Ich möchte den Herrn Zeugen fragen, ob Herr Dr. Frick bei Aushändigung der Urkunde ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß es sich hier um ein amtliches Dokument handelte.

Zeuge: Darauf kann ich mich heute nicht besinnen. Ich stehe unter Eid. Es sind zwei Jahre seitdem vergangen. Sie können nicht verlangen, daß ich nun plötzlich an Einzelheiten, an Details mich erinnere, die ich natürlich damals persönlich als gänzlich belanglos angesehen habe, weil ich entschlossen war, die Sache nicht anzunehmen.

29 Erich Mäder (1897-1934), 1915 Verwaltung einer Schulstelle in Thonhausen bei Altenburg, 1919 Volksschullehrer in Rositz und Zschernitzsch bei Altenburg, seit 1922 in Altenburg, 1920 Eintritt in die DDP, 1921 Eintritt in die SPD, 1922 Mitglied des Stadtrats von Altenburg, 1926 Mitglied der Freidenker-Delegation in die UdSSR, 1929-1933 MdL in Thüringen (SPD), 1930 Versetzung in den Wartestand, 1931 Wiedereinstellung in den Schuldienst, 1933 aus dem Schuldienst entlassen, in einer SA-Kaserne inhaftiert, 1934 an den Folgen der Mißhandlungen gestorben.

30 August Frölich (1877-1966), Eisendreher in Enkenbach (Pfalz), 1895 Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, 1899-1901 Bezirksleiter in Berlin-Moabit, 1900 Eintritt in die SPD, 1906-1914, 1916-1918 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands Altenburg, 1913 Stadtverordneter in Altenburg, 1918/19 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Altenburg, 1919/20 MdL in Sachsen-Altenburg, Staatsrat, 1920-1933 MdL in Thüringen (SPD), 1920-1923 thüringischer Wirtschaftsminister, 1921-1923/24 zugleich thüringischer Ministerpräsident, 1924-1933 MdR, 1933, 1938 und 1944/45 jeweils mehrere Monate inhaftiert, 1945 Wiedereintritt in die SPD, Vorsitzender der thüringischen SPD, 1946-1952 MdL in Thüringen (SED), Landtagspräsident, Mitglied der Landesleitung Thüringen der SED, 1950-1958 Alters- und Vizepräsident der Länderkammer der DDR.

[*Abgeordneter Frölich*:] Herr Dr. Frick hat weiter ausgesagt, daß er die Aushändigung der Urkunde sich von Ihnen habe bestätigen lassen und daß er von Ihnen die unterschriebene Empfangsbescheinigung erhalten habe.

Zeuge: Darauf kann ich mich nicht besinnen. Ich kann mich nicht erinnern.

[*Abgeordneter Frölich*:] Sie haben den ganzen Vorgang nicht für so wichtig gehalten, daß Sie ihn ernstlich im Gedächtnis behalten hätten?

Zeuge: Nein. Man wußte nicht, daß später in Thüringen ein Untersuchungsausschuß kommen werde, der einem diese Frage vorlegen würde. Sonst hätte ich die Dinge im Gedächtnis behalten. Für mich war die Sache gänzlich belanglos.

Vorsitzender: Man wußte noch weniger, daß die Sache in der Presse behandelt und daß dadurch die Veranlassung zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegeben werden würde[31].

Zeuge: Natürlich! Ich habe das auch für gänzlich unmöglich gehalten, nachdem ich das abgelehnt hatte.

[*Vorsitzender:*] Sie sagten schon vorhin im Zusammenhang: Sie erinnern sich nicht, eine solche Empfangsbescheinigung unterschrieben zu haben.

Abgeordneter *Heilmann*[32]: Mir fällt eines auf: Herr Dr. Frick hat unter seinem Eide ausgesagt, daß Herr Hitler vorher keine Kenntnis gehabt habe von den Maßnahmen, die Herr Dr. Frick

31 Das ursprünglich von dem nationalsozialistischen Renegaten Stennes gegründete *Montags-Blatt* hatte erstmals am 1.2.1932 kurz erwähnt, daß Hitler "in einem deutschen Lande bereits von einer nationalsozialistischen Regierung - wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten - eingebürgert" worden sei. Daraufhin erkundigte sich ein Journalist der *Frankfurter Zeitung* beim thüringischen Innenministerium, was es mit dieser Meldung auf sich habe. Das Ministerium dementierte zunächst diese Nachricht. Die 1930 mit dem Fall befaßten Beamten, Ministerialrat Ernst Guyet und Oberregierungsrat Haueisen, sahen jedoch nun den Moment gekommen, um ihre Dienstverschwiegenheit in dieser Sache zu brechen, zu der sie von Minister Frick verpflichtet worden waren. Noch am Abend des 1.2.1932 informierten sie den thüringischen Innenminister Wilhelm Kästner über Fricks damaliges Vorgehen. Die "Köpenickiade von Schildburghausen" sorgte in der Presse für großes Aufsehen und veranlaßte den Thüringer Landtag, am 18.2.1932 dem Antrag der SPD stattzugeben und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Vgl. Overesch, Einbürgerung Hitlers, S. 547 ff.; BA, NL Pünder 97. Ferner Frankfurter Zeitung vom 4.2.1932 (1. MA), "Gendarmeriekommissar Hitler?" und "Über die Hintertreppe, Herr Hitler?"; vom 4.2.1932 (2. MA), "Gendarmeriekommissar Hitler?"; vom 5.2.1932 (1. MA), "So hat Herr Frick regiert"; vom 6.2.1932 (1. MA), "Hitler ist staatenlos" und "Bitte keine Legenden!".

32 Friedrich Wilhelm (Fritz) Heilmann (1892-1963), Vergolder, 1910 Eintritt in die SPD, 1911 Jugendfunktionär in Hannover, 1915 Inhaftierung wegen Antikriegspropaganda, 1918 Mitglied des Spartakusbundes, dann der KPD, 1919-1921 Mitglied des Reichsausschusses der KPD, bis 1920 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD), 1921/22 Sekretär des KPD-Oberbezirks Mitteldeutschland, 1922/23 Politischer Leiter des Bezirks Baden, 1923-1929 Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* (Mannheim), der *Freiheit* (Düsseldorf) und des *Thüringer Volksblatts* (Gotha), 1929-1933 MdL in Thüringen, ab 1930 Fraktionsvorsitzender, 1933 Emigration in die UdSSR, 1935 Gastdelegierter auf der Brüsseler Konferenz der KPD, Mitarbeiter der Internationalen Roten Hilfe, seit 1936 Sprecher deutschsprachiger Sendungen von *Radio Moskau*, 1939 offizielle Ausbürgerung aus Deutschland, 1943-1945 Redakteur und Sprecher des Sender *Freies Deutsch-*

hier mit dem Ziele der Einbürgerung Hitlers getroffen hat. Nun entsinne ich mich aber, daß Herr Hitler - ich weiß nicht, bei welcher Gelegenheit - in einer Rede oder in einer Aussage vor Gericht einmal erklärt hat, es geschehe in seiner Partei nichts ohne sein Wissen, und er hat noch hinzugefügt: nichts geschehe, ohne daß er es ...

Zeuge: Sie müssen mir schon verzeihen ...

Vorsitzender: Herr Zeuge, ich wollte eben darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses nicht plädieren dürfen, sondern sich beschränken müssen auf die Stellung konkreter Fragen. Ich bitte also, Herr Abgeordneter Heilmann, die Frage zu formulieren.

Abgeordneter *Heilmann*: So hat Herr Dr. Frick unter seinem Eide ausgesagt. Ich habe mich berufen auf die Rede des Herrn Hitler, in der er diese Äußerung getan hat. Ich stelle das in Zweifel. Darum richte ich die Frage an den Zeugen Hitler, ob er nichts davon gewußt hat.

Vorsitzender (zum Zeugen): Sie wollen bei Ihrer Aussage bleiben: Es ist in der Zeit zwischen dem Versuche 1929 in Bayern und dem thüringischen Versuche zwischen Ihnen und Herrn Dr. Frick in dieser Sache nicht verhandelt worden?

Zeuge: Nein!

Der Vorsitzende stellt fest, daß weitere Fragen an den Zeugen nicht zu stellen sind und daß der Ausschuß damit einverstanden ist, daß die Zeugen Dr. Frick, Hitler und Stennes entlassen werden.

Der Zeuge Hitler und die Nationalsozialisten verlassen den Saal[33].

---

land, 1945 Chefredakteur der *Thüringer Volkszeitung*, 1946-1952 MdL in Thüringen (SED), 1947-1950 Landtagsvizepräsident, 1952/53 Mitglied der Bezirksleitung Erfurt der SED.

33 Nach Hitler wurde noch MdL und Gauleiter Fritz Sauckel als Zeuge durch den Untersuchungsausschuß vernommen.

15. März 1932 Dok. 50
"Unser Sieg!"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar[2]

Der Nationalsozialist vom 17.3.1932, "Angriff und Kampf bis zum Siege! Neue Proklamationen des Führers in Weimar"[3].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Sie kennen ja den komischen Anlaß, der mich heute hierher geführt hat[4].

Ich weiß nicht, ob es die Sehnsucht, sich zu blamieren, war oder die Sehnsucht nach Tagegeldern, die die letzte Ursache für den Untersuchungsausschuß gewesen ist.

Er ist in meinen Augen nur eine Demonstration gewesen ebenso für die "Würdigkeit" des Parlaments wie für die Notwendigkeit, sich mit dieser *komischen Einrichtung* auseinanderzusetzen. Es ist ja für uns im Allgemeinen *nicht ehrenvoll,* die illustren Gegner zu betrachten, mit denen uns leider das Schicksal gesegnet hat. Es ist wirklich nicht ehrenvoll! *Es gab geschichtliche Epochen, in denen die Stürmer und Kämpfer auch selbst wieder respektable Gegner gegenüber hatten. Wenn ich mir das Zeug ansehe, was uns leider Gottes das Schicksal als Gegner vorgesehen hat, so muß ich sagen: Eigentlich haben wir das wirklich nicht verdient! Es wäre schon wirklich schöner, wenn man achtenswerten Kämpfern sich gegenüber sähe und nicht diesem Zeug, dieser Fabrikware der Natur*[5]*!* (Anhaltender Beifall.)

Das ist auch der einzige Grund, weshalb wir uns eigentlich *verrechnet* haben[6]. Ich hielt es wirklich einfach nicht für möglich, daß die große "sozialistische, revolutionäre, volksbefreiende" Sozialdemokratie bis zum letzten Mann, ja sogar ein großer Teil der KPD wirklich bei der

---

1 Titel laut Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar.

2 In der Weimarhalle, nach 21.30 Uhr. An der Versammlung, die um ca. 20.30 Uhr von MdL und Gauleiter Sauckel eröffnet wurde, nahmen, dem Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar zufolge, 4.000 (*VB*: 5.000) Personen teil, die sich auf 2.300 Sitzplätze verteilten. Nach Sauckel sprachen MdR Frick sowie MdR und Gauleiter Goebbels. Hitlers 90minütige Rede bildete den Abschluß der Veranstaltung. Frick meinte in seiner Rede, daß die NSDAP "ihren Kampf in echt Goetheschem Geiste" führe: "'Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten.'"

3 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 16.3.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung in der Weimarhalle"; Der Angriff vom 16.3.1932, "Adolf Hitler in Weimar"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 16.3.1932, "Hitler spricht in Weimar"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 16.3.1932, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; Weimarische Zeitung vom 16.3.1932, "'Der Kampf geht weiter - bis zum Endsieg'"; VB vom 17.3.1932, "Eine ungeheure Blamage des Thüringer Untersuchungsausschusses gegen Dr. Frick"; Bericht der Thüringischen Polizeidirektion Weimar für die Woche vom 14.3. bis 20.3.1932 o. Nr. vom 21.3.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 164. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

4 Vgl. Dok. 49.

5 Vgl. auch Goebbels' Tagebucheintrag zum 15.3.1932: "In Weimar großer Trubel. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß kläglichsten Formats sitzt über die Hildburghausener Affäre zu Gericht. Das ist doch wirklich Fabrikware, die in diesen Schwatzbuden herumhockt." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 142.

6 Zur damaligen Erwartungshaltung der NSDAP vgl. Dok. 46 und Dok. 47, Anm. 7.

Wahl für Hindenburg stimmen könnte[7]. Wir gestehen offen, daß wir uns hierin getäuscht haben. Daß die Herren *Angst* haben vor mir, das habe ich gewußt.

Nicht gewußt habe ich, daß die Herren aber soviel Angst hätten und daß ihnen die Angst so in den Knochen sitze, daß sie bis zum letzten Mann hinliefen. (Lebhafter Beifall.)

Stolz darauf können wir eigentlich alle sein. Nach einem Kampf von kaum 12 bis 13 Jahren haben wir dieses Wunder fertiggebracht, daß sie vor einer Bewegung - und ich kann stolz sagen, vor einem Manne - *diesen heillosen Respekt* besitzen, *daß sie weder Prinzipien, noch Versicherungen, noch Erinnerungen, noch Tradition mehr kennen, sondern nur einen einzigen Ruf:*

"Rette sich, wer sich retten kann!" (Stürm[*ischer*] Beifall.)

Wenn ich dann weiter die *ungleichen Waffen* ansehe, mit denen wir kämpfen mußten: auf der einen Seite die *Verfemten* und die *Kopflosen*, auf der anderen Seite die *großmächtigen Repräsentanten* des Staates, Minister, Reichskanzler - alle in ihrer Eigenschaft selbstverständlich nur als *Staatsbeamte*, nicht etwa als Agitatoren oder gar als Kandidaten - wenn ich weiter bedenke die Einseitigkeit der Kampfmittel, den *Rundfunk*, das *Kino* auf der einen Seite[8], und auf der anderen Seite das alles nicht[9], wenn ich weiter die *Macht* auf der anderen Seite betrachte, alles zu verbieten, was eben wirklich schlagend ist[10], und die andere Seite leider Gottes *diesem Terror ausgeliefert* sehe, und wenn ich weiter diese bewunderungswürdige Zahl der Gegner mir betrachte: das Zentrum, die Bayrische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner[11], die "Eiserne" Front[12], die ganzen Gewerkschaften,

7 Interpretiert man die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 unter regionalen Aspekten, wird der starke Rückhalt deutlich, den Hindenburg unter den sozialdemokratischen Wählern besaß. Bei dieser Unterstützung dürfte es sich um einen jener Faktoren gehandelt haben, "die Hindenburg am meisten zugute kamen" (Winkler, Katastrophe, S. 519).
Hatten bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 4.590.160 Wahlberechtigte (13,1%) KPD gewählt, so stimmten beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 4.983.341 Wähler (13,2%) für den Kandidaten Ernst Thälmann. Ungeachtet eines Anstiegs der Wahlberechtigten um etwa eine Million war der Anteil der kommunistischen Wähler beinahe gleichgeblieben. Während der erhoffte Zulauf von unzufriedenen sozialdemokratischen Anhängern ausgeblieben war, hatten sich im Spektrum zwischen SPD und KPD lediglich zwei kleinere Gruppierungen, die Sozialistische Arbeiterpartei und der Internationale Sozialistische Kampfbund, für Thälmann ausgesprochen. Vgl. Winkler, Katastrophe, S. 519 ff. Zahlen in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546 f.; 1932, S. 541 ff.; Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46, 72.

8 Vgl. Dok. 48, Anm. 3.

9 Vgl. Dok. 39, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 51.

10 Vgl. Dok. 47, Anm. 3.

11 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde am 22.2.1924 als "Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer" in Magdeburg gegründet, um - so der Gründungsaufruf - "die Gegner der Republik niederzukämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen". Obwohl die Bundessatzung auf den überparteilichen Charakter des Verbandes Wert legte, waren fast 90% aller Reichsbanner-Angehörigen Mitglieder oder Sympathisanten der SPD, während sich der Vorstand des Reichsbanners etwa zu ⅔ aus Sozialdemokraten zusammensetzte. Bundesvorsitzender war ab 1924 der Magdeburger Oberpräsident Otto Hörsing, der 1932 durch den Chefredakteur der *Magdeburger Volksstimme* Karl Höltermann ablöst wurde. Das Reichsbanner, das sich zunächst auf propagandistische Aktivitäten konzentrierte, entwickelte sich schon bald zu einem der stärksten politischen Kampfbünde; offiziell gehörten ihm etwa 3,5 Millionen, de facto vermutlich eine Million Mitglieder an, die insgesamt in 32 Gauen organisiert waren. Der sich verschärfenden innenpolitischen Auseinandersetzung suchte das Reichsbanner ab 1930 durch die Bildung von paramilitärisch ausgebildeten Schutzfor-

christliche Gewerkschaften[13], freie Gewerkschaften, völkische Organisationen, DHV[14] usw., wenn man diesen ganzen Rattenschwanz von Parteien, Verbänden und Vereinigungen ansieht[15],

dann kann man stolz sein, daß diesem ganzen zusammengeworfenen Gemengsel gegenüber wir Nationalsozialisten ganz allein 11,3 Millionen aufbrachten[16] *und heute diesen ehrwürdigen Überresten einer Vergangenheit gegenüber nach einem kaum 13jährigen Kampfe aus gar nichts heraus immerhin die größte deutsche Partei aufstellen konnten, die jemals existiert hat*[17].

Ich weiß genau, daß vielleicht bei dem einen oder dem anderen unter denen, die mich nicht kennen und die uns nicht kennen, die Meinung aufgekommen ist: *Nun werden sie genug haben.*

Meine Volksgenossen! Ich darf Ihnen hier eine Versicherung geben. Ich habe in meinem ganzen Leben immer erklärt, daß für mich überhaupt *kein Tag die Beendigung des Kampfes* bringt, sondern, daß *am nächsten Tag der Kampf weitergeht.* Vor allem kann ich Ihnen eine Versicherung geben:

Ich habe mich in einen Gegner verbissen, und sie bringen mich von diesem Gegner nicht mehr los, und wenn ich heute angegriffen habe, so werde ich morgen wieder angreifen und

---

mationen (Schufo) entgegenzuwirken, ein Versuch, der letzten Endes ebenso erfolglos blieb wie die auf Initiative des Reichsbanners erfolgte Gründung der Eisernen Front im Dezember 1931. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

12 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

13 Zu Entwicklung, Organisation und Profil der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik vgl. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 442 ff.

14 Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) war am 7.9.1893 als Deutscher Handlungsgehilfen-Verband gegründet worden. Der straff antisemitisch und nationalistisch ausgerichtete Berufsverband, der sich erst seit 1919 als Gewerkschaft bezeichnete, wollte die soziale Situation der Angestellten verbessern, aber auch, so die Satzung, "dem Eindringen der Socialdemocratie in den Kaufmannsstand [...] wehren". Der Verband, der von 1909 bis 1933 von Hans Bechly sowie dem Vorstandsmitglied Max Habermann geleitet wurde, konnte seine Mitgliederzahl von 242.446 (1923) auf 403.112 (1932) steigern und wurde damit zur mitgliederstärksten deutschen Angestelltengewerkschaft. Stand der DHV zu Beginn der Weimarer Republik der DNVP und DVP nahe, so suchte er sich 1930/31 der NSDAP anzunähern. Nachdem dieses Taktieren zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt hatte, vollzog die Leitung des DHV mit ihrer Erklärung vom Februar 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs den Bruch mit Hitler. Vgl. Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967. Ferner Bd. IV/2, Dok. 66.

15 Hindenburgs Kandidatur zur Wiederwahl als Reichspräsident wurde von den meisten Parteien und Verbänden zwischen SPD und Konservativer Volkspartei unterstützt. Neben diesen beiden Parteien zählten dazu DstP, Zentrum, Wirtschaftspartei, das Deutsche Landvolk, DVP und BVP, ferner u. a. der Christlich-soziale Volksdienst (Evangelische Bewegung), die Volksrecht-Partei, die Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen), der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Jungdeutsche Orden, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Reichskriegerbund "Kyffhäuser" und die Eiserne Front. Die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse legten allerdings Wert darauf, den Wahlkampf für die Wiederwahl Hindenburgs überparteilich zu führen. Deshalb beschränkten sich die Parteien und Verbände, die sich für Hindenburg einsetzten, auf separate Wahlempfehlungen. Vgl. Hubatsch, Hindenburg und der Staat, S. 312 ff. Ferner Buchstab u. a. Hrsg., Radikalismus, S. 63 ff.

16 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

17 Die bislang höchste Stimmenzahl, die eine deutsche Partei seit 1919 erhalten hatte, war die SPD; diese hatte bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 11.509.100 Stimmen erhalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 541.

übermorgen abermals. Sie müßten mich töten, ehe sie mich von diesen Feinden Deutschlands wegbringen. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Im Gegenteil! Wenn ich heute sehe, daß ein Angriff sie noch nicht gestürzt hat, dann werde ich in derselben Sekunde *den nächsten Angriff projektieren,* und es wird so lange weitergehen, bis dieses System und seine Parteien und seine Männer doch am Boden liegen. *Es ist am Ende gleichgültig, ob dieser Tag morgen oder übermorgen oder in einem Jahre oder in 10 Jahren kommt. Der Tag wird kommen!* Ich bin überzeugt, daß dieser Geist auch heute schon *der Geist unserer ganzen Partei* ist[18]. Sie haben in uns einen Feind, den sie *niemals abschütteln* können. *Durch gar nichts!* Das, was uns einst um den Sieg gebracht hat, der *Mangel an Beharrlichkeit*[19], an dieser *bulldoggenmäßigen, unerschütterlichen Entschlossenheit,* das besitzen wir heute umgekehrt im größten Maßstabe. Wir hätten die Erfolge, diese wundervollen Erfolge, in 13 Jahren aus gar nichts die größte deutsche Bewegung aufzubauen, nie erreichen können, *wenn wir selbst Konjunkturschwankungen* jemals erlegen wären, wenn wir auf der einen Seite auch nur *einmal Opportunisten* gewesen wären oder auf der anderen Seite durch irgendein Ereignis uns als besiegt hätten erklären lassen oder selbst als besiegt erklärt hätten.

Ich darf daran erinnern, daß es eine Zeit gab, da wurde meine Bewegung zerschlagen[20]. Ich kam in das Gefängnis und mußte nun 13 Monate in diesem Gefängnis sein[21].

Ich kann Ihnen versichern, in diesen 13 Monaten habe ich auch nicht eine Sekunde daran gezweifelt, daß das Werk doch gelingen werde und ich es wieder aufbauen werde zur Rettung des deutschen Volkes. (Lebhafte Heilrufe.)

Sie können meinetwegen alles erwarten, eines werden Sie nie erleben, nämlich daß, solange ich lebe, diese Partei kapituliert. (Tosender Beifall.)

Eine *Unterwerfung wird es nie geben,* am wenigsten in einem Augenblick, da ich so recht ermesse, *was wir eigentlich erreicht haben.* Trotz aller dieser Widerstände, trotz dieser summierten Zahl von Gegnern, trotz der Einseitigkeit der Anwendung der Gesetze, trotz unserer Rechtlosigkeit und trotzdem der ganze Kampf *bis in die Reihen unseres politisierten Priestertums*[22] hineinreicht, *haben wir in ganz Deutschland die Anhänger unserer Partei nahezu verdoppelt*[23]. In dem Augenblick, in dem ich mir das überlegt habe, war es mir klar, *daß das Schicksal es vielleicht wieder einmal so haben wollte, daß wir allein in diese Schlacht ziehen mußten, damit man auch sieht, wo die stärkeren Bataillone sind*[24]. (Beifall.)

18 Vgl. Dok. 47, Anm. 7 sowie Dok. 55, Anm. 6.

19 Anspielung auf das Ende des Ersten Weltkriegs. Vgl. auch Dok. 32, Anm. 12.

20 Die NSDAP wurde in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten. Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde ihr gesamtes Vermögen konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in München (Corneliusstr. 12) erfolgte am 10.11.1923. Hitler wurde tags darauf in Uffing am Staffelsee verhaftet. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 26 ff.; Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

21 Vgl. Dok. 29, Anm. 30.

22 Gemeint sind Zentrum und BVP.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 4.

24 Anspielung auf das Sprichwort: "Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen", das meist auf einen Brief Friedrichs II., des Großen (1712-1786) an die Herzogin Luise Dorothea von Gotha vom 8.5.1760 zurückgeführt

So war es vielleicht auch notwendig, daß sich dieses Resultat ergab, damit man weiter sah, *wo die stärkeren und unerschütterlicheren Herzen sind.* Auch das scheint wichtig zu sein, daß endgültig vor der Geschichte festgestellt wird:

Wenn man von einer nationalen Opposition[25] *redet, dann sind die geistigen Träger des ewigen Widerstandes, des unermüdlichen Angriffs, der nie zu brechenden Zuversicht und der ewigen Angriffslust immer wir, sonst niemand*[26].

Die Geschichte, so glaube ich, wird dann auch denen unbedingt die Ehre der Führung geben, die für sich immer als selbstverständliche Ehre *das Recht des Vorantritts im Kampf* in Anspruch genommen haben.

In dem Augenblick, wo wir die Resultate erhielten, war es für uns klar:

Es wird weitergekämpft und immer weitergekämpft!

Und wenn nur *3 Millionen* Stimmen für mich abgegeben worden wären, *am nächsten Tage hätte der Kampf genauso begonnen.*

Wir werden weiterkämpfen und haben die Zuversicht, daß uns jeder Kampftag am Ende doch unserem Ziele nähergebracht hat. Er wird uns unserem Ziele Schritt für Schritt näherrükken. Das Schicksal mag mit uns vorhaben, was es will. Wir wollen jedenfalls der Worte des großen Königs eingedenk sein, der einst erklärte: *Daß ich lebe, ist nicht wichtig, wohl aber, daß ich meine Pflicht erfülle*[27]*! Und so wollen auch wir sagen:*

Ob wir heute oder morgen siegen, ist nicht das Wesentliche, sondern das Wesentliche ist, daß wir unsere Pflicht erfüllen und in keiner Sekunde die Entschlossenheit im Kampf um den Sieg aufgeben, mag auch kommen was will.

Dazu fordere ich Sie, die Sie als Nationalsozialisten hier sind, auf, daß Sie den Geist in sich aufnehmen und unerschütterlich in Ihrem Inneren bewahren und daß Sie von diesem

---

wird: "[...], je ne saurais me désabuser du préjugé dans lequel je suis que à la guerre Dieu est pour les gros escadrons." Druck: Briefe Friedrichs des Großen, Bd. II. Hrsg. von Max Hein, Berlin 1914, S. 72 f.

25 Der Begriff "Nationale Opposition" war eine Sammelbezeichnung für verschiedene Parteien und Gruppierungen des rechten Lagers, zu denen vor allem DNVP, Stahlhelm, NSDAP, die Vereinigten Vaterländischen Verbände, der Reichslandbund, der Alldeutsche Verband aber auch andere gerechnet wurden. Ihre verbindende Klammer war ihre gemeinsame Frontstellung gegenüber dem bestehenden Staat: Bei der Vorbereitung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan hatten diese Gruppen erstmals diese Form der Kooperation erprobt, um kurz darauf wieder auseinanderzufallen. Zu einer erneuten Zusammenarbeit kam es ab Sommer 1931, die schließlich am 11.10.1931 mit der groß inszenierten Tagung der Nationalen Opposition in Bad Harzburg ihren Höhepunkt fand. Die Spannungen, die bei dieser Veranstaltung jedoch zutage traten, führten noch im selben Jahr zu einem erneuten Zerfall dieses Zweckbündnisses. Vgl. Bd. III/2, Dok. 29, 50, 59, 71, 88 ff., 97 , 99, ff.; Bd. III/3, Dok. 31; Bd. IV/2, Dok. 12, 43 f., 82. Ferner Dok. 7 dieses Bandes.

26 DNVP und Stahlhelm hatten sich für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zusammen mit einigen rechten Splittergruppen zum "Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot" zusammengeschlossen. In ihrem Wahlaufruf vom 23.2.1932 nominierten sie den Zweiten Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, zu ihrem Kandidaten. Während des Wahlkampfs warben weitere rechte Splittergruppen für Duesterberg wie etwa der Königin-Luise-Bund, der Thüringische Landbund, der Nationale Deutsche Automobilclub, der Deutschnationale Arbeiterbund, der Württembergische Jung-Bauern-Bund, die Werksgemeinschaftsjugend und andere mehr. Druck des Wahlaufrufs: Ursachen und Folgen, Bd. VIII, S. 395 f. Zur Werbung vgl. z. B. die Anzeigen in den Zeitungen *Der Tag* und *Neue Preußische Kreuz-Zeitung.*

27 Der preußische König Friedrich II., der Große, schrieb am 7.9.1776 an den französischen Schriftsteller Voltaire: "Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich handle." Druck: Otto Bardong (Hrsg.), Friedrich der Große. Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. XXII, Darmstadt 1982, S. 491 f.

Geist erfüllt mit der Zähigkeit von Doggen den Gegner sofort wieder anfallen. Ich fordere besonders Sie, meine Bezirksführer, auf, daß Sie unermüdlich sofort wieder die Angriffsschlacht einleiten, genauso, wie auch wir es augenblicklich taten, als die Ergebnisse bekannt wurden[28], wie auch wir sofort die ersten Nächte wieder durchgearbeitet haben, um schnellstens wieder alles in Ordnung zu bringen. Unsere weiteren Schläge werden besser sein und noch besser treffen als unsere ersten[29]. Am Ende wird diese unerschütterliche Zähigkeit und dieser unerschütterliche und durch gar nichts zu brechende Wille doch auch den Sieg erringen.

Denn ich glaube daran, daß es eine höhere Gerechtigkeit gibt, die die Menschen nach ihrem inneren Wert abwägt, die sie prüft, vielleicht herben Schlägen aussetzt, um festzustellen, ob sie wirklich würdig und ihrem Herzen nach berufen sind, große Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Ich glaube nicht daran, daß irgend etwas Großes einem jemals *geschenkt* werden könnte, ich glaube schon deshalb nicht daran, weil das, was geschenkt wird, von Menschen niemals die genügende Würdigung erfährt.

Die Freiheit eines Volkes ist ein unendlich großes und kostbares Gut. Dieses Gut wird erst dann so ganz begriffen werden, wenn einem Volk die Opfer, die es für dieses Gut zu bringen hatte, lebendig vor Augen stehen. Ich glaube nicht, daß des deutschen Volkes Freiheit uns durch irgendein Wunder beschert wird, ich glaube nicht daran, daß, selbst wenn das der Fall wäre, unser Volk würdig genug sein könnte, diese Freiheit zu verdienen. Aber ich glaube, daß, wenn aus unzähligen Kämpfen und ewigen Schicksalsschlägen am Ende doch ein Geschlecht erwächst, das unerschütterlich an den Sieg glaubt und sich unentwegt dafür einsetzt, dann eines Tages diese höhere überirdische Gerechtigkeit letzten Endes die Feststellung treffen wird: Nun seid Ihr reif, nun mag das Schicksal seinen Lauf nehmen, nun gebe ich Euch den Feind in Eure Hand, nun richtet! (Rasender Beifall.)

So kann ich Sie jetzt nur auffordern: Lassen Sie die Herzen nun höher schlagen, reißen Sie sich empor! Wir sehen hinter uns eine siegreiche Schlacht, aber sie hat nicht das Ende gebracht, sondern nur die Verpflichtung, *nun erst recht mit doppelter Energie und Kraft weiterzukämpfen.*

Die Nation liegt vor uns.

Die Lügen der Gegner werden genauso zuschanden wie alles andere. *Bleiben wird die Verpflichtung, dieser Nation zu helfen.* Wenn wir diese Fragen in einem Zuge zu lösen nicht in der Lage wären, wer sollte sie dann lösen? Etwa dieses erbärmliche Gemengsel, das sich heute in Deutschland als unser Gegner ankündigt, dieses Gemengsel von Parteien, Grüppchen, Gewerkschaften usw.? Glauben Sie, daß diese vom Schicksal dazu bestimmt sein könnten, unsere Nation zu retten oder auch bloß zu repräsentieren? *Ich glaube keine Sekunde daran.*

Das Schicksal hat uns so groß werden lassen, um uns zu zeigen, daß es uns auserwählt hat.

---

28 Vgl. auch Goebbels' Tagebucheintrag zum 13.3.1932, in dem er Verzweiflung und Resignation schildert, die sich nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse in der nationalsozialistischen Führung breit machten; über Hitlers Reaktion schreibt Goebbels: "Er hat absolut die Fassung behalten und steht über der Situation. [...] Wenn wir jetzt trotzig wieder an die Arbeit gehen, dann können wir die Scharte auswetzen. Der Führer ist auch sofort dazu entschlossen. Er zögert keinen Augenblick, den Kampf aufs neue aufzunehmen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 140 f. Ferner Dok. 47, Anm. 7.

29 Vgl. Dok. 55, Anm. 6, Dok. 58 und 65.

Die Not ist groß[30] und sie wird sich noch steigern. Die Lügen der Gegner werden durch die Wirklichkeit ihre Widerlegung finden. Bei *uns* liegt es, diese Erscheinungen zu deuten und *dem deutschen Volke die Augen zu öffnen,* um es zu überzeugen, was wirklich ist, *damit unser Wille sich langsam umsetzt in den Willen des ganzen deutschen Volkes.*

Dann kommt die Stunde, so oder so, dann kommt der Tag, an dem zum letzten Mal nicht nur gekämpft wird, sondern auch die Glocken anschlagen werden zum letzten großen Sieg, dem Sieg, der uns die Macht und Möglichkeit gibt, das zu verwirklichen, was wir im Rahmen unserer Bewegung im deutschen Volke zu verwirklichen begonnen haben.

Ein Volk, eine einzige Gemeinschaft, erfüllt von leidenschaftlichem Freiheitsdrang, entschlossen, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, eisern im Herzen, brutal in der Entschlossenheit, zäh in der Durchführung, immer beseelt von einem einzigen, ganz großen Willen.

Wir leben vielleicht in der historisch größten Zeit unseres Volkes. Noch niemals hat der Himmel Deutschland so aufleben lassen.

Sorgen wir dafür, daß das Aufleben von jetzt zu einer ganz großen Erhebung wird! Uns muß dann am Ende doch der große Sieg sein[31]*!*

17. März 1932 Dok. 51

Schreiben an die Nordische Rundfunk A. G.[1], Hamburg

Masch. Abschrift; StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, Z II Ba 1, Bd. 7[2].

Hiermit stelle ich den Antrag, mir in meiner Eigenschaft als Reichspräsidentschaftskandidat[3] die Möglichkeit zu geben, durch eine Rundfunkrede zu dem deutschen Volk zu sprechen. Ich bitte deshalb um Angabe von Tag und Stunde, wann ich diese Rede halten kann.

---

30 Vgl. Dok. 3, Anm. 4 sowie Dok. 32, Anm. 14.

31 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Der nördlichste deutsche Rundfunksender war am 16.1.1924 als Nordische Rundfunk AG (NORAG) von verschiedenen Hamburger Kaufleuten gegründet worden. Zum Vorstand bestimmten die Gründer den Lübecker Getreidehändler Alban Patzschger sowie die Journalisten Kurt Stapelfeldt und Hans Bodenstedt von den *Hamburger Nachrichten.* Am 17.4.1924 erwarben die Gründer bei der Reichspost eine Lizenz für den Sendebetrieb im Umkreis von 150 km um Hamburg. Diese erhielt dafür 51% der Aktien, alle restlichen Aktien wurden bis Juli 1932 von den Ländern übernommen. Bei Beginn des Sendebetriebs besaß die NORAG, deren politisches Profil sich als deutschnational-konservativ bezeichnen läßt, nicht mehr als 896 angemeldete Hörer, 1931 waren es bereits 627.720. Bis 1927 entwickelte sich die NORAG mit 133 fest und 1.421 zeitweise angestellten Mitarbeitern zur größten Rundfunkgesellschaft im Deutschen Reich; bis 1933 schrumpfte diese Zahl allerdings auf insgesamt 236 Angestellte. Vgl. Heinz-Günter Deiters, Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973, S. 11 ff.; Wilhelm Treue, Der "Nordische Rundfunk" von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 12 (1986), S. 277-288; Lilian-Dorette Rimmele, Anspruch und Realität nationalsozialistischer Rundfunkarbeit vor 1933 in Hamburg. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 135-151.

Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß im Verlauf des Wahlkampfes der Herr Reichspräsident von Hindenburg und der Herr Reichskanzler Brüning bereits zu dem deutschen Volke gesprochen haben[4], so daß nach den Konzessionsbestimmungen in Anbetracht der Überparteilichkeit des Rundfunks[5] meinem Wunsche nichts entgegenstehen dürfte[6].

gez. Adolf Hitler

17. März 1932 Dok. 52
Erklärung

VB vom 19./20./21.3.1932, "Erklärung Adolf Hitlers zur Aktion Severings"[1].

Das preußische Innenministerium hat den uns schon seit längerem bekannten Plan eines Überfalls auf die nationalsozialistische Bewegung nunmehr ausgeführt[2].

---

2 Zur damaligen Offensive der NSDAP vgl. auch VB vom 18.3.1932, "Wir fordern den Rundfunk frei für Adolf Hitler!". [*sic!*]

3 Vgl. Dok. 47 mit Anm. 7.

4 Reichspräsident von Hindenburg hatte am 10.3.1932 über alle deutschen Sender begründet, warum er zum zweiten Mal für das Amt des Reichspräsidenten kandidiere. Am 11.3.1932 hatte Reichskanzler Brüning im Berliner Sportpalast eine entsprechende Wahlrede gehalten, die ebenfalls von allen deutschen Sendern übertragen wurden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 55 ff., 58 f.

5 Vgl. Dok. 39, Anm. 16.
Am 23.3.1932 verbot der Reichsminister des Innern alle Wahlreden im Rundfunk für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Lerg, Rundfunkpolitik, S. 391.

6 Die Nordische Rundfunk AG leitete Hitlers Antrag am 23.3.1932 an ihren Politischen Überwachungsausschuß weiter. In dessen Auftrag informierte Regierungsrat Erich Stoltz Staatsrat Alexander Zinn am 29.3.1932, daß er die Nordische Rundfunk AG umgehend gebeten habe, "den Antrag des Herrn Adolf Hitler abzulehnen". Die Nordische Rundfunk AG teilte daraufhin Hitler mit Schreiben vom 31.3.1932 mit, daß man sich "im Einvernehmen mit dem Politischen Überwachungsausschuß unserer Gesellschaft" und "unter Beachtung eines Erlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 23. März [*1932*] veranlaßt" sehe, "Ihren Antrag vom 17. März d. J. abzulehnen, da die Reichsregierung auch für den zweiten Wahlgang um die Reichspräsidentenschaft daran festhält, daß Wahlreden im Rundfunk nicht zugelassen werden können". StA Hamburg, Staatliche Pressestelle I-IV, Z II Ba 1, Bd. 7.

1 Hitler reagierte auf die Durchsuchungen der nationalsozialistischen Geschäftstellen in Preußen mit drei Erklärungen, bzw. Aufrufen, die nebeneinander auf der Titelseite des *VB* vom 19./20./21.3.1932 veröffentlicht wurden. Datiert ist jedoch nur die vorliegende Erklärung. Vgl. Dok. 53 und 54.
Wegen dieser Publikationen verbot das bayerische Ministerium des Innern den *VB* (Bayern-, Reichs- und Telegrammausgabe) am 21.3. für fünf Tage. Am selben Tag telegraphierte Severing "an alle Ober- und Regierungspräsidenten" und bat, "diejenigen Blätter, die die Erklärung und den Aufruf gleichfalls abgedruckt haben, gemäß Paragr[*aph*] 1, Ziffer 2 [*und*] Paragr[*aph*] 12 der Verordnung vom 28.3.[*19*]31 und Paragr[*aph*] 2, Abs[*atz*] 2 der Verordnung vom 10.8.[*19*]31 ebenfalls und zwar für 5 Tage zu verbieten. Diejenigen Zeitungen, die die Erklärung bzw. den Aufruf nur im Auszug veröffentlichten, sind schleunigst nachdrücklich zu verwarnen." Vgl. VB vom 23.3.1932, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'". Telegramm des preußischen Ministers des Innern an den Oberpräsident der Provinz Hannover vom 21.3.1932; Nds. HStA Hannover, Hann. Des. 122 a, 2783.

Der nach alten Rezepten aufgezogene Verhaftungs- und Beschlagnahmerummel[3] soll der Öffentlichkeit die Meinung suggerieren, die Nationalsozialistische [*Deutsche Arbeiter*]partei und ihre Organisationen beabsichtigten ungesetzliche Maßnahmen in einem Augenblick zu ergreifen, da die legale Entwicklung[4] ihr ohnehin bereits die Stellung der stärksten Partei Deutschlands gegeben hat[5].

Der preußische Innenminister Dr. h. c. Carl Severing weiß, daß die legale Machtergreifung durch die N.S.D.A.P. nur noch eine Frage der Zeit ist. Der völlige Verfall der S.P.D. des Herrn Ministers Severing ist durch die Reichspräsidentenwahl einwandfrei festgestellt[6]. Nun soll diese Polizeiaktion in letzter Minute eine neue Handhabe sein, auf dem Wege weiterer Ungesetzlichkeiten und [...][7] das herrschende System noch einmal zu retten.

2 Um einem möglichen nationalsozialistischen Staatsstreich zuvorzukommen (vgl. Dok. 44, Anm. 1), wurden am 17.3.1932 in ganz Preußen und Hamburg Hausdurchsuchungen in Büros und Heimen von NSDAP und SA sowie in Privatwohnungen führender Nationalsozialisten durchgeführt. Allein in Berlin kam es zu 60 Hausdurchsuchungen. Da es der preußischen Polizei gelang, die Aktion geheimzuhalten und zeitgleich zu koordinieren, konnten nicht nur Waffen, sondern auch zahlreiche Dokumente beschlagnahmt werden, die darauf hindeuteten, daß sich die NSDAP auf eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung vorbereitete. Unklar blieb freilich, ob es sich hierbei um offensive Putschvorbereitungen handelte oder lediglich um die militärische Sicherung des erwarteten Hitlerschen Wahlsiegs. Reichsminister Groener, der den Alleingang Severings nicht billigte, bewertete in einem Schreiben vom 6./7.4.1932 "das Ergebnis der preuß[*ischen*] Aktion [*als*] sehr dürftig u[*nd*] meist längst bekannt". Vgl. Der Angriff vom 17.3.1932, "Wieder einmal: Polizei in der Hedemannstraße"; vom 18.3.1932, "Hitler gegen Severing. Die Wahlaktion der Preußenregierung"; vom 19.3.1932, "Severing-Aktion moralisch erledigt. Zurückhaltung des Reichsinnenministers"; Frankfurter Zeitung vom 18.3.1932 (1. MA), "Preußenaktion gegen die SA"; vom 19.3.1932 (2. MA), "Die Aktion gegen Hitlers Privatarmee"; vom 20.3.1932 (1. MA), "Die Preußen-Aktion. Entstellungsversuche der Nationalsozialisten"; VB vom 19./20./21.3.1932, "Eine neue Unterdrückungsaktion gegen die N.S.D.A.P."; vom 22.3.1932, "Severing und seine Helfer!"; Vorwärts vom 17.3.1932 (AA), "Haussuchungen bei den Nazis", "Die Waffen der Privatarmee"; vom 18.3.1932 (MA), "Nun schwören sie wieder!"; Vossische Zeitung vom 17.3.1932, "Haussuchungen in ganz Preußen"; vom 18.3.1932 (AA), "Das Ergebnis der Haussuchung". Ferner Staat und NSDAP, Dok. 60 und 64; Sabine Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984, S. 184 ff., 216 ff.; Carl Severing, Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 328 f.; Zitat Hürter, Groener, S. 333, Anm. 148.
Zu den Ergebnissen der Untersuchungen über das beschlagnahmte Material vgl. Anm. 20.

3 Einer der spektakulärsten Fälle während der zurückliegenden Monate war die am 4.7.1931 erfolgte Besetzung des Braunen Hauses durch die Bayerische Landespolizei. Dabei wurden 29 Nationalsozialisten, bei den sich anschließenden Demonstrationen und Tumulten 19 weitere nationalsozialistische Parteigänger verhaftet und sämtliche Parteiakten beschlagnahmt. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 335; Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 35 sowie Bd. IV/2, Dok. 4, 6 und 19.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

5 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

6 Zum Wahlverhalten der sozialdemokratischen Anhänger vgl. Dok. 50, Anm. 7.
Die SPD selbst betrachtete das Wahlergebnis vom 13.3.1932 als Sieg. In einem Aufruf vom 16.3.1932 rechtfertigte der Vorstand der SPD noch einmal, warum man "die Parole für Hindenburg ausgegeben" habe. "An die politische Schulung und Disziplin der Parteigenossen waren damit hohe Anforderungen gestellt. Mit Genugtuung dürfen wir heute feststellen, daß sie *die Probe glänzend bestanden* haben. Die Geschlossenheit, mit der sie die Parole der Partei befolgten, hat bei Freund und Feind Bewunderung erregt. *Sie verdient Anerkennung und Dank. Arbeit und Opfer waren nicht vergebens, Hitler ist geschlagen!*" Vgl. Vorwärts vom 17.3.1932 (MA), "An die Partei!"

7 In der Vorlage Auslassung von etwa 20 Anschlägen.

Minister *Severing* sieht den Beweis für die von ihm der N.S.D.A.P. unterstellten gesetzwidrigen Absichten in der am Tage der Reichspräsidentenwahl erfolgten Zusammenhaltung der S.A. in ihren Vereinslokalen[8]. Er teilt dabei der erstaunten Öffentlichkeit mit, daß die Erhebungen seiner wachsamen Polizei ergeben hätten, daß diese Verfügung schon geraume Zeit vorher von der S.A.-Führung ausgegeben worden sei. *Das Haltlose, ja Absurde dieser neuen preußischen Polizeiaktion ergibt sich allein schon aus folgenden Feststellungen:*

1. Die N.S.D.A.P. hat noch bei jeder bisherigen Wahl am Wahltage bzw. schon in der Nacht vorher ihre S.A.- und Vertrauensleute zusammengezogen, weil diese die gesamte Wahlarbeit in der Nacht zum Wahltag und am Wahltag selbst durchzuführen haben.

2. *Die nationalsozialistische Parteileitung hat insbesondere aber auch deshalb die S.A.- und S.S.-Männer an allen Wahltagen zusammengefaßt, um bei der gesteigerten Hetzkampagne ihrer Gegner das wehrlose Abschlachten einzelner, auf der Straße gehender S.A.- und S.S.-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Ministers Severing, des Reichsbanners[9], der Eisernen Front[10] und auch der ihnen wesens- und wahlverwandten Kommune zu verhindern. Durch diese Parteien sind erst in den letzten Wochen 40 meiner Kameraden, die ihnen einzeln waffenlos[11] in die Hände fielen, getötet worden[12]. Tausende wurden verletzt[13]!*

Diese Maßnahme der Zusammenhaltung unserer S.A.-Männer zu ihrem Schutz vor dem roten Untermenschentum war um so nötiger, als es bekanntlich der Polizei des Ministers Seve-

8 Der preußische Minister des Innern begründete die Polizeiaktion gegen die NSDAP damit, daß diese offensichtlich einen Staatsstreich vorbereitet habe. Die SA sei am Wahltag in Alarmbereitschaft gesetzt worden, man habe dort Waffenfunde gemacht, während in vielen SA-Verbänden die Parole ausgegeben worden sei, sie würden demnächst aus Beständen von Polizei und Reichswehr bewaffnet. Die Berliner SA-Formationen seien zusammen mit anderen in der Umgebung von Berlin zusammengezogen worden, um im Fall eines Putsches die Hauptstadt einschließen zu können. Severing schloß aus diesen Vorbereitungen, die er mit vielfältigen Einzelbeweisen belegte: "Das sind schlechthin Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vorwand, nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preußische Staatsregierung nicht länger zusehen wird." Vgl. Vorwärts vom 17.3.1932 (AA), "Haussuchungen bei den Nazis".

9 Vgl. Dok. 50, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

11 Einer Übersicht des Berliner Polizeipräsidenten aus dem Jahr 1931 zufolge wurden bis November 1931 die folgenden Waffen bei Angehörigen von NSDAP sowie KPD beschlagnahmt:

Art der Waffen	NSDAP	KPD
Schußwaffen	47	153
Hieb- und Stoßwaffen	17	138
Andere Waffen	55	127
Infanteriemunition	-	212
Pistolenmunition	68	525

Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 315 f.

12 Nach parteieigenen Angaben waren im Zeitraum vom 1.1. bis 14.3.1932 neunzehn Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Halbmast, S. 58 ff., ferner Dok. 3, Anm. 14 und 12. Angaben zu den individuellen Hintergründe dieser Todesfälle in Dok. 14 und 60.

13 Nach parteieigenen Angaben wurden der SA-Versicherung 1931 6.307, 1932 14.005 Verletzte gemeldet. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412; Longerich, Braune Bataillone, S. 122.
Von diesen "Schadensfällen" waren jedoch, so eine parteiinterne Statistik, etwa 15-20% auf Sportverletzungen zurückzuführen. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 71, Anm. 4.

ring sehr zum Unterschied ihrer sonstigen aktivistischen Findigkeit nicht gelungen ist, auch nur einen Bruchteil dieser Verbrechen aufzuklären oder gar der Täter habhaft zu werden[14].

3. *Von der geplanten Zusammenhaltung der S.A.- und S.S.-Männer in ihren Vereinslokalen*[15] *wurde - um von mir vorausgesehenen Manövern amtlicher und nichtamtlicher Stellen beizeiten vorzubeugen - in meinem Auftrag das Reichsinnenministerium durch meinen Stabschef*[16] *in Kenntnis gesetzt. Stabschef Röhm teilte diese beabsichtigte Maßnahme dem Vertreter des Reichsinnenministeriums eine Woche vorher amtlich mit*[17].

Ein Einspruch dagegen wurde nicht erhoben.

4. *Die Richtigkeit dieser Maßnahme hat sich im übrigen dadurch erwiesen, daß am letzten Wahltage den sozialdemokratischen und kommunistischen Mordabsichten weniger Leute als sonst zum Opfer fielen und die Polizeibehörden von einem im ganzen Reich wider Erwarten ruhigen Verlauf der Wahlen zu berichten wußten*[18].

---

14 Daß viele Fälle, die von der NSDAP als politisches Attentat ausgegeben wurden, häufig ganz andere Ursachen besaßen, verdeutlicht ein Vermerk des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932. Hitler hatte am 14.11. 1931 in einem Schreiben an den Reichsminister des Innern 267 verletzte und elf getötete Nationalsozialisten aufgeführt, die angeblich von politischen Gegnern verletzt oder getötet worden seien. Nach einer genauen Prüfung aller Fälle konnte das Reichsministerium des Innern in einem Vermerk vom 25.5.1932 jedoch nur "in 74 Fällen die Kommunisten, in 29 Fällen Mitglieder des Reichsbanners usw. als die Schuldigen" feststellen. Von den 278 Überfällen, die Hitler genannt habe, seien "26 Fälle auszuscheiden, die sich außerhalb des Reichsgebiets zugetragen haben", 58 Fälle seien der Polizei nicht zur Kenntnis gekommen. "Von den danach übrigbleibenden 194 Fällen sind weiter 18 Fälle auszuscheiden (8 Fälle, wo Nationalsozialisten selbst die Täter waren, 5 Fälle von Privatstreitigkeiten, 3 Unglücksfälle, 2 Fälle, wo die Verletzungen durch Polizeibeamte erfolgt sind)." Bei 63 Fällen seien die Täter nicht zu ermitteln, bei 10 Fällen läge die Schuld auf beiden Seiten. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 71 mit Anm. 27 sowie Dok. 80.

Obwohl der *VB* chronisch über das angeblich zu geringe Strafmaß bei der Verurteilung politischer Gegner räsonierte, berichtete er zu Beginn des Jahres 1932 über eine Reihe von Prozessen, in denen hohe Haftstrafen gegen Kommunisten ausgesprochen wurden, denen die Tötung oder Verletzung von Nationalsozialisten zur Last gelegt wurde. Erwähnt seien die folgenden Todesfälle: Theodor Sanders († 4.12.1930, Höchststrafe: 9 Jahre und ein Monat Zuchthaus), Fritz Felgendreher († 14.3.1931, Höchststrafe: 10 Jahre, drei Monate Zuchthaus), Fritz Tschierse († 25.5.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus), Martin Martens († 11.11.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus). Vgl. hierzu die Berichterstattung im VB vom 21.1., 23.1., 28.1., 29.1., 31.1., 24.2.1932. Ferner Gusy, Weimar, S. 354 ff.

15 Zu den entsprechenden Befehlen der Obersten SA-Führung im Vorfeld des 13.3.1932 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

16 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

17 Die Oberste SA-Führung unterrichtete am 5.3.1932 das Reichsministerium des Innern über ihren Befehl, am Tag der Reichspräsidentenwahl alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand zu setzen. Über dieses Vorhaben wurde jedoch nicht Minister Groener, sondern der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Generalleutnant Kurt von Schleicher, informiert. Groener bestätigte am 18.3. in einer öffentlichen Erklärung, daß er anschließend hiervon Kenntnis erhalten habe und daß gegenüber dieser Maßnahme im Reichsministerium des Innern keine Bedenken bestanden hätten. Vgl. Berliner Tageblatt vom 18.3.1932 (AA), "Die Polizeiaktion gegen die S.A."; Frankfurter Zeitung vom 25.3.1932 (1. MA), "Groener, Schleicher und Roehm".

18 Die deutsche Presse berichtete übereinstimmend, wie ruhig die Wahl am 13.3.1932 verlaufen sei. Die *Frankfurter Zeitung* meinte, daß dieser Wahltag der "ruhigste genannt werden kann, den die Reichshauptstadt je gesehen hat". In Hückeswagen bei Opladen (Rheinland) kam es allerdings zu einem Zusammenstoß zwischen Na-

Bezüglich der anderen, ins einzelne gehenden öffentlichen Beschuldigungen des Herrn Severing gegen die N.S.D.A.P. [19] habe ich sofort durch meine Parteidienststellen Erhebungen vornehmen lassen.

In den bisher untersuchten Fällen hat sich bereits die völlige Haltlosigkeit der Severingschen Unterstellungen ergeben.

Im Laufe des Freitag ist mit Abschluß unserer Feststellungen zu rechnen. Ich werde dann durch meinen Stabschef der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß es sich bei dem Vorgehen des Herrn Severing um ein *Angstmanöver* handelt[20], das die S.P.D. vor der nun einmal notwendig gewordenen Abrechnung durch das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen[21] retten soll.

Auch diese Aktion wird ebenso in ihrem Ausgang die unbedingte Gesetzlichkeit der nationalsozialistischen Partei und ihrer Handlungen[22] erweisen[23], wie umgekehrt den wirklichen

---

tionalsozialisten und Kommunisten, bei dem ein Nationalsozialist drei Kommunisten erschoß. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.3.1932 (AA), "Der Verlauf des Wahlsonntags"; Frankfurter Zeitung vom 14.3.1932 (1. MA), "Der Verlauf des Wahltages" und "Wahlstimmungsbilder"; Münchner Neueste Nachrichten vom 14.3.1932, "Der Wahltag in München".

19 Vgl. Anm. 8.

20 Mit Schreiben Nr. 7/32 vom 18.3.1932 teilte Röhm Reichsminister Groener mit, die Oberste SA-Führung habe den verantwortlichen Reichsminister schon lange vor der Reichspräsidentenwahl darüber unterrichtet, daß an diesem Tag alle SA- und SS-Einheiten in Alarmzustand gesetzt würden (vgl. Anm. 17). Die Eiserne Front habe ähnliche Vorkehrungen getroffen. Im Raum Berlin wären die SA-Männer und NSDAP-Mitglieder aus der Stadt herausgebracht worden, um sie nicht "der Gefahr auszusetzen, daß sie im Häusermeer Berlins abgeschlachtet würden". Dementsprechend habe man auch eine Evakuierung ihrer Familien vorbereitet. Die Ereignislosigkeit des 13.3. (vgl. Anm. 18) beweise "den Willen [*der NSDAP*] zur Aufrechterhaltung der Ruhe am Wahltage und zur Vermeidung blutiger Auseinandersetzungen". Vorbereitungen für einen Staatsstreich könnten weder der NSDAP, ihrer Leitung oder der SA-Führung zur Last gelegt werden, die Waffen- und Dokumentenfunde seien von einzelnen Parteigenossen an der Basis der Partei zu verantworten. Im Falle des unberechtigten Waffenbesitzes würden diese automatisch aus der Partei ausgeschlossen. Es sei allerdings bezeichnend, daß Severing die Zahl der beschlagnahmten Waffen "ängstlich verheimlicht", auch wäre ein Teil der konfiszierten Befehle bei den in Frage kommenden SA-Führern unbekannt.
Etwas anders fiel der neunzehnseitige Bericht Nr. II 1420 a 1/330 des preußischen Ministers des Innern vom 6.4.1932 aus. In ihm wurde alles aufgeführt, was bei den beschlagnahmten SA- und SS-Unterlagen auf Staatsstreichsvorbereitungen in der NSDAP hindeutete: Aufbau eines Nachrichtendienstes zur Aufklärung von staatlichen Institutionen sowie von Organisationen der politischen Gegner; detailliertes Nachrichtenmaterial über die Polizei, aber auch über öffentliche Nachrichten- und Verkehrseinrichtungen; Unterlagen zur offenen Zersetzungsarbeit; Ansätze zum Aufbau eines unabhängigen Fernmeldenetzes (Relais-Dienst, Brieftaubenstationen, Blink- und Funkverbindungen usw.); Planungen zur Rekrutierung militärischer Spezialformationen (Erfassen von ausgebildeten Pionieren, Minenwerfern, Tankwagenbesatzungen, MG-Schützen usw.); Vorbereiten einer entsprechenden Logistik und Infrastruktur für den Fall einer möglichen Mobilisierung (Bestandsaufnahme von Feldküchen, beschleunigte Einkleidung, Beschaffung von eisernen Rationen, Vorbereitung von Massenquartieren und Alarmplätzen, Ausgabe eines Alarmierungssystems usw.); Transport von Waffen, Pläne zur Beschlagnahme staatlicher Waffenlager, schließlich einzelne Waffenfunde; Planspiele zur Sicherung aller öffentlichen Einrichtungen im Falle einer Machtübernahme (Besetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsbetriebe usw.). Beide Dokumente in: BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1. Vgl. auch Dok. 44, Anm. 3.

21 Am 10.4.1932 sollte der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl stattfinden, für den 24.4.1932 waren Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 42, Anm. 2.

Hintergedanken dieses polizeilichen Kunstgriffes enthüllen. Das Wahlmanöver des Herrn Severing wird seine Partei nicht vor der kommenden Niederlage retten[24].

München, 17. März 1932

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 53
"Nationalsozialisten! SA- und SS-Männer!"
Aufruf

VB vom 19./20./21.3.1932[1].

Der Sozialdemokrat Carl *Severing* hat soeben zu einem neuen Schlage gegen unsere Partei als Trägerin des deutschen Freiheitskampfes ausgeholt.

Polizei ist in unsere Geschäftsstellen eingebrochen, hat unsere Akten beschlagnahmt[2], ohne die dabei gebotenen gesetzlichen Vorschriften zu befolgen[3]. *In einer öffentlichen Erklärung unterstellt Herr Severing unserer Partei und damit Euch, Parteigenossen, abermals gesetzwidrige Absichten*[4], *ohne außer seinen durch Tatsachen schon so oft widerlegten Behauptungen wirklich Gründe vorbringen zu können. Der sozialdemokratische Minister kündigt nun an, daß er weitere Verfolgungsmaßnahmen gegen unsere Partei ergreifen will.*

---

22 Am 19.3. erschienen MdR Göring und MdR Hans Frank (II) bei Reichsminister Groener und überreichten ihm eine Legalitätserklärung sämtlicher Führer und Unterführer der NSDAP und SA. Vgl. Hürter, Groener, S. 333.

23 Bereits am 24.3.1932 einigten sich Vertreter der NSDAP und der preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig auf einen Vergleich sowie auf die Herausgabe eines großen Teils des beschlagnahmten Materials, wobei sich beide Seiten vorbehielten, "im Verfahren zur Hauptsache ihre Rechtsauffassung zur Geltung zu bringen". Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 164. Frankfurter Zeitung vom 27.3.1932 (Reichsausgabe), "Preußen und die Nationalsozialisten"; VB vom 30.3.1932, "Severing gibt das beschlagnahmte 'Material' wieder heraus".

24 Innerhalb der NSDAP bewertete man die Polizeiaktion ungleich pessimistischer, wie der Tagebucheintrag Goebbels' vom 17.3. verdeutlicht: "Hiobsbotschaft aus Berlin: Severing hat überall Haussuchungen anstellen lassen. Er will anscheinend die S.A. verbieten. Der Führer gibt eine sehr scharfe Erklärung dagegen ab. Die Partei ist in Alarmzustand. Jetzt geht es um eine Nervenprobe ohnegleichen. Brüning hat bis zum 3. April Osterfrieden erklärt. Man will uns also geräuschlos, aber um so brutaler den Atem abdrücken. Um so weniger darf für uns ein Nachgeben in Frage kommen!" Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 144.

1 Vgl. Dok. 52, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 52, Anm. 2 und Dok. 54, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 54 mit Anm. 4.
4 Vgl. Dok. 52, Anm. 8.

Nationalsozialisten!

Ihr wißt jetzt, was Ihr zu erwarten habt! Gerade, weil wir auf streng legalem Wege kämpfen[5], versucht der Gegner, uns mit Terror und Gewalt und behördlichen Unterdrückungen um den Sieg zu bringen. *Erkennt, daß nicht nur die Zukunft unserer Bewegung, sondern damit auch die Zukunft Deutschlands ausschließlich davon abhängt, ob es uns gelingt, diese Willkür - unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel - zu brechen.*

Das Schicksal gibt uns die Möglichkeit hierzu.

Am 10. und 24. April [*1932*] finden zwei weitere große Schlachten gegen das System des [...][6] und der Unterdrückung statt[7]. *Setzt Eure Gefühle der Empörung, des Zornes und der brennenden Wut um in fanatische Arbeit!*

Parteigenossen! S.A.- und S.S.-Männer!

Ihr werdet vielleicht jetzt noch besser verstehen, warum ich den Kampf nicht unterbrechen wollte, sondern Euch schon in der Nacht des Wahltags aufforderte, ihn aufs neue zu beginnen[8]. *Es gibt keinen anderen Weg, diesen willkürlichen Terror, diese ununterbrochenen Gesetzesverletzungen in Deutschland zu beseitigen, Euch bleibt keine andere Rettung,* die dauernden Bedrückungen, die unausgesetzten Bedrohungen Eurer Freiheit, der Freiheit Eurer Wohnungen[9] und der Freiheit unserer Presse[10] und unserer Bewegung zu überwinden, als: Beseitigung der Machthaber von heute und Sturz ihres Systems!

Nationalsozialisten! S.A.- und S.S.-Männer!

Laßt Euch durch gar nichts zu einer Ungesetzlichkeit provozieren, aber arbeitet mit dem letzten Fanatismus im Sinne der Euch nunmehr zugehenden Richtlinien!

Wenn 11 Millionen Menschen nur von dem einen Wunsch durchglüht sind, die Freiheit eines Volkes gegen seine Unterdrücker wahrzunehmen[11], dann muß aus diesem konzentrierten Willen auch die Kraft zur Rettung kommen!

Was Euch bevorsteht, Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer, das *wißt* Ihr jetzt! Es liegt in Euerer eigenen Hand und Euerem eigenen Vermögen, diese Gefahr abzuwenden, indem Ihr in blinder Gefolgschaftstreue aufgeht in der *Arbeit für die beiden neuen Wahlkämpfe!*

---

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 27, Dok. 44, Anm. 1, 3 und 4, Dok. 52, Anm. 20 und Dok. 54, Anm. 5.

6 In der Vorlage Auslassung von etwa 14 Anschlägen.

7 Am 10.4.1932 sollte der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl stattfinden, für den 24.4.1932 waren Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 42, Anm. 2.

8 Vgl. Dok. 47 und 48.

9 Anspielung auf Artikel 115 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden." Druck: RGBl. 1919, S. 1405.
§ 102 der Strafprozeßordnung ermöglichte jedoch "eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume" bei Personen, welche "als Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstigter oder Hehler verdächtig" sind. § 104 regelte die Voraussetzungen und Bedingungen für eine "nächtliche Haussuchung", §§ 105-109 die "Anordnung und Ausführung der Durchsuchung", § 110 schließlich die "Durchsicht von Papieren". Vgl. Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

11 Gemeint sind die Wähler im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, die für Hitler gestimmt hatten. Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

Gebt Herrn Severing am 10. und 24. April *die* Antwort, die Ihr, Parteigenossen, ihm geben könnt.

Schlagt ihn und seine Partei!

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 54
"Achtung! Spitzelmaterial!"
Erklärung

VB vom 19./20./21.3.1932 [1].

Eben wird mir bekannt:

Die Polizei in Berlin hat bei den Haussuchungen in den verschiedenen Geschäftsstellen der Partei [2] sich geweigert, eine Bescheinigung über das wahllos und in Mengen beschlagnahmte Material auszustellen und dieses Material unter Zeugenschaft der zuständigen Parteidienststelle ordnungsgemäß zu versiegeln [3], wie das nach dem Gesetz ihre Pflicht gewesen wäre [4]. Damit

1 Vgl. Dok. 52, Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 52, Anm. 2.

3 Die nationalsozialistische Presse berichtete, die preußische Polizei habe bei ihren Durchsuchungen der Geschäftsstelle der Berliner Gauleitung sowie der dortigen Sektions-Geschäftsstellen der NSDAP "Bescheinigungen [...] über das beschlagnahmte Material verweigert. Die Polizeiorgane nahmen auch keine Versiegelungen vor und scheuten nicht davor zurück, die Amtszimmer von Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten der Berliner Organisation zu durchsuchen, ohne sich um den amtlichen Reichstagssiegel [*sic!*] zu kümmern." Vgl. VB vom 19./20./21.3.1932, "Der Polizeiüberfall in Berlin" und "Die rote Inquisition in Preußen"; Der Angriff vom 19.3.1932, "Severing-Aktion moralisch erledigt. Zurückhaltung des Reichsinnenministers".

4 Laut § 109 der Strafprozeßordnung waren alle Gegenstände, die bei einer Hausdurchsuchung "in Verwahrung oder in Beschlag genommen" wurden, "genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechslungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen". § 110 bestimmte, daß die Durchsicht der beschlagnahmten Papiere nur dem Richter zustünde. Dabei sei der Inhaber der Papiere nach Möglichkeit hinzuzuziehen. Vgl. Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

5 Mit dem Erstarken der NSDAP zu Beginn der 30er Jahre begann es sich immer mehr abzuzeichnen, daß sich Teile ihrer Partei*basis* mehr oder minder offen auf einen Bürgerkrieg, teilweise auch auf einen Staatsstreich vorbereiteten. Zu einem der aufsehenerregendsten Fälle entwickelte sich der Skandal um die sog. Boxheimer Dokumente, die vom ehemaligen Kreisleiter der NSDAP, Karl Wilhelm Schäfer, am 25.11.1931 dem Polizeipräsidenten von Frankfurt übergeben worden waren. Diese Dokumente waren am 5.8.1931 Thema einer Besprechung der Gaufachberater des Gaues Hessen-Darmstadt der NSDAP im Gasthaus *Boxheimer Hof* gewesen und enthielten bereits fertige Entwürfe, die im Fall einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung mit der KPD durch die NSDAP veröffentlicht werden sollten. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 604 ff.; Martin Loiperdinger, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468; Staat und NSDAP, Dok. 43, 47 ff. sowie Bd. IV/2 dieser Edition, Dok. 76, 90. Vgl. ferner Dok. 44, Anm. 1, 3 und 4.

ist der Möglichkeit, in das beschlagnahmte Material gefälschte Schriftstücke von Unverantwortlichen, die die Partei belasten könnten, hineinzuschmuggeln, Tür und Tor geöffnet.

Um etwaige kommende "Enthüllungen"[5] von vorneherein in das rechte Licht zu rücken, stelle ich dies hiermit schon heute vor der gesamten Öffentlichkeit fest.

Adolf Hitler

19. März 1932 Dok. 55
Rede auf Reichsführertagung der NSDAP in München[1]

VB vom 22.3.1932, "Reichsführertagung der N.S.D.A.P."[2].

Den Höhepunkt der Reichsführertagung bildete die

Ansprache Adolf Hitlers,

der u. a. ausführte, daß niemand, der das innere Wesen der Partei kenne, auch nur eine Sekunde lang im Zweifel sein könne über die Fortführung des Kampfes[3]. Es sei für die NSDAP unmöglich, ja undenkbar, auch nur einer einzigen Schlacht auszuweichen, die zu schlagen sich

Für große Aufregung sorgte in jenen Wochen auch die Verhaftung von Theodor Eicke am 5.3.1932. Eicke - Stellvertretender Leiter des Werkschutzes der I. G. Farbenindustrie A. G., gleichzeitig aber SS-Standartenführer - sowie weitere verhaftete Nationalsozialisten hatten im Ludwigshafener Werk Sprengstoff entwendet und damit, so ihre eigenen Angaben, achtzig Bomben gebaut. Eicke wurde deshalb zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Berliner Tageblatt vom 10.3.1932, "Das pfälzische Bombenlager der S.A."; Frankfurter Zeitung vom 10.3.1932 (1. MA), "Die Bomben des SA.-Führers der Pfalz"; Vorwärts vom 10.3.1932 (MA), "SA.-Vorbereitung zum Bürgerkrieg"; Germania vom 11.3.1932, "Sturm auf Polizeiwachen?". Ferner Tom Segev, Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten, Reinbek 1992, S. 135 ff.

1 Nachmittags. Der Ort der Veranstaltung ist nicht zu ermitteln, vermutlich das Braune Haus oder die Reichsführerschule der NSDAP. Den Vorsitz der Veranstaltung führte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, der die Tagung mit einer Rede eröffnete und auch beendete. Als Reichspropagandaleiter stellte Goebbels bei dieser Gelegenheit "den mit dem Führer festgelegten Propagandaplan für den zweiten Wahlgang" vor.
In seiner Ausgabe vom 22.3.1932 berichtet der *VB* auf seiner Titelseite über eine "Reichsführertagung" der NSDAP, auf S. 3 über eine "Gauleitertagung" (Dok. 56), die beide am 19.3. in München stattgefunden hätten. Offenbar handelte es sich um zwei getrennte Veranstaltungen, die beiden Artikel nehmen nicht aufeinander Bezug: Während die erste Tagung anscheinend der Aussprache innerhalb der Parteiführung dienen sollte, versuchte man mit der zweiten Tagung offensichtlich sicherzustellen, daß auch in der Provinz der Wahlkampf der NSDAP nach den Vorstellungen der Reichsleitung geführt würde.

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 20.3.1932, "Reichsführertagung der NSDAP"; Der Angriff vom 21.3.1932, "Die Reichsführertagung der NSDAP". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145; Dietrich, Hitler, S. 67 f.

3 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.

ihr biete. Wie hoch selbst die Gegner den gewaltigen Erfolg der NSDAP[4] einschätzten, und wie groß ihre Furcht vor dieser Bewegung sei, gehe aus dem *kopflosen Vorgehen Severings* hervor[5]. Die NSDAP habe nicht den geringsten Grund, eine neue Schlacht zu scheuen. Alles könne die NSDAP ertragen, nur eines würde sie *nicht* aushalten: *Stillstand oder Kampfaufgabe.* Sie sei entschlossen, zu kämpfen bis zum letzten Atemzug. Die NSDAP glaube an den Sieg, weil ihr unbändiger Siegeswille, ihre absolute Zähigkeit und Beharrlichkeit ihn verbürge. Es sei kein Zufall, daß er die beste und zuversichtlichste Stimmung, die er je in den 13 Jahren seiner Arbeit erlebt habe, gerade jetzt in diesen Tagen nach dem 13. März [*1932*] erlebe[6]. Die Tausende von Telegrammen und Briefen, die er in diesen Tagen erhalte, seien alle auf den gleichen kampfentschlossenen Ton gestimmt: *"Jetzt erst recht,* jetzt erst recht!" Sie alle fühlten, so wie er, daß es für ihn *undenkbar* sei, einen einmal begonnenen Kampf *vor dem Siege aufzugeben*[7].

4 Vgl. Dok. 47, Anm. 2 und 4.
5 Vgl. Dok. 52-54.
6 Vgl. jedoch Goebbels' Tagebucheintrag zum 19.3.1932: "Die ganze Tagung ist überschattet von einer tiefen Depression. [...] Wir haben im ersten Wahlgang zweifellos viele Fehler gemacht. Wir müssen den Mut haben, daraus zu lernen. Die Herren wollen zwar nicht recht heran. Keiner will Versäumtes zugeben, aber es hilft ihnen nichts, ob sie wollen oder nicht, ich nehme sie an die Kandare; sie müssen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145.
7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Am 19.3.1932 kam es im Braunen Haus auch zu einer zweistündigen Unterredung zwischen Hitler und dem Großindustriellen Paul Reusch, der vergeblich Koalitionen zwischen der NSDAP und den rechten bürgerlichen Parteien auf Länderebene zu fördern suchte. Reusch schlug Hitler vor, "sich bei der Formulierung seiner Wirtschaftspolitik, aber auch seiner Finanz-, Außen- und Innenpolitik nur auf erstklassige Experten zu stützen". Hitlers Kandidatur für den zweiten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl konnte Reusch aber nicht verhindern. Um jedoch einer Koalition zwischen NSDAP und BVP den Weg zu ebnen, versprach Reusch, daß die *Münchner Neuesten Nachrichten* und der *Fränkische Kurier* - beides Zeitungen, die von seiner Firma finanziell kontrolliert wurden - künftig von persönlichen Angriffen gegen Hitler und einzelne nationalsozialistische Führer absehen würden. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 290 ff.; Kurt Koszyk, Paul Reusch und die "Münchner Neuesten Nachrichten". Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 20 (1972), S. 75-103.

19. März 1932 Dok. 56
Rede auf Gauleitertagung der NSDAP in München[1]

VB vom 22.3.1932, "'Schlagt Severing und seine Partei!'" [2].

Niemand, der das innere Gefüge der Bewegung kennt, konnte auch nur einen Augenblick über die Fortführung des Kampfes[3] im Zweifel sein! Für die N.S.D.A.P. ist es einfach undenkbar, eine einzige Schlacht nicht auszufechten, die zu schlagen sich ihr bietet.

Noch einige solche "Mißerfolge" wie der 13. März [1932][4], *und wir sind die Herren in Deutschland! Wie hoch der Gegner den gewaltigen Erfolg der N.S.D.A.P. einschätzt, zeigt jetzt das Vorgehen Severings*[5].

Wir sind entschlossen, bis zum Letzten zu kämpfen, denn alles kann die Partei ertragen, nur nicht Stillstand oder Kampfaufgabe.

Ich stelle mich an die Spitze dieses Kampfes; mit absoluter Zähigkeit und Beständigkeit wird vorgegangen; ohne diesen Willen stände ich heute nicht vor Ihnen!

Wir werden dem Feind Abbruch tun, und niemand soll jemals sagen können, daß wir mehr hätten leisten können!

Wir sind glücklich, alle Brücken hinter uns abgebrochen zu haben, ständen sie noch, ich selber würde sie zerstören!

An den Sieg müssen wir glauben, und schon jetzt sagen wir, daß der Tag nach der Entscheidung uns wieder, wie immer bisher, als Kämpfer sehen soll.

Der Erfolg hängt von unserer Arbeit und von dem Glauben, den wir in sie setzen, ab[6]*!*

---

1 Nachmittags. Der Ort der Veranstaltung ist nicht zu ermitteln, vermutlich das Braune Haus oder die Reichsführerschule der NSDAP. Auch diese Veranstaltung leitete der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, der "die Gauleiter und Unterführer, die trotz kürzester Frist *vollzählig erschienen* waren", mit einer Rede begrüßte. Nach einer weiteren Rede des nationalsozialistischen Reichspropagandaleiters Goebbels, der den Slogan "Schlagt Severing und seine Partei!" als Motto der kommenden Wahlen vorstellte, folgte eine Aussprache aller Gauleiter. Vgl. auch Dok. 55.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 22.3.1932, "Die neue Aktion". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 145; Dietrich, Hitler, S. 67 f.

3 Vgl. Dok. 47, Anm. 7.

4 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.

5 Dok. 52-54.

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

19. März 1932 Dok. 57
"Pg. Wilhelm Kube Wahlleiter für Preußen"
Anordnung

VB vom 22.3.1932, "Anordnung des Führers".

Hiermit ernenne ich unseren Fraktionsführer im Preußischen Landtag, Pg. *Wilhelm Kube*[1], zum *Wahlleiter für Preußen*[2] und beauftrage ihn mit der technischen Durchführung der notwendigen Vorarbeiten[3].

München, 19. März 1932

gez. *Adolf Hitler*

21. März 1932 Dok. 58
Rede vor nationalsozialistischen Pressevertretern in Berlin[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 146[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

1 Wilhelm Kube (1887-1943), 1911 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, seit 1912 Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1922 Stadtverordneter in Berlin (DNVP), 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Herausgeber der Zeitung *Märkischer Adler*, 1927 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, Preußischer Staatsrat, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Generalkommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

2 Die Wahl zum preußischen Landtag fand turnusgemäß am 24.4.1932 statt.

3 Zum Wahlkampf der NSDAP in Preußen, den Kube bereits am 9.2.1932 mit einer Rede in Breslau über das "nationalsozialistische Sofortprogramm nach der Machtübernahme in Preußen" eröffnet hatte, vgl. Höner, Der nationalsozialistische Zugriff, S. 227 ff. sowie Bd. V/1, Dok. 1 ff.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Mohrenstraße 1-5.

2 Der Inhalt dieser Ansprache war offenbar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, da sogar Hinweise auf das bloße Faktum nicht in der Presse zu finden sind.
Vgl. auch Krebs, Tendenzen, S. 152 ff., der diese Ansprache in der Erinnerung auf den 31.3.1932 datiert. Zutreffende Datierung jedoch in BA, NL Krebs/1.

3 Goebbels schreibt, Hitler habe über die "neue Aktion" gesprochen und dabei die propagandistischen Planungen der NSDAP für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl erläutert. Detailliertere Angaben bei Krebs, Tendenzen, S. 153 f.: Hitler sei zunächst auf den abgelaufenen Wahlkampf eingegangen und habe die Motive erläutert, die ihn zur Kandidatur veranlaßt hätten. Dann habe er nach den Ursachen für seinen Mißerfolg gefragt. "Eine erste Ursache sah Hitler in der Person des Gegenkandidaten", eine zweite "in dem Versagen der mittleren und unteren Parteiinstanzen". Im dritten Teil, dem eigentlichen Hauptteil seiner Rede, wäre die

21. März 1932[1] Dok. 59
Interview mit dem Daily Express[2]

Daily Express vom 22.3.1932, "Hitler Promises to 'Show the World'. Whirlwind Air Tour. 1,000,000 to Hear Him in Six Days. Exklusive Talk to 'Daily Express'"[3].

"I am going to show the world an election campaign such as it has never seen before."

[...][4]

nationalsozialistische Presse von Hitler scharf kritisiert worden, sie sei langweilig, gleichförmig und unselbständig. Vgl. dazu auch Dok. 65.
Am Abend des 22.3. traf sich Hitler in Görings Berliner Wohnung mit dem 1. und dem 2. Reichsvorsitzenden des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Wilhelm Simpfendörfer und Gustav Hülser. Diese wollten von Hitler wissen, ob die NSDAP zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen bereit sei, warum sie nicht die Revisionspolitik Brünings unterstütze und wie die NSDAP über das künftige Verhältnis von Staat und Kirche denke. Simpfendörfer resümierte wenige Tage später über das ergebnislose Treffen, daß "Hitler als Politiker [...] einen ganz niederschmetternden Eindruck gemacht" habe: "Verschwommen, unklar, ohne realpolitische Einsicht und ohne fest umrissenes Ziel. Er fühlt sich als politischer Prophet, der in schwärmerischer Verzückung gewisse Zukunftsbilder ausmalt. Würde Hitler zur Macht kommen, so könnte das nur mit einer Katastrophe enden." Vgl. William L. Patch, Adolf Hitler und der Christlich-Soziale Volksdienst. Ein Gespräch aus dem Frühjahr 1932. In: VfZ 37 (1989), S. 145-155.

1 Datierung nach dem Tag des Interviews.

2 Das Interview führte der Korrespondent des *Daily Express* in Berlin, Sefton Delmer. Für die zweite Phase des Wahlkampfs um das Amt des Reichspräsidenten erhielt Delmer als einziger Journalist die Erlaubnis, Hitler auf seiner gesamten Wahlkampftour zu begleiten. Vgl. Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 141 ff. sowie Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 266. Ferner Bd. IV/1, Dok. 111, Bd. IV/2, Dok. 41 und Bd. V/1, Dok. 12, 33, 35 und 37.
In dem Artikel wird über Ort und Zeit des Interviews nichts berichtet, sondern mit folgender Schilderung eingeleitet: "Adolf Hitler, his fierce blue eyes flashing defiance, swept his hand across the table that stood between us as he made this statement to me in an exclusive interview to-day. It was as though with that one stroke of his hand he brushed away the cobweb of rumours spun about him by his political opponents to the effect that, disheartened and daunted by his failure to vanquish the aged Field-Marshal von Hindenburg in the first round of the electoral battle for the German Presidency, the German Fascist leader was going to retire from the fight.
Herr Hitler has just returned to Berlin in order to resume here his work as an official of the Brunswick Embassy, a position, it will be recalled, which was granted to him to qualify him as a German citizen for the Presidential election. He was dressed in the uniform - black coat and striped trousers - of German Government employees. Our interview was the first he has given to any journalist since the first ballot on March 13."

3 Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. Der Angriff vom 22.3.1932, "Eine Unterredung mit dem Führer"; Hamburger Nachrichten vom 22.3.1932, "Hitlers Pläne im zweiten Wahlkampf"; Märkische Zeitung vom 22.3.1932, "Hitler ist guten Mutes"; Schlesische Zeitung vom 22.3.1932, "Hitler-Interview im 'Daily Express'"; Germania vom 23.3.1932, "Hitler prophezeit wieder".

4 "'Are you downhearted, Herr Hitler?' I asked him almost as soon as we shook hands."
Vgl. auch Bericht No. 197 des britischen Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, vom 18.3.1932, in dem es u. a. heißt: "I am informed on good authority that, with the exception of Hugenberg, the Nationalist and Stahlhelm leaders are depressed by their defeat. Herr Hitler, for his part, received the results with an outbreak of anger and vented his wrath on his immediate entourage, holding them to be responsible for a decision which he, in the first instance, had felt instinctively to be unwise. Having proclaimed that there was no such word as defeat in the National Socialist vocabulary and knowing that a truce must inevitably lead to loss of ground, he decided without much reflection to try his fortune a second time." PRO, FO 371/15943.

"Downhearted?" he replied. "Why, I had expected twelve million votes. You remember I told you[5]. I got 11,341,000[6]. The opposition was sterner than even I had expected. The lies had their effect.

"Do you know that on the actual Sunday of the election airplanes flew over large parts of Germany showering leaflets to the ground which proclaimed in my name that I had retired in favour of Field-Marshal von Hindenburg[7]?"

[...][8]

"It has been a hard battle," Herr Hitler reflected, "but it is not over yet."

[...][9]

To Make History

"I am going to fight as I have never fought before. The Government has forbidden all political demonstrations and meetings for a fortnight[10], leaving only a week for the election campaign before the final ballot on April 10[11].

"But in the six days left I shall make history. I shall address at least a million people. I shall have an airplane [12] and fly in it from one town to another, speaking at four or five meetings a day [13]."

---

5 Gemeint ist vermutlich Hitlers Pressekonferenz vom 4.12.1931, an der auch ein Vertreter des *Daily Express* teilnahm. Hitler hatte damals allerdings die Zahl seiner Anhänger mit "700,000 members and some 15,000,000 supporters" angegeben. Druck: Bd. IV/2, Dok. 83.

6 Vgl. Dok. 47, Anm. 2.
Trotz der tiefen Enttäuschung über den Ausgang des ersten Wahlgangs bemühte sich Hitler und mit ihm die NSDAP, das Wahlergebnis zu einem Sieg umzustilisieren. Seine erste öffentliche Rede nach dem 13.3.1932 stellte er denn auch unter das provozierende Motto: "Unser Sieg!". Immerhin hatte sich Hitler, wie in seinem Schreiben an die Braunschweigische Gesandtschaft vom 10.3. sowie in seinem Interview vom 12.3. deutlich wird, bereits auf einen zweiten Wahlgang eingestellt. Derartige Planungen wie auch seine in den Wahlkampfreden stereotyp wiederholte Beteuerung, man werde am 14.3. die Arbeit oder den "Kampf" wiederaufnehmen, änderten allerdings nichts daran, daß man innerhalb der NSDAP das Wahlergebnis als "eine verlorene Schlacht" bewertete - so Goebbels am 13.3.1932. Hitler hatte sein Wahlziel nicht erreicht. Seine Prognose vom 12.3., er werde mindestens 12.000.000 Stimmen erhalten, mindestens so viele wie Hindenburg, hatte sich ebensowenig erfüllt wie die Siegesgewißheit des *Angriffs*, der in seiner Wahlsonder-Nummer vom 13.3.1932 Hitler bereits als "Führer und Reichspräsident" bezeichnet hatte. Vgl. Dok. 42 und 46, Dok. 47, Anm. 7 sowie Dok. 50; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141.

7 Der *VB* berichtete, daß in der Endphase des Reichspräsidentenwahlkampfs ein gefälschtes Flugblatt u. a. durch Flugzeuge verbreitet worden sei, auf dem Hitler angeblich verkündete, daß er seine Kandidatur zurückziehe, nachdem "auf Anregung des Reichswehrministers Groener [...] gestern in Berlin eine gemeinsame Besprechung zwischen mir und meinen engsten Mitarbeitern mit seiner Exzellenz von Hindenburg, Reichswehrminister Groener und Herrn Dr. Brüning stattgefunden" habe. Faksimilierter Druck: VB vom 16.3.1932, "Freche Flugblattfälschung der Hindenburgfront". Vgl. auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 139.

8 "'Yes, I had heard this, it had been officially admitted by the Hindenburg committee."

9 "Herr Hitler's eyes glinted with steely determination. He looked tired, and battle-worn, but there was no question of his indomitable courage and confidence in this ultimate victory."

10 Mit der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 waren für die Zeit vom 20.3. (Palmsonntag) bis 3.4.1932 (Weißer Sonntag) "öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten" worden. Verboten wurde ferner die Verbreitung jeglicher politischer Propaganda in diesem Zeitraum. Druck: RGBl. 1932, I, S. 133.

11 Vgl. Dok. 42, Anm. 2.

[...][14]

"Let them," said Herr Hitler. "We need no money to finance our campaign[15]. My campaign finances itself. Every person who comes to hear me at my meetings pays an entrance fee, and we make a profit, not a loss[16]."

[...][17]

"Yes," replied Herr Hitler, "most certainly I do[18]."

[...][19]

---

12 Um die knappe Zeit, die für den Wahlkampf zur Verfügung stand, optimal zu nutzen, entwickelten Hitler, Goebbels und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer am 18.3.1932 den Plan, ein Flugzeug zu chartern, damit Hitler täglich in drei bis vier Städten sprechen könne. Wenige Tage später empfing Hitler Flugkapitän Hans Baur von der Deutschen Luft Hansa, mit dem er am 3.4. zu seinem ersten "Wahlflug" (nach Dresden) aufbrach. In Deutschland war dies eine völlig neue Form des Wahlkampfs wie auch der politischen Selbstdarstellung. Auf seinen fünf Deutschlandflügen soll Hitler insgesamt etwa 50.000 Flugkilometer zurückgelegt haben. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141, 144 f. sowie Bd. V/1 dieser Edition, Dok. 3 ff.; Hans Baur, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956, S. 81 ff.; Dietrich, Hitler, S. 65 ff. Weitere Bilder und Informationen: Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann. Text von Josef Berchthold, München 1932.

13 Nachdem Hitler noch in der Nacht des 13.3. signalisiert hatte, auch im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zu kandidieren, begannen bereits am nächsten Tag die Vorbereitungen für die Propagandakampagne der NSDAP. Das Wahlkampfkonzept, das vor allem Goebbels und Hitler selbst erarbeiteten, wurde bestimmt durch die geringe Zeit, die durch die Verordnung über den sog. Osterfrieden noch weiter eingeschränkt wurde. Am 27.3. notierte Goebbels in sein Tagebuch, er "habe in Berlin die Propagandaaktion zu Ende geführt. Es ist nun alles fertig für die Zweite Schlacht." "Hauptschlager" dieses Wahlkampfs, so Goebbels am 17. und 18.3., sollte "eine Versammlungstournee ganz großen Stils" werden, in deren Verlauf Hitler "täglich drei- bis viermal, nach Möglichkeit auf öffentlichen Plätzen oder in Sportarenen, sprechen" sollte. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 141 ff. sowie Paul, Aufstand der Bilder, S. 97 f. Ferner Dok. 47, Anm. 7, Dok. 55 mit Anm. 1 und 6 sowie Dok. 56, Anm. 1. Ferner Bd. V/1, Dok. 1 ff.

14 "'They say that your funds are running low, Herr Hitler?' I interposed."

15 Zur damaligen Finanzlage der NSDAP und zur Frage ihrer Finanzierung durch einzelne Geldgeber vgl. Turner, Großunternehmer, S. 273 ff.

16 Die Erlöse aus den Eintrittspreisen für die Wahlkampfveranstaltungen der NSDAP spielten für deren Finanzierung eine nicht zu unterschätzende Rolle. War der durchschnittliche Eintrittspreis in Höhe von einer Reichsmark für eine Wahlkampfrede Hitlers nach damaligen Verhältnissen ohnehin schon sehr hoch, so wurden bevorzugte Plätze oft noch teurer gehandelt; Schwarzmarktpreise von 10,- bis 15,- RM waren keine Seltenheit. Während des Reichstagswahlkampfs 1930 schätzte die Politische Polizei, daß der hohe Unterhaltungswert der Reden Hitlers oder anderer prominenter Nationalsozialisten dafür sorge, daß in einzelnen Großveranstaltungen mindestens ein Gewinn von 10.000,- RM erzielt würde. "Kampfschatzsammlungen" während dieser Versammlungen, aber auch die zahllosen "Sprechabende" an der Basis der NSDAP taten ein übriges, um deren Einkünfte erheblich zu vermehren. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 147 f.; Horst Matzerath und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92. Vgl. ferner die Anmerkungen zu Hitlers Redeauftritten in dieser Edition.

17 "'Do you expect to increase your vote in the next ballot?' I asked."

18 Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932 wurden für Hitler 13.418.547 (36,8%), für Hindenburg 19.359.983 (53%) und für Thälmann 3.706.759 (10,2%) Stimmen abgegeben.
Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 hatten 11.339.446 Wähler (30,1%) für Hitler, 18.651.497 (49,6%) für Hindenburg und 4.983.341 (13,2%) für Thälmann gestimmt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

19 "One of the most intimate advisers of Herr Hitler told me subsequently that the Fascist Party [*sic!*] are confidently expecting an appeal to be issued on their behalf by a number of powerful nationalist organisations, representing millions of voters, calling on their members to vote for Hitler at the next ballot.
In the last ballot these organisations voted either for Field-Marshal von Hindenburg or for Lieut[*enant*]-Colonel Duesterberg, the Steel Helmet candidate."

"The chief surprise to me at the last election," said Herr Hitler, in continuing our conversation, "was not the votes cast for me; those came roughly whithin my expectations. No, it was the failure of the Communists, combined with the remarkable solidity of the Socialists for Field-Marshal von Hindenburg[20].

"I increased the vote of my party by five millions[21]. What that means you will see when you consider that the Centre Party (Dr. Bruening's party), throughout the forty years in which it has played such an important and dominant role in German politics, has not polled more than from five to six million votes[22], the number which at one go I added to my party in the hour of my alleged defeat."

Herr Hitler smiled, shook hands, and returned to his work.

22. März 1932 Dok. 60
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 22.3.1932.

SA

Gruppe Hochland

Dem Sturm 3/L, München, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 26. Mai 1923 von Franzosen erschossenen Albert Leo Schlageter[2], von dessen Kompanie viele SA-Männer dem Sturm angehören, künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Schlageter"

zu führen.

---

20 Vgl. Dok. 50, Anm. 7.

21 Vgl. Dok. 47, Anm. 4.

22 Im Zeitraum zwischen 1919 und 1930 erreichte das Zentrum sein prozentual günstigstes Wahlergebnis 1919 - noch unter der Bezeichnung Christliche Volkspartei - bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 15,9% (5.980.200 Stimmen), sein prozentual schlechtestes Wahlergebnis bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit 11,8% (4.127.900 Stimmen). Das nach absoluten Zahlen schlechteste Wahlergebnis erzielte das Zentrum bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 mit 3.712.200 Stimmen (12,1%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 541.

1 Vgl. Dok. 14, Anm. 1.

2 Albert Leo Schlageter (1894-1923), 1918 Leutnant d. R., 1919 Eintritt in den Jungdeutschen Orden, 1919-1921 Angehöriger verschiedener Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, Ruhrgebiet und in Oberschlesien, 1923 Mitglied der Organisation Heinz, Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 9.5.1923 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, am 26.5.1923 standrechtlich erschossen.
Die NSDAP vereinnahmte Schlageter schon bald für ihre Propaganda, obwohl es unklar blieb, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist. Sicher läßt sich nur sagen, daß Hitler im Jahr 1923 den Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets entschieden abgelehnt hat. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm 21/63, Zültz [*sic!*] O[*ber*]S[*chlesien*], wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 22. Januar 1932 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Bruno Schramm[3] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 21 Bruno Schramm"

zu führen.

Gruppe Mitte

Dem Motorsturm IV/181, Lugau, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 11. November 1931 von Marxisten ermordeten Truppführer Walter Thriemer[4] künftig die Bezeichnung

"Motorsturm IV/181 Walter Thriemer"

zu führen.

Dem Sturm 31/165, Volpke, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 1.1.1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Kurt Wietfeld[5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 31 Kurt Wietfeld"

zu führen.

Gruppe Nordmark

Dem Motorsturm 1/I/31, Altona, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den auf einer Dienstfahrt tödlich verunglückten SA-Mann Friedrich Vinke[6] künftig die Bezeichnung

"Motorsturm I Friedrich Vinke"

zu führen.

SS

Dem 2. SS-Sturm I/14. SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Kommunisten tödlich verwundeten, am 4. Februar 1932 den Verletzungen erlegenen SS-Mann Fritz Beubler[7] künftig die Bezeichnung

"Fritz Beubler"

zu führen.

---

3 Bruno Schramm (1903-1932), Diplom-Ingenieur in Zülz (Oberschlesien), 1921 Eintritt in das Freikorps Oberland, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930 Gründer der Ortsgruppe Zülz, SA-Mann, in der Nacht vom 22. auf 23.1.1932 bei einer politischen Auseinandersetzung verletzt und gestorben.
Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 25.1.1932, "Neue politische Bluttat".

4 Walter Thriemer (1907-1931), Bäckergehilfe in Neuwiese (Sachsen), 1929 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, dann Truppführer im SA-Motorsturm IV/181, am 11.11.1931 erstochen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 13.11.1931 (Reichsausgabe), "Der Terror"; Münchner Neueste Nachrichten vom 13.11.1931, "Wieder kommunistische Morde. Wie lange noch?"

5 Kurt Wietfeld (1908-1932), Malergehilfe in Barneberg (Provinz Sachsen), SA-Mann, am 1.1.1932 im Anschluß an eine nationalsozialistische Silvesterfeier erschossen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 3.1.1932 (1. MA), "Politische Ausschreitungen".

6 Näheres nicht zu ermitteln.

7 Fritz Beubler (1911-1932), Zimmermann in Merxleben (Thüringen), SS-Mann, am 29.1. bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 4.2.1932 gestorben.

Dem Sturm 2/III/7. SS-Standarte, Zwickau, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 15. August 1931 in Limbach durch Kommunisten erschlagenen SS-Mann Grobe[8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Grobe"

zu führen.

Adolf Hitler

22. März 1932 Dok. 61
Telegramm an Magnus von Levetzow[1]

Masch. Abschrift; BA-MA, N 239/56.

Nehmen Sie meinen aufrichtigsten Dank entgegen für Ihr unentwegtes großherziges Eintreten für meine Bewegung im Kampf um Deutschlands Erneuerung[2].

Adolf Hitler

8 Herbert Grobe (1909-1931), Kaufmännischer Angestellter in Limbach (Sachsen), Mitglied der NSDAP, SS-Mann, am 15.8.1931 erschossen.
Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 17.8.1931, "Von Tag zu Tag".

1 Magnus von Levetzow (1871-1939), 1889 Seekadett in der Kaiserlichen Marine, 1892 Leutnant z. S., 1894/95 Adjutant und Signaloffizier auf dem Panzerschiff *Wörth*, 1898/99 Wach- und Navigationsoffizier auf dem Kleinen Kreuzer *Kondor*, 1900-1902 Ausbildung an der Marineakademie, 1902/03 Kapitänleutnant, Admiralstabsoffizier im Stab der ostamerikanischen Kreuzerdivision, 1903-1906 Tätigkeit beim Admiralstab der Marine in Berlin, zugleich Admiralstabsoffizier beim Stab der Kaisermanöverleitung, 1908 Erster Offizier auf dem Panzerkreuzer *Scharnhorst*, 1913 Kapitän zur See, 1913-1916 Kommandant des Schlachtkreuzers *Moltke*, 1916-1918 Chef der Operationsabteilung des Kommandos der Hochseestreitkräfte, 1917 Chef des Stabes des Flottensonderverbands zur Eroberung der Baltischen Inseln, 1918 Kommandeur der 2. Kreuzeraufklärungsgruppe der Hochseeflotte, Juli bis November 1918 Chef des Stabes der Obersten Seekriegsleitung, 1920 Chef der Marinestation Ostsee, Teilnahme am Kapp-Putsch, Abschied als Konteradmiral, seit 1924 Tätigkeit bei der Junkers AG, 1932/33 MdR (NSDAP), 1933-1935 Polizeipräsident von Berlin, 1935 Preußischer Staatsrat, seit 1936 Aufsichtsratsmitglied der Weser-Flug AG, seit 1937 auch der HAPAG.

2 Levetzow hatte bereits am 3.3.1932 an den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, Heinrich Claß, geschrieben, er sehe "keine andere praktische politische Möglichkeit, als - vom Standpunkt der nationalen Opposition - Hitler zu wählen, mag es diesem oder jenem der Anhänger anderer Rechtsgruppen auch noch so sauer werden". Nachdem der *VB* bereits am 13./14.3.1932 einen Aufruf von "Admiral von Lewetzow" [*sic!*] publiziert hatte, sandte dieser am 25.3. ein erweitertes Wahlbekenntnis an Göring, das am 2.4. im *VB* publiziert wurde. Das Manifest, das Levetzow an sämtliche Marinevereine "und an verschiedene Kameradschaftsbünde" sowie an die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands schickte, beginnt mit folgenden Worten: "Ich wähle nie und nimmer Hindenburg, weil sich erwiesen hat, daß unser Volk, trotz seiner Amtsperiode, dem Elend und dem Untergang rettungslos entgegensteuert; ich wähle ihn nicht, weil er als Repräsentant des Systems vom 9. November 1918 herausgestellt wird. Ich wähle *Hitler*, den stärksten Vertreter der deutschen Befreiungsbewegung, weil er an Stelle dumpfer Verzweiflung wieder Hoffnung in Millionen deutscher Herzen entzündet hat." Er habe - so heißt es am Schluß von Levetzows Aufrufs - Verständnis für jene, die im ersten Wahl-

22. März 1932 Dok. 62
"Das neue gegen das alte Deutschland. 'Wann wir an der Macht sein werden'" Artikel [1]

La Stampa della Sera vom 22.3.1932, "La Nuova Contro La Vecchia Germania 'Quando saremo al potere'".

Man kann das heutige Deutschland vom politischen Standpunkt her weder verstehen noch gebührend würdigen, ohne die Veränderungen zu kennen, die sich in der Struktur des Landes gerade abspielen und die das Deutschland von morgen ausmachen werden. Das deutsche Volk steht an einem Scheideweg, vor zwei Wegweisern, die in zwei verschiedene Richtungen weisen, vor einem Wendepunkt der Geschichte, an dem sich der alte und der neue Geist eine verzweifelte Schlacht liefern und an dem der Nationalsozialismus klar als das Bild des neuen Deutschlands zu erscheinen beginnt. Der Nationalsozialismus widmet sich dem Ziel, auf den Ruinen der bürgerlichen und der proletarischen Ideologie, die beide im Begriff sind, einzustürzen und zu zerbrechen, ein neues politisches Ideal ins Leben zu rufen.

Non si può nè comprendere nè dovutamente apprezzare la Germania di oggi dal punto di vista politico, senza conoscere i mutamenti che si stanno svolgendo nella struttura del Paese e che faranno la Germania di domani. Il popolo tedesco si trova ad un bivio, davanti a due indicatori stradali che segnano due strade diverse, ad una svolta della Storia nella quale lo spirito antico dà battaglia disperata allo spirito nuovo e nella quale il socialismo nazionale comincia ad apparire chiaramente come la immagine della Germania nuova. Il socialismo nazionale si dedica a dar vita ad un nuovo ideale politico, creato sulle rovine dell'ideologia borghese e dell'ideologia proletaria che sono sul punto di cadere, di infrangersi.

---

gang noch Duesterberg gewählt hätten, nach dessen Ausscheiden gäbe es jetzt im zweiten Wahlgang aber "nur eine einzige Wahl". Druck: Granier, Levetzow, Dok. 39 f.; VB vom 13./14.3.1932, "Bekannte deutsche Männer geben Antwort auf die Frage: Warum nicht Hindenburg, sondern Hitler?"; vom 2.4.1932, "'Ran an den Feind' Wählt Adolf Hitler!". Vgl. auch Dok. 59, Anm. 19.
Am 3./4.4.1932 erschien im *VB* ein weiterer Aufruf, der von Levetzow und zahlreichen anderen Angehörigen der Vereinigten Vaterländischen Verbände und des Reichslandbunds unterzeichnet war. Der Aufruf beginnt mit der Feststellung, daß die Unterzeichner nicht der NSDAP angehörten und "auch manche Kritik an ihr" verstünden. Er schließt mit dem Satz: "Wie jeder nationale Deutsche bei den Landtagswahlen nur die Gegner dieses Systems wählen kann, so muß er folgerichtig sich auch im zweiten Reichspräsidentenwahlgang für den einzigen Gegen-Kandidaten gegen das System, *für Adolf Hitler*, entscheiden." VB vom 3./4.4.1932, "'Im Nationalsozialismus erblicken wir die größte deutsche Freiheitsbewegung seit 100 Jahren'".

1 Bei diesem Artikel Hitlers handelt es sich um einen Artikel, der erstmals am 24.10.1931 unter der Überschrift "Germany at the Crossroads!" in *The Saturday Review* erschien (Druck: Bd. IV/2, Dok. 56). Eine spanische Übersetzung erschien am 28.11.1931 unter der Überschrift "Mis planes para el futuro. El hitlerismo, de victoria en victoria. Cuando lleguemos al poder" [*Meine Pläne für die Zukunft. Der Hitlerismus von Sieg zu Sieg. Wann wir an die Macht gelangen*] in der 1917 von Nicolás M. Urgoiti y Achúcarro und José Ortega y Gasset gegründeten madrilenischen Zeitung *El Sol*.
Die italienische Version dieses Artikels wurde jedoch inhaltlich überarbeitet und nimmt auch bezug auf die Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932.

Dieses neue politische Ideal beinhaltet die Ansicht, daß es nicht das Individuum und nicht die Menschheit, sondern die Nation ist, die in Wirklichkeit ein organisches Wesen von höchstem Wert darstellt.

Questo nuovo ideale politico afferma che non è l'individuo, non è l'umanità, ma la Nazione che rappresenta realmente un'entità organica del più alto valore.

Das Nazi-Regime

Der Sieg der Hitler-Bewegung [2] ist in keiner Weise mit einem Sieg Deutschlands, wie es vor dem Krieg existiert hat, gleichzusetzen [3]. Dieses gehört der Geschichte an, obwohl die Nationalsozialisten als Söhne, die das Vaterland ehren, es durchaus nicht geringschätzen wollen.

Das Nazi-Regime wird keine Rückkehr zur Vergangenheit darstellen. Es ist eine junge Generation [4], die unter seiner Fahne für das Recht auf Leben kämpft. Dieses junge Deutschland, das nicht mit der Verantwortung für den Krieg belastet ist und seine Unterschrift nicht unter das Eingeständnis seiner angeblichen Schuld [5] gesetzt hat, hat sein Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung anvertraut, mit dem Ziel, sich von der zermürbenden Last der Kriegsschulden [6] zu befreien, die es jeglicher Hoffnung auf ein besseres Leben beraubt und noch für einige Generationen berauben wird.

Entschlossen, mit dem Problem der Kriegsschulden auch das des friedlichen Wiederauf-

Il regime nazi

La vittoria del movimento hitleriano non significa in alcun modo la vittoria della Germania di prima della guerra. Quest'ultima appartiene alla Storia, benchè i nazionalsocialisti, da figli rispettosi per la patria, non vogliano affatto sminuirla.

Il regime nazi non segnerà un ritorno al passato. È una giovane razza che combatte sotto le sue bandiere per il diritto alla vita. Questa giovane Germania, che non porta il peso di responsabilità della guerra e che non ha apposto la firma sotto la confessione della sua pretesa colpabilità, ha confidato il suo destino al movimento nazionalsocialisto allo scopo di liberarsi del fardello estenuante dei debiti di guerra che la privano e la priveranno per qualche generazione di ogni speranza d'una esistenza migliore.

Decisa a risolvere, in un col problema [*sic!*] dei debiti di guerra quello della ricostruzione

2 Gemeint ist das Ergebnis des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl 1932; vgl. Dok. 47, Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.
Damals unterstützten einzelne Nationalsozialisten die Überlegungen des ehemaligen deutschen Kronprinzen, selbst im zweiten Wahlgang für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren. Derartige Planspiele waren jedoch in keiner Weise mit der Führung der NSDAP, geschweige denn mit Hitler abgestimmt. Bereits der Widerstand aus seiner Familie brachte Wilhelm selbst dazu, diesen Gedanken schon bald wieder fallen zu lassen. Am 2.4.1932 erklärte er statt dessen öffentlich, daß er im zweiten Wahlgang für Hitler stimmen werde. Vgl. Willibald Gutsche, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991, S. 138 ff.; Sylvia Andler, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149. Ferner Bd. V/1, Dok. 12 sowie Frankfurter Zeitung vom 3.4.1932 (2. MA), "Väter und Söhne".

4 Vgl. Dok. 15, Anm. 90.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 15.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

baus des Landes zu lösen, hat es [*das Nazi-Regime*] die Absicht, die zerstörerischen Elemente des Marxismus auszuschalten, die es heute ins finanzielle und moralische Verderben führen. Es will den asiatischen Bolschewismus ausrotten, der die Existenz einer zweitausendjährigen Kultur bedroht und der alle Staaten Europas gegeneinander aufgebracht hat. Es will den moralischen Charakter wiederherstellen und festigen, dem das deutsche Volk seinen guten Ruf unter den anderen Nationen der Welt verdankt.

Wenn sie diese große Aufgabe erfüllen wollen, können die Nationalsozialisten nicht die Verpflichtung übernehmen, die mit den Kriegsschulden verbundenen finanziellen Verbindlichkeiten anzuerkennen, die das wirtschaftlich ausgebeutete und verarmte Deutschland nicht zu zahlen in der Lage ist und die jeglichen wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich machen, nicht nur zum Schaden Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Andererseits hat die Hitler-Partei die Absicht, die privaten Schulden[7] anzuerkennen und zu zahlen. Sie legt großen Wert darauf, daß diese Tatsache allgemein bekannt wird, um die falschen Gerüchte zum Verstummen zu bringen, die über ihre Absichten verbreitet worden sind[8]. Dies ist die Wahrheit.

pacifica del Paese, essa ha l'intenzione di domare gli elementi distruttivi del marxismo che oggi la conducono verso la rovina finanziaria e morale. Essa vuole estirpare il bolscevismo asiatico che minaccia l'esistenza di una civiltà due volte millenaria e che ha messo gli uni contro gli altri tutti i Paesi dell'Europa. Essa vuole restaurare ed affermare la fibra morale alla quale il popolo tedesco deve la sua buona rinomanza fra le altre Nazioni del globo.

Se vogliono assolvere questo grande compito i nazionalsocialisti non possono assumersi l'impegno di ratificare gli obblighi finanziari relativi ai debiti di guerra, che il popolo tedesco, sfruttato economicamente ed impoverito, è incapace di pagare e che rendono impossibile ogni ricostruzione economica, a detrimento non solo della Germania, ma del mondo intero. D'altra parte il partito hitleriano ha l'intenzione di riconoscere e pagare i debiti privati. Esso dà grande importanza a che questo fatto sia universalmente noto, allo scopo di far tacere le false voci che si sono sparse sulle sue intenzioni. Questa è la verità. I creditori privati si accorgeranno che l'applicazione dei principii economici dei nazionalsocialisti offre una miglio-

7 Das Deutsche Reich war - nicht zuletzt aufgrund seiner Reparationszahlungen - im hohen Maße abhängig von ausländischen Anleihen. Am 29.2.1932 betrug die deutsche Auslandsverschuldung insgesamt 20.623 Millionen RM. Von diesen Auslandskrediten hatte das Reich 3.125, Länder und Gemeinden 1.215, die Reichsbank und Golddiskontbank 904, die deutsche Wirtschaft 8.785 und die übrigen deutschen Banken 5.802 Millionen RM erhalten (sonstige 792 Millionen RM). Die Gesamtschuld von 20.623 Millionen RM gliederte sich in Kurzkredite (fällig bis Februar 1933) in Höhe von 10.153 und in später fällige Langkredite in Höhe von 10.470 Millionen RM. Gläubigerländer waren in erster Linie die USA, die Niederlande und die Schweiz, dann Großbritannien und Frankreich. Italienische Gläubiger hatten lediglich Kapital in Höhe von 147 Millionen RM in Deutschland angelegt. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, 12 (1932, 2. August-Heft), Nr. 16, S. 490-493.

8 Der Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte nicht nur die deutsche Wirtschaft stark verunsichert, auch ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen, so daß innerhalb weniger Wochen die deutschen Börsenkurse um durchschnittlich 10% fielen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie über die sozialistischen Elemente in der

Die privaten Gläubiger werden erkennen, daß die Anwendung der ökonomischen Prinzipien der Nationalsozialisten eine bessere und sicherere Garantie für die Tilgung ihrer Kredite bieten wird als das verantwortungslose Regime der Desorganisation, welches heute in Deutschland triumphiert[9]. Wir sind überzeugt, daß der Frieden und die Ordnung ganz Europas vom Erfolg der nationalsozialistischen Regierung abhängen und daß die Weiterführung des jetzigen Systems uns direkt in den Abgrund führen wird.

re e più sicura garanzia per ciò che concerne il soddisfacimento dei loro crediti finanziari, che non il regime irresponsabile di disorganizzazione che trionfa oggi in Germania. Noi siamo convinti che dal successo del regime nazionalsocialista dipendono la pace e l'ordine di tutta l'Europa e che la continuazione del sistema attuale ci condurrà direttamente verso l'abisso.

Die Grundlagen des Friedens

Der Nationalsozialismus hat nicht die Absicht, Krieg zu führen, und wir hoffen aufrichtig auf den Frieden, um uns dem Wiederaufbau des Landes widmen zu können[10]. Dennoch weisen wir aufrichtig darauf hin, daß es ein Wahnsinn ist zu glauben, man könne das Gebäude des Friedens auf Fundamenten errichten, die fortwährend von Reparationsforderungen erschüttert werden. Diese gefährliche Illusion führt uns in Chaos und Zusammenbruch, in die Vernichtung einer großen, lebendigen Nation im Herzen Europas. Diejenigen, die wirklich den Frieden wollen, müssen zunächst den Nationen helfen, in Frieden zu leben, und verhindern, daß immanente Kräfte sie zu einer Explosion

Le fondamenta della pace

Il socialismo nazionale non si accinge a fare la guerra e noi aspiriamo sinceramente alla pace per poterci consacrare alla ricostruzione del Paese. Tuttavia ricordiamo lealmente che è una follia ritenere che si possa erigere l'edificio della pace su fondamenta che sono continuamente scosse dalle esigenze delle riparazioni. Questa pericolosa illusione ci presagisce il caos ed il crollo, la devastazione d'una grande Nazione piena di vita e nel cuore dell'Europa. Coloro che desiderano realmente la pace debbono anzitutto aiutare le Nazioni a vivere in pace ed impedire che forze immanenti le spingono verso una esplosione. Il movimento nazionalsocialista ritiene che la pace sarà meglio assicurata in Europa

wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP. Bereits bei seinen zahlreichen Auslandsinterviews im Dezember 1931 betonte Hitler, daß sich die NSDAP für eine Tilgung der privaten Schulden einsetzen werde. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 83 ff.

9 Neben dem am 11.8.1931 unterzeichneten Hoover-Moratorium, das alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr sistierte, hatten Vertreter aller interessierten Gläubigerländer am 19.8.1931 in Basel mit einem deutschen Bankenkomitee ein sog. Stillhalteabkommen, gültig für die Zeit vom 1.9.1931 bis 29.2.1932, unterzeichnet. Durch dieses Abkommen wurden die Masse der kurzfristigen *kommerziellen* deutschen Auslandsverschuldung in einer Gesamthöhe von 6,3 Milliarden RM auf sechs Monate gestundet, um damit - parallel zum Hoover-Moratorium - die Zahlungsfähigkeit der deutschen Banken, Industrie- und Handelsfirmen langfristig zu sichern. Das Stillhalteabkommen wurde durch das Deutsche Kreditabkommen vom 23.1.1932 um weitere zwölf Monate bis zum 28.2.1933 verlängert und der gestundete Betrag - neben weiteren Erleichterungen zugunsten der deutschen Seite - auf 5,4 Milliarden RM reduziert. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 134 ff.; Link, Stabilisierungspolitik, S. 498 ff. Vgl. ferner Dok. 8, Anm. 29.

10 Vgl. jedoch Dok. 24, Anm. 8.

treiben. Die nationalsozialistische Bewegung glaubt, daß der Frieden in Europa besser gesichert sein wird, wenn die politischen Verträge, die Deutschland in Ketten legen[11], zurückgenommen und aufgehoben werden, als wenn man sich bemüht, sie aufrechtzuerhalten, weil die französische Prestigesucht die Sicherheit der Welt gefährdet, statt sie zu konsolidieren.

se i trattati politici che incatenano la Germania sono ripresi ed abrogati, che non se ci si sforza a conservarli, poichè la manìa francese degli ornamenti mette in pericolo la sicurezza del mondo invece di consolidarla.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im [*Deutschen*] Reich, das in vielen Ländern als Niederlage der Nationalsozialisten angesehen wird[12], bedeutet keinesfalls das Scheitern der Grundidee unserer Bewegung, wie es unsere Gegner behaupten. Es hat vielmehr gezeigt, daß der Nationalsozialismus in Deutschland die einzige Bewegung ist, die fähig ist, die schlechte sozialdemokratische Verwaltung zu bekämpfen und die Fahrt in den Abgrund zu stoppen.

Il risultato delle elezioni presidenziali del Reich, considerato in molti Paesi come una disfatta dei nazionalsocialisti, non implica affatto il fallimento dell'idea fondamentale del nostro movimento, come insinuano i nostri avversari. Esso ha dimostrato invece che il socialismo nazionale era in Germania il solo movimento atto a combattere la cattiva amministrazione socialdemocratica e ad arrestare la corsa verso l'abisso.

Betrachtet man diese Wahl allgemein im Lichte der Gesetzmäßigkeiten von Wahlen, so sind alle anderen Strömungen deutlich in der Minderheit. Die Ergebnisse der Volksabstimmung haben gezeigt, daß im Falle von Neuwahlen die Hitler-Partei die stärkste Partei in Preußen[13] sowie die Kraft der Zukunft

In quella votazione, se la si considera secondo le regole abituali delle elezioni in genere, tutte le altre tendenze sono in netta minoranza. I risultati della votazione popolare hanno provato che in caso di nuove elezioni, il partito hitleriano sarebbe il partito più forte in Prussia e la forza dell'avvenire in tutto il

11 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

12 Die deutsche Presse berichtete, daß die meisten ausländischen Zeitungen den Ausgang des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl mit Erleichterung als Niederlage Hitlers bewertet hätten. In amerikanischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen habe - so die *Frankfurter Zeitung* - "das Wahlergebnis geradezu als die Befreiung von einem Alpdruck" gewirkt. Viele Blätter würden nun im zweiten Wahlgang einen Sieg Hindenburgs erwarten, verwiesen aber nicht ohne Besorgnis auf die hohe Zahl an nationalsozialistischen Stimmen. Lediglich einige rechtsradikale Zeitungen in Frankreich stünden auf dem Standpunkt, daß es für Frankreich gleichgültig sei, ob Hitler oder Hindenburg die Wahl gewinne. Vgl. Berliner Tageblatt vom 14.3.1932 (AA), "Der Eindruck im Auslande"; Frankfurter Zeitung vom 14.3.1932 (AA), "Hitlers Niederlage - Deutschlands Sieg"; Germania vom 14.3.1932, "Auslands-Echo der Wahlen"; Vorwärts vom 14.3.1932 (AA), "Der Eindruck im Ausland"; Frankfurter Zeitung vom 15.3.1932 (1. MA), "Das Echo des Auslandes".

13 Die deutschen Wahlkreise deckten sich nicht mit den Ländergrenzen, so daß es nur möglich ist, auf die Ergebnisse der jeweiligen Wahlkreise zu verweisen, die hauptsächlich auf preußischem Gebiet lagen (Wahlkreis 1, Ostpreußen, - Wahlkreis 23, Düsseldorf West). In diesen Wahlkreisen hatte Hitler beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 sein schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis 2 (Berlin) mit 19,4%, sein bestes Ergebnis im Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein) mit 42,7%. Insgesamt entsprachen die Ergebnisse der genannten Wahlkreise etwa jenen 30,1% der Wählerstimmen, die Hitler damals auf Reichsebene erzielte.

im ganzen Reich wäre. Statt der Partei aggressive und zerstörerische Tendenzen zuzuschreiben[14], würde man der Sache des europäischen Friedens viel besser dienen, wenn man sich bemühen würde, die Ziele der Hitler-Bewegung besser zu verstehen und die Zukunft Europas so zu organisieren, daß Deutschland wenigstens in der Lage wäre, aus der momentanen unglückseligen Situation herauszukommen und sich ohne Hemmnisse am Werk des europäischen Wiederaufbaus zu beteiligen.

Der Vormarsch der Nationalsozialisten im [*Deutschen*] Reich ist eine unabwendbare Tatsache. Der Stempel der Hitler-Bewegung hat sich dem deutschen Volk sehr viel tiefer eingeprägt, als man im Ausland glaubt[15]. Niemals hat eine Jugend einem solch tragischen Schicksal getrotzt wie die deutsche unserer Tage. Wir haben unseren Plan gefaßt und warten auf die Zukunft, was auch immer unser Schicksal sein möge.

Adolf Hitler

Reich. In luogo di attribuire al partito tendenze aggressive e distruttrici, si servirebbe molto meglio la causa della pace europea, se ci si sforzasse di comprendere maggiormente gli obbiettivi del movimento hitleriano e di organizzare l'avvenire dell'Europa in modo che la Germania sia almeno in condizioni di uscire dall'attuale disgraziata situazione e di partecipare, senza intralci, all'opera di ricostruzione europea.

L'avanzata dei nazionalsocialisti nel Reich è un fatto ineluttabile. Il popolo tedesco reca l'impronta del movimento hitleriano ben più profondamente che non si creda all'estero. Mai una giovinezza ha affrontato un destino tragico come quella tedesca dei nostri giorni. Noi abbiamo fissato il nostro piano e attendiamo l'avvenire, qualunque sia il destino che ci è riservato.

Adolfo Hitler

Bei der preußischen Landtagswahl vom 24.4.1932 wurde die NSDAP mit einem Ergebnis von 8.007.384 Stimmen (36,3%) stärkste Partei. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 61 ff., 78, 101.

14 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 27, Dok. 3, Anm. 12, Dok. 19, Anm. 11, Dok. 30, Dok. 43, Anm. 16 und Dok. 43, Anm. 1, 3 und 4 sowie Dok. 52, Anm. 20.

15 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP durch das Ausland vgl. etwa Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964; Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969; Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 73 ff.; Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993, S. 52 ff.

23. März 1932 — Dok. 63
"Pg. Hermann Esser Propagandaleiter für die Landtagswahlen in Bayern"
Anordnung

VB vom 27./28./29.3.1932.

Ich ernenne zum Propagandaleiter für die bayerischen Landtagswahlen[1] Pg. Hermann *Esser*[2].

München, den 23. März 1932

Adolf Hitler

24. März 1932 — Dok. 64
Telegramm an Wilhelm Groener

VB vom 27./28./29.3.1932, "Der Kampf um die Staatsbürger-Rechte".

Durch Maßnahmen preußischer und anderer Landespolizeibehörden wurden in den letzten Tagen *25 nationalsozialistische Zeitungen auf 5 Tage verboten*[1]. Ich protestiere schärfstens gegen diese neue, im Zusammenhang mit der durch gar nichts gerechtfertigten Polizeiaktion des preußischen Innenministeriums[2] stehende, Knebelung der nationalsozialistischen Presse. In Verbindung mit der Erklärung des Osterfriedens[3] stellen diese Verbote eine *weitere Verschärfung der bisherigen Verfolgungen der N.S.D.A.P.* dar[4]. Auch dieses unerhörte Vorgehen *ge-*

---

1 Die Wahl zum bayerischen Landtag fand turnusgemäß am 24.4.1932 statt. Zum Wahlkampf der NSDAP vgl. auch Bd. V/1, Dok. 1 ff.

2 Hermann Esser (1900-1981), 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Schriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1923 Propagandaleiter der NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu drei Monaten Haft verurteilt, Führer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1925/26 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1926/27 Bezirksleiter von Oberbayern und Schwaben, 1926-1932 Hauptschriftleiter des *Illustrierten Beobachters*, 1929-1933 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Münchner Stadtrat, 1932 MdL in Bayern, 1933-1935 Minister ohne Geschäftsbereich und Chef der Staatskanzlei in Bayern, 1936 Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbands, 1939 zugleich Staatssekretär, Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 in Internierungshaft, 1949 im Entnazifizierungsverfahren als Hauptschuldiger eingestuft, 1950 freigelassen.

1 Im *VB* und in *Der Angriff* finden sich im März 1932 25 Meldungen über Verbote nationalsozialistischer Zeitungen, beginnend mit *Der Angriff* (Berlin), der vom 26.2. bis 4.3. verboten wurde. Das letzte Verbot vor dem 24.3. betraf die *Niedersächsische Tageszeitung* (Hannover), die laut *Der Angriff* vom 22.3.1932, für acht Tage verboten wurde. Zu weiteren Verbotsfällen und zum Gesamtkomplex vgl. Dok. 47, Anm. 3.

2 Vgl. Dok. 52-54.

3 Vgl. Dok. 59, Anm. 10.

4 Zu den staatlichen Maßnahmen gegenüber der NSDAP nach dem 13.3.1932 vgl. z. B. Dok. 49, 51-54 und 65.

fährdet bei Duldung durch das Reichsinnenministerium bedauerlicherweise *den Glauben an die Objektivität der öffentlichen Gewalten in Reich und Ländern.*

26. März 1932 Dok. 65
Aufruf[1]

VB vom 30.3.1932, "Appell Adolf Hitlers an die Bezieher und Leser der nationalsoz[*ialistischen*] Presse" [2].

Seit Wochen befindet sich Deutschland in Wahlkämpfen[3], deren Ausgang von entscheidender Bedeutung für die nächste Zukunft unseres Volkes sein wird. Gegen die Repräsentanten der Novemberrevolution und ihre Folgen kämpft die Nationalsozialistische Bewegung in stolzer Vereinsamung [*sic!*] als letzte und einzige Vertreterin des Lebenswillens der deutschen Nation.

Alle sind gegen uns!

Ein nie dagewesenes Komplott vereinigt alle Nutznießer unseres Unglücks innen und außen. Ungeheuerlich und skrupellos sind die Mittel, die unsere Gegner in diesem ihrem Ringen gegen uns anwenden. Ihr System zwingt alle Möglichkeiten des privaten und öffentlichen Lebens in seine Dienste und arbeitet mit Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen, mit versteckter und offener Gewalt gegen uns. *Unzählige Märtyrer hat die Nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampf um unseres Volkes Ehre, Freiheit und Zukunft zu beklagen*[4], *und der Terror nimmt dabei immer noch kein Ende*[5].

Charakteristisch für die damalige Stimmung in der Führung der NSDAP etwa der Tagebucheintrag Goebbels' vom 16.3.1932: "In Berlin läßt Severing wegen Hochverratsverdachts verhaften. Das ist außerordentlich begrüßenswert. Das reißt die Organisation am ehesten wieder aus der depressiven Stimmung heraus. Die Roten nutzen die Gelegenheit aus; aber wer zuletzt lacht, lacht immer doch noch am besten." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 143.

1 Mit seiner Anordnung versuchte Hitler auch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 (Druck: RGBl. 1932, I, S. 133) zu umgehen, die u. a. folgende Bestimmung enthielt: "Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens vierundzwanzig Stunden, ehe sie in irgendeiner Art öffentlich verbreitet werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen [....]. Plakate und Flugblätter, die entgegen dieser Vorschrift öffentlich verbreitet werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden." Hitlers offensichtlicher Umgehungsversuch wurde jedoch vom Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, verhindert. Mit Billigung des Reichsministerium des Innern stellte er fest, daß es sich bei den angekündigten Zeitungsausgaben faktisch um Flugblätter handele, so daß die NSDAP gezwungen war, auf diese Art der Verbreitung zu verzichten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 1.4. 1932 (Reichsausgabe), "Die Zeitung als Flugblatt". Vgl. ferner Dok. 58.

2 Eine inhaltlich leicht variierende Version des Aufrufs, der die Regierungspolitik u. a. als ungesetzlich bezeichnete, wurde durch die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* vom 26.3.1932 in der gesamten nationalsozialistischen Presse verbreitet.

3 Am 13.3.1932 hatten der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sowie die Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz stattgefunden, der 10.4.1932 war Termin für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Außerdem waren für den 24.4.1932 Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie die Bürgerschaftswahl in Hamburg anberaumt. Vgl. auch Dok. 24, Anm. 13 und Dok. 42, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 48, Anm. 4, ferner Dok. 14 und 60.

Ein besonders empörendes Kampfmittel unserer Gegner ist dabei seit 13 Jahren der sich dauernd steigernde *Mißbrauch der öffentlichen Gewalt* für nackte parteipolitische Interessen. Gerade in diesen Wochen des Wahlkampfes kann jeder aufrechte und wahrheitsliebende Deutsche erkennen, wie sehr durch die derzeitige Parteiherrschaft *alle verfassungsmäßigen Grundlagen unseres staatsbürgerlichen Lebens erschüttert oder bereits beseitigt* sind.

Die Freiheit der Gesinnung, die Kundgebung der freien Meinung, die Freiheit der Propaganda, der öffentlichen Rede, sowie der Versammlung und am allermeisten die Freiheit der Presse existiert in Wirklichkeit nicht mehr[6]. Kaum jemals zuvor ist die *Verletzung der Pressefreiheit* so unverhüllt und offen betrieben worden wie in diesen Tagen. Entgegen den Bestimmungen und Forderungen der Verfassung sind *unzählige nationalsozialistische Zeitungen*, deren Eintreten für die Interessen und Rechte des deutschen Volkes den Koalitionspartnern unbequem und daher verhaßt ist, *beschlagnahmt oder verboten* worden[7]. Außer in Polen[8] sind diese Zustände kaum in einem anderen Lande der Welt denkbar.

Die Schuldigen des heutigen Systems glauben dabei vielleicht, unsere Presse vernichten und ihre eigene Existenz damit noch einmal retten zu können. Aber seit 12 Jahren ist der Nationalsozialismus gewohnt, diesen verzweifelten Angriffen zu begegnen. *Wir haben bisher aus jeder Unterdrückung immer noch neue Kraft geschöpft* zum Kampf für das Recht und gegen die Unterdrückung. Auch diesmal kann unsere Antwort auf die Knebelung der Wahlfreiheit und Wahlpropaganda *nur ein noch schärferer Angriff gegen das System* sein. Unsere Presse wollen sie vernichten, wir aber werden ihnen durch grandiose Maßnahmen das Gegenteil des Gewollten beweisen. Ab Donnerstag, den 31. März [*1932*], wird auf meine Anordnung hin die gesamte nationalsozialistische Presse auf die Dauer von 10 Tagen in einem zwar beschränkten Umfange, dafür aber in einer verdrei- bis verzehnfachten Auflage erscheinen[9]. Es wird uns möglich sein, damit eine ungeheure *Werbeaktion für unsere Presse* durchzuführen als Antwort

---

5 Zu den staatlichen Maßnahmen gegenüber der NSDAP nach dem 13.3.1932 vgl. z. B. Dok. 49, 51-54 und 64.

6 Vgl. Dok. 30, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 47, Anm. 3 und Dok. 64, Anm. 1.

8 Mit dem Staatsstreich von Marschall Józef Piłsudski im Mai 1926 begann die schrittweise Transformierung Polens von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem Staat autoritärer Prägung. Dies betraf auch das Recht der freien Meinungsäußerung; bereits am 25.5.1927 wurde vom Sejm ein Pressedekret verabschiedet, das staatlichen Organen die Möglichkeit der Zensur einräumte. Die innenpolitische Lage in Polen verschärfte sich, als Piłsudski, seit 25.8.1930 erneut Ministerpräsident, fünf Tage später das Parlament auflösen und am 16. und 23.11.1930 Neuwahlen für Sejm bzw. Senat durchführen ließ, die ganz von einer rigorosen Unterdrückung und Verfolgung der Opposition geprägt waren. Piłsudskis Bruch mit Verfassung und Parlament verschaffte den Regierungsparteien eine absolute Mehrheit von 247 Mandaten im Sejm und wurde somit zum Beginn seiner mehr oder minder offenen Diktatur. Auch die Zensur wurde nun verschärft: Allein im Januar 1931 wurden Zeitungen wie *Robotnik* zehnmal, *Gazeta Warszawska* siebenmal beschlagnahmt. Vgl. Antony Polonsky, Politics in Independent Poland 1921-1939. The Crisis of Constitutional Government, Oxford 1972, passim.

9 Ungeachtet des raschen Wachstums der NSDAP blieben Entwicklung und Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Zeitungen vorerst begrenzt. 1932 dürfte die Gesamtauflage der reichsdeutschen NS-Tagespresse zwischen 500.000 und 750.000 Exemplaren gelegen haben, zusätzlich einer Auflage der Wochenzeitungen bei etwa 250.000 Stück. Dies entsprach lediglich einem Anteil von 12% an der Gesamtauflage aller Parteizeitungen, bzw. einem Anteil von 2,5% an allen 1932 erscheinenden Zeitungen. Die Führung der NSDAP war sich dieses Problems durchaus bewußt, ohne daß es ihr vor 1933 gelungen wäre, Attraktivität und Wirkung ihrer Presse wesentlich zu steigern. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 125 ff., Zahl S. 159; Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff.

auf die planmäßigen Versuche ihrer Unterdrückung und Vernichtung. Die Ausführungsbestimmungen für diesen Presse-*Propagandafeldzug* sind bereits erlassen[10].

Ich erwarte und verlange von den Beziehern und Lesern der nationalsozialistischen Zeitungen, daß sie, den Sinn dieser großen Aktion verstehend, ihrerseits mithelfen, ihre Durchführung zu ermöglichen.

Jeder Nationalsozialist wird es sich angesichts der letzten Severing-Aktion[11] zur Mundtotmachung unserer Presse [*sic!*] als höchste Ehre anrechnen, *selbst ein Kämpfer* und damit *ein Träger dieser Protestwerbeaktion* zu sein.

Schon jetzt ist der großangelegte Vernichtungsplan des preußischen Innenministeriums gegen die deutsche Freiheitsbewegung gescheitert. *Vor aller Welt ist die Gesetzlichkeit des nationalsozialistischen Kampfes erneut erwiesen.* Unsere Aufgabe ist es nun aber, *zum Gegenangriff* überzugehen. Die Unsicherheit des Handelns unserer Feinde muß unsere Kraft zu ihrer Vernichtung stärken.

Wenn jeder Nationalsozialist und Leser unserer Presse in diesen kommenden zehn Tagen opferbereit seine Pflicht erfüllt, dann wird unsere Presse aus einem Angriff, der sie töten sollte, stärker als je zuvor hervorgehen.

Nationalsozialisten! Unsere Propaganda des Plakates, der Versammlung und der Rede wird von der ganzen Welt als unerreicht bewundert. Sorgt durch euer Verständnis und eure Arbeit mit dafür, daß unsere Presse sich zu derselben Höhe erheben kann[12].

26. März 1932

Adolf Hitler

---

10 Vgl. Dok. 55 f. und 58. Zum Propagandamaterial, das die NSDAP für diese Phase des Wahlkampfs vorbereitet hatte, vgl. z. B. die Anzeige im *VB* vom 27./28./29.3.1932, S. 12.

11 Vgl. Dok. 52-54.

12 Der nationalsozialistischen Parteipresse gelang es bis 1933 nicht, dieselbe Wirkung wie die übrigen Medien der NS-Propaganda zu entfalten. Noch im August 1932 bezeichnete der nationalsozialistische Funktionär Robert Ley die Presse der NSDAP als das "Stiefkind unserer Bewegung". Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 180 ff. sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 104. Ferner Dok. 58.
Auch Hitler versuchte immer wieder durch entsprechende Aufrufe, Artikel und Anordnungen, die Auflage der nationalsozialistischen Presse zu steigern. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 3, 65; Bd. III/1, Dok. 28 und 29; Bd. III/2, Dok. 36; Bd. III/3, Dok. 12, 17.

März 1932[1] Dok. 66
Interview mit L'Oeuvre[2]

L'Oeuvre vom 19.3.1932, "Hitler et le coup d'Etat contre la République"[3].

Je n'ai pas l'habitude, a-t-il répondu à ma question, de rectifier tous les faux bruits répandus par mes adversaires sur mon compte, surtout ceux lancés à l'étranger. Mais lorsqu'ils sont de nature à porter atteinte aux intérêts du peuple allemand, j'estime de mon devoir d'y répondre. On a annoncé que "Hitler c'est la guerre"[4]. Je tiens à affirmer que ma victoire ne pourra, à mon avis, nullement influer de manière défavorable sur les relations allemandes avec l'étranger[5]. Non, la victoire de l'hitlérisme à l'élection pour la présidence du Reich[6] ne mettra nullement en danger la paix en Europe.

"La guerre n'a jamais définitivement réglé les relations entre les peuples. Si elle n'aboutit pas à l'extermination complète de l'un ou de l'autre, ce sera éternellement à recommencer. La paix en Europe, je le répète, ne sera pas troublée, à moins qu'un pays ne le veuille expressément et ce ne sera pas nous[7]."

1 Eine genaue Datierung ist nicht möglich; der Artikel gibt an, das Interview habe im März in Berlin stattgefunden und nur 20 Minuten gedauert. Hinweise auf den terminus ante quem bieten nicht nur der Erscheinungstermin, sondern auch die Tatsache, daß sich Hitler bis 11.3.1932 auf Wahlkampfreise befand. Auch ist aus Hitlers wenigen Äußerungen nicht zu erkennen, ob der erste Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl bereits stattgefunden hat.
Hinweise auf den terminus post quem bietet eine Bemerkung in der längeren Einleitung zu diesem Interview: Die schwedischen Journalisten hätten diskutiert, ob Hitler mit "Herr Regierungsrat" oder lediglich mit "Herr Hitler" anzusprechen sei. Dies spräche dafür, daß das Interview nach dem 26.2.1932 geführt wurde, möglicherweise am 28.2., als Hitler mehrere ausländische Journalisten empfing. Vgl. Dok. 28 und Dok. 30, Anm. 1.

2 Vermutlich im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. An dem kurzen Interview, dessen Vorbereitung und dessen äußere Umstände zunächst ausführlich geschildert werden, nahmen außerdem amerikanische und schwedische Journalisten teil. Die Gespräche, die der Korrespondent mit dem Auslandspressechef der NSDAP, Ernst Hanfstaengl, und Hitlers SA-Adjutanten, Wilhelm Brückner, führte, sind im ersten Teil des Artikel wiedergegeben. Interviews Hitlers mit französischen Journalisten blieben jedoch, wie es in dem Artikel selbst einleitend heißt, die Ausnahme. Vgl. hierzu auch Bd. IV/1, Dok. 15 und 24.

3 Vgl. auch Märkische Zeitung vom 19.3.1932, "Hitler gegen das Gerede kriegerischer Absichten"; Le Matin vom 20.3.1932, "Les espoirs des nazis".

4 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP durch das Ausland vgl. Dok. 62, Anm. 15.

5 Vgl. Dok. 24, Anm. 8.

6 Zu Hitlers "Sieg" bei der Reichspräsidentschaftswahl vgl. Dok. 47, Anm. 2.

7 Folgen allgemeine politische Betrachtungen des Journalisten.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
B.d.F.	Bund der Frontsoldaten
BRT	Bruttoregistertonne
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
D. C.	District of Columbia
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
d. M.	dieses Monats
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
d. R.	der Reserve
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
E. h.	ehrenhalber
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
e. V.	eingetragener Verein
f. d. R.	für die Richtigkeit
FO	Foreign Office
GFM	Generalfeldmarschall
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv

HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt Actien-Gesellschaft
h. c.	honoris causa
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IG	Interessengemeinschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdI	Ministerium des Innern
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ND	Neudruck
Nds.	Niedersächsisch
NL	Nachlaß
NORAG	Nordische Rundfunk Aktiengesellschaft
NS	Nationalsozialismus/Nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSK	Nationalsozialistische Parteikorrespondenz
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
OMGUS	Office of Military Government for (bis April 1947: of) Germany, United States
OSAF	Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung

PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PND	Polizeinachrichtendienst
PrASlg.	Presseausschnittsammlung
PRO	Public Record Office
R.A.	Rechtsanwalt
Rep.	Repertorium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
S.A., SA	Sturmabteilung
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schufo	Schutzformation
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
U.S.S.R.	Union of Soviet Socialist Republics
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
z. b. V.	zur besonderen Verwendung
ZK	Zentralkomitee

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Abel, Karl-Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.

Afflerbach, Holger, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.
Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.
Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XVII-XIX, Göttingen 1982-1983.

Alexander, Thomas, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992.

Andler, Sylvia, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, IV, VII, Köln 1927-1930.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Bardong, Otto (Hrsg.), Friedrich der Große. Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. XXII, Darmstadt 1982.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Baur, Hans, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956.

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrag des Bayerischen Landtags hrsg. von P[*ius*] Dirr, München [3]1925.

Becker, Josef, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111.

Behrenbeck, Sabine, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923-1945, Vierow bei Greifswald 1996.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Berning, Cornelia, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bouhler, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978.

Briefe Friedrichs des Großen, Bd. II. Hrsg. von Max Hein, Berlin 1914.

Brill, Hermann, Gegen den Strom, Offenbach a. M. 1946.

Broszat, Martin, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Buchstab, Günter, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984.

Büttner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982.

Campbell, Bruce B., From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin, Madison 1988.

Christes, Johannes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J. [*1915*].

Corwin, Edward S., The President. Office and Powers 1787-1984. History and Analysis of Practice and Opinion, New York [5]1984.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983.

Deiters, Heinz-Günter, Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland, Hamburg 1973.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

Demps, Laurenz, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin [2]1996.

Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hermann Weber, Köln 1963.

Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München [2]1960.

Deutscher Geschichtskalender. Hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Leipzig o. J.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München 1934.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981.

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Ernst Rudolf Huber, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart [3]1991.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Teil 1: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Drage, Charles, Als Hitler nach Canossa ging. Biographie des Walther Stennes, Berlin 1982.

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München ²1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

Felice *siehe* De Felice

Fenske, Hans, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-229.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fichtes Reden an die deutsche Nation. Eingeleitet von Rudolf Eucken, Leipzig 1909.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Forzano, Giovacchino, Campo di Maggio. Dramma In Tre Atti, Firenze 1931.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franke, Heinz, Warum Hindenburg? (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 7), München 1932.

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Franz, Günther, Der Dreißigjährige Krieg und das Deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, Stuttgart [4]1979.

Den Freiheitskämpfern des 9. Januar 1924. Ein Gedenkblatt an den Befreiungskampf der Pfalz. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung eines Wiesmann-Hellinger-Denkmals, Speyer o. J. [*1932*].

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Funke, Manfred, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gies, Horst, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gräber, Gerhard und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, Bd. 1: November 1918-November 1923, Landau 1992.

Grammbitter, Ulrike, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Grieswelle, Detlev, Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Gründer, Horst, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Grzesinski, Albert Carl, Inside Germany, New York 1939.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Gutsche, Willibald, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991.

Halbmast, Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Halcomb, Jill, the S.A. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans. 1985.

Hamann, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.

Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980.

Hardach, Gerd, Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2), München 1973.

Hauner, Milan, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann. Text von Josef Berchthold, München 1932.

Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning (Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heft 5), München 1932.

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. (unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse), Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981
Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.

Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1991.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966.

Im deutschen Land marschieren wir. Materialien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Zusammengestellt von Reinhard Bein, o. O. o. J. [*Braunschweig 1982*].

Isay, Ernst, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und zu den deutschen Staatsangehörigkeitsverträgen, Berlin 1929.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart ^{4}1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1932.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jamin, Mathilde, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat". Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Lose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

Johnson, Jeffrey Allan, The Kaiser's Chemists. Science and Modernization in Imperial Germany, Chapel Hill, N.C. 1990.

Kaiserworte. Ausgewählt von Friedrich Everling, Berlin 1917.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmel, Adolf, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knickerbocker, H[*ubert*] R[*enfro*], Deutschland So oder So?, Berlin 1932.

Knopp, Guido, Hitler. Eine Bilanz, Berlin 1995.

Koch, Hannsjoachim W., Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987.

Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973.

Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945, Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972.

Koszyk, Kurt, Paul Reusch und die "Münchner Neuesten Nachrichten". Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 20 (1972), S. 75-103.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Kruse, Wolfgang, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984.

Loiperdinger, Martin, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Loth, Wilfried, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

Ludendorff, [*Erich*], Der totale Krieg, München 1935.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990.

Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, 4, Berlin (Ost) [9]1974.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343.

Matzerath, Horst und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986.

Mayeur, Jean-Marie, La vie politique sous la Troisième République 1870-1940, Paris 1984.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380.

Middleton, Richard, Colonial America. A History, 1607-1760, Cambridge, Mass. 1992.

Milkis, Sidney M. and Michael Nelson, The American Presidency. Origins and Development, 1776-1993, Washington D.C. ²1994.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München ⁵1994.

Moltke, Helmuth Graf von, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Moon, Penderel, The British Conquest and Dominion of India, London ²1990.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 417-448.

Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Müller-Jabusch, Maximilian (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929.

Nadler, Harry E., The Rhenish Separatist Movements during the early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987.

Nadolny, Sten, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. I: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.

Nove, Alec, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

Overesch, Manfred, Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina in Braunschweig 16/1981, S. 57 f.

Partei-Statistik. Stand 1. Jan[*uar*] 1935 (ohne Saargebiet). Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O. o. J.

Patch, William L., Adolf Hitler und der Christlich-Soziale Volksdienst. Ein Gespräch aus dem Frühjahr 1932. In: VfZ 37 (1989), S. 145-155.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Petersen, Klaus, Literatur und Justiz in der Weimarer Republik, Stuttgart 1988.

Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. Hrsg. vom Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930.

Plewnia, Margarete, Auf dem Weg zu Hitler. Der "völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

Plieg, Ernst-Albrecht, Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat, Würzburg 1962.

Plumpe, Gottfried, Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906-1944/45. In: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 564-597.

Pohle, Heinz, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Polonsky, Antony, Politics in Independent Poland 1921-1939. The Crisis of Constitutional Government, Oxford 1972.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Prinz, Friedrich, Die böhmischen Länder von 1848-1914. In: Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder. Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl Bosl, Bd. III, Stuttgart 1968, S. 3-235.

Der Prozeß Rouzier, Landau 1927.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabbow, Arnold, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970.

Rakenius, Gerhard W., Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard a. Rh. 1977.

Rasch, Manfred, Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wirtschaft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), S. 73-120.

Ratenhof, Gabriele, Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931-1933. Die deutsche Fernostpolitik als Spiegel und Instrument deutscher Revisionspolitik, Frankfurt a. M. 1984.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder. Von Kurt Häntzschel, Berlin 1927.

Reichstagshandbuch 1928/1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928-1930.

Rimmele, Lilian-Dorette, Anspruch und Realität nationalsozialistischer Rundfunkarbeit vor 1933 in Hamburg. In: Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 135-151.

Ritter, Gerhard A., Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.

Ritter, Gerhard A. und Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

Rohkrämer, Thomas, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

Rohs, Peter, Johann Gottlieb Fichte, München 1991.

Romeyk, Horst, Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1918 bis 1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüffler, Klaus, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schieder, Wolfgang, War Hitlers Diktatur faschistisch? In: Wissenschaftskolleg - Institute for Advanced Study - zu Berlin. Jahrbuch 1985/86, Berlin 1987, S. 81-92.

Schmitt, Carl, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1929.

Schnabel, Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986.

Schneider, Michael, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schroeder, Christa, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985.

Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt a. M. 1977.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarte, Max (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920.

Schwarz, Angela, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Segev, Tom, Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten, Reinbek 1992.

Severing, Carl, Mein Lebensweg. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950.

Sheehan, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. I: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815-1870. Von Wolfram Fischer, Jochen Krengel und Jutta Wietog, München 1982.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. Hrsg. von Günther Franz, Darmstadt ^{3}1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1934.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinecke, Grete, Wir Lipper, Detmold 1933.

Steinmeyer, Gitta, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1.

Stennes, Walter, Wie es zur Stennes-Aktion kam, Hekt. Broschüre, o. O. 1931. (IfZ, Fa 88).

Stokes, Lawrence D., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984.

Stoltzenberg, Dietrich, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude, Weinheim 1994.

Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz nebst andern ergänzenden Gesetzen, München [13]1931.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Studenten im Kampf. Beiträge zur Geschichte des NS-Studentenbundes (Sonder-Nummer: Die Studentische Kameradschaft). Hrsg. vom Reichsstudentenführer, München 1938.

Sturm, Peter, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941,
Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930,
Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Teuteberg, Hans J., Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer quantitativen Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

Thorne, Christopher, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

Tilly, Rudolf, 60 Jahre Industrie-Club e. V., o. O. o. J. [*Düsseldorf 1972*].

Tracey, Donald R., Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 49-74.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Treue, Wilhelm, Der "Nordische Rundfunk" von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 12 (1986), S. 277-288.

Trotzki, L[*eo*], Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus. Berlin 1932.

Turner, Henry Ashby jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Urbschat, Kerstin, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 83-98.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J. [*1958*].

Verhandlungen des Reichstages.
II. Wahlperiode 1924, Bd. 382, Anlagen, Berlin 1924
V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Stenographische Berichte, Berlin 1932.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [*1932*].

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagemann, Ernst, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986.

Warmington, B. H., Karthago. Aufstieg und Untergang einer antiken Weltstadt, Wiesbaden 1963.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Weberstedt, Hans und Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehörigen der Gefallenen, München [2]1936.

Wegner, Bernd, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn [4]1990.

Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv.
Bd. V: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929
Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929
Bd. X: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel in der Obersten Heeresleitung. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Berlin 1936
Bd. XI: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17, Berlin 1938
Bd. XIV: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956.
Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

Die Werke Friedrichs des Großen. Hrsg. von Gustav Berthold Volz, Bd. 7: Antimachiavell und Testamente, Berlin 1912.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill, N.C. 1992.

Whiteside, Andrew G., Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

Wiesemann, Falk, Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie. In: Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. von Karl Bosl, München 1969, S. 387-426.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

"Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein. Hrsg. von Erich Hoffmann und Peter Wulf, Neumünster 1983.

Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1975.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg [2]1991.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933

Teil 1: April 1932 – September 1932

Herausgegeben und kommentiert
von Klaus A. Lankheit

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 5. Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933 / hrsg. und kommentiert von Klaus A.
Lankheit.
Teil 1. April 1932 – September 1932. – 1996
ISBN 3-598-21936-9
NE: Lankheit, Klaus A. [Hrsg.]

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

K. G. Saur Verlag, München 1996
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Der letzte Dokumentenband der Edition, Band V, wird mit dem vorliegenden Teilband 1 eröffnet. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden, wie zuvor, die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt, außerdem ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit gesammelt worden.

Die seit Frühjahr 1932 sprunghaft gestiegene Zahl von Reden, besonders anläßlich von Hitlers Deutschland-Flügen, ließ es, abweichend von der bisherigen Praxis, sinnvoll erscheinen, pro Tag in der Regel nur eine Rede wörtlich wiederzugeben. Für alle weiteren Reden sind jedoch regestenartig die äußeren Umstände und gesonderte Quellen nachgewiesen. Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Ute Elbracht, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte — München, im Dezember 1995

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annähe-rungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet, 1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken syste-

matisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. VI-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

2. April 1932 Dok. 1
"Mein Programm"
Erklärung[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 2.4.1932[2].

Deutsches Volk!

Am 10. und 24. April [*1932*] finden in Deutschland Wahlkämpfe statt[3], die entscheidend sein werden für die endgültige Auseinandersetzung zwischen dem nationalen Deutschland und seinen heutigen inneren und äußeren Feinden.

Der politische Wirrwarr der letzten 14 Jahre hat sich nunmehr so weit geklärt, daß heute *zwei Fronten um den Sieg ringen.*

Dort: Die Front des Parteideutschlands!

Hier: Die Front des Volksdeutschlands der Zukunft!

Sozialdemokratie und Zentrum, Freidenker[4] und Volksparteien[5], Staatspartei[6], Gottlosenvereinigungen[7], rote und christliche Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Wirtschafts-

---

1 Kopf: "Von allen Parteiblättern am Dienstag, den 5. April, zu veröffentlichen."

2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 5.4.1932, "Adolf Hitler: Mein Programm"; VB vom 5.4.1932 sowie VB Sonder-Nummer 24a, April 1932, "Adolf Hitler: Mein Programm". Vgl. auch Märkische Zeitung vom 5.4.1932, "Hitlers Programm"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.4.1932, "Ein Programm Hitlers"; Der Jungdeutsche vom 19.5.1932, "Randnoten zum neuen Hitlerprogramm".

3 Am 10.4.1932 fanden der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl und am 24.4.1932 in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg Landtagswahlen sowie in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt.

4 Als Freidenkerverbände galten die folgenden Vereinigungen: "Deutscher Monistenbund", gegründet 1906, "Bund der Atheisten", gegründet 1920, und "Volksbund für Geistesfreiheit", gegründet 1924. Vgl. auch Anm. 7.

5 Bezieht sich vermutlich in erster Linie auf BVP, DVP, DNVP, Volkskonservative Partei und Volksrecht-Partei.

6 Am 27.7.1930 hatten sich führende Politiker der DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammengeschlossen. Einzelne Vertreter der DVP kamen dazu. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439 ff. sowie Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988, S. 366 ff.

7 Gemeint sind vermutlich der Deutsche Freidenkerverband (DFV) und der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands (VpFD), hier zusammen polemisch nach dem 1925 zur Bekämpfung der Orthodoxen Kirche in der Sowjetunion gebildeten "Verband der kämpferischen Gottlosen" benannt. Große Teile des DFV standen der SPD nahe, die dessen Aktivitäten tolerierte, ohne sich die zugrundeliegende Ideologie zu eigen zu machen. Der VpFD war dagegen sehr viel stärker an die KPD und ihre Massenorganisationen gebunden. Gerade dessen zunehmend aggressiver und radikaler werdende Agitation veranlaßte die Reichsregierung in ihrer Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931, Versammlungen oder Aufzüge auch dann mit Verbot zu bedrohen, wenn "eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechtes ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden". Vgl. Jochen-Christoph Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981. Druck der Notverordnung: RGBl. 1931, I, S. 79 ff.

parteien[8] haben sich im Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung brüderlich zusammengefunden[9].

Während diese Parteien und Verbände es bisher fertigbrachten, der Nation tiefgehendste Unterschiede vorzuspiegeln, scheinen heute plötzlich diese Differenzen durch die gemeinschaftliche Angst vor dem Erwachen des Deutschtums im Nationalsozialismus überwunden zu sein.

Der Grund für diesen in der deutschen Geschichte noch nicht dagewesenen Vorgang ist ein einfacher und zwingender:

Das deutsche Volk leidet seit November 1918[10] unter einer kaum mehr erträglichen seelischen, politischen und materiellen Not. Nicht nur die wirtschaftlichen Fundamente sind ins Wanken geraten, nein, auch alle Grundlagen unseres geistigen und weltanschaulichen Lebens.

Denn dies ist unsere wahre und wirkliche Lage:

a) Wirtschaftlich:

Ein geachtetes, ehrliches und fleißiges Volk verliert nach einem beispiellosen Widerstand gegen fast die gesamte Welt in einer wenige Tage dauernden inneren Katastrophe die äußere Widerstandskraft und damit seine Freiheit. Entsetzliche Belastungen sind die Folge, ein Friedensdiktat der Abschluß dieses Zusammenbruchs[11]. 65 Millionen Menschen[12] werden damit durch eigene Unterschrift zu Weltbürgern zweiter Klasse gestempelt, ihre Arbeit aber verfällt internationalen Nutznießern. Eine Ausplünderung setzt ein, für die es kaum historische Vorbilder gibt. Milliarden und Milliarden werden dem Volksvermögen geraubt, ohne daß die Forderungen der Feinde als befriedigt anerkannt worden wären. In unterwürfiger Gesinnung versuchen trotzdem die Regierungsparteien jeden Gedanken eines Widerstandes als Verbrechen herabzuwürdigen. Der Unmoral dieser Auffassung entspricht die Unmoral der inneren Durchführung. Die Begriffe von Mein und Dein geraten dabei ins Wanken, und der Staat selbst erlebt als Folge der sogenannten Inflation die Erschütterung des Vertrauens unzähliger Menschen zu ihm. So wie wenige Wochen genügten, um die Blutopfer von 4 1/2 Jahren zu entwer-

8 Bezieht sich auf die 1920 durch mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern gegründete Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

9 Die Kandidatur zur Wiederwahl von Reichspräsident Hindenburg wurde von zahlreichen Parteien und Verbänden unterstützt. Darunter waren die BVP, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, der Christlich-Soziale Volksdienst, die Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen), die DVP, die Evangelische Volksgemeinschaft, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Jungdeutsche Orden, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, die Volkskonservative Vereinigung, die Wirtschaftspartei, der Reichskriegerbund "Kyffhäuser", die Eiserne Front und das Zentrum. Im zweiten Wahlgang hatten Stahlhelm und DNVP ihren Anhängern das Abstimmungsverhalten freigestellt und somit eine direkte Unterstützung Hitlers abgelehnt. Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Königstein [6]1978, S. 391 ff. sowie Erich Matthias, Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932. In: VfZ 8 (1960), S. 75-84.

10 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse in Deutschland seit November 1918.

11 Bezieht sich auf den am 28.6.1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrag. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

12 Im Deutschen Reich lebten nach der Volkszählung vom 8.10.1919 59,8 Millionen Menschen, in den nach dem Versailler Friedensvertrag abgetretenen Gebieten weitere 2,7 Millionen, so daß zum Zeitpunkt des Waffenstillstands wahrscheinlich rund 62,5 Millionen Menschen in Deutschland gelebt haben. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, Berlin 1922, S. 2*.

ten, so genügten wenige Monate, um die Ergebnisse des Fleißes und der Sparsamkeit von Jahrzehnten auszulöschen[13]. *Dem Raub des ersparten Eigentums* [14] *folgt die Vernichtung hunderttausender kleiner Geschäfte*[15], *später die Zerstörung des Bauernstandes*[16] *und endlich der Verlust des Arbeitsplatzes für immer neue Millionen*[17]. Hunderttausende Geschäfte ruiniert, Millionen Bauern vor dem Ende ihrer Existenz, Millionen Arbeiter ohne Verdienst und ohne Aussicht, einen solchen zu erhalten. Die ganze Nation überschuldet, von einem Monat zum anderen vor der Einlösung der fälligen Wechsel zitternd, die Gemeinden wirtschaftlich zerrüttet, ganze Städte vor dem Zusammenbruch[18], das Reich und die Länder ohne Geld[19]: Das ist die *wirtschaftliche* Lage der deutschen Nation.

b) Politisch:

Drei Dutzend *Parteien*[20] haben im November 1918 die Könige und Fürsten von einst abgelöst und sorgen jetzt selbst dafür, daß die deutsche Zersplitterung kein Ende nehme. Bauern und Städter, Arbeiter und Unternehmer, Handwerker und Angestellte, Beamte, Mittelständler, Hausbesitzer und Mieter usw., sie alle sind politisch organisiert, ihre Parteien wollen alle die Rettung ihrer Anhänger, versprechen dies wenigstens vor jeder Wahl feierlichst, und können doch alle zusammen die Katastrophe nicht verhindern. Diese zerfahrenen Partei-Gebilde, die in den parlamentarischen Redeanstalten den für sie charakteristischen Ausdruck des Verfalls schufen, sollen Deutschland der Welt gegenüber in seinen schwersten Nöten vertreten!

Die Welt aber nimmt diese traurige Repräsentation zur Kenntnis und behandelt uns entsprechend.

Seit 13 Jahren buhlen diese Parteien der Schwäche und der Ohnmacht, der Halbheit, Feigheit und Unfähigkeit um die Gunst des Auslandes und erhalten Fußtritte um Fußtritte. Kleinstaaten verhöhnen heute Deutschland, die großen Mächte aber verachten uns. *Seit Karthagos*

13 Die Nachkriegsinflation war durch die Finanzierung der deutschen Kriegskosten verursacht worden. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 97 ff.

14 Anspielung auf die Entwertung der Sparguthaben und Festverzinslichen Wertpapiere durch die Inflation. Vgl. ebenda, S. 264 ff.

15 1931 gingen in Deutschland 6.664 Einzelhandelsunternehmen in Konkurs. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 384.

16 Der seit 1928 einsetzende Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte führte zu einer Agrarkrise. 1931 wurden 19.546 Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke eingeleitet und 5.765 durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, Berlin 1932, S. 376 sowie Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978, S. 192 ff.

17 Ende März 1932 wies die amtliche Statistik 6.034.100 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 292.

18 Die Gesamtverschuldung der Gemeinden des Deutschen Reichs (ohne Hansestädte) betrug am 31.3.1932 11.294,8 Millionen RM. Die als Reaktion auf die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise von den Reichsregierungen betriebene Deflationspolitik sowie die Fixierung auf einen ausgeglichenen Reichshaushalt führten dazu, daß vor allem Städte und Gemeinden von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. Vgl. ebenda, S. 458 sowie Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 251 ff.

19 Die Gesamtverschuldung des Deutschen Reichs betrug am 31.3.1932 11.434 Millionen RM, die der Länder und Hansestädte 3.005,3 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 458.

20 Im Reichstag waren 1918 14, in der am 19.1.1919 gewählten Nationalversammlung elf Parteien vertreten.

Untergang ist kein bedeutendes Volk so behandelt worden wie das deutsche[21]. Aber seit Karthagos Vernichtung hat auch kein Volk durch innere politische Würdelosigkeit eine solche Behandlung sich selbst so sehr zugezogen, ja geradezu verdient.

Das ist die *politische* Lage.

c) Kulturell:

Zur gleichen Zeit unterwühlt eine Flut von Presse-Erzeugnissen, Theater- und Kinostücken, Büchern, Broschüren und Zeitschriften alles das, was uns durch Jahrhunderte, ja durch Jahrtausende einen inneren, seelischen und moralischen Halt gegeben hat. Lüge und Verleumdung sind das hervorragendste Mittel des politischen Kampfes gegen das aufrechte Deutschtum geworden. Von diesen Organen und Gruppen wird die Ehrfurcht vor der Geschichte unseres Volkes, vor unseren großen Männern, vor unseren Dichtern und Denkern, unseren Staatsmännern und Heerführern genau so zerstört, wie sie die Ehrfurcht vor unserer Familie, den religiösen Einrichtungen und am Ende vor Gott vernichten.

Eine entsetzliche, furchtbare, alle Gebiete und alle Seiten unseres Lebens erfassende Katastrophe, *ein Zusammenbruch, für den nicht ein Gott, sondern für den Menschen verantwortlich sind.* Ich erhebe deshalb feierlichen Protest gegen den Versuch, das Unglück, das heute auf Deutschland lastet, einfach als Schicksal abtun zu wollen und damit den Allmächtigen verantwortlich zu machen für Sünden und Verbrechen, die Menschen auf dem Gewissen haben. Das, was heute ist, mußte kommen als der böse Fluch einer bösen Tat[22], für die diejenigen haftbar sind, die ihre geistigen Träger und praktischen Vertreter waren.

Gibt es einen schlagenderen Ausdruck für die Verkommenheit unseres politischen Lebens, als daß es möglich ist, daß ein sich christlich nennendes Zentrum, atheistische Sozialdemokraten, gottesleugnerische Freidenker im Verein mit kapitalistischen Parteien, Wirtschafts-Organisationen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften eine Einheitsfront bilden? Haben sie etwa ihren früheren Gedanken abgeschworen oder ihre Überzeugungen geopfert? Nein, gewiß nicht! Zu welchem Zwecke täuscht man dann der Nation das Gegenteil vor? Würden diese Gruppen alles das wirklich ernst meinen, was sie in ihren Programmen und Reden erklären, niemals hätten sie sich vereinigen können[23].

Es ist lediglich das schuldbeladene Gewissen, das sie zusammenführt! Denn *sie* sind die Verantwortlichen am deutschen Zusammenbruch, an der Not und am Elend unseres Volkes. Sie sind die Schuldigen am Verlust unserer Freiheit und damit an der Vernichtung unserer Wirtschaft, der Brotlosmachung unserer Arbeiter und der Verelendung unserer Bauern. Sie sind schuldig und deshalb sind sie heute einig in ihrer Schuld und in ihrer Angst vor dem nationalsozialistischen Ankläger und der kommenden Abrechnung.

Dies ist auch der Grund ihres Hasses gegen meine Person.

---

21 Bezieht sich auf die schwere Niederlage Karthagos gegen Rom im Zweiten Punischen Krieg (218-201 v. Chr.). Karthago verlor beim Friedensschluß alle Kolonien, mußte die Kriegsflotte fast vollständig ausliefern, Geiseln stellen und sich zu hohen, langandauernden Tributen verpflichten. Trotz der karthagischen Bemühungen, diese Friedensbedingungen zu erfüllen, endete der Dritte Punische Krieg 146 v. Chr. mit der endgültigen Zerstörung der Stadt.

22 Nach Friedrich von Schiller, Die Piccolomini, 5. Aufzug, 1. Szene: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."

23 Vgl. Anm. 9.

Als ich vor 13 Jahren, ein unbekannter Mann und deutscher Soldat[24], in das politische Leben eintrat, gehorchte ich nur dem Befehle meines Gewissens. Ich sah die Zustände kommen, die heute sind. Ich konnte mich nicht überwinden, wie Millionen andere zu schweigen, oder mich widerspruchslos denen zu fügen, die nach aller geschichtlichen Erfahrung und menschlichen Einsicht durch ihr Handeln Deutschland dem Ruin entgegentreiben mußten.

13 Jahre lang habe ich nun aus diesem Pflichtbewußtsein heraus gegen die für den deutschen Zusammenbruch verantwortlichen Parteien und Männer Stellung genommen. In unzähligen Versammlungen habe ich ihr Verhalten gekennzeichnet und die Folgen dieses Verhaltens vorausgesagt.

Es war ein schwerer Kampf als unbekannter, namenloser Soldat eine Bewegung gegen diejenigen ins Leben zu rufen, die damals Deutschland beherrschten und denen so wie heute alle Wege und Mittel des öffentlichen Lebens zur Verfügung standen.

Sie konnten mich daher zuerst leicht totschweigen, konnten mich später verhöhnen, konnten mir das Reden verbieten[25], die Bewegung unterdrücken, die Propaganda knebeln, genauso, wie sie mir auch heute die Zeitungen verbieten, die Flugblätter konfiszieren, den Rundfunk versagen[26].

Das alles konnten sie tun und haben es 13 Jahre lang getan.

Nur eines ist ihnen nicht gelungen:

Sie konnten mich nicht widerlegen.

Als Führer der nunmehr größten nationalen Bewegung Deutschlands bin ich vor der Nation jederzeit bereit, alle meine Reden und Erklärungen der letzten 13 Jahre veröffentlichen zu lassen. Hätte ich Unrecht gehabt, dann könnten meine *Gegner ja meine Worte gegen* mich plakatieren! Aber eine *wortgetreue* Veröffentlichung meiner Reden durch meine Gegner würde mir dann Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Daher wird sie wohlweislich unterlassen.

Ich habe eben in diesen 13 Jahren nicht nur für die Wahrheit gestritten, sondern auch praktisch den Widerstand gegen die schuldigen Parteien und ihre Männer im deutschen Volke organisiert. *Wenn heute Deutschland in Not und Jammer darniederliegt, dann sind jene Parteien dafür verantwortlich, die im Jahre 1918 die Alleinherrschaft an sich rissen*[27].

24 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 99 ff.

25 Anspielung auf die Redeverbote, die mehrere Länder gegen Hitler verhängt hatten. In Bayern von März 1925 bis Mai 1927, in Baden von April 1925 bis April 1927, in Preußen von September 1925 bis September 1928, in Hamburg von Oktober 1925 bis März 1927, in Anhalt von Oktober 1925 bis November 1928, in Sachsen von Februar 1926 bis Januar 1927, in Oldenburg von Februar bis Mai 1926, in Lippe seit März 1926 sowie in Lübeck von März 1926 bis Mai 1927. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 107 f.

26 Reichspräsident von Hindenburg hatte am 1. und 10.3.1932 über alle deutschen Sender zur Reichspräsidentenwahl gesprochen. Am 17.3.1932 hatte Hitler unter Berufung auf die Konzessionsbestimmungen des Rundfunks bei verschiedenen Rundfunkgesellschaften Redezeit als Kandidat beantragt. Der Wunsch wurde unter Berufung auf einen Erlaß des Reichsministers des Innern vom 23.3.1932, der im zweiten Wahlgang keine Reden im Rundfunk zuließ, abgelehnt. Vgl. Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 390 f.

27 Die am 9.11.1918 von Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg gebildete Reichsregierung veröffentlichte am gleichen Tag zu ihrer Legitimation folgenden Aufruf:
"Volksgenossen! Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt, sein ältester Sohn auf den Thron verzichtet. Die soz. Partei hat die Regierung übernommen und der unabh. soz. Partei

Niemand hat sie damals gerufen, niemand hat ihnen ihr Handeln befohlen, sie selbst haben aus eigenem Willen und Interesse das Reich gestürzt und damit die Verantwortung für das von ihnen geschaffene neue übernommen.

Zentrum und Sozialdemokratie haben so oft Ministerverantwortlichkeit verlangt[28], daß sie sich heute von ihrer eigenen Verantwortung nicht lösen können.

Ganz gleich, welche Gründe sie zur Entschuldigung anführen mögen, ganz gleich, ob es aktive Taten oder passive Duldung waren, für Deutschlands Ruin sind sie allein die Ursache. Ihre Männer tragen diese furchtbare Schuld.

Sie haben einst Glück und Schönheit, Freiheit, Würde[29] und Aufstieg als Folge ihrer Taten dem deutschen Volke zugesagt.

Sie haben dieses Versprechen nicht eingelöst.

In 13 Jahren haben sie ein großes Reich um seine Geltung, ein sparsames Volk um sein Vermögen, fleißige Menschen um ihre Arbeit gebracht.

Die Sozialdemokratie hat ihre sozialen Versprechungen nicht gehalten.

Das Zentrum seine christlichen Ideale geopfert.

Die Mittelparteien ließen den Mittelstand im Stich.

Die Bauern sind verlassen, die Arbeiter verraten, das kleine Gewerbe zerstört.

Die Gewerkschaften sind Riesenbetriebe geworden[30], die Arbeit selbst aber geht mehr und mehr zurück.

In dieser Zeit des Verfalls der politischen Größe, der Wirtschaft und der Kultur unseres Volkes habe ich nun versucht, aus eigener Kraft eine Organisation zu gründen zur Vertretung

---

den Eintritt in die Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20 Jahre alten Bürger beider Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen. Bis dahin hat sie die Aufgabe, Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in den Waffen den raschesten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu sichern. Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort glatt zu arbeiten beginnen. Nur durch ihr tadelloses Funktionieren kann schwerstes Unheil vermieden werden. Sei sich darum jeder seiner Verantwortung am Ganzen bewußt. Menschenleben sind heilig. Das Eigentum ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Wer diese herrliche Bewegung durch gemeine Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Wer aber in ehrlicher Hingabe an unserem Volk mitschafft, von dem alle Zukunft abhängt, der darf von sich sagen, daß er im größten Augenblick der Weltgeschichte als Schaffender zu des Volkes Heil mit dabei gewesen ist. Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Werktätige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffenrock und Arbeitsblusen helft alle mit!" Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, 1. Teil, München 1922, S. 453.

28 Die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Volksvertretung gehörte zu den Grundforderungen von Zentrum, Sozialdemokratie und Linksliberalen. Zuletzt scheiterte 1912 der Versuch eines Verantwortlichkeitsgesetzes am Widerstand von Bundesrat und Reichsleitung. Vgl. Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, S. 172 ff.

29 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, Dok. 42.

30 Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) beispielsweise hatte im Jahresdurchschnitt 1931 4.417.852 Mitglieder. Der Höchststand war 1922 mit 7.895.065 Mitgliedern erreicht. Die Zahl der besoldeten Funktionäre betrug 1930 6.651, 1931 6.391. Vgl. Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 37, 348.

von Grundsätzen, die ich damals, vor 13 Jahren, als richtig erkannte und die heute restlos als richtig erwiesen sind.

Unbeirrt durch Glück oder Unglück, unbewegt von Siegen oder Fehlschlägen, habe ich für diese meine Überzeugung seither gekämpft.

In einer Zeit, da in Deutschland alles der Auflösung verfallen schien, baute ich, ausgehend von 7 Mann[31], eine Bewegung auf, die nunmehr über 11 Millionen Anhänger zählt[32].

Folgendes ist meine Überzeugung und damit mein Programm:

1. Ich glaube nicht an eine Zukunft der deutschen Nation, solange ihre Interessen von zwanzig und dreißig Parteien, Bünden, Vereinigungen, Gruppen usw. vertreten werden. Ich kenne den Fluch der deutschen Zersplitterung durch die Jahrhunderte unserer Geschichte. Es ist für die deutsche Nation nicht nützlicher, dreißig Parteien handeln zu lassen, als früher nützlich war, von etwa ebensoviel Fürsten regiert zu werden.

Ich halte es vor allem für unmöglich, daß ein Volk in der harten Zeit der heutigen Weltkrisen bestehen kann, wenn es im Inneren in Klassen zerrissen ist.

So wie einst aus Patriziern und Plebejern Römer wurden[33]*, so müssen heute aus Bürgern und Arbeitern Deutsche werden!*

Erst dann wird die Kraft unseres Volkes, statt im inneren Bruderkampf zu versiegen, zum neuen Lebensquell der Nation.

Ich glaube aber weiter nicht daran, daß die heutigen Parteien diese Zusammenfassung unseres Volkes herbeiführen können, ja, auch nur wollen, da sie ja in ihrer eigenen Existenz an dieser Zersplitterung interessiert sind. Was hätten denn die bürgerlichen und die proletarischen Parteien in der Zukunft noch für einen Sinn, wenn es keine Bürger und keine Proletarier, sondern nur mehr Deutsche gäbe?

Ich sehe daher die größte Aufgabe eines deutschen Staatsmannes für die Zukunft in der Zusammenfassung des vorhandenen sozialistischen und nationalen Elementes unseres Volkes zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft.

2. Ich sehe die Zukunft dieser neuen deutschen Volksgemeinschaft nur dann gewährleistet, wenn sie von einem wirklichen nationalen Leben erfüllt und von einem wahrhaft nationalen Willen beseelt ist. *Ich glaube nicht an die Möglichkeit des Bestandes einer Nation in der heutigen Umwelt, wenn sie nicht auf ihre Ehre hält, auf ihre Traditionen guter Art stolz ist und allein für ihre eigene nationale Zukunft arbeitet!*

3. Ich halte die Zukunft unseres Volkes für schwerstens bedroht, wenn nicht an Stelle des heutigen demokratischen Parlamentarismus wieder eine starke Autorität der Führung tritt. Eine

31 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitsausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigem Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167 sowie Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 251 ff.

32 Bezieht sich auf die Zahl von 11.339.446 Stimmen, die Hitler am 13.3.1932 beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl erhielt. Vgl. Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 46.

33 Anspielung auf die Beendigung der Ständekämpfe im antiken Rom nach fast zwei Jahrhunderten Dauer durch die lex Hortensia de plebiscitis im Jahr 287 v. Chr.

Autorität, die vom kleinsten bis zum größten durchgehend ausgebaut und anerkannt ist, die ebenso wirtschaftlich wie politisch in Erscheinung treten muß. *In Verfallsepochen der Völker kann nur die schärfste Hervorkehrung des Persönlichkeitswertes dem Verkommen entgegensteuern.* Täuschungen darüber rächen sich im Völkerleben bitter.

4. *Ich halte es für notwendig, daß ein Volk zur Besiegung der Widerstände des Lebens planmäßig gehärtet wird,* genau so, wie der einzelne Körper sich stählen muß zum Widerstand gegen die Unbilden der Natur. Wenn ein Volk glaubt, ohne Mut und Kraft auch bestehen zu können, dann soll es nicht jammern, wenn Not und Elend es überwältigen.

5. *Ich glaube, daß es bei alledem notwendig ist, aufrichtig die Wahrheit zu sagen, und daß man nicht aus Angst vor der Unwissenheit oder der Mißgunst des Volkes oder der Unpopularität verzichten darf, die Dinge so darzustellen, wie sie tatsächlich sind.*

6. Ich glaube, daß ein Volk zur Erhöhung seines Widerstandes nicht nur nach vernunftgemäßen Grundsätzen leben soll, sondern daß es auch eines geistigen und religiösen Haltes bedarf. Die Vergiftung und Zersetzung eines Volkskörpers durch die Erscheinungen unseres Kulturbolschewismus sind fast noch verheerender als die Wirkung des politischen und wirtschaftlichen Kommunismus.

Ich verstehe dabei allerdings nicht, daß man nach Zentrumsart gegen die Gottlosen redet, gleichzeitig aber mit den Gottlosen paktiert. Ich bekenne mich vielmehr zu der Überzeugung, daß es notwendig ist, eine innere Erkenntnis auch in die Tat umzusetzen. Ich halte die Überwindung und Ausrottung des politischen, wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Marxismus für eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse des Bestehens des gesamten deutschen Volkes, vor allem im Interesse des deutschen Arbeiters und des deutschen Bauern.

7. Ich kann nicht, wie unsere Wirtschaftspolitiker der bürgerlichen, marxistischen und Zentrums-Parteiwelt die deutsche Zukunft in erster Linie im Welthandel, im Weltexport, kurz, in der Weltwirtschaft sehen, sondern ich sehe den einzigen dauerhaften Garanten für die Zukunft unseres wirtschaftlichen Lebens nur in zwei Faktoren:

1. in *unserem eigenen* Grund und Boden und
2. in *unserer* Arbeitskraft und in *unseren* Fähigkeiten.

Ich sehe daher in der Rettung des deutschen Bauernstandes nicht die Rettung irgendeines Berufes, sondern im umfassendsten Sinne des Wortes die Rettung der deutschen Nation[34]. Die wahre Wohlfahrt unseres Volkes erscheint mir nicht gegeben und gekennzeichnet durch Ein- und Ausfuhrziffern, sondern durch die Zahl der gesunden und lebensfähigen Bauernhöfe. Ich halte daher die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte für gedanklich irrig und volklich wurzellos und damit insgesamt für verfehlt.

Jede Milliarde, die, statt in das Ausland zu wandern, zum deutschen Bauern fließt, gibt in ihrer Folge fünf oder sechs Milliarden an Löhnen und Gehältern, die dem deutschen Arbeiter zugute kommen.

Die Theorie der Verbilligung der Lebensmittel durch Einfuhr führt in der Praxis zur Arbeitslosmachung der Stadt! Ein- und Ausfuhr dürfen nur als zusätzliche Funktionen angesehen werden. Das Grundsätzliche ist die Erhaltung, Verbesserung und Ausnutzung der Ernährungs-

34 Zum landwirtschaftlichen Programm der NSDAP vgl. Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

möglichkeit auf eigenem Grund und Boden sowie der größtmöglichste Ersatz einzuführender Rohstoffe durch Produkte der eigenen Fähigkeit und Wirtschaft.

Ich sehe weiter in der Erhaltung und Förderung eines gesunden Bauerntums den besten Schutz gegen soziale Erkrankungen sowohl als [auch] gegen das rassische Verkommen unseres Volkes.

8. *Die Erhaltung eines breitesten Mittelstandes ist ebenso nötig für einen in sich ausgeglichenen Volksorganismus, wie sie eine nötige Voraussetzung zu der Aufrechterhaltung des Eigentums bildet.* Die bewußte Verproletarisierung der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, die Vernichtung des kleinen Geschäftes und der sonstigen kleinen selbständigen Existenzen, wie des Handwerks, führt in ihrer letzten Auswirkung dahin, daß am Ende nur eine verschwindend kleine Zahl von Menschen am Eigentumsbegriff interessiert ist, und daß die Mehrheit, jeder eigenen Aufstiegsmöglichkeit beraubt, zum Feind des Eigentumsbegriffes werden muß. Der kommunistische Staat kann nur durch die Arbeit nichtkommunistischer Völker sowie durch die geistigen und materiellen Schöpfungen einer nichtkommunistischen Wirtschaft bestehen. Aus *eigenem* Vermögen müßte er, dank seiner Konstruktion und mangels des Interesses seiner Bürger in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern überhaupt zur geistigen und kulturellen Sterilität kommen.

Der Kampf gegen den Bolschewismus als Weltgefahr ist praktisch ein Kampf für einen reich gegliederten, organisch aufgebauten Volksstaat, der im Bauerntum sein Fundament, im Mittelstand aber die Brücke besitzt, über die tüchtige einzelne Menschen sich langsam zu höheren Stufen emporarbeiten können.

Die seit Jahrzehnten vor allem vom Zentrum und der Sozialdemokratie betriebene und heute praktisch erreichte Zerstörung dieser beiden großen Lebensbestände ist die gemeinsam geleistete Vorarbeit für den Sieg des Bolschewismus. Ich aber bin Anti-Bolschewist und ziehe daraus die nötigen Konsequenzen.

9. Ich sehe als Nationalsozialist in sämtlichen Vorgängen unseres politischen wie unseres wirtschaftlichen Lebens nur Funktionen des Volkskörpers, die dazu dienen, ihm das Leben und die Existenz zu ermöglichen und zu gewährleisten. Der Mensch lebt daher nicht für die Wirtschaft und er lebt damit auch nicht für das Kapital.

In einem wahrhaft gesunden Volkskörper ist der Bürger nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft nicht für das Kapital da, sondern das Kapital hat der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft dient dem Volke.

Ich sehe daher in dem einseitigen Überwuchern unseres Zins- und Leihkapitals eine langsame aber sichere Erdrosselung der Wirtschaft, genau wie in der einseitigen Betonung des nur Wirtschaftlichen eine allmähliche Erdrosselung des Volkes! Vor wenigen Jahren von den Vertretern der heutigen Parteien wegen unserer Überzeugung noch verspottet und beschimpft, sind wir schon heute durch die *Wirklichkeit* in unseren Ansichten gerechtfertigt worden. Unter den unvernünftigen und sinnlosen Zinslasten[35] bricht allmählich die deutsche Produktion, die deutsche Wirtschaft zusammen. Es ist aber nicht lebenswichtig, daß ein

35 Die durchschnittlichen Kosten für einen festen Kredit lagen 1930 bei 7,93% und 1931 bei 10,32%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 362.

Kapital mit 8 oder 10 Prozent verzinst wird[36], wohl aber ist es lebensnotwendig, daß die Wirtschaft lebt und die Produktion befähigt ist, den Bedürfnissen des Konsums zu genügen.

10. So wie die Wirtschaft und das Kapital der Nation zu dienen haben, ist auch die Arbeit nur dem gleichen Zwecke dienstbar zu machen. Der vornehmste Träger der Arbeit ist aber keine Maschine, sondern der Mensch selbst. Die Pflege und der Schutz des arbeitenden Menschen ist damit in Wirklichkeit die Pflege und der Schutz der Nation, des Volkes. Nicht aus Mitleid kämpfe ich daher für eine wahrhaft soziale Lebensbildung des deutschen Arbeiters, sondern aus Vernunft.

Ich bin Sozialist, weil es mir unverständlich erscheint, eine Maschine mit Sorgfalt zu pflegen und zu behandeln, aber den edelsten Vertreter der Arbeit, den Menschen selbst, verkommen zu lassen.

Weil ich will, daß mein Volk dereinst wieder zu einer hohen Wohlfahrt emporsteige, wünsche ich die allgemeine Steigerung seiner Leistungen und stehe daher ein für die Männer und Frauen, die diese Leistungen vollbringen. Ich sehe die letzte Zukunft unserer deutschen Rasse gewährleistet in eben *dem* Umfang, in dem wir die wirklichen Träger und Vollbringer aller Leistungen geistiger und körperlicher Art zu einer einzigen unzertrennlichen Gemeinschaft verschmelzen können. Nicht Herren und Sklaven, nicht Bürger und Arbeiter, sondern gemeinsam tätige Menschen einer Nation!

11. Die Frau ist von Natur und Schicksal die Lebensgefährtin des Mannes. Beide sind dadurch aber nicht nur Lebens-, sondern auch Arbeitsgenossen. So wie die wirtschaftliche Entwicklung der Jahrtausende die Arbeitsbereiche des Mannes veränderte, verändert sie logisch auch die Arbeitsgebiete der Frau. *Über dem Zwang zur gemeinsamen Arbeit steht über Mann und Frau noch die Pflicht, den Menschen selbst zu erhalten. In dieser edelsten Mission der Geschlechter liegen auch ihre besonderen Veranlagungen begründet, die die Vorsehung in ihrer urewigen Weisheit als unveränderliche den beiden gab. Es ist daher die höchste Aufgabe, den beiden Lebensgefährten und Arbeitsgenossen auf der Welt die Bildung der Familie zu ermöglichen.* Ihre endgültige Zerstörung würde das Ende jedes höheren Menschentums bedeuten. So groß die Tätigkeitsbereiche der Frau gezogen werden können, so muß doch das letzte Ziel einer wahrhaft organischen und logischen Entwicklung immer wieder in der Bildung der Familie liegen. Sie ist die kleinste, aber wertvollste Einheit im Aufbau des ganzen Staatsgefüges. Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann. Das Kind aber adelt die Mutter.

12. So wie alle Einrichtungen und Funktionen des Lebens zuallerletzt nur dem einen Zweck genügen müssen, die Erhaltung des Menschen selbst zu gewährleisten, so ist auch der Staat ein Diener dieser Aufgabe. *Der Staat hat in sich und in seinen Gesetzen alle Begriffe von Treue und Glauben, von Recht und Moral zu verkörpern, die er selbst wieder von seinen Bürgern fordert.* Ein System, das wider Treu und Glauben und wider Recht und Moral seine Bürger um ihre Spargroschen bringt, das sie durch eine sinnlose Gesetzgebung in ihrer wirtschaftlichen Existenz ruiniert, das feierlich verbriefte Rechte bricht, eine lebenslang geleistete Arbeit nicht mehr kennt, das den Opfern seiner Politik die Hilfe versagt, das redlich erworbene und ehrlich

36 1931 lag der durchschnittliche Nominalzins für langfristige Inlandsanleihen bei 5,97%, für langfristige Auslandsanleihen bei 6,06%. Vgl. ebenda, S. 354.

verdiente Renten streicht, zerschossenen Soldaten und Offizieren die Bezüge kürzt[37], dafür aber sinnlos Milliarden vergeudet, nichtswürdigen Elementen eine unverdiente Bereicherung ermöglicht, gegen Schieber und Wucherer keine Schutzmittel findet, das eigene Volk mit Steuern erdrückt, um dem Ausland Tribute zu leisten[38], ein solches Parteisystem kann nicht erwarten, daß es von seinen Bürgern anders bewertet wird, als es selbst an diesen handelt. Ein Regiment, unter dessen Wirksamkeit alle Begriffe des Rechts ins Wanken geraten, alle Auffassungen einer tausendjährigen Moral erschüttert werden können, alle Traditionen und ehrwürdigen Erinnerungen beschmutzt werden dürfen, das die heldenhaften Verteidiger und Kämpfer der Heimat der niederträchtigen Besudelung und Herabwürdigung aussetzt, *kann kein Volk zum Glück führen!* Ein System, unter dem sich sogenannte christliche Parteien mit Gottesleugnern paaren, ist in sich so korrupt, morsch und faul, daß es beseitigt werden muß, oder die Nation geht zugrunde!

Ein Volk aber mit solchen inneren Zuständen ist außenpolitisch wehrlos und wertlos. Es wird für seine innerpolitische Schwäche die außenpolitische Quittung erhalten.

Sämtliche Versuche unserer derzeitigen Regierungen, außenpolitisch die Situation Deutschlands zu bessern, sehe ich daher solange für aussichtslos an, als nicht innenpolitisch das deutsche Volk wieder zu einer gesunden, ehrerfüllten Gemeinschaft zusammengeschweißt wird.

Als ich vor 13 Jahren für dieses große Programm zu kämpfen begann, schwiegen mich die nutznießenden Parteien unseres heutigen Elends tot. Daß ich aus ärmsten Verhältnissen stammte, meine Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits nur Schmiede, Müller und Bauern waren[39], dünkte ihnen das Recht zu geben, meine Arbeit lächerlich machen zu können.

Heute, nach 13 Jahren, haben sie kein Lachen mehr, sondern nur Angst und Schrecken. Die großen Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums sowohl als die der bürgerlichen Mitte, sie wagen nicht unter ihrem eigenen Namen offen für ihr Programm gegen mich zu kämpfen. So über alles schlecht ist ihr Wirken in diesen 13 Jahren gewesen, daß sie gar nicht mehr hoffen können, mit der Verkündung ihres Programms in Deutschland der nationalsozialistischen Bewegung Widerstand zu leisten. Denn in diesen 13 Jahren hat es mir die gnädige Vorsehung gestattet, aus einer Gruppe von sieben Mann durch eigene Kraft wie durch die Fähigkeit und durch den Fleiß meiner Mitkämpfer eine Organisation aufzubauen, die dem Zerfall des deutschen Volkes gegenüber zum ersten Male wieder Millionen Menschen zu einem gemeinsamen Kampf in einer einzigen Front vereint. Millionen deutscher Handwerker, Geschäftsleute, Angestellter und Beamter, Hunderttausende an Geistesarbeitern[40], *sie alle kämpfen nunmehr* gegen das heutige System für ein neues deutsches Reich. Ich bin stolz darauf, mit 43 Jahren eine Bewegung zu führen, die die weitaus größte und gewaltigste Deutschlands ist, und die ich nicht als Erbe empfangen, sondern die ich selbst geformt habe. Dreizehn Jahre stehe ich an ihrer Spitze als ihr Führer im Kampf und kämpfe heute ebenfalls wieder als ihr erster Fahnenträger.

---

37 Bezieht sich auf die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931, in der zum 1.1.1932 die Kürzung aller Beamtengehälter, Pensionen, Renten und Löhne um 9% im Reich, Ländern und Gemeinden sowie um 10% bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgesehen war. Druck: RGBl. 1931, I, S. 699 ff. Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 474 ff.

38 Gemeint sind die Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

39 Zu Hitlers Abstammung vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 31 ff.

40 Zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP 1932 vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 129 ff.

Ich verstehe, daß meine Gegner mich hassen.

Ich verstehe, daß sie angesichts der Erfolglosigkeit ihres Kampfes gegen mich und meine Bewegung nunmehr ihre Zuflucht zu endlosen Lügen und Verleumdungen zu nehmen gezwungen sind. Sie können nach diesen dreizehn Jahren wirklich nur auf eine einzige Tatsache hinweisen, nämlich, daß Deutschland trotz ihnen immer noch lebt, daß es trotz ihnen immer noch einen deutschen Arbeiter gibt, daß trotz ihnen auch heute noch deutsche Bauern existieren, daß trotz ihnen noch ein Rest des deutschen Handwerks vegetiert, daß trotz ihnen eine Wirtschaft zu arbeiten versucht und daß trotz ihnen der Glaube an eine bessere Zukunft nicht vergangen ist. Dieser Glaube aber hat sich von ihnen abgewendet.

Es ist für die deutsche Freiheitsbewegung ruhmvoll, in einem Kampf, der mit so ungleichen Waffen ausgefochten wird, da auf der einen Seite von der Presse und dem Kapital angefangen bis zum Rundfunk alles zur Verfügung steht, während uns dieses alles verschlossen und verboten bleibt, mit 11 1/2 Millionen Anhängern die stärkste Bewegung der Nation zu sein. *Der Kampf, der einst mit 7 Mann begonnen, nun zu 11 1/2 Millionen führte, wird damit seinen Fortgang nehmen.*

Ich würde gegen die Vorsehung undankbar sein, die mir diese einzigartige Entwicklung meiner Bewegung gestattete, wenn ich nicht heute mehr denn je getreu dem Befehl meiner Einsicht und meines Gewissens den Kampf für die deutsche Freiheitsbewegung weiterführen wollte.

Was immer auch mein Schicksal sein wird: Solange ich lebe, werde ich für des deutschen Volkes Genesung und Wiedererhebung, für seine Zukunft, sein Glück und seine Größe kämpfen!

Die Erkenntnis, daß, um diese Zukunft zu erreichen, erst die innere Krise, ihre Ursachen, ihre Männer und ihre Parteien überwunden werden müssen, wird mir unverrückbar vor dem Auge stehen.

Diese Parteien und Männer stellen sich heute hinter den greisen Generalfeldmarschall des Weltkrieges[41]*, den sie einst auf das Schimpflichste ablehnten und verurteilten*[42]*.*

Bei aller Ehrwürdigkeit des Alters: Sie ist für mich keine Entbindung von der Verpflichtung, wie bisher weiter zu kämpfen.

Ich lehne eine Taktik ab, die im Vermeiden eines Kampfes eine Klugheit sehen möchte. Ich bin meinem Herrgott für jeden Tag dankbar, den er mich diesen Kampf für meines Volkes Größe leben läßt, dankbar für jede Gelegenheit, die mir das Schicksal bei diesem Kampfe bietet.

Ich habe am 13. März 1932[43] *in dieser Überzeugung gestritten. Ich stelle mich am 10. April. Ich werde weiterkämpfen am 24. April*[44]*. Ich kämpfe bis die Schuldigen an Deutschlands Not*

---

41 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), Generalfeldmarschall, 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 Ruhestand, 1914 reaktiviert, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

42 Hindenburgs Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26.4.1925 löste bei DDP, SPD und Zentrum, die den Kandidaten Wilhelm Marx unterstützten, Bedenken wegen der Wirkung der Wahl Hindenburgs im Ausland aus. Vgl. Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 55 ff., 78 ff.

43 Im ersten Wahlgang der Wahl des Reichspräsidenten hatte Hitler bei 86,2% Wahlbeteiligung 30,1% der Stimmen erhalten, der amtierende Reichspräsident von Hindenburg 49,6%, der Kandidat der KPD, Ernst Thälmann, 13,2%, der Kandidat des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, 6,8% und der Kandidat Gustav Adolf Winter 0,3%. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 46.

44 Vgl. Anm. 3.

und Elend zu Boden geworfen sind und ein neues Reich unserem Volke wieder die Freiheit gibt und sein täglich Brot!

2. April 1932 Dok. 2
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 7.4.1932.

Der Wahlkampf stellt Hilfskasse und Sachschädenkasse [1] vor große Aufgaben. Sie können nur durch das Zusammenstehen aller erfüllt werden. Ich erinnere daher an die Pflicht, die Beiträge für jede Versammlung pünktlich an die Sachschädenkasse abzuführen, die Beiträge für die Hilfskasse allmonatlich zu bezahlen[2]. Diese Pflicht erfüllen heißt, das Prinzip "Gemeinnutz vor Eigennutz" [3] in die Tat, heißt, den Nationalsozialismus in praktische Wirklichkeit umsetzen.

Ich erwarte von allen Ortsgruppenleitern, daß sie für die restlose Meldung ihrer Mitglieder und für restlose Abführung der Beiträge an Hilfskasse und Sachschädenkasse sorgen.

München, den 2.4.1932

Adolf Hitler[4]

---

1 Die von Martin Bormann geleitete Hilfskasse der NSDAP, bis September 1930 "SA-Versicherung", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder. Sie teilte sich in die Unterabteilungen: "1. Hilfskasse (Allgemeine Verwundetenhilfe); 2. Hilfskasse (Verwundetenhilfe für Motorradfahrer); 3. Sachschädenkasse; 4. Musikinstrumentenversicherung." Bei einem monatlichen Beitrag von 30 Pfennig für die Allgemeine Verwundetenhilfe und 1 RM für die Verwundetenhilfe für Motorradfahrer sollten 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität und 3 RM tägliches Krankengeld gezahlt werden. Die Sachschädenkasse diente der Haftpflichtversicherung öffentlicher Veranstaltungen der NSDAP; die Prämie richtete sich nach dem Fassungsvermögen der Veranstaltungsräume und betrug mindestens 2 RM für bis zu 200 und höchstens 6 RM für über 1.000 Personen. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J., S. 160 ff.

2 Am 9.2.1930 hatte Hitler die Mitgliedschaft in der SA-Versicherung zur "Parteipflicht" erklärt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 15.

3 Geht auf den von Charles de Secondat, Baron de la Brède et de Montesquieu (1689-1755) in seinem 1748 erschienenen Hauptwerk "De l'esprit des lois" formulierten Grundsatz "Le bien particulier doit céder au bien public" zurück.

4 Fußvermerk: "Nachmeldungen von Mitgliedern sind auch während des Monats jederzeit möglich. Die Richtlinien der Hilfskasse und der Sachschädenkasse sind von den Gauleitungen oder direkt von der Hilfskasse zu beziehen. Von allen Parteiblättern zweimal abzudrucken."

3. April 1932 Dok. 3
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dresden [1]

Masch. Manuskript, o. D.; BA, NS 26/58 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich habe nicht das Glück, wie meine Gegner, mich der öffentlichen Mittel bedienen zu können. Film und Rundfunk sind mir verschlossen [3]. So muß ich denn persönlich versuchen, in wenigen Tagen vor den Millionen zu sprechen, die die anderen mit ihren Mitteln leichter erreichen können. Ich muß Sie dabei bemühen, daß Sie selbst zu mir kommen, um mich zu hören [4]. Ich danke Ihnen dafür.

13 Jahre lang herrschen die heute regierenden Parteien. Sie finden als einzige Waffe zur Verteidigung ihres bisherigen Regiments nur Verleumdungen und Lügen persönlicher Art über ihre Gegner. Sie sind nicht in der Lage, die Verteidigung ihres Regiments zu übernehmen mit dem Hinweis auf das, was sie geschaffen und was sie geleistet haben. Heute, nach 13 Jahren, versuchen sie, uns und mir, der nationalen Opposition, die Vorwürfe entgegenzuhalten, die wir ihnen entgegenhalten können. Bürgerkrieg, Chaos und Revolution sollen die Folgen sein, wenn wir Nationalsozialisten, das junge Deutschland, in Deutschland die Macht erhalten [5].

Volksgenossen! Sieht das hier nach Bürgerkrieg, nach Revolution oder Chaos aus? (Stürmische Rufe: Nein!)

---

1 Auf der Radrennbahn Reick, von 12.20 bis 12.35 Uhr. An der von MdL Cuno Meyer geleiteten Versammlung nahmen laut Dresdener Nachrichten etwa 60.000 Menschen teil (Sächsische Volkszeitung: 45.000, VB: 80.000). Nach Hitler sprach MdR Hermann Göring.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 4.4.1932, "Adolf Hitler vor 250.000 in Sachsen"; Dresdner Anzeiger vom 4.4.1932, "Hitler in Dresden"; Dresdner Neueste Nachrichten vom 5.4.1929, "Hitler in Dresden"; Dresdner Nachrichten vom 4.4.1932, "Riesige Hitler-Kundgebung in Dresden"; Der Freiheitskampf vom 4.4.1932, "80.000 in Dresden" und "Wir kapitulieren niemals, niemals, niemals!"; Sächsischer Kurier vom 4.4.1932, "Hitler bearbeitet Sachsen"; Sächsische Volkszeitung vom 5.4.1932, "Hitler in Sachsen"; VB vom 6.4.1932, "Die Rede Adolf Hitlers in der Dresdener Radrennbahn". Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann, Text von Josef Berchtold, München 1932, S. 5 ff.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

4 Nach dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hatte die Reichsregierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 einen "Osterfrieden" verkündet, der den Wahlkampf zum zweiten Wahlgang auf knapp eine Woche begrenzte (Druck: RGBl. 1932, I, S. 133). Um die zur Verfügung stehende Zeit optimal zu nutzen, entwickelten Hitler, Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer am 18.3.1932 den Plan, ein Flugzeug zu chartern, damit Hitler in drei bis vier Städten täglich sprechen könnte. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 144 f. sowie Hans Baur, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956, S. 81 ff.

5 Z. B. wurden im Wahlaufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands zum ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als Folgen von Hitlers Sieg "Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland" vorhergesagt. Vgl. Vossische Zeitung vom 27.2.1932 (AA), "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg".

Die Parteien, die seit 13 Jahren Deutschland auflösten in einen innerpolitischen Wirrwarr, die anstelle von 26 Monarchen[6] 30 Parteien, Verbände und Vereinigungen[7] setzten, die Parteien, die Deutschland in Klassenkampf, Standesdünkel und Standeswahn auflösten, die Parteien, die seit 13 Jahren nicht einmal Deutschland zu einer einmütigen Bekundung seines Willens zusammenfassen konnten, die erheben gegen uns den Vorwurf, wir würden Deutschland zersplittern. Seit es ein politisches Leben der deutschen Nation gibt, sind zum ersten Male 11,5 Millionen Menschen einem einzigen politischen Gedanken gefolgt[8]. (Stürmische Heilrufe und Händeklatschen.)

Sie werfen uns vor, daß Chaos und Bürgerkrieg die Folge unseres Regiments sein würden. Sehen Sie heute dieses deutsche Volk und sein politisches Leben an. In wenigen Jahren hat unsere Bewegung Hunderte an Toten und Zehntausende an Verletzten und Verwundeten zu beklagen[9]. Ist das Friede, Ordnung, oder ist das nicht schon heute Chaos, nicht schon heute ein wirklicher Bürgerkrieg? Wenn wir demgegenüber die nationalsozialistische Bewegung als Massenpartei und -erscheinung Deutschlands gerecht beurteilen wollen, dann müssen Sie zugeben, daß in dieser Bewegung zum ersten Male Bürger, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Beamte, Handwerker, Menschen aus allen Lagern, allen Stellungen, sich zusammengefunden haben, daß aus Parteimenschen, aus Standes- und Klassenstolz erfüllten Menschen, Deutsche geworden sind. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Manche sagen heute, daß wir eine Inflation bedeuten würden[10]. Wir können das nicht, selbst wenn wir wollten, denn die Spezialisten der Inflation sitzen in den Parteien, die heute den Staat regieren. (Brausender Beifall.)

Im Gegenteil, über 10 Jahre lang haben wir die Abrechnung gefordert mit den verantwortlichen Männern an der Inflation. Wenn sie heute nach der Methode: "Haltet den Dieb!" uns beschuldigen, so wissen wir warum: Sie fürchten in uns ihre Richter! (Beifall.)

Seit 13 Jahren kämpft die nationalsozialistische Bewegung gegen das System, das heute in Deutschland regiert. In diesen 13 Jahren ist Deutschland innenpolitisch zerfallen, aufgelöst

---

6 Das Deutsche Reich hatte von 1871 bis 1918 25 Bundesstaaten, davon vier Königreiche, sechs Großherzogtümer, fünf Herzogtümer, sieben Fürstentümer und drei Freie Städte. Elsaß-Lothringen hatte als "Reichsland" einen Sonderstatus.

7 Zur Reichstagswahl am 31.7.1932 stellten sich 32 Parteien. Vgl. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 115 f.

8 Bezieht sich auf die Stimmenzahl beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Bei der Wahl zur Nationalversammlung hatte die SPD 11.509.048 Stimmen erhalten. Vgl. Dok. 1, Anm. 32; Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 41.

9 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1931 112 Nationalsozialisten bei politisch motivierten Straßenkämpfen. Zwischen 1927 und 1931 wurden der SA-Versicherung 10.164 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72 sowie Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Nürnberg 1964, S. 412.
Zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

10 Reichskanzler Brüning z. B. warf in einer Kundgebung am 11.3.1932 in Berlin, die auch vom Rundfunk übertragen wurde, der NSDAP vor, daß ihre Wahlversprechen in kurzer Zeit zu einer Inflation führen müßten. Vgl. Germania vom 13.3.1932, "Brüning im Sportpalast".

worden in seiner politischen Einheit, zerbrochen als Macht, vernichtet als wirtschaftlicher Faktor, zerstört in seinen seelischen inneren Grundlagen, und nur ein einziges Gebilde hat sich von Nord bis Süd, von Ost bis West aus diesem Chaos erhoben: Ein Millionenblock einer neuen Weltanschauung ist erstanden, und ich, als ihr Begründer und ihr Führer, nehme den Kampf heute genau so gegen dieses System auf wie vor 13 Jahren (lebhafter Beifall, Heilrufe und Händeklatschen), heute genau so, wie ich den Kampf kämpfen werde in einem und in zehn Jahren. Es gibt unter unsern Gegnern vielleicht den einen oder anderen, der da glaubt, uns und mich einmal müde oder mürbe zu machen. Sie täuschen sich! Ich habe einen Kampf gewählt, habe mich ihm verpflichtet, bleibe ihm treu bis mich die Erde deckt. (Minutenlang anhaltender, brausender Beifall und Heilrufe.)

Daß sie meine Freunde töten, ist möglich, daß sie mich töten, ist möglich, daß wir kapitulieren niemals, niemals, niemals! (Stürmischer Beifall.)

Der Kampf geht weiter. Am 10. [*April 1932*] ist eine Schlacht, am 11. [*April*] beginnt ein neuer Kampf; am 24. [*April*] ist wieder eine Schlacht[11], am 25. [*April*] beginnt wieder der Kampf, bis Deutschland frei ist.[12]

3. April 1932 — Dok. 4
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig[1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.4.1932, "Hitlers Rede"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 3[3].

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.
12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Halle des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, nach 15.00 Uhr. An der von MdL Heinrich Haake mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Leipziger Neuesten Nachrichten etwa 50.000 Menschen teil (VB: 70.000). Vor Hitler sprach SA-Standartenführer August Wilhelm, Prinz von Preußen, nach ihm MdL Werner Studentkowski.
2 Vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 4.4.1932, "Hitler in Leipzig"; Sächsischer Kurier vom 4.4.1932, "Hitler bearbeitet Sachsen". Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 5 ff.
3 Die Sächsische Volkszeitung vom 5.4.1932, "Hitler in Sachsen", meldete über die Reden in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen: "Die Ansprache, die Hitler hielt, war in allen vier Versammlungen die gleiche."

3. April 1932 Dok. 5
Rede auf NSDAP-Versammlung in Chemnitz [1]

Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 4.4.1932, "Auf dem Kommandoturm der Chemnitzer Südkampfbahn" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 3 [3].

3. April 1932 Dok. 6
Rede auf NSDAP-Versammlung in Plauen i. V. [1]

Vogtländischer Anzeiger vom 5.4.1932, "Adolf Hitler spricht" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 3 [3].

1 In der Südkampfbahn, von 19.00 bis 19.20 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Chemnitzer Neuesten Nachrichten und Volksstimme etwa 45.000 Menschen teil (Der Freiheitskampf: 90.000). Am Nachmittag war es in Chemnitz zu Zusammenstößen von Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen, bei denen drei Menschen Schußverletzungen erlitten.

2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 4.4.1932, "90.000 in Chemnitz"; Der Kämpfer vom 4.4.1932, "'Ob wir den Sieg erreichen, ist nicht von Bedeutung' erklärte Hitler beim Nazi-Rummel in Chemnitz"; Sächsischer Kurier vom 4.4.1932, "Hitler bearbeitet Sachsen" sowie Volksstimme vom 5.4.1932, "Der Prophet in Chemnitz". Zu den äußeren Begleitumständen vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.4.1932, "Ein Tag der Kundgebungen in Chemnitz" sowie die Ankündigung im Chemnitzer Tageblatt vom 2.4.1932, "Hitler-Kundgebung" sowie Waldemar Ballerstedt, Führerbesuche in Chemnitz. In: Der Türmer von Chemnitz 5 (1939), S. 98-110, S. 108 f. Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 5 ff.

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 3.

1 Auf dem Schützenplatz, nach 21.10 Uhr. An der von Bezirksleiter Alfons Hitzler geleiteten Versammlung nahmen laut übereinstimmenden Angaben der Lokalpresse etwa 20.000 Menschen teil (Der Freiheitskampf: 40.000). Vor Adolf Hitler sprachen der Gauobmann des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, Ernst Wegner, und Gauleiter Martin Mutschmann, nach ihm der schlesische Gauleiter Helmuth Brückner.

2 Vgl. auch Neue Vogtländische Zeitung vom 4.4.1932, "Hitler spricht"; Volkszeitung vom 4.4.1932, "Hitler gibt auf!", vom 6.4.1932, "Das sind die Hitleraner".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 3.

4. April 1932 Dok. 7
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin[1]

VB vom 6.4.1932, "Der Führer entlarvt die Systemlüge von der Frauen-Entrechtung durch den Nationalsozialismus"[2].

"Für die Disziplin und Ordnung eines Reiches, in dem wir herrschen", so rief er [*Hitler*] aus, "spricht die Disziplin der größten Partei, die Deutschland je gesehen hat."

Der Führer wandte sich gegen die frechen, verlogenen und verleumderischen Behauptungen der gegnerischen Parteien, Adolf Hitler wolle die deutsche Frau entrechten, sie aus ihrer Arbeitsstelle drängen und um ihr und ihrer Kinder Brot bringen[3].

"... Aber auf 50 Frauen, die von diesen Parteien gnädig in den Reichstag aufgenommen wurden[4]*, kommen Millionen Frauen, die ebenso wie die Männer dem Elend und dem Hunger preisgegeben sind."*

"Wir würden Narren sein, wenn wir daran denken würden, die Frau aus der gemeinsamen Arbeit herauszunehmen. Die Frau war zu allen Zeiten nicht nur die Lebensgefährtin, sondern auch die Arbeitsgenossin des Mannes. Der Mann hatte aber zu allen Zeiten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Frau nicht nur für sich das tägliche Brot verdienen konnte, sondern, daß beide zusammen den ewigen Bund der Ehe schließen können. Das Kind soll nicht infolge der sozialen Verhältnisse als bittere Last empfunden werden, sondern als wirkliches Glück."

---

1 Im Lustgarten, nach 17.00 Uhr. An der von Gauleiter Joseph Goebbels eröffneten Versammlung nahmen nach seinen Angaben etwa 150.000 Menschen teil (vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 151. VB: 200.000). Als der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski vor dem Erscheinen Hitlers auf den Balkon des Stadtschlosses trat, begannen die Anhänger der Nationalsozialisten ein Pfeifkonzert, das erst endete, als sich Grzesinski ins Schloß zurückzog. Nach Hitlers Rede zogen Demonstrationszüge in vier Richtungen durch die Stadt.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.4.1932, "200.000 Berliner im Lustgarten"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 5.4.1932 (MA), "Berlin im Wahlkampf"; Märkische Zeitung vom 5.4.1932, "Hitler spricht in Berlin und Potsdam"; Neue Preußische Kreuz-Zeitung vom 6.4.1932 (Ausgabe B), "Hitler in Berlin"; Der Reichsbote vom 6.4.1932, "Hitler im Lustgarten"; Vorwärts vom 5.4.1932 (MA), "Die Nazis im Lustgarten"; Vossische Zeitung vom 5.4.1932 (MA), "Hitler im Fluge", vom 5.4.1932 (AA), "Werbung im Schafspelz". Vgl. auch Ankündigung in Der Angriff vom 2.4.1932 und vom 4.4.1932. Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 8 ff.
Von Hitlers Rede im Lustgarten wurde ein Tonfilm gedreht. Vgl. "Der Führer". Aus einer Wahlrede Adolf Hitlers im Berliner Lustgarten, 4. April 1932. Deutsche Aufnahmegesellschaft für Bild und Ton im Auftrag der Reichsleitung der NSDAP, Berlin 1932. Filmedition G 139 des IWF, Göttingen 1977, Beratung J. Leuschner. Publikation von Ursula Spormann-Lorenz, Publ. Wiss. Film., Sekt. Gesch./Publ., Ser. 4, Nr. 13/G 139 (1979). Zur Authentizität des auch im Deutschen Rundfunkarchiv überlieferten Textes (DRA-Nr. 76 U 3335/11) vgl. ebenda, S. 15 f.

3 In der antinationalsozialistischen Propaganda zum Reichspräsidentenwahlkampf wurden die Rechte der Frau besonders hervorgehoben; so enthielt die Wochenzeitung der Deutschen Staatspartei, Deutscher Aufstieg, am 3.4.1932 einen Artikel unter dem Titel "Gleichstellung mit Verbrechern", der diskriminierende Äußerungen des Vorsitzenden des Wirtschaftsrates der Wirschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP, Gottfried Feder, und des Leiters des Kampfbundes für Deutsche Kultur, Alfred Rosenberg, zur Stellung der Frau wiedergab.

4 Der amtierende Reichstag hatte bei seinem Zusammentritt am 1.10.1930 577 Abgeordnete, davon 39 Frauen. Davon gehörten 16 der SPD-Fraktion und 12 der KPD-Fraktion an, die übrigen bürgerlichen Parteien. Vgl. Reichstagshandbuch. V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930, S. 522.

"Es gibt keinen Kampf für den Mann, der nicht zugleich ein Kampf für die Frau ist, und es gibt keinen Kampf für die Frau, der nicht zugleich auch ein Kampf für den Mann ist. Wir kennen keine Männerrechte und keine Frauenrechte, wir kennen für beide Geschlechter nur ein Recht, das zugleich die Pflicht ist, für die Nation gemeinsam zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen."

[...][5]

"Die Gegner glauben vielleicht, sie könnten mich zermürben oder vom Kampf abbringen mit ihren Lügen und Verleumdungen, die sie auf uns häufen. Sie täuschen sich!

Reißen Sie Ihre Herzen empor, schöpfen Sie neuen Glauben an die Wiederauferstehung unseres Volkes. Das Schicksal der Nation ist nicht gefährdet, wenn Millionen Menschen in unerschütterlicher Beharrlichkeit, Ausdauer und Treue so kämpfen wie wir!

Am Ende wird uns doch erstehen das Reich der Freiheit, der Ehre und sozialen Gerechtigkeit. Es lebe Deutschland! Sieg Heil!"[6]

4. April 1932 Dok. 8
Rede auf NSDAP-Versammlung in Potsdam[1]

Potsdamer Tageszeitung vom 5.4.1932, "Adolf Hitler spricht im Stadion Luftschiffhafen"[2].

14 Jahre herrscht über Deutschland ein Regiment, das sich einst anmaßte, einen Staat zu stürzen, weil er schlecht sein sollte und weil Besseres an seine Stelle treten sollte. 14 Jahre sind seitdem vergangen und diejenigen, welche 1918 das alte Deutsche Reich beseitigten, sie haben nun geschichtlich lange genug Zeit gehabt, durch ihre Taten die Vorzüge ihres Wollens und ihrer Arbeit zu beweisen. Würde dieses System, würden diese Parteien in diesen 1 1/2 Jahrzehnten nur einen Bruchteil dessen erfüllt haben, was sie einst versprochen hatten und was sie halten müßten, um ihre Tat von 1918 vor der Geschichte der Vergangenheit und Zukunft zu rechtfertigen[3], dann müßten sie heute einen Kampf bestehen einfach durch den Hinweis auf

5 "Aus den Lautsprechern hallten die Worte des Führers zum Dom herüber, zum Museum und über die Brücke hinweg zum Zeughaus."

6 Folgt Kommentar und Beschreibung der Weiterfahrt Hitlers zum nächsten Veranstaltungsort. Vgl. Dok. 8.

1 Im Stadion Luftschiffhafen, nach 19.00 Uhr. An der von Gauleiter Ernst Schlange geleiteten Versammlung nahmen nach Angaben von Joseph Goebbels etwa 50.000 Menschen teil. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 151. Nach der Rede Hitlers bildeten 3.000 SA-Leute einen Fackelzug und zogen vom Luftschiffhafen zur Garnisonkirche.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.4.1932, "60.000 in Potsdam"; Der Freiheitskampf vom 5.4.1932, "Die Potsdamer Hitlerkundgebung"; Märkische Zeitung vom 5.4.1932, "Hitler spricht zu 60.000 Brandenburgern"; Potsdamer Volksblatt vom 4.4.1932, "Hitler in Potsdam"; VB vom 6.4.1932, "Die Potsdamer Hitlerkundgebung im Geiste Friedrichs des Großen" sowie Harald Müller, Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1918 bis 1933, Potsdam 1970, S. 68 f. Vgl. auch Ankündigung in Der Angriff vom 2.4.1932. Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 8 ff.

3 Zum Forschungsstand über Ursachen und Bedeutung der Revolution von 1918/19 vgl. Heinrich August Winkler, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

das, was nun für sie spricht an Leistungen und Taten. Es müßte ihnen dann leicht sein, heute das deutsche Volk 100 Prozent für sich zu gewinnen. Selbst wenn sie nicht reden wollten, ihre *Taten* müßten für sie sprechen.

So stehen sie im Kampf, und als Erstes sehen wir, daß ihnen der Mut fehlt, einen Mann aus ihren eigenen Reihen der Nation vorzustellen[4], daß sie heute gezwungen sind, Anleihen bei dem System zu machen, das sie einst stürzten, um es durch ein besseres zu ersetzen. Und weiter sehen wir, daß sie den Kampf nun nicht in der einfachsten Weise führen, die darin bestände, der ganzen Nation vorzuhalten, was sie geleistet hatten und haben, sondern sie versuchen, dem Gegner zu unterschieben, was sie entweder selbst taten, oder was ihnen zweckmäßig erscheint, heute politisch gegen den Gegner auszuwerten. Wenn wir siegen, sagen sie, bedeutet das Chaos, Bürgerkrieg, Inflation, Entrechtung, Enteignung des Bodens, die Vernichtung der Wirtschaft und den Ruin des Handels. Und wir könnten als Antwort fragen: Was blieb uns denn überhaupt noch zu ruinieren, was ihr nicht in den 14 Jahren ohnehin zu Grunde gerichtet habt? Gewiß, dieses alte Deutschland hatte auch seine Schwächen und Schäden. Was könnte es denn auf der Welt geben, ganz vollendet und makellos? Allein dieses alte Deutschland war dennoch für unzählige Millionen nicht nur der Inbegriff einer staatlichen Größe, sondern auch die Voraussetzung für ihr wirtschaftliches Leben. Und was auch schlecht sein konnte, es war nicht am Ende seiner Tage, und es blieb die Möglichkeit zu bessern. Es könnte niemand bestreiten, daß im Laufe der Jahrzehnte gebessert wurde. Und es kann nicht geleugnet werden, daß seit 1918 nichts mehr gebessert, sondern alles verschlechtert wurde.

Das Chaos sehen wir heute um uns. Gewiß, man hat 25 Monarchen beseitigt[5], aber 30 Parteien dafür an ihre Stelle geschoben[6]. Ein wüstes Gemengsel minderwertiger politischer Verbände und nicht wertvollerer Köpfe hat sich heute dorthin gesetzt, wo früher andere waren. Aber mit dem Unterschied, daß die anderen sagen konnten: Was wir haben, haben wir geschaffen, während diese heute sagen müssen: Was ihr geschaffen habt, haben wir zerstört.

Dieses Deutschland war verbesserungsfähig, allein die letzten 14 Jahre haben nicht nur nichts verbessert, sondern *ausnahmslos verschlechtert.* Die Ordnung von einst ist abgelöst worden von einem Parteiregiment, eine disziplinierte Nation ist abgelöst worden von *wüsten Klassenkämpfen und Klassenhader*, eine Wirtschaft, die immerhin Deutschland ernähren konnte, ist verdrängt worden, und an ihrer Stelle sehen Sie heute die Vernichtung von Hunderttausenden von Existenzen, die Vernichtung gesetzlicher Formen, den Ruin des ersparten Eigentums[7], den Raub der lebendigen Arbeit von heute. Wir reden von der Notwendigkeit der Sanierung der Wirtschaft, von der Notwendigkeit einer Sanierung unserer Finanzen. Wie können sie heute von der Notwendigkeit dessen reden, nachdem sie 14 Jahre lang Zeit genug hatten, das zu tun! Sie beweisen damit nur, daß die Zeit, die ihnen das Schicksal bisher geschenkt hat, von ihnen nicht genützt wurde, um Deutschland zu nutzen. Das Furchtbarste, das wir vielleicht sehen, ist neben dem Zerreißen unseres deutschen Volkes in Klassen und Parteien und Verbände *die gei-*

4 Anspielung auf die Kandidatur Hindenburgs, die von den Parteien der Weimarer Koalition unterstützt wurde. Vgl. Dok. 1, Anm. 9.
5 Vgl. Dok. 3, Anm. 6.
6 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 14.

stige Zersetzung, die geistige Zerbrechung unseres Volkskörpers und die Zerstörung derjenigen wirtschaftlichen Grundlagen, ohne die Deutschland niemals emporkommen kann; sie sollen nicht reden vom Handel, Export und Import, die Welt wird ihnen bald verschlossen sein; sie wollten nicht haben, was wurzelfest ist in Deutschland, sie wollten nicht, was mit der Erde verbunden ist. Sie haben dem entgegen gehandelt, wir sehen aber die Folgen dieser Entwicklung. Deutschland ist nicht aufgenommen worden, wie man versprach, in den offenen Armen der Weltbürgerschaft, nicht in der Gemeinschaft der freien und unabhängigen Nationen, *sondern seit 14 Jahren ist Deutschland gedrückt und gepreßt*, Leistungen zu vollbringen, wie sonst keine Nation verpflichtet wurde. Heute sehen Sie die Leichensteine dieser Entwicklung. Das Vermögen verloren, Millionen um Spargroschen gebracht, tausende Existenzen vernichtet, 7 Millionen erwerbslos[8], Erwerbstätige ohne Aussicht sich selbst fortzubringen. Das ist, was diese Parteien für sich heute anführen könnten. Sie wissen das auch, deshalb lügen sie auch und verleumden. Sie sagen nicht: Ja Bauer, du kannst uns wählen, wir haben dir geholfen, Handwerker, wir haben dich groß gemacht, deutsche Wirtschaft, du kannst dich hinter uns stellen, wir haben dir Arbeit gebracht. Sie sagen auch nicht, deutscher Arbeiter, du kannst uns allein zu deinem Vertreter machen; denn wir haben dir Arbeit verschafft.

Im Gegenteil, sie weisen nicht auf das hin, was sie hätten schaffen können, sondern sie weisen auf das hin, was nach ihren Behauptungen der Gegner tun würde. Deutscher Volksgenosse, *seit 13 Jahren kämpfe ich gegen dieses Regiment*. In den Tagen des Ausgangs des Weltkrieges war ich ein namenloser Soldat, habe den Kampf aufgenommen und kann hier öffentlich erklären: *Alle die Versuche, durch Lügen und Verleumdungen, durch Unterdrückung, durch Terror, durch blutige Gewalt mich mürbe zu machen, sind vergeblich*. Ich spreche heute Abend hier auf einem für uns Nationalsozialisten heiligen Boden; denn von dieser Scholle aus ist einmal eine ganz kleine Bewegung ausgegangen, erst totgeschwiegen und verspottet und verlacht, aber dieser kleine Staat Brandenburg ist Preußen geworden, und Preußen ist endlich Deutschland geworden. Und das können wir auch von uns mit Stolz bekennen: Klein, verachtet und verspottet haben wir begonnen und sind langsam zur nationalsozialistischen Bewegung geworden, und haben heute über 11 Millionen hinter uns[9], die größte Organisation, die Deutschland je sah, sie marschiert hinter unseren Fahnen. Und noch etwas ist für uns eine wertvolle Erinnerung. Von dem Boden aus hier ging, in anderen Vorstellungen vielleicht wie in der heutigen Zeit, der Versuch, den Staat zu einem Diener des Volkes zu machen. Von hier aus ging zum ersten Mal der Versuch, die *Klassen und Stände zu überwinden* und sie zusammenzuschmieden zu einem Staat, von hier ist in zwei Jahrhunderten erwachsen, was wir alle erkannten als des großen Deutschen Reiches unbesiegbares Heer. Und etwas Drittes ist aus dem harten Boden hier geboren worden, nämlich dieser Mut und diese Zähigkeit, dem Schicksal entgegenzutreten, mag kommen, was da kommen will. Nicht durch Siegen, nicht durch Erfolge allein war Preußens Größe. Und wenn der Geist jener Zeit in den Menschen liegt, dann möchten wir wünschen, daß der Geist dieser Menschen der Geist unserer Zeit wird, daß dieser Geist die Bewegung erfassen möge, die heute in stolzer Vereinsamung den Kampf gegen dieses Novembersystem aufgenommen hat und zu Ende führen wird. Denn glauben Sie mir, wir haben

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 17.
9 Vgl. Dok. 1, Anm. 32.

jetzt 13 Jahre gekämpft, nicht um im 14. zu kapitulieren. *Ich habe nicht mit 7 Mann*[10] *den Mut gefaßt, gegen dieses System mich zu empören, um mit 11 1/2 Millionen plötzlich zu verzagen.*

Ich weiß, daß heute hinter mir der Teil des deutschen Volkes steht, das [*sic!*] den besten Wert unseres Volkes verkörpert, und ich bin glücklich zu wissen, daß dieser beste Wert aus allen unseren Ständen stammt: aus den Bataillonen, die an mir vorbeimarschieren, aus bestem Gut des deutschen Arbeiters, aus bestem Gut des deutschen Bauern; des deutschen Mittelstandes und der deutschen Hochschulen. Ich bin glücklich zu wissen, daß es uns gelungen ist, aus diesen Ständen und Vereinigungen und Vereinen, Arbeitern, Beamten, Ingenieuren, Bauern am Ende wieder zu machen: *Deutschland!*

Und ich bin glücklich, daß in diesem Prozeß der Neubildung eines Volkskörpers sich 10.000 deutsche Lehrer auch zu diesem großen Gedanken der Bildung einer neuen Gemeinschaft des deutschen Volkes durchgerungen haben und dafür eintreten[11]. Ich glaube daher auch, daß wir damit die höchste Verpflichtung übernommen haben, die es gibt, die Verpflichtung für 11 oder 12 Millionen, die nicht die schlechtesten oder die besten sind, Wegweiser zu bleiben. Wegweiser, die besonders in Zeiten, wo es hart auf hart geht, keine Sekunde schwanken.

Unsere Bewegung soll wirklich wie ein Fahnenträger sein im deutschen Volke, der nicht wankt, sondern die Fahne immer voranträgt den Millionen, die auf unsere Bewegung blicken. Daher müssen diese Kampfgenossen auch verstehen, daß ich nicht den Kampf nach sogenannten großen, taktischen Rücksichten führen kann. Ich kenne im Kampf keine geraden oder ungeraden Tage. Den Grundsatz "die Vernunft siegt", kann ich nicht Kampf nennen, sondern ich bekenne mich zu der Auffassung, daß eine solche Bewegung, die alles auf sich nimmt, geschaffen ist, den Kampf immer zu führen. *Ich verstehe nicht, daß man eine Marine schonen kann, um sie dann zu opfern*[12]. *Ich verstehe nicht, daß man eine Bewegung schonen konnte, um sie am Ende zu verlieren. Sondern ich gehöre zu den Männern, die sich dazu bekennen, daß für den Kampf jede Stunde bestimmt ist*, daß man dem Himmel dankbar sein muß für jedes Jahr, das man ihm zum Kampf gibt und für jede Möglichkeit zu schlagen. Und so kann ich denn auch nur all diesen großen Vorsichtigen erklären: Ich habe den Mut gehabt, mit sieben zu kämpfen, ich kämpfte vor elf, zehn, vor sieben, fünf, drei und einem Jahr und habe gekämpft

---

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

11 Vom 2. bis 4.4.1932 hatte der am 21.4.1929 gegründete, rund 2.500 Mitglieder starke, Nationalsozialistische Lehrerbund in Berlin seine erste Reichstagung unter dem Motto "Pestalozzi, Fichte, Hitler" abgehalten. Der im Programm der Tagung für den 4.4.1932 vorgesehene Ausflug nach Potsdam endete mit dem Besuch der Versammlung im Luftschiffhafen. Vgl. Nationalsozialistische Lehrerzeitung, 5. Folge, Mai 1932, "Nationalsozialistische Lehrer tagen im Sportpalast Berlin am 2.-4. April 1932" sowie Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985, S. 261 f.

12 Nach der Seeschlacht zwischen der deutschen Hochseeflotte und der britischen Grand Fleet vor dem Skagerrak (31.5. bis 1.6.1916), verlagerten sich die offensiven Operationen der deutschen Marine vor allem auf den Einsatz der U-Boote. Die Hochseeflotte wurde bis Kriegsende nur noch in ein größeres Gefecht verwickelt. Die Vorbereitungen zu einem Vorstoß in die Nordsee führten im Oktober 1918 zu den ersten Matrosenmeutereien auf Großkampfschiffen. Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten und im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow internierten Schiffe der deutschen Hochseeflotte wurden am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Bernd Stegemann, Die deutsche Marinepolitik 1916-1918, Berlin 1970, S. 117, 138 ff.

am 13. März [*1932*][13] und werde weiterkämpfen am 24. April [*1932*][14] und in einem Jahre und wenn nötig in weiteren zehn Jahren, *bis der Gegner am Boden liegt.*

Reißen Sie Ihre Herzen empor. Es gibt nichts, was Menschenhände bauten und Menschenhände nicht wieder stürzen könnten. Nicht die besten Menschen waren es, die das System von heute bauten, aber die Besten sollen es stürzen![15]

4. April 1932 Dok. 9
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin[1]

Der Angriff vom 5.4.1932, "20.000 im Sportpalast"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 7[3].

4. April 1932 Dok. 10
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin[1]

Der Angriff vom 5.4.1932, "Hitler im Kampfgebiet Horst Wessels"[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

---

13 Bezieht sich auf den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 1, Anm. 32.

14 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

15 Laut Märkischer Zeitung schloß Hitler die Rede mit dem Ruf: "Heil!".

1 Im Sportpalast, nach 20.15 Uhr. An der von Gauleiter Joseph Goebbels mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen nach dessen Angaben etwa 18.000 Menschen teil (vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 151. Der Angriff: 20.000). Nach Hitlers 45minütiger Rede sprach MdR Hermann Göring.

2 Vgl. auch Deutsche Allgemeine Zeitung vom 5.4.1932 (MA), "Berlin im Wahlkampf"; Der Tag vom 6.4.1932, "Hitlers Wahlflug durch Deutschland"; VB vom 6.4.1932, "Im Berliner Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 5.4.1932 (AA), "Werbung im Schafspelz".

3 Vgl. Vorwärts vom 5.4.1932 (MA), "Die Nazis im Lustgarten": "Hitler hielt die gleiche Rede, die er auswendig gelernt in ganz Deutschland herredet, am Abend noch einmal im Sportpalast."

1 Im Saalbau Friedrichshain, nach 22.30 Uhr. Vor Hitler sprach der frühere Kommunist Stefan Ehn über das Thema: "Hitler als Sozialreaktionär?".

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 5.4.1932 (MA), "Berlin im Wahlkampf"; VB vom 6.4.1932, "Adolf Hitler in der Hochburg der Kommunisten". Vgl. auch Ankündigung in Der Angriff vom 2.4.1932 und vom 4.4.1932.

3 Der Angriff: "Unter den Worten des Führers zerfallen die Lügen der Angst, die unsere Gegner über ihn und seine Bewegung ausstreuten in nichts. Auch hier widerlegte er die Lüge, *daß er den Frauen ihre Rechte nehmen wollte.*" Vgl. auch Dok. 7.

5. April 1932 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lauenburg i. P.[1]

Grenz-Bote vom 6.4.1932, "Hitler-Rummel in Lauenburg"[2].

Über die Rede Adolf Hitlers in dieser "Grenzlandkundgebung" kann nur berichtet werden, daß sie abgesehen von der billigen *Affekthascherei* und der stark aufgetragenen *theatralischen Pose* des Redners ein *einziger Versager* war. Auf die wichtigsten Grenzlandprobleme[3] verwandte Hitler ganze 5 Minuten seiner ca. einstündigen Ansprache. Der größte Teil seiner Rede galt den heutigen Machthabern und dem "System", das es nach seiner Ansicht nicht vermocht hätte, "auch nur auf irgendeinem Gebiet wenigstens etwas zu schaffen". Mit besonderem Nachdruck hob er wieder den Unsinn hervor, daß 1918 ein *"großes Reich"* von teils unfähigen, teils verbrecherischen Elementen gestürzt worden sei[4]. Davon, daß das alte Kaiserreich wirtschaftlich, politisch und militärisch damals *zusammengebrochen* war und die alten Machthaber ins Ausland *flohen* bzw. sich *in die Mauselöcher verkrochen,* braucht Hitler selbstverständlich nicht mehr heute zu wissen. Zu der Frage des

Schutzes der Grenzen

sagte Hitler, daß den Nationalsozialisten von den Gegnern vorgeworfen werde, daß sie die Grenzen nicht schützen wollten[5]. Wörtlich rief Hitler hierzu pathetisch aus:

"Erst werden wir Euch vernichten und dann die Grenzen schützen."

---

1 In den Hallen der stillgelegten Flachsfabrik, nachmittags. An der von Gauleiter Wilhelm Karpenstein eröffneten Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Angaben der Regionalpresse etwa 20.000 Menschen teil (VB: 50.000).

2 Vgl. auch Danziger Allgemeine Zeitung vom 6.4.1932, "Hitler in Lauenburg"; Der Jungdeutsche vom 9.4.1932, "Hitler-Rede gegen Grenzschutz"; Pommersche Tagespost vom 6.4.1932, "Hitler vor 20.000 in Lauenburg"; VB vom 7.4.1932, "Hitlers Grenzlandkundgebung in Lauenburg". Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 11 f.

3 Die preußische Provinz Pommern war nach dem Ersten Weltkrieg Grenzland geworden, was zu kulturellen und wirtschaftlichen Problemen führte, die bis in die dreißiger Jahre nicht gelöst werden konnten. Dem Sprachenkampf mit den kaschubischen und polnischen Minderheiten und der in diesem stark landwirtschaftlich geprägten Gebiet durch die Agrarkrise ausgelösten Landflucht versuchte die Reichsregierung mit der Förderung der landwirtschaftlichen Neusiedlung entgegenzuwirken. Vgl. Hans Branig, Pommern als Grenzland in der Zeit der Weimarer Republik. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 133-149.

4 Das Deutsche Reich war durch die Kriegsbelastungen vor der Revolution vom November 1918 militärisch und wirtschaftlich bereits zusammengebrochen: Am 29.9.1918 forderte der Erste Generalquartiermeister der OHL, General Erich Ludendorff, von der Reichsregierung ultimativ, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen, da die Armee nicht länger in der Lage sei, Widerstand zu leisten. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff. In der deutschen Kriegswirtschaft herrschte insbesondere am Ende des Krieges ein zum Teil empfindlicher Mangel an Roh- und Betriebsstoffen. Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Berlin (Ost) 1969, S. 306 ff.

5 Die zur Umgehung des Verbots der allgemeinen Wehrpflicht und der zahlenmäßigen Beschränkung der Reichswehr im Versailler Friedensvertrag (vgl. Dok. 1, Anm. 11) geschaffene geheime Grenzschutzorganisation bildete bis Anfang des Jahres 1932 auch Einzelpersonen aus, die Mitglied nationalsozialistischer Organisationen waren. Hitler lehnte jedoch ein geschlossenes Mitwirken seiner Partei oder der SA an diesen Maßnahmen immer ab. Vgl. z. B. Parteibefehl vom 3.12.1928. Druck: Bd. III/1, Dok. 60 sowie Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 158 ff.

Hitler erinnerte dabei an die Kämpfe in Oberschlesien[6], wo das "Parteizeug" nicht hinter seinen zum Schutze der Grenze bereit gewesenen jungen Parteigenossen gestanden hätte. Hinter den Formationen, die die Grenze schützen, müßten erst die Formationen des gesamten Volkes stehen; erst an *dem* Tag, wenn 65 Millionen Menschen in Deutschland[7] bereitstehen, die entschlossen sind, die Grenze zu verteidigen, würde diese Frage für die Nationalsozialisten entschieden sein[8]. (Mit anderen Worten: die Nazis denken heute gar nicht daran, die Grenzen zu schützen[9].) Hitler wandte sich sodann gegen Brünings Königsberger Rede[10] mit folgenden Worten: "Brüning verteidigt die Ostgebiete in Königsberg. Ich hätte erwartet, daß er das in *Genf* besorgt, denn dort war Gelegenheit dazu[11]." (Anscheinend hat sich die Rede Brünings in Genf bis Hitler noch nicht herumgesprochen.)

Schließlich hob Hitler im Verlaufe seiner Rede noch besonders hervor, daß auch er bereits vor der deutschen Geschichte Verdienste habe. Sein historisches Verdienst bestehe darin, daß es ihm gelungen sei, die NSDAP aus kleinsten Anfängen bis zu ihrer jetzigen Bedeutung geführt zu haben.

Hitler hat also auch in Lauenburg wieder starke Töne gegen das "System" geblasen und zur Selbstbeweihräucherung auch seine vermeintlichen Verdienste um die "Geschichte des deutschen Volkes" hervorgehoben.

Die Enttäuschung darüber, daß er auf dieser Grenzlandkundgebung das wichtige Grenzlandproblem in geradezu zynischer Weise behandelte, rief in weitesten Kreisen starke Enttäuschung hervor.

Bemerkenswert ist noch, daß Hitler *trotz öffentlicher Aufforderung* durch unsere hinterpommersche Parteipresse auf die berühmte Rechnung im Hotel *"Kaiserhof"*, Berlin[12], mit kei-

---

6 Bezieht sich auf die Kämpfe um Oberschlesien zwischen polnischen und deutschen bewaffneten Freiwilligenverbänden bzw. Freikorps im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921. Vgl. T. Hunt Tooley, German Political Violence and the Border Plebiscite in Upper Silesia, 1919-1921. In: Central European History 21 (1988), S. 56-98.

7 Das Deutsche Reich hatte, einschließlich Saargebiet, nach der Volkszählung vom 16.6.1925 und der Fortschreibung durch das Statistische Reichsamt Anfang 1932 eine Bevölkerung von etwa 65.594.000 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

8 Bei einer großen Beschlagnahme- und Haussuchungsaktion, die gegen die NSDAP und ihre Organisationen am 17.3.1932 in Preußen durchgeführt wurde, fand man Befehle an die SA, sich im Falle eines polnischen Einmarsches abwartend zu verhalten. Dies stellte den gesamten Grenzschutz (vgl. Anm. 5) in Frage, veränderte damit die zurückhaltend positive Einstellung des Reichswehrministeriums zur SA und trug zu deren Verbot am 13.4.1932 (vgl. Dok. 36, Anm. 4) bei. Vgl. Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg ³1953, S. 618 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 168.

9 Die Äußerung Hitlers in Lauenburg über die Haltung seiner Partei zur Landesverteidigung nutzte der preußische Ministerpräsident Otto Braun am 11.4.1932 in einer Rede in Berlin zum Vorwurf des "Landesverrats" an die NSDAP. Im Namen Hitlers klagte Rechtsanwalt Hans Frank am 20.4.1932 gegen Braun wegen Beleidigung und übler Nachrede. Druck der Rede: Vorwärts vom 12.4.1932 (MA), "Braun und Wels rechnen ab". Vgl. Privatklage und Strafantrag beim Amtsgericht Berlin-Mitte vom 20.4.1932 (Abschrift); GStA Merseburg, Hist. Abt. II, 2.5.1, Nr. 11990 sowie Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York ²1940, S. 380 ff.

10 Für den 9.4.1932 war eine Rede von Reichskanzler Brüning in Königsberg auf der Schlußkundgebung der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse angekündigt. Zur Rede vgl. Brüning, Memoiren, S. 537.

11 Brüning forderte am 9.2.1932 während der am 2.2.1932 eröffneten Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf unter Berufung auf Artikel 8 der Völkerbundsatzung die allgemeine Abrüstung auch der anderen Staaten. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 450 ff.

12 Die sozialdemokratische Wochenzeitung "Die Welt am Montag" hatte in ihrer Ausgabe vom 4.4.1932 unter der Überschrift "So lebt Hitler!" das Foto einer Rechnung des Hotel Kaiserhof in Berlin abgedruckt, in der die

nem Wort einging. Trotzdem der "Hinterpommer" bereits am Montag aus dem etwaigen Schweigen Hitlers in seiner Lauenburger Rede über diesen Punkt die Richtigkeit der Rechnung schlußfolgerte[13], ging Hitler mit keinem Wort auf diese Frage ein.

5. April 1932 Dok. 12
Interview mit dem Daily Express[1]

The Daily Express vom 6.4.1932, "Hitler And The Crown Prince"[2].

"Yes", answered Herr Hitler with a smile. "I value the ex-Crown Prince's[3] action highly[4]. It was an absolutely spontaneous action on his part, and by it he has publicly placed himself in line with the main body of patriotic German Nationalists."

No Bargaining

[...][5]

"There were no conditions of any kind. There was no bargaining. Nor would I be prepared to grant any concessions. There are more important issues to be decided in Germany at the present time than monarchism or republicanism."[6]

Aufwendungen für zehn Tage (zwölf Zimmer einschließlich Vollpension und Getränken) im März 1932 mit 4.048 RM angegeben waren. Die Rechnung war an "N.S.D.A.P. z. H. des Herrn Adj. Hess" gerichtet. Vom 1. bis 4.9.1931 kostete der Aufenthalt Hitlers und seiner Begleitung im Hotel Kaiserhof zum Beispiel für drei Tage und sieben Zimmer 650,86 RM. Vgl. Henry Ashby Turner jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 188. Vgl. auch Dok. 19, Anm. 4.

13 Nicht ermittelt. Der Hinterpommer, Köslin, war eine sozialdemokratische Zeitung.

1 Das Interview führte der Sonderkorrespondent des Daily Express, Sefton Delmer, nach der Rede in Lauenburg (Vgl. Dok. 11). Dem Interview geht ein Bericht über den bisherigen Verlauf des Wahlkampffluges voraus. Einleitende Frage Delmers: "'Were you pleased by the ex-Crown-Prince's declaration that he would vote for you, Herr Hitler?' I asked."

2 Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 7.4.1932, "Hitler über die Zustimmungserklärung des ehemaligen Kronprinzen".

3 Wilhelm Prinz von Preußen (1882-1951), General a. D., 1888-1918 Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, 1892 preußischer Leutnant, 1901-1903 Studium in Bonn, 1911 Oberst, 1914 Oberbefehlshaber der 5. Armee, 1916-1918 Oberbefehlshaber der "Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, 1918-1923 Exil in den Niederlanden, 1923 Rückkehr nach Deutschland.

4 In der 4. Ausgabe März, Nr. 13, der nationalen Wochenzeitung Fridericus forderte der Herausgeber Friedrich Carl Holtz unter der Schlagzeile "Unser Reichspräsident: Kronprinz Wilhelm!" den Kronprinzen zur Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten auf. Wilhelm stellte daraufhin Überlegungen an, diesem Ruf zu folgen, ließ diesen Gedanken unter anderem wegen des Widerstands seiner Familie aber bald fallen. Am 1.4.1932 erklärte er öffentlich, im zweiten Wahlgang für Hitler zu stimmen. Vgl. Klaus W. Jonas, The Life of Crown Prince William, Pittsburg 1961, S. 172 ff. sowie Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe) vom 3.4.1932, "Väter und Söhne".

5 "'Did the ex-Crown Prince demand any kind of favour in return from you, perhaps in the form of concessions to the monarchistic principles?'"

6 Folgt Bericht über die Fortsetzung des Deutschlandflugs.

5. April 1932 Dok. 13
Rede auf NSDAP-Versammlung in Elbing[1]

Danziger Neueste Nachrichten vom 6.4.1932, "Hitler spricht in Elbing"[2].

In dreizehn Jahren haben wir aus dem Nichts eine neue große Bewegung ins Leben gerufen. Stand um Stand, Beruf um Beruf zur Einheit zusammengefügt. So groß sind wir geworden, daß alle in uns ihren Gegner sehen und uns glauben, entgegentreten zu sollen [*sic!*]. Man sagt, wir wollten Inflation[3], aber selbst wenn wir wollten, unsere schlechten Beziehungen zu den heutigen Parteien würden verhindern, daß wir von ihnen die *Spezialisten* für Inflation bekommen würden; denn das will studiert sein, wie man dem deutschen Volke seine Spargroschen wegnimmt[4].

Wir haben seit über zehn Jahren die Bestrafung der Schuldigen, die das getan haben, verlangt[5]. Sie haben bis heute noch nicht die Kraft gehabt, diejenigen zu verhaften, die dafür verantwortlich sind. Nein, Sie können ganz ruhig sein,

es kommt keine Inflation.

Aber es wird etwas anderes kommen, nämlich ein *Strafgericht* über diejenigen, die das *Volk* um seine Spargroschen gebracht haben, und das ist das, was sie bange werden läßt.

Sie sagen weiter, wir geben den *Osten preis*[6]. Ich kenne meine Gegner. Hier sagen sie, wir geben den Osten preis, im Süden sagen sie, wir wollen Krieg führen im Osten; am Rhein, daß wir Gegner des Kapitals seien; an anderen Stellen, daß wir Kapitalknechte seien. Es gibt nichts, was sie nicht fälschen, von der *Hotelrechnung* angefangen[7] bis zu meinem *Testament*. Über alles sprechen sie, nur nicht über das, was *sie* verbrochen haben.

Wenn unsere Gegner von der Preisgabe des Ostens sprechen, so verwechseln sie auch da den Kampfplatz. Der Reichskanzler wird in einigen Tagen hier im Osten wohl über die Not des Ostens sprechen[8]. Wäre ich Reichskanzler, so würde ich weniger in Königsberg als in *Genf* über diese Not reden[9]. (Stürmischer Beifall.) Als noch alle unsere Gegner im Gedanken

---

1 In der Automobil-Montagehalle der Maschinenfabrik F. Komnick & Söhne, nach 15.30 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 10.000 Menschen teil (VB: 30.000). Vor Hitlers einstündiger Rede sprach Kreisleiter Paul Dargel. Kommunistische Demonstranten bewarfen Hitlers Autokolonne mit Steinen, wobei ein SA-Führer leicht verletzt wurde.
Hitlers Flugzeug war um 14.40 Uhr in Danzig-Langfuhr zwischengelandet, wo er von Gauleiter Albert Forster und etwa 1.200 Mann Danziger SA und SS begrüßt wurde, 15.05 Uhr setzte Hitler seinen Flug mit einer kleineren Junkers-Maschine fort, da das dreimotorige Rohrbach-Roland Flugzeug nicht auf dem Flugplatz in Elbing landen konnte. Vgl. Danziger Volksstimme vom 6.4.1932, "Die Parade der Zinnsoldaten" sowie VB vom 7.4.1932, "'Sie fahren dem deutschen Osten entgegen - eine bessere Osthilfe hat es bisher nicht gegeben'".

2 Vgl. auch Danziger Allgemeine Zeitung vom 7.4.1932, "Hitler in Elbing"; Ostpreußische Zeitung vom 6.4.1932, "Hitler in Ostpreußen"; VB vom 7.4.1932, "Von Danzig nach Elbing"; Hitler über Deutschland, S. 13 f.; F. Großherr, 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [1938], S. 13-23, S. 17 sowie Elbinger Zeitung vom 21./22.8.1937 (Festsondernummer), "Aus der Geschichte der NSDAP".

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 12.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 10.

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 11.

des Welthandels und des Weltexportfimmels befangen waren, habe ich damals schon empfunden und ausgesprochen, daß die

deutsche Zukunft im Osten

liegt, denn nicht Handel und Export sind die letzten Garanten unserer Größe, sondern der eigene Boden und der Mensch, der ihn bearbeitet, der deutsche Bauer, der deutsche Siedler. Das ist des deutschen Volkes Zukunft und nicht die Phantasien über Weltexport[10].

Heute haben wir die Nation schon so aufgeklärt, daß unsere Gegner, ob sie wollen oder nicht wollen, zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Es ist der größte Triumph für mich, daß unsere Gegner so *national* geworden sind, daß sie die Fahne, die sie früher getreten haben, jetzt in ihre Hände nehmen und sogar den Mann zum Führer küren, den sie vor fünf Jahren noch blutig gehöhnt haben[11], daß sie zu Füßen des Herrn Generalfeldmarschalls gezwungen worden sind und heute glücklich sind, den Kämpfer des Weltkrieges zum Schutz und Schild zu bekommen. Allerdings mit einer Täuschung.

Sie haben vielleicht geglaubt, daß wir den *Kampf aufgeben* werden. Ich habe mir seinerzeit aber vorgenommen, den Kampf in guten Tagen zu führen und in schlechten nicht aufzugeben. Als der Krieg ein Ende nahm, war ich entschlossen, eine Organisation aufzubauen, deren einziges großes Glaubensbekenntnis beschlossen ist in dem Satze:

"Wir sind Deutsche." (Starker Beifall.)

Ich entschloß mich, aus dem Kreis der Feinde von einst wieder deutsche Menschen zu machen. Ich war entschlossen, der Intelligenz klarzumachen, daß sie von ihrem hohen Podest heruntersteigen müssen, daß sie nichts sei, wenn nicht hinter sie die Kraft der *Fäuste* und der Bauern trete. Und den Bauern und den Proletariern klarzumachen, daß auch sie nichts seien, wenn nicht die Kraft des *Geistes* hinter ihnen stehe.

Heute stehen mehr Menschen hinter diesem Grundsatz als Menschen hinter irgendeiner Partei. Nach diesen dreizehn Jahren würde ich *undankbar* sein, wenn ich diesen Kampf nicht fortführen würde. Dann hätte ich ihn *überhaupt nicht beginnen* dürfen. Ich bin heute dem Schicksal dankbar für jedes Jahr mehr, das es mir schenkt zu diesem Kampfe, und dankbar für jede Gelegenheit, ihn zu führen. Ich werde keinen Tag und keine Stunde ausfallen lassen.

Andere Parteien mögen sagen, wir haben die *besseren Taktiker*. Ich begnüge mich damit, zu sagen: Ihr habt die größeren Taktiker, aber wir haben die *fleißigeren Menschen*. Wir haben gearbeitet in diesen Jahren und sind mutig gewesen. Jeder hat für diese Idee sein Leben eingesetzt. Jeder hat für diese Idee [...] [12] eingesetzt. Ich habe gewagt, 1 [13] mit 300 in den Kampf zu treten[14]. Jetzt sollte ich mit 11 1/2 Millionen[15] nicht wagen, den Kampf fortzuführen?

---

10 Zu Hitlers Vorstellungen von Lebensraumgewinnung im Osten als Alternative zum weltwirtschaftlichen Wettbewerb vgl. Bd. II A, S. 78 ff.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 9, 42.

12 In der Vorlage sinnlose Buchstaben- und Zeichenfolge.

13 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "einst".

14 Vermutlich Anspielung auf die Stärke der SA bei ihrer Gründung im November 1921. Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl.

Ich glaube, daß das Schicksal einem beharrenden Mut seinen Segen bescheren wird. Was wir bis jetzt schufen, ist heute bereits das *Beste*, was die deutsche Nation besitzt. Das Ziel schwebt uns heute schon sichtbar vor Augen: Eine Riesenbewegung, die vom Osten bis zum Rhein einem großen Glauben folgend eintritt

für ein neues Deutsches Reich

der Größe, der Macht und Stärke, der Kraft und der Herrlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb werden wir die heutige Not, die Zeit des Verfalls und des Zusammenbruchs überwinden.

Man soll mir später alles mögliche vorwerfen, nie wird man mir vorwerfen können, daß ich von meinem Ziele abgewichen sei, von meinem Wege, daß ich treulos wurde, daß ich nicht wie damals [16] ein treuer braver Soldat des deutschen Volkes gewesen wäre.

Das ist mein Stolz, daß ich das beste deutsche Menschengut herausgeholt habe, das im Deutschen lebt. Alles, Bauern, Angestellte, Handwerker, Intelligenz durcheinander [17], das beste deutsche Land, das ist es! Von den Besten soll das neue Deutschland geschaffen werden. Die Revolution und das heutige Deutschland sind *nicht* von den Besten geschaffen worden [18]. Was aber nicht von den Besten geschaffen ist, das wird wieder eines Tages verschwinden. (Starker Beifall.)

Am 13. März [*1932*] fand ein Kampf statt [19], am 14. März [*1932*] begann die Arbeit, am 10. April [*1932*] ist ein Kampftag [20], am 11. April [*1932*] beginnt die Arbeit und wird weiter dauern, ein Jahr oder zehn Jahre, bis Deutschlands Gegner am Boden liegen. Deutschland Heil! [21]

5. April 1932 Dok. 14
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg [1]

Ostpreußische Zeitung vom 6.4.1932, "Hitler in Ostpreußen" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 13.

Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 22 ff. sowie Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 513 ff.

15 Vgl. Dok. 1, Anm. 32.

16 Bezieht sich auf Hitlers Dienst als bayerischer Soldat im Ersten Weltkrieg. Vgl. Dok. 1, Anm. 24.

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

18 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.

19 Bezieht sich auf den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 1, Anm. 43.

20 Bezieht sich auf den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Haus der Technik, nach 21.00 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 20.000 Menschen teil (VB: 50.000). Die Rede wurde in zwei weitere Säle übertragen.

2 Vgl. auch Danziger Allgemeine Zeitung vom 6.4.1932, "Adolf Hitler in Königsberg"; Danziger Neueste Nachrichten vom 6.4.1932, "Hitler in Königsberg"; VB vom 7.4.1932, "Königsberg grüßt Adolf Hitler"; Hitler über Deutschland, S. 14; Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 17 sowie Abschrift aus dem Königsberger Tageblatt vom 6.4. 1932, "Hitler spricht in Königsberg", o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 D, Nr. 97 a. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 7.5.1932, "'Ein ganzes Volk ist im Aufbruch begriffen' Adolf Hitler in Ostpreußen".

6. April 1932 Dok. 15
Erklärung

VB vom 8.4.1932, "Die neue Hetze gegen den Stabschef".

Aus sehr durchsichtigen Gründen wird jetzt in der Wahlzeit immer wieder das Gerücht verbreitet, daß ich beabsichtigen würde, mich von meinem Stabschef zu trennen [1].

Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich ein für allemal:

Oberstleutnant [2] Röhm [3] bleibt mein Stabschef jetzt und nach den Wahlen.

An dieser Tatsache wird auch die schmutzigste und widerlichste Hetze [4], die vor Verfälschungen, Gesetzesverletzungen und Amtsmißbrauch nicht zurückschreckt und ihre gesetzesmäßige Sühne finden wird [5], nichts ändern.

Berlin [6], 6. April 1932.

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Vgl. z. B. Berliner Tageblatt (AA) vom 5.4.1932, "Absetzung Röhms?"; Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe) vom 6.4.1932, "Roehm soll gehen?".

2 Gemeint ist der in Bolivien erworbene militärische Rang.

3 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-1930 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

4 Am 7.3.1932 hatte die sozialdemokratische Wochenzeitung "Welt am Montag" Auszüge aus Briefen Ernst Röhms veröffentlicht, die seine Homosexualität belegten. Damit begann eine wochenlange Diffamierungskampagne gegen Röhm. Vgl. Burkhard Jellonnek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990, S. 67 f.

5 Unter der Erklärung Hitlers war eine Stellungnahme von Röhms Anwalt Walter Luetgebrune abgedruckt, in der behauptet wurde, alle Verfahren gegen Röhm seien eingestellt und die Weiterverbreitung der "angeblichen Röhmbriefe" von Gerichten bereits unter Strafe gestellt. Vgl. VB vom 8.4.1932, "Feststellungen des Rechtsanwalts Luetgebrune".

6 Wegen eines Motorschadens am Flugzeug nahm Hitler den Nachtzug von Königsberg nach Berlin. Mit dem am Vormittag nachgekommenen Flugzeug setzte er die Wahlkampfreise von Tempelhof aus fort. Vgl. Hitler über Deutschland, S. 15.

6. April 1932 Dok. 16
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Würzburger General-Anzeiger vom 7.4.1932, "Adolf Hitler in Würzburg" [2].

Wohin wir heute in Deutschland blicken, es herrscht überall Chaos und eine tiefe Zersplitterung hat das deutsche Volk ergriffen. Wir Nationalsozialisten, die wir seit 13 Jahren den *Kampf gegen das System* führen, werden von ihren Vertretern mit einer Wut, die vor Lügen und Verdrehungen nicht zurückschreckt, bekämpft; bekämpft einzig und allein nur, weil wir es wagen, dieses System in die Schranken zu fordern. 13 Jahre hat es Zeit gehabt, sich zu bewähren und zu beweisen, daß es etwas leistet für Deutschland, und heute würden alle Deutschen geschlossen hinter diesem System stehen, wenn es etwas *Positives* zum Wohle des deutschen Volkes geschaffen hätte. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die *Not* ist so viel *größer* geworden. Darum wagt es auch keiner dieser Vertreter, das Volk auf das Ergebnis ihres 13jährigen Schaffens hinzuweisen. Wir Nationalsozialisten haben nur den *einen Wunsch*, daß es auch uns vergönnt sein möge, eine *13jährige Bewährungsfrist* zu erhalten. Dann würde das Chaos und die Zersplitterung überwunden sein. Man wirft uns vor, daß wir den Bürgerkrieg wollen [3]. *In* einem Deutschland, in dem wir herrschen, wird es keinen Bürgerkrieg geben! In einem Deutschland, das unsere Fahne trägt, wird wieder Disziplin und Ordnung oberstes Gesetz sein. Denn unsere Organisation ist erfüllt mit höchster Disziplin. Dann wirft man uns vor, wir wollten die *Inflation* [4]. Und gerade dieser Vorwurf wird uns gemacht von denen, die zum Teil mitschuldig sind an der großen Inflation, die wir alle durchgemacht haben [5]. Sie lügen, wenn sie sich heute als Wahrer der Interessen der Nation aufspielen. Aus ihnen spricht nur die *Angst,* nicht die Angst vor der Inflation, die so manchem gelegen käme, sondern die Angst vor der *Abrechnung*. Und diese Stunde, in der man über diese Verbrecher am deutschen Volke zu Gericht sitzen wird, sie wird kommen. 13 Jahre haben wir unter unendlichen Verfolgungen und Drangsalen für unsere Ideale gekämpft. Auch daß ich heute hier vor Ihnen sprechen muß, ist nur ein Beispiel für die *Unterdrückung* unserer *Bewegung*. Man brauchte mir ja *nur den Rundfunk* zur Verfügung zu stellen [6]. In diesen Tagen werde, so fuhr Hitler fort, Reichskanzler Brüning auch in Ostpreußen sprechen [7]. In Königsberg von der Not zu sprechen sei nicht notwendig. Brüning hätte vielmehr in *Genf* reden sollen [8]. *Meine Arbeit* ist es, so betonte Hitler weiter, daß heute die stolze *Sozialdemokratie zu Füßen des Generalfeldmarschalls* [9] liegt. Leider bin ich 15 Jahre zu spät

---

1 In der Frankenhalle, nach 18.00 Uhr. Die Versammlung wurde von MdL Otto Hellmuth geleitet und vom Münchner Stadtrat Hermann Esser mit einer Ansprache eröffnet. Nach Hitler sprachen MdR Hermann Göring und Gauleiter Adolf Wagner.

2 Vgl. auch Fränkisches Volksblatt vom 7.4.1932, "Hitler in Würzburg", vom 21.4.1932, "Was hat Hitler in Würzburg gesagt?"; Neue Bayerische Landeszeitung vom 7.4.1932, "Reden Hitlers und Görings in der Frankenhalle"; VB vom 8.4.1932, "Unterfranken bekennt sich zu Adolf Hitler".

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 11.

9 Gemeint ist Reichspräsident Paul von Hindenburg.

auf die Welt gekommen. Sonst hätte die S.P.D. *schon im Kriege* zu Füßen des Generalfeldmarschalls gelegen. Dann wäre auch der Krieg gewonnen worden! Ich kämpfe *nicht* gegen Hindenburg, sondern gegen die *Parteien*, die heute hinter ihm *Deckung* suchen[10]!"

Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Der größte Teil meines Weges liegt hinter mir. Er wird weiter begangen werden. Daß ich meinen Weg verlasse, ist undenkbar. Ich gebe den Kampf *nicht* auf. Sie können uns knebeln, sie können unsere Zeitungen verbieten, sie können unsere Plakate zerreißen[11], uns am Reden hindern[12], ja sie können mich *töten*, alles, alles können sie tun, *aber ich kapituliere niemals.*[13]

6. April 1932 Dok. 17
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Bayerische Volkszeitung vom 7.4.1932, "Eine Viertelstunde Hitler"[2].

Zunächst richtete er [*Hitler*] ein entrüstetes Dementi gegen die Behauptung, er wolle die Inflation[3]. Selbst wenn wir sie machen wollten - meinte er - könnten wir es nicht, denn "wir Nationalsozialisten haben keine Inflationsspezialisten, die im anderen Lager sitzen". Es ist Hitlersche Demagogie übelster Sorte, die Inflation als eine Regierungs- oder "System"-Sache anzukreiden, während sie doch noch heute das stille Sehnen seiner schwerindustriellen Freunde im Rhein- und Ruhrgebiet ist[4]! Donnernd wandte er sich auch gegen die Behauptung, die Nazis wollten die Frauen entrechten[5]. Aber eine halbe Minute später gab er zu, daß im "Dritten Reich"[6] die Frauen

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

11 Bereits im Januar 1932 begann die preußische Regierung verstärkt, Plakate, Flugblätter und Zeitungen der NSDAP zu verbieten und setzte diese Maßnahmen bis zur Landtagswahl fort. Vgl. Sabine Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984, S. 212 ff.
Vom 23. bis 26.3.1932 war der Völkische Beobachter und vom 24.3. bis 27.3. oder 5.4.1932 24 weitere nationalsozialistische Zeitungen aufgrund der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 (Druck: RGBl. 1931, I, S. 79) verboten worden. Vgl. VB vom 23.3.1932, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'"; VB vom 27./28./29.3.1932, "Die Knebelung der nationalsozialistischen Meinungsfreiheit".

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 25.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Festhalle am Luitpoldhain, nach 20.00 Uhr. An der von Stadtrat Willy Liebel geleiteten Veranstaltung nahmen laut Lichtenfelser Neuesten Nachrichten etwa 15.000 Menschen teil (VB: 30.000). Nach einer Begrüßung durch Gauleiter Julius Streicher sprachen erst etwa 15 Minuten Hitler und nach ihm noch der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges und MdR Hermann Göring. Der Eintritt kostete 3 RM.

2 Vgl. auch 8 Uhr Blatt vom 7.4.1932, "Hitler in Nürnberg"; Fränkische Tagespost vom 7.4.1932, "Hitler gegen das Frauenwahlrecht"; Lichtenfelser Neueste Nachrichten vom 8.4.1932, "Hitler zum zweiten Male in Nürnberg"; Nordbayerische Zeitung vom 7.4.1932, "Hitler in Nürnberg"; Nürnberger Zeitung vom 7.4.1932, "Wahlreden" und "Hitler spricht in Nürnberg"; VB vom 8.4.1932, "Entlarvung der Rentner- und Beamtenlügen des schuldigen Systems"; Hitler über Deutschland, S. 17. Faksimiledruck der Plakatankündigung: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 182 f.

3 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 13, Dok. 3, Anm. 10.

nicht mehr zu wählen brauchen, "weil das zu schade für sie ist". Drittens will Hitler es nicht wahrhaben, daß er die Nation zerreiße. Nie habe sich soviel Volk geschlossen zusammengefunden als unter seiner Führung. Die gesammelte Unzufriedenheit bedeutet aber keine Sammlung zu positiver Arbeit, und die 30 Prozent der Wählermassen [7], die Hitler zu erfassen wußte, indem er alle Register der Verheißung zog, sind innerlich weit mehr zersplittert als die fast 50 Prozent, die Hindenburg die Stimme gegeben haben. Schließlich hat Hitler noch "Die Treue ist das Mark der Ehre" [8] einer Betrachtung gewürdigt, indem er sich von seinen Getreuen bestätigen ließ, daß er sich seit 1923 [9] immer treu geblieben sei. Zugegeben! Er ist immer der Volksaufwiegelung mit Kraftsprüchen und Allerweltsversprechungen treu geblieben. So bleibt uns nur noch übrig zu erwähnen, daß er kämpfen will "bis 1933, 1935 oder 1940", um den Sieg zu erringen. Neulich waren es zehn Jahre, in Ostpreußen [10] zwei Jahre - jetzt sind es wieder acht Jahre! Es wird noch länger dauern ... [11]

6. April 1932 Dok. 18
Rede auf NSDAP-Versammlung in Regensburg [1]

Regensburger Anzeiger vom 8.4.1932, "Zirkus Hitler" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 16 [3].

5 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

6 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Der Begriff, der eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte suggeriert, verstand sich - in Abgrenzung zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts und zum herrschenden Staatsbegriff - als Entwurf einer neuen Form aristokratischer Herrschaft in Europa. Diese Herrschaft sollte sich nicht nach rassistischen oder nationalen Kriterien definieren, sondern allein nach denen einer diffusen "neuen" Weltanschauung, welche Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Das Schlagwort wurde bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Gregor und Otto Straßer Eingang in die damalige nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 43.

8 Ein weitverbreitetes Wahlplakat des Hindenburgausschusses trug das Motto "Die Treue ist das Mark der Ehre!". Vgl. Rudolf Olden, Hindenburg oder der Geist der Preußischen Armee, Nürnberg 1948, S. 242.

9 Hinweis auf den gescheiterten Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923.

10 Vgl. Dok. 13, 14.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In einem Zelt in der Nähe der Kavalleriekaserne, von 22.30 bis 23.15 Uhr. Der Stadtrat hatte es abgelehnt, einen kommunalen Platz zur Verfügung zu stellen. An der von Gauleiter Franz Maierhofer eröffneten Versammlung nahmen laut Halbmonatsbericht etwa 8.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen MdR Franz Ritter von Epp, der Gauleiter des Gaues Oberfranken Hans Schemm und der Münchner Stadtrat Hermann Esser.

2 Vgl. auch Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern vom 7.4.1932, "In Regensburg - Im Zirkus Adolf Hitler ..."; Hitler über Deutschland, S. 18; Erich Zweck, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922-1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260, S. 225 ff. sowie Halbmonatsbericht des Regierungspräsidiums von Niederbayern und der Oberpfalz Nr. 408 vom 19.4.1932; BayHStA, Nachlaß Held 152.

3 Die Volkswacht kommentierte: "Da saßen sechstausend Menschen um seinetwillen und *bekamen den 'Völkischen Beobachter' von vorgestern vorgetragen.*"

7. April 1932 Dok. 19
Erklärung

VB vom 9.4.1932, "Hitler widerlegt die Lügner" [1].

Ich versichere an Eides statt[2]: 1. Es ist unwahr, daß ich für mich im "Kaiserhof" für 10 Tage einen Betrag von 4.048 [*Reichs*]mark ausgegeben habe[3]. Wahr ist, daß diese Rechnung eine Fälschung darstellt[4], wegen der "Die Welt am Montag" bereits verklagt ist[5].

2. Es ist unwahr, daß ich aus Parteiämtern jährlich 13.000 [*Reichs*]mark erhalte. Wahr ist, daß ich überhaupt keinerlei Einnahmen von der Partei beziehe[6].

3. Es ist unwahr, daß ich vom Verlag Franz Eher 240.000 [*Reichs*]mark jährlich beziehe. Wahr ist, daß ich von meinen Bücher- und Schriftstellerhonoraren lebe; diese machen nur einen Bruchteil dieser Summe aus[7].

4. Es ist unwahr, daß ich aus Versammlungseinnahmen jährlich 200.000 [*Reichs*]mark erhalte. Wahr ist, daß ich meine gesamten Versammlungsreisen aus meinen persönlichen Bücher- und Schriftstellerhonoraren decke, von den Versammlungen aber niemals einen Pfennig bezogen habe[8]. Dagegen gebe ich von Überschüssen meiner Bücher- und Schriftstellerhonorare soweit als möglich noch für Parteizwecke ab.

5. Es ist unwahr, daß ich reich bin. Wahr ist, daß ich keinerlei Vermögen besitze.

6. Es ist unwahr, daß ich außerdem noch das Gehalt eines Regierungsrates beziehe. Wahr ist, daß ich mit Rücksicht auf mein persönliches Einkommen als freier Schriftsteller mein gesamtes Gehalt als Regierungsrat laufend schon bisher und auch für alle Zukunft der braunschweigischen Staatsbank zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose überweisen

1 Vgl. auch NS-Kurier vom 10.4.1932, "Der Lügenfeldzug gegen Adolf Hitler" sowie Dok. 23.

2 Mit Hilfe dieser eidesstattlichen Versicherung erwirkte Hitler beim Landgericht Nürnberg eine einstweilige Verfügung gegen die Weiterverbreitung der darin dementierten Behauptungen. "Die Welt am Montag" erstattete daraufhin Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Versicherung. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg stellte das Verfahren am 27.12.1932 ein, weil eine strafbare Handlung nicht nachweisbar war. Vgl. Abschrift der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg vom 27.12.1932; BayHStA, MA 100427.

3 Vgl. Dok. 11, Anm. 12.

4 Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg war die betreffende Hotelrechnung in dieser Form nie ausgestellt worden und inhaltlich falsch. Vgl. Abschrift der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg vom 27.12.1932; BayHStA, MA 100427.

5 Bis zum 18.7.1932 war bei der Welt am Montag noch keine Klage Hitlers eingegangen. Vgl. Die Welt am Montag vom 18.7.1932, "Neue Strafanzeige gegen Hitler".

6 Hitler bezog von der NSDAP kein Gehalt und erhielt auch keine sonstigen Zuwendungen aus der Parteikasse. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 185.

7 1932 gab Hitler in seiner Steuererklärung ein Gesamteinkommen von 64.639 RM an. Davon stammten 62.340 RM aus dem Verkauf von "Mein Kampf", 2.299 RM aus anderer schriftstellerischer Tätigkeit. Nach Abzug der Steuern verblieben 44.745 RM. Vgl. Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842, S. 837 ff.

8 Hitler nahm für seine Auftritte als Redner kein Honorar, sondern erhielt eine Aufwandsentschädigung, die sich allerdings nicht nach den tatsächlichen Kosten Hitlers richtete, sondern nach der jeweiligen Summe der Eintrittsgelder und Spenden, die eingenommen worden waren. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 186 f.

ließ und lasse. Die Verteilung besorgt ein von der braunschweigischen Regierung anerkanntes Komitee[9].

Vorstehende eidesstattliche Versicherung gebe ich ab in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen bei der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung.

Nürnberg[10], den 7. April 1932.

gez. *Adolf Hitler*

7. April 1932 — Dok. 20
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M.[1]

VB vom 9.4.1932, "Der Führer spricht:"[2].

Wenn uns Nationalsozialisten jemand Sozialreaktion vorwirft[3]*, dann kennen diese Parteien nicht das Wesen unserer Bewegung. Wir können mit Stolz sagen, daß in unseren Reihen das ganze deutsche schaffende Volk sich befindet; Millionen deutscher Arbeiter, Millionen deutscher Angestellter, deutscher Bauern, deutscher Mittelständler und auch ungezählte deutsche Intellektuelle*[4]*. Damit ergibt sich von selbst die Aufgabe unserer Bewegung. Wir kämpfen für das deutsche Volk. Wir wollen es groß, stark und mächtig machen.*

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Volk eine Zukunft haben könnte, wenn Millionen seiner Menschen sozial verkommen. Vor 13 Jahren haben wir deshalb den Begriff nationalistisch zusammengefaßt mit dem Begriff sozialistisch[5] *in der Überzeugung, daß nur der Staat einmal bestehen kann, der beide Ideen der heutigen Zeit in eine einzige verschmilzt.*

---

9 Nach den Presseveröffentlichungen in dieser Angelegenheit wurden Hitlers Bezüge tatsächlich einem Fonds für Bedürftige zugeführt. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

10 Nach der Rede in Regensburg hatte Hitler in Nürnberg übernachtet und flog von dort nach Frankfurt a. M. Vgl. Hitler über Deutschland, S. 18.

1 In der Festhalle, von 19.45 bis 20.00 Uhr. An der von Gauleiter Jakob Sprenger geleiteten Versammlung nahmen laut Hessischem Volksfreund etwa 10.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer. Ungefähr zur gleichen Zeit hielt der Vorsitzende der DNVP, Alfred Hugenberg, im Frankfurter "Hippodrom" auf einer Veranstaltung der DNVP "vor einem mäßig gefüllten Saale" (Frankfurter Nachrichten) eine Rede.

2 Vgl. auch Frankfurter Nachrichten vom 8.4.1932, "Hitler in der Festhalle"; Frankfurter Zeitung vom 8.4.1932 (2. MA), "Hitler in Frankfurt"; Hessischer Volksfreund vom 8.4.1932, "Hitlers Versammlungspleite in Frankfurt"; Höchster Kreisblatt - Main-Taunus-Zeitung vom 8.4.1932, "Hitler über seine Einkünfte"; Volksstimme vom 8.4.1932, "Hitler zieht nicht mehr!"; Hitler über Deutschland, S. 18 ff. sowie Armin und Renate Schmid, Frankfurt in stürmischer Zeit 1930-1933, Stuttgart 1987, S. 122.

3 Vgl. z. B. Vorwärts vom 3.4.1932 (MA), "Los und drauf!".

4 Zur Herkunft des Wählerzustroms der NSDAP, zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft und zu den Schwierigkeiten der Rekonstruktion vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 101 ff., 194 ff.

5 Die Bezeichnung "nationalsozialistisch" wurde von der 1904 im deutsch-böhmischen Industriegebiet gegründeten österreichischen "Deutschen Arbeiterpartei" spätestens seit 1908 für ihre Ideen, die nationalistisches und

Die Machthaber der rot-schwarzen Parteien sind *verantwortlich für das Elend der deutschen Nation nach außen, sind verantwortlich für das Elend von Millionen Menschen im Innern*, für die Vernichtung unseres Mittelstandes, für die Arbeitslosigkeit. Sie sind verantwortlich für den Ruin des deutschen Bauern[6]. Das ist ihre Schuld, genauso wie die maßlose Verschuldung Deutschlands[7] unter [*sic!*] ihr Konto kommt.

Mit überaus großer Leidenschaftlichkeit und Schärfe wies dann der Führer die neueste der gemeinen Lügen zurück, daß er für seine Versammlungen und seine gesamte politische Tätigkeit *ein hohes Gehalt beziehe*[8]:

Ich bin vielleicht der einzige Politiker, rief er aus, der von seiner Partei nicht angestellt ist. Ich habe mein Gehalt als Regierungsrat[9] *der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt, zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose*[10].

Stürmischer, ehrlichster *Dank von 40.000 Volksgenossen* umbrauste ihn, als er betonte, daß er *für sich noch nie einen Pfennig bezogen hätte und auch nie beziehen werde.*[11]

7. April 1932 Dok. 21
Rede auf NSDAP-Versammlung in Darmstadt[1]

Darmstädter Tageblatt/Hessische Neueste Nachrichten vom 8.4.1932, "Adolf Hitler in Darmstadt"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 20.

---

antikapitalistisches Gedankengut vermischten, verwendet. Im August 1918 änderte die Partei ihren Namen offiziell in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei". Vgl. Andrew G. Whiteside, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 19.

8 Vgl. Dok. 19, Anm. 6, 8.

9 Höchster Kreisblatt - Main-Taunus-Zeitung: "sogenannter Regierungsrat". Vgl. Morsey, Regierungsrat, S. 443 ff.

10 Vgl. Dok. 19, Anm. 9.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Festhalle, nach 20.30 Uhr. Da die Veranstaltung nicht ausverkauft war, wurden nach 20.00 Uhr Freikarten an Passanten verteilt, die in zwei anderen Sälen angekündigten Veranstaltungen abgesagt und die Besucher in die Festhalle umdirigiert. An der von Gauleiter Karl Lenz mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Bericht des Hessischen Innenministeriums etwa 5.000 Menschen teil. Nach Hitlers 20minütige Rede sprachen nochmals Lenz und abschließend Stadtrat Ferdinand Abt. Die angekündigte Rede von MdR Hermann Göring fiel aus.

2 Vgl. auch Darmstädter Zeitung vom 8.4.1932, "Hitler-Fiasko in Darmstadt"; Hessenhämmer vom 15.4.1932, "Die Riesenkundgebung mit dem Führer in Darmstadt"; Hessischer Volksfreund vom 8.4.1932, "Hitler zieht nicht mehr"; VB vom 9.4.1932, "Es gibt keinen wahren Nationalismus ohne Sorge um das Wohl aller Werktätigen" sowie Bericht des Hessischen Ministeriums des Innern an den Reichsminister des Innern Nr. 4479 vom 18.4.1932; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, Bd. 6, 25793.

7. April 1932 Dok. 22
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ludwigshafen[1]

Generalanzeiger vom 8.4.1932, "Adolf Hitler spricht in Ludwigshafen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 20.

8. April 1932 Dok. 23
"Eidesstattliche Versicherung"
Erklärung[1]

Von der Staatsanwaltschaft Wuppertal beglaubigte masch. Abschrift, o. D.; GStA Merseburg, Hist. Abt. II, 2.5.1., Nr. 13251[2].

Text entspricht Dok. 19[3].

1 In der Eberthalle, 23.00 bis 23.20 Uhr. An der von Landtagskandidat Fritz Schwitzgebel geleiteten Versammlung nahmen etwa 30.000 Menschen teil (VB: 50.000). Vor Hitler sprachen der Münchner Stadtrat Hermann Esser, MdR Hermann Göring und Gaubetriebszellenleiter Claus Selzner sowie nach Hitler Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer.

2 Vgl. auch Neue Pfälzische Landeszeitung vom 8.4.1932, "Versammlung der Nationalsozialisten"; NSZ-Rheinfront vom 8.4.1932, "Hitler in der Pfalz"; Pfälzische Post vom 8.4.1932, "Nazi-Angst vor der Kritik", vom 9.4.1932, "Hitler-Zirkus im Ebertpark"; VB vom 9.4.1932, "50.000 kommen aus Fabriken und Werkstätten um Hitler zu hören".

1 Kopf: "*Beglaubigte Abschrift*".

2 Vgl. auch Die Welt am Montag vom 18.7.1932, "Neue Strafanzeige gegen Hitler".

3 Abweichend Ort und Datum: "*Düsseldorf*, den 8. April 1932".
Mit Hilfe dieser eidesstattlichen Versicherung erwirkte Hitler beim Landgericht Düsseldorf eine einstweilige Verfügung gegen die Weiterverbreitung der darin dementierten Behauptungen. "Die Welt am Montag" erstattete daraufhin Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Versicherung. Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf stellte das Ermittlungsverfahren am 12.1.1933 aufgrund des Gesetzes über Straffreiheit bei politisch motivierten Straftaten ein. Vgl. Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf an den preußischen Justizminister vom 12.1.1933; GStA Merseburg, Hist. Abt. II, 2.5.1., Nr. 13251.

8. April 1932 Dok. 24
Rede auf NSDAP-Versammlung in Düsseldorf[1]

Volksparole vom 9.4.1932, "Wacht am deutschen Rhein"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 25[3].

8. April 1932 Dok. 25
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen[1]

National-Zeitung vom 9.4.1932, "100.000 Ruhrarbeiter jubeln Adolf Hitler zu"[2].

Dann beginnt der Führer, schildert, was dieses System aus einem mächtigen Reiche in dreizehn Jahren gemacht hat. Hält dem entgegen, wie die nationalsozialistische Bewegung, die ebenfalls vor dreizehn Jahren mit nur sieben Mann begonnen[3], zu dem einzigen Faktor geworden sei, der in Deutschland noch etwas zu bedeuten habe und der allein die Hoffnung des Volkes ausmache. Adolf Hitler weist dann auf

die ungeheuerlichen Schikanen des Systems

hin und erklärt:

Über dreizehn Jahre regiert nunmehr unumschränkt das heutige System und fast genau solange währt die Arbeit unserer Bewegung. Nur mit einem Unterschiede. Vor dreizehn Jahren

---

1 Auf der Radrennbahn Oberkassel, nach 19.00 Uhr. An der von MdR Wilhelm Heinrich Börger mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Düsseldorfer Nachrichten etwa 13.000 Menschen teil (Volksparole: 30.000).

2 Vgl. auch Düsseldorfer Nachrichten vom 9.4.1932, "Hitler sprach nochmals in Düsseldorf"; Düsseldorfer Tageblatt vom 9.4.1932, "Das war recht kläglich, Herr Hitler!"; Freiheit vom 9.4.1932, "Hitler mit Flugzeug und Reitpeitsche in Düsseldorf"; Der Mittag vom 9./10.4.1932, "Die letzten Anstrengungen"; VB vom 10./11.4.1932, "Seit 1918 haben sie versprochen, versprochen, versprochen - und das Ergebnis: Der Ruin des deutschen Volkes!"; Volkszeitung vom 9.4.1932, "Düsseldorfer Elegien des Münchener Oberosafs" und "Wo blieben die 25.000"; Hans-Peter Görgen, Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Diss. phil. Köln 1968, S. 25 f. sowie Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987, S. 61 f. Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 21 ff.

3 Vgl. Düsseldorfer Tageblatt: "Hitler beschränkte sich im großen und ganzen auf das, was er in den letzten Reden gesagt hat." sowie Volkszeitung: "Der Ritter von der traurigen Gestalt hatte dieselbe Walze aufgespannt wie einen Tag zuvor in Frankfurt a. M."

1 In der Radrennbahn, nach 20.30 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 100.000 Menschen teil. Nach Hitlers 20minütiger Rede sprach MdR Hermann Göring.

2 Vgl. auch Essener Anzeiger vom 9.4.1932, "Hitler sprach in Essen"; Essener Volks-Zeitung vom 9.4.1932, "Und Hitler sprach"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 9.4.1932 (AA), "Hitler in Essen"; Westdeutscher Beobachter vom 9.4.1932, "Der Hitlertag in Essen"; Völkischer Beobachter vom 10./11.4.1932, "Die Kundgebung der Hunderttausend im Herzen der Industriegebiete" sowie Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn 1974, S. 184 f. Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 21 ff.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

hat dieses System einen gewaltigen Staat übernommen, groß, geachtet, geehrt, ja gefürchtet. Das stärkste Heer zu seinem Schutze, die beste Verwaltung im Innern, eine ungeheure blühende Wirtschaft[4].

Und wir, wir haben damals mit gar nichts begonnen.

Wir haben nichts geerbt, nichts empfangen, sondern mit sechs anderen habe ich damals die Bildung einer neuen Bewegung in die Hände genommen. Nun sind dreizehn Jahre vergangen. Das große Reich ist zerstört, die blühende Wirtschaft vernichtet, Deutschlands Ansehen zugrunde gerichtet worden. Das ist *das Ergebnis einer dreizehnjährigen Arbeit der Systemparteien.*

Und wir - Sie sehen es selbst hier in einem kleinen Ausschnitt aus dem Deutschen Reich, was aus den sieben Mann [*von*] damals [*heute*] geworden ist. Es gibt gar keine bessere Widerlegung des Geschwätzes der heutigen Parteien vom Chaos, von der Zersplitterung und vom Bürgerkrieg, der uns drohen soll, als der einfache Hinweis auf die Tatsache dieser

einzigartigen, unerhörten Entwicklung unserer Bewegung.

Und umgekehrt: Es gibt keine bessere Widerlegung unserer Gegner, daß sie heute *auf gar nichts* hinweisen können, das für sie sprechen würde, daß sie gezwungen sind, heute ihre Gegner zu *verleumden* und *schlechtzumachen.*

Ich glaube, daß, wenn uns Nationalsozialisten das Schicksal vierzehn Jahre zu regieren vergönnt hat, *daß wir es dann nicht nötig haben, unsere Gegner in unfairer Weise am Reden zu verhindern* [*sic!*], *ihre Presse zu verbieten und zu beschlagnahmen, ihnen den Rundfunk zu verweigern*[5]. (Pfuirufe.) Ich glaube, daß nach diesen vierzehn Jahren *die Taten für uns* sprechen werden, so wie sie heute schon für uns sprechen.

Wir sind eine Elfmillionenbewegung[6] *geworden, nicht 11 Millionen eines wüsten Konjunkturhaufens, sondern der größten und diszipliniertesten Organisation, die Deutschland je gehabt hat.*

Und nicht etwa elf Millionen eines Standes, der vielleicht glaubt, sich damit retten zu können, sondern elf Millionen Menschen *aus allen Lagern, allen Berufen, allen Lebensstellungen, Arbeiter der Stirn und der Faust, Bauern, Mittelständler*[7]. In uns hat sich wieder eine *deutsche Volksgemeinschaft* gebildet.

Sie sagen, wenn die Nationalsozialisten an das Ruder kommen, dann werde das Chaos bedeuten und Bürgerkrieg. Meine Freunde! Was wir haben, das ist wohl Chaos. Und um den Bürgerkrieg sollen sie sich keine Sorge machen:

Wenn wir Nationalsozialisten regieren, hat der Bürgerkrieg sein Ende gefunden.

Sie sagen: Ihr werdet eine neue Inflation bringen, das könnten wir gar nicht. *Die Köpfe, die als Spezialisten eine Inflation machen können, sitzen nicht bei uns, sondern im Lager der Regierungsparteien.* Und es ist diesen Parteien ja auch nicht ernst mit ihrer Sorge vor einer neuen Inflation. Ihr Abscheu ist nicht so tief. Wäre dem anders, sie hätten so leicht Gelegenheit gehabt, ihren Abscheu vor einer Wiederholung dieses Verbrechens dadurch als wahr zu beweisen, daß sie die Verbrecher von einst *der Strafe überliefert* hätten. Bestrafen können sie, wenn ein

4 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.
5 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.
6 Vgl. Dok. 1, Anm. 32.
7 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.

SA-Mann eine falsche Hose anhat[8]: dann haben sie die Macht, den Unseligen zu verhaften, ihn zu verfolgen, Haussuchungen zu veranstalten. Wie leicht wäre es gewesen, sich auch ähnlich scharf der Inflationsverbrecher anzunehmen - wenn sie gewollt hätten.

Im Gegenteil, sie haben Angst, daß wir das wollen, daß wir das tun werden, was sie einst versäumt haben.

Genauso ist es, wenn sie sagen: Ihr seid Illusionspolitiker. Ich würde nur ein einziges Mal im Leben einer Illusion verfallen, nämlich wenn das deutsche Volk ewig die politischen Dilettanten dulden würde, die es heute als Parteien regieren.

Seit 13 Jahren lebt dieses Parteienpack nur von der Illusion, von der Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Was ist demgegenüber gekommen. Sie können *nicht einmal einen einzigen Stand für sich* aufrufen: Nicht den Arbeiter, nicht den Bauer, nicht den Mittelstand, nicht die Frau, gar nichts. Alles haben sie ruiniert, vernichtet, zugrunde gerichtet. Es ist daher auch begreiflich, daß ihnen in ihrer Angst und in ihrem schlechten Gewissen nichts anderes übrig bleibt, als ihre Kämpfe um den Bestand ihrer Herrschaft *mit Lügen, Verleumdungen, Fälschungen und Verdrehungen zu führen.* Und hier sind sie ausnahmsweise wirklich *erfindungsreich.*

So dumm sie in ihren sonstigen Maßnahmen sind, hier haben sie ihre Genialität entwickelt. Alles wird von diesen notorischen Fälscherparteien gefälscht. (Zurufe: Aufhängen!)

Gestern und vorgestern haben sie einen *neuen Schwindel* ausgeheckt: Eine gefälschte Hotelrechnung[9] und falsche Behauptungen über *mein Einkommen.* Die Hotelrechnung ist selbstverständlich eine *genauso gemeine Fälschung wie die angeblichen Mordlisten*[10] *gefälscht sind.* Die Behauptungen von meinem Riesen-Einkommen sind eine *infame Lüge.*

Ich habe in meinem Leben von der Bewegung noch nie etwas empfangen[11], *sondern ihr dauernd gegeben.*

Ich bin Schriftsteller und verdiene mir meinen Lebensunterhalt *durch meine Honorare*[12]. *Daß meine Bücher gelesen werden und die Bücher meiner Gegner nicht, dafür kann nicht ich, sondern dafür können nur die Gegner etwas. Wenn sie, statt Lügen zu lernen, etwas Besseres*

8 Anspielung auf die Verbote, öffentlich Uniformen politischer Vereinigungen zu tragen, mit denen verschiedene Länder und das Reich seit April 1930 versuchten, vor allem die ausufernde nationalsozialistische Straßenpropaganda einzudämmen. Die meisten zuständigen Obergerichte erklärten die Verbote der Länder für rechtswidrig. Als auch die von der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 28.3.1931 ermöglichten Uniformverbote von der Justiz nicht anerkannt wurden, verhängte die Reichsregierung am 8.12.1931 ein allgemeines reichseinheitliches Uniformverbot, das bis Juli 1932 gültig blieb. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 294 ff., 341 ff.; Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 201 ff.

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 12.

10 In der Münchener Post vom 25.11.1931 war unter der Überschrift "Vorbereitungen zur Nazi-Bartholomäusnacht" eine Liste mit Namen von zu liquidierenden Personen veröffentlicht worden, die angeblich von der NSDAP mit Billigung Hitlers zusammengestellt worden war. Hitler klagte gegen den verantwortlichen Redakteur Martin Gruber wegen Beleidigung. Der Fall wurde vor dem Amtsgericht München-Au vom 1. bis 5.4.1932 verhandelt. Das Gericht war der Ansicht, Gruber, der einer Fälschung aufgesessen sei, habe die Liste leichtfertig veröffentlicht, und verurteilte ihn zu 2.000 RM Geldstrafe. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 2.4.1932, "'Die Nazi-Bartholomäusnacht"; vom 6.4.1932, "Hitler gegen Münchener Post".

11 Vgl. Dok. 19, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 19, Anm. 7.

gelernt hätten, würde man sie vielleicht auch lesen. Ich habe noch niemals von einer Parteiversammlung *auch nur einen Pfennig für mich* bezogen[13].

Sie sagen: Außerdem hat er noch das Gehalt eines Regierungsrats. Meine Volksgenossen! Ich wollte darüber nicht sprechen, aber ich muß es jetzt.

Ich habe am Tage meiner Anstellung sofort verfügt, daß mein gesamter Gehalt [sic!] der Staatsbank zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose zur Verfügung gestellt wird[14]. *(Tosender Beifall!) Ich habe keinen Pfennig für mich bezogen und werde es auch nie, weil ich kein sozialdemokratischer und kein Zentrumsbonze bin. (Stürmisches Gelächter.)*

Sie können mich totschlagen, aber kapitulieren werde ich niemals! (Stürmische Heilrufe!) Dreizehn Jahre lang kämpfe ich gegen diese Parteien, in guten und in schlimmen Tagen und werde weiterkämpfen, bis die Stunde kommt, da ihr Regiment gebrochen ist. Ich glaube, daß es diesen gigantischen Anstrengungen in unserem Volke gelingen wird, *auch diese Parteien einmal zu Boden zu schmettern.* Die deutsche Nation besteht seit Jahrtausenden. Sie wird mit dem Parteipack auch noch fertig werden, das seit einem viertel oder halben Jahrhundert die Nation *zugrunde richtet.*

So bitte ich Sie denn: Die Herzen hoch!

Seien Sie bereit, genau so ihre Pflicht zu erfüllen, wie sie Hunderttausende unserer SA- und SS-Männer erfüllen und wie ich mich bemühe, sie auch zu erfüllen. Es wird am Ende gelingen. Deutschland wird eines Tages durch unsere Arbeit doch wieder auferstehen. Heil![15]

8. April 1932 — Dok. 26
Rede auf NSDAP-Versammlung in Münster[1]

Polizeibericht vom 9.4.1932; Stadtarchiv Münster, Polizeiregistratur 116[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 25.

---

13 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
14 Vgl. Dok. 19, Anm. 9.
15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Münsterlandhalle, von 22.50 bis 23.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Erich Hartmann eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben in beiden Hallen etwa 10.000 Zuhörer (VB: 30.000), darunter 1.800 Frauen, teil. Vor Hitler sprachen Landtagskandidat Wilhelm Meinberg, MdR Carl Röver und Gauleiter Alfred Meyer. Hitler war "etwas heiser" (Münstersche Morgenpost). In der Kiffehalle, wohin Hitlers Rede mit Lautsprecher übertragen wurde, trat er anschließend noch kurz auf. Der Polizeibericht stellte abschließend fest: "Irgendwelche staatsfeindliche oder persönlich beleidigende Äußerungen gegen einzelne Personen der Regierung sind nicht gefallen. Die Versammlung verlief in allen Teilen vollkommen ruhig."

2 Druck: Meldungen aus Münster 1924-1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster. Eingel. und bearb. von Joachim Kuropka, Münster 1992, S. 99 ff. sowie Geschichte original - am Beispiel der Stadt Münster, Heft 2: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten. Hrsg. von Hans Galen, Joachim Kuropka und Helmut Lahrkamp, Münster 1978, Dok. 1b. Vgl. auch Münstersche Morgenpost vom 10.4.1932, "Hitlerkundgebung in Münster"; Münstersche Zeitung vom 10.4.1932, "Die

9. April 1932 Dok. 27
Rede in Böblingen [1]

NS-Kurier vom 12.4.1932, "Der Führer in Schwenningen und Stuttgart" [2].

Kameraden! Trotz Lüge und Verleumdung werden wir unseren Weg gehen. Siegen wir nicht am 10. April [*1932*], so siegen wir am 24. [*April 1932*] [3]. Und kommt da nicht die Entscheidung, dann kämpfen wir weiter bis zum Siege, zur Befreiung Deutschlands von seinen inneren und äußeren Feinden!

9. April 1932 Dok. 28
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwenningen [1]

Die Neckarquelle vom 12.4.1932, "Adolf Hitler in Schwenningen" [2].

Eine Nation, ein Volk ist im Aufbruch begriffen. Ich hätte auch über den Rundfunk reden können, wenn sie es mir nicht verboten hätten[3], - aber nicht nur über mein Programm, sondern hätte auch Stellung nehmen können zu den Lügen und Verleumdungen unserer Gegner. Vorsorglicherweise haben sie das verboten. Sie zwangen mich, in die Nation hineinzugehen und nunmehr in einer Woche vor über einer Million [*Menschen*] zu reden und soweit es geht, ihnen die Gedankengänge unseres Kampfes und auch die Lügen unserer Gegner klarzumachen[4]. Angesichts dessen dürften unsere Gegner eigentlich gar keine Propaganda machen. 14 Jahre hatten sie Zeit genug, um durch Taten zu beweisen, durch Fleiß, Treue, Leistungen zu beweisen, was sie für die Nation zu arbeiten und zu schaffen in der Lage sind. Wenn mir das Schicksal 14 Jahre die Macht in Deutschland in die Hand gibt, dann hoffe ich, wird es nicht notwendig sein, Propaganda zu machen für mich und meine Bewegung, dann hoffe ich, werden unsere Leistungen und unsere Arbeiten für uns zeugen. 14 Jahre herrscht nun dieses System und hat nunmehr in den 14 Jahren fast das ganze Deutschland vernichtet, Stand um Stand dem Ruin entgegengebracht. Nur in Wahlzeiten, da sehen sie noch eine Zukunft vor sich, sonst haben sie

Hitler-Kundgebung in Münster"; Münsterischer Anzeiger vom 9.4.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Münster"; vom 10.4.1932, "Adolf Hitler in Münster" sowie Westfälische Landeszeitung vom 10.4.1932, "Adolf Hitler sprach in Münster". Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 23.

1 Auf dem Flugplatz Böblingen, nach 14.00 Uhr. Hitler wurde von einer größeren Zahl von Anhängern erwartet, zu denen er vor seiner Weiterfahrt nach Schwenningen kurz sprach.
2 Zum Flug vgl. Hitler über Deutschland, S. 23.
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

1 In einer Zelthalle an der Rottweilerstraße, von 16.00 bis 17.00 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 35.000 Menschen teil (NS-Kurier: 60.000). Nach Hitler sprach Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer. Vor Beginn der Versammlung zogen Gruppen der KPD mit Thälmann-Plakaten durch den Ort.
2 Vgl. auch NS-Kurier vom 12.4.1932, "Der Führer in Schwenningen und Stuttgart".
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.
4 Anspielung auf Hitlers Wahlkampfreise mit dem Flugzeug. Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

praktisch die Gegenwart zerstört... Sie können heute nicht einen Stand aufrufen, der für sie aus innerster Überzeugung deshalb eintreten könnte, weil in ihm das in Erfüllung gegangen ist, was sie einst versprochen haben. Sie können nicht sagen, Deutschland lebt wegen uns oder durch uns, sondern es muß heißen, Deutschland, das deutsche Volk lebt trotz ihnen auch heute noch!

Die Gegner sagen: Wenn ihr regiert, dann wird es ein Chaos geben, eine Zersplitterung und einen Bürgerkrieg[5].

Ist das hier ein Chaos? Ist das die Zersplitterung der deutschen Nation? Wann sind jemals in Deutschland 11 Millionen Menschen zu einem einzigen politischen Bekenntnis zusammengefaßt worden[6], und im übrigen: Ich bin nicht 85 Jahre alt, sondern erst 43[7]! Als der Krieg vergangen war, war ich 30 Jahre alt, und dann habe ich das Werk begonnen, und heute zähle ich 43. Sie mögen sich gedulden, bis ich 85 bin, bis ganz Deutschland in der Bewegung ist! Es war schwerer, als unbekannter Soldat von 7 Mann[8] auf 11 Millionen zu kommen, als von 11 Millionen zu 30 oder 40 zu gelangen. Sie sagen: Ihr bedeutet Zersplitterung. Das sagen die, die sich aus 40 oder 50 Parteien, Verbändchen und Grüppchen zusammensetzen[9]. 40 oder 50 Grüppchen müssen zusammenhelfen, um 18 Millionen aufzubringen[10], und ich habe allein 11 [*Millionen*]. Deutsche Volksgenossen! Wenn das bei uns Zersplitterung ist, dann möchte ich mir die Frage erlauben: Was heißt dann das bei den andern? - wohl: Kraft?!... Wenn das Schicksal einmal uns die Macht gibt, hat in Deutschland der Bürgerkrieg aufgehört! Sie wissen sehr gut, daß der Rundfunk das Mittel wäre, um in einer Stunde das ganze Lügengewebe zu zerreißen. Deshalb sind sie vorsorglich darauf bedacht, daß der Rundfunk nur ihnen zur Verfügung steht. Sie sagen, wenn der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, dann bedeutet das eine Inflation[11]. Meine Volksgenossen! Wir könnten das nicht erfüllen, weil auch dazu Fachmänner notwendig sind, und die Spezialisten dafür sind nicht in meinen Reihen, sondern im Lager der andern. Wenn ein SA-Mann eine falsch gefärbte Hose anhat oder einen nicht legal kolorierten Schlips, das kann man ausfindig machen[12]. Aber die Inflationsgauner, die konnte man nicht ausfindig machen. Wer sucht, der findet! In Ostpreußen erzählt man dem Volk, daß, wenn wir in Deutschland ans Ruder kommen, die Grenzgebiete bedroht seien, weil der Nationalsozialismus keinen Widerstand den Polen gegenüber leisten werde[13]. In Süddeutschland sagt man, der Nationalsozialismus sei eine Gefahr, weil er einen Krieg mit den Polen herbeiführen wolle[14]. Herr Brüning

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.
6 Vgl. Dok. 1, Anm. 32.
7 Anspielung auf das Alter des, 1847 geborenen, amtierenden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
9 Anspielung auf die zahlreichen Splitterparteien. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd. IV, S. 189 f.
10 Bezieht sich auf die im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl für Paul von Hindenburg abgegebenen 18.651.497 Stimmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 546.
11 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.
12 Vgl. Dok. 25, Anm. 8.
13 Der VB vom 2.4.1932 druckte unter der Überschrift "Wieder ein Dokument aus der Lügenwerkstatt der Hindenburgfront" ein Flugblatt mit dem Titel: "Hitler verrät Ostpreußen an Polen!". Vgl. auch Anm. 14 sowie Dok. 11, Anm. 8, 9.
14 Am 1.4.1932 hatte die Reichspressestelle der NSDAP für die Dauer des Reichspräsidentenwahlkampfs eine "Lügen-Abwehrstelle" in Berlin eingerichtet. Ihr Leiter war MdR Hans Hinkel. Vgl. VB vom 3./4.4.1932, "Achtung! Lügen-Abwehr!".

wird, soviel ich weiß, heute in Königsberg sprechen: Ostpreußen muß gerettet werden[15]. Weshalb hat denn Herr Brüning darüber in Genf nicht geredet[16] ?!! Pommern ist fast 100prozentig evangelisch, Bayern fast 100prozentig katholisch[17]. Im Reichstag sitzen evang[*elisches*][18] und kath[*olisches*] Zentrum[19] eng verbündet aneinandergeschmiegt und machen gemeinsam Politik. In Bayern schlagen sie an die Kirchentüren an: "Adolf Hitler und die Nationalsozialisten sind große Christenfeinde, sind Todfeinde der Kirchen", und in Pommern verteilen sie Millionen von Flugblättern: "Hitler wird von Polen bezahlt!" Es gibt keinen Betrug, mit dem sie nicht arbeiten[20].

Wir haben niemals dem kleinen Mann Renten gekürzt, haben niemals Kriegsbeschädigten Renten entzogen[21]. Wir haben auch Gehälter abgebaut (in Thüringen), aber wir haben von oben, bei den Ministergehältern, angefangen[22]. Die andern haben umgekehrt begonnen[23].

Die Leute wollen von der Wirtschaft reden, die Leute, die über 7 Millionen Arbeitslose[24] heute auf ihrem Gewissen haben. Die letzte Notverordnung[25] war so schwer, daß man erklärte, sie sei das letzte Opfer, das man dem deutschen Volk zumuten dürfe. Dann seien wir über dem

---

Zum Reichspräsidentenwahlkampf erschien die Broschüre: Tatsachen und Lügen um Hitler, München [1932], in der meistens ohne Quellenangabe vermeintliche falsche Behauptungen über Hitler gesammelt sind; IfZ, Db 22.27.

15 Vgl. Dok. 11, Anm. 10.

16 Vgl. Dok. 11, Anm. 11.

17 Bei der Volkszählung am 16.6.1925 wurden in der preußischen Provinz Pommern 1.787.691 evangelische und 65.897 römisch-katholische Christen ermittelt, ferner 25.193 Angehörige sonstiger oder keiner Religionsgemeinschaft; im Bayern 2.126.438 evangelische und 5.163.106 römisch-katholische Christen ermittelt, ferner 90.050 Angehörige sonstiger oder keiner Religionsgemeinschaft. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 15.

18 Anspielung auf den Christlich-sozialen Volksdienst, der mit seinen 14 Abgeordneten vom September 1930 bis Mai 1932 die Regierung Brüning im Reichstag unterstützte. Vgl. Günter Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, S. 135 ff.

19 Zur Politik des Zentrums in der Ära Brüning vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 281-453.

20 Die "Lügen-Abwehrstelle" der NSDAP (vgl. Anm. 14) verbreitete derartige Anschuldigungen. Vgl. VB vom 6.4.1932, "Aus der Lügenfabrik des Systems".

21 Vgl. Dok. 1, Anm. 37.

22 Der thüringische Landtag hatte am 23.1.1930 ein neues Ministergesetz verabschiedet, in dem unter anderem die Bezüge der Minister von etwa 20.000 RM auf 16.000 RM und eine nicht ruhegehaltsfähige jährliche Aufwandsentschädigung von 2.000 RM herabgesetzt wurden. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 23.1.1930 (1. MA), "Das thüringische Ministergesetz".

23 § 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27.3.1930 legte das Amtsgehalt der Reichsminister auf jährlich 36.000 RM fest, zuzüglich eines örtlichen Sonderzuschlags, einer Wohnungsentschädigung von jährlich 3.600 RM, einer Dienstaufwandsentschädigung sowie einer Entschädigung von jährlich 3.600 RM bei Unmöglichkeit der Verlegung des eigenen Hausstands nach dem Sitz der Reichsregierung. Druck: RGBl. 1930, I, S. 96 ff. Das Kabinett Brüning beschloß am 13.6.1930, die Mittel für Repräsentationszwecke um 20% zu kürzen; am 26./29.9.1930 stimmte das Kabinett einer Kürzung der Bezüge von Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister um 20% zu. Die Beamtengehälter sollten hingegen nur um 5% gesenkt werden. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, Bd. 1: 30. März 1930 bis 28. Februar 1931, bearbeitet von Tilman Koops, Boppard a. Rh. 1982, S. 198, 456 f., 470 f.

24 Vgl. Dok. 1, Anm. 17.

25 Bezieht sich auf die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931. Vgl. Dok. 1, Anm. 37.

Berg[26]. Sie sind wirklich über dem Berg, nämlich: Es geht rapid abwärts! Wissen Sie, wenn die Wahlen jetzt vorbei sind, was sie dann für neue Forderungen verlangen?

Alles was sie versprochen haben, ist nicht eingetroffen.

Jeder Geschäftsführer ist verantwortlich für sein Geschäft, und diese Menschen sind auch verantwortlich für unser Deutschland, das nicht weniger wert ist. Sie mögen lügen, soviel sie wollen: Am Ende wird einmal der Tag kommen, der sie zur Verantwortung ruft!

Wenn Deutschland leben will, muß die Zersplitterung ein Ende nehmen, und ich werde sie beseitigen. Ich bin ein Nationalist. Ich glaube nicht, daß unser Volk noch einmal frei und glücklich und damit wieder zum Leben kommen wird, wenn nicht die Millionen Massen der Deutschen beginnen, im höchsten Sinne des Wortes wieder national zu denken. Ich bin nicht sozial aus irgendeiner schwächlichen, sentimentalen Gesinnung heraus, nein, ich bin es aus reiner Vernunft!

Es ist das Wunderbare daran, daß alle die Menschen, die einmal mit ganzem Herzen bei unserer Bewegung sind, niemals mehr von ihr gehen können.

Ich glaube nicht, daß Deutschland wieder groß wird, wenn es die Demokratie behält. Der kleinste Bauernhof müßte zugrunde gehen, wenn 15 Personen darin regieren würden, zumal, wenn die 15 Personen gar nichts von der Landwirtschaft verstehen.

Auch über meine Person können sie lügen, soviel und solange sie wollen, ich bin seit 13 Jahren gar nichts anderes gewöhnt. Wir sind einig für unsere zusammengefügte gemeinsame Arbeit, die man gar nicht mehr zerreißen kann!

Sie sagen, der Mann wird von der Bewegung bezahlt[27]! Ich bin Schriftsteller, ich lebe von meinen Zeitungshonoraren, ich brauche ja das nicht einmal, denn meine Bücher werden Gott sei Dank zu Hunderttausenden gelesen[28]. Ich bezahle mir meine Versammlungen selbst und bezahle sie für meine Begleiter[29]. Es ist auch nicht wahr, wenn sie sagen, ich hätte ein Vermögen. Ich brauche es nicht, ich lebe wie der Vogel im Walde. Entweder ich siege, dann werde ich leben, oder ich siege nicht, dann freut mich das ganze Leben nicht mehr! Ich habe mein ganzes Gehalt der Regierungsratsstelle der Staatsbank in Braunschweig zur Verteilung an Erwerbslose zur Verfügung gestellt[30]. Im übrigen bin ich auch kein Zentrums- und kein sozialdem[*okratischer*] Parteibonze. Ich bin mein eigener Herr, diene nur meinem Volke. Auch die Partei ist für mich nur ein Mittel zum Zweck, und der Zweck heißt "Deutschland". Ich kenne nur diese einzige Lebensaufgabe, die ich vor 13 Jahren, als ich schwer krank, dem Erblinden nahe, im Lazarett lag, mir stellte[31]. Da nahm ich mir vor, in Deutschland die Bewegung zu

26 In einer Pressekonferenz rechtfertigte z. B. Reichsfinanzminister Hermann Dietrich die Notverordnung (vgl. Anm. 25) mit den Worten: "Mit der Vierten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens setzt die Reichsregierung den Schlußstein unter eine lange und schwere Entwicklung. Wir stehen am Ende der Periode der Deflation." Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12.1931 (MA), "Dietrich sagt: ein Schlußstrich".

27 Vgl. Dok. 19, Anm. 6.

28 Vgl. Dok. 19, Anm. 7.

29 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

30 Vgl. Dok. 19, Anm. 9.

31 Wegen einer Kampfgasvergiftung, durch die Hitler zeitweise erblindete, war er vom 21.10. bis 19.11.1918 im preußischen Reservelazarett Pasewalk in Pommern. Nach seinen eigenen Angaben faßte er hier seinen Entschluß, Politiker zu werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß dies erst im Februar 1919 in München geschah.

gründen, die einmal abrechnen soll mit den Verderbern des Vaterlandes. Ich möchte, daß sich die Deutschen wieder zusammenfinden und daß sich die deutschen Berufsstände wieder verstehen, daß sich die Schichten auch gegenseitig wieder achten lernen. Daß man mir das Reden verbietet, daß man mich einsperrt, das ist denkbar, daß man uns verfolgt, daß man unsere Leute totschlägt, daß man mich totschlägt, das alles ist denkbar - daß ich aber kapituliere: niemals!! Ich habe vor 13 Jahren gekämpft. Ich kämpfte vor und nach dem 13. März [*1932*][32]. Ich kämpfte vor dem 10. April [*1932*][33] u[*nd*] will auch nach dem 14. April[34] nicht ruhen u[*nd*] will nicht nachlassen, bis die schuldigen Parteien Deutschlands am Boden liegen, und möchte für mich nur eines, daß, wenn ich einmal falle, mich meine Flagge deckt und auf meinen Stein geschrieben werden muß:

Ein Mann, der niemals kapitulierte, der nie verzagte, der nie Kompromisse schloß, der nur ein Ziel kannte und den Weg dahin ging, einen großen Glauben hatte, und der Glaube hieß:

"Deutschland!"[35]

9. April 1932 — Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stuttgart[1]

NS-Kurier vom 12.4.1932, "'Unser Glaube ist Deutschland'"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 28.

Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 215 ff.; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff., 184 ff.

32 Bezieht sich auf den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 1, Anm. 43.

33 Bezieht sich auf den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

34 Möglicherweise Hörfehler. Gemeint ist wahrscheinlich der 24.4.1932. Vgl. Dok. 1, Anm. 3.

35 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Stadthalle, nach 22.00 Uhr. Laut Lagebericht des Polizeipräsidiums Stuttgart nahmen an der Veranstaltung etwa 10.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Schwäbische Tagwacht vom 11.4.1932, "Hitler als letztes Aufgebot"; Stuttgarter Neues Tageblatt vom 11.4.1932 (MA), "Der Wahltag in Groß-Stuttgart" sowie Lagebericht des Polizeipräsidiums Stuttgart; StA Bremen, 4,65/1761/301.

10. April 1932 Dok. 30
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!"
Aufruf

VB vom 12.4.1932[1].

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Eine große und schwere Schlacht habt Ihr geschlagen[2]. Ich wußte, daß Euere Treue unerschütterlich ist. Dennoch muß ich Euch für Euren unerhörten Glauben, Eure Opferwilligkeit und Euren Fleiß danken!

Trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen hat unsere Bewegung durch Euch einen neuen großen Sieg errungen, der sie berechtigt, sich als Bannerträgerin der nationalen Freiheit und damit der nationalen Zukunft fühlen.

Morgen beginnt der neue Kampf. Ich weiß, Ihr werdet auch in der Zukunft des deutschen Volkes beste Garde sein.

Am 24. April [*1932*] werden wir uns abermals mit unseren Gegnern messen[3]. Und einmal muß und wird der Tag kommen, an dem wir unsere Fahnen zum letzten Siege tragen.

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler

---

1 Vgl. auch Der SA-Mann vom 12.4.1932, "Des Führers Dank".

2 Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl waren für Hitler 13.418.547 (36,8%), für Hindenburg 19.359.983 (53%) und für Thälmann 3.706.759 (10,2%) Stimmen abgegeben worden. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 46.

3 Am 24.4.1932 fanden in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg Landtagswahlen sowie in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt.

10. April 1932 Dok. 31
"S.A.- und S.S.-Männer"
Aufruf

VB vom 12.4.1932[1].

Meine Führer!

Eine schwere Arbeit liegt hinter Euch[2].

Eurem mutigen Schutz und Eurem unermüdlichen Fleiß verdanken wir einen neuen großen Sieg[3].

Ich bin grenzenlos stolz darauf, Euer Führer zu sein.

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler

10. April 1932 Dok. 32
"An die Leiter der Organisation und der Propaganda der nationalsozialistischen Bewegung!"
Aufruf

VB vom 12.4.1932.

Parteigenossen und Führer!

Der Sieg des 10. April [*1932*] verpflichtet mich, all denen zu danken, die in der Organisation, der Propaganda und der Presse durch ihre Arbeit die Voraussetzungen schufen. Das Vertrauen von 13 1/2 Millionen Deutschen zu unserer Bewegung[1] ist nicht nur der höchste Lohn für die geleistete Arbeit, sondern auch die schwerste Verpflichtung für die Zukunft.

Die nationalsozialistische Bewegung kann keine Ruhe kennen, ehe nicht das Ziel der nationalen Befreiung Deutschlands verwirklicht ist. Millionen deutscher Geistes- und Handarbeiter, Millionen deutscher Bauern erwarten die Fortsetzung unseres Kampfes[2]!

Die Arbeit beginnt morgen, am 11. April [*1932*], für die nächsten schweren Kämpfe[3].

München, 10. April 1932.

Adolf Hitler

---

1 Vgl. auch Der SA-Mann vom 12.4.1932, "Des Führers Dank".
2 Gemeint ist der Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl.
3 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

1 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
2 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.
3 Gemeint sind die Wahlen am 24.4.1932. Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

10. April 1932 Dok. 33
Interview mit dem Daily Express[1]

Daily Express vom 11.4.1932, "Hitler's Delight"

"I Have Accomplished the Impossible"

[..][2]

"It is a great victory for us," he said to me, his eyes shining with delight.

"In one week's campaigning I have succeeded in accomplishing the impossible. I have increased my votes by more than two million[3]. That is a feat which has never been equalled and I have done this despite the unconstitutional ban placed on my broadcasting election appeals[4]. All my newspapers were muzzled[5] and I had only my own voice with which to refute the lies and slanders spread about me in the election campaign of the ten parties which opposed my candidature[6].

The Next Fight

"To think of it," he said, pointing dramatically with his finger, "at the last Reichstag election in September 1931 [*sic!*] I polled 6.406.397 votes[7]. Today I have polled more than thirteen million.

"I ascribe my triumph," he continued, "entirely to the fact that I did not capitulate before my apparent reverse at the first ballot. I will confess it. My election troops after the first battle were momentarily disheartened. The political Eastertide truce[8] intervened and prevented me from inspiring them with new courage. But all that has been swept away by my week's whirlwind campaign during which you accompanied me. It gave a new confidence and has led us to this great victory."

[...][9]

"I shall sleep," he said, with a smile, and then his face became serious once more. "But when I sleep I shall not sleep long. A few hours will suffice, I shall start my fight anew - a new fight for the Diet elections in Bavaria and Prussia[10].

"I shall continue as I have begun, I shall attack, attack and attack again."

---

1 Im Braunen Haus, München, Brienner Straße 45, abends. Das Interview führte der Korrespondent des Daily Express, Sefton Delmer.

2 "Adolf Hitler tonight is as happy as a sandboy. He is smiling all over his face. His political chiefs, who are with him, are congratulating him and slapping him on the shoulders."

3 Im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hatte Hitler 11.339.446, im zweiten Wahlgang 13.418.547 Stimmen auf sich vereinigen können. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 46.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

5 Vgl. Dok. 16, Anm. 11.

6 Gemeint sind die den Hindenburg-Ausschuß (vgl. Dok. 1, Anm. 9) unterstützenden Parteien und die KPD.

7 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 erzielte die NSDAP 6.409.610 Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 41.

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

9 "'What will you do tomorrow, Herr Hitler?' I asked."

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

[...] [11] "I believe," he replied, "that our intelligence-service reports are correct, according to these, Moscow gave orders to the German Communist Party to vote for Hindenburg [12]. This would account for the increase in the Hindenburg votes and the decrease in the Communist, which on both sides is about one million. I am positive myself that no Communist voted for me [13]."

11. April 1932 — Dok. 34
Interview mit der Times [1]

The Times vom 12.4.1932, "Herr Hitler's Views" [2].

Herr Hitler made a statement to me this afternoon about yesterday's election. He said that he did not regard the increase of over 2.000.000 votes [3] in the Nazi poll as a personal triumph, and continued:

No one man's personal influence can account for such an unprecedented growth as that of our party. What is really responsible for our ever-increasing success is the economic distress throughout Germany and the widespread discontent with a system of misgovernment which has led to the ruin and disruption of our country. I had no personal ambition to become President of Germany [4], and had any other candidate represented our opponents except Field-

11 "I asked Herr Hitler to what he attributed the great falling of the Communist votes."

12 Die Komintern hatte die KPD 1929 mit der Losung "Einheitsfront nur von unten" vor allem auf den Kampf gegen den "Sozialfaschismus" der SPD festgelegt und ordnete erst nach dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl an, eine flexiblere Linie einzuschlagen, die im Kampf gegen die Nationalsozialisten auch eine begrenzte Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen ermöglichen sollte. Vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984, S. 137 f., 153 ff.

13 Nach dem für die KPD enttäuschenden Ergebnis des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl (vgl. Dok. 1, Anm. 43) machte sich bei zahlreichen Parteimitgliedern die Vorstellung breit, die Wahl Hitlers im zweiten Wahlgang werde den Eintritt der erwarteten Revolution beschleunigen. Obwohl die Parteiführung derartigen Gedanken entgegentrat, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß sie zum Stimmengewinn Hitlers am 10.4.1932 beitrugen. Vgl. Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970, S. 133.

1 In Tegernsee, nachmittags. Das Interview führte der Korrespondent der Times, Stanley Simpson.

2 Vgl. auch Schreiben des britischen Generalkonsuls in München, Hugh Gaisford, an den Botschaftsrat Sir Basil Cochrane Newton in Berlin vom 16.4.1932; PRO, FO 371/15943 sowie Berliner Börsen-Zeitung vom 12.4.1932 (AA), "Hitlers Zuversicht"; Märkische Zeitung vom 12.4.1932, "Hitler über den 10. April"; Münchner Neueste Nachrichten vom 13.4.1932, "Eine 'Times'-Unterredung mit Hitler".

3 Vgl. Dok. 33, Anm. 3.

4 Hitler hatte sich am 2.2.1932 entschlossen, selbst bei der Reichspräsidentenwahl anzutreten, nachdem er seine ursprünglichen Überlegungen, Franz Ritter von Epp oder Wilhelm Frick als Kandidaten aufzustellen, verworfen hatte. Am 22.2.1932 gab Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels die Kandidatur Hitlers öffentlich bekannt. Um die dafür notwendige deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, wurde Hitler durch den nationalsozialistischen Innen- und Volksbildungsminister von Braunschweig, Dietrich Klagges, am 25.2.1932 zum Re-

Marshal von Hindenburg I should have left the campaign to be waged by some other member of our organization. I opposed President von Hindenburg on the sole ground that this system, which we have sworn to overcome, was taking refuge behind his reputation and popularity.

Herr Hitler expressed confidence about the prospects of the Nazis in the coming State election in Prussia[5]. He described as "ludicrous" the allegations made by the Prussian and Bavarian Governments of preparations by Nazi storm detachments for a *Putsch* in the event of his election[6]. "Whoever heard," he asked, "of a newly elected President engineering a *coup d'Etat* to overthrow the very State in which he had just achieved the highest and most responsible position?"

Efforts to revive the Nazi-Nationalist united Opposition Herr Hitler regarded as superfluous, as "we can almost say that we are now the 'National Opposition'[7]." If it were true, as had been stated, that 1.000.000 Communists had voted for him yesterday[8], this was a feather in his cap, for one of his objects was the annihilation of the Communist Party[9], and if this could be effected by conversion and absorption the ideal solution would have been found to the problem of national unity.[10]

---

gierungsrat ernannt. Vgl. Bracher, Auflösung, S. 404 ff. sowie Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 245 f.

5 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

6 Am 4.4.1932 hatte die amtliche bayerische Pressestelle und am 5.4.1932 der preußische Innenminister Carl Severing bei Durchsuchungen sichergestelltes Material (vgl. Dok. 11, Anm. 8) über Putsch- und Alarmpläne der NSDAP der Öffentlichkeit präsentiert. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 4.4.1932, "Wie man sich das Dritte Reich vorstellte"; Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe) vom 6.4.1932, "SA war marschbereit am 13. März"; Vossische Zeitung vom 6.4.1932 (MA), "Die braune Bürgerkriegs-Armee" sowie "Die Dokumente der Illegalität".

7 Anspielung auf die am 11.10.1931 von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, DVP, Reichslandbund, Wirtschaftspartei und anderen Rechtsgruppen gebildete lose "Harzburger Front", die sich als Zusammenschluß der "nationalen Opposition" verstand.

8 Vgl. Dok. 33, Anm. 13.

9 Von Hitler vermutlich mit Blick auf die in der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit verbreitete Furcht vor dem Bolschewismus besonders betont. Vgl. z. B. Gottfried Niedhart, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

10 Folgt Bericht über Hitlers Reisepläne.

12. April 1932 Dok. 35
Interview mit dem Daily Express [1]

Daily Express vom 13.4.1932, "Storm Troops Threatened".

[...] [2]

"If they dissolve the storm troops organisation [3]*", he* [*Hitler*] said, "then they will relieve me of my responsibilities for them. I shall not, as up to the present, have these 400.000 men [4] under my control. I cannot be held accountable for what they will do in such a case."

[...] [5]

"Let them declare them dissolved if they like", was his answer. "They cannot cut off the heads of my men, and as long as they have heads and hearts my men will remain loyal to me."

13. April 1932 Dok. 36
"Nationalsozialisten, Parteigenossen, ehem. S.A.- und S.S.-Männer, ehem. Mitglieder des N.S.K.K. [1] und der Fliegerstürme [2]!"
Aufruf

VB vom 15.4.1932.

Nun wißt Ihr, weshalb ich versuchte, die Präsidentschaftskandidatur der schwarz-roten Parteien zu verhindern.

---

1 Im Hotel Kaiserhof, Berlin. Das Interview führte der Korrespondent des Daily Express, Sefton Delmer.
2 Dem Interview ging ein Bericht über das bevorstehende SA-Verbot voraus.
3 Bereits am Morgen des 12.4.1932 war die Reichsleitung der NSDAP im Besitz des genauen Wortlauts der Verordnung zum Verbot von SA und SS. Belastendes Material konnte daher dem Zugriff der Polizei entzogen werden. Vgl. Sefton Delmer, Trail Sinister. An Autobiography, Bd. 1, London 1961, S. 160 f. sowie Bericht des preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern vom 20.4.1932. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977, S. 318 f.
4 Im Januar 1932 hatte die SA eine Stärke von 290.941 Mann. Erst Ende Juni, Anfang Juli 1932 überstieg sie die Zahl von 400.000 Mitgliedern. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 550 f.
5 Folgt Bericht und Kommentar Sefton Delmers sowie die abschließende Frage an Hitler zum drohenden SA-Verbot: "... I asked him what he would do in the event of the storm troops being declared dissolved by the Government."

1 Am 1.4.1930 wurde das Nationalsozialistische Automobilkorps als Organisation aller Nationalsozialisten, die ihr Fahrzeug freiwillig der Partei zur Verfügung stellen wollten, gegründet. Am 20.4.1931 wurde es in Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps umbenannt und erhielt zugleich eine von der SA unabhängige Dienststelle. Vgl. Bd. III/3, Dok. 30.
2 Das am 30.11.1931 gegründete Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK) hatte die Aufgabe, alle Flieger, die NSDAP-Mitglied waren, zu erfassen, ihre Ausbildung zu verbessern und sie in Einheiten zusammenzu-

General Groener[3] hat als Auftakt für die Länderwahlen die S.A. und S.S. aufgelöst[4]. *Reichsbanner[5] und Eiserne Front[6] dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und daher nicht verboten.*

Parteigenossen, ich verstehe Eure Gefühle. Jahrelang seid Ihr getreu meinen Anordnungen legal den Weg zur Erringung der politischen Macht gegangen[7]. Ihr seid in dieser Zeit auf das grausamste verfolgt und gequält worden. Hunderte von Kameraden wurden getötet, viele Tausende sind verwundet[8]. Die feigen Mörder und Täter befinden sich zum überwiegendsten Teile jedoch auf freiem Fuß. Für jeden Versuch der Notwehr habt Ihr zahllose Gefängnis-, ja Zuchthausstrafen erhalten. Trotz der grauenhaften Not, die durch das Verschulden der heute herrschenden Parteien auch Euch getroffen hat, seid Ihr brave und ehrliche Deutsche geblieben.

Seumes Wort, daß einst die ärmsten Söhne unseres Volkes die treuesten Bürger sein werden[9], habt Ihr herrlich erfüllt.

---

schließen (Vgl. Bd. IV/2). Aus dem Kreis dieser Flieger, aus ehemaligen Kampfbeobachtern und Luftbildspezialisten wurden seit Anfang 1932 SA-Fliegerstürme gebildet. Angehörige der Fliegerstürme trugen besondere Abzeichen. Vgl. Julek Karl von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München 1937, S. 236.

3 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1916/17 Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1916 Generalleutnant, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern.

4 Gemeint ist die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität" vom 13.4.1932, die die Auflösung von SA, SS und aller anderen paramilitärischen Verbände der NSDAP verfügte. Druck: Staat und NSDAP, S. 316 f. Vgl. auch Reginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.

5 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war 1924 als republikanische Selbstschutzorganisation von SPD, Zentrum und DDP gegründet worden. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

6 Die Eiserne Front hatte sich am 16.12.1931 auf einem Treffen von Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitersportorganisationen und des Reichsbanners in Berlin konstituiert. Ursprünglich als gemeinsame Organisation aller republikanischen Parteien und Verbände für den Kampf gegen den Nationalsozialismus gedacht, blieb die Eiserne Front auf die SPD und die ihr nahestehenden Verbände und Organisationen beschränkt. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990, S. 295 ff.

7 Eine Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern von Anfang März 1932 über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei stellte fest: "Seine [*Hitlers*] Legalitätserklärungen sind auch keineswegs eindeutig. Bis heute hat Hitler nur 'strengste Gesetzlichkeit' beschworen, aber nie erörtert, was er hierunter versteht." Teildruck: Staat und NSDAP, S. 290-298. Ungeachtet derartiger Feststellungen wurde in der Rechtssprechung der Weimarer Republik der NSDAP nicht *grundsätzlich* hochverräterische Absichten unterstellt, diese mußten vielmehr von Fall zu Fall bewiesen werden. Dies widersprach dem juristischen Vorgehen gegenüber der KPD, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 178.

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 9.

9 Vermutlich zitiert hier Hitler nicht Johann Gottfried Seume (1763-1810), sondern aus einem Gedicht von Karl Bröger aus dem Jahr 1918: "Herrlich zeigt es aber deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuster war. Denk es, o Deutschland." Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, kommentiert von einem Zeitgenossen. Teil 1: Triumph (1932-1938). Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 105, Anm. 103a.

Was General Groener, Herr Braun [10], Herr Severing [11], Herr Grzesinski [12], Herr Stützel [13], Herr Brüning [14] usw. wollen, weiß ich, und Ihr wißt es auch. *Unsere Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschlag des Systems wird keine Parade, sondern ein Hieb sein.*

Am 24. April [1932] ist der Tag der Vergeltung [15].

Zu dem Zwecke empfehle ich Euch, meine ehemaligen Kameraden der S.A. und S.S. folgendes an:

1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen.

2. Ihr erfüllt als Parteigenossen Eure Pflicht, indem Ihr Euch in den Sektionen und Ortsgruppen zu der politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt.

Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn Ihr Eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen.

Verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und für den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein Letztes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland. Ihr werdet mir folgen. Denn trotz General Groener:

Solange ich lebe, gehöre ich Euch und Ihr gehört mir.

Am 24. April [*1932*] jedoch möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen.

Es lebe unsere nationalsozialistische Bewegung, es lebe Deutschland!

Berlin, den 13. April 1932.

gez. *Adolf Hitler*

---

10 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

11 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

12 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Innenminister, 1933 Emigration.

13 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Innenminister (BVP).

14 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1923 Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften, 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929 Fraktionsvorsitzender, 1930-1932 Reichskanzler, 1934 Emigration in die USA, seit 1937 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

15 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

14. April 1932 Dok. 37
Interview mit dem Evening Standard [1]

Evening Standard vom 14.4.1932 (Nachtausgabe), "Hitler Answers Hindenburg" [2].

"The prohibition of the storm troops [3] *cannot last for ever; it is only a temporary measure. Soon the storm troops will be back again. And when they are resurrected the 400,000 men* [4], *who have now 'died' under official order, will be found to have grown to 600,000 men or more.*

"My storm troops have been forbidden before. In 1924 they were forbidden for thirteen months [5]. When they were allowed to parade officially once more they were found to have grown enormously [6]."

300,000 Unemployed

[...] [7]

More of 300,000 of them [8]. They will have to go through hard times, and this ban will not increase their love for their present rulers.

[...] [9]

That they will go over to the Communists or any other Party is impossible [10]. No one, who has felt the spirit of Fascism and belonged to my organisation ever leaves it. That applies just as much to the sons of crossing-sweepers as to the sons of Emperors and Kings.

---

1 Im Hotel Kaiserhof, Berlin, nachmittags. Das Interview führte der Sonderkorrespondent des Evening Standard, Sefton Delmer. Gleichzeitig nahmen auch Hubert Renfro Knickerbocker von der New York Evening Post und Edgar Ansel Mowrer von der Chicago Daily News an diesem Interviewtermin teil. Die Vorlage ist die ausführlichste Wiedergabe. Vgl. Vossische Zeitung vom 19.4.1932 (AA), "Hitler der Unwahrheit überführt".

2 Vgl auch New York Evening Post vom 14.4.1932 (AA), "Hitler Sees a Gain in Loss of Troops and Hits Tardieu"; The Chicago Daily News vom 14.4.1932, "Hitler Says France Forced Outlawing of Nazi Army" sowie Der Freiheitskampf vom 15.4.1932, "Hitler bleibt streng legal"; Münchener Zeitung vom 15.4.1932, "Ein Hitler-Interview", Das 12 Uhr Blatt vom 15.4.1932, "Hitler über das SA-Verbot"; Frankfurter Zeitung vom 16.4.1932 (Reichsausgabe), "Hitler über das Verbot der Sturmtruppen".

3 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 4.

5 Am 9.11.1923 war die SA in Bayern durch Generalstaatskommissar Gustav von Kahr und am 20.11.1923 im ganzen Reich durch General Hans von Seeckt verboten worden. Am 14.2.1925 wurde dieses Verbot in Bayern aufgehoben. Die wiedererrichtete SA wurde am 1.11.1926 zentral organisiert. Vgl. Bd. II/1, Dok. 44 sowie Werner, SA und NSDAP, S. 178, 352 ff.

6 Am "Generalappell" von SA und SS auf dem Reichsparteitag der NSDAP am 4.7.1926 in Weimar, der ersten größeren Zusammenkunft nach Aufhebung des Verbots, nahmen 3.600 SA und 116 SS-Männer teil. Vgl. Bd. II/1, Dok. 6.

7 "Then I put a series of questions to Herr Hitler.
How many of these 400,000 *men are unemployed?"*

8 Mit regionalen Abweichungen waren 1932 zwischen 60 und 70% der SA-Angehörigen arbeitslos. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, S. 361 f. sowie Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983, S. 45 ff.

9 *"Is there any danger of these men turning Communist?"*

10 Der Anteil von ehemaligen Nationalsozialisten unter den neueintretenden KPD-Mitgliedern erreichte in der Endphase der Weimarer Republik bis zu 2,3%, derjenige von ehemaligen Sozialdemokraten 4%. Vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, Houndmills 1991, S. 137 .

Diet Election Chances [11]

[...] [12]

In the first place I shall have better support. In the Presidential election I was fighting a lone battle [13].

I shall nevertheless be satisfied if we can keep the 8 1/2 million votes we polled in Prussia in the Presidential election [14]. This would give me 160 seats in the Prussian Diet [15] and would make us the strongest party there.

There is no question that the national bourgeois forces, at present supporting the Socialist Coalition Government, would come over to our side and enable us to form the Government of Prussia.

[...] [16]

[With a smile] [17] My methods of coming into power have been and remain strictly constitutional and parliamentary [18]. I therefore do not need the help of the storm troops to enable me to gain power in Germany.

[...] [19]

In the first place, though I have no evidence to this effect, I believe Dr. Brüning was giving the Socialist Party the reward demanded by them for their support of President Hindenburg in the last election [20].

"Yielding to the French"

In the second place, and I think this is the deciding factor, he was yielding to French demands [21].

---

11 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

12 *"What effect do you think the ban will have on your chances of victory in the election of April 24 [1932] for the Prussian and Bavarian Diets?"*

13 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

14 Die Stimmkreise bei der Reichspräsidentenwahl deckten sich nicht mit den Ländergrenzen; die genannte Zahl trifft als Näherungswert zu. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 546 f.

15 Vgl. Dok. 68, Anm. 3.

16 *"How do you propose to establish Fascism in Germany without the help of your storm troops?"*

17 Eckige Klammer so in der Vorlage.

18 Vgl. Dok. 36, Anm. 7.

19 *"To what motive do you chiefly attribute the action of the Government?"*

20 In einem Schreiben zum SA-Verbot vom 10.4.1932 an Reichskanzler Brüning hatte der Reichsminister des Innern, Wilhelm Groener, zum Interesse der SPD an der SA-Auflösung festgestellt: "Dabei spricht, abgesehen von der grundsätzlich scharfen Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten, mit, daß sie ihrem linken Flügel bei der Hindenburgwahl eine überstarke Belastung zugemutet haben. Diese parteipolitischen Erwägungen dürfen aber bei dem Entschluß der Reichsregierung keine Rolle spielen." Druck: Staat und NSDAP, S. 312 ff.

21 Die Behauptung Hitlers, das SA-Verbot sei auf Druck Frankreichs erfolgt, wurde von der gegnerischen Presse aufgegriffen, die darin eine Dienstpflichtverletzung des braunschweigischen Beamten sah. Das Berliner Tageblatt machte den Anfang. Hitler ließ daraufhin durch einen Anwalt dem Berliner Tageblatt mitteilen, er habe Strafantrag wegen übler Nachrede und Beleidigung gestellt, denn "'Hitler habe', so lautet der wichtigste Satz der Mitteilung, 'eine solche Erklärung niemals abgegeben'". Gleichzeitig beauftragte er Rechtsanwalt Walter Luetgebrune, ein Disziplinarverfahren gegen sich bei der braunschweigischen Staatsregierung einzuleiten. Die drei am Interview beteiligten ausländischen Journalisten bestätigten jedoch einmütig ihre Aussagen, worauf am 22.4.1932 der Völkische Beobachter meldete, Hitler habe seine damalige Aussage nie bestritten. Das Disziplinarverfahren wurde nicht weiter verfolgt. Vgl. Berliner Tageblatt vom 15.4.1932 (AA), "Hitler als Staats-

As long as a year ago the French Government demanded the dissolution of the storm troops, which they regarded as a menace to France[22]. Dr. Brüning promised to fulfill this demand, but had to wait for a suitable opportunity to carry it out.

That opportunity has now come with the presidential election over. Dr. Brüning seems to believe that foreign policy is the more easily conducted the weaker a country is.

[...][23]

These two organisations[24] apparently are regarded as militarily effective only inside Germany[25]. It is an honour for me as a German patriot that my organisation should have been singled out alone by the foes of Germany, both within the country and without.

16. April 1932 Dok. 38
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg[1]

Augsburger Neueste Nachrichten vom 18.4.1932, "Hitler in Augsburg"[2].

Anknüpfend an das SA.- und SS.-Verbot[3] führte Hitler folgendes aus: Es wird unseren Gegnern trotz allem nicht gelingen, was sie auch immer versuchen mögen, die deutsche Freiheitsbewegung und -erhebung niederzuschlagen. Das Bild, das dieser Saal bietet, ist das Bild von

verleumder"; vom 18.4.1932 (AA), "Hitlers Staatsverleumdung"; Braunschweigische Landeszeitung vom 19.4.1932, "Hitler beantragt Disziplinarverfahren gegen sich"; Vossische Zeitung vom 19.4.1932 (AA), "Hitler der Unwahrheit überführt"; Völkischer Beobachter vom 22.4.1932, "Hitler steht zu seiner Äußerung" sowie Schreiben Luetgebrunes an die braunschweigische Staatsregierung vom 16.4.1932; IfZ, MA 1232.

22 Die von Hitler behauptete Forderung ist nicht nachzuweisen. Die französische Nachrichtenagentur Havas stritt am 15.4.1932 jegliche französische Einflußnahme auf das SA-Verbot ab. Vgl. Berliner Börsen Curier vom 15.4.1932 (AA), "'Havas' dementiert Hitler".

23 "*Why did not the Government ban the Republican Reichsbanner organisation and the Steel Helmets as well if they were acting at the behest of France?*"

24 Zum "Reichsbanner" vgl. Dok. 36, Anm. 5. Der Verband "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten" war am 13.9.1918 von Franz Seldte in Magdeburg gegründet worden, seit September 1919 reichsweit organisiert und hatte 1932 etwa 340.000 Mitglieder.

25 Zur Beurteilung der deutschen Wehrverbände, besonders der SA, durch den französischen Generalstab vgl. Georges Castellan, Le Réarmement clandestin du Reich 1930-1935. Vu par le 2e Bureau de l'État-Major Français, Paris 1954, S. 327 f., 337 ff.

1 In der Sängerhalle, nach 21.30 Uhr. An der von Stadtrat Gallus Schneider eröffneten Versammlung nahmen etwa 7.000 Menschen teil (VB: 15.000). Vor Hitler sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser, der seine Rede nach Hitlers 20minütiger Ansprache fortsetzte. Der Eintritt kostete 3 oder 5 RM. Die angekündigte Rede von MdR Franz Ritter von Epp fiel aus.

2 Vgl. auch Augsburger Postzeitung vom 19.4.1932, "Er in Augsburg"; Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 18.4.1932, "Der Führer in Südbayern"; Neue Augsburger Zeitung vom 18.4.1932, "'Er' in Augsburg"; Neue National-Zeitung vom 18.4.1932, "Schlechter kann es niemand mehr machen als die heutigen Regierer"; Schwäbische Volkszeitung vom 18.4.1932, "Wochenend im Zeichen des grauen Kreuzes"; VB vom 19.4.1932, "'Man gebe uns die Verantwortung und wir werden beweisen, daß wir regieren können'" sowie "Hitler in Augsburg".

3 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

ganz Deutschland. Sie sagen, wir seien die Verführer der Jugend und angewiesen auf die Not der Zugrundegerichteten. In wenigen Wochen hatte ich Gelegenheit, weit über eine Million Volksgenossen zu sehen[4], einen kleinen Ausschnitt aus denen, die unseren Fahnen folgen, auch wenn man vorübergehend verbietet, daß wir sie tragen. Nennt man mich den Führer der Zugrundegerichteten, so will ichs besagen, daß das heutige Regiment es fertigbrachte, 13 Millionen so zu ruinieren, daß sie mir folgen[5]. Denn 14 Jahre habe nicht ich regiert und diese Menschen wirtschaftlich zugrunde gerichtet, sondern die heutigen Parteien. 14 Jahre lang hätten sie durch ihre Leistungen die unumstößlichste Propaganda für sich betreiben können, aber sie haben Stand um Stand dem Zusammenbruch nähergebracht. Die Führer dieser Parteien können nicht die Berufsstände für sich zum Zeugen aufrufen. So sind sie zu einer Propaganda der Lüge und persönlichen Verleumdung gezwungen. Das Schlimmste, was sie vernichteten, ist nicht die Wirtschaft, sondern das deutsche Volk, die deutsche Zuversicht, den deutschen Glauben. Wenn Millionen verzweifeln, so wollen sie es so hinstellen, als wenn sie unschuldig seien. Aber sie selbst haben sich auf ihren Platz gesetzt und tragen die unermeßliche Verantwortung, wegen derer sie zur Rechenschaft gezogen werden. Sie sagen zu uns: Was habt ihr geleistet? Sie mögen uns endlich Gelegenheit geben zu zeigen, ob wir etwas leisten. Schlechter als sie könnte es niemand machen. (Stürmischer Beifall.)

Unter Hinweis auf die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung in Braunschweig[6] und Thüringen[7] verwies Hitler darauf, daß dort die Wahlziffern für seine Partei gewaltig gestiegen

---

4 Anspielung auf Hitlers Wahlkampfreise mit dem Flugzeug. Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

5 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

6 Vom 1.10.1930 bis 27.7.1931 war Anton Franzen braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister in einer aus DNVP und NSDAP gebildeten Koalitionsregierung. Er war zurückgetreten, weil er es ablehnte, "als Vollzugsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechtester Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein". Obwohl Franzen Hitler frühzeitig über seine Absicht informiert hatte, wurde er nach seinem Rücktritt von Hitler scharf kritisiert, da die NSDAP nun vorerst in keiner Landesregierung mehr vertreten war. Franzen verließ daraufhin die NSDAP. Am 3.9.1931 hatte der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister Werner Küchenthal eine Verordnung erlassen, die vorsah, aus Ersparnisgründen die Regierungsgeschäfte des Freistaats Braunschweig künftig nur noch durch eine Ein-Minister-Regierung zu führen. Die Wahl eines zweiten Ministers wurde allerdings dem Landtag anheimgestellt. Der Protest der NSDAP gegen diese Maßnahme des ehemaligen Koalitionspartners führte zum Einlenken Küchenthals, so daß der braunschweigische Landtag am 15.9.1931 Dietrich Klagges (NSDAP) zum zweiten braunschweigischen Minister, zuständig für die Ressorts Volksbildung und Inneres, wählte. Vgl. Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 49 ff, 58 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11, Bd. IV/2.

7 Vom 23.1.1930 bis 1.4.1931 war Wilhelm Frick thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, Willy Marschler thüringischer Staatsrat in einer aus NSDAP, DNVP, Christlich-Nationaler Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und DVP gebildeten Koalitionsregierung. Damit hatten zum ersten Mal nationalsozialistische Politiker Funktionen in einer Länderregierung erhalten. Wegen der zunehmend aggressiver werdenden nationalsozialistischen Polemik hatte die thüringische DVP ihre Koalition mit der NSDAP aufgegeben und am 1.4.1931 im thüringischen Landtag die Mißtrauensanträge von KPD und SPD gegen die beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Frick und Marschler unterstützt. Da auch die DStP für diesen Antrag stimmte, traten Frick und Marschler zurück. Das Kabinett unter Ministerpräsident Erwin Baum (Landvolk) blieb jedoch, angewiesen auf die Duldung der SPD, als Minderheitsregierung im Amt. Vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 174 ff.; Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates, Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 61 f. sowie Bd. IV/1, Dok. 75 ff., Bd. IV/2.

seien, so in Thüringen von 90.000 auf 450.000 Stimmen[8] und schloß daraus, daß die Nationalsozialisten nirgends die Stimme des Volkes zu fürchten hätten. In der Zeit, wo die Anderen alles zerstörten und die eigenen Parteien dem Schwund auslieferten, sei seine Partei von sieben Mann[9] auf über 13 Millionen gestiegen. Sie sei die größte politische Organisation geworden, die Deutschland je hatte, aufgebaut auf einer Weltanschauung, die alle Stände erfaßte und alle Altersstufen. Unzähligen habe sie wieder Glauben gegeben.

Sie können tun, was sie wollen - sagte Hitler weiter - wir glauben an die Zukunft unserer Bewegung wie Deutschlands. Was wir erdulden, ist nichts anderes, als was Deutschland erduldet, eine rechtlose Unterdrückung, ein dauerndes Quälen und doch ein dauerndes Wachsen. Die ganz Klugen, die uns dieses Schicksal zufügen, machen die nationalsozialistische Bewegung reif für eine große Mission. Wäre sie denselben leichten Weg gegangen wie die anderen Parteien und Interessenhaufen, so wäre ihr nicht bestimmt, Deutschland einmal in die Hand zu nehmen.

Nicht das Schicksal von Ländern wird am 24. April [*1932*][10] entschieden, sondern *ein Stück des deutschen Schicksals.* So wie die nationalsozialistische Partei zur jetzigen Größe aufstieg, so ringt sie weiter unermüdlich bei jeder Wahl, jede Kampfbereitschaft wahrnehmend, nie zögernd, immer gewillt, den Kampf aufzunehmen, bis die Stunde kommt, in der doch ihre Fahne über ganz Deutschland hochgezogen wird. (Stürmischer Beifall.)

Es kommt mir vor, betonte Hitler, als wenn das Schicksal jetzt mit uns die letzte Prüfung vornimmt und dann endlich das deutsche Volk zur Besinnung zurückkehren müßte. Jeder tue, was sein Gewissen ihm vorschreibt. Hitler gedachte der *früheren* Kameraden der SA. und SS., die größte persönliche Opfer gebracht hätten, und der *kommenden* unter Dankesworten dafür, daß sie in einer Zeit größter Charakterlosigkeit unseres Volkes unerschütterlich zu ihrem Ideal standen.

13 Jahre lang, sagte Hitler, habe er sich bemüht, nach seinem Gewissen zu handeln, und er werde seine Pflicht weiter erfüllen ohne Rücksicht auf alle Widerstände. Mögen sie tun, was sie tun wollen. So lange ich lebe, bleibe ich meiner Idee treu! (Langanhaltender Beifall.) Wer sich mir mit Leib und Seele verschrieb, soll wissen, daß ich ihm genauso verschrieben bin. Ich gehe meinen Weg weiter, und wem es sein Gewissen befiehlt mitzugehen, der gehe mit. Am 24. April [*1932*] sind die Wahlen, am 25. April [*1932*] wird unsere Arbeit einsetzen für den nächsten Kampftag, bis Deutschlands innere Feinde am Boden liegen.[11]

8 Bei der Landtagswahl in Thüringen am 8.12.1929 hatte die NSDAP 90.159 Stimmen (11,3%) erzielt. Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932 entfielen auf Hitler im Wahlkreis Thüringen 582.820 Stimmen (44,3%). Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 111; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 547.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

10 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. April 1932 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Donauwörth[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 18.4.1932, "Der Führer in Südbayern"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 38.

17. April 1932 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rosenheim[1]

Rosenheimer Anzeiger vom 18.4.1932, "Hitler spricht in Rosenheim"[2].

Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich glaube, es war im Jahre 1921, als ich hier in dieser Stadt zum ersten Male außerhalb München eine Ortsgruppe gründete[3]. Also vor nicht ganz 12 Jahren! Und aus dieser Handvoll Männer ist in dieser Zeit die größte deutsche nationale Bewegung aller Zeiten geworden. Über 13 Millionen Wähler hat heute die nationalsozialistische Bewegung[4], und es wären bestimmt mehr, wenn nicht maßloser Druck und Verfolgung Unzählige zurückhalten würden, sich zu ihr zu bekennen. In diesen 12 Jahren ist aus einigen Männern eine Millionenpartei geworden und

---

1 In der Donauhalle, nach 22.40 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 8.000 Menschen teil. Hitlers Rede dauerte rund 30 Minuten; vor ihm sprach Gauleiter Karl Wahl. Sitzplätze waren nicht vorhanden, der Eintritt kostete bis zu 3 RM.

2 Vgl. auch Donauwörther Anzeigeblatt vom 18.4.1932, "Hitler in Donauwörth"; Neue National Zeitung vom 18.4.1932, "Lügen und Verleumdungen sind die letzten Waffen meiner Gegner!"; VB vom 19.4.1932, "7 Stunden standen die Massen und erwarteten den Führer" sowie Donauwörth wie es war, Bd. 2: Alte Photographien und Texte von 1860 bis 1945, gesammelt und bearbeitet von Lore Grohsmann, Donauwörth 1984, S. 93.

1 Im Hotel "Deutscher Kaiser", von 12.15 bis 12.45 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Josef Riggauer mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 2.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach MdR Hans Frank. Die aufgelöste SA, gekennzeichnet durch weiße Armbinden, sorgte für den Saalschutz. Der Eintritt kostete zwischen 30 Pfennig und 2 RM.

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 18.4.1932, "Der Führer in Südbayern"; Rosenheimer Tagblatt - Wendelstein vom 18./19.4.1932, "Hitler in Rosenheim"; VB vom 19.4.1932, "In der Stadt der ersten auswärtigen N.S.D.A.P.-Ortsgruppe"; Polizeibericht des Stadtkommissariats Rosenheim vom 17.4.1932; Stadtarchiv Rosenheim, I A 1-77 sowie Peter Miesbeck, Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition, Rosenheim 1994, S. 217 f., 476 ff. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.4.1932, "Hitlers Siegeszug durch das bayer. Oberland: 'Er war mein Kamerad damals - und ich bin heut der seinige!'".

3 Am 18.4.1920 fand in Rosenheim die Gründungsversammlung der ersten Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Münchens statt. Vgl. Miesbeck, Bürgertum, S. 145 f. sowie Donald Morse Douglas, The Early Ortsgruppen. The Development of National Socialist Local Groups 1919-1923, Diss. phil. Kansas 1968, S. 56 ff.

4 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

aus dem Deutschen Reiche ein Trümmerhaufen. 14 Jahre sind es bald, daß die heutigen Parteien in Deutschland unumschränkt regieren, so unumschränkt, daß sie sich über jede Verfassung hinwegsetzen können, daß sie unzählige Paragraphen willkürlich diktieren können. Widersprüche gegen sie gibt es nicht. 14 Jahre haben sie regiert und heute sind sie nicht in der Lage, über das Ergebnis ihrer Regierungszeit zu sprechen. Vergleichen Sie einmal 14 Jahre Amtszeit der heutigen Regierung und 14 Jahre der Bismarckschen Regierung[5] und sie werden den katastrophalen Unterschied sehen. Der Altreichskanzler übernahm ein zerrissenes, niedergedrücktes, um seinen Bestand kämpfendes Deutschland, hat in 14 Jahren daraus ein mächtiges Land geschaffen und Deutschland eine hervorragende Stelle in der Welt gegeben[6]. Die heutigen Parteien haben ein großes Deutschland übernommen. Sie sollen nicht sagen, daß sie einen zerstörten Staat übernommen haben, sondern sie haben den Staat erst zerstört[7]! Sie haben nicht nur die deutsche Wirtschaft zerstört, die Berufe ruiniert und die Finanzen in Unordnung gebracht, sie haben vor allem das deutsche Volksgefüge aufgelöst! Sie haben das deutsche Volk zum willenlosen Objekt seiner Feinde gemacht. Sie haben jeden Stand vernichtet und können weder für den Bauer, den Arbeiter oder den Intellektuellen eintreten. Das einzige, was sie zu ihrer Rechtfertigung anführen könnten, ist, daß Deutschland trotzdem heute noch lebt und daß Deutschland an eine deutsche Zukunft glaubt und hofft. Das Schlimmste ist noch gar nicht die Vernichtung unseres deutschen Wirtschaftslebens, sondern die Verwüstung des deutschen Volkskörpers, die Zerstörung des deutschen Volksganzen. Sie haben an Stelle des früheren einigen Reiches eine üble Parteiwirtschaft gesetzt, dessen einzige Sorge ihre Selbsterhaltung ist und in diesem Bestreben die größten Gegensätze überbrückt. Das Bemerkenswerte ist ihr eigenes Geständnis. Sie geben heute schon zu, daß sie die Bauernschaft so ruiniert haben, daß sie zu einem anderen übergehen[8]. Wenn diese Regierung Deutschland wirklich gerettet hätte, dann wäre ich überflüssig. Es wäre ein Verbrechen, sich gegen sie zu wehren. Was aber diese Regierung angerichtet hat, habe ich vorausgesagt. Ich habe das in einer Zeit vorausgesagt, als es noch nicht ratsam erschien, gegen diese Regierung anzukämpfen, die am Zenit ihrer Macht war. Sie haben ihre Gegner angegriffen mit Lüge und Verleumdung. Sie sagen: Ihr könnt es nur schlechter machen! Was könnte aber denn überhaupt schlechter gemacht worden sein? Was haben sie denn in den 14 Jahren geleistet? Sie haben die deutsche Wirtschaft ruiniert, sie haben den deutschen Bauern ruiniert, sie haben ein Drittel aller im Erwerbsleben Stehenden arbeitslos gemacht[9], sie haben sämtliche Finanzen ruiniert und den deutschen Staat durch z. T. 8-, 10- und 14prozentige Anleihen[10] mit 28 Milliarden [*Reichs*]mark über-

---

5 Der preußische König Wilhelm I. ernannte Otto von Bismarck am 8.10.1862 zum preußischen Ministerpräsidenten und zum Minister des Auswärtigen.

6 Zur Politik Bismarcks von seiner Ernennung bis zur Krieg-in-Sicht-Krise 1875 vgl. Walter Bussmann, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. [4]1968, S. 65-138.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

8 Zur Agrarkrise vgl. Dok. 1, Anm. 16.

9 Im Jahresdurchschnitt waren 1932 29,9% der abhängigen Erwerbspersonen (Krankenkassenversicherte) arbeitslos. Vgl. Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S. 119.

10 Mit Stand vom 31.3.1932 wurden die Schulden des Reiches in Höhe von 8 Millionen RM zu einem Schuldzinssatz zwischen 8 und 9% verzinst, alle anderen Schulden des Reiches mit weniger als 8%. Die Schulden der Länder mußten für 101,9 Millionen RM mit 8% sowie für 173,8 Millionen RM mit über 8% verzinst wer-

lastet[11]. Sie haben vernichtet, was vernichtet werden konnte. Sie haben verschlechtert, was verschlechtert werden konnte. Könnte eine Freiheit mehr unterdrückt werden als in Deutschland? Die Inflation haben nicht wir gemacht[12]. Wir haben dagegen gekämpft! Sie haben das gründlich besorgt, so wie man das in der Geschichte nicht wieder erlebt hat. Heute kann nicht die Frage darüber aufgeworfen werden, was wir tun werden, sondern was sie getan haben. Gebt uns 14 Jahre Zeit und dann stelle ich mich der deutschen Nation zur Verfügung. Ich decke alles, was ich tue mit meinem Namen. Wir haben bereits an drei Stellen regiert[13] und an diesen drei Stellen haben wir vom Volk die glänzendste Sanktion erhalten. Seitdem wir in Coburg die Regierung übernommen haben[14], nehmen wir in dieser Stadt bei jeder Wahl um 1.000 und 1.500 Stimmen zu[15]. In Thüringen haben wir mit 92.000 Stimmen begonnen und zählen heute 470.000[16]. In Braunschweig haben wir unsere Stimmen um 100 Prozent vermehrt[17]. Ich weiß nicht, ob die Bayerische Volkspartei bei der Landtagswahl[18] um 100 Prozent stärker werden wird.

Sie sagen: Ihr zerstört Deutschland. Wenn man einmal mit 12 Mann begonnen hat[19] und nach 13 Jahren mehr als 13 Millionen Menschen unter einer Fahne vereinigt in einem Volke, wo 10 Menschen 12 Meinungen haben, dann kann man doch nicht sagen, daß wir die Nation zerreißen. Es sind erst 13 Millionen. Ich bin aber auch erst 43 Jahre alt und nicht schon 85[20]. Ich habe alles getan, was überhaupt ein Mensch tun konnte. Ich habe eine Organisation ge-

---

den, davon lediglich 2,9 Millionen RM mit über 10%. Alle anderen Schulden waren ebenfalls niedriger verzinst. Für die Gemeinden wurden die Schuldbedingungen seit 31.3.1930 nicht mehr statistisch erfaßt.
1932 lag der durchschnittliche Nominalzins für langfristige Auslandsanleihen bei 6,06%, für langfristige Inlandsanleihen bei 4,68%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 354, 465.

11 Die Gesamtverschuldung aus Kreditmarktmitteln von Reich, Ländern, Hansestädten und Gemeinden betrug am 31.3.1932 24,18 Milliarden RM. Vgl. ebenda, S. 458.

12 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.

13 Gemeint sind die Stadt Coburg sowie die Länder Thüringen (vgl. Dok. 38, Anm. 7) und Braunschweig (vgl. Dok. 38, Anm. 6).

14 Die NSDAP hatte in Coburg für den 5.5.1929 einen Volksentscheid zur Auflösung des Stadtrats und Ausschreibung von Neuwahlen initiiert, der eine Zustimmung von 6.914 (62%) gegen 4.266 (38%) Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 67% erhielt. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 23.6.1929 erhielt die NSDAP 13 von den 25 Stadtratsmandaten. Vgl. N. F. Hayward und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988, S. 110 ff.

15 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 erhielt die NSDAP in der Stadt Coburg 7.417 Stimmen, beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 erzielte Hitler dort 8.421 Stimmen und im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 9.585 Stimmen. Vgl. Günther Schmehle, Coburg und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung im Raum Coburg von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung insbesondere in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bamberg 1980, S. 161.

16 Vgl. Dok. 38, Anm. 8.

17 Bei der braunschweigischen Landtagswahl am 14.9.1930 erhielt die NSDAP 22,2% der abgegebenen Stimmen. Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 erzielte Hitler in Braunschweig 38,8%, im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 46,3% der Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 92 sowie Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 103.

18 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

19 Bezieht sich vermutlich auf die Ortsgruppe Rosenheim, die bei ihrer Gründung aus elf Männern und einer Frau bestand. Vgl. Miesbeck, Bürgertum, S. 59 f.

20 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

schaffen, in der alle deutschen Gruppen und Stände von Pommern bis Bayern, von Sachsen bis zu den Rheinlanden zusammengefaßt und geeinigt sind. Ich habe schon vor 13 Jahren prophezeit, daß der Weg, den unsere Partei gehen muß, ein harter ist. Man kann nicht die Stimme einer Partei geben, die demokratisch sein will und mit 12 oder 19 Sitzen im Reichstag vertreten ist. Diese Interessen kann nur eine Partei vertreten, die 200 oder 300 Sitze im Reichstag hat. Wenn heute eine Reichstagswahl stattfindet, werden wir mit mindestens 200 Sitzen in den Reichstag einziehen. Etwas mache ich nicht mit: den Schwindel, in Berlin mit den Preußen Arm in Arm zu gehen und in München auf die Preußen zu schimpfen[21]. Das ist eine genauso große Lüge, als wenn man auf der einen Seite die Religion in den Dienst der Partei stellt und auf der anderen Seite mit Atheisten und Freidenkern Arm in Arm geht[22]. Das ist das Schlimmste, was man der Religion überhaupt zufügen kann. Es würde wesentlich besser um Deutschland stehen, wenn es gewisse Parteien nicht verständen, die Priester in den Dienst ihrer Sache zu ziehen und wenn die Priester sich auf das Gebiet beschränken würden, das ihnen zugehört. Uns ist es nicht um Parlamentssessel und Ministerposten zu tun, sondern wir wollen das deutsche Volk wieder zu einer absoluten Einheit zusammenführen. Dafür kämpfe ich. Der Weg zu den 13 Millionen war schwerer, als der Weg zu den 20 und 30 Millionen sein wird. Es gibt heute Gebiete in Deutschland, in denen wir bis zu 80 und 90 Prozent vertreten sind[23]. Und es wird in ganz Deutschland einmal so sein. Ich habe den Glauben, daß eine Partei, die von der Vorsehung gesegnet (!) ist, keine Parteibonzen zerstören können [*sic!*]. Wenn wir den Weg zum Sieg bisher gehen konnten, dann werden wir auch das letzte Stück noch aushalten. Ich werde den Weg gehen durch Lüge, Verleumdung und Terror, meinetwegen sogar durch persönliche Mißhandlung und Gefängnis, ohne einen Zentimeter von ihm abzukommen. Sie können meine SA und SS auflösen[24], sie wird aber wieder auferstehen. Das wissen meine Kameraden, daß ich zu ihnen halte bis zum letzten Atemzuge, genauso wie ich es weiß, daß sie zu mir gehören. Es ist ein Bund fürs Leben [*sic!*], den weder ein Brüning, ein Groener oder ein Held[25] zerreißen können. Ich glaube, das ist alles nötig. Denn wäre meine Bewegung so widerstandslos gewachsen, dann wäre sie heute ein großer Haufen ohne innere Festigung. Ich ringe um den Intellektuellen, um ihn herauszuziehen aus seinen Vorurteilen und ihn der deutschen Nation wieder zu geben, ich ringe um den Arbeiter, um ihm zu zeigen, daß er dem deutschen Volke und nicht einer Klasse gehört; ich ringe um den Bauern, um ihm zu zeigen, daß ihn

---

21 Anspielung auf den scheinbaren Widerspruch zwischen föderalistischem Selbstverständnis und der gleichzeitigen vermeintlichen Mitverantwortung der BVP an der unitarischen Politik der Reichsregierung durch Postminister Georg Schätzel. Da die BVP keine Alternative zur Regierung Brüning sah, versuchte sie mit geringem Erfolg, die Aushöhlung der Länderrrechte durch die Notverordnungen in Grenzen zu halten. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 262 ff.

22 Anspielung auf die von Zentrum und SPD getragene Regierungskoalition in Preußen.

23 Den höchsten Stimmenanteil in einem Wahlkreis erreichte Hitler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis Nr. 6, Pommern, mit 52,6%, gefolgt vom Wahlkreis Nr. 13, Schleswig-Holstein, mit 48,85%. In einzelnen, kleineren Ortschaften erreichte Hitler allerdings die von ihm hier genannte Quote. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 79 sowie z. B. VB vom 15.4.1932, "Nationalsozialistische Hochburgen".

24 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

25 Heinrich Held (1868-1938), Journalist, 1907-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1918 Mitbegründer der BVP, 1919-1933 MdL, 1919-1924 Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 Ministerpräsident in Bayern.

nicht die Bauernorganisationen, sondern nur ein starkes Gemeinschaftsgefühl retten kann. Ich kämpfe gegen die deutsche Zerrissenheit. Wir wollen lernen, zu sein ein einig [*sic!*] Volk von Brüdern[26].

17. April 1932 Dok. 41
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stephanskirchen-Schloßberg[1]

Rosenheimer Anzeiger vom 18.4.1932, "Die Parallelversammlung in Schloßberg"[2].

Redetext entspricht Dok. 40[3].

17. April 1932 Dok. 42
"Unser Kampf um Bayern"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Traunstein[2]

Traunsteiner Tageblatt vom 18.4.1932, "Traunstein und Chiemgau"[3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 40.

---

26 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, II. Akt, 2. Szene: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern / In keiner Not uns trennen und Gefahr."

1 Nach 13.00 Uhr. Nach der Rede des Münchner Stadtrats Hermann Esser begrüßte Ortsgruppenleiter Michael Lang Hitler. Für die Veranstaltung wurden 1.150 Eintrittskarten für 1.075 RM verkauft; die Unkosten der Ortsgruppe Schloßberg beliefen sich auf 428 RM.

2 Vgl. auch Peter Miesbeck/Wolfgang Stäbler, Die Entwicklung der Rosenheimer NSDAP in der "Kampfzeit" 1920-1933. In: Rosenheim im Dritten Reich. Beiträge zur Stadtgeschichte. Hrsg. vom Kulturamt der Stadt Rosenheim, Rosenheim 1989, S. 11-15.

3 Der Rosenheimer Anzeiger stellte fest: "Seine Ausführungen deckten sich mit seiner Rosenheimer Rede".

1 Titel laut Plakatankündigung (Stadtarchiv Traunstein, Plakatslg. Nr. 938) und Ankündigung im Traunsteiner Wochenblatt vom 16.4.1932.

2 In der Turnhalle, von 14.30 bis 15.00 Uhr. Vor Hitler sprachen MdL Hans Dauser, MdR Franz von Epp und Gauleiter Adolf Wagner. Viele Kundgebungsteilnehmer verließen die bereits um 10.30 Uhr eröffnete Versammlung noch vor dem Erscheinen Hitlers; zwei Parallelveranstaltungen besuchte Hitler nicht. NSDAP-Anhänger aus Österreich waren mit einem Sonderzug angereist. Die Eintrittspreise lagen zwischen 50 Pfennig und 2 RM.

3 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 18.4.1932, "Der Führer in Südbayern"; Traunsteiner Wochenblatt vom 18.4.1932, "Aus Stadt und Land"; VB vom 19.4.1932, "In Traunstein waren alle Säle überfüllt"; sowie Traunsteiner Zeitung vom 8.12.1937, "Adolf Hitler 1932 in Traunstein" sowie Friedbert Mühldorfer, Widerstand und Verfolgung in Traunstein 1933-1945, Ingolstadt 1992, S. 29 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.4.1932, "Hitlers Siegeszug durch das bayer. Oberland: 'Er war mein Kamerad damals - und ich bin heut der seinige!'".

17. April 1932 Dok. 43
Rede auf NSDAP-Versammlung in Miesbach[1]

Miesbacher Anzeiger vom 19.4.1932, "Adolf Hitler spricht in Miesbach"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 40.

18. April 1932 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Beuthen[1]

Geheimer Bericht des polnischen Generalkonsuls in Oppeln, Leon Malhomme, an den Gesandten der Republik Polen in Berlin, Alfred Wysocki, vom 20.4.1932, Nr. 602/T/32; Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie 349[2].

Hitler entwickelte in seiner Rede keinen konkreten politischen Plan. Er trat gegen die in Deutschland bestehende Ordnung auf, ohne etwas Bestimmtes darüber zu sagen, wie er sich die Struktur des Reiches im Falle seiner Machtübernahme vorstelle. Er trat scharf gegen die Sozialdemokraten auf, vermied es je-

Hitler nie rozwinął w swojej przemowie żadnego konkretnego planu politycznego. Występował przeciw istniejącemu porządkowi w Niemczech, nie mówiąc zupełnie, jak sobie ustrój Rzeszy przedstawia w razie dojścia swego do władzy. Występował ostro przeciwko socjaldemokratom, unikając

1 Im Waitzinger-Keller, nach 18.00 Uhr. Auf der laut Miesbacher Anzeiger von etwa 3.300 bis 3.500 Menschen besuchten Versammlung sprachen vor Hitler MdR Franz Ritter von Epp, Gauleiter Adolf Wagner und Landtagskandidat Josef Bauer. Hitlers Rede wurde durch Lautsprecher zu einer Parallelversammlung in den Gasthof Wendelstein übertragen, in zwei anderen gefüllten Sälen war Hitler nicht zu hören und trat auch nicht auf.

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 18.4.1932, "Der Führer in Südbayern"; VB vom 19.4.1932, "Tausende strömten in Miesbach zusammen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.4.1932, "Hitlers Siegeszug durch das bayer. Oberland: 'Es war mein Kamerad damals - und ich bin heut der seinige!'".

1 Im Hindenburgstadion, nach 17.15 Uhr. An der vom Ortsgruppenleiter der Stadt Hindenburg, Max Fillusch, eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der polnischen Beobachter, Vizekonsul 2. Klasse Zygmunt Wyszyński und Attaché Consulaire Aleksander Figlarewicz, und der Lokalpresse etwa 30.000 Menschen teil (VB: 60.000). Nach Hitlers 20minütiger Rede sprach Untergauleiter Josef Joachim Adamczyk. Die Eintrittspreise waren von 1 bis 10 RM gestaffelt. Das Singen von nationalsozialistischen Liedern war polizeilich verboten worden, so daß das Publikum die einschlägigen Melodien pfiff. Aus Oppeln wurden zwei, aus Kreuzburg und Ratibor je ein Sonderzug für je 600 Fahrgäste eingesetzt; die Sonderzugskarten wurden mit 50% Ermäßigung zum normalen Fahrpreis abgegeben.
Deutsche Übersetzung von Katrin Reichelt (Berlin).

2 Vgl. auch Allgemeiner Lokal-Anzeiger vom 16.4.1932, "Hitler-Kundgebung im Stadion", vom 19.4.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Beuthen"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien"; Oberschlesische Zeitung vom 19.4.1932, "Der Führer der NSDAP in Beuthen"; Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (MA), "Hitler in Schlesien", vom 20.4.1932 (MA), "Die Beuthener Hitlerversammlung in polnischem Lichte"; VB vom 20.4.1932, "'Wer gibt das Grenzland preis? Wir Nationalsozialisten oder die Zerstörer der deutschen Schutzorganisationen?'"; Volkswacht vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien".

doch, das Zentrum offen anzugreifen. Er erklärte, daß Gerüchte, wonach er ein Feind der katholischen Kirche sei, einfache Lügen seien, mit denen ihn seine Gegner bekämpfen[3].

Ebenfalls als Lüge bezeichnete er die Behauptung seiner Gegner, daß er beabsichtige, die deutsche Ostgrenze den Polen als Opfergabe zu überlassen[4]. Er betonte, daß kein anderer als die Sozialdemokraten sich von den Vorkriegsgrenzen Deutschlands zurückgezogen hätten, und was seine Machtübernahme für die Grenzfrage bedeuten würde, das wüßten am besten die Polen und Franzosen.

Er wies darauf hin, daß es ihm überhaupt nicht darum ginge, eine mehr oder weniger hohe Anzahl von Mandaten im preußischen Landtag oder auch einige Ministerposten zu gewinnen, da er um die Erweckung des Geistes des deutschen Volkes kämpft, in dem er ausschließlich das Heil Deutschlands sieht.

Er sichert seinen Wählern für den Fall des Sieges nichts zu, aber er schwört, daß er, wenn er am 24. April [*1932*] eine Niederlage erleidet[5], den Kampf von neuem beginnt und ihn nicht aufzugeben gedenkt, da er 13 Millionen Wähler hat[6].

Zuletzt wies er darauf hin, daß seine Gegner, die gegenwärtig an der Macht sind, ihn mit jeglichen Mitteln bekämpfen können, die ihnen zur Verfügung stehen, weil seine Bewegung sowieso siegen wird.

Wer dagegen an seinem Sieg zweifelt, den kann er darauf hinweisen, daß er sein Wirken vor 13 Jahren mit nur sechs Anhängern[7] begann; nach 13 Jahren hat er 13 Millionen und ist jetzt dagegen nur 43 Jahre alt, wenn er das Alter von 85 Jahren erreicht hat,

jednak zbyt otwartego zaczepania Centrum. Stwierdził, że pogłoski, jakoby był wrogiem kościoła katolickiego, są zwykłem kłamstwem, jakiem walczą z nim jego przeciwnicy. -

Nazwał również kłamstwem twierdzenie swoich przeciwników, jakoby zamierzał pozostawić wschodnią granicę Niemiec na pastwę Polaków. Podkreślił, że właśnie nikt inny, jak tylko socjal-demokraci wycofali się z przedwojennych granic Niemiec, i że co dla kwestji granic znaczyłoby jego dojście do władzy, to wiedzą to najlepiej Polacy i Francuzi. -

Zaznaczył, zė nie chodzi mu wcale o zdobycie większej czy mniejszej ilości mandatów w sejmie pruskim, czy też kilku tek ministerjalnych, bo on walczy o obudzenie ducha ludu niemieckiego, w czem wyłącznie dopatruje się zbawienia Niemiec. -

Wyborcom swoim na wypadek zwycięstwa nic nie obiecuje, ale przyrzeka to, że jeśli w dniu 24-ym kwietnia poniesie klęskę, to 25-go podejmie walkę na nowo, której nie myśli zaniechać mając trzynaście miljonów zwolenników. -

Wreszcie zaznaczył, że przeciwnicy jego, którzy są obecnie u władzy, mogą zwalczać go wszelką bronią, jaką rozporządzają, mogą go nawet zgładzić, że jednak mimo wszystko ruch jego zwycięży. -

Kto zaś wątpli w jego zwycięstwo, temu może wskazać na to, że akcję swoją rozpoczął przed trzynastu laty mając tylko sześciu zwolenników; po trzynastu latach ma ich trzynaście miljonów, liczy zaś obecnie dopiero 43 lata życia, wiele więc będzie miał głosów,

3 Vgl. z. B. Jakob Nötges, Nationalsozialismus und Katholizismus, Köln 1931.
4 Vgl. Dok. 11, Anm. 9.
5 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

würde er viel mehr Stimmen haben (eine Anspielung auf das Alter Hindenburgs).

Seine Rede war sehr demagogisch und auf Wirkung bedacht, aber ohne jegliches Programm.[8]

gdy dojdzie wieku 85-ciu lat /aluzja do wieku Hindenburga/. -

Przemówienie jego było bardzo demagogiczne i obliczone na efekt, ale bez żadnego programu. -

18. April 1932 Dok. 45
Rede auf NSDAP-Versammlung in Görlitz[1]

Görlitzer Nachrichten und Niederschlesische Zeitung vom 20.4.932, "Die eindrucksvolle Rede Hitlers"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Das, was sie jetzt hier sehen und was sich in ganz Deutschland wiederholt, ist das Zeichen eines Aufbruchs der deutschen Nation. 14 Jahre fast herrschen heute Parteien, die einst den Himmel herunter versprochen hatten und in diesen 14 Jahren nun Deutschland bis in Grund und Boden hinein vernichteten. Sie möchten heute keine Verantwortung übernehmen für das, was sie im November 1918 anrichteten[3] und seitdem fortführten. Damals allerdings, da kannten sie das Wort Verantwortung. Könige, Fürsten und Monarchen, ja selbst der Kaiser[4], sie wurden entfernt, weil sie verantwortlich sein sollten für das, was damals Deutschland betroffen hatte[5].

---

8 Folgt Bericht über die Reaktion der deutschen Regionalpresse.

1 Auf dem Friedrichsplatz, nach 20.00 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Max Wockatz mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Regionalpresse etwa 50.000 Menschen teil (VB: 100.000). Nach Hitlers 25minütiger Rede sprach MdR Edmund Heines. Die Eintrittspreise waren von 1 RM bis 10 RM gestaffelt, die Gesamteinnahme wurde auf 55.000 RM geschätzt.

2 Vgl. auch Breslauer Neueste Nachrichten vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien"; Görlitzer Nachrichten und Niederschlesische Zeitung vom 20.4.1932, "Hitler vor 50.000 in Görlitz"; Görlitzer Volkszeitung vom 20.4.1932, "Zirkus Hitler in Görlitz"; Neuer Görlitzer Anzeiger vom 20.4.1932, "Hitler-Tag in Görlitz"; Oberlausitzer Rundschau vom 21.4.1932, "Görlitz, 20. April"; Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (MA), "Hitler in Schlesien", VB vom 20.4.1932, "100.000 Schlesier waren in Görlitz versammelt"; Volkswacht vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien".

3 Vgl. Dok. 8, Anm. 3

4 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

5 Z. B. enthielt die Proklamation des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats vom 10.11.1918 unter anderem die Feststellungen: "Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. [...] Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich bewußt, daß die revolutionäre Macht die Verbrechen und Fehler des alten Regimes und der besitzenden Klassen nicht mit einem Schlage gutmachen, daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Aber diese revolutionäre Macht ist die einzige, die noch retten kann, was zu retten ist." Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin [1958], S. 9 f.

Gut,

die Männer, die heute regieren, sind verantwortlich für das, was Deutschland jetzt betroffen hat. (Bravo!)

Sie möchten gern den Gedanken der Demokratie so auslegen, daß nun angesichts der Wahlen in Preußen, in Bayern und Württemberg[6] geprüft werden soll, was die tun wollen, die nach ihnen kommen werden. Das ist nicht der Sinn der Demokratie; darüber haben nicht die zu reden, die bis jetzt regiert haben, sondern nur wir, die wir kommen werden. (Stürmische Heilrufe!) *Die, die jetzt regieren, sollen reden über das, was sie geleistet haben.* 14 Jahre gab ihnen das Schicksal Zeit, mehr als genügend. In 14 Jahren hat Bismarck einst Preußen aus der Niederung hinaufgeführt bis zur Einigung des Deutschen Reiches, hat Bismarck das deutsche Volk aus seiner Zersplitterung erlöst und hat das geschaffen, was wir selbst einst noch ruhmvoll miterleben durften[7]. In 14 Jahren haben die Machthaber von jetzt zerstört nicht das, was sie aufgebaut haben, sondern was Generationen vor ihnen sowohl in friedlicher Arbeit als auch in unerhört schwerstem Kampf geschaffen und gestaltet haben. Freilich, *sie wollen nicht gerne reden von ihrer eigenen Zeit, weil sie nicht einen einzigen deutschen Berufsstand als Zeugen für ihr Regiment anführen könnten.* Sie können nicht hingehen zum deutschen Bauern und können ihn aufrufen, für sie einzutreten, sie können nicht an den Arbeiter, an den Mittelstand oder an die Wirtschaft herantreten, sie haben nicht einen Zeugen, der für sie aufstehen könnte, weil er durch dieses Regiment vielleicht Vorteil gehabt hätte, außer einer kleinen Clique von Personen, die vielleicht in einem kommenden Staat mehr mit dem Strafgesetz Bekanntschaft machen werden, als es heute der Fall ist. (Bravo!) Sie haben keinen einzigen Zeugen, weil sie keine Leistungen besitzen und infolgedessen sind sie gezwungen,

ihre Zuflucht zu nehmen zu einer endlosen Flut von Lügen und Verleumdungen, von Fälschungen und Verdächtigungen.

Sie sagen: "Ihr werdet einmal Deutschland zersplittern!" Meine lieben Volksgenossen, ist das (auf die Versammlung zeigend) das Bild der kommenden Zersplitterung Deutschlands, das sich jetzt überall zeigt? Sie sagen: "Wir werden eine Inflation machen"[8]. Wir können das gar nicht; auf dem Gebiet sind die Fachkundigen in den anderen Parteien und nicht bei uns. Sie sagen: "Ihr werdet die Wirtschaft zerstören". Ich frage, welche Wirtschaft denn?, die Fabriken, die heute still liegen in Deutschland? Was soll denn noch zerstört werden?

Was menschlicher Geist zu zerstören ersinnen konnte, haben diese fähigen Köpfe in 14 Jahren ruiniert.

Oder sollten wir Deutschland noch mehr verschulden, als es heute schon ist? Das hätten die jetzigen Machthaber schon getan, wenn ihnen ein Mensch noch einen Groschen borgen würde. Es ist nichts mehr schlechter zu machen, es könnte nur besser werden. Freilich, sie wissen auch eines:

Jede Besserung bedeutet zuerst die Beseitigung der heute verantwortlichen Parteien,

---

6 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

7 Gemeint ist die Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Österreich zum Deutschen Reich durch die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser am 18.1.1871 im Spiegelsaal von Versailles.

8 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

denn sie haben Deutschland dahin gebracht, weil sie es zersplitterten und zerrissen. 26 Monarchen[9] haben sie beseitigt und 30 Parteien und Verbändchen[10] haben sie an ihre Stelle gesetzt. Einen Majestätsparagraphen[11] haben sie vom deutschen Volke genommen und 3.000 andere haben sie ihm aufgebürdet[12]. Vom Polizeistaat, von dem sie früher redeten, haben sie uns wahrlich in den Staat der Freiheit geführt. Sie, die früher alles kritisierten und alles mit der ätzenden Lauge ihres Spottes übergossen haben,

sie sind jetzt in diesen 13 Jahren erkannt als die größten geschichtlichen Nichtskönner und Dilettanten.

Von 23 Millionen im Erwerbsleben stehenden Menschen sind heute über 7 Millionen ohne Arbeit[13]. Die Wirtschaft selbst steht zu dreiviertel still[14]. Das Reich hat über 23 Milliarden Auslandsschulden[15]; Kommunen, Länder und das Reich sind heute finanziell überschuldet und ruiniert[16]; und dabei ist das Wesentliche noch nicht die Vernichtung der Wirtschaft, sondern die Vernichtung des Volksgutes. Was haben sie in 13 Jahren aus dem Volke gemacht, das sie einst übernommen haben? Freilich sagen sie jetzt, wir wollen die Grenzen schützen, während die Nationalsozialisten sie verraten wollen (Pfuirufe)[17]. Meine Schlesier, das heutige Regiment dieser Parteien hatte nicht nur das Blut des Weltkrieges zu verteidigen, sondern auch das Blut der Kämpfe zurück bis zu den Grenadieren Friedrichs des Großen[18]. Sie haben ein Erbe unerhörter Größe übernommen, und was ist aus dem geworden? Eines allerdings muß ich hier wieder betonen: *Ich glaube nicht an die Möglichkeit einer Wahrung der deutschen Grenze, wenn nicht das ganze Volk bis ins Herz Deutschlands hinein eine andere Gesinnung, einen anderen politischen Glauben und einen anderen Willen erhält.* Das ist das Entscheidende und das ist das Werk der nationalsozialistischen Bewegung. *Ich wollte, daß hinter den Fronten* dereinst eine ebenso tüchtige und mächtige innere Heimat steht, daß es sich nicht um vorgeschobene Grenzbezirke handelt, die auf sich selbst angewiesen sind, sondern daß hinter ihnen *ein*

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 6.
10 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
11 Anspielung auf die §§ 94-101 StGB. Sie enthielten die Bestimmungen, welche den Kaiser und die Landesherrn vor Beleidigungen schützen sollten. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Tübingen [18]1931, S. 152 ff.
12 Anspielung auf das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 (Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.), das am 25.3.1930 verabschiedete zweite Gesetz zum Schutze der Republik (Druck: RGBl. 1930, I, S. 91 ff.), die Notverordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3., 17.7., 10.8. und 6.10.1931 (Druck: RGBl. 1931, I, S. 79 ff., 371, 435 f., 566 ff.), die Notverordnung zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931 (Druck: RGBl. 1931, I, S. 699) sowie das SA-Verbot (vgl. Dok. 36, Anm. 4). Vgl. Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?
13 Vgl. Dok. 40, Anm. 9.
14 Der Index der gesamten deutschen Industrieproduktion stand 1932 bei der Indexziffer 58 und für Produktionsgüter bei der Indexziffer 47 (1928 und 1929: Indexziffer 100). Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 61.
15 Bezieht sich auf die Gesamtsumme ausländischer Anlagen in Deutschland, die am 29.2.1932 etwa 25,6 Milliarden RM betrugen. Das Deutsche Reich war mit rund 3,125 Milliarden RM Auslandsschulden belastet. Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung nach dem Stand vom 29. Februar 1932. In: Wirtschaft und Statistik 12 (1932), S. 490-493.
16 Vgl. Dok. 1, Anm. 18, 19.
17 Vgl. Dok. 11, Anm. 9.
18 Gemeint sind die drei Kriege, die der preußische König Friedrich II., der Große, zwischen 1740 und 1763 gegen die deutsche Kaiserin Maria Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte.

im nationalen Sinne festgefügtes und entschlossenes Volk steht. Das ist es, was die Welt fürchtet, nicht die Tiraden einiger Reichsbannerapostel[19]. Warum drückt die Welt eigentlich gegen uns Nationalsozialisten? Weil wir Deutschland schaden?

Was Frankreich lobt, muß unser Tod sein, und was Frankreich haßt, wird Deutschlands Leben sein[20]*!* (Stürmische Heilrufe.)

Wir glauben, daß, ehe nicht diese nationale Neubildung unseres Volkes gelungen ist, auch eine Hebung der deutschen Wirtschaft nicht stattfinden wird. Der Kampf ist nicht nur in Deutschland hart, sondern hart in der ganzen Welt, und

am Ende wird das Volk zuerst abtreten von dieser Welt, das die wenigste eigene Kraft aufbringt.

Wenn meine Gegner heute sagen: Ihr wollt Deutschland zersplittern, so kann ich ihnen nur antworten: Vor 13 Jahren habe ich mit 7 begonnen[21] und heute sind es über 13 Millionen[22]! Ist das der Weg einer Zersplitterung? Freilich sagen sie, ja 13 aber doch noch nicht 30 Millionen. Laßt mir nur Zeit! Ich bin heute 43 Jahre, wenn ich 85 Jahre alt sein werde[23], ist mein Werk gelungen. (Stürmische Heilrufe.) Das, was heute dasteht, ist doch schon jetzt das Größte, was Deutschland je gesehen hat. Nicht, weil wir 13 Millionen sind, sondern

weil sich diese 13 Millionen zusammensetzen aus allen Schichten des deutschen Volkes[24].

Es ist mein unbändiger Stolz, daß es mir gelungen ist, Millionen von sogenannten Geistesarbeitern und intellektuellen Bürgerlichen zu überzeugen, daß ihr ganzes Wissen und ihr ganzes Können, ihre ganze Bildung gänzlich wertlos und belanglos ist, wenn zu ihrem Geist nicht auch die Massen des deutschen Handarbeiters kommen, die Millionen des schaffenden Volkes aus unseren Fabriken und Werkstätten und die Millionen der deutschen Bauern treten. Ebenso bin ich stolz, daß ich auch Millionen deutscher Arbeiter in diese Bewegung hineingeführt habe und ihnen klar machte, daß ihre Zukunft nicht in ihrer Klasse liegen wird, sondern daß sie gebunden sind an ihr Volk und daß sie aus Faust und Kraft allein genau so wehrlos sind, wie der Intellektuelle ohne die Kraft.

Die Vermählung von reichem Verstand und großer Kraft der deutschen Nation wird und kann nur das erleben, was wir die deutsche Zukunft nennen.

Ich bin stolz darauf, daß ich endlich Millionen deutscher Bauern in diese Bewegung eingefügt habe, die früher vielleicht auch meinten, ihre Berufsverbände könnten sie selig machen und die jetzt enttäuscht sind. Sie erkennen, daß es nicht um die Frage der Existenz eines Berufes geht, sondern daß ein Volksschicksal in die Waagschale gelegt worden ist. Wir wissen, daß es sich nicht allein um den Bauern handelt, genauso wenig, wie um den Arbeiter, um den Beamten, um Katholiken oder Protestanten, sondern daß es sich um das deutsche Volk handelt. Das ist das Wunderbare, daß es uns gelungen ist, in derselben Zeit, in der die anderen Deutschland

19 Zur Beurteilung der deutschen Wehrverbände z. B. durch den französischen Generalstab vgl. Dok. 37, Anm. 25. Zum "Reichsbanner" vgl. Dok. 36, Anm. 5.

20 Anspielung auf Hitlers Behauptung, das SA-Verbot (vgl. Dok. 36, Anm. 4) sei auf eine Forderung Frankreichs zurückzuführen. Vgl. Dok. 37, Anm. 22.

21 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

22 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

23 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

24 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.

zerstörten, aus einer Hand voll Menschen aus dem Nichts gegen die schwersten Widerstände, gegen Parteien, gegen Presse, gegen das Kapital, gegen die öffentliche Meinung, gegen den Staat, gegen Terror, Gewalt, Lüge und Verleumdung diese Bewegung aufzuhalten und über ganz Deutschland hinweg zu verbreiten; denn das Bild, was sie heute hier sehen, das sah ich vor zwei Stunden in Beuthen[25] und werde es in einer Stunde wieder in Breslau[26] sehen und werde es morgen in Masuren und im übrigen Ostpreußen sehen[27], wie ich es in Mitteldeutschland, in Berlin[28], Hamburg[29], Westfalen[30] und am Rhein[31] gesehen habe.

Überall, wo ich hinkomme in Deutschland, die gleiche Erhebung; und das nennen die Lügner die Zersplitterung der deutschen Nation.

Sie sagen da noch: "Ihr werdet die Religion beseitigen"[32]. Allerdings habe ich die Auffassung, daß es für die Religion zweckmäßiger ist, wenn die Priester in den Kirchen sich mehr um die Seelsorge kümmern würden, als im politischen Versammlungssaal ihre Gegner mit Verleumdungen schlecht zu machen, und ich erkläre hier feierlichst:

Den Priester am Altar und in seiner Seelsorge werden wir schützen, aber den Priester in der Politik werden wir entfernen. (Heilrufe.)

Es kann in Deutschland nicht sündhaft sein, was in Italien möglich und vom Papst selbst bestätigt ist[33]. Sie sagen nun allerdings, in den katholischen Gebieten, die Nationalsozialisten und insonderheit ich selbst, wir seien Romfeinde, Kirchenfeinde, Religionsfeinde, Wotansanbeter[34] usw. Aber dieselben Parteien verbreiten in Pommern, in Sachsen und Ostpreußen, in allen Gebieten, wo die Bevölkerung evangelisch ist, Adolf Hitler sei romhörig, sei von den Jesuiten bezahlt, um die evangelische Kirche zu beseitigen[35]. So wird auch hier mit Lügen gekämpft. Die einen sagen, wir seien Wirtschaftsfeinde, wir seien Nationalbolschewisten, während die anderen behaupten, die Nationalsozialisten seien Kapitals- und Unternehmerknechte, von der Großfinanz ausgehalten, wie es gerade notwendig ist[36]. Ich frage nur:

Wie lange glaubt man denn, sich mit solchen Lügen noch retten zu können.

---

25 Vgl. Dok. 44.
26 Vgl. Dok. 46, 47.
27 Vgl. Dok. 48, 49, 50.
28 Vgl. Dok. 7, 9, 10.
29 Am 1.3.1932. Vgl. Bd. IV/2.
30 Vgl. Dok. 26.
31 Vgl. Dok. 22, 24.
32 Zum damaligen Verhältnis von Nationalsozialismus und christlicher Religion vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff. sowie Anm. 34, 35.
33 Bezieht sich auf die am 11.2.1929 unterzeichneten "Lateranverträge" zwischen Italien und dem Vatikan, die den seit der Besetzung des Kirchenstaates 1870 bestehenden Konflikt beilegten und das Rechtsverhältnis der Vertragspartner zueinander regelten. Vgl. John F. Pollard, The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A Study in Conflict, Cambridge 1985, S. 48 ff.
34 Oberste germanische Gottheit, Sturm-, Toten- und Kriegsgott. Auch: Odin.
Vermutlich Anspielung auf das antinationalsozialistische Buch "Nationalsozialismus und Katholizismus" von Jakob Nötges (Köln 1931), in dem ein Zitat aus dem "Osservatore Romano" der NSDAP Verbreitung des "Wotans-Kults" vorwirft (S. 61).
35 Vgl. z. B. Erich Ludendorff, Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst. Zusammengestellt aus Aufsätzen in "Ludendorffs Volkswarte", München 1931.
36 Für zeitgenössische Beobachter verfügte die NSDAP 1931/32 über kein geschlossenes wirtschaftspolitisches Programm. Während die NSBO mit antikapitalistischer Rhetorik Arbeiter für die Partei gewinnen wollte, ver-

Ich weiß, was sie dabei denken; sie denken, uns mürbe zu machen, glauben, daß sie meine Bewegung und mich des Kampfes müde machen könnten. Darin täuschen sie sich. Sie können tun, was sie wollen. Sie sollen meinetwegen unsere Propaganda behindern, unsere Flugblätter beschlagnahmen, unsere Plakate herunterreißen[37], unsere Zeitungsauflage beschränken[38]. Sie können mir den Rundfunk verweigern[39], den Tonfilm wegnehmen[40], sie sollen die SA und SS[41], meinethalben die ganze Partei auflösen, können Terrorakte verüben, uns niederschlagen und mich dazu, aber

kapitulieren werden wir niemals.

Sie können den Geist, der in der Bewegung ist, gar nicht ermessen. *Für uns,* das kann sich auch der Reichsinnenminister merken, *ist die Treue und die Fahne kein leerer Wahn*[42]. (Stürmische Zustimmung.) Wir glauben, daß wir dabei nicht nur unsere Bewegung verteidigen, nicht nur das Blut unserer Kameraden, sondern ganz Deutschland und all das Blut, das für Deutschland bisher geflossen ist. Wir wissen daher auch, daß

dieser 24. April [1932] kein Wahltag ist[43] *wie 1.000 andere Wahlen,*

wir kämpfen auch nicht nur um ein paar Sitze oder einige Ministersessel, sondern *was wir erringen wollen, das ist der deutsche Mensch,* um den ringen und kämpfen wir. Wir wissen auch, daß an diesem 24. April über das Schicksal des Staates entschieden wird, der einst Deutschland aus der tiefsten Zerrissenheit erlöst und zu einer großen Gemeinschaft zusammen

---

suchten verschiedene Parteifunktionäre der Reichsleitung, die Unternehmer von den wirtschaftspolitischen Zielen der Partei zu überzeugen. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 232 ff.

37 Eine von der NSDAP beauftragte Firma hatte in der Nacht zum 1.4.1932, vor Ablauf des Osterfriedens (vgl. Dok. 3, Anm. 4), in Berlin begonnen, Wahlplakate anzubringen. Das Polizeipräsidium beschlagnahmte die restlichen Plakate und verfügte, die bereits angebrachten zu überkleben oder zu entfernen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 2.4.1932 (Reichsausgabe), "Plakate verletzen den Burgfrieden".

38 Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 (Druck: RGBl. 1932, I, S. 133) enthielt unter anderem die Bestimmung: "Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens vierundzwanzig Stunden, ehe sie in irgendeiner Art öffentlich verbreitet werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen [...]. Plakate und Flugblätter, die entgegen dieser Vorschrift öffentlich verbreitet werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden."
In einem "Appell Adolf Hitlers an die Bezieher und Leser der nationalsoz. Presse" (Druck: Bd. IV/2) kündigte er an, alle nationalsozialistischen Zeitungen vom 31.3.1932 an "auf die Dauer von 10 Tagen in einem zwar beschränkten Umfange, dafür aber in einer verdrei- bis verzehnfachten Auflage" erscheinen zu lassen. Diese offensichtlichen Umgehungsversuche führten zu einem Verbot durch den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, das die Billigung des Reichsminister des Innern fand, da es sich bei den angekündigten Zeitungsausgaben nach der gültigen Rechtsprechung um Flugblätter handele. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 1.4.1932 (Reichsausgabe), "Die Zeitung als Flugblatt".
Unter der Verbotsdrohung verzichtete die NSDAP offensichtlich auf diese Art der Propaganda.

39 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

40 Bezieht sich wahrscheinlich auf die hohen Lizenzgebühren, die für die Nutzung bestehender Tonfilm-Patente gezahlt werden mußten. Erst die Nutzung des von Ingenieur Erwin Käsemann entwickelten Tonfilmpatents ermöglichte der NSDAP die Finanzierung und Herstellung eigener Tonfilme, z. B. von Hitlers Rede am 4.4.1932 im Berliner Lustgarten (Dok. 7). Vgl. Wolfgang Becker, Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda, Berlin 1973, S. 23.

41 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

42 Nach Friedrich von Schiller aus der Ballade "Die Bürgschaft": "Und die Treue, sie ist doch kein leerer Wahn."

43 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

geführt hat, der durch Jahrhunderte ein unerhörtes Vorbild an Sauberkeit, Ordnung und Disziplin war, in dem die Begriffe Ehre und Würde eine Heimat hatten.

Es geht diesmal nicht um das Preußen eines Braun oder Severing, sondern um das Preußen eines Friedrich des Großen, um das Preußen, das ein Jahrhundert lang Deutschland die Fahne der Freiheit und Einigkeit vorangetragen hat.

Um dieses Preußen wird gekämpft, und wir werden es wieder herstellen, trotz Severing, trotz Braun. Ich will nicht betteln um ihre Stimme. Erfüllen Sie Ihre Pflicht so, wie sie in Deutschland hunderttausende Männer und Frauen unserer Bewegung erfüllt haben, erfüllen Sie Ihre Pflicht so, wie unsere Bewegung sie erfüllt hat. Wenn Sie an uns die Frage richten, was wir und was ich Ihnen verspreche: So wahr mir Gott helfe, nur eines, am 24. April ist ein Kampftag, und am 25. April beginnt für mich und die ganze Bewegung wieder die Arbeit. *Wir haben den unerschütterlichen Entschluß, dieses Deutschland der Zerrissenheit, der Ohnmacht, der Schwäche und des Zerfalls und daher des Elends wieder zu beseitigen und abzulösen durch ein Deutschland der Macht und der Größe, der Stärke und der Herrlichkeit und damit auch des sozialen Lebens und des sozialen Rechts.*

18. April 1932 Dok. 46
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (MA), "Hitler in Breslau" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 44.

1 In der Radrennbahn Grüneiche, nach 22.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach amtlicher Schätzung etwa 6.000 Menschen teil (Schlesische Zeitung: 12.000 bis 15.000). Vor Hitlers etwa 15minütiger Rede sprachen Untergauleiter Josef Schönwälder und Gauleiter Helmuth Brückner. Um 20.30 Uhr wurden die Kassen geschlossen und der Zugang zum Gelände freigegeben.
Laut Bericht der Schlesischen Volkszeitung wurde Breslau als dritter Veranstaltungsort des Tages gewählt, da dessen Flugplatz für Nachtlandungen eingerichtet war.

2 Vgl. auch Breslauer Neueste Nachrichten vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien"; Schlesische Tagespost vom 20.4.1932, "Hitler in Breslau"; Schlesische Volkszeitung vom 19.4.1932, "Hitler in Breslau", Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (MA), "Hitler in Breslau", vom 19.4.1932 (AA) "Der Hitlertag in Breslau"; VB vom 20.4.1932, "Breslau im Zeichen Hitlers"; Volkswacht vom 19.4.1932, "Kommt der Adolf geflogen" sowie Bericht des polnischen Konsuls in Breslau, Aleksy Wdziękoński an den Gesandten der Republik Polen in Berlin, Alfred Wysocki, vom 19.4.1932, Nr. 125/2.pr.; Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie 349.

18. April 1932 Dok. 47
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (AA), "Der Hitlertag in Breslau" [2]

Redetext entspricht weitgehend Dok. 45.

19. April 1932 Dok. 48
Rede auf NSDAP-Versammlung in Allenstein [1]

VB vom 21.4.1932, "Ostpreußen kann sich auf die nationalsozialistische Front verlassen!" [2].

Als der Führer eben seine Rede begonnen hat, erscheint plötzlich ein Severing-Braun-Flugzeug über der Menge. Eine Provokation, die zunichte wird, denn Hitler zeigt an diesem Beispiel die Methoden der Sozialdemokratie in so krasser Beleuchtung, daß der kleine Flieger wie eine eigens dazu gelieferte Illustration erscheint.

Nichts können sie an Erfolgen vorweisen, ruft der Führer aus, nur mit solchen dummen Mätzchen können sie praktisch noch bestehen. Sie können nicht die Not der Erwerbslosen beseitigen, sie können nicht das Elend des Mittelstandes beenden, sie können auch der grenzenlosen Not der Bauern nicht [*gegen*]steuern, nur das allein können sie!

Und Hitler zeigt auf die kleine Maschine, die eben hinter Tannenberg entschwebt, als ob sie Hitlers vernichtende Worte hören könne.

Im übrigen, fährt Hitler fort, *freut es mich, daß mir sogar hier die Herren Severing und Braun ihre Reverenz erweisen!*

---

1 In der Jahrhunderthalle, von 22.45 bis 23.15 Uhr. An der Versammlung nahmen nach amtlicher Schätzung etwa 10.000 Menschen teil (Schlesische Zeitung: 15.000). Vor Hitler sprach der Reichsführer der aufgelösten SS, Heinrich Himmler. Nach der Versammlung übernachtete Hitler im Hotel "Metropol".

2 Vgl. auch Breslauer Neueste Nachrichten vom 19.4.1932, "Hitler in Schlesien"; Schlesische Tagespost vom 20.4.1932, "Hitler in Breslau"; Schlesische Volkszeitung vom 19.4.1932, "Hitler in Breslau"; Schlesische Zeitung vom 19.4.1932 (MA), "Hitler in Breslau"; VB vom 20.4.1932, "Breslau im Zeichen Hitlers"; Volkswacht vom 19.4.1932, "Kommt der Adolf geflogen" sowie Bericht des polnischen Konsuls in Breslau, Aleksy Wdziękoński an den Gesandten der Republik Polen in Berlin, Alfred Wysocki, vom 19.4.1932, Nr. 125/2.pr.; Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie 349.

1 Vor dem Gasthaus Jakobsberg, nach 15.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der Allensteiner Volkszeitung etwa 6.000 bis 8.000 Menschen teil (VB: 10.000).
Die ursprünglich geplante Gefallenenfeier der NSDAP mit anschließender Rede Hitlers am Tannenberg-Denkmal hatte das Regierungspräsidium in Allenstein verboten, um das nationale Ehrenmahl nicht durch eine parteipolitische Veranstaltung mißbrauchen zu lassen. Die Wahlversammlung wurde daraufhin nach Allenstein verlegt. Vgl. Allensteiner Volksblatt vom 18.4.1932, "Hitlers Tannenberg-Wahlversammlung verboten".

2 Vgl. auch Allensteiner Volksblatt vom 20.4.1932, "Das will der 'Retter' sein?", "Die nationalsozialistische Versammlung in Allenstein"; Ostpreußische Zeitung vom 20.4.1932, "Hitler in Ostpreußen", Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 17 sowie Abschrift aus dem Königsberger Tageblatt vom 20.4.1932, "Hitlers Masurenreise", o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 D, Nr. 97 a. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 7.5.1932, "'Ein ganzes Volk im Aufbruch begriffen!' Adolf Hitler in Ostpreußen".

Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, sie würden mit solchen Mätzchen die Wahl am 24. April [*1932*][3] bestehen! Wir werden trotz allen Terrors die Sieger bleiben!

Es geht diesmal nicht um Ministerstühle, es geht um Preußen und damit um Deutschland. Wir werden dafür sorgen, daß auch diesmal in Preußen wieder die Erhebung Deutschlands beginnt[4]*!*

Dann geht Hitler besonders auf die Not der deutschen Grenzlande ein.

Sie verbreiten heute die ungeheuerliche Lüge, wir Nationalsozialisten würden uns weigern, *die deutsche Grenze zu verteidigen*[5]. *Ich frage Sie:* Wer hat die Waffen ergriffen, als Oberschlesien von den gierigen und lüsternen Pollacken überschwemmt wurde[6]? Es waren nicht die Parteigenossen des Herrn Severing, es waren unsere Parteigenossen, die ihr Blut zur Verteidigung Oberschlesiens vergossen[7]. Allerdings ging der beste Teil Oberschlesiens trotzdem verloren, denn während unsere Parteigenossen auf den Schlachtfeldern verbluteten, herrschten die Parteigenossen des Herrn Severing!

Stürmische Zustimmung der Menge zeigt, daß unsere Gegner auch mit den dicksten und gemeinsten Lügen die Wahrheit nicht unterdrücken konnten. *Das Volk weiß, in welchen Parteien die wahren Landesverräter sitzen.*

Heute ist es wieder so, fährt Hitler fort, daß uns die Welt als ein Ding betrachtet, mit dem man spielen kann wie man will. Ich bin aber stolz darauf, eine Armee von 13 Millionen in Deutschland aufgestellt zu haben[8], die wieder einig wie ein Mann zusammensteht, Arbeiter der Faust und der Stirne, Bauern und Bürger[9], eine Armee, auf die sich auch Ostpreußen verlassen kann![10]

---

3 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

4 Bezieht sich auf die am 30.12.1812, während des Feldzugs Napoleons I. gegen Rußland, abgeschlossene Konvention von Tauroggen. Entgegen der eigentlichen Bündnisverpflichtung Preußens, an der Seite Frankreichs am Feldzug gegen Rußland teilzunehmen, schloß der preußische Generalleutnant und Kommandierende General Ludwig York von Wartenburg mit dem russischen Generalmajor und Oberquartiermeister Johann Karl von Diebitsch Zabalkanskij ohne Wissen seines Königs Friedrich-Wilhelm III. ein Neutralitätsabkommen.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 9.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.

7 Wenige Tage vorher war im "Jungdeutschen" zu diesem Thema zu lesen: "*An der Abwehr feindlicher Einbrüche in Deutschland*, an der Sicherung unserer Grenzen, an den Kämpfen in *Oberschlesien* und an der *Ruhr* und an der Vernichtung der *Separatisten* haben die Nationalsozialisten bei weitem nicht den Anteil, den einige deutsche Kampfbünde, wie z. B. der Bund Oberland und der Jungdeutsche Orden daran haben. Trotz ihrer zahlenmäßigen Größe hat die N.S.D.A.P. in allen diesen Unternehmungen keine wesentliche Rolle gespielt." Vgl. Der Jungdeutsche vom 6.4.1932, "Hitlers Verdienste".
Tatsächlich spielten Verbände der NSDAP in den genannten Kämpfen kaum eine Rolle, erst später schlossen sich zahlreiche ehemalige Freikorpsangehörige Hitler und seiner Bewegung an. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Berlin 1978, S. 334 f., 375.

8 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

9 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.

10 Von Allenstein begab sich Hitler zum Tannenberg-Denkmal, das er besichtigte und einen Kranz niederlegte, ebenso auf dem Soldatenfriedhof in Waplitz. Auf dem Marktplatz von Neidenburg versuchte Hitler nach Angaben verschiedener Zeitungen eine Rede zu halten, wurde aber von der Menge feindselig empfangen, was die NS-Presse später abstritt. Vgl. Berliner Tageblatt vom 22.4.1932, "Wie Hitler in Neidenburg empfangen wurde"; National-Zeitung vom 23.4.1932, "Neidenburg will von Hitler nichts wissen!"; Vorwärts vom 22.4.1932 (MA), "Hitler ausgepfiffen!" sowie Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München [5]1934, S. 92.

19. April 1932 Dok. 49
Rede in Ortelsburg [1]

VB vom 21.4.1932, "Im Triumph quer durch die Masuren" [2].

Das Bild, das ich heute hier sehe, wiederholt sich nun in ganz Deutschland Tag für Tag. Ich danke für Ihre Begrüßung. Den Dank für Ihre Treue werde ich dadurch beweisen, daß ich dafür sorge, daß hinter Sie ein großes deutsches Volk mit gleicher Gesinnung tritt, daß der Tag kommt, an dem 65 Millionen Deutsche [3] mit Ihnen hier in Ostpreußen verbunden sind. Das soll der Dank sein. Einmal wird der Tag kommen, an dem Ostpreußen Seite an Seite mit dem übrigen Deutschland liegt, an dem der sogenannte Korridor [4] nicht mehr existieren wird. So danke ich und bitte euch, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser armes heißgeliebtes Deutschland *Sieg Heil*! [5]

19. April 1932 Dok. 50
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lyck [1]

Märkische Zeitung vom 20.4.1932, "Hitler in Lyck" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 48 [3].

---

1 Auf dem Marktplatz, nachmittags.

2 Bildbericht: Ortelsburg, die Jägerstadt in Galinden. Inmitten der Masurischen Seen und Wälder. Hrsg. vom Bürgermeisteramt Ortelsburg; IfZ, D 236.

3 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.

4 Gemeint sind die Teile der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, die Deutschland aufgrund der Artikel 27 und 87 des Versailler Friedensvertrages an die Republik Polen abtrat. Vgl. Klaus Megerle, Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarnodiplomatie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 25 (1976), S. 145-178.

5 Folgt Bericht über Hitlers Weiterfahrt.

1 Auf dem Viehmarkt, nach 23.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben 40.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Ostpreußische Zeitung vom 20.4.1932, "Hitler in Ostpreußen"; VB vom 21.4.1932, "60.000 ostpreußische Bauern, Bürger und Arbeiter waren in Lyck versammelt"; Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 17; Dietrich, Mit Hitler, S. 92 f. sowie Abschrift aus dem Königsberger Tageblatt vom 20.4.1932, "Hitlers Masurenreise", o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 D, Nr. 97 a. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 7.5.1932, "'Ein ganzes Volk im Aufbruch begriffen!' Adolf Hitler in Ostpreußen".

3 "40.000 Personen waren es schließlich, die auf dem Viehmarkt auf Hitler warteten, der - unterwegs aufgehalten - erst mit etwa einstündiger Verspätung eintraf, um dann nach einer Begrüßung durch den Gaukommissar der NSDAP gleich das Wort zu seiner Rede zu nehmen, die sich im wesentlichen mit seiner Allensteiner Ansprache deckte." Vgl. Ostpreußische Zeitung.

20. April 1932 Dok. 51
Rede auf NSDAP-Versammlung in Halle [1]

Saale-Zeitung vom 21.4.1932, "Hitlers Ansprache" [2].

Die heute regierenden Parteien, so führte Hitler aus, möchten den Sinn ihrer eigenen Demokratie nicht wahrhaben, der darin liegt, daß von Zeit zu Zeit das Volk die Leistungen der Regierung überprüft und danach über Verbleiben oder Wechsel der Regierung entscheidet. Die gegenwärtigen Machthaber haben diesen demokratischen Gedanken im November 1918 gelten lassen bis zur letzten Konsequenz. Damals sagten sie, das alte System hat versagt, und seine Führer müssen für alles eintreten, was geschehen ist.

Heute sind 13 Jahre seit jener Zeit vergangen, heute wollen sie diesen demokratischen Grundgedanken ihres eignen neuen Staates nicht gelten lassen. Aber sie machen sich eine unnötige Mühe, sich die Köpfe darüber zu zerbrechen, was *wir* tun wollen, heute ist der Tag gekommen, an dem das Volk erneut das Vergangene, die bisherige Politik, überprüft. Der Tag der Verantwortung für diese Menschen, die bisher regierten, ist jetzt gekommen. Und sie können nicht sagen "Unsere Ziele waren ganz andere, als was wir erreichten, weil wir zuviel Parteien sind und nicht konnten, wie wir wollten". Denn es gab eines, in dem diese Parteien immer einig wurden: wenn es um die Unterdrückung und die Knebelung der deutschen Freiheitsbewegung ging. Warum also wurden sie nicht auch in ihren anderen Taten einig? Und wenn sie ihrer Verantwortung vor dem Volk jetzt damit ausweichen wollen, daß sie sagen, die Uneinigkeit und Zersplitterung der regierenden Parteien habe sie gehindert, wieso kommen sie dazu, *uns* vorzuwerfen, *wir* zersplitterten die Nation? Wenn eine Bewegung mit 7 Mann begann [3] und im Laufe von 13 Jahren zu einer Bewegung von über 13 Millionen Menschen anschwoll [4], zur größten politischen Organisation, die Deutschland je gekannt hat, dann ist das keine Zersplitterung der Nation, sondern die erste große Zusammenfassung: Dreizehn Millionen Deutsche haben heute ein politisches Glaubensbekenntnis.

Und wenn unsere Gegner behaupten, wir vereinigen nur die von der Not vollständig irregeleiteten Elemente, dann rufe ich ihnen zu: Wer trägt an dieser Not und dieser "Irreleitung" die Schuld? Etwa ich und nicht die bisherigen und die bisher regierenden Parteien?

Das Bemerkenswerteste an unserer Bewegung ist aber nicht die Tatsache, daß sie dreizehn Millionen Menschen gewonnen hat, sondern, daß diese Menschen nicht aus *einem* vereinzelten Berufsstande kommen, den man vielleicht durch Versprechungen hätte gewinnen können. Wenn diese Bewegung *nur eine Konjunkturerscheinung* wäre, wie man so manche Konjunkturparteien der Nachkriegszeit kennt, wäre es dann denkbar, daß sie diese ungeheure Unterdrük-

1 Auf der Rennbahn, von 17.10 bis 17.40 Uhr. An der von Gauleiter Rudolf Jordan eröffneten Versammlung nahmen nach Schätzung des Klassenkampf etwa 35.000 Menschen teil (VB: 120.000). Vor Hitler sprach der amnestierte Fememörder Landtagskandidat Paul Schulz. Nach Angaben der Saale-Zeitung folgte auf die Rede "zunächst nur ein gedämpfter Beifall". Ab 16.30 Uhr wurden Eintrittskarten verschenkt.

2 Vgl. auch Hallische Nachrichten vom 21.4.1932, "Adolf Hitler spricht in Halle"; Klassenkampf vom 21.4.1932, "Das Paradepferd Adolf auf der Rennbahn"; VB vom 22.4.1932, "Adolf Hitler vor 120.000 Industriearbeitern, Bauern und Bürgern"; Volksblatt vom 21.4.1932, "Kommt ein Adolf geflogen ...".

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

4 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

kung all dieser Jahre hätte ertragen können, wäre es dann denkbar gewesen, daß aus jener Verfolgung diese Bewegung stärker als früher hervorgegangen wäre? Was diese Bewegung in den 13 Jahren hat erdulden müssen, das ist die beste Widerlegung der Behauptung, daß sie nur eine Konjunkturbewegung sei. Oder hat der SA-Mann irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile gehabt, wenn er mir die Treue hielt? Er hat nur Entbehrungen und Opfer gehabt und wahrt trotzdem die Treue.

Wir sind nicht ein Beruf oder eine Vereinigung irgendeines Standes, nicht eine wirtschaftliche Bewegung, der Sinn gerade *unserer* Partei ist es, daß zum erstenmal die Bewegung durch *alle* deutschen Volksschichten, Berufe und Stände, hindurch geht[5]. Daß wir dreizehn Millionen sind, ist nicht das Wichtige und Bemerkenswerte. Wichtig und bemerkenswert ist, daß wir eine *Volksgemeinschaft* der Arbeiter des Kopfes und der Faust und der Bauern, aller Glieder der Nation sind.

Wir haben den Geistesarbeitern klargemacht, daß ihr ganzes Wissen und ihre Bildung wertlos sind, wenn hinter diesem Geist nicht die Gemeinschaft deutscher Handarbeiter und deutscher Bauern steht, und daß ein Staat, der auf einer Klasse basiert, theoretisch wie praktisch unwürdig und widersinnig ist. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es einen Sozialismus gibt, der nicht übersentimentale Rücksichtnahme heißt, sondern einfach durch die praktische Vernunft bedingt ist. Wenn ein Volk nicht diese Gemeinschaft zwischen Geist, Bauernkraft und Handarbeit herstellt, dann vermag es nicht zu existieren.

Millionen deutscher Arbeiter wurden von uns darüber belehrt, daß ihre Zukunft nicht in einer Klasse oder einem Stand liegt, sondern ausschließlich in der Größe und Stärke der Volksgemeinschaft und ihres nationalen Volkstums, in die sie hineingeboren sind und deren Träger sie selbst sind. Wir haben ihnen klargemacht, daß kein Mensch ihnen hilft in dieser Welt, wenn ihre eigenste innerste Solidarität, die Solidarität der Volkszusammengehörigkeit, versagt. Wenn ich heute in meiner nur vorübergehend aufgelösten SA[6] Hunderttausende von Arbeitern der Faust besitze, aus Gruben, Schächten und Fabriken, die an dieser Bewegung mit Begeisterung hängen, dann tun sie es, weil sie in dieser Bewegung die große Einfügung in die Nation und ihre nationale Rehabilitierung sehen. Ebenso bin ich stolz darauf, daß diese Bewegung *Millionen deutscher Bauern* in sich vereinigt, die nicht glauben, daß die Zukunft des deutschen Bauern begründet liegt in irgendeinem Berufsverband oder einer Berufspartei, sondern nur in der großen Volksgemeinschaft und in der Zusammenarbeit mit ihr.

Nur in der Dreieinigkeit von Geist, Faust und Bauerntum liegt die Zukunft Deutschlands. Jeder der drei Stände muß verstehen, daß er nur ein Teil des großen Volksorganismus ist, und daß er nicht ohne die beiden anderen Teile existieren kann. Diese dreizehn Millionen, die wir zu einer Bewegung vereinigen, kommen aus allen deutschen Landesteilen, aus allen Konfessionen und allen deutschen Volksteilen und Stämmen. Es ist mein Stolz, daß die Bewegung reicht von Ostpreußen bis nach Bayern und bis ins Rheinland und von Hamburg bis nach Wien, und daß sie damit eine Gewähr dafür bietet, daß an keiner Grenze unseres Vaterlandes sich eine Hand erheben kann, ohne daß das *ganze* deutsche Volk es als einen Schlag gegen sich empfindet und sich mit der gesamten Kraft seiner 70 Millionen Volksgenossen zur Wehr setzt.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.
6 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

Die Gegner sagen allerdings: "Sie haben 13 Millionen zusammengeführt, also nur einen Teil des deutschen Volkes." Diese Gegner sind entweder wahnsinnig dumm oder unverschämt verlogen, wenn sie diesen Vorwurf erheben. Bis zu meinem 25. Jahr habe ich als kleiner und unbekannter Mensch gearbeitet, dann zog ich in den Krieg[7], aus dem ich mit 30 Jahren zurückkam. Dann erst habe ich diese Bewegung gegründet, und sie hat in 13 Jahren 13 Millionen Deutsche vereinigt. 43 Jahre bin ich nun alt. Man lasse mir nur Zeit, bis ich 85 Jahre sein werde[8], dann werden es nicht mehr 13 Millionen, sondern dann werden es 50 bis 60 Millionen sein. Ich habe nie daran gedacht, meine Arbeit aufzugeben. Solange ich lebe, wird sie fortgeführt, ohne Rücksicht auf Verfolgung, Unterdrückung und Knebelung. Unsere Gegner können tun, was sie wollen, meine Anhänger werden mir und ich werde ihnen nur um so fester die Treue halten. Meine Gegner operieren mit Lügen und Verleumdungen, weil sie keine einzige Volksschicht als Kronzeugen für ihre angeblich so gesunde Politik anführen können, sondern rings nur ruinierte Volksschichten um sich sehen. Diese Verleumdungen reichen bis zur gefälschten Quittung, die man im Geldschrank des Herrn Ivar Kreuger[9] gefunden haben will[10]. "Hilf, was helfen kann" ist heute ihre Parole. Wenn sie aber glauben, uns damit zugrunde richten zu können, dann verstehen sie mich und unsere Bewegung nicht. Sie können uns weiter unterdrücken, sie können uns weiter verbieten, aber eines werden sie nie erreichen, daß ich kapituliere. Sie haben gerade in diesen Tagen einen neuen Akt gegen uns ausgeführt[11]. Dreizehn Jahre wurden wir verfolgt. Seit ich mit sieben Mann die Bewegung ins Leben rief, begann auch schon die Verfolgung. Und trotzdem sind wir gewachsen. Wären diese Verfolgungen nicht gewesen, so wären wir nicht, was wir sind, gehärtet durch die Not, zusammengeschweißt zu einem einzigen Block.

Der Sinn des 24. April [*1932*] *ist*[12], daß er ein weiterer Schritt vorwärts sein soll. *Und das Ziel heißt Deutschland.* Das Deutschland, in dem Millionen anständiger Menschen sich mühen und plagen und die es verdienen, daß ihre Sorgen und ihre Mühen und Plagen sich lohnen und ihrem Werke zugute kommen.

Das ist das Glaubensbekenntnis, daß uns vorschwebt. Es ist gleichgültig, wie der Kampf ausgeht. *Wesentlich ist nur, daß wir niemals das Ziel verlieren.* Und es wird die Zeit kommen, in der das ganze deutsche Volk zusammengeschweißt ist, es wird die Zeit kommen, wo Standesdünkel und Klassenwahn so weit hinter uns liegen, daß sie uns nur wie ein böses Traumbild erscheint, das wir im Erwachen nicht mehr verstehen. Die Zeit, in der wir nicht mehr begreifen werden, daß Deutsche sich gegenseitig verfolgten und quälten, nur weil sie einen anderen Beruf, eine andere Lebensstellung hatten. Am 24. April [*1932*] soll ein neues Preußen entstehen,

---

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 24.

8 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

9 Ivar Kreuger (1880-1932), schwedischer Bauunternehmer, seit 1913 Aufbau eines Finanz- und Zündholztrusts, 1917 Gründung der Svenska Tändsticks Aktie Bolaget, bis 1931 weltweite Monopolstellung in der Zündholzherstellung.

10 Nach dem Zusammenbruch des Kreuger-Trusts hatte die schwedische Zeitung "Socialdemokraten" gemeldet, daß eine Quittung Hitlers über eine Zuwendung von 100.000 RM im Nachlaß gefunden worden sei, was aber von amtlicher Seite dementiert wurde. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 19.4.1932 (Reichsausgabe), "Kreugers angebliche politische Subventionen".

11 Gemeint ist das SA-Verbot.

12 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

ein Preußen, das Grundstein werden soll für die deutsche Zukunft. Tun Sie am 24. April [*1932*] Ihre Pflicht. Glauben Sie noch immer an die Parteien, die uns bisher regiert haben, dann geben Sie ihnen getrost Ihre Stimme. Aber glauben Sie nicht mehr an sie, dann haben Sie den Mut zum Bekenntnis und zum Entschluß: dann gehen Sie zu uns, gehen Sie dahin, wo das Deutschland der Zukunft steht.

20. April 1932 Dok. 52
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kassel[1]

Hessische Volkswacht vom 22.4.1932, "Hitlers Abrechnung mit dem System"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 51.

20. April 1932 Dok. 53
Rede auf NSDAP-Versammlung in Marburg[1]

Oberhessische Zeitung vom 21.4.1932, "Begeisterung ohne Grenzen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 51.

1 Im Zelt auf den städtischen Wiesen an der General-Scheffer-Straße, nach 20.15 Uhr. An der von Gaugeschäftsführer Hellmuth Friedrichs eröffneten Versammlung nahmen laut Volksblatt etwa 35.000 bis 40.000 Menschen teil (VB: 60.000). Vor Hitler sprachen MdL Roland Freisler und Gauleiter Karl Weinrich.

2 Vgl. auch Kasseler Neueste Nachrichten vom 21.4.1932, "Adolf Hitler in Kassel"; Kasseler Post vom 21.4.1932, "Hitler in Kassel"; Kasseler Tageblatt vom 21.4.1932, "Adolf Hitler in Kassel"; Kasseler Volksblatt vom 21.4.1932, "Zirkusvorstellung mit politischem Charakter"; vom 22.4.1932, "Nachklänge zum Hitlertag"; VB vom 22.4.1932, "Aus der Rede Hitlers in Kassel" und "Der Hitlertag der Kurhessen und Waldecker" sowie Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 33.

1 Auf der Bürgerwiese, im Zelt, nach 23.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Hessischem Tageblatt etwa 20.000 Menschen teil (VB: 30.000). Vor Hitler sprach MdL Werner Studentkowski. Die freiwillige Sanitätskolonne leistete 59mal Erste Hilfe, davon bei 22 Ohnmachtsanfällen. Der Eintritt zum Zelt kostete 1 RM.
Das Hessische Tageblatt berichtete: "Hitler ist so heiser, daß er nur schwer, manchmal überhaupt nicht, zu verstehen ist."

2 Vgl. auch Hessisches Tageblatt vom 21.4.1932, "Hitler sprach vor 20.000 in Marburg"; vom 22.4.1932, "Nachwort zu Hitlers Rede"; VB vom 22.4.1932, "Die Glückwünsche des Hessenlandes" sowie Hellmut Seier, Marburg in der Weimarer Republik 1918-1933. In: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte. Hrsg. von E. Dettmering und R. Grenz, Marburg 1980, S. 559-592, S. 575.

21. April 1932 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Kreuznach[1]

General-Anzeiger vom 22.4.1932, "Adolf Hitler in Bad Kreuznach"[2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Am 24. April [*1932*] wird in Deutschland in einem großen Kampf vom deutschen Volk entschieden, ob es mit dem Regiment, das es seit über dreizehn Jahren "beglückte", zufrieden ist oder nicht[3]. Die Machthaber der dreizehnjährigen Regierung wollten am liebsten, daß weniger Gerede darüber wäre, was jene leisten können, die nach ihnen ans Ruder kommen. Im November 1918 waren die Parteien des Systems und ihre Nachfahren [*sic!*] der Überzeugung, daß das alte Regiment versagt habe. Wir haben z. B. Fürsten, Könige und Kaiser entfernt, weil sie sagten, daß diese verantwortlich seien für das Unglück, das damals Deutschland traf[4]. Heute sind sie nun verantwortlich für das, was unter ihrer Regierung aus Deutschland geworden ist. Sie können nicht sagen, daß das Unheil, das über uns kam, nicht auf ihr Konto kommt; denn niemand hat sie einst gerufen. Sie haben selbst die Macht ergriffen. Die Sieger waren sie; deshalb sind sie verantwortlich. Sie sind nach dreizehn Jahren so zweifelsvoll über ihr Regiment, daß sie heute nicht wagen, vor die Nation hinzutreten und Rechenschaft abzulegen. Es gibt heute keinen Stand in unserem Vaterlande, der als Zeuge für sie auftreten könnte. Sie können sich nicht an irgendeine Volksschicht wenden und ihr sagen: Wenigstens euch haben wir gedient. Ihre ganze politische Propaganda besteht darin, daß sie in einer Flut von Lüge, Verleumdungen und Täuschungen gegen den Gegner vorgehen, von dem sie annehmen, daß er sie überwinden wird. Die Männer, die unser Schicksal noch in der Hand haben, bedauern, daß nunmehr die deutsche Nation zerrissen werde. Das Konglomerat von Parteien oder die Regierung, die in den dreizehn Jahren viel Elend über das Volk gebracht hat, sind ja noch nicht die ganze Nation. 70 lange Jahre regieren zum Teil die Parteien in der Öffentlichkeit[5]. Was ist das Ergebnis ihres Wirkens? Eine vollkommene Zersetzung der deutschen Nation. Als ich vor dreizehn Jahren mit 7 Mann begann[6] und verlacht und verspottet wurde, stand ich vor meiner gewaltigen Aufgabe. 13 Millionen[7] ist noch nicht die Nation - aber ich bin auch noch nicht 85 Jahre alt[8].

1 Auf der Pfingstwiese, im Zelt, von 17.10 bis 17.50 Uhr. An der vom Bezirksleiter der NSDAP, Ernst Schmitt, geleiteten Versammlung nahmen laut Bericht des Oberpräsidenten etwa 15.000 bis 20.000 Menschen teil (VB: 30.000 bis 40.000). Nach Hitler sprach der Gauleiter des Gaues Hessen Karl Lenz.

2 Vgl. auch Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Kreuznach vom 22.4.1932, "Adolf Hitler in Kreuznach"; Kreuznacher Zeitung vom 22.4.1932, "Adolf Hitler in Kreuznach"; VB vom 23.4.1932, "Die Kundgebung in Kreuznach" sowie Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz D.II.1077 vom 22.4.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 308.

3 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 45, Anm. 5.

5 Anspielung auf den Entstehungsprozeß der Parteien in Deutschland, in dem der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23.5.1863, aus dem sich die SPD entwickelte, eine besondere Bedeutung zukam.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

7 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

8 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Man lasse mir die Zeit. Es ist sicherlich heute schon ein großes Werk, wenn eine politische Organisation weit größer und weit gewaltiger anwuchs, als alles, was bis jetzt auf diesem Gebiete in Deutschland da war. Unsere Gegner möchten gern die 13 Millionen selbst als Mitglieder haben. Sie behaupten, diese Zahl sei durch die Not zusammengetrieben worden. Angenommen, es wäre so: Wer ist denn für die Not verantwortlich? Ich oder die Parteien? Auch diese Not hat ihre Ursachen. Deutsche Männer, die einst einen alten Staat stützten [*sic!*][9], können heute sich plötzlich feige hinter Verantwortungslosigkeit verkriechen. Es ist nicht die Not, die die Menschen zu uns geführt hat. Mehr als um die Not handelt es sich um die Überzeugung, daß, wenn ein Wandel nicht eintritt, die deutsche Nation zusammenbrechen wird. Ich frage mich: Was könnte denn noch in Deutschland verschlechtert werden? Ich glaube, wir einigen das Volk; das Volk, das Sie hier sehen, ein Bild, wie es sich für mich täglich wiederholt, in allen Gauen des Vaterlandes. Es ist das Bild der größten Einigungsbewegung, die die deutsche Nation je gehabt hat.

Unsere Gegner mögen sich beruhigen: Wenn wir regieren, hat der Bürgerkrieg sein Ende gefunden! (Bravorufe.)

Man wirft uns vor, wir wollten die Wirtschaft zerstören. Kann denn in Deutschland überhaupt noch etwas zerstört werden? Hat man die Landwirtschaft nicht schon ruiniert? Wo sind die Errungenschaften der Revolution? Es bleibt nichts anderes übrig, als die Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Fachleute für eine neue Inflation sitzen in den Parteien, die heute regieren. Warum hat man die Verbrecher am deutschen Volke im Laufe der 13 Jahre nicht zur Verantwortung gezogen? Man stöbert uns jeden Schranktisch durch[10] und ging offenbar von der Voraussetzung aus: "Wer suchet, der findet[11]." Man wollte aber die eigenen Fehler selbst nicht ausfindig machen. Man hat eine üble Schuldenwirtschaft getrieben. Keine andere Regierung kann größere Schuldenwirtschaft betreiben, weil bereits alles verpfändet und aufgenommen ist[12]. Mit dem Flugzeug ist man damals in Europa herumgegondelt, um nur einen Menschen zu finden, der dem Reiche etwas pumpe[13]. Ich höre soeben, daß ich in Deutschland die "Prohibition" wolle und damit gegen den Weinbau Stellung nehme[14]. In Berlin schreiben die Zeitungen, daß ich "Quartalssäufer" bin[15]. In katholischen Gebieten bezeichnet man mich als

9 Muß heißen: "stürzten".

10 Bezieht sich auf die dem SA-Verbot folgenden Durchsuchungen von Geschäftsstellen und Parteigebäuden der NSDAP. Vgl. Dok. 35, Anm. 3.

11 Nach Matthäus 7, 7: "Bittet, so wird euch gegeben; suchet, so werdet ihr finden; klopfet, so wird euch aufgetan."

12 Vgl. Dok. 40, Anm. 11.

13 Die Banken- und Kreditkrise des Sommers 1931 verschärfte den Druck auf die öffentliche Hand in Deutschland, die ohnehin unter ihrer hohen Auslandsverschuldung zu leiden hatte. Seit Juni 1931 versuchten deshalb Vertreter von Reichsregierung und Reichsbank in verschiedenen Anläufen Zinsen- und Tilgungsdienst sicherzustellen, indem sie mit ausländischen Regierungen oder Banken über neue Kredite sowie über eine Verlängerung der Tilgungsfristen verhandelten. Am 25.6.1931 erhielt die Reichsbank einen internationalen Überbrückungskredit in Höhe von 100 Millionen $, alle weiteren deutschen Sondierungen blieben jedoch ergebnislos. Vgl. Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958, S. 283 ff.

14 Hitler hatte sich bereits am 31.3.1926 in einem Artikel zwar gegen ein allgemeines Alkoholverbot ausgesprochen, da wichtigere politische Probleme gelöst werden müßten, grundsätzlich aber betont: "*Der Alkohol ist ein Schädling der Menschheit.*" Druck: Bd. I, Dok. 118.

15 Nicht ermittelt.

Kirchen-, als Romfeind, als Feind der Religion. Vermutlich betet er Wotan[16] an - sagt man. In Mecklenburg und Sachsen verteilt man Flugblätter an die Protestanten, in denen es heißt, Adolf Hitler sei romhörig, wolle das evangelische Deutschland dem Papsttum unterwerfen[17]. Dem Arbeiter sagt man, ich sei ein Knecht des Kapitals, dem Fabrikanten, ich sei ein Bolschewist[18]. In der Stadt wird erklärt, Hitler ist ein Knecht der Bauern, auf dem Lande, er will euch den Boden enteignen[19]. Aus all diesem zeigt sich, daß der Teufel in der Not Fliegen frißt. Die Systemparteien sind zu jeder Lüge, zu jedem Schwindel bereit.

Wir Nationalsozialisten haben z. T. an der Regierung teilgenommen, z. T. selbst regiert. In der Stadt Coburg sind wir zum erstenmal allein regierend aufgetreten[20] und haben unsere Stimmen wesentlich erhöht[21]. In Thüringen zählten wir zunächst 90.000 Stimmen; heute haben wir 470.000 Wähler[22]. (Zuruf: Heil Hitler!) In Braunschweig nahm die Stimmenzahl in einem Jahre über 100 Prozent zu[23]. Ich glaube, daß sich das Zentrum und die Sozialdemokratie diesmal nicht um 100 Prozent vermehren werden (Heiterkeit), obwohl sie uns den Rundfunk verweigerten[24]. Ich brauchte gar nicht den Flug durch Deutschland zu unternehmen, wenn man mir nur die Möglichkeit der Propaganda geben wollte.

Meine Gegner wissen ganz genau, daß ich sie dann zerhauen würde (stürmischer Beifall), daß dann ihre ganze Methode zu Ende wäre.

In dreizehneinhalb Jahren haben die bisher regierenden Parteien ein ganzes Volk vernichtet. Von 23 Millionen Arbeitskräften wurden 7 Millionen auf die Straße gestoßen[25], der Mittelstand ist ausgelöscht, die Bauern stehen vor dem grauen Elend. Die Folge davon ist, daß unsere Nation außenpolitisch vernichtet wurde. Die ganze andere Welt glaubt, in uns einen Prügelknaben zu sehen. In derselben Zeit, in der man das Vaterland so ruinierte, habe ich aus einer Handvoll Menschen die Organisation aufgebaut, die der Regierung das meiste Kopfzerbrechen bedeutet. Es ist nicht das Entscheidende, daß es sich hier um 13 Millionen handelt. Entscheidend fällt ins Gewicht, daß *alle Stände* dabei sind, daß zum ersten Male wieder ein deutsches Volk zusammengeführt wurde. Millionen von Geistesarbeitern stehen in unseren Reihen, die früher niemals zum Arbeiter gekommen wären. Es ist das Wunder, unser Stolz, daß in jeder

---

16 Vgl. Dok. 45, Anm. 34.
17 Vgl. Dok. 45, Anm. 35.
18 Vgl. Dok. 45, Anm. 36.
19 Bezieht sich auf Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.
Bereits im Reichstagswahlkampf 1928 sah sich Hitler veranlaßt, zu diesem Punkt des Parteiprogramms eine Klarstellung zu veröffentlichen, in der er darauf hinwies, daß sich Enteignungen nur gegen "jüdische Grundspekulations-Gesellschaften" richte. Im Januar 1931 wiederholte er diese Deutung. Vgl. Bd. II/2, Dok. 254 sowie Bd. IV/1, Dok. 52.
20 Vgl. Dok. 40, Anm. 14.
21 Vgl. Dok. 40, Anm. 15.
22 Vgl. Dok. 38, Anm. 7, 8.
23 Vgl. Dok. 40, Anm. 17 sowie Dok. 38, Anm. 6.
24 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.
25 Vgl. Dok. 40, Anm. 9.

Universität Tausende in unserer Organisation sind[26]. Sie haben gelernt, daß über ihr besonderes Wissen die *Gemeinsamkeit des Volksganzen* steht. Stolz sind wir darauf, daß es uns gelang, Millionen deutscher Arbeiter davon zu überzeugen, daß auch ihre Zukunft am letzten in der Volksgemeinschaft begründet ist. Sie können davon überzeugt sein, daß ihre Klasse mit der internationalen Einstellung sie nicht rettet.

Wenn die Volksgemeinschaft zerbricht, dann zerbricht auch der Arbeiterstand mit.

Ein jedes Volk muß sich selbst zu retten versuchen. Der Kampf in dieser Woche ist ein harter. Es ist besonders unser Stolz, daß wir jedem im Volk klar machen, daß er ein Träger der Nation sein muß. Und maßlos stolz sind wir, daß sich in unserer Bewegung Millionen von Bauern befinden. Die Zukunft des deutschen Bauerntums hängt ab von einer kräftigen nationalen Volksgemeinschaft. Die ganze Zukunft ist vom eigenen Grund und Boden abhängig. Wir sind keine Wirtschaftspartei. Wir sind gequält seit langen Jahren und werden verfolgt seit dem Tage unserer Gründung.

Nun, meine Volksgenossen, erhebt man gegen uns den Einwand, wenn die Nationalsozialisten regierten, dann würde das das Ende jedes Geisteskopfes [*sic!*] sein. Wir wollen den Parteiunfug in Deutschland beseitigen, weil es eine lächerliche Verzerrung Deutschlands ist, wenn jetzt zu den Landtagswahlen 18 Kandidatenlisten aufgestellt werden[27]. Eine derartige Verzettelung kann sich keine Nation leisten. Meine Lebensaufgabe ist, das gesamte Volk zu einigen. Ich bin heute 43 Jahre alt; Ich bin von sieben Mann auf 13 Millionen emporgekommen und hoffe, daß diese Ziffer sich auf 50 bis 60 Millionen erhöht. Mein Entschluß ist ein unerschütterlicher. Man kann mit mir tun, was man will, noch so lügen und schwindeln, meinetwegen mich einsperren, meine Reden verbieten[28], unsere Zeitungen und Flugblätter beschlagnahmen[29], uns den Tonfilm versperren[30], uns auflösen, uns terrorisieren und niederschlagen und mich dazu. Sie werden nicht erreichen, daß ich vor ihnen kapituliere! (Lebhafte Zustimmung.)

Das deutsche Volk kann lediglich von einer Bewegung gerettet werden, die selbst gehärtet ist. Durch die 13 Jahre sind wir durch Qual hart geworden. Unsere Bewegung wird erfolgreich aus der Wahl hervorgehen müssen, damit die deutsche Wirtschaft dauernd gerettet wird, damit wir eine politische Macht und eine politische Freiheit haben. Das ist der unabänderliche Glaube in uns. Bei dem Kampftag am 24. April [*1932*] ist es nicht so sehr entscheidend, daß wir

---

26 Der NSDStB hatte im März 1931 etwa 4.000, im Januar 1933 etwa 5.500 Mitglieder. Das entsprach ungefähr 5% der eingeschriebenen Studenten in Deutschland. Vgl. Michael Stephen Steinberg, Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National Socialism, 1918-1935, Chicago 1977, S. 88; Geoffrey John Giles, Students and National Socialism in Germany, Princeton 1985, S. 69.

27 An der Wahl zum preußischen Landtag beteiligten sich 16 Parteien, die in der Liste folgende Nummern trugen: 1: SPD, 2: DNVP, 3: Zentrum, 4: KPD, 5: DVP, 6: Reichspartei des deutschen Mittelstandes, 7: Deutsche Staatspartei, 8: NSDAP, 8a: Völkisch-Nationaler Block, 9: Deutsches Landvolk, 10: Volksrechtspartei, 12: Deutsch-Hannoversche Partei, 14: Christlich-Sozialer Volksdienst, 15a: Kommunistische Parteiopposition, 15b: Linke Opposition der KPD, 18: Sozialistische Arbeiterpartei. Die ursprünglich unter 11, 15 und 16 geführten Parteien erhielten die endgültigen Nummern 8a, 15a und 15b. Die ursprünglich unter den Nummern 13 und 17 geführten Parteien nahmen nicht an der Wahl teil. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 19.4.1932 (Reichsausgabe), "Wie wählen wir in Preußen?".

28 Vgl. Dok. 1, Anm. 25.

29 Vgl. Dok. 16, Anm. 11.

30 Vgl. Dok. 45, Anm. 40.

Ministerstühle bekommen, sondern daß wir langsam den deutschen Menschen erobern. Wir wollen Preußen zu seiner einstigen Machtstellung zurückbringen. Vielleicht kann Preußen der Bannerträger werden der sozialen Verständigung des deutschen Volkes. Sonst wird unser Volk langsam vernichtet, und zwar alle, Arbeiter, Bauern und mit ihnen die Intelligenz. Der Sieg muß ganz Deutschland zugute kommen. Überprüfen Sie Ihr eigenes Gewissen. Wenn es Ihnen sagt, daß die bisherigen Parteien versagten, dann haben Sie bitte den Mut und ziehen Sie die Konsequenzen, wie das die heutigen Machthaber 1918 getan haben. Sie als Richter im Volke haben die Aufgabe, daß die Parteien, die die Verantwortung trugen, entfernt werden.

Was ich Ihnen als Versprechung bieten kann? Ich habe vorhin von meinem Kampf gegen alle denkbaren Widerstände gesprochen. Unsere Bewegung ist das Ergebnis einer grenzenlosen Arbeit. Wenn unsere Gegner sagen, sie hätten die Köpfe, antworten wir: Wir haben die Bataillone. Und sagen sie, wir haben die Talente, so sagen wir, daß in unseren Reihen die fleißigen Arbeiter stehen. Dieses zersetzte, zerrissene deutsche Volk zusammenzufassen, war nicht leicht. Eine unermeßliche Arbeit, ein Sichaufopfern durch 13 lange Jahre. Und wenn die Landtagswahlen vorüber sind, werden wir am 25. April [*1932*] weiterarbeiten, bis die Stunde kommt, *da endlich Deutschland frei ist!*[31]

21. April 1932 — Dok. 55
Rede auf NSDAP-Versammlung in Koblenz[1]

Koblenzer General-Anzeiger vom 22.4.1932, "Hitler in Koblenz"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 54.

31 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Stadion Oberwerth, vor 20.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Oberpräsidenten etwa 12.000 Menschen teil (VB: 50.000). Nach Hitler sprach Landtagskandidat Karl Josef Helle, die angekündigte Rede von MdR Hermann Göring fiel aus.

2 Vgl. auch Koblenzer Volks-Zeitung vom 22.4.1932, "Hitler in Koblenz"; Rhein Warte vom 22.4.1932, "Kommen sie herein ..."; VB vom 23.4.1932, "Die große Heerschau am Deutschen Eck" sowie Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz D.II.1077 vom 22.4.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 308.

21. April 1932 Dok. 56
Rede auf NSDAP-Versammlung in Trier [1]

Triererischer Volksfreund vom 23.4.1932, "Die Ansprache Hitlers" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 54.

22. April 1932 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt (Oder) [1]

Frankfurter Oder-Zeitung vom 23.4.1932, "Adolf Hitler im Ostmarkstadion" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Gestern war ich noch am Rhein [3] und spreche heute hier in der alten preußischen Mark. Es ist wirklich mehr als eine Wahl, der wir entgegengehen [4].

Millionen unserer Volksgenossen haben die Empfindung, daß Deutschland langsam an eine Schicksalswende kommt.

14 Jahre haben die heutigen Machthaber regiert und können nun am Ende dieses Regiments auf nichts hinweisen als auf einen Trümmerhaufen. Sie wissen das selbst auch sehr genau.

Wie leicht müßte die Propaganda für eine Wahl einem System sein, das die Möglichkeit hatte, 14 Jahre zu herrschen und durch Leistungen zu zeigen, was es zu leisten fähig ist! Dann dürfte das System es heute nicht nötig haben, den Wahlkampf zu führen, wie es geschieht, wenn sie nicht selbst genau wüßten,

daß ihre Werke nicht für sie, sondern gegen sie zeugen. (Stürmischer Beifall.)

---

1 In der Tonhalle, vom 22.30 bis 23.10 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Oberpräsidenten etwa 10.000 Menschen teil (VB: 30.000). Vor Hitler sprachen die drei erstplazierten Kandidaten der NSDAP für den Landtagswahlkreis Koblenz-Trier August Wetter, Ernst Ludwig Pies und Willi Struve. Vor der Veranstaltung kam es zu einer politisch motivierten Messerstecherei, bei der vier Männer verletzt wurden.

2 Vgl. auch Triererische Landeszeitung vom 23.4.1932, "Unsere Antwort an Adolf Hitler"; VB vom 23.4.1932, "Der nationalsozialistische Durchbruch in der schwarzen Hochburg Trier"; Trierer Nationalblatt vom 25.4.1932, "Adolf Hitler in Trier"; Edgar Christoffel, Der Weg durch die Nacht. Verfolgung und Widerstand im Trierer Land während der Zeit des Nationalsozialismus, Verfolgte aus Trier und dem Trierer Land durchleben die Konzentrationslager und Zuchthäuser des "Dritten Reiches", Trier 1983, S. 7 sowie Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz D.II.1077 vom 22.4.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 308.

1 Im Ostmarkstadion, nachmittags. An der Veranstaltung nahmen laut Frankfurter Oder-Zeitung etwa 25.000 bis 30.000 Menschen teil (VB: 70.000). Nach Hitlers 30minütiger Rede sprach MdL Wilhelm Kube.

2 Vgl. auch VB vom 24./25.4.1932, "Die Ostmark ist nationalsozialistisch". Zu den äußeren Umständen vgl. auch Volksfreund vom 22.4.1932, "Alles gratis!".

3 Vgl. Dok. 55.

4 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

Sie wollen heute der Demokratie einen neuen Sinn geben! Im Jahre 1918 wußten sie sehr genau, die früheren Machthaber für das verantwortlich zu machen, was geschehen war.

Heute wollen sie aber nicht verantwortlich sein für das, was jetzt in diesen 14 Jahren geschehen ist.

Wir werden Ihnen das Taschenspielerkunststück vereiteln. Fürsten, Könige und den Kaiser haben sie gestürzt, weil sie gefehlt haben. Heute haben *sie* gefehlt und werden genauso beseitigt werden.

Wenn Deutschland einst nicht glücklich gewesen sein soll, weil es von 25 Potentaten regiert wurde[5]*, dann ist es heute noch viel weniger glücklich, weil es von 30 Parteien mißregiert wurde*[6].

Sie wissen das auch ganz genau und versuchen nun, ihre schwierige Position durch eine Flut von Verleumdungen, Fälschungen, Verfälschungen, Verdrehungen und Lügen zu verteidigen. Sie irren sich aber. Sie suchen, die Aufmerksamkeit von ihren Fehlern abzulenken. Nun wird aber in der Wahl nicht entschieden über das, was in der Zukunft kommt, sondern über das, was jetzt ist. (Stürmischer Beifall.)

Was ist, ist uns allen klar. Sie haben ein großes Volk, eine einst blühende Wirtschaft, eine Nation, die der Welt gegenüber einen Achtung gebietenden Einfluß ausübte, zertrümmert, zerbrochen und ruiniert.

Sie sollen nicht behaupten, daß überhaupt irgendeine Regierung es schlechter machten könnte als sie! Wir Nationalsozialisten, sagen sie, werden die Wirtschaft ruinieren, eine Inflation machen und die sozialen Errungenschaften abbauen ... Nein, das sind lauter Verbrechen, deren sich die heutigen Parteien schuldig gemacht haben. (Lebhafte Bravo-Rufe.)

Sie haben Deutschland in der furchtbarsten Stunde seines Lebens [*sic!*] zertrümmert und in ein halbes hundert Parteien, Gruppen und Verbände zersplittert! *Sie* haben die Wirtschaft ruiniert, die Bauern der Verelendung entgegengeführt; *sie* haben 6 Millionen Arbeitslose auf dem Gewissen[7] und die Inflation gemacht[8]! Alles, was sie uns für die Zukunft unterschieben möchten, ist ihre eigene Tat gewesen. (Minutenlanger Beifall!)

Sie sagen, wir Nationalsozialisten würden einmal die Religion gefährden. Am Rhein sagen sie: Ich sei Antichrist, Romfeind, Religionsfeind, ja Wotansanbeter[9]. Hier lügen sie, ich stehe im Solde der Jesuiten, ich wolle das evangelische Deutschland romhörig machen[10]. Sie lügen so, wie es ihnen gerade notwendig ist. - In Berlin sagen sie, ich sei ein Säufer[11], am Rhein erklären sie, der Führer sei für die Prohibition[12]. (Stürmische Heiterkeit.) Mit den schändlichsten Mitteln versuchen sie, ein 13jähriges Mißregiment zur Vergessenheit zu bringen.

Als ich vor 13 Jahren den Kampf begann, da war Deutschland im Zustande einer wirklichen Zersplitterung und Auflösung begriffen. Da faßte ich den Entschluß, eine große nationale Be-

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 6.
6 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 17.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 45, Anm. 34.
10 Vgl. Dok. 45, Anm. 35.
11 Nicht ermittelt.
12 Vgl. Dok. 54, Anm. 14.

wegung aufzubauen, zum Unterschied von den anderen Parteien *ohne* Rücksicht auf Stand, Beruf, Konfession, Klasse[13].

Ich habe 13 Jahre dafür gekämpft und Tausende bester deutscher Mitarbeiter gefunden. Heute stehen hinter der Fahne des Nationalsozialismus über 13 Millionen Menschen[14]; das sind mehr, als jemals überhaupt einem politischen Glauben und einer Idee gehuldigt haben. Und dann wollen die anderen reden von einer Zersplitterung der Nation? "Ihr habt noch nicht alle Deutschen!", sagen sie. Sie sollen uns nur Zeit lassen, ich bin auch noch nicht 85 Jahre alt[15]. (Stürmische Heil-Rufe.) Es wird die Zeit kommen, in der die Einigung vollzogen sein wird! Dann sagen die andern jetzt auf einmal: Ja, 13.000.000, das ist eine "Zahl!" Unsere Gegner tun heute so, als ob sie die "Zahl" verabscheuen wollen. Als ob sie das viele Volk gar nicht wollten.

Sie wollen es ja nur zu gern! Nur das Volk will sie nicht mehr! (Stürmischer Beifall.)

Ja, sagen sie, das sind 13 Millionen von der Not betörte und verwirrt gewordene Menschen. Nun ja, gut: Wenn die Not diese 13 Millionen so betört hat,

wer ist denn dann für diese Not verantwortlich?

Etwa ich oder die, die heute regieren?

Sie sagen, ich würde dann nicht über die nötigen "Köpfe" verfügen. Ich glaube, für die wirklichen deutschen Köpfe kann es nur gut sein, wenn hinter den "Köpfen" eine geschlossene Nation steht.

Ich komme zu dem einzigen Vorwurf, den sie mit Recht erheben: Ich wolle alle Parteien zertrümmern; ich bekenne hier: Jawohl, das wollen wir.

Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk erst dann wieder zur Freiheit und damit zum wirtschaftlichen Gedeihen auferstehen wird, wenn der Irrsinn dieser 30 Parteien und Verbände beseitigt ist!

Die Welt wird uns erst dann sehen, wenn sie das deutsche Volk wieder unter einem Symbol sieht, und sie wird uns solange *über*sehen, solange wir in 30 bis 40 Auffassungen zersplittert sind.

Ich bin stolz, daß diese Bewegung nicht 13 Millionen Menschen aus einem Stande oder einer Klasse zählt, sondern zum ersten Male seit einem halben Jahrhundert der Geistesarbeiter und der Faustarbeiter und der Bauer sich wiedergefunden haben[16]. *(Lebhafter, stürmischer Beifall.)*

Es ist nicht wahr, wenn sie erklären, daß das gewissermaßen nur eine Folgeerscheinung einer bestimmten, uns günstigen wirtschaftlichen Situation sei. Wir sind keine Konjunkturpartei. Nationalsozialist [*zu*] sein, ist in diesem Staat nicht bekömmlich und auch nicht einträglich. Wenn wir eine Wirtschaftspartei wären, dann stünde ich heute nicht hier, dann stünde ich besser im Lager der anderen!

13 Jahre lang hat unsere Bewegung grenzenlose Verfolgungen erdulden müssen. Gerade jetzt sind wir ja alle Zeugen gewesen, wie alles sich gegen uns wendete. Allein die Bewegung

13 Vgl. Dok. 28, Anm. 31.
14 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
15 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.
16 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.

ist auch hart geworden, sie hat sich im Feuer der Verfolgung befestigt. Sie hat erduldet und bestanden, was ihr an Leid zugetan ist, und hat so

vor Gott und der Geschichte das historische Anrecht erworben, Führerin der deutschen Nation zu sein! (Stürmischer Beifall.)

Wir kämpfen nicht für irgendein Mandat oder einen Ministersitz. Am 24. April [*1932*] findet die Wahl statt[17]. Wir sind überzeugt, daß nicht entschieden wird, über die preußische Regierung, auch nicht über das Parlament,

sondern, ob Preußen im Jahre 1932 sich wieder erhebt zur Höhe seiner künftigen deutschen Mission.

Einst war Deutschland unter der Knechtschaft des französischen Cäsaren[18]. Damals wurde Preußen der Bannerträger der deutschen Freiheit[19].

Dann war Deutschland zerrissen und zersplittert. Preußen wurde der Bannerträger der deutschen Einigung[20].

Heute ist Deutschland zerfallen in Klassen, Stände und Berufe. Preußen *soll* Bannerträger werden der neuen, großen, sozialen Einigung der deutschen Nation.

Aus diesen Wahlen soll nicht eine neue Regierung hervorgehen als letzter und wesentlichster Ausdruck dieses Kampfes, sondern ein Staat, der in sich überwindet das tiefste Unheil, das uns getroffen hat. Ein Staat von einer einheitlichen staatlichen Form soll zusammengefaßt werden.

Seien Sie am 24. April [*1932*] eingedenk der großen Stunde. Prüfen Sie das heutige Regiment. Sind Sie überzeugt, daß es ein vom Himmel gesegnetes war, daß es Deutschland größer, freier und glücklicher gemacht hat, dann müssen Sie diesen Parteien auch Ihre Stimme geben.

Sind Sie aber überzeugt, daß dieses Regiment unser Volk nicht größer, sondern schwächer und ohnmächtig gemacht, Wirtschaft und Bauernstand ruiniert, den Mittelstand beseitigt und die Arbeiter brotlos gemacht hat, dann seien Sie mutig genug, die Konsequenzen zu ziehen.

13 Jahre sind wir mutige Ankläger gewesen, am 24. April [*1932*] wollen wir mutige Richter sein. Am Ende mag die heutige Zeit vergehen, aber was leben bleiben muß, ist Deutschland. Es ist Preußens preußische Mission gewesen, für Deutschland in vorderster Front einzutreten und zu kämpfen. Heil![21]

---

17 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

18 Gemeint ist Napoleon I.

19 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

20 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.

21 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

22. April 1932 Dok. 58
Rede auf NSDAP-Versammlung in Neuruppin [1]

Märkische Zeitung vom 23.4.1932, "Hitlers Rede in Neuruppin" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 57.

22. April 1932 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

Der Angriff vom 23.4.1932, "Der Führer vor 25.000 Berlinern" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 57.

23. April 1932 Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Winsen an der Luhe [1]

Winsener Nachrichten vom 23.4.1932, "Adolf Hitler in Winsen an der Luhe" [2].

Hitlers Ausführungen, oftmals von Beifall unterbrochen, hatten folgenden Inhalt:

Am 24. April [*1932*], also morgen, finden in Deutschland wieder Wahlen statt [3]. Die ganze deutsche Nation sieht morgen in erster Linie auf Preußen. Es ist nicht eine Wahl, wie tausend andere auch sein mögen. Es herrscht in ganz Deutschland das Gefühl und die Überzeugung, daß diese Wahl einen Wendepunkt bedeuten kann und vielleicht bedeuten wird in der deut-

1 Auf dem Schützenplatz, abends. An der von Landtagskandidat August Wilhelm Prinz von Preußen mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Märkischer Zeitung etwa 60.000 Menschen teil (VB: 76.000).

2 Vgl. auch Der Angriff vom 23.4.1932, "Preußens Sendung in der Geschichte"; VB vom 24./25.4.1932, "Nationalsozialismus ist Preußengeist im besten Sinn".

1 Im Sportpalast, nach 22.30 Uhr. Der Zutritt zur von MdL Wilhelm Kube mit eine Ansprache eröffneten Versammlung, an der laut nationalsozialistischer Presse etwa 25.000 Menschen teilnahmen, mußte wegen Überfüllung polizeilich beschränkt werden.

2 Vgl. auch Neue Preußische Kreuz-Zeitung vom 24.4.1932 (1. Sonntagsausgabe B), "Hitler-Kundgebung in Berlin"; Der Tag vom 23.4.1932, "Hitler in Berlin"; VB vom 24./25.4.1932, "25.000 Berliner waren im Sportpalast!". Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Berliner Lokal Anzeiger vom 23.4.1932, "Hitler im Sportpalast".

1 In der Viehhalle, von 13.10 bis 13.40 Uhr. Nach Hitler sprach der Landtagskandidat der NSDAP, Pastor Gerhard Hahn.

2 Vgl. auch VB vom 26.4.1932, "Der letzte Tag des gewaltigen Deutschlandfluges unseres Führers".

3 Vgl. Dok. 30, Anm. 3.

schen Geschichte. Einen Wendepunkt nach einer nunmehr über 13jährigen Entwicklung, deren Erfolge heute allgemein bekannt sind, deren Mißerfolge allgemein gefühlt werden. In diesen 13 1/2 Jahren hatte das System der heutigen Parteien Zeit genug, seine Fähigkeiten zu beweisen. Sie brauchten es nach einer solchen Frist gar nicht mehr nötig haben, mit anderen Propagandamitteln zu arbeiten als mit dem Hinweis auf die geleisteten Taten, auf das, was geschaffen ist. Sie wissen aber, daß dieser Hinweis heute zum Gegenteil ausschlagen müßte. Sie wissen, daß sie heute nach dreizehn Jahren nichts als Zeugen für sich und ihr Regiment in Anspruch nehmen können. Dreizehn Jahre lang hätte dieses System die Möglichkeit gehabt, seine Daseinsberechtigung durch Taten zu beweisen. Wenn nun im ganzen deutschen Volke auch nicht ein einziger Stand als Zeuge dafür aufgerufen werden kann, dann ist das die Unfähigkeitsbeurteilung dieses Systems selbst. Sie wissen heute, daß sie nicht in der Lage wären, allein durch den Hinweis auf ihre Werke die Wahl zu machen, und deshalb allein sind sie gezwungen, durch Lüge und Verleumdungen und Fälschungen für sich zu kämpfen. Das heutige System erklärt, daß, wenn der Nationalsozialismus ans Ruder käme, die deutsche Nation zersplittert würde und zerfallen müßte. Ich betone, daß dieses System nicht eine einzige vorbildliche Leistung für sich selbst sprechen lassen kann und daß das der Grund ist, weshalb die heutigen Machthaber gezwungen sind, ihre Zuflucht zu einer endlosen Flut von Lügen und Verleumdungen und Verdrehungen zu nehmen. Sie sagen: Wenn heute der Nationalsozialismus in Deutschland die Macht ergreifen würde, dann würde das die Zersplitterung und den Bürgerkrieg bedeuten. Meine Volksgenossen! Das Bild, das Sie hier sehen, erlebe ich jetzt seit drei Wochen, jeden Tag fast viermal, in ganz Deutschland. Ich frage Sie, ob das ein Bild der Zersplitterung der deutschen Nation ist oder ob das nicht die größte Zusammenfassung deutscher Menschen ist, die bis heute stattgefunden hat. Seit 1871 haben noch niemals 13 Millionen Menschen hinter einer Fahne und einer politischen Bewegung gestanden[4]. Wenn wir weiter gerecht prüfen, daß diese Bewegung heute vor dreizehn Jahren entstanden ist, von sieben Mann[5] auf diese riesige Millionenzahl, dann zeigen wir, daß wir am meisten geschafft und die Lügen unserer Gegner entlarvt haben, die von Zersplitterungen reden wollen, während sie selbst seit 1918 Deutschland zersplittert, zersetzt und ohnmächtig gemacht haben. Und dann die Rede vom Bürgerkrieg. Wenn wir heute regieren würden, hätte morgen der Bürgerkrieg sein Ende gefunden. Wir scheuen nicht den Versuch einzelner in ihrem Regiment bedrohter Parteien, uns niederzudrücken. Sie werden sich die Köpfe dabei einstoßen und feststellen, daß unsere Bewegung nicht das Deutschland des November 1918 ist. Sie sagen, die NSDAP umfasse allerdings heute 13 Millionen, aber das sei noch nicht ganz Deutschland. Gewiß, aber wir sind ja auch erst 13 Jahre alt. Lassen wir uns die Zeit, warten Sie, bis wir alles erreicht haben, dann werden wir 50 Millionen statt 13 Millionen hinter uns versammeln. Das wesentlichste ist aber gar nicht die Zahl der 13 Millionen, sondern, daß sich in dieser Bewegung zum ersten Male über alle deutschen Stände, Konfessionen und Berufe hinweg eine politische Bewegung gebildet hat, und daß in diesen 13 Millionen Millionen deutscher Geistesarbeiter, Handarbeiter und deut-

4 Die höchste Stimmenzahl bei einer reichsweiten Wahl zwischen 1871 und 1930 hatte die SPD bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 11.509.100 Stimmen erreicht. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 354 f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 541 sowie Dok. 30, Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

scher Bauern sich befinden[6], daß wir den Volksstaat, von dem die andern reden, in uns verwirklicht haben, daß wir ihn wirklich zum ersten Male aus allen deutschen Berufsschichten zu einem politischen Willen zusammengefügt haben. Wir haben die größte und bedeutendste Frage unserer Zeit aufgegriffen und gelöst: Die Klassenspaltung - Bürgertum oder Proletariat! Wir haben weiter Millionen deutscher Bauern darüber belehrt, daß ihre Zukunft nicht durch ihre Standesvertretung garantiert sein kann, sondern daß sie in der Volksgemeinschaft, die nicht nur das Land, sondern auch in der Stadt begriffen wird [*sic!*], das Fundament unseres Lebens ist. Nicht der Export oder der Import, sondern unser eigenes Bauerntum ist das deutsche Schicksal. Gewiß gab es vor uns Bauernparteien, die natürlich in ihren Anhängern die Überzeugung schafften, daß die Landwirtschaft die Grundlage des Staates ist. Aber ihnen standen die wurzellosen Parteien des Proletariats und der Intellektuellen gegenüber. Es ist unser Verdienst, daß wir den Mut hatten, auch in diesen Massen der Großstädte für das deutsche Bürgertum einzutreten, und daß wir heute in die größte politische Organisation die Überzeugung hineingebracht haben, daß die Zukunft des Volkes nicht in der Größe der außenwirtschaftlichen Faktoren liegt, sondern ausschließlich in der Gesundheit unseres eigenen innenwirtschaftlichen Lebens, und da ist der Bauer heute mit der wesentlichste Grundfaktor. Die Gegner wollen nur die Zahl sehen. Sie sagen: Die 13 Millionen habt ihr bloß, weil die Not sie euch zutreibt. Wenn das so wäre, wer wäre dann für diese Not verantwortlich, wir oder die, die heute regieren? Sie haben doch selbst die Voraussetzung geschaffen und wollen sich heute der Verantwortung entziehen. Vor 13 Jahren hat die heutigen Parteien niemand gerufen, sie sind so gekommen[7]. Sie haben Könige, Kaiser und Fürsten entfernt, weil die verantwortlich sein sollten, für das, was geschehen war. Gut, für das, was heute geschehen ist, sind diese Parteien verantwortlich, und sie können sich aus dieser Verantwortung nicht lösen.

Heute steht nur zur Debatte, was diese Parteien und diese Führer Deutschland zugefügt haben. Not und Elend aller deutschen Großstädte kann nicht übertroffen werden[8]. Wenn unsere Gegner sagen, daß wir die Wirtschaft zerstören, so frage ich, welche Wirtschaft wir zerstören und welche Finanzen wir ruinieren sollen? Man hat doch schon alles ruiniert, was ruiniert werden konnte. Sie reden von einer Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Revolution. Was ist denn von diesen Errungenschaften noch da? Oder wenn sie sagen: Ihr werdet das Reich, die Länder, die Kommunen finanziell zerstören, so sage ich: Sie sind es ja schon. Sie können nicht bestreiten, daß eine neue große Wendung im Anzuge ist, mit noch schwereren Eingriffen als die bisherigen. Sie stehen überall vor leeren Kassen in den Kommunen, in den Ländern und im Reich. Sie haben die Privatwirtschaft mit 28 Milliarden Schulden belastet[9], von 22 Millionen arbeitsfähigen Deutschen sind 7 Millionen ohne Arbeit[10], der Bauernstand ist verelendet[11], der Mittelstand beseitigt, was soll denn in Deutschland noch ruiniert werden?

6 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.
7 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.
8 Vgl. auch Dok. 1, Anm. 18.
9 Mitte 1932 betrug die Kapitalschuld von Handel und Industrie in Deutschland 27,36 Milliarden RM. Vgl. Die Verschuldungs- und Zinsbelastung der deutschen Wirtschaft. In: Wirtschaft und Statistik 13 (1933), S. 277-279, S. 277.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 17 sowie Dok. 40, Anm. 9.
11 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.

Sie sagen, eine Inflation soll kommen? Sie kann gar nicht kommen, denn nur unsere Gegner allein sind auf diesem Gebiet fachmännisch vorgebildet. Sie sagen weiter, die Religion werde in Gefahr sein. Durchaus nicht. Der Priester, der sich seiner Seelsorge hingibt, wird von uns absolut jeden Schutz erhalten. Allerdings werden wir den Entschluß haben, dafür zu sorgen, daß die Priester aus den Versammlungssälen heraus und wieder in die Kirche hineinkommen werden. Je nach den verschiedenen Gebieten Deutschlands werde ich verschieden verleumdet: Im Rheinland bin ich der Kirchenfeind und der Romfeind [12]. In evangelischen Gebieten sagen Sie: Die NSDAP ist romhörig und von Jesuitensold bezahlt [13]. Dem Arbeiter sagen sie, wir seien Knechte des Kapitalismus, und dem Unternehmer, wir seien Wirtschaftsfeinde [14], und dem Städter werden wir als hörige Großagrarier dargestellt [15]. Dem Bauern sagen sie, wir wollten seinen Grund enteignen [16]. Es gibt keinen Schwindel, mit dem unsere Gegner nicht operieren. Seit vorgestern bin ich aus dem Rheinland zurück [17]. Dort werden Millionen Flugblätter verteilt: Adolf Hitler tritt für Prohibition ein, Weinbauern überlegt Euch, was das bedeutet [18]. In Berlin wird behauptet: Adolf Hitler ist ein "Quartalssäufer" [19]. So wird unverschämt gelogen und gefälscht. Sie müssen es ja, weil sie eigene Leistungen nicht aufzuweisen haben.

Sie haben die Möglichkeit, uns die Propaganda zu beschränken. Warum genehmigen sie mir nicht den Rundfunk [20]. Wenn sie ein reines Gewissen hätten, könnten sie sich ja mit mir auseinandersetzen.

Brüning und Braun können ja ihr Konzept nehmen, können sich auch vor das Mikrophon stellen, dann werden wir sehen, wie sie den Kampf bestehen werden. Sie sagen: Der Rundfunk ist überparteilich und wir sind keine Partei. Braun, Brüning sind von Gott gesandte überparteiliche Lebewesen (Bravo) [*sic!*], die auch natürlich nicht für Parteien sprechen, sondern für das heilige Zentrum und die heilige Sozialdemokratie. Es wäre nicht nötig, daß ich den Zug durch Deutschland unternehme und Sie bitten muß, in diese Kundgebung zu kommen, wenn unsere Gegner wirklich demokratisch gerecht die öffentlichen Propagandamittel uns auch zur Verfügung stellen würden. Sie glauben, daß sie uns dadurch nun totmachen und durch eine Flut der Fälschungen mürbe machen können. Darin täuschen sie sich. Wir werden immer den Weg zum Herzen des Volkes finden. Die Bewegung wird durch Terror nicht gebrochen, mich selbst brechen sie am allerwenigsten. (Stürmische Zurufe.) 13 Jahre geht der Kampf, den ich führe. Die Vorsehung hat gestattet, daß eine Millionenbewegung aufgebaut wurde. 13 Jahre Verfolgungen, Unrecht, Quälereien, Schikane haben wir ertragen, und dadurch sind wir größer geworden. Wir wären nicht das, was wir sind, wenn wir nicht diese Verfolgungen gehabt hätten. Daß wir 13 Millionen Menschen zählen, ist nicht so wesentlich wie die Tatsache, daß sie im schwersten

12 Vgl. Dok. 45, Anm. 34.
13 Vgl. Dok. 45, Anm. 35.
14 Vgl. Dok. 45, Anm. 36.
15 Vgl. z. B. Hermann Peters, Nazis und Bauern. Zur Theorie und Praxis nationalsozialistischer Agrarpolitik. In: Das Freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan, vom 13.3.1932, S. 10-13.
16 Vgl. Dok. 54, Anm. 19.
17 Vgl. Dok. 54, 55 ,56.
18 Vgl. Dok. 54, Anm. 14.
19 Nicht ermittelt.
20 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

Kampf erworben sind, daß die Sonne der öffentlichen Huld uns nicht geschienen hat, sondern den anderen, vielleicht sogar zu viel Sonne läßt es erklären, daß die anderen jetzt vertrocknen. Wir sind durch Kampf groß geworden. Wir marschieren morgen in eine Schlacht hinein, in der mehr entschieden wird als nur ein Landtag. Deutschland, sein Volk und seine Wirtschaft ist [*sic!*] ruiniert. Die Regeneration des Volkskörpers allein ist die Voraussetzung der Gesundung. Man hat damals erklärt, daß Deutschland die 24 Monarchen nicht habe ertragen können[21], noch viel weniger gut aber ist die Mißwirtschaft von 30 Parteien[22]. Sie haben einst das alte System beseitigt, das immerhin sagen konnte, wir haben ein großes Deutschland geschaffen. Heute ist die Stunde an den damaligen Richtern selbst. Sie werden jetzt auch beseitigt. Wenn die Wahl so erfolgt, wie wir erwarten, werden wir zu einem neuen Preußen kommen, wieder auf altem historischen Grunde beginnen als Wiederhersteller des deutschen Namens, des deutschen Vertrauens, der geschichtlichen Tradition. Wie einst die Vorfahren gegen den napoleonischen Korsen[23] kämpften für deutsche Freiheit[24], so sind wir heute die Vorkämpfer für die nationale und soziale Einigung der deutschen Nation. Die große Gegenwartsaufgabe ist die: Entweder wir überwinden den Klassenstaat oder er wird die deutsche Nation überwinden. Wer von Ihnen glaubt, daß das heutige System und seine Parteien in ihren Regierungen für Deutschland Segen gebracht hat, wer glaubt, daß das Volk glücklicher und reicher geworden ist, soll den Parteien seine Stimme geben. Wer aber überzeugt ist, daß diese 13 Jahre keinen Aufstieg, sondern Niedergang bedeuten, soll den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. 13 Jahre haben wir den Kampf geführt. Ihr Kampf mit dem Stimmzettel ist leichter, als [*der,*] den ich vom unbekannten deutschen Soldaten[25] bis zur größten deutschen Bewegung geführt habe. (Stürmische Heil-Rufe.) Ihr Kampf ist auch leichter als der der Hunderttausende, die man als SA vorübergehend aufgelöst hat[26]. Wir haben größere Opfer gebracht und fordern Sie auf, daß Sie genauso Ihre Pflicht erfüllen. Was ich dafür verspreche? Morgen findet eine Wahl statt. Ich verspreche Ihnen, daß ich übermorgen wieder zu arbeiten beginnen werde!

---

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 6.
22 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
23 Napoleon I.
24 Anspielung auf die Befreiungskriege 1813-1815, die die französische Besetzung Deutschlands beendeten. Vgl. auch Dok. 57, Anm. 19.
25 Vgl. Dok. 1, Anm. 24.
26 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

23. April 1932 Dok. 61
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lokstedt [1]

Pinneberger Tageblatt vom 25.4.1932, "Hitler in Schleswig-Holstein" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 60.

23. April 1932 Dok. 62
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kiel [1]

Kieler Zeitung vom 24.4.1932, "Hitler in Kiel" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 60.

23. April 1932 Dok. 63
Rede auf NSDAP-Versammlung in Flensburg [1]

Flensburger Nachrichten vom 25.4.1931, "Die Ansprache Hitlers" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 60.

---

1 Auf der Motorradrennbahn "Dirt-Track", nach 15.00 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Emil Brix geleiteten Versammlung nahmen laut Pinneberger Tageblatt etwa 130.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der Gauleiter des Gaues Hamburg Karl Kaufmann. Nach der Versammlung kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerangehörigen oder Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen zwei Nationalsozialisten verletzt wurden.

2 Vgl. auch Hamburger Tageblatt vom 23.4.1932, "120.000 huldigen Hitler in Hamburg!"; Pinneberger Tageblatt vom 23.4.1932, "Hamburg-Altona in Erwartung Hitlers", "Hitler in Lokstedt" sowie Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg [2]1935, S. 269 f.

1 Auf dem Städtischen Sport- und Spielplatz, nach 17.00 Uhr. Die Schätzung der Zuhörerzahl schwankte zwischen 30.000 (Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung) und 60.000 (Kieler Neueste Nachrichten und Kieler Zeitung). Vor Hitler sprach Landtagskandidat Joachim Meyer-Quade. Vor dem Podium wurde Hitler von einem ehemaligen Regimentskameraden begrüßt. Flugzeuge, die für die SPD Wahlpropaganda machten, überflogen während der Veranstaltung das Gelände und warfen Flugblätter ab.

2 Vgl. auch Kieler Neueste Nachrichten vom 26.4.1932, "Adolf Hitler in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung vom 25.4.1932, "Die Untertanen versammeln sich"; VB vom 26.4.1932, "Der letzte Tag des gewaltigen Deutschlandfluges unseres Führers".

1 Im Stadion, nach 19.15 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Wilhelm Adler geleiteten Versammlung nahmen zwischen 35.000 (Flensburger General-Anzeiger) und 45.000 (Flensburger Nachrichten) Menschen teil. Vor Hitler sprach MdL Pastor Johann Peperkorn.

2 Vgl. auch Flensborg Avis vom 24.4.1932, "Hitler i Flensborg"; Flensburger Beobachter vom 24.4.1932 (Extrablatt - Hitler Sondernummer), "Adolf Hitler in Flensburg"; Flensburger General-Anzeiger vom 25.4.1932, "Adolf Hitler in Flensburg"; Der Schleswiger vom 26.4.1932, "Hitler in Flensburg" sowie Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919-1933), Teil 1, Flensburg 1986, S. 362 ff.

24. April 1932 Dok. 64
"Nationalsozialisten!"
Aufruf

VB vom 26.4.1929.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Mit dem heutigen Tage hat unsere Bewegung ihren bisherigen Erfolgen einen weiteren herrlichen Sieg hinzugefügt[1].

Wir sind nunmehr unumstritten zur weitaus stärksten Partei Deutschlands geworden!

Alle Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmaßnahmen unserer Gegner konnten den Emporstieg unserer Bewegung nicht verhindern.

Dieser Erfolg ist nicht das Ergebnis irgendeiner "klugen Taktik", sondern die Frucht einer andauernden, unermüdlichen, fleißigen Arbeit. Was die politische Organisation und die Propaganda in diesen Wochen geleistet haben, ist einzig dastehend. Aus übervollem Herzen aber danke ich besonders meinen mir in unverbrüchlicher Treue ergebenen ehemaligen[2] S.A.- und S.S.-Männern und -Führern, die als Parteigenossen wie immer mutig und opferbereit ihr Allerletztes [*sic!*] hergegeben haben.

Sie, die Leiter der Organisation und Propaganda, der Partei sowohl wie die Männer unserer Presse, sie alle können sich diesen großen Sieg als Frucht ihrer Fähigkeit und Arbeit zurechnen.

Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf um die nationale Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wieder aufzunehmen und weiterzuführen.

München, den 24. April 1932

Adolf Hitler

---

1 Bei der preußischen Landtagswahl konnte die NSDAP die Zahl ihrer Stimmen von 346.771 (1,8%) am 20.5.1928 auf 8.007.384 (36,3%) am 24.4.1932 steigern, sie war damit stärkste Partei vor der SPD (21,2%), dem Zentrum (15,3%), der KPD (12,8%) und der DNVP (6,9%). In Bayern stieg die Stimmenzahl der NSDAP von 203.115 (6,1%) auf 1.270.792 (32,5%), damit blieb die BVP mit einem geringen Vorsprung stärkste Partei (32,6%); die SPD erhielt 15,4%, die KPD 6,6% und der Bayerische Bauernbund 6,5%. In Württemberg wurde die NSDAP mit einer Steigerung der Stimmenzahl von 20.342 (1,8%) auf 328.320 (26,4%) stärkste Partei, gefolgt vom Zentrum (20,5%), der SPD (16,6%), dem Württembergischen Weingärtner- und Bauernbund (10,7%), der KPD (9,4%), der DDP (4,8%) und der DNVP (4,3%). In Anhalt stieg die Stimmenzahl der NSDAP von 4.117 (2,1%) auf 89.652 (40,9%), sie wurde damit stärkste Partei vor der SPD (34,3%), der KPD (9,3%) und der DNVP (5,9%). Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vermehrte die NSDAP die Stimmenzahl von 202.506 (26,2%) am 27.9.1931 auf 233.750 (31,2%) am 24.4.1932, zweitstärkste Partei wurde die SPD (30,2%) vor KPD (16,0%), DDP (11,2%) und DNVP (4,3%). Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 89, 91, 94, 101, 113.

2 Mit der "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität" vom 13.4.1932 waren SA und SS aufgelöst worden. Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

29. April 1932 Dok. 65
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 29.4.1932, "Des Führers Dank".

Zu meinem 43. *Geburtstage* [1] sind mir so viele Glückwünsche und Geschenke aus allen Teilen Deutschlands zugegangen, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen persönlich zu danken. Ich spreche daher auf diesem Wege allen Gratulanten meinen herzlichsten Dank aus.

Adolf Hitler

29. April 1932 Dok. 66
Interview [1] mit Carlo Scorza [2]

Carlo Scorza, Fascismo. Idea imperiale, Roma 1933, S. 80-87.

Die aufeinanderfolgenden Wahlsiege [3] haben uns - wenn das überhaupt noch nötig war - die absolute Sicherheit gegeben, daß die Zukunft uns gehört. Die Niederlage der gegnerischen Parteien bei den Wahlen ist die endgültige Verurteilung der Mißwirtschaft, die bisher in Deutschland geherrscht hat, und der Politik des Verzichts und der Ergebung, die gegenüber dem Ausland verfolgt wurde [4]. Das deutsche Volk will sein eigenes Leben und nicht nach dem Muster anderer leben. Das heißt: Es will seine Zukunft nicht

Le successive vittorie elettorali ci hanno posti nell'assoluta certezza - se pure ve ne era bisogno - del nostro domani. La sconfitta dei partiti avversari è, nel significato del voto, una definitiva condanna dello sgoverno che finora ha regnato in Germania, e della politica di rinuncia e di rassegnazione che è stata seguita verso l'Estero. Il popolo tedesco vuole vivere di vita propria e non riflessa; vale a dire: non vuole far dipendere più il suo avvenire dalle decisioni altrui. Una sconfitta militare non può eternamente pesare

1 Hitler wurde am 20.4.1889 in Braunau am Inn geboren.

1 Im Hotel Kaiserhof, Berlin.

2 Carlo Scorza (1896-1988), italienischer Journalist und Politiker, 1920 Gründer der Ortsgruppe Lucca der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), Redakteur der Zeitung "L'Intrepido" (später: "Il Popolo Toscano"), 1922 Teilnahme am "Marsch auf Rom", Federale der PNF in Lucca, 1924 Deputierter im italienischen Parlament, 1929 Mitglied des Direktoriums der PNF, 1932 Verlust aller Ämter, 1943 letzter Parteisekretär der PNF, leistete bei der Entmachtung Mussolinis keinen Widerstand, 1944 in der Repubblica Sociale Italiana deshalb vor Gericht, Freispruch, 1945 Exil in Argentinien, später Rückkehr nach Italien.

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 43, Dok. 30, Anm. 2, Dok. 64, Anm. 1.

4 Anspielung auf die polemisch als "Erfüllungspolitik" bezeichnete deutsche Außenpolitik, mit der die alliierten Reparationsforderungen so weit wie möglich erfüllt werden sollten, um damit ihre Undurchführbarkeit zu beweisen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 132 ff.

mehr von den Entscheidungen anderer abhängig machen. Eine militärische Niederlage[5] kann nicht ewig auf dem Leben einer Rasse lasten, die ohne Ausnahme alle Merkmale besitzt, um voranzukommen und sich fortzuentwickeln.

Bei der einhelligen Zustimmung, die uns von allen Teilen Deutschlands entgegengebracht wird, hätten wir sofort auf der ganzen Linie siegen und mit einem Schlag unwiderrufliche Tatsachen schaffen können. Aber nachdem wir einmal den legalen Weg eingeschlagen haben[6], konnten wir nicht anders, als auf diesem Weg fortzuschreiten, der uns dazu zwingt, von jeglichen Terminen abzusehen. Zwei oder drei Monate haben für uns keinerlei Bedeutung mehr, da wir durch das ständige Wachsen unserer Anhängerschaft und die in die Tiefe und in die Breite gehende Ausbreitung unserer Ideen in den Volksmassen ruhig warten können.

Um einen Vergleich zu machen: Wir befinden uns ungefähr in eurer Lage von 1921, als ihr die ganze alte Welt gegen euch hattet: Demokraten, Liberale, Sozialisten, deren Feindseligkeit durch den kommunistischen Druck verstärkt war[7]. Nur war euere Lage besonders günstig, denn ihr hattet einen Staat, der bereits ausgehöhlt und der unfähig war, irgendeinen ernsthaften Widerstand zu leisten; eine Polizei, die in großen Teilen nicht mehr regierungstreu war und jeden Tag bewies, daß sie parteiisch und von faschistischem Geist beseelt war; ein Heer, das sich trotz seiner Königstreue sicherlich nicht wegen eines politischen Problems geschlagen

sulla vita di una razza che ha gli elementi, nessuno escluso, per avanzare e progredire.

Di fronte all'unanime consenso che da ogni parte della Germania muove verso di noi, avremmo potuto subito stravincere, determinando con un colpo di forza il fatto irrevocabile. Ma, una volta accettata la via legale, non potevamo procedere se non per questa, la quale c'impone di non fare più questioni di tempo. I due o tre mesi non hanno ormai per noi alcuna importanza, dato che il costante aumento delle nostre fila e la diffusione in profondità ed in estensione delle nostre idee presso le masse popolari, ci danno la più tranquilla coscienza di attesa.

Se si potesse fare un paragone, noi ci troviamo all'incirca nelle vostre condizioni del 1921, quando avevate contro tutto il vecchio mondo: democratici, liberali, socialisti, la cui ostilità era rafforzata dalla virulenza comunista. Solamente, voi vi siete trovati in condizioni di speciale favore, poichè avevate uno Stato già svuotato di ogni contenuto ed incapace di offrire alcuna seria resistenza; una polizia che non era più tutta fedele al governo ed ogni giorno si dimostrava animata da spirito partigiano fascista; un esercito che certamente, a malgrado del suo lealismo monarchico, non si sarebbe battuto per una questione politica. Noi invece ci troviamo di

5 Gemeint ist die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg.

6 Zum "Legalitätskurs" Hitlers vgl. Dok. 36, Anm. 7.

7 Seit Juli 1921 war es zu verschiedenen blutigen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten einerseits und Sozialisten, Republikanern, Christlichsozialen sowie den von den Sozialisten im Januar 1921 abgespaltenen Kommunisten andererseits gekommen, die mit einem Friedensabkommen zwischen Faschisten und Sozialisten zeitweilig beigelegt werden konnten. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 238 f.

hätte[8]. Wir hingegen stehen einer Regierung gegenüber, die alle Attribute der Macht besitzt und eifersüchtig darüber wacht, daß keines davon verlorengeht, eine Regierung, die vor allem von dem entschiedenen Willen beseelt ist, sich nicht besiegen zu lassen. Wir haben die Polizei gegen uns, die nicht über ihre Befehle diskutiert und das Gesetz blind anwendet; uns steht ein Heer gegenüber, das - wie klein es auch sein mag[9] - verfassungstreu ist und dies zu bleiben beabsichtigt.

Nochmals: Ihr hattet ein Staatsoberhaupt, das nicht gegen euch war, der König[10] berief letztendlich sogar Mussolini[11], während ich auch noch Reichspräsident Hindenburg gegen mich habe, der noch ein unbestrittenes persönliches Ansehen genießt.

[...][12]

Nach einigen Augenblicken des Schweigens antwortet Hitler auf meine neue Frage nach der Zusammensetzung und der Widerstandskraft des letzten möglichen Hindernisses, das die Demokratie seinem Vormarsch entgegenstellen wird.

Was wird das letzte Bollwerk sein, hinter dem sich das derzeit herrschende alte deutsche System verschanzen und versuchen wird, dem reißenden Vormarsch der Jugend entgegenzuwirken, die in den Abteilungen meiner Partei organisiert ist? Es ist nicht leicht, auf

fronte ad un governo che possiede interamente tutti gli attributi del potere e guarda gelosamente affinchè nessuno di essi venga a difettargli, un governo che soprattutto è animato dalla decisa volontà di non farsi sopraffare. Abbiamo contro la polizia che non discute gli ordini e che applica la legge ciecamente; abbiamo di faccia un esercito che - per quanto piccolo - è fedele e intende restare fedele alla costituzione.

Ancora: voi avete avuto il Capo dello Stato che non vi era contrario, tanto che il Re finì per chiamare Mussolini, mentre io mi trovo ancora avverso anche il Reichspresident [*sic!*] Hindenburg il quale ancora gode di un indiscutibile prestigio personale.

[...][13]

Dopo alcuni istanti di silenzio, Hitler risponde alla mia nuova domanda circa la composizione e la resistenza dell' ultimo possibile ostacolo che la democrazia opporrà alla sua avanzata.

Quale sarà l'ultimo baluardo dietro il quale si difenderà il vecchio mondo tedesco attualmente al potere, cercando di contrastare l'avanzata alla marea della gioventù inquadrata nelle sezioni del mio partito? A questa domanda che noi spesso ci poniamo non è

8 Ungeachtet einzelner Sympathien für den Faschismus ging die italienische Armee bis zur Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung durch König Viktor Emanuel III. an Mussolini am 28.10.1922 aktiv gegen den faschistischen Putsch vor. Vgl. ebenda, S. 89 ff.

9 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages legte die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann, Artikel 183 die Stärke der deutschen Marine auf 15.000 Mann fest. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943.

10 Viktor Emanuel III. (1869-1947), 1900-1946 König von Italien.

11 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

12 "*Die Tatsachen haben dann bewiesen, daß Marschall Hindenburg dem Beispiel der italienischen Geschichte gefolgt ist.*" Bezieht sich auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.1.1933.

13 "*I fatti, poi, hanno dimostrato che il Maresciallo Hindenburg ha seguito lo storico precedente italiano.*"

diese Frage, die wir uns oft stellen, eine Antwort zu geben. Es kann sein, daß das letzte Bollwerk, der letzte verzweifelte Schützengraben, das Parlament und die Verfassung sein werden. Vielleicht wird Widerstand über wirtschaftliche Positionen geleistet, indem man sich auf die führenden Banken und die industrielle und jüdische Plutokratie stützt; vielleicht wird das alte System, gepackt von der Erbitterung, die alle Alten, deren Leben zu Ende geht, packt, sich auch illegaler Mittel bedienen und das Heer einsetzen.

Diese Vermutungen sind aufgrund der Tatsache gerechtfertigt, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß nichts unversucht bleibt, um unseren Vormarsch aufzuhalten. Derzeit ist es eine Tatsache - und in Deutschland gibt es niemanden mehr, der es nicht weiß -, daß auch bei uns gerade das gegen die Nationalsozialisten geschieht, was bei euch 1924 zur Zeit des Aventin geschah[14]. Das heißt, um uns zu bekämpfen, hat sich eine Einheitsfront gebildet, in der die bürgerlichen und kapitalistischen Parteien sich mit den antinationalen Parteien zusammengeschlossen haben[15]. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Front sich noch verstärkt, wobei man sich vor Augen halten muß, daß die Kommunisten in diesem Moment ein großes Interesse daran haben, konservativ zu sein, und somit den aktuellen Stand der Dinge verteidigen. Sie wissen genau, was der Aufstieg zur Macht der jungen nationalen Kräfte für sie bedeuten wird[16].

facile dare una risposta. Può darsi che l'estremo baluardo, la più disperata trincea, saranno il Parlamento e la Costituzione; forse la resistenza avverrà su posizioni economiche appoggiandosi all'alta Banca e alla plutocrazia industriale ed ebraica; forse anche il vecchio mondo, preso dalla esasperazione, come tutti i vecchi cui cominci a sfuggire la vita, si precipiterà sui mezzi illegali, impiegando la forza.

Queste supposizioni sono legittimate in noi dal fatto che l'esperienza ha dimostrato che nessun mezzo è lasciato intentato pur di contrastarci il passo. Attualmente è un fatto - e non è più in Germania nessuno che non lo sappia - che anche da noi sta avvenendo contro i nazional-socialisti quanto avvenne per voi nel 1924 al tempo dell'Aventino. Cioè, pur di combatterci, si è costituito un fronte unico in cui i partiti borghesi e capitalisti si sono legati con i partiti antinazionali. Non è da escludersi che questo fronte si rafforzi ancora, tenendo presente che i comunisti in questo momento hanno tutto l'interesse ad essere conservatori, a difendere cioè l'attuale stato di cose. Essi ben sanno che cosa rappresenterà per essi l'avvento al potere delle giovani forze nazionali.

14 Gemeint ist der Auszug der oppositionellen italienischen Abgeordneten aus dem Parlament nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924, dem sich nur einige Liberale und die Kommunisten nicht anschlossen. Auf dem Aventin konstituierten sie sich als gesonderte Vertretungskörperschaft, die den König zur Entlassung Mussolinis zwingen wollte. Die dadurch entstandene Krise wurde erst am 3.1.1925 beendet, als Mussolini die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernahm und damit den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien erklärte. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 239 ff.

15 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

16 Vgl. Dok. 33, Anm. 12.

Wir sind also überzeugt, daß es zu diesem unmoralischen Bündnis kommen wird, denn derzeit werden die Geschicke unseres Landes von einem bunten politischen Haufen mehr recht als schlecht gelenkt[17]; gleichwohl sind wir dann nicht gezwungen, die Bildung und Kräftigung dieses Bündnisses im voraus zu verhindern. In diesem Widerstand der alten deutschen Welt muß man zweifelsohne einen Beitrag der mysteriösen internationalen Kräfte erkennen, die immer dann agieren, wenn es in den verschiedenen Nationen politische Bewegungen gibt. Und dies ist zum Teil berechtigt, denn unsere Bewegung beabsichtigt, die deutsche Nation aus der Unmündigkeit herauszuführen. Es ist also natürlich, daß man vom Ausland her, in den Nationen, die ein großes Interesse daran haben, die Wiederauferstehung unseres Volkes zu unterbinden, versucht, mit jedem hinterhältigen Mittel unseren Vormarsch zu verhindern, da man aus offensichtlichen Gründen nicht direkt und offen vorgehen kann.

Noi quindi siamo convinti che a questo connubio immorale si arriverà, poichè un mosaico politico attualmente regge, e mal regge le sorti del nostro paese, se pure non saremo costretti ad impedirne in anticipo la costituzione ed il rafforzamento. In questa resistenza del vecchio mondo tedesco si deve riconoscere senza dubbio il contributo delle misteriose forze internazionali che sempre agiscono ogni qual volta vi sono movimenti politici nelle varie nazioni. E questo in parte è giustificato, poichè noi intendiamo col nostro movimento fare uscire di minorità la nazione tedesca: è naturale quindi che dall'estero, dalle nazioni che hanno tutto l'interesse ad impedire il risorgere del nostro popolo - non potendosi agire, per ovvie ragioni, in forma diretta e palese - si tenti con ogni subdolo mezzo di ostacolarci l'avanzata.

Es scheint, daß die Kommunisten in diesem Zusammenhang aus Moskau die Order erhalten haben, den derzeit Regierenden, die Rußland die Prolongierung von Wechseln über 300 Millionen Mark gewähren sollen, zunächst nicht zu viele Schwierigkeiten zu bereiten. Rußland hat also ein großes Interesse, den derzeitigen Stand der Dinge aufrechtzuerhalten [18]. Zu den Kräften, die ich

I comunisti sembra, a questo proposito, che abbiano ricevuto l'ordine da Mosca di non dare per ora troppa noia agli attuali governanti i quali dovrebbero concedere alla Russia la rinnovazione di trecento milioni di marchi di cambiali; la Russia quindi ha tutto l'interesse a mantenere l'attuale stato di cose. Sicchè, oltre alle forze che ho già denunziato come ostili, bisogna aggiungere i sin-

17 Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren in der Regierung Brüning das Zentrum, die BVP, die DStP, das Deutsche Landvolk und die Konservative Volkspartei vertreten. Diese Parteien verfügten im Reichstag über 125 Mandate. Durch die Tolerierungspolitik der SPD, die mit 143 Sitzen im Reichstag vertreten war, und die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen gab es keine Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler, der mit Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung regierte. Vgl. Schaefer, SPD in der Ära Brüning, S. 167 ff.

18 Die Exportaufträge in die Sowjetunion entwickelten sich in den Jahren 1930 bis 1932 zu einem begrenzten Gegengewicht der Weltwirtschaftskrise und verhinderten in gewissem Umfang Konkurse oder Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Finanzierung erfolgte größtenteils durch die Exportförderung der Reichsregierung, die die Aufträge außerdem durch Ausfallgarantien sicherte. Ende 1931 stieß das Exportvolumen daher auf Grenzen. Aufgrund der verbesserten Geldmarktlage hatte sich die Reichsbank Mitte März 1932 bereiterklärt, Wechsel aus dem Geschäft mit der Sowjetunion im Wert von 120 Millionen RM zu rediskontieren. Die

bereits als Feinde entlarvt habe, müssen also auch die roten Gewerkschaften gezählt werden, die im Kampf gegen uns mit den christlichen Gewerkschaften und allen anderen derzeit bestehenden Organisationen und Vereinigungen solidarisch sind.

Hitler gibt eine Zusammenfassung der kommunistischen Bewegung in Deutschland und untersucht auch die in anderen Völkern, insbesondere in Polen [19] *und Ungarn* [20]*, unternommenen [Umsturz-]Versuche.*

Aber ich bin mir sicher, daß die siegreiche Behauptung des Faschismus in Italien und der bevorstehende sichere Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland einen Damm bilden werden, von der Nordsee bis zum Mittelmeer, daß man der kommunistischen Gefahr immer Herr werden wird.

Zunächst einmal bildet die Verbindung von Deutschland und Italien einen Block von 110 Millionen Menschen [21], der sehr beachtlich ist, zumal auch grundlegende Tugenden der beiden Rassen wie moralische Gesundheit, Opferbereitschaft und physische Stärke im Auge behalten werden müssen. Diesem Block schließen sich sicherlich Österreich, Ungarn, Bulgarien und vielleicht auch Rumänien an. Einem solchen Block muß sich unweigerlich auch England anschließen,

dacati rossi che nella lotta contro di noi sono solidali con i sindacati cristiani e con tutte le altre organizzazioni e associazioni attualmente esistenti.

Hitler fa una sintesi del movimento comunista in Germania esaminando anche i tentativi fatti presso gli altri popoli specialmente in Polonia ed Ungheria.

Ma ritengo sicuramente che il vittorioso affermarsi del Fascismo in Italia e il prossimo certo affermarsi del Nazionalsocialismo in Germania costituiranno, dal mare del Nord al Mediterraneo, una tale diga da fronteggiare per sempre il pericolo comunista.

Intanto la Germania e l'Italia riunite, formano un blocco di centodieci milioni di uomini che non è trascurabile cosa, tenendo anche presenti le fondamentali virtù di sanità morale, di spirito di sacrificio e di vigorìa fisica delle due razze. A questo blocco si aggiungono certamente l'Austria, l'Ungheria, la Bulgaria e forse anche la Romania. A tale blocco dovrà fatalmente aggiungersi l'Inghilterra la quale non può non fare causa comune con noi, poichè la nostra forza di resistenza e la

Ausfallgarantien der Reichsregierung wurden jedoch nicht erhöht, was zunächst eine Ausweitung der Geschäfte der deutschen Industrie mit der Sowjetunion stark behinderte. Vgl. Hans-Jürgen Perrey, Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985, S. 137 ff., 199 f.

19 Vermutlich Anspielung auf den Polnisch-Sowjetischen Krieg (1918-1920). Obwohl die Rote Armee bis unmittelbar vor Warschau vorgedrungen war, befand sie sich vom Beginn der polnischen Gegenoffensive am 16.8.1920 bis zum Waffenstillstand vom 12.10.1920 auf dem Rückzug. Im Frieden von Riga vom 18.3.1921 fielen große weißrussische und ukrainische Gebiete an Polen. Vgl. Kai von Jena, Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980, S. 21 ff.

20 Die Sozialistische Partei Ungarns hatte am 21.3.1919 in Budapest die Räterepublik ausgerufen; die Regierende Revolutionsregierung unter Béla Kun mußte jedoch bereits am 1.8.1919 wieder zurücktreten.

21 Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 21.4.1931 hatte Italien eine Bevölkerung von 41.230.047 Menschen, das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, nach der Volkszählung vom 16.6.1925 und der Fortschreibung durch das Statistische Reichsamt Anfang 1932 eine Bevölkerung von etwa 65.594.000 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1* sowie Dok. 11, Anm. 7.

das nichts anderes tun kann, als gemeinsame Sache mit uns zu machen, denn unsere Widerstandskraft und unser Sieg gegen den Bolschewismus werden ihm Ruhe im Osten garantieren. Das gilt nur, versteht sich, solange sich dort nicht solche Ereignisse zutragen, die sich jedem möglichen europäischen Einfluß entziehen.

nostra vittoria contro il bolscevismo le assicureranno la tranquillità dell'Oriente. Questo, s'intende, fino a che laggiù non si determineranno avvenimenti tali da superare ogni possibile influenza europea.

Frankreich wird - wie es in dieser Nation jahrhundertelang der Fall war - nur von seinem nationalen Egoismus geleitet. Frankreich ist - wie das alte deutsche System, über das ich schon sprach - immer zu jedem, auch zu dem vermessensten und historisch unlogischsten Handel bereit, nur um keinen Millimeter der eroberten Positionen preisgeben zu müssen. Vor dem Krieg verbündete sich das demokratische und zum Sozialismus tendierende Frankreich mit dem zaristischen und feudalen Rußland[22], nur um Deutschland in Schach zu halten. Es ist also nicht auszuschließen, daß Frankreich, nur um unseren Wiederaufstieg zu verhindern, sich schließlich mit Sowjetrußland verbündet, besonders, wenn es merkt, daß Polen ihm keine ausreichende Sicherheit und Hilfe bieten kann.

La Francia sarà guidata - come sempre per questa nazione è avvenuto nei secoli - solamente dal proprio egoismo nazionale. La Francia è - come il vecchio mondo tedesco di cui parlavo - sempre pronta ad ogni patteggiamento, anche al più ibrido e al meno storicamente logico, pur di non cedere un millimetro delle posizioni conquistate. Prima della guerra, la Francia democratica e socialistizzante si alleò con la Russia czarista [*sic!*] e feudale pur di tenere in scacco la Germania; non è da escludersi quindi che, pur di impedire il nostro risollevamento, la Francia finirà con l'allearsi con la Russia sovietica, specialmente non appena si accorgerà che la Polonia non potrà offrirle abbastanza sicurezza di resistenza e di aiuto.

[...][23]

[...][26]

Frankreich hat immer von und in der Angst gelebt, angegriffen, besetzt und vernichtet zu werden. Von Richelieu[24] über Mazarin[25] bis

La Francia ha sempre vissuto sul timore e nel timore di venire aggredita, invasa e distrutta. Da Richelieu a Mazarino a Poincaré,

22 Bezieht sich auf die am 17.8.1892 abgeschlossene Russisch-Französische Militärkonvention, die sich gegen die Verlängerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien vom 6.5.1891 richtete.

23 Folgende, offenbar kurz vor der Drucklegung eingeschobene Bemerkung bezieht sich auf die Zeit nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler:
"*(Diese Worte haben eine besondere Bestätigung in den jüngsten Versuchen von Herriot gefunden.)*"
Edouard Herriot hatte in der außenpolitischen Debatte der französischen Kammer am 6.4.1933 bemängelt, daß die neugebildete Regierung Daladier die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vernachlässige.

24 Armand Jean du Plessis, Duc de Richelieu (1585-1642), 1624 französischer Prinzipalminister. Richelieu hatte in seinem politischen Testament die Rheingrenze zur Sicherung des Landes als Ziel der französischen Außenpolitik festgelegt.

25 Jules Mazarin (1602-1661), 1642 französischer Prinzipalminister. Mazarin erreichte im Westfälischen Frieden 1648 die Abtretung weiter Teile des Elsasses an Frankreich.

26 "*(Queste parole hanno avuto una particolare conferma nei recenti tentativi di Herriot.)*"

Poincaré [27], alle seine Regenten haben die Politik von dieser gemeinsamen Basis aus geführt. Und Frankreich hat, indem es über diese eingebildete Gefahr klagte, immer die Gefühle und die Sympathien der anderen Völker zu seinen Gunsten beeinflußt.

Wenn überhaupt etwas in dem im übrigen voller furchtbarer Unbekannter steckenden politischen Spiel, das in nächster Zeit gespielt wird, wichtig ist, so ist es die Position Englands; diese Position kann, ich wiederhole es, meiner Meinung nach nicht zweifelhaft sein.

Krise

Ein Element, das im Spiel der internationalen Kräfte im Auge behalten werden muß, ist zweifellos, ob die russische Wirtschaft vorankommt oder nicht und zwar in dem Sinne, daß aufmerksam beobachtet werden muß, ob sich, im Falle eines Erfolgs, diese gewaltige neue Kraft nach Westen wendet, das heißt nach Polen, Deutschland, England, oder ob sie nach Osten tendiert.

Meines Erachtens würde sich ein sich industriell behauptendes Sowjetrußland - was zumindest in nächster Zukunft keine einfache Sache ist, weil Rußland arm an Kapital ist - sofort oder in der ersten Phase den übervölkerten Ländern des Westens zuwenden. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mäßigung in der kommunistischen Propaganda im Ausland von der Hoffnung bestimmt ist, die Wachsamkeit in den verschiedenen Staaten einzulullen, und darauf abzielt, deren Mißtrauen zu zerstreuen, um durch einfachen Handelsaustausch die Bevölkerung infiltrieren zu können.

tutti i suoi governanti hanno indirizzato la politica su questa base comune. E la Francia, piangendo su questo suo immaginario pericolo, ha sempre volto a suo vantaggio il sentimento e le simpatie degli altri popoli.

Quello che importerà se mai nel gioco storico - del resto pieno di tremende incognite - che ci apprestiamo a vivere nel prossimo futuro, sarà la posizione dell'Inghilterra; la quale posizione a mio parere, ripeto, non potrà essere dubbia.

Crisi

Un elemento da considerarsi nel gioco delle forze internazionali è indubbiamente la possibile o impossibile attuazione dello sviluppo economico russo nel senso che bisognerà attentamente osservare se, in caso di successo, questa nuova formidabile potenza si rivolgerà verso occidente: vale a dire, Polonia, Germania, Inghilterra; oppure tenderà verso l'Oriente.

A mio parere, una possibile affermazione industriale della Russia sovietica - cosa non facile essendo la Russia povera di capitali, comunque, non prossima, - si rivolgerà subito o nella sua prima fase, verso le nazioni sovrappopolate dell'Occicente. E non è escluso che la riduzione di tono nella propaganda comunista all'estero sia dovuto proprio alla speranza di addormentare la vigilanza nei vari Stati e allo scopo di disperderne le diffidenze, per potersi infiltrare nelle popolazioni attraverso il facile commercio.

27 Raymond Poincaré (1860-1934), Rechtsanwalt, 1887-1903 Mitglied der französischen Deputiertenkammer, 1893 und 1895 Unterrichtsminister, 1894/95 Finanzminister, 1895-1898 Vizepräsident der Deputiertenkammer, 1903-1913 und 1920-1934 Senator, 1912/13 Ministerpräsident und Außenminister, 1913-1920 Staatspräsident, 1920 Vorsitzender der Reparationskommission, 1922-1924 Ministerpräsident und Außenminister, 1926-1929 Ministerpräsident und Finanzminister.

Nur wenn es uns gegenüber scheitert - und dies kann nur erfolgen, wenn es uns rechtzeitig gelingt, unsere Beziehungen von Konflikten frei zu gestalten, die eine gedeihliche Entwicklung verhindern, insbesondere dann, wenn Deutschland die Mittel und Möglichkeiten gewährt werden, sich zu erholen -, wird Rußland mit allen seinen Mitteln auf die Eroberung der östlichen Märkte aus sein, die derzeit von England, Amerika und Japan beherrscht werden. Dann, glaube ich, wird der Einfluß dieser drei Staaten, insbesondere des ersteren, stark erschüttert werden.

Danach geht Hitler auf den Parlamentarismus ein.

Einer der Hauptgründe für den Verfall der europäischen Staaten ist meines Erachtens der Parlamentarismus. Dem Parlament in seinem gegenwärtigen Zustand erkenne ich keine ernsthafte Funktion mehr zu. Das Parlament ist ein Ort, an dem man plaudert, aber nicht arbeitet. Allenfalls kann dem Parlament eine beratende Funktion zugebilligt werden, aber erst nachdem die Herkunft der Mitglieder und die Zusammensetzung angemessen geändert worden sind.

Der Staat muß seine ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Massen der Produktiven in seinem Bereich leben und nicht außerhalb oder gegen diesen gerichtet. Für uns Nationalsozialisten stellt unsere Partei bereits das stärkste und wirksamste Organ für diese Volksbewegung zum Staat hin, denn durch Propaganda und Erziehung identifiziert sich das Volk mit der Idee des Staates; später werden auch wir bestrebt sein, ihn in Form eines Korporativstaates zu organisieren[28].

Solamente se fallisce verso di noi - e questo potrà avvenire solamente se noi per tempo riusciremo ad eliminare dai nostri rapporti le controversie che ne impediscono il cordiale svolgimento, specialmente se alla Germania saranno consentiti i mezzi e le possibilità di riprendersi - solamente allora la Russia si rivolgerà con tutti i suoi mezzi alla conquista dei mercati orientali attualmente tenuti dall'Inghilterra, dall'America e dal Giappone. Allora io ritengo che l'influenza di questi tre Stati, specialmente del primo, sarà fortemente scossa.

Successivamente Hitler passa a parlare del parlamentarismo.

Uno dei principali motivi di decadenza degli Stati Europei io giudico che sia il parlamentarismo. Al Parlamento, nel suo stato attuale, io non assegno più alcuna seria funzione. Il Parlamento è un luogo in cui si chiacchiera ma non si opera. Tutt'al più al Parlamento si potrà affidare una funzione consultiva, dopo averne però convenientemente modificata la provenienza e la costituzione.

Lo Stato deve esplicare ogni sua maggiore attività perchè le masse dei produttori vivano nella sua orbita e non fuori o contro di essa. Per noi nazionalsocialisti, il nostro partito rappresenta già l'organismo più forte e più efficace per questo movimento di popolo verso lo Stato, dato che attraverso l'azione di propaganda e di educazione il popolo si immedesima dell'idea dello Stato; successivamente tenderemo ad organizzarlo anche noi in uno Stato Corporativo.

28 Die Vorstellung vom "Stato Corporativo" wurde seit 1925 von der faschistischen Regierung entwickelt und bildete einen wesentlichen Bestandteil der faschistischen Ideologie. Um einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzurichten, sollten alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durch geschlossene, hierarchisch geordnete Zwangskörperschaften, die bestimmte Aufgaben erfüllten, organisiert werden. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 202 ff.

Das Interview ist zu Ende. Adolf Hitler verabschiedet uns mit einem Händedruck und sagt: Die besten Beziehungen sollen unsere beiden Länder verbinden, die die beiden gefestigtsten und vitalsten ethnischen und geschichtlichen Einheiten sind, die heute in Europa bestehen.

[...][29]

L'intervista è finita. Adolfo Hitler ci congeda con una stretta di mano, dicendo: "I migliori rapporti dovranno legare i nostri due Paesi, che rappresentano le due più compatte e vitali unità etniche e storiche che oggi esistano in Europa.

[...][30]

---

29 *"(Das Interview wurde, wenn auch nicht stenographiert, unmittelbar nach Verlassen des Kaiserhofs durch Kamerad Renzetti und mich rekonstruiert.)"*
Am 30.4.1932 trafen nach Angaben Emil Helfferichs Hitler, Wilhelm Keppler, Rudolf Heß und er selbst im Hotel Kaiserhof zusammen. Als Ergebnis der Unterredung beauftragte Hitler Wilhelm Keppler, einen wirtschaftspolitischen Arbeitskreis für die NSDAP zu bilden. Vgl. Emil Helfferich, 1932-1946. Tatsachen, Ein Beitrag zur Wahrheitsfindung, Jever 1969, S. 8 f.
Nach den Aufzeichnungen von Joseph Goebbels reiste Hitler vom 2. bis 4.5.1932 mit dem Auto nach München zurück. Am 3.5. traf er sich in Berneck, Oberfranken, mit Winifred Wagner. Er übernachtete in Berneck und Nürnberg. Hitler fuhr dann von München nach Berchtesgaden weiter. Am 6.5. nahm er den Nachtzug nach Berlin, um sich am 7.5. mit Generalmajor Kurt von Schleicher zu treffen (vgl. Dok. 68, Anm. 4). Um durch seine Anwesenheit in Berlin keine Aufmerksamkeit zu erwecken, fuhr er in der gleichen Nacht auf das Gut Severin in Mecklenburg, das dem Gaufachberater für Landwirtschaft der NSDAP und späteren Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, Walter Granzow, gehörte. Am 10.5. verließ Hitler Severin und kehrte über Berlin und Leipzig mit dem Auto nach München zurück. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 163 ff.
Am 14.5.1932 besuchte Wilhelm Keppler Hitler in München, um diesem nochmals seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu unterbreiten und sich seinen Auftrag zur Bildung eines besonderen Gremiums bestätigen zu lassen. Vgl. Helfferich, 1932-1946, S. 10 sowie Schreiben Kepplers an Karl Vincent Krogmann vom 15.5.1932; Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg, Fasc. 913, NSDAP-Keppler-Kreis.
Für den Zeitraum vom 30.4. bis 17.5.1932 sind keine öffentlichen Reden, Artikel oder Anordnungen Hitlers überliefert. Vgl. auch S. XIII.

30 *"(L'intervista, anche se non stenografata è stata ricostruita, immediatamente appena usciti dal Kaiserhoff [sic!], dal camerata Renzetti e da me.)"*

18. Mai 1932 Dok. 67
Erklärung

Münchener Post vom 18.5.1932, "Die Tscheka im Braunen Haus".

Die in Nr. 90 der Münchener Post vom 19. April 1932 unter der Überschrift
"Die Tscheka[1] *im Braunen Haus"*[2]
gebrachte Behauptung, daß im August 1931 im Braunen Haus eine mehrtägige Konferenz[3] ausgesiebter Leute einer "Zelle G"[4] getagt hätte, bei der ich die "Funktionäre" persönlich begrüßte, da ich in ihnen "den wichtigsten Teil der nationalsozialistischen Bewegung" sehe, ist von Anfang bis Ende unwahr.

Wahr ist, daß mir von der Existenz einer "Zelle G" im Braunen Haus oder an sonst einer Stelle der nationalsozialistischen Bewegung nicht das geringste bekannt ist.

Wahr ist demgemäß auch, daß ich niemals "Funktionäre" oder sonstige Angehörige einer "Zelle G" oder einer sonstigen Geheim-Organisation mit den Aufgaben, die diese "Zelle G" haben soll, im Braunen Haus oder sonstwo begrüßte.

gez. *Hitler*

---

1 Russische Abkürzung für: Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage. 20.12.1917 als politische Polizei gegründet, 1922 in die GPU umgewandelt. Hier als Symbol für die rücksichtslose Verfolgung politischer Gegner und unzuverlässiger Parteigänger verwendet.

2 Der Artikel berichtete ausführlich über das gescheiterte Mordkomplott, das der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung der NSDAP, Walter Buch, im März 1932 gegen Ernst Röhm, dessen außenpolitischen Mitarbeiter Georg Bell, SA-Oberführer Karl Leon Graf Du Moulin-Eckart und SA-Sturmbannführer Julius Uhl initiiert hatte, um der öffentlichen Diskussion um die tatsächliche oder vermeintliche Homosexualität verschiedener SA-Führer (vgl. Dok. 15, Anm. 4) die Grundlage zu entziehen. Der bedrohte Du Moulin-Eckart hatte sich an die Polizei gewandt, so daß der Versuch der Parteiführung scheiterte, das dilettantisch angelegte Unternehmen Buchs zu vertuschen. Vgl. Münchener Post vom 19.4.1932, "Die Tscheka im Braunen Haus" sowie auch vom 8.4.1932, "Tscheka-Organisation im Braunen Haus?" sowie Jellonnek, Homosexuelle, S. 69 ff.

3 Bezieht sich wahrscheinlich auf die Führerbesprechung der Münchner SS am 26.8.1931. Der Leiter des kurz zuvor gegründeten Nachrichtendienstes der SS, aus dem später der SD hervorging, Sturmführer Reinhard Heydrich, hatte bei dieser Gelegenheit von einer neuen Organisation berichtet, die Spitzel innerhalb der NSDAP ermitteln sollte. Diese Organisation war in das Mordkomplott jedoch nicht verwickelt. Vgl. Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 55 f.

4 Näheres über eine Organisation dieses Namens nicht ermittelt. Du Moulin-Eckart hatte bei seiner Aussage über das Mordkomplott der Polizei Ende März 1932 über eine "Zelle G" zur Beseitigung mißliebiger Parteigenossen ausgesagt. Vgl. Jellonnek, Homosexuelle, S. 71.

19. Mai 1932 Dok. 68
Rede vor der NSDAP-Landtagsfraktion in Berlin [1]

VB vom 21.5.1932, "Kampfgeist und Disziplin" [2].

Auf das stürmischste begrüßt von den 162 neugewählten preußischen Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung [3], nahm der Führer sofort nach seinem Eintreffen das Wort, um in einstündiger Rede die großen politischen Richtlinien für den Preußenkampf der Fraktion bekanntzugeben und festzulegen.

Adolf Hitler ging auf die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte dann u. a. aus, die nationalsozialistische Bewegung, die heute Deutschland sei und die Zukunft der Nation in Händen halte, wisse, was jeder der deutschen Geschichte schuldig sei, insbesondere auch Preußen, das einst so viel Jahrzehnte der Träger der deutschen Geschichte und der Gründer des Deutschen Reiches war. Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht 13 Jahre gekämpft, *um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen* [4]. Sie sei sich der Verantwortung vor ihren 13 Millionen Wählern [5] bewußt, deren Wille es sei, daß es *anders werde.*

Der Kampf werde nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen oder um *jeden Preis* in eine Regierung einzutreten. Gegenüber den "guten" Ratschlägen unserer parteipolitischen Gegner erklärte Adolf Hitler, *daß wir eine Instanz zur Prüfung unserer Regierungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen.* Wir hätten in Preußen heute die stärkste Position inne, die jemals eine Partei gehabt habe [6]. Es könne in Preußen keine Regierung geben,

1 Im Hotel Prinz Albrecht, Berlin, nach 11.30 Uhr. Hitler verließ nach seiner Rede die von Fraktionsführer Wilhelm Kube geleitete Versammlung, auf der am Nachmittag noch die Posten der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, des Fraktionsgeschäftsführers und des Schatzmeisters besetzt wurden.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 20.5.1932, "Die gestrige Landtags-Fraktionssitzung"; Frankfurter Zeitung vom 20.5.1932 (Reichsausgabe), "Die Nationalsozialisten in Preußen", vom 21.5.1932 (Reichsausgabe), "Geschäftsführung in Preußen"; Der Reichsbote vom 21.5.1932, "Hitler über die Politik der NSDAP". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 4.6.1932, "Die Nationalsozialisten im preußischen Landtag".

3 Bei der preußischen Landtagswahl am 24.4.1932 konnte die NSDAP mit 8.007.384 Stimmen 162 Mandate erreichen. Sie war damit stärkste Fraktion vor der SPD mit 94 Abgeordneten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Dok. 64, Anm. 1.

4 Den Mehrheitsverhältnissen im neuen Landtag entsprechend kursierten unmittelbar nach der Wahl vom 24.4.1932 Spekulationen über eine Koalition zwischen NSDAP und Zentrum, doch die Führung der NSDAP erhoffte eine Reichstagsauflösung, um ihre Machtposition in ganz Deutschland zu verbessern. Am 28.4. und 7.5.1932 verhandelte Hitler mit dem Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Generalmajor Kurt von Schleicher, über die Tolerierung eines neuen Präsidialkabinetts durch die NSDAP nach der Ablösung von Heinrich Brüning als Reichskanzler. Die Bedingungen Hitlers waren die Aufhebung des SA-Verbots (vgl. Dok. 36, Anm. 4) und eine baldige Neuwahl des Reichstags, was von Schleicher zugesagt wurde. Vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 188 ff.; Francis Ludwig Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 387 ff. sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 162, 165 f.

5 Bezieht sich auf die Zahl der Stimmen, die Hitler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl erhalten hatte. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

6 Die NSDAP erhielt bei der preußischen Landtagswahl am 24.4.1932 (vgl. Anm. 3) 36,3% der abgegebenen Stimmen. Als einzige andere Partei hatte die SPD in der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 23.2.1919 mit einem Stimmenanteil von 36,4% ein verhältnismäßig besseres Ergebnis erzielt; in absoluten Zahlen war das Ergebnis der NSDAP von 1932 mit 8.007.384 Stimmen allerdings höher als das der SPD von 1919 mit 6.278.291 Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 101.

die wir nicht wollten. Unsere Preußenfraktion sei im Augenblick eines der stärksten Instrumente der Bewegung, sie sei die Truppe, mit der die Endschlacht geschlagen werden könne. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Nerven verlieren würden, sei trügerisch. Die N.S.D.A.P. werde ihre Politik nur von eiskalten Überlegungen leiten lassen.

In den weiteren Ausführungen des Führers kam unter stürmischer Zustimmung der ganzen Fraktion die unbedingte Geschlossenheit und die unerschütterliche Einigung und Disziplin zum Ausdruck, welche die Fraktion mit der Bewegung und ihrem Führer verbindet, und auf denen die Hoffnung und das Vertrauen auch der Wählerschaft beruhen. An diesem zuversichtlichen Glauben und an dieser Geschlossenheit werden alle offenen und listigen Angriffe unserer Gegner zerschellen. Kampfgeist und fanatische Disziplin seien das Unterpfand unseres Sieges. Der Führer schloß mit einem Appell an die Fraktion zu zäherer Arbeit und Pflichterfüllung für die Bewegung und damit für die ganze Nation. Er sprach der Fraktion und ihrer Führung sein vollstes Vertrauen aus und verpflichtete jeden einzelnen der nationalsozialistischen Abgeordneten durch Handschlag.

20. Mai 1932 Dok. 69
Rede auf NSDAP-Versammlung in Idar[1]

Nahe-Hunsrück Bauer vom 21.5.1932, "Hitler in Idar"[2].

Adolf Hitler ging in seinen Ausführungen, die zunächst durch den Lautsprecher, besonders für die Presse, nicht voll verständlich waren, vom Schicksal des deutschen Volkes aus. Das Schicksal der einzelnen Stände sei gebunden durch das Schicksal der gesamten Nation. Auch das Schicksal der Länder sei Reichs- und Volksschicksal, bestimmend für das Leben und die Gesamtheit. Das deutsche Gesamtschicksal müsse geändert werden, rückwirkend auf die Länderschicksale. Dieser Kampf um das Reich, um die deutsche Nation, führte Hitler weiter aus, erhält dadurch ein eigenes Gepräge. Wir wenden uns damit nicht an den einzelnen Berufsstand, an den Bauern, den Arbeiter, den Bürger, auch nicht an einzelne Gebiete, sondern an den ganzen zusammengefaßten Volkskörperbau [*sic!*]. Ich kann als Nationalsozialist nicht nur zu einem Stande reden. Ich kann auch nicht nur hier in Oldenburg[3] oder in Bayern unsere Ideen vertreten. Deshalb wird unsere Propaganda natürlich schwerer. Zu einem Stande zu sprechen, ist

1 Auf dem Fußballplatz Klotzberg, nachmittags. An der Versammlung, die von Ortsgruppenleiter Herbert Wild geleitet und von Gauleiter Gustav Simon mit einer Rede eröffnet wurde, nahmen nach Angabe des "Nahe-Hunsrück Bauer" etwa 25.000 Menschen teil (VB: 40.000).
Seit 1933 bildet Idar mit Oberstein, Tiefenstein und Algenrodt die Stadt Idar-Oberstein.

2 Vgl. auch Nachrichten für Stadt und Land vom 24.5.1932, "Hitler-Kundgebung in Birkenfeld"; Nahetal-Bote vom 21.5.1932, "Das Hexen-Einmaleins"; VB vom 22./23.5.1932, "40.000 Oldenburger und Saarländer in Idar-Oberstein".

3 Seit 1817 gehörte das ehemalige Fürstentum Birkenfeld, in dem Idar lag, zum Großherzogtum bzw. Freistaat Oldenburg. 1937 fiel Birkenfeld an Preußen.

leicht. Das Ausspielen der Stände und Berufe untereinander ist in unserem Volke betrieben worden und hat versagt. (Sehr richtig!) Vierzehn Jahre fast findet in Deutschland die Vertretung der Berufsstände statt, und in diesen vierzehn Jahren sind alle deutschen Stände verelendet, zugrunde gegangen. Der Bauer kann sich heute bei seinen ländlichen Parteien erkundigen, was für ihn geleistet wurde, gleichfalls der Arbeiter, der Mittelstand, die Wirtschaft. Eine allgemeine Verelendung und Vernichtung hat stattgefunden[4].

Seit dreizehn Jahren predigen wir das Ergebnis der vernichtenden Politik. Wenn durch ganz Deutschland eine gigantische Bewegung geht, dann wohl deshalb, weil große Massen unseres Volkes den Blick geschärft und langsam Kenntnisse erhielten von unserem Elend. Das Volk vermag es selbst zu beurteilen, ob Deutschland wirklich zugrunde gerichtet worden ist. Eine Überzeugung besitzen wir: Das Schicksal unseres Volkes kann nicht durch uns allein gestaltet werden, es muß etwas anderes sein, was die Arbeit allein günstig wirksam werden läßt. Das ist letzten Endes die politische Kraft und Stärke unserer gesamten Nation. Von der politischen Ohnmacht aus gehen die anderen zersetzenden Eigenschaften unseres Volkes aus, die dahin führen, daß an Stelle klarer Vernunft - Unvernunft tritt. Was soll daraus werden, wenn ein Volk ein restlos wehrloser Faktor ist? Ich sehe den deutschen Lebenswillen eben in dem gemeinsam gewollten Willen unseres gesamten deutschen Volkes. (Lebh[*after*] Beifall.) Ich sehe das Problem in der inneren Überwindung der Berufsgegensätze. Wie soll dieses Volk aus seiner heute lächerlichen Weltstellung herauskommen, wenn über die nationalen Probleme zwei und drei, fünf und sieben und zehn verschiedene Meinungen herrschen? Die Grundauffassungen des ganzen Lebens müssen in unserem Volk angeglichen werden. Alle die Klassenparteien zerfressen sich in sich selbst. Wo ist in ihnen der Ausdruck einer großen nationalen Kraft!

Das Volk muß in das Wesentliche des Volkes hineingeführt werden. Nicht die Wirtschaft gestaltet sein Leben, sondern das Volk gestaltet die Wirtschaft! (Lebhafter Beifall.)

Zwei gewaltige Ideen sind es, die die Welt beeinflussen: die nationalsozialistische [*sic!*][5] auf der einen, die sozialistische auf der anderen Seite. Kein Mensch kann sagen, ich nehme davon keine Kenntnis. Jede Nation wird von diesen Ideen heute erfaßt. Es kommt darauf an, ob die Völker den Zwiespalt verwinden können. Ich glaube nicht daran, daß in Deutschland jemals der Sozialismus den Nationalsozialismus niederzwingen kann und umgekehrt. Ich befürchte, wenn der Kampf kein Ende nimmt, daß beide Ideen das deutsche Volk ausrotten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Langsam ist unsere Bewegung entstanden. Unsere Partei ist die größte, die Deutschland je seit 70 Jahren besaß[6]. In ihr sitzen neben Millionen Arbeitern, Ständevertretern, deutscher Bauern, Millionen von Intellektuellen[7]. Die deutsche Zukunft ist

4 Zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

5 Muß heißen: "nationalistische".

6 Das traf im Hinblick auf die Zahl der Parteimitglieder nicht zu. Zwar wurde im April 1932 die Mitgliedsnummer 1.000.000 vergeben, doch die parteieigene Statistik der NSDAP wies bis zum 30.1.1933 insgesamt nur 849.009 Parteieintritte aus; wegen der starken Mitgliederfluktuation ist die tatsächliche Zahl noch niedriger anzusetzen. Die SPD hatte in den zwanziger Jahren mehr als eine Million eingeschriebene Mitglieder (Stand 31.12.1931: 1.008.953). Vgl. Tyrell, Führer, S. 352; Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O. o. J., S. 12; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J., S. 109.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

nicht durch die Internationale[8] bedingt. Wir kämpfen niemals für einzelne Ministerstühle. Als die letzte Wahl in Oldenburg anstand, wäre es möglich gewesen, in eine Koalition einzutreten[9]. Wir werden uns nicht verpflichten, Ministerstühle einzunehmen, sondern den Weg einschlagen, der einmal das gesamte Schicksal bessern kann. Wir kämpfen für die Zukunft bis zur Erfüllung. Wir sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten. Dabei darf allerdings keine Hemmung in unseren Hauptaufgaben eintreten. Die Reichsgewalt ist letzten Endes entscheidend. Wir müssen die Positionen erobern, die über Reichs- und Länderschicksal entscheiden. Dabei wird unser Kampf in die Zukunft getragen. In den einzelnen Ländern sehen wir die Positionen, die wir ankämpfen und erobern und mit ehrlichem Gewissen verwalten wollen. So ringen wir um jede einzelne Familie, um jedes Haus, um jeden Bauernhof, um jedes Land und endlich für das Deutsche Reich. Es ist denkbar, daß wir in einem halben, in einem Jahr, in zwei Jahren noch nicht unser Ziel erringen werden; es ist aber undenkbar, daß wir den entscheidenden Kampf aufgeben. Auch der Kampf in Oldenburg ist nichts anderes, als ein Kampf um das große Ziel. Das deutsche Schicksal ist ein Gesamtschicksal! Wir haben einen neuen großen Glauben an eine neue große nationale Zukunft. Von unseren sieben Männern, die die Partei gründeten[10], bis zu den 13 Millionen Nationalsozialisten[11] war kein leichter Weg. Unsere Arbeit wird nie ein Ende finden und wird auch nach dem 29. Mai [*1932*], dem Tage der Oldenburger Wahl[12], fortgesetzt. Wir werden unsern Kampf um die Ordnung unserer inneren Verhältnisse, einer Gesundung der Wirtschaft, um Grund und Boden, um deutsches Bauerntum, um die deutsche Arbeit so lange fortsetzen, daß wir ein freies deutsches Volk besitzen, das sein Schicksal wieder selbst bestimmen mag. Es kommt die Zeit, da sich unser Volk aus Ohnmacht und Zerrissenheit wieder emporgeschwungen hat. Auch der Oldenburger Wahltag möge ein Aufstieg für das

---

8 Bezieht sich auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sogenannte Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

9 Anspielung auf die grundsätzliche Bereitschaft von DVP und Zentrum vor der Landtagswahl in Oldenburg am 17.5.1931, mit der NSDAP eine Koalition einzugehen. Die NSDAP erreichte bei dieser Wahl 37,2% der Stimmen; die Bildung einer Rechtskoalition war durch die starken Verluste von DNVP, DVP und Landvolk nicht möglich, die NSDAP lehnte die Einbeziehung des Zentrums ab. Eine parlamentarische Regierungsbildung gelang nicht, am 5.11.1931 erreichte der nationalsozialistische Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Johann Böhmcker, nicht die erforderliche Stimmenzahl. Vgl. Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978, S. 146 ff.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

11 Bezieht sich auf die Zahl von Hitlers Wählern im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

12 Die Ankündigung des NSDAP-Landtagsabgeordneten Johann Böhmcker am 5.11.1931, einen "Volksvorschlag" zur Auflösung des oldenburgischen Landtags einzuleiten, griff die in Oldenburg schwach vertretene KPD auf und beantragte Anfang Dezember 1931 beim Innenministerium des Landes entsprechende Schritte. Wegen mangelnder organisatorischer Vorbereitung mußte die KPD ihr Vorhaben jedoch verschieben und am 14.12.1931 brachte die NSDAP dann ihrerseits den entsprechenden Antrag ein, dessen Listen vom 19.12.1931 bis 15.1.1932 in den Gemeindebüros und Rathäusern auslagen. Die KPD unterstützte den Volksvorschlag und erweckte in ihrer Propaganda den Eindruck, er sei von ihrer Partei eingeleitet worden. 22,8% der Wahlberechtigten sprachen sich für die Landtagsauflösung aus. Nachdem der Landtag die Auflösung abgelehnt hatte, erzielte die folgende "Volksabstimmung" über die Auflösung bei einer Beteiligung von 34,9% der Wahlberechtigten am 17.4.1932 125.401 Ja-Stimmen gegen 5.807 Nein-Stimmen. Da im Land Oldenburg nur die Mehrheit der Abstimmenden zählte, war der Landtag aufgelöst. Am 29.5.1932 fand die Neuwahl statt. Vgl. Schaap, Endphase, S. 155 ff., 179 ff.

deutsche Volk bedeuten. Wir haben 13 Jahre gekämpft, und nun erfüllen auch Sie Ihre Pflicht. Seien Sie sich im klaren: die nationalsozialistische Welle wird weiter rollen über Deutschland; und werden wir zwei oder dreimal zurückgedrängt, immer wieder stürmen wir kraftvoll vorwärts. Wir wollen aufbauen ein großes Reich der Kraft und der Macht, in Liebe für unser teures Vaterland! [13]

22. Mai 1932 Dok. 70
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oldenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land vom 23.5.1932, "Die machtvolle Hitlerkundgebung in Oldenburg" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn wir Nationalsozialisten uns anmaßen, die großen Probleme unseres deutschen Lebens in Angriff zu nehmen, dann haben wir schon heute etwas für uns, das das bisherige Deutschland nicht kennt und nicht besitzt, wohl auch deshalb, weil am Tage seiner Geburt das eine zerstört wurde, nämlich der Glaube und die Hoffnung, ja, die trotzige Zuversicht der Millionen Menschen unseres Volkes. Das Bild, das Sie hier sehen, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Leben, das heute ganz Deutschland erfüllt. Ob Sie nach Pommern und Ostpreußen gehen, nach Mecklenburg oder Brandenburg, nach Sachsen, Franken, ins Schwabenland oder an den Rhein: *Es ist überall dasselbe Bild einer gewaltigen großen Erhebung des deutschen Volkes.* Und diese Erhebung wäre nicht denkbar, wenn diese Bewegung nicht etwas erfüllen würde, was in der Sehnsucht der Menschen ihre tiefste Begründung und tiefste Wurzel hat.

Jede Zeit hat einen Geist, der sie beherrscht, jede Zeit hat eine Idee, die sie regiert. Staaten und Völker, die keiner solchen Idee gehorchen, haben in sich nicht die Kraft des Lebens. Denn dieses Leben setzt sich nicht allein zusammen aus den Elementen des materialistischen Daseins, sondern es wird letzten Endes beherrscht auch von Elementen geistiger Natur. Große Epochen der Menschheit sind nicht charakterisiert nur durch wirtschaftliche Ideen, die diese Epochen beherrschen. Große Epochen der Menschheit sind stets charakterisiert gewesen durch Ideen religiöser, sittlicher, geistiger, staatspolitischer und weltanschaulicher Natur.

Das ist heute auch nicht anders. Zwei Ideen sind es, die zur Zeit große Völkerkomplexe der Welt beherrschen, erfassen und erfüllen: Die Idee des Nationalsozialismus [*sic!*] [3], die Millio-

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Auf dem Rennplatz Ohmstede, nach 15.30 Uhr. Vor Hitler sprachen Gauleiter Carl Röver und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer. An der Versammlung nahmen laut Nachrichten für Stadt und Land etwa 35.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Butjadinger Zeitung vom 23.5.1932, "Riesenkundgebung der Nationalsozialisten in Oldenburg"; Der Gemeinnützige vom 23.5.1932, "Riesenkundgebung der Nationalsozialisten in Oldenburg"; Oldenburger Kurier vom 23.5.1932, "Hitlertag in Oldenburg"; VB vom 24.5.1932, "Adolf Hitler in Oldenburg: 'Der Sieg in Oldenburg ist für uns alle ein weiterer Sieg für Deutschland'".

3 Muß heißen: "Nationalismus".

nen Menschen auf dieser Welt bewegt, innerlich erfüllt und damit zum Leben befähigt, genau wie die Idee des Sozialismus, die auch heute Hunderte von Millionen Menschen erfaßt hat und innerlich ebenfalls bewegen mag. Es ist nicht so, daß ein Mensch an diesen Ideen vielleicht vorbeigehen könnte. Wenn mir ein deutscher Politiker sagt, er lehne den Sozialismus ab, so ist das ebenso lächerlich, wie ein anderer den Nationalismus ablehnt [*sic!*]. Es sind Gedankengänge, die nicht wir geschaffen haben, sondern die bestehen, die heute Millionen Menschen in den Bann gezwungen haben und die nur entweder Völker zum Glück emporführen oder sie in ihrem Bann vernichten.

Es ist aber so, daß kein Volk zwei Ideen zu gleicher Zeit in seinem Innern haben kann. Die kleinste Keimzelle staatlichen Lebens, von der Familie angefangen, kann es nicht ertragen, daß die beiden Kontrahenten dieses Bundes zwei verschiedenen Ideen leben. Es ist möglich, daß sie der einen Idee folgen, möglich, daß sie der anderen sich verpflichtet fühlen, aber es ist unmöglich, daß im Schoße einer Familie zwei Weltauffassungen, zwei Religionen, innerste Überzeugungen glücklich nebeneinander leben können; es ist unmöglich, daß im Schoße einer Einheit die wichtigsten Lebensvorgänge eine verschiedene Beurteilung erfahren.

Das ist die Aufgabe: *Wollen wir, daß Deutschland im Zwiespalt der beiden heute dominierenden Ideen Sozialismus und Nationalismus zerrissen wird? Sehen wir nicht, daß von beiden heute Deutschland besiegt wird, wenn nicht eine aus beiden entweder Sieger wird oder beide zu einer Einheit sich verschmelzen.* (Bravo!)

Das war die Aufgabe, die ich mir und meine Mitkämpfer sich mit mir vor 13 Jahren gestellt hatten. Als wir in dieses politische Leben eintraten, konnten wir nicht verantwortlich gemacht werden, für das, was war. Nicht für Krieg und Revolution sind wir verantwortlich. Als Soldaten haben wir ordentlich und treu unsere Pflicht getan (Bravo!), haben nicht geredet, nicht politisiert, sondern taten das, was jeder anständige Deutsche damals getan hat. Als dann das Verhängnis kam, traf uns ein Schicksal so unschuldig wie die Millionen anderer.

Allein, wir faßten damals den Entschluß, dieses Schicksal nicht geduldig-lethargisch auf uns zu nehmen und zu ertragen, sondern seine Gründe zu erforschen, *und wir haben es unternommen, diesen Gründen unseren Kampf anzusagen, komme, was wolle.* (Bravo!) Wir haben damals diesen verwegenen Entschluß gefaßt, die beiden Gedanken, die unser Volk beherrschen und damit zerreißen, neu zu erforschen und zu einer neuen Einheit, einer neuen einheitlichen Idee auszubilden, umzuformen, und mit dieser neuen nationalsozialistischen Idee die Eroberung unseres Volkskörpers in Angriff zu nehmen[4]. Daß diese Gedankengänge damals richtig gewesen sind, wird durch nichts anderes schlagender erwiesen als durch die Entwicklung, die aus dieser Ideenverbindung seitdem entstanden ist. Das Große, das diese Bewegung auszeichnet, ist nicht nur die Tatsache, daß sie heute eine große Organisation darstellt, nicht, daß sie heute Millionen Menschen erfaßt hat, nicht, daß heute keine andere Partei auf mehr Mandate zeigen kann[5], nein: daß aus dieser Idee heraus Millionen Menschen einen neuen Lebensgehalt,

4 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.

5 Im Reichstag und in den Landtagen bzw. Bürgerschaften hatte die NSDAP am 22.5.1932 insgesamt 535 Mandate. Die stärkste Partei war die SPD mit insgesamt 563. Bei der NSDAP entfielen dabei 107 Sitze auf den Reichstag und 428 auf die Länderparlamente. Die SPD hatte 143 Abgeordnete im Reichstag und stellte 420 Abgeordnete in den Länderparlamenten. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 44, 89 ff.

Lebensinhalt, ein neues Lebensziel, einen neuen Lebensglauben, eine Hoffnung und eine Zuversicht erhalten haben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das ist das Wundervolle und daß diese Hoffnung und dieser zuversichtliche Glaube so groß geworden sind, daß sie heute langsam Unmögliches, scheinbar Unmögliches möglich werden lassen, daß Menschen, die früher nie sich berührten, die glaubten, daß Welten sie trennten, nun zusammen- und zueinandergefunden haben, daß in dem Deutschland des Proletariats und des Bürgertums, des Protestantismus und des Katholizismus, des Besitztums und der Arbeitnehmer, der Städte und der Dörfer, daß in diesem Deutschland der Zerrissenheit und Ohnmacht wieder eine Organisation erstanden ist, daß Millionen Menschen einen Bund geschlossen haben und sie über alles Trennende hinweg das Bündnis ihres Volkstums über alles stellen (Bravo) und daß damit erst wieder die Voraussetzung gegeben ist für eine neue Kraft der deutschen Nation.

Wenn wir Nationalsozialisten heute uns anmaßen, die großen Probleme unseres Lebens anzufassen, um sie zu lösen, dann stellen wir in den Dienst dieser Arbeit den größten Glauben und die größte Zuversicht, die Deutschland seit dem Jahre 1914 bisher gehabt hat. Es ist nicht eine tote Bewegung oder Organisation, die diese großen Lebensfragen, die mein Parteigenosse Straßer[6] Ihnen aufzeigte[7], nun angreift, nein, es ist eine von unbändiger Zuversicht und Glauben erfüllte lebende Masse, ein Leben, das wieder jung geworden ist und das als größtes Wunder deutsche Gegensätze zu einheitlichem Denken, Schlagen und Arbeiten bringen kann, wie wir sie in unserer Bewegung haben. Es ist schon wundervoll, den ältesten Mann heute und diese goldige Jugend hier zusammengefaßt zu sehen in einem großen neuen Glaubensbekenntnis politischer Lebensideen unseres Volkes. Das ist das Unterpfand dafür, daß unsere Arbeit gelingen muß und gelingen wird. Über all dem toten Mechanismus steht eine eminente Kraft, die gewaltiger ist als die rechnerischen Kunststücke unserer Gegner. Das gibt dann auch die Zähigkeit, eine so große Aufgabe zu erfüllen. Beharrlichkeit, die nicht wankt, sondern unerschütterlich ihrem Ziel entgegengeht, ohne Rücksicht auf die Härten des Augenblicks, die Schläge der Zeit.

Das, meine Volksgenossen, ist damit aber auch die Begründung für dieses eigene, uns gar nicht verständliche, wundervolle Wachsen unserer Organisation. Wie wäre es sonst begreiflich, daß angesichts dieser Widerstände, dieser organisierten Welt von Parteien und Verbänden, dieser organisierten Welt der Presse, der öffentlichen Meinung, des Staates, der Widerstände der Verwaltungen aus so einem lächerlichen Beginnen von sieben Männern[8] das werden kann, was heute ganz Deutschland erfüllt und in Bewegung setzt, ja, die Welt allein in Bann schlägt.

6 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Ludendorff und Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Untergaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

7 Straßer hatte in seiner Rede unter anderem ausgeführt, eine künftige nationalsozialistische Regierung werde "dem Volk die großen Zusammenhänge der rassischen Lehre und der Raumpolitik erklären und es zum Verteidigungswillen erziehen". Vgl. Nachrichten für Stadt und Land vom 23.5.1932, "Die machtvolle Hitlerkundgebung in Oldenburg".

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

Wie wäre es denkbar, daß von einer Handvoll Menschen diese größte Bewegung Deutschlands wird, wenn sie nicht eine Kraft in sich haben würde, die größer ist, als nur äußerliche materielle oder mechanische Vorstellungen sie erklären lassen. In unserem Volk hat immer durch Jahrhunderte hindurch nicht nur die Sehnsucht nach einem großen Deutschen Reich gelegen, auch immer wieder die Sehnsucht nach einem gegenseitigen Verstehen. Vielleicht war der Krieg zuerst einmal die Vorschule für uns alle, daß es über all den Unterschieden des täglichen Lebens und des wirtschaftlichen Lebens doch etwas Gemeinsames gibt, das uns zusammenfügt, einen Grundwert, den wir alle in uns tragen, und der das Erbpfand ist für die Größe unseres Volkes in seiner Vergangenheit und für unsere Wiederauferstehung als Volk, für die deutsche Freiheit und Zukunft.

Das ist damit aber auch die große Lebensbrücke, auf der die Menschen aller Stände sich zusammenfinden können, auf der sie Vorurteile wieder zu verbinden vermögen und sie langsam dann aus dieser Gemeinsamkeit die größte Kraft schöpfen, die Völkern zu eigen sein kann: die Kraft des Widerstandes und, wenn nötig, auch die Kraft des Angriffs. (Bravo.)

So ringen wir damit in erster Linie um den deutschen Menschen in der Erkenntnis, daß sie alle zusammenfinden müssen, und mag es noch so schwer sein, wenn sie nicht alle zugrunde gehen wollen. So ringen wir und lösen die Frage nicht am grünen Tisch oder in Prophezeiungen für ein Drittes Reich[9], nein, das Reich, das kommt, das lebt schon heute, und seine Fahnen tragen Sie hier unter Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Organisation vollzieht sich die Heranziehung und Bildung dieses neuen Menschen und Parteigenossen. Straßer hat recht: Severing und seine Leute helfen mit ihrem gemeinsamen Druck und ihren Verfolgungen mit, die Menschen langsam zu schmieden, auf daß sie langsam reif werden für dieses gemeinsame Denken. Sie sorgen dafür, daß im Feuer ihrer Verfolgung die Schlacken wegbrennen und aus dem Eisen, dem rohen Material von jetzt, einst der Stahl wird, den unser Volk notwendig für sein Sein braucht.

Darum kämpfen wir auch nicht um einzelne Mandate, nicht um Ministerstühle; daher können sie oft auch nicht verstehen, wenn wir eine Wahlschlacht siegreich hinter uns haben, daß wir dann nicht sofort vom Glück geblendet in irgendeine Koalition hineinstürzen (Sehr richtig!) und glückselig sind, ein paar Ministerstühle besetzen zu können.

Wir haben nicht den Kampf aufgenommen, um ein paar Ministerposten zu erobern, sondern, um Deutschland zu erobern (Stärkster Beifall). Deutschland, unser Volk, das Reich wollen wir erobern und die Länder und Kommunen und Städte, indem wir die Menschen, die einzelnen Deutschen erobern. Jedes Land, jedes Dorf und jeder Hof sind nur Instrumente zur weiteren Eroberung, sind Marksteine am Wege dieser Bewegung. Uns verlangt nach der Macht nicht im Sinne der früheren Parteien, Macht, die größer ist, weil sie in Millionen Menschen wurzelt.

Auch die Wahl jetzt in Oldenburg[10] *wird ein Ausschnitt sein.* Wer von Ihnen den bisherigen Parteien glaubt, der mag heute gehen. Die Bewegung wird als ewige Welle auch an ihn wieder herantreten. Er mag später prüfen, und ich weiß, einmal kommt der Tag, da geht auch er in unsere Reihen, stehe er heute, wo er wolle, ob er Kommunist oder Sozialdemokrat oder bürgerlich sei, es kommt die Stunde, da auch er den Weg in die Volksgemeinschaft zurückfinden

9 Vgl. Dok. 17, Anm. 6.
10 Vgl. Dok. 69, Anm. 12.

wird. Denn die Zeit wird vergehen, aber die Bewegung wird bleiben, sie bringen sie nicht mehr aus Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Sie wird der ruhende Pol sein in der Erscheinungen Flucht, die Zuflucht und Wiederaufrichtung des Volkes.

Dieser Wahlkampf ist nur ein Ausschnitt aus dem gigantischen Kampf, der ganz Deutschland durchzittert, von dem die Gegner nur zu genau wissen, daß er gewaltiger ist als je vorher. Jeder Erfolg wird der Vater weiterer Siege sein. Wo wir schlagen, ob im Süden oder Norden, im Osten oder Westen: Jeder Schlag verbreitert sich mit Wellenschnelligkeit durch ganz Deutschland und hilft mit, auch andere wieder herauszureißen aus ihrem Schlummer. Wenn Sie am nächsten Sonntag gewählt haben, denken Sie nicht, meine Volksgenossen, daß nur Oldenburg an dem Abend des Resultates harrt. *Nein, 13 Millionen*[10]*, vielleicht 20 Millionen Menschen werden an dem Tag hören, und die Siegesbotschaft von Ihnen ist für sie auch eine Freudenbotschaft, denn es ist nicht ein Sieg in Oldenburg, es ist ein Sieg in Deutschland!* (Lebhaftes Händeklatschen, stürmische Heilrufe, langanhaltender Beifall.)[11]

23. Mai 1932 Dok. 71
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rüstringen[1]

Wilhelmshavener Kurier vom 24.5.1932, "Adolf Hitler spricht"[2].

Seit nunmehr fast 14 Jahren regieren die heutigen Machthaber im Reich, in den Ländern und zum größten Teil auch in den Kommunen. In diesen 14 Jahren mußte sich für sie die Möglichkeit bieten, die Prinzipien ihres Regimes praktisch zu rechtfertigen,

denn sie müssen doch eigene und besondere Prinzipien haben, mit welchem Recht hätten sie sonst 1918 das alte Regime stürzen dürfen[3]*?*

Sie erklärten damals, daß dieses alte Regime schlecht, schädlich und für das Volk von Unglück sei und daß sie die Schäden des alten Systems beseitigen[4], ja eine Zeit der Schönheit, Freiheit und Würde in Deutschland begründen würden[5]. Fast 14 Jahre regieren sie heute, und

10 Bezieht sich auf das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Schützenhof, von 20.00 bis 22.15 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Wilhelm Kronsbein mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen etwa 6.000 Menschen teil. Hitlers Rede wurde mit Lautsprecher auf den Schützenhofplatz übertragen. Vor Hitler sprach MdR Heinz Spangemacher.
Die oldenburgische Stadt Rüstringen und die preußische Stadt Wilhelmshaven wurden 1937 unter dem Namen Wilhelmshaven zusammengeschlossen.
2 Vgl. auch Butjadinger Zeitung vom 24.5.1932, "Adolf Hitler in Rüstringen"; Der Gemeinnützige vom 24.5.1932, "Hitler-Kundgebung in Rüstringen"; Nachrichten für Stadt und Land vom 24.5.1932, "Hitler in Rüstringen"; Wilhelmshavener Kurier vom 24.5.1932, "Hitlertag in Rüstringen" sowie "Hitler im Lautsprecher"; VB vom 25.5.1932, "Adolf Hitler in Wilhelmshaven-Rüstringen".
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 27, Dok. 8, Anm. 3.
4 Vgl. Dok. 45, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.

wo ist das Ergebnis ihrer Regierung? Wir sehen es praktisch vor uns. Das heutige offizielle Deutschland kann sich nicht an einen einzigen deutschen Berufsstand als Zeugen für das wenden, was es getan haben will. Weder der Arbeiter noch der Bauer, weder Mittelstand noch Großwirtschaft, niemand ist heute in Deutschland etwa in seiner Lage verbessert worden.

Sie können sich auch nicht damit ausreden, daß sie sagen, der verlorene Krieg sei schuld, denn dann hätten sie dies schon früher einsehen müssen, bevor sie die Revolution machten, die den Verlust des Krieges zwangsläufig mit sich bringen mußte[6].

Dieser Hinweis ist kein Freispruch für das heutige System, im Gegenteil: Sie haben damals die Macht ergriffen, ohne daß sie jemand gerufen hätte[7].

Sie haben einen großen und mächtigen Staat in die Revolution geführt und dadurch die Macht dieses alten Reiches zertrümmert. Sie haben damals in der schwersten Schicksalsstunde ohne Rücksicht auf die schweren Opfer ihre eigene Macht aufgerichtet und müssen dafür heute verantwortlich gemacht werden. Sie können heute nicht sagen, es sei Schicksalsfügung, was eingetroffen ist; das ist es nicht in dem Sinne, daß das Schicksal vorgezeichnet gewesen wäre, es ist es nur insofern, als das Schicksal uns für den November 1918 bestraft hat, als es auf dieser Welt eine Vergeltung gibt, die uns eine Sühne auferlegt, wie sie für die Tat von 1918 geschichtlich einzig möglich ist.

Es würde billig sein, der anderen Seite die ganze Schuld aufbürden zu wollen.

Wenn ein Staat zusammenbricht, dann trifft auch die Träger des alten Systems eine Schuld, und wenn nur die, daß sie zu schwach gewesen sind, das Geschehen verhindern zu können.

1918 stand die Schwäche, also passive Schuld, auf der einen und böswillige Absicht, brutale Gewalt, also aktive Schuld, auf der anderen Seite.

Damals hat die andere Seite gesiegt, und als der November 1918 nun in seiner geschichtlichen Auswirkung über Deutschland lastete, da konnte jeder nicht ganz mit Blindheit Geschlagene das deutsche Schicksal voraussehen. Ein Volk, das seine eigene Kraft zerstört, das sich einer Politik weltfremder Gedanken ergibt, wird aus dieser Politik die Konsequenzen zu ziehen haben und wird keinen anderen Weg gehen können, als alle Völker in solcher Lage gehen müssen.

Es muß den Weg dessen gehen, der im großen eine Schuld auf sich geladen hat, die nun im kleinen abgetragen werden muß und der sich kein Glied des Körpers entziehen kann. Wir erleben diese schicksalhafte Verknüpfung von Ursache, Schuld und Wirkung an dem Beispiel Erzbergers[8], der die Finanzhoheit der Länder zerschlug[9], weil man die schweren Belastungen ge-

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

7 Am 9.11.1918 war Reichskanzler Prinz Max von Baden zurückgetreten und hatte Friedrich Ebert die Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Vgl. Erich Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970, S. 172 ff.

8 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

9 Durch die Finanzreform Erzbergers, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war, war die Steuerhoheit von den Ländern auf das Deutsche Reich übertragen worden. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

genüber dem Auslande, dem man sich zu Füßen geworfen hatte, nur zu tragen vermochte, wenn die Finanzgewalt in Händen des Reiches lag. 13 Jahre lang haben die 65 Millionen unseres Volkes [10], ohne sich lange darüber im einzelnen klar zu werden, an einer Schuld abgetragen, die man im Reich auf sich geladen hat.

In diesen 13 Jahren der Unterwerfung haben wir aber vor allem eins gesehen:

daß alle diese Versuche, unter Einschaltung des ganzen Volkes die Schuld abzutragen und unserer Not entgegenzuwirken, fehlschlagen müssen.

Deutschland arbeitet auch heute. Es will arbeiten. Millionen stehen in den Fabriken, viele weitere Millionen wollen schaffen, die Technik hält sich auf einem bewundernswerten Stand, aber dennoch kann der Wunsch und Wille der einzelnen die große Schuld nicht beseitigen. Es ist letzten Endes eine politische Schuld.

Es gibt freilich auch Menschen, die das nicht begreifen wollen, die glauben, durch wirtschaftliche und finanzielle Manipulationen ein Volk retten zu können, aber sie vergessen dabei, daß die Rettung dort einsetzen muß, wo der Zusammenbruch begann. Es war kein wirtschaftlicher, sondern ein politischer Zusammenbruch. Und wenn Tausende heute sagen, der politische Zusammenbruch kann doch nicht für alles verantwortlich gemacht werden, dann stimmt das nur scheinbar.

Das System von heute kann selbst einmal eine richtige Tat vollbringen, es wird doch vergeblich sein, weil dieses System selbst nicht getragen wird von dem Glauben und Vertrauen, das nun einmal nötig ist für alles in der Welt.

Es ist denkbar, daß ein Volk eine Niederlage nach der anderen erlebt und wenige Jahre darauf machtvoll emporsteigt; es ist durch seine Führung plötzlich ein anderer Geist, eine ganz neue Auffassung in das Volk hineingetragen worden, es wächst ein Glaube und eine Zuversicht gegenüber Aufgaben, angesichts derer es vorher versagt hat. Und wenn das deutsche Volk heute seit 13 Jahren unter einer Revolution leidet, dann ist dies Leiden nicht nur etwa aufzufassen als ein materielles Leiden; es ist in erster Linie ein seelisches Leiden.

Adolf Hitler streifte dann kurz die für den Rohstoffbezug nicht ganz abzubrechenden ausländischen Wirtschaftsbeziehungen und betonte, daß hierin der Kampf letzten Endes nicht so sehr durch die Güte der Ware und der Arbeit entschieden werde,

sondern durch das politische Gewicht, das in die Waagschale der wirtschaftlichen Arbeit gelegt werden könne und das heute in Deutschland nicht vorhanden sei.

Er fuhr dann fort:

Als 1918 die Revolution kam und wir von der Front zurückkehrten [11], war ein Verhängnis über unser Volk hereingebrochen, dem ein Problem zugrunde lag, das das deutsche Volk schon viele Jahre vorher auf das äußerste gestört hatte. 1918 gab es plötzlich vor der Welt keine geschlossene Nation mehr, sondern zwei Klassen: das Bürgertum und das Proletariat. Als Bismarck einst die Einigung der deutschen Stämme herbeiführte [12], wurde damit eine staatspolitische Zerrissenheit beendet, die Jahrzehnte lang vorher politische Ohnmacht und wirtschaftliches Elend für Deutschland bedeutet hatte.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 7
11 Bei Ausbruch der Revolution befand sich Hitler im Reservelazarett Pasewalk. Vgl. Dok. 28, Anm. 31.
12 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.

Die Kraft der deutschen Nation kehrte sich damals zu einem großen Teil nach innen, und nur ein Bruchteil blieb für die Existenzbehauptung nach außen übrig.

Dieser entsetzliche Bruch, den Bismarck 1870 beseitigt hat, brach nun 1918 wieder auf.

Im gleichen Augenblick nahm die Vergeudung der deutschen Kraft nach innen ihren Anfang. Wenn dieser Zustand sich verewigen sollte, war das Ende abzusehen: die beiden Klassen würden allmählich einfrieren, sich sogar schließlich nicht bekämpfen, sondern Anschluß suchen an die entsprechenden Teile anderer Völker. Das würde das Ende der deutschen Nation bedeuten.

Es geht nicht an, die Erscheinung des Sozialismus, die doch einen Kern besitzen muß, einfach mit einer Phrase abzutun, wie es von bürgerlich-nationaler Seite geschehen ist. Diese Auffassung hat jedenfalls 1918 den größten und mächtigsten Staat gestürzt.

Aber ebenso schlimm ist die Tatsache, daß Millionen das Wort Nationalismus verpönen.

Es muß auch hier ein Fehler mit unterlaufen sein, und es ist schon so, daß das Wort Nationalismus in unserer früheren Welt doch sehr äußerlich gebraucht wurde, zu einem bloßen Begriff ohne jeden ethischen Gehalt wurde und schließlich so verflachen konnte, daß nicht mehr die deutsche Intelligenz die deutschen Arbeiter führte, sondern eine fremde Rasse. Nicht die Juden waren daran schuld, sondern die deutschen Intellektuellen, die zu eingebildet waren, sich noch um den deutschen Arbeiter zu kümmern.

Von den beiden Ideen Sozialismus und Nationalismus erkannte ich, würde keine über die andere den Sieg davontragen. Deshalb habe ich damals unternommen, die beiden Begriffe neu zu definieren und ihnen einen neuen Sinn zu geben [13].

So schufen wir die nationalsozialistische Bewegung, bei der schon im Ausdruck die neue Synthese sichtbar werden sollte.

Ich habe den Kampf für diese neue Wertung gegen alle Widerstände und Mißverständnisse aufgenommen und kann heute schon sagen, daß aus dieser Auffassung und Neubildung dem deutschen Volke eine junge Kraft erwachsen ist. Sie drückt sich nicht in der *Zahl* der 13 Millionen Nationalsozialisten aus [14], sondern im *Wesen* dieser 13 Millionen. Was jung ist in Deutschland, das bekennt sich immer mehr zu uns [15], und ich bin besonders glücklich,

nicht nur den besten Teil der Arbeiterjugend, sondern auch der Hochschüler in unseren Reihen zu sehen [16]. *Wir haben die größte politische Bewegung aufgebaut, die je in Deutschland existiert hat,*

und haben nicht nur eine Form gefunden, die vorbildlich ist, sondern vor allem einen Geist, der vorbildlich ist. Schaffende aller Stände haben sich bei uns gefunden und erleben in dem neuen Bruderschaftsgefühl die höchste Beglückung.

---

13 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.

14 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

15 Von ihrer Mitgliederstruktur her war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, nur die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP lag zwischen 1925 und 1928 bei 29 Jahren, 1932 bei 32 Jahren. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 139 ff.

16 Bezieht sich auf den am 26.1.1926 von Wilhelm Tempel gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Vgl. Dok. 54, Anm. 26.

Es ist ein Glück des Himmels, daß er uns durch die langen Jahre der schwersten Bedrückung geschickt hat. Alle Schikanen, alle Behinderung unserer Propaganda, die Verbote unserer Zeitungen, das Verbot der SA und SS[17], Gefängnis, Mühsalen [*sic!*], ja sogar unsere Todesopfer -

alles das war notwendig, um uns hart zu machen, stahlhart, damit wir dereinst imstande sein werden, das Deutschland unserer Sehnsucht zu bauen.

Wenn die Bewegung diese Leiden nicht überstände, sie würde niemals imstande sein, Deutschland zu führen. Sie muß erst ihr Leid überwinden, um die deutsche Not wenden zu können.

Deutschland hat immer die Kraft gehabt, seine Not auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu überwinden, und unsere Aufgabe wird es sein, dem deutschen Genius wieder den Weg zu ebnen. Wenn wir das deutsche Volk in einer unbändigen politischen Aufwallung wieder zu seiner Ehre zurückgeführt haben werden, dann wird uns der Himmel auch die Kraft geben, die notwendig ist, unsere materielle Not zu beseitigen.

Unser Kampf ist nicht ein Kampf um Ministersessel, um eine Regierung oder ein Kabinett, sondern um das ganze Deutschland,

nicht um eine Staatsform oder Staatsgewalt, sondern um den deutschen Menschen, dem wir wieder die Sehnsucht nach dem Reich einpflanzen wollen, die ihn zum Höchsten befähigt.

Nur das bietet einem Volke die Gewähr für äußere Geltung; nur der kann darauf rechnen, im Kampf der Nationen sich zu behaupten und mitzureden, der selbst innere Kraft besitzt.

Es gibt heute in Deutschland Gebiete, die Tag für Tag und Nacht für Nacht erzittern, es könnte plötzlich über Nacht der Feind vor den Höfen stehen. Das bedeutet dann nicht Völkerversöhnung, sondern Räumung.

Keine Politik der Schwäche, der materiellen und geistigen Abrüstung kann uns helfen, sondern nur der Appell an die nationale Kraft,

die die einzelnen Millionen deutscher Menschen zusammenschmelzen muß zu einem Kraftkern, dem nichts mehr widersteht.

Und diese Tat wird auch in den Ländern und Kommunen mitgetan werden müssen, weil sie ausgeht von den einzelnen Menschen. Unser Kampf um dieses Ziel wird und muß Erfolg haben; einen Sieg nach dem anderen werden wir erringen und nicht nachlassen, bis unsere Aufgabe erfüllt ist. Noch vor vier Jahren hat Herr Braun, der heute abgedankt hat[18], in Preußen erklärt, er werde dafür sorgen, daß der Nationalsozialismus niemals ans Ruder käme[19].

---

17 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

18 Nachdem die bisherige Koalition aus SPD, Zentrum und Deutscher Staatspartei bei der preußischen Landtagswahl am 24.4.1932 ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatte, erklärte das gesamte preußische Staatsministerium unter Ministerpräsident Otto Braun dem Landtag in einem Schreiben vom 19.5.1932 ohne nähere Begründung den Rücktritt zum Ende der Legislaturperiode am 21.5.1932. Am 22.5.1932 wurde der Rücktritt öffentlich bekannt. Die Regierung amtierte seitdem geschäftsführend. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 22.5.1932 (Reichsausgabe), "Die Rücktrittserklärung der Regierung Braun" sowie Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 555 f.

19 Am 12.5.1927 hatte Ministerpräsident Braun vor dem Preußischen Landtag zu den rechtsextremistischen Umtrieben der vergangenen Jahre, darunter dem Hitler-Putsch, unter anderem erklärt: "Weil dem so ist, weil man mit so vielen unvernünftigen Leuten in der Politik noch zu rechnen hat und weil gewisse Kreise sich systematisch dieser unvernünftigen politischen Kräfte bedienen, muß die Polizei auf dem Posten sein und rechtzeitig eingreifen, derartige Bestrebungen im Keim zu unterdrücken, damit nicht größere, den Staat wirklich gefährdende Komplikationen eintreten." Druck: Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 2. Wahlperiode 1925, Bd. 14, S. 20159. Vgl. auch Bd. II/1, Dok. 121.

Herr Braun, Sie sind weg, und wir sind da!

(Stürmischer Beifall.)

Unsere Zeit kommt so sicher, als unser Volk leben will. Wenn wir nicht in eine Koalition eintreten, so haben wir damit nicht auf unsere Machtansprüche verzichtet[20]. Es wird einmal die Stunde kommen, wo wir ohne Koalitionsbedingungen die Gewalt übernehmen und das deutsche Volk zu seiner politischsten und nationalen Einheit zurückführen.

Ich habe vom Schicksal eine wertvolle Kraft mitbekommen: die der Zähigkeit und Beharrlichkeit, und solange ich lebe, werde ich nicht einen Finger breit von dem Ziel abweichen, das ich mir gesteckt habe.

(Stürmischer Beifall.)

24. Mai 1932 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rodenkirchen i. O.[1]

Butjadinger Zeitung vom 25.5.1932, "Die große Hitler-Kundgebung in Rodenkirchen"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn ein System 14 Jahre lang regiert hat, dann muß als Ergebnis seines Wirkens ihm irgendein Erfolg beschieden sein, besonders dann, wenn dieses System seinen Eintritt in die Geschichte damit begründet hat, daß die vorhergegangene Zeit fehlerhaft und schlecht gewesen sei und nun abgelöst werden müsse durch eine bessere Zeit[3], wenn ein System am Tage seines Entstehens feierlich der deutschen Nation versichert hat, daß nunmehr Freiheit, Schönheit und Würde[4] in Deutschland ihren Einzug halten müßten und sollten. Wenn ein solches System so sich ankündigt, dann muß zum mindesten nach 13 Jahren irgendwie ein Teil von dem eingelöst sein, was man versprochen hat. Ist es nicht so, dann sind entweder die Gedankengänge dieses Systems falsch oder die Männer dürften nichts taugen. Die Zeit und die Weltgeschichte billigten Regierungen nur selten 13 Jahre lang eine Prüfungsmöglichkeit zu. Bedenken Sie, was ein Fürst Bismarck, der von denen einst gelästert wurde, die Deutschland heute seit

20 Vgl. Dok. 68, Anm. 4.

1 In der mittleren Reithalle, nach 21.00 Uhr. An der von Gauleiter Carl Röver mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angabe der Butjadinger Zeitung etwa 10.000 Menschen teil (Bremer Nationalsozialistische Zeitung: 20.000; VB: 16.000). Hitlers einstündige Rede wurde durch Lautsprecher in eine zweite Halle und auf den Marktplatz übertragen. Vor ihm sprach MdR Alexander Freiherr von Wangenheim.

2 Vgl. auch Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 25.5.1932, "Hitler in Rodenkirchen"; Der Gemeinnützige vom 25.5.1932, "Hitler spricht in Rodenkirchen"; Nachrichten für Stadt und Land vom 25.5.1932, "Hitler in Rodenkirchen"; VB vom 26./27.5.1932, "Adolf Hitler im Herzen Oldenburgs".

3 Vgl. Dok. 45, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.

13 Jahren regieren[5], in 13 Jahren seines Wirkens geschaffen hat, was unter seinen Händen in 13 Jahren aus Preußen und Deutschland geworden ist. Was ist in 13 Jahren aus Deutschland und seinen Ländern geworden? Sie können sich heute nicht von der Verantwortung drücken, können nicht sagen, es könne nicht anders sein. Niemand hat sie einst gerufen[6], sie selbst sind gekommen, haben die Macht ergriffen, haben ein Regiment gestürzt und sich in die Macht eingesetzt. Sie machten das alte Regime verantwortlich für das Unglück, das Deutschland betroffen hatte. Auch für das Unglück, das heute in Deutschland herrscht, muß jemand verantwortlich sein. Sie sind es! Sie können sich nicht von dieser Verantwortung entbinden. Freilich mögen sie sagen: Wir haben den besten Willen! Selbst wenn es so wäre, dann wären die Ideen und Gedanken falsch, nach denen sie unser Volk regieren. Wenn sie sagen: Wir haben die größten Gedanken und die klügsten Einfälle, wir haben die höchste Weisheit, dann ist ihre Energie nichts wert, dann taugen die Männer nichts, die diese Gedanken verwirklichen sollen. Immer sind sie schuldig an dem, was Deutschland heute betroffen hat. Nun kann man freilich eine solche Katastrophe nicht allein erklären durch das Versagen einzelner Menschen. Denn die Männer, die seit November 1918[7] sich in Deutschland an die Spitze des Reiches schwangen, besitzen

überhaupt keine Größe, weder im Guten noch im Schlechten, sie sind Durchschnittsmenschen, Zwerge des politischen Geschehens, Zwerge des geschichtlichen Lebens unseres Volkes und der Gegenwart.

Sie sind als Zwerge Repräsentanten einer ihnen entsprechenden Zeit, sie sind der Ausdruck einer Zeit der Zerrissenheit, Halbheit, Schwäche und Ohnmacht. Freilich ist die Zeit zu dem geworden, weil das alte Deutschland schon nicht mehr von wirklichen Männern verwaltet und verteidigt wurde. Im Völkerleben trifft auch denjenigen eine Schuld, der unfähig ist, einen Staat vor der Zerstörung zu bewahren. Auch das alte Deutschland hat versagt, es hat seinen Teil an Schuld. Das, was im Jahre 1918 sich vollzog, war viel mehr als ein bloßer Machtübergang. Vielleicht werden wir uns dessen am meisten bewußt, wenn wir bedenken, daß seitdem auch eine innere Veränderung in unserem Volke vorgegangen zu sein scheint. Unsere Not und unser Elend kann man nicht nur aus Fehlern, Schwäche, böser Absicht erklären. Nein, es ist wie im Leben des einzelnen Menschen. Er mag fleißig sein, sparsam, mag sich bemühen um die Erhaltung seines Lebens, so wird er sich doch am Ende nicht am Leben erhalten können, wenn zu alledem nicht noch etwas anderes kommt: eine gewisse

innere seelische Stärke, eine Zuversicht, eine Gläubigkeit, ein innerer Mut.

Es gehört zum Leben mehr als nur materielle Tätigkeit und materieller Genuß. Wenn die heutige Regierung selbst etwas Gutes in Angriff nähme, es mißlänge ihr unter den Händen. Man könnte meinen, seit dem 9. November 1918 strafe eine höhere Gerechtigkeit unser Volk. Es ist aber in Wirklichkeit nur eine Folge des inneren Versagens. Diese innere Unsicherheit und Halbheit kann man heute überall in Deutschland sehen. Die Parteien, die das heutige System zu verantworten haben, sterben selbst ab. Es ist kein Vertrauen, keine Zuversicht, kein Glauben, kein Leben in ihnen. Der Grund dessen liegt aber sehr tief. Jedes Volk muß, wenn es

5 Gemeint ist die SPD.
6 Vgl. Dok. 71, Anm. 7.
7 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse in Deutschland seit November 1918.

überhaupt bestehen will, gewisse Lebensgrundsätze haben, einheitliche, gleichmäßig gerichtete Urteile, ebenso wie die kleinste Keimzelle des Volkes, die Familie, zu gewissen Lebensvorgängen einheitlich Stellung nehmen muß. Ist das nicht der Fall, dann wird der Lebensbund der Familie nicht stärker, sondern es wird sich in ihr ein ewiger Kampf austoben, jedes Mitglied wird dem anderen eine ewige Last sein. Moderne Dichter, die vielleicht selbst diesem Zwiespalt zum Opfer fielen, haben diese Schicksale auf die Bühne gebracht. Man sieht da ein *gegenseitiges sich Zerfleischen bis zum Verfall der Kräfte beider*[8].

Aus einem solchen Zwiespalt kann nichts Aufbauendes mehr herauskommen. Es sind Menschen, die dahinschleichen, die immer nur das Allernächste sehen. Im Völkerleben ist es genauso. Ein Volk braucht, um die Gemeinsamkeit menschlichen Wirkens voll aufrecht zu erhalten, ganz bestimmte Voraussetzungen. Es braucht gemeinsame Auffassungen, seien sie religiöser oder sonstwie weltanschaulicher Grundlage. Es muß etwas da sein, das ein festes Fundament bildet. Wenn das fehlt, dann wird ein Volk wie eine Familie in kürzester Zeit den verheerendsten Kampf im Innern haben. Die Geschichte lehrt, daß in solcher Lage ein Volk seine Kräfte nach innen konzentriert, denn die Natur zwingt es, sich eine neue Lebensgrundlage zu suchen. Diese schwere Aufgabe hat das deutsche Volk in seiner Geschichte schon öfter erfüllt. Einst hatten wir eine religiöse Basis, die alle wesentlichen Probleme des Lebens gleichmäßig beurteilen ließ. Diese Basis ging in den Religionswirren zugrunde. Eine staatliche Idee wurde an die Stelle dieser fehlenden Einheit gesetzt. Allerdings, als Bismarck dieses Deutschland einigte[9], war schon wieder der Keim zu einem neuerlichen Zerfall in unser Volk hineingelegt. Staatspolitisch hat Bismarck die einzelnen deutschen Stämme zusammengeführt und damit die ganze nationale Kraft nach außen verfügbar gemacht. Aber man soll nicht nur auf Ziffern und Zahlen sehen, sondern man soll suchen, was hinter ihnen an Werten sich befindet. Niemals wäre die Kraft denkbar gewesen, die unser Volk im Weltkrieg an den Tag legte, wenn nicht infolge dieser staatspolitischen Einigung ein ungeheurer Glaube, eine feste Überzeugung von der deutschen Kraft Millionen von uns erfüllt hätte. Nicht die ziffernmäßige Stärke der Armee hätte uns den Sieg geben können, sondern nur das Herz, der Glaube der Millionen von Musketieren. Dieser Glaube, dieser Mut ist zerstört worden.

Das ist das Furchtbare, was wir heute vor uns sehen. Es herrscht kein Glaube mehr und kein Vertrauen, keine Zuversicht und keine Hoffnung, alles ist in Lethargie versunken. (Beifall.)

Vor 15 Jahren haben wir der Welt standgehalten[10] und heute zweifeln wir, ob wir uns wohl der Polen erwehren können[11].

8 Möglicherweise Anspielung auf Gerhart Hauptmanns am 16.2.1932 in Berlin uraufgeführtes Drama "Vor Sonnenuntergang", das den Verfall einer Familie zum Thema hatte. Am 18.4.1932 wurde es erstmals in München in den Kammerspielen im Schauspielhaus aufgeführt. Im "Völkischen Beobachter" wurde das Stück zwar kritisiert, die Inszenierung aber gelobt und festgestellt: "Es soll nicht geleugnet werden, daß dieser Kampf eines 70jährigen Vaters gegen seine Kinder mit einer vorzüglichen dramatischen Technik entwickelt ist." Vgl. VB vom 21.4.1932, "Vor Sonnenuntergang" sowie Günther Rühle, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. [2]1988, S. 1120 ff.

9 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.

10 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

11 Am 24.5.1932 hatte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Wilhelm Frick, den Antrag eingebracht: "Der Ausschuß wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, die polnische Republik nicht darüber im Unklaren zu lassen, daß jeder Angriff auf den Freistaat Danzig vom ganzen deutschen Volk als

Eine neue Bildung von Gegensätzen ist schon unter Bismarck in Deutschland vor sich gegangen. Es gibt viele Menschen unter uns, die das Wesentliche der Klassenspaltung gar nicht begreifen. Das traurige Bild aus der früheren deutschen Geschichte, daß ein Bayer sich mit den Franzosen gegen einen anderen deutschen Staat verbünden konnte [12], ist auch das Charakteristische der Klassenspaltung von heute. Millionen von Menschen fühlen sich heute als internationale Proletarier und glauben, den ausländischen Proletariern näher zu stehen als den Angehörigen anderer Klassen im deutschen Volke. Sie sagen: Deutschland verteidige ich nicht, ich kämpfe nur für meine Internationale [13]. Das ist genau dasselbe, was einst die staatspolitische Spaltung in Deutschland bedeutete. Wir haben selbst erlebt, wohin das führt. Die Überwindung dieser Klassenkämpfe würde viele Kräfte frei machen, die wieder nach außen wirksam werden könnten. Das haben wir erlebt in der Zeit des alten Deutschen Reiches. Nach der Beilegung der Religionskämpfe wurde Deutschland wieder groß und stark. Wir haben erlebt, daß in einem Monat plötzlich der alte Zank unter den Deutschen vergessen wurde, so daß 1914 und 1915 die ganze deutsche Kraft sich der Welt gegenüber bemerkbar machen konnte [14]. Wir konnten aber auch sehen, wie allmählich die inneren Probleme wieder in den Vordergrund gerückt wurden und wie die neuen Unterschiede auftraten. Bürgerliche und proletarische Probleme wurden aufgeworfen, Fragen des Wahlrechts begannen eine Rolle zu spielen [15],

die innere deutsche Geisteskraft begann zu erlahmen, als noch die deutschen Musketiere treu ihre Pflicht erfüllten.

Dann sind wir Zeuge gewesen, wie Deutschland zerfiel, wie die deutsche Kraft seit 13 Jahren immer mehr nach innen gebunden wurde. Es gibt Menschen unter uns, die sagen: Hoffentlich bleibt es so (Pfuirufe), hoffentlich findet dieser Zwiespalt keine Überwindung, hoffentlich sehen beide Lager ein, daß keines das andere überwinden kann, dann bleiben zwei Deutschland nebeneinander, ein nationales und ein internationales, ein bürgerliches und ein marxistisches Deutschland, dann erhalten wir zu unseren beiden Konfessionen auch noch zwei politische Konfessionen, deren Grenzen durch jede Stadt und jedes Dorf gehen. Dann wird Ruhe

Angriff auf deutsche Lebensrechte betrachtet und dementsprechend beantwortet würde." Reichskanzler Brüning hatte sich gegen den Antrag gewandt, weil er die Situation unnötig verschärfen würde; Polen sei sich über die Folgen einer aggressiven Politik gegen Danzig ohnehin im klaren. Der Antrag wurde dennoch mit elf zu zehn Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Vgl. VB vom 26./27.5.1932, "Brüning erhält nationalsozialistische Weisungen für die Außenpolitik" sowie Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/II, Düsseldorf 1980, S. 1477.

12 Bezieht sich vermutlich auf das zwischen Kurfürst Max IV. Joseph und Napoleon I. am 25.8.1805 geschlossene geheime Schutz- und Trutzbündnis, das Bayern bis Oktober 1813 zum Verbündeten Frankreichs machte. Seit dem späten 17. Jahrhundert wechselten die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich häufig zwischen Allianz und Gegnerschaft. Zwischen beiden Staaten abgeschlossene Bündnisse, z. B. 1670, 1701/02, 1714, 1727/28, 1756 dienten Bayern in den meisten Fällen zum Schutz gegen Österreich.

13 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

14 Anspielung auf den zwischen den innenpolitischen Lagern nach dem Kriegsausbruch 1914 bestehenden "Burgfrieden". Vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

15 Die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen stand im Zentrum der Reformbemühungen des Reichstags um eine Verfassungsänderung 1917/18. Vgl. Rauh, Parlamentarisierung, S. 365 ff.

eintreten, eine Friedhofsruhe. Ein großes Volk wird am Ende seiner Entwicklung angekommen sein. Die Probleme, die heute gemeistert werden müssen und die für Deutschland schwerer sind, als für irgendein anderes Volk der Welt, können nicht gemeistert werden, wenn nicht die ganze Kraft der Nation einem einheitlichen Denken unterstellt wird, einem einzigen Ziel zugewandt.

Nun kann natürlich ein deutschnationaler Führer kommen und sagen: "Ich lehne den Sozialismus ab[16]." Ich muß schon sagen: Hochverehrter Herr Geheimrat[17], man könnte genauso sagen, ich lehne den Mond ab[18]. Das sind beides Dinge, die nicht wir geschaffen haben, sondern die einfach da sind. Als ich 1918 aus dem Lazarett kam[19], konnte ich auch nur eine Entwicklung vorfinden, die andere gemacht hatten, wir waren unschuldig am Kriege und unschuldig an der Revolution. Wir haben nur unsere Pflicht erfüllt, wie es jeder anständige Deutsche getan hat. Wir haben nicht geredet und nicht politisiert, sondern wir standen damals dort, wo der anständige Deutsche mit geraden Gliedern stehen mußte, wenn er kein Schuft war. Bis zum letzten Tage sind wir draußen gewesen und haben dann eine Heimat wiedergefunden, bei deren Anblick man sich sagen mußte: Wenn wir gewußt hätten, daß das kommt, dann wäre das alles nicht nötig gewesen. Wozu verteidigt man eine Heimat, wenn diese Heimat selbst gar nicht groß und stark sein will? Aber uns kam auch ein zweiter Gedanke:

Was ist denn eigentlich Deutschland?

Wir sind Deutschland! Wir hatten das Recht, Deutschland zu verkörpern, nicht die, die damals eine Revolution machten. (Beifall.) Wir haben das Recht zu sagen: Der Staat, Deutschland, das sind wir, nicht die Politikaster, nicht die Journalisten, die Advokaten und die Gewerkschaftssekretäre! (Beifall.) So nahmen wir uns das Recht heraus zu prüfen, wohin der Weg Deutschlands gehen wird und gehen muß. Wir sind dabei zu der Überzeugung gekommen, daß zwei Richtungen in unserem Vaterlande sind, der Nationalismus und der Sozialismus. Nur ein Narr kann glauben, daß das vollkommen gleichgültig sei. Brüning sagt: Wir retten die Wirtschaft[20]! Welche denn? Die des Privateigentums oder die des Kollektivgedankens? Beide Auf-

---

16 Die Richtlinien der DNVP für die Landtagswahlen am 24.4.1932 enthielten die Erklärung: "Das Ziel der bevorstehenden Neuwahl zu den Länderparlamenten ist, den organischen Reichsaufbau und das Lebensrecht der deutschen Länder gegen Sozialismus und Zentralismus zu verteidigen." Vgl. Der Tag vom 5.4.1932, "Das Ziel des Kampfes".
In einem Brief an Hitler vom 12.4.1932 kritisierte der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht diesen Vorstoß der Deutschnationalen: "Der bloße Kampf gegen das Wort Sozialismus, wie ihn Herr Hugenberg neuerdings betreibt, ist ja reichlich einfältig."; BA Potsdam, 62 Ka 1, Kanzlei des Führers der NSDAP.

17 Gemeint ist Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbands (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar bis Juni 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

18 Anlaß für Hitlers Angriff auf den Vorsitzenden der DNVP war die Veröffentlichung eines Schreibens, das Hugenberg schon am 20.3.1932 an Hitler gerichtet hatte, am 22.5.1932 in den "Eisernen Blättern". Dieser Brief legte ausführlich die Gründe der DNVP dar, Hitlers Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht zu unterstützen. Druck: Das Ende der Parteien, S. 627 ff.

19 Am 19.11.1918. Vgl. Dok. 28, Anm. 31.

20 Bereits in der ersten Regierungserklärung am 1.4.1930 hatte Brüning unter anderem als Ziel seiner Politik formuliert: "Endziel ist und bleibt ein wirtschaftlich gesundes, ein politisch freies und gleichberechtigtes Deutsch-

fassungen sind heute in Deutschland staatlich konzessioniert. Die Regierung mag sagen: Wir werden Deutschland groß machen! Welches Deutschland, hohe Herren? Ein Teil kennt nur eine Internationale, ein anderer nur ein Deutschland. Die Regierung mag sagen: Wir werden die Moral wiederherstellen[21]! Welche Moral denn? Alle moralischen Auffassungen sind staatlich konzessioniert. Der Staat beschützt alle möglichen Auffassungen.

Das sind keine Theorien.

Wir wissen, wie sehr unser Volk an solchen weltanschaulichen Fragen hängt.

Jahrhundertelang stritt unser Volk über Glaubensdinge. Nur wer tief im Materiellen steckt, kann sich einbilden, daß man über solche geistigen Zerrissenheiten einfach zur Tagesordnung übergehen könne. Als ich 1918 aus dem Felde zurückkam, sah ich die Dinge, wie sie lagen. Zwei Richtungen sind da, nicht, weil ich sie geschaffen hätte. Ihr Kampf aber hat Deutschland zerstört. Wenn es wirklich zutrifft, daß Nationalismus und Sozialismus sich niemals vereinigen lassen, dann bleibt nur die Frage, ob die eine Richtung die andere gewinnen könnte. Ich glaube nicht daran, daß eine der Richtungen die andere jemals überwinden könnte. Dabei könnte nur ein fauler Kompromiß herauskommen. Armeen von Kopfarbeitern und Arbeitern der Faust müßten sich feindlich gegenüberstehen und nur durch Gewerkschaftssekretäre und Syndici miteinander in Beziehung treten. Ginge diese Entwicklung weiter, dann bedeutete sie die vollständige Lähmung jeder deutschen Energie, jeder Tatkraft, jedes Vertrauens. Unser Volk würde dann wie nach dem 30jährigen Kriege in Lethargie versinken. Selbst wenn es nun gelingen sollte, daß ein Teil Sieger würde, dann würde der Sieg des Marxismus die Vernichtung von Dreivierteln der Menschen deutscher Nation bedeuten. Würde in Deutschland das Experiment des Marxismus unternommen wie etwa in Rußland, dann würden nicht etwa die Kopfarbeiter, sondern gerade die Handarbeiter in den Großstädten dem Verderben entgegengetrieben. Sollte die andere Seite siegen, wäre das Unglück auch entsetzlich. Wenn ein Teil des Volkes sagt: Wir sind national!, aber langsam alles verliert und immer weiter zurückgedrängt wird, dann sagen Millionen von Arbeitern: Wir wollen nicht national sein!

Der Nationalismus unserer bürgerlichen Parteien ist nicht geeignet, das deutsche Volk überhaupt noch zu erfassen.

Wenn bürgerliche Kreise von Diktatur reden, schwebt ihnen immer etwas wie Spanien, wie Primo de Rivera[22], vor[23]. Die heutige Regierung ist schon nicht mehr viel anders. Sie sagt:

---

land, das seinen Wiederaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann, und das ein unentbehrlicher Faktor in der Staatengemeinschaft sein muß." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4728 ff.

21 Der mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers des Innern beauftragte Reichswehrminister Groener hatte seine letzte Reichstagsrede am 10.5.1932 mit den Worten eröffnet: "Wenn der Herr Abgeordnete Göring dem Herrn Reichskanzler und mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir durch das *Verbot der SA* und SS die moralische Abrüstung des Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen auf das ernsteste Verwahrung einlegen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2545.

22 Miguel Primo de Rivera y Orbaneja, Marqués de Estella (1870-1930), 1905-1907 Generalstabsdienst, 1915-1917 Gouverneur von Cádiz, 1922/23 Generalkapitän von Katalonien, September 1923 bis Dezember 1925 Präsident eines Militärdirektoriums, 1924-1930 Führer der Unión Patriótica, Dezember 1925 bis Januar 1930 Ministerpräsident, Rücktritt, Exil in Frankreich.

23 Am 13.9.1923 hatte Primo de Rivera in Spanien durch einen Staatsstreich mit Billigung des Königs Alfons XIII. eine autoritäre Diktatur errichtet, die sich als Übergangssystem verstand. Er hob die Cortes und die Verfassungsgarantien auf. Wegen der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem bisherigen politischen System war seine

Ich regiere, weil ich Polizei und Reichswehr in der Hand habe[24]. Ich möchte einmal sagen: Ich regiere, weil das deutsche Volk hinter mir steht! Der Gedanke einer Überwindung des Marxismus durch das Bürgertum ist sinnlos. Es ist doch nicht daran zu denken, daß Arbeiter etwa in die Deutsche Volkspartei eintreten würden[25]. In illustren Vereinigungen ist für Plebejer nun einmal kein Platz. Die bürgerlichen Parteien haben die Masse verloren, und es ist auch hierin ewiges Gesetz: Wer einmal morsch geworden ist, der darf nicht glauben, daß er durch ein Wunder die Kraft erhalten werde, etwas zu vollbringen, was ihm in der Zeit des besten Mannesalters nicht möglich war.

Kann man denn Nationalismus und Sozialismus als absolut trennende Weltanschauungen betrachten?

Die deutsche Intelligenz und der deutsche Arbeiter gehen in völliger Isoliertheit verloren, wenn sie sich nicht zusammenfinden. Der Nationalismus wird sinnlos, wenn er sich auf eine Klasse konzentriert, und nicht ein ganzes Volk bis in die letzte Tiefe zusammenfaßt. Ein Sozialismus, der nach fiktiven Internationalen sucht und glaubt, in der Zukunft einen Stand des Glücks für den Arbeiter begründen zu können, führt dahin, wo wir heute sind: Millionen sind ohne Brot und Arbeit! Das ist das Ergebnis, das wir prophezeit haben. Im Grunde ist der edelste Nationalismus gar nichts anderes als ein veredelter Sozialismus, genau wie dieser nichts anderes sein kann als Nationalismus, nämlich gläubige Hingabe an die Gesamtheit des eigenen Volkes.

Nicht vom grünen Tische aus kann man eine Völkerwende herbeiführen. Man muß in die Masse hineingehen und die Probe auf das Exempel machen. Wäre dieses Experiment damals mißlungen, dann hätte das geheißen: Deutschland hört auf, als einheitliches Volk zu bestehen. In 50 Jahren würde es keine Deutschen mehr geben. Der Beginn wurde vor 13 Jahren mit der Sammlung einzelner Menschen auf dieses Bekenntnis hin gemacht[26].

Bürger und Arbeiter mußten aus zwei verschiedenen Welten zusammenkommen. Wenn Deutschland leben sollte, mußten sie sich verstehen lernen.

Der Kampf um die großen Ideen wird langsam die Besten doch zusammenführen. Es gibt keinen besseren Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung als die Tatsache, daß in der Zeit, in der die deutsche Wirtschaft zugrunde ging, in der die alten Parteien mehr und mehr verloren,

---

Regierung unter der Devise "Land, Religion, Monarchie" zu Anfang populär und erfolgreich, wurde durch die Willkürmaßnahmen aber zusehens unbeliebter. Vgl. Shlomo Ben-Ami, Fascism from Above. The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930, Oxford 1983.

24 In der Rundfunkansprache am 8.12.1931 zur Begründung der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens (vgl. Dok. 1, Anm. 37) hatte Reichskanzler Brüning festgestellt: "Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes, gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenproben den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen". Druck: Staat und NSDAP, S. 237 ff.

25 Am 15.12.1918 aus Teilen der Nationalliberalen Partei gegründet, entwickelte sich die DVP zur Interessenvertretung von Teilen der Großindustrie. Vgl. Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970; Druck der Grundsätze vom Oktober 1919: Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 519 ff.

26 Gemeint ist die Gründung der "Deutschen Arbeiterpartei" durch Anton Drexler und Karl Harrer am 5.1.1919.

aus sieben Mann[27] 13 Millionen geworden sind[28]. Und wir sind nicht am Ende, das ist meine unerschütterliche Überzeugung.

Aus diesen 13 Millionen wird das deutsche Volk werden! (Beifall.)

Ein deutsches Volk, das sich nun schon in seinem Kampf ein neues Symbol geschaffen hat[29] und das unter diesem Symbol und in dieser neuen Organisation ein frisches Leben verspürt, zu Begeisterung und Aufopferung sich fähig erweist! Heißt es nicht sehr viel, wenn aus freiem Willen sich Hunderttausende von jungen Menschen finden, die dem Ideal zu gehorchen bereit sind, die für ein Symbol sich totschlagen lassen? Unsere alten bürgerlichen Parteigebilde verstehen das nicht. Sie verstehen aber auch nicht, daß, wenn ihr Geist Deutschlands Geist bliebe, das Ende unseres Volkes gekommen wäre. Wenn unser Geist einmal ganz Deutschlands Geist sein wird, dann werden wir nicht mehr vor Polen zittern (Beifall) und auch nicht vor den großen Problemen des Lebens verzagen. Gewinnt eine Armee Glauben an einen neuen Führer, dann stehen auch die wankenden Bataillone wieder fest. Das ist das große Wunder in unserer Bewegung, daß wir Hunderttausende von Unbekannten sammeln konnten, die eine frühere Zeit überhaupt nicht sah und die heute als Unterführer mit größter Begeisterung arbeiten. Ein großer Schwung geht heute wieder durch Deutschland. Man hört den Tritt des jungen, erwachenden Deutschlands. Zum ersten Male keine Bürger und keine Proletarier, keine Parteien und Konfessionen, sondern zum ersten Mal wieder Deutsche (Beifall). Sie haben sich gefunden, und deshalb ist mit ihnen auch die ganze Kraft der Zuversicht und des Glaubens wieder wach geworden.

Hunderttausende haben begonnen, die Fluchtat des Jahres 1918 wiedergutzumachen.

Damit kehrt die Kraft zurück, die über dem Materiellen schwebt. Die ungeheure motorische Kraft, die in unserer Bewegung lebt, überhebt uns dem Zwang, um Ministersessel zu kämpfen. Wir kämpfen um das ganze deutsche Volk, um ihm die politische Macht in ihrer Gesamtheit zu erobern.

Damit, meine Volksgenossen, kann auch die Wahl in Oldenburg[30] nur ein Markstein sein in unserem Kampf. Wir kämpfen und hoffen, daß es uns vielleicht gelingt, die politische Macht zu erobern. Wenn nicht, dann macht das gar nichts aus. Wir kämpfen nicht um einen verfassungsmäßigen Ausdruck unseres Regiments, sondern um den letzten deutschen Menschen, und sind dabei allerdings entschlossen, denjenigen zu brechen, der uns Widerstand mit Gewalt leistet. Unsere Fahne erhält ihre beste Würde und Weihe durch die Bestimmung, die Interimsflagge des heutigen Deutschen Reiches[31] einmal abzulösen und zu ersetzen durch ein Zeichen, das unsere alten Farben[32] paart mit dem Symbol neuen deutschen Wollens. (Beifall.) Für die

27 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

28 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

29 Gemeint ist das Hakenkreuz, das seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Symbol für die Rückbesinnung auf vermeintliche germanische Traditionen galt; Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt es einen eindeutig völkisch-antisemitischen Charakter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es von Freikorpsverbänden als Abzeichen genutzt. Am 7.8.1920 wurde es als Hakenkreuzfahne offizielles Parteiabzeichen der NSDAP.

30 Vgl. Dok. 69, Anm. 12.

31 Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

32 Artikel 55 der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26.7.1867 bestimmte die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne zur Fahne der Kriegs- und Handelsmarine, ebenso Artikel 55 der Verfassung des Deutschen Rei-

ses kommende Reich kämpfen wir seit 13 Jahren und haben Sie zu kämpfen am kommenden Sonntag. Seien Sie überzeugt, daß Deutschland in dieser Wahl einen Kampf sehen wird, der die ganze deutsche Nation angeht. Wenn Sie siegen, werden Millionen fühlen: Deutschland ist dem Tage seiner Befreiung wieder einen Schritt nähergerückt![33]

25. Mai 1932 Dok. 73
Rede auf NSDAP-Versammlung in Delmenhorst[1]

Delmenhorster Kreisblatt vom 26.5.1932, "Hitler in Delmenhorst"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn ein Regiment einen Staat so ausschließlich beherrscht, wie das Novembersystem das Deutsche Reich seit dem Jahre 1918, so muß man als das Ergebnis eines solchen Regiments in einem gewissen Umfange wenigstens irgendwie das erfüllt sehen, was bei der Begründung dieses Regimentes versprochen wurde. Die heutigen Machthaber können nicht sagen: Ihr dürft von uns nichts erwarten, denn wir haben einen Krieg verloren, hinzu kam die Weltwirtschaftskrise[3], und überdies ist dies und jenes anders geworden, als wir dachten und erwarteten. Sie hätten das alles kommen sehen können und sollen. Es hat sie im Jahre 1918 niemand gerufen. Sie sind von selbst gekommen. Sie haben damals ein altes Reich beseitigt, und haben die Macht ergriffen. Sie haben damals erklärt, daß eben dieses alte System verantwortlich sei für dieses und jenes und haben es deshalb beseitigt[4].

Heute sind sie verantwortlich für das, was jetzt ist. Sie sind genau so schuldig für das, was wir heute haben, wie sie das alte Reich für schuldig erklärten an dem, was früher war.

---

ches vom 16.4.1871. Bismarck, dem die heraldische Frage gleichgültig war, begründete diese Lösung später damit, es handle sich hier um die Kombination des preußischen Schwarz-Weiß mit dem Rot-Weiß der Hansestädte. Im Vordergrund stand jedoch die Ablehnung der Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold durch Wilhelm I. Erst Wilhelm II. bestimmte durch Verordnung vom 8.11.1892 die schwarz-weiß-rote Fahne zur Nationalflagge. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 20 ff.

33 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Schützenhof, nach 22.00 Uhr. An der vom ehemaligen SA-Sturmbannführer Albrecht Sanders eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Regionalpresse etwa 10.000 Menschen teil. Hitler, von Bezirksleiter Heinrich Thümler gesondert begrüßt, hielt eine 90minütige Rede. Vor ihm sprach MdR Josef Wagner, nach ihm Gauleiter Carl Röver. Die Nachrichten für Stadt und Land stellten fest, daß 40% der Zuhörer Frauen waren.

2 Vgl. auch Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 25.5.1932, "Adolf Hitler sprach in Delmenhorst", vom 27.5.1932, "Hitler und Wagner in Delmenhorst"; Butjadinger Zeitung vom 26.5.1932, "Adolf Hitler in Delmenhorst"; Der Gemeinnützige vom 26.5.1932, "Hitler in Delmenhorst"; Nachrichten für Stadt und Land vom 26.5.1932, "Hitler in Delmenhorst"; VB vom 28.5.1932, "Oldenburg huldigt Adolf Hitler".

3 Vgl. Dok. 69, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 45, Anm. 5.

Sie können sich um so weniger von dieser Schuld lösen, als sie früher bei der Übernahme der Macht erklärten, daß alle Schäden des Weltkrieges durch sie behoben werden würden, daß sie das deutsche Volk zu einem Zustand der Freiheit, Würde und Schönheit[5] führen würden. Über 13 Jahre sind bisher vergangen. 13 Jahre haben damals Bismarck genügt, um ihn in die Lage zu setzen, aus dem Preußen von Olmütz[6] das Preußen der deutschen Reichsgründung zu machen[7]. Sie genügten ihm, um Deutschland aus seiner Zerrissenheit einer großen, schönen und herrlichen Zukunft entgegenzuführen. Ein System, das 13 Jahre so unumschränkt regiert hat wie das heute in Deutschland herrschende, muß in diesen 13 Jahren auf irgendwelche Erfolge hinweisen können.

Ist dies nicht der Fall, dann sind entweder die Gedanken dieses Systems falsch, oder die Männer taugen nichts.

Nehmen wir an, die Männer taugten etwas - sie behaupten wenigstens, daß sie etwas taugen -, nehmen wir sogar an, daß ihre Prinzipien etwas taugten - sie sagen jedenfalls, daß ihre Weltanschauung die einzig richtige sei -, dann muß noch etwas schuld sein am absoluten Versagen ihrer Projekte und Pläne. Gar oft schon haben wir in allen den Jahren die Wahrheit des Satzes feststellen können: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Ich erinnere mich dieses Satzes immer, wenn neue Notverordnungen zu meiner größten Überraschung plötzlich viele Projekte enthalten, *die aus unserem Garten stammen*[8]. Wenn zaghaft Dinge angefaßt werden, die vor wenigen Jahren von denen, die sie heute durchzuführen beabsichtigen, noch als absolut verheerend und verderblich verschrieen wurden. Um so mehr erinnere ich mich dieses Satzes, wenn ich dann diesen geistigen Diebstahl sich praktisch auswirken sehe. Aus dem eigenen Leben wissen wir sehr wohl, daß es nicht leicht ist, wenn ein Mensch ohne Selbstvertrauen irgendeine Arbeit beginnt oder ein Hypochonder, der selbst von vornherein an allem zweifelt, was er anfaßt. Wir wissen das auch an geschichtlichen Beispielen der Vergangenheit. Wenn einmal eine Armee von der Führung von Niederlage zu Niederlage gebracht worden ist, dann kann eine solche Heeresleitung selbst einmal einen richtigen Entschluß treffen, er wird praktisch wirkungslos sein, weil die Masse der Soldaten bereits den Glauben an diese Führung verloren hat. Dieser Glaube, dieses Vertrauen, ist im Grunde genommen die allergrößte Kraft im Menschenleben. Das ist eine Kraft, die unseren heutigen Staatsmännern nicht zum Bewußtsein gekommen ist, und infolgedessen glauben sie, darauf verzichten zu können. Sie können nicht darauf verzichten, denn in Wirklichkeit ist das mit ein Grund zum Fehlschlagen und Mißlingen aller ihrer Pläne und Projekte. Das heutige System hat vielleicht als schlimmste Tat am Tage der Begründung das Vertrauen in Deutschland selbst gebrochen.

---

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.

6 In der Olmützer Punktation vom 29.11.1850 einigten sich Preußen und Österreich auf ein gemeinsames Vorgehen in Holstein und Kurhessen. Diese außenpolitische Niederlage zwang Preußen, das zunächst eigenständig im kurhessischen Verfassungsstreit zu intervenieren versucht hatte, seine Pläne für eine politische Neugestaltung Deutschlands vorerst aufzugeben.

7 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.

8 In seiner letzten Reichstagsrede als Reichskanzler am 11.5.1932 hatte Brüning bezüglich eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erklärt: "Mich haben, und damit gehe ich über zu den innerpolitischen Maßnahmen, die die Reichsregierung vorbereitet hat, die *Ausführungen des Herrn Abgeordneten Straßer* außerordentlich interessiert, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch decken mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung in Vorbereitung hat." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2599.

Jede Zeit hat ihre bestimmende und regierende Idee. Ein Staatsmann, der auf Jahrhunderte bauen will, muß irgendwie seinem Werk eine tragende Idee zugrunde legen.

Wenn er mechanisch drauflos arbeiten will, von einer Notverordnung zur anderen, dann wird er erleben müssen, daß sein Werk wegen seiner inneren Seelen- und Ideenlosigkeit eines Tages stürzen muß an Mangel von Vertrauen eines Volkes. Deutschland bietet seit 13 Jahren das schlagende Beispiel dafür, am schärfsten seit 2 Jahren. Seit 2 Jahren ist an der Spitze des Reiches ein Mann, dem wir nicht bestreiten wollen, daß er persönlich ein unanfechtbarer Charakter ist, der aber bei seinem ganzen Handeln einen Mißerfolg nach dem anderen erleidet[9]. Heute regiert in Deutschland ein Mann, der dauernd denkt, dauernd überlegt, von dem es heißt, daß er dauernd tätig ist, dauernd Verordnungen erläßt, und der doch dauernd Mißerfolge über Mißerfolge, Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt, weil dieser Mann vergessen hat, daß letzten Endes irgendeine ethische Idee die Voraussetzung für Erfolge ist. Bismarck hätte das Reich nicht gründen können, wenn nicht im Augenblick dieses geschichtlichen Geschehens eine Idee, nämlich die Vorstellung der nationalen Einigung, praktisch in der Luft gelegen hätte. Aber als Bismarck dieses Deutschland gründete, war der tiefste Sinn dieser Idee bereits wieder verloren gegangen. Bismarck hat so wohl die staatspolitische Zerrissenheit des deutschen Volkes beseitigen können, aber anstelle der staatspolitischen Zerrissenheit kündigte sich schon damals die Klassen- und völkische Zerrissenheit an. Damals ist im wesentlichen die große Einigung unseres Volkes wohl staatspolitisch vollzogen worden, volkspolitisch aber mißlungen. Heute liegt wieder eine Idee in der Zeit. Wir sehen wieder, daß das Volk irgendeine Idee besitzt:

So kann es nicht weitergehen.

Nicht wirtschaftlich allein, nein, Millionen fühlen, daß überall noch etwas anderes nicht in Ordnung sein kann. Wir sehen heute wieder zwei Ideen die Völkerleben maßgebend bestimmen: *Die Idee des Nationalismus,* die Millionen Menschen auf dieser Welt bewegt, und die Idee des *Sozialismus*, die ebenfalls Millionen von Menschen erfaßt. Ob ein Staatsmann von ihnen Kenntnis nehmen will oder nicht, die Ideen sind da. Diese Ideen bestimmen Völkerleben und Völkerschicksale. Man kann an ihnen nicht vorbeigehen. Wenn der Mann der Linken sagt, wir erkennen den Nationalismus nicht an, er wird beseitigt, so ist das genauso lächerlich, als wenn ein bürgerlicher Parteiführer, der Führer der Deutschnationalen [*Volks*]partei[10], sagt: "Ich lehne den Sozialismus in jeder Form ab." Es gibt keinen größeren Fehler, als solche Gedanken, Ideengänge, die Millionen Menschen in den Bann gezwungen haben, ablehnen zu wollen. Solche Vogel-Strauß-Politik kann vielleicht von einem Führer vorübergehend betrieben werden, sie wird aber wirkungslos bleiben, denn praktisch versagt solch ein Mann[11].

Kein Volk aber kann zwei Ideen zu gleicher Zeit dienen.

Schon eine Familie kann es nicht ertragen, nicht glücklich leben, wenn einer der beiden Kontrahenten dieses Bundes in grundsätzlichen Lebensanschauungen und Auffassungen anders denkt als der andere Teil. So gibt es auch gewisse Prinzipien im Leben eines Volkes, die geklärt sein müssen, wenn es seine Kraft nach außen hin zur Entfaltung bringen soll. Herrscht in diesen wichtigen Grundprinzipien im Volke keine Einigkeit, so wird die Kraft zur Lösung

9 Gemeint ist Heinrich Brüning.
10 Alfred Hugenberg.
11 Vgl. Dok. 72, Anm. 18.

dieser Streitfrage im Innern gebunden und kann nicht nach außen hin wirken, sie wird sich im Innern aufzehren und somit ein Volk zum Untergang führen. Der Bürger wird nun freilich sagen: Ja, wir wollen doch den Marxismus überwinden. Wir antworten ihm: Dazu habt ihr 14 Jahre Zeit gehabt. Es war doch nicht so, daß Deutschland marxistisch war und die bürgerlichen Parteien den Marxisten nach und nach Abbruch taten, immer größer wurden, anwuchsen und mit ständig steigender Zahl in den Reichstag einzogen, bis die bösen Nationalsozialisten kamen und die mühevolle, langjährige Arbeit der bürgerlichen Parteien störten. Es war doch nicht so, daß, wenn wir nicht gekommen wären, die bürgerlichen Parteien im Begriffe standen, langsam die Marxisten aufzufressen. Es war gerade umgekehrt.

Deutschland war durch und durch national und die bürgerliche Parteipolitik hat es fertiggebracht, Jahr für Jahr eine Niederlage an die andere zu reihen.

Dabei waren die einzelnen Parteien höchstens noch glücklich, daß sie nicht allein zusammenbrachen, sondern daß es den anderen bürgerlichen Parteien auch nicht besser ging, daß sie alle zusammenbrachen. Jede Partei war glücklich, wenn sie auf die Verluste der anderen hinweisen konnte. So sind diese Parteien, die schon zum größten Teil verschwunden sind. Nur einige Minister sind noch als Kronzeugen ihrer einstigen Größe und Herrlichkeit zurückgeblieben, die sich heute an ihre Posten und Sessel klammern, bis einer kommt und sie herunterfegt. So hat sich die bürgerliche Welt entwickelt, und jetzt im Greisenalter will sie plötzlich die Kraft haben, noch den Marxismus zu überwinden? Wenn unsere Regierenden heute sagen: Unsere Regierung steht felsenfest, wir sind absolut sicher. Gestützt auf die Macht des Heeres und der Polizei können wir usw. ...[12], so ist das die *vernichtendste Selbstkritik,* die sich dies System leisten kann. Ein System, das sagen muß, wir sind im Besitze der Macht, weil wir die Reichswehr und die Polizei auf unserer Seite haben, ist nicht wert, daß es ein Volk nach außen hin vertritt.

Diese Machtmittel sind nicht da zum inneren Schutz eines Systems, sondern zur Anwendung nach außen.

Es gibt heute noch Menschen, die sich vorstellen können, daß man auf dem Wege eines Gewaltregimentes, gestützt auf die Machtmittel Heer und Polizei und ihre Anwendung im Innern, die Herrschaft einer Klasse aufrichten kann. Das ist ein grundlegender Irrtum, der durch die Entwicklung der letzten Jahre widerlegt ist.

An der Bahre des Bürgertums, des Proletariats wird sich die deutsche Nation erheben, werden sich die deutschen Menschen über alle trennenden Parteien, Klassen und Standesschranken hinweg die Hand reichen und zu einem einigen Volksganzen, zu einem Volk von Brüdern[13] *sich zusammenfinden.*

Das ist unser Ziel, das deutsche Volk wieder dahin zu bringen, daß jeder Volksgenosse sich erst als Deutscher betrachtet, dann erst als Preuße, Bayer, Sachse, Württemberger, Oldenburger usw. Daß jeder Deutsche sich erst als Volksgenosse bekennt und dann erst als Bauer, Arbeiter, Handwerker, Mittelständler, Protestant, Katholik usw. Als ich vor 13 Jahren die nationalsozialistische Bewegung mit diesem Ziel mit sieben Mann[14] gründete, da wurde ich ausge-

12 Lücke so in der Vorlage. Vgl. Dok. 72, Anm. 24.
13 Vgl. Dok. 40, Anm. 26.
14 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

lacht, verhöhnt, verspottet; heute stehen über 13 Millionen Volksgenossen hinter dieser Idee[15], 13 Millionen Volksgenossen, die sich langsam mehr und mehr zusammenfinden, zum Teil schon zusammengefunden haben.

Nicht daß 13 Millionen Menschen hinter mir stehen, sondern das ist mein größer Stolz, sagen zu können, daß 13 Millionen Menschen hinter mir stehen, die in einer Idee geeint sind, daß es möglich war, scheinbar unüberwindbare Gegensätze zu überbrücken und Menschen aller Stände, aller Berufe, Lebensalter, Bekenntnisse usw. zusammenzuführen und zu einigen in einem großen Glaubensbekenntnis.

Durch ihre Opfer ist unsere Bewegung groß geworden, durch die Unterdrückungen und Verfolgungen, die sie hat über sich ergehen lassen müssen. Wenn Herr Severing, wenn unsere Gegner glauben, sie haben uns durch ihre Verfolgungen geschwächt, geschlagen, so befinden sie sich in einem grundlegenden Irrtum, sie haben uns nur gehärtet. Das Feuer der Verfolgungen hat unsere Schlacken weggebrannt und aus dem weichen Eisen allmählich Stahl gemacht.

Dieser Stahl wird sich immer mehr härten, wird anwachsen und größer werden [*sic!*], *bis einmal die Stunde kommt, wo wir ganz Deutschland erobert haben werden, wo wir Deutschland repräsentieren werden.*

Unsere Gegner können es nicht verstehen, daß wir, wenn wir in irgendeiner Wahlschlacht 160 Mandate gewonnen haben[16], nicht sofort um Ministersessel feilschen, daß wir Koalitionen ausschlagen und erklären, sowas machen wir nicht mit[17]. Sie sehen eine Partei in uns. Sie haben keine Vorstellung davon, daß wir keine Partei sind, die ein paar Mandate erobern will, ein paar Ministerposten besetzen will, sondern eine Partei,

die Deutschland erobern will, indem sie die deutschen Menschen erobert. Daß unser Kampf dahin geht, Deutschland die Lebensbedingungen zu schaffen, die es notwendig hat.

Unsere Gegner freilich können eine solche Aufgabe nicht durchführen und lösen. Sie bilden sich ein, die deutschen großen Zukunftsaufgaben lösen zu können, wenn sie nur die Macht besitzen und ein Teil der Nation regiert. Die Kräfte, die zu dieser Arbeit notwendig sind, kann man jedoch nur bekommen, wenn man ehrlich und wahrhaftig seinen Weg geht. Nur wenn das große und hohe Ideal des Dienstes am Volksganzen uns voranleuchtet, werden wir unsere Aufgabe erfüllen und lösen können. Wir wollen nicht die Macht im Sinne der früheren Parteien, sondern wir streben nach einer viel stärkeren und größeren Macht, die begründet ist in dem Vertrauen der Gesamtheit der deutschen Volksgenossen zu unserer Bewegung.

So wird auch die Wahl am Sonntag in Oldenburg[18] *nur ein Ausschnitt aus dem gewaltigen Ringen unserer Bewegung um das deutsche Volk, um die Seele des deutschen Volkes sein. Millionen von Menschen werden am Sonntag auf das Ergebnis der Landtagswahlen im Oldenburgischen warten, in dem Bewußtsein, daß auch dieser Kampf uns wieder einen Schritt vorwärts führen soll auf dem Wege zu einem großen, freien und schöneren Deutschland.*[19]

---

15 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

16 Bezieht sich auf die Landtagswahl in Preußen. Vgl. Dok. 68, Anm. 3.

17 Vgl. Dok. 68, Anm. 4.

18 Vgl. Dok. 69, Anm. 12.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

26. Mai 1932 Dok. 74
Rede auf NSDAP-Versammlung in Cloppenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land vom 27.5.1932, "Hitler in Cloppenburg" [2].

Adolf Hitler gab zuerst in seinen, von häufigem starkem Beifall unterbrochenen Ausführungen ein Bild über die allgemeine politische Entwicklung des deutschen Volkes bis zur Revolution und den Jahren der Nachkriegszeit, in der den vor dreizehn Jahren an die Regierung gekommenen Parteien und Männern unbeschränkte Vollmacht gegeben worden sei [3]. Kaum eine Epoche der deutschen Geschichte habe so viel zertrümmert und wertvolles Gut verschleudert, wie es die Machthaber dieser Zeit auf dem Gewissen hätten, die nicht einen Stand oder Beruf als Zeuge für eine gegenteilige Behauptung aufzuweisen vermöchten. Einer *anderen Führung* als der gegenwärtigen bedürfe es, wenn das verschwundene Vertrauen wieder einziehen solle, das durch ruinierte Wirtschaft, Zusammenbrechen aller Berufsarten usw. abhandengekommen sei. Hitler führt weiter die nationale Fundamentierung des Staatsgedankens eines starken und in sich geeinten Volkes aus, wie dies von uns anläßlich der Sonntagsrede in Oldenburg [4] ausführlich wiedergegeben worden ist, nachdem vorher die Gegenüberstellung der marxistischen und der *nationalistischen* Weltanschauung erfolgt war. Der Zwiespalt in der gegenseitigen Auffassung nehme eine ungeheuerliche Realität in einem Staat an, wenn man betrachte, daß das, was die einen verdammten, von den andern verteidigt würde. Ein Staat ließe sich nicht regieren bei einer teils kommunistisch-marxistisch, teils nationalistischen Einstellung, und darum gebe es nur eins, und zwar die *Scheidung der Geister* und ihrer Kräfte. Nicht hie Bürgertum, dort Arbeiterschaft sei der Begriff des Nationalismus, sondern die Zusammenfassung des gesamten Volkes in allen seinen Schichten und Berufen, wie es die seit 13 Jahren durchgekämpfte Idee des Nationalsozialismus bestrebe, dies bilde die Verwirklichung des wahren nationalen Volkes, auf das gestützt dann auch eine Regierung erfolgreiche Arbeit zu leisten imstande sei.

Gerade das *ungeheure Vertrauen*, das das Volk der NSDAP entgegenbringe, müsse dem politischen Gegner zeigen, welch ein großer Idealismus im Volke schlummere, der, wenn er geweckt sei, die Voraussetzung für eine kraftvolle Staatsführung ergebe. Mit den in der Bewegung in einer *Einheitsfront* marschierenden Arbeitern, Intellektuellen und Millionen Bauern

---

1 In der Markthalle, nachmittags. An der Versammlung nahmen laut Nachrichten für Stadt und Land etwa 12.000 Menschen teil. Nach Hitlers 90minütiger Rede sprach MdR Bernhard Rust.
Am 25. und 26.5.1932 konnte der in Wilhelmshaven liegende Kreuzer "Köln", eines der modernsten Schiffe der Reichsmarine, von geladenen Gästen besichtigt werden. Am 26.5.1932 gelangte Hitler auf das Schiff, indem er sich einer Gruppe Reichstagsabgeordneter anschloß, und trug im Gästebuch die Widmung ein: "Mit der Hoffnung mithelfen zu können am Wiederaufbau einer dem Reiche würdigen Flotte". Dieser Besuch rief im In- und Ausland Kritik hervor. Faksimiledruck: Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf 1973, S. 116. Vgl. auch Welt am Montag vom 13.6.1932, "Hitler auf dem Kreuzer 'Köln'"; Le Matin vom 28.5.1932, "Les honneurs militaires sont rendus à Adolf Hitler" sowie Protokoll der Pressekonferenz des Auswärtigen Amts vom 28.5.1932; PA-AA, Presse-Abteilung, P 16: Vereinigte Staaten, Maßnahmen zur Hebung des deutschen Ansehens in den Vereinigten Staaten, Bd. 7.

2 Vgl. auch Butjadinger Zeitung vom 27.5.1932, "Hitler in Cloppenburg"; Der Gemeinnützige vom 27.5.1932, "Hitler in Cloppenburg"; VB vom 29./30.5.1932, "Schlußakkorde in Oldenburg".

3 Vgl. Dok. 1, Anm. 27.

4 Am 22.5.1932. Druck: Dok. 70.

und Mittelständlern[5] ließe sich vielleicht das einzigste Gewicht für eine *erfolgreiche Außenpolitik* in die Waagschale werfen, die aber nie Tatsache werden könne durch innere Schwäche. Die politischen Gegner verständen es nicht, warum der Nationalsozialismus nicht mit beiden Füßen in die Koalition einspringe. Wenn wir die Überzeugung haben, daß ein freies und besseres Deutschland geschaffen werden kann, dann sind für uns die Bedingungen für eine Koalition gegeben; wenn aber alles weiter heruntergerissen und zerstört werden soll, was uns und mit uns dem deutschen Volke lebensnotwendig und heilig ist, dann danken wir für eine Koalition[6]. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten können; wir werden diese Bewegung weiterführen, bis die Voraussetzung geschaffen sein wird für ein großes Deutsches Reich.[7]

27. Mai 1932 — Dok. 75
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Zwischenahn[1]

Bad Zwischenahner und Edewechter Wochenblatt vom 28.5.1932, "Hitler spricht vor etwa 10.000 in Bad Zwischenahn"[2].

Liebe deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Als dies System seine Herrschaft antrat, da versprach man, das deutsche Volk nunmehr in einen Zustand des Glückes, der Schönheit, der Freiheit und Würde[3] zu führen. Man hat ein großes Reich zerschlagen, was durch 100 Jahre Tradition gewachsen war. Es wurde eine neue Staatsform gegründet in einem Augenblick, in dem Deutschland in der furchtbarsten Not aller Zeiten sich befand. Man mußte wirklich Gewaltiges versprechen, wenn man die Tat des Jahres 1918 begründen oder rechtfertigen wollte. Es sind nun seitdem 13 Jahre vergangen, bald sind es 14, und die Macht, die damals das alte Reich stürzte und alte Tradition aufhob, muß vor der Geschichte jetzt beweisen, was unter ihrem Regiment besser geworden ist. Sie hatte mehr Zeit als vielleicht einem Mann vor ihr irgend vergönnt worden ist. Vergleichen Sie, meine Volksgenossen, 13 Jahre Regierungszeit, 13 Jahre Epoche des alten Reichskanzlers Bismarck, und Sie werden sofort zugeben, daß diese 13 Jahre erfüllt gewesen sind. Es waren 13 Jahre Auf-

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.
6 Vgl. Dok. 68, Anm. 4.
7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In den Harms'schen Hallen, von 21.00 bis 22.30 Uhr. An der von Bezirksleiter Johannes Roggemann mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 10.000 Menschen teil (VB: 20.000). Vor Hitler sprachen MdR Max Fillusch und Gauleiter Carl Röver. Während der Rede Hitlers wurden mehrere Personen ohnmächtig.
2 Vgl. auch Nachrichten für Stadt und Land vom 28.5.1932, "Nationalsozialistische Massenkundgebung in Zwischenahn"; VB vom 29./30.5.1932, "Schlußakkorde in Oldenburg".
3 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.

stieg für Deutschland[4]. Und was waren die letzten 13 Jahre? Diejenigen, die 1918 die Macht übernahmen, haben damit gleichzeitig eine gewaltige Verpflichtung übernommen und sie können sich heute nicht von der Verantwortung freimachen. Das Schlimmste, was einem Volke zugeführt [*sic!*] werden kann, ist dem deutschen Volke in dieser Zeit zugefügt worden. Überlegen Sie, was war Deutschland für ein Staat und was ist nun aus ihm geworden. Ermessen Sie den Reichtum unseres Volkes, ermessen Sie unsere blühende Wirtschaft[5], ermessen Sie aber vor allem die Größe des Glaubens und des Vertrauens, die bei dem alten Deutschland vorhanden war, und bedenken Sie demgegenüber: Was ist nun zerstört! Wo ist unsere Wirtschaft? Wo ist der deutsche Berufsstand? Wo ist aber auch die Größe des Reiches? Wo ist unsere Macht und Freiheit hingekommen? Und was das Furchtbarste ist: Wo ist der Glaube daran geblieben? Gewiß, unsere Machthaber haben sich bemüht, lange Jahre hindurch das Volk dahin zu bringen, daß es nur noch materialistisch dachte. Nun versuchen Sie, mit Notverordnungen die wirtschaftliche Not zu bannen[6]. Es gibt heute in Deutschland Menschen, die sehen Wirtschaftspolitik, Außenpolitik und Innenpolitik als drei ganz verschiedene Dinge an. Sie sagen: Man kann eine demokratische Innenpolitik treiben und man kann zugleich eine nationale Außenpolitik machen und zur selben Zeit eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Die passiven Erfahrungen zeigen an, daß Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik eng miteinander verknüpft sind. Am selben Tage, wo die deutsche Außenpolitik den Weg des Kapitalismus betrat, brach die deutsche Wirtschaftspolitik zusammen und am selben Tage auch die Innenpolitik. Am selben Tage wurde auf die wiederaufbauende Wirtschaft verzichtet. Ich kann nicht sagen: "Innenpolitisch bin ich Demokrat, parlamentarisch schwarz, außenpolitisch bin ich aber gehörnter und gespornter Dr. Brüning. (Beifall.) Wirtschaftspolitisch werde ich dann nach dem Zusammenbruch der Innen- und Außenpolitik große Erfolge erzielen dadurch, daß ich immer wieder neue Steuern ausschreibe, daß ich die Einnahmen kürze und die Gehälter und Löhne heruntersetze[7]!" Jeder, der an die Zukunft seines Volkes glaubt, wird auch wissen, daß eine solche nur erarbeitet werden kann. Zunächst innenpolitisch durch eine freie Lösung der Kräfte, die in einem Volke vorhanden sind, durch eine Organisation der Innenkräfte. Dann kann ich damit auch außenpolitisch arbeiten. Und aus dieser innen- und außenpolitischen Arbeit kann dann auch endlich als letztes Endergebnis eine wirtschaftliche Arbeit ihren Anfang nehmen. Natürlich gehört dazu etwas, was die heutige Zeit nicht kennt: eine allgemein anerkannte Vorstellung, eine Weltanschauung. Wenn ich meinen Volksgenossen das sage, dann weiß ich, daß in Deutschland heute Millionen von Menschen das nicht verstehen, weil ihre Parteien das nicht sagen, weil sie vom reinen Materialismus schon zu sehr gefangen sind.

Hitler brauchte das Beispiel einer Ehe. Beide Ehepartner können die schönsten Absichten in bezug auf ein glückliches Zusammenleben und auf eine gute Erziehung ihrer Kinder haben,

4 Vgl. Dok. 40, Anm. 5, 6.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

6 Wurden 1930 vom Reichstag noch 98 Gesetze beschlossen, so waren es 1931 nur noch 34, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von fünf im Jahr 1930 auf 44 im Jahr 1931 stieg. Dieses Mißverhältnis steigerte sich 1932: Das Parlament erließ fünf Gesetze, der Reichspräsident 59 Notverordnungen. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

7 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 37.

und es wird ihnen doch nicht gelingen, etwas Gutes zu schaffen, wenn die beiden sich nicht einig sind in sich selbst, wenn beide nicht von denselben Gesichtspunkten ausgehen. Sagt der eine "Hüh" und sagt dann der andere "Hott", so wird niemals etwas Wertvolles geschaffen werden können.

Nun, meine deutschen Volksgenossen, so führte Hitler weiter aus, was in der Urzelle des Staates, der Familie, sich abspielt, das spielt sich ebenso in dem Zusammengefaßten aller Familien, im Staat, ab. Auch im Staat muß es gewisse grundsätzliche Auffassungen geben, die einheitlich sein müssen. Es hat Zeiten gegeben, wo das nicht der Fall war, wo sich in Deutschland zwei verschiedene Auffassungen gegenüberstanden. Die Folge war stets ein Niedergang Deutschlands, und sobald es gelang, das deutsche Volk an einem Strang ziehen zu lassen, war der Weg zur Besserung, zur Hebung des "Staatsgeistes" und damit der Weg zum wirtschaftlichen Wohlergehen eingeschlagen. Denken wir an die Jahre vor dem 30jährigen Kriege. Das Christentum stand als beherrschendes Moment über allem Denken und Handeln. Damals war Deutschland groß. In der Folgezeit ließ der starke Glaube am Christentum, der alle Menschen in einem Gedanken vereinigte, nach, und es kam eine Zeit des Niedergangs, die bis zum Jahre 1813-14 dauerte, wo sich die Deutschen wieder in dem Gedanken an ein einiges Deutschland fanden[8]. Wie ein Mann stand Deutschland damals zusammen. Ein dritter Niedergang wurde mit dem Auftreten des sozialistischen Gedankens eingeleitet. In den letzten Jahren des Weltkrieges nahm dieser sozialistische Gedanke überhand. Nationaler und sozialer Gedanke standen sich gegenüber. Der nationale Gedanke unterlag und damit die Idee des Schönen, Überirdischen. Der Gottgedanke verblaßte und die ans Ruder kommende Macht predigte Materialismus. Eigentlich ist das dem deutschen Volk wesensfremd, und es mußte naturgemäß zum Fiasko führen. Hinter dem Rücken unserer deutschen Frontkämpfer begann der Verrat[9]. In Deutschlands schwerster Stunde wurde dem deutschen Volke die fremde Anschauung aufgezwungen[10], die das deutsche Volk einem Niedergang entgegenführt, wie er einzig dastehen wird. Es scheint Deutschlands Schicksal zu sein, auf- und niedergeworfen zu werden. Wenige Menschen erkannten kurz nach dem Kriege die drohende Gefahr, die sich aus dem Aufeinanderprallen zweier grundverschiedener Weltanschauungen ergab. Daß es eine Gefahr war, zeigt Deutschlands Niedergang unter dem Regime der neuen Machthaber. Als er, Adolf Hitler, zuerst die Idee seines nationalen Sozialismus verbreitete, wurde er verlacht, verhöhnt, verspottet.

8 Vgl. Dok. 57, Anm. 19; Dok. 60, Anm. 24.

9 Zur Instrumentalisierung der sogenannten Dolchstoßlegende in der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 185 ff.

10 Bezieht sich auf den Notenwechsel der Reichsregierung mit dem Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, über einen Waffenstillstand seit 3.10.1918, in dem Wilson mehrfach eine Demokratisierung Deutschlands gefordert hatte. So erklärte z. B. in der Note vom 23.10.1918 Außenminister Robert Lansing im Namen des Präsidenten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands". Vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin [1958], S. 431 sowie Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Die Begriffe national und sozial standen bisher so diametral gegenüber, daß eine Verbindung der beiden als paradox erscheinen mußte[11]. Und doch ist es die Weltanschauung des National-Sozialismus, die Deutschland einer besseren Zukunft entgegenführen wird. Daß sie deutschem Wesen entspricht, zeigt zu klar die Tatsache, daß sich die Jugend mit Begeisterung auf den nationalen Sozialismus stürzte[12]. Aus einem Häuflein von 7 Menschen[13] wurde eine Millionenpartei, unbestritten die stärkste in Deutschland[14]. Sie ist auf dem besten Wege, *die* Weltanschauung der Deutschen zu werden, soweit sie es noch nicht ist.

Bei dem Endkampf muß es sich erweisen, wer der Stärkere ist. Ein Teil wird den anderen besiegen und vernichten. Mit mir kämpfen, so sprach Hitler weiter, tausende junge Männer und Greise im weißen Haar, Arbeiter der Stirn und der Faust, und in allen Lebensständen ist man bereit, sich restlos einzusetzen[15]. Der Eintritt in die NSDAP, die neue deutsche Freiheitsbewegung, gestaltet sich für jeden, der mit innerstem Herzen dabei ist, zu einem Erlebnis.

Der nationale Sozialismus ist die Idee, die Deutschland wieder zu jener Höhe emporführen wird, von der es in einer schweren, ohnmächtigen Zeit herabgestürzt wurde in ein Chaos, in dem wir umherirren. Nun aber lassen Sie sich nicht binden, sondern tun Sie Ihre Pflicht! - Heil![16]

29. Mai 1932 Dok. 76
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rostock[1]

Rostocker Anzeiger vom 31.5.1932, "Die große Hitler-Kundgebung in Rostock"[2].

Liebe Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland an irgendeiner Stelle kämpfend auftritt, so ist das nur ein kleiner Ausschnitt unseres Ringens und Kämpfens um ganz

11 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.
12 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
14 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.
16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Auf der alten Rennbahn, nach 17.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der Mecklenburgischen Volkszeitung etwa 15.000 bis 20.000, nach denen des Rostocker Anzeigers 30.000 bis 40.000 Menschen teil (VB: 50.000). Vor Hitlers 20minütiger Rede sprachen Gauleiter Friedrich Hildebrandt und der braunschweigische Landtagspräsident Ernst Zörner. Zahlreiche Zuhörer waren aus Dänemark und Schweden angereist. Der höchste Eintrittspreis betrug 10 RM. Der Rostocker Anzeiger kommentierte: "Wer erwartet und gehofft hatte, Hitler werde ein großes politisches Bekenntnis ablegen und die nationalsozialistischen Ideen und Ziele ausführlich begründen, der wurde enttäuscht." Hitler reiste am Abend nach Berlin.
2 Vgl. auch Mecklenburgische Volkszeitung vom 30.5.1932, "'Hitler vor den Toren'", vom 31.5.1932, "Hitler ließ sich für Geld sehen - Hildebrandt bestreitet die Echtheit der Röhm-Briefe"; VB vom 31.5.1932, "Hitler spricht vor 50.000 in Rostock" sowie Kerstin Urbschat, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 83-98, S. 95.

Deutschland. Es ist nicht so sehr ein Kampf um den Staat an sich, als ein Kampf um den deutschen Menschen, weil wir der Überzeugung sind, daß die Sanierung der Wirtschaft und Finanzen mehr und mehr die Sanierung unseres Volkes zur Voraussetzung hat. Wir können uns nicht zu der Auffassung eines Dr. Brüning bekennen, daß wenn die Geschicklichkeit eines Reichskanzlers innenpolitisch versagt, doch äußere Vorteile erreicht werden können[3]. Wir glauben auch nicht, daß zwischen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik verschiedene Auffassungen herrschen können, sind vielmehr der Überzeugung, daß alle drei Gebiete unzertrennlich miteinander verbunden sind. Wenn heute in Genf [4] eine große nationale Außenpolitik betrieben werden soll, so erheben wir die Frage: Was steht hinter dieser Politik in Deutschland selbst? Es ist nicht möglich zu sagen, ich vertrete Deutschland deshalb, weil eine hunderttausend Mann starke Reichsarmee[5] hinter mir steht[6], um das Regieren zu ermöglichen. Die Erklärung darf nur lauten: "Ich regiere Deutschland kraft der Übereinstimmung des Wollens und Willens der Nation." Bei einer zum Scheitern verdammten Außenpolitik läßt sich keine glänzende Wirtschaftspolitik treiben. Im Volksleben beginnt immer zuerst der *innere* Zusammenbruch, dann der *äußere*, dann der *wirtschaftliche.* Diese drei Etappen hat auch das deutsche Volk durchgemacht. Heute haben wir Männer in der Regierung, die im November 1918 die Fahne der Revolution erhoben und Deutschland in seiner *inneren* Widerstandsfähigkeit zerrütteten[7]. Das brach auch den deutschen Widerstand nach *außen* und leitete damit die Epoche unseres großen weltgeschichtlichen Verfalls ein und schuf die Voraussetzung unseres *wirtschaftlichen* Elends. Es ist schon vernichtend für die Männer dieses Systems, daß in diesen 14 Jahren nichts für sie zeugt und nichts für sie spricht. Es ist ein geschichtlicher Zusammenbruch, den freilich die große Masse des deutschen Volkes erst jetzt kennenlernt, weil er sich wirtschaftlich auswirkt. Es sind viele Millionen unserer Volksgenossen, die wirtschaftlich von ihm erfaßt werden. Die Heilung kann nur dort ihren Anfang nehmen, wo der Zusammenbruch begann. Die weltanschauliche Einheit unseres Volkskörpers zerbrach mit seiner Zerreißung im Jahre 1918. Ihr folgte die äußere Schwäche, endlich der wirtschaftliche Verfall. Daß dem so ist, beweist der Ablauf der Geschehnisse. Seit 14 Jahren haben die führenden Männer es versucht, in erster Linie die wirtschaftliche Not der Zeit zu heben. Man wollte die deutsche Landwirtschaft retten, den Mittelstand, den Arbeiter. Überall sehen wir Parteien in Deutschland, welche versprechen, die materiellen Belange des Volkes in erster Linie zu wahren. Es gibt kaum einen Berufsstand, dem man nicht die Rettung versprochen hatte. Ist aber der Bauer gerettet, dem Handwerker geholfen, ist der Beamte besser gestellt, ist der Arbeiter gerettet? Nein! Wir können nur eine Erklärung für solchen Tatbestand finden. Entweder haben die führenden Männer sich bewußt oder

---

3 Vor dem Reichstag hatte Reichskanzler Brüning am 25.2.1932 unter anderem erklärt: "Ich werde mich nie dazu verleiten lassen, mit Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse im Innern eine *Prestigepolitik nach außen* hin zu treiben, durch die ich Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährden würde. Diese Stellung wird in der Welt verstanden, und es würde eine ganz andere Kraft hinter dieser Politik und eine ganz andere Bedeutung in der Welt für diese Politik bestehen, wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte, in entscheidenden Stunden unserer Außenpolitik auf innenpolitische Auseinandersetzungen zu verzichten." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2321 f.

4 Bezieht sich auf die am 2.2.1932 eröffnete Genfer Abrüstungskonferenz. Vgl. Dok. 11, Anm. 11.

5 Vgl. Dok. 66, Anm. 9.

6 Vgl. Dok. 72, Anm. 24.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

unbewußt geirrt, oder ihre Ideen und Vorstellungen waren falsch. Ich will mich nicht mit einzelnen Personen auseinandersetzen und will sogar glauben, daß sie das Beste gewollt haben. Aber das, was wir heute vor Augen haben, spricht gegen sie. Wir haben sieben Millionen Arbeitslose[8], die Landwirtschaft, das Gewerbe, Handel und Wandel liegen im Sterben. Es scheint wirklich so, als ob dieses ganze System und Regiment auf allen seinen Wegen von einen Fluch begleitet wäre. Woher diese Erscheinung? Wir müssen uns zu der Überzeugung durchringen, daß im Menschenleben außer den rein mechanischen Kräften auch noch andere Kräfte wirksam sind.

Kein Mensch wird etwas erreichen, der nicht an das glaubt, was er will, der kein Selbstvertrauen hat.

Das heutige System hat das alte Deutsche Reich zertrümmert, Kaiser und Fürsten beseitigt. Heute regieren Leute, die schwer darunter leiden, daß hinter ihnen ein Volk steht, dem man Vertrauen, Hoffnung, Zuversicht genommen hat. Seit 14 Jahren ist auch der letzte Rest von Glaube und Vertrauen verloren, soweit er noch vorhanden war. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht das gleiche. Hinter dem *äußeren* Tun muß die *innere* seelische Kraft stehen. Den heutigen Männern mißlingt alles, selbst wenn sie ausnahmsweise einmal ganz richtig handeln. Sie gleichen Feldherren einer zwanzigmal geschlagenen Armee. Sie können anfangen, was sie wollen, der Musketier glaubt dem Führer nicht mehr. Das ist der Grund aller Fehlschläge. Glaube und Vertrauen an Volk und Vaterland ist verschwunden. Überall, wo sich eine Organisation bildet, ist die Voraussetzung für ihr Bestehen die innere *weltanschauliche Einheit* über gewisse Grundsätze des Lebens und der Existenz. Ein Volk kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn in seinem Innern *zwei Seelen* wohnen. Eine international marxistische Seele beurteilt die Probleme so, die nationale antimarxistische beurteilt sie gegenteilig. Man kann Staat und Wirtschaft nicht abweichend beurteilen. Darauf läßt sich keine Organisation bauen, sie wird zerfallen. *Das Bürgertum* darf nicht auf der einen, das *Proletariat* auf der anderen Seite stehen. Damit wird die Fahne der Revolution aufgezogen. *Vorstellungen* regieren die Welt und bestimmen das Handeln der Menschen. Werden Völker von den regierenden Vorstellungen einmal erfaßt, so brechen sie zusammen, ihre Einheit, ihre Kraft geht verloren. Seit 14 Jahren leidet das deutsche Volk unter solchem inneren Zwiespalt. Er muß gelöst werden, soll es sich wieder zu neuer Kraft erheben. Die *Überbrückung* solcher Gegensätze ist das Ziel des nationalsozialistischen Kampfes. Er will die beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus zu einer neuen Einheit zusammenfassen und damit die innere Vereinigung von Millionen auseinanderstrebender Volksgenossen erzielen. Unsere Bewegung ist in einem ungeheuren Wachstum begriffen, wie es die deutsche Geschichte nicht kennt. Aus sieben Anhängern[9] sind in sieben Jahren 13 Millionen geworden[10]. Diese grandiose Entwicklung unserer Bewegung verbindet sich mit einer festen, inneren Geschlossenheit. Unsere Partei hat heute das, was dem ganzen Reich abhanden gekommen ist: Wille, Tatkraft, Zuverlässigkeit.

Uns muß das Werk gelingen, das deutsche Volk wieder zu einer Einheit zu fügen und aus dieser Einheit des Volkes die Kraft des Reiches neu zu gestalten.

---

8 Ende Mai 1932 wies die amtliche Statistik 5.582.620 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 292.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

10 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

Vom Reich aus muß neues Leben in die Länder, Städte und Gemeinden fließen. Auch der mecklenburgische Wahlkampf[11] muß zur Erreichung dieses Ziels dienen. Wir wollen uns eine Position erobern und einen Markstein auf dem Wege zur deutschen Freiheit und Größe und damit auch auf dem Wege zur Rettung der Länder, Städte und Gemeinden bilden. Das ist auch der Weg zur Rettung des einzelnen deutschen Menschen. Es müssen eines Tages in ganz Deutschland die Freiheitsfahnen wehen!

29. Mai 1932 Dok. 77
Interview mit der Daily Sketch[1]

Daily Sketch vom 30.5.1932, "Hitler Wants to Make Friends With Us"[2].

"The simple fact is," he said, "that we cannot pay them. I do not see how we or anyone else can get away from that.

"Our great industries have been crippled, millions of our people are practically destitute, activities in all directions have had to cease.

"Do you know that last year there were 28,000 suicides in Germany[3] because of poverty and distress? Do you know that in some parts of Saxony and Thuringia no fewer than 85 per cent of the people are out of employment[4]?"

---

11 Am 5.6.1932 fand in Mecklenburg-Schwerin zum Ablauf der verfassungsmäßigen dreijährigen Wahlperiode die Landtagswahl statt.

1 Das Interview führte P. T. Etherton.
Einleitender Text: "Herr Hitler, leader of the Nazis, strongest party in the Prussian Diet, is making a strong plea for a better understanding between members of the Anglo-Saxon race.
Within a day or two the Premier will be chosen, and Hitler is straining every nerve to get his nominee elected. In view of the forthcoming conferences on war debts and disarmament, the decision is of paramount importance to the world.
Hitler aims to be Germany's Cromwell, and in the interview below he gives an indication of his attitude to predominant world problems - and to Britain.
'Anglo-Saxons Must Be United'
Berlin, Sunday. - I have just had a long talk with one of the greatest personalities of post-war Europe - Adolf Hitler. This outstanding figure in Germany today, who has 13 million followers, looks in every inch of him what he is - a strong man.
There are people I know who think he is a poseur. I do not believe that he is for one moment. Throughout this interview he was never anything else but *tremendously* in earnest.
His all-consuming passion is to lead Germany out of its present difficulties. Abruptly, and at times passionately, he spoke of his country's misery, its deep sense of injustice about reparations."

2 Vgl. auch Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 30.5.1932, "Ein neues Hitler-Interview" sowie Münchner Neueste Nachrichten vom 31.5.1932, "Ein englisches Hitler-Interview".

3 1931 wurden in Deutschland 18.625 Selbstmorde gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 39.

4 Im April 1932 waren im Arbeitsamtsbezirk Mitteldeutschland 48,8% der krankenversicherten Arbeitnehmer arbeitslos, im Arbeitsamtsbezirk Sachsen 59,2%. Vgl. ebenda, S. 290.

Kaiser "No longer Matters"

[...][5]

"We bear no animosity whatever towards them", he replied. "Prince August Wilhelm[6] is, of course, a member of my party. But the Royal family no longer matters, except that its rehabilitation is a moral question[7]."

[...][8]

"For thirteen years I have been working for a real understanding between Germany and Britain," he said, "and in that aim I have the support of the whole of my party.

"There are abundant signs of the good feeling that has developed between the two nations since the war.

"But if it sometimes seems hopeless to work for a good understanding with France, the position is very different in regard to Germany and England. We have made mistakes in the past, especially in 1911[9] and 1898[10]. The mailed fist was being flourished then in rather an alarming way.

"To some extent we were in the wrong, and it may be that on other occasions in the future we shall be wrong. Far more important than anything else is that the members of the Anglo-Saxon race should work in perfect understanding at the present critical period in the world's history.

"We are in favour of disarmament as much as anybody, but it must be on a sound basis. Until it is, I am in favour of England maintaining a navy strong enough to defend itself properly. For the same reason Germany should have a strong army.

"I should have complete confidence in the League of Nations if the French could be induced to bring down the strength of their army to 100,000 men, which is the strength of ours[11], and if the French would agree to the abolition of weapons that are denied to Germany[12].

---

5 "I asked Hitler how he and his party regard the ex-Kaiser and the Royal family."

6 August Wilhelm Prinz von Preußen (1887-1949), 1905 preußischer Leutnant, 1908 Dr. rer. pol., 1918 Landrat des Kreises Neuruppin, 1927-1929 Mitglied des Stahlhelm, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1932/33 MdL in Preußen, September 1932 SA-Oberführer, 1939 SA-Obergruppenführer, 1948 im Entnazifizierungsverfahren als Belasteter eingestuft.

7 Vgl. Dok. 12.

8 "Our talk now turned on the German attitude towards England, France, Italy, disarmament, the League of Nations."

9 Anspielung auf die Zweite Marokkokrise, ausgelöst durch den "Panthersprung nach Agadir" im April 1911. Die britische Unterstützung für Frankreich löste in der deutschen Öffentlichkeit heftige Empörung aus. Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980, S. 447 f.

10 Anspielung auf das vom Deutschen Reich abgelehnte britische Bündnisangebot von 1898. Vgl. ebenda, S. 234 ff.

11 Vgl. Dok. 66, Anm. 9.

12 Am 18.2.1932 hatte die deutsche Delegation auf der am 2.2.1932 eröffneten Genfer Abrüstungskonferenz einen Plan unterbreitet, der im wesentlichen die Vorschriften des Versailler Friedensvertrages für alle Staaten verbindlich machen sollte. Das bedeutete unter anderem die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, der gepanzerten Kampffahrzeuge, der Luftstreitkräfte und der Unterseeboote sowie die Begrenzung der Seestreitkräfte und der Artilleriekaliber. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Achter Band: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems, Brüning - Papen - Schleicher 1930-1933, Berlin [1963], S. 276 ff. Vgl. Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978, S. 104 ff.

"How can one talk seriously of disarmament when there are such violent contrasts as this?"

"Communism is not gaining any real ground in Germany, and what there is of it is merely superficial[13]. One thing is quite certain - if my party did not exist Bolshevism certainly would have come in.

"What Germany wants at the moment," said Hitler with emphasis, "is a Cromwell."

31. Mai 1932 Dok. 78
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wismar[1]

Mecklenburger Tageblatt vom 2.6.1932, "Hitler-Kundgebung in Wismar"[2].

Meine deutschen Volksgenossen!

Der Rücktritt Dr. Brünings[3] ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil mit ihm ein Mann gegangen ist, dem es trotz aller Anerkennung seines persönlich guten Willens und seines großen

13 Die KPD konnte in der Endphase der Weimarer Republik keinen ähnlich hohen Zuwachs wie die NSDAP erreichen, war aber eine Partei mit stetigem Wählerzuwachs. Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 erreichte sie 3.264.793 (10,6%) und bei der am 30.9.1930 4.592.090 (13,1%) Stimmen. Der Parteivorsitzende Ernst Thälmann hatte im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 4.983.341 (13,2%) Stimmen, im zweiten noch 3.706.759 (10,2%) Stimmen auf sich vereinigt. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 321 sowie Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 41 ff.

1 Auf dem Jahnplatz, nach 19.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Alfred Pleuger geleiteten Versammlung nahmen laut Angriff etwa 30.000, laut VB 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen Gauleiter Friedrich Hildebrandt und der stellvertretende Berliner Gauleiter Hans Meinshausen. Nach dem Ende der Versammlung kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu vereinzelten Zusammenstößen, wobei niemand verletzt wurde.
Am Vortag um 18.15 Uhr waren Hitler und Hermann Göring in Berlin von Reichspräsident von Hindenburg im Rahmen der Besprechungen mit den Parteiführern über die Regierungsbildung empfangen worden. Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.6.1932, "'Es kommt der Tag der Auferstehung'"; VB vom 2.6.1932, "Hitler spricht vor 40.000 Mecklenburgern in Wismar" sowie Urbschat, Mecklenburg-Schwerin, S. 95.

3 Die zunehmende Entfremdung zwischen Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Brüning führte am 30.5.1932 zum Rücktritt des gesamten Kabinetts, nachdem es dem Reichskanzler nicht gelungen war, für die vom Kabinett angestrebten Notverordnungsmaßnahmen die Zustimmung Hindenburgs zu erlangen. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen vor allem das Ostsiedlungsprogramm und die Umbildung des Kabinetts nach dem Rücktritt von Reichswehrminister Groener. Am 31.5.1932 beauftragte der Reichspräsident den Zentrumsabgeordneten Franz von Papen mit der Bildung einer neuen Regierung. Vgl. Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 538-551; Gerhard Schulz, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992, S. 669-687.

Fleißes nicht gelungen ist, die Lage zu meistern. Dies lag in der Hauptsache daran, daß bei ihm die Voraussetzung einer wirksamen Politik, nämlich der Glaube im Volk und das Vertrauen einer geschlossenen Nation, gefehlt haben. So kam es, daß die verflossenen Regierungen eine grauenhafte Niederlage erleiden mußten und nach 14 Jahren einen Trümmerhaufen hinterließen von ungeheurem Ausmaß. Die Außenpolitik des Reichskanzlers mußte zum Scheitern verdammt sein, weil ihr die innere Voraussetzung fehlte. Im Volksleben beginnt immer zuerst der innere Zusammenbruch, dann der äußere, dann der wirtschaftliche. Diese drei Stufen hat auch das deutsche Volk durchgemacht, und so sind die Voraussetzungen zu dem wirtschaftlichen Elend von heute geschaffen. 13 1/2 Jahre ist Deutschland jetzt von Elend und Unsegen verfolgt. Was in dieser Zeit von der Regierung auch immer angefaßt wurde, mißlang und schlug zum Gegenteil dessen aus, was erreicht werden sollte. So konnte es zu diesem geschichtlichen Zusammenbruch kommen, der von der Masse des Volkes erst heute klar erkannt wird, weil er sich wirtschaftlich auswirkt. Trotzdem muß aber die Heilung von diesem Zusammenbruch dort in Angriff genommen werden, von wo der Zusammenbruch seinen Anfang genommen hat. Der Zusammenbruch liegt nicht in der Wirtschaft, sondern im Mangel der inneren Festigung des Volkes. Die Parteien von heute wollen einen bestimmten Berufsstand retten. Haben die marxistischen Parteien den deutschen Arbeiter gerettet? Wenn man auch den Führern nicht den guten Willen aberkennen will, so ist doch maßgebend, daß sie zum Retten nicht in der Lage waren. Ihre Ideen gingen zum mindesten von falschen Voraussetzungen aus. Es ist, als ob dieses System auf all seinen Wegen von einem Fluch begleitet war, und es wird dieses völlige Versagen nur dann erklärlich, wenn man zu der Überzeugung kommt, daß außer den mechanischen Kräften im Leben auch noch andere Kräfte wirksam sind. Es wird kein Mensch etwas erringen können, der nicht selbst an das glaubt, was er will. Darum ist eine der wirksamsten Kräfte auch immer die Macht der Idee. Wir können nur eine Erklärung für den vorliegenden Tatbestand finden: Entweder haben die führenden Männer sich geirrt, oder ihre Ideen und Vorstellungen waren falsch. Es ist bezeichnend für die nunmehr zurückgetretene Regierung, daß sie, obwohl sie glaubte, mit einer Handbewegung das nationalsozialistische Programm abtun zu können, dennoch in ihren Notverordnungen Teile aus diesem Programm, wenn auch aus ihrem sinnvollen Zusammenhang herausgerissen, zu verwirklichen trachtete[4] und damit naturgemäß scheitern mußte. Seit 14 Jahren ist auch der letzte Rest von Glauben und Vertrauen verloren gegangen, soweit er noch vorhanden war. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es eben doch nicht das gleiche, weil in der mannigfaltigen Gestaltung des Lebens die inneren Kräfte verschieden verteilt sind. Hinter dem äußeren Tun muß die innere seelische Kraft stehen. Und dieser unbedingte Glaube an den Erfolg hat der Regierung Brüning gefehlt. Glaube und Vertrauen an Volk und Vaterland sind verschwunden. Es handelt sich heute nicht um eine Kanzler- oder Regierungskrise, sondern um eine Religions- und darüber hinaus um eine Weltanschauungskrise. Überall, wo sich eine Organisation bildet, muß die Voraussetzung für ihr Bestehen die innere weltanschauliche Einheit über gewisse Grundsätze des Lebens und der Existenz sein. Wenn wir uns heute die Frage vorlegen, wie man dem deutschen Volke den Glauben und die Zuversicht wiederbringen kann, so müssen wir zuerst den Grund suchen, warum sie verschwunden sind. Der Grund liegt in dem Fehlen der inneren Einigkeit. Ein Volk kann auf die

4 Vgl. Dok. 73, Anm. 8.

Dauer nicht bestehen, wenn in ihm zwei Seelen wohnen: auf der einen Seite der Marxismus, auf der anderen der Nationalismus. Solange dieser Zwiespalt besteht, kann nichts Neues aufgebaut werden. Der Nationalsozialismus schafft eine neue Definition für den Nationalismus und für den Sozialismus: Der Sozialismus muß nationalisiert und der Nationalismus muß sozialisiert werden, und so ergibt sich aus der Idealisierung beider der Begriff des Nationalsozialismus, der eine Einheit darstellt. Der gegenwärtige Zwiespalt aber ist dazu angetan, das Volk vollständig zu zerreißen. Das bewies die Entwicklung der letzten 14 Jahre. Die Bewegung ist in einem ungeheuren Wachstum begriffen, wie es die deutsche Geschichte bisher nicht kannte. Aus 7 Männern[5] wurden in 13 Jahren 13 Millionen[6], wobei die Zahl gar nichts, der Mensch alles bedeutet. Das Große an der Bewegung ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes erfaßt[7]. Nicht der einzelne Berufsstand darf in den Vordergrund treten, sondern das einigende Deutschbewußtsein [*sic!*] muß alle Klassenunterschiede überbrücken. Nicht die einseitige Entwicklung des Nationalsozialismus [*sic!*][8] oder des Sozialismus als getrennte Erscheinungen hat Daseinsberechtigung, sondern die Synthese, die der Nationalsozialismus geschaffen hat[9]. Immer soll der lebendige Mensch in den Vordergrund treten. Nicht Ministersessel und Mandate erstrebt die Bewegung, sondern die Erfassung jedes einzelnen Menschen. Sie läßt sich nicht leicht abweisen, sondern tritt immer und immer wieder an den einzelnen heran, bis auch der letzte Deutsche gewonnen ist. Ein Mann hatte geglaubt, dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu können; heute ist das zum Teil bereits eingetreten, was ich Herrn Brüning bereits vorausgesagt habe, er würde einst nicht mehr sein, aber unsere Bewegung würde sein, sein Name werde dereinst nicht mehr genannt werden, dafür werde dann aber diese Bewegung Deutschland sein[10]. Uns muß das große Werk gelingen, das deutsche Volk zur Einheit zu führen und es zu regenerieren. Vom Reich aber muß neues Leben in die Länder, Städte und Gemeinden fließen. Auch der mecklenburgische Wahlkampf[11] muß zur Erreichung dieses Zieles dienen. Wir wollen uns eine Position erobern, die einen Markstein auf dem Wege zur deutschen Freiheit und damit auch auf dem Wege zur Blüte der Länder, Städte und Gemeinden bildet. Dann wird auch das gesamte Volk bald soweit erstarken und neue Kraft gewinnen, um sein Schicksal zu meistern. Es müssen eines Tages in ganz Deutschland die Fahnen der Freiheit wehen.

---

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
6 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.
8 Muß heißen: Nationalismus.
9 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.
10 Mit Bezug auf die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931 (vgl. Dok. 1, Anm. 37) schrieb Hitler am 13.12.1931 in einem offenen Brief an Reichskanzler Brüning: "Was aber die nationalsozialistische Bewegung betrifft, so wage ich es Ihnen, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß diese Bewegung leben und Deutschland beherrschen wird, wenn von diesen Verordnungen noch nicht einmal die Erinnerung übriggeblieben ist." Druck: Bd. IV/2.
11 Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

2. Juni 1932 Dok. 79
Rede auf NSDAP-Versammlung in Güstrow [1]

Mecklenburgische Tageszeitung vom 4.6.1932, "Die große Hitlerkundgebung in Güstrow" [2].

Meine deutschen Volksgenossen!

Mit dem Reichskanzler Brüning hat eine nahezu 14jährige Epoche im Leben unseres Volkes hoffentlich ihren Abschluß gefunden [3]. Sie ist eingeleitet worden unter großen Versprechungen. Es sollte ein besseres Zeitalter kommen, in dem Deutschland eingereiht werden sollte in eine internationale Völkergemeinschaft [4], ein Zeitalter der allgemeinen Abrüstung [5], der Verständigung, der Versöhnung, des Weltfriedens, des Glückes. Wir wissen, daß dieses Zeitalter nicht gekommen ist.

Es gibt kein vernichtenderes Zeichen für das System, als daß es heute nicht einen einzigen Berufsstand als Zeugen für sich aufrufen kann. Stand um Stand ist von ihm vernichtet worden, Beruf um Beruf wurde zerstört, die Wirtschaft selbst ist zerrüttet und kann 7 Millionen keine Arbeit mehr geben [6]; es ist

ein Zusammenbruch, wie er grauenvoller in der deutschen Geschichte in so kurzer Zeit nicht stattgefunden hat.

Das Schlimmste ist der Zusammenbruch der Menschen selbst, die allgemeine Gleichgültigkeit, keine Hoffnung, kein Vertrauen, keine Zuversicht, kein Glauben.

In dieser Lage muß selbst das fehlschlagen, was einmal die Regierung Richtiges beginnen mag. In dieser Gesinnung können selbst gute Maßnahmen keine Besserung bringen. Der Mensch braucht Gläubigkeit und Hoffnung zu seinem Leben und Wirken.

---

1 Auf dem Turnierplatz, nach 19.20 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Wilhelm Lemm eröffneten Versammlung nahmen laut Mecklenburgischer Tageszeitung etwa 15.000 bis 20.000 Menschen teil (VB: 30.000). Vor Hitlers 45minütiger Rede sprachen Gauleiter Friedrich Hildebrandt und MdR Hermann Göring.

2 Vgl. auch 12 Uhr Blatt vom 3.6.1932, "Hitler erklärt: 'Auch neues Kabinett kann nichts bessern'"; Der Angriff vom 3.6.1932, "Der Führer in Güstrow"; VB vom 4.6.1932, "Adolf Hitler vor 30.000 in Güstrow".

3 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

4 Die Satzung des Völkerbunds, dem das Deutsche Reich bis zum 8.9.1926 nicht angehörte, war Teil des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. In der Präambel begründeten die Signatarmächte die Schaffung dieser Organisation: "In der Erwägung, daß es zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten; in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten; die Vorschriften des internationalen Rechtes, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beobachten, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker peinlich zu achten, nehmen *die Hohen vertragschließenden Teile* die gegenwärtige Satzung, die den Völkerbund errichtet, an." Druck: RGBl. 1919, S. 717.

5 Die Präambel von Teil V des Versailler Friedensvertrags, "Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt", lautet: "Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten." Druck: Ebenda, S. 919.

6 Vgl. Dok. 76, Anm. 8.

Jede Zeit muß sich mit den Ideen, die sie beherrschen, auseinandersetzen. Gegenwärtig schlagen Nationalismus und Sozialismus die Völker in ihren Bann. Sie sind auch

eine Realität, die gewaltiger ist als alle Einfuhr- und Ausfuhrziffern,

denn aus diesen Vorstellungen wird der Geist und am Ende der Wille geboren, der das Leben und Handeln der Völker überhaupt erst beseelt und stark werden läßt. Es ist das Verhängnis des letzten Kanzlers gewesen, daß er glaubte, nationale Politik nach außen betreiben zu können bei internationaler Innenpolitik, die Schwäche bedeutet. Eine blühende Wirtschaft erfordert große Macht des Staates und der Nation, und diese wird bedingt durch innere Einigkeit der Weltauffassung. Erst muß unser Volk geistig und seelisch in Ordnung kommen, muß die Innenpolitik die Mittel schaffen zu einer kühnen Außenpolitik, die die Voraussetzung ist für eine kraftvolle Wirtschaftspolitik. (Bravo!)

Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik sind drei voneinander nicht zu trennende Funktionen.

Ich kann ein Volk nicht innerlich im Pazifismus und in der Demokratie verkommen lassen und dann eine mächtige Außenpolitik führen, ebenso wenig, wie ein Volk, das außenpolitisch wehrlos ist, plötzlich eine glänzende Wirtschaftslage erzielen wird.

Es gibt vielleicht Menschen, die glauben, wenn eine neue Regierung kommt, ist das mit einem Schlag geändert. Meine Volksgenossen, es handelt sich hier nicht um ein paar Minister, sondern es handelt sich um 65 Millionen Menschen[7]. Wenn 65 Millionen Menschen zu einer einheitlichen Grundauffassung in den wichtigsten Fragen des Lebens kommen, dann wird aus dieser inneren Einheit von selbst die Kraft kommen, die einen Staatsmann befähigt, mit dieser Kraft zu operieren.

Wenn diese innere Einheit nicht hergestellt wird, werden alle Versuche auch kommender Männer vergeblich sein.

Unser Volk ist zerrissen von den beiden extremen Vorstellungen des Nationalismus und des Sozialismus. Im Völkerleben sind solche Ideale in Wirklichkeit die bewegenden und treibenden Kräfte. Man kann mit einem Volk nichts erreichen, das in allen Lebenslagen zwei verschiedene Auffassungen mitbringt. Wenn Deutschland gerettet werden muß, so kann es nur gerettet werden, wenn wir zu einer anderen Lebensauffassung kommen, wenn das Volk zu gemeinsamem Denken erzogen wird. Alle anderen Versuche sind vergeblich.

Entweder rettet sich die deutsche Nation, indem sie wieder zu einer geistigen, willensmäßigen Einheit kommt, oder sie geht zugrunde und mit ihr alle Stände.

Das ist die gigantische Aufgabe, die gelöst werden muß. Ich kann nicht sagen: Deutsche, seid einig: Ich muß sie im Leben dazu erziehen, daß sie gewisse Grundauffassungen endlich einmal revidieren und zu einer einheitlichen Auffassung zurückkehren. Wenn Nationalismus und Sozialismus wirklich unvereinbar sind, dann ist das das Ende der deutschen Nation. Es müssen lernen, sich zueinander zu setzen, der Bürger und der gebildete Intellektuelle genauso wie der klassenbewußte Proletarier von einst. (Beifall.) Sie müssen zusammen. Sie müssen eine Front bilden und in sie aufnehmen die Grundlage allen völkischen Seins, den deutschen Bauern. (Stürmischer Beifall.) Sie müssen gegenseitig verstehen lernen, daß jede Hoffnung auf eine Rettung aus eigener Standeskraft vergeblich ist. Jeder Stand muß wissen, daß es notwendig ist, daß die anderen Lebensschichten für ihn eintreten genauso, wie er eintreten muß für sie. (Lebhafter Beifall.)

---

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.

Die Politiker mögen mir zur Antwort geben, das ist eine ideale Vorstellung, die kann nie verwirklicht werden. Wofür kämpfen sie denn überhaupt politisch? Glauben sie, daß die vermoderten bürgerlichen Parteien Deutschland allein herausreißen werden? Die Parteien sind entweder schon heute zerfallen oder steril geworden und lösen sich auf.

Das einzige, was heute wächst im Staat, ist diese Bewegung, die den kühnen Entschluß gefaßt hat, die Gegensätze in unserem Volk zu vereinen.

Es ist ein gewaltiges Glaubensbekenntnis, aber es hat heute Millionen Menschen so erfaßt, daß sie gar nicht mehr davon lassen können. Sie sind glücklich, von der früheren Beengtheit der parteipolitischen Vorstellungen endlich frei geworden zu sein. Die Intellektuellen, die sich in unserer Partei befinden, sind glücklich, endlich den deutschen Arbeiter kennengelernt zu haben[8]. Die Proletarier sind glücklich, unsere Intelligenz in unserer Partei kennengelernt zu haben. Sie stehen nebeneinander und sind stolz darauf, daß sie endlich eins geworden sind. Der deutsche Arbeiter hat durch uns seine Nation wiederbekommen und der deutsche Intellektuelle hat durch uns sein Volk wieder kennengelernt. (Lebhafter Beifall.) Diese große Arbeit des Zusammenzwingens der einzelnen Menschen, des Abschleifens ihrer egoistischen Interessen, das Zusammengewöhnen in einem großen Glauben, ist der Segen der Bewegung.

Wir wissen genau, daß sehr schwere, große, gigantische Aufgaben uns bevorstehen.

Diese Probleme können nur dann gelöst werden, wenn ein geschlossenes Volk dafür eingesetzt wird. (Bravo!)

Sie können Männer nehmen mit eisernem Herzen, auch sie werden vor diesen Aufgaben zerbrechen, wenn Sie hinter sie nicht eine Nation stellen, die zusammengefaßt und, von einem ungeheuren Glauben erfüllt, bereit ist, den großen Aufgaben des Lebens auch die große allgemeine, nationale Beschriftung zu geben.

Wir kämpfen in Deutschland diesen riesenhaften Kampf. Sie haben jetzt eine Wahl[9]. Ich glaube, daß wir schon in wenigen Wochen in einen größeren Kampf eintreten können[10]. Sie müssen daraus selbst ersehen, daß es sich nicht um einzelne Mandate handelt.

Wir sind nicht gewillt, uns kopfüber in Koalitionen zu stürzen[11].

Wir haben nicht gekämpft, um ein paar Ministersitze zu bekommen. Das Ziel ist, unsere nationalsozialistische Einigung der deutschen Nation vorwärtszutreiben. Wenn wir diesem Ziel in einer Koalition dienen können, tun wir es. Wenn wir aber glauben, daß wir nur dazu bestimmt sein sollen, die Vernichtungspolitik der Klassenparteien von jetzt fortzusetzen, dann

---

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

9 Bezieht sich auf die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 5.6.1932. Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

10 Joseph Goebbels notierte am 1.6.1932 in seinem Tagebuch unter anderem: "Nachrichten aus Berlin: Papen kommt mit seinem Kabinett zu Rande. Reichstagsauflösung steht nun fest. Wir wünschen, daß die Wahlen bereits am 3. Juli stattfinden. Je früher, desto besser." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 178.

11 Am 30.5.1932 um 18.15 Uhr waren Hitler und Göring in Berlin von Reichspräsident Hindenburg empfangen worden, wobei sich Hitler bereit erklärte, die von Franz von Papen neuzubildende Reichsregierung zu unterstützen, wenn Neuwahlen ausgeschrieben und das SA-Verbot aufgehoben werde (vgl. Dok. 68, Anm. 4): "Grundsätzlich seien er und seine Bewegung auf dieser Grundlage zur Mitwirkung bereit, ohne daß er für die personelle Zusammensetzung des Reichskabinetts Bedingungen stelle." Vgl. Aktennotiz von Staatssekretär Otto Meißner über die Besprechungen des Reichspräsidenten über die Regierungsbildung am 30./31.5.1932. Druck: Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 320-323, S. 321.

beginnen wir lieber den Kampf von neuem. (Beifall.) Sie können erleben, daß wir einen solchen Staat eher 10mal hintereinander an die Wahlurne peitschen, bis das Volk sich entschieden hat. Kompromisse schließen wir nicht. (Bravo!) Wir sind es dem Glauben der Menschen schuldig, die hinter uns stehen, daß wir unseren Weg geradeaus nehmen, bis in Deutschland wieder aufgezogen ist eine wahre deutsche Nation. (Stürmischer Beifall.)

Wenn das Schicksal uns die Macht gibt, werden wir die Verantwortung übernehmen, werden wir durch Arbeit das Vertrauen stärken und festigen, und wenn man uns das Vertrauen nicht gibt, werden wir um das Vertrauen weiterkämpfen. Niemals wollen wir vergessen, daß der Kampf, den unsere Bewegung führt, ein Kampf ist um den deutschen Menschen. Erst wenn 65 Millionen Deutsche zu dem Bewußtsein gekommen sind, daß sie gemeinsame Lebensaufgaben haben, erst dann wird aus dieser Erkenntnis die Kraft kommen, diese Lebensaufgabe auch wirklich zu meistern.

Tun Sie, was Ihr Gewissen Ihnen vorschreibt. Seien Sie sich aber über eines klar: Unsere Arbeit geht weiter und unser Kampf geht weiter und einmal kommt die Zeit, da Sie doch zu uns gehören. (Stürmischer Beifall.) [12]

3. Juni 1932 Dok. 80
Erklärung

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 179.

Text nicht ermittelt [1].

---

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Goebbels erwähnt die Denkschrift an der angegebenen Stelle in seinem Tagebuch: "Freitag: Der Führer hat doch eine Denkschrift in der Frage Reichstagsauflösung diktiert. Inhalt: Sie muß erfolgen, weil sonst vorerst keine weitere Entwicklung mehr möglich ist. [...] Der Führer trifft mit General Schleicher auf einem benachbarten Gut zusammen. Er gibt uns die Denkschrift noch einmal zu kurzem Überfliegen. Sie wird dann mit einem Motorradfahrer nachgeschickt. Der Motorradfahrer kommt zu spät. Die Unterredung ist bereits zu Ende, und so kann die Denkschrift nicht überreicht werden. Als der Führer zurückkommt, strahlt er vor Zufriedenheit. Alles ist in Ordnung gegangen. Der Reichstag wird aufgelöst und das S.A.-Verbot aufgehoben."
Noch am 2.6.1932 notierte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch unter anderem: "Nach den Versammlungen [*Hitler sprach in Güstrow (vgl. Dok. 79), Goebbels in Parchim*] überlegen wir noch lange mit dem Führer zusammen. Er hat die Absicht, weder einen Brief noch eine Denkschrift zu schreiben. Hauptsache ist, daß aufgelöst und gewählt wird." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 178.
Vgl. auch Dietrich, Mit Hitler, S. 97: "Schleicher träumt von festen Abmachungen und schriftlichen Festlegungen. Hitler ist kein Freund von Vorleistungen. Er pflegt nach Taten zu urteilen, nicht nach Worten. Daß der Kurier auf dem Motorrad mit seiner Aktenmappe erst am Ort der Unterredung ankam, als die Herren bereits wieder abgefahren waren, lag allerdings nicht in Hitlers Absicht."

3. Juni 1932 Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwerin[1]

Mecklenburgische Zeitung vom 4.6.1932, "Hitler-Kundgebung in Schwerin"[2].

Er [*Hitler*] sprach viel gemäßigter als Minister Klagges[3] und unternahm es, mit einigen prägnanten Sätzen das nat[*ional*]soz[*ialistische*] Weltanschauungsideal zu umreißen, das eine Synthese zwischen den beiden bisherigen Gegenpolen: bürgerlicher Nationalismus und internationaler Sozialismus bedeute und diese beiden Kräfte zu einer gewaltigen großen Kraft, nämlich dem Nat[*ional*]soz[*ialismus*], vereinige. Der Kampf zwischen bürgerlichem Nationalismus und internationalem Sozialismus führt zur inneren Schwäche Deutschlands. Höchstens könne eine dieser beiden Richtungen einmal über die andere siegen, dann käme aber eine Diktatur heraus, die entweder die Faust durch den Geist oder den Geist durch die Faust knebele. Ein auf diese Weise in sich zerrissenes Deutschland habe keine Schlagkraft nach außen.

Hitler wandte sich dann den aktuellen politischen Problemen zu. In Braunschweig[4] wie in Mecklenburg[5] seien auch die Nat[*ional*]soz[*ialisten*] sich keinen Augenblick darüber im Unklaren, daß das deutsche Schicksal nicht in einer Kommune oder in einem Dorf oder sogar in einem Lande entschieden werde, sondern entschieden werde es in der großen Politik des Reiches. Der Kampf in den Ländern sei nichts anderes als ein Vorgefecht für die ganz große Auseinandersetzung im Reiche, die nunmehr bevorstehe[6] und die nicht eine Frage der Übernahme der rein formalen Staatsgewalt, sondern der Reorganisation des deutschen Volkes sei. Der letzte Reichskanzler Dr. Brüning sei das Opfer eines großen Trugschlusses geworden[7]. Er habe nämlich allen Ernstes geglaubt, in Deutschland die nationale Erhebung niederzuschlagen und gleichzeitig nach außen eine nationale Politik machen zu können. Brüning sei ein Mann, der vielleicht fähig sein, eine Gewerkschaft zu leiten[8], aber er sei kein Staatsmann. Im Sozialismus stecke eine gewaltige Kraft. 1918 habe diese Kraft eine solche Stärke entwickelt, daß das größte Reich der Weltgeschichte unter dem Zwiespalt bürgerlicher Nationalismus und internationaler Sozialismus zerbrochen sei[9]. Ein durch diesen Riß in sich gespaltenes Volk könne die großen Probleme des Tages nicht lösen.

1 Auf dem Flugplatz Schwerin-Görries, nach 19.00 Uhr. Vor Hitler sprachen Gauleiter Friedrich Hildebrandt, MdL Friedrich Steinfatt und der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 4.6.1932, "40.000 Mecklenburger bejubeln den Führer" sowie Urbschat, Mecklenburg-Schwerin, S. 95. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 18.6.1932, "... und immer wieder Wahlsieg!".

3 Dietrich Klagges (1891-1971), Mittelschullehrer, Stadtverordneter in Benneckenstein (NSDAP), 1930 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1931 Regierungsrat im braunschweigischen Innen- und Volksbildungsministerium, braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, 1932/33 MdR, 1933-1945 zugleich braunschweigischer Ministerpräsident, 1950 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1957 aus der Haft entlassen.

4 Vgl. Dok. 38, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

6 In der ersten Ministerbesprechung am 2.6.1932 legten die Mitglieder des neuen Kabinetts Papen den 31.7.1932 als Termin für die Neuwahl des Reichstags fest. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen: 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1, Juni bis September 1932, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1989, S. 4 sowie Dok. 79, Anm. 10.

7 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

8 Anspielung auf Brünings Tätigkeit als Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften 1920-1923.

9 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.

Hitler machte dann einige im Hinblick auf die weitere Gestaltung der Reichspolitik bedeutsame Ausführungen. Er erklärte: Sie werden in den nächsten Tagen eine Bilanz bekommen, die schonungslos enthüllen wird, wie es in Deutschland aussieht[10]. Sie werden dann erfahren, daß, wenn ein Volk keine politische Kraft mehr besitzt, es im Innern zerrissen und seine Finanzen zerrüttet sind und die Wirtschaft saniert werden muß, Maßnahmen von einer gewaltigen Kraft und Größe notwendig sind. Diese Maßnahmen sind aber nur durchzuführen, wenn hinter ihnen die Kraft und die Zuversicht des ganzen Volkes steht. (Stürmischer Beifall.) Hitler fuhr fort: Es ist nicht denkbar, daß plötzlich wie mit einem Zauberschlage irgendeine Regierung in Deutschland das Wunder vollbringen könnte, ein zerrissenes Volk plötzlich zur Größe und Macht zu führen. Erst muß unser innerer Volkskörper in Ordnung gebracht werden. Wir dürfen uns nicht in erster Linie als Bauern, als Arbeiter oder als Intellektuelle fühlen, sondern als Deutsche. 75 Proz[*ent*] unseres Volkes in den Städten[11] müßten begreifen lernen, daß die Lebensbasis unseres Volkes die deutsche Landwirtschaft ist, und der Bauer und der Intellektuelle müßten erkennen, welche Kraft im deutschen Arbeitertum steckt. Denn alles Bemühen sei vergebens, wenn nicht die Millionen deutscher Arbeitskraft mitwirken. Die Millionen Arbeiter und Bauern müßten überzeugt werden, daß, wenn eine geistige Intelligenz, wenn eine geistige Führung nicht vorhanden sei, auch ihre Existenz nicht erhalten werden könne. Es sei schädlich, wenn sich ein Deutschland bürgerlicher Weltanschauung durchsetze, ebenso schädlich, als wenn es ein rein proletarisches Deutschland gäbe. Notwendig sei, daß sich eine deutsche Weltanschauung durchsetze. (Stürmischer Beifall.) Alle Schichten des deutschen Volkes seien auf Gedeih und Verderb verbunden, und die Auffassung, es könne einer den anderen besiegen oder beseitigen, ist ein Wahnsinn.

Auch die mecklenburgischen Wahlen[12], die Hitler darauf kurz streifte, seien nur eine Etappe für die nat[*ional*]soz[*ialistische*] Bewegung. Wenn diese Schlacht in Mecklenburg geschlagen sei, dann werde am Montag schon der Kampf weitergehen, und fünf Wochen später würde man in ganz Deutschland ringen. Die Nat[*ional*]soz[*ialisten*] würden den Kampf dann in jedes Land, in jedes Amt, in jedes Dorf und in jede Familie hineintragen, damit die Nation nationalsozialistisch werde.

---

10 Bezieht sich auf die am 3.6.1932 veröffentlichte Regierungserklärung des Kabinetts Papen, die die Lage Deutschlands mit den Worten beschrieb: "Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die *Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie* gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: die *finanziellen Grundlagen* des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind *erschüttert*. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung - Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation - ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die *Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott*. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes." Druck: Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1932, Berlin 1933, S. 169 f.

11 Nach dem Stand der Volkszählung von 1925 lebten 53,6% der deutschen Bevölkerung in Städten mit über 5.000 Einwohnern, darunter 26,8% in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, S. 37.

12 Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

4. Juni 1932 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Waren[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 179[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

7. Juni 1932 Dok. 83
Rede vor der NSDAP-Landtagsfraktion in München[1]

VB vom 9.6.1932, "Der Führer spricht zur bayerischen Landtagsfraktion"[2].

Und dann sprach *Adolf Hitler* etwa eine halbe Stunde lang über die gegenwärtige politische Lage und besonders über die Aufgaben unserer Fraktion im Bayerischen Landtag. Was er sagte, war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber keiner von den 43 Männern[3], die künftig die [*Nationalsozialisten*][4] im Landtag vertreten werden, konnte sich dem gewaltigen Eindruck entziehen, der von dieser sieghaften Führerpersönlichkeit ausging. Jeder einzelne fühlte die Bedeutung der Stunde, und schwur es sich zu [*sic!*], nicht zu ruhen und zu rasten, bis ein neues, großes und einiges Deutschland unter diesem Führer aufersteht aus Schutt und Trümmern.

"Ich habe das Vertrauen zu Ihnen und zu Ihrem Fraktionsführer[5]*, daß Sie die Fahne unserer Bewegung hier im Süden immer schärfer in den Boden rammen werden, so daß sie kein Gegner mehr herauszuziehen vermag!"* so schloß Adolf Hitler seine Ansprache.[6]

---

1 Nachmittags.
2 Vgl. auch Ankündigung in Der Angriff vom 4.6.1932, "40.000 Mecklenburger bejubeln den Führer"; Bild im VB vom 10.6.1932, "Von der Hitlerkundgebung in Waren/Mecklbg." sowie Urbschat, Mecklenburg-Schwerin, S. 95.
3 Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Nachmittags reden der Führer und ich in Waren vor 30.000 Menschen. Die größte Versammlung, die Mecklenburg je gesehen hat. Dann ist der Wahlkampf zu Ende."

1 Im Konferenzsaal des Braunen Hauses, nach 15.00 Uhr. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden der NSDAP-Fraktion im bayerischen Landtag, Rudolf Buttmann, mit einer Ansprache eröffnet.
2 Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 9.6.1932, "Beratungen der NSDAP".
3 Bei der Wahl zum bayerischen Landtag am 24.4.1932 hatte die NSDAP einen Stimmenanteil von 32,5%. Sie erhielt 43 der 128 Mandate. Vgl. Dok. 64, Anm. 1.
4 Wort sinngemäß ergänzt, in der Vorlage sinnlose Buchstabenfolge entsprechender Länge.
5 Rudolf Hermann Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung bei der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek.
6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

8. Juni 1932 Dok. 84
Rede auf NSDAP-Gauleitertagung in München [1]

VB vom 10.6.1932, "Der Führer spricht zur Generalabrechnung" [2].

Adolf *Hitler* legte in einleitenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der N.S.D.A.P. zu der durch den Sturz der Regierung Brüning [3] neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der *Reichstagswahl* [4] als der *Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre* und ihrer Träger hin und trat dabei den durchaus *untauglichen Versuchen* der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich *abzuwälzen*, scharf entgegen. Insbesondere kennzeichnete er dabei die Erklärung der Mitglieder des abberufenen Kabinetts Brüning, wonach mit polizeilichen Mitteln allein den zersetzenden Kräften in unserem Volke nicht entgegengetreten werden könne [5], als ein ungewöhnlich dreistes *Manöver* angesichts der *Tatsache, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der brutalsten Weise unterdrückt hat.* Gegenüber den *separatistischen Gerüchten*, die durch die Reden einiger verantwortungsloser bayerischer Politiker genährt werden [6], gab Adolf Hitler der Auffassung der N.S.D.A.P. und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck, *daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.* [7]

---

1 Im Braunen Haus. Die Tagung leitete Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 9.6.1932, "Gauleitertagung in München"; Deutsche Zeitung vom 9.6.1932, "Generalabrechnung des Deutschen Volkes"; Münchner Neueste Nachrichten vom 9.6.1932, "Beratungen der NSDAP".

3 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

4 Der Reichspräsident löste am 4.6.1932 den Reichstag auf Vorschlag des Kabinetts auf. Die Verordnung lautete: "Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht." Druck: RGBl. 1932, I, S. 255. Vgl. Dok. 79, Anm. 10.

5 Am 6.6.1932 veröffentlichten Brüning und die ehemaligen Mitglieder seines Kabinetts eine Erklärung, in der sie sich gegen die Vorwürfe der neuernannten Regierung Papen zur Wehr setzten. Darin wurde unter anderem festgestellt: "Die letzte geistige Überwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit polizeilichen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 99 ff.

6 Bezieht sich auf eine Rede des Leiters der Zentralstelle des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, Georg Heim, in Endorf bei Rosenheim am 5.6.1932. Er führte zur politischen Lage unter anderem aus: "Die süddeutschen Länder müssen wieder zurückerobern, was man ihnen genommen hat. Die Länder müssen ihre Selbständigkeit wieder zurückbekommen. Ich kann mir sogar vorstellen, daß die Länder innerhalb des Reichsverbandes selbständig ihre Staatsform wählen, und ich glaube, daß die Zeit der Monarchie immer näherkommt." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 6.6.1932, "Bayerns Schicksalsstunde".

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

9. Juni 1932 Dok. 85
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.6.1932 [1].

Der Leiter der Organisationsabteilung II, Pg. Oberst a. D. *Hierl* [2], hat mich um Enthebung von diesem Posten gebeten, da er seine ganze Arbeitskraft der Arbeitsdienstpflicht und ihrem Aufbau [3] widmen will. Indem ich Pg. Hierl mit dieser Aufgabe für die NSDAP beauftrage, enthebe ich ihn wunschgemäß von der Leitung der Organisationsabteilung II und spreche ihm für die außerordentliche Arbeitsleistung beim Aufbau und in der Führung der Organisationsabteilung II meine vollste Anerkennung und den wärmsten Dank namens der Bewegung aus.

Gleichzeitig verfüge ich, daß die Organisationsabteilung II [4] mit der Organisationsabteilung I unter dem Namen "Reichsorganisationsleitung der NSDAP" vereinigt wird und daß die Leitung der vereinigten Abteilungen der bisherige Reichsorganisationsleiter I, Pg. Gregor *Straßer*, übernimmt mit der Maßnahme [5], daß auf seinen Antrag hin alle Abteilungen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen, als Referat "Wirtschaft" zusammengefaßt werden, mit dessen Leitung im Rahmen der Reichsorganisationsleitung Pg. Walther *Funk* [6] beauftragt wird.

Die Verfügung tritt sofort in Kraft. Die notwendigen Durchführungsmaßnahmen erläßt der Reichsorganisationsleiter [7].

München, 9. Juni 1932

Adolf *Hitler*

---

1 Kopf: "1/32".

2 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, 1924 als Oberst verabschiedet, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1931 Beauftragter des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

3 Bereits seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929/30 trat die NSDAP-Reichstagsfraktion für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein. Seit Sommer 1930 formulierte Konstantin Hierl die Forderungen der NSDAP nach der Arbeitsdienstpflicht, mit der mehrere Ziele verfolgt werden sollten. Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit standen die nationale Erziehung der Dienstpflichtigen und die Ausnutzung der Arbeitskraft für den "wirtschaftlichen Befreiungskampf" Deutschlands. Vgl. Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967, S. 51 ff., 243 ff.

4 Zweck der im Juni 1929 gegründeten Organisations-Abteilung II war nach den Erinnerungen Hierls die "Vorbereitung künftiger Staatsaufbauaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung nicht vorweisen. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86.

5 Muß heißen: "Maßgabe".

6 Walther Funk (1890-1960), Journalist, 1916 Redakteur der Berliner Börsen-Zeitung, 1922-1930 Chefredakteur, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, 1933-1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938-1945 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1939-1945 Reichsbankpräsident, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1958 aus Gesundheitsgründen entlassen.

7 Die Neuorganisation der Reichsorganisationsleitung sah die Gliederung in fünf Hauptabteilungen vor: Die Reichsinspektionen I und II (vgl. Dok. 86, Anm. 2), die Hauptabteilung III mit zwölf Unterabteilungen, die

9. Juni 1932 Dok. 86
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.6.1932 [1].

Zum Reichsinspekteur der Reichsinspektion I [2] ernenne ich unter gleichzeitiger wunschgemäßer Enthebung von der Leitung der Abteilung für Arbeitsdienst den Pg. Oberleutnant a. D. *Schulz* [3].

Die Reichsinspektion II übernimmt der bisherige Reichsinspekteur Pg. Dr. Robert *Ley* [4].

Adolf *Hitler* [5]

Hauptabteilung IV für Wirtschaft und die Hauptabteilung V für Landwirtschaft. Vgl. Ausführungsbestimmungen des Reichsorganisationsleiters vom 10.6.1932. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.6.1932.

1 Kopf: "2/32".

2 Eine Reichsinspektion existierte bereits seit dem 21.10.1931, als Robert Ley zum Reichsorganisationsinspekteur ernannt worden war, um den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, bei der Bewältigung der organisatorischen Aufgaben der zur Massenpartei angewachsenen NSDAP zu unterstützen. Seine Funktion war die Kontrolle der Entwicklung der Partei an der Basis. Vgl. Bd. IV/2.
Die Schaffung der zweiten Reichsinspektion, die Ausweitung der Kompetenzen der Reichsinspekteure und die Unterstellung der Gaue unter Landesinspektionen (vgl. Dok. 171), war Teil der von Straßer eingeleiteten Organisationsreform der NSDAP (vgl. Dok. 85) die zu einer stärkeren Zentralisierung der Partei und zur besseren Kontrolle der Gaue führen sollte. Gleichzeitig stärkte die Maßnahme Straßers Stellung in der Partei, da sie den unmittelbaren Zugang der Gauleiter zu Hitler erschwerte. Die Reichsinspektion I war für den Norden, die Reichsinspektion II für den Süden Deutschlands und Österreich zuständig. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 65 ff.; Horn, Führerideologie, S. 381 ff.

3 Paul Schulz (1898-1960), 1918 preußischer Leutnant, 1919 Freikorps Eulenburg, 1922/23 Offizier der "Schwarzen Reichswehr", 1927 wegen Fememordes zum Tode verurteilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, 1930 amnestiert, Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Stellvertreter und Stabsleiter des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 Parteiaustritt, 1934 Emigration.

4 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei IG-Farben Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

5 Folgt Anordnung Gregor Straßers: "Diese beiden Reichsinspekteure sind im Rahmen der Reichsorganisationsleitung zeichnungsberechtigt. *München,* 10. Juni 1932. Der Reichsorganisationsleiter: *Straßer.*"

9. Juni 1932 Dok. 87
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.6.1932 [1].

Alle Anträge in parlamentarischen Körperschaften von Gemeinde bis Reichstag, die sich mit grundsätzlichen Fragen auch wirtschaftlichen Charakters befassen oder nach der Art ihres Inhalts eine wichtige Stellungnahme der Partei bedeuten oder in der Öffentlichkeit besondere Beachtung finden werden, sind vor Einreichung dem Reichsorganisationsleiter [2] zuzuleiten, der seinerseits eventuell eine Nachprüfung bei den zuständigen Fachbearbeitern der Reichsleitung oder einen Entscheid des Führers herbeiführt. Unter Umständen ist dieser Entscheid telefonisch einzuholen [3].

München, 9. Juni 1932

Adolf *Hitler*

9. Juni 1932 Dok. 88
Aussage vor dem Schwurgericht München [1]

Masch. Manuskript, o. D. [2]; IfZ, MA 731; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.6.1932, "Adolf Hitler als Zeuge" [3].

12. Zeuge, beeidigt.

Hitler Adolf, 43 Jahre, ledig, Regierungsrat u[*nd*] Schriftsteller hier, die übr[*igen*] allgem[*einen*] Fragen verneinend.

---

1 Kopf: "3/32".

2 Gregor Straßer.

3 Diese, zur Kontrolle der durch die vorhergehenden Wahlen stark angewachsenen Fraktionen der NSDAP (vgl. Dok. 64, Anm. 1) dienende Anordnung Hitlers wurde offenbar unzureichend befolgt. Gregor Straßer mahnte im August und September 1932 die Einhaltung dieser Verfügung bei der Reichstags- und den Landtagsfraktionen an. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 73 f.

1 Im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes, vormittags. Hitler war als Zeuge im Strafprozeß gegen Werner Abel wegen Meineids geladen, den er selbst hatte beantragen lassen. Abel wurde vorgeworfen, in der Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozeß Hitlers gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß am 4.2.1930 (vgl. Bd. III/3, Dok. 13) unter Eid fälschlich behauptet zu haben, Hitler habe 1923 aus Italien erhebliche Geldmittel erhalten. Den Vorsitz im Prozeß, der vom 7. bis 9.6.1932 dauerte, hatte Landgerichtsdirektor Otto Bertram; Staatsanwalt Hans Walther vertrat die Anklage. Am 13.6.1932 wurde Abel zu drei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft und zu sieben Jahren Ehrverlust verurteilt.

2 Kopf: "Abschrift der stenographischen Notizen des Urkundsbeamten über die Zeugenaussage des Führers Adolf Hitler im Schwurgerichtsprozeß *Abel*, Werner wegen Meineids am 9. Juni 1932."

3 Vgl. auch Augsburger Postzeitung vom 10.6.1932, "Ein Prozeß um Hitlers Geldquellen"; Berliner Tageblatt (AA) vom 9.6.1932, "Hitler als Zeuge im Prozeß Abel"; Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe) vom 10.6.1932,

Z[*ur*] S[*ache*]: Ich kenne Abel[4] seit dem Prozeß[5].

Ich habe um die damalige Zeit gehört von einem Prinzen Ysenburg[6]. Persönlich habe ich ihn nicht kennengelernt.

Die Veranstaltung ging von Roßbach[7] aus. Es sollten auch Infanterieschüler [*anwesend gewesen*] sein[8].

Ich kam etwas spät u[*nd*] hielt eine Ansprache[9]. Ein paar Minuten. Ich bin gar nicht gesessen [*sic!*]. Ich sprach auch mit Roßbach ein paar Worte u[*nd*] habe mich dann sofort entfernt. Ich habe an dem Tag mit keinem einzigen Menschen eine Verabredung getroffen u[*nd*] insbesondere nicht mit einem Italiener. Ich habe in dem Prozeß zum ersten Mal den Namen gehört[10]. An dem Abend habe ich mit keinem Italiener eine Unterredung gehabt. Es ist unter keinen Umständen damals eine Verabredung getroffen worden für einige Tage darauf, also auch nicht mit einem Mann deutschen Namens[11]. Die Zusammenkunft hat nie stattgefunden. Ich habe nie eine Besprechung mit einem Italiener gehabt, in der ich über Südtirol oder Geld gesprochen hätte[12].

Damals [*sind*] viele Journalisten oder Politiker gekommen.

Nie Franzosen oder Tschechen.

"Der Prozeß gegen Abel"; Der Reichsbote vom 10.6.1932, "Meineidsprozeß Abel" sowie Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München, 1953, S. 80 f.; Alan Cassels, Mussolini and German Nationalism, 1922-25. In: The Journal of Modern History 35 (1963), S. 137-157, S. 149 f.

4 Werner Abel (1902-1935), Journalist, 1920 wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Juni 1932 wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1935 im KZ Dachau ermordet.

5 Gemeint ist die Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozeß Hitlers gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß am 4.2.1930 vor dem Landgericht München I, bei der Werner Abel als Zeuge der Verteidigung auftrat. Vgl. Bd. III/3, Dok. 13.

6 Der Angeklagte hatte angegeben, 1923 unter diesem Namen in München aufgetreten zu sein.

7 Gerhard Roßbach (1893-1967), 1913 preußischer Leutnant, 1918-1920 und 1921 Führer des Freikorps Roßbach, März bis Oktober 1923 wegen Verdachts auf Hochverrat in Untersuchungshaft, 1923-1926 Exil in Österreich, 1924 Gründer der Schill-Jugend (1926 übergeführt in den Bund Ekkehard), 1933-1934 Vizepräsident des Reichsluftschutzbundes, 1934 im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhm-Putsch mehrere Monate in Haft, 1948 im Spruchkammerverfahren als minderbelastet eingestuft.

8 Abel hatte am 4.2.1930 ausgesagt, daß Hitler dem italienischen Hauptmann Giuseppe Migliorati an einem von den Offiziersschülern der Infanterieschule München für Gerhard Roßbach veranstalteten Begrüßungsabend im "Wurzerhof" in der Nähe des Ostbahnhofs vorgestellt worden sei.

9 Hitlers Verspätung und einige Worte seiner Ansprache, nicht jedoch das genaue Datum, sind überliefert bei: Arnolt Bronnen, Roßbach, Berlin 1930, S. 144.

10 Gemeint ist Giuseppe Migliorati, italienischer Hauptmann, 1923 dem italienischen Konsulat in München zugeordnet.

11 Abel hatte am 4.2.1930 ausgesagt, kurz nach den Veranstaltung im "Wurzerhof" habe ein Treffen zwischen Migliorati, Hitler, dem damaligen Kommandeur der SA, Hermann Göring, und dem Chef des Stabes im Oberkommando der SA, Kapitänleutnant a. D. Alfred Hoffmann, in der Geschäftsstelle der NSDAP in der Schellingstraße stattgefunden.

12 In New York hatte in der Kanzlei des Anwalts des deutschen Konsulats am 16.12.1930 eine Gegenüberstellung Abels mit dem dort lebenden Migliorati stattgefunden, bei der Abel ihn als denjenigen identifizierte, den er 1923 als Verbindungsmann Mussolinis zu Hitler kennengelernt hatte. Bei der Befragung gab Migliorati zu, Abel zu kennen, bestritt aber, Hitler zu kennen oder ihm Geld gegeben zu haben. Vgl. The New York Times vom 17.12.1930, "Germans hold Court on Hitler Row here".

Ich habe im Jahre [*19*]23 nie mit einem Italiener eine Besprechung über Südtirol gehabt u[*nd*] dafür eine Unterstützung ... [13]

Ich sagte It ... [14] es würde meinen Kampf in Deutschland bedeutend erleichtern, wenn Härten in Südtirol zu beseitigen [*sic!*]. Ich bin auch überzeugt, daß den Südtirolern besser, wenn beide Nationen Freundschaft. [*sic!*]

Ich würde vom Ausland u[*nd*] anderen Parteien erhaltenes Geld als Fesselung meiner Politik ... [15]

Die NS-Bewegung ist eine großdeutsche Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Beim Ruhreinbruch [16] vielmals Unterstützungen in kleinen Beträgen, niemals eine Unterstützung vom Ausland.

Ich habe überhaupt kein Geld von Italienern bekommen. Ich weiß auch nichts, daß Stellen der Partei aus dem feindlichen Ausland Geld bekommen u[*nd*] daß diese Stellen Geld gegeben hätten, um die Politik zu beeinflußen. Ich wäre schärfstens dagegen.

Eine derartige Niederschrift ... [17] ist nie aufgenommen worden [18].

Auf Frage des R[*echts*]A[*nwalts*] Dr. Erhardt [19]: Ich wurde in einer Zeitung beschuldigt, finanziell oder materiell von Mussolini so gebunden zu sein, daß ich überhaupt nicht mehr freier Herr meiner politischen Entschließungen gegenüber Italien wäre. Das wurde von anderen Zeitungen aufgenommen. Die Vorwürfe wurden noch präziser und mir vorgeworfen, daß ich durch mein Schweigen bestätige [20].

Hier tritt nun ein Zeuge auf, der ... [21] ich wollte sagen eine Lüge, soweit es sich auf das Kernproblem bezieht.

Ich bin überzeugt, daß er eingeschlichen unter Existenznachweis als Nachrichtenoffizier [*sic!*] [22].

---

13 Auslassung so in der Vorlage. Münchner Neueste Nachrichten: "1923 habe er nie mit einem Italiener eine Unterredung gehabt, bei der eine Vereinbarung getroffen worden wäre, daß er gegen Italien eine bestimmte Politik gegenüber der Südtiroler Frage betreiben und dafür finanzielle Unterstützung bekommen solle."

14 Auslassung so in der Vorlage.

15 Auslassung so in der Vorlage. Münchner Neueste Nachrichten: "Er würde es als eine unerhörte Belastung seiner politischen Unabhängigkeit betrachten, wenn er sich von finanziellen Zusicherungen abhängig betrachten müsse."

16 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984.

17 Auslassung so in der Vorlage. Münchner Neueste Nachrichten: "Weiter bestritt Hitler auch die Existenz der Niederschrift über eine Unterredung in der Schellingstraße in der italienischen Angelegenheit."

18 Abel hatte am 4.2.1930 ausgesagt, daß Migliorati ihm nach der Zusammenkunft ein "Bulletin" übergeben hat, in dem der Inhalt der Unterredung zwischen dem Italiener, Hitler, Göring und Kapitänleutnant Hoffmann protokolliert gewesen sei, mit der Bitte, dieses Papier nach Ostpreußen zu senden. Vgl. Bd. III/3, Dok. 13.

19 Kurt Erhardt (1886-1966), Rechtsanwalt, 1911 Dr. jur.

20 Bezieht sich auf die Zeitungen: Deutsches Tageblatt vom 13.3.1928, "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" sowie vom 8.8.1928, "Streiflichter aus dem Wahlkampf"; Bayerischer Kurier vom 16.5.1928, "Redendes Schweigen"; Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols". Vgl. Anm. 6.

21 Auslassung so in der Vorlage.

22 Abel hatte am 4.2.1930 ausgesagt, als Verbindungsmann des "Ostpreußischen Vaterländischen Kartells" in München tätig gewesen zu sein. Vgl. Bd. III/3, Dok. 13.

Die allgemein ...[23] Richtung werden wir bei Verfolgung unterstützen, aber damals haben wir den *Wiking-Bund*[24] als Gegner aufgefaßt.

Lüdecke[25] war als Vertreter in Italien, aber kein Geld [*sic!*]. Meines Wissens ist er in Mexiko. Vor- u[*nd*] nachher Lüdecke nie wegen Hochverrats bestraft[26]. [*sic!*]

R[*echts*]A[*nwalt*] Erhardt (zeigt oder spricht) von einer Abschrift eines Briefes aus Italien, worin 5.000 Lire wegen Lüdecke zurückgefordert. - Unbekannt.

Die Änderung der Südtiroler Einstellung ...[27] Ich halte demgegenüber es für richtig ...[28] zu einer Verständigung mit Italien ...[29]

[...][30]

Hitler: "Es ist klar, daß eine derartige Umstellung erst nach und nach erfolgen kann. Ich bin für eine Verständigung mit Italien eingetreten, weil ich mir darüber klar war, daß eine Verständigung mit Italien auch Erleichterungen in der Südtiroler Frage bringen würde. Es ist nicht so, als ob wir kein Mitgefühl mit Südtirol gehabt hätten. Die sogenannte offizielle deutsche Politik glaubte durch Drohungen das Los der Südtiroler ändern zu können[31]. Diese Politik ist jedoch falsch, weil ihr für die Drohungen die Mittel fehlen. Ich halte es im Interesse der Südtiroler selbst für notwendig, zu einer Verständigung mit Italien zu kommen."

[...][32]

Hitler: "Nein."

[...][33]

Hitler: "Ein Vertreter meiner Partei ist nur jemand, der mich persönlich vertritt; denn die Partei bin letzten Endes ich. Sie können nur fragen: Haben Sie einen Vertreter beauftragt?"

Auf weitere Fragen erklärte Hitler, daß er die Souveränität - der Verteidiger hatte gefragt, ob er die Souveränität über Südtirol anerkenne - des italienischen Staates als etwas selbstver-

23 Auslassung so in der Vorlage.

24 Gemeint ist der von ehemaligen Angehörigen der Organisation Consul zunächst als Tarnorganisation 1923 gegründete Bund Wiking, der wegen seiner antirepublikanischen Aktivitäten 1926 verboten wurde.

25 Kurt Lüdecke (geb. 1890), Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 außenpolitischer Berater Hitlers, 1926-1928 in den USA tätig, 1934 nach KZ-Haft Emigration in die USA, 1938 Verfasser von "I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge".

26 Der Verteidigung war eine Verwechslung mit Hugo E. Lüdecke unterlaufen, der während des Ersten Weltkriegs für den britischen Geheimdienst in Argentinien gearbeitet haben soll, dann wegen eines Sittlichkeitsdelikts ausgewiesen wurde. 1922 Einreise nach Bayern und Anschluß an die Vaterländischen Verbände, 1925 Verurteilung vom Kammergericht Berlin zu sechs Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats. Vgl. Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 161 f.

27 Auslassung so in der Vorlage.

28 Auslassung so in der Vorlage.

29 Vorlage bricht so ab. Fortsetzung der Vernehmung nach den Münchner Neuesten Nachrichten.

30 "Erhardt las darauf einige Artikel aus dem Völkischen Beobachter vor, um darzutun, daß Hitler in der ersten Hälfte des Jahres 1923 gegen Südtirol eine andere Politik betrieben habe als in der zweiten Hälfte."

31 Bezieht sich auf die öffentliche Kritik der Reichsregierung an der italienischen Südtirolpolitik in den ersten Monaten des Jahres 1926. Vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986, S. 126 ff.

32 "Rosenfeld: 'Sie sprechen von der Umstellung Ihrer Politik. Ich möchte Sie fragen, ob dieser Umstellung in bezug auf Italien-Südtirol Besprechungen zwischen Ihnen und Vertretern Mussolinis vorausgegangen sind?'"

33 "Rosenfeld erklärte, es sei bekannt geworden, daß Vertreter seiner Partei vor der Umstellung Verhandlungen mit Italien führten."

ständlich gegebenes anerkenne und damit von vornherein rechne. Diese Souveränität könne auch nicht beseitigt werden dadurch, daß er sie nicht anerkenne. (Heiterkeit.)

[...][34]

Als Rosenfeld[35] noch einmal die Südtiroler Politik anschnitt, erklärte Hitler erregt, *er verbitte sich, daß ihm das Wort im Munde umgedreht würde.*

Die ganzen Fragen würden nur gestellt, damit sie in die Presse kämen.

[...][36]

Ich kann mir im Interesse meiner Millionen Anhänger derartige Beleidigungen nicht mehr gefallen lassen, ich lasse mich nicht so von jüdischen Rechtsanwälten inquirieren (Beifallklatschen, große Unruhe.)

[...][37]

Hitler erklärte nach Ermahnung durch den Vorsitzenden[38], daß diese Art Fragen für ihn und seine Bewegung unerträglich seien und daß er lieber bestraft werden wolle, als überhaupt noch eine Antwort zu geben. Er habe niemals von den angezogenen Stellen Geld erhalten, das sei eine Lüge. Dann erklärte Hitler: Ich gebe überhaupt keine Antwort mehr.

[...][39]

Hitler erklärte darauf, daß er Fragen des Gerichts beantworten wolle.

[...][40]

Hitler erwiderte, er habe davon nichts in Erinnerung. Nach kurzer Debatte erklärte Hitler: Ich habe eine Unterredung mit einem italienischen Vertreter nie gehabt.[41]

---

34 Das Gericht wies die Verteidigung darauf hin, daß die an den Zeugen gestellten Fragen Bezug zur verhandelten Sache haben müßten.

35 Kurt Rosenfeld (1877-1943), Rechtsanwalt, 1899 Dr. jur., 1910-1920 Stadtverordneter in Berlin (SPD, seit 1917 USPD), November 1918 bis Januar 1919 preußischer Justizminister, 1919/20 MdL in Preußen, 1920-1932 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1931 Ausschluß aus der SPD, 1931 Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), 1933 Emigration.

36 Rechtsanwalt Erhardt stellte mehrere Fragen zu Hitlers Südtirolpolitik und über Verbindungen der Putschisten von 1923 zu Italien, die vom Gericht nicht zugelassen wurden. Erhardt berief sich in der Folge auf Pressemeldungen über die indirekte Finanzierung Hitlers durch französische und tschechische Industrielle und fragte Hitler, ob er davon Kenntnis gehabt habe. Auf diese Frage habe Hitler seine Antwort geschrien.

37 "Rosenfeld schrie einen Protest."

38 Otto Bertram (geb. 1871), 1930 Direktor am Landgericht München I.

39 Das Gericht verhängte daraufhin gegen Hitler wegen Zeugnisverweigerung 800 RM und wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht 200 RM Geldstrafe, im Nichteinbringungsfall 16 Tage Haft.
"Rosenfeld erklärte, infolge der Weigerung Hitlers sei die Wahrheitsermittlung unmöglich."

40 "Aber das Gericht hatte keine Fragen mehr. Nach neuem Gerichtsbeschluß wurde von sechs schriftlich formulierten Fragen der Verteidigung nur eine als zulässig erklärt, die sich mit der schon erwähnten Frage wegen der Versammlung am Ostbahnhof [*vgl. Anm. 9*] befaßte."

41 Folgt die Verlesung des Protokolls der Aussage Miglioratis in New York (vgl. Anm. 13) sowie die Aussagen weiterer Zeugen.

12. Juni 1932
Rede auf NSDAP-Versammlung in Worms[1]

Dok. 89

Rhein- und Hesse-Bauer vom 13.6.1932, "Der Führer im hessischen Wahlkampf"[2].

An den Eingang seiner Rede stellt er die These, daß wie der tiefe Zusammenbruch einer Nation auch deren Wiederaufstieg [*sic!*] an große geschichtliche Voraussetzungen geknüpft ist:

Nur der Glaube an die eigene Tüchtigkeit, Selbstvertrauen und Zuversicht verbürgen, wie im Leben des Einzelnen,

so auch in dem der Völker, den Erfolg.

Selbstvertrauen und Zuversicht aber kommen nicht von ungefähr, sie sind nur dann vorhanden, wenn eine ganze Nation ihr Leben von *einer Idee* bestimmen läßt und nicht ihre gesamte Kraft in einem *geistigen Zwiespalt* verbraucht. An der Hand des Schicksalganges der deutschen Geschichte zeigte nun der Führer die erschreckende Wahrheit dieses Satzes auf, bis zu dem tragischen, schmerzhaft uns allen eingeprägten Exempel, als in 4 1/2 Jahren Weltkrieg das deutsche Volk das gewaltige Kapital so lange aufgespeicherter Kraft immer mehr in dem Maße verlor, als unsere inneren Gegensätze wieder aufgerissen wurden. So konnte der Führer denn auch mit Recht bekennen:

Vorstellungen sind im Völkerleben vielleicht die gewaltigste Realität, die es überhaupt gibt!

An ihrem eigenen Leibe haben es ja alle, die einst überheblich vermeinten, "Ideen sind belanglos", im Jahre 1918 erlebt, *was* eine Idee ist[3]. Ein ganzes großes Volk hat damals durch eine *Idee* seine *Ehre* verloren und damit auch sein *tägliches Brot*. Denn nicht die Wirtschaft hat Deutschland groß gemacht, sondern erst ein *großes Deutschland* hat eine große Wirtschaft ermöglicht. Und - heute sehen wir es ja - ein *ohnmächtiges* Deutschland zieht auch eine ohnmächtige *Wirtschaft* nach sich!

Nachdem der Führer so die das Schicksal der Völker leitende Macht der Idee allen vor die Seele geführt, griff er die *zwei das deutsche Schicksal von heute* bestimmenden Ideen ganz besonders heraus und damit auch den *geistigen Zwiespalt*, der Millionen beherrschte:

Sozialismus und Nationalismus.

Der Kampf, der um die Zukunft Deutschlands geführt wurde, heißt deshalb auch nicht etwa "deutscher Lebensraum" oder deutsche Bodenerweiterung oder deutsche Welthandelspolitik, er heißt ganz einfach: *Proletariat oder Bürgertum*, in *Wirklichkeit* aber hat *keine* dieser beiden sich bekämpfenden Ideen gesiegt, wohl aber hat Deutschland in diesem unheilvollen Kampfe dabei sich *selbst* zerfleischt.

---

1 Im Wormatia-Stadion, nachmittags. An der Versammlung nahmen nach Angabe der nationalsozialistischen Presse etwa 30.000 Menschen teil. Gauleiter Karl Lenz begrüßte Hitler mit einer kurzen Ansprache. Vor Hitlers einstündiger Rede sprach MdL Fritz Kern.

2 Wortgleicher Bericht in Mainzer Tageszeitung vom 13.6.1932, "Der Führer im hessischen Wahlkampf". Vgl. ferner Der Angriff vom 13.6.1932, "Hitler im hessischen Wahlkampf"; VB vom 14.6.1932, "Adolf Hitler spricht in Worms zu 30.000 Hessen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 25.6.1932, "Im Hessenland marschieren wir ...", vom 2.7.1932, "Bilder vom Wahlkampf in Hessen".

3 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse in Deutschland seit November 1918.

Mit einem Volk, das sich selbst zerfleischt, so meinte der Führer weiter, kann man aber keine große politische Reform erzielen. Als wir 1918 von der Front zurückkamen, haben wir Bürgertum und Proletariat als die feindlichen Pole in Deutschland vorgefunden, die beide jede Einigung als unmöglich erklärten. Ein Glück für Deutschland, daß weder Marxismus *noch* Bürgertum gesiegt haben. Denn, so bekannte der Führer, es ist *unmöglich*, einen *Nationalismus* auf die Dauer aufrechtzuerhalten, wenn er nicht über *alle* Klassen und Berufsstände hinweg die *ganze* Nation erfaßt!

Im folgenden zeigte Adolf Hitler, wie von jenen beiden Ideen unseres deutschen geistigen Zwiespalts (Proletariat - Bürgertum) *niemals* eine der anderen ganz Herr werden kann und gerade *deshalb*

neuer Sozialismus

nötig war, der dem *deutschen Volke* dient, der nicht weltverloren von einer Internationale[4] träumt, sondern überzeugt ist, daß des deutschen Arbeiters Leben und Brot allein in *seinem* Volke wurzelt. Und wie der Intellektuelle einsehen mußte, daß sein ganzes Wissen wertlos ist, wenn nicht eines Tages hinter ihn tritt die Millionenarmee des *deutschen Bauern*, genauso muß auch der deutsche Bauer einsehen, daß *seine* Zukunft nur darin liegt, daß die Millionen in den Großstädten erkennen, daß es *ohne deutschen Bauern* kein Leben des Volkes geben kann.

Nicht am grünen Tisch, so ging aus den weiteren Worten des Führers hervor, vermag man ein Volk im obigen Sinn zu gegenseitigem Verständnis und Einigung zu bringen, nein, es verlangt erst mühsam Erziehungsarbeit der einzelnen Berufsstände, und dennoch ist das, was anfangs manchem ein unverständliches Unterfangen schien, heute

ein politisches Glaubensbekenntnis von 13 Millionen[5]

geworden, wobei nicht die Zahl der Millionen wesentlich ist, sondern allein *die* Tatsache, daß diese Millionen alle vom gleichen Vertrauen getragen sind, daß alle diese Menschen heute sich zusammensetzen aus allen deutschen Berufsständen, aus allen deutschen Konfessionen, aus allen deutschen Ländern und allen deutschen Stämmen[6]!

So stellte der Führer den Tausenden lebendig vor Augen, welch *großes Werk* seiner jungen Bewegung[7] gelang, die, was Jahrhunderte vergeblich ersehnt hatten, zur *Tat* werden ließ, indem sie die in zahllose Klassen-, Berufs- und Interessengruppen heillos Zerspaltenen aus ihrer Isolierung herausholte und sie zu *guten Deutschen* machte, deren gläubige deutsche Zuversicht auch die *Opferwilligkeit* in unserem Volke wieder erstehen ließ. Zusammenfassend erwies Adolf Hitler damit, daß

ein Wiederaufstieg Deutschlands ohne die tragende Idee nicht denkbar ist.

Er konnte deshalb unter stürmischem Beifall feststellen: *So wie unsere Bewegung ist, soll Deutschland einst sein!*

Mit dem gleichen Rechte verwies der Führer darauf, daß heute *die beste deutsche Jugend aus allen Berufsständen* hinter der Bewegung steht, die beste Gewähr dafür, daß diese Bewe-

---

4 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

5 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

7 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.

gung einmal *die deutsche Zukunft gestalten* wird. Mögen die ewig Rückständigen heute immer noch rufen: "Wählt bürgerlich" - "wählt proletarisch" - *wir* aber rufen, wie wir es seit 13 Jahren immer wieder gerufen haben:

"Deutsche, besinnt euch und wählt deutsch!" (Stürmischer Beifall.)

Es gibt eben keine Lösung großer Fragen, wenn nicht zuvor ein großes Volk mit einmütigem Willen dahinter steht. Das ist das Plus, mit dem wir Nationalsozialisten uns anschicken, *aktiv in die deutsche Geschichte einzugreifen* und das Schicksal unseres Volkes zu vertreten. Wir allein können zu den anderen sagen: Gewiß, ihr mögt bessere *Parlamentarier* sein,

wir sind die besseren Führer und hinter uns steht eine fanatisch begeisterte Masse! (Stürmischer Beifall.)

Zur Koalitionsfrage[8]

erklärte der Führer: Auch *wir* sind zu einer Koalition bereit, wenn wir die Überzeugung haben können, daß in dieser Koalition *unsere* Gedanken die tragenden und sich durchsetzenden sind, *wir werden aber jede Koalition vermeiden*, wenn wir zwar damit ein *paar Minister* dadurch [*sic!*] bekommen, dabei aber *die Kraft unserer Idee verlorenginge.*

Nun beschäftigte sich der Führer mit all den mißgünstigen Unkenrufen der Gegner, die (wobei natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist!) vermeinen, es werde der nationalsozialistischen Bewegung ja doch nicht gelingen, "bis zum Ende" zu gelangen. Unter stürmischem Beifall fand der Führer für diesen Chor der Neidlinge die richtige Antwort: Ich habe sie noch im Kopf, all die Urteile und höre noch das *Lachen* über uns.

Und heute ist ihnen das Lachen vergangen!

Wir gehen unseren Weg - in *dieser* Wahl und in der nächsten - und haben besessen ein Ziel im Auge und werden, so Gott will, das Ziel erreichen. Dann verwies der Führer auf all die Verfolgungen und Hindernisse, die man der Bewegung in den Weg zu stellen versuchte, bald Beschlagnahme von Plakaten[9], dann Versagung des Rundfunks[10], die Auflösung der SA[11] usw. und bemerkt dazu: *Die Männer, die das getan haben, sie sind weg*[12] *- aber unsere Bewegung sie steht!* (Lang anhaltender Beifall.) Ein Herr Braun erklärt: "Ich werde dafür sorgen, daß *diese Pest* niemals nach Preußen kommt[13]!" Nun - *wir* sind in Preußen und Herr Braun ist weg ... !
Einem weiteren hämischen Einwand der Gegner wandte sich der Führer noch kurz zu, die den Nationalsozialisten vorwerfen möchten: "Wo ihr einmal *regiert* habt, verlassen euch die

8 Am 6.6.1932 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: "Man will uns in Preußen an die Verantwortung binden. Papen und Schleicher haben die Deutschnationalen und das Zentrum in die Reichskanzlei geladen. Wir sollen mit heran. Das ist eine peinliche Aussicht; die Betulichkeit des Zentrums kommt einem gleich verdächtig vor. Der Führer ist Gott sei Dank nicht zu erreichen. Bei einer Unterredung mit Papen stellt einer unserer Unterhändler fest, daß die preußischen Finanzen sich in einem katastrophalen Zustande befinden. Wir sollen also die Suppe auslöffeln, die die anderen eingebrockt haben. Dann schon lieber in Opposition bleiben, bis wir die ganze Macht bekommen, um auch durchgreifend handeln zu können. So ist des Führers Meinung." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 189 f. sowie Dok. 79, Anm. 11.

9 Vgl. Dok. 16, Anm. 11.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 26.

11 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

12 Bezieht sich auf den Rücktritt der preußischen Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun und den des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Vgl. Dok. 71, Anm. 18; Dok. 78, Anm. 3.

13 Vgl. Dok. 71, Anm. 19.

Massen." Dazu bemerkte Adolf Hitler: Wir *regieren* in einigen deutschen Ländern und haben dort erreicht, was *keine* andere deutsche Partei erreicht hat:

Dort, wo wir regierten, haben sich die Stimmen verdreifacht und zum Teil vervierfacht[14].

Ich bin überzeugt, *wenn das Schicksal uns in Hessen die Macht gibt*[15], daß wir *genau wie in Braunschweig*[16], *Oldenburg*[17] *und Mecklenburg*[18]

unsere Position auch hier in Hessen noch verstärken. Auch dieser Wahlkampf ist nur ein Ausschnitt des Kampfes, dessen Ziel Deutschland heißt! - Heil!

13. Juni 1932 Dok. 90
Anordnung

VB vom 17.6.1932, "Verfügung des Führers betreffend Leitung der nationalsozialistischen Jugendverbände".

1. Sämtliche N.S.-Jugendverbände unterstehen dem Reichsjugendführer der N.S.D.A.P., Pg. Baldur v. *Schirach*[1], der mir gegenüber für die N.S.-Jugend verantwortlich ist.

2. Der Reichsjugendführer ist Amtsleiter in der Reichsleitung der N.S.D.A.P.

3. Der Reichsjugendführer ernennt und enthebt die *Gebietsführer* der "N.S.-Jugendbewegung", die *Gauverbandsführer* des "N.S.-Schülerbundes" und die *Kreisleiter* des "N.S.D.St.B." sowie die *Mitglieder* bzw. *Referenten der Bundesleitungen* der Jugendorganisationen. Die für diese Dienststellen in Aussicht genommenen Führer werden von der zuständigen Dienststelle

14 Gemeint sind die Stadt Coburg und die Länder Thüringen und Braunschweig. Vgl. Dok. 38, Anm. 8; Dok. 40, Anm. 15, 17.

15 Die Neuwahl des hessischen Landtags am 19.6.1932 war notwendig geworden, weil der hessische Staatsgerichtshof der Verfassungsklage der Wirtschaftspartei gegen die hessische Landtagswahl vom 15.11.1931 entsprochen und am 9.5.1932 diese Wahl für ungültig erklärt hatte.

16 Vgl. Dok. 38, Anm. 6.

17 Bei der Landtagswahl in Oldenburg am 29.5.1932 waren auf die NSDAP 131.543 der abgegebenen Stimmen (48,4%) entfallen. Mit 24 der 46 Mandate verfügte sie damit über die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Partei war die SPD (18,8%), gefolgt von Zentrum (15,5%), DNVP (5,8%) und KPD (5,7%). Am 16.6.1923 wählte der Landtag den Gauleiter der NSDAP, Carl Röver, zum Ministerpräsidenten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Schaap, Endphase, S. 191 ff.

18 Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 5.6.1932 waren auf die NSDAP 177.076 der abgegebenen Stimmen (49%) entfallen. Mit 30 der 59 Mandate verfügte sie damit über die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Partei wurde die SPD (30,0%) gefolgt von DNVP (9,1%) und KPD (7,4%). Am 13.7.1932 wurde der Gaufachberater der NSDAP für Landwirtschaft, Walter Granzow, zum Ministerpräsidenten gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Urbschat, Mecklenburg-Schwerin, S. 95 f.

1 Baldur von Schirach (1907-1974), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1932 Reichsführer des NSDStB, 1928 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 Reichsleiter der NSDAP für die Jugenderziehung, 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

(Bundesführer [*der*] N[*ational*]S[*ozialistischen*] J[*ugendbewegung*][2], Bundesführer [*des*] N[*ational*]S[*ozialistischen*] S[*chülerbundes*][3], Bundesführer [*des*] N.S.D.St.B.[4]) dem Reichsjugendführer vorgeschlagen. Das Recht der Ernennung und Enthebung der Unterführer bei den Jugendverbänden vom Gebietsführer bzw. Kreisleiter bzw. Gauverbandsführer *abwärts* liegt bei den zuständigen Bundesführern.

München, den 13. Juni 1932[5]
Braunes Haus

(gez.): *Adolf Hitler*

13. Juni 1932 Dok. 91
Rede auf NSDAP-Versammlung in Mainz[1]

Mainzer Tageszeitung vom 14.6.1932, "Hitler in Mainz"[2].

Adolf Hitler, abermals von stürmischen Heilrufen umjubelt, betont eingangs, daß das *Ergebnis von 14 Jahren Parteiherrschaft* über Deutschland heute vor uns liegt. Ein *4 1/2jähriger Kampf war die Probe für die Güte des Deutschen Reiches* und der *deutschen Nation*[3], beide haben

---

2 Theodor Adrian von Renteln (1897-1946), 1924 Dr. rer. pol., Journalist, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gründer und Reichsführer des NS-Schülerbundes, 1931/32 Reichsführer der HJ, 1932 MdR, 1932/33 Führer des NS-Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstands, 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, 1935 Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Leiter des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, 1940 Hauptamtsleiter Handel und Handwerk in der Reichsleitung der NSDAP, 1941 Generalkommissar in Litauen, 1946 hingerichtet.

3 Wie Anm. 2. Am 16.6.1932 trat Renteln als Reichsführer des NS-Schülerbundes zurück, sein Nachfolger wurde Friedrich Krüger.

4 Wie Anm. 1.

5 Am 12.6.1932 hatte Hitler in Worms gesprochen (vgl. Dok. 89). Am 13.6.1932 flog er von Frankfurt a. M. aus nach Berlin und traf sich dort mit Reichskanzler Papen. Abends flog er zurück nach Hessen und hielt in Mainz eine Rede (vgl. Dok. 91). Es ist unwahrscheinlich, daß Hitler sich am 13.6.1932 in München aufgehalten hat. Zum Treffen Papen-Hitler vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 183 f. sowie Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 885 f., Anm. 26.

1 Auf dem Sportplatz von Mainz 05, nach 21.30 Uhr. An der von MdL Heinrich Ritter eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des Mainzer Anzeiger 20.000 bis 25.000, nach denen der Mainzer Tageszeitung etwa 30.000 Menschen teil. Hitler traf, aus Berlin kommend, mit dem Flugzeug ein. Vor Hitler sprachen Kurt Brombacher und MdL August Wilhelm Prinz von Preußen. Nach der Versammlung wurde ein Fackelzug durch Mainz veranstaltet, gegen den die KPD mehrere Störversuche unternahm, die jedoch durch die Schutzpolizei unterbunden wurden.

2 Wortgleicher Bericht in Rhein- und Hesse-Bauer vom 14.6.1932, "Hitler in Mainz". Vgl. ferner Mainzer Anzeiger vom 14.6.1932, "Hitler in Mainz"; Mainzer Journal vom 14.6.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung"; VB vom 15.6.1932, "'Rettet Deutschland und Ihr rettet die Länder und die Städte'". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 25.6.1932, "Im Hessenland marschieren wir ...".

3 Bezieht sich auf den Ersten Weltkrieg.

diese Probe in unerhörtem Maße bestanden. Der Führer wies nun auf die großen Versprechungen der Revolution von einem Leben in Schönheit, Freiheit und Würde[4] hin und stellte demgegenüber die heutigen Zustände hin [*sic!*]: einen zusammengebrochenen Staat, eine vernichtete Wirtschaft[5]. Es gibt unter uns noch Millionen von Deutschen, die der Überzeugung sind, man brauche nur die Finanzen und Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, und alles sei wieder in schönster Ordnung. Andere sehen das Heil von der Frage des Proletariats oder des Bürgertums her. Demgegenüber betonte der Führer, daß die Frage unseres Wiederaufstiegs in erster Linie eine *seelisch-geistige* Frage ist. Entweder waren die Männer oder die Ideen, die uns diese 13 Jahre beherrschten, falsch, denn das Gesamtresultat war falsch. Der Führer zeigte nun, wie die verschiedensten Organisationen sich bemühten, die verschiedensten beruflichen und wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Bei diesen "Rettern" der Bauern, der Wirtschaft, der Arbeiter, der Beamten und Angestellten, der großen Wirtschaft Deutschlands usw. war das Ergebnis *ein Zusammenbruch nach dem andern.* Der Führer wies darauf nach, was in all diesen Gedankengängen grundfalsch war. Ihnen allen fehlte die Erkenntnis, daß

das Schicksal des Einzelnen unlösbar verbunden ist mit dem der Gesamtheit!

Dann aber fehlte auch die Erkenntnis dessen, was im Völkerleben allezeit letzte Kraft gegeben hat. Erst *wenn unser Volk politisch saniert* ist, wird es auch imstande sein, seine *Wirtschaft* zu sanieren. (Lebhaftes Bravo!)

Alles, was man seit 1918[6] in unserem Staatsleben, in unserer Wirtschaft *verwirtschaftet* hat, verschwindet völlig vor dem,

was man an Vertrauen verwirtschaftet hat. (Lebh[*aftes*] Bravo!)

Was hat die Brüningregierung in zwei Jahren[7] nicht alles unternommen zugunsten des deutschen Volkes - und *alles*, was sie in Angriff nahm, *mißlang* ihr. Weshalb? Sie hatte nicht hinter sich das Vertrauen und die gläubige Zuversicht. Deren Vorbedingung aber ist eine Reihe von *gemeinsamen Grundauffassungen.* Schon in der Ehe muß ein solches gemeinsames Band vorhanden sein. Dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder es siegt der eine Teil und zwingt dem anderen Teil seinen Willen auf oder sie *zerfleischen* sich in dauerndem Kampfe. Im Völkerleben ist es nicht anders. Der Führer wies nun auf die heute unser Volk beherrschenden Ideen der proletarisch-internationalen und der bürgerlich-nationalen hin und stellte demgegenüber überzeugend die hohe Mission des Nationalsozialismus dar, der diese beiden Weltanschauungen im Begriff eines neuen Sozialismus löst in der Erkenntnis, daß

Sozialismus und Nationalsozialismus unbedingt dasselbe sind.

Es war mir erklärlich, daß Parteisekretäre aus dem sozialistischen wie dem bürgerlichen Lager mir erklärten, diese beiden Wege könnten niemals zusammenführen. Der Führer zeigte nun die gewaltige Entwicklung der aus dieser Erkenntnis entsprungenen Bewegung. Diese Bewegung brachte *Millionen* der verschiedensten Berufsstände[8] zu der Überzeugung, daß ihr Leben, ihre Arbeit und Brot *unzertrennlich* verbunden sind mit Wohl und Wehe der *Gesamt-*

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.
5 Vgl. Dok. 69, Anm. 4.
6 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse in Deutschland seit November 1918.
7 Heinrich Brüning amtierte vom 30.3.1930 bis 7.10.1931 und vom 9.10.1931 bis 30.5.1932 als Reichskanzler.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

heit. Wir haben die Gewißheit, daß aus dieser gemeinsamen Überzeugung wieder die fanatische Zuversicht kommen wird, die ein großes Volk zu seiner Selbstbehauptung unbedingt nötig hat.

[...][9]

Unter stürmischem Beifall wies Hitler dann nach Behebung der Störung darauf hin, daß, wie *dieser* Widerstand behoben wurde, die Bewegung *alle* Widerstände überwinden werde. Unter lautem Bravo betonte der Führer: Wir sind jederzeit bereit, die Verantwortung zu übernehmen, auch bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, aber *niemals* so, daß wir dabei unsere Prinzipien verleugnen müßten[10]. Was unmöglich ist und was wir in Deutschland beseitigen werden, ist dieser ewige *Kuhhandel*!

Wenn das Schicksal uns die Macht gibt, werden wir sie ergreifen.

Auf unserer Straße liegen 300 Tote[11] und vielleicht 10.000 Verletzte[12]. Wir werden diesen Weg unbeirrt weiter marschieren. Wir bitten auch nicht um Wahlstimmen.

Das Ziel haben wir uns gesetzt:

Ein großes starkes Deutschland, ein Hort des Rechts und damit des Lebens unseres Volkes, ein Staat der sozialen Gerechtigkeit und der Überwindung des Standesdünkels.

Kein Land können Sie retten, wenn Sie nicht *Deutschland* retten wollen. Retten Sie Deutschland, dann retten Sie damit den Einzelnen. So ist auch *dieser* Wahlkampf nicht ein Kampf um *Hessen*[13], sondern ein Kampf um *Deutschland*.[14]

---

9 "Ein Versagen des Lautsprechers bot in einer kurzen Pause einen wundervollen Beweis *des Geistes* der Bewegung. In vorbildlicher Disziplin wußten die Tausende diese Pause zu einer *überwältigenden Huldigung für den Führer* zu gestalten. Brausend erklangen die gemeinsam gesungenen nationalen Lieder über den weiten Plan. Ein kleinster Hitlerjunge wird unter dem Jubel der zahllosen deutschen Volksgenossen vom Führer auf den Arm genommen. Unaufhörlich erschallen die Huldigungsrufe für den verehrten Führer."

10 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

11 Nach parteieigenen Angaben wurden zwischen 1923 und 13.6.1932 142 NSDAP- und SA-Angehörige bei politisch motivierten Auseinandersetzungen getötet. Vgl. Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

12 Zwischen 1927 und 1931 wurden der SA-Versicherung 10.164 Verletzte gemeldet, 1932 insgesamt 14.005 Schadensfälle. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412.

13 Vgl. Dok. 89, Anm. 15.

14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

14. Juni 1932 Dok. 92
Rede auf NSDAP-Versammlung in Alzey [1]

Rheinhessische Volksblätter vom 15.6.1932, "Hitlers Rede in Alzey" und vom 16.6.1932, "Unser Führer im Alzeyer Stadion" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Eigentlich sollte es heute in Deutschland überhaupt keine Wahlkämpfe mehr geben. Die Parteien, die heute noch regieren, haben über 13 Jahre die Macht in ihren Händen gehabt. Eine sehr lange Zeit, die einer Regierung von einem System als Probezeit gewährt wird. In diesen 13 Jahren mußte das System entweder bewiesen haben, daß es segensreich für Deutschland regieren kann, oder es hat bewiesen, daß sein Regiment ein unglückliches ist. Im einen Fall mußten die Leistungen, die Werke für dieses Regiment sprechen und im anderen Fall mußte man anständig genug sein, überhaupt nicht mehr vor die Nation hinzutreten, denn es ist nicht anzunehmen, daß Parteien und Männer, die 13 Jahre lang versagt haben, nun plötzlich im 15. oder 16. oder 17. Jahr gutmachen könnten, was sie bisher versäumt oder bewußt schlecht machten. Wenn wir nun die Leistungen des heutigen Systems und der Parteien dieses heutigen Systems, - losgelöst von einzelnen Phrasen, nur in der Wirklichkeit beurteilen und ganz groß gesehen, dann müßten wir zugeben, daß überhaupt in 13 Jahren deutscher Geschichte noch nicht mehr vernichtet worden ist als in diesen letzten Jahren. Ja, man könnte sogar die Behauptung anders aufstellen. Wäre es überhaupt möglich gewesen *mehr* zu vernichten als sie vernichtet haben? Sie tun heute so, als ob einfach die Tatsache, daß Deutschland immer noch lebt, auf *ihr* Konto zu buchen wäre, daß das der Beweis für die Größe und die Wunderbarkeit ihres Regierens wäre. Gewiß, Deutschland lebt noch, aber nicht infolge ihrer Tätigkeit, sondern dank seiner in Jahrtausenden bewiesenen Widerstandsfähigkeit, trotz ihnen (der seitherigen Regierungen), und wird auch weiterleben, trotz ihnen. (Beifall.) Denn was überhaupt noch vernichtet werden konnte, das haben sie vernichtet. Ein großes Reich haben sie einst übernommen [3] und ein schwacher, ohnmächtiger, wehrloser Staat ist unter ihnen entstanden [4]. Eine blühende

1 Im Städtischen Stadion, nach 18.00 Uhr. An der von Kreisleiter Kurt Schilling eröffneten Versammlung nahmen laut Hessischem Ministerium des Innern etwa 14.000 bis 17.000 Menschen teil (VB: 25.000). Vor Hitler sprach MdR Hanns Oberlindober. Trotz des noch in Kraft befindlichen SA-Verbots (vgl. Dok. 36, Anm. 4) erschienen die SA-Leute in voller Uniform. Bei der Abfahrt Hitlers schlugen die Insassen des letzten Wagens seiner Kolonne während der Fahrt mit Reit- und Hundepeitschen auf Schaulustige ein, als Sympathierufe für die "Eiserne Front" laut wurden. Ein Polizeiwagen, der daraufhin Hitlers Kolonne verfolgte, um einzuschreiten, konnte diese nicht einholen.

2 Vgl. auch VB vom 16.6.1932, "Adolf Hitler in Rheinhessen" sowie Dieter Hoffmann, "... wir sind doch Deutsche". Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen, Alzey 1992, S. 156 ff. Zu den äußeren Umständen vgl. Zusammenstellung des hessischen Ministerium des Innern über politische Ausschreitungen während des Landtagswahlkampfes, Nr. M.D.I. 8555/32, vom 29.6.1932 für das Reichsministerium des Innern; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, Bd. 7, 25794.

3 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

4 Bezieht sich auf Artikel 163-192 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, die Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Land- und Seestreitkräfte auf niedrigem Niveau präzise festlegten. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

Wirtschaft hat einst Deutschland besessen und in 13 Jahren hat man sie in den Grund und Boden hinein zerrüttet, ja vernichtet. 7 Millionen sind arbeitslos geworden[5], Berufsstände sind praktisch existenzlos geworden, das Fundament einer gesunden, nationalen Wirtschaft der eigenen Berufsstände ist verelendet, die Privatwirtschaft ist verschuldet[6], Kommunen, Länder, das Reich, sie sind verschuldet, finanziell zerrüttet[7], eine trostlose Aussicht. Man fragt sich, was hätte überhaupt schlimmer geschehen können? Ich glaube, in den meisten Köpfen dämmert so was wie Überzeugung auf, daß, wenn Deutschland den Weg der letzten 13 Jahre auch nur 2 weitere Jahre weitergehen würde, daß vielleicht an einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes überhaupt nicht mehr zu denken wäre.

Das Schlimmste aber, das man auf ihr Konto schreiben muß, ist, daß sie es fertigbrachten, ein einst stolz und selbstbewußtes Volk, das überzeugt war, eine Mission auf dieser Welt zu besitzen und das bewiesen hatte, daß es in seinem Glauben groß und stark gewesen ist, in diese Verzagtheit und Verzweiflung und Gleichgültigkeit zu stürzen; daß es ihnen möglich wurde, eine große Nation geistig und moralisch reif zum Sklavenjoch zu machen. Sie haben sich bemüht, in unser Volk Gedanken hineinzubringen, als ob wir wirklich von Natur aus eine zweitwertige Rasse wären, als ob wir von Natur aus bestimmt wären, Sklaven zu sein.

Sie sehen, daß in Deutschland überall sich Bewegungen geregt haben, mit dem Ziele, das deutsche Volk aus diesem Zustand der wirtschaftlichen Not zu lösen. Die Bauern haben ihre Parteien gebildet, die Arbeiter haben Arbeiterparteien gebildet, die Mittelständler besaßen ihre Organisationen, die Handwerker, die Wirtschaft als solche, ja sogar die Hausbesitzer und Mieter, alle haben ihre eigenen Parteien gebildet[8], alles mit dem Zweck und Ziel, diesen Gruppen eine Rettung von der wirtschaftlichen Not und dem Elend zu bringen. Es kann nun eines nicht bestritten werden. Arbeiter-Parteien, Bauern-Parteien, Wirtschafts-Parteien, Mittelstands-Parteien, Aufwertungs- und Hausbesitzer-Parteien usw., manches mal waren es sogar 30 an der Zahl[9]. Ihre Ziele haben sie proklamiert, erreicht haben sie gar nichts, im Gegenteil, Bauern, Arbeiter, die Wirtschaft und der Mittelstand, die Beamten und Angestellten, sie sind immer mehr in das Elend hereingerissen worden. Sie können heute auch wieder mit ihren alten Parteigebilden auftreten und es ist nicht einzusehen, warum es morgen denn anders werden soll, besonders wenn man erkennt, daß es auf diesem Wege ja gar nicht anders werden kann. Es ist der große Trugschluß in diesem politischen Parteileben, daß sie alle der Nation einreden, daß *ihr* Schicksal, das Schicksal des Arbeiters, losgelöst werden könne von dem Schicksal meinetwegen - des Beamten, des Bauern, des Mittelständlers, des Gewerbetreibenden, ja, sie wollen glauben machen, das Schicksal eines Katholiken sogar loslösen zu können von dem Schicksal eines Protestanten, daß sie wirklich meinen, Deutschland bestände nur aus Einzelschicksalen, statt zu begreifen, daß das Schicksal aller gebunden ist an das der gesamten Nation.

Indem sie diese Zersplitterung in unser Parteileben bringen und zwar eine aussichtslose Zersplitterung [*sic!*].

5 Vgl. Dok. 76, Anm. 8.
6 Vgl. Dok. 60, Anm. 9.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 18, 19.
8 Vgl. Dok. 28, Anm. 9.
9 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

Eine Mainzer Zeitung ("Mainzer Journal". D. Red.) schrieb anläßlich meiner gestrigen Rede[10]: "Das Zentrum will doch auch diese große Volksüberbrückung, die der Nationalsozialismus vorhat[11]." Kann jemand glauben, wenn ich in Deutschland eine Partei bilde mit der Parole "Protestantismus", daß ich dann ganz Deutschland erobere, oder ob sich jemand einbildet, wenn ich eine Partei bilde mit der Parole "Katholizismus", daß ich dann Deutschland erobere? Die Herren müßten dann von der Konfession Abstand nehmen und in ein wirklich positives Christentum der Tat hineinsteigen, und dann erst könnten sie es ermöglichen, daß die beiden Konfessionen in Deutschland endlich wieder im politischen Ringen der Nation ihre Einheit zurückfinden und erhalten.

Aber die Trennung geht ja noch viel tiefer, sie ist in der Weltanschauung begründet und zerreißt die deutsche Nation, solange in unserem Volke die beiden Begriffe existieren: auf der einen Seite Nationalismus und auf der anderen Sozialismus.

Und solange diese beiden Begriffe nicht zu einer Einheit zusammengefügt werden, wird die deutsche Kraft im Kampf dieser beiden Begriffe miteinander gelähmt und aufgebraucht werden. Wir selbst sind ja Zeugen dieser Tatsache. Wenn es vielleicht bürgerliche Politiker gibt, die heute sagen, das sind Vorstellungen und Einbildungen, das haben ja die Jahre seit 1918 gezeigt, daß diese Vorstellungen nicht zueinander kommen konnten und geeignet waren in der schlimmsten Stunde unser ganzes Volk zu zerreißen[12]. Es sage niemand, der Begriff Sozialismus interessiert mich nicht. Mein lieber, satter Bürger, in *dem* Gedankenkreis leben Hunderttausende, Millionen von Menschen. Es sage auch niemand, der Begriff Nationalismus interessiert mich nicht, auch er erfüllt Hunderttausende, Millionen. Es ist in Deutschland immer so gewesen, daß Begriffe geeignet waren, Menschen zu zerfleischen. Es ist heute nicht anders. Wir selbst sehen ja, daß die beiden Begriffe stärker sind als gemeinsame Bluts- und Volksbindungen.

Sie sagen vielleicht, das gilt für die eine Seite und die eine Seite erklärt vielleicht, das gilt für die andere. Nein, es gilt für die einen wie für die anderen. Als ich 1918 nach Kriegsschluß in die Heimat zurückkehrte[13], da sah ich eins kommen: Wenn die deutsche Nation nicht aus diesem Kampf der Weltanschauungen und Teilungen erlöst wird, wenn die deutsche Nation diese Vorurteile von Klassenwahnsinn und Standesdünkel und Überheblichkeit nicht beseitigt, dann wird sie in dem Kampf selbst solange schmachten, bis endlich das Rad der Weltgeschichte über dieses Volk hinweggeht. Seitdem sind 13 Jahre vergangen und die Geschehnisse haben *mir* Recht gegeben. (Beifall.) Ich war damals der Überzeugung, daß es nur zwei Möglichkeiten geben kann: Entweder der bürgerliche Nationalismus beseitigt den marxistischen Sozialismus, oder der Sozialismus beseitigt das nationale Bürgertum, - oder die beiden Begriffe

10 Vgl. Dok. 91.

11 "Es ist geradezu tragisch, wie Hitler behauptet, daß in den rückliegenden vierzehn Jahren nur Interessenten-Politik getrieben worden sei. Weiß er gar nichts von dem oft gewaltigen Ringen der einzelnen Stände und Gruppen und Interessen innerhalb der Zentrumspartei, die oft nur dadurch schließlich zu einem gemeinsamen Wollen gebracht werden konnten, daß an die höchste 'politische Tugend', an die Religion, appelliert werden konnte? Würde Hitlers Ehrgeiz es zulassen, dann müßte er sehen, daß in der Zentrumspartei dasselbe, was er auf Grund des Prinzips Nationalsozialismus will, auf dem Fundament der Religion geschieht, dann dürfte Prinz August Wilhelm nicht von ihm sagen können, daß er (Hitler) die schwarzen Gewalten bekämpfen müsse." Vgl. Mainzer Journal vom 14.6.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung".

12 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse in Deutschland seit November 1918.

13 Vgl. Dok. 28, Anm. 31.

werden unser Volk solange zerreißen, bis Deutschland darunter liegt. Ich war entschlossen, mich nicht nur theoretisch dieser Erkenntnis - sondern sie ineinander zu legen als Grundlage für eine neue Bindung zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft [14] [*sic!*]. Wenn die Gegner damals lachten und spotteten, wenn sie über dieses Unterfangen höhnten, mich als Phantasten hinstellten, so beweist das nur, daß alle nicht begriffen haben, wie groß am Ende die Sehnsucht in Millionen deutscher Menschen ist, aus diesem Parteistall und -Fesseln herauszukommen (Heil! Bravo!), und zwar in allen Schichten. Vor 12 oder 13 oder 11 Jahren, da konnte die marxistische Presse ja erklären, die Nationalsozialisten sind nur einige verseuchte oder verzweifelte Existenzen, durchgefallene Studenten, verkrachte Offiziere; die Bürgerlichen konnten damals noch schreiben, das sind nur ein paar exzentrische, fanatische National-Bolschewisten, das sind nur ein paar kleine, unbedeutende Exponenten des Kapitals und die anderen sind ein paar Exponenten des Bolschewismus, Feinde des Privateigentums. Sie konnten eine Zeitlang wohl schwindeln und lügen. Heute geht das nicht mehr.

Aus 7 Mann [15] sind in 13 Jahren 13 Millionen geworden [16]. Nicht 13 Millionen irgendeiner anderen, neuen Partei, sondern 13 Millionen, die erfüllt sind von einer fanatischen Zuversicht und einer Überzeugung, daß in Geschlossenheit und einer neuen Volkseinheit es gelingen wird, hinter die großen deutschen Aufgaben der Zukunft die Größe und Gesamtheit der Kraft zu stellen. Wenn unsere Gegner sagen: was wollt ihr denn, ihr könnt auch nicht mehr als wir. - Zunächst haben wir eines gekonnt: In 13 Jahren, in denen sich alles andere aufgelöst, andere Parteien entweder steril blieben oder vergangen sind, da haben wir es gekonnt, von 7 Männern die größte politische Bewegung Deutschlands aufzubauen [17]. Zweitens werden wir noch etwas können: Wir werden die großen Aufgaben der Wiedergenesung, der Wiedererhebung der deutschen Nation und die großen Aufgaben der Lösung unserer wirtschaftlichen Not *deshalb* in Angriff nehmen können, weil hinter uns nicht steht ein kleiner Klüngel volksfremder Parlamentarier, sondern weil hinter uns steht die lebendige Kraft, die gewaltige Masse von Menschen der größten Bewegung Deutschlands, die sich hier zusammengefunden, durch die Ereignisse der Zeit zusammengeführt und heute das wirkliche Deutschland darstellt. Viele Gegner sagen, das ist belanglos. Nun, ich glaube nicht, daß es gleichgültig ist, ob zu einem Menschenwerk gehören Geschlossenheit, fanatischer Wille und Überzeugung von Millionen oder ob solches Menschenwerk einfach ausgebügelt werden kann und durchgeführt werden kann von einem kleinen, parlamentarischen Klüngel. Ich bin überzeugt, daß die Voraussetzung für eine deutsche Wiederauferstehung nur in der Partei gegeben ist, weil diese Partei aus einer Theorie heraus den Weg gefunden hat zu einer wirklichen Volksgemeinschaft und damit die Zusammenfassung der Kräfte, der Stände, die sich seither feindlich gegenüber getreten sind. Denn etwas ist das Wundervolle: in der Bewegung gibt es nicht nur Intellektuelle, die endlich eingesehen haben, daß ihre ganze Einbildung, ihr Wissen und Können, ihre Schulbildung und Hochschulbildung, ihre ganzen Stellungen belanglos sind, wenn zu ihrer geistigen Arbeit nicht die Millionenarmee der deutschen Arbeiter und Bauern tritt. Ebenso haben auch Millionen

14 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
16 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
17 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

von Proleten in Deutschland eingesehen, daß ihre eigenen Hoffnungen auf Solidarität und internationales Klassenbewußtsein lächerliche Utopien sind, kein Mensch hilft ihnen, wenn nicht aus der eigenen nationalen Kraft die Hilfe kommt, und daß ihr Weg nicht in die 2. [18] oder 3. Internationale [19] führen kann, sondern entweder ins Elend führt, ohne Zukunft auf ihr Volk an [*der*] Seite ihrer Mitarbeiter, der anderen, der geistigen Berufe.

Ebenso haben Millionen von Bauern erkannt, in manchen Gebieten mit 90 Prozent [20], daß es ganz belanglos ist, was sie selbst über die Notwendigkeit, die Erhaltung ihres Berufsstandes denken, sondern, sie haben erkannt, daß sie 25 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland ausmachen [21] und daß ihre Zukunft nur dann gewährleistet ist, wenn nicht nur sie, die 25 Prozent überzeugt sind von ihrer Lebenswichtigkeit, sondern wenn 75 Prozent des anderen Volkes endlich einsehen lernt, daß eine deutsche Wirtschaft und damit ein deutsches Leben ohne deutschen Boden und deutsche Bauern es überhaupt nicht gibt. Es wäre vielleicht vor 1 oder 2 Jahrzehnten noch gar nicht möglich gewesen, das ist aber heute der Fall. Denn ich spreche in Versammlungen auf dem Lande für den deutschen Arbeiter, ich rede in Versammlungen in Fabrikzentren für den geistigen Arbeiter und rede im Sportpalast in Berlin für den deutschen Bauern in der Überzeugung, daß die Stände zusammenkommen müssen, wenn nicht Deutschland verloren sein soll. (Beifall, Heilrufe.) Es ist ein großes Wunder in Deutschland vollzogen worden. In diesem Glauben einer neuen Volksgemeinschaft haben sich Millionen Menschen zusammengefunden, in dieser Synthese von Nationalismus und Sozialismus, vereint. Im Nationalismus den Ausweg gefunden aus dieser heutigen Zersplitterung und im Sozialismus zusammengefunden im Zusammengehörigkeitsbewußtsein aller Stände. Nur so ist es denkbar, daß erst einmal die Möglichkeit gegeben wurde, diese Klassenkämpfe zu überwinden, daß nunmehr auf dem neuen Boden der nationalsozialistischen Bewegung sich Millionen Menschen zusammengefunden haben, die sich vielleicht sonst feindlich gegenüberstünden und im Glück dieses Zusammenkommens nun wieder die Hoffnung zurückerhalten auf das deutsche Volk. Das eine kann wohl niemand bestreiten: Wenn der Geist der Nation der Geist der demokratischen Parteien wäre oder meinetwegen der Wirtschaftspartei [22], oder sonst irgendwelchen

---

18 Im Juli 1889 schlossen sich in Paris verschiedene sozialistischen Vereine und Gewerkschaften zur Zweiten Internationale zusammen, um in einem internationalen Gremium theoretische, nicht aber taktische Fragen zu klären und abzustimmen. Die Zweite Internationale zerfiel während des Ersten Weltkriegs, als die meisten Mitgliedsparteien die Position des Burgfriedens vertraten. Als sich im März 1919 die Zweite Internationale wiederbegründete, initiierte Lenin in bewußter Abgrenzung die Dritte, Kommunistische Internationale. Um einen Ausgleich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bemühte sich die im Februar 1921 gegründete Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bde. 1, 2, Hannover 1961-1963.

19 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

20 Die Anhängerschaft der NSDAP in von der Landwirtschaft geprägten Gebieten Deutschlands lag seit 1932 über dem Durchschnitt des Deutschen Reichs, soweit sie überwiegend protestantisch geprägt waren bereits seit 1930. Das höchste Ergebnis auf Wahlkreisebene beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl erzielte Hitler im Wahlkreis Pommern, in dem 50,7% der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren (reichsweit 30,5%) mit 52,6% (reichsweit 36,8%). Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff.; ders., Wahlen und Abstimmungen, S. 79.

21 Nach der Volkszählung vom 16.6.1925 waren 9.762.000 (30.5%) der Erwerbstätigen im Deutschen Reich in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 16.

22 Vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Mittelparteien oder auch von großen Klassenparteien, dann wäre der Wiederaufstieg Deutschlands undenkbar. Wenn aber dieser Geist der Entschlossenheit und des einigen Willens es fertiggebracht hat, aus einer Handvoll Menschen diese größte Organisation unter solchen Opfern und Widerständen zu schaffen, warum soll denn dieser Geist nicht auch Deutschland wieder groß machen? Er wird es tun! Deutschland wird in der nationalsozialistischen Bewegung die lebendige Keimzelle erhalten für eine neue Wiedergeburt und Volksgemeinschaft. Dieses Deutschland wird aus dieser Wiedergeburt, aus dieser Zusammenfügung der Geistesarbeiter, der Arbeiter der Faust und der Bauern die Kraft erhalten, um die Lebensaufgabe in Angriff zu nehmen, die wir heute als inneren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen für eine deutsche Wirtschaft, Kampf für unseren deutschen Boden als Grundlage jeder nationalen Wirtschaft und ihre politische Gesundung. Kampf gegen die Auswüchse und Vernichtung derer, die gegen Deutschland handeln wollen.

Wir stehen heute mitten im hessischen Wahlkampf[23]. Am 19. Juni [*1932*] soll diese Wahl stattfinden. Nächsten Monat stehen wir wieder vor einer Wahl des deutschen Reichstages[24]. Ich hoffe, noch in diesem Jahr vielleicht in ein paar weitere Wahlkämpfe ziehen zu können. Ich weiß, den bürgerlichen Parteipolitikern wird es übel bei diesem Gedanken. Ich weiß, auch die Sozialdemokratie, Zentrum und K.P.D. haben einen heimlichen Abscheu vor diesen dauernden Beunruhigungen des politischen Lebens und ihrer Existenz.

Ich kann nur sagen, ich bin glückselig, jeden Monat so kämpfen zu können, und mit mir alle meine Mitkämpfer der großen Organisation, die dazu erzogen sind, diesen Kampf zu suchen, weil wir überzeugt sind, daß wir zuerst alles andere überwinden müssen, um zum endgültigen Sieg und Wiederaufbau zu kommen. Wir kämpfen nicht um Ministerstühle oder Mandate, wir kämpfen um die politische Macht in Deutschland. Sie müssen daher auch verstehen, daß es denkbar sein kann, daß man in einem Landtag 160 Mandate haben kann und trotzdem in keine Koalition eintritt. Ich weiß, unsere Bürgerparteien, die können das nicht begreifen. Ich weiß, die Parteipolitiker der Mitte werden sagen: Mit 162 Mandaten und keine Koalition[25]? Ja, wofür kämpft ihr denn? Wenn uns (den Bürgerlichen) der Himmel 20 Mandate gibt, sind wir bereit, *überall* mitzumachen, *wo* man uns nur annimmt.

Meine Volksgenossen! Auch die Nationalsozialisten sind bereit, bei einer Koalition mitzumachen!, unter der Voraussetzung, daß in dieser Koalition nicht der Geist des bisherigen Deutschlands regiert und nicht die Ziele der bisherigen Parteien verfolgt werden, sondern unser Programm anerkannt wird; und wenn man das nicht will, dann soll man nicht glauben, daß wir unter irgendeiner Voraussetzung unsere Idee, unsere Ideale preisgeben werden. Dann werden wir eben wieder aufs Neue hinausgehen ins Volk und weiterkämpfen, unermüdlich, bis am Ende doch die Stunde kommt, da unser Ziel verwirklicht werden kann.

So kämpfen wir auch in diesem Wahlkampf nicht um ein paar Mandate mehr oder weniger, sondern um die Seele des deutschen Menschen. Wir kämpfen für die Erweckung der deutschen Menschen, dafür, daß sie sich von ihren Klassen und Ständen loslösen in Stadt und Land und wieder zusammenkommen. Dann versucht, die Notwendigkeiten des gemeinsamen Lebens auch

23 Vgl. Dok. 89, Anm. 15.
24 Vgl. Dok. 84, Anm. 6.
25 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

gemeinsam zu erkennen und gemeinsam zu lösen. Wir kämpfen dafür, daß die deutschen Menschen loskommen von ihrem Vorurteil und erziehen sie zu einer wirklichen Gemeinschaft, denn nur so kann eines Tages hinter eine deutsche Politik die deutsche Kraft treten, ohne die kein Mensch eine Nation, die unser Volk zu führen, zu vertreten hat, in der Lage ist. Wir kämpfen darum, heute und morgen, am 19. Juni [*1932*] ist ein Schlachttag und am 20. Juni [*1932*] geht die Arbeit wieder weiter. Am 31. Juli [*1932*] ist eine gewaltige, große Schlacht in Deutschland und am 1. August wird unser Kampf weitergehen, unermüdlich, bis aus 13 Millionen endlich doch 30 Millionen und 40 Millionen geworden sind. (Stürmische Heilrufe.)

Wenn unsere Gegner sagen, das werden wir nie erreichen. Die Zeit tut das ihrige dazu. Vor dreizehn Jahren, wenn sie damals gefragt hätten, ob ich wohl in 13 Jahren eine Partei von 13 Millionen besäße, dann hätten sie gesagt: wahnsinnig, ganz ausgeschlossen. Aber ich glaube, der Weg von 7 Mann bis heute war schwerer und größer als der Weg von heute zu den kommenden 30 und 40 Millionen, als der Weg zur Nation. Sie müssen sich jetzt mit einem abfinden. Es ist alles denkbar natürlich, denkbar, daß wir im Kampf das Leben verlieren, aber undenkbar, das wir ihn aufgeben. Wir kämpfen mit einer Zähigkeit, die alles überwinden wird. Ich gehöre, und meine Kämpfer mit mir, nicht zu den Menschen, die heute das vertreten und morgen jenes, nein, dazu habe ich von meinen Vorfahren einen zu harten Bauernschädel geerbt, - ich habe mir und meiner nationalsozialistischen Bewegung das Ziel gesetzt, das werden wir verfolgen und wir werden es erreichen. Wir haben ja erlebt, was aus den Prophezeiungen unserer Gegner geworden ist. Vor wenigen Wochen glaubten sie uns endgültig beseitigt zu haben.

Ich sagte damals: Meine hohen Herren, ihr beurteilt alles aus eurer eigenen Mentalität heraus, weil bei euch die Bedeutung und der Wert zu häufig nur in eurer Kleidung und Äußerlichkeit steckt und glaubt, daß auch der Sinn des Nationalsozialismus nur in seinem braunen Hemd[26] stecken würde, wenn man das auszieht, würden wir aufhören, Nationalsozialisten zu sein; das braucht man nur zu verbieten und die Partei wäre tödlich getroffen[27]. So meinten sie - aber sie haben das Gegenteil erlebt. Wir sind weiter gewachsen und nur noch zäher geworden. Zäher wie sie. Denn sie sind mürbe. Schon seh' ich heute wieder das Braun hier und dort in Erscheinung treten, morgen wird dieses Braun in ganz Deutschland wieder da sein[28]. (Stürmische Heilrufe.) In einem Jahr wird dieses Braun beängstigend werden und in 10 Jahren wird es das Ehrenkleid sein der deutschen Nation und unsere Fahne das von allen anerkannte Siegeszeichen der neuen deutschen Freiheit! (Heilrufe.)

Sie haben am 19. Juni eine Schlacht zu schlagen. Kämpfen Sie anständig, kämpfen Sie gut, erfüllen Sie Ihre Pflicht, so wie wir sie 13 Jahre lange erfüllt haben!

---

26 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Kakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Jill Halcomb, The SA. A Historical Perspective, Columbia 1985, S. 87 ff.

27 Anspielung auf die Uniformverbote, die seit April 1930 gegen die NSDAP verhängt worden waren. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

28 Anspielung auf die unmittelbar bevorstehende Aufhebung des SA-Verbots. Vgl. Dok. 79, Anm. 11, Dok. 96, Anm. 1.

15. Juni 1932 Dok. 93
Rede auf NSDAP-Versammlung in Darmstadt[1]

Darmstädter Tagblatt/Hessische Neueste Nachrichten vom 16.6.1932, "Adolf Hitler vor 35.000 auf der Rennbahn"[2].

Als die Dunkelheit schon hereingebrochen ist, nimmt *Adolf Hitler* das Wort und erklärt u. a.: Es ist ein wunderbares Bild, das Deutschland heute bietet. Ein Volk, von dem unsere Gegner[3] schon angenommen haben, daß es versunken sei in Verzweiflung, Verzagtheit und Hoffnungslosigkeit, scheint sich wieder auf sich selbst zu besinnen. Was sich im Nationalsozialismus zeigt, ist viel mehr als bloß eine parteipolitische Bewegung. Es ist keine parlamentarische Erscheinung, wie sie unsere Gegner oft darstellen. Was diese Bewegung von allen anderen abhebt, ist nicht ihre Zahl, nicht die imposante Größe, nicht das Wunder ihrer Organisation, sondern *ihre fanatische, innere Begeisterung, dieses neue Vertrauen zu unserem Volk und in seine Zukunft.* Überall in Deutschland das gleiche Bild wie heute Abend in Darmstadt, an der polnischen Grenze, in Schlesien, in Ostpreußen, im Süden und an der Ruhr[4]. Überall die Erhebung des deutschen Glaubens, der deutschen Lebenszuversicht und eines neuen deutschen Willens. Aus diesem neuen Willen zur Einheit ersteht unsere einmütige Kraft. Mögen unsere Feinde gegen diese Bewegung was auch immer im Schilde führen, sie müssen sich vor der Tatsache beugen, daß das, was sie in den letzten 14 Jahren erstrebten, mißlungen ist. Sie tun oft, als besäßen sie die größere Geistigkeit und legten keinen Wert auf die Zahl. In Wahrheit haben sie um die hinter uns stehenden gigantischen Menschenmassen gerungen, aber das Volk ist ihnen nicht gefolgt. Gewiß gibt es auch bei uns, am Anfange einer Millionenbewegung, Menschliches, allzu Menschliches[5], aber es ist doch unbestreitbar, daß in unserer Bewegung etwas ist, das die Millionen magnetisch zu uns hinzieht, das sie fesselt über alle Berufsstände hinweg, über alle Stämme und Konfessionen, über Schranken der Herkunft und Grenzen aller Vorurteile und Lebensstellungen. *Es ist die im deutschen Menschen nicht erloschene, tiefe Sehnsucht, die seither kein Ziel hatte.* Die Menschen wollen über den Streit und Hader, über die Zerrissenheit des Parteilebens des letzten Jahrzehnts endlich hinauskommen, wollen sich verstehen lernen, Stadt und Land, Arbeiter und Bauer und Intellektueller, Protestanten und Katholiken. Sie wollen sich zusammenfinden in der vom Schicksal uns auferlegten Lebensnotwendigkeit, für unsere Existenz und für die Zukunft unseres Volkes zu kämpfen. Es ist keine Bewegung des Augenblicks, die heute kommt und morgen vergeht, denn sie mußte kommen, wenn Deutschland nicht vergehen will.

---

1 Auf der Radrennbahn an der Heidelberger Straße, nach 21.00 Uhr. An der von Bezirksleiter Otto Heß eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 35.000 Menschen teil (VB: 60.000). Hitler sprach eine Stunde. Einige SA- und SS-Leute sowie Hitlerjungen erschienen in Uniform, obwohl das Verbot (vgl. Dok. 36, Anm. 4) noch nicht aufgehoben war, die meisten jedoch im weißen Hemd. Nach der Versammlung fand ein Fackelzug zum Paradeplatz statt.

2 Vgl. auch Darmstädter Zeitung vom 16.6.1932, "Hitler in Darmstadt"; Hessenhammer vom 17.6.1932, "Hitler vor 50.000 in Darmstadt"; Hessischer Volksfreund vom 16.6.1932, "Hitler in Darmstadt".

3 Gemeint sind die ehemaligen Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg.

4 Bezieht sich auf Hitlers Wahlkampfreisen im ersten Halbjahr 1932.

5 Nach der 1878 erschienenen Schrift "Menschliches, Allzumenschliches" von Friedrich Nietzsche (1844-1900).

Adolf Hitler gab dann einen Abriß der Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung aus kleinstem Kreis zu der heutigen Millionenbewegung. Sie sei entstanden aus der Unfähigkeit der bisher regierenden Parteien, deren Versagen nicht Schicksalsfügung sei, sondern Schuld ihrer menschlichen Schwächen und Fehler. Nur dem Tüchtigen allein sei das Glück auf die Dauer treu. Heute sehe jeder einzelne Deutsche mit Entsetzen, wohin wir gelangt seien. Die Opferung der Ehre, der Kraft, der politischen Größe Deutschlands habe auch zur Opferung der wirtschaftlichen Existenz geführt. Jedem einzelnen Stand hätten die bisherigen Machthaber Rettung versprochen und hätten einen Beruf vom anderen isoliert.

Ein Trümmerhaufen sei übrig geblieben. Aus der Erkenntnis der Wurzeln dieses Niederganges sei die nat[*ional*]soz[*ialistische*] Bewegung entstanden. Wir waren entschlossen, erklärt der Redner, eine *neue Sammlung des deutschen Menschen zu versuchen, ihn herauszulösen aus dem alles zerfressenden Zwiespalt zwischen internationalem Marxismus und einem bürgerlichen Nationalismus.* Die Austragung des Kampfes dieser beiden Pole hätte zum Untergang des Volkes führen müssen. Aus der Erkenntnis dieser Tatsachen wende sich der Nationalsozialismus an die Seele des Deutschen an sich, er appelliere nicht an den Bürger und seine Instinkte, nicht an den Proletarier und seine Vorurteile, nicht an den Angestellten und Bauern, - er fordere die Verbindung von Hand- und Kopfarbeitern und wirtschaftlich die Beseitigung des reinen Export- und Importdenkens.

Die neue Bewegung will offen kämpfen in ihrem neuen Kleid, das die Streiter des neuen Deutschlands tragen[6]. Gerade aus den Verfolgungen, den Unterdrückungen und den Blutopfern der Bewegung ist ein neuer Kern zusammengeschmolzen worden, um den sich das Volk schart im Ringen um das ganze Deutschland. Über dem Kampf um die Länder und um das Reich steht der Kampf um den deutschen Menschen. Es geht nicht um Gemeinderatsposten, um Ministersessel und Landtagsmandate, wir sagen: Entweder Deutschland wird gerettet, oder wir wollen lieber ohne diese Verschönerungen im Kampf für unser Volk zugrunde gehen. Was die Zeit des Glückes in Deutschland nicht vollbrachte, dazu führt uns jetzt die Zeit der Not: Wir müssen erkennen, daß ein Volk keine Unterstützung, keine Gnade und Barmherzigkeit verdient und findet, wenn es sich selbst aufgibt. Der Nationalsozialismus ist der größte politische Kampf der deutschen Geschichte um Freiheit und Ehre. Auch die Hessenwahl[7] ist nur ein Abschnitt aus unserem großen Kampfe. Er braucht nicht, kann aber entscheidend sein. Er ist für uns das pflichtgemäße Ringen um eine neue Stellung des Nationalsozialismus in Deutschland, um ein Deutschland der Einheit, der Größe, der Kraft und Macht, der Sittlichkeit und des sozialen Glückes für den einzelnen Menschen.[8]

6 Anspielung auf die Uniformverbote, die seit April 1930 gegen die NSDAP verhängt worden waren. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

7 Vgl. Dok. 89, Anm. 15.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Juni 1932 Dok. 94
Rede auf NSDAP-Versammlung in Offenbach a. M.[1]

Offenbacher Zeitung vom 17.6.1932, "Hitler in Offenbach a. M."[2].

Seine Ausführungen, die etwa denen in seinen Reden in Worms[3], Mainz[4] und Darmstadt[5] entsprachen, hatten etwa folgende Grundgedanken: Es muß schon irgend etwas Gewaltiges sein, was das deutsche Volk heute zwingt, in so großer Zahl zu demonstrieren und in einer so großen Bewegung sich zusammenzufinden. Unsere Gegner, sie tun ja heute so, als ob ihnen selbst an der Zahl wenig läge. Wir wissen, daß das nur Feststellungen des Fuchses sind, dem die Trauben zu hoch hängen und dem sie deshalb zu sauer erscheinen. Sie möchten das Volk genau so wie wir besitzen, wenn das Volk nur irgendwie auf das reagieren wollte, was sie dem Volk zu bieten haben. Es gibt aber keine schärfere Widerlegung der Behauptung, daß der Nationalsozialismus nur eine Angelegenheit einiger überspannter Menschen wäre, als die Tatsache, daß diese Bewegung heute das ganze Volk erfaßt und einen solchen gewaltigen Ausdruck findet, nicht nur hier, sondern genau so im übrigen Deutschland. Wo immer man hinkomme, es geht eine gewaltige Erhebung durch die deutsche Nation. Und wieder wollen unsere Gegner sagen, daß das der Ausfluß der wirtschaftlichen Not und Verzweiflung wäre. Meine Volksgenossen, das könnte nur dann stimmen, wenn diese Bewegung ein Programm besäße, so wie meinetwegen die Aufwertungspartei[6] oder die Wirtschaftspartei[7] usw. Sie hat aber nicht dieses Programm, sondern ein ganz anderes. Sie könnte dieses Programm auch gar nicht besitzen, denn diese Programme sind seit über 13 Jahren in Pacht gegeben. Seit den Tagen der Revolution wird die deutsche Politik ausschließlich von Parteien bestritten, die ihrerseits vorgeben, Stand und Beruf, Beruf und Stand aus dem Verderben zu retten. Es gibt keine Lebensstellung, die nicht in Deutschland ihre politische, parlamentarische Vertretung gefunden hätte[8]. Die Bauern, sie haben ihre Bauernpartei, der Mittelstand seine Mittelstandspartei, die Arbeiter, sie haben ihre proletarische Arbeiterpartei. Es gibt gar keinen Beruf, der nicht seine Spezialpartei besäße. Vierzehn Jahre haben diese Spezialparteien die Vertretung ihrer gläubigen Anhänger betrieben. Und ich meine, daß eigentlich vielleicht manche Partei geglaubt hat, sich zu retten,

---

1 Auf dem Sportplatz am Bieberer Berg, von 21.30 bis 22.30 Uhr. An der von Bezirksleiter Otto Heß eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 20.000 Menschen teil (VB: 40.000). Vor Hitler sprach Kreisleiter Bernhard Graf zu Solms-Laubach. Sitzplätze kosteten 50 Pfennig oder 1 RM, Stehplätze 10 oder 20 Pfennig. Kurz vor Hitlers Erscheinen wurden die bislang nur wenig besetzten Sitzplätze freigegeben.

2 Vgl. auch Offenbacher Abendblatt vom 17.6.1932, "Zirkus Hitler in Offenbach"; Offenbacher Nachrichten vom 17.6.1932, "Der Führer in Offenbach"; VB vom 18.6.1932, "40.000 Arbeiter hören Adolf Hitler in Offenbach" sowie Alfred Kurt und Otto Schlander, Der Kreis Offenbach und das Dritte Reich. Leben und Politik, Verfolgung und Widerstand im Kreisgebiet in den Jahren 1930 bis 1945, Dreieich 1991, S. 82 ff.

3 Vgl. Dok. 89.

4 Vgl. Dok. 91.

5 Vgl. Dok. 93.

6 Bezieht sich auf die 1926 gegründete Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (Volksrecht-Partei), die bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 0,8% der Stimmen und zwei Mandate erhalten hatte. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 739 ff.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 28, Anm. 9.

daß aber die Gläubigen selbst nicht gerettet worden sind. Die Arbeiter und die Bauern und der Mittelstand usw. müssen am Ende zugeben, daß alle ihre Hoffnungen nur Trugschlüsse gewesen sind. Die Meinung, man müsse überhaupt die Nation, die so zusammengebrochen war wie die deutsche, einfach dadurch retten, daß man sie zergliedert und aus der Gesamtheit heraushebt und in dem gegenseitigen Kampf das Spiel der parlamentarischen Kräfte losläßt in der Hoffnung, daß nun Arbeiter gegen Bauer, Angestellte gegen Beamte sich erheben müßten, basiert auf dem tiefsten Trugschluß, den es überhaupt nur geben kann. Der Kampf der Interessen hat sich so gesteigert, daß er die Nation zerreißt und zum Gegenteil von dem wird, was man vorhaben wolle. Es ist eine ewige Wahrheit, daß aus dem Verlust der Ehre eines Volkes, aus dem Verlust der Freiheit aber auch der Verlust des Rechtes und der wirtschaftlichen Blüte erwächst. Die Menschen waren sich erst später klar darüber, daß sie nicht richtig organisiert sind, daß erst die Knute der Not kommen mußte. In Deutschland ist es nicht anders. Wer vor dreizehn Jahren das Schicksal prophezeite, das Schicksal, das die Nation getroffen hat, wurde verlacht, wer wahrheitsgemäß schilderte, was kommen mußte, dem wurde nicht geglaubt. Wir waren damals die üblen Propheten, wir waren die Hetzer, die Schuld trugen, daß das Volk nicht zur Ruhe kam, so hieß es damals. Alles ist anders gekommen wie sie prophezeiten, weil sie alle geglaubt haben, ein Emporstieg der Wirtschaft würde seinen Anfang nehmen. Das Leben aber kennt die Wirtschaft nur als eine Funktion des Lebens, als eine Funktion, die gebunden ist an bestimmte machtpolitische Voraussetzungen. Und wenn auch unter den Vorspiegelungen falscher Wirtschaftspropheten das Volk, vielleicht geblendet von diesen schönsten Aussichten des Lebens, zu ihnen sich hinneigt, beweist die Geschichte eins, daß alle diese Bewegungen niemals zu einer derartig großen beseelten Kraft haben emporsteigen können. Wo sind die großen Parteien heute? Alles ist im Schwinden begriffen[9]. Das ist der beste Beweis, daß trotz der scheinbar so zündenden wirtschaftlichen Parole das Volk selbst im Innern gar nicht erfüllt wird von einem wirklichen Glauben an dieses Zukunftsbild. Und demgegenüber dieses wundervolle Wachsen einer einzigen Partei in Deutschland, die in wenigen Jahren nicht nur zu einer großen ziffernmäßigen Organisation, sondern zu einem vom Leben erfüllten Körper geworden ist. Ein wundervoller Gegensatz: auf der einen Seite die Wirtschaftspartei und die Parteien der überlegten [*sic!*] Männer, klein verschwindend, verzagt, auf der anderen Seite die Bewegung der Idealisten oder, wie sie sagen, der Phantasten. Trotz Terror, trotz Allmachtmitteln, trotz der drohenden Verelendung, trotz allem diese ungeheure Entwickelung. Die Bewegung hat früher schon erkannt, daß die wirtschaftliche Not kommen wird. Ich war überzeugt, führte Hitler im weiteren Verlauf aus, daß das, was Menschenhände errichtet haben, andere Menschenhände wieder beseitigen können. Ich weiß, daß Millionen meiner Volksgenos-

9 Bei den Landtagswahlen, die in der ersten Hälfte des Jahres stattgefunden hatten, erreichten folgende Parteien (ohne NSDAP) einen Stimmenanteil von mehr als 10%: Am 13.3.1932 in Mecklenburg-Strelitz die SPD 26,9% (1928: 37,9%), die DNVP 31,0% (1928: 20,8%). Am 24.4.1932 in Anhalt die SPD 34,3% (1928: 42,4%), in Bayern die SPD 15,4% (1928: 24,2%), die BVP 32,6% (1928: 31,6%), in Preußen die SPD 21,2% (1928: 29,0%), das Zentrum 15,3 (1928: 14,5%) und die KPD 12,8% (1928: 11,9) sowie in Württemberg die SPD 16,6% (1928: 23,8%), das Zentrum 20,5% (1928: 19,6%) und der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund 10,7% (1928: 18,1%). Bei der Bürgerschaftswahl am 24.4.1932 in Hamburg die SPD 30,2% (1931: 27,8%), die KPD 16,0% (1931: 21,9%) sowie die DDP 11,2% (1931: 8,7%). Am 5.6.1932 in Mecklenburg-Schwerin die SPD 30,0% (1929: 38,3%) sowie am 29.5.1932 in Oldenburg die SPD 18,8% (1931: 20,9%) und das Zentrum 15,5% (1931: 17,6%). Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 89 ff.

sen aus allen Lagern heute vielleicht zum ersten Mal nach Jahrzehnten im Erkennen der Situation wieder glücklich geworden sind, Millionen, die zu uns gehören. Ich weiß, daß Millionen das nicht verstehen, weil sie es nicht verstehen dürfen. Sie wollen auch nicht verstehen, weil sie vom Mißverständnis der Nation leben. Es wird aus dieser Zeit des heutigen Marxismus wieder eine Zeit des Idealismus kommen, und dann wird die deutsche Nation wieder ihre urewige Kraft ausströmen und dann wird die Welt sehen, daß Deutschland nicht verloren ist.

17. Juni 1932 Dok. 95
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gießen [1]

Gießener Anzeiger vom 18.6.1932, "Hitler spricht in der Gießener Volkshalle" [2].

Hitler erklärte in seiner etwa einstündigen Rede u. a.: Wenn in diesen Wochen die anderen Parteien in Deutschland zur Wahl schleichen, tiefbekümmert und traurig über die fortgesetzte Auflösung deutscher Länderparlamente [3] und jetzt des Reichstages [4], so ist die NSDAP darüber froh bewegt. Sie hat allen Grund dazu.

Ich glaube nicht, daß es seit den Befreiungskriegen [5] *in Deutschland jemals eine so gewaltige Welle der Erhebung und Bewegung gegeben hat, wie sie jetzt durch die deutschen Gaue braust.*

Es ist etwas Gewaltiges, das heute die Menschen in allen deutschen Provinzen und Ländern so bewegt und das sich nicht im geringsten vergleichen läßt mit den anderen Parteien. Wenn wir bedenken, daß seit 13 Jahren in Deutschland sich fast alles nur langsam abwickelte, daß fast alles steril blieb oder zurückging, auf dem Gebiete der Wirtschaft und des politischen Lebens überall Erschlaffungen eingetreten sind und auf vielen Gebieten Verfall festzustellen ist, daß Parteigebilde seit 1918 vollkommen verschwunden sind oder im Begriffe sind zu verschwinden, daß andere Parteien schwer geschwächt dastehen und wieder andere mindestens zum Stillstand gekommen sind [6], und dem die Tatsache gegenüberstellen, daß aus einem klei-

---

1 In der Volkshalle, von 22.40 bis 23.10 Uhr. An der von Gauleiter Karl Lenz mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen rund 15.000 Menschen teil (VB: 20.000). Vor Hitler sprach Kreisleiter Bernhard Graf zu Solms-Laubach.

2 Vgl. auch VB vom 19./20.6.1932, "20.000 in Gießen beim Führer - 8.000 in der Festhalle, über 12.000 vor dem Riesenbau" sowie Jörg-Peter Jatho, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Werner Wolf/Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

3 Die Hamburger Bürgerschaft hatte sich am 23.3.1932 selbst vorzeitig aufgelöst, der Landtag von Oldenburg war durch Volksentscheid (vgl. Dok. 69, Anm. 12) aufgelöst worden, und in Hessen hatte der hessische Staatsgerichtshof Neuwahlen angeordnet (vgl. Dok. 89, Anm. 15).

4 Vgl. Dok. 84, Anm. 4.

5 Vgl. Dok. 60, Anm. 24.

6 Die Landtagswahlen am 24.4.1932 (vgl. Dok. 30, Anm. 3) hatten einen dramatischen Stimmenverlust der bürgerlich-gemäßigten Parteien mit sich gebracht. Die aus der DDP hervorgegangene Deutsche Staatspartei, die DVP, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei und die Wirtschaftspartei, die bisher die Politik

nen Häuflein Menschen in der gleichen Zeit die ziffernmäßig größte Bewegung geworden ist, die Deutschland jemals gesehen hat[7], eine Bewegung, die unerhörtes Leben in sich trägt und die erfüllt ist von Glaube, Hoffnung und Zuversicht, so kann nicht bestritten werden, daß hier eine ganz besondere Kraft mitwirken muß. Was unsere Bewegung zu ihrer heutigen Größe emporgeführt hat, ist nicht nur die glänzende Organisation, sondern

ein innerer Glaube, eine innere Zuversicht, das Gefühl einer inneren Notwendigkeit, einer inneren Sehnsucht, die Deutschland schon seit vielen Jahrzehnten in sich trug und die sich nun in unserer Bewegung vorfindet.

Der Redner erinnerte dann an seine Eindrücke und Gedanken, als er im Jahre 1918 von der Front zurückkehrte[8], und betonte, er habe schon damals die Überzeugung gehabt, daß die Revolution Deutschland nicht das bringen werde, was das Volk erhoffte. Er legte dann die Verantwortung für die Revolution den damaligen Umstürzlern, aber auch den damals herrschenden Gewalten zu Lasten; die einen seien schuldig, daß sie die frühere Staatsorganisation zertrümmert hätten, die andern seien genauso schuldig, daß sie sich hätten stürzen lassen. Er erklärte dann u. a. weiter: Ich war mir 1918 klar darüber, daß die Revolution an sich nicht das schlimmste war, sondern das schlimmste sein würde, daß durch die Revolution die Kräfte, die Deutschland früher schon zerrissen haben, sich nun frei würden auswirken können. Schon längst vor der Revolution von 1918 hat in Deutschland eine geistige Revolution stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Bismarcksche Reichseinigung[9] in eine Reichszerstörung ausgeartet ist. Bismarck suchte eine praktisch immerhin denkbare Spaltung zwischen den deutschen Stämmen zu überwinden, zu derselben Zeit trat aber eine *neue Spaltung zwischen Bürgertum und Proletariat* ein. Diese Spaltung verstehen viele Teile des Bürgertums heute noch nicht.

Auch jetzt wieder ist jeder dieser beiden Teile der Nation bereit, für eine Idee einzutreten, die nicht Deutschland an sich heißt, die nicht die ganze Nation umfaßt.

Die heutige bürgerliche Parteipolitik erklärt, daß sie keine Spaltung mit dem anderen Volksteil *wolle*. Darüber ist aber gar nicht zu fragen, sondern nur darüber, ob sie diese Spaltung verhindern *kann*. Ebenso bleibt die Tatsache bestehen, daß in Deutschland Millionen der Internationale[10] bestehen [*sic!*], die erklären, wir kennen zuerst eine Internationale und kein Vaterland, das Deutschland heißt[11]. Diesen Gegensatz haben die früheren Gewalten nicht zu beseitigen vermocht. Deshalb muß gesagt werden: wenn ein System nicht mehr die Kraft besitzt, eine Katastrophe zu verhindern, dann muß ein solches System *abtreten und andere Kräfte in Erscheinung treten lassen*. Es war schon 1918 meine Überzeugung, daß die bisher herrschenden Parteien diese Frage nicht würden lösen können.

---

in gewissem Umfang mitbestimmt hatten, waren zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Die DNVP hatte einen starken Einbruch. Zentrum, BVP und SPD konnten sich, gemessen an den Verlusten der übrigen Parteien, behaupten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Alfred Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien, S. 743-793, S. 766 ff.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 24.

9 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.

10 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

11 Anspielung auf den Vorsitzenden der USPD, Arthur Crispien, der auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt hatte, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne ..." Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

Diese Frage ist in erster Linie eine Frage der Bildung unseres Volkskörpers überhaupt, ist eine Frage der inneren Solidarität, nicht eine Frage der Sanierung unserer Wirtschaft, sondern eine Frage der Sanierung unseres Volkskörpers. (Stürmischer Beifall.) *Wenn nicht zuerst das deutsche Volk saniert und regeneriert wird, dann würden alle Versuche, die deutsche Wirtschaft zu sanieren, vergebens sein.*

Jede Wirtschaft blüht nur als Folge der politischen Blüte. Auf die Dauer kann keine Nation bestehen, die nicht von einer *größeren Idee* beseelt ist als von der Vorstellung, wir müssen eine blühende Wirtschaft besitzen. Unser ganzes Volk muß doch sehen, daß ihm etwas fehlt, was die Wirtschaft ihm nicht ersetzen kann: Die innere Zuversicht, die Gläubigkeit, die Hoffnungsfreudigkeit, *der Geist der Nation.* Weil den anderen Parteien diese Überzeugung, dieses Fundament fehlt, gehen sie zugrunde.

Glauben heißt, daß Hunderttausende von Menschen jederzeit bereit sind, für eine Vorstellung einzutreten, sich dafür drücken und unterdrücken, aber doch nicht beugen zu lassen und allen zum Trotz nicht zu verzagen, daß sie stark sind im Glauben an ein Ideal.

Es gibt kein Ideal, das auf Schwäche, auf Vergänglichkeit begründet ist. Es gibt keinen Begriff des Opferns, wenn man nicht an die Zukunft glaubt. Jeder muß glauben auch an die kommende Existenz seines Volkes und wenn die ganze Kraft diesem Volke sich zuwendet und sich in seinem Dienste verausgabt.

Heute sagen viele, *Sozialismus und Nationalismus* sind unvereinbar. Der eine sagt, ich muß als Bürger den Sozialismus ablehnen. Aber eine Bewegung, die Millionen ergriffen hat, kann man damit nicht abtun. Der andere sagt, ich will mit Nationalismus nichts zu tun haben. Aber auch den Nationalismus kann man nicht ohne weiteres ablehnen. Es gibt Zeiten, in denen das Fundament geformt wird, auf dem erst das andere Leben erstehen kann. Es kann kein wirtschaftliches und politisches Leben geben, wenn nicht ein gemeinsames tragendes Fundament da ist. Über gewisse Grundfragen müssen einheitliche Auffassungen bestehen.

Heute ist die ganze Plattform unseres Lebens aufgelöst. Zwei Weltanschauungen ringen hier miteinander, und solange diese Frage nicht entschieden ist, wird keine Ruhe herrschen.

Wenn diese Frage nicht entschieden wird, wird die ganze aktivistische Kraft unseres Volkes in diesem geistigen Kampf gebunden und verbraucht. Solange wird Deutschland als aktiver Faktor in der großen Außenpolitik ausscheiden und in der Innenpolitik gebunden und zerrissen werden. Es ist nicht belanglos für unsere Zukunft, ob dieses Problem gelöst wird, sondern es ist überhaupt *die* deutsche Frage: Entweder es siegt der Sozialismus oder der Nationalismus, oder beide siegen überhaupt nicht, sondern kämpfen auf Leben und Tod, bis aus dem Volke der letzte Widerstand kommt, und einer der beiden Begriffe wird überwunden und damit zu einem neuen lebendigen Begriff zusammengefaßt. Aber 1918 dachte der eine nur als Proletarier, der andere nur als Bürger, keiner aber als *Deutscher!* Wir haben versucht, die beiden Begriffe *Sozialismus* und *Nationalismus* zusammenzuschweißen[12], sie neu zu gestalten, um die *gegenseitige Abkapselung zu verhindern.* Wenn das deutsche Volk sich überhaupt wieder erheben will, dann ist dazu ein ungeheurer sozialer, geistiger und nationaler Auftrieb notwendig.

Der kommende Auftrieb wird nur dann eintreten, wenn er in der Gestalt eines sehnsüchtig erhofften Ideals sich verwirklicht.

---

12 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.

Millionen Menschen haben heute noch das Gefühl, daß sie im Staat und Volk zweitklassig sind, und dieses Gefühl können sie nicht ertragen. Wer den deutschen Befreiungskampf organisieren zu können glaubt nur von der Hochschule oder vom Bürgertum aus, ohne die Millionenarmee des Proletariats, der lebt in einer anderen Welt als wir. (Stürmischer Beifall.)

Voraussetzung für die Gewinnung der Millionenmassen von Proletariern ist, daß der Staat, der nun aufgebaut wird, von unserer Art ist, unseren Opfergeist hat, ein Gemeinsamkeitsstaat in unserem Sinne wird.

In Zukunft müssen die Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum, zwischen Bauer und Bürgertum überwunden werden, und aus diesen drei Faktoren muß eine neue Einheit entstehen. Höchster Nationalismus ist nichts anderes als volle Hingabe des einzelnen an das Volk; ebenso kann es auch mit dem Sozialismus nicht anders sein. Dieses Ideal bewegt heute schon Millionen Deutscher und gibt ihrem ganzen Handeln wieder einen Sinn. Wenn es gelingt, daß diese Kräfte jetzt frei werden zum Einsatz für unser gesamtes Volk, dann wird aus der Zeit des Haders, der Ohnmacht und des Verzagtseins sich ein neues Deutsches Reich erheben, weil eine neue deutsche Nation entsteht, weil ein neues Volk erfüllt wird mit größeren Idealen, weil die Menschen bereit sind, dafür zu opfern. Man wird nicht einig durch Reden, sondern Einigkeit setzt voraus das gemeinsame Kämpfen, Opfern und Ringen. Voraussetzung ist auch, den Proletarier aus seinem heutigen Klassenhaß zu lösen, schwer wird es auch sein, einen Verbildeten aus seinem Unverstand herauszuziehen. Und doch müssen beide einsehen,

daß sie ein gemeinsames Schicksal haben, daß der Geist und die Kraft in ihnen aus derselben Quelle entspringt.

Unendlich schwer ist es, Vorurteile zu brechen, aber ich weiß auch, daß es gelingen muß, weil es die Voraussetzung ist, um das deutsche Volk wieder mit einem anderen Geist zu erfüllen als dem Geist vom November 1918. Durch unsere gigantische Millionenbewegung wurden viele Menschen wieder glaubensfroh gemacht und blicken hoffnungsfreudiger in die Zukunft; ihr ist es auch zuzuschreiben, daß die deutsche Jugend aus allen Ständen sich bei uns zusammengefunden hat [13]. Viele Tausende haben wieder gelernt, sich für ein Ideal einzusetzen.

Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die wir gern tragen, aber nicht teilen wollen mit anderen, um das zu tun, was die anderen immer getan haben.

Wir haben dem deutschen Volke durch unsere Bewegung einen lebendigen Glaubensquell gegeben. Wir haben in diese Nation ein großes Ideal hineingebracht. Die Zukunft wird von uns nur unter diesem Gesichtspunkt entschieden werden. Ob wir im Reich oder in den Ländern bei den Wahlen einen Sieg erringen, ist nicht so belangvoll als die Erfüllung der Aufgabe, das *deutsche Volk aus seinem Partei- und Klassenhaß herauszuziehen,* ihm das Ideal des Opferns beizubringen und die Menschen zusammenzuschmieden. (Starker Beifall.)

Der Redner kam dann kurz auf das Verbot der SA [14] zu sprechen und betonte u. a.: Wir haben damals erklärt, es kommt der Tag, wo wir wieder marschieren werden, da könnt ihr tun, was ihr wollt [15]. Wir streichen unsere Kokarde nicht. Wir ziehen unsere Fahnen nicht

13 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.
14 Vgl. Dok. 36, Anm. 4, Dok. 96, Anm. 1.
15 Vgl. z. B. Dok. 36.

herab, nur weil der Gegner das wünscht. Man kann uns das Braunhemd[16] zehnmal ausziehen[17], zum elften Male werden wir es immer wieder behalten. Der Geist in uns, der ganz Deutschland sein sollte, greift immer weiter um sich, und immer mehr Menschen werden neue Stützpunkte für unsere Bewegung. Der Kampf wird weitergehen, die Welle unserer Bewegung wird immer wiederkehren solange, bis Deutschland uns verfallen ist. Dabei ist wichtig, daß jeder einzelne weiß, daß er nicht ohne den anderen existieren kann. Wenn diese Erkenntnis sich überall durchgesetzt hat, wird an Rettung zu denken sein, denn dann ist praktisch die Volkseinheit zurückgekehrt an die Stelle der heutigen Klassenspaltung. Uns belebt immer wieder die Hoffnung auf die große deutsche Nation, auf das einige deutsche Volk. Aus dieser Hoffnung werden die Deutschen des Gemeinsamkeitsbesitzes auch die Kraft erhalten, um wieder

das große Deutsche Reich der Freiheit und der Gerechtigkeit

zu schaffen. Dafür kämpften wir seither, dafür werden wir immer wieder kämpfen, unermüdlich, bis das Werk gelungen ist und über Partei- und Klassenunverstand hinweg sich wieder erhebt die *einige und große Deutsche Nation!* (Stürmischer, immer wieder mit starker Kraft erneuerter Jubel und Beifall.)

18. Juni 1932 — Dok. 96
Anordnung

VB vom 18.6.1932, "Erlaß des Führers".

Ich ordne hiermit die Neuerrichtung der S.A. an[1] und beauftrage damit den Chef des Stabes Ernst *Röhm*.

Die Gruppenführer der S.A. bestätige ich vorläufig in ihren Dienststellen und in den Dienstbereichen, für die sie vor der Auflösung der S.A.[2] ernannt waren.

Die S.S. wird durch den Reichsführer H. *Himmler*[3] neu aufgestellt.

---

16 Vgl. Dok. 92, Anm. 26.

17 Anspielung auf die seit April 1931 gegen die NSDAP verhängten Uniformverbote. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

1 Am 17.6.1932 trat eine "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen", verkündet am 16.6.1932, in Kraft, in der das Verbot von SA und SS aufgehoben wurde. Druck: RGBl. 1932, I, S. 297 ff. Vgl. auch Dok. 79, Anm. 11.

2 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

3 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplomlandwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer der SS, 1930-1933 MdR, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren S.A. gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen[4].

Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes.

Adolf Hitler

19. Juni 1932 Dok. 97
Rede auf NSDAP-Führertagung in Weimar[1]

Der Nationalsozialist vom 21.6.1932, "Adolf Hitler auf der Amtswalter-Tagung in Weimar"[2].

Meine Parteigenossen!

Es gibt vielleicht keinen besseren Beweis für die innere Lebenskraft der Bewegung als die Art, wie die Partei die Verfolgungen besteht und bestanden hat. Die Gegner unserer Bewegung sind sich vielleicht selbst gar nicht im klaren, daß durch die Verfolgungen die Partei für ihre Anhänger einen Nimbus bekommen hat. Unser Braunhemd würde uns nicht so heilig sein[3], wenn es nicht so vielen Verfolgungen ausgesetzt gewesen wäre. Eine Sache, für die man nicht zu kämpfen braucht, ist einem nie das wert, wie etwas, um das man ringen muß. Nichts hat der Mensch lieber als das, was er sich mit Schmerzen und Opfern erwirbt. Wir würden vielleicht auch Deutschland nicht so lieben, wenn es neben aller Größe nicht auch verbunden wäre mit unzähligen Blutopfern, mit unzähligen Gewissenskonflikten. Es ist dieser Zwiespalt, der in der Überwindung durch das Pflichtbewußtsein den Gegenstand, um den man ringt, doppelt teuer sein läßt.

Vor 10 Wochen schickte sich der Reichskanzler an, der Bewegung den letzten Todesstoß zu versetzen[4]. Er meinte, es müsse gelingen, den Deutschen Reichstag außer Kraft zu setzen. Die SA wurde aufgehoben, und am selben Tag forderte man in der Berliner Presse [*die*] Aufhebung der ganzen Partei. 10 Wochen später: der Reichsminister, der die SA verbot, ist gestürzt,

---

4 Am 1.7.1932 setzte Ernst Röhm als Chef des Stabes der SA Hitlers SA-Anordnung vom 3.2.1931 (Druck: Bd. IV/1, Dok. 55) wieder in Kraft. Vgl. Verfügung vom 1.7.1932, Der Oberste SA-Führer, Ch. Nr. 1567/32; IfZ, MA 1226.

1 In der Stadthalle, nach 12.00 Uhr. Die Tagung diente dazu, die Funktionäre mit der neuen Parteiorganisation vertraut zu machen. Auf der von MdL Fritz Wächtler geleiteten Versammlung sprachen vor Hitler Gauleiter Fritz Sauckel, SA-Oberführer Gustav Zunkel, Hauptschriftleiter Hans Ziegler und MdL Heinrich Bichmann. Nach Hitler sprachen MdR Joseph Goebbels, MdR Friedrich Triebel, MdL Willy Marschler und MdR Hermann Göring.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 20.6.1932, "Adolf Hitler und Dr. Goebbels in Weimar"; VB vom 25.6.1932, "Adolf Hitler bei 2.000 Amtswaltern vom Gau Thüringen"; Weimarische Zeitung vom 20.6.1932, "Amtswaltertagung der Thür. Nationalsozialisten".

3 Vgl. Dok. 92, Anm. 26.

4 Gemeint ist das SA-Verbot. Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

der Reichskanzler, der dieses Verbot und die Ausrottung unserer Bewegung zu seinem Programm erhoben hatte, ist beseitigt[5]!

Die Partei steht in einer Reihe schwerster Wahlkämpfe. Einer nach dem anderen geht siegreich aus[6]. Jetzt sehen wir, daß eine Reichsregierung sogar das Uniform- und SA-Verbot aufgehoben hat[7]. Ich glaube, all das ist notwendig. Ich glaube, es ist notwendig, daß keine deutsche Reichsregierung vollständig das erfüllen kann und wird, was die Nation hofft, sondern daß das erst erfüllt wird, wenn die Bewegung die Macht und die Zügel in die Hand bekommt, die die Voraussetzung dazu geschaffen hat. (Beifall.)

Unentwegt dieses Schlußziel im Auge, weiß ich nicht, ob diese Reichstagswahl[8] die letzte sein wird. Ich hoffe es nicht; ich hoffe, daß niemals der Zeitpunkt eintreten wird, wo sich die Führer sagen, nun wollen wir zur Ruhe gehen! Ich hoffe, daß diese Bewegung dauernd scharf bleibt, daß sie lernt, dauernd am Feinde zu bleiben und mit ihm die Klinge zu kreuzen. In unserer Bewegung darf es niemals das Wort Stillstand geben. Wenn Stillstand Rückgang bedeutet und alles das, was rastet, rostet, dann darf unsere Bewegung niemals dieses Wort Stillstand kennen. Ich werde niemals sagen, nun ist es geschafft, nun haben wir es erreicht, nun wollen wir zur Ruhe gehen. Ich kenne die bürgerliche Parole der Ruhe und Ordnung zu genau, um nicht zu wissen, daß sich hinter ihr verbirgt die Feigheit, Halbheit und Schwäche. Ich weiß, daß man das nicht von heute auf morgen abschütteln kann, auch unsere Bewegung ist nach Jahren erst dahin gekommen, daß sie den Kampf begrüßte. Ich kann mir ein Leben nicht vorstellen, wo es keinen Kampf und kein Ringen mehr gibt.

Ich weiß, daß es einige Länder oder einige Parteien gibt, die glauben, diese gewaltige Entwicklung unserer Bewegung von ihrer Position aus bekämpfen zu können. Da dürfen Sie nun die Überzeugung mit sich nehmen, ich gehöre zu den Menschen, die die Dinge und Entwicklungen eiskalt beobachten können. Ich glaube auch, daß ich ausgezeichnete Nerven habe, und ich werde sie nicht verlieren. (Tosender Beifall.) Aber diese Ruhe bedeutet nicht, daß wir alles willenlos hinnehmen werden. Wir werden mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen, um unser Recht zu verteidigen. Sollte aber (mit stark erhobener Stimme) jemand in Deutschland glauben, daß er unter Bruch der Verfassung Unrecht stabilisieren kann, dann kann er uns auch anders kennenlernen. (Stürmischer Beifall.) Wir kämpfen strengstens legal und werden in diesem legalen Kampf alle die Mittel anwenden, die Legalitätsbrecher zu Boden zu werfen[9]. Diese Bewegung brechen sie nie mehr, denn sie ist heute Deutschland. (Minutenlanger Beifall und Heilrufen.) Sie ist die Anwartschaft auf ein deutsches Leben in Zukunft, sie ist die größte Spanne, die wir in Deutschland jemals politisch zusammengefaßt haben, ein einziger deutscher Block von Lebenswillen.

---

5 Das von Wilhelm Groener durchgesetzte SA-Verbot hatte sein Verhältnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg schwer belastet. Als Reaktion auf Groeners Reichstagsrede am 10.5.1932 drohten die Offiziere der Heeresleitung, beim Verbleiben des Ministers im Amt den Abschied zu nehmen, daraufhin gab Groener am 12.5.1932 seinen Rücktritt bekannt. Bis zum Rücktritt des gesamten Kabinetts blieb er geschäftsführend im Amt. Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 348 ff. sowie Dok. 78, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 64, Anm. 1, Dok. 89, Anm. 17, 18.

7 Vgl. Dok. 96, Anm. 1.

8 Mit der Verordnung über die Neuwahl des Reichstags vom 6.6.1932 legte Reichspräsident von Hindenburg den Wahltermin auf den 31.7.1932. Druck: RGBl. 1932, I, S. 257. Vgl. auch Dok. 84, Anm. 6.

9 Vgl. Dok. 36, Anm. 7.

Der 31. Juli [*1932*] ist für uns wiederum nur ein Meßtag, um zu sehen, wie stark wir sind. Ich weiß ganz genau, daß es in Deutschland Menschen gibt, die sagen: Sie sind jetzt stark genug, warum gehen sie denn nicht in eine Koalition hinein [10]. Jawohl, das tun wir unter der Voraussetzung, daß in nichts die Politik des überwundenen Deutschland, sondern die des kommenden Deutschland getrieben wird. Wenn das nicht möglich ist, dann werden wir lieber mit 200 Mann in Opposition stehen, als 30 Ministerstühle besetzen. (Starker Beifall.)

Was bedeuten in den großen Zeiträumen der deutschen Geschichte 12 Monate oder 3 oder 4 oder 10 Jahre. Wenn eine große Sache gemacht wird, dann ist es besser, sie kommt erst in 5 oder 10 Jahren, wenn sie ihr Ziel erreicht, als daß man eine gute Sache vorzeitig preisgibt. Wir werden es niemals ertragen, daß wir mit diesem Regiment einen Frieden schließen. Das Ziel der Überwindung und Beseitigung ist ein uns unverrückbar vorschwebendes, und unsere Beharrlichkeit soll nicht kleiner sein als die Festigkeit dieses Zieles an sich.

Wir gehen mit begründeter Hoffnung in diesen Wahlkampf hinein. Ich hoffe, daß die Bewegung ihre Pflicht erfüllen wird. Wir haben heute die beste Organisation, die Deutschland überhaupt je gehabt hat. Der Opfersinn unserer Parteigenossen ist vorbildlich. Wenn es am 31. Juli [*1932*] nicht gelingt, wird es eben an einem anderen Tag gelingen. Sie haben in Thüringen ein Bild vom Kampf einer Regierung mit den bürgerlichen Parteien, sie waren überzeugt, diese Landtagsmänner, daß sie uns nicht brauchen können, daß sie uns übertölpelt haben [11]. Aber wenn wir noch einmal wählen, dann ist von heute auf morgen von euch überhaupt nichts mehr da [*sic!*]. Und so muß es auch in Deutschland sein. Diese bürgerlichen Herren wollen ganz klug sein. Aber alles das, was sie böse machen wollten, schlägt doch zum Guten aus [12].

Aufziehen werden wir unsere Fahne, so oder so. Sie bringen uns nicht mehr weg, wir werden sie nicht mehr loslassen. Ich kann Sie nur bitten, kämpfen Sie unter Einsatz Ihrer ganzen Person, leisten Sie, was Sie leisten können, vergessen Sie aber nicht, daß am 1. August wieder ein neuer Kampfmonat beginnt. Ganz gleichgültig, was geschieht, am 1. August geht unser Kampf wieder weiter. Und wenn wir Sieger sind, dann wird erst der Kampf der gesamten Nation beginnen für eine größere, bessere, neue Zukunft.

Ich weiß, daß Ihr Gau zu den weitaus vorbildlichsten in Deutschland gehört, und ich zweifle nicht, daß im Thüringer Gau der 31. Juli ein großer Tag werden wird. Ich weiß, daß in ganz Deutschland das Resultat nicht so sein wird, wie hier.
Ich danke dafür, daß es so kommt, neben Ihnen in erster Linie Ihrem Gauleiter Sauckel [13], der einer meiner allertreuesten und besten Kämpfer ist, die ich in Deutschland besitze. (Heilrufen.) Ich werde mich freuen, wenn gerade hier ein großer Sieg erfochten wird, weil ja auch der

10 Bezieht sich auf die Möglichkeit einer Koalition unter Einschluß der NSDAP in Preußen. In der nach 1933 von Goebbels bearbeiteten Fassung seines Tagebuchs findet sich unter dem 21.6.1932 die Aussage: "Die Preußenfrage ist nun endlich klar: wir übernehmen keine Verantwortung. Wir wollen an die Macht, jetzt aber wird um die Macht gekämpft. Eine Reihe von Parteigenossen können diesen Standpunkt noch nicht verstehen. Aber in Zukunft wird sich erweisen, wie richtig er ist. Der Führer bleibt in dieser Frage hart und unerbittlich." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 189 f. sowie Dok. 89, Anm. 8.

11 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

12 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe: "Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Der Geist der stets verneint."

13 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des

Thüringer Landtag einmal wieder gewählt werden muß. Das ist ein parlamentarisches Schicksal, das sich die Herren mit der Weimarer Verfassung zugefügt haben. Ich bin überzeugt, daß so wie in Mecklenburg [14] und Oldenburg [15] auch in Thüringen unsere Fahne allein wehen wird. [16]

22. Juni 1932 Dok. 98
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!" Aufruf

VB vom 23.6.1932, "Ein Aufruf des Führers".

Das Jahr 1932 wird in der Geschichte unserer Bewegung dereinst fortleben als ein Jahr *schwerster Opfer und Kämpfe*, aber auch als das Jahr *größter Siege und Erfolge.*

Zehn Wahlkämpfe liegen hinter uns [1].

Zehnmal kämpften wir gegen eine Front von Gegnern. Zehnmal haben wir beispiellose Siege erfochten!

Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus Deutschlands größte Partei ist, kann heute von niemand mehr geleugnet werden [2].

Und dennoch trifft uns soeben eine neue Welle von Unterdrückung und Verfolgung. Mit dem blutigsten Terror des Mordgesindels der kommunistischen Verbrecherwelt verbindet sich ein fortgesetzter Rechts- und Verfassungsbruch des Zentrums und der Sozialdemokratie in den Ländern, in denen diese Parteien immer noch herrschen [3].

Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

14 Vgl. Dok. 89, Anm. 18.

15 Vgl. Dok. 89, Anm. 17.

16 Am 20.6.1932 hatte Hitler eine Besprechung mit dem Reichsminister des Innern, Wilhelm Freiherr von Gayl, in der er die Aufhebung der Uniformverbote in Baden und Bayern (vgl. Dok. 98, Anm. 3) und ein schärferes Vorgehen gegen die Kommunisten forderte. Für den Fall, daß sich die Lage für die NSDAP nicht verbessere, drohte er mit eigenen Maßnahmen. Gayl erklärte den Willen der Reichsregierung, ihre Anordnungen auch gegen die Länder durchzusetzen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 890 f.

1 Bezieht sich auf den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl und die Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz am 13.3.1932, den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932, die Bürgerschaftswahl in Hamburg sowie die Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg am 24.4.1932, die Landtagswahl in Oldenburg am 29.5.1932, die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 5.6.1932 sowie die Landtagswahl in Hessen am 19.6.1932. Bei der Landtagswahl in Hessen erhielt die NSDAP 328.306 Stimmen (44,0%) und wurde damit stärkste Partei, gefolgt von SPD (23,1%), Zentrum (14,5%) und KPD (11,0%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Dok. 1, Anm. 43, Dok. 30, Anm. 2, Dok. 64, Anm. 1, Dok. 89, Anm. 17, 18.

2 Die NSDAP hatte bei den Landtagswahlen in Anhalt, Preußen, Württemberg, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Hessen sowie bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg von allen Parteien die meisten Stimmen erhalten. Vgl. Anm. 1.

3 Gemeint sind die Regierungen von Bayern und Baden, die nach der am 17.6.1932 in Kraft getretenen Aufhebung des SA-Verbots durch den Reichspräsidenten (vgl. Dok. 96, Anm. 1) sofort ihre eigenen Uniform- und

In *Preußen* hat das Zentrum mit der S.P.D. durch eine Schiebung den Bestand der schwarz-roten Herrschaft zu sichern versucht[4], in *Bayern* hat dasselbe Zentrum unter Zuhilfenahme eines falschen Landtagsprotokolls unsere gesamte Fraktion von der Ausübung der Vertretung der Interessen unserer Wähler ausgeschlossen[5]. 1.270.000 Menschen[6] sind allein durch diesen Streich um ihre verfassungsmäßigen Rechte gebracht worden.

Im selben Augenblick stehen das Reich und die Länder dank der 14jährigen Luderwirtschaft derselben Parteien vor dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgendeinen Pakt zu schließen.

Da durch die Schiebung der früheren preußischen Regierungsparteien die notwendige ausschließliche Übernahme der Verantwortung in Preußen durch die N.S.D.A.P. unmöglich gemacht wurde, müßte der Nationalsozialismus in dem Augenblick in eine Koalition mit einer Partei eintreten, da diese an allen Stellen des Reiches die intoleranteste Verfolgung und Unterdrückung unserer Bewegung ausübt.

Lieber aber verzichten wir auf Minister, ehe wir unsere Ehre oder unsere Grundsätze preisgeben.

Deutschland und Preußen werden nicht durch Schiebungen und Kompromisse, sondern nur durch charaktervolle Kraft gerettet.

Das Zentrum glaubt heute noch nicht an den Sinn der letzten Wahlen und an die Mission unserer Bewegung[7].

Wir werden ihm diesen Glauben noch im Monat Juli des Jahres 1932 beibringen[8].

Aufmarschverbote bekräftigt bzw. erlassen hatten, sowie die Regierung von Preußen, die ihr Versammlungsverbot für weiterhin gültig erklärte. Die Aufhebung des SA-Verbots verlor damit für die NSDAP erheblich an Wert. In Baden und Preußen waren Zentrum und SPD, in Bayern die BVP in der Regierung vertreten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 102 f.

4 Am 12.4.1932 hatte die Regierungsmehrheit des preußischen Landtags die Geschäftsordnung dahingehend geändert, daß der Ministerpräsident auch im zweiten Wahlgang nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden konnte. So trat die Regierung Braun zwar am 19.5.1932 zurück (vgl. Dok. 71, Anm. 18), blieb aber geschäftsführend im Amt, da die Mehrheitsverhältnisse die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten nicht zuließen. Vgl. Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 243 ff.

5 Am 17.6.1932 war die nationalsozialistische Fraktion im Bayerischen Landtag trotz Verbots in Parteiuniform zur Plenarsitzung erschienen. Landtagspräsident Georg Stang (BVP) verwies sie deswegen des Saales. Die randalierenden nationalsozialistischen Abgeordneten mußten mit Polizeigewalt entfernt werden. Die gesamte Fraktion der NSDAP wurde daraufhin für 20 Sitzungstage ausgeschlossen. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 18.6.1932, "Eine stürmische Sitzung des Bayerischen Landtags". Aus nationalsozialistischer Sicht vgl. Rudolf Buttmann, Der bayerische Landtagsskandal vom 17. Juni 1932. Die Entrechtung von 1.270.792 Wählern durch den Landtags-Präsidenten, München o. J. [1932].

6 Vgl. Dok. 64, Anm. 1.

7 Nach dem Sturz des Kabinetts Brüning (vgl. Dok. 78, Anm. 3) favorisierte der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas, eine Koalition der Rechtsparteien unter Einschluß der NSDAP und gab damit der gewandelten Stimmung von Teilen der Partei Ausdruck. Vgl. Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969, S. 74 ff.

8 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

Parteigenossen!

Sorgt jetzt dafür, daß der Wahlkampf am 31. Juli [1932] zur Entscheidungsschlacht wird!

Der Sieg an diesem Tage muß auch die Macht der schwarz-roten Parteien in Preußen und in den Ländern endgültig brechen.

Und zwar ohne Kompromisse.

So Gott will, werden wir dann am 1. August [*1932*] die Voraussetzungen geschaffen haben zur Bildung der Regierungen, vor allem auch in *Preußen*, die der geschichtlichen Tradition ebenso gerecht wie zur Lösung der gigantischen Aufgaben der Gegenwart befähigt sein werden.

München, den 22. Juni 1932.

Adolf Hitler

24. Juni 1932 Dok. 99
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Polizeibericht o. D., VI/d Nr. 1787/32, hs. Manuskript; StA München, Pol. Dir. München 6743 [2].

Welch ein Wandel d[*ur*]ch Gottes Fügung könnten wir Nationalsoz[*ialisten*] sagen [3]. Vor 10 Wochen noch eine triumphierende Front von Feinden, verbunden d[*ur*]ch gemeinsamen Haß gegen uns. Und heute unsere gemeinsame Angriffsfront. Vor wenigen Wochen noch schwerste staatliche Verfolgung gegen Recht u[*nd*] Gesetz, gegen alle verfassungsmäßig garantierten Rechte der Staatsbürger, heute die Front davor selbst in die Verteidigung gedrängt, die damals die Verfassung glaubten beugen und brechen zu können, ein Reichsminister des Innern [4], der glaubte die Hunderttausend-Mann-Bewegung [5] auflösen und vernichten zu können [6], die z. Zt. das beste Gut des deutschen Volkes ist, ein Reichskanzler [7], der sich die Erledig[*un*]g der Be-

1 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 22.30 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 6.000 Menschen teil. Vor seiner Rede nahm Hitler einen Vorbeimarsch von rund 3.000 uniformierten SA-Männern ab. Die Eintrittspreise waren von 80 Pfennig bis 5 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 25.6.1932, "Hitlers Antwort auf die Zentrumsdrohung mit der Mainlinie"; VB vom 26./27.6.1932, "Adolf Hitlers Warnung an die Zentrums-Separatisten: 'Wir dulden nicht, daß in Bayern die Einheit des Reiches zerstört wird!'" sowie Polizeibericht o. D., VI/d Nr. 1722/32; StA München, Pol. Dir. München 6743.

3 Anspielung auf die Depesche des preußischen Königs Wilhelm I. an Königin Augusta vom 2.9.1870: "Die Capitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit dem General Wimpffen geschlossen, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Commando führte. Der Kaiser hat nur sich selbst Mir ergeben, da er das Commando nicht führt und Alles der Regentschaft in Paris überläßt. Seinen Aufenthaltsort werde Ich bestimmen, nachdem Ich ihn gesprochen habe in einem Rendezvous, das sofort stattfindet. Welch' eine Wendung durch Gottes Führung [*sic!*]!" Druck: Sämmtliche amtliche Depeschen vom Kriegs-Schauplatz 1866, 70 u. 71, o. O., o. J.

4 Wilhelm Groener.

5 Gemeint ist die SA, die im Juni 1932 eine Gesamtstärke von 396.843 Mann hatte. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 159.

6 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

7 Heinrich Brüning.

weg[*un*]g zum Ziel gesetzt hatte, selbst erledigt. Wirklich ein wunderbarer Wandel! Wie war es möglich? Nur durch den Sieg des Rechts u[*nd*] unsere Zähigkeit. Sie mögen äußerlich einem das Kleid ausziehen[8], innerlich machen sie es ihm erst teuer, was sie vielleicht sonst mangels einer solchen Unterdrückung nicht so tief schätzen und verehren würden.

Dieser Wandel geht aus, in dem wir das Walten einer höheren Gerechtigkeit glauben zu erkennen, von der von Gerechtigkeitssinn erfüllten Persönlichkeit Hindenburgs. Es ist mir eine innere Genugtuung, daß der Reichspräsident die Wiederherstell[*un*]g des Rechts zu einem Teil vollzogen hat. Unsere Gegner müssen sich bemühen, durch eine Flut von Lügen die Erinnerung auszulöschen u[*nd*] die Verantwortlichkeit zu verschieben. Die Parteien sind sich ihrer Schuld bewußt, deshalb greifen sie zur Lüge. Ich verstehe, daß die Bay[*erische*] Volkspartei[9] u[*nd*] die Sozialdemokratie nicht mehr über das sprechen wollen, was in den letzten 13 Jahren geschehen ist. Sie klagen sie an, diese 13 Jahre, die Herren haben nur ein Glück, daß die heutige Regierung keine nat[*ional*]soz[*ialistische*] ist. *Sie mögen dem Himmel dankbar sein, daß der Reichskanzler z. Zt. v. Papen*[10] *heißt u*[*nd*] *nicht Adolf Hitler.* (Beifall.) *Wir werden den Herren der roten u*[*nd*] *schwarzen Front eine Bilanz aufstellen, daß ihnen hören und sehen vergeht.* Man wäre versucht, mit den einzelnen Männern sich auseinanderzusetzen, z. B. mit den Schreibereien der M.N.N.[11], dem Rechtsstaat, Rechtsbasis u[*nd*] d[*em*] Geist Bismarcks, wenn es nicht zwecklos wäre. Man schält am besten auch hier die großen Leute heraus. *1918* haben diese Kräfte ihr Werk begonnen[12]. Meuterer waren es[13]. Durch eine demokratische Verfass[*un*]g sollten bestimmte Grundrechte den Deutschen zustehen. Allen voran der Satz, daß die Kraft vom Volke ausgeht[14]. Sie haben aber noch nicht den Mut gehabt, das Volk zu befragen, diese Herren. Die Regierungen sind nicht berufen, einem Wandel Widerstand entgegenzusetzen, sondern wenn es ihren Auffassungen widerspricht, abzutreten. Die neue Reichs-

---

8 Anspielung auf die seit April 1930 gegen die NSDAP verhängten Uniformverbote. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

9 Die BVP wurde am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg als Ableger des bayerischen Zentrums gegründet, zu der der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine, Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins, Georg Klier, die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.; Druck des Parteiprogramms vom November 1918: Mommsen, Parteiprogramme. Zweiter Teil, S. 502 ff.

10 Franz von Papen (1879-1969), 1898 preußischer Leutnant, 1913-1915 deutscher Militärattaché in den USA, 1918 Verabschiedung als Oberstleutnant, 1921-1932 MdL in Preußen (Zentrum), Juni bis November 1932 Reichskanzler, Januar 1933 bis August 1934 Vizekanzler, 1934-1938 deutscher Gesandter (später Botschafter) in Wien, 1939-1944 deutscher Botschafter in Ankara, 1946 im Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen, 1947 im Spruchkammerverfahren als Hauptschuldiger eingestuft und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, 1949 entlassen.

11 Die "Münchner Neuesten Nachrichten" gehen zurück auf die 1848 gegründeten "Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik". Die rechtsstehende Tageszeitung gehörte seit 1881 dem Verlag Knorr & Hirth und erschien 1931 in einer Gesamtauflage von 140.000 Exemplaren. Chefredakteur dieser größten Zeitung in Süddeutschland, die im In- wie im Ausland über einen Nachrichtenapparat verfügte, war seit 1928 Fritz Büchner. Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Teile, Frankfurt a. M. 1990, S. 90, 862 ff.

12 Gliederungsvermerk am Rand: "*Revolution*".

13 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.

14 Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung lautet: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

regierung glaubte entgegenkommen zu können, während in den Ländern Regierungen sitzen, die meinten, das Volk wolle nicht so, sondern daß es einen anderen Staatswillen gebe. Der *Polizeipräsident*[15] *nimmt für sich in Anspruch, seine Persönlichkeit als gleichbedeutend hinzustellen mit einer staatlichen Vergangenheit u[nd] gleichbedeutend mit einer staatlichen Zukunft.* Es handelt sich um Personen, die das Glück besitzen, im Jahre 1925 oder 1930 zu leben, weil sie es sonst niemals auf der engen Stufenleiter zum Polizeipräsidenten gebracht hätten. Weil der Volkswille nun eine Gestalt annimmt, die ihrem Wesen u[*nd*] Verstand widerspricht, glauben sie, daß damit nun sie selbst die Mission besäßen, die staatl[*ichen*] Machtmittel einzusetzen. Weil zwischen Reichs- u[*nd*] Landesregierung ein Zwiespalt besteht, sagen sie die föderative Grundlage sei gefährdet. Fritz Büchner[16] ist der Meinung, daß das Reich von 1932 noch das Reich Bismarcks sei[17]. Nun, das kann bei dem Weltblatt u[*nd*] seinem Getriebe vorkommen.

Hitler spricht dann weiter von der Sendung, die Bayern hätte erfüllen können, wenn es seit 1918 gerade das Gegenteil von dem getan hätte, was Berlin getan hat[18]. Er wies auf die Haltung Münchens u[*nd*] Bayerns zu Richard Wagner[19] im Anfang seiner Entwicklung hin[20].

Leider waren es dieselben Zwerge u[nd] Durchschnittswaren wie heute, die das Werk zum Scheitern brachten.

Hitler wirft der Bay[*erischen*] Volkspartei die Preisgabe bay[*erischen*] Hoheitsrechte vor[21], die Unterstützung der Erfüllungspolitik[22] hat ja notgedrungen zur Aufgabe d[*er*] Finanzhoheit geführt. *Wenn ein bayerischer Politiker in Berlin*[23] *die Erfüllungs-Außenpolitik deckt u[nd]*

---

15 Gemeint ist wahrscheinlich Julius Koch, vgl. Anm. 58.

16 Fritz Büchner (1895-1940), Journalist, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1918 Freikorpskämpfer im Baltikum, Volontär bei der Hessischen Landeszeitung, 1924 Redakteur der Münchner Neuesten Nachrichten, 1927 politischer Redakteur, 1928-1933 Chefredakteur, 1935 Lektor, 1937 Leiter der Franck'schen Verlagsbuchhandlung, 1939 als Offizier reaktiviert.

17 Büchner hatte am 23.6.1932 in einem Kommentar zum Konflikt zwischen Reich und Ländern um die Durchsetzung der Aufhebung des SA-Verbots (vgl. Dok. 98, Anm. 3) unter anderem geschrieben: "Jetzt handelt es sich um Sein oder Zerstörung des Bismarckschen Reiches." Druck: Münchner Neueste Nachrichten vom 23.6.1932, "Die Sünde wider das Reich".

18 Gliederungsvermerk am Rand: "*Bayerns Mission* als Ausgangspunkt der neuen Beweg[*un*]g".

19 Richard Wagner (1813-1883), Komponist.

20 Im Dezember 1865 mußte Richard Wagner nach versuchten Intrigen gegen die bayerische Regierung auf Wunsch König Ludwig II. Bayern verlassen. Vgl. Martin Gregor-Dellin, Richard Wagner. Sein Leben - Sein Werk - Sein Jahrhundert, München 1980, S. 552 ff.

21 Die zahlreichen Reservatrechte, welche die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 den Ländern und im besonderen dem Königreich Bayern zugesichert hatte, waren durch die neue Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 weitgehend abgeschafft worden, etwa durch Abbau der Länderfinanz- und -verkehrshoheit, den Wegfall der militärischen Hoheitsrechte, die Aufhebung des ausländischen Gesandtschaftsrechts, die Eingliederung des Post- und Telegraphenwesens in die Deutsche Reichspost, die Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeit des Reiches auf Kosten der Länder, die Vereinheitlichung des Ausnahmerechts und der Einschränkung der Länderautonomie in den Bereichen Bildung, Schule und Religion. Auch durch den Ausbau der Reichsverwaltung verstärkte sich trotz Widerstand der Länder die Tendenz zur "Verreichlichung". Vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77, S. 75 ff.

22 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.

23 Randvermerk: "Gemeint ist Schäffer".

hier die Finanzhoheit will, so ist er entweder ein Strohkopf oder ein Lügner. Aber um Träger einer nationalen Idee zu werden, war Mut u[*nd*] Erkenntnis notwendig. In der Erkenntnis des Genies war Ludwig II. den Spießern tausendfach überlegen[24]. Wie gering aber die *Fähigkeit der Voraussicht bei den Herren ist, die jetzt in Bayern regieren*, geht daraus hervor, daß diese Menschen in dem Augenblick das Schiff der Demokratie, des Pazifismus betreten, wenn die anderen Ratten es schon verlassen haben[25]. Kein vernichtenderes Urteil gibt es über diese Fundamentalpolitiker. Heute würde Bayern, wenn es seine Mission erkannt hätte, der Mittelpunkt einer neuen Lebensgestalt[*un*]g sein. In Bayern hat man das Gegenteil getan. Im November 1923 hat Bayern seine Mission begraben[26]. *Weiter hat Bayern das Recht verletzt*[27]. Es gibt kein Gebiet, auf dem man nicht das Recht gebrochen hat. War es Recht, Versammlungen zu verbieten, d[*as*] Reden zu verbieten[28], die Organisation zu unterdrücken suchen mit allen Mitteln? Recht, wo Grundrechte außer Kraft gesetzt worden sind, um eine unliebsame politische Bewegung zu unterdrücken? Wir sind in den letzten Jahren durch eine solche Flut von Unterdrückungen, wie kaum an einem 2. Platz [*sic!*]. Die Minister fuhren nach Berlin u[*nd*] verlangten Eingriff vom Reich. Es kam das SA-Verbot[29]. Die *Reichsgewalt war recht, solange sie ihren verderbten Plan gedeckt hat.* (Beifall.) Da sagten sie nichts von Hoheitsrechten. Wir wissen, warum sich die Herren vor einigen Wochen an das Reich wandten[30]. Sie erklärten, wir verzichten gerne auf Souveränitätsrechte, wenn uns das Reich das besorgt. Warum? Weil die anderen Länderwahlen Stützpunkte schufen. Mecklenb[*ur*]g[31], Oldenb[*ur*]g[32], Braunschweig[33], Thüringen[34], Preußen[35]. Mit dem Versuch, das Reich einzuspannen, gaben sie selbst ihre Hoheitsrechte preis. Sie haben kein Recht zu jammern, daß ihnen ein Recht genommen worden sei. In der Innenministerkonferenz vor einigen Wochen stand Groener auf u[*nd*] schrie dem braunschweigischen Minister zu: "Wenn Sie die Reichsverordnungen nicht durchführen, dann werde ich von Reichs wegen dafür sorgen, daß sie durchgeführt werden[36]." Und der *bayerische Innenminister - Stützel heißt der große Staatsmann* - hat zugestimmt.

---

24 Bezieht sich auf Richard Wagner. Vgl. Anm. 19.

25 Unter Berufung auf Landespolizeirecht verschärfte die bayerische Regierung am 17.6.1932 das seit dem 10.7.1931 bestehende, bis zum 30.9.1932 gültige Verbot, Parteiuniformen zu tragen (vgl. Dok. 98, Anm. 3) und erklärte ergänzend: "Von der friedliebenden Bevölkerung wird erwartet, daß sie die Bemühungen der Staatsregierung um die Sicherstellung des inneren Friedens mit allen Kräften unterstützt." Druck: Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger vom 18.6.1932, "Bayern bleibt beim Uniformverbot".

26 Hinweis auf den gescheiterten Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923.

27 Gliederungsvermerk am Rand: "*Staatl*[iche] *Verfolg*[un]*g*[en]".

28 Vgl. Dok. 1, Anm. 25.

29 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

30 Bezieht sich auf die Initiative Bayerns beim Reichsminister des Innern vom 30.3.1932, eine reichsweite Notverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erlassen, die von Baden, Württemberg und Hessen unterstützt wurde. Druck: Staat und NSDAP, S. 301 f.

31 Vgl. Dok. 89, Anm. 18.

32 Vgl. Dok. 89, Anm. 17.

33 Vgl. Dok. 38, Anm. 6.

34 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.

35 Vgl. Dok. 68, Anm. 6.

36 Bezieht sich auf den Konflikt zwischen Groener und dem braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges um ein Jugendtreffen der NSDAP am 27.3.1932, das trotz des Osterfriedens (vgl.

Hitler kam auf Art. 118 R[*eichs-*]V[*erfassung*][37] zu sprechen[38]. An der Meinungsäußerung zu hindern, hat auch der Landtagspräsident kein Recht. Die Nat[*ional*]soz[*ialisten*] machten von der R[*eichs-*]V[*erfassung*] Gebrauch. Es war gesetzlich zulässig, das braune Kleid zu tragen. Der Herr Landtagspräsident[39] professoraler Herkunft steht auf u[*nd*] erklärt: "Wir fühlen uns provoziert" u[*nd*] schließt aus[40]. *Diese Methode lassen wir uns nicht mehr gefallen!* (Großer Beifall!) Ob sich der Herr Stang (gesprochen wie Stank) provoziert fühlt, geht uns gar nichts an. In Art. 48[41] ist kein Nachsatz "ausgenommen wenn in Bayern Stang sich provoziert fühlt, dann müssen wir Einschränk[*un*]g vornehmen". Volksvertreter dürfen den Herrn Stang nicht provozieren. Es gibt für uns nur 2 Möglichkeiten. Entweder das Reich sorgt dafür, daß die Verfass[*un*]g vom Herrn Landtagspräsidenten respektiert wird od[*er*] wir werden die Methode ad absurdum führen. Wenn heute ein *Bayer Stang* sagt, "wir fühlen uns provoziert", so sagen wir das gleiche in Mecklenb[*ur*]g, wenn wir einen Zentrumsmann sehen u[*nd*] schließen ihn aus. (Tosender Beifall!) *Wir nehmen den Kampf auf u*[*nd*] *wir werden die Rechtsbrecher darunter beugen.* (Beifall!) Wir sind entschlossen, entweder durch das Reich unser Recht zu bekommen od[*er*] einen Zustand herbeizuführen, der die Unmöglichkeit dieses Vorgehens eindeutig beweist, indem wir genau das tun, was diese Menschen tun. Wenn sie sagen, "wir haben die Macht", so sagen wir, "wir haben auch die Macht in Mecklenb[*ur*]g, Oldenburg usw." Und wenn Herr Schäffer[42] (gesprochen wie Schäfer) sagt, "wir werden appellieren[43]", so haben wir schon lange appelliert. Sie sind vorhin durchmarschiert. (Großer Beifall!) Zu welchem

---

Dok. 3, Anm. 4) durchgeführt werden sollte. Groener war zu Kompromissen nicht bereit und drohte mit der Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Standortkommandanten der Reichswehr, so daß Klagges am Abend des 24.3.1932 die Veranstaltung verbot. Vgl. Hürter, Groener, S. 334 f.

37 Artikel 118 der Reichsverfassung legte fest: "Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig." Druck: RGBl. 1919, S. 1405 f.

38 Gliederungsvermerk am Rand: "Recht d. freien Meinungsäußerg. u. die *Vorfälle im Landtag*".

39 Georg Stang (1880-1951), Gymnasiallehrer, 1903 Eintritt in den bayerischen Schuldienst, 1912-1933 MdL in Bayern (Zentrum, ab 1918 BVP), 1919-1929 stellvertretender Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1929-1933 Landtagspräsident, 1933 und 1944 zeitweise in Haft, 1945 Landrat von Kaufbeuren, 1946 Oberstudienrat in München, MdL (CSU), 1950 Landtagspräsident.

40 Vgl. Dok. 98, Anm. 5.

41 Offenbar Hörfehler. Gemeint ist vermutlich "Artikel 118", vgl. Anm. 37. Artikel 48 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 enthielt die Bestimmungen über die Kompetenzen des Reichspräsidenten für Notstandsmaßnahmen im Reich und den Ländern. Druck: RGBl. 1919, S. 1392 f.

42 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1917 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1920 in das Ministerium für Kultus und Unterricht berufen, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1931-1933 mit der Leitung des bayerischen Finanzministeriums beauftragt, nach 1933 mehrmals in Haft, Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident, 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister.

43 Am 21.6.1932 hatte Schäffer im Ministerrat erklärt, die bayerische Regierung werde gegen Maßnahmen des Reiches zur Aufhebung des bayerischen Uniformverbots (vgl. Anm. 25) vor dem Staatsgerichtshof klagen. Vgl. Otto Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993, S. 616 f.

Zweck will Herr Schäffer appellieren? D[*ie*] Reichsgewalt unterstützen? Appell ist deshalb nicht notwendig. Zu hemmen? Dazu wird der Appell nichts nützen. Wir haben die Legalität beschworen[44] u[*nd*] gehalten in dieser Zeit, da alle gegen uns waren. Wir werden es auch halten, wenn es unser Recht wird. Das kann ich hier sagen. Das Kabinett Papen ist kein nat[*ional*]-soz[*ialistisches*] Kabinett. Sollen wir es ablehnen, weil es das SA-Verbot aufgehoben hat[45]? Wir haben schon immer die Notv[*erordnungen*] abgelehnt u[*nd*] auch die letzte[46].

Ich bedauere, daß die Regierung noch die Kraft gehabt hat, ein Bild unserer Lage zu geben[47]. Vielleicht geben wir das bald. Wir kranken nicht an Vornehmheit. Wir werden dafür sorgen, daß Reichsgesetze respektiert werden, auch wenn sie Herrn Schäffer nicht passen. Dafür tritt auch die Zahl v[*on*] 13 Millionen[48] gegen 1.300.000[49] ein. *Das ist der zahlenmäßige Vergleich zu den Spießerbataillonen der* [*Bayerischen*] *Volkspartei.* Wenn sie schon *an die jungen Söhne appellieren,* dann scheint es weniger um die Zahl, als um die Kraft zu gehen. *Wir sind zum Tanz bereit!* (Tosender Beifall!)

Hitler rühmt sodann seinen Großmut, daß er die Leitung und Zentrale d[*er*] Partei in München, trotz aller Unterdrückung in München, belassen hat. Aber das ist etwas, was *die Knirpse dieser* [*Bayerischen*] *Volkspartei* nicht verstehen! *In München sind Polizeimänner eines Formats, das in keinem Verhältnis zur Bewegung steht.*

In Deutschland bereitet sich eine Wende vor. Auch alte Politiker sehen das ein. Wenn die Männer, die sich heute anmaßen, im Namen Bayerns zu reden, wenn sie wirklich vom Gedanken einer Mission Bayerns erfüllt wären, dann hätten sie den Weg zum neuen Deutschland gefunden. Sie müßten heute mitten in der Front des erwachenden Deutschlands stehen, u[*nd*] sie könnten dort stehen. Glaubt man, wir seien solche Schweinehunde, daß wir mit Parteien zusammengehen, um ihre Politik fortzusetzen. *Wir nehmen die Verantwortung sofort. Sie sollen uns doch an die Macht lassen.* Wegen ein paar Minister [*sic!*] geben wir nicht den Sieg der Idee auf! Wir sind zur Verantwortung bereit. Wir streben nach Verantwort[*un*]g. Wir werden es nach dem 31. Juli [*1932*][50] beweisen können, wenn das deutsche Volk seine Pflicht tut. Wir scheuen die Arbeit nicht, aber wir müssen die Gewißheit haben, daß unser die Macht ist. Wenn die Bay[*erische*] Volkspartei glaubt, man kann am Freitag verbieten, am Samstag auflösen, am Sonntag beschimpfen, u[*nd*] am Montag bieten sie *Koalition* an, so muß man ihnen sa-

44 Anspielung auf Hitlers sogenannten Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123. Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 36, Anm. 7.

45 Vgl. Dok. 96, Anm. 1.

46 Bezieht sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14.6.1932. Druck: RGBl. 1932, I, S. 273 ff.
In seinem Tagebuch notierte Joseph Goebbels am 15.6.1932: "Das Kabinett hat seine erste Notverordnung erlassen. Sie ist scharf kapitalistisch und trifft vor allem die Armen hart. Dagegen gibt's nur Kampf. Eine weitere Tolerierung ist nun ausgeschlossen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 186.

47 Vgl. Dok. 81, Anm. 10.

48 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

49 Die BVP hatte bei der Landtagswahl am 24.4.1932 1.272.005 Stimmen (32,6%) erhalten, die NSDAP 1.270.792 Stimmen (32,5%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f.

50 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

gen: Ihr seid zu lange Parlamentarier gewesen[51]. Sie verwechseln uns mit ihrem eigenen Ich. Man kann uns nicht in einer Woche schlagen, in der nächsten Koalition anbieten[52]. *Wenn sie mit mir reden wollen, dann müssen sie erst lernen, in mir einen Ehrenmann zu sehen! (Größter Beifall!)* Erst dann werde ich mit ihnen reden!

Wer uns quält, weil er die Macht hat, kann es tun, wer uns beleidigt u[*nd*] verletzt, weil er die Macht hat, kann es tun, wer uns unsere Rechte nimmt, mag es tun, aber eines soll er nicht erwarten, daß wir mit ihm zusammengehen. Wir erheben Protest, nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat. Der Himmel mag entscheiden. Alles ist denkbar, aber daß wir uns unterwerfen, ist nicht denkbar. Und unseren Feinden zur Kenntnis, weil sich über sie noch der Schutz einer Gewalt erstreckt, die die Legalität mißbraucht. Wehe aber, wenn durch eigenen Tumult, eigenes Vorgehen die Gewalt endgültig beseitigt sein sollte. *Die Nat[ional]soz[ialisten] scheuen eine Auseinandersetzung nicht. Wir bräuchten [sic!] nur aufzutreten u[nd] wir würden sie zermalmen. Wir werden rasch u[nd] hart sein.* Die Gegner sollen ja nicht glauben, daß es uns an Tatkraft fehlt, sich mit ihnen zu messen. Wir wünschen den Kampf nicht. *Möge das Reich die Kraft besitzen, ihn nicht notwendig zu machen.*

Wenn dann noch viele meinten, eine Linie durch Deutschland ziehen zu können[53], so sage ich[54]: Keine Linie durch Deutschland, dafür bürgt das Banner des Hakenkreuzes. (Beifall.) Wir fühlen uns als große Einheit. Wir sind stolz, daß diese Einheit aus unserer Stadt hervorgegangen ist. Wir werden auch nach dem 31. Juli [*1932*] weiterarbeiten, solange bis diese Beweg[*un*]g das ganze deutsche Volk erfaßt haben wird. Bay[*erische*] Volkspartei vor 13 Jahren 1 Million 230.000 Anhänger, heute dasselbe[55]. Wir vor 13 Jahren 7 Mann[56], heute 14 Millionen[57]. Die Zukunft gehört uns. Und wenn *der liebe Gott gewollt hätte, daß unsere Bewegung durch staatliche Kraftmittel zertrümmert würde,* dann hätte er sich andere *Männer als Stützel u[nd] Koch*[58] *ausgesucht.*

Ob wir heute das Ziel erreichen, weiß ich nicht, dann eben in 10 oder 20 Jahren. Die Jugend gehört uns[59], daher auch die Zukunft. Die deutsche Erhebung hat hier (in München) ihre Geburtsstätte.[60]

---

51 Gliederungsvermerk am Rand: "Keine *Koalition*".

52 Der Fraktionsvorsitzende der BVP im bayerischen Landtag, Domprobst Georg Wohlmuth, hatte am 2.6.1932 an alle Fraktionen des Landtags eine Aufforderung zur Zusammenarbeit gerichtet, eine Koalition aber ausdrücklich ausgeschlossen. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 275 f.

53 Anspielung auf separatistische Tendenzen in Bayern. Vgl. z. B. Dok. 84, Anm. 6.

54 Gliederungsvermerk am Rand: "Mainlinie".

55 Vgl. Anm. 47.

56 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

57 Vgl. Anm. 46.

58 Julius Koch (geb. 1881), 1905 bayerischer Leutnant d. R., 1912 Bezirksassessor in Neustadt, 1921 Tätigkeit beim Arbeiterversicherungsdienst bei der Regierung in Oberfranken, 1922 Regierungsrat, Referatsleiter bei der Polizeidirektion München, 1924 Leiter der Verkehrsabteilung, 1929 Oberregierungsrat, Leiter der Polizeidirektion Augsburg, 1929-1933 Polizeipräsident von München, 1934 Entlassung aus dem Staatsdienst.

59 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.

60 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

[27. Juni 1932][1] Dok. 100
Rede auf SA-Führertagung in Berchtesgaden[2]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.6.1932, "Gruppenführertagung der S.A."[3].

Im Laufe der Tagung nahm auch der Oberste S.A.-Führer selbst, *Adolf Hitler*, das Wort, um eingehende Ausführungen über Wesen und Aufgabe der S.A. im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Lage zu machen. Der Führer behandelte dabei in weitausgreifenden Ausführungen Zweck und Sinn einer nationalen Wehrmacht. Auch für die Wehrmacht im heutigen Staat ist auf die Dauer das Mißverhältnis untragbar, an dem sie Schaden leiden muß, wenn sie auf der einen Seite die große Tradition der preußisch-deutschen Heere weiterführen und auf der anderen Seite einem politischen System dienen soll, das in diametralem Gegensatz zu dieser Tradition entstanden ist und heute noch steht. Der Führer konnte sicher sein, daß die Worte, die er in diesem Zusammenhang zur Verteidigung der Ethik des Soldaten im allgemeinen und der vorbildlichen Leistungen des deutschen Offizierkorps im besonderen sprach, restlosen Widerhall bei den anwesenden S.A.-Führern fanden. Besteht doch der eigenartige Charakter dieses nur aus alten Soldaten bestehenden Führerkorps in jener großen Synthese, die die nationalsozialistische S.A. in dem Begriff des politischen Soldaten verwirklicht hat.

Der Führer ging dann dazu über, in großen Zügen die Stellung der S.A. zur Wehrmacht zu umreißen[4], wobei seine Ausführungen wiederum Zeugnis ablegten von jener nach ganz großen

---

1 Datiert nach Dok. 101. Die Berichte der nationalsozialistischen Presse erklären unter dem Datum vom 28.6.1932, die Tagung habe "dieser Tage" stattgefunden.

2 Im Haus Schorn in Unterstein, nachmittags. An der vom Stabschef der SA, Ernst Röhm, geleiteten Tagung nahmen über 50 SA- und SS-Führer teil, unter ihnen der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, der Quartiermeister des Stabes des OSAF, Gruppenführer Adolf Hühnlein, der Chef der Abteilung I des Stabes des OSAF, Gruppenführer Fritz Ritter von Kraußer, der Reichsarzt der SA, Paul Hocheisen, der Chef des Ausbildungsstabes, Gruppenführer Franz Ritter von Hörauf, der Führer der Reichsführerschule, Gruppenführer Kurt Kühme, der Generalinspekteur und Inspekteur West, Gruppenführer Curt von Ulrich, der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg, Gruppenführer Wolf Graf von Helldorff, der Führer der Gruppe Schlesien, Gruppenführer Edmund Heines, der mit der Führung der SA-Gruppe Hochland beauftragte SS-Oberführer Friedrich Karl Freiherr von Eberstein und Gruppenführer Franz Ritter von Epp. Röhm gab zu Beginn der Tagung die Richtlinien für die Neuaufstellung der SA bekannt, anschließend erstatteten die Gruppenführer einzeln Bericht über ihre Befehlsbereiche. Als letzter Referent sprach Hitler. Nach einem gemeinsamen Abendessen nahm Hitler einen SA-Appell ab (vgl. Dok. 101).

3 Vgl. auch VB vom 30.6.1932, "'Aufgabe der SA ist die Vollendung der deutschen Volkserziehung'". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 9.7.1932, "Tagung der S.A.-Führer in Berchtesgaden anläßlich der Neuaufstellung der S.A.". Zu den äußeren Umständen vgl. Berchtesgadener Anzeiger vom 28.6.1932, "Führertagung der SA", vom 29.6.1932, "Hitler im Haus Schorn".

4 Reichswehrminister Kurt von Schleicher nahm am 26.7.1932 in einer Rundfunkrede unter anderem direkt Bezug auf Hitlers Ausführungen zum Verhältnis der NSDAP zur Reichswehr: "*Ich werde nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt* und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen. Ich begrüße daher besonders die Ausführungen des Führers der Nationalsozialisten in Berchtesgaden vor seinen SA-Führern, die sich durchaus mit meinen Ausführungen über die Stellung der Wehrmacht im Staate decken." Druck: Horkenbach 1932, S. 260.
Die Zeitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, die "Tägliche Rundschau", interpretierte die Rede Hitlers als Angebot an die Reichsregierung, die SA als "Rekrutenmaterial" zur Verfügung zu stellen, und glaubte, beim Reichswehrministerium die nötige Vorsicht zu erkennen, nicht darauf einzugehen. Vgl. Tägliche Rundschau vom 29.7.1932, "Die geheimnisvolle Berchtesgadener Rede Hitlers".

Gesichtspunkten orientierten Politik auf weite Sicht, der der Nationalsozialismus im Grunde genommen seinen einzigartigen Vormarsch verdankt. Der Führer wies dabei im Anschluß an die Darstellung der Lage in Italien auf die *anders gelagerten* Verhältnisse in Deutschland hin, die einen Dualismus, wie er etwa zwischen der italienischen Wehrmacht und der faschistischen Miliz besteht[5], für uns grundsätzlich ausschließen. Auf eine kurze Formel zusammengefaßt, besteht die Aufgabe der S.A. im Gegensatz zu jener der Wehrmacht in der Wiederaufrichtung einer organisierten Volksführung und in der Vollendung der deutschen Volkserziehung.[6]

27. Juni 1932 Dok. 101
Rede auf SA-Appell in Berchtesgaden[1]

Berchtesgadener Anzeiger vom 29.6.1932, "Hitler im Haus Schorn".

Er [*Hitler*] richtete an die Gruppen eine kurze Ansprache, in der er auf die erst vor kurzem erfolgte Aufhebung des S.A.- und S.S.- und N.S.K.K.[2]-Verbotes hinwies[3] und betonte, daß auch das Uniform- und Demonstrationsverbot in Bayern in wenigen Tagen fallen werde[4]. Er wies hin auf das Wachsen der Bewegung zu einem Millionenheer in allen Landen, wo man deutsche Sprache spricht gegen alle Widerstände und Feindseligkeiten. Ihr Ziel, die deutsche Freiheit und soziale Gerechtigkeit, ohne die es keinen Aufbau gebe, werden sie mit aller Leidenschaft weiter erstreben. An jedem einzelnen S.A.-Mann liege es, auszuhalten und weiter zu kämpfen, bis dieses Ziel und der deutsche Wiederaufbau errungen sind! Ein donnerndes dreifaches Heil beschloß diese Worte.[5]

5 Die Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale wurde offiziell am 1.2.1923 gegründet. In ihr waren die sogenannten Squadristi aufgegangen, die seit 1919 der faschistischen Bewegung als Kampftruppe dienten. Übergreifendes Merkmal dieser heterogenen Gruppen, die als Leibwache Mussolinis, aber auch als lokale Machtbasis der regionalen Parteiführer fungierten, war ihre extreme Gewalttätigkeit und ihre radikale antisozialistische wie antibürgerliche Gesinnung. Nach der Konsolidierung seiner Herrschaft versuchte Mussolini dieses, anfangs nur schwer zu kontrollierende Gewaltpotential aufzufangen, indem er es zur Miliz umbildete. Die Kontrolle der lokalen Verbände wurde verschärft, ihre Aktivitäten auf paramilitärische Ausbildung beschränkt. Jedoch unterblieb eine umfassende Verschmelzung von Armee und Miliz: Während ein Teil der Verbände öffentliche Einrichtungen sicherte, wurden nur wenige in die Armee integriert oder im Kolonialdienst eingesetzt. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 52 ff., 244 ff.; Alberto Aquarone, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

6 Folgt Bericht über der weiteren Tagungsablauf.

1 Im Strandbad Schorn, nach 20.30 Uhr. An dem Appell nahmen SA- und SS-Leute aus Berchtesgaden und Umgebung sowie dem Salzburger Land teil. Nach dem Appell fuhr Hitler nach München zurück.

2 Vgl. Dok. 36, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 96, Anm. 1.

4 Vgl. Dok. 99, Anm. 25.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

28. Juni 1932 Dok. 102
Rede auf NSDAP-Gauleitertagung in München[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.6.1932, "Gauleitertagung der NSDAP"[2].

Nach der Aussprache über die organisatorischen Fragen nahm *Adolf Hitler* das Wort zu *richtunggebenden Ausführungen über die innerpolitische Lage* und die daraus für die N.S.D.A.P. zu ziehenden Folgerungen. Insbesondere ging er dabei auf die im Vordergrund der innerpolitischen Entwicklung stehende *Auseinandersetzung des Reiches mit einigen Länderregierungen, vor allem in Bayern* ein[3]. Der nationalsozialistischen Bewegung sei durch die Auflehnung gewisser geschäftsführender Länderregierungen gegen das Reich und durch die offene Kriegserklärung einflußreicher Mitglieder der Bayerischen Volkspartei an das Reich[4] *die große und verantwortungsvolle* Aufgabe zugewachsen, *Wahrerin der Reichseinheit zu sein.* Die N.S.D.A.P., die zehn Jahre für des deutschen Volkes Einheit gekämpft habe, *nehme den Kampf auch für die unzertrennbare Einheit des Deutschen Reiches auf.* Sie werde diese Einheit, das höchste Gut des deutschen Volkes, mit aller Energie, deren sie fähig sei, und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Insbesondere in *Bayern* werde die N.S.D.A.P. der *Eckpfeiler* sein, an dem sich die Feinde des Reiches die Köpfe einstoßen würden. Wer sich an dem Reiche vergreife, gegen den werde die N.S.D.A.P. unerbittlich sein.

Die treibenden Kräfte dieser ruchlosen Bestrebungen seien *nicht mit dem bayerischen Volke* zu verwechseln, ebensowenig wie man die rheinischen Separatisten[5] seinerzeit habe mit Preußen verwechseln können. Es handle sich hier um gewisse der Bayerischen Volkspartei angehörende Cliquen, die ihre Stunde gekommen glauben und die sich erdreisten, der Welt einzureden, daß sie Bayern repräsentierten. Für diese Zentrumspolitiker sei auch jedes deutsche

---

1 Im Mittelpunkt der Gauleitertagung der NSDAP am 27. und 28.6.1932 standen propagandistische und organisatorische Fragen des bevorstehenden Reichstagswahlkampfs (vgl. Dok. 97, Anm. 3). Am ersten Tag sprachen der Reichswahlleiter der NSDAP, Wilhelm Frick, der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, der Leiter der Reichspressestelle der NSDAP, Otto Dietrich, der Leiter der Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP, Hans Frank, und der Leiter der Abteilung Film und Rundfunk, Hanno Konopath. Am zweiten Tag sprach der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, nach ihm hielt Hitler die Schlußrede. Vgl. VB vom 29.6.1932, "'Entweder Ordnung durch Hitler oder der Bolschewismus kommt'".

2 Vgl. auch wortgleichen Bericht im VB vom 30.6.1932, "Adolf Hitler verkündet die nationalsozialistische Parole des kommenden Wahlkampfes" sowie Münchner Neueste Nachrichten vom 30.6.1932, "Hitler droht".

3 Vgl. Dok. 98, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 84, Anm. 6.

5 Seit November 1918 betrieben politische Splittergruppen in der preußischen Rheinprovinz, der Pfalz und Rheinhessen die Gründung eines vom Deutschen Reich unabhängigen Staates. Mit Rückendeckung der französischen Besatzungsmacht kam es seit dem 23.9.1923 in verschiedenen Städten des Rheinlandes zu separatistischen Unruhen, am 21.10.1923 wurde in Aachen eine Rheinische Republik ausgerufen. Die Bewegung dehnte sich mit aktiver Unterstützung der französischen Armee in den folgenden Tagen bis Bonn, Koblenz, Trier und Wiesbaden aus. Die Unfähigkeit der Separatisten, größere Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen, deutsche Gegenmaßnahmen sowie britischer und belgischer Widerstand führten dazu, daß Frankreich Anfang 1924 das Interesse an einem selbständigen Rheinland verlor und die separatistische Bewegung zusammenbrach. Vgl. Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987, S. 18 ff., 307 ff.

Fürstenhaus nur ein Mittel zum Zweck[6]. Wenn diese tatsächlichen Feinde der Reichseinheit südlich der Donau so weiter mobilisieren wie bisher, dann werde die nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung beginnen, nördlich der Donau die Geister ebenso mobil zu machen. *Dann würden die Herrschaften vielleicht sehen, wo der Main richtig laufe.* Vielleicht sei dann endlich die Möglichkeit gegeben, vor einem unpolitischen Gericht *die Hintergründe des Jahres 1923 aufzudecken* und die Wahrheit darüber zu ergründen, warum sich die N.S.D.A.P. im Jahre 1923 in Bayern zu ihrem Vorgehen entschlossen habe[7]. Damals seien die inneren Beweggründe dieselben gewesen, die heute die N.S.D.A.P. zur Wahrung der Reichseinheit auf den Plan rufen. Ihre *Parole* sei: *Für des Deutschen Reiches Kraft und Stärke und für des deutschen Volkes Einheit.* In diesem Zeichen gehe die nationalsozialistische Bewegung mit ihrer ganzen Energie in diesen großen Wahlkampf hinein, an dessen Ende auch das Ende aller Verderber des Volkes und des Reiches stehen werde.

---

6 Bezieht sich auf das Haus Wittelsbach. Zu den Verbindungen zwischen der BVP und dem monarchistischen "Bayerischen Heimat- und Königsbund" in der Endphase der Weimarer Republik vgl. Robert S. Garnett jr., Lion, Eagle, and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918-1933, New York 1991, S. 294 ff.

7 Zur Vorgeschichte der Münchner Ereignisse vom 8./9.11.1923 vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

2. Juli 1932 Dok. 103
"Bekanntmachung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 4.7.1932.

Zum *U[ntersuchungs- und] Schl[ichtungs-]A[usschuß der] R[eichs-]L[eitung]* sind als weitere Beisitzer getreten: Die Pgn. *Wilhelm Fr[ei]h[er]r v[on] Holzschuher* [1] und *Wilhelm Grimm* [2].

Ich ernenne die beiden zu Vorsitzenden der neugebildeten zweiten bzw. dritten Kammer [3] mit dem Range eines Amtsleiters.

Der bisherige Vorsitzende des USchlA R. L., Pg. *Walter Buch* [4], behält den Vorsitz über den Gesamt-USchlA R. L. und führt gleichzeitig den Vorsitz der ersten Kammer.

Die Bekanntmachung vom 25. 4. [*19*]28 [5] findet auf oben gezeichnete Parteigenossen sinngemäße Anwendung.

München, den 2. Juli 1932.

Adolf Hitler

---

1 Wilhelm Viktor Freiherr von Holzschuher (1893-1965), 1908 Eintritt in die Münchner Kadettenanstalt, 1913 vorzeitiges Ausscheiden, badischer Fahnenjunker, 1918 Abschied als Leutnant, 1930 stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Vorsitzender der zweiten Kammer im Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bei der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 Reichsinspekteur im Stab des Stellvertreters des Führers, 1934 SS-Oberführer, 1934-1944 Regierungspräsident von Niederbayern und Oberpfalz.

2 Wilhelm Grimm (1889-1944), Verwaltungsoberinspektor, 1922 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Ansbach, 1926 Kreisleiter, 1928-1933 MdL in Bayern (NSDAP), 1928/29 Gauleiter des Untergaues Mittelfranken, 1932 Reichsleiter der NSDAP, 1932 Beisitzer im Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bei der Reichsleitung der NSDAP, 1934-1944 Vorsitzender der II. Kammer des Obersten Parteigerichts.

3 Die Erweiterung des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP war durch die gewachsene Mitgliederzahl notwendig geworden und diente auch dazu, die Durchsetzungskraft der Parteigerichtsbarkeit zu verbessern. Vgl. Donald M. McKale, The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence 1974, S. 99.

4 Walter Buch (1883-1949), 1904 badischer Leutnant, 1918 Abschied als Major, 1919 Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts, 1949 Selbstmord.

5 Druck: Bd. II/2, Dok. 264.

3. Juli 1932 Dok. 104
Rede auf Gautag des Gaues München-Oberbayern der NSDAP in München [1]

VB vom 5.7.1932, "Adolf Hitler spricht" [2].

Der Führer beginnt seine großangelegte Rede mit dem Hinweis darauf, daß dieses erhebende Bild vor ihm, wie es heute nach einer langen Zeit von Verboten [3] und Terror die alte *Führungsstadt* der Nationalsozialisten, *München* [4], zeige, nur *ein kleiner Ausschnitt* sei aus dem, was heute ganz Deutschland bewege.

Überall dasselbe Bild *einer gewaltigen Erhebung des deutschen Volkes.*

Seit dem Jahre 1914 ist nicht eine ähnliche Bewegung durch unser Volk gegangen [5], und wenn wir uns vor Augen halten, daß das alles nicht entstanden ist von der Sonne der Huld der heutigen Machthaber beschienen, *sondern entstanden aus kleinsten Anfängen heraus,* dann können wir auch ermessen, wie groß die Kraft des Idealismus ist, die diese Bewegung trägt.

Diese Bewegung ist nicht das, was unsere *Gegner* in ihr sehen wollen, nicht der Ausdruck der materiellen Not der heutigen Zeit, welche die Köpfe und Geister verwirrt habe [6],

sondern der Ausdruck der seelischen Not der Nation, des grenzenlosen Idealismus, des energischen Willens, des Opfermutes und der Entschlossenheit.

Sonst wäre es nicht denkbar, daß sie uns so knebeln konnten und daß in dem Augenblick, in dem sie den Vorhang zurückziehen, diese Bewegung stärker als je zuvor vor ihren Augen aufersteht.

In dieser Bewegung findet letzten Endes eine tausendjährige Sehnsucht des Volkes Befriedigung.

Denn über den äußeren Geschehnissen, die so oft zur Zerreißung des deutschen Volkskörpers geführt haben, schlummert überall, wo deutsches Leben sich rührt, ein Wunsch: nach einem Ausdruck dieses deutschen Lebens, nicht nur in unseren unsterblichen Werken der Kultur und Kunst, sondern auch in unseren *politischen* Gestaltungen.

---

1 Im Zeltbau beim Dante-Stadion an der Dachauer-Straße, nach 16.00 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen etwa 50.000 Menschen teil. Die Eintrittspreise waren von 50 Pfennig bis 5 RM gestaffelt.
Der Gautag des Gaues Oberbayern vom 1. bis 3.7.1932 diente der Vorbereitung des Reichstagswahlkampfs. Einer Besprechung der etwa 70 Bezirksleiter und Bezirksfachberater des Gaues folgte eine Schulungstagung für 800 Amtswalter. Unter Hinweis auf 90.000 RM Wahlkampfschulden rügte die Gauleitung die außerordentlich schlechte Zahlungsmoral der Mitglieder: 50% seien mit ihrem Beitrag mehr als drei Monate im Rückstand. Vgl. PND-Bericht Nr. 782, o. D. der Polizeidirektion München; StA München, Pol. Dir. München 6735.

2 Vgl. auch Bayerische Staatszeitung vom 5.7.1932, "Ein Sonntag der Demonstrationen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 4.7.1932, "Der Aufmarsch-Sonntag in München". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 16.7.1932, "Wieder im Braunhemd! Der Aufmarsch in München".

3 Vgl. Dok. 36, Anm. 4, Dok. 99, Anm. 25.

4 Im Sprachgebrauch der NSDAP galt München bereits als "Hauptstadt der Bewegung". Offiziell wurde dieser Titel erst am 2.8.1935 verliehen.

5 Anspielung auf die allgemeine Begeisterung beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Vgl. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

6 Daß der starke Zulauf Hitlers von der Wirtschaftskrise begünstigt werde, hatte z. B. Carl von Ossietzky bereits Mitte 1930 in der Zeitschrift "Weltbühne" festgestellt. Vgl. Gerhard Schreiber, Hitler-Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 43.

Der Deutsche wollte zu allen Zeiten, wenn auch manchmal sich im Inneren bekämpfend, am Ende doch *ein* Deutsches Reich, eine Kraft, die dem deutschen Volke auch die Macht gibt, ohne die es auf dieser Welt kein Bestehen geben kann.

Denn in der Kraft der Nation liegt auch das tägliche Brot der Zukunft begründet.

Das Ziel unserer nationalsozialistischen Bewegung ist es, die beiden Klassengegner in Deutschland, den bürgerlichen Nationalismus und den marxistischen Sozialismus, zu Boden zu zwingen und die Parteizersplitterung zu beseitigen, bis diese Bewegung einmal selbst Deutschland ist.

Die verlogenen Parolen der Marxisten

Glaubt ein Mensch, so führte Hitler gegenüber dem *bürgerlichen* Nationalismus aus, daß man mit dieser Nation die deutsche Erhebung durchführen kann, ohne daß der früher international eingestellte Volksgenosse an *ihr teil hat?* Den verlogenen Parolen der Marxisten gegenüber jedoch ist festzustellen:

Wir haben mit der derzeitigen Regierung nichts zu tun, aber wir haben alles zu tun mit denen, die Deutschland ins Unglück stürzten und in seine derzeitige furchtbare Lage hineinbrachten.

Wir sind die öffentlichen Ankläger der Verbrechen der letzten 14 Jahre!

Nun folgte eine vernichtende Abrechnung mit der *Bayerischen Volkspartei.*

Es ist für mich eine Genugtuung zu wissen, daß heute die Bewegung auch in der Stadt siegreich marschiert, in der man uns so oft verhöhnt, verlacht und unterdrückt hat, und in der jeder kleine bürokratische Knirps glaubte, diese Bewegung schikanieren und knebeln zu können.

Sie haben damit ein Wasser angestaut, aus dem jetzt ein See geworden ist, der die Dämme hinwegspült.

Die "Bayerische" Volkspartei möge sich heute nicht den Anschein geben, daß jetzt eine Zeit sei, *Bayerns Rechte* zu verteidigen[7].

13 Jahre hatte sie Zeit dazu.

Aber was dieser Stadt vor ganz Deutschland einen Vorsprung gegeben hätte, das haben sie mit allen Mittel zu *beseitigen* versucht.

Die Deutsche Volkspartei[8] *ist nicht Deutschlands Zukunft, die Bayerische Volkspartei aber schon gar nicht!* Die Männer der Bayerischen Volkspartei, die diese Stadt hätten zur Wiege der deutschen Zukunft machen können, sind ganz kleine Wichte. Wir aber sind schon heute die Bewegung geworden, auf die ganz Deutschland, ja die Welt blickt.

Wir sind Bayern treuer geblieben als die sogenannte Bayerische Volkspartei

Damals, nach der Revolution, hätten sie sich zur nationalen Sache bekennen müssen und nicht mitmarschieren dürfen mit dem ganzen internationalen Geschmeiß, das uns 14 Jahre lang geknebelt hat und das deutsche Volk in so namenloses Unglück brachte.

---

7 In einem Schreiben an Reichspräsident Hindenburg vom 25.6.1932 zu einer durch das Reich drohenden Aufhebung der durch die Länder verhängten Uniformverbote (vgl. Dok. 99, Anm. 25) hatte der bayerische Ministerpräsident Held unter anderem erklärt: "Ein Bedürfnis für neue, die Länder einschränkende reichsrechtliche Vorschriften kann die Bayer. Regierung nicht anerkennen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 150, Anm. 36.

8 Vgl. Dok. 72, Anm. 25.

Heute haben diese Leute Unterschlupf gefunden beim "Berliner Tageblatt"[9] und der "Frankfurter Zeitung"[10], und demnächst werden sie ihre Interessen wohl bei der "Roten Fahne"[11] vertreten sehen.

Die Herren *Schäffer, Held* und die Herren *Dompröpste*[12] haben zur gleichen Zeit mit ihrer politischen Arbeit begonnen wie ich, z. T. arbeiteten sie schon 30 Jahre vorher unter anderem Namen[13]. Sie begannen ihre Arbeit reich und wohlhabend, ich dagegen arm und verlacht.

Heute haben sie noch die 1,2 Millionen Anhänger, mit denen sie damals anfingen[14]*, wir aber sind von sieben Mann*[15] *auf 13 Millionen gewachsen*[16].

Wem also wird die deutsche Zukunft gehören? Es würde ein Wunder sein, wenn in kurzer Zeit Deutschland nicht unser wäre.

Wir werden auch die deutsche Wirtschaft in Ordnung bringen, denn wir haben wirtschaftlich ein Ideal:

Nicht das Volk ist für die Wirtschaft da, und die Wirtschaft für das Kapital, sondern das Kapital muß der Wirtschaft dienstbar sein, und die Wirtschaft muß dem Volke dienen.

---

9 Das "Berliner Tageblatt" wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur 1906 Theodor Wolff geworden war, stand während der Weimarer Republik der DDP nahe. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968, S. 73 ff.

10 Die "Frankfurter Zeitung" geht zurück auf die seit 1856 erscheinende "Frankfurter Handelszeitung", seit November 1866 "Frankfurter Zeitung und Handelsblatt". Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die "Frankfurter Zeitung" schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitung in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die "Frankfurter Zeitung", deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000 Exemplaren. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 12 ff.

11 Die "Rote Fahne" war seit 9.11.1918 Zentralorgan des Spartakusbundes, seit 3.12.1918 Zentralorgan der KPD. Vgl. Kurt Koszyk, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.

12 Gemeint sind: Johann Leicht (1868-1940), 1893 Ordination, 1899 Domvikar und Domprediger in Bamberg, 1913 Diözesanpräses der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, 1913-1918 und 1920-1933 MdR (Zentrum, seit 1918 BVP), 1915 Domkapitular, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1933 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der BVP, 1931 Domdekan, päpstlicher Hausprälat, 1933 vorübergehend in Haft.
Georg Wohlmuth (1865-1952), Dr. phil., 1890 Ordination, 1895 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Eichstätt, Mitbegründer und 2. Vorsitzender (1897-1933) des Bayerischen Christlichen Bauernvereins Mittelfranken, 1912-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (BVP), 1924-1933 Vorsitzender der BVP-Fraktion, 1924 Dompropst in Eichstätt.

13 Das Zentrum nannte sich 1918/19 in einigen Gebieten Deutschlands für kurze Zeit Christliche Volkspartei, der bayerische Landesverband spaltete sich als selbständige Regionalpartei unter dem Namen BVP ab. Vgl. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 116-157.

14 Die BVP war eine auf Bayern beschränkte Regionalpartei. Bei der ersten Landtagswahl im Freistaat Bayern am 12.1.1919 erzielte die BVP 1.193.101,5 [*sic!*] der abgegebenen Stimmen, bei der Wahl am 24.4.1932 1.272.005 Stimmen. Bei den dazwischenliegenden Wahlen lag das Ergebnis der BVP schlechter, vor allem 1924 (982.348 Stimmen). Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 91.

15 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

16 Bezieht sich auf das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

Für dieses Ideal haben heute Millionen Verständnis. In *seinem* Zeichen war es möglich, die Klassenversöhnung herbeizuführen, die wie ein Wunder in unserer Bewegung bereits Wirklichkeit geworden ist.

Nur aus einer Eingliederung der arbeitenden und ärmsten Volksschichten in die Nation kann die große Kraft erwachsen, die ein geschlagenes Volk braucht, um seine Ketten abzustreifen.

Als ich heute meine S.A.-Kameraden hier vorbeimarschieren sah [17] und so viele meiner ersten Mitkämpfer darunter erblickte,

die alten Kameraden aus den Jahren [19]20, [19]21 und [19]22,

so viele, die schon grau geworden sind und noch immer bei der alten Fahne stehen, da wußte ich so recht, was diese Bewegung uns allen gegeben hat.

Was wäre das Leben für uns, wenn wir sie nicht hätten! (Stürmischer Beifall.) *Sie hat dem Leben von Millionen wirklich erst einen Sinn gegeben, der dieses ganze Leben überhaupt wieder lebenswert sein läßt.*

Dieses große Ideal ist heute für Millionen Menschen nicht nur zum Lebensinhalt geworden, sondern auch zur großen Hoffnung für die Zukunft.

Wenn ich heute durch Deutschland fahre und überall die *Kinder* sehe, die mich begrüßen, darunter [*sic!*] erkenne ich die Mission unserer Bewegung, aus der Gegenwart hineingreifend in die deutsche Zukunft:

Diese Jugend, die uns schon verfallen ist, wird einst genauso von dem Geiste besessen sein, mehr vielleicht noch als wir.

Wir kämpfen nicht um Ministerposten, sondern um den Endsieg

Durch uns hat dieses politische, große Ringen erst einen Sinn und Zweck erhalten:

Nicht um ein paar Parlamentsstühle und Ministerposten geht es, sondern um die Befreiung unseres Volkes aus dem Wahn seiner Vorstellungen, seiner Parteien und seiner weltanschaulichen Zerrissenheit.

Was wir versprechen, ist, daß wir überall dem deutschen *Geiste* eine Bresche schlagen, der deutschen *Kunst* die Möglichkeit der Arbeit geben, den deutschen *Arbeiter* wieder zu einem Glied unserer Gesellschaft heben, den deutschen *Bauer* zum Fundament unserer Wirtschaft machen wollen.

Unsere Widersacher mühen sich auch in der Zukunft *vergeblich*. Am Ende wird die Bewegung mit ihren Idealen doch Herr der anderen sein.

In ihren Reihen steht die *deutsche Jugend*, das Unterpfand dafür, daß diese Bewegung aus der Gegenwart hineingreift in die deutsche Zukunft [18].

Wir kämpfen nicht um ein paar Ministerstühle. Wir werden in keine Regierung hineingehen, wenn wir uns selbst dabei verleugnen sollen! Den Herren von der Bayerischen Volkspartei,

---

17 Der Veranstaltung ging ein Demonstrationszug von etwa 9.500 SA- und SS-Leuten (VB: 11.800) vom Osten Münchens zum Dante-Stadion voraus. Ab 11.00 Uhr nahm Hitler in der Widenmayerstraße den etwa 90minütigen Vorbeimarsch ab. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 4.7.1932, "Der Aufmarsch-Sonntag in München".

18 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.

die sich anmaßen, uns "erziehen" zu wollen, sagen wir: *Ihr* nennt es erziehen, *wir* nennen es verderben. *Ihr wollt uns zu dem machen, was ihr seid*[19]*!*

Gewiß, wir könnten in Preußen vier Minister haben[20]*, ein paar tausend unserer Leute bekämen gute Gehälter. Wir nehmen diese Posten nicht, weil es gegen unsere Überzeugung geht und weil wir unsere Wähler nicht betrügen wollen. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir am Ende den Sieg einmal ganz und vollständig erringen werden, um das, was wir wollen, auch Wirklichkeit werden zu lassen.*

Vielleicht werden die Herren im Münchner Polizeipräsidium jetzt studieren, was man aus dieser Notverordnung noch alles herausholen kann: "Irgend etwas wird man doch noch tun können, um zu zeigen, daß man das ist?!"

Am Ende wird die Bewegung mit ihrem Idealismus doch Herr der anderen sein!

Sie sagen: Wir werden mit dem Schandregiment Papen abrechnen.

Mögen sie es ruhig, mich interessiert das Schandregiment derer, die schon vor Papen waren! (Großer Beifall.)

Wenn sich die Parteien mit der Kritik einer so kurzen Regierungszeit mit 5 bis 6 Wochen schon zufrieden geben, dann dürfen sie es uns nicht verübeln, wenn des deutschen Volkes größte Partei[21] eine größere Regierungszeit prüfen und beurteilen wird.

Wir wollen ihre Schuld feststellen und hoffen, daß sie gesühnt wird.

Für uns ist der 31. Juli [1932] ein Tag der Abrechnung[22]

Ob er die letzte Entscheidung bringt oder nicht, ganz gleichgültig, was die Vorsehung bestimmen mag: Unser Kampf wird weitergehen, und wir werden ab 1. August [*1932*] genau so diese Bewegung weiterführen wie bisher, bis endlich doch die letzte Entscheidung kommt.

Und wenn unsere Gegner nun meinen, sie können unseren Weg durchkreuzen etwa durch die Zerreißung des Reiches[23], so täuschen sie sich! (Stürmischer Beifall.)

Wir sind heute im ganzen Deutschen Reich Wahrer der Kraft und der Einigkeit des deutschen Volkes und der Größe des Deutschen Reiches geworden.

---

19 Zur Koalitionsfrage hatte die Zeitung der BVP, der "Bayerische Kurier", bereits am 28.6.1932 Stellung genommen: "Die Bayerische Volkspartei steht nicht deshalb in Opposition zur Regierung Papen, weil sie etwa ein grundsätzlicher Gegner einer politischen Zusammenarbeit mit der nationalsozialistischen Partei wäre und jeden Versuch, die nationalsozialistische Bewegung zu positiver Arbeit am Staate heranzuziehen, von vorneherein ablehnen würde. Auch Reichskanzler Dr. Brüning ist ehrlich bemüht gewesen, eine für eine vernünftige Politik tragbare Brücke zu den Nationalsozialisten zu finden. Es ist eine Geschichtslüge, der nicht bald genug der Garaus gemacht werden kann, daß Dr. Brüning und die deutsche Zentrumspartei absolute Gegner des Versuchs einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten und mit der sog. Rechten gewesen seien. Die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten ist bis heute einzig und allein an dem Willen und an dem Wesen der nationalsozialistischen Bewegung gescheitert, weil sie nicht fähig und nicht willens ist, grundsätzlich die Gleichberechtigung und Existenzberechtigung anderer politischer Bewegungen und Parteien nach dem Maße ihrer Stärke und Bedeutung anzuerkennen. Adolf Hitler traut sich nur an eine Regierung heran, gegen die keine Opposition möglich ist." Vgl. Bayerischer Kurier vom 28.6.1932, "Späte Erkenntnisse".

20 Vgl. Dok. 97, Anm. 10.

21 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

22 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

23 Anspielung auf separatistische Tendenzen in Bayern. Vgl. z. B. Dok. 84, Anm. 6.

Und dem Terror werden wir heute und immer unsere Disziplin entgegensetzen.

Wenn aber einmal dieser Staat wirklich vor dem Terror endgültig kapitulieren sollte, dann werden wir den Terroristen die Fäuste zeigen. (Tosender Beifall.)

Die braunen Bataillone, die in der Stärke von einer halben Million durch ganz Deutschland marschieren, werden jeden Deutschen grüßen, halten jedem die offene Hand entgegen, aber wehe, wenn man es einmal soweit bringt, daß in der Notwehr unsere Hand einmal zur Faust wird. (Stürmischer Beifall!!)

Wir geben die Straße, auf die wir ein verfassungsmäßiges Recht haben, niemals mehr frei, sie können das tausendmal als Provokation empfinden.

Für uns gibt es nur eine Provokation: wenn auf unseren deutschen Straßen Moskauer Horden marschieren. (Großer Beifall.)

Wenn eine Bayerische "Volks"partei und andere Parteien der bürgerlichen Welt das heute nicht verstehen wollen, werden wir dafür sorgen, *daß* sie es verstehen.

Auch der Terror wird genau so gebrochen, wie wir das Willkür-Regiment der Verfassungsverletzungen am Ende ja auch gebrochen haben.

Die Bewegung wird ihren Kampf weiterführen bis zu dem Tage, an dem das letzte und größte Ziel erreicht ist und aus den 13 Millionen 30, 40 und 50 Millionen geworden sind, das deutsche Volk einer politischen Weltauffassung wieder huldigt und wir das deutsche Leben endlich erlöst haben vom Kampf und Streit kleiner Parteien, kleiner Gruppen und kleiner Verbände[24]. *Wir hoffen, daß wir vom Schicksal dazu ausersehen sind und daß der Allmächtige so entscheidet, denn bei uns ist der Wille, der Glaube, bei uns zuerst aber auch die grenzenlose gegenseitige Kameradschaft, bei uns ist die Treue und bei uns ist die deutsche Jugend des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.)*

So bitte ich Sie denn, stimmen Sie mit mir ein in das Treue- und Kampfgelöbnis für unser deutsches Volk und Vaterland, so wie es überall in Deutschland sein wird im Osten oder im Süden, im Norden oder im Westen, überall, wo deutsches Leben ist, so wollen auch wir hier rufen:

Unserem deutschen Volk, unserem Vaterland, der Bewegung, die beide einmal retten wird, ein dreifaches

Sieg Heil!

---

24 Vgl. Dok. 28, Anm. 9.

6. Juli 1932 Dok. 105
"Für ein starkes Bayern in einem freien Deutschen Reich" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Tölz [2]

Tölzer Kurier vom 8.7.1932, "Adolf Hitler sprach gestern Mittwoch in Bad Tölz" [3].

Adolf Hitler begann seine etwa halbstündige Rede mit der Feststellung, daß sich keine Seele mehr im deutschen Volk vorfinde. Aus kleinen 7 Mann [4] habe sich die Partei in 13 Jahren zu einer *großen nationalen Bewegung* gestaltet, der jetzt über 13 Millionen Menschen angehören [5]; eine horrende Zahl, wenn man bedenkt, daß in derselben Zeit alle anderen Parteien Rückgänge, zum Teil sogar Beseitigung erlebt haben [6]. Die nationalsozialistische Bewegung könne deshalb als eine wahre *deutsche Volksvertretung* gelten, weil in ihr alle Berufsstände, Konfessionen und Gesellschaftsschichten gleichermaßen vereinigt sind mit dem gemeinsamen Ziel,

dem deutschen Volk Freiheit und Brot zu verschaffen.

Es ist ein großes Ziel, das hier erreicht werden will, ein Ziel, das aber auch einen großen Weg erfordert, der *nicht in Theorien* festgelegt ist und in ihnen verwirklicht werden soll. Mit wenigen Menschen wurde an eine Sammlung des deutschen Volkes gegangen, mit einer Hand voll Menschen wurde diese Sammlung gegen ungeheure Widerstände durchgeführt, mußte durchgeführt werden, denn die *Sammlung* ist die Voraussetzung der Erreichung des späteren großen Zieles. Erst müsse in der Nation Ordnung geschaffen werden, ehe die *Freiheit nach außen* hin wiedergewonnen werden kann. Das deutsche Volk müsse in Zukunft in der Welt wieder größere Achtung erfahren und die Bewegung, die das Volk einmal führen soll, muß diese Tatsache im Auge behalten, darf sich nicht in des Volkes Schicksal demütig ergeben, sondern muß ihm *trotzigen Widerstand* leisten.

Die nationalsozialistische Bewegung habe begonnen, den deutschen Menschen zu erziehen zum Gedanken der Selbsthilfe und des Widerstandes.

Die *bürgerlichen Parteien* haben sich seit Jahren Phantomen hingegeben, als da sind der Völkerbund oder irgendeine Konferenz, das *Proletariat* läuft seinem Ideal von der 2. [7] und 3. Internationale [8] nach, der Nationalsozialismus aber will das deutsche Volk *aus eigener Kraft aufbauen.* Gewisse Voraussetzungen gehörten allerdings dazu: falsche Hoffnungen müßten aus den Herzen gerissen werden; der deutsche Mensch muß sich *losreißen vom inneren Kampf,* vom Kampf der Stände, Konfessionen, Berufe, von der Spannung zwischen Stadt und Land,

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 6.7. und 7.7.1932 [*sic!*].

2 Auf einer Wiese an der Bahnhofstraße, nach 20.30 Uhr. An der Versammlung nahmen etwa 8.000 Menschen teil. Zunächst war die Versammlung wegen eines Gewitters in den Bruckbräu- und den Schaftlerbräusaal verlegt worden. Als das Unwetter nachließ, wurde die Versammlung wieder ins Freie verlegt. Während der Rede Hitlers brach das Gewitter wieder los. Der Tölzer Kurier berichtete: "So kam es denn, daß sich der weite Platz nur etwa zur Hälfte mit Zuhörern füllte." Nach Hitlers Abfahrt nach München sprach Gauleiter Adolf Wagner im Bruckbräusaal.

3 Vgl. auch VB vom 8.7.1932, "In Regen und Sturm spricht Adolf Hitler zu den Bauern des Tölzer Landes".

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

5 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 95, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 92, Anm. 18.

8 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

zwischen dem Proletariat und dem Bauernstand. Eine Voraussetzung zur Wiedererstarkung des deutschen Volkes sei es auch, sich als *Deutscher* und nicht als Preuße oder Bayer zu fühlen, als Bauer oder Arbeiter, als Protestant oder Katholik.

Das gemeinsame Schicksal muß im Auge behalten werden.

Man müsse lernen, dieses Schicksal gemeinsam zu meistern und *gemeinsame*, bindende Arbeit in den Vordergrund zu stellen. Deshalb auch wurden vor 13 Jahren diese Begriffe zusammengefaßt zu einer neuen Einheit, *zu neuer Weltauffassung und Weltanschauung.* Keine Bewegung habe das in 70 Jahren fertiggebracht, was hier in 13 Jahren gelungen sei. Es wurden mehr deutsche Menschen in dieser Zeit zusammengeführt, als es alle anderen Parteien in einem Menschenalter zusammenbrachten.

Aus allen Berufen und Lebensständen seien sie gekommen, so führte Hitler weiter aus, und das eben sei die Voraussetzung für das Wohl auch der deutschen Wirtschaft. *Bauer, Arbeiter und Intellektuelle* haben gemeinsam zu kämpfen und zusammenzustehen. Adolf Hitler erklärte, daß die Nationalsozialisten längst eine Koalition hätten eingehen können. Sie wollen es aber nicht, weil sie um mehr kämpfen, denn dieses Ringen gilt nicht einigen Ministerstühlen, sondern es gilt dem Kampf für den deutschen Menschen, *den Kampf um die Seele des deutschen Volkes.* Aus eigener treibender Kraft müsse das kommende Reich zusammengefügt werden. Es käme den Nationalsozialisten auch bei der nächsten Wahl nicht darauf an, mehr oder weniger Stimmen zu erhalten. Vielmehr muß das

deutsche Volk neu zusammengefügt werden, über allem Parteihader stehen und stets das Volksganze im Auge behalten.

Während der 31. Juli [*1932*] ein *Streittag*[9] für die nationalsozialistische Bewegung sein wird, wird der 1. August [*1932*] wieder ein *Arbeitstag* sein, solange bis endlich unter neuer Fahne die Freiheit erstritten wird, die Voraussetzung ist für die Lebenskraft des deutschen Volkes und für seine Ehre, für Brot und Freiheit.

Die *anderen Parteien* hätten 13 Jahre lang Zeit gehabt, die Dinge zu bessern, aber nichts wurde gerettet, es wurde nur zerstört und vernichtet, es wurde nur ein Trümmerhaufen geschaffen, die Wirtschaft ruiniert und alles überschuldet. Heute muß die deutsche Wirtschaft gerettet werden, heute sei es auch an der Zeit, *die deutsche Nation zu retten.* So wird dann auch die deutsche Wirtschaft wieder zum Blühen gebracht werden können. Begleitet von ein paar Hundert Menschen, so fuhr Adolf Hitler fort, habe ich hier in *Bad Tölz vor 10 Jahren* gesprochen[10]; heute stehen hinter mir 13 oder 14 Millionen Menschen. Welch ein Weg liegt hinter uns! Es liegt nicht im Ermessen der Bayer[*ischen*] Volkspartei oder der Sozialdemokratie, wie die Dinge sich gestalten; wir vertrauen auf Gott und glauben, daß am Ende dieses Weges stehen wird eines deutschen Volkes Freiheit, eines Volkes, das nicht verachtet ist, das diszipliniert ist, das geeint ist im Inneren, das nicht infiziert ist von der Weltpsychose der Internationalität, sondern das nach einer Wirtschaft strebt, die auf eigenem Boden wächst. Hier liege *die Wurzel aller Kraft,* nicht in der Hoffnung auf internationale Hilfe, sondern

im Mut und der Stärke der eigenen Volksgenossen.

9 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.
10 Am 10.9.1922. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 688 f.

Der Nationalismus glaube an kein Paradies, weil es das ja auf der Welt nicht gibt, er glaubt aber *an ein erträgliches Dasein*, an ein Reich, das dem fleißigen, treuen und braven Menschen wieder einen Daseinswert gibt.

Adolf Hitler schloß mit der Feststellung, daß der 31. Juli [*1932*] wieder ein *Entscheidungstag* für den Nationalsozialismus sein wird. Er appellierte an die Zuhörer, an diesem Tage ihre Pflicht zu erfüllen, auf daß das deutsche Volk endlich einträchtig werde, auf daß das deutsche Volk wiedererstehe in Kraft und Herrlichkeit.

7. Juli 1932 Dok. 106
"Für ein starkes Bayern in einem freien Deutschen Reich"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Landsberg a. L.[2]

Oberbayerischer Generalanzeiger vom 8.7.1932, "Adolf Hitler in Landsberg"[3].

Er [*Hitler*] sprach in aufpeitschenden Worten von dem "System", das schuld sei an der gegenwärtigen Lage, vergaß aber ganz zu sagen, welches traurige Erbe dieses "System" nach dem verlorenen Kriege[4] und verschiedenen Putschen[5] einst antreten mußte. Seine ganze Rede war eine Anschuldigung der "Systemparteien", war eine Aufzählung der angeblichen Sünden dieser Parteien an dem deutschen Volke und war ein Loblied auf seine Partei und seine Bewegung. Besonders rieb sich Hitler an der Bayer[*ischen*] Volkspartei, die glaube, die Zukunft gepachtet zu haben, weil sie die Vergangenheit gepachtet gehabt hätte. Aber wir werden ihr helfen!, schrie er mit Pathos seinen Hörern zu. Die Bayer[*ische*] Volkspartei habe heute eineinviertel Millionen Wähler[6], seine Bewegung aber habe 13 Millionen[7]. Das Hitlervolk jubelte diesem irreführenden Vergleich begeistert zu. (Hitler hatte es verstanden, mit den Zahlen zu jonglieren, denn die Bayer[*ische*] Volkspartei hat ihre Stimmenzahl *nur aus Bayern,* Hitler hat seine Stimmenzahl aber *aus dem ganzen Reiche* zusammengeholt, das ist denn doch ein wesentlicher Unterschied.) Nach einem kurzen Gedenken an seinen Landsberger Festungsaufenthalt[8] kam er

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Vorlage und Ankündigung im VB vom 6.7. und 7.7.1932.
2 Auf dem Viehmarktplatz, nach 19.00 Uhr. An der von Bezirksleiter Hermann Gmelin eröffneten Versammlung nahmen laut Oberbayerischem Generalanzeiger etwa 3.000 Menschen teil (VB: 5.000). Hitlers 50minütiger Rede ging ein Vorbeimarsch vom 500 SA-Leuten voraus, der von Gauleiter Adolf Wagner abgenommen wurde. Wagner begrüßte Hitler kurz und sprach nach ihm.
3 Vgl. auch VB vom 9.7.1932, "Adolf Hitler spricht in Landsberg am Lech vor 5.000 Volksgenossen".
4 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.
5 Gemeint sind hier der Kapp-Lüttwitz-Putsch (13. bis 17.3.1920) und Hitler-Putsch (8./9.11.1923).
6 Vgl. Dok. 104, Anm. 14.
7 Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
8 Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 8./9.11.1923 war Hitler seit dem 11.11.1923 zunächst als Untersuchungshäftling in der Haftanstalt Landsberg am Lech inhaftiert. Am 1.4.1924 wurde er vom Volksgericht in München zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Am 20.12.1924 wurde Hitler wegen guter Führung auf Be-

wieder auf die ihm stark auf die Nerven gehende Bayer[*ischen*] Volkspartei zu sprechen, sprach davon, daß seine Bewegung das Volk im nationalen Sinne einigen wolle, widmete Lockworte den Bauern, Bürgern und Arbeitern. Er warf die Frage auf: "Wer hilft Dir?", um sie mit "Niemand" zu beantworten, denn nur eine geschlossene Volksgemeinschaft in nationalem Sinne könne helfen. Seine Stellung zur Konfession brachte er mit der Erklärung: Im politischen Leben könne er nicht die Konfessionen entscheiden lassen, im politischen Leben sei er Deutscher!, zum Ausdruck. Wenn die anderen Parteien seine Bewegung bekämpfen, so sei seine Antwort: Wir kommen, wir sind da und wir gehen nicht mehr! Seine 13 Millionen Anhänger seien keine 13 Millionen Spießer, sondern 13 Millionen Tatbereite. In Preußen haben die Nationalsozialisten sich deswegen nicht an der Regierung beteiligt, weil sie keine Koalition machen, nicht, weil sie sich vor der Verantwortung scheuen, sondern weil sie keine faulen Kompromisse eingehen[9]. (Diese Ausrede war sehr gut, Herr Hitler!) Wieder sprach er von dem einzigen Ziel, der nationalen Einigung. Er glaube nicht an Genf[10] und nicht an Moskau[11], sondern nur an Deutschland und sein Volk. Der 31. Juli [*1932*] sei ein Kampftag[12], der 1. August ein Arbeitstag. Bringe er nicht den vollen Sieg (also 51 v. H.), dann werde weiter gekämpft. (Was aber dann geschieht, wenn ihm der Sieg, die so begehrte Macht zufällt, das hat Herr Hitler in der Hitze des Gefechts ganz vergessen zu sagen.) Er werde den Kampf um die Seele des deutschen Volkes nicht aufgeben. Mit einem Aufruf zur Macht für den deutschen Staat, für den deutschen Bauern, den deutschen Bürger, den deutschen Arbeiter, den deutschen Handwerker und für eine *deutsche Kirche* (!!) schloß Hitler. (Die Beamten hat er dabei scheinbar übersehen, deren Stellen braucht er wohl, wenn er an die Macht kommt, für seine Parteisoldaten.)[13]

---

währung entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

9 Vgl. Dok. 97, Anm. 10.

10 Sitz des Völkerbunds.

11 Anspielung auf den Sitz der III. Internationale. Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

12 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

13 Folgt abschließender Kommentar.
Am 9.7.1932 veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift "Liberty" unter der Überschrift "When I Take Charge of Germany" ein geringfügig verändertes Interview von George Sylvester Viereck mit Hitler aus dem Jahr 1923, ohne auf den tatsächlichen Entstehungszeitpunkt hinzuweisen. Druck des Interviews von 1923: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1023 f.

10. Juli 1932 Dok. 107
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berchtesgaden [1]

Berchtesgadener Anzeiger vom 12.7.1932, "Der Großdeutsche Tag in Berchtesgaden" [2].

Er [*Hitler*] sprach von dem Wunder, das sich in Deutschland in den letzten 13 Jahren vollzogen habe, wo aus einer kleinen Gruppe eine Bewegung geworden ist, die 14 Millionen umfaßt [3], die Hunderttausende aus freiem Willen marschieren läßt, dem einen großen Ziele zu, beseelt von der Sehnsucht, aus dem Alltag herauszukommen, sich über alle Stände, Berufe, Konfessionen hinweg zu einer Volksgemeinschaft zu einen. Und das zu einer Zeit, wo alle übrigen Organisationen in Deutschland der Auflösung verfallen sind oder stille stehen. Nur die Vorstellung einer großen Idee, nur ein stahlharter, unbeugsamer Wille konnte das erreichen. Die Zerklüftung des deutschen Volkes in eine sozialistisch-international gerichtete und in eine bürgerlich-nationale Hälfte hat der Nationalsozialismus überwunden, er will ein neues Deutschland schaffen. Diese Kräfte, die hier wach und stark geworden sind, haben auch die Feinde erkannt, darum treten sie heute Deutschland schon ganz anders gegenüber. Sie wissen, daß die Zeit der demütigen Unterwerfung, der charakterlosen Erfüllung [4] endgültig vorbei ist. Sie wissen, daß der neue Lausanner Vertrag, der heute noch einmal Deutschland 3 Milliarden [*RM*] aufbürden will [5], uns in 6 Monaten nicht mehr mit 3 [*Reichs-*]Mark aufgebürdet werden wird [*sic!*]. Nicht die anderen haben sich geändert, sondern Deutschland ist anders geworden. Es ist ein starker Wille entstanden, der Millionen auf eine Idee geeinigt hat.

---

1 Auf dem Festplatz an der "Breitwiesen", nach 17.00 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Prestl mit einer kurzen Ansprache eröffneten Kundgebung nahmen laut Berchtesgadener Anzeiger 15.000 bis 18.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Adolf Wagner. Zur Verkehrsregelung waren die örtlichen Polizeikräfte aus anderen Orten auf 40 Mann verstärkt worden. Vor der Versammlung hatte Hitler die Paradeaufstellung und den Vorbeimarsch von 6.000 uniformierten SA-, SS- und HJ-Angehörigen abgenommen. Im Anschluß an Hitlers Rede fand in seiner Anwesenheit ein Symphoniekonzert einer SA-Kapelle statt.

2 Vgl. auch VB vom 12.7.1932, "Hitler-Tag in Berchtesgaden" sowie Ankündigung im VB vom 9.7.1932 und 10./11.7.1932. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 16.7.1932, "Die Zeit der willenlosen Unterwürfigkeit ist vorbei. Hitler in Berchtesgaden".

3 Bezieht sich auf die Zahl von Hitlers Wählern im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.

5 Auf der Lausanner Reparationskonferenz vom 16.6. bis 9.7.1932 erreichte die deutsche Regierung das Ende der durch den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 begründeten Reparationszahlungen. Im Lausanner Vertrag vom 9.7.1932, der, obwohl er nie ratifiziert wurde, faktisch in Kraft trat, wurde Deutschland zu einer Restzahlung von 3 Milliarden RM verpflichtet, zahlbar in fünfprozentigen Obligationen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, einlösbar frühestens nach Ablauf von drei Jahren. Der Zinsertrag sollte den Gläubigermächten zufallen. Die Rückzahlungsverpflichtung für bereits bestehende deutsche Schulden blieb davon unberührt. Diese Vereinbarung wurde unter anderem durch den Verzicht der deutschen Delegation auf die Berücksichtigung der politischen Forderungen nach der Streichung des Kriegsschuldartikels und der diskriminierenden Abrüstungsbestimmungen des Abschnitts V des Versailler Friedensvertrags erreicht. Druck: Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, Essen 1939, Bd. 2, S. 1374 ff. Vgl. Thilo Vogelsang, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

Zum bevorstehenden Wahlkampf erklärte *Hitler,* daß die gegnerischen Parteien abgewirtschaftet haben; sie können nicht vor das Volk treten und auf ihre Leistungen in den letzten 13 Jahren verweisen. Die Gegner sollen dankbar sein, daß ihnen auf kurze Gnadenfrist noch die Regierung Papen geschenkt wurde[6] und nicht "unser Regiment". Die Stellung, die sich Deutschland heute in der Welt erobert habe, komme schon auf das Konto des geahnten kommenden Deutschland. Die bisher regiert haben, werden beurteilt, wie man Landesverräter und Deserteure wertet, die man braucht, aber verachtet, weil sie den Glauben und die Hoffnung des Volkes vernichtet haben.

Die Nationalsozialisten werden in keine Koalition gehen, in der sie "erzogen" werden sollen, denn diese Erziehung wäre nur zur Charakterlosigkeit und zum Verderben[7].

Der Nationalsozialismus könne warten, bis ihm die Macht zufalle. Der Weg von den 7 Mann[8] zu den 14 Millionen gegen alle Anfeindungen, Verhöhnungen und Unterdrückung war schwerer als der Weg von den 14 Millionen zu der deutschen Nation. Darum sei der 31. Juli [*1932*] ein neuer Kampftag, ob er nun die Entscheidung bringe oder nicht[9].

Wir gehen unsern Weg, so schloß Adolf *Hitler,* bis uns das Schicksal die Macht gibt. Es wird in Deutschland nicht Ruhe werden, bis das deutsche Volk nicht aus seiner Parteizerklüftung herausgelöst ist. Wir wollen keine Parteien mehr dulden, sondern nur ein einiges Volk. Darum kämpfen wir, bis der Tag kommt, da das deutsche Volk sich erhebt aus seiner Ohnmacht und Zersplitterung und ein großdeutsches Reich ersteht, kraftvoll und stark, ein Vaterland für alle seine Söhne, sozial, gerecht, stark und herrlich.

6 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.
7 Vgl. Dok. 104, Anm. 19.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
9 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

14. Juli 1932 Dok. 108
Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Der SA-Mann vom 17.8.1932, "Und wie die Reichsführerschule wieder eröffnet wurde".

Eineinhalb Stunden sprach der Führer im Lesezimmer zu uns *über das Wesen des Führertums und über die Erziehung und Heranbildung des S.A.-Führerkorps.* Gespannt hingen aller Augen an seine Lippen, es war eine Feierstunde, um die uns wohl viele beneiden.[3]

[15. Juli 1932][1] Dok. 109
Propagandaschallplatte

Masch. Abschrift o. D.[2]; Stadtarchiv München, BuR 452/1.

Die große Zeit der Entscheidung ist nunmehr gekommen[3]. Über 13 Jahre hat das Schicksal den heutigen Machthabern zu ihrer Erprobung und Bewährung zugemessen. Das schärfste Ur-

---

1 Die Reichsführerschule der NSDAP, die am 15.6.1931 in München eröffnet wurde, sollte eine systematische Ausbildung der SA-Führung ermöglichen. Die von SA-Gruppenführer Kurt Kühme geleitete Institution legte ihren Schwerpunkt auf die weltanschauliche Schulung der Kursteilnehmer, die hier gewöhnlich drei Wochen auf Kosten der Reichsleitung verbrachten. Als Lehrkräfte fungierten dabei oft prominente NSDAP-Mitglieder; der Unterricht in organisatorischen, praktischen und rechtlichen Fragen, ein ausgedehntes sportliches Begleitprogramm sowie Exkursionen bis nach Italien ergänzten diese Ausbildung. Der Teilnehmerkreis bestand aus ausgewählten Vertretern einzelner Dienstgradgruppen. Die Lehrgänge sollten demnach nicht nur die Qualität der SA-Führung steigern, sondern auch ihre politische Loyalität. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 555 ff.; Illustrierter Beobachter vom 1.8.1931, "Die Reichsführerschule der N.S.D.A.P. in München" sowie Bd. IV/1, Dok. 108, 137, Bd. IV/2.

2 Im Gebäude der Reichsführerschule, Briennerstraße 44, nach 10.00 Uhr. Vor dem Lehrgang 10 a.
Aufgrund der Notverordnung vom 13.4.1932 (vgl. Dok. 36, Anm. 4) war die Reichsführerschule am 14.4.1932 gegen 18.00 Uhr polizeilich durchsucht und am folgenden Tag um 16.00 Uhr geschlossen worden. Der unterbrochene Lehrgang 10 wurde nach der Wiederzulassung der SA (vgl. Dok. 96, Anm. 1) als Lehrgang 10 a weitergeführt. Vgl. Der SA-Mann vom 17.8.1932, "Wie die Reichsführerschule aufgelöst wurde".

3 Folgt Bericht über das gemeinsame Mittagessen und Hitlers Verlassen der Schule gegen 14.00 Uhr.

1 Datiert nach Anzeige im VB vom 15.7.1932: "*Die erste Adolf Hitler-Schallplatte! Hitlers Appell an die Nation. 8 1/2 Minuten Spieldauer.* Auslieferung ab 20. Juli 1932. Die Platte ist von unserem Führer *Adolf Hitler* auf beiden Seiten besprochen. *Verkaufspreis RM 5,-.* Der *Reinerlös* wird ausschließlich für die *Reichstagswahlpropaganda* verwendet! Nationalsozialisten, sorgt dafür, daß der Appell unseres Führers jeden Deutschen, in Stadt und Land erreicht! Jede Versammlung muß mit dem Appell Hitlers geschlossen werden! Bei allen deutschen Musikalienhandlungen sowie Zeugmeistereien erhältlich. Lieferung auch direkt vom *Musikverlag Frz. Eher Nachf. G.m.b.H. München 2 NO (Hansahaus). Benützt diesen Bestellschein!* [...] Lieferung nur gegen Vorauszahlung oder Nachnahme. Bei Voreinsendung des Betrages porto- und verpackungsfreie Lieferung. [*Zur in der Anzeige abgebildeten Schallplatte:*] *2/3 Größe! Die Originalplatte hat 30 cm Durchmesser.*"

2 Fußvermerk: "Mit Genehmigung des Verlages, Franz Eher Nachfolger, München 2 NO, der Braunen Platte Nr. 1: 'Hitlers Appell an die Nation' entnommen. Die Platte ist durch den Musikalienhandel zum Preise von [*R*]M 5,-- zu beziehen."

3 Bezieht sich auf die Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

teil sprechen sie sich aber, indem sie durch die Art ihrer heutigen Propaganda das Versagen ihrer Leistungen selbst verkennen. Sie wollten einst Deutschland für die Zukunft besser regieren als in der Vergangenheit, und können als Ergebnis ihrer Regierungskunst in Wirklichkeit nur feststellen, daß Deutschland und das deutsche Volk noch immer leben. Sie haben in den Novembertagen 1918 versprochen, Deutschland und insbesonders [*sic!*] den deutschen Arbeiter einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegenzuführen[4]. Sie können heute, nachdem sie nahezu 14 Jahre Zeit zur Erfüllung ihres Versprechens hatten, nicht einen einzigen deutschen Berufsstand als Zeugen für die Güte ihres Tuns anführen. Der deutsche Bauer verelendet[5], der Mittelstand ruiniert[6], die sozialen Hoffnungen vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerb stehenden Männer und Frauen ohne Arbeit und damit ohne Verdienst[7], das Reich, die Kommunen und die Länder überschuldet[8] und alle Kassen leer.

Was hätten sie überhaupt noch mehr zerstören können? Das Schlimmste aber ist die Vernichtung des Vertrauens in unserem Volk, die Beseitigung aller Hoffnung und aller Zuversicht. In 13 Jahren ist es ihnen nicht gelungen, die in unserem Volke schlummernden Kräfte zu mobilisieren. Im Gegenteil! In ihrer Angst vor dem Erwachen der Nation haben sie die Menschen gegeneinander ausgespielt, die Stadt gegen das Land, den Handarbeiter gegen den Arbeiter der Stirne, den Bayern gegen den Preußen, den Katholiken gegen den Protestanten und sofort und umgekehrt. Der Aktivismus unserer Rasse [*sic!*] wurde nur im Inneren verbraucht, nach außen aber blieben Phantasien übrig, phantastische Hoffnungen auf Kulturgewissen, Botschafterkonferenz[9], Weltgewissen, Völkerbund[10], zweite Internationale[11], dritte Internationale[12], proletarische Solidarität usw. Und die Welt hat uns dementsprechend behandelt.

So ist Deutschland langsam verfallen, und nur ein Wahnsinniger kann hoffen, daß die Kräfte, die erst den Verfall herbeiführten, nunmehr die Wiederauferstehung bringen könnten. Wenn die bisherigen Parteien Deutschland ehrlich retten wollten, warum haben sie es dann nicht schon früher getan? Bisher ist es unterblieben. Haben sie aber Deutschland retten wollen, weshalb ist es unterblieben? Haben die Männer dieser Parteien es ehrlich beabsichtigt, dann müß-

4 Vgl. z. B. Dok. 45, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.
6 Die Mittelstandspropaganda der NSDAP richtete sich vorwiegend an den sogenannten alten Mittelstand: Handwerker, Kleinhandeltreibende und Hausbesitzer. Die Umsätze des Handwerks gingen von 1928 bis 1932 um 50% und die des Einzelhandels um 36,4% zurück. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren damit auf den gewerblichen Mittelstand geringer als auf die Industrie. Vgl. Rembert Unterstell, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989, S. 33 ff.
7 Vgl. Dok. 40, Anm. 9.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 18. 19.
9 Die seit 1920 bestehende Pariser Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums befaßten sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Aufgrund der Veränderungen in der internationalen Politik trat die Konferenz seit ihrer 327. Sitzung am 12.1.1931 jedoch nicht mehr zusammen, ohne daß ein offizieller Auflösungsbeschluß gefaßt worden wäre. Vgl. Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.
10 Vgl. Dok. 79, Anm. 4.
11 Vgl. Dok. 92, Anm. 18.
12 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

ten ihre Programme schlecht gewesen sein. Waren aber die Programme richtig, dann können sie selbst es nicht aufrichtig gewollt haben oder sie waren zu unwissend oder zu schwach.

Nun nach 13 Jahren, da sie alles in Deutschland vernichtet haben, ist endlich die Zeit ihrer eigenen Beseitigung gekommen. Ob die heutigen parlamentarischen Parteien leben, ist nicht wichtig, aber notwendig ist es, daß verhindert wird, daß die deutsche Nation vollkommen zugrunde geht. Die Überwindung dieser Parteien aber ist deshalb Pflicht, weil sie, um selbst zu leben, die Nation immer wieder zerreißen müssen. Jahrelang haben sie dem deutschen Arbeiter eingeredet, daß er allein sich retten könnte, jahrelang dem Bauern vorgemacht, daß nur seine Organisationen helfen könnten. Der Mittelstand sollte durch Mittelstandsparteien und die Wirtschaft durch Wirtschaftsparteien dem Verderben entrissen werden. Der Katholik mußte seine Zuflucht beim Zentrum[13] nehmen und der Protestant beim Christlich-Sozialen Volksdienst[14]. Ja, am Ende erhielten die Hausbesitzer ihre eigenen politischen Vertreter, genauso wie die Mieter, die Angestellten und die Beamten[15]. Diese Versuche aber, die Nation in Klassen, Stände, Professionen und Berufe zu zerlegen und bruchstückweise dem wirtschaftlichen Glück der Zukunft entgegenzuführen, sind heute endgültig gescheitert.

Am Tage der Begründung der nationalsozialistischen Bewegung beherrschte uns schon die Überzeugung, daß das Schicksal der deutschen Menschen unzertrennlich verbunden ist mit dem Schicksal der gesamten Nation. Wenn Deutschland verfällt, wird nicht der Arbeiter im sozialen Glück gedeihen und genauso wenig der Unternehmer, und nicht der Bauer wird sich dann retten und nicht der Mittelstand. Nein, der Ruin des Reiches und der Verfall der Nation ist der Ruin, der Verfall aller. Auch keine Konfession und kein einzelner deutscher Stamm wird sich dem allgemeinen Los entziehen können.

Am Tage der Begründung der nationalsozialistischen Bewegung waren wir uns längst darüber klar, daß nicht das Proletariat der Sieger über das Bürgertum sein wird und nicht das Bürgertum der Sieger über das Proletariat, sondern daß dann die internationale Hochfinanz am Ende ausschließlicher Sieger über beide werden muß, und so ist es gekommen.

In der Erkenntnis dieses Verfalles habe ich vor 13 Jahren mit einer Handvoll Menschen eine neue Bewegung gebildet[16], die schon in ihrer Bezeichnung eine Proklamation der neuen Volksgemeinschaft sein soll[17].

Es gibt keinen Sozialismus, der nicht die Kräfte des Geistes zu seiner Verfügung hat, kein soziales Glück, das nicht durch die Kraft seiner Nation geschützt wird. Es gibt aber auch keine Nation und damit keinen Nationalismus, wenn nicht zur Millionenarmee der geistigen Arbeiter die Millionenarmee der Arbeiter der Faust, die Millionenarmee des Bauern stößt. Solange der Nationalismus und der Sozialismus als getrennte Ideen marschieren, werden sie von ihren vereinten Gegnern geschlagen. Am Tage, an dem sich die beiden Ideen in einer einzigen verschmelzen, sind sie unbesiegbar.

---

13 Das Zentrum entstand 1871 als politische Organisation des deutschen Katholizismus. Vgl. auch Dok. 28, Anm. 19.

14 Vgl. Dok. 28, Anm. 18.

15 Vgl. Dok. 28, Anm. 9.

16 Hitler war im September 1919 der durch Anton Drexler und Karl Harrer am 5.1.1919 gegründeten "Deutschen Arbeiterpartei" beigetreten. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 251 f.

17 Vgl. Dok. 20, Anm. 5.

Und wer will bestreiten, daß in einer Zeit, da in Deutschland alles zerbricht und verkommt, da in der Wirtschaft und im politischen Leben alles in Stillstand gerät oder überhaupt sein Ende findet, eine einzige Organisation einen unerhörten und wundervollen Aufschwung nahm? Mit 7 Mann habe ich vor 13 Jahren dieses Werk der deutschen Einigung begonnen[18], und heute stehen in unseren Reihen über 13 Millionen[19]. Aber nicht die Zahl ist es, die entscheidet, sondern ihr innerer Wert: 13 Millionen Menschen aller Berufe und Stände, 13 Millionen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, 13 Millionen Katholiken und Protestanten, Angehörige aller deutschen Länder und Stämme haben einen unzertrennlichen Bund gebildet[20]. Und 13 Millionen haben erkannt, daß die Zukunft aller nur im gemeinsamen Kampf und im gemeinsamen Erfolg aller liegt. Millionen Bauern haben nun eingesehen, daß es nicht wichtig ist, daß sie selbst die Notwendigkeit ihrer Existenz begreifen, sondern daß es nötig ist, die anderen Lebens- und Berufsstände über den deutschen Bauern aufzuklären und für ihn zu gewinnen. Und Millionen Arbeiter haben genauso heute erkannt, daß trotz aller Theorien ihre Zukunft nicht in irgendeiner Internationalen liegt, sondern in der Erkenntnis ihrer übrigen Volksgenossen, daß es ohne deutschen Arbeiter und deutschen Bauern keine deutsche Kraft gibt. Und ebenso haben Millionen der bürgerlichen Intellektuellen einsehen gelernt, wie belanglos ihre eigene Einbildung ist, wenn nicht die Millionenmassen des übrigen Volkes die Wichtigkeit der deutschen Intelligenz endlich begreifen.

Vor 13 Jahren wurden wir Nationalsozialisten verspottet und verhöhnt. Heute ist unseren Gegnern das Lachen vergangen. Eine gläubige Gemeinschaft von Menschen ist erstanden, die langsam die Vorurteile des Klassenwahnsinns und des Standesdünkels überwinden wird, eine gläubige Gemeinschaft von Menschen, die entschlossen ist, den Kampf für die Erhaltung unserer Rasse aufzunehmen, nicht, weil es sich um Bayern oder Preußen, Württemberger oder Sachsen, Katholiken oder Protestanten, Arbeiter oder Beamte, Bürger oder Angestellte usw. handelt, sondern weil sie alle Deutsche sind. In diesem Gefühl der unzertrennlichen Verbundenheit ist die gegenseitige Achtung gewachsen, aus der Achtung aber kam das Verständnis und aus dem Verständnis die gewaltige Kraft, die uns alle bewegt. Wir Nationalsozialisten marschieren daher auch in jede Wahl hinein mit dem einzigen Bekenntnis, am nächsten Tage die Arbeit wieder neu aufzunehmen für die innere Reorganisation unseres Volkskörpers. Denn nicht um Mandate oder Ministerstühle kämpfen wir, sondern um den deutschen Menschen, den wir wieder zusammenfügen wollen und werden zu einer unzertrennlichen Schicksalsgemeinschaft. Der Allmächtige, der es bisher gestattete, daß wir in 13 Jahren von 7 Mann zu 13 Millionen wurden, wird es weiter gestatten, daß aus den 13 Millionen dereinst ein deutsches Volk wird. An dieses Volk aber glauben wir, für dieses Volk kämpfen wir, für dieses Volk sind wir, wenn nötig, bereit, so wie die Tausende der Kameraden vor uns, uns einzusetzen mit Leib und Seele. Wenn die Nation ihre Pflicht erfüllt, muß dereinst ein Tag entstehen, der uns wiedergibt ein Reich der Ehre und Freiheit, Arbeit und Brot.

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
19 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
20 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.

15. Juli 1932 Dok. 110
Anordnung

Dienstvorschrift für die PO der NSDAP; IfZ, Db 01.05.

Nachstehender "Entwurf der Dienst-Vorschrift der P[*olitischen*] O[*rganisation*]" [1] hat von heute ab als Grundlage für den gesamten Dienst der PO zu gelten. Soweit bisherige Erlasse, Verfügungen, Befehle usw. mit ihm in Widerspruch stehen, werden sie dadurch außer Kraft gesetzt.

Die Landes- und die Reichs-Inspektionen [2] berichten zum 1. Oktober 1932, wie sich der Entwurf bewährt hat. Änderungsvorschläge können dabei gemacht werden [3].

Adolf Hitler [4]

15. Juli 1932 Dok. 111
"Nationalsozialisten, Parteigenossen und Parteigenossinnen!"
Geleitwort

Dienstvorschrift für die PO der NSDAP; IfZ, Db 01.05.

"Die Welt wird nur von einem Bruchteil der Weisheit regiert." Dieser bittere Ausspruch des schwedischen Staatskanzlers Oxenstjerna [1] enthält leider eine ewige Wahrheit. Nur der Prozentsatz, in dem die Weisheit zur Unvernunft steht, ist ein veränderlicher. Es gibt Zeiten, in denen die Völker, sei es aus einem gesunden urwüchsigen Instinkt heraus oder sei es auch auf

---

1 Die "Dienstvorschrift für die P.O. der N.S.D.A.P." enthielt neben den Geleitworten Hitlers (vgl. Dok. 111) und des Reichsorganisationsleiters, Gregor Straßer, die Kapitel "Organisation und Idee", "Gliederung" - mit acht Unterkapiteln -, "Verhältnis zu anderen Parteigliederungen", "Gründung und Auflösung der politischen Verbände", "Der Parteigenosse", "Der Amtswalter", "Der innere Dienst der P.O." sowie "Dienstanzug der Amtswalter". Die Anhänge I bis VI enthielten Regelungen für allgemeine organisatorische Fragen und den Aufbau der Hauptabteilungen der Reichsorganisationsleitung (vgl. Dok. 85, Anm. 7).
Die Dienstvorschrift veränderte die Struktur der oberen und mittleren Führungsinstanzen der Partei und stärkte deren Einfluß auf die untere Führungsebene. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 383 f.

2 Vgl. Dok. 86, Anm. 2.

3 In seiner "Anordnung Nr. 7" vom 17.9.1932 kündigte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, an, daß einige Änderungen der "Dienstvorschrift der PO" in Form von Merkblättern ab 1.10.1932 ausgegeben würden. Kern der Modifikationen war die nochmalige Neuordnung der Hauptabteilungen der Reichsleitung der NSDAP. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1932, "Reichsorganisationsleiter".

4 Faksimilierte hs. Unterschrift.

1 Gemeint ist vermutlich der zu Unrecht Axel Oxenstjerna zugeschriebene aber wahrscheinlich auf Papst Julius III. zurückgehende Ausspruch: "Weißt du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?" Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 615.

Grund einer klareren Einsicht in die natürlichen Gesetze des Lebens vernünftiger regiert werden und damit vernünftiger handeln, es gibt aber auch Perioden, da sie anscheinend nur der helle Wahn- und Irrsinn des Lebens bestimmt. Am unheilvollsten ist es, wenn sich menschliche Einfältigkeit, Halbheit und Schwäche mit überheblichem scheinbaren Wissen verbinden, um dann zu Ehren der Göttin der Vernunft, der Unvernunft die verlangten und ihr wohl auch gebührenden Opfer zu bringen.

Es gibt Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte, in denen alles Licht förmlich verhängt zu sein scheint. Da die Menschen sich vom Natürlichen so weit entfernt haben, daß der Instinkt als Ratgeber versagt, während umgekehrt der Verstand noch zu unentwickelt ist, um den Instinkt ersetzen zu können. Denn jede wahre Weisheit kann keine Lebensgesetze aufstellen, sondern höchstens erkennen. Ein solches Einsehen und Wissen wird aber immer zur Demut und nie zur Überheblichkeit erziehen; denn es offenbart erst die Größe der souveränen Gesetzmäßigkeit, die das Leben beherrscht und bestimmt und die Kleinheit des Menschen und der Menschen, deren Dasein diesen großen Bestimmungen unterworfen ist. Das liberal-marxistische Zeitalter wird dereinst gemessen werden sowohl nach den auf vielen Gebieten des Lebens vollbrachten großen Leistungen dieser Zeit, wie aber auch nach der in dieser Zeit selbst entstandenen Übersteigerung der eitlen Bewunderung dieser Leistungen, nach einer langsam gezüchteten, wissenschaftlichen Überheblichkeit, die am Ende dieser Zeit - für viele gar nicht sichtbar - vom Wissen und Erkennen abgeleitet und bei der überheblichsten Einbildung landet. Eine Menschheitsepoche, die dabei über den Leistungen den Träger der Leistungen vergißt! Die nicht mehr sehen will, daß der Mensch in seinem Leben abhängig ist von genau denselben allgemein gültigen Gesetzen des Lebens, wie sie der beschränkte menschliche Verstand ansonsten sehr wohl festzustellen vermochte!

Allgemeine Grundlagen der Menschheitsentwicklung werden in dieser liberal-marxistischen Epoche frech verleugnet. Im Namen des materialistischen Lebens versündigt man sich gegen die Voraussetzungen zum Leben überhaupt. Eine schleichende Krankheit, die jahrzehntelang andauert und zu einer allgemeinen Zersetzung, ja Zerfressung der Nationen führt, findet ihren plötzlichen akuten Ausbruch: Der Weltkrieg kommt und versucht mit dämonischem Wüten in Jahren zu vollstrecken, was sonst vielleicht Jahrhunderte gebraucht hätte. Er treibt die Entwicklung zu jener Krise, die für jede Krankheit entscheidend ist. Millionen werden durch sie endgültig entwurzelt, Gesellschaftsschichten, deren Verfall die liberal-marxistische Epoche an sich bedingt, stürzen in weltgeschichtlichen Stunden ein, Staaten, die zur leeren Form erstarrt sind, brechen, und es scheint fast so, als ob damit die liberal-marxistische Völkererkrankung in einer Völkerkatastrophe, ja einem Völkertode sondergleichen ihren folgerichtigen Abschluß fände. Allein diese selbe Krise des Weltkrieges, die das an sich schon Schwache endgültig erschüttert und stürzt, führt auf der anderen Seite zur Erweckung ungeheuerster schlummernder Lebensgeister und Kräfte. Die Schlachtfelder des Todes wurden wie fast immer zum fruchtbaren Boden einer neuen Auferstehung. Die Krise wird nicht das Leben beenden, sondern - des können wir heute schon sicher sein - es zu einer neuen Verjüngung führen.

Die deutsche Nation erhielt aus den Fieberschauern dieser größten Völker-Katastrophe die inneren und äußeren Voraussetzungen für die Geburt einer Weltanschauung, die als kristallklarste Vernunft den einst verloren gegangenen natürlichen Instinkt nicht nur ersetzen soll, nein, die ihm sogar wieder die lebendigen Voraussetzungen geben muß, um dereinst in einem

durch die Erkenntnisse gesundeten Volk als selbstverständlicher Instinkt wieder aufleben zu können.

Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, in schlichter Bescheidenheit die kundgewordenen Ergebnisse einer strengen logischen wissenschaftlichen Erforschung menschlicher Lebensgesetze, der Gesetze der Bildung menschlicher Kulturen usw. als fundamentale Grundlagen für die Regeneration unseres Volkskörpers aufgestellt und verwendet zu haben. Blut und Rasse, Persönlichkeit und Persönlichkeitswert, der Kampf als ewig-auslesende Erscheinung, die Erde und der Lebensraum als bestimmende zwingende und treibende Kraft sind in ihrer fundamentalen Bedeutung durch diese Bewegung nicht nur erkannt, sondern auch wohl zum ersten Male bewußt gewürdigt worden. Der Größe dieser Lebensgesetze einerseits und Lebensaufgaben andererseits gegenüber sinken die Vorstellungen, Begriffe und auch Einrichtungen unserer bürgerlich-liberal-marxistischen Welt zur vollständigen Bedeutungslosigkeit zusammen. Dem ewigen Sein eines Volkes bedeutet eine heute nur mehr gesellschaftlich ausgeprägte Organisation, mag sie Bürgertum oder Proletariat heißen, nur einen Hauch, der vorübergehend wohl das Leben trüben kann, aber seine Bedingungen niemals zu ändern vermag.

Indem die nationalsozialistische Bewegung zu den großen Lebensgrundlagen und Lebensgesetzen zurückkehrt, entfernt sie sich weit vom Niveau und dem Wesen einer parlamentarischen Partei. Sie ist eine Weltauffassung, die ihren Zweck erfüllend, dem deutschen Volke eine vernunftgemäß organisierte Form mit einer derselben Vernunft entsprechenden Leitung geben will. Da aber der Staat dank ihrer Erkenntnisse nur ein Mittel zum Zweck sein kann, ist das Werk der deutschen Wiederauferstehung kein Werk einer formalen Änderung des Deutschen Reiches oder seiner Verfassung, sondern eine Frage der vernünftigen Erziehung und Neubildung unseres Volkes. Die nationalsozialistische Bewegung löst dieses Problem nicht in theoretischer Arbeit und am Schreibtisch, sondern wirklich. Das heißt: Sie schafft in ihrer Idee und ihrer Organisation den Gehalt und das Wesen des ihr vorschwebenden späteren völkischen Staates. So unveränderlich dabei die Gesetze des Lebens selbst sind und damit die unserer Bewegung zugrunde liegende Idee, so ewig fließend ist das Ringen um die Erfüllung. Die Organisation der Bewegung auch als ein Mittel zum Zweck soll aber durch diese neue Dienstanweisung nur Richtlinien bekommen zur Erfüllung ihrer größeren, in der Verwirklichung unserer Idee liegenden Aufgabe.

Adolf Hitler

15. Juli 1932 — Dok. 112
Rede auf NSDAP-Versammlung in Tilsit[1]

Masch. Manuskript, o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 A6a[2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Das wunderbare Bild, das Sie hier vor sich sehen, erlebte ich wenige Tage vordem inmitten der bayerischen Berge im südlichsten Orte unseres Vaterlandes[3], des heutigen Deutschen Reiches, und heute nun in der nördlichsten Stadt. Es ist in beiden Fällen ein und dasselbe Bild, ein und dieselbe Erscheinung, ein Wunder, ein Volk beginnt an allen Orten des Deutschen Reiches sich einer einmütigen, einheitlichen Auffassung zuzuwenden. Es vertritt diese Auffassung gemeinsam über alle Landesgrenzen, über alle Standesgrenzen, über die Grenzen der Religionen und Konfessionen und der Gegner hinweg. Eine Organisation steht, die sich nicht auszeichnet durch die Zahlen von 12, 13, 14 oder 15 Millionen[4], obwohl sie die größte Masse faßt, die jemals in Deutschland eine Volksbewegung erfaßt hat[5], sondern eine Organisation, die sich auszeichnet durch den Gehalt, durch das Wesen, die durch diese Zahlen verkörpert werden, die durch diese Zahlen repräsentiert werden. Und das in einer Zeit, in der fast alles andere in Deutschland entweder sich in Auflösung verloren hat oder bereits in Auflösung befindet.

Wenn heute unsere Gegner in diesen Wahlkampf[6] hineingehen mit dem Versuch, eine bescheidene Auseinandersetzung zu führen über die letzten 4 oder 5 Wochen, so zeigt das im ganzen Umfange ihr eigenes schmähliches Zusammensinken. Ich kann verstehen, daß die politischen Führer der Parteien, über die heute gerichtet werden wird, daß die es ungern sehen, wenn die letzten 13 Jahre geprüft werden, es lieber sehen, wenn man sich beschränkt auf die letzten 5 oder 6 Wochen[7]. Ich kann es aber nicht verstehen, daß es Menschen, Volksgenossen,

---

1 Auf dem Rennplatz, nachmittags. An der von Gauleiter Erich Koch eröffneten Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben etwa 40.000 Menschen teil. Die "Welt am Montag" gibt die Zuhörerzahl mit 10.000 an. Nach der Veranstaltung wurde Hitler mit dem Auto nach Gumbinnen gefahren.

2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 18.7.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Der Jungdeutsche vom 17.7.1932, "Kampfsplitter"; Königsberger Volkszeitung vom 19.7.1932, "Die Hitleriade in Tilsit ein großer Reinfall"; Nationalpost (Der Angriff) vom 19.7.1932, "Riesenkundgebung in Tilsit"; Preußische Zeitung vom 16./17.7.1932, "Der Führer an der litauischen Grenze"; VB vom 17./18.7.1932, "Die machtvolle Kundgebung im äußersten Nordosten des Reiches"; Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ...".

3 In Berchtesgaden am 10.7.1932. Vgl. Dok. 107.

4 Schätzung. Die letzte reichsweite Abstimmung war der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932 bei der Hitler 13.418.547 Stimmen erzielte. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

6 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

7 Im Wahlaufruf vom 28.6.1932 erklärte z. B. der Vorstand der SPD unter anderem: "Die Sozialdemokratie hat in geduldiger Arbeit die Lasten des verlorenen Krieges dem deutschen Volke zu erleichtern versucht. Sie hat als erste die Forderung nach der Streichung der internationalen Kriegsschulden erhoben und für diese Forderung im Interesse des deutschen Volkes in der ganzen Welt um Verständnis geworben. Ihre Politik der Verstän-

die nicht politische Führer sind, daß es besonders Arbeiter gibt, die selbst Freude an einem Betrug empfinden. Wenn sie die letzten 13 oder 14 Jahre aus der Diskussion streichen wollen und sich nur auf 4 - 6 [*Wochen*] beschränken, so zeigt das, wie sehr sie nicht nur in ihren Organisationen, sondern auch in ihrem Denken bereits geschwunden sind, wie sie immer kleiner werden und nicht berufen sein können, die deutsche Zukunft und das deutsche Schicksal zu gestalten. Wer heute nicht weiter sehen kann als 4 - 6 Wochen, der wird auch in Zukunft nicht weiter blicken können als 4 - 6 Wochen. Die Kleinheit ihrer politischen Propaganda zeigt die Kleinheit ihrer Gedanken überhaupt und sie zeigt, wie nicht nur ihre Organisationen sich verwandelt haben, sondern wie ihr ganzes politisches Denken und Leben unfruchtbar geworden ist. Und in der Zeit, da alle Organisationen in Deutschland dahinschmelzen in ihrer Größe und ihre Gedankengänge klein geworden sind, da ist diese Bewegung entstanden und reicht heute von dieser Stadt an der nordöstlichsten Grenze des Reiches bis in die hohen Berge hinein, reicht von der Donau bis an die Mündung der Elbe und weiter bis zum Rhein, eine Bewegung, die in kaum 13 Jahren von 7 Mann[8] heute auf 14, 15 Millionen Menschen angewachsen ist und die nicht etwa stillstehen wird. Davon können unsere Gegner überzeugt sein. Sie haben zu allen Zeiten gehofft, daß diese Mahnerin des deutschen Gewissens, die Erweckerin der deutschen Kraft und der Vernunft, daß sie wenigstens jetzt zum Stillstand in ihrem Wachsen gekommen sein wird. So sagten sie vor 5, 6, 7, 10, 12 Jahren. Damals logen die kleinen roten Blättchen vor, es handle sich nur um eine Handvoll verkrachter Existenzen, sie logen vor 12 Jahren, sie logen vor 10, vor 7 Jahren und sie lügen heute. Sie wissen vielleicht alle, als die Wahl im September 1930 stattfand[9], da sagte man: Nun ist der Höhepunkt erreicht, nun ist es vorbei, die Nationalsozialisten werden von nun an abwärts gehen müssen. Und heute? Wir werden mehr als doppelt so stark sein. Und am ersten August [*1932*] werden sie wieder lügen und sagen: Nun ist alles zu Ende. Und es wird wieder ein Sieg kommen, und wir werden uns abermals verdoppelt haben. (Stürm[*ischer*] Beifall.)

Das Wunder, daß diese Bewegung durch eine Handvoll Menschen zur größten deutschen Organisation geworden ist, liegt begründet in unserer Zielsetzung. Als wir den Kampf um Preußen führten, da haben wir ganz offen erklärt, daß auch diese Wahl uns nicht einen Zentimeter von unseren Grundsätzen rücken würde. 162 Mandate haben wir bekommen[10]. Die politischen Gegner konnten es nicht verstehen, warum wir nicht in eine Koalition hineingesprungen sind[11]. Wir haben damals erklärt, daß alles denkbar ist, aber eins undenkbar, daß wir jemals unsere Prinzipien opfern würden. Ich kann Ihnen heute genau dasselbe sagen. Es ist im

digung mit Frankreich wurde als schlapp, feige, undeutsch, ja geradezu landesverräterisch hingestellt. Indem auch die Regierung der 'nationalen Konzentration', die Regierung Papen, den Weg der Verständigung mit Frankreich beschritt, hat sie wider Willen den schamlosen Betrug der nationalsozialistischen Demagogen entlarvt. Die Tätigkeit der Regierung Papen beginnt weiten Volkskreisen die Augen zu öffnen über die Wirkung nationalsozialistischer Erfolge. Je größer diese Erfolge waren, um so zerrütteter wurde die Wirtschaftslage, um so eher faßte die Regierung den Mut, die Lebenslage der Armen noch weiter zu verkümmern." Druck: Vorwärts vom 28.6.1932 (MA), "Deutsches Volk!".

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

9 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erzielte die NSDAP 6.409.610 Stimmen. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 41.

10 Vgl. Dok. 64, Anm. 1.

11 Vgl. Dok. 68, Anm. 4.

Völkerleben nicht wesentlich, wann eine Bewegung zur Herrschaft kommt, ob sie im nächsten Monat oder ob sie im nächsten Jahr zur Herrschaft kommt. Es ist wesentlich, daß eine Bewegung nicht von ihrem Charakter und ihren Prinzipien läßt. (Stürm[*ischer*] Beifall.) Es ist wesentlich, daß sie sich nicht prostituiert, sich nicht selbst preisgibt, sondern daß sie ausdauernd und zäh ihren Weg unbeirrbar weitergeht, niemals faule Kompromisse schließt, sich nicht unterwirft, nicht kapituliert. Sie haben es in den letzten 13 Jahren erlebt, daß die Gegner glaubten, über uns triumphieren zu können. Vor wenigen Wochen erst meinten sie, uns den Todesstoß versetzt zu haben, als sie die S.A. auflösten[12], nachdem sie uns schon vorher das braune Hemd[13] genommen hatten[14]. Und heute, wenige Wochen später? Wir sind uns treu geblieben. Sie haben damals geglaubt, man müsse die S.A. auflösen, ihr das Kleid ausziehen, dann würde sie sich wohl so ähnlich aufführen, wie [*die*] damaligen Regenten von 1918 sich aufgeführt haben[15]. Sie haben angenommen, wir würden uns unterwerfen und auch erklären: Ihr habt uns besiegt, wir bekennen uns als geschlagen, deshalb erklären wir, daß wir schuldig sind. Wir wollen von jetzt ab unterwürfig und demütig sein. Wir wollen uns selbst preisgeben, auf uns Verzicht leisten. Sie haben sich getäuscht. Es ist ein anderes Deutschland, das jetzt erstanden ist, und dieses andere Deutschland legt uns andere Pflichten auf. Es ist nicht das Deutschland des November 1918, das Deutschland der Unterwerfung, der Selbstverzichtleistung, der Schuldlüge[16], der Erfüllung[17]. Es ist ein Deutschland, das wieder an sich selbst glaubt, auf sich selbst vertraut, ein Deutschland, das wieder Ehre kennt und das bereit ist, sich dafür einzusetzen bis zum Letzten.

Unsere Gegner freilich sagen: Es geht gar nicht um Ehre und Charakter, Mut und Entschlossenheit. Es handelt sich um die und die Notverordnung, um die materiellen Fragen usw. Jawohl, so haben sie 14 jahrlang [*sic!*] in materiellen Problemen herumgewühlt und haben alle Ergebnisse nur vom materiellen Standpunkte gewertet. Eine vernichtete Wirtschaft, zerrüttete Finanzen, ruinierter Bauernstand[18], verelendetes deutsches Handwerkertum, 7 Mill[*ionen*] Arbeitslose[19], Pfändungen um Pfändungen wohin sie blicken, das ist das Ergebnis der Parteien,

---

12 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 92, Anm. 26.

14 Anspielung auf die Uniformverbote, die seit April 1930 gegen die NSDAP verhängt worden waren. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

15 Am 7.11.1918 abends hatte König Ludwig III. von Bayern München verlassen, am 8.11. dankte Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg, am 9.11. Kaiser Wilhelm II. als deutscher Kaiser und preußischer König ab. Innerhalb weniger Tage folgten die übrigen deutschen Landesfürsten diesem Beispiel oder wurden abgesetzt. Ernsthafter Widerstand wurde nirgendwo geleistet. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, S. 423 ff.

16 Gemeint ist Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

17 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.

19 Ende Juni 1932 wies die amtliche Statistik 5.475.778 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 292.

die nur wirtschaftlich dachten und wirtschaftlich allein die Nation retten wollten. Sie haben ganz vergessen, daß, wenn am Ende wieder einst Preußen erstand und wenn am Ende dieses Preußen wieder lebensfähig wurde[20] und aus diesem lebensfähigen Preußen ein Deutsches Reich erstand[21] und am Ende aus diesem Deutschen Reich das kam, was wir erlebt wußten [*sic!*], daß dann der Ausgangspunkt nicht eine schmähliche Wirtschaftspartei, sondern Ausgangspunkt ein heroischer Widerstand des Charakters und des Willens war, der hier von dieser Stadt seinen Ausgang genommen hat[22].

Glauben Sie [*mir*], wenn heute diese Bewegung Millionen Deutsche aus allen Lebens- und Berufsständen erfaßt hat[23], dann nur deshalb, weil sie bewußt anstelle einer verlogenen, nur materiellen Betrachtung der Dinge eine grundsätzliche Erkenntnis gesetzt hat, nämlich, daß es auch kein materielles Glück geben kann, das nicht politisch erst verdient wird. Erst muß ein Volk politisch so würdig sein, daß es die Freiheit verdient, um nach Erringung dieser Freiheit das tägliche Brot zu bekommen. Wenn heute unsere Gegner in Deutschland alles verloren haben in den 13 Jahren, alles vernichtet, zerstört haben, so daß wir fragen müssen, was könnten sie überhaupt noch zerstören, dann ist das Schlimmste noch lange nicht, daß das Materielle zerstört wurde, sondern die Summe des Glaubens und Vertrauens, um die sie unser Volk gebracht haben, daß sie es fertigbrachten, daß von einem 65-Millionen-Volk[24] ein großer Bestandteil nicht mehr an die Nation glaubt, sondern auf irgendein internationales Phantom blickt. Der Prolet hat seit 12 und mehr Jahren seine internat[*ionale*] proletarische Solidarität, der Staatsbürger hat sein Weltgewissen, sein Kulturgewissen, seinen Völkerbund[25] mit den bedeutungslosen Konferenzen. Jeder hat irgendeine Hoffnung. Aber nur eine Hoffnung, eine Überzeugung, die haben sie versucht auszurotten, nämlich, daß jede Zukunft aus eigener Kraft und aus eigenem Schaffen begründet sein kann und daß diese Hoffnung von dieser Kraft ihren Ausgang nehmen kann.

Und wenn wir weiter die Zerrüttung unseres Glaubens an Deutschland erwägen, dann können wir erst ermessen, was diese Bewegung dem deutschen Volk gegeben hat: Sie brachte es fertig, daß Millionen Menschen wieder unbedingt glauben an die eigene Kraft. Die einen beten Moskau [*an*], die andern ihr Geld. Es gibt heute 15, 20 Millionen Menschen in Deutschland, die wieder Deutschland anbeten gelernt haben (stürm[*ischer*] Beifall), die wieder an Deutschland glauben, an den deutschen Menschen glauben und in diesem Glauben sich loslösen von alten Überlieferungen, Formen und Vorurteilen, die im Glauben an die deutsche Kraft und an die deutsche Zukunft, die in uns liegt, sich gegenseitig wieder kennengelernt haben und begriffen haben, daß es keine Zukunft geben kann, wenn wir nur als Klasse, der Bauer als Bauer, der Arbeiter als Arbeiter, der Intellektuelle als Intellektueller zu denken und zu handeln wagen. Das ist das Wunder, daß in der Bewegung Millionen von Intellektuellen ihre Verbrüderung vollzogen haben mit Millionen von Handarbeitern, und umgekehrt beide endlich auch überzeugt sind, daß die Zukunft unserer Wirtschaft gar nicht so abhängig ist von Ein- und Ausfuhr,

---

20 Vgl. Dok. 57, Anm. 19.
21 Vgl. Dok. 45, Anm. 7.
22 Vgl. Dok. 48, Anm. 4.
23 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.
24 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.
25 Vgl. Dok. 79, Anm. 4.

Handelsbilanzen, Löhnen usw., sondern daß das letzte Fundament der deutschen Wirtschaft einerseits der deutsche Geist ist, andererseits das Grundlegende aber die deutsche Erde und der deutsche Bauer sind, auf denen allein eine gesunde Volkswirtschaft aufgerichtet werden kann, und endlich, daß sie begriffen haben, daß es nicht genügt, daß der Bauer überzeugt ist von der Notwendigkeit seiner Existenz, der Arbeiter überzeugt ist von der Wichtigkeit seiner Arbeit, der Intellektuelle eingebildet ist von der Bedeutung seines Wissens, sondern daß es notwendig ist zu wissen, daß stets die andern die Unentbehrlichen sind, und wenn das Glück die Menschen nicht zusammenführen kann, daß dann aber zum mindesten das Unglück, die Not und das Elend sie zusammenbringen müßte. Wenn viele heute auch noch nicht glauben, daß wir den Kampf bestehen werden, sondern diesen Kampf verlieren müssen, so möchte ich erinnern, daß wir in unserer Bewegung in knapp 13 Jahren diese Millionenmassen deutscher Menschen aus allen Berufen und Ständen zusammengeballt haben.

Was ist der Sinn dieser Wahl? Wenn Sie heute in der Wahlfrage nur eine Postenfrage sehen, wenn der Wahlsinn nur darin bestände, über ein Parlament abzuurteilen [*sic!*] oder einen lästigen Gegner zu beseitigen, dann würde auch der Wahlsinn nur ein ganz jämmerlicher bleiben. Wir müssen verstehen, daß es heute nicht mehr um Notverordnungen geht, auch nicht um Brüning, daß es sich nicht um einzelne Erlasse [*handelt*], sondern daß entschieden werden muß in Deutschland, ob der deutsche Geist und der deutsche Wille und das deutsche Leben sich durchsetzen werden oder ob wir wirklich in lauter internationale Phantastereien versinken und auseinanderfallen wollen. Wenn mir meine Gegner sagen: Sie decken die Regierung Papen[26], dann muß ich sagen: Seien Sie froh, daß Herr Papen regiert[27] und nicht ich. Was diese Regierung an Leistungen vollbringt, wird genauso gerichtet werden wie jene Leistungen vor ihr. Diese Fahne ist einst nicht gehißt worden, um irgendeine Halbheit zu gewähren, sondern um zu vollenden, was in der Fahne sich ausdrücken soll. (Stürm[*ischer*] Beifall.) Wir gehen den Weg, den das Gesetz uns vorschreibt[28] und der, das ist meine Überzeugung, uns den Sieg bringen wird. Wir scheuen nicht Lüge und Verrat, nicht Verleumdung und Terror. Sie können aber eine Überzeugung mit sich nehmen: Wenn die Dinge in Deutschland so weiter treiben wie bisher, dann wird vielleicht schneller, als die Gegner es glauben, die Regierung gekommen sein, die das erfüllt, was in unserer Fahne geschrieben ist.

Der Wahltag am 31.7.[*19*]32 wird ein großer historischer Kampftag sein, an dem er die Entscheidung zwischen 2 Welten in Deutschland herbeiführt [*sic!*]. Oder er ist ein Kampftag untergeordneter Bedeutung, er ist ein Tag, wie es in der Geschichte unseres Volkes schon so viele gegeben hat, und dann wird der Kampf weitergeführt werden. Sie können die Überzeugung mitnehmen. Wenn heute unter Ihnen jemand sitzt und sich sagt: Hoffentlich verhilft uns dieser Tag des 31.7.[*19*]32, daß ihr nicht die Macht bekommt, mein lieber Freund, hoffentlich glaubst du dann nicht, daß ich dann den Kampf aufgebe. (Stürm[*ischer*] Beifall.) Der Kampf wird weitergeführt werden, unerbittlich, zäh, beharrlich bis das Ziel doch erreicht ist. Ich möchte nur um des deutschen Volkes willen wünschen, daß die große Zeit der Spannungen abgekürzt wird und ihre Beendigung findet, daß am Ende dieses deutsche Volk wieder seine Ruhe

26 Vgl. Dok. 79, Anm. 11.
27 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.
28 Vgl. Dok. 36, Anm. 7.

zurückerhält. Eines ist klar: Ein Teil muß siegen, Kompromisse gibt es nicht mehr. Die Zeit ist vorbei, in der es heißen konnte, hier sind 2 Fahnen, eine mit dem Sowjetstern[29] aus Moskau und die andere mit den deutschen Farben[30] als Verkörperung des deutschen Lebenswillens, sie müssen miteinander sich vertragen lernen. Nein, nein die Zeit ist vorbei, entweder oder, die Würfel fallen nach der einen oder nach der andern Seite. Aber sie fallen nach unserer Seite. (Stürm[*ischer*] Beifall.) Sie werden auf unsere Seite fallen, weil hier der größte Idealismus lebt. Sie müssen auf unsere Seite fallen, weil hier die größte Opferwilligkeit ist, hier die größten Opfer gebracht werden und weil es hier nicht sich um den Kampf für einzelne Klassen und Stände, sondern um den Kampf für das ganze Deutschland handelt. Um ganz Deutschland geht es. Ich bitte Sie daher wie auch bei keiner Wahlrede, daß Sie uns Ihre Stimmen schenken sollen: Wenn Sie glauben, daß in den letzten 14 Jahren richtig und gut regiert worden ist, dann müssen Sie zu den Parteien gehn, die das jetzige Deutschland vertreten. Wenn Sie glauben, daß Deutschland nicht mehr leben kann, dann bitte ziehen Sie die Konsequenzen. Es ist für Sie leichter, als es für mich war, als unbekannter Soldat[31] die Konsequenzen zu ziehen[32]. Ich habe mich damals von einer Welt gelöst und bin meinen eigenen neuen Weg gegangen, einsam, von wenigen nur begriffen. Sie brauchen nur hineinzumarschieren in eine gigantische deutsche Front. Wenn der eine oder andere sagt: Dieses paßt mir nicht und jenes paßt mir nicht, da habe ich was zu bedenken. Mein lieber Freund, wenn jeder in unseren Reihen so denken würde, dann wäre heute in Deutschland nicht eine deutsche Fahne mehr vorhanden. Wenn alle so denken würden, dieses paßt mir nicht und jenes paßt mir, und das kann vielleicht zu meinem Schaden ausschlagen, ich muß Opfer bringen, ich muß zunächst an mich denken, mein lieber Freund, dann säßest du auch heute gar nicht hier, dann würde heute hier nicht von Deutschland geredet werden, sondern von irgendeinem internationalen Wahnsinn. Du mußt auch lernen, das Große zu sehen und über den Großen auch milde zu urteilen angesichts einer menschlichen Unzulänglichkeit. Was auch menschliche Unzulänglichkeit schaden kann, es darf nicht aufwiegen das, was diese Bewegung dem deutschen Volke genützt hat. Wenn ein Marxist hergeht und sagt: In Lausanne sind Deutschland 3 Milliarden [*RM*] aufgebürdet worden[33], das ist ein Verbrechen, dann muß ich sagen, mein Lieber, wie kommst denn du dazu, überhaupt nur den Mund aufzumachen. Du hast vor 2 Jahren mitgeholfen, daß Deutschland durch den Young-Plan 130 Milliarden [*RM*] aufgebürdet worden sind[34]. Wir allein haben dagegen Stellung ge-

29 Der rote Stern ist das politische Symbol des Kommunismus und war seit 1924 Bestandteil des sowjetischen Staatswappens.

30 Gemeint sind hier die Farben schwarz-weiß-rot. Vgl. Dok. 72, Anm. 32.

31 Vgl. Dok. 1, Anm. 24.

32 Vgl. Dok. 28, Anm. 31.

33 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.

34 Der Young-Plan war zur Regelung der deutschen Reparationen seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17% reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970, S. 438 ff.

nommen[35]. Heute haben wir nur das Recht, Stellung zu nehmen und zu erklären: Wenn schon dieses halbnationale Kabinett es fertiggebracht hat, einen Betrag von 130 Milliarden [*RM*] auf 3 Milliarden [*RM*] zu ermäßigen, dann nur, weil heute ein anderes deutsches Volk dasteht, und in 6 Monaten, wenn dieses Volk gesiegt hat, wird auch von 3 Milliarden [*RM*] nicht mehr geredet werden können. (Stürm[*ischer*] Beifall.)

Was diese Bewegung bis heute Deutschland gegeben hat, ist etwas Unendliches, auch bereits materiell zu messendes. Aber größer als alles ist der Glaube und die Zuversicht, die nun Millionen Deutscher erhalten haben. Was würde wohl aus unserer Jugend geworden sein, wenn sie sich jetzt nicht hier in der Bewegung befände, wenn sie nicht von diesem Geist erfüllt wäre. Ich weiß nicht, wo sie sich herumtreiben würde. So dient sie Deutschland, und sonst vielleicht würde sie mithelfen, Deutschland zu zerstören. Es hat keiner ein Recht, immer nur sein eigenes Ich zu messen. Es hat in meinen Augen jeder Deutsche die Pflicht, sich zu entscheiden, entweder nach links zum Kommunismus oder zu uns, zum Nationalsozialismus. Ein Zwischending ist Halbheit und Feigheit, Angst und Jammer. Zwischen diesen beiden Gewalten wird die Entscheidung fallen, und wir sehen, wohin sie fällt. Die nat[*ional*]sozial[*istische*] Bewegung ist nicht nur ziffernmäßig die größte[36], sie ist auch die einzige Bewegung, die von Wahl zu Wahl, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat dauernd weitermarschiert. Und mögen vielleicht tausende noch Rot-Front brüllen[37], ich weiß, daß sie in einem Jahr wieder bei uns stehen werden[38]. Die Kraft unserer Bewegung ist eine unermeßliche, ihre Einstellungs- und Einschmelzfähigkeit eine gewaltige. Sie ist die Trägerin der deutschen Zukunft, oder eine Zukunft ist nicht mehr vorstellbar.

Erfüllen Sie am 31. Juli [*1932*] Ihre Pflicht, wählen Sie und entscheiden Sie, ziehen Sie die Konsequenzen 100prozentig und seien Sie überzeugt, daß es kein Himmelreich geben kann und niemals geben wird für Feige und Halbe, wie die Bibel schon schreibt, wer lau ist, wird ausgespien[39]. Der Tag, der über das deutsche Schicksal für eine deutsche Zukunft entscheidet fordert auch von Ihnen, nicht kalt und nicht lau sein, sondern warm. Treten Sie ein mit heißem Herzen in die Front des jungen Deutschland![40]

---

35 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan - fixiert in dem "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" - hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16. bis 29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02%) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11.1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8%) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 422 ff.

36 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

37 Kampfruf der KPD.

38 Vgl. Dok. 37, Anm. 10.

39 Vgl. Offenbarung 3, 15-16: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde."

40 Vgl. Königsberger Volkszeitung: "Die Heilrufe und der römische Gruß beim Auf- und Abtreten Hitlers wurden längst nicht von allen Besuchern mitgemacht. Es zeigte sich, daß eine ganze Menge Besucher als Kritiker er-

15. Juli 1932 Dok. 113
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gumbinnen [1]

Preußische Zeitung vom 16./17.7.1932, "50.000 in Gumbinnen" [2].

Es ist mehr als ein Wahlkampf, der heute sich vor unseren Augen abspielt.

Nicht um Mandate, nicht um einzelne Ministerposten wird gerungen, sondern entschieden werden soll über Sein oder Nichtsein, die Zukunft oder das Vergehen unseres Volkes.

Dieses Volk erkennt es vielleicht besser als seine heutigen Machthaber, was hier auf dem Spiele steht:

Nicht eine Regierungsopposition, sondern die Zukunft des deutschen Menschen.

Wir sind nicht abgestürzt und nicht - wie sie alle prophezeiten - zurückgegangen, sondern von den 6 1/2 Millionen Menschen sind mehr als das Doppelte geworden [3].

Nie waren wir stärker als in dieser Stunde. Unsere Bewegung findet ihr Ende erst an dem Tage, an dem sie aufgehört hat, Partei zu sein und geworden ist: die deutsche Nation.

Ich weiß, daß die junge Generation, die heranwächst u[*nd*] sich loslöst von all den alten Begriffen und nichts mehr mit ihnen zu tun haben will, eine Generation ist, die es sich verbittet, daß man sie klassiert, nach Berufen und Konfessionen, und bei der feststeht das eine Bewußtsein:

Wir alle gehören zusammen, auf Leben und Tod. Und nichts auf dieser Welt kann uns auseinanderreißen.

Und als dann der Führer in herrlichen Worten von dem Glauben an die eigene Kraft spricht, die seine Bewegung so groß gemacht habe, da unterbricht ihn immer und immer wieder tosender Beifall der Grenzländer, die gerade diese Worte als ihr eigenes Erleben und ihre eigene Erkenntnis so besonders verstehen können. [4]

---

schienen waren, und vielfach hörte man Ausdrücke der Enttäuschung über den großen 'Führer', der nur gequasselt habe."

1 Auf dem Sportplatz, abends. An der Versammlung nahmen nach Angaben der sozialdemokratischen Presse etwa 8.000 Menschen teil (VB: 50.000).

2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 18.7.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Königsberger Volkszeitung vom 19.7.1932, "Hitler-Pleite in Ostpreußen"; Kreuz-Zeitung vom 17.7.1932 (1. Sonntagsausgabe B), "'Jetzt ist es Schluß'"; Nationalpost (Der Angriff) vom 19.7.1932, "Gumbinnen im Zeichen Hitlers"; VB vom 17./18.7.1932, "Nicht Ministerposten stehen auf dem Spiel, sondern Freiheit und Zukunft des deutschen Volkes"; Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ...".

3 Bezieht sich auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930, bei der die NSDAP 6.409.610 Stimmen erzielte, und Hitlers Stimmenzahl beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 112, Anm. 4 sowie Dok. 30, Anm. 2.

4 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Juli 1932 Dok. 114
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lötzen[1]

Kreuz-Zeitung vom 17.7.1932 (2. Sonntagsausgabe B), "Nationaler Willen gegen Parteigezänk"[2].

Er [*Hitler*] führte u. a. [*aus*], die Gegner machten es sich leicht, die Fehler von 13 Jahren jetzt gar nicht zu erwähnen, sondern nur die vier bis sechs Wochen der Regierungszeit des Kabinetts Papen[3]. Man habe ihm die teuflische Absicht nachgesagt, die Parteien zu zerstören. Ja, er wolle die 30 Parteien[4] vernichten, *um dem Parteigezänk einen einzigen nationalen Willen entgegenzusetzen.* Er wolle regieren, und er sei zu jeder Koalition bereit, wenn nur nationalsozialistische Politik getrieben werde[5]. *Die Zeit der Halbheiten in Deutschland sei jetzt zu Ende.* Die Wahl am 31. Juli [*1932*][6] könne die Entscheidung bringen, wenn das deutsche Volk sich in dem Willen zusammenfinde, der allein das Schicksal Deutschlands bestimmen könne.

16. Juli 1932 Dok. 115
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ortelsburg[1]

VB vom 19.7.1932, "Masurenland bleibt nationalsozialistisch"[2].

13 Jahre hindurch haben die Machthaber unser Volk mit dem Gedanken erfüllt, fremde Hilfe werde uns zuteil werden. Wir erfüllen unser Volk mit der Idee: Außer unserer eigenen Kraft

1 Auf dem Festplatz in Lötzen-Althof, nach 11.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der sozialdemokratischen Presse etwa 5.000 Menschen teil (VB: 25.000).
2 Vgl. auch Königsberger Volkszeitung vom 19.7.1932, "Faschistenpleite in Lötzen; Der Nationalsozialist vom 19.7.1932, "Eherne Wacht im Osten"; Stralsunder Tageblatt vom 18.7.1932, "Hitler in Ostpreußen"; VB vom 19.7.1932, "Masurenland bleibt nationalsozialistisch" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ...".
3 Vgl. Dok. 112, Anm. 7.
4 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 97, Anm. 10.
6 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

1 Auf dem Schützenhausplatz, nachmittags. An der von Gauleiter Erich Koch eröffneten Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben etwa 25.000 Menschen teil. Von Lötzen bis Rudczanny benutzte Hitler ein Schiff über die masurischen Seen. Vor Hitler sprach der Reichsinspekteur I der Reichsleitung der NSDAP, Robert Ley.
2 Vgl. auch Königsberger Volkszeitung vom 20.7.1932, "Wo Hitler sich zeigt - fließt Arbeiterblut"; Kreuz-Zeitung vom 17.7.1932 (2. Sonntagsausgabe B), "Nationaler Willen gegen Parteigezänk"; Der Nationalsozialist vom 19.7.1932, "'Außer der eigenen Kraft gibt es keine, die uns helfen wird'"; Stralsunder Tageblatt vom 18.7.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildberichte: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ..."; Ortelsburg, die Jägerstadt in Galinden. Inmitten der Masurischen Seen und Wälder. Hrsg. vom Bürgermeisteramt Ortelsburg; IfZ, D 236.

gibt es keine, die uns helfen wird. Solange der Parteiirrsinn möglich ist, ist die Rettung Deutschlands unmöglich. Deshalb will ich diese Parteien aus Deutschland beseitigen.

Die Parteien der Gegner können uns niemals beugen und biegen und brechen erst recht nicht! Aus Mangel an Pflichtbewußtsein ist unser Volk zugrunde gegangen. Erfüllen wir deshalb jetzt unsere Pflicht! Wie der Kampf [3] auch ausfällt, er wird weitergekämpft werden, bis der Augenblick kommt, der uns ein anderes Deutschland bringt, weil ein anderes Volk dieses neuen Deutschlands wieder würdig geworden ist.

16. Juli 1932 Dok. 116
Rede auf NSDAP-Versammlung in Osterode i. O. [1]

VB vom 19.7.1932, "Masurenland bleibt nationalsozialistisch" [2].

Redetext nicht ermittelt.

16. Juli 1932 Dok. 117
Rede auf NSDAP-Versammlung in Riesenburg [1]

VB vom 19.7.1932, "Masurenland bleibt nationalsozialistisch" [2].

Redetext nicht ermittelt.

---

3 Gemeint ist die Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

1 Auf dem städtischen Sportplatz. An der Versammlung nahmen nach Angabe des VB etwa 20.000 Menschen teil, nach der der Königsberger Volkszeitung 5.000. Laut Königsberger Volkszeitung wurden bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten, SA und Polizei durch SA-Leute drei Kommunisten sowie durch einen Lastwagen der SA Danzig mehrere SA-Leute und ein Polizeibeamter schwer verletzt.
Auf dem Weg zur nächsten Versammlung in Riesenburg (vgl. Dok. 117) besuchte Hitler den Soldatenfriedhof Waplitz und legte dort Blumen nieder.

2 Wortgleicher Bericht über die äußeren Begleitumstände in: Der Nationalsozialist vom 19.7.1932, "Gewaltige Kundgebung am Tannenbergdenkmal". Vgl. auch Königsberger Volkszeitung vom 18.7.1932, "Hitler-Theater in Ostpreußen", vom 19.7.1932, "Hitler-Pleite in Ostpreußen", vom 20.7.1932, "Auch in Osterode floß Arbeiterblut"; Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ...".

1 Abends. An der Versammlung nahmen nach Angabe des VB etwa 20.000 Menschen teil, nach der der Welt am Montag 3.000.

2 Zu den äußeren Begleitumständen vgl. Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer" sowie Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Es wird weitergekämpft werden, bis der Tag kommt, der uns ein neues Deutschland bringt ...".

17. Juli 1932 Dok. 118
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg[1]

Danziger Neueste Nachrichten vom 18.7.1932, "Hitler spricht in Königsberg"[2].

Adolf Hitler wurde mit lebhaften Heilrufen begrüßt. Er führte aus, daß man in all den jetzigen gewaltigen Aufmärschen nicht mehr eine Partei sähe, sondern das deutsche Volk in all seinen Ständen und Klassen. Das sähe man heute in Königsberg, wie er es am Freitag in Masuren[3] sah, wenige Tage zuvor in den bayerischen Bergen[4] und in den nächsten Tagen in ganz Deutschland [*sic!*]. Dreizehn Jahre lang hätten die bisherigen Parteien Gelegenheit gehabt, ihre Programme zu verwirklichen. Aber erreicht haben sie nichts. Jene Parteien versprachen dem Mann der Arbeit ein Paradies[5].

Wo ist dies Paradies?

Sie wollten das Handwerk und den Mittelstand retten. Wo sind Handwerk und Mittelstand? Andere Parteien gaben vor, den Bauern zu betreuen. Wohin ist der deutsche Bauer gekommen? Wo sind die Finanzen des Reiches, der Länder und der Kommunen[6]? Alles haben sie zerstört. Diese dreizehn Jahre zeitigten Millionen vernichteter Existenzen als Ankläger gegen dieses System und seine Männer. Ganze Berufe des deutschen Volkes sind nicht nur verelendet, sondern vernichtet. Die Stunde der Auseinandersetzung ist da. Man glaube nicht, daß ein Volk zu retten sei, wenn man es zuvor zerlegt und jedem Berufsstand und jedem Stand sagt, seine Existenz sei nicht abhängig von all den anderen.

Warum diese Zerrissenheit in Parteien,

warum diese Verbandsbildungen bis hinab zu Mietern und Hausbesitzern[7]. Nicht aus 65 Millionen[8] Einzelschicksalen setzt Deutschlands Schicksal sich zusammen, sondern Deutsch-

1 Auf dem Walter-Simon-Platz, nach 19.00 Uhr. An der von Gauleiter Erich Koch eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 25.000 Menschen teil (VB: 150.000). Bereits um 13.00 Uhr hatte ein mehrstündiger Propagandamarsch durch die Stadt von nach Polizeiangaben etwa 11.200 SA-Leuten begonnen (VB: 25.000), der am Walter-Simon-Platz endete. Hitler hatte den Vorbeimarsch am Deutschordensring abgenommen und sich anschließend zum Veranstaltungsort begeben. Kurz vor Beginn der Rede Hitlers konnte der Platz ohne Eintrittskarte betreten werden. Zum Zwischenfall beim Aufmarsch vgl. Dok. 119.

2 Vgl. auch Königsberger Volkszeitung vom 18.7.1932, "Hitler-Theater in Ostpreußen", "Tag der Hunderttausend?", vom 19.7.1932, "Hitler-Pleite in Ostpreußen", vom 20.7.1932, "Nachklänge zur Narrenparade"; Kreuz-Zeitung vom 19.7.1932 (Ausgabe B), "Erhebung und Vergeltung!"; VB vom 19.7.1932, "Der Hitlertag von Königsberg"; Großherr, 10 Jahre Kampf, S. 18; Fritz Gause, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. III: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Untergang Königsbergs, Köln 1971, S. 115 f. sowie Abschrift aus dem Königsberger Tageblatt vom 18.7.1932, "Hitler in Königsberg", o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 D, Nr. 97 a und Abschrift aus der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 18.7.1932 (AA), "Die NSDAP-Kundgebung in Königsberg", o. D.; GStA Berlin-Dahlem, XX. HA, Rep. 240 D, Nr. 97 b. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Die gigantische Hitlerkundgebung in Königsberg, zu der auch die Danziger S.A.-Stürme angetreten waren".

3 Hitler hatte sich am Samstag, den 16.7.1932 in Masuren aufgehalten. Vgl. Dok. 114, 115, 116, 117.

4 Vgl. Dok. 105, 107.

5 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 29.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 18, 19.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 9.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.

lands Schicksal bestimmt und beherrscht das Schicksal der 65 Millionen Menschen. Das Volk wird aus seiner heutigen Not auch wirtschaftlich erst wieder erlöst werden können, wenn die großen Maßnahmen, die nun einmal nötig sind, nicht von Parteien, Vereinen, Grüppchen und Verbänden getragen werden, sondern wenn die Arbeit der deutschen Wiedererhebung elektrisiert wird vom Willen eines 60-Millionenvolkes, wenn diese ganze Rasse zu einem Ziel vereint, eine Arbeit anstrebt und erfüllt.

Fort mit dem Bruderkampf

Ein Programmsatz, mächtiger als alles andere, lautet: Erlöse die Kraft des deutschen Volkes vom inneren Bruderkampf und Hader, und du wirst eine Kraft freimachen, mit der du Berge versetzen kannst[9]. Unser Volk besitzt die Fähigkeit, Großes zu leisten auf allen Gebieten; wenn es trotzdem und trotz allen Fleißes kein Ergebnis seiner Arbeit sah, dann nur dank der Regierung in diesen dreizehn Jahren. Wir wollen keine Klassen- und Berufspartei sein, sondern eine Partei des deutschen Volkes. Ich denke daran, wie ich als unbekannter Frontsoldat[10] von einem zum anderen für meine Idee werben mußte, wie man mir bei jedem neuen Anstieg der Zahl auf 100, auf 1.000, auf 100.000 und die Million, den Erfolg bestritt und sogar den Zerfall ansagte. Ich sage, es muß möglich sein, von den 14 oder 15 Millionen, die uns jetzt gehören[11], zu 50 oder 60 Millionen zu kommen. Wir haben die Menschen nicht zusammengefaßt, wir haben sie zusammengefügt. Und die Not, die wir in unserem Kampfe hinter uns hatten, war notwendig, denn nichts kommt plötzlich vom Himmel geschenkt.

Wir wollen ein starkes Reich,

von Menschen bewohnt, die zueinander stehen in Not und Gefahr[12], die stark sind und nicht verzweifeln, die ehrlich und redlich sind im Vertrauen zueinander, die sich lossagen vom verfluchten Standesdünkel und Neid und Haß. Stellungen und Berufe und Klassen sind vergänglich, aber etwas muß bestehen bleiben: unser Volk. Wir wollen in diesem Reiche Menschen, die erkennen, daß der Segen jeder Arbeit nicht durch eine Internationale[13], sondern durch die Kraft und Fähigkeit der eigenen Rasse garantiert wird, daß die Millionen Bauern in diesem Reiche wissen, daß ihre Zukunft nicht in ihrem Dorfe entschieden wird, sondern bei den Millionen Nichtbauern, die einsehen mußten, daß es kein Volk und keinen Staat gibt, wenn nicht der eigene Lebensraum und der deutsche Bauer die Voraussetzung bieten. Wir wollen aber auch, daß das deutsche Volk

nicht immer nur nach außen sieht

und von außen her erwartet, wollen, daß es sich nicht einfach beugt, sondern sich auf jenes Wort besinnt, das im Volksleben seine Kraft bewies. "Und dennoch! Und trotzdem!" Unsere Bewegung umschließt Männer aus allen Ständen und Berufen, aus allen Teilen des Reiches, aus allen Konfessionen und aus früheren politischen Überzeugungen und Weltanschauungen,

9 Nach Matthäus 17, 20: "Jesus aber antwortete und sprach zu ihnen: Um eures Unglaubens willen. Denn wahrlich ich sage euch: So ihr Glauben habt wie ein Senfkorn, so mögt ihr sagen zu diesem Berge: Hebe dich von hinnen dorthin! so wird er sich heben; und euch wird nichts unmöglich sein."

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 24.

11 Vgl. Dok. 112, Anm. 4.

12 Vgl. Dok. 40, Anm. 26.

13 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

Männer, die einander achten lernten. Über euch erhebt sich schon die *deutsche Jugend*; sie wird einmal das vollenden, was wir begannen, und über das hinauswachsen, was heute politisches Leben heißt. Man hat uns unterdrückt und schikaniert, auch fast jede Behörde tat es, wie auch die Polizei, die uns zeigen wollte, daß sie die Macht habe. Die Bewegung wuchs trotzdem.

Der Herr Polizeimajor[14],

der heute hier versucht hat, uns mit seinen Methoden zu stören[15], er soll es wissen: *Ich danke dem Himmel für solche Menschen, denn sie machen unsere Bewegung erst zu dem, was sie ist.* Was alle solche Menschen uns zufügen, das hat die *Welt* seit Jahren *Deutschland* zugefügt. Sinnlos hat man dies Deutschland gequält, sinnlos ihm die Macht gezeigt, sinnlos Uniformen ausgezogen[16], sinnlos ein Heer aufgelöst[17], Gebäude zerstört, konfisziert. Ja, dies Deutschland hat sich freiwillig unterworfen; das Wörtchen "und dennoch!" hat es nicht gekannt. Aus solchem Handeln erwächst unser Trotz. Wir werden geschult für historische Aufgaben, und

aus dem Leid wird die Erhebung und die Vergeltung kommen.

Ein Tag dieser Erhebung ist schon der 31. Juli [*1932*][18], an dem nicht entschieden wird über irgendeinen faulen Regierungskompromiß; an dem es um Größeres geht.

Hitler schloß mit den Worten: Ich habe ein Versprechen zum 31. Juli [*1932*] zu geben: Am 1. August [*1932*] wird unsere Arbeit wieder beginnen, so oder so, ganz gleich, wie der Allmächtige entscheidet, solange bis der Augenblick kommt, an dem aus Parteien sich wieder ein Reich erhebt.

---

14 Polizeimajor Fischer. Näheres nicht ermittelt.

15 Vgl. Dok. 119.

16 Anspielung auf die Uniformverbote, die seit April 1930 gegen die NSDAP verhängt worden waren. Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

17 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 25, 47, 75, 79. Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 legten die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verhinderte jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

18 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

17. Juli 1932 Dok. 119
Telegramm[1] an Wilhelm Freiherr von Gayl[2]

Telegrammformular vom 18.7.1932; BA Potsdam, RMdI, Politische Lage in Deutschland, Ostpreußen Bd. 1, 25730[3].

Heute fand aus Anlaß des Reichstagswahlkampfes in Königsberg eine gewaltige Kundgebung der nationalsozialistischen Bewegung statt[4]. In mustergültiger Ordnung hielt die SA einen Propagandamarsch durch die Stadt ab. Als die Kolonnen bei mir vorbeimarschierten, wurde ich Zeuge so ungeheuerlicher Provokationen von Seiten der Königsberger Polizei, daß nur grenzenlose Disziplin meiner Anhänger eine Katastrophe verhinderte, die in ihren Folgen unabsehbar sein konnte, anscheinend aber von dem verantwortlichen Polizeioffizier Fischer beabsichtigt war. Eine Stunde lang ließ dieser Polizeioffizier berittene Polizei teils vor meinem Wagen, teils vor den Marschkolonnen am Platz des Vorbeimarsches sich herumtreiben, ließ immer wieder in die Kolonnen hineinreiten, und auch als dieses nicht zu dem gewünschten Aufstand führte, rücksichtslos in das Publikum hineinreiten. Als auch dieses nicht fruchtete, erschienen plötzlich sechs schwere Überfallwagen und fuhren nun teils in die Marschkolonnen, teils in die Zuschauer hinein. Ausländische Korrespondenten, die sich neben mir befanden, sind Zeugen eines Vorgangs gewesen[5], der ebenso unerträglich wie unverantwortlich ist. Ich habe diese übelste Kosakenmethoden übertreffende Betätigung dieses Polizeioffiziers durch zahlreiche Lichtbilder und Filmaufnahmen festhalten lassen[6]. Sie sind ein nicht mehr zu widerlegendes Dokument für die unhaltbaren Zustände, in die die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch die derzeitige preußische Regierung und durch die Polizeiorgane gebracht wird [*sic!*]. Als ich diesem Polizeimajor Fischer mitteilen ließ, daß ich gegen diesen unerhörten Versuch der Unruhestiftung durch die Polizei mich genötigt bis zum Reichspräsidenten beschwerdeführend wenden würde, gab dieser Herr meinem Gruppenführer von Litzmann[7] im Beisein weiterer

---

1 Abgegangen in Königsberg am 17.7.1932 um 23.58 Uhr, aufgenommen im Haupttelegrafenamt Berlin am 18.7.1932 um 2.55 Uhr, ausgeliefert am 18.7.1932 um 6.00 Uhr. Nach den Angaben der Tagespresse gingen gleichlautende Telegramme an Reichspräsidenten von Hindenburg, Reichskanzler von Papen (Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 245 ff.) und Reichswehrminister von Schleicher.

2 Wilhelm Freiherr von Gayl (1879-1945), Jurist, 1904 Referendarexamen, 1908 Regierungsassessor, 1910-1933 Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft Königsberg, 1912-1916 Lehrauftrag an der Universität Königsberg, 1918 Landeshauptmann der Militärverwaltung in Kowno, 1920 Reichs- und Staatskommissar für die ostpreußischen Abstimmungsgebiete, 1921 Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Preußischer Staatsrat, Juni bis November 1932 Reichsminister des Innern, 1933 Reichskommissar für Siedlungsfragen.

3 Vgl. auch Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18.7.1932 (AA) "Hitler beschwert sich bei Hindenburg"; Kreuz-Zeitung vom 19.7.1932 (Ausgabe B), "Wieder die Königsberger Polizei"; Der Tag vom 19.7.1932, "Hitler beschwert sich über die Königsberger Polizei"; VB vom 19.7.1932, "Der Protest des Führers".

4 Vgl. Dok. 118, Anm. 1.

5 Nicht ermittelt.

6 Vgl. VB vom 21.7.1932, "Die 'feine' Tonart bei der Königsberger Schupo"; Illustrierter Beobachter vom 30.7.1932, "Die gigantische Hitlerkundgebung in Königsberg, zu der auch die Danziger S.A.-Stürme angetreten waren".

7 Karl-Siegmund Litzmann (geb. 1893), Sohn von General a. D. Karl Litzmann (1850-1936), 1914 preußischer Leutnant, 1918/19 Angehöriger des Landesschützenkorps, 1919 Landwirt, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931

S.A.-Führer folgende Antwort: "Sie dürfen sich über unser Benehmen hier nicht wundern, solange in Ostpreußen ein Gauleiter ist, der Koch[8] heißt." Dieser Polizeioffizier erklärt damit zynisch sein unverantwortliches Verhalten einfach damit, daß die Partei einen politischen Führer besitzt, der ihm persönlich nicht paßt[9]. Da sich diese Zustände jeden Tag wiederholen können, die Gewähr, daß die nutzlos angegriffene Bevölkerung immer dieselbe Disziplin und Zurückhaltung bewahren wird, aber nicht besteht, halte ich bei einer weiteren solchen Einstellung und Betätigung der preußischen Polizei, die nur auf Befehl der derzeitigen Regierung[10] denkbar ist, jederzeit den Ausbruch einer blutigen Katastrophe für möglich. Es ist alleräußerste Zeit, daß von Seiten der Reichsregierung diesem unverantwortlichen Treiben einer auf Tumulte hinsteuernden Polizeipolitik ein Ende bereitet wird. Adolf Hitler[11]

SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Ostland, 1932/33 MdL in Preußen, April bis Oktober 1933 Sonderkommissar für Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, SA-Obergruppenführer, 1933/34 Führer der Obersten Behörden für Pferdezucht und -sport, November bis Dezember 1934 Vorsitzender der Prüfungskommission für die Führer der SA-Brigaden und Standarten, 1934 Mitglied des Volksgerichtshofes, 1937-1942 Chef des Hauptamtes Reit- und Fahrausbildung in der Obersten SA-Führung, 1939 Reaktivierung als Rittmeister, 1942-1944 Generalkommissar Estland, 3.1.1945 Eintritt in die Waffen-SS als Hauptsturmführer, 30.1.1945 Sturmbannführer.

8 Erich Koch (1896-1986), Reichsbahnbeamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1928 Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ruhr, 1926 Gaugeschäftsführer und stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1926 Dienstentlassung wegen politischer Betätigung, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ostpreußen, 1929 Mitglied des Provinzialausschusses und NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Ostpreußischen Provinziallandtag, Vorsitzender der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion in Königsberg, 1930-1933 MdR, 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 1942-1944 Reichskommissar für die Ukraine, 1959 in Polen zum Tode verurteilt, Urteilsrevision zu lebenslanger Haft.

9 Der Bericht von Polizeimajor Fischer vom 17.7.1932 gibt die Ereignisse wie folgt wieder: "Da der Druck der Volksmenge [...] sich ständig verstärkte und auch kurz hinter Hitler die Spitze der S.A. anmarschierte, sah ich mich gezwungen, einen Zug der 4. Bereitschaft (beritten) [...] zum Halten der Sperrkette herbeizuholen. Der Zug mußte zwischen vorbeimarschierender S.A. und der Hitler gegenüber aufgestellten Musikkapelle den Deutschordensring passieren und kann dabei vielleicht unwesentlich den Schall der Musik gedämpft haben. Als die Beamten vor dem Publikum Aufstellung genommen hatten und auch einige inzwischen entstandene Ausbuchtungen in Ordnung gebracht waren, erschien der Danziger Volkstagsabgeordnete Arthur Greiser [...], Mitglied der N.S.D.A.P., und behauptete, die polizeilichen Maßnahmen wären eine Unverschämtheit und solch ein Major wäre in Danzig längst abgesetzt. Da er trotz der Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, die oben angeführte Behauptung mehrfach wiederholte, gab ich Anordnung, seine Personalien festzustellen und Anzeige gegen ihn vorzulegen. Kurz darauf erschien der hiesige Gauführer M.d.L. Koch und sagte, er werde sofort seine S.A. einsetzen, wenn ich nicht die berittenen Beamten entferne. Als ich ihm antwortete, er solle sich nicht mit polizeilichen Maßnahmen befassen, der Einsatz wäre meine Sache, wiederholte er, er stelle mir 5 Minuten Frist zur Entfernung der berittenen Beamten, sonst erfolge der Einsatz der S.A. Darauf faßte ich ihn an den Arm, als er sich abwenden wollte, hielt ihn zurück und sagte ihm, daß ich ihn festnehmen lassen müßte, wenn er sich nicht jeglicher polizeilicher Eingriffe enthalte. Inzwischen hatte sich der Oberwachtmeister Laubner mit einem Zuge der 3. Bereitschaft [...] bei mir gemeldet. Mit diesem verstärkte ich die Sperrkette der Fußbeamten und zog dann die berittenen Beamten allerdings sehr zögernd zurück, um nicht den Anschein zu erwecken, als hätte ich mich durch die vorangegangenen Drohungen Kochs einschüchtern lassen. Während dieser Maßnahmen befuhren in einer Marschlücke 2 Züge der 1. Bereitschaft auf dem Wege zum befohlenen Bereitstellungsplatz [...] den Deutschordensring. Kurz nach deren Vorbeifahrt vor Hitler meldete mir der [*SA*-]Gauführer von Litzmann im Auftrage Hitlers, daß letzterer sich beim Herrn Reichspräsidenten über die von mir getroffenen Maßnahmen beschweren werde." Vgl. Abschrift des Berichts vom 17.7.1932; BA Potsdam, RMdI, Politische Lage in Deutschland, Ostpreußen Bd. 1, 25730.

10 Gemeint ist die geschäftsführende preußische Staatsregierung. Vgl. Dok. 71, Anm. 18.

11 Unterschrift des Telegramms an den Reichspräsidenten laut VB: "In ergebenster Verehrung Adolf Hitler".

19. Juli 1932 Dok. 120
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schneidemühl[1]

VB vom 21.7.1932, "Die Grenzmark Posen, Westpreußen grüßt ihren Führer Adolf Hitler"[2].

Ein Volk, das noch vor 15 Jahren 26 Staaten standhalten konnte[3], ist heute so zugrunde gewirtschaftet worden, daß jeder Mittelstaat[4] sich erlauben kann, aus der Haut unserer deutschen Nation neue Riemen zu schneiden.

Unter der 14jährigen Herrschaft des Systems hat das deutsche Volk jeden inneren Glauben und jede innere Hoffnung und jede Zuversicht verloren. Es gibt heute in Deutschland Millionen Menschen, die gar nicht mehr glauben können, daß es einmal noch besser werden könnte. *Unser* fester Glaube aber ist: Einmal wird auch über Deutschland die Sonne aufgehen.

Als in diesem Augenblick die Sonne durch die regenschweren Wolken bricht, da erkennen 40.000 deutsche Männer und Frauen ergriffen dieses Symbol.

Ein Sturm des Jubels bricht los.[5]

19. Juli 1932 Dok. 121
Rede auf NSDAP-Versammlung in Cottbus[1]

Cottbuser Anzeiger vom 20.7.1932, "Die Rede Adolf Hitlers"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Zum zweiten Male wiederholt sich heute für mich das Bild einer begeisterten Massenkundgebung[3], ein Beweis dafür, daß diese Bewegung tatsächlich sich heute Deutschland erobert hat.

1 Im Stadion, nachmittags. An der Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben 40.000 Menschen teil, die Welt am Montag berichtet von 7.000.

2 Vgl. auch Der Jungdeutsche vom 21.7.1932, "Hitlers Entschuldigungsflug"; Kreuz-Zeitung vom 21.7.1932 (Ausgabe B), "Nationalsozialistische Wahlkundgebungen"; Der Nationalsozialist vom 21.7.1932, "'Einmal wird auch über Deutschland die Sonne aufgehen!'".

3 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

4 Gemeint ist Polen.

5 Folgt Bericht über Hitlers Weiterflug.

1 Auf der Rennbahn, nach 19.15 Uhr. Vor Hitlers 20minütiger Rede sprachen Fräulein Winterstein und Gauleiter Wilhelm Kube.

2 Vgl. auch Lausitzer Landeszeitung vom 19.7.1932, "In Erwartung Hitlers", vom 21.7.1932, "Bilder vom Hitler-Tag"; Märkische Volksstimme vom 19.7.1932, "Der Spießer auf dem Weg zur Rennbahn"; Die Welt am Montag vom 25.7.1932, "Münchhausens Abenteuer". Zum Flug vgl. Dietrich, Mit Hitler, S. 105.

3 Vgl. Dok. 120.

Es mag Ostpreußen sein oder Schlesien oder die Altmark oder Hannover oder Hamburg, Mitteldeutschland, Westfalen, der Rhein oder auch das Bayrische Hochland: Überall hat diese Bewegung sich den deutschen Menschen erobert, in einer Zeit, da all die anderen Parteien, die anderen Organisationen im Vergehen begriffen sind oder doch wenigstens stagnieren. Diese Bewegung ist von einer Handvoll Menschen in knapp dreizehn Jahren auf über 14 Millionen gewachsen[4], ein in der deutschen Geschichte, aber auch in der Geschichte des gesamten politischen Lebens noch nie dagewesener Vorgang[5]. Wenn die Gegner heute fälschlich sagen, ihr Nationalsozialisten seid verantwortlich für die letzten 6 Wochen[6], dann könnte ich ihnen lachend entgegnen: Seid gefälligst nicht zu feige und leugnet eure Verantwortung für die letzten 13 Jahre. Unsere Gegner haben in der deutschen Nation heute nicht einen Stand, nicht einen Beruf, der für sie eintreten könnte. Ein verelendeter Bauernstand[7], ein vernichtetes Gewerbe[8], ein ruinierter Mittelstand[9], viele Millionen Arbeitslose[10], überall zerrüttete Finanzen in Reich, Ländern und Kommunen[11], alles bankerott, das sind die "Erfolge" dieser 13 Jahre. Was haben die andern denn überhaupt noch für Möglichkeiten gehabt, was wollten sie *noch* verderben, was konnten sie überhaupt noch zerstören? Sie haben vor allem etwas in Deutschland beseitigt, nämlich jeden Glauben, jede Hoffnung, jede Zuversicht.

Wenn sie heute gegen die nationalsozialistische Bewegung Stellung nehmen, dann können sie zunächst eines nicht bestreiten: Diese Bewegung hat nach einer Periode der Verzweiflung, der Verzagtheit und der Hoffnungslosigkeit fertiggebracht, Millionen Menschen mit neuer Hoffnung zu erfüllen, und sie können nicht sagen, daß dies belanglos sei.

Was haben die vielen Interessenten-Parteien gerettet? Gar nichts! Im Gegenteil, es hat sich wieder erwiesen, daß im Völkerleben die Errettung aller Stände bedingt ist durch die Rettung des ganzen Volkes. Es gibt keinen Weg aus dem Verderben, wenn nicht die *Gesamtheit* aus dem Verderben sich herausfindet. Ich lese es jeden Tag, daß besonders auch bürgerliche Politiker aufstehen und sagen, dieser Mensch hat die unerhörte Absicht, alle anderen Parteien nicht gelten zu lassen und alle Parteien beseitigen zu wollen.

---

4 Bezieht sich auf das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 69, Anm. 6.

6 Am 19.7.1932 hatte die Zentrumszeitung "Germania" als Nachweis für die Verbindung Hitlers mit Papen eine Unterredung Papens mit Zentrumspolitikern am 3.6.1932 über die Bedingungen der NSDAP veröffentlicht, sich in Preußen an der Regierung zu beteiligen. Vgl. Germania vom 19.7.1932, "Unter Beweis gestellt!". Damit galten bereits seit dem Regierungsantritt Papens umlaufende Gerüchte über das Tolerierungsangebot der NSDAP (vgl. Dok. 68, Anm. 4) als bestätigt; in einem am 30.6.1932 veröffentlichten Aufruf hatte z. B. die Reichskampfleitung der Eisernen Front die Reichsregierung als "getarnte Hitler-Regierung" bezeichnet und in einem am 14.7.1932 veröffentlichten Aufruf der Vorstand des ADGB erklärt: "Die jetzige Regierung gilt als Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef." Druck: Vorwärts vom 30.6.1932 (MA), "Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front!", vom 14.7.1932 (MA), "Her zur Eisernen Front".

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.

8 Im Zeitraum von 1930 bis einschließlich 1932 ging die Zahl der Gewerbebetriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmern insgesamt um 22,5 % zurück, davon entfiel auf die Mittelbetriebe mit bis zu 49 Arbeitnehmern ein Rückgang um 22,0 % und auf die Großbetriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern ein Rückgang um 26,5 %. Vgl. Die Entwicklung des deutschen Gewerbes nach der Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten. In: Wirtschaft und Statistik 13 (1933), S. 654-658.

9 Vgl. Dok. 109, Anm. 6.

10 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 18, 19.

Jawohl, sie haben scharfsinnig erkannt, was ich will: Es ist mein Ziel, diese Parteien zu beseitigen und zu vernichten. Und ich werde die Verantwortung hierfür vor der deutschen Geschichte zu tragen vermögen.

Nachdem Hitler dann den Aufschwung seiner Bewegung gekennzeichnet hatte, fuhr er fort: Ich weiß, unsere Gegner behaupten, daß wir mit unsern 15 Millionen Anhängern nicht die gesamte deutsche Nation darstellen. Aber wir arbeiten erst 13 Jahre, und ich bin erst 43 Jahre alt[12]. Sie sollen uns nur die Zeit lassen, die Stunde kommt noch, da aus den 15 Millionen 50 Millionen geworden sind. Auch die Intelligenz wird eines Tages kapieren, daß ihre vornehme Isolierung und Zurückziehung in das schöne Gebiet des Wissens belanglos ist, solange nicht zu der Millionenarmee deutscher Geistesarbeiter die Millionenarmeen deutscher Bauern und deutscher Arbeiter treten. Wenn wir jetzt wieder in einen Wahlkampf schreiten, den elften in diesem Jahre[13], dann tun wir es nicht, weil wir etwa von einer neuen parlamentarischen Koalition des deutschen Volkes Heil erwarten, sondern wir tun es in Befolgung dieses ewigen Ringens um den deutschen Menschen.

Wenn die Gegner sagen, ihr wollt ja gar nicht regieren, so ist das eine Täuschung, wir wollen schon und werden regieren. Wenn sie sagen, aber ihr wollt keine Koalitionen - so entgegen wir: auch das nehmen wir in Kauf unter der Voraussetzung, daß diese Koalition nationalsozialistische Politik macht und keine andere.

Allerdings, wenn das Zentrum erklärt, wir müßten uns mit ihm verbünden, um "erzogen" zu werden[14], dann können wir den Herren nur sagen: Was ihr erziehen heißt, heißen wir verderben. Wir denken nicht daran, jemals unseren Prinzipien untreu zu werden. Wir haben unser Kampfziel aufgestellt: Zusammenfassung der deutschen Menschen zu einer politischen Weltanschauung, Überwindung der Klassen und Klassenparteien, Entfernung des deutschen Menschen von der Meinung, irgendeine Internationale könnte ihm helfen, ganz gleich, wie sie heiße[15], Hinführen des deutschen Menschen zur Erkenntnis, daß es in der Welt überhaupt keine Hilfe gibt außer der Hilfe, die in der eigenen Kraft liegt.

Wir haben unser Ziel, haben unsere Organisation und werden mit ihr dieses Ziel verfolgen bis zum letzten Atemzug. Und die Gegner sollen sich keiner Täuschung hingeben. Ob der Kampf am 31. [*Juli 1932*] [16] *entschieden wird oder nicht, spielt keine Rolle, am 1. August werden wir wieder weiterarbeiten, bis er einmal entschieden wird.*

Hitler schloß: Ich habe nicht zu bitten und zu betteln. Erfüllen Sie alle Ihre Pflicht, tun Sie, was Sie vor Ihrem Gewissen und vor der deutschen Zukunft verantworten können.

---

12 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.
13 Vgl. Dok. 98, Anm. 1.
14 Vgl. Dok. 104, Anm. 19.
15 Vgl. Dok. 69, Anm. 8; Dok. 92, Anm. 18.
16 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

20. Juli 1932 Dok. 122
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stralsund [1]

Stralsundische Zeitung vom 20.7.1932, "Der Hitler-Tag in Stralsund" [2].

Meine deutschen Volksgenossinnen und Volksgenossen!

Ich glaube, es ist niemand auf diesem weiten Platze, der diese Versammlung anders ansieht als tausende andere. Keine andere Partei kann etwas ähnliches erzielen. Das deutsche Volk beginnt, sich wieder selbst zu finden und die große Brücke zum gegenseitigen Verstehen wieder zu schlagen. Eine geknebelte, geknechtete und verachtete Nation hat sich selbst wiedergefunden. Eine solche Bewegung, die die deutsche Nation wieder zum Leben zurückgerufen hat, ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Die Erinnerung an die letzten dreizehn Jahre ist nicht auszulöschen, weil sie das heutige System anklagt, das Millionen um Hab und Gut gebracht hat.

Durch Verbreitung von Unwahrheiten will man jetzt den Nationalsozialismus für das Geschehen der letzten sechs Wochen unter der Regierung von Papen verantwortlich machen [3]. Wenn ich die Verantwortung übernehme, wird ihnen das Lügen vergangen sein, ebenso wie das hinterlistige Morden. Die Wahl am 31. Juli [*1932*] [4] wird dem deutschen Volk endlich die Erlösung bringen, wenn es die Kraft aufbringt, aller Feigheit und Halbheit zu entsagen, und den Willen zur Tat hat. Mit Halbheiten ist heute nichts mehr zu machen. Fort mit dem Partei-Irrsinn! Wir Nationalsozialisten unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Ständen und Berufen, wir wollen keinen Klassen-Irrsinn, sondern nur ein Volk, dessen Bestandteile sich gegenseitig schätzen und achten sollen. Kein Stand darf glauben, daß er sich allein aus dem Zusammenbruch retten kann. Dasselbe gilt auch auf konfessionellem Gebiet. Es ist gleichgültig, ob der Volksgenosse Katholik oder Protestant ist, nur ein Deutscher muß er sein [5].

In den letzten Tagen sprach ich vor ungezählten Massen in Masuren [6], Königsberg [7] und der Grenzmark [8]. Überall die gleiche Begeisterung, überall ein Wunder, das sich heute an dem deutschen Volk vollendet, nachdem die Parteien vierzehn Jahre von dem deutschen Irrsinn gelebt haben. Wie auch die Wahl am 31. Juli [*1932*] ausfallen mag, am 1. August [*1932*] beginnt

---

1 Auf dem Ausstellungsplatz, von 2.15 bis 2.30 Uhr. An der Versammlung nahmen noch etwa 20.000 Menschen teil (Otto Dietrich: 40.000). Vor Hitler sprachen der Führer der schwedischen Nationalsozialisten, Birger Furugard, der Vertreter der dänischen Nationalsozialisten, Charles Hansen und Gauleiter Wilhelm Karpenstein. Die Veranstaltung hatte am 19.7.1932 um 21.00 Uhr begonnen, um Mitternacht wurde bekanntgegeben, daß Hitler wegen schlechten Wetters erst um 1.30 Uhr eintreffen werde. Während Hitlers Rede ging ein Regenschauer nieder.

2 Vgl. auch Stralsunder Tageblatt vom 20.7.1932, "Hitler in Stralsund"; VB vom 21.7.1932, "Im ersten Morgengrauen spricht der Führer zu den Massen in Stralsund". Zum Flug von Cottbus nach Berlin und die anschließende Autofahrt nach Stralsund vgl. Dietrich, Mit Hitler, S. 105 ff.

3 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 45, Anm. 32.

6 Vgl. Dok. 115, 116, 117.

7 Vgl. Dok. 118.

8 Vgl. Dok. 120.

die Arbeit wieder, und es wird nicht eher Ruhen und Rasten geben, bis das deutsche Volk von dem bisherigen System erlöst ist. Eher glauben wir nicht an ein soziales Glück.

Heute in der dritten Morgenstunde, da das ganze andere Deutschland schläft, sind wir hier wach und werden wach bleiben, bis Deutschland frei ist. Deutschland erwache[9]!

Das Himmelreich und die Seligkeit gehören niemals Halben, sondern Ganzen. Ich verspreche, daß wir unsere Fahne, unsere Ideale und unsere Idee hochhalten und mit ihr ins Grab gehen werden. Unzählige Blutzeugen sind in dieser Stunde im Geiste bei uns. Aus dem Fanatismus und der gläubigen Inbrunst kommt eines Tages die Kraft, die das Reich der Größe, Kraft und Stärke einer wirklichen Herrlichkeit zimmert, das einmal das Vaterland für alle sein wird. Diesem, unserem Deutschland Siegheil![10]

20. Juli 1932 Dok. 123
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kiel[1]

Kieler Zeitung vom 21.7.1932, "Adolf Hitler in Kiel"[2].

Deutsche Volksgenossen!

Ich glaube, daß es sich bei dieser Wahl[3] um mehr handelt, als um ein neues Parlament und um eine neue Regierung. Ich glaube,

daß wir der grundsätzlichen Auseinandersetzung entgegengehen, in der entschieden wird über Deutschland und über das deutsche Volk, über das Wesen dieses Volkes, über das Wesen und den Inhalt des Deutschen Reiches und damit wohl über die Zukunft der deutschen Nation!

Dreizehn Jahre liegen hinter uns: dreizehn Jahre eines fast unwahrscheinlichen Ringens. Aus einer Handvoll Menschen ist eine Bewegung erwachsen, und aus dieser Bewegung wieder ist für Millionen nicht nur ein neuer Glaube, eine neue Zuversicht, eine große Hoffnung, sondern überhaupt *eine neue Lebensaufgabe erwachsen!* Wir können uns heute den Nationalsozialismus aus Deutschland nicht mehr wegdenken.

9 Bei der Parole "Deutschland erwache!" handelt es sich um den Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts "Sturm" von Dietrich Eckart; seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Halcomb, The SA, S. 251 ff.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Nordostseehalle, von 16.15 bis 17.00 Uhr. An der von Kreisleiter Reinhard Sunkel mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen etwa 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach MdL Emil Brix. Nach Schluß der Versammlung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen SA-Leuten und Kommunisten, die durch ein massives Polizeiaufgebot beendet wurden.

2 Vgl. auch Kieler Neueste Nachrichten vom 22.7.1932, "Große Hitler-Kundgebung in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 21.7.1932, "Der Propagandachef des Kapitalismus reist"; VB vom 22.7.1932, "'Mit dem Untermenschentum gibt es keine Verständigung - wir werden mit ihm aufräumen!'".

3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

Wenn heute jemand noch glauben kann, daß der Nationalsozialismus zugrunde gehen könnte, dann hat er den Sinn unseres Kampfes, frei zu werden, noch nicht verstanden.

In Wirklichkeit kann das, was in dieser Bewegung liegt, nicht mehr ersetzt werden durch irgend etwas.

Es ist das eigentliche Wesen dieser Bewegung, daß sie den Gedanken des klassen- und standesbewußten Menschen endgültig begraben und an ihre Stelle gesetzt hat den Gedanken des Volkes, des völkisch bewußten Menschen, den Gedanken des Menschen, der begreift, daß die großen Beziehungen der Volksgenossen untereinander viel gewaltigere, umfangreichere und tiefere sind als alle Beziehungen, die es sonst geben könnte. Es ist eine Bewegung, die den Menschen nach ganz anderen Gesichtspunkten und nach ganz großen Erkenntnissen und der ganz großen Willensbildung zu erfassen weiß.

Wir müssen erkennen, daß es ohne eigenen Boden, ohne eigenen Bauernstand kein wirtschaftliches Blühen in Deutschland geben kann, daß alle die Auffassungen von *Export* und *Import* und von *Weltwirtschaft* uns nichts sind als Begriffe, die nützlich sein können, die

aber niemals ersetzen können den eigenen Lebensraum und den eigenen Bauernstand. Diese sind das Fundament jeder gesunden Wirtschaft.

Das andere ist nur als schöne und nützliche, sagen wir, *"Zuschußwirtschaft"* zu betrachten, aber nicht als fundamental.

Neben dem gesunden Bauernstand besteht die *Notwendigkeit eines gesunden Arbeitertums.*

Man muß begreifen, daß es ohne den deutschen Arbeiter keine deutsche Kraft und damit keine Freiheit und keine Wirtschaft gibt.

Millionen von Intellektuellen sind bereits zu der Einsicht gelangt, daß sie, allein auf ihre Bildung gestellt, isoliert dastehen. Ihre Zukunft ist abhängig davon, daß mit dem deutschen Geist sich verbinden die Millionen der deutschen Arbeiter und Bauern.

Erst wenn diese drei Faktoren, Intellektualismus, Arbeiterschaft und Bauernstand, Hand in Hand gehen und begriffen haben, daß die Zukunft aller abhängig ist von ihrer Gemeinsamkeit, erst dann kann man wirklich von einem glücklichen Ausblick in die Zukunft sprechen!

Wenn die SPD in Deutschland in diesen Wochen ein wüstes Geschrei gegen die Regierung Papen erhebt, dann ist doch das der Nachweis dafür, daß sie Angst besitzen [*sic!*], die Diskussion könne sich auf die letzten dreizehn Jahre erstrecken[4]. Sie wissen genau: *diese dreizehn Jahre zahlen sie.*

Denn ist je ein Volk so erbärmlich regiert worden wie wir diese dreizehn Jahre? Hat man jemals in einer so kurzen Spanne Zeit so viel verwirtschaftet, verludert und verschachert? Hundert Jahre deutscher Fleiß, deutscher Arbeitsamkeit, deutscher Sparsamkeit haben kaum das schaffen können, was dreizehn Jahre Luderwirtschaft restlos verwirtschaftet haben.

Das ist die Schuld des schwarz-roten Regiments. Es hat die Krisen hervorgerufen, aus der die Weltwirtschaftskrise[5] erst entstanden ist.

Zwölf Jahre habe ich als einsamer Prediger gegen den Reparationsirrsinn in Deutschland gesprochen. Zwölf Jahre lang haben wir gekämpft bis zum Volksbegehren[6].

4 Vgl. Dok. 112, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 69, Anm. 4.
6 Vgl. Dok. 112, Anm. 35.

Die Sozialdemokratie hat noch vor zwei Jahren einen Vertrag gebilligt, der dem deutschen Volke einige hundert Milliarden aufgebürdet hat[7]. Als wir dagegen Stellung nahmen, hat man uns verfolgt und unterdrückt. Da erklärte man: *Ihr seid unreif* und wollt nur nicht, daß Deutschlands Wirtschaft gerettet und die Arbeitslosigkeit beseitigt wird!

Sie haben in diesen dreizehn Jahren getan, was getan werden konnte, um Deutschland zu vernichten. Sie haben den Terror an die Stelle der geistigen Diskussion gesetzt. Aber eins haben sie dabei vergessen: Es gibt ein Sprichwort, daß der Krug solange zum Brunnen geht, bis er bricht, und daß ein Tropfen Wasser genügt, um ein Faß zum Überlaufen zu bringen. Wir haben lange zugesehen; wir sehen nicht mehr zu! Wir alle fühlen es, daß es so nicht weitergehen kann, daß es unmöglich ist, den Zustand der geistigen und wirtschaftlichen Zerreißung Deutschlands weiter aufrechtzuerhalten. Auch ihre physischen Waffen werden versagen. Das Regiment des Terrors wird gebrochen werden! Darum handelt es sich ja - nicht um eine neue Regierungsform - das Volk aus seiner Zerreißung herauszuführen! Es gibt Menschen, die es uns als Verbrechen anrechnen, wenn sie sagen, die Nationalsozialisten wollen die anderen Parteien beseitigen. Insbesondere mir rechnet man das als schlimmste Absicht an. Sie sagen: Der Mann will auch die anderen Parteien nicht mehr dulden. Ja, sie haben Recht. Sie haben es erkannt! Wir wollen es nicht länger dulden; Deutschland soll nicht in dreißig Gruppen und Parteien zerrissen sein[8].

Wir wollen einen Willen an Stelle dieser Zerreißung setzen! Und wenn sie glauben, es wird uns nicht gelingen: Es wird uns gelingen durchzuhalten. Es lebt im Volk eine innere Sehnsucht nach einer gemeinsamen Verständigung.

Gewiß, es gibt ein Untermenschentum, das will keine Verständigung. Mit denen wollen auch wir keine Verständigung: *mit denen wollen wir aufräumen!*

Es gibt auch eine gewisse *dekadente 10.000-Menschenschicht*, die will es auch nicht: die steht auf dem Standpunkt, wir sind zu vornehm, als daß wir mit Arbeitern und Bauern zusammengehen könnten! Sie dürfen überzeugt sein, daß über diese paar Hunderttausend die Räder der Geschichte hinweggehen werden!

Es gibt aber Millionen Arbeiter, Bürger, Bauern, Intellektuelle und Hochschüler, die sich sehnen nach der endlichen Vereinigung des deutschen Volkes, nach dem endlichen inneren Frieden. Ihre Zahl beträgt heute schon mehr als 13 bis 14 Millionen[9]. *Die letzte Stärke wird darin zu finden sein, daß sich alle am Ende davon überzeugt haben werden, daß dieses Reich nicht einer kleinen Mehrheit, nicht einem Stand, einem Beruf, nicht dem Bauern, dem Arbeiter, nicht dem Bürgertum oder dem Proletariat, nicht dem Katholiken und dem Protestanten gehört, sondern es gehört dem schaffenden, deutschen Volke in allen seinen Schichten!*

Gewiß, dies ist ein Prozeß, den man nicht vom Schreibtisch her beginnen kann. *Die Menschen müssen erzogen werden,* sie müssen ihre *Vorurteile abstreifen.* Es geht nicht von heute auf morgen: Es geht nicht *theoretisch*, sondern indem man sie langsam zusammenfügt, indem man sie langsam aneinander gewöhnt und alle miteinander streiten läßt, und indem man allmählich dann aus dieser gemeinsam getragenen Not auch den Weg zum gemeinsamen Empor-

7 Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
8 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
9 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler Hitlers beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

stieg zeigt und sie diesen Weg dann langsam begehen läßt. Daß dieser Prozeß bei uns richtig angefaßt ist, dafür ist der Beweis die ganze braune Armee, die Sie um sich sehen, ist der Beweis die Millionen-Bewegung, die 13 bis 14 Millionen, die hinter uns stehen. Ich weiß, daß viele diese Beweise gern unterschlagen möchten, sie können sie aber nicht beseitigen. Es kann niemand um die Tatsache herum, daß in der Zeit, in der in Deutschland alles zusammenbrach, eine Organisation sich *so* hob, daß heute das Ringen um die letzte Entscheidung ansetzt.

Es liegt an Ihnen, diese letzte Entscheidung am 31. Juli [1932] mit beschleunigen zu helfen. Ich möchte nicht bitten oder betteln - wie ich das niemals tue! - um Ihre Stimme, sondern möchte Ihnen im Gegenteil sagen, daß derjenige, der glaubt, daß das, was bisher war, alles gut und richtig ist und fortgesetzt werden muß, daß der nicht zu uns kommen darf; daß aber derjenige, der selbst langsam vom Zweifel angefressen wird über die richtige Zusammensetzung des heutigen Staates, über die innere Zerrissenheit und Zersplitterung, daß dieser dann aber auch einen ganzen Entschluß treffen muß.

Es möge jeder sich vor Augen halten: dem Halben und dem Schwachen, dem Lauen und dem Unentschiedenen ist noch niemals das Himmelreich zuteil geworden[10]*. Weder auf der Welt, noch sicher auch im Jenseits. Er wird aus dem Fegefeuer niemals herauskommen.*

Wer überhaupt will, daß ein unmöglicher Zustand nicht länger andauert, der muß auch die Entschlußkraft aufbringen, eine *ganze* Entscheidung zu treffen.

Darum nur bitte ich Sie: Prüfen Sie und *treffen Sie eine ganze Entscheidung.* Treffen Sie keine *halbe* Entscheidung. In der Mitte ist vielleicht, wenn die Waagschalen sich nach der einen oder anderen Seite neigen, am besten Platz.

Aber, was in der Mitte balanciert, muß doch stürzen. Es ist ausgeschlossen, daß diese Mitte jemals im Völkerleben die Geschichte einer Nation entscheidet.

Wir aber, wir wollen wieder deutsche Geschichte machen!

Im besten Sinne des Wortes "deutsche Geschichte". Für unser Volk, für unsere Arbeiter, nicht für die Internationale[11]*, für unsere Intellektuellen, für unser Vaterland! Wir wollen kämpfen und wollen es stark und mächtig machen zum Nutzen und zum Segen der 65 Millionen Bürger eines Reiches*[12]*.*

Treffen Sie Ihre Entscheidung, wie sie nur ein Deutscher in solch historischer Zeit treffen kann. Sie benötigen dazu nicht mehr Mut, als wir einst benötigten. Im Gegenteil, weniger! Sie münden heute ein in einen Strom, der schon 13 bis 14 Millionen zählt; das ist leichter, als es war, diesen Strom mit einer Handvoll Menschen in die Wege zu leiten. Wenn Sie nur einen Bruchteil der Entschlossenheit aufbringen, die jeder Junge beweist, indem er dieses braune Hemd[13] *anzieht, in diesem Augenblick ist Deutschland gerettet!*

---

10 Vgl. Dok. 112, Anm. 39.
11 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.
12 Vgl. Dok. 11, Anm. 7.
13 Vgl. Dok. 92, Anm. 26.

20. Juli 1932 Dok. 124
"Abrechnung mit den Verleumdern" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [2]

Hamburger Tageblatt vom 21.7.1932, "Hamburg jubelt dem Führer zu!" [3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 123.

20. Juli 1932 Dok. 125
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lüneburg [1]

Lüneburgsche Anzeigen vom 21.7.1932, "Adolf Hitler spricht in Lüneburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 123.

20. Juli 1932 Dok. 126
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bremen [1]

Bremer Nationalsozialistische Zeitung vom 21.7.1932, "Adolf Hitler erklärt: 'Wir sind die Partei Deutschlands'" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 123.

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 11113).

2 Auf dem Victoria-Sportplatz, nach 18.00 Uhr. An der von Gauleiter Karl Kaufmann mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben etwa 100.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach MdL Wilhelm Kube. Die Eintrittspreise waren von 20 bis 50 Pfennig gestaffelt.

3 Vgl. auch VB vom 22.7.1932, "Die Heerschau der 100.000 Arbeiter in Hamburg" sowie Okraß, Hamburg, S. 281.

1 Auf dem MTV-Platz, nach 20.00 Uhr. An der von Gauleiter Otto Telschow geleiteten Versammlung nahmen laut Lüneburgscher Anzeigen etwa 20.000 Menschen teil (VB: 30.000). Vor Hitler sprachen der Landtagskandidat Pastor Gerhard Hahn und der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges (NSDAP).

2 Vgl. auch Lüneburger Tageblatt, Sonderbeilage vom 4./6.6.1937, "Lüneburgs Weg zu Adolf Hitler"; Niedersachsen Stürmer vom 30.7.1932, "An der Schwelle des Dritten Reiches"; VB vom 22.7.1932, "Adolf Hitler bei den Heidebauern in Lüneburg" sowie Wilhelm Reinecke, Geschichte der Stadt Lüneburg, Bd. II, Lüneburg 1933 (Nachdruck: Lüneburg 1977), S. 589 f.

1 Im Weser-Stadion, von 22.15 bis 22.45 Uhr. An der vom Präsidenten der Bremer Bürgerschaft, Ortsgruppenleiter Otto Bernhard, geleiteten Versammlung nahmen nach Angaben der bürgerlichen Presse etwa 20.000 Menschen teil (VB: 60.000). Vor Hitler sprach der oldenburgische Ministerpräsident Carl Röver (NSDAP). Die Preise für einen Tribünenplatz lagen zwischen 3 und 5 RM. Vor der Landung auf dem Neuenlander Feld drehte Hitlers Flugzeug mit eingeschalteter Innenbeleuchtung eine Runde über dem Weser-Stadion.

2 Vgl. auch Bremer Nachrichten vom 21.7.1932, "Adolf Hitler im Weser-Stadion"; vom 22.7.1932, "Hitlers Rede in Bremen"; Bremer Volkszeitung vom 21.7.1932, "Hunger-Diktator Hitler schweigt!"; Weser-Zeitung vom

21. Juli 1932 Dok. 127
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover [1]

Hannoverscher Kurier vom 22.7.1932, "Nationalsozialistische Massenkundgebung auf dem Ausstellungsgelände der Stadthalle" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 129.

21. Juli 1932 Dok. 128
Rede auf NSDAP-Versammlung in Braunschweig [1]

Braunschweigische Landeszeitung vom 22.7.1932, "Adolf Hitler im 'Eintracht'-Stadion" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 129.

21.7.1932 (MA), "Die Hitler-Kundgebung im Weser-Stadion"; VB vom 22.7.1932, "'Wir haben eine Abrechnung zu begleichen, die 13 Jahre läuft und bisher nicht beglichen wurde'"; Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3: Bremen in der Weimarer Republik (1918-1933), Hamburg 1983, S. 603 sowie Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung-Widerstand-Verfolgung, Bremen 1986, S. 75 f.

1 Auf dem Ausstellungsgelände der Stadthalle, nach 17.30 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Leopold Gutterer, geleiteten Versammlung nahmen laut Hannoverschem Kurier etwa 80.000 Menschen teil (VB: 120.000). Die angekündigte Rede von Gauleiter Bernhard Rust fiel aus.

2 Vgl. auch Niedersächsischer Beobachter vom 23.7.1932, "Die Rede Adolf Hitlers in Hannover am 21. Juli"; VB vom 23.7.1932, "Der Hitlertag in Niedersachsen - 120.000 erwarten den Führer in Hannover". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 6.8.1932, "Nationalsozialismus ... Deutschlands Schicksalswende".

1 Im Eintracht-Stadion, von 19.15 bis 19.30 Uhr. An der von MdL Kurt Schmalz eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 25.000 bis 30.000 Menschen teil (VB: 70.000). Vor Hitler sprach der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges (NSDAP). Während der Veranstaltung ging heftiger Regen nieder.

2 Vgl. auch Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 22.7.1932, "Adolf Hitler in Braunschweig"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 23.7.1932, "Die Braunschweiger Hitler-Kundgebung im Stadion"; Braunschweiger Tages-Zeitung vom 23.7.1932, "Der Führer unter uns!"; Braunschweigische Staatszeitung vom 22.7.1932, "Adolf Hitler in Braunschweig"; Neue Arbeiter Zeitung (Hannover) vom 23.7.1932, "Braunschweigs Arbeiter abwehrbereit"; VB vom 23.7.1932, "In Braunschweig, der Stätte praktischer Nationalsozialistischer Arbeit, sprach der Führer vor 70.000 Volksgenossen" sowie Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 112 f.
Die sozialdemokratische Tageszeitung "Volksfreund" war am 19.7.1932 bis zum 8.8.1932 vom braunschweigischen Innenministerium verboten worden.

21. Juli 1932 Dok. 129
Rede auf NSDAP-Versammlung in Göttingen[1]

Tonaufnahme, "Wahlkundgebung der NSDAP in Göttingen anläßlich der Reichstagswahlen am 31.7.1932"; DRA, Nr. 84 U 4023/1 [2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Sie werden selbst das Gefühl besitzen - Ich bitte um unbedingte Ruhe! Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen, Sie selbst werden alle [...][3] haben, daß die Wahl am 31. Juli [*1932*][4] mehr ist als eine bloße Volksabstimmung etwa zur Bildung einer neuen Regierung oder gar einer neuen Koalition. Zwei Lager treten in Deutschland zu einem letzten Entscheidungskampf gegeneinander an. Auf der einen Seite die Parteien der Wirtschaft, der Konfessionen, des [...][5], der Berufe, der Klassen, der deutschen Stämme und auf der anderen Seite eine Partei, die von sich sagen darf, daß sie die Bewegung ist des deutschen Volkes. Sie sehen es selbst, sie fühlen es, daß nunmehr ein Wendepunkt gekommen ist, und sie zittern bei dem Gedanken, daß in einer solchen Zeit sie Rechenschaft ablegen sollen für das, was seit 13 Jahren geschehen ist. Sie möchten am liebsten, daß der Sinn dieser Wahl nur etwa sich erstreckt auf die Prüfung der letzten sechs Wochen. Sie sagen: Ihr Nationalsozialisten seid für die sechs Wochen verantwortlich[6]. Wir könnten darüber lachen. Denn nicht ich oder wir haben das Kabinett Papen eingesetzt, [...][7] nicht wir, sondern der Reichspräsident von Hindenburg[8]. Und die Sozialdemokratie und das Zentrum und diese Parteien selbst haben den Reichspräsidenten ja gewählt[9]. Sie selbst haben damit ja selbst zum Ausdruck gebracht, daß sie der Überzeugung sind, daß der Entschluß des Generalfeldmarschalls ein richtiger sein wird, und er ist ein richtiger gewesen. Nun wollten sie auf einmal nur über sechs Wochen uns die Verantwortung aufbürden, wir könnten lachen und könnten sagen, gut, vor der deutschen Geschichte werde ich die sechs Wochen verantworten und ruhig tragen können, aber ihr tragt die Verantwortung jetzt für die letzten 13 Jahre. (Beifall.) Ihr könnt euch von diesen 13 Jahren nicht freilügen und

---

1 Im Kaiser-Wilhelm-Park, nach 22.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach abweichenden Angaben der Lokalpresse zwischen 10.000 und 30.000 Menschen teil (VB: 50.000). Hitler wies trotz des Regens den angebotenen Schirm demonstrativ ab, um sich mit den Wartenden zu solidarisieren. Der Beifall war nach der Lokalpresse "recht schwach". Vor Hitler sprach MdR Wilhelm Frick. Der Eintritt kostete 3 RM für den Sitz- und 1 RM für den Stehplatz.

2 Vgl. auch Göttinger Tageblatt vom 22.7.1932, "Hitler spricht vor Dreißigtausend"; Göttinger Zeitung vom 22.7.1932, "15 Minuten Hitler". Zu den äußeren Umständen vgl. Göttinger Tageblatt vom 21.7.1932, "Hitler heute in Göttingen"; VB vom 23.7.1932, "In strömendem Regen hören 50.000 den Führer in Göttingen"; Volksblatt für Göttingen und Südhannover vom 22.7.1932, "Die große Pleite" sowie Adelheid von Saldern, Zur Entwicklung der Parteien in Göttingen während der Weimarer Zeit. In: Göttinger Jahrbuch 1971, S. 171-181, S. 177.

3 Unverständliche Passage.

4 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

5 Unverständliche Passage.

6 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.

7 Unverständliche Passage.

8 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

ihr könnt euch nicht freischwindeln, ihr habt die Verantwortung, angefangen am Tag der Revolution [10] bis jetzt. Und sie wissen auch, daß wenn diese Verantwortung auf ihnen bleibt, daß dann das Urteil der Nation ein hartes sein wird. Sie wissen, daß in diesen 13 Jahren es ihnen nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Stand für sich zu gewinnen, nicht eine Lebensschichte [*sic!*] der deutschen Nation kann wirklich sagen, wir haben durch dieses 13jährige Regiment gewonnen. Die Nation im gesamten [...] [11] aber kann nur feststellen Defizite in politischer, in moralischer und sogar in wirtschaftlicher Hinsicht. Was sie in den 13 Jahren angriffen, schlug ihnen fehl. Alles mißlang, alles brachte das Gegenteil. Sie müssen heute zugeben, daß noch niemals in einer so kurzen Frist so viel zerstört worden ist als in diesen kaum ein Dutzend Jahren. Wenn wir Nationalsozialisten nun als Gegner diesem System gegenübertreten, dann unterscheidet uns zunächst etwas von diesen anderen Parteien. Diese anderen Parteien sind, wie sie selber zugeben, Vertretungen des Handarbeiters, des Mittelstandes, des Bauern, der Angestellten, der Beamten, der Katholiken, der Protestanten, der Hausbesitzer, der Mieter usw. 27 solche Gebilde treten auch jetzt wieder auf [12]. Und wir wollen demgegenüber sagen, wir sind nicht eine Partei eines Berufes oder Standes, nicht eine Partei der Konfession. Und wenn meine politischen Gegner heute aufstehen und sagen, wir Nationalsozialisten seien intransigent, wir seien unfriedlich, ja wenn ein deutschnationaler Führer [13] gegen mich den Vorwurf erhebt, ich wollte nicht dulden, daß auch andere Bewegungen, Parteien in Deutschland existieren [14], dann kann ich diesen Vorwurf vor der deutschen Geschichte ruhig auf mich nehmen. Ich kann nur sagen, jawohl, es ist mein Lebensziel, diese 30 Parteien zu vernichten und auszurotten. (Beifall) Es soll einmal die Zukunft beurteilen, wer nationaler gehandelt hat, diejenigen, die 30 Parteien ins Leben riefen und auf Kosten der deutschen Nation ihr Unwesen treiben ließen, oder derjenige, der sie beseitigt hat. Freilich sagen sie dann, ihr wollt die Parteien

10 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.

11 Unverständliche Passage.

12 Bezieht sich auf die bis zu diesem Zeitpunkt vergebene höchste Listennummer. Der Reichswahlausschuß hatte am 19.7.1932 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt, die folgende Listennummern trugen: 1: SPD, 2: NSDAP, 3: KPD, 4: Zentrum, 5: DNVP, 8: Deutsche Staatspartei, 9: BVP, 11: Christlich-Sozialer Volksdienst, 12: Deutsche Bauernpartei, 14: Landbund, 15: Deutsch-Hannoversche Partei, 18: Höchstgehalt der Beamten 5.000 Reichsmark für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten, 19: Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfängerpartei Deutschlands, 20: Deutsche Sozialistische Kampfbewegung, 21: Nationale Minderheiten in Deutschland, 22: Nationale Mitte, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Fascis- und Unsozialismus, 23: Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser (Erwerbslosenfront), 24: Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern, 25: Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft), 26: Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot, gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen, für Arbeitsbeschaffung, 27: Deutsche Volksgemeinschaft. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 20.7.1932 (Reichsausgabe), "21 Reichswahlvorschläge amtlich zugelassen".

13 Alfred Hugenberg.

14 Am 17.7.1932 hatte Hugenberg auf einer Wahlkampfveranstaltung in Mülheim an der Ruhr zur Abgrenzung von den Nationalsozialisten unter anderem ausgeführt: "Es widerspricht innerstem deutschen Wesen, wovon wir da reden hören: nach römischem Faszistenmuster die Dinge von oben her ordnen, statt Saaten auszustreuen und sie von unten her wachsen zu lassen; einem einzelnen Menschen alle Macht geben zu wollen und zugunsten der Auffassungen eines Menschen und eines schwankenden Parteiprogramms unduldsam sein; aus dem Schlagworte der Legalität heraus allzusehr den Parlamentarismus ernst nehmen, statt sich immer zu erinnern, daß *gegenüber den heutigen Zuständen der Nationalismus nur revolutionär sein kann.*" Vgl. Kreuz-Zeitung vom 19.7.1932 (Ausgabe B), "'Nationalismus muß heute revolutionär sein'".

beseitigen, aber es wird euch gar nicht gelingen. Seit 13 Jahren höre ich diese Erklärung unserer Gegner, erst in kleinstem Kreise, dann größer und größer, immer derselbe Vorwurf. Ihr werdet vielleicht hundert Mitglieder bekommen, vielleicht tausend, aber dann ist es Schluß. Und als wir die tausend hatten, da sagten sie, ja, tausend habt ihr bekommen, aber zehntausend niemals. Und als wir die zehntausend errungen hatten, da sagten sie, nun ist aber auch der Gipfel erreicht. Und als wir hunderttausend hatten, da erklärten sie, diese hunderttausend sind nur dem Zufall zuzuschreiben. Und als es eine Million war, da erklärten sie, jetzt geht es bergab, und als wir sechs Millionen zählten [15], da versicherten sie, nun ist die Bewegung in der Auflösung begriffen. Am 1. August [*1932*], wenn 14 oder 15 oder 16 Millionen hinter uns stehen werden, ich weiß es, sie werden nur sagen, nun ist die Gefahr von Deutschland beseitigt [*sic!*]. Seit 13 Jahren haben sie das prophezeit, sie haben sich getäuscht. Was ihnen nicht gelang, weil sie nicht wollten, daß es gelingen sollte, ist uns schon heute gelungen. Aus allen deutschen Lebensschichten haben wir die Menschen zusammengefaßt, Arbeiter, Proleten von einst, Bürgerliche und Bauern, und haben aus ihnen eine Gemeinschaft gebildet [16], die hart ist und hart werden wird. Eine Gemeinschaft, die damit aber vor allem die deutsche Kraft aus dem inneren Kampf erlöst und diese Kraft zwischen die Waagschale unseres deutschen Lebensringens nach außen werfen werden [*sic!*]. Sie können schon heute diese Entwicklung vielleicht mit ihren Lügen und Verleumdungen übergießen, beseitigen können sie sie nicht. Und wenn die Gegner selbst sagen, daß wir jetzt am Ende dieser Entwicklung angekommen seien, sie täuschen sich. Wir sind jünger als der Herr Severing, Braun, Grzesinski und Kahr [17] und Genossen, wir sind jünger [18] und vor allem, wir sind härter und sind entschlossener. Das Ziel, daß wir uns gestellt haben, werden wir verfolgen bis ins Grab hinein. Nicht am Schreibtisch, nicht durch Theorien, sondern [*dadurch*], daß diese große Zusammenfügung des deutschen Menschen in der Wirklichkeit, im Leben sich selbst ergeben muß. Wir sind überzeugt, daß die Deutschen in der Zukunft sich nicht kennen werden, wenn man nicht sie lehrt, sich kennenzulernen, ja sie zwingt, sich kennenzulernen. Solange jede deutsche Schichte [*sic!*] und jede Klasse und jeder Stand die eigene Partei ausmachen, wie soll denn dann auch unser Volk zusammenkommen, wie soll es denn lernen, die Differenzen des Lebens und der Wirtschaft zu überwinden und die größeren Linien des gemeinsamen Lebens zu erkennen und diesen Notwendigkeiten zu gehorchen. Es geht nicht, daß ein Volk plötzlich etwas kann, was es nicht vorher gelernt hat, und es wird nichts lernen, wenn man es nicht dazu erzieht und anhält. Und wir haben das 13 Jahre getan und sind aus einer Handvoll Menschen in der selben Zeit aufgewachsen, in der die anderen sich langsam auflösten und zersplitterten. Und heute sehen sie in uns den einzigen großen Widersacher. Ich bin stolz darauf, daß sie alle, Zentrum und SPD, KPD, Mittelpartei [19], Wirt-

15 Bezieht sich auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930. Vgl. Dok. 112, Anm. 9.

16 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

17 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis September 1921 bayerischer Ministerpräsident, September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar in Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

18 Vgl. Dok. 71, Anm. 15.

19 Gemeint ist die am 10.12.1918 in Nürnberg gegründete, rechtsstehende, antisemitische Bayerische Mittelpartei, die sich auf dem Parteitag am 7.4.1920 der DNVP als Bayerischer Landesverband mit eigenem Namen und Sonderrechten anschloß. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S. 39 ff.

schaftspartei, Bauernparteien, Handwerkerparteien, Parteien der Mieter und der Hausbesitzer, [...][20] -parteien usw., ich bin stolz darauf, daß sie alle nur einen Feind kennen, und das sind wir. (Beifall.) Und sie wissen, warum sie in uns den Feind sehen müssen. Die Bewegung wird diese Parteizersplitterung in Deutschland wieder beenden und sie muß sie beenden, oder glauben Sie, daß man mit dem Deutschland der 30 Parteien jemals die Fragen lösen wird können, die gebieterisch [...][21] gelöst werden müssen, ganz gleich, ob sie die Frage der Wirtschaft oder der deutschen Kultur, ja selbst der deutschen Kunst nehmen; was immer sie angreifen, überall ist die Voraussetzung eine gemeinsame einheitliche Willensbildung und nie werden sie vor allem Deutschland nach außen hin als politischen Faktor neu erstehen lassen, solange dieses deutsche Volk im Inneren seine ganze Kraft verbraucht und damit praktisch vergibt. Erst an dem Tage, an dem die Millionen Massen unserer Nation, Intellektuelle, Bauern und Arbeiter, einem politischen Glaubensbekenntnis huldigen, wird die Kraft der Nation die Fessel sprengen, die uns die Zerrissenheit erst angelegt hat. (Beifall.) Und ich glaube, daß dieser 31. Juli [*1932*] ein solcher Tag ist, an dem eingeleitet werden kann diese neue deutsche Volksgemeinschaft, ein Tag, der eine klare und eindeutige Entscheidung fordert. Es ist in meinen Augen nicht möglich, daß an einer solchen historischen Wende der Eiserne einen halben Entschluß trifft. Ich bitte und ich bettle Sie um gar nichts [*sic!*], nur um eines bitte ich Sie, werden Sie sich klar darüber, was durch diese Wahl entschieden werden soll. Wählt dann meinetwegen bolschewistisch! Wenn Sie aber das nicht wollen, dann bitte bleiben Sie nicht in der Mitte, sondern dann gehen Sie zur anderen Seite, und das sind wir. (Beifall.) Dann treffen Sie auch einen mannbaren eindeutigen Entschluß, genauso wie wir ihn getroffen haben. Es gehört für Sie heute nicht mehr Mut dazu, als es einst für uns etwas schwer war, eine Entscheidung zu treffen. Sie mündet ein in einen Strom von 14 oder 15 Millionen; Deutschlands beste und größte politische Organisation steht vor Ihnen. Wir haben einst mit 7 Mann begonnen[22], den Kampf gegen eine ganze Welt von Feinden aufzunehmen. (Beifall.) Ein schwerer Entschluß, und wir sind ihm treu geblieben durch alle Verfolgungen, durch Not und Gefahr, bis in das Gefängnis und heraus [*sic!*]. Bleiben Sie jetzt auch Ihrem Gewissen treu. Jeder Tag erfordert aus unseren Reihen schwere Blutopfer, jeden Tag fallen so viele meiner jungen braunen Kameraden, tot oder verwundet, verletzt oder Krüppel. Was gegenüber dem bringt heute an Opfern das andere deutsche Volk. Gar nichts. Auch fordere ich Sie auf, erinnern Sie sich wenigstens in dieser kommenden Entscheidungsstunde des Mutes und der Opfer derer, die heute die Bannerträger der deutschen Nation sind. Lösen Sie sich einmal los von ihren kleinen Empfindungen des Alltags, einmal los von den Interessen Ihres Standes und Ihres Berufs, einmal los aus Ihren vielleicht so lieb gewordenen Traditionen. Vergessen Sie einmal alles das, was Sie bisher vielleicht gefesselt hat, und erinnern Sie sich an das, was war, heute ist und sein wird und sein muß, nämlich an Deutschland. Denken Sie einmal nicht als Bürger, nicht als Bauer, nicht als Arbeiter, nicht als Angestellter und Beamter, nicht als Katholik und nicht als Protestant, einmal denken Sie als Deutscher und Sie wissen dann, was Sie zu tun haben.

20 Unverständliche Passage.
21 Unverständliche Passage.
22 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

22. Juli 1932 Dok. 130
Rede auf NSDAP-Versammlung in Liegnitz[1]

Schlesische Zeitung vom 23.7.1932 (MA), "Hitler spricht:"[2].

Ich glaube, daß jetzt die Gegner das Gefühl haben, daß der 31. Juli [*1932*][3] eine Generalabrechnung ist, die sie sich vor wenigen Wochen noch nicht haben träumen lassen. Ich verstehe ihr Bestreben, daß sie das vergessen wissen wollen, was in den letzten dreizehn Jahren geschehen ist. Sie möchten, daß wir uns mit den letzten sechs Wochen beschäftigen. Sie sagen, am 31. Juli [*1932*] soll über die letzten sechs Wochen entschieden werden und über die Nationalsozialisten, die dafür verantwortlich sind[4].

Nicht wir haben die Papen-Regierung berufen, sondern der Reichspräsident von Hindenburg[5].

Und Hindenburg haben die Parteien gewählt, die jetzt uns die Verantwortung zuschieben wollen[6]. SPD und Zentrum müssen die Verantwortung für die letzten dreizehn Jahre übernehmen. Wir denken nicht daran, sie von dieser Verantwortung zu entbinden. Dreizehn Jahre haben sie regiert und jetzt müssen sie gerade dafür stehen, ob es ihnen paßt oder nicht. Nicht über uns Nationalsozialisten wird jetzt zu Gericht gesessen, sondern über die, die uns regiert haben. Dreizehn Jahre haben wir für die Freiheit des Volkes gekämpft, als die anderen das Volk geknebelt, ausgeplündert und ausgepreßt haben. Sie sollen jetzt nicht von Freiheit reden[7], dazu hatten sie genügend Zeit.

Es muß verhindert werden, daß der Lausanner Vertrag ratifiziert und Deutschland mit 3 Milliarden belastet wird[8].

Jetzt regen sie sich auf wegen dieser 3 Milliarden[9]. Vor einigen Jahren haben diese Lügenparteien den Young-Plan unterschrieben und angenommen[10]. Diese Parteien sollen sich jetzt nicht als Hüter der deutschen Freiheit aufspielen. Jetzt werden sie auf einmal von Abscheu

1 Auf dem Sportplatz, nach 14.50 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 40.000 Menschen teil. Hitlers Rede wurde mit Lautsprecher in mehrere Säle der Stadt, außerdem in die etwa 60 km entfernte Stadt Hirschberg übertragen. Nach Hitler sprach Untergauleiter Richard Türk. Der Eintrittspreis betrug 5 RM.
2 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 24.7.1932, "Liegnitz"; Neue Niederschlesische Zeitung vom 24.7.1932, "Adolf in Liegnitz!"; Schlesische Zeitung vom 23.7.1932 (MA), "Hitlers Triumphfahrt durch Schlesien"; VB vom 24./25.7.1932, "Auf historischem Boden".
3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.
4 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.
5 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.
7 Zum Reichstagswahlkampf im Juni und Juli 1932 wurde die Propaganda der Eisernen Front (vgl. Dok. 36, Anm. 6) umgestellt. In dem von Carlo Mierendorff und Serge Chakotin entwickelten Konzept wurde neben dem Symbol der drei Pfeile der Ruf "Freiheit" für die eigene Agitation vereinnahmt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 177 f.
8 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
9 Mit dem Ergebnis der Konferenz von Lausanne waren zunächst alle Parteien unzufrieden. Die Parteiblätter des Zentrums, "Germania", der SPD, "Vorwärts", und liberale, bürgerliche Zeitungen wie das "Berliner Tageblatt" oder die "Vossische Zeitung" brachten kritische Kommentare. Vgl. Horkenbach 1932, S. 235.
10 Vgl. Dok. 112, Anm. 34.

über ihre eigene Erfüllungspolitik[11] geschüttelt. Sie sagen, die Rechte der Arbeiter müßten vertreten werden. Dazu hatten sie dreizehn Jahre Zeit.

Dreizehn Jahre hatten sie Gelegenheit, aus Deutschland das Paradies der Arbeit zu machen. 7 Millionen deutsche Volksgenossen sind arbeitslos geworden[12]!

Die anderen Parteien sagen, daß der Bauer gerettet werden muß. Auch dazu hatten sie dreizehn Jahre Zeit. Ebenfalls wollen sie jetzt den Mittelständler, den Handwerker und andere retten. Alles das konnten sie tun, sie haben es aber nicht getan. Vernichtung des Arbeitsplatzes, Verelendung des Bauernstandes, das Ende unseres Mittelstandes, der Verfall der Wirtschaft, die Zerrüttung der Finanzen und die Korrumpierung unseres ganzen Lebens ist das, was diese Parteien in den dreizehn Jahren geschaffen haben. Was sollen sie denn 5 Minuten vor zwölf retten? Es ist jetzt zu spät!

Für jeden Stand haben sie mehrere Parteien geschaffen, für den Arbeiter, den Mittelstand, den Bauern, den Mieter, den Katholiken, den Protestanten, den Bayern[13]. Ihre Parole war: "Jedem Deutschen seine Partei." Und damit soll dann eine Nation gerettet werden!

Wir wollen die anderen Parteien beseitigen.

Und wenn jetzt deutschnationale bürgerliche Politiker durch die Lande reisen und gegen uns kämpfen, so überlasse ich es getrost dem Urteil der deutschen Geschichte, die dereinst entscheiden wird, wer Recht gehabt hat. Die Kritiker versichern uns immer, daß es uns nicht gelingen werde, das deutsche Volk vollständig zu erfassen. Das haben sie gesagt, als die nationalsozialistische Bewegung hundert Anhänger hatte, sie haben es gesagt, als wir 100.000 hatten. Und als wir 1 Million hatten, erklärten sie, wir hätten den Höhepunkt überschritten. Als wir im September 1930 über 6 Millionen hatten[14], erklärten sie, wir seien im Abstieg begriffen, und

wenn wir jetzt am 31. Juli [*1932*] 15 Millionen haben werden,

dann werden diese Kritiker laut verkünden, wir seien tot, wir hätten uns aufgelöst. Seit dreizehn Jahren kenne ich das. Diese Kritiker haben nicht gerechnet mit der

Sehnsucht des deutschen Volkes, über alle Klassen- und Parteischranken sich zusammenzuschließen.

Sie haben aber auch nicht mit der brutalen, rücksichtslosen Entschlossenheit und der Zähigkeit unserer Bewegung gerechnet.

Ein Ziel haben wir immer verfolgt: aus den Berufen, Ständen, Klassen und Konfessionen ein deutsches Volk zu formen.

Ich weiß, daß das ein gigantisches Unterfangen ist, das auch nicht vom grünen Tisch aus entschieden werden kann. Niemals werden wir verzagen, am Ende muß es uns gelingen. Die 14 bis 15 Millionen, die jetzt hinter uns stehen, sind nicht etwa lauter Angehörige des Mittelstandes und Bürger und Proletarier und Hausbesitzer und Bauern und Mieter[15]. Nein, es ist hier bereits die Sammlung des deutschen Volkes vor sich gegangen und diese Sammlung wird kein Ende nehmen. Der Weg von 7 Mann[16] zu 14 Millionen[17] ist schwerer gewesen als der

11 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.
12 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.
13 Anspielung auf die zahlreichen Splitterparteien. Vgl. Dok. 28, Anm. 9.
14 Bezieht sich auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930. Vgl. Dok. 112, Anm. 9.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.
16 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.
17 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

Weg von 14 Millionen bis zur Erfassung des ganzen deutschen Volkes. Alles haben wir überstanden, die Zeit des Totgeschwiegenwerdens, die Zeit der Lüge, der Verleumdung, der Verfolgung, des Hasses, und auch die Zeit des Terrors werden wir überstehen. Zu lange Zeit haben die anderen damit gerechnet, daß wir uns wehrlos abschlachten lassen. Sie sollen es aber nicht bis zum äußersten treiben. Es ist der Stolz unserer Bewegung, daß wir zu den Millionen Intellektueller Millionen Arbeiter und Millionen Bauern gewonnen haben[18]. Der 31. Juli [*1932*] ist für uns ein Kampftag.

Dreizehn Jahre siecht das deutsche Volk dahin, zerrissen, ohnmächtig, jedem in der Welt ein leichtes Spiel bietend. Nicht in Genf[19] oder Lausanne wird das Schicksal des deutschen Volkes entschieden, sondern hier in Deutschland selber. Denken Sie nicht an Ihre Partei, an Ihren Stand, Beruf, Herkunft, Lebensstellung und Konfession, sondern denken Sie einmal an Deutschland ganz allein. Ich weiß, daß Sie dann die richtige Entscheidung treffen werden. Das Himmelreich ist nicht für die Unentschlossenheit geschaffen. Wir haben uns nur einen Begriff geschworen, und der heißt Deutschland.[20]

22. Juli 1932 Dok. 131
Rede auf NSDAP-Versammlung in Waldenburg[1]

VB vom 24./25.7.1932, "50.000 strömten aus dem Waldenburger Kohlengebiet zusammen"[2].

Und dann tritt der ans Mikrophon, dem in Deutschland Millionen Herzen zujubeln. Mit ganz ruhiger Stimme beginnt der Führer, um schon nach wenigen Minuten mit seiner ganzen, mitreißenden und überzeugenden Leidenschaft zu sprechen.

Von Freiheit reden sie[3], jetzt in diesen letzten sechs Wochen? Dreizehn Jahre lang hat man von dieser Freiheit in Deutschland nichts gemerkt. Da wurden wir geknechtet und geknebelt, getreten und geschlagen. Da hat man den Gummiknüppel zum Szepter dieser Republik gemacht[4]. Da hat man Schanddiktate unterschrieben und uns damit nach außen versklavt. Sie sollten den Mund halten mit ihrem dummen "Freiheits"geschwafel.

---

18 Vgl. Dok. 20, Anm. 4.
19 Bezieht sich auf die Genfer Abrüstungskonferenz. Vgl. Dok. 77, Anm. 12.
20 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Stadion, vor 17.00 Uhr. An der von Gauleiter Helmuth Brückner eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 50.000 Menschen teil.
2 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 23.7.1932, "Hitler in Schlesien"; Der Nationalsozialist vom 24.7.1932, "'Ihr traurigen Geister der drei Pfeile'".
3 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.
4 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der preußischen Schutzpolizei nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi als Nahkampfwaffe eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 65.

Was in diesen letzten sechs Wochen geschehen ist, das geht uns Nationalsozialisten nichts an[5]*. Aber das, was die anderen getrieben haben, 13 Jahre lang, das steht hier zur Diskussion, und das kann niemand abstreiten, daß in diesen 13 Jahren ein Volk verelendete, wie es niemals bisher die Geschichte sah.*

3 Milliarden Tribute hat die Papen-Regierung in Lausanne unterschrieben[6]; dagegen ereifern sie sich jetzt[7].

Sie haben kein Recht dazu, denn sie haben vor zwei Jahren noch 130 Milliarden Tribute mit dem Young-Plan unterschrieben[8].

Als wir uns dagegen wehrten[9], da hat man uns beschimpft, verhöhnt und bekämpft und dem deutschen Volk weiszumachen versucht, daß mit diesem Young-Plan eine große Tat geschehen sei. Sie haben kein Recht, diese 3 Milliarden zu kritisieren. Dieses Recht haben nur wir, die wir 13 Jahre lang den Erfüllungswahnsinn[10] bekämpft haben.

Schlag auf Schlag fällt auf die Lügenbrut der Systemparteien nieder, immer wieder unterstrichen mit seinem feinen, aber um so schärfer wirkenden Sarkasmus. Wie er von der Vergewaltigung der Freiheit spricht, wie der Führer davon redet, daß unter der Herrschaft des Systems die deutsche Wirtschaft pfeilgerade in die Tiefe stürzte, als er die Schuldigen an unserem Elend anredet: "Ihr traurigen Ritter der drei Pfeile"[11], da braust gewaltiger Beifall hoch[12].

5 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.
6 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
7 Vgl. Dok. 130, Anm. 9.
8 Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
9 Vgl. Dok. 112, Anm. 35.
10 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.
11 Bezieht sich auf die "Eiserne Front". Vgl. Dok. 130, Anm. 7.
12 Folgt abschließender Kommentar und Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

22. Juli 1932 Dok. 132
Rede auf NSDAP-Versammlung in Neiße[1]

Geheimer Bericht des polnischen Generalkonsuls in Oppeln, Leon Malhomme, an den Gesandten der Republik Polen in Berlin, Alfred Wysocki, vom 23.7.1932, Nr. 931/T/32[2]; Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie 350[3].

Hitler umriß in seiner ungefähr 15 Minuten dauernden Rede kurz die 13jährige Tätigkeit derer, die bisher an der Macht waren, die sie auf die "Vernichtung der meisten deutschen Lebensumstände[4]" richteten. Die Versklavung[5] Deutschlands durch das Ausland[6], darüber hinaus Scharen von Arbeitslosen, das ist das Bild ihrer Tätigkeit. Er charakterisiert die Entwicklung der Partei, wobei er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, bei den gegenwärtigen Wahlen[7] 15-16 Millionen Stimmen zu gewinnen. Er verkündet eine "Überbrückung[8]" aller Klassen, Stände und Glaubensrichtungen für das große Ziel - Deutschland. Er greift sehr scharf das Zentrum an und erklärt, daß er mit der Regierung von Papen nichts gemein habe[9].

Er beendet die Rede damit, daß er nicht um Stimmzettel bettelt ("ich bettele nicht[10]"), sondern alle auffordert, die wenigen übriggebliebenen Millionen auffordert, einmal ihren Stand, Beruf, ihre Konfession oder Klasse zu vergessen und einzig an ihre Pflichten gegenüber Deutschland zu denken.

Hitler w swem około 15 minut trwającem przemówieniu scharakteryzował krótko 13-letnią działalność tych, którzy byli dotychczas u władzy, polegającą na "niszczeniu większości niemieckich stanów życiowych /Lebensumstände/"[.] Ujarzmienie /Versklavung/ Niemiec w stosunku do zagranicy, mimo wszystkiego rzesze bezrobotnych, oto obraz ich działalności. Charakteryzuje rozwój partii, dając wyraz nadziei, że przy obecnych wyborach zdobędzie 15-16 miljonów głosów. Zapowiada "Ueberbrückung" wszystkich klas, stanów i wyznań dla wielkiego celu - Niemiec. Napada bardzo ostro na Centrum oraz stwierdza, że z rządem von Papen'a nie ma nic wspólnego.

Zakończył tem, że nie żebrze /"ich bettele nicht"/ o kartki wyborcze, lecz wzywa wszystkich, wzywa nieliczne pozostałe miljony, aby raz zapomnieli o swym stanie, zawodzie, wyznaniu czy klasie i pomyśleli jedynie o swym obowiązku w stosunku do Niemiec.

1 Im Rochusgarten, nach 19.00 Uhr. An der von Untergauleiter Josef Joachim Adamczyk mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des polnischen Beobachters etwa 12.000 Menschen teil (VB: 40.000). Nach Hitler sprach SA-Gruppenführer Edmund Heines.
Deutsche Übersetzung von Katrin Reichelt (Berlin).
2 In der Anlage der vom polnischen Konsulat in Oppeln abgefaßte Bericht für die Polnische Presse-Agentur P.A.T.
3 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 24.7.1932, "Wir reichen jedem deutschen Menschen die Hand"; VB vom 24./25.7.1932, "Die Garanten des kommenden Reiches: Preußisches Soldatentum und braunes Heer".
4 Wort auf Deutsch in der Vorlage.
5 Wort auf Deutsch in der Vorlage.
6 Bezieht sich auf die Verträge, die Deutschlands Reparationsverpflichtungen regelten.
7 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.
8 Wort auf Deutsch in der Vorlage.
9 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.
10 Zitat auf Deutsch in der Vorlage.

Seinen Gegnern jedoch kündigt er einen Kampf mit allen Mitteln an. "Im zukünftigen Deutschland werden wir jedem die Hand reichen, wenn uns aber jemand die geballte Faust entgegenstreckt (das Begrüßungszeichen der 'Eisernen Front[11]'), so werden wir sie zu öffnen verstehen[12]."

Przeciwnikom zaś zapowiedział walkę wszelkiemi środkami. "Im zukünftigen Deutschland werden wir jedem die Hand reichen, wenn uns aber jemand die geballte Faust entgegenstreckt /powitalny ukłon 'żelaznego frontu'/, so werden wir sie zu öffnen verstehen."

22. Juli 1932 Dok. 133
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gleiwitz[1]

Geheimer Bericht des polnischen Generalkonsuls in Oppeln, Leon Malhomme, an den Gesandten der Republik Polen in Berlin, Alfred Wysocki, vom 23.7.1932, Nr. 931/T/32[2]; Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ambasada RP w Berlinie 350[3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 132[4].

11 Vgl. Dok. 36, Anm. 6
12 Zitat auf Deutsch in der Vorlage.

1 Im Gesellschaftshaus, nach 22.00 Uhr. An der vom Ortsgruppenleiter der NSDAP in Hindenburg, Max Fillusch, mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des polnischen Beobachters, Attaché Karol Staniszewski, etwa 5.000 Menschen teil (VB: 35.000). Hitler sprach etwa 35 Minuten.
2 In der Anlage der vom polnischen Konsulat in Oppeln abgefaßte Bericht für die Polnische Presse-Agentur P.A.T.
3 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 23.7.1932, "Hitler in Schlesien"; Der Nationalsozialist vom 24.7.1932, "'Immer noch war am Anfang das Volk und muß es wieder werden'"; VB vom 24./25.7.1932, "Den Oberschlesiern bringt Adolf Hitler Glaube und Hoffnung".
4 Der polnische Generalkonsul stellte im Anschluß an die Wiedergabe der Redeninhalte von Neiße (vgl. Dok. 132) und Gleiwitz in seinem Bericht fest: "Im Zusammenhang mit dem oben Erwähnten erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß Hitler in seinen Reden fast gar nichts zu den internationalen Fragen und insbesondere zu den polnisch-deutschen Beziehungen sagte; er stellte keinen positiven politischen Plan vor, seine Reden waren, wie gewöhnlich, auf emotionale Momente gerichtet, die entsprechend des bestimmten Gebietes, in dem er sprach, modifiziert wurden; er ging kein einziges Mal auf die Bedeutung oder Interessen Oberschlesiens ein - das Wort 'Oberschlesien' fiel kein einziges Mal."
Deutsche Übersetzung von Katrin Reichelt (Berlin).

23. Juli 1932 Dok. 134
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zittau [1]

Zittauer Nachrichten und Anzeiger vom 25.7.1932, "Adolf Hitler in Zittau" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 136.

23. Juli 1932 Dok. 135
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bautzen [1]

Bautzener Nachrichten vom 25.7.1932, "Der Hitler-Tag in Bautzen" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 136.

1 Auf der Schießwiese, von 14.30 bis 14.50 Uhr. An der von Stadtrat A. Bobert eröffneten Versammlung nahmen laut Zittauer Nachrichten und Anzeiger etwa 16.000 Menschen teil (VB: 40.000). Nach Hitler sprach MdL Erich Kunz. Im Vorverkauf wurden Karten zwischen 50 Pfennig und 10 RM angeboten. Hitler war am Vormittag auf dem Dresdner Flugplatz eingetroffen und setzte seine Reise mit dem Auto fort. Ein gegen 13.30 Uhr einsetzender heftiger Gewitterschauer endete etwa 15 Minuten vor Hitlers Ankunft.

2 Vgl. auch VB vom 26.7.1932, "40.000 in Zittau". Vgl. auch Ankündigung in Zittauer Nachrichten und Anzeiger vom 19.7.1932.

1 Auf dem Sportplatz der Spielvereinigung "Hummel", nach 16.15 Uhr. An der von Kreisleiter Georg Hartwig mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Pressemeldungen etwa 30.000 Menschen teil. Kurz vor Beginn der Rede Hitlers begann es zunächst leicht, später sehr heftig zu regnen. Für Erwerbslose und Rentner betrug der Eintritt 20 Pfennig, die Preise der anderen Karten wurden in der Vorankündigung nicht bekanntgegeben. Der Stadtrat hatte für diesen Tag bis 20.00 Uhr verlängerte Ladenöffnungszeiten genehmigt.

2 Vgl. auch VB vom 26.7.1932, "Sachsen hört die Fanfaren der deutschen Freiheit". Ferner: Bautzener Nachrichten vom 22.7.1932, "Adolf Hitler in Bautzen" vom 23.7.1932, "Adolf Hitler zum Gruß!" sowie 10 Jahre Ortsgruppe Bautzen der NSDAP. Festschrift, Bautzen [1935], S. 16 f.

23. Juli 1932 Dok. 136
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dresden [1]

Masch. Transskription einer stenographischen Mitschrift o. D. [2]; BA, NS 26/58 [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Sie sind hier in einer so überwältigenden Zahl zusammengekommen, daß diese Kundgebung allein schon der Beweis dafür ist, daß Sie den Sinn dieser Wahl [4] begriffen und verstanden haben. Man kann 10 und 20mal vielleicht zur Wahlurne treten, aber einmal kann dieser Gang sich zu einer Bedeutung erheben, die vielleicht geschichtliche Ausmaße annimmt. Und das glauben wir dieses Mal. Wir glauben, daß die Wahl am 31. Juli [*1932*] eine Entscheidung bringen soll, ja bringen muß und, so Gott will, auch bringen wird, wer nun in Deutschland endgültig das Leben bestimmt, der Geist des internationalen Pazifismus, der demokratischen Zersplitterung, der Unterwürfigkeit oder der Geist einer nationalen Wiedergesundung, nationaler Ehre und eines wirklich brüderlichen Zusammenlebens unseres Volkes, ob am 31. Juli noch einmal die siegen, die uns immer wieder mit Vertrauen erfüllen wollen gegenüber einer anderen Welt oder die siegen, die glauben, daß die Basis alles Lebens nur in der Kraft der eigenen Rasse, der eigenen Nation liegt. (Beifall, Heilrufe.)

Die Sozialdemokratie und das Zentrum, sie beide sind heute sehr bescheiden geworden. Eine Partei, die 13 Jahre lang regiert, baut ihre ganze Propaganda nur auf auf der Kritik von sechs Wochen. Nur sechs Wochen interessieren plötzlich die Biedermänner [5]. Sechs Wochen, in denen dem deutschen Volk Böses zugefügt worden sei, sechs Wochen, in denen die Freiheit bedroht gewesen sei, das soziale Glück und weiß Gott was noch. 13 Jahre haben sie demgegenüber vergessen, 13 Jahre sind ihnen plötzlich ganz und gar aus dem Gedächtnis entschwunden [6]. (Zustimmung.)

Heute rufen sie "Freiheit" [7] und vergessen ganz, daß sie 13 Jahre die Freiheit in Deutschland mit Füßen getreten haben. (Stürmischer Beifall.)

Heute schreien sie von Freiheit und wollen auf einmal nicht mehr sich erinnern, daß sie die Freiheit des deutschen Volkes im Ganzen preisgegeben haben, daß sie unser Volk in diese unwürdige Rolle des Erfüllungssklaven [8] gedrängt haben, daß sie es waren, die im Innern jede Freiheitsregung mit dem Szepter ihrer Republik, dem Gummiknüppel [9], niedergeschlagen haben. (Stürmischer Beifall.)

---

1 Im Sportpalast, nach 18.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut VB etwa 100.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer.

2 Deckblatt: "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Ortsgruppe Dresden. *Hitler Kundgebung* am Sonnabend, den 23. Juli 1932, abends 6 Uhr auf der Sportplatzanlage des DSC im Ostragehege, Pieschener Allee."

3 Vgl. auch Dresdner Volkszeitung vom 25.7.1932, "Hitlers Gastspiel"; VB vom 26.7.1932, "Sachsen hört die Fanfaren der deutschen Freiheit".

4 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

5 Bezieht sich auf die Amtszeit der Regierung Papen. Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 112, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.

8 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.

9 Vgl. Dok. 131, Anm. 4.

Heute wollen sie das alles plötzlich nicht mehr wissen, heute reden sie mit einem Male von sozialen Notwendigkeiten[10]. 13 Jahre haben sie gesündigt gegen unser Volk, 13 Jahre nicht den Wert der Arbeit gekannt, 13 Jahre sich vor der internationalen Hochfinanz gebeugt. Jetzt auf einmal, seit sechs Wochen, wissen sie auch, daß es nicht richtig war, in Lausanne 3 Milliarden zu bezahlen[11]. Gewiß, das war nicht richtig, aber war es etwa richtig, daß diese gleichen Spitzbuben, die jetzt sich entrüsten gegen 3 Milliarden ... (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

... vor zwei Jahren 134 Milliarden im Young-Plan unterschrieben haben[12]? (Erneuter Beifall.)

War es damals vielleicht richtig, daß sie gegen uns, wie wir dagegen Stellung nahmen[13], alle Mittel der Gewalt, der Unterdrückung, der Konfiskation unserer Blätter usw. zur Anwendung brachten? Wenn in Deutschland jemand ein Recht hat, sich der Freiheit des deutschen Volkes anzunehmen oder gegen diesen neuen Reparationsvertrag Stellung zu nehmen, dann sind wir es, ... (Zustimmung.)

... die wir 13 Jahre lang dagegen Stellung genommen haben, und nicht *die* Parteien, über die jetzt zu Gericht gesessen wird.

So ist es auf allen anderen Gebieten auch. Jetzt schreien sie auf einmal gegen die Zeitungsverbote[14]. 10 Jahre lang hat man unsere Presse geknebelt, Verbote über Verbote hagelten nieder. In den Wahlkämpfen wurden wir nicht etwa vier Tage, nein, auf vier Monate verboten[15].

---

10 Am 21.7.1932 hatte z. B. der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held bei einer Rede in Nürnberg unter anderem erklärt: "Das was die neue Regierung über Wohlfahrt erklärt habe, sei nicht im Sinne des sozialen Staatsgedankens und auch nicht im Sinne der zehn Gebote." Vgl. Vorwärts vom 22.7.1932 (MA), "Held gegen Papen".

11 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.

12 Vgl. Dok. 112, Anm. 34.

13 Vgl. Dok. 112, Anm. 35.

14 Am 25.6.1932 hatte das Reichskabinett beschlossen, die preußische Regierung aufzufordern, die sozialdemokratische Tageszeitung "Vorwärts" aufgrund der Notverordnung vom 14.6.1932 für fünf Tage zu verbieten. Anlaß war eine Karikatur, die den Eindruck hervorrief, daß die Einsparungen bei den Rentenkürzungen unmittelbar zur Beschaffung neuer SA-Uniformen verwendet würden. Ebenso forderte der Reichsminister des Innern Wilhelm Freiherr von Gayl am 29.6.1932 das Verbot des Zentrumsorgans "Kölnische Volkszeitung" für fünf Tage wegen Verunglimpfung des Reichskanzlers. Der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) rief, um das Ersuchen nicht ausführen zu müssen, das Reichsgericht an, das am 1.7.1932 das Verbot für zulässig erklärte. Der "Vorwärts" wurde daraufhin vom 4. bis 8.7.1932 verboten. Am 5.7.1932 erklärte das Reichsgericht auch das Verbot der "Kölnischen Volkszeitung" für zulässig, allerdings nur für drei Tage. Der Reichsverband der deutschen Presse protestierte am 7.7.1932 gegen das Vorgehen der Reichsregierung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 150; Horkenbach 1932, S. 218 ff. sowie Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 316 f.

15 Ein derart langes Verbot einer nationalsozialistischen Zeitung wurde nicht ermittelt. Der "Völkische Beobachter" war ab 1930 mehrfach für drei bis zu höchstens 14 Tage verboten. Seit 1930 war die nationalsozialistische Presse überproportional von Zeitungsverboten betroffen. Z. B. entfielen in Bayern 1931 von 26 verhängten Verboten 21 auf nationalsozialistische, fünf auf kommunistische Zeitungen. Mit der allgemeinen Lockerung der Beschränkungen gegen die NSDAP kehrte sich das Verhältnis ab Mitte des Jahres 1932 um. Vgl. Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 125 ff. sowie Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 36.

Jetzt soll das falsch sein. Die Herren haben so langsam nur eine Ahnung bekommen, daß eine Auseinandersetzung in Deutschland stattfindet, und zwar eine Auseinandersetzung, bei der nicht als Ergebnis wieder ein fauler Kompromiß herauskommen wird, das können wir ihnen garantieren. Eine Auseinandersetzung, bei der endgültig entschieden wird, ob Deutschland noch weiter diese 25 und 30 oder 40 Parteien behalten soll[16], oder ob Deutschland endgültig wieder zu *einer* Willensbildung zusammengerissen werden soll. Und das ist doch das entscheidende.

Was sie wirtschaftlich, politisch und moralisch in den 13 Jahren aus Deutschland gemacht haben, ist Ihnen bekannt. Auch diesen Parteien selbst ist es bekannt. Es ist so entsetzlich, daß sie selbst gar nicht wagen, sich darauf zu berufen. Sie selbst wagen gar nicht, ihre Propaganda damit zu führen, daß sie sagen: In 13 Jahren haben wir dem deutschen Volk das oder das geschaffen. Sie konnten gar nichts anderes dem deutschen Volk bringen, als was sie gebracht haben: das wirtschaftliche Elend, die Vernichtung aller Finanzen, den Ruin des Bauernstandes[17], die Auslöschung unseres Mittelstandes[18], die Überschuldung und Verpfändung und die Millionen Arbeitsloser. Sie konnten überhaupt nichts anderes erreichen, denn [*wie*] sollte überhaupt ein Volk die Möglichkeit zum Leben bekommen, wenn eine Willensbildung von 30 Parteien besteht? Wenn jeder Beruf, jeder Stand, ja jede Konfession am Ende eine eigene politische Vertretung oder Repräsentanz besitzt? Sie sagen uns Nationalsozialisten heute: Ihr seid unverträglich und ihr wollt nicht mit anderen Parteien zusammengehen. Ja, ein deutschnationaler Parteiführer[19] geht durch die Lande und erklärt, wie undeutsch sind doch die Nationalsozialisten in ihrer Unduldsamkeit[20]. (Pfuirufe.)

Meine Volksgenossen! Wir übernehmen die Verantwortung vor der Geschichte. Die Geschichte wird einmal feststellen, was denn eigentlich Deutschland war: die Bildung von 30 Parteihaufen oder die Beseitigung der 30 Parteihaufen. (Beifall.)

Sie wird einmal feststellen, ob es wirklich eine deutsche Tat gewesen war, jedem zweiten Deutschen einzureden, daß er seine politische Spezialvertretung brauche ... (Heiterkeit.)

... der Arbeiter die seine, und zwar nicht eine allein genügt, sondern zwei oder drei; der Mittelstand auch seine besondere Vertretung, und die Handwerker ebenfalls ihre besondere Vertretung; und die Wirtschaft muß auch eine besondere Partei noch haben, und die Angestellten desgleichen und selbstverständlich dann auch die Unternehmer; und dann selbstverständlich die Katholiken, und die Protestanten dürfen nicht zurückbleiben; und dann endlich die Hausbesitzer müssen natürlich unbedingt eine eigene politische Vertretung bekommen, und dann die Mieter usw. (Heiterkeit.)

Die Geschichte wird einmal urteilen, ob *das* Deutschland war oder ob es nicht deutscher gewesen war, diese ganzen Parteien zu beseitigen und an Stelle dieses Spuks wieder die deutsche Nation zu *einer* politischen Vertretung zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Wir machen kein Hehl daraus, das ist unser Ziel. Wir wollen, daß dieses Volk wieder zu einer einheitlichen politischen Willensbildung kommt. Uns sagen natürlich die Gegner dann, daß

16 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.
17 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.
18 Vgl. Dok. 109, Anm. 1.
19 Alfred Hugenberg.
20 Vgl. Dok. 129, Anm. 14.

das ja nicht möglich sei; das Leben allerdings zwingt die Menschen, miteinander zu gehen. Freilich, wie sollen sie aber auch miteinander auskommen können, wenn die politischen Parteien sie belehren, daß sie nicht miteinander gehen können. Daß es anders geht, hat unsere Bewegung bewiesen, und wenn die Gegner sagen: Ja, bis zu einem gewissen Grade vielleicht, aber darüber hinaus geht es nicht. 13 Jahre lang haben sie uns das prophezeit. Vom Tage der Gründung an[21] hatte ich dauernd die Propheten zur Seite, die erklärten, ja 100 können Sie vielleicht bekommen, 1.000 niemals. Und als wir 1.000 hatten, sagten sie, das ist ein Zufall, aber 10.000 sind ausgeschlossen. Und als es 10.000 waren, da sagten sie, man sieht schon, daß die Partei bereits den Höhepunkt erreicht hat. Und als es 100.000 waren, erklärten sie, der Höhepunkt sei jetzt schon überschritten. Und als wir eine Million zählten, da sagten sie, es geht bergab. Und als wir auf 6 Millionen angewachsen waren[22], erklärten sie, sie lösen sich jetzt auf. (Heiterkeit.)

Und wenn wir am 31. Juli [*1932*] 15, 16 oder 17 Millionen haben werden, dann werden sie erklären, wir seien geschlagen. (Heiterkeit.)

Gewiß gibt es in Deutschland auch heute noch Millionen Menschen, die sagen, wir können nicht aus unserer Klasse heraus. Andere sagen, wir können nicht von unserer gesellschaftlichen Stellung heruntersteigen und uns so plötzlich in das Volk einfügen. Hohe Herrschaften aus beiden Lagern: Ihr braucht das nicht tun. Aber bildet euch nicht ein, daß die deutsche Nation deshalb zugrunde gehen wird. Wenn ihr nicht wollt, dann wird die Geschichte über euch hinwegrollen. (Stürmischer Beifall.)

Wir werden den Kampf weiterführen. Wenn wir bis heute gekommen sind, dann werden wir es auch vollenden können. Aus dem Kampfe wird dann endlich hervorgehen ein zusammengefaßter politischer Wille der deutschen Nation. Und dieser Wille wird beherrscht sein von dem Grundgedanken: Alle Zukunft liegt in uns, weil nur in uns allein die Kraft liegen kann, und in unserer Kraft liegt die Macht, und in der Macht liegt das Recht, und in dem Recht allein kann die Freiheit liegen, und in der Freiheit allein kann das tägliche Brot seine Wurzel finden [*sic!*]. (Beifall.)

Nicht die Zerfahrenheit unseres Volkes kann uns die Stärke geben, die wir zur Erfüllung unserer großen Aufgabe brauchen. Wir wissen genau, es ist nicht leicht, diese Erbschaft zu übernehmen. Die anderen hatten es einst leichter gehabt, sie haben einen Staat übernommen, der immer noch reich war[23].

Was übernehmen wir? Wir wissen, es ist nicht leicht. Aber gerade weil die Aufgaben heute größer sind denn je, muß die Kraft für diese Aufgaben größer sein als früher. Wenn das deutsche Volk früher glaubte, sich den Luxus dieser Zersplitterung leisten zu können, heute ist es unmöglich. Wenn die Gegner damit rechnen, daß es irgend etwas geben könnte, das uns von unserem Ziel wegbringen wird oder muß, sie mögen sich ja nicht täuschen! Sie sollen sich nicht täuschen in der inneren Sehnsucht des deutschen Volkes nach Ordnung und Disziplin und nach dem Zueinanderbewegen und Aneinandergewöhnen. Sie sollen sich aber auch nicht täuschen in uns! 13 Jahre haben sie geglaubt, durch ihre Mätzchen uns beseitigen zu können,

21 Vgl. Dok. 72, Anm. 26.
22 Bezieht sich auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930. Vgl. Dok. 112, Anm. 9.
23 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

haben in diesen 13 Jahren uns erst totgeschwiegen, dann verspottet, lächerlich gemacht und dann mit Lügen und Verleumdungen überschüttet, und am Ende uns verfolgt und mit den staatlichen Machtmitteln geknebelt. Und am Ende haben sie Terror angewandt und geglaubt, mit Blut uns vielleicht mürbe machen zu können.

Und heute? Auch ihre letzte Waffe, den Terror, werden wir ihnen zerhauen und zerbrechen. (Stürmischer Beifall.)

Im übrigen, glaube ich, spricht die Geschichte von jetzt laut und deutlich und vernehmlich die Zukunft der Bewegung aus. Vor 13 Jahren haben wir [*mit*] sieben Mann begonnen[24]. Die Gegner von heute, sie waren damals die Machthaber Deutschlands. Sechs Männer hatte ich damals um mich, und meine Gegner hatten unter sich fast alle deutschen Staaten, hatten unter sich die ganze deutsche Macht, die militärischen Mittel dieses Reichs, unter sich die Polizei und die Verwaltung. Alles hatten sie ja - sechs Menschen hatten wir.

Und heute? Herr Braun hat vor fünf Jahren erklärt, diese Pest, die nationalsozialistische, die kommt nicht nach Preußen hinein[25]. Und Herr Severing hat versichert, er werde diesem Stunk [*sic!*] Herr werden[26]. Und Herr Grzesinski hat noch gemeint, mit der Hundepeitsche könnte man uns ...[27] (Stürmischer langanhaltender Beifall, Pfuirufe, Ruf: Halunke!)

Wo sind sie jetzt die Herren[28]? *Wir* sind da, sind von sieben Mann viele, viele Millionen geworden, und vor uns liegt das Reich und die Zeit, in der es uns gehören wird. (Beifall.)

---

24 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

25 Vgl. Dok. 71, Anm. 19.

26 Carl Severing hatte am 18.3.1930 als Reichsminister des Innern dem thüringischen Innen- und Volksbildungsminister Wilhelm Frick (NSDAP) angedroht, den Reichszuschuß für die thüringische Polizei zu sperren, da er dessen Schul- und Personalpolitik als verfassungsfeindlich betrachtete. Die Auseinandersetzung zwischen Severing und Frick eskalierte so weit, daß Severing schließlich die Möglichkeit einer Reichsexekution gegen Thüringen erwog. Vgl. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 277 ff.

27 Bei einer Rede in Leipzig am 7.2.1932 führte der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski unter anderem aus: "Wie blamabel ist es für das deutsche Volk, daß dieser Ausländer Hitler nicht nur mit der Regierung engste außenpolitische Verhandlungen führt, sondern auch vor Vertretern der Auslandspresse über Deutschlands Zukunft und Deutschlands außenpolitische Krise sprechen kann, ohne daß man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagt." Vgl. VB vom 12.2.1932, "'Warum hat man diesen Ausländer nicht mit der Hundepeitsche davongejagt?'" sowie Albert Carl Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 137.

28 Bezieht sich auf den "Preußenschlag" der Reichsregierung vom 20.7.1932. Gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, hatte Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler Franz von Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt, da die geschäftsführende preußische Regierung (vgl. Dok. 71, Anm. 18) nicht mehr in der Lage sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Zum Anlaß diente der "Blutsonntag von Altona" am 17.7.1932, einer durch einen Propagandamarsch der SA durch eine KPD-Hochburg provozierten Straßenschlacht zwischen 11.000 Beteiligten, bei der zwei SA-Leute, drei Kommunisten und 13 Unbeteiligte getötet sowie 61 Menschen verletzt wurden. Die Polizei setzte Panzerwagen ein. Die Planung der seit Anfang Juni in der Reichsregierung diskutierten Aktion war bereits am 10.7.1932 abgeschlossen worden. Zur Durchsetzung der Notverordnung wurde der Ausnahmezustand über Berlin verhängt und die preußischen Minister unter Zuhilfenahme von Reichswehr und Polizei ihrer Ämter enthoben. Die preußische Regierung klagte beim Staatsgerichtshof, der am 25.7.1932 den Erlaß einer einstweiligen Anordnung verweigerte und in seinem Urteil am 25.10.1932 die Notverordnung zwar für rechtens, die Absetzung der preußischen Regierung jedoch für verfassungswidrig erklärte, was an der tatsächlichen politischen Machtverteilung nichts änderte. Vgl. Wolfgang Benz, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [1982], S. 9-34; Werner Jochmann und Ursula Büttner, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983, S. 30 f.

Ich will auch diesmal selbst nicht um Stimmen bitten oder betteln. Ich will das nicht tun und habe das noch nie getan. Wer von Ihnen glaubt, daß das heutige System gut war, daß es richtig war, segensreich ... (Lachen.)

... der muß bei ihm bleiben. Aber er treffe dann auch eine klare Entscheidung. Wer aber glaubt, daß es nicht glücklich war, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann, den bitte ich um eins: Treffen Sie dann auch keine halbe Entscheidung. Wir sind Männer gewesen und haben uns niemals maskiert. Wir sind Männer gewesen, sind eigene Wege gegangen durch Tod und Teufel. Sind Sie auch mal Mann und Weib und treffen Sie eine klare Entscheidung. Seien Sie überzeugt, daß es nichts Großes gibt auf der Welt, das einem Halben zuteil wird. Und Größeres als mein Vaterland Deutschland kenne ich nicht. (Stürmischer Beifall.)

Wenn Sie am 31. Juli [*1932*] zur Wahl gehen, dann bitte ich Sie vor allem darum, vergessen Sie auf wenige Stunden, vielleicht zum ersten Mal Ihren teuren Stand, Ihre hohe oder nicht hohe Herkunft, Ihre früheren Parteien. Vergessen Sie selbst einmal auch Ihre Konfession, vergessen Sie auch alles das, was Sie trennen könnte und denken Sie einmal in Ihrem Leben an das, was am Ende war und was sein muß für alle Zukunft, nämlich an unser Volk. Denken Sie an diese Millionenmasse, die zusammengehört, miteinander leben muß, kämpfen und ringen soll und für die Sie nun eintreten müssen. Sehen Sie einmal nicht vor sich Ihr Bürgertum, einmal nicht vor sich Ihr Proletariat, einmal nicht vor sich Ihren Mittelstand oder Ihren Bauernhof, sehen Sie vor sich Deutschland und sonst nichts. Dann marschieren Sie dorthin, wo seit 13 Jahren für dieses Deutschland die Fahnen getragen worden sind. (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall und Heilrufe.)

23. Juli 1932 Dok. 137
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig[1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 24.7.1932, "Adolf Hitler in Leipzig"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 136.

1 In der großen Ausstellungshalle auf dem Messegelände, abends. An der Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 35.000 bis 40.000 Menschen teil (VB: 80.000). Vor Hitler sprachen der Gauleiter des Gaues Wien, Alfred Eduard Frauenfeld, und MdL Werner Studentkowski.

2 Vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 24.7.1932, "Ruhige Hitler-Versammlung in Leipzig"; Sächsische Arbeiterzeitung vom 25.7.1932, "Hitler-Pleite in Leipzig"; VB vom 26.7.1932, "Sachsen hört die Fanfaren der deutschen Freiheit".

23. Juli 1932 Dok. 138
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dessau [1]

Anhaltische Rundschau vom 26.7.1932, "Adolf Hitler spricht vor 30.000" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 136.

24. Juli 1932 Dok. 139
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wuppertal [1]

Täglicher Anzeiger vom 25.7.1932, "Hitler spricht im Elberfelder Stadion" [2].

Wer die Bewegung verfolgt habe, die in den letzten Wochen durch Deutschland gehe, der wisse, daß diesmal mehr als eine neue Regierungs- oder Koalitionsbildung entschieden werde [3]. Nach 14 Jahren solle jetzt das Volk die Entscheidung fällen, ob es tiefer in das marxistische Chaos hinein wolle oder heraus zur Erhebung der deutschen Nation. Die Gegner des Nationalsozialismus habe selbst die Empfindung gepackt, daß der Tag des Gerichts nahe bevorstehe. Deshalb würde von ihnen der Versuch gemacht, die Erinnerung an die 13 Jahre ihrer Herrschaft zu löschen, indem sie die Aufmerksamkeit auf die letzten sechs Wochen lenkten. Vergessen werde vom Zentrum und den Sozialdemokraten bei diesen Reden über die letzten sechs Wochen aber, daß sie selbst und nicht die Nationalsozialisten den Reichspräsidenten wiederwählten [4], auf dessen Veranlassung hin das Kabinett von Papen die Regierung übernahm [5].

---

1 Auf der "Braunschen Lache", von 21.10 bis 21.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Theodor Hofmann geleiteten Versammlung nahmen laut Anhaltischer Rundschau etwa 30.000 Menschen teil (VB: 50.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Wilhelm Loeper. Der Eintritt kostete 5 RM.

2 Vgl. auch VB vom 26.7.1932, "Sachsen hört die Fanfaren der deutschen Freiheit"; Volksblatt für Anhalt vom 25.7.1932, "Hitler-Spuk in Dessau" sowie Fritz Hesse, Erinnerungen an Dessau, Bd. 2: Aus den Jahren 1925 bis 1950, München 1964, S. 38 f. Vgl. ferner Aufruf im Volksblatt für Anhalt vom 23.7.1932, "Fenster zu! Straßen leer!"

1 Im Elberfelder Stadion, von 14.00 bis 14.45 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalzeitungen etwa 60.000 bis 70.000 Menschen teil (VB: 120.000), darunter 15.000 uniformierte SA- und SS-Angehörige . Vor Hitler sprach Gauleiter Friedrich Karl Florian.
Seit 1930 trugen die 1929 zusammengeschlossenen Städte Barmen, Cronenberg und Elberfeld den Namen Wuppertal.

2 Vgl. auch Bergische Tageszeitung vom 25.7.1932, "Der nationalsozialistische Wunderstern in Wuppertal"; Bergisch-Märkische Zeitung vom 25.7.1932, "Hitler in Wuppertal"; Cronenberger Anzeiger vom 25.7.1932, "Hitler in Wuppertal"; Freie Presse vom 25.7.1932, "Hitlerei in Wuppertal"; General-Anzeiger Wuppertal vom 25.7.1932, "Adolf Hitler in Wuppertal"; Stadt-Anzeiger für Wuppertal vom 25.7.1932, "Hitler in Wuppertal"; VB vom 26.7.1932, "120.000 im überfüllten Elberfelder Stadion"; Wuppertaler Zeitung vom 25.7.1932, "Hitler in Wuppertal" sowie Ulrich Klein, "Mekka des deutschen Sozialismus" oder "Kloake der Bewegung"? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934. In: Über allem die Partei. Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945. Hrsg. von Klaus Goebel, Oberhausen 1987, S. 105-149, S. 139.

3 Bezieht sich auf die Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 81, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

5 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

Aber selbst, wenn auf die Nationalsozialisten die Verantwortung für die Regierung von Papen fallen würde, so sei sie erheblich leichter zu tragen als die der Systemparteien für die vergangenen 13 Jahre ihrer Herrschaft, deren klares Ergebnis die wirtschaftliche, politische und moralische Vernichtung Deutschlands gewesen sei. Wirtschaftlich stehe Deutschland heute vor dem Ruin. Industrie, Mittelstand und Bauern seien am Ende ihrer Kräfte, bei 23 Millionen Erwerbstätigen zähle man 7 Millionen Arbeitslose[6]. Was von dem Ergebnis 60-70jährigen Sparens und Arbeit vernichtet werden konnte, sei vernichtet. Politisch habe man es dahin gebracht, daß die Welt mit Deutschland mache, was sie wolle. Man springe heute mit uns um, als wohnten in Deutschland 2 Millionen Neger und nicht ein Volk von 60 Millionen. Moralisch habe man das deutsche Volk zu einer Unterwürfigkeit erzogen, die den andern fast das Recht gäbe, uns in dieser Art zu behandeln.

Wenn heute von den Gegnern nach "Freiheit"[7] gerufen würde, so müsse man fragen, wo in den letzten 13 Jahren die Freiheit geblieben sei. Wie man sich außenpolitisch von der Entente habe knebeln lassen, sei man innenpolitisch nur um die Unterdrückung der nationalen Bewegung bemüht gewesen, ohne sich um Gesetz und Verfassung zu kümmern. Jetzt erst entdecke man die soziale Not[8], genau so wie man auf einmal die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen feststellte, als in Lausanne die Zahlung von 3 Milliarden vereinbart wurde[9]. Dabei habe man ganz vergessen, daß man sich noch vor 2 1/2 Jahren bereit erklärte, 130 Milliarden zu zahlen[10]. Nur der Nationalsozialismus habe das Recht, gegen die Zahlung der 3 Milliarden zu opponieren, weil er bereits 13 Jahre gegen die Reparationen gekämpft habe. Er sei überzeugt, daß diese Summe nie beglichen werde, nicht weil es die SPD nicht wolle, sondern weil der Nationalsozialismus zur Herrschaft kommen werde und nicht gewillt sei, Deutschland verkommen zu lassen, damit die internationale Hochfinanz es auspressen könne.

Trotz des Gesinnungswechsels, erstanden aus dem Gefühl einer kommenden Generalabrechnung, falle es den Gegnern immer schwerer, ihre politischen Ladenhüter abzusetzen. Der Nationalsozialismus habe inzwischen die Probleme gelöst, die man selbst nicht lösen wollte oder konnte. Den Vertretern einseitiger Interessen gegenüber habe er sich zum Vertreter des gesamten Volkes gemacht. Daraus allein sei sein ungeheurer Aufschwung zu erklären. Habe man früher über die Forderungen des Nationalsozialismus gelacht, so zeihe man ihn heute der Unverträglichkeit, weil er nicht bereit sei, mit anderen Parteien zu paktieren. Ein deutschnationaler Führer[11] habe sogar behauptet, der Nationalsozialismus sei undeutsch, weil er unverträglich sei[12]. Die Geschichte werde einmal feststellen, ob der Deutscher sei, der die Parteien sich entwickeln ließ, oder der, der sie beseitige. Man behaupte zwar, der Nationalsozialismus werde niemals sein Ziel erreichen, Deutschlands einzige Partei zu sein. Genau so, wie man ihm bei der ersten Million Wähler[13] prophezeite, er habe seinen Höhepunkt erreicht, bei der sech-

6 Vgl. Dok. 40, Anm. 9.
7 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.
8 Vgl. Dok. 136, Anm. 10.
9 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
10 Bezieht sich auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
11 Alfred Hugenberg.
12 Vgl. Dok. 129, Anm. 14.
13 Bezieht sich auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 20.5.1928, bei der die NSDAP 810.127 Stimmen erhielt. Vgl. Falter, Wahlen und Abstimmungen, S. 41.

sten[14], er habe ihn überschritten, und ihm bei den jetzt zu erwartenden 16-17 Millionen wahrscheinlich sagen werde, er habe eine vernichtende Niederlage erlitten. Man verkenne dabei aber das deutsche Volk, das eine innere Sehnsucht in sich trage, die unendlich vielen Schranken zwischen seinen Gliedern niederzureißen. Der Nationalsozialismus habe nur eine einzige Idee und eine Organisation gekannt, der er fanatisch treu geblieben sei und auch treu bleiben werde, solange er lebe. Allerdings sei dieser Aufschwung nicht wie ein Geschick des Himmels gekommen, sondern es habe einer schweren Erziehungsarbeit bedurft, um die unendlichen vielen Vorurteile auszuräumen, die hemmend zwischen den Volksgliedern sich erhoben. Der Nationalsozialismus könne heute mit Stolz behaupten, daß ihm diese Arbeit gelungen sei. Aus allen Klassen und Ständen wachse langsam ein deutsches Volk heran[15]. Auch wirtschaftlich bringe dieser Zusammenschluß nur Gutes. Er zwinge die einzelnen Volksglieder, aufeinander Rücksicht zu nehmen und nicht einseitige Interessen zu verfolgen.

Zum Schluß führte Hitler aus, daß, ganz gleich, wie die Reichstagswahl ausfalle, der Kampf des Nationalsozialismus weitergehen werde. Es sei aber möglich, daß er die Entscheidung bringen werde, wenn das deutsche Volk einmal seine unselige Partei- und Klassentradition vergessen und sich bewußt werde: "Vor uns war Deutschland und mit uns und nach uns muß Deutschland sein."

24. Juli 1932 Dok. 140
Rede auf NSDAP-Versammlung in Duisburg[1]

Duisburg-Hamborner Anzeiger vom 25.7.1932, "Die Hitler-Kundgebung im Stadion"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 139.

14 Bezieht sich auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930. Vgl. Dok. 112, Anm. 9.
15 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

1 Im Wedauer Stadion, von 16.00 bis 16.30 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 50.000 bis 55.000 Menschen, darunter 12.700 uniformierte Angehörige von SA und SS, teil. Vor Hitler sprach der Stabschef der SA, Ernst Röhm. Die Polizei hatte zur Vermeidung von Zwischenfällen 125 KPD-Mitglieder vorübergehend in Schutzhaft genommen.
2 Vgl. auch National-Zeitung vom 25.7.1932, "Rede Adolf Hitlers in Duisburg"; VB vom 26.7.1932, "Die Arbeiter-Kundgebung in Duisburg"; Böhnke, NSDAP im Ruhrgebiet, S. 188 sowie Bericht des Polizeipräsidenten von Duisburg-Hamborn an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Nr. I 51-00, vom 28.7.1932; HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf/30653a.

24. Juli 1932 Dok. 141
"Nationalsozialistische Politik" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gladbeck [2]

Gladbecker Anzeiger vom 25.7.1932, "Adolf Hitler in Gladbeck" [3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 139 [4].

24. Juli 1932 Dok. 142
Rede auf NSDAP-Versammlung in Osnabrück [1]

Osnabrücker Tageblatt vom 25.7.1932, "Hitler sprach in Osnabrück" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 139.

---

1 Titel laut "Bescheinigung über die Anmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung" des Polizeiamts Gladbeck vom 21.7.1932; Stadtarchiv Gladbeck.

2 In der Vestischen Kampfbahn, nach 16.50 Uhr. An der von MdL Peter Stangier mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des Gladbecker Anzeigers etwa 50.000 Menschen teil (VB: 80.000). Vor Hitlers etwa 20minütiger Rede sprach MdL Alfred Meyer.
Nach seiner Rede begrüßte Hitler die verwundeten SA-Leute Fritz Werner und Franz Reiners. Werner hatte am 19.7.1932 den Reichsbannermann Johann Schlenkhoff erschossen, Reiners am 20.7.1932 drei Reichsbannerleute und einen Parteilosen durch Schüsse schwer verletzt. Sie waren für "nicht haftfähig" erklärt worden und waren zur Hitlerkundgebung aus dem Krankenhaus entwichen.

3 Vgl. auch Gladbecker Zeitung vom 25.7.1932, "Hitler in der Vest. Kampfbahn"; National-Zeitung vom 25.7.1932, "Bei den Kumpels in Gladbeck"; VB vom 27.7.1932, "Für Ehre, Freiheit und Brot"; Frank Bajohr, Verdrängte Jahre. Gladbeck unter'm Hakenkreuz, Essen ^{2}1990, S. 72 f. sowie Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an den preußischen Minister des Innern vom 29.7.1932, Nr. II 1420 a 1; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

4 "Hitler machte einen müden, abgekämpften Eindruck und sprach wenig wirkungsvoll, so daß die Sensationslüsternen nicht auf ihre Kosten gekommen sein dürften." Vgl. Gladbecker Zeitung.

1 Auf dem Sportplatz Klushügel, von 21.20 bis 22.00 Uhr. An der von MdL Hans Gronewald eröffneten Veranstaltung nahmen nach Polizeiangaben etwa 25.000 Menschen teil (VB: 60.000). Vor Hitler sprach der oldenburgische Ministerpräsident Carl Röver (NSDAP).

2 Vgl. auch Freie Presse vom 25.7.1932, "Osnabrück ist noch nicht reif ..."; Osnabrücker Volkszeitung vom 25.7.1932, "Hitler sprach in Osnabrück"; Osnabrücker Zeitung vom 26.7.1932, "Hitlers Rede im Spiegel der Osnabrücker Presse"; VB vom 27.7.1932, "Das Glaubensbekenntnis des neuen Deutschland: Für Ehre, Freiheit und Brot!" sowie Wochenbericht über die politische Lage der Ortspolizeibehörde Osnabrück vom 25.7.1932; StA Bremen, 4,65/1710/288.

24. Juli 1932 Dok. 143
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bochum [1]

Bochumer Anzeiger vom 25.7.1932, "Hitler sprach in Bochum" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 139.

26. Juli 1932 Dok. 144
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sondershausen [1]

Der Deutsche vom 26.7.1932, "Hitler-Kundgebung in Sondershausen" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 146.

1 Im TuS-Stadion, 19.00 bis 19.30 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Westfälischer Volks-Zeitung etwa 35.000 Menschen teil (VB: 100.000). Nach Schluß der Veranstaltung kam es zu einem Streit zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, bei dem zwei Personen leicht verletzt wurden. Bei der Durchsuchung von Lastwagen der NSDAP durch die Schutzpolizei wurden einige Waffen gefunden, deren Besitzer jedoch nicht ermittelt werden konnten.

2 Vgl. auch VB vom 27.7.1932, "Das Glaubensbekenntnis des neuen Deutschlands: Für Ehre, Freiheit und Brot"; Volksblatt vom 25.7.1932, "Hitler auf Dummenfang"; Westfälische Volks-Zeitung vom 25.7.1932, "Hitler in Bochum"; Friedrich Alfred Beck, Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zu Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 462 ff. sowie Johannes Volker Wagner, Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, Bochum 1983, S. 128 f.

1 Auf dem Sportplatz in der Frankenhäuser Straße, von 16.00 bis 16.30 Uhr. Die Versammlung wurde von Amtsgerichtsrat Johannes Meister geleitet. Die Eintrittspreise betrugen 50 Pfennig und 1 RM. Der VB gab die Zahl der Teilnehmer mit 40.000 an, die Stadt Sondershausen legte ihrer Berechnung der wegen der Musikvorführungen gesetzlich vorgeschriebenen Vergnügungssteuer 12.000 Besucher zugrunde. Dieser Bescheid wurde von der NSDAP-Ortsgruppe als zu hoch angefochten.

2 Vgl. auch VB vom 28.7.1932, "Hitlertag am Kyffhäuser-Denkmal: 40.000 Arbeiter und Bauern bekennen sich für ein freies Deutschland". Zu den äußeren Umständen vgl. Aufzeichnungen des Stadtbaumeisters und 2. Bürgermeister a. D. Otto Burkhardt 1955/56, "Hitler in Sondershausen"; Stadtverwaltung Sondershausen, Archiv.

26. Juli 1932 Dok. 145
Rede auf NSDAP-Versammlung in Erfurt[1]

Mitteldeutsche Zeitung vom 28.7.1932, "Hitlers große Rede in Erfurt"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 146.

26. Juli 1932 Dok. 146
"Deutschland im Endkampf"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gera[2]

Der Nationalsozialist vom 28.7.1932, "Der Aufbruch der Nation"[3].

Meine lieben Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Die deutsche Nation ist heute in einem Aufbruch begriffen. Die Parteien, die nun 13 Jahre lang in Deutschland geherrscht haben, stehen jetzt vor einer Auseinandersetzung, die sie endgültig beseitigen wird.

13 Jahre lang hatten sie Zeit, ihre Gedanken und Pläne zu verwirklichen!

Das Ergebnis ihres 13jährigen Wirkens ist wirtschaftlich ein vollständiger Ruin, politisch ein Verfall und moralisch die Zersetzung, die innere Verkommenheit unseres Volkes.

Heute auf einmal, nachdem sie 13 Jahre die Macht haben, gehen die Schwindler her und schreien plötzlich nach *Freiheit*[4], nach *Arbeit*.

---

1 Auf der "Mitteldeutschen Kampfbahn", von 18.00 bis 18.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Constantin Rembe geleiteten Versammlung nahmen nach Angaben der Mitteldeutschen Zeitung etwa 60.000 Menschen teil (VB: 120.000). Vor Hitler sprach MdL Rudolf Buttmann.

2 Vgl. auch Thüringer Allgemeine Zeitung vom 27.7.1932, "Adolf Hitler in Erfurt"; Thüringer Volkswacht vom 29.7.1932, "Adolf Hitlers Gastspiel in Erfurt"; Tribüne vom 27.7.1932, "Adolf in Erfurt"; VB vom 28.7.1932, "Der Führer in Erfurt: 'Nur der geschlossene Wille und der geschlossenen Einsatz der Nation kann Deutschland retten'". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 13.8.1932, "Des Führers Siegeszug durch Deutschland".

1 Titel laut Polizeibericht.

2 Auf dem Schützenplatz, von 19.45 bis 20.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen Kreisleiter Alfred Engelstädter und Gauleiter Fritz Sauckel. Die Eintrittspreise waren von 50 Pfennig bis 1 RM gestaffelt. Auf der Fahrtroute Hitlers vom Flughafen zum Versammlungsort hatte die Eiserne Front Gegendemonstrationen organisiert; von der Begleitmannschaft Hitlers wurde an manchen Stellen in die Menge geschlagen. Nach Schluß der Veranstaltung gab es an verschiedenen Stellen der Stadt heftige Zusammenstöße zwischen Eiserner Front und Kommunisten einerseits sowie Nationalsozialisten andererseits. Die Polizei zerstreute alle Zusammenrottungen.

3 Vgl. auch Geraer Nachrichten vom 27.7.1932, "Hitlertag in Gera"; Geraer Zeitung vom 27.7.1932, "Adolf Hitler spricht in Gera"; Ostthüringer Tribüne vom 27.7.1932, "Schücklgrubers 'großer Tag'"; VB vom 28.7.1932, "50.000 Thüringer Arbeiter bei Adolf Hitler"; Polizeibericht der Polizeidirektion Gera vom 2.8.1932, Nr. IV A G 5 s/32; StA Weimar, MdI, P 165 sowie Karl Heinz Albrecht, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera 1933, S. 74 ff.

4 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.

Jetzt schreien sie plötzlich gegen die Reparationen[5], nachdem sie 13 Jahre lang *erfüllt* haben[6], 13 Jahre lang *zerstört* haben, 13 Jahre lang die *Wirtschaft vernichteten, 7 Millionen Arbeitslose*[7] *auf dem Gewissen haben.*

Jetzt auf einmal wissen sie, daß wir nicht 3 Milliarden bezahlen können[8], und vor zwei Jahren, da schwindelten sie, daß wir *113 Milliarden bezahlen könnten*[9]*!*

Wenn heute die SPD, das Zentrum und die Mittelparteien versuchen, die Aufmerksamkeit von ihren Leistungen wegzubringen und auf die letzten 6 Wochen zu konzentrieren[10], dann ist das verständlich. Jetzt reden sie auf einmal, daß wir die Verantwortung hätten für die letzten sechs Wochen, obwohl nicht ich und auch nicht meine Partei das Kabinett Papen berufen haben[11].

Sie haben heute die Verantwortung für die 13 Jahre und können sie nicht tragen. Sie versuchen jetzt, die Erinnerung an diese 13 Jahre durch Phrasen und Geschrei auszulöschen!

Vielleicht würde es ihnen gelingen, wenn es keinen Nationalsozialismus gäbe. So werden wir dafür sorgen, daß diesmal dieser 6 Wochen Schwindel der letzte Schwindel eines 13jährigen Systems überhaupt ist.

Deutschland hat in diesen 13 Jahren Gelegenheit gehabt zu sehen, wohin ein Volk kommt, das seine Interessen durch 10 Parteien, Gruppen und Vereinigungen vertreten ließ[12]. Was unsere Gegner im Einzelnen immer gewollt haben, soll dahingestellt sein. Wesentlich ist, daß sie unser Volk so zerrissen, zersplitterten, daß endlich jeder Beruf, jeder Stand, jede Konfession ihre Partei bekam, endigend mit der Partei der Hausbesitzer und der Mieter!

Es ist ganz klar, daß einem Volk, das einen so lächerlichen Zerfall zeigt, ein Wiederaufstieg ganz unmöglich ist.

Und jetzt wollen sie plötzlich reden, als ob sie im Augenblick den Wiederaufstieg wieder in die Hand nehmen wollen.

Wenn sie jetzt schreien: *"Freiheit"*[13] - 13 Jahre haben sie dazu Zeit gehabt.

Wenn sie jetzt schreien *"Arbeit"*[14] -13 Jahre hatten sie dazu Zeit.

Wenn sie jetzt rufen *"soziale Wohlfahrt"*[15] - 13 Jahre konnten sie es tun.

Jetzt ist es zu spät. Jetzt bleibt ihnen nur eins: Wegzutreten und zu verschwinden.

---

5 Vgl. Dok. 130, Anm. 9.
6 Vgl. Dok. 66, Anm. 4.
7 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.
8 Bezieht sich auf das Abkommen von Lausanne. Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
9 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
10 Vgl. Dok. 112, Anm. 7.
11 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.
12 Bezieht sich auf die Zahl der Fraktionen im Reichstag während der V. Wahlperiode 1930. Eine Fraktion, die nach § 7 der Geschäftsordnung für den Reichstag mindestens 15 Mitglieder haben mußte, bildeten die SPD, die NSDAP, die KPD, das Zentrum, die DNVP, die DVP, die Wirtschaftspartei, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, der Zusammenschluß von Christlich-Sozialem Volksdienst, Konservativer Volkspartei und Deutsch-Hannoverscher Partei und die BVP. Vgl. Reichstagshandbuch. V. Wahlperiode 1930, S. 83, 268 ff.
13 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.
14 "Gegen die Interessentenwirtschaft der Junker und Trustmagnaten stellt die Sozialdemokratie die Forderung auf *Stärkung der Massenkaufkraft, Erweiterung der deutschen Absatzmöglichkeiten, Arbeitsbeschaffung und Umbau der Wirtschaft* von der kapitalistischen Mißwirtschaft zur sozialistischen Planwirtschaft." Vgl. Vorwärts vom 24.7.1932 (MA), "Bilanz der Freiherrenregierung".
15 Vgl. Dok. 136, Anm. 10.

Sie konnten in den 13 Jahren das deutsche Volk weder wirtschaftlich noch politisch, noch sonst irgendwie retten. Heute wenden sie sich gegen die Bewegung, die in der Zeit, da alles in Deutschland zerbrach, als einzige die Zusammenfassung des deutschen Menschen herbeigeführt hat. Daß sie sie vernichten wollen, ist verständlich; denn sie leben ja von dieser Zersplitterung. Was würden diese Parteien jetzt tun, wenn plötzlich in allen deutschen Ständen und Berufen die Erkenntnis käme, daß man doch am Ende miteinander arbeiten muß, zueinander gehört, und daß am Ende doch die einzelnen deutschen Menschen miteinander einen Bund schließen müssen, ob sie wollen oder nicht? Und daß dieser Bund heute entstanden ist, können auch die Gegner nicht mehr leugnen.

Das deutsche Volk hat sich besonnen, trotz dem Geschrei [*sic!*], trotz der Zerrissenheit der Klassen und der Konfessionen!

Wenn heute die Gegner glauben, daß diese nationale Bewegung ihr Werk nicht mehr vollenden könne, so täuschen sie sich.

Sie haben uns einst totzuschweigen versucht, und es ist ihnen nicht gelungen.

Sie haben versucht, uns lächerlich zumachen, und das Lachen ist diesen Parteiburschen jetzt gänzlich vergangen. (Bravo!)

Sie haben versucht zu lügen, daß sich die Balken gebogen haben, versucht, uns zu verleumden, und es hat ihnen genauso wenig genützt.

Jetzt versuchen sie es mit frechem Geschrei und mit Terror, und sie können überzeugt sein, den Terror zerschlagen wir ihnen. (Stürmischer Beifall.)

Wir werden ihnen beibringen, eine andere Gesinnung entweder zu dulden, oder die andere Gesinnung wird sie niederbrechen. (Beifall.) Die Zeit der feigen Duldung dieses Terrors ist jetzt vorbei. (Bravo.) Sie werden erleben, daß auch dieser letzte Versuch genauso scheitert, nicht nur an der Intelligenz des deutschen Menschen aus allen Berufen, sondern auch an der inneren Härte und Festigkeit unserer Bewegung. Sie haben jahrelang erklärt, daß diese Partei nichts bedeute, sie haben jahrelang prophezeit, daß wir niemals eine Macht erreichen würden.

13 Jahre lang haben sie Deutschland, ihrem Deutschland, die *Größe* prophezeit und uns den *Untergang*, und in beiden Fällen haben sie sich *geirrt!*

Deutschland ist unter ihrem Regiment gefallen, und wir sind gestiegen. (Starker Beifall.)

Und mit uns wird am Ende steigen Deutschland; denn das ist uns allen klar:

Es gibt keine Wiedererhebung der deutschen Nation, wenn nicht der deutsche Wille zu einem zusammengefaßt, einem Ziele dienstbar gemacht, zu einer Aufgabe geeint werden kann.

Wir werden diese Willensbildung durchführen und sind stolz, heute Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Bauern, Intellektueller und Hochschüler in Gemeinschaft zu wissen[16], und wenn die Gegner glauben, daß diese Gemeinschaft jetzt zerbrechen könnte, da irren sie sich. Die Herren haben vermutlich gesehen, daß diese Partei nicht mehr zu zerschlagen und zu zersplittern ist und daß sie fest steht und stehen wird, daß diese Bewegung tatsächlich

Deutschlands letzte Hoffnung

ist, daß sich in ihr das beste deutsche Element vereint, das es in allen Berufen und deutschen Ständen gibt und das sich gegenseitig zu schätzen und zu achten weiß, gleich wie die Herkunft und wie der Stand ist, und daß dieses Element gelernt hat, auch auf andere Rücksicht zu nehmen.

16 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

Der Kampf ist ein schwerer. Am 31. Juli [*1932*] ist nur ein Kampftag in diesem Ringen.

Es kann und muß und wird an Ihnen liegen, daß an diesem Tag am Ende wirklich die deutsche Freiheit aufgehen wird, und zwar eine Freiheit der Disziplin und der Ordnung und des Sieges unseres Volkes oder ob die Zeit von heute noch länger geduldet werden muß.

Erfüllen Sie Ihre Pflicht, genau so, wie sie Zehntausende meiner Kameraden erfüllt haben. Seien Sie nicht mutlos, sondern entschlossen wie die Hunderttausende Arbeiter, Bauern, Hochschüler, Intellektueller, die das Braunhemd [17] tragen und sich vor die Nation hinstellen.

Ich bin überzeugt, wenn Sie einen Tag nur das alles vergessen wollten: Ihre Herkunft, Ihren Stand, Ihren Beruf, Ihre Klasse, Ihre Konfession, wenn Sie an einem Tag nur an das denken wollten, was vor Ihnen liegt, an Deutschland, daß dann tatsächlich die Rettung unseres Volkes eingeleitet sein wird!

Ich bitte Sie nicht, und ich bettle nicht. Erfüllen Sie Ihre Pflicht, so wie es Ihr Gewissen Ihnen vorschreibt, und ich bin überzeugt, daß Sie sich wie wir bis ins Grab hinein für diese Idee einsetzen und kämpfen werden. Heil! (Nicht endenwollender Beifall.)

26. Juli 1932 — Dok. 147
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hildburghausen [1]

Hildburghäuser Kreisblatt vom 27.7.1932, "30.000 kamen zu Adolf Hitler" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 146.

---

17 Vgl. Dok. 92, Anm. 26.

1 Auf der Städtischen Kampfbahn, von 23.15 bis 23.45 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Fritz Hille eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 30.000 Menschen (VB: 50.000) teil. Nach Hitler sprachen MdL Willy Marschler, MdL Paul Hennicke, und nochmals Hille, um die Wartezeit zu überbrücken. Hitlers Auftreten war für 20.45 Uhr angekündigt worden, der Platz seit 14.30 Uhr geöffnet. Die Karten kosteten im Vorverkauf 50 Pfennig und 1 RM, Sitzplätze mußten mit 1 RM extra auf der Kampfbahn bezahlt werden.

2 Vgl. auch VB vom 28.7.1932, "Und 50.000 in Hildburghausen!" sowie Polizeibericht der Schutzpolizei Gotha vom 27.7.1932; StA Weimar, MdI, P 165. Vgl. auch Ankündigung im Hildburghauser Kreisblatt vom 22.7.1932.

27. Juli 1932 Dok. 148
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eberswalde[1]

Tonaufnahme, "Wahlrede zu den Reichstagswahlen am 31.7.1932 in Eberswalde"; DRA, Nr. 76 U 3335/14[2].

[*Volks*]genossen und -genossinnen,

wohin wir heute in Deutschland auch kommen, es ist überall dasselbe Bild einer Erhebung unseres Volkes, einer Erhebung, die zeigt, daß sich heute Millionen Menschen dessen bewußt geworden sind, daß in dieser kommenden Wahl mehr auf dem Spiele steht als sonst, daß nicht entschieden wird über irgendeine neue Koalition, ja nicht einmal über eine neue Regierung, sondern daß entschieden wird über Sieg oder Niederlage zweier Richtungen in Deutschland, von denen die eine nun 60/70 Jahre lebte[3], 13 Jahre regierte und bewiesen hat, was sie kann und was sie nicht kann. Von denen die eine aufbaut auf Vorstellungen internationaler Art, ganz gleich, ob es sich hier um das Bürgertum handelt oder um die marxistischen Parteien, während die andere sich bewußt konzentriert auf die in unserem Volk selbst vorhandenen Kräfte, auf das nationale Deutschland im besten Sinn des Wortes, ohne Klassen, ohne Stände, ohne Konfessionen. Dreizehn Jahre hat dieses eine Deutschland regiert, und wenn Sie heute die Wahlpropaganda dieses Deutschlands ansehen, so können Sie an der Art dieser Propaganda die Verurteilung dieser 13 Jahre sehen. Wenn das Schicksal einem System 13 Jahre zur Verfügung stellt, um seine Fähigkeiten zu beweisen, dann müssen Taten und Leistungen dafür sprechen. Diese Gegner müßten heute ihre Propaganda überhaupt nur damit führen, daß sie die einzelnen deutschen Stände aufrufen als Zeugen für sich, daß sie den Bauer, den Arbeiter, die Angestellten, den Mittelstand, ja die ganze Wirtschaft aufmarschieren ließen als lebende Zeugen für ihr Wirken. Sie möchten statt dessen am liebsten, daß die ganze Wahlpropaganda sich richtet auf eine Kritik der letzten sechs Wochen. Sie sagen: Dafür, für diese sechs Wochen, seien die Nationalsozialisten verantwortlich[4]; ich sehe nicht ein, wieso. Denn das Kabinett Papen wurde ja nicht von uns berufen, sondern es wurde berufen vom Herrn Reichspräsidenten[5], der von der Sozialdemokratie und dem Zentrum ja selbst gewählt worden war[6]. Wieso sollen wir verantwortlich sein? Aber wenn es so gar wäre, ich würde jederzeit die Verantwortung für

1 Im Stadion, nach 17.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Angaben der Presse etwa 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach MdR Hans Hinkel. Einige kommunistische Funktionäre waren vorübergehend von der Polizei festgenommen worden, um Zwischenfälle zu verhindern.

2 Vgl. auch Märkischer Stadt- und Landbote - Eberswalder Zeitung vom 28.7.1932, "Hitler in Eberswalde"; VB vom 29.7.1932, "'In diesen Tagen gibt uns das Schicksal wieder Gelegenheit, am Aufbau eines neuen großen Reiches mitzuarbeiten'".
Von Hitlers Rede in Eberswalde wurde ein Tonfilm gedreht. Vgl. Aus einer Wahlrede Hitlers in Eberswalde, 27. Juli 1932. Adler-Film GmbH, Berlin 1932. Filmedition G 29 des IWF, Göttingen 1957. Publikation von F. Terveen. In: Publikationen zu Wissenschaftlichen Filmen, Sektion Geschichte-Pädagogik-Publizistik, Bd. II (1971), S. 364-377.

3 Vgl. Dok. 54, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.

diese sechs Wochen übernehmen, aber die Herren sollen gefälligst die Verantwortung für die letzten 13 Jahre übernehmen. (Beifall.) Es geht nicht an, daß sie jetzt plötzlich tun, als [*ob*] 13 Jahre lang sie alles Gute versucht hätten, aber nur durch uns verhindert worden wären. Dreizehn Jahre lang haben sie wirtschaftlich, politisch bewiesen, was zu leisten sie fähig sind. Eine Nation wirtschaftlich zerstört, den Bauernstand ruiniert[7], den Mittelstand verelendet[8], die Finanzen im Reich, in den Ländern, in den Kommunen zerrüttet[9], alles bankrott und viele Millionen Arbeitslose; sie können sich winden, wie sie sich winden wollen, dafür sind sie verantwortlich. (Beifall.) Und es mußte ja so kommen. Glaubt man wirklich, daß eine Nation überhaupt irgendwelche Leistungen vollbringen kann, wenn ihr politisches Leben so zerfetzt und zerrissen ist wie unser deutsches? Ich habe vor ein paar Stunden erst die Wahlvorschläge gelesen, z. B. Hessen-Nassau: 34 Parteien[10], die Arbeiterschaft ihre eigenen Parteien, und zwar nicht eine, das wäre zu wenig, es müssen gleich drei, vier sein; das Bürgertum, das so intelligent ist, ... braucht daher noch mehr Parteien; der Mittelstand muß seine Parteien haben; die Wirtschaft ihre Parteien, der Landmann auch die eigene Partei, und zwar auch gleich drei, vier, und die Herren Hausbesitzer müssen ihre besonderen Interessen politischer Art, weltanschaulicher Art, auch durch eine Partei vertreten lassen, und die Herren Mieter natürlich können dann nicht zurückbleiben; und die Katholiken auch eine eigene Partei[11] und die Protestanten eine Partei[12] und die Bayern eine Partei[13] und die Thüringer eine eigene Partei[14] und die Württemberger noch eine besondere Spezialpartei[15], usw. 34 in einem Ländchen und das in einer Zeit, in der die größten Aufgaben dastehen, die nur gelöst werden können, wenn die ganze Kraft der Nation zusammengerissen wird. Die Gegner werfen uns Nationalsozialisten vor, und mir insbesonders, daß wir intolerante unverträgliche Menschen seien. Wir wollten, sagen sie, mit anderen Parteien nicht arbeiten und ein deutschnationaler Politiker[16] verschärft das noch, indem er sagt, die Nationalsozialisten sind überhaupt nicht deutsch, denn sie lehnen die Arbeit mit anderen Parteien ab[17]. Also ist es typisch deutsch, 30 Parteien zu besitzen. Ich

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.
8 Vgl. Dok. 109, Anm. 6.
9 Vgl. Dok. 1, Anm. 19.
10 Im Reichstagswahlkreis Hessen-Nassau waren am 24.7.1932 vom Kreiswahlleiter 25 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt worden, die folgende Listennummern trugen: 1: SPD, 2: NSDAP, 3: KPD, 4: Zentrum, 5: DNVP, 5a: Radikaler Mittelstand, 6: DVP, 7: Wirtschaftspartei, 8: Deutsche Staatspartei, 10: Deutsches Landvolk, 11: Christlich-Sozialer Volksdienst, 15: Deutsch-Hannoversche Partei, 17: SAP, 23: Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser, 24: Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern, 25: Freiwirtschaftliche Partei, 26: Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot, 28: Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten, 29: Großdeutsche Liste Schmalix, 30: Landwirte, Haus- und Grundbesitzer, 31: Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, christlich-radikale Volksfront, 32: Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer, 33: Nationalsozialistische Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende, 34: Deutsche Reformpartei, 35: Nationalsozialistischer Enteigneter Mittelstand. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 25.7.1932 (Reichsausgabe), "25 Wahlvorschläge in Hessen-Nassau".
11 Gemeint ist das Zentrum.
12 Vgl. Dok. 28, Anm. 18.
13 Gemeint ist die BVP. Vgl. Dok. 104, Anm. 14.
14 Gemeint ist der Thüringer Landbund.
15 Gemeint ist der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund - Bund der Landwirte.
16 Alfred Hugenberg.
17 Vgl. Dok. 129, Anm. 14.

habe hier eines zu erklären, die Herren haben ganz recht, wir sind intolerant, ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich die 30 Parteien aus Deutschland hinauszufegen. (Beifall.) Sie verwechseln mich immer mit einem bürgerlichen oder einem marxistischen Politiker, der heute SPD, so morgen USPD [18] und übermorgen KPD [19] und dann Syndikalist [20] oder heute Demokrat und morgen Deutsche Volkspartei [21], dann [...] [22] wieder Wirtschaftspartei [23], sie verwechseln uns mit ihresgleichen selbst. Wir haben ein Ziel uns gewählt und verfechten es fanatisch, rücksichtslos bis ins Grab hinein. (Beifall.) Ich habe diese bürgerliche Mentalität der Einschätzung unserer Bewegung so recht vor einigen Monaten kennengelernt, da ein Reichsinnenminister [24] sich sagte: Diese Menschen hier löse ich auf [25], die Uniformen ziehe ich ihnen aus [26] und dann mache ich einen neutralen pazifistisch-demokratischen Turn- und Sportverein, da werden sie dann hereinkommen [27], und dann habe ich sie, und die nationalsozialistische Bewegung ist vorbei. Ein einfaches Rezept. So denken sie und haben nicht erkannt, daß es sich hier um etwas ganz anderes handelt als um eine gewöhnliche politische parlamentarische Partei. Daß man das nicht mehr auflösen kann und daß jeder Druck die Menschen nur hart macht und daß dieses Deutschland, das sich jetzt in dieser Bewegung gefunden hat, nicht mehr zerrissen werden kann. Es gibt einen bürgerlichen Politiker [28], der sagt: Ich will mich jetzt etwas absondern; wenn sie abgewirtschaftet haben, die Nationalsozialisten, dann habe ich die Aufnahmestellung und dann strömen alle die Menschen zu mir wieder zurück, die da sind [29]. So denken sie, weil

---

18 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), gegründet am 6.4.1917. Vgl. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

19 Unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 30.12.1918 vom von der USPD abgespaltenen "Spartakusbund" und den "Internationalen Kommunisten Deutschlands" gegründet. Vgl. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik.

20 Gewerkschaftlich getragene revolutionäre, Staat und Parlamentarismus ablehnende Arbeiterbewegung. In Deutschland seit Dezember 1919 als "Freie Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten)" organisiert. 1921 wurde der Namenszusatz in "(Anarcho-Syndikalisten)" geändert. Die FAUD (AS) grenzte sich scharf gegen SPD und KPD ab. Vgl. Wilfried Röhrich, Revolutionärer Syndikalismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung, Darmstadt 1977.

21 Vgl. Dok. 72, Anm. 25.

22 Tonwiedergabe lückenhaft und unverständlich.

23 Vgl. Dok. 1, Anm. 8.

24 Wilhelm Groener.

25 Bezieht sich auf das SA-Verbot. Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

26 Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

27 In der Konferenz der Innenminister am 5.4.1932 hatte Groener im Zusammenhang mit dem SA-Verbot die Auflösung aller Wehrverbände und den Aufbau einer Miliz aus deren Potential angeregt. Er führt unter anderem aus: "Es handelt sich nicht allein um die SA; es gibt auch noch andere Verbände, die auf Dauer nicht ertragen werden können. Es kommt nichts dabei heraus, wenn wir nicht die Jugend auf ein neues Ziel, auf neue Gedanken bringen. [...] Er habe schon als Reichswehrminister Vorbereitungen getroffen, daß man alle diese Verbände einfängt unter die staatliche Fürsorge und aus einer solchen Zusammenfassung unter der Devise des Sportes eine Art Miliz schafft." Vgl. Staat und NSDAP, S. 304 f.

28 Heinrich Brüning.

29 In einer Wahlkampfrede in Köln am 3.7.1932 hatte Heinrich Brüning unter anderem erklärt: "Mein Ideal ist es, seitdem ich in der Politik tätig bin, daß es möglich sein möchte, mit einer Gruppe von evangelischen Menschen zusammenzuarbeiten, die konservativ sind, eine starke Partei sind, die mit uns gemeinsam kulturelle Überzeugungen in der Politik verwirklichen könnte. Aber es wird eines Tages bestimmt so kommen, wenn die Wasser wieder zurückfluten und die Ernüchterung der Wähler auf der radikalen Seite da ist." Druck: Germania vom 5.7.1932, "Brünings Kölner Rede".

sie gar nicht verstehen können, daß diese Bewegung von etwas gehalten wird, was gar nicht mehr vergehen kann. Vor diesen 30 Parteien gab es ein deutsches Volk, und die Parteien werden vergehen, und nach ihnen wird bleiben wieder unser Volk. Und wir wollen nicht sein eine Vertretung eines Berufs, einer Klasse, ja eines Standes, einer Konfession oder eines Landes, sondern wir wollen den Deutschen soweit erziehen, daß vor allem alle begreifen müssen, daß es kein Leben gibt ohne Recht, und daß es kein Recht gibt ohne Macht und daß es keine Macht gibt ohne Kraft und daß jede Kraft im eigenen Volk sitzen muß.

27. Juli 1932 Dok. 149
Rede auf NSDAP-Versammlung in Brandenburg [1]

Brandenburger Anzeiger vom 28.7.1932, "Die falschen Propheten der letzten 13 Jahre" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 148.

27. Juli 1932 Dok. 150
Rede auf SA-Sportfest in Berlin [1]

Tonaufnahme: "Kundgebung der NSDAP im Berliner Grunewald-Stadion anläßlich der Reichstagswahl am 31.7."; DRA-Nr. 84 U 4031/4 [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 148 [3].

---

1 Auf dem Altstädter Schützenplatz, von 19.45 bis 20.15 Uhr. An der von Gauleiter Ernst Schlange geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 18.000 bis 20.000 Menschen teil (VB: 35.000). Vor Hitler sprach der preußische Landtagspräsident Hanns Kerrl (NSDAP). Bei der Abfahrt Hitlers wurden einige Passanten von SS-Leuten verletzt; mit Lastwagen abtransportierte SA warf Steine auf Häuser, an denen schwarz-rot-goldene Fahnen oder solche der Eisernen Front gehißt waren. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

2 Vgl. auch VB vom 29.7.1932, "35.000 Brandenburger Arbeiter warten im strömenden Regen auf den Führer" sowie Polizeibericht der Polizeiverwaltung Brandenburg, Nr. 210/32, vom 28.7.1932; Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 2AI Pol 1104.

1 Im Sportforum, nach 21.30 Uhr. An der Versammlung nahmen laut VB etwa 180.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Joseph Goebbels.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 28.7.1932, "Adolf Hitlers Rede im Stadion"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 28.7.1932 (AA), "Hitler im Stadion"; Der Tag vom 29.7.1932, "Hitler im Berliner Stadion"; Kreuz-Zeitung vom 29.7.1932 (Ausgabe B), "Die Hitler-Kundgebung im Berliner Stadion"; Vossische Zeitung vom 28.7.1932 (AA), "Hitler im Stadion". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 13.8.1932, "Des Führers Siegeszug durch Deutschland".

3 "*Hitler*, der seine Wähler im Stadion mehr als eine Stunde warten ließ, hielt dieselbe Rede, die er auf seiner letzten Wahlreise schon überall in Deutschland gehalten hat." Vgl. Vossische Zeitung.

28. Juli 1932 — Dok. 151
Rede auf NSDAP-Versammlung in Aachen[1]

Echo der Gegenwart vom 29.7.1932, "Hitler in Aachen"[2].

Hitler tritt ans Mikrophon heran. Seine Stimme klingt zunächst ruhig und sonor; aber sowie er ins Pathos gerät und mit gehobener Stimme und eifrigen Handbewegungen Kraftstellen vorbringt, klingt es im Lautsprecher rostig. Störend wirken für all die Zuhörer, die nicht ganz nahe der Mittellängsachse des Ovals sitzen, die Lautsprecher, von denen der jeweils weiter entfernte stets um eine halbe Sekunde als Echo nachhinkt. Hitler betont die Bedeutung der kommenden Wahl[3]. Es geht um mehr als um eine bloße Regierungsbildung, es geht um die Entscheidung zwischen Nationalsozialismus auf der einen Seite und der, wie er sagt, "international-marxistisch-demokratisch-parlamentarischen Richtung" anderseits. Alles Elend und alle Arbeitslosigkeit ist Schuld der herrschenden Parteien. Es könne ja auch gar nicht anders sein, weil bisher die deutsche Nation sich den Luxus von 30 Parteien erlaube[4] und so ihre Kräfte zersplittere. Es gibt, so betonte er, keine Hilfe für die Nation außer der Hilfe, die in der eigenen Kraft liegt. Diese ist bedingt durch Geschlossenheit des Willens und des Krafteinsatzes. Wenn die Gegner dem Nationalsozialismus Unduldsamkeit vorwärfen und Nichtbereitschaft zur Mitarbeit mit anderen, so leugne er nicht, daß es sein Lebensziel sei, die 30 Parteien aus Deutschland hinauszufegen. Er sagt es, und die Menge klatscht stürmischen Beifall. *Machtrausch* und *Massenpsychose*. Der Mann, der am Mikrophon steht, ist Meister darin. Immer wieder hört man das Wort von der Schuld der letzten 13 Jahre und von den 30 Parteien - in Wirklichkeit gibt es heute doch nur 5 Parteien, die überhaupt in Frage kommen - und von der nationalsozialistischen Bewegung, die aus diesen 30 Parteien "ein einig Volk von Brüdern" zu machen verspricht. Wahrscheinlich nach dem Rezept, das Dr. Hans Schoeneck[5] unverblümt andeutete, daß bei einem nationalsozialistischen Sieg ("die letzte Wahlschlacht") das Wählervolk nichts mehr zu sagen hat. [*Die*] SA wird dann für die nötige "Ordnung" sorgen. Und wieder hört man von der Schuld der 13 Jahre und den 30 Parteien und der nationalsozialistischen Bewegung, die aus 7 Mann[6] zu der gigantischen Organisation angewachsen sei, daß den Gegnern heute "die Zähne klappern". Man hat es allmählich schon so oft gehört, daß der unkritische Hörer es ihm

1 Im Stadion Krummerück, von 17.00 bis 17.25 Uhr. An der Veranstaltung nahmen nach Schätzungen des Echo der Gegenwart etwa 14.500 bis 15.700 Menschen teil (VB: 40.000). Vor Hitler sprachen Ortsgruppenleiter Hans Schoeneck und Gauleiter Josef Grohé.

2 Vgl. auch Aachener Anzeiger - Politisches Tageblatt vom 29.7.1932, "Hitler auf dem Krummerück"; VB vom 30.7.1932, "40.000 fordern Sühne"; Westdeutsches Grenzblatt vom 29.7.1932, "Adolf Hitler am Rhein" sowie Elmar Gasten, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt a. M. 1993, S. 40 f.

3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

5 Hans Schoeneck (1890-1942), Arzt, 1909-1912 Wehrdienst bei der Kaiserlichen Marine, 1920 Dr. med., 1922-1933 praktischer Arzt in Aachen, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Politischer Leiter der NSDAP Aachen Stadt, 1929 Stadtverordneter in Aachen (NSDAP), August 1932 Eintritt in die SS, 1934 Leiter des städtischen Gesundheitswesens der Stadt Aachen, 1935 Amtsarzt beim Gesundheitsamt, SS-Obersturmführer, 1937 Amtsarzt für Bonn-Land.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

schließlich glauben möchte, nur damit er mal was anderes, etwas Neues zu hören bekommt. Der "Führer" will Selbstvertrauen suggerieren. Ehe 2-3 Jahre vergehen, werden es nicht mehr 13-14 Millionen[7], sondern 30-40 Millionen sein. Die Sozialdemokraten haben ja auch einmal den berühmten Zukunftsstaat prophezeit. Aber der große "Kladderadatsch" kam bekanntlich ganz anders. Der "Führer" will natürlich nicht um Stimmen betteln. Aber er entläßt seine Zuhörer mit den Worten, die Freiheit erringe man nicht durch feige Halbheit, sondern durch kühnen Entschluß.

Freiheit, "wie ich es auffasse" [*sic!*], Hitler hat recht, wenn er das Bürgertum darauf hinweist, daß, wenn es in nationalsozialistischem Brei untergehen will, Lauheit und "feige Halbheit" der beste Weg dazu sind.

In den 25 Minuten, die Hitler sprach, hat man von ihm nichts gehört, was man nicht schon in Berichten über frühere Reden von ihm hätte lesen können. Er vermied es vor allen Dingen, auf die aktuellen Ereignisse einzugehen oder irgendein positives Programm zu entwickeln. Mit Phantasien von der zur einigen, kraftvollen Nation ausgewachsenen Bewegung (freilich unter dem nationalsozialistischen Geßlerhut!) läßt sich besser ein Massenrausch füttern. Die legale Diktatur braucht zunächst einen Blankowechsel. Dem Wähler wird es freilich später nichts mehr nützen, wenn er ihn zum Protest gehen lassen will.

Man hörte viele kraftvolle Worte, auch bezüglich der Reparationsfrage.[8]

28. Juli 1932 — Dok. 152
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln[1]

Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung vom 29.7.1932 (MA), "Adolf Hitler spricht auf dem Messegelände"[2].

Hitler begann mit der Feststellung, daß am 31. Juli [*1932*] zwischen zwei Weltanschauungen entschieden werden solle[3]. Die Parteien, die bisher an der Macht gewesen seien, hätten in den

7 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.
8 Folgt Bericht über das Interview Hitlers mit dem Leiter des Berliner Büros der "New York Evening Post", Hubert Renfro Knickerbocker, am 9.3.1932. Vgl. Bd. IV/2.

1 Auf der Festwiese in Deutz, nach 18.45 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Richard Schaller eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 30.000 Menschen teil (nationalsozialistische Presse: 125.000). Vor Hitler sprachen Gauleiter Josef Grohé und Reichsorganisationsleiter II Robert Ley. Die Eintrittspreise waren von 10 Pfennig bis 2 RM gestaffelt. Zur Rede Hitlers vermerkt der Polizeibericht: "Wegen des starken Regens beendete er seinen Vortrag bereits nach 7 Minuten". Bei einem Handgemenge während der Rede Hitlers am Rand der Veranstaltung wurden zwei Oberschüler von SA-Leuten verprügelt. Die Verletzten wurden vorübergehend in Schutzhaft genommen, die Täter konnten nicht ermittelt werden. Eine ältere Frau erlitt einen Schlaganfall und starb.
2 Vgl. auch Kölnische Zeitung vom 29.7.1932 (MA), "Hitler in Köln"; Rheinische Zeitung vom 29.7.1932, "Hitler vor der Achterbahn"; VB vom 30.7.1932, "Der Führer in Köln, der deutschen Schicksalsstadt" sowie Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 29.7.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 308.
3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

letzten dreizehn Jahren alles verwirklichen können, was sie wollten, und sie hätten doch nichts erreicht. Währenddessen aber hätten die Nationalsozialisten ihre Macht entwickelt. Die Gegner wüßten, daß der Sieg der Nationalsozialisten das Ende der 30 anderen Parteien[4] bedeute. Nicht die Welt werde Deutschland helfen, sondern nur es selbst könne sich helfen. Die Zerrissenheit der Stände müsse zu Ende sein, sonst sei kein Ausweg möglich. Er glaube an die deutsche Kraft und an den deutschen Menschen. Am 31. Juli falle eine Entscheidung. Das Volk möge verstehen, daß es so nicht mehr weitergehen könne. Die Parteiwelt sei zur Zerrissenheit und Ohnmacht verdammt. Der Entschluß der Nationalsozialisten sei unerschütterlich. Möge der 31. Juli ausgehen, wie er wolle, der Kampf gehe weiter, bis aus den 30 Parteien ein Volk geworden sei.

28. Juli 1932 Dok. 153
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M.[1]

VB vom 30.7.1932, "Das deutsche Frankfurt steht bei Adolf Hitler"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 151.

28. Juli 1932 Dok. 154
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wiesbaden[1]

Nassauer Volksblatt vom 30.7.1932, "Die größte Veranstaltung, die Wiesbaden je sah"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 151[3].

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

1 In der Festhalle, von 21.00 bis 21.30 Uhr. An der von Gauleiter Jakob Sprenger eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 35.000 Menschen teil (VB: 70.000). Vor Hitler sprach MdL Willy Becker.

2 Vgl. auch Frankfurter Nachrichten vom 29.7.1932 (MA), "Adolf Hitler in Frankfurt: 'Mein Lebensziel ist, die Parteien zu zertrümmern'"; Frankfurter Zeitung vom 29.7.1932 (2. MA), "Hitler in Frankfurt"; Höchster Kreisblatt - Main-Taunus-Zeitung vom 29.7.1932, "Hitler spricht in Frankfurt"; Volksstimme vom 29.7.1932, "Was sich so Hitlertag nennt!".

1 Auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße, nach 22.00 bis 22.30 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben der bürgerlichen Presse etwa 40.000 Menschen teil (VB: 50.000). Vor Hitler sprach SA-Standartenführer August Wilhelm Prinz von Preußen.

2 Vgl auch Wiesbadener Tageblatt vom 29.7.1932, "Hitler spricht in Wiesbaden"; Wiesbadener Zeitung vom 29.7.1932, "Hitler in Wiesbaden"; VB vom 30.7.1932, "50.000 in Wiesbaden".

3 "Wer etwa erwartet hatte, Hitler rede wie ein Demagoge, der täuschte sich. Es waren keine aufpeitschenden Worte, die man zu hören bekam. Hitler sprach zwar gut pointiert, aber doch zurückhaltend." Vgl. Wiesbadener Tageblatt.

29. Juli 1932 Dok. 155
Rede auf NSDAP-Versammlung in Reutlingen [1]

Schwarzwälder Kreiszeitung vom 30.7.1932, "Die Rede Hitlers" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 158.

29. Juli 1932 Dok. 156
Rede auf NSDAP-Versammlung in Neustadt an der Haardt [1]

Pfälzische Bürgerzeitung vom 30.7.1932, "Adolf Hitler spricht in Neustadt" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 158.

---

1 Im Zelt auf der Rennwiese, nach 15.45 Uhr. An der von Gauleiter Wilhelm Murr mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Reutlinger Generalanzeiger etwa 15.000 Menschen teil (VB: 30.000). Nach Hitler sprach MdR Willy Dreher. Vor der Versammlung kam es auf den Zufahrtsstraßen zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei, bei der ein Polizeibeamter verletzt wurde. Nach der Veranstaltung wurden weitere fünf Polizeibeamte durch Nationalsozialisten und bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten zwei Nationalsozialisten verletzt. Massiver Einsatz der Polizeikräfte verhinderte weitere Ausschreitungen.

2 Vgl. auch Neckar-Zeitung vom 30.7.1932, "Adolf Hitler in Reutlingen"; Reutlinger Generalanzeiger vom 30.7.1932, "Hitler-Versammlung in Reutlingen"; VB vom 31.7.1932, "Riesenkundgebung in Württemberg" sowie Manfred Maul-Ilg, "Reutlingen war ein harter Boden" - Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Reutlingen. In: Reutlingen 1930-1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Reutlingen 1995, S. 11-41, S. 29 f.

1 Im Stadion, von 18.10 bis 18.40 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Hironymus Merkle eröffneten Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Angaben der Lokalpresse etwa 50.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen MdL Friedrich Karl Bossert, Gaubetriebszellenleiter Claus Selzner und MdL Ludwig Liebel. Nach Hitlers Rede wurde die Rundfunkrede von Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer ins Stadion übertragen.

2 Vgl. auch Pfälzischer Kurier vom 30.7.1932, "Adolf Hitler im Neustadter Stadion"; Stadt- & Dorf-Anzeiger vom 30.7.1932, "Hitler in Neustadt"; VB vom 31.7.1932, "Adolf Hitler im Südwesten des Reiches: 'Wir werden unseren Kampf nicht einen Tag früher beenden, als bis unser deutsches Vaterland wieder frei ist'" sowie Hans Fenske, Aufmarsch unterm Hakenkreuz. Die pfälzischen Nationalsozialisten bis zum 30. Januar 1933. In: Gerhard Nestler und Hannes Ziegler (Hrsg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 11-36, S. 19 f.

29. Juli 1932 Dok. 157
Rede auf NSDAP-Versammlung in Freiburg i. Br.[1]

Freiburger Zeitung vom 30.7.1932, "Kundgebung der NSDAP"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 158[3].

29. Juli 1932 Dok. 158
Rede auf NSDAP-Versammlung in Radolfzell[1]

Masch. Transkription einer stenographischen Mitschrift o. D.; BA, NS 26/52[2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Sie werden selbst alle die Empfindung haben, daß es sich bei dieser Wahl[3] um ganz wesentlich mehr handelt als bei Dutzenden aller vorhergegangenen.

Diese Bewegung des deutschen Volkes, die wir in den letzten Wochen in ganz Deutschland sehen konnten, hat unser Volk vielleicht seit Monaten und Jahren nicht erlebt. Ein Wendepunkt im Schicksal einer Nation scheint gekommen zu sein. Ein dreizehnjähriges Regiment steht vor seiner Ablösung. Die Gegner selbst wissen über diese dreizehn Jahre ihres Regierens

1 Im Stadion des Freiburger FC, nach 19.45 Uhr. An der von SA-Oberführer Hanns Ludin eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der Regionalpresse etwa 50.000 Menschen teil (Der Alemanne: 70.000). Vor dem Auftreten Hitlers wurde die Rundfunkrede des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Gregor Straßer, ins Stadion übertragen, daran anschließend sprach Gauleiter Robert Wagner. Die Eintrittskarten kosteten zwischen 1 RM und 5 RM.

2 Vgl. auch Der Alemanne vom 31.7.1932, "Der Führer in der Grenzmark Baden"; Breisgauer Zeitung vom 1.8.1932, "Hitler in Freiburg"; Freiburger Tagespost vom 30.7.1932, "Adolf Hitler in Freiburg"; Volkswacht vom 2.8.1932, "Auslandsurteil über die Hitlergastrolle in Freiburg" sowie Ernst Otto Bräunche, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48, S. 37 f.

3 "Soviel wir aus Presseberichten feststellen können, hat er überall die gleiche 15-Minuten-Ansprache gehalten." Vgl. Freiburger Tagespost.

1 Im Stadion auf der Mettnau, nach 23.55 Uhr. An der von Bezirksleiter Eugen Speer eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des Bürgermeisters etwa 35.000 Menschen teil (nationalsozialistische Presse: 60.000). Vor Hitlers 30minütiger Rede sprachen der Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Eidgenossen, Theodor Fischer, und der Münchner Stadtrat Hermann Esser.

2 Vgl. auch Der Alemanne vom 31.7.1932, "60.000 in Radolfzell"; Deutsche Bodensee-Zeitung vom 30.7.1932, "Hitlerversammlung in Radolfzell"; Freie Stimme vom 1.8.1932, "Hitler in Radolfzell"; Konstanzer Volksblatt vom 30.7.1932, "Adolf sprach in Radolfzell"; VB vom 31.7.1932, "Die Freiheitskundgebung am Bodensee" sowie Bericht des Bürgermeisters von Radolfzell, Otto Blesch, vom 30.7.1932; Stadtarchiv Radolfzell, IX/310 (1932); Masch. Manuskript o. D.; Stadtarchiv Radolfzell.

3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

kaum etwas zu sagen. Am liebsten würde es ihnen sein, wenn bei diesen Wahlen über nichts diskutiert würde, als über die letzten sechs Wochen, so bescheiden sind sie plötzlich geworden. Sechs Wochen, für die ausgerechnet die nationalsozialistische Partei nun verantwortlich sein soll. Ich weiß nicht, wieso wir zu dieser Ehre kommen, denn das Kabinett Papen habe nicht ich berufen, sondern der Herr Reichspräsident[4], und der Herr Reichspräsident ist nicht von den Nationalsozialisten gewählt worden, sondern gerade von denen, die jetzt nicht verantwortlich sein wollen für das Kabinett Papen[5]. Allein, ich würde sogar eine Verantwortung übernehmen für diese sechs Wochen, was läge daran. Die anderen aber sollen gefälligst die Verantwortung übernehmen für ihre dreizehn Jahre! Das sind sie uns schuldig und sollen nun nicht versuchen, sich plötzlich durch Mätzchen von dieser Verantwortung [*sic!*] zu drücken. Was soll das heißen, wenn sie jetzt plötzlich, als ob gar nichts hinter ihnen läge, Freiheit rufen[6], jetzt auf einmal, oder wenn sie jetzt plötzlich die Sozialisierung als Notwendigkeit erkennen[7], oder von Arbeitsbeschaffung reden[8], oder gegen die Reparationen Stellung nehmen[9]? Diese Erkenntnisse sind den Herren gerade dreizehn Jahre zu spät gekommen! So etwas muß man wissen, wenn man eine Regierung antritt und nicht dann, wenn man von ihr verschwindet. Dreizehn Jahre lang haben sie das Wort Freiheit nicht gekannt, außenpolitisch Deutschland isoliert, in der Politik jede freiheitliche Meinung unterdrückt. Niemals ist in Deutschland so mit Zuchthausparagraphen gearbeitet worden als in ihrem sogenannten Freiheitsstaat. Wann ist je früher die Presse so geknebelt worden wie unter ihnen, sind Flugblätter konfisziert, Plakate beschlagnahmt[10], ist der Rundfunk nur für eine Partei reserviert[11] und selbst mir als Person - die Herren können das nicht bestreiten - das Reden auf Jahre verboten worden[12]? Und jetzt auf einmal reden sie von Freiheit!

Jetzt reden sie gegen die drei Milliarden von Lausanne[13]! Vor zwei Jahren, da haben die Bieder- und Ehrenmänner noch 130 Milliarden unterschrieben[14], und als wir im Reichstag dagegen Stellung nahmen, da wurden wir verlacht[15], und jetzt auf einmal haben sie eingesehen, daß das Volk nicht 130 Milliarden, sondern nicht einmal drei Milliarden bezahlen kann. Auch zu spät, dieses Einsehen! Die drei Milliarden - die Herren von der SPD brauchen sich nicht die

4 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.
5 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.
6 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 136, Anm. 10.
8 Vgl. Dok. 146, Anm. 14.
9 Vgl. Dok. 130, Anm. 9.
10 Vgl. Dok. 16, Anm. 11.
11 Vgl. Dok. 1, Anm. 26. Erst am 7.6.1932 hatte die Reichsregierung Parteipropaganda im Rundfunk zur Reichstagswahl am 31.7.1932 zugelassen. Vor der Wahl konnten der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, am 14.6. und 29.7.1932 und der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, am 18.7.1932 im Rundfunk sprechen. Die erste Rede Straßers wurde in Bayern, Württemberg und Österreich nicht ausgestrahlt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 196 f.
12 Vgl. Dok. 1, Anm. 25.
13 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
14 Bezieht sich auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
15 Zu den Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. 1: Text, Frankfurt a. M. 1977, S. 178 ff.

Köpfe zu zerbrechen - werden nie bezahlt, dafür garantiert aber nicht das Zentrum und die SPD, sondern dafür garantieren wir! Dreizehn Jahre haben wir gegen die Reparationsposition gefochten, zum Volksbegehren haben wir die deutsche Nation aufgerüttelt[16], die Herren können sich jetzt ihr Geschwätz ersparen! Die weitere Aufrüttelung des deutschen Volkes besorgen *wir* und die Durchführung ebenso! Plötzlich tun sie, als ob sie dreizehn Jahre lang von einem unbändigen Willen erfüllt gewesen wären, Gutes zu tun, und nur wir bösen Nationalsozialisten haben sie daran gehindert. Allerdings, ich weiß nicht, ob Sie jemals in der roten Presse vor dreizehn Jahren von uns etwas gelesen haben!? Vor zwölf Jahren kaum, vor elf Jahren begannen sie langsam Notiz zu nehmen, vor zehn Jahren haben sie geschrieben: Es ist ein kläglich Häuflein belangloser Männer. Vor neun und acht Jahren sagten sie: Eine kleine Vereinigung verkrachter Existenzen, fortgejagter Offiziere und verschlammter Studenten haben einen kleinen Verein gebildet. Jetzt sind wir auf einmal schuld, die dreihundert von damals[17], daß die große mächtige Sozialdemokratie und das große mächtige Zentrum ihre weitgehenden Pläne nicht erfüllen konnten.

Sie haben allen Grund, jetzt herumzublicken und Schuldige zu suchen, denn die dreizehn Jahre sind in ihrem Ergebnis die größte Vernichtung eines Systems, die man sich denken kann. Wirtschaftlich: Sieben Millionen Arbeitslose[18], die deutschen Bauern verelendet[19], der Mittelstand vernichtet[20], die Finanzen im Reich und in den Ländern zerstört[21], alles bankrott, überschuldet, was wollen Sie noch mehr? Sie sollen jetzt nicht kommen und sagen: in dreizehn Jahren konnten wir nicht aufbauen. Aufzubauen hätten sie nicht brauchen, aber zerstören hätten sie nicht sollen! Außerdem wollen sie plötzlich jetzt so tun, als ob in den dreizehn Jahren die Entwicklung von selbst gekommen wäre; jetzt waren sie gerade im Begriff umzukehren! Dreizehn Jahre sind eine lange Zeit, in dreizehn Jahren hat Bismarck einst den preußischen Staat aus der Niederlage von Olmütz[22] herausgehoben und hat ein Deutsches Reich gegründet, und nicht einmal dreizehn Jahre wurden dazu gebraucht! Innerhalb von zehn Jahren hat er das alles geschaffen, und in dreizehn Jahren haben die Menschen ungefähr das vernichtet, was fünfzig Jahre vorher zusammengespart und zusammengearbeitet worden war. Dabei können sie nicht einmal sagen, daß das nur wirtschaftlich, durch internationale Ereignisse geschehen sei. Jetzt auf einmal soll die Internationale sie belasten! Sie haben doch sonst immer so große internationale Beziehungen gehabt, warum haben sie die nicht einmal für Deutschland spielen lassen? Soviel Internationales gibt es, soviel Weltgewissen gibt es, gibt Kontrakte, gibt den Völkerbund[23], die Abrüstungskonferenz[24], gibt Moskau, gibt eine zweite Internationale[25], es gibt eine dritte Internationale[26], und was ist dabei für Deutschland herausgekommen?

16 Vgl. Dok. 112, Anm. 35.
17 Vgl. Dok. 13, Anm. 14.
18 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.
19 Vgl. Dok. 1, Anm. 16.
20 Vgl. Dok. 109, Anm. 6.
21 Vgl. Dok. 1, Anm. 19.
22 Vgl. Dok. 73, Anm. 6.
23 Vgl. Dok. 79, Anm. 4.
24 Vgl. Dok. 77, Anm. 12.
25 Vgl. Dok. 92, Anm. 18.
26 Vgl. Dok. 69, Anm. 8.

Sie sollen bei der Wahrheit bleiben und zugeben, daß sie elend versagt haben, aber nicht nur wirtschaftlich, daß sie vor allem politisch das deutsche Volk zerrissen haben und zu einer Spottgeburt erniedrigten. Wenn die Welt uns dreizehn Jahre so behandelt hat, dann tat sie es nur, weil wir ihr selbst die Voraussetzung dazu gegeben haben. Wie soll sie mit einem Volk umgehen, das sich den Luxus erlaubt, in fünfunddreißig Parteien[27] gespalten zu sein? Jedem Stand seine Partei, jedem Beruf seine Partei, der Arbeiter gleich drei bis vier Parteien, das Bürgertum als das viel intellektuellere braucht noch mehr Parteien, der Mittelstand ebenfalls, der Handwerker selbstverständlich, dann haben die Kleinrentner ihre Partei, die Hausbesitzer müssen ihre Partei haben und demzufolge auch die Mieter, und weil die Katholiken ihre Partei haben[28], müssen auch die Protestanten ihre Partei haben[29], und die Bayern müssen ihre eigene Partei besitzen[30] und das Landvolk und alles zusammen, das heißt man dann den politischen Willen der deutschen Nation und wundert sich dann, wenn aus diesem Willen nichts anderes kommt, als was er selbst repräsentiert: Zerfall und Schwäche und Ohnmacht, und wundert sich, wenn die Welt ein Volk gerade so beurteilt, wie es sich gebärdet!

Zerrissen sind wir im Innern und demgemäß ohnmächtig und schwach, und die Welt hat noch niemals aus Mitleid ein Volk gut behandelt. Das, was die Biedermänner unserer internationalen Parteien dauernd als Recht bezeichnet haben, war nicht in den Sternen geschrieben, sondern das Recht liegt immer in der Macht der Menschen begründet. Ein Reich ohne Macht ist undenkbar und Macht ohne Kraft desgleichen, und Kraft ist im Völkerleben immer an die Wurzel eines Volkes gebunden, an die Einmütigkeit.

Wenn nun Leute gegen uns Nationalsozialisten den schärfsten Vorwurf der Intoleranz erheben, dann verurteilen sie sich selbst damit am schärfsten. Sie sagen: Die Nationalsozialisten sind intolerant und insbesondere ich sei ein Mensch, der mit den Parteien nicht arbeiten wolle, und ein deutschnationaler Parteiführer[31] hat gesagt: Sie sind gar nicht nationalsozialistisch, sie wollen nicht mit den anderen Parteien zusammenarbeiten, sie wollen nicht mehr Parteien dulden als sich selbst, also sei das typische des Nationalsozialismus, die parteipolitische Zerrissenheit zu fördern[32]!

Meine Volksgenossen und -genossinnen! Die Offenheit unserer Gegner schadet uns gar nichts! Unsere Gegner haben sich in so vielem getäuscht - was uns betrifft, in Allem und Jedem -, doch nur einmal wenigstens haben sie sich nicht geirrt! Sie haben solange prophezeit, daß Deutschland unter ihnen groß werden wird, und Würde und Freiheit[33] walten wird, und doch kam es anders, und sie haben uns prophezeit, daß wir klein würden, und es kam auch anders! Nur in einem haben sie richtig prophezeit, und wir gestehen es tatsächlich ein: Ich habe die unbändige Absicht und den unbändigen Willen, diese fünfunddreißig Parteien aus Deutschland wirklich hinauszufegen und überlasse es einmal der Geschichte festzustellen, wer nationaler gehandelt hat, die, die unser Volk in fünfunddreißig Parteien zerrissen haben, oder die,

27 Vgl. Dok. 148, Anm. 10.
28 Gemeint ist das Zentrum.
29 Gemeint ist der Christlich-Soziale Volksdienst. Vgl. Dok. 28, Anm. 18.
30 Gemeint ist die BVP.
31 Alfred Hugenberg.
32 Vgl. Dok. 129, Anm. 14.
33 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.

die diese fünfunddreißig Parteien beseitigten und zu *einer* Volksbildung zusammenrissen. Sie sagen dann allerdings, sich selbst rechtfertigend: Das wird den Nationalsozialisten ja gar nicht gelingen. Sie werden es nicht fertigbringen, die Hitler [*sic!*], Elemente des Lebens und der Wirtschaft zusammenzubringen, zu einer politischen Willensmeinung zusammenzufügen. Ich glaube, wenn man ausgeht von einer Partei, die selbst Klasse und Stand ist, kann man nicht anders urteilen! Jeder Mensch glaubt das, was er will, und der Menschen Wollen ist das, was sie sich wünschen, und wünschen tun sie sich nur das, was ihnen Nutzen bringt und nützlich erscheint. Was kann eine Klassenpartei anders wünschen, als daß die Zerrissenheit bleibt, was kann die Partei anders wollen, als daß es nicht anders in Deutschland wird? Sie leben ja davon!

Und doch haben sie sich mit ihren Prophezeiungen nun schon dreizehn Jahre lang geirrt. Das deutsche Volk möchte zusammenkommen. Es gibt heute Millionen von Arbeitern, die langsam schon einsehen, daß ihre Zukunft, ihre Arbeit und ihr Brot nicht in einer Interessengemeinschaft liegen, sondern im Leben ihres eigenen Volkes, und es gibt Millionen von Bauern, die auch einsehen gelernt haben, daß ihr Schicksal nicht bei einer Partei entschieden wird, sondern in der großen Volksgemeinschaft, in den Millionenstädten[34], und die anderen haben einsehen müssen, daß weltwirtschaftliche Sonderinteressen sehr schön sind, aber daß viel wichtiger ist die eigene Grundlage des Lebens, und die bleibt immer das Trachten nach eigenem Grund und Boden. Und endlich gibt es auch heute Millionen Intellektueller, die aus ihrer Höhe heruntergestiegen sind und einsehen, daß ihr ganzes Wissen und ihre Bildung nur Einbildung sind: vollständig wertlos, wenn sie sich nicht verbinden mit den Millionen Arbeitern und deutschen Bauern. Sie sind heute da, in allen Ständen, die Menschen, die einsehen gelernt haben, daß ihr ganzer Standesdünkel und Klassenwahn nichts anderes ist als ein Irrtum. Wertlos und schädlich, ja, lächerlich zugleich, in einer Zeit, da die Völker miteinander ringen um das tägliche Brot und mehr denn je der Satz gilt: "Der Starke schafft sich Platz auf dieser Welt". In einer solchen Zeit kann sich ein Volk nicht den Luxus erlauben, sich selbst nach Stand und Beruf und Konfessionen aufzulösen und die ganze Kraft im Innern zu verbrauchen. Millionen wollen das nicht mehr, und die Gegner sollen nicht sagen, daß dies Behauptungen sind! Die Gegner unserer Bewegung wissen, daß es so ist!

Dreizehn Jahre lang haben sie prophezeit, meine Gegner von der Zentrums- und sozialdemokratischen Partei und von der bürgerlichen Mitte. Erst schrien sie uns tot, und dann begannen sie zu spotten und zu lachen, und als Spott und Lachen nichts mehr nützten, begannen sie sich Mut einzuflößen und zu lügen: Was wollen die Nationalsozialisten, diese lächerlich kleine Vereinigung? Wie groß sind sie denn? Ein kleines Häufchen! Können sie denn größer werden? Ausgeschlossen, sie haben den Höhepunkt schon überschritten! So sagten sie, als wir noch nicht einmal 100.000 zählten, und als wir eine Million hatten, sagten sie, es geht bergab, und als wir anfingen, das Volk hinter uns zu haben, behaupteten sie, die Führer machen nicht mehr mit, die SA geht davon[35]! Beruhige Dich, Herz, zittere nicht! Die Partei kann als erledigt an-

34 Nur Berlin mit 4.202.050 und Hamburg mit 1.092.423 Einwohnern überschritten nach der Volkszählung vom 16.6.1933 die Grenze zur Millionenstadt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 7.

35 Bezieht sich auf den Konflikt der Reichsleitung der NSDAP mit dem OSAF-Stellvertreter Ost, Walter Stennes. Um die Reichsleitung auf ihre schlechte Situation aufmerksam zu machen und die stark empfundene Benachteiligung gegenüber der politischen Organisation zu beenden, hatte die Berliner SA seit dem 28.8.1930 ihren Dienst verweigert und Teile der Berliner SA am 30.8.1930, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen,

gesehen werden und am 1. August [*1932*] werden wir sehen, wie sie schreiben: Hitler hat eine vernichtende Niederlage erlitten!

Immer haben sie prophezeit und immer wieder sind wir gewachsen und sind fester geworden. Erst wollten sie uns nicht sehen, heute müssen sie uns sehen und morgen müssen sie vor uns weichen! Wenn eine Bewegung von sieben Mann[36] in dreizehn Jahren, in einer Zeit, wo alles andere sich auflöst, auf 13[37], 14, 15 und 16 Millionen wächst, dann ist das schon der Beweis dafür, daß in ihr ein richtiger Kern stecken muß, denn groß sind wir nicht geworden durch irgendeine Huld von oben. Gegen alle Widerstände, die denkbar sind, hat diese Bewegung sich durchgesetzt, und der Kampf um den deutschen Menschen wird nicht aufgegeben, sondern wird fortgeführt, ganz gleich, wie diese Wahl ausgeht.

Wir geben das Ringen um Deutschland nicht auf und sind überzeugt, daß unser der Sieg sein muß, denn schon vor diesen Parteien hat es ein deutsches Volk gegeben und nach ihnen wird es erst recht ein deutsches Volk geben! Sie tun so, als ob sie Einrichtungen der Vorsehung wären, die von jeher unser deutsches Volk belasten. Nein, sie sind Erscheinungen einer Zeit, die schlimm genug war für Deutschland, und mit dieser schlimmen Zeit werden sie selbst vergehen, und indem sie vergehen, wird die Zeit mit ihnen vergehen.

Die Wahl am 31. Juli [*1932*] kann vielleicht entscheidend werden für die ganze deutsche Zukunft! Ich glaube, Millionen in Deutschland empfinden das. Wann hat es je so etwas gegeben wie diese Wahlversammlung im deutschen Volke, und das erlebe ich nun seit fünfzehn Tagen, jeden Tag vier bis fünf Mal, manchmal um zwei Uhr morgens[38]!

Es ist eine ungeheuere Bewegung, die durch unser Volk geht, ein ungeheueres Erwachen. Die Nation will nicht mehr, sie will nicht mehr sich zerreißen lassen! Sie will zusammenkommen und wird zusammenkommen, und dieser Tag von übermorgen kann den Prozeß beschleunigen, wenn Sie Ihre Pflicht erfüllen! Ich möchte Sie nicht bitten und betteln, daß Sie gnädig sind, sondern ich möchte Sie nur um eines bitten: Prüfen Sie doch, prüfen Sie die letzten dreizehn Jahre gerecht und objektiv. Und sind Sie der Überzeugung, daß die dreizehn Jahre Segensjahre für Deutschland waren, dann bleiben Sie bei der Partei, der Sie angehörten, und wenn Sie selbst davon überzeugt sind, daß es nicht so weitergehen kann, und wenn Sie selbst einsehen, daß einmal eine Wende kommen muß, aber dann bitte, dann seien Sie auch Mann oder Weib, *treffen Sie eine ganze Entscheidung!* Nehmen Sie sich die Hunderttausende junger Kämpfer zum Vorbild, die Hunderttausende unserer SA und SS[39], die dem ganzen jetzigen Deutschland den Kampf ansagen, und sind auch Sie entschlossen! Glauben Sie, das Himmelreich wird keinem Lauen gegeben[40], das Reich auf dieser Welt auch nicht! Wer hier nicht gel-

---

die Gaugeschäftsstelle der NSDAP verwüstet. Hitler war sofort nach Berlin gereist, wo es ihm gelang, die Gegensätze vorläufig auszugleichen. Stennes sorgte aber auch weiterhin für Unruhe in der Berliner SA und kritisierte offen Hitlers Legalitätskurs. Am 1.4.1931 setzte Hitler ihn schließlich ab. Der Versuch von Stennes, am selben Tag die NSDAP in Berlin und den östlichen Provinzen doch noch zu übernehmen, scheiterte. Vgl. Bd. III/3, Dok. 100, Bd. IV/1, Dok. 71, 80, 81, 82, 84, 85, 86, 87, 89, 92.

36 Vgl. Dok. 1, Anm. 31.

37 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Vgl. Dok. 30, Anm. 2.

38 Bezieht sich auf die Rede in Stralsund. Vgl. Dok. 122.

39 Vgl. Dok. 99, Anm. 5.

40 Vgl. Dok. 112, Anm. 39.

ten will, wer hier keine Entscheidung treffen will, der soll sich nicht wundern, wenn das Schicksal mit ihm zur Tagesordnung übergeht.

Wenn wir vor dreizehn Jahren nicht den Mut gehabt hätten, diesen Kampf zu beginnen, wo würden die Hunderttausende unserer jungen Kämpfer sein!? Sie haben einen neuen Glauben für ihr Volk bekommen, und sie stoßen in zwölfter Stunde zu einer Armee, die heute schon ist.

Ich brauche Sie nur um eines zu bitten: *Lösen Sie sich einmal in Ihrem Leben los von Ihren ganzen Traditionen, los von Ihrem Stand, Ihrem Beruf, lösen Sie sich los von Ihrem Klassenansehen. Lösen Sie sich los von Ihrer Geburt, los von allen Partei-Überlieferungen, befreien Sie sich von allen Fesseln und denken Sie einmal an das, was vor Ihnen ist und nach Ihnen sein muß, an*

Deutschland!

30. Juli 1932 Dok. 159
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kempten[1]

Allgäuer Tagblatt vom 1.8.1932, "Hitler vor 25.000 Menschen in Kempten"[2].

Die ganze Art des Wahlkampfes[3] zeige, betonte er [*Hitler*], daß sich Millionen Deutsche bewußt geworden seien, daß wir nun vor einem Wendepunkt des deutschen Schicksals stehen würden. Auch die Gegner fühlen das und fürchten den Rechenschaftsbericht, der von ihnen gefordert werde und nach dem sie beurteilt würden. Die Gegner der Nationalsozialisten versuchten, sich mit den Ereignissen der letzten 6 Wochen im Wahlkampf abzufinden, sie scheinen aber ganz vergessen zu haben, daß die Regierung Papen nicht von Hitler, sondern vom Reichspräsidenten von Hindenburg bestimmt worden sei, und daß von Hindenburg nicht von den Nationalsozialisten, sondern von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den anderen Systemparteien gewählt worden sei. Es scheine, daß die Herren des ehemaligen Systems sich von der Verantwortung [*sic!*] zu drücken versuchen. Noch nie habe auch ein System auf *allen Gebieten des Lebens so versagt* wie das bisherige. Heute tun die Herrscher des Systems so, als ob es noch viel schlimmer hätte kommen können. Man müsse schon fragen, was hätte noch schlimmer sein können. Was an Verelendung habe kommen können, sei geschehen. Alles verschuldet, bankerott, 6 Millionen Arbeitslose[4], das seien die Früchte des Systems. Jedes Land, das die Nationalsozialisten übernommen hätten, sei vollständig bankerott gewesen[5]. Jetzt auf

1 Auf dem Platz an der Tierzuchthalle, nach 13.00 Uhr. An der von Gauleiter Karl Wahl mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Allgäuer Tagblatt etwa 25.000 Menschen teil (VB: 30.000). Nach Hitler sprachen MdL Hermann Esser und der Wiener Gemeinderat Walter Riehl (NSDAP).

2 Vgl. auch VB vom 1./2.8.1932, "Der letzte Tag des Deutschlandfluges".

3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

4 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.

5 Die NSDAP hatte in den Ländern Oldenburg am 29.5.1932 und Mecklenburg Schwerin am 5.6.1932 erstmals die absolute Mehrheit erzielt und daraufhin ohne die Beteiligung anderer Parteien die Landesregierungen gebildet. Vgl. Dok. 89, Anm. 17, 18.

einmal reden die Gegner der Nationalsozialisten von Freiheit und Brot[6], sozialer Wohlfahrt[7] und von der Unmöglichkeit der Reparationen[8]. Welch eine blitzschnelle Wendung sei gekommen. Vor zwei Jahren habe man die Nationalsozialisten verfolgt, weil sie gegen den Young-Plan[9] gestimmt hätten[10]. Heute bezeichnen die gleichen Gegner die Bezahlung von 3 Milliarden ans Ausland als unmöglich[11], nachdem sie zuvor schon 130 Milliarden Mark seit Kriegsende ohne Zaudern bezahlt hätten[12]. Wenn jemand überhaupt ein Recht hätte, von Freiheit zu reden oder gegen die Reparationen Stellung zu nehmen, dann seien es die Nationalsozialisten. 13 Jahre lang hätten die Systemparteien die Nationalsozialisten unterdrückt, schikaniert, ihre Zeitungen verboten[13], jahrelange Redeverbote gegen sie und ihre Führer[14], ja sogar gegen gewählte Volksvertreter erlassen. Jetzt rede diese Gesellschaft auf einmal selbst von Freiheit. 13 Jahre lang hätte sie davon nichts wissen wollen.

Die Stellung eines Volkes in der Welt werde sich, so betonte Adolf Hitler auf die Konferenz in Lausanne zu sprechen kommend, nie nach Sympathien und Gunsterweisungen anderer Völker richten, sondern nach der *eigenen Kraft* eines Volkes. Ich glaube, so fuhr der Redner fort, an kein Recht der Welt, das nicht von einer Macht beschirmt ist.

Adolf Hitler kam dann auf die Parteien in Deutschland zu sprechen und erklärte: Es liegt im Wesen unseres Zerfalles, daß wir in *Deutschland 30 Parteien*[15] *zählen.* Wie solle man im Ausland auch eine Nation beurteilen können, die sich zu einer solch lächerlichen Zersplitterung herabwürdigt. Die Gegner der Nationalsozialisten hätten sich tausend Male geirrt. Schon 1918, als sie eine Zeit der Schönheit, Freiheit und Würde[16] in Deutschland versprachen, noch mehr in den letzten 13 Jahren, in denen wir zugrunde gingen. In einem hätten sie sich nicht geirrt: nämlich darin, daß die Nationalsozialisten mit den Parteien in Deutschland aufräumen würden. Ich habe mir, so erklärte der Redner, ein Lebensziel und eine Aufgabe gestellt, das ich bis zum Letzten vertreten werde, die 30 Parteien in Deutschland zu beseitigen.

Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten beruhe auf der Wurzel jeder Wirtschaft, auf der eigenen nationalen *Stärke und Gesundheit*[17]. Wir sind der Überzeugung, fuhr der Redner fort, daß wir erst *politisch gesunden* müssen und daß dann erst der Aufstieg der Wirtschaft einsetzen kann. Alle Hoffnungen auf eine internationale Hilfe sind Irrsinn, die einzige richtige Hoffnung ist die *Tat aus eigener Kraft.*

---

6 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des "Völkischen Beobachters" überschrieben. Vgl. auch Dok. 130, Anm. 7.
7 Vgl. Dok. 136, Anm. 10.
8 Vgl. Dok. 130, Anm. 9.
9 Vgl. Dok. 112, Anm. 34.
10 Vgl. Dok. 112, Anm. 35.
11 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
12 Bezieht sich auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 112, Anm. 2.
13 Vgl. z. B. Dok. 136, Anm. 15.
14 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 25.
15 Vgl. Dok. 148, Anm. 10.
16 Vgl. Dok. 1, Anm. 29.
17 Zur Entwicklung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms vor 1933 vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 27 ff.

Die Grundlage jeder Wirtschaft liegt im Raum des eigenen Grund und Bodens. Die Basis bleibt die eigene Erde, der eigene Bauer, die eigene Arbeitskraft und die eigene Genialität eines Volkes, auf der ein Wiederaufstieg erfolgen kann.

Die Zukunft Deutschlands erfordere, fuhr der Redner fort, eine Reihe schwerer Entschlüsse, um die 6.000.000 Arbeitslose[18] zu beseitigen, um die Zersplitterung aufzuheben, die erst durchführbar sind, wenn *ein geschlossenes Volk* ersteht. Es muß nicht jeder Beruf eine Partei sein. *Warum sollen die Menschen nicht politisch den Weg finden,* wenn sie doch im Leben *miteinander auskommen* müssen. In dem Programm für den Wiederaufstieg kann es für jeden nur soviel geben, als für die Gesamtheit zuträglich ist. Über die bisherigen Vorurteile von Konfession u[*nd*] Stand hinweg kann sich eine Basis schaffen, die eine neue Blüte der deutschen Wirtschaft bringen kann. Erst ist *Deutschland* gewesen, *dann erst seine Wirtschaft.* Erst ist Deutschland zugrunde gegangen, dann seine Wirtschaft. Erst muß auch *Deutschland sich erheben*, dann kann die Wirtschaft sich heben.

Die Bewegung der Nationalsozialisten, die herausgewachsen aus einer Handvoll Leute sei [*sic!*], trage die Kraft in sich, Deutschland wieder zu geben, was es benötige. Keine Wahl wird diesen Weg der Nationalsozialisten für Deutschlands Wohl beeinflussen. Und nach dem 31. Juli werde die Arbeit der Nationalsozialisten wieder ihren Anfang nehmen. Hitler fuhr fort: Eine Idee verfechte ich, nur einer Organisation gehöre ich an und der bleibe ich fanatisch treu bis zu dem Tag, da mich der Rasen deckt. Es ist gleichgültig, wieviele Menschen hinter mir sind. Ich lasse die Fahne nicht, weil ich der Überzeugung bin, daß solche Volkszersplitterung wie in Deutschland wieder harte, eiserne Grundsätze braucht. Zum Schlusse forderte Adolf Hitler die Menge auf, sich loszureißen von allem Klassen-, Standes- und Konfessionsdünkel und an das zu denken, was ehedem war: *ein Deutschland!*

30. Juli 1932 Dok. 160
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bayreuth[1]

Oberfränkische Zeitung und Bayreuther Anzeiger vom 1.8.1932, "Hitlerkundgebung in Bayreuth"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 159.

18 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.

1 In der Unteren Au, nach 18.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Präsidiums der Regierung von Oberfranken 15.000 bis 16.000 Menschen teil (VB: 40.000). Vor Hitler sprach der Vorsitzende der DNSAP der Tschechoslowakei, Hans Krebs. Vor Beginn und im Anschluß an die Versammlung kam es zu zahlreichen politisch motivierten Schlägereien. Die Landespolizei beschlagnahmte bei mehreren SA-Angehörigen Schuß- und Schlagwaffen.

2 Vgl. auch Fränkische Volkstribüne vom 30.7.1932, "Hitler und der Bayreuther Gaubonze fordern die Macht", vom 1.8.1932, "Die gelbe Mordbestie gibt eine Gastrolle in Bayreuth"; VB vom 31.7.1932 (Werbesondernummer), "40.00 in der Stadt Richard Wagners", vom 1./2.8.1932, "Der letzte Tag des Deutschlandfluges" sowie Bericht des Präsidiums der Regierung von Oberfranken Nr. 738 vom 3.8.1932; BayHStA, MA 102155/2. Vgl. ferner Susanna Großmann-Vendrey, Bayreuth in der deutschen Presse, Dokumentenbd. 3/2: Von der Ära Siegfried Wagner bis ins Dritte Reich (1908-1944), Regensburg 1983, S. 233 f.

30. Juli 1932 Dok. 161
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Masch. Manuskript o. D.; BA, NL Streicher Nr. 126[2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Seit über 100 Jahren hat das deutsche Volk noch nicht eine solche Erhebung mitgemacht wie jetzt. Mit der heutigen Kundgebung beweisen Sie am besten, daß das deutsche Volk in eine neue Zeit, in eine neue deutsche Geschichte hineinschreitet. Dutzend- und dutzendmal ist unser Volk zur Wahlurne gegangen, aber nie so beherrscht von dem Gefühl, daß nun eine geschichtliche Entscheidung vor uns steht als wie dieses Mal [*sic!*][3]. Die Parteien, die dreizehn Jahre lang in Deutschland regierten, stehen vor ihrer Ablösung. Sie sollen doch zurückgreifen auf ihre Leistungen der letzten vierzehn Jahre! Wir halten ihnen dafür unsere Erfolge der letzten sechs Wochen entgegen!

Wir Nationalsozialisten sollten für die Regierung Papen verantwortlich sein[4]? Meine Volksgenossen! Wir können darüber lachen. Denn nicht wir haben diese Regierung eingesetzt, sondern die vom Zentrum und der SPD[5]. Sie schufen diesen erleuchteten Reichstag. Wir lassen uns nicht mehr von ihren dummen Mätzchen beschwindeln, sondern präsentieren ihnen morgen die Rechnung für ihre verantwortungslosen dreizehn Jahre.

Heute schreien sie:

Wir geben Euch die Freiheit[6], ein jeder bekommt Arbeit und Brot[7]. Sie versprechen ja nur aus Angst, sie zittern vor der Entscheidung. Wir lachen dazu, weil wir wissen, daß man eine solche Erkenntnis besitzen muß, wenn man eine Regierung antritt, aber nicht erst, wenn man davongejagt wird!

Worin bestand die Freiheit des deutschen Volkes in den letzten dreizehn Jahren? Außenpolitisch in einer furchtbaren Versklavung und Unterdrückung, innenpolitisch in Notverordnungen, Hunger und Elend. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, SPD und Zentrum, wie sie ein gläubiges Volk belogen, verraten und verkauft und geknebelt haben. Wo ist da die Freiheit gewesen, als unsere Flugblätter und unsere Plakate verboten wurden[8], als sie unsere Versammlungen schlossen, als sie uns das Reden verboten[9] und unsere Kämpfer einsperrten?

---

1 Im Stadion, nach 20.00 Uhr. An der von Stadtrat Willy Liebel mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Bayerischer Volkszeitung etwa 60.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Julius Streicher, nach ihm MdR Franz Ritter von Epp.

2 Mit inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Hitler, S. 184-187. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Bayerische Volkszeitung vom 1.8.1932, "Adolf Hitler in Nürnberg"; Nürnberger Zeitung vom 1.8.1932, "Der Schlußakt des Wahlkampfes".

3 Vgl. Dok. 97, Anm. 8.

4 Vgl. Dok. 121, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 130, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 159, Anm. 6.

8 Vgl. z. B. Dok. 16, Anm. 11.

9 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 25.

Jetzt auf einmal, fünf Minuten vor zwölf, triefen sie von Freiheit, quatschen sie vom Recht des deutschen Menschen. Genau so, wie sie jetzt auf einmal wissen, daß Deutschland drei Milliarden nicht bezahlen kann [10]. Vor zwölf Jahren haben dieselben Demagogen 130 Milliarden unterschrieben [11], vor zwölf Jahren waren sie dazu bereit, einen Generalfeldmarschall ins Gefängnis zu werfen, deutsche Kämpfer der Schmach und der Schande preiszugeben [12]. Wer hat damals gegen eine solche Regierung Stellung genommen? Jetzt auf einmal wissen sie, daß Deutschland weder 130 Milliarden noch nicht einmal 3 Milliarden bezahlen kann.

Wir Nationalsozialisten können stolz sein auf unsere Erziehungsarbeit an diesen Burschen! Soweit haben sie es gebracht, daß sie jetzt Freiheit rufen, keine Reparationen mehr schreien, daß sie himmelhoch beteuern: Wir wollen für die Wirtschaft eintreten. Jetzt entdecken sie ganz plötzlich ihr soziales Herz, das sie dreizehn Jahre lang nicht mehr gekannt hatten. Wir werden sie noch weiter erziehen, daß ihnen Sehen und Hören vergeht. Sie müssen endlich erkennen, daß Führer und Geführte eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft bilden, und wir werden sie noch dorthin führen, wo diese Erkenntnis schon von Anfang vertreten wurde, nämlich zu uns.

Was haben sie denn aus Deutschland mit ihren Regierungskünsten gemacht? Wie würden sie prahlen, wenn sie nicht so erbärmlich regiert hätten: Das haben wir getan und dieses und jenes, wir haben dem Volke Arbeit gegeben, die Erwerbslosigkeit beseitigt und die Finanzen in Ordnung gebracht und den Mittelstand gerettet. So würden diese Pfuscher reden! Sie würden nicht so bescheiden sein wie wir, die wir uns zwölf Jahre für den deutschen Menschen einsetzten. Sie können es nicht! Wenn die Merkmale der Vernichtung der deutschen Wirtschaft, Verelendung der Berufsstände, Ausrottung des Mittelstandes, sieben Millionen Erwerbslosen [13] bestehen [*sic!*], so nenne ich das keine Freiheit! Auf einmal wollen sie Deutschland ins Paradies verwandeln, jetzt auf einmal. Aber ihr Herren vom Zentrum und der SPD, ihr erinnert euch wohl nicht mehr an eure Schuld am verlorenen Krieg [14]! Wie sagtet ihr doch: Der Krieg darf nicht gewonnen werden, der deutsche Soldat darf nicht als Sieger heimkommen [15]! Und dann euer Triumphgeschrei: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt [16]." Ja, Spitzbuben haben damals gesiegt, und ein heldenhaftes Volk hat alles verloren!

So häuftet ihr Schuld auf Schuld, Verrat auf Verrat, dreizehn Jahre lang, bis das deutsche Volk jedes politische Denken und Fühlen verloren hatte und durch seine dreißig Parteien [17]

---

10 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.

11 Bezieht sich auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 112, Anm. 34.

12 In Teil VII, Artikel 227-230, des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatten sich die Siegermächte das Recht gesichert, Deutsche, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, vor ihre Gerichte zu stellen. Zu den Personen, die ausgeliefert werden sollten, gehörte auch Generalfeldmarschall von Hindenburg. Die Alliierten stimmten am 13.2.1920 dem deutschen Vorschlag zu, auf die Auslieferung zu verzichten und die Aburteilung der Kriegsverbrechen dem Reichsgericht in Leipzig zu überlassen. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

13 Vgl. Dok. 112, Anm. 19.

14 Vgl. Dok. 11, Anm. 4.

15 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

16 Laut Überlieferung sagte Philipp Scheidemann am 9.11.1918 bei der Ausrufung der Republik den Satz: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt." Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, S. 451.

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

zum Gespött des Auslandes wurde. Ist das vielleicht eine Nation, die sich von dreißig Parteien vertreten läßt? Verdankt ihr es ihnen, wenn heute überhaupt noch ein Deutschland besteht?

Der Arbeiter hatte drei oder vier Parteien, das Zentrum noch mehr, der Kleinrentner seine eigene, der Großindustrielle, das Landvolk, der Beamte, der Angestellte und die Katholiken rühmten sich sogar einer ganz besonderen Spezialpartei.

Ist das vielleicht deutsch, wenn unser Volk in dreißig Parteien zerrissen ist, wenn nicht eine mit der anderen sich vertragen kann? Ich sage aber all diesen traurigen Politikern:

Deutschland wird eine einzige Partei werden, die Partei eines heldischen großen Volkes!

Wir werden diesen Herrschaften noch lernen [*sic!*], daß wir unter den Deutschen etwas Ganzes verstehen. Unser Ziel ist die Beseitigung dieser 30 Parteien, Einigkeit und Ordnung in Deutschland wiederherzustellen in der Erkenntnis, daß die Größe eines Volkes nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich bedingt ist, und vor allem von der Kraft einer geeinten Nation abhängt. Sie werden uns fragen, welches Programm habt ihr? Ja, meine Freunde, wahrscheinlich ist es die Vernichtung der deutschen Wirtschaft, sind es die Millionen Erwerbslosen, die auf Grund eures Programms geschaffen wurden! Sagtet ihr nicht zum Volke: Deutscher, glaube an alles, nur nicht an Dich selbst! In unserem Programm heißt es: Deutscher, verlasse Dich auf gar nichts als auf Dich selbst! Deutschland den Deutschen! Der deutsche Mensch muß aus sich selbst heraus wieder zum Deutschen zurückfinden, über Herkunft, Klassen und Stände, über Konfessionen hinweg: Der Mensch zum Menschen! Nur dann wird das Volk wieder sein Recht vertreten, wenn es sich auf sich selbst besinnt. Wir fordern, daß dieses Volk von Deutschen geführt wird, ein Volk, ein Geist, ein Entschluß - und aus allen heraus: Der Wille zur Tat!

Eine solche Tat wird auch morgen von uns verlangt. Sie werden selbst die Empfindung haben, Deutschland wäre am Ende, wenn der Nationalsozialismus es nicht vom Abgrund zurückrisse. Sie erfüllen das Gebot der Stunde, Sie bauen mit an Deutschlands Zukunft. Was hätte man aus dem deutschen Volke gemacht, wenn nicht unsere Bewegung wäre? Unsere herrliche Partei, die Klassen und Stände, Stadt und Land in ihren Reihen überwunden hat[18], die die Menschen wieder lehrt, sich zu achten und zu schätzen, miteinander auszukommen und einzutreten für ein kommendes, einiges, starkes Deutsches Reich.

Ich bin fest überzeugt: Deutschland geht einer großen geschichtlichen Zukunft entgegen, in der Eifersucht, Neid und Mißgunst großen politischen Aufgaben weichen müssen, in der der deutsche Mensch zum Kämpfer und Sieger wird. Die kommende Zeit kann keine laue Generation, keine verweichlichte Jugend brauchen, sondern, was sie braucht, das ist ein Menschengeschlecht, das sich nicht scheut, sein Bekenntnis laut auszusprechen, und eine starke Jugend, die sich nicht feige verbirgt.

Darum bitten wir Sie für morgen, raffen Sie sich auf zur befreienden Tat, dringen Sie morgen darauf, daß Millionen sich zu uns bekennen, zu einem freien deutschen Volke, daß Parteien und Verbände verschwinden. Vergesse nicht du, deutscher Mann, und du, deutsche Frau, daß das Geschick deines Volkes abhängig ist von dir und deinem Tun.

Du und ich, deutscher Bruder, wir müssen vergehen, aber Deutschland wird weiterleben, weil es weiterleben muß. Ein Tag der Befreiung und eine Wende ist angebrochen, wenn Sie

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

Ihre Pflicht erfüllen. Wir haben sie dreizehn Jahre lang erfüllt, nun ist die Stunde an Sie gekommen, denke daran, was wieder werden muß: Deutschland!

30. Juli 1932 Dok. 162
"Das System zerbricht - Das Volk steht auf!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 1./2.8.1932, "München, letzte Etappe des Deutschlandfluges" [3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 161.

31. Juli/1. August 1932 Dok. 163
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!"
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 1.8.1932 [1].

Ein großer Sieg ist errungen! Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nunmehr zur weitaus stärksten Partei des Deutschen Reichstages emporgestiegen [2]. Diese in der Geschichte unseres Volkes einzig dastehende Entwicklung ist das Ergebnis einer ungeheuren Arbeit, einer immer gleichbleibenden Beharrlichkeit. Es kann angesichts dieses größten Erfolges unserer Bewegung für niemanden einen Dank geben, *sondern für uns alle nur die Pflicht, den Kampf nunmehr erneut und mit erhöhter Kraft aufzunehmen und fortzuführen.*

Adolf Hitler

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 11125) und Ankündigung im VB vom 29.7.1932, 30.7.1932 und 31.7.1932. Titel laut Ankündigung im VB vom 27.7.1932 und 28.7.1932: "Generalabrechnung mit dem schwarz-roten System".

2 Im Dante-Stadion, nach 23.00 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen laut Münchener Zeitung etwa 50.000 Menschen teil (VB: 60.000). Der Versammlung ging ein 50minütiger SA-Aufmarsch voraus. Die Eintrittspreise waren von 20 Pfennig bis 5 RM gestaffelt.

3 Vgl. auch Münchener Zeitung vom 1.8.1932, "Hitler-Kundgebung im Dantestadion"; VB vom 1./2.8.1932, "Der letzte Tag des Deutschlandfluges".

1 Vgl. auch VB vom 1./2.8.1932, "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen!".

2 Bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 entfielen auf die NSDAP 13.779.111 Stimmen (37,4%), die damit 230 Mandate erhielt. Zweitstärkste Partei wurde die SPD mit 7.959.712 Stimmen (21,6%) und 133 Mandaten. Das Zentrum und die BVP erhielten zusammen 5.792.506 (15,7%), die KPD 5.369.698 (14,6%), die DNVP 2.186.661 (5,9%), die DVP 436.012 (1,2%), der Christlich-Soziale Volksdienst 405.367 (1,1%) und die Deutsche Staatspartei 373.338 Stimmen (1,0%). NSDAP und KPD verfügten damit erstmals über eine negative Mehrheit im Reichstag. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 542 f.

31. Juli/1. August 1932 Dok. 164
"S.A.- und S.S.-Männer! Mitglieder der N.S.K.K.[1] und unserer Jugend!" Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 1.8.1932[2].

Ein unerhörter Sieg ist erkämpft worden[3]! Viele Kameraden haben ihn durch schwerste Opfer ermöglicht[4]. Die Toten sind für uns eine heilige Verpflichtung, nunmehr erst recht den Kampf für Deutschlands Freiheit weiterzuführen[5].

Adolf Hitler

München, 31. Juli/1. August 1932[6]

8. August 1932 Dok. 165
"Betrifft: Namensverleihungen" SA-Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 8.8.1932[1].

SA:

Gruppe Ostsee

Dem Sturm *13/2*, ursprünglich *211*, *Stettin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an die Heldentaten des Infanterie-Regiments *211* bei Langemarck[2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 13 Langemarck 211"

zu führen und die gleiche Bezeichnung als Fahneninschrift zu tragen.

---

1 Vgl. Dok. 36, Anm. 1.

2 Vgl. auch VB vom 1./2.8.1932, "S.A.- und S.S.-Männer! Mitglieder der N.S.K.K. und unserer Jugend!".

3 Vgl. Dok. 163, Anm. 1.

4 Allein auf dem Gebiet Preußens fanden in der Zeit des Reichstagswahlkampfs vom 21.7. bis 31.7.1932 317 Fälle politischer Ausschreitungen statt, bei denen 24 Menschen getötet und 285 verletzt wurden. Vgl. Bericht des preußischen Innenministeriums, Nr. II 1272, vom 23.11.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 2. Nach parteieigenen Angaben hatte die NSDAP in diesem Zeitraum deutschlandweit sechs Tote. Vgl. Halbmast, S. 70 ff.

5 In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 29.7.1932 wurden alle öffentlichen politischen Versammlungen in der Zeit vom 31.7. bis 10.8.1932 verboten. Veranstalter und Redner wurden mit Gefängnis, Teilnehmer mit Geldstrafe bedroht. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 9.8.1932 wurde das Verbot bis 31.8.1932 verlängert. Druck: RGBl. 1932, I, S. 389, 407.

6 Hitler fuhr am 2.8.1932 von München nach Tegernsee und besuchte am Abend des 3.8. in München eine Opernaufführung. Am 4.8. reiste er nach Berchtesgaden und von dort nach Berlin, um Reichswehrminister Schleicher zu treffen (vgl. Dok. 166, Anm. 5). Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 212 ff.

1 Vgl. auch Der SA-Mann vom 24.8.1932, "Namensverleihungen".

2 Nach dem Abbruch der Marneschlacht hatten die deutschen Truppen im Herbst 1914 vergeblich versucht, zur Küste durchzustoßen und dabei die alliierten Armeen von Norden zu umfassen. Aufgrund unzureichender takti-

Dem Sturm *41/90*, *Tessin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 28. Februar 1932 von Kommunisten erstochenen SA-Mann August Brackmann[3] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 41 August Brackmann"

zu führen.

Dem Sturm *54/89*, *Zarrentin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. September 1931 von politischen Gegnern erschlagenen SA-Mann Gerhard Friedrich Wittenburg[4] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 54 Gerhard Friedrich Wittenburg"

zu führen.

Gruppe Berlin-Brandenburg

Dem Sturm *23/4*, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in der Nacht vom 17./18. Januar 1932 von Kommunisten erschlagenen Truppführer Ernst Schwartz[5] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 23 Ernst Schwartz"

zu führen.

Gruppe Nordmark

Dem Marinesturm *1*, *Hamburg*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 14. Februar 1932 durch Kommunisten erschossenen SA-Mann Heinrich Heissinger[6] künftig die Bezeichnung

"Marinesturm 1 Heinrich Heissinger"

zu führen.

---

scher Führung und mangelhafter Ausbildung der hauptsächlich aus Kriegsfreiwilligen bestehenden Einheiten verloren die 4. und 6. deutsche Armee während der Schlachten bei Langemarck (22./23.10.1914) und Ypern (30.10.-24.11.1914) 80.000 bis 100.000 Mann. Vgl. Karl Unruh, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986, S. 182.

3 August Brackmann (1907-1932), Techniker, 1931 Eintritt in die NSDAP und SA, am 28.2.1932 bei einer politisch motivierten Auseinandersetzung durch Messerstich schwer verletzt und am folgenden Tag im Krankenhaus Rostock gestorben.

4 Gerhard Friedrich Wittenburg, SA-Mann, am 18.9.1931 an den Folgen eines unaufgeklärten Verkehrsunfalles gestorben.

5 Ernst Schwartz (1883-1932), Kunstmaler und Graphiker, Studium in Breslau und Stuttgart, Tätigkeit in Stettin, München und Berlin, 1926 Eintritt in die NSDAP, am 18.1.1932 zum SA-Truppführer ernannt, in der gleichen Nacht tödlich verwundet.
Trotz Warnungen vor kommunistischen Störversuchen führte die SA eine Veranstaltung in einer kommunistischen Hochburg im Norden Berlins zunächst störungsfrei durch. Für den sicheren Abmarsch der Nationalsozialisten war sogar ein Polizeipanzerwagen bereitgestellt worden. Nach der Versammlung machte die abmarschierende SA jedoch einen offensichtlich als Provokation gedachten Umweg über die kommunistische Laubenkolonie "Felseneck", der Polizeischutz wurde dabei abgehängt. In der Kolonie kam es zu einer Schießerei, deren Hergang auch in einem mehrere Monate dauernden Prozeß nicht rekonstruiert werden konnte. Außer Schwartz wurde auch der Kommunist Fritz Klemke getötet. Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 359 f.

6 Heinrich Heissinger (1909-1932), Kochsmaat, SA-Mann (Marine-SA), wurde am 14.2.1932 auf dem Weg zu einem SA-Sturmlokal erschossen.

Gruppe Niederrhein

Dem Sturm *22/65*, *Beuel* Rh[*ein*]l[*an*]d, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 7. Dezember 1930 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Klaus Clemens[7] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 22 Klaus Clemens"

zu führen.

Gruppe Westfalen

Dem Sturm *29/17*, *Wickede*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. Februar 1932 von Kommunisten erschossenen Scharführer Wilhelm Sengotta[8] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 29 Wilhelm Sengotta"

zu führen.

Gruppe Mitte

Dem Sturm *21/16*, *Dannefeld*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. März 1932 von Marxisten schwer verwundeten und am 14. März 1932 seinen Verletzungen erlegenen SA-Mann Erich Jaenecke[9] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 21 Erich Jaenecke"

zu führen.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm *1/10*, *Schweidnitz*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. Februar 1932 von Kommunisten und Reichsbanner erschlagenen Truppführer Franz Becker[10] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Franz Becker"

zu führen.

Gruppe Österreich

Dem Sturm *23/4*, *Wien*/Österreich, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. August 1930 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Adalbert Schwarz[11] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 23 Adalbert Schwarz"

zu führen.

---

7 Klaus Clemens (1907-1930), 1929 Eintritt in die SA, Mitbegründer der SA und verschiedener Ortsgruppen der NSDAP im Siegkreis, nach Polizeiangaben am 7.12.1930 versehentlich von einem anderen NSDAP-Mitglied erschossen.

8 Wilhelm Sengotta (1911-1932), Schlosser, 1931 Eintritt in die SA und in die NSDAP, SA-Scharführer in Dortmund, nach einer öffentlichen Versammlung am 20.2.1932 erschossen.

9 Erich Jaenecke (1904-1932), Landarbeiter, 1930 Eintritt in die NSDAP und SA, am 14.3.1932 nach einer politisch motivierten Auseinandersetzung seinen Verletzungen erlegen.

10 Franz Becker (1911-1932), Kaufmannsgehilfe, 1929 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1930 Truppführer, am 20.2.1932 nach einer NSDAP-Versammlung erschossen.

11 Adalbert Schwarz (1906-1930), Schlossergehilfe, 1927 Eintritt in die NSDAP und die SA, am 3.8.1930 auf dem Heimweg nach einem SA-Konzert erstochen. Nach parteieigenen Angaben erster in Österreich aus politi-

Dem Sturm *3/76*, *Donnerskirchen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 7. Februar 1932 von einem politischen Gegner erstochenen SA-Mann Hans Karner[12] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"Sturm 3 Hans Karner"

zu führen.

Reichsführer SS

Dem SS-Sturm *1/28*, *Hamburg*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 29. Februar 1932 von der Polizei erschossenen SS-Anwärter Henry Kobert[13] dieses Sturmes künftig die Bezeichnung

"SS-Sturm 1 Henry Kobert"

zu führen.

Reichsjugendführer

Der Schar 2, Gau *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 24. Januar 1932 von Kommunisten ermordeten Jg. Herbert Norkus[14] künftig die Bezeichnung

"Schar 2 Herbert Norkus"

zu führen.

Der Gefolgschaft *VII*, Gau *Mecklenburg-Lübeck*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. September 1931 von politischen Gegnern ermordeten Jg. Gerhard Wittenburg künftig die Bezeichnung

"Gefolgschaft VII Gerhard Wittenburg"

zu führen.

Der Schar *24*, Gau *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 7. Februar 1932 von Kommunisten ermordeten Jg. Georg Preiser[15] künftig die Bezeichnung

"Schar 24 Georg Preiser"

zu führen.

Adolf Hitler

---

schen Gründen getöteter Nationalsozialist. Der Täter Eduard Prinz war vorher noch nie durch politisches Engagement aufgefallen. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München [2]1983, S. 355; Hans Weberstedt und Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehöriger der Gefallenen, München [2]1936, S. 89 f.

12 Hans Karner, Landarbeiter, SA-Mann, am 8.2.1932 bei einer Wirtshausschlägerei vom ehemaligen Mitglied des katholischen Burschenvereins Josef Turner erstochen. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 356.

13 Henry Kobert, am 29.2.1932 24jährig von der Polizei nach Straßenkrawallen, wahrscheinlich in Notwehr, erschossen.

14 Herbert Norkus (1916-1932), Schüler, HJ-Mitglied, am 24.1.1932 nach einer HJ-Propagandaaktion erstochen. Wegen ihrer Beteiligung an der Tat wurden am 14.7.1932 die Kommunisten Georg Stolt und Werner Seeburg sowie der Anhänger des ehemaligen Berliner SA-Führers Walter Stennes, Johannes Kuhlmann, zu drei Jahren und der Kommunist Werner Post zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kommunist Ernst Kuhli und der Stennes-Anhänger Rudolf Gundel erhielten ein Jahr Gefängnis. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 16.7.1932 (Reichsausgabe), "'10 Liter Bier für ein Menschenleben'" sowie Striefler, Kampf um die Macht, S. 363 f.

15 Georg Preiser (1913-1932), Lehrling, 1931 Eintritt in die HJ, Kameradschaftsführer, bei einer politischen Auseinandersetzung erschlagen.

10. August 1932 Dok. 166
Erklärung

VB vom 12.8.1932, "Adolf Hitler gegen durchsichtige Gerüchte".

Durch die Presse gehen z. Zt. wieder romanhafte Schilderungen über die "Zersplitterung" innerhalb der Führung der Nationalsozialistischen Partei und die "Opposition", die von einzelnen Führern, Dr. Goebbels[1], Gregor Straßer usw. gegen mich getrieben werden soll. Die Nachrichten sind zu dumm, als daß man sie zu dementieren bräuchte[2]. Ich will hier nur bekanntgeben, daß ich mich nicht in Berlin in einem neuen "Hauptquartier" in der Badenschen Straße aufhalte[3], sondern mich seit Beendigung des Wahlkampfes zusammen mit Dr. Goebbels und den anderen Führern der Bewegung in den bayerischen Bergen befinde[4]. Welche Entschlüsse die Partei für die Zukunft getroffen hat[5], werden die neugierigen Zeitungsschreiber noch früh genug erfahren.

10. August 1932

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

2 Vgl. z. B. Der Jungdeutsche vom 10.8.1932, "Die Revolte im Hitlerlager": "Die *Opposition*, die von Hitler den Anspruch auf alleinige nationalsozialistische Herrschaft verlangte, wurde, wie zu erwarten, von *Gregor Straßer geführt.* Hinter ihm stehen aber nicht nur Männer wie Graf *Reventlow* und *Stöhr* oder der Oberst *Hierl*, der bei der letzten Umorganisation im Braunen Haus zusammen mit einigen anderen *gegen Röhm* rebelliert hatte.
Nein, in München haben sich auch diesmal Dr. Frick und der preußische Fraktionsführer Kube den Wünschen Straßers auf ein energischeres Vorgehen Hitlers angeschlossen." Vgl. auch Tägliche Rundschau vom 10.8.1932, "Reich oder Partei?"

3 Bezug nicht ermittelt.

4 Gemeint ist "Haus Wachenfeld" in Salzberg bei Berchtesgaden, das Hitler seit 1928 gemietet und wenig später gekauft hatte. 1935 wurde es durch große Erweiterungsbauten zum "Berghof". Vgl. Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 191 ff.
Am 6.8.1932 war Hitler aus Berlin nach Berchtesgaden zurückgekehrt, wo Goebbels bereits eingetroffen war, am 8.8. trafen Straßer, Frick und Funk, am 9.8. Röhm ein. Am 12.8. reiste Hitler in Richtung Berlin, übernachtete in Caputh südlich Potsdam und traf am 13.8. morgens in Berlin ein. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 216 ff.

5 Nach dem Wahlsieg vom 31.7.1932 (vgl. Dok. 163, Anm. 2) hatte Joseph Goebbels am 1.8.1932 in sein Tagebuch notiert: "Jetzt müssen wir an die Macht und den Marxismus ausrotten. So oder so! Etwas muß geschehen. Die Zeit der Opposition ist zu Ende. Jetzt Taten! Hitler ist auch der Meinung. Nun müssen sich die Ereignisse abklären und dann sind Entschlüsse zu fassen. Zur absoluten Mehrheit kommen wir so nicht. Also anderen Weg einschlagen. Wir stehen vor schweren Folgerungen." Die Auseinandersetzungen innerhalb der Reichsleitung der NSDAP sind im einzelnen nicht mehr nachzuweisen. Gregor Straßer war aber offenbar dafür, gegebenenfalls auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu verzichten. Bereits nach wenigen Tagen war sich Hitler über sein weiteres Vorgehen klar. Am 4.8.1932 fuhr er zu Reichswehrminister Schleicher nach Berlin, um ihm die Forderungen der NSDAP zu präsentieren: Seine eigene Ernennung zum Reichskanzler sowie die Vergabe der Ressorts Inneres an Wilhelm Frick, Luftfahrt an Hermann Göring, Arbeit an Gregor

13. August 1932 Dok. 167
Besprechungen in der Reichskanzlei[1]

Masch. Manuskript o. D. mit hs. Unterschriften; BA, NS 20/122[2].

[...][3]

Hitler: "Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler eingehend die Gründe auseinandergesetzt, die es mir und der Partei unmöglich machen, in eine Regierung einzutreten, in der nicht wir die Führung haben[4]."

[...][5]

Hitler: "Das ist damit nicht gesagt. Über die weitere Zusammensetzung des Kabinetts müßten natürlich noch Verhandlungen gepflogen werden, die nicht von heute auf morgen zu beenden sind."

[...][6]

Straßer und Erziehung an Goebbels: Goebbels schrieb zusammenfassend ins Tagebuch: "Das heißt also, - die ganze Macht oder gar nichts." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 211 ff.; Edgar von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin [2]1933, S. 121 f.; Horn, Führerideologie, S. 359 f. sowie Ulrich Wörtz, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP, Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Diss. phil. Erlangen 1966, S. 191 ff.

1 Kopf: "Besprechung in der Reichskanzlei am 13.8.32. Dauer insgesamt von 16.15 Uhr bis 16.35 Uhr. Anwesende: Reichspräsident, Adolf Hitler, Reichskanzler von Papen, Minister Dr. Frick, Staatssekretär Dr. Meißner, Stabschef Röhm."

2 Vgl. auch Aufzeichnung des Staatssekretärs Meißner über eine Besprechung des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler am 13.8.1932. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 391 ff.

3 "Der Reichspräsident begrüßt Adolf Hitler und seine Begleiter und eröffnet die Unterredung: 'Herr Hitler, ich habe Sie zu mir gebeten, um Ihnen ganz offiziell die einfache Frage vorzulegen: Sind Sie bereit sich zur Mitarbeit an der Regierung zur Verfügung zu stellen?'"

4 Am Vormittag desselben Tages (13.8.1932) hatte Hitler ein 90minütiges Gespräch mit Reichskanzler Papen, über das Papen in der Ministerbesprechung vom 15.8.1932 ausführlich Bericht erstattete. Hiernach hatte Hitler seine Forderung nach der Kanzlerschaft wiederholt und eine Tolerierung oder den Eintritt in die Regierung Papen als "Vizekanzler" abgelehnt, Papen seinerseits die Ablehnung des Reichspräsidenten übermittelt, Hitler mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 389 sowie Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 963 f.

5 "Reichspräsident: 'Sie verlangen damit also die gesamte Regierung?'"

6 "Reichspräsident: 'Das kann ich in meiner Eigenschaft als überparteilicher Reichspräsident nicht zugeben. Ich muß mein Amt unparteiisch ausüben. Auch innen- und außenpolitische Gründe sprechen dagegen. [*(Der vorangehende Satz ist nachträglich eingefügt worden.)*] Im übrigen bin ich Ihnen doch weitestgehend entgegengekommen. Ich habe meine Versprechen eingelöst, den Reichstag aufgelöst, das Verbot der S.A. aufgehoben und Ihnen wieder die Uniform gegeben. Wenn Sie mir jetzt sagen, daß Sie Ihr Versprechen, die Regierung auch nach den Wahlen zu stützen, nicht halten wollen, so nehme ich Ihnen das nicht übel, weil ich einsehe, daß Sie sich durch Tatsachen dazu gezwungen fühlen können. Wenn noch immer Terrorakte stattfinden, so sind doch auch Terrorakte durch die S.A. verübt worden. Ich will damit nicht sagen, daß Sie dafür verantwortlich sind.'
Reichspräsident von Hindenburg fährt fort: 'Eigentlich wäre ja damit die Unterredung schon beendet. Mein Standpunkt ist also eindeutig und fest. Ich halte Sie aber auch jetzt trotzdem für vaterlandsliebend, wenn auch un-

Adolf Hitler: "Herr Reichskanzler, ich habe gebeten, daß ich zu dieser Unterredung nur geladen werde, wenn zumindest noch keine Entscheidung getroffen ist[7]. Wie kommt der Staatssekretär Planck[8] dazu, Herrn Minister Dr. Frick[9] zu versichern[10], daß eine solche Entscheidung noch nicht gefallen sei, während tatsächlich der Beschluß bereits gefaßt war[11]?"

[...][12]

Hitler: "Das war gar nicht möglich, da ja der Herr Reichspräsident sofort betonte, daß sein Entschluß feststehe[13]. Ich hätte dem Herrn Reichspräsidenten sonst ja auch erwidert, daß ein Versprechen, die Regierung nach den Wahlen zu tolerieren, nie abgegeben worden ist, sondern daß ich auf den von Ihnen, Herr Meißner[14], selbst gebrachten Einwand, daß ja nach der Wahl das Kabinett durch ein oder zwei Minister ergänzt werden könnte, erwiderte, daß auch nach

sere Wege jetzt auseinandergehen. Sie wollen nun, wie ich höre, in die Opposition treten. Ich nehme Ihnen das nicht übel, bitte Sie aber, diesen Kampf ritterlich zu führen.
Ich reiche Ihnen auch jetzt noch einmal als einem alten Kriegskameraden die Hand.'
Adolf Hitler und die übrigen Herren hatten sich unterdes schon von ihren Sitzen erhoben und verabschiedeten sich vom Reichspräsidenten. Sofort anschließend daran fand im Flur der Reichskanzlei eine weitere kurze Aussprache zwischen Adolf Hitler und seinen Herren und Herrn von Papen und Herrn Meißner statt."

7 Am 10.8.1932 hatte Reichspräsident Hindenburg dem Reichskanzler über die mögliche Regierungsumbildung nach der Aufzeichnung von Staatssekretär Meißner erklärt: "Die Heranziehung der nationalsozialistischen Bewegung zur Mitarbeit und die Hereinnahme des einen oder anderen zuverlässigen und arbeitsfähigen Nationalsozialisten in die Reichsregierung könne evtl. in Betracht gezogen werden. Er könne aber die Verantwortung nicht dafür übernehmen, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, der dann die Richtlinien der gesamten Politik zu bestimmen hätte." Vgl. Hubatsch, Hindenburg, S. 336.

8 Erwin Planck (1893-1945), 1910 preußischer Leutnant, 1913 Abschied, 1913/14 Medizinstudium (drei Semester), 1914 reaktiviert, 1914-1917 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1917 Oberleutnant, 1922 Rittmeister, 1924 Verbindungsoffizier zur Reichskanzlei, 1926 Abschied, Regierungsrat in der Reichskanzlei, 1929 Oberregierungsrat, 1932 Staatssekretär der Reichskanzlei, 1933 Rücktritt, danach leitende Tätigkeit im Eisenhüttenkonzern Otto Wolff, 1944 nach dem Attentat auf Hitler verhaftet, Oktober 1944 zum Tode verurteilt, 23.1.1945 hingerichtet.

9 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

10 Staatssekretär Planck hatte am Nachmittag des 13.8.1932 Hitler und Frick telefonisch gebeten, trotz des negativen Ausgangs der Vormittagsbesprechung mit Papen (vgl. Anm. 4) beim Reichspräsidenten zu erscheinen. Vgl. Schreiben Plancks an Hitler vom 14.8.1932. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 396 f.

11 In der Besprechung vom 10.8.1932 (vgl. Anm. 7) hatte Hindenburg ebenfalls erklärt, "im übrigen seine Entscheidung sich vorzubehalten". Vgl. Hubatsch, Hindenburg, S. 336.

12 "Der Reichskanzler darauf verlegen: 'Das kann nur ein Mißverständnis sein.'
Meißner: 'Ich dachte, Herr Hitler, Sie würden dem Reichspräsidenten noch einmal all die Gründe darlegen.'"

13 Vgl. Anm. 6.

14 Otto Meißner (1880-1953), Dr. jur., 1902 Referendar im elsaß-lothringischen Justizdienst, 1911 Regierungsrat und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, 1915-1918 Kriegsdienst als Reserveoffizier, 1918 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1919 Geschäftsträger in der Ukraine, Vortragender Rat im Büro des Reichspräsidenten, 1920 Ministerialdirektor und Leiter des Büros des Reichspräsidenten, 1923 Staatssekretär, 1935 Chef der Präsidialkanzlei, 1937 Reichsminister, 1949 Freispruch im "Wilhelmstraßen-Prozeß".

der Wahl die nationalsozialistische Partei eine Regierung tolerieren könne, die unseren Interessen entsprechend tätig ist[15].

Ich habe übrigens auch General Schleicher[16] eindeutig erklärt, daß eine Tolerierung nur in Frage kommen könne, wenn uns die Regierung eine solche Tolerierung ermögliche[17]."

[...][18]

Hitler: "Davon konnte keine Rede sein."

[...][19]

Hitler: "Ich muß natürlich jetzt in Opposition zu Ihrer Regierung treten, denn die Art, wie Sie bisher regiert haben, hat dem Marxismus, wie ich schon betonte, mindestens zwei bis drei Millionen Stimmen wieder zurück gerettet[20]. Und wenn so weiterregiert wird, kann im Winter der Marxismus nicht nur ziffernmäßig, sondern auch innerlich erstarkt sein.

Wie wollen Sie denn überhaupt regieren? Glaubt die Regierung, daß sie mit diesem Reichstag arbeiten kann?"

[...][21]

Röhm Frick Adolf Hitler

---

15 Bezieht sich auf den Empfang von Hitler und Göring beim Reichspräsidenten am 30.5.1932. Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

16 Kurt von Schleicher (1882-1934), 1900 preußischer Leutnant, 1913 Hauptmann in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1918/19 Chef der politischen Abteilung in der OHL, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Major, 1919-1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt/Reichswehrministerium, 1926 Oberst, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium, 1929 Generalmajor, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Juni 1932 bis Januar 1933 Reichswehrminister, Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichskanzler, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

17 Noch vor dem Treffen mit Papen (vgl. Anm. 4) hatte sich Hitler am Vormittag desselben Tags (13.8.1932) mit Reichswehrminister Schleicher getroffen. Bezieht sich aber auch auf die Tolerierungszusage Hitlers kurz vor der Berufung Papens zum Reichskanzler. Vgl. Thilo Vogelsang, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932. In: VfZ 6 (1958), S. 86-118 sowie ferner Dok. 68, Anm. 4, Dok. 80, Anm. 1.

18 "Staatssekretär Meißner erklärt darauf: 'Das ist möglich. Wir haben geglaubt, das als eine Art Versprechen auffassen zu können.'"

19 "Reichskanzler: 'Ich bin tief bewegt über diesen Ausgang, der für Deutschland von den schwersten Folgen sein kann.'"

20 Die SPD verschlechterte bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 ihr Ergebnis gegenüber 1930 um 615.532 Stimmen auf 7.959.712, die KPD verbesserte ihr Ergebnis um 779.538 Stimmen auf 5.369.698. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 546 f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 542 f. sowie Dok. 163, Anm. 2.

21 "Von Papen (mit überlegener Handbewegung): 'Ach, der Reichstag! Ich wundere mich, daß grade Sie noch auf den Reichstag einen Wert legen. Ich werde jedenfalls die staatlichen Machtmittel gleichmäßig scharf sowohl gegen rechts wie gegen links einsetzen.'
Dr. Frick: 'Herr Reichskanzler, Sie wollen also eine Militärdiktatur ohne jede Resonanz im Volke aufrichten?'
Reichskanzler Papen: 'Ja, wenn Sie in die Regierung eingetreten wären, in drei Wochen wären Sie ohnehin dort gewesen, wohin Sie heute wollten.'
Die Unterredung fand damit ihren Abschluß. Die Herren verabschiedeten sich und gingen auseinander."

13. August 1932 Dok. 168
Schreiben an Kurt von Schleicher, Otto Meißner und Erwin Planck

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; BA, NS 20/122.

Euer Hochwohlgeboren!

Von der Absicht getragen, in absolut loyaler Weise vorzugehen, gestatte ich mir, in der Anlage das Protokoll der heutigen Unterredung in der Reichskanzlei zu überreichen, das ich gemeinsam mit Dr. Frick und Stabschef Röhm unmittelbar nach der Besprechung niedergelegt habe[1].

Das heute abend veröffentlichte amtliche Kommuniqué[2] weicht in wichtigsten Punkten so wesentlich von dem tatsächlichen Hergang ab, daß ich nicht zugeben kann, daß die Öffentlichkeit einseitig und unrichtig unterrichtet wird.

Ich bitte daher zu veranlassen, daß das amtliche Kommuniqué alsbald richtiggestellt oder zurückgezogen wird[3], widrigenfalls ich mich veranlaßt sähe, das beigefügte Protokoll am Montag, den 15. d[*iese*]s [*Monats*] zu veröffentlichen[4].

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung

ergebenst
Adolf Hitler

1 Anlage[5]

---

1 Vgl. Dok. 167.

2 "Reichspräsident von *Hindenburg* empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP Adolf *Hitler* zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.
Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung *einzutreten*. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die *Führung* der Reichsregierung und *die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange* zu übertragen.
Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es *vor seinem Gewissen* und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht *einseitig* anzuwenden gewillt sei. Er bedauere, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend *seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen* eine von dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.
Die Aussprache schloß alsdann mit einer ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte *Opposition* der NSDAP ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterland und vor dem deutschen Volk bewußt zu bleiben." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 14.8.1932 (Reichsausgabe), "Hitler verlangt Alleinherrschaft - Hindenburg lehnt ab."

3 Am 14.8.1932 antwortete Staatssekretär Erwin Planck im Auftrag des Reichskanzlers, daß dieser "keinen Anlaß [*sehe*], das amtliche Communiqué über diese Besprechung zurückzuziehen oder abzuändern". Das von Röhm, Frick und Hitler vorgelegte Protokoll enthalte einige wichtige Punkte der Unterredung nicht. Gleichzeitig ließ Papen jedoch bitten, die Unterredung auf dem Flur der Reichskanzlei nicht wiederzugeben, da es sich um ein persönlichen, vertraulichen Gedankenaustausch gehandelt habe. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 396 f.

16. August 1932 Dok. 169
Interview mit der Rheinisch-Westfälischen Zeitung [1]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 16.8.1932 (AA), "Erklärungen Adolf Hitlers" [2].

Was ging in Berlin vor?

[...] [3]

Antwort: "Solange die derzeitige Reichsregierung nicht demissioniert hat, ist der Reichskanzler der verantwortliche Träger der Politik [4]. Dies gilt auch für den Fall einer beabsichtigten Umbildung des Kabinetts, wenn der Chef der Regierung sich selbst um die Umbildung bemüht. Erst im Augenblick der Demission der Regierung fällt die Verantwortung dem Reichspräsidenten zu, der nun, sofern die Verfassung überhaupt Geltung besitzt, in ihrem Sinne die Bildung einer neuen Regierung einzuleiten hat [5]. Ich betrachte die Hineinziehung des Reichspräsidenten in den Gang einer Regierungsumbildung als eine Abwälzung der Verantwortlichkeit von den Schultern des Reichskanzlers auf die Schultern des Reichspräsidenten.

Im übrigen bin ich nicht auf einen Wunsch meinerseits nach Berlin gefahren. Ich wurde gerufen [6]. Die Reichsregierung schlug mir eine Neubildung der Regierung vor, die ich als Führer

4 Eine wörtliche Wiedergabe des Protokolls erfolgte in den großen Parteizeitungen nicht. Das Interview mit der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 16.8.1932 (vgl. Dok. 169), das fast gleichzeitig im "Völkischen Beobachter" wiedergegeben wurde, diente aber offensichtlich dazu, die Sicht der NSDAP-Führung über die Besprechung am 13.8.1932 (vgl. Dok. 167) an die Öffentlichkeit zu bringen.

5 Vgl. Dok. 167.

1 Der "Vertreter" der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ist nicht eindeutig ermittelt. Max Domarus hält es für äußerst wahrscheinlich, daß der Reichspressechef der NSDAP, Otto Dietrich, Schwiegersohn des Herausgebers Theodor Reismann-Grone, das Interview führte. Gerhard Schulz bezeichnet das Interview als "fingiert". Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 125, Anm. 202; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 966, Anm. 243 sowie Klaus Werner Schmidt, Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen (1883-1944). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 365-379.
Einleitender Text des Interviews: "Interview mit einem Vertreter der RWZ. München 16. August. Adolf Hitler *gab einem Vertreter der Rhein.-Westf. Zeitung eine Unterredung,* in der sich der Führer der nationalsozialistischen Bewegung zu einigen Fragen äußerte, die die Berliner Regierungsbesprechungen und die gegenwärtige politische Lage betreffen."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 16.8.1932, "Der Führer enthüllt die Wahrheit über die Verhandlungen"; VB vom 17.8.1932, "Adolf Hitler zur Lage".

3 "Frage: 'Ist es richtig, daß Sie nicht zum Reichspräsidenten v. Hindenburg gehen wollten auf Grund der Unterredung mit Reichskanzler von Papen? Warum ließen Sie sich dann doch bewegen, der Bitte Hindenburgs um einen Besuch nachzukommen?'"

4 Artikel 56 der Verfassung des Deutschen Reichs legte unter anderem fest: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung." Druck: RGBl. 1919, S. 1394.

5 Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmte: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." Druck: ebenda, S. 1393.

6 Nach den Erinnerungen Otto Meißners hatten Hitler und Göring kurz nach der Wahl um eine Unterredung mit Hindenburg nachgesucht. In der Ministerbesprechung vom 10.8.1932 hatte Reichskanzler Papen angekündigt, Besprechungen mit Vertretern der DNVP und des Zentrums aufzunehmen, und erklärt: "Ferner müsse auch Hitler offiziell gehört werden." Dies könnte auf eine Einladung durch den Reichskanzler schließen lassen. Vgl. Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen

der nationalsozialistischen Bewegung in der vorgeschlagenen Form ablehnen mußte. Ich teilte die Voraussetzung mit, unter der ein Eintritt in eine Regierung durch die nationalsozialistische Partei erfolgen könnte. Aus dem Munde des Reichskanzlers erfuhr ich, daß diese Bedingungen von vornherein schon durch den Reichspräsidenten abgelehnt wären[7]. Damit bestand für mich um so weniger ein Anlaß zu diesem Besuch, als ich mich ja nicht den Herren in Berlin irgendwie aufzudrängen versucht hatte.

Ich erklärte daher, daß in meinen Augen die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsumbildung selbstverständlich der Herr Reichskanzler von Papen zu tragen habe, daß infolgedessen ein Besuch bei Hindenburg für mich nicht in Frage kommen könne und daß ich nur dann bereit sei, dem Herrn Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten, wenn dieser noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennenlernen wolle.

Es war dies jedoch, wie sich herausstellen sollte, nicht der Fall. *Der Beschluß des Reichspräsidenten lag bereits vor.*

Daß ich dennoch zum Reichspräsidenten kam, war nur der dem Minister Frick seitens des Staatssekretärs der Reichskanzlei[8] neuerdings übermittelten telephonischen Erklärung zuzuschreiben, daß ein solcher Beschluß des Reichspräsidenten *noch nicht* gefaßt sei[9]. In Wahrheit bestätigte bereits eine Viertelstunde vorher die Reichskanzlei der Presse die Tatsächlichkeit des bereits gefaßten Beschlusses des Reichspräsidenten mit der Bemerkung, meinem Besuch komme nur mehr *formale* Bedeutung bei und könne am Ergebnis nichts mehr ändern.

Der Reichspräsident selbst erklärte dann ebenfalls, daß sein Entschluß bereits feststehe[10]!"

[...][11]

Antwort: "Es ist richtig, daß ich darauf verzichtet habe, dem Reichspräsidenten gegenüber meinen Standpunkt zu vertreten, da mir die soeben geschilderte merkwürdige Art, mich zu dem Besuch bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu bewegen, sowie die an sich schon feststehende Entscheidung des Reichspräsidenten keine Veranlassung geben konnten, mich noch einmal der Argumente zu bedienen, die ich dem verantwortlichen politischen Leiter bereits vorgetragen hatte."

Die größte Partei und die Regierungsbeteiligung

[...][12]

Antwort: "Allerdings, früher war es auch in Deutschland so, daß der Führer der größten Partei mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wurde. In neuerer Zeit scheinen die staatsmän-

---

Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950, S. 239; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 380 sowie Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932. Hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 138.

7 Vgl. Dok. 167, Anm. 4, 7.

8 Erwin Planck.

9 Vgl. Dok. 167, Anm. 10, 11.

10 Vgl. Dok. 167, Anm. 6.

11 "Frage: 'Stimmt es, daß Sie darauf verzichtet hätten, Hindenburg gegenüber Ihren Standpunkt zu vertreten?'"

12 "Frage: 'Herr Hitler! Ihre Partei hat bei der Reichstagswahl einen sensationellen Sieg davongetragen. Noch nie war in Deutschland eine Partei gleicher Stärke vorhanden. Warum zieht Ihres Erachtens Herr von Papen nicht die Konsequenz?'"

nischen Qualitäten nicht mehr durch die Größe als vielmehr durch die Kleinheit der Partei bedingt zu sein. Seit die Nationalsozialisten groß geworden sind, muß ein Politiker, um unter diesen Meistern als Meister zu gelten, erst entweder eine Partei ruinieren, oder, was noch zweckmäßiger ist, überhaupt keine Partei mehr hinter sich haben [13]. Politik ist damit nicht mehr die Kunst des Möglichen [14], sondern die Kunst des Unmöglichen geworden. Im übrigen verdankt die Bewegung ihre heutige Größe nicht der gönnerhaften Unterstützung seitens überlieferter und absterbender Gestalten unseres politischen Lebens. Sie wird daher auch künftig nicht von diesen ihre Kraft holen."

Die Regierung Papen

[...] [15]

Antwort: "Diese Frage, mein Herr, müssen Sie an Herrn von Papen richten. Ich für meine Person weiß, wie ich und meine Bewegung weiterkämpfen werden."

[...] [16]

Antwort: "Ich trat der Regierung von Papen, deren Männer ich ja überhaupt zum größten Teil nicht kannte, so entgegen, wie ich jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten bin und entgegentreten werde. Ich unterstütze oder dulde sie zumindest so lange, als ich durch ihre Regierungstätigkeit eine Stärkung der nationalen und eine Schwächung der marxistischen Front erkennen kann [17]. Im Augenblick, da durch die Maßnahmen einer Regierung auf der nationalen Seite eine Stockung, auf der internationalen Seite aber eine Belebung eintritt, wird sie von mir abgelehnt, ganz gleich, wer immer ihre Männer sein mögen. Grundsätzlich bin ich der Überzeugung, daß jede Regierung scheitern muß und scheitern wird, die nicht eine feste weltanschauliche Verankerung in einer tragenden Bewegung ihres Volkes hat.

Die Regierungstätigkeit der heutigen Reichsregierung wird meines Erachtens nach zum Chaos führen."

[...] [18]

Antwort: *"Die nationalsozialistische Bewegung tritt gegenüber der heutigen Reichsregierung in Opposition.* Die Schärfe dieser Opposition wird bestimmt durch die Größe des Schadens, der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde. Die Wahlen vom 31. Juli [*1932*] haben in dieser Richtung bereits klar erwiesen, wohin die Regierung von Papen mit ihren heutigen Männern führen wird und führen muß. Denn auch eine Diktatur ist nur denkbar,

13 Die Regierung Papen war ohne Rücksicht auf eine parlamentarische Mehrheit gebildet worden (vgl. Dok. 78, Anm. 3), Reichskanzler Papen selbst war am 3.6.1932 aus dem Zentrum ausgetreten. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 877 ff.

14 "Die Politik ist die Lehre vom Möglichen." Otto von Bismarck am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 19.

15 "Frage: 'Wie glauben Sie, Herr Hitler, daß die Regierung von Papen zu arbeiten vermag, wenn sie nicht mehr mit dem abwartenden passiven Verhalten der stärksten Partei Deutschlands rechnen kann?'"

16 "Frage: 'Was für Folgen würde es Ihres Erachtens für die Entwicklung in Deutschland haben, wenn die Regierung von Papen tatsächlich noch längere Zeit am Ruder bliebe?'"

17 Zu den Absprachen Hitlers mit Schleicher über die Tolerierung der Regierung Papen vgl. Dok. 68, Anm. 4, Dok. 80, Anm. 1.

18 "Frage: 'Ist es richtig, Herr Hitler, daß Sie die *schärfste Opposition* der NSDAP gegen die Regierung von Papen angekündigt haben?'"

wenn sie der Träger eines Volkswillens ist oder sicherste Aussicht hat, in kurzer und absehbarer Zeit als solcher Träger des Volkswillens anerkannt zu werden. Ich kenne aber keine Diktatur der Weltgeschichte, die sich endgültig in eine neue und anerkannte Staatsform umsetzen könnte, die nicht aus einer Volksbewegung hinausgewachsen wäre."

[...] [19]

Antwort: "Nein. Ich werde *niemals* für ein Linsengericht die Erstgeburt verkaufen[20]. In grundsätzlichen Dingen nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf mich, als daß ich mir oder der Bewegung jemals untreu würde. Ich halte es überhaupt in einer verkommenen und charakterlosen Zeit für wichtig, einem Volk zu zeigen, daß eine Bewegung ohne Rücksicht auf augenblickliche Vor- oder Nachteile ihrer leitenden Männer unbeirrt und unwandelbar das gesteckte Ziel verfolgt. Man kann nicht von einer Nation Heroismus verlangen, wenn ihre politischen Leiter zu jedem auch noch so schäbigen Kompromiß bereit sind. Es wird damit geradezu von oben herunter in einem Volke jener Geist der Würdelosigkeit großgezogen, der dann auch bei letzten Schicksalsfragen in einer Unterwerfung ein 'erträgliches' Kompromiß sieht."

Was sagt die Partei?

[...] [21]

Antwort: "Meine Führer würden mich nie verstanden haben, hätte ich anders gehandelt. Wenn ich mich hundertmal sachlich irren sollte, so würden sie mir dies leichter verzeihen, als wenn ich auch nur einmal die Ehre der Bewegung oder die Grundsätze unseres Kampfes verleugnen wollte. Sie stehen heute mehr als je zuvor wie ein Mann hinter mir."

[...] [22]

Antwort: "Die Mitglieder der Partei und meine Anhänger haben hundertmal aus meinem eigenen Munde gehört, daß ich niemals unerträgliche Kompromisse für die Bewegung schließen würde. Sie wissen, daß ich jederzeit bereit bin, wenn nötig, mein Leben für die Bewegung einzusetzen. Sie wissen, daß Hunderttausende unserer Kameraden das Gleiche tun und Tausende dabei schwere Opfer bringen. Das alles wäre sinnlos, wenn nun plötzlich die Bewegung für ein anderes Programm als ihr eigenes verliehen werden könnte. Wie die Parteigenossen und Anhänger denken? Als ich nachts von Berlin wegfuhr, stand eine große Menschenmenge um meinen Wagen und schrie mir zu. Ich habe nur zwei Sätze mir gemerkt, von denen ich wollte, daß sie für alle Zukunft auf unseren Fahnen stünden: 'Gib nicht nach!' 'Bleibe hart!'"

Die Terrorakte gegen die NSDAP

[...] [23]

Antwort: "Die Zahl der Terror-Akte der marxistischen Parteien gegen unsere Bewegung gehen nunmehr in viele Zehntausende. *Die Zahl der Toten beträgt über 300*[24], die Zahl unse-

---

19 "Frage: 'Glauben Sie nicht, daß es besser gewesen wäre für die NSDAP, den Spatz in der Hand zu haben, statt die Taube auf dem Dach?'"

20 Nach 1. Mose 25, 29-34.

21 "Frage: 'Wie haben die mit Ihnen in Berlin anwesenden Führer Ihre Entscheidung aufgenommen?'"

22 "Frage: 'Wie glauben Sie, Herr Hitler, daß Ihre Entscheidung bei den Mitgliedern der NSDAP aufgenommen wird?'"

23 "Frage: 'Wie groß ist die Zahl der *Terrorakte* gegenüber Ihren Parteigenossen? Meines Wissens soll sie allein für die Zeit Anfang dieses Jahres in die Tausende gehen. Was gedenkt die Bewegung zum Schutze ihrer Ange-

rer Verletzten betrug im vergangenen Jahr über 6.000, in diesem Jahr aber in 7 1/2 Monaten bereits *über* 8.200[25].

Zahlreiche Kameraden sind *Krüppel* geworden und bleiben es nun ihr Leben lang. Unsere Regierungen und die Presse haben sich bisher - wenn ich von einigen wenigen Blättern, wie des Ihrigen, absehe -, darum nie gekümmert. Höchstens, wenn ein Nationalsozialist, um sein Leben zu verteidigen, sich zur Wehr setzte, wurde er am Ende als Angreifer hingestellt und sogar noch verurteilt. Ich sehe dabei ganz ab von den furchtbaren Verfolgungen der Partei durch die Polizei, die jetzt endlich in einer Stadt - in Dortmund - ihre gerichtliche Ahndung und damit die Bestätigung gefunden haben[26]. Am Tag der Wahl wurde in Königsberg einem unserer Kameraden auf offener Straße, am hellen Tage, von einem dieser roten Mörder *mit einem Rasiermesser*, ohne jeden Anlaß, plötzlich die Kehle durchschnitten[27]. Der Arme starb eines jammervollen Todes. Die Presse, die sich sonst über jeden Spitzbuben aufregt, nahm kaum Notiz davon. Allerdings, als nun das zum Überlaufen volle Maß der Empörung und des Grimms nach Rache schrie, wurden die bürgerlichen Zeitungen und die Presse plötzlich aufgeweckt! Nun, da die dauernd vom Tode bedrohten Parteigenossen endlich zur Vergeltung schritten, entdeckte man plötzlich den Wert des Menschenlebens und machte nun nicht etwa Front gegen die rote Mordpest, nein, man machte Front gegen die 'allgemeinen politischen Terrorakte'[28].

---

hörigen gegenüber dem auch unter der Regierung von Papen täglich sich ereignenden Terrorakte gegen Nationalsozialisten zu tun?'"

24 Nach parteieigenen Angaben wurden zwischen 1923 und 16.8.1932 177 NSDAP- und SA-Angehörige bei politisch motivierten Auseinandersetzungen getötet. Vgl. Halbmast.

25 Der SA-Versicherung wurden 1931 6.307 und im ganzen Jahr 1932 14.005 Verletzte gemeldet. Zahlen nur für die erste Hälfte des Jahres sind nicht ermittelt. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 412.

26 Am Abend des 19.4.1932 hatte die Polizei in Dortmund versucht, eine Ansammlung von etwa 350 NSDAP-Anhängern zu zerstreuen. Nachdem es immer wieder zu Zusammenrottungen gekommen war, wurde auch zweimal die Geschäftsstelle der NSDAP geräumt. Beim äußerst harten Durchgreifen der Ordnungskräfte wurden auch Unbeteiligte durch Polizeibeamte verletzt. Am 10.8.1932 hatte die große Ferienstrafkammer I des Landgerichts Dortmund im sogenannten Schwanenwallprozeß acht Schutzpolizeibeamte unter anderem wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Körperverletzung und fortgesetzten gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs im Amt zu Gefängnisstrafen zwischen vier und 15 Monaten verurteilt, höheren Strafen, als sie die Staatsanwaltschaft beantragt hatte. Vgl. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969, S. 68 ff.

27 Otto Reinke (1913-1932), Bote, 1931 Eintritt in die SA, am 30.7.1932 beim Flugblattverteilen vom Kommunisten Polleit durch einen Messerschnitt tödlich verletzt. Der Täter wurde nach NSDAP-Angaben "im Frühjahr 1933 auf der Flucht erschossen".

28 Die durch den Mord an Otto Reinke gesteigerte Spannung nach dem Wahlerfolg der NSDAP am 31.7.1932 (vgl. Dok. 163, Anm. 2) entlud sich am Abend des 1.8.1932 in Königsberg, als unzutreffende Gerüchte über einen Überfall von Kommunisten und Reichsbannerangehörigen auf SA-Leute zu kursieren begannen. SA-Leute zündeten zunächst in ganz Königsberg Tanksäulen an, um Feuerwehr und Polizei abzulenken, zerstörten anschließend Schaufenster, plünderten ein Waffengeschäft und griffen eine sozialdemokratische und eine liberale Zeitungsredaktion an. Vier politische Gegner aus verschiedenen Lagern wurden in ihren Wohnungen erschossen, auf andere Anschläge verübt. In den nächsten Tagen setzte sich die Terrorwelle in ganz Ostpreußen fort: Am 3. und 6.8.1932 kam es noch zu drei weiteren Morden sowie zahlreichen Anschlägen und Überfällen. Die zunächst überraschte Polizei hatte die Lage nach kurzer Zeit wieder unter Kontrolle und konnte die meisten Verantwortlichen verhaften. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 87 ff.

Was wir dagegen zu tun gedenken?

Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwätzen lassen durch die dummen Phrasen von 'Ruhe und Ordnung'. Durch dieses erbärmliche bürgerliche Geschwätz ist nicht einer meiner toten Kameraden lebendig geworden, nicht ein Krüppel wurde wieder gesund, nicht einem Verletzten wird dadurch geholfen. Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das Äußerste gekämpft, das Abschlachten aber nimmt bald ein Ende, oder ich selbst werde mich gezwungen sehen, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tscheka-Methoden[29] aber dann wirklich blitzschnell beseitigen wird.

Übrigens haben in solchen Zeiten Polizeiverordnungen in der Geschichte noch immer versagt. Es bedarf dies gar keines Beweises mehr, daß es im Deutschland von heute nicht anders ist."

Der Weg der Partei

[...][30]

Antwort: "Die Partei kämpft um die Macht. Ihr Weg wird bestimmt durch die Methoden des Kampfes der Gegner. "

[...][31]

Antwort: "O, Sie irren sich! Gewisse Rechtskreise bezeichnen uns als Bolschewisten[32], und die Bolschewisten wiederum behaupten, wir seien Reaktionäre, Barone, Großkapitalisten, Unternehmerknechte, und weiß Gott was noch[33]. Daß die Feinde des deutschen Volkes innen und außen das Unterbleiben der Regierungsumbildung *begrüßen*, ist eine große Ehre für die Partei. Daß sie aufatmen darüber, weil ich nicht Kanzler wurde, ist eine große Ehre für mich. Die marxistischen Feinde Deutschlands im Innern wissen, nach ihrem jahrelangen Betrug am deutschen Volke, daß die nationalsozialistische Bewegung sich wirklich ehrlich des deutschen schaffenden Menschen annehmen wird. Die bürgerlichen Reaktionäre wissen, daß wir ihre Politik der Schwäche ablösen würden durch eine Politik der nationalen Kraft. Beide ahnen, daß die Zeit der Klassen- und Standesinteressenkämpfe sich ihrem Ende nähert und daß von der gedanklichen Plattform des Nationalsozialismus aus das deutsche Volk wieder seine Einheit zurückerhält."

29 Vgl. Dok. 67, Anm. 1.

30 "Frage: 'Wie denken Sie sich den weiteren Weg Ihrer Partei?'"

31 "Frage: 'Ihre Bewegung wird nirgends ernsthaft als reaktionär oder unsozial angesehen. Wie ist es möglich, daß trotzdem die Parteien, welche die Regierung von Papen als 'Kabinett der Barone', als reaktionär und unsozial aufs schärfste angriffen, es heute begrüßen, daß diese Regierung nicht durch eine nationalsozialistische Regierung, d. h. von Männern abgelöst wird, die aus allen Schichten des Volkes kommen?'"

32 Vgl. z. B. Dok. 72, Anm. 16.

33 Vgl. Dok. 45, Anm. 36.

17. August 1932 Dok. 170
Schreiben an Wilfried Zimmermann[1]

Masch. Manuskript ohne Unterschrift; BA Potsdam, 62 Ka 1, Kanzlei des Führers der NSDAP.

Lieber Parteigenosse Zimmermann,

aus einer Zuschrift der Ortsgruppe Werdau entnehme ich, daß Sie, lieber Zimmermann, zur Zeit schwer erkrankt darniederliegen[2]. Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen baldige Gesundung und überreiche Ihnen beigeschlossen zur Erinnerung an unseren großen Kampf mein Bild.

Mit den besten Wünschen und deutschem Gruß

17. August 1932 Dok. 171
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.8.1932.

Im Verfolg der Neuordnung der politischen Organisation[1] ernenne ich auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters[2]

den Pg. *Rust*[3], Hannover, zum Landesinspekteur Niedersachsen,

den Pg. *Lohse*[4], Altona, zum Landesinspekteur Nord,

---

1 Wilfried Zimmermann (1915-1932), Oberrealschüler.

2 Der Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe in Werdau in Sachsen, Paul Kämpfe, hatte am 13.8.1932 unter Beifügung einer ärztlichen Bescheinigung berichtet, daß der örtliche HJ-Führer Wilfried Zimmermann schwer erkrankt sei und in wenigen Wochen sterben werde; ein Bild Hitlers sei dessen größter Wunsch.

1 Vgl. Dok. 85, Anm. 7, Dok. 86, Anm. 2, Dok. 110, Anm. 1.

2 Gregor Straßer.

3 Bernhard Rust (1883-1945), Studienrat, 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter des Gaues Hannover(-Nord), 1928-1940 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd-Braunschweig, 1930 Entlassung aus dem Schuldienst, 1930-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Niedersachsen, 1933-1945 preußischer Kultusminister, 1934-1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1945 Selbstmord.

4 Hinrich Lohse (1896-1964), Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925 NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissarischer Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland.

den Pg. *Loeper*[5], Dessau, zum Landesinspekteur Mitteldeutschland-Brandenburg,
den Pg. Dr. *Goebbels*, Berlin, zum Landesinspekteur Berlin,
den Pg. *Brückner*[6], Breslau, zum Landesinspekteur Ost,
den Pg. *Mutschmann*[7], Plauen, zum Landesinspekteur Sachsen-Thüringen,
den Pg. *Sprenger*[8], Frankfurt a. M., zum Landesinspekteur Süd/West,
den Pg. *Haake*[9], Köln, zum Landesinspekteur West,
den Pg. *Habicht*[10], Linz a. d. Donau, zum Landesinspekteur Österreich.

Mit der Leitung der Landesinspektion Bayern wird bis auf Weiteres der Reichsinspekteur II Dr. *Ley* beauftragt.

Mit der Leitung der freiwerdenden Gauleitungen werden im Einverständnis mit den bisherigen Gauleitern und auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters beauftragt:
für den Gau Hannover-Süd der Pg. *Muhs*[11], Göttingen,
für den Gau Hessen-Nassau-Süd der Pg. Karl *Linder*[12], Frankfurt a. M.,

5 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), 1904 preußischer Leutnant, 1914 Hauptmann, 1920 Übernahme in die Reichswehr, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch aus der Reichswehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1926 stellvertretender Gauleiter, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord (ab 1928: Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933-1935 Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.

6 Helmuth Brückner (geb. 1896), Schriftleiter, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 Enthebung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP, 1939 Angestellter bei den Henkel-Werken.

7 Martin Mutschmann (1879-1948), Fabrikant, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 Gauleiter der NSDAP des Gaues Sachsen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter in Sachsen, 1935-1945 Ministerpräsident von Sachsen.

8 Jakob Sprenger (1884-1945), Oberpostinspektor, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Frankfurt a. M. und Bezirksleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1925-1929 Stadtverordneter in Frankfurt a. M. (NSDAP), 1927-1945 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd (ab 1933: Hessen-Nassau), 1929 ehrenamtlicher Stadtrat in Frankfurt a. M., 1929-1933 Sachbearbeiter für Beamtenfragen in der NSDAP-Reichsleitung, 1930-1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag von Hessen-Nassau und stellvertretendes Mitglied im Preußischen Staatsrat, 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Südwest, 1933-1945 Reichsstatthalter in Hessen, 1933-1945 Führer des Deutschen Beamtenbundes, 1945 Selbstmord.

9 Heinrich Haake (1892-1945), Bankangestellter, 1919 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1922 Eintritt in die NSDAP, März bis Juni 1925 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd, 1925-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1932 Leiter des Organisationsamtes der NSDAP und Landesinspekteur West, 1933 Landeshauptmann der Rheinprovinz, 1934 Reichsinspekteur der NSDAP.

10 Theo Habicht (1898-1944), Schriftsteller, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927-1928 Kreisleiter der NSDAP in Wiesbaden, 1931-1933 MdR, 1931 Landesgeschäftsführer der NSDAP in Österreich, August bis Dezember 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Österreich, 1933-1934 Führer der NSDAP in Österreich, 1937-1939 Oberbürgermeister der Stadt Wittenberg, 1939 Ministerialdirektor im Range eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung, 1940 zur Disposition, Hauptmann d. R., 1944 gefallen.

11 Hermann Muhs (geb. 1894), Rechtsanwalt, 1923 Dr. jur., 1932-1933 MdL in Preußen (NSDAP), August bis Dezember 1932 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd-Braunschweig.

12 Karl Linder (1900-1979), Finanzbeamter, 1918 Kriegsfreiwilliger, 1923-1933 Finanzbeamter, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Neueintritt, 1926/27 und 1928- Juli 1932, Januar bis März 1933 und 1937-1945 stellvertre-

für den Gau Magdeburg-Anhalt der Pg. Paul *Hofmann*[13], Dessau,
für den Gau Schleswig-Holstein der Pg. *Meyer-Quade*[14], Schleswig-Busdorf.

Den neuernannten Landes-Inspekteuren spreche ich für ihre bisherige aufopfernde, erfolgreiche und jahrelange Tätigkeit als Gauleiter meine vollste Anerkennung und den Dank der Bewegung aus.

Die bisherigen Gaue Oberpfalz und Niederbayern werden zu einem

Gau Oberpfalz-Niederbayern

vereinigt. Mit der Leitung dieses neuen Gaues wird der Pg. *Maierhofer*[15], Regensburg, beauftragt. Zum stellvertretenden Gauleiter ernenne ich den Pg. *Erbersdobler*[16], M. d. R., Passau.

Adolf *Hitler*

München, 17. August 1932.

---

tender Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd, August bis Dezember 1932 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd, 1928-1930 Stadtverordneter in Frankfurt a. M., 1929-1930 Mitglied des Provinziallandtags Hessen-Nassau, 1930-1933 MdR, 1933-1937 Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. M., 1940 Einberufung zum Wehrdienst.

13 Paul Hofmann (geb. 1901), 1919 Freikorpskämpfer im Baltikum, 1920 Eintritt in die Reichswehr, 1930 Abschied als Oberschirrmeister, 1930 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Dessau, Gaugeschäftsführer des Gaues Magdeburg-Anhalt, 1931 Gaupropagandaleiter, 1932/33 MdL in Anhalt, August 1932 bis April 1933 Bürgermeister von Dessau, August bis Dezember 1932 Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, März 1933 Niederlegung aller Parteiämter, Oktober 1933 bis Juni 1934 in Schutzhaft, seit 1934 Unterabteilungsleiter im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront.

14 Joachim Meyer-Quade (1897-1939), Hauptschriftleiter, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1932-1933 MdL in Preußen, August bis Dezember 1932 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1934-1939 Mitglied des Volksgerichtshofs.

15 Franz Maierhofer (1897-1943), Volksschullehrer, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Gauleiter des Gaues Oberpfalz, 1930-1933 MdR, 1932 Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933 Enthebung vom Gauleiteramt, 1933 Eintritt in die SS, 1936 SS-Brigadeführer im Stab des Reichsführers SS, 1937 Angestellter zur Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1940 Leiter der Abteilung kirchliche Angelegenheiten, zur Wehrmacht eingezogen, am 22.8.1943 als Bataillonskommandeur gefallen.

16 Otto Erbersdobler (1895-1981), Kaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Bayreuth, 1927 Kreisleiter, 1929 Untergauleiter und Gauhauptamtsleiter des Untergaues Niederbayern, 1932/33 MdR, 1933-1943 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau.

18. August 1932 Dok. 172
Interview mit Universal Service[1]

New York American vom 19.8.1932, "Hitler Urges World Economic Ban On Far East and Russia"[2].

Adolf Hitler, Germany's Fascist leader, aims to inspire the big powers of the Western World to combine under a "world economic dictatorship" to stave off the growing power of Russia, China, India and the East.

Only such joint action can maintain the industrial supremacy of the United States, England, Germany, France and Italy, solve their unemployment problems, and prevent the future economic destruction, Hitler told me today when I met him at his retreat in the Bavarian Alps[3].

Would Lead Move

If he achieves his present goal of heading the German government, Hitler declared he hopes to lead a movement to prevent Russia, China, India and other Eastern powers from industrializing. He said:

"These so-called world economic conferences[4] have been failures and a waste of time and will continue to be so unless they get to the root of the evil.

"America, England, Germany, France, Italy and some of our lesser powers should get together and agree not to permit machinery or technical experts intended to build up industries and create new industrial nations to be exported to Russia, China and India[5].

Pay Uncertain

"Only goods and articles for consumption, not machinery for production, should go to those countries."

Hitler had said the growing German export business to Soviet Russia is no reason why Germany should be extraordinarily friendly with the Soviet, explaining:

"We don't know when, if ever, Russia will pay her drafts. Moreover, we are only helping build up her industries, which will cut down our exports to Russia eventually when the Soviet becomes our rival in other markets[6].

---

1 In Berchtesgaden, Haus Wachenfeld. Das Interview führte Karl von Wiegand.

2 Vgl. auch Wächter und Anzeiger (Cleveland, Ohio) vom 19.8.1932, "Einigung der Westmächte zur Ausbeutung des Orients".

3 Vgl. Dok. 166, Anm. 4.

4 Teil V des Lausanner Vertrags vom 9.7.1932 (vgl. Dok. 107, Anm. 5) bestand aus einer "Entschließung, betreffend eine Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz", in der die vertragschließenden Mächte die Durchführung einer solchen Konferenz anregten und vor allem die USA dazu einluden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 414.

5 Die Ausbreitung der Industrialisierung über Europa und die USA hinaus zu verhindern, gehörte zu den Grundsätzen von Hitlers weltwirtschaftlichen Vorstellungen. Vgl. z. B. Bd. II A, S. 16 f.
Im April 1933 beabsichtigte Hitler, auf der Weltwirtschaftskonferenz in London im Sommer 1933 eine Vereinbarung gegen die Industrialisierung außereuropäischer Gebiete anzustreben. Vgl. Aufzeichnung über die Konferenz in der Reichskanzlei am 24.4.1933. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1, Göttingen 1971, Dok. 182, S. 334.

6 Vgl. Dok. 66, Anm. 17.

"The same applies to China and India. Once those countries, with their low wages and low standard of living become industrialized, then the Western industrial nations will be economically destroyed."

Then Hitler turned to his own problems in the Reich. He was bitter over his rebuff last Saturday by President von Hindenburg[7].

Explains Demand

Concerning the report that Hitler had demanded the power in Germany that Premier Mussolini has in Italy, the Fascist chieftain declared:

"I must flatly deny the implication that I asked the President 'everything or nothing'. The government issued communiques distorting what took place, creating a false impression[8].

"Holding only 37 per cent of the nation's votes[9], how could I demand all portfolios? I didn't.

"As it takes 51 per cent my 37 per cent represents 75 per cent, on that basis I was entitled to demand 'leadership' of the Cabinet and a corresponding number of ministerial posts.

"As a matter of fact, I left six portfolios open[10]: Had I 51 percent of the votes, I would have demanded all the offices."

Hitler admitted, Mussolini had been mentioned in his talk with von Hindenburg and Chancellor von Papen, asserting:

"Mussolini's name was called in, but first by von Papen, not by me in the way the report was given out.

"Moreover, it seems to have been forgotten that when Mussolini reached Rome and took over power, he did not take all the ministry posts then[11]. Not till later, when his power was consolidated, did he do this[12].

"My plan is now to get 51 per cent of the votes, or an even larger percentage."

---

7 Vgl. Dok. 167.

8 Vgl. Dok. 168, Anm. 2.

9 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

10 Die Reichsregierung hatte seit Oktober 1931 - ohne die Reichskanzlei - elf Ministerien, die NSDAP beanspruchte fünf Ministerposten, wobei Erziehung, Landwirtschaft und Luftfahrt bisher keine eigenständigen Ressorts darstellten. Als Ergebnis der Besprechung zwischen Hitler und Reichswehrminister Schleicher am 4.8.1932 (vgl. Dok. 166, Anm. 5) notierte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch am 7.8.1932 die Ministerliste: "Chef wird Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Straßer Reichs- und preußischer Innen[*minister*]. Goebbels preußischer Kultus- und Reichserziehung[*sminister*]. Darré in beiden Landwirtschaft[*sminister*]. Frick Staatssekretär [*der*] Reichskanzlei. Göring Luftfahrt[*minister*]. Justiz[*ministerium*] bleibt [*für*] uns. Warmbold Wirtschaft[*sminister*]. [*Schwerin-*]Krosigk Finanz[*minister*]. Schacht Reichsbank[*direktor*]. Ein Kabinett von Männern." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 217.

11 Der am 30.10.1922 unter Ministerpräsident Benito Mussolini gebildeten italienischen Regierung gehörten zunächst neben drei Angehörigen der Partito Nazionale Fascista auch drei der Demokraten, zwei der katholisch-sozialen Popolari, jeweils einer der Liberalen und der Nationalisten sowie zwei Offiziere an. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 96 ff.

12 Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini am 3.1.1925 in einer grundsätzlichen Ansprache erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernehme. Diese Rede markiert den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien, die sich sofort in der Unterdrückung der oppositionellen Presse zu manifestieren begann. Als erste Partei wurde die Partita Socialista Uni-

Likes to Travel

The Nazi captain-general spoke of how he loved to wander at night through the mountains under a gorgeous moon and stars. When I told him of my recent journeys in India, China and Manchuria, through Russia, Hitler exclaimed:

"That's what I'd like to do: I'd travel were I not prisoner to my duty and my love for Germany.

"I'd see the world and study people and conditions."

When I asked him why he did not visit America he replied:

"When I can fly the Atlantic, then, perhaps, I will see America. But now it takes too long."

18. August 1932 Dok. 173
Interview mit Associated Press[1]

The Manchester Guardian vom 20.8.1932, "Nazi Economic Policy"[2].

"Without us legal government in Germany is no longer possible. According to the rules of democracy any party or group of parties, commanding 51 per cent of the electorate can claim the right of having the entire government turned over to them."

[...][3]

"At the last election ," he continued, "our movement won 37 per cent[4]. This means that we can furnish about three-quarters of the 51 per cent necessary for taking over the government. The rest would have to be furnished either by the other parties or by someone else."

Attitude Towards Government

Declaring that the refernce he had made to Mussolini in his interview with President von Hindenburg on Tuesday[5] was not made in connection with his claim for exclusive power and was grossly misrepresented, he said:

---

tario bis Oktober 1925 verboten. Nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 hatte der italienische Ministerrat am 5.11.1926 die Auflösung aller übrigen oppositionellen Parteien und Organisationen, die Einführung der Pressezensur und der Verbannung für politische Straftäter sowie die Errichtung einer politischen Polizei beschlossen. Vgl. ebenda, S. 257 ff.

1 In Berchtesgaden, Haus Wachenfeld, vormittags. Das Interview führte Louis P. Lochner.

2 Vgl. VB vom 21./22.8.1932, "Der Führer zu den amtlichen Erklärungen" sowie Bericht des Britischen Generalkonsuls in München, Sir Harold Rumbold, an den Botschafter in Berlin, Sir John Simon, vom 23.8.1932; PRO, FO 371/15946.

3 "This statement was made by Adolf Hitler when interviewed this morning by the Associated Press in his cottage perched on a lonely mountain road some six miles out of Berchtesgaden, where he is living attended only by three Brown Shirt guards, his secretary, his adjutant, and several huge sheepdogs. His only sister is there also keeping house for him." Vgl. Dok. 166, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

5 Weder das von Röhm, Frick und Hitler angefertigte Protokoll (vgl. Dok. 167) noch die Aufzeichnung von Staatssekretär Meißner (vgl. Dok. 167, Anm. 2) enthalten eine Erwähnung von Mussolini und dem Marsch auf

"That I did not claim exclusive power may be seen from the fact that we never desired the Ministry of Defence. As to tolerating the present Government, I never promised to tolerate or to support it. That would have been sheer madness. I promised to support it only as long as we could approve its policy, both domestic and foreign. If, for instance, our Government at Lausanne[6] had uttered a clear No, even if that had resulted in a blowup of the Conference, our attitude might be different. No understanding is possible with France so long as she treats us as at present."

Hitler ridiculed the recent rumours about a march on Berlin. "The question," he said, "is not whether I shall march on Berlin but rather who will have to march out of Berlin. My Storm Troops are the best disciplined body and will not attempt an illegal march. Why should I march on Berlin when I am here already?" he asked. "We hold strong positions in the Presidency of the Prussian Diet[7], and will capture others legally."

Redistribution of Wealth

When asked wether the Nazi movement's opposition to the big industrial concerns meant that Hitler wanted all large factories and businesses to be abolished, he replied:

"I would not be so silly as to try to eliminate all large concerns. You cannot 'build' railway engines in a blacksmith's shop nor ocean liners in a rowing-boat shed. You must remember, however, that we live close to a country where Communism is exclusively preached and where an attempt is made to put it into effect[8]. We also have millions of unemployed in our country[9].

"It would not do to have wealth and property concentrated in the hands of a few people or a few concerns. When this property is wisely distributed among millions of our people - that is, when everybody has their share of the goods of the world, - then we hope to supply the proper offset to the Communists ideas.

"We want our middle class, which is becoming poorer and poorer and whose means of livelihood are cut off more and more by large business concerns to be placed in a position where they can have their share in these goods."

Rom beim Empfang Hitlers bei Hindenburg am 13.8.1932. In der vorbereitenden Besprechung mit Papen am Vormittag desselben Tages zog Hitler jedoch den direkten Vergleich mit der Regierungsbildung durch Mussolini. Vgl. Dok. 167, Anm. 4.

6 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.

7 Hanns Kerrl (1887-1941), Justizoberrentmeister, 1913 Einjährig-Freiwilliger, 1915 braunschweigischer Leutnant d. R., 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1932-1933 Landtagspräsident, 1933 Reichskommissar für die preußische Justizverwaltung, 1933-1934 preußischer Justizminister, 1934-1935 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1935-1941 Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten.
Die Stellung des Landtagspräsidenten war in Preußen dadurch herausgehoben, daß der Landtagspräsident über seine eigentliche Aufgabe hinaus staatsnotarielle Funktionen wahrnahm. Am 24.5.1932, in der ersten Sitzung des preußischen Landtags nach der Wahl vom 24.4.1932 (vgl. Dok. 64, Anm. 1), wurde auf Vorschlag der nationalsozialistischen Fraktion Hanns Kerrl mit Stimmen des Zentrums und der DNVP zum Landtagspräsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde Ernst Wittmaack (SPD), zweiter Vizepräsident Josef Baumhoff (Zentrum) und dritter Vizepräsidenten Wolfgang von Kries (DNVP). Vgl. Möller, Parlamentarismus, S. 555 f.

8 Bezieht sich auf die Sowjetunion.

9 Ende Juli 1932 wies die amtliche Statistik 5.392.248 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 292.

[22. August 1932][1] Dok. 174
Telegramm an August Gräupner[2], Reinhold Kottisch[3], Paul Lachmann[4], Hellmuth Josef Müller[5] und Ruffin Wolnitza[6]

Der Angriff vom 23.8.1932, "Adolf Hitler an die Verurteilten"[7].

Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils[8] fühle ich mich mit Euch *in unbegrenzter Treue* verbunden, Euere *Freiheit* ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der *Kampf gegen eine Regierung*, unter der dieses möglich war, unsere *Pflicht*.

Adolf Hitler[9]

1 Datiert nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 141 f.; Horkenbach 1932, S. 290 f.

2 August Gräupner (geb. 1899), Häuer, SA-Scharführer, 2.9.1932 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach Amnestie am 18.3.1933 aus der Haft entlassen.

3 Reinhold Kottisch (geb. 1906), Elektriker, Angehöriger des Oberschlesischen Selbstschutzes, 2.9.1932 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach Amnestie am 18.3.1933 aus der Haft entlassen.

4 Paul Lachmann (geb. 1893), Gastwirt, Gemeindevorsteher von Potempa, 1929 Eintritt in die SA, 1931 Eintritt in die SA, 2.9.1932 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach Amnestie am 18.3.1933 aus der Haft entlassen, 1940 vom Gaugericht Schlesien der NSDAP wegen Wilderei verurteilt, aus der SA entlassen.

5 Hellmuth Josef Müller (geb. 1898), Markenkontrolleur, SA-Truppführer, 2.9.1932 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach Amnestie am 18.3.1933 aus der Haft entlassen.

6 Ruffin Wolnitza (geb. 1907), Grubenarbeiter, Mitglied der NSDAP, Angehöriger des Oberschlesischen Selbstschutzes, 2.9.1932 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach Amnestie vom 23.3.1933 aus der Haft entlassen.

7 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 24.8.1932 (Reichsausgabe), "Der Freibrief"; VB vom 24.8.1929, "An die Pg. Gräupner, Kottisch, Lachmann, Müller und Wolnitza".

8 In der Nacht vom 9. zum 10.8.1932 waren in Potempa, Landkreis Gleiwitz, gegen 1.30 Uhr neun uniformierte, zum Teil mit Pistolen bewaffnete SA-Leute und Angehörige des Oberschlesischen Selbstschutzes in die Wohnung des arbeitslosen Landarbeiters Konrad Pietzuch eingedrungen, fünf der SA-Leute hatten das schlafende Opfer aus dem Bett gezerrt und auf den am Boden liegenden Mann eingetreten. Der Sachverständige hatte bei der Obduktion 29 mit großer Gewalt verursachte Verletzungen festgestellt. Ein Tritt in den Hals habe zum Eindringen von Blut in die Lunge und damit zum Tode geführt. Der Bruder des Ermordeten, Alfons Pietzuch, wurde schwer verletzt. Gegen die Angeklagten Gräupner, Kottisch, Lachmann, Müller und Wolnitza verhängte das Sondergericht beim Landgericht Beuthen am 22.8.1932 die Todesstrafe, der Angeklagte Georg Hoppe wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, drei weitere Angeklagte freigesprochen. Grundlage für das Strafmaß war die "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932, die unter anderem Totschlag "aus politischen Beweggründen" mit der Todesstrafe bedrohte und unmittelbar vor der Tat in Kraft getreten war. Vgl. Paul Kluke, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297; Richard Bessel, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254; Krohn, Die deutsche Justiz, S. 173 ff. Druck der Notverordnung vom 9.8.1932: RGBl. 1932, I, S. 403 f.

9 Die Frankfurter Zeitung fragte: "Aber wer in der gesamten deutschen Öffentlichkeit wird es begreifen, daß der Führer einer großen politischen Bewegung so bedenkenlos den besoffenen Totschlägern noch eine Ehrenerklärung zu geben wagt?"

23. August 1932 Dok. 175
"Nationalsozialisten! Deutsche!"
Aufruf

Der Angriff vom 23.8.1932, "Ein Aufruf des Führers" [1].

Im November 1918 hat der Marxismus in einer verfluchten Revolte, begünstigt durch die Feigheit und Schwäche bürgerlicher Politiker, das alte Reich überfallen und vernichtet[2]. Namenlos ist seit dieser Untat das deutsche Elend geworden. Dem Terror der Novemberverbrecher im Innern entsprach als Folgeerscheinung der Terror unserer Gegner von außen. Ein großes Volk schien dem endgültigen Untergang bestimmt zu sein.

Während die bürgerlichen Politiker in jammervoller Unterwürfigkeit sich dem neuen System verschrieben oder zumindest vor ihm feige zurückwichen, hat unsere nationalsozialistische Bewegung einsam und allein den Kampf für die ewigen Lebensrechte unseres Volkes aufgenommen.

Und seitdem verfolgt uns der Haß jener Parteien, die als Marxismus von jeher die Gewalt und den Terror als typisches klassenkämpferisches Mittel verwendet haben. Ihre Parole der Vorkriegszeit *"Und willst du nicht Genosse sein, so schlag ich dir den Schädel ein"*[3], wurde seit der Revolution mit furchtbarer Offenheit als selbstverständliches Recht vertreten und von bürgerlichen Bürokratenkreaturen auch anerkannt. Daß wir Nationalsozialisten die in der Verfassung niedergelegten Rechte der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit nicht preiszugeben gewillt waren, wurde als "Provokation des Proletariats" ausgelegt und damit als Berechtigung zu unserer Verfolgung.

Vierzehn Jahre haben die Behörden dieses Systems in oft himmelschreiender Einseitigkeit nicht den Bedrücker zurechtgewiesen, sondern immer wieder den Unterdrückten verboten. Ungezählt sind die Opfer, die das junge Deutschland, das keine andere Vertretung besaß als die der nationalsozialistischen Bewegung, für seine Ideale bringen mußte.

Über dreihundert niedergemetzelte, ja oft buchstäblich abgeschlachtete Parteigenossen zählen wir als tote Märtyrer [*sic!*][4]. *Zehntausende und abermals Zehntausende sind verletzt*[5] *und viele unter ihnen bleiben ihr Leben lang Krüppel.*

Der bürgerliche Rechtsstaat sowohl als die bürgerliche Journaille nahmen kaum davon Notiz. Erst in dem Augenblick, da endlich das Maß zum Überlaufen voll war und der Terror der roten Mord- und Verbrecherorganisationen unerträglich wurde, schwang sich die "nationale Regierung" v. Papen blitzschnell zu einer Handlung auf[6].

1 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 24.8.1932 (Reichsausgabe), "Der Freibrief"; VB vom 24.8.1932, "Ein Aufruf des Führers".
2 Vgl. Dok. 8, Anm. 3.
3 Die politische Parole: "Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!" entstand in Deutschland 1848 nach dem aus der Französischen Revolution stammenden Ruf: "La fraternité ou la mort!" Vgl. Lutz Röhrich, Lexikon der sprichwörtlichen Redensarten, Bd. 1: A-Dutzend, Freiburg i. Br. 1994, S. 269.
4 Vgl. Dok. 169, Anm. 24.
5 Vgl. Dok. 169, Anm. 25.
6 Bezieht sich auf die "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932. Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

Die ersten Dokumente ihres "nationalen" Wollens kennen wir nun. Am selben Tage fast, an dem die Mörder und Peiniger unserer Ohlauer Parteigenossen mit geringen Strafen davonkamen, obwohl wir an diesem einen Überfall *zwei Tote und 27 Schwerverletzte* zu beklagen hatten[7], haben die Gerichte der Regierung des Herrn von Papen fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt[8].

Deutsche Volksgenossen!

Wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese bürgerliche Regierung einzutreten[9]. Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende vielleicht Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. Glaubte man *dieses* von Blindheit geschlagene das ganze Volk herausfordernde Vorgehen *auch* mit meinem Namen decken zu können? Die Herren irren sich!

Herr von Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich nicht[10]. Ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und seinen marxistischen Zerstörern und Verderbern die Vernichtung. *Zum Henker der nationalen Freiheitskämpfer des deutschen Volkes aber eigne ich mich nicht.*

Mit dieser Tat ist unsere Haltung diesem "nationalen Kabinett" gegenüber endgültig vorgezeichnet.

Es mag der Himmel über uns Qualen über Qualen schicken. Unsere Bewegung wird auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer fertig werden.

Herr von Papen kann ruhig solche Bluttribunale über unsere Bewegung setzen. Die Kraft der nationalen Erhebung wird mit diesem System so sicher fertig, wie sie den Marxismus trotz dieser Versuche zu seiner Rettung dennoch beseitigen wird.

Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils gibt es für uns erst recht nur einen einzigen Lebensinhalt: Kampf und wieder Kampf. Wir werden den Begriff National befreien von dieser Umklammerung durch eine Objektivität, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufzeigt.

Herr von Papen hat damit seinen Namen mit dem Blute *nationaler Kämpfer* in die deutsche Geschichte eingezeichnet. Die Saat, die daraus aber aufgehen wird, soll man künftig nicht

---

7 Die SPD hatte am 10.7.1932 einen "Roten Tag" in der schlesischen Ortschaft Laskowitz veranstaltet, die NSDAP eine Versammlung in der Ortschaft Brieg abgehalten. Der geschlossene Rückmarsch beider Gruppen führte gegen 20.00 Uhr im Stadtkern von Ohlau zu heftigen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Schußwechseln. Die Polizei konnte die Kämpfe nicht unterbinden, so daß um 23.00 Uhr Reichswehr zu Hilfe gerufen werden mußte. Zwei SA-Leute wurden getötet und insgesamt 27 Schwerverletzte, darunter auch Unbeteiligte, in die Krankenhäuser von Breslau und Ohlau eingeliefert. Das Sondergericht in Brieg verurteilte am 22.8.1932 27 der angeklagten Reichsbannerangehörigen und SPD-Sympathisanten zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, die Höchststrafe betrug vier Jahre Zuchthaus. 16 Angeklagte wurden freigesprochen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 23.8.1932 (Reichsausgabe), "9 Jahre Zuchthaus - 203 Monate Gefängnis"; Bessel, Political Violence, S. 85 f.

8 Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

9 Vgl. Dok. 167.

10 In einer amtlichen Stellungnahme zur Durchführung ihrer Notverordnung (vgl. Dok. 174, Anm. 8) erklärte die Reichsregierung am 23.8.1932 unter anderem: "Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Partei oder Person, Anwendung finden." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 24.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Antwort der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung".

mehr durch Strafen beschwichtigen können. *Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein*[11].

Adolf Hitler

29. August 1932 Dok. 176
Rede vor der NSDAP-Reichstagsfraktion in Berlin[1]

VB vom 31.8.1932, "'Man kann wohl ohne Reichstag, aber nicht ohne Volk regieren'"[2].

Dann nahm

Adolf Hitler

das Wort zu eingehenden, richtunggebenden Ausführungen über die Stellung der N.S.D.A.P. zur politischen Lage. In einem kurzen Rückblick streifte er den gigantischen arbeits- und opferreichen Kampf der Bewegung und ihre bisherigen Erfolge. Sie regiert bereits in zahlreichen deutschen Ländern[3] und wird im Reiche eigentlich nur bekämpft wegen des *Maßes* an Macht, das die Bewegung beansprucht, gegenüber dem, was die Gegner ihr noch vorenthalten zu können glaubten. Zwar werde einer Bewegung, die nach allen Gesetzen des Rechts - auch des Rechtes der anderen - den Anspruch hätte zu herrschen, dieses Recht heute noch verweigert. Aber gerade deshalb sei der Sieg der Bewegung, der absolut gesichert sei, nur noch eine Frage der Zeit. Niemals habe er mit mehr Ruhe und Zuversicht der Entwicklung entgegengesehen als heute.

Der Anspruch der Bewegung auf die Macht werde auch von Regierungsseite heute nicht mehr bestritten, aber man wolle ihr die Erfüllung ihrer Ansprüche in Formen bieten, die sie zu selbständigem Handeln unfähig mache[4].

---

11 Die "Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten" vom 9.8.1932 bestimmte in § 17 unter anderem: "Gegen Entscheidungen der Sondergerichte ist kein Rechtsmittel zulässig." Über ein Wiederaufnahmeverfahren konnte nur das Sondergericht selbst befinden. Die Möglichkeit der Begnadigung, in diesem Fall durch den Reichskommissar für Preußen, blieb von dieser Verordnung unberührt. Von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, dem Stahlhelm und dem Königin-Luise-Bund gingen beispielsweise in den folgenden Tagen Gnadengesuche beim Reichspräsidenten ein. Vgl. Kluke, Potempa, S. 284. Druck der Notverordnung: RGBl. 1932, I, S. 404 ff. sowie Dok. 180, Anm. 31.

1 Im Hotel Kaiserhof, nach 17.00 Uhr. Die Fraktionssitzung der Reichstagsabgeordneten der NSDAP wurde von Wilhelm Frick eröffnet.

2 Vgl. auch Nationalpost (Der Angriff) vom 30.8.1932, "Hitler vor der Reichstagsfraktion".

3 In Braunschweig war die NSDAP seit 1.10.1930 mit kurzer Unterbrechung an einer Koalitionsregierung mit der DNVP beteiligt (vgl. Dok. 38, Anm. 6), ebenso seit 8.4.1932 in Mecklenburg-Strelitz. In Anhalt stellte die NSDAP seit 21.5.1932 mit Alfred Freyberg den Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung mit der DNVP, ebenso seit 26.8.1932 in Thüringen nach vorheriger gescheiterter Koalition 1930/31 (vgl. Dok. 38, Anm. 7) mit Fritz Sauckel den Ministerpräsidenten in Koalition mit dem Thüringer Landbund. In Oldenburg regierte die NSDAP seit 16.6.1932 allein (vgl Dok. 89, Anm. 17), ebenso in Mecklenburg-Schwerin seit 13.7.1932 (vgl. Dok. 89, Anm. 18).

4 Bezieht sich auf das Angebot an Hitler, ihm das Amt des "Vizekanzlers" im Kabinett Papen zu übertragen. Vgl. Dok. 167, Anm. 4. Eine Besprechung zwischen Hitler und Papen am selben Tag (29.8.1932) blieb ergebnislos. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 475, Anm. 6.

Wenn er die Haltung einzelner Persönlichkeiten der Regierung in Hinblick auf ihren Wirkungskreis auch zu würdigen wisse, so hätten doch alle diese - außer einem[5]- nur ihren *Namen* einzusetzen. *Die N.S.D.A.P. habe aber nicht einen Namen einzusetzen, sondern 14 Millionen deutscher Menschen, die voll grenzenlosem Vertrauen hinter ihr ständen*[6]. *Diese Bewegung, des deutschen Volkes größte Organisation, einzigartig im deutschen Volk gewachsen, sei heute die Nation und habe die Pflicht, sich als solche zu fühlen.*

Wenn man diese nationale Selbsteinschätzung als "Zügellosigkeit"[7] bezeichne, dann nähmen wir diese "Überheblichkeit" vor der Geschichte auf uns. Solange bei der Regierung eine Auffassung herrsche, wie die bezüglich Beuthens zum Ausdruck gekommene[8], könnte die nationalsozialistische Bewegung diese Regierung nicht mit ihrem Namen decken. Hier kenne er keine Objektivität. Er habe kein Verständnis dafür, daß für einen polnischen Insurgenten, der einst gegen unsere deutschen Brüder in Schlesien gestanden hat[9], fünf Nationalsozialisten unter das Fallbeil sollen[10].

"Hier bin ich nicht objektiv, sondern subjektiv. Wer für Deutschland kämpft und lebt, streitet und, wenn es sein muß, stirbt, hat alles Recht, und wer sich gegen Deutschland wendet, hat gar kein Recht."

In einer Frage, die den Staat selbst betreffe - und der Sieg des Kommunismus sei eine Angelegenheit, die den *Staat* angehe - könne dieser sich nicht einfach neutral darüberstellen!

Die nationalsozialistische Bewegung habe den ungeheuren Vorzug, ein einziger operationsfähiger Faktor zu sein. Als Führer könne und werde er jeden Weg beschreiten, der die Bewegung und damit die Nation dem Ziele näherführe. Die Gegner sollten wissen, daß ihnen in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nicht 230 Mann[11] entgegentreten, sondern diese Fraktion trete ihnen wie *ein* Mann gegenüber. *Sie werde dem ganzen deutschen Volk, das heute auf sie blicke, ein Beispiel grenzenloser Disziplin geben.*

---

5 Gemeint ist Franz Gürtner (1881-1941), 1909 III. Staatsanwalt beim Landgericht München I, 1912 Amtsrichter beim Amtsgericht München, Tätigkeit im bayerischen Justizministerium, 1921 Landgerichtsrat im bayerischen Justizministerium, 1922-1932 bayerischer Justizminister, Eintritt in die Bayerische Mittelpartei (seit 1924: DNVP), 1932-1941 Reichsminister der Justiz, 1937 Eintritt in die NSDAP.

6 Bezieht sich auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

7 In einer Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8.1932, die im Rundfunk übertragen worden war, hatte Reichskanzler Papen zu Hitlers Aufruf vom 23.8.1932 (vgl. Dok. 175) erklärt: "*Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregierung.*" Druck: Frankfurter Zeitung vom 29.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Rede des Reichskanzlers" ferner Dok. 175, Anm. 10.

8 In seiner Rede am 28.8.1932 hatte Papen zum Urteil der Sondergerichte (vgl. Dok. 174, Anm. 8, Dok. 175, Anm. 7) die Haltung der Reichsregierung erläutert: "Den Urteilen in Ohlau und Beuthen ist von rechts und von links ein Sturm gegenüber der gleichmäßigen Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampfe soll Totschlag und Rache erlaubt, soll der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt." Druck: wie Anm. 7.

9 Konrad Pietzuch, Landarbeiter, Sympathisant der KPD, bei den Kämpfen in Oberschlesien (vgl. Dok. 11, Anm. 6) vermutlich auf Seiten der polnischen Aufständischen aktiv, am 10.8.1932 erschlagen.

10 Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

11 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

Unsere Auffassung unterscheide sich von der unserer Gegner dadurch, daß wir sagen: *Man kann wohl ohne Reichstag regieren, aber man kann nicht ohne Volk regieren*[12]. *Fähig zu regieren ist nur der, der aus dem Volk herauswächst und dieses Volk kennt. Das heute regierende System müsse scheitern an dem gänzlichen Fehlen einer lebendigen Verbindung mit dem Volk.*

Die Millionen hätten den Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung das Vertrauen ausgesprochen in der Hoffnung, daß sie dem deutschen Volk nun ein anderes Gesicht geben, als die anderen Parteien es getan haben. *In dieser Erwartung würden sie nicht getäuscht werden. Das Volk wolle Mut, Kraft, Entschlossenheit und Zähigkeit sehen; wer sie beweise, dem werde es folgen.* Ganz gleich, auf welcher Ebene die nationalsozialistische Bewegung fechten werde, kapitulieren würde sie nie, sondern *kämpfen* bis zum Siege. Sie sei in jeder Stunde bereit, wieder vor die Nation zu treten. Das möge der Gegner wissen.

Nach den weiteren Ausführungen Adolf *Hitlers*, die von der Fraktion mit einem Begeisterungssturm aufgenommen wurden, legte der Fraktionsführer *Dr. Frick* für die gesamte Fraktion und nach ihm jedes einzelne Fraktionsmitglied das Gelöbnis in die Hand des Führers, in unverbrüchlicher *Treue* und alle Zeiten wie ein Mann hinter ihm zu stehen.

30. August 1932 — Dok. 177
Schreiben an Franz Stöhr[1]

VB vom 1.9.1932, "Adolf Hitler an Pg. Stöhr".

Lieber Pg. Stöhr!
Mit tiefem Bedauern habe ich mich entschlossen, unter Berücksichtigung Ihres Leidens Ihrem Wunsche nachzukommen, für die Stelle des Reichstagspräsidenten[2] einen anderen Herrn zu

---

12 Am 28.8.1932 hatte Papen weiter erklärt: "Der Grundsatz der Reichsverfassung: 'Die Staatsgewalt geht vom Volke aus' kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll (lebhafter Beifall)." Druck: wie Anm. 7.

1 Franz Stöhr (1879-1938), kaufmännischer Angestellter, 1914-1919 Gauvorsteher des DHV für Thüringen und 1921-1925 für Brandenburg-Pommern, 1924-1933 MdR (DVFP, seit 1927 NSDAP), 1928-1930 Herausgeber und Schriftleiter der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz, 1930/31 im Präsidium des Reichstags, 1933 Leiter des Amts für soziale Fragen der DAF, 1934-1938 Oberbürgermeister von Schneidemühl.

2 Noch am Morgen des 30.8.1932 meldete die Deutsche Allgemeine Zeitung: "Wie verlautet haben die Nationalsozialisten für den *Reichstagspräsidenten* nun doch den bisherigen Vizepräsidenten *Stöhr* in Aussicht genommen, trotz seines schlechten Gesundheitszustandes; genannt wird allerdings auch der Abgeordnete *Fabricius*." Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 30.8.1932 (MA), "Besprechungen Papen-Hitler abermals ergebnislos". Hans Eugen Fabricius war Geschäftsführer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion.
Am 30.8.1932 wurde Hermann Göring mit den Stimmen der NSDAP und des Zentrums zum Reichstagspräsidenten gewählt, der Zentrumsabgeordnete Thomas Esser zum Vizepräsidenten. Die Führung der Zentrumspartei hatte wegen ihrer strikten Ablehnung der Regierung Papen nach der Wahl schon vor den gescheiterten Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP (vgl. Dok. 167) Bereitschaft zu einer Koalition mit der NSDAP auf Reichsebene erkennen lassen. Die gemeinsame Wahl des Reichstagspräsidenten war Vor-

bestimmen[3]. Ich nehme dies aber zum Anlaß, um Ihnen in meinem Namen und namens der gesamten Bewegung für Ihre Treue und unermüdliche Arbeit zu danken. Möge Ihre Genesung so fortschreiten, daß Sie in kurzer Zeit der Bewegung wieder das sein können, was Sie ihr so lange waren. Ich werde Sie dann, hoffe ich, auf einem Ihrer bewährten Fähigkeit und Arbeitskraft entsprechenden Posten begrüßen.

Mit Heil!

Ihr *Adolf Hitler*

---

aussetzung für die ebenfalls am 30.8.1932 beginnenden Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Vgl. Junker, Zentrumspartei und Hitler, S. 86 ff.

3 Hermann Göring (1893-1946), 1912 preußischer Leutnant, 1915 Ausbildung zum Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, Abschied als Hauptmann, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern, preußischer Innenminister, 1933-1945 preußischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichskommissar für den Luftverkehr, Reichsminister für Luftfahrt, 1933 General, 1934-1945 Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, 1935-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936-1945 Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplans, 1937/38 Reichswirtschaftsminister, 1938 Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 1946 Selbstmord.

1. September 1932 Dok. 178
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 2.9.1932, "Adolf Hitler wider die Papen-Reaktion" [2].

Wer 13 Jahre verschläft, wird nicht im 14. die Kraft besitzen, um sie denen entgegenzusetzen, die 13 Jahre lang gekämpft haben. Von Leuten, die nicht begreifen, daß nicht der Staat, sondern

das Volk das Wesen aller Dinge

ist, könne *keine wirkliche Reform* kommen. *Auch der Nationalsozialismus lehne den Parteistaat ab, ganz besonders, wenn er auf der schwächlichen Basis des Herrenklubs* [3] *gegründet werde.*

Der *Nationalsozialismus* war einst auch nicht mehr als dieser Klub; aber in 14 Jahren ist aus dem Klub praktisch mit die deutsche Nation geworden, und die Gruppe, aus der die Männer stammen, die uns heute bekämpfen, würde nach menschlicher Voraussicht in den nächsten Jahren nicht größer werden, als sie ist, während die Gruppe, die sich hinter uns befindet, nach menschlicher Voraussicht in wenigen Jahren eben doch die Nation sein wird.

Die nationalsozialistische Bewegung will den Volksstaat. Über die bürgerliche Welt wäre niemals der *Zusammenbruch* gekommen, wenn sie rechtzeitig erkannt hätte, daß Deutschland zerbrechen mußte, weil *keine einheitliche Grund- und Lebensauffassung* mehr im Volk vorhanden war. Hätten sie diese Aufgabe früher erkannt und in Angriff genommen wie wir, dann hätten sie unter das Volk, in die Fabriken, auf die Straßen und Plätze gehen müssen, statt sich einzubilden, der "Staat" sei nur *ihnen* anvertraut und nur dazu da, um *sie* regieren zu lassen.

---

1 Im Sportpalast, abends. An der von Gauleiter Joseph Goebbels eröffneten ersten öffentlichen Versammlung nach Ablauf des Verbots öffentlicher politischer Veranstaltungen nach der Reichstagswahl (vgl. Dok. 164, Anm. 5) nahmen nach den übereinstimmenden Pressemeldungen etwa 20.000 Menschen teil. Der Zutritt wurde wegen Überfüllung polizeilich begrenzt.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 2.9.1932, "Adolf Hitlers große Rede"; Berliner Börsen Courier vom 2.9.1932 (MA), "Hitler polemisiert gegen Papen"; Berliner Börsen-Zeitung vom 2.9.1932 (MA), "Hitler gegen Papen"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2.9.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast: 'Wenn andere mit mir gehen wollen, sind sie willkommen'", vom 2.9.1932 (AA), "Hitlers Koalitionsrede"; Kreuz-Zeitung vom 3.9.1932 (Ausgabe B), "Hitler im Sportpalast"; Der Reichsbote vom 3.9.1932, "Hitler sprach in Berlin"; Der Tag vom 2.9.1932, "Hitler spricht im Sportpalast"; VB vom 3.9.1932, "Adolf Hitler gegen die volksfremde Herrschaft der Papenreaktion"; Vossische Zeitung vom 2.9.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast"; 12-Uhr-Blatt vom 2.9.1932, "Hitler im Sportpalast: Gegen die Koalition". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 17.9.1932, "Die Reichshauptstadt im Zeichen des Hakenkreuzes ...".

3 Bezieht sich auf den im November 1924 von Heinrich von Gleichen und Hans Bodo Graf von Alvensleben-Neugattersleben gegründeten Deutschen Herrenklub (DHK), der sich als "Repräsentanz einer konservativen politischen Oberschicht" verstand. Er setzte sich aus Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Bankiers und Angehörigen der hohen Ministerialbürokratie zusammen. Der DHK berief sich auf die jungkonservativen Ziele, die Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch "Das dritte Reich" 1923 formuliert hatte. Mit der Bildung der Regierung Papen (vgl. Dok. 78, Anm. 3), der ebenso wie Innenminister von Gayl Mitglied des DHK war, gewann der 1932 etwa 5.000 Mitglieder zählende Verein entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik. 1933 umbenannt in "Deutscher Klub", löste sich die Vereinigung 1944 auf. Vgl. Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 175 ff; Yuji Ishida, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 55 ff.

Die bürgerlichen Parteien, die den Verfall des Reiches weder verhindern noch irgendeine Grundlage zum Wiederaufbau geschaffen hätten, glaubten jetzt plötzlich die Arbeit anderer am Volke für sich ausnützen zu können. Ihnen, die es heute so hinstellten, als ob die Arbeit der Nationalsozialisten für die Zusammenfassung des Volkes eine unerträgliche Anmaßung sei, müsse er zur Antwort geben:

"Wer hat denn euch verhindert, einst das zu tun, was wir getan haben?" Sie hätten es nicht getan, sondern

ihre ganze staatsmännische Weisheit erschöpfe sich in blutleeren Entwürfen von Staatsprogrammen und Staatsverfassungen, ohne die praktischen Voraussetzungen im Volke für ihre Theorien zu schaffen.

Die nationalsozialistische Bewegung habe in 13 Jahren bei Millionen von Menschen alle Vorurteile ausgerottet, habe den Standesfimmel gebrochen, den Klassenwahnsinn beseitigt, habe gezeigt, daß am Ende nur in unserem Volke selbst die Wurzeln aller Kraft liegen und nicht außerhalb, nicht in dem von oben herunter gesprochenen: "Seid einig"[4]*, sondern in dem lebenswarmen gemeinsamen Kampf, im gemeinsamen Ringen und gemeinsamen Leiden Aller in dieser Zusammengehörigkeit, die nicht von oben diktiert wird, sondern gelebt und praktisch erwiesen werden müsse. Diese Bewegung habe es fertiggebracht, daß ein verzagtes Volk wieder lebendig wurde, daß Millionen Menschen wieder ein Ideal sähen und den Glauben an dieses Ideal wieder zurückgewonnen hätten. Unsere Gegner sollten sich nicht einbilden, jemals diese Arbeit beseitigen und gegen dieses Gebilde anstürmen zu können. An der Gewalt dieser Idee und der Kraft einer aus ihr gewordenen Bewegung würden die Gegner zersplittern und zerschellen.*

Der Führer zeigte dann die Unlogik und Verschwommenheit des Papenschen Schlagwortes von der *"konservativen Staatsidee"*[5] auf, das bisher sogar noch die Frage offenlasse, ob er konservativ im Sinne der *jetzigen Republik* oder einer *früheren Staatsauffassung* sein wolle, letzten Endes könnte auch eine marxistisch-konservative Gesinnung herauskommen. Herr von Papen *wisse vielleicht selbst nicht* genau, *welches Jahrzehnt* er sich als *Ausgangspunkt* seiner konservativen Auffassung gewählt habe.

Unsere nationalsozialistische Bewegung dagegen sei konservativ in dem Sinne, daß gerade sie am meisten gewürdigt habe, was am alten Deutschland groß, erhaben und schön gewesen sei. Sie sei konservativ, indem sie das Volksgut bewahre und in den Mittelpunkt ihrer ganzen Betrachtung stelle. Nicht konservativ allerdings sei sie, wenn es sich um die Erhaltung von volkstrennenden Ständen und Klassen handele.

Hier werden wir, um das Volk zu erhalten, absolut revolutionär!

Denn in dieser Bewegung herrsche der Geist der Zusammengehörigkeit, der Opferwilligkeit, der Disziplin, des Gehorsams und der Achtung vor der Arbeit und Leistung, und dieser Geist werde auch einst dem neuen Staate sein Gepräge geben.

4 Nach Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell, 4. Aufzug, 2. Szene: "Seid einig - einig - einig!"

5 Reichskanzler Franz von Papen hatte seine Vorstellungen über konservative Politik in einem Artikel der Septemberausgabe der Zeitschrift "Volk und Reich" unter dem Titel "Konservative Staatsführung" niedergelegt, der in der Tagespresse stark beachtet wurde. Druck: Volk und Reich. Politische Monatshefte, 8 (1932), S. 585-589.

Weil unsere Gegner wüßten, daß diese Bewegung ihren Auftrag so stolz und kühn vertrete und entschlossen sei, sich durchzusetzen im Dienste unseres Volkes, deshalb gehe der Kampf des Marxismus und des Bürgertums in solcher *Schärfe* gegen sie. Der *Marxismus* kämpfe offen mit allen Mitteln der Lüge, Verleumdung und mit blutigem Terror, der vor nichts zurückschrecke. Die *bürgerlichen Parteien* aber, die diesen Kampf, unsere Leiden und Opfer nur in ihren Klubs kennengelernt hätten, vermeinen nun, uns um den Lohn unserer harten Arbeit bringen zu können. *Aber sie irrten sich, wenn sie glaubten, wir hätten den deutschen Arbeiter nur deshalb aus dem Marxismus herausgeführt, um ihn dann der Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien neuerdings auszuliefern.*

Sie vergäßen dabei, daß diese Bewegung und ihre Stürme nicht nur Disziplin, sondern auch ihren Willen hätten. Selbst wenn er als Führer sie preisgeben würde, *Herr von Papen würde sie doch niemals bekommen.* Ebensowenig Glück würde Herr von Papen mit seiner neuen Taktik[6] haben. Er [*Hitler*] als Führer der N.S.D.A.P. habe die Legalität beschworen und hätte sie beschwören können[7].

Jetzt, wo die Zeit komme, da wir nach der bürgerlichen Gesetzgebung der anderen und ihrer eigenen Verfassung das Anrecht hätten zur Führung im Staate, jetzt auf einmal erklärten sie, die Verfassung habe keinen inneren Sinn, der Parlamentarismus sei überlebt[8].

13 Jahre sei er es nicht gewesen! Noch im Juli dieses Jahres schien er ihnen nicht überlebt zu sein[9]. *Erst, als wir zum erstenmal mit 230 Mann*[10] *in den Wallot-Bau*[11] *eingezogen seien, da auf einmal erklärten sie, daß diese Form von Demokratie überlebt und veraltet sei und daß das Volk nach neuen Formen dränge und daß der Herrenklub dazu berufen sei, eine neue Verfassung herauszuschwitzen.* Wenn man sage, wir wollten den Parlamentarismus konservieren[12], so entgegneten wir, wir wollen, daß der Wille des deutschen Volkes befolgt werde.

Dieser Wille habe zum Ziel, die Nation innerlich so in Form zu bringen, daß sie der Ausgangspunkt sein werde zur Erringung der Anerkennung auf der ganzen Welt. Denn noch niemals seien am Verhandlungstisch der Welt Noten und Vorschläge, sondern nur gegebene Tat-

6 Bezieht sich wahrscheinlich auf den direkten Vergleich von Marxisten und Nationalsozialisten durch Papen am 28.8.1932: "Ich kenne kein Recht, das Kampfmittel einer Klasse oder Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird (lebhafter Beifall)." Druck: Frankfurter Zeitung vom 29.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Rede des Reichskanzlers".

7 Vgl. Dok. 99, Anm. 44.

8 In einem Kommentar der Kreuz-Zeitung hieß es unter anderem: "Der tragische Konflikt, in den wir die Nationalsozialistische Partei hineingeraten sehen, ist heute entwickelt bis zu der Aussicht auf die Bildung einer parlamentarischen Koalition der Nationalsozialisten mit dem schärfsten Verfechter des überlebten parlamentarischen Systems, dem Zentrum." Vgl. Kreuz-Zeitung vom 1.9.1932 (Ausgabe B), "Agonie des Parlamentarismus".

9 Anspielung auf die Begründung der Reichstagsauflösung. Vgl. Dok. 84, Anm. 4.

10 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

11 Bezieht sich auf das Reichstagsgebäude, 1884-1894 erbaut von Paul Wallot.
Paul Wallot (1841-1912), Architekt, 1894-1911 Akademie-Professor in Dresden.

12 Ein Kommentar der Deutschen Allgemeinen Zeitung begann mit den Worten: "Das politische Ergebnis der Eröffnungssitzung des neuen Reichstages wird veranschaulicht durch die Tatsache, daß ein Nationalsozialist Präsident des Parlaments geworden ist. Das zeigt am besten, wie sehr *die Nationalsozialisten dem Parlamentarismus verfallen* sind, während sie viele Jahre lang in den schärfsten Ausdrücken gegen die 'Quatschbude' gewettert hatten." Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 31.8.1932 (MA), "Unsere Meinung".

bestände ratifiziert worden. Im Innern der Nation müsse erst die Kraft werden und dann werde sie die Welt sanktionieren.

Wenn die Regierung sage, sie sei ja bereit, uns an dieser Regierung zu beteiligen [13], so könne er ihr nur sagen: was wir als *Recht* fordern können, nehmen wir nicht als *Gnade* an.

Wenn die Regierung erkläre, die Macht zu besitzen, dann bekennen wir: Für uns ist des Reiches Heer nicht zum Schutz einer Regierung, sondern zum Schutz des Volkes da. Für dieses Heer würden wir sorgen wie niemals zuvor, nicht nur materiell, sondern auch geistig, wir würden es auf eine Plattform stellen, zu der jeder Deutsche unbekümmert aufschauen könne [14]. *Und wenn die Regimenter marschierten, dann solle jeder Deutsche voller Stolz sagen: Das sind unsere Soldaten, des deutschen Volkes Regimenter. Ein politisches Regiment, das sich nur auf Bajonette stütze, mißbrauche das kostbarste Gut, das wir in Deutschland besitzen.*

Gegenüber den zur Schau getragenen durchsichtigen Besorgnissen eines Parteiführers über die Zusammenarbeit der N.S.D.A.P. mit anderen Parteien [15] erklärte der Führer, er werde *niemals die Idee preisgeben:* das sollte allen schon *der 13. August* [*1932*] [16] *bewiesen* haben. *Wenn man glaube, mit einer Reichstags-Auflösung nach der anderen drohen zu können* [17], *so antworte er:*

13 Bezieht sich auf das Angebot an Hitler, ihm das Amt des "Vizekanzlers" im Kabinett Papen zu übertragen. Vgl. Dok. 167, Anm. 4.

14 Zu Hitlers öffentlichem Werben um die Reichswehr vgl. z. B. auch seine Rede vom 15.3.1929 (Druck: Bd. II/2, Dok. 6) und seinen Artikel vom Juni 1930 (Druck: Bd. III/3, Dok. 68).

15 Gemeint ist wahrscheinlich die DNVP. Beispielsweise hatte der preußische Landtagsabgeordnete der DNVP Eldor Borck, stellvertretender Landesführer des pommerschen Stahlhelm, in der zum Hugenberg-Konzern gehörenden Zeitung "Der Tag" unter anderem erklärt: "Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Zentrum und Nationalsozialismus jetzt bereit sind, gemeinsam eine Koalition zu bilden und einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. [...] Nicht die Einsetzung des Reichskommissars ist ein Sieg der 'Reaktion', sondern die Bestrebungen, dem *abgewirtschafteten* Parlamentarismus wieder zum Aufleben zu helfen, entspringen reaktionärem Denken. [...] Wenn sich Zentrum und Nationalsozialismus jetzt zu einer neuen Koalition zusammenfinden, so wird eine Verbindung geschaffen, die nie von gegenseitigem *Vertrauen* getragen werden kann, wenn auch die Kraft der Gewerkschaften, für die die Redner der beiden Parteien warme Worte fanden, ein starkes Bindeglied darstellen könnte." Vgl. Der Tag vom 31.8.1932, "Reaktionärer Parlamentarismus?".
Zur Politik der DNVP zwischen der Reichstagswahl vom 31.7.1932 und der Reichstagsauflösung am 12.9.1932 vgl. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien, S. 543-621, S. 560 ff.

16 Vgl. Dok. 167.

17 Am 30.8.1932 hatte Reichspräsident Hindenburg in Neudeck eine Verordnung zur Auflösung des Reichstags unterschrieben, bei der Datum und Begründung offengelassen worden waren, die vollzogen werden sollte, wenn der Reichstag nicht zur Unterstützung der vom Reichspräsidenten eingesetzten Regierung bereit sei. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 474 ff.
In der konstituierenden Sitzung des VI. Reichstags am 30.8.1932 hatte Hermann Göring nach seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten (vgl. Dok. 177, Anm. 2) unter anderem ausgeführt: "Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen häufen sich in der Presse aller Richtungen die Nachrichten über eine beabsichtigte Ausschaltung des Reichstags. Der Reichstag soll angeblich über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen. Das deutsche Volk und das Ausland werden durch solche Nachrichten mehr und mehr beunruhigt. Als Präsident des deutschen Reichstags weise ich derartige unverantwortliche Gerüchte zurück. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Herr Reichspräsident nur gemäß der von ihm an dieser Stelle beschworenen Verfassung verfahren wird." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454, S. 10.

Unsertwegen hundertmal! Wir werden Sieger sein. Ich verliere nicht die Nerven. Mein Wille ist unerschütterlich und mein Atem ist länger als der Atem meiner Gegner ...

Jene Objektivität und Duldsamkeit, die die Nation zerreißen ließ und sie zum Einsturz brachte, kenne er nicht. Formal möchten sie recht haben, wenn für einen Toten fünf andere sterben sollten!

Aber er wisse nicht, ob ein Land der Welt für einen deutschen Insurgenten, Revolutionär und Staatsfeind fünf Franzosen oder fünf Polen opfern würde[18]. *Er sehe nicht nur ihr Vergehen gegen einen Fremden, sondern er sehe auch die Opfer und ihren Kampf für unser Volk. Er sehe in ihnen die unglücklichen Opfer des Zwiespaltes, in den andere das Reich getrieben hätten. Wo dagegen seien die Verbrechen an unseren Kameraden gesühnt worden? Wo bleibe da der gleiche Grundsatz: Fünf für einen? Er könne heute nicht mit einem System arbeiten, in dem eine solche Verwirrung der Begriffe Platz habe.*

Seit dem Tage der Begründung der Bewegung sei niemals ihre Stellung geändert oder gewechselt worden[19].

Ich bin meiner Bewegung treu geblieben und diese Bewegung ist mir treu geblieben und beide zusammen wollen wir treu bleiben und Treue halten unserem deutschen Volk.

Einst werde der Tag kommen, an dem nicht nur der Deutsche Reichstag, sondern ganz Deutschland braun schimmern wird.

Ihr wollt es nicht glauben, - ihr werdet es erfahren!

3. September 1932 — Dok. 179
Rede auf Beerdigung von Herbert Gatschke[1] in Berlin[2]

Der Angriff vom 5.9.1932, "Der Führer gibt dem SA-Mann Gatschke das letzte Geleit"[3].

Viele können in Deutschland sterben, doch wird ihr Tod nicht *dasselbe* bedeuten. Für Hunderte ist der Tod *besonders schwer*, weil er ihnen nicht nur einen Abschied vom Leben, sondern auch von *Deutschland* bedeutet, für das sie gestorben sind.

---

18 Bezieht sich auf die Todesurteile von Beuthen. Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

19 Die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 bzw. 22.5.1926 (Druck: Bd. I, Dok. 6, Dok. 146) erklärte in § 2 das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920 (Druck: Tyrell, Führer, S. 23 ff.) für "unabänderlich".

1 Herbert Gatschke (1906-1932), Kaufmann, SA-Sanitäter. In der Nacht vom 29. zum 30.8.1932 nach einem Schußwechsel mit KPD-Anhängern seinen Verletzungen erlegen.
Bis zum 2.9.1932 waren bereits 18 Verdächtige, darunter der mutmaßliche Schütze verhaftet worden. Vgl. Der Reichsbote vom 3.9.1932, "Der Charlottenburger Feuerüberfall vor der Aufklärung".

2 Auf dem Luisenstädtischen Friedhof, nach 14.00 Uhr. Vor Hitler sprachen Gauleiter Joseph Goebbels und SA-Obergruppenführer Wolf Graf von Helldorff.

3 Vgl. auch VB vom 6.9.1932, "Adolf Hitler am Grabe des erschlagenen S.A.-Mannes Gatschke" sowie Julek Karl von Engelbrechten und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 176 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 17.9.1932, "Der Führer spricht am Grabe des ermordeten Berliner S.A.-Mannes Gatschke".

Es gäbe für uns Nationalsozialisten, so fuhr Adolf Hitler weiter fort, keinen anderen Dank, als zu geloben, daß der Kampf um Deutschland *unvermindert weiter* geführt werde.

Ihr seid dafür *gestorben*, wir werden dafür *weiterkämpfen*! Und wenn jemals an einen von uns die Versuchung herantreten würde, dann weist ihm der Opfertod unserer Kameraden, wie unser Weg zu sein hat. Wenn unsere Toten nicht das Glück hatten, Deutschlands Aufstieg mitzuerleben, dann haben wir die *Pflicht*, unserer Toten nicht so zu gedenken, wie das Deutschland von 1918 [4], weil sie dann *umsonst* gestorben wären!

4. September 1932 — Dok. 180
Rede auf NSDAP-Gautag in Nürnberg [1]

Masch. Manuskript [2] o. D.; BA, NL Streicher Nr. 125 [3].

Ich freue mich, daß es mir der Zufall ermöglicht, nach Berlin [4] gleich hier in Franken und zwar zu Ihnen, den Leitern und Amtswaltern der Bewegung in Mittelfranken zu sprechen. Wir werden jetzt überhaupt, nachdem diese momentane Pause vorbei ist [5], wieder mit ganz enormem Eifer und Tatkraft die Propaganda der Partei aufnehmen müssen. Die Lage ist, um sie mit ein paar Worten zu skizzieren, eine genaue Wiederholung dessen, was wir schon im Jahre 1923 erlebt haben [6]: Die Partei kämpft, kommt nahe an den Sieg, im letzten Augenblick findet dann immer wieder das alte Komplott statt. Ein Häufchen aussichtsloser Reaktionäre verbindet sich mit Juden und [*sie*] versuchen in letzter Minute, nun den klaren Sieg der Bewegung zu verhindern. Nur etwas hat sich verschoben gegen damals, heute sind wir die in Deutschland überhaupt vorhandene größte Bewegung [7]. Damals waren wir auch in Bayern ziffernmäßig gar nicht in der Lage, die Sache zu übernehmen, damals blieb uns nichts anderes übrig als eine

---

4 Bereits am 4.8.1924 wurde zum zehnten Jahrestag des Kriegsausbruchs ein Gedenk- und Trauertag für die deutschen Opfer des Weltkriegs veranstaltet. In seiner Ansprache dankte Reichspräsident Friedrich Ebert den Gefallenen ausdrücklich. Reichspräsident und Reichsregierung erließen einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung eines Ehrenmals. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1924, München 1927, S. 56 f.; Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 49.

1 Im Hotel Deutscher Hof (Lehrerheim), vormittags. An der von Gauleiter Julius Streicher geleiteten Gautagung der Gaues Mittelfranken nahmen die Bezirks-, Ortsgruppen- und Propagandaleiter, die Gaufachberater sowie die SA-, SS- und HJ-Führer des Gaues teil.

2 Kopf: "Der Führer im Lehrerheim am Sonntag, den 4. September 1932".

3 Mit inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Hitler, S. 188-197. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Nürnberger Zeitung vom 5.9.1932, "Adolf Hitler bei der Gautagung der Nationalsozialisten in Nürnberg"; VB vom 7.9.1932, "Der Führer bei den fränkischen Nationalsozialisten".

4 Vgl. Dok. 178.

5 Gemeint ist das Verbot öffentlicher politischer Veranstaltungen nach den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29.7. und 9.8.1932. Vgl. Dok. 164, Anm. 5.

6 Hinweis auf den gescheiterten Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923. Vgl. Dok. 102, Anm. 7.

7 Bezieht sich auf die Zahl der Stimmen bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Dok. 163, Anm. 2, Dok. 69, Anm. 6.

Auseinandersetzung brachialer Art[8]. Heute brauchen wir nur eines, nämlich Nerven. Wir müssen unsere Nerven behalten und nicht nachgeben. Wenn man mir heute als Gegner den Herrn Reichspräsidenten entgegenhält, muß ich direkt lachen. Den Kampf halte ich länger aus als der Herr Reichspräsident[9]. Daß das alles geschehen ist, entspringt nicht etwa, sagen wir, aus einer inneren Umwandlung dieser letzten Stelle des Deutschen Reiches, sondern einige andere Kreise haben eingesehen, so wie wir bisher dachten, werden wir der Nationalsozialisten doch nicht Herr, also muß man es anders versuchen. Die Kraft ist da, wie wäre es, wenn wir die Kraft uns selbst vorspannen würden? Wir sagen, die Nationalsozialisten sind eine Bewegung, mit der man rechnen muß. Ihr Führer ist der geborene Trommler, warum soll endlich diese geniale Bewegung mit ihrem Trommler nicht auch die genialen Feldherrn finden? Dieser Trommler ist der eine, der trommeln kann, und die anderen sind die, die regieren können. Sie haben alle ein "von" vorgesetzt[10], der beste und schlagendste Beweis für ihre Fähigkeit. Sie dachten, wir wollen natürlich auch den Herren, von denen wir annehmen, daß sie um jeden Preis ein Amt wünschen werden, ein Amt geben. Wir geben ihnen das Amt des Vizekanzlers, des Postministers, Verkehrsministers usw. und dann werden sie befriedigt sein. Und nur so, aus der Mentalität dieser Männer heraus, ist der 13. August [*1932*][11] zu verstehen. Ich sage Ihnen aber, die Partei ist heute so groß, daß sie zunächst irgendeinen illegalen Akt nicht braucht, sie ist so geheiligt, daß man mit ihr Schindluder nicht treiben kann und nicht treiben darf. (Beifall.) Ich bin erst gestern nachmittag wieder am Grabe eines ermordeten Sturmführers[12] gestanden, ermordet unter der nationalen Regierung Papen. Angesichts der ganzen Reihe von Gräbern, da kam mir so recht zum Bewußtsein, daß, selbst wenn wir nachgeben wollten im Innern, wir es ja gar nicht dürften, genausowenig, als [*sic!*] die Menschen im Jahre 1918 nachgeben durften, die 2 Millionen deutscher Frontsoldaten[13] hätten sonst ja gar nicht fallen [*zu*] brauchen. Die haben genauso ihr Glück, ihr Lieb, ihre Frau und ihre Kinder gehabt und für die hat die Sonne genauso schön geschienen, und wenn die ihr Opfer bringen mußten, dann haben die anderen kein Recht zu sagen, wir machen es billiger. Wenn eine Partei so groß geworden ist wie die unsrige, wenn eine Partei so gekämpft hat wie die unsrige, dann kann sie nicht sagen: wollen wir uns eben doch bescheiden, wollen wir unsere Fahnen einziehen und wollen dann die Fahnen von Herrenklubs[14] aufstecken. Dafür sind unsere Kameraden nicht gefallen, dafür haben sie ewige Opfer nicht gebracht, daß sich ein reaktionärer Klüngel dorthin setzt, damit ein Kabinett "von - von - von - von - von" kommt und damit das Kabinett erklärt: Jetzt werden die

---

8 Vgl. Anm. 6.

9 Anspielung auf den Altersunterschied zwischen Hitler und Hindenburg.

10 Der amtierenden Reichsregierung gehörten überdurchschnittlich viele Adlige an: Reichskanzler Franz von Papen, Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, Innenminister Wilhelm Freiherr von Gayl, Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichswehrminister Kurt von Schleicher, Post- und Verkehrsminister Paul Freiherr Eltz von Rübenach und Landwirtschaftsminister Magnus Freiherr von Braun. Daneben bekleideten auch drei Bürgerliche Ministerämter: Wirtschaftsminister Hermann Warmbold, Arbeitsminister Hugo Schäffer und Justizminister Franz Gürtner.

11 Vgl. Dok. 167.

12 Herbert Gatschke. Vgl. Dok. 179.

13 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

14 Vgl. Dok. 178, Anm. 3.

Machtmittel des Staates gleichmäßig angewendet, gegen rechts und gegen links. *Dafür ist nicht gekämpft worden, das werden wir dem Klüngel beibringen.* Wir werden den Herren, die sich einbilden, daß die Nation 13 Jahre lang nur darauf gelauert hat, daß sie, diese Herren, plötzlich aus ihrer Versenkung auftauchen, denen werden wir zeigen, wen das Volk schätzen und achten gelernt hat und wen nicht. Sie haben kein Recht, daß sie als Erbschleicher plötzlich in Erscheinung treten. Wie blind und gottverlassen der Klüngel ist, geht aus einem einzigen Ausdruck hervor, wenn sie sagen, die Nationalsozialisten stehen schon heute in genügender Anzahl nicht hinter ihrem Führer Hitler, sondern hinter Papen [15]. Was hat sich aber nun in der Zwischenzeit alles ereignet. Wir sind in dieser Zeit von 4 Monaten um eine Regierung gekommen [16], die S.A. ist frei geworden [17], Uniformverbote sind beseitigt worden [18], wo wir früher mit 107 Mann [19] antraten, sind wir jetzt 230 [20]. Es gibt vielleicht manchen Schlaukopf, der da glaubt, wenn der Reichstag jetzt aufgelöst wird, werden wir wieder mit 107 einmarschieren. Ich schätze aber, daß bei uns die Arbeit jetzt beginnt, und schätze, daß die Arbeit bei den anderen wieder zu enden anfängt. Ich schätze, daß von all den schönen Verordnungen nichts übrig bleibt, weil all diese Leute sich über eines täuschen. Man kann keine Reform trennen vom Vertrauen und vom Glauben. Das ist der große Trugschluß dieser ganz Gescheiten, daß sie sich immer wieder einbilden, jede Auferstehung der Menschheit sei nichts anderes gewesen als eine Notverordnung, und haben keinen Schimmer davon, daß am Beginn jeder Rettung eines Volkes, auch des einzelnen Menschen, zunächst die Rettung vor der seelischen Verzweiflung und Verzagtheit steht, daß am Anfang immer der Glaube erst gestählt werden muß. Autorität bedeutet nichts, wenn nicht diese Autorität ihre tiefinnerste Begründung im absoluten Glauben der Masse erhält, weil hinter ihr die Fähigkeit und die Arbeit und damit der natürliche Anspruch steht. Sie bilden sich heute ein, daß die Notverordnungen des Herrn Brüning nur deswegen gescheitert seien, weil sie vielleicht nicht *den* Weg, sondern einen anderen Weg einschlugen. Wir haben die großen historischen Entscheidungen ja schon selbst erlebt. Wenn Sie zum Beispiel in einem Kriege eine Armee vom Feinde 10mal schlagen lassen, glauben Sie, dann [*kann*] zum 11. Mal ein richtiger Entschluß gefaßt werden? Es kann zum 11. Male eine Schlacht richtig im Konzept gedacht sein und sie wird doch wieder fehlschlagen, weil diese Unsumme von Vertrauen, die von der Leitung ausgehen muß, nicht mehr da ist. Dann wird jede Handlung verzagt. Es

15 In seiner einer Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8.1932 hatte Papen unter anderem ausgeführt: "*Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Ordnung in der Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.* Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historische Verdienste um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur *positiven Mitarbeit* am Neubau des Reiches frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußtem Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind." Druck: Frankfurter Zeitung vom 29.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Rede des Reichskanzlers".

16 Bezieht sich auf den Rücktritt der Regierung Brüning. Vgl. Dok. 78, Anm. 3.

17 Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

18 Vgl. Dok. 96, Anm. 1; Dok. 98, Anm. 3.

19 Bezieht sich auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930. Vgl. Dok. 112, Anm. 9.

20 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

heißt nicht umsonst, daß nicht die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kenntnisse Berge versetzen können, sondern immer nur der Glaube kann es ganz allein[21]. Er ist diese Kraft, die etwas Unerhörtes, fast Unverständliches bewegen und erfüllen kann. Und wenn eine Bewegung 13 Jahre lang in einem System weiter trottet, Mißerfolg auf Mißerfolg erzielt, und nebenher findet ein geradezu unnatürlicher Fortgang der Entwicklung statt, eine Unsumme von Vertrauen und Glaube von Idealismus wird in begeisterte Massen hineingetragen, dann kann die eine Seite tun, was sie tun will, es wird alles fehlschlagen, und was die andere Seite angreift, das wird immer gelingen. Das ist die große Kunst des Staatsmannes, daß er diese psychologischen Imponderabilien berücksichtigt. Wem es nicht selbst im Herzen gegeben ist, der kann im anderen nicht verstehen. Wer an die Dinge als sogenannter kühler Rechenmeister herangeht, der kann auch im anderen nicht erwecken, was er braucht, um solche Rechenexempel in die Wirklichkeit umzusetzen. Was ich von dem kleinen Mann verlange, das ist das Opfer, das sind die Opfer, die er bringt. Ich muß von ihm fordern, daß er sehr große Opfer bringt. Opfer bringt man niemals aus Vernunft, immer ist das Gefühl das Entscheidende. Wenn man dieses Gefühl nicht mobilisieren kann, weil man es selbst nicht hat, dann wird [*man*] auch nie die Opferbereitschaft mobilisieren können. Diese kleinen Menschen [*sic!*], die irgendwie an ein Ideal glauben, haben viel mehr Opferbereitwilligkeit. Unsere Partei, die armselig ist an dem Stande der Mitglieder gemessen[22], was bringt sie nicht an materiellen Opfern auf? Was bringen die anderen auf? Gar nichts! Wenn die anderen nur ein Zehntel von dem an materiellen Opfern leisten müßten, was die unseren leisten, sie würden von ihrer Partei davonlaufen. Wenn sie aber erst leisten müßten, was unsere Mitglieder an physischen Opfern leisten müssen, sie hätten überhaupt keine Mitglieder mehr in der Partei. Wir verstehen die Staatsführung nicht als Staatswissenschaft, sondern als Staatskunst. Kunst ist nicht ein Exempel des rechnenden und klügelnden Verstandes gewesen, das kann man daher auch nicht lernen, das ist einem entweder angeboren oder man erhält es niemals. Und wenn Menschen schon 13 Jahre lang bewiesen haben, daß sie das nicht können, dann werden sie das im 14. Jahre nicht lernen. Und wenn sie in diesen 13 Jahren nichts getan haben, dann werden sie im 14. Jahre nicht stärker sein als die, die in den 13 Jahren gekämpft haben. Es gibt ja immer Menschen, die sagen, wir schlagen vor, neutral zu sein. Es gibt Menschen, die sagen, wenn 2 sich streiten, dann freut sich der Dritte. Wenn aber nun der Dritte glücklich ist, daß 2 sich streiten, damit er selbst Ruhe hat, dann wird, wenn von einem der beiden einer als Sieger hervorgeht, die Stunde des Dritten geschlagen haben. Dann wird der, der immer andere sorgen ließ, nicht plötzlich die Kraft haben, um den niederzuschmettern, der das alles jahrzehntelang auf sich nahm. Es gibt in der Welt keinen feigeren und dümmeren Schluß, als 13 Jahre neutral zu sein. Immer haben sie über uns nichts anderes gewußt als: diese Radaumethoden, nun ach Gott, diese Nazis usw., 13 Jahre. Wenn wir uns abgerackert haben, haben wir sie nie gesehen, sondern nur in ihren Zeitungsartikeln immer und immer wieder gelesen: Ablehnen! Ablehnen! Ablehnen! 13 Jahre sind die Feigen neutral gewesen, jetzt, weil aus unserer Arbeit endlich Erfolg kommt, jetzt glauben sie, daß sie sich in ihrer 13jährigen Neutralität das Anrecht erworben haben, uns den Erfolg stehlen zu wollen.

21 Vgl. Dok. 118, Anm. 9.
22 Bezieht sich auf den gesellschaftlichen Status der Mitglieder der NSDAP. Vgl. Dok. 1, Anm. 40.

Aus der absoluten inneren Anstandsgesinnung heraus sage ich, es mag jeder zeigen, wie er's macht und ob er's kann. Ich stellte mich seinerzeit auf den Standpunkt, das Schicksal wird entscheiden, ob Herr Ehrhardt[23] die deutsche Nation rettet[24], oder ob wir sie retten. Ich trete genauso jeder Regierung vollkommen fair gegenüber. Die erste Handlung der Regierung ist mir vollkommen unvergeßlich, sie wird aus der Taufe gehoben durch uns[25]. Sie sagten: Jetzt wird national regiert[26]! 3 Tage darauf will unsere Bewegung im Berliner Lustgarten aufmarschieren. Die Regierung erlaubt es nicht, sie verbieten es[27]. *Schluß! Fertig! Damit ist in meinen Augen ein solches Zeug schon gerichtet!* Sie glauben damit schon selbst gar nicht mehr an ein höheres moralisches Recht, und das geht dann weiter so. Wir werden jahrelang gedrückt, terrorisiert, verleumdet, gemordet, was tut dann die neue Regierung? Sie sagt nicht, ich werde nun den roten Horden ein Ende bereiten - nein - sie sagt, wir werden von jetzt ab rücksichtslos den, der angreift, und den, der sich wehrt, brutal bestrafen[28]. Da ist wieder ein Fall, der Bände spricht, der in der ganzen Welt nicht denkbar wäre. Stellen Sie sich vor, in Elsaß-Lothringen, also auf französischem Gebiet, würde ein Deutscher Sabotageakte betreiben, er würde einer Partei angehören, einer deutschen in Frankreich, die Hunderte Deutsche tötet und Zehntausende verletzt. Glauben Sie, daß es denkbar wäre, daß die 5 Franzosen, die ihn totschlügen, zum Schafott verurteilt würden? Nein, niemals! Das geht so einer Regierungszwiebel gar nicht in den Kopf. Sie behaupten, ich wolle mich mit dem Mörder identifizieren, nein, ich will mich mit meinem deutschen Kameraden identifizieren[29]. Die Sache war so, daß eine hohe Regierungsstelle von einem Korrespondenzbüro angerufen wurde und gefragt wurde, ob denn das Urteil vollstreckt würde. Darauf sagte diese Regierungsstelle: Selbstverständlich wird es vollstreckt. Am nächsten Tag, früh um 10 Uhr, wurde von dem Büro noch einmal antelefoniert, und da sagte dieselbe Stelle: Haben Sie es nicht gelesen? Es ist eine Komplikation eingetreten. Herr Hitler hat einen ganz unverständlichen Aufruf erlassen. Zuerst sagten sie, die Menschen wären von Gott und der Welt verlassen gewesen, daß sie das gemacht hätten, und jetzt begnadigen sie die fünf Kameraden - in der Zwischenzeit ist eine ganze Reihe von kommunistischen Mördern

23 Hermann Ehrhardt (1881-1971), 1899 Seekadett, 1917 Korvettenkapitän, 1919 Gründer und Kommandeur der Brigade Ehrhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Mitbegründer der Organisation Consul, 1922 Verhaftung, 1923 Flucht aus dem Gefängnis, Mitbegründer des Bundes Wiking, 1925 amnestiert, 1926-1928 Vorsitzender des Bundes Wiking, 1933 Eingliederung der Brigade Ehrhardt in die SS, 1934 nach dem sogenannten Röhm-Putsch Flucht nach Österreich, 1944 zeitweilig verhaftet.

24 Am siebten Verhandlungstag vor dem Volksgericht, am 4.3.1924, hatte Hitler ausgesagt, sich anläßlich einer Führerbesprechung in Bayreuth im September 1923 im Zusammenhang mit den Putschplänen gegen einen Vormarsch der Brigade Ehrhardt durch Thüringen und Sachsen auf Berlin ausgesprochen zu haben. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1129.

25 Bezieht sich auf die Tolerierungszusage der NSDAP. Vgl. Dok. 79, Anm. 11.

26 Reichspräsident Hindenburg hatte am 31.5.1932 Franz von Papen ausdrücklich mit der Bildung einer "Regierung der nationalen Konzentration" beauftragt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 93.

27 Bezieht sich wahrscheinlich auf das Verbot eines Propagandamarsches von SA und SS nach einer Veranstaltung der NSDAP im Lustgarten über die Straßen "Unter den Linden" und "Sieges-Allee" am 9.7.1932 durch den Reichsminister des Innern, weil dabei die Bannmeile des Regierungsviertels verletzt worden wäre. Vgl. Horkenbach 1932, S. 237.

28 Gemeint ist die "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932. Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

29 Anspielung auf Hitlers Telegramm an die in Beuthen zum Tode Verurteilten. Vgl. Dok. 174.

zu 2 bis 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden[30] - begnadigen sie sie zu lebenslänglich Zuchthaus[31]. Eine nationale Regierung begnadigt 5 Männer, die am Ende auch selbst nur den roten Terror beseitigen wollten, zu lebenslänglichem Zuchthaus. Ja wissen Sie, was die Herren sich so vorstellen, das weiß ich. Uns jetzt mit einigen Posten versehen, um daraufhin die Münder zu stopfen. Lange werden sie mit diesem uralten Vehikel nicht kutschieren. Vermutlich wären sie mit diesen miserablen Steuermännern in einen Abgrund hineingefahren. Nein, meine Herren, zum Verfeilschen, zum Verkaufen, zum Verschachern habe ich die Partei nicht gebildet, sie ist auch keine Löwenhaut, die sich irgendein Schaf umstülpen kann, die Partei ist die Partei und damit Schluß. Ich habe niemals gesagt, daß wir kämpfen, daß im Jahre 1932 der Herrenklub die Regierung übernehmen kann. Das durfte kein Parteigenosse anders erwarten. Glauben Sie wirklich, daß Sie mich mit ein paar Ministersesseln ködern können? *Ich will ja gar nicht in eurer Gesellschaft verkehren!* (Nicht endenwollender Beifall.) Wie wurschtig [*sic!*] mir das alles ist, das stellen sich die Herren gar nicht vor. Wenn der liebe Gott gewollt hätte, daß es so sein soll, wie es ist, dann wären wir mit einem Monokel auf die Welt gekommen.

Fällt uns gar nicht ein! Die Ämter können sie behalten, weil sie ihnen nicht gehören. Wenn sie sagen, die Nationalsozialisten wollen den Parlamentarismus erhalten[32], dann sage ich Ihnen, die Herren, die jetzt vom Parlamentarismus schreiben, haben mich jahrelang auf die Verfassung schwören lassen[33], haben mich von Gericht zu Gericht geschleppt und haben sich gesagt: vielleicht hat er einen Meineid geleistet. Gut, jetzt kommt die Zeit, da sie einzulösen haben, was uns verfassungsmäßig getreu unseren Schwüren gebührt. Wenn sie es uns vorenthalten, und die Reaktion ihre Stunde gekommen glaubt, dann werden wir dem Volke sein Recht erkämpfen; wenn man 13 Jahre lang gekämpft hat, kann man auch im 14. Jahre kämpfen; wenn sie aber behaupten, es wird uns nicht gelingen, dann rechnen die nicht mit der anständigen Gesinnung des deutschen Volkes, das ein Gefühl dafür hat, was man Erbschleicherei nennt. Bei einer Neuwahl können unsere Gegner etwas erleben, da kann einer kommen, der kann sagen, wir sind ja gar keine 51%. Wenn man aber legal mit uns regiert, dann wollen wir daraus ein sauberes Geschäft machen. In dieses Geschäft bringen wir 37% mit, 13% bringen die anderen mit[34], das heißt also vom Gesamtgeschäft bringe ich 75%, die anderen 25% mit. So wollen wir auch hier den Schlüssel immer sauber einhalten. Wenn [*es*] einem der beiden Partner nicht gefällt, kann er austreten, dann gehen wir wieder vor die Nation und fragen, mit wem sie zufrieden sind, anders wird es nicht gemacht; da kann Herr Hindenburg Gift darauf nehmen, die brauchen gar nicht 10mal auflösen, die sollen sich gar nicht einbilden, daß die deutsche Nation 10mal diesen Schwindel mitmacht. Schneller als sie glauben, wird der Schwindel ein Ende ha-

30 Bezieht sich auf die Urteile des Sondergerichts in Brieg. Vgl. Dok. 175, Anm. 7.

31 In der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 2.9.1932 wurde beschlossen, die Todesurteile von Beuthen auf dem Gnadenweg in lebenslängliche Zuchthausstrafen umzuwandeln. Maßgebend war der Umstand, daß die Verurteilten zum Zeitpunkt der Tat noch keine Kenntnis von der erheblich verschärften Strafandrohung durch die unmittelbar vor der Tat in Kraft getretene Verordnung gegen politischen Terror vom 9.8.1932 (vgl. Dok. 174, Anm. 8) gehabt haben konnten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 491 ff.

32 Vgl. Dok. 178, Anm. 8, 12.

33 Vgl. Dok. 99, Anm. 44.

34 Bezieht sich auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

ben. Sie rechnen nicht mit der Anständigkeit des deutschen Volkes, weil sie selbst unanständig sind. Wenn einer z. B. 13 Jahre arbeitet, und dann kommt plötzlich jemand, der schleicht das weg, was der andere sich erarbeitet hat, für den hat das Volk den Ausdruck Erbschleicherei. Dann ist es Schluß mit ihm [*sic!*]. Das Theater geht wieder los. Ich habe bereits das dritte Mal gesprochen, ich habe das noch nicht erlebt, wie diesmal im Sportpalast[35]. Die Herren vom Herrenklub werden Augen machen über die Verfassung des deutschen Volkes. Sie werden sagen, mit diesem eleganten Dreh kriegen wir's doch in die Hand. Sie kriegen gar nichts in die Hand. *Lieber Herr Papen! Wenn ich die ganze Partei hineintragen würde zu Ihnen und ich gehe dann wieder von Ihnen hinaus, dann läuft mir die ganze Partei nach.* (Starker Beifall.) Sie haben [*k*]eine Ahnung, wie ein dreizehnjähriges Miteinanderkämpfen und -dulden und -opfern und -abrackern und -hingeben zu- und miteinander verbinden. Wie das am Ende den letzten SA-Mann in eine untrennbare Verbindung bringt zum obersten Führer. Sie können auch gar nicht verstehen, daß mir die Zustimmung des letzten SA-Mannes viel mehr wert ist als solch eine Regierungsgröße. Wenn es zu einer Wahl kommt zwischen irgendeiner Regierung und der Masse der treuen Anhänger, dann ist die Wahl schon von vornherein entschieden. Das ist die Quelle unserer Kraft. Aus rechnerischen Arbeiten kommt die Kraft mit[36], das sind nicht Faktoren, mit denen man Geschichte machen kann. 13 Jahre lang sind sie doch auf der drüberen [*sic!*] Seite auch nicht lauter Idioten gewesen, warum ist ihnen denn nichts gelungen? Weil sie vergessen haben, daß der Mensch keine Rechenmaschine ist. Ein wirklicher Staatsmann wird diese Kräfte immer richtig einschätzen können. Damit ist unser Kampf an sich entschieden, nach unserer alten Methode nehmen wir ihn auf und sagen: Angreifen, angreifen, immer wieder angreifen, und wenn einer sagt, sie können doch nicht noch einmal, ich kann nicht nur noch einmal, ich kann noch zehnmal. Wenn mich das Schicksal im Weltkrieg an die Spitze des Reiches gestellt hätte, alles hätte eintreten können, aber nachgegeben hätte ich nie. Ich werde nie kapitulieren, das tue ich nicht. Wir wollen weiter kämpfen und wollen sehen. Nicht erst warten, bis der Gegner angreift, sondern gleich selber angreifen. Wir wollen sehen, wer heute in Deutschland besser fechten kann. Ich habe sie gestern in Berlin im Kaiserhof so um mich sehen können, die Herren vom Herrenklub, auch die Herren vom Stahlhelm[37]. Ich habe meine Leute hinuntergeschickt in die unteren Räume des Kaiserhofes und habe sie gefragt, ob wir mit denen da drunten regieren sollen. Sie sind alle heraufgekommen, die einen käseweiß im Gesicht, die anderen puterrot, jeder mit einer Sauwut im Gesicht. Wenn man schon Rotmord nicht beugen und nicht brechen kann, das bricht uns, wahrhaftiger Gott, nicht. Den Kampf nehmen wir auf, da können die noch so fauchen und wild tun. Das imponiert mir gar nicht. Mit Bajonetten kann man nicht ewig regieren, ewig regiert nur der, der seine Regierung in eine geistes- und willensmäßige Übereinstimmung bringt mit seinem Volk. Alles andere vergeht und muß vergehen. Und daß wir diese Übereinstimmung zuwege bringen, zeigt die Partei. Hier herrscht die Wahl zwischen der Anordnung oben und dem Gefühl der Masse der Bewegung unten. Selbst bei den kühnsten Entschlüssen hat mich die Masse begriffen, sie stand hinter mir, sie steht jetzt erst recht hinter uns. Aus dieser absoluten Einheit von Wille oben und Tatkraft unten,

35 Vgl. Dok. 9, 59, 178.
36 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "nicht".
37 Vgl. Dok. 37, Anm. 24.

von Entschluß oben und absoluter Hoffnung unten, vom Glauben oben und Opfersinn und Opferbereitschaft unten, da heraus kommt wirklich die Kraft, die wir in Deutschland brauchen, um aus dieser grenzenlos schrecklichen Zeit wieder herauszukommen. Es ist dies eine Umwälzung unerhörtester Art, denn es findet eine vollkommene Zertrümmerung unseres Produktionsapparates statt. Das sind die gigantischen Aufgaben. Wenn man die lösen will, braucht man eine gläubige Masse, die einem blind nachläuft. Diese Masse wird in kurzer Zeit die allein tragende Kraft in Deutschland sein. Auch könnte [*ich*] nichts dagegen unternehmen, wenn ich auch wollte. Ich habe der Masse meinen Willen lange Jahre eingeimpft, nun hat sie aber ihren eigenen Willen. Dieser Wille, dieses ganze Denken ist ihr zu eigen, selbst wenn ich heute anders wollte, ich könnte nicht, weil die Masse nicht mehr wollte. Wir sind auf Gedeih und Verderben miteinander verbunden. Für mich ist das persönlich das glücklichste Gefühl, das es gibt, weil ich mich mit dem besten Teil meines Volkes in Übereinstimmung befinde, so daß ich nie aus diesem Bann herauskommen könnte, genausowenig, wie die Masse wegkommen könnte. Wir werden miteinander siegen oder alle miteinander zugrunde gehen. Ich weiß das ganz genau und bin deshalb ruhiger als je zuvor. Ich muß nicht wie die anderen sagen: viel Feind, viel Ehr, ich kann mit Stolz sagen, ich habe Feinde, die mich hassen, ich habe aber Millionen, die mich lieben. Und an denen hänge ich. Wenn dieses treue Gefühl erhalten bleibt, und es bleibt erhalten, dann ist das die Kraft, mit der man die deutsche Reform in diesem Jahrhundert allein durchführen kann. So wie ich handle, muß ich handeln, ich fühle, ich befinde mich in der Übereinstimmung mit der Masse und mit meinen Führern. Von den 230 Abgeordneten unserer Partei denkt keiner anders, jeder besitzt denselben Entschluß und dieselbe Überzeugung. Millionen können von sich sagen, alle für einen, einer für alle. So gehen wir in den Kampf hinein, wie dies ein großer Nürnberger Künstler zeichnerisch niedergelegt hat[38]. Schlagbereit steht heute die ganze Bewegung hinter ihrem Führer. Die Partei ist heute wirklich der Ritter ohne Furcht und Tadel[39], der durch alles hindurchmarschiert zum Siege. Wir gehen unseren Weg, sehen weit von[40] uns dieses große Ziel unentwegt leuchten und werden dieses Ziel auch erreichen. Sollten wir es nicht erreichen, dann hätte das ganze Ringen und Kämpfen des deutschen Volkes keinen Sinn gehabt, denn wenn schon an unserem Wesen die Welt genesen soll[41], dann kann es nicht das Deutschland des Herrn von Papen sein, dann kann es nur das Deutschland sein, das uns vorschwebt.

38 Bezieht sich wahrscheinlich auf den 1513 entstandenen Kupferstich "Ritter, Tod und Teufel" von Albrecht Dürer (1471-1528).

39 Der Ausdruck geht auf den Beinamen "chevalier sans peur et sans reproche" des französischen Ritters Pierre Terrail, Seigneur de Bayard, (1476-1524) zurück, dessen Lebensgeschichte 1527 veröffentlicht worden war.

40 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "vor".

41 Bezieht sich auf den letzen Vers des Gedichts "Deutschlands Beruf" von Emanuel Geibel (1815-1884) aus dem Jahr 1861, der richtig lautet: "Macht und Freiheit, Recht und Sitte,/Klarer Geist und scharfer Hieb/ Zügeln dann aus starker Mitte/Jeder Selbstsucht wilden Trieb,/Und es mag am deutschen Wesen/Einmal noch die Welt genesen." Druck: Emanuel Geibels Gesammelte Werke, Stuttgart 1883, Bd. 3, S. 214.

5. September 1932 Dok. 181
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 5.9.1932, "Der Führer gegen durchsichtige Stimmungsmache".

Sie veröffentlichen in der "Berliner Illustrierte Nachtausgabe" Nr. 206 vom 2. September [*1932*] in dem Artikel "Jetzt offizielle Verhandlungen der N.S.D.A.P. - Zentrum" Ausführungen, die sich mit meiner Person beschäftigen und über meine Rede im Berliner Sportpalast [1] eine Darstellung bringt, in der es heißt:

"Hitler hat in seiner gestrigen Rede, in der er auch gegen den Reichspräsidenten und gegen Reichswehrminister *von Schleicher* sprach und sich besonders mit dem Herrenklub [2] auseinandersetzte, den Anspruch der Nationalsozialisten wieder damit begründet ... [3]"

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes [4] ersuche ich Sie, in der nächsten Nummer der "Berliner Illustrierte Nachtausgabe" folgende

Berichtigung

zum Abdruck zu bringen.

Es ist unwahr, daß ich in meiner Rede im Berliner Sportpalast am 1. September [*1932*] gegen Reichswehrminister *von Schleicher* gesprochen habe.

Wahr ist, daß ich in meinen Ausführungen keinerlei Angriffe gegen den Reichswehrminister *von Schleicher* gerichtet habe, diesen überhaupt nicht erwähnte [5], *dafür aber im Gegenteil in meinen Ausführungen aufs wärmste für das deutsche Reichsheer eingetreten bin und versichert habe, daß wir für dieses Heer einst so sorgen werden, wie niemals zuvor in der deutschen Geschichte für das Heer gesorgt worden ist* [6].

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Vgl. Dok. 178.

2 Vgl. Dok. 178, Anm. 3.

3 Die Meldung befaßte sich mit der am 1.9.1932 von den Verhandlungsdelegationen des Zentrums und der NSDAP (vgl. Dok. 177, Anm. 2) veröffentlichten gemeinsamen Erklärung über den Stand der Koalitionsverhandlungen und auf welche Ziele der NSDAP diese Erklärung und die Rede Hitlers am 1.9.1932 (vgl. Dok. 178) schließen lassen könnten. Vgl. Berliner Illustrierte Nachtausgabe vom 2.9.1932, "Jetzt offizielle Verhandlungen NSDAP-Zentrum".

4 § 11 des "Reichsgesetzes über die Presse" vom 7.5.1874 bestimmte unter anderem: "Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgeteilten Tatsachen auf Verlangen einer beteiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltung oder Weglassung aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf tatsächliche Angaben beschränkt." Druck: Kurt Häntzschel, Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder, Berlin 1927, S. XVIII.

5 In der von der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz verbreiteten Version der Rede wird der Name "Schleicher" nicht erwähnt, die Presse hob allgemein die scharfen Angriffe auf Reichskanzler Papen hervor. Vgl. Dok. 178, Anm. 2.

6 "*Für dieses Heer würden wir sorgen wie niemals zuvor, nicht nur materiell, sondern auch geistig, wir würden es auf eine Plattform stellen, zu der jeder Deutsche unbekümmert aufschauen könne.*" Vgl. Dok. 178.

5. September 1932 Dok. 182
Schreiben an die Gemeinde Reisberg in Kärnten

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift[1]; BA, NS 26/14.

Für die Ehrung, die Sie mir mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes Ihrer Gemeinde erwiesen haben, danke ich Ihnen sehr.

Ich nehme die mir angetragene Ehrenbürgerschaft an.

Mit deutschem Gruß!

Adolf Hitler

7. September 1932 Dok. 183
"Die politische Lage"[1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München[2]

Masch. Manuskript, o. D.[3]; BA, NS 26/58[4].

Es ist etwas Wunderbares um um eine Bewegung, die sich in einem 13jährigen Kampfe ohnegleichen von einer Handvoll Menschen emporarbeitet zur Hoffnung einer ganzen Nation.

Es ist etwas Wunderbares um den Glauben, der eine solche Bewegung beseelen muß; etwas Wunderbares um die Opfer, die in einer solchen Bewegung gebracht werden; etwas Wunderbares um die Kampfkraft, diese ewige Angriffskraft, die eine solche Bewegung ihr Eigen nennen muß, und es ist nur zu verständlich, daß diejenigen, die den Kampf nicht führen, überhaupt das Wesen einer solchen Erscheinung gar nicht begreifen können.

Was wissen die alle, die unsere Bewegung überhaupt nicht kennen, weil sie sich nicht mit ihr und in ihr beschäftigt haben. Sie wissen nichts von dem, was in ihr lebt und kämpft und kämpft auch heute. Was wissen die von der Kraft, die sich in der Bewegung befindet, und was wissen sie daher auch von der Überzeugung, die diese Menschen aber auch beherrscht, auch

1 Eingangsstempel des Gemeindeamts Reisberg vom 12.9.932, Nr. 707.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 7. und 8.9.1932 [*sic!*], Vorlage und Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 11163, 14340).

2 Im Zirkus Krone, nach 19.00 Uhr. Gauleiter Adolf Wagner eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache. Laut Polizeibericht waren alle Plätze besetzt. Vor Hitler sprach Stadtrat Hermann Esser. Die Rede wurde durch Lautsprecher in den Hackerbräu-Keller übertragen. Die Preise im Zirkus Krone waren von 50 Pfennig bis 3,50 RM gestaffelt.

3 Kopf: "*Adolf Hitler zur 'Politischen Lage'* 7. Sept. 32 Abends 7 Uhr Zirkus Krone"; hs. Zusatz: "München".

4 Vgl. auch Bayrischer Kurier vom 9.9.1932, "Eine Hitler-Rede"; Bayerische Staatszeitung vom 9.9.1932, "Hitler gegen Papen"; Münchener Zeitung vom 8.9.1932, "Eine Rede Hitlers"; VB vom 9.9.1932, "Adolf Hitlers Antwort an den Herrenclub: Den Fehdehandschuh nehme ich auf, ihr hochgeborenen Herrschaften" sowie Polizeibericht VId Nr. 2181/32 vom 8.9.1932; StA München, Pol. Dir. München 6743.

von der Überzeugung nicht nur des kommenden Sieges, sondern auch des Rechtes zu diesem Siege, des Rechtes zu diesem Erfolg.

Es gibt heute in Deutschland Politiker, die dreizehn Jahre geschlafen haben, 13 Jahre nicht gesehen wurden, die zu vornehm gewesen sind, in dieses Volk hinunterzusteigen und da unten diese Kleinarbeit zu machen. Es gibt Politiker, die 13 Jahre nichts anderes taten als abwarten und zusehen, wie andere arbeiteten. Es gibt Politiker, die in diesen 13 Jahren sich so langsam in die Überzeugung hineingeträumt hatten, daß es in Deutschland zweierlei politische Aufgaben gibt, die eine, die da heißt arbeiten und wieder arbeiten und unentwegt arbeiten, um langsam das deutsche Volk wieder zu einer anderen Zukunft reif zu machen, und andere wieder, deren Aufgabe es sei und ist, zuzusehen und zu warten und immer zu warten, bis die anderen ihre Aufgabe erfüllt haben, um dann in Erscheinung zu treten, jene Politiker, die da sagen, daß die einen nur zum Trommler geboren wären und die anderen zum Kommandeur, die allein zum Befehlen geboren sind. *Allein, wer zum Befehlen geboren ist, der darf sich nicht 13 Jahre lang unterwerfen*[5]. (Bravo!) *Wer zum Befehlen bestimmt ist und sich selbst zum Befehlen bestimmt weiß oder fühlt, der darf nicht 13 Jahre sich feige beugen, wenn andere befehlen, und nicht warten, bis durch die Arbeit vieler anderer eine günstige Stunde schlägt.*

Ich sage, eine scheinbar günstige Stunde, denn sie ist ihnen nicht günstig. Sie meinen, daß das deutsche Volk ihrer harrt. Sie meinen, daß das deutsche Volk nur eine einzige Sehnsucht hat: Lieber Gott, schicke uns doch bald wieder die alten Exzellenzen von 1914, schicke uns unsere alten auserwählten Führer, die damals sich schon so bewährt haben, schicke uns diese ganz auserlesene, unterdes nicht jünger gewordene Garde, die damals leider schon etwas an Treue, an Tatkraft und an Mut vermissen ließ! Sie meinen wirklich, dieses ganze deutsche Volk und insonderheit der Teil, den wir organisiert und aus der Verzweiflung wieder herausgerissen haben, der Teil hat keine andere Sehnsucht, als endlich wieder einen Herrenklub[6] als deutsche Führung zu bekommen. Sie täuschen sich, diese Herren! Sie meinen, wenn man 13 Jahre geschlafen hat, dann ist man gut ausgeruht und man hat dann mehr Kraft als diejenigen, die 13 Jahre lang gearbeitet haben. Das ist nicht so. Wenn man 13 Jahre schläft, wird man im 14. Jahr nicht die mehr besiegen können, die 13 Jahre gearbeitet haben. Und das können wir Nationalsozialisten schon sagen, wir haben 13 Jahre gearbeitet! Der Zufall hat uns die Stellung, die wir heute in Deutschland einnehmen, nicht geschenkt.

Wenn unsere bürgerliche Parteiwelt, soweit sie als Führung noch vorhanden ist, und wenn die bürgerlichen Zeitungen ein ganz klein wenig Gerechtigkeitssinn besäßen, *müßten sie zugeben, daß keine Bewegung jemals in Deutschland so gearbeitet und keine so geopfert hat, immer wieder aufgelöst und unterdrückt worden ist wie die unsere, daß das Wachsen unserer Partei wirklich ein ewiger Kampf gewesen ist.*

Sie müssen dann auch zugeben, daß es schon wirklich nicht ein Zufall ist, wenn aus einer Handvoll Menschen fast 14 Millionen werden[7], wenn sie, wie das Jahr heuer zeigt, in 11 Wahlkämpfen[8] standhalten, niemals abnehmen, aber immer zunehmen im Kampfe gegen alle. 13 Jah-

5 Vgl. Dok. 180, Anm. 10.
6 Vgl. Dok. 178, Anm. 3.
7 Bezieht sich auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Dok. 163, Anm. 2.
8 Bezieht sich auf den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl und die Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz am 13.3.1932, den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10.4.1932, die Bürgerschafts-

re unermeßliches Ringen liegt hinter dieser Partei. 13 Jahre fragten sie sich, ob dieses Ringen denn auch wirklich im Rahmen der Legalität erfolgt. Es genügte ihnen nicht, daß wir das erklärten und versicherten. Sie sagten: "Das genügt nicht, bitte kommen Sie vor den Richter und heben Sie Ihre Hand empor und leisten Sie einen Eid!"[9] Nicht einmal mußten wir das tun. Diese ganze bürgerliche Presse schrieb immer wieder, ob man das wohl glauben soll und darf, und dann schrieb man, wenn der Führer das unter Eid sagt, ist er sich denn seiner Untergebenen auch sicher! Ein Herr Groener sagte noch vor 2 1/2 Monaten: "Ich habe Ihre Legalitätserklärung, aber ob Ihre Partei so denkt, und so handelt, man weiß es nicht" [10]. Sie haben uns wirklich auf Herz und Nieren geprüft und immer wieder versichert, daß ihnen nichts so sehr am Herzen liege als die Legalität, und jetzt - wir haben das streng eingehalten -, da wir langsam zum bestimmenden Faktor in Deutschland geworden sind nach ihrer Weimarer Verfassung, jetzt auf einmal, da es eine Regierung verfassungsmäßig ohne uns nicht mehr gibt, jetzt auf einmal sagen die Gleichen: "Ja, die Verfassung ist natürlich überlebt. Das Parteiwesen muß heute abgelehnt werden, eine neue Zeit zieht heran, mit der man mit diesen überlebten Erscheinungen aufräumen muß[11]!" Wenn schon wirklich eine neue Zeit heranzieht, die das als alten Plunder nach unserer Meinung nicht gebrauchen kann, dann aber auch neue Köpfe! Dann verschwindet Ihr! (Bravo!), denn man wird den jungen Wein nicht in die alten Schläuche füllen[12]!

Dann wird man auch hier dafür sorgen müssen, daß diese neue Zeit, die im Milieu von Papen geboren wurde, daß die Zeit die Köpfe erhält, die der Zeit gebühren. Von neuer Zeit zu reden und die urältesten Exzellenzen auszugraben und sie dem Volke als neue Zeit vorzustellen, so blind ist das Volk wirklich nicht.

Die neue Zeit ist schon da, und es ist ihnen unerwünscht, daß sie da ist, die neue Zeit, das neue Deutschland, das deutsche Volk, das wir geschaffen haben, das sie 14 Jahre unterdrückt [*haben*] mit ihrer Weimarer Verfassung und das trotz dieser Verfassung sich emporgearbeitet hat und das sie nun nicht mehr unterdrücken können nach ihrer alten Methode. Daher diese Vermählung von Jakob Goldschmidt[13] einerseits und Herrn von Papen auf der anderen Seite[14]. Berliner Judentum und Herrenklub! Sie bilden sich jetzt ein, in letzter Minute noch das Schick-

wahl in Hamburg sowie die Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg am 24.4.1932, die Landtagswahl in Oldenburg am 29.5.1932, die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin am 5.6.1932, die Landtagswahl in Hessen am 19.6.1932 sowie die Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 98, Anm. 1, Dok. 163, Anm. 2.

9 Vgl. Dok. 99, Anm. 44.

10 Der mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers des Innern beauftragte Reichswehrminister Groener hatte in seiner letzten Reichstagsrede am 10.5.1932 zur Begründung des SA-Verbots (vgl. Dok. 36, Anm. 4) erklärt: "Damit wurde die Gefahr für den Staat außerordentlich groß, denn trotz aller Erklärungen von Legalität, die Sie mir ja in großen Mengen zugesandt haben, muß man immer festhalten: eine solche Organisation hat ihre Dynamik in sich und kann nicht einfach bald legal, bald illegal erklärt werden." Vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2548.

11 Vgl. z. B. Dok. 178, Anm. 8.

12 Nach Matthäus 9, 17.

13 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1934 Emigration.

14 Joseph Goebbels fragte in der Sitzung des "Ausschusses des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ('Überwachungsausschuß')" vom 27.9.1932, in der die Vorgänge um die Reichstagsauflösung am

sal retten zu können. Wir haben es nicht nötig, im Jahre 1932 das zu tun, was wir [*19*]23 tun mußten[15]. Die Herren sagen, ja, dann werden wir nie zur Macht kommen, denn vor der Macht, da stehen *wir*, eine kleine Schar alter Junker, und neben uns die ganze Börsenfinanz und wenn wir 10mal den Reichstag auflösen[16]. Meinetwegen können sie ihn 100mal auflösen. Sie sollen sich nicht täuschen, das deutsche Volk mürbe machen zu können. Diese alten Exzellenzen werden uns nicht mürbe machen! (Bravo!)

Wenn es dem Juden ganz schlecht geht, dann wird er zu ein paar Aristokraten kommen und mit ihnen eine Ehe schließen, um den jüdischen Namen aufzulackieren und den adeligen Namen durch das jüdische Gold auf[*zu*]putzen. Sie wollten es nicht glauben, daß uns das nicht überrascht hat. Das haben wir erwartet. Sie haben aber nicht erwartet, daß wir den Kampf aufnehmen. "Ja, damit werdet ihr eurer Tradition untreu!? Ja, nun seid ihr auf einmal Parlamentarier[17]!" Nein, ich bleibe nur bei meinem Eid, zu dem ihr mich gezwungen habt. Streng verfassungsmäßig wollen wir regieren! Das könnte euch so passen, uns von der Verfassung abzulocken! Gegen alle diese Versuchungen werde ich standhaft bleiben. Wir bleiben bei der Verfassung! Allerdings, wir werden sie auch einmal ändern, aber streng verfassungsmäßig werden wir die Verfassung ändern! Sie wollen ja nicht sagen, daß wir einen Parteistaat erhalten wollen?!

Jahrelang hat man uns immer angesehen und abgeschnuppert und immer wieder erklärt: Ihr seid ja keine Partei. Wenn das eine Partei wäre, könnte man damit reden. Das ist gar keine Partei. "Die ganze Art der Uniformierung, wie sie gehen und stehen, wie sie reden, das ist keine Partei!" Jetzt auf einmal sind wir Partei geworden! Sie sagen, ihr wollt den Parteistaat retten! Wir wollen den deutschen Volksstaat retten. Wir würden nichts dagegen haben, wenn andere diese Rettung besorgten. Wir aber haben leider die Überzeugung, daß, wenn wir sie gehen ließen, daß in 6 Monaten alles das wieder vernichtet wäre, was wir in den 13 Jahren aufgebaut haben. Wir brauchen bloß dieses neue Regierungsprogramm anzusehen, damit rettet man bloß ein paar Banken[18]! Das ist das Ergebnis der ganzen Regierungsaktion!

Glauben die Herren wirklich, daß wir uns 13 Jahre lang abgemüht haben, damit alte Junker das beseitigen. Da täuschen sie sich! Wir lassen uns nicht zerstören, was wir in 13 Jahren erobert haben. Die Herren haben die Möglichkeit gehabt, ihre Fähigkeiten schon längst zu erweisen. Sie tun, als ob *wir* sie daran verhindert [*sic!*] hätten! Wären damals die Papen und Gayl usw. im November 1918 aufgetreten, sie konnten damals das deutsche Volk aufreißen! Wenn man einen so großen

Namen hat, müßte doch das leicht sein!

12.9.1932 geklärt werden sollten, Reichskanzler Papen unter Berufung auf Pressemeldungen (vgl. z. B. Der Stürmer Nr. 38, September 1932, "Der Herrenklub des Herrn von Papen") unter anderem: "Haben Sie, Herr Reichskanzler, einige Tage nach dem 13. August [*1932*] eine Unterredung mit dem jüdischen Bankier Jakob Goldschmidt gehabt?" Der Vorsitzende des Ausschusses Paul Löbe wies darauf hin, daß diese Frage das Beweisthema überschreite. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2: September bis Dezember 1932, S. 667 f.

15 Hinweis auf den gescheiterten Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923.

16 Vgl. Dok. 178, Anm. 17.

17 Vgl. Dok. 178, Anm. 12.

18 Bezieht sich auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., 433 ff.

Diesen hochwohlgeborenen Herrschaften, die schon in einer ganz anderen Menschheit stehen wegen ihrer Geburt, war diese Arbeit etwa zu ordinär, um von einem so hochwohlgeborenen Herrn geleistet zu werden. Das Produkt der Arbeit scheint ihnen nicht ordinär genug zu sein, um es jetzt geistig auszuplündern.

Was wir in 13 Jahren geschaffen haben, das ist nicht so schlecht, als daß man es nicht jetzt bruchstückweise verwenden kann in Wort und Ton und Inhalt! Die Herren hätten es damals viel besser gehabt, viel leichter! Wir mußten 2 - 3 Jahre schuften und tätig sein, um überhaupt den Namen zu bekommen, den die Herren von Papen usw. schon besaßen. Allerdings, sie haben nicht angefangen! Jetzt tun sie so, als ob es ein Verbrechen wäre, daß wir das getan haben. "Wie kommen die Nationalsozialisten dazu, sich diese Stellung anzumaßen!" Ja natürlich, wir haben sie uns *angemaßt!* Im Jahre 1919/20, da konnte sich schon jemand eine solche Stellung anmaßen. Da mußte man sich abrackern und abmühen, um in eine aussichtsreichere Zukunft hineinzukommen.

Heute allerdings sagen wir nun, es gibt zweierlei Adel, den man ererbt und vererbt und den man sich erwirbt. Man muß den Leuten sagen, was der Adel ist! Da steht er, das ist das deutsche Volk des Adels, die 13 Jahre gekämpft haben. (Bravo! Betrifft SA und SS!) *Gewiß, in dem Adel sind auch viele darunter, die schon das "von" vor ihrem Namen tragen. Sie haben dessen Besitz immer wieder neu sich erworben, sie haben immer wieder mitgekämpft und haben damit ihren alten Adelsschild in Ehren in das neue Reich hineingetragen.*

Aber die nicht, die heute so vor der Nation stehen. Ererbter Adel! Wir wollen doch einmal sehen, was das Zugkräftigere ist und was mehr aushält und besser schlägt, dieser junge Adel, der sich ihn erfochten hat, oder der andere Adel, der mit einer internationalen Judenclique die Nation um alles wieder bringen will!

Sie sagen, wir wollen Deutschland vom Parteistaat lösen und zu einer christlich-konservativen Staatsauffassung die Nation wieder zurückführen. Das ist reichlich spät! Das mußte man 1918 proklamieren. Damals sind die Herren an der Macht gewesen. Damals mußten sie aufstehen für eine christlich-konservative Staatsgesinnung gegen die Revolution! Warum taten sie es nicht!? Die konservative Gesinnung, die sie heute nun gegen den Parteistaat aufstellen müssen, war damals schon Partei für sich im engsten Sinne des Wortes. Was versteht Herr von Papen unter dem Begriff "konservativ"?! Das ist sehr relativ und positiv aufzufassen. Alles kann ich darunter verstehen, nicht nur eine christliche, sondern auch eine bolschewistische! Wer will dieses Wort genau definieren?! Welchen absoluten Zustand versteht Herr von Papen darunter? War der Zustand vor 1918 vielleicht der absolute Zustand, den man unter diesem Begriffe auffassen kann?!

Und wenn, dann kann ich den Herren nur sagen, *was in der Geschichte einmal vergangen ist, kommt nicht wieder! Das Rad der Geschichte rollt vorwärts und kann manchmal eine falsche Richtung einschlagen, und dann ist es die Aufgabe, dieses Rad in eine gesunde natürliche Richtung zu bringen. Aber niemals wird man dieses Rad an den Ausgangspunkt zurückdrehen!*

Die Richtung kann man ändern. Zurück aber kann man dieses Schiff nicht mehr bringen! Das ist vorbei. Es ist auch gar nicht zweckmäßig, daß dieses Schiff wieder zurückgebracht wird. Denn der Zustand ist nicht deswegen zusammengebrochen, sondern weil er selbst tiefste Fehler besaß. Die Herren wollen nicht wissen, was im Jahre 1918 geschah. Sie tun, als ob eine Revolution von ein paar Verbrechern gemacht wäre. Sie könnten siegreich sein, weil dieses

System erbärmlich versagt hat, weil schon damals nicht ein Volksstaat, sondern ein beschränkter Parteistaat und ein reiner Klassenstaat da war.

Die Revolution, sie kam, weil wir in Deutschland 2 Klassen besaßen: Bürgertum und Proletariat, weil unter ihnen die Nation zersplitterte, geistig und moralisch, und am Ende physisch zerbrach. Die Revolution konnte nur siegreich sein, weil der Sturm in Deutschland die ganzen Kräfte verbraucht hat. Dieses Deutschland konnte von einer Revolution bezwungen werden, weil an der Spitze dieses Deutschlands nicht lebendige Vertreter einer lebendigen Nation energisch standen, sondern hoffnungslose Greise, impotente Staatsmänner, sondern Führer von Ständen und Klassen, in Selbstüberheblichkeit und Standesdünkel erzogen, wobei dieses Deutschland in seiner Führung nicht die geringste Verbindung mehr zum Volke besaß.

Deshalb ist Deutschland zerbrochen. [*Um*] das, was diese Herren am Staat herumgedoktert haben, mußte sich nun diese Bewegung bemühen, das deutsche Volk wieder zu regenerieren, die erkannte,

daß der Staat nur ein Gefäß, eine Form ist, daß der Inhalt das Seiende, Bleibende, Wesentliche ist und daß dieser Inhalt in Ordnung gebracht werden muß, daß dann von selbst dieses unser deutsches Volk sucht, welche Staatsform als lebendige Organisation der Kraft in lebendige Erscheinung treten kann.

Wir haben das in 13 Jahren verfolgt. Nicht der Staat ist das Entscheidende, das Entscheidende ist das Volk! Deutschland kann man nicht von oben reformieren! Man kann nur das deutsche Volk neuorganisieren. Man kann diese Klassen- und Standesgegensätze überwinden, kann hier eine neue Weltauffassung als neue Gedankenbasis hinstellen. Man kann damit den Kampf beginnen gegen die Parteierscheinungen, gegen die Zerrissenheit der Vergangenheit. Man wird damit steigernd stärken das Deutsche Reich, wie wir heute überhaupt in der Welt nicht mehr so aufgefaßt werden bei Verhandlungen wie vor drei Jahren - glaubt man, weil ein alter Aristokrat an Deutschlands Spitze tritt? Die Welt hat das Gefühl, daß ein anderes Deutschland daraus geworden ist durch diese Braune Front.

Die Welt sieht heute ein anderes Deutschland vor sich, ein Deutschland, in dem sie keine Klassen mehr findet, sondern eine neue deutsche Gemeinschaft erblicken kann, und die Welt erklärt, daß das jetzt ein anderes Deutschland ist, ein neues, als das frühere.

Und der Wandel der Welt wird erst dann in Erscheinung treten, wenn der Wandel der Repräsentanz des deutschen Volkes sich vollzogen hat und nach außen sichtbar in Erscheinung tritt, um vor der Welt gültig das deutsche Volk zu repräsentieren, um ihm damit eine neue Stellung zu geben, die diesem neuen deutschen Volke gebührt und die früher etwa durch irgendwelche Taschenspielerei verloren ging. Die Herren können auch überzeugt sein, weil wir heute gegen den Parteistaat kämpfen, weil wir gegen den Standesstaat, gegen den Klassenkampf kämpfen, können wir nicht, die dazu bestimmt sind, Deutschland zu retten, an diesem Kabinett teilnehmen. Wir tun diese ganze Arbeit um so lieber, da wir uns sagen: Was du dir nicht erwerben kannst, kannst du auch nie besitzen[19] und du wirst alles, was du erhältst, dir immer wieder neu erwerben müssen. Menschen, die in 13 Jahren nichts erworben haben, können in 6 Monaten wieder alles vernichten, was andere geschaffen haben. Das kann

19 Nach "Faust. Der Tragödie erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe: "Was du ererbt von deinen Vätern hast,/ Erwirb es, um es zu besitzen."

und wird und darf ihnen nicht gelingen! Wenn die Leute meinen, daß diese neue Nation nicht mehr hinter mir steht, dann verwechseln sie diese mit ein paar Großgrundbesitzern und Bankiers.

Und wenn Herr von Papen erklärt: "Heute bin ich überzeugt, daß schon mehr als die Hälfte nicht mehr hinter Herrn Hitler steht[20]", dann kann ich nur sagen: Lieber, lieber Herr von Papen! Nun machen wir mal einen Punkt! Mir wird schon angst und bang, wenn ich das höre! So schön können Sie gar nicht reden, daß die Partei jemals zu Ihnen kommt, da hätten Sie sich 10 Jahre üben müssen im Verkehr mit dieser Partei! So weiß ich aber positiv, daß Sie erst vor 3 Monaten in unserem Gaubüro in Berlin auftauchten und fragten, was wollen die Nationalsozialisten und was sind ihre Ideen[21]?! In drei Monaten lernt man das nicht, besonders, wenn man sich nur einmal danach erkundigt! Nicht einmal ich selbst könnte Ihnen meine Partei zuführen, wenn ich es selbst sagen wollte! Es würde zwecklos sein! Die Partei hat nicht nur ihre eigene Idee, sie hat auch ihren eigenen Willen. Und wenn Sie nun sagen: "Nationalsozialisten sind diszipliniert, infolgedessen braucht man bloß einen wegschieben und den anderen vor und dann sagen 'Nationalsozialisten! Stillgestanden!'", weil sie diszipliniert seien! Nun, Herr Groener hat das auch geglaubt an dem SA-Auflösetag[22], als er darauf in einer öffentlichen Erklärung bekanntgab: "Die SA ist aufgelöst, um aber den jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, ihrem Hunger nach Disziplin nachzugeben, bin ich bereit, sie in Wehrorganisationen zusammenzufassen, dann sind sie endlich befriedigt, und noch dazu in höherem Staatsinteresse[23]." Ich habe dann gesagt zu Groener: "Ich bin neugierig, wenn Sie dann zu kommandieren anfangen. Sie verwechseln dauernd das junge Deutschland mit dem alten. Damals war ein Hauptmann [*von*] Köpenick denkbar[24]. Wenn Sie aber meinen Leuten sagen: 'Stillgestanden!' - dann werden Sie ein Konzert vernehmen!" Und wenn Papen glaubt, die Partei könne so ohne weiteres zu ihm überschwenken, selbst wenn ich sagen wollte: "Herr Papen, hier haben Sie meine Partei und guten Tag, Herr Papen, ich gehe!", Herr von Papen würde keinen Mann behalten. Herr von Papen war der Meinung, nur erst die Partei 2 Monate sanft behandeln, dann würde sie schon hinter ihm stehen. Nein, wir haben jedem deutschen Mann, auch ihm, die Möglichkeit gegeben, sich der Nation vorzustellen. Gewiß, hätte er das erfüllt, was die junge Bewegung erhoffte, warum nicht, das Schicksal kann der Rettung Deutschlands jeden Namen geben,

---

20 Vgl. Dok. 180, Anm. 15.

21 Näheres nicht ermittelt.

22 Am 13.4.1932. Vgl. Dok. 36, Anm. 4.

23 Vgl. Dok. 148, Anm. 27.

24 Gemeint ist Wilhelm Voigt (1849-1922), Schuster, 1863, 1864 und 1865 Gefängnisstrafen wegen Diebstahls, 1867 Zuchthausstrafe wegen Urkundenfälschung, 1889 Gefängnisstrafe wegen schweren Diebstahls, 1890 Gefängnisstrafe wegen Urkundenfälschung, 1891 Zuchthausstrafe wegen Diebstahls, 1905 unter Polizeiaufsicht entlassen, 1906 aus Berlin und Umgebung ausgewiesen, Gefängnisstrafe unter anderem wegen verbotenen Uniformtragens, Freiheitsberaubung und schwerer Urkundenfälschung, 1908 begnadigt, 1909 Übersiedlung nach Luxemburg.
Nach sorgfältiger Vorbereitung hatte Voigt am 10.10.1906, bekleidet mit einer preußischen Hauptmannsuniform, zunächst elf Soldaten in Berlin seinem Befehl unterstellt, dann das Rathaus von Köpenick besetzt, den Bürgermeister verhaftet, die Stadtkasse beschlagnahmt und sich danach abgesetzt. Der Fall diente Carl Zuckmayer als Vorlage für sein 1931 uraufgeführtes Theaterstück "Der Hauptmann von Köpenick". Vgl. Wolfgang Heidelmeyer (Hrsg.), Der Fall Köpenick. Akten und zeitgenössische Dokumente zur Historie einer preußischen Moritat, Frankfurt a. M. 1968.

er hat das nicht erfüllt und konnte es nicht erfüllen, und darum war es selbstverständlich, daß ich mich davon [*ab*]wandte.

Herr von Papen meint, daß sich aber die Partei nicht von ihm wende. Sie hat sich nur neutral verhalten, weil ich mich neutral verhalten habe, und wenn ich mich nicht neutral verhalten hätte, hätte sie es auch nicht, wie ich es auch nicht decken kann, bei der theologischen Weisheit dieser Herren für sie eine Wahl zu machen, aber 6-7 Wochen vor der Wahl Notverordnungen zu bringen! Ich sehe auch davon ab, daß wir in diesen Notverordnungen das wieder tun, was andere davor schon getan haben. Ich sehe davon ab, daß ich einen Fehler um den andern begehe, oder glaubt man wirklich, daß die nationalsozialistische Bewegung Beifall klatschen wird, wenn nach einem 13jährigen Ringen eine neue Staatsregierung sich präsentiert, die Kommunisten und Nationalsozialisten gleichmäßig behandeln will[25]. *Wir sind nicht objektiv, wir sind unbedingt subjektiv veranlagt! Alles, was Deutschland nützt, ist in unseren verruchten Augen recht, und das andere ist falsch!*

Hier ist nicht ein polnischer Insurgent erschlagen worden, für den jetzt fünf Deutsche für den polnischen Massenmörder gehenkt werden[26]. Da kann ich sagen, Herr von Papen, da täuschen Sie sich! "Einen um den anderen?!" Was heißt hier einen um den anderen?! Jawohl! "Wollen Sie Mörder in Ihrer Bewegung?!" Nein! Aber mit meinen Kameraden identifiziere ich mich! Über das Verbrechen rede ich gar nicht! Darüber könnte man in anderen Zeiten reden. Zunächst sind in den letzten paar Jahren 350 Mann Nationalsozialisten ermordet worden[27], 40.000 Nationalsozialisten sind verletzt worden[28], mir ist nichts bekannt, daß man dafür auf der anderen Seite einen geköpft hätte[29]! Mir ist nicht bekannt, daß man für einen Deutschen, der dort in Frankreich als Insurgent Franzosen erschossen hat, und dann von Franzosen erschlagen wurde, 5 Franzosen zum Tode verurteilt hätte, mir ist nicht bekannt, daß in Polen 5 Polen zum Tode verurteilt worden sind, weil sie einen Deutschen erschlagen haben, der vorher zahlreiche Polen erschossen hat! Mir ist kein solcher Fall bekannt! Vielleicht uns mit einer solchen Tat auseinandersetzen?! Das spielt jetzt keine Rolle! Nur eines ist klar! In unseren Reihen werden nicht 5 Deutsche wegen eines polnischen Mörders zum Tode verurteilt! Und wenn man dann sagt, ja, es müsse doch Gerechtigkeit sein, dann ist das in meinen Augen nicht Gerechtigkeit, sondern Wahnsinn! Recht muß Recht bleiben und wenn die Welt darunter zugrunde ginge[30]! Ich will nicht, daß die Welt zugrunde geht! Aber ich will, daß unsere Feinde

25 Vgl. Dok. 176, Anm. 8.

26 Anspielung auf den Totschlag von Potempa. Vgl. Dok. 174, Anm. 8.

27 Nach parteieigenen Angaben wurden zwischen 1923 und einschließlich 7.9.1932 181 NSDAP- und SA-Angehörige bei politisch motivierten Auseinandersetzungen getötet. Vgl. Thor Goote, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934, S. 71 ff.

28 Vgl. Dok. 91, Anm. 12.

29 In den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde nur noch der geringste Teil der zum Tode Verurteilten hingerichtet. Waren vor 1914 etwa 60% der Todesurteile auch vollstreckt worden, so betrug diese Quote zwischen 1919 und 1924 etwa 20% und sank stetig weiter. 1930 wurden im Deutschen Reich 43 Todesstrafen ausgesprochen und eine vollstreckt, 1931 49 verhängt und vier vollstreckt und 1932 52 verhängt und drei vollstreckt. Vgl. Richard Evans, Die Todesstrafe in der Weimarer Republik. In: Frank Bajohr, Werner Johe und Uwe Lohalm (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991, S. 145-167; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 535 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 546.

30 Vgl. Dok. 175, Anm. 10.

zugrunde gehen, aber schon nicht mehr [*sic!*]. Und wenn man sagt: "Wie können Sie die als Kameraden ansprechen[31]?" Weil sie erst jahrelang ihre Haut zu Markte getragen haben, weil sie in Oberschlesien[32] selbst gekämpft haben, während der andere ... *und bei mir erlischt die Kameradschaft nicht, auch wenn sie einen Fehltritt machen!*

Der alte Frontsoldat kann nicht verstehen, was so ein Zivilgerichtshof über solche Dinge urteilen kann, wie sollen die auch über solche Dinge urteilen! Wie wollt ihr darüber reden, die ihr nie eine Kugel pfeifen habt hören! Sie sagen, man hat die Kampfhandlung überschritten[33]. Wir wollen aber nachsehen Seite soundso, § soundso .... Sie glauben wohl, daß der Mann im Kampfe euer Paragraphenregister bei sich hat! Was fällt euch denn ein!

Wir Soldaten können nur Soldaten zu Richtern setzen; über Kämpfer in Zeiten der Freiheit nur Menschen, die den gleichen Kampf mitmachen! Andere haben kein Recht dazu!

Wie ungerecht sie dann werden, zeigt der Augenblick! Entweder haben sie den Tod verdient oder nicht. Wie kann man sie verurteilen. Jetzt muß man sie "begnadigen", 5 auf einmal[34]! Jetzt kann man es doch nicht aufrechterhalten. Man begnadigt sie jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus! (Pfui!) Glaubt ihr wirklich, daß der Spruch bleibt!? Glaubt ihr wirklich, daß es solange dauert, bis wir zur Macht kommen?! Ich versichere es euch! Heute, schon jetzt! Wir werden an die Macht kommen! (Bravo!) Es sollen dann unsere Kameraden nochmals vor ein Tribunal gestellt werden, *und dann wollen wir noch einmal untersuchen, wie groß ihre Schuld ist, allerdings, ausgehend von dem fundamentalen Grundsatz, daß das Leben der Nation wichtiger ist als alles andere[35]!*

Wir wollen untersuchen, inwieweit sich bereits die *anderen* dagegen versündigt haben, daß sie solche Subjekte belassen haben, daß *die* sich schon gegen die Nation versündigt haben, die solche Kreaturen der Nation im Leibe ließen! [*sic!*] Glauben Sie nun, daß wir wirklich mit dieser jetzigen deutschen Führung zusammengehen könnten? Herr Papen will es nicht verstehen, wenn er sagt, er begriffe nicht, daß die SA sich, nachdem Herr Hitler sich mit diesen Menschen identifiziert, nicht von ihm weggeht[36]! Dort auf der Botschaft würde er es eher verstehen; meine Kameraden verstehen mich und die halten aus, und Millionen meiner Kämpfer verstehen mich. *In einer solchen Zeit gibt es nichts anderes als Kameradschaft auf Biegen oder Brechen. Glauben Sie denn eigentlich - von diesen Männern hat jeder in seiner Zelle Andenken an die Bewegung hängen, und in jeder Zelle hängt mein Bild - und ich, ich sollte sie verraten!? Treue um Treue und Kameradschaft um Kameradschaft!*

Was sie verbrochen haben, das werden wir einmal klarstellen. Das jetzige Deutschland kann es nicht! Und unserem Urteil werden sie sich auch fügen, ohne weiteres fügen! Wir wollen allerdings dafür eintreten, daß solche Dinge sich nicht wiederholen können, aber nicht dadurch, daß wir mit drakonischen Strafen die Retter Deutschlands verurteilen, sondern daß wir die Schädlinge Deutschlands ausweisen. Polen hat an 900.000 Deutsche *ausgewie-*

---

31 Bezieht sich auf Hitlers Telegramm an die Verurteilten von Beuthen. Vgl. Dok. 174.
32 Vgl. Dok. 11, Anm. 6.
33 Druck der Urteilsbegründung des Sondergerichts in Beuthen vom 22.8.1932: Kluke, Potempa, S. 286 ff.
34 Vgl. Dok. 180, Anm. 31.
35 Alle Verurteilten wurden als "Vorkämpfer der nationalen Erhebung" nach ihrer Amnestie am 18.3.1933 aus der Haft entlassen. Vgl. Bessel, Potempa Murder, S. 252.
36 Vgl. Dok. 180, Anm. 15.

sen[37]*!* Wieviel Polen hat die deutsche Regierung *ausgewiesen?* Ich glaube sehr richtig, daß sie 100.000 hereingelassen hat[38].

Meine Volksgenossen, ein System, das so handelt, zeigt, daß es in seiner Schwäche der "Objektivität" genau dorthin kommt, wo wir schon einmal waren. Dafür haben wir nicht 13 Jahre gearbeitet. Dafür ist in der Bewegung nicht der grenzenlose Heroismus vorhanden. Menschen, die keine Ahnung haben vom Leben, was in diesen Jahren zusammengefügt wurde! [*sic!*]

Wenn wir am Anfang der Versammlung eines Mannes[39] gedachten, der damals schon vor 13 Jahren hinter mir stand und da war und mitkämpfte, dann wäre das nicht vollständig, wenn ich nicht sagen würde, daß die Frau dieses Mannes[40] selbst heute wieder unter uns sitzt. Und das geben wir nicht preis irgendeinem, der da meint, daß man die Nation um das Wertvollste bringen kann! Sie täuschen sich. Das Volk ist viel zu anständig, um so etwas mitzumachen.

Ich bin glücklich, daß sich die Partei aus den Millionen der Kleinen, Mittleren und Kleinsten aufbaut. Und das sind auch die Opferbereitesten und in ihrem rechtlichen Bewußtsein die Entschlossensten und die Mutigsten! Und für die haben wir endlich auch 13 Jahre gefochten, damit aus der zerrissenen Welt von Bürgertum und Proletariat wieder eine deutsche Nation entsteht, nicht um dieses Volk zu knebeln, haben wir das getan, sondern um es frei zu machen!

Einen Klassenstandpunkt einzunehmen, Gott bewahre uns davor! Wir haben hier den Grundsatz vertreten, daß in dem Volk jeder gewürdigt werden muß, der bereit ist, sich für das Volk einzusetzen, ob er Handwerker, Professor, Gelehrter, Ingenieur, Offizier oder Bauer ist, das ist uns ganz gleichgültig.

Jeder, der für unseres Volkes Größe sich einzusetzen bereit ist, muß in unserem Staate Bürger sein, und alle müssen gleiches Recht haben. Und jeder, der das nicht will, muß unser Feind sein. Der ist uns verhaßt! Was er ist, ist uns gleich. Wir wollen einen Staat aufbauen, der sich stützt auf ein Volk von einer grenzenlosen Zusammengehörigkeit, grenzenlosem Opfersinn und Achtung und Wertschätzung. Daß das gelingt, das ist bewiesen durch unsere Bewegung.

Wir haben nicht mit Reformen von oben begonnen. Es sind fast 14 Millionen Menschen von dieser Reform erfaßt. Wenn unsere Gegner meinen, nun ist aber auch Schluß, die Partei, sie wächst nicht mehr. Die wächst solange, bis der letzte Deutsche erfaßt ist. Sie wächst ununterbrochen und wenn sie morgen den Reichstag auflösen. Ich freue mich auf den Kampf!

---

37 Über die Lage der deutschen Minderheit im damaligen Polen liegen nur wenige verläßliche Zahlen vor. Bis 1927 hatten zwischen 700.000 und 800.000 Angehörige der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe Polen westwärts verlassen, die wenigsten davon durch Ausweisung. Die Minderheiten- und Bodenpolitik der polnischen Regierung förderte allerdings die Abwanderung. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 37 ff. sowie Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, S. 40.

38 Hitler dürfte hier auf die Zuwanderung sogenannter Ostjuden anspielen. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wurden etwa 35.000 ostjüdische Arbeiter in den besetzten Gebieten angeworben oder unter Zwang nach Deutschland gebracht. In den Nachkriegswirren wanderten rund 70.000 weitere Juden aus Osteuropa ein, doch bereits 1922 überstieg die Zahl der, meistens nach Amerika, wieder ausreisenden die der neu hinzukommenden. Vgl. Salomon Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 22, 39 f.

39 Otto Gahr (1876-1932), Goldschmied. Gahr hatte nach Hitlers Entwurf 1923 die ersten SA-Standartenadler angefertigt. Sein Atelier belieferte auch nach der Wiedergründung SA und NSDAP. Gahr war am Vortag gestorben und Hermann Esser hatte ihn in seiner Ansprache kurz gewürdigt.

40 Karoline Gahr, geb. Schmidt (1881-1969).

Endlich eine Parole, in der wir dem Volke zeigen können, daß wir es ernst mit ihm meinen! Es ist falsch, wenn unsere Gegner heute sagen: "Ihr wollt jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden[41]". Wir wollen mit anderen Parteien die Rechte des Volkes wahrnehmen, wenn es nicht anders geht. Auch dann schrecke ich vor nichts zurück.

Sorgen Sie sich nicht um meine Grundsätze, Herr Hugenberg, sondern um die Ihren! Immerhin habe ich sie 13 Jahre lang hochgehalten und nicht preisgegeben. Seien Sie überzeugt, ich halte sie auch im 14. Jahre hoch! Nur will ich nicht, daß wegen unserer Grundsätze ein System zur Macht kommt, das am Ende wieder alles zerstören will. "Sie hätten einschlagen sollen[42]". Meinen Sie denn wirklich, daß mir die Bewegung um ein paar Ministerstühle feil ist!

Meine sehr verehrten Herrschaften!

In meinem Testamente wird einmal stehen, daß man auf meinen Grabstein nicht einmal etwas anderes schreibt als Adolf Hitler! Meinen Titel schaffe ich mir aus meiner eigenen Arbeit. Auch Herr Hindenburg kann mir nicht einen Titel geben. Was heißt für mich auch das Wort Reichskanzler! Ich buhle nicht um einen Titel, den vor mir ein Hermann Müller[43] getragen hat.

Ich strebe nur nach der Führung. Der Titel ist mir gänzlich einerlei. Meinetwegen können sie mich Musketier nennen. Der Führer *der* (= dieser) Partei zu sein, ist für mich eine größere Ehre als irgendein Kanzler in der bekannten Reihenfolge. Ich verkaufe die Partei nicht für irgendeinen Titel, den sie mir anbieten. Da kämpfe ich lieber weiter! 1 Jahr, 2 Jahre, 3 Jahre. Und wenn die Herren sagen, Sie werden es nicht aushalten! Was habe ich vor mir? Mein großer Gegenspieler, der Herr Reichspräsident, ist 85 Jahre alt und ich bin 43 Jahre alt, und ich fühle mich ganz gesund, das kann ich den Herren sagen. *Ich habe die Überzeugung, daß mir gar nichts zustößt, weil ich daran glaube, daß die Vorsehung mich für meine Arbeit bestimmt hat.*

Ich kann ihnen weiter sagen, daß mein Wille ganz unbändig ist, und bis ich einmal 85 Jahre alt werde, lebt Herr Hindenburg schon längst nicht mehr. Wir kommen einmal an die Reihe. Nachgeben tu' *ich* nicht! Ich weiß, sie sind überzeugt, daß sie alle viel gescheiter sind wie [*sic!*] wir, daß Herr Papen viel gescheiter ist. Meinetwegen, sie sollen gescheit sein. Aber wir sind die Zäheren. Ich bin der Beharrliche! Wir werden nie kapitulieren und werden am Ende den Sieg erringen.

Meine Parteigenossen und deutschen Volksgenossen!

Was die Regierung jetzt beabsichtigt, kann uns allen gänzlich gleichgültig sein; *sie* sagen, wir erkennen die Majorität nicht an. Wir erkennen *euch* nicht an! *Wir werden sehen, wer Sieger bleibt, der Wille des Volkes oder der Wille einer kleinen Schicht oder einer Kaste.*

---

41 Vgl. Dok. 178, Anm. 16.

42 Zitat nicht ermittelt. Zum damaligen Verhältnis von DNVP und NSDAP vgl. John A. Leopold, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven ²1979, S. 115 ff.

43 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz (SPD), 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Verkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

Wenn das erst einmal wieder in Deutschland siegt, daß man, um Minister zu sein, unbedingt ein "von" vor dem Namen haben muß[44], dann wird zwangsläufig eines Tages die rote Revolution sich in Deutschland erheben, oder wir Nationalsozialisten beseitigen diesen Wahnsinn und Irrsinn. Wenn das nicht wieder eintritt, daß jeder einzelne den Marschallstab im Tornister tragen kann[45], dann wird alles das, was wir jetzt erreicht haben zu ihrem Leben und zu ihrer Befriedigung, dann wird das alles wieder umsonst gewesen sein, dann wird sich wieder eine kleine Herrenkaste über die Nation erheben, die wohl Ansprüche, aber keine Fähigkeiten besitzt. Dann ist der Verfall Deutschlands schon jetzt wieder bestimmt, und gegen diesen Spuk und gegen dieses System werde ich mich als Nationalsozialist wenden bis an den Rand des Grabes.

Ich werde unentwegt eintreten für die Rechte des Volkes, für die Freiheit des Volkes, für die soziale innere Gestaltung unseres Lebens und des Volkes.

Weil wir überzeugt sind, daß man auf die Dauer, wenn das Gefühl des Rechtes alle gleichmacht [*sic!*], weil ich nicht glaube, daß man mit der Reichswehr regieren kann, daß ein Volk nur bestehen kann, wenn seine Regierung verankert ist im Willen, in der Überzeugung und in der gleichen Einsicht des gleichen Volkes und daß man nicht ein Volk nur nach außen vertreten kann, wie auch die Wehrmacht nicht dazu dient, gegen den Willen des Volkes eine Regierung zu befestigen, sondern weil sie ein Instrument ist zur Verteidigung der Lebensrechte eines Volkes nach außen.

"Wir [*er*]kennen eine Regierung, in der Nationalsozialisten führen, nicht an!" Wir haben ein Recht dazu. Die Regierung braucht, um legal zu sein, 51% des deutschen Volkes. Von diesen 51% haben wir 37%[46]; also dreiviertel dessen, was man braucht, um legal zu sein, haben wir. Wir haben ein Recht zu sagen, daß wir die Regierung stellen. Das wollen uns die Herren nicht zubilligen. Gut, den Fehdehandschuh nehme ich auf, meine Herrschaften. Ich habe noch nie gewartet, bis der andere zum Angriff übergegangen ist. Sie sagen, die Verfassung ist jetzt überlebt. Und ich sage, die Verfassung hat jetzt erst ihren Sinn. Denn jetzt kommt in und durch diese Verfassung die deutsche Nation nach 14 Jahren zum erstenmal wieder zu Wort. Wir werden jetzt den Kampf aufnehmen und werden ihn durchfechten und wollen dann doch sehen, auf wen Deutschland hört, auf den Befehl des Herrn von Papen: "Das Ganze kehrt!" oder auf unser Kommando: "Junges Deutschland! - Vorwärts marsch!"

Heil!

44 Vgl. Dok. 180, Anm. 10.

45 Der Satz, "Tout soldat français porte dans sa giberne le bâton de maréchal de France", wird gewöhnlich dem französischen Kaiser Napoleon I. zugeschrieben. Erstmals nachweisen läßt er sich jedoch in Elzéar Blaze, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837, S. 1, 5.

46 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

8. September 1932 Dok. 184
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 10.9.1932, "Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes der N.S.D.A.P."[1].

Die deutsche Wehrfrage drängt auf Lösung. Außenpolitisch muß Deutschland seine verlorene militärische Sicherheit zurückgewinnen[2], innenpolitisch steht es vor der Aufgabe, seine verschüttete Wehrkraft neu zu begründen[3]. Das deutsche Volk erwartet von der N.S.D.A.P. eine entscheidende Mitwirkung am Aufbau der Landesverteidigung. Es erwartet, daß der Nationalsozialismus die Grundlinien aufzeigt, die für die Eingliederung der Wehrmacht in das Gefüge des Staates maßgebend sein sollen. Ich verfüge daher die Errichtung eines

Wehrpolitischen Amtes der N.S.D.A.P.

Mit seiner Leitung wird Pg. Generalleutnant Franz Ritter von Epp[4] beauftragt. Das Amt wird dem Stabe der Obersten SA-Führung angeschlossen. Die Verfügung tritt sofort in Kraft. Die für den Aufbau des neuen Amtes erforderlichen Bestimmungen erläßt der Amtsleiter[5].

Berlin, den 8. September 1932.

Adolf *Hitler*

1 Vgl. auch Der SA-Mann vom 17.9.1932, "Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes der N.S.D.A.P."; VB vom 13.9.1932, "Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes der N.S.D.A.P.".

2 Vgl. Dok. 92, Anm. 4.

3 Anspielung auf Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags, der bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

4 Franz Xaver (seit 1916 Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

5 In der Vorlage im Anschluß abgedruckt. Epp richtete fünf Referate ein, die "Äußere Wehrpolitik", "Innere Wehrpolitik", "Wehrmächte", "Volkswehrkraft" sowie "Wehrbewegung und Presse" benannt wurden. Druck: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 10.9.1932, "Ausführungsbestimmungen über die Gliederung des Wehrpolitischen Amtes".

8. September 1932 Dok. 185
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 10.9.1932, "Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes der N.S.D.A.P.".

Mit sofortiger Wirkung verfüge ich die Einsetzung eines *Kolonial-Referates* [1], das dem Wehrpolitischen Amt anzugliedern ist.

Berlin, den 8. September 1932.

Adolf *Hitler*

13. September 1932 Dok. 186
Rede auf NSDAP-Führertagung in Berlin [1]

Der Angriff vom 14.9.1932, "Führertagung in Berlin" [2].

[...] [3], gab der Führer die Richtlinien für die neue Phase des Kampfes bekannt, in den die nationalsozialistische Bewegung mit dem gestrigen Tage [4] eingetreten ist und die sie *mit dem Volk* und *für das Volk* [5] durchzukämpfen entschlossen ist.

---

1 Nachdem Hitler im Mai 1932 in einem Interview mit dem "Daily Express" (Druck: Bd. IV/1, Dok. 111) auf die Forderung nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien verzichtet hatte, führte dies zunächst bei den einflußreichen kolonialpolitischen Interessenverbänden, z. B. der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag) und der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG) zur Distanzierung von der NSDAP. Das Anwachsen der NSDAP zur Massenpartei führte in der Kolonialbewegung im ersten Halbjahr 1932 jedoch zu einer Wiederannäherung von seiten der Verbände. Die Einrichtung des Kolonial-Referates kam dem entgegen: Bereits am 28.9.1932 schlug der Hauptausschuß der DKG Epp für die Wahl in ihren Vorstand vor. Vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 175 ff.

1 Mittags. An der Führertagung nahmen die der NSDAP angehörenden Ministerpräsidenten einiger Länder und die gesamte Reichstagsfraktion der NSDAP teil.

2 Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten vom 14.9.1932, "Neue Richtlinien Hitlers"; VB vom 15.9.1932, "Adolf Hitler organisiert den Kampf für die Rechte des Volkes" sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 242.

3 Voraus geht eine kurze Zusammenfassung der Reden Fricks und Görings.

4 Durch die Umstellung der Tagesordnung war es dem Reichstag gelungen, in seiner von Reichstagspräsident Göring geleiteten 2. Sitzung am 12.9.1932 auf Antrag der KPD-Fraktion die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 (vgl. Dok. 183, Anm. 18) mit 512 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen aufzuheben. Wie der "Ausschuß des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ('Überwachungsausschuß')" in seiner Sitzung vom 27.9.1932 feststellte, hatte die Abstimmung bereits begonnen, als Reichskanzler Papen die "Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 12.9.1932" vorlegte, die lautete: "Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. Sept. ds. J. verlangt." Der Reichstag war damit aufgelöst; die Neuwahl mußte entsprechend Artikel 25 innerhalb der 60 folgenden Tage stattfinden. Druck der Anträge und des Protokolls der namentlichen Abstimmung: Ver-

15. September 1932 Dok. 187
Rede auf Standartenappell der Münchner SA und SS [1]

Der Tag vom 16.9.1932, "Hitler deckt Görings Übergriff" [2].

Ich denke gar nicht daran, derartiges wie die Duldung des Papenschen Programms [3] zu tun, um meine Ruhe zu haben. Dann kämpfe ich lieber. Es ist mir ganz gleichgültig, wie oft. Wenn Herr v. Papen erklärt, er, Hitler, solle doch dankbar sein, da die Regierung doch das tue, was er wolle [4], so könne er nur erwidern: Wenn die Herren gar nichts anderes wollen als wir auch, dann könnten sie sich hinter uns anschließen. Ich habe *für die Abstimmung im Reichstag* [5] *gesorgt*, damit man sieht, wer hinter diesen Herrschaften steht. Dauernde Verfassungsbrüche auf der einen Seite heben auch die Legalität auf der anderen Seite schließlich auf, da es nur eine Legalität geben kann [6].

Mit der Garnitur Papen mache ich nicht mit, denn man will auf ihrer Seite letzten Endes nicht die Rettung der Nation, sondern man will eben "diese Rettung der Nation verhindern". Ich verkaufe mich und meine Partei nicht um ein Linsengericht [7]. Das Volk wird in drei Wochen "wild werden", und wir werden sehen, wer härter ist, die deutschen Grenadiere oder "ein paar Exzellenzen". Hitler schloß seine Rede mit der Aufforderung an die SA und die SS, die Vergangenheit zu respektieren, aber "nichts zu schaffen zu haben mit den Überresten des verfallenen Deutschlands".

---

handlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454; Druck der Auflösungsverordnung: RGBl. 1932, I, S. 441; Druck des Protokolls der Sitzung des Überwachungsausschusses: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 650 ff.

5 Weiter abweichend VB: "... gegen eine reaktionäre Clique durchzuführen entschlossen ist, die die Rechte des Volkes mit Füßen tritt."

1 Im Zirkus Krone, von 21.45 bis 22.45 Uhr. Den Appell der 5.000 Münchner SA- und SS-Männer kommandierte der mit der Führung der SA-Gruppe Hochland beauftragte SS-Oberführer Friedrich Karl Freiherr von Eberstein. Vor Hitler sprach Gauleiter Adolf Wagner.

2 Vgl. auch PND-Bericht Nr. 790 o. D.; BayHStA, Abt. I, Sonderabgabe I 1552. Zu den äußeren Umständen vgl. VB vom 17.9.1932, "5.000 Münchener SA- und SS-Männer treten zum Appell vor dem Führer an". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 1.10.1932, "Vormarsch überall".

3 Vgl. Dok. 183, Anm. 18.

4 In seiner Rundfunkrede zur Reichstagsauflösung am Abend des 12.9.1932 hatte Reichskanzler Papen unter anderem erklärt: "Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahnen schreibt, das eine große Partei in ihrem wesentlichen Inhalt gefordert und wofür sie Millionen von Menschen in Bewegung gesetzt hat, dann erfährt sie die bitterste Opposition, wird mit Feuer und Schwert bekämpft, weil - ja weil diese Regierung zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen ist." Druck: Horkenbach 1932, S. 323 ff.

5 Vgl. Dok. 186, Anm. 4.

6 Zur Frage der Legalität stellt der PND-Bericht fest: "Einerseits wird immer wieder betont, daß der Kampf auf vollständig gesetzmäßigem Wege geführt werde, anderseits wird den SA- und SS-Leuten immer wieder gesagt, daß sie bereitstehen müßten, für den Tag, an dem sie der Führer rufen werde. Hier scheinen Widersprüche zu liegen."

7 Vgl. Dok. 169, Anm. 20.

21. September 1932 Dok. 188
Schreiben an Hermann Otto Hoyer [1]

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/14.

Sehr geehrter Herr Hoyer!

Erst heute komme ich leider dazu, Ihnen für das Bild "Der SA-Mann", das Sie mir zur Ausschmückung des Braunen Hauses zugehen ließen, zu danken [2].

In Ihrem Gemälde haben Sie den Kampfgeist der SA treffend zum Ausdruck gebracht.

Mit deutschem Gruß!

Adolf Hitler

22. September 1932 Dok. 189
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 6.10.1932.

Der *Reichswirtschaftsrat der N.S.D.A.P.* [1] soll als oberstes Organ für *alle* wirtschaftlichen Fragen die allgemeinen Grundlinien der gesamten Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik festlegen.

Die wirtschaftspolitische Abteilung in ihrer neuen Einteilung (Hauptabteilung IV a Staatswirtschaft, Hauptabteilung IV b Privatwirtschaft) hat die organisatorische und parteiamtliche Durchführung der vom R.W.R. gegebenen Richtlinien zu besorgen. Die Einheitlichkeit der gesamten Wirtschaftspolitik im R.W.R. soll dadurch garantiert werden, daß zu seinen ordentlichen Mitgliedern ex officio gehören:

Der Reichsorganisationsleiter [2],
Die Leiter der Hauptabteilungen IV a und IV b [3],
Der Leiter der Hauptabteilung V (Landwirtschaft) [4],
Der Leiter der Hauptabteilung VI (Betriebszellen). [5]

---

1 Hermann Otto Hoyer (geb. 1893), Kunstmaler, 1937 und 1940 auf der Großen Deutschen Kunstausstellung ausgestellt, 1943 Verleihung des Titels "Professor".

2 Das Gemälde wurde im Braunen Haus ausgestellt.

1 Am 2.11.1931 war der "Wirtschaftsrat der NSDAP" gegründet worden, um die Wirtschaftspolitische Abteilung der Reichsleitung der NSDAP in grundsätzlichen Fragen zu beraten. Spätestens seit Ende Juli 1932 auch als "Reichswirtschaftsrat" bezeichnet, wurde das Gremium, das selten zusammentrat, am 22.9.1932 reorganisiert und bereits am 15.12.1932 aufgelöst. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 35; Tyrell, Führer, S. 363.

2 Gregor Straßer.

3 Gottfried Feder und Walther Funk. Vgl. Dok. 190.

4 Richard (Ricardo) Walther Darré (1895-1953), 1920 Diplomkolonriallandwirt, 1925 Diplomlandwirt, 1928/29 landwirtschaftlicher Sachverständiger an der deutschen Gesandtschaft in Riga, 1930 Eintritt in die NSDAP und

Ferner werden auf Vorschlag der beiden Vorsitzenden des R.W.R. *Einzelpersönlichkeiten* zu ständigen, ordentlichen Mitgliedern des R.W.R. vom *Führer* ernannt.

Über diesen Kreis hinaus wird der R.W.R. eine Reihe von Vertretern aus den wichtigsten Zweigen der Wirtschaft als *Sachverständige* für die einzelnen Gebiete zuziehen.

Die wechselseitige Fühlungnahme zwischen den Vertretern der lebendigen Wirtschaft und der obersten Leitung einer nationalsozialistischen Wirtschaftsgestaltung soll durch diese Institution erreicht werden.

1. Vorsitzender des R.W.R. ist *Pg. Gottfried Feder*[6].

Zum 2. Vorsitzenden ernenne ich Pg. Walther *Funk*.

München, den 22. September 1932.

gez. *Adolf Hitler*

22. September 1932 Dok. 190
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.10.1932.

Pg. Dr. h. c. Otto *Wagener*[1] ist von der Leitung der Hauptabteilung IV[2] zurückgetreten.

Ich danke dem Pg. Dr. h. c. Otto Wagener für die von ihm geleistete Arbeit.

---

die SS, Referent für landwirtschaftliche Fragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1931-1938 Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP und des Rassen- und Siedlungsamts (seit 1935 Siedlungshauptamts) der SS, 1933-1942/44 Reichs- und preußischer Minister für Landwirtschaft und Ernährung, 1933-1942/44 Reichsbauernführer, 1934 SS-Obergruppenführer.

5 Walter Schuhmann (1898-1956), Monteur, 1917/18 Kriegsdienst, 1920-1925 Angehöriger des Bundes Oberland, 1925 Eintritt in NSDAP und SA, 1926-1929 Führer der Sektion Berlin-Neukölln der NSDAP, 1929-1932 Stadtverordneter in Berlin (NSDAP), 1929-1930 Organisationsleiter des Gaues Berlin, 1930-1945 MdR, 1931-1934 Leiter der Betriebszellen-Abteilung (NSBO) in der Reichsleitung der NSDAP, Mai 1933 Leiter des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Juli 1933 preußischer Staatsrat, 1936-1945 Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Schlesien, Präsident des Landesarbeitsamtes Niederschlesien, 1939 Eintritt in die SS als SS-Standartenführer, Führer beim Stab des SS-Hauptamtes.

6 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Mitverfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der "Nationalsozialistischen Bibliothek", 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der TU Berlin für Siedlungswesen.

1 Otto Wagener (1888-1971), Hauptmann a. D., 1919 Stabschef der Deutschen Legion im Baltikum, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Inhaftierung, 1920/21 Führer des badischen Teils der Organisation Escherich, seit 1920 Tätigkeiten in der Industrie, unter anderem Direktor und Vorstand der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu in Karlsruhe, 1924 Dr. h. c., Oktober 1929 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, Januar-Dezember 1930 Stabschef der SA, 1931 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung/Amts der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur besonderen Verwendung im Stab Hitlers, April 1933-Juni 1933 Reichskommissar für die Wirtschaft, 1937 Wiederaufnahme in die SA im Rang eines SA-Gruppenführers, 1939 Hauptmann d. R., 1945 Generalmajor, Kommandant Ost-Ägäis und Festungskommandant Rhodos.

Wie bereits in der Anordnung Nr. 7 vom 17. September 1932 bekanntgegeben ist[3], wird die Hauptabteilung IV in die Hauptabteilungen IV a und IV b geteilt[4].

Zum Leiter der H.A. IV a (Staatswirtschaft) ernenne ich hiermit Pg. Gottfried Feder,

zum Leiter der H.A. IV b (Privatwirtschaft) ernenne ich hiermit Pg. Walther *Funk.*

Beide Hauptabteilungsleiter vertreten sich wechselseitig.

Die weiteren Anordnungen trifft der Reichsorganisationsleiter[5].

München, den 22. September 1932.

gez. *Adolf Hitler*

23. September 1932 Dok. 191
"Betrifft: Namensverleihungen"
SA-Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 23.9.1932[1].

SA:

Gruppe Ostsee

Dem Sturmbann I/49, *Greifswald*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Juli 1932[2] von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Herbert *Schuhmacher*[3] künftig die Bezeichnung

"Sturmbann I Herbert Schumacher"

zu führen.

Dem Sturm 10/49, *Greifswald*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Juli 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Bruno *Reinhard*[4] künftig die Bezeichnung

2 Als Grund für seinen Rücktritt nannte Otto Wagener in seinen Aufzeichnungen die Ablehnung einer von ihm ausgearbeiteten wirtschaftspolitischen Broschüre als parteiamtliche Schrift durch Hitler. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 478 ff.

3 Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1932, "Reichsorganisationsleiter". Vgl. auch Dok. 110, Anm. 3.

4 Zu Zweck und Wirkung der Teilung der Hauptabteilung IV vgl. Dirk Stegmann, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 275-296, S. 289 f. sowie Turner, Großunternehmer, S. 344 ff.

5 Gregor Straßer.

1 Vgl. auch Der SA-Mann vom 24.9.1932, "Namensverleihungen".

2 Am 17.7.1932 war es in Greifswald nach einer NSDAP-Propagandaveranstaltung mit 800 SA-Leuten aus der Umgebung zu einer Schießerei in den Vororten gekommen, bei denen drei Menschen getötet und 25 verletzt worden waren. Vgl. Bessel, Political Violence, S. 86 f.

3 Herbert Schumacher, Kaufmann, SA-Mann, am 17.7.1932 erschossen (vgl. Anm. 2).

"Sturm 10 Bruno Reinhard"
zu führen.

Dem Sturm 11/49, *Greifswald*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Juli 1932 von Kommunisten erschossenen Scharführer Ulrich *Massow*[5] künftig die Bezeichnung
"Sturm 11 Ulrich Massow"
zu führen.

Gruppe Berlin-Brandenburg

Dem Sturm 69/3, *Treptow*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 4. November 1931 von politischen Gegnern ermordeten SA-Mann Erwin *Moritz*[6] künftig die Bezeichnung
"Sturm 69 Erwin Moritz"
zu führen.

Dem Sturm 102/S.X, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 1. Juli 1932 von Kommunisten ermordeten Scharführer Hans *Steinberg*[7] künftig die Bezeichnung
"Sturm 102 Hans Steinberg"
zu führen.

Dem Sturm 132/S.IV, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 8. April 1932 von Kommunisten ermordeten Scharführer Fritz *Hellmann*[8] künftig die Bezeichnung
"Sturm 132 Fritz Hellmann"
zu führen.

Dem Sturm 68/9, *Berlin-Steglitz*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. August 1925 von einem Reichsbannermann ermordeten SA-Mann Werner *Doelle*[9] künftig die Bezeichnung
"Sturm 68 Werner Doelle"
zu führen.

Dem Sturm 26/S.VIII, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 24. April 1932 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Udo *Curth*[10] künftig die Bezeichnung

---

4 Bruno Reinhard, Student, SA-Mann, am 17.7.1932 erschossen (vgl. Anm. 2).

5 Ulrich Massow, Schmied, SA-Scharführer, am 17.7.1932 im Anschluß an eine NSDAP-Veranstaltung erschossen (vgl. Anm. 2).

6 Erwin Moritz (1910-1932), Melker, SA-Mann, nach Polizeiangaben bei einem Überfall von Kommunisten erschossen. Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 352.

7 Hans Steinberg (1906-1932), Maler, SA-Scharführer, vor einem SA-Sturmlokal von einem Motorrad aus erschossen.

8 Fritz Hellmann (1901-1932), Schlossermeister, 1919 Angehöriger des Freikorps Lützow, Verpflichtung zur Reichswehr, 1932 Abschied, Eintritt in die SA, SA-Scharführer, vor einem SA-Sturmlokal erschossen.

9 Werner Doelle (1909-1925), Kaufmännischer Lehrling, Mitglied der Bismarck-Jugend und des Frontbanns, vor einem Kino auf dem Kurfürstendamm erschossen.

10 Udo Curth (1902-1932), Kaufmännischer Angestellter, Angehöriger der zum Zeitpunkt seines Todes verbotenen SA. In der Nacht vor den preußischen Landtagswahl (vgl. Dok. 64, Anm. 1) vom Angehörigen des Kampfbundes gegen den Faschismus, Franz Mels, erschossen. Der Täter wurde am 8.7.1932 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 366.

"Sturm 26 Udo Curth"
zu führen.

Dem Sturm 124/8, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Juli 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Friedrich *Schröder*[11] künftig die Bezeichnung

"Sturm 124 Friedrich Schröder"
zu führen.

Dem Sturm 126/8, *Berlin*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 26. September 1926 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Harry *Anderssen*[12] künftig die Bezeichnung

"Sturm 126 Harry Anderssen"
zu führen.

Gruppe Nordmark

Dem Sturm 23/212, *Krempe*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 31. Juli 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Peter *Kölln*[13] künftig die Bezeichnung

"Sturm 23 Peter Kölln"
zu führen.

Dem Sturm 8/31, *Altona*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 18. Juli 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Peter *Büddig*[14] künftig die Bezeichnung

"Sturm 8 Peter Büddig"
zu führen.

Dem Sturm 2/31, *Altona*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Juli 1932[15] von Kommunisten erschossenen SA-Mann Heinrich *Koch*[16] künftig die Bezeichnung

"Sturm 2 Heinrich Koch"
zu führen.

Dem Sturm 22/76, *Hamburg*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. April 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Heinz *Brands*[17] künftig die Bezeichnung

---

11 Friedrich Schröder (1908-1932), Versicherungsbeamter, SA-Mann, bei politisch motivierter Auseinandersetzung mit KPD und Reichsbanner getötet.

12 Harry Anderssen (1881-1926), Beamter bei der Preußischen Staatsbank, SA-Truppführer, erlag am 26.9.1926 den bei einer politisch motivierten Schlägerei erlittenen Verletzungen.

13 Peter Kölln (1910-1932), Gärtner, 1929 Eintritt in die NSDAP und die SA.

14 Peter Büddig (1908-1932), Steward, SA-Anwärter, am sogenannten Altonaer Blutsonntag lebensgefährlich verletzt, am folgenden Tag seiner Verletzung erlegen (vgl. Anm. 15).

15 Am 17.7.1932 fand in Altona eine der heftigsten Straßenschlachten zwischen SA und Kommunisten statt, die unter dem Namen "Altonaer Blutsonntag" bekannt wurde. Vgl. Dok. 136, Anm. 28.

16 Heinrich Koch (1903-1932), Kellner, 1931 Eintritt in die SA, SA-Scharführer. Am sogenannten Altonaer Blutsonntag getötet (vgl. Anm. 15).

17 Heinz Brands (1905-1932), Kaufmännischer Angestellter, 1932 Eintritt in die NSDAP und SA. Bei der Begegnung einer Gruppe von SA-Leuten und mit einer Gruppe von Reichsbannerangehörigen am Tag des zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl erschossen. Vgl. Der Reichsbote vom 12.4.1932, "Todesopfer des Wahlkampfes".

"Sturm 22 Heinz Brands"
zu führen.

Dem Sturm 24/76, *Hamburg*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. April 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Harry *Hahn*[18] künftig die Bezeichnung

"Sturm 24 Harry Hahn"
zu führen.

Gruppe Niederrhein

Dem Sturm 1/172, *Solingen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 8. August 1930 von Kommunisten ermordeten Fahnenträger und Scharführer Carl *Paas*[19] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Carl Paas"
zu führen.

Dem Sturm 12/65, *Oberwiehl*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 27. Juli 1932 von einem Reichsbannermann ermordeten SA-Mann Robert *Bitzer*[20] künftig die Bezeichnung

"Sturm 12 Robert Bitzer"
zu führen.

Gruppe Westfalen

Dem Sturm 22/172, *Leichlingen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 31. Mai 1932 von Kommunisten erschossenen Truppführer Jodokus *Kehrer*[21] künftig die Bezeichnung

"Sturm 22 Jodokus Kehrer"
zu führen.

Gruppe West

Dem Sturm 31/81, *Frankfurt* a. Main, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in der Nacht vom 4./5. Juli 1932 von einem Kommunisten erschossenen SA-Mann Hans *Handwerk*[22] künftig die Bezeichnung

"Sturm 31 Hans Handwerk"
zu führen.

---

18 Harry Hahn (1906-1932), Steward, 1931 Eintritt in die NSDAP und SA, soll beim Feuergefecht, bei dem Heinz Brands getötet wurde, einen Herzschlag erlitten haben. Vgl. ebenda.

19 Karl Paas (1889-1930), Metallformer, SA-Scharführer, nach Polizeiangaben bei einem selbstverschuldeten Unfall getötet.

20 Robert Bitzer (1902-1932), Hammerschmied, SA-Mann. Beim Plakatekleben kam es zu einer Auseinandersetzung mit Reichsbannerleuten, in deren Verlauf Bitzer durch einen Messerstich tödlich verletzt wurde.

21 Jodokus Kehrer (1889-1932), Polizei-Betriebs-Assistent a. D., SA-Truppführer, nach einer SA-Versammlung von zwei Stadtverordneten der KPD erschossen.

22 Hans Handwerk (1916-1932), Schlosserlehrling, März 1932 Eintritt in die SA. Nach einem Propagandamarsch erschossen.

Dem Sturm 25/87, *Schupbach*/Westerwald, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 11. Juli 1932 von einem Reichsbannermann erstochenen SA-Mann Heinrich *Grasmeher*[23] künftig die Bezeichnung

"Sturm 25 Heinrich Grasmeher"

zu führen.

Gruppe Südwest

Dem Sturm 28/23, *Oberhausen* a. d. Nahe, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. Mai 1932 durch einen Zentrumsmann ermordeten Sturmführer Paul *Stenzhorn*[24] künftig die Bezeichnung

"Sturm 28 Paul Stenzhorn"

zu führen.

Dem Sturm 6/23, *Otterberg*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 30. Juni 1932 von Kommunisten ermordeten SA-Mann Hermann *Zapp*[25] künftig die Bezeichnung

"Sturm 6 Hermann Zapp"

zu führen.

Gruppe Hochland

Dem Sturm 25/2, *Solln* bei München, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 2. Mai 1932 in Icking von Kommunisten ermordeten SA-Mann Franz *Hilz*[26] künftig die Bezeichnung

"Sturm 25 Franz Hilz"

zu führen.

Gruppe Schlesien

Dem Sturm 23/10, *Metschkau* Kreis Striegen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 18. Juli 1932 von einem Reichsbannermann erschossenen SA-Mann Herbert *Härtel*[27] künftig die Bezeichnung

"Sturm 23/10 [*sic!*] *Herbert Härtel"*

zu führen.

Dem Sturm 32/157, *Ohlau*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. Juli 1932 in Ohlau[28] von Marxisten ermordeten SA-Mann Georg *Konjetzke*[29] künftig die Bezeichnung

23 Heinrich Grasmeher (1909-1932), Schlosser, 1.1.1932 Eintritt in die NSDAP und SA, bei einer Wirtshausschlägerei mit Reichsbannerangehörigen getötet.

24 Paul Stenzhorn (1899-1932), Schlosser, SA-Sturmführer, vor einer Jugendherberge erschossen. Der Täter, Karl Baab, wurde zu drei Jahren und sieben Tagen Gefängnis verurteilt.

25 Hermann Zapp (1906-1932), Metzger, SA-Mann, seinen Stichverletzungen erlegen.

26 Franz Hilz (1904-1932), Pferdeknecht, SA-Mann, erstochen.

27 Herbert Härtel (1910-1932), Zimmermann, SA-Scharführer, bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern während eines Propagandamarsches der SA getötet.

28 Vgl. Dok. 175, Anm. 7.

29 Georg Konjetzke (1912-1932), Landarbeiter, 1931 Eintritt in die SA, beim Zusammenstoß von Reichsbanner und SA in Ohlau in einen Fluß gefallen und ertrunken.

"Sturm 32 Georg Konjetzke"
zu führen.

Dem Sturm 4/11, *Breslau*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 10. Juli 1932 in Ohlau von Marxisten ermordeten SA-Mann Herbert *Stanetzki*[30] künftig die Bezeichnung
"Sturm 4 Herbert Stanetzki"
zu führen.

Gruppe Österreich

Dem Sturm 3/VIII, St. Paul im Lavanttale, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 15. April 1932 von einem Sozialdemokraten schwer verletzten und am 17. April 1932 den Verletzungen erlegenen SA-Mann Silvester *Gratzl*[31] künftig die Bezeichnung
"Sturm 3 Silvester Gratzl"
zu führen.

Dem SA-Reserve-Sturm 1/1, *Innsbruck*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 27. Mai 1932 von einem Schutzbündler erstochenen SA-Mann Sylvester *Fink*[32] künftig die Bezeichnung
"Sturm 1 Sylvester Fink"
zu führen.

Reichsführer SS

Dem SS-Sturm 2/III/1, *München*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 9. November 1923 an der Feldherrnhalle in München gefallenen Kämpfer Karl *Laforce*[33] künftig die Bezeichnung
"SS-Sturm 2 Karl Laforce"
zu führen.

Dem SS-Sturm 4/I/25, *Essen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in der Nacht vom 2./3. Juli 1932 von Kommunisten ermordeten SS-Mann Friedrich *Karpinski*[34] künftig die Bezeichnung
"SS-Sturm 4 Friedrich Karpinski"
zu führen.

---

30 Herbert Stanetzki (1907-1932), Kutscher, SA-Mann, beim Zusammenstoß von Reichsbanner und SA in Ohlau erschossen.

31 Silvester Gratzl (1907-1932), Faßbindergehilfe, 1931 Eintritt in die NSDAP und SA, bei einer Schlägerei von einem Anhänger der Christlichsozialen durch Messerstich tödlich verletzt. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 357.

32 Sylvester Fink (1872-1932), Fleischhauergehilfe, SA-Reservemann, bei der Räumung eines für eine NSDAP-Versammlung vorgesehenen Saales tödlich verletzt. Vgl. ebenda, S. 197 f.

33 Karl Laforce (1904-1923), Lehrling bei einer Versicherung, 1921 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1923 Angehöriger des "Stoßtrupp Hitler". Während des Hitler-Putsches beim Marsch auf die Feldherrnhalle erschossen.

34 Friedrich Karpinski (1894-1932), Bergmann, SS-Mann, am 2.7.1932 bei politisch motivierter Auseinandersetzung getötet.

Dem SS-Sturm 2/III/42, *Berlin-Nord 65*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. Aug[*ust*] 1932 von Kommunisten ermordeten SS-Anwärter Fritz *Schulz*[35] künftig die Bezeichnung

"SS-Sturm 2 Fritz Schulz"

zu führen.

Adolf Hitler

24. September 1932 Dok. 192
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 27.9.1932.

Die Reichspressestelle der N.S.D.A.P., die bisher der Hauptabteilung III der Reichsorganisationsleitung angegliedert war, wird - entsprechend ihrer tatsächlichen, von allen Abteilungen unabhängigen Arbeitsweise - aus der Hauptabteilung III der Organisation herausgelöst und mit sofortiger Wirkung mir unmittelbar unterstellt[1].

München, 24. September 1932.

Adolf Hitler

24. September 1932 Dok. 193
Interview mit der Daily Mail[1]

The Daily Mail vom 26.9.1932, "Herr Hitler Waiting to Strike for Power"[2].

"The present Government," he says, "is opposed to the will of the people. It is bound to collapse like a house of cards."

---

35 Fritz Schulz (1893-1932), Friseur, SA-Obertruppführer, bei einer Straßenschlacht getötet.

1 Die am 1.8.1931 gegründete Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP sollte die uneinheitliche Presselandschaft der Partei ordnen. Ihr Leiter war Otto Dietrich. Mit der Ausgliederung der Reichspressestelle aus dem Zuständigkeitsbereich von Gregor Straßer konnte sich der Einfluß von Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels in der Folgezeit auch auf die Presse ausdehnen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183 f.

1 Das Interview führte Randolph Churchill.
"Herr Adolf Hitler, leader of the German National Socialists, explains in the following exclusive statement to 'The Daily Mail' his policy towards the Von Papen Government."

2 Vgl. auch Berliner Börsen Courier vom 26.9.1932, "Hitler droht"; Berliner Börsenzeitung vom 26.9.1932, "Hitler droht mit Revolution" sowie Deutsche Zeitung vom 27.9.1932, "Eine Erklärung Hitlers".

[...][3]

"Herr von Papen is going to do my work for me," said Herr Hitler when I saw him just before he went off on holiday. "I have no need to waste my strength in an agitation against his Government. I could go back to the Bavarian highlands, forget politics and take my ease if I wanted to, while Herr von Papen and his colleagues do my propaganda work for me."

[...][4]

Built on Sand

"This Government," he said, "represents an extremely small class, a little clique of reactionaries[5]. It has no hold on the nation and, as you know, it could find only 42 supporters in the whole of the Reichstag[6]. It is a house built on sand and not on the rock of the will of the nation.

"Germany has become an autocracy with ministers who govern by using ukases as the Ministers of the Czar did[7]. We might be in the Russia of 25 years ago.

"There is an important difference, however. Here the power is in the hands of a President elected by political parties who have turned against his government[8]. It is a very different thing when power is exercised by a dynasty rooted in the nation, as it was by the Romanoffs in Russia or by the Hohenzollerns in Germany.

"And there is another difference: We Germans are not unlettered Russian peasants. No Government can hope to maintain its power against the will of the people. The present Government is bound to collapse like a house of cards.

"I have only to wait. Meanwhile, and this is the thought that fills me with sorrow, Germany will suffer under the experiment of men who have conceived an utterly inadequate plan for curing her ills[9]."

[...][10]

Signs of Hastiness

"I am dealing with the economic proposals of the Government fully and in detail in a statement which will be published later[11]," said Herr Hitler.

I do not deny that certain features of the plan are good, but unhappily the general conception and arrangement make them ineffective, and indeed destroy their usefulness.

---

3 "*From Our Own Correspondent*. Berlin, Sunday."
4 "Herr Hitler smiled. He did not look in the least as if he actually meant to go on a holiday and let things take their course. He was in a fighting mood, vigorous and alert."
5 Vgl. Dok. 178, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 186, Anm. 4.
7 Ukas. Russisch: Erlaß des Zaren.
Bezieht sich auf die Notverordnungspraxis von Reichspräsident und Reichsregierung. Vgl. Dok. 75, Anm. 6.
8 Vgl. Dok. 1, Anm. 9.
9 Vgl. Dok. 183, Anm. 18.
10 "I pointed out to Herr Hitler that there are those who hold that the economic plan put forward by the Government under President von Hindenburg's decree of September 5 will go far to restore the prosperity of the nation and that there are those who believe that the nation will rally to the Government."
11 Vgl. Bd. V/2.

"The plan bears every sign of hastiness. Take one point. Employers are to be given a hundred marks a quarter for every extra worker they employ, to induce them to relieve unemployment[12]. The number of farm labourers employed in the middle of summer is to be considered the average. What farmer in the world is going to employ more labourers in autumn than he did in summer?

"I will give you two reasons for my conviction that the plan is doomed to failure.

"The first is that it makes provision for furnishing credits, but does not touch the vital question of increasing production.

"The second is that it has no support in the country. No plan for reviving the economic life of the nation can be successful unless the country has confidence in it. With confidence half the battle is won.

"That the country has no sort of confidence in the Government's plan was shown when it was rejected in the Reichstag by more than 500 representatives of the people and was only approved by a mere handful. It only touches the fringes of the stupendous problems which a country with more than 6.000.000 unemployed[13] has to solve at a time when there is a crisis throughout the world.

Mature Plan

"The National Socialist movement would put into action a mature plan for dealing with our economic problems, and with the confidence given by the support of the millions who stand behind us we should have the moral right to count on success.

"I had in the Reichstag 230 supporters[14], and for our economic plan I should certainly have had the support of members of other parties and have got the extra votes required to carry it through the House.

"To invite the leader of the greatest party in Germany and the most powerful movement to tack himself on to the present Government and help it to carry out a plan in which we have not the smallest confidence was ludicrous."

[...][15]

"The winter is coming," said Herr Hitler, "and the misery in Germany will increase. That is the terrible side of the game of playing with the fate of the people - a game in which the present rulers are indulging.

12 Die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 stellte Arbeitgebern, die in den folgenden 12 Monaten (Oktober 1932 bis September 1932) im Durchschnitt mehr Arbeiter beschäftigen sollten als in den Monaten Juni bis August 1932, Steuernachlaß in Form von Steuergutscheinen in Aussicht. Die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 ermöglichte Arbeitgebern, die mehr Arbeiter als bisher (Stichtag: 15.8.1932) anstellten, die Tariflöhne zwischen 10% und 50% zu senken. Bei landwirtschaftlichen Betrieben galt die Zahl der Beschäftigten des Vorjahresmonats als Bezugsgröße. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., 433 ff. Vgl. Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974, S. 176 ff.

13 Ende August 1932 wies die amtliche Statistik 5.223.810 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 292.

14 Vgl. Dok. 163, Anm. 2.

15 "'And what is going to happen?' I asked."

Will of the People

"The opposition of the nation to the Government will be intensified as the failure of the plan becomes clear. That the National Socialist movement, with already 37 per cent of the nation caught up in it, will be victorious and will bring new greatness to Germany I am convinced.

"The present Government cannot diminish the influence of the movement and will only give it a new impetus.

"This is what I meant when I said that I could very well give myself a holiday if I desired to do so."

[...][16]

"That seems to mean," he said, "that the will of the people is to be regarded as non-existent from now on.

"But I can assure you that if those in power try to treat the people as they were treated before the French Revolution they can be certain of one thing, and that is that they will provoke a revolution possibly even more violent than the French Revolution."

26. September 1932 — Dok. 194
"Bekanntmachung"
Anordnung[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 26.9.1932.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl vom 6. November 1932[2] ernenne ich

Pg. Dr. Frick

(Braunes Haus, München) zum *Reichswahlleiter der N.S.D.A.P.*

Die *Wahlpropaganda* leitet die *Reichspropagandaabteilung* (Pg. Dr. Goebbels).

München, den 26. September 1932.

Adolf Hitler

---

16 "'I notice that a supporter of the Government has been saying that what we have to do is to rid the people's mind of the poisonous principles preached since 1789,' I said.
Herr Hitler laughed."

1 Kopf: "NSK Von allen Parteiblättern abzudrucken."

2 Die "Verordnung über die Neuwahl des Reichstags" vom 20.9.1932 bestimmte den 6.11.1932 zum Wahltag. Druck: RGBl. I, 1932, S. 485. Vgl. auch Dok. 186, Anm. 4.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Adj.	Adjutant
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHK	Deutscher Herrenklub
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
FO	Foreign Office
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije
GStA	Geheimes Staatsarchiv
HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
IWF	Institut für den wissenschaftlichen Film
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich

MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
NL	Nachlaß
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP, N.S.D.A.P.	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSJ	Nationalsozialistische Jugendbewegung
NSKK, N.S.K.K.	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OHL	Oberste Heeresleitung
OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
Pg., Pgn.	Parteigenosse, Parteigenossen
PND	Polizeinachrichtendienst
PNF	Partito Nazionale Fascista
PO, P.O.	Politische Organisation
PRO	Public Record Office
Rep.	Repertorium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RL, R.L.	Reichsleitung
RM	Reichsmark
RWR, R.W.R.	Reichswirtschaftsrat
SA, S.A.	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SD	Sicherheitsdienst
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS, S.S.	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
TU	Technische Universität
USA	United States of America
USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

10 Jahre Ortsgruppe Bautzen der NSDAP. Festschrift, Bautzen [1935].

Adler-Rudel, Salomon, Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1989.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1, Göttingen 1971.

Albrecht, Karl Heinz, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera 1933.

Altendorfer, Otto, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888-1945. Teilband II, München 1993.

Aquarone, Alberto, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

Aronson, Shlomo, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.

Bajohr, Frank, Verdrängte Jahre. Gladbeck unter'm Hakenkreuz, Essen ^{2}1990.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Baur, Hans, Ich flog Mächtige der Erde, Kempten 1956.

Beck, Friedrich Alfred, Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zu Machtübernahme, Dortmund 1938.

Becker, Wolfgang, Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda, Berlin 1973.

Ben-Ami, Shlomo, Fascism from Above. The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930, Oxford 1983.

Benz, Wolfgang, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [1982], S. 9-34.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bessel, Richard, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Blaze, Elzéar, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837.

Böhnke, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München ²1983.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Königstein ⁶1978.

Bräunche, Ernst Otto, Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht. In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933. Hrsg. von Thomas Schnabel, Stuttgart 1982, S. 15-48.

Branig, Hans, Pommern als Grenzland in der Zeit der Weimarer Republik. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 133-149.

Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, New York ²1940.

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bde. 1, 2, Hannover 1961-1963.

Bronnen, Arnolt, Roßbach, Berlin 1930.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Bussmann, Walter, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. ⁴1968.

Buttmann, Rudolf, Der bayerische Landtagsskandal vom 17. Juni 1932. Die Entrechtung von 1.270.792 Wählern durch den Landtags-Präsidenten, München [1932].

Carsten, Francis Ludwig, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism, 1922-25. In: The Journal of Modern History 35 (1963), S. 137-157.

Castellan, Georges, Le Réarmement clandestin du Reich 1930-1935. Vu par le 2e Bureau de l'État-Major Français, Paris 1954.

Christoffel, Edgar, Der Weg durch die Nacht. Verfolgung und Widerstand im Trierer Land während der Zeit des Nationalsozialismus, Verfolgte aus Trier und dem Trierer Land durchleben die Konzentrationslager und Zuchthäuser des "Dritten Reiches", Trier 1983.

Delmer, Sefton, Trail Sinister. An Autobiography, Bd. 1, London 1961.

Deutschland im Ersten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Berlin (Ost) 1969.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München 51934.

Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, Bd. 2, Essen 1939.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, kommentiert von einem Zeitgenossen. Teil 1: Triumph (1932-1938). Erster Band 1932-1934, Leonberg 41988.

Donauwörth wie es war, Bd. 2: Alte Photographien und Texte von 1860 bis 1945, gesammelt und bearbeitet von Lore Grohsmann, Donauwörth 1984.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Douglas, Donald Morse, The Early Ortsgruppen. The Development of National Socialist Local Groups 1919-1923, Diss. phil. Kansas 1968.

Dresler, Adolf, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Ehni, Hans-Peter, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Engelbrechten, Julek Karl von, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München 1937.

Engelbrechten, Julek Karl von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Evans, Richard, Die Todesstrafe in der Weimarer Republik. In: Frank Bajohr, Werner Johe und Uwe Lohalm (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991, S. 145-167.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Fenske, Hans, Aufmarsch unterm Hakenkreuz. Die pfälzischen Nationalsozialisten bis zum 30. Januar 1933. In: Gerhard Nestler und Hannes Ziegler (Hrsg.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S. 11-36.

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, Houndmills 1991.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München, 1953.

Franke, Volker, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987.

Frei, Norbert, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.

Garnett, Robert S. jr., Lion, Eagle, and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918-1933, New York 1991.

Gasten, Elmar, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt a. M. 1993.

Gause, Fritz, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. III: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Untergang Königsbergs, Köln 1971.

Emanuel Geibels Gesammelte Werke, Bd. 3, Stuttgart 1883.

Geschichte original - am Beispiel der Stadt Münster, Heft 2: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten. Hrsg. von Hans Galen, Joachim Kuropka und Helmut Lahrkamp, Münster 1978.

Gies, Horst, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Giles, Geoffrey John, Students and National Socialism in Germany, Princeton 1985.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Görgen, Hans-Peter, Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Diss. phil. Köln 1968.

Goote, Thor, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gregor-Dellin, Martin, Richard Wagner. Sein Leben, Sein Werk, Sein Jahrhundert, München 1980.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Großherr, F., 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [1938], S. 13-23.

Großmann-Vendrey, Susanna, Bayreuth in der deutschen Presse, Dokumentenbd. 3/2: Von der Ära Siegfried Wagner bis ins Dritte Reich (1908-1944), Regensburg 1983.

Grzesinski, Albert Carl, Inside Germany, New York 1939.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Häntzschel, Kurt, Reichspreßgesetz und die übrigen preßrechtlichen Vorschriften des Reichs und der Länder, Berlin 1927.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Halcomb, Jill, The SA. A Historical Perspective, Columbia 1985.

Hale, Oron James, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Hayward, N. F. und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Heidelmeyer, Wolfgang (Hrsg.), Der Fall Köpenick. Akten und zeitgenössische Dokumente zur Historie einer preußischen Moritat, Frankfurt a. M. 1968.

Heinacher, Peter, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919-1933), Teil 1, Flensburg 1986.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Helfferich, Emil, 1932-1946. Tatsachen, Ein Beitrag zur Wahrheitsfindung, Jever 1969.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hesse, Fritz, Erinnerungen an Dessau, Bd. 2: Aus den Jahren 1925 bis 1950, München 1964.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-621, S. 560 ff.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner jr., Frankfurt a. M. 1978.

Hitler über Deutschland. Hrsg. von Heinrich Hoffmann, Text von Josef Berchtold, München 1932.

Hitler, Adolf, Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925.

Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984.

Hoffmann, Dieter, "... wir sind doch Deutsche". Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen, Alzey 1992.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. 1: Text, Frankfurt a. M. 1977.

Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1932, Berlin 1933.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Teile, Frankfurt a. M. 1990.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Ishida, Yuji, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jatho, Jörg-Peter, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Werner Wolf/Antonio Peter (Hrsg.),

Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

Jellonnek, Burkhard, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990.

Jena, Kai von, Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner und Ursula Büttner, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983.

Jonas, Klaus W., The Life of Crown Prince William, Pittsburg 1961.

Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988.

Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

Kaiser, Jochen-Christoph, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klein, Ulrich, "Mekka des deutschen Sozialismus" oder "Kloake der Bewegung"? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934. In: Über allem die Partei. Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945. Hrsg. von Klaus Goebel, Oberhausen 1987, S. 105-149.

Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969.

Kluke, Paul, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297.

Koch, Hannsjoachim W., Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Berlin 1978.

Köhler, Henning, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967.

Koszyk, Kurt, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.

Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972.

Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Kühnel, Franz, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985.

Kurt, Alfred und Otto Schlander, Der Kreis Offenbach und das Dritte Reich. Leben und Politik, Verfolgung und Widerstand im Kreisgebiet in den Jahren 1930 bis 1945, Dreieich 1991.

Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven [2]1979.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., 4 Bde., Leipzig 1983-1986.

Liang, Hsi-Huey, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Ludendorff, Erich, Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst. Zusammengestellt aus Aufsätzen in "Ludendorffs Volkswarte", München 1931.

Lüke, Rolf E., Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

McKale, Donald M., The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence 1974.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ³1990.

Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974.

Marßolek, Inge/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matthias, Erich, Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932. In: VfZ 8 (1960), S. 75-84.

Matthias, Erich, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970.

Maul-Ilg, Manfred, "Reutlingen war ein harter Boden" - Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Reutlingen. In: Reutlingen 1930-1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Reutlingen 1995, S. 11-41.

Megerle, Klaus, Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarnodiplomatie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 25 (1976), S. 145-178.

Meißner, Otto, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg 1950.

Meldungen aus Münster 1924-1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht

über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster. Eingel. und bearb. von Joachim Kuropka, Münster 1992.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Miesbeck, Peter, Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition, Rosenheim 1994.

Miesbeck, Peter/Wolfgang Stäbler, Die Entwicklung der Rosenheimer NSDAP in der "Kampfzeit" 1920-1933. In: Rosenheim im Dritten Reich. Beiträge zur Stadtgeschichte. Hrsg. vom Kulturamt der Stadt Rosenheim, Rosenheim 1989, S. 11-15.

Milatz, Alfred, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 743-793.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 281-453.

Mühldorfer, Friedbert, Widerstand und Verfolgung in Traunstein 1933-1945, Ingolstadt 1992.

Müller, Harald, Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1918 bis 1933, Potsdam 1970.

Nadler, Harry E., The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987.

Nadolny, Sten, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates, Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Niedhart, Gottfried, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

Nötges, Jakob, Nationalsozialismus und Katholizismus, Köln 1931.

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg ^{2}1935.

Olden, Rudolf, Hindenburg oder der Geist der Preußischen Armee, Nürnberg 1948.

Opitz, Günter, Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, o. O. o. J.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Perrey, Hans-Jürgen, Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985.

Peters, Hermann, Nazis und Bauern. Zur Theorie und Praxis nationalsozialistischer Agrarpolitik. In: Das Freie Wort. Sozialdemokratisches Diskussionsorgan, vom 13.3.1932, S. 10-13.

Petzina, Dietmar, Werner Abelshauser und Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978.

Petzold, Joachim, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.

Phelps, Reginald H., Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/II, Düsseldorf 1980.

Pollard, John F., The Vatican and Italian Fascism 1929-32. A Study in Conflict, Cambridge 1985.

Potthoff, Heinrich, Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Pünder, Hermann, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932. Hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

Reichstagshandbuch. V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930.

Reinecke, Wilhelm, Geschichte der Stadt Lüneburg, Bd. II, Lüneburg 1933 (Nachdruck: Lüneburg 1977).

Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 116-157.

Röhrich, Lutz, Lexikon der sprichwörtlichen Redensarten, Bd. 1: A-Dutzend, Freiburg i. Br. 1994.

Röhrich, Wilfried, Revolutionärer Syndikalismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung, Darmstadt 1977.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.

Rühle, Günther, Theater für die Republik im Spiegel der Kritik, Bd. 2: 1926-1933, Frankfurt a. M. [2]1988.

Saldern, Adelheid von, Zur Entwicklung der Parteien in Göttingen während der Weimarer Zeit. In: Göttinger Jahrbuch 1971, S. 171-181.

Sämmtliche amtliche Depeschen vom Kriegs-Schauplatz 1866, 70 u. 71, o. O., o. J.

Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933, Düsseldorf 1978.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schmehle, Günther, Coburg und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung im Raum Coburg von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, im Zusammenhang mit der Gesamt-

entwicklung der Arbeiterbewegung insbesondere in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bamberg 1980.

Schmid, Armin und Renate, Frankfurt in stürmischer Zeit 1930-1933, Stuttgart 1987.

Schmidt, Klaus Werner, Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen (1883-1944). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 365-379.

Schmidt-Pauli, Edgar von, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin ^{2}1933.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schreiber, Gerhard, Hitler-Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bde. II, III, Berlin 1987-1992.

Schulz, Gerhard, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992, S. 669-687.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwarzwälder, Herbert, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3: Bremen in der Weimarer Republik (1918-1933), Hamburg 1983.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Seier, Hellmut, Marburg in der Weimarer Republik 1918-1933. In: Marburger Geschichte. Rückblick auf die Stadtgeschichte. Hrsg. von E. Dettmering und R. Grenz, Marburg 1980, S. 559-592.

Spormann-Lorenz, Ursula, "Der Führer". Aus einer Wahlrede Adolf Hitlers im Berliner Lustgarten, 4. April 1932. In: Publikationen zu Wissenschaftlichen Filmen, Sektion Gesch./Publ., Ser. 4, Nr. 13/G 139 (1979).

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Stampfer, Friedrich, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg ^{3}1953.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22-1934, Berlin 1922-1934.

Stegemann, Bernd, Die deutsche Marinepolitik 1916-1918, Berlin 1970.

Stegmann, Dirk, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 275-296.

Steinberg, Michael Stephen, Sabers and Brown Shirts. The German Students' Path to National Socialism, 1918-1935, Chicago 1977.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetze. Hrsg. und erläutert von Dr. Reinhard Frank, Tübingen ^{18}1931.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Terveen, Fritz, Aus einer Wahlrede Hitlers, 27. Juli 1932 in Eberswalde. In: Publikationen zu Wissenschaftlichen Filmen, Sektion Geschichte-Pädagogik-Publizistik, Bd. II (1971), S. 364-377.

Tooley, T. Hunt, German Political Violence and the Border Plebiscite in Upper Silesia, 1919-1921. In: Central European History 21 (1988), S. 56-98.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Turner, Henry Ashby jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Unruh, Karl, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986.

Unterstell, Rembert, Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Ein Überblick, Frankfurt a. M. 1989.

Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.

Urbschat, Kerstin, Mecklenburg-Schwerin in den letzten Jahren der Weimarer Republik. In: Frank Bajohr (Hrsg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 83-98.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. II, III, VIII, Berlin [1958-1963].

Verhandlungen des Reichstags, Bde. 427-454, Berlin 1930-1932.

Vogelsang, Thilo, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

Vogelsang, Thilo, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932. In: VfZ 6 (1958), S. 86-118.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagner, Johannes Volker, Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, Bochum 1983.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Weberstedt, Hans und Kurt Langner, Gedenkhalle für die Gefallenen des Dritten Reiches. Unter Mitarbeit der Gauleitungen der NSDAP und Angehöriger der Gefallenen, München [2]1936.

Weingartner, Thomas, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970.

Wengst, Udo, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 538-551.

Wengst, Udo, Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur. In: Karl Dietrich Bracher / Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 63-77.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil. Erlangen 1964.

Whiteside, Andrew G., Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. In: VfZ 9 (1961), S. 333-359.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Wörtz, Ulrich, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP, Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, Diss. phil. Erlangen 1966.

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, München 1967.

Zweck, Erich, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922-1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.

HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933

Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann
und Klaus A. Lankheit

K · G · Saur München · 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen / Hitler. Hrsg. vom Institut
für Zeitgeschichte. – München : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
Bd. 5. Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
April 1932 – Januar 1933 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit.
Teil 2. Okober 1932 – Januar 1933. – 1998
ISBN 3-598-22002-2

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Der vorliegende Teilband beendet nicht nur die Edition *Hitler - Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933*; aller Voraussicht nach ist er auch der Schlußstein für eine ganze Reihe von Editionen und Dokumentationen, die vor allem ein Ziel verfolgen: eine möglichst lückenlose Publizierung aller Zeugnisse, die über das Leben, die Politik und die Weltanschauung Hitlers Auskunft geben. In der Einleitung zum ersten Band dieser Edition hat Clemens Vollnhals alle bis 1992 erschienenen, sich chronologisch und thematisch ergänzenden Hitler-Editionen aufgezählt. Seitdem sind nur noch wenige hinzugekommen[1], und es hat den Anschein, daß es nun keinen Abschnitt von Hitlers Biographie, keinen Tätigkeitsbereich mehr gibt, aus dem nicht alle Zeugnisse publiziert wurden, die bisher bekannt geworden sind. Natürlich wird die Forschung weitergehen und neue Entdeckungen machen. Doch ist zu erwarten, daß der Kanon aller bisherigen Hitler-Editionen stets die Bezugsebene bleiben wird, in die diese Funde dann eingeordnet werden können.

Es liegt auf der Hand, daß ein so schwieriges und weitgespanntes Unternehmen, wie es die Edition *Hitler - Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933* darstellt, eine entsprechend lange Vorbereitungszeit braucht. Die Planungen für dieses Projekt reichen denn auch zurück bis in die ausgehenden siebziger Jahre, als der damalige Archivleiter des Instituts für Zeitgeschichte, Anton Hoch, und Horst Möller, damals noch Stellvertretender Direktor, den Rahmen für dieses Projekt absteckten. Während der achtziger Jahre wurde das Konzept von Martin Broszat und später von Ludolf Herbst mehrfach modifiziert und an die Ergebnisse und Fragestellungen einer rasch voranschreitenden Hitler-Forschung angepaßt. Für die lange und entsagungsvolle Sammlungstätigkeit ist vor allem Frau Hildegard von Kotze zu danken. Sie hat in unzähligen, oft langwierigen Recherchen den Grundstock für diese Quellensammlung gelegt.

---

1 Dies sind vor allem drei Editionen: "Führer-Erlasse" 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997.
Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, München 1997; Teil 2: 5.-11. Verhandlungstag; Teil 3: 12.-18. Verhandlungstag, München 1998. Das Erscheinen des vierten Bandes steht unmittelbar bevor.
Bislang unverändert der Stand der folgenden Edition: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, 2 Bde. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983.

Daß nach der Pensionierung von Frau von Kotze die Arbeit an diesem Projekt weitergehen konnte, ist zu einem großen Teil das Verdienst von Clemens Vollnhals. Er hat die Editionsrichtlinien erarbeitet, konsequent die neue Archivsituation genutzt, die sich für die Edition nach dem Zusammenbruch der DDR, aber auch anderer ehemaliger Ostblockstaaten ergaben, und schließlich 1992 zusammen mit Bärbel Dusik und Constantin Goschler die ersten Bände dieser Edition vorgelegt.

Die sich anschließenden acht Teilbände haben Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit unter der Projektleitung von Udo Wengst ediert. Die Tätigkeit der Editoren war indessen nicht allein hierauf beschränkt. Sie haben die Kommentierungsrichtlinien noch einmal modifiziert und ausgebaut, die Kommentierung verdichtet und schließlich auch die Quellengrundlage erheblich erweitert, indem sie allen Angaben aus dem Hitlerschen Itinerar in den einschlägigen Ortsarchiven und -bibliotheken nachgegangen sind. Die meiste Zeit benötigte jedoch die aufwendige Kommentierung. Sie erscheint schon als Gegengewicht zu der oft recht subtil angelegten Propaganda Hitlers unabdingbar. Aber auch unter einem zweiten Aspekt erfüllen diese zahllosen Fußnoten eine wichtige Funktion: Viele Anspielungen Hitlers sind für den heutigen Leser unverständlich geworden, selbst für den Spezialisten sind sie oft kaum noch ohne weiteres einzuordnen. Die Aufgabe einer derartigen Edition wäre daher nur sehr unvollkommen erfüllt, wenn nicht der Versuch unternommen würde, diese Bezüge in vielen Einzelrecherchen Stück für Stück wieder zu rekonstruieren. Erst dann läßt sich der "Dialog", den Hitler in diesen entscheidenden Jahren mit der deutschen Gesellschaft führen wollte, wirklich nachvollziehen.

Was es heißt, die insgesamt zwölf Teilbände dieser Edition, deren Anmerkungsapparat immer auch ein Kompendium der weitgefächerten Spezialforschung zur Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus darstellt, in nur sechs Jahren zu publizieren, kann vielleicht nur derjenige ermessen, der selbst einmal das mühselige, zeitaufwendige und selbstlose Geschäft des Edierens betrieben hat. Dabei spricht es für die Sorgfalt und Kompetenz der Bearbeiter, wenn in diesen sechs Jahren nur wenige neue Dokumente aufgetaucht sind; es ist geplant, diese wenigen Nachträge zusammen mit einem kumulierten Personen-, Orts- und Sachregister für die ganze Edition zu publizieren.

Dem Verleger Klaus G. Saur kommt das Verdienst zu, durch großzügige Unterstützung und ein nie versiegendes Wohlwollen erst die Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß des Vorhabens geschaffen zu haben. Nicht weniger wichtig war der Einsatz von Georg Maisinger, der als Verwaltungsleiter des Instituts für Zeitgeschichte wie stets Umsicht und Tatkraft bewies, wenn es darum ging, Finanzierungsengpässe zu überwinden oder Verwaltungsprobleme zu lösen. Schließlich war es ein Glücksfall, daß mit Rainer Ostermann für die Insatzgabe der Manuskripte ein nicht nur technisch, sondern auch philologisch ungewöhnlich versierter Fachmann zu Verfügung stand.

In dem vorliegenden Band wurden die Monate Oktober und November 1932 von Klaus A. Lankheit ediert und kommentiert, die Monate Dezember 1932 und Januar 1933 von Christian Hartmann. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden auch in diesem Teilband die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt sowie ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hier veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von den beiden Bearbeitern gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielten die Bearbeiter durch Volker Barth und Julia Hahn, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte München, im Mai 1998

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Angesichts der zahllosen Reden, die Hitler in den Wahlkämpfen zu Beginn der dreißiger Jahre hielt, erschien es sinnvoll, für jeden Tag nur eine Rede zu edieren, wenn diese inhaltlich mit anderen Reden übereinstimmt. Auf diese ähnlichen Reden wird dann verwiesen, während in dem betreffenden Dokument selbst nur der Kopf sowie die Anmerkungen über den Verlauf der Veranstaltung sowie über die Parallelüberlieferung aufgenommen sind.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen,

Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung formal vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen, Aussagen vor Gericht und Interviews sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf seine seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe bzw. auf seine ab 1.1.1933 erscheinende Norddeutsche Ausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei

Mitgliedern der NSDAP zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet, 1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbork, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

[Ende September/Anfang Oktober 1932][1] Dok. 1

"Die Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung im Dienst an Familie und Staat" Rede auf der Zweiten Tagung der Gaufrauenschaftsleiterinnen der NSDAP in München[2]

N.S. Frauen-Warte vom 15.10.1932, "Der Führer auf der Münchener Frauenschaftstagung über die Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung im Dienst an Familie und Staat"[3].

Parteigenossinnen!

Die heutige Regierung glaubt, in einem luftleeren Raum nationale Politik treiben zu können, sie sucht nationalpolitische Entschlüsse zu verwirklichen, und begreift nicht, daß das wesentliche das geistig weltanschauliche Fundament ist, auf dem Politik zu verwirklichen ist. Nicht das entscheidet, daß eine Regierung ein nationales Fühlen zu haben vorgibt, entscheidend ist, ob im Volk die Voraussetzungen für die Regierung gegeben sind, die eine Verwirklichung dieses nationalen Fühlens nicht als eine Maßnahme, die nur die Regierung angeht, erscheinen lassen, sondern die das ganze Volk versteht.

Die heutige Regierung bildet sich ein, daß von ihr Kraft ausgehen kann.

Aber im Volk liegt die Kraftquelle, und nur wenn eine Regierung es versteht, diese Quelle für sich zu mobilisieren, ist ein Erfolg möglich.

---

1 Ein Datum kann nicht zweifelsfrei angegeben werden. Die *N.S. Frauen-Warte* datiert die Rede Hitlers auf den 29.9.1932, der *VB* auf den 3.10.1932. Vgl. auch Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen. Teil 1: Triumph (1932-1938). Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 137; Milan Hauner, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983, S. 85.

2 Im großen Saal des Mathilden-Hospizes, nach 14.00 Uhr. Auf der von Elsbeth Zander geleiteten Tagung sprachen am ersten Tag Reichsinspekteur Robert Ley über "Das Dienstbuch und die Anerkennung der Frauenarbeit", Käthe Auerhahn über "Organisation von Deutschen Kindergärten" und Elsbeth Zander über das "Rote Hakenkreuz". Der zweite Tag begann mit einem Referat von Hermann Boehm über "Rassenhygiene", gefolgt von Guida Diehl, die über "Frauenkultur", und Fräulein Selbmann, Dresden, die über die Pflichten der Frauen im Wahlkampf sprachen. Nach Hitlers etwa einstündiger Rede und einer anschließenden Pause sprachen Elsbeth Unverricht über die "Entwicklung der N.S. Frauen-Warte", Thea Otte über die "N.S. Jungmädchenschaft", Helene Passow über "Frauen-Dienstpflicht und das Arbeitsdienstjahr", Kreisfrauenschaftsleiterin Hanna Schnabel, Chemnitz, über "Arbeit und Erfahrungen in der NS-Frauenschaft", Paula Siber über die "Gauhilfswoche" des Gaues Düsseldorf sowie abschließend der Rechtsberater des Eher-Verlags, Rolf Rienhardt, über Wahlpropaganda. Vgl. N.S. Frauen-Warte vom 15.10.1932, "Die Tagung der N.S.-Gau-Frauenschaftsleiterinnen in München".
Am 1.10.1932 war die NS-Frauenschaft, bisher der Hauptabteilung III der Reichsorganisationsleitung der NSDAP unterstellt, zur Hauptabteilung VIII (NS-Frauenschaft) aufgewertet worden. Leiterin blieb Elsbeth Zander. Vgl. VB vom 5.10.1932, "Die Frau und der Nationalsozialismus"; Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 68 f.

3 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 4.10.1932, "'Im Volke liegt die Kraftquelle'"; Der Angriff vom 5.10.1932, "Hitler über den Volksstaat"; VB vom 5.10.1932, "Die Rede des Führers auf der Tagung der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Frauenschaft in München".

Daß eine Regierung glaubt, *einzelne* unserer Gedanken *für sich annektieren* zu können[4], zeigt, *wie wenig sie das Programm verstanden* hat. Ein alter Moralgrundsatz sagt: Unrecht Gut gedeiht nicht[5].

Der Sinn liegt darin, daß, wenn ein Mensch nicht fähig ist, etwas zu erwerben, er auch nicht fähig sein wird, was ein anderer erworben hat, zu verwalten, denn um etwas zu verwalten, *muß man die Fähigkeit haben, es zu erwerben.*

Was man von uns annektiert, ist belanglos, man müßte denn die lebendige Organisation nehmen. Das kann man nicht. *Man will uns die Begriffe nehmen, um sie, soweit sie weltanschaulich sind, zu unterdrücken.* Man glaubt noch einmal, den Sieg unserer Idee aufhalten zu können.

Die erste Wurzel des Staates sehen wir im natürlichen Gemeinschaftssinn der Familie.

Diese kleinste Keimzelle ist nur schöpferisch, wenn sie auf einer gemeinsamen Auffassung des Lebens beruht, sie zerbricht, wenn die Partner über die wichtigsten Lebensvorgänge verschiedene Auffassungen besitzen. Jede Organisation muß zerbrechen, wenn nicht eine einige Auffassung über lebenswichtige Vorgänge besteht. Dasselbe wiederholt sich im großen in den Völkern, wenn gewisse gemeinsame Lebensvorgänge nicht ein einheitliches und absolut klares Ziel besitzen. Für dieses Ziel wird immer

die Auffassung von der Moral der Ausgangspunkt sein.

Der Sinn der Familie ist, den Lebenskampf durchführen helfen, und dazu bedarf es einer gemeinsamen Weltauffassung. Wir sehen, daß einige Male in der Geschichte derartige Moralauffassungen in die Erscheinung treten, religiöser und staatspolitischer Art, wir sehen, daß sie im Laufe der Zeit langsam erstarrten, weil die Idee zur Organisation wird oder durch neue bessere Erkenntnisse erschüttert wird.

Wir leben heute mitten in der Zeit der Erschütterung einer Basis, die durch viele, viele Jahrhunderte die Staatenbildung ermöglicht hat.

Mein Ausgangspunkt als Nationalsozialist für die Betrachtung aller Erscheinungen *ist das Volk an sich*, als rassischer Begriff, dem Fähigkeiten gegeben sind, die niemand beseitigen kann und die auch nicht wegzuleugnen sind. Dieser Ausgangspunkt gibt eine feste Plattform für alle Lebensfragen.

Welch große Macht in der nationalsozialistischen Idee liegt, beweisen die Tatsachen. Allen Gewalten des öffentlichen Lebens entgegen konnte in wenigen Jahren aus einem Durcheinander von Verbänden und Gruppen eine gewaltige Organisation von 13-14 Millionen Menschen[6]

---

4 In einer Rundfunkrede am Abend des 12.9.1932 hatte Reichskanzler Franz von Papen selbst für sich in Anspruch genommen, Teile des Programms der NSDAP durchsetzen zu wollen: "Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibt, das eine große Partei in ihrem wesentlichen Inhalt gefordert und wofür sie Millionen von Menschen in Bewegung gesetzt hat, dann erfährt sie die bitterste Opposition, wird mit Feuer und Schwert bekämpft, weil - ja weil diese Regierung zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen ist." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Bd. 2: September bis Dezember 1932, Boppard a. Rh. 1989, S. 546 ff., S. 557 f.

5 Nach Sprüche 9, 17.

6 Bezieht sich auf die 13.779.111 Stimmen (37,4%), die bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 auf die NSDAP entfallen waren, die damit 230 Mandate erhielt. NSDAP und KPD verfügten erstmals über eine negative Mehrheit im Reichstag. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 542 f.

aufgestellt werden, wurden diese Millionen langsam in eine innere geistige Beziehung gebracht, die so eng ist, daß eine große Anzahl Fragen nunmehr gelöst erscheint. Es ist dadurch möglich, daß die durch die wirtschaftlichen Erfordernisse differenzierten Menschen [*sic!*] auf *einem* weltanschaulichen Gebiet wieder zusammengeführt werden, während der *Marxismus*, der die ökonomischen Gesetze als Basis jeder Entwicklung ansieht, die Menschen auf allen Gebieten, in denen diese Gesetze wirksam sind, *auseinandertreibt*. Es ist eines damit klar geworden: daß man in der Zukunft auf ein solches weltanschauliches Fundament nichts Unorganisches aufbauen kann.

Wenn es einer Regierung gelingt, hundertprozentige Übereinstimmung herzustellen zwischen sich und dem Volk, dann wird eine solche Regierung selbstverständlich auf Grund der hinter ihr stehenden Macht eine Nation nach außen vertreten können. Aber wer nicht mit dem Volk und durch das Volk regiert, wendet sich gegen das Volk. Ich habe nie meine Mission dahin verstanden, in Zukunft den deutschen Arbeiter unterzuzwingen [*sic!*]; ich möchte ein Regiment aufbauen, mittelst dessen ich ihn in den lebendigen Organismus der Lebensgemeinschaft hineinführe. Ich werde mir nie einbilden, daß man mit einem Klüngel, den man über die Nation setzt, regieren kann.

Man muß im politischen Leben die Möglichkeit geben, daß die Fähigkeiten, die im Einzelnen liegen, zur Geltung kommen. Ich kann nur im Staat auf wirkliche Autorität rechnen, wenn das Volk der Überzeugung ist, daß diejenigen, die regieren, die *geistige Auslese* sind. Und hier ergibt sich, wenn auch zunächst nur mittelbar,

die Stellung der Frau.

Ich gehe nicht aus von einer abstrakten Vorstellung. Ich gehe aus von einem einzigen: Das Volk soll erhalten werden und muß erhalten bleiben. Wichtig allein ist, daß aus der vollen Übereinstimmung der Ehepartner das gemeinsame Leben entsteht. Wenn der Mann nicht mehr männlich ist, wenn er abgibt an Mannstum [*sic!*] an die Frau und umgekehrt, ist kein Glück mehr vorhanden.

In einem Volk ist es nicht anders.

Es ist die große Aufgabe der nationalsozialistischen Frauenbewegung[7], daß sie ganz bewußt immer mehr und mehr die beiden Geschlechter auf den Gebieten zur Zusammenarbeit führt, die ihnen zukommen.

Je vollständiger das gelingt, um so mehr wird die innere Befriedung eintreten, die Erlösung unseres Volkes von Not und Leid. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die nicht nach Jahren zu bemessen ist, die eine einzige Frauengeneration überhaupt nicht lösen kann. Ich bin sicher, daß die nationalsozialistische Frauenschaft zu ihrem Teil dazu beitragen wird.

---

7 Ursprung der nationalsozialistischen Frauenorganisation war der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz), der im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der NSDAP-Reichsleitung unterstellt wurde. Bei dieser Reorganisation hatte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, die Aufgaben der Frauenorganisation im wesentlichen auf wirtschaftliche und krankenpflegerische Tätigkeit sowie auf die Mitwirkung an der politischen Schulung der weiblichen NSDAP-Mitglieder begrenzt. Nach eigenen Angaben hatte die NS-Frauenschaft am 31.12.1932 109.320 Mitglieder. Vgl. Deutsches Frauenschaffen. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1939, im Auftrag der Reichsfrauenführung. Hrsg. und bearbeitet von Erika Kirmsse, Dortmund 1938, S. 12; Stephenson, The Nazi Organisation of Women, S. 28 ff. sowie Hans-Jürgen Arendt, Sabine Hering, Leonie Wagner (Hrsg.), Nationalsozialistische Frauenpolitik vor 1933. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1995, S. 45 ff.

1. Oktober 1932 Dok. 2
Anordnung

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift[1]: Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), Heft 1, Diessen 1932; IfZ Db 52.26.

Nachstehende *S.A.-Dienstvorschrift*[2] tritt mit sofortiger Wirksamkeit an die Stelle des Entwurfes der S.A.D.V. v. 30.5.[*19*]31 Ia Nr. 3015/31[3]. Eigenmächtige Zusätze und Abänderungen sind untersagt.

Wo in der Vorschrift die Bezeichnung "S.A.-Führer, S.A., S.A.-Männer", gebraucht wird, sind darunter S.S.-Führer, S.S. und S.S.-Männer mitverstanden. Soweit für die S.S. besondere, von denen der S.A. abweichende Bestimmungen getroffen sind, sind sie in der Dienstvorschrift für die S.S. vom 20.11.1931 [*sic!*][4] enthalten.

Adolf Hitler[5]

1. Oktober 1932 Dok. 3
Rede auf dem 1. Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam[1]

VB vom 4.10.1932, "Der Führer spricht zur deutschen Jugend"[2].

Es ist in der Not der jetzigen Zeit begründet, was euch, meine Jungen und Mädel, nach Potsdam gerufen hat. Früher einmal war es möglich, daß Deutschlands Jugend an Dingen vorüberging, die euch heute aufs tiefste bewegen. *Früher einmal mag der Jugend das Leben schöner*

---

1 Kopf: "Der Oberste S.A.-Führer. A. Nr. 2200/32. München, 1. Oktober 1932."

2 Die Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.) war in drei Hauptteile mit zusammen 181 Einzelpunkten gegliedert. Teil I, "Die S.A.", umfaßte die Unterpunkte "Geschichte", "Wesen und Ausbildung", "Gliederung", "Die S.S.", "Das N.S.K.K.", "Das N.S.F.K.", "Die H.J.", "Verhältnis zur pol[*itischen*] Organisation", "Aufstellung und Auflösung von S.A.-Einheiten"; Teil II, "Der S.A.-Mann", umfaßte die Unterpunkte "Aufnahme", "Verpflichtung", "Ausscheiden", "Wiederaufnahme", "Urlaub, Überweisung" und "Pflichten"; der Teil III, "Der S.A.-Führer", umfaßte "Pflichten", "Dienstverhältnisse im allgemeinen", "Beförderung, Ernennung, Enthebung", "Stellvertretung", "Beurlaubung", "Befehlsregelung" und "Aufgaben der Führer im einzelnen". Der eigentlichen Vorschrift folgten als Anlage noch einige Formularmuster.

3 Vgl. Entwurf der Dienstvorschrift für die S.A. der N.S.D.A.P. (S.A.D.V.), I. Teil, Diessen 1931.

4 Nicht ermittelt. Bezieht sich vermutlich auf den Ergänzungsbefehl zum Erlaß Nr. 4 des Obersten SA-Führers vom 21.12.1931 (Druck: Bd. IV/2, Dok. 77), in dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler die formalen Besonderheiten in der Organisation, Dienstgradbezeichnung und Uniformierung der SS definierte; StA München, Polizeidirektion München 6829.

5 Dieser Anordnung Hitlers folgt der nahezu wortgleiche Wiederabdruck des Vorwortes des Entwurfs der Dienstvorschrift (vgl. Anm. 2) vom Mai 1931. Druck: Bd. IV/1, Dok. 127.

1 Im Stadion Luftschiffhafen, nach 20.30 Uhr. An der von Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach geleiteten Versammlung nahmen nach Schätzung des Polizeipräsidenten etwa 70.000 Angehörige der Hitler-Jugend, des Deutschen Jungvolks und des Bundes Deutscher Mädel teil. Das offizielle Motto lautete: "Reichs-

erschienen sein, weil es ihr mehr an äußerer Freude brachte. Ihr aber habt das Glück, in frühen Jahren am Schicksal der Nation teilzuhaben.

Ich weiß es, daß viele unter euch sind, deren Väter arbeitslos durch die Straßen ziehen, daß viele von euch vielleicht nicht einmal wissen, welches Schicksal in den nächsten Wochen und Tagen über Familie und Elternhaus hereinbrechen wird.

Die Not und das Elend, unter dem das deutsche Volk heute zu leiden hat, ist nicht von ungefähr hereingebrochen. In seiner großen historischen Stunde hat unser Volk sich selbst vergessen[3]. Es ist uneins geworden, es ist langsam zerfallen und machtlos geworden und aus seiner Rechtlosigkeit erwuchs der Verlust an Arbeit und Brot.

Alle Versuche, unserem Volk in seiner großen Not Hilfe zu bringen, müssen scheitern, solange sie von einer in den Wolken schwebenden Regierung und nicht von der deutschen Volkskraft ausgehen.

Der Deutsche muß es wieder lernen, sich über Stand, Konfession und Gesellschaftsklasse hinweg als einiges Volk zu fühlen. Unser Volk stürzte von seiner stolzen Höhe, weil es dies alles vergaß, und ihr, meine deutschen Jungen und Mädel, sollt es in der nationalsozialistischen Bewegung wieder lernen, euch als Brüder und Schwestern einer Nation zu fühlen. Ihr sollt über die Berufsstände und Gesellschaftsschichten hinweg, über alles, was euch zu zerreißen droht, die deutsche Gemeinsamkeit suchen und finden. Ihr sollt sie bewahren und festhalten, und niemand soll sie euch rauben. *Nicht früh genug kann die deutsche Jugend dazu erzogen werden, sich zuallererst als deutsch zu fühlen.* Die nationalsozialistische Jugenderziehung soll nicht einer Partei, sondern dem deutschen Volk zum Wohle gereichen, wie ja auch

die nationalsozialistische Bewegung einmal Deutschland sein

soll, und das einheitliche Bekenntnis der opferfreudigen deutschen Jugend zur Idee des Nationalsozialismus gibt hierfür den klaren Beweis. Mögen die anderen spotten und lachen, ihr werdet einmal Deutschlands Zukunft sein.

Ihr seid das kommende Volk und auf euch ruht die Vollendung dessen, um was wir heute kämpfen.

Gegenwärtig mag es viele Deutsche geben, die den Wert der Ideale verleugnen. Der Nationalsozialismus aber erzieht euch Jungen zu gläubigen Idealisten, denn nur große Ideen können

---

jugendtag gegen die Reaktion"; es richtete sich gegen die durch Erlaß des Reichspräsidenten am 13.9.1932 verfügte Zusammenfassung der Jugendverbände im "Reichskuratorium für Jugendertüchtigung", in dem die HJ nur eine Minderheit der Mitglieder gestellt hätte. Die preußischen Behörden erwogen ursprünglich ein Verbot der Veranstaltung mit der Begründung, die Übertragung der in Teilen Preußens grassierenden spinalen Kinderlähmung bei einer derartigen Massenveranstaltung ausschließen zu wollen.

2 Vgl. auch Berliner Lokal-Anzeiger vom 2.10.1932 (MA), "Hitlerjugend in Potsdam"; Der Angriff vom 3.10.1932, "Hitlers Rede an Deutschlands Jugend"; Berliner Börsen Zeitung vom 2.10.1932, "Hitler spricht zur Jugend"; Potsdamer Tageszeitung vom 3.10.1932, "78.000 Braunhemden beim 1. Nationalsozialistischen Reichsjugendtag in Potsdam"; Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Preußischen Minister des Innern, Nr. U II 1324, vom 26.9.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 318; Bericht des Polizeipräsidenten in Potsdam an den Regierungspräsidenten in Potsdam, I 4204/32, vom 3.10.1932; Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol 1104; Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 157 ff.; Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln [2]1982, S. 124 sowie Christoph Schubert-Weller, Hitler-Jugend. Vom "Jungsturm Adolf Hitler" zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim 1993, S. 68 ff.

3 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

das deutsche Volk wieder zur Einheit schmieden. Was kann es Herrlicheres geben als diese gewaltige Idee, die selbst die Allerjüngsten eines Volkes erfaßt hat und die sich auch heute in dieser einzigartigen Nacht im freudigen Opferwillen der deutschen Jugend offenbart. Niemals wird unser Volk vergehen, solange es seinen großen Idealen zugänglich ist.

Was kann einem Volk geschehen, dessen Jugend auf alles verzichtet, um seinen großen Idealen zu dienen!

Wie ihr, meine Jungen und Mädel, schon heute im gemeinsamen Ringen um das Wohl unseres Volkes strebt, so kämpfen auch Millionen erwachsener Männer und Frauen um Deutschlands Befreiung.

Der Nationalsozialismus gestaltete eine Volksgemeinschaft, die vom Kind an beginnt und beim Greise endet[4]*. Niemand kann diese gewaltige Symphonie des deutschen Lebens zum Schweigen bringen.*

Die nationalsozialistische Bewegung will den deutschen Knaben erziehen, ihn stolz und mutig machen und ihn beizeiten lehren, das kleine Haupt *nicht zu beugen, wenn andere ihn zum Unrecht bewegen wollen.* Gerade dann bleibt ein deutscher Junge seinem Volke treu, wenn er sich in der größten Gefahr befindet. Was du, mein lieber deutscher Junge, in deinen Heldensagen und in deinen Heldenliedern bewunderst, dem mußt du selbst nachstreben, damit dein Volk einst würdig ist, im Heldenlied besungen zu werden.

Ich glaube, daß in der nationalsozialistischen Jugendbewegung ein neues Geschlecht heranwächst. Es wird dereinst den Mut besitzen, sich der Erfüllungspolitik[5] *zu widersetzen.*

Schon der erste Tag, an dem reichsdeutsche Jugend unter dem Hakenkreuz marschiert, erbringt einen strahlenden Beweis für die Richtigkeit unserer Grundsätze. Diesem Tage werden größere und herrlichere folgen, *und so werdet ihr, meine lieben Jungen und Mädel, dereinst Deutschland sein.* Es wird eure stolzeste Jugenderinnerung sein, daß ihr bereits als kleine Buben in allerschwerster Not eure Herzen Deutschland geweiht hattet und ihr werdet dereinst im glücklichen Stolz bekennen dürfen, *daß eure Treue und eure Einsatzbereitschaft das neue Deutschland schufen.*

Ihr habt als kleine Buben und Mädel für dieses neue Deutschland Partei ergriffen. Ihr seid eurem Deutschland treu geblieben und die Erinnerung eures Alters wird den Lohn in sich tragen, den euch heute niemand zu geben vermag.

Deutschland erwache[6]*!* [7]

---

4 Von ihrer Mitgliederstruktur her war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29, 1932 bei 32 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrößerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der Partei weit überrepräsentiert. Vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 139 ff.

5 Mit dem polemischen Begriff "Erfüllungspolitik" wurde die Bereitschaft zur Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 132 ff.

6 Bei der Parole "Deutschland erwache!" handelt es sich um den Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente sie als Aufschrift auf den SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Jill Halcomb, The SA. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985, S. 251 ff.

4. Oktober 1932[1] — Dok. 4
Interview mit Il Tevere[2]

Il Tevere vom 4./5.10.1932, "Un colloquio con Hitler alla Casa Bruna"[3].

Adolf Hitler sagt mir:	Adolfo Hitler mi dice:
Meine Bewegung, von mir geführt, hat über 13 Jahre den Marxismus in Deutschland bekämpft; daher, durch unsere Tätigkeit, kommt es, daß es auch schwachen Regierungen möglich geworden ist, den Marxismus zu bekämpfen und die roten und schwarzen Koalitionen zu zerbrechen.	- Il mio movimento, da me guidato, ha combattuto per tredici anni il marxismo in Germania; è così, per questa nostra azione, che è stato reso possibile, anche a governi deboli, di combattere il marxismo e di rovesciare le coalizioni rosse e nere.
An der Stelle Brünings[4] ist Herr von Papen[5] beauftragt worden, ein Kabinett zu bilden, um die Arbeit der Regierung in einer Übergangsphase zu leiten[6].	Al posto di Brüning è stato incaricato il signor von Papen di formare un gabinetto per dirigere i lavori del governo in un periodo transitorio.
Sie wissen, daß von Papen 13 Jahre lang Abgeordneter einer Partei gewesen ist, die der rot-schwarzen Koalition angehörte, also für die Roten war[7].	Lei sa che von Papen per tredici anni è stato deputato di un partito aderente alla coalizione rossa e nera, cioè con i rossi.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Datierung nach dem Publikationsdatum.

2 In München im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte Remo Renato Petitto.

3 Vgl. auch Münchener Post vom 6.10.1932, "Hitler als Wilhelm der Letzte"; VB vom 9./10.10.1932, "'Hitler bedeutet das Deutschland von morgen'" sowie Bericht Nr. 687 der französischen Botschaft in Rom an Ministerpräsident Édouard Herriot vom 4.10.1932; Archives du Ministère des Affaires Etrangères, 28-IO-Allemagne - Politique intérieure - Parti national-socialiste. 30-39.

4 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1923 Geschäftsführer der Vereinigung christlicher Gewerkschaften, 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929 Fraktionsvorsitzender, 1930-1932 Reichskanzler, 1934 Emigration in die USA, seit 1937 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

5 Franz von Papen (1879-1969), 1898 preußischer Leutnant, 1913-1915 deutscher Militärattaché in Washington, 1918 Oberstleutnant der osmanischen Armee, Verabschiedung als Major i. G., 1921-1932 MdL in Preußen (Zentrum), Juni bis November 1932 Reichskanzler, Januar 1933 bis August 1934 Vizekanzler, 1934-1938 deutscher Gesandter (später Botschafter) in Wien, 1939-1944 deutscher Botschafter in Ankara, 1946 im Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen, 1947 im Spruchkammerverfahren als Hauptschuldiger eingestuft und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, 1949 entlassen.

6 Die zunehmende Entfremdung zwischen Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning führte am 30.5.1932 zum Rücktritt des gesamten Kabinetts, nachdem es dem Reichskanzler nicht gelungen war, für die vom Kabinett angestrebten Notverordnungsmaßnahmen die Zustimmung von Hindenburg zu erlangen. Am 31.5.1932 beauftragte der Reichspräsident den Zentrumsabgeordneten Papen mit der Bildung einer neuen Regierung. Vgl. Gerhard Schulz, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992, S. 669-687.

7 In Preußen wurden seit März 1919 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

Die Folgen davon haben wir gesehen: wie der Kommunismus im Jahre 1918 der Außenpolitik Deutschlands einen Dolchstoß in den Rücken versetzt hat[8], so hat jetzt die sogenannte "Reaktion" dem Land in den Rücken gestoßen, indem sie meinen Vormarsch behindert hat. Sie hat erreicht, daß der alte Präsident[9] mir, der ich 14 Millionen Wähler und 230 Abgeordnete im Parlament habe[10], das Kanzleramt verweigert hat[11].

[...][12]

Nach der Reichsverfassung habe ich das Recht darauf, daß mir legal die Regierung anvertraut wird[13]. Herr von Papen vertritt eine kleine Gruppe und hat weder moralisch noch politisch ein Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Und wir haben weder Eile,

Ne abbiamo visti gli effetti; come nel 1918 il comunismo ha dato una pugnalata nella schiena alla politica estera della Germania, così adesso questa cosidetta "reazione" ha pugnalato alle spalle il paese cercando di ostacolare la mia marcia. Ha ottenuto che il vecchio Presidente negasse il Cancellierato a me che ho quattordici milioni di elettori e duecentotrenta deputati in Parlamento.

[...][14]

- Per la costituzione del Reich ho diritto che mi si affidi legalmente il Governo. Il signor von Papen rappresenta un piccolo gruppo e non ha ragione, nè moralmente nè politicamente, di parlare in nome del popolo. E non abbiamo fretta nè timore nè nervosismo

8 Die Wendung geht auf einen Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 17.12.1918 (2. MA) zurück, der die Meinung des britischen Generals Sir Frederick Barton Maurice (1871-1951) über die Ursachen der Niederlage der deutschen Armee in den Worten zusammenfaßte: "Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht." Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 763 f.
Zur Instrumentalisierung der sogenannten Dolchstoßlegende in der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Republik vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

9 Gemeint ist Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

11 Bezieht sich auf die endgültige Ablehnung Hitlers am 13.8.1932, als "Vizekanzler" ins Kabinett Papen einzutreten. Bei der entscheidenden Besprechung in der Reichskanzlei hatten Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Franz von Papen, Staatssekretär Otto Meißner, Adolf Hitler, Wilhelm Frick und Ernst Röhm teilgenommen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167.

12 "Und warum haben Sie nicht von sich aus das Kanzleramt ergriffen?"

13 Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." In Artikel 54 war darüber hinaus festgelegt: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393.
Nach der Verfassung besaß also weder die Mehrheit des Reichstags noch gar der Vorsitzende der stärksten Partei bzw. Fraktion das Recht, den Reichskanzler zu bestimmen. In der Staatsrechtslehre hatte sich gegen Ende der Weimarer Republik sogar die Auffassung durchgesetzt, daß die Ernennung des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten nicht eine formale Bestätigung der Vorentscheidung der Reichstagsmehrheit sei, sondern ein uneingeschränktes selbständiges Recht des Reichspräsidenten darstelle. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 47 ff.

14 "E pero non ha preso da sè il Cancellierato?"

noch Angst oder Nervosität, weil wir bereits wissen, daß die Wahlen vom 6. November [*1932*] [15] unausweichlich zu unseren Gunsten ausgehen.

[...] [16]

Der Faschismus in Italien hat sein Fundament im berühmten "Marsch auf Rom" und in der folgenden Machtübernahme durch den Duce [17]. Als Mussolini [18] - dessen Büste, wie Sie sehen, hier vor mir in meinem intimsten Arbeitszimmer steht, was ihnen zeigen mag, wie sehr ich ihn bewundere -, alle Macht auf seine Person konzentriert hatte, war es nötig, die Italiener zur faschistischen Idee des Staates durch eine ganze Reihe von Reformen zu erziehen, die von oben betrieben wurden. Ich habe diese Arbeit bereits gemacht, indem ich in gut 13 Jahren die Deutschen erzogen und mit meinen Prinzipien höchst vertraut gemacht habe, und ich habe damit die Plattform für die Zukunft vorbereitet.

Es ist unausweichlich, daß ich legal die ganze Macht erhalte. Ein Gewaltstreich von oben war notwendig in der Situation Italiens vor 10 Jahren, aus Gründen, die in der gänz-

perchè sappiamo già che le elezioni del 6 novembre sono inevitabilmente per noi.

[...] [19]

- Il Fascismo in Italia ha la sua base nella celebre "marcia su Roma" e nella conseguente assunzione del potere da parte del Duce. Quando Mussolini - di cui il busto che vede collocato qui dinanzi a me nella mia più intima stanza da lavoro basta a dire quanto io l'ammiri - quando Mussolini ha accentrato in sè tutti i poteri c'era bisogno di educare gli italiani all'idea fascista dello Stato con tutta una serie di riforme operata dall'alto. Io ho già fatto questo lavoro educando per lunghi tredici anni i tedeschi e familiarizzandoli con i miei principii, e ho preparata la piattaforma per il futuro.

É inevitabile che io riceva legalmente tutto il potere. Una violenza dall'alto era necessaria nell'Italia di dieci anni fa; per ragioni dovute a differenza di situazioni e di temperamenti,

---

15 Mit der "Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vom 12.9.1932" war der am 31.7.1932 gewählte Reichstag aufgelöst worden; die Neuwahl mußte entsprechend Artikel 25 innerhalb der 60 folgenden Tage stattfinden. Die "Verordnung über die Neuwahl des Reichstags" vom 20.9.1932 bestimmte den 6.11.1932 zum Wahltag. Druck: RGBl. 1932, I, S. 441, 485.

16 "In Italien hat man einen Gewaltstreich erwartet."

17 Seit Kriegsende litt das parlamentarische System in Italien unter einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Nach der Wahl vom 15.5.1921 war der Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Mit ihrem "Marsch auf Rom" erzwangen die italienischen Faschisten den Rücktritt des liberalen Kabinetts des Ministerpräsidenten Luigi Facta am 27.10.1922 und Benito Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten am 30.10.1922. Die nachträgliche Legitimierung des Staatsstreichs durch den verunsicherten König änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur weder dem herrschenden Recht und der Verfassung entsprach, noch - zumindest vorläufig - den Vorstellungen der Mehrheit des italienischen Volkes. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 77 ff.

18 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans *l'Avanti!*, 1914 Parteiausschluß, Gründer der Tageszeitung *Il Popolo d'Italia*, 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

19 "In Italia ci si aspettava un colpo di forza."

lich anderen Situation und im Temperament liegen. In Deutschland hat eine legale Aktion gerade heute eine um so größere Wirkung, da auch die Legalität uns gehört[20]. Somit haben wir nicht auf einen Handstreich und auf Gewalt zurückgegriffen, weil wir uns immer unserer selbst sicher waren und sind. Daher kommt es, daß unsere Arbeit von unten her begonnen wurde, um die Spitze zu erreichen, und jede Gewalt heute weniger denn je dabei helfen, ja sogar schaden würde.

[...][21]

Ich werde die Feinde des Vaterlands erbarmungslos zermalmen, aber ich habe die Absicht, auch jenen die Hand zu reichen, die mich bekämpft haben, vorausgesetzt, daß sie bereit wären, unter meiner Fahne für die Größe des deutschen Vaterlands zu dienen. Man darf nicht vergessen, daß wir vor allem 7 Millionen Arbeitslose haben[22], für die Arbeit gefunden werden muß, und ich werde sie für sie zu finden wissen.

Ich weiß, daß meine Feinde im Ausland verschiedenes dummes Zeug über meine Ideen und meine Möglichkeiten drucken lassen. Sagen Sie den italienischen Lesern nur, daß ich und die Meinen bereits alle materiellen Kräfte in der Hand haben, um Deutschland zu regieren, daß wir das moralische und gesetzliche Recht dazu haben und daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem wir nicht durch einen Gewaltstreich, sondern durch den einhelligen Willen des Volkes im Namen Gottes und zum Wohl des Volkes Deutschland regieren werden.

in Germania ha più efficacia un'azione legale tanto più oggi che anche la legalità è nostra. Insomma noi non abbiamo ricorso a colpi di mano e a violenze perchè siamo sempre stati e siamo sicuri di noi stessi. Ecco perchè il nostro lavoro è stato cominciato dal basso per raggiungere la cima, e ogni violenza oggi meno che mai lo aiuterebbe, anzi lo guasterebbe.

[...][23]

- Schiaccerò inesorabilmente i nemici della Patria ma intendo porgere la mia mano anche a quelli che mi hanno combattuto purchè siano pronti a servire sotto le mie bandiere per la grandezza della Patria tedesca. Non bisogna dimenticare che prima di tutto ci sono sette milioni di disoccupati a cui bisogna trovare lavoro, e io saprò trovarlo per loro.

So che all'estero i miei nemici fanno stampare varie sciocchezze sulle mie idee e sulle mie possibilità; dica pure ai lettori italiani che io ed i miei abbiamo già in mano tutta la forza materiale per governare la Germania, che ne abbiamo il diritto morale e legale, e che è imminente il giorno in cui, non per colpi di forza ma per volontà unanime di popolo, la governeremo per il bene del popolo e in nome di Dio.

20 In der Rechtsprechung der Weimarer Republik wurden der NSDAP nicht *grundsätzlich* hochverräterische Absichten unterstellt, diese mußten vielmehr von Fall zu Fall bewiesen werden. Dies widersprach dem juristischen Vorgehen gegenüber der KPD, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 178.

21 "Und welches ist Ihr Programm für die nächsten Wahlen und für die Zeit danach?"

22 Ende September 1932 wies die amtliche Statistik 5.102.750 Arbeitslose aus. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1933, S. 292.

Und während er mich entließ, sagte er:

Italien und Deutschland haben die gleichen Feinde und es ist ihre Mission, vereint für die Sache der Zivilisation zu wirken[24]. Ich bitte Sie, dem Duce persönlich meinen Respekt und meine Grüße zu überbringen.

- E nel congedarmi:

- Italia e Germania hanno gli stessi nemici e la loro missione è di lavorare unite per la causa della civiltà.

La prego di presentare personalmente i miei personali rispetti e saluti al Duce.

6. Oktober 1932 Dok. 5

Rede auf Reichspropagandatagung der NSDAP in München[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 6.10.1932, "Reichspropagandatagung der N.S.D.A.P."[2].

In seinen von Kampfgeist und Siegeszuversicht getragenen Ausführungen wies Adolf Hitler darauf hin, daß die Widerstände, die sich der nationalsozialistischen Bewegung heute noch entgegenstellten, jener *letzte Ansturm* jener vereinigten Gegner sei, dem sich jede Bewegung gegenüber sehe, wenn sie sich *der letzten Entscheidung vor dem Sieg* nähere. Der Nationalsozialismus sei eine so *umwälzende* Bewegung, daß ihr *Sieg kein leichter* sein könne. Die Ge-

---

23 "E quale è il programma per le prossime elezioni, e per dopo?"

24 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63; Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

1 Im Braunen Haus, nach 11.00 Uhr. Die Tagung unter Leitung von NSDAP-Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels wurde gleichzeitig mit einer Pressetagung durchgeführt und dauerte vom 5. bis 7.10.1932. Am 6.10. referierten vor Hitler der Stellvertretende Reichspropagandaleiter und Leiter der Hauptabteilung I, Propaganda, der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Heinz Franke, über den "Wahlkampf und seine technische Durchführung", der Leiter der Hauptabteilung II, Nachrichtendienst, in der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Arthur Schumann, über "Nachrichtendienst" und der Unterabteilungsleiter der Hauptabteilung I in der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Hermann Demann, über "Lügenabwehr". Nach Hitler sprachen Goebbels und Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Hitler redet. Ganz groß. Fabelhafte Umrisse. Er ist der Große über uns. Reißt die ganze Sache wieder hoch. Ganzer Mann. Und mit eiserner Konsequenz."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 7.10.1932, "Der Führer gibt die Parole aus"; Münchener Zeitung vom 7.10.1932, "Hitlers Wahlparole"; Münchener Post vom 8./9.10.1932, "Die Wahlparole des als ob"; VB vom 8.10.1932, "Unerschütterliche Kampfbereitschaft, Siegeszuversicht und Gefolgschaftstreue" sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987, S. 254.

schichte kenne keine große Umwälzung, deren Erfolg von vorneherein allen sichtbar gewesen sei. Immer habe erst die *letzte Ausdauer und die letzte Entschlußkraft im Entscheidungskampf dem Stärkeren den Sieg garantiert.* Die nationalsozialistische Bewegung, die nicht auf kurze Sicht aufgebaut sei, besitze in ihrer *inneren Kraft* diese *ungeheure Beharrlichkeit und Zähigkeit,* ohne auch nur einen Augenblick am Endsiege zu zweifeln.

Der Führer legt im einzelnen dar, warum das *Programm der Regierung von Papen zusammenbrechen* müsse. Das *wirtschaftliche* Programm[3] dieser Regierung könne nach allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten. Der *innerpolitische Teil* des Programms, der angeblich die Aufrichtung einer starken Autorität erstrebe[4], müsse an den geradezu lächerlichen Mitteln scheitern, mit denen man glaube, eine solche Autorität ohne die geringste Fundierung im Volke[5] aufrichten zu können. Man könne ein System nicht einfach ersetzen durch irgendein neues Kabinett von Männern dieses gleichen Systems. Wenn man die parlamentarische Organisation ersetzen wolle, könne man das nicht durch eine Clique, die dem Volke ihren Willen aufzwingen wolle, sondern nur durch eine unparlamentarische Organisation [*sic!*], die bereits von unten her *aus dem Volke selbst herausgewachsen* sei. Der Regierung von Papen fehle eben die Nation als Kraftquelle, und deshalb müsse auch - zum Schaden des Volkes ihr *außenpolitisches Programm*[6] *scheitern.* Der Führer unterzog die außenpolitischen Methoden der Regierung von Papen, die Deutschland in eine völlige Isolierung hineintrieben, einer scharfen Kritik und zeichnete die positiven Linien einer nationalsozialistischen Außenpolitik.

---

3 Bezieht sich auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932. Die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" stellte Arbeitgebern, die in den folgenden 12 Monaten (Oktober 1932 bis September 1933) im Durchschnitt mehr Arbeiter beschäftigen sollten als in den Monaten Juni bis August 1932, Steuernachlaß in Form von Steuergutscheinen in Aussicht. Die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" ermöglichte Arbeitgebern, die mehr Arbeiter als bisher (Stichtag: 15.8.1932) anstellten, die Tariflöhne zwischen 10% und 50% zu senken. Bei landwirtschaftlichen Betrieben galt die Zahl der Beschäftigten des Vorjahresmonats als Bezugsgröße. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., 433 ff. Vgl. Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974, S. 176 ff.

4 Am Abend des 12.9.1932 hielt Reichskanzler Papen im Rundfunk über alle deutschen Sender eine Programmrede, die er seinen Angaben zufolge zur Begründung der Auflösungsverordnung vor dem Reichstag halten wollte. Hitler bezieht sich hier auf folgende Passage: "Damit das deutsche Volk in Freiheit an der Erziehung seiner Kinder und an der Erfüllung seiner deutschen Mission arbeiten kann, darf es nicht von dem ständigen Wechsel parteipolitischer Koalitionen aus seiner Bahn abgelenkt werden. Auch hierfür bedarf es der Aufrichtung einer dauernden Staatsautorität." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 546 ff., S. 559.

5 Der Antrag der KPD-Fraktion im Reichstag, die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft" vom 4.9.1932 und die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 (vgl. Anm. 3) aufzuheben, erhielt am 12.9.1932 512 Stimmen. Die geringe Anzahl von 42 Gegenstimmen bewies, wie wenig Rückhalt die Regierung Papen im Reichstag hatte. Druck der Anträge und des Protokolls der namentlichen Abstimmung: Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454.

6 In seiner Rundfunkrede am 12.9.1932 erklärte Papen: "Die Herstellung der vollen Souveränität des Deutschen Reichs, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Das ist eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzig mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland." Druck: wie Anm. 4, S. 549.

Auch auf diesem Gebiete sei es nichts mit dem frommen Wunsch der Regierung von Papen, "den Nationalsozialisten das Dritte Reich vorwegzunehmen"[7].

Der Führer gab sodann die *Richtlinien und Grundsätze für die politische Tendenz des Wahlkampfes* bekannt und führte zum Schluß seiner immer wieder von stürmischer Zustimmung der gesamten Führerschaft unterbrochenen Rede aus:

"Im Bewußtsein für das Recht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen, geht die nationalsozialistische Bewegung von glühendem Kampfgeist beseelt mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf[8] *hinein. Sie besitzt in ihrer Organisation alle Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes, die überhaupt denkbar sind. Jeder einzelne wird sich einsetzen bis zum äußersten. Wir Nationalsozialisten werden der Nation ein unerhörtes Vorbild unserer Willenskraft geben. Es gibt Leute, die sagen, ehe die Wahl kommt, ist die Regierung Papen wirtschaftlich längst zusammengebrochen und erledigt. Aber Friedensresolutionen werden in der nationalsozialistischen Bewegung nicht gemacht. Wir werden für den 6. November* [1932] *kämpfen, als ob davon Deutschlands Sein oder Nichtsein abhängen werde.*

Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen.

Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig sein: Die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder man gibt ihr die Macht oder man gibt sie ihr nicht, dann werden sie von der Macht dieser Bewegung überwunden werden."[9]

11. Oktober 1932 — Dok. 6
Rede auf NSDAP-Versammlung in Günzburg[1]

Völkischer Beobachter vom 13.10.1932, "Der Führer beginnt seinen neuen Kampf um Deutschland"[2].

Herr von Papen war der Überzeugung, bis zum 6. November [*1932*] würde seine Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft[3] glänzende Früchte tragen, und daher setzte er den Termin der Reichstagswahl auf 60 Tage nach der Reichstagsauflösung an[4]. *Und ich war der Überzeugung,*

---

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.
8 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
9 Folgt Bericht über den weiteren Tagungsablauf.

1 In der Maschinenfabrik Karl Mengele, nach 20.00 Uhr. An der von Bezirksleiter Hans Weber geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht etwa 7.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Karl Wahl. Weber verunglückte wenige Stunden nach der Veranstaltung bei einem Motorradunfall tödlich.
2 Vgl. auch Schwäbisches Volksblatt vom 12.10.1932, "Adolf Hitler in Günzburg"; Fränkische Volkstribüne vom 17.10.1932, "Die Zwanzigtausend von Günzburg"; Lagebericht (Halbmonatsbericht) Nr. 1752 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.10.1932; BayHStA, MA 102149 sowie Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979, S. 89 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

daß in diesen 60 Tagen die Nation sehen würde, daß dieses Werk zur "Belebung der Wirtschaft" das größte Stümper- und Flickwerk ist, das man sich vorstellen kann. Ich war der Überzeugung, daß schon nach vier Wochen eine Frage von vorneherein beantwortet sein würde, nämlich die Frage: Warum ich am 13. August [1932] es ablehnte, in dieses Kabinett einzutreten [5]. *Darüber wird am 6. November entschieden.*

Nicht etwa die bewußten Gegner warfen mir vor, daß ich den Eintritt in das Kabinett ablehnte, sondern sogenannte "Freunde", insbesondere aus dem bürgerlichen Lager[6].

Ich könnte mit gleichem Recht dazwischen fragen: Wie konnten sie sich unterstehen, mich einzuladen, in diese Regierung einzutreten? Glaubten sie wirklich, daß ich 13 Jahre gearbeitet habe, um dann das Ergebnis dieser Arbeit einem politischen Irrsinn auszuliefern? Und es wäre ein Irrsinn gewesen, wenn ich auf eine Karte gesetzt hätte, deren Untauglichkeit mir seit langem bekannt war. Einen Einfluß im Kabinett hätte ich nicht gehabt, nur die Verantwortung hätte man mir gnädigst überlassen. Ich scheue mich nicht, die Verantwortung zu übernehmen, und zwar die ganze Verantwortung; aber ich scheue mich, sie zu übernehmen dort, wo ich keinen Einfluß besitze.

Wenn das Schicksal die Kräfte, die heute nach der Macht drängen, bestimmt hätte, Deutschlands Führung zu sein, würde es ein Verbrechen sein, sich dagegen zu wehren. Ich glaube aber nicht, daß das Schicksal diese Männer bestimmt haben kann, denn sonst würden sie *schon früher in Erscheinung* getreten sein.

Man kann nicht bis vor fünf Monaten schweigsames Mitglied der Zentrumspartei gewesen sein [7] *und dann eines Tages "hellerleuchtet" Führer in das Dritte Reich werden. Ich habe nicht den Marxismus bekämpft, um nun an seiner Stelle ein anderes Klassenregiment aufzurichten. Ich bin in diesen 13 Jahren vor Millionen deutscher Arbeiter gestanden und habe um sie gerungen. Ich habe aber nicht gekämpft um diese Seelen, um sie jetzt etwa hinterher zu betrügen.*

Meine Gegner täuschen sich vor allem in meiner ungeheuren Entschlossenheit. Ich habe meinen Weg gewählt und gehe ihn bis ans Ende.

Ob ich zur Macht komme, ist nicht so wichtig, als daß ich das erfülle, was ich versprochen habe. (Stürmischer Beifall.)

Auch die Partei ist mir nicht käuflich oder abkäuflich. Man soll sich nicht einbilden, daß ich auch nur eine Sekunde diese Bewegung vielleicht herleihe oder andere damit arbeiten lasse.

Entscheidend wird für mich immer nur eine einzige Frage sein: *"Wird Deutschland durch den Einsatz dieser Bewegung gerettet werden können oder nicht?"* Wenn nicht, dann darf der Einsatz nicht erfolgen.

---

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Vgl. z. B. Kreuz-Zeitung vom 14.8.1932 (2. Sonntags-Ausgabe B), "Die innere Politik der Woche": "Wir stehen nicht an, es lebhaft zu bedauern, daß der nationalsozialistische Führer durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerstört hat, der Reichsregierung durch eine besonders innige Verbindung mit den Kräften der nationalsozialistischen Partei eine überaus wertvolle Stütze zu geben." Sowie Der Jungdeutsche vom 16.8.1932, "Hindenburgs Linie": "*Adolf Hitler dürfte mit der Ablehnung dieses Angebotes einen der größten Fehler in seiner bisherigen Laufbahn gemacht haben.*"

7 Reichskanzler Papen war am 3.6.1932 aus dem Zentrum ausgetreten. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992, S. 877 ff.

Wenn ich am 13. August [*1932*] angenommen hätte, wäre vielleicht 12 Monate später schon *Goldschmidts*[8] *Wunsch erfüllt* gewesen[9]. Die Bewegung wäre dann vielleicht zerstört worden. Aber dann wäre der Bolschewismus gekommen.

Die nationalsozialistische Bewegung darf nicht zu irgendeinem anderen Zweck eingesetzt werden als zu dem der Vollendung ihres Zieles. Dieses kann aber nur lauten:

"Es gilt, den Sammlungsprozeß unseres Volkes zu vollenden."

Dabei allerdings geht dieser Sammlungsprozeß hinweg sowohl *über die Trümmer der marxistischen als auch der bürgerlichen Parteiwelt.*

Die Erhebung des Volkes ist in erster Linie eine ideelle und politische Angelegenheit, nicht die Angelegenheit eines Wirtschaftsprogramms. *Man kann die Nation nur zusammenfügen auf dem Boden eines großen Ideals.* Es kann nicht eine zerrissene Epoche abgelöst werden von einem Kabinett, sondern es kann nur ein zerrissenes Volk abgelöst werden von einer *neuen Organisation seiner Menschen*, und zwar nach ganz großen Gesichtspunkten.

Und nun deckt der Führer die großen Gesichtspunkte auf, nach denen das Programm der nationalsozialistischen Bewegung gestaltet wurde.

Die Frage, wann denn endlich die deutsche Not ein Ende nehmen wird, beantwortet Adolf Hitler unter stürmischem Beifall mit den Worten:

Dann, wenn wieder jeder Deutsche nicht in erster Linie Arbeiter, Bürger, Bauer oder Beamter ist, sondern *wenn er zuerst Deutscher geworden ist;* an dem Tag wird unser Volk eine solche Kraft bekommen, daß es die Fragen meistern kann, die heute riesenhoch und titanenhaft vor uns stehen.

Ich appelliere an die deutsche Kraft und an den deutschen Menschen. Aber ich kann diesen Appell nicht an ihn richten, wenn ich ihm nicht dafür auch etwas bieten kann.

Ich kann keinen Appell an den deutschen Arbeiter richten: "Gib deinen Klassenstandpunkt auf!", wenn ich nicht eines Tages etwas Schöneres und Höheres dafür geben kann, nämlich sein Volk.

Es handelt sich ja nicht darum, daß man mit Zwang die Menschen in das politische Leben einfügt, sondern *daß sie sich selbst auf Grund ihrer politischen Überzeugung einfügen.* Zwang

8 Jakob Goldschmidt (1882-1955), Bankier, 1910 Mitgründer und Teilhaber des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., 1918 Direktor der Nationalbank für Deutschland KG, 1922-1931 persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank KG, 1927 Verleihung des Dr. rer. nat. h. c. durch die Universität Heidelberg, 1934 Emigration.

9 Mit den Nennung des Namens Jakob Goldschmidt griff Hitler antisemitische und antikapitalistische Ressentiments auf. Goldschmidt war bis 1931 zu einer zentralen Figur des deutschen Wirtschaftslebens geworden, in der Bankenkrise im Juli 1931, als deren Verantwortlicher er in der öffentlichen Meinung galt, verlor er jedoch seinen gesamten Einfluß. Zu diesem Zeitpunkt war er Mitglied in 123 Aufsichtsräten. Bereits bei der Liquidation des Stinnes-Konzerns 1925 war sein Geschäftsgebaren allgemein kritisiert worden.
Die Bankenkrise vom Juli 1931 konnte zwar durch entschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen der Reichsregierung eingedämmt werden, aber weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Gerald D. Feldman, Jakob Goldschmidt, the History of the Banking Crisis of 1931, and the Problem of Freedom of Manoeuvre in the Weimar Economy. In: Christoph Buchheim/Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge, Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 307-327 sowie Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

heißt, die Kraft, die man nach außen braucht, nach innen zu verzehren. Wenn hier heute einer sagt: "Wenn Sie Ihr Programm durchsetzen wollen, dann können Sie vielleicht erst in zehn oder zwanzig Jahren zur Macht kommen!", so kann ich ihm nur sagen: *"Dann hat es die Vorsehung gewollt." Aber das kann mich nicht bewegen, meine Pflicht nicht zu erfüllen.*

Wenn die Vorsehung uns bestimmt hat, daß wir zur Macht kommen, dann werden wir zur Macht kommen. Wenn sie uns aber nur dazu bestimmt hat, die Zukunft vorzubereiten, so erfüllen wir hier unsere Pflicht. Niemals aber wird man mich in meiner Mission wankend machen. Das mögen die Herren in Berlin sich merken.

Wenn die Gegner meinten, nun sei es mit der nationalsozialistischen Bewegung vorbei, so täuschen sie sich.

Diese Bewegung ist ein Fels, der steht und nimmermehr vergeht!

Ob wir ans Ruder kommen, bestimmen nicht Menschen. Menschen erkenne ich nicht als meine Vorgesetzten an, am wenigsten die Herren vom Herrenklub[10]. *Ihr redet gegen den Marxismus als Klassenerscheinung, und seid selbst die übelste Klassenerscheinung!* (Stürmischer Beifall.)

Ich habe noch nie mehr Vertrauen zur breiten Masse unseres Volkes gehabt als in diesen letzten Wochen und Monaten. Es steckt in unserem Volke ein guter Kern. Das Volk will statt Klassenkampf und Haß Versöhnung und Verständigung, und wenn ein kleiner Klüngel das nicht will, dann wird das Rad der Geschichte darüber hinweggehen.

In den neuen Wahlkampf gehen wir hinein genau wie bisher, bereit, jedem Deutschen die Hand hinzureichen, auch dann, wenn er in einem anderen Lager steht, aber auch ebenso entschlossen, der Bewegung auf keinen Fall ihr Ziel entfremden zu lassen.

Wenn das Schicksal mich einmal dahin beruft, wo ich glaube, daß ich einmal stehen muß, dann wird auch diese Stunde nur dann einen Sinn haben, wenn wir die Reinigung des deutschen Volkes von Klassen durchführen.

Es gibt nichts, was mich von meinem Ziel abbringen könnte, nichts, was mich meiner Idee untreu werden lassen könnte, von Ministersesseln ganz zu schweigen.

Was wir erstreben, sind nicht Ämter und Würden, was wir erstreben, ist die Verantwortung und damit die Macht.

Es soll sich keiner einbilden, daß ich von meinem Kampf ablassen würde. Und wenn ich der einzige wäre, dann würde ich bis zum letzten Augenblick die Fahne hochhalten. Erfüllen nun auch Sie Ihre Pflicht, so wie wir sie erfüllen wollen![11]

---

10 Anspielung auf den im November 1924 von Heinrich von Gleichen und Hans Bodo Graf von Alvensleben-Neugattersleben gegründeten Deutschen Herrenklub (DHK), der sich als "Repräsentanz einer konservativen politischen Oberschicht" verstand. Er setzte sich aus Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Bankiers und Angehörigen der hohen Ministerialbürokratie zusammen. Der DHK berief sich auf die jungkonservativen Ziele, die Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch *Das dritte Reich* 1923 formuliert hatte. Mit der Bildung der Regierung Papen, der ebenso wie Innenminister Gayl Mitglied des DHK war, gewann der 1932 etwa 5.000 Mitglieder zählende Verein entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik. 1933 umbenannt in "Deutscher Klub", löste sich die Vereinigung 1944 auf. Vgl. Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 175 ff.; Yuji Ishida, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 55 ff.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

11. Oktober 1932 Dok. 7
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nördlingen[1]

Nördlinger Zeitung vom 12.10.1932, "Adolf Hitler in Nördlingen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 6.

12. Oktober 1932 Dok. 8
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pocking[1]

Pockinger Zeitung vom 13.10.1932, "Adolf Hitler in Pocking"[2].

Adolf Hitler kritisierte scharf das Papensche Wirtschaftsprogramm[3], das in Wirklichkeit nur dazu führe, die furchtbare materielle und seelische Notlage des deutschen Volkes noch mehr zu verschärfen. Darüber könnten auch alle noch so dialektischen Reden nicht hinweghelfen. Der wahre Sinn des 13. August [*1932*] sei nichts anderes gewesen, als der Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung die Verantwortung aufzubürden, ohne ihr den entsprechenden Einfluß zuzubilligen[4]. Das wisse heute das ganze deutsche Volk. Nur Herr von Papen behaupte jetzt noch immer das Gegenteil. Entweder es wird in unserem Sinne regiert, dann tragen wir die

1 Im Zelt auf der Kaiserwiese, nach 22.30 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Theodor Hippler geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht etwa 3.500 Menschen teil (Lokalpresse: 4.500 - 5.000). Vor Hitler sprach MdL Rudolf Buttmann. Hitlers Rede wurde mit Lautsprecher in den Saal des *Deutschen Hauses* übertragen, wo Hitler nach seiner Rede noch kurz auftrat, ohne zu sprechen. Ein weiterer Saal konnte nicht gefüllt werden.

2 Vgl. auch Rieser Tagblatt vom 13.10.1932, "Adolf Hitler in Nördlingen", VB vom 13.10.1932, "Die Bayernwoche nimmt ihren Anfang"; Rieser Volkszeitung vom 15.10.1932, "4.500 und 12.000 - ein Unterschied?"; Fränkische Volkstribüne vom 17.10.1932, "Die Zwanzigtausend von Günzburg" sowie Lagebericht (Halbmonatsbericht) der Regierung von Schwaben und Neuburg, Nr. 1752, vom 19.10.1932 (Abschrift); BayHStA, MA 102149. Ferner Vorankündigung in der Nördlinger Zeitung vom 11.10.1932. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

1 In der Ausstellungshalle des Fleckviehzuchtverbandes, von 15.00 bis 15.45 Uhr. An der von MdR Otto Erbersdobler geleiteten Versammlung nahmen laut Bericht des Bezirksamts Griesbach und der *Pockinger Zeitung* etwa 8.000 Personen teil. Nach Hitler sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser. Die Eintrittspreise waren von 30 Pfennig bis 3 RM gestaffelt. Die Grenzpolizeistelle Passau meldete: "Im übrigen habe die Rede infolge ihrer Inhaltslosigkeit den größten Teil der Zuhörer stark enttäuscht. Temperamentvoll und ausführlich sei Hitler nur geworden, wenn er von seiner eigenen Person sprach." Nach übereinstimmenden Meldungen verließ der Großteil der Zuschauer die Versammlung vor Essers Rede.

2 Vgl. auch Weidener Anzeiger vom 14.10.1932, "Hitler zur Kanzlerrede"; VB vom 16.10.1932, "Der Führer im Wahlkampf. Gegen Willkür, Wirtschaftsnot und Steuerlast"; Münchener Post vom 18.10.1932, "Das Nazi-Wunder von Pocking" sowie Bericht des Bezirksamts Griesbach an die Regierung von Niederbayern, Nr. 7115, vom 13.10.1932 (Abdruck); BayHStA, MInn 81588; Bericht der Grenzpolizeistelle Passau an die Polizeidirektion München, Nr. 688/32, vom 15.10.1932; StA München, Polizeidirektion München 6736. Ferner Vorankündigung in der Pockinger Zeitung vom 11.10.1932.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Verantwortung, oder es wird nicht in unserem Sinne regiert, dann tragen die anderen die Verantwortung. Ich glaube an kein Regiment, das nicht im Volke selbst verankert ist. Ich glaube an kein wirtschaftliches Regiment. Nicht von oben kann man ein Haus aufbauen, sondern von unten muß man beginnen. Die Fundamente des Staates sind nicht die Regierung, sondern das Volk. Den bürgerlichen Parteien und Politikern, die seit dem November 1918[5] geschlafen hätten, während der Nationalsozialismus gearbeitet hätte, antworte er: Heute ist nicht mehr eure Zeit, sondern unsere Zeit. Herr von Papen, der erst vor drei Monaten aus der Zentrumspartei ausgetreten sei[6], in der er ein Dasein unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt habe, habe bis heute nichts geleistet. Wenn Herr von Papen sage: Sie [*Hitler*] sind nur da, weil die Not da ist[7], dann antworte er: Ja, wenn das Glück da wäre, dann brauchte ich nicht hier zu sein und ich würde nicht hier sein. Ich werde nicht dulden, daß diese sogenannten bürgerlichen Politiker die vom Nationalsozialismus in harter Arbeit aufgebaute Volksgemeinschaft wieder auseinanderreißen, sondern ich werde dieses deutsche Volk im Innern wieder aussöhnen. Ich weiß, daß ich damit die Voraussetzung zu neuer Größe der deutschen Nation schaffe.

Nach genau einer Stunde Redezeit[8] schloß er seine, an dieser Stelle platzmangelshalber kürzer zusammengefaßten Ausführungen, mit folgenden Worten: Ich will deutsche Männer sammeln und will immer das bleiben, was ich war, ein deutscher Volksmann, auch wenn ich zur Macht gelangen würde. Ich gehöre nicht zu denen, die immer sagen: "Das kann man nicht mit dem Volke machen", sondern ich sage im Gegenteil: "Mit unserm Volke kann man alles machen." Wir wollen, daß das Parlament beiseite tritt; was soll an seine Stelle treten? Ich will: "Die deutsche Nation!"

13. Oktober 1932 Dok. 9
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gunzenhausen[1]

Der Altmühl-Bote vom 14.10.1932, "Adolf Hitler in Gunzenhausen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 10.

5 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.
6 Vgl. Dok. 6, Anm. 7.
7 Nicht ermittelt.
Daß der starke Zulauf Hitlers von der Wirtschaftskrise begünstigt werde, hatte z. B. Carl von Ossietzky bereits Mitte 1930 in der Zeitschrift *Weltbühne* festgestellt. Vgl. Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 43.
8 Redezeitangabe in Anm. 1 nach Bericht des Bezirksamts Griesbach. Die *Pockinger Zeitung* zählte offenbar die Zeit vom Eintreffen Hitlers am Veranstaltungsort (14.45 Uhr) bis zum eigentlichen Redebeginn mit.

1 Im Zelt auf dem Sportplatz, nach 17.00 Uhr. An der vom Bezirksleiter der NSDAP, Johann Appler, geleiteten Versammlung nahmen nach Angaben der Lokalpresse etwa 9.000 Menschen teil (*VB*: 15.000). Nach Hitlers etwa einstündiger Rede sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser. Hitlers Besuch in Gunzenhausen bezeichnete der *VB* als "des Führers Dank für den besten Bezirk Deutschlands".
2 Vgl. auch VB vom 15.10.1932, "Des Führers Siegeszug durch Bayerns Gaue"; Fränkische Tagespost vom 18.10.1932, "Aus dem Hitlerzirkus in Gunzenhausen." Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

13. Oktober 1932 Dok. 10
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg[1]

Masch. Manuskript, o. D.[2]; BA, NL Streicher 125[3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Vor 10 Wochen haben wir nicht geglaubt, daß wir in so kurzer Zeit wieder im Kampf stehen werden[4]. Man hat geglaubt, daß die nationalsozialistische Bewegung kapitulieren würde oder zumindest sich fügen würde, aber niemals, daß wir noch einmal zu diesem großen Kampf bereit wären. Wir sind den harten Kampf seit 13 Jahren gewohnt, wie ein Herr von Papen da Stillsitzen in derselben Zeit gewohnt war. Er glaubte nun, daß wir den erneuten Kampf scheuen würden. Wir Nationalsozialisten haben aber in den letzten Wochen nicht nur zugesehen, wir waren überzeugt, daß schon nach 5 Wochen das ganze Notverordnungenwerk[5] von der deutschen Wirtschaft erledigt sein wird, daß das deutsche Volk dieses Blendwerk durchschauen und dann erkennen wird, als ich es am 13. August [*1932*] ablehnte[6], mich mit Stümperwerk zu identifizieren.

Das hätte ihnen so passen können, diese große Bewegung, die sie so nicht kaputtmachen konnten, daß sie mich mit einer Verantwortung belastet hätten, um mich mit ein paar Ministerstühlen abzuspeisen und das größte heilige Werk des deutschen Volkes damit zu zerstören. Ich kämpfte nicht für einen Ministerstuhl, der ist für mich noch nie verführerisch gewesen. Die Herren haben sich in mir getäuscht. Seitdem es in Deutschland Minister gibt mit so verschiedenen Charakteren, sind diese Posten nicht so verführerisch, als daß ein anständiger Mann seiner Ehre und seinem Gewissen entsagen könnte. (Begeisterter Beifall.)

Wenn etwas mich bewegen kann, eine solche Stelle anzunehmen, ist es nur die damit verbundene Macht und sonst gar nichts. Eine Marionettenfigur lasse ich nicht aus mir machen!

---

1 In der Festhalle im Luitpoldhain, von 20.00 bis 20.45 Uhr. An der von Gauleiter Julius Streicher mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 8.000 bis 10.000 Menschen teil (*VB*: 30.000). Die *Bayerische Volkszeitung* kommentierte: "Die Überschriften des Münchner Organs der NSDAP aus den letzten paar Wochen würden genügen, um die Ausführungen zu skizzieren. Der sozialistische Grundton klang stark durch."

2 Kopf: "Rede Adolf Hitlers am 13.10.1932 in der Luitpoldfesthalle Nürnberg".

3 Mit inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, S. 198-200. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text.
Vgl. auch Bayerische Volkszeitung vom 14.10.1932, "Hitler im Nürnberger Wahlkampf"; Fränkischer Kurier vom 14.10.1932, "Die Hitler-Versammlung"; Fränkische Tagespost vom 14.10.1932, "Der Schwindel geht schon wieder los"; Nordbayerische Zeitung vom 14.10.1932, "Hitler in Nürnberg"; VB vom 15.10.1932, "Die große Rede Adolf Hitlers in der Nürnberger Luitpoldhalle vor 30.000 Volksgenossen aller Stände"; 8-Uhr-Blatt vom 17.10.1932, "Hitler in Nordbayern" sowie Polizeibericht der Polizeidirektion Nürnberg vom 14.10.1932; BA, NS 26/13. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

4 Anspielung auf die Reichstagswahl vom 31.7.1932 und den bevorstehenden Wahltermin am 6.11.1932. Vgl. auch Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Sie haben sich noch in etwas anderem getäuscht. Wenn *Papen* sagt: "Ich erfülle, was die Nationalsozialisten erstrebt haben", so sage *ich*: Wenn die Vorsehung Herrn Papen als Führer gewollt hätte, dann hätte man Herrn Papen schon früher entdeckt. Dann hätte er für diese göttliche Sendung schon 13 Jahre lang kämpfen können. Es stand jedem frei, das Schicksal zu meistern, aber diese Männer waren nicht da,

die heilige Pflicht am deutschen Volke zu erfüllen! (Jubelnde Zurufe.)

Jetzt sollen sie nicht sagen, wir wollten ja, aber wir konnten nicht, weil die Nationalsozialisten da waren, so mußten wir den Herrenclub[7] nehmen.

Ich sage euch, wir hätten uns die Arbeit leichter machen können, ich hätte es leichter haben können, statt Tag für Tag mich heiser und wund zu reden, um nun zusehen zu müssen, wie ein anderer die Arbeit schafft und einem anderen die Ernte in den Schoß fällt. Sie haben keine Ahnung vom deutschen Volk und seiner Zuverlässigkeit. Deshalb wende ich mich *gegen sie.* Ich frage euch Volksgenossen: Was hat uns denn überhaupt zusammengeführt?

Die eine Erkenntnis: Deutschland ist krank, Deutschlands Wirtschaft zerfällt. Aber Deutschlands Wirtschaft zerfällt nur, weil Deutschlands politische Macht zerfällt, weil kein Deutschland mehr da ist, sondern nur Klassen, Stände, weil Konfessionen, Katholiken und Protestanten, gegeneinander sind und sich bekämpfen und dadurch die ganze deutsche Kraft lähmen.

Ich habe vor 13 Jahren unternommen, diesen Geist umzuformen, aus Bauern, Bürgern, Angestellten, aus Katholiken und Protestanten *wieder Deutsche zu machen.* Und nur wir werden dieses Werk vollenden können. Die ganze Welt kennt unsere Bewegung, aber Herrn von Papen hat vor 5 Monaten noch niemand gekannt. *Mich* kennen sie und *euch* kennen sie und die *Bewegung.* (Langanhaltender Beifall.)

Ein neues Deutschland ist im Entstehen begriffen. Wir haben die größte Organisation, die Deutschlands politisches Leben überhaupt gekannt hat[8]. Wir schufen eine neue Richtung im Volk, weil wir fühlten, daß eine neue Basis gefunden werden muß. Aus Millionen von Arbeitern[9], Millionen von Bürgern[10] und Bauern[11] machten wir eine lebendige Gemeinschaft[12].

---

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

8 Das traf im Hinblick auf die Zahl der Parteimitglieder nicht zu. Zwar vergab die NSDAP im April 1932 die Mitgliedsnummer 1.000.000, doch wies ihre parteieigene Statistik bis zum 30.1.1933 insgesamt nur 849.009 Parteieintritte aus; wegen der starken Mitgliederfluktuation ist die tatsächliche Zahl noch niedriger anzusetzen. Die SPD hatte in den zwanziger Jahren weit mehr als eine Million eingeschriebene Mitglieder und erreichte, trotz abnehmender Tendenz, am Stichtag 31.12.1931 eine Zahl von 1.008.953. Vgl. Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352; Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, [*München 1935*], S. 12; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J., S. 109.

9 Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder SPD ihre Stimme gaben". Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 198 ff., S. 225 mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

10 Der Sammelbegriff *Bürger* bezeichnete zur Zeit der Weimarer Republik Angehörige der freien Berufe, Selbständige, Beamte und Angestellte, also eine Schicht von enormer sozialer Spannweite. Obwohl das konfessio-

Die Herren können mir nicht abstreiten, daß ich dies seit 13 Jahren gepredigt habe. Der Klassenstaat soll niemals wiederkehren. Und jetzt sollte ich zurücktreten und ihnen mein Erbe überlassen? Einem Kabinett von Aristokraten[13]? Nein, sie täuschen sich! Diese Regierung sagt: "Wir werden den Massen schon den Herrn zeigen". Ich stehe auf dem Standpunkt: Ich will meinem Volk nicht den Herrn zeigen, sondern *ich will es erobern*. (Brausender Beifall.)

Die sozialdemokratische Partei und der Kommunismus waren von uns nicht bekämpft worden, um an ihrer Stelle statt einer Volksgemeinschaft Theorien und Phrasen zu setzen. Wer unseren Kampf miterlebt hat, der steht uns nicht mehr fremd gegenüber, der weiß, daß die Rettung der Wirtschaft eine sekundäre Erscheinung ist. Die Rettung des deutschen Volkes existiert nicht in Theorien, sondern als *Krönung unseres 13jährigen Kampfes*. Die Berliner Judenpresse soll sich irren, ich sage ihr nur eines: Das Wort *"unterwerfen"* gibt es in meinem Lexikon überhaupt nicht! (Dröhnender Beifall [*sic!*].)

Ob wir die Macht bekommen oder nicht, das entscheidet letzten Endes noch lange nicht [*sic!*]. Wir rasten noch ruhen nicht, wir ermüden nicht, uns treibt eine *innere heilige Kraft* zu erneuter Arbeit und zu hartem Kampf. Alles Äußerliche ist eitles Werk und eitles Beginnen. Eine Papen-Regierung besitzt heute die Macht: die Polizei und das Militär. Ich kann den Herren nur sagen: Als Nationalsozialist halte ich jedes Ringen für verderblich, das das Heer und die Soldaten

---

nelle Element die Wahlentscheidung wesentlicher bestimmte, lassen sich durch neuere umfassende Wahlanalysen allgemeine Aussagen zum Wahlverhalten dieser Gruppen treffen. Die Angehörigen der freien Berufe und die Selbständigen aus dem nichtagrarischen Sektor wählten wahrscheinlich nicht häufiger NSDAP als andere Bevölkerungsgruppen. Über das Wahlverhalten der Beamtenschaft können keine eindeutigen Feststellungen getroffen werden, doch die gegenüber der übrigen Bevölkerung überdurchschnittliche Repräsentation der Beamten unter den NSDAP-Mitgliedern läßt bedingt den Schluß zu, daß dies auch für die Wahlentscheidung der Beamtenschaft zutrifft. Entgegen einer vorherrschenden Meinung ist zu vermuten, daß Angestellte eher seltener als der Durchschnitt aller Wahlberechtigten NSDAP gewählt haben. Vgl. Horst Möller, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 293-342; Falter, Hitlers Wähler, S. 230 ff. Ferner Mühlberger, Hitler's Followers.

11 Die Anhängerschaft der NSDAP in von der Landwirtschaft geprägten Gebieten Deutschlands lag seit 1932 über dem Durchschnitt des Deutschen Reichs, soweit sie überwiegend von Protestanten bewohnt waren, bereits seit 1930. So erzielte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 im Wahlkreis Ostpreußen, in dem 55,7% der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig war (reichsweit 30,5%), 47,1% der Stimmen, in Pommern, wo dieser Anteil bei 50,7% lag, 48% (reichsweites Ergebnis der NSDAP 37,3% der Stimmen). Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff.; Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986, S. 73, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S 21. Ferner Mühlberger, Hitler's Followers.

12 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff. sowie Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 129 ff.

13 Der amtierenden Reichsregierung gehörten überdurchschnittlich viele Adlige an: Reichskanzler Franz von Papen, Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, Innenminister Wilhelm Freiherr von Gayl, Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichswehrminister Kurt von Schleicher, Post- und Verkehrsminister Paul Freiherr von und zu Eltz-Rübenach und Landwirtschaftsminister Magnus Freiherr von Braun. Daneben bekleideten auch drei Bürgerliche Ministerämter: Wirtschaftsminister Hermann Warmbold, Arbeitsminister Hugo Schäffer und Justizminister Franz Gürtner.

gebraucht, um sich vor dem Volke zu schützen. *In unserem Reich darf der deutsche Soldat nur eine Aufgabe haben, nicht die Regierung zu schützen, sondern Deutschland zu verteidigen.* Die Herren vom Herrenclub konnten ja schon vor 14 Jahren kommen und ihren Einfluß geltend machen, aber wo wäre heute ein Herr von Papen, wenn hier nicht Nationalsozialisten gewesen wären?

Wir werden unseren Weg weitergehen, auch in der Zukunft. Es soll kein Mittel geben, das uns vor unserer Aufgabe fernhielte. Und wenn die jüdische Presse prophezeit, daß wir abnehmen und die bürgerlichen Parteien zunehmen würden, so kann ich nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun[14]. Diese Herren *wollen* den Klassenkampf: hie Bürgertum, hie Proletariat. Sie haben nicht genug davon, daß Deutschland zugrunde ging, weil sie den Mut nicht aufbringen, sich im Kampf zu bewähren. Wir aber kämpfen bis zum letzten Atemzug, unsere Schädel werden härter sein als deren Köpfe.

Das Werk, das von 7 Mann[15] auf 14 Millionen[16] anwuchs, wird weiterwachsen in unserem unbändigen Willen, *bis ein Reich* und *ein Volk* gewaltig nach außen, beseelt von der einzigen Idee, daß Gott unseren Kampf gewollt hat [*sic!*]. Hätte er unseren Untergang gewollt, dann hätte er uns nicht als Deutsche erschaffen.

Heil!

13. Oktober 1932 Dok. 11
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weiden[1]

Weidener Anzeiger (Weidener Zeitung) vom 14.10.1932, "Adolf Hitler in Weiden"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 10.

---

14 Nach Lukas 23, 34: "Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun."

15 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitsausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigen Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167 sowie Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.

16 Bezieht sich auf die Zahl der Wähler bei der Reichstagswahl am 31.7.1932. Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

1 Im Zelt auf dem Sportplatz des Turnerbundes, nach 23.30 Uhr. An der von Gauleiter Franz Maierhofer mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 10.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der Gauleiter des Gaues Oberbayern, Adolf Wagner.

2 Vgl. auch Oberpfälzischer Kurier (Weidener Tagblatt) vom 14.10.1932, "Hitler in Weiden"; VB vom 15.10. 1932, "Adolf Hitler in Weiden" sowie Vorankündigung im Weidener Anzeiger (Weidener Zeitung) vom 11.10.1932.

14. Oktober 1932 Dok. 12
"Aufruf zum Hilfswerk für die Opfer aus den Reihen der S.A."
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 14.10.1932[1].

Die Opfer der S.A. in den letzten Wochen sind ins ungeheuerliche gestiegen[2]. Neben den im Dienste der Bewegung verwundeten und geschädigten S.A.- und S.S.-Kameraden sind es vor allem die Familien, die Frauen und Kinder, die bittere Not leiden müssen, während ihre Ernährer kein Brot verdienen können.

Ich rufe daher die stets bewährte Opferbereitschaft[3] der im Zeichen der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft in der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" e. V.[4] geeinten deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen an, soweit es ihre eigenen Mittel erlauben, den notleidenden Kampfgefährten zu helfen. Auch die kleinste Spende ist willkommen. Beiträge sind, da rasche Hilfe nottut, beschleunigt zu senden an das Konto Nr. 120 (S.A.-Hilfswerk), der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München, Zweigstelle Barerstraße.

gez. *Adolf Hitler*

1 Vgl. auch VB vom 16./17.10.1932, "Aufruf".

2 Im ganzen Jahr 1932 wurden der SA-Versicherung 14.005 Verletzte gemeldet. Zahlen für nur einzelne Monate sind nicht ermittelt. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 412. Nach parteieigenen Angaben wurden zwischen 1923 und einschließlich 14.10.1932 182 NSDAP- und SA-Angehörige bei politisch motivierten Auseinandersetzungen getötet. Vgl. Thor Goote, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934, S. 71 ff.

3 Seit 1928 versuchte die Parteiführung, unkontrollierte Sammlungen für die bei politischen Auseinandersetzungen verletzten Parteimitglieder durch die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung einzuschränken. Diese Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 408 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 66, Bd. III/2, Dok. 80, Dok. 120.

4 Der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein, NSDAP/NSDAV wurde am 10.10.1925 vom Amtsgericht München, Registergericht, in das Vereinsregister (Bd. 20, Nr. 67a, S. 137) eingetragen. Der Verein wurde gegründet, um der Partei Rechtscharakter zu verleihen. Die erste Satzung wurde in der ersten Generalmitgliederversammlung am 21.8.1925 beschlossen (Druck: Bd. 1, Dok. 64) und am 22.5.1926 durch eine von der Generalmitgliederversammlung einstimmig angenommene Neufassung abgelöst (Druck: Bd. I, Dok. 146).

14. Oktober 1932 — Dok. 13
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hof[1]

Hofer Anzeiger vom 15.10.1932, "Große Hitler-Kundgebung in Hof"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 14.

14. Oktober 1932 — Dok. 14
Rede auf NSDAP-Versammlung in Selb[1]

Sonderbericht des Bezirksamts Rehau an die Regierung von Oberfranken (Abdruck), Nr. 258 St.K., vom 18.10.1932; BayHStA, MInn 81588[2].

Hier erschien dann Adolf Hitler und ergriff sogleich das Wort zu folgenden Ausführungen: Ihm sei am 13.8.[*19*]32 angetragen worden, in die heutige Reichsregierung einzutreten; er habe dieses Angebot aber abgelehnt[3]. Das Problem, das heute vor uns stehe, sei ungeheuerlich.

Dann kam er auf das Papensche Wirtschaftsprogramm zu sprechen[4] und erklärte hiezu, es könne keinen Zweifel mehr geben, daß der Versuch, damit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, als restlos mißlungen zu bezeichnen sei. Dieses sogenannte Rettungswerk könne höchstens noch einmal die Banken retten, die man nicht mehr wage zu sanieren. Es sei selbstverständlich, daß seine Bewegung und insbesondere er niemals für eine Wirtschaftsnotverordnung zu haben sein werde[*n*], die letzten Endes nicht darauf hinausgehe, die Wirtschaft zu retten, sondern nur,

---

1 Im Zelt auf dem Volksfestplatz, nach 20.00 Uhr. An der von Gauleiter Hans Schemm geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 12.000 Menschen teil. Nach Hitlers einstündiger Rede sprach NSDAP-Mitglied Franz Ganninger. Der *Hofer Anzeiger* berichtete: "Die größte Zahl der Zuhörer indessen sah mit der Rede Hitlers den Zweck des Abends erfüllt und verließ das Festzelt." Die Rede Hitlers wurde mit Lautsprechern ins Schützenhaus und in die Vereinshalle übertragen. Im Schützenhaus begrüßte Hitler anschließend noch die Teilnehmer, jedoch nicht in der Vereinshalle; der Polizeibericht meldete daher: "Ein großer Teil [*der Zuhörer*] zog unter Schimpfen dort ab." Die Eintrittspreise waren vom 1 RM bis 5 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Oberfränkische Volkszeitung vom 15.10.1932, "Volksfest in Hof", vom 18.10.1932, "Adolf, der Ignorant und seine Windbeutelpresse"; VB vom 16./17.10.1932, "'Warum ich kein Vertrauen zu dieser Regierung habe? Weil sie im luftleeren Raum operiert!'" sowie Polizeibericht Nr. 3791/71 der Polizeidirektion Hof vom 15.10.1932 (Abdruck); BA, NS 26/13.

1 Im Zelt hinter der Turnhalle, von 22.00 bis 23.10 Uhr. An der von Georg Kellermann geleiteten Versammlung nahmen nach amtlicher Schätzung etwa 7.000 bis 8.000 Menschen teil (*VB*: 12.000). Vor Hitler sprachen Pfarrer Richard Zwörner, Ortsgruppenleiter Kellermann und Gauleiter Hans Schemm.

2 Vgl. auch Selber Tageblatt vom 15.10.1932, "Hitler in Selb"; VB vom 16./17.10.1932, "Weiter nach Selb"; Bericht der Schutzmannschaft Selb an den Stadtrat Selb vom 14.10.1932; StA Bamberg, K 18 Verz. X sowie Benedikt Lochmüller, Hans Schemm, Bd. 2: 1920-1935, München 1940, S. 323. Ferner Vorankündigung im Selber Tagblatt vom 14.10.1932.

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

wie schon so oft, die Banken. Aber diese rein äußerlichen Gründe sachlicher Art seien noch gar nicht das Entscheidende.

Die nationalsozialistische Bewegung gehe von dem Grundsatz aus, daß die Zukunft unseres Volkes selbst nur das Ergebnis des Krafteinsatzes des Volkes sein könne, als Voraussetzung einer gesunden Wirtschaft, die nicht gestaltet werde von einem Diplomaten, sondern nur von der Nation und der Kraft selbst. Immer, wenn wir geistige Kämpfe im Innern gehabt hätten, hätte es das deutsche Volk an seiner Weltstellung büßen müssen und dann, wenn diese Kämpfe überwunden waren, gewonnen. Es gäbe keine Wirtschaftszukunft, wenn nicht vorher der Kräfteeinsatz gesichert sei.

Hitler sagte weiter, er sei in der Zeit aufgetreten, als alle Wirtschaftsapostel erklärt hätten, die Wirtschaft werde Deutschland wieder aufrichten. Er sagte, das sei die größte Dummheit. Noch nie habe die Wirtschaft den Staat aufgerichtet. Seitdem seien 13 Jahre vergangen, und die Entwicklung habe ihm recht gegeben.

Dann befaßte sich [*der*] Redner längere Zeit mit der Person des Reichskanzlers von Papen. Dabei führte er wörtlich aus: "Glauben Sie, Herr von Papen, daß Sie etwa mehr Autorität haben wie wir [*sic!*]? Sie bilden sich ein, weil Sie Herr von Papen heißen, sind Sie nicht zu beseitigen? Sie bilden sich ein, daß nun plötzlich Weltanschauungen beseitigt werden könnten durch Kabinette. Das ist genau so, als wenn ich sage: ich beseitige Religion durch eine Regierung, durch Minister usw.". Eine autoritäre Regierung, fuhr er fort, sei nicht in Vergleich zu setzen zu einer Institution, wie sie eine Regierung sei, die gar keine Verankerung im Volk habe. Von Papen sage nun, er gelte dabei als ein Organ einer göttlichen Weltordnung[5]. Die göttliche Weltordnung habe eine ganz andere Ordnung. Von Papen sei sich sehr spät klar geworden. Am Tage seiner Ernennung sei er aus einer anderen Institution hervorgegangen, die vermutlich nicht in der göttlichen Institution gelegen sei, und erst seitdem habe er dem Zentrum theoretisch ade gesagt[6]. Er - Hitler - sage, es gäbe ohne Zweifel eine göttliche Ordnung, diese müsse aber dem Volke verständlich sein.

Dann wandte sich Hitler gegen den Marxismus. Er habe 13 Jahre lang gekämpft und sich vor die Millionen Arbeiter hingestellt und ihnen erklärt, sie müßten heraus aus dem Klassenwahnsinn und -irrsinn und zurückkehren; da könne er jetzt die 14 Millionen, die er gewonnen habe[7], nicht auf einmal verlassen und sagen, er danke ihnen, daß sie ihm soviel gegeben hätten. Er wolle diese Menschen binden in einer neuen Volksgemeinschaft, nicht durch ein betrügerisches Manöver. Diese Menschen würden wieder zurückkehren, wenn sie sehen würden, daß das ganze ein Betrug gewesen sei.

Allen Herren, so fuhr [*der*] Redner fort, die sich ihm angeboten hätten, könne er sagen:

1.) Man solle ihm keine Ministerstellen anbieten, das übe auf ihn keinen Einfluß aus.

2.) Es sei auch nicht daran zu denken, daß man ihn mit den damit verbundenen Bezügen hiezu bewegen könnte. Er sei freier Schriftsteller und verdiene sich sein Geld[8]. Er nehme ein Staatsamt nicht an; er habe das nicht nötig und verzichte darauf[9].

5 Am Abend des 12.9.1932 hielt Reichskanzler Papen im Rundfunk über alle deutschen Sender eine Programmrede, die folgende Passage enthielt: "Alle Autorität des Staates und jedes Amtes hat ihren Ursprung in Gott, auch wenn der Träger des Amtes vom Volk bestimmt wird." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 546 ff., S. 558.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 7.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

3.) Man solle ja nicht glauben, daß er 13 Jahre für etwas gekämpft habe, um es im 14. Jahre plötzlich wieder preiszugeben. Das könnten die Männer ja gar nicht beurteilen, die nicht selbst so gekämpft hätten.

Alle, die heute kämen und sagen würden, sie wollten sein Programm durchführen[10], könnten es weder begreifen, weil sie es nicht geschaffen hätten, noch schützen, weil sie auch nicht dafür die Opfer gebracht hätten. Seine Bewegung sei kein Objekt, das man erst schaffen und dann wieder beliebig verschachern könne.

Nach einigen Ausführungen über seine Stellung zum Parlamentarismus führte Hitler dann weiter aus: Er habe keine Maschinengewehre und doch habe er eine bedingungslose Autorität. Er kenne nicht Klasse und Stand. Er sei stolz auf seine Bewegung. Er habe ihr die Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, ohne Ansehen ihrer Herkunft. Es seien darunter Prinzen genau so wie Bauern. Es gäbe nur eins; denn das Kostbarste eines Volkes seien nicht eingebildete Nachkommen, sondern Köpfe.

Wenn ihm gesagt werde, daß er niemals an die Macht komme, wenn er nicht unter das Joch (der heutigen Regierung?) gehe, dann sage er: "Herr von Papen, darüber entscheiden nicht Sie." Das liege ausschließlich in der Macht der Vorsehung. Über eines solle man sich nicht irren: daß er jemals faule Kompromisse schließe. Sein Ziel sei, eine Bewegung zu gründen, die stark genug sei, allmählich das ganze Volk zu erobern. Er wolle es nicht beseitigen, sondern gewinnen. Wenn jemand Gewalt anwende, dann könne er auch von "uns" (der nat[*ional*]-soz[*ialistischen*] Bewegung) Gewalt haben. Die Reichswehr gehöre zum Schutze nach außen, nicht im Innern[11].

Er habe in den letzten Wochen gesehen, wie hart und fest die Bewegung sei, und zwar als Weltanschauung, bekämpft von allen Seiten. Die einen wollten, die anderen könnten sie nicht verstehen. Trotz einer Flut von Lügen wachse sie aber immerzu. Er glaube, daß die Bewegung noch mehr wachse. Sie habe kein anderes Ziel, als aufrichtig und ehrlich dem deutschen Volke zu dienen. Wenn er etwas anderes gewollt hätte, dann hätte er sich ja am 13.8.[*19*]32 entscheiden können.

Es spiele keine Rolle, wann die Nationalsozialisten zur Macht kämen. Nur eines sei notwendig, daß die Idee der Bewegung nicht preisgegeben werde. Ihre Stunde werde kommen, unter dem unbändigen Willen in der Sammlung der deutschen Menschen.

---

8 1932 gab Hitler in seiner Steuererklärung ein Gesamteinkommen von 64.639 RM an. Davon stammten 62.340 RM aus dem Verkauf von *Mein Kampf*, 2.299 RM aus anderer schriftstellerischer Tätigkeit. Nach Abzug der Steuern verblieben 44.745 RM. Vgl. Oron James Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842, S. 837 ff.
Nach amtlichen Angaben betrug das jährliche steuerpflichtige Diensteinkommen des Reichskanzlers unter Berücksichtigung der krisenbedingten Kürzungen 29.200,50 RM. Dazu kam eine Dienstaufwandsentschädigung, die im Haushaltsjahr 1932 die Gesamthöhe von 18.000 RM hatte. Reichsminister bezogen ein steuerpflichtiges Gehalt von 23.360,40 RM, zuzüglich einer Dienstaufwandspauschale von 4.800 RM. Vgl. Kreuz-Zeitung vom 28.10.1932 (Ausgabe B), "Die Höhe der Ministergehälter".

9 Nach einer öffentlichen Diskussion über Hitlers Einkommen im April 1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 19, 23) wurden die Bezüge, die ihm als braunschweigischer Regierungsrat zustanden, einem Fonds für Bedürftige zugeführt. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

10 Vgl. z. B. Dok. 1, Anm. 4.

11 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrages bestimmte unter anderem: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

Der Wall, den der Nationalsozialismus um Deutschland aufgerichtet habe, werde nicht ersetzt durch ein Kabinett. Der Idealismus und die Begeisterung, die in der Bewegung wiedererstanden sei, könne man nicht durch etwas anderes ersetzen.

Am 6. November [*1932*] finde wieder eine Wahl statt[12]; am 7. November werde der Kampf weitergehen. Um die Seele deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und auch Bürgerlicher. Wenn er von einer Regierung gefragt werde, wann er denn den Kampf aufgeben wolle, dann sage er: "Herr von Papen, wenn der letzte Deutsche in der Bewegung steht." Dann sei Deutschland wieder fähig, die Stellung einzunehmen, die ihm gebühre, denn nicht Diplomaten können Völker frei machen. Er wolle die deutsche Kraft formen; ein großes Werk, das am 6. November nicht sein Ende finde, sondern das an diesem Tage nur einen Kampftag habe. Der Kampf werde vergehen, und die Arbeit der Bewegung werde wieder beginnen.

16. Oktober 1932 — Dok. 15
"Nationalsozialistische Weltauffassung gegen Ideenlosigkeit und Dilettantismus" [1]
Schreiben an Franz von Papen

Broschüre: "Adolf Hitlers Offener Brief an Herrn von Papen. Die Antwort des Führers der NSDAP an den Reichskanzler", Berlin 1932[2]; IfZ, Fk 1486[3].

Herr Reichskanzler!

Als Sie am 12. Oktober [*1932*] vor dem Bayerischen Industriellenverband in München Ihre große Rede hielten[4], wurden zwei Absichten bemerkbar: Erstens sollte damit eine Rechtfertigung Ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik erfolgen und, zweitens, durch eine geschickte Polemik meine Person und die nationalsozialistische Bewegung angegriffen und erledigt werden. Da Sie mich, Herr Reichskanzler, dabei des öfteren direkt und indirekt anführten, sehe ich mich gezwungen, auf diese Ihre Rede ausführlich einzugehen.

Nach den üblichen Vorbildern neudeutscher Regierungskunst beginnt Ihre Rede mit einer Motivierung Ihrer Außenpolitik, geht dann über in eine Verteidigung Ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen und endet im Bereiche der innenpolitischen Gestaltung unseres Lebens.

Schon die von Ihnen gewählte Reihenfolge Ihrer Themen zeigt den inneren Gegensatz zwischen Ihrer Betrachtung der Lebensvorgänge eines Volkes und der unseren.

---

12 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

1 Titel laut Vorlage.
2 "Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gerhard Schlesier, Berlin W 15. Druck: H. Jamrowski & Co., Berlin-Charlottenburg 1."
3 Vgl. auch VB vom 21.10.1932, "Adolf Hitlers Antwort an Reichskanzler von Papen".
4 Im Phöbus-Palast, nach 11.00 Uhr vor etwa 2.500 Zuhörern. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764.

Als Nationalsozialist beherrscht mich die Erkenntnis, daß Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nur Funktionen sind zur Selbstbehauptung und Erhaltung eines Volkskörpers und mithin bestimmt werden von Faktoren, die in inneren Werten dieses Volkskörpers ihre Wurzel haben und aus ihnen ihre bestimmende Anweisung bekommen.

Diese inneren Werte umfassen ebenso die an sich im Blute gegebenen wie die durch Vererbung erhaltenen. Sie umfassen weiter die Werte der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation eines Volkskörpers. Wenn man im Völkerleben von "Reformen" redet, dann kann es sich unter Berücksichtigung *kurzer* Zeiträume immer nur um Änderungen in der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation der Menschen handeln, da die *bluts*mäßigen Werte an sich gegeben sind, Werte also, die in kurzen Zeiträumen verdorben, aber nur in langen Zeiträumen verbessert werden können.

Allerdings ist die blutsmäßige Aufbesserung eines Volkskörpers die erhabenste Aufgabe des wahrhaften Staatsmannes. Auf keinen Fall aber kann man die Wiedererhebung eines Volkes anbahnen, ohne diese größte Aufgabe im Auge zu behalten, und noch weniger, wenn man sich gegen sie stellt.

Im Hinblick darauf, daß die nationalsozialistische Bewegung aber gerade diese Erkenntnis in sich aufgenommen hat, stellt sie sich auf einen *geistigen Standpunkt von dauernder Gültigkeit,* nicht nur für die Betrachtung und Beurteilung der einzelnen Lebensvorgänge und Funktionen des Volkskörpers, sondern auch für die Durchführung der Absichten, die sich aus der Berücksichtigung dieser Erkenntnis für unser Volk in der Zukunft ergeben. *Damit setzt diese Idee die sie vertretende Organisation der nationalsozialistischen Bewegung in den Besitz einer Weltauffassung, die auf eine absolute Totalität Anspruch erheben kann. Und dank dieser universalen Idee ist diese Bewegung auch befähigt, den Kampf gegen andere Weltauffassungen durchzuführen.*

Es ist deshalb verständlich, daß die Betrachtungen, die ich als *Nationalsozialist* über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder außenpolitischen Lebensvorgänge anstelle, in sich geschlossene sind. *Daher ist es auch wohl verständlich, daß es für mich schwer ist, mich mit einer Rede zu beschäftigen, deren innere Disharmonie gerade deshalb so hervortritt, weil ihr jeder irgendwie mit dem Verstand zu fassende Ausgangspunkt fehlt.*

Es ist daher die Aufgabe dieser meiner Erwiderung, gerade die *Unlogik nicht nur dieser Ihrer Rede, Herr von Papen, sondern auch Ihres Handelns* aufzuzeigen. Daß ein solches Handeln für die Nation nicht nur unzweckmäßig, sondern auf das äußerste bedenklich ist, ergibt sich von selbst. Am sichtbarsten wird der Mißerfolg infolge dieser unlogischen Veranlagung zunächst gerade auf dem Gebiet in Erscheinung treten, das Sie sich, Herr Reichskanzler, als erstes Experimentierfeld ausersehen haben.

Die Krise der deutschen Wirtschaft

ist eine Erscheinung, die in ihren letzten Ursachen mit einem nur wirtschaftlichen Verstand nicht begriffen werden kann.

Das wirtschaftliche Denken ist der Tod jedes völkischen Idealismus

Ihr Ausgangspunkt liegt in dem Mißverhältnis, das zwischen dem deutschen Volke als Zahl seiner Bedeutung aus blutsmäßig gegebenen Fähigkeiten, einem daraus resultierenden Kulturbedürfnis und allgemeinen Lebensstandard einerseits und der als Lebensraum dem deutschen

Volke zur Zeit zugewiesenen Reichsfläche andererseits besteht [*sic!*]. *Das deutsche Volk ist daher gezwungen, entweder seine Volkszahl dem beengten deutschen Boden anzupassen, das heißt sich selbst zu dezimieren, oder die übrige Welt für seine Lebenshaltung in Anspruch zu nehmen, sei es durch das Abschieben deutscher Arbeitskräfte als Auswanderer, oder durch das Hinaussenden der deutschen Arbeitsleistung als Ware. Dieser letzte, seit Jahrzehnten vor dem Kriege bereits unternommene Versuch, die Lebenshaltung des deutschen Volkes durch eine intensive Anteilnahme am Weltverkehr und Welthandel zu ermöglichen, führte Deutschland in den Weltkrieg*[5].

Der Weltkrieg wurde verloren, weil die weltanschauliche Zerrissenheit der deutschen Nation einen geschlossenen Einsatz aller völkischen Kräfte nach außen bereits unmöglich machte.

Das ohne einheitliche weltanschauliche Auffassung schwankende, zwischen internationalen Marxismus und bürgerlichen, sogenannten nationalen Vorstellungen zerrissene Volk beendete das Ringen um seine damalige Lebensgeltung mit einer Revolution.

Die Folgen dieser Revolution des Jahres 1918 waren entsetzliche: Nach ungeheuersten Blutopfern eine *außenpolitisch demütigende Kapitulation,* ohne daß im Innern der Weltanschauungsstreit eine Beendigung durch den Sieg einer Richtung gefunden hätte. Nicht nur, daß damit Deutschland seinen notwendigerweise dauernd steigenden Anteil an den außerhalb Deutschlands liegenden internationalen Geschäftsmöglichkeiten verlor, *trat nunmehr sogar eine vernichtende Schmälerung der bisher innegehabten Beteiligung an internationalen wirtschaftlichen Möglichkeiten ein.* Eine vorübergehende, durch Lieferungen auf Grund unsinniger "Reparations"-Verpflichtungen mitunterstützte scheinbare Blüte der deutschen Produktion führte zu einer umfassenden Rationalisierung[6], zwang aber damit zugleich zu einer schweren öffentlichen und privaten Überschuldung[7].

Das Erwachen aus dem Reparationsunsinn, die allgemeine Einengung wirtschaftlicher Absatzmärkte überhaupt, die gigantische Steigerung der internationalen Konkurrenz führt zum langsamen Leerlauf der auf das äußerste rationalisierten Betriebe und endlich zu ihrem Stillstand.

Eine Arbeitslosenarmee wuchs damit heran und wurde zu einem
drohenden fünften Stand.

Daß man dieser aus dem politischen Verfall unseres Volkes resultierenden Katastrophe nicht mit kümmerlichen finanziellen und wirtschaftlichen Mittelchen Herr werden kann, liegt auf der

5 Zur Bedeutung von Weltwirtschaft und Welthandel für die Entstehung des Ersten Weltkriegs vgl. Volker R. Berghahn, Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, München 1997, S. 23 ff.

6 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

7 Die Gesamtverschuldung des Deutschen Reichs betrug am 30.9.1932 11.540,6 Millionen RM, die der Länder und Hansestädte 3.059,9 Millionen RM, die der Großstädte des Deutschen Reichs (ohne Hansestädte) 5.087,5 Millionen RM. Die als Reaktion auf die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise von den Reichsregierungen betriebene Deflationspolitik sowie die Fixierung auf einen ausgeglichenen Reichshaushalt führten dazu, daß vor allem Städte und Gemeinden von den Auswirkungen der Krise betroffen waren. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 458 sowie Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 251 ff.
Banken, Sparkassen, Genossenschaften und die öffentliche Hand hatten am 30.9.1932 Kredite im Gesamtbetrag von 50.719,5 Millionen RM ausgegeben. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 358 f.

Hand. *Alle Maßnahmen wirtschaftlicher Art zur Behebung dieser Not - und mögen sie noch so schwer und eingreifend sein - sind in ihrem letzten Erfolg zur Aussichtslosigkeit verdammt, wenn nicht der Ursprung des wirtschaftlichen Verfalls erkannt wird.* Diese Diagnose unseres kranken Volkes verpflichtet uns damit, den Heilungsprozeß *dort* einzuleiten, wo die Krankheit ihren Anfang genommen hat.

Es ist dies um so wichtiger, als erfahrungsgemäß im Völkerleben rein wirtschaftliche Maßnahmen, auch wenn sie tausendmal notwendig sind, nur schwer ertragen werden, sowie der ganze Sinn eines Volkes mit nur wirtschaftlichem Denken infiziert ist.

Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Nöte, ja die allgemeine Opferwilligkeit überhaupt nehmen in eben demselben Umfange ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politisch aufwühlender und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen und in ihnen aufgehen.

Das wirtschaftliche Denken erzieht am Ende immer zum Egoismus, und nur das völkisch-politische zum Idealismus und damit zum Heroismus.

Niemals aber benötigt ein Staatsmann diese gewaltigen Kräfte mehr als in einem Augenblick, da eine scheinbar erdrückende wirtschaftliche Not nur durch die ungeheuersten Anstrengungen überwunden und beseitigt werden kann.

In Deutschland haben die Regierungen seit dem Jahr 1918 dies nicht begriffen. Im Gegenteil: Um einer insbesonders unseren bürgerlichen Politikern unheimlich erscheinenden völkisch-weltanschaulichen Krise und deren Lösung in unserem Sinne zu entgehen, vermeinten sie in der Wirtschaft ein taugliches Mittel zum Wiederaufbau des Deutschen Reiches zu besitzen.

Als aber die törichte Phrase vom Wiederaufbau Deutschlands allein durch die harte Wirklichkeit ad absurdum geführt war, begann die Periode der Rettung der Wirtschaft selbst auf dem Notverordnungsweg. Mit Hilfe des Art[ikel] 48 löffelte man nun dem wirtschaftlichen Patienten die Gifte und Gegengifte in so schneller Reihenfolge ein, daß die Wirtschaft heute fast ebensosehr an den Medizinen krankt als am ursprünglichen Leiden[8].

Dabei war der Grundcharakter aller dieser Maßnahmen einem uralten Rezept entnommen, das für normale Zeitläufe ohne Zweifel seinen Sinn hat, aber diesen Sinn im Augenblick verlieren muß, wo es sich um eine Katastrophe des heutigen Ausmaßes aus den uns bekannten Ursachen handelt. *Man drosselte die Ausgaben und erhöhte die Einnahmen*[9]. Die Folgen dieses steuerlichen Vernichtungsfeldzuges konnten nicht ausbleiben und sind nicht ausgeblieben.

---

8 Wurden 1930 vom Reichstag noch 98 Gesetze beschlossen, so waren es 1931 nur noch 34, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von fünf im Jahr 1930 auf 44 im Jahr 1931 stieg. Dieses Mißverhältnis steigerte sich 1932: Das Parlament erließ fünf Gesetze, der Reichspräsident 59 Notverordnungen. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

9 Anspielung auf die Deflationspolitik der Regierung Brüning, die, auch um den Preis hoher sozialpolitischer Opfer, das Ziel hatte, vor dem Hintergund der Weltwirtschaftskrise die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 85 ff.; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 489 ff.; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 201 sowie Dok. 3, Anm. 5.

Trotzdem setzen Sie, Herr von Papen, diese unmöglichen Versuche weiter fort.

Die großen Gedanken, die wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren prägten und predigten, sind heute von Ihnen zum Teil akzeptiert worden, sind aber unter Ihrer unglücklichen Hand so verkümmert, daß höchstens wertvolle Begriffe verbraucht wurden, ohne irgend jemand dabei zu helfen.

Von Papens "Arbeitsprogramm" züchtet neuen Klassenhaß - Nationalsozialistische Arbeitsdienstpflicht überwindet die Klassengegensätze

Was haben Sie, Herr Reichskanzler, aus unserem

nat[ional]-soz[ialistischen] Programm zur Arbeitsbeschaffung

gemacht? Eine armselige Aktion, höchstens zur Belebung des Geldverkehrs, soweit die Banken an ihm teilhaben, um nicht zu sagen gänzlich unzulänglich, überhaupt wertlos aber für den angegebenen Zweck der Arbeitsbeschaffung [10].

Wenn Sie, Herr von Papen, heute noch den Mißerfolg Ihrer großen Aktion bestreiten wollen, dann werden die nächsten Monate ja endgültig erweisen, wer diese Dinge richtig gesehen hat, Sie oder ich. Es handelt sich nicht darum, daß man die Öffentlichkeit mit irgendwelchen Maßnahmen beschäftigt und in Atem hält, sondern daß man den großen und drückenden Sorgen wirklich zu Leibe rückt. *Es mag sein, daß ein Teil unserer Wirtschaft, dem ohnehin das Fortfretten* [11] *von heute auf morgen schon durch die Verhältnisse als des Handelns höchste Weisheit aufgezwungen wurde, Ihren Ausführungen gerührt Beifall klatscht, den Millionen-Armeen unserer vom grauen Elend gepackten Massen wird dadurch weder geholfen, noch haben sie an diesen Vorstellungen irgendeinen inneren Anteil.*

An diesen Massen aber muß sich Ihre Notverordnung erproben.

Und ich sage Ihnen hier, Herr Reichskanzler, Ihre Notverordnung wird diese Probe nicht bestehen. Ja, ich habe die Pflicht als Führer einer Millionenzahl deutscher Volksgenossen - so unangenehm es Ihnen, Herr Reichskanzler, sein mag -, schon hier und heute festzustellen, daß meiner Überzeugung nach Ihr ganzes wirtschaftliches Notverordnungswerk bereits "gewogen und als zu leicht befunden" [12] *wurde.*

Ebenso wie mit dem Programm einer Arbeitsbeschaffung verhält es sich mit dem Programm einer

Arbeitsdienstpflicht [13].

---

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

11 Österreichisch: Sich weiter abmühen.

12 Nach Daniel 5, 27: "Man hat dich in einer Waage gewogen und für zu leicht befunden."

13 Papen hatte bereits in einer Ministerbesprechung am 15.8.1932 die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erwogen, um die Jugend für die Präsidialregierung zu gewinnen, konkrete Schritte folgten jedoch nicht. Der 1931 eingerichtete Freiwillige Arbeitsdienst wurde zwar von der Regierung Papen mit der "Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst" vom 16.7.1932 (Druck: RGBl. 1932, I, S. 352 f.) erheblich ausgebaut, die Teilnahme an dieser sozialen Notmaßnahme für arbeitslose Jugendliche blieb aber absolut freiwillig. Die Zahl der Freiwilligen stieg von 97.000 im Juli 1932 auf 254.00 Ende Oktober 1932. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 400; Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967, S. 114 ff. sowie Wolfgang Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. In: VfZ 16 (1968), S. 317-346.

Aus einer sittlich und ethisch großen Idee, die wir Nationalsozialisten seit bald 12 Jahren vertreten[14]*, haben Sie, Herr Reichskanzler, eine ebenso verfehlte wie unzulängliche Einrichtung gemacht.*

Während wir Nationalsozialisten durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht nur ein Arbeitslosen-Reservoir entleeren, sondern zur Überwindung unserer inneren Klassengegensätze die deutsche Jugend ohne Ansehen ihrer Person und Herkunft zum Begreifen der Arbeit als sittliche Pflicht erziehen wollen, um sie in ihr und durch sie aneinander zu gewöhnen und sich gegenseitig kennen, schätzen und lieben zu lernen, bauen Sie, Herr Reichskanzler, ohne jedes Verständnis für diese gewaltige Aufgabe eine Institution auf, die, nur die "Enterbten des Glücks" umfassend, zwangsläufig einst mehr zu einer Gefahr als zu einem Segen des deutschen Volkes werden muß.

Damit aber kann ich auch hier leicht ein Prophet sein: Dieser Ihr Versuch hat weder wirtschaftlich, noch sonst irgendeinen wirklich greifbaren Wert.

Nicht minder systemlos, unlogisch, ja undurchdacht ist Ihre Stellungnahme zum Gesamtkomplex der sozialen Frage überhaupt. Ihre früher vertretene Ansicht, daß der

"Wohlfahrtsstaat"

abzulehnen sei, haben Sie anscheinend nunmehr als taktisch unglücklich empfunden und teilen heute, Ihre damalige Ungeschicklichkeit korrigierend, der Öffentlichkeit eine Auffassung mit, *die in Wirklichkeit noch viel unglücklicher ist.* Sie betonen, daß Sie damals sagen wollten, der Staat sei keine Versorgungsanstalt[15].

Herr Reichskanzler, der Staat ist eine zusammenfassende Organisation menschlicher Wesen zum Zweck der Ermöglichung einer ihrer Art und Fähigkeiten entsprechenden Forterhaltung. Der Staat ist nicht dazu da, daß etwa eine Regierung etwas zu regieren besitzt. Wenn es einem Staat nicht möglich wird, einem Volk die Lebensgrundlagen und damit Lebensvoraussetzungen zu sichern, ist er vollständig zwecklos und damit wertlos.

Zu diesen Lebensgrundlagen gehört allerdings im allgemeinen nicht der Bezug von Almosen, dafür aber um so mehr die Möglichkeit einer allgemeinen Betätigung zur Lebenshaltung der einzelnen und damit der Gesamtheit.

Unter keinen Umständen kann der Staat seine Uninteressiertheit an der Lebenshaltung, ja Lebenserhaltung von Millionen seiner Bürger aussprechen oder gar vertreten, ohne daß er sich nicht selbst auf die Dauer in Anarchie auflöst.

---

14 Die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht war kein Gegenstand des 25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24.2.1920. Hitler selbst hatte sich bis Anfang der 30er Jahre nur am Rande zu diesem Thema geäußert. Seit 1925 trat vor allem der NSDAP-Abgeordnete Franz Stöhr sporadisch, mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929/30 die ganze NSDAP-Reichstagsfraktion für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein, mit der mehrere Ziele verfolgt werden sollten: Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit standen die nationale Erziehung der Dienstpflichtigen und die Ausnutzung der Arbeitskraft für den "wirtschaftlichen Befreiungskampf" Deutschlands. Vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, S. 51 ff., 243 ff. sowie Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht, S. 329 ff.

15 "In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat oder - wie ich unmißverständlicher sagen möchte - der Versorgungsstaat, so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heftige Kritik, die dieser Satz gefunden hat, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohem Maße den Arbeitgeber aller Grade der sittlichen Pflicht entlastet hat, zuallererst, und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen." Druck: wie Anm. 4, S. 759.

Es ist eine Frage seines allgemeinen inneren sittlichen Wertes sowohl als seiner vernunftgemäßen Organisation, ob er dieser Verpflichtung den einzelnen Bürgern gegenüber durch das Verteilen von Almosen oder durch die Schaffung von Arbeit gerecht werden will. Das eine oder das andere aber muß er tun. Er kann sich nicht beiden Verpflichtungen zugleich entziehen.

Wenn allerdings ein Staatsmann so verhängnisvolle Auffassungen über die natürlichen und selbstverständlichen Pflichten der menschlichen Gemeinschaftsorganisationen ihren einzelnen Mitgliedern gegenüber besitzt, dann kann es keinen wundernehmen, wenn an Stelle einer groß erfaßten Sozialpolitik teils verkehrte, teils ungenügende und damit immer den Endzweck verfehlende Maßnahmen treten.

Alle diese wirtschaftlichen Halbheiten und Mißgriffe werden aber um so gefährlicher, als von Regierungs wegen eine förmliche *Hypnose der Nation zum wirtschaftlichen Denken betrieben wird. Was bedeutet es aber, wenn bei einem also orientierten Volk ein Reichskanzler bei dürftigsten realen Erfolgen nichts anderes zu melden weiß, als daß die Regierung "beabsichtigt", "erwägt", "prüft", "hofft" usw.*

Diese stereotypen Amtsphrasen, Herr Reichskanzler, können vielleicht einen interessanten Einblick in das Kreißen jener Berge vermitteln, denen dann Ihre wirtschaftlichen Mäuse das Leben verdanken, verraten aber mit erschreckender Deutlichkeit, wie gänzlich ziel- und planlos Sie selbst diesen Dingen im Grunde gegenüberstehen.

Die deutsche Not wird durch keine Verfassungs-Reform überwunden

Allerdings kann man die Folgen der von der nationalsozialistischen Bewegung geleisteten Erziehungsarbeit über diese Probleme und ihre inneren Ursachen nicht mehr rückgängig machen oder aus der deutschen Nation ausmerzen. Selbst unsere Gegner müssen daher heute zumindest so tun, als ob sie ebenfalls auf dem Wege wären, den inneren Gründen unseres Verfalls nachzuspüren. So versuchen denn also auch Sie, Herr Reichskanzler, Ihrem Handeln den Anstrich einer inneren Mission zu geben, die beim eigenen Ich anfängt und in der

"göttlichen Ordnung"

aufhört[16].

Ich glaube nun, daß nichts schärfer die Unlogik und Unhaltbarkeit Ihrer Gedankengänge aufweisen kann als der Teil Ihrer Rede, der gedacht ist, eine weltanschauliche Fundierung Ihrer Handlungen vorzutäuschen.

Sie sagen:

"Der führende Staatsmann hat die Verpflichtung, über den Tagesstreit hinweg nach den Gründen der Hindernisse zu forschen, die sich dem Ziel der Nation entgegentürmen, die den Weg blockieren, die die Sehnsucht wieder einmal zu trügen versuchen. Der führende Staats-

16 "Ich sagte damals, daß konservative Staatspolitik eine Politik aus dem Glauben sei. Das Wesenhafte jeder konservativen Weltanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das aber ist auch ihr grundsätzlicher Unterschied zwischen der Doktrin, welcher die NSDAP huldigt. Ihr Grundsatz der 'Ausschließlichkeit' des politischen 'alles oder nichts', ihr mystischer Messiasglaube an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession. Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik." Druck: wie Anm. 4, S. 762 f.

mann hat auch, ohne in den Tagesstreit hinabzusteigen, die Verpflichtung, das festzustellen, was die Nation für ihre Urteilsbildung wissen muß [17]."

Wo waren Sie die letzten dreizehn Jahre, Herr von Papen?

Es ist sehr schön, Herr von Papen, daß der "führende Staatsmann" nach den "Gründen der Hindernisse forschen" soll, die sich dem "Ziel der Nation entgegentürmen". *Wenn aber nun die Staatsmänner, Herr von Papen, statt beizeiten zu forschen, 13 Jahre lang in der Zentrumspartei sitzen* [18], *dann wird schon nichts anderes übrig bleiben, als daß inzwischen andere sich dieser Forschungsarbeit widmen.* Denn man kann nicht gut allen verantwortungsbewußten und sich für das Wohl ihres Volkes sorgenden Männern das Denken einfach verbieten, weil die "forschenden" Staatsmänner noch nicht ihr Amt angetreten haben. Ohne Zweifel, Herr von Papen, hat aber die Welt von Ihrer intensiven Forschungsarbeit bis vor drei Monaten noch keine Kenntnis gehabt. Ich weiß auch wirklich nicht, ob die Ergebnisse dieser Forschung damals schon sehr bedeutende gewesen sein können, denn sonst wäre es selbstverständlich Ihre Pflicht gewesen, zumindest Ihre eigene Partei mit Ihren erschauten Kenntnissen vertraut zu machen. Denn wenn auch nach Ihrer Meinung der Staatsmann nicht in den Tagesstreit hinabsteigen soll, *dann befand sich aber zumindest der Zentrumsabgeordnete von Papen in diesem Streit des Tages, und es wäre schon damals seine Pflicht gewesen, innerhalb des Zentrums das festzustellen, was die Nation, soweit sie im Zentrum sich befindet, "für ihre Urteilsbildung wissen muß".* Wir Nationalsozialisten, Herr Reichskanzler, haben jedenfalls diese Aufklärung seit 13 Jahren betrieben. *Und aus dieser unserer Aufklärungsarbeit, Herr von Papen ist das geworden, was Sie als*

"unseres Volkes Sehnsucht"

bezeichnen. Allerdings das Ziel dieser Sehnsucht ist ein anderes als das, welches das Ergebnis Ihrer Forschertätigkeit Ihnen vermittelt zu haben scheint.

von Papens Gottesgnadentum

Der Unterschied, der zwischen Ihrer Auffassung über das Ziel der deutschen Sehnsucht und der unseren besteht, wird klar durch folgende Ausführungen Ihrer Rede:

"Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein 'Rocher de bronze' [19]. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält [20], soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen.

---

17 Druck: wie Anm. 4, S. 762.

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 5.

19 Anspielung auf eine Randbemerkung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. vom 25.4.1716, mit der er eine Eingabe unter anderem mit den Worten ablehnte: "Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souveränität und setze die Krone fest wie einen rocher von bronce, und lasse den Herren Junkers den Wind von Landtag. Man lasse den Leuten Wind, wenn man zum Zweck kommt."
Satzende fehlt in "Akten der Reichskanzlei" (vgl. Anm. 4, S. 760), ist jedoch überliefert in: Frankfurter Zeitung vom 13.10.1932 (AA und 1. MA), "Die Münchner Rede".

20 Der zweite Hauptteil der Verfassung des Deutschen Reichs enthielt die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen". Druck: RGBl. 1919, S. 1404 ff.

Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden[21]."

Damit, Herr Reichskanzler, sagen Sie folgendes: Es gibt zwei Faktoren: auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen das Volk. Die Regierung ist "machtvoll" und "autoritär" und muß "in eine richtige Verbindung zum Volk" gebracht werden. Das ist schon richtig, denn ganz ohne "Volk" natürlich kann auch eine "machtvolle" und "autoritäre" Regierung nicht sein.

Allein diese Auffassung eines Gottesgnadentums war bei unseren Monarchien schon überlebt und nicht mehr aufrechtzuerhalten, ist aber in der heutigen Zeit und angesichts der die Welt im Augenblick bewegenden umwälzenden Kräfte einfach absurd.

Sie wird nur erklärlich bei einem Manne, an dem die politische Entwicklung der letzten Jahre spurlos vorübergegangen ist und dem auch jede Fähigkeit des ruhigen Durchdenkens dieser Probleme fehlt.

Jede Organisation menschlicher Einzelwesen setzt eine gewisse Summe gemeinsamer Auffassungen und gleichmäßig gesehener Interessen voraus. *Dieses kann sich schon bis zu einem gewissen Grade aus der rassenmäßigen Einheit eines Volkes ergeben, muß aber ohnedem und darüber hinaus immer durch eine sei es religiös-universale oder weltanschaulich genügend begründete, Erziehung gewährleistet sein.* Je weniger der Staat selbst sich mit diesen grundsätzlich wichtigsten Problemen beschäftigt, um so mehr ist er angewiesen auf die Hilfe anderer organisatorischer Gebilde, die diese Mission übernommen und durchgeführt haben. *Die Bildung der großen germanischen Reiche als machtpolitische Erscheinungen wäre nie denkbar gewesen ohne die geistige Grundlage des Christentums als religiös-moralische Weltanschauung und Plattform.* Dieses geistige System, Herr von Papen, schuf die Voraussetzung für die Gründung und Erhaltung großer menschlicher Gemeinschaften. *Seit dieses Fundament, von inneren Schwierigkeiten und Kämpfen erschüttert, wankend wurde, kam in die europäischen Staaten jene Unruhe, die teils in schleichenden Krisen, teils in plötzlich ausbrechenden Katastrophen die Geschichte der letzten 300 Jahre kennzeichnete.*

Die Wahrheit über den 13. August [*1932*]

Die damit schwankend gewordenen Auffassungen über *gewisse Grundbegriffe* des Gemeinschaftslebens übertrugen sich selbstverständlich sofort auf die mehr äußeren machtpolitischen Charakter besitzenden staatlichen Gebilde. *In diese unsicher und unruhig gewordene Welt kam*

der Marxismus

als eine neue, das gesamte Leben in ein System bringende Weltauffassung. Der Ausgangspunkt seiner Lebensbetrachtung ist der Begriff "Menschheit". *Seine Theorie der Gleichheit aller ist nicht nur wissenschaftlich unhaltbar, sondern auch in erster Linie für die weißen Völker verhängnisvoll, ja tödlich.*

Seine Angriffswucht hat dank der Mobilisierung eines in den meisten Ländern und Staaten der Erde vorhandenen Untermenschentums nicht nur ein gigantisches Gebiet über halb Asien und einen großen Teil Europas hinweg bereits überrannt, sondern auch in den übrigen Staaten mächtige Stützpunkte eingenommen. Es gehört die ganze gedankliche Oberflächlichkeit unserer

21 Das Satzende lautete nach "Akten der Reichskanzlei" "[...], ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein." Druck: wie Anm. 4, S. 760.

alten Herrenschichten dazu, sich einbilden zu können, daß man dieser elementaren Weltanschauungskrise eine "machtvolle" und "autoritäre" Regierung gegenübersetzen könnte.

Herr von Papen, entweder Sie haben keine Ahnung von der Gefahr, in der der Rest Europas und in erster Linie Deutschland sich dem Bolschewismus gegenüber befindet, oder Sie glauben wirklich, daß einer Weltanschauung ein "Kabinett" gegenübergestellt werden könnte. Das, was Sie reden, ist nichts anderes, als wenn jemand die Auffassung vertreten wollte, man könnte eine Religion beseitigen oder gar ersetzen durch eine "Regierung".

Dabei leben wir, Herr von Papen, in einer Zeit, die das Unsinnige dieser Auffassung eigentlich doch zur Genüge dargestellt und bewiesen haben müßte. Trotzdem meinen Sie, daß es eine Regierung von Macht und Überparteilichkeit sein muß, ein "Rocher de bronce", wie Sie sagen, um nicht "von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben" zu werden.

Nichts gelernt und nichts vergessen

Herr von Papen, glauben Sie, daß Ihr Kabinett ein härterer "Rocher de bronce" sein wird als die Regierung der Habsburger, jene der Bourbonen, der Romanoffs oder die glanzvolle Tradition der Häuser Hohenzollern, Wettin oder Wittelsbach? Es liegt offenbar in der Natur aller überoptimistischen Restaurationspolitiker, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, daß sie immer wieder glauben, das Spiel mit den alten Kräften beginnen zu können. Ihr ganzes Denken, Herr von Papen, kreist um Ihr Kabinett, die Weimarer Verfassung und um die gegenwärtigen Parteien. Daß Verfassung und Parteien aber nur zeitliche Erscheinungen in der Tiefe stattfindender Umwälzungen sind, kommt Ihnen anscheinend nicht zu Bewußtsein.

Nur so ist auch Ihre Einstellung zur nationalsozialistischen Idee und Bewegung verständlich.

Sie sprechen von einer *"grundsätzlichen neuen Staatsführung[22]", und wir reden von einer grundsätzlich neuen Erziehung unseres Volkes in allen Schichten.*

Denn in derselben Zeit, da Sie, Herr von Papen, ein treues Mitglied der Zentrumspartei waren, habe ich der marxistischen Weltanschauung eine deutsche gegenübergestellt, ausgehend statt vom Begriffe der "Menschheit" vom Begriffe "Volk", oder noch schärfer von Blut und Rasse als den ewigen Bausteinen des Schöpfers.

Es ist daher auch nicht, wie sie glauben, Herr von Papen, die Zukunft der deutschen Nation oder der deutschen Wirtschaft abhängig von einer neuen "Verfassung", sondern vielmehr abhängig von der Wiedergewinnung einer für das staatliche Leben geeigneten einheitlichen weltanschaulichen Auffassung.

Es ist daher auch unsinnig, wenn Sie, Herr Reichskanzler, sagen:

"Wir waren uns bewußt, daß das Reich und die Länder nur wiedergesunden werden, wenn es gelänge, dem politischen Willen des Volkes eine neue und bessere Ausdrucksform zu geben, als es das Werk von Weimar vermocht hätte[23]."

Herr Reichskanzler! *Welchem* politischen Willen wollen Sie denn eine "neue und bessere Ausdrucksform" geben? *Sie scheinen keine Ahnung davon zu haben, daß es einen eindeutigen politischen Willen des deutschen Volkes schon lange nicht mehr gibt, weil alle Grundauffas-*

---

22 "Als diese Reichsregierung vom Herrn Reichspräsidenten berufen wurde, habe ich das Prinzip einer grundsätzlich neuen Staatsführung verkündet." Druck: wie Anm. 4, S. 762.

23 Druck: wie Anm. 4, S. 762.

sungen verschieden sind. Die Zersetzung jedes einheitlichen weltanschaulichen Denkens in unserem Volke hat dazu geführt, daß dieselben Probleme, die gleichen Lebensvorgänge bei uns eine extrem verschiedene Beurteilung erfahren.

Was der in Ihren Augen zu rettende "Staat" ist, ist in den Augen von Millionen ein zu beseitigendes Übel.

Was Sie als Grundlage unserer wirtschaftlichen Existenz ansehen und mit Privateigentum bezeichnen, ist für Millionen andere ein Unrecht, das Diebstahl heißt[24].

Was Sie als religiösen Glauben verkünden, ist für andere nur Aberglaube, da diese Gottes Existenz überhaupt leugnen.

Was Sie, Herr von Papen, unter "Moral" verstehen, erscheint zahlreichen Millionen unserer Volksgenossen als Unmoral, ja als gesellschaftliche Schmach und Klassenschande usw.

Sie haben offenbar nicht sehr tief geforscht, Herr von Papen, sonst müßten Sie das alles wissen. *Und Sie müßten und würden dann auch begreifen, daß die deutsche Not keine Verfassungsnot, sondern im tiefsten Sinne des Wortes eine seelische Not ist.*

Nicht im Herrenklub[25]*, sondern durch Leistung wird "göttliche Berufung" bewiesen*

Und dann würden Sie am Ende vielleicht sogar begreifen, daß man erst das Denken unseres ganzen Volkes in eine gesunde Entwicklung bringen muß, damit aus diesem Denken dann eine neue Willensbildung erfolgen kann, daß erst aus dieser Willensbildung heraus die Art der staatlichen Organisation gegeben ist. Sie würden dann nicht, Herr von Papen, von *"konservativer Staatspolitik"* als einer *"Politik aus dem Glauben"* reden, würden nicht von *"konservativen Weltanschauungen"* und von ihrer Verankerung in der *"göttlichen Ordnung"* sprechen[26].

Oder wollen Sie etwa behaupten, Herr von Papen, daß der Herrenklub eine geeignete Studienvereinigung für die Erforschung der göttlichen Ordnung sei und Sie selbst etwa ein Exponent derselben?

Wenn wir von der "göttlichen Ordnung" reden, dann ist vorauszusetzen, daß sie nicht unvernünftig, sondern auch nach den Maßstäben menschlichen Begreifens höchste und klarste Vernunft sein muß. Dann aber wird diese göttliche Ordnung in erster Linie fordern, daß den weisesten und fähigsten Köpfen des Volkes auf allen Gebieten des Lebens die Führung und Ordnung der Dinge zukommt. *Gott schafft eben nicht vernünftige Wesen, damit unvernünftige führen, nicht kluge, damit beschränkte bestimmen, und nicht sehende, damit blinde regieren.* Wenn Sie auch überzeugt sind, Herr von Papen, göttlicher Berufung zu folgen, so müßten Sie uns doch erst den Teil der göttlichen Ordnung nennen, aus dem diese Berufung sich herleitet. *Denn sonst, Herr Reichskanzler, gibt es für göttliche Berufung nur einen Beweis, und das ist die Leistung.*

Was Sie nun, Herr von Papen, in den letzten 13 Jahren staatsmännisch geleistet haben, ist mir ebensowenig bekannt wie der Welt und dem deutschen Volke. Ich erblicke darin jedenfalls kein Anrecht, sich irgendwie auf eine Ihnen übertragene "göttliche Mission" zu berufen.

---

24 Bezieht sich auf die von Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) in seinem 1840 erschienenen Werk "Qu'est-ce que c'est que la propriété? ou: Recherches sur le principe du droit et du gouvernement" geprägte Formel "La propriété c'est le vol".

25 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

26 Vgl. Anm. 15.

Allerdings, in einem haben Sie recht: Wenn Sie selbst einsehen, daß dieser Mangel der grundsätzliche Unterschied zwischen unserer und Ihrer Auffassung ist. *Sie* nehmen den Allmächtigen zum Beweis dafür in Anspruch, daß es mit Ihrer staatsmännischen Existenzberechtigung seine Richtigkeit habe, und verkünden damit, daß Ihre Politik eine

"Politik aus dem Glauben"

heraus sei. *Wir dagegen haben die uns vom Allmächtigen gegebenen Kräfte und Fähigkeiten unermüdlich und fleißig eingesetzt und angewandt für die geistige Erziehung und damit politische Erhebung unseres Volkes. Und insoferne haben wir nun tatsächlich einen Glauben aus der Politik, nämlich den an unser Volk und an unsere Leistung.*

Allerdings, so ganz überzeugt von Ihrer göttlichen Mission scheinen Sie ja auch nicht immer gewesen zu sein, Herr Reichskanzler, denn als sich die wunderbaren Zufälle Ihrer politischen Ernennung abspielten, war Ihre Forschungsarbeit zu noch nicht klar ausgeprägten Ergebnissen gelangt. Sollten Sie schon damals überzeugt gewesen sein, daß die neue Staatsgewalt mit den Parteien nichts zu tun haben dürfte, ja unabhängig über ihnen stehen sollte, *wie konnten Sie mich, Herr von Papen, überhaupt am 13. August [1932] einladen, in Ihr Gottesgnaden-Kabinett einzutreten*[27]*?*

Sie sagen in Ihrer Rede:

"Das Angebot des 13. August [*1932*], das der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und in Preußen gab, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte, hat Herr Hitler nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen[28]."

Herr Reichskanzler! Zum einen sagen Sie, daß die "neue", "machtvolle", "autoritäre" Reichsregierung *über* Parteieinflüssen stehen soll.

Zum anderen sagen Sie, daß die *nationalsozialistische Partei* einen *maßgebenden Einfluß bekommen sollte.*

Und zum dritten sagen Sie in derselben Rede, daß zwischen der "konservativen Politik aus dem Glauben" dieses Kabinetts und dem "nationalsozialistischen Glauben aus der Politik" meiner Partei ein "unüberbrückbarer Unterschied" zu sehen ist.

Das ist doch wohl eine Logik, die mit göttlicher Ordnung wirklich nichts mehr zu tun hat.

Ich darf mir aber nun, Herr Reichskanzler, weiter die Frage erlauben:

Warum sollte ich denn überhaupt einen "maßgebenden Einfluß" in diesem Kabinett ausüben?

Mußte nicht dieser Einfluß angesichts des von Ihnen selbst festgestellten unüberbrückbaren Unterschiedes unserer Auffassungen in die von der göttlichen Ordnung inspirierte Einheit Ihres Kabinetts und Einmütigkeit Ihres Ministerrates eine böse Disharmonie hineintragen?

Denn, da Sie selbst zugeben, daß die Wurzeln unserer Auffassungen ganz verschiedene sind, mußte dies doch auch eine sehr verschiedene Einstellung zu den verschiedensten Problemen, die nun einmal gelöst werden müßten, zur Folge haben. Wenn das nicht der Fall sein

27 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

28 Laut *Akten der Reichskanzlei*: "Das Angebot des 13. August [*1932*], das der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und in Preußen gab, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen." Druck: wie Anm. 4, S. 762.

würde, bestünde ja gar keine Notwendigkeit, daß Sie sich auf die "göttliche Ordnung" berufen und mich zum ersichtlichen Vertreter niederer menschlicher Leidenschaften degradieren.

Weil aber nun unsere Auffassungen, wie Sie selbst zugeben, nicht gleich sein können, wie konnten Sie mir, Herr von Papen, dann einen "entscheidenden Einfluß" in Ihrem Kabinett einräumen? Denn das heißt doch nichts anderes, als daß bei auftretenden Meinungsdifferenzen am Ende Ihre "konservative Politik aus dem Glauben" zugunsten meines "Glaubens aus der Politik" hätte ins Hintertreffen geraten können. Danken Sie Gott dem Herrn, Herr von Papen, daß mein Nein Sie damals von dieser bösen Verirrung noch gerettet hat!

Sollten Sie aber am Ende sogar innerlich bereit gewesen sein, den Einfluß meiner Partei und meiner Person wirklich anzunehmen und ihm nachzugeben - eine andere Möglichkeit bestand ja bei den Gegensätzen unserer Auffassungen nicht, *besonders nachdem ich selbst niemals nachgegeben hätte -, so verstehe ich wirklich nicht Ihr Sträuben gegen die auch nach außen sichtbare Übernahme der Führung durch mich und die Bewegung.*

Oder glaubten Sie wirklich, daß wir am Ende etwa schweigend Torheiten anderer mitgemacht hätten oder unser Wissen hergeliehen haben würden, damit Dritte es vertun?

Herr von Papen! Das kann ich Ihnen sehr deutlich sagen: Entweder wir sollen in die Regierung, dann fordern wir die Führung, oder wir erhalten die Führung nicht, dann muß man auch in einer Regierung auf uns verzichten.

Die Möglichkeit aber, in dieser Regierung wirklich seinen Einfluß geltend zu machen, bestand nur dann, wenn zumindest der Posten des Reichskanzlers von der Bewegung, und zwar durch ihren Führer, besetzt wurde.

Die Behauptung, Hitler hätte die ganze Macht allein gefordert, ist unwahr!

Wenn Sie nun damit die Behauptung aufstellen, daß die Partei oder ich die gesamte Macht gefordert hätten, so ist das, Herr Reichskanzler, eine Unwahrheit. Weder von mir, noch von irgend jemand anderem ist eine solche Forderung erhoben worden. Aber gerade, weil der verhandelnde Minister mir erklärte, daß eine Reihe der wichtigsten Ministerien zumindest im Augenblick vom Reichspräsidenten uns verweigert werden würden, mußte ich um so mehr die Forderung stellen, daß dann aber die Stelle des Reichskanzlers der Bewegung zufalle. Denn wie können Sie, Herr Reichskanzler, von einer Forderung der gesamten Macht reden, während Sie doch genau wissen, daß von vorneherein

das Reichswehr-Ministerium,
das Reichswirtschafts-Ministerium,
das Reichsfinanz-Ministerium,
das Reichsjustiz-Ministerium,
das Reichspost-Ministerium,
das Reichsernährungs-Ministerium
von unserer Bewegung nicht besetzt werden sollten[29].

29 Die genannten Ressorts standen bei den Verhandlungen über die Kabinettsbildung nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 nicht zur Diskussion. Am 4.8.1932 hatte Hitler Reichswehrminister Kurt von Schleicher die Forderungen der NSDAP präsentiert: Seine eigene Ernennung zum Reichskanzler sowie die Vergabe der Ressorts Inneres an Wilhelm Frick, Luftfahrt an Hermann Göring, Arbeit an Gregor Straßer und Erziehung an

Im übrigen hat die nationalsozialistische Bewegung und habe ich nur eine Forderung aufgestellt, für die wir das tatsächliche und moralische Recht auf unserer Seite hatten.

Würde ich nicht Adolf Hitler und deutscher Nationalsozialist sein, sondern internationaler marxistischer Sozialdemokrat, wäre meiner Ernennung zum Reichskanzler genau so wenig im Wege gestanden, wie wir das an analogen Beispielen von früher her kennen.

Die Beweggründe aber, die Sie der Öffentlichkeit, Herr Reichskanzler, als maßgeblich für die Entscheidung des Reichspräsidenten mitteilten, berühren mich um so weniger, als mir der tatsächliche Hergang der Dinge genau bekannt ist [30]*!*

Der wahre Sinn des "Präsidialkabinetts"

Im übrigen muß ich wirklich an Mimes klagende Begrüßung vor dem erschlagenen Drachen denken[31], wenn ich den kurzen Sinn aus Ihrer langen Rede herauslesen will. Wenn die "Ritter" der bayerischen Industrie jemals durch das Blut eines erschlagenen Lindwurmes sehend geworden wären, dann hätte sich die Rede ungefähr folgendermaßen angehört:

"Meine lieben bayerischen Landsleute!

Ich komme ja nicht, weil mich so sehr die Liebe zu Euch herführt als vielmehr die Sorge.

Seit vielen Jahren hat das Zentrum im Verein mit Sozialdemokraten, Demokraten, Volksparteilern und manches Mal und mancherorts auch mit deutschnationalen Bundesbrüdern regiert.

Da ist in Deutschland ein Mann aufgestanden, um gegen uns zu bohren und zu wühlen, das Volk aufzuklären, uns zu entfremden und am Ende abspenstig zu machen.

Jahrelang haben wir alles versucht, um uns dieser schlimmen Gefahr zu erwehren. Anfänglich nahmen wir ihn leider nicht ernst genug. Später liefen ihm schon so viele Menschen nach, daß man nur mit der Gewalt des Staates hätte seiner Herr werden können. Wir haben nun alles versucht, um ihn und seine nationalsozialistische Partei von Staats wegen unschädlich zu machen. Die Parlamentskollegen Severing[32]*, Grzesinski*[33] *und Braun*[34] *haben manches getan, diesem Störenfried unserer selbstzufriedenen Regierungen etwas Gesetzwidriges nachzuweisen.*

Joseph Goebbels. Goebbels schrieb zusammenfassend in sein Tagebuch: "Das heißt also, - die ganze Macht oder gar nichts." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 211 ff.

30 Zu den Verhandlungen über die Kabinettsbildung vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

31 Bezieht sich auf eine Szene aus Richard Wagners 1876 uraufgeführter Oper *Siegfried*, die von Hitler als Beispiel einer heuchlerischen Rede angeführt wird.

32 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR, 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

33 Albert Grzesinski (1879-1947), Metalldrücker, 1906-1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenburg und Kassel, 1918/19 Mitglied des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik, 1919-1924 Stadtverordneter in Kassel, 1919-33 MdL in Preußen (SPD), 1919-1921 Reichskommissar des Reichsabwicklungsamtes, 1921/22 Referent im Reichsarbeitsministerium, 1922-1925 Präsident des preußischen Landespolizeiamtes, 1925/26 und 1930-1932 Polizeipräsident von Berlin, Oktober 1926 bis Februar 1930 preußischer Innenminister, 1933 Emigration.

34 Otto Braun (1872-1955), Stein- und Buchdrucker, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1913-1918 MdL in Preußen, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1932, 1920-1933 MdL in Preußen, November 1918 bis April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis Februar 1933 preußischer Ministerpräsident, 1933 Emigration.

Ja, unser Parteibruder Wirth[35] *hat mit vieler Mühe und saurem Fleiß hundert Seiten lange Denkschriften fabriziert, um aus Zitaten von Reden - von denen, wie ich im Vertrauen sagen will, wir gar nicht behaupten wollen, daß sie je gehalten wurden - illegale Absichten oder verbotene Zwecke diesen schändlichen Volksaufwieglern aufzuhängen*[36]. *Ja, wir haben ihren Führer in den Gerichtssaal geschleppt, ihn Eide schwören lassen, daß er die Verfassung legal beobachten wolle*[37], *und hinterher behauptet, daß er dennoch nicht legal sei.*

Es war alles umsonst. Sie sind leider legal geblieben. Die Zahl dieser Nationalsozialisten wuchs und wuchs. Sie kamen immer mehr in die Parlamente, und endlich, meine lieben bayerischen Landsleute von der Industrie, Sie wissen es ja selbst, kamen 107 in unseren Reichstag[38].

Anderthalb Jahre lang hat es unser Reichskanzler Brüning versucht, sie wieder klein zu machen. Aber unser Regiment führte ihnen immer neue Scharen zu, so daß wir endlich zur Überzeugung kamen: Hier kann keine Gewalt mehr helfen, sondern nur mehr listige Klugheit und kluge List.

Da es selbstverständlich war, daß nach dem normalen Brauch der Verfassung diese Nationalsozialisten in der Zukunft mit der Regierungsbildung hätten betraut werden müssen[39], *haben wir ein neues Wort erfunden - 'Präsidial-Kabinett' -, um damit diese jetzt unbrauchbare Verfassung tatsächlich außer Kraft zu setzen und die Regierungsgewalt doch in Händen zu behalten. Obwohl wir die Wahlen erst für den 31. Juli* [1932] *ansetzten, und in der Zwischenzeit so regierten, um mit unseren Maßnahmen die blinden Toren zu belasten, erhielten sie doch die erschreckende Zahl von 230 Mandaten*[40].

In dieser Not konnte nur eines helfen: Wir wollten Sie nun - überzeugt, daß sie, nichts Böses ahnend, freudig gerührt und beglückt einschlagen würden - in unser Kabinett, das nicht nur die Unterstützung aller Juden, sondern auch vieler Aristokraten, Deutschnationaler und Stahlhelmer besitzt, einladen und aufnehmen. Wir wollten ihnen damit schon langsam die Giftzähne

35 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Dr. phil., 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913-1921 MdL in Baden (Zentrum), 1914-1933 MdR, bzw. Mitglied der Nationalversammlung, 1918-1920 Finanzminister in Baden, März 1920 bis Oktober 1921 Reichsminister der Finanzen, Mai 1921 bis November 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Oktober 1921 bis Januar 1922 und Juni bis November 1922 Reichsminister des Auswärtigen, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Oktober 1931 Reichsminister des Innern, März 1933 Emigration, 1948 Rückkehr nach Deutschland.

36 Ausführliche Denkschriften über den hochverräterischen Charakter der NSDAP wurden vor allem vom Preußischen Ministerium des Innern angefertigt (vgl. z. B. die Denkschriften vom 12.8. und Ende August 1930). Druck: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 95 ff). Als Reichsminister des Innern hatte Joseph Wirth am 4.4.1931 in einer Beurteilung der NSDAP für das Auswärtige Amt auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 10.2.1931 Bezug genommen, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Dem Schreiben war eine der preußischen Denkschriften beigefügt. Druck: ebenda, S. 191 f.

37 Anspielung auf Hitlers sogenannten Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123.
Als Zeuge und Beschuldigter vor Gericht wies Hitler stets die Verantwortung für illegales Handeln von SA- und NSDAP-Angehörigen mit dem Hinweis auf den legalen Kurs seiner Partei zurück. Vgl. z. B. Bd. III/2, Dok. 114; Bd. III/3, Dok. 58; Bd. IV/1, Dok. 115; Bd. IV/2, Dok. 18. Ferner Dok. 25, Anm. 11.

38 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt die NSDAP 6.409.610 Stimmen, was 107 Sitzen im Reichstag entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

39 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

40 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

ausbrechen. Waren Sie einmal von unserer Partie, dann konnten sie nicht mehr zurück. Mitgefangen, mitgehangen! Es kam aber, wie Ihr, liebe bayerische Landsleute, wißt, leider ganz anders. Dieser Fuchs scheint plötzlich von irgendwoher Lunte gerochen zu haben und ging nicht in unsere Falle. Nun müssen wir unsere Notverordnungen selbst verteidigen und schauen, wie wir die Notwendigkeit unserer Existenz irgendwie moralisch und sittlich und wenn möglich sogar noch religiös begründen können. Ihr könnt mir glauben, meine lieben Landsleute von der bayerischen Industrie, daß mir das schwer wird. Ich bin in manchem Sattel gesessen[41] *und traue mir hier etwas zu, aber in Weltanschauungen finde ich mich nicht so leicht zurecht. Ihr müßt es aber glauben, was ich Euch jetzt sage, und wenn Ihr's nicht könnt, dann müßt Ihr wenigstens so tun, als ob Ihr's glaubtet. Denn die Not ist groß: Kein Mensch weiß, wie das seit dreizehn Jahren am Narrenseil geführte Volk sich am 6. November* [*1932*] *entscheidet*[42]*! Daher treibt es mich jetzt herum, von einem Ort zum anderen, immer von der Angst geplagt, es könnte mich unversehens ein Parteibruder von früher begrüßen, immer von der Sorge gequält, die passenden Worte zu finden - um das zu sagen, was ich nicht denke, und was ich denke, zu verschweigen."*

So verstehe ich und so verstehen wohl auch meine Anhänger den düsteren Sinn Ihrer Rede, Herr von Papen.

Papens Außenpolitik als Mittel zur Abwürgung der nationalen Opposition

Es dürfte leicht sein, fast jeden einzelnen Satz Ihrer Behauptungen zu widerlegen und seine Unlogik nachzuweisen. So, wenn Sie, Herr von Papen, z. B. erwähnen, daß im politischen Leben "Namen und Personen nichts zur Sache bedeuten"[43]. Es mag Ihnen ja unbenommen sein, wie Sie die Wichtigkeit Ihres Namens und Ihrer Person geschichtlich einzuschätzen belieben, allein Sie können nicht gut behaupten, daß es belanglos gewesen sei, ob in der Welt Julius Cäsar, Friedrich der Große, Napoleon [*I.*], Bismarck oder irgend jemand anderer, beliebiger, Geschichte gemacht hätten. Diese eigentlich typisch marxistische, der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechende Meinung steht allerdings in schärfstem Gegensatz nicht nur zu unserem "Glauben aus der Politik", sondern sogar zu Ihrem eigenen "Glauben an die göttliche Ordnung".

Ich möchte aber auch hier nicht das Wesentliche gegenüber dem Unwesentlichen zu kurz kommen lassen, und wesentlich scheint mir vor allem eine Stellungnahme zur Schilderung Ihres

außenpolitischen Wollens.

Gerade hier sind Sie, Herr Reichskanzler, am meisten unwirsch und fordern das blinde Mitgehen aller im politischen Leben stehenden. Begreiflich ist dieses Verlangen, zu rechtfertigen aber nur dann, wenn es auf tatsächliche Leistungen oder zumindest auf eine logische Arbeit hinzuweisen vermag. *Schon Ihr außenpolitischer "Erfolg" in der Lausanner Konferenz*[44] *war ein mehr als unbefriedigender.*

---

41 Anspielung auf Papens Dienstzeit als Kavallerieoffizier 1898-1918. Vgl. Joachim Petzold, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995, S. 16 ff.

42 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

43 "Mir scheint, daß Namen und Personen heute, wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind." Druck: wie Anm. 4, S. 763.

44 Auf der Lausanner Reparationskonferenz vom 16.6. bis 9.7.1932 erreichte die deutsche Regierung das Ende der durch den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 begründeten Reparationszahlungen. Obwohl der Lau-

Es war die eine große Chance, Deutschland ohne große Töne, aber in zähester Entschlossenheit von den Lasten der Reparationen einmal für immer zu befreien. Dabei kam diesem Versuch mehr als eine formale Bedeutung zu. Die Nation forderte in der von Ihnen, Herr Reichskanzler, so heftig gewünschten Einmütigkeit, daß unter keinen Umständen die Reparationen wieder aufleben dürften. Die nationalsozialistische Bewegung hat mit ihrem ewigen, unermüdlichen Kampf hier am meisten den Boden vorbereitet. *Sie, Herr von Papen, aber ließen sich erst in Lausanne auf die Basis eines Kompromisses zwischen Reparationen und Gegenleistungen bringen und blieben endlich in einer neuen Reparationsanerkennung stecken, während die Gegenleistungen selbstverständlich ausfielen. Herr Herriot*[45] *konnte mit billigen Lorbeeren nach Paris zurück und in den Wahlkampf ziehen.*

Viel schlimmer und in den Folgen verhängnisvoller ist aber die Art der Behandlung des *Abrüstungsproblems.*

Wenn ich Ihre Rede mit einer Kritik Ihres tatsächlichen Verhaltens beantworte, dann möchte ich dies hier noch besonders begründen:

Unsere Pflicht zur Kritik

Da jeder geschichtliche Zustand das Ergebnis zahlloser politischer Handlungen ist, so muß aus seiner Güte oder Fehlerhaftigkeit ein Rückschluß gezogen werden können auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Einzelhandlungen selbst. Und da für jede Handlung Menschen verantwortlich sind, so ist es nicht verwunderlich, daß in der geschichtlichen Berichterstattung der Völker eine freudige Offenheit über die Männer herrscht, die wirklich oder vermeintlich für richtige und gute Handlungen verantwortlich sein wollen, umgekehrt aber eine bemerkenswerte Anonymität über die Männer, Ursachen und Beweggründe schlechter Maßnahmen. Der Nachwelt bleibt es überlassen, in den inneren Ursachen großer Völkerkatastrophen herumzustöbern, um, so gut es geht, nicht nur die Gründe des Verfalls, sondern auch die verantwortlichen Männer festzustellen. Diese Arbeit aber ist sehr schwierig, da die regierenden Gewalten zu allen Zeiten wohl gute, niemals aber schlechte Handlungen mit sich in Zusammenhang ge-

---

sanner Vertrag vom 9.7.1932 nie ratifiziert wurde, trat er faktisch in Kraft: Deutschland wurde zu einer Restzahlung von 3 Milliarden RM verpflichtet, zahlbar in fünfprozentigen Obligationen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, einlösbar frühestens nach Ablauf von drei Jahren. Der Zinsertrag sollte den Gläubigermächten zufallen. Die Rückzahlungsverpflichtung für bereits bestehende deutsche Schulden blieb davon unberührt. Dieser reparationspolitische Durchbruch wurde unter anderem durch den Verzicht der deutschen Delegation auf die Berücksichtigung der politischen Forderungen nach der Streichung des Kriegsschuldartikels und der diskriminierenden Abrüstungsbestimmungen des Abschnitts V des Versailler Friedensvertrags erreicht. Druck des Vertrags: Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, Essen 1939, Bd. 2, S. 1374 ff. Vgl. Thilo Vogelsang, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

45 Édouard Herriot (1872-1957), Schriftsteller und Politiker, Radikalsozialist, 1905-1940 und 1945-1957 Bürgermeister von Lyon, 1912-1919 Senator, 1916-1917 Minister für öffentliches Bauwesen, Verkehr und Versorgung, 1919-1940 und 1945-1954 Abgeordneter, Juni 1924 bis April 1925 Ministerpräsident und Außenminister, 1925/26 Präsident der Deputiertenkammer, 1926-28 Minister für Unterrichtswesen, Juni bis Dezember 1932 Ministerpräsident, 1936-1940 Präsident der Deputiertenkammer, 1942 unter Polizeiaufsicht gestellt, 1944 nach Deutschland deportiert, 1946 Mitglied der Académie française, 1947-1954 Präsident der Nationalversammlung.

bracht wissen wollten und mithin bewußt über die schlechten einen Schleier legten, den auch die Nachwelt nicht immer durchschauen oder gar zerreißen kann.

Gelingt es aber dennoch einmal, dann könnte die Menschheit wohl aus den vorliegenden Erfahrungen lernen; *wie wenig sie solche Lehren aber wirklich beherzigt, zeigt die tausendfältige Wiederholung der längst erkannten Fehler, die unsterblich sind, weil sie ihre Quellen in ebenso unsterblichen menschlichen Eigenschaften haben: Nicht nur in Dummheit, mehr vielleicht noch in Angst, Schwäche, Bequemlichkeit und der daraus sich ableitenden Hoffnungsseligkeit.*

Daher genügt niemals nur die beschauliche geschichtliche Prüfung der Vergangenheit, sondern es ist notwendig, für die gewonnene Erkenntnis jederzeit offensiv zu kämpfen und eine lebendige Kritik an der Gegenwart zu üben. Diese Kritik kann unter Umständen durch Heranziehung geschichtlicher Erfahrungen in den augenblicklichen Prozeß der Entwicklung eingreifen, diesen von Irrtümern befreien und damit für ein Volk günstiger gestalten.

Daß sich gegen eine solche Kritik der vehemente Widerstand der für das politische Leben verantwortlichen Männer richtet, darf nicht wundernehmen. *Dem geschichtlichen Byzantinismus [sic!] mag es vorbehalten bleiben, die Verantwortlichkeit für das Gelungene hervorzuheben, die Kritik hat die Aufgabe, die Verantwortung für Irrtümer, Fehler oder Verbrechen festzulegen.* Damit ist sie aber nicht mehr Kritik um der Kritik willen, sondern sie soll beitragen, Fehler zu verhüten oder wiedergutzumachen, Verbrechen aufzuklären, um ihre Wiederholung zu verhindern, kurz, sie soll eine schlechte Entwicklung in eine bessere umändern.

Gewiß wird der Kritik - und mag sie noch so recht haben - dieser Versuch nicht immer gelingen. Die menschlichen Schwächen und die menschliche Unzulänglichkeit sind als Quellen menschlicher Irrtümer und schlechter Handlungen oft viel größer als das Vermögen und die Bereitwilligkeit, der Stimme der eigenen besseren Einsicht oder fremder vernünftiger Ratschläge zu folgen. *Im politischen Leben aber kann diese Einsicht die Kritik nicht von der Verpflichtung entbinden, gegen erkannte Fehler anzukämpfen, einer falschen Entwicklung gegenüber die geschichtliche Verwahrung einzulegen.*

Wie soll ein Volk die Mißregierung der dafür verantwortlichen Männer erkennen, wenn nicht im Ablauf der Handlungen Besserdenkende öffentlichen Einspruch erheben!? Nur die festgelegte Ablehnung eines geschichtlichen Irrtums in der Periode des Entstehens und des Vollzugs schafft das Recht, gegen die dafür Verantwortlichen aufzutreten und ihre Entfernung zu fordern.

Wohl bleibt dabei abzuwägen, in welchem Umfange eine solche Kritik der vollen Öffentlichkeit unterbreitet werden kann oder nicht. Die Entscheidung darüber ist dann am schwierigsten, wenn es sich um Vorgänge des außenpolitischen Lebens handelt: Von vornherein wird hier jede Regierung eine Kritik ihres Handelns um so mehr ablehnen, je elender dieses Handeln ist. Man wird sich der unangenehmen Warner in außenpolitischen Dingen dadurch zu entledigen versuchen, indem man ihr Handeln als staatsgefährlich, ja als die staatliche Sicherheit bedrohend, brandmarkt.

Wenn ich mich daher an dieser Stelle kritisch mit der Art der Behandlung auseinandersetze, die Ihre Regierung, Herr von Papen, dem Abrüstungsproblem angedeihen läßt, dann geschieht dies nicht als Kritik um der Kritik willen, nicht in der Meinung, das unmögliche Verfahren sogleich ändern oder bessern zu können, sondern ausschließlich aus dem Gefühl der Pflicht

heraus, als Führer der größten deutschen Bewegung in dem Augenblick die öffentliche geschichtliche Verwahrung einzulegen, in dem aus weiterem Schweigen später die Auffassung der geschichtlichen Mitverantwortung oder gar Mitschuld abgeleitet werden könnte.

Vorausschickend möchte ich dabei feststellen, daß ich das Verhalten und Verfahren Ihrer Regierung, Herr von Papen, in dieser historisch so wichtigen Frage für ebenso falsch wie undurchdacht halte. Treffendere und daher schärfere Kennzeichnungen verbieten mir leider die Gesetze[46].

Diese meine Auffassung zu begründen, ist die Aufgabe der nachfolgenden Darlegungen.

Vor einem neuen Versailler Diktat

Vor ungefähr zwei Monaten erhielt ich in Berlin den Besuch eines früheren deutschen Reichsaußenministers[47], der mir vor Antritt seiner Reise nach Amerika noch die Frage vorlegte, welchen Eindruck ich von dem Stand der Abrüstungsfrage besäße[48]. Ich setzte ihm damals in kurzen Zügen meine Meinung auseinander, so wie ich es jetzt an dieser Stelle tue.

Ich erklärte ihm, ich hielte Ihr Verfahren, Herr Reichskanzler, für gänzlich unmöglich und sei überzeugt, daß als Ergebnis eine neue Festlegung Deutschlands auf den Versailler Vertrag[49] *herauskommen werde. Daß vor allem aber Frankreich durch dieses Vorgehen in seiner Lage der außenpolitischen Isolierung eine wesentliche Erleichterung erhalte, ja am Ende die Verantwortung für das Scheitern der Abrüstung von sich auf Deutschland abschieben werde.*

Die Entwicklung hat mir unterdes vollkommen recht gegeben. Ich kann daher heute meine damalige Kritik Ihrer Außenpolitik, Herr von Papen, ohne jede Korrektur ruhig der Öffentlichkeit unterbreiten.

Wenn man schon in den Jahren vor dem Kriege von einer tiefgehenden Ziel- und Planlosigkeit der deutschen Außenpolitik sprechen konnte, *dann hat sich dieser Zustand seit 1918 nicht nur nicht gebessert, sondern laufend verschlimmert. Besonders seit einigen Jahren erscheint das Vorgehen der deutschen Außenpolitik immer weniger durchdacht und damit immer unlogischer und unvernünftiger.*

---

46 Ein Gesetz und eine Notverordnung bedrohten zu dieser Zeit Beschimpfungen von Regierungsmitgliedern mit Strafe: § 5 des zweiten "Gesetzes zum Schutze der Republik" vom 25.3.1930 sah Gefängnis nicht unter drei Monaten und die Möglichkeit einer zusätzlichen Geldstrafe vor, Teil acht, Kapitel III der "Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens" vom 8.12.1931 erhöhte die Strafandrohung auf sechs Monate Mindeststrafe. Vgl. Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 186 ff., 197 ff., 206 f. Druck: RGBl. 1930, I, S. 91 ff., 1931, I, S. 743.

47 Gemeint ist Julius Curtius (1877-1948), 1904 Dr. jur., Rechtsanwalt in Duisburg und Heidelberg, 1919-1921 Stadtverordneter in Heidelberg (DVP), 1919-1932 Mitglied des Zentralvorstands und des geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1920-1932 MdR (DVP), 1924 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, 1926-1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsminister des Auswärtigen, danach Tätigkeit als Rechtsanwalt.

48 Über eine Zusammenkunft Hitlers mit Curtius ist sonst nichts ermittelt. Curtius begab sich im Herbst 1932 auf eine längere Amerikareise, von der er Mitte Dezember nach Deutschland zurückkehrte. Den Zweck der Reise beschreibt Curtius in seinen Erinnerungen: "Ich wollte durch politische Vorträge für Deutschland werben, von unserer deutsch-amerikanischen Politik vor dem amerikanischen Volk Rechenschaft ablegen." Vgl. Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 249 ff.

49 Unterzeichnet am 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

Das Mißverhältnis zwischen der inneren Verfassung Deutschlands und den außenpolitischen Absichten tritt vor allem seit Stresemanns[50] Tod immer verhängnisvoller in Erscheinung. *Stresemann selbst akzeptierte den nationalpolitischen inneren Verfall, die marxistisch-demokratisch-defaitistische Verlotterung unseres Volkes als einen gegebenen Zustand und richtete danach seine Außenpolitik ein. Seine Politik der Unterwerfung und Erfüllung mußte wirtschaftlich zum Zusammenbruch führen. Politisch war sie die logische und konsequente äußere Fortführung unseres inneren Treibens.* Die nationale innere Kraftlosigkeit zwang zu einer ähnlichen Politik nach außen, und diese ihrerseits wieder bedingte die Aufrechterhaltung der inneren nationalen Schwäche. *Dieser Kreislauf kann nur von innen durchbrochen werden.*

D[*as*] *h*[*eißt*]*: die innere nationale Erhebung muß die Voraussetzung für eine andere äußere Politik schaffen.*

Diese Erhebung kann nicht von den bisherigen bürgerlichen oder marxistischen Parteien ihren Ausgang nehmen. Sie setzt eine allgemeine Regeneration des deutschen Volkes voraus, die in der notwendigen Totalität nur durch eine neue Bewegung erzielt werden kann. Diese hat sich als Künderin einer Idee aus dem Niveau einer Partei zur Trägerin des Staates und damit zur offiziell anerkannten Staatsauffassung durchzuringen. Durch diesen Vorgang einer inneren Neubelebung verschiebt sich zwangsläufig die außenpolitische Position des deutschen Volkes zu seinen Gunsten.

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich diese Aufgabe gestellt, praktisch aufgefaßt und befindet sich mitten in ihrer Durchführung. Gleichlaufend mit dem Steigen ihrer innerpolitischen Bedeutung erleben wir eine Verschiebung der außenpolitischen Stellung Deutschlands.

Es kann aber keine Täuschung darüber herrschen, daß dieser innerpolitische Prozeß der Regeneration unseres Volkes erst eingeleitet und noch lange nicht durchgeführt ist. Die Regierungen nach Stresemann konnten die Politik des Übergehens der nationalen Erneuerung nicht mehr weiter aufrechterhalten. *Die nationalsozialistische Bewegung begann, ihren Angriff gegen den bürgerlichen und marxistischen Klassenstaat mit immer schärferer Vehemenz zu führen.*

Sinnlose Demonstrationspolitik

Die Regierungen, parteimäßig beengt und mit Scheuklappen versehen, erkannten nicht die eminente Bedeutung dieses Vorganges für die Gestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu den übrigen Nationen. Ja, als sie endlich selbst zu außenpolitischen Aktionen übergingen, die scheinbar mit der fortschreitenden inneren Neubelebung der Nation geistig verwandt sein sollten, da geschah es nicht, um eine Übereinstimmung der Außenpolitik mit der tatsächlichen inneren Lage herbeizuführen. *Nein, im Gegenteil: es geschah nur, um durch das Vorwegnehmen außenpolitischer Möglichkeiten der innerpolitischen Entwicklung einen Riegel vorzuschieben oder ihr zumindest den Wind aus den Segeln zu nehmen.*

Dies allein erklärt eine Reihe von aggressiven Handlungen, die ihrem ganzen Wesen nach als Akte einer bewußt nationalen Demonstrationspolitik gedacht waren, um damit der nationalen

50 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

Bewegung in Deutschland die außenpolitischen Argumente zu entwinden. *Denn diese nationale Bewegung betonte ja, daß die verhängnisvolle Politik der Unterwerfung, Demütigung und Erfüllung die Folge der inneren geistigen, moralischen und tatsächlichen Abrüstung aller Werte unseres Volkes war.* Die entsetzlichen Folgen dieser inneren Zerstörung konnten aber durch nichts besser illustriert werden als durch das dadurch bedingte außenpolitische Handeln unserer Regierungen. Was lag also den derzeitigen Regierungsmännern näher, als diese außenpolitische Handlungsweise zu ändern, um innenpolitisch der verhaßten Opposition ihre zugkräftigsten Beweise und damit Antriebe gegen die Regierung zu nehmen.

Daß dieses Vorhaben jammervoll mißlingen mußte, kam dabei den verantwortlichen Regierungsmännern gar nicht zum Bewußtsein. *Im Gegenteil, während der aus innerer Verantwortlichkeit handelnde Neuerbauer seines Volkes von vorneherein jede außenpolitische Aktion in peinliche Übereinstimmung zum Stande der inneren Wiedergeburt zu bringen bemüht sein wird, beginnt derjenige, der in der außenpolitischen Tätigkeit nur ein Mittel zum Abwürgen der nationalen Opposition sieht, mit Phrasen und bombastischen Redensarten um sich zu schleudern, und setzt damit die deutsche Politik einer Beurteilung aus, die Deutschland schon vor dem Kriege mehr geschadet als genützt hat.* Wobei aber damals hinter solchen Tönen immerhin die erste Armee der Welt stand, während seit dem Jahre 1918 nur mehr eine zerrissene Nation dahinter zu finden ist.

Die verunglückte Zollunion

Ein klassisches Beispiel einer derartigen Demonstrationspolitik war der *Zollunionspakt*[51] - ein Unternehmen, das vom ersten Augenblick an zum Scheitern verurteilt war. Eine Regierung - die es gerade damals nicht verstand, eine nutzbringende Mobilisierung der nationalen Kräfte im Innern vorzunehmen - überrascht die Welt mit einer außenpolitischen Aktion, die, *ganz abgesehen von ihrer schlechten Vorbereitung, zur Durchführung eine immense dahinterstehende nationale Kraft erfordert hätte.* Aber nicht nur, daß diese Kraft *nicht* dahinter stand: nein, man glaubte sogar im Gegenteil durch diese von oben eingeleitete politische Aktion die Behauptung der Notwendigkeit einer inneren nationalen Regeneration widerlegen zu können.

Genau so wie heute Sie, Herr von Papen!

Weshalb soll überhaupt eine innere nationale Erhebung nötig sein, wenn doch die Regierung und der Herrenklub ohnehin "nationale Politik" machen wollen? Es ist dabei charakteristisch,

---

51 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war seit 1930 erwogen worden. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober und ihm folgend der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59; Andreas Rödder, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996, S. 186 ff.

daß, je innerlich schwächer Regierungen in solchen Fällen zu sein pflegen, um so äußerlich aggressiver ihre Aktionen werden. Bismarck würde die Zollunionsfrage nur nach peinlichsten und gewissenhaftesten Vorarbeiten und Sicherungen nach allen Seiten angegriffen haben. Neudeutsche Regierungen überfallen aber damit plötzlich die Welt. Die Folge kann dann freilich nur eine vernichtende Niederlage sein.

Ihr Vorgehen, Herr von Papen, in der Abrüstungsfrage und anläßlich der Abrüstungskonferenz[52] *beweist, daß man seit diesem Zollunionspakt nicht nur nichts gelernt hat, sondern daß man sich im Gegenteil bemüht, diese Art geistloser Demonstrationspolitik in erhöhtem Maße fortzuführen.* Dabei zeigt sich, wie wenig Sie die gesamte Situation überhaupt erfaßt haben.

Die Abrüstungsfrage

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurden einige Nationen, in erster Linie die deutsche Nation absolut wehrlos gemacht[53]. Die Absicht war, dank dieser Wehrlosigkeit, erstens Deutschland unerträgliche Erpressungen auflasten zu können - die neuerdings in ihrer Folge zur Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft führen mußten und geführt haben -, *und zweitens bei irgendeiner günstigen Gelegenheit das französische Kriegsziel der vollkommenen Vernichtung Deutschlands wieder aufgreifen und ohne wesentliches Risiko durchführen zu können.* Verbrämt wurde diese Absicht mit der scheinheiligen Beteuerung, die Abrüstung Deutschlands habe nur den Zweck, die Abrüstung der anderen Nationen ebenfalls einzuleiten und durchzuführen[54]. *Der innere Zusammenhang zwischen deutscher und allgemeiner Abrüstung wurde damit von den Vätern des Friedensdiktats selbst vertraglich niedergelegt.*

Bekanntlich wurde die Abrüstung an Deutschland hundertprozentig vollzogen[55]. *Alle gegenteiligen Behauptungen des Auslandes sind zu durchsichtigen Zwecken erfundene Lügen.*

---

52 Bezieht sich auf die am 2.2.1932 eröffnete Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf, an der Vertreter von 60 Regierungen, darunter auch solchen, deren Staaten nicht dem Völkerbund angehörten, teilnahmen. Am 23.7.1932 hatte der Leiter der deutschen Delegation, Botschafter Rudolf Nadolny, gegen den Entwurf einer Resolution zu den Rüstungsbegrenzungsabsichten der beteiligten Länder gestimmt, der die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage nicht anerkannte. Die deutsche Delegation verließ anschließend bis auf weiteres die Konferenz. Vgl. Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978, S. 91 f., 183 ff.

53 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten unter anderem ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation der Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, S. 314 ff.

54 Die Präambel von Teil V des Versailler Friedensvertrags, "Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt", lautet: "Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

55 Der tatsächliche Waffenbestand der Reichswehr überschritt die in der Übersicht Nr. 2 zu den Artikeln 164, 165 und 166 des Versailler Friedensvertrags zugelassene Anzahl im September 1932 erheblich. Statt der erlaubten 102.000 Gewehre und Karabiner besaß die Reichswehr 663.650 Stück, die Zahl der Maschinengewehre

Sie wären zumindest zum Teil nicht denkbar, wenn sich nicht aus der Welt der marxistisch-pazifistischen Parteien immer wieder Kreaturen fänden, die für klingenden Lohn vor keiner Fälschung und Verdrehung zurückschrecken[56].

Die Welt und insbesondere Frankreich haben nicht abgerüstet[57]. Was jeder vernünftige Mensch von vornherein wußte, ist eingetreten. *Frankreich hat keinen Augenblick daran gedacht, der Abrüstung Deutschlands zu folgen, sondern im Gegenteil durch ein System von Militärkonventionen*[58] *seine Position in Europa so gefestigt, daß der Schritt zur unbedingten Hegemonie kein sehr großer ist.*

Nun soll durch eine internationale Konferenz die im Friedensvertrage von Versailles festgelegte allgemeine Abrüstung eingeleitet oder zumindest irgendwie gefördert werden. Auch Deutschland ist an dieser Konferenz beteiligt. Es erhebt sich vorweg die Frage, was kann man überhaupt nach menschlicher Vernunft von einer solchen Konferenz erwarten? Mir scheint da eine Erkenntnis grundsätzlich wichtig zu sein:

Im allgemeinen werden auf Konferenzen niemals tiefgehende Veränderungen bestehender Zustände geschaffen, sondern immer nur bereits vollzogene Vorgänge ratifiziert. Die Kräfte, die das Leben wirklich gestalten, treten nicht am Konferenztisch in Erscheinung. Das Leben schafft einen bestimmten Tatsachenzustand, und Konferenzen verwandeln ihn höchstens in einen formalen Rechtszustand.

---

betrug 22.024 statt 1.926, die der erlaubten Geschütztypen 1.394 statt 393. Darüber hinaus besaß die Reichswehr über tausend verbotene Panzerabwehrwaffen und über hundert schwere Geschütze. Seit Ende 1926 wurden zwei Jagdfliegerstaffeln, eine Bomberstaffel und eine Behelfsbomberstaffel, als Lufthansa-Flugzeuge getarnt, im Dienst gehalten. Vgl. Fritz Hahn, Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Bd. 1, Koblenz 1986, S. 14; Karl Nuß, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977, S. 195.

56 In- und ausländische Vorwürfe, die Reichswehr würde die Beschränkungen des Versailler Vertrages umgehen, waren an der Tagesordnung. Besonders spektakulär war die Aufdeckung der damals streng geheimen militärisch-technischen Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 vor allem die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen. Durch die Berichte des *Manchester Guardian* vom 3. und 6.12.1926 wurde die Öffentlichkeit erstmals über die Existenz von geheimen Waffenschulen und Rüstungsbetrieben in der Sowjetunion unterrichtet, was am 16.12.1926 eine Debatte im Reichstag, aber auch eine erregte journalistische Auseinandersetzung zwischen *Vorwärts* und *Roter Fahne* zur Folge hatte. Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 143 ff.

57 Das französische Heer verfügte 1932 über 31.252 Offiziere und ca. 573.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Luftwaffe über 2.375 Offiziere und ca. 38.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Kriegsmarine über 4.745 Offiziere und ca. 59.000 Unteroffiziere und Mannschaften. 1933 waren die französischen Streitkräfte mit etwa 4.800 Geschützen und Minenwerfern, 1.700 Kampfwagen und 3.000 Flugzeugen ausgestattet. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 347 ff., 405 ff., 443 ff.; Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934, S. 66 ff.

58 Seit August 1920 hatte sich zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) ein System bilateraler Defensivverträge herausgebildet. Frankreich, das 1924/25 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschaftsverträge abschloß, unterstützte dieses, auch als "Kleine Entente" bezeichnete, Bündnissystem in der Absicht, den durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo in Südost- und Ostmitteleuropa zu sichern. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Nicht Versailles, sondern der innere Verrat machte uns wehrlos

Auch die deutsche Abrüstung ist nicht durch die Friedenskonferenz von Versailles bewerkstelligt worden, sondern durch die erbärmliche Revolution unsrer marxistischen Landesverräter, die das deutsche Volk vergifteten, die deutsche Waffe zerbrachen und damit ein großes Reich de facto wehr- und waffenlos gemacht, zur "Konferenz" schleiften. Das Versailler Diktat hat nur das Verbrechen dieser marxistischen Volkszerstörer endgültig bestätigt.

Es ist für einen Staatsmann, Herr von Papen, notwendig, sich dieses vor Augen zu halten, um von vorneherein nicht falschen Hoffnungen zu erliegen.

Frankreichs Vernichtungspolitik

Denn es ist eine falsche Hoffnung, zu glauben, daß nunmehr irgendein Unrecht, das uns durch die Gegner zugefügt und durch diesen Vertrag bestätigt wurde, auf dem Wege einer Konferenz wiedergutgemacht werden könnte. Es ist aber auch genauso unsinnig zu denken, daß die Macht, die uns abrüstete, nun heute, ohne dazu gezwungen zu sein, selbst ebenfalls ernstlich abrüsten würde!

Wenn eine deutsche Vertretung in der Meinung nach Genf geht, es könnte dort gelingen, Frankreich zu einer freiwilligen Selbstabrüstung zu bewegen, dann soll man diese Vertretung nur schleunigst wieder zurückholen; denn sie bestände aus unfähigen Männern.

Genauso falsch ist es aber zu denken, daß Frankreich je freiwillig in eine deutsche Aufrüstung einwilligen wird. Denn in beiden Fällen handelt es sich um das gleiche: Um eine zu unseren Gunsten erfolgende Verschiebung der derzeitigen Kräfteverhältnisse zwischen Frankreich und uns. Die aber will Frankreich um keinen Preis.

Daß Frankreich dabei noch von seinen Vasallenstaaten[59] auf das eindringlichste unterstützt wird[60], ist verständlich. Wenn aber an sich das Scheitern der Abrüstungskonferenz, zumindest insoweit es sich um eine auch nur irgendwie fühlbare Abrüstung Frankreichs handelt, unausbleiblich ist, *kann es sich für die deutsche Diplomatie nur darum handeln, die Schuld für das Unterbleiben der Abrüstung eindeutig als ausschließlich bei Frankreich liegend festzustellen.* Dies ist wichtig, weil nur dadurch langsam die Rechtsgültigkeit des Versailler Diktates erschüttert werden kann. *Zu dem Zweck hätte Deutschland auf dieser Abrüstungskonferenz unentwegt und beharrlich Frankreichs Abrüstung fordern müssen. Dies hätte Frankreich zwangsläufig in eine Isolierung geführt. Es durfte damit aber unter keinen Umständen mit einem eigenen Aufrüstungsprogramm vor die Welt oder gar vor diese Konferenz getreten werden.* Denn erstens sind zumindest diese Konferenzen gar nicht in der Lage, diese Frage zu entscheiden.

Nicht in Lausanne oder Genf wird aufgerüstet, sondern letzten Endes in Deutschland. Und nicht in Genf kann eine solche Aufrüstung auf die Zustimmung der anderen Nationen rechnen.

Auch daß Deutschland tausendmal das Recht zu einer Angleichung seiner Rüstungen an die der anderen Nationen besitzt, *dieser Vorgang wird - da es sich hier um eine effektive Kräfte-*

59 Vgl. Anm. 58.

60 Nach seiner Rückkehr von der Abrüstungskonferenz in Genf (vgl. Anm. 52) erklärte der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš in einer außenpolitischen Grundsatzrede unter anderem, daß die Tschechoslowakei die französischen Vorstellungen in der Abrüstungsfrage unterstütze, jedoch ohne eine Einigung mit Rumänien und Jugoslawien nicht in weitere Verhandlungen eintreten werde. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, München 1933, S. 249 f.

verschiebung im Völkerleben handelt - nicht zu einer internationalen Ratifikation führen, wenn er an sich nicht schon vollzogene Tatsache ist. Dazu fehlen aber im Augenblick fast alle Voraussetzungen.

Zweitens gibt man damit nun Frankreich die Möglichkeit, die ihm unerwünschte Diskussion über seine Nichtabrüstung umzubiegen in eine dafür um so erwünschtere Beschäftigung mit der theoretisch geforderten deutschen Aufrüstung. Frankreich erhält damit am Ende sogar die Möglichkeit, seine vorhandene Rüstung und beabsichtigte Nichtabrüstung als notwendig zu begründen durch den Hinweis auf die behaupteterweise beabsichtigte Aufrüstung Deutschlands, obwohl in Wirklichkeit keinerlei Rüstung Deutschlands vorhanden ist.

Eine neue Einheitsfront gegen Deutschland Folge der ungeschickten Abrüstungspolitik

Es wäre dabei gar nicht notwendig gewesen, daß die deutsche Delegation die Genfer Abrüstungskomödie etwa bis ins Endlose mitgemacht hätte. *Es konnte genügen, den Willen Frankreichs nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt eindeutig klarzustellen, um dann die Konferenz mit dem Bemerken zu verlassen, daß damit der Friedensvertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müsse, daraus unter Umständen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Dabei hätte man auf das schärfste betonen können, daß das Vertragswerk, da es in der deutschen Abrüstung nur einen Vorläufer zur allgemeinen Abrüstung sehe, selbst keine verschiedenwertigen und verschiedenberechtigten Nationen auf die Dauer anerkenne.* Für Deutschland sei dies um so selbstverständlicher, als es gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbund ist[61] und, abgesehen davon, als Nation von 65 Millionen Menschen[62] von vorneherein eine entsprechende Behandlung verlangen könne.

Es ist aber auch hier zu bedenken, daß die Gleichberechtigung der Völker nicht in den Stimmen liegt, die sie bei internationalen Konferenzen in die Urne legen können, als vielmehr in der Kraft, die sie in die geschichtliche Waage zu werfen vermögen. *Diese Kraft aber ist eine innere. Sie verkörpert sich nicht in Regierungen, sondern im Gesamtgehalt eines Volkes.*

Daß Deutschland aber durch sehr unkluge Formulierungen seiner Wehrforderungen und durch eine noch unklügere Taktik der Anbiederung an Frankreich nunmehr bis zu einem gewissen Grade sogar eine Einheitsfront der Signatarmächte gegen Deutschland herstellte, war das Schlimmste, was passieren konnte, und ist ein Beispiel Ihrer geradezu verhängnisvollen Führung der Außenpolitik, Herr von Papen! Man durfte dies nie tun, ehe nicht die Konferenz vollkommen gescheitert war.

Wehrforderungen können von den politischen Bewegungen der Nation an die Regierung gerichtet werden, die Regierung soll sie aber in keiner Form an die Welt stellen.

Unzeitgemäße Marine-Politik der Regierung von Papen

Am wenigsten darf dies geschehen, wenn dabei die Forderungen selbst einer ernsthaften Prüfung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit, als im Hinblick auf die innere Erfüllbarkeit aus nicht standhalten können [*sic!*]. *Das allerunklügste aber war die Verbindung immerhin noch*

---

61 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

62 Das Deutsche Reich umfaßte eine Bevölkerung von 63.180.649 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

verständlicher Forderungen für das Landheer mit Forderungen zur See, die als demonstrative Akte höchstens geeignet sind, die gesamte Wehrlage Deutschlands heute auf das furchtbarste zu erschweren. Denn wenn man schon glaubte, gerade in diesem Augenblick eine gänzlich aussichtslose Forderung nach einer 300.000-Mann-Armee erheben zu müssen, dann ist die Einfügung der Forderung zum Bau von Großkampfschiffen usw.[63] aber wirklich schon gar nicht mehr verständlich. Rein militärisch gesehen: welchen Zweck soll der Bau von Großkampfschiffen im Augenblick haben[64]?

Die schlimmste Gefahr droht Deutschland *im Osten.* Es gibt in der Welt nicht wenige einsichtsvolle Männer, welche die Unmöglichkeit und Unhaltbarkeit der diesbezüglichen Lage Deutschlands selbst einsehen und anerkennen. Eine Verstärkung des deutschen Schutzes diesen latenten Ost-Gefahren gegenüber ist verhältnismäßig leicht zu begründen. *Jedenfalls aber ist es für Deutschland selbst eine Notwendigkeit, bei der Zielsetzung für seine nationale Rüstung sich die wichtigsten Aufgaben unentwegt vor Augen zu halten.* Hätten die Regierungen seit dem Jahre 1919 die uns im Friedensvertrag von Versailles zugebilligten maritimen Streitkräfte hundertprozentig erneuert[65], dann würden wir auch mit ihnen unter Zugrundelegung unserer modernen Technik in der Ostsee wohl bestehen können. Zum Kampf aber außerhalb der Ostsee - sagen wir gegen Frankreich oder England - würden die von uns geforderten, uns heute möglichen Neubauten an Großkampfschiffen gar nicht in der Lage sein, selbst wenn sie bewilligt würden. Selbst wenn wir Genehmigung bekämen, Großkampfschiffe zu bauen, so würde das *zunächst* maritim ohne jede Bedeutung sein. Bei angestrengtestem Bauen könnte das erste Geschwader von vier Schiffen nicht vor vier Jahren kampfbereit sein. Ein hoffnungsloser Fall, wenn ich dabei an England oder auch nur an Frankreich denke[66]. Dabei ist die Forderung nach den Groß-

---

63 Am 29.8.1932 hatte die Reichsregierung dem französischen Botschafter in Berlin, André François-Poncet, eine vertrauliche Stellungnahme übergeben, in dem die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung zur Bedingung für die Wiederteilnahme an der Abrüstungskonferenz in Genf gemacht wurde. In der französischen Presse wurde daraufhin eine Liste der vermeintlichen deutschen Rüstungsforderungen veröffentlicht, die unter anderem die Erhöhung der Reichswehrstärke auf 300.000 Mann und die Aufhebung der Tonnagebeschränkung für Großkampfschiffe enthielt. Trotz einer sofortigen Klarstellung durch die Reichsregierung lehnten Frankreich und Großbritannien den deutschen Wunsch grundsätzlich ab, in den Rüstungsmöglichkeiten gleichberechtigt zu werden. Vgl. Berliner Tageblatt vom 1.9.1932 (AA), "Erregung in Paris"; Nadolny, Abrüstungsdiplomatie, S. 142.

64 Obwohl Hitler marinetechnisch stets starke Schlachtschiffe favorisierte, trat er bis 1934 marinestrategisch für Zurückhaltung ein, damit Deutschland nicht in ein Konkurrenzverhältnis zu Großbritannien eintreten müsse. Vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69, S. 54. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 9.

65 In Artikel 181 des Versailler Friedensvertrags war Deutschland der Besitz von sechs Schlachtschiffen, sechs Kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten zugestanden. Die Ersatzbauten für diese Schiffe durften nach Artikel 190 eine festgelegte Wasserverdrängung für jeden Schiffstyp nicht überschreiten, die erheblich unter dem international üblichen Maß lag. Von den Ersatzbauten waren 1932 im Dienst oder vom Stapel gelaufen: ein Panzerschiff, fünf Leichte Kreuzer, zwölf Zerstörer und vier Torpedoschnellboote. Druck der Bestimmungen über die Seemacht des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 943 ff. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, XXVII. Jahrgang 1932. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1932, S. 6 ff. sowie Rolf Güth, Die Marine des Deutschen Reiches 1919-1939, Frankfurt a. M. 1972.

66 Nach amtlichen Angaben hielt die britische Kriegsmarine 1931/32 15 Großkampfschiffe mit ca. 480.000 t Gesamtwasserverdrängung, die französische Kriegsmarine sechs Großkampfschiffe mit ca. 135.000 t Gesamtwasserverdrängung in Dienst. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, S. 29 ff., 52 f.

kampfschiffen geeignet, den außenpolitischen Blick zu verwirren und am Ende uns wieder in eine Situation hineinzusteuern, die wir schon einmal schaudernd erleben mußten[67]!

Für die Verhältnisse in der Ostsee ist der Bau von wirklichen Großkampfschiffen *solange* nicht notwendig, als nicht Rußland oder unter Umständen Polen über andere maritime Kräfte verfügen wie zur Zeit[68]. *Aber selbst wenn Sie glaubten, Herr von Papen, schon jetzt eine maritime Forderung anhängen zu müssen, dann durfte man unter keinen Umständen mit dieser Forderung ohne weiteres vor die Welt treten, sondern dann mußten Sie sich erst in London über die englische Zustimmung oder Ablehnung Klarheit verschaffen. Denn heute ist wichtig für die Zukunft Deutschlands ein vertrauensvolles Verhältnis zu England.* Es würde aber meines Erachtens bei einem solchen unbedingt notwendigen Vertrauensverhältnis zu England heute genügen, mit *Korrekturen* des vom Versailler Vertrag genehmigten Bauprogramms unserer Flotte aufzuhelfen - immer beherrscht von dem einen Glauben, den uns notwendigen Schutz im Osten damit zu gewährleisten. Im übrigen scheint auch hier, wie schon früher so oft die von der modernen Technik auch auf dem Gebiete militärischer Werte unterdes vollzogene Umwälzung nicht berücksichtigt worden zu sein. *Man erhebt die Forderung nach einer Waffe mehr aus einer heute nur noch psychologischen Reminiszenz als aus einer für unsere heutige Lage kampftechnisch richtigen Überlegung und vergißt dabei ganz die Rückwirkung auf die gleiche Psychologie eines unserer früheren Gegner.*

Dabei stellen Sie, Herr von Papen, damit auch noch ein Programm auf, dessen *finanzielle Durchführung augenblicklich ein Ding der Unmöglichkeit ist.* Ein modernes Schlachtgeschwader aus wirklich kampffähigen Schiffen erfordert alles in allem mindestens 700 bis 800 Millionen [*Reichs*]Mark Kosten. Selbst wenn wir zum Bau solcher Schiffe die außenpolitische Voraussetzung besäßen, würde die finanzielle Belastung in keinem Verhältnis stehen zum *heute* nötigen militärischen Gewinn, so daß also faktisch eine Forderung erhoben wurde, die in kurzer Zeit aus finanziellen Gründen überhaupt nicht realisierbar ist, dafür aber, wie gesagt, außenpolitisch England sofort wieder bedenklich stimmt und glücklich zu Frankreich zurückführt. Verbindet man damit noch *die schon mehr als ungeschickte Art der Lausanner Anbiederungsversuche an Frankreich, das Spielen mit Militärkonventionen und Bündnissen,* dann darf man wirklich nicht allzusehr über die französische Geschicklichkeit staunen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade und Umfange wieder die alte Entente gegen Deutschland zusammengeleimt zu haben.

---

67 Anspielung auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

68 Die Sowjetunion hielt 1931/32 in der Ostsee drei Großkampfschiffe mit ca. 78.000 t Gesamtwasserverdrängung, zwei Kreuzer, 31 Zerstörer und Torpedoboote, zehn Unterseeboote sowie Hilfsschiffe in Dienst. Da es sich sämtlich um Vorkriegs- und Kriegsbauten handelte, galten sie als den modernen deutschen Schiffen unterlegen. Die sowjetische Flotte wurde von der Reichsmarine nicht als potentieller Gegner angesehen, doch entzog man sich, ohne die Rüstungszusammenarbeit mit der Sowjetunion (vgl. Anm. 56) grundsätzlich abzulehnen, den sowjetischen Wünschen nach deutscher Unterstützung bei der Reorganisation und Aufrüstung der Roten Flotte.
Polen hielt zwei moderne Zerstörer, drei moderne Unterseeboote, fünf ältere Torpedoboote und zwei ältere Kanonenboote sowie Hilfsschiffe in Dienst und war somit der Reichsmarine zahlen- und materialmäßig unterlegen. Seit 1930 ging die Reichsmarine bei ihren Planungen für einen Konflikt mit Polen nicht mehr vom Eingreifen französischer Verbände auf dem Ostseekriegsschauplatz aus. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337-488, S. 419 ff., 447 f.; Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, S. 117 ff., 128 ff.

Voraussetzung der deutschen Gleichberechtigung ist die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands

Das alles aber wäre gar nicht möglich, Herr von Papen, wenn Sie überhaupt ein klares außenpolitisches Programm besäßen. Gerade hier schreit aber die Ziel- und Planlosigkeit zum Himmel. Sie reden von einer Gleichberechtigung Deutschlands[69] *und wollen doch nicht einsehen, daß diese Gleichberechtigung praktisch solange eine wertlose Formel bleibt, als sie sich nicht in der Wiederherstellung der deutschen Verteidigungsfähigkeit ausdrückt.*

Alles kann man nun erwarten, aber daß Frankreich von sich aus freiwillig einer solchen Veränderung der derzeitigen Kräfteverhältnisse das Wort reden würde, eben nicht. Und wenn Deutschland - woran bei keiner Regierung zu zweifeln ist - zehnmal vom ernstesten Friedenswillen erfüllt erscheint, dann wird es seine Gleichberechtigung unter den anderen Nationen eben doch nur erreichen können durch eine *tatsächliche Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes.* Daran aber könnten nach Lage der Dinge *England* sowohl als *Italien* ein Interesse besitzen, *aber sicherlich nicht das geringste Frankreich. Es ist daher klar, daß Deutschland, das mit allen Mitteln danach streben muß, eine weitere Beibehaltung oder gar Stärkung der französischen Hegemonie zu verhindern, dies nur im engsten Zusammenhang mit den vorgenannten anderen Nationen erreichen kann.*

Es ist somit jeder politische und diplomatische Schritt, der ohne Anlehnung an Italien oder England erfolgt oder gar ohne die allernötigste Inkenntnissetzung dieser Staaten ein sehr bedenkliches, ja, unter Umständen verderbliches Beginnen.

Geradezu unfaßbar aber ist es zu glauben, man würde die fehlende Fühlungnahme und Übereinstimmung mit England oder Italien durch die Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich ersetzen können.

Am Ende wird jeder Versuch einer deutschen Anbiederung an Frankreich dort solange auf keine Gegenliebe stoßen, als die durch die große Rüstungsdifferenz gegebene Sicherheit Frankreichs einer inneren Verständigung mit Deutschland überlegen erscheint und daher vorgezogen werden kann. Ja, man wird solche Angebote, besonders wenn sie militärischer Natur zu sein scheinen, nicht nur kühl zur Kenntnis nehmen, sondern in der geeigneten Form den ehemaligen Verbündeten mitzuteilen wissen. Der Erfolg kann dann immer nur in einer *erneuten Erweckung der ehemaligen Entente liegen.*

Verpaßte Bündnismöglichkeiten[70]

Besonders England, Herr von Papen, das sich ohnehin kaum jemals zwischen zwei Stühle setzt, wird in einem solchen Fall sich um so mehr zu Frankreich hingezogen fühlen, als ja die von Ihrer Staatskunst als möglich angesehene Verbindung mit Frankreich England erst recht unerwünscht sein müßte. Denn folgendes ist wohl klar: *Man will in England keinen deutsch-französischen Krieg, aber noch viel weniger eine deutsch-französische Militärkonvention als*

69 "Gerade weil wir den Frieden wollen, in dem allein wir wieder zu Wohlfahrt und Blüte gelangen können, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung, denn sie sind die elementare Voraussetzung für das Gedeihen auch der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands und unter den Völkern." Druck: wie Anm. 4, S. 755.

70 Zu Hitlers bündnispolitischen Vorstellungen, in deren Mittelpunkt Großbritannien und Italien standen, vgl. Bd. II A, S. 120 ff.

den Schlußpunkt einer deutsch-französischen Verständigung! Von Italien ganz zu schweigen! Es ist das einzige Land, das seine im Gegensatz zu Frankreich stehenden Interessen nicht nur erkennt, sondern auch *mutig und offen vertritt*[71]. *Die Dienste, die dieses Land und seine Regierung dem deutschen Volke in den letzten Jahren indirekt erwiesen haben, werden im heutigen Berlin weder erkannt noch gewürdigt. Mehr als je zuvor könnte dieses Land in aufrichtige Freundschaft mit Deutschland gebracht werden, wenn man in Berlin überhaupt eine klare Vorstellung besäße, was man will, oder zumindest von dem, was man einerseits erreichen kann und was man andererseits niemals erreichen wird.*

Wenn man aber, wie Ihre Regierung, Herr von Papen, Außenpolitik nur betreibt, um der Opposition "das Dritte Reich vorwegzunehmen"[72], *dann braucht man sich nicht zu wundern, daß Innenpolitik, Außen- und Wirtschaftspolitik so kunterbunt durcheinandergehen, wie wir das jetzt erleben.*

Daß Innen- und Wirtschaftspolitik in einem unlöslichen Zusammenhang mit der Außenpolitik stehen, ist Ihnen anscheinend vollkommen unbekannt.

Alles wird beherrscht entweder von einer schreienden Unvernunft oder von einem genau so zu wertenden Schematismus.

Sie, Herr von Papen, haben vor allem von der verbindenden und werdenden Kraft innerlich nahverwandter Weltanschauungen genau sowenig Kenntnis wie von den politischen Möglichkeiten, die in der Auswirkung einer klug angewandten Zollpolitik liegen. Seit rund 100 Jahren hat Frankreich sein Vorgehen gegen Deutschland außerordentlich geschickt in einen Rahmen herrschender Weltauffassungen gestellt, die ihm in der übrigen Welt bei ähnlich eingestellten oder beeinflußten Völkern nur Sympathien eintragen konnten.

Herr von Papen, Sie aber führen Deutschland in ein Dickicht politischer Verwirrungen, da Sie nicht einsehen wollen, daß der Mangel einer klaren Ausprägung der inneren politischen Verhältnisse zwangsläufig erst recht zu einer geistigen Isolierung Deutschlands führen muß.

Die rein demokratisch orientierten Staaten beobachten uns mit Mißtrauen, die nicht demokratischen entweder mit voller Ablehnung oder mit zumindest unbefriedigenden Gefühlen. Einer Welt, die entweder demokratisch, bolschewistisch oder faschistisch ist, bemühen Sie sich, Herr von Papen, ein Deutschland vorzustellen, dessen nähere Charakterisierung in einem *Gemisch von christlich - konservativ - parlamentarisch - antidemokratisch - präsidialer Staatsgesinnung und Staatsführung* zu finden sein soll. *Man möge sich nur nicht wundern, wenn dieser Wechselbalg aber auch wirklich nirgends eine innere Verwandtschaft und damit Anlehnung finden kann.*

Schluß mit dem System der Schwäche, der Halbheiten, der Unlogik! Bahn frei dem Nationalsozialismus!

Ebensowenig wie Sie, Herr von Papen, und Ihre Helfer *den Wert der inneren weltanschaulichen Verfassung als werbenden und vermittelnden außenpolitischen Faktor* erkennen, so wenig erkennen Sie die Möglichkeiten, die in *wirtschaftlichen* Maßnahmen liegen können. *Ziel- und*

---

71 Die mangelnde Bereitschaft Frankreichs, die italienischen Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu unterstützen, hatte im Sommer 1932 zu einer schärferen antifranzösischen Agitation in der italienischen Presse geführt. Vgl. C. J. Lowe/ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 220 ff.

72 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

planlos wird hier schematisch darauf losgearbeitet, als ob außenpolitische Folgen überhaupt nicht vorhanden wären.

Ihnen, Herr von Papen, gebührt der Ruhm, eine an sich unendlich aussichtsreiche Situation Deutschlands so schlecht genützt und am Ende so verwirrt zu haben, daß selbst Italien zu uns in Gegensatz gerät[73] *und Frankreich innerlich wieder einmal zufrieden sein kann. Die deutsche Nation aber hat damit eine große historische Chance verloren.*

Freilich bewegt dies das Konglomerat der augenblicklich in Deutschland Politik machenden Kräfte nur wenig. Berliner Judentum, Herrenklub, bürgerliche Parteien und was sich sonst noch im Zwielicht der offiziellen deutschen Politik herumtreibt, sind fürs erste zufrieden: *Das deutsche Volk hat eine Schlacht verloren, aber der Nationalsozialismus erscheint wenigstens im Augenblick doch noch von der Macht zurückgehalten worden zu sein! Lieber alles verkommen lassen, als die Macht an die Bewegung abtreten, die keine Zweifel darüber läßt, daß mit ihrem Regierungsantritt die Epoche der Schwäche und Halbheiten, aber auch der Unlogik, einmal für immer vorbei sein wird!*

Freilich am Ende täuschen sie sich doch: auch diese Front von Jakob Goldschmidt bis Hugenberg[74] *kann nicht den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung verhindern. Und mit diesem Siege wird parallel der inneren Mobilisierung der nationalen Kräfte Zug um Zug die Wiederherstellung einer vernünftigen Außenpolitik erfolgen. Nichts von Konferenzen erhoffend, was nicht in der eigenen Kraft des Volkes seine Voraussetzungen hat, aber in eisig-kühler Überlegung jede Möglichkeit wahrnehmend, die dem inneren Wollen im Rahmen der tatsächlichen außenpolitischen Verhältnisse die Verwirklichung ermöglichen und sichern kann.*

Seit 13 Jahren sind wir das politische Gewissen der Nation

In Ihrer Rede, Herr von Papen, sprechen Sie folgenden Satz aus:

"Was die Nation fordert, ist dies: Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, verlangt sie, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre[75]."

Seit 13 Jahren während der ganzen Zeit, da Sie, Herr Reichskanzler, *im Zentrum saßen* und damit auch *mit den marxistischen und bolschewistischen Parteien gegen die nationalsozialistische Bewegung, trotz ihrer heute zugegebenen nationalen Verdienste, Stellung nahmen,* haben wir nach dieser Ihrer heutigen spät erforschten Erkenntnis gehandelt. Weil wir aber dieses uns als Leitmotiv für unseren politischen Kampf aussuchten, können wir auch heute nicht davon abgehen.

73 Im Oktober 1932 begann die faschistische Presse in Italien, die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zu unterstützen und gab damit offensichtlich die Regierungsmeinung wieder, denn am 23.10.1932 sprach sich Ministerpräsident Mussolini in Turin öffentlich für die grundsätzliche Gleichberechtigung Deutschlands aus. Vgl. Lowe/Marzari, Italian Foreign Policy, S. 219 ff.

74 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbands (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfassenden Pressekonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar bis Juni 1933 Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

75 Druck: wie Anm. 4, S. 763.

Ich halte daher, Herr Reichskanzler, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße verderblich für Deutschland. Ich sehe als Folge eines Andauerns Ihrer Regierung über eine längere Zeit nicht nur ein erneutes Aufreißen unserer alten Klassengegensätze, sondern die drohende Gefahr einer dann nicht mehr zu verhindernden Bolschewisierung.

Ich setze mich daher gegen Sie und Ihre Politik mit meiner Bewegung so zur Wehr, als ob wir "das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation" wären.

Daß Sie, Herr Reichskanzler, aber uns deshalb, weil wir insbesondere die unmögliche Art der Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen der deutschen Nation durch Ihre Regierung ablehnen, einfach als "Feinde des deutschen Volkes" hinstellen, ist so ungeheuerlich, daß uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen die darauf nötige Antwort zu geben.

Ich wende mich aber an die Millionen meiner Anhänger, die ich bitte, diese meine Darlegungen nüchtern prüfen und in Vergleich zu Ihrer Rede setzen zu wollen.

Der Urteilsspruch dieser Millionen ist mir heute schon klar.

Am 6. November [*1932*] *wird Ihnen, Herr von Papen, und den Sie begleitenden Parteien und Interessentengruppen das deutsche Volk wohl die Erkenntnis vermitteln, daß mangelnde staatsmännische Qualität nicht durch Berufung auf übernatürliche Herkunft ausgeglichen werden kann.*

Im übrigen, Herr von Papen, leben Sie ruhig in Ihrer Welt. Ich kämpfe in der meinen. Es ist mein Glück zu wissen, daß meine Welt die Millionengemeinschaft deutscher Arbeiter der Stirne und der Hand und deutscher Bauern ist, die, wenn sie auch zumeist schlichter Herkunft und vielfach größter Armut sind, doch die treuesten Söhne unseres Volkes sein wollen, denn sie kämpfen nicht nur mit den Lippen, sondern mit tausendfältigem Leid und zahllosen Opfern für ein neues und besseres Deutsches Reich.

Adolf Hitler

Coburg, den 16. Oktober 1932 [76]

76 Hitlers Angriffen gegen ihre Außenpolitik begegnete die Reichsregierung mit folgendem öffentlichen Dementi: "Hitler behauptet, Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; es habe die Forderung nach einer *300.000-Mann-Armee* erhoben; es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert.
Diese drei Behauptungen sind unwahr.
Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August [*1932*] enthält. Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abrüsten, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes demjenigen Abrüstungsstand entspricht, der uns durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern, daß die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung. Der Zustand darf aber nicht weiterbestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, welche anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.
Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Hitler in seinem offenen Brief vom 20. Oktober [*vgl. Anm. 3*] *unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke."*
Druck: Vossische Zeitung vom 21.10.1932 (AA), "Papen-Erklärung gegen Hitler".

16. Oktober 1932 Dok. 16
Rede auf NSDAP-Versammlung in Coburg [1]

Coburger Nationalzeitung vom 17.10.1932, "Rede Adolf Hitlers" [2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

10 Jahre sind im Völkerleben eine sehr kurze Zeit. Allein 10 Jahre Kampf sind kaum rückblickend mehr abzumessen. Im Jahre 1922 hat die damalige Nationalsozialistische Bewegung zum ersten Male den Entschluß gefaßt, nunmehr die Fahnen aus ihrer Gründungsstadt [3] hinauszutragen und, wenn nötig, durch brachiale Gewalt den brachialen Widerstand anderer zu brechen, ein Entschluß, der uns nicht leicht wurde; *denn innerlich streben wir nicht danach, einem deutschen Volksgenossen wehe zu tun.* Unser Ziel ist, sie zu erobern, sie innerlich zu gewinnen. Auch in diese Stadt sind wir damals nicht eingezogen mit der Absicht, irgendeinem ein Leid zuzufügen, allerdings schon mit dem Entschluß, unter keinen Umständen die Fahne einzuziehen, mag kommen, was kommen will [4]. (Bravo und Heilrufe.)

Deutschland gehört nicht denen, die nicht an Deutschland glauben, sondern denen, die in Deutschland alles sehen. (Heil.) Die Straßen und die Plätze unserer Heimat, wir lassen sie uns nicht nehmen; im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, daß sie uns natürlich gehören. Und so mußte es damals zu diesen Kämpfen kommen. Ich bin heute glücklich und gerührt, wenn ich

---

1 Auf dem Sportplatz, nach 11.30 Uhr. An der vom 1. Bürgermeister (NSDAP), Franz Schwede, mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut Halbmonatsbericht etwa 30.000 bis 35.000 Menschen teil (Schwede: 60.000).

2 Vgl. auch Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 16.10.1932, "Hitlertag in Coburg"; Coburger Tageblatt vom 17.10.1932, "Der Hitler-Tag in Coburg"; Coburger Volksblatt vom 17.10.1932, "Die 'aufbauwilligen Kräfte' in Coburg"; Coburger Zeitung vom 17.10.1932, "10-Jahresfeier der NSDAP", "Politische Zusammenstöße am gestrigen Sonntag"; Thüringer Tageszeitung vom 17.10.1932, "Adolf Hitler in Coburg"; Fränkischer Volksfreund vom 18.10.1932, "Nazis wüten in Coburg!"; VB vom 18.10.1932, "Adolf Hitler spricht"; Halbmonatsbericht der Regierung von Oberfranken an das Staatsministerium des Innern, Nr. 988, (Abdruck) vom 18.10.1932; BayHStA, MA 102155/3; Streng vertraulicher Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.10.1932, Nr. 203/II/32; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte sowie Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, München 1939, S. 235 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 29.10.1932, "Der Führer auf großer Fahrt durch Deutschlands Gaue".

3 München.

4 Am 14. und 15.10.1922 veranstaltete die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde in Coburg den "Dritten Deutschen Tag". Mit der Organisation war der im übrigen Reich verbotene Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund betraut. Bereits das Bekanntwerden von Hitlers Absicht, mit mehreren hundert Mann SA anzureisen, löste bei SPD, KPD und Gewerkschaften im Raum Coburg heftige Proteste aus. Entgegen dem Polizeiverbot ließ Hitler bei der Ankunft des Sonderzuges am Vormittag des 14.10.1922 die SA im geschlossenen Verband, mit Fahnen und Musik, durch die Stadt marschieren. Beim Versuch von Gegendemonstranten, den Zug zu stören, kam es zu einer heftigen Straßenschlacht, in die auch die Polizei hineingezogen wurde. Die Abendveranstaltung, an der etwa 3.000 Mitglieder völkischer Gruppen teilnahmen und auf der unter anderen auch Hitler sprach, verlief ohne Störung. In der Nacht kam es in Coburg und Umgebung noch zu mehreren politisch motivierten Schlägereien. Der Abmarsch der SA nach dem Ende des "Dritten Deutschen Tags" verlief ungehindert. Der Auftritt der SA wurde von Hitler daher als Sieg seiner Partei gegen die regionalen Linksgruppen interpretiert. Vgl. Jürgen Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923, Coburg 1969, S. 99 ff. Druck von Hitlers Vernehmung durch die Polizei am 13.1.1923 über die Vorgänge in Coburg: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 787 ff.

meine alten ehemaligen Kameraden, die schon damals treu und mutig mir zur Seite standen, wieder begrüßen kann. In diesen 10 Jahren mußte ja mancher von uns scheiden; viele sind grau und manche weiß geworden. Aber wie glücklich ist es zu wissen, daß eine Bewegung in Deutschland besteht, die die Menschen so sehr fesselt und so sehr bindet, daß trotz allem sie niemals mehr wieder sie verlassen können. In diesen zehn Jahren hat unsere Bewegung nun einen unerhörten Siegeszug angetreten. Damals marschierte ich in diese Stadt ein mit knapp 800 Mann, und zu uns stießen wenige aus Württemberg und kaum 160 Mann aus Sachsen und Thüringen[5]. Aus dieser damaligen insgesamt verfügbaren Zahl nationalsozialistischer Kämpfer von noch nicht 1.100 Mann ist heute eine Armee geworden von allein

über 540.000 Mann SA[6],
über 60.000 SS[7],
über 380.000 Hitlerjungens[8],

eine gewaltige Macht, ein Symbol einer neu werdenden Volksgemeinschaft. Und zu ihnen stehen weit über 1 Million Parteigenossen[9] und hinter ihnen fast 14 Millionen Deutsche[10].

Es ist eine Entwicklung, wie sie ähnlich in der deutschen Geschichte noch nie stattfand, ein Emporstieg, der dabei noch nie auf eine Förderung, sondern stets nur auf Widerstände überall stoßen konnte. Und heute ist es ja nicht anders. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei als Deutschlands größte politische Organisation hätte das Recht, die Führung des Staates nunmehr in ihre Hände zu erhalten [*sic!*]. Sie wissen, daß man dieses Recht wie Jahre vordem uns auch jetzt verweigern will. Wir kennen die Gründe: Allein die Gegner kennen nicht unsere Entschlossenheit und unseren Willen. Sie können heute eines von dieser Stelle aus von mir vernehmen:

Ich habe die Energie und die Zähigkeit gehabt, aus den damaligen tausend Mann vor 10 Jahren bis heute 14 Millionen zu machen, und ich werde aus den 14 Millionen die 20 und die 30 Millionen machen. (Stürmische Heilrufe.)

Und die Parole - das können sich die Herren Papen und sonstigen Kabinettsmitglieder auch merken - ist heute dieselbe wie damals:

Unsere Fahne wird nicht eingerollt, das Wort Kapitulation gibt es im Lexikon der Nationalsozialistischen Bewegung nicht. (Stürmische Heilrufe.)

Und wir können nicht anders handeln. Denn in diesen Jahren haben wir nicht etwa 14 Millionen ehemalige Bürgerliche erobert, sondern 14 Millionen Menschen aus allen Berufsständen,

5 Hitler war mit acht Hundertschaften SA in Coburg erschienen; die Gesamtstärke dürfte 650 Mann nicht wesentlich überschritten haben. Vgl. Erdmann, Coburg, S. 94 f.

6 Die Stärke der SA betrug im Oktober 1932 435.000 Mann. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 159.

7 Die Stärke der SS betrug im August 1932 23.853 Mann und am 30.1.1933 etwa 52.000 Mann. Zahlenangaben für Oktober 1932 sind nicht ermittelt. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 551; Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937. Nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1938.

8 Im Antrag, der zur Aufnahme des nationalsozialistischen *Deutschen Jugendwerks e. V.* in den *Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände* am 6.10.1932 führte, hatte der Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, die Mitgliederzahl sämtlicher angeschlossener Jugendverbände der NSDAP (NSDStB, NSS, BDM, HJ) mit 120.000, die der HJ allein mit 70.000 angegeben. Da die Hitler-Jugend vor 1933 keine Mitgliederstatistik führte, sind nähere Angaben über deren Stärke nicht möglich. Vgl. Brandenburg, Geschichte der HJ, S. 115 ff.

9 Zur Mitgliederzahl der NSDAP vgl. Dok. 10, Anm. 8.

10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Millionen Arbeiter, Millionen Bauern, Millionen Intellektuelle und Geistesarbeiter[11]. Sie haben in unserer Bewegung zum ersten Mal wieder eine Plattform gefunden, die sie gemeinsam trägt, und in der sie gemeinsam sich wohlfühlen. *Ich habe aber nicht diese Jahre um die Seele, sagen wir, des deutschen Arbeiters gerungen, habe nicht versucht, ihn aus seinen marxistischen Klassenparteien herauszubringen, um jetzt plötzlich auf das zu verzichten, was der Sinn dieses ganzen Kampfes war. Man soll nicht denken, daß jetzt plötzlich das Wort Volksgemeinschaft wieder keinen Sinn mehr haben soll und an ihre Stelle wieder das Regiment einer anderen Klasse treten müsse.* (Bravo.)

Es gibt in Deutschland bürgerliche Politiker, die sagen "wenn doch bei dieser kommenden Wahl die Nationalsozialisten verlieren möchten, damit die bürgerlichen Parteien wieder etwas zunehmen". Sie mögen sich nicht täuschen:

Was sie bitten, würde das Verderben Deutschlands sein. Sie wissen nicht, was sie tun[12]. *Glauben sie, daß Deutschland wieder besser dastehen würde, wenn wir 14 oder 20 bürgerliche lächerliche Parteichen*[13] *hätten und dagegen die marxistische Front?*

Nein, im Gegenteil, sie sollen dem Schicksal dankbar sein, das [*sic!*] einer Weltauffassung des Marxismus die Nationalsozialistische Bewegung entgegensetzen ließ. Und sie sollen sich nicht darüber täuschen, daß wir durch gar nichts von dieser Entschlossenheit weggebracht werden können. Sie haben vielleicht einen Augenblick gemeint, durch das Anbieten von Ministerposten oder sonstigen Würden und Ehren uns vielleicht umbiegen zu können. Sie kennen mich schlecht, für mich ist ein Wort *keine* Belohnung, keine Entschädigung, genausowenig wie für meine Kameraden. Nach was wir streben, das ist die politische Macht und die politische Führung. Und wenn sie heute sagen:

"Ja, wie kommen Sie dazu, nach der politischen Macht zu greifen?"

da möchte ich Herrn von Papen fragen:

"Wie kommen Sie dazu, die Macht mir zu verweigern?" (Heiterkeit und Heilrufe.)

Ich habe mir diesen Anspruch nicht in einer 13jährigen Zugehörigkeit zum Zentrum in Ruhe ersessen[14], sondern bitterschwer genug erkauft und erarbeitet und errungen. (Heil!)

Und wenn es eines fast symbolischen Beweises dafür bedurft hätte, dann ist es gerade diese Stadt. Wenn mir heute die Ehre zuteil wird, hier das Ehrenbürgerrecht verliehen zu bekommen[15], dann kann ich wohl sagen:

---

11 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

13 Zu den zahlreichen Splitterparteien vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1983-1986, Bd. II, S. 42 ff., Bd. III, S. 723 ff., 742, Bd. IV, S. 189 f.

14 Bezieht sich auf Franz von Papen.

15 Unmittelbar vor Hitlers Rede hatte Bürgermeister Franz Schwede (NSDAP) Hitler einen Ehrenbürgerbrief überreicht mit den Worten: "Mein Führer! Der Stadtrat von Coburg hat Sie in einer Festsitzung in Erinnerung an den Tag, an dem das nationale Gefühl in Tausenden von Coburgern wiedergeweckt wurde, zum Ehrenbürger dieser deutschen Stadt ernannt. Ich habe die Ehre, Ihnen diesen Ehrenbürgerbrief zu überreichen. Einst wird der Tag kommen, an dem der Ehrenbürgerbrief des deutschen Volkes überreicht wird seinem Führer Adolf Hitler!" Druck: Schwede, Kampf um Coburg, S. 234.
Die NSDAP hatte in Coburg für den 5.5.1929 einen Volksentscheid zur Auflösung des Stadtrats und Ausschreibung von Neuwahlen initiiert, der eine Zustimmung von 6.914 (62%) gegen 4.266 (38%) Stimmen bei einer

Es sind Rechte, die wir alle uns als Nationalsozialisten nicht nur in einer Stadt, sondern in ganz Deutschland dauernd u[nd] ununterbrochen erkämpfen. Und die wir nur deshalb schätzen und die wir nur deshalb als schön empfinden, weil wir sie nicht geschenkt bekommen, sondern erarbeitet haben!

Denn wir glauben nicht, daß es auf die Dauer eine Freiheit gibt und ein Glück, das man eben nicht in einer dauernden Arbeit selbst erwirbt, das man nicht selbst erringt. *Und das, was heute das deutsche Volk braucht, ist nichts anderes, als was es vor 10 Jahren gebraucht hat, vor 15 Jahren gebraucht hätte, für die Überbrückung der Klassengegensätze, die Überbrückung unserer Standes- und Berufsgruppen und die politische Überbrückung unserer Konfessionen.*

Es ist die Zusammenfassung unseres Volkes zu einer lebendigen Gemeinschaft. Das ist unser Werk, und von dem wird niemand uns entfernen.

Und wenn keine Regierung Papen mehr selbst dem Namen nach bekannt sein wird, dann wird dieses Werk stehen und wird Deutschland tragen. (Stürmische Heilrufe.)

Wir gehen nun einem neuen Wahlkampf entgegen. Es wird ein Kampftag sein, genau wie so viele andere auch, und wird der nächste Tag wieder ein Arbeitstag sein, genau wie die Zeit hinter uns auch mit dieser Arbeit erfüllt war.

Die Gegner denken, die Partei ist schon in Auflösung begriffen. Wir werden ihnen am 6. November [1932][16] *eine Antwort erteilen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.* (Heil.)

Wir werden ihnen zeigen, daß das, was mit soviel Blut und soviel Treue und soviel Opfern an Deutschland geschaffen wurde, von Konjunkturerscheinungen nicht überwunden werden kann. (Sehr richtig.)

Wenn das schon möglich wäre, daß in Deutschland die Treue durch bloßes Geflunker beseitigt werden könnte, dann würde das nicht für die deutsche Nation sprechen und die deutsche Zukunft. Im Gegenteil habe ich die Überzeugung, daß gerade durch den Kampf unsere Bewegung erst recht als unerschütterlich und strahlend hervorgehen wird.

Wir werden bleiben, weil sie bestehen muß, wenn nicht Deutschland am Ende doch wieder vergehen soll. Man rede nicht von einer Regierung der Macht und Autorität! Regierungen kommen und gehen. Das Volk ist das bleibende. Und wer das Volk richtig organisiert, hat für die Zukunft alle Voraussetzungen geschaffen.

Gehen Sie nun, meine Parteigenossen, damit hinaus zum Kampf. Gehen Sie hinaus in dieses Ringen um eine neue Entscheidung und rüsten Sie sich im Innern damit, daß auch nach dieser Entscheidung vielleicht der Kampf sofort wieder beginnen kann. Etwas müssen wir in uns aufnehmen:

Es gibt keine Ruhe und keinen Frieden, es gibt immer nur Arbeit und immer nur Ringen und Kämpfen, und für unsere Bewegung kann es niemals ein Biegen oder Beugen geben, immer nur Widerstand mit dem Blick nach vorn.

Auch für uns muß dieser Grundsatz gelten:

Und wenn die Welt voll Teufel wär, - uns wird es und muß es doch gelingen[17]*!*[18]

Wahlbeteiligung von 67% erhielt. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 23.6.1929 erhielt die NSDAP 13 von den 25 Stadtratsmandaten. Vgl. N. F. Hayward und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988, S. 110 ff.

16 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

17 Aus dem Kirchenlied *Ein feste Burg ist unser Gott* von Martin Luther: "Und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es soll uns doch gelingen". Druck: Evangelisches Kirchengesangbuch, Nr. 201.

16. Oktober 1932 Dok. 17
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schweinfurt[1]

Schweinfurter Tagblatt vom 17.10.1932, "Zweiter Hitlertag in Schweinfurt"[2].

Adolf *Hitler*, der hierauf das Wort ergriff, sprach etwa 35 Minuten. Seine Rede dünkte uns mehr eine Elegie denn eine Fanfare; sie war im wesentlichen eine Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler. Zunächst beantwortete Hitler die Frage, warum er am 13. August [*1932*] abgelehnt hatte, in die Regierung einzutreten[3]. Der erste Grund sei der gewesen, daß man ihn und andere Nationalsozialisten gewissermaßen nur als "Verschönerungsminister" ins Kabinett berufen wollte; nicht um ihn arbeiten zu lassen, sondern um ihn und die Bewegung mundtot zu machen, habe man ihm den Eintritt in die Regierung angeboten. Das Wirtschaftsprogramm des Kanzlers, dessen Vater in wesentlichen Teilen der Jude Jakob Goldschmidt (der ehemalige allmächtige Direktor der Darmstädter Bank, Schriftleitung) sei[4], lehne er (Hitler) ab; gerettet würden dadurch nur die Banken, nicht aber das deutsche Volk. Dieser seiner Auffassung gebe die Wirklichkeit heute schon recht. Wäre er den Lockungen, in die Regierung einzutreten, gefolgt, so würde man ihn schon jetzt mit Recht fragen, wie er (Hitler) die Bewegung auf so unsicherer Grundlage einsetzen konnte; es sei eben ein Unterschied, ob man von Papen oder Freiherr von Gayl[5] heiße, oder ob man die Verantwortung für Deutschlands größte politische Organisation überhaupt zu tragen habe. Wenn die NSDAP heute verginge, so wäre gar keine Organisation da, die die zerfallende Bewegung auffangen könnte. Das Gemengsel von bürgerlichen Parteien käme hierfür jedenfalls nicht in Betracht; die letzten dreizehn Jahre hätten ja zur Genüge bewiesen, was dieses Gemengsel für Deutschland bedeutete. Der bolschewistischen Front würde dann statt der zielbewußten Front des Nationalsozialismus lediglich ein zersplittertes

---

18 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Zelt auf dem Schützenplatz, nach 18.00 Uhr. An der von Stadtrat Ludwig Pösl (NSDAP) geleiteten Versammlung nahmen laut Lokalpresse etwa 9.000 bis 10.000 Menschen teil (*VB*: 15.000). Nach Hitler sprach MdL Adolf Wagner.

2 Vgl. auch Fränkischer Volksfreund vom 17.10.1932, "Hitler tobt im Bierzelt!"; vom 18.10.1932, "Für das Volk die Hundepeitsche!"; VB vom 18.10.1932, "Wo einst der Marxismus herrschte, steht heute das Volk bei Hitler"; Lichtenfelser Neueste Nachrichten vom 19.10.1932, "Hitler in Schweinfurt".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Die Notverordnungen des "Papen-Programms" (vgl. Dok. 5, Anm. 3) waren Ende August in Ministerbesprechungen der Reichsregierung unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten Hans Luther entwickelt worden. Vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 176 ff. Druck der Protokolle der Ministerbesprechungen vom 26. und 27.8.1932: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 448 ff.
Der Bankier Jakob Goldschmidt hatte keinen Einfluß auf den Inhalt der Notverordnungen. Vgl. auch Dok. 6, Anm. 9.

5 Wilhelm Freiherr von Gayl (1879-1945), Jurist, 1904 Referendarexamen, 1908 Regierungsassessor, 1910-1933 Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft Königsberg, 1912-1916 Lehrauftrag an der Universität Königsberg, 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 1918 Landeshauptmann der Militärverwaltung in Kowno, 1920 Reichs- und Staatskommissar für die ostpreußischen Abstimmungsgebiete, 1921 Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Preußischer Staatsrat, Juni bis November 1932 Reichsminister des Innern, 1933 Rückzug aus der Politik, 1938 Abschluß von *Ostpreußen unter fremden Flaggen. Ein Erinnerungsbuch an die ostpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920*, Königsberg 1940.

Bürgertum gegenüberstehen. Eine neue Ordnung könne in Deutschland nur durch die Nationalsozialisten herbeigeführt werden, wie sie in Italien durch Mussolini[6] und umgekehrt in Rußland durch die Kommunisten herbeigeführt worden sei [*sic!*]. Schließlich habe auch eine grundsätzliche Erwägung dazu geführt, den Eintritt in die Regierung abzulehnen. Der Nationalsozialismus sei im Gegensatz zu Herrn von Papen der Überzeugung, daß die Gesundung des deutschen Volkes nicht auf dem Wege über die Wirtschaft herbeigeführt werden könne, und zwar deshalb, weil die Wirtschaft die Menschen zerteile; der Nationalsozialismus stehe im Gegensatz zu Herrn von Papen auf dem Standpunkt, daß der größte Schaden in Deutschland in dem Verbrauch der deutschen Kraft im Innern besteht, dem durch eine einheitliche Willensauffassung und Willensbildung im deutschen Volk entgegengearbeitet werden müsse. Die Aufgabe des Nationalsozialismus sei eben, das deutsche Volk aus der Zersplitterung in Parteien und Gruppen zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft zusammenzuführen. Dieser Prozeß, mit sichtlichem Erfolg bereits eingeleitet, sei noch nicht beendet und müsse fortgesetzt werden. Darum müsse logischerweise das deutsche Volk aus den bürgerlichen Begriffen genauso herausgeführt werden wie aus der marxistischen Gedankenwelt. Wenn das Schicksal den Nationalsozialismus zur Macht und Führung bringe, würden die letzten Reste von Standes- und Klassenvorurteilen ausgerottet werden. Mit den 14 Millionen, die sich bereits zu dieser neuen Volksgemeinschaft bekennen[7], könne man nicht Schindluder treiben, wenn man sie nicht zum Feinde haben wolle. Nur ein verblendeter Narr könne wünschen, daß diese Organisation wieder vergehe. Alle Versuche, sie zu beseitigen, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil diese Gemeinschaft eben keine Konjunkturgemeinschaft, sondern eine von unerhörtem Idealismus getragene Gesinnungsgemeinschaft sei. Diesen inneren Zusammenhalt habe Groener[8] bei seinem SA-Verbot[9] ebenso verkannt, wie ihn jetzt Papen verkenne. Man möge ja nicht versuchen, mit verlockenden Angeboten an ihn (Hitler) heranzugehen. Er sei Nationalsozialist und werde es bleiben bis zum letzten Atemzuge. Ob er zur Regierung komme oder nicht, wolle er dem lieben Gott überlassen. Mit einer Aufmunterung zu Kampf und Sieg am 6. November [*1932*][10] schloß die Rede.[11]

---

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 16.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

8 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feldeisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamtes im preußischen Kriegsministerium, 1917 Kommandeur der 33. Infanteriedivision, 1918 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn, Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, September Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern.

9 Die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität" vom 13.4.1932 verfügte die Auflösung von SA, SS und aller anderen paramilitärischen Verbände der NSDAP. Am 17.6.1932 wurde durch "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen" das Verbot von SA und SS aufgehoben. Druck: Staat und NSDAP, S. 316 f., RGBl 1932, I, S. 297 ff. Vgl. auch Reginald H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.
In einem Aufruf löste Hitler am 13.4.1932 SA und SS auf und verpflichtete die ehemaligen Angehörigen dieser Verbände auf seinen Legalitätskurs. Druck: Bd. V/1, Dok. 36.

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Oktober 1932 Dok. 18
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Würzburger General-Anzeiger vom 17.10.1932, "Hitler in Würzburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 17.

17. Oktober 1932 Dok. 19
Rede auf NSDAP-Versammlung in Tilsit [1]

Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 21 [3].

17. Oktober 1932 Dok. 20
Rede auf NSDAP-Versammlung in Insterburg [1]

VB vom 19.10.1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler" [2].

Redetext nicht ermittelt.

---

1 In der Ludwigshalle, nach 20.20 Uhr. An der von Gauleiter Otto Hellmuth geleiteten Versammlung nahmen laut *Würzburger General-Anzeiger* etwa 5.000 Menschen teil. Nach Hitler sprachen der Münchner Stadtrat Hermann Esser und Hellmuth. Kurz nach Beginn der Rede Hitlers wurde das Lautsprecherkabel durchschnitten, so daß er seine Rede 20 Minuten unterbrechen mußte. Die Eintrittspreise waren von 10 Pfennig bis 2 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Neue Bayerische Landeszeitung vom 17.10.1932, "Die Hitlerversammlung"; VB vom 18.10.1932, "Die größte Kundgebung, die Würzburg jemals erlebt hat" sowie Roland Flade, "Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen". Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983, S. 138 ferner Vorankündigung im Würzburger General-Anzeiger vom 15.10.1932.

1 Im Großen Saal von Jakobsruh, von 15.00 bis 16.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Schätzung der Nachrichtenagentur Telegraphen-Union etwa 2.000 Menschen teil. Vor Hitler sprachen MdR Max Fillusch und Gauleiter Erich Koch.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 18.10.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Danziger Neueste Nachrichten vom 18.10.1932, "Bei dem Besuch Hitlers in Tilsit"; Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (MA), "Hitlers Rede in Königsberg" [*sic!*]; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; VB vom 19.10. 1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler".

3 "*Bei dem Besuch Hitlers in Tilsit* führte er im wesentlichen genau das gleiche aus wie in *Königsberg*." Vgl. Danziger Neueste Nachrichten.

1 Im Gesellschaftshaus, nachmittags. Während der Rede Hitlers versuchte der Wortführer einer aus der NSDAP ausgeschlossenen Gruppe Nationalsozialisten, der sich vor der Veranstaltung in einem Lüftungsschacht versteckt hatte, mit Hitler Kontakt aufzunehmen, wurde aber vom Saalschutz abgefangen.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 18.10.1932, "Hitler in Ostpreußen"; Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (AA), "Zwischenfall in Insterburg"; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg".

17. Oktober 1932 Dok. 21
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg[1]

Preußische Zeitung vom 18.10.1932, "Gewaltige Kundgebung in Königsberg"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die Frage, die Sie mir vorlegen, und die Sie von mir beantwortet wissen wollen, ist mir bekannt: *Warum sind Sie in die jetzige Regierung nicht eingetreten? Warum sagten Sie damals "nein"[3]?*

Wenn Herr von Papen sich entschloß, den Wahltermin für den 6. November [*1932*] *festzusetzen, um damit die gesetzliche Frist bis zur Neuwahl des Reichstages auf das äußerste auszunutzen[4], so tat er das in der Meinung, daß bis dahin in Deutschland die Notverordnung[5] sich so segensreich ausgewirkt haben würde, daß Millionen von Menschen dieses Regiment gutheißen und ihre Entscheidung danach einrichten würden.*

Ich glaube, daß es heute in Deutschland schon sehr viele Menschen - ja Millionen von Menschen - gibt, die, selbst wenn sie vor sechs Wochen noch die Hoffnung gehabt haben, heute diese Hoffnung beiseite legten.

Warum ich am 13. Aug[*ust 1932*] *ablehnte*

Wenn ich am 13. August es ablehnte, die Verantwortung für eine solche Maßnahme mit zu übernehmen, dann geschah es aus der Überzeugung heraus, daß eine Bewegung von 14 Millionen[6] nicht wie ein einzelner Mann sich heute so und morgen anders entscheiden kann. (Lebhafter Beifall.) Wer nur Privatperson ist, der kann es sich vielleicht überlegen, in ein Kabinett einzutreten, und nach einigen Monaten - wenn die Sache schiefgeht - wieder auszutreten.

Wenn man aber fast 14 Millionen in einer Organisation besitzt, dann kann man nicht diese 14 Millionen heute in die Kartoffeln hineinführen und sie morgen aus den Kartoffeln wieder herausführen. (Erneuer Beifall.)

Freilich waren damit meine guten Freunde aus dem bürgerlichen Parteilager nicht einverstanden. Sie sagen: Wenn die Nationalsozialisten in das Kabinett hineingegangen wären, so hätten sie doch ihren Einfluß geltend machen können. Geltend machen können, ja. Aber es war

---

1 Im Haus der Technik, vor 18.30 Uhr. An der von Gauleiter Erich Koch geleiteten Versammlung nahmen laut Bericht des Regierungspräsidenten etwa 8.000 bis 9.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Stadtrat Ferdinand Großherr. Zum Empfang Hitlers durch die Zuhörer meldete der Regierungspräsident, er sei "von Freude und Begeisterung getragen. Diese Kundgebungen erreichten jedoch nicht mehr den Grad von Leidenschaftlichkeit, der bei früheren Empfängen beobachtet worden ist."

2 Vgl. auch Königsberger Allgemeine Zeitung vom 18.10.1932 (MA), "Hitlers Rede in Königsberg"; Königsberger Volkszeitung vom 18.10.1932, "Der große Osaf weint"; Der Reichsbote vom 19.10.1932, "Hitler in Tilsit, Insterburg und Königsberg"; VB vom 19.10.1932, "Ostpreußens Bauern und Arbeiter erwarten Adolf Hitler"; F[*erdinand*] Großherr, 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [*1938*], S. 13-23, S. 17 sowie Bericht des Regierungspräsidenten in Königsberg vom 19.10.1932, Nr. P.III.P. (Auszug); GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 5.11.1932, "Die große Deutschlandfahrt des Führers".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

ausgeschlossen, daß wir ihn auch durchgesetzt hätten. Ich glaube, das Recht zur Staatsleitung hätten wir mindestens genauso gehabt wie die Herren, die heute führen. Sie sagen: Das mußte erst erwiesen sein.

Nun könnte ich aber wirklich vor die deutsche Nation hintreten und die Frage aufwerfen: Wer hat denn bisher mehr geleistet, Herr von Papen oder wir? (Stürmischer Beifall.)

Dreizehn Jahre lang haben wir jetzt gearbeitet. Und in den dreizehn Jahren haben unsere Gegner alles versucht, um uns zu schlagen: Verfolgungen, Schikaniererereien, Verbote, Gefängnisstrafen, alles das hat man gegen uns angewendet. Mich schleifte man jahrelang von einem Prozeß in den anderen hinein und ließ mich die Hand zum Schwur erheben, daß ich nie daran denken sollte, anders als verfassungsmäßig nach der Macht zu streben [7].

Die Verfassung war ihnen damals heilig wie eine Bibel,

die sie mir immer wieder zum Schwur vorlegten. Man glaubte aber, daß wir nach menschlicher Voraussetzung *legal* nicht zur Macht kommen könnten. Da sie mir die Nerven nicht zu nehmen vermochten und die Bewegung legal wuchs, endlich gar mit 230 Mann in das Parlament einzog [8] -

da mit einem Mal entdeckten sie nach tiefer Forscherarbeit, wie Herr von Papen sagte, daß die Verfassung untauglich sei [9]! (Heiterkeit.)

Da auf einmal erkannten sie, daß sie eines anderen Fundaments bedürfe, eines anderen Ausgangspunktes, daß es in der göttlichen Ordnung [10] anders bestimmt sei, und daß diese Verfassung genauso wie dieser Reichstag nicht länger dauern dürfe. Das alles nur, um uns, da der Weg zur Macht legal uns nicht verrammelt werden konnte, ihn auf diese Weise noch einmal zu verlegen.

Ich will die Macht und nicht den Titel

Man lud mich damals nicht ein, in die Regierung einzutreten, etwa damit ich meinen Einfluß dort geltend machen könne, sondern in der Meinung, daß man mich damit mundtot werde machen können. Das war der ganze Grund. Da haben sie sich allerdings getäuscht. Sie meinten, daß es für mich u[*nd*] meine Kameraden etwas Blendendes, Verblendendes sein müßte, Minister zu werden. Ich kann den Herren versichern:

Der Titel Minister ist in den dreizehn Jahren der Republik so abgegriffen worden, daß er für mich aber auch wirklich nicht das geringste Anziehende hat. Wonach ich strebe, das ist die Macht und nicht der Titel. (Brausender Beifall.)

Ich brauche gar keine staatlichen Bezüge. Ich bin Schriftsteller, habe einen sehr großen Leserkreis in Deutschland [11] und habe auch außerhalb Deutschlands mehr Leser als ich brauche.

---

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

9 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig". Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

11 Bis 1930 erreichte der am 18.7.1925 erschienene erste Band von *Mein Kampf* eine Auflage von etwa 23.000 Exemplaren, der am 11.12.1926 erschienene zweite Band etwa 13.000 Exemplare. Seit 1930 erschienen

Was ich brauche, verdiene ich mir [12]. Ich brauche also keine staatlichen Bezüge [13], das bewegt mich gar nicht! (Beifall.) Wenn jene aber glauben, mich oder meine Freunde damit ködern zu können, so muß ich sagen: Ich verzichte von vornherein und für alle Zukunft auf jedes staatliche Gehalt. Ich will nur die Macht! (Brausender und anhaltender Beifall.) Wir wollen die Macht, weil wir der heiligsten Überzeugung sind, daß, wenn heute diese bürgerlichen Politiker nur zwei Jahre am Ruder blieben, daß dann alles das wieder verlorenginge, was wir in den letzten dreizehn Jahren aufgebaut haben.

Man wollte unsere Bewegung töten

Man wollte unsere Bewegung töten. Ich sollte den höchst verfänglichen Titel eines Ministers ohne Portefeuille bekommen, den eines Vizekanzlers, - d. h., nichts zu reden haben. Man hätte uns auch noch das Luftfahrtministerium gegeben - ohne Luftfahrt [14]. Auch das Reichskultusministerium, ebenfalls ohne wesentliche augenblickliche Beschäftigungsmöglichkeiten [15]. Aber ein Ministerium hätte man uns gegeben, hinter dem wirklich eine Arbeitsmöglichkeit steht: *das Innenministerium*. Und ich weiß, warum:

Ein Nationalsozialist hätte seinen Namen hergeben müssen, um mit der Polizei - und wenn nötig, sogar mit militärischem Einsatz - die Massen zurückzuhalten. Sie haben sich das so schön ausgedacht: Man lasse die Nationalsozialisten nur sechs Monate unsere Politik decken und mit der Polizei beschirmen, dann sind sie erledigt [16].

---

beide Teile in einem Band, der bis Januar 1933 in etwa 287.000 Exemplaren gedruckt wurde. Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, S. 163.

12 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.

14 Die Artikel 198-202 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten dem Deutschen Reich den Unterhalt von Luftstreitkräften völlig und den Flugzeugbau für sechs Monate. Die zivile Luftfahrt war durch die nach dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 erlassenen Richtlinien für Luftfahrzeugbau bis zu deren Lockerung in den Pariser Übereinkünften der Alliierten Botschafterkonferenz mit dem Deutschen Reich vom 22.5.1922 stark eingeschränkt. Bis 1926 herrschte über dem besetzten Rheinland ein völliges Flugverbot für deutsche Luftfahrzeuge. Darüber hinaus stand der Luftraum über Deutschland bis 1923 allen Flugzeugen, bis zum Ende der Besatzung nur noch den Militärflugzeugen der Alliierten offen.
Dennoch entwickelte sich die Luftfahrt zu einem wesentlichen Element des Nationalprestiges der Weimarer Republik, das unter anderem im massenhaften Besuch von Flugtagen Ausdruck fand. Seit 1920 stieg die Zahl der von der deutschen Verkehrsluftfahrt beförderten Passagiere von 3.975 bis 1925 auf 55.185 an, erreichte 1927 ihren Höhepunkt mit 151.091 Fluggästen und ging bis 1932 auf 98.489 zurück. Das Frachtaufkommen stieg von 521 Tonnen 1920 auf 2.326,1 bis 1927 an und blieb mit 2.118,7 im Jahr 1932 nahezu konstant. Vgl. Alfred Wegerd, Deutsche Luftfahrtgesetzgebung. Reichsrechtliche Vorschriften, Berlin 1930; Peter Fritzsche, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge, Mass., 1992, S. 133 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25. Hrsg vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1925, S. 115; 1926, S. 106; 1928, S. 159; 1933, S. 159.

15 Im August 1932 hatte die NSDAP unter anderem die Ernennung von Joseph Goebbels zum Erziehungsminister gefordert. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
Nach Artikel 10, Absatz 1 und 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 hatte das Reich das Recht, Rahmengesetze für die Rechte und Pflichten der Religionsgemeinschaften sowie das Schul- und Hochschulwesen zu erlassen. Druck: RGBl. 1919, S. 1385.

16 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

Allerdings bin ich kein deutschnationaler Politiker. Ich gehe nicht im Februar oder März in eine Regierung, um September wieder herauszugehen[17]. Darüber gibt es für unsere Bewegung keinen Zweifel:

Wenn wir einmal die Macht in die Hand bekommen, werden wir sie, so wahr mir Gott helfe, auch erhalten! (Brausender und anhaltender Beifall.)

Die Wirtschaft - das sage ich seit dreizehn Jahren - ist kein Faktor, der fähig ist, eine zerbrochene Nation wieder in Ordnung zu bringen. Überhaupt ist der Ausgangspunkt der staatlichen Entschlüsse weder in wirtschaftlichem Denken noch in wirtschaftlichem Handeln zu sehen. Auch nicht in den wirtschaftlichen Erfolgen. Sondern in der politischen Kraft und Stärke. Von hier aus erhält erst die Wirtschaft die Macht aus politischen Voraussetzungen.

Nicht die Wirtschaft hat jemals einen Staat aufgerichtet, sondern die politischen Tugenden, die völkischen Kräfte sind es gewesen.

Wenn die politische Kraft einer Nation zerbrochen war, ist die Wirtschaft immer noch eine kurze Zeit später in das Grab der politischen Macht nachgesunken.

Nicht autoritäre Regierung, sondern aus dem Volk gewachsene Führung

Die Macht eines Volkes wird nicht - wie Herr von Papen meint - repräsentiert durch die autoritäre Stellung, durch die Machtstellung einer Regierung. Wenn Herr von Papen heute sagt: Ich regiere, denn ich habe die Macht, mir stehen zur Verfügung die Polizei und auch das Heer[18], dann kann ich zur Antwort geben:

Mein Herr Reichskanzler, das ist zu allen Zeiten ein schlechtes Regiment gewesen und ein schwaches zugleich, das sich beschützen ließ von Soldaten gegen die Andersdenkenden, gegen die ablehnende Bevölkerung.

Der Soldat ist nicht dazu da, eine Regierung vor der Mißbilligung der eigenen Volksgenossen in Schutz zu nehmen, sondern ein Volk zu schützen vor der Mißliebe der andern Welt[19]. (*Stürmischer und anhaltender Beifall.*) Selbst die Polizei kann nicht den Zweck haben, eine Regierung, die von einem Volk abgelehnt wird, diesem Volk aufzuoktroyieren, sie mit Gewalt am Ruder zu erhalten. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, dem Verbrecher nachzuspüren, das Verbrechen zu beseitigen und die Volksgemeinschaft von diesen Elementen zu säubern.

---

17 Mit Martin Schiele als Reichsminister des Innern, Otto von Schlieben als Reichsminister der Finanzen und Albert Neuhaus als Reichswirtschaftsminister beteiligte sich die DNVP erstmals am 15.1.1925 unter dem parteilosen Reichskanzler Hans Luther an einer Reichsregierung. Bereits am 26.10.1925 traten die deutschnationalen Minister zurück. Anlaß war der Vertrag von Locarno, der ebenso wie die gesamte Außenpolitik Stresemanns von der Partei abgelehnt wurde. Vom 29.1.1927 bis zum 12.6.1928 beteiligte sich die DNVP nochmals unter Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) an einer Reichsregierung. Oskar Hergt wurde Vizekanzler und übernahm das Justiz-, Walter von Keudell das Innen-, Martin Schiele das Landwirtschafts- und Wilhelm Koch das Verkehrsressort. Die Koalition scheiterte am Widerstand der DVP gegen den Entwurf für das Reichsschulgesetz. Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 542 ff., 609 ff., Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 84 ff., 182 ff.

18 Bezieht sich möglicherweise auf die Aussage: "Die Autorität der Staatsgewalt muß gesichert werden durch die Macht. Sie ist verkörpert in der *Wehrmacht*." aus Papens Artikel "Konservative Staatsführung" in der Septemberausgabe der Zeitschrift *Volk und Reich*. Druck: Volk und Reich. Politische Monatshefte 8 (1932), S. 585-589.

19 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

Ich glaube nicht an die Stärke einer Regierung, die nicht ihre Wurzeln hat in den Millionenmassen der Volksgenossen, in der Einheit mit gleichmäßiger Willensbildung, in einer gleichmäßigen Auffassung über die wesentlichen Lebensvorgänge.

Wenn wir heute das bürgerliche und das nichtbürgerliche politische Leben in Deutschland einer Prüfung unterziehen, so muß ich sagen: Wie kann denn eine Nation überhaupt ihr ganzes politisches Leben, ihr politisches Dasein ableiten aus Wurzeln, die geradezu lächerlich, kümmerlich sind? Ein Parteiführer tritt auf und leitet seine Partei ab aus der Wurzel des Hausbesitzes. Eine andere Partei aus der Wurzel des Grundbesitzes, eine andere wieder kommt her von den Bauern, Handwerkern, Beamten, Angestellten, oder etwa von Katholiken, Protestanten. Wieder einmal eine andere kommt aus der bayerischen, preußischen Wurzel ...

Wie kann überhaupt eine Kraft sich repräsentieren, wenn das politische Leben derartig atomisiert ist? (Beifall.)

Und die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands erfordert einen gigantischen Krafteinsatz. Wenn man natürlich die Rettung aus einer Weltkatastrophe durch eine lächerliche Notverordnung erreichen könnte, dann wäre das alles sehr schön.

Sie haben aber dem deutschen Volke - und insonderheit der kranken deutschen Wirtschaft - soviele Verordnungen eingelöffelt, daß die Wirtschaft an dieser Medizin mindestens genauso krank ist als an dem ursächlichen Übel[20]. (Beifall.)

Man soll die Sache doch nicht so hinstellen, als ob die Not eine Wirtschaftsnot wäre, während ersichtlich Wurzel und Ausgangspunkt dieser Not politischer Art sind.

Als vor 13 Jahren die Arbeit dieser Partei begann und sie versuchte, über alle kleinlichen Unterschiede hinweg eine große Volksbewegung zu gründen und hineinzudringen in die Massen von Arbeitern und Bauern, Kleingewerblern, Mittelständlern und bei allen deutschen Stämmen und Konfessionen warb, da begann ich mit 7 Mann[21]. Und heute sind es fast 14 Millionen! Zum ersten Male in der ganzen deutschen Geschichte ist diese Zahl erreicht.

Und weshalb?

Wir haben zurückgegriffen auf das Volk selbst

Weil wir zum ersten Male in der Wurzel unseres ganzen Denkens und Handelns, in der Organisation, bewußt wirtschaftliche, ständische und konfessionelle Gesichtspunkte ausgeschaltet haben. Wir haben zum ersten Male zurückgegriffen auf das Bleibende, - auf das Volk selbst.

Ich muß gestehen, es wäre manchmal leichter gewesen, sich dem Vergnügen hinzugeben, beschaulicher, in einer alten Partei zu sitzen oder Rennplätze zu besuchen, sich in Klubs aufzuhalten, zu studieren, Geschäfte zu machen, - viel leichter, als es war, diesen Kampf zu beginnen, vor Hunderttausende hinzutreten und sie zu beschwören: "Mensch, Arbeiter, geh aus deinem kleinlichen Irrsinn heraus, von deinem kleinen Standpunkt weg! Das ist ja Wahnsinn. Es gibt keine internationale Solidarität, es gibt nur die Kraft deiner eigenen Nation, der mußt du dir widmen [*sic!*], ihr dienen. Hoffe nicht auf die andere Welt, erhoffe alles nur von deinem Volke!" Ein ewiges Ringen, - bis man den einen und den andern langsam loslöste und dafür Opfer brachte, blutige Opfer! Aber allmählich sind dann Millionen gekommen: Arbeiter,

20 Bezieht sich auf die Notverordnungspraxis der Regierungen Brüning und Papen. Vgl. Dok. 15, Anm. 8.
21 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Bauern, Mittelständler, und endlich auch ein großer Teil der besten deutschen Intelligenz[22]. Und da lernten sie sich langsam gegenseitig kennen. (Anhaltender Beifall.)

Und nachdem ich nun 13 Jahre diese Arbeit getan, sollte ich im 14. Jahre vor diese Massen hintreten und sagen: Das, was ich euch als Entgelt für die eingesetzte ungeheure Kraft versprochen habe - nämlich, daß ich nun die Volksgemeinschaft aufbauen will - das soll jetzt keine Geltung mehr besitzen? Das gilt jetzt nicht, der Weg dahin ist uns nicht gestattet? Wir sind die Trommler[23] gewesen und ihr waret das Material. Zur Führung aber bestimmt sind die! Glauben Sie wirklich, daß man das tun könnte?

Autorität durch Kameradschaft

Ich weiß eins: Ich glaube nicht, daß es in Deutschland jemals einen Parteiführer gegeben hat, der mehr Autorität besitzt als ich[24].

Aber Autorität ist im Grunde genommen auch nichts anderes als Kameradschaft, die ich halte und die mir von meinen Kameraden wieder vergolten wird. (Lebhafter Beifall.)

Sie hängen an mir, weil sie wissen, daß ich an ihnen hänge. Sie glauben mir, weil sie wissen, daß ich an sie glaube. Sie lassen ihre früheren Parteien im Stich, weil sie wissen, daß ich keiner andern Partei dienstbar bin und mein innerstes Ziel nur ist, alle diese Parteien zu erledigen.

Es gibt in Deutschland bürgerliche Politiker, die voller Hoffnung sind, daß wir Nationalsozialisten wieder klein werden und die bürgerlichen Parteien wieder zunehmen. Da kann ich nur sagen: Herr, vergib ihnen! Sie wissen nicht, was sie tun[25]! (Lebhafter Beifall.) Sie haben also in den letzten 13 Jahren zu wenig Klassenkampf gehabt! Oder bilden sie sich ein, daß, wenn sie ihre bürgerlichen Fähnchen aufziehen, daß die andern da hinterdreinmarschieren? Ich kann Ihnen sagen, was dann geschieht: Ziehen die ihre bürgerliche Fahne auf, so wird auf der anderen Seite die rote Fahne aufgezogen! Das wäre das Ergebnis. Dann zerfällt Deutschland erst recht! Und die bürgerliche Welt hält dem Ansturm nicht Stand. Sie werden sagen: Wir haben ja doch eine Polizei! Ich entgegne: Bleibt mir mit der Polizei vom Leibe, ich brauche sie nicht. Wir haben selbst die Macht, uns zu verteidigen.

---

22 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

23 Hitler selbst verstand sich zunächst nur als Propagandist der DAP/NSDAP, nicht als ihr Führer. In diesem Zusammenhang bezeichnete er sich selbst als "Trommler der nationalen Freiheitsbewegung", so etwa in seiner Rede vor dem Nationalen Klub 1919 am 29.5.1922. Nachdem Hitler am 29.7.1921 Erster Vorsitzender der NSDAP geworden war, begann sich bei den Parteimitgliedern allmählich die Bezeichnung "Führer" einzubürgern, im folgenden Jahr verfestigte sich dieser Titel durch das Vorbild Mussolinis. Am 13.12.1922 wurde erstmals ein Plakat publiziert, in dem "unser Führer, Adolf Hitler," angekündigt wurde, ab April 1923 wurde in der offiziellen Terminologie der NSDAP von Hitler nur noch in dieser Form gesprochen. Trotzdem läßt sich die Trommler-Apostrophierung bis in die späten 30er Jahre nachweisen. Vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 642 f.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 63 f.

24 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

25 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

Im Gegenteil:

Wenn die Polizei nicht eingesetzt worden wäre, dann wäre in Deutschland schon längst alles in Ordnung! Ihr habt sie verwendet, um die Zwietracht künstlich zu konservieren!

Wir haben nicht 13 Jahre lang gekämpft, damit wir die Gegenwart wieder früheren Irrungen preisgeben. Das verstehen diese bürgerlichen Politiker nicht. Die täuschen sich auch, wenn sie meinen, daß unsere Bewegung schon zerfällt. Es gab einen deutschen Minister, der glaubte, es genüge die SA aufzulösen[26], um sie hinter sich zu bringen[27]. Dieser Mann hieß *Groener*. Er hat das vermutlich wirklich geglaubt.

Ich habe ihm damals gesagt: Herr Minister, wenn ich Ihnen meine SA hintrage und an Sie hinstelle, und ich würde mich umdrehen, so wären sie alle wieder hinter mir! (Stürmischer Beifall.)

Sie wissen nicht, wie das gemeinsame Kämpfen und die gemeinsamen Opfer, das gemeinsame Leid, die gemeinsame Verfolgung und das gemeinsame Gefängnis - wie das die Menschen aneinanderkettet. Nämlich die neue Frömmigkeit, diese große, neue, die auch in den Augen dieser Politiker etwas Unwirkliches ist - etwas, was man nicht abzuwägen vermag, weder in Geld noch in sonstige Werte umsetzen kann.

Sie haben keine Ahnung, was dieser Glaube ist, der uns zusammenhält, daß dies vielleicht die größte Kraft ist, die überhaupt entstehen kann, die die Menschen nicht nur leben, sondern auch sterben läßt!

Für eine wirtschaftliche Gruppe oder eine bürgerliche Partei stirbt kein Mensch. (Beifall.)

Ich habe das alles nicht geschaffen, um jetzt plötzlich darauf Verzicht zu leisten. Ich könnte nicht als ehrlicher Mann an der Spitze der Partei bleiben, wenn ich auf etwas Verzicht leiste, wofür ich gekämpft habe. Ich kann nicht einer göttlichen Ordnung weichen, die Herr von Papen vermutlich in 13jährigem Studium in der Zentrumspartei erschaut hat. (Heiterkeit und Beifall.) Einer göttlichen Ordnung, die - wie er meint - im Himmel entstand, während ich überzeugt bin, daß sie in Berlin gemacht worden ist, und zwar von Männern, die ich kenne, und an Orten, die mir auch bekannt sind.

Ich kann nicht sagen, diese göttliche Ordnung, deren plötzliches Entstehen - das Warum und das Weshalb ist den meisten nicht bekannt - veranlasse mich, abzutreten von meiner Führung.

Ein Mann wie ich kann zugrunde gehen, ein Mann wie ich kann totgeschlagen werden. Aber abtreten kann so ein Mann nicht! (Brausender, minutenlanger Beifall.)

Und wenn die Herren sagen: dann werden Sie nie zur Regierung kommen, so antworte ich: Das wollen wir einmal dem lieben Gott überlassen.

Ob ich, ob wir zur Regierung kommen, darüber entscheidet Herr Franz von Papen so wenig, als er entschieden hat über das, was ich bis heute erreicht habe!

---

26 Vgl. Dok. 17, Anm. 9.

27 Auf der Konferenz der Innenminister am 5.4.1932 hatte Reichsminister Groener im Zusammenhang mit dem SA-Verbot die Auflösung aller Wehrverbände und den Aufbau einer Miliz aus deren Potential angeregt. Dabei führte er unter anderem aus: "Es handelt sich nicht allein um die SA; es gibt auch noch andere Verbände, die auf Dauer nicht ertragen werden können. Es kommt nichts dabei heraus, wenn wir nicht die Jugend auf ein neues Ziel, auf neue Gedanken bringen. [...] Er habe schon als Reichswehrminister Vorbereitungen getroffen, daß man alle diese Verbände einfängt unter die staatliche Fürsorge und aus einer solchen Zusammenfassung unter der Devise des Sportes eine Art Miliz schafft." Vgl. Staat und NSDAP, S. 304 f. sowie Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 338 ff.

Und wenn jene tausende Leute unter das kaudinische Joch[28] zwingen können mit der Begründung, sie würden sonst vernichtet, so mögen sie zur Kenntnis nehmen: Ich habe einen sehr reichen Wortschatz. Aber in meinem Lexikon fehlt ein Wort vollständig, das heißt "ergeben" oder "kapitulieren". Es ist ganz zwecklos, mich zu irgendeiner Kapitulation einzuladen.

Und der 13. August [*1932*] *war nichts anderes gewesen, als der Versuch, mich zu dieser Kapitulation zu bewegen.*

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Bewegung, die das Höchste will, die zu äußersten Kampf entschlossen ist, niemals gebeugt werden kann. Sie wollen mir einreden: Ich habe die Zeit verpaßt, jene Politiker, die ihr ganzes Zeitalter verfehlt haben! (Große Heiterkeit und anhaltender Beifall.) Wenn ich 13 Jahre lang so wie Herr von Papen nichts getan hätte, als in einer alten Partei zu hocken, dann allerdings hätte ich eine Zeit versäumt. (Erneuter Beifall.) So aber kann ich sagen, ich habe die Zeit schon genützt. Und die Herren können sich beruhigen: Ich werde sie weiter nützen.

Was heißt es denn im Leben eines Volkes, ob eine Änderung ein Jahr früher, ja zehn Jahre früher oder später kommt? Wenn sie nur überhaupt kommt, und nicht aus feigen Kompromissen heraus die Lösung schließlich außer acht gelassen wird.

Ich werde mich - das können die Herren sich gesagt sein lassen - mit jedem verbünden unter der Voraussetzung, daß ich weiß, daß *wir* die Führung haben. (Beifall.) Ich lehne ein Zusammengehen aber ab, wenn ein anderer sich vor uns setzen will. Gerettet ist Deutschland nicht dann, wenn eine neue Regierung da ist, sondern erst dann, wenn ein neues Volk geworden ist und der letzte Rest unserer verfahrenen Gedankenwelt - die Standes-, Stammes- und Konfessions-Zersplitterung - vollständig überwunden ist. Dann ist Deutschland gerettet, so gerettet, daß ich der Überzeugung bin, dem Deutschland kann niemand mehr seinen Weg versperren.

Nicht von der Regierung zum Volk, sondern vom Volk zur Führung

Wenn Herr von Papen sagt, erst müsse eine Regierung da sein, die Autorität hat, und dann müsse man untersuchen, ob man sie in Verbindung mit dem Volk bringen kann[29], so entgegne ich:

Erst muß ein Volk gesund und kräftig gestaltet werden. Aus ihm heraus muß eine neue Organisationsform des Lebens kommen. Und diese Form muß zugleich dann Trägerin und Führerin sein. (Lebhafter Beifall und Bewegung.)

Sie sagen: Die Nationalsozialisten haben, als sie ablehnten, vielleicht Angst vor der Arbeit gehabt[30]? Ich kann diesen gut besoldeten Mitbürgern versichern: Wenn ich Angst vor der Arbeit gehabt hätte, wäre ich hineingegangen. Denn dort wird sicher weniger gearbeitet, als wir arbeiten. (Heiterkeit und herzlicher Beifall.)

---

28 Im zweiten Samnitenkrieg wurde das römische Heer in zwei engen Gebirgspässen, den Furculae Caudinae, von den Samniten eingeschlossen, ohne daß sich die Möglichkeit zur Gegenwehr ergab (321 v. Chr.). Ohne Waffen mußten die Römer Mann für Mann unter dem Joch, einem Tor aus drei verbundenen Speeren, hindurchgehen und hatten damit nach damaligem Verständnis ihre Ehre verloren. Nach diesem Ereignis wird eine Zwangslage, aus der man sich nur durch größte Demütigung befreien kann, als kaudinisches Joch bezeichnet.

29 "Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird." Druck: wie Anm. 9.

30 "Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte als

Ich bin überzeugt, daß nicht einer der hohen Beamten sich so abrackert, schindet und geschuftet hat, wie wir es tun.

Wäre ich heute Minister, so würde ich nichts zu tun haben, könnte ruhig sitzen. Regieren würden andere. Unsere Presse wäre dann auch in den allgemeinen Goldregen hineingekommen. (Heiterkeit.) Die Verfolgungen hätten ein Ende genommen. Wir wären nicht im Gefängnis und hätten es jedenfalls ruhiger als jetzt, brauchten uns nicht jede Nacht um die Ohren zu schlagen, brauchten uns nicht anbrüllen zu lassen, bedrohen zu lassen, uns heiser reden. Alles das würde entfallen. Weil ich aber nein sagte, heißt es weiter abschuften, jeden Tag. Trotzdem muß ich gestehen:

Ich habe niemals in meinem Leben mich leichter entschieden als am 13. August [*1932*]. *Ich bin bereit und entschlossen, mich weiter abzurackern und totzuschinden für dies Werk, weil ich weiß, daß damit einmal das deutsche Volk gerettet werden kann.* (Tosender, anhaltender Beifall.)

Was uns bedroht, wissen Sie selbst. Es erhebt sich drohend der jüdisch-internationale Bolschewismus. Eine Seuche, die einen Kontinent schon fast erfaßt hat und bei uns einzufallen droht. Wenn Herr von Papen sagt: Ich setze dagegen die Autorität einer Regierung ein, so entgegne ich, das kann nur einer sagen, der sich sein ganzes Leben mit Pferden statt mit Menschen beschäftigt hat[31]. Er müßte wissen, daß man gegen eine Weltanschauung so wenig eine Regierung einsetzen kann wie man gegen eine Religion ein Kabinett einsetzen kann.

Ich kann keine Weltanschauung beseitigen durch eine Regierung, sondern nur durch eine neue Weltanschauung.

Stets wird der Mensch etwas glauben, das eine oder das andere. Willst du das eine vernichten, so mußt du etwas anderes ihm dafür bieten, ein anderes Ideal.

Und das kann nur ein Ideal sein - das ist Deutschland. Die deutsche Volksgemeinschaft.

Daß wieder ein Deutschland der Klassengegensätze werden sollte, glaube ich nicht, denn die Vorsehung hätte es mir unbekanntem Manne nicht gestattet, mit so wenigen zu beginnen und 14 Millionen zu erreichen; ich glaube nicht, daß sie der deutschen Nation für eine Unmöglichkeit ein so großes Zahlenexperiment vormachen wollte. Unterdrückungen habe ich nie gescheut, Verfolgungen haben mir nie Sorgen gemacht. Wir haben Freunde kennengelernt, die in der Stunde der Prüfung sich zum Feinde geschlagen haben, und wir sind heute glücklich, Freunde los zu sein, als sie zu besitzen [*sic!*][32]. Denn an Stelle von 10.000 Gegangenen sind 100.000 andere doch wieder gekommen.

Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen." Druck: wie Anm. 9, S. 762.

31 Vgl. Dok. 15, Anm. 41.

32 Hitlers absoluter Führungsanspruch, der die Geschichte der NSDAP seit ihrer Wiedergründung im Februar 1925 prägte, provozierte immer wieder heftige interne Konflikte. Besonders folgenschwer von ihrer Publizität wie von ihrer Wirkung waren beispielsweise Hitlers Auseinandersetzungen mit Albrecht von Graefe (vgl. Bd. I, Dok. 106, 109 ff.; Bd. II/1, Dok. 46, 66; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13), Hellmuth von Mücke (vgl. Bd. III/1, Dok. 47; Bd. III/2, Dok. 49, Bd. III/3, Dok. 65), Artur Dinter (vgl. Bd. II/2, Dok. 183; Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35), Otto Straßer (vgl. Bd. III/3, Dok. 39, 40, 64, 67, 70, 77), Franz von Pfeffer (vgl. Bd. III/3, Dok. 99 ff.) und Walter Stennes (vgl. Bd. III/3, Dok. 100 ff.; Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 93, 99 f., 115). Ferner Weiß, Der "schwache" Diktator.

Die Partei wird diesen Kampf weiterführen, eingedenk ihrer Verpflichtung den Millionen gegenüber.

Und sie wird den Kampf zum Siege führen, eingedenk unserer Opfer, unserer Toten, und auch eingedenk der Toten, die der Weltkrieg forderte. Denn kein Opfer ist gebracht worden, das nicht irgendwie für das Volk wieder fruchtbar geworden ist. [33]

18. Oktober 1932 Dok. 22
Rede auf NSDAP-Versammlung in Elbing [1]

Befehl vom 22.10.1932, "Hitler in Elbing" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es gibt heute in Deutschland zahlreiche bürgerliche Freunde, die sich den Kopf darüber zerbrechen, warum wir denn, in dieser Regierung zu regieren, am 13. August [*1932*] nicht wahrgenommen haben [3]. Sie sagen: "Wie konnten Sie damals nicht einsteigen in den Zug?" Ich antworte darauf, indem ich sage: *"Ich bin nicht eingestiegen, weil ich nicht wieder aussteigen wollte."* Ich hätte auch nicht mehr aussteigen können, denn es ist ein Unterschied, ob man in einem Zug einsteigt mit zwölf oder zwanzig Mann, wie Herr von Papen und Herr von Gayl [4], oder mit 14 Millionen Wählern [5] wie wir. *Ich kann nicht diese 14 Millionen heute in die Kartoffeln hinein- und morgen wieder herausführen.* Das kann man als einzelner, aber nicht mit einer Bewegung von 14 Millionen, besonders, wenn diese 14 Millionen von der Überzeugung erfüllt sind, daß es die große Stunde Deutschlands ist. Im Jahre 1925 traten die Deutschnationalen im Frühjahr in die Regierung ein, um im Spätsommer wieder aus der Regierung auszutreten [6]. *Wenn wir einmal in die Regierung eintreten, dann dürfen wir nicht morgen wieder austreten.* Meine bürgerlichen Freunde sagen: "Sie hätten doch gar nicht mehr aussteigen brauchen." Ich aber fürchte sehr, ich hätte nicht mehr aussteigen können, denn ich wäre damals unter die Räder geraten. *Man hat mich nicht eingeladen, in dieses Kabinett einzutreten, um in*

---

33 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Automobilmontagehalle der Maschinenfabrik F. Komnick & Söhne, nach 20.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 25.000 Menschen, darunter 8.000 Erwerbslose, teil. Die Eintrittspreise waren von 20 Pfennig bis 1 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch VB vom 20.10.1932, "25.000 Arbeiter kommen zu Adolf Hitler nach Elbing" sowie Vorankündigung in Befehl vom 12.10.1932.

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Wahrscheinlich Anspielung auf den geringen Rückhalt, den die Regierung Papen im aufgelösten Reichstag hatte. Bei der letzten Abstimmung am 12.9.1932 stimmten nur 42 von 554 Abgeordneten im Sinne der Regierung. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

6 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

unserem nationalsozialistischen Sinne zu regieren, sondern um mich mundtot zu machen. Wenn man die Absicht gehabt hätte, in unserem Sinne zu regieren, warum hat man mir denn nicht die Regierung gegeben?

13 Jahre lang war Herr von Papen in einer Partei, in der Herr Dr. Wirth ungeheuerliche Schriften verfaßte und behauptete, daß ich nicht mit legalen Mitteln zur Macht kommen wolle[7]. Man hat meine Leute eingesperrt, man hat mich von einem Prozeß in den anderen geschleift und ließ mich die Hand zum Schwur erheben, daß ich niemals anders, als *verfassungsmäßig*, nach der Macht trachten werde[8]. Herr von Papen stand daneben und hat kein Wort gesagt. *Erst als meine 230 Kameraden in den Reichstag einzogen, sagte Herr von Papen, die Verfassung ist überlebt.* Da auf einmal erkannten sie, daß sie eines anderen Fundamentes bedürfe, eines anderen Ausgangspunktes, daß es in der göttlichen Ordnung[9] anders bestimmt sei.

Diese göttliche Ordnung hat aber nicht das Licht im Himmel erblickt, sondern in Berlin, und ich kenne auch die Stellen. Der Grundgedanke ist einfach der, die Nationalsozialisten haben sich bis zu einem gewissen Grade emporgearbeitet. Jetzt soll ihre Mission beendet sein. Jetzt beginnt die der Herren um Papen. Was wir in 13 Jahren aufgebaut haben, werden diese in noch nicht einmal 12 Monaten verwirtschaften wie sie das alte Deutschland verwirtschaftet haben.

Was Herrn von Papen bewogen hat, die Neuwahl für den 6. November [1932] festzusetzen[10], geschah aus dem Grunde, seine Notverordnungen zur Belebung der Wirtschaft[11] durchzuführen. Mir war das Projekt der Notverordnung schon vorher bekannt und ich war der Überzeugung, daß man mit diesen Mitteln nicht die Wirtschaft, sondern höchstens die Banken hätte sanieren können (Beifall). Wie kann eine Notverordnung Segen bringen, deren Vater Jakob Goldschmidt heißt und die von allen Juden bejubelt wird[12]? Man ließ erst eine Hoffnung aufkommen, um dann eine noch viel größere Enttäuschung zu bringen. So etwas können Herr von Papen und Herr von Gayl machen, die weiter nichts in die Ehe gebracht haben als ihre eigene Persönlichkeit, mit der sie auch wieder abziehen werden. Hinter mir aber stehen 14 Millionen Deutscher[13]. Ich stelle mich absolut auf den Standpunkt, daß, wenn ich mitgehe, ich dann meine Aufgabe zum Segen und zum Nutzen unserer Bewegung und damit für das ganze deutsche Volk muß erfüllen können. Darum trat ich auch nicht in die Regierung ein, denn *es liegt mir nichts an einem Ministersessel.*

Papen sagte, er wolle mich unserer Partei erhalten, damit wir noch weiterarbeiten können. Ich hätte gar nicht geglaubt, daß in Zentrumskreisen eine derartige Besorgnis für unsere Bewegung besteht.

Wir wollen die Macht, weil wir der heiligsten Überzeugung sind, daß, wenn heute diese bürgerlichen Politiker nur zwei Jahre am Ruder blieben, dann alles das wieder verlorenging, was wir in den letzten 13 Jahren aufgebaut haben.

---

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 36.
8 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
9 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
10 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
11 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Man wollte mich mit dem höchst verfänglichen Titel eines Ministers ohne Portefeuille ködern. Den Posten eines Vizekanzlers sollte ich bekommen, das heißt, nichts zu reden haben. Man hätte uns auch noch das Luftfahrtministerium gegeben - ohne Luftfahrt [14]. Auch das Reichskultusministerium, auch ohne wesentliche augenblickliche Beschäftigung [15]. Aber ein Ministerium hätte man uns gegeben, *das wirklich wichtig ist: das Innenministerium.*

Wir Nationalsozialisten sollten unseren Namen hergeben. Wenn man dann gegen die randalierenden Massen hätte vorgehen müssen, wären wir dann vorgeschoben worden und wir wären erledigt gewesen [16]. Hätten die Herren diese Absicht nicht gehabt, dann hätten sie uns die Führung gegeben, denn ich habe erklärt, daß wir nicht nur arbeiten, sondern auch die Macht haben wollen. Ich strebe nicht nach Titeln. Der Titel Minister ist in den letzten Jahren so abgegriffen worden, daß er für mich aber *auch wirklich nicht das geringste Anziehende hat. Wonach ich strebe, das ist die Macht und nicht der Titel.*

Die Bezüge, die damit verbunden sind, brauche ich nicht [17]. *Mein bester Titel ist mein Name und meine Bezüge sind meine Fähigkeiten.* Wenn es den Herren schiefgeht, dann packen sie ihre Koffer und reisen ab. Ich kann das nicht tun. Entweder ich kann etwas vor meinem Gewissen verantworten, dann stehe ich auch dafür ein. Ist das aber nicht der Fall, und ich sehe, wohin die Karre geht, dann nehme ich den Kampf lieber wieder auf. *Nie werde ich meine Bewegung kleiner Vorteile wegen im Stiche lassen. Alles können sie erleben, aber daß ich die in unserer Bewegung zusammengeschlossenen Menschen verlasse, werden sie nie erleben.* Darum blieb ich auch hier der Bewegung treu. Der hauptsächliche Grund, warum ich gegen den von Papenschen Versuch Stellung nahm, ist folgender: Als ich vor 13 Jahren den Kampf der NSDAP-Bewegung aufnahm, sah ich vor mir ein Deutschland, das im innersten zersplittert war. Vielleicht 37 Parteien waren es, die es zersplitterten [18]. Die eine vertrat eine Klasse, die andere den Arbeiter, die andere die Wirtschaft, eine den Mieter, eine den Bauern, eine den Handwerker und so weiter. Aber keine vertrat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Ich habe aber gesagt, es gibt für keine von ihnen eine Existenzmöglichkeit, wenn nicht das deutsche Volk sich eine Stelle erringt, indem es selbst die innere Kraft der deutschen Nation mobilisiert. Das ist unsere Zukunft und sonst gar nichts.

Wir haben zurückgegriffen auf das Volk selbst, weil wir zum ersten Male in der Wurzel unseres ganzen Denkens und Handelns, in der Organisation, bewußt wirtschaftliche, ständische und konfessionelle Gesichtspunkte ausgeschaltet haben. Wir haben zum ersten Male *zurückgegriffen auf das Bleibende - auf das Volk selbst.*

Die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands erfordert einen gigantischen Krafteinsatz. Wenn man natürlich die Rettung aus einer Weltkatastrophe durch eine lächerliche Notverordnung erreichen könnte, dann wäre das alles sehr schön, aber die Wirtschaft ist von den vielen Notverordnungen nur noch kränker geworden [19].

14 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
15 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
16 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
17 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
18 Im Reichstag waren 1918 14, in der am 19.1.1919 gewählten Nationalversammlung elf Parteien vertreten.
19 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

Man soll die Sache doch nicht so hinstellen, als ob die Not eine Wirtschaftsnot wäre, während ersichtlich Wurzel und Ausgangspunkt dieser Not politischer Art sind.

Als vor 13 Jahren die Arbeit unserer Partei begann und sie versuchte, über alle kleinlichen Unterschiede hinweg eine große Volksbewegung zu gründen und hineinzudringen in die Massen von Arbeitern und Bauern, Kleingewerblern, Mittelständlern und bei allen deutschen Stämmen und Konfessionen, da begann ich mit 7 Mann[20]. Und heute sind es fast 14 Millionen! Zum ersten Male in der ganzen deutschen Geschichte ist diese Zahl erreicht.

Der Arbeiter kam zu mir, der Bauer kam und dann der kleine Mittelstand, Professoren und endlich Prinzen. Alle schlossen sich zu einer großen deutschen Volksgemeinschaft zusammen[21]. *Wenn nun Deutschland jetzt eine andere Stellung hat wie vor fünf Jahren, ist es nicht ein Verdienst, weil ein Mann wie Franz von Papen da ist, sondern weil die NSDAP-Bewegung kam und Deutschland geändert hat.* Es ist falsch, wenn Papen sagt, er regiere, weil er die Macht habe. Welche Macht denn? Er hat die Reichswehr und die Polizei. Das ist eine Auffassung, die ich nicht teilen kann. In meinen Augen ist die Regierung nicht gefestigt durch die Polizei und das Militär, sondern wenn hinter ihr eine große Volksgemeinschaft steht [*sic!*]. *Der Soldat ist nicht dazu da, eine mißlungene Regierung vor dem eigenen Volk zu verteidigen, sondern ein Volk zu schützen*[22].

Die Polizei hat die Aufgabe, Verbrechen aufzuspüren, aber nicht eine Regierung zu schützen vor der Ablehnung der Mitbürger. Ohne oder gegen das Volk kann keiner regieren.

Wenn Herr von Papen sagt, es müsse eine Regierung da sein, die Autorität hat und dann müsse man untersuchen, ob man sie in Verbindung mit dem Volk bringen kann, so entgegne ich: Erst muß ein Volk gesund und kräftig gestaltet werden. Aus ihm heraus muß eine neue Organisationsform des Lebens kommen. Und diese Form muß zugleich dann Trägerin und Führerin sein.

Zum Regieren ist der berufen, der dazu befähigt ist, mag er herkommen, wo er will. (Beifall.) *Fähigkeit allein herrscht, nicht Vermögen. Nicht Kapital, sondern Tatkraft und Entschlossenheit.* Ich zweifle nicht daran, daß unser Volk alles vermag, wenn es sich nicht im Standesdünkel verläuft und sich nicht selbst um seine besten Kräfte betrügt. Heute hat Papen alle die um sich, die das große Wort führen und sich im Standesdünkel über uns erheben. Wenn sie aber allein regieren wollen, dann weiß ich, was passiert. Das habe ich schon einmal erlebt. Sie hätten ihre Regierungsfähigkeit vor 14 Jahren bekunden müssen[23]. Damals waren diese Männer alle mit Namen und Ehre behaftet und hatten die Macht in der Hand, während ich und meine Mitkämpfer unbekannte Menschen waren. Die, die damals die Macht hatten, haben kapituliert, und ich habe gekämpft. Sie haben sich nicht zur Wehr gesetzt, während ich mich zur Wehr setzte. Es

20 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

21 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

22 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

23 Die nationalsozialistische Propaganda bekämpfte die die Regierung Papen unterstützende DNVP mit Plakaten, die unter anderem folgenden Text enthielten: "*'Wir sind Monarchisten'*. So lautet das Feldgeschrei der Deutschnationalen. *Preisfrage:* Warum haben *diese tapferen Monarchisten* am 9. November 1918 ihren *Monarchen* nicht beschützt? Warum ist keiner von ihnen an den Stufen des Thrones fechtend gestorben? Wo steckten sie? *Antwort: In den Mauselöchern!*" Vgl. Vossische Zeitung vom 21.10.1932 (AA), "Der Streit um die Mauselöcher".

ist kein Zeichen von Genialität, wenn man 13 Jahre nichts tut. Darum ist es auch belanglos, wenn diese Regierung kaputtgeht. Wenn aber die deutsche Volksgemeinschaft kaputtgeht, das ist nicht belanglos, das ist wichtiger als jede Regierung.

Wenn Herr von Papen sagt, ich werde niemals zur Macht kommen, dann wollen wir das mal abwarten. Was ich geworden bin, bin ich durch mich selbst geworden, durch meine Kraft und meinen Fleiß. Das Weitere wollen wir Gott überlassen. Den Herren aber füge ich mich nicht, füge ich mich unter keinen Umständen! *Ich gehöre nicht zu den Männern, die das Wort "kapitulieren" in ihrem Sprachschatz besitzen. Sie können mit mir machen, was sie wollen. Sie können mich einsperren, sie können mich totschlagen, aber nie werden sie mich beugen.*

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Bewegung, die das Höchste will, die zum äußersten Kampf entschlossen ist, niemals gebeugt werden kann.

Ich habe jahrelang um die Treue der Menschen gerungen und ich weiß mich eins mit ihnen. Kein Bauer, kein Arbeiter und kein Mittelständler wird mich verlassen, wenn ich ihnen treu bleibe. Diese Einheit ist daher unzerreißbar.

Gerettet ist Deutschland nicht dann, wenn eine neue Regierung da ist, sondern erst dann, wenn es ein neues Volk geworden ist und der letzte Rest unserer verfahrenen Gedankenwelt - die Standes-, Stammes- und Konfessionszersplitterung - vollständig überwunden ist. Dann ist Deutschland gerettet, so gerettet, daß ich der Überzeugung bin, *dem* Deutschland kann niemand mehr seinen Weg versperren.

Für uns gibt es jetzt nur einen Weg, den Kampf! *Es kommt nicht darauf an, daß man zeigt, über ein Volk herrschen zu können, sondern wie man die Kräfte möglichst mobilisiert.* Glauben Sie nicht, daß man heute eine wirtschaftliche Form vorführen kann, um Vertrauen zu schaffen. Die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsreform sind Vertrauen und Glaube. Wer nicht glaubt, kann keine Opfer bringen. Am deutschen Volk zweifle ich gar nicht. Hätte ich das getan, dann hätte ich nie diese Massen gewonnen.

Man muß nur den Mut haben, einzugreifen in unser Volk, und Sie werden staunen, was hier für Fähigkeiten herauskommen. Unser Lebensbrunnen ist nicht erschöpft.

Wenn die heutige Regierung nicht das Verständnis dafür besitzt, so muß sie eben abtreten. Die NSDAP-Bewegung aber wird bleiben.

Und wenn Sie nach einem Versprechen fragen:

Am 6. November [*1932*] wird gewählt, und am 7. November beginnt wieder die Arbeit, damit aus allen diesen Parteien und Ständen heraus eine neue Ordnung entstehen wird für ein deutsches Volk und damit eine deutsche Nation.

19. Oktober 1932 Dok. 23
Schreiben an Friedrich Boden [1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Gruß und Unterschrift [2]; IfZ, MA 1232.

Leider besteht keine Aussicht, daß mir die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit [3] die Erfüllung meines Dienstauftrages [4] ermöglichen.

Ich lege daher ein Urlaubsgesuch vor und bitte Sie, dasselbe an den Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums [5] weiterzuleiten [6].

Ergebenst
Adolf Hitler

1 Friedrich Boden (1870-1943), 1900 braunschweigischer Regierungsassessor, 1905 Regierungsrat, 1906 Geheimer Regierungsrat, stimmführender braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat mit Sitz in Berlin, 1911 Wirklicher Geheimer Legationsrat, 1914 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Königlich Preußischen Hof, zugleich stimmführender anhaltinischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1919 in diesen Funktionen zum Reichsrat bestellt, zugleich als Gesandter für Preußen beglaubigt, 1923 zugleich stimmführender Bevollmächtigter zum Reichsrat für Mecklenburg-Strelitz, 1929 Dr.-Ing. e.h., 1934 Entlassung aus dem braunschweigischen, dann aus dem anhaltinischen und mecklenburgischen Staatsdienst.

2 Kopf: "München, den 19.10.[*19*]32. An die Braunschweigische Vertretung beim Reich, z. H. des Herrn Gesandten Ex[*zellenz*] Boden, Berlin".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

4 Mit der Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt am 25./26.2.1932 (vgl. Bd. IV/3, Dok. 28) besaß Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft und konnte für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren. Das braunschweigische Staatsministerium beauftragte Hitler mit der "Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin [...]. Die Aufgaben Hitlers werden insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig in weitestem Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch der Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft anzunehmen." Irgendwelche Aktivitäten Hitlers in dieser Funktion sind nicht nachweisbar. Vgl. Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat.

5 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

6 Am 8.11.1932 bewilligte Küchenthal Hitler Urlaub "bis auf weiteres" und ließ die Zahlung der Bezüge wunschgemäß einstellen. Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums an die Braunschweigische Vertretung beim Reich, Pers. H., vom 8.11.1932; IfZ, MA 1232.

19. Oktober 1932 Dok. 24
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oppeln [1]

Oppelner Zeitung vom 20.10.1932, "Hitler selbst" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 25.

19. Oktober 1932 Dok. 25
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Deutsche Ostfront vom 21.10.1932, "Schlesien jubelt seinem Führer zu!" [2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wenn Sie heute so zahlreich in diese Versammlung hergekommen sind, dann weiß ich, daß Sie eine Frage hergeführt hat, die Sie beantwortet wissen wollen, nämlich die Frage, *weshalb* ich es abgelehnt habe, am 13. August [*1932*] in die Regierung einzutreten [3]. Unsere um uns so *"besorgten"* Freunde, deren "Besorgtheit" um unsere Partei wir erst jetzt richtig erkennen können, sagen jetzt: "Herr *Hitler*, Sie hätten doch in den Zug einsteigen sollen, weshalb sind Sie denn nicht eingestiegen? Herr *Hitler*, Sie haben diese Gelegenheit verpaßt". Darauf kann ich aber antworten:

Ich bin in diesen Zug nicht eingestiegen, weil ich hinterher *nicht wieder* aussteigen wollte. Es ist nämlich *nicht bei allen Menschen gleich. Wenn* man Herr von *Papen* heißt oder Herr von *Gayl*, dann kann man in *jeden Zug einsteigen* und, wenn es grade paßt, auch wieder aussteigen. Wenn man aber 14 Millionen deutscher Volksgenossen hinter sich hat [4], kann man *nicht einfach* einsteigen und, wenn es einem paßt, wieder aussteigen. Hier heißt es nicht:

Heute rin in die Kartoffeln, morgen raus aus die Kartoffeln!

---

1 Im Eiskellergarten, von 19.45 bis 20.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 7.500 Menschen teil (nationalsozialistische Presse: "Zehntausende"). Vor Hitler sprach Untergauleiter Josef Joachim Adamczyk. Die Versammlung wurde mit Lautsprecher in den benachbarten Garten von *Forms Hotel* übertragen; während der Rede von Adamczyk kam es zum Versuch einer Gegendemonstration durch etwa 20 Kommunisten, die von der Schutzpolizei abgedrängt wurden.

2 Vgl. auch VB vom 21.10.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zum Führer"; Oberschlesischer Volksbote vom 22.10.1932, "Blauer Dunst bei Hitler", Nowiny Codzienne vom 25.10.1932, "Jeszcże z pobytu Adolfa Hitlera w Opolu" sowie Bericht des Polizeipräsidenten in Oppeln an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien vom 20.10.1932 (Abschrift); Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Rejencija Opolska, I/1806.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 23.30 Uhr. An der von Landesinspekteur Ost der NSDAP, Helmuth Brückner, eröffneten Versammlung nahmen nach nationalsozialistischen Angaben etwa 50.000 Menschen teil. Hitlers Rede wurde in den Messehof übertragen, wo er anschließend noch kurz persönlich auftrat.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung vom 20.10.1932, "Nazi-Brückner deckt die Karten auf"; Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 21.10.1932, "Schlesien jubelt seinem Führer zu!"; VB vom 21.10.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zum Führer".

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Wie schlecht das einer Bewegung bekommt, das müßten die Herren bürgerlichen Parteipolitiker aus ihrer eigenen Erfahrung wissen. Nun gehöre ich nicht zu den Menschen, die Fehler, die die anderen dauernd machen, ohne weiteres nachmachen. Nun ist noch die Frage, weshalb bin ich nicht eingestiegen, in den Zug?

Weil der Zug eine Richtung nimmt, die ich nicht mitmachen kann! Der fährt nämlich auf eine Station hin, auf der ich nichts zu suchen habe. Außerdem bin ich überzeugt, daß er nicht einmal die Station erreicht, sondern der Zug wird entgleisen und geht kaputt (Beifall). Und ich setze mich nicht in einen Zug, der kaputtgeht.

Nun sagen diese Parteipolitiker: Warum soll denn der Zug entgleisen, Herr Hitler? Sie könnten ja dann Ihren Einfluß geltend machen. Ja wieso denn, glaubt denn wirklich ein Mensch, daß man mich eingeladen hat, in den Zug einzusteigen, in dem ich die Richtung bestimmen kann? Warum hat man mich denn dann nicht auf die Lokomotive gelassen. (Beifall.) Ich war ja bereit, die Führung zu übernehmen. Natürlich hätte ich meinen Einfluß geltend machen können, aber kein Mensch hätte sich darum gekümmert. Sie *dachten* nicht daran, mich in diese Regierung einzuladen, damit etwa das getan wird, was *wir* für notwendig ansehen. Man lud mich ein, hier einzusteigen, weil man überzeugt war, daß man mich damit mundtot machen könne, daß man mich damit erledigen könne, nachdem es anders nicht ging.

Die hatten sich das so schön ausgedacht: Wir bilden ein Kabinett und da laden wir dann den Führer dieser Oppositionspartei ein und überlassen ihm ein Ministerium, das überhaupt nicht existiert und einen Vizekanzlerposten, in dem man nichts zu reden hat. "Herr Hitler, das tun wir, damit Sie Ihre Kraft Ihrer Bewegung widmen können!" Ach, diese besorgten Mitbürger! Und dann geben wir ihm ein Luftfahrtministerium, das ist nicht gefährlich, weil die Luftfahrt noch nicht da ist[5], und dann ein Kultusministerium, das ist auch nicht gefährlich[6], das muß erst aufgebaut werden, und

dann geben wir ihm etwas, was da ist, das *Polizeiministerium*; und dann wird dieser Nationalsozialist mit der Polizei die ramponierten Massen im Zaum halten müssen[7], und dann wollen wir mal sehen, wie viele Arbeiter und Bauern dieser Herr Hitler nach 6 Monaten noch in seiner Partei hat.

Das war so recht schlau ausgedacht. Nun haben die Herren aber die Rechnung ohne mich gemacht. Wenn sie wirklich diesen inneren Zwang in sich fühlten, uns an dieser Regierung zu beteiligen, damit wir unseren Einfluß geltend machen könnten, dann gäbe es ein einfaches Mittel: Sie brauchten nur zu sehen, wie die Verfassung durchzuführen sei.

Nun freilich sagen sie: Ja, Herr Hitler, die Verfassung ist ja überlebt. Herr von Papen erzählt jetzt plötzlich von einer göttlichen Ordnung[8], die ihm plötzlich zum Bewußtsein gekommen ist. 13 Jahre lang hat man unsere Bewegung verfolgt, weil sie nicht legal sei oder gewesen wäre. 13 Jahre lang hat man verboten und verboten und uns unterdrückt. "Ihr wollt ja nicht legal sein, Ihr wollt nicht verfassungsmäßig die Macht erobern, sondern Ihr habt illegale Gedanken im Kopfe! Wir sehen Euch das an!" 13 Jahre lang hat man dicke Aktenbündel ge-

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
6 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
7 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
8 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

schaffen mit lauter Zitaten von Reden, Zitaten aus Zeitungen, aus denen man immer wieder herauslesen wollte, daß die Nationalsozialisten nicht legal sind[9], und mich selbst hat man in den 13 Jahren von einem Prozeßsaal in den anderen hineingeschleift und ließ mich feierliche Eide schwören[10].

Da sagte man *nicht*, die Verfassung ist erledigt, sondern treten Sie einmal vor die Schranken des Gerichts und sagen Sie jetzt: Ist es richtig, daß Ihre Partei mit legalen Mitteln kämpfen will? Und wenn ich sagte, das ist richtig, da wurde mir entgegnet: "Herr Hitler, wie stellen Sie sich denn zu der Verfassung?"

Hier in *Schlesien* hat man mich genau so unter Eid ausgequetscht, ob ich ja die Verfassung als das höchste Gebot anerkennen wollte[11].

Das taten sie solange, als sie überzeugt waren, daß wir verfassungsmäßig nicht zur Macht kommen könnten, und vielleicht haben sie es auch getan in der Meinung, eines Tages müßte mir die Geduld reißen und dann würden wir uns zu einer Illegalität verleiten lassen.

Und dann hätte man gesagt: Wir haben nicht daran gezweifelt, sie wollten gar nicht legal sein. Aber ich habe die Nerven *nicht* verloren, ich bin legal geblieben. - Eines Tages waren wir 107[12], dann 230 und da auf einmal, da wurde dem Zentrumsmann von *Papen* klar, daß die Legalität etwas ganz Überlebtes sei.

Da wurde ihm auf einmal klar, daß es eine göttliche Meinung gibt, die göttliche Ordnung, und die hat Herr Franz von *Papen*, der Reichskanzler. Die göttliche Ordnung hat mit der Verfassung auf einmal nichts mehr zu tun, denn das ist ja alles überlebt und veraltet. Nun muß ich den Herren sagen:

Ihr habt mich *so oft* auf die Verfassung vereidet [*sic!*], daß ich jetzt nicht mehr davon abzubringen bin, auch wenn es Euch nicht paßt. (Großer Beifall.)

Nun ich kann ja auch nicht anders. Sie sehen das vielleicht am stärksten, wenn wir nur die "Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft"[13] in Betracht ziehen. Glauben Sie wirklich, daß ich, wo mir in großen Zügen diese Verordnung schon bekannt war, glauben Sie wirklich, daß ich diese unterzeichnet hätte, glauben Sie, daß ich die Verantwortung dafür tragen könnte?

---

9 Vgl. auch Dok. 15, Anm. 36.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.

11 Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. 14 der beteiligten SA-Männer wurden rechtskräftig wegen Landfriedensbruch am 5.7.1930 zu Strafen bis maximal fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hitler trat am 13.12.1929 vor dem Schöffengericht als Zeuge auf. Am 12. Juni 1930 auch vor dem Landgericht, wo der Prozeß in 2. Instanz verhandelt wurde,. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven, Conn., 1984, S. 83 ff. ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930), in: Študia Sląskie, 30 (1976), S. 341-362; Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f. Druck der Aussagen Hitlers: Bd. III/2, Dok. 114, Bd. III/3, Dok. 58.

12 Vgl. Dok. 15, Anm. 38.

13 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

Dieses Werk wird ein Mißgriff sein. Es ist schon heute als unzulänglich und unbrauchbar erwiesen. Dieses Werk ist keine Notverordnung zur Rettung deutscher Wirtschaft, zur wirklichen Beschaffung von Arbeit, sondern höchstens eine Notverordnung zu einer weiteren, diesmal etwas verschleierten Sanierung der Banken. Alles andere ist unbrauchbar und unzulänglich.

Glauben Sie, ich hätte das unterzeichnen können? Was würde man heute mit Recht von mir sagen? Könnte ich jetzt vor die Massen hingehen und erklären, meine Volksgenossen, ich habe mich getäuscht?

Nein! Diese Bewegung von 14 Millionen Menschen kann nur eingesetzt werden, wenn es wirklich die große Stunde der deutschen Nation ist. Entweder oder! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Man kann eine solche Bewegung aber nicht heute einsetzen und morgen plötzlich wieder zurückziehen.

Die Herren haben sich das sehr einfach gedacht. Sie meinten, wir werden diesem Mann den Ministertitel geben, ganz übergehen können wir ihn nicht, er ist nun einmal da. Wir wollen ihm also einen Ministertitel geben und ein paar andere nehmen wir auch. Nach sechs Monaten wird er sich zurückziehen können, denn nach sechs Monaten wird er wenig mehr hinter sich haben. Die Herrschaften täuschen sich sehr. Erstens das Wort Minister hat für mich gar nichts Verführerisches. (Beifall.)

Dieser Titel ist in den letzten 13 Jahren schon so abgegriffen worden (Beifall), daß es für einen Mann, wie ich nun einer bin, absolut nicht verführerisch ist, diesen Titel zu tragen.

Ich kann den Herren versichern: Ihr habt gar keinen Titel, den Ihr mir geben könnt, der besser ist als mein Name. (Großer langanhaltender Beifall.)

An diesem Titel hänge ich, weil ich ihn von niemandem als Präsident bekommen habe, sondern weil ich ihn mir selbst geschaffen habe.

Und zweitens gehe ich überhaupt nach keinem Titel, sondern nach der *Macht.* Die Herren sagen vorwurfsvoll, ich wolle nach der *Macht* streben.

Ja habe ich denn die 13 Jahre etwas anderes erklärt, habe ich etwa erklärt, daß die Nationalsozialisten *nicht* die Macht wollen?

Natürlich wollen wir die Macht, und wir wollen sie, weil ich überzeugt bin, daß die anderen nicht würdig und nicht fähig sind, diese Macht zu verwenden. (Großer Beifall.)

Dann dachten sie vielleicht auch noch, daß sie uns mit den *Bezügen* würden ködern können. Da kann ich den Herren nur sagen: Ich benötige überhaupt kein staatliches Gehalt[14] und werde mein Leben lang keines annehmen. (Die Worte gehen in Beifall unter.) Ich bin freier Schriftsteller (Beifall), und was ich brauche, verdiene ich mir selbst[15]. So wie ich heute *von der Partei keinen Gehalt* beziehe[16], *will ich auch vom Staate keinen Gehalt haben.* Jetzt nicht und nie! (Erneuter stürmischer Beifall.) Ich bin Junggeselle; was ich brauche, habe ich selbst. (Beifällige Heiterkeit.) Mit all dem können sie *mich* nicht verführen. *Das eine, was für mich verführerisch ist, ist die Führung an sich, d. h. also wirklich die Macht, sonst gar nichts.*

Die Herren haben sich hier in uns allen verrechnet; sie haben sich aber besonders in einem verrechnet, nämlich, wenn sie meinten, wir könnten auf das verzichten, was wir in 13 Jahren

14 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
15 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.
16 Hitler bezog von der NSDAP kein Gehalt und erhielt auch keine sonstigen Zuwendungen aus der Parteikasse. Vgl. Henry Ashby Turner jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 185.

aufgebaut haben; wenn sie besonders von mir glauben, ich könnte Verzicht leisten auf das, was in 13jähriger ungeheurer Arbeit entstanden ist.

Und das ist der *tiefste* Grund, warum ich niemals einen Kompromiß schließen werde.

Als ich vor 13 Jahren diese Bewegung ins Leben rief[17], da bewegte mich folgende Erkenntnis: *Deutschland ist politisch zerbrochen,* kapituliert nun vor der Welt und wird zwangsläufig für diesen politischen Verfall die *wirtschaftliche Quittung* erhalten. Wenn eine Nation wie die deutsche ihrer ganzen Lage nach angewiesen ist auf wirtschaftliche Beziehungen zur anderen Welt, dann setzt das voraus eine politische Stellung in der Welt. Wenn aber ein solches Volk seine politische Stellung preisgibt, dann muß die Folge davon auch eine Vernichtung der wirtschaftlichen Stellung sein. Und so ist es ja auch gekommen! Politisch sind wir zerbrochen, sind machtlos und rechtlos geworden, haben damit nicht nur die wirtschaftliche Position in der Welt verloren, sondern auch diesen inneren Glauben, die innere Tatkraft, das Vertrauen. Und nun ist darüber die Wirtschaft langsam zusammengebrochen, belastet mit Tributen[18] einerseits und erstickt durch das zurückgehende ersichtlich mangelnde Vertrauen auf der anderen Seite.

Nun sage ich, wenn man Deutschland aufbauen will, darf man nicht bei der Wirtschaft beginnen, sondern man muß dort beginnen, wo der Verfall angefangen hat: der Verfall aber ist erklärlich, wenn ein Volk sein ganzes politisches Denken ableitet aus den lächerlichsten und erbärmlichsten kleinen Gesichtspunkten.

Der eine sagt, bei uns ist der Ausgangspunkt unseres politischen Denkens das Interesse der Beamten, ein anderer sagt, das Interesse der Bauern, ein dritter meint die Mieter, ein vierter die Aufwertler, der eine die Interessen der Katholiken, der andere die der Protestanten, wieder ein anderer die Interessen der Monarchisten, der andere die der Republikaner, oder die der Arbeitnehmer, oder die der Arbeitgeber, der Finanz oder der Wirtschaft usw. [19].

Glauben Sie, daß ein Volk, das seinen politischen Willen derart zerreißt, noch einen Sinn hat und eine Bedeutung erlangen kann?

Das alles war der Ausgangspunkt meiner politischen Arbeit: Das Volk muß erst wieder lernen, eine einheitliche Wurzel politischen Denkens zu finden.

Nicht eine Klasse, nicht ein Stand, nicht Arbeitnehmer- oder Arbeitgebertum, nicht Angestellte oder Beamte dürfen die Wurzeln sein, den Ausgangspunkt kann nur das Volk aus Fleisch und Blut darstellen.

Auf der einen Seite aber glauben die Proletarier an die Internationale[20], auf der anderen Seite stehen die Bürgerlichen, die sagen, wir sind national.

Beide sagen, wir sind unvereinbar, können nie zusammenkommen. Was soll ein Volk, das sich in einer Zeit der größten Weltentscheidung sich diese unsere geistige weltanschauliche Zerrissenheit leistet?

---

17 Die "Deutsche Arbeiterpartei" war am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden. Seit Frühjahr 1920 trug sie die Bezeichnung "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Zu ihrer Frühgeschichte vgl. Tyrell, Vom "Trommler" sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

18 Gemeint sind die Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

20 Bezieht sich auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sogenannte Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Nur dieser Gedanke für das deutsche Volk ist und bleibt der Ausgangspunkt meines politischen Handelns und ich sehe dabei, daß die einzelnen Führer im ersten Augenblick uns nicht verstehen wollen, aber ich sehe, daß sie uns eines Tages verstehen werden müssen,

denn es wird der Bürger in seiner Isoliertheit genau so zu Grunde gehen, wie der internationale Proletarier eines Tages daran kommen wird.

Es gibt keine internationale Realität, er wird vollständig verlassen sein in dem Augenblick, in dem ihn die Not erfaßt. Auch hier stoßen die Tatsachen hart aufeinander. Für den Arbeiter gibt es keine Hilfe, denn die liegt nicht in seiner Kraft, sondern in der gesamten konzentrierten Kraft seiner Volksgemeinschaft. Ich weiß, daß es nicht leicht ist, gegen die Welt von Vorurteilen anzukämpfen, aber ich weiß auch, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn nicht beide Teile zu Grunde gehen sollen. Ich habe es unternommen, den Kampf zu beginnen. 13 Jahre lang bin ich in ihn hineingestiegen [*sic!*] und habe in viel tausend Kundgebungen geredet, um ihn zu gewinnen. Ich habe die Bewegung organisiert und versucht, die Menschen hineinzuführen. Es war nicht leicht, wenn in den 13 Jahren ein Arbeiter sagte "Ich habe kein Vertrauen" und wenn ich ihm tausendmal erklärte, "Mein Volksgenosse, du mußt aus deinem Klassenirrsinn herausgehen, das ist ein Wahnsinn, du wirst es eines Tages erleben, du hast nichts anderes als eine Idee, aber nirgends hast du eine Hilfe. Du kannst verhungern, die *Welt* hilft dir gar nicht. Wenn nicht *dein Volk* die Kraft besitzt, einen Arbeitsplan zu sichern, die andere Menschheit kümmert sich gar nicht um dich." Mit Recht muß ich eines zugeben: Es hätte niemals in Deutschland die Idee eines internationalen Proletariats entstehen können, wenn nicht ein anderer Teil der deutschen Nation sich in sein bürgerliches Klassenvorurteil eingehüllt hätte. (Beifall.)

Es ist natürlich, daß ich die Frage nur dann lösen kann, wenn jeder der *beiden* Teile auf seinen Standpunkt Verzicht leistet.

Ich kann vom Arbeiter nicht fordern und verlangen, daß er sich aus seiner Klassensphäre herausbewegt, wenn auf der anderen Seite der Bürgerliche steht und erklärt, ich bin bürgerlich.

Entweder es sollen alle deutsch sein und nur deutsch allein, oder sie werden auf eine Befreiung verzichten müssen. In diesem 13jährigen Ringen ist es aber nun wirklich gelungen, langsam Millionen von Menschen zusammenzufügen. Millionen sind in die Partei eingetreten, Millionen *Handwerker*, Millionen *Bauern*, endlich Millionen auch an *Intellektuellen: Geistliche, Professoren*[21], ja sogar bis zum *kaiserlichen Prinzen*[22] hinauf. Des deutschen Volkes Zukunft liegt nicht im Bürgertum oder Proletariat, sondern diese Zukunft liegt ausschließlich in dem Grad, in dem wir eine einheitliche Weltanschauung und Willensbasis schaffen können. Natürlich ein riesenhafter Kampf. Aber wer will hoffen, daß eine Nation, die so geschlagen erscheint, *ohne Kampf* wieder emporzusteigen vermag.

Daß aber dieser Kampf einen inneren Erfolg gezeitigt hat, das beweist am besten das Wunder, daß es möglich wurde, in kaum 13 Jahren, ausgehend von 7 Mann[23], nahezu 14 Millionen[24] unter eine Fahne zu bringen. (Beifall.)

---

21 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

22 Bezieht sich auf August Wilhelm Prinz von Preußen (1887-1949), 1905 preußischer Leutnant, 1908 Dr. rer. pol., 1918 Landrat des Kreises Neuruppin, 1927-1929 Mitglied des Stahlhelm, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1932/33 MdL in Preußen, September 1932 SA-Oberführer, 1939 SA-Obergruppenführer, 1948 im Entnazifizierungsverfahren als Belasteter eingestuft.

23 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

24 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Die Herren Regierenden haben das an Leiden, Sorgen und Opfern nicht mitgemacht wie wir, nicht diese endlosen Sorgen, diese endlosen Verfolgungen, sie sind nie im Gefängnis gesessen wie wir. Ich kann nur eins sagen: Es ist irrsinnig, daß ich mich je von den Meinen trenne.

Ich bin ein Kind des Volkes und bleibe es!

Ich sehe die deutsche Zukunft darin, daß es gelingt, gerade dieses Volk zum tragenden Faktor des Staatslebens zu machen. Das ist meine Lebensaufgabe, diese Bauern, diese Arbeiter, diesen Mittelstand zum tragenden Faktor des Staatslebens zu machen, weil ich weiß, diese Menschen sind nicht so gewandt wie vielleicht die oberen Zehntausend, *aber sie sind treu.* Sie sind stabil, man kann sagen schwerfällig, aber sie sind anhänglich und ausdauernd. Wer sie gewonnen hat, hat einen Felsen, auf den er getrost bauen kann. Mit den oberen Zehntausend ist es nicht getan. Wenn in der Bewegung heute auch Hunderttausende von Intellektuellen sitzen, dann dank der Einsicht, daß es einmal gelingen muß, anstelle von Klassen und Ständen eine deutsche Volksgemeinschaft aufzubauen. Gelingt dies, dann ist Deutschland gerettet, mißlingt das, dann ist Deutschland auf die Dauer nicht mehr zu halten.

Herr von *Papen* hat in 13 Jahren Zeit gehabt, sich dem Bolschewismus entgegenzustemmen, wie er jetzt ankündigt. Die Herren regierten doch vor 14 Jahren, sie hatten hinter sich die Macht und die großen Machtmittel des Staates. Was waren wir dagegen, was war ich, nur einer von 10 Millionen, die ohne Note [*sic!*] herumliefen.

Und trotzdem, gerade die, die damals die Macht und alle Machtmittel besaßen, haben feige kapituliert, und ich habe mich gewehrt. Ich habe das aufgebaut, was heute der Garant für die deutsche Zukunft ist.

Das aber, was ihre Weltanschauung ist, wird und kann vom Geist der Zeit und vom Marxismus beseitigt werden. Wenn einer kommt und redet mir von ihrer Weltanschauung und davon, daß sie ihre *Weltanschauung* meiner Bewegung entgegenstellen wollen, dann sage ich: Eine Weltanschauung, die heute gegen uns anstürmt, kann nur beseitigt werden durch eine bessere Idee, und das kann nur der Gedanke der Volksgemeinschaft sein.

Sie sollen nicht hoffen, daß das, was ich in 13 Jahren geschaffen habe, im 14. von mir preisgegeben wird. Die Zukunft wird ja entscheiden. Eins ist sicher, ganz gleichgültig, wie es sich entscheidet: Ich werde meinen Weg niemals verlassen! Darin bin ich ein sturer Fanatiker.

Wenn Herr *Hugenberg* sagt zu mir: Seien Sie doch gescheit, geben Sie doch nach[25]! dann sage ich: Nein, Nein, ich bin ruhig der Dümmere, aber nachgeben tue ich nicht! Wir hätten es die 13 Jahre her leichter haben können, als wir es hatten. Glauben Sie ja nicht, daß die Herren

---

25 Zitat nicht ermittelt. Bezieht sich wahrscheinlich auf ein Schreiben an Hitler vom 20.3.1932, das am 22.5.1932 in den *Eisernen Blättern* veröffentlicht worden war, in dem der Vorsitzende der DNVP, Alfred Hugenberg, ausführlich die Gründe der DNVP darlegte, Hitlers Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht zu unterstützen. Unter anderem schrieb Hugenberg: "So wie die NSDAP seit Oktober [*1931*] die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein." Druck: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 627 ff.
Zum damaligen Verhältnis von DNVP und NSDAP vgl. John A. Leopold, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven ^{2}1979, S. 115 ff.

in ihrem Kabinett sich so abrackern wie wir uns abgerackert haben. Wenn ich in die Regierung eingetreten wäre, das Parlament käme nicht mehr in die Erscheinung, das Volk hätte auch nichts mehr zu vermelden, unsere Zeit wäre angenehmer verflossen, vielleicht wären wir auch ein wenig unter den Goldregen der Zeitungen gekommen und wir hätten nicht die Nächte draußen herumzigeunern brauchen. Alles das würde weggefallen sein, wir hätten ein schönes bequemes Dasein. Ich habe herausgefunden, daß es sich in Berlin in einem Ministerium leichter und angenehmer redet als draußen auf den vielen Versammlungen.

13 Jahre haben wir gekämpft, damit jetzt anstelle des Parlamentarismus der Herrgott in Gestalt des Herrn Jakob *Goldschmidt*[26] sich herandrängt. Die Organisation haben wir durchgeführt, und ich bin überzeugt, daß nur diese berufen ist, alles durchzuführen. Und nur gerade deshalb, weil keine andere berufenere da ist und weil die, die heute am Ruder sitzen, bisher nichts getan haben. Fünf Minuten vor 12 Uhr kommen Sie heraus und sagen: Ich bin da!

Ich glaube auch hier an eine göttliche Fügung, und diese göttliche Fügung hat zu allen Zeiten zur rechten Zeit eingesetzt und es gefügt, daß alle die, die gearbeitet haben, am Ende ihre Arbeit auch verwalten dürfen.

12 Mal können sie das Parlament auflösen und dann gehen wir eben in den 13. Kampf. Wir wollen doch am Ende sehen, ob die Schädel von 14 Millionen nicht härter sind als die paar Hundert vom Herrenklub[27].

Am 6. November findet der Kampf statt. Am 7. beginnt wieder die Arbeit und ich bin überzeugt, daß uns das Schicksal die Macht doch geben wird, und daß diejenigen, die ein Volk aufbauen, am Ende auch ein Volk führen. (Stürmischer Beifall, der erst ein Ende nimmt, als Adolf Hitler den Riesenraum verlassen hat.)[28]

26 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.
27 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.
28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

[20. Oktober 1932] Dok. 26
Schreiben an Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha [1]

Coburger Zeitung vom 21.10.1932, "Mit Myrte und Schleier" [2].

Adolf Hitler hat ein Handschreiben an den Herzog gerichtet [3], in dem er bittet, zu der "Vermählung der Prinzessin Sibylla [4] in meinem Namen und im Namen der vielen Millionen in unserer Bewegung zusammengefaßten Deutschen, die die so mutige und treue Haltung Euerer Königlichen Hoheit unserem schwergeprüften Volke gegenüber [5] mit dankbarem Herzen sehen und erkennen, die aufrichtigen Glückwünsche in tiefer Verehrung aussprechen zu dürfen" [6].

1 Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha (1884-1954), 1900 Eintritt in die Hauptkadettenanstalt Lichterfelde, 1900-1905 Herzog unter Vormundschaft des Erbprinzen Ernst von Hohenlohe-Langenburg, 1904 preußischer Leutnant, 1905-1918 Regierender Herzog der Herzogtümer Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha, 1919 Angehöriger der Bayerischen Einwohnerwehr, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1923 Oberbereichsleiter des Bundes Wiking, 1926 Übertritt in den Stahlhelm, 1929 Gründer und Präsident des Nationalen Deutschen Automobilklubs, 1930 Mitglied des Bundesvorstands des Stahlhelm, 1932 Präsident des Nationalen Klubs von 1919 in Berlin, März 1933 Eintritt in die NSDAP, Reichsbeauftragter für das Kraftfahrwesen, August 1933 SA- und NSKK-Gruppenführer, Dezember 1933-1945 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, 1934 Reichskommissar für die Freiwillige Krankenpflege, 1950 im Berufungsverfahren als Minderbelasteter eingestuft.

2 Vgl. auch Coburger Tageblatt vom 21.10.1932, "Über zweitausend Glückwünsche"; Der Reichsbote vom 22.10.1932, "Coburger Festtage auf dem Höhepunkt"; Donauwacht vom 5.11.1932, "Diener der Hohenzollern".

3 Mit Schreiben vom 17.9.1932 an Hitlers Kanzlei machte der Erste Bürgermeister von Coburg, Franz Schwede (NSDAP), auf die bevorstehende Hochzeit aufmerksam und gab unter anderem angesichts der öffentlich geäußerten Sympathie des Herzogs für die NSDAP zu bedenken: "Aus all diesen Gründen halte ich es für unbedingt erforderlich, daß sich die Organisation der NSDAP bei den bevorstehenden und vorgesehenen Veranstaltungen anläßlich der Hochzeit im Herzogshause auf keinen Fall ausschließen darf. Wir würden damit den Herzog persönlich außerordentlich schwer kränken und darüber hinaus weiter und fester an den Stahlhelm binden." IfZ, MA 127/1.

4 Sibylla Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha (1908-1972).

5 Anläßlich des "Dritten Deutschen Tages" in Coburg am 14. und 15.10.1922 (vgl. Dok. 16, Anm. 4) war Karl Eduard erstmals in Verbindung mit Hitler getreten; seitdem galt der Herzog als Förderer der NSDAP. Vgl. Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich, S. 91 f.

6 Am 19.10.1932 wurden in Coburg Sibylla Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha und der schwedische Erbprinz Gustav Adolf Bernadotte, Herzog von Västerbotten, standesamtlich getraut. Am Tag darauf folgte die kirchliche Trauung.

20. Oktober 1932 Dok. 27
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sommerfeld (Niederlausitz)[1]

Der Angriff vom 21.10.1932, "Hitler vor 30.000 Ostmärkern"[2].

In seiner Rede kennzeichnete der Führer die Papensche Notverordnung[3] als das, was sie ist: eine *Bankensanierung* nach dem Rezept Jakob Goldschmidts[4]. Alles, was diese Regierung bisher angefaßt habe, sowohl außenpolitischer als auch innenpolitischer und wirtschaftspolitischer Art, sei schiefgegangen. Als *Dekorationsminister* aber für eine solche Regierung lasse er sich nicht mißbrauchen. "Man kann mir in dieser Republik", fuhr der Führer wörtlich fort, "keinen Titel anbieten, der besser wäre als mein Name. Ich bin ein *Kind des Volkes* und werde es ewig bleiben. Für dieses Volk habe ich gekämpft all die langen Jahre hindurch und werde auch weiter für es kämpfen, und für dieses Volk lasse ich mich, wenn es notwendig ist, in Stücke schlagen!"[5]

22. Oktober 1932 Dok. 28
Rede auf NSDAP-Versammlung in Halle[1]

Saale-Zeitung vom 24.10.1932, "Adolf Hitlers Rede in Halle"[2].

Was Sie wohl in erster Linie von mir hören wollen, ist sicherlich die Beantwortung einer Frage, die in den letzten Wochen von der bürgerlichen Presse besonders oft gestellt worden ist.

---

1 Im Zelt. An der Versammlung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 30.000 Menschen teil. Anschließend flog Hitler nach Berlin.
2 Vgl. auch VB vom 22.10.1932, "Adolf Hitler in der Ostmark: 'Man kann mir in dieser Republik keinen Titel anbieten, der besser wäre als mein Name'".
3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
4 Vgl. Dok. 6, Anm. 9.
5 Folgt Bericht über den Weiterflug nach Berlin.
Am 21.10.1932 traf Hitler als Gast von Fritz Thyssen im Landhaus Schloß Landsberg bei Essen mit den Industriellen Emil Kirdorf und Albert Vögler zusammen. So einflußreiche Persönlichkeiten wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Hans von Loewenstein und Paul Reusch hatten aber Thyssens Einladung zum Treffen mit Hitler abgelehnt. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 349 f.

1 Im Zelt auf dem Sarassani-Platz, nach 15.15 Uhr. An der von Gauleiter Rudolf Jordan geleiteten Versammlung nahmen laut *Volksblatt* und *Klassenkampf* etwa 12.000 Menschen teil (*VB*: 35.000). Vor Hitlers 35minütiger Rede sprach MdR Manfred Freiherr von Killinger. Während Hitlers Rede wurde die Stromversorgung der Lautsprecheranlage kurzzeitig unterbrochen. Hitlers Abfahrt wurde durch kommunistische Gegendemonstranten behindert, berittene Polizei machte den Weg frei. Hitler war gegen Mittag aus Essen (vgl. Dok. 27, Anm. 5) kommend auf dem Flugplatz Halle-Leipzig in Schkeuditz gelandet und flog nach der Versammlung von dort nach Magdeburg weiter.
2 Vgl. auch Hallische Nachrichten vom 24.10.1932, "Hitler-Kundgebung in Halle"; Klassenkampf vom 24.10. 1932, "Papens Hitler mußte Spießruten laufen!", "Jämmerliche Hitlerpleite im roten Halle"; Volksblatt vom 24.10.1932,"Adolf Hitler in Halle ausgepfiffen"; VB vom 25.10.1932, "'In diesem Kampf werdet ihr unterliegen und das Volk wird Sieger sein'" sowie Rudolf Jordan, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971, S. 46 ff.

Jeden Tag fast fragen diese bürgerlichen Politiker: *Wie konnten Sie am 13. August* [*1932*] *Nein sagen?* Wie konnten Sie damals ablehnen, in diesen Zug einzusteigen? Man hat Ihnen die Tür aufgemacht, und Sie wollten nicht! - Darauf kann ich eine einfache Antwort geben: Ich bin am 13. August [*1932*] in den Zug nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, ein paar Monate später wieder auszusteigen[3]. Das können Herr von Papen oder Herr von Gayl, die in eine solche Stellung nichts mitbringen als vielleicht ihre Schrifttasche. Die Herren sind leicht beschwingt und wenig bepackt.

Wenn man aber hinter sich 14 Millionen hat[4], dann kann man nicht heute hinein in die Kartoffeln gehen und morgen wieder hinaus. Ich weiß, daß die Millionen unserer Bewegung eines erwarten: Daß, wenn diese Bewegung einmal eingesetzt wird, dann auch wirklich die große Stunde Deutschlands da ist. An einer Regierung sich beteiligen, von der man von vornherein weiß, daß sie länger als ein paar Monate nicht hält, das können ja andere tun. Er ist ihnen aber nie gut bekommen, dieser schnelle Luftwechsel. Ich selbst steige grundsätzlich in keinen Zug ein, der ganz woanders hingeht als ich will, oder von dem ich weiß, daß er entgleist. Und der Zug dieser Regierung geht erstens zu ganz anderen Stationen, und zweitens konnte er nicht einmal zu der von ihr gewollten Station. Wirtschaftlich ist er bereits vollständig entgleist.

Herr von Papen wird mich anwettern: Wie können Sie glauben, daß mein *Wirtschaftsprogramm*[5] gescheitert sei? Darauf habe ich zu erwidern, daß ich mir nicht durch eine Regierungspresse Schwarz in Weiß in Weiß in Schwarz verwandeln lasse. Wenn die Arbeitslosen in dieser Woche um 48.000 zugenommen haben[6], so braucht man kein großer Prophet zu sein, um das Ende absehen zu können. Wenn man auf der anderen Seite sagt, daß doch zur gleichen Zeit des Vorjahres die Arbeitslosigkeit um 130.000 zugenommen habe[7], so muß ich sagen, daß die Arbeitslosigkeit ja nicht jedes Jahr um 130.000 in der Woche steigen kann. Herr von Papen hat aber nicht gesagt, er werde eine Belebung der Wirtschaft herbeiführen, so daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr wie im vergangenen Jahr um 130.000 steigt, sondern nur noch um etwa 50.000; Herr von Papen hat vielmehr gesagt: Die Wirtschaft wird belebt, und ich versichere, daß es möglich sein wird, die Arbeitslosigkeit bis Eintritt des Winters um ein bis zwei Millionen zu senken[8]! Diese schöne Zahl habe ich schon damals für gänzlich unerreichbar angesehen. Dazu

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

6 Ende September 1932 wies die amtliche Statistik 5.102.750, Ende Oktober 1932 5.109.173 Arbeitslose aus, also eine Steigerung um 6.423. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitsuchende in gekündigter oder ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 297.
Hitler bezieht sich vermutlich auf die Meldung im *Völkischen Beobachter*, daß die Reichsbahn 52.000 Gleisarbeiter entlassen habe, von denen nur 6.000 anderweitig beschäftigt worden seien. Vgl. VB vom 19.10.1932 und vom 22.10.1932, "Die andere Seite der Papenschen 'Wirtschaftsankurbelung'".

7 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 führte Reichskanzler Papen unter anderem aus: "Wie Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat mit einer Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123.000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der Septembermonat des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140.000 Arbeitslose." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 756.

8 In einer Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8. 1932, die im Rundfunk übertragen worden war, erklärte Reichskanzler Papen zu den von der Reichsregierung

ist jene Notverordnung am wenigsten geeignet. Wenn ich überhaupt höre, daß der geistige Vater einer Notverordnung Jakob Goldschmidt heißt[9], so weiß ich ganz genau, was gerettet werden soll: Nicht die Wirtschaft, sondern die Banken. Ich kann also hier das eine heute schon feststellen: Wirtschaftlich bin ich schon jetzt gerechtfertigt.

Wenn man weiß, daß diese 14 Millionen das letzte Aktivum Deutschlands sind, so kann man sie nicht leichtfertig in eine Aktion einsetzen, die man von vornherein als verfehlt ansieht. Nun sagen meine aufrichtigen Freunde: "Ja, Sie hätten Ihren Einfluß geltend machen können." Das wäre richtig, wenn man wirklich die Absicht gehabt hätte, mir Einfluß einzuräumen. Warum aber hat man mich dann nicht auf die Lokomotive hinaufgelassen! Ich bin bereit, die Führung zu übernehmen. Aber wenn man mich einlud, so geschah es nicht, weil man die Absicht hatte, dieses Kabinett unter unseren Einfluß zu stellen, sondern weil man die Absicht hatte, mich mundtot zu machen.

Ich habe die *Verfassung* nicht gemacht. Aber die Bewegung hat 13 Jahre lang im Rahmen dieser Verfassung legal gekämpft[10], und jetzt fordern wir die Führung nach dieser Verfassung.

Wenn ich mich gegen dieses Regiment wende, so nicht nur aus der Überzeugung, daß es wirtschaftlich versagte, sondern mehr noch, weil es innerpolitisch versagen muß. 13 Jahre lang versuchte man, die Wirtschaft zu retten. Aber man vergaß, daß der deutsche Verfall nicht in der Wirtschaft begonnen hat, sondern im politischen Leben. Weltwirtschaftlich ist die deutsche Nation zum willkürlichen Spielzeug anderer Völker geworden.

Als ich vor 13 Jahren den politischen Kampf unserer Bewegung begann, war das politische Leben atomisiert in 38 ebenso lächerliche wie dumme und schäbige Parteien[11], die das deutsche Volk retten wollten vom Standpunkt der Angestellten oder vom Standpunkt der Beamten, von dem des Kleinhandels, der Wirtschaft, der Arbeitnehmer - mindestens 30 Standpunkte gab es, und die ganze Nation wurde dabei zerrissen. Durch alles hindurch aber die Klassenspaltung: hier Proleten internationalistisch-marxistischer Einstellung und dort das sogenannte Bürgertum nationaler Einstellung. Die Kraft der deutschen Nation wurde im Innern aufgebraucht, und damit verloren wir nicht nur unsere Weltstellung, sondern auch die Stärke, um entscheidende

---

projektierten Notverordnungen (vgl. Dok. 5, Anm. 3) unter anderem: "Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Übergangszeit; sie werden deshalb auf 12 Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen. Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht alles das enthalten, was Sie vielleicht heute von mir erwarteten und was die Aufgabe dieser Regierung ist. Ich erwähnte aber, daß der gewaltige *Anstoß*, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befruchtung um etwa 2 Milliarden Mark und durch eine zusätzliche Beschäftigung von ein bis zwei Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die *Lage der Landwirtschaft direkt* und *indirekt außerordentlich verbessern* wird." Druck: Frankfurter Zeitung vom 29.8.1932 (Reichsausgabe), "Die Rede des Reichskanzlers".

9 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

10 Diese Feststellung trifft nicht zu: Wegen des gescheiterten Putsches vom 8./9.11.1923 war die NSDAP am 9.11.1923 in Bayern durch Generalstaatskommissar Gustav von Kahr und am 20.11.1923 im ganzen Reich durch General Hans von Seeckt verboten worden. Im Hochverratsprozeß, der vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München stattfand, war Hitler unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft verurteilt worden. Davon hatte er einen Monat im Gefängnis München-Stadelheim und dreizehn Monate in Landsberger Festungshaft abgebüßt. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

11 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

Maßnahmen im Innern zu treffen. Das war das Ergebnis dieser Politik der Zersetzung und Auflösung.

Ich kenne nur eine Wurzel, nicht Bürger und Prolet, nicht Katholik und Protestant, sondern deutsches Volk. Es war nicht leicht, diese Auffassung durchzusetzen. Denn Millionen Bürger hatten kein Verständnis für das Wesen der breiten Masse und ihre soziale Not. Und nun mußte man diese schwere Aufgabe auf sich nehmen, den Mann von links in die Nation hineinzuführen und den Mann von rechts zurück zu seinem Volk zu bringen.

Noch niemals in der Geschichte war es möglich, 14 Millionen Menschen auf eine politische Plattform zu bringen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn da bürgerliche Politiker sagen: Hoffentlich nehmen die Nazis bei dieser Wahl wieder ab und unsere bürgerliche Partei wieder etwas zu. Das würde vielleicht kommen, wenn ich am 13. [*August 1932*] Ja gesagt hätte: Denn damit wäre ich den Millionen unserer Arbeiter und mir selbst untreu geworden. Glaubt man, daß man Millionen aus dem marxistischen Lager holen kann, um sie einem bürgerlichen Parteiregiment auszuliefern! Ich habe den Millionen versichert, daß für uns jedes Klassenregiment ausgeschlossen ist, ein marxistisches genau wie ein bürgerliches[. *Ich*] möchte niemals teilhaben an billigen politischen Erfolgen, von denen ich weiß, daß sie wenige Monate später schon zur Katastrophe führen müssen.

Wenn die bürgerlichen Politiker sagen: Jetzt ist die Zeit, unsere Fahne aufzuziehen! so warne ich: passen Sie auf, was auf der anderen Seite für eine Fahne aufgezogen wird, und täuschen Sie sich nicht: Ihre Fahne wird dem Ansturm der anderen nicht standhalten. Ich kenne die Herren genau. Sie hatten einst die Macht, eine ungeheure Tradition und berühmte Namen, und ich war damals ein unbekannter Wurm, einer von denen, die nur ein Nummernschild[12] trugen[13]. Aber die Männer mit ihren berühmten Namen, mit ihrer Macht, haben damals jämmerlich kapituliert, und ich habe Widerstand geleistet[14]. Ich bin überzeugt, daß dieser Kampf auch in Zukunft nicht anders aussehen würde, solange meine Front dasteht, reden sie große Töne. Ich weiß, wo die bürgerlichen Politiker zu finden sein würden, wenn diese Front nicht mehr wäre: Mich kann man nicht ködern. Ich brauche keinen Ministerposten und keinen Titel, denn *mein bester Titel ist mein eigener Name.*

---

12 1869 wurde in der preußischen Armee eine sogenannte Rekognitionsmarke eingeführt, um bewußtlose und tote Soldaten zu identifizieren. Nachdem sich dieses Verfahren im Deutsch-französischen Krieg 1870/71 bewährt hatte, wurden während des Ersten Weltkriegs Erkennungsmarken an alle deutschen Soldaten ausgegeben; bei Offizieren war der ganze Name, bei Unteroffizieren und Mannschaften die Nummer der Kriegsstammrolle sowie die Bezeichnung des letzten Truppenteils oder Schiffes eingestanzt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986, S. 226 f.

13 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

14 Wegen einer Kampfgasvergiftung, durch die Hitler zeitweise erblindete, war er vom 21.10. bis 19.11.1918 im preußischen Reservelazarett Pasewalk in Pommern. Nach seinen eigenen Angaben faßte er hier seinen Entschluß, Politiker zu werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, das dies erst im Februar 1919 in München geschah: Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. Infanterieregiments. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925, S. 215 ff.; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff., 184 ff.

Wenn heute Herr Papen sagt: Herr Hitler, wie können Sie sich die Führung anmaßen, so kann ich nur sagen: Wie können Sie sich ihr entgegenstellen. Herr von Papen behauptet, aus einer göttlichen Ordnung zu regieren[15]. 13 Jahre ist er im Zentrum gewesen und hat nicht nach der göttlichen, sondern nach der Zentrums-Ordnung gearbeitet. Ich will regieren, weil ich das Volk habe. Die anderen möchten regieren, weil sie die Macht haben. Die breiten Massen unserer Bauern und Arbeiter sind das stabile Element. Die übrigen sind viel zu "geistig lebendig" und "geistig beweglich", als daß man auf sie wirklich bauen könnte.

Was heißt denn Macht? Die hat der Reichspräsident. *Aber die Führung will ich.* Und wir werden sie auch bekommen, weil die Herren drüben in absehbarer Zeit abgetakelt sind. Ich kann die Stunde ruhig abwarten und brauche die Protektion nicht. Unter sein kaudinisches Joch[16] beuge ich mich nicht. Alles ist möglich, aber ganz unmöglich ist, daß ich kapituliere. Und wenn die Herren mir sagen, dann würde ich nicht in ihre Gesellschaft aufgenommen, so antworte ich ihnen: Meine Gesellschaft ist sehr umfangreich und sie genügt mir vollständig. Denn sie ist das Volk, dem ich entstamme und dem ich angehöre.

22. Oktober 1932 Dok. 29
Rede auf NSDAP-Versammlung in Magdeburg[1]

Magdeburgische Zeitung vom 23.10.1932, "Adolf Hitler in Magdeburg"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 28.

15 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
16 Vgl. Dok. 21, Anm. 28.

1 In der Stadthalle, von 17.45 bis 18.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut amtlicher Schätzung etwa 15.000 Menschen teil (*VB*: 35.000). Vor Hitler sprachen der Ministerpräsident von Anhalt, Alfred Freyberg (NSDAP), und der Landesinspekteur Mitteldeutschland-Brandenburg der NSDAP, Wilhelm Friedrich Loeper. Auch das anliegende Schützenhaus und der Ehrenhof waren mit Zuhörern gefüllt. Laut *Volksstimme* wurden vor der Veranstaltung aus einem Wagen der Autokolonne Hitlers mehrere Passanten mit Peitschen geschlagen.
2 Vgl. auch Volksstimme vom 24.10.1932, "Hitler mit der Raubtierpeitsche"; Magdeburgische Tageszeitung vom 25.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Magdeburg"; VB vom 25.10.1932, "'Wer auf unsere Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört'".

22. Oktober 1932 Dok. 30
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stendal [1]

Der Altmärker vom 24.10.1932, "Adolf Hitler in Stendal" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 28.

23. Oktober 1932 Dok. 31
Rede auf NSDAP-Versammlung in Zwickau [1]

Zwickauer Neueste Nachrichten vom 24.10.1932, "Gewaltige Kundgebung der NSDAP in Zwickau" [2].

Meine deutschen Volksgenossinnen und Volksgenossen!

In diesen letzten Tagen hat unsere nationalsozialistische Bewegung auf einmal zahlreiche besorgte Freunde bekommen. Die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Politiker, sie können vor Besorgtheit um das Wohl und das Gedeihen und die Zukunft unserer Bewegung sich gar nicht genug tun in Fragen etwa des Inhalts: "Warum, Herr Hitler, haben Sie denn die einzige, günstige Gelegenheit am 13. August [*1932*], in den Regierungszug einzusteigen, nicht wahrgenommen, wie konnten Sie, nachdem man Ihnen doch die Türe aufgemacht hat, damals Nein

---

1 In der Auktionshalle am Ostbahnhof, von 20.30 bis 21.30 Uhr. An der von Kreisleiter Richard Meyer geleiteten Versammlung nahmen laut *Altmärkischer Tageszeitung* etwa 20.000 Menschen teil (NSDAP-Kreisleitung: 33.000). Vor Hitler sprachen MdL Heinrich Detloff von Kalben sowie Landbundpräsident und NSDAP-Mitglied Werner Willikens.
Die *Altmärkische Tageszeitung* kommentierte: "Gewiß, diese Folie war nur geeignet, die dann folgende etwa *einstündige Ansprache Adolf Hitlers* um so wirkungsvoller herauszuheben. Auch der Nicht-Nationalsozialist wird ihm niemals die Anerkennung versagen, daß er aus anderem Holze geschnitzt ist, daß in ihm der Geist der großen Volkstribunen lebt, kurz gesagt: schon ein ganzer Kerl! Dabei wird man nicht einmal behaupten können, daß dieser sympathische Führer, wenn er drahtig und selbstbewußt vor das Volk tritt, mit weltumstürzenden Gedanken aufwartet. Nein, nicht so sehr *was* er sagt, sondern *wie* er es sagt, scheint das Geheimnis seiner Kraft zu sein."
Ein für den Nachmittag geplanter SA-Marsch durch die Stadt wurde vom Preußischen Ministerium des Innern nicht genehmigt.

2 Vgl. auch Altmärkische Tageszeitung vom 24.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Stendal"; VB vom 25.10.1932, "'In diesem Kampf werdet ihr unterliegen und das Volk wird Sieger sein'". Ferner Schreiben des SA-Standartenführers Albert Heinz an das Preußische Ministerium des Innern vom 11.10.1932 sowie Antwort vom 15.10.1932, Nr. II 1420 a 1; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

1 Auf dem Sportplatz hinter dem Schwanenschloß, nach 12.45 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Ewald Dost, eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeischätzung etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 100.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Martin Mutschmann, nach ihm nochmals Dost. Die Eintrittspreise waren von 30 Pfennig bis 5 RM gestaffelt.

2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 24.10.1932, "Hitlertag in Zwickau"; Sächsisches Volksblatt vom 24.10.1932, "Adolf zeigt sich seinem Volke ..."; VB vom 25.10.1932, "In Sachsen und Thüringen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 12.11.1932, "'Wir werden die Sammlung des Volkes fortführen und vollenden' (Adolf Hitler)".

sagen. Wer weiß, ob der Zug wieder hält. Sie haben die günstigste Gelegenheit versäumt." Die Antwort lautet kurz und knapp:

Ich bin am 13. August [1932] in diesen Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich hinterher nicht wieder aussteigen wollte[3]. *(Beifall.) Ich hätte aber wieder aussteigen müssen, weil der Zug nicht in der Station hält, in die ich kommen will, und weiter, weil ich sogar überzeugt bin, daß der Zug nicht einmal die Station erreicht, in die Herr Papen kommen will, sondern, daß er vorher entgleist. (Wiederholter Beifall.)*

Nun kann natürlich ein Mann wie Herr von Papen und Herr von Gayl nicht beschwert sein und im Grunde genommen außer seiner Aktentasche wenig besitzen [*sic!*], also sehr leicht in einen Zug einsteigen und ebenso wieder aussteigen. Bei einer großen Partei ist das schon nicht so leicht. Wenn man 14 Millionen Menschen hinter sich hat[4], kann man nicht in eine Regierung heute gehen und morgen heraus und übermorgen wieder hinein. Diese 14 Millionen erwarten Eines: Wenn diese Partei einmal in eine Regierung eintritt, dann muß das die große Stunde der deutschen Nation sein. (Beifall.) Freilich sagen nun bürgerliche Politiker: "Aber das konnten Sie doch erreichen, Sie konnten doch Ihren Einfluß geltend machen." Wenn die Leute, die den Zug dirigierten, gewollt hätten, daß er dorthin kommt, wo ich ihn haben will, dann hätten sie mich in die Lokomotive lassen können. Warum gaben sie uns denn dann nicht die Führung? Nein, sie wollten das nicht. Es war der letzte Versuch, und ein untauglicher Versuch, eine Bewegung, die man mit Gewalt, mit Terror und Unterdrückung nicht beseitigen konnte, mit List und Klugheit zu erledigen. Als Minister ohne Portefeuille oder etwa als Vizekanzler ist die Geltendmachung des Einflusses nicht möglich, oder als Luftfahrtminister, welches Ministerium erst geschaffen werden müßte, oder als Reichskultusminister, das müßte auch erst geschaffen werden[5]. Und dann allerdings das Reichsinnenministerium, und hier glaubten sie ganz klug zu sein. Sie irrten sich aber, wenn sie meinten, mich mit einem Titel ködern zu können[6]. Das einzige, was mich "verführen" kann, das ist die Führung selbst. (Beifall.)

Wer hat mehr Recht zur Führung? Papen, der 13 Jahre im Zentrum saß, oder ich, der ich 13 Jahre gekämpft habe. (Beifall.)

Man hat mir vorgeworfen, daß ich mit illegalen Mitteln in die Regierung kommen wollte. In Prozessen wurde ich ausgequetscht und immer wieder auf die Verfassung festgelegt[7]. Ich blieb bei ihr, und ich habe langsam die Bewegung zu dem gemacht, was sie heute ist. Und eines Tages zogen wir mit 230 Mann in den Reichstag. Nun hatten wir verfassungsmäßig das Recht zu fordern, daß uns die Regierungsbildung anvertraut wurde[8]. In dem Moment hieß es plötzlich: "Ja, Herr Hitler, Verfassung gibt's schon längst nicht mehr. Jetzt ist anstelle der Verfassung die göttliche Ordnung[9] getreten, und der Exponent der göttlichen Ordnung bin ich, Franz von Papen." Sie müssen jetzt schon zurücktreten. Die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft hat ihren Zweck nicht erreicht, sie ist ebenso unpassend wie unzulänglich. Schon jetzt

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 11.
4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
5 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
6 Bezieht sich auf das Angebot, als "Vizekanzler" in die Regierung Papen einzutreten.
7 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
8 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

sagt die Regierung nicht mehr: Wir werden bis zum Winter zwei Millionen Arbeitslose weniger haben, sondern, jetzt sagt sie schon: Die Arbeitslosen nehmen nicht mehr so zu wie vergangenes Jahr[10]. Mit diesen Methoden wird man jedes Vertrauen verwirtschaften.

Als die nationalsozialistische Bewegung ihren großen Kampf begann, war in Deutschland in der bürgerlichen Parteiwelt die Meinung verbreitet: Politik sei nur die Folge eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, während ich die Meinung vertrat, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die Folge sein muß eines geistig-weltanschaulich-politischen Zusammenbruchs. Der Ausgangspunkt jeder Völkerkatastrophe ist nicht in der Wirtschaft, sondern in der Politik zu suchen, das heißt in der gesamten Gestaltung des Lebens eines Volkes. Und hier wird der Ausgangspunkt in einem Zusammenfassen der geistig-weltanschaulichen Einheit zu suchen sein. Gegenüber allen wirtschaftlichen Erwägungen sagte ich damals:

Über alle Gegensätze hinweg, über Marxismus und Faschismus, über Proletariat und Bürgertum usw., muß es für unser politisches Handeln doch eine gemeinsame Wurzel geben, und diese Wurzel erkenne ich nur im Gesamtgehalt und Gesamtwert und damit im Gesamtbestand des Volkes an. (Zurufe: Sehr richtig!)

Alles andere ist vergänglich, etwas muß dagegen bleibend sein, und das ist diese lebendige Substanz aus Fleisch und Blut, deutscher Mensch genannt, deutsches Volk geheißen. Das muß bestehen. Solange es gesund bleibt, wird immer wieder die Kraft kommen zu einer inneren und damit äußeren Erhebung. Weiter sage ich: Es behaupte nun niemand, daß der Wert dieses Menschen ursprünglich von vornherein schon ein differenzierter sei. Im Gegenteil. Wenn man einen festen Staat aufbauen will, müssen seine Wurzeln ganz tief ins Volk hineinreichen. Je tiefer, um so fester. Die Kraft eines Staates nimmt nicht ihren Ausgang von der autoritären Regierung, sondern von der natürlichen Festigkeit und starken willensmäßigen Einheit eines Volkes. (Beifall.) Regierungen kommen und vergehen. Gesellschaftsgliederungen werden und verschwinden wieder, was aber bleiben muß, ist die lebendige Substanz, das Volk selbst. Je mehr diese Substanz zu einer grundsätzlichen Willensauffassung und zu einem grundsätzlichen Erkennen gemeinsamer Interessen erzogen wird, um so fester wird ein solches Volk sein, und um so stärker kann der Staat sein.

Ein Staatsmann muß wissen, daß die Stärke einer Regierung nicht darin besteht, daß Polizei und Militär in ihrer Hand sind, sondern daß das Volk hinter ihr steht.

Als Nationalsozialist sage ich: Für mich ist der Staat überhaupt nicht dazu da, eine Regierung nach innen vor dem Bürger in Schutz zu nehmen, sondern ein Volk vor mißliebigen Nachbarn außen zu schützen. (Beifall.)

Wie stellt man sich die kommende Außenpolitik vor? Für mich ist die Stärke der Regierung gegeben in der willensmäßigen Übereinstimmung ihres Handelns und des Handelns und Denkens der Nation. Durch Weltanschauungen sind ganz andere als die gegenwärtige Regierung beseitigt worden; ich erinnere nur an die 800jährigen Dynastien der Habsburger usw. Wenn heute der Bolschewismus siegen würde, dann würde jedenfalls die Nachwelt einmal einsehen, daß es für eine Regierung nicht gleich war, ob ein Volk bolschewistisch oder nicht denkt. Regierungen müssen im Volke sein. Je tiefer eine Regierung ins Volk hineingeht, um so fester besteht sie. Ich rede nicht als Theoretiker, ich habe eine Idee proklamiert vor 13 Jahren, die heute Millionen

10 Vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Menschen umfaßt. Wenn man eine Bewegung und auch einen Staat, überhaupt eine Organisation aufbauen will auf den oberen Zehntausend, dann wird man erleben, daß das nicht viel Bestand hat. Diese höchste Geistigkeit ist viel zu beweglich und viel zu unbeständig, um das Fundament abzugeben, das eine Bewegung oder ein Staat braucht. Ich kenne das Volk, die breite Masse. Wie ist es sturköpfig und schwer beweglich. Aber wenn es einmal gewonnen ist, dann ist es das treue und das beharrliche und das stabile Element. Darauf kann man dann bauen, darauf kann man sich verlassen. Diese Menschen werden dann nicht untreu, sie bleiben, was sie dann sind. (Beifall.) Das muß jede Regierung erkennen. Diese Menschen leisten Widerstand, wie unsere Bewegung ja schon im Laufe der letzten 13 Jahre bewiesen hat, die anderen aber werden ausreißen, wenn es hart auf hart geht, wie Schafleder. (Beifall.) Diese große Idee einer Verschmelzung der deutschen Klassen und Stände in einer Bewegung und die Einheit der Gesinnung von Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und deutscher Mittelständler[11], die dieses Ziel erkannt haben, das sind die Männer gewesen, die sich mir zur Verfügung stellten, die bedingungslos treu bei der Bewegung blieben. Sie können von mir zumindest das eine erwarten, daß ich genau so treu und bedingungslos bei ihnen bleibe. (Beifall.) Wenn ich jahrelang um deutsche Arbeiter gekämpft habe und ihnen klar gemacht habe, daß der Klassenstandpunkt Irrsinn ist und ihre Methode versagt eines Tages, denn in Eurem Volke liegt Eure Zukunft, in Eurer Volksgemeinschaft, dann ist es klar, daß ich, wenn die Bewegung nun endlich so weit gediehen ist, nicht sage: So nun trete ich zurück, und die Führung übernimmt ein bürgerlicher Parteipolitiker.

Das kann ich den Herren des Herrenklubs[12] *und allem, was drum und dran hängt, sagen: Dieses Instrument, diese Bewegung habe ich nicht in 13 Jahren geschaffen, damit andere sie in 13 Monaten wieder vernichten.*

Wir haben bewiesen, daß wir die größeren Fähigkeiten haben. Während die anderen das deutsche Land zersplitterten, haben wir es wieder geeint. Und wenn heute die Welt sogar Deutschland anders ansieht als vor zwei und drei Jahren, dann deshalb, weil diese Bewegung da ist und Deutschland ein anderes Gesicht gegeben hat.

An meinem Werk da hänge ich, und an meinen Menschen hänge ich auch. Und wer hinter mir steht, für die trete ich ein.

Aus diesem neuen Verbundensein kommt die Kraft, die Deutschland braucht, um sich wieder zu erheben. Alles ist möglich, aber etwas ist ausgeschlossen, nämlich, daß ich mich jemals fortwerfe oder daß ich jemals kapituliere. Diese Ausdrücke und Wörter gibt es überhaupt im nationalsozialistischen Sprachgebrauch nicht. (Beifall.) Im politischen Leben gibt nie der Klügere nach, sondern immer der Schwächere. Und schwach sein wollen wir nicht und dürfen es nicht. Ich kann heute nicht das für falsch halten, was ich 13 Jahre lang für richtig predigte. Denn die Gegenseite vermag mich nicht zu überzeugen, daß sie irgend etwas besser macht, als sie es einst schon gemacht hat. Ich habe damit eine große Verpflichtung, und ich trage sie nach meinem besten Wissen und Gewissen. Ich weiß, daß ich wie vielleicht kein anderer deutscher Politiker jeden Tag mein Leben praktisch einsetze. Ich werde angesichts dieser Möglichkeit auch nicht einen Zentimeter abweichen von dem, was ich als richtig ansehe. (Beifall.) Mit Bewußtsein etwas falsch tun kann ich nicht und werde ich nicht. Ich bin überzeugt, daß die Millionen meiner

---

11 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

Anhänger das verstehen und mit mir gehen werden, denn das Eine werden Sie leicht begreifen, ich hätte es leichter haben können, wenn ich am 13. August Ja gesagt hätte. Nun heißt es weiter kämpfen. Ob wir in einer Regierung sitzen, ist noch nicht so wichtig, als daß die Bewegung erhalten bleibt und ihrer Mission, der Sammlung des deutschen Menschentums, gerecht wird. Denn das ist mein Ziel, unverrückbar, daß ich aus deutschen Arbeitern und deutschen Bauern, aus deutschen Handwerkern und deutschen Intellektuellen, aus deutschen Katholiken und deutschen Protestanten, deutschen Preußen und deutschen Bayern am Ende ein deutsches Volk mache. [13]

23. Oktober 1932 Dok. 32
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eisenach [1]

Eisenacher Tagespost vom 24.10.1932, "Hitlers Ansprache an die Eisenacher Nationalsozialisten" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 31.

23. Oktober 1932 Dok. 33
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 25.10.1932, "Thüringens Hitlertag: Überwältigende Rede des Führers vor seinen Thüringern" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 31.

---

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Fürstenhof, von 18.00 bis 18.55 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Martin Seidel, eröffneten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 7.000 Menschen teil (*Eisenacher Volkszeitung*: 4.000). Vor Hitlers Rede sprachen der thüringische Landtagspräsident, Fritz Hille, und der thüringische Ministerpräsident, Fritz Sauckel, nach diesem nochmals Hille, der erklärte, Ministerpräsident Sauckel werde die Verantwortung für das Elend im Land nicht mehr länger tragen, wenn Thüringen die vom Reich geforderten Hilfen nicht erhalte. Die Lokalpresse legte diesen Aussage übereinstimmend als Rücktrittsdrohung aus, was Sauckel am nächsten Tag dementierte. Die Kundgebung verlief nach Polizeiangaben ohne Zwischenfall.

2 Vgl. auch Eisenacher Volkszeitung vom 24.10.1932, "'Zirkus Schücklgruber-Hitler'"; Eisenacher Zeitung vom 24.10.1932, "Hitler in Weimar und Eisenach"; Der Freiheitskampf vom 24.10.1932, "Sturm über Deutschland"; Der Nationalsozialist vom 25.10.1932, "Thüringens Hitlertag: Überwältigende Rede des Führers vor seinen Thüringern"; VB vom 25.10.1932, "Der Führer in Weimar und Eisenach" sowie Bericht der Schutzpolizei Gotha vom 24.10.1932; HStA Weimar, MdI P 105.

1 In der Weimarhalle, von 20.45 bis 21.45 Uhr. An der von Hauptschriftleiter Hans Ziegler geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 4.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der thüringische Volksbildungsminister Fritz Wächtler. Nach Polizeiangaben verlief die Veranstaltung ruhig.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 24.10.1932, "Hitlers Kritik an der Papenpolitik"; Weimarische Zeitung vom 24.10.1932, "Hitler in Weimar und Eisenach"; VB vom 25.10.1932, "Der

24. Oktober 1932 Dok. 34
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köslin [1]

VB vom 26.10.1932, "Die pommerschen Bauern und Landarbeiter geben auf den deutschnationalen Terror die richtige Antwort" [2].

Ich habe es heute so weit gebracht, führte Adolf Hitler aus, daß der nationale Gedanke eine Millionen-Organisation hinter sich hat wie niemals zuvor. Eigentlich müßte mir das deutsche Bürgertum dankbar sein, daß ich es von der Gefahr erlöst habe, zertrümmert zu werden! [3]

24. Oktober 1932 Dok. 35
Rede auf NSDAP-Versammlung in Stettin [1]

Pommersche Zeitung vom 26.10.1932, "Adolf Hitler in Pommern" [2].

Deutsche Volksgenossinnen und -genossen!

Was Sie heute von mir wohl in erster Linie hören wollen, ist die Beantwortung einer einzigen Frage, der Frage, die in der letzten Woche von unzähligen Zeitungen, von unzähligen Politikern, Abgeordneten und Rednern an mich gerichtet wird: "Warum", sagen diese bürgerlichen Politiker und ihre Zeitungen, "sind Sie, Herr Hitler, am 13. August [*1932*] nicht in den Zug eingestiegen. Es war die große Chance, warum sagten Sie damals Nein und schlugen dieses Angebot aus?" Die Antwort kann man in einem einzigen Satze geben:

Ich bin am 13. August [*1932*] *nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen, weil ich aber wieder hätte aussteigen müssen, denn erstens geht der Zug*

Führer in Weimar und Eisenach" sowie Polizeibericht (Fragment); HStA Weimar, MdI, P 165. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 5.11.1932, "Die große Deutschlandfahrt des Führers".

1 Nach 14.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 20.000 Menschen teil (Bericht des Regierungspräsidenten: "Gut besucht"). Vor Hitler sprach der Stettiner Rechtsanwalt Dr. Rüdiger Graf von der Goltz.
2 Vgl. auch Der Freiheitskampf vom 25.10.1932, "Der Führer in Pommern"; Rostocker Anzeiger vom 26.10.1932, "Hitler in Pommern"; Bericht Pr.pol.55.1. des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.
3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In den Messehallen, nach 19.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 20.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Wilhelm Karpenstein. Der *Volksbote* kommentierte: "Was Hitler gestern sagte, ging niemanden etwas an, außer ihn selbst. So kam's, daß *selbst eingefleischte Nazis von der Rede enttäuscht* waren."
2 Vgl. auch Volksbote vom 26.10.1932, "Hitler kam, sah und - schwieg"; VB vom 26.10.1932, "Die pommerschen Bauern und Landarbeiter geben auf den deutschnationalen Terror die richtige Antwort" sowie Bericht Pr.pol.55.1. des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301.

nicht nach der Station, nach der ich fahren will, und zweitens erreicht er nicht einmal die Station, die angeschrieben ist, sondern er wird vorher entgleisen[3].

Nun ist das Ein- und Aussteigen so eine Sache. Wenn man so leicht beschwert ist, wie z. B. Herr von Papen oder Herr Gayl, und eigentlich kein besonderes politisches Gepäck mitbringt außer ein paar Aktentaschen, kann man natürlich in Züge einsteigen und kann auch wieder aussteigen. Wenn man eine politische Partei zu vertreten hat von einiger Größe, dann ist das schon nicht mehr so zweckmäßig. Z. B. sind die bürgerlichen Mittelparteien jahrelang ein- und ausgestiegen, sie haben dabei nicht zugenommen, sondern wesentlich abgenommen[4]. Ja, selbst die Deutschnationale Volkspartei ist im Frühjahr 1924 einmal in eine Regierung eingestiegen, und im Herbst darauf ist sie wieder ausgestiegen[5]. Es ist ihr nicht sehr gut bekommen. Die Bewegung aber, die ich führe, verträgt das Aus- und Einsteigen schon überhaupt nicht. Wenn man fast 14 Millionen hinter sich hat[6], dann wollen die nicht, daß man heute hinein- und morgen wieder hinausgeht. Ich weiß, was die Bewegung morgen erwartet.

Eingesetzt werden darf sie nur dann, wenn wirklich die große Stunde Deutschlands gekommen ist, sonst nicht.

Und ich bestreite, daß die große Stunde Deutschlands schon gekommen sei. Wirtschaftlich bin ich heute schon gerechtfertigt. In diesen Monaten vor dem Einbruch des Winters, hat Herr von Papen versichert, würde die Arbeitslosenzahl um 1-2 Millionen niedriger[7]. In dieser Woche hat die Zahl schon wieder um 50.000 zugenommen[8].

Papens Mißerfolg

Das, was man erreichen wollte, ist jedenfalls nicht erreicht worden. Hier bin ich also eigentlich schon gerechtfertigt. Da sagen nun dieselben bürgerlichen Politiker, die überhaupt seit einigen Wochen von einer Sorge erfüllt sind für das Wohl der nationalsozialistischen Bewegung, daß man ordentlich gerührt sein kann darüber, sie sagen: Ja, aber gehen Sie doch hinein! Sie hätten ja Ihren Einfluß geltend machen können. Daran zweifle ich nicht, geltend hätte ich ihn machen können, aber ich zweifle daran, daß jemand gefolgt hätte [*sic!*], und das ist das entscheidende. Denn wenn man wirklich die Absicht gehabt hat, am 13. August [*1932*] mich ein-

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Bereits die Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg am 24.4.1932 hatten einen dramatischen Stimmenverlust der bürgerlich-gemäßigten Parteien mit sich gebracht. Die aus der DDP hervorgegangene Deutsche Staatspartei, die DVP, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei und die Wirtschaftspartei, die bisher die Politik in gewissem Umfang mitbestimmt hatten, waren zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Die DNVP hatte einen starken Einbruch zu verzeichnen. Während die DNVP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 ihren Wähleranteil weitgehend halten und lokal sogar geringe Gewinne machen konnte, stellten die Parteien der bürgerlichen Mitte nach einen neuerlichen Einbruch keinen ernstzunehmenden politischen Faktor mehr dar. Zentrum und BVP konnten sich in den Landtagswahlen behaupten und in der Reichstagswahl am 31.7.1932 ihren Stimmenanteil leicht ausbauen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 544 f. sowie Alfred Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien, S. 743-793, S. 766 ff.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

zuladen, und dann diesen Zug so zu führen, wie wir es für richtig ansahen, dann hätte man mich ja auf die Lokomotive lassen können.

Das Recht auf die Führung

Das Recht hätten wir ja moralisch gehabt dazu. Wenn mir heute von dieser Seite geradezu vorgeworfen wird, Herr Hitler, Sie haben ja die ganze Führung beansprucht[9], ich glaube, ich habe mehr Recht dazu, als Herr von Papen besitzt, sie mir zu verweigern. Denn wenn man schon von einem neuen Kurs oder einer neuen Zeit redet, dann habe ich zumindest 13 Jahre dafür gekämpft, während Herr von Papen 13 Jahre im Zentrum saß.

Nun sagt man freilich, "ja, wenn Sie nur damals nicht nein gesagt hätten, Sie hätten ja dann es auch durchsetzen können." Ja, meine Volksgenossen, da gehen die Meinungen auseinander. Ich hätte Minister oder[10] Portefeuille werden sollen, also überzähliger Minister, der nur Minister ist, um Minister zu sein, aber nichts zu sagen hat. Und dann hätte ich noch Vizekanzler werden sollen, da hätte ich eigentlich nichts zu tun als zu repräsentieren, und dazu eigne ich mich gar nicht.

Nun sagt man allerdings, "ja, außerdem sollten Sie preußischer Ministerpräsident sein[11]." Da darf ich nur fragen: Wen hätte ich denn da ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht[12]? Das eine konnte mir Herr von Papen nicht bieten, denn da hätte ich ja vom preußischen Landtag gewählt werden müssen[13]. Oder hätte ich vielleicht das Amt des Herrn von Bracht übernehmen sollen, dann würde mein natürlicher Vorgesetzter wieder Herr von Papen sein[14].

---

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 30.

10 Muß heißen: "ohne".

11 Zum Ergebnis des Gesprächs über eine Regierungsneubildung zwischen Kurt von Schleicher und Hitler am 4.8.1932 (vgl. Dok. 15, Anm. 29) notierte Goebbels unter anderem in seinem Tagebuch: "Unterredung: alles in Ordnung. In einer Woche bricht die Sache auf. Chef wird Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 217.

12 Franz Bracht (1877-1933), 1900 Gerichtsreferendar, 1904 Gerichtsassessor, 1908 Assessor im Reichsversicherungsamt, 1909-1911 Staatsanwalt in Essen, 1911 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt, 1918 Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, 1919 Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, 1923-1924 Staatssekretär in der Reichskanzlei, 1924-1932 Oberbürgermeister von Essen, 1930 Dr.-Ing. E. h. (TH Aachen), Juli 1932 stellvertretender Reichskommissar in Preußen, Dezember 1932 bis Januar 1933 Reichsminister des Innern und preußischer Innenminister.

13 Am 12.4.1932 hatte die Regierungsmehrheit des preußischen Landtags die Geschäftsordnung dahingehend geändert, daß der Ministerpräsident auch im zweiten Wahlgang nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden konnte. So trat die Regierung Braun zwar am 19.5.1932 zurück, blieb aber geschäftsführend im Amt, da die Mehrheitsverhältnisse die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten nicht zuließen. Vgl. Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 243 ff.

14 Am 20.7.1932 hatte Reichspräsident Hindenburg, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, Reichskanzler Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt, da die geschäftsführende preußische Regierung nicht mehr in der Lage sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Zum stellvertretenden Reichskommissar war Franz Bracht ernannt worden. Als Anlaß diente der "Blutsonntag von Altona" am 17.7.1932, einer von einem Propagandamarsch der SA durch eine KPD-Hochburg provozierten Straßenschlacht zwischen 11.000 Beteiligten, bei der zwei SA-Leute, drei Kommunisten und 13 Unbeteiligte getötet sowie 61 Menschen verletzt wurden. Gegen die Entscheidung des Reichspräsidenten klagte die preußische Regierung beim Staatsgerichtshof (vgl. Dok. 45, Anm. 9). Vgl. Wolfgang Benz, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [*1982*], S. 9-34.

Klug im Parteiformat

Und dann sagte man: "Aber Reichsinnenminister, das muß einer der Ihren werden!" [15] Ja, das verstehe ich, die einen regieren, und die anderen haben die Ehre und das Vergnügen, mit ihrem Namen die Polizei zu decken, wenn sie gezwungen ist, gegen die hungernden rebellierenden Massen vorzugehen. Sie haben sich das wirklich klug ausgerechnet. 6 Monate dieses Regieren und die Deckung durch einen nationalsozialistischen Innenminister, und wir hätten allerdings dann den letzten Arbeiter und den letzten Bauern verloren.

Nun kann ich den Herren aber eins sagen, Sie sind klug, ganz gewiß, aber doch *klug nur in dem Parteiformat,* und sie sollen sich nicht einbilden, daß sie uns hier auf eine solche glatte Bahn locken können. Vor allem, sie sollen auch nicht denken, daß sie mich locken können durch ein so schönes Angebot, Minister zu werden. Das Wort Minister als Titel hat für mich auch nicht die geringste verführende Gewalt in sich. Dieser Titel ist so abgegriffen und so schlissig [*sic!*] geworden in diesen 13 Jahren Republik, daß ich schon sagen muß, meinen Namen tausche ich nicht mit Eurem Ministertitel. Und wenn sie aber gemeint haben sollen, daß mich vielleicht staatliche Bezüge locken, dann täuschen sie sich doppelt. Staatliche Bezüge brauche ich nicht. Das einzige, das mich verführen kann, ist die Macht und die Führung.

Die autoritäre Regierung

Herr Reichskanzler von Papen sagt: "Es ist notwendig, daß eine Regierung gebildet wird von Autorität und Machtfülle, und daß diese Regierung dann untersucht, in welche Beziehung sie zum Volk gebracht werden kann, und zweitens, dieses Kabinett muß dann als rocher de bronce [16] über den Ereignissen der Zeit stehen [17]."

Dazu habe ich nun folgendes zu bemerken: Die Kraft einer Regierung leitet sich in meinen Augen nicht ab von den sogenannten Machtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen, sondern ausschließlich von dem Grade der Verbindung, die sie besitzt zum Willen und zur Geisteswelt des Volkes. Machtmittel sind vergänglich. Wenn mir heute ein Kabinett sagt: "Wir haben die Polizei und haben das Militär", dann muß ich ihm sagen: "Wenn Sie nun wirklich erfolgreich regieren wollen, dann dürfen Sie sich aber nicht auf diese beiden Faktoren stützen, denn das Militär und die Polizei sind nicht dazu da, schwankende oder unbeliebte Regierungen vor dem Mißwillen oder Mißwollen des eigenen Volkes in Schutz zu nehmen.

Der Soldat ist dazu da, daß er sein Volk nach außen verteidigt und nicht eine Regierung nach innen stützt.

15 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

16 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

17 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein 'Rocher de bronze'. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden." Das Satzende lautete nach *Akten der Reichskanzlei*: "[...], ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein." Druck: Frankfurter Zeitung vom 13.10.1932 (AA und 1. MA), "Die Münchner Rede"; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

Und wenn eine Regierung das heute vergißt, so wird sie morgen vielleicht sich schon dessen bewußt werden müssen, falls eine äußere Not sie zwingt, die Machtmittel von innen wegzuziehen und nach außen zu wenden, dann ist das Jahr 1918 mit einem Schlage wiedergekommen[18]. Und außerdem möge sich keine Regierung einbilden, daß sie über die heute die Welt und die Völker bewegenden Gedankengänge hinweggehen könnte. Wenn Völker durchgerüttelt werden von Fragen, die an den Grundfesten des menschlichen Denkens rütteln, die alle Probleme des Lebens angreifen, dann kann keine Regierung sagen, wir haben an dem nichts zu tun und an dem keinen Anteil. Im Gegenteil, die Regierungen werden dann Farbe bekennen müssen. Es wäre ebenso unsinnig gewesen, wenn 1610 ein deutscher Fürst erklärt hätte: "Was bewegt mich und meine Regierung das Problem Reformation oder Gegenreformation." Nur ein Narr hätte damals so reden können. Genauso wenig kann aber heute ein vernünftiger Mann behaupten, daß die Frage Bolschewismus oder Nichtbolschewismus eine Regierung nicht mehr rühre, daß die geistige Erziehung von heute eine Regierung nicht mehr rühre.

Kabinette haben zu allen Zeiten Weltauffassungen noch nicht standhalten können und werden es auch jetzt nicht.

Wenn Weltauffassungen in Gegensatz kommen zu Regierungen, dann kann nicht ein Kabinett dem gegenübergestellt werden, sondern höchstens eine *neue Weltauffassung*. Und das war der Sinn der Gründung der nationalsozialistischen Bewegung.

Als ich vor 13 Jahren in dieses politische Leben überhaupt eintrat[19], da war mir folgendes klar: Alle Welt sieht jetzt einen Verfall vor sich, zwangsläufig wird dieser Verfall sich wirtschaftlich auswirken, zwangsläufig wird man meinen, daß man die Wirtschaft zuerst zu retten hat. Und zwangsläufig wird man damit eine wirkliche Rettung unmöglich machen, denn

die wirtschaftlichen Katastrophen sind immer nur die Schlußergebnisse politischer Katastrophen.

Und die politischen Katastrophen liegen auch nicht in dem verlorenen Krieg, sondern sie liegen letzten Endes in ihrer tiefsten Wurzel, im Verfall der inneren Volkskräfte an sich. Deutschland hätte den Kampf nicht verloren, wenn dieses Deutschland nicht vorher bereits innerlich zerfressen und zersetzt gewesen wäre. Nicht etwa die Wirtschaft, auch nicht der Soldat sind hieran schuld, sondern schuldig waren die Politiker, und als der Krieg endlich diesen Ausgang nahm, da konnte man ja das politische Leben Deutschlands in seiner ganzen Erbärmlichkeit so richtig sehen. Und wenn dazu dann noch eine tiefgehende Klassenzersplitterung kommt, wenn der eine sich als bewußt internationaler Marxist bezeichnet und der andere sich als ebenso selbstsicherer nationaler, standesbewußter Bürger, dann kann man wirklich an der Zukunft eines solchen Volkes verzweifeln.

Und wenn das so weitergegangen wäre oder so weitergehen würde, dann würden Sie, meine Volksgenossen, es vielleicht selbst noch erleben, daß ein solches Reich nicht bestehen kann.

Wir haben ein sehr großes Reich gehabt und ein stabiles Regiment und eine jahrhundertelange Tradition stolzester Art. Und über dem Zerfall des geistigen und weltanschaulichen Menschen ist auch dieses Reich gestürzt.

18 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.
19 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

Das Ziel

Ich habe darum vor 13 Jahren zum Unterschied der anderen Politiker mir ein bestimmtes Ziel gesetzt. Dieses Ziel lautete damals: Ich will an Stelle dieser Parteien, die ihre Wurzeln ableiten von weiß Gott was, eine *Bewegung aufbauen*, die ihre Wurzeln, das Denken und das Handeln ableitet von dem einzigen Begriff, und der heißt: *deutsches Volk*. Wir haben das nicht als eine Theorie empfunden, nicht am Schreibtisch ausgearbeitet, sondern ich ging damals in das Volk und habe mir die Mühe genommen, Mann um Mann, Weib um Weib zu bearbeiten. Heute sehe ich vor mir eine riesenhafte Bewegung. Damals, als ich anfing, mit einer Handvoll Kameraden, dieses Werk begann, [*sic!*] da mußte man sich jeden einzelnen mühsam erobern und mußte sich ungebrochen vor Augen halten, daß dieses Werk nur dann gelingt, wenn wirklich die breiten Massen davon erfaßt werden.

Ich war mir darüber klar, daß jedes Volk auf der ewigen Wahlstatt geboren wird.

Und damals habe ich auch um den deutschen Arbeiter zu ringen angefangen, habe versucht, ihn herauszureißen aus seinem Klassenwahn. Hunderten und Tausenden habe ich immer wieder dasselbe gepredigt: Deutsche Arbeiter, glaubt nicht an irgendeine Internationale[20], es wird Dir schlecht gehen. Kein Mensch wird Dir helfen. Aber Du hast Deine Phrasen, Du hast Deine Theorien, aber Brot hast Du nicht und Arbeit bekommst Du auch nicht. Und das habe ich immer wieder gepredigt, und habe langsam Menschen gewonnen. Genau so mußte ich es auch dem Bürger sagen: Geh aus Deinen Klassenvorstellungen heraus, verlasse Deinen eigenen Standpunkt hier. Poche nicht auf Deine Vergangenheit, nicht auf Deine Stellung, nicht auf Dein Wissen und nicht auf Dein Vermögen, sondern sei überzeugt, daß, wenn einmal die Volksgemeinschaft endgültig zerbricht, dann die rohe Gewalt entscheidet. Und dann bilde Dir nicht ein, daß Du überhaupt einmal noch eine deutsche Wiederauferstehung erleben wirst.

"Die Masse ist schlecht." Sie ist nicht schlecht, denn wenn sie schlecht gewesen wäre, dann hätten wir nicht 4 ½ Jahre Krieg führen können[21]. Wenn nicht dieser unvergleichliche deutsche Soldat gewesen wäre, dann wäre alles andere zwecklos gewesen. Die Führung in Ehren, jawohl, aber was hätte diese Führung vermocht, wenn sie eben nicht den deutschen Soldaten gehabt hätte.

Ich rede ja nicht als ein bloßer Theoretiker, denn ich habe eine andere Organisation aufgebaut als meine Parteigegner, die ja bloß aufgelöst und zerrissen haben. Aber das kann ich Ihnen sagen, wenn diese Organisation so felsenfest steht, so unerschütterlich, dann deshalb, weil sie mit ihren Wurzeln tief hineingreift in das breite Volk.

Ich würde mich einsam und verlassen fühlen, wenn ich das nicht von meiner Bewegung wüßte. Denn man glaube nur nicht, daß sich irgend etwas in einer großen Organisation aufbauen läßt auf den sogenannten "oberen Zehntausend". Diese Intellektuellen sind immer beweglich, immer schwankend, grübelnd und forschend und unzuverlässig. Darauf kann man nicht sicher bauen.

Die treuesten Massen

Kaum geht die Sonne hinter die Wolken, schon beginnen die Intellektuellen traurig und trübe zu werden, kaum schaut sie etwas hervor, schon werden sie wieder übermütig, schon haben

20 Vgl. Dok. 25, Anm. 20.
21 Bezieht sich auf die Dauer des Ersten Weltkriegs.

sie wieder alles vergessen, schon ist die Treue ihnen nicht mehr das höchste Gebot. Welch ein Unterschied zu unseren Bauernsöhnen, zu unserem breiten Mittelstand, zu der breiten Masse unseres Volkes. Wer die hat, der kann darauf bauen, und ich möchte nun, daß dieses sicherste Fundament einmal wieder Deutschland erhält, ganz Deutschland. Und daher kann ich den Männern, die heute Regierung spielen, nur eines sagen: Wenn Ihr mich einladet, an Eurer Regierung teilzunehmen, dann kann ich das nur annehmen, wenn ich weiß, daß diese von mir gewonnenen Millionen Menschen aus dieser breiten Masse unbedingt bei mir bleiben können.

Ein Mann gibt sein Werk, für das er 13 Jahre gearbeitet hat, nicht preis. Herr von Papen sagte mir, die Person tut nichts zur Sache. Soweit er sich selbst damit meint, will ich ihm nicht dagegen reden. Geschichtlich gesehen ist das natürlich unhaltbar. Ich bin überzeugt, daß es z. B. nicht gleichgültig gewesen wäre, ob einst Friedrich der Große oder ein Herr von Papen Preußen gebaut hätte[22], oder ein Bismarck oder ein Herr von Papen Deutschland[23]. Ich bin überzeugt, daß Personen immer und immer ihren Eigenwert besitzen.

Mein persönlicher Wert, das sind die Millionen der eroberten Arbeiter und Bauern und Mittelständler[24]. *Das ist mein Werk, und das bringe ich dem deutschen Volk.*

Und wenn mich jemand davon trennen will, dann bin ich selbst auch nichts mehr wert. Was meinen Wert ausmacht, das ist diese treue breite Masse unseres deutschen Volkes. Wenn ich das der deutschen Nation gebe, dann habe ich ihr das Höchste gegeben, was heute ein Mann dem deutschen Volke geben kann. Und das ist der größte Einsatz, den ich mitbringe.

Der Sinn der Bewegung

Ich habe die Treue von so vielen Millionen bekommen, die in mir den Garanten dafür sehen, daß nicht nur ihre Klassen beseitigt werden, sondern, daß auch das Klassen- und Standesvorurteil der anderen vergeht. Nur deshalb, weil ich das zugesichert habe, sind sie gekommen. Es soll sich keiner einbilden, daß ich diese Millionen von Arbeitern, welche in meiner SA und in meiner Partei vereinigt sind, bekommen hätte, wenn ich ihnen jemals erklärt hätte, wir wollen uns irgendeiner bürgerlichen Partei unterstellen und uns von ihr führen lassen. Sie verkennen damit den ganzen Sinn dieser großen Bewegung, sie verkennen damit aber auch den Sinn, der allein zum Erfolg führen kann.

Was Deutschland braucht, sind ja diese Massen.

Ihren Glauben braucht Deutschland, ihr Vertrauen braucht Deutschland. Keine Regierung soll sich einbilden, daß sie ohne diesen Glauben und ohne dieses Vertrauen bestehen kann.

Es tun jetzt alle auf einmal so, als wenn ich besonders schwach gewesen wäre. Ich muß schon sagen, die Herren haben einst große Namen gehabt und hatten Macht und Stellung und Einfluß und die staatlichen Gewaltmittel in ihrer Hand, und ich bin damals vor 14 Jahren eine unscheinbare Nummer gewesen, eine Nummer unter tausenden von Nummern, die nur gehorchen mußte und niemals befehlen konnte[25]. Aber als dann die Stunde der Entscheidung kam, da

---

22 Bezieht sich auf die siegreichen Kriege, die der preußische König Friedrich II. zwischen 1740 und 1763 um Schlesien führte und durch die Preußen zur zweiten deutschen Macht aufstieg.

23 Gemeint ist die Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Österreich zum Deutschen Reich durch die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser am 18.1.1871 im Spiegelsaal von Versailles.

24 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

25 Vgl. Dok. 28, Anm. 12, 13.

haben die Männer, die heute wieder das große Wort führen, trotz ihrer Macht und ihrer Stellung sich elendig unterworfen; aber ich habe mich nicht unterworfen.

Die "göttliche Ordnung"

Ich kann nachweisen, was ich in den 13 Jahren seit dem Zusammenbruch gemacht und gearbeitet habe[26]. Dafür zeugt mein eigenes Werk. Man sollte mir nicht einen Mann gegenüberstellen, der in den 13 Jahren im Zentrum saß, der in diesen 13 Jahren nichts getan hat, der aber blöde mir sagt: Die göttliche Ordnung entscheidet für Sie. Die göttliche Ordnung des Herrn von Papen stammt nicht vom Himmel, sondern aus Berlin[27].

Sie sollen sich nicht irren, die Herren. Wenn man für ein Werk so gekämpft hat und es so ausbaute, dann läßt man es auch nicht. Und wenn sie mir heute sagen, wenn Sie sich uns nicht unterwerfen, Herr Hitler, kommen Sie nie zur Regierung, dann kann ich ihm sagen, ich habe einen sehr großen Wortschatz, aber ein Wort, das fehlt in meinem Lexikon ständig, das Wort *"unterwerfen"*.

Ich will der richtige Führer meiner Kameraden sein

In Jahrzehnten [*sic!*] predigte ich: Ihr müßt dieses deutsche Erbübel der Nachgiebigkeit ablehnen. Ihr dürft Euch nicht einreden lassen, daß es immer der Gescheitere ist, der sich unterwirft. Ihr müßt als Volk euch, wenn notwendig, zur Wehr setzen. Und dann sollte ich selbst die Flinte ins Korn werfen? Ich weiß eines, es gibt Regierungsmänner, die sehen mich jeden Tag isoliert, jeden Tag wissen sie, daß ich von meiner Bewegung verlassen werde. Ich kann ihnen nur eines sagen: Die Männer, die sich mir unterstellt haben, bleiben bei mir und ich bleibe bei ihnen, dem unlöslichen Treubund heraus, da wird Kraft kommen, die Deutschland einmal nötig hat.

Heute gehen wir einem neuen Kampf entgegen[28]. Unsere Gegner, sie jubeln schon, daß wir vielleicht abnehmen würden.

Sie sollen sich nicht täuschen, die Bewegung, die steht

Ich habe in diesen letzten Wochen so unzählige Zuschriften bekommen, vom Universitätsprofessor, von Adligen, ja bis zum kaiserlichen Prinzen selbst, die mich alle beschwören: Sie haben ein großes Werk begonnen, Sie haben unzähligen Menschen Glauben gegeben. Wenn Sie allem untreu werden würden, stürzt alles, was hinter Ihnen ist. Ich werde nicht umfallen, ich glaube, daß diese Fahne jetzt erst recht einmal zu Deutschlands Freiheit flattern wird, daß die Fahne zum Symbol des kommenden Deutschen Reiches wird, als Zeichen einer deutschen Volksgemeinschaft. 14 Millionen Menschen haben wir aufgebaut von oben bis unten aus allen Ständen und wollen dafür sorgen, daß aus diesen 14 Millionen 20 und 30 Millionen werden. Es gibt auch in der Zukunft keine höhere Aufgabe, keine deutsche Erhebung und Wiedergenesung, als die Versöhnung seiner Klassen und Stände bis zum letzten durchzuführen.

Das ist das Ziel, das ich mir vor 13 Jahren gesteckt habe. Und wenn ich bisher diesen Segen hatte, von 7 Mann[29] auf fast 14 Millionen zu kommen, dann wird die Vorsehung auch in der

26 Vgl. auch Dok. 28, Anm. 10.
27 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
28 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.
29 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Zukunft ihren Segen uns nicht weiter versagen. Die Bewegung wird wachsen, und sie wird immer mehr und mehr zum tragenden Fundament eines neuen Reiches werden.

Das ist die Voraussetzung für die Erfüllung eines so großen deutschen Zukunftszieles. Und wenn heute mir jemand sagt, ich werde mit einer Notverordnung die wirtschaftliche Not bannen[30], dann muß ich ihm sagen:

Erst muß du die deutsche Zwietracht bannen, und dann kannst du bannen auch die deutsche Not.

25. Oktober 1932 Dok. 36
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pasewalk[1]

Pasewalker Zeitung vom 27.10.1932, "Hitler-Kundgebung in Pasewalk"[2].

Nachdem ihm [*Hitler*] ein dreifaches Siegheil ausgebracht worden war, nahm er sofort das Wort. Wenn sich die Ausführungen Hitlers auch völlig mit dem Inhalt seiner verschiedenen von uns bereits gebrachten Reden, insbesondere auch mit demjenigen seiner Stettiner Rede[3], völlig deckten, so lassen wir hier trotzdem doch noch einmal das Wesentliche seiner gestrigen Pasewalker Rede etwas ausführlicher folgen. Leider hat er in derselben die Tatsache, daß er einmal in Pasewalk von schwerer Kriegsgasvergiftung Heilung gefunden hat[4], mit keiner Silbe erwähnt. Überall, so begann er, fragten heute die Zeitungsschreiber und Politiker der bürgerlichen Parteien, warum er es am 13. August [*1932*] abgelehnt habe, in die Regierung einzutreten[5]. Er habe es abgelehnt, in einen Zug einzusteigen, von dem er gewußt hätte, daß dieser Zug doch nicht sein Ziel erreichen würde, so daß er doch wieder hätte aussteigen und weiter gehen müssen. Er hätte aussteigen müssen, weil die Regierung ein anderes Ziel als er gehabt habe, und weil die Reise hätte Schiffbruch leiden müssen. Wenn man die Absicht gehabt hätte, ihn in die Regierung eintreten zu lassen, dann *hätte man ihm auch die Führung geben müssen,* zumal *er* ein Recht auf diese Führung hatte[6] und nicht die anderen. Man dachte gar nicht daran, ihn irgendwie zum Einfluß kommen zu lassen. Er sollte ein Minister ohne Porte-

30 Bezieht sich auf die Notverordnungspraxis der Regierungen Brüning und Papen. Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

1 Im Schützenpark, nach 16.00 Uhr. An der vom Kreisleiter der NSDAP, Ludwig Zerbst, eröffneten Versammlung nahmen laut *Pasewalker Zeitung* etwa 6.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der Stettiner Kreisleiter Hermann Czirnick.

2 Vgl. auch VB vom 27.10.1932, "Vor 14 Jahren kriegsblind im Lazarett - heute der Führer von Millionen"; Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932, Pr.pol.55.1.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301 sowie Erich Repfennig, 10 Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers. Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Hrsg. zur Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Pasewalk, Pasewalk 1933, S. 243 ff.

3 Vgl. Dok. 35.

4 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

feuille, also ein Überzähliger, sein. Ein Vizekanzler ist nur Kanzler, wenn der andere krank ist, aber der ist nicht krank. Er sollte aber auch preußischer Ministerpräsident werden[7]; aber welcher denn, Braun oder Bracht? Hätte er Braun ablösen sollen, dann wäre die eine Hälfte von ihm kommissarischer preußischer Ministerpräsident[8] und die andere Hälfte Vizekanzler gewesen, wäre aber die Ablösung Brachts in Betracht gekommen, dann hätte er dem Kanzler unterstanden[9]. Nur zu verantworten, was die andern tun, ist unmöglich, er werde das jedenfalls nie tun. *Papen, der nur eine Aktentasche politischen Ballasts mitgebracht habe, sei das Ein- und Aussteigen leichter als ihm; denn er habe 14 Millionen Menschen hinter sich*[10]. Die Deutschnationalen seien auch einmal ein- und ausgestiegen, und das sei ihnen schlecht bekommen[11]. Da bleibe er doch lieber in seinem alten Zuge. Wenn wir unsere Bewegung einsetzen, so sagt Hitler, dann aber ordentlich, und dann ist die große Stunde der Nation da. Für Halbheiten sei er nicht zu haben. Für ihn allerdings wäre es besser gewesen, wenn er am 13. 8. [*1932*] angenommen haben würde; *denn es sei leichter, Minister zu sein, als Tag um Tag durch Deutschland zu hetzen, immer den Kampf vor sich zu haben, ohne Aussicht, wie das Ende sein wird!* Er hätte es heute leichter gehabt, wenn er in der Regierung säße und nichts zu tun hätte; auch einige seiner Umgebung würden gute Stellen bekommen haben. Wenn er das abgelehnt habe, so tat er das entsprechend seiner Haltung seit 13 Jahren. Er habe sich einer Arbeit gewidmet. *Entweder werde er seine Aufgabe erfüllen oder aber - wenn die Vorsehung ihm den Erfolg versage - dann würde er in seiner Arbeit sterben, zugrunde gehen.* Eine Notverordnung zur Belebung der deutschen Wirtschaft[12], deren geistiger Vater *Jakob Goldschmidt* ist[13], könne die deutsche Wirtschaft nicht retten. Auch sonst hätten die Herren keine eigene Idee gehabt, sondern sie haben sie nur von uns genommen. Aber ihre Wege sind falsch, einfach lächerlich und jämmerlich! Wenn sie unser Programm durchführen wollen[14], so könne er das besser als Herr von Papen, der 13 Jahre im Zentrum gesessen und davon keine Ahnung habe. Wenn er, Hitler, damals "Ja" gesagt hätte, dann würde er jetzt für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werden, dann aber wäre seine Bewegung kompromittiert worden. Als er vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat, sei Deutschland durch die Parteien vollständig zerrissen gewesen. Er habe damals die Auffassung gehabt, daß das alte System versagt habe, nicht weil wir den Krieg verloren hätten, sondern weil es nicht möglich gewesen wäre, das Volk zu einer einheitlichen Willensbildung zu bringen. Und wenn man jetzt die Wirtschaft wieder aufbauen will, dann muß man mit dem Aufbau dort beginnen, wo der Zusammenbruch begonnen habe. *Eine Nation, die nichts einzusetzen hat, muß immer unterliegen.* Entscheidend aber ist der Wille. Solange wir aber zersplittert sind, wird das deutsche Volk zu keiner Macht kommen. Es muß erst eine gemeinsame Wurzel völkischen Denkens geben. Gelingt es nicht, diese zu schaffen, dann muß Deutschland zugrunde gehen. Wenn jeder Stand nur seine eigenen Interessen retten will,

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 35, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 35, Anm. 14.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
11 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. .4.
14 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

kann es nur einen langsamen Zusammenbruch geben. Vor 13 Jahren habe er die Bewegung ins Leben gerufen in der Hoffnung, daß es gelingen muß, die Standesinteressen auszurotten. Er habe mit einem langen Zeitraum gerechnet. Jahrzehnte könne es dauern, bis der deutsche Mensch lernt, daß er deutsch ist und weiter nichts. Es muß möglich sein, *Proletariat und Bürgertum in vernünftigem Maße zusammenzubringen. Sei das Bürgertum hierzu nicht zu bewegen, so werde es zu Proletariern werden, in ein Nichts versinken, und dann werden sich alle doch näher kommen, nämlich in dem dann herrschenden gemeinsamen Elend.* Die deutsche Kraft und Fähigkeit ist vorhanden, sie darf sich nur nicht im inneren Kampf und in politischen Weltanschauungen zerreiben. Wenn ein Regiment nur auf die oberen Zehntausend beruht [*sic!*], dann ist es auf Sand gebaut, wenn aber ein Regiment es fertigbringt, die breiten Massen zu erobern, dann kann es dauernd bestehen. *Die obere geistige Schicht ist zu beweglich und schwankend, auf sie kann man keinen Staat aufbauen, das Regiment kann nur Bestand haben, wenn es seine Wurzeln im Volke hat.* Bürgerliche Politiker sagen, seine Bewegung sei nicht mehr nötig, weil wir ein starkes Kabinett haben. Kabinette und Regierungen aber kommen und gehen, das Volk dagegen ist unzeitig [*sic!*] und bleibt, und wenn man dieses Volk erobert, dann hat man etwas Dauerndes. Vor 13 Jahren habe er zu kämpfen begonnen, während die andern kapituliert haben; nun aber, wo er das Bett gemacht habe, möchten sich die andern hineinlegen. 13 Jahre habe er geschuftet, in 13 Monaten aber würden die andern wieder sein Werk zerstört haben. Wenn man in 13 Jahren etwas geschafft hat, so könne man sich nicht von seinem Werk trennen, und wenn er es in dieser Zeit von sieben Mann [15] auf 13 Millionen gebracht habe, so sei das ein Beweis dafür, daß er den richtigen Weg gegangen sei. Er habe einen Schädel, den niemand von seinem Werk entfernen könne. Was er für Deutschland sein kann, das könne er nur sein, wenn er die breiten Massen mitbringe, darin liege sein Wert. Unter den 13,5 Millionen seiner Wähler befinden sich acht bis neun Millionen Bauern und Arbeiter [16], die er fest in seinen Willen einbezogen habe und die er dem deutschen Volke als Plattform für die weitere Arbeit geben könne. Keinen Titel könne man ihm geben; er habe seinen eigenen Namen, der sei anständig und den habe er sich selbst geschaffen, auch sei der nicht so abgegriffen wie die Ministertitel. Auch Gehalt wolle er nicht [17]; er sei Schriftsteller und verdiene damit mehr, als er als Junggeselle brauche [18]. *Das einzige, was ihn verführe, sei die Macht, die wolle er haben.* Er sei ein Kind des Volkes, wolle es bleiben und Fürsprecher der breiten Masse sein. Er fasse sein Leben als Geschenk auf und darum setze er es auch für eine ideale Sache ein bis zum letzten Atemzuge. Eins habe er bewiesen, er habe eine Millionenschaft zusammengeführt; wer aber seine Gesellenprüfung im Zentrum abgelegt habe, der werde niemals ein Meister der deutschen Nation! [19]

15 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
16 Vgl. Dok. 10, Anm. 9, 11.
17 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
18 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

25. Oktober 1932 Dok. 37
Rede auf NSDAP-Versammlung in Anklam[1]

VB vom 27.10.1932, "Adolf Hitler vor 10.000 Metallarbeitern in Anklam"[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

25. Oktober 1932 Dok. 38
Rede auf NSDAP-Versammlung in Rostock[1]

Rostocker Anzeiger vom 27.10.1932, "Adolf Hitler in Rostock"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 36.

26. Oktober 1932 Dok. 39
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwerin[1]

Rostocker Anzeiger vom 28.10.1932, "Die Schweriner Hitler-Kundgebung".

Redetext entspricht weitgehend Dok. 40[2].

---

1 In der Halle der Autoreparaturwerkstatt Eulitz, nach 18.00 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 10.000 Menschen teil.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 26.10.1932, "Adolf Hitler in Vorpommern"; Der Freiheitskampf vom 26.10.1932, "Der Führer in Pasewalk und Anklam"; Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin an den Preußischen Minister des Innern vom 25.10.1932, Pr.pol.55.1.; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301 sowie Günter Beyer, Adolf Hitler in Anklam. In: Anklamer Stadtkurier Nr. 3, 1996, S. 4-5.

3 Der *VB* gibt lediglich den Satz wieder: "Diese Bewegung gehört niemals einer Clique! Diese herrliche Bewegung gehört Deutschland!"

1 In der Maschinenhalle der Neptunwerft, nach 21.00 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angabe der *Mecklenburgischen Volkszeitung* etwa 8.000 Menschen teil (*Mecklenburgische Zeitung*: 16.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Friedrich Hildebrandt.

2 Vgl. auch Mecklenburgische Volkszeitung vom 26.10.1932, "Die Trommel schlägt zur Pleite"; vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg bergab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; Mecklenburgische Zeitung vom 26.10.1932, "Hitler in Rostock"; VB vom 27.10.1932, "Vor 14 Jahren kriegsblind im Lazarett - heute der Führer von Millionen". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 12.11.1932, "'Wir werden die Sammlung des Volkes fortführen und vollenden' (Adolf Hitler)".

1 In den Stadthallen, nach 18.30 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angabe der *Mecklenburgischen Volkszeitung* etwa 5.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach der mecklenburgische Ministerpräsident Walter Granzow (NSDAP).

2 Vgl. auch Das freie Wort vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg bergab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; Mecklenburgische Volkszeitung vom 28.10.1932, "Wie es mit Hitler in Mecklenburg berg-

26. Oktober 1932 Dok. 40
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Schwartau[1]

Lübeckische Anzeigen vom 27.10.1932, "Adolf Hitler spricht in Schwartau zu den Lübeckern!"[2].

Wenn ich jetzt wieder durch Deutschland ziehe, so geschieht das vor allem, um auf die Frage Antwort zu geben, die man heute an mich stellt, nicht nur von seiten meiner Parteigenossen, sondern vor allem von meinen politischen Gegnern, die sich nicht genug darin tun können, die nationalsozialistische Bewegung zu bemitleiden, weil sie zurückgehe wegen eigner Fehler. Die große Stunde, so sagen die Gegner sei verpaßt worden: "Warum hat Hitler diese Stunde nicht genützt, warum hat er, als man am 13. August [*1932*] mit ihm wegen des Eintritts in die Regierung verhandelte, nicht ja gesagt[3]?" Ich kann die Antwort kurz geben:

In diesen Zug bin ich nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen. (Lebhafter, langandauernder Beifall.)

Und wenn man mich fragt: "Warum wollten Sie dann wieder aussteigen?", dann antworte ich: *"Weil dieser Zug nicht dahin fährt, wohin ich kommen will, ja weil er auch nicht dahin kommt, wohin er selbst will!"* Ich habe mich einmal im Leben für eine Idee eingesetzt. Und ich kann nicht morgen woanders hin, weil mein Gepäck zu groß ist. Wenn man allerdings als Gepäck nur eine Aktentasche mit sich führt, dann kann man leicht wieder aussteigen.

Wenn man aber hinter sich 13 Millionen deutscher Volksgenossen hat[4], *da kann man nicht heute rin in die Kartoffeln und morgen raus aus den Kartoffeln. Die Bewegung kann nur einmal eingesetzt werden und dann nur, wenn wirklich die große Stunde der Nation gekommen ist.* (Beifall.)

Man sagt mir: "Sie hätten Ihren Einfluß in der Regierung geltend machen können!" Darauf gebe ich die Antwort: "Wenn man die Absicht hatte, mit mir den Zug umzustellen,

dann hätte man mir die Lokomotive und nicht den Packwagen anbieten müssen."

---

ab geht - laut eigenen Nazi-Berichten ..."; VB vom 28.10.1932, "'Wir wollen kein Geschenk, sondern ein freies Deutschland, das wir uns zu erarbeiten gedenken'".

1 Im Zelt auf dem Riesebuschplatz, nach 21.00 Uhr. An der von Kreisleiter Franz Frisch eröffneten Versammlung nahmen nach übereinstimmenden Meldungen der Regionalpresse etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 60.000). Vor Hitlers 30minütiger Rede sprach der mecklenburgische Gauleiter Friedrich Hildebrandt. Die Eintrittspreise waren von 25 Pfennig bis 5 RM gestaffelt. Der *Lübecker General-Anzeiger* schrieb über Hitler: "Er sah abgespannt aus, und auch seiner Stimme merkte man die Strapazen des Wahlfeldzuges, der ihn ruhelos von Stadt zu Stadt führt, an."
Die NSDAP beabsichtigte ursprünglich, die Versammlung in der Stadt Lübeck abzuhalten, was der Lübecker Senat jedoch nicht genehmigt hatte. Daraufhin wich die NSDAP in das zum Land Oldenburg gehörende Bad Schwartau aus.

2 Vgl. auch Lübecker Beobachter vom 27.10.1932, "Hitler spricht zu 40.000 Lübeckern"; Lübecker General-Anzeiger vom 27.10.1932, "Adolf Hitler in Schwartau"; VB vom 28.10.1932, "60.000 in Bad Schwartau"; Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck 1935, S. 103 f. sowie Vorankündigung in Nachrichten für das Fürstentum Lübeck vom 26.10.1932.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Von Papen sagte, ich hätte Ministerpräsident werden sollen in Preußen[5], aber dieser Ministerpräsident ist ja gar kein Ministerpräsident. Wen hätte ich denn überhaupt in Preußen ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? Man bot mir einen Ministerposten ohne Portefeuille im Reiche an; ein solcher Minister ist ein Minister, damit er Minister ist. Auch den Vizekanzlerposten mußte ich ablehnen, weil ein Vizekanzler nur ein Kanzler ist, wenn der andere Kanzler nicht da ist. Ich hätte also zur Hälfte Vizekanzler, zur anderen Hälfte preußischer Ministerpräsident sein können, aber für solche Zwitterdinge eigne ich mich nicht. Man hat mir außerdem das Luftfahrtministerium angeboten und das Reichsinnenministerium[6]. Das war sehr schlau ausgedacht. Man nahm an, wenn die Nationalsozialisten sechs Monate lang als Träger des Innenministeriums die Polizeigewalt innehaben und das ausführen müssen, was andere beschließen, dann haben sie den letzten Bauern und den letzten Arbeiter nicht mehr auf ihrer Seite.

Wenn ich vor der Wahl stehe, meinen Namen herzugeben oder einen Ministersessel zu verlieren, dann sage ich, *es gibt keinen Ministertitel in Deutschland, der meinen Namen ersetzen könnte.* Die Führung im Staate, die Macht im Staate ist es, nach der ich strebe, dreizehn Jahre lang.

Unter den Bedingungen des 13. August hätten wir keinen Einfluß in der Regierung gehabt und nirgends hätten wir ihn geltend machen können. Ich hätte mich zurückziehen müssen und wäre heute ein anderer, als ich es jetzt bin. Uns macht man das Recht, im Rundfunk zu reden, streitig[7].

Aber je öfterer [*sic!*] *die Regierung den Rundfunk benutzt, um so schlechter steht es für sie!*

Als ich vor dreizehn Jahren die nationalsozialistische Bewegung gründete[8], da ging ich aus von der Erkenntnis, daß Deutschland nicht wieder auferstehen wird durch Reformen an der Wirtschaft, da Deutschland nicht durch die Schuld der Wirtschaft verfallen ist.

Der Sturz Deutschlands war ein politischer Sturz!

Wenn die Wirtschaft gerettet wird, wird Deutschland nicht gerettet, sondern taumelt in den Abgrund. Ich sagte mir damals vor 13 Jahren, was soll ein Volk, daß sich selbst in 46 politische Parteien und Grüppchen auflöst[9], noch zu seiner Gesundung tun können? Wenn darüber hinaus nun noch die Klassen in Erscheinung treten. Der eine sagt, er sei Bürger, der andere, er sei Proletarier, dieser, er sei national, jener, er sei international? Es mußte in Deutschland aus einer einheitlichen Wurzel heraus eine Umschichtung des Volkes erfolgen.

---

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

6 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

7 Am 7.6.1932 hatte die Reichsregierung Parteipropaganda im Rundfunk zur Reichstagswahl am 31.7.1932 zugelassen. Vor der Wahl konnten der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, am 14.6. und 29.7.1932 und der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, am 18.7.1932 im Rundfunk sprechen. Am 27.7.1932 verabschiedete die Reichsregierung "Leitsätze für die Neuregelung des Rundfunks", durch die unter anderem erreicht werden sollte, daß "der Rundfunk von parteipolitischen Darbietungen freigehalten wird". Vor der Reichstagswahl am 6.11.1932 gab es daher grundsätzlich keine Wahlsendungen mehr. Vgl. Hans Bausch, Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933, Tübingen 1956, S. 133 f.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 462 ff.; Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 196 f. Druck der "Leitsätze" vom 27.7.1932: Bausch, Rundfunk, S. 205 ff. Vgl. auch Bd. IV/3, Dok. 51.

8 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

9 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

Ewig ist das Volk! Das ist der entscheidende Faktor! Man mußte das deutsche Volk aus seiner wirtschaftlichen Versklavung lösen und auf einer Plattform sammeln!

Ich wußte, der Weg, das deutsche Volk zu sammeln, würde ein dorniger Weg sein. Wenn man auch nicht von heute auf morgen einen Erfolg zu verzeichnen hatte, so galt es zunächst, die Menschen im praktischen Leben zu führen zu einer Organisation und damit langsam eine Keimzelle zu schaffen, die sich immer mehr ausbreitete und ausweitete, die allmählich zur Volksgemeinschaft führte. Das war ein ungeheurer Prozeß. Aber der Erfolg war sicher: Bis heute haben sich 13 Millionen dieser Idee untergeordnet. Ich weiß, der Arbeiter ist stur, er ist schwer aus seiner Gedankenwelt herauszubringen: theoretisch schwärmt er für die Internationale[10], aber praktisch mußte er erkennen, daß die Welt sich nicht um ihn und seine Idee kümmert. Genauso schwer ist es, den Bauern aus seiner schweren und dickköpfigen Einstellung herauszulösen. Aber wenn man diese Menschen einmal gewonnen hat, dann geben sie sich treu und zuverlässig. Darauf kann man bauen, das ist etwas anderes als die Klasse der oberen Zehntausend! (Lebhafte Zustimmung.) Glauben Sie, die Religion würde ihre Stabilität bewahrt haben, wenn sie nicht so tief in allen Schichten des Volkes wurzelte?

Und dem Staate gehört für alle Zeit die Zukunft, in dem die Auffassung der Regierung der Ausdruck der analogen Auffassung der breitesten Schichten des Volkes ist.

Weil ich das Fundament meiner Bewegung aufbaute auf den breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten, der gewerblichen Kreise, des braven Bürgers und des Mittelstandes, hat sich diese Bewegung gehalten, das gibt Festigkeit!

Das schuf diese in der deutschen Geschichte nie dagewesene und kaum verständliche idealistische Bewegung. Es hat sich im deutschen Volke eine Wandlung vollzogen: In einer Zeit, da in weiten Kreisen des Volkes jeder nur für seinen eigenen Gewinn sorgt, nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, da ist eine Organisation geschaffen worden, in der jeder, der *ihr* angehört, mit Leib und Leben in und hinter dieser Organisation steht, ohne darauf zu sehen, ob sie ihm selbst Vorteile bringt.

Eine Gesundung unseres Volkes ist nur möglich, solange man an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes glaubt. Das ist die Voraussetzung einer wirklich deutschen Bewegung und diese Voraussetzung ist in großem Umfange geschaffen worden.

Allerdings, was geschaffen worden ist, das kann ebensogut wieder verloren gehen. Und hier liegt der Kernpunkt, weshalb ich es ablehnte, mich an einer Regierung zu beteiligen. 13 Jahre waren notwendig, um diese Bewegung aufzubauen, aber 13 Monate würden genügen, um in unrechten Händen das wieder zu zerstören. *Ich habe meine Bewegung nicht verlassen!*

Ich würde alle meine Anhänger, ich würde die deutsche Nation betrogen haben. Meine Stärke liegt darin, daß ich dem deutschen Volke, dem deutschen Staate etwas mitbringen will, was vorher nicht verloren gehen darf: ein besseres deutsches Ideal! Und das ist das beste Gut, was ich überhaupt mitbringen kann. Ich müßte ein Verbrecher, ein Narr sein, wenn ich zusehen wollte, wie dieses Gut, das Fundament einer geeinigten deutschen Nation, verlorengeht. Wenn mir jemand zumutet, ich könnte mich einer Regierung ausliefern, dann würde das der größte Treubruch sein, den ein Mensch überhaupt begehen kann. Denn meine Anhänger haben mir in Treu und Glauben Gefolgschaft gesichert. Da sollte ich sie ziehen lassen?

---

10 Vgl. Dok. 25, Anm. 20.

Das kann ich nicht tun: Ich würde das zerschlagen, was allein Deutschlands Wiederaufstieg sichert.

Wenn die Regierung mir darauf sagt: "Dann werden Sie niemals zur Macht kommen!", dann antworte ich darauf, daß ich das nicht Herrn von Papen, sondern dem lieben Gott anheimstelle. Der Erfolg wird nur gewährleistet durch eine Umschichtung des deutschen Volkes, das die Kraft zum Wiederaufstieg aus sich selbst heraus schafft, die Kraft, um ein Reich wieder aufzubauen, die Kraft, die notwendig ist, die schwierigen innenpolitischen Probleme zu lösen. Jeder Versuch muß scheitern, wenn nicht der gläubige Verstand des Volkes dahinter steht. Ich bin mir des Zieles klar bewußt: Sammlung des deutschen Menschen!

Unsere Bewegung muß immer größer und größer werden, um endlich aus einer Partei zu einer Volksgemeinschaft zu wachsen. Dann wird das deutsche Volk das Fundament bilden, das geeignet ist, darauf zu bauen. Das ist die Aufgabe, die ich mir stelle, für die ich kämpfe, und so Gott will, erfüllen werde! Ich weiß nicht, ob ich diese Aufgabe vollenden kann, ich weiß nicht, ob nicht an der nächsten Ecke ein Mann steht, der meinem Leben ein Ende setzt. Doch das, was ich mir vorgenommen habe und durchführen werde, ist mein Grundsatz:

"Bleibe treu bis in das Grab hinein[11]*!"* (Stürmischer Beifall.)

Erkennen Sie, wie groß die Verantwortung für die Zukunft ist, überlegen auch Sie sich Ihre Entscheidung, wenn Sie diese große Aufgabe für die deutsche Zukunft erkennen:

Es wird ein Deutsches Reich nur geben, wenn es ist ein starkes, einiges, weltanschaulich einheitliches deutsches Volk gibt! Dafür wollen und müssen wir kämpfen!

(Brausender Beifall, der minutenlang andauerte.)

28. Oktober 1932 Dok. 41
Erklärung[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.10.1932, "Eine Erklärung des Führers"[2].

Die Leitung des Stahlhelms hat es für nötig erachtet, unseren Pg. Prinz August Wilhelm von Preußen dafür, daß dieser sich in die Millionen-Bewegung derjenigen einreihte, die durch ihre Arbeit die einzige Voraussetzung für eine deutsche Erhebung schufen[3], anzugreifen und zu beschimpfen[4].

---

11 Wahrscheinlich Anspielung auf das 1839 von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874) geschaffene Gedicht *Mein Vaterland*: "Treue Liebe bis zum Grabe schwör ich dir mit Herz und Hand/ was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland!/ Nicht in Worten nur und Liedern ist mein Herz zum Dank bereit/ mit der Tat will ich's erwidern dir in Not, in Kampf und Streit."

1 Kopf: "NSK: Zu dem rüden Angriff der Reichspressestelle des *Stahlhelm* auf *Prinz August Wilhelm von Preußen* veröffentlicht Adolf Hitler folgende Erklärung:"

2 Vgl. auch VB vom 30./31.10.1932, "Eine Erklärung des Führers".

3 Am 25.10.1932 hatte im Sportpalast eine Kundgebung der NSDAP stattgefunden, auf der August Wilhelm und der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag, Wilhelm Kube, gesprochen hatten. Nach dem Bericht des *Berliner Tageblatts* vom 27.10.1932 (AA), "Stahlhelm gegen Auwi", hatte August Wilhelm

Mit diesem erbärmlichen Versuch ist der Prinz, dessen uneigennützige Arbeit am Aufbau einer deutschen Volksgemeinschaft wir alle kennen, uns deutschen Männern erst recht ans Herz gewachsen.

Letzte Antwort auf diesen Bubenstreich wird die Zukunft geben.

Adolf Hitler

28. Oktober 1932 Dok. 42
Rede auf NSDAP-Versammlung in Altona [1]

Altonaer Tageblatt vom 29.10.1932, "Adolf Hitler in Altona" [2].

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte er wiederum *den 13. August* [*1932*]. Er legte noch einmal die in letzter Zeit bereits oft angegebenen Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, den Eintritt in die Regierung abzulehnen und die ihm angebotenen Ministerposten auszuschlagen [3].

---

bei dieser Gelegenheit den Stahlhelm heftig angegriffen und unter anderem "Unmoralität" vorgeworfen. Die Redewiedergabe des *Angriff* vom 26.10.1932, "Pg. Prinz August Wilhelm spricht: 'Die Nationalsozialisten sind meine Standesgenossen'", enthält nur Angriffe auf die DNVP und die Regierung. In *Der Angriff* vom 28.10.1932, "'Niedriger hängen'", bestritt der Prinz, "die Stahlhelmbewegung *unmoralisch* genannt" zu haben.

4 Die Reichspressestelle des Stahlhelm hatte folgende Erklärung veröffentlicht: "Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstenenteignung zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der gestrigen Versammlung der Nationalsozialistischen [*Deutschen*] Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast, den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung, auf das schärfste zu kritisieren. *Renegateneifer ist bekannt.* Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Deutschland wurde vor dem roten Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1924 gerettet, wahrlich nicht durch die Nationalsozialisten! Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwur bei jeder passenden Gelegenheit den Bundesführern öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, *seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht wurden.* Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind." Druck: Berliner Tageblatt vom 27.10.1932 (AA), "Stahlhelm gegen Auwi"; Der Angriff vom 27.10.1932, "Schweigen beim Stahlhelm und Hugenberg".

1 In der Ausstellungshalle an der Moltkestraße, nach 18.30 Uhr. An der von Kreisleiter Heinrich Piwitt geleiteten Versammlung nahmen etwa 10.000 Menschen teil. Nach Hitler sprach Bezirksleiter Joachim Meyer-Quade. Ursprünglich sollte auch eine Hitler-Kundgebung auf dem Reitturnierplatz in Neumünster stattfinden. Das eigens aufgebaute Zelt war jedoch am Vortag durch Sturmschäden unbenutzbar geworden.

2 Vgl. auch Altonaer Nachrichten vom 29.10.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Altona"; Hamburger Nachrichten vom 29.10.1932, "Nationalsozialistische Kundgebung in Altona"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 30.10.1932, "Adolf Hitler in Altona"; VB vom 30./31.10.1932, "Norddeutschlands Massenappell vor der Wahl" sowie "'Was wir in 13 Jahren aufbauten, würde der Herrenklub in 13 Monaten auflösen, und siegen müßte der Bolschewismus'".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

Hitler fuhr dann u. a. fort: "Heute wirft mir der Reichskanzler vor, ich wollte die Führung beanspruchen. Jawohl, das wollte ich und mit einem ganz anderen Recht, als Herr von Papen sie mir verweigert. (Beifall.) Sie täuschen sich aber in meiner Person, wenn sie glauben, daß ich mich mit einem Ministertitel oder mit einem Staatsgehalt ködern lasse. Ich brauche einen solchen Titel nicht, solange ich meinen Namen habe; ich brauche auch kein staatliches Gehalt[4]. Das einzige, was mich locken könnte, ist die *Führung selbst* und damit *wirklich die Macht. Darum und dafür haben wir 13 Jahre lang gekämpft.*

Hätte ich damals das Angebot angenommen, so hätte ich es heute schon nicht mehr verantworten können.

Es scheint jetzt so, als ob das Wirtschaftsprogramm[5] versage, ja, es scheint nicht nur so, sondern es versagt. Hätte ich damals nachgegeben und wäre in die Regierung eingetreten, so hätte ich heute *für den wirtschaftlichen Mißerfolg,* an dem ich unschuldig wäre, gerade stehen müssen.

Die nationalsozialistische Bewegung kann nur dann eingesetzt werden, wenn wirklich Deutschlands ganz große Stunde gekommen ist."

Hitler sprach dann in längeren Ausführungen über seinen Kampf um die Schaffung einer neuen Volksgemeinschaft. "Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat"[6], so führte er u. a. aus, "standen mir gegenüber *nahezu 45 Parteien*[7]. Dabei war die deutsche Nation in zwei große weltanschauliche Klassen zerfallen: in *Bürgertum* und *Proletariat.* Ich sagte mir damals: Wenn wir nicht die geistige, seelische und weltanschauliche Zersplitterung überwinden, kann eine Wiederauferstehung niemals kommen. Die Wirtschaft wird Deutschland nicht emporrichten; denn bei ihr begann ja auch nicht der Zerfall.

Die Wirtschaftskatastrophe ist nur der Schlußpunkt des allgemeinen Verfalls.

Ich sagte mir damals: Wenn man Deutschland wieder aufrichten will, muß man dort beginnen, wo der Verfall begann;

dann muß man aus dem Gemengsel von Klassenparteien, Konfessionen, Interessentengruppen usw. wieder ein deutsches Volk schaffen,

und zwar nicht theoretisch, sondern praktisch. Man muß *hinein in die Massen* und versuchen, die widerstrebenden Menschen zueinander zu erziehen und langsam in einer Organisation einen Kristallisationspunkt schaffen für diese neue Gemeinschaft. Und ich habe langsam aus *Arbeitern,* aus *Bauern,* aus *Kleinhandwerkern, Mittelständlern* und aus dem *soliden deutschen Bürgertum* eine neue Gemeinschaft aufgebaut[8]. Wenn nun Herr von Papen sagt: "Meine Regierung ist eine Regierung der Macht und der Autorität, weil wir die staatlichen Machtmittel besitzen"[9], dann setze ich dem gegenüber die Erkenntnis, daß die wirkliche Kraft einer Regierung sich niemals in den staatlichen Machtmitteln ausdrückt, sondern ausschließlich in dem Grad ihrer inneren Verbundenheit mit dem Volke selbst. Nur wer das breite Volk, diese Arbeiter, Bauern und Mittelständler erobert hat, der hat ein *zuverlässiges Fundament,* auf dem man bauen kann.

4 Vgl. Dok. 14, Anm. 9.
5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.
7 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.
8 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.
9 Vgl. Dok. 21, Anm. 18.

Dieses Fundament ist nicht wie die Geistigkeit der "oberen Zehntausend" schwankend und unsicher und immer bereit, einem anderen nachzulaufen.

Ich habe in den 13 Jahren meines Kampfes Millionen wertvoller Menschen erobert. Ich habe das Bewußtsein, daß ich in diesen Menschen dem Deutschen Reich und dem deutschen Staat das Kostbarste gesammelt habe, das es gibt,

nämlich ein mögliches Fundament, eine tragende Schicht. Darauf kann man bauen. Und wenn mir heute jemand sagt, ich solle in die Regierung eintreten, dann muß ich sagen: "Ja, aber nur, wenn dieses Fundament, das ich schuf, zugleich das Fundament des neuen Staates wird." Wenn mich jemand allein haben will, muß ich sagen: *"Allein tauge ich nichts; mein Wert liegt in dem, was ich mitbringe."*

Wenn aber jemand verlangt, ich solle ihm das gesammelte Volksgut übergeben, dann antworte ich: "Das kann ich nicht, weil ihr das gar nicht zu schätzen wißt. Ich habe nicht 13 Jahre lang geschafft, damit ihr in 13 Monaten alles wieder vergeudet, was ich in den 13 Jahren zusammengetragen habe." *Ich habe ein Recht, die Verwaltung dieses Gutes selbst zu fordern*[10]. Ich würde allen denen untreu werden, und deshalb kann ich den Herren in Berlin nur eines sagen:

"Ihr werdet mich niemals von diesem Volk wegbringen. Ich bin ein Kind dieses Volkes und bleibe ein Kind dieses Volkes!" (Langanhaltender brausender Beifall.)

Adolf Hitler führte dann weiter aus: "Ein Staat ist nicht dazu da, um einer Regierung das Regieren zu ermöglichen, sondern *Staat und Regierung sind Instrumente im Dienste der Erhaltung eines Volksgutes.* Und wenn mir heute ein Mann entgegentritt und sagt, wie ich dazu komme, die Führung zu beanspruchen, dann erwidere ich: "Herr von Papen wie kommen Sie dazu, sie uns zu verweigern. Wir haben 13 Jahre lang für diesen Anspruch gearbeitet, und Sie sind 13 Jahre lang im Zentrum gewesen, und die Nation hat von Ihnen nichts gesehen. Wenn Sie wollen, daß unser Werk eingesetzt wird, so treten Sie ab; wir übernehmen die Führung!" (Beifall.)

Wenn die Bewegung aus unseren Händen kommt und zerfällt, dann würde das nicht der Emporstieg einer bürgerlichen Klasse sein, sondern es würde in Deutschland das Chaos bedeuten und der Bolschewismus würde endgültig zur Macht kommen.

Aber die hohen Herren in Berlin mögen zur Kenntnis nehmen: Sie werden es nie erleben, daß diese Millionenbewegung zerfällt. Sie werden nicht erleben, daß sie das Volk von mir trennen, und noch viel weniger, daß ich mich jemals von ihm trenne.

In einer Zeit der Treulosigkeit haben wir diesen Treubund aufgerichtet,

in der Überzeugung, daß Deutschland stärkste Kraft brauche, um sich dereinst wieder aufrichten zu können.

Die stärkste Kraft ist aber die Kraft der breiten Masse; sie will ich dereinst dem deutschen Volke als Gabe mitbringen.

Und wenn man mich zwingt, zehnmal zu kämpfen, werde ich zehnmal kämpfen in der Überzeugung, daß eben doch der Himmel und die Vorsehung denen den Sieg geben werden, die ihn auch verdienen."

---

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

Hitler schloß mit den Worten: "Unsere Arbeit kann nur dem einen Zweck dienen: das deutsche Volk in seiner breiten Masse wieder zum Deutschen Reich und zum deutschen Staat zu führen, auf daß Deutschland einmal wieder zu dem wird, was es war: ein Staat der Größe und der Stärke und der Macht." [11]

28. Oktober 1932 Dok. 43
"Gegen Junkerherrschaft und Schlotbarone - für den niedersächsischen Bauern und Arbeiter" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bremervörde [2]

Bremervörder Zeitung vom 29.10.1932, "Tagung" [3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 42.

29. Oktober 1932 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oldenburg [1]

Nachrichten für Stadt und Land vom 30.10.1932, "Hitler-Kundgebung im Ziegelhof" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 45.

---

11 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 11359).
2 In der Markthalle, von 22.10 bis 23.30 Uhr. An der von Gauleiter Otto Telschow geleiteten Versammlung nahmen laut *Bremervörder Zeitung* etwa 8.500 Menschen teil (NSDAP Bremervörde: 18.000 bis 20.000). Vor Hitler sprachen Pastor Gerhard Hahn und der braunschweigische Innen- und Volksbildungsminister Dietrich Klagges (NSDAP). Die Eintrittspreise waren von 1 RM bis 3 RM gestaffelt.
3 Vgl. auch Bremervörder Zeitung vom 29.10.1932, "Adolf Hitler in Bremervörde"; VB vom 30./31.10.1932, "Norddeutschlands Massenappell vor der Wahl".

1 Im Ziegelhof, nach 16.00 Uhr. Der oldenburgische Staatsminister Heinz Spangemacher (NSDAP) leitete die Versammlung. Die Presse meldete übereinstimmend, daß das Veranstaltungslokal und das zusätzlich aufgebaute Zelt gefüllt waren. Nach Hitler sprach der Landesinspekteur Niedersachsen der NSDAP, Bernhard Rust.
2 Vgl. auch Der Freiheitskämpfer vom 30.10.1932, "Der Führer in Oldenburg"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet" sowie "'Will man einen festen Staat bauen, müssen die Wurzeln ganz tief ins Volk hineinreichen'". Ferner: Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1932, Düsseldorf 1978, S. 235; ders., Oldenburgs Weg ins 'Dritte Reich'. Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Oldenburg 1983, S. 165.

29. Oktober 1932 Dok. 45
Rede auf NSDAP-Versammlung in Aurich[1]

Auricher Zeitung vom 31.10.1932, "Der nationalsozialistische Führer in Ostfriesland"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Das, was Sie in diesem Wahlkampf wollen und in erster Linie aus meinem Munde hören wollen, ist die Beantwortung einer Frage, die auch mir in erster Linie vorgelegt wird. Nicht nur unsere Parteigenossen oder unsere Anhänger, nein, gerade die Gegner sind es, die immer wieder eine Frage an mich richten, nämlich die, warum ich am 13. August [*1932*] "Nein" gesagt habe[3]. Sie fragen mich: Warum, Herr Hitler, sind Sie nicht wenigstens eingestiegen in den Zug? Die Antwort darauf ist sehr einfach zu geben. Ich bin am 13. August [*1932*] in den Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder aussteigen zu müssen. (Lebhafter Beifall.) Und ich hätte aussteigen müssen, weil der Zug nicht dorthin kommt, wo ich hinfahren will. Ja, darüber hinaus, weil dieser Zug überhaupt nicht dorthin kommen wird, wo selbst die heutigen Führer des Zuges hin wollen. Weder Herr von Papen, noch Herr von Gayl werden ihr Ziel erreichen. Man sagt: Ja, Herr Hitler, Sie hätten dann aber doch ihren Einfluß geltend machen können. Ich muß darauf die Antwort geben, daß das unmöglich war. Man hat gar nicht gewollt, daß hier mein Einfluß sich durchsetzt, denn sonst würde man mir die Führung des Zuges selbst anvertraut haben. Im Gegenteil, die Art, in der wir Nationalsozialisten beteiligt werden sollten, zeigte schon, daß man niemals den Gedanken hatte, uns tatsächlich einzuschalten. *Was soll es heißen, wenn man mir eine Stelle anbietet als Minister ohne Portefeuille. Ich sollte Minister sein, nur damit ich auch Minister bin. Zu reden habe ich als Minister ohne Portefeuille gar nichts. Oder wenn man mich zum Vizekanzler macht. Der Vizekanzler ist ein Kanzler, der nur dann in Erscheinung tritt, wenn der Kanzler nicht da ist oder krank ist.* Und wenn *ich* Vizekanzler bin, ist der Kanzler niemals krank. Ich habe in Wirklichkeit niemals zu reden oder Einfluß geltend zu machen. Auch das Angebot, preußischer Ministerpräsident[4] zu sein, ist nicht anders zu werten. *Wen sollte ich ablösen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? Braun ist parlamentarischer Ministerpräsident* [*sic!*][5], *diese Stelle kann Herr von Papen nicht vergeben. Bracht ist ein reiner Untergebener des Herrn Reichskanzlers*[6]. *Das heißt, ich persönlich hätte auch in dieser Stellung kein Wort zu sagen.* Zwei weitere Ministerien sind genau so zwecklos, ein Luftfahrtministerium ohne Luftfahrt[7],

---

1 In der Landwirtschaftlichen Halle, nach 19.00 Uhr. An der vom oldenburgischen Ministerpräsidenten Carl Röver (NSDAP) mit einer Rede eröffneten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 12.000 Menschen teil (*Auricher Zeitung*: 18.000 bis 20.000). Hitler sprach 20 Minuten. Während der Veranstaltung kam es zu einigen Ohnmachtsanfällen; die Polizei nahm mehrere Taschendiebe fest.

2 Vgl. auch Ostfriesische Nachrichten vom 1.11.1932, "Adolf Hitler in Aurich"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 35, Anm. 14.

7 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

ein Kultusministerium ohne Tätigkeitsbereich[8]. Und nur das dritte hätte einen Sinn gehabt, nämlich das *Innenministerium*. Und die Herren haben sich schon ausgerechnet, wir regieren und bestimmen, und der Nationalsozialismus muß mit seinem Namen verantworten, wenn die *Polizei* gegen die Masse eingesetzt werden muß. Sie waren überzeugt, daß dann sechs Monate genügen würden, um uns endgültig zu erledigen[9]. Nach dieser Zeit hätten wir keinen Arbeiter und Bauern mehr hinter uns gehabt. Wenn man nun aber sagt, ja, Sie könnten dann wieder aussteigen, dann muß ich antworten, meine Volksgenossen, das könnte ich nicht tun. *Das kann Herr von Papen und das kann Herr von Gayl. Die Herren sind das mehr gewöhnt. Sie haben das mehr in der Übung. Ich kann das nicht, heute hinein, morgen heraus, übermorgen wieder hinein und wieder heraus. Als Nationalsozialist habe ich bisher weder meine Fahne noch meinen Standort gewechselt.* Volle dreizehn Jahre bin ich in dieser Bewegung. Ich habe sie groß gemacht. Ich kann nicht heute plötzlich irgendwo in eine Regierung hinein oder heraus gehen, wenn ich nicht weiß, daß es tatsächlich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist. Wenn Herr von Papen heute von seinem Posten zurücktritt, ist er das, was er früher war. Er opfert gar nichts. Wenn Herr von Gayl zurücktritt, desgleichen. Beide können keine Menschen enttäuschen, weil kein Mensch etwas von ihnen erwartet. *Wenn ich zurücktrete, ist das die Vernichtung des Glaubens von 13 ½ Millionen Menschen*[10]. *Das kann man nicht verantworten.* (Bravorufe und anhaltender Beifall.)

Mit Recht würden diese Millionen sagen: Herr Hitler, Sie hätten vorher überhaupt nicht hineingehen dürfen, wenn Sie wußten, daß die Sache schief ausgeht. Dann hätten Sie die Pflicht, gerade diese Bewegung frei zu halten und nicht in die Katastrophe hinein zu führen. Von einer Notverordnung[11], *deren geistiger Vater Jakob Goldschmidt heißt*[12], weiß ich genau, wem sie hilft. Nicht dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Bauern oder dem deutschen Mittelstand, sondern höchstens ein paar Banken. Es ist auch heute schon erwiesen, daß der Wert der Notverordnung gleich null ist. Unzulänglich und unbrauchbar. Schon jetzt ist die Arbeitslosenzahl wieder im Wachsen begriffen[13]. Ich wüßte nicht, wie ich heute vor meinen Arbeitern und Bauern diese Notverordnung decken sollte. Ich weiß genau, daß die, die vor sechs Wochen am lautesten schrien: Warum nehmen Sie nicht an?, dieselben wären, die mich am lautesten anklagen würden. Heute würden sie schreien: Kreuzige ihn[14], wenn ich damals in die Regierung gegangen wäre. Es gab keine andere Möglichkeit, als in dem Falle den Standpunkt einzunehmen: Die Männer müssen selbst die Verantwortung übernehmen, die ihnen nicht abgenommen werden kann durch 14 Millionen Menschen, die daran unschuldig sind. Ich selbst gebe meinen Namen am wenigsten dazu her.

Wenn man glaubt, mich mit einem Ministertitel oder -gehalt ködern zu können, täuscht und irrt man sich gründlich. Ich habe es nicht notwendig, meinen guten, ehrlichen Namen für einen

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.
9 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
10 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
11 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.
14 Nach Markus 15, 13-14.

abgegriffenen Titel herzugeben. (Lebhafter Beifall.) Am wenigsten, wenn jeder weiß, daß es sich wirklich um einen Titel allein handelt und nicht um ein Amt.

Ich brauche nicht ein Gehalt. Ich bin Schriftsteller und Junggeselle und verdiene mir mehr als meinen Lebensunterhalt dank meiner großen Lesergemeinde [15]. Die Herren können überzeugt sein, daß mich nur etwas verführt. Dieses einzige heißt *die Führung selbst* und die Macht. Die Macht allein ist es und die Führung, die wir anstreben. Dazu haben wir ein heiliges Recht. Dreizehn Jahre Arbeit sind nicht deswegen gewesen, damit andere, die dreizehn Jahre im Zentrum saßen [16], unsere Arbeit und unsere Zeit vergeuden und verbrauchen. Es ist angenehmer, auf Rennplätzen und in Klubs zu sein, als Tag um Tag im heiligen deutschen Reiche [*sic!*] umherzureisen. Es wäre auch für uns schöner gewesen, das Leben dieser anderen zu führen und nichts zu tun. *Jetzt, da wir gearbeitet haben, verbitte ich mir, daß andere kommen und das Ergebnis dieser Arbeit in Anspruch nehmen wollen.* (Bravo!)

Ich tue es aber vor allem aus dem Grunde, weil diese Menschen Arbeit nicht leisten, sondern sie auch nicht würdigen und schätzen können. Sie haben heute noch keine Vorstellung davon, daß ein Reich auf Sand gebaut ist, das nicht auf breiten Schichten aufgebaut ist. Sie sind auch heute noch der Meinung, es genüge, wenn die oberen Zehntausend sich mit dem Reiche verbunden fühlen, während ich die unerschütterliche Überzeugung hege, daß Deutschlands Zukunft abhängt *von dem Grad der inneren Verbindung der Regierung zum breitesten Volk.* Ich weiß den Wert der Intelligenz zu würdigen, ich weiß aber auch den Wert des deutschen Arbeiters und Bauern zu schätzen, und man kann ohne diese beiden großen ragenden Schichten nichts aufbauen, was Dauer und Bestand haben soll. Das ist mein Werk gewesen in dreizehn Jahren in einer Organisation von Millionen deutscher Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Mittelständlern zusammenzufügen und zusammenzuschließen [17]. Dieses Gut ist das Kostbarste, was man dem kommenden Deutschland geben kann. Wenn jemand glaubt, er könne mich von diesem Gut trennen und allein aussetzen, dann täuscht er sich.

Das Amt und den Titel gibt es überhaupt nicht, der mir und die mir wertvoller wären als diese Bewegung. *Denn die Titel und die Ämter werden vergehen, aber diese Bewegung muß bestehen, wenn Deutschland bestehen bleiben will. Bei den ewigen Gegensätzen und dem Durcheinander von Bürgertum, Proletariat, Ständen, Berufen und Klassen kann man auf die Dauer kein Festes gründen* [*sic!*]. *Es ist für mich der Weg ganz klar vorgezeichnet. Ich muß jede Berufung ablehnen, die mein Werk, das Ergebnis einer dreizehnjährigen Arbeit vernichtet, ja am Ende mich selbst davon wegreißt. Lieber verzichte ich auf alles, als daß ich auf die Treue der Millionen verzichte, die mir gefolgt sind. Ich muß daher heute, genauso wie am 13. August* [*1932*] *sagen: Wenn ihr uns wollt, dann gebt uns die Führung, wenn "Nein"* [*sic!*], *dann müßt ihr auf uns verzichten, dann müßt ihr euer Handeln selbst decken, genauso, wie mein Handeln ich auch selbst decke.* (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Kampf, den wir heute führen müssen, er ist wirklich von uns nicht gewollt. Als die 230 Abgeordneten in den Deutschen Reichstag einzogen, waren wir davon überzeugt, daß *nach jedem Recht wir die Führung erhalten müßten* [18], und wir waren bereit, sie zu übernehmen. Die

---

15 Vgl. Dok. 21, Anm. 11.
16 Gemeint ist Franz von Papen.
17 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.
18 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.

anderen wollten es nicht, und ich kann nur sagen, sie haben den Kampf gewählt, sie sollen ihn haben. Ich will sehen, was am Ende härter ist, die dreizehn Millionen Bauern, Handwerker und Bürger oder dieser kleine Klüngel, der in Berlin glaubt, über das deutsche Volk sich hinwegsetzen zu können.

Wenn die Menschen mir heute sagen, daß wir uns unterwerfen müssen, da wir sonst nicht zur Macht kommen würden, kann ich zur Antwort geben:

Unterwerfen werde ich mich niemals. (Starker Beifall und Heilrufe.)

Dieses Wort fehlt in meinem Sprachschatz vollständig. Wenn ich dieses Wort je gekannt hätte, stände ich jetzt nicht vor Ihnen. Ich glaube, daß dieses Wort auch das deutsche Volk wieder verlernen muß. Wenn das deutsche Volk nicht im Innern das Wort wieder vergißt, wird es auch nach außen hin das Wort niemals vergessen [*sic!*].

Ich kann daher sagen, der Kampf, den man mir aufgezwungen hat, ist von uns aufgenommen worden.

Ich führe den Kampf bis zur letzten Konsequenz.

Ich weiß, am Ende werden wir in diesem Kampfe Sieger sein, weil die Kraft eines Volkes immer noch stärker war, als der Eigendünkel einer ganz kleinen Oberschicht.

30. Oktober 1932 Dok. 46
Rede auf NSDAP-Versammlung in Dortmund [1]

Dortmunder Zeitung vom 31.10.1932 (MA), "Hitler in Dortmund" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 47.

1 In der Westfalenhalle, nach 17.00 Uhr. Der Zugang zur vom Kreisleiter der NSDAP, Gottfried Flach, geleiteten Versammlung mußte wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden. Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Wagner.

2 Vgl. auch General-Anzeiger vom 31.10.1932, "Hitler in der Westfalenhalle"; Westfälische Allgemeine Volkszeitung vom 31.10.1932, "Hitler wartet sich zu Tode"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet". Ferner: Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969, S. 76 ff.

30. Oktober 1932 Dok. 47
Rede auf Gautag des Gaues Essen der NSDAP in Essen[1]

National-Zeitung vom 31.10.1932, "Der Wortlaut der Rede Adolf Hitlers"[2].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Ich weiß, daß Sie alle in erster Linie eine Frage beantwortet wissen wollen. Es ist die Frage, die Ihnen auf den Lippen schwebt, die vor allen Dingen von Gegnern an mich gerichtet wird, von politischen Gegnern insbesondere der bürgerlichen Parteien, die sich heute nicht genug tun können in *Besorgtheit um unser Schicksal,* um die Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung, die in ihrer Presse fast jeden Tag schreiben, wie bedauerlich es sei, daß eine so erfolgversprechende schöne Bewegung jetzt so auf Ab- und Irrwege gerate.

Ja, erst in diesen letzten Wochen haben wir gesehen, wieviel Freunde wir in diesen bürgerlichen Parteien und in diesen Zeitungen besitzen. Früher wußten wir das gar nicht. Die Frage also, die Sie alle bewegt, und die jene Tag für Tag an mich richten, ist: *"Warum, Herr Hitler, sind Sie am 13. August* [*1932*] *nicht eingestiegen?* Warum haben Sie das Angebot[3] damals abgeschlagen? Warum sagten Sie nein?" Ich muß schon im Dialekt der Fragesteller antworten: Wenn die sagen: Warum sind Sie nicht eingestiegen? Dann muß ich zur Antwort geben:

Weil ich nicht die Absicht hatte, hinterher wieder auszusteigen.

Ich hätte ja wieder aussteigen müssen, weil der Zug gar nicht dorthin geht, wohin ich fahren will, und zweitens, weil er nicht einmal dort ankommt, wohin die ihn haben wollen, die ihn heute steuern. *Der Zug geht in einem Eisenbahnunglück zugrunde,* und ich glaube, wir sind schon mitten in dem Unglück drin. Freilich sagen nun die bürgerlichen Kritiker: "Ja, aber Herr Hitler, Sie konnten doch *Ihren Einfluß geltend machen!"* Ja natürlich, geltend machen hätte ich ihn können, aber durchgesetzt hätte ich ihn nicht.

Wenn man nämlich die Absicht gehabt hätte, diesen Zug meinem Einfluß zu unterstellen, warum hat man mich denn nicht auf die Lokomotive gelassen, sondern mir den Packwagen angeboten?

Ich habe doch nicht erklärt, daß ich überhaupt nicht einsteigen will, nur verlange ich, daß ich vorn hinaufkomme. Wenn die Herren die Absicht gehabt hätten, den Zug meinem Einfluß zu unterstellen, was wäre natürlicher gewesen, als daß sie getan hätten, was sie 13 Jahre lang getan?

---

1 In der Westfalenhalle, nach 19.00 Uhr. An der von Gauinspekteur Wilhelm Maerz eröffneten Veranstaltung nahmen nach Angaben der nationalsozialistischen Presse etwa 50.000 Menschen teil. Die Rede wurde über Telefonkabel in Parallelveranstaltungen in Kleve, Geldern, Moers und Wesel übertragen, wo nach nationalsozialistischen Angaben etwa 20.000 Menschen die Übertragung hörten. Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Terboven.
Die *Essener Volks-Zeitung* stellte fest: "Die Ausführungen Hitlers gingen in keiner Weise über das hinaus, was aus seinen während der letzten Tage gehaltenen Reden schon bekannt geworden ist."

2 Vgl. auch Essener Allgemeine Zeitung vom 31.10.1932, "Adolf Hitler in Essen"; Essener Volks-Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler in Essen"; General-Anzeiger vom 31.10.1932, "Hitler in der Westfalenhalle"; VB vom 1./2.11.1932, "Über 70.000 hören Adolf Hitler in Essen und am Niederrhein".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

Bisher war es noch immer so gewesen, daß die *stärkste Bewegung die Bildung der Regierung* anvertraut bekommen hat. Nun auf einmal gilt dies Gesetz nicht mehr, sondern jetzt auf einmal sagt man: Ja, die Weimarer Verfassung ist an sich überlebt. Es ist eine göttliche Ordnung und nach *dieser göttlichen Ordnung muß eben der deutsche Reichskanzler Franz von Papen heißen*[4].

Meine Volksgenossen! Ich hätte mich ja *gleichfalls auf diese göttliche Ordnung* berufen können in der Zeit, da man die Weimarer Verfassung anwandte, um uns zu unterdrücken, um uns zu knebeln, zu verbieten, aufzulösen und unsere Zeitungen zu beschlagnahmen. Damals galt nur diese Verfassung. Da hat man mich in die Gerichtssäle geschleift und mich *einen feierlichen Eid leisten lassen auf die heilige Bibel der Weimarer Verfassung*[5]. Erst in dem Moment, wo wir mit 230 Mann in den Reichstag einziehen[6], *von dem Moment ab ist die Verfassung überlebt.* Ich weiß warum!

Früher war die Verfassung gut, um uns von der Macht fernzuhalten. Heute ist sie schlecht, weil sie uns nicht mehr von der Macht fernhalten könnte, sondern weil wir im Gegenteil jetzt an der Macht wären.

Nun sagen allerdings die bürgerlichen Politiker: "Man hat ihnen aber doch weiß Gott was angeboten!" Ja, allerdings: Gott weiß was! Einen *Minister ohne Portefeuille.* Das ist, wenn man es auf gut Deutsch sagen will, ein Mann, der Minister ist, damit er Minister ist. *Zu sagen hat der Mann gar nichts.* Man sagte mir auch: "Ja, Herr Hitler, das tun wir ja, damit Sie sich ihrer Bewegung widmen können!" Welch besorgte Seelen!

Und sie sagen: "Ja, man hat Ihnen doch sogar den Posten eines Vizekanzlers angeboten." Gewiß, aber ein Vizekanzler ist *ein Kanzler, der nur dann etwas zu reden und überhaupt in Erscheinung* zu treten hat, wenn der eigentliche Kanzler nicht da, oder sagen wir, wenn er krank wird. *Wenn ich Vizekanzler bin, dann wird er niemals krank.*

Ich hätte also auch hier niemals etwas zu reden gehabt. Dann sagt man: "Ja, aber Sie sollten außerdem

preußischer Ministerpräsident[7]

werden". Da muß ich zunächst fragen: *"Wen hätte ich denn da ablösen sollen, Herrn Braun oder Herrn Bracht?* Herrn Braun[8]? Darüber hat nicht zu verfügen Herr von Papen. Das hat man ja jetzt gesehen[9], sondern darüber entscheidet der preußische Landtag und das hätte nur

---

4 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
5 Vgl. Dok. 15, Anm. 37.
6 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
8 Vgl. Dok. 34, Anm. 13.
9 Nach dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die geschäftsführende preußische Regierung unter Ministerpräsident Braun am 20.7.1932 (vgl. Dok. 35, Anm. 14) hatte diese (vgl. Dok. 35, Anm. 13) sofort den Staatsgerichtshof beim Reichsgericht angerufen. Am 25.7.1932 verweigerte dieser, einstweilige Verfügungen gegen die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen auszusprechen. Am 10.10.1932 begann in Leipzig die mündliche Verhandlung über die Klage Preußens, vertreten durch das amtsenthobene Staatsministerium, der Fraktionen von Zentrum und SPD des Preußischen Landtags sowie der amtsenthobenen Minister. Die Länder Bayern und Baden hatten sich wegen der grundsätzlichen reichsrechtlichen Bedeutung der Klage angeschlossen. In seinem Urteil vom 25.10.1932 erklärte der Staatsgerichtshof die Bestellung des Reichskanzlers Papen zum Reichskommissar und den Entzug der Amtsbefugnisse der preußischen Staatsminister durch die Notverordnung vom 20.7.1932 für rechtens. Die preußische Regierung sei aber als weiterhin im Amt zu betrachten und vertrete Preußen im Reichsrat und gegenüber dem Reichstag. Die preußische Staatsregierung hatte damit zwar

mit einer Koalition geschehen können. Und hätte ich das gemacht, dann würden gerade die bürgerlichen Parteifreunde es gewesen sein, die erklärt hätten: *"Mit Hilfe der parlamentarischen Majorität* versucht der Mann jetzt die klare Entwicklung zu bremsen." Aber abgesehen davon, ich hätte es gar nicht gemacht. Ich habe keine Lust, so eine komische Figur zu werden, und es wäre komisch: *Die eine Hälfte von mir preußischer parlamentarischer Ministerpräsident und die andere Hälfte Präsidial-Vizekanzler.* Oder hätte ich vielleicht Herrn Bracht ablösen sollen? Dann würde ich *der Beauftragte des Herrn Papen* gewesen sein, ich hätte also wieder gar nichts zu reden gehabt.

Dann sagt man: "Ja, Sie hätten ja *noch andere Ministerien* haben sollen." Allerdings, ein *Luftfahrtministerium,* dem es allerdings an der entsprechenden Luftfahrt mangelt[10]. Dann ein *Kultusministerium,* das sich auch seinen Wirkungsbereich erst hätte schaffen müssen[11], und dann ein Ministerium: das *Innenministerium.* Und das haben die Herren sich wirklich wunderbar ausgedacht. Sie regieren, sie haben die Macht, sie haben den Einfluß, und

ein Nationalsozialist hat als Polizeiminister die Ehre, das, was sie regieren, zu decken. Er muß die randalierenden Massen in den Großstädten zu Paaren treiben.

Und sie haben sich das so schön ausgerechnet: *Sechs Monate* dieses Regiment und ein Nationalsozialist als Polizeiminister, und die NSDAP hat den letzten Arbeiter und den letzten Bauern verloren[12]. Allerdings schön gedacht, aber wie gesagt:

ohne uns und ohne mich.

Ich denke gar nicht daran, für einen Titel die Zukunft der Bewegung herzugeben und entweder mich oder die Bewegung für einen Titel zu verkaufen.

Das können sich die Herren ein für allemal gesagt sein lassen. Ihre ganzen Titel üben auf mich keine Wirkung mehr aus, weder Ministertitel noch sonst etwas[13]*, und ihr Gehalt brauche ich auch nicht, denn was ich brauche, das verdiene ich mir selbst*[14]*. Das einzige, was mich bewegt, ist die Führung an sich. Und wenn mir auch heute jemand entgegentritt und sagt: "Wie kommen Sie zu diesem ungeheuerlichen Anspruch?", dann muß ich sagen: "Wie kommt man dazu, uns den zu verweigern?"*

Natürlich sagen dann die bürgerlichen Parteipolitiker: "Ja, Sie könnten ja wieder gehen, wenn wir das nicht tun, was Sie wollen!" Nein, das konnte ich nicht!

Ich konnte nicht heute in die Regierung eintreten und morgen austreten und dann wieder ein- und wieder austreten. Wenn man so ein leichtes politisches Gepäck besitzt wie Herr

einen Teilerfolg errungen, der ihr eine "politische Scheinexistenz" ermöglichte, die Macht des Reichskommissars wurde jedoch kaum beeinträchtigt. Eine Anordnung des Reichspräsidenten vom 18.11.1932 ermächtigte darüber hinaus die Reichskommissare zu selbständigen Verhandlungen mit den Reichsbehörden. Druck des Urteils: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart [3]1992, 592 ff. Vgl. auch Henning Grund, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.

10 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

11 Vgl. Dok. 21, Anm. 15.

12 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

13 Die *Rheinische Zeitung* bemerkte zur ähnlich lautenden Passage in der Kölner Rede (Dok. 48): "'Diese Republik hat keine Titel, der mehr ist als mein bloßer Name', sagte der Regierungsrat in braunschweigischen Diensten." Rheinische Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler zu herabgesetzten Preisen".

14 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

von Papen oder Herr *Gayl*, das in einer einzigen Aktentasche Platz hat, dann kann man in eine Regierung hinein- und hinaus- und wieder hineingehen, aber *das muß man auch schon irgendwie geübt haben.* Ich bin da schon persönlich ein viel zu schwerfälliger Mensch. Ich habe das bisher noch nicht gekonnt. In meinem ganzen Leben habe ich mich *einmal zu einer politischen Bewegung entschlossen*, und da bin ich heute noch[15], und ich kann den Herren versichern:

Und dabei werde ich bleiben, solange ich lebe.

Und außerdem habe ich Gepäck bei mir. Wenn man eine große Bewegung hinter sich hat, dann kann man das nicht tun. Die *Deutschnationale Volkspartei* hat es schon einige Male versucht und die bürgerlichen Parteien alle. Im Jahre 1924 gingen sie in den Zug hinein und stiegen wieder aus. Es ist ihnen aber *gar nicht gut bekommen, dies Ein- und Aussteigen*[16]. Und wenn man 13 Millionen Menschen hinter sich hat[17], des deutschen Volkes größte Bewegung, dann geht das überhaupt nicht, dann kann man nicht hinein in die Kartoffeln und morgen wieder hinaus, *dann kann man sich nur entscheiden*, und diese Entscheidung - das erhoffen diese Millionen -, die muß zugleich dann die große Stunde der deutschen Nation sein, sonst kann man das überhaupt nicht tun.

Ich weiß, daß es auch heute noch politische Gegner gibt, die sagen:

"Ja, aber das Kabinett Papen hat doch dieses und jenes Gute getan."

Ich muß dazu nur eins antworten: Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht nur in 13 Jahren eine organisatorische Arbeit vollbracht, sondern auch eine große Anzahl von Gedanken, die richtig sind, im deutschen Volke populär gemacht. Das war eine unermeßliche Arbeit. Ich erlebe es nun seit drei Jahren, daß man in dem Garten dieser nationalsozialistischen Ideenwelt herumsteigt und hier *plündert, was momentan verwertbar ist*[18]. Aber ich habe eines nicht erlebt, daß man Ideen nimmt und sie dann so verdreht, daß sie hinterher doch wieder wertlos geworden sind. Ich sehe dies augenblicklich an den

Maßnahmen zur Behebung der deutschen Wirtschaftsnot.

Ich lasse mich durch vorübergehende Besserungen nicht täuschen: *am Ende wird die große Enttäuschung stehen.* Eins kann nicht bestritten werden: schon heute ist *das Millionenheer der Arbeitslosen* in Deutschland in die Höhe gegangen und hat bereits *wieder um 50.000 zugenommen*[19]. Die Enttäuschung würde aber noch zehnmal größer sein, wenn unsere Bewegung ebenfalls damit belastet wäre, und ich weiß ganz genau, dieselben, die vor sechs Wochen mir dauernd zuriefen: "Sie müssen hineingehen!" und die damals sicher *"Hosianna"*[20] geschrien hätten,

15 Seit seiner Ankunft in München am 21.11.1918 verhielt sich Hitler loyal zu den regierenden Parteien MSPD und USPD. Ab 15.2.1919 war er Vertrauensmann seines Bataillons; dabei oblagen ihm auch Propagandaaufgaben für die Republik. Während der Räte-Republik wurde er am 9.4.1919 sogar Ersatz-Bataillons-Rat. In dieser Zeit suchte er nie Anschluß an gegenrevolutionäre Kräfte. Sympathien für die Sozialdemokratie sind bei Hitler in dieser Zeit nicht völlig auszuschließen und wurden von einzelnen Zeitzeugen behauptet. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 185 ff., 201 ff. sowie Dok. 28, Anm. 14.

16 Vgl. Dok. 21, Anm. 17.

17 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

18 Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

19 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

20 Nach Markus 11, 9-10.

würden heute Ankläger sein und würden heute *"Kreuzige!"* schreien[21], wenn ich hineingegangen wäre.

Ich hätte aber gar nicht hineingehen können, denn das Wesentliche sind ja am Ende nicht Überlegungen wirtschaftlicher Art, sondern wesentlich ist für mich eine grundsätzliche Überlegung, und die darf ich Ihnen in großen Zügen skizzieren:

Zwischen den Auffassungen der Männer dieses Kabinetts und zwischen unseren und in Sonderheit meiner Auffassung ist eine Kluft, die gar nicht überbrückt werden kann. Wir gehen von ganz verschiedenen Wurzeln des Denkens aus.

Als ich vor 13 Jahren diese Bewegung ins Leben rief[22], da habe ich folgende Überzeugung gehabt: Das deutsche Volk hat nun eine furchtbare außenpolitische Niederlage erlitten. Das Ergebnis der Niederlage wird bei der gesamten Verfassung unseres Volkes nicht nur eine schmähliche militärische, sondern auch eine *schmähliche politische Kapitulation* sein. Die Folge der politischen Kapitulation wird ein *allgemeines Sinken der deutschen Machtstellung* an sich sein. Das Ergebnis dieses Sinkens der deutschen Machtstellung wird aber weiter sein ein *Verfall der deutschen Wirtschaft,* denn

die Wirtschaft ist zu allen Zeiten in treuer Gefolgschaft mit der politischen Machtstellung eines Volkes gegangen.

Niemals hat die Wirtschaft Staaten gegründet und wieder aufgerichtet, sondern sie war zu allen Zeiten gefesselt an die Größe oder an die Kleinheit eines Staatengebildes, an die Stärke oder an die Schwäche einer politischen Macht und dementsprechend war auch ihre eigene Stellung.

Ich bin 13 Jahre lang Prophet gewesen und bin es auch heute noch. Es ist der *wirtschaftliche Verfall der deutschen Nation,* den ich vorausgesagt habe, aber nur, weil ich mich *nicht durch sog*[*enannte*] *Konjunkturaufstiege*[23] *darüber täuschen ließ,* daß, wenn ein Volk als politischer Faktor verfällt, auf die Dauer eben die Wirtschaft mit verfallen muß. Und Deutschland macht davon um so weniger eine Ausnahme, als wir mehr als vielleicht ein anderes Volk *angewiesen sind auf eine Weltbedeutung,* auf eine Weltstellung, die letzten Endes doch nur der *Ausdruck unserer inneren Kraft und Stärke* sein kann.

Ich habe damals aber zugleich vorausgesagt: Den politischen Verfall sieht unser Volk nicht, den staatlichen Zusammenbruch teilweise, den wirtschaftlichen aber, den wird jeder einzelne zu spüren bekommen, und dann wird man sagen: Wir müssen *bei der Wirtschaft ansetzen,* um Deutschland wieder hoch zu bringen.

Ich habe das vorausgesagt, und es ist auch so gekommen. Das ganze politische Leben begann schon im Jahre 1919/20, sich in diesem Sinne zu orientieren. Die Parteien, fast 45 an der Zahl[24], leiteten damals ihr ganzes politisches Denken, ihr ganzes Programm ab von der nur

21 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.

22 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

23 Zum Mitte der Zwanziger Jahre einsetzenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München ³1994; Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 216 ff.; Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliche Redaktion: Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

24 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

wirtschaftlichen Wurzel. Die einen wollten den Mittelstand retten, die anderen wollten das Gewerbe retten, jene wollten den Kleinhandel retten, diese den Hausbesitz, den Mieter, die Beamten, die Angestellten, die anderen wollten Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer retten. Endlos war die Zahl dieser Rettungsversuche - aus einem *nur marxistischen Sinne* heraus.

Ich habe damals prophezeit, daß alle diese Versuche fehlschlagen müssen, denn

der wirtschaftliche Verfall war das Ergebnis des machtpolitischen Verfalls.

Der machtpolitische Verfall aber prägt und drückt sich nicht aus im Jahre 1918[25], sondern prägt und drückt sich aus in der *Zerreißung des einheitlichen politischen Denkens überhaupt.*

Das deutsche Volk hat langsam jede einheitliche politische Gedankenplattform verloren.

Arbeitgebertum und Nationalismus auf der einen Seite und Proletariat und Internationalismus auf der anderen. Die deutsche Nation hörte langsam auf, ein Faktor des einheitlichen Denkens, eines einheitlichen Willens zu sein, und löste sich statt dessen auf in Klassen und Stände, in Berufe, in Konfessionen und den daraus letzten Endes resultierenden Parteien. Und da sagte ich im Jahre 1919: Wenn Deutschland wieder aufstehen und auferstehen will, dann kann die Arbeit nicht dort beginnen, wo das Ende der Katastrophe ist, nämlich bei der Wirtschaft, sondern die Arbeit muß beginnen bei der *Wiederherstellung eines intakten deutschen Volkskörpers.*

Und dieser Volkskörper kann nur wieder intakt werden, wenn an Stelle dieses zerfließenden Denkens wieder ein Denken aus einer einheitlichen Wurzel tritt. Und die Wurzel kann nicht sein das Bürgertum und nicht das Proletariat, nicht Arbeitgeber und nicht Arbeitnehmer, nicht Beamter u[*nd*] *Angestellter, nicht Grundbesitzer und nicht Mieter, nicht Katholik und nicht Protestant, sondern die Wurzel kann nur sein das deutsche Volk als lebendige Substanz von Fleisch und Blut, die wieder hart werden muß.*

Und ich sage Ihnen: Dieses gemeinsame einheitliche Denken kann man *nicht von oben herunter proklamieren,* sondern man muß sich die Mühe geben, in das Volk hineinzusteigen, um von unten auf die neue Volksgemeinschaft wieder zu bilden. Man muß nun an den deutschen Arbeiter, den deutschen Bauern, an den deutschen Mittelstand und an den Bürger herangehen und muß ohne Ansehen der Person, der Herkunft, der Stellung usw. versuchen, eine Plattform zu finden, auf die man treten kann. Und die Plattform kann nur eine

Überwindung der größten Differenzen "Sozialismus u[*nd*] *Nationalismus"* [*sein,*]

und man muß hier die Widerstände eines jeden einzelnen in Kauf nehmen. Ich sagte mir damals: ich weiß ganz genau, es wird das eine *unermeßliche Arbeit* sein. Man wird an tausend Menschen herantreten und wird 999 mal abgewiesen werden. Der *Arbeiter* wird sagen: Ich bin Proletarier, ich gehöre zu meiner Klasse. Der *Bürger* wird sagen: Ich bin Bürger, ich gehöre zu meinem Stand. Der *Bauer* wird sagen: Ich bin Bauer und habe mit dem Städter nichts zu tun. Der Arbeitgeber wird den Arbeitnehmer und der Arbeitnehmer den Arbeitgeber nicht verstehen wollen, der eine wird Katholik sein, der andere wird Protestant sein. Es wird schwer fallen. Aber ich sagte mir, man darf sich dadurch nicht abschrecken lassen, *es muß am Ende doch gelingen.*

Ich habe nun damals zu arbeiten begonnen in der Überzeugung, daß man erst eine kleine Gruppe von Menschen bilden muß, und daß man diese Gruppe dann erweitern muß, vielleicht

25 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

zu einem kleinen Klub, dann zu einem Verein, endlich zu einer Partei und dann zu einer Bewegung. Und daß es zuerst 500, endlich tausend sein müssen, und zu den tausend müssen dann Hunderttausend hinzukommen und endlich Millionen. Und daß man im Laufe dieses Kampfes die Menschen aneinander gewöhnt, daß diese Menschen sich gegenseitig wieder schätzen, achten und verstehen lernen, daß sie im Kampf eine lebendige Gemeinschaft bilden, daß aus der Gemeinschaft eine lebendige Organisation wird und daß diese Organisation allmählich in das Volk hineinwächst als ein Faktor, der immer weitere Kreise zieht, und daß

endlich aus dieser Bewegung wieder ein Volk wird, eine Volksgemeinschaft, und daß darauf dann ein Staat gestützt wird, der unter sich wieder ein sicheres Fundament hat.

Also nicht von oben zu bauen beginnen, nicht von einer Regierung ausgehen, sondern *von unten.* Das Fundament des Deutschen Reiches, das ist das deutsche Volk, muß wieder in Ordnung gebracht werden.

Diese Arbeit hatte nur dann einen Sinn, wenn es dabei gelang, den deutschen *Arbeiter,* den deutschen *Bauer* und den deutschen *Mittelstand* zu gewinnen. Die heute Regierenden sagen: An der Spitze steht eine Regierung der Macht und der Autorität, und die muß untersuchen, mit welchen Sachen man dem Volk gerecht werden kann[26]. Eine Regierung ist vergänglich.

Die sogenannte Autorität und die Macht einer Regierung bedeuten gar nichts in Zeiten weltanschaulichen Kampfes.

Keine Regierung kann sagen: Diesem Kampf stehe ich neutral gegenüber. Im Gegenteil, sie selbst wird davon ja erfaßt. Entweder - oder!

Deutschland ist Deutschland oder es wird bolschewistisch.

Dann kann nicht das Kabinett *von Papen* sagen, wir stehen über den Ereignissen. Nein! Wehe, wenn man sich einbildet, eine Organisation einfach auf der Geistigkeit unserer oberen Zehntausend aufzubauen, ob das der Staat ist oder einerlei wer. Das hatten wir ja einmal. Wenn ich hier rede, dann rede ich wirklich als ein Mann, der die größten praktischen Erfahrungen gesammelt hat, denn ich habe die größte politische Organisation aufgebaut, und ich weiß eines: Das wäre nie möglich gewesen, wenn ich mich nicht dieses stabilen tragenden Elementes, des *deutschen Arbeiters,* des deutschen *Bauern* und des deutschen kleinen *Mittelstandes,* des soliden deutschen Bürgertums, besonnen hätte. Gewiß, das sind lauter Menschen, die schwer beweglich sind. Der *Arbeiter*, er ist dickköpfig, stark fanatisch, der *Bauer* hat einen Stierkopf, er ist schwer zu gewinnen, aber wenn sie einmal gewonnen sind, dann sind sie

das zuverlässigste, das treueste, das stabilste Element, darauf kann man eine Organisation aufbauen.

Die Geistigkeit der oberen Zehntausend ist viel zu beweglich, viel zu schwankend. Ich schätze diesen Intellektualismus, aber der Intellektualismus soll auch das Volk schätzen, er soll auch erkennen, daß man ewig nur dann bauen kann, wenn man unter sich diese breite Masse hat. Das ist letzten Endes *ein Fundament, auch für einen Staat.* Darum sind wir mit der Regierung nicht eins, weil *der Staat dieses Fundament nicht mehr hat.* Diese kleinen Menschen, die zu-

26 In seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932 sagte Reichskanzler Papen unter anderem: "Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 760.

verlässig und treu sind, auf die man bauen kann, die werden nicht heute so und morgen so denken. Wenn ich von einem Dritten Reich[27] rede und wir Nationalsozialisten alle, dann möchten wir

dieses Dritte Reich so verstehen,

daß wir für die Zukunft dieses Reich als formelle Organisation *in einen inneren Zusammenhang bringen* mit dem Volk als lebendige Kraft, als aufbauendes Fundament. Und das ist auch mein Werk. Und wenn mich heute jemand einlädt, in eine Regierung einzutreten, so muß ich mir sagen: Werde ich dieses kostbarste Gut, was ich überhaupt besitze, erhalten und mehren können? Wenn ja, kann ich es tun, wenn nein, kann man mir anbieten, was man will, dann werde ich es nicht tun.

Diese Millionenmassen treuer Menschen, Arbeiter, Bauern, das ist das Geschenk, das der Nationalsozialismus dem deutschen Volk bringt[28].

Das ist unser Werk. Und wenn mir jemand sagt, ich soll mich an einer Regierung beteiligen, und die Vernunft sagt mir, ich werde etwas verlieren, dann *kann ich das nicht,* könnte es auch nicht tun, weil ich mir dann *treulos* würde. Und ich würde das verlieren, was ich mühsam aus dem Marxismus herausgeholt habe. Wir tun es nur in der Voraussetzung, daß

in Deutschland nun wirklich über Klassen und Stände hinweg eine Volksgemeinschaft verwirklicht wird.

Ich kämpfe nicht dreizehn Jahre meines Lebens für ein Ziel, um es dann plötzlich preiszugeben. Ich soll mein eigenes Werk preisgeben? Ich denke gar nicht daran! Wenn man mir aber sagt: "ja, das sollen Sie ja gar nicht, das wollen wir doch jetzt regeln," - das können sie nicht. *Sie können das, was wir geschaffen haben, gar nicht schätzen, können es gar nicht ermessen, es ist ihnen vollkommen fremd.*

Ich weiß aber eins: Dreizehn Jahre haben wir gearbeitet, aber dreizehn Monate würden genügen, dieses ganze Gut zu vernichten. Sie haben es mir schon einmal vorgemacht, haben *ein großes Reich gehabt, von den Vätern ererbt.* Und was ist aus diesem Reich geworden? Sie sollen sich nicht entschuldigen mit faulen Ausreden. Sie hatten die Macht, alles hatten sie. Wir waren damals nicht.

Sie haben damals das deutsche Volk verloren.

Sie sollen nicht sagen: "Ja, das Volk hatte gar keinen Wert." Nein, es taugte schon etwas,

es muß nur die Führung auch etwas taugen.

Aber was diese Führung taugt, sehen wir jetzt vielleicht am besten. Wenn ich heute so lese, daß diese bürgerlichen Zeitungen Hoffnungen hegen, die Nationalsozialisten gingen zurück

---

27 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Der Begriff, der eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte suggeriert, verstand sich - in Abgrenzung zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts und zum herrschenden Staatsbegriff - als Entwurf einer neuen Form aristokratischer Herrschaft in Europa. Diese Herrschaft sollte sich nicht nach rassistischen oder nationalen Kriterien definieren, sondern allein nach denen einer diffusen "neuen" Weltanschauung, welche Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Das Schlagwort wurde bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Gregor und Otto Straßer Eingang in die damalige nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

28 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-12.

und die bürgerlichen Parteien wachsen wieder[29], dann muß ich wirklich sagen: *nichts gelernt und nichts vergessen.* Sie haben also in den letzten dreizehn Jahren am Klassenkampf noch nicht genug, und auch die Revolution von 1918 ist noch nicht genug. Es muß also noch eine kommen. Sie wollen also wirklich, daß endlich die rote Fahne aufgezogen wird. Sie haben es 1918 nicht zurückgehalten, heute nun sehen sie nicht den Wall unserer Bewegung, der die deutsche Nation beschützt und beschirmt vor dem größten Unglück.

Ich bin ein Sohn des Volkes und ich bleibe es, solange ich lebe.

Die Intellektuellen und die oberen Zehntausend haben eher die Möglichkeit, sich zu vertreten. Entweder kommt das deutsche Volk aus den Händen der Juden oder es verkommt. Und da möchte ich sein Fürsprecher sein, möchte

es hineinführen in ein einiges Deutsches Reich und in den Staat und die Verbindung herstellen zwischen Form und Volk, zwischen Staatsorganisation und völkischer Organisation, die eins sein sollen in der Zukunft.

Da ist unser aller Weg eindeutig und klar vorgezeichnet. Ob wir heute zur Macht kommen oder morgen, das spielt keine Rolle. *Und wenn ihr das Parlament elf-, zwölf- oder dreizehnmal auflöst*, ihr werdet mich niemals zur Kapitulation bringen können. Und die schlechten Eigenschaften des deutschen Volkes, die werden ihm anerzogen. Die hündische Demut haben sie selbst gebilligt. Man hat den Mann, der sich nicht beugt, verachtet oder zumindest bekämpft. Wenn ihr wollt, daß unser Volk als Nation anders gewertet wird, müßt ihr es anders erziehen, es trotzig machen und ihm den Widerstand einpflanzen. Das Wort "Nachgeben" steht nicht in unserem nationalsozialistischen Wörterbuch.

Und wenn Herr Hugenberg noch so schön sagt, der Klügere gibt nach[30], dann will ich lieber der Dümmere sein, aber nachgeben tue ich nicht.

Ich möchte nicht, daß dieses Gift in unser Volk wieder hineindringt und in unserer eigenen Bewegung weiter verbreitet wird. Wir haben uns unser Ziel gesteckt und werden es halten um jeden Preis. Endgültig gerettet ist Deutschland erst dann, wenn hinter einer deutschen Regierung 60 Millionen, vom kleinen Knaben bis zum Greis, in eiserner Überzeugung und eisernem Willen zusammenstehen. *Das ist unser Werk, unsere Aufgabe, und keine Macht der Welt soll uns davon abbringen.*

---

29 Vgl. z. B. Vossische Zeitung vom 17.10.1932, "Gefährliches Helldunkel": "Im Bürgertum sind neue Hoffnungen erwacht. Zugleich ist die Anziehungskraft der nationalsozialistischen Schwarmgeisterei im Schwinden", sowie Frankfurter Zeitung vom 29.10.1932 (AA und 1. MA), "Bayern vor der Wahl": "Wie anderwärts so scheint auch in Bayern, wo zudem die Fortschritte des Nationalsozialismus geringer waren als in den übrigen Teilen des Reiches, nach Beobachtungen des Wahlkampfes diese Rechnung auf einen *Stillstand oder gar eine rückläufige Bewegung des Nationalsozialismus* nicht fehlzugehen. Die Skrupellosigkeit, mit der der Nationalsozialismus alles und alle bekämpft, stößt jetzt, wo Ansätze zur wirtschaftlichen Besserung die Hoffnungen beleben, ebenso ab, wie sie im Tiefstand der Krise Anziehungskraft besaß. In dieser Situation, die eine politische Selbstbesinnung der Wähler erwarten läßt, hat auch die *Staatspartei* in Bayern ihre Kandidaten aufgestellt, an der Spitze Dr. Theodor Heuss und Oberbürgermeister Dr. Luppe."

30 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

30. Oktober 1932 Dok. 48
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln [1]

Westdeutscher Beobachter vom 31.10.1932, "Des Führers große Kölner Rede" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 47 [3].

31. Oktober 1932 Dok. 49
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gummersbach [1]

Gummersbacher Zeitung vom 1.11.1932, "Hitler in Gummersbach" [2].

Hitlers Rede diente vornehmlich einer *Auseinandersetzung mit dem Kabinett von Papen*, wobei er seine am *13. August* [*1932*] erfolgte Ablehnung, in das Reichskabinett einzutreten [3], zu begründen suchte. Er habe sein Nein nicht leichtfertig ausgesprochen und sei sich darüber im Klaren gewesen, daß es neue Sorgen, neue Arbeit und neuen Kampf bedeutete. Aber er sei deshalb nicht in den *Zug der Regierung* eingestiegen, um nicht wieder aussteigen zu müssen, denn dieser Zug führe nicht zu den Stationen, wohin seine Partei wolle. Zudem könne die Regierung Papen mit ihrem wenigen Gepäck ohne viel Mühe ein- und aussteigen, was ihm, der er ein Gepäck von 13 ½ Millionen Anhängern [4] mit sich führe, natürlich viel schwerer fallen müsse. Warum, so meinte Hitler, habe man ihn nicht auf die Lokomotive gelassen? Als Vizekanzler oder als preußischer Ministerpräsident [5] hätte er nur einen *bedeutungslosen Einfluß* gehabt. Zu

---

1 In der Osthalle des Messegebäudes, nach 21.30 Uhr. An der vom stellvertretenden Gauleiter Richard Schaller geleiteten Versammlung nahmen nach Polizeiangaben etwa 20.000 Menschen teil (*VB*: 50.000 bis 60.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Josef Grohé.

2 Vgl. auch Kölner Tageblatt vom 31.10.1932 (MA), "Adolf Hitler in Köln"; Kölnische Zeitung vom 31.10.1932 (MA), "Hitler in Köln"; Lokal-Anzeiger vom 31.10.1932, "Adolf Hitler in Köln"; Rheinische Zeitung vom 31.10.1932, "Hitler zu herabgesetzten Preisen"; Sozialistische Republik vom 31.10.1932, "Hitler-Pleite in Köln"; Stadt-Anzeiger vom 31.10.1932 (MA), "Adolf Hitler in der Osthalle der Messe"; Westdeutscher Beobachter vom 31.10.1932, "Köln umjubelt Hitler!"; VB vom 1./2.11.1932, "Adolf Hitler in Ostfriesland und im Ruhrgebiet"; vom 6./7.11.1932, "Gewaltige Freiheitskundgebung in Köln". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 19.11.1932, "Die neue Parole: Der Kampf wird fortgesetzt! Adolf Hitler".

3 Die *Rheinische Zeitung* stellte fest: "Was Adolf sagte? Genau dasselbe wie in allen übrigen Versammlungen, die er in den letzten Tagen abhielt."

1 Im Zelt auf dem Steinberg, nach 16.50 Uhr. An der von Kreisleiter Fritz Marrenbach eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 30.000 Menschen teil. Vor Hitlers etwa 30minütiger Rede sprach der Reichsinspekteur II der NSDAP, Robert Ley.

2 Vgl. auch Volkszeitung für das Rheinland und Westfalen vom 1.11.1932, "Hitler sprach in Gummersbach" sowie VB vom 3.11.1932, "Das größte Erlebnis des oberbergischen Landes in Gummersbach".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

einer Marionettenfigur habe er keine Lust, auch durch Titel und Ministersessel lasse er sich nicht bestechen, wie überhaupt die Republik keinen Titel verleihen könne, der nicht an Wert zurückstände hinter seinem Namen.

Papens *Wirtschaftsprogramm*[6] ist für Hitler von Anfang an ein Fehlschlag gewesen; eine Notverordnung, deren geistiger Vater ein Jakob Goldschmidt[7] sei, könne nicht die ungeheure Not des Volkes beheben. Von der Wirtschaft her lasse sich überhaupt niemals ein Staat aufrichten, erst müsse die *politische* Stärke erreicht sein. Der Zerfall der Wirtschaft sei nur eine Folge des Zerfalles des Volkes gewesen, des Zerfalls in Parteien und Klassen. Arbeiter, Bauern und Mittelständler müßten sich wieder zusammenschließen in einer neuen *Volksgemeinschaft*. Sie zu schaffen sei das Ziel der NSDAP. Aus den 13 Millionen, die heute hinter ihm stünden, müßten einmal 30, 40 und 50 Millionen werden. Aus dieser Zahl erwachse dann der neue Staat, und diese Zahl werde das Fundament des 3. Reiches[8] mitbringen. Er denke nicht daran, sich jemandem zu unterwerfen und werde nicht um des Vorteils des Augenblicks willen die *große Linie* verlassen.[9]

31. Oktober 1932 Dok. 50
Rede auf NSDAP-Versammlung in Wallmenroth (Kreis Altenkirchen)[1]

Altenkirchener Zeitung vom 31.10.1932, "Adolf Hitler im Siegtal"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 49.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
8 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.
9 Folgt abschließender Kommentar: "Wobei man fragen muß, wo diese 'große Linie' denn schließlich hinführen wird. Uns jedenfalls bedrückt bei aller Achtung vor der Großtat Hitlers die Sorge, daß diese Linie an dem nationalen Ziel vorbeiläuft und dort endet, wo die von Hitler so oft zitierte Volksgemeinschaft sich bereits in ihren ersten Ansätzen wieder in Parteiwirtschaft und leere Schlagworte auflöst."

1 Im Zelt, abends. An der Versammlung nahmen nach Angaben der *Altenkirchener Zeitung* etwa 35.000 Menschen teil (*Der Angriff*: 50.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Gustav Simon.
2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.11.1932, "Des Führers unermüdlicher Kampf für das Volk".

31. Oktober 1932 Dok. 51
Rede auf NSDAP-Versammlung in Limburg an der Lahn[1]

Nassauer Bote vom 2.11.1932, "Hitler in Limburg"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 49[3].

[Oktober 1932][1] Dok. 52
"Zum Geleit"
Geleitwort

Druck mit faksimilierter hs. Unterschrift: Das Braune Heer. 100 Bilddokumente: Leben, Kampf und Sieg der SA und SS, mit einem Geleitwort von Adolf Hitler, Bildzusammenstellung Heinrich Hoffmann, Berlin 1932[2].

In den Novembertagen 1918 war der seit über 50 Jahre dauernde Kampf zwischen Bürgertum und Marxismus in ein entscheidendes Stadium getreten[3]. Wenn in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem ununterbrochenen Niedergang die bürgerliche Parteiwelt Position um Position verloren hatte, dann war doch zumindest dem Scheine nach der Staat selbst und die Staatsgewalt in ihrem Besitz verblieben. Nun sollte auch diese letzte Festung fallen. In einem einzigen Ansturm überrannte die Revolution die bürgerliche Kompromiß-Lösung der sogenannten kon-

---

1 Im Festzelt auf dem Marktplatz, nach 21.40 Uhr. An der Versammlung nahmen nach Angaben des *Nassauer Boten* etwa 10.000 Menschen teil (*Der Angriff*: 30.000). Vor Hitlers 45minütiger Rede sprach Landesinspekteur Süd/West Jakob Sprenger. Nach Hitlers Rede überreichten 15 Bürgermeister des Untertaunuskreises ihm Ehrenbürgerurkunden ihrer Gemeinden.
Die überhöhte Teilnehmerzahl der nationalsozialistischen Presse kommentierte der *Nassauer Bote*: "*Nun faßt aber der gesamte Marktplatz einschließlich des Raumes außerhalb des Zeltes nur 28.000 Menschen, wenn auf einen Quadratmeter vier Personen kommen, also alle wie die Heringe in der Tonne zusammengepreßt stehen.* Das Zelt, das nur etwas über 5.000 qm umspannte, größtenteils mit Stühlen und Bänken besetzt war, dazu mindestens zu einem Drittel leer stand, *kann also nicht viel mehr als 10.000 Menschen aufgenommen haben.*"

2 Vgl. auch Der Angriff vom 1.11.1932, "Des Führers unermüdlicher Kampf für das Volk"; Frankfurter Zeitung vom 2.11.1932 (AA und 1. MA), "Hitler in Limburg"; Unser Wille und Weg. Monatsblätter der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P. 2 (1932), S. 367 f., "Gefälschte Ehrenbürgerbriefe" sowie Dokumente zur Limburger Stadt- und Kreisgeschichte 1870-1945, ausgewählt und kommentiert von Heinz Maibach, Limburg 1992, S. 91 f.

3 Die *Frankfurter Zeitung* berichtete unter anderem: "Was er sagte, entsprach genau dem Inhalt seiner Reden an anderen Orten Deutschlands, und das Kernstück seiner Ausführungen bestand deshalb in einer Verteidigung seiner Haltung am 13. August."

1 Die jüngsten in der Vorlage veröffentlichten Fotografien, die sich präzise datieren lassen, stammen vom Parteitag der österreichischen NSDAP in Wien vom 29.9. bis 2.10.1932 und von der Veranstaltung anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr von Hitlers erstem Auftreten in Coburg am 16.10.1932 (vgl. Dok. 16). Die Entstehung des Geleitworts wird daher auf Oktober 1932 datiert.

2 Vgl. auch Der SA-Mann vom 7.1.1933, "Adolf Hitler: Das Braune Heer".

3 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

stitutionellen Monarchie[4] und eroberte damit nicht nur das Fundament der bürgerlichen Staatsideologie, sondern zerbrach damit leider auch die damals einzige vorhandene Organisation und Repräsentation der deutschen Kraft, ja des deutschen Lebenswillens. Schlechter haben noch kein Stand und keine Klasse ihren Staat verteidigt als das deutsche Bürgertum den seinen. Noch jahrelang nach der Katastrophe lag es so feige und erbärmlich am Boden, daß die innere Naturnotwendigkeit des Novembers 1918, insoweit es sich um das Zusammenschlagen der bürgerlichen Parteiwelt handelte, selbst der größte Patriot bei aufrichtiger Überlegung leider nicht bestreiten konnte. Das Wort "Heroismus" hat diese bürgerliche Welt nicht gekannt. Der Kompromiß zwischen König- und Bürgertum hatte sein natürliches Ende gefunden.

In der Zeit, da die neugeborene Republik zu ihrer Selbsterhaltung den Kampf gegen die schon ziffernmäßig staatlich nicht tragfähigen Terroristenbanden des Spartakusbundes[5] und der Unabhängigen SPD[6] durchführen mußte, erreichte der charakterliche Verfall des deutschen Bürgertums seinen Höhepunkt. Mit der frechen Phrase der "Staatserhaltung" wendeten sich die Staatszerstörer an das nationalgesinnte Deutschland mit der Bitte, die rote Republik gegen die noch rötere in Schutz zu nehmen. Es entsprach der Mentalität der von den bürgerlichen Parteien erfolgten Erziehung des deutschen Volkes, daß diesem Ruf Hunderttausende nationaler Deutscher Folge leisteten[7], ohne die sich daraus vernünftiger Weise ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

In diesem Winter [*19*]18 auf [*19*]19, da man diese Tragikomödie erlebt, ergibt sich folgendes Bild der Lage:

1. Der Marxismus hat eine Revolution gegen das widerstandsfeige Bürgertum durchgeführt, ist aber selbst zu pazifistisch verseucht, den neugeborenen Staat mit dem eigenen Blut zu schützen.

2. Die der marxistischen Staatserhaltung dienenden bürgerlichen Wehr-Organisationen haben dank dem Idealismus zahlloser deutscher Jünglinge und Männer den Mut zu militärischem Handeln, aber ohne jede Kenntnis eines eigenen nationalpolitischen Ziels. Damit wird das Blut nationaler Idealisten für die marxistischen Reichszerstörer vergossen!

3. Das politische Bürgertum, heillos zerrissen und aufgelöst, deprimiert und kleingläubig, besitzt in seinen stärksten Köpfen höchstens noch den Wunsch, eine geistlose Restauration durchzuführen, aber nicht die Fähigkeit und nicht die Kraft, dafür auch nur die machtmäßigen

4 Bezieht sich auf die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871.

5 Der Spartakusbund konstituierte sich am 11.11.1918 aus der Ende 1915, Anfang 1916 gebildeten "Spartakusgruppe" und war die Keimzelle der 1919 gegründeten KPD. Im ganzen Deutschen Reich hatte der Spartakusbund nur einige tausend Mitglieder und stellte beim ersten deutschen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20.12.1918 nur zehn der 489 Delegierten. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 75 ff., 95 ff.

6 Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), hatte bei ihrer Gründung am 6.4.1917 etwa 120.000 Mitglieder, bei der Vereinigung mit der SPD im September 1922 290.762 Mitglieder. Den höchsten Mitgliederstand erreichte sie im Oktober 1920 mit 893.923 Mitgliedern. Vgl. Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 303.

7 Bezieht sich auf den Einsatz von Reichswehr, Freikorps und Bürgerwehren zur Niederschlagung der inneren Unruhen. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Frankfurt a. M. 1978, S. 68 ff.; Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982, S. 36 ff. sowie Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 98 f., 122 ff.

Voraussetzungen zu schaffen. Dieses Bürgertum hat keine Ahnung davon, daß dieser Kampf nun nicht mehr im Salon, sondern auf der Straße entschieden wird.

Sollte deshalb die Zukunft der deutschen Nation nicht endgültig begraben sein, dann mußte man den Entschluß fassen, unter Übergehung der bisherigen Klassen und Parteien auf einer neuen geistigen weltanschaulichen Plattform eine Organisation des deutschen Volkskörpers in Angriff zu nehmen.

Aus dieser Überlegung entstand die nationalsozialistische Partei.

Die neue Bewegung mußte sich vor einem Fehler hüten: Höchste politische Ziele benötigen zu ihrer Verwirklichung nicht nur den Geist einer Nation, sondern auch ihre Kraft. Es genügt nicht, dies nur als für den Staat notwendig zu erkennen, sondern es ist dies nötig, auch für jede Bewegung, die sich zur Bildung und Formgebung eines Staates berufen fühlt. Weil der Marxismus den Geist durch die Straße zu töten versucht, muß er auf der Straße geschlagen werden. Weil der Terror das Hauptinstrument des marxistischen Kampfes ist, darf man sich nicht vor ihm mit bürgerlichen dummen Beamten-Phrasen in den Salon zurückziehen oder auf die Hilfe des Staates hoffen, sondern muß ihm mutig entgegentreten, um ihn zu brechen. Daß das nicht jeder ministerielle Hohlkopf versteht, darf einen nicht abhalten, dies dennoch zu vertreten und durchzusetzen.

Aus dieser Überzeugung heraus entstand die nationalsozialistische Partei [8] und ihre SA [9].

Es war damals ein zumindest für das bürgerliche Empfinden vollständig neuartiger Weg, den die junge nationalsozialistische Bewegung einschlug. Eine neue Weltanschauung, die mit genialsten Propaganda-Methoden arbeitet, eine einzigartige Organisation aufbaut und einen bewunderungswürdigen Mut zu ihrer Verteidigung aufbringt! Ein Selbsthilfe- und Selbstschutz-Gedanke wird von dieser politischen Organisation gepredigt und vertreten, wie ihn das Bürgertum nie gekannt hat!

Die junge Partei begriff, daß man Weltanschauungen nicht durch Polizeihundertschaften beseitigt, sondern nur durch eine neue Weltanschauung heroisch verdrängt. Die sogenannten "legalen" militärischen wie auch polizeilichen Machtmittel des Staates sind, weil für einen anderen Zweck gedacht und bestimmt, zur Durchführung solcher Aufgaben gänzlich unfähig.

Ja nicht nur das:

Der Staat kann überhaupt niemals eine Weltanschauung beseitigen, sondern höchstens unterdrücken und damit innerlich festigen, außer er kämpft selbst als Instrument einer solchen!

So entstand neben der politischen und der Propaganda-Organisation der Partei die Organisation der SA.

Was heißt nun SA?

Dieses Wort ist nicht zu übersetzen [*sic!*], es ist ein Begriff für sich. Die Einrichtung, die man darunter versteht, könnte genau so gut irgendwie anders heißen. Das Wesentliche ist nicht die Bezeichnung, sondern der Gehalt. Wie so vieles in unserer Bewegung, ist auch dieses

8 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

9 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

Wort, aus einem ganz kleinen Beginn entstanden, beibehalten worden, um endlich etwas zu umschreiben, was mit dem Ursprung kaum mehr verglichen werden kann.

Eine Handvoll verwegener Kriegskameraden war es, mit denen ich im Jahr [*19*]19 auf [*19*]20 den Schutz der Versammlungen unserer Bewegung durchführte. Blinde Draufgänger, die keine Zahl und keine Gefahr sahen. Da unser Kampf zunächst um die Eroberung des Versammlungssaales ging, war ihre Aufgabe begrenzt. Daher kam auch der Name "Saalschutz-Abteilung", der später in "Sportabteilung" erweitert wurde. Ein Zufall war es vielleicht nur, daß diese beiden Buchstaben plötzlich einen anderen Sinn erhielten. In einer schweren Saalschlacht 1920, dem ersten großen Kampf der jungen Bewegung, setzen sich 46 dieser fanatischen Draufgänger gegen mehr als 800 Gegner durch. Als der Kampf zu Ende geht, gleicht der Festsaal des Münchner Hofbräuhauses einem Trümmerhaufen. Kaum einer ist darunter, der nicht verletzt ist. In blutverklebten Strähnen hängen ihnen die Haare in die Gesichter, allein der rote Mob ist in einem 20 Minuten lang dauernden ununterbrochenen wilden Anstürmen aus dem Saale getrieben und die Versammlung nimmt ihren Fortgang!

Und wie durch Zauberschlag heißt nun die junge Gruppe auf einmal:

"Sturmabteilung".

Sie ist ihrer Aufgabe unentwegt treu geblieben. In unzähligen Saalschlachten hat sie ehrenvoll das Feld behauptet und dem Gegner endlich überhaupt die Lust genommen, mit der nationalsozialistischen Bewegung anzubinden [10].

Und dann erst begann der Kampf um die Straße! Vom Jahre [*19*]22 bis [*19*]23 wird in einer Stadt nach der anderen der rote Straßenterror gebrochen und für den deutschen Nationalsozialisten die Bewegungsfreiheit erkämpft. Alle die ministeriellen Flunkerer einer "Staatsautorität" von heute hockten damals unauffindbar im Verborgenen. Die Bewegung aber warb und kämpfte, und die SA tat ihre Pflicht!

Wie sehr diese braune Armee [11] ihren Namen einem natürlichen Entwicklungsvorgang verdankt, kann noch folgendes erweisen:

Als ich im Dezember 1924 nach 13 Monaten aus der Festungshaft zurückkehrte [12], und die Neugründung der Partei beschloß [13], fehlte mir das notwendige Instrument zum Schutze der

10 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

11 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Halcomb, SA, S. 87 ff.

12 Hitler war am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg ent-

Bewegung. Von den inneren Kämpfen der Partei während meiner Abwesenheit war auch die SA nicht verschont geblieben[14]. Eine Handvoll treuer Parteigenossen stellte sich mir nun wieder zur Verfügung, bereit, ohne Rücksicht auf Vergangenes gegen jedermann Stellung zu nehmen, der den Wiederaufbau der Bewegung sabotieren wollte. Da es sich nur in jedem Ort um ganz wenige der Treuesten und Zuverlässigsten handeln konnte, schien uns, gemessen an der früheren SA, schon das Wort "Abteilung" zu großspurig zu sein. Wir sagten daher nun nicht mehr Schutz-Abteilung, sondern Schutz-Staffel[15]. Die Bezeichnung blieb, aber aus den ersten 11 Mann sind heute nahezu 60.000 geworden[16].

Neben der halben Million SA-Männer[17] eine weitere Elite-Formation der nationalsozialistischen Bewegung[18]! Eine ungeheure Organisation der deutschen Kraft, des besten deutschen Mannstums!

Und dazu kommt nun eine nicht minder gewaltige Organisation der deutschen Jugend[19].

Diese Braunhemden-Armee ist nicht nur der eiserne Arm der Partei, sondern auch eine ungeheure Propaganda-Einrichtung. Sie hat in der Zeit größter Anforderungen und schwerster Opfer ihren Wert erprobt. Unzählige Male verboten, verfolgt, aufgelöst, die Führer verhaftet, in die Gefängnisse geworfen, ist sie aus jeder Unterdrückung nur noch stärker hervorgegangen. Es muß aber hier festgestellt werden, daß es noch nicht einmal Marxisten waren, die im Verfolgen dieser braunen Front das Höchste leisteten, sondern leider bürgerliche Erbärmlichkeit und bürgerliche Charakterlosigkeit. *Was das deutsche Bürgertum unter dem Regiment seiner bürgerlichen Parteien an dieser Zukunft der deutschen Nation verbrochen hat, kann niemals wiedergutgemacht werden.* Ein polnischer Insurgent ist dieser politisch elendesten Schichte unseres Volkes wertvoller als fünf deutsche Menschen, die für ihr Volk und ihr Vaterland gekämpft und geblutet haben[20]. Das besagt alles!

---

lassen. Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H.; Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlungen vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, 3 Bde., München 1997 ff.

13 Am 26.2.1925 verkündete Hitler öffentlich die Neugründung der NSDAP. Vgl. Bd. 1, Dok. 1-4, 6.

14 Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch war der Frontbann im August 1924 von Ernst Röhm und Wolf Graf von Helldorff offiziell gegründet worden, um eine reichsweite Auffangorganisation für die SA zu konstituieren. Der rein militärischen Organisation schlossen sich einige kleinere Verbände wie die Altreichsflagge oder der Völkische Wehrring an, so daß dieser Wehrverband damals etwa 30.000 Mitglieder besaß. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 begann der Verband rasch wieder zu zerfallen, schon weil Hitler sich gegen jeden weiteren Putschversuch entschieden hatte; die Masse der Mitglieder stießen wieder zur NSDAP bzw. zur SA, die organisatorischen Reste vereinigten sich mit Ludendorffs Tannenberg-Bund. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 45 ff.; David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

15 Die Schutzstaffel wurde im April 1925 unter Josef Berchtold als persönliche Leibwache Hitlers aufgestellt. Vgl. Robert Lewis Koehl, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison, Wis., 1983, S. 21 f.

16 Vgl. Dok. 16, Anm. 7.

17 Vgl. Dok. 16, Anm. 6.

18 In seiner Funktion als Reichsführer-SS war Heinrich Himmler seit März 1929 bemüht, den Elitegedanken der SS zu fördern und sich auf diese Weise von der SA abzusetzen. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, S. 357.

19 Vgl. Dok. 16, Anm. 8.

Aber nicht nur als große Schutzbewegung des deutschen Blutes und damit der deutschen Zukunft ist dieses braune Heer zu werten, sondern auch als große Schule der Brüderlichkeit, der Überwindung der Klassengegensätze, der Beseitigung der Standesvorurteile, der nationalen Opferbereitschaft und als Schule der nationalen Disziplin und des Gehorsams. Aus Stadt und Land, aus Fabriken und Hochschulen kommen sie[21] und werden Soldaten der deutschen Idee. Unerhört ist ihr freiwilliger Opferdienst! Der Leichtsinn der Jugend früherer Generationen ist ihnen fremd! Das bürgerliche Wohlleben unbekannt! Die Schonung des eigenen Ichs unverständlich, Gewinn und Vorteile scheiden aus, ja wenn nötig, erscheint selbst das eigene Leben als nichts! Deutschland allein ist alles.

Sie übernehmen jede Arbeit, kämpfen auf jedem Platz, üben sich in jeder Gefahr zu Lande, zu Wasser[22] und in der Luft[23].

Zehntausende fähige Deutsche, die infolge unserer traurigen Standesvorurteile im bürgerlichen Staat niemals eine ihnen entsprechende Betätigung fänden[24] und damit zwangsläufig zum

---

20 In der Nacht vom 9. zum 10.8.1932 waren in Potempa, Landkreis Gleiwitz, gegen 1.30 Uhr neun uniformierte, zum Teil mit Pistolen bewaffnete SA-Männer und Angehörige des Oberschlesischen Selbstschutzes in die Wohnung des arbeitslosen Landarbeiters Konrad Pietzuch eingedrungen, fünf Angehörige der SA hatten das schlafende Opfer aus dem Bett gezerrt und auf den am Boden liegenden Mann eingetreten. Der Sachverständige hatte bei der Obduktion 29 mit großer Gewalt verursachte Verletzungen festgestellt. Ein Tritt in den Hals habe zum Eindringen von Blut in die Lunge und damit zum Tode geführt. Der Bruder des Ermordeten, Alfons Pietzuch, wurde schwer verletzt. Gegen die Angeklagten August Gräupner, Reinhold Kottisch, Paul Lachmann, Hellmuth Josef Müller und Ruffin Wolnitza verhängte das Sondergericht beim Landgericht Beuthen am 22.8.1932 die Todesstrafe, der Angeklagte Georg Hoppe wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, drei weitere Angeklagte freigesprochen. Grundlage für das Strafmaß war die "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932, die unter anderem Totschlag "als Angreifer aus politischen Beweggründen" mit der Todesstrafe bedrohte und unmittelbar vor der Tat in Kraft getreten war. Vgl. Paul Kluke, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297; Richard Bessel, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254; Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 173 ff. Druck der Notverordnung vom 9.8.1932: RGBl. 1932, I, S. 403 f.

21 Zur Mitgliederstruktur der SA vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 81. Speziell zu ihrer Führung vgl. Kater, The Nazi Party, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

22 Der erste Sturm der Marine-SA wurde Ende 1930 in Hamburg aufgestellt. Er hatte eine Stärke von 15 Mann und wurde von Kapitänleutnant a. D. Wilhelm Boltz geführt. Die Dienstvorschrift für die SA der NSDAP vom 1.10.1932 (IfZ, Db 52.26) bestimmte: "*Marinestürme* können mit Genehmigung der Gruppe an der Küste, an Seen und Flüssen dort aufgestellt werden, wo ihre Verwendung im SA-Dienst auf dem Wasser möglich und nützlich ist. Keinesfalls dürfen Marinestürme nur deshalb aufgestellt werden, um die Tradition der Marine in besonderen Einheiten zu pflegen oder die ehemaligen Marineangehörigen kameradschaftlich zusammenzufassen." Vgl. Bernd Ehrenreich, Marine-SA. Das Buch einer Formation, Hamburg 1935, S. 20 ff.

23 Seit Anfang 1932 wurden SA-Fliegerstürme gebildet, die sich aus ehemaligen Piloten, Kampfbeobachtern und Luftbildspezialisten rekrutierten, die dem 30.11.1931 gegründeten Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) angehörten. Mit der Vereinnahmung des Luftsports durch die NSDAP verfolgte diese nicht nur propagandistisch-organisatorische sowie langfristig militärische Absichten. Die Gründung dieser Gliederungen war ebenso Ausdruck jenes Technikmythos', der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von der Öffentlichkeit, allen voran den radikalen Parteien, auch den linksradikalen, begeistert aufgegriffen wurde. Innerhalb der NSDAP blieb das NSFK eine kleine elitäre Splittergruppe, die zusammen mit anderen Flugsportgruppen im März 1933 mit dem Deutschen Luftsport-Verband verschmolzen wurde. Erst später versuchte man den politischen Gedanken wieder in den Vordergrund zu stellen, indem man 1937 den Deutschen Luftsport-Verband insgesamt in NSFK umbenannte. Vgl. Fritzsche, Nation of Fliers, S. 185 ff. Ferner Bd. IV/2, 26, 79.

Marxismus gedrängt würden, werden durch diese Bewegung in führende Stellen gehoben. Unbekannte Frontsoldaten von einst befehlen heute über Tausende[25], weil sie geborene Führer sind.

Der Mut aller dieser Männer ist ebenso groß wie ihre Zähigkeit und Beharrlichkeit. Ihre Kameradschaft vorbildlich, ihre Treue nie zu erschüttern. In diesen Reihen mitzukämpfen, ist jedes Einzelnen Stolz. Sie aber führen zu dürfen, empfinde ich als die größte Ehre meines Lebens.

Das ist das Braune Heer!

Adolf Hitler

---

24 Mit regionalen Abweichungen waren 1932 zwischen 60 und 70% der SA-Angehörigen arbeitslos. Vgl. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS, S. 361 f. sowie Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983, S. 45 ff..

25 Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die SA-Führung vgl. Bruce B. Campbell, From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

1. November 1932 Dok. 53
Rede auf NSDAP-Versammlung in Pirmasens[1]

Pirmasenser Zeitung vom 2.11.1932, "Hitler vor 60.000 in Pirmasens"[2].

Hitler beschäftigte sich in dreiviertelstündiger Rede, die durch Großlautsprecher übertragen wurde, lediglich mit innerpolitischen Fragen. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die Haltung der nationalsozialistischen Führung gegenüber dem Kabinett Papen und den Ereignissen der letzten Monate. In diesen Tagen würden unzählige Deutsche, nicht nur Parteigenossen oder Anhänger, viel mehr noch die Politiker aus dem bürgerlichen gegnerischen Lager an ihn persönlich die Frage richten: "Warum, Herr Hitler, haben Sie es am 13. August abgelehnt, in die Regierung Papen einzutreten[3]?" Er antworte darauf klipp und klar, daß er nach bestem Wissen und Gewissen nicht in den Zug der Regierung Papen einsteigen konnte, weil dieser Zug nicht dorthin fahre, wo er hinkommen wolle, weil dieser Zug nicht einmal dorthin kommen werde, wo die Männer hin wollen, die ihn heute dirigieren. Er werde vorher entgleisen. Schließlich habe er überhaupt nicht die Absicht, in einen Zug einzusteigen, um morgen wieder auszusteigen. Man habe ihm vorgehalten, daß er ja einmal in der Regierung seinen Einfluß hätte geltend machen können. Vielleicht wäre das möglich gewesen. Aber die Männer von heute hätten ihm dies sicherlich schwer gemacht, denn sonst hätten sie ihn eingeladen, auf die Lokomotive zu steigen, und ihn nicht in den Packwagen verfrachten wollen. Wenn man ihm es weiter verübelt habe, daß er den Posten des Vizekanzlers ausgeschlagen habe, so müsse er sagen, daß ihm dieser Posten die Möglichkeit aktiver Betätigung nur dann gegeben hätte, wenn Herr von Papen abwesend oder erkrankt gewesen wäre. In diesem Falle wäre Herr von Papen bestimmt immer gesund geblieben. Die Männer hätten sich getäuscht, die glaubten, ihn und seine Freunde durch Titel und Gehälter ködern zu können. Es sei zwar schlau eingefädelt gewesen, seiner Bewegung den Posten des Innenministers geben zu wollen[4]. Die Leute hätten sich gesagt: Regieren tun *wir*, aber der Polizeiminister ist dafür verantwortlich, daß die randalierenden Bauern und Arbeiter zu Paaren getrieben werden. So hätten sie geglaubt, in sechs Monaten ihm den letzten Bauern und den letzten Arbeiter entfremden zu können. Man hätte auf Regierungsseite eingesehen, daß man mit Gewalt der Bewegung nicht mehr Herr werden könne. Also füttert man die Kanaille! Aber die Deutsche Republik hat keinen Ministersessel, der mir so wertvoll wäre wie mein eigener Name. Das einzige, was für mich verführerisch wäre, das ist die Führung selbst. Und wenn mich Herr von Papen fragt, ja, wie kommen Sie denn dazu, die ganze Führung zu beanspruchen, so muß ich doch entgegenfragen: Ja, wie kommen denn Sie, Herr von Papen

---

1 Im Zelt auf der Festwiese an der Winzlerstraße, von 18.00 bis 18.45 Uhr. An der von Ortsgruppenleiter Rudolf Ramm mit einer Ansprache eröffneten Versammlung nahmen laut *Pirmasenser Zeitung* etwa 60.000 Menschen teil (*VB*: 80.000). Vor Hitler sprach MdL Ludwig Liebel. Hitler war, mit dem Flugzeug von Bonn kommend, in Mannheim gelandet und mit dem Auto nach Pirmasens weitergefahren. Nach der Versammlung ließ er sich im Auto nach Karlsruhe bringen.

2 Vgl. auch VB vom 3.11.1932, "Fabrikbelegschaften feiern freiwillig, um Adolf Hitler zu hören!" sowie Vorankündigung in der Pirmasenser Zeitung vom 1.11.1932.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

dazu, die ganze Führung zu beanspruchen und sie mir zu verweigern? Sie, der 13 Jahre beim Zentrum saß, und ich, der 13 Jahre die gewaltigste nationale Bewegung geschaffen hat!

Zum Wirtschaftsprogramm Papens[5] übergehend sagte Hitler, daß dieses Programm auf den Gebieten, auf denen es in erster Linie Hilfe bringen sollte, bereits versagt habe. Wie er von Jakob Goldschmidt gehört habe, hätte er gewußt, daß man mit diesem Programm nicht den Bauern, nicht den Arbeitern, nicht dem Mittelstand helfen wolle, sondern daß man nur die Absicht habe, wieder einmal die Banken zu sanieren[6]. Das Programm sei gänzlich unzulänglich, zum Teil unbrauchbar und überhaupt ungeeignet. Die nationalsozialistische Bewegung sei, davon sei er überzeugt, des deutschen Volkes letzte Hoffnung, aber diese 13,5 Millionen Deutsche[7], die hinter ihm ständen, erwarteten, daß die Bewegung erst dann im Deutschen Reiche eingesetzt werde, wenn des deutschen Volkes große Stunde gekommen sei. Wohl könne man 13 Jahre brauchen, um sich das Vertrauen des Volkes zu erwerben, aber man könne es in weniger als sechs Monaten verlieren. Die Kluft, die ihn und seine Bewegung von den Männern der heutigen Regierung trenne, sei die, daß er von vornherein sich gesagt habe, man müsse eine neue Volksgemeinschaft aufbauen. Man müsse dabei beginnen, ins praktische Leben jedes einzelnen Menschen hineinzutreten und ihn herauslösen aus Klassen, Ständen und Vorurteilen. Man müsse von unten beginnen und langsam aufbauen, auf daß das Reich erneut ein festes völkisches Fundament erhalte. Am Anfang sei das Volk[8]! Er sage sich: Wenn ich fest bauen will, dann muß ich auf den breitesten Volksschichten aufbauen. Die anderen hingegen glaubten, die Geistigkeit der oberen Zehntausend genüge, um das Volk zu regieren. Unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge in Pirmasens am 12. Februar 1924 (Sturm auf das Bezirksamt)[9] sagte Adolf Hitler, daß auch hier nur das breite Volk wieder einmal das Land gerettet habe. Die deutschen Bürger sollten ihm dankbar sein, daß er das deutsche Volk wieder zurückgeführt habe in eine nationale Gemeinschaft, weil sonst dieses Volk heute längst in internationalen Händen wäre. Wenn die heutige Regierung sich auf die Reichswehr und auf die Polizei allein stütze, so erkläre er, das Herz[10] ist dazu da, um das Volk nach außen zu schützen[11] und die Polizei dazu, Verbrecher dingfest zu machen; jedenfalls aber nicht dazu, um eine schlechte Regierung vor

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
6 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.
7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
8 Nach Johannes 1, 1: "Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort."
9 Die französische Besatzungsmacht förderte im Rheinland und der Pfalz separatistische Bestrebungen, die jedoch keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung fanden. Am Abend des 12.2.1924 belagerte eine große Menschenmenge das Pirmasenser Bezirkskommissariat, in dem seit 29.11.1923 die Vertreter der separatistischen "Regierung der Autonomen Pfalz" ihren Sitz hatten. Nach einem Feuergefecht wurde das Gebäude gestürmt und in Brand gesetzt. Fünfzehn der Separatisten wurden von der Menge erschlagen. Auf Seiten der Angreifer wurden sieben getötet und etwa 20 schwer verletzt. Die französischen Gendarmen griffen angesichts ihrer geringen Zahl nicht ein. Bereits auf die ersten Nachrichten aus Pirmasens hin wurden in weiteren Städten und Gemeinden bereits am selben Abend oder in den nächsten Tagen die Separatisten vertrieben. Der Sturm auf das Bezirkskommissariat in Primasens wurde der Auslöser zum Zusammenbruch der "Autonomen Pfalz". Vgl. Harry E. Nadler, The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987, S. 405 ff. sowie aus nationalsozialistischer Sicht Oskar Schäfer, Die Pirmasenser Separatistenzeit 1923/1924, Pirmasens 1936.
10 Offenbar Hörfehler; gemeint ist "Heer".
11 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

dem Volk zu schützen. Adolf Hitler lobte hierbei die unlösbare Treue der breiten Massen des Volkes ihm gegenüber und versprach, daß er diese Treue vergelte und das Volk niemals im Stich lassen werde. Die Regierung möge in ihrem Fahrwasser bleiben, er bleibe auf seinem Wege, der im Volke verlaufe. Für die Zukunft dürfe er zuversichtlich sein. Der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung werde einmal doch für alle Deutschen die große Erlösung bedeuten.

Er setze seinen Namen nicht als Bürge unter ein schlechtes Geschäft und die Partei verkaufe er nicht und setze sie am wenigsten ein, um schlechte Regenten am Ruder zu erhalten. Es komme einmal die Zeit, wo ihm alle diese Menschen, die ihn heute nicht verständen und ihn sogar verurteilten, Abbitte leisten würden. Wenn ihm vom bürgerlichen Lager erklärt werde, er solle doch der Klügere sein und nachgeben, so erwidere er darauf, daß er ganz gern einmal nicht der Gescheitere sein wolle, aber nachgeben werde er auf keinen Fall[12]. Hitler schloß seine etwa ¾stündigen Ausführungen mit den Worten:

"Ich möchte nicht, daß auf meinem Grabstein einmal steht: Hier ruht Minister Sowieso, einmal dort Minister und einmal da. Auf meinem Grabstein soll nur mein Name stehen und höchstens dazu: Er war ein Mann, der, als er einmal einen Entschluß gefaßt hat, fanatisch an ihm festhielt und nicht ruhte und rastete, bis er sein Ziel erreichte, nämlich ein neues Deutschland aufzubauen, das auf der Treue und dem Glauben des ganzen Volkes beruht."[13]

1. November 1932 — Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Karlsruhe[1]

Der Führer vom 2.11.1932, "Hitlers Karlsruher Rede"[2].

Mit tiefer melodischer Stimme beginnt Hitler. *Seit 6 Wochen habe sich in Deutschland ein grandioser Umschwung der Dinge vollzogen. Er glaube nicht, daß die Herren in Berlin, wenn sie diese Kundgebungen sehen würden, des Glaubens wären, die nationalsozialistische Bewegung sei im Rückgang begriffen*[3]*. Seit 5 Wochen sind sie ja so besorgt um uns.*

Mit beißender Ironie geht der Führer auf die Vorgänge vom 13. August [*1932*] ein[4]. Warum sei er nicht in den Zug des Herrn von Papen eingestiegen, so fragten ihn in den letzten Wochen

12 Vgl. Dok. 25, Anm. 24.
13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Zelt auf dem Platz an der Daxlander Straße, nach 20.50 Uhr. An der von Kreisleiter Willi Worch eröffneten Versammlung nahmen laut *General-Anzeiger für Südwestdeutschland* etwa 30.000 bis 35.000 Menschen teil (*VB*: 50.000). Vor Hitler sprach Gauleiter Robert Wagner. Kurz nach 22.00 Uhr flog Hitler vom Flugplatz Karlsruhe nach Berlin ab.
2 Vgl. auch Badischer Beobachter vom 2.11.1932, "Adolf Hitler in Karlsruhe"; Karlsruher Tagblatt vom 2.11.1932, "Hitler in Karlsruhe"; Karlsruher Zeitung vom 2.11.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Karlsruhe"; Volksfreund vom 2.11.1932, "Zirkus Hitler in Karlsruhe"; VB vom 3.11.1932, "Adolf Hitler vor 50.000 in Karlsruhe!".
3 Vgl. Dok. 47, Anm. 29.
4 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

verschiedene bürgerliche Politiker. Ich sage darauf, ich bin in den Zug der Regierung Papen nicht eingestiegen, weil ich nicht die Absicht hatte, kurze Zeit nachher wieder auszusteigen. Und ich hätte wieder aussteigen müssen, denn der Zug geht erstens nicht dahin, wo ich hinkommen will, ja er geht nicht einmal dahin, wo Herr Papen hinkommen will (Heiterkeit). Die bürgerlichen Politiker sagen mir, wenn Sie, Herr Hitler, wollen, daß dieser Zug in einer bestimmten Richtung fahren sollte, warum haben Sie dann nicht ihren Einfluß geltend gemacht? Wären Sie doch hineingegangen, Sie hätten den Zug dirigieren können.

Darauf sage ich: Ich habe noch nicht gehört, daß man einen Zug vom Packwagen aus dirigieren kann, ich war der Meinung, daß man dazu auf die Lokomotive stehen müsse [*sic!*]. Ich war bereit, auf die Lokomotive zu steigen und diesen Zug zu führen - aber das wollte man eben nicht.

Diese Verfassung von Weimar hat längst keinen Sinn mehr, sagen sie[5].

Und ich sage: 13 Jahre lang hatte sie einen Sinn, denn man konnte uns mit ihr bekämpfen[6]. Jetzt aber, da wir durch sie zwangsläufig zur Macht kommen müßten, - hat sie plötzlich keinen Sinn mehr für die Herren.

Daß man uns keinen Einfluß geben wollte, geht ja schon aus der uns angebotenen Beteiligung an diesem Kabinett hervor. Man sagte mir, ich solle Minister werden. Aber ein Minister von Papens Gnaden, ein Minister, der Minister ist, damit er Minister ist. (Große Heiterkeit.) Für eine solche dekorative Rolle eigne ich mich nicht. (Beifall.)

Was heißt hier Vizekanzler. Das ist ein Kanzler, der lediglich dann in Funktion zu treten hat, wenn der eigentliche Kanzler z. B. abwesend oder krank ist. Aber wenn ich Vizekanzler geworden wäre, dann - das dürfen Sie mir glauben - wäre der eigentliche Kanzler immer gesund. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Man sagte mir: Herr Hitler, Sie müssen ja deswegen den Vizekanzlerposten übernehmen, damit Sie Ihrer Bewegung erhalten bleiben. (Heiterkeit.)

Und dann sagen die bürgerlichen Politiker: Außerdem sollten Sie noch preußischer Ministerpräsident werden[7]!

Und ich sage: Meine Herren, wen soll ich denn da eigentlich ablösen, Herrn Braun oder Herrn Bracht? (Stürmische Heiterkeit.) Die Ablösung von Herrn Braun konnte mir Herr Papen gar nicht anbieten, denn er hätte etwas verschenkt, das er gar nicht besaß. (Heiterkeit.) Das hätte eine schöne Lage gegeben, wenn ich von Herrn Papen das Amt des Herrn Braun z. B. entgegen genommen hätte und nachher hätte ich erfahren, nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, daß ich gar nicht der richtige Ministerpräsident wäre[8]. (Stürmische Heiterkeit.)

---

5 In einer Rede auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse am 28.10.1932 erklärte der Reichsminister des Innern, Wilhelm Freiherr von Gayl: "Mit sehr vielen anderen deutschen Staatsbürgern sehen wir aber die tatsächlich vorhandenen Mängel der Verfassung so deutlich, daß uns die Pflicht gebietet, an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Wir sehen den ersten Mangel in einem überspitzten Parlamentarismus." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 820-828, S. 826.

6 Zur Auseinandersetzung der staatlichen Gewalt mit der NSDAP vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 265 ff.; Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 119 ff. sowie Staat und NSDAP.

7 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

Man sagte mir: Sie hätten aber doch noch ein Luftfahrtministerium erhalten. (Heiterkeit.)

Das wäre ein Ministerium ohne Luftfahrt gewesen[9].

Und das Innenministerium? Das mußte ich unter allen Umständen ablehnen. Regiert hätten andere, und wir hätten die Ehre gehabt, dafür zu sorgen, daß das enttäuschte Volk zu Paaren getrieben wird durch die Polizei, wenn die Maßnahmen der Regierung bekannt werden[10].

Der verteufelt klug ausgedachte Plan ist fehlgeschlagen. Wenn man glaubt, es komme mir darauf an, mit einem Ministertitel geehrt zu werden, dann irrt man sich. Ich brauche keinen Titel. (Tosender Beifall.)

Gehalt, Ministergehalt reizt mich gar nicht. Wenn ich will, "verdiene" ich als Schriftsteller mehr, als ich als Junggeselle brauche[11]. (Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Das einzige, was mich reizen kann, das ist die Führung, die tatsächliche Macht.

Wenn man mir sagt: Herr Hitler, nun haben Sie ja ausgesprochen, was Sie wollen, Sie wollen die Führung!

Darauf kann ich jederzeit antworten: Warum denn nicht? (Beifall.) Herr von Papen! Habe ich etwa weniger Recht, die Führung zu beanspruchen, als Sie? (Donnernder langanhaltender Beifall. Der Führer kann kaum weitersprechen.) Wenn einer von uns beiden das Recht hat, die Macht zu fordern, dann vermutlich doch der, welcher 13 Jahre lang die Voraussetzungen geschaffen hat, für .... (Die nächsten Worte des Führers gehen in einem Donner des Beifalls unter, der minutenlang anhält.)

Der Führer schildert dann die Stellungnahme[*n*] der bürgerlichen Parteien und Politiker zu seinem Schritt vom 13. August [*1932*] und schildert das vermutliche Verhalten derselben, wenn er in das Kabinett eingetreten [*wäre*] und den sicheren Zusammenbruch seines Zieles damit herbeigeführt hätte. Dann spricht er von der Notverordnungspolitik des Kabinetts Papen. Wenn man wisse, wer hinter der Wirtschafts-Notverordnung[12] des Kabinetts Papen stehe, dann wisse man auch genau, wem mit dieser Notverordnung geholfen werden sollte, den Bauern, den Arbeitern und der deutschen Wirtschaft, oder - den Banken.

Nicht mit Krediten rettet man eine Wirtschaft, sondern mit Aufträgen, d. h. durch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Die Bürgerlichen sagen mir: Herr Hitler, wenn es Ihnen in der Regierung nicht paßte, konnten Sie ja wieder herausgehen.

Nein! Das kann man nur, wenn man das geübt hat! Herr von Gayl und die übrigen Herren sind mir darin unbedingt überlegen. Sie haben geübt, einmal hereinzugehen und wieder hinauszugehen und wieder herein und wieder hinaus... (Stürmische Heiterkeit.) Und dann bin ich dazu ein viel zu schwerfälliger Mensch. (Stürmische Heiterkeit.)

Was ich in meinem Leben angefangen habe, habe ich nicht mehr losgelassen. Ich betrat in meinem ganzen Leben nur einen politischen Zug[13], und den habe ich selbst gebaut[14], und da

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.
10 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
11 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 47, Anm. 15.
14 Vgl. Dok. 25, Anm. 17.

sitze ich heute noch drin und bin so schwerfällig, daß ich in meinem ganzen Leben aus diesem Zug nicht mehr aussteigen werde. (Minutenlanger Beifall.)

Außerdem habe ich zu viel Gepäck dabei. (Heiterkeit.) Wenn man, wie Herr von Papen, nur eine Aktentasche als ganzes Gepäck besitzt, kann man leicht wieder aussteigen. Wenn man aber 13 Millionen Menschen hinter sich hat[15], dann ist das nicht so einfach. Da kann man nicht einfach kommandieren: Ganze Organisation rinn in die Kartoffel, ganze Organisation raus aus der Kartoffel [*sic!*]. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Dann geht der Führer zu dem Problem der Behandlung des Volkes über. Er lehnt aus wirtschaftlichen und ideellen sowie aus psychologischen Gründen das Hereinwechseln und wieder Hinauswechseln der 13-Millionen-Organisation der NSDAP in diesen Staat und aus diesem Staat ab. Seine oft von minutenlangem Beifall unterbrochenen tiefgehenden Darstellungen erstrecken sich auf die ganze Entwicklung der Bewegung, den Sinn ihres Kampfes und das Ziel. Er streift die Gründe unseres Verfalles, der ein politischer und kein wirtschaftlicher ist, sondern erst den wirtschaftlichen Zerfall nach sich zog. Beim Wiederaufbau muß man daher beim politischen Aufbau beginnen, eben dort, wo der Zerfall eingesetzt hat. Man kann nicht wirtschaftlich heilen, was nur durch politische Heilung erreicht werden kann. Der Ausgangspunkt des Zerfalles ist der Zerfall unserer völkischen Kraft. Der Zusammenbruch trat ein, weil unser Volk keine einheitliche Willensrichtung und keine einheitliche völkische Weltanschauung mehr besaß, sondern in Dutzende von Teilauffassungen zerfiel. Als wir ins politische Leben traten, kämpften in Deutschland 43 verschiedene politische Anschauungen gegeneinander[16].

Er stellt dann den Gedanken heraus, daß ein Volk von unten seinen Staat wiederaufbauen müsse, aus den Wurzeln der Volkskraft heraus. Nicht von oben her kann eine völkische Erneuerung befohlen werden, sondern man muß hineingehen in das Volk und es zusammenführen, wie wir es seit 13 Jahren getan haben.

Er beschäftigt sich dann mit dem Begriff der "autoritären" Regierung[17] und ihrer Unhaltbarkeit, solange das Volk nicht als breite Basis gewonnen ist. Er spricht über Klassenhaß und Standesdünkel, die keinen Ewigkeitswert besitzen, daß aber diese Masse der Nation ewig sein müsse. Die Geschlossenheit und Einheit der Nation kann nur geschaffen werden, wenn man den heroischen Mut aufbringt, in das Volk hineinzugehen. Eine Regierung darf nicht hoch oben "über dem Volke" stehen[18], sondern sie muß mitten im Volke, im Herzen des Volkes ihren Stand haben, dann ist sie unerschütterlich und allen Gefahren gewachsen, da sie auch in gefahrvollen Zeiten eine Plattform hat, auf der sie unbesiegbar stehen kann.

Wir haben es fertiggebracht, in einer materialistisch verseuchten Zeit die alten Tugenden wieder zu wecken. Wir kennen eine Treue, die nicht nur den Gefolgsmann an den Führer, sondern den Führer auch an den Gefolgsmann bindet.

Wenn Papen sagt: Ich habe die Macht, dann muß ich antworten: Nein, das haben Sie nicht, die Polizei und die Reichswehr, das ist keine Macht, sondern das ist die Gewalt. *Die Macht liegt im Volke, im Glauben und in der Kraft des Volkes.*

---

15 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
16 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.
17 Vgl. Dok. 47, Anm. 26.
18 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.

Hitler beschäftigt sich mit den psychologischen Gründen zu der Stetigkeit der großen Religionen, die im Volke wurzeln, nicht in der abstrakten Geistigkeit der Intelligenz. Das Volk, der Arbeiter und der Bauer, sind schwer zu gewinnen, aber wer sie einmal gewonnen hat, der hat treue und zuverlässige Menschen. Sie waren es, die 4 Jahre lang einer Welt von Feinden standgehalten haben[19]. Das Wunder, das wir in jenen Jahren erlebten, war die offenbar gewordne ungeheure Kraft dieser Nation, der gegenüber der ewig wägende und grübelnde Verstand versiegt.

Wir haben wieder 13 Millionen gesammelt. Wenn man in Berlin uns will, dann muß man uns nehmen, so wie wir sind. Ich persönlich als einzelner Mensch bin nicht mehr als irgendwer, als Herr von Papen oder Herr von Gayl. Was mich heute über sie aber erhebt, ist, daß hinter mir diese 13 Millionen stehen, die Träger der Idee.

In Beispielen erklärt Hitler den Standpunkt der NSDAP gegen den des Herrn von Papen und geißelt den Unverstand der bürgerlichen Welt um Papen gegenüber den wirklichen Zusammenhängen.

Hitler endete unter ungeheurem Jubel und tosendem Beifall. Er gehe in diesen Kampf im Bewußtsein seines sieghaften Ausganges. Er werde niemals diese Bewegung Kompromissen zum Opfer bringen. Lieber lasse er sich von seinen SA-Männern zerstückeln, als daß er Konzessionen mache an eine Welt, die bereits abgetreten sei. Nur die fanatische Hingabe an unser Volk wird den Sieg bringen.[20]

2. November 1932 — Dok. 55
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin[1]

Der Angriff - Sonderdruck, November 1932, "Deutschland ist auf dem Marsch"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Es ist *eine* Frage, die seit 6 Wochen an uns Nationalsozialisten und insbesondere immer wieder an mich gerichtet wird, *die Frage, ob man nicht doch hätte in dieses Kabinett eintreten sollen*[3].

19 Anspielung auf die Dauer des Ersten Weltkriegs.
20 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Sportpalast, nach 21.00 Uhr. An der von SA-Gruppenführer Wolf Graf von Helldorff mit einer Gedenkrede auf den am 27.10.1932 erschlagenen SA-Scharführer Richard Harwik eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* etwa 40.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach Landesinspekteur Joseph Goebbels. Ab 18.00 Uhr wurde der Zutritt zur überfüllten Versammlung polizeilich gesperrt. Mit Lautsprecher wurde Hitlers Rede in mehrere andere Veranstaltungslokale übertragen.
Die *Vossische Zeitung* kommentierte: "Der 'Führer', der eine lange Rechtfertigung seines Verhaltens am 13. August und, nach vielen, schmerzlich-ressentimentalen Angriffen auf die Regierung Papen-Gayl, einen noch längeren Rückblick auf seine politische Entwicklung gab, ist in diesem Augenblick ein fast ausgepumpter Mann. Seine naturgemäß überanstrengte und heisere Stimme hat trotz des traulichen Tonfalls vom Inntal viel von der früheren Zauberkraft verloren, und der Beifall unterbricht seine Sätze nicht mehr so oft und so tosend wie früher."

Man weiß ja so ungefähr, was mir angeboten wurde, und man sagt nun, es wäre doch richtiger gewesen, statt diesen Kampf zu beginnen, zu nehmen, was uns angeboten wurde, und in diese Regierung hineinzugehen. Am meisten wird diese Frage eigentümlicherweise an mich gerichtet von denen, die bisher wenig Besorgtheit um das Schicksal *unserer* Bewegung erkennen ließen. Deutschnationale bürgerliche Zeitungen können sich nicht genug tun in Besorgtheit um das Schicksal unserer Partei. Sie sagen: Welch' eine erfolgversprechende Bewegung, welch' eine verdienstvolle Arbeit, - und jetzt plötzlich alles vielleicht doch *vergeblich*, nur, weil *die historische Stunde nicht wahrgenommen* wurde[4].

Ich habe die Arbeit nicht gescheut ...

Sie sagen: "Herr Hitler, hätten Sie doch damals eingeschlagen, wären Sie doch *hineingegangen*!" Ich kann darauf nur sagen, ich bin *nach reiflichster innerer Überlegung* nicht in dieses Kabinett gegangen! Ich war mir über das *Ergebnis* meiner Ablehnung völlig klar. Man soll doch nicht so tun, als ob wir etwa die Verantwortung gescheut hätten oder die Arbeit. Ich glaube, wir hätten weniger Arbeit, wenn wir im Kabinett säßen, als wir heute haben! Ich bin nach genauer Prüfung und Erwägung aller Möglichkeiten zu meinem *Nein* gekommen. Zum Nein schon aus einem Grunde: *Ich gehe nicht in eine Regierung, um in absehbarer Zeit wieder herauszugehen.* (Beifall.) Entweder - oder! Wenn man mir heute sagt: "Ja, wenn Sie wirklich geglaubt hätten, daß es nicht geht, dann hätten Sie doch wieder gehen können!"

Nein, das konnte vielleicht jeder andere, ich habe das nicht gekonnt.

Übrigens bin ich in diesem Hinein- und Herausgehen nicht so gewandt wie die *bürgerlichen* Politiker. Die haben hier etwas mehr Übung. Ich habe mich in meinem ganzen Leben darauf noch nicht trainiert.

Einmal in meinem Leben bin ich in eine Bewegung gegangen, die habe ich gegründet[5], und in der bin ich geblieben[6], und in der werde ich bleiben bis an meinen Lebensabend! (Beifall!)

Zu schweres Gepäck

Ich kann nicht - wie die bürgerlichen Politiker - mich heute für etwas entscheiden, morgen wieder herausgehen, übermorgen wieder hineingehen. Dafür habe ich zu viel und ein

zu schweres politisches Gepäck.

Wenn man wie die Herren Minister von *Papen* und von *Gayl* nichts hat als eine *Aktentasche*, dann kann man selbstverständlich hineingehen und heraus und wieder hineingehen und wieder heraus. Wenn man aber hinter sich *13 Millionen Menschen* hat[7], dann geht das einfach nicht.

---

2 Vgl. auch Der Berliner Westen vom 3.11.1932, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 3.11.1932 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 3.11.1932 (AA), "Prominentenabend im Sportpalast"; Der Reichsbote vom 4.11.1932, "Adolf Hitler im Berliner Sportpalast"; VB vom 4.11.1932, "Der Führer rechnet mit dem Kanzler der Reaktion ab"; vom 6./7.11.1932, "General-Appell des Führers in Berlin", sowie J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 206.

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. auch Dok. 6, Anm. 6.

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 15.

6 Vgl. auch Dok. 47, Anm. 15.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

Diese 13 Millionen, die nicht nur die letzte Sammlung, sondern die letzte deutsche Hoffnung überhaupt sind, sie erwarten, daß, wenn diese Bewegung eingesetzt wird, daß das dann auch wirklich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist.

Man kann nicht mit diesen 13 Millionen so exerzieren, wie es die Herren ohne Partei und *ohne* Bewegung natürlich jederzeit tun können. Diese bürgerlichen Politiker! Sie sagen: Ja, aber Sie hätten doch Ihren *Einfluß* geltend machen können. Natürlich, geltend machen hätte ich ihn können,

aber man rede mir doch nicht ein, daß mir auch nur ein Mensch gefolgt wäre.

Ich habe das ja erlebt! Die Herren wissen das ja viel besser, als ich es weiß. Sie haben zwar keine große Erfahrung, aber eine große Ahnenreihe[8]. Und davon leiten sie ja die Berechtigung für ihr *politisches Handeln* ab. Hier kann man gar nicht konkurrieren. Jeder Ratschlag, den ich erteile, ist nicht geheiligt durch drei oder vier Jahrhunderte, sondern bloß begründet in der *Vernunft*, für die sie kein Verständnis haben.

Ich weiß, daß man innerlich nie daran dachte, uns überhaupt einen Einfluß zu geben. Und am wenigsten denken und dachten diejenigen daran, die heute scheinheilig so reden, als ob sie das je gewollt hätten.

Trommler und "Führer"

13 Jahre lang haben sie geglaubt, uns mit der *Verfassung von Weimar überwinden zu können,* aber dabei ist diese Bewegung *trotzdem gestiegen.* In diesen 13 Jahren haben sie mich oft genug in die *Prozeß-Säle* hineingeschleift[9]. Sie glaubten, daß doch am Ende die Verfassung die Möglichkeit bieten würde, unsere Bewegung zu erledigen. Und als das nicht kam, da hat allerdings die eine oder andere Partei - den jungen Riesen vor sich sehend -, langsam so im Innern dem Gedanken gehuldigt, sich vielleicht mit ihm zu verbinden. *Nicht,* indem man ihm *die Führung* gibt, *nein, sondern indem man die junge Kraft dieser Bewegung einspannt für die eigenen Ziele.* Sie haben damals die Worte geprägt: *Trommler seien wir* - Trommler! Also von vornherein hatte man damit schon unsere *begrenzte Mission* der Mitwelt klargemacht. *Wir* die Trommler, und die *anderen* die Führer[10]! Sie saßen beisammen in dem "Führerkreise", und sie redeten von Führung sehr viel,

aber sie hatten ja nichts zu führen.

Was war näherliegend als daß die, die nichts zu führen und nichts zu tun hatten, diejenigen nun plötzlich mit ihrer "Führung" beehrten, die etwas geschaffen hatten? Etwas geschaffen, was nur Trommler besaßen und was nach ihrer Auffassung zur Tat damit *nicht reif* und nicht fähig sein konnte.

Aus diesen Gedankengängen ist damals auch Harzburg[11] *entstanden.*

Denn als diese Vereinigung zum ersten Male ihrem inneren Sinn entsprechend in die *Wirklichkeit* hätte umgesetzt werden müssen, - anläßlich der Reichspräsidentenwahl - da sagte man es zum ersten Male ganz offen heraus:

---

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 15, Anm. 37 sowie Dok. 25, Anm. 11.
10 Vgl. Dok. 21, Anm. 23.
11 Gemeint ist die am 11.10.1931 von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, DVP, Reichslandbund, Wirtschaftspartei und anderen Rechtsgruppen gebildete lose "Harzburger Front", die sich als Zusammenschluß der "nationalen Opposition" verstand. Vgl. auch Bd. IV/2, Dok. 43, 44.

Ein Nationalsozialist ist für uns alle untragbar[12]*!*

Und jetzt will mir jemand einreden, daß man mich eingeladen hat, in dieses Kabinett einzutreten, damit nach unserem Einfluß regiert werde?

Dekorative Minister

Danach sah ja auch die Beteiligung aus! Wenn man jemand einladen will, damit er seinen Einfluß geltend macht, dann macht man ihn zum

"Minister ohne Portefeuille".

Das ist offenbar die verfassungsmäßig dazu geeignete Stelle. Dann macht man ihn außerdem zum *Vizekanzler*. Das ist *der* Kanzler, der überhaupt nur in Erscheinung treten kann, wenn der eine Kanzler nicht da oder krank ist. *Aber wenn ich Vizekanzler bin, wird der andere Kanzler niemals krank!* (Stürmische Zustimmung der Versammlung.)

Auch die ganze andere Beteiligung sah dementsprechend aus.

Alles nur Titel ohne Macht!

Oder bildet man sich etwa ein, daß wir die Rolle des Kabinetts *Braun* hätten übernehmen sollen?

Für derartig dekorative Zwecke eigne ich micht nicht!

Und dazu eignet sich am wenigsten unsere Partei!

Ich weiß sehr genau, daß alle diejenigen, die vor 6 Wochen geklatscht und Hosianna[13] gerufen hätten, wenn ich damals eingetreten wäre, heute schon die lautesten Ankläger sein würden.

Heute würden sie dastehen und erklären: Wie kann der Führer einer so großen Bewegung, ohne zu prüfen, sich einem *solchen System* verpflichten? Das hätten Sie wissen müssen, das war Ihre Aufgabe! Grade Sie als Mann, der unerhörte Autorität besitzt und eine Gefolgschaftstreue sondergleichen, Sie mußten sich das beizeiten überlegen, ehe Sie sich dazu entschieden.

Damals hätten sie *Hosianna* gerufen. Heute würden sie schreien: *"Kreuziget ihn*[14]*!"* Ich kenne sie genau!

(Wieder wird der Führer durch andauernde Beifallskundgebungen unterbrochen.)

---

12 Reichskanzler Brüning versuchte im Januar 1932 eine Reichspräsidentenwahl zu vermeiden und statt dessen Hindenburgs Amtszeit einfach mit Hilfe einer Abstimmung im Reichstag und Reichsrat zu verlängern. Da es sich jedoch um eine Verfassungsänderung handelte, mußte diese von mindestens zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden. Nach verschiedenen Gesprächen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP in der Zeit vom 6.1.-11.1.1932 verweigerte Hitler schließlich seine Zustimmung, stellte sie aber für den Fall einer Reichstagsauflösung in Aussicht. Parallel zu Hitler erteilte auch Hugenberg am 11.1. dem Plan eine schriftliche Absage. Hitler und Hugenberg hatten sich in Besprechungen am 9.1. und 11.1. auf diese Entscheidung geeinigt, am 10.1.1932 blieb eine Aussprache von Brüning und Hugenberg über diese Frage ergebnislos.

Die anschließenden Bemühungen des Stahlhelm und der DNVP, einen gemeinsamen, für alle Gruppen der sogenannten *Nationalen Opposition* akzeptablen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl 1932 zu bestimmen, scheiterten an der Forderung Hitlers, einen Nationalsozialisten aufzustellen. Am 14.2.1932 beschloß der Stahlhelm die Aufstellung seines Zweiten Bundesführers Theodor Duesterberg, am 17.2. wurde ein formelles Bündnis zwischen DNVP und Stahlhelm über die Unterstützung Duesterbergs abgeschlossen.

Vgl. Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff.; Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 204 ff. sowie Bd. VI/3, Dok. 6, 7, 8, 12, 23.

13 Vgl. Dok. 47, Anm. 20.

14 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.

Große Hoffnung - schwere Enttäuschung

Das eine ist doch jetzt schon entschieden: *Die deutsche Wirtschaft wird durch dieses Regiment und durch dieses Kabinett und durch die Maßnahmen dieser Regierung nicht gerettet werden!* Im Gegenteil! Eine *große Hoffnung,* die man aufsteigen ließ, *wird in einer schweren Enttäuschung enden.* Diese Enttäuschung ist heute schon da, und es konnte nicht anders sein. *Eine Notverordnung*[15], deren

geistiger Vater Jakob Goldschmidt

heißt[16], kann nicht die *deutsche Wirtschaft* retten, nicht den *deutschen Bauern* und den *deutschen Mittelstand,* sondern am Ende nur die *deutschen Banken.* Man wird in den kommenden Wochen von Tag zu Tag den

inneren Zusammenbruch dieser Wirtschaftsrettung

deutlicher sehen. *Schon jetzt ist es doch so, daß die Parteien, die mir vorwarfen, daß ich nicht in die Regierung eintrat, auf einmal nicht mehr den Mut haben, die Taten der Regierung zu decken.* Was heißt das, wenn jetzt plötzlich die Deutschnationale [*Volks*-]Partei sagt: *"Wir sind nicht verantwortlich für das, was Papen tut*[17]*."*

Sie sagen, *sie* denken nicht daran, aber *ich* hätte das, was diese Regierung tut, decken sollen. Die Herren stehen *hinter* der Regierung und müssen auch für ihre Taten gradestehen!

Ein unerhörter Zusammenbruch

Ich habe es damals abgelehnt, in dieses Kabinett einzutreten, nicht nur aus *wirtschaftlichen*, sondern zuletzt aus viel tieferliegenden Überlegungen.

Ich bin der Überzeugung, daß zwischen den Gedanken *der* Männer, die dieses Regime repräsentieren, und uns eine überhaupt *nicht zu überbrückende Kluft besteht.* Und ich war weiter der Überzeugung, daß *dieses Regime* infolge seiner grundsätzlich falschen Gedankengänge zwangsläufig mit einem *unerhörten Zusammenbruch enden muß.*

Die Ursachen des Verfalls

Ich darf Ihnen diese Gedankengänge vielleicht in großen Zügen darlegen:

Herr von Papen sagte in seiner "berühmten" Rede[18]: Man müsse eine Regierung bilden, *autoritär* und *machtvoll.* Dann muß man untersuchen, in welche Verbindung man diese Regie-

15 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

17 Auf der Reichsführertagung der DNVP am 6.10.1932 erklärte der Parteivorsitzende Alfred Hugenberg unter anderem: "Die Unterstützung des Kurses der Regierung Papen bedeutet keine Blankovollmacht." Vgl. Der Tag vom 7.10.1932, "Reichsführertagung der DNVP".
Der Führer der *Kampfstaffeln junger Deutschnationaler*, Berlin, Franz Nowak, gab in *Der Tag* vom 3.11.1932, "Das Vaterland über die Partei!", zutreffend die Einstellung der DNVP wieder, als er unter anderem schrieb: "Und nun die Frage aller Gretchenfragen: Wie stellt sich der junge Nationalismus zu Herrn von Papen und seiner Regierung? Ist diese Regierung wirklich das Ziel, für das er kämpft? Keineswegs! Die Jugend, auch die nüchterne und kühle nationalistische Jugend, findet manches, was zu wünschen übrig bleibt. Das auszuführen, gehört jedoch in einen anderen Zusammenhang. Der junge Nationalismus Deutschlands kämpft nicht für die Regierung, er kämpft *mit* der Regierung für *Deutschland*!"

18 Gemeint ist Papens Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764.

rung mit dem *Volk* bringen könne. Diese Regierung selbst müsse dabei *über* den Erscheinungen des politischen Lebens dieses Volkes stehen, müsse über den geistigen Bewegungen dieser Parteien thronen[19], und sie habe sich dabei zu stützen auf die *Machtmittel*, die die staatliche Autorität gewährleisten:

Polizei und Heer[20].

Darin äußert sich eine Welt von Auffassungen, die von der unseren so weit getrennt erscheint, daß sich selbst *beim besten Willen keine Brücke darüber findet.* Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat[21], beherrschte mich vor allem eine Überzeugung:

Deutschland hat einen Krieg verloren! Die Menschen werden zunächst nur den *Verlust* des Krieges sehen, keineswegs aber die *Ursachen,* die zum Verluste führen mußten. Spüren werden sie aber erst das Ergebnis des Verlustes des Krieges dann, wenn

der wirtschaftliche Verfall als Folge der politischen Katastrophe

eintritt. Ich sagte: Heute reden sie vom verlorenen Krieg. In fünf Jahren werden sie vor dem *Ruin der Wirtschaft* stehen und dann werden sie plötzlich im einzelnen *empfindsam und hellhörig* werden für die Not der Zeit, aber sie werden dann diese Not in erster Linie nur als eine *wirtschaftliche* empfinden. Die bestehenden Parteien zeigen ja, wie sehr sie von diesem Gedanken befangen sind. Denn von welchen Gesichtspunkten gehen sie denn aus? Die eine Partei hat als Wurzel ihres Denkens die Not des *Mittelstandes,* die andere Partei wieder redet vom kleinen *Handwerker,* wieder eine andere Partei kennt nur die *Beamten*, eine andere Partei nur die *Angestellten*. Wieder eine andere Partei kennt die Sorgen der *Grundbesitzer* und die Sorgen der *Hausbesitzer*. Eine andere wieder die Nöte der *Mieter,* der *Arbeitgeber* und *Arbeitnehmer*. Und so endlos weiter[22].

Das politische Denken der Nation löst sich auf in einem wirtschaftlichen Denken.

In der Zeit, da sich das ausprägte, trat ich zum ersten Male vor die Öffentlichkeit[23] und wies darauf hin, daß der Versuch, die *deutsche Not* zu beheben, von *Wirtschaftsgesichtspunkten* aus, fehlschlagen muß, *denn der Ausgangspunkt liegt nicht in der Wirtschaft, ja nicht einmal in der politischen Katastrophe, sondern in der völkischen.*

Die Kraft des Staates wurzelt im völkischen Erdreich!

Der Aufbau des Reiches wird nicht am Teetisch geschaffen, man muß in das Volk gehen!

Ich sagte damals: Wir müssen, wenn diese Not überwunden werden soll, den Heilungsprozeß *dort* ansetzen, wo *der Verfall* seinen Ausgang genommen hat. Der Verfall aber begann in der

Zersetzung der gesamten geistigen und willensmäßigen Auffassungswelt unseres deutschen Volkes.

Das deutsche Volk atomisiert sich und verbraucht sich in eben dem Maße, in dem die geistige Grundauffassung *zerrissen* wird, in dem das Ziel der gemeinsamen Interessen zerfällt.

19 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.
20 Eine derartige Formulierung findet sich nicht in der Rede vom 12.10.1932, jedoch ähnlich in einem Artikel Papens in der Septemberausgabe der Zeitschrift *Volk und Reich*. Vgl. Dok. 21, Anm. 18.
21 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.
22 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.
23 Im Saal des Hofbräukellers, am 16.10.1919. Zu Hitlers Rede vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91.

Innere Hoffnungslosigkeit

Endlich wird das deutsche Volk sich überhaupt nur mit seinen *inneren* Problemen beschäftigen und nach *außen* keine Kraft mehr entwickeln können. Das deutsche Volk wird in eine

innere Hoffnungslosigkeit,

in eine Lethargie gebracht, in eine Zeit der *Verzagtheit* und der *Verzweiflung*. Das ist der *Nährboden des Verfalls eines Volkes.*

Darauf kann dann eines Tages die *bolschewistische Blutfahne* aufgepflanzt werden.

Die breite Masse muß es sein!

Ich sagte damals vor 13 Jahren: *Wir müssen demgegenüber nun beginnen, wieder einen deutschen Staat aufzubauen, der vor allem unerhörte seelische Kräfte mobil machen kann.* Und ich sagte, diese seelischen Kräfte wurzeln nicht in der *dünnen Oberschicht* der oberen Zehntausend, sondern sie wurzeln

zutiefst im völkischen Erdreich.

Ich sagte damals: Das frühere Reich ist gestürzt worden, weil es geistig am Ende nicht mehr verankert war im tiefsten Volksgut, sondern weil es mehr an der *Oberfläche* seine Wurzeln hatte.

Und wenn wir nun ein *neues Reich* bauen wollen, das dem Staat wieder Kraft gibt, dann muß dieser Staat in seiner ganzen Welt der Gedanken, der Vorstellungen und des Willens sich fundieren nicht mehr auf die oberen Zehntausend, *sondern auf die breite Masse unseres Volkes. Diese Masse muß dem Deutschen Reich der Zukunft wieder erobert werden.* Eine gigantische Aufgabe, die aber gelöst werden muß, wenn Deutschland überhaupt wieder groß werden will und einst die Niederlage von 1918 nicht nur *kraftmäßig*, sondern auch *seelisch* wieder überwinden will.

Bei den Quellen beginnen

Ich sagte damals: Diesen neuen Aufbau eines Reiches kann man *nicht von oben* beginnen. Eine Regierung kann hier nicht mit Hilfe einer äußeren Konstruktion plötzlich das deutsche Volk wieder einer neuen Kraft entgegenführen. Sie kann nicht *künstlich* ein Strombett herstellen. Nein!

Man muß beginnen bei den Quellen dieses Volkstums, und die Quellen muß man in das richtige Bett hineinleiten.

Man muß daher hinuntersteigen in diese breiten Massen, man muß an die einzelnen Menschen herangehen und muß sie aus ihrer *weltanschaulichen und geistigen Zerrissenheit* herausnehmen und auf einer neuen geistigen und willensmäßigen Plattform vereinen.

Eine Aufgabe, die *ungeheuer schwer* ist, die nicht *theoretisch* gelöst werden kann, nicht in einem "Führer"-[24] oder in einem "Tat"kreis[25], nicht am Kaffee- oder Teetisch, sondern die gelöst wird, indem man hineingeht in das Volk selbst und dort unten nun zu arbeiten beginnt.

(Der Beifall steigert sich. Die Berliner zeigen dem Führer durch ihren unermeßlichen Jubel, daß *sie* ihn verstanden haben und daß er *ihnen* aus dem Herzen gesprochen hat.)

---

24 Die *Deutschen Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz* vom 28.10.1932 enthielten einen anonymen Artikel "Die Nationalsozialisten vor dem 6. November", der sich mit den Wahlchancen der NSDAP befaßte und sie als sehr gut beschrieb. Allerding hieß es unter anderem auch: "Es steht zweifellos fest, daß zunächst nach dem Scheitern der Reichstagsfronde am 13. September [*vgl. Dok. 5, Anm. 5*], sehr viel mehr als nach dem 13. August [*vgl. Dok. 6, Anm. 5*], eine ziemliche Unsicherheit und sogar Niedergeschlagenheit in dem maßgebenden Führerkreis der NSDAP herrschte."

Tausend Widerstände

Und ich sagte: *Natürlich wird das schwer sein,* natürlich werden sich hier *tausend Widerstände* dagegen aufbäumen. Die einzelnen Menschen, die werden sich selbst dagegen wehren. Alles, was dagegen spricht, wird sich nach außen kehren. Sie werden nicht von ihren liebgewordenen Forderungen lassen wollen. Der *Arbeiter* wird sagen: 30 Jahre bin ich nun *Sozialdemokrat* gewesen, 30 Jahre lang war ich *Marxist,* 30 Jahre lang gehörte ich meiner *Klasse* an, und jetzt soll ich das plötzlich verlassen?! Mein Vater war auch schon dabei, ja mein Großvater vielleicht schon. *Schwierigkeiten über Schwierigkeiten!* Und auf der anderen Seite wird der *Bürger* sich zurückziehen auf seinen *Standesstolz*; er wird versichern, daß er natürlich ohnehin *national* sein wolle, aber doch nicht das verlassen könne, was auch schon seine *Eltern* als richtig ansahen. Er ist nun einmal Bürger, und die *Ahnen* werden als Gewicht in diese Schale hineingeworfen. Man wird sich *sträuben mit allen Mitteln,* und die Parteiführer werden mit der Propaganda mithelfen, daß das nicht gelingt, werden sie mithelfen, die Menschen zurückhalten, daß sie sich *nicht* finden.

Und trotzdem muß man es beginnen und den Kampf aufnehmen!

Zehn, Hundert, Tausend

Ich sagte damals: Und wenn ich in einem Jahre nur zehn erobere, dann werde ich *weiterarbeiten,* vielleicht werden es das zweite Jahr *Hundert* und das dritte Jahr *Tausend.* Und aus diesen Tausend müssen endlich *Zehntausend* werden und aus den Zehntausend *Hunderttausend* und aus Hunderttausend eine *Organisation* und aus ihr eine immer mehr um sich greifende Bewegung - und endlich eine *Million* und dann *10 Millionen* und dann *20 Millionen* (rasender Beifall), und dann muß auf diese Bewegung, die nun zur *Volksgemeinschaft* geworden ist, langsam ein *neues Reich* aufgebaut werden, nicht von *oben herunter,* sondern von *unten herauf,* denn das ist das Gute!

(Langsam, wie sich die Worte des Führers steigern, kommt wieder Bewegung in die gespannt lauschende Volksmasse. Und dann bricht ein Beifallsstrum los, wie ihn diese Halle selten gehört und gesehen hat.)

Die zweimal wöchentlich erscheinenden *Deutschen Führerbriefe*, die seit 1928 von Otto Meynen, Privatsekretär des einflußreichen Industriellen Paul Silverberg, und dem Journalisten Franz Reuter herausgegeben wurden, hatten 1932 eine Auflage von 1.250 Exemplaren und waren wegen ihres hohen Informationswertes von zahlreichen Großindustriellen sehr geschätzt. Seit ihrer Gründung kämpften die *Führerbriefe* gegen zu starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und traten ab Sommer 1932 wiederholt für eine Beteiligung der NSDAP an der Regierungsverantwortung ein. Vgl. Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 153 ff.

25 Der Kern des sogenannten Tat-Kreises bestand aus den vier Redakteuren, die im Oktober 1929 die Monatszeitschrift *Die Tat* übernommen hatten. Die Leitung hatte Hans Zehrer, seine Mitarbeiter waren Ferdinand Friedrich Zimmermann, Ernst Wilhelm Eschmann und Giselher Wirsing. Durch die Verwendung von Pseudonymen erschien die Zahl der Mitarbeiter nach außen größer als sie tatsächlich war. Mit ihrer Mischung aus scharfer Gegenwartskritik und zweifelsfreier Zuversicht auf eine umfassende Volksgemeinschaft hatte die Zeitschrift bei vielen bürgerlichen Intellektuellen Zuspruch gefunden und entwickelte sich schnell zu einem Faktor der Meinungsbildung. Die verkaufte Auflage steigerte sich von 1.000 Exemplaren 1929 auf 30.000 1932. Am Beginn der Weltwirtschaftskrise steigerte scharfe Kapitalismuskritik mit antiwestlicher Tendenz, wie sie von bürgerlicher Seite bis dahin unbekannt war, die publizistische Wirksamkeit. Die Regierung Papen und der Nationalsozialismus wurden vom Tat-Kreis gleichermaßen abgelehnt. Der Versuch der Gruppe, durch Kontakt zu Kurt von Schleicher über die theoretische Ebene hinaus gestaltend in die Politik einzugreifen, blieb unwirksam. Vgl. Kurt Sontheimer, Der Tatkreis. In: VfZ 7 (1959), S. 229-260.

Dem Reich der Zukunft habe ich Millionen von Menschen geholt!
Das Volk ist treu!

Denn nicht die Regierung ist das Fundament eines Volkes, sondern diese ewig lebende Substanz aus Fleisch und Blut. Man muß also diesen Aufbau einer *lebendigen Gemeinschaft* von unten vollziehen und muß dabei vor allem eines verstehen:

Gewiß, eine Regierung wird es immer leichter haben, *die geistige Schicht* eines Volkes für sich zu interessieren, besonders wenn *natürliche* und wenn *materielle* Interessen hier gemeinsam laufen. Allein sie darf nie vergessen, daß diese geistigen Schichten kein wirklich *dauerndes* und *tragfähiges* Fundament für irgendeine Organisation darstellen. Die Geistigkeit dieser oberen Zehntausend ist viel zu *beweglich*, viel zu *schwankend*, viel zu *unsicher*, als daß man darauf endgültig etwas bauen kann. Gewiß, solange der *Erfolg* winkt, solange das *Glück* einem hold ist, solange wird diese Geistigkeit tausend Gründe finden, die für ein *System*, für eine *Regierung*, für eine *Organisation* sprechen.

Aber wenn plötzlich die Not kommt und das Elend und der Mißerfolg, wenn Schläge kommen, dann kann ein Baum nicht stehen in dem Sturm, wenn er nicht seine Wurzeln ganz tief im Volk hat.

Und das glauben Sie mir: Da kann man diesen einzelnen kleinen Mann natürlich *beschränkt* heißen, man kann sagen, er ist nicht so *gebildet* wie der andere, nicht so *weise* wie der andere, man kann sagen, er ist *stur*, *schwerfällig*, begrenzt in seinem Wissen, begrenzt in seiner Einsicht. Alles zugegeben!

Aber wer diese Menschen, diese kleinen, begrenzten, diese dickköpfigen, sturen und fanatischen kleinen Menschen einmal gewonnen hat, wer verstand, letzten Endes sie an ihrem Gefühl, an ihrem Instinkt zu fassen, der hat dann zuverlässige Menschen, der hat dann das Gold eines Volkes geschürft, der kann sagen: Ich kann auch Stürme aushalten und überdauern, auch Schläge, die mich treffen, werfen mich nicht zu Boden!

(Wieder dröhnt der Beifall auf, steigert sich weiter, will kein Ende nehmen. Zehntausende rufen und klatschen.)

Das ist der Wert dieser Millionenmasse unserer *Arbeiter*, unserer *Bauern*, unseres kleinen, soliden Mittelstandes. Menschen, die nicht so geistig sind, aber auch nicht so beweglich sind wie die oberen Zehntausend, die nicht so einsichtsvoll sind, *aber auch nicht so schwankend wie diese Zehntausend.* Ich rede nicht als *Theoretiker*. Ich weiß das aus unseren eigenen Erfahrungen. *Wenn diese Bewegung felsenfest steht und niemand sie entwurzeln kann,* dann nur deshalb, weil unter ihr eine

Hunderttausend-Mann-Armee kleiner, aber zuverlässiger Menschen [*sic!*]

steht, die opfern können, die *Idealisten* sind, die nicht immer nur den *rechnenden Verstand* anwenden, ob ein eigener Vorteil dabei heraussieht, sondern die bereit sind, für etwas Liebgewonnenes sich auch wirklich aufzuopfern.

Die starken Herzen

Das ist der Wert der nationalsozialistischen Bewegung, daß sie für ein Deutsches Reich der Zukunft nicht etwa zehntausend sogenannte Geistesmenschen aus "Führer"- und "Tat"-Kreisen kommende Menschen hat, sondern daß sie diesem Reich der Zukunft Millionen kleiner deutscher Menschen, aber von starkem Herzen erobert hat. (Stürmischer Beifall.)

Millionen, die sonst nicht deutsch fühlen, Millionen an Arbeitern, Millionen an Bauern, Millionen an Handwerkern, daß wir das aus dem Zwielicht des *Marxismus* oder des *Liberalismus*

herausholten und nun hineinstellen in die *deutsche Nation,* das ist nicht nur der Wert dieser Bewegung, sondern auch unser eigener.

Ich kann den Herren da oben nur sagen: *Wenn sie mich wollen, müssen sie das auch wollen. Entweder - oder!* (Beifall!) Wenn sie das *nicht* wollen, dann müssen sie auch *auf mich selbst Verzicht leisten. Mein Wert liegt darin, daß ich dem Reich der Zukunft Millionen von Menschen geholt habe, die es sonst nicht hätte, und ohne die es nicht geht.* (Starker Beifall.)

Freilich, sie wollen das nicht verstehen. Sie werden das am Ende so hinstellen, als ob wir nicht den genügenden *Respekt* vor der Geistigkeit hätten. *Vor wirklichem und wahrem Geist jederzeit, nur nicht vor dem eingebildeten und am wenigsten vor dem, der als einzigen Beweis seiner Wirksamkeit nur den Geist der Ahnen anzuführen hat. Wir respektieren den Geist, aber wir möchten nur wünschen, daß der Geist auch das Volk respektiert und erkennt,* daß er *allein* im luftleeren Raum *nichts* ist, nichts zu sagen hat, daß er im Volke wurzeln muß, daß man nicht von oben herunter urteilen kann: Hier ist die *Regierung*, und dort ist das *Volk.*

Nein, da ist das Volk, dem wir selbst entstammen. Das Volk, das war, das ist und das bleiben muß.

Stände vergehen, *Klassen* ändern sich, Menschenschicksale wandeln sich, etwas bleibt uns und muß bleiben:

Das Volk an sich als Substanz von Fleisch und Blut!

(Aufs neue reißt Adolf Hitler die Berliner mit. Aufs neue schwören sie ihm durch tosenden Jubel Treue und Kampfbereitschaft.)

Das Vergangene ist tot

Ich kann nur von einem *Dritten Reich*[26] dann reden, wenn dieses Dritte Reich etwas besser gemacht hat, als das vergangene. Wenn die Herren mir heute sagen, uns schwebt eine *Restauration* vor, dann kann ich nur zur Antwort geben:

Das Reich, das wir als Drittes bezeichnen, kann nicht die Wiederholung eines vergangenen sein, denn was einmal stirbt, ist *tot.* Niemand kann es erwecken! Nur der junge Stamm, der kann so gepflegt werden, daß er stärker wird und länger hält als das morsche gefallene Alte. (Rasender Beifall.)

Was wir aber dem Deutschland von einst vorwerfen, ist ja das, daß es Millionen an Menschen, in denen es sich hätte verwurzeln müssen, *verloren* hat, ja daß fast die Hälfte der Nation ihm feindlich ablehnend gegenüberstand, so daß dieses Reich nur mehr begriffen wurde von einer kleinen Schicht aus *Bürgertum* und *Intelligenz.* Was diese kleine Schicht an *Widerstandskraft* in der kritischen Stunde aufbrachte, haben wir alle mit Schaudern erlebt.

Hätte ich im November 1918[27] *auch nur ein Korps unter mir gehabt, die Revolution wäre nicht gelungen*[28]. (Wieder donnernder Beifall.)

Verlorenes Gut

So aber sind wir ja selbst die Zeugen, wie dieses alte Reich das Opfer seiner *Isolierung* wurde. Die Masse des unteren breiten Volksgutes hat dieses Reich damals *abgelehnt* und mit-

26 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.
27 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.
28 Hitler lag im November 1918 im Lazarett. Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

geholfen, es zu zerstören. Der Wahnsinn war damals der Regent der Tat. Es waren dieselben Volksgenossen, die ja auch jahrelang für Deutschland gekämpft hatten. Ein an sich *kostbares* Gut, nur einem Reich *verlorenes* Gut.

Und wir wollen dieses Gut zurückgewinnen, und haben es zu einem Teil bereits zurückgewonnen.

Das muß ich aber einer Regierung sagen:

Wenn Sie mich einladen, mit Ihnen zu regieren, dann schlagen Sie sich aus dem Kopf, mich mit *Titeln* bestechen zu können. Die können Sie behalten. Oder mit einem *Gehalt. Ich brauche Ihr Gehalt nicht, das können Sie auch behalten.* (Rasender Beifall.) Was ich will, ist *Führung*, die zu beanspruchen, habe ich ein Recht, kraft des Gutes, das ich mitbringe, und das besser ist als das, was Herr von Papen und Herr von Gayl mitzubringen haben.

(Man glaubt nicht, daß eine Steigerung des Beifalls noch möglich ist, aber die Berliner Arbeiter beweisen es: Wie ein gewaltiger Wellenschlag brandet es durch die Halle, schwillt zu unermeßlichem Jubel an.)

Wir sind den Sturm gewöhnt

Denn jeder muß doch seinen Anteil an Einfluß irgendwie begründen. *Die Leistungen der Herren:* Niemand kennt sie bisher! *Das Gut, das sie mitbrachten:* Herrenklub[29], Deutschnationale Volkspartei[30], Wirtschaftspartei[31] und einiges andere.

Das Gut mögen sie ruhig auf einen Haufen scharren, das Gut wiegt das nicht auf, was wir mitbringen.

Das ist ein *anderes* Gut. Wenn einmal der *Sturm* kommt, dann wird das Gut dieser Herren verweht werden in alle Winde, *aber wir sind den Sturm seit zehn Jahren gewohnt.*

Wenn das einmal Deutschland sein wird, dann weiß ich, wird dieses Deutschland den Geist *dieser* Bewegung haben, das heißt, den Geist des Trotzes und des Mutes und des *Widerstandes,* weil das am Ende lebendiges Volksgut ist!

---

29 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

30 In der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sammelten sich diejenigen konservativen Kräfte, die mit den seit der Revolution eingetretenen Veränderungen nicht einverstanden waren und die Weimarer Republik ablehnten. Den Gründungsaufruf vom 24.11.1918 hatten Deutschkonservative, Freikonservative, Christlich-soziale und Deutschvölkische unterzeichnet. Später traten noch Angehörige des Alldeutschen Verbandes und frühere Nationalliberale bei, die sich nicht der neugegründeten DVP anschließen wollten. Zentrale Punkte des Parteiprogramms von 1920 waren die Wiederherstellung der Monarchie, die Revision des Versailler Friedensvertrags und die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Der scharf antirepublikanische und nationalistische Kurs des 1928 gewählten Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg führte 1929 und 1930 zur Absplitterungen der gemäßigt Konservativen als Christlich-Sozialer Volksdienst bzw. als Konservative Volkspartei, die keine größere politische Bedeutung erlangten, aber dadurch den Weg für die Radikalisierung der Partei freimachten. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956; Denis Paul Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, 1918 to 1930, Cambridge, Mass., 1976.

31 Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes, wurde 1920 durch mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern gegründet. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Nicht eine tote, abgestorbene geistige Schicht, sondern Blut vom Blut unseres Volkes, Fleisch vom Fleisch unseres Volkes, Leben vom Leben unseres Volkes[32].

Und ich freue mich zu wissen, daß ein großer Teil auch der deutschen *Intelligenz* das nicht nur *gefühlsmäßig,* sondern auch *verstandesmäßig* mitversteht und begreift und sich in unsere Reihen gestellt hat, und mit uns kämpft für das kommende Deutsche Reich.

13 Jahre haben wir jetzt gearbeitet, um das zu schaffen, was vor uns ist, 13,7 Millionen haben wir gesammelt.

Damit ist unsere Mission nicht erfüllt.

Es gibt Männer aus dieser bürgerlichen Parteienwelt, die sagen: Man muß sie aufnehmen, damit sie ihre weitere *Werbekraft* verlieren. Wenn das der Fall wäre, dann erobert ihr niemals das Dritte Reich.

Denn dazu genügen selbst 13,7 Millionen nicht plus Eurer fragwürdigen Geistigkeit, sondern dazu gehören 20 und 30 und 40 Millionen. Das ist unser Ziel! Und wenn ich heute regieren soll, muß ich wissen: die Bewegung kann weiterwachsen. Denn diese Bewegung ist die Zukunft, das ist die Stärke unseres kommenden Reiches. Und nicht eine augenblickliche Regierung, und wenn sie sich noch so selbstgefällig für einen "rocher de bronce[33]" hält.

Künstlicher Versuch und lebendige Arbeit

Meine Volksgenossen! Wir sehen hier an einem einzigen Beispiel die Differenz zwischen unserem Denken und dem Denken der anderen. Dort leere Versuche, *von oben herunter künstlich* etwas zu konstruieren, und bei uns *die lebendige Arbeit,* die von *unten* auf schon das tragende Fundament eines *kommenden Deutschland* gestaltet hat. Wir sehen das aber vielleicht noch schärfer, wenn wir

die weiteren Pläne des Kabinetts

von unserem Standpunkt aus prüfen. Sie sagen: Eine *Verfassungsreform* muß durchgeführt werden. Sie sagen, der *Parlamentarismus* muß beseitigt werden[34]. Und wieder sehe ich oben einen *lebensfremden Theoretiker,* der nur am grünen Tisch Verfassungen entwirft, Kammern ab- und einsetzt, einen Theoretiker, der nach oben plötzlich *neue Regierungsprinzipien* entdeckt und nun in eine gesetzliche Form gießen will[35]. Dasselbe, genau dasselbe Spiel.

Sie sehen nicht ein, daß alles das, was Dauer haben soll, gewachsen sein muß, daß das nicht künstlich konstruiert sein darf, sondern daß es aus einem Volk, aus dem Leben eines Volkes wirklich herausgewachsen sein muß.

---

32 Anspielung auf 1. Mose 2, 23: "Da sprach der Mensch: Das ist doch Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch; man wird sie Männin heißen, darum, daß sie vom Manne genommen ist."

33 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

34 Vgl. Dok. 52, Anm. 5.

35 In der Rede auf dem Jahresbankett des Vereins Berliner Presse am 28.10.1932 führte Gayl unter anderem aus: "Wir sind ferner der Auffassung, daß es nicht Aufgabe des Staatsmannes ist, einer bestimmten staatsrechtlichen Theorie folgerichtig sich anzuschließen und das Werk der Reform von der am besten scheinenden Theorie aus durchzuführen, sondern wir sind der Ansicht, daß der Staatsmann, der die Notwendigkeit der Reform aus der Verantwortung für sein Volk heraus so zwingend empfindet, daß er handeln muß, das praktisch Notwendige und nach der Lage der Verhältnisse Erreichbare anzustreben hat und daß er sich der Theorie nur als Hilfsmittel für seine eigenen, dem realen Leben angepaßten Konstruktionen zu bedienen hat." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 820-828, S. 821.

An die Adresse der Reaktion und der bürgerlichen Parteien:
Der Parlamentarismus ist überlebt?
Ja, Ihr alle seid damit überlebt!

Aufbau der Volksgemeinschaft

Verfassungen sollen nur *Tatsachen* und *Zustände* endgültig gesetzlich festlegen, so wie ich einen *Strom reguliere,* nur einem Wasser, das sich seinen Lauf gegraben hat, noch nachhelfe und ihm einen festeren Damm gebe. *Aber ich schaffe keinen Strom, indem ich plötzlich ausgeklügelt ein Bett grabe, sondern ich kann nur das Bett eines Stromes regeln, und kann es durch einen Damm sichern.*

Wenn sie heute reden, *der Parlamentarismus ist überlebt* - wer hat denn überhaupt ein *Recht*, darüber zu sprechen? Nur der, der einen *Ersatz* dafür geschaffen hat und der kann nicht heißen, *Herrenklub* oder *"Tat"kreis* oder *"Führer"ring,* sondern der Ersatz kann hier nur ein *weltanschauliches System* sein. Und dieses System kann nur sein: *Aufbau der Volksgemeinschaft entgegen dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip, in einem Prinzip der Autorität, der Führung vom Kleinsten bis zum Größten.* Nicht von *oben kann das* konstruiert werden, sondern nur von *unten* aufgebaut. Daher konnte der *Bolschewismus* den *Zarismus* ablösen[36], daher konnte der *Faschismus den Liberalismus ablösen*[37].

Und daher werden wir den Parlamentarismus ablösen, weil wir die neue Form sind.

Alle reden sie heute über den *Parlamentarismus*, die noch vor wenigen Jahren, als der Parlamentarismus ihnen noch Gewähr genug zu bieten schien, den *Nationalsozialismus vom Ruder fernzuhalten,* für ihn schwärmten, die damals ihn *verteidigten*, sie sagen nun plötzlich:

Der Parlamentarismus ist überlebt! Ja, ihr alle seid damit überlebt!

Denn *ihr* habt ja in dem Gesetz Eure eigene Vorstellung, eure eigene Auffassung, ja euer ganzes eigenes Wesen großgezogen. *Eure Parteien sind ja das Ergebnis davon.*

Organisation der Führung

Wir haben etwas aufgebaut vom *Kleinsten* wieder bis zum *Größten,* eine Organisation der *Führung*, die nicht *einen* Diktator besitzt, sondern heute vielleicht *achtzigtausend*[38], vom klei-

---

36 Im Zuge der sogenannten Februarrevolution in Rußland mußte Zar Nikolaus II. am 15.3.1917 abdanken. Am 5.5. bildete sich eine westlich orientierte provisorische Regierung. Die Bolschewiki unternahmen mehrere Putschversuche, konnten nach dem erfolgreichen Handstreich vom 24./25.10.1917 die provisorische Regierung entmachten und einen "Rat der Volkskommissare" einsetzen. Am 4.7.1918 wurde die Russische Föderative Sowjetrepublik gegründet. Vgl. Helmut Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917 - 1922/23, Darmstadt [2]1996; ders., Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.

37 Vgl. Dok. 4, Anm. 16.

38 Genaue Angaben über die Zahl der nationalsozialistischen Funktionäre vor 1933 liegen nicht vor. Anhaltspunkte vermittelt jedoch der Organisationsgrad der NSDAP.
Die Reichsleitung der NSDAP in München beschäftigte 1931 204, 1932 dann 275 Angestellte. Zu Beginn des Jahres 1932 verfügte die Partei ferner im Deutschen Reich über 37, in Österreich über sechs Gauleitungen, denen jeweils ein bürokratischer Apparat von bis zu 16 Ämtern zugeordnet war. Die Zahl der nationalsozialistischen Ortsgruppen wurde im Mai 1930 mit 5.032 angegeben, so der Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich wiederum auf NS-interne Quellen stützt. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266; Peter

nen *Gruppenführer* angefangen bis zum *Sturmführer, Sturmbannführer*[39], vom *Blockwart* bis hinauf zum *Gauleiter*[40] und bis hinauf zu den letzten Parteiinstanzen. Eine Riesenorganisation, die heute 13 ½ Millionen Menschen umfaßt, regiert und leitet und bewegt, und

die nicht eine Abstimmung kennt,

sondern überall nur eine *Führung,* verantwortlich nach oben, autoritär nach unten. Nun kommt plötzlich ein blasser Theoretiker und sagt: Wir bauen den Parlamentarismus ab, der in der kleinsten Gemeindestube beginnt, der im Dorf seinen Anfang nimmt, überall in Deutschland jeden Verein und jede Partei durchsetzt und durchtränkt und im Reich endet. Wir bauen den Parlamentarismus ab durch ein *Dekret,* und an seine Stelle setzen wir etwas *gänzlich Unbekanntes,* etwas *Namenloses,* was nie in Deutschland irgendwie in die Erscheinung trat, was kein Gerippe ist, keine tragende Kraft besitzt, sondern nur in der Vorstellung lebt. Ein paar Männer setzen sich an die Stelle eines die ganze Nation beherrschenden Systems.

Ich kann nur sagen: *So oberflächlich, so leichtsinnig und so dumm hat man noch nie Reformen von dem Umfange angefangen.* (Stürmischer Beifall.)

Ein Oberhaus?

Und dasselbe gilt von der *Verfassungsreform.* Sie sagen, das Volk braucht eine neue Verfassung, und die Sterndeuter, die hier genau ersehen, *welche* Verfassung dem Volk nottut, sagen, ein *Oberhaus* tut dem deutschen Volk not[41].

Sie wollen den Parlamentarismus beseitigen und stellen ihn nun auf zwei Beine. Sie wollen den Zerfallsapparat überwinden, und lähmen ihn nur durch eine zweite Fessel.

Glauben Sie, daß man für so eine im luftleeren Raum existierende Konstruktion uns oder unsere Namen gewinnen könnte?

Hüttenberger, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 58 f., 221 ff.; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, S. 379 f.
Die Zahl der sogenannten Einheitsführer in der SA wird für die Zeit vor 1933 auf ca. 10.000 Mann geschätzt. Vgl. Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360, S. 345.

39 Hitler orientiert sich hier noch an der vom damaligen Obersten SA-Führer Franz von Pfeffer am 6.11.1926 eingeführten SA-Gliederung, die die "Gruppe" mit sechs bis zwölf Mann als kleinste Einheit vorsah. Zum Zeitpunkt der vorliegenden Rede galt die vom Stabschef der SA Ernst Röhm am 20.2.1931 befohlene neue Gliederung, die die "Schar" als kleinste Einheit definierte. Die nächstgrößeren Einheiten waren "Trupp", "Sturm", "Sturmbann", "Standarte", "Untergruppe" bzw. "Gausturm" und die "Gruppe" als größte Einheit. Seit 9.9.1932 kam noch die "Obergruppe" hinzu. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 386, 535 f.

40 Mit der "Dienstvorschrift für die Politische Organisation" vom 15.7.1932 wurde die NSDAP neu gegliedert. Die Organisation baute sich von der untersten Ebene, beginnend mit den Blockwarten, hierarchisch auf. Es folgten Zellen- oder Stützpunktleiter, Ortsgruppenleiter, Kreisleiter und Gauleiter. Zwischen diese und die Reichsorganisationsleitung waren durch die Reform vom 15.7.1932 noch die Landes- und Reichsinspektionen gesetzt worden. Vgl. Bd. V/1, Dok. 110, 111 sowie Tyrell, Führer befiehl ..., S. 353.

41 In der Rede vom 28.10.1932 hatte Gayl erklärt: "Entscheidungen von ungeheurer Tragweite können heute abhängen von einer Zufallsmehrheit, ohne daß es ein wirksames Gegenmittel gegen diese Entscheidung gibt. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden, welche zuverlässig arbeitet. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufsständischen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Welchen Weg wir dem Volke empfehlen können und werden, muß heute noch offen bleiben, da die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind." Druck: wie Anm. 35, S. 826.

Das mögen die Herren mit *ihrem* Namen signieren, damit man in der Geschichte erkennt, wie das letzte Produkt dieser Vergangenheit aussah, und ich verbitte mir, daß man *meinen* Namen und *unser* Gut als Bürge unter einen so faulen Wechsel setzen will.

(Abermals erhebt sich donnernder Beifall, dröhnt unter der hohen Kuppel.)

Unkenntnis aller Gesetze des menschlichen Lebens
Das muß in einem grauenhaften Zusammenbruch enden!

Volksfremdheit

Das, was dieses System auszeichnet, ist die absolute *Volksfremdheit.* Aber noch mehr vielleicht: die *absolute Unkenntnis aller Gesetze des menschlichen Lebens*, der menschlichen Entwicklung, des staatlichen Werdens. Sie sehen immer nur *Schlußergebnisse* und tasten nun die Geschichte ab und klauben aus ihr heraus *einzelne Momente* und wollen sie willkürlich

übertragen in eine Zeit und auf Verhältnisse, mit denen diese Dinge nichts zu tun haben.

Diese oberflächliche Art der Geschichtsbetrachtung einerseits, und der Konsequenzen, die man daraus zieht, muß - das ist meine Überzeugung - in einem *grauenhaften Zusammenbruch* enden.

Und ich würde nun gewissenlos handeln, wenn ich um des Vorteils des Augenblicks wegen [sic!] die Stellung der Bewegung hier preisgeben wollte.

Denn am Ende - das weiß ich - wenn dieses System abgewirtschaftet haben wird - und es wird schneller geschehen, als man denkt - wird man *dankbar* sein, daß diese *große Millionenbewegung* aus dieser Katastrophe herausgehalten wurde. Dann wird die Zeit kommen, da man verstehen wird, wie *richtig* wir handelten, als wir das hier nicht einsetzten.

Dann wird man auch verstehen, welchen Wert es besitzt, wenn diese Millionenmassen des breiten deutschen Volkstums unangegriffen für eine kommende Lösung eingesetzt werden können. Und dazu sind wir Nationalsozialisten entschlossen. Dazu bin ich entschlossen.

Ich will die Führung

Die Herren, die heute regieren, mögen sich alle Versuche ersparen, an mich heranzutreten mit *halben* Vorschlägen. *Ich kann warten!* Ich gehöre nicht zu den Männern, die sagen: *Morgen muß ich regieren.* Versuchen Sie vor allem nicht, mich irgendwie mit etwas zu ködern, was nach einem *Titel* oder einem *Gehalt* aussieht.

Das hat für mich gar keinen Wert!

Was ich will, ist die Führung. Und wenn Herr von Papen sagt, *"Wie kommen Sie dazu, die zu verlangen?", muß ich sagen:*

Herr von Papen, wie kommen Sie dazu, sie mir zu verweigern? Sie haben sich ihren Anspruch in 13 Jahren vielleicht im Zentrum ersessen, ich habe ihn mir in 13jähriger Arbeit erkämpft.

(Stürmischer Beifall begleitet die Worte des Führers.)

Wenn bürgerliche Parteiführer heute tun, als ob das ein *Unrecht* von uns wäre, und das Schicksal anflehen, es möge uns doch nun *bestrafen*, uns am 6. November [*1932*][42] *dezimieren* und ihre Parteifähnchen wieder stärken,

42 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

dann mag ihnen der Himmel wirklich verzeihen, denn sie wissen nicht, was sie tun[43]*!*

Die sollten *dankbar* sein, daß die *Millionenmassen* der bei uns gesammelten ehemaligen *Proletarier* einen *deutschen* Fürsprecher bekommen haben (starker Beifall) und nicht in den Händen ihrer früheren Führer blieben. Das wollen die doch selbst nicht glauben, wenn heute ihre Fähnchen steigen, daß dann vielleicht das Proletariat in ihren Reihen marschieren wird.

Kein Protektionskind

Ziehen Sie nur die *Bürgerpartei-Fahne* auf, und Sie werden staunen, wie auf der anderen Seite die *rote Revolutionsfahne* hochsteigen muß. Es ist ein *Wahnsinn*, was diese Menschen heute wieder gefangen hält, durch nichts begründet als durch eine ewig gleichbleibende *Unfähigkeit*. Jedenfalls sollen sie nicht hoffen, daß wir Nationalsozialisten uns selbst und unseren Kampf aufgeben. Wenn sie mir sagen: Ja bitte, dann beginnt der Kampf immer wieder aufs neue, solange, bis Sie mürbe werden. (Mit Nachdruck:) Sie können sich beruhigen:

Ich werde nicht mürbe. (Starker Beifall.)

Alles *Drohen* schüchtert mich nicht ein, kann mich keine Sekunde wankend machen. Ich bin bisher in meinem Leben

kein Protektionskind

gewesen und brauche es in der Zukunft erst recht nicht zu sein. *Was ich bin, das bin ich durch mich! Und was ich beanspruche, beanspruche ich kraft unserer Arbeit und Leistung!* Und wenn Sie dagegen sagen: Dann werden Sie nie zur Macht kommen. So entgegne ich:

Ich beuge mich nicht unter das kaudinische Joch[44]*, nicht im Schlechten und nicht im Schlimmen.* Wenn Herr *Hugenberg* sagt: Ja, wissen Sie, das ist *nicht taktische Klugheit*, so antworte ich, die brauche ich nicht von den Herren der *Deutschnationalen* [*Volks*]*Partei* zu lernen. Und wenn sie sagen: *Der Klügere gibt nach*, dann sagen Sie ruhig, *daß ich nicht der Klügere bin*[45], *aber nachgeben tue ich nicht.*

(Jetzt will der einsetzende Beifallsjubel kein Ende nehmen. Er ist das unbeugsame Bekenntnis: Auch wir kapitulieren nicht!)

Gefolgschaftstreue

Ich könnte das auch gar nicht tun! Denn gewiß, ich habe heute in der Bewegung eine *ungeheuere Autorität*, mehr als irgendein Parteiführer in seiner Partei. Aber die Autorität, die von meinen Anhängern eine

grenzenlose Gefolgschaftstreue

fordert, sie kann nur aufgebaut sein auf der *Gegenseitigkeit der Treue*.

So wie ich von meinen Parteigenossen fordere, daß sie mir gehören, so können sie fordern, daß ich ihnen gehöre.

Ich habe ja in den letzten Monaten gesehen, wie die bürgerliche Mentalität für so etwas *gar kein Verständnis* hat, wie sie gar nicht verstehen kann, daß sich in Deutschland nun ein

Treuebund aufgerichtet

hat, der - ob recht oder unrecht - zusammenhält, so wie wir wollen, daß das deutsche Volk einst zusammenhalten soll. Denn das, das mögen doch die Herren da oben bedenken:

---

43 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.
44 Vgl. Dok. 21, Anm. 28.
45 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

Sie wollen ein neues Deutschland schaffen. Dazu aber gehört ein *neues Volk*, und ich kann nie erwarten, daß dieses neue Volk andere *Tugenden* besitzt, als wir sie *selbst pflegen* und haben, die wir einmal dieses neue Deutschland tragen und gestalten wollen.

Wenn wir von *Treue* reden, die uns verlorenging, dann soll man nicht auf Treue hoffen, wenn wir selbst sie *preisgeben.* Ich würde die Treue brechen, wenn ich erst Tausende von Proletariern für die Bewegung gewinne und sage: Ich löse euch heraus aus euren *Klassen* und gebe euch als Ersatz eine *Volksgemeinschaft* - und würde jetzt plötzlich sagen, nun müßt ihr euch einer *bürgerlichen Regierung* unterordnen.

Das ist Sozialismus

Sie würden das nie verstehen. Sie sind bereit, für Deutschland alles zu opfern, und sei es jeden Tag das Leben, aber sie verlangen auch, daß dieses Deutschland in der Zukunft allen gehört, daß dieses Deutschland in der Zukunft jeden seiner Söhne gleich schätzt und gleich achtet, mag er kommen, woher auch immer, wenn er sich nur einsetzt für sein Deutschland.

Ich kann heute mich nicht von denen trennen, die in den 13 Jahren Glück und Unglück mir treu geblieben sind!

Wenn mir die Herren sagen: Dann werden Sie in unsere illustre Vereinigung nicht aufgenommen werden ... *Ich habe nie darum gebeten.*

Ich stehe im Volk und bleibe im Volk.

Das ist meine *Stärke*, und sie müßten dankbar sein, daß dieses Volk in einem *Deutschen* seine Verteidigung gefunden hat. Die Geistigkeit der oberen Zehntausend findet tausend Möglichkeiten sich durchzusetzen, ihre Interessen zu vertreten und Rechte wahrzunehmen. Aber diese kleinen Menschen da unten, die haben das leider nicht,

und es ist wohl besser für die deutsche Nation, wenn ihr ehrlicher Fürsprecher und ehrlicher Verteidiger ein deutscher Mann[46] *ist als ein internationaler Jude*[47].

(Stürmischer Beifall.)

Ein Staat, stark und unerschütterlich!
Einmal kommt unsere Zeit!

Wir nehmen den Kampf auf

So nehmen wir den Kampf auf am 6. November [*1932*], *und so oft es den Herren gefällt, immer wieder.* (Bravo-Rufe.) *Sie können davon überzeugt sein, die Bewegung wird dadurch nicht schwächer. Im Kampf sind wir entstanden.* Aus einer *Revolution* heraus geboren, im Kampf gegen tausend Widerstände *gewachsen* und groß und stark geworden.

Der Kampf wird uns auch in der Zukunft nicht beugen.

Sie mögen uns heute ruhig *verfolgen*, mögen uns unsere Kameraden in die *Gefängnisse werfen* ...

Die Stunde kommt, Herr von Papen und Herr von Gayl, da wir *doch* die Macht erhalten und sich die Gefängnisse unserer Kameraden öffnen.

(Tosende Beifallsstürme, in Worten nicht faßbarer Jubel.)

---

46 Hitler.
47 Karl Marx.

Das Gute zum Sieg geführt

Einmal kommt unsere Zeit, in der es dann nicht heißen wird: Der Staat ist ein "rocher de bronce" und schwebt über den Erscheinungen der Zeit und den geistigen Bewegungen des Volkes[48]*, sondern es wird dann eine Zeit kommen, von der man wird sagen können:*

Dieses Reich steht mitten in den Erscheinungen der Zeit, mitten in der geistigen Bewegung des Volkes.

Es hat das Unkraut vernichtet und das Gute zum endgültigen Sieg geführt. Und dann wird dieses Deutschland wieder die Kraft haben, die wir ihm wünschen. Es wird ein Staat sein, stark und unerschütterlich, weil seine Wurzeln nicht mehr in wenigen zehntausend Menschen sind, weil sie dann wieder hineinreichen in das kostbare Gut des völkischen Lebens, in die breiten Massen der deutschen Arbeiter, der deutschen Bauern, des deutschen Mittelstandes.

Und wenn die Drei einmal die Faust schließen, den Bund erneuern, dann wird das Dritte Reich kommen, groß und unerschütterlich. Stark durch den Opfersinn, stark durch das Verständnis der Millionen seiner Mitbürger, stark durch eine Liebe, die zu allem entschlossen ist und vor nichts zurückschreckt.

Das aber, Herr von Papen, ist nicht Ihr Reich, sondern das unsere!

3. November 1932 Dok. 56
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hannover[1]

Niedersächsischer Beobachter vom 5.11.1932, "Der Führer über deutsche Volksgemeinschaft"[2].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich glaube, daß heute unzählige Menschen mich entschuldigen werden, wenn ich am 13. August [*1932*] den Eintritt der nationalsozialistischen Bewegung in diese Regierung ablehnte[3]. (Beifall!)

Die bürgerlichen Parteien meinen, ich hätte damals in die Regierung eintreten sollen, um meinen Einfluß geltend zu machen. Ich kann darauf nur eine einzige Antwort geben: Ich kann nicht in etwas eintreten, von dem ich weiß, das es *rettungslos zugrunde geht* und daß ich in kurzer Zeit wieder austreten müßte. Und ich kann nicht in etwas eintreten, von dem ich weiß, daß der ganze Kurs zwangsläufig in einer Katastrophe enden wird. Man kann mir glauben, daß ich mir den Entschluß damals abgerungen habe, denn ich glaube nicht, daß es in Deutschland einen Politiker gibt, der soviel einsetzen muß und soviel einzusetzen hat und der soviel zu ver-

48 Vgl. Dok. 15, Anm. 19.

1 Im Zelt auf dem Schützenplatz, von 17.35 bis 18.30 Uhr. An der Versammlung nahmen laut *VB* etwa 100.000 Menschen teil. Vor Hitler sprach MdL Werner Studentkowski.

2 Vgl. auch Hannoverscher Kurier vom 4.11.1932 (MA), "Hitler in Hannover"; VB vom 5.11.1932, "In Nebel und Sturm zu den Niedersachsen und nach Kassel"; Volkswille vom 5.11.1932, "Adolf wird müde".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

antworten hat wie ich. Die 13 Millionen, die ich hinter mir hatte[4], wollten die letzte Zukunftshoffnung des deutschen Volkes verkörpert sehen [*sic!*]. Wenn diese Hoffnung enttäuscht worden wäre, wäre damit ihre letzte Hoffnung enttäuscht worden. Ich weiß, wie schwer es war, das aufzubauen, und ich weiß auch, daß niemand da ist, der es wieder aufbauen könnte.

Es war die schwerste Überlegung, fast könnte ich sagen, meines Lebens, aber ich mußte die Entscheidung treffen, weil ich eben überzeugt war, daß dieses augenblickliche System, dieses Regiment genauso scheitern muß wie jedes frühere auch.

Natürlich, sagen die bürgerlichen Politiker, das hätten Sie verhindern können, Sie hätten Ihren Einfluß geltend machen können. Ja, ich hätte meinen *Einfluß geltend machen* können, *aber* ich hätte ihn *nicht durchgesetzt.* Wenn man die Absicht gehabt hätte, sich meinem Einfluß zu unterstellen, wozu dann diese ganze umfangreiche und schwierige Umgehung des Kernproblems. Man konnte mir die Führung anvertrauen.

Wenn sie sagen: Wie können Sie die Führung beanspruchen?, dann muß ich sagen: Wie kann sie mir Herr von Papen verweigern. (Beifall.)

Sie tun immer so, als ob ich der gänzlich unbekannte und unerprobte Mann wäre, dem ein erprobter Bismarck gegenübersteht. So liegen die Dinge nicht. Die einzige Erprobung des Herrn von *Papen* war das Zentrum. Dort saß er 13 Jahre, teils still, teils etwas laut[5]. Die einen sagen, er tat nichts, die andern sagen, es wäre ein Glück, daß er nichts tat, er wäre ein enfant terrible. Jedenfalls, in den 13 Jahren ist er nicht in Erscheinung getreten. Wir haben, das können wir doch wohl sagen, in den 13 Jahren gearbeitet, und wenn die Männer von jetzt wirklich die Absicht gehabt hätten, diese Staatsführung uns anheim zu stellen, es wäre nichts natürlicher gewesen, als daß sie bei dem alten Brauch geblieben wären, den sie 13 Jahre lang verfolgt haben, daß nämlich die stärkste Bewegung des Reiches die Führung erhält[6].

Ihre Verfassung deckte 13 Jahre lang diesen Brauch solange, als er gegen uns ausschlug, und erst in dem Moment, in dem nach dem Brauch der Verfassung wir die Macht hätten bekommen müssen, da plötzlich entdeckten sie, daß die Verfassung nicht tauglich sei und eine höhere göttliche Ordnung[7], wie Herr von Papen sagte, an ihre Stelle treten müsse. Ich kann nur das eine sagen, schon die Tatsache zeigt, daß sie gar nicht daran dachten, uns einen Einfluß zuzubilligen.

Was heißt das, Minister ohne Portefeuille, was heißt das, Vizekanzler - lauter Titel, ohne jede Befugnis, ohne jedes Recht. Was heißt das, wenn man mir anbietet, ich solle preußischer Ministerpräsident werden[8]. Wen sollte ich ersetzen, Herrn Braun oder Herrn Bracht[9]? Glauben Sie vielleicht, daß ich mich zu einer solchen Rolle eigne, wie z. B. zu derjenigen des Kabinetts *Braun*? Diese Herren sind zufrieden, wenn sie Titel haben[10]. Nach einem Titel habe ich mich

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.
5 Papen unterstützte vor der Reichspräsidentenwahl 1925 öffentlich Paul von Hindenburg, obwohl das Zentrum mit Wilhelm Marx einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Vgl. Petzold, Papen, S. 25 ff.
6 Vgl. Dok. 4, Anm. 13.
7 Vgl. Dok. 15 Anm. 16.
8 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.
9 Vgl. Dok. 35, Anm. 13, 14.
10 Anspielung auf die Stellung der preußischen Staatsminister nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

in meinem ganzen Leben noch nicht gesehnt. (Lebhafter Beifall!) Die Republik kann mir gar keinen Titel geben für das, was ich dafür hingebe.

Man will mir den Titel Ministerpräsident geben, aber ich setze meinen ehrlichen Namen dafür ein, und der ist mehr wert. (Lebhafter Beifall.)

Nein, die ganze Art zeigt, was man beabsichtigte: keinen Einfluß, nur im Reichsinnenministerium die Verantwortung, d. h. die Verantwortung für den Polizeieinsatz, um die Massen niederzuhalten. Und daß es dazu kommt und kommen muß, das ist ganz natürlich[11]. Eine

wirtschaftliche Notverordnung[12],

die den Menschen, die heute 110 oder nur 100 [*Reichs*]Mark verdienen, noch einmal Kürzungen auferlegt, geht an die Grenze des Möglichen. Wenn diese Menschen verstört sind, dann werden sie unruhig, weil sie ihren Ruin vor Augen sehen, und wir hätten dann die Ehre, mit unserm Namen die Polizei dagegen einzusetzen. Für diese Ehre bedanke ich mich. (Lebhafter Beifall.) Die Herren müssen die Verantwortung dafür selbst übernehmen. Ich habe das seit vielen Jahren vorausgesehen.

Erst glaubte man, unsere Bewegung vernichten zu können, dann mußte die Verfassung herhalten. Wir wurden verboten, aufgelöst, bedroht, alles im Namen der Verfassung. Da plötzlich sah man, daß man ohne uns nicht fertig wird. Es kam die Zeit, wo man uns Angebote machte, die Zeit der

Harzburger Front[13].

Es sah so aus, als ob man mit uns zusammen gehen wollte. Aber auch hier zeigte sich eines, *sie sahen in uns die Trommler*[14], die Menschen, die gut genug sind, die Massen zu nationalisieren, damit andere dies letzten Endes wieder verwirtschaften. Denn darauf wäre es hinausgekommen. Als die Harzburger Front sich hätte endlich bewähren sollen, zur Zeit der Präsidentenwahl, da sprach man es aus: Ja, wir haben es nicht so gedacht, daß die Nationalsozialisten je an die erste Stelle kommen, sondern, daß ihr für uns eintretet[15]. Ja, so war es gedacht. Man dachte wohl, man könnte mich persönlich ködern, wenn man mich einlädt, in die Regierung einzutreten. Welch eine Ehre, Minister zu sein! Vielleicht dachten sie auch, daß das Gehalt eine Rolle spielt.

Der heilige Rechtsanspruch des Nationalsozialismus

Ich kann den Herren nur erklären, Titel lehne ich ab, Titel und Gehalt brauche ich nicht, ich verdiene mir als Schriftsteller mehr, als ich als Junggeselle brauche[16]. (Beifall!) Ich habe es gar nicht nötig, nach derartigen Würden und äußeren Belohnungen zu streben. Das Einzige, was mich verführt, ist die Führung selbst, wirklich die Macht, und darauf haben wir Nationalsozialisten *einen heiligen Rechtsanspruch.*

Man sagte mir: Ja, wenn es Ihnen nicht paßt, Herr Hitler, und Sie glaubten, daß Sie Ihren Eifer nicht durchsetzen können, dann konnten Sie ja wieder aussteigen. Das konnte ich eben

---

11 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.
12 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.
13 Vgl. Dok. 55, Anm. 11.
14 Vgl. Dok. 21, Anm. 23.
15 Vgl. Dok. 55, Anm. 12.
16 Vgl. Dok. 14, Anm. 8.

nicht tun. Das kann Herr von Papen, Herr von Gayl, die bürgerlichen Politiker. Sie haben das Ein- und Aussteigen viel mehr geübt. (Beifall!) Ich bin dazu ein viel zu schwerfälliger Mann.

Ich bin einmal in das politische Leben gestiegen[17] *und habe mir selbst gezimmert, was mir notwendig zu sein schien, und ich kann gar nicht ein- und aussteigen. Ich bleibe, solange ich lebe, in meiner Bewegung, und außerdem kann ich gar nicht aussteigen, weil ich viel zu schwer bepackt bin.*

Wenn man als einziges politisches Gepäck eine Aktentasche besitzt, wie Herr von *Papen* (Beifall), dann kann man natürlich in eine Regierung eintreten, austreten und wieder eintreten. Dann geht das. Aber wenn man hinter sich 13 Millionen Menschen hat, kann man nicht heute rein in die Kartoffeln und morgen raus aus den Kartoffeln.

Der Einsatz soll die große Stunde des Volkes sein

Die 13 Millionen erwarten, daß es, wenn diese Bewegung einmal *eingesetzt* wird, *dann wirklich des deutschen Volkes ganz große Stunde ist.* (Beifall.) Was würde man wohl jetzt sagen, wenn ich am 13. August hineingegangen wäre und nun, rein wirtschaftlich gesehen, die Verantwortung natürlich nicht mehr decken könnte. Ich kenne meine bürgerlichen Ratgeber, damals hätten sie Hosianna geschrien[18], heute würden sie rufen: Kreuziget ihn[19], er hat sich getäuscht, er hat versagt.

Über 13 Millionen wären enttäuscht gewesen, ja mehr als enttäuscht. Sie hätten das Gefühl gehabt, jetzt ist unsere letzte Hoffnung verloren, Deutschland ist verwirtschaftet. Das Letzte ist verloren, an das man glauben konnte.

Es würde für mich eine schlechte Entschuldigung sein, wenn ich sagen wollte, ich konnte mich nicht durchsetzen. Man würde sagen, warum bist du hineingegangen, wenn du dich nicht durchsetzen kannst. Nein, Volksgenossen, ich habe mir dies damals überlegt. Ich wußte, was uns bevorsteht. Ich konnte mit bestem Wissen und Gewissen nicht anders handeln, ich mußte damals nein sagen. (Beifall.) Manche werden sagen, Sie hätten aber wenigstens augenblicklich einen gewissen Vorteil gehabt.

Ich will nicht die Zukunft der deutschen Nation für Augenblicke preisgeben. Und die Zukunft, das werden Sie von Woche zu Woche mehr sehen, gehört unserer Bewegung.

Daß Herr von Papen eine Notverordnung in Vorbereitung hatte, die ich von vornherein als Fehlschlag beurteilte, ist nicht ausschlaggebend. Wenn eine Notverordnung herauskommt, deren geistiger Vater Goldschmidt heißt[20], dann weiß ich genau, was gerettet werden soll, nicht der Bauer, sondern die Banken. Das konnte ich prophezeien, es war aber gar nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend war etwas anderes. Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat, beherrschte mich die Erkenntnis, Deutschland hat einen Krieg verloren. Der Verlust des Krieges führte zu einer demütigenden Unterwerfung. Die Unterwerfung selbst führte zu einer Preisgabe der deutschen Machtstellung, aber auch der deutschen Rechtsstellung. Denn Macht war im Völkerleben immer die Beschützerin des Rechts. Ich sagte mir, wenn Deutsch-

17 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.
18 Vgl. Dok. 47, Anm. 20.
19 Vgl. Dok. 45, Anm. 14.
20 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

land erst diese Machtstellung und damit seine Rechtsstellung in der Welt verloren hat, dann wird zwangsläufig auch seine Lebensstellung Schaden nehmen. Das heißt, am Ende der Katastrophe wird der Zusammenbruch der Wirtschaft stehen. Solange die Zeit nur erfüllt ist vom politischen Verfall, solange fühlen die Menschen das noch nicht. Wenn aber *aus dem politischen Verfall der Zusammenbruch der Wirtschaft* folgt und die einzelnen Menschen ergreift, dann werden sie *plötzlich zur Erkenntnis der Katastrophe* kommen. Dann werden sie sagen, wir gehen einem furchtbaren Schicksal entgegen. Die einzelnen Menschen werden Not leiden, und dann wird die Zeit kommen, in der man wahrscheinlich von der Wirtschaft aus Deutschland wird retten wollen. Und diese Zeit hat sich damals schon angekündigt. Es gab 45 Parteien[21], die einen aus dem Mittelstand, die anderen aus dem Kleinhandwerk, wieder andere aus dem Grundbesitz, Parteien der Beamten, Angestellten, Arbeiter usw. Die ganze Nation verwandelte ihr politisches Denken langsam in ein nur wirtschaftliches Schauen.

Der Ausgangspunkt der deutschen Katastrophe liegt im politischen Leben

Ich sagte damals, sie vergessen eins:

Nicht die Wirtschaft ist der Ausgangspunkt der deutschen Katastrophe, sondern der Ausgangspunkt liegt in unserem politischen Leben. Der Beginn des deutschen Zerfalls liegt in uns selbst, liegt im deutschen Volk, das sich langsam weltanschaulich aufteilt, politisch keinen festen Grund hat.

Man kann nicht auf die Dauer eine Nation führen, nur weil eine Regierung da ist, wenn nicht dieses Volk in einer *geistigen inneren Beziehung zu seiner Regierung* steht. Ich habe damals die Wirtschaftskatastrophe vorausgesagt, als die ganzen bürgerlichen Politiker ununterbrochen noch träumten von einem großen wirtschaftlichen Emporstieg. Ich habe Recht behalten. Ich habe Zeit bekommen, eine neue Organisation des deutschen Volkskörpers in Angriff zu nehmen.

Ich sagte damals: Wenn unser Volk immer mehr aufhört, aus eigener Kraft zu denken, und sich aufzulösen beginnt in Berufsparteien, Interessenstände usw., dann wird diese innere Zersplitterung die ganze deutsche Volkskraft nehmen. Deutschland wird niemals mehr ein Machtfaktor. Die innere Erkenntnis aber wirkt zugleich beklemmend für jeden. Wir werden überhaupt keine Tatkraft mehr aufbringen. Die ganze Nation wird in Gleichgültigkeit und Verzagtheit versinken.

Der Gedanke der deutschen Volksgemeinschaft

Das Völkerschicksal, das uns trifft, ist das Schicksal, das alle Völker traf, wenn sie so ihre sittlichen Kräfte, statt zu akkumulieren, zusammenzulegen, im Inneren aufgebraucht hatten, und ich sagte mir, wir müßten beginnen, eine neue *Gemeinschaft der deutschen Menschen* aufzubauen. Das ist schwer. Unzählig sind die *Widerstände,* die sich mir entgegenstellen, die Widerstände der Parteien, der Verbände, die Beharrlichkeit der einzelnen Menschen, die Anhänglichkeit an ihre Klasse, die Tradition des Standes. Alles wird sich dagegen wenden, aber man muß doch beginnen.

Und man kann nicht oben beginnen, unten muß man das neue Volk schaffen. Woran ist Deutschland zugrunde gegangen? Ich sagte mir, es geht zugrunde, weil der Staat, die Staatsidee und die Staatsauffassung ihre Wurzeln nicht im ganzen Volke hat.

---

21 Vgl. Dok. 22, Anm. 18.

Fünfzehn Millionen waren dem Staat entfremdet[22]. Und ich sagte nun, wir wollen ein Drittes Reich[23] bauen. Aber das Dritte Reich hat nur dann einen Sinn, wenn es sich vom zweiten darin unterscheidet, *daß nunmehr die geistigen Wurzeln des neuen Reiches wieder in das Volk hineinwachsen.* Das Volk muß das Reich tragen, die breite Masse der Arbeiter, der Bauern, des Handwerks, des Mittelstandes, sie müssen die tragenden Schichten des neuen kommenden deutschen Reichs werden. Und ich sagte, wir müssen *von unten herauf* trotz aller Widerstände beginnen. Man darf sich nicht dadurch abschrecken lassen, das einer sagte: Mein Vater war Marxist, ich kann nicht plötzlich etwas anderes werden. Ein anderer wird sagen: Ich bin Bürger, ich muß an meine Herkunft denken, an meine Lebensstellung. Man darf sich dadurch nicht beirren lassen. Man muß an Tausend herantreten, um vielleicht zehn zu überzeugen und zu gewinnen. Man muß weiterkämpfen, um aus zehn hundert zu machen, weiter, um aus hundert endlich tausend, um aus tausend zehntausend zu gewinnen, dann hunderttausend und um aus hunderttausend endlich eine Organisation zu bauen, eine Bewegung, aus der Bewegung langsam die erste Million, aus einer Million zehn Millionen, aus zehn zwanzig und dreißig, bis langsam über alle Stände, Berufe, Klassen, über alle konfessionellen Trennungen hinweg wieder *eine deutsche Volksgemeinschaft* entsteht (lebhafter Beifall), und *auf dieser kann dann wieder ein Staat aufgebaut* werden, *ein Reich*[24]. Denn das haben die Führer von heute nie begriffen: Wenn man eine Organisation bauen will, so daß sie ganz stark ist, ganz fest ist, dann muß man genau wie in der Natur dafür sorgen, daß die *Wurzeln dieses Stammes tief herunter in das völkische Erdreich* reichen. Die oberen Zehntausend: Gewiß ist ihr Geist blendend und bestechend, ohne Zweifel, aber viel zu beweglich, unbeständig, viel zu schwankend, als daß man darauf eine Organisation oder gar einen Staat aufbauen könnte. Man hält mir entgegen, der kleine Mann sei geistig beschränkt. Er ist allerdings geistig nicht so vital, nicht so lebendig, der *kleine Bauer, Arbeiter* oder *Handwerker;* geistig ist er wohl nicht so beweglich, nicht so gebildet, aber wer ihn gewonnen hat trotz seiner Sturköpfigkeit, seiner Begrenztheit, der hat einen treuen, einen *zuverlässigen,* einen *stabilen Menschen* gewonnen. (Beifall.) Darauf kann man dann bauen. Das ist das *solide völkische Erdreich.* Wenn man einen Baum in dieses hineinpflanzt, dann wird er nicht nur gedeihen, wenn die Sonne scheint, sondern er sitzt fest im Erdreich, wenn der Sturm kommt und der Hagel und der Wetterschlag. *Dies Fundament hält dann Stand.* Das ist das solide, brave, treue Volk, das, wenn es eine Partei gewonnen hat, auch dableibt. Es ist zuverlässig. (Lebhafter Beifall.)

Dies ist das Fundament für einen Staat

Von *unten her* muß es geschaffen werden in praktischer Arbeit, nicht theoretisch-konstruktiv von oben herunter. Und sehen Sie, das ist das, was ich als *Nationalsozialist* und wir alle im deutschen Volk und im Deutschen Reich der Zukunft zu geben haben. Wir haben die kleinen Menschen aus allen Schichten für den deutschen Gedanken zurückgewonnen, wir haben sie mit den Verständigsten zusammengeführt, haben aus all diesen Menschen eine feste Einheit ge-

22 Bezieht sich auf das Ergebnis von SPD und USPD bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919, bei der sie zusammen 13.826.338 Stimmen erzielt hatten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 27.

24 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

schaffen, nicht in Theorie, nein, im Leben. Es ist eine Gemeinschaft entstanden in dieser lebendigen Kraft des Willens, der opferbereit ist, der Hingabe, des Stolzes, der Treue, der gegenseitigen Kameradschaft. Es sind Menschen, die Deutschland braucht, wenn es wieder groß und stark werden will. Die Regeneration muß im Volke beginnen. Nur was so gewachsen ist, hält stand. Was künstlich von oben her konstruiert wird, wird immer wieder bloße Theorie bleiben, schön, schillernd, blendend, aber es hält nicht stand.

Der Wert des Nationalsozialismus für die deutsche Zukunft

Und sehen Sie, *das ist der Wert, den unsere Bewegung besitzt für die deutsche Zukunft und auch mein Wert.* Mein Wert liegt darin, daß ich das dem Deutschen Reich mitbringe, was die andern nicht haben. (Beifall.) Ich komme nicht mit leeren Händen, nicht mit einer Theorie, nicht mit der Aktentasche, ich komme mit dem besten Teil des deutschen Lebens, das beste deutsche Volkstum habe ich heute gesammelt. (Beifall.) Ich werde nur in die Regierung gehen, wenn ich weiß, daß ich mich nicht davon zu trennen brauche, wenn ich weiß, daß dieses Gut weiter wächst, denn nicht mit 13 Millionen ist die deutsche Zukunft entschieden, entschieden wird sie erst sein, wenn zu diesen noch dreißig und vierzig Millionen gestoßen sind.

Wenn Herr von Papen sagt, ich stehe hier oben, dann sage ich, ich stehe mitten im Volke. Wenn Herr *von Papen* sagte, ich stehe über den Parteien[25], dann muß ich Ihnen sagen, Herr von Papen, das ist genau so klug, als wenn im Zeitalter der Reformation ein deutscher Fürst gesagt hätte, er stehe über der Reformation und Gegenreformation. Das war unmöglich. Beide gestalteten ja für Jahrhunderte die Plattform des neuen deutschen Lebens. Wenn Herr *von Papen* heute sagt, das bewegt mich nicht, ich bin neutral, dann sage ich: Wenn der Bolschewismus käme und Herr von Papen sagte, ich bin neutral, es würde ihn doch bewegen! Es ist das so *bar jeder Einsicht,* jeder Erkenntnis der Menschen, des geschichtlichen Werdens, daß ich nur sagen muß: Wie können die Männer die Stirn nehmen, in einer solchen Zeit überhaupt die *Macht ergreifen* zu wollen. (Sehr richtig!) Es ist das in meinen Augen der *größte Frevel* in der deutschen Geschichte. Wenn sie das tun, muß ich sagen: Meine Herren! Übernehmen Sie auch die Verantwortung. Wenn Sie von mir erwarten, daß ich auf Ihre schlechten Wechsel meinen Namen setze und die Partei als Bürgschaft hineinlege, dann täuschen Sie sich. Wenn Sie glauben, mir einen Titel anbieten zu können, so mutet das lächerlich an. Ein Mann wie ich, der jede Minute gewärtig sein muß, daß ihn irgendein Narr über den Haufen schießt, daß auf ihn ein Attentat verübt wird, der kann so etwas schon zur Kenntnis nehmen[26]. *Dafür setze ich mein Leben nicht ein. Ich setze es ein für die Lösung der großen deutschen Aufgabe. Dafür bin ich bereit, mich zerhauen, mich zerstückeln zu lassen. Für den Schein ist mir mein Leben nicht feil, sondern höchstens für das Sein.*

Ich denke nicht daran, mich von denen zu trennen, die mir selbst in guten und schlechten Tagen unverbrüchliche Treue gehalten haben. Und das muß ich sagen, wenn ich viele Millionen

25 Vgl. Dok. 35, Anm. 17.

26 Aus dem Jahr 1932 sind drei Attentatsversuche auf Hitler überliefert: am 15.3. bei Weimar, am 20.7. bei Stralsund und am 30.7 in Nürnberg. Zu den umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen vgl. Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 31 ff.

deutscher Arbeiter aus dem marxistischen Lager erobert habe[27], dann muß jeder sehen, daß wir einen Zustand herbeiführen, der über allen Klassen steht. Wenn ich diesen Kameraden sagen müßte, ihr seid mir gefolgt, ich muß euch für etwas anderes einsetzen, dann würde ich selbst so treulos handeln, daß ich nicht verdienen könnte, daß mir die Treue gehalten würde. Sie reden von meiner Autorität, sie ist größer als die Autorität irgendeines Parteiführers. Aber sie beruht auf gegenseitigem Treue-Verhältnis.

Bedingungslos treu sind mir viele hunderttausend meiner Kameraden, und ich würde mich schämen, wenn ich ihre Treue durch persönliche Untreue vergelten würde.

Man sagt mir vielleicht, entweder Sie beugen sich, oder Sie werden niemals die Macht bekommen. Darüber entscheidet nicht Herr von Papen, darüber entscheidet die Vorsehung. *Was ich bin, bin ich durch mich, was die Bewegung ist, ist sie durch sich selbst.* Wir werden den Kampf gegen das Schicksal weiterführen wie bisher.

Wir kennen das Wort Unterwerfung nicht

Das Wort Unterwerfung oder Kapitulation aber kennen wir als Nationalsozialisten in unserm Sprachgebrauch überhaupt nicht. (Beifall!) Wenn ein deutschnationaler Parteiführer kommt, um mir zuzureden, wenn er sagt: "Sehen Sie, das ist taktisch nicht klug"[28], dann muß ich sagen, ich benötige keine Belehrungen über das, was taktisch klug ist. Ich kann den Herren versichern, daß ich für die sogenannte Klugheit des Augenblicks, die Clausewitz als Feigheit klassifiziert[29], nicht die Zukunft opfern werde. Ich nehme es auf mich, ganz ruhig von ihnen als der nicht Gescheitere bezeichnet zu werden.

Der Kampf geht weiter!

Sie haben uns den Kampf aufgezwungen, den wir weiterführen in der Überzeugung, daß das breite Fundament, das wir für die Zukunft geschaffen haben, nicht zerstört werden kann, es sei denn, wir würden es selbst zerstören. Ich habe dabei diese unbedingte Einsicht, daß das *deutsche Bürgertum* einmal diese heutige Zeit *bereuen* wird. Man könnte sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun[30]. Sie können es nicht ertragen, daß Millionen Deutsche, die früher im anderen Lager standen, nun zu Nationalsozialisten geworden sind. Sie müßten eigentlich uns allen dankbar dafür sein, daß wir diese Bewegung geschaffen haben, und sie müßten mir dankbar sein, daß ich der Fürsprecher für Millionen kleiner Deutscher geworden bin, denn die Geistigkeit der oberen Zehntausend findet immer eine Möglichkeit, sich durchzusetzen und ihre Interessen wahrzunehmen, aber die *Millionen kleiner Menschen* bluten schwer. Die Bürgerlichen müssen froh sein, heute als *Fürsprecher* einen *deutschen* Mann gefunden zu haben und *nicht einen internationalen Juden.*

---

27 Vgl. Dok. 10, Anm. 9.

28 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.

29 Gemeint ist die 1812 entstandene Bekenntnisdenkschrift von Carl von Clausewitz (1780-1831), mit der er seine Abkehr von Preußen und den Eintritt in russische Dienste rechtfertigte. Darin griff Clausewitz diejenigen an, die bereit waren, "das System der Feigheit öffentlich zu bekennen und die verpesteten Grundsätze desselben täglich zu predigen". Druck: Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

30 Vgl. Dok. 10, Anm. 14.

Wir haben einen schweren Kampf vor uns. Wir werden diesem Kampf nicht ausweichen. Eine Versicherung gebe ich Ihnen, daß ich diesen Kampf weiter fortführen werde für die Volksgemeinschaft. Das Ende und das Ziel kann der Erfolg sein, oder die Vorsehung entscheidet anders.

Verlassen werde ich mein Werk nie, und es kann sich mir entgegenstemmen, was sich entgegenstemmen will. Ich glaube, daß diese Kraft der deutschen Nation aus Treue, aus Hingabe, aus Opfersinn und aus fanatischer Liebe doch am Ende alle Widerstände überwinden wird. (Beifall.)

So wird ein neues Deutschland entstehen. Ich respektiere die Geistigkeit der oberen Zehntausend und kann mich übrigens mit den Herren jederzeit messen. Ich respektiere sie, ihr Können, ihre Verdienste. Mögen sie auch das deutsche Volk, diese Masse der deutschen Bauern und Arbeiter respektieren, mögen sie erkennen, daß der Geist ohne dieses Fundament der Treue und der Zuverlässigkeit nichts anderes ist als leerer Hauch im luftleeren Raum. Mögen sie endlich einsehen, daß die Zukunft Deutschlands nicht gestaltet werden kann von einer kleinen Vereinigung oder Gesellschaft[31]*, mag sie geistig orientiert sein von oben oder nur ausgehen von diesem einen gesunden Fundament. Es muß sich aufbauen aus der Volksgemeinschaft, aus Arbeitern, Bauern, dem Mittelstand, aus unserer Bevölkerung. Das ist unser Glaubensbekenntnis, von dem wir nie lassen und für das wir kämpfen, jetzt und in aller Zukunft, bis aus ihm heraus das wird, was wir alle ersehnen,*

das Deutsche Reich der Kraft und Stärke und der Macht und darum auch der Herrlichkeit.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

3. November 1932 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kassel[1]

Hessische Volkswacht vom 5./6.11.1932, "Adolf Hitlers Rede im Kasseler Riesenzelt 'Ich will die deutsche Volksgemeinschaft'" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 56.

---

31 Vgl. Dok. 6, Anm. 10, Dok. 55, Anm. 24, 25.

1 Im Zelt an der General-Scheffer-Straße, nach 22.40 Uhr. An der von Gauleiter Karl Weinrich eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben des *Hessischen Kuriers* etwa 40.000 Menschen teil (*VB*: 50.000). Vor Hitlers 50minütiger Rede sprach MdL Roland Freisler. Die Eintrittspreise waren von 50 Pfennig bis 10 RM gestaffelt. Die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger mußte bei etwa 100 Ohnmachtsanfällen Hilfe leisten. Die Strecke von Hannover nach Kassel legte Hitler bis Göttingen mit der Bahn zurück, wo ihn seine Autokolonne erwartete. Hitler übernachtete im Hotel *Schirmer* und setzte seine Wahlkampfreise am nächsten Tag gegen 14.00 Uhr fort.

2 Vgl. auch Hessischer Kurier vom 5.11.1932, "Hitler war in Kassel"; Kasseler Neueste Nachrichten vom 4.11.1932, "Hitlers zweiter Besuch in Kassel"; Kasseler Post vom 4.11.1932, "Die Hitler-Kundgebung in Kassel"; Kasseler Volksblatt vom 4.11.1932, "War das alles?"; VB vom 5.11.1932, "In Nebel und Sturm zu den Niedersachsen und nach Kassel" sowie Dietfried Krause-Vilmar, Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel. In: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 13-36, S. 33.

4. November 1932 Dok. 58
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ulm [1]

Ulmer Tagblatt vom 5. November 1932, "Hitler in Ulm"[2].

Von meinen politischen Gegnern wird mir vor allem ein Vorwurf daraus gemacht, daß ich am 13. August [*1932*] *nicht in die Regierung Papen eingetreten* bin[3]. Wenn ich es nicht tat, so gerade, weil ich nicht den reaktionären Kurs mitzusteuern die Absicht hatte. Man konnte von mir nicht verlangen, daß ich meine Unterschrift unter einen fremden Wechsel setze. Mit bedeutungslosen Ministerposten und mit dem Vizekanzleramt, das überhaupt nicht in Erscheinung tritt, konnte ich mit nicht abspeisen lassen, auch hatte ich nicht das Bedürfnis als preußischer Ministerpräsident[4] neben Herrn Braun und Herrn Bracht der dritte im Bunde zu werden[5]. Ich brauche die Titel und Ehrenposten der Republik nicht: Ich habe mir einen Namen geschaffen, der mehr wert ist als alle diese Titel.

Im Verlauf seiner Rede kam Hitler auch auf den *Verkehrsstreik in Berlin*[6] zu sprechen: Die heutigen Machthaber sollen es einmal den Arbeitern vormachen, wie man mit 70-90 [*R*]M im

---

1 In der Max-Eyth-Halle, von 20.00 bis 21.00 Uhr. An der von Kreisleiter Eugen Maier eröffneten Versammlung nahmen laut *Ulmer Tagblatt* etwa 14.000 bis 15.000 Menschen teil (*VB*: 30.000). Nach Hitler sprach MdR Wilhelm Dreher. Der *Schwäbische Volksbote* berichtete: "Die Besucher der Versammlung haben dem auf der Eintrittskarte vermerkten Wunsch der Parteileitung, 'beim Einmarsch Hitlers keine Blumen zu werfen', streng Folge geleistet." Hitler war am frühen Nachmittag auf dem Flugplatz Schwaighofen eingetroffen. Der Bahnhofsplatz vor dem Hotel *Russischer Hof*, wo Hitler abgestiegen war, mußte zweimal polizeilich geräumt werden. Der für den Abend geplante Weiterflug nach München wurde wegen Nebels auf den folgenden Vormittag verschoben.

2 Vgl. auch Donauwacht vom 5.11.1932, "ER war da!"; Schwäbischer Volksbote vom 5.11.1932, "Hitlerversammlung"; Ulmer Sturm vom 5./6.11.1932, "Adolf Hitler in Ulm"; VB vom 6./7.11.1932, "'Herr von Papen machen Sie es doch dem deutschen Arbeiter vor, wie er mit 70 Mark monatlich mit seiner Familie leben soll'". Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 19.11.1932, "Die neue Parole: Der Kampf wird fortgesetzt! Adolf Hitler".

3 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

5 Vgl. Dok. 35, Anm. 14, Dok. 45, Anm. 9.

6 Der Berliner Verkehrsstreik vom 2. bis 8.11.1932 legte fast den gesamten Verkehr der Reichshauptstadt lahm. Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) hatte, gestützt auf die Notverordnung vom 5.9.1932 (vgl. Dok. 5, Anm. 3), zum 1.11.1932 Kürzungen des Stundenlohns zwischen 14 und 23 Pfennig angekündigt, Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Arbeitnehmer des öffentlichen und des Personen- und Warenverkehrs hatten jedoch zu einer Einigung auf eine Kürzung um lediglich 2 Pfennig geführt. Die kommunistisch dominierten Einheitsausschüsse der Belegschaft setzten trotzdem eine Urabstimmung sämtlicher BVG-Arbeiter am 2.11. durch, bei der zwar 75% der Abstimmenden, aber nicht der Stimmberechtigten, wie die Gewerkschaftssatzung notwendig machte, für einen Streik stimmten. Dennoch bestellte die Delegiertenkonferenz der Einheitsausschüsse am gleichen Abend gegen den Willen der Gewerkschaft eine Streikleitung, der neben der federführenden kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) auch Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) angehörten. KPD und NSDAP organisierten gemeinsam betriebsfremde Streikposten, die gewalttätig Streikbrecher bekämpften. Am 3.11.1932 erreichte die BVG die behördliche Zwangsschlichtung, die das Ergebnis der Tarifverhandlungen bestätigte. Am 5.11. wurden die ersten Arbeiter entlassen. Nach der Reichstagswahl bröckelte die Streikfront, so daß die Zentrale Streikleitung am Abend des 7.11. den Streik für beendet erklärte. Die NSDAP schloß sich erst am folgenden Tag an. KPD und NSDAP warfen sich in der Folge gegenseitig Streikbruch vor und versuchten, ihre Zusammenarbeit her-

Monat leben kann[7]. Im Ruhrgebiet erhalten die Arbeiter unter Berücksichtigung der Abzüge vielfach wöchentlich keine 15 [*R*]M[8]. Wundert man sich da noch, wenn die Masse sagt, da tun wir nicht mehr mit, nicht weil wir nicht wollen, sondern weil es sich schlechterdings mit einem solchen Einkommen nicht leben läßt.

13 Jahre lang hat die Verfassung einen Sinn gehabt, nämlich so lange, als man mit ihr die Nationalsozialisten zügeln zu können glaubte. Nach der Wahl von 230 Nationalsozialisten in den Reichstag entdeckte man dann plötzlich, daß die Verfassung nicht mehr taugt. Noch immer wollen meine Gegner nicht glauben, daß die 13 Millionen Nationalsozialisten[9] vielleicht die letzte Sammlung eines deutschen Willens, einer deutschen Zuversicht und eines deutschen Vertrauens sind.

Wenn Reichskanzler von Papen die Frage aufwirft, wie ich dazu komme, die Führung von einer neuen Regierung zu beanspruchen, so ist wohl die Gegenfrage berechtigt: Wie kommen Sie, Herr von Papen, dazu, mir diese Führung zu verweigern? Ohne meine 13jährige unermüdliche Aufbauarbeit hätte die Regierung Papen überhaupt nicht in Erscheinung treten können. Die jetzige Regierung beruft sich auf eine göttliche Ordnung[10]; diese Ordnung ist nicht im Himmel, sondern in Berlin gemacht worden und ihre Schöpfer waren keine Heiligen, sondern sehr kleine Politikaster. Der bisherige Erfolg ist außenpolitisch eine rettungslose Isolierung[11], innenpolitisch heillose Verwirrung, wirtschaftspolitisch eine große Enttäuschung, mit der Aussicht auf eine noch größere Wirtschaftskatastrophe. Wenn man Deutschland wiederaufbauen will, darf man nicht oben *beginnen*, sondern muß zuerst einen neuen einheitlichen Volkskörper schaffen. Wie die Zersetzung seinerzeit von einem kleinen Krankheitsherd ausging und immer weitere Kreise ziehend allmählich das ganze Volk erfaßte[12], so konnte eine Gesundung nur von einem kleinen entschlossenen Häuflein aus einsetzen, und erst wenn dieses Häuflein zu einer Schar von 30 bis 40 Millionen angewachsen sein wird, kann ein neues Deutschland ge-

---

unterzuspielen. Vgl. Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt a. M. 1994.
Goebbels notierte am 4.11.1932 in seinem Tagebuch: "Die bürgerliche Presse hat die Lüge erfunden, daß ich diesen Streik ohne Wissen und Willen des Führers vom Zaune gebrochen habe, um die Partei in bolschewistisches Fahrwasser hinüberzuleiten, dabei stehe ich mit dem Führer in stündlicher, telephonischer Verbindung. Er billigt meinen Standpunkt in jeder Beziehung." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 270.

7 Der durchschnittliche tarifliche Barverdienst eines Arbeiters in der verarbeitenden Industrie betrug im Oktober 1932 etwa 117 RM im Monat bei einer Wochenarbeitszeit von 41,5 Stunden. Die "Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5.9.1932 (vgl. Dok. 5, Anm. 3) erlaubte jedoch bei gleichzeitiger Neueinstellung Lohnkürzungen zwischen 10% und 50%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 273; Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 98.

8 Der durchschnittliche Barverdienst eines Bergarbeiters (Leistungslohn, Zuschläge für Überarbeit, Hausstands- und Kindergeld) betrug im 4. Quartal 1932 36,8 RM pro Woche, wobei Kürzungen bis 50% möglich waren (vgl. Anm. 7). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 265 sowie Rudolf Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, Berlin 1986, S. 435 ff.

9 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.

11 Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

12 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse in Deutschland.

schaffen werden. Man müßte dafür dankbar sein, daß es uns schon jetzt gelungen ist, viele Millionen Deutsche so weit zu bringen, daß sie einen deutschen Mann anstelle eines internationalen Juden (gemeint ist wohl Marx) zu ihrem Fürsprecher gemacht haben. Aus den 13,7 Millionen Nationalsozialisten müssen aber 30 bis 40 Millionen werden und zuletzt muß die ganze Nation in diese Gemeinschaft hineinwachsen. Aus diesem Grunde wird man niemals erleben, daß mich die Herren von Papen und Hugenberg erweichen oder mürbe machen. Man sagt zwar, der Gescheitere gibt nach, Herr Hugenberg, ich bin ja angeblich nicht der Gescheitere [13], nachgeben tue ich nicht! [14]

5. November 1932 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

Masch. Manuskript o. D. [2]; BA, NS 26/58 [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich glaube ja, daß in diesen Tagen mir der große Teil derjenigen, die vielleicht vor 6 bis 8 Wochen glaubten, mit meiner Entscheidung unzufrieden sein zu müssen [4], bereits Abbitte geleistet hat. Ich glaube, daß es heute in unserer Bewegung selbst nicht einen Mann mehr gibt, der nicht glücklich ist darüber, daß ich das Schicksal dieser Bewegung nicht verbunden und nicht verknüpft habe mit dem Schicksal des Kabinettes Papen (Bravo!!). Ich glaube, es gibt schon keinen Berufsstand mehr, mag das die Landwirtschaft sein oder die Industrie, der Handel, das Gewerbe, das Kleingewerbe, keinen Berufsstand, der nicht schon aufgewacht ist aus der Hypnose dieser letzten 8 Wochen.

Statt dessen zeigt vielleicht den inneren Zusammenbruch der ganzen Versprechungen und damit auch der Hoffnungen die Häufigkeit, die steigende Häufigkeit der Benützung des Rundfunks durch unsere amtlichen Stellen und die vollkommene Abschließung des Rundfunks von den anderen [5], von den politischen Gegnern. (Pfui!!) Ich kann nur eines sagen. Wenn eine

---

13 Vgl. Dok. 25, Anm. 25.
14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Ausstellungshalle I des Messegeländes, von 15.45 bis 16.30 Uhr. An der von Gauleiter Adolf Wagner eröffneten Versammlung nahmen laut *VB* über 10.000 Menschen teil. Der Polizeibericht stellte fest: "Die Kundgebung ist ruhig verlaufen. Angriffe auf Regierungsmitglieder und dgl. wurden nicht gemacht."
2 Kopf: *"Adolf Hitler in der Ausstellungshalle I am 5. November 1932 zur Reichstagswahl".*
3 Vgl. auch Münchener Zeitung vom 7.11.1932, "Bilder von der Wahl in München"; VB vom 8.11.1932, "Der Abschluß des vierwöchigen Deutschlandfluges des Führers", "Der Führer spricht" sowie Polizeibericht vom 7.11.1932; StA München, Polizeidirektion München 6743.
4 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 40, Anm. 7.

Regierung es nötig hat, fast jeden Tag im Rundfunk zu reden[6], und nicht den Mut besitzt, ihre Gegner, die sie damit angreift, überhaupt auch nur zu Worte kommen zu lassen, dann ist das traurig genug. Ich stünde dem Herrn von Papen, wahrhaftiger Gott, im Rundfunk schon zur Verfügung[7]. Ich würde dann zur deutschen Nation reden, und es würde sich zeigen, wer sich etwa das Vertrauen der Millionenmassen unseres Volkes erringt.

Wenn heute überhaupt noch gegen die Partei der Vorwurf erhoben wird, sie hätte eine Stunde, die historische Stunde, versäumt[8], dann ist dieser Vorwurf jetzt leicht zu entkräften, selbst wenn die deutschnationalen Herren, die jetzt als einzige auf weiter Flur stehen, noch immer ununterbrochen ihr Sprüchlein heruntersagen: "Herr Hitler! Warum sind Sie nicht in diese Regierung eingetreten?" Dabei haben sie ja selbst nicht den Mut, diese Regierung zu decken. Sie sagen heute nicht mehr: Was Papen tut, ist immer gut. Sondern sie sagen, was Papen tut, das geht uns nichts an. Wir sind nicht verantwortlich dafür, wir decken das nicht[9]. Nur ich hätte das decken sollen vor 6 Wochen. (Bravo!)

Freilich, sie haben sich getäuscht! Ich trete nicht in eine Regierung ein, um in einer mir absehbaren Zeit wieder auszutreten. Ich hätte aber wohl austreten müssen; denn der Kurs der Regierung ist ein Kurs, den ich nicht decken kann. Und das Ziel ist nicht mein Ziel! Ja, nicht einmal das Ziel derer, die heute regieren. Denn nicht einmal die kommen dorthin, wo sie eigentlich hinkommen wollen! (Bravo!)

Ich höre allerdings nun den einen Einwand: Ja, aber Herr Hitler! Sie hatten doch einflußreiche Stellungen angeboten bekommen. Sie konnten ja dann diesen ihren Einfluß in die Waagschale legen, ihn geltend machen! In die Waagschale hätte ich ihn schon legen können, aber keiner wäre dann dagewesen, der die Waage abgelesen hätte. Die anderen, die haben mich ja nicht eingeladen, damit ich meinen Einfluß durchsetze, sondern damit er gebrochen werde. Man hat es 13 Jahre versucht, 13 Jahre mit der heiligen Verfassung von Weimar, hinter der sie alle standen. Ich erinnere noch an die deutschnationale Presse, die nicht müde wurde, ihren Abscheu über meinen illegalen Fehltritt vom Jahre 1923[10] auszudrücken, und die mir immer wieder die Frage vorhielt, ob wir denn nun auch geläutert wären im Sinne der Weimarer Verfassung, ob wir bereit seien, in Zukunft nur mehr diese Verfassung als des politischen Handelns heiligstes Gesetz anzuerkennen. Nun, ich habe das ja gehalten! Wir sind der Verfassung treu geblieben bis zu dem Tag, an dem wir mit 230 Mandaten in den Reichstag einzogen[11]. Da auf

6 Nach seinem Amtsantritt griff der Reichsminister des Innern, Gayl, auf bereits vorliegende Pläne einer staatsautoritären Rundfunkordnung des Funkreferenten im Reichsministerium des Innern, Erich Scholz, zurück. Mit Erlaß vom 11.6.1932 mußte der Reichsregierung ab 15.6. eine halbe Stunde abendliche Sendezeit bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Die "Stunde der Reichsregierung" diente dazu, "die Öffentlichkeit über [*deren*] Ziele und Absichten zu unterrichten". Die Übertragung erfolgte über alle deutschen Sender. In den am 27.7.1932 erlassenen "Leitsätzen für die Neuregelung des Rundfunks" (vgl. Dok. 40, Anm. 7) wurde andererseits eine "Entpolitisierung des Rundfunks" angestrebt. Druck des Erlasses vom 11.6.1932: Eugen Kurt Fischer, Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens, Berlin 1957, S. 252. Vgl. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, S. 448 f.

7 Vgl. auch Hitlers Schreiben an die *Nordische Rundfunk AG* vom 17.3.1932. Druck: Bd. IV/3, Dok. 51.

8 Vgl. auch Dok. 6, Anm. 6.

9 Vgl. Dok. 55, Anm. 17.

10 Vgl. auch Dok. 28, Anm. 10.

11 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

einmal mußte ich aus allerhöchstem Munde vernehmen, daß die Verfassung keinen Sinn mehr habe, daß jetzt eine göttliche Ordnung entscheide, die wir nicht verstehen und deren Repräsentant Herr Franz von Papen ist.

Meine Volksgenossen! Man hat mich nicht gebeten, um meinen Einfluß geltend zu machen, sonst hätte man mir eine andere Stellung angeboten. Die Deutschnationalen sagten: Sie sollten doch einflußreiche Stellungen bekommen. Für eine deutschnationale Partei ist ein Ministersessel ohne Portefeuille schon eine einflußreiche Stellung. Für mich ist das eine Beleidigung. Ich denke nicht daran, daß ich meinen Namen für einen Titel hergebe. Ich brauche den Titel nicht! Ich will gar nicht Minister sein. Das habe ich nicht nötig. Wenn sie nun aber sagen: Sie sollten doch Vizekanzler sein! Zu welchem Zweck? Als Dekorationserscheinung?? Welche verfassungsrechtlich festgelegten Befugnisse besitzt er?! Gar keine [12]! Er ist nur eine Erscheinung, die dann in Erscheinung tritt, wenn der eigentliche Reichskanzler nicht in Erscheinung tritt, wenn er verreist - dann kommt er gleich wieder zurück, oder wenn er krank ist - und wenn ich Vizekanzler bin, dann wird Herr von Papen sein Leben lang nicht krank. Also ein Amt ohne jeden Sinn und Gehalt. "Ja, aber preußischer Ministerpräsident sollten Sie außerdem noch werden [13]!" Das kommt mir vor wie der billige Jakob draußen auf der Au [14]. Preußischer Ministerpräsident? Sollte ich etwa der Dritte werden im Bunde mit Braun und Severing? Darüber, Herr von Papen, haben Sie gar nicht zu verfügen! Darüber entscheidet der preußische Landtag! Da hätte gewählt werden müssen. Aber dann würden die Deutschnationalen heute dastehen und sagen: Ihr habt euch vom Zentrum zum preußischen Ministerpräsidenten wählen lassen [15]. Und was hieße das dann auch? Sollte ich dann die Rolle des Herrn Braun oder Severing spielen? Die sind glücklich, wenn sie nur einen Titel haben [16].

Ich habe kein Bedürfnis, eine solche Rolle zu spielen, da die Macht tatsächlich beim Reichsminister liegt und die tatsächlichen Pflichten und Möglichkeiten beim Herrn von Bracht! Bracht ist der Beauftragte des Herrn von Papen. Und die anderen Ämter? Ein Luftfahrtministerium [17]?

---

12 Den Posten des Vizekanzlers sah die Verfassung des Deutschen Reichs nicht vor. Der Dritte Abschnitt "Der Reichspräsident und die Reichsregierung" bestimmte mit Artikel 52 lediglich: "Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern", Artikel 56 legte die Kompetenzen fest: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag." Druck: RGBl. 1919, S. 1393 f.

13 Vgl. Dok. 35, Anm. 11.

14 Bezieht sich auf eine populäre Attraktion der Auer Dult, eines seit Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Mariahilfplatz, München, abgehaltenen Jahrmarkts.

15 Die Mehrheitsverhältnisse im preußischen Landtag nach der Wahl vom 24.4.1932 ließen rechnerisch eine Koalition zwischen NSDAP (36,3%) und Zentrum (15,3%) zu. Eine reine Rechtskoalition war wegen des geringen Stimmenanteils der DNVP (6,9%) nicht möglich. Am 11.8.1932 hatte die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag Nationalsozialisten und Deutschnationale zu Verhandlungen über die Wahl eines Ministerpräsidenten eingeladen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Hanns Kerrl hatte bei dieser Gelegenheit Hitler für den Posten in die Diskussion gebracht. Nach der Reichstagsauflösung vom 12.9.1932 (vgl. Dok. 4, Anm. 15) wurden die Gespräche vertagt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 101; Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969, S. 99 ff.

16 Anspielung auf die Stellung der preußischen Staatsminister nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

17 Vgl. Dok. 21, Anm. 14.

Ganz bedeutungslos. Nur eines, das Reichsinnenministerium! Sie dachten hierbei, daß ich mit meinem Namen das deckte, was sie, die anderen dann regieren[18], z. B. die neuen Notverordnungen zur Rettung der Wirtschaft[19], deren geistiger Vater, das sage *ich*, Herr von Papen, trotzdem Herr Goldschmidt war[20]!

Ich könnte aber diese Notverordnungen nicht decken, ich kann sie nicht decken, wenn die Massen heute streiken, ich könnte nicht heute die Verantwortung übernehmen, gegen Menschen vorzugehen, die sagen, wir können um [sic!] 60 Mark im Monat[21] *heute nicht mehr leben. Das kann ich nicht.* (Bravo!)

Die Herren müßten das einmal selbst vorzeigen. Ich glaube nicht, daß man damit die Wirtschaft rettet, wenn man die Gesamtkonsummöglichkeit in Deutschland immer mehr vermindert und einschränkt und nur an eine Sanierung der Banken denkt. Da sehe ich nicht, wie man die Wirtschaft retten soll. Ich könnte auch nicht plötzlich erklären, das an diesem Kabinett gefällt mir, und das andere gefällt mir nicht. Und wenn dann die bürgerlichen Politiker sagen: Dann könnten Sie ja wieder austreten! Das stellt sich ein bürgerlicher Politiker so vor. Darin habe ich keine Übung, heute hineinzugehen und morgen wieder heraus. Ich bin auf diesem Gebiete nicht genügend trainiert.

Ich habe mich in meinem ganzen Leben erst ein einziges Mal für eine politische Ideenbewegung entschieden, und die habe ich ins Leben gerufen, und ich denke gar nicht daran, daß ich das jetzt lasse, um in ein Kabinett einzutreten und morgen wieder heraus. Ich denke gar nicht daran. Daß sie selbst ja alle so wenig politisches Gedächtnis bei sich haben, Herr von Papen [*sic!*]. Wenn man die größte Organisation hinter sich hat, über 13 Millionen Menschen, dann kann man nicht hineingehen und morgen wieder heraus. Diese Bewegung ist ein Faktor der Hoffnung, des Glaubens und der Zuversicht, der letzten Hoffnung! Was diese Bewegung, diese Menschenmasse will, das weiß ich. Man darf sie nur dann einsetzen, diese Bewegung, wenn des deutschen Volkes ganz große Stunde gekommen ist. Die kommt nicht, solange dieses Kabinett regiert!

Der tiefste Grund unseres Verfalles, Herr von Papen, ist kein wirtschaftlicher. Wie sehr Ihre Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft diese wahnsinnig belebt hat, das war vorauszusehen! Und ich habe es vorausprophezeit [*sic!*]. Ich habe tatsächlich Recht behalten, und das in einer Zeit, da viele das nicht zugeben wollten. Das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist folgendes: Herr von Papen hat eine Auffassung, die sich von der unseren abgrundtief unterscheidet, die uns trennt.

Als ich vor 13 Jahren in das politische Leben eintrat[22] - ich kann das in dieser Stadt so leicht aussprechen[23], weil noch so viele Zeugen vorhanden sind -, als ich vor 13 Jahren in das

18 Die Forderung nach dem Innenressort bei den Verhandlungen im August 1932 ging von der NSDAP aus. Vgl. Dok. 15, Anm. 29.

19 Vgl. Dok. 5, Anm. 3.

20 Vgl. Dok. 6, Anm. 9, Dok. 17, Anm. 4.

21 Vgl. Dok. 58, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 28, Anm. 14.

23 Im Sprachgebrach der NSDAP galt München bereits als "Hauptstadt der Bewegung". Offiziell wurde dieser Titel erst am 2.8.1935 verliehen. Vgl. München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 12 ff.

politische Leben eintrat, stand ich im Gegensatz zu der Auffassung der anderen deutschen Politiker, die alle meinten, die staatliche Katastrophe der deutschen Nation könnte und müßte wirtschaftlich eines Tages wieder ausgeglichen werden. Sie sagten: Die Wirtschaft muß nun Deutschland wieder aufbauen. So kam es dann, daß 45 Parteien entstanden[24], die alle ihre Wurzeln im wirtschaftlichen Denken hatten.

Eine Partei sollte den Mittelstand retten, die andere den Handel, das Gewerbe, wieder eine andere das Kleingewerbe, das kleine Handwerk, eine andere wieder den Großgrundbesitz, den Hausbesitz, und eine andere wieder sollte die Interessen der Bauern, die Interessen der Gütler, der Beamten und Angestellten und der Kleinrentner wahren. Das waren alles Gruppen, politische Grüppchen und Vereine, die alle ihr Denken in wirtschaftlichen Wurzeln hatten, in wirtschaftlichen Auffassungen. Die Wirtschaft, hieß es, muß Deutschland wieder aufbauen. Ich stellte mich dem entgegen und sagte:

Die Katastrophe der Wirtschaft wird den Menschen fühlbar werden, weil sie den einzelnen erfaßt. Sie ist aber nicht Beginn des deutschen Unglücks, sondern der Abschluß, das Ende. Der andere Grund liegt im Verbrauche der völkischen Kräfte durch das Zerfließen aller Anschauungen und Grundlagen, einem Verbrauch durch die Atomisierung, durch das Zerreißen unseres ganzen politischen Denkens, damit unseres Willens. Ich sagte, *dieses alte Reich muß zugrunde gehen, denn es hat keine einheitliche Plattform mehr. Bürgertum auf der einen und Proletariat auf der anderen Seite. In einem solchen geistigen Krieg kann auf die Dauer nicht eine staatliche Gemeinschaft bestehen.*

Ich habe damals nun eine Auffassung vertreten, immer vertreten, indem ich für sie kämpfte. Ich sagte: *Man muß, wenn man überhaupt an ein neues Deutschland glauben will, dieses Deutschland von klein auf wieder aufbauen.* Man muß hineingehen in die Masse Menschen unseres Volkes, man muß sich an den Arbeiter wenden, an den Bauern und Bürger und muß versuchen, sie wieder zusammenzufassen, sie auf eine einheitliche Plattform zu bringen. Diese konnte natürlich nicht von den alten Parteien kommen. Ich wußte, daß sich alles gegen mich stellen würde, die Gewohnheiten, die Überlieferungen, die Traditionen. Ich wußte, der Arbeiter wird sagen: "Ich bin 30 Jahre Marxist gewesen und soll jetzt herausgehen." Der Bürger wird sagen: "Ich soll plötzlich meiner ganzen Standeswelt entsagen und soll mich politisch zu anderen hinunterbegeben." Ich wußte, daß der Bauer seine bäuerlichen, der Arbeitgeber nur seine Interessen und der Arbeitnehmer desgleichen in den Vordergrund stellen würden. Ich habe damals auch gesagt, daß man trotz allem diesen Kampf durchführen muß und wenn es noch so schwer sein mag. Man muß beginnen, diese Sammlung der Menschen durchzuführen. Aus 10 müssen endlich hundert sich zu dieser neuen Gemeinschaft bekennen, und die hundert müssen sich auf tausend vermehren, und aus tausend müssen zehntausend entstehen, aus zehntausend hunderttausend und aus hunderttausend eine Organisation und eine immer weiter greifende Bewegung, und daraus muß endlich eine Million werden und dann 10 Millionen, 20 und 30, bis ein neues Reich, eine neue Gemeinschaft des deutschen Volkes als Fundament entsteht.

Nicht von oben herunter kann man konstruieren, nicht von oben herunter diese Verfassung künstlich erfinden, es muß lebendig aus dem Volke heraus diese neue Gemeinschaft, diese neue Verfassung, dieser Staatsgedanke erwachsen, damit das Reich der Zukunft dann nicht mehr so

24 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

wie einst seine Repräsentanz mehr hat in einer dünnen Schicht des Intellektualismus, sondern daß dieses kommende Reich seine Wurzeln hineinerstreckt in die Tiefe des völkischen Erdreichs. Wehe, wenn man meint, daß die Geistigkeit der oberen Zehntausend ein tragfähiges Fundament abgeben könnte! Dazu ist die Geistigkeit dieser letzten und obersten Schicht viel zu beweglich und viel zu unbeständig und viel zu ewig suchend und forschend, als daß man darauf etwas würde bauen können. Sie denkt heute so und morgen anders. Solange die Sonne scheint und Erfolge winken, ist diese Geistigkeit ... *Wenn aber Stürme kommen, wenn Schläge hereinbrechen, dann wird der Geist ermatten. Er sucht dann nach allen möglichen Auswegen. Er ist nicht stabil. Dann tritt die Kraft des primitiven Menschen in Erscheinung, des kleinen Mittelständlers, des Arbeiters, die nicht verstandesmäßig fassen, aber in ihrem Gefühl eine absolut sichere Gewähr für das Bleibende besitzen. Diese breite Masse, die schwer zu erobern ist, weil sie dick- und sturköpfig ist, ist aber in Zeiten der Not ein Boden, auf dem man bauen kann.* Das wollte ich dem Deutschen Reiche der Zukunft geben!

Wir wollen nicht eine dünne Interessentenschicht erobern, sondern Volksgut, Arbeiter, Bauern, Mittelständler, kleines solides Bürgertum aus der breiten ewigen Masse des Volkes, aus der der Wille seine neuen Impulse erhält. Ich habe diese Idee nicht nur theoretisch verkündet, nicht als Theoretiker rede ich, ich habe begonnen und verwirklicht[25]. Es ist wirklich gelungen, die 10 Menschen zu gewinnen, wirklich die hundert zu erwerben, wirklich tausend endlich zu überzeugen und hunderttausend zu fesseln und zu binden und endlich die Million der Bewegung zu sichern, und die Million vermehrte sich auf 6, 10, 14 Millionen.

Wenn heute die Regierung mich einlädt, in ihr Kabinett einzutreten, dann nur unter der Voraussetzung, daß ich das alles nicht nur mitbringen, sondern auch erhalten können muß, ich muß es erhalten können und vermehren, denn das ist Deutschlands Zukunft. (Bravo!!) Daß ihr Verfassungen entwerfen könnt, ich weiß es. Es ist nicht schwer. Daß ihr Reformen von oben in das Volk hineinpflanzen wollt, das haben vor euch auch schon mehrere getan. Aber ihr habt nicht begriffen, daß alles von unten ausgehen muß. Religionen würden auch schwach sein, wenn sie nicht in die breiten Massen des Volkes dringen würden und dort sich verankerten. Das soll die Leistung unserer Bewegung sein, daß sie das Reich der Zukunft tief hineinwurzeln läßt in das Volk, in den kleinen Mann, in die Masse der Arbeiter, der Bauern, der kleinen Angestellten, des kleinen Handwerks, des soliden breiten Mittelstandes. Wenn das in Deutschland einst gewonnen und gerettet ist, dann kann dieses Deutschland niemals mehr stürzen, dann wird es bestehen und wird aus dieser inneren Gemeinschaft und aus dieser inneren Sammlung auch diese innere Befriedigung bekommen und aus ihr diese innere Ruhe und daraus die selbstverständliche Kraft. Es wird dann dieses Deutschland nicht wie jetzt im Intellektualismus zerrissen sein, heute so und morgen so denken, es wird dann selbst wieder wissen, was es will. Dann wird es in sich halten und sturmbeständig sein, dort wo es gebrochen war, weil es nicht von oben herunter konstruiert wurde.

Freilich sagen heute meine politischen Gegner: "Sie wollten alle Macht[26]*! Sie wollen eine politische Religion*[27]*!" Ich will für unser Volk, das weltanschaulich zerrissen ist, eine neue*

25 Vgl. Dok. 10, Anm. 12.

26 Reichskanzler Papen erklärte in seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12.10.1932: "Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, die richtigzustellen ich die Pflicht

Gedanken- und Willensbasis schaffen. Wenn sie mir das zum Vorwurf machen, dann kann ich nur sagen: Warum haben es die anderen nicht getan? Was war denn die Folge davon? Deutschland ist zerbrochen! Nun wollen sie dieses Deutschland aufrichten, indem sie ganz mechanisch und schematisch von oben herunter konstruierte Pläne entwerfen und Notverordnungen der Nation mitteilen, und bilden sich ein, daß sie damit einen Boden gepflanzt haben. Sie haben in Wirklichkeit damit dem Schicksal die Zügel schießen lassen. Leider sind es dabei nicht einmal ihre eigenen Ideen zum großen Teil. Das, was andere logisch gedacht haben, haben sie unlogisch verdorben. Noch nie hat man leichtfertiger gearbeitet als in den letzten 6 Wochen!

Und wenn man mir nun sagt: Herr Hitler, Sie müssen sich unterwerfen, dann kann ich nur sagen: Das Wort "unterwerfen" kenne ich gar nicht. (Bravo!!) Ich kann sturköpfig sein, und ich gehe keinen Zentimeter von meinem Ziele weg. Im Gegenteil! Und wenn die Gegner nun wünschen: Hoffentlich gehen die Nationalsozialisten bei der morgigen Wahl zurück! Jawohl! Damit die bürgerliche Parteifahne wieder steigt und die rote Fahne auf der anderen Seite auch wieder hochgezogen wird! Sie sollten mir dankbar sein für das, was ich geschaffen habe.

Es liegt freilich im Wesen der oberen Geistigkeit, daß der Geist einwirken kann auf die Führung des Staates. Der Arbeitermasse ist das nicht so leicht. Sie sollten mir dankbar sein, daß diese Millionenmasse einen deutschen Mann als Fürsprecher hat und nicht einen internationalen Juden! Weil ich ihre Interessen wahren will, deswegen verurteilen sie mich. Sie sollten glücklich sein, daß diese Interessen überhaupt wahrgenommen werden in einer solchen Zeit wie heute und daß nicht erst eine Katastrophe wieder kommt, in der sinnlos alles wieder zerstört wird.

Wenn mir heute der Arbeiter sagt: Ich kann nicht zu dir kommen, weil du gegen die Klassen bist, und der Bürger sagt: Ich kann zu dir nicht kommen, weil du nicht meine Standesauffassungen vertrittst, dann sage ich ihnen: "Ihr werdet, wenn ihr euch nicht gütig einigt, mit Gewalt euch einigen müssen, wenn Deutschland zugrunde geht, aber dann in maßloser Not und grauenhaftem Unglück. Ich will, daß man das vermeidet, daß man den Weg geht, der gegangen werden kann und den ich gehen will bis an mein Lebensende."

Es ist so für mich, daß ich nicht mit Männern zusammen arbeiten kann, die sagen, eine Regierung dürfe nicht berührt werden von den Entscheidungen der Zeit. Dann sage ich: Machen Sie Ihre Sache selbst! Es ist vergeblich! Denn wenn man mir vorhält: Wie können Sie verlangen, daß man Ihnen die Führung gibt? Dann sage ich: Wer bringt mehr mit?! Mir erscheint das alles so, als ob jemand ein Geschäft unternimmt und es zugrunde richtet. Ein zweiter Verwandter kommt und richtet es noch mehr zugrunde, ein dritter und vierter, bis endlich das Geschäft bankerott ist. Und nebenbei ist einer, der langsam einen Namen bekommt, der kreditwürdig ist, und nun kommen die anderen und sagen: Du mußt in unser Geschäft eintreten. Du darfst aber an sich nichts haben! Aber deine Unterschrift brauchen wir! Du mußt die Bürgschaft hinterlegen mit deinem Namen und mit dem, was du hast! 13 Jahre habt ihr alles verwirtschaftet, und ich

---

habe, wenn die NSDAP behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sei bereit gewesen, auch noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regierung zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgendetwas geändert?" Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 754-764, S. 762.

27 Vgl. Dok. 15, Anm. 16. Zur "politischen Religion" der NSDAP vgl. Uriel Tal, "Political Faith" of Nazism Prior to the Holocaust, Tel Aviv 1978.

habe in der Zeit etwas aufgebaut. Das, was ich in 13 Jahren aufgebaut habe, das würdet ihr in 13 Monaten wieder vernichten. Wenn ihr meinen Namen wollt, dann müßt ihr auch meine Verwaltung wollen. Nein, das tue ich nicht! Und wenn Herr von Papen dann sagt: Dann werden Sie eben nie zur Regierung kommen. Das wollen wir dem lieben Gott überlassen. Diese göttliche Ordnung, in der er lebt, die kenne ich[28]. Die stammt nicht vom Himmel, die stammt aus Berlin!! Die Männer sind mir ganz genau bekannt. Sie werden sehen, sie werden elendiglich zugrunde gehen. Deutschland wird dann um eine tiefe Enttäuschung reicher sein.

Wir gehen morgen in den Kampf hinein, vor uns das große Ziel unserer Bewegung, dem Deutschen Reich der Zukunft das deutsche Volk zu erobern. Und wenn Herr von Papen sagt: Wir stehen über den Entscheidungen der Zeit[29], dann muß ich sagen: "Ich stehe mitten drinnen! Ich habe mir eine Arbeit erkoren, und der bleibe ich treu und dienstbar. Mein Wert liegt darin, daß ich etwas mitbringe für das kommende Deutschland, was andere nicht haben, nämlich eine Millionensumme deutscher Menschen aus allen Berufen und Ständen, Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Bauern und deutscher Handwerker[30], die die anderen nicht haben, die aber wichtig sind für die Zukunft. So sehr ich auch die Bedeutung des Geistes schätze, so sehr wünsche ich, daß der Geist endlich auch das Volk zu schätzen versteht!" Heil!

5. November 1932 — Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg[1]

Neue National-Zeitung vom 7.11.1932, "Nichts kann uns erschüttern"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 59.

28 Vgl. Dok. 15, Anm. 16.
29 In der Rede am 12.10.1932 führte Papen aus: "Der führende Staatsmann hat die Verpflichtung, über den Tagesstreit hinweg nach den Gründen der Hindernisse zu forschen, die sich dem Ziel der Nation entgegentürmen, die den Weg blockieren, die die Sehnsucht wieder einmal zu trüben versuchen. Der führende Staatsmann hat auch, ohne in den Tagesstreit hinabzusteigen, die Verpflichtung, das festzustellen, was die Nation für ihre Urteilsbildung wissen muß." Druck: wie Anm. 26, S. 762.
30 Vgl. Dok. 10, Anm. 9-11.

1 In der Sängerhalle, abends. An der von Gauleiter Karl Wahl mit einer kurzen Ansprache eröffneten Versammlung nahmen nach Angaben der *Neuen National-Zeitung* etwa 15.000 Menschen teil.
2 Vgl. auch Neue Augsburger Zeitung vom 7.11.1932, "In Augsburg dominiert nach wie vor die Bayerische Volkspartei"; Schwäbische Volkszeitung vom 7.11.1932, "Der Wahlsonntag in Augsburg"; VB vom 8.11.1932, "Der Abschluß des vierwöchigen Deutschlandfluges des Führers" sowie Vorankündigung in der Neuen National-Zeitung vom 5.11.1932.

6. November 1932 Dok. 61
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 8.11.1932[1].

Der schwerste Kampf der Geschichte unserer Partei liegt hinter uns[2].

Ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes ist abgeschlagen worden!

Die Regierung von Papen hat trotz ungeheuerster Versprechungen, trotz Anwendung aller denkbaren Machtmittel, trotz Einsatzes der größten Propaganda-Mittel, des Rundfunks[3], fast der gesamten Presse, trotz Zeitungsauflagen[4] usw., eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhang unfassen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. *90 Prozent lehnen sie ab*!

Für uns ist der Ausgang dieser Wahl klar:

Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung!

Die nächsten Wochen und Monate werden dabei unser bester Bundesgenosse sein! Sie werden nicht nur durch die steigende wirtschaftliche Not die Einsicht unseres Volkes verstärken, sondern auch die Erkenntnis vertiefen, daß unsere nationalsozialistische Warnung, das Regiment von Papen und die dadurch neubelebten bürgerlichen Parteien trieben Deutschland immer mehr dem Bolschewismus entgegen, richtig ist. Schon diese Wahl hat es bewiesen! Nur dieser Hugenberg-Papenschen Reaktion ist es zuzuschreiben, wenn nunmehr in den Deutschen Reichstag zum ersten Male *hundert Bolschewisten* einziehen!

Ich setze damit die Parole für die Haltung der Bewegung genau so eindeutig fest wie nach dem ersten Reichspräsidenten-Wahlgang[5]. Sie heißt:

---

1 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 7.11.1932 (AA), "Hitler gegen Kompromisse"; Vorwärts vom 7.11.1932 (AA), "Hitlers Defensive"; Der Jungdeutsche vom 8.11.1932, "Hitler stellt Machtansprüche".

2 Bei der Reichstagswahl am 6.11.1932 entfielen auf die NSDAP 11.737.395 Stimmen (33,1%), die damit 196 Mandate erhielt. Zweitstärkste Partei blieb die SPD mit 7.251.690 Stimmen (20,4%) und 121 Mandaten. Das Zentrum und die BVP erhielten zusammen 5.436.792 (15,3%), die KPD 5.980.614 (16,9%), die DNVP 3.131.674 (8,9%), die DVP 660.889 (1,9%), der Christlich-Soziale Volksdienst 413.224 (1,2%) und die DStP 338.609 Stimmen (1,0%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41 ff.

3 Vgl. Dok. 59, Anm. 6.

4 Bezieht sich auf § 5 der "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen" vom 14.6.1932: "(1) Der verantwortliche Schriftleiter und der Verleger einer periodischen Druckschrift sind verpflichtet, auf Verlangen einer obersten Reichs- oder Landesbehörde amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen. Die oberste Landesbehörde kann die Aufnahme einer Kundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. (2) Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig. (3) Der Reichsminister des Innern kann über die Art und Weise des Abdrucks Vorschriften erlassen; er kann die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, soweit der Abdruck einen bestimmten Umfang überschreitet." Druck: RGBl. 1932, I, S. 297.

5 Vgl. Bd. IV/3, Dok. 47, 48.

Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung dieser teils offenen, teils vertarnten [sic!] Gegner einer wirklichen Wiederauferstehung unseres Volkes!

Keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen!

Ich treffe für die Weiterführung dieses Kampfes daher folgende Anordnungen:

1. Alle organisatorischen inneren Ausbau-Arbeiten der Partei treten ab sofort zurück gegenüber der einen Aufgabe der äußersten Verstärkung unserer Propaganda.

2. Sämtliche Partei-Instanzen treffen sofort alle Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propaganda-Feldzuges.

3. Ehe dieses Regiment und die es deckenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln!

Die genauen Ausführungsbestimmungen für die Durchführung dieser Anordnung gebe ich noch in dieser Woche hinaus[6].

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler

6. November 1932 Dok. 62
"S.A.- und S.S.-Männer!"
Aufruf

VB vom 8.11.1932.

Ich danke allen S.A.- und S.S.-Führern und -Männern für die ungeheuere Arbeit in diesem bisher schwersten Kampf unserer Bewegung[1]. Ich weiß, mit wieviel Opfern und Leid, Sorgen und Entbehrungen Ihr kämpfen mußtet. Ich weiß, daß Ihr selbst überzeugt seid, Übermenschliches geleistet zu haben. Ich weiß, daß viele sich nun nach Ruhe sehnen.

Ich kann dies verstehen, aber ich kann es nicht zugeben[2].

Wir alle glaubten, unser Höchstes getan zu haben. *Wir müssen uns überwinden und noch mehr leisten. Denn der Kampf muß und wird weitergeführt werden, bis unsere Gegner am Ende doch vernichtet sind.*

---

6 Nicht ermittelt. Am 9.11.1932 schrieb Joseph Goebbels in sein Tagebuch: "Nächste Propagandaaktion festgelegt. Am Tage nach dem Burgfrieden beginnt's. Wir werden Papen werfen." Am 18.11.1932 folgte die Eintragung: "Die Regierung hat den Burgfrieden bis zum 2. Januar [*1933*] verlängert. Damit ist unsere geplante Propagandakampagne vorläufig ins Wasser gefallen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 275, 281 sowie Dok. 86 mit Anm. 5.

1 Vgl. Dok. 60, Anm. 2.

2 Am 14.11.1932 notierte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch: "Die Partei muß immer in Atem gehalten werden. Läßt man eine so große Kampforganisation zur Ruhe kommen, dann werden die stärksten Männer schwach. Die wildesten Fanatiker werden dann kleinliche Stänker." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 279.

Ich bestimme daher folgendes:

Die S.A. und S.S. hat sofort im engsten Einvernehmen mit der politischen Propaganda-Leitung der Partei die Arbeit und damit den Kampf erneut aufzunehmen.

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler

6. November 1932 Dok. 63
"An die Leiter der Partei-Organisation u[*nd*] Propaganda"
Aufruf

VB vom 8.11.1932.

Ich danke hiermit den Amtswaltern der Partei, der nationalsozialistischen Frauenschaft [1] und der Hitler-Jugend [2] sowie sämtlichen Rednern und Schriftleitern für die ungeheure soeben geleistete Arbeit.

Der Kampf zur Niederringung unserer Gegner wird sofort wieder aufgenommen. Die Anweisungen hiefür werden noch in dieser Woche ausgegeben [3].

München, den 6. November 1932.

Adolf Hitler [4]

---

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

2 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 eine Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" gegründet worden; am 27.7.1926 folgte die parteiamtliche Anerkennung. Der im Vergleich zu den übrigen Gliederungen der NSDAP eher locker organisierte Jugendverband, in den 1928 sogenannten Schwesternschaften (seit 1930: Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) und 1930 das Deutsche Jungvolk aufgenommen wurden, rekrutierte sich zu 69% aus Arbeitern und Lehrlingen sowie zu 9% aus Arbeitslosen und wurde weltanschaulich stark von sozialrevolutionären Vorstellungen geprägt. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Ca., 1975 sowie Dok. 16, Anm. 8; Dok. 3. Ferner Bd. IV/2, Dok. 59; Bd. V/1, Dok. 90.

3 Nicht ermittelt. Vgl. Dok. 61, Anm. 6.

4 Am 8. und 9.11.1932 traf sich Hitler in München mehrmals mit Goebbels. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 273 ff.

10. November 1932 Dok. 64
Schreiben an Werner Küchenthal

Masch. Schreiben mit hs. Grußformel und Unterschrift; IfZ, MA 1232.

Hiermit erkläre ich, daß ich für die Zeit meiner Beurlaubung [1] auf die Zahlung meiner Dienstbezüge verzichte [2].

Ergebenst
Adolf Hitler

16. November 1932 Dok. 65
Schreiben an Franz von Papen

Masch. Abschrift o. D. des Schreibens vom 16.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihr unter dem 13. November [*1932*] an mich gerichtetes Ersuchen um eine Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse [1] veranlaßt mich, nach reiflicher Überlegung Folgendes zu erwidern:

Ich schließe mich trotz aller Bedenken Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, daß man sich als Führer einer großen Partei dem "augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann" zu einer "Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse" nicht versagen sollte, an. Allein die Nation erwartet von einer solchen Aussprache doch wohl mehr als eine nur *theoretische* Behandlung der augenblicklich sie bewegenden Nöte und Sorgen. Außerdem habe ich meine Auffassung darüber so oft in Wort und Schrift bekanntgegeben, daß Sie Ihnen, Herr Reichskanzler, ohnehin bekannt sein dürften. So gering mir deshalb der Nutzen einer derartigen nur allgemeinen Besprechung zu sein scheint, so groß können die schädlichen Folgen werden. Denn Millionen unserer Volksgenossen erwarten von einer solchen in diesem Augenblick stattgehabten und ihnen bekanntgewordenen Unterredung *positive* Ergebnisse. Und mit

---

1 Vgl. Dok. 23.
2 Vgl. Dok. 23, Anm. 6.

1 In seinem Schreiben bedauerte Papen nochmals Hitlers Ablehnung am 13.8.1932, als Vizekanzler in die Regierung einzutreten, und forderte ihn angesichts der neuen Lage nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 zu neuen Verhandlungen über eine gemeinsame Regierungsbildung auf. Papen betonte, daß er angesichts der kompromißlosen Kommentare der nationalsozialistischen Presse nicht an einen Erfolg dieser Gespräche glaube, erinnerte Hitler aber an seine Verantwortung für Deutschland. Druck: Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 603 f.

Recht. Von Besprechungen der Lage allein wird niemand geholfen. Ich halte daher in diesem Moment eine solche Aussprache nur dann für angezeigt, wenn nicht von vornherein schon das negative Ergebnis feststeht. Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in vier Punkten die Voraussetzungen mitzuteilen, unter denen ein solcher Gedankenaustausch stattfinden könnte.

Punkt 1. *Ich bin nicht in der Lage, zu einer mündlichen Aussprache zu kommen,* sondern bitte, daß, wenn überhaupt ein solcher Gedankenaustausch gewünscht wird, dies *schriftlich* geschieht[2]. Die Erfahrungen über die bisher gehabten und unter Zeugen stattgefundenen mündlichen Unterredungen haben gezeigt, daß das Erinnerungsvermögen der beiden Parteien nicht zu einer gleichen Wiedergabe des Sinnes und des Inhaltes der Verhandlungen geführt hat[3]. Sie schreiben gleich eingangs Ihres Briefes, daß Sie, Herr Reichskanzler, einst zur Durchführung Ihres Auftrages, eine möglichst "weitgehende Konzentration aller nationalen Kräfte herbeizuführen", die Unterstützung des Präsidialkabinetts durch die N.S.D.A.P. zugesichert erhalten hätten. Tatsache ist, daß ich im Beisein des Hauptmann Göring[4] auf eine Bemerkung, daß nach den Wahlen eine Umbildung des Kabinetts vorgenommen werden könnte, erklärte, ich würde dies gar nicht fordern, wenn die Regierung ihrer nationalen Aufgabe gerecht würde[5]. Ein mir in den gleichen Tagen übermitteltes Ansinnen, eine schriftliche Tolerierungserklärung abzugeben, habe ich sofort zurückgewiesen mit der Betonung, daß dies selbstverständlich gar nicht in Frage kommen könne[6]. Es sei unmöglich, von mir die Ausstellung einer Blankovollmacht für Herren zu verlangen, die mir zum Teil persönlich, auf alle Fälle aber politisch unbekannt wären. Schon die in den ersten sechs Wochen ergriffenen wirtschaftlichen und politi-

2 Am 11.1.1932 hielt Joseph Goebbels in seinem Tagebuch fest: "Wichtig ist auch, daß wir uns selbst keine Illusionen machen und unter gar keinen Umständen in einen zweiten 13. August hineinschlittern. Wir dürfen uns überhaupt nicht mehr auf mündliche Verhandlungen einlassen. Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Aber der Führer ist so sicher in der Anwendung seiner taktischen Mittel, daß keiner etwas zu befürchten braucht." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 277.

3 Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

4 Hermann Göring (1893-1946), 1912 preußischer Leutnant, 1915 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, Abschied als Hauptmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Flucht ins Ausland, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930 politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern/preußischer Innenminister, 1933-1945 preußischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichskommissar für den Luftverkehr/Reichsminister für Luftfahrt, 1933 General, 1934-1945 Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, 1935-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936-1942/44 Beauftragter für die Durchführung der Vierjahresplans, 1937/38 Reichswirtschaftsminister, 1938 Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 29.4.1945 Enthebung von allen Ämtern, 1946 Verurteilung zum Tode, Selbstmord.

5 Am 30.5.1932 um 18.15 Uhr waren Hitler und Göring in Berlin von Reichspräsident Hindenburg empfangen worden, wobei sich Hitler bereit erklärte, die von Franz von Papen neuzubildende Reichsregierung zu unterstützen, wenn Neuwahlen ausgeschrieben und das SA-Verbot aufgehoben werde: "Grundsätzlich seien er und seine Bewegung auf dieser Grundlage zur Mitwirkung bereit, ohne daß er für die personelle Zusammensetzung des Reichskabinetts Bedingungen stelle." Vgl. Aktennotiz von Staatssekretär Otto Meißner über die Besprechungen des Reichspräsidenten über die Regierungsbildung am 30./31.5.1932. Druck: Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 320-323, S. 321.

6 Vgl. Bd. V/1, Dok. 80.

schen Maßnahmen[7] dieses Kabinetts haben dieser meiner vorsichtigen Zurückhaltung Recht gegeben!

Wie sehr mündliche Besprechungen zu irrigen Meinungen verleiten können, geht ja auch aus der von Ihnen, Herr Reichskanzler, seither verschiedentlich aufgestellten Behauptung hervor, ich hätte seinerzeit die *gesamte Macht* gefordert, während ich tatsächlich nur die Führung beanspruchte. Sie selbst sollten ja dem neuen Kabinett als Reichsaußenminister angehören, General Schleicher[8] als besondere Vertrauensperson des Herrn Reichspräsidenten Reichswehrminister sein und außer dem Reichsinnenminister und zwei bzw. höchstens drei politisch gänzlich belanglosen Ministerien sollte alles teils von bereits amtierenden, teils durch Besprechung mit den vorgesehenen Parteien zu bestimmenden Männern besetzt werden. Sie, Herr Reichskanzler, haben nun unsere damals mehr als bescheidene Forderung so mißverständlich gedeutet, daß ich gewitzigt durch diese Erfahrungen nicht mehr gewillt bin, von der einzig sicheren Methode einer schriftlichen Behandlung solcher Fragen abzugehen. Ich muß dies um so mehr, als ich gegenüber den sogenannten amtlichen Darstellungen ohnehin machtlos bin. Sie, Herr Reichskanzler, haben die Möglichkeit, Ihre Auffassung über eine Unterhaltung nicht nur durch den von Ihnen allein mit Beschlag belegten Rundfunk dem deutschen Volke mitzuteilen[9], sondern durch das Auflageverfahren[10] sogar den Lesern meiner eigenen Presse aufzuoktroyieren. Diesem Verfahren gegenüber bin ich vollständig wehrlos.

Sollten Sie daher, Herr Reichskanzler, gewillt sein, unter Berücksichtigung der anderen drei Punkte in eine Aussprache einzutreten, dann bitte ich, mir schriftlich Ihre Auffassungen bezw. Ihre Anfragen übermitteln zu wollen, die ich dann in gleicher Weise schriftlich beantworten werde.

Punkt 2. Das Eintreten in eine solche Aussprache hat nur dann einen Sinn, wenn Sie mir, Herr Reichskanzler, vorher Aufklärung darüber zu geben bereit sind, inwieweit Sie sich nun tatsächlich als führender deutscher Staatsmann auch ausschließlich verantwortlich fühlen und ansehen. Ich bin unter keinen Umständen gewillt, das Verfahren des 13. August [*1932*] an mir wiederholen zu lassen. Denn es ist in meinen Augen nicht angängig, daß der "verantwortlich führende deutsche Staatsmann" in irgendeinem Moment der Verantwortung eine Teilung seiner Verantwortlichkeit vornimmt. Ich stütze mich hierbei auf den Passus Ihres Briefes, in dem Sie selbst neuerdings von Gründen sprechen, die die Entscheidung des 13. August [*1932*] herbei-

7 Bezieht sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14.6.1932, die unter anderem Einschränkungen bei der Arbeitslosenhilfe und anderen Sozialleistungen ermöglichte. Druck: RGBl. 1932, I, S. 273 ff.
In seinem Tagebuch notierte Joseph Goebbels am 15.6.1932: "Das Kabinett hat seine erste Notverordnung erlassen. Sie ist scharf kapitalistisch und trifft vor allem die Armen hart. Dagegen gibt's nur Kampf. Eine weitere Tolerierung ist nun ausgeschlossen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 186.

8 Kurt von Schleicher (1882-1934), 1900 preußischer Leutnant, 1913 Hauptmann in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1918/19 Chef der politischen Abteilung in der OHL, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Major, 1919-1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt/Reichswehrministerium, 1926 Oberst, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium, 1929 Generalmajor, 1929-1932 Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, 1931 Generalleutnant, 1932 General, 1.6.1932 bis 28.1.1933 Reichswehrminister, 3.12.1932 bis 28.1.1933 Reichskanzler, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

9 Vgl. Dok. 59, Anm. 6.

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 4.

geführt hätten und die fortbestünden, wobei Sie wieder einfügen, daß Ihre Person dabei keine Rolle spielen würde! Herr Reichskanzler, ich darf hier einmal für immer folgendes feststellen: Genauso wie ich mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung für die politischen Entschlüsse der Partei, solange ich ihr Führer bin, grundsätzlich verantwortlich fühle, genauso sind Sie grundsätzlich verantwortlich für die politischen Entschlüsse der Reichsführung, solange Sie Reichskanzler sind. Aus dieser Überzeugung heraus habe ich Sie auch am 13. August angesichts des Scheiterns unserer Besprechung gebeten, die Verantwortung hiefür selbst zu übernehmen und nicht den Herrn Reichspräsidenten damit zu belasten. Ich erklärte Ihnen, daß ich infolge Ihrer Versicherung der Unmöglichkeit einer Erfüllung unserer Forderungen, deren Gründe beim Reichspräsidenten liegen sollten, selbstverständlich es ablehnen müsse, bei diesem dann überhaupt vorzusprechen. Ich sagte Ihnen, daß solange ein Reichskanzler die politische Verantwortung trage, derselbe auch verpflichtet wäre, seinen Souverän [*sic!*] - einerlei, ob dies nun ein König oder ein Präsident sei - zu decken. Auf Ihre Frage, wie ich mir dies vorstellte, schlug ich Ihnen vor, ein amtliches Communiqué auszugeben des Inhalts, daß zwischen Ihnen, Herr Reichskanzler, und mir als dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine Besprechung über eine Umbildung der Reichsregierung stattgefunden habe, die ergebnislos verlaufen und deshalb abgebrochen worden sei.

Denn da ich nun schon einmal im Reichspräsidenten-Wahlkampf als Konkurrent aufgetreten war [11], schien es mir gerade der Millionenmasse meiner eigenen Anhänger gegenüber nicht richtig zu sein, im Falle der nunmehr zu erwartenden Ablehnung meiner Person, den Reichspräsidenten selbst irgendwie in Erscheinung treten zu lassen. Sie waren der verantwortlich führende Politiker des Reiches [12] und Sie mußten gerade in diesem Fall meiner Überzeugung nach erst recht die Verantwortung übernehmen. Außer Ihr Gewissen hätte dies nicht zugelassen und dann wären Sie verpflichtet gewesen zu demissionieren. Leider waren Sie nicht zu bewegen, diesen Ihnen zukommenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich habe den meinen getragen. Statt dessen gelang es Ihrer Kanzlei, durch eine List - entgegen meinem Wunsch und der mir von Ihnen gegebenen Erklärung - mich dennoch zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu locken. Das Ihnen vorher genau bekannte Ergebnis mag in Ihren Augen Sie vielleicht einer Verantwortung enthoben haben; ich wurde jedenfalls dadurch nicht vernichtet, der 85jährige Herr Reichspräsident aber dafür in den Tagesstreit gezogen und mit einer schweren Verantwortung beladen! Ich möchte nicht noch einmal eine Wiederholung dieses Spieles erleben. *Ich bin daher nur dann gewillt, in einen solchen schriftlichen Gedankenaustausch über die deutsche Lage und die Behebung unserer Not einzutreten, wenn Sie, Herr Reichskanzler, erst eindeutig Ihre ausschließliche Verantwortung für die Zukunft festzulegen bereit sind.*

---

11 Im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 hatte Hitler bei 86,2% Wahlbeteiligung 11.339.446 Stimmen (30,1%) erhalten, der amtierende Reichspräsident Hindenburg 18.651.497 (49,6%), der Kandidat der KPD, Ernst Thälmann, 4.983.341 (13,2%), der Kandidat des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, 2.557.729 (6,8%) und der Kandidat Gustav Adolf Winter 111.423 (0,3%). Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 10.4.1932 waren für Hitler 13.418.547 (36,8%), für Hindenburg 19.359.983 (53%) und für Thälmann 3.706.759 (10,2%) Stimmen abgegeben worden. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 46.

12 Artikel 56 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 legte unter anderem fest: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung." Druck: RGBl. 1919, S. 1394.

Punkt 3. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, mir mitzuteilen, zu welchem Zwecke eine Einbeziehung der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt gewünscht wird. Wollen Sie mich und damit die nationalsozialistische Bewegung dafür gewinnen, das - wie Sie in Ihrem Briefe schreiben - von der Reichsführung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen, so ist auch darüber jede schriftliche Diskussion unwesentlich, ja überflüssig. Ich will und kann ja kein Urteil abgeben über das, was die Regierung als Programm ihres Wollens ansieht, da mir selbst bei genauester Überlegung dieses Programm nie ganz klar geworden ist. *Allein, wenn es sich um eine Fortsetzung der bisher betätigten inneren, äußeren und wirtschaftspolitischen Maßnahmen handeln sollte, dann muß ich jede Unterstützung der nationalsozialistischen Partei hierfür versagen, denn ich halte diese Maßnahmen teils für unzulänglich, teils für undurchdacht, teils für völlig unbrauchbar, ja sogar gefährlich.*

Ich weiß, Sie sind einer anderen Meinung, Herr Reichskanzler, aber ich halte die praktische Tätigkeit Ihrer Regierung schon jetzt für eine zumindest als *erfolglos* erwiesene.

Punkt 4. Herr Reichskanzler, Sie sprechen in Ihrem Brief davon, daß durch den 6. November [*1932*] eine "neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte" geschaffen wurde[13]. Ich darf Ihnen eingestehen, daß mir der Sinn dieser Ihrer Andeutung gänzlich unklar ist. Ich habe die Auffassung, daß sich diese Möglichkeit durch die Auflösung des Reichstages am *12.* September [*1932*][14] natürlich nur verschlechtert hat; denn das Ergebnis ist auf der einen Seite eine unerhörte Stärkung des Kommunismus, auf der anderen eine Neubelebung kleinster Splitterparteien ohne jeden praktischen politischen Wert. Die Bildung einer irgendwie politisch tragfähigen Plattform im deutschen Volk ist damit parteimäßig nur noch denkbar unter Einschluß der Deutschnationalen - und der Deutschen Volkspartei. Denn den von Ihnen anscheinend gehegten Plan einer Einbeziehung der S.P.D. lehne ich von vorneherein ab. Nun hat, wie Sie, Herr Reichskanzler, ja selbst wissen, gerade der Führer der Deutschnationalen Volkspartei vor der Wahl auf das Unzweideutigste jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat und als nationales Verbrechen gebrandmarkt[15]. Ich glaube nicht, daß Herr Geheimrat Hugenberg nun plötzlich so charakterlos werden könnte, nach der Wahl zu tun, was er vor der Wahl so scharf verurteilte. *Damit aber erscheint mir Ihr Versuch, Herr Reichskanzler, solange unklar und damit ebenso zeitraubend wie zwecklos, als Sie mir nicht mit-*

13 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

14 Vgl. Dok. 4, Anm. 14.

15 Bezieht sich wahrscheinlich auf ein Schreiben des Vorsitzenden der DNVP, Alfred Hugenberg, an Hitler vom 20.3.1932, das am 22.5.1932 in den *Eisernen Blättern* veröffentlicht worden war, in dem dieser ausführlich die Gründe der DNVP darlegte, Hitlers Kandidatur im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht zu unterstützen. Unter anderem schrieb Hugenberg: "Ich habe auf meine Briefe vom 9. und 11. September 1931 nie Antwort erhalten. Wir haben uns schon früher darüber ausgesprochen: Ihr Grundsatz, zwecks Verhütung von Fehlleitungen und Mißbrauch Briefe im allgemeinen nicht zu beantworten, erschwert die Zusammenarbeit sehr. In dem fraglichen Falle haben Sie mir später als Grund der Nichtbeantwortung angegeben, daß ich Ihnen in meiner Antwort die beleidigende Möglichkeit eines Verlassens Ihres in erster Linie nationalen Kurses unter Annäherung an das Zentrum zugetraut hätte. Das ist eine mißverständliche Zuspitzung. Ich habe vielmehr die Unmöglichkeit einer solchen Entwicklung unter Berufung auf Ihre eigenen Ausführungen scharf betont und halte an dieser Überzeugung auch heute fest." Druck: Das Ende der Parteien, S. 627 ff. Vgl. auch Dok. 25, Anm. 25.
Zur Auseinandersetzung zwischen DNVP und NSDAP im Novemberwahlkampf vgl. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien, S. 543-621, S. 560 ff.

zuteilen in der Lage sind, daß Herr Hugenberg sich nunmehr doch eines anderen besonnen hat.

Diese vier Punkte, Herr Reichskanzler, muß ich als Voraussetzung für einen Meinungsaustausch bezw. einer schriftlich zu führenden Aussprache meinerseits ansehen. Zuzustimmen oder abzulehnen, liegt bei Ihnen.

Am Schluß darf ich Ihnen noch versichern, Herr Reichskanzler, daß mich der Wahlkampf mit keinerlei nachtragender Bitternis erfüllt. Ich habe in den 13 Jahren meines Kampfes für Deutschland soviel an Verfolgungen und persönlichen Angriffen zu erdulden gehabt, daß ich allmählich wirklich lernte, die große Sache, der ich diene, über das armselige eigene Ich zu stellen. Das Einzige, was mich mit Bitternis erfüllt, ist, zusehen zu müssen, wie unter der wenig glücklichen Hand Ihrer Staatsführung, Herr Reichskanzler, von Tag zu Tag von einem nationalen Gut vertan wird, an dessen Schaffung ich vor der deutschen Geschichte einen redlichen Anteil besitze. *Dieser Verbrauch an nationalem Hoffen, Glauben und Vertrauen in die deutsche Zukunft ist es, der mich mit Schmerz und Gram erfüllt, allerdings auch stählt in meinem Entschluß, unverrückbar auf den Forderungen zu bestehen, die meines Erachtens allein unsere Krise überwinden können.*

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler,

Ihr

ergebener

gez. Adolf *Hitler*[16]

N.S.

Da mir mitgeteilt wurde, daß von dem Inhalt Ihres Schreibens, Herr Reichskanzler, General von Schleicher Kenntnis erhielt, erlaube ich mir, diesem auch meinerseits eine Abschrift der Antwort zuzuleiten.

---

16 In der Ministerbesprechung vom 17.11.1932 berichtete Papen über seine Kontakte mit den im Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien und nahm dann zu Hitlers Schreiben Stellung: "Wie den Herren vielleicht bereits bekannt sei, habe er, der Reichskanzler, Hitler bereits schriftlich zu einer Besprechung eingeladen (vgl. Anm. 1). Hitler habe hierauf schriftlich geantwortet. Der Reichskanzler verlas sodann die Antwort Hitlers. Er kam zu dem Ergebnis, daß gemäß dieser Antwort eine Unterstützung der außen- und innenpolitischen Ziele des Reichskabinetts durch die Nationalsozialisten nicht in Betracht komme. Nach seiner Überzeugung sei die Lage ganz klar: Die Herbeiführung der nationalen Konzentration unter seiner Kanzlerschaft sei nicht möglich, jetzt müsse nach seiner Auffassung der Herr Reichspräsident Entschlüsse fassen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 957.

18. November 1932 Dok. 66
Telegramm[1] an das Büro des Reichspräsidenten

Telegrammformular vom 18.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Eintreffe zur Besprechung Sonnabend 11.30[2].

Adolf Hitler

21. November 1932 Dok. 67
Schreiben an Paul von Hindenburg[1]

Masch. Schreiben mit hs. Grußformel und Unterschrift[2]; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Mitteilungen der Presse und einer mir abgegebenen Bestätigung durch den Herrn Staatssekretär Meißner[3] erfahre ich von der Absicht Eurer Excellenz, mich offiziell zu ersuchen, in

1 Abgegangen in München am 18.11.1932 um 8.28 Uhr, aufgenommen im Haupttelegrafenamt Berlin um 9.38 Uhr, ausgeliefert um 10.00 Uhr.
2 Am 17.11.1932 war Hitler telegrafisch durch das Büro des Reichspräsidenten zu einer persönlichen Besprechung am 19.11.1932 um 11.30 Uhr gebeten worden. Vgl. Telegrammentwurf vom 17.11.1932; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.
Hitler war in München gestartet und traf am 18.11.1932 gegen 13.00 Uhr, begleitet von Wilhelm Frick und Gregor Straßer, auf dem Flughafen Tempelhof ein. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 281.

1 Am 19.11.1932 hatte um 11.30 Uhr auf Wunsch des Reichspräsidenten (vgl. Dok. 66, Anm. 2) ein Gespräch zwischen diesem und Hitler stattgefunden (vgl. Anm. 4). Am 20.11. nachmittags war Staatssekretär Meißner persönlich im Hotel *Kaiserhof*, Hitlers Quartier, erschienen und hatte die Einladung zu einer weiteren Besprechung mit dem Reichspräsidenten für den 21.11., um 11.30 Uhr überbracht. Um zu vermeiden, daß das Ergebnis dieser Unterredung in der Presse für die NSDAP unvorteilhaft wiedergegeben werden könnte (vgl. Dok. 65, Anm. 2), übergab Hitler dem Reichspräsidenten vorliegende vorbereitetete Stellungnahme. Nach der Aufzeichnung über dieses Treffen durch Staatssekretär Meißner erläuterte Hitler mündlich außerdem, "daß die bisherigen inoffiziellen Fühlungnahmen, namentlich mit dem Zentrum, ergeben hätten, daß das Zentrum wegen Regelung der Frage Preußen und Reich sehr große Schwierigkeiten mache, die ihm fast unüberwindbar schienen". Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 355. Vgl. Edgar von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin [2]1933, S. 175 f.
2 Hs. Randvermerk: "Dem Herrn Reichspräsidenten überreicht am 21.11.1932."
3 Otto Meißner (1880-1953), Dr. jur., 1902 Referendar im elsaß-lothringischen Justizdienst, 1911 Regierungsrat und Mitglied der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, 1915-1918 Kriegsdienst als Reserveoffizier, 1918 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1919 Geschäftsträger in der Ukraine, Vortragender Rat im Büro des Reichspräsidenten, 1920 Ministerialdirektor und Leiter des Büros des Reichspräsidenten, 1923 Staatssekretär, 1935 Chef der Präsidialkanzlei, 1937 Reichsminister, 1949 Freispruch im "Wilhelmstraßen-Prozeß".

Verhandlungen mit den anderen Parteien einzutreten, ohne daß vorher die Bildung des neuen Präsidial-Kabinetts vorgenommen wird[4]. Dieser Antrag erscheint mir so wichtig, daß ich im Interesse der Autorität des Namens und des Wollens Eurer Excellenz sowohl als im Interesse der so notwendigen Rettung des deutschen Volkes meine Stellungnahme hierzu schriftlich begründe.

Seit dreizehn Jahren stehe ich im Kampf gegen das parlamentarische System. Ich sehe in ihm einen unbrauchbaren Vorgang der politischen Willensbildung sowohl als des politischen Willensausdrucks der Nation. Diese Überzeugung ist seitdem, angeregt durch eine unermüdliche Propaganda von mir und meinen Mitarbeitern, Gemeingut vieler Millionen deutscher Menschen geworden. Diese haben es daher begrüßt, daß Eure Excellenz den Entschluß faßten, der neuen Erkenntnis Rechnung tragend, einen Umbau der Staatsführung vorzunehmen. Soll aber diese neue Staatsführung nicht in einer Katastrophe enden, dann muß sie einen verfassungsmäßig zulässigen Ausgangspunkt finden und in einer angemessen kurzen Zeit zum wirklichen Willensträger der Nation werden. Sie muß daher eine innere lebendige Beziehung zu einem an sich schon tragfähigen Teil des deutschen Volkes erhalten. Diesen Prozentsatz dann weiterhin organisch zu vermehren, um allmählich die ganze Nation zu erfassen, ist ihre Aufgabe. Unterbleibt dies, so entsteht eine sich nur auf Bajonette stützende und damit aber auch nur auf sie allein angewiesene Diktatur. Wenn nicht aus inneren Anlässen, so wird bei der ersten außenpolitischen Belastung der Zusammenbruch eintreten. Die Folge kann nur der Bolschewismus sein. Ich habe daher - das Scheitern der Regierung von Papen an den Erfahrungen der ersten sechs Wochen voraussehend - am 13. August [*1932*] die Überzeugung vertreten, daß nur durch eine Betrauung der nationalsozialistischen Bewegung mit dieser Mission diese Aufgabe erfolgreich durchgeführt werden könne[5].

Aus Gründen, die hier nicht berührt werden sollen, glaubten Eure Excellenz, Herr Reichspräsident, meinen damaligen Vorschlag ablehnen zu müssen.

Nach nunmehr sechsmonatiger Regierung ist - wie von mir vorausgesagt - das Kabinett Papen in eine rettungslose Isolierung nach innen[6], Deutschland in eine ebensolche nach außen ge-

---

4 Im Gespräch am 19.11.1932 hatte Hindenburg Hitler aufgefordert, nochmals die Möglichkeit zu erwägen, sich mit nationalsozialistischen Ministern an "einer von einem überparteilichen Manne geleiteten Regierung" zu beteiligen. Hitler weigerte sich jedoch, mit den anderen Parteien zu verhandeln. Zuvor hatte Hindenburg mit dem Vorsitzenden der DNVP, Hugenberg, dem Vorsitzenden des Zentrums, Prälat Ludwig Kaas, dem Vorsitzenden der DVP, Eduard Dingeldey, danach mit dem Vorsitzenden der BVP, Fritz Schäffer, gesprochen. Druck der Aufzeichnung über die Besprechung von Staatssekretär Meißner: Hubatsch, Hindenburg, S. 350 ff.
Die Vossische Zeitung vom 19.11.1932 (AA), "Hitler soll verhandeln", meldete dazu: "Es ist zunächst hervorzuheben, daß eine Fortsetzung der Aussprache für die nächsten Tage angekündigt wird, was bei der Mitteilung über die gestrigen Empfänge der Parteiführer nicht geschehen ist. In politischen Kreisen wird diese Ankündigung so verstanden, daß der Reichspräsident den nationalsozialistischen Führer ersucht hat, sich mit den anderen Parteien in Verbindung zu setzen, um festzustellen, inwieweit er auf ihre Unterstützung rechnen kann, bei dem Versuch, nach seinen Absichten ein Kabinett zu bilden, das den Charakter einer Präsidialregierung tragen, aber auch von einer Parlamentsmehrheit gebilligt werden soll."

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 15, Anm. 29 sowie Bd. V/1, Dok. 167.

6 Nachdem es Reichskanzler Papen nicht gelungen war, durch Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien und der NSDAP die notwendige Tolerierungsmehrheit im neugewählten Reichstag (vgl. Dok. 61, Anm. 2) für die Präsidialregierung zu erreichen (vgl. Dok. 65, Anm. 16), hatte er am Abend des 17.11.1932 Reichspräsident Hindenburg seinen Rücktritt angeboten. Hindenburg nahm den Rücktritt an und beauftragte das Kabi-

raten[7]. Die Ergebnisse des Versuchs einer Rettung unserer Wirtschaft und einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind teils unbefriedigend, teils überhaupt nicht fühlbar[8]. Die soziale Not ist grauenhaft. Das allgemeine Vertrauen ist auf den Nullpunkt gesunken. Die Bolschewisierung der breiten Massen schreitet rapide vorwärts[9].

Wenn heute eine neue Regierung diese politisch, wirtschaftlich und finanziell furchtbare Erbschaft übernehmen soll, dann wird ihre Tätigkeit von Erfolg nur begleitet sein können, wenn sich in ihr eine ebenso große Autorität von oben wie die starke Kraft von unten vereinigt.

Wenn ich daher als Führer der nationalsozialistischen Bewegung von Eurer Excellenz nunmehr wieder nach Berlin gerufen worden bin, um an der Behebung dieser schwersten Krise unseres Volkes mitzuwirken, dann kann dies nach meinem besten Wissen und Gewissen und nach meiner Einsicht nur geschehen, wenn die Bewegung und ich selbst diejenige Stellung erhalten, die zur Erfüllung dieser Aufgabe nötig ist, der Bewegung aber Kraft ihrer Stärke auch zukommt. Denn die harte Notwendigkeit, Deutschland höherzustellen als die Parteien, wird erst dann anerkannt werden, wenn der stärksten Bewegung als Verhandlungsfaktor von vornherein die Stellung gegeben wird, die bisher noch sämtlichen Trägern der Präsidialgewalt von Eurer Excellenz verliehen wurde. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus ist diese Forderung nicht weniger zu vertreten. Denn die nationalsozialistische Bewegung bringt in jeder Regierung mit 196 Mandaten[10] allein schon $^2/_3$ der für eine legale Tätigkeit notwendigen Zahl an Abgeordneten mit[11].

Ich kann Eurer Excellenz meinen festen Entschluß versprechen, ein von mir vorgeschlagenes, unter meiner Führung stehendes und von Eurer Excellenz genehmigtes Präsidialkabinett mit jenen verfassungsmäßigen Voraussetzungen zu versehen, die für eine lange und gedeihliche Arbeit zur Wiederaufrichtung unseres politisch und wirtschaftlich ruinierten Volkes nötig sind. Ich richte dafür an Eure Excellenz nur eine einzige Bitte, mir zumindest das an Autorität und an Stellung geben zu wollen, was selbst die Männer vor mir erhielten, die zu dem großen Wert der Autorität und der Bedeutung des Namens von Eurer Excellenz ihrerseits nicht soviel mitbringen konnten als ich. Denn wenn ich schon gezwungen bin, der Verfassung wegen für die legale Tätigkeit der kommenden Regierung um Parteien zu werben, dann bringe ich doch, Herr Reichspräsident, selbst die allergrößte Partei mit. Mein eigener Name aber und die Existenz dieser größten deutschen Bewegung sind Pfänder, die durch einen ungünstigen Ausgang unseres Einsatzes vernichtet werden müssen. Dann aber, Herr Reichspräsident, sehe ich hinter uns nicht eine Militärdiktatur, sondern das bolschewistische Chaos.

---

nett, die Geschäfte kommissarisch weiterzuführen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Einleitung, S. LVI ff.; Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978, S. 67 ff.

7 Bezieht sich auf das Fernbleiben Deutschlands von den Verhandlungen bei der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf seit dem 23.7.1932. Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 3, Dok. 28, Anm. 6, Dok. 58, Anm. 6.

9 Bezieht sich auf das Abschneiden der KPD bei der Reichstagswahl am 6.11.1932, bei der sie einen Zuwachs um 610.906 Stimmen gegenüber der Wahl vom 31.7.1932 erzielte. Vgl. Dok. 61, Anm. 2 sowie Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41.

10 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

11 Dem VII. Reichstag gehörten 584 Abgeordnete an. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44.

Sollte aber die Absicht bestehen, nunmehr überhaupt zu rein altparlamentarischen Regierungsformen [*sic!*] zurückzukehren, dann müßte meiner Überzeugung nach dieses Wollen Eurer Excellenz offen bekanntgegeben werden. In diesem Falle aber bitte ich ehrerbietigst, auf die weitgehenden Folgen eines solchen Entschlusses hinweisen zu dürfen. Ich würde dies auf das tiefste bedauern.

Ich darf daher zusammenfassend Eure Excellenz bitten, diese meine Gründe würdigen zu wollen und von einem solchen Versuch der Lösung der Krise abzusehen.

In vorzüglicher Hochachtung

Adolf Hitler

21. November 1932 Dok. 68
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags [1] vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens [2] bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen [3] andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlös-

1 In der Aufzeichnung über die Besprechung Hindenburgs mit Hitler am 21.10.1932, erteilte der Reichspräsident Hitler folgenden Auftrag: "'Sie wissen, daß *ich* den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. *Sie* haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichen Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden - ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.' (Der Herr Reichspräsident überreicht alsdann diese Darlegung in schriftlicher Fixierung.)" Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 353.

2 Nach Angaben von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, S. 179 f., handelte es sich um den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Cuno und den Industriellen Fritz Thyssen. Ebenso soll Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha als Vermittler zwischen NSDAP, DNVP und Stahlhelm fungiert haben. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 204.

3 Ergänzend legte der Reichspräsident im Gespräch mit Hitler noch weitere Bedingungen fest: "'Für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung muß ich von mir aus folgende Voraussetzungen aufstellen: 1. Sachlich: Feststellung eines Wirtschaftsprogramms. - Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen und keine Verhand-

bar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Excellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde[4]. Ich selbst habe mich nicht als "Parteiführer" gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten[5]. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des

---

lungen mit den Ländern, die in Verbindung mit einer diesbezüglichen Reichsreform den Bundesstaaten besondere Rechte zugestehen. - Keine Einschränkung des Artikels 48. 2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.' Auch diese Formulierung wurde Herrn Hitler schriftlich übergeben." Druck: wie Anm. 1, S. 355 f.

4 Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren in der Regierung Brüning das Zentrum, die BVP, die DStP, das Deutsche Landvolk und die Konservative Volkspartei vertreten. Diese Parteien verfügten im Reichstag über 125 Mandate. Die Tolerierungspolitik der SPD, die mit 143 Sitzen im Reichstag vertreten war, und die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verhinderte eine Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler, der nicht mehr mit dem verfassungsmäßig vorgesehenen Gesetzgebungsverfahren, sondern mit Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung regierte. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990, S. 167 ff.

5 Über Abgeordnete urteilte Hitler in *Mein Kampf*: "Welche Verwüstungen diese Einrichtung moderner demokratischer Parlamentsherrschaft anrichtet, kann sich freilich der Leser jüdischer Zeitungen schwer vorstellen, soferne er nicht selbständig denken und prüfen gelernt hat. Sie ist in erster Linie der Anlaß für die unglaubliche Überschwemmung des gesamten politischen Lebens mit den aber auch minderwertigsten Erscheinungen unserer Tage. So sehr sich der wahrhaftige Führer von einer politischen Betätigung zurückziehen wird, die zu ihrem größten Teile nicht in schöpferischer Leistung und Arbeit bestehen kann, als vielmehr im Feilschen und Handeln um die Gunst einer Mehrheit, so sehr wird gerade diese Tätigkeit dem kleinen Geist entsprechen und diesen mithin auch anziehen." Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 83.
Einer "parlamentarischen Tätigkeit" Hitlers auf Reichsebene stand allerdings § 4 des Reichswahlgesetzes vom 27.4.1920 (unverändert in der Neufassung des Gesetzes vom 6.3.1924) entgegen, der festlegte: "Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag fünfundzwanzig Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist." Diese Voraussetzung erfüllte Hitler zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Am 20.4.1889 in Braunau am Inn als österreichischer Staatsangehöriger geboren, galt er nach seiner Entlassung aus der österreichischen Staatsangehörigkeit am 30.4.1925 als staatenlos. Um die für die Kandidatur um das Amt des Reichspräsidenten

Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser voraussetze, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig herbeizuführen, ist mein sehnlichster Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler

23. November 1932 Dok. 69
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47 [1].

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die Antwort auf Ihr gestriges Schreiben [2] darf ich mir erlauben, in drei Punkten zusammenzufassen:

A. Ihrer Definition des Sinnes und Wesens eines Präsidialkabinetts [3] habe ich Folgendes entgegenzuhalten:

---

nach Artikel 41 der Verfassung des Deutschen Reichs notwendige deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, wurde Hitler am 26.2.1932 als Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin (vgl. Bd. IV/3, Dok. 28) angestellt. Nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 wurde mit einer solchen Anstellung die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen. Druck des Reichswahlgesetzes: RGBl. 1920, S. 628; RGBl. 1924, I, S. 159. Vgl. Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat; Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

1 Das Schreiben wurde von Reichstagspräsident Hermann Göring am Abend des 23.11.1932 in der Reichskanzlei übergeben. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 204.

2 Schreiben vom 22.11.1932. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 356 f.

3 "1. Das *Präsidial*-Kabinett - aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren - wird in der Regel die notwendigen Regierungs-Maßnahmen ohne vorherige Zustimmungen des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheit also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht das Parlament im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Eine *parlamentarische* Regierung muß alle Gesetzentwürfe vor dem Inkrafttreten den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen; sie bezieht ihre Machtvollkommenheit also ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidial-Kabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann. 2. Das *Präsidial*-Kabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gebilligtes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine *parlamentarische* Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilicher sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich erstens aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und zweitens aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl, als auch aus der dabei angewandten Methode [*sic!*]. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist[4], dann benötigt es - wie Sie selbst zugeben - wenn auch nicht die vorherige Zustimmung, dann aber um so mehr die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Diese parlamentarische Mehrheit wird sich bei der Art unseres ganzen Verfassungslebens immer in Parteien ausdrücken. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteienmehrheit, wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genauso das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags entweder besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt. Im übrigen ist neuerdings durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs die Anwendung des Artikels 48 auf ganz bestimmte Fälle und begrenzte Zeiten beschränkt worden[5], so daß eine allgemeine Erfüllung der Regierungspflichten auf diesen Artikel allein nicht mehr gestützt werden kann. Es ist daher in der Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der - unter dem Druck der Not und der ihrethalben zu treffenden Entschlüsse - die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein aufgabenmäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz[6] zu sichern. Die Aussicht

---

Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidial-Kabinetts sein." Druck: wie Anm. 2, S. 356 f.

4 Artikel 48 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz." Druck: RGBl. 1919, S. 1392 f. Vgl. Boldt, Der Artikel 48.

5 Bezieht sich auf das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25.10.1932. Vgl. Dok. 45, Anm. 9.

6 Der Begriff wurde erstmals beim "Ermächtigungsgesetz zum Gesetz über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen" vom 17.8.1922 (Druck: RGBl. 1922, I, S. 717) offiziell verwendet. Allgemein wurde darunter die Vollmacht des nach der Verfassung gesetzgebenden Organs für eine anderes Verfassungsorgan verstanden, angesichts besonderer Notsituationen zeitlich befristet und sachlich begrenzt Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16.4.1871 und die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 sahen eine Ermächtigungsgesetzgebung nicht vor. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde mit dem "Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse" vom 4.8.1914 (Druck: RGBl. 1914, S. 327 f.) erstmals die Möglichkeit einer vereinfachten Gesetzgebung für Notsituationen geschaffen. In der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik wurde mehrfach zu verschiedenen Zwecken von Ermächtigungsgesetzen Gebrauch gemacht. Das 20 Tage gültige "Ermächtigungsgesetz" vom 13.10.1923 (Druck: RGBl. 1923, I, S. 943 ff.) übertrug der Reichsregierung erstmals nahezu unbeschränkte Vollmachten und ermöglichte die Einschränkung der Grundrechte. Von 1924 bis 1932 wurde auf Reichsebene kein Ermächtigungsgesetz mehr beschlossen. Vgl. Michael Frehse, Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914-1933, Pfaffenweiler 1985.

auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird um so größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die an sich schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist und daß es zum Erfolge führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei [7]. Da im allgemeinen Programme immer Menschen anziehen werden, die dann zusammengefaßt zwangsläufig als Parteien in Erscheinung treten, könnten also in Zukunft nur solche Programme Verwendung finden, die hinter sich, um den überparteilichen Charakter zu wahren, auch keine Anhänger haben. Wie man dafür aber eine parlamentarische Mehrheit zur Tolerierung erreichen will, ist mir ein Rätsel, an dessen Lösung auch Herr von Papen scheiterte [8].

Ich habe demgegenüber erklärt, daß ich eine solche Art von Führung ablehne, weil sie zwangsläufig im Nichts endet und höchstens als letzten Schutz die Bajonette besitzt. Ich habe weiter die Überzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine solche Katastrophe zu vermeiden, weil sich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden. Der Schritt von 200 Abgeordneten [9] zu 300 wird leichter sein, als der von 50 oder 60 zu 200.

B. Sie teilen mir, Herr Staatssekretär, mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche. Das heißt, ich solle erst mit den Parteien ein Programm vereinbaren, dafür eine Mehrheit suchen und dann die Regierungsbildung rein parlamentarisch auf Grund dieser Mehrheit in die Wege leiten. Zunächst muß ich hier schon bemerken, daß man mir diese Aufgabe vor dem 12. September 1932 hätte stellen sollen. Sie wäre damals wirklich leichter zu lösen gewesen [10]!

Sie kann aber überhaupt nicht gelöst weden, wenn die Stellung dieses Auftrags mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der nurparlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend (Artikel 54 [11]) sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammensetzung des Kabi-

7 Vgl. Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 67 Anm. 6.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Die Führung des Zentrums hatte wegen ihrer strikten Ablehnung der Regierung Papen nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 Bereitschaft zu einer Koalition mit der NSDAP auf Reichsebene signalisiert. NSDAP, Zentrum und BVP stellten zusammen die absolute Mehrheit der Abgeordneten. Die gemeinsame Wahl Hermann Görings zum Reichstagspräsidenten am 30.8.1932 war Voraussetzung für die am selben Tag beginnenden Verhandlungen zwischen den Parteien, die vor der erneuten Auflösung des Reichstags am 12.9.1932 jedoch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Vgl. Junker, Zentrumspartei und Hitler, S. 86 ff. sowie Dok. 4, Anm. 14.

11 Artikel 54 der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmte: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393.

netts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernennt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung [12] wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichswehrminister können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden. Denn nur so ist es dann diesem überhaupt möglich, die Richtlinien der inneren und äußeren Politik zu bestimmen, für die er doch gemäß dem Artikel 56 [13] dem Reichstag gegenüber die Verantwortung zu tragen hat. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, daß der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt, im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten abschließt, die Gesandten beglaubigt und empfängt (Artikel 45 [14]), und daß er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches ausübt (Artikel 47 [15]). Denn alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch auf dem Gebiet der Wehrmacht, bedürfen nach der Verfassung für ihre Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Artikel 50 [16]).

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen [17], keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei

12 Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs legte fest: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." Druck: ebenda.

13 Vgl. Dok. 65, Anm. 12.

14 Artikel 45 der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmte: "Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags." Druck: RGBl. 1919, S. 1392.

15 Artikel 47 der Verfassung des Deutschen Reichs lautet: "Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs." Druck: ebenda, S. 1392.

16 Artikel 50 der Verfassung des Deutschen Reichs schränkte den Oberbefehl über die Reichswehr wie folgt ein: "Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Durch die Gegenzeichnung wird die Verantwortung übernommen." Druck: ebenda, S. 1393.

17 Das bereits im Kaiserreich bestehende flächenmäßige, politische und wirtschaftliche Übergewicht Preußens im Bundesstaat führte zu zahlreichen institutionellen und personellen Verflechtungen zwischen Reichsleitung und preußischer Regierung, die ihren deutlichsten Ausdruck in der Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten fanden. Obwohl das Land Preußen die größten Gebietsverluste durch den Versailler Friedensvertrag zu beklagen hatte, blieb die erdrückende Übermacht Preußens, das rund drei Fünftel des Reichsgebiets stellte, während der Weimarer Republik erhalten. Die institutionellen Bindungen zwischen Reich und Preußen wurden gelöst. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 begrenzte die Stimmenzahl der Länder im Reichsrat, was ausschließlich Preußens betraf, und entzog ein Teil der Reichsratsstimmen durch Beteiligung der preußischen Provinzen dem direkten Einfluß der preußischen Regierung. (Artikel 61 und 63; Druck: RGBl. 1919, S. 1394 f.) Dennoch gab die Schlüsselstellung Preußens der preußischen Regierung die Möglichkeit, die Politik der Reichsregierung zu behindern oder zu unterlaufen. Konflikte entstanden vor allem dann, wenn in Preußen und Reich unterschiedlich zusammengesetzte Koalitionen regierten. Die Einsetzung eines Reichskommissars am 20.7.1932 (vgl. Dok. 35, Anm. 14) sollte diese Frage zugunsten der Reichsregierung lösen. Vgl. Thomas Trumpp, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Diss. phil., Tübingen 1963, S. 16 ff.; Möller, Parlamentarismus, S. 534 ff.

einem parlamentarischen Mehrheitskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff[18] über die Reichsgesetzgebung zustehen.

Wenn Sie nun, sehr verehrter Herr Staatssekretär, erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübten Staatspraxis seien jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden[19], so darf ich Ihnen darauf Folgendes erwidern:

1.) Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang;

2.) noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen-, außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so wie heute, und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und

3.) darf ich doch auch darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll. Parteien, die diese Maßnahmen aus Selbsterhaltungstrieb einst aufs schärfste bekämpft haben! Und das alles in einem Zeitpunkt, in dem man die Position dieser Parteien noch dadurch stärkt, daß man erstens erklärt, ich besäße das besondere Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten nicht[20], und sei zweitens deshalb befohlen, den reinen parlamentarischen Koalitionsweg zu gehen!

C. Sie schreiben, sehr verehrter Herr Staatssekretär, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen[21]. Diese Erklärungen, Herr Staatssekretär, liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichstagspräsident Göring (vor der Erteilung des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte[22], geht das Gegenteil hervor. Die

18 Artikel 68-77 der Verfassung des Deutschen Reichs regelten die Reichsgesetzgebung. Nach Artikel 70 war es Aufgabe des Reichspräsidenten, "die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetzte auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichs-Gesetzblatt zu verkünden". Eine Einwirkung auf den Inhalt der Gesetze durch den Reichspräsidenten sah die Verfassung nicht vor. Nach Artikel 73 und 74 konnte der Reichspräsident jedoch eine Volksabstimmung über vom Reichstag beschlossene Gesetze und über vom Reichstag beschlossene Gesetze, gegen die vom Reichsrat Einspruch erhoben wurde, verlangen. Druck: RGBl. 1919, S. 1395 ff.

19 Bereits Reichspräsident Friedrich Ebert verknüpfte die Ernennung des Reichskanzlers an inhaltliche Vorgaben für die Regierungspolitik. Hindenburg übernahm diese Praxis. Mit dem Übergang zu den Präsidialkabinetten wurden die Aufträge allerdings detaillierter. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VII, S. 221, 448, 549, 607 f., 750 f., 792, 873 ff.

20 "Reichskanzler *Brüning* hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hatte. [...] Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln." Druck: wie Anm. 2. Vgl. auch Anm. 3.

21 "Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets geübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt; im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen." Druck: wie Anm. 2.

22 Joseph Goebbels notierte am 20.11.1932 in seinem Tagebuch: "Göring nimmt Fühlung mit den Parteien auf. Das Zentrum erklärt sich mit der Kanzlerschaft des Führers einverstanden. Die Deutschnationalen leisten unserer Einladung zu einer Besprechung keine Folge. Sie sitzen immer noch auf dem hohen Roß. Der Führer hat eine ausführliche Antwort auf den Auftrag, eine Mehrheitsbildung zu versuchen, zu Papier gebracht. Sie ist glänzend stilisiert und mit unwiderleglichen Argumenten ausgestattet. Die parlamentarische Lösung wird darin

Auslassung einer für eine Koalitionsmehrheit nötigen Partei (Bayerische Volkspartei) in ihrer offiziellen Parteikorrespondenz besagt das Gleiche[23]. Die Zusicherung nun, daß ich im Fall des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung eines übernommenen Auftrages sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genauso, wie meine sämtlichen Mitarbeiter, zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Herr Staatssekretär, seiner Excellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, den 21. d[*iese*]s M[*ona*]ts vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkriegs die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1.) Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2.) Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3.) Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath[24] vorschlagen.

---

abgelehnt als nicht der Situation entsprechend." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 282.

23 "Die Bayer[*ische*] Volkspartei-Correspondenz schreibt: [...] Es frägt sich nunmehr, ob sich unter der Führung eines Adolf Hitler der Gedanke der nationalen Konzentration vernünftigerweise verwirklichen läßt. Da die Bayerische Volkspartei an dem Gedanken dieser nationalen Konzentration auch unter der veränderten Lage festhält, so muß sie nunmehr auch die Frage ernsthaft und reiflich prüfen, ob für sie in irgendeiner Form und in der bestimmten Voraussetzung irgendwie eine direkte oder indirekte Unterstützung eines Hitlerschen Regierungsexperiments in Frage kommen kann. Es liegt auf der Hand, daß es sich hierbei um das *gewagteste und gefährlichste Experiment der deutschen Politik* handelt. Darum bedarf es reiflicher Überlegung, ob es die Bayer[*ische*] Volkspartei auf sich nehmen kann, allerdings *unter ganz bestimmten Bedingungen*, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen." Vgl. Bayerischer Kurier vom 22.11.1932, "Eine neue Lage".

24 Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956), Diplomat, 1903-1908 Vizekonsul in London, 1914-1916 Botschaftsrat in Konstantinopel, 1917-1918 Chef des Zivilkabinetts des Königs von Württemberg, 1919-1922

4.) Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5.) Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen, und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

6.) Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Übermittlung danke, verbleibe ich

in vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler[25]

24. November 1932 Dok. 70
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Indem ich Ihr Schreiben[1], das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält[2], zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

Gesandter in Kopenhagen, 1922-1930 Botschafter in Rom, 1930-1932 Botschafter in London, 1932-1938 Reichsminister des Auswärtigen, März 1939-August 1943 (beurlaubt seit September 1940) Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 vom Internationalen Militärtribunal zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, 1954 aus Gesundheitsgründen entlassen.

25 Nach der Abfassung dieses Schreibens fand am Abend des 23.11.1932 eine Unterredung zwischen Reichswehrminister Kurt von Schleicher und Hitler statt. Schleicher berichtete in der Ministerbesprechung vom 25.11.1932 über das Ergebnis dieses Treffens: Hitler sei nicht bereit, in ein Kabinett einzutreten, auch wenn dieses nicht von Papen geleitet werde; Hitler würde außerdem keinem Nationalsozialisten gestatten, in ein nicht von ihm geleitetes Kabinett einzutreten, weder als Minister, noch als "Beobacher oder Verbindungsmann", und er wünsche auch sonst keine Verbindung mit der Reichsregierung. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1013.

1 Schreiben vom 24.11.1932. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 361 f.

2 "2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines 'Präsidialkabinetts' zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können,

1) Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten[3], sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2) Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3) Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet[4].

4) Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont[5] und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5) Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres[6] so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen[7]. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten[8].

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen[9], da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen. Und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6) Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7) Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir ge-

---

dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte." Druck: wie Anm. 1.

3 "1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung *nicht* für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben." Druck: wie Anm. 1.

4 Vgl. Dok. 69.

5 Vgl. auch Dok. 68, Anm. 5.

6 Vgl. Dok. 6, Anm. 5, Dok. 15, Anm. 29 sowie Bd. V/1, Dok. 167.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 10, 22.

8 Vgl. Dok. 65, Anm. 16.

9 "Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag gegebene Erklärung, daß die Tür jederzeit für Sie offen stehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Weg mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen." Druck: wie Anm. 1.

führten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich, Seiner Excellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler [10]

25. November 1932 Dok. 71
"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!"
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 25.11.1932 [1].

Schon nach kurzer Beobachtung der Tätigkeit des Kabinetts von Papen habe ich meiner Einsicht und Überzeugung entsprechend die Folgen vorhergesagt, die nun gekommen sind.

Als Herr von Papen die Arbeitslosenzahl bis zu Beginn dieses Winters um 2 Millionen zu senken versprach [2], die wirtschaftliche Not zu beheben vorgab, die innen- und außenpolitischen Fragen einer Lösung entgegenzuführen versicherte, waren unzählige Deutsche mit einem Schlage wieder von gläubigem Vertrauen erfüllt. *Ich habe damals gewarnt und mehrmals recht behalten.*

Die Wirtschaftsnot dauert an, die Arbeitslosigkeit steigt [3], der Bolschewismus in Deutschland nimmt zu [4], die Isolierung des Reiches der übrigen Welt gegenüber ist fast vollendet [5].

---

10 Am 24.11.1932 um 17.00 Uhr übergab Hermann Göring im Hotel *Kaiserhof* Kopien des Briefwechsels zwischen Hitler und Hindenburg bzw. Meißner (vgl. Dok. 67-70) der Presse. Er vertrat für die Führung der NSDAP die Auffassung, daß es sich von seiten des Reichspräsidenten und seiner Umgebung nicht um ernsthafte Verhandlungen gehandelt habe. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1000 ff.

1 Vgl. auch VB vom 26.11.1932, "Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!".

2 Vgl. Dok. 28, Anm. 8.

3 Anzeichen einer geringfügigen Besserung der Wirtschaftslage und eines entsprechenden Stimmungsumschwungs lassen sich seit September 1932 nachweisen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum abgebremst, die Zahl der Beschäftigten nahm im September und Oktober 1932 - erstmals seit dem Beginn der Krise 1929 - um etwa 160.000 zu. Ebenso stieg die Industrieproduktion, die im entsprechenden Vorjahreszeitraum noch stark gesunken war. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Regierung Papen stiegen die Aktienkurse steil an und stagnierten in den folgenden Monaten auf hohem Niveau. Ob dieses Programm allein bereits zu einem selbsttragenden Aufschwung geführt hätte, ist allerdings unwahrscheinlich. Vgl. Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 412 ff. sowie Dok. 28, Anm. 6.

4 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

Noch nie hat in Deutschland ein Kabinett mehr Macht gehabt, noch nie aber auch mehr versagt als diese Regierung einer kleinen exklusiven Schicht unseres Volkes.

Heute werden mir Millionen der Anhänger unserer Bewegung innerlich dankbar sein, daß ich die Partei, in der sich letzte Reserve deutschen Glaubens, deutscher Kraft und deutscher Hoffnung befindet, nicht mit diesem unseligen politischen und wirtschaftlichen Dilettantismus verbunden habe.

Ich kann das noch viel weniger in Zukunft tun. Ich weiß, diese Regierung wird ihr unheilvolles Wirken fortsetzen. Ich kann das im Augenblick nicht verhindern. *Allein, was ich, solange ich lebe, verhindern werde, ist die Preisgabe unserer einzigen Bewegung an dieses Regiment.*

Man hat mich nach Berlin gerufen[6], um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken, *und wollte doch nichts anderes, als Papens Kabinett retten und mir einen zweiten 13. August* [*1932*][7] *bereiten.* So hätten wir Nationalsozialisten auf einmal wieder die hohe Ehre bekommen, zur Aufputzung des etwas schwach gewordenen Glanzes dieser Regierung durch einen oder zwei nationalsozialistische Minister beitragen zu dürfen.

Ich habe darauf die Haltung eingenommen, die ich als Führer unserer Bewegung einnehmen mußte.

Deutschland wollen wir retten, die Regierung von Papen aber nicht!

Da ich dieses Mal Vorsorge trug, daß der 13. August [*1932*] sich nicht wiederholen konnte, erhielt ich den Auftrag, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, die vorsorglich durch die daran geknüpften Bedingungen[8] von vornherein unmöglich gemacht wurde. Dennoch habe ich mich angesichts der großen Not unseres Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen[9], das zugleich für die inneren Absichten aller klärend sein konnte.

Das Angebot wurde abgelehnt, und damit erscheint, glaube ich, der Wille der Ratgeber des Herrn Reichspräsidenten enthüllt.

Was ich am Abend des Wahltages schon erklärte[10], wiederhole ich daher heute:

Dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerschellen soll.

Der Kampf wird daher weitergeführt, und wer den Weg dieses Kabinetts vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein muß.

Adolf Hitler[11]

---

5 Vgl. Dok. 67, Anm. 7.
6 Vgl. Dok. 66 Anm. 2.
7 Vgl. Dok. 6, Anm. 5.
8 Vgl. Dok. 68, Anm. 3.
9 Vgl. Dok. 69.
10 Vgl. Dok. 61-63.
11 Joseph Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Der Führer wendet sich in einem festen und unbeirrbaren Aufruf an die Partei. Die Debatte ist zu Ende; nun beginnt aufs neue der Kampf. Ruhe und Entspannung sind in unsere Reihen zurückgekehrt. Die kommende Probe werden wir bestimmt bestehen. Man wird schon auf uns zurückgreifen müssen, weil eine andere Lösung der Krise nicht möglich ist." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 285.

26. November 1932 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 28.11.1932, "Des Führers Frage und Forderung"[2].

Adolf Hitler leitete seine einstündige Rede mit der Feststellung ein, daß das vom Staatsminister Sauckel[3] entworfene Bild der Volksnot in Thüringen auf das ganze Reich zutreffe[4]. Unzähligen Menschen zeige diese Not erst

die wirkliche Lage Deutschlands

auf. Zu allen Zeiten sei die politische Not im Völkerleben nur der Vorläufer der wirtschaftlichen Verelendung, und auch in Deutschland habe sich die politische Katastrophe erst in einen wirtschaftlichen Verfall umsetzen müssen, ehe die Menschen das Schicksal begriffen hätten, das die Gesamtheit betroffen habe. Vor fünf Monaten, als er gegen dieses Kabinett Stellung nahm, habe man ihm vorgeworfen, daß er sich gegen solchen, angeblich hoffnungsvollen Anfang der Behebung der deutschen Not wende.

Selten sei einem Manne nach wenigen Monaten im Stillen bereits mehr Abbitte geleistet worden als heute ihm.

Er habe vorausgesagt, daß es keine Sanierung der deutschen Wirtschaft, sondern höchstens eine Sanierung der deutschen Banken sei. Heute sei die Krise schlimmer als zuvor[5], schlimmer vor allen Dingen deswegen, weil nach einem leichtsinnigen Aufputschen der Hoffnungen der Rückfall um so schwerer wiege. Was die Herren damit verbrochen hätten, daß sie diesen Glauben und diese Hoffnungen so schmerzlich täuschten, könnten sie

vor Gott, der Geschichte und vor dem deutschen Volk nicht verantworten.

Heute wüßten diese Herren nicht mehr, was sie tun sollten, und nur in einem seien sie einig, in der Absicht,

---

1 In der Weimarhalle, abends. An der von Hauptschriftleiter Hans Ziegler geleiteten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 3.000 Personen teil. Vor Hitlers einstündiger Rede sprachen Gauleiter Fritz Sauckel und Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 28.11.1932, "Erste Rede Hitlers nach den Berliner Verhandlungen"; Der Nationalsozialist vom 29.11.1932, "Wir haben unsere Bewegung nicht geschaffen, damit andere mit ihr Politik machen!"; VB vom 27.11.1932, "Gewaltige Hitlerkundgebung in Weimar"; Weimarische Zeitung vom 28.11.1932, "Hitler, Goebbels, Sauckel sprachen in der Weimarhalle" sowie Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 28.11.1932; StA Weimar, MdI, P 165.
Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "Abends reden der Führer und ich in der überfüllten Weimar-Halle. Diesmal ist die Stimmung im Gegensatz zum 13. August [*1932*] unbeschreiblich begeistert. Wenn in der Partei selbst kein Bruch eintritt, dann werden wir das Spiel bestimmt gewinnen." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 286.

3 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

4 Die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* berichtete: "Ministerpräsident *Sauckel* eröffnete die Riesenkundgebung mit einer erschütternden Schilderung des *Hungerelends* am Beispiel seines Landes, wobei er mit dankenswertem Freimut auf *die Schuldigen an der Katastrophe* hinwies."

5 Vgl. Dok. 71, Anm. 3.

um jeden Preis zu verhindern, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland zur Macht komme.

Von vaterländischen Gesichtspunkten und Erwägungen außen- und innenpolitischer Natur redeten heute Männer, die in Wirklichkeit aus vaterländischen und aus innen- und außenpolitischen Erwägungen so schnell als möglich verschwinden müßten. *An der Leichtfertigkeit ihres Spieles erkenne man dabei, wie wenig ihnen überhaupt die Größe der Gefahr und der Katastrophe zum Bewußtsein komme.*

"Dieser Herr von Gayl hat nun monatelang die deutsche Innenpolitik bestimmt und sagt: Ich habe für Ruhe und Ordnung gesorgt. Nein! Sie haben für den Bolschewismus gesorgt! Die Auswirkungen seiner Notverordnung, die den Nationalsozialismus als staatsbildende und staatserhaltende Kraft mit dem Bolschewismus als staats- und volksnegierende Kraft auf die gleiche Stufe stellt, sind heller Wahnsinn[6].

Und in demselben Atemzug, da man das Gute und das Schlechte gleichmäßig mischt, wendet man sich an mich und sagt: Herr, wir können nur regieren, wenn Sie uns tolerieren. Sie müssen uns tolerieren! Da muß ich schon sagen: Herr von Gayl, lassen Sie sich doch von den Kommunisten tolerieren!

Ein anderes Beispiel: Man notverordnet Burgfrieden[7], um damit die politische Propaganda zu beseitigen und die Nation in den Schlummer zu versenken. Aber die Aufgabe einer wirklichen nationalen Regierung dürfte jetzt nicht sein zu schlafen, sondern zu kämpfen für das Volk und zu sorgen, daß eine Welle geistig-seelischer und nationaler Erhebung durch die Nation hindurchzieht. *Herr von Gayl sollte nicht die politische Propaganda verbieten, sondern er*

---

6 Kurz nach seiner Ernennung zum Reichsminister des Innern erklärte Wilhelm Freiherr von Gayl in der Reichsratssitzung vom 9.6.1932 unter anderem: "Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. In diesem Sinne wird eine *Neuordnung* der Vorschriften über die *Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit* in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärähnlichen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli [*1932*] festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen des Gesetzes zu halten, und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfung ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn die Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Machtmitteln des Staates zu schützen, den Willen und die Nerven habe." Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 104.
Aufgrund der "Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror" vom 9.8.1932 sollen zwischen 17.8. und 1.12.1932 in 803 Verfahren vor Sondergerichten insgesamt 2.853 Personen verurteilt worden sein, nach nationalsozialistischen Angaben saßen Anfang Dezember 856 SA- und SS-Angehörige in Untersuchungshaft. Druck: RGBl. 1932, I, S. 403 f. Vgl. Gusy, Weimar - die wehrlose Republik?, S. 211 f., sowie Dok. 52, Anm. 20.

7 Durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 2.11.1932 und die ergänzende "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 3.11.1932 wurden alle öffentlichen politischen Versammlungen für die Zeit vom 6. bis 19.11.1932 verboten. Den Veranstaltern drohte eine Gefängnis-, den Teilnehmern eine Geldstrafe. Mit einer weiteren "Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens" vom 18.11.1932 wurde die Geltungsdauer dieser Verordnung bis zum 2.1.1933 verlängert. Ausnahmen galten lediglich für Wahlveranstaltungen zu Wahlen, die bis zum 15.1.1933 stattfanden. Druck: RGBl. 1932, I, S. 517, 519, 529.

sollte die Not verbieten. Heute erreichten Sie nur das eine, daß die Not dem Bolschewismus Hunderttausende zuführt[8], *während auf der anderen Seite von einer nationalen Regierung die politische Gegenpropaganda verboten wird. Und da sagt man: Herr Hitler, bei Ihrem völkischen Gewissen und Ihrer deutschen Seele, Sie müssen uns tolerieren!*

Und genauso ist es auf allen anderen Gebieten. Wenn hier überhaupt eine Rettung kommen soll, dann kann sie nur gelingen, wenn sie von vornherein ehrlich gemeint ist. Man soll sich doch nicht an mich wenden, wenn man nicht wirklich bereit ist, ganz ehrlich den Weg zu gehen, den ich für den richtigen halte. Der Herr Reichspräsident hat nun über 7 Jahre regiert[9]. Das Ergebnis seines Wirkens liegt vor uns. Ich weiß nicht, wie lange man dies noch fortzusetzen gedenkt. Noch sieben Jahre? Es ist möglich, daß die Ratgeber, die den Herrn Reichspräsidenten beraten, dann noch da sein werden, als letzte kleine Insel in der Wilhelmstraße zu Berlin[10]. *Aber das deutsche Volk ist dann verkommen, und ich sehe nicht ein, warum solcher Ratgeber wegen eine ganze Nation zugrunde gehen muß.*

Wir haben unsere Bewegung nicht geschaffen, damit andere mit ihr Politik machen. Und ebenso fehl ist es gedacht, wenn sie meinen, sie könnten mich vielleicht mit halben Befugnissen ausstatten. Was heißt das, wenn man mir in einer solchen Zeit zumutet, daß der Reichsaußenminister nun nicht mehr dem Reichskanzler, sondern dem Reichspräsidenten untersteht[11]. Es ist ein Rückschritt bis weit hinter Bismarcks Zeiten. *Die Rettung Deutschlands kann nicht auf einem Gebiete erfolgen, wenn man innen-, außen- und wirtschaftspolitisch nicht einen einheitlichen Willen bekommt.*

Ich werde mir niemals eine Rolle aufoktroyieren lassen, in der ich am Ende nichts anderes wäre als ein Agent zwischen der Obrigkeit und der Volksvertretung. Es gibt hier nur ein Entweder-Oder.

Ich habe mich den Herren in Berlin nicht aufgedrängt. Wenn sie mich aber rufen, dann bitte ich mir aus, daß man mir nur solche Bedingungen stellt, die eines Mannes absolut würdig sind, der eine solche Verantwortung übernehmen will und soll. Sie erklären auf der einen Seite, daß ich nur beschnittene Rechte haben solle, und auf der anderen Seite, daß ich die größte Aufgabe zu lösen hätte, die überhaupt seit 40 Jahren einem deutschen Staatsmann gestellt werde. Entweder - oder.

Ich habe ihnen ehrlich ein Angebot gemacht, das ich vertreten kann. Zu jeder Stunde sind wir bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Die Not ist zu groß, als daß man als Deutscher das ausschlagen könnte.

---

8 Zum Ergebnis der KPD bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 67, Anm. 9.

9 Paul von Hindenburg hatte am 12.5.1925 sein Amt als Reichspräsident angetreten.

10 Die vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. angelegte Wilhelmstraße in Berlin entwickelte sich bereits im 18. Jahrhundert zu einer bevorzugten Wohngegend des Militär- und Beamtenadels sowie einiger preußischer Prinzen. Nach 1871, bzw. nach 1919 wurden viele Palais zum Sitz von obersten Reichsbehörden; so lagen damals das Bureau des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium der Finanzen, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie das Reichsverkehrsministerium in der Wilhelmstraße, aber auch das Preußische Staatsministerium, das Preußische Justizministerium sowie die amerikanische und britische Botschaft. Vgl. Laurenz Demps, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin [2]1996; Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929, S. 2 ff., 67 ff., 102 ff.

11 Vgl. Dok. 68, Anm. 3.

Aber nur dann kann man die Verantwortung übernehmen, wenn man vor seinem eigenen Gewissen die Überzeugung vertreten kann, daß man die Aufgabe auch wirklich lösen kann auf Grund einer mit dieser Stellung verbundenen Autorität.

Das, was man uns heute glaubt anbieten zu können, kann niemand verantworten. Es wird ja nun ein neues Kabinett kommen mit einigen äußeren Veränderungen, aber desselben Geistes. Und in wenigen Monaten wird das Ende schlimmer sein, als der Anfang heute ist. Dann wird die Stunde kommen, in der man sich zum dritten Male an uns wenden muß. Das mögen die Herren schon heute zur Kenntnis nehmen: Wir sind da und nichts kann uns hinwegbringen. Denn die Partei ist keine parlamentarische Partei, sondern die Führung des deutschen Volkes zu einer neuen Gemeinschaft. Die Bewegung wird diese Kabinette überdauern, sie wird die Namen ihrer Männer überdauern und wird ja doch einmal das deutsche Volk sein als große und einige Schicksalsgemeinschaft. Niemand kann hoffen, diese Bewegung jemals beseitigen zu können. Die Bewegung ist einig wie nie zuvor, und sie wird einig bleiben. 13 Jahre Kampf, 13 Jahre Verfolgung, 13 Jahre Unterdrückung, 13 Jahre Opfer und 13 Jahre Siege, die wir erfochten haben, vergißt man nicht. Wir haben uns unsere Stellung selbst bereits gebaut. Wir sind in unserm deutschen Volk die Führer geworden der jungen, nationalen Erhebung[12], die allein berufen sein kann, die großen Fragen der Nation zu lösen, weil ihr immer wieder aus der Tiefe des Volkes der geistige Antrieb und der Willensimpuls kommt. *Es mag anderen genügen, wenn sie ein paar Kabinette zusammenkleistern und wieder ein paar Herren von Sowieso*[13] *da hineinschieben. Das bedeutet für uns nichts. Unser Ziel wird immer dasselbe sein, auch der Antrieb, der uns diesem Ziel entgegenführt. Das ist die Seele des deutschen Volkes, die wir kennen, deren Leiden wir fühlen und deren Hoffen wir haben.*

So kann ich Sie auch in diesem Kampf, der in Thüringen für die Kommunen ausgefochten wird[14], nur bitten: Richten Sie den Blick auf das ganze deutsche Volk. *Wenn Deutschland überhaupt gerettet werden kann, dann wird auch der Kleinste nicht zugrunde gehen."*

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.
13 Vgl. Dok. 10, Anm. 13.
14 Am 4.12.1932 fanden in Thüringen turnusgemäß Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 84, Anm. 5-7.

27. November 1932 Dok. 73
Interview mit dem Daily Express [1]

Daily Express vom 28.11.1932, "Adolf Hitler Talks to the 'Daily Express'" [2].

"Not more than four months from now and the Presidential Cabinet will have fallen and our day will have arrived."

This was the challenging statement made to me tonight, in an exclusive interview, by Adolf Hitler, whom all the world believes to be in the depths of despair after the defeat of his latest bid for power [3], but who is in reality radiant with confidence that the hour of his supreme triumph is at hand.

[...] [4]

"You cannot rule a country against the will of 90 per cent of its people [5]," he said. "It would be impossible in Britain, it is just as impossible here."

Giant Strikes Ahead

[...] [6]

"Oh, bayonets may be all very well in Russia," said Herr Hitler, "but they are no good here. There are all sorts of ways that the fall of the Government may come about.

"Unemployment will increase this winter [7]," he went on. "There will be grave social unrest, giant strikes [8] and the like. Most important of all, the Government is faced with a catastrophic breakdown of its financial and economic plans; it cannot survive this, and it is coming soon, sure as fate."

[...] [9]

---

1 Im Hotel *Elephant*, Weimar, Markt 19, abends. Das Interview führte der Korrespondent des *Daily Express* in Berlin, Sefton Delmer. In seinen Erinnerungen gibt Delmer die Umstände des Gesprächs wieder: "Es war im November 1932. Hitlers Ansehen war im Schwinden begriffen. Er hatte mit den Führern der Deutschnationalen gebrochen, die nun Papen und Schleicher unterstützten. Hugenberg hatte ihm die Unterstützung durch seinen publizistischen Apparat entzogen. Bei den letzten Wahlen hatten die Nationalsozialisten vier Prozent ihrer Stimmen verloren - die Stimmen der Deutschnationalen. Die Parteikasse leerte sich. Bis dahin hatte ich Hitler nur erlebt, wenn er von der Strömung immer höher getragen wurde. Darum fuhr ich nach Weimar, um zu sehen, wie er sich ausnahm, wenn die Umstände einmal gegen ihn arbeiteten. Und nun saß ich hier mit ihm an einem Tisch im Hinterzimmer des Hotels zum Elephanten und hörte zu, wie er ruhig und ganz ohne seine üblichen theatralischen Ausbrüche die Gründe für seine unerschütterliche Zuversicht darlegte. Und er wirkte auch tatsächlich zuversichtlich." Vgl. Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 174.
Nach dem Interview begab sich Hitler nach München. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 286.

2 Vgl. auch Berliner Börsen Curier vom 28.11.1932, "Hitler, der Pessimist".

3 Vgl. Dok. 66-70.

4 "I found him in his hotel at Weimar, where he is now helping his men in their latest election fight - the communal elections for the federal state of Thuringia."

5 Bezieht sich auf das Abschneiden der DNVP bei der Reichstagswahl am 6.11.1932, die als einzige Partei ausdrücklich die Regierung Papen unterstützte. Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

6 "'But how do you think the breakdown will be brought about, Herr Hitler?' I asked. 'Surely the bayonets of the Army are as strong a guarantee of stability as any enjoyed by any Government.'"

7 Vgl. Dok. 71, Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 58, Anm. 6.

9 "'What will you do if the new Reichstag is dissolved?'"

Herr Hitler shrugged his shoulders and laughed at my question. "Fight a new election." [...] [10]

"Never once," was the startling reply. "I knew from the outset that the whole thing was a great farce rigged up to deceive the German people into believing that it was having fair play [11].

Well, their plan has failed. I was not deceived, nor was the German people." [12]

30. November 1932 Dok. 74
Schreiben an Otto Meißner

Masch. Manuskript mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, Film 19721, Nr. 47.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Soeben übermittelt mir Herr Reichstagspräsident Göring Ihre Einladung [1], morgen beim Herrn Reichspräsidenten abermals [2] in einer Aussprache zur politischen Lage und zu den zu treffenden

10 "'Do you believe you had any chance of forming a Cabinet during the recent negotiations?'"

11 Vgl. Dok. 71.

12 An das Interview schloß sich laut Delmer folgendes Gespräch an: "Plötzlich richtete er seine außergewöhnlichen Augen auf mich und stellte mir eine Frage, die nichts mit dem bisherigen Gesprächsthema zu tun hatte: 'Schauen Sie her', sagte er mir, 'mir ist berichtet worden, daß die englische Regierung es gern sähe, wenn hier in Deutschland die Monarchie wiedereingeführt würde, und daß sie es begrüßen würde, wenn ich eine solche Restauration unterstützte. Was wissen Sie darüber? Ist das tatsächlich die Ansicht Ihrer Regierung?' 'Ich habe bis heute noch nie davon gehört, daß die englische Regierung eine solche Ansicht verträte, Herr Hitler', erwiderte ich und fügte dann diplomatisch hinzu: 'Die englische Regierung dürfte an einer solchen Maßnahme nur dann interessiert sein, wenn sie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland beitragen würde.' 'Ganz richtig, ganz richtig!', erklärte Hitler jetzt mit dröhnender Stimme. 'Deutschland würde in Flammen aufgehen, wenn jemand versuchen wollte, die Hohenzollern zurückzuholen. Und ich habe bestimmt nicht die Absicht, als Rennpferd für einen kaiserlichen Jockey zu dienen, der ausgerechnet in dem Augenblick, in dem ich die Ziellinie passiere, auf meinen Rücken springen will.'" Vgl. Delmer, Die Deutschen, S. 174.

1 Im Gegensatz zu Hitler war der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, von der Finanzkrise der Partei und den sich häufenden Austritten alarmiert, durchaus für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, ohne auf der Kanzlerschaft Hitlers zu bestehen. Er befürchtete, daß die Partei an Hitlers Maximalforderungen (vgl. auch Dok. 69, Anm. 25) zerbrechen werde. Straßer handelte nach dem 23.11.1932 mit Schleicher einen Kompromiß aus, der eine Regierungsbeteiligung der NSDAP ohne Gesichtsverlust für Hitler ermöglichen sollte: Straßer würde als Vizekanzler in ein Kabinett Schleicher eintreten, während sich Hitler aus der aktiven Politik zurückziehen sollte. Hitler schien sich zunächst auf diese Planungen einzulassen und sollte zu deren endgültiger Festlegung von einem Abgesandten Schleichers in München abgeholt und nach Berlin begleitet werden. Im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Planung wählte Hitler aber einen anderen Zug, stieg in Jena, wo ihn wahrscheinlich Hermann Göring erwartete, um und fuhr nach Weimar, wo er in der Nacht vom 29. zum 30.11.1932 eintraf. Im Hotel *Elephant* fand am 30.11.1932 eine Besprechung der Parteispitze statt, zu der auch Straßer anreiste. Hitler hatte seine kurzfristige Führungsschwäche offenbar überwunden und setzte seinen Kurs durch. Zum endgültigen Bruch mit Straßer kam es erst am 9.12.1932. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 164 ff.; Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München ^{5}1934, S. 160 f. sowie Dok. 86-88.

2 Vgl. Dok. 67, Anm. 1.

Maßnahmen Stellung zu nehmen. Da ich mündlich und schriftlich meine diesbetreffenden Auffassungen gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten und der Öffentlichkeit bereits eingehendst dargelegt habe[3] und mich darüberhinaus eine Woche lang in Berlin zu jeder Erläuterung zur Verfügung hielt[4], weiß ich nach gewissenhaftester Prüfung zu meinen damaligen Ausführungen nichts Ergänzendes noch vorzutragen, um so mehr als sich eine wesentliche Änderung der politischen Situation nicht ergeben hat.

Im übrigen habe ich ja den positiven Vorschlag, der meiner innersten Überzeugung entsprechend, allein zu einer dauernden Behebung der Krise führen kann, dem Herrn Reichspräsidenten bereits ehrfurchtsvoll unterbreitet[5]. Wie Sie, Herr Staatssekretär mir mitteilen lassen, soll dieser Vorschlag nicht Grundlage der Besprechung sein. Ich glaube es daher auch vor der öffentlichen Meinung nicht mehr verantworten zu können, bei ihr durch neuerliche Besprechungen Hoffnungen zu erwecken, deren Nichterfüllung nur eine schwere Enttäuschung sein müßte. Da ich mich zu alledem mitten im thüringischen Wahlkampf[6] befinde, erscheint mir auch aus diesem Grunde ein somit nur informatorischen Zwecken dienender Besuch schwer möglich, und ich bitte daher den hochverehrten Herrn Reichspräsidenten ehrerbietigst, in diesem Augenblick von einer Einladung meiner Person gütigst absehen zu wollen.

Ich darf Sie, verehrter Herr Staatssekretär, weiter bitten, dem Herrn Reichspräsidenten erneut meine tiefste Ergebenheit zu versichern.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr

Adolf Hitler

---

3 Vgl. Dok. 67, Dok, 70, Anm. 10, Dok. 71.
4 Vgl. Dok. 72.
5 Vgl. Dok. 69.
6 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.

1. Dezember 1932 Dok. 75
"Betrifft: Namensverleihungen" [1]
Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.12.1932.

SA:

Gruppe Ostmark:

Dem Sturm 10/52, *Cottbus*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 17. Februar 1932 von Kommunisten und Reichsbannerleuten erschlagenen SA-Mann Walter Gornatowski [2] künftig die Bezeichnung

"Sturm 10 Walter Gornatowski"

zu führen.

Gruppe Pommern:

Der Standarte 61, *Schlawe*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 12. Juli 1932 von Kommunisten erschlagenen Standartenführer Kurt Kreth [3] künftig die Bezeichnung

"Standarte 61 Kurt Kreth"

zu führen.

---

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Sabine Behrenbeck, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996, sowie den Bericht des italienischen Konsuls in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, über seine Unterredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. Vgl. Renzo de Felice, Hitler e Mussolini. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 232.
Ferner den Bericht von Albert Krebs über Hitlers Rede vor nationalsozialistischen Pressevertretern am 21.3. 1932: "Genug SA-Männer seien, so führte er [*Hitler*] dem Sinne nach ungefähr aus, in den letzten Monaten erschlagen worden. Was habe man aus ihrem Tod gemacht? Man habe sie mit Trommeln und Pfeifen begraben, und die Parteiblättchen hätten einen geschwollenen oder wehleidigen Sermon dazu geschrieben. Warum habe man die Toten mit zertrümmerter Hirnschale, mit von Messern zerfetzten Hemden nicht hinter den Schaufenstern der Parteizeitungen dem Volke gezeigt? Warum hätten diese Zeitungen selbst nicht das Volk an den Bahren der Toten zum Aufruhr, zur Erhebung gegen die Mörder und ihre Hintermänner zusammengetrommelt, anstatt lächerliche politische Halbweisheiten von sich zu geben? Die Matrosen vom Panzerkreuzer Potemkin hätten aus einem schlechten Fraß eine Revolution gemacht, wir aber könnten aus dem Tod der Kameraden keinen nationalen Befreiungskampf führen." Vgl. Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 154 sowie Bd. IV/3, Dok. 58.

2 Walter Gornatowski, Ölmüller in Cottbus, 1928 Eintritt in die SA, am 17.2.1932 im Anschluß an eine Wahlversammlung erschlagen.
Vgl. auch die Meldung in der Vossischen Zeitung vom 19.2.1932.

3 Kurth Kreth (1899-1932), Gutsbesitzer in Neuhof (Pommern), SA-Standartenführer, am 1.7.1932 bei einer Motorradfahrt von politischen Gegnern überfallen, zwölf Tage später am Schädelbruch verstorben.

Gruppe Berlin-Brandenburg:

Dem Sturm 102/39, *Uenze*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 18. Juli 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Hans Kersten[4] künftig die Bezeichnung *"Sturm 102 Hans Kersten"*
zu führen.

Gruppe Niedersachsen:

Dem Sturm 13/92, *Braunschweig*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 1. August 1932 von Marxisten erschossenen Sturmführer Axel Schaffelt [*sic!*] [5] künftig die Bezeichnung
"Sturm 13 Axel Schaffelt"
zu führen.

Gruppe Westfalen:

Dem Sturm 13/98, *Lünen*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. Juni 1932 von Kommunisten erschossenen Truppführer Emil Fröse[6] künftig die Bezeichnung
"Sturm 13 Emil Fröse"
zu führen.

Dem Sturm 3/98, *Dortmund*, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 23. Juni 1932 von Kommunisten erschossenen SA-Mann Heinz Habenicht[7] künftig die Bezeichnung
"Sturm 3 Heinz Habenicht"
zu führen.

Adolf Hitler

---

4 Hans Kersten (1912-1931), Landarbeiter in Uenze (Brandenburg, Kreis Westprignitz), am 18.7.1931 von politischen Gegnern erschlagen.
Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 20.7.1931 (1. MA), "Todesopfer politischer Zusammenstöße".

5 Axel Schaffeld (1904-1932), Student an der Technischen Hochschule in Braunschweig, 1932 SA-Sturmführer, Kreisleiter des NSDStB, am 1.8.1932 von Kommunisten erschossen.

6 Emil Fröse (1905-1932), Bergmann in Lünen-Derne (Westfalen), 1931 Eintritt in SA und NSDAP, 1932 SA-Truppführer, am 3.6.1932 in einem SA-Sturmlokal von einem Kommunisten erschossen.

7 Heinrich Habenicht (1905-1932), Handlungsgehilfe in Dortmund, 1932 Eintritt in NSDAP und SA, am 23.6.1932 bei einer Schießerei mit Kommunisten tödlich getroffen.
Vgl. auch Vossische Zeitung vom 24.6.1932, "Politische Zusammenstöße".

1. Dezember 1932 Dok. 76
Rede auf NSDAP-Versammlung in Greiz[1]

Greizer Zeitung und Tageblatt vom 2.12.1932, "Adolf Hitler spricht in Greiz"[2].

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Seit 14 Jahren betonen wir Nationalsozialisten ununterbrochen eine *Grundwahrheit* für das ganze Völkerleben: Man kann das Schicksal der einzelnen Menschen so wenig als das Schicksal ihrer einzelnen Organisationen trennen vom Schicksal der *Gemeinschaft*. Wenn wir den Staat heute als eine gewisse begrenzte Gemeinschaft, die Volksgemeinschaft als ihren inneren Ausdruck ansehen, dann ist das *Schicksal der einzelnen Menschen* und aller Unterorganisationen, *der Kommunen und der Länder untrennbar verbunden mit dem Schicksal des Reiches*. Es ist daher ein Zusammenhang, der nicht gelöst werden kann, zwischen Reichsschicksal, Reichsglück und Reichselend [*sic!*] und Volksschicksal und Glück und Elend der einzelnen Menschen, auch der einzelnen Kommunen. Wenn wir Nationalsozialisten daher in die *Gemeindewahlen*[3] eintreten, so tun wir es nur, ausgehend von der größeren Erkenntnis, daß insgesamt *das deutsche Schicksal nicht gewendet wird in den Kommunen, sondern im Reich*, und daß jedes Versprechen im einzelnen, im Kleinen das Wunder einer Wandlung herbeizuführen, Lug und Trug sein muß, daß es nur ein einziges Versprechen geben kann, dessen Verwirklichung am Ende Aussicht auf Besserung mit sich bringt: sich einzusetzen *für die Gesamtheit* und zu kämpfen und die Wege zu wählen, die nach menschlicher Voraussicht unser Volk wieder emporführen müssen.

Ich glaube, diese Grundwahrheit ist in den letzten Monaten vielleicht am schärfsten erwiesen und bewiesen worden. Erinnern Sie sich noch der Zeit im Hochsommer, da plötzlich das *Kabinett Papen* mit großen Plänen vor die Nation trat, und wie ich mich damals dagegen wandte und das Wirtschaftsprogramm wie das Innen- und Außenprogramm bekämpfte und als nicht fähig bezeichnete, die deutsche Not zu lösen[4], ausgehend dabei von einer einzigen Grunderkenntnis: Man kann *nicht von oben* herunter ein Wirtschaftsprogramm aufstellen, man darf

---

1 Im Haus der Turnerschaft, nach 19.30 Uhr. Hitler sprach etwa 45 Minuten. An der völlig überfüllten Versammlung nahmen laut Polizeibericht etwa 6.000 (*Der Nationalsozialist*: 15.000) Menschen teil. Vor Hitler sprachen der Leiter der Ortsgruppe der NSDAP Karge sowie Stadtrat Georg Burghardt.
Zum Ablauf vgl. auch den Bericht des Polizeiamts Greiz: "Als Hitler kurz nach 7 Uhr mit mehreren Kraftwagen in Greiz eintraf, riefen ihm die Plakatwachen der KPD und SPD, die auf der großen Brücke standen, 'Rot Front' und 'Freiheit' zu. Daraufhin soll ein Insasse eines Begleitautos mehrmals mit einer Hundepeitsche nach den Rufern geschlagen haben. Die Erörterungen [*sic!*] über diesen Vorfall sind im Gange."

2 Vgl. auch Der Nationalsozialist vom 2.12.1932, "Interne Besprechungen Adolf Hitlers in Weimar"; vom 3.12.1932, "Hitler im Thür[*ingischen*] Wahlkampf"; Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; VB vom 3.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Gemeindewahlkampf". Ferner Bericht des Polizeiamts Greiz Nr. 2004 an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.

4 Anspielung auf Papens große Programmrede auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Münster am 28.8.1932, mit der sich Hitler vor allem in seiner Rede am 4.9.1932, aber auch in den folgenden Reden auseinandersetzte. Druck: Bd. V/1, Dok. 180. Zur Reaktion Hitlers auf die Regierungsbildung des Kabinetts von Papen vgl. Bd. V/1, Dok. 78 ff. Zur Auseinandersetzung Hitlers mit Papen vgl. ferner Dok. 15 sowie 65 dieses Bandes.

auch nicht plötzlich sich einbilden, eine andere Außenpolitik treiben zu können, wenn nicht ein *Wandel in der Gesinnung und im Willen des eigenen Volkes* herbeigeführt worden ist. Jene wollen dauernd das Pferd von rückwärts aufzäumen, die glauben, die Wirtschaft könne Deutschland retten.

Natürlich kann jeder politische Vorfall einer Nation im ersten Augenblick unter Phrasen und Theorien verschleiert werden. Das Ende aber ist die wirtschaftliche Katastrophe[5]. Die beginnen die Menschen dann zu fühlen. Jetzt kann man nicht mehr das marxistische Einmaleins herunterleiern. Davon werden die Menschen nicht satt. Man kann nicht ein Manifest vorschieben. Davon werden die Menschen nicht genährt. Jetzt kann man nicht sagen: Wir leben im Zustand der Freiheit, Schönheit und Würde[6]; das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt, und wir haben eine Revolution groß und erhaben[7]. *Die Phrasen verfangen nicht mehr.* Denn die Not trifft jeden einzelnen.

Unser politisches Leben ist nur eingestellt auf die *Behebung der einzelnen Nöte.* Das Ergebnis haben wir vor uns. Dreizehn Jahre haben sie gearbeitet und nicht verhindern gekonnt [*sic!*], daß die ganze Nation immer mehr und mehr in die Katastrophe hineinkam. Ich habe mich im Hochsommer als Prophet gegen die Regierung Papen gewandt und bin deshalb von vielen angegriffen worden. Vielleicht sind auch Nationalsozialisten an der Paripherie [*sic!*] der Partei von solchen Reden ergriffen worden wie: Papen hat doch ein Programm aufgestellt, er will die Wirtschaft beleben; da soll man ihm die Möglichkeit geben, das durchzuführen. Ich habe gewarnt und recht behalten. In knappen drei Monaten ist dieser ganze Versuch jammervoll, wie ich es vorhergesagt [*habe*], zusammengebrochen.

Man hat nichts gelernt und will weiter so fortfahren. Das kann ich nicht verhindern, wohl aber das, daß meine Bewegung mit kompromittiert wird. Ich muß das tun. Mancher sagt auch jetzt: Vielleicht solltet ihr doch mitmachen. Was würden die, die jetzt wieder diese Mahnung

---

5 Zur Weltwirtschaftskrise, ihren Voraussetzungen und Folgen, vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

6 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.
Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

7 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf *An das werktätige Volk!*, den der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat am 11.11.1918 publiziert hatte: "Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt. Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik." Vgl. Vossische Zeitung vom 11.11.1918, "An das werktätige Volk!"

vertreten wollen, sagen, wenn ich vor drei Monaten mitgemacht hätte[8] und jetzt vor Gott und der Welt *verantwortlich* gemacht würde *für diesen Zusammenbruch?* Dann würde es heißen: "Das hätte er nicht tun dürfen, er hätte sich zurückhalten müssen; er mußte wissen, daß das nicht gut geht. Es war ein Verbrechen, eine so hoffnungsfrohe Bewegung dafür einzusetzen." So würde man in drei Monaten reden, wenn ich mich jetzt zu einer anderen Haltung entschließen würde. Es ist immer noch so, daß in Deutschland erst alles fehlschlagen, alles erprobt werden und die Not bis zum Allerschlimmsten steigen muß, bis man endlich gewillt ist, Vernunft anzunehmen und den Weg zu gehen, der allein gegangen werden kann: den *Weg der grundsätzlichen Volksgemeinschaft*[9] *von unten auf.*

Das ist ein schwerer Weg. Wenn andere Jahrzehnte lang zerstört haben, darf man nicht annehmen, daß das im Handumdrehen wiedergutzumachen ist. Das geht nicht durch Wunderrezepte, nicht durch Notverordnungen[10]. *Von unten auf,* im kleinen anfangend, muß man die deutsche Volksgemeinschaft aufrichten. Aber dann wird sie dem deutschen Volke wieder innere Festigkeit zurückbringen und die Periode unseres Verfalls überwinden. Aus der Gemeinschaft heraus wird das Volk außenpolitisch erstarken und innenpolitisch diese mystische Kraft des Glaubens und der Zuversicht gewinnen, ohne die keine Regierung arbeiten kann.

Die Ungeheuerlichkeit der Situation spüren Sie in Ihrem eigenen Lande. Würde man den Blick allein darauf wenden, so müßte man verzweifeln. Das Reich hat sich saniert, und zwar mit den erbärmlichsten Mitteln. Man hat die Not von den Reichsfinanzen abgewälzt auf die Kommunalfinanzen. Das Land Thüringen müßte 44 Millionen für Wohlfahrt aufbringen[11]. Dabei hat es nur 26 Millionen Einnahmen in seinen Kommunen[12]! Man hat bisher nicht den Mut gehabt, die Wahrheit zu sagen, wie sie ist. Man will immer wieder um das äußerste herumkommen. Man glaubt immer noch, daß man mit billigen und *kleinen Mitteln* und Verordnungen von heute auf morgen die gefahrdrohende Situation meistern kann. Jetzt sagt man: Wir müssen den Winter überdauern[13]. Dann wird man sagen: Wenn wir nur über den Sommer hinwegkommen.

---

8 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

9 Der Begriff läßt sich erstmals bei Friedrich Schleiermacher (1768-1834) nachweisen; zu seiner Etymologie im nationalsozialistischen Wortschatz vgl. Cornelia Berning, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 197.

10 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

11 Die Gesamtkosten der öffentlichen Fürsorge und der öffentlichen Jugendhilfe im Land Thüringen betrugen im Rechnungsjahr 1931/32 35.589.000 RM, die Einnahmen der Bezirksfürsorgeverbände in Thüringen 12.696.000 RM. Vgl. Wirtschaft und Statistik 13, Heft 9. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, S. 261.
Der *Zuschuß*bedarf des Landes Thüringen für das Wohlfahrtswesen betrug im Rechnungsjahr 1931/32 4.485.000 RM, der Gemeinde und Gemeindeverbände 27.988.000 RM, zusammen 32.473.000 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1934, S. 444 f.

12 Im Rechnungsjahr 1931/32 hatten die thüringischen Gemeinden und Gemeindeverbände Gesamtsteuereinnahmen in Höhe von 53.359.000 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 448 f.

13 Vermutlich keine Anspielung auf eine konkrete Äußerung, sondern auf den damaligen Tenor in der deutschen Presse; vgl. etwa Vossische Zeitung vom 26.11.1932, "Notregierung für den Winter": "Der neuen Regierung wird die Aufgabe gestellt werden, über die kritischen Wintermonate politisch und wirtschaftlich hinwegzukommen." Ferner Frankfurter Zeitung vom 28.11.1932 (MA), "Ruhiger Sonntag": "Ob sich dies [*eine Ablehnung der Kanzlerschaft Schleichers*] ändern würde, wenn es dadurch gelänge, mit den Parteien einen Modus zu vereinbaren [...], der es erlaubt, über die kritischen Wintermonate hinwegzukommen und einen offenen Zusammenstoß zwischen Regierung und Reichstag zu vermeiden [...], müssen wir fürs erste dahingestellt sein lassen."

Nach ihm wird man sagen: Der Herbst ist das Gefährliche. Und dann wird man wieder mit Grauen in den Winter blicken, und so fristet man sich durch von Vierteljahr zu Vierteljahr, wobei die Intervalle immer kürzer werden, bis man zur rechten Erkenntnis kommt.

Man muß von unten auf wieder beginnen, dem deutschen Volke eine Willenseinheit sichern, man muß, was sich dagegen stemmt, unbarmherzig niederbrechen und dieses Volk entschlossen der Welt gegenüber stellen. Man muß den Mut zu *Maßnahmen* haben, die *nicht populär, sondern hart* sind. Aber man kann nur Opfer fordern, wenn sie der Gesamtheit, wenn sie dem Volke und nicht einer einzigen Klasse zugute kommen. Deutschland kann für die Zukunft nur leben, wenn die Überzeugung in jedem einzelnen Deutschen selbstverständlich ist, daß die *Opfer*, die gebracht, und die Leiden und Entbehrungen, die ertragen werden müssen, wirklich *einem neuen großen Ideal zugute* kommen. Wer jetzt sagt, man müsse die Monarchie einsetzen [14], das Bürgertum müsse wieder die Zügel ergreifen, ist vollständig verblendet. Man vergißt, daß heute nur *ein* großes Ideal die Nation noch retten kann, daß anstelle von Klassen- und Verbandspolitik langsam eine große und erhabene Volksgemeinschaft entsteht.

Dafür bin ich eingetreten 13 Jahre lang, und daß mein Programm innere Kraft besitzt, das habe ich durch die Praxis bewiesen mit dem Aufbau der größten Organisation [15]. Ich habe es fertiggebracht, diese *eigene Organisation dem deutschen Gedanken, der deutschen Zukunft zur Verfügung* zu stellen. Aber ich kann sie nicht verleihen oder vergeben. Man kann mich einsperren, meine Partei unterdrücken, aber man kann mich nicht zu einer anderen Überzeugung bringen, als die mir die Einsicht selber gibt. Ihr habe ich 13 Jahre gehorcht in guten und in schlimmen Tagen. Soll ich ihr im vierzehnten untreu werden, weil man mir eine Stellung anbietet, ein paar Ministersessel verheißt [16]? Das kann ich nicht und das werde ich nicht tun. Ich kann nur dem neuen Kabinett, das gebildet wird, sagen: Was ihr mit mir tut, ist vollständig gleichgültig. Ich tue das, was ich für richtig halte. Ich trete als Warner auf und sage den Verfall voraus. Habe ich Unrecht, dann kann man mich meinetwegen später steinigen. Habe ich Recht, dann

---

14 Es war ein langfristiges Ziel des Reichskanzlers von Papen, den Reichstag als institutionellen Machtfaktor auszuschalten, um dann über den Weg einer reinen Präsidialdiktatur die Monarchie in Deutschland wiederzuerrichten. Diese streng geheimen Pläne wurden von Hindenburg, nicht aber von Schleicher unterstützt. Um die Ziele seines politischen Ziehsohns zu torpedieren, ließ der Reichswehrminister deshalb einige Journalisten und sozialdemokratische Politiker über Papens Absichten informieren; bereits am 11.10.1932 berichtete der *Vorwärts* über Papens "hochverräterische Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie". Zwar wurde am 11.11.1932 in Berlin eine 'Arbeitsgemeinschaft der monarchistischen Bewegung' gegründet, doch war mit dem Rücktritt Papens am 2.12.1932 der Plan einer monarchischen Restauration erst einmal vom Tisch.
Diese Angaben basieren auf einem bislang unveröffentlichten Vortrag von Herrn PD Dr. Wolfram Pyta (Universität zu Köln) zum Thema "Monarchische Restauration versus konstitutionelle Demokratie. Die verfassungspolitischen Konzeptionen der Präsidialkabinette Papen und Schleicher", den Herr Pyta am 25.9.1997 bei einem Wissenschaftlichen Kolloquium in Stuttgart gehalten hat. Für die Überlassung des Manuskripts sei Herrn Pyta an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Vgl. ferner Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Zur Beurteilung des "Monarchismus" in der Weimarer Republik. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson. Hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a. M. 1976, S. 138-186; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1012.

15 Vgl. Dok. 10, Anm. 8.

16 Vgl. Anm. 8. Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Dok. 200, 208, 211-219, 222-229, 232-234, 236, 238-240.

hoffe ich, daß doch einmal die Stunde kommt, wo das deutsche Volk das einsehen wird und nicht jedem nachläuft, der plötzlich aus dem Nichts herkommt und sich als Kanzler präsentiert[17].

Ich glaube nicht, daß von solcher Stelle die Rettung kommen kann. Es hätte manches in den letzten Monaten einen anderen Weg nehmen können, wenn man gewollt hätte. Heute muß ich sagen, *ich glaube nicht, daß man will.* Man hat nur den einzigen Gedanken in jenem Kreise: Wie können wir die Nationalsozialistische Partei kompromittieren, wie können wir ihren Führer in eine Falle locken[18]? Sie müssen verstehen, daß ich langsam vorsichtig geworden bin, daß ich heute selbstverständlich *nicht mehr mündlich verhandele,* sondern schon der deutschen Zukunft und der Partei wegen alles nur noch schriftlich tue[19]. Jeder kann sterben. Ich möchte, daß dann nachher nicht plötzlich umgedreht wird, was vorher war; ich möchte für alle Fälle das Wollen der Bewegung für immer niedergelegt wissen und auch das Wollen der anderen. Dann kann man später prüfen, wer Recht gehabt. Für mich gibt es nur einen einzigen Weg, den ich seit 13 Jahren ging. Die Partei ist bereit, die Verantwortung im [*Deutschen*] Reich zu übernehmen nach bestem Wissen und Gewissen. Aber sie muß auch *wirkliche Verantwortung* übernehmen können, weil sie die *Führung* besitzt. Die Verantwortung für die Taten anderer übernehme ich nicht! Ich lasse mich auch nicht durch andere decken, sondern stelle mich persönlich hin für mein Handeln.

Die Einladung, die ich bekommen habe und bekommen werde, ein paar Ministerstühle anzunehmen, muß ich dankend ablehnen. Sie wollen sie nur geben, damit sie mir den Mund zumachen. Das alles bewegt mich nicht. Das Einzige, was mich bewegt, ist die *Sorge um die Zukunft unseres Volkes.* Die sehe ich so, daß, wenn dann die große Wende eintritt, langsam die Länder, die Kommunen zugrundegehen und Millionen deutscher Menschen verelenden müssen. Das mag manchen in Berlin wenig bewegen. Mich bewegt das schon, weil ich nicht Führer einer exklusiven Vereinsorganisation bin, sondern einer großen Masse, die das Elend miterlebt in ihren Reihen[20]. Wer heute einen kleinen Klub als Ausgangspunkt besitzt[21], hat vielleicht gar nicht so den Antrieb, den wir empfinden, die wir eine Millionenorganisation hinter uns haben[22], in

---

17 Gemeint ist Franz von Papen, vgl. Dok. 4, Anm. 5 und 6.

18 Vgl. hierzu den Eintrag vom 13.6.1932 in den Tagebüchern des Harry Graf Kessler: "Er [*Theodor Wolff*] meinte dann, Schleicher erzählte zu viel und zu vielen, daß er Hitler erledigen wolle. Natürlich erfahre das Hitler auch. Man frage sich, was Schleicher mit diesen Indiskretionen eigentlich bezwecke. Ob er Hitler damit beruhige, daß er das sagen müsse, um sich gut Wetter zu schaffen, oder was eigentlich?" Vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 671. Ferner Dok. 107, Anm. 56.

19 Gemeint sind die Briefe, die Hitler nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 an Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Meißner richtete. Druck: Dok. 65, 67-70 und 74.

20 Die nationalsozialistischen Wahlerfolge wuchsen parallel zum Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Gleichwohl lassen wahlstatistische Untersuchungen erkennen, daß die Arbeitslosen selbst vergleichsweise selten NSDAP wählten, sondern vor allem die KPD und, etwas seltener, die SPD bevorzugten. So stimmte im Juli 1932 nur jeder sechste Arbeitslose für die NSDAP, aber jeder vierte für die KPD, wobei innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen die arbeitslosen Angestellten noch sehr viel häufiger für den Nationalsozialismus votierten als die arbeitslosen Arbeiter. Berechnungen wie diese verdeutlichen, daß das Wahlverhalten der Deutschen durch die Arbeitslosigkeit hauptsächlich indirekt beeinflußt wurde, daß es das allgemeine Klima der Hoffnungslosigkeit und der Vertrauensverlust in die Regierung waren, von denen die NSDAP als Protestpartei profitierte. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 290 ff.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

22 Vgl. Dok. 10, Anm. 8.

deren Reihen Leid und Not und Jammer sich abspielen. Ich kann mich daher auch nicht bereit erklären, irgendwie geistig aus dieser Atmosphäre herauszugehen. Ich sehe, daß sie die Kraft besitzt, eine große Volksgemeinschaft anzubahnen. Wenn sie diese Aufgabe nicht löst, der Herrenklub wird sie nicht lösen und die anderen Organisationen auch nicht. Die große deutsche Frage kann nur unsere jugendfrische[23] und ideale Bewegung [*sic!*] lösen und sonst keine. Denn die anderen sorgen nur für einen Stand, für den Arbeiter, für den Bauern, für den Beamten usw. Sie muß die Voraussetzung schaffen, daß das Reich erlöst wird von dem grenzenlosen Leid, damit auch der deutsche Mensch erlöst wird von dem Unglück und Elend.

Ich sehe nicht rosig in die Zukunft. Es muß alles bitter erkämpft werden. Der Weg ins Himmelreich ist noch nie breit gewesen[24]. Thüringen ist das Land, wo einst in schweren Kämpfen eine geistige Bewegung des deutschen Volkes mühsam und mit unsäglichem Leiden verknüpft, wo einst die Reformation sich durchsetzte gegen unzählige Gewalten, oft scheinbar vom Untergange bedroht, aber schließlich siegreich, weil der Glaube treu zu der großen Aufgabe stand[25]. Heute stehen wir *vor einer großen politischen Reformation* des Volkes. Wir erleben dasselbe Spiel, sehen fast dieselben Kräfte wie einst. Auf der einen Seite List, Tücke und Gewalt, auf der anderen die *Kraft des Glaubens an die Nation.* Der Kampf schwankt. Es ist gerade in solcher Zeit des Schwankens *erst recht nötig, daß die Führung* einer solchen Bewegung mutig, ohne eine Sekunde zu zögern, *ihren Weg weitergeht.* Das ist das, was ich allein versprechen kann. Ich habe ein großes Ideal einst aufgestellt, Millionen Menschen dafür verpflichtet. Wir gehen in eine Zukunft, von der wir nicht wissen, welche Hindernisse sie bringen wird. Aber die Versicherung gebe ich: *den Weg, den ich eingeschlage, werde ich nicht verlassen.* Und wenn ich alle Anhänger verlieren würde, wie die Gegner es sagen, wenn ich nicht meine Haltung ändere. Dann würde ich eben meinen Weg ganz allein gehen. Ich weiß aber, daß es immer mehr und mehr Anhänger werden.

Die Zeit kleiner Verlockungen, wie sie die Papen-Regierung in sich hatte, wird vergehen. Die Menschen werden sehen, wohin es führt, wenn das Volk sich auflöst in Bürgertum auf der einen und Marxismus auf der anderen Seite[26]. Die Menschen werden noch froh sein, wenn *etwas* da ist, *was alle Deutschen einen kann.* Wir werden in diese Zeit hineinmarschieren unentwegt, ohne nach links und nach rechts zu sehen. Man kann mir und meinen Freunden anbieten, was man will: Wir sind *bereit, die Verantwortung zu übernehmen, aber nur dann, wenn unsere Fahne zugleich das Symbol des neuen* [*Deutsch*]*land wird!* Mißbrauchen lasse ich diese Fahne nicht, jetzt nicht und in den kommenden Monaten [*nicht*] und nicht in 10 Jahren. Das Schicksal mag entscheiden, wenn unsere Stunde kommen wird [*sic!*]. Unsere Pflicht ist es, nur unentwegt auf diese Stunde hinzuarbeiten. Das Regiment von jetzt hat keine Dauer. Es wurzelt nicht im Volk, sondern nur in einer dünnen Oberschicht[27]. Am Ende wird aus der ewigen Quelle unserer Volkskraft die Überlegung kommen [*sic!*].

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

24 Anspielung auf Matthäus 7, 13-14: "Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis führt, und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt, und wenige sind ihrer, die ihn finden."

25 Der Anschlag der 95 Thesen Martin Luthers gegen den Mißbrauch des Ablaßhandels an die Schloßkirche in Wittenberg am 31.10.1517 gilt als der Beginn der Reformation.

26 In Hitlers Vorstellung war der Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischen Lager eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

So bitte ich, wenn Sie zur Wahl gehen, daß Sie nicht bloß auf Ihre Stadt und auf Ihr Dorf sehen. Sie wollen einen Augenblick bedenken, daß Dorf und Stadt im Reiche liegen, das an schwerer innerer Krankheit leidet. Sie wollen bedenken, wenn Sie nur auf das Los Ihrer Stadt allein sehen wollten und auf das Schicksal des Dorfes, daß dann die Zukunft trostlos wäre. Wie soll dann die Rettung kommen? Sie wollen sich erinnern, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sehr schwere Nöte hinter sich hat und einen Leidensweg schon oft schwerer fast als den heutigen gehen mußte, und daß wir *hoffen* dürfen, *wenn wir alle uns nur als Deutsche fühlen,* daß wir *den Weg finden,* der aus der Not herausführt. Wenn wir nur auf das einzelne sehen in Dorf und Kommune, dann könnte man, wie gesagt, verzweifeln. Wer aber an Deutschlands Größe glaubt, glaubt auch an seinen Wiederaufstieg. Unser Volk hat immer noch den Weg aus Not und Unglück herausgefunden. So kann ich auch jetzt nicht verzweifeln. Der Blick zum großen deutschen Volk allein ist es, der mir wieder Kraft geben kann. Was früheren Generationen gelungen ist, kann uns nicht mißlingen. Wenn ich an Deutschland glaube, glaube ich damit zugleich an mich. Heil[28]!

1. Dezember 1932 — Dok. 77
Rede auf NSDAP-Versammlung in Altenburg[1]

Altenburger Landes-Zeitung vom 2.12.1932, "Adolf Hitler in Altenburg"[2].

Bald darauf kündeten Heilrufe das Herannahen *Adolf Hitlers* an. Er erschien in Uniform mit einem kleinen Gefolge, war zunächst Gegenstand einer Minuten währenden Huldigung und nahm dann gleich das Wort. Leider war er vom Pressetisch, der rings von Menschen ummauert

27 Mit solch polemischen Angriffen kritisierten Hitler und die NSDAP immer wieder das damals noch amtierende Kabinett von Papen; vgl. in diesem Zusammenhang auch Dok. 10, Anm. 13.
28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungablauf.

1 Im Festzelt auf dem Anger, nach 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa 20 bis 30 Minuten. An der Versammlung nahmen laut Vorlage etwa 20.000 Menschen teil. Vor Hitler, dessen Rede in die ständigen Bretterzelte Volksstädts und Riebecks übertragen wurde, sprach der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, MdR Josef Wagner, über "die nationalsozialistischen Ideen in der Kommunalpolitik", so der Polizeibericht.
Vgl. auch den Bericht der *Ostthüringer Volkszeitung*: "Seien wir ehrlich, was dann noch kam, war auch nur eine matte, kraftlose Rede, die nichts Neues enthielt. An die Stelle überzeugter Begeisterung ist eine handwerksmäßige Routine getreten, die Wildheit nazistischer Redesitten ist einer sanften Resignation gewichen. Kein Wunder, wenn man täglich gezwungen ist, prompt seine Rede zu liefern, um Geld in die Kassen zu schaffen. [...] Schon während der Rede Hitlers, die übrigens etwa nur 20 Minuten dauerte, verließen Hunderte das Zelt. Es war nicht festzustellen, ob ihnen die maßlose Selbsteinschätzung Hitlers auf die Nerven fiel oder ob ihre Neugier inzwischen befriedigt war."
2 Vgl. auch Berliner Börsen-Zeitung vom 2.12.1932, "Hitler: 'Bereit zum Kampf!'"; Jenaer Volksblatt vom 2.12.1932, "Hitler als Fanatiker"; Der Nationalsozialist vom 2.12.1932, "Interne Besprechungen Adolf Hitlers in Weimar"; vom 3.12.1932, "Hitler im Thür[*ingischen*] Wahlkampf"; Ostthüringer Volkszeitung vom 2.12. 1932, "Die braune Primadonna in Altenburg"; VB vom 3.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Gemeindewahlkampf". Ferner Bericht des Polizeiamts Altenburg Nr. V/9-4 an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

war, nicht sehr gut zu verstehen. Nach einigen Einführungssätzen allgemeinen Inhalts ging er sofort zum Angriff gegen die Regierung Papen vor. Er, Hitler, habe nach der Reichstagswahl gesagt, wie es kommen werde, und so sei es auch gekommen[3]. Wieder sei viel kostbare Zeit nutzlos vertan worden, und man werde weiter so verfahren, wie man angefangen hat, in dem Glauben, die nationalsozialistische Bewegung einfangen zu können. Hitler beantwortete dann die von manchen Leuten aufgeworfene Frage, warum er sich nicht an der Regierung beteilige[4]. Man könne ihm Gehalt und Stellung versprechen so viel man wolle, *er lasse sich kein goldenes Schloß vor den Mund legen*, und er werde jetzt nicht tun, was er damals nicht getan hat. Auch seine weiteren Ausführungen widmete Hitler der Rechtfertigung seiner Haltung. Er erläutert auch, warum er sich immer an die Massen wende, weil nämlich in den Massen das deutsche Volk und seine Zukunft stecke, nicht in der Schicht, die in Berlin Politik mache. Der Wert der Bewegung liegt darin, sagte Hitler, nachdem er die Not der erwerbslosen Familien gestreift hatte[5], daß sie Millionen sogenannter kleiner Leute, die sonst hinter den roten Fahnen[6] herlaufen würden, dem deutschen Gedanken gewonnen hat[7]. Aber man rechne es ihm zum Schimpf an, daß er sich zum Fürsprecher dieser kleinen Leute gemacht hat. Auf die Regierungskrise übergehend, erklärte Hitler, er sage wie am 13. August, er wolle die volle Verantwortung übernehmen[8]; aber niemand dürfe sich einbilden, er könne seine schlechten Absichten hinter den nationalsozialistischen Fahnen verstecken. Die Geschichte werde entscheiden, wo in dieser Zeit die "Köpfe" waren. Nach einem weiteren Ausfall gegen die Regierung von Papen erklärte Hitler, das Leben habe nur einen Sinn für ihn: die nationalsozialistische Bewegung zur führenden und tragenden in Deutschland zu machen. Das deutsche Volk wird auch noch einige Monate oder Jahre überstehen. So wenig man ihn mit Zuckerbrot und Peitsche gewinnen kann, so wenig werde man seine Leute gewinnen. Man möge tun, was man wolle. Das Wort Furcht kenne er nicht, und das Wort Ergebung stehe in dem nationalsozialistischen Wörterbuch nicht. *Niemals werde man ihn und seine Bewegung niederringen.* Er sei ein Fanatiker [*sic!*] und werde es Zeit seines Lebens bleiben. Ohne Mut und Beharrlichkeit hätte er vor 14 Jahren das Werk nicht beginnen können[9]. Nunmehr wandte sich Hitler kurz der Wahl am Sonntag zu[10]. Man solle bei der Wahl nicht nur an sich selbst denken, sondern auch an das große Deutschland. Bauern,

---

3 Vgl. hierzu Dok. 61 ff.

4 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

5 Im Dezember 1932 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 5.772.984 Arbeitslose gemeldet. In dieser Zahl waren Notstands- und Fürsorgearbeiter sowie Arbeitssuchende in gekündigter und ungekündigter Stellung nicht enthalten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Berlin 1933, S. 297.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

6 Als revolutionäres Symbol tauchte die rote Farbe erstmals während der Französischen Revolution bei den Jakobinermützen auf. Rote *Fahnen* erschienen in Frankreich erstmals 1830 während der Juli-Revolution (in Übernahme der roten Signalflaggen, mit denen die französische Gendarmerie anzeigte, daß nun geschossen würde), in Deutschland dann während der Revolution von 1848/49; seitdem galten sie als internationales Erkennungszeichen der Arbeiterbewegung und wurden in diesem Sinne auch während der Weimarer Republik von allen linken Gruppierungen geführt. Vgl. Arnold Rabbow, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970, S. 198 ff.

7 Vgl. Dok. 10, Anm. 9 und 11 sowie Dok. 76, Anm. 20.

8 Vgl. Bd. V/1, Dok. 167.

Arbeiter, Industrielle müßten zusammenstehen zur Rettung des Vaterlandes. Wenn es anders werden soll, muß ein neuer Weg begangen werden, der Weg der Gemeinschaft und Brüderlichkeit. Der Intellektuelle müsse das Leid der Kleinen verstehen. Hitler sprach darauf einige Worte gegen die Zersplitterung und erklärte dann:

Gleichgültig, was die nächsten Monate bringen und wie die Regierung heißt, ich habe das beste Angebot gemacht. Wir sind immer bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Wenn sie es nicht wollen, so sind wir immer bereit zu kämpfen, und wenn die Welt voll Teufel wär'[11].

2. Dezember 1932 Dok. 78
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gotha[1]

Gothaisches Tageblatt vom 3.12.1932, "Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in Gotha"[2].

Unser ganzes politisches Leben bewegt sich nur im Rahmen der Versprechungen, geholfen haben diese Versprechungen aber keinem Stand. Sie konnten auch gar nicht helfen, denn die Krise, die unser Wirtschaftsleben heute ergriffen hat, nahm nicht etwa den Ausgang von der

---

9 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, sowie zu den politischen Anfängen Hitlers vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Horn, Führerideologie, S. 29 ff.; Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 155 ff.; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 200 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 87 ff.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.
Vgl. auch die Bewertung der *Altenburger Landes-Zeitung*: "Natürlich hätten die Kommunalwahlen in Thüringen und der angesetzte Besuch in Altenburg Adolf Hitler nicht von einer Reise nach Berlin abgehalten, wenn er sich wirklich einen Erfolg für seine Sache versprochen hätte. Die thüringischen Kommunalwahlen haben verhältnismäßig wenig allgemeine Bedeutung, und wenn Hitler jetzt in Thüringen redet, so tut er es doch im Sinne seiner Reichspolitik, wie sich auch gestern gezeigt hat, denn über die Kommunalwahlen sagte er nur ein paar belanglose Worte, während er in der Hauptsache allgemein zur Lage und hochpolitisch nur in ein paar Sätzen zum Schluß redete."

11 Vgl. Dok. 16, Anm. 17.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Schießhaus, nach 19.00 Uhr. Vor Hitler, dessen Rede etwa 45 Minuten dauerte, sprachen MdL und Leiter der Kreisgruppe Gotha der NSDAP, Wilhelm Busch-Seebergen, und Friedrich Christian Prinz von Schaumburg-Lippe. An der Versammlung nahmen etwa 7.000 Personen teil, etwa weitere 1.000 Personen hatten - so der Polizeibericht - "noch auf dem Vorplatz Aufstellung genommen". Die Reden wurden durch Lautsprecheranlagen in ein großes Festzelt übertragen, das neben dem Schießhaus aufgestellt worden war.

2 Vgl. auch Ankündigung im Gothaischen Tagblatt vom 2.12.1932; Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; Der Nationalsozialist vom 4.12.1932, "Adolf Hitlers Thüringen-Fahrt: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; VB vom 4./5.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Wahlkampf: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; Der Freiheitskampf vom 5.12.1932, "Des Führers Triumphfahrt durch Thüringen". Ferner Bericht Nr. 49 des Polizeiamts Jena an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

Wirtschaft, sondern es war im Beginn eine große politische und vordem schon eine völkische Krise. Mit Notverordnungen[3] läßt sich das wirtschaftliche Elend[4] nicht beheben, denn es handelt sich nur um oberflächliche Injektionen. Man putscht den Körper im Augenblick durch eine Giftspritze noch einmal auf, weil man nicht den Mut hat, zu sehen, daß man grundsätzlich ein anderes Leben beginnen muß. Bequem ist es, so die Menschen auf begrenzte Zeit wieder mit Hoffnungen zu erfüllen. Wir haben das zum ersten Male 1918 mit dem Friedensvertrag[5] erlebt [*sic!*]. Vier Jahre dauerte das und führte zur Inflation, dem ersten ganz schweren Zusammenbruch[6]. Man brauchte eine neue Injektion und fand den Dawes-Pakt[7]. Diese zweite Injektion[8] währte kaum drei Jahre und dann kam der Young-Plan[9] als dritte Injektion hinzu[10], die kaum zwei

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 sowie Dok. 15, Anm. 8.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

5 Druck der Waffenstillstandsverhandlungen, die zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 stattfanden: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.
Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

6 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

7 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zahlungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan (vgl. Anm. 9) ersetzt. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

8 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, um die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherzustellen. Im Anschluß daran flossen zwischen 1924 und Sommer 1930 Auslandsanleihen in einer Gesamthöhe von rund 28 Milliarden RM insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Diese Kredite, mit denen nach 1924 etwa $^2/_5$ aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert wurden, ermöglichten erst die sich anschließende Konjunktur wie auch zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere in den Kommunen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff., 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

9 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17% reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Mit dem am 11.8.1931 unterzeichneten Hoover-Moratorium wurden alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr sistiert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 438 ff., 498 ff.

10 Teil des Young-Plans war eine Übereinkunft, in der einige Gläubigerländer ihre Absicht erklärten, bis zum 1.10.1930 "sobald als möglich zur Emission einer oder mehrerer Abschnitte von Reparationsschuldverschrei-

Jahre währte. Inzwischen folgten die Notverordnungen zur Rettung der Wirtschaft, und es ist bemerkenswert, daß, wie bei jedem Kranken der Erfolg derart künstlicher Versuche immer kürzer wird, auch hier der Erfolg immer mehr zusammenschrumpfte.

Als ich vor einigen Tagen und vor einigen Monaten im schweren Kampf gegen die heutige Regierung stand[11] - ich weiß nicht, ob sie morgen noch besteht oder in einiger Zeit, das weiß niemand[12] -, da bekam ich Vorwürfe zu hören, weil ich mich gegen die neuen Versuche wandte. Der Grund, warum ich mich dagegen wandte, war folgender: In dem Augenblick, in dem mir die damalige Wirtschaftsnotverordnung bekannt wurde, in dem Augenblick, in dem mir das innenpolitische Programm bekannt wurde und die Maßnahmen nach außen, da wußte ich eines: Man versucht mit ein paar richtigen Gedanken, die man uns geklaut hat[13], nunmehr ohne irgendwie in die Tiefe eindringen zu wollen, durch eine neue solche Injektion das deutsche Volk mit einer gekünstelten Hoffnung zu erfüllen, und ich wußte, daß auf die Hoffnung eine furchtbare Enttäuschung eintreten wird. Ich habe nicht 13 Jahre lang gearbeitet, für große Ideen gekämpft, um jetzt plötzlich mich für eine solche lächerliche Lösung verbrauchen zu lassen. Ich habe mir ein großes Lebensziel gesetzt, und diesem Ziel bleibe ich treu, weil ich sonst sogar

---

bungen in einem Gesamtbetrage von 300 Millionen Dollar auf den internationalen Märkten zu schreiten". Die deutsche Regierung erhielt die Befugnis, sich an dieser sog. Young-Anleihe zu einem Drittel zu beteiligen. Druck: RGBl. 1930, II, S. 329 ff. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982, Dok. 31, 36, 45 mit Anm. 8.

11 Gemeint sind vermutlich die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

12 Das Kabinett Papen war am 17.11.1932 zurückgetreten, erst am 2.12. beauftragte der Reichspräsident Reichswehrminister von Schleicher mit der Neubildung der Reichsregierung; tags darauf wurde die neue Regierung vom Reichspräsidenten offiziell ernannt. Die Tage zwischen dem 17.11. und dem 3.12. waren Tage völliger Unsicherheit, die geprägt waren von permanenten politischen Verhandlungen, bei denen neben einer Ernennung Hitlers "die Wiederbetrauung des bisherigen Kanzlers mit der Regierungsbildung am wahrscheinlichsten" schien. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933. Bearbeitet von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986, Einleitung, S. XXV ff., Zitat S. XXV.
Am 1.12.1932 war Hitler von Oberstleutnant Eugen Ott im Hotel *Elephant* in Weimar aufgesucht worden; das von Ott unterbreitete Angebot Schleichers, Hitler solle in einem Kabinett Schleicher den Posten des Vizekanzlers übernehmen, lehnte Hitler in einem zweistündigen Monolog ab, wobei er Schleicher "vor dem Experiment einer Kanzlerschaft" warnte. Göring versuchte indessen in einem weiteren Gespräch, die Kontakte zu dem künftigen Reichskanzler nicht abreißen zu lassen, auch weil er sich Hoffnungen auf das Amt des preußischen Ministerpräsidenten und eines neuzuschaffenden Amts als Reichsluftfahrtminister machte. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 330; IfZ, ZS 277: Zeugenschrifttum Eugen Ott; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 288.

13 Die Weltwirtschaftskrise löste auch in Deutschland intensive wirtschaftstheoretische Debatten aus, an der sich neben Parteien und Verbänden auch Vertreter aus Wirtschaft, Staat und Wissenschaft beteiligten. In ihrer Wechselwirkung läßt sich diese Debatte nur noch schwer rekonstruieren, doch entwickelten auch die Wirtschaftstheoretiker der NSDAP einige mehr oder weniger originäre Vorschläge insbesondere auf den Feldern Konjunkturbelebung, Arbeitsbeschaffung, Siedlungspolitik, Arbeitsdienstpflicht (vgl. auch Dok. 15, Anm. 13 und 14) und Finanzpolitik. Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 34 ff., 96 ff. Ferner Dok. 1, Anm. 4.
Eine Übersicht über die verschiedenen Initiativen und Pläne in: Der Keynesianismus, Bd. I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion. Hrsg. von G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann, W. Wittmann, Berlin 1976, S. 63 ff., 91 ff.; Bd. II: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland, S. 37 ff.

glaube, daß ich in dem Augenblick, in dem ich ihm untreu werde, kein Glück mehr hätte. Wenn ich etwas nicht verantworten kann, dann tue ich es auch nicht.

Ich bin einst nach *Berlin* gegangen, in der Meinung, es gebe gewisse Stellen, da würden Treue und Aufrichtigkeit selbstverständlich sein. Ich bin eines anderen belehrt worden und habe die Nutzanwendung gezogen. Ich lege Wert darauf, daß jetzt alles schriftlich niedergelegt wird[14]. Auch im Interesse der Wahrheit für die Zukunft, damit die Nachwelt Gelegenheit hat, an nicht bestreitbaren Dokumenten zu prüfen und festzustellen, auf welcher Seite das Recht war. Man muß in solchen Zeiten auch den Mut haben, Unpopuläres zu tun. Ich will, daß diese Bewegung die *Macht* bekommt, ich drücke mich nicht vor der Verantwortung. Im Gegenteil, ich habe den Herren immer gesagt: Gebt sie mir! Ich setze die Bewegung dann vollständig ein. Herrscht die Verfassung, dann kann nur sie mein Handeln bestimmen. Herrscht sie nicht, soll man mir einen anderen Auftrag anvertrauen. Entweder man meint es aufrichtig, dann muß man mir auch nicht Bedingungen stellen, oder man stellt solche Bedingungen, dann muß man eben verzichten.

Möge das deutsche Bürgertum in dieser historischen, gewaltigen Zeit endlich einsehen, daß seine persönliche Einstellung, besonders dem deutschen Arbeiter gegenüber, in den vier Jahrzehnten vor dem Krieg schon zu einem entsetzlichen Unheil geführt hat[15].

2. Dezember 1932 Dok. 79
Rede auf NSDAP-Versammlung in Jena[1]

Jenaische Zeitung vom 3.12.1932, "Adolf Hitler in Jena"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92, teilweise auch Dok. 78.

---

14 Vgl. Dok. 65 mit Anm. 2, Dok. 67-70 und 74.

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In den Sälen des Volkshauses und der Gaststätte *Nollendorfer Hof*, nach 21.30 Uhr. An der Versammlung, die laut Polizeibericht ohne Störung verlief, nahmen etwa 3.000 Personen teil. Vor Hitler sprach Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper.

2 Vgl. auch Thüringer Volksblatt vom 3.12.1932, "Arbeiterdemonstration gegen Hitler. In Greiz, Jena, Gotha mit stürmischen Rot-Front- und Niederrufen empfangen"; Der Nationalsozialist vom 4.12.1932, "Adolf Hitlers Thüringen-Fahrt: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; VB vom 4./5.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Wahlkampf: Riesenkundgebungen in Gotha und Jena"; Der Freiheitskampf vom 5.12.1932, "Des Führers Triumphfahrt durch Thüringen". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Jena an das thüringische Ministerium des Innern vom 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3. Dezember 1932 Dok. 80
Rede auf NSDAP-Versammlung in Eisfeld[1]

Eisfelder Zeitung vom 5.12.1932, "Hitlerkundgebung in Eisfeld[2]".

Meine deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen!

In dieser Zeit wenden wieder sehr viele den Blick auf die Not und das Elend ihrer Gemeinde, ihres Marktfleckens, ihrer Stadt und wohl auch des ganzen Landes und sie werden dabei kaum mehr einen Ausweg sehen. Wir werden vielleicht selbst verzweifeln und verzagen angesichts dieser trostlosen und traurigen Lage. Auf der einen Seite unvermeidliche Ausgaben für die Wohlfahrtspflege, die selbst kaum mehr genügt, und auf der anderen dauernd sinkende Einnahmen. Das wirtschaftliche Elend nicht nur dieses Landes und dieses Ortes, sondern fast in ganz Deutschland ist himmelschreiend[3]. Da ist es ganz natürlich, daß die Menschen suchen nach irgendeinem Ausweg, nach irgendeiner Hand, und was ist wieder natürlicher, daß sie die Hilfe gern dort finden möchten, wo die ganze Not am größten ist und sich am sichtbarsten zeigt. Als vor 14 Jahren Deutschland politisch verfiel[4], da begann eine Katastrophe, deren Ende zwangsläufig der wirtschaftliche Verfall sein mußte. Allein die Menschen wollten es damals nicht glauben. Im Gegenteil, man rechnete ihnen vor, daß nur eine neue Zeitenwende angebrochen wäre, daß der politische Zusammenbruch eher der Beginn eines großen Emporstiegs gewesen sei. Man wollte nicht einsehen, daß auch nach einer solchen politischen Katastrophe die wirtschaftliche Katastrophe nachfolgen mußte. Vor 14 Jahren wollte man die politische Katastrophe

---

1 Im Industriepalast (Seifert'scher Neubau), nach 19.45 Uhr. An der "dicht gefüllten" Versammlung nahmen - so der Polizeibericht - 3.500 Personen teil. Vor Hitlers Rede, die etwa eine Stunde dauerte, sprachen der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Eisfeld, Werner Büchner, und der thüringische Landtagspräsident Fritz Hille. Der Unkostenbeitrag für den Besuch der Veranstaltung lag bei 50 Pfg. und 1,- RM, Erwerbslose 30 Pfg.
Bei der Begrüßung Hitlers, der laut *Eisfelder Zeitung* "recht gesund und kräftig" aussah und "einen sehr frischen Eindruck" machte, überreichte ihm Büchner das Ehrenbürgerrecht der Stadt Eisfeld, nachdem der Stadtrat von Eisfeld am Nachmittag einstimmig einer solchen Verleihung zugestimmt hatte. Die Verleihung wurde damit begründet, "daß die Eisfelder Bevölkerung zu 75%, also in ihrer überwiegenden Mehrheit, sich zu dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung bekennt". Herr Hahne - Stadtratsmitglied der KPD, der sich als einziger gegen den nationalsozialistischen Antrag ausgesprochen hatte - war zusammen mit den Zuhörern von der Sitzung ausgeschlossen worden. Museum Otto Ludwig, Eisfeld, Stadtarchivakte 6313, Blatt 7, 8, 17.

2 Vgl. auch Eisfelder Zeitung vom 4.12.1932, "Adolf Hitler in Eisfeld"; Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; VB vom 6.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg". Ferner Berichte o. Nr. des Polizeiamts Hildburghausen vom 4. und 5.12.1932; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.
Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren in der thüringischen Industrie, die auf Exporte angewiesen war, besonders zu spüren. Von 1925 bis 1933 verringerte sich die industrielle Erwerbstätigkeit in Thüringen auf 67,8% (Reich: 68,3%), in einzelnen Regionen Thüringens kam die industrielle Produktion beinahe ganz zum Erliegen. Vgl. Jürgen John, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Köln 1995, S. 213-245, hier S. 216 f. Ferner Hubert Renfro Knickerbocker, der in seinem Bericht über die Lage in Deutschland ein Kapitel dem Dorf Fehrenbach im Thüringer Wald widmet (H[*ubert*] R[*enfro*] Knickerbocker, Deutschland So oder So?, Berlin 1932, S. 58 ff.), wo die Arbeitslosigkeit über 90% betragen habe.

4 Gemeint sind das Ende des Ersten Weltkriegs und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse.

nicht sehen, kaum vor 10 Jahren nicht zugeben, sondern erst allmählich, als sie sich immer mehr in die wirtschaftliche Not umsetzte und wir jetzt, von allen Beschönigungen abzusehen, fast 7 Millionen Erwerbslose besitzen[5]. Es ist dann wieder begreiflich, daß die Menschen wieder mit kleinen Mitteln von heute auf morgen dieser Not entgegentreten möchten. Sie wollen nicht anerkennen, daß am Anfang die politische Not begann, und die wirtschaftliche Not nur die Folge war. Sie sehen nun den wirtschaftlichen Verfall, und da bemühen sie sich im einzelnen und im großen mit der Besserung zu beginnen. Sie wenden sich an den Bauern, an den Arbeiter, Beamten, Mittelstand, Hausbesitzer, Mieter. Es gibt keinen Beruf, keinen Stand und keine Klasse, denen sie nicht versprachen, wie man sie retten will und wie man sie retten könnte. Das dauert eine gewisse Zeit, vielleicht 10, 15, 20, 40 Jahre im Völkerleben, bis sich am Ende doch herausstellt, daß all diese Methoden verschwinden müssen. Man beginnt durch andere Einwirkungen die Wirtschaft anzukurbeln. Einige versicherten, als 1919 der Friedensvertrag unterschrieben wurde[6], damit beginne nun ein Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft. Es sei nunmehr eine genaue Rechtslage geschaffen worden, auf der man mit Fleiß und Arbeit wieder emporkommen kann[7].

Adolf Hitler schilderte weiter, wie dann durch Dawes-Pakt[8] und Young-Plan[9] eine Besserung versprochen wurde, die jedoch nicht eintrat, sondern daß es im Gegenteil immer schlechter in der deutschen Wirtschaft wurde. Auch hier in Eisfeld legte er seinen Standpunkt klar und deutlich über die Notverordnungen[10] und die Regierung Papen fest, so, wie dieser aus seinen bisherigen Reden bereits des öfteren durch die Presse gegangen ist.

Alle Notverordnungen haben bisher nicht zu einer Besserung führen können, weil sie nicht da angesetzt wurden, wo sie wirklich Hilfe bringen konnten. Die letzte Notverordnung hätte den Banken nach der ersten Sanierung durch Brüning[11] jetzt eine zweite Atempause gewährt[12],

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 5.

6 Gemeint ist der am 28.6.1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Versailles. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7.5.1919 löste unter den deutschen Parteien wie im gesamten deutschen Volk eine Woge der Empörung aus, wie sie in ihrer Einmütigkeit selten für das öffentliche Leben in Deutschland war. Tags darauf veröffentlichten Reichspräsident und Reichsregierung einen Aufruf, in dem es hieß, daß diese Friedensbedingungen der alliierten Note vom 5.11.1918 (Friede auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons) widersprächen und schlichtweg unerfüllbar seien: "Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden." Nachdem aber deutlich geworden war, daß mit einer Kompromißbereitschaft der Alliierten nicht zu rechnen war, blieb Reichspräsident und Reichsregierung nichts anderes übrig, als diese Zwangslage öffentlich einzugestehen; mit ihrem zweiten Aufruf vom 24.6.1919 versuchten sie, den Ernst der Lage zu verdeutlichen und den Zerfall der nationalen Einheit zu verhindern: die drei Erfordernisse seien nun Vertragserfüllung, Arbeit und Pflichttreue. "Deutschland muß lebensfähig bleiben! Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufkommen des Krieges! Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrage wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben." Vgl. Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 9 ff. Zitate: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1919, München 1923, S. 203 f., 265.

8 Vgl. Dok. 78, Anm. 7.

9 Vgl. Dok. 78, Anm. 9.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 sowie Dok. 15, Anm. 8.

11 Durch die *Verordnung des Reichspräsidenten über die Sanierung von Bankunternehmen* vom 20.2.1932 konnte sich die Reichsregierung "an Bankunternehmen beteiligen und die erforderlichen Einlagen leisten sowie erworbene Beteiligungen veräußern". Ferner konnte die Reichsregierung nun "Abweichungen von den Vor-

aber der Wirtschaft sei damit nicht geholfen. Den Vorwurf, er hätte für den Streik im Ruhrgebiet gestimmt [13], wies er nicht zurück und begründete seinen Standpunkt wie folgt: Wenn ein Arbeiter für 18 Mark pro Woche - hiervon gehen 2,80 Mark als Abzüge weg, bleiben also 15,20 Mark - hunderte von Metern unter der Erde arbeiten und sein Leben auf das Spiel setzen muß, so sollen es ihm diese vormachen, die fordern, wie sie mit 60 Mark monatlich auskommen können. Da sie das aber nicht können, könnten es die Arbeiter auch nicht, da es eben unmöglich sei [14].

Er fordere die Macht nicht um der Macht willen, sondern um dem deutschen Volk zu helfen. Aus Posten, Ämtern und Titeln mache er sich gar nichts, einen besseren Titel als seinen Namen könne man ihm nicht geben. Auf Gehälter und sonstige Bezüge würde er von vornherein restlos verzichten, da er als Schriftsteller weit mehr verdiene, als er für sich brauche [15]. Bereits seit seinem 16. Lebensjahr habe er um sein tägliches Brot kämpfen müssen [16] und bis heute keine fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen brauchen, sondern sei immer durch eigene Kraft und

schriften des Handelsrechts für einzelne Fälle oder Fälle bestimmter Art zulassen, Sicherheiten zu Lasten des Reichs übernehmen, zu Lasten des Reichs vor Inkrafttreten dieser Verordnung übernommene Sicherheiten ablösen oder Ausschlußfristen für das Erlöschen solcher Sicherheiten setzen, Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen Reichsmark verausgaben" und schließlich "bis zu 400 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits beschaffen". Druck: RGBl. 1932, I, S. 83. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 749 ff.

12 Mit der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft* vom 4.9.1932 wurden auch "kreditpolitische Maßnahmen" eingeleitet; sie ermächtigten den Reichsminister der Finanzen, "für Darlehen, die an gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depositengeschäft betreiben, sowie an Warenzentralen der Konsumgenossenschaften zu Stützungszwecken gegeben werden, Garantien bis zur Höhe von 45 Millionen Reichsmark zu übernehmen und sich zur Zahlung von Zinszuschüssen bis zur Höhe von insgesamt 3,4 Millionen Reichsmark zu verpflichten"; in den Grenzgebieten konnte das Reich nun Garantien oder Darlehen bis zur Höhe von 50 Millionen RM übernehmen. Außerdem erhielt der Reichsminister der Finanzen die Möglichkeit, der Bank für deutsche Industrieobligationen Reichsschatzanweisungen in Höhe von insgesamt 40 Millionen RM zur Verfügung stellen, um in den Rechnungsjahren 1933/34 Kredite für kleinere und mittlere Betriebe vorzufinanzieren. Druck: RGBl. 1932, I, S. 425 ff., hier S. 429. Vgl. ferner Dok. 5, Anm. 3.

13 Die Presse berichtet, daß im Ruhrgebiet während des Herbstes 1932 zwar wiederholt zum Streik aufgerufen wurde, ohne daß es jedoch - wie im Oktober 1931 - zu wilden Bergarbeiterstreiks kam; kurz gestreikt wurde im Oktober 1932 in einigen anderen Fabriken des Ruhrgebiets. Die Haltung der NSDAP, bzw. der NSBO war in dieser Frage ohnehin zwiespältig und situationsabhängig. Hatten sich die nationalsozialistischen Organisationen im Ruhrgebiet noch im Herbst 1931 von den wilden, primär von der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition initiierten Streiks distanziert, so publizierte die NSBO zum Abschluß ihres Ruhrkongresses in Duisburg am 29.10.1932 im *VB* einen großen Aufruf unter der bezeichnenden Überschrift: "Wir bekennen uns zum Streik als Kampfmittel gegen die Verelendungspolitik". Insgesamt beteiligte sich die NSBO zwischen April 1932 und Januar 1933 im gesamten Reichsgebiet an 117 Streiks. Vgl. Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 143, 169 ff., 217 f.; Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, S. 399 ff., 418 ff. Ferner Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, Ihre Programmatik, Ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987, S. 112 ff. sowie die zeitgenössische Berichterstattung in der *National-Zeitung* und *Der Kämpfer*.

14 Der durchschnittliche Barverdienst eines Hauers betrug 1932 in einer Schicht 7,62 RM (1930: 9,92 RM), eines ungelernten, über Tage beschäftigten Arbeiters 5,65 RM (1930: 7,16 RM). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 265. Weitere Angaben bei Tschirbs, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, S. 440 ff.

15 Vgl. Dok. 25, Anm. 16 sowie Dok. 14, Anm. 8 und 9.

16 Zur Biographie Hitlers bis 1918 vgl. Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996; Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie; Fest, Hitler, S. 29 ff.

Arbeit durchgekommen. Er könne nicht sagen, ob er in der nächsten Minute noch lebe, aber die Nachwelt soll wissen, wie die Verhandlungen geführt wurden und auf welcher Seite der Geist stand. Bei mündlichen Verhandlungen würde es nur darauf angelegt, ihm Fallen zu stellen, deshalb würde er Verhandlungen mit gewissen Stellen in Zukunft nur noch schriftlich führen[17].

Bei den Verhandlungen in Genf wurde neuerdings von der Regierung Papen die Gleichberechtigung gefordert[18]; eine derartige Gleichberechtigung könne uns aber doch nicht in Genf oder vom Völkerbund zuerkannt werden, sondern müsse aus den inneren Kräften der deutschen Nation selbst herauswachsen. Solange 6 Millionen eigener Volksgenossen unter dem Hoheitszeichen einer fremden Macht marschieren[19], solange wir zerrissen seien in zahllose Parteigruppen und Parteigrüppchen und sonstige Interessen-Vertretungen[20], könne dieses Ziel niemals verwirklicht werden.

Bei seinen kürzlichen Verhandlungen mit Herrn von Papen in Berlin habe dieser ihm erklärt, daß er durch sein Wirtschaftsprogramm die Eingliederung von 2 Mill[*ionen*] Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß bis zum Einbruch des Winters erreicht haben werde[21]. Er habe bei dieser Eröffnung hellauf lachen müssen und sei erstaunt gewesen über einen derartigen, durch nichts gerechtfertigten Optimismus. Papen habe den katastrophalen Fehler gemacht, die Wirtschaft von oben her ankurbeln zu wollen [*sic!*], während es nach Ansicht der Nationalsozialisten unbedingt notwendig sei, dieses Problem von unten her anzupacken.

Hitler kam dann auf die Frage der kürzlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung[22] zu sprechen. Man habe in Berlin den Versuch gemacht, ihm die Rolle eines Mittelsmannes

---

17 Vgl. Dok. 65 mit Anm. 2, Dok. 67-70 und 74.

18 Die militärische Gleichberechtigung Deutschlands im Rahmen einer Abrüstungsregelung, die sich an dem bestehenden niedrigen deutschen Rüstungsniveau orientieren sollte, war von Anfang an die zentrale deutsche Forderung auf der am 2.2.1932 eröffneten internationalen Abrüstungskonferenz in Genf. Im Grunde zielte die deutsche Forderung nicht auf eine Nivellierung des internationalen Rüstungsniveaus, sondern auf eine Beseitigung der militärischen Restriktionen des Versailler Friedensvertrags. Auch Reichskanzler von Papen bezeichnete bereits in seiner Regierungserklärung vom 4.6.1932 die "volle Gleichberechtigung" als eine der "nächsten und wichtigsten Aufgaben". Nachdem die Reichsregierung dem Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, am 14.9. mitgeteilt hatte, daß sie sich nicht weiter an der Konferenz beteiligen könne, "bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei", einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland am 11.12.1932 darauf, "Deutschland und den anderen, durch die Verträge abgerüsteten, Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet [...]". Vgl. Nadolny, Abrüstungsdiplomatie; Zitate: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 1, Dok. 7; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 476 f., 481 f. Vgl. ferner Dok. 15, Anm. 52.

19 Bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 hatten 5.980.614 Wähler (16,9%) für die KPD gestimmt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

20 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

21 Papen war in seiner öffentlichen Rede vom 28.8.1932 auf den Plan des Reichsministers der Finanzen eingegangen, durch ein System von Steueranrechnungsscheinen die Wirtschaft finanziell zu entlasten und so die Wiederanstellung von bis zu 1.750.000 Arbeitnehmern zu ermöglichen. Vgl. Dok. 28, Anm. 8 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 1, Dok. 116.
Im Herbst 1932 war es nicht zu einer persönlichen Aussprache zwischen Papen und Hitler gekommen, wie ihr Briefwechsel am 13.11. bzw. 16.11.1932 dokumentiert. Auch bei Papens Verhandlungen mit den Parteiführern im Anschluß an den 6.11. fungierte Heinrich Himmler als Mittelsmann Hitlers. Vgl. Dok. 65 sowie Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1013; Petzold, Papen, S. 109 ff., 137 ff.

22 Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

zwischen Regierung und Volk zuzuschieben. Für alle derartigen Versuche werde er aber niemals zu haben sein. Er habe vor 14 Jahren diese Bewegung nicht mit 7 Mann gegründet[23] und in jahrelangem Kampf zur Höhe geführt, um sie jetzt einer volksfremden Regierung dienstbar zu machen. Er sei ein Sohn des Volkes und werde auch für das Volk eintreten. Es werde niemand erleben, daß er jemals vorher kapituliere. Sollte er vorzeitig aus dem Leben scheiden, so würde die Bewegung trotzdem weiterbestehen und weiterkämpfen bis zur endgültigen Verwirklichung seiner Idee.

Er forderte seine Zuhörer auf, bei der Wahl zum Gemeinde- und Kreisrat[24] alle eigenen Interessen zurückzustellen, sich nicht als Parteimann zu fühlen, nicht als Bürger, Arbeiter, Handwerker oder Bauer, nicht als Katholik oder Protestant, sondern einzig und allein als Deutscher[25].

3. Dezember 1932[1] Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Effelder[2]

Coburger National Zeitung vom 9.12.1932, "Adolf Hitler in Effelder"[3].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 80.

23 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
24 Vgl. Dok. 72, Anm. 14.
25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf; dort heißt es u. a.: "Vor dem Industriepalast verharrt noch lange die Menge und zerstreut sich erst allmählich in dem Bewußtsein eines großen, unvergleichlichen und unvergeßlichen Erlebnisses."

1 In der Vorlage wird Hitlers Rede auf den 8.12. datiert; es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler am 3.12. in Effelder gesprochen hat.
2 Im Schloß, um etwa 21.00 Uhr. Hitlers Auftritt auf dieser Versammlung, auf der gerade - so die Vorlage - "der ehemalige Kommunist Neumann" sprach, war urspünglich nicht vorgesehen; Hitlers Rede dauerte deshalb nur 15 Minuten.
Zur Fahrt Hitlers nach Sonneberg bemerkt die *Thüringer Tageszeitung*: "Die Abendfahrt [*Hitlers*] durch die Dörfer des Thüringer Waldes glich einem wahren Triumphzug, der in Effelder durch große Volksmassen, die sich den beiden Hitler-Wagen auf offener Straße entgegenstellten, seinen Höhepunkt erreichten. Hitler mußte aussteigen, die Menge trug ihn fast in den Saal, wo Hitler einige Worte an die Versammelten richtete. Dann ging's in Eiltempo nach Sonneberg, zum Höhepunkt des Abends."
3 Vgl. auch Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; VB vom 6.12.1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg".

3. Dezember 1932 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Sonneberg [1]

Sonneberger Zeitung vom 5.12.1932, "Hitler-Versammlung in Sonneberg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 80.

4. Dezember 1932 Dok. 83
Schreiben an Walter von Reichenau [1]

Masch. Abschrift; IfZ, F 51 [2].

z. Zt. Berlin, den 4. Dezember 1932

Sehr verehrter Herr Oberst!

Durch Herrn Pfarrer Müller [3] erhielt ich das Schreiben [4], in dem das Wehrkreiskommando I bittet, es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und SA-Führung in Ostpreußen

1 In der Halle des ehemaligen Gummiwerks, nach 21.45 Uhr. An der Versammlung nahmen laut Bericht des Stadtvorstands 8.000 (*Der Nationalsozialist*: 10.-15.000) Personen teil. Hitlers Rede wurde mit einer kurzen Begrüßung durch den Stadtrat und Kreisleiter der NSDAP, Hans Sauer, sowie den thüringischen Landtagspräsidenten Fritz Hille eingeleitet.

2 Vgl. auch Sonneberger Zeitung vom 1.12.1932, "Hitler-Kundgebung in der Stadthalle"; Thüringer Tageszeitung vom 5.12.1932, "Hitler in Eisfeld"; Thüringer Volksfreund vom 5.12.1932, "Aus Sonneberg"; VB vom 6.12. 1932, "Adolf Hitler im Thüringer Notgebiet"; Der Nationalsozialist vom 7.12.1932, "Adolf Hitler in Südthüringen. Der Führer in Eisfeld und Sonneberg"; Sonneberger Zeitung vom 20.4.1939, "Zweimal sprach der Führer in Sonneberg". Ferner Bericht Nr. II 1 218/32 des Stadtvorstands Sonneberg vom 4.12.1932 an das thüringische Ministerium des Innern; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.
Im unmittelbaren Anschluß an die Veranstaltung fuhr Hitler "mittels PKW unter Begleitung von zwei weiteren Kraftwagen" nach Berlin. Vgl. den Bericht des Stadtvorstands sowie VB vom 6.12.1932, "Der Führer in Berlin".

1 Walter von Reichenau (1884-1942), 1904 preußischer Leutnant, 1911-1914 Kriegsakademie, danach verschiedene Stabsstellungen, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Hauptmann, 1924 Major, 1929 Chef des Stabes der Nachrichteninspektion im Reichswehrministerium, 1931 Oberst, Chef des Stabes im Wehrkreiskommando I, bzw. der 1. Infanteriedivision, 1933 Chef des Ministeramts (seit 1934: Wehrmachtsamts) im Reichswehrministerium, 1934 Generalmajor, 1935 Generalleutnant, Kommandierender General des VII. Armeekorps, 1936 General, 1938 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 4, 1939 Oberbefehlshaber der 10., dann der 6. Armee, Generaloberst, 1940 Generalfeldmarschall, 1941 Oberbefehlshaber der 6. Armee, 3.12.1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, 17.1.1942 an Herzversagen gestorben.

2 Zur Überlieferung vgl. auch Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437, hier S. 430.

3 Ludwig Müller (1883-1945), 1905 Kirchliches Examen, Alumnatsinspektor an einer Gütersloher Schule, 1908 zweiter Pfarrer an der evangelisch-lutherischen Kirche in Rödinghausen bei Bünde (Minden-Ravensberger

ergehen, im innerpolitischen Kampf der NSDAP in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen[5]. Die Besorgtheit, die aus diesem Schreiben spricht, kann ich nicht nur verstehen, sondern ich[6] muß sie leider teilen. Daß ich daher alles tun werde, was im Bereiche meiner Möglichkeiten liegt, der Provinz keinen Schaden zuzufügen, ist selbstverständlich. Da ich aber sehr befürchte, daß viele meiner Maßnahmen nicht verstanden werden, und das Ergebnis im ganzen nur zu leicht negativ aussehen kann, fühle ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Oberst, als dem Chef des Stabes der Reichswehrdivision[7] zur Rechtfertigung meines Verhaltens ein Bild der Lage zu geben, so wie ich sie ansehe. Vielleicht werden Sie das Vorgehen der Bewegung anders beurteilen, wenn Ihnen die dahinterliegenden Absichten und die mich selbst beherrschenden Gedanken von vornherein bekannt sind.

Die Frage der territorialen Sicherheit Ostpreußens steht in engster Beziehung zur gesamtaußen- und innenpolitischen Situation des [*Deutschen*] Reiches. Diese möchte ich in kurzen Sätzen folgendermaßen skizzieren. Der Ausgang des Weltkrieges hat Frankreich nicht die restlose Erreichung der gehegten Kriegsziele gestattet. Insbesonders gingen die Hoffnungen auf

---

Land), 1914 Marinepfarrer bei der I. Marinedivision, 1916 beim Sonderkommando der Kaiserlichen Marine in der Türkei, 1918 Stationspfarrer in Cuxhaven, 1926 Wehrkreispfarrer des Wehrkreises I, Ostpreußen, in Königsberg, 25.4.1933 "Bevollmächtiger des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche", 4.8.1933 preußischer Landesbischof, 27.9.1933 Reichsbischof, 1945 Selbstmord (?).

4 Nicht zu ermitteln. Vgl. jedoch Goebbels' Tagebucheintrag vom 2.12.1932 (Teil I, Bd. 2, S. 288): "Pfarrer Müller aus Königsberg: die ostpreußische Reichswehr wird sich nicht ins Chaos treiben lassen. Will die Grenzen verteidigen. Bittet um Solidarität mit der SA." Ein möglicher Auslöser für dieses Schreiben könnte das berühmte "Kriegsspiel" des Oberstleutnant Eugen Ott gewesen sein, das am 2.12.1932 den Sturz des Kabinetts von Papen beschleunigte. Ott schrieb rückblickend, daß im Falle eines inneren Ausnahmezustands die Lage in Ostpreußen besonders schwierig geworden wäre; die Reichswehr hätte sich hier nicht nur gegen innenpolitische Gegner, sondern möglicherweise auch gegen einen polnischen "Zugriff" wehren müssen. "Die ostpreußische Division - im Konfliktfalle vom Reichsgebiet abgeschnitten und nur auf die eigenen Kräfte gestellt - war gezwungen, sich auf möglichst große wehrbereite Teile der Bevölkerung zu stützen, um auch nur einen schwachen Grenzschutz aufzustellen. Die überwiegende Mehrzahl solcher etwaiger Verstärkungen mußte aus den Reihen der NSDAP kommen, denn sie hatte in [...] Ostpreußen die Führung besonders der Jugend beherrschend an sich gebracht." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Papen, Bd. 2, Dok. 239 b; IfZ, ZS 279: Zeugenschrifttum Eugen Ott, Denkschrift vom 15.12.1947.
Reichenau hatte bereits Anfang April 1932 eine erste Unterredung mit Hitler unter vier Augen geführt, vermutlich im Anschluß an Hitlers Reden, die dieser am 5.4.1932 in Elbing und Königsberg gehalten hatte. Vgl. Vogelsang, Hitlers Brief, S. 430 sowie Bd. V/1, Dok. 13 und 14.

5 Die SA war im östlichen Teil des Deutschen Reichs auf unterschiedliche Weise in den sog. Grenzschutz (vgl. Anm. 31) integriert, obwohl die Führung der NSDAP es offiziell strikt ablehnte, sich an den Vorbereitungen zur militärischen Verteidigung des bestehenden Staates zu beteiligen. In Ostpreußen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und den nationalsozialistischen Wehrverbänden am besten, mehr Spannungen und Probleme gab es in Schlesien und vor allem in Pommern. Als zu Beginn des Jahres 1931 einige SA-Männer auf Befehl der ostpreußischen Gauleitung den Grenzschutz verließen, sorgte Müller dafür, daß die Gauleitung ihre Entscheidung revidierte. Vgl. Bessel, Political Violence, S. 69.

6 In der Vorlage: "in".

7 Die Reichswehr besaß lediglich zehn Divisionen, so daß die Divisionkommandeure gleichzeitig auch die Funktionen der Befehlshaber in den Wehrkreisen bzw. die Funktionen der Kommandierenden Generäle wahrnahmen; in der militärischen Hierarchie des Kaiserreichs waren diese eine Stufe höher angesiedelt gewesen.
Die Provinz Ostpreußen war während der Weimarer Republik identisch mit dem Wehrkreis I, in dem die Truppen der 1. Infanteriedivision stationiert waren. Vgl. Matuschka, Organisation des Reichsheeres, S. 361 ff.

einen allgemeinen inneren Zerfall des Reiches nicht in Erfüllung[8]. Der Friedensvertrag von Versailles war daher von dem französischen Bestreben diktiert, für die nächste Zeit eine möglichst breite staatliche Interessengemeinschaft gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Dem Zweck dienten in erster Linie die territorialen Beschneidungen [*sic!*] des Reichsgebiets[9]. Indem man fast sämtliche der umliegenden Staaten mit deutschem Landbesitz bedachte, hoffte man, um Deutschland einen Ring der durch gemeinsame Interessen miteinander verbundenen Nationen zu schmieden. Im Osten sollte dabei an Stelle des zu dieser Zeit nicht ins Gewicht fallenden (und im übrigen damals auch in seiner Entwicklung nicht zu berechnenden) Rußland[10] das von Frankreich abhängige Polen treten[11]. Die durch den Polnischen Korridor erfolgte Abtren-

---

8 Die französische Außenpolitik verfolgte am Ende des Ersten Weltkriegs das Ziel, Deutschland wieder in seine ursprünglichen Teilstaaten aufzulösen, wobei Preußen auch seine Eroberungen von 1866 und 1871 sowie die Rheinprovinzen abtreten sollte. Diese Bedingungen, die auch weite Teile der französischen Öffentlichkeit unterstützten, wurden dezidiert als "Anti-Bismarck-Frieden" verstanden. Erst auf der Pariser Friedenskonferenz traf das französische Sicherheitsbedürfnis auf den Widerstand der britischen und amerikanischen Diplomatie, so daß das Deutsche Reich, ungeachtet einzelner territorialer Verluste, auch nach dem Versailler Friedensvertrag seine nationale Einheit behalten konnte. Vgl. Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979, insbes. S. 77 ff.

9 Teil II des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte die Grenzen des Deutschen Reichs fest, Teil III führte jene Gebiete auf, die das Deutsche Reich abzutreten hatte: an Frankreich Elsaß und Lothringen, an Belgien die Kreise Eupen und Malmedy (de facto ohne Volksabstimmung), an Polen die Provinz Posen und den Großteil der Provinz Westpreußen und an die Tschechoslowakei das Hultschiner Ländchen. Nach einer vorhergehenden Volksabstimmung kam Nord-Schleswig an Dänemark, Ostoberschlesien an Polen. Das Gebiet um Danzig wurde unter den "Schutz" des Völkerbunds gestellt, der auch als "Treuhänder" des Saargebiets fungierte; das Memelgebiet schließlich gelangte unter die Kontrolle der alliierten Mächte. Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.
Diese Gebiete (ohne das Saargebiet) umfaßten eine Gesamtfläche von 70.579,5 km^2 (13,1%) mit einer Bevölkerung von insgesamt 6.372.177 Menschen (Stand: 1921, entsprechend 10%), von denen jedoch nur 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

10 Der Russische Bürgerkrieg (1918-1921) und die wirtschaftlichen Experimente des sog. Kriegskommunismus' hatten in Rußland neun bis zehn Millionen Menschen das Leben gekostet, viermal so viel wie der gesamte Weltkrieg; weitere zwei Millionen Menschen waren ins Ausland geflüchtet. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rußlands, schon vor 1914 relativ gering entwickelt, war so gut wie zum Erliegen gekommen: 1921 war die Industrieproduktion auf 12-16% des Standes von 1912 geschrumpft. Zusätzlich verschärft wurde die Lage Sowjetrußlands durch seine außenpolitische Isolierung, die erst durch den Rapallo-Vertrag vom 16.4.1922 durchbrochen wurde. Vgl. Manfred Hildermeier, Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt a. M. 1989, Zahlen S. 292.

11 Das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten, umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Verteidigungskrieg; die technischen und operativen Details hierüber wurden am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und Polens starke außenpolitische Isolation beeinträchtigten jedoch den Wert dieser wichtigen Allianz. Obwohl Polen wie Frankreich zu Beginn der dreißiger Jahre ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern suchten, kühlte das Verhältnis unter den ehemaligen Partnern zunehmend ab: Zu Beginn des Jahres 1932 kündigte Polen die Dienste der französischen Militärmission, während der am 2.11.1932 ernannte polnische Außenminister Jozéf Beck sein Land ganz aus der Vormundschaft Frankreichs lösen wollte. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

nung Ostpreußens [12] mußte zwangsläufig zu dem suggestiven Wunsch führen, diese Provinz als ohnehin zum großen Teil von Polen umklammert, diesem Staate einzuverleiben [13]. Tatsächlich setzte die großpolnische Propaganda unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in dieser Richtung ein.

Wohl aus Angst vor der deutlich drohenden Gefahr versuchte die deutsche Außenpolitik, durch Herstellung eines engeren Verhältnisses zu Rußland eine Entlastung im Osten herbeizuführen [14]. Bei aller Würdigung der politischen und militärischen Gründe war ich seit jeher

---

12 Aufgrund von Artikel 27 des Versailler Friedensvertrags mußte das Deutsche Reich u. a. die Provinz Posen und den Großteil der Provinz Westpreußen an die neugeschaffene Republik Polen abtreten. Danzig und das sie umgebende, in Artikel 100 definierte Gebiet wurde gemäß Artikel 102 als Freie Stadt begründet; dieses Gebiet unterstand dem Schutz des Völkerbunds, viele staatlichen Rechte gingen jedoch an Polen. Der dadurch geschaffene Korridor trennte Ostpreußen vom übrigen Reich. Für den Eisenbahn-, Draht und Fernsprechverkehr durch dieses Gebiet sah Artikel 98 des Versailler Vertrags einen eigenen Vertrag vor, der am 21.4.1921 in Paris zwischen Vertretern Deutschlands, Polens und der Freien Stadt unterzeichnet wurde. Vgl. Harald von Riekhoff, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971; Christoph M. Kimmich, The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968. Druck von Artikel 98-108 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 867 ff.

13 Die deutsch-polnische Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg hatte auf beiden Seiten für Enttäuschung und Verbitterung gesorgt; Deutschland wie Polen hielten am Anspruch einer Revision ihrer gemeinsamen Grenze fest. So entwickelte die polnische Armeeführung etwa den Plan "Ostpreußen", der die Besetzung dieser Provinz bis zum Oberlandkanal vorsah, jedoch nur als Präventivplanung im Falle eines deutschen Angriffs. 1931 gewann die polnische Außenpolitik durch die Schwerpunktverlagerung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik nach Fernost an Handlungsfreiheit; der polnische Ministerpräsident Józef Piłsudski wollte jetzt - auch mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche und innenpolitische Schwäche des Deutschen Reichs - stärker auf eine Annexion Danzigs hinarbeiten. Dabei sollte Ostpreußen kurzfristig besetzt, nicht aber annektiert werden. Diese Planungen, die durch Probemobilmachungen erkennbar waren und sich zudem zeitlich mit der litauischen Intervention im Memelland überschnitten, sorgten 1932 auf deutscher Seite für größte Unruhe. Am 14./15.6. 1932 erreichten die Spannungen ihren Höhepunkt, als der polnische Zerstörer *Wicher* unangemeldet und kriegsmäßig ausgerüstet im Danziger Hafen einlief. Eine Eskalation blieb jedoch aus, da die internationale Diplomatie den Entspannungskurs der deutschen Regierung voll unterstützte. Vgl. Hans Roos, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957, S. 27 ff.; Riekhoff, German-Polish Relations, S. 327 ff.; Gerhard Schulz, Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 154-172.

14 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen waren bereits durch den während der Wirtschaftskonferenz von Genua am 16.4.1922 abgeschlossenen bilateralen Rapallo-Vertrag normalisiert worden. Der damals als Sensation empfundene Vertrag gab Sowjetrußland, aber auch Deutschland die Möglichkeit, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen und sich durch vielfältige diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sonderbeziehungen zu ergänzen. Obwohl sich das Verhältnis seit Mitte der zwanziger Jahre abzukühlen begann, nicht zuletzt durch die zunehmende Westbindung der deutschen Außenpolitik, blieb die gut eingespielte deutsch-sowjetische Kooperation vorerst eine der wichtigsten außenpolitischen Faktoren; verbunden waren damit auch Überlegungen für eine Zusammenarbeit im Falle eines Krieges gegen Polen. Erst der Abschluß des polnisch-sowjetischen (25.7.1932) und französisch-sowjetischen (29.11.1932) Nichtangriffspakts leitete einen völligen Wandel in den internationalen Bündnissystemen ein. Dennoch versicherte der sowjetische General Michail Tuchatschewski während seines Besuchs der deutschen Herbstmanöver im Raum Frankfurt/Oder (19.-22.9.1932), daß der polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt keineswegs das Ende der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bedeute. Vgl. Karlheinz Niclauss, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966; Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, passim; Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 13 ff.; Christoph Mick, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928-1932, Stuttgart 1995, S. 29 ff., 299 ff.

gegen diesen, wie mir schien, bedenklichen Versuch aufgetreten[15]. Die Gründe für diese meine, besonders dem General von Hammerstein[16] seit vielen Jahren genau bekannte[17], Einstellung waren - und sind auch heute noch - folgende:

1.) Rußland ist kein Staat, sondern eine Weltanschauung, die zur Zeit auf dieses Territorium beschränkt ist, bzw. es beherrscht, die aber in allen anderen Ländern Sektionen unterhält, die nicht nur dem gleichen revolutionären Ziele zustreben, sondern auch organisatorisch der Moskauer Zentrale unterstellt sind[18]. Ein Sieg dieser Auffassungen in Deutschland muß zu unabsehbaren Folgen führen. Ein Kampf gegen diese vergiftenden Tendenzen aber ist um so schwerer, je mehr aus außenpolitischen Gründen mit der Zentrale dieser Vergiftung politisch und militärisch[19] zusammengearbeitet wird. Das deutsche Volk ist heute gegen den Kommunismus genauso wenig immun, wie es im Jahre 1917 bzw. 18 nicht immun war gegen den Gedanken der

---

15 Hitlers Rußlandbild war bis 1924 anti-bolschewistisch, jedoch nicht so sehr antirussisch geprägt. Unter dem Einfluß von Alfred Rosenberg gewannen jedoch zunehmend rassistische Projektionen und die Forderung nach Lebensraum an Einfluß, wie sie Hitler dann vor allem in *Mein Kampf* formulierte. Daraus schloß er apodiktisch: "Das derzeitige, seiner germanischen Oberschicht entkleidete Rußland ist, ganz abgesehen von den inneren Absichten seiner neuen Herren, kein Verbündeter für einen Freiheitskampf der deutschen Nation." Diese ideologischen Vorstellungen wurden gestützt von pragmatisch-strategischen Überlegungen; in Hitlers Augen war die Sowjetunion aufgrund ihrer geostrategischen Lage und ihrer wirtschaftlich-militärischen Schwäche nicht in der Lage, Deutschland in einem militärischen Konflikt wirksam zu unterstützen. Wie bei den übrigen Ideologemen Hitlers sollte sich auch an dieser Einschätzung nach 1925 nichts Wesentliches mehr ändern. Vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54; Wolfgang Horn, Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924. In: VfZ 16 (1968), S. 280-294. Einzelnachweise bei: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 96, 103, 327, 330, 631 und 888; Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2, 1927: S. 301 ff., Zitat S. 321; [65]1933: S. 726 ff, Zitat S. 748. Vgl. ferner Bd. II A, S. 104 ff.; Bd. III/3, S. 11 ff., 101 ff. in dieser Edition.

16 Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1943), 1898 preußischer Leutnant, 1907-1910 Kriegsakademie, 1913 Hauptmann, 1914 Adjutant des Generalquartiermeisters, verschiedene Stabsverwendungen, 1917 Major, 1919 1. Generalstabsoffizier im Gruppenkommando I unter General Walther Frhr. von Lüttwitz, 1920 Weigerung einer Unterstützung des Kapp-Putsches, 1924 Chef des Stabes im Wehrkreiskommando III, bzw. der 3. Infanteriedivision, 1929 Generalmajor, Chef des Stabes des Gruppenkommandos I, Chef des Truppenamts, 1930 General, Chef der Heeresleitung, 1934 Abschied als Generaloberst, 1939 kurzfristiger Befehlshaber der Armee-Abteilung A.

17 Hammerstein galt in der deutschen Öffentlichkeit als "roter General". Sicher ist, daß er sich entschieden für die deutsch-sowjetische Kooperation einsetzte - und zwar nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Überlegungen. Vgl. hierzu auch die offizielle Erklärung Hammersteins vom August 1930 über das Verhältnis zwischen Reichswehr und Sowjetunion. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. VII, Berlin [*1962*], S. 507 ff. Ferner Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 227, 232, 257, 275.
Hammerstein war mit Hitler erstmals nach dessen Entlassung aus der Festungshaft im Winter 1924/25 in der Berliner Wohnung des Flügelfabrikanten Edwin Bechstein zusammengetroffen. Für den 12.9.1931 ist eine zweite Unterredung zwischen Hammerstein und Hitler überliefert, wobei nicht bekannt ist, ob dabei auch über die Sowjetunion gesprochen wurde. Obwohl sich Hammerstein zeitweise von den Nationalsozialisten blenden ließ, blieb er ihnen gegenüber jedoch aufs ganze gesehen relativ reserviert. Vgl. Kunrat Freiherr von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 15 ff.; Carsten, Reichswehr und Politik, S. 369 ff.; Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 473 f.

18 Gemeint ist die Komintern, vgl. Dok. 25, Anm. 20.

19 Vgl. Dok. 15, Anm. 56.

Revolution an sich. Dieses Problem können Offiziere und Staatsmänner nur dann beurteilen, wenn sie Völkerpsychologen sind. Wie die Erfahrung zeigt, trifft das nur sehr selten zu.

2.) Ich halte aus diesem Grunde die Sowjet-Diplomatie nicht nur für unzuverlässig, sondern überhaupt für nicht vergleichbar mit den außenpolitischen Führungen der anderen Nationen und damit für verhandlungs- und vertragsunfähig. "Verträge" können nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.

3.) Sollten wir aber einmal - was Gott verhüten möge - im Ernstfall durch Sowjethilfe gerettet werden, dann würde dies erst recht die Aufpflanzung der roten Fahne in Deutschland bedeuten.

4.) Sowie durch die militärische Erstarkung Rußlands der Wert des polnischen Bundesgenossen für Frankreich so vermindert wird, daß eine wirkliche Unterstützung französischer Absichten gegen Deutschland im Osten gefährdet erscheint, wird Frankreich entweder Rußland von Polen wegzuziehen versuchen, oder im Falle des Mißlingens einer solchen Aktion Polen endgültig fallen lassen, um Rußland dann an seine Stelle zu setzen[20].

5.) Das politische Zusammengehen Deutschlands mit Rußland berührt die übrige Welt unsympathisch. Das wirtschaftliche Zusammengehen zerstört mit die Zukunft unserer deutschen Exportindustrie[21].

Ich habe daher aus diesen Erwägungen seit nunmehr rund zwölf Jahren unentwegt vorgeschlagen, eine engere Verbindung einerseits zu Italien[22] und andererseits zu England[23] als wünschenswertestes außenpolitisches Ziel anzustreben.

Ich glaube, daß mir unterdess[*en*] die Entwicklung schon jetzt Recht gibt.

---

20 Obwohl die Sowjetunion von Frankreich am 28.10.1924 diplomatisch anerkannt worden war, wurden ihre Beziehungen nicht nur von ideologischen Gegensätzen überschattet. Die Bündnisse zwischen Deutschland und der Sowjetunion bzw. Frankreich und Polen schienen jede Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen zu blockieren. Unter dem Eindruck der sich verändernden internationalen Lage kam es jedoch seit März 1931 zu ersten französisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen, die im August zur Paraphierung eines Nichtangriffsvertrags führten, der aber erst am 29.11.1932 in Paris unterzeichnet wurde. In diesem Vertrag verpflichteten sich Frankreich und die UdSSR u. a. zum gegenseitigen Gewaltverzicht, zur Neutralität, falls einer von ihnen von einer dritten Macht angegriffen werden sollte, sowie zu einem Verbot aller Gruppen im eigenen Land, deren Politik den Partner bedrohte. Die sowjetische Diplomatie betonte immer wieder, daß damit ihr besonderes Verhältnis zu Deutschland nicht in Frage gestellt würde; dennoch begann sich nun eine erste vorsichtige Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik abzuzeichnen. Vgl. William Evans Scott, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N. C., 1962, S. 3 ff., 56 ff.

21 Vermutlich eine Anspielung auf zwei Aspekte, die nur indirekt miteinander zu tun hatten: Während der Weltwirtschaftskrise entwickelte sich die Sowjetunion, wo die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans entsprechende Absatzmärkte boten, zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport stieg deshalb von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige - es gab deutsche Maschinenbaufirmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging - von sowjetischen Aufträgen abhing. Vgl. Müller, Tor zur Weltmacht, S. 222 ff.; Mick, Sowjetische Propaganda, S. 416 ff.
Um den Fünfjahresplan finanziell zu ermöglichen, versuchte die sowjetische Exportindustrie ihre Waren zu Dumpingpreisen abzusetzen. Die USA begrenzten daher seit Juli 1930, Frankreich seit Oktober 1930 durch ein Lizenzsystem die sowjetischen Importe, woraufhin die Sowjetunion ihre Bestellungen in den betreffenden Ländern annullierte oder Transitrechte verweigerte. Durch diese "Anti-Dumping-Kampagne" verlagerte sich lediglich der sowjetische Außenhandel, vor allem nach Deutschland und Großbritannien. Vgl. Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83 sowie Bd. IV/2, Dok. 89.

Frankreich hat infolge der sichtbaren Entwertung des polnischen Bundesgenossen - und wie mir scheint mit Erfolg - versucht, Rußland im fernen Osten zu engagieren[24], um an der polnischen Grenze eine Entlastung herbeizuführen[25]. Im nunmehr unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Polen[26] kann man diese weitausgreifende Aktion Frankreichs als im wesentlichen glücklich beendet ansehen. Damit aber stehen wir mitten in einer neuen Einkreisungspolitik, wenn nicht schon vor ihrem Abschluß. Daß bei diesem großen Unternehmen die neuerstarkte Kapitalsmacht Frankreichs wesentlich mitwirkt, darf zumindest für Polen als erwiesen gelten[27]. Ich halte sie für das kapitalsarme Rußland in der Zukunft ebenfalls für wahrscheinlich[28].

---

22 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" ausführlich erläutert. Vgl. Bd. II A, S. 136 ff.
Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Dok. 4, Anm. 21.

23 Ein deutsch-britisches Bündnis war ein weiteres Axiom in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

24 Die Sowjetunion begann seit Januar 1932 Truppen von der polnisch-sowjetischen Grenze in ihren Fernöstlichen Militärbezirk zu verlegen; waren dort 1929 lediglich zwei Schützendivisionen und eine Kavalleriebrigade stationiert, so waren es Ende 1933 insgesamt neun Schützendivisionen und $1^1/_2$ Kavalleriebrigaden. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 357 ff.

25 Seit dem Ersten Weltkrieg bestanden gute Beziehungen zwischen Frankreich und Japan, so daß die japanische Expansion in der Mandschurei in Paris auf sehr viel mehr Verständnis stieß als in London oder gar in Washington. Die französische Diplomatie versuchte deshalb, der antijapanischen Politik des Völkerbundsrats entgegenzusteuern, und unterzeichnete am 13.5.1932 in Paris einen Handelsvertrag, der vor allem den wirtschaftlichen Austausch zwischen Japan und Französisch-Indochina intensivieren sollte. Da damals der sowjetisch-französische Nichtangriffspakt noch nicht unterzeichnet war, umfaßte die französische Fernostpolitik immer auch den Versuch, Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Der im August 1932 unterbreitete Vorschlag Japans für ein festes Bündnis mit Frankreich blieb jedoch unbeantwortet. Vgl. Scott, Alliance against Hitler, S. 41 ff.; Takashi Tanaka, Les relations franco-japonaises de 1931 à 1941. In: Guerres mondiales et conflits contemporains 45 (1995), H. 178, S. 91-102.

26 Der Frieden von Riga vom 18.3.1921 hatte zwar den sowjetisch-polnischen Krieg beendet, nicht aber die massiven Differenzen zwischen diesen beiden Staaten. Erst der Primat der Sicherheit, an dem sich seit dem Ende der zwanziger Jahre die sowjetische Außenpolitik orientierte, sowie die japanische Expansion in der Mandschurei seit 1931 waren die Voraussetzungen dafür, daß am 25.7.1932 ein auf drei Jahre befristeter Nichtangriffspakt in Moskau unterzeichnet wurde, in dem sich beide Seiten zusicherten, auf "aggressive Handlungen" in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie auf die Unterstützung eines Angriffs durch eine dritte Macht zu verzichten. Mit dem Vertrag, der eine Garantie der polnischen Grenzen jedoch nicht enthielt, versuchten beide Seiten, einen Minimalkonsens in ihren bilateralen Beziehungen herzustellen, wobei es der Sowjetunion damit auch gelungen war, kollektive Sicherheitsgarantien zu unterlaufen. Vgl. Rolf Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988, S. 65 ff.

27 Polen, wirtschaftlich zunächst nur wenig entwickelt, war seit 1921 ein bevorzugtes Investitionsobjekt für französischen Banken und Firmen. Zahlreiche polnische Unternehmen wurden mit französischem Kapital gegründet oder von französischen Investoren aufgekauft, im Oktober 1927 organisierte die Banque de France eine große Anleihe zur Stabilisierung der polnischen Währung. Bis 1934 flossen französische Anleihen in einer Gesamthöhe von 2.316 Millionen FF nach Polen. Allerdings waren es auch diese wirtschafts- und finanzpolitischen Beziehungen, die bis zum Beginn der dreißiger Jahre das französisch-polnische Verhältnis allmählich aushöhlten, da vor allem die französische Seite von diesen Geschäften profitierte. Vgl. Wandycz, Twilight, passim, Zahl S. 345.

28 Seit März 1931 verhandelten die Sowjetunion und Frankreich nicht nur über den Abschluß eines Nichtangriffspakts, sondern auch über eine Intensivierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen. Die Gespräche schei-

Ostpreußen geht damit in dem Augenblick verloren, in dem eine bestimmte innerpolitische Situation eine in der Welt Deutschland abgeneigte Atmosphäre für den polnischen Angriff schaffen würde. Die Ausrufung einer Monarchie zum Beispiel oder überhaupt eine heute vorgenommene Reaktivierung des Hauses Hohenzollern[29] - gleich in welcher Form - kann diesen Schritt sofort herbeiführen[30].

Die militärischen Mittel und Möglichkeiten Ostpreußens sind meines Erachtens nicht genügend, einen längeren aussichtsreichen Widerstand durchzuführen[31]. Die militärische Unterstützung aber durch das Reich sehe ich unter Zugrundelegung der augenblicklichen politischen Verhältnisse als gleich null an. Ich halte die theoretische Forcierung der deutschen Aufrüstung dabei für die schlimmste Gefahr. Es ist denkbar, daß Frankreich heute nicht mehr in der Lage ist, die theoretische Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands zu sabotieren. In diesem Falle wird die darauffolgende Spanne Zeit, da aus der theoretischen Gleichberechtigung die praktische, technische und organisatorische Aufrüstung zu erfolgen hat, die gefährlichste Epoche der deutschen Geschichte sein. Wenn je die Gründe für einen Präventivkrieg sprechen, dann in diesem Falle für einen Angriff Frankreichs gegen Deutschland. Nur ein solcher militärischer Akt schafft die erwünschten neuen Tatsachen, und dieselbe Welt, die uns heute ihr theoretisches Wohlwollen schenkt, würde sich hüten, die vollzogenen Tatsachen etwa mit Waffengewalt korrigieren zu wollen.

---

terten aber bis zum Herbst 1931 an der Weigerung der sowjetischen Seite, eine Wiedergutmachung für die erheblichen französischen Investitionen im zaristischen Rußland zu leisten. Ein vorläufiger Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und Frankreich, der die Frage der französischen Vorkriegsinvestitionen ignorierte, wurde jedoch erst am 11.1.1934 abgeschlossen. Vgl. Scott, Alliance against Hitler, S. 10 ff., 145 ff.

29 Sigurd von Ilsemann schrieb am 4.10.1932 in sein Tagebuch, "daß der Kronprinz an Hitler einen sehr ernsten Brief geschrieben habe, um ihn zu bitten, eine Verständigung mit den Rechtsparteien zu versuchen". In seiner Antwort habe Hitler darauf hingewiesen, "daß er alles, was er sei und was er erreicht habe, nur sich selbst verdanke". Hitler habe dann Hindenburg, die Regierung, aber auch die DNVP scharf angegriffen und erklärt, daß er niemals mit diesen zusammenarbeiten werde. "Er verlange für sich und seine Partei die alleinige und völlige Macht." Vgl. Sigurd von Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., Bd. II: Monarchie und Nationalsozialismus 1924-1941. Hrsg. von Harald von Koenigswald, München 1968, S. 205.

30 Es ist wohl kein Zufall, wenn Hitler gerade einen hohen Vertreter der Reichswehr vor einer monarchischen Restauration warnt. Hitler, der die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs teilweise sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß er mit einer Wiedereinsetzung der alten Dynastien nichts im Sinn habe. Vgl. Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 5, Dok. 111 sowie Dok. 73, Anm. 12 und Dok. 76, Anm. 14 in diesem Band. Ferner Hitler aus nächster Nähe, S. 86 ff.

31 Während der Weimarer Republik waren in Ostpreußen nur eine Infanteriedivision sowie Teile einer Kavalleriedivision stationiert. Nach Abzug der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission im Februar 1927 begann man schon bald mit der geheimen Aufstellung des sog. Grenzschutzes, der sich aus verschiedenen politischen Wehrverbänden, auch der SA, rekrutierte und der schließlich sechs Verbände mit mindestens einem Regiment sowie vier Festungsregimentern umfaßte. Außerdem errichtete man im Zentrum Ostpreußens, dem sogenannten Heilsberger Dreieck, eine provisorische Verteidigungsanlage, da der Versailler Vertrag den Bau von neuen Verteidigungsstellungen im Grenzraum verbot. Doch reichten diese Vorbereitungen nicht aus, um Ostpreußen gegen eine Offensive von voraussichtlich vier polnischen Divisionen lange zu verteidigen. Die Reichswehrführung plante deshalb, die deutschen Truppen auf die Linie von Oder und Neiße zurückzuziehen und lediglich den Kern Ostpreußens bis zum Beginn eines sowjetischen Entlastungsangriffs zu halten. Vgl. Kurt Burk, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 48 (2/1990), S. 41-64; Riekhoff, German-Polish Relations, S. 360 ff.

Es ist dabei für Frankreich nichts erwünschter, als den ersten Schritt in dieser neuen Aktion einem Dritten überlassen zu können. Gründe und Anlässe dafür sind jederzeit zu konstruieren.

Ich sehe daher, wie schon betont, die Gefahr dieses Angriffs als eine akute an und glaube, daß man gut tut, mit ihrem Ausbruch in jedem Augenblick zu rechnen!

Demgegenüber fehlt heute die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Deutschlands bei einem solchen Konflikt. Der Grund liegt keineswegs im Fehlen der notwendigen technischen Rüstung[32], als vielmehr in der hierfür gänzlichen Ungeeignetheit des deutschen Volkes dank seinem geistigen, moralischen und politischen Verfall[33].

Das deutsche Volk bildet heute zwei Weltanschauungsgruppen, von denen die eine für jeden, dem heutigen Staat zu leistenden militärischen Dienst ausfällt[34]. Nach den letzten Reichstagswahlen ergibt sich folgendes Bild der seelischen Struktur [*sic!*] unseres Volkes:

Kommunisten	6 Millionen
Sozialdemokraten	7,4 Millionen
Zentrum	4 Millionen
Staatspartei etc.	1 Million
Nationalsozialisten	12 Millionen
Deutschnationale Volkspartei (einschließlich Stahlhelm)	3 Millionen
Deutsche Volkspartei etc.	1 Million[35]

Das heißt also: Im Falle eines heute Deutschland aufgezwungenen Krieges ist mehr als die Hälfte der Nation ihrem Wesen nach teils mehr oder weniger pazifistisch, teils bewußt wehr- und verteidigungsfeindlich eingestellt[36]. Die Meinung einzelner Generale, die militärische Ausbildung (es könnte sich dabei in einem augenblicklichen Kriegsfall immer nur um eine

32 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Matuschka, Organisation des Reichsheeres, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff.

33 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

34 In der Vorlage: "ausfüllt".
Daß die NSDAP prinzipiell nicht bereit war, sich in die Landesverteidigung integrieren zu lassen, wird von Hitler geflissentlich unterschlagen.

35 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

36 Zur Position der pazifistischen Verbände vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231. Ferner Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981; Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933. Hrsg. von Dietrich Harth, Dietrich Schubert und Ronald Michael Schmidt, Heidelberg 1985.
Zur Haltung der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

ganz kurz bemessene handeln) würde die parteipolitische, weltanschauliche Erziehung wieder ausmerzen, ist gradezu kindisch. Selbst die zweijährige Dienstzeit[37] brachte es im Frieden[38] nicht fertig, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun[39]. Der Hinweis, daß die SPD-Arbeiter aber 1914 ihre Pflicht taten, ist falsch. Denn nicht der bewußte Marxist tat damals seine Pflicht, sondern der Deutsche, der vorübergehend in einer inneren Aufwallung dem Marxismus entsagte. Die bewußte marxistische Führung begann bereits im Jahre [*19*]15 mit der Gegenarbeit und brachte endlich 1918 nach unerhört ruhmreichem Widerstande das Volk zur Revolution und damit das Reich zum Zusammenbruch[40]!

Die damalige Sozialdemokratie kann dabei überhaupt nicht verglichen werden mit der heutigen KPD. Der Marxismus, im Jahre 1914 eine theoretische Idee, hat heute praktisch einen gigantischen Weltteil erobert. Ein Krieg Deutschlands in seiner heutigen Verfassung würde die Nation von Anfang an schon nervenmäßigen Belastungsproben aussetzen, die zumindest für das Hinterland in keinem Verhältnis stünden zu den analogen Vorgängen im Weltkrieg.

Die Meinung aber, in diesem Fall auf die nationalen Verbände zurückgreifen zu können, ist für diese heute so verfemten und verfolgten Gebilde ja höchst ehrenvoll, aber praktisch nicht nur ohne jede Bedeutung, sondern eher noch von furchtbaren Folgen begleitet. Denn ein Einziehen der nationalen Elemente unter die Fahnen und ihr Abschieben (als mehr oder weniger unausgebildetes Kanonenfutter!) an die Fronten, heißt die Heimat im selben Augenblick dem roten Mob ausliefern. Das Jahr 1918 war ein Kinderspiel gegen das, was dann käme.

Während daher unsere politischen und militärischen Strategen die deutsche Aufrüstung als eine technische und organisatorische Aufgabe ansehen, sehe ich die Voraussetzung für jede Aufrüstung in der willensmäßigen und geistigen Herstellung einer neuen deutschen Volkseinheit. Ohne die Lösung dieses Problems ist das ganze Gerede von "Gleichberechtigung" und "Aufrüstung" ein oberflächliches und dummes Geschwätz[41].

Diese Herstellung einer weltanschaulich, geistig und willensmäßigen Einheit in unserem Volk ist die Aufgabe, die ich mir vor vierzehn Jahren stellte und für die ich seitdem gekämpft habe. Daß unsere offiziellen Dienststellen der zivilen und militärischen Behörden diesem Problem mit vollständiger Fassungslosigkeit, um nicht zu sagen Stupidität gegenüberstehen, nimmt

37 Die Einführung der *drei*jährigen Dienstzeit im Jahr 1860 war Teil der Heeresreform des preußischen Kriegsministers Albrecht von Roon. Trotz des heftigen Widerstands des preußischen Abgeordnetenhauses wurde dieses Modell, dem 1866 auch die süddeutschen Staaten folgten, beibehalten. Im Zuge der Vergrößerung des preußischen Heeres wurde erst 1893 die Wehrpflicht als Zugeständnis an den Reichstag wieder auf zwei Jahre gesenkt. Durch das System der Einjährig-Freiwilligen konnte die Dienstzeit jener Wehrpflichtigen, die eine höhere Schulbildung absolviert hatten, auf ein Jahr reduziert werden. Vgl. Manfred Messerschmidt, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380, hier S. 177 ff., 238 ff., 278 f.

38 Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch über vierzehn Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

39 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung bzw. SPD und Bewaffneter Macht in Deutschland zwischen 1848 und 1918 vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

40 Zur Politik der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

41 Vgl. Dok. 15, Anm. 52.

mich nicht wunder. Es ist in der Geschichte noch nie anders gewesen. Alle großen Gedanken und Reformen der Menschheit sind nicht von den Zünften ausgegangen. Warum sollte es also heute anders sein? Allein die Würdigung dieser geschichtlichen Wahrheit entbindet denjenigen, der eine solche Frage in ihrer ganzen Riesengröße einmal erkannt hat, nicht von der Verpflichtung, dafür auch einzutreten. Ich muß daher, so leid es mir tut, gegen jede deutsche Regierung Stellung nehmen und muß sie unduldsam bekämpfen, die nicht entschlossen und bereit ist, diese innere Aufrüstung der deutschen Nation vorzunehmen. Aus ihr heraus ergeben sich dann alle weiteren Maßnahmen.

Das derzeitige Kabinett[42] des Generals von Schleicher halte ich nun deshalb für besonders unglücklich, weil es schon durch die Person des Trägers dieser Frage noch verständnisloser gegenüberstehen muß als jedes andere. Dieses Problem der inneren, geistigen Aufrüstung der Nation kann, wie immer in der Geschichte, auch dieses Mal nicht von einem Heer, sondern nur von einer Weltanschauung gelöst werden. Die Armee damit beschäftigen, läßt sie in den Augen vieler als parteiisch erscheinen [*sic!*], genauso, wie umgekehrt die Aufgabe selbst in den Augen der Massen dadurch kompromittiert wird. Denn weder die Polizei noch das Militär haben jemals Weltanschauungen vernichtet und noch viel weniger Weltanschauungen aufgebaut. Ohne Weltanschauung kann aber auf die Dauer kein menschliches Gebilde bestehen. Weltanschauungen sind die Gesellschaftsverträge und Basen, auf denen sich größere menschliche Organisationen erst errichten lassen[43]. Ich sehe daher zum Unterschied unserer heutigen Staatsmänner die deutschen Aufgaben der Zukunft in folgenden:

1.) Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zu ihrer vollständigen Ausrottung. Herstellung einer neuen geistigen und willensmäßigen Einheit des Volkes.

2.) Allgemeine seelische, sittliche und moralische Aufrüstung der Nation auf dem Boden dieser neuen weltanschaulichen Einheit.

3.) Technische Aufrüstung.

4.) Organisatorische Erfassung der Volkskraft für den Zweck der Landesverteidigung.

5.) Erreichung der rechtlichen Anerkennung des bereits herbeigeführten, neuen Zustandes[44] durch die übrige Welt.

Nur ein tiefer Regenerationsprozeß kann an Stelle des heutigen Experimentierens und Suchens nach immer neuen kleinen Aushilfen eine endgültige klare Lösung der deutschen Krise bringen. Aus dieser Auffassung heraus aber bitte ich Sie, Herr Oberst, meine Haltung beurteilen zu wollen.

---

42 Vgl. Dok. 78, Anm. 12.

43 Möglicherweise eine Anspielung auf die seit dem 17. Jahrhundert - insbesondere von Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau - entwickelte Theorie vom Gesellschaftsvertrag: Ausgehend von einem fiktiven Naturzustand, gekennzeichnet durch Unordnung und Unsicherheit, wird gesellschaftliche Einheit und Legitimität politischer Herrschaft nicht mehr religiös begründet, sondern durch das Konstrukt des Gesellschaftsvertrags, d. h. im Verständnis dieser Theorien durch die freiwillige Selbstbeschränkung der souveränen, freien und in keine vorgegebene Ordnung eingebundenen Individuen.
Als mögliche Quelle für Hitlers Bemerkung wäre an die Rezeption des Begriffs bei Oswald Spengler zu denken. Vgl. Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922, S. 568 f.

44 Gemeint ist die militärische Gleichberechtigung; vgl. Dok. 80, Anm. 19.

Ich werde alles tun - das ist selbstverständlich - was getan werden kann, um einer schwer bedrängten Provinz die notwendige Rücksicht angedeihen zu lassen. Allein gerettet kann Ostpreußen nur werden, wenn Deutschland gerettet wird. Daß durch das neue Kabinett Schleicher diese einzig mögliche Rettung wieder verschoben und erschwert wird, liegt auf der Hand. Möge es aber wenigstens nicht zu jenen Experimenten greifen, die meiner Überzeugung nach den vorbereiteten Angriff Frankreichs vor der Welt gradezu als moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen würden. Denn die Welt würde glücklich sein, ihr Nichteingreifen in eine polnische Aktion - die man bei einer französischen Unterstützung heute gar nicht verhindern kann - mit Gründen zu motivieren, die die moralische Schuld als bei Deutschland liegend feststellen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

gez. Adolf Hitler[45]

5. Dezember 1932 Dok. 84
Rede vor der Reichstagsfraktion der NSDAP in Berlin[1]

VB vom 7.12.1932, "Erste Sitzung der nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Reichstagsfraktion in Anwesenheit Adolf Hitlers"[2].

Sodann nahm Adolf *Hitler* das Wort und legte in mehr als einstündigen Ausführungen nach einem Rückblick auf die letzten politischen Ereignisse

die Richtlinien

fest, die für die Haltung der *Reichstagsfraktion* der NSDAP im kommenden Kampfe maßgebend sein werden[3].

---

45 Über ein Antwortschreiben Reichenaus ist nichts bekannt; vgl. jedoch die Angaben über die damaligen Kontakte zwischen Hitler und Reichenau bei Jordan, Erlebt, S. 86.

1 Im Reichstagspräsidialgebäude, Sommerstraße 30 (Bezirk Mitte), abends. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Frick um 18.00 Uhr eröffnet und um 21.00 Uhr beendet. Hitler sprach etwa eine Stunde.
Den Reichstag betrat Hitler erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Vgl. Engelbrechten/ Volz, Wir wandern, München 1937, S. 51.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.12.1932, "Fort mit dem Kabinett Schleicher! Hitler über die Taktik der NSDAP"; Berliner Tageblatt vom 6.12.1932 (MA), "Mehrheit für Vertagung des Reichstags wahrscheinlich"; vom 6.12. 1932 (AA), "Beginnende Entspannung"; Frankfurter Zeitung vom 6.12.1932 (2. MA), "Vor der ersten Reichstagssitzung"; National Zeitung vom 6.12.1932, "Mit Adolf Hitler vorwärts"; Der Nationalsozialist vom 7.12. 1932, "Der Führer vor der Reichstags-Fraktion!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 292 f. Rundschreiben Fricks an die Mitglieder der Reichstagsfraktion vom 29.11.1932; BA, Slg. Schumacher 319. Bildberichterstattung in: VB vom 8.12.1932; Illustrierter Beobachter vom 17.12.1932.

3 Der am 6.11.1932 gewählte Reichstag wurde am 6.12.1932 eröffnet. Angesichts der schlechten Ergebnisse bei den letzten Wahlen versuchte die Reichstagsfraktion der NSDAP, eine erneute Auflösung des Reichstags

Ausgehend von den immer gleichbleibenden, weltanschaulichen Zielen und der großen nationalen Aufgabe der Bewegung, von der Millionen Deutscher die Erfüllung ihres Sehnens nach einer besseren deutschen Zukunft erwarten, gab er seiner, durch nichts zu erschütternden, Überzeugung Ausdruck, daß Energie und eiserne Zähigkeit der nationalsozialistischen Idee den Sieg sichern werden. Niemals habe eine große Bewegung gesiegt, wenn sie den Weg des Kompromisses eingeschlagen habe[4]*. Je mehr die Ereignisse zur Entscheidung drängten, um so mehr Opfer erfordere der Kampf. Entscheidend sei allein, wer in diesem Kampf das letzte Aufgebot und das letzte Bataillon auf die Walstatt bringe.*

Es sei nicht wahr, daß die NSDAP in Thüringen eine Niederlage erlitten habe[5]. Wenn man schon diese Gemeindewahlen als politischen Maßstab nehmen wolle, dann stelle er fest, daß die NSDAP insgesamt in Thüringen prozentual im Verhältnis zu den anderen Parteien *nicht* zurückgegangen sei, sondern sogar gegenüber der letzten Reichstagswahl im Verhältnis etwas *gewonnen* habe[6].

---

nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist bezeichnend, daß die Vorlage jedoch nichts über derartige politische Absichten, über die sich Hitler zweifellos äußerte, berichtet. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, Berlin 1933, S. 1 ff.

4 Vor seiner Rede hatte sich Hitler im Hotel *Kaiserhof* mit den Spitzenfunktionären der NSDAP über die politische Lage beraten; dabei war es zu "schärfsten Zusammenstößen" mit Gregor Straßer gekommen, der angesichts der schlechter werdenden Wahlergebnisse nicht mehr bereit war, die Verantwortung für eine Politik der Verweigerung mitzutragen. Goebbels berichtet, daß sich bei Hitlers Worten Straßers Gesicht zusehends "versteinert" habe. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 292 f. sowie Dok. 86, Anm. 1.

5 Auch die Ergebnisse der thüringischen Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4.12.1932 unterbrachen das kontinuierliche Ansteigen der nationalsozialistischen Wahlerfolge. Verglichen mit den Reichstagswahlen am 31.7. und 6.11.1932 hatten allerdings auch die SPD und KPD Stimmen verloren, die Verluste der NSDAP waren jedoch am gravierendsten. Der Thüringer Landbund hatte dagegen erneut Stimmen gewonnen.
Die folgende Statistik beruht auf einer Addition der Ergebnisse bei den Stadtratswahlen in den zehn kreisfreien Städten und der Kreistagswahlen in den sechzehn Landkreisen; rechts davon die entsprechenden regionalen Ergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 6.11. und 31.7.1932:

	4.12.1932	6.11.1932	31.7.1932
NSDAP	262.662	341.230	423.948
SPD	188.227	209.784	231.231
KPD	150.198	178.404	159.253
Thüringer Landbund	69.016	59.492	54.885

Vgl. Vossische Zeitung vom 6.12.1932 (MA), "Das Thüringer Gesamt-Ergebnis". Ferner Berliner Tageblatt vom 5.12.1932 (AA), "Abkehr von Hitler"; Germania vom 5.12.1932, "Die Thüringer Wahlergebnisse" und "Thüringen hat gewählt"; Frankfurter Zeitung vom 5.12.1932 (MA), "Die Nationalsozialisten verlieren weiter bei den Kommunalwahlen in Thüringen"; vom 5.12.1932 (AA). "Das war ihm wichtiger. Thüringer Gemeindewahlen: Weiterer Rückgang der NSDAP"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 5.12.1932, "Die Bevölkerung hat das Wählen satt"; Vorwärts vom 5.12.1932 (AA), "Die Wahl als Wahrzeichen" und "Nazis im Abstieg"; vom 6.12.1932 (MA), "Hitlers Niederlage in Thüringen"; Vossische Zeitung vom 5.12.1932 (AA), "Hitlers Verluste in Thüringen".

6 Im Vergleich zu den Wahlen vom 2.12.1928 hatte die NSDAP durch die Wahlen vom 4.12.1932 auf Kommunal- und Kreisebene überall, und zwar teilweise erheblich, gewonnen. Verglichen mit den Reichstagswahlen vom 31.7. und 6.11.1932 waren jedoch die nationalsozialistischen Wähler stark zurückgegangen. Der *Vorwärts* errechnete am 5.12., daß - verglichen mit der Reichstagswahl vom 6.11.1932 - die NSDAP 22,5%, die SPD 15,8% und die KPD über 15% an Stimmen verloren habe. Vgl. Anm. 5, ferner Franz Walter, Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrie-

In zahlreichen Gemeinden sei sogar die Stimmenzahl der letzten Reichstagswahl überschritten worden[7].

Keine Sekunde werde die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Kampfeswillen und ihrer Kampfesentschlossenheit erlahmen[8]. *Sie habe den längeren Atem und werde daher auch den letzten Sieg erringen.*

Nachdem Adolf Hitler anschließend die politischen Richtlinien für die Reichstagsfraktion im einzelnen bekanntgegeben hatte[9], *schloß der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick*[10] *die Sitzung, indem er dem Führer namens der gesamten Fraktion das Gelöbnis unerschütterlicher und unverbrüchlicher Gefolgschaftstreue in die Hand ablegte*[11].

---

landschaften. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 143-164.

7 Über derartige Fälle wird in der nationalsozialistischen Presse nichts berichtet; diese beschränkte sich vielmehr darauf, die Ergebnisse der Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4.12.1932 mit denen vom 2.12.1928 zu vergleichen: Mit Ausnahme des Stadt- und Landkreises Altenburg war nun in allen Kommunal- und Kreisvertretungen die NSDAP *zusammen mit* den bürgerlichen Parteien stärker als SPD, bzw. SPD und KPD. Die Verluste im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 31.7. und 6.11.1932 wurde von den nationalsozialistischen Wahlkommentaren mit der generell niedrigen Wahlbeteiligung erklärt, gleichzeitig wurde auf das ebenfalls schlechtere Abschneiden von KPD und SPD hingewiesen. Vgl. Der Angriff vom 5.12.1932, "Die Lüge von 'Nazi-Verlusten'. Prozentuale Gewinne gegen Bürgerliche und SPD"; Der Nationalsozialist vom 6.12.1932, "Rote Mehrheiten gebrochen"; VB vom 6.12.1932, "Rote Mehrheiten in Thüringen gebrochen"; vom 7.12.1932, "Weitere Ergebnisse der thüringischen Gemeindewahlen".

8 Zur deutlich skeptischeren Interpretation der thüringischen Wahlergebnisse vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 292, 294.

9 Vgl. hierzu den Bericht des *Berliner Tageblatt* vom 6.12.1932 (AA): "Was die Haltung der Nationalsozialisten betrifft, so hat ihre Erklärung in der heutigen Fraktionsführerbesprechung bereits erkennen lassen, daß sie unter bestimmten Bedingungen, wenn nämlich ihre dringendsten Anträge erledigt werden, einer Vertagung bis Januar zustimmen würden. Dies widerspräche keineswegs den kriegerischen Parolen, die Hitler gestern bei der ersten Sitzung der nationalsozialistischen Fraktion ausgegeben hat; denn man hört für diese Parolen die Auslegung, Hitlers Ansprache habe die 'Strategie' bestimmt, *für die 'Taktik' sei der Fraktionsführung in gemessenen Grenzen Freiheit gelassen;* und zur Taktik gehöre auch die Frage einer begrenzten Vertagung des Reichstags unter bestimmten Voraussetzungen."

10 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928-1933 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

11 Am Abend des 6.12.1932 war Hitler abends Gast im Hause von Joseph Goebbels (Reichskanzlerplatz 2), wo er mit ihm noch einmal die politische Gesamtlage besprach. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 294.

8. Dezember 1932 Dok. 85
Telegramm an Walter Raeke[1]

Masch. Abschrift; BA, NS 26/13.

Hiermit versichere ich an Eidesstatt, daß ich weder von den tschechischen Skoda-Werken[2], noch von den französischen Schneider-Creuzot-Fabriken[3], noch von der sonstigen internationalen Rüstungsindustrie unterstützt werde oder wurde[4]. Schriftliche Erklärung unterwegs[5].

Adolf Hitler

---

1 Walter Raeke (geb. 1878), 1900 Kammergerichtsreferendar, Dr. jur., 1910 Rechtsanwalt und Notar in Stepenitz (Pommern), 1914 Militär-Intendanturrat und Intendant der Kriegsgefangenenlager beim stellvertretenden Generalkommando des IX. Armeekorps, 1919 Rechtsanwalt beim Hanseatischen Oberlandesgericht, 1929 Eintritt in die NSDAP, Gauführer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) in Hamburg, 1931 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Vorstandsmitglied der NSDAP-Fraktion, 1932 Mitglied des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Reichsfachgruppenleiter der Rechtsanwälte, 1934 Amtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, 1935 Stellvertreter des Reichsjuristenführers bzw. Reichsrechtsführer Hans Frank, 1936 Reichsinspekteur des BNSDJ, ab Juni 1936: Reichswalter des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds (NSRB).

2 Die Škoda-Werke in Plzeň waren 1859 gegründet und 1866 von dem Ingenieur Emil Ritter von Skoda übernommen worden. Nachdem 1886 die Rüstungsproduktion aufgenommen worden war, insbesondere die von Geschützen, entwickelten sich die Werke während des Ersten Weltkriegs zum bedeutendsten Rüstungsbetrieb Österreich-Ungarns. Nach 1918 wurde das Unternehmen zum größten tschechoslowakischen Konzern (1930: 36.000 Beschäftigte), der seine Produktion zunächst stärker auf zivile Erzeugnisse verlagerte, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik. Durch die Forcierung der tschechoslowakischen Aufrüstung, aber auch unter dem Einfluß der Firma Schneider-Creuzot, die Teile der Aktiengesellschaft erwarb, wurden die Škoda-Werke zu Beginn der dreißiger Jahre wieder zu einem der führenden Rüstungsproduzenten in Europa.

3 Die Brüder Adolphe und Joseph-Eugène Schneider hatten 1836 eine Gießerei und Waffenfabrik in Le Creuzot (Dép. Saône-et-Loire) gegründet, die auf bereits bestehende Einrichtungen aus dem 18. Jahrhundert zurückgriff. Die Fabriken, die Waffen und Kriegsgerät aller Art, aber auch Lokomotiven, Dampfmaschinen, Brücken und Schiffe produzierten, entwickelten sich schon im 19. Jahrhundert zum mit Abstand größten französischen Rüstungsunternehmen; nach 1918 gehörten zu den Schneider-Creuzot-Werken, die 1929 etwa 20.000 Arbeitnehmer beschäftigten, nicht nur eine Schiffswerft sowie Eisenerz- und Kohlegruben in Frankreich, der Konzern kontrollierte über die 1920 gegründete Holdinggesellschaft *Union Européenne Industrielle et Financière* auch Firmen in Polen und der Tschechoslowakei.

4 Gerüchte über eine Auslandsfinanzierung Hitlers und der NSDAP wurden immer wieder verbreitet, wobei als potentielle Herkunftsländer nicht nur Italien (Bd. III/2 dieser Edition, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13; Bd. IV/2, Dok. 73), Frankreich (Bd. I, Dok. 5, 66; Bd. II/1, Dok. 8; Bd. II/2, Dok. 280) und die Tschechoslowakei (Bd. III/1, Dok. 9), sondern selbst die Sowjetunion (Bd. III/3, Dok. 128) angegeben wurden; auch mächtige private Geldgeber wurden dabei ins Spiel gebracht (Bd. I, Dok. 96; Bd. III/1, Dok. 8 und 11). Derartige Behauptungen sind freilich nur schwer nachzuweisen; abgesehen von den italienischen Faschisten, denen jedoch ebenfalls keine Zahlungen nachgewiesen werden konnten, erscheint eine solche Subventionierung in vielen Fällen politisch eher unwahrscheinlich. Immerhin vermutete Staatssekretär Hermann Pünder am 16.4. 1932, daß die NSDAP im vergangenen Jahr 40-45 Millionen RM aus dem Ausland erhalten habe. Vgl. Hermann Lutz, Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers. In: VfZ 2 (1954), S. 386-396; Turner, Großunternehmer, S. 75, 327 f., 442; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 634 ff., insbes. S. 635.
Vgl. ferner die Bemerkung des damaligen Reichsministers Wilhelm Groener in seinem Schreiben an Generalmajor a. D. Gerold von Gleich vom 26.1.1932: "Daß *Hitler* von den Franzosen Subventionen bezöge, halte ich für ausgeschlossen, er hat's nicht nötig, denn er verfügt über *viel* deutsches Geld." Druck: Staat und NSDAP, Dok. 54.

9. Dezember 1932 Dok. 86
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 11./12.12.1932.

1. Ich übernehme bis auf weiteres vom heutigen Tage an die Leitung der politischen Organisation selbst[1].

2. Ich ernenne zu meinem Stabsleiter[2] für die politische Organisation den bisherigen Reichsinspekteur II, Pg. *Ley*[3].

3. Am Mittwoch, den 14. Dezember 1932, gebe ich die neuen Richtlinien und Anordnungen[4] entsprechend dem Aufruf vom 6. November 1932[5] zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung bekannt.

Berlin, den 9. Dezember 1932

gez. *Adolf Hitler*[6]

---

5 Hitlers eidesstattliche Versicherung, die er am selben Tag im Berliner Hotel *Kaiserhof* verfaßte, lautet: "Ich bin mir über die Folgen einer eidesstattlichen Versicherung klar und weiß, daß die eidesstattliche Versicherung dem Gericht vorgelegt wird.
Hiermit versichere ich an Eidesstatt, daß ich weder von den tschechischen Skoda-Werken, noch von den französischen Schneider-Creuzot-Fabriken, noch von der sonstigen internationalen Rüstungsindustrie unterstützt werde oder unterstützt wurde." BA, NS 26/13.

1 In einem kurzen Brief hatte Gregor Straßer Hitler am 8.12.1932 seinen Rücktritt vom Amt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP sowie den Verzicht auf sein Reichstagsmandat mitgeteilt. Damit zog Straßer die Konsequenzen aus seinen zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der seine Partei nur dann an einer Regierung beteiligen wollte, falls er zum Kanzler eines Präsidialkabinetts ernannt würde. Straßer war von der Aussichtslosigkeit dieser Forderung überzeugt und versuchte statt dessen, die NSDAP in eine Koalition einzubinden, wobei Schleichers Plan einer vom Reichspräsidenten unterstützten Kooperation von Reichswehr, Gewerkschaften und NSDAP zeitweise im Bereich des Möglichen zu sein schien. Nachdem Hitler jedoch Anfang Dezember signalisiert hatte, daß er jede echte Kooperation mit anderen Gruppen ablehnte, resignierte Straßer. Der überstürzte Rücktritt eines ihrer mächtigsten, ideologisch profiliertesten und angesehensten Politiker stürzte die NSDAP in einer ihrer schwersten Krisen. Straßer selbst räumte noch am 9.12. sein Zimmer im Hotel *Excelsior* und zog sich bis Weihnachten 1932 zu einem privaten Erholungsurlaub nach Bozen in Italien zurück. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, insbes. S. 123 ff., 202 f.; Peter D. Stachura, Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983, S. 103 ff. sowie Dok. 74, Anm. 1.

2 Im Falle von Schwierigkeiten pflegte Hitler immer wieder, die ihm eigentlich untergeordneten Instanzen selbst zu übernehmen und die eigentlichen Führungsaufgaben an Stellvertreter zu delegieren. So hatte er nach dem Rücktritt des Obersten SA-Führer Franz von Pfeffer Anfang September 1930 diesen Posten selbst übernommen und mit Otto Wagener einen "Stabschef" ernannt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 99-101, 103.

3 Robert Ley (1890-1945), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, 1917 nach Absturz als Flieger in französischer Kriegsgefangenschaft, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Lebensmittelchemiker bei der IG-Farben, Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur II der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt von

9. Dezember 1932 [1] Dok. 87
Rede vor den Gauleitern sowie den Reichs- und Landesinspekteuren [2] der NSDAP in Berlin [3]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 299 [4].

Redetext nicht ermittelt [5].

Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

4 Druck: Dok. 93, 94, 98-99 sowie 106.

5 Vgl. Dok. 61 mit Anm. 6.

6 Es fällt auf, daß Hitler in seiner Anordnung wie auch in seinen folgenden Reden den Namen Straßers nicht erwähnte. Die Reichspressestelle der NSDAP publizierte tags danach lediglich folgende kurze Mitteilung: "Pg. Gregor *Straßer* tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. *Alle weiteren daran angeknüpften Gerüchte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage."* Vgl. VB vom 10.12.1932, "Gegen haltlose Kombinationen".

1 Das genaue Datum von Hitlers Reden läßt sich nicht mit letzter Sicherheit ermitteln, möglich wäre auch der 8.12., also unmittelbar nach dem Rücktritt von Gregor Straßer. Manches spricht jedoch dafür, daß Hitler vor seinen Ansprachen erst abwartete, ob Straßer aus seinem Rücktritt politisches Kapital schlagen würde.

2 Jordan berichtet (S. 83), daß Hitler nur zu den Landesinspekteuren der NSDAP gesprochen haben, während bei Goebbels von "den Gauleitern und Inspekteuren" die Rede ist.

3 Dem Bericht Wageners zufolge hat Hitlers Ansprache im Reichstagspräsidialgebäude (Sommerstraße 30) stattgefunden, Lohse und Jordan nennen dagegen das Hotel *Kaiserhof* (Mohrenstraße 1-5).

4 Vgl. auch IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 23 ff.; Jordan, Erlebt, S. 83 ff.; IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2012 ff. Inhaltlich erscheint die Authentizität der bei Wagener überlieferten Rede jedoch fraglich.

5 Goebbels schreibt, die Reden am 9.12. seien ein "ganz großer Erfolg Hitlers" gewesen. Nach 1945 hat Hinrich Lohse, damals Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, ausführlicher über deren Inhalt berichtet. Die Angaben in den Memoiren des damaligen Gauleiters des Gaues Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, (Erlebt, S. 83 ff.) basieren auf dem Bericht Lohses.
Nachdem Straßer die Landesinspekteure der NSDAP morgens in sein Reichstagsbüro gerufen und ihnen die Gründe für seinen Rücktritt dargelegt habe, hätten diese am Mittag Hitler im Hotel *Kaiserhof* aufgesucht. Hitler habe seine Ansprache mit der Bemerkung begonnen, daß er die Untreue eines einzelnen ertragen und überwinden könne. "Wenn Sie mich aber alle verlassen wollen, so hat die Arbeit meines Lebens und der Kampf dafür keinen Sinn mehr, denn dann bricht die Bewegung zusammen." Hitler habe sich dann bei den Anwesenden nach Straßers Gründen erkundigt und sei daraufhin in einer zweistündigen Ansprache auf vier Punkte näher eingegangen. Zunächst begründete Hitler noch einmal, warum ein Posten als Vizekanzler in einem Kabinett Papen für ihn nicht in Frage gekommen sei; hätte er sich Papens Politik untergeordnet, sei sein Scheitern nur eine Frage der Zeit gewesen. "Herr von Papen u[*nd*] seine Hintermänner aber hätten ihr Ziel erreicht, der Beweis für die Unfähigkeit Hitlers u[*nd*] seiner Führerschaft wäre dem Augenschein nach erbracht gewesen. [...] Ich lehne diesen Weg ab u[*nd*] warte, bis man mir das Kanzleramt anbietet. Dieser Tag kommt, er ist wahrscheinlich näher, als wir glauben." Hitler begründete dann, warum "der illegale Weg zur Eroberung der Macht" für ihn nicht in Frage komme. "Ich bin nicht verantwortungslos genug, meine Herren, die deutsche Jugend u[*nd*] die Frontgeneration als das beste Mannestum der Nation in die Maschinengewehre der Polizei u[*nd*] der Reichswehr zu jagen, Gregor Straßer wird das nicht erleben!" Es könne nicht angehen - so der dritte Teil von Hitlers Rede - , daß Straßer eigenständig politische Verhandlungen führe, wenn er, Hitler, nicht in Berlin sei. "Während meiner Abwesenheit von Berlin ist mein bevollmächtigter Vertreter Reichstagspräsident Göring, der meine Intentionen kennt, der weiß, wo ich bin, der mich darum sofort über jede wichtige Besprechung informieren u[*nd*] dem ich nötigenfalls dann auch augenblickliche Gegenorder geben kann. Wollte Goebbels - was naheliegt - als Gauleiter von Berlin in gleicher Weise verhandeln, u[*nd*] ebenso Gregor Straßer

9. Dezember 1932 Dok. 88
Rede vor der Reichstagsfraktion der NSDAP in Berlin[1]

Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 299[2].

Redetext nicht ermittelt[3].

10. Dezember 1932 Dok. 89
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Schlesien der NSDAP in Breslau[1]

Deutsche Ostfront [*sic!*] vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hitler!"[2].

Wir stehen, so führte *Adolf Hitler* unter anderem aus, am Ende eines Kampfjahres, wie die neuere Geschichte kein zweites kennt, und wir stehen am Anfang eines neuen Jahres, das ebenso ein Kampfjahr sein wird. Ruhe wird nicht in Deutschland sein, ehe wir nicht an der Macht sind.

---

wieder als namhaftes Mitglied der Reichsleitung u[*nd*] Reichstagsfraktion, so gäbe es bald ein Durcheinander, eine Mehrzahl von verschiedenen Auffassungen in der gleichen Frage, sowie verschiedene Äußerungen der Führerschaft in privater oder amtlicher Eigenschaft über Probleme, über die es aber nur eine Auffassung u[*nd*] eine Entscheidung gegenüber Dritten u[*nd*] Außenstehenden geben kann." Schließlich sei Hitler auf die Behauptung eingegangen, daß Straßer keinen persönlichen Zugang mehr zu ihm habe. Er besitze, so Hitler, inzwischen kein Privatleben mehr und könne deshalb zu jeder Zeit jeden Parteigenossen empfangen, der in einer wichtigen Angelegenheit zu ihm komme. IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 23 ff.

1 Vgl. Dok. 87, Anm. 3.
2 Vgl. auch Jordan, Erlebt, S. 83 ff.
3 Vgl. Dok. 87, Anm. 5.
Der Ansprache Hitlers ging offenbar eine Unterredung mit dem Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, voraus, der damals als Verbindungsmann Mussolinis zur NSDAP fungierte. Renzetti berichtete am 23.1.1933, wie pessimistisch Hitler an diesem Tag gewesen sei; er habe ihm jedoch erklärt, daß ein Kompromiß nicht in Frage komme, jede revolutionäre Bewegung ähnele einer religiösen und könne keine Abweichler in ihren Reihen dulden. Hitler habe sich dann wenige Minuten später vor der Reichstagsfraktion in diesem Sinne geäußert. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 248 f.

1 Im Messehof, nach 22.30 Uhr. An der Versammlung nahmen - so die Vorlage - etwa 10.000 nationalsozialistische Funktionäre der Politischen Organisation sowie von SA, SS, NSBO, HJ und BDM teil. Der Unkostenbeitrag belief sich auf 0,50 RM. Die wenigen Tribünenplätze wurden zum Preis von 1,- RM nur an Parteimitglieder vergeben. Die Versammlung wurde um 20.00 Uhr von MdR und Kreisleiter Josef Schönwälder eröffnet, danach gab MdR und Gauleiter Helmuth Brückner eine größere Erklärung zur Lage ab, gefolgt von einer kurzen Ansprache des Führers der SA-Gruppe Schlesien, MdR und SA-Gruppenführer Edmund Heines. Hitler, dem man - so die *Schlesische Zeitung* - "eine starke innere Bewegtheit anmerkte", sprach bis Mitternacht.
In seiner Ansprache betonte Brückner, daß die schlesische NSDAP "in unerschütterlicher Treue fest zu Adolf Hitler" stehe; es seien jedoch vor allem in die Stäbe einige Spitzel eingedrungen, von denen er im kommenden Jahr die Partei rücksichtslos reinigen werde. "Ohne Adolf Hitler wird es keine NSDAP geben, und ohne den deutschen Sozialismus wird niemals der Kapitalismus gestürzt." Interessanterweise bemühte sich Brückner noch um eine Aussöhnung zwischen Hitler und Straßer: "Unser Parteigenosse *Gregor Straßer steht ohne Wanken*

Der Soldat an der Front der Bewegung darf überzeugt sein, daß es für uns nicht nur keine Kapitulation gibt, sondern daß es vor allen Dingen keine Halbheiten und Unentschlossenheiten geben darf.

Hier auf dem historischen Boden Schlesiens erinnerte der Führer an den siebenjährigen Kampf des großen Preußenkönigs, dem trotz schwerster Schicksalsschläge niemals der Gedanke an Kapitulation gekommen sei[3]. Die Größe und Stärke der preußischen Armee, die auch ein Kunersdorf[4] zu ertragen wußte, waren nicht die Tage des Glücks, sondern die Tage des Unglücks.

Auch die fernere preußische Geschichte bestand nicht allein aus Siegen. Auch Rückschläge stellten sich ein. Aber immer überwand das preußische Volk dieses Mißgeschick und erfocht in

---

zu Adolf Hitlers Fahne. Die Gründe, weshalb er die Reichs-Organisations-Leitung in die Hände des Führers zurückgelegt hat, gehen lediglich ihn und den Führer an. *Gregor Straßer* hat mit dem Führer zusammen die Bewegung aufgebaut, er ist nur ihm allein Rechenschaft schuldig, und wir haben kein Recht, über sein Tun zu urteilen. Er wird nun drei Wochen fern vom Amt sein, andere Leuten machen ja auch Ferien zu Weihnachten, *aber er bleibt ein Soldat Adolf Hitlers.* Auch Straßer braucht eine Stärkung für die schweren Entscheidungen, die Deutschland bevorstehen. Die Querschießer, die diese falschen Meldungen über unsere Bewegung verbreiten, stehen, wie ich schon sagte, nicht an der Front, genauso wenig, wie es die Querschießer des Weltkrieges getan haben." Vgl. Deutsche Ostfront vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hitler!".

2 Vgl. auch Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 6.12.1932, "Adolf Hitler Sonnabend in Breslau"; vom 8.12. 1932, "Amtswalterappell mit Adolf Hitler"; National-Sozialistische Schlesische Tageszeitung vom 8.12.1932, "Amtswalterappell mit Adolf Hitler"; Volkswacht vom 10.12.1932, "Hoher Besuch. Adolf kommt seine Unteroffiziere verstauchen. Fememörder Edmund Heines wird abberufen"; Der Angriff vom 12.12.1932, "Der Führer gibt neue Richtlinien"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 12.12.1932, "Brauner Cliquen-Krach mit 'Treueerklärungen'"; Breslauer 8 Uhr Abendblatt vom 12.12.1932, "SA-Führer Heines verläßt Schlesien"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Hitlerkundgebung in Breslau"; Mittelschlesische Gebirgszeitung vom 12.12.1932, "Schlesiens Treuebekenntnis zu Adolf Hilter! [*sic!*]"; Schlesische Volkszeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau" und "Hitler läßt sich huldigen"; Schlesische Zeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau"; Zeit am Montag vom 12.12.1932, "Hitler in Breslau!"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 13.12.1932, "Keine Abberufung des SA-Führers aus Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Adolf Hitler über die grundsätzliche Politik der NSDAP"; Arbeiter-Zeitung für Schlesien vom 15.12.1932, "Nazi-Brückner beschimpft proletarische Nazianhänger mit 'Schweinehunde'".

3 Anspielung auf die drei Kriege, welche der preußische König Friedrich II., der Große, gegen die deutsche Kaiserin Maria Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte. Konnte Friedrich die beiden Österreichischen Erbfolgekriege 1740-1742 und 1744/45 relativ schnell zu seinen Gunsten entscheiden, so spitzte sich die Lage während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) mehrfach so zu, daß Preußen als Staat in Frage gestellt schien. Vgl. Johannes Kunisch, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.
Zur Wirkung dieses Mythos in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, passim.

4 Die Schlacht bei Kunersdorf am 12.8.1759 war die schwerste militärische Niederlage Friedrichs II., des Großen; er selbst hätte sie beinahe nicht überlebt. Die 71.000 österreichischen und russischen Soldaten unter dem Oberbefehl von Feldmarschall-Leutnant Gideon Ernst Freiherr von Laudon und Feldmarschall Pjotr Semjonowitsch Saltykow, schlugen die preußischen Truppen so vernichtend, daß sie von 43.000 Mann 18.670 verloren. Nach ihrem Sieg stand den verbündeten Armeen der Weg nach Berlin offen, doch verhinderte ihre Uneinigkeit eine strategische Ausnützung des Sieges. In einem Brief an seinen Bruder Heinrich vom 1.9.1759 bezeichnete Friedrich selbst den überraschenden Abzug der weit überlegenen Gegner als das "Mirakel des Hauses Brandenburg". Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 10: Kunersdorf, Berlin 1912, ND: Bad Honnef 1982, S. 225 ff., Zitat S. 308.

der Folge umso glänzendere Siege. So folgten auf Jena die Befreiungskriege[5] und auf ein Olmütz[6] ein Königgrätz[7].

Das letzte Jahr hat unsere Bewegung vor solchen Schlägen bewahrt.

Das Kampfjahr 1932

Es war *ein Jahr unerhörten Emporstieges*, dessen Erfolge nicht aus Kompromissen gekommen sind, sondern alle nur aus Kampf. Man muß glücklich sein, wenn das Schicksal uns die Möglichkeit bietet, ihm auch weiterhin unsere Stärke zu zeigen. Zwölf Schlachten haben wir in diesem Jahr geschlagen[8]. Aus zwölf Schlachten ist noch keine Armee herausgekommen - stärker, als sie hineinging. Entscheidend ist, ob man das letzte Bataillon auf dem Felde hat.

Entscheidend ist nicht das Treibholz an der Peripherie[9]*, entscheidend ist der Kern der Bewegung, und der steht fest und unerschütterlich. Was wir heute verlieren, darum werden wir mit Nägeln und Zähnen kämpfen, und morgen werden wir es wiedergewinnen.*

---

5 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die schwere Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

6 In der Olmützer Punktation vom 29.11.1850 einigten sich Preußen und Österreich auf ein gemeinsames Vorgehen in Holstein und Kurhessen. Diese außenpolitische Niederlage zwang Preußen, das zunächst eigenständig im kurhessischen Verfassungsstreit zu intervenieren versucht hatte, seine Pläne für eine politische Neugestaltung Deutschlands vorerst aufzugeben.

7 In der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 wurde die österreichische Armee so empfindlich geschlagen, daß der Deutsche Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte, bereits am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

8 Auf Reichs- und auf Landesebene hatte die NSDAP 1932 insgesamt *fünfzehn* Wahlkämpfe zu bestreiten; die Ergebnisse für die NSDAP bzw. für Hitler lauteten:

13.3.1932:	Reichspräsidentenwahl	Hitler: 30,1%
10.4.1932:	Reichspräsidentenwahl	Hitler: 36,8%
31.7.1932:	Reichstagswahl	37,3% (+19,0%/14.9.1930)
6.11.1932:	Reichstagswahl	33,1% (-4,2%)
13.3.1932:	Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz	23,9% (+23,9%/ -)
24.4.1932:	Landtagswahl in Anhalt	40,9% (+38,8%/20.5.1928)
24.4.1932:	Landtagswahl in Bayern	32,5% (+26,4%/20.5.1928)
24.4.1932:	Bürgerschaftswahl in Hamburg	31,2% (+5%/27.9.1931)
24.4.1932:	Landtagswahl in Preußen	36,3% (+34,5%/20.5.1928)
24.4.1932:	Landtagswahl in Württemberg	26,4% (+24,6%/20.5.1928)
29.5.1932:	Landtagswahl in Oldenburg	48,4% (+11,2%/17.5.1932)
5.6.1932:	Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin	49% (+44,9%/23.6.1929)
19.6.1932:	Landtagswahl in Hessen	44% (+6,9%/15.11.1931)
31.7.1932:	Landtagswahl in Thüringen	42,5% (+31,2%/8.12.1929)
13.11.1932:	Bürgerschaftswahl in Lübeck	33,1% (+25%/10.11.1929)

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, passim.

9 Anspielung auf den Rücktritt Gregor Straßers. Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Hitlers Auftritt in Breslau wurde nicht nur von der Straßer-Krise und der eigenwilligen Haltung Brückners überschattet, sondern auch von den Spannungen, die zwischen Brückner und Heines bestanden. Im Vorfeld von Hitlers Auftritt wurde von der regionalen Presse immer wieder berichtet, daß nun, im Zuge der personellen Umgestaltung der nationalsozialistischen Parteiführung, auch die Ablösung von Heines bevorstünde. Brückner und Heines veröffentlichten daraufhin am 13.12.1932 je ein Dementi, in dem beide betonten, daß Heines Schle-

Die Macht oder den Kampf!

Unsere Gegner haben die Regierung Brüning verloren[10]*, sie haben die Regierung Papen verloren*[11] *und sie werden genauso die Regierung Schleicher verlieren. Wenn eine Bewegung eine solche Stärke erreicht hat, wie die unsere, dann gibt es nur zweierlei: entweder die Macht oder den Kampf.*

Man wird *keinen* in unserer Bewegung finden, der es billiger macht. Diese Bewegung steht *unerschütterlich* in der deutschen Geschichte *wie ein Fels im Meer.*

Solange ich lebe, steuert das Schiff seinen Kurs weiter. Die Millionen der nationalsozialistischen Bewegung[12] verstehen mich, und diese Millionen begreifen alles, nur nicht das, daß die Arbeit von dreizehn Jahren umsonst gewesen sein soll.

Die Spekulationen auf den Zerfall der Bewegung sind fehl am Platze[13].

In Berlin hat die NSDAP gestern diese trügerischen Hoffnungen unserer Gegner zerschlagen[14]*. Die Bewegung steht fest und unerschütterlich. Wenn uns unsere Gegner vielleicht bei der letzten Reichstagswahl zahlenmäßig eine kleine Schlappe beigebracht haben*[15]*, dann werden wir das im nächsten Jahr ihnen mit Zins und Zinseszinsen zurückzahlen. Die Fahne wird weitergetragen in das neue Jahr hinein. Wir werden vor allem die propagandistische Schlagkraft noch stärker machen als bisher.*

Der wirtschaftliche Niedergang unter der letzten Regierung ist genauso gekommen, wie ich es vorausgesagt habe[16], und es wird auch unter dieser Regierung nicht anders werden.

---

sien nicht verlassen werde, noch daß die Führung der schlesischen SA von Brückner übernommen würde. Vgl. Deutsche Ostfront vom 13.12.1932, "Gruppenführer Heines bleibt in Schlesien!" sowie Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 4, Anm. 6.

11 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 8 sowie Dok. 61, Anm. 2.

13 Zur Reaktion in der deutschen Presse auf den Rücktritt von Gregor Straßer vgl. etwa Berliner Tageblatt vom 9.12.1932, "Die Führerkrise in der N.S.D.A.P. Straßer, Frick und Feder erheben sich gegen Hitler"; vom 10.12.1932 (MA), "Die Palastrevolution gegen Hitler"; Frankfurter Zeitung vom 9.12.1932 (AA), "Straßer legt sämtliche Ämter nieder"; vom 10.12.1932 (AA), "Der Konflikt in der NSDAP. Auch Feder nimmt 'Urlaub'"; vom 11.12.1932 (AA), "Die Folgen von Straßers Schritt. Eine 'Verfügung' Hitlers"; Germania vom 10.12.1932, "Die Krise um Straßer"; Münchner Neueste Nachrichten vom 10.12.1932, "Auseinandersetzung in der N.S.D.A.P."; Kreuz-Zeitung vom 10.12.1932, "Gerüchte um Gregor Straßer. Ergebenheits-Erklärungen an Adolf Hitler von allen Seiten" und "Ob ein Straßer geht...'"; Vorwärts vom 9.12.1932 (MA), "Krach in der Hitler-Partei"; vom 9.12.1932 (AA), "Die Rebellion. Straßers Kriegserklärung gegen Hitler. Auch Feder rebelliert!"; vom 10.12.1932 (AA), "Von Treue fast erdrückt! Der Osaf kann sich kaum retten"; Vossische Zeitung vom 9.12.1932 (MA), "Konflikt Hitler - Straßer"; vom 9.12.1932 (AA), "Neue Absage an Hitler. Auch Feder geht auf Urlaub".
Symptomatisch für die damalige Berichterstattung ist etwa der Kommentar im *Vorwärts* vom 9.12.1932 (AA): "Der Konflikt zwischen dem Führergrößenwahn und dem Tatsachensinn der nächsten Gefolgschaft ist unvermeidlich geworden, seitdem die Partei nicht mehr vorwärts, sondern rückwärts marschiert. *Straßer* als stärkster Mann neben *Hitler* schlägt Lärm, andere schließen sich ihm an. [...] In der NSDAP geht es drunter und drüber, und die faschistische Machteroberung muß wieder einmal vertagt werden."

14 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Bei einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held am 10.12.1932 meinte Reichskanzler von Schleicher, daß er "die nationalsozialistische Gefahr als überwunden" ansehe; "er [*Schleicher*] sah allerdings auch keinen Weg, die Nationalsozialisten zu praktischer Mitarbeit zu bringen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 16.

15 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

Ich denke, daß wir im März den Herren wieder in offener Feldschlacht gegenüberstehen werden. Bis dahin werden wir die Voraussetzungen geschaffen haben und die Garantie, daß unsere Klinge scharf sein wird. Wir werden unermüdlich kämpfen. Und das letzte Bataillon werden dann wir sein.

Treue und Opfermut verbürgen den Sieg!

Nur in den Zeiten der Not zeigen sich die starken Herzen und die festen Charaktere. Möge der Herrgott geben, daß er uns *niemals schwankend, niemals feige sein läßt und niemals zu einem Kompromiß bereit.* Wenn wir nicht an uns selbst zweifeln, dann muß am Ende der Sieg bei uns liegen.

Immer ist die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, die zum Erfolg gekommen ist, die Treue gewesen[17]*. Ich, als verantwortlicher Führer der Bewegung, kann mich nicht beurlauben lassen. Ich werde diese Fahne niemals verlassen und selbst wenn ich der letzte Soldat der Bewegung wäre.*

Wir werden alle Opfer auf uns nehmen und unermüdlich weiterkämpfen. Durch die Herbeiführung der Amnestie ist es gelungen, vielen Kameraden die Freiheit zu geben[18].

Wir werden nichts unversucht lassen und nicht rasten, bis auch die letzten frei sein werden. Wir alle sind zuversichtlich, mutig und zum Kampf entschlossen. Wir wollen eine unlösliche Gemeinschaft der Treue und der Kameradschaft bilden.

Der Sieg wird und muß uns sicher sein[19]*!*

---

16 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

17 Vermutlich auch eine Anspielung auf die damals oft zitierte Sentenz des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg: "Die Treue ist das Mark der Ehre." Vgl. Gerhard Schultze-Pfaelzer, Hindenburg und Hitler zur Führung vereint, Berlin 1933, Zweiter Teil, S. 54; Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg. Hrsg. von Kurt L. Walter-Schomburg, Berlin 1934.
Seit der Revolte der Berliner SA um Walter Stennes hatte Hitler für die SS die Parole ausgegeben: SS-Mann, deine Ehre heißt Treue. Ab Oktober 1931 erhielt die SS ein eigenes Koppelschloß mit der Aufschrift: "Meine Ehre heißt Treue". Vgl. SS-Befehl, Nr. 50 vom 9.10.1931 (Abschrift der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 28.1.1932); BA, R 134/91. Ferner Robin Lumsden, The Black Corps. A Collector's Guide to the History and Regalia of the SS, New York 1992, S. 49.

18 Mit den Stimmen von NSDAP, SPD und KPD verabschiedete der Reichstag am 9.12.1932 ein Gesetz über Straffreiheit bei politischen Straftaten. Bei den vorhergehenden Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstags hatte die SPD durchgesetzt, auch das Delikt des Landesverrats bei der Amnestie zu berücksichtigen, schwere Verbrechen jedoch nicht. Trotz großer Bedenken verzichteten die Länder in der Reichsratsitzung vom 20.12.1932 auf jeden Einspruch, da der Reichstag mit zwei Dritteln seiner Stimmen für den Gesetzentwurf gestimmt hatte, so daß das Gesetz tags darauf in Kraft trat. Das Gesetz, das Straffreiheit oder Strafminderung bei politischen Straftaten sowie bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not gewährte, schloß lediglich Delikte wie: Verbrechen gegen das Leben, Landesverrat aus Eigennutz, Sprengstoff-Verbrechen, schweren Raub, Hochverrat, aus. Durch diese "Legalisierung des politischen Terrors" (Gusy, Weimar, S. 240) wurden 38.000 wegen politischer Straftaten verhängte Strafen gemildert oder erlassen, weitere 38.000 Verfahren niedergeschlagen. 220.000 Strafen, die aus wirtschaftlichter Not begangen worden waren, wurden amnestiert sowie 88.000 schwebende Verfahren eingestellt. Vgl. Jürgen Christoph, Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Frankfurt a. M. 1988, S. 323 ff. Druck des Gesetzes: RGBl. 1932, I, S. 559 f.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Die *Zeit am Montag* berichtet, daß sich Hitler nach der Kundgebung mit seinem Stab sofort ins Hotel *Monopol* zurückgezogen habe, wo er "nur wenige ganz Vertraute [...] zur persönlichen Rücksprache" empfing. Tags darauf sei er morgens um 6.25 Uhr mit dem Zug zu einer weiteren Veranstaltung nach Dresden abgereist.

11. Dezember 1932 Dok. 90
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Dresden[1]

Dresdner Anzeiger vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92[3].

11. Dezember 1932 Dok. 91
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Chemnitz[1]

Chemnitzer Tageblatt vom 12.12.1932, "Hitler in Chemnitz"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 92[3].

1 Im Zirkus Sarrasani, vermutlich mittags. An der überfüllten Versammlung nahmen laut *Dresdner Volkszeitung* etwa 5.000 nationalsozialistische Funktionäre sowie Angehörige von SA und SS teil.

2 Vgl. auch Dresdner Volkszeitung vom 12.12.1932, "Hitler in Dresden"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"; Arbeiterstimme vom 13.12.1932, "Hitler gesteht in seiner Dresdner Rede den Nazischacher um Regierungsposten"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 "Von Dresden begab sich Hitler nach *Chemnitz* und *Leipzig*, wo er vor den dort versammelten Amtswaltern ähnliche Ausführungen machte." Vgl. Dresdner Anzeiger.

1 Im Kaufmännischen Vereinshaus, nachmittags. Vor Hitler sprachen auf der überfüllten Versammlung der stellvertretende Gauleiter, MdL Karl Fritsch, und der Führer der SA-Gruppe Sachsen, SA-Gruppenführer Georg von Detten.

2 Vgl. auch Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 12.12.1932, "Hitler in Chemnitz"; Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 "Adolf Hitler zog in seiner Rede, die er in ähnlicher Form auch in Leipzig und Dresden hielt, das Fazit des letzten Jahres seit dem SA-Verbot." Vgl. Chemnitzer Tageblatt.

11. Dezember 1932 Dok. 92
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Sachsen der NSDAP in Leipzig[1]

Der Freiheitskampf vom 12.12.1932, "Unerschüttert und siegesbewußt. Gewaltige Kundgebungen für Adolf Hitler in Sachsen und Schlesien"[2].

Eine *Weltanschauung,* deren Mission der Neuaufbau Deutschlands ist, deren Sieg Verständnis haben soll [*sic!*], kann ihr Ziel nicht von heute auf morgen erreichen. Es gibt keine Organisation und keinen Staat, der *nur Siege* in seiner Geschichte kennt, keine *Weltanschauung*, die ununterbrochen im Glück ihren Aufstieg genommen hätte. Die wirkliche Größe von Staatsmännern zeigt sich nicht am Abend von Siegen, sondern an dem Abend von Niederlagen.

Entscheid[*end*] war stets die größere Energie und die größere Ausdauer und die größere Zähigkeit. Es gibt dafür keinen besseren Beweis, als die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung selbst. Nicht, daß die Bewegung Erfolge über Erfolge errungen, sondern daß sie alle die *unerhörten Verfolgungen* und *Unterdrückungen* siegreich *überstanden* hat, ist das *Ruhmesblatt* in ihrer Geschichte. Noch immer ist die Partei aus jeder Prüfung *stärker* hervorgegangen, als sie hineinging.

Wenn man behauptet, die Partei hätte in diesem letzten Kampfjahre eine Schlappe erlitten[3], dann stelle ich fest: Unter schwersten Bedrückungen ging ich in dieses Jahr hinein[4] und gehe heraus, als ein Mann, dem man heute nur noch den Vorwurf machen kann, daß er *nicht billig genug* in eine Regierung hineinzugehen bereit ist[5]. Wenn heute alle Welt von Herrn *von Papen abrückt*[6], ist es da nicht seltsam, daß man uns damals zumutete, uns seinem Oberbefehl zu unterstellen?

---

1 Im Saal des Zoologischen Gartens, abends.

2 Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 12.12.1932, "Hitlerkundgebung in Dresden und Chemnitz" [*sic!*]; Neue Leipziger Zeitung vom 12.12.1932, "Hitler 'säubert' in Schlesien"; VB vom 13.12.1932, "Hitler in Dresden, Chemnitz und Leipzig: 'Am 2. Januar schließt der Burgfriede - am Tage darauf werden wir wieder im Kampfe stehen'". Ferner Lagebericht Nr. 2100 b [a] N des Polizeipräsidenten von Dresden vom 22.1.1933; BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Hitlerversammlungen, 26089.

3 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

4 Vermutlich eine Anspielung auf das SA-Verbot, vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

5 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

6 Vgl. etwa den Kommentar ("Der Wind, das himmlische Kind") des *Berliner Tageblatts* vom 20.11.1932: "Wenn man Herrn von Papen noch einen kurzen Nachruf schreiben soll, wird man sagen müssen, daß er zweifellos, wie eigentlich jeder Reichskanzler und jeder Minister, guten Willen und die aufrichtigste Überzeugung von der Vorzüglichkeit seiner Handlungen hatte, und daß nur leider sein Gesichtskreis so begrenzt wie seine Regierungskunst, sein adliges Selbstgefühl so unbegrenzt wie die ihm anvertraute Machtfülle war. Infolge der Eigenschaften, die er besaß, und der hervorragenden, die ihm mangelten, hat in einem kurzen Zeitraum dieser Prophet des heiligen Reiches die geistige und politische Einheit des Deutschen Reiches aufs ärgste gefährdet, die Nervosität der notleidenden Volksmassen bis zur schärfsten Erbitterung getrieben und alle Rechtsbegriffe durcheinandergebracht. Seine Taten wurden durch seine Reden unterstützt. [...] Es war eine seltsame Sprachkunst, mit Einfällen so ungefähr aus der Zeit der Kreuzzüge, [...]."
Vgl. ferner die Bemerkung des neuen Reichskanzlers von Schleicher in seiner ersten Ministerbesprechung am 3.12.1932, "daß es von einem großen Teil der Öffentlichkeit als Erleichterung betrachtet werde, wenn er an Stelle von Papen Reichskanzler geworden sei", sowie den Eintrag vom 18.11.1932 in den Tagebüchern des

Die anderen brauchen unseren *Namen,* unsere *Kraft* und unsere *Stärke.* Sie können das haben, gut! *Wir verlangen aber dafür die Macht.*

Zug um Zug! Die Regierung von heute, die Regierung ohne Volk, gleicht einer *belagerten Festung.* Wir gehen in diese Regierung hinein, aber *nur dann,* wenn sie hinausgeht! Solange man uns die *Macht nicht übergibt,* bleiben wir *vor* den Toren; den *Preis* für die Bewegung habe ich festgesetzt, niemand wird sie billiger geben! Sollte sich aber jemals einer finden, so wäre er in der nächsten Stunde schon in der Partei *verloren* und hätte *keine* Bewegung hinter sich[7]. Wenn einer dieses Schiff *verläßt,* weil er *müde* ist und rasten will, das *Schiff* geht seinen *geraden Kurs weiter,* solange ich lebe und am Steuer stehe.

Wenn ich mit dieser Bewegung antrete, dann weiß ich, daß ich mit ihr siegen werde.

Aber auf das Parkett der *Intrige,* auf dem die anderen Meister sind, lassen wir uns nicht locken. Die Zeit macht uns nicht mürbe.

Die Macht werden wir bekommen und erst dann Frieden schließen.

Wenn man mich heute fragt: Ja, glauben Sie denn noch an einen Erfolg?: Mit *sechs Männern*[8] hatte ich damals die *felsenfeste Zuversicht,* Deutschland zu *erobern,* heute mit *zwölf Millionen*[9] sollte ich sie nicht haben?

Gewiß haben wir 30 Mandate verloren[10], aber
unterdessen haben unsere Gegner zwei Regierungen verloren[11].

Auch das neue Kabinett wird nicht lange leben. Wir werden die dreißig Mandate wieder herbeiholen: denn *unser* Rekruten-Depot ist *größer* als das ihre. Es wird mit *verstärkter Kraft weitergearbeitet* werden und auch ich werde diese Arbeit in erster Linie rücksichtslos gegen meine Person auf mich nehmen.

Am 2. Januar schließt der Burgfrieden[12], und am 3. Januar werden wir wiederum im Kampfe stehen.

Ich bin stolz zu wissen, daß die ganze Bewegung geschlossener denn je hinter mir steht.

Die Partei wird nicht von einer Krise ergriffen, sondern hat diese Krise bereits weit hinter sich. Laßt alle Hoffnungen fahren, dieses Werk kann nie zerstört werden! An ihm wird auch die letzte deutsche Zwietracht[13] dann zerschellen und ein Ende finden.

Harry Graf Kessler: "Papen ist gestern abend zurückgetreten mit dem gesamten Kabinett. Endlich! Dieser ewig lächelnde, leichtsinnige Dilettant hat in sechs Monaten mehr Unheil angerichtet als in so kurzer Zeit irgendein Kanzler vor ihm. Am schlimmsten ist vielleicht, daß er den alten Hindenburg heillos bloßgestellt hat." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 1; Kessler, Tagebücher, S. 699. Zu der zeitgenössischen, durchweg kritischen Bewertung Papens vgl. auch Henry Ashby Turner, Jr., Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, S. 58 f.

7 Anspielung auf den Rücktritt Gregor Straßers. Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Die NSDAP war nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 mit 230 Abgeordneten, nach der vom 6.11.1932 mit 196 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44.

11 Vgl. Dok. 4, Anm. 6 sowie Dok. 67, Anm. 6.

12 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2.11.1932, deren Gültigkeit am 18.11.1932 auf die Zeit bis zum 2.1.1933 erweitert worden war. Vgl. Dok. 72, Anm. 7.

13 Möglicherweise eine Anspielung auf die damals vielzitierte Wendung: "Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!" aus der 1896 entstandenen Tragödie *Florian Geyer* (I. Akt, Schlußszene) von Gerhart Hauptmann (1862-1946).

Die Not kann unsere Bewegung nicht mehr brechen, aber dieser, unser Wille, wird eines Tages die Not zerbrechen [14]!

14. Dezember 1932 Dok. 93
Anordnung

VB vom 16.12.1932, "Die Richtlinien und Anordnungen Adolf Hitlers erlassen" [1].

Heute sind den Amtsleitern und Gauleitern die *allgemeinen Richtlinien und die ersten besonderen Anordnungen des Führers* für den Neuaufbau der politischen Organisation [2] zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung zugegangen.

Diesen Richtlinien sind zunächst u. a. folgende Verfügungen angeschlossen:

Die *Abteilung für Volksbildung* [3], bisher in der Hauptabteilung III der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichs-Propaganda-Abteilung [4] unterstellt.

---

14 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, in dem es u. a. heißt, "unser Gauleiter, Landesinspekteur *Mutschmann*," habe allen Parteigenossen aus der Seele gesprochen, "als er dem geliebten Führer das *Bekenntnis unerschütterlicher Treue* abgab".
Zur Wirkung von Hitlers Reden am 11.12. vgl. auch den Tagebucheintrag Goebbels' über sein Gespräch, das er tags darauf mit Hitler in Leipzig führte: "[*Hitler*] Erzählt von seinen Reden in Breslau, Chemnitz, Leipzig. Überall Bombenerfolge. Er hat scharf durch die Blume gegen Strasser gesprochen. Der hat die Partie schon verloren." Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 304.

1 In der Vorlage erscheint der Text als ein geschlossenes, von Hitler gezeichnetes Dokument; es bleibt unklar, ob der erste Satz, wo von Hitler in der 3. Person gesprochen wird, später hinzugefügt wurde.

2 Gemeint ist offenbar Hitlers Denkschrift vom 15.12.1932; Druck: Dok. 99.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Gesamtbewertung vgl. auch Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 294 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 178 ff.

3 Die Abteilung Volksbildung war eine relativ junge Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, mit deren Leitung am 7.9.1932 der langjährige Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion im bayerischen Landtag Rudolf Buttmann beauftragt wurde. Daß diese Abteilung nun der Reichspropagandaabteilung zugeordnet wurde, verdeutlicht, wie sehr Goebbels von der Straßer-Krise profitierte. Dieser verfügte nun zumindest innerhalb der NSDAP über alle einschlägigen Kompetenzen, um seinen lange gehegten Wunsch eines "Volkserziehungs"-Ministeriums verwirklichen zu können, das die Bereiche "Schule, Universität, Film, Rundfunk, Theater [*und*] Propaganda" umfassen sollte. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 15.9. 1932 und 31.1.1933; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 218 sowie Dok. 15, Anm. 29.

4 Am 16.9.1926 hatte Gregor Straßer die Leitung der Propaganda-Abteilung übernommen, am 2.1.1928 jedoch faktisch an seinen Geschäftsführer Heinrich Himmler abgegeben. Nach den kümmerlichen Anfängen, die geprägt waren vom dilettantisch-bürokratischen Führungsstil Himmlers, gewann die nationalsozialistische Propaganda erst professionellen Charakter, als Joseph Goebbels am 27.4.1930 mit der Leitung dieser Abteilung beauftragt wurde. Obwohl dem Berliner Gauleiter vorerst nur ein Teil der propagandistischen Kompetenz der NSDAP unterstellt war, gelang es ihm, einen Propagandaapparat zu organisieren, der sich dem aller übrigen deutschen Parteien überlegen zeigte - ungeachtet der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der NSDAP und der geringen personellen Ausstattung dieser Abteilung (Ende 1931 zehn hauptamtliche Kräfte). Nach einer Reorganisation im Oktober 1932 bestand die "Reichspropaganda-Leitung" aus vier Hauptabteilungen: Propa-

Die *innerpolitische Abteilung*[5], bisher in der Hauptabteilung III der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung[6] der Reichsleitung zugewiesen.

Der *agrarpolitische Apparat der NSDAP*[7] sowie die ihm angeschlossenen Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP[8] werden aus der Reichs-Organisationsleitung[9] herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftrage ich Pg. R. Walther Darré[10].

---

ganda, Nachrichtendienst, Film und Rundfunk; Kernstück war die Propagandaabteilung, die wiederum in die vier Unterabteilungen Materialverwertung, Rednervermittlung, Lügenabwehr sowie Auskunft und Archiv zerfiel. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 64 ff. sowie Bd. II/1, Dok. 29; Bd. II/2, Dok. 198, 204, 211, 212; Bd. III/3, Dok. 38. Ferner Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 31.10.1932.

5 Mit der Leitung der neuerrichteten Innerpolitischen Abteilung wurde im Oktober 1931 Helmut Nicolai betraut, der damals wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP von seinem Amt als Regierungsassessor im Regierungspräsidium in Oppeln suspendiert worden war. Der promovierte Jurist begann statt dessen eine Art Schattenministerium für Innenpolitik in der Reichsleitung der NSDAP aufzubauen, dessen Planungen im Falle einer nationalsozialistischen Machtergreifung umgesetzt werden sollten. Nicolai trat jedoch am 9.12.1932 von seinem Amt zurück, wobei unklar blieb, wie weit dies vom Rücktritt Straßers inspiriert war. Nachfolger wurde Nicolais bisheriger Stellvertreter, Ratsassessor a. D. Ernst von Heydebrand und der Lasa. Vgl. Martyn Housden, Helmut Nicolai and Nazi Ideology, Houndmills 1992, S. 91 ff., 146 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 53.

6 Die Rechtsabteilung wurde am 1.11.1930 in der Reichsleitung der NSDAP eingerichtet; Leiter wurde der Vorsitzende des am 13.9.1928 gegründeten "Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" (BNSDJ) Hans Frank. Frank hatte schon am 2.7.1932 von Straßer gefordert, daß die Innerpolitische Abteilung, die Rechtspolitische Abteilung und die Betreuung des BNSDJ künftig der Rechtsabteilung angegliedert werden sollten, "so daß die ganzen Gebiete der Rechtspolitik und des damit verbundenen Rechtsschutzes aus dem Rahmen der Reichsorganisationsleitung ausscheiden". Am 30.9.1932 wurde die Rechtspolitische Abteilung aus der Organisationsabteilung ausgegliedert, so daß die Rechtsabteilung nun aus zwei Haupt-Abteilungen - Rechtsverwaltung der NSDAP und Rechtspolitik - bestand. Am 14.12.1932 wurde nicht nur die Innerpolitische Abteilung in die Rechtabteilung eingegliedert, Frank übernahm auch die "organisatorische und programmatische Überwachung" des BNSDJ. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 30.9.1932, 15.12.1932 und 31.12.1932 sowie Michael Sunnus, Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Frankfurt a. M. 1990, S. 21 ff., 51 ff., Zitat S. 52. Ferner Bd. III/1, Dok. 23; Bd. IV/2, Dok. 53.

7 Im August 1930 war Darré als Referent für landwirtschaftliche Fragen in die Reichsleitung der NSDAP berufen worden. Bereits bis Jahresende gelang es ihm, eine leistungsfähige Organisation aufzubauen, die im gesamten Reichsgebiet ein dichtgespanntes Netz sog. Fachberater unterhielt. Die weit überdurchschnittlichen Wahlerfolge der NSDAP bei der protestantischen Landbevölkerung bestätigten die Arbeit des agrarpolitischen Apparats (aA), der bis Ende 1932 "eine der erfolgreichsten und zuverlässigsten Parteigliederungen geworden war". Erfolgreich war der aA auch bei der systematischen Unterwanderung des Reichslandbunds (RLB), der damals größten und einflußreichsten landwirtschaftlichen Berufsstandorganisation in Deutschland: schon am 18.12.1931 wurde Darrés Stellvertreter, Werner Willikens, zum vierten Präsidenten des RLB gewählt. Daß Darré nun zum Leiter eines eigenständigen, Hitler direkt unterstellten "Apparats" ernannt wurde, verdeutlicht seine zunehmende Bedeutung für die Politik der NSDAP. Vgl. Horst Gies, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 37 ff., 102 ff.; ders., NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 15 (1967), S. 341-376, Zitat S. 350; Anna Bramwell, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985, S. 75 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 95; Bd. IV/3, Dok. 22.

8 Laut Organigramm über die Gliederung der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP vom 1.10.1932 waren Darré in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung V (Landwirtschaft) die folgenden Mitarbeiter unterstellt:
Geschäftsführer des Agrarpolitischen Apparates (Diplom-Landwirt Richard Arauner),
Leiter des Forstpolitischen Apparates (Oberförster Wilhelm Parchmann),
Leiter der Abteilung Landwirtschaftliches Markt- und Börsenwesen (Prokurist Bruno Luxenberg),
Leiter der Abteilung Ostland (Dipl.-Ing. Karl Motz),

Über die Einzelheiten der Neu-Organisation erfolgen noch besondere Anordnungen[11].

Alle übrigen landwirtschaftlichen agrarpolitischen Organisationen, Verbände, Vereine usw. der NSDAP werden entweder von Herrn Darré neu bestätigt oder sind andernfalls mit dem Tag der Veröffentlichung dieser Verfügung aufgelöst.

Ebenso untersteht zukünftig die gesamte agrar-politische Presse der NSDAP einschließlich aller agrar-politischen Beilagen unserer Zeitungen[12] *inhaltlich der Verantwortung von Pg. Darré*[13].

Die Reichsinspektion I und II[14] werden in ihrer derzeitigen Form mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Landesinspekteur Ost Gauleiter Helmuth *Brückner*[15] übernimmt den Gau Schlesien[16] unter gleichzeitiger Ernennung zum Kommissar Ost.

Leiter der Abteilung Ländliches Siedlungswesen (Karl Franz Jurda),
Leiter der Abteilung Gartenbau und Winzer (Dr. rer. pol. Hermann Reischle),
Leiter der Abteilung Geflügelwirtschaft (Dietrich von Stetten)
Leiter der Agrarpolitischen Pressestelle (Roland Schulze),
Leiter der Abteilung Werbung (Erwin Metzner). Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 362, 368.

9 Vgl. Dok. 106, Anm. 5.

10 Richard (Ricardo) Walther Darré (1895-1953), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1918 Abschied als Leutnant, 1920 Diplomkoloniallandwirt, 1925 Diplomlandwirt, 1928/29 landwirtschaftlicher Sachverständiger an der deutschen Gesandtschaft in Riga, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SS, Referent für landwirtschaftliche Fragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1931-1938 Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP und des Rasse- und Siedlungsamts (seit 1935 Siedlungshauptamts) der SS, 1932/33 MdR, 1933-1942/44 Reichs- und preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 1933-1942/44 Reichsbauernführer, 1934 SS-Obergruppenführer.

11 Vgl. Dok. 108-110.

12 Mit dem Erscheinen der *Nationalsozialistischen Landpost* versuchte die NSDAP im September 1931 eine Zeitung ins Leben zu rufen, die speziell auf die Interessen der Landbevölkerung zugeschnitten war. Die Zeitung sollte - so ihr Chefredakteur Darré - "die große kämpferische Linie der nationalsozialistischen Agrarpolitik herausschälen und den deutschen Landstand für das Dritte Reich schulen". Parallel hierzu war ab April 1931 im *Völkischen Beobachter* eine Seite für Landwirtschaftsfragen reserviert, während in allen nationalsozialistischen Gauzeitungen landwirtschaftliche Beiblätter erschienen. Die *Nationalsozialistische Landpost* wurde im parteieigenen Verlag Franz Eher Nachf. gedruckt und erschien wöchentlich, am 15.1.1933 in einer Auflagenhöhe von ca. 20.000 Stück. Vgl. Gies, Darré, S. 51 f.; Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 11. Ferner Bd. IV/2, Dok. 24.

13 Vgl. hierzu Darrés Ausführungsbestimmungen vom 17.12.1932. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.12.1932.

14 Das parteiinterne System der sog. Reichs(organisations)-Inspekteure war von Hitler am 21.10.1931 eingerichtet worden, nachdem Ley und Straßer bereits seit Mai 1931 dazu gedrängt hatten: Straßer war allein nicht mehr in der Lage, die organisatorischen Aufgaben der zur Massenpartei angewachsenen NSDAP zu bewältigen und benötigte einen Vertreter, der die Entwicklung der Partei an ihrer Basis kontrollierte. Ley wiederum fühlte sich nach der am 1.6.1931 erfolgten Teilung seines Gaus (vgl. Bd. IV/1, Dok. 123) deklassiert, so daß diese "Beförderung" zum Reichsinspekteur seinen Ehrgeiz befriedigte. Am 9.6.1932 wurde die Reichsinspektion der NSDAP geteilt; Ley übernahm die Leitung der Reichsinspektion II (Landesinspektionen Bayern, Südwest, Sachsen-Thüringen, West sowie Landesleitung Österreich), Paul Schulz die der Reichsinspektion I (Landesinspektionen Ost, Berlin, Mitteldeutschland-Brandenburg, Nord und Niedersachsen). Vgl. Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 93 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 65 ff.; Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 17.10.1932. Ferner Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86.

15 Helmuth Brückner (geb. 1896), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1915 Leutnant, 1921 Angehöriger beim Oberschlesischen Selbstschutz, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, Schriftleiter der *Schlesischen Volksstimme*,

Der Landesinspekteur Sachsen-Thüringen Gauleiter Martin *Mutschmann*[17] behält wie bisher den Gau Sachsen und wird zum Kommissar ernannt.

Der Landesinspekteur Nord, Gauleiter Hinrich *Lohse*[18], behält den Gau Schleswig-Holstein und wird zum Kommissar Nord ernannt.

Der Landesinspekteur Mitteldeutschland-Brandenburg, Gauleiter Friedr[*ich*] Wilh[*elm*] *Loeper*[19], behält den Gau Magdeburg-Anhalt und wird zum Kommissar für Mitteldeutschland-Brandenburg ernannt.

Der Landesinspekteur Niedersachsen, Gauleiter Bernhard *Rust*[20], behält den Gau Hannover-Süd und wird zum Kommissar für Niedersachsen ernannt.

Der Landesinspekteur Süd-West, Gauleiter Jakob *Sprenger*[21], behält den Gau Hessen-Nassau-Süd und wird zum Kommissar für Südwest ernannt.

1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Preußischer Staatsrat, Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 aller Ämter enthoben und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

16 Bei den Landesinspekteuren handelte es sich in hierarchischer Hinsicht um eine neue Ebene zwischen den Gauleitungen und der Reichsleitung der NSDAP. Die am 17.8.1932 ernannten Landesinspekteure, die jeweils mehrere Gaue kontrollieren sollten, gaben mit ihrer Ernennungen die Leitung ihres alten Gaus ab. Mit dieser Anordnung revidierte Hitler die Entscheidung vom 17.8.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 171.

17 Martin Mutschmann (1879-1948), 1896 Strickmeister, seit 1907 Fabrikant, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Landesführer des Völkischen Blocks in Sachsen, 1925-1945 Gauleiter der NSDAP des Gaues Sachsen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Sachsen-Thüringen, 1933-1945 Reichsstatthalter in Sachsen, 1935-1945 Ministerpräsident von Sachsen.

18 Hinrich Lohse (1896-1964), 1912 kaufmännischer Angestellter, 1915/16 Kriegsdienst, 1919 Bankbeamter, 1920/21 Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landespartei in Neumünster, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Vorstandsmitglied des Völkisch-Sozialen Blocks in Schleswig-Holstein, 1924 Übertritt zur NSFB, 1924-1929 Stadtverordneter in Altona (ab 1925: NSDAP), 1925-1945 Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein, 1928-1933 MdL in Preußen (NSDAP), 1928/29 kommissarischer Gauleiter des Gaues Hamburg, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Nord, 1932/33 MdR, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1941-1944 Reichskommissar Ostland, 1948 in einem Spruchkammerverfahren zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 aus gesundheitlichen Gründen entlassen.

19 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), 1904 preußischer Leutnant, 1914 Hauptmann, 1919 Führer einer Freikorpskompanie, Übernahme in die Reichswehr, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichwehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellvertretender Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Gau Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1930-1932 Chef des Personalamts in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Mitteldeutschland-Brandenburg, 1933 Reichsstatthalter von Braunschweig und Anhalt.

20 Bernhard Rust (1883-1945), 1909 Studienrat in Hannover, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP und Gauleiter des Gaues Hannover(-Nord), 1928-1940 Gauleiter des Gaues Hannover-Süd-Braunschweig, 1930 Entlassung aus dem Schuldienst, 1930-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1932 NSDAP-Landesinspekteur für Niedersachsen, 1933-1945 preußischer Kultusminister, 1934-1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1945 Selbstmord.

21 Jakob Sprenger (1884-1945), Oberpostinspektor, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Ortsgruppenleiter in Frankfurt a. M. und Bezirksleiter von Hessen-Nassau-Süd, 1925-1929 Stadtverordneter in Frankfurt a. M. (NSDAP), 1927-1945 Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd (ab 1933: Hessen-Nassau), 1929 ehrenamtlicher Stadtrat in Frankfurt a. M., 1929-1933 Sachbearbeiter für Beamtenfragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-1933 NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Provinziallandtag von Hessen-

Der Landesinspekteur West, Heinz *Haake*[22], wird zum Kommissar für West ernannt und steht gleichzeitig dem Stabsleiter der politischen Organisation zur Verfügung.

Die kommissarische Tätigkeit findet nur statt auf Anordnung der Reichsleitung bzw. in meinem Auftrage oder im Auftrage des Stabsleiters der P[*olitischen*] O[*rganisation*][23].

Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu werden erlassen[24].

Kommissar Gauleiter Jakob Sprenger übernimmt an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Gauleiters Lenz[25] den Gau Hessen[26] in vorübergehende kommissarische Verwaltung[27].

München, 14. Dezember 1932

Adolf Hitler

Nassau und stellvertretendes Mitglied im Preußischen Staatsrat, 1930-1933 MdR, Gründer des *Frankfurter Volksblatts*, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Südwest, 1933-1945 Reichsstatthalter in Hessen, 1933-1945 Führer des Deutschen Beamtenbundes, 1944 Oberpräsident der Provinz Nassau, 1945 Selbstmord.

22 Heinrich Haake (1892-1945), Bankangestellter, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Preußen (NSFB, ab 1925: NSDAP), 1925 Führer der NSDAP in Köln, dann kurzfristig Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd, 1932 NSDAP-Landesinspekteur West, Dritter Vizepräsident, 1933 Erster Vizepräsident des Preußischen Landtags, Landeshauptmann der Rheinprovinz, 1934 Reichsinspekteur bei der Reichsleitung der NSDAP, Vorstandsmitglied des Deutschen Gemeindetages, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), 1943 SA-Gruppenführer, 1945 in einem britischen Internierungslager verstorben.

23 Robert Ley.

24 Das von Hitler eingeführte System der parteieigenen "Kommissare" blieb bedeutungslos, eine Funktion war damit nicht verbunden; bereits im Dezember 1932 wurde der Etat, der bislang für die Landesinspekteure vorgesehen gewesen war, von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz ersatzlos gestrichen. Mittel blieben lediglich für den Kommissar West Haake erhalten, der im Gegensatz zu den bisherigen Landesinspekteuren nicht in seinen alten Gau zurückkehren konnte. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 179.

25 Karl Lenz (1899-1944), 1916 Kriegsfreiwilliger, 1920 Lehrer in Heidelberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1925 SA-Führer in Heidelberg, 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Eichtersheim, dann Kreisleiter in Sinsheim-Wiesloch, 1927-1931 Gaupropagandaleiter der NSDAP und stellvertretender Gauleiter des Gaues Baden, 1928 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1929/30 MdL in Baden, 1930-1933 MdR, 1931/32 MdL in Hessen-Darmstadt, Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt, 1934 Aberkennung aller politischen Ämter für den Zeitraum von drei Jahren, 1935 Lehrer in München, 1936 Bezirksschulrat, 1943 Sturmbannführer der Waffen-SS, Geschäftsführer in der Deutsch-Vlämischen Arbeitsgemeinschaft (DeVlag), Hauptgeschäftsstelle Reich in Hildesheim, 1944 nach einer Blinddarmoperation verstorben.

26 Der Gau Hessen(-Darmstadt) war zum 1.3.1927 aus dem Gau Hessen-Nassau-Süd ausgegliedert worden. Zum Jahreswechsel 1932/33 wurde der Gau Hessen-Darmstadt aufgelöst und an den von Sprenger geleiteten Gau Hessen-Nassau-Süd wieder angeschlossen, der damit seinen alten Namen Gau Hessen-Nassau erhielt. Vgl. Dieter Rebentisch, Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 161-210, hier S. 179 f. Ferner Bd. II/1, Dok. 82; Bd. III/1, Dok. 16; Bd.IV/1, Dok. 45; Bd. IV/2, Dok. 32.

27 Lenz war erst am 16.9.1931 "mit der Führung des Gaues Hessen-Darmstadt beauftragt" worden. Durch sein arrogantes und provozierendes Auftreten, aber auch durch seine "mehr oder minder durchsichtigen Frauenaffairen" - so der Landesinspekteur Südwest Sprenger - hatte er sich in kürzester Zeit so viele Feinde gemacht, daß bereits im November 1932 seine diversen Streitigkeiten im Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß in der Reichsleitung der NSDAP verhandelt werden mußten. Da Lenz selbst Rücktrittsabsichten äußerte, teilte Sprenger der Reichsleitung bereits am 23.11. mit, daß dessen Amt als Gauleiter zur Verfügung stehe. Erst durch den Rücktritt Straßers begann Lenz sich jedoch dezidiert als politisches Opfer zu verstehen und sich in der regionalen "Notgemeinschaft" zu engagieren, in denen sich Straßers Anhänger in verschiedenen Gauen

14. Dezember 1932 Dok. 94
"Verfügung"
Anordnung

VB vom 16.12.1932, "Die Richtlinien und Anordnungen Adolf Hitlers erlassen".

Den Leiter des Agrarpolitischen Apparates, Pg. R. Walther *Darré*, und den Stabsleiter der Politischen Organisation, Pg. Dr. R. *Ley*, ernenne ich hiermit zu *Amtsleitern der N.S.D.A.P.* [1].

München, den 14. Dezember 1932

Adolf Hitler

14. Dezember 1932 Dok. 95
"Protokoll über eine Gesellschafterversammlung"

Masch. Abschrift mit hs. Unterschrift Keims; StA München, AG München, Registergericht 316 [1].

Heute, den vierzehnten Dezember eintausendneunhundertzweiunddreissig

14. Dezember 1932

erschien vor mir, Justizrat Dr. Julius *Keim* [2], Notar zu München, Notariat München VI, in den Amtsräumen dieses Notariats - vielmehr in der Wohnung des Nachgenannten Prinzregentenplatz 16 [3] dahier, Einschaltung am Schluße genehmigt -

Herr Adolf *Hitler*, Schriftsteller in München, mir persönlich bekannt, und erklärte mit dem Ersuchen um Beurkundung:

---

organisierten. Die Artikel, die Lenz im Dezember 1932 für deren Blatt, die *Alemannischen Grenzlandnachrichten*, schrieb, führten dazu, daß das Oberste Parteigericht der NSDAP am 3.3.1934, ihm bis zum 1.3.1937 alle Ämter in der Partei aberkannte. Vgl. Rebentisch, Persönlichkeitsprofil, S. 177 ff.; Kissenkoetter, Straßer, S. 185 ff. Ferner Bd. IV/2, Dok. 32 sowie IfZ, Fa 223/50: Personalakte Karl Lenz.

1 Der Titel Amtsleiter war 1932 der ranghöchste Funktionärsposten in der Politischen Organisation der NSDAP. Zusammen mit Hitler als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. bildeten damals die Amtsleiter offiziell die Reichsleitung der NSDAP. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP. 6. Jahrgang, München 1932, S. 132 f.

1 Bei dem Protokoll handelt es sich um ein vorgefertigtes masch. Formular, das teilweise masch. ausgefüllt, bzw. ergänzt wurde.

2 Julius Keim (1877-1941), Dr. jur., Notar in München.

3 Hitlers Münchner Privatwohnung. Vgl. Wolfgang Schuster, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 125-130.

I.

Alleiniger Gesellschafter der Firma "Franz *Eher* Nachf.[4], Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in München, ist der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein, eingetragener Verein in München[5].

Vorstand des genannten Vereins im Sinne des § 26 BGB[6] bin ich[7].

In Abänderung des Gesellschaftsvertrags vom 19.[8] September 1919[9] beschließt der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein e. V. was folgt:

"Der bzw. die Geschäftsführer der Firma 'Franz Eher Nachf., G.m.b.H.' sind berechtigt für die genannte Gesellschaft Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte zu bestellen und zwar sowohl für den gesamten Geschäftsbetrieb, als auch für Zweigniederlassungen der Firma, des weiteren ernannte Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte wieder abzuberufen."

Von mir, Notar, wird hieher festgestellt, daß ausweislich des von mir eingesehenen Vereinsregisters beim Amtsgericht München Herr Adolf Hitler als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. in München berechtigt ist, den genannten Verein gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

---

4 Der Verlag des *Münchener Beobachters*, dem Vorgänger des *Völkischen Beobachters*, wurde am 2.1.1887 gegründet. Nachdem der Münchner Redakteur Franz Eher (1851-1918) den Verlag im März 1900 erworben hatte, ließ er ihn am 2.12.1901 unter der Bezeichnung Franz Eher Verlag handelsgerichtlich eintragen. Nach Ehers Tod übernahm 1918 Rudolf von Sebottendorff (i. e. Glauer) als Vorsitzender der nationalistisch-antisemitischen Thule-Gesellschaft den Verlag, der am 30.9.1919 in eine GmbH umgewandelt wurde, um einen drohenden Konkurs zu verhindern. Schließlich erwarb die NSDAP am 17.12.1920 für 115.000 Mark einen beherrschenden Anteil des politisch inzwischen einschlägig ausgewiesenen, finanziell jedoch maroden Verlags und ernannte am 4.4.1922 Max Amann zu dessen Direktor. Stand zunächst die Produktion, nicht aber der Druck des *Völkischen Beobachters* im Mittelpunkt der Verlagstätigkeit, so wurde dem Verlag bald eine Buchhandlung und ein Buchverlag angegliedert, der zunächst hauptsächlich Broschüren und Propagandamaterial, dann *Mein Kampf* vertrieb und bis Ende 1932 weitere 218 Verlagswerke und 210 Neuauflagen publizierte. Weitere Periodika wie der *Illustrierte Beobachter* (1926), der *Akademische Beobachter* (1929), die *Nationalsozialistischen Monatshefte* (1930), *Die Brennessel* (1931), *Unser Wille und Weg* (1931), *Der SA-Mann* (1932), die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* (1932) vervollständigten die Palette des Eher-Verlags, der bereits vor 1933 zu einem der größten deutschen Parteiverlage wurde. Der Verlag war in München in der Thierschstraße 15, seit 1927: 11, untergebracht und besaß seit dem 1.1.1933 eine Niederlassung in Berlin (Zimmerstraße 88-90). Vgl. A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937; Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, passim.

5 Nach Kauf der größten Teile des Eher-Verlags durch die NSDAP gab Hitler 1921 und erneut 1929 an, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des NSDAV e. V. sämtliche Anteile des Verlags besitze. Vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.; Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 1, S. 120 ff. Dort auch Angaben zu den übrigen ehemaligen Gesellschaftern.

6 § 26 lautet: "Der Verein muß einen Vorstand haben. Der Vorstand kann aus mehreren Personen bestehen. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Der Umfang seiner Vertretungsmacht kann durch die Satzung mit Wirkung gegen Dritte beschränkt werden." Vgl. Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 nebst dem Einführungsgesetze vom 18. August 1896, München 1910, S. 6 f.

7 Druck der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 und vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

8 Hschr. ergänzt: "30".

9 Eine am 26.7.1938 angefertigte Abschrift des Gesellschaftsvertrags vom 30.9. und 26.11.1919 ist archiviert im Handelsregister des Amtsgerichts München, Abt. B, Bd. 5, S. 199-202.

Genehmigt wird die Einschaltung der zwei Randzeilen auf Seite eins, Zeile acht von oben beim Zeichen[10].

Vorgelesen vom Notar, von den Beteiligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben:

Adolf Hitler

Dr. Jul[*ius*] Keim, Notar

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der Urschrift wird hiemit bezeugt.

München, den zweiundzwanzigsten Dezember eintausendneunhundertzweiunddreissig.

Dr. Julius Keim, Notar

15. Dezember 1932 Dok. 96
"Verfügung 2"
Anordnung[1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Um die höchste Einheitlichkeit in der Durchführung des politischen Kampfes sicherzustellen, wird bei der Reichsleitung eine

"Politische Zentralkommission[2]"

gebildet. Ich bestimme zu ihren Vorsitzenden unter gleichzeitiger Ernennung zum Amtsleiter Pg. Rudolf *Heß*[3].

---

10 Bezieht sich auf den Text des Protokolls, beginnend bei "des Nachgenannten" bis "genehmigt"; dieser Text wurde masch. an der Seite des Protokolls angefügt.

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

2 Die Gründung der Politischen Zentralkommission verfolgte vor allem den Zweck, die Aufgaben der Reichsorganisationsleitung der NSDAP zu übernehmen. Hitlers Anordnung läßt erkennen, daß die Aufgaben dieser Nachfolgeorganisation nicht mehr konzeptioneller Natur sein sollten; im Vordergrund stand vielmehr die Überwachung, Koordinierung und Reglementierung aller Parteigremien, von denen eine gewisse institutionelle Selbständigkeit erwartet werden konnte. Die Politische Zentralkommission gewann jedoch keine größere Bedeutung. Da Hitler am 21.4.1933 Rudolf Heß zu seinem Stellvertreter ernannte und ihm die Vollmacht erteilte, "in allen Fragen der Parteileitung" in seinem Namen zu entscheiden, dürfte die Kommission spätestens zu diesem Zeitpunkt überflüssig geworden sein; seit dem 31.5.1933 lassen sich jedenfalls im Verordnungsblatt der NSDAP Anordnungen oder Bekanntmachungen dieser kurzlebigen Institution nicht mehr nachweisen. Vgl. Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992, S. 8 ff., 68 f.; Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Jg. 1932, 1933.

3 Rudolf Heß (1894-1987), kaufmännische Lehre, 1914 Kriegsfreiwilliger, 1917 Leutnant, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925-1932 Privatsekretär Hitlers, 1932 Vorsitzender der Politischen Zentralkommission in der

Die politische Zentralkommission umfaßt drei Kommissionen.

I. Kommission für Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Länder-Parlamenten und Kommunen[4].

Vorsitzender: Pg. Dr. *Buttmann*[5].

Unterkommission A zur Beratung und Überwachung der N.S.-Arbeit in den Länder-Parlamenten.

Vorsitzender: Pg. Dr. *Buttmann.*

Unterkommission B zur Beratung und Überwachung der N.S.-Arbeit in den Kommunen.

Vorsitzender: Pg. Karl *Fiehler*[6].

II. Kommission zur Überwachung der nationalsozialistischen Presse.

Vorsitzender: Reichspresse-Chef *Dr. Dietrich*[7].

Reichsleitung der NSDAP, 1933-1941 "Stellvertreter des Führers", SS-Obergruppenführer, 1933-1938 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1938 Mitglied des Geheimen Kabinettsrats, 1939 Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung, 1941 Flug nach England und Gefangennahme, 1946 in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1987 Selbstmord.

4 Diese Aufgabe hatte vorher Straßer in seiner Funktion als Reichsorganisationsleiter der NSDAP wahrgenommen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 87.

5 Rudolf Buttmann (1885-1947), Landtagsbibliothekar, 1910 Dr. oec. publ., 1919 Mitbegründer der DNVP in Südbayern, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925 NSDAP) und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1932 Leiter der Hauptabteilung Volksbildung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Ministerialdirektor, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern, 1935 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek.

6 Karl Fiehler (1895-1969), kaufmännischer Angestellter, ab 1915 Kriegsdienst, 1917 Leutnant, 1919 Aushilfskraft im Einwohneramt der Stadt München, 1922 städtischer Verwaltungsbeamter, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, vorzeitige Entlassung, Stadtrat in München (Völkischer Block), 1925 Wiedereinstellung als städtischer Verwaltungsbeamter, Eintritt in die NSDAP, 1925-1929 Fraktionsführer, danach stellvertretender Fraktionsführer der NSDAP im Münchner Stadtrat, seit 1927 Schriftführer des NSDAV e. V., 1930 Referent für Kommunalpolitik in der Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 Erster Bürgermeister der Stadt München, Vorsitzender des Deutschen Gemeindetages, 1934 Reichsleiter, Leiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik der NSDAP, 1942 SS-Obergruppenführer, 1949 in einem Spruchkammerverfahren zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt.

7 Otto Dietrich (1897-1952), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Leutnant, 1921 Dr. rer. pol., 1922 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Essener Handelskammer, 1925 Handelsredakteur bei der *Essener Allgemeinen Zeitung*, dann Münchner Korrespondent der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, 1928 Leiter des Handelsteils der *München-Augsburger Abendzeitung*, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1.2.1931 stellvertretender Chefredakteur der *National Zeitung*, Essen, 1.8.1931 Leiter der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 (Reichs)Pressechef der NSDAP, Eintritt in die SS, 1933 Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., Vizepräsident der Reichspressekammer, Verfasser von *Mit Hitler in die Macht* (1933), *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (1935), *Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich* (1937), *Auf den Straßen des Sieges - Mit dem Führer in Polen* (1939), 1937-1945 Pressechef der Reichsregierung, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1941 SS-Obergruppenführer, 30.3.1945 Entlassung aus allen Ämtern, 1949 im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

III. Kommission für Wirtschaftsfragen[8].

Unterkommission A: Wirtschaftspolitik.
Vorsitzender: Pg. Walter *Funk*[9].
Unterkommission B: Arbeitsbeschaffung.
Vorsitzender: Pg. Gottfried *Feder*[10].

Aufgaben der politischen Zentralkommission:

1. Beratung aller Parteiinstanzen auf den durch die politische Generalkommission [*sic!*] vertretenen Gebieten.

2. Überprüfung aller für die Öffentlichkeit bestimmten parteiamtlichen Verlautbarungen der N.S.D.A.P., die grundsätzliche Fragen berühren und damit grundsätzlichen Charakter besitzen.

3. Überprüfung aller Anträge von grundsätzlichem Charakter der nationalsozialistischen Vertretungen in den Länder-Parlamenten und Kommunen.

Dem ersten Vorsitzenden der Zentralkommission steht von jetzt ab gegenüber solchen Veröffentlichungen und solchen Anträgen ein Einspruchsrecht zu, das ihre Verkündung bzw. ihre Antragstellung solange sperrt, bis nicht entweder im gegenseitigen Benehmen eine Verständigung erzielt wurde oder ich selbst als letzte Instanz meine Entscheidung getroffen habe.

Ausgenommen von dieser Anordnung ist die Arbeit der preußischen und bayerischen Landtagsfraktion, deren Vorsitzende an sich von mir eingesetzt und damit ähnlich dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion[11] mir direkt verantwortlich sind. Jedoch müssen auch diese beiden Fraktionen ihre Anträge als Material der Generalkommission [*sic!*] zuweisen.

8 Daß die Reste der ebenfalls aufgelösten Wirtschaftspolitischen Abteilung und des Reichswirtschaftsrats der NSDAP ebenfalls in die Politische Zentralkommission eingegliedert wurden, ist ein weiterer Hinweis auf ihre Bedeutungslosigkeit. Offensichtlich hatte Hitler die Lust verloren, die wirtschaftspolitische Diskussion in der Partei weiter voranzutreiben. Feder und Funk vertraten nicht nur gegensätzliche wirtschaftspolitische Positionen, es handelte sich bei ihnen auch um zwei dezidiert schwache nationalsozialistische Funktionäre: Feder hatte den letzten Rückhalt verloren, als er zunächst Straßers Auflehnung unterstützt hatte, um dann seinen Protest mit einer devoten Ergebenheitserklärung an Hitler wieder zurückzunehmen. Auch Funk war in Straßers Überlegungen eingeweiht, Goebbels bezeichnete ihn am 9.12.1932 als "Canaille"; in Hitlers Entourage galt er als ein zwielichtiger Parteigenosse, der zwar Verbindungen zur Wirtschaft besaß, nicht aber eine echte Machtposition innerhalb der NSDAP. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 299; Kissenkoetter, Straßer, S. 174. Ferner Bd. V/1, Dok. 189 sowie Dok. 97 in diesem Band.

9 Walther Funk (1890-1960), Journalist, 1916 Redakteur der *Berliner Börsen-Zeitung*, 1922-1930 Chefredakteur, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, Redakteur des *Wirtschaftspolitischen Pressedienstes* der NSDAP, 1933-1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938-1945 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1939-1945 Reichsbankpräsident, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1958 aus Gesundheitsgründen entlassen.

10 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Verfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der *Nationalsozialistischen Bibliothek*, 1931 Leiter der Ingenieur-technischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der Technischen Universität Berlin für Siedlungswesen.

11 Wilhelm Frick.

4. Der Zentralkommission untersteht von jetzt ab die Überprüfung aller Anträge auf Genehmigung der Beteiligung an Streiks und Aussperrungen, gleich, ob sie von der Partei selbst oder von anderer Seite beabsichtigt sind.

Nähere Ausführungsbestimmungen erläßt der erste Vorsitzende der politischen Zentralkommission [12].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

15. Dezember 1932 Dok. 97
"Verfügung 3"
Anordnung [1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Die *Wirtschaftspolitische Abteilung* [2] (Hauptabteilung IV A und IV B) wird *aufgelöst,* ebenso der *Reichswirtschaftsrat* der N.S.D.A.P. [3]

---

12 Die Ausführungsbestimmungen, welche die Tätigkeit der Politischen Zentralkommission im Detail regelten, wurden von Heß am 23.12.1932 erlassen. Vgl. VB vom 25.-27.12.1932, "Anordnungen der neuen Politischen Zentralkommission der NSDAP".

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

2 Die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP war am 1.1.1931 gegründet worden; Leiter wurde der bisherige Stabschef der SA Otto Wagener. Die Abteilung, die über zehn Referenten verfügte und einen eigenen *Wirtschaftspolitischen Pressedienst* (W.P.D.) herausgab, sollte ein Wirtschaftsprogramm konzipieren, nachdem weder die Bürokratie noch die Ideologen der NSDAP hierzu in der Lage gewesen waren. Diese Entwürfe, gedacht als wirtschaftspolitische Eventualplanung für den Moment der Machtübernahme, wurden immer wieder in gemeinsamen Sitzungen mit Hitler und Gregor Straßer durchgesprochen. Gleichzeitig sollte die Abteilung über ein Netz von elf Beauftragten Kontakte zu wirtschaftlichen Spitzenverbänden aufbauen und durch 44 Gauwirtschaftsreferenten den Kontakt zur Parteibasis aufrechterhalten. Nach dem Rücktritt Wageners im September 1932 wurde die nun als Hauptabteilung IV bezeichnete Abteilung in eine Hauptabteilung IV a (Staatswirtschaft) unter der Leitung von Gottfried Feder und eine Hauptabteilung IV b (Privatwirtschaft) unter der Leitung von Walther Funk aufgeteilt, ohne daß Hitler damit den Konflikt zwischen den divergierenden Wirtschaftskonzeptionen innerhalb der NSDAP vorerst entschieden hätte. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 34 ff.; Turner, Hitler, passim. Ferner Bd. IV/2 dieser Edition, Dok. 60; Bd. V/1, Dok. 189, 190.
Zur Tätigkeit der Wirtschaftspolitischen Abteilung vgl. auch Joachim Petzold, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

3 Der am 2.11.1931 eingesetzte (Reichs)Wirtschaftsrat in der Reichsleitung der NSDAP sollte über die Entwürfe der Wirtschaftspolitischen Abteilung beraten und mit den übrigen Planungen der NSDAP im Bereich der Finanz-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik koordinieren. Da der von Feder geführte Wirtschaftsrat "allem Anschein nach hauptsächlich als Briefkopf existierte und nur selten zusammentrat", erlangte er auch nach seiner Reorganisation am 22.9.1932 keine größere Bedeutung. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 32. Ferner Bd. IV/2, Dok. 60; Bd. V/1, Dok. 189, 190.

Meine *Berater in Wirtschaftsfragen* bleiben:

Parteigenosse Walther *Funk*, der für die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen innerhalb der Partei die notwendigen Anweisungen gibt und im Einvernehmen mit mir Wirtschaftsbeauftragte der Reichsleitung ernennt[4].

Parteigenosse Gottfried *Feder* für wirtschaftstechnische Fragen und Fragen der Arbeitsbeschaffung[5].

Die Gauwirtschafts-Referenten verbleiben, soweit nicht besondere Anweisungen ergehen, als Wirtschaftsberater bei den einzelnen Gauleitungen[6].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

15. Dezember 1932 Dok. 98
"Verfügung 4"
Anordnung[1]

VB vom 17.12.1932, "Weitere Verfügungen des Führers zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung".

Der *Kampfbund des Gewerblichen Mittelstandes*[2] wird unter Leitung von Pg. *von Renteln*[3] neuorganisiert. Er wird bis auf weiteres dem Vorsitzenden der Unterkommission A für Wirtschaftspolitik[4] unterstellt[5].

München, den 15. Dezember 1932

Adolf Hitler

4 Vgl. Dok. 96, Anm. 8.

5 Parallel zum Rücktritt Straßers hatte auch Feder an Hitler einen Brief gerichtet, in dem er die Entwicklung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik heftig kritisierte und behauptete - so die *Frankfurter Zeitung* - , "die Auflösung der von ihm geleiteten Wirtschaftspolitischen und Technischen Abteilung bedeute eine Abkehr der nationalsozialistischen Politik von dem Gegenwartsprogramm, das für die Millionen der nationalsozialistischen Wähler nicht anders heißen dürfe als Arbeit und Brot". Hitler verstand es jedoch, die Kritik Feders geschickt von derjenigen Straßers zu trennen, so daß der völlig isolierte Feder bereits am 9.12. öffentlich erklären mußte, "daß ich auf Ehre und Gewissen in Treue und unerschütterlicher Ergebenheit hinter meinem Führer Adolf Hitler stehe". Vgl. Frankfurter Zeitung vom 10.12.1932 (AA), "Der Konflikt in der NSDAP. Auch Feder nimmt 'Urlaub'"; VB vom 11./12.12.1932, "'Unerschütterliche Ergebenheit für Hitler'"; IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2011, 2017. Ferner Albrecht Tyrell, Gottfried Feder and the NSDAP. In: The Shaping of the Nazi State. Ed. by Peter D. Stachura, London 1978, S. 48-87; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 204 f.

6 Zur Tätigkeit der Gauwirtschaftsberater vgl. etwa Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd. In: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 173-207.

1 Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1.

15. Dezember 1932 Dok. 99
"Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügungen zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung" Denkschrift[1]

Masch. Manuskript; BA, NS 20/111.

I. Teil

Das *Fundament* der politischen Organisation ist die Treue[2]. In ihr offenbart sich als edelster Gefühlsausdruck die Erkenntnis der Notwendigkeit des *Gehorsams* als *Voraussetzung* für den Aufbau jeder menschlichen Gemeinschaft.

---

2 Obwohl die NSDAP alles andere als eine reine Mittelstandspartei war, eher eine Sammlungsbewegung des Protests mit Volksparteicharakter, besaß die mittelständische Interessenvertretung für sie zunächst einen hohen Stellenwert. Schon in ihrem Parteiprogramm vom 24.2.1920 forderte die NSDAP neben der "Schaffung eines gesunden Mittelstandes" die "sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende". Seit 1929 entstanden an der Parteibasis militante mittelständische Organisationen wie die 'Kampfgemeinschaft gegen Warenhäuser und Konsumvereine', der 'Kampfbund für Erhaltung des Mittelstands' oder die 'Arbeitsgemeinschaft deutscher Geschäftsleute', die nicht nur propagandistisch, sondern auch mit massiven Terror und Boykottmaßnahmen gegen Warenhäuser und Konsumvereine vorgingen. Mit dem 'Kampfbund des Gewerblichen Mittelstands', der mit dieser Anordnung Hitlers ins Leben gerufen wurde, sollten diese Aktivitäten gebündelt, vor allem aber stärker kontrolliert werden, da Hitler seit September 1932 versuchte, die Mittelstandsforderungen zurückzudrängen, um andere wirtschaftliche Interessengruppen, insbesondere die der Großindustrie, nicht zu verprellen. Der Kampfbund des Gewerblichen Mittelstands wurde bereits am 7.8.1933 wieder aufgelöst und seine Mitglieder in die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), einem Teil der DAF, überführt. Vgl. Heinrich Uhlig, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956, S. 63 ff.; Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 157 ff.;

3 Theodor Adrian von Renteln (1897-1946), 1924 Dr. rer. pol., Journalist, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gründer und Reichsführer des Nationalsozialistischen Schülerbunds, 1931/32 Reichsführer der HJ, 1932 MdR, Stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1932/33 Führer des NS-Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstands, 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, 1935 Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Leiter des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, 1940 Hauptamtsleiter Handel und Handwerk in der Reichsleitung der NSDAP, 1941 Generalkommissar in Litauen, 1946 hingerichtet.

4 Walther Funk.

5 Renteln war einer der wichtigsten Wirtschaftsberater Gregor Straßers und fungierte in dessen wirtschaftspolitischen Schriften teilweise als eine Art "ghostwriter". Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 42.

1 Im Gegensatz zu Hitlers Anordnungen vom 9., 14. und 15.12.1932, die in Folge von Straßers Rücktritt im *VB* publiziert wurden, waren seine Denkschriften vom 15. und 20.12.1932 (Druck: Dok. 106) nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Hitlers Anordnung vom 14.12.1932 (Druck: Dok. 93) ist zu entnehmen, daß diese beiden Denkschriften offenbar nur den Amtsleitern und den Gauleitern der NSDAP zugingen.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Interpretation der beiden Denkschriften vgl. ferner Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Wiesbaden 1989, S. 35 f.

2 Vgl. Dok. 89, Anm. 17.

Die Treue in Gehorsam kann *niemals* ersetzt werden durch formale technische Maßnahmen und Einrichtungen, gleich welcher Art.

Der *Zweck* der politischen Organisation ist die Ermöglichung weitester Verbreitung einer für die Lebensbehauptung der Nation als notwendig angesehenen Erkenntnis sowie des ihr dienenden Willens. Der Endzweck ist damit die Erfassung der Nation für diese Idee.

Der *Sieg* der nationalsozialistischen *Idee* ist das Ziel unseres Kampfes. Die Organisation unserer *Partei* ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

Die Organisation kann daher nur dann richtig sein, wenn sie für diese Aufgabe geeignet ist.

Da die Aufgabe der Organisation darin besteht, zwischen Erkenntnis und Willen *einerseits* und der Masse des Volkes *andererseits* eine verbindende Beziehung herzustellen, wird sie dieser ihrer Aufgabe um so mehr entsprechen, je weniger sie dabei selbst an Kraft verbraucht. Die kürzeste Leitung ist *organisatorisch* die *beste*[3].

Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, die Organisation wäre um so besser, je umfangreicher und gegliederter ihr Apparat in Erscheinung tritt[4].

Das Gegenteil ist richtig.

Der Idealzustand wäre, ohne organisatorische Zwischenleitung [*sic!*] ausschließlich von *einem* Erkenntnis- und Willensträger aus die Nation unmittelbar zu erfassen. Leider ist dies unmöglich.

Daraus ergibt sich:

Man organisiere nicht *mechanisch*, was man organisieren *kann*, sondern *nur*, was man organisieren *muß!*

Es ist ja endlich die Aufgabe der Organisation, Menschen mit gleichen Lebensinteressen zu gleichem und einheitlichem Handeln zusammenzuschließen. Da die Menschen im Durchschnitt wohl ein verschwommenes gemeinsames Ziel empfinden, selten aber in einheitlicher Auffassung den richtigen *Weg* hiezu *erkennen,* übergeht die Organisation notwendig bis zu einem gewissen Ausmaße stets die Individualität der Einzelperson.

Damit wird wohl einerseits die zu großen Kraftleistungen notwendige Zusammenfassung der Individuen ermöglicht, dafür aber andererseits die freie Selbständigkeit, das individuelle Ausleben und Auswirken der Fähigkeiten der einzelnen bis zu einem gewissen Grade gehemmt.

Eine Weltanschauung benötigt zu ihrer Verbreitung keine Beamten, sondern fanatische Apostel.

Es ist daher ein Gebot der Klugheit, den Zwang der Organisation nur auf das unbedingt Erforderliche auszudehnen, dort unerbittlich hart zu sein, im übrigen der individuellen Fähigkeit einen möglichst großen Spielraum zu belassen.

---

3 Hitler versuchte damit wieder an seine "Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP" vom 26.2.1925 anzuknüpfen, wo dieses Prinzip zumindest als Anspruch formuliert worden war: "Die beste Organisation ist nicht die, die zwischen der Leitung und den einzelnen Mitgliedern den größten Mittler-Apparat einschaltet, sondern diejenige, die diese Verbindung in kürzester Weise herstellt. Die Organisation hat sich endlich organisch zu entwickeln und soll nicht künstlich aufgeblasen werden." Druck: Bd. I, Dok. 4.

4 Straßer Versuch, seit Juni 1932 eine Reform der nationalsozialistischen Parteiorganisation einzuleiten, war im großen und ganzen erfolglos geblieben. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 65 ff., 136 mit Anhang I-III sowie Bd. V/1, Dok. 85, 86, 90, 110, 171, 189, 190.

Weiter ist zu bedenken, daß jeder zu umfangreiche Organisationsapparat in sich nicht nur die Gefahr birgt, die von ihm nach unten vermittelte Erkenntnis zu schwächen, sondern überhaupt einen großen Teil der Aktivität, sowohl der Führung als auch der Masse, im Getriebe des eigenen Räderwerks zu verbrauchen. Jede Übersetzung einer Kraft verschleißt Kraft. Deshalb ist auch derjenige Organisationsapparat der beste, der auf kürzestem Wege dank weniger Zwischenschaltungen die Erkenntnis und den Willen einer Führung der Masse vermittelt, umgekehrt dann ebenso das erweckte Gefühl und die rückströmende Kraft des Volkes der Führung zuleitet.

Also nicht Mobilisierung der nationalen Kraft zur Erhaltung eines Organisationsapparates, sondern umgekehrt Schaffung und Lebendigerhaltung der Organisation zur Erweckung der nationalen Kraft.

Weltanschauungen benötigen genauso wie Religionen zu ihrer Verwirklichung bestimmte geeignete Organisationen.

Solange diese ihren Ideen dienen, treten sie erobernd auf. Sowie sich aber die Organisationen über die Ideen erheben, werden diese damit zunächst steril und endlich zerstört.

Da es nun die Aufgabe der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei ist, durch ihre Organisation die Verwirklichung der nationalsozialistischen Idee zu ermöglichen, ist sie dann richtig organisiert, wenn sie sich davor hütet, in der Organisation den Selbstzweck zu sehen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind daher alle ihre Einrichtungen zu messen und zu prüfen.

Daß die Partei dabei in ihrer Organisation die für die gesamte Staatsführung als richtig erkannten Grundsätze selbst anwendet und zur Durchführung bringt, ist natürlich. Denn sie will ja bewußt in ihrer eigenen Organisation als Mittel zum Zweck das zum Ausdruck und zur Verwirklichung bringen, was nach unserer Überzeugung einst die gesamte Staatsauffassung beherrschen soll. Sie kann dies um so eher, als sie ja auch im Staate keinen Selbstzweck sieht, sondern nur eine Institution, die der Erhaltung und Lebensfortführung eines Volkes [*sic!*] zu dienen hat.

Aus dem oben Gesagten ergeben sich aber nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Formen unserer Parteiorganisation.

a.) Die Partei soll die Verbreitung der Idee ermöglichen. Dies ist ihre oberste und erhabenste Mission. Sie muß daher auch immer wieder zurückfinden zu dieser größten und ersten Aufgabe, Propaganda-Einrichtung und -Instrument zu sein für unsere Weltanschauung, für unsere nationalsozialistische Idee. Sie muß von Zeit zu Zeit ihre Organisation durchprüfen, inwieweit sie dieser Aufgabe noch genügen kann oder inwieweit sie sich von ihr entfernt hat. Sowie der Apparat der Bewegung durch seine Entwicklung oder Umständlichkeit dieser Mission entfremdet wird oder seinen Zweck gar nur mehr in der Selbsterhaltung sieht, ist er für die Idee ein Ballast und wirkt damit schädlich.

b.) Die Organisation der Partei hat weiter dem propagandistischen Kampf die finanziellen Voraussetzungen und die physische Unterstützung zu sichern.

Diese Aufgabenstellung erklärt im wesentlichen den Aufbau unserer Partei-Organisation.

Es liegt dem Deutschen, nur zu leicht in den Fehler zu verfallen, in der Organisation einer Bewegung ein Feld für ebenso pedantische wie mechanische Arbeiten zu sehen. In emsigem Fleiße werden solche Organisationsgebilde dann auf- und ausgebaut, so sorgfältig und so lange, bis

endlich die ganze Aufmerksamkeit und damit leider auch die ganze Kraft der Erhaltung der Organisation an sich dient. Dies wäre das Ende vernünftiger, lebendiger Arbeit. An ihre Stelle tritt der allen Deutschen wohlbekannte Papierkrieg. Es ist daher immer nötig, von Zeit zu Zeit eine Organisation auf ihre natürlichen Aufgaben hin zu untersuchen, sie durchzukämmen und von allem zu befreien, was sie in der Erfüllung ihrer wirklichen Mission belastet.

Der Aufbau der nationalsozialistischen Partei-Organisation war vom Anfang an der folgerichtigste aller bekannten neueren Parteigründungen.

Der Grundgedanke war:

Nicht von oben eine schematische Funktionärs-Organisation aufzuziehen, sondern allmählich von unten einen Führungsapparat aufzubauen!

Während bei allen sonstigen neueren Parteigründungen in Deutschland auf dem Reißbrett das Schema einer politischen Organisation entworfen und mit der Stellenbesetzung von oben begonnen wurde[5], begann die nationalsozialistische Bewegung von unten mit der Eroberung kleinster Stützpunkte[6].

Die Organisation von oben herunter zwingt nämlich, bei der Besetzung der schematisch geschaffenen Dienststellen nach Männern zu greifen, die ihre Fähigkeit und Eignung für solche Aufgaben nicht im geringsten erprobt oder gar nachgewiesen haben. Es ist leichter, Reflektanten für 30 Gauleiter-, 500 Bezirksführerstellen oder gar 1.000 Abgeordnetensitze zu erhalten, als 10 tüchtige Ortsgruppenführer zu finden. Aber alle Postenjäger, die ja erfahrungsgemäß nicht höchstbefähigte, sondern im Gegenteil oft sogar sehr minderwertige Elemente darstellen, werden, sobald sie einmal in hohen Organisationsstellen sitzen, bei ihrer weiteren Tätigkeit nur mehr von einem Gedanken geleitet, nämlich der Furcht vor dem Talent oder gar dem Genie, das unter ihnen emporsteigen könnte. Diese von oben her eingesetzte Mittelmäßigkeit wird daher nicht nur keine Talente mehr fördern, sondern sie im Gegenteil restlos zu ersticken suchen. Damit aber muß jede Organisation, die einen solchen Anfang nimmt, an allgemeiner Minderwertigkeit der Gesamtführung dahinkranken, entarten und endlich zerfallen.

Die nationalsozialistische Bewegung muß demgegenüber unentwegt von dem Prinzip ausgehen, wenn irgend angängig, Organisationsstellen höherer Art überhaupt nur dann zu schaffen, wenn sich aus der vorliegenden, niederen praktischen Arbeit schon der für höheres Wirken befähigte Kopf gezeigt hat.

Im reinen Propaganda- und Organisationsdienst der Bewegung sollen an führende Stellen daher nur solche Männer kommen, die sich im Kampf an der Front[7] bewährt haben.

Über die Personalpolitik der Organisation ist daher Folgendes zu sagen:

Niemals wird sich in einer Organisation, die weltanschaulich angreift, eine vollständige Gleichwertigkeit des Führermaterials [*sic!*] erzielen lassen. Militärische Auffassungen sind hier nicht anwendbar. Je höher die Leistungsfähigkeit der einzelnen Führer ist, um so größer werden

---

5 Zur Formierung der deutschen Parteienlandschaft am Ende des Ersten Weltkriegs vgl. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972, S. 244-275.

6 Zur Frühgeschichte der DAP/NSDAP vgl. Dok. 25, Anm. 17.

7 Gemeint ist der politische Kampf.

die Unterschiede untereinander sein. Dies ergibt Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, muß aber in Kauf genommen werden. Entscheidend bleibt immer, daß die Grundsätze der bedingungslosen Parteidisziplin davon nicht berührt werden.

Die Differenz, die man zwischen den Fähigkeiten der einzelnen Parteifunktionäre feststellen wird, verleitet nur zu leicht zu dem Glauben, daß man mindere Leistungen durch ständige Bevormundung würde beheben können. Dies ist ein Trugschluß. Richtig ist: Wenn ein befähigterer Kopf zur Verfügung steht, dann diesen mit der Aufgabe selbst zu betrauen. Dauernde Überwachungen verletzen ebenso das Ehrgefühl, wie sie der Verantwortungsfreudigkeit abträglich sind. Insbesondere darf niemals wegen Fehler einzelner eine dauernde Überwachung aller erfolgen. Dies bedeutet tatsächlich eine Degradierung des Tüchtigen auf das Niveau des Untüchtigen. Jede Dienststelle soll nur einer ihr organisch vorgesetzten Stelle gegenüber verantwortlich sein. Besondere Kontrollen und Überwachungen dürfen nur kommissarischen, d. h. vorübergehenden Charakter besitzen[8].

Dauernde Überwachungen zerstören langsam die Autorität jeder Dienststelle. Dies ist besonders gefährlich, wenn es sich dabei um die nach dem Führer in erster Linie in Erscheinung tretenden Amtsträger der Partei handelt. Der Gauleiter ist in seinem Bereich der Repräsentant der Bewegung[9]. Er wird dieser Aufgabe um so mehr nachkommen können, je mehr in der Organisation selbst die Bedeutung seiner Stellung zum Ausdruck kommt. Er soll aber weiter durch seine enge Verwurzelung mit seinem Organisationsgebiet auch in kritischen Zeiten die Bewegung in der Hand behalten. Es soll daher ein Eingriff in seinen Gau durch einen kommissarisch Bevollmächtigten der Reichsleitung nur dann vorgenommen werden, wenn ein ganz bestimmter Anlaß dazu vorliegt. Es kann gewiß zweckmäßig sein, schon vorher die für solche kommissarische Aufgaben in Aussicht genommenen Amtswalter und die ihnen hierbei zugedachten Gebiete festzulegen. Sollte sich die Unmöglichkeit einer befriedigenden Leitung eines Gaues unter einer bestimmten Persönlichkeit eindeutig ergeben haben, dann ist ein solcher Gau entweder vorübergehend kommissarisch zu verwalten, bis die Fehler behoben sind, beziehungsweise eine bessere, weil geeignetere Persönlichkeit gefunden ist. Ist dies nicht möglich, dann muß ein solcher Gau endgültig einem besser geführten angegliedert oder mit ihm zusammengelegt werden[10]. Kommissare oder Inspekteure sollen aber, wenn irgend möglich, immer selbst als Gauleiter in der Front der Bewegung [*sic!*] verankert sein.

8 Eine Anspielung auf das am 21.10.1931 geschaffene parteiinterne System der sog. Reichs(organisations)-Inspekteure. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86 sowie Dok. 93 mit Anm. 14 in diesem Band. Zur Praxis des parteiinternen Inspektionswesens vgl. etwa Christine Arbogast und Bettina Gall, Aufgaben und Funktionen des Gauinspekteurs, der Kreisleitung und der Kreisgerichtsbarkeit der NSDAP in Würtemberg. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993, S. 151-169.

9 Vgl. hierzu Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969; Walter Ziegler, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 139-159.

10 Die Gaue der NSDAP konsolidierten sich nach deren Wiedergründung im Februar 1925 erst langsam. Mit mehreren Anordnungen versuchte Hitler dann am 3.9.1928 die regionale Basis der NSDAP systematisch zu strukturieren. Daß auch danach die Führung wie die Grenzen der nationalsozialistischen Gaue noch relativ häufig wechselten, verweist darauf, wie schwach die Organisation der NSDAP in der Provinz oft noch war. Rivalitä-

Was die Gliederung besonders des zentralen Organisationsapparates der Bewegung betrifft, so ist künftig mehr als bisher noch darauf zu sehen, daß Unwesentliches grundsätzlich ferngehalten wird. Die Partei befindet sich heute im schwersten Weltanschauungskampf. Alle ihre Einrichtungen haben irgendwie der Propaganda der Ideen [*sic!*] zu dienen. Wissenschaftliche Forschungsinstitute auf mehr oder weniger abseits liegenden Gebieten gehören nicht in den politischen Organisationsapparat[11]. Ebenso wirkt es verwirrend, wenn die Grenzen der Zuständigkeiten entweder unklar oder unlogisch gezogen sind[12]. Es ist hierbei zweckmäßig, schon von Anbeginn den Blick in die Zukunft zu richten. Im nationalsozialistischen Staat wird zum Beispiel die Erziehung des Bürgers schon von der Volksschule an bis hinauf zur politischen Schulung des Erwachsenen eine einheitliche sein. Es ist daher folgerichtig, in der Bewegung dieselbe Einheitlichkeit schon heute organisatorisch auszudrücken.

Der agrarpolitische Apparat[13] der Partei ist seiner Größe und vor allem seinem ganzen Wesen nach als selbständige Organisation aus dem Rahmen der Organisationsabteilung zu nehmen und direkt der Führung zu unterstellen.

Die Innerpolitische Abteilung[14] gehört ihrem Wesen nach zur Rechtsabteilung[15].

Die Wirtschaftspolitische Abteilung[16] kann sinngemäß nur der Beratung aller Parteiinstanzen dienen, unter gleichzeitiger Überwachung aller grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Verlautbarungen innerhalb der Partei.

München, den 15. Dezember 1932

gez.: Adolf *Hitler*

Für die Richtigkeit:

Rudolf Heß

II. Teil folgt unter dem 20. Dezember 1932[17].

---

ten vor Ort, politische Richtungskämpfe, Unfähigkeit einzelner Gauleiter, aber auch organisatorische Überlegungen der Reichsleitung sowie politischer Druck von außen, insbesondere im Saarland, in Danzig oder Österreich, ließen die Organisation der NSDAP an ihrer Basis vorerst noch nicht zur Ruhe kommen. Vgl. Bd. III/1, Dok. 16-22; Bd. III/2, Dok. 39, 76 und 87; Bd. III/3, Dok. 40, 122; Bd. IV/1, Dok. 10, 22, 45, 51 und 123; Bd. IV/2, Dok. 30, 32, 52; Bd. V/1, Dok. 171. Ferner Hüttenberger, Gauleiter, S. 38 ff. Zum konkreten Anlaß vgl. Dok. 93, Anm. 26 und 27.

11 Die von Konstantin Hierl geführte Organisations-Abteilung II sollte gewissermaßen Schubladenentwürfe für den Fall der Machtübernahme entwickeln, wurde aber am 9.6.1932 aufgelöst; ihre Aufgaben übernahm die Haupt-Abteilung III in der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP. Straßer betonte in seiner Anordnung Nr. 7 vom 17.9.1932 noch einmal, daß deren Aufgaben ausschließlich konzeptioneller Natur seien: "Die zukünftige Haupt-Abteilung III wird das wissenschaftliche Institut, gewissermaßen das wissenschaftliche Laboratorium der Partei sein. Sie wird im Lande draußen nur noch bei den Landes-Inspektionen und bei den Gauleitungen Obmänner haben. Alle anderen Abteilungen, die bisher in der Haupt-Abteilung III eingegliedert waren und die notwendigerweise ausgedehntere Organisationen im Lande unterhalten müssen, werden zu selbständigen Haupt-Abteilungen erhoben werden. Die zukünftige *Haupt-Abteilung III* wird einmal reine Generalstabs-Aufgaben, das heißt wissenschaftliche Ausarbeitungen ausführen und zum anderen die Beratungsstelle für die gesamte Organisation darzustellen haben." Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 30.9. 1932; Vgl. ferner Bd. V/1, Dok. 85 sowie Dok. 96, Anm. 1 und Dok. 106, Anm. 2 in diesem Band.

16. Dezember 1932 Dok. 100
Rede vor der NSDAP-Fraktion des Preußischen Landtags in Berlin [1]

VB vom 18./19.12.1932, "Richtunggebende Ausführungen des Führers vor der Preußenfraktion" [2].

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsführer Pg. Kube, der den einmütigen Willen der Preußenfraktion kundgab, den Kampf in Preußen im Sinne des Führers und seines Wollens für die Nation unbeugsam durchzuführen, nahm *Adolf Hitler* das Wort zu richtungsgebenden Ausführungen für das kommende *Kampfjahr* [*sic!*]. Dem Empfinden der gesamten nationalsozialistischen Bewegung Ausdruck gebend, stellte sich der Führer einleitend vor den greisen *General Litzmann* [3], den Sieger von Brzeziny [4], den der Reichskanzler, *General* von *Schleicher*, wegen

---

12 Generell zu dieser Thematik vgl. etwa Klaus Hildebrand, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 55-61; Hans Mommsen, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: ebenda, S. 62-71; Klaus Hildebrand, Monokratie oder Polykratie. Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich: In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 73-96; Manfred Funke, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 38 ff.; Weiß, Der "schwache Diktator". Dort eine ausführliche Auseinandersetzung mit der älteren Literatur.

13 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 108-110.

14 Vgl. Dok. 93, Anm. 5.

15 Vgl. Dok. 93, Anm. 6.

16 Vgl. Dok. 97, Anm. 2.

17 Druck: Dok. 106.

1 Im Haus des Reichstagspräsidenten, Sommerstraße 30 (Bezirk Mitte), vormittags. Auch der Preußische Landtag wurde von Hitler erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme betreten. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 69 sowie Dok. 84, Anm. 1.
Die NSDAP war seit der Landtagswahl vom 24.4.1932 mit 162 Abgeordneten im preußischen Landtag vertreten. Persönliche Angaben im Handbuch für den Preußischen Landtag 1932. Ausgabe für die 4. Wahlperiode (von 1932 ab), Berlin 1932.

2 Vgl. auch Berliner Börsenzeitung vom 16.12.1932 (AA), "Hitler vor der preußischen Landtagsfraktion"; Der Angriff vom 17.12.1932, "Des Führers Rede vor der Landtagsfraktion"; Frankfurter Zeitung vom 17.12.1932 (2. MA), "Hitler vor der Preußenfraktion der NSDAP"; Der Freiheitskampf vom 17./18.12.1932, "Adolf Hitlers Appell an die Bewegung"; Kreuz-Zeitung vom 17.12.1932, "Um die Zukunft der NSDAP"; Leipziger Neueste Nachrichten vom 17.12.1932, "Hitler bei der Preußenfraktion"; National Zeitung vom 17.12.1932, "Niemals werden wir uns von unserem Ziel abbringen lassen"; Der Nationalsozialist vom 18.12.1932, "Hitler vor der Preußenfraktion".

3 Karl Litzmann (1850-1936), 1868 preußischer Leutnant, 1901 Generalleutnant, 1902-1905 Direktor der Kriegsakademie in Berlin, 1914 Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision, 1919 Abschied als General, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1932/33 MdR und MdL in Preußen, 1933-1936 Preußischer Staatsrat.

4 Im November 1914 war Litzmann als Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision bei einer Umfassungsoperation gegen die 5. und 2. russische Armee im Raum östlich von Łódź selbst abgeschnitten worden. Durch seine Initiative gelang es jedoch am 24./25.11.1914, den russischen Flügel bei Brzeziny zu durchbrechen und das gesamte XXV. Reserve-Korps zusammen mit 16.000 russischen Kriegsgefangenen wieder zur deutschen Front zurückzuführen. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Bd. VI: Der Herbst-Feldzug 1914, Berlin 1929, S. 98 ff., insbesondere S. 158 ff.

seiner Mahnung an den Reichspräsidenten[5] in seiner gestrigen *Rundfunkrede* anzugreifen für richtig befunden hat[6]. *Adolf Hitler versicherte unter stürmischer Zustimmung General Litzmann der Liebe und Verehrung der gesamten nationalsozialistischen Bewegung, mit der der greise General und Alterspräsident zweier Parlamente[7] in Kameradschaft, Ehre und Treue auf immer verbunden ist.*

In seinen weiteren Ausführungen streifte der Führer auch
die gestrigen politischen und wirtschaftlichen
Auslassungen des Reichskanzlers von Schleicher[8],

---

5 Litzmann, der bei der Konstituierung des neuen Reichstags am 6.12.1932 als Alterspräsident bestätigt worden war, hatte in seiner Eröffnungsrede die Reichsregierung und vor allem den Reichspräsidenten scharf angegriffen, da dieser - ungeachtet der Wahlergebnisse vom 31.7. und 6.11.1932 - Hitler nicht mit der Regierungsbildung beauftragt habe. Dabei führte Litzmann unter anderem aus: "Genau 18 Jahre, bevor Hitler sein letztes, überzeugendes Angebot machte, am 23. November 1914, fand der Durchbruch nach Brzeziny statt. Die Schlacht bei Łódź wurde dadurch aus bedenklichsten Umständen einer glücklichen Entscheidung zugeführt. Herr von Hindenburg wurde Generalfeldmarschall und gestand ein, daß er uns, der 3. Garde-Infanteriedivision, den Feldmarschallstab zu verdanken habe. Heute handelt es sich für ihn um Wichtigeres als den Feldmarschallstab. Es handelt sich darum, daß er dem historischen Fluch entgeht, unser zur Verzweiflung getriebenes Volk dem Bolschewismus in die Arme geführt zu haben, obwohl der Retter bereitstand. Das Wohl und Wehe von Volk und Vaterland muß die einzige Richtschnur unseres Denkens und Handelns sein. Vorteil und Wunsch des einzelnen oder einer Familie oder einer Gesellschaftsschicht oder einer politischen Partei oder gar einer auswärtigen Macht dürfen dabei ganz und gar keine Rolle spielen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, S. 1 f.

6 Reichskanzler von Schleicher hatte seine Regierungserklärung im Rundfunk am Abend des 15.12.1932 mit folgenden Worten eingeleitet: "Der General Litzmann hat als Alterspräsident im Reichstage, also in einem Augenblick, in dem er nur seiner eigenen Disziplin, seinem eigenen Gewissen unterstand, Bemerkungen über den Herrn Reichspräsidenten gemacht, die auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über derartigen Angriffen steht, so bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein angesehener General des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkriege Stellung genommen hat. Dies hier zum Ausdruck zu bringen, ist mir Pflicht und Bedürfnis, sowohl als Reichskanzler wie als Soldat." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25.
Auch nach Schleichers Zurechtweisung setzte Litzmann seine Angriffe gegen Hindenburg fort und bezeichnete ihn in einer offiziellen Erklärung als "die schmerzlichste Enttäuschung seines Lebens". Vgl. Berliner Tageblatt vom 17.12.1932 (AA), "Der eifernde General".

7 Litzmann, den die Nationalsozialisten gewissermaßen als eine Gegenfigur zu Hindenburg aufzubauen suchten, war seit 1932 Alterspräsident des Reichstags (7. Wahlperiode) und des Preußischen Landtags (4. Wahlperiode). Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, S. 1; Handbuch für den Preußischen Landtag 1932, S. 396.

8 Schleicher gab am 15.12.1932 seine Regierungserklärung im Rundfunk, nicht im Reichstag ab, wobei er betonte, sein Regierungsprogramm umfasse lediglich einen einzigen Punkt, den der Arbeitsbeschaffung. Dies verstehe er rein pragmatisch, er sei "weder Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus". Für die Lösung dieser Aufgabe sei ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung eingesetzt worden, auch wolle man die Siedlungspolitik in Ostdeutschland sowie den deutschen Export forcieren. Zur Unterstützung der Landwirtschaft werde die Reichsregierung jedoch "von ihrer Zollautonomie [...] in dem erforderlichen Ausmaße Gebrauch machen". Finanzpolitisch werde man ohne Steuererhöhungen auskommen und weiterhin eine deflationäre Politik verfolgen. Das Sanierungsprogramm habe aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es "den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmaßnahmen zur Geltung" bringe. Nach weiteren Äußerungen zur Sozialversicherung, zur Innenpolitik, zur sog. Preußenfrage, zur Jugend- und Kulturpolitik sowie zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht, ging Schleicher schließlich auf seine außenpolitischen Ziele ein, die es "in nüchterner Würdigung der politischen Realitäten" zu verfolgen gelte: "Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte

die man vom Standpunkt des nationalsozialistischen Wollens und Wirkens für das deutsche Volk nur durch die Frage charakterisieren könne:

Ist das alles?

Schleichers geoffenbarte Einsicht, sich für eine hoffentlich nur kurze Notzeit als Kanzler und politischer Sachwalter zu sehen, scheine erkennen zu lassen, daß er aus dem Schicksal der Vorgänger seiner Regierung Lehren gezogen habe. Im übrigen sei es traurig, rückblickend heute feststellen zu müssen, mit welcher Leichtfertigkeit größere Teile des deutschen Volkes in trügerischer Hoffnung dem Herrn von Papen auf den Leim gegangen zu sein scheinen. An dem gestrigen schwachen und lahmen Exposé des Reichskanzlers von Schleicher sei bemerkenswert, daß jetzt, wo Herr von Schleicher als verantwortlicher Kanzler auf der offenen Bühne stehe, von dem Elan, den er hinter der Bühne entfaltet habe[9], nicht viel mehr übrig geblieben ist.

Die Ära Schleicher werde ebenso, wie die vorhergehenden, eine kurze Episode für die Nation sein. Auch dieser Kanzler glaube von der Idee, die der Nationalsozialismus in dreizehnjährigem Ringen populär gemacht habe, leben zu können[10]. *In Wirklichkeit eigne man sich Begriffe, deren Inhalt man selbst nicht zu verwirklichen, sondern nur zu zerstören imstande sei, lediglich zum Scheine an, um das Gedankengut der NSDAP durch Mißbrauch zu diskreditieren und seine Verwirklichung dem Volke vorzuenthalten.*

Gewisse *Hoffnungen* bestimmter Kreise, auf einen Zwiespalt in der NSDAP[11] *seien bitter enttäuscht* worden. Vielleicht hätten die Ereignisse der letzten Tage im Gegenteil gerade das Gute gehabt, der Wilhelmstraße[12] zu zeigen und den endgültigen Beweis zu erbringen, daß

die NSDAP durch nichts zu erschüttern

und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat." Grundsätzlich verstehe sich die neue Regierung als "überparteilichen Sachwalter" des ganzen deutschen Volkes und keinesfalls als Militärdiktatur, denn es sitze sich auf Dauer schlecht auf der Spitze der Bajonette. Wie Anm. 6.

9 Schleicher - einer der wenigen, wirklich politischen Köpfe im höheren Offizierskorps der Reichswehr - war von 1919 bis 1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt bzw. im Reichwehrministerium, danach Chef der Wehrmachtabteilung, seit 1929 schließlich Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium. Durch diese Schlüsselpositionen, aber auch durch seine engen Verbindungen zu seinem "Ziehvater" Groener gewann er hinter den Kulissen einen Einfluß auf den Reichspräsidenten, der in keinem adäquaten Verhältnis zu seinem Dienstgrad oder zur offiziellen Bedeutung seiner Ämter stand. An der Ernennung und am Sturz Brünings war er ebenso beteiligt wie an der Ernennung Papens, bis die politische Verantwortung schließlich in seine eigenen Hände gelegt wurde: Nachdem Schleicher am 1.6.1932 zum Reichswehrminister ernannt worden war, übernahm er am 3.12.1932 auch den Posten des Reichskanzlers. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Einleitung, S. XXI ff.; Peter Hayes, "A Question Mark with Epaulettes"? Kurt von Schleicher and Weimar Politics. In: Journal of Modern History 52 (1980), S. 35-65. Vgl. auch den Tagebucheintrag Goebbels' über seine Besprechung mit Schleicher am 26.8.1932:; "Ich weiß nicht, was bei ihm echt oder falsch ist. Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß man uns erneut in eine Falle locken will." Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 231 f.

10 Zum möglichen Einfluß der NS-Ideologie auf das Programm der Reichsregierung vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, insbesondere S. 82 ff., 225 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1034 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S. 116 ff. Ferner Dok. 1, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

sei, daß sich bei uns kein Treviranus [13] finde [14], daß niemand in der Partei es billiger mache als ihr Führer und daß man die Bewegung so nehmen müsse, wie sie ist. Die Klärung der letzten Tage habe der Wilhelmstraße wohl endgültig die Erkenntnis gebracht, daß auf dem Wege innerer Zerspaltung der deutschen Freiheitsbewegung [15] nicht beizukommen sei.

In das Jahr 1933 werde die NSDAP, die sich in 12 Wahlkämpfen des vergangenen Jahres wunderbar geschlagen habe [16], als eine kampferprobte und kampfkräftige Armee geschlossen hineinmarschieren.

"Unser Wollen und unser Weg ist klar. Niemals werden wir uns von unserem Ziel abbringen lassen. Wir haben die deutsche Jugend [17], wir haben den größeren Mut, den stärkeren Willen und die größere Zähigkeit. Was kann uns da zum Siege noch fehlen [18]!"

18. Dezember 1932 Dok. 101
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Magdeburg-Anhalt der NSDAP in Magdeburg [1]

Magdeburger Tageszeitung vom 20.12.1932 (2. Beilage), "Adolf Hitler in Magdeburg" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 103.

---

13 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1909 Seekadett, 1919 Kapitänleutnant a. D., 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrsminister, 1933 Aufsichtsratsvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.

14 Unter maßgeblicher Beteiligung von Treviranus hatte sich am 28.1.1930 aus jenen zwölf Reichstagsabgeordneten, die aus Protest gegen die Politik Hugenbergs die DNVP verlassen hatten, und den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Volkskonservative Vereinigung gebildet. Aus diesem lockeren Zweckbündnis konstituierte sich am 23.7.1930 die Konservative Volkspartei, nachdem am 17./18.7.1930 weitere Reichstagsabgeordnete unter Führung von Kuno Graf von Westarp die DNVP verlassen hatten, die - im Gegensatz zur Parteiführung der DNVP - nicht bereit waren, den Mißtrauensantrag der SPD gegen die Regierung Brüning zu unterstützen. Die Konservative Volkspartei konnte jedoch weder einen schlagkräftigen Apparat aufbauen, noch sich als Massenpartei konsolidieren. Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

15 Gemeint ist die NSDAP.

16 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

17 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

18 Zur Bewertung von Hitlers Rede vgl. auch den Kommentar der *Frankfurter Zeitung*: "Es ist kennzeichnend für die Haltung Hitlers bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP, daß er mit diesen Ausführungen - zum Teil wörtlich - das nachspricht, was ihm *Dr. Goebbels* im gestrigen 'Angriff' schon vorgeschrieben hat."

1 In der Stadthalle, ab 11.00 Uhr. An der Versammlung nahmen über 4.000 Amtswalter sowie Angehörige von SA und SS teil. Vor und nach Hitler, dessen Rede etwa eine Stunde dauerte, sprach Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper. Wie alle anderen Amtswalter-Versammlungen so endete auch diese mit einem "Treuegelöbnis für den Führer". Den meisten Zeitungsberichten zufolge verlief diese Versammlung ohne Störung.

18. Dezember 1932 Dok. 102
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Halle-Merseburg der NSDAP in Halle[1]

Saale-Zeitung/Allgemeine Zeitung/Hallesche Zeitung vom 19.12.1932, "Adolf Hitler über den künftigen Weg der NSDAP"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 103.

---

2 Vgl. auch Magdeburgische Zeitung vom 19.12.1932, "Adolf Hitler sprach in Magdeburg"; Volksstimme vom 19.12.1932, "Adolf Hitler auf sinkendem Schiff"; Magdeburger Generalanzeiger vom 20.12.1932, "Nationalsozialistische Tagung in Magdeburg"; Magdeburgische Zeitung vom 20.12.1932, "'Adolf Hitler in Magdeburg'"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht".

1 Im Großen Saal des Stadtschützenhauses, nach 14.30 Uhr. Auf der Veranstaltung, an der etwa 2.000 Personen teilnahmen, sprachen zunächst Gauleiter Loeper, dann Gauleiter Rudolf Jordan. Hitlers Rede dauerte etwa eine Stunde, anschließend beendete Jordan mit einer weiteren Ansprache die Versammlung. Auf einer Parallelversammlung im Kleinen Saal des Stadtschützenhauses sprach der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Stadtrat zu Halle, Bruno Czarnowski.
Hitlers Auftritt in Halle wurde nicht nur von kommunistischen Gegendemonstrationen begleitet, sondern auch von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP; hierzu heißt es im Bericht des Regierungspräsidenten von Merseburg u. a.: "Vor und während der Tagung ist es zu erheblichen Zwischenfällen gekommen, die den bereits seit längerer Zeit bestehenden Gegensatz zwischen der politischen Leitung und der SS auf der einen und der SA auf der anderen Seite schlagartig beleuchten.
Bereits vor Beginn der Tagung hatten sich vor dem Stadtschützenhaus (dem Tagungslokal) etwa 400 SA-Leute unter Führung des Sturmbannadjutanten Seeger angesammelt, um den Wagen Hitlers abzufangen und ihn in das SA-Heim nach der Merseburger Straße zu bringen. Dort beabsichtigte die SA, ihre Beschwerde über die Gauleitung Halle-Merseburg, insbesondere ihre Forderung auf sofortige Abberufung des Gauleiters Jordan, Hitler persönlich vorzubringen. Der Sturmbannadjutant Seeger soll hierbei von dem Führer der Gruppe Mitte der SA, Hauptmann a. D. [*Hans*] von Tschammer [*und*]-Osten, unterstützt worden sein.
Nachdem dieser Versuch mißlungen war, hat sich Tschammer-Osten, trotz des Verbotes der Gauleitung, in das Stadtschützenhaus begeben, wo es wiederum zu kleineren Zusammenstößen mit der SS gekommen sein soll.
Im Stadtschützenhaus selbst kam es vor der Tagung zwischen den Amtswaltern der NSDAP, einigen Führern der SS und dem Gauleiter Jordan zu lärmenden Auseinandersetzungen, da ein großer Teil der hallischen Amtswalter - entgegen dem Befehl der Gauleitung - nicht in Uniform erschienen war. Unter Zuhilfenahme der SS sollten auf Anordnung der Gauleitung die 'Zivilisten' aus dem Saale entfernt werden. In diesem Augenblick erschien Tschammer-Osten mit seinen SA-Leuten, erklärte sich mit den Amtswaltern der Ortsgruppe Halle solidarisch und gab die Erklärung ab, daß sie unter keinen Umständen den Saal verlassen würden. Diese Auseinandersetzung, bei der auch Rufe wie 'SS heraus', 'Jordan raus' ertönten, ist dann durch persönliche Rücksprache zwischen Tschammer-Osten und Jordan beigelegt worden. Die Gauleitung hat es aber auf Grund dieser Vorfälle für richtiger gehalten, Hitler nicht in den kleinen Saal des Stadtschützenhauses zu führen, was natürlich wiederum den Unwillen der dort versammelten Angehörigen der NSDAP hervorgerufen hat.
Auf Grund dieser Vorfälle soll die Gauleitung beabsichtigen, die gesamte Ortsgruppe Halle der NSDAP wegen Verletzung der Parteidisziplin und wegen Meuterei auszulösen. Auf der anderen Seite soll von Tschammer-Osten im Hinblick auf die Vorkommnisse beabsichtigen, anläßlich einer demnächst stattfinden Amtswaltertagung in Dessau einen energischen Vorstoß gegen die Gauleitung Halle-Merseburg auf schriftlichem Wege bei Hitler zu unternehmen."

2 Vgl. auch Mitteldeutsche National-Zeitung vom 17.12.1932, "Ein kampfbereiter Gau grüßt den Führer"; Der Angriff vom 19.12.1932, "Die große Rede des Führers"; Klassenkampf vom 19.12.1932, "Nieder mit dem Faschismus! - Halle bleibt rot!"; Hallische Nachrichten vom 19.12.1932, "Hitler spricht in Halle"; Volksblatt vom 19.12.1932, "Straßers Geist geht um. Hitler im Aufruhrgebiet Halle"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht". Ferner Bericht Nr. P. Pol. 42[01] des

18. Dezember 1932 Dok. 103
Rede auf Amtswalter-Versammlung der Gaue Hamburg, Schleswig-Holstein und Ost-Hannover der NSDAP in Hamburg [1]

Hamburger Tageblatt vom 19.12.1932, "Adolf Hitlers große Rede in Hamburg" [2].

Meine lieben Parteigenossen!

Das Jahr 1932 wird in der Geschichte nicht nur des deutschen Volkes, sondern in der nationalsozialistischen Bewegung als ein Jahr großer und schwerer Kämpfe erhalten bleiben.

Wir stehen nun an der Wende dieses Jahres, und es ist nötig, einen Blick in den Beginn zurückzuwerfen. Zu leicht pflegt der Mensch das Vergangene zu vergessen. Zu leicht pflegt er den Maßstab zu verlieren für das Mögliche und Nichtmögliche.

Wir werden kleingläubig gegenüber der Vorsehung und dem Schicksal. Nötig ist, um in diesen Zeiten einen Maßstab zu gewinnen, die Vergangenheit zum Vergleich heranzuziehen.

Mit 107 Abgeordneten waren wir im Reichstag mundtot [3].

Eine Gruppe kleiner Parteien hat zwei Jahre lang eine Regierung gedeckt [4], *deren Ziel war, die nationalsozialistische Bewegung zu beseitigen.*

Regierungspräsidenten von Merseburg vom 23.12.1932; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 301. In den Memoiren des ehemaligen Gauleiters Jordan (Erlebt, S. 94 ff.) wird der Ablauf der Ereignisse etwas anders interpretiert.

1 In den Sagebielsälen, abends. An der geschlossenen Versammlung nahmen über 5.000 nationalsozialistische Funktionäre teil. Hitlers Rede wurde mit einer Begrüßung durch MdR und Gauleiter Hinrich Lohse eröffnet, die Veranstaltung beendete MdR und Gauleiter Otto Telschow mit einem - so die *Hamburger Nachrichten* - "Treuegelöbnis der Amtswalter und SA-Führer für Hitler".

2 Vgl. auch Der Angriff vom 19.12.1932, "Die große Rede des Führers"; Hamburger Nachrichten vom 19.12. 1932 (AA), "Hitler vor 5.000 Amtswaltern in Hamburg"; VB vom 20.12.1932, "In allen Gauen das gleiche geschlossene Bild: Kampfesfreude und Sieges-Zuversicht". Ferner: Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919-33. Hrsg. von Wilhelm Recken und Julius W. Krafft, Hamburg 1933, S. 94; Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 297 f.

3 Vgl. Dok. 15, Anm. 38.
Zu den vielfältigen Aktitvitäten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die primär darauf zielten, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren oder ganz lahmzulegen, vgl. die zeitgenössische Dokumentation: Die Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Mit einem Sach-, Personen- und Quellen-Register, Berlin 1931.

4 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.
Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Schaefer, SPD in der Ära Brüning, passim.

Es hagelte zeitweilig zu diesem Zweck Verbote vom Kabinett Brüning, gegen einzelne Redner, gegen die Presse und am Ende gegen die ganze Partei, angefangen mit dem Verbot der SA[5].

Nun sind seitdem kaum acht Monate vergangen. Eine Wandlung ist eingetreten.

Die Partei, die man ausrotten wollte, ist umworben; das einzige, was noch zur Debatte steht, ist der Kaufpreis. Wir Nationalsozialisten müssen uns klar sein: An der Gesinnung unserer Gegner uns gegenüber hat sich nichts geändert.

Es würde der größte Trugschluß sein, zu glauben, daß in diesen Reihen man uns gegenüber anders denken würde als vor etlichen Jahren. Die letzten Drahtzieher sind dazu gar nicht fähig. Sie haben jedoch eingesehen, daß man uns mit den bisherigen Methoden nicht würde brechen können. Nachdem Totschweigen, Hohn und Spott zu keinem Erfolg führten, setzte man mit *Terror* ein; zunächst auf der Straße, in den Betrieben, schließlich beginnt man, den Staat zu mobilisieren. Parteiverbote, Zeitungsverbote, Verbote von Ortsgruppen, Abzeichen usw. - eine ununterbrochene Welle von Verboten in den Jahren 1922 bis 1923[6].

November 1923[7].

Nun verbieten sie für ganz Deutschland die ganze Partei, lösen alles auf, nehmen alles weg[8]! Als die Bewegung wieder beginnt[9], greifen sie zu konzentrischen Angriffen mit Lügen und Verleumdungen, Versuchen zur Spaltung. Aber das Ergebnis ist immer negativ. Die Partei bleibt!

Ergebnis: 107 Reichstagsmandate. Jetzt versucht man es mit einem Hochverratsverfahren gegen uns: Die Partei soll illegale Zwecke verfolgen[10]. Doch auch das fruchtet nichts mehr.

---

5 Vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

6 Bereits vor November 1923 wurde die NSDAP in beinahe allen deutschen Ländern verboten. Den Anfang machte Baden am 4.7.1922, am 15.7. folgte Thüringen; auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 ergingen weitere Verbote in Braunschweig (13.9.), Hamburg (18.10.), Preußen (15.11.) und Mecklenburg-Schwerin (30.11.1922), wobei der Vollzug dieser Verbote manchmal zu wünschen übrig ließ. In den damaligen Hochburgen der NSDAP, Württemberg und vor allem Bayern, blieb jedoch bereits die Exekutive befangen in einer ambivalenten - teils zögerlichen, teils resignativen, teils aber auch sympathisierenden - Bewertung der nationalsozialistischen Gefahr, so daß die politische Entwicklung in Bayern - trotz zahlloser Einzelverbote und Auflagen im kleinen - bis zum 8./9.11.1923 eskalierte.
Die am 19.11.1922 in Berlin gegründete Großdeutsche Arbeiterpartei, de facto eine Nachfolgeorganisation für die verbotene NSDAP, wurde schon am 10.1.1923 wieder verboten. Ebenfalls durch die preußische Regierung verboten wurde am 23.3.1923 die Deutschvölkische Freiheitspartei, die der NSDAP so nahestand, daß sich am 24.2.1923 ihr Vorsitzender Albrecht von Graefe mit Hitler darauf geeinigt hatte, Deutschland in ein südliches Betätigungsfeld für die NSDAP und ein nördliches für die DVFP aufzuteilen. Vgl. Mathias Grünthaler, Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1995, S. 37 ff., 171 ff., 176 ff., 197 ff. Zur Politik der bayerischen Staatsregierung gegenüber der NSDAP vor November 1923 vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 121 ff., 169 ff.

7 Gemeint ist Hitlers mißglückter Putschversuch am 8./9.11.1923. Vgl. hierzu Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962; Gordon, Hitlerputsch.

8 Die NSDAP wurde in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten. Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 308 ff., 448 f., 528 f.; Grünthaler, Parteiverbote, 37 ff., 197 ff.

9 Die NSDAP wurde von Hitler am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. Bd. I, Dok. 1-4 und 6.

Dann findet eine Reichspräsidentenwahl statt. Man kommt zu uns und schlägt vor, Hindenburg wiederzuwählen [11]. Ich sagte damals: "Als Nationalsozialist habe ich nicht viel Gründe dafür anzugeben" [12]. Worauf man meinte: Vielleicht könnten wir Ihnen dann etwas entgegenkommen. Wir heben vielleicht den Befehl auf, auf Grund dessen deutsche Reichsbeamte, wenn sie Nationalsozialisten sind, aus dem Dienst entfernt werden [13]. Da antworte ich:

Solche Geschäfte mache ich nicht!

Dann kam die Wahl und in dieser Wahl haben wir einmal 11, zum zweiten Mal 13 Millionen Stimmen bekommen [14]. Nun scheinen die Gegner auf einmal begriffen zu haben, daß sie mit

---

10 Am 23.9.1930 war vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung gegen drei Reichswehroffiziere, die Leutnante Hanns Ludin und Richard Scheringer sowie den Oberleutnant a. D. Hans Friedrich Wendt, eröffnet worden, denen hochverräterische Kontakte zur NSDAP vorgeworfen wurden. Am 25.9. wurde auch Hitler als Zeuge vernommen, der vor diesem Forum immer wieder betonte, daß die NSDAP die Macht im Staat "legal" erobern wolle. Der Prozeß, der nach dem nationalsozialistischen Wahlsieg vom 14.9.1930 mit größtem Interesse verfolgt wurde, endete am 4.10.1930 mit der Verurteilung der drei Angeklagten zu je einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft; Ludin und Scheringer wurden aus der Reichswehr entlassen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten im Heer dafür geworben hätten, einen nationalsozialistischen Staatsstreich durch Befehlsverweigerung zu unterstützen; dafür hätten sie auch Kontakte zur Reichsleitung der NSDAP aufgenommen. Ferner erkannte das Gericht auf Ungehorsam, jedoch nicht auf Aufwiegelung, da es zu einem nationalsozialistischen Staatsstreich nicht gekommen sei. Vgl. Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967 sowie Bd. III/3, Dok. 123.

11 Reichskanzler Brüning versuchte im Januar 1932 eine Reichspräsidentenwahl zu vermeiden und statt dessen Hindenburgs Amtszeit einfach mit Hilfe einer Abstimmung im Reichstag und Reichsrat zu verlängern. Da es sich bei dieser Ausschaltung von Artikel 41 der Reichsverfassung jedoch um eine Verfassungsänderung handelte, mußte diese nach Artikel 76 von mindestens zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten getragen werden. Mit einer Zustimmung der KPD war nicht zu rechnen, während das Abstimmungsverhalten von DNVP und NSDAP zunächst unklar blieb, so daß sich die Reichsregierung darauf konzentrierte, diese beiden Parteien zur Unterstützung ihres Plans zu gewinnen. Nach verschiedenen Gesprächen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP in der Zeit vom 6.1.-11.1.1932 verweigerte Hitler schließlich seine Zustimmung und machte sie - so Staatssekretär Hermann Pünder in einem Vermerk vom 8., 10. und 13.1.1932 - "von der Bedingung sofortiger Reichstagsauflösung abhängig". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 617, 626; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 106 ff.; Dorpalen, Hindenburg, S. 243 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 704 ff.

12 Zu Hitlers Argumentation vgl. auch sein Briefe an Brüning vom 12.1., 15.1. und 25.1.1932. Druck: Bd. IV/3, Dok. 6, 8 und 12.

13 Das preußische Ministerium des Innern verbot erstmals am 31.1.1930 - nach dem Wahlerfolg der NSDAP bei den preußischen Kommunalwahlen vom November 1929 - , Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 wurde dann der Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekanntgegeben, der allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung" untersagte. Baden, Hamburg oder Hessen folgten mit ähnlichen Extremistenbeschlüssen, während sich die Reichsregierung dazu nicht durchringen konnte, sieht man einmal von der Reichswehr für die Zeit von Juli 1929 bis Januar 1932 ab. De facto wurde aber zumindest in Preußen nur gegen sehr wenige Beamte disziplinarrechtlich vorgegangen. Im Juli 1932, noch vor der Absetzung der geschäftsführenden preußischen Landesregierung, bestimmte der preußische Minister des Innern, Severing, daß künftig "gegen Beamte lediglich wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei dienststrafrechtlich nicht einzuschreiten" sei. Am 29.7.1932 hob der Reichskommissar für Preußen den Erlaß vom 25.6.1930 ganz auf, zumindest soweit er sich auf die NSDAP bezog. Vgl. Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 3, 10 a-c, 20, 33, 46, 51, 53, 70 a und b, 73, 74, hier auch Anm. 2.; Pyta, Gegen Hitler, S. 282 ff., 303 ff.; Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929-1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, In: Klaus König (u. a. Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule, Köln 1977, S. 111-133.

14 Vgl. Dok. 65, Anm. 11.

ihren Methoden der NSDAP nicht Herr werden würden, die "Bestie" war so nicht zu erledigen. Sie sagten sich darum: Wir wollen die Bestie füttern, dann wird sie still!

Am Futtertrog sind schon alle Oppositionsparteien still geworden.

Herr von Papen, der vor ein paar Tagen erklärte: Man hätte den Nationalsozialisten schon vor drei Jahren anbieten sollen, in die Regierung einzutreten [15]. Man hätte sie in das System eingliedern sollen, als sie noch 107 Mann stark waren. Was sie damals verfehlten, glauben sie, heute nachholen zu können. Nicht aus einer anderen Gesinnung. Sie können sich in ihrer Gesinnung genauso wenig ändern, wie ich mich ändern kann. Und daher ist das in meinen Augen nur eine Frage, die man mit eiskalten Augen und eiskalter Stirn prüfen muß. Was wollen die anderen von uns? Sie wollen mit uns ein Geschäft machen. Nicht damit wir beide vielleicht dabei gedeihen können. Wir betonen dagegen: Wenn wir unsere Kraft und unseren Namen und unseren Glauben einsetzen, verlangen wir die Macht! Wir haben dazu ein Recht [16]!

Ich lasse weder mich, noch die Partei geringer behandeln, als man die Partei der Landesverräter [*von*] *1918 behandelt hat.*

---

15 Papen hatte am 16.12.1932 beim Jahresessen des Herrenclubs in der Krolloper in Berlin eine Rede gehalten, bei der er in völliger Verkennung der damaligen Lage u. a. ausgeführt hatte: "Ich bin dankbar dafür, heute in diesem Kreise einige Worte sagen zu dürfen über Ziel und Durchführung des Programms der Reichsregierung, die zu führen ich sechs Monate die Ehre hatte. Der tragische Fehler der Regierung Brüning scheint mir die Versäumung der Eingliederung der Nationalsozialistischen Partei in einen nationalen Block gewesen zu sein zu Zeiten, als der Umfang dieser Bewegung solche Eingliederung psychologisch noch leicht ermöglicht hätte. Die einzigartige Möglichkeit, die gesamte Nation auf die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten zu einen, wurde dadurch verpaßt und aus der Hand gegeben, daß man den Nationalsozialisten die Neuwahlen, die sie für die wachsende Bewegung dringend wünschten, nicht freiwillig gab. So riß man das Volk in zwei Hälften. Dieser Lage Rechnung zu tragen, mußte also unsere erste Sorge sein, als wir das Ziel einer nationalen Konzentration verkündeten." Vgl. Franz von Papen, Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933, Mainz 1968, S. 330 f. In den zeitgenössischen Artikeln über Papens Rede wird über diesen Teil seiner Rede allerdings nichts berichtet; vgl. Berliner Tageblatt vom 17.12.1932 (AA), "Tischrede im Herrenklub"; Frankfurter Zeitung vom 17.12.1932 (2. MA), "Herr v. Papen spricht im Herren-Club"; Kreuz-Zeitung vom 17.12.1932, "Papen rechtfertigt seine Politik"; Vossische Zeitung vom 17.12.1932, "Papen vor dem Herrenklub".

16 Laut Artikel 53 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 wurden "der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister [...] vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen". Staatsrechtlich war der Reichspräsident also nicht *verpflichtet*, ein ihm von einer Reichstagsmehrheit vorgeschlagenes parlamentarisches Reichskabinett zu berufen. Allerdings bestimmte Artikel 54, daß "der Reichskanzler und die Reichsminister [...] zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags" bedürfen. "Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck von Art. 53 und 54: RGBl. 1919, S. 1393.
Vgl. hierzu die Bewertung Herrfahrdts (S. 25), daß es sich hier um "den Fall einer 'echten Lücke' des Rechts" handele. Er erkennt jedoch "einen Vorrang des Willens des Reichspräsidenten bei der Kabinettsbildung" (S. 20); ebenso Meißner: "Es ist *nicht* verlangt, daß die Minister den Mehrheitsparteien entnommen werden, sondern nur, daß die Minister das Vertrauen des Reichstages genießen." Unter Bezug auf Poetzsch vermerkt auch Anschütz, es widerspräche dem Geiste der Verfassung, "wenn R[*eichs*]k[*an*]zl[*e*]r und Reichsminister von der Reichstagsmehrheit oder gar nach dem Schlüssel der numerischen Stärke von den Fraktionen aus ihrer Mitte präsentiert werden". Beide betonen aber auch die Abhängigkeit des Kabinetts vom Vertrauen des Reichstags. Vgl. Heinrich Herrfahrdt, Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927; Otto Meißner, Das neue Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, Berlin 1921, S. 79 ff., Zitat S. 87; Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin [8]1928, S. 187.

Unsere Bewegung ist eine deutsche Volksbewegung. Sie hat in 13 Jahren Unerhörtes erreicht. Wir haben bewiesen, was wir können, doch immer auf dem Kampffeld des Volkes, der Masse. [*sic!*]

Wenn wir uns von diesem Boden nicht wegbringen lassen, sind wir unbesiegbar.

Die andere Seite hat ja auch ihr Turnierfeld: den Parkettboden. Sie haben immer darauf gekämpft, sie sind darauf zu Hause. Auf diesem öligen Parkett werden aber wir mit unseren eisenbeschlagenen Stiefeln nicht stehen können. Sie wollen uns dahin bringen, weil sie überzeugt sind, daß sie uns dort vernichten können. Eine so große Bewegung wie die unsere kann nicht in die symbolische Hauptstadt des Reiches hineingehen und morgen wieder herausgehen. Wenn unsere Bewegung einmal in die Reichsregierung hineingeht und wieder heraus -, so ist das ein Schlag, den wir vielleicht in Jahren nicht überwinden. Wir veranstalten nicht einmal einen Parteiaufmarsch in Berlin.

Wer einmal in die Hauptstadt einmarschiert, muß darin bleiben! (Beifall.)

Wir müssen die eiserne Stirn besitzen, unser Recht zu vertreten. Immer besser, wir kämpfen in der Freiheit draußen, als sechs Monate gefangen sein in einem Kabinett. Die Partei soll sich doch nicht täuschen über die großen Aufgaben der Zukunft und über die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen! Wir sind nicht dazu da, um die Finanzen der Regierung in Ordnung zu bringen und nachher den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. Es geht diesen Herren heute nicht gut, sonst würden sie nicht das Angebot machen.

Ich muß jedem Parteigenossen sagen, der meint, wir können nicht mehr warten: Unsere Gegner haben zwei Regierungen verloren[17]*, und die dritte verliert sich in diesen Monaten ganz von selbst.*

Jede Schlacht bringt auch dem Sieger Verluste. Das aber, was wir heute verlieren, ist das Treibholz, das an der Peripherie herumschwimmt[18]. Vor uns liegt eine Aufgabe, die nicht gelöst werden kann in wenigen Monaten, vielleicht nicht in Jahren. Alle wirklich großen Kräfte der Welt haben Jahrhunderte gebraucht, um sich auszuwirken. *Ein Volk neu zu bilden, ist schwer.* Nur zu oft vergessen Bewegungen die Bildung ihres Volkes. Das Seiende und Bleibende ist das Volk. Wer dieses Volk gewinnt und seinen Ideen unterwirft, der kann sagen, daß er die Voraussetzung geschaffen hat. Man gewinnt das nicht in wenigen Tagen, nicht in Wochen, nicht in Jahren. Es gehört Zeit dazu. Ich weiß nicht, wann wir größer gewesen sind: Am Abend des 31. Juli 1932, als wir einen ungeheuren Sieg errungen hatten[19], oder am 11. November [*19*]23[20], als wir uns alle den Schwur leisteten: Jetzt erst recht und dennoch.

Siege können auch Schwächere ertragen, und das Glück wirft ihnen oft den Sieg in den Schoß. Niederlagen schaffen erst die wirklichen Männer und die wirklichen Bewegungen. Wir

---

17 Vgl. Dok. 4, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 6.

18 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.
Mitte Dezember 1932 wurde kolportiert, daß sich in Berlin "acht Standarten mit 10.000 SA-Männern (Gesamtzahl Groß-Berlin: 16.000) in offener Meuterei" befänden. "Der Haß richtet sich in erster Linie gegen Goebbels." Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 218 f. (19./21.12.1932).

19 Vgl. Dok. 1, Anm. 6.

20 Nach seinem gescheiterten Putschversuch wurde Hitler am 11.11.1923 in Uffing am Staffelsee verhaftet. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 308 ff.

sollen nie vergessen, daß das Schicksal uns diesem Wechsel von Glück und Leid aussetzen muß. Das schafft die Stärke. Wenn wir vom nordischen Menschen reden und seiner Kraft, dann wissen wir, die Natur hilft uns: Indem sie uns zwingt, um unser nacktes Leben zu kämpfen. Sie verpflichtet unseren Bauern, mühsam zu ackern und zu säen. Die Natur gibt uns die Kraft, sie hat uns damit zu dem gemacht, was wir sind. Die Not hat den Kern geschaffen, sie hat die Bewegung stark gemacht. Wenn jemand sagt: Die Zeit ist zu lang, dann antworte ich: Die Staatsmänner, die in Monaten denken, haben niemals Völker groß gemacht. Man muß sich zu Jahrhunderten bekennen.

Ja, so fragt mancher, aber haben wir die Garantie, daß wir gewinnen werden? Ja, meine lieben Volksgenossen, wenn mir eine solche Frage vorgelegt wird, dann schäme ich mich dessen. Also, Sie sagen mir, ich soll heute um 12 Millionen verzagen[21]*, der ich den Mut hatte, mit sechs Mann zu beginnen*[22]*? Ich würde verzagen, wenn ich um einen leichten Vorteil des Augenblicks Verzicht leistete.*

Der kleine Mann an der Front hat das Recht, daß er die Nerven verliert. Er sieht nicht das Endziel vor sich. Angst wird ihm zum Vater der Gedanken. Die Pflicht der Führer ist es, standhaft zu bleiben. Sie sollen das Große vor sich sehen. In einer solchen Stunde müssen sie stur sein. An sie klammert sich alles.

Millionen sind nicht gefallen[23], daß wir plötzlich die Nerven verlieren. Auch die Gegner sind keine Götter. Ich bin überzeugt, daß wir standhafter sein werden. Ich werde der letzte sein, der kapituliert. Die Bewegung muß sich mit einem eisernen Herzen rüsten, das ist notwendig, wenn sie überhaupt siegen will. Wenn mir heute jemand sagt, ob ich heute das Rechte treffe: Ich glaube es, ich bestreite aber nicht, daß es selbstverständlich keinen Menschen gibt, der nicht irren könnte. Das steht hier auch nicht zur Debatte. Die Weltgeschichte hat nicht geprüft, wer *keine* Fehler macht, sondern *wer die wenigsten* machte.

Man soll mir gern später einmal auf den Grabstein schreiben: "Dieser Mann hat in seinem Leben Fehler gemacht, aber Deutschland wurde merkwürdigerweise unter ihm frei!"

Das Schicksal hat mich auf diesen Platz gestellt. Ich bin nicht durch Sie gerufen worden, sondern ich habe Sie gerufen. Diese Bewegung, die ich ins Leben rief, sie hat sich hinter diese Fahne gestellt. Was ich vom kleinen Mann fordere, das muß in meinen Augen der Führer auch auf sich anwenden. Das Lebensziel heißt:

Sieg dieser Idee, Sieg der Bewegung.

Wenn man 13 Jahre für ein solches Ideal kämpft, dann kann man das niemals mehr verlassen, wenn man jemals ehrlich daran ging. *Freiwillig lasse ich die Fahne nicht sinken, solange ich glaube, daß ich sie tragen kann.*

Ich *kann* es auch nicht tun, denn am Ende ist diese Bewegung der letzte Glaube für unsere Millionen Volksgenossen geworden. *Wenn diese Bewegung zerfallen würde, zerfällt mehr als eine Partei! Darüber muß man sich klar sein!*

---

21 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.
22 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
23 Gemeint sind die Toten des Ersten Weltkriegs. In den Jahren 1914 bis 1918 waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

Es wäre für mich leicht gewesen, in Berlin Ja zu sagen. Ich hätte jetzt Ruhe. *Die Partei* wäre verloren. Man würde mir sagen: Der Mann hat sich selbst gerettet. Ich nehme aber den Kampf auf mich. Ich bin bereit, mich mit meinem Leben einzusetzen. *Lieber will ich zerschellen, als daß ich nachgebe.* Wir müssen uns aus der hypnotischen Einstellung loslösen, daß die Reichsregierung der Schlüssel zum Volke wäre.

Nicht um die Wilhelmstraße[24] *kämpfen wir ja, sondern um das deutsche Volk.*

Das ist der Schlüssel, der uns auch die Wilhelmstraße aufbrechen wird. Ich garantiere Ihnen, bis zum Frühjahr dieses Jahres wird die Gesamtentwicklung dafür gesorgt haben, daß das Volk empfänglich wird für unsere Bewegung. Es gibt kein undankbareres Volk als das unsere. Es ist in unserer Geschichte immer so gewesen, daß schwerste Fehler erst durch größte Opfer wieder gutgemacht werden mußten. Aber das Ergebnis war noch immer dieses:

Wenn ein Volk und eine Bewegung so stark geworden sind, daß ihr Wollen durch nichts mehr erschüttert werden kann, dann ist ein solches Volk reif, seine Stunde ist gekommen. Das Schicksal wird dann seine Faust von uns wegnehmen und uns die Bahn freimachen.

Dann glaube ich, wird endlich auch die Stunde kommen, da unsere Fahne hochsteigt. Da es nicht mehr heißt: "Die Nationalsozialisten werden eingeladen", sondern:

Das nationalsozialistische Deutschland ist da!

19. Dezember 1932 Dok. 104
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 19.12.1932, "Eine beispiellose Lügenhetze"[1].

Der "Vorwärts" (Nr. 43/595 vom 18.12.[*1932*]), die "Frankfurter Zeitung" (Nr. 946 vom 19.12.[*1932*]) und andere Blätter berichten[2],

"ich hätte in Halle vor den Anwaltern [*sic!*] erklärt[3], Gregor Straßer sei von mir 'bestraft' worden. Ich hätte im ersten Konflikt mit den Brüdern Straßer[4] große Milde walten lassen[5], um

24 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

1 Vgl. auch VB vom 21.12.1932, "Diese Lügen der Judenpresse sind zu plump!".

2 Der *Vorwärts* und die *Frankfurter Zeitung* hatten in diesem Sinne über Hitlers Ansprache vor den Amtswaltern des Gaues Halle-Merseburg berichtet und daraus gefolgert, wie desolat die Situation der NSDAP sei. Vgl. Vorwärts vom 18.12.1932, "Prügelei in Hitler-Versammlung"; Frankfurter Zeitung vom 19.12.1932 (1. MA), "Gregor Straßer wurde 'bestraft'".
Vgl. ferner Die Schwarze Front vom 18.12.1932, "Ausbootung Gregor Straßers"; Berliner Tageblatt vom 19.12.1932, "Hitler trommelt wieder"; Münchner Neueste Nachrichten vom 19.12.1932, "Der Konflikt Hitler - Gregor Straßer"; Vossische Zeitung vom 19.12.1932, "Nach Straßers Abgang"; Die Rote Fahne vom 20.12. 1932, "Stürmische Auseinandersetzungen in der Partei des 'Dritten Reiches'".

3 Vgl. Dok. 102 mit Anm. 2.

4 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des

so härter müsse jetzt gestraft werden[6]. Als ich mir dann von jedem Amtswalter ewigen Gehorsam in die Hand habe schwören lassen, sei es zu einer Prügelei gekommen. Die Opposition habe sich gewaltsam Eintritt in den Saal verschafft."

Diese Meldung des "Vorwärts" und der "Frankfurter Zeitung" ist von Anfang bis zum Ende *frei erfunden*. Der Fall Straßer wurde von mir überhaupt nicht berührt, der Name *Gregor Straßer nicht erwähnt*. Selbstverständlich drang keine "Opposition" in den Saal, und es fand daher auch keine Prügelei statt. Wohl aber mußte die Straße durch die Polizei von randalierenden Kommunisten geräumt werden[7].

gez. Adolf *Hitler*

19./20. Dezember 1932 — Dok. 105
Rede auf Weihnachtsfeier des SA-Motor-Sturms M 2/14 in Nürnberg[1]

Nürnberger Zeitung vom 21.12.1932, "Weihnachtsfeier der NSDAP"[2].

Hitler weilte etwa eine halbe Stunde als Gast unter den Versammelten und hielt eine kleine, unpolitische Ansprache. Er erklärte dabei, daß er in demselben Saal schon 1923 anläßlich des

des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.
Otto Straßer (1897-1974), Oberleutnant a. D., 1918 Eintritt in die SPD, April 1919 Eintritt in das Freikorps Epp, 1920 2. Vorsitzender des Republikanischen Führerbunds, Gründung des "Akademischen Kriegsteilnehmerverbands S.P.D.", 1921 Dr. jur. et rer. pol., 1923 Syndikus beim Spirituosenkonzern Hünlich, 1925 Eintritt in die NSDAP, Herausgeber der Nationalsozialistischen Briefe, 1926 Schriftleiter der *Berliner Arbeiter-Zeitung*, Juli 1930 Austritt aus der NSDAP, Gründung und Vorsitzender der "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" (seit Oktober 1931 auch: Schwarze Front), seit Mai 1933 im Exil, zunächst in Österreich, dann u. a. in der Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Portugal, Kanada, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

5 Anspielung auf die Konflikte zwischen Hitler und der Gruppe um Otto Straßer, die im Sommer 1930 eskaliert waren. Da Straßer und seine Anhänger nicht bereit gewesen waren, ihre dezidiert sozialistische Interpretation der nationalsozialistischen Ideologie aufzugeben, verließen Straßer und mit ihm weitere 800 Anhänger seit dem 4.7.1930 die NSDAP; sein Bruder Gregor blieb weiter Organisationsleiter der NSDAP und distanzierte sich von der Abspaltung. Otto Straßer, der damit dem bereits laufenden Parteiausschlußverfahren zuvorgekommen war, gründete kurz darauf die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Sozialisten". Obwohl diese Gruppe nie größeren politischen Einfluß gewann und Teile zur KPD abwanderten, erkannte die NSDAP in der Kampfgemeinschaft einen ihrer gefährlichsten politischen Gegner, so daß entsprechend gewalttätige Auseinandersetzungen häufig waren. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984. Ferner Bd. III/3, Dok. 38 f., 42, 49, 64, 67, 70, 77, 122; Bd. IV/1, Dok. 84.

6 Vgl. Dok. 86, Anm. 1.

7 Zum Ablauf der Ereignisse vgl. Dok. 102, Anm. 1.

1 Im Großen Saal des Hotels *Deutscher Hof*, gegen 24.00 Uhr. Hitlers 30minütiger Rede gingen eine Ansprache des Gauleiters, MdR Hans Schemm, sowie eine Standartenweihe des SA-Motorsturms M 2/14, Nürnberg, und eine Fahnenweihe des SA-Sturms 14/15, Nürnberg, voraus.

"Deutschen Tages" gesprochen habe[3] und daß von den damaligen Bewegungen nur die NSDAP übriggeblieben sei[4], weil sie - und das sei für das Bestehen einer jeden großen Bewegung notwendig - das Herz der Jugend gewonnen habe[5]. Er habe die Hoffnung, daß auch der deutsche Bruderkampf bald sein Ende finden werde, und glaube, daß die Idee der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft[6] auch im kommenden Jahre durch nichts erschüttert werden könne und weiter fortschreite[7].

20. Dezember 1932 Dok. 106
"Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügungen zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung"
Denkschrift[1]

Masch. Manuskript; BA, NS 20/111.

II. Teil

Soll die Partei auf absehbare Zeit den gestellten hohen Anforderungen genügen, dann muß beim Aufbau ihrer Organisation so vorgegangen werden, daß sich eine enge Verbindung zwi-

2 Vgl. auch Der Angriff vom 20.12.1932, "Adolf Hitler bei der Nürnberger SA"; Fränkischer Kurier vom 21.12. 1932, "Hitler in Nürnberg"; Der Stürmer Nr. 51 vom Dezember 1932, "Hitler in Nürnberg".

3 Gemeint ist der "Deutsche Tag" in Nürnberg, auf dem Hitler am 2.9.1923 u. a. vor dem Jungdeutschen Orden im Hotel *Deutscher Hof* sprach. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 563. Vgl. ferner Dok. 564.

4 Zur Erinnerung an die Schlacht bei Sedan am 1./2.9.1870 fand am 1./2.9.1923 in Nürnberg ein "Deutscher Tag" statt, an dem sich neben Offiziersbünden, Kriegervereinen und Wehrverbänden vor allem die NSDAP, der Bund Oberland, der Jungdeutsche Orden, der Bund Bayern und Reich, die Reichsflagge, der Bund Wiking und der Blücherbund beteiligten. Die propagandistische Wirkung dieser Veranstaltung, in deren Verlauf sich SA, Bund Oberland und die Reichsflagge zum sog. Kampfbund, einer gemeinsamen paramilitärischen Formation, zusammenschlossen, war außerordentlich hoch, die zeitgenössischen Polizeiberichte schätzten die Zahl der Teilnehmer auf rund Hunderttausend. Vgl. Georg Franz-Willing, Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923, Preußisch Oldendorf 1975, S. 118 f.

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 4.

6 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

7 Eigentlicher Anlaß für die Teilnahme Hitlers an dieser Weihnachtsfeier waren die massiven Spannungen, die in Mittelfranken zwischen der sog. Politischen Organisation der NSDAP und der SA bestanden (vgl. hierzu Dok. 128, 139 und 142). Deshalb versuchte Hitler am Vormittag des folgenden Tages, den Führer der SA-Gruppe Franken, SA-Gruppenführer Wilhelm Stegmann, davon zu überzeugen, daß er in seinem Konflikt mit dem Gauleiter des Gaues Mittelfranken, Julius Streicher, nachgeben und sich künftig ruhig verhalten solle. Stegmann sicherte ihm dies auch zu. Vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 368 f., 375 f. sowie Stegmanns Darstellung in Das Freikorps vom Februar 1933.

1 Im Gegensatz zu Hitlers Anordnungen vom 9., 14. und 15.12.1932, die in Folge von Straßers Rücktritt im *VB* publiziert wurden, waren seine Denkschriften vom 15.12. (Druck: Dok. 99) und 20.12.1932 nicht für die Öffent-

schen längst vorhandenen Erkenntnissen und Erfahrungen und den besonderen Aufgaben unserer Bewegung ergibt.

Grundsätzlich ist in der Obersten Leitung der Partei dafür zu sorgen, daß die *technische Organisation* nicht die *Kraft der politischen Entschlüsse* lähmt. Zu dem Zweck ist eine möglichst scharfe Trennung der *Verwaltungsorganisation* der Bewegung von der *politischen Führungsorganisation* festzulegen. Noch mehr gilt dies für das Beiseitehalten derjenigen Arbeiten, die die Bewegung bzw. die Partei für ihre späteren staatlichen Arbeiten vorbereiten wollen[2]. An sich soll sich die Partei nicht von vornherein mit einer Tätigkeit belasten, für die teils die Voraussetzungen fehlen - und zwar sowohl in *technischer* wie in *personeller* Hinsicht -, teils eine vorherige Festlegung überhaupt nicht erfolgen kann. Ganz besonders aber ist die Organisation der Partei kein Betätigungsfeld für wissenschaftliche Experimente[3]. Ob und welche technische revolutionäre Umwälzungen die Partei einst durchführen wird, kann nicht in den Schreibstuben einer Organisationsabteilung entschieden werden. Denn dies hieße die Bewegung von ihrer weltanschaulichen Mission immer mehr entfernen und damit an die Stelle ihrer ewig richtigen weltanschaulichen Grundsätze ewig schwankende und unsichere wissenschaftliche Theorien setzen.

Das *politische Organisationsamt* der Partei ist zu vergleichen etwa mit dem *Innenministerium* oder noch besser mit dem *Kriegsministerium*. Ihm steht gegenüber die *politische* Führung d. h. organisatorisch gesehen etwa der *Große Generalstab*[4].

Es muß daher unser Ziel sein, das politische Organisationsamt auf seine wenigen sinngemäßen Aufgaben zu beschränken.

---

lichkeit bestimmt. Hitlers Anordnung vom 14.12.1932 (Dok. 93) ist zu entnehmen, daß diese beiden Denkschriften offenbar nur den Amtsleitern und den Gauleitern der NSDAP zugingen.
Zum Anlaß und den Motiven für Hitlers Reorganisation der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1. Zur Interpretation der beiden Denkschriften vgl. auch Rebentisch, Führerstaat, S. 35 f.

2 Eine Anspielung auf die im Juni 1929 gegründete Organisations-Abteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, deren Aufgabe - so ihr Leiter Konstantin Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben" sein sollte. Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung von Gregor Straßer vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86 und Bd. V/1, Dok. 85. Zur organisatorischen Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

3 Vgl. Dok. 99, Anm. 11.
Über die ausgedehnten theoretischen Diskussionen, die etwa in der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP geführt wurden, hat Wagener nach 1945 ausführlich berichtet. Vgl. Turner, Hitler, S. 105 ff., 123 ff., 202 ff., 318 ff., 327 ff.

4 Die Bezeichnung "Großer Generalstab" bürgerte sich in der preußischen Armee 1821 mit der Reorganisation des Generalstabsdienstes ein. Im Gegensatz zu den Truppengeneralstäben verstand man unter dem Großen Generalstab das zentrale operative Führungsorgan, das mehr und mehr vom Kriegsministerium getrennt und dem König direkt unterstellt wurde. Nach den deutschen Einigungskriegen wurde der Große Generalstab zu einer deutschen Einrichtung, ihm gehörten vor 1914 ca. 120 preußische, bayerische, sächsische und württembergische Offiziere an. Obwohl der Große Generalstab damals offiziell keine Kommandogewalt besaß, gewann er - insbesondere durch die Leistungen Helmuth von Moltkes (Generalstabschef von 1857 bis 1888) - , bereits in der Planungsphase einen dominierenden strategischen Einfluß, der sogar die außenpolitischen Interessen des Deutschen Reichs ignorieren konnte. Vgl. Wiegand Schmidt-Richberg, Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate, Stuttgart 1962.

1.) Personal-Politik (Personalamt, Führer-Kartothek).

2.) Parteigliederung.

3.) Parteischulung (nicht zu verwechseln mit den Aufgaben der Propaganda).

Je mehr sich die politische Organisationsleitung der Partei auf diese Aufgaben beschränkt, um so nützlicher wird ihre Tätigkeit sein[5]. Es ist selbstverständlich, daß damit als Leiter nur ein im Kampf der Bewegung selbst großgewordener Mann stehen darf. Er ist der oberste Chef des gesamten politischen Parteiapparates bzw. aller Kampfleiter der Bewegung. Ausgenommen davon sind nur die *Gauleiter* selbst, *die als Stellvertreter des Obersten Führers der Bewegung personell diesem allein unterstehen*[6].

Um bei der steigenden Ausdehnung der Bewegung die Einheitlichkeit der *politischen Führung* zu gewährleisten, werden eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die zu dem Aufbau eines *politischen Generalstabs* der Partei führen sollen[7].

Für die einheitliche innere politische Auffassung und Arbeit in der Bewegung sind dem Führer die ihn vertretenden Gauleiter verantwortlich.

Für die einheitliche politische Auffassung und Kampfführung der Partei in den bereits eroberten staatlichen Positionen sind dem Führer verantwortlich:

a.) Für die Politik der Partei im Reichstage der *Vorsitzende der Reichstags-Fraktion*[8],

b.) für die Politik der Partei im Preußischen und Bayerischen Landtag die *Vorsitzenden der preußischen*[9] *und bayerischen Landtagsfraktionen*[10],

5 Der neuernannte Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, Robert Ley, führte in seiner Anordnung vom 28.12.1932 auf, was von der Reichsorganisationsleitung der NSDAP übriggeblieben war: Stab, Personalamt, Organisationsamt und Schulungsamt. Damit entsprach er exakt den Vorgaben Hitlers. Im Gegensatz dazu vermittelte die chaotische Struktur der Reichsorganisationsleitung unter der Leitung Gregor Straßers bereits im Organigramm "den Eindruck der Hilflosigkeit": Die Reichsorganisationsleitung gliederte sich am 1.10.1932 in neun Hauptabteilungen; allein die Hauptabteilung III - das eigentliche Kernstück der Reichsorganisationsleitung, die in Personalunion ebenfalls von Straßer geleitet wurde - verfügte über nicht weniger als 32 Abteilungen, denen noch einmal acht weitere Unterabteilungen zugeordnet waren. Vgl. Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP vom 31.12.1932; Tyrell, Führer befiehl, S. 364 ff.

6 § 6 der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926 bestimmte die Ortsgruppe zum regionalen Organisationsprinzip der NSDAP. "Je nach Bedarf werden diese Ortsgruppen in Gauverbänden zusammengefaßt. Die Gauleiter werden von der Reichsleitung bestimmt. Weitere Untergliederungen erfolgen nach Bedarf durch die Ortsgruppenleitungen oder durch die Gauleitungen selbst. Diesen kommt jedoch eine satzungsgemäße Bedeutung nicht zu. Die Reichsleitung arbeitet nur mit Ortsgruppen und Gauen. Um eine entschlossene Leitung der Bewegung zu ermöglichen, ist für die Führung des Vereins in erster Linie verantwortlich der Vorsitzende des Vereins bzw. der Partei." Hitlers Denkschrift zielte also nicht zuletzt darauf, die Gauleiter bewußt aus der politischen Organisation der Partei herauszunehmen und direkt an sich zu binden. Druck: Bd. I, Dok. 146, vgl. ferner Bd. I, Dok. 64 sowie Hüttenberger, Gauleiter, S. 9 ff.

7 Gemeint ist die Politische Zentralkommission. Vgl. Dok. 96 mit Anm. 2.

8 Wilhelm Frick.

9 Wilhelm Kube (1887-1943), 1911 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, seit 1912 Journalist, 1920-1923 Generalsekretär der DNVP in Berlin, 1922 Stadtverordneter in Berlin (DNVP), 1923 Übertritt zur DVFP, 1924-1928 MdR (DVFP), 1925 Herausgeber der Zeitung *Märkischer Adler*, 1927 Übertritt zur NSDAP, 1928-1933 MdL in Preußen und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, 1928-1933 Gauleiter des Gaues Ostmark, 1933-1936 Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, Preußischer Staatsrat, 1933-1936 Gauleiter des Gaues Kurmark, 1941-1943 Generalkommissar für Weißruthenien, 1943 ermordet.

10 Rudolf Buttmann.

c.) für die *Politik in den übrigen Ländern* und in den Kommunen die *Politische Zentralkommission* [11],

d.) für die *Politik der Partei der Öffentlichkeit gegenüber* in der Presse, in Aufrufen und parteiamtlichen Kundgebungen wirtschaftlicher Art die *Politische Zentralkommission,*

e.) für die Vereinheitlichung und Übereinstimmung der *Politik in den bereits eroberten Ländern* und insbesonders für ihre Stellungnahme im Reichsrate die *Länderkommission.*

Alle Kommissionen werden dem Führer gegenüber vertreten durch ihre ersten Vorsitzenden.

Grundsätzlich ist bei allen Führern *die wichtigste sachliche Eigenschaft die Freude zur persönlichen Verantwortlichkeit.* Sie muß mithelfen, daß nur das reglementiert zu werden braucht, was reglementiert werden muß und nicht, was man reglementieren kann. Sie wird es rechtfertigen, daß der individuellen Veranlagung und Fähigkeit in der Partei ein großer Spielraum bleibt. Dies gilt insbesonders für die wichtigsten Vertreter des Führers, für die *Gauleiter* [12]. In hundert und tausend Fragen sind sie gezwungen, selbständige Entscheidungen zu treffen. Als Kämpfer unserer Weltanschauung werden sie allerdings nur dann um so weniger grundsätzlichen Irrungen ausgesetzt sein, je mehr sie die große Idee und Aufgabe der Bewegung erfaßt haben. Es ist mein Wunsch und Wille, daß *ihre Stellung in der Bewegung eine möglichst souveräne* ist. Mögen sie sich aber auch selbst als ebenso souveräne Repräsentanten der Partei fühlen und führen [13].

Um eine engste Zusammenarbeit der Dienststellen der Parteileitung zu ermöglichen, soll aus ihren Amtsleitern und den für die einheitliche politische Führung der Partei verantwortlichen Männern ein engerer Rat entstehen, der unter meinem Vorsitz den *kleinen Senat* der Bewegung [14] bildet.

---

11 Vgl. Dok. 96 mit Anm. 2.

12 Aus dem überlieferten Rücktrittschreiben Straßers geht hervor, daß Hitler schon früher dessen Reformversuche kritisiert und insbesondere das von ihm geschaffene Inspekteursystem nicht akzeptiert hatte. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, Dok. 2.

13 Hitlers Appell an die Gauleiter wurde flankiert durch entsprechende organisatorische Veränderungen. Durch das 1931/32 eingeführte System der Reichs- und vor allem der Landesinspekteure war die Gleichstellung der Gauleiter zerstört worden, es war - so der ehemalige Gauleiter Rudolf Jordan in seinen Erinnerungen - "eine bürokratische Isolierschicht zwischen Hitler und seinen Paladinen draußen im Lande" eingefügt worden. Die Aufgabe des Inspekteursystems war auch ein Versuch Hitlers, das dadurch geförderte Konkurrenzdenken unter den Gauleitern zu beschwichtigen und diese Gruppe wieder fester an sich zu binden. Vgl. Bd. IV/2, Dok. 51 und 92; Bd. V/1, Dok. 86 und 171 sowie Dok. 93, Anm. 14 und 16. Zitat: Jordan, Erlebt, S. 79.

14 Die Bildung eines Senats als oberstes Beratungsgremium und Entscheidungsinstanz zwischen politischen und berufsständischen Kammern hatte Hitler bereits in *Mein Kampf* erwogen. Vermutlich nach dem Vorbild des 'Gran Consiglio del Fascismo' wurde zu Beginn des Jahres 1931 im "Braunen Haus" vorsorglich ein sog. Senatssaal eingerichtet; die 64 wuchtigen roten Ledersessel sollten aber nie eingenommen werden, da es für Hitler unvorstellbar war, Mitsprache oder gar Mitentscheidung eines obersten Parteigremiums zu akzeptieren. Bis 1945 wurde das Projekt eines Senats immer wieder diskutiert, zuweilen auch angekündigt, weitere Schritte jedoch unterblieben. Daß Hitler zu diesem Zeitpunkt auf einen Senat zu sprechen kam, war Ausdruck einer Krisenstimmung, verfolgte aber wohl auch den Zweck, die verunsicherten nationalsozialistischen Funktionäre stärker an sich zu binden und ihnen zumindest die Möglichkeit in Aussicht zu stellen, sie an der Führung der Partei zu beteiligen. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 89/München [65]1933, S. 502; Broszat, Staat Hitlers, S. 262 f.; Rebentisch, Führerstaat, S. 36, 101, 422; Turner, Hitler, S. 412 ff.; Edouard Calic, Ohne Maske. Hitler - Breiting Geheimgespräche 1931, Frankfurt a. M. 1968, S. 18 f.; Eva von Seckendorff, Monumentalität und Gemütlichkeit. Die Interieurs der NSDAP-

Die Aufgabe des kleinen Senates ist, in Voll- oder Teilsitzungen die gemeinsam berührenden wichtigen Parteifragen durchzusprechen und zu behandeln.

Zur Herstellung einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der Parteileitung und besonders geeigneten führenden Männern der Bewegung wird nunmehr der *große Parteisenat* gebildet. Durch ihn soll eine Anzahl der ältesten, treuesten und fähigsten Köpfe der Bewegung in unmittelbare Verbindung mit der obersten Parteileitung gebracht werden. Zu diesem großen Senat der Bewegung zu gehören, soll für die Zukunft als größte Ehre in der Bewegung empfunden und angesehen werden. Ich halte dies schon deshalb für wichtig, damit im Falle meines Todes die Frage des neuen Führers der Partei nicht in einem wilden Kampf unter den Parteigenossen entschieden wird, sondern von dem Senate aus seine Erledigung findet[15].

Es ist bei der großen Zahl der in der Bewegung tätigen Männer nur möglich, einen kleinsten Bruchteil in die beiden Senate zu berufen. Denn grundsätzlich soll die Zahl der Mitglieder des großen Senates niemals 64, die Zahl der Mitglieder des kleinen Senates niemals 24 überschreiten.

München, den 20.12.1932

gez.: Adolf *Hitler*[16]

Für die Richtigkeit:

Albert Bormann[17]

Bauten am Königsplatz. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 119-146, insbes. S. 119, 121.

15 Für Hitler war die Einrichtung eines Parteisenats stets mit der Frage der Nachfolgeregelung im Falle seines Todes verbunden. Wagener schreibt rückblickend, Hitler habe bereits im Dezember 1931 über derartige Pläne nachgedacht, wobei Straßer schon damals skeptisch reagiert habe, als er, Wagener, ihm davon berichtete: "Den Senat wird er [*Hitler*] deshalb erst für die Zeit *nach* seinem Tode vorbereiten. Wenn er sich jetzt damit beschäftigt, so zeigt das nur, daß er geglaubt hatte, schwerer krank zu sein. Ist er erst wieder gesund, dann versinkt auch der Gedanke Senat wieder in den Dornröschenschlaf." Vgl. Turner, Hitler, S. 414.

16 In seinen nach 1945 entstandenen Memoiren schreibt Otto Wagener, daß er den 22. und 23.12.1932 zusammen mit Hitler in dessen Münchner Privatwohnung am Prinzregentenplatz 16/II verbracht habe; Hitler habe dabei weltanschauliche und politische Frage erörtert. IfZ, ED 60/8: Otto Wagener, Tagebuchaufzeichnungen, Bd. 8, Bl. 2067 ff., 2099 ff.

17 Albert Bormann (1902-1989), Bruder von Martin Bormann (1900-1945), Kaufmännischer Angestellter, 1927 Eintritt in die NSDAP und SA, 1929 Gauführer der HJ in Thüringen, 1931 Angestellter in der Hilfskasse der NSDAP, Oktober 1931 Wechsel in die Privatkanzlei Hitlers, 1933 Leiter der Privatkanzlei Hitlers, Amtsleiter der NSDAP, SA-Sturmbannführer, 1943 NSKK-Gruppenführer.

31. Dezember 1932 [1] Dok. 107
"Adolf Hitlers Neujahrsbotschaft"
Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 30.12.1932 [2].

Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen!

Das Jahr 1932 wird einst in der Geschichte unserer Bewegung als ein großer und erfolgreicher Abschnitt unseres Kampfes gelten [3].

Nach 12jährigem, schicksalsreichen und wechselvollem Ringen war es der Bewegung in ihrem 13. Jahr gelungen, der marxistischen Herrschaft in Deutschland so schwere Schläge zu versetzen, daß in Preußen und im Reich die alten November-Parteien [4] *ihre Stellungen aufgeben und räumen mußten.*

Ein unerhörter und in der Geschichte *beispielloser* Erfolg einer Partei, die vor 13 Jahren von 7 Männern [5] ihren Ausgang nahm!

Wer bereit ist, *Taten* als Zeugen anzuerkennen, kann aus ihnen den inneren Wert dieser Bewegung ersehen.

Der Nationalsozialismus hat wirklich nicht als Parlamentspartei, sondern als Weltanschauung gestritten!

Bürgerlicher Liberalismus und internationaler Marxismus waren und sind seine gemeinsamen Feinde.

Ihre endliche Überwindung und restlose Ausrottung wird unser Volk allein zu der ihm *eigenen* Kraft zurückführen. Diese Kraft aber ist nötig zur Behauptung des Lebens in einer Welt, die schwersten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden entgegentreibt.

---

1 Datierung nach dem Datum der Unterschrift Hitlers.

2 Hitlers Neujahrsbotschaft wurde in allen nationalsozialistischen Zeitungen verbreitet, teilweise in gekürzter Form: vgl. z. B. Der Angriff vom 31.12.1932, "Adolf Hitlers Botschaft zum neuen Jahr: 'Nicht Parlamentspartei, sondern Weltanschauung!'"; Westdeutscher Beobachter vom 31.12.1932, "Hitlers Neujahrsbotschaft!"; VB vom 1.1.1933, "Adolf Hitlers Neujahrsbotschaft"; Lippischer Kurier vom 2.1.1933, "Hitlers Neujahrsbotschaft"; Preußische Zeitung vom 2.1.1933, "Neujahrsbotschaft unseres Führers".
Zur Genese von Hitlers Aufruf, den dieser auf seinem Feriendomizil auf dem Obersalzberg diktierte, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 318 ff.

3 Vgl. dagegen mit der Jahresbilanz in den Tagebüchern von Joseph Goebbels: "Das Jahr 1932 ist eine einzige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen." Ebda., S. 314 (24.12.1932).

4 Wohl weniger eine Anspielung auf Spartakusbund und USPD, die eigentlichen Schrittmacher der im November 1918 einsetzenden revolutionären Unruhen, sondern in erster Linie auf die politschen Träger der parlamentarischen Demokratie, (M)SPD, Zentrum und die liberalen Parteien. Das erste, am 13.2.1919 gebildete Reichskabinett aus MSPD, DDP und Zentrum wurde dezidiert als "Weimarer Koalition" bezeichnet.
In Preußen, dem größten und wichtigsten Land im Deutschen Reich, wurden zwischen März 1919 und Juli 1932/April 1933 mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP.

5 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

Unsere Generation, *meine Parteigenossen*, scheint vom Schicksal bestimmt zu sein, Zeuge größter Umwälzungen auf allen Gebieten des menschlichen Daseins und der menschlichen Entwicklung zu werden. Weltbewegende Entdeckungen und Erfindungen fallen zusammen mit einem weltverwüstenden Krieg - der auch heute seinen Abschluß noch nicht gefunden hat [6] -, begleitet von völkerzerstörenden Lehren [7], deren Auswirkungen unabsehbare sind. Nur der Zusammenbruch antiker Kulturen kann hier vielleicht als geschichtlich ebenbürtiges Beispiel in der Vergangenheit angeführt werden.

Denn dies ist das Bild unserer Zeit:

Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische [*sic!*] *Menschheit steht am Ende ihres Zeitalters.*

Riesengroß erhebt sich die bolschewistische Gefahr.

Technik, Handel und Verkehr haben nicht nur die Völker räumlich einander nähergebracht, sondern leider auch den Instinkt für gemeinsame niedere Erbveranlagungen aus Jahrtausenden neu erweckt. Der Ruf, "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch [8]", ist zur Parole eines *Untermenschentums* geworden, das über fast alle Weltteile hinweg aus gleichen Veranlagungen heraus gemeinsame Interessen wittert. Der internationale Jude als intellektueller Inspirator führt in fast allen Staaten der Welt diesen Kampf der mangelhaft befähigten Unterrassen gegen die Kultur - und damit menschliches Leben schaffende und sichernde Fähigkeit eines höheren Menschentums, dessen Widerstandskraft im Liberalismus erschlaffte.

Diese jüdisch-intellektuelle Führung der Weltrevolution hat zur Zeit Rußland als größte geschlossene Staatsfläche erobert, die frühere führende nichtslawische geistige Oberschicht ausgerottet und unter Anpassung an primitive nationale Instinkte einen Staat errichtet, der nur als augenblickliche territoriale Basis einer weltzerstörenden Idee anzusehen ist [9]. *Sowjet-Rußland ist damit der Ausgangspunkt und die Kraftzentrale der bolschewistischen Weltlehre.* Planmäßig wird von dort aus durch ein Netz von Leitungen und Stationen die übrige Welt verseucht [10]. In fast allen Ländern der Erde befinden sich heute Sektionen dieser internationalen Bedrohung einer höheren menschlichen Kultur. Was die tausendjährige staatenbildende Arbeit im Aufbau

6 Die Vorstellung, daß der Weltkrieg nie aufgehört habe, war ein Lebensgefühl, daß nicht nur in der NSDAP und den übrigen rechtsradikalen Gruppierungen anzutreffen war, sondern im Grunde eine ganze Generation prägte, die sich zuweilen auch als 'lost generation' bezeichnete. Wenn in Deutschland vom "Frieden" gesprochen wurde, so war häufig die Zeit vor 1914 gemeint. So lehnte etwa Ernst Jünger am 16.11.1933 die Wahl in die Deutsche Akademie der Dichtung - nicht frei von Ironie - mit folgender Begründung ab: "Ich bitte Sie daher, meine Ablehnung als ein Opfer aufzufassen, das mir meine Teilnahme an der deutschen Mobilmachung auferlegt, in deren Dienst ich seit 1914 tätig bin." Druck: Hildegard Brenner, Ende einer Bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972, S. 88.

7 Gemeint ist der Bolschewismus.

8 Anspielung auf das 1847/48 entstandene *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), das mit dem Aufruf schließt: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) [9]1974, S. 459-493, hier S. 493.

9 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

10 Gemeint ist die Komintern, vgl. Dok. 25, Anm. 20.

menschlicher Gemeinschaften geleistet hat, zerfällt damit über dem Umweg der Bolschewisierung in wenigen Jahrzehnten. Die geistigen Vorarbeiten dazu sind ebenso umfassend wie die wirtschaftlichen.

Beängstigend ist der Grad der schon erreichten allgemeinen kulturellen Zersetzung, der Vernichtung von Glauben und Sitten, von Liebe und Verbundenheit, der Zerstörung unserer Auffassungen von Ehre, Gehorsam und Treue.

Jegliche Autorität soll fallen! Die Vernarrung unserer Kunst, die Verzerrung unseres Schönheitsempfindens, die Verwirrung des klaren logischen Denkens, sie gehören mit in die geistige und seelische Vorbereitung dieser Völker- und Staatenauflösung.

Gleichlaufend mit dem Verfall der politischen und kulturellen Werte schreitet
der Verfall der Wirtschaft[11].

Die allgemeine Unsicherheit, Not und Elend führen hier zur Verzweiflung.

Dieses allmähliche innere Heranreifen der Welt für den Bolschewismus wird noch begünstigt durch die Blindheit, ja durch den Wahnwitz all der sogenannten "Staatsmänner", die
mit bürgerlichen Scheuklappen behängt
diesem furchtbaren Phänomen ebenso ahnungslos wie unfähig gegenüberstehen.

Der *Zusammenbruch* ist damit nur mehr eine Frage der Zeit und der für ihn günstigen Umstände.

Die *Folgen* des dann entstehenden Chaos müssen vernichtende sein.

Eine unabsehbare Zeit der Barbarei, ja eine Rückentwicklung der Menschheit mit kaum faßbarem Elend, jahrhundertelanger Rückschritt auf allen Gebieten werden das letzte Ergebnis sein.

Dieser furchtbaren Entwicklung ist bisher nur ein Volk bewußt entgegengetreten. Durch einen jener seltenen Männer der Weltgeschichte[12]*, denen Generationen zu Dank verpflichtet sind, hat das italienische Volk im Faschismus ein sein gesamtes Leben neu gestaltendes und beherrschendes Ideal gefunden*[13]*. Dort sehen wir den einzigen Staat und das einzige Volk, die den bürgerlichen Liberalismus und bürgerlichen Klassenstaat überwanden und damit die innere Voraussetzung zur Überwindung und Ausrottung des Marxismus schufen!*

Unsere bürgerlichen Partei-Politiker und unsere bürgerlichen Minister haben von den ungeheuren Gefahren, die der Welt drohen, keine Vorstellung.

13 Jahre lang haben diese Herren immer wieder das Ende des Bolschewismus prophezeit, in Deutschland den Kommunismus für überwunden erklärt oder zumindest vermeint, ihn durch Notverordnungen, durch Polizeistrafen, durch Gefängnis und Zuchthaus ausrotten zu können[14].

Sie erreichen das *Gegenteil!*

Von einigen zehntausend Spartakusmenschen im Jahre 1918 ist die kommunistische Sektion der bolschewistischen Internationale in Deutschland nunmehr auf über 6 Millionen angewachsen[15].

---

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

12 Gemeint ist Benito Mussolini.

13 Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Dok. 4, Anm. 21.

14 Zu den staatlichen Maßnahmen gegen die KPD, die von der deutschen Justiz als eine generell staatsfeindliche Partei bewertet wurde, vgl. Gusy, Weimar, S. 117 f., 122 ff., 177 f., 352 ff.

15 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im August 1921 157.613 zahlende Mitglieder an. Nachdem ihre Mitgliederzahl im April 1924 ihren Tiefstand mit 121.394 erreicht hatte, stieg die Zahl der

Daß damit das [*Deutsche*] Reich als ein wirklicher Machtfaktor nicht mehr anzusehen ist, wurde weder von den früheren Regierungen begriffen, noch wird es von der derzeitigen verstanden. *In einem Staat, der in seinem Inneren 6 Millionen Kommunisten, 7 1/2 Millionen Sozialdemokraten und 6 Millionen weitere mehr oder minder pazifistisch verseuchte Elemente besitzt* [16]*, sollte man besser nicht mehr von "Gleichberechtigung" und auch nicht mehr von "Aufrüstung" reden* [17].

Denn entscheidend für die Stärke eines solchen Staates ist nicht seine theoretische Gleichberechtigung oder äußere Rüstung, sondern seine bereits vollzogene Abrüstung der inneren nationalen Kraft, die in der Willenseinheit und Willensentschlossenheit ihren Ausdruck findet! Wenn diese fehlen, können sie durch nichts Äußerliches ersetzt werden. Denn der deutsche Zusammenbruch im November 1918 ist ja nicht erfolgt infolge eines Mangels an *technischen Waffen* oder des Fehlens *militärischer Organisationsmöglichkeiten*, sondern nur als *Folge unserer inneren Zersetzung* [18]. Diese innere Zersetzung aber war im Jahre 1918 eine *krisenhafte* - heute ist sie eine *chronische*. Daher ist ihre Überwindung die allererste und wichtigste Voraussetzung für jeden deutschen Wiederaufstieg.

Diese aber kann weder erfolgen durch Rehabilitierung der alten vermoderten bürgerlichen Parteien, noch durch Einsetzung bürgerlicher Wunschregierungen und präsidialer Minister, sondern ausschließlich durch eine Bewegung, die die allgemeinen weltanschaulichen und damit auch politischen Voraussetzungen für die Regeneration des deutschen Menschen schafft und in ihr selbst schon den kommenden Zustand wesentlich verkörpert.

Sie muß daher aber ebenso entschlossen, intolerant und ewig angriffsfreudig sein wie ihre Gegner!

Versagt sie darin, oder glaubt sie, die klare Ausschließlichkeit ihres Wollens durch halbe - aus vermeintlichen taktischen Klugheiten geborene - Maßnahmen ersetzen zu können, so beraubt sie sich selbst ihrer Mission.

Denn Deutschland ist heute das von dieser Weltkrise zunächst und am meisten betroffene Land.

In keinem Kulturvolk ist der Grad der Zersetzung auf allen Gebieten ein größerer als bei uns. Religiös, weltanschaulich, politisch, moralisch, kulturell, überall sehen wir das Wirken des intellektuellen Bolschewismus in erschreckender Deutlichkeit vor uns. Wenn aber in anderen

---

KPD-Mitglieder auf 176.000 im Dezember 1930, ein Jahr später auf 246.525. Am Ende des Jahres 1932 verfügte die KPD über 360.000 eingeschriebene und über rund 252.000 zahlende Mitglieder. Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 87.

Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 589.454 Wahlberechtigte (2,1%) für die KPD; bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930, 31.7. und 6.11.1932 steigerte sich die Zahl der KPD-Wähler von 4.592.090 (13,1%) auf 5.369.708 (14,5%) und schließlich 5.980.614 (16,9%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

16 Anspielung auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6.11.1932; vgl. Dok. 61, Anm. 2.

17 Vgl. Dok. 80, Anm. 18 sowie Dok. 15, Anm. 52.

18 Seit der Tankschlacht bei Villers-Cotterêts am 18.7.1918 rissen die schweren militärischen Rückschläge der deutschen Westfront nicht mehr ab. Am 28.9.1918 mußte der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff, der Reichsregierung empfehlen, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, da die deutsche Front kurz vor ihrem völligen Zusammenbruch stehe. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 654 ff.

Ländern die bolschewistische Aktivität sich in erster Linie noch immer vorsichtig auf Propaganda beschränkt, dann wirkt sie in Deutschland außerdem bereits als *brachiale Gewalt.*

Der Terror der bolschewistischen Mord-Organisationen ist unerträglich geworden. Zehntausende hat allein unsere Bewegung an Toten und Verletzten zu beklagen, die der roten Tscheka zum Opfer gefallen sind [19].

Ebenso ist die Wirkung der unser Volk erfassenden wirtschaftlichen Not schlimmer als in anderen Ländern [20]. Das Verbrechen der Novemberverräter vom Jahre 1918 trägt jetzt seine traurigen Früchte. 13 Jahre lang haben die am deutschen Unglück gemeinsam schuldigen marxistischen Landesverräter und bürgerlichen Schwächlinge vom *"Aufbau der Wirtschaft"* geredet, von der *"Rettung Deutschlands durch die Wirtschaft"* gesprochen, in Wahrheit aber unser Volk in immer größere Not und Verelendung hineingeführt. 13 Jahre lang sollten bald der Marxismus, bald wieder die internationale Hochfinanz Deutschland helfen. Aber gerade diese beiden, die 13 Jahre lang miteinander verbunden Arm in Arm gingen, haben gemeinsam Deutschland zerstört, unsere Wirtschaft vernichtet und unser Volk verelendet. Dieser ungeheuren Not gegenüber kann nur eine gewaltige Abwehr nützen.

Wehe, wenn unsere Bewegung jemals den Grad ihres Kampfes bemessen würde am "Kampf" unserer bisherigen bürgerlichen deutschen Parteien. Sie könnte vielleicht im Augenblick Mitläufer gewinnen, die einzig entschlossenen Kämpfer aber würde sie verlieren!

Getreu dieser ihrer Mission trat unsere Partei in das Jahr 1932 mit dem festen Entschluß ein, ihren 12jährigen *Kampf um den deutschen Menschen* weiterzuführen.

Am 1. Januar 1932 schrieb ich in meinem Aufruf an die Parteigenossen, daß dieses Jahr eine Wende für Deutschland werden müsse [21].

Und tatsächlich hat sich unsere Bewegung in nicht weniger als 12, zum Teil beispiellosen Wahlkämpfen [22] *von der unterdrückten und verfolgten, scheinbar ohnmächtigen Partei zum ersten politischen Faktor des Reiches erhoben.*

Parteigenossen und Parteigenossinnen, ermeßt selbst die Größe dieses Wandels!

Zu Beginn dieses Jahres Redeverbote, Versammlungsverbote, Uniform-Verbote [23], ja das Verbot der SA [24] und am Ende des Jahres von der Ehre bedacht, Regierungspartei zu werden!

---

19 Zu den gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik vgl. etwa Eve Rosenhaft, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der "Dritten Periode", 1929-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 394-421; Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: ebda., S. 422-440; Johann Wachtler, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929-1933, Frankfurt a. M. 1983; Longerich, Die braunen Bataillone, S. 116 ff.; Bessel, Political Violence, S. 75 ff.; Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993. Ferner Dok. 75.

20 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

21 Druck: Bd. IV/3, Dok. 1; vgl. auch Bd. IV/2, Dok. 100.

22 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

23 Erste Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 Uniformen für politische Verbände generell verboten. Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten, versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot auf der Grundlage von

Aber nicht nur das!

In einer Anzahl unerhörter Wahlschlachten ist die Kraft der Sozialdemokratie und ihrer Verbündeten endgültig gebrochen worden[25]*!*

Es ist das Verdienst unserer Bewegung, damit die Epoche dieses in Wirklichkeit doch nur *vertarnten Kommunismus* abgekürzt und wohl auch beendet zu haben.

Allein auch auf der anderen Seite der Nation ist Klarheit geschaffen.

Die bürgerlichen Partei-Erscheinungen der Mitte wurden fast vollständig aufgerieben[26].

In Deutschland haben sich eindeutige Fronten gebildet!

---

§ 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 durchzusetzen. Daraufhin erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) erneut Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Schließlich vereinheitlichte die Reichsregierung in der *Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten* vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen und Abzeichen für *alle* deutschen Länder. Mit der Aufhebung des Verbots der nationalsozialistischen Wehrverbände am 16.6.1932 durch die Regierung Papen wurde auch dieses Uniformverbot wieder rückgängig gemacht. Da Bayern und Baden daraufhin landesweite Uniformverbote aussprachen, legte die *Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen* vom 28.6.1932 fest, daß derartige Verbote von den Landesbehörden "nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr" verhängt werden dürften. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 593 mit Anm. 2; Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Dok. 24, 26, 27, 31, 38, 40, 41, 55; Pyta, Gegen Hitler, S. 294 ff., 341 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 610 ff., 887 ff. Druck der Verordnungen des Reichspräsidenten: RGBl. 1931, I, S. 79 ff., 743 f.; 1932, I, S. 297 ff., 339, 548 ff.

24 Vgl. Dok. 17, Anm. 9 und Dok. 21, Anm. 27.

25 Die SPD erzielte während der Weimarer Republik ihr nominal bestes Wahlergebnis bei der Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 (11.509.048 Stimmen; 37,9%), ihr nominal schlechtestes Ergebnis bei der Reichstagswahl vom 4.5.1924 (6.008.905 Stimmen; 20,5%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt sie 8.577.738 Stimmen (24,5%), bei der vom 31.7.1932 7.959.712 Stimmen (21,6%) und bei der vom 6.11.1932 7.251.690 Stimmen (20,4%). Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff. Ferner Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 539.

26 Die Wahlergebnisse der beiden liberalen Parteien DDP (seit 1930: DStP) und DVP verschlechterten sich während der Weimarer Republik beinahe kontinuierlich: Hatte die DDP bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 5.641.825 Stimmen (18,6%) ihr mit Abstand bestes Ergebnis erreicht, so erhielt sie bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 noch 1.322.385 Stimmen (3,8%), bei der vom 31.7.1932 373.339 Stimmen (1,0%) und bei der vom 6.11.1932 gerade noch 338.609 Stimmen (1,0%). Die DVP erreichte ihr bestes Wahlergebnis - etwas später als die DDP - bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 mit 3.919.446 Stimmen (13,9%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt sie 1.659.774 Stimmen (4,7%), bei der vom 31.7.1932 436.002 Stimmen (1,2%) und bei der vom 6.11.1932 660.889 Stimmen (1,9%).
Dagegen erwiesen sich die Wahlergebnisse von Zentrum und BVP als verhältnismäßig stabil: In der Weimarer Republik erreichte das Zentrum sein nominal günstigstes Wahlergebnis - noch unter der Bezeichnung Christliche Volkspartei - bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 mit 4.835.018 Stimmen (15,9%), sein nominal schlechtestes bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 3.712.152 Stimmen (12,1%). Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt das Zentrum immer noch 4.127.910 Stimmen (11,8%), bei der vom 31.7.1932 4.589.430 Stimmen (12,5%) und bei der vom 6.11.1932 4.230.545 Stimmen (11,9%). Die BVP erzielte ihr nominal bestes Wahlergebnis sogar bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 mit 1.350.047 Stimmen (3,7%), bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930, bzw. vom 6.11.1932 stimmten 1.059.141 (3,0%), bzw. 1.206.247 Wähler (3,4%) für diese Partei. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44, 67 ff. Ferner Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 539, mit teilweise abweichenden Angaben.

So sind wir in einem Jahr zur größten Partei Deutschlands emporgestiegen und haben diese Stellung gehalten[27].

Die Regierung Brüning-Wirth-Groener wurde gestürzt[28], *die Regierung Papen überwunden*[29].

Wäre die letzte Reichstagswahl nur vier Wochen später gewesen, wir hätten einen neuen und noch größeren Erfolg errungen. Denn auch dieses Mal haben sich meine Prophezeiungen mehr als zu hundert Prozent erfüllt.

Der untaugliche Versuch der Regierung von Papen, die Not des deutschen Volkes und die Not der deutschen Wirtschaft mit ihren bekannten Verordnungen zu beheben[30], *ist, wie vorhergesagt, gescheitert.*

Der Versuch der Regierung Schleicher, dieses Programm weiter fortzuführen, wird noch mehr mißlingen!

Es wird sich damit erweisen, daß auch die Absicht, den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung durch schein-nationale Zwischenlösungen zu verhindern[31], *an der ehernen Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zerschellt.*

Meine Parteigenossen!

13 Jahre lang kämpfen wir so gegen immer die gleichen Gegner.

Und 13 Jahre lang ist daher auch ihr Haß gegen uns gleich geblieben. 13 Jahre lang wandten sie alle erdenklichen Mittel und Methoden an, unsere Bewegung zu schädigen und wenn möglich zu vernichten.

Wer von Euch erwartet nun, daß sie heute dieser ihrer innersten Absicht plötzlich entsagen würden?

Sie wollen es nicht und können es nicht!

Als ich vor 13 Jahren mit einer Handvoll Kameraden dieser Bewegung das Leben gab[32], versuchte man, sie und mich *totzuschweigen*.

Als dieses nichts fruchtete, begann man uns zu *verspotten* und *lächerlich* zu machen.

Als auch hier der Erfolg ausblieb, griff man zu Lügen und Verleumdungen. Jahrelang logen diese marxistischen und bürgerlichen Politiker und Zeitungen miteinander um die Wette, stellten uns bald als Narren hin und bald als Verbrecher - und konnten ihr Ziel doch nicht erreichen!

---

27 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

28 Vgl. Dok. 4, Anm. 6.

29 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.

30 Vgl. Dok. 5, Anm. 3. Ferner Dok. 17, Anm. 4 sowie Dok. 28, Anm. 7 und 8.

31 In seiner Regierungserklärung vom 4.6.1932 verkündete Reichskanzler von Papen, die Opfer, die nun vom deutschen Volk verlangt würden, könnten nur ertragen werden, "wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte, zu finden". Am 4.11. wiederholte Papen im Rundfunk, daß sich Hitler am 13.8. der Aufgabe verweigert habe, eine 'Regierung der nationalen Konzentration' zu bilden.
Reichskanzler von Schleicher, der am 15.12.1932 im Rundfunk sein Regierungsprogramm vorgestellt hatte, verzichtete auf derartige Schlagworte, richtete aber "an Verbände, Gruppen und Parteien" die Mahnung, "daran zu denken, daß sie nicht Selbstzweck sind und ihre Daseinsberechtigung verlieren, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen". Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 98 f.; S. 194 ff., hier S. 195; S. 223 ff., hier S. 230.

32 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

Und so kam dann
die Zeit des Terrors
in den Versammlungen, auf Straßen und Plätzen, in Werkstätten und Fabriken.
Unser Vormarsch aber wurde nicht gehemmt.

Nun suchte man nach einem neuen Mittel: Die Behörden wurden gegen uns mobil gemacht. Die Zerstörer des alten Reiches begannen nun plötzlich von *"Staatsautorität"* zu reden[33], vom Ausland bestochene Kreaturen spielten sich als Hüter des "nationalen Gedankens" auf, die Gerichte wurden gegen die Partei gehetzt und Verbote über Verbote erlassen. *Verbote unserer Presse. Verbote unserer Versammlungen, Verbote unserer Aufmärsche, Verbote von Ortsgruppen,* ja endlich *Verbote unserer Bewegung in ganzen Ländern!* Ein Typ von Staatsgewalt wurde gefunden, der die Aufgabe seines Lebens in der Verfolgung unserer Partei, und damit der deutschen Freiheitsbewegung erblickte[34]. Das System aber belobte die Richter, die diesen Geist der Zeit sinnvoll in ihrem Urteil wiedergaben.

Die *Gefängnisse* begannen sich mit Nationalsozialisten zu füllen.
Die Bewegung aber hat alles überstanden!
Nichts störte ihren Lauf!

Da führten sie den *schwersten* Schlag:
Am 11. November 1923 und in den folgenden Tagen wurde für das gesamte deutsche Reichsgebiet die nationalsozialistische Partei verboten[35]*!*

Eine traurige Zeit! Ich saß in der Festung[36], viele meiner Kameraden desgleichen, andere waren im Gefängnis und wieder andere lebten als Flüchtlinge im Exil[37]. Unter einer neuen "Reichsführerschaft"[38] schien das Erbe der von mir geschaffenen Bewegung endgültig zu zerfallen[39].

---

33 Vgl. Dok. 5, Anm. 4.
34 Vgl. Dok. 103, Anm. 6.
35 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.
36 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.
37 Prominentestes Beispiel war in dieser Hinsicht Hermann Göring, der nach dem mißglückten Putsch vom 8./9.11.1923 zunächst schwerverletzt in ein Innsbrucker Krankenhaus geflohen war und sich Ende April 1924 nach Italien absetzte, um der drohenden Ausweisung zu entgehen. Während seines einjährigen italienischen Exils gelang es Göring jedoch nicht, eine weitergehende Unterstützung durch die italienischen Faschisten zu erhalten; enttäuscht reiste er im Frühjahr 1925 nach Schweden. Erst die politische Amnestie von 1926 ermöglichte es Göring, im Herbst 1927 nach Deutschland zurückzukehren. Vgl. Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 9 ff.
38 Nach dem Verbot der NSDAP - in Bayern am 9.11.1923, im Deutschen Reich am 23.11.1923 - war am 7.1.1924 in Bayern der Völkische Block unter der sog. Reichsführerschaft von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe entstanden. Gegen Hitlers Rat schloß sich dieser mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich im Oktober 1922 von der DNVP abgespalten hatte, auf dem sog. Einigungsparteitag in Weimar (15.-17.8.1924) zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB) bzw. Nationalsozialistischen Freiheitspartei zusammen, die bei der Reichstagswahl und preußischen Landtagswahl am 7.12.1924 lediglich 14 Sitze im Reichstag und 11 Sitze im preußischen Landtag erhielt. Nach der Wiedergründung der NSDAP am 26.2.1925 separierte sich die Deutschvölkische Freiheitspartei wieder unter der Bezeichnung Deutschvölkische Freiheitsbewegung. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 118 ff. Weitere Dokumente bei Georg Franz-Willing, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977, S. 191 ff.
39 Es fällt auf, wenn Hitler zum erstmals öffentlich gegen die sog. Reichsführerschaft polemisiert. Mit Graefe hatte er schon längst gebrochen und auch zu Ludendorff war er in einen immer schärferen Gegensatz geraten, wobei

Die jüdische Presse begann damals zu frohlocken: *"Die nationalsozialistische Bewegung - eine gewesene Erscheinung." "Eine überwundene Gefahr." "Der Nationalsozialismus tot!"* ...

Am 20. *Dezember* 1924 wurde ich nach 13 Monaten aus der Festung entlassen und kam zurück mit dem unerschütterlichen Entschluß, die teure Bewegung erneut zu gründen, die Partei abermals ins Leben zu rufen.

Zwei Monate später, am 27. Februar 1925, forderte ich die Getreuen auf, sich wieder unter der alten Fahne zu sammeln[40]. Unser Kampf begann damit aufs neue, und der Widerstand unserer Gegner setzte noch schärfer ein als zuvor.

Mir selbst wurden, um mich mundtot zu machen, jahrelange Redeverbote auferlegt[41]. Jeder Landesverräter durfte Deutschland schänden[42], auf Universitäten konnte die Nation in ihrer Ehre beleidigt werden[43] - die Ehrenmänner unserer bürgerlichen und marxistischen Regierungen

---

Hitler hier jeden offenen Schlagabtausch vorsichtig zu vermeiden suchte. Im Gegensatz dazu hatte Hitler zu diesem Zeitpunkt immer noch die Hoffnung, Straßer doch noch wiederzugewinnen. Seine Kritik bot ihm die Möglichkeit zu einem verdeckten Angriff auf Straßer, ohne vorerst jedoch - wie in den vergangenen Tagen auch - seinen Namen erwähnen zu müssen. Zu Hitlers Auseinandersetzung mit Graefe vgl. Bd. I, Dok. 12, 106, 107, 109-111; Bd. II/1, Dok. 49, 66; Bd. II/2, Dok. 242, 279; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13. Zu seinem Konflikt mit Ludendorff vgl. Bd. I, Dok. 12, 70, 89; Bd. II/1, Dok. 9, 75; Bd. III/1, Dok. 73; Bd. III/2, Dok. 4, 111.

40 Die NSDAP wurde von Hitler am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. Bd. I, Dok. 1-4 und 6.

41 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in den Ländern Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis März 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lippe (seit März 1926), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) öffentliches Redeverbot. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

42 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vorgesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat betraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

43 Der Nationalsozialismus war vor 1933 in keiner gesellschaftlichen Gruppe so stark verankert wie unter den Studenten. Schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung konnten diese eine derart massive Hetzpropaganda entfalten, daß einige politisch andersdenkende Dozenten ihre Ämter verloren. Verwiesen sei auf die beiden folgenden Fälle, die 1932 besonders großes Aufsehen erregten:
Günther Dehn (1882-1970) wurde 1931 als Professor für praktische Theologie an die Universität Halle berufen. Da Dehn, seit 1928 Mitglied der SPD, pazifistische Vorstellungen vertrat und jede militärische Instrumentalisierung der Kirche entschieden ablehnte, entfesselten NSDStB und andere rechtsradikale Studentengruppierungen einen solchen Terror, daß Dehn schon nach dem SS 32 für ein Jahr beurlaubt und 1933 ganz entlassen wurde. Vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 217 ff.; Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991, S. 82 ff.
Ähnliche Tumulte brachen zum WS 32/33 an der Universität Breslau los, als Ernst Cohn (1905-1976) auf den Lehrstuhl für Bürgerliches und Handelsrecht berufen wurde. Während das preußische Kultusministerium und die Universität zunächst die Lehrtätigkeit des jüdischen Professors selbst unter Einsatz eines massiven Polizeiaufgebots verteidigten, begann die Universität von Cohn abzurücken, nachdem er bei einem Interview die Frage vorsichtig bejaht hatte, ob Leo Trotzki in Deutschland Asyl gewährt werden könne. Nach dem 30.1.1933 wurde Cohn sofort entlassen und emigrierte nach Großbritannien. Vgl. Heiber, Universität, Teil 1, S. 115 ff.

hatten dagegen nichts zu sagen. Aber Dutzenden weiterer Führer der deutschen Freiheitsbewegung wurde der Mund verschlossen. Die Verfolgung der Presse war kaum mehr zu ertragen, Recht und Gesetz schienen für Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt. Minderwertige Subjekte in Amtsstellungen mißhandelten die idealistischen Kämpfer für eine bessere deutsche Zukunft.

Trotzdem, es war alles umsonst! Die totgesagte Partei erhob sich von neuem und wurde stärker als vorher.

Nun setzte der blutigste Terror ein.

Hunderte und endlich Tausende von Nationalsozialisten wurden niedergeschlagen, niedergestochen und endlich niedergeschossen. Aus dem Hinterhalt überfiel das feige Mordgesindel unsere Parteigenossen, alleingehende SA- und SS-Männer[44]. *Selbst vor der Jugend machten diese Verbrecher nicht halt*[45]. *Die Behörden aber waren blind. Kaum einer von den Mordgesellen wurde wirklich bestraft, ja nur ein Bruchteil überhaupt festgenommen*[46]. *Statt dessen wurde die Selbsthilfe und die Notwehr unserer Parteigenossen vor den Gerichten um so unbarmherziger geahndet.*

Um unsere *350 toten Nationalsozialisten*, um unsere *30.000 Verletzten* krähte kein Hahn[47]. Die bürgerliche Journaille fand es nicht für nötig, im Namen der bürgerlichen Gerechtigkeit gegen diese Verbrechen Front zu machen[48]. Nur, als unsere Parteigenossen zur Gegenwehr

---

44 In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370.
Zum Gewaltpotential der politischen Wehrverbände vgl. Anm. 19 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation "Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

45 Die parteiamtliche Statistik der NSDAP verzeichnete bis Ende 1932 sieben Angehörige der Hitler-Jugend, die bei politischen Auseinandersetzungen den Tod gefunden hatten: Paul Thewellis († 23.1.1931), Gerhard Liebsch († 26.5.1931), Hans Hoffmann († 17.8.1931), Johannes Mallon († 3.9.1931), Herbert Norkus († 24.1.1932), Georg Preiser († 7.2.1932), Werner Gerhardt († 30.6.1932). Vgl. Goote, Kam'raden, S. 71 ff.; Halbmast, passim.
Nach 1933 nannte die Reichsjugendführung sehr viel höhere Zahlen: Von 1925 bis 1930 seien zwei nationalsozialistische Jugendliche, von 1931 bis 1933 21 Hitler-Jungen und ein BDM-Mädchen bei politischen Auseinandersetzungen getötet worden. Vgl. Brandenburg, Geschichte der HJ, S. 118; Matthias von Hellfeld, Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939, Bielefeld 1987, S. 51.

46 Obwohl der *VB* chronisch über das angeblich zu geringe Strafmaß bei der Verurteilung politischer Gegner räsonierte, berichtete er etwa zu Beginn des Jahres 1932 über eine Reihe von Prozessen, in denen hohe Haftstrafen gegen Kommunisten ausgesprochen wurden, denen die Tötung oder Verletzung von Nationalsozialisten zur Last gelegt wurde. Erwähnt seien die folgenden Todesfälle: Theodor Sanders († 4.12.1930, Höchststrafe: 9 Jahre und ein Monat Zuchthaus), Fritz Felgendreher († 14.3.1931, Höchststrafe: 10 Jahre, drei Monate Zuchthaus), Fritz Tschierse († 25.5.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus), Martin Martens († 11.11.1931, Höchststrafe: 15 Jahre Zuchthaus). Vgl. hierzu die Berichterstattung im VB vom 21.1., 23.1., 28.1., 29.1., 31.1., 24.2. 1932. Ferner Gusy, Weimar, S. 354 ff.

47 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1932 insgesamt 198 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum zwischen Januar und Dezember 1932 verzeichnet die parteiamtliche Statistik 86 Tote. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 14.005 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast, S. 58 ff.; Longerich, Bataillone, S. 122.
Zu den individuellen Hintergründen dieser Todesfälle vgl. z. B. Dok. 75. Vgl. ferner Anm. 19 und 44-46.

48 In der bürgerlichen Presse - etwa im *Berliner Tageblatt*, in der *Frankfurter Zeitung*, der *Germania* und der *Vossischen Zeitung* - wurde in jenen Jahren ausführlich und permanent über die Opfer der politischen Gewalt

schritten, da wurden diese Ehrenmänner plötzlich lebendig, und ein neues Kesseltreiben gegen die verfolgte Bewegung setzte ein.

Wieder wanderten Hunderte von Parteigenossen in die Gefängnisse - die Angreifer liefen frei herum. In Berlin versuchte ein betrunkenes Subjekt, eine Versammlung zu stören und wurde aus ihr hinausgewiesen. Der Erfolg war, daß nun ein ganzer Gau unserer Bewegung auf zwei Jahre verboten wurde[49]!

So war es überall!

Und trotzdem: Unaufhaltsam war der Vormarsch der Bewegung.

Nun setzt ein System *polizeilicher Schikanen* ein, ebenso lächerlich wie empörend: *Hoheitszeichen werden abgenommen, Abzeichen verboten, Flaggen beschlagnahmt, Hemden ausgezogen, Mützen untersagt, Schlipse beanstandet, braune Stiefel konfisziert, Hosen auf offenen Straßen und Plätzen zum Hohn der Umgebung heruntergerissen* [50]. *Alle öffentlichen Aufzüge werden untersagt, Propaganda-Märsche verboten, Mitglieder-Versammlungen aufgelöst, Sprechabende polizeilich überwacht;* was immer nur das Hirn eines marxistischen Subjektes sich auszudenken vermochte, hat in der Welt bürgerlicher Charakterlosigkeit eifrige beamtete Mithelfer gefunden.

Der Geist der Bewegung aber ging als Sieger hervor! Der brave politische Kämpfer der Partei, der unerschütterliche SA- und SS-Mann, die Tausende unserer Redner, sie haben auch das alles erduldet und überwunden.

Als selbst diese Mittel nichts fruchteten, griff man schließlich zum niederträchtigsten. Was liegt den November-Verbrechern des Jahres 1918 und ihrem Anhang auch wohl näher, als das Mittel an unserer Bewegung zu versuchen, das sie selbst einst gegen Deutschland angewendet hatten. So, wie sie selbst als Verräter für fremden Sold im Innern die deutsche Kraft zerstörten, so suchten sie nun die Verräter in unseren Reihen. Und immer wieder schrie diese Judenpresse in letzter Hoffnung auf, wenn sie meinte, endlich den gefunden zu haben, der die verhaßte Partei nunmehr von innen stürzen würde. Jahr für Jahr schrieb sie von *"Zersetzung"*, von *"Zersplitterung"*, von *"Revolten und Aufständen"*, von *"Zusammenstößen und Meutereien"*, von *"Führer-Streitigkeiten"*[51] - immer in der Hoffnung, von einer solchen Lügenflut unterstützt, den nationalsozialistischen Riesen am Ende doch noch aushöhlen und sprengen zu können[52].

---

berichtet, allerdings sehr viel umfassender und ausgewogener als in den einschlägigen nationalsozialistischen Blättern. Vgl. in diesem Zusammenhang Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

49 Der Gau Berlin der NSDAP wurde in der Zeit vom 6.5.1927 bis 31.3.1928 wegen zahlreicher Provokationen verboten. Den letzten Anlaß bildete die Mißhandlung des evangelischen Pfarrers Fritz Stucke, der am 4.5.1927 den Mut besessen hatte, in einer Versammlung der NSDAP öffentlich eine andere Meinung zu äußern. Vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118, hier S. 90, 118. Weitere Angaben aus nationalsozialistischer Sicht: Joseph Goebbels, Kampf um Berlin. Der Anfang, München 1932, S. 144 ff.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 33 f.

50 Wie Anm. 23.

51 Der Konflikt zwischen Hitler und Gregor Straßer war beileibe nicht die erste schwerwiegende interne Auseinandersetzung innerhalb der nationalsozialistischen Führung. Vgl. hierzu Dok. 21, Anm. 32.

52 Wie die NSDAP an der Jahreswende 1932/33 eingeschätzt wurde, verdeutlichen die folgenden Pressezitate: Berliner Tageblatt vom 23.12.1932 ("Angst vor dem Ziel): "[...], Hitler wird die 51 Prozent, auf die er spekuliert, nie erreichen, weil er aus Angst vor dem Ziel vorzeitig einem kühnen Entschluß ausgewichen ist; denn so töricht sind die Führer der nationalsozialistischen Bewegung nicht, daß sie nicht wüßten, wie wenig sie von

Regierungsfonds wurden verwendet, um Subjekte in der Partei für ihre Tätigkeit zu honorieren[53]*, Winkelblättchen entstanden und konnten in Hunderttausenden von Auflagen gratis erscheinen und verteilt werden, nur weil sie als maskierte nationalsozialistische Zeitungen die Bewegung angriffen und damit zu vernichten schienen*[54]*. Millionen und abermals Millionen an Flugblättern und an Zersetzungsschriften wurden gedruckt und versandt*[55]*. Nichts war zu dumm, als daß man nicht glaubte, es zur inneren Zerstörung und Auflösung der nationalsozialistischen Partei verwenden zu können.*

Und doch auch hier kein Erfolg.

---

ihren Versprechungen einlösen könnten, wenn sie wirklich zur Macht kämen."; Frankfurter Zeitung vom 1.1.1933 ("Ein Jahr deutscher Politik"): "Der gewaltige nationalsozialistische Angriff auf den demokratischen Staat ist abgeschlagen und durch einen mächtigen Gegenangriff aus der Sphäre Papen-Schleicher beantwortet worden, der zwar manche Anforderungen an unsere Nerven stellte und manchen Schaden mit sich brachte, der aber in die Reihen der NSDAP große Verwirrung getragen hat." Vossische Zeitung vom 1.1.1933 ("Jahr der Entscheidung"): "Ebenso begründet ist die Feststellung der Hugenberg-Claß-Duesterberg-Front, daß der Hitlerismus in 'unaufhaltsamem Niedergang' sei, in 'rapidem Abstieg', in eine 'Totalkrise', die den Kopf, die Glieder, die Wählermassen erfaßt habe."; Vorwärts vom 2.1.1933 ("Der Weg eines Jahres"): "Ein Niedergang, wie er vor allem in seinen Erscheinungen nach außen in solchem Umfang noch bei keiner politischen Bewegung erlebt wurde, ist festzustellen. [...] Aber wir geben uns keinem trügerischen Optimismus hin. Wir wissen, daß die Hitlerei noch keineswegs zu Ende ist und daß sie auch heute noch von einflußreichen Stellen her unterstützt wird."; Simplicissimus vom 8.1.1933 ("Und nun? - "): "Geht mit euren Horoskopen, denn ihr prophezeitet schlecht! Pessimisten, Misanthropen haben leider meistens recht. Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses 'Führers' Zeit ist um!" Vgl. auch Die "Machtergreifung". Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933. Hrsg. von Wieland Eschenhagen, Darmstadt 1982, S. 27 ff.

53 Eine versteckte Anspielung auf den ehemaligen OSAF-Stellvertreter Ost Walter Stennes, der nach seiner Revolte gegen Hitler am 2.4.1931 aus der NSDAP ausgeschlossen worden war. Nachdem in der nationalsozialistischen Presse der Vorwurf erhoben wurde, Stennes sei Polizeispitzel gewesen - so etwa in *Der Angriff* vom 4.4.1931 ("Wer ist Herr Stennes? Polizeihauptmann *außer* oder *im* Dienst??") und im *VB* vom 5./6./7.4.1931 ("Stennes ein Mitarbeiter Grzesinskis!") - klagte Stennes gegen Hitler. Das Verfahren, das am 16.1.1932 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, endete jedoch mit einem Freispruch Hitlers. Vgl. Anm. 51 sowie Bd. IV/3, Dok. 9.

54 Anspielung auf die am 1.3.1926 gegründete Kampf-Verlag G.m.b.H., Berlin, dem ursprünglich publizistischen Sprachrohr des linken Flügels der NSDAP. Da der Verlag Otto Straßer zu großen Teilen gehörte, konnte er nach seinem Ausschluß aus der NSDAP am 4.7.1930 diese Publikationsmöglichkeit für die von ihm nun geführte Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten einsetzen; auf Hitlers Angebot vom 21./22.5.1930, den Kampf-Verlag für 120.000 RM abzukaufen, ging Straßer nicht ein. Der Rückgang der Straßer-Presse seit Sommer 1930 führte jedoch bereits am 1.10.1930 zur Schließung des Kampf-Verlags und zur Gründung eines neuen Verlagshauses mit dem Namen *Der Nationale Sozialist*, dessen wichtigstes Organ zunächst seine gleichnamige Tageszeitung, seit 1931 die Wochenzeitung *Die Deutsche Revolution* wurde, deren Auflagenhöhe 10.000 Stück aber ebenfalls nie überstieg. Angesichts der geringen politischen Wirkung und der permanenten Streitigkeiten im Lager der nationalsozialistischen Renegaten wurde der Verlag im Sommer 1931 nochmals umbenannt in *Die schwarze Front*, der seit 6.9.1931 die gleichnamige Zeitung publizierte. Sie vertrat Otto Straßers Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, aber auch rechtsradikale Splitterorganisationen wie die Stennes-Gruppe, das Revolutionäre Landvolk, den Wehrwolf und den Tat-Kreis. *Die Deutsche Revolution* erschien weiterhin, jedoch als Organ der von der Straßer-Gruppe abgespaltenen Kampfgemeinschaft Deutscher Revolutionäre. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 25 f., 31 f., 48 ff., 94 ff., 102 ff., 149; Stein, NS-Gaupresse, S. 62 ff., 195. Ferner Bd. III/3, Dok. 70.

55 Zu den zeitgenössischen Analysen durch Hitlers Gegner vgl. etwa Pyta, Gegen Hitler, S. 23 ff.; Schreiber, Hitler, S. 38 ff.; Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, passim.

Jeder, der der Bewegung untreu wurde, Disziplin und Gehorsam brach, war vom nächsten Tag an ein politisch toter Mann.

Die unerschütterliche Treue des kleinen SA- und SS-Mannes, die Treue des kleinen Parteigenossen, ließen alle diese Versuche zuschanden werden. Die Disziplin des gesamten Führerkorps war gerade in solchen Zeiten eine unerhörte und vorbildliche.

Das Schauspiel des Novembers 1918 hat sich an der nationalsozialistischen Bewegung nicht wiederholt.

Wen wundert es, daß man nun, als alles und auch dieses nichts nützte, sich endlich entschloß, auch zum *letzten* Mittel zu greifen?

Wir kennen unsere Gegner und kennen [*seine*] *Gedanken:*

"Man beteilige die Partei an der Regierung, so daß sie wohl mit der Verantwortung belastet wird, aber ohne selbst etwas bestimmen zu können. 13 Jahre lang wurde sie so verfolgt und gequält, daß sie sicherlich bei einem solchen verlockenden Angebot innerlich erlöst aufatmen wird. Hat sie erst einmal Ja gesagt, ist sie gefangen. Sie wird dann wohl versuchen, ihre Gedanken durchzusetzen, allein man wird ihr kaltlächelnd, höflich aber bestimmt Nein sagen. Bleibt sie dennoch in der Regierung, gibt sie ihre Mission auf und ist dann keine Gefahr mehr. Geht sie aus der Regierung, verliert sie ihre fanatischen Kämpfer und Anhänger. Denn diese werden nie verzeihen, daß man aus einer Regierung ging, ohne die Macht an sich zu reißen. Die breite Wählermasse aber stimmt ohnehin nur für den, der vom Erfolg gekrönt ist."

Das waren die Spekulationen, die man später in vorlauten Gazetten auch offen zugab[56]*!*

Ich weiß, als ich am 13. August[57] und am 25. November[58] diese Versuche zurückwies, habe ich die vielleicht weittragendsten und schwersten Entschlüsse meines Lebens getroffen.

Ich tat es in der innersten Überzeugung, daß man mit diesen Gegnern keine Vergleiche und keine Kompromisse schließen dürfe, weil ich wußte, daß jeder Kompromiß hier den Keim der

---

56 Vgl. etwa Münchner Neueste Nachrichten vom 1.8.1932: "Zum mindesten muß im Reichstag eine klare Verantwortlichkeit der Nationalsozialisten für die künftige Reichsregierung festgestellt werden, [...]."; Frankfurter Zeitung vom 2.8.1932 (AA), "Nach dem Wahlgang": "Da ihre Alleinherrschaft ebenso ausgeschlossen ist wie ein Putsch, haben sie [*die Nationalsozialisten*] zu wählen zwischen verantwortlicher Mitregierung und der Einflußlosigkeit auf Jahre hinaus. [...] Vielleicht wird eine nationalsozialistische Tolerierungspolitik das Ergebnis sein, vielleicht (und dies ist wahrscheinlicher) wird der Nationalsozialismus, in die Schleichersche Wolle verpackt, alle Freuden und alles Leid staatlicher Verantwortung mit übernehmen müssen."; Vorwärts vom 2.8.1932 (MA), "Das neue Gesicht": "Die *Nationalsozialisten* stehen jetzt auch im Reiche *vor dem Scheidewege*: dem Teufel *der Koalition* den kleinen Finger zu reichen oder - *weiter auf die Mehrheit zu warten*, die trotz aller Erfolge der letzten beiden Jahre in weite Ferne gerückt ist."; Vossische Zeitung vom 2.8.1932, "Der Kanzler zu den Wahlen": "Jedoch gab der Reichskanzler der Überzeugung Ausdruck, daß der Augenblick gekommen sei, wo die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mithelfen müsse." Berliner Tageblatt vom 3.8.1932 (AA), "An der Grenze": "Gewiß, es ist in Zukunft außerordentlich schwer oder ganz unmöglich, an den Nationalsozialisten vorbeizuregieren. Aber - und das ist die andere Seite dieser Feststellung - ebenso schwer oder unmöglich ist es in Zukunft für die Nationalsozialisten, an der Verantwortung vorbei Politik und d. h. Agitation zu machen."; Germania vom 3.8.1932, "Der Weg zum Reichstag": "[...], und es ist der Sinn der mit dem Kabinettswechsel eingeleiteten Entwicklung [...], daß in *dem Verhältnis der Nationalsozialisten zur Reichsregierung künftig nicht nur der Nutzen, sondern auch die Verantwortung sichtbar wird.*" Vgl. auch Dok. 76, Anm. 18.

57 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

58 Zu den Verhandlungen im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

Vernichtung der Partei und damit der deutschen Zukunft in sich trägt, daß in einer solchen Stunde der Geist eines Clausewitz die Bewegung beseelen müsse, sich loszusagen von der falschen Klugheit, zu glauben, einen unversöhnlichen Gegner durch Nachgiebigkeit sich geneigt machen zu können[59].

Ich habe diesen Entschluß aber auch getroffen in der Kenntnis des Wesens unserer treuen und braven Parteigenossen, im Vertrauen, daß sie verstehen werden, daß es für mich persönlich als Mensch und für die meisten meiner Führer leichter sein würde, einen Minister ohne Macht zu spielen, als sich wieder in den Kampf um die Macht zu stürzen. Ich kenne die Not und das Elend so vieler meiner Parteigenossen, verstehe ihre Wünsche und Hoffnungen; allein einem so großen und gewaltigen Feinde gegenüber muß sich die Partei zu einer ebensolchen Größe der Gesinnung erheben.

Möge die nationalsozialistische Bewegung und mögen ihre Führer in solchen Zeiten und angesichts solcher Versuchungen aus der Geschichte der wirklich großen Staaten und Völker für alle Zukunft lernen. Mögen sie in sich die Kenntnisse und Erfahrungen der ewigen Lebensgesetze und der Gesetze des endgültigen Erfolges aufnehmen, die uns gegeben sind und uns überliefert werden in der Geschichte Roms, in der Geschichte Englands oder in der Geschichte Preußens unter dem großen König[60].

Daß Deutschland im November 1918 diesem Geist entsagte, hat uns gebrochen und gedemütigt, geschlagen und verelendet.

Wäre es ihm treugeblieben und den Versuchungen nicht erlegen, wir stünden nach einer kurzen Zeit der Not heute als glückliche und freie Nation vor der Möglichkeit, den deutschen Menschen dank der Kraft und dem ewigen Genius unserer Rasse auch das tägliche Brot zu sichern.

Ich weiß, daß ich wegen dieser meiner eindeutigen Stellungnahme von meinen Gegnern nur doppelt gehaßt werde. *Allein ich glaube auch, daß ich nur solange, als diese mich Schädling nennen, dem deutschen Volke wirklich nützen kann. Und ich möchte den Allmächtigen nur bitten, mich vor der Schande zu bewahren, aus deren Munde einmal den Titel "Staatsmann" verliehen zu erhalten. Denn wer von diesen Geistern und ihrer Presse der Welt als "Staatsmann" gepriesen wird, ist zu allen Zeiten nur der Totengräber seines Volkes gewesen!*

Wenn jemals, dann bin ich gerade heute auf das äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt unserer Bewegung nicht für das Linsengericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Macht zu verkaufen[61]. Der Einwand der Klugen[62], doch von innen heraus und hintenherum und allmählich sich dann durchzusetzen, ist kein anderer als derjenige, der im Jahre 1917 und 1918 riet, uns mit unversöhnlichen Gegnern zu verständigen und dann in einem Völkerbund uns friedlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das deutsche Volk hat sich diesem Rat dank seiner inneren Verräter ergeben. Die unglückseligen Ratgeber des Kaisers glaubten, sich ihm nicht widersetzen zu sollen. *Ich aber werde, solange mir der Allmächtige Leben und Gesundheit läßt, bis zum letzten Atemzuge mich gegen jeden solchen Versuch wehren und weiß, daß*

59 Vgl. Dok. 56, Anm. 29.

60 Gemeint ist Friedrich II., der Große.

61 Anspielung auf 1. Mose 25, 19-34; Esau verkauft sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht an seinen Bruder Jakob.

62 Anspielung auf Gregor Straßer.

ich in dieser Entschlossenheit hinter mir die Millionen Fanatiker und Kämpfer unserer Bewegung besitze, die nicht gehofft, gestritten und gelitten haben dafür, daß die stolzeste und größte Erhebung des deutschen Volkes ihre Mission für ein paar Ministerstühle verkauft!

Denn wenn unsere Gegner uns einladen, in solcher Art an einer Regierung teilzunehmen, dann tun sie es nicht in der Meinung, uns damit langsam und allmählich die Macht zu geben, sondern in der Überzeugung, sie uns damit für immer zu entwinden!

Groß sind die Aufgaben unserer Bewegung für das kommende Jahr. *Die größte Aufgabe aber wird die sein, unseren Kämpfern, Mitgliedern und Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß diese Partei kein Selbstzweck ist, sondern nur ein Mittel zum Zweck*[63]. *Sie sollen erkennen,*

daß die Organisation in ihrer ganzen Größe und Schönheit nur dann einen Sinn und damit eine Lebensberechtigung besitzt, wenn sie die ewig unduldsame und kampfentschlossene Verkünderin und Verfechterin der nationalsozialistischen Idee einer kommenden deutschen Volksgemeinschaft[64] *ist!*

Alles, was diese Bewegung ihr eigen nennt, alles, was sie an Organisationen besitzt, ob in der *SA* oder *SS*, in der *politischen Führung, der Zusammenfassung unserer Bauern und unserer Jugend,* alles das kann nur den *einen* Sinn haben, für dieses neue Deutschland zu kämpfen, in dem es endlich keine Bürger und keine Proletarier mehr geben soll, sondern nur noch *deutsche Volksgenossen.*

Dies ist die größte Aufgabe, die unserem Volk seit mehr denn tausend Jahren gestellt wurde. Die Bewegung, die sie löst, gräbt ihren Namen für ewig ein in das unsterbliche Buch der Geschichte unserer Nation.

So wollen wir, *Parteigenossen* und *Parteigenossinnen, SA- und SS-Männer, nationalsozialistische Bauern und nationalsozialistische Jugend, angesichts der roten Flut, der Gefahren im Osten und Frankreichs ewigem Drohen, inmitten von Not und Elend, Jammer und Verzweiflung unser Banner fester denn je in die Faust nehmen und mit ihm hineinmarschieren in das kommende Jahr.*

Wir wollen bereit sein, zu opfern und zu kämpfen und lieber selbst zu vergehen, als vergehen zu lassen die Bewegung, die Deutschlands letzte Kraft, letzte Hoffnung und letzte Zukunft ist.

Wir grüßen die nationalsozialistische Bewegung, ihre toten Märtyrer und lebenden Kämpfer!

Es lebe Deutschland, das Volk und das Reich!

München, den 31. Dezember 1932

gez. Adolf Hitler[65]

---

63 Vgl. Dok. 99 und 106.

64 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

65 Hitler verließ am 1.1.1933 sein Feriendomizil auf dem Obersalzberg, besuchte abends eine Aufführung von Richard Wagners *Die Meistersinger von Nürnberg* im Münchner Nationaltheater und verbrachte dann zusammen mit seiner Begleitung den Rest des Abends bei Ernst Hanfstaengl in der Pienzenauer Straße. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 321; Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 286 f.; München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 124.

2. Januar 1933 Dok. 108
"Verfügung betr. Ernennungen im agrarpolitischen Apparat der N.S.D.A.P.[1]"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

1. Für die Ernennung von *Landwirtschaftlichen Gau- (Abschnitts-)* und *Kreisfachberatern*[2] verbleibt wie bisher das *Vorschlagsrecht* zu diesen Ämtern bei den zuständigen politischen Leitern in den Gauen und Kreisen, welche aber auch die Pflicht haben, Landwirtschaftliche Fachberater in Vorschlag zu bringen. Die Ernennung behalte ich mir selbst vor.

Die Ernennungsvorschläge werden mir nach den von mir genehmigten Richtlinien durch den Leiter des Amtes für Agrarpolitik[3] bei der Reichsleitung der NSDAP vorgelegt. Dieser ist von mir beauftragt, die zur Durchführung dieser Verfügung notwendigen Richtlinien anzuordnen.

Von mir in ihren Ämtern ernannte Landw[*irtschaftliche*] Gau-, Abschnitts- und Kreisfachberater können auch nur von mir ihres Amtes entsetzt werden. Anträge hierfür sind auf dem Dienstwege einzureichen.

Die auf Grundlage der Anordnung der Reichsorganisationsleitung vom 23. Juni 1932[4] von Pg. R. Walther Darré bis zum heutigen Tage bereits bestätigten und damit ernannten *Landw*[*irtschaftlichen*] *Gau-, Abschnitts- und Kreisfachberater* werden der Einfachheit halber auf diesem Wege von mir bestätigt und gelten damit als von mir auf der Grundlage dieser Verfügung zum Landw[*irtschaftlichen*] Fachberater der NSDAP ernannt.

---

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8.

2 Die weit überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit des agrarpolitischen Apparats der NSDAP beruhte nicht zuletzt auf seiner weitverzweigten, gut eingespielten Organisation an seiner Basis. Binnen eines Jahres war es Darré gelungen, das gesamte Reich mit einem straff geführten, hierarchisch abgestuften Netz von Landwirtschaftlichen Ortsgruppen-, Kreis-, Bezirks-, ggfs. Abschnitts-, Gau- und (seit 1932) auch Landesfachberatern zu überziehen. Diese Fachberater sollten nicht nur die Partei auf dem Land vertreten, ihre unmittelbaren Vorgesetzten fachlich beraten oder fremde Agrarorganisationen unterwandern; sie besaßen auch die Aufgabe, als "Auge und Ohr" der Reichsleitung diese permanent und detailliert über ihre Beobachtungen vor Ort zu informieren, so daß man in München recht genaue Vorstellungen über die Situation der deutschen Landwirtschaft besaß. Allein dem Gaufachberater in der Leitung des Gaues Sachsen unterstanden direkt neun Hilfsreferenten und sieben Sachbearbeiter, ferner 34 Kreisfachberater sowie etwa 1.100 Landwirtschaftliche Ortsgruppenfachberater und Vertrauensleute. Vgl. Gies, Darré, S. 102 ff.; ders., NSDAP, S. 347 ff. Zur Praxis der nationalsozialistischen Agrarpolitik in der Provinz vgl. Daniela Münkel, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996, S. 72 ff.

3 Richard Walther Darré.

4 Mit dieser Anordnung hatte Straßer u. a. verfügt, "daß zukünftig nur *bodenständige* Landwirte (einschließlich Pächter) zu Landwirtschaftlichen Fachberatern ernannt werden dürfen. Dies gilt bis zu den Landwirtschaftlichen Ortsgruppenfachberatern herunter; die Landwirtschaftlichen Vertrauensleute fallen nicht unter diese Bestimmung. Weiterhin ordne ich an, daß bis zu den Landwirtschaftlichen Kreisfachberatern herunter die Ernennung zu diesen Ämtern erst dann als parteiamtlich vollzogen zu gelten hat, wenn der Hauptabteilungsleiter V, Pg. Darré, die Betreffenden in ihrer Stellung offiziell bestätigt hat." Die Anordnung regelte ferner Ernennung bzw. Absetzung der Landwirtschaftlichen Ortsgruppenfachberater und bestimmte, daß mit dem Tag der Veröffentlichung dieser Anordnung alle bisherigen Ernennungen zu Landwirtschaftlichen Fachberatern aufgehoben und neu zu bestätigen seien. Druck: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 15.7.1932.

2. Die Ernennung der *Landw[irtschaftlichen] Ortsgruppenfachberater* wird nach dem vom Leiter des Amtes für Agrarpolitik ausgearbeiteten und angeordneten Dienstweg vom Landw[*irtschaftlichen*] Gaufachberater vollzogen. Die Absetzung eines solchen Landw[*irtschaftlichen*] Ortsgruppenfachberaters vollzieht der Landw[*irtschaftliche*] Gaufachberater, nachdem der die Genehmigung seines Gauleiters hierzu eingeholt hat[5].

3. Eine Ernennung der *Landwirtschaftlichen Vertrauensleute*[6] findet nicht statt, sondern diese werden vom Landw[*irtschaftlichen*] Kreisfachberater in Übereinstimmung mit seinem Kreisleiter mit ihrer Aufgabe beauftragt und können vom Landw[*irtschaftlichen*] Kreisfachberater auch jederzeit bei erwiesener Ungeeignetheit ihres Postens wieder enthoben werden.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 109
"Verfügung betr. nationalsozialistischer Bauernschaften"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

Soweit der Leiter des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Pg. R. Walther *Darré*, die Einrichtung von NS-Bauernschaften[1] in den Gauen und Landesteilen genehmigt, müssen diese NS-Bauernschaften in den agrarpolitischen Apparat der NSDAP eingebaut und von diesem so geführt werden, wie es die diesbezügliche Anordnung des Amtsleiters vorsieht. Alle bereits gegründeten NS-Bauernschaften bedürfen aufgrund dieser Verfügung der nochmaligen Bestätigung von Pg. R. Walther Darré; nichtbestätigte NS-Bauernschaften haben sich mit

5 In einer Denkschrift vom 20.3.1946 betonte Darré rückblickend, daß bis zu seiner Amtsenthebung im Jahr 1942 der agrarpolitische Apparat einen eigenständigen Dienstweg besessen habe. "Die Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter hatten *kein* dienstliches Anweisungsrecht auf ihre zuständigen Amtsleiter für Agrarpolitik." Vgl. IfZ, ED 110: Nachlaß Darré, Bd. 1, Buch 2, Bl. 149.

6 Neben den Landwirtschaftlichen Fachberatern, die primär innerhalb des agrarpolitischen Apparats wirkten, bzw. diesen nach außen hin vertraten (vgl. Anm. 2), war von Darré noch die Einrichtung der sog. Landwirtschaftlichen Vertrauensleute geschaffen worden, die vor allem innerhalb von fremden landwirtschaftlichen Vereinen, Organisationen, aber auch auf Gütern wirken sollten. Vgl. Gies, NSDAP, S. 348.

1 Die sog. NS-Bauernschaften lassen sich weder in der Literatur noch in den Quellen nachweisen. Offenbar handelte es sich um einen organisatorischen Wildwuchs an der Basis des agrarpolitischen Apparats, der sich dort unabhänig oder zumindest parallel zu dem von oben vollzogenen Aufbau gebildet hatte. Darré schreibt rückblickend, daß diese NS-Bauernschaften vor allem in Bayern entstanden seien, "um dem a[*grarpolitischen*] A[*pparat*] und dem Reichsnährstand das Wasser abzugraben". Vgl. IfZ, ED 110: Nachlaß Darré, Bd. 1, Buch 2, Bl. 151.

sofortiger Wirkung als aufgelöst zu betrachten, andernfalls ich gegen die Verantwortlichen unnachsichtlich vorgehen werde. Pg. Darré ist angewiesen worden, die Genehmigung von NS-Bauernschaften nur in Ausnahmefällen zu erteilen und die Bestätigung bereits bestehender NS-Bauernschaften auch nur in Sonderfällen und auch dann nur zu vollziehen, wenn Gewähr gegeben ist, daß diese NS-Bauernschaften restlos vom agrarpolitischen Apparat der NSDAP geführt werden.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 110
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

1. Die *"Nationalsozialistische Landpost"*[1] ist parteiamtliches, agrarpolitisches Mitteilungsblatt der NSDAP, und ihr Bezug für die Mitglieder des agrarpolitischen Apparates[2] bis zu den Landw[*irtschaftlichen*] Ortsgruppenfachberatern[3] Pflicht.

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

2. Januar 1933 Dok. 111
"Verfügung"
Anordnung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Anordnungen des Führers".

Die Bearbeitung aller Angelegenheiten des Arbeitsdienstes[1] für die Partei obliegt ausschließlich[2] *meinem Beauftragten für Arbeitsdienst, Pg. Oberst Konstantin Hierl*[3].

---

1 Vgl. Dok. 93, Anm. 12.
2 Vgl. Dok. 93, Anm. 7 und 8.
3 Vgl. Dok. 108, Anm. 2.

1 Bereits im Ersten Weltkrieg, am 5.12.1916, war ein "Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" für alle tauglichen Männer zwischen 17 und 60 Jahren erlassen worden. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise

Organe des Beauftragten für Arbeitsdienst sind: bei der Reichsleitung die Abteilung für Arbeitsdienst, bei den Gauen die vom Beauftragten für Arbeitsdienst im Einvernehmen mit den Gauleitern eingesetzten *Gaubearbeiter für Arbeitsdienst.*

Im besonderen obliegt dem Beauftragten für Arbeitsdienst und seinen Organen

1. die Organisation der Betätigung von Parteigenossen im derzeitigen freiwilligen Arbeitsdienst und die Vertretung der Belange der im freiwilligen Arbeitsdienst tätigen Parteigenossen gegenüber den staatlichen Behörden.

2. Die Beratung unserer Vertretungen in den Parlamenten und die Prüfung von Anträgen betreffend Arbeitsdienst.

3. Die Lenkung und Überwachung der Äußerungen über Arbeitsdienst in der Parteipresse im Rahmen der Politischen Zentralkommission[4].

München, den 2. Januar 1933

gez. *Adolf Hitler*

---

war die Wiedereinführung einer derartigen Arbeitsdienstpflicht nicht mehr allein ein Thema der rechten und bürgerlichen Parteien. Nachdem Konstantin Hierl, der eigentliche Initiator des Arbeitsdienstgedankens in der NSDAP, schon im November 1923 eine Denkschrift zur Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für Jugendliche erarbeitet hatte, schuf die Reichsregierung am 5.6.1931 die gesetzliche Grundlage für einen Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD), in den erwerbslose Jugendliche bis zu 25 Jahren eintreten konnten. Als Gegenstück gründete die NSDAP am 15.10.1931 den "Verein für Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte", der zugleich den FAD unterwandern sollte. Zu Beginn des Jahres 1932 wurde in Hammerstein (Hinterpommern) das erste nationalsozialistische Arbeitslager eingerichtet, im Juli 1932 rief die nationalsozialistische Landesregierung in Anhalt einen eigenen Landesarbeitsdienst ins Leben. Während der FAD bis Oktober 1932 immerhin 254.000 Jugendlichen umfaßte, blieben die Initiativen der NSDAP in ihrer Wirkung allerdings sehr begrenzt, auch weil Hitler selbst vorerst nur wenig Interesse an diesem Thema gezeigt hatte. Vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland; Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst; Peter Dudek, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935, Opladen 1988. Druck der genannten Dokumente: Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Herbert Freiherr von Stetten-Erb, Bd. 2, München 1941, S. 11 ff.; RGBl. 1931, I, S. 295, 398 ff.; 1932, I, S. 251 f., 352 f., 392 ff. Ferner Dok. 15, Anm. 14.

2 Zu den konkurrierenden Ansätzen in der SA beim Aufbau einer nationalsozialistischen Arbeitsdienstorganisation vgl. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, S. 251; Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst, S. 331.

3 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, Abschied als Oberst, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1931 Beauftragter des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer, 1936 Reichsleiter, 1943 Reichsminister, 1948 im Spruchkammerverfahren zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.

4 Vgl. Dok. 96, Anm. 2.

3. Januar 1933 Dok. 112
Rede auf agrarpolitischer Tagung der NSDAP in München [1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 3.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern" [2].

Die Verwirklichung des vom Nationalsozialismus wiedererweckten fundamentalen, volkspolitischen Gedankens, der in der These von "Blut und Boden" [3] seinen Ausdruck findet [4], wird die tiefgehendste revolutionäre Umgestaltung bedeuten, die jemals stattgefunden hat. Unsere durch dieses Wort gekennzeichnete grundsätzliche Forderung der Stärkung der rassischen Grundlagen unseres Volkes, die zugleich *die Sicherung unseres völkischen Daseins überhaupt* einschließt, *bestimmt* auch die gesamte innen- und außenpolitische Zielsetzung des Nationalsozialismus.

Die innere Regeneration, die wertmäßige und im Blut verankerte Verfassung eines Volkes bedingt letzten Endes auch die Einheit seines Willens, die es allein in die Lage versetzt, den Kampf um seine Existenz erfolgreich zu führen. *Das ist das Primäre und Entscheidende.* Die Fragen der jeweiligen technischen und organisatorischen Durchführung treten demgegenüber zurück; sie zu schaffen, wird einem Volke ein Leichtes sein, wenn die Voraussetzung einer gesunden inneren Verfassung hergestellt und vorhanden ist. Das ist der tiefere Grund, *warum wir allen jenen Regierungen ablehnend gegenüberstehen,* die glauben, den jetzigen Zustand in Deutschland konservieren zu müssen, weil sie zu bequem sind, und *nicht den Mut haben, die marxistische Volkszersetzung von Grund auf zu beseitigen.* Und doch kommen wir um diese Klärung nicht herum. Entweder wir führen sie jetzt selbst durch, oder sie wird mit Sicherheit

---

1 Im Braunen Haus, Brienner Straße 45. An der Tagung nahmen alle Landwirtschaftlichen Gaufachberater der NSDAP teil. Geleitet wurde die Veranstaltung vom Leiter des Amtes für Agrarpolitik, Richard Walther Darré, der zunächst einen kurzen Vortrag über die agrarpolitische Lage hielt; anschließend informierte Karl Motz mit einem Lichtbildervortrag "über neue Möglichkeiten der Propaganda unter Zugrundelegung des Gedankens von Blut und Boden".

2 Vgl. auch Der Angriff vom 4.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern. Grundsätzliche Umstellung tut not!"; VB vom 5./6.1.1933, "Adolf Hitler über die Sendung des deutschen Bauern".

3 Das Begriffspaar "Blut und Boden" findet sich bereits in dem 1922 erschienen Werk Oswald Spenglers (1880-1936) *Der Untergang des Abendlands*, dort allerdings in der Wendung: "Kampf zwischen Blut und Boden um die innere Form einer 'verpflanzten' Tier- oder Menschenart". Das Bild wurde dann von August Winnig (1878-1956) übernommen; seine Schrift *Befreiung* (München 1926) wie auch sein Buch *Das Reich als Republik* (Stuttgart 1928) eröffnete er mit Satz: "Blut und Boden sind das Schicksal der Völker." Erst durch Darré, der seiner 1930 erschienenen Schrift den programmatischen Titel *Neuadel aus Blut und Boden* gab, wurde die prägnante Formel zu einem Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie, der eine spezifische Interdependenz zwischen den rassistischen und den wirtschafts- bzw. agrarpolitischen Vorstellungen dieser Ideologie zu suggerieren sucht. Bereits im Juli 1932 schrieb Darré in der von ihm gegründeten Monatsschrift *Deutsche Agrarpolitik* (S. 15): "Wir wollen das *Blut* und den *Boden* wieder zur Grundlage einer deutschen Agrarpolitik machen [...]." Vgl. Spengler, Der Untergang des Abendlandes, Bd. II, S. 151; R. Walther Darré, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München [5]1942; Ulrike Haß, Militante Pastorale. Zur Literatur der antimodernen Bewegungen im frühen 20. Jahrhundert, München 1993; Margrit Bensch, Die "Blut und Boden"-Ideologie. Ein dritter Weg der Moderne, Berlin 1995, insbes. S. 25 ff.

4 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22, Bd. IV/2, Dok. 24 sowie Bd. IV/3, Dok. 22.

früher oder später von der anderen Seite zuungunsten der Nation erzwungen werden. Die NSDAP darf und wird daher in keinem Augenblick ihre große Mission vergessen. Ihr Programm kann ihr von seiten der heute Regierenden höchstens in ein paar Äußerlichkeiten genommen werden, wie beispielsweise die *Ankurbelungsprojekte der Regierung v. Schleicher*[5] in Wahrheit *Lächerlichkeiten* sind gegenüber den ungeheuren Aufgaben, die dem deutschen Volke heute zur Lösung gestellt sind. Wenn die NSDAP sich nicht von ihrer großen weltanschaulichen Linie entfernt, *dann kann sie unbesorgt und mit ganz großer Zuversicht in die Zukunft schauen. Denn wir sind nicht nur auf dem richtigen Wege, sondern wir sind die einzigen, die überhaupt die Möglichkeit haben, unserem Volke einen Weg in die Zukunft zu weisen.* Wer eine große und richtige Erkenntnis besitzt, niemals von ihr läßt und den eisernen Willen hat, sie zu verwirklichen - der wird auch sein Ziel erreichen!

Nach erfolgter innenpolitischer Säuberung und Regeneration unseres Volkes wird es auch dem *Ausland* sehr bald zum Bewußtsein kommen, daß ihm ein anderes Volk gegenübersteht als bisher. Und damit werden dann die *Voraussetzungen* geschaffen sein, den eigenen Grund und Boden *völlig in Ordnung zu bringen und das Leben der Nation aus Eigenem auf lange Zeit hinaus sicherzustellen*[6]. Die weltwirtschaftliche und politische Entwicklung, die automatisch immer mehr zu einer *Verschließung der Weltmärkte* für unseren Export führt[7], macht eine *große, grundsätzliche Umstellung absolut notwendig.* Wenn die heute Regierenden auch ihre Augen davor verschließen, so ist diese *chronische Ursache unserer großen wirtschaftlichen*

5 Anspielung auf die Rundfunkreden, mit denen Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

6 Als volkswirtschaftliche Theorie wurde der Gedanke der Autarkie zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Adam Müller (1779-1829) und Friedrich List (1789-1846) postuliert. Nach 1918 knüpften Ökonomen wie Werner Sombart, Robert Friedländer-Prechtl oder Ferdinand Fried (i. e. Friedrich Zimmermann) - in bewußter Abgrenzung gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus der Vorkriegszeit - an das Konzept eines in sich geschlossenen nationalen Wirtschaftsraums an und beeinflußten damit auch Hitler sowie die Wirtschaftstheoretiker der NSDAP. Nicht zuletzt unter der Erfahrung des Ersten Weltkriegs wurde für Hitler die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation zu einem Fixpunkt seines Denkens; diese Unabhängigkeit sollte einen hohen Lebensstandard, den sozialen Ausgleich, aber auch die militärische Schlagkraft sichern. Im Gegensatz zu vielen zeitgenössischen Theoretikern schwebte Hitler aber keine "Rückbesinnung auf den eigenen Boden" (Fried) vor; neu an seinem Autarkiedenken war dessen Verknüpfung mit einem hemmungslosen Imperialismus. Vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart [2]1989, S. 323 ff.; Eckart Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984, S. 206 ff.
Zur damaligen Diskussion vgl. etwa Ferdinand Fried, Das Ende des Kapitalismus, Jena [5]1931; Robert Friedländer-Prechtl, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931; Werner Sombart, Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.

7 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

Not[8] *und entsetzlichen Arbeitslosigkeit*[9] *doch unbestreitbar vorhanden. Entweder wir beseitigen diese Ursache und führen die dann notwendige Umstellung mit Tatkraft und Energie beizeiten selbst durch, oder das Schicksal wird sie erzwingen und unser Volk zerbrechen!* Wenn wir innen- und außenpolitisch den fundamentalen Grundsatz von Blut und Boden zur Verwirklichung bringen, *dann werden wir in Zukunft als Volk zum ersten Male nicht mehr von den Ereignissen geworfen werden, sondern wir selbst werden dann die Verhältnisse meistern.*

Wie der Bauer, der jedes Jahr säen und an seine Ernte glauben muß, ohne zu wissen, ob sie nicht Wind und Wetter zerstört und seine Arbeit ohne Lohn bleibt, so *müssen wir auch politisch den Mut haben, das zu tun, was notwendig getan werden muß - ganz gleich, ob im Augenblick der Erfolg schon sichtbar ist oder nicht.*

Gerade der deutsche Bauer wird in Zukunft noch mehr unseren nationalsozialistischen Kampf verstehen als bisher[10]. Wenn aber der deutsche Bauer, *die Grundlage und der Lebensquell unseres Volkes,* gerettet ist, dann wird auch die ganze Nation wieder mit Vertrauen in die Zukunft sehen können[11].

---

8 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

9 Am 31.1.1933 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 6.013.612 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, Berlin 1934, S. 307 sowie Dok. 77, Anm. 5.

10 Die Wahlergebnisse der NSDAP in landwirtschaftlich geprägten Regionen hingen vor allem von deren Konfession ab. Die "überdurchschnittliche Anfälligkeit nicht nur der großagrarischen, sondern vor allem der durch bäuerliche Familienbetriebe geprägten Landregionen gegenüber dem Nationalsozialismus beschränkt sich [...] weitgehend auf den evangelischen Teil Deutschlands. In den überwiegend katholischen Kreisen läßt sich die vermutete Beziehung nicht feststellen." Bei einem Vergleich *aller* Kreise ist bis 1930 noch kein meßbarer Einfluß der Landwirtschaft auf die Wahlergebnisse der NSDAP zu erkennen. Dagegen erreichte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 in landwirtschaftlich geprägten Kreisen ein durchschnittliches Wahlergebnis von 33%, in Kreisen mit einem geringeren Agraranteil jedoch nur von 29%. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 256 ff., Zitat S. 260 f. Zum damaligen Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Landwirtschaft vgl. auch Bert Hoppe, Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik. In: VfZ 45 (1997), S. 629-657.

11 Am Abend des 3.1.1933 bestieg Hitler mit seinem Stab den Nachtzug nach Bonn, das er in den frühen Morgenstunden des 4.1. erreichte. Die Ankommenden wurden am Bonner Bahnhof bereits von Hitlers Wagenkolonne erwartet, die ihn zu einem Frühstück in das *Rheinhotel Dreesen* nach Bad Godesberg brachte. Wenig später holte eine mit Gardinen verhängte Limousine Hitler zusammen mit Rudolf Heß und Heinrich Himmler ab, um sie zu der Kölner Villa des Bankiers Kurt Frhr. von Schroeder (Köln-Lindenthal, Stadtwaldgürtel 35) zu bringen. In dessen Beisein konferierte Hitler dort etwa von 11.30 bis 13.30 Uhr mit dem ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen. Nach Beendigung des Gesprächs und einem gemeinsamen Mittagessen wurden Hitler und seine Begleiter etwa um 15.00 Uhr zu einem vereinbarten Treffpunkt an einer Straße drei Kilometer nördlich von Köln chauffiert, wo sie wieder von Hitlers Wagenkolonne aufgenommen wurden. Mit erheblicher Verspätung traf Hitler abends in Bösingfeld, im östlichen Teil Lippes, ein. Vgl. Dietrich, Mit Hitler in die Macht, S. 169 ff.; Adolf Klein, Köln im Dritten Reich, Köln 1983, S. 51 f.; IfZ, ZS 557: Zeugenschrifttum Kurt Frhr. von Schroeder sowie Dok. 116.

4. Januar 1933 Dok. 113
"Beförderungen in der SA"
Anordnung[1]

VB vom 4.1.1933.

Durch den Neujahrsbefehl des Führers[2] treten im Stab des Obersten SA-Führers folgende Veränderungen ein:

Mit dem Rang eines Obergruppenführers wird mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33 beliehen [*sic!*]:
Reichsführer SS *Himmler*[3].

Befördert werden zu Obergruppenführern mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33:
der Ehrenführer des NSKK: Gruppenführer *von Epp*[4],
der Ehrenführer des NSFK: Gruppenführer *Goering*,
der Quartiermeister im Stab der Ob[*ersten*] SA-Führung: Gruppenführer *Hühnlein*[5],
der Generalinspekteur SA und SS: Gruppenführer *von Ulrich*[6].

---

1 Für die Unterstützung bei den zahllosen Einzelrecherchen zur Kommentierung dieses Dokuments sei den Mitarbeitern des demnächst erscheinenden "Handbuchs der Abgeordneten des Preußischen Landtags", Herrn Dr. Uwe Puschner und Herrn Christian Dirks, vor allem aber Frau Petra Mörtl und Herrn Olaf Blumenstein, Institut für Zeitgeschichte, nochmals herzlich gedankt.

2 Gemeint ist der Führerbefehl Nr. 10 (Neujahrsbefehl) vom 15.12.1932; BA, NS 26/307.
Formalisierte Massenernennungen durch Hitler sind in dieser Edition gewöhnlich nicht aufgenommen. Die Veränderungen in der Obersten SA-Führung im Anschluß an die Straßer-Krise besitzen jedoch einen eminent politischen Charakter; es ist deshalb kein Zufall, wenn dieser Erlaß im *VB* publiziert wurde. Zudem bietet der Erlaß einen präzisen Überblick über die Führungsstruktur der SA unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtübernahme.

3 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplom-Landwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer (der) SS, 1930-1933 MdR, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936-1945 Chef der Deutschen Polizei, 1939-1945 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

4 Franz (seit 1916: Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1901/02 Teilnehmer des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps in China, 1904-1906 Hauptmann, Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, NSKK-Obergruppenführer, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

5 Adolf Hühnlein (1881-1942), 1902 bayerischer Leutnant, 1909-1912 Kriegsakademie, 1914 Hauptmann, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1922 1. Generalstabsoffizier der 7. Infanteriedivision, 1923 Angehöriger der Reichskriegsflagge, Abschied als Major, Chef des Truppenstabes im SA-Oberkommando, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu sechs Monaten Haft verurteilt, seit 1925 Tätigkeit als Kaufmann, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SA, Chef des Kraftfahrwesens der SA, Führer des NSAK, seit 1931: NSKK, 1933 zugleich SA-Obergruppenführer, Quartiermeister im Stab der Obersten SA-Führung, 1934 Korpsführer des NSKK, Führer des Deutschen Kraftfahrsports, Präsident der Obersten Nationalen Sportbehörde für die Deutsche

Ernannt werden mit Wirkung vom 21.11.[*19*]32:

Zum Abteilungschef der Abteilung Pr.: Oberführer *Seydel*[7],

zum Abteilungschef der Abteilung IVa: Oberführer *Schreyer*[8],

zum Abteilungschef der Abteilung IVb: Dr. *Hocheisen*[9],

zum Inspekteur der Aufmarschinspektion: Gruppenführer *von Hörauf*[10],

zum Chef des Flugwesens der SA unter Beibehalt seiner Dienststellung als Abteilungschef der Abteilung I: Gruppenführer *von Kraußer*[11],

zum Rechtsberater der Ob[*ersten*] SA-Führung: Dr. *Luetgebrune*[12],

---

Kraftfahrt, Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft "Reichsautobahnen", des Reichsverkehrsrats und der Reichsarbeitskammer.

6 Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Verabschiedung als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

7 Josef Seydel (1887-1945), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, seit 1919 Studium der Volkswirtschaft, seit 1922 Tätigkeit als Kaufmann, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu achtzehn Monaten Haft verurteilt, 1931 Eintritt in die SA, 1932 MdR, SA-Oberführer, Abteilungschef der Abteilung Presse in der Obersten SA-Führung, 1934 SA-Gruppenführer, Leiter des Zentralamts in der Obersten SA-Führung, 1936 NSKK-Obergruppenführer, Führer der NSKK-Obergruppe Südost.

8 Karl Schreyer (geb. 1891), 1912 bayerischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, 1921 Verleihung des Charakters als Hauptmann, Tätigkeit als Verwaltungsbeamter, 1932 SA-Oberführer, Abteilungschef der Abteilung IVa (Finanzen) in der Obersten SA-Führung, 1933 SA-Gruppenführer, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

9 Paul Hocheisen (1870-1944), Dr. med., 1892 württembergischer Sanitätsoffizier, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1929 Abschied als Generaloberstabsarzt (Generalleutnant), Eintritt in die NSDAP, 1930 Eintritt in die SA, 1931 Reichsarzt im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 MdR, 1933 SA-Sanitätsobergruppenführer, Generalinspekteur des Sanitätswesens der SA und SS, 1933-1936 Stellvertretender Präsident des Roten Kreuzes, danach Ehrenpräsident.

10 Franz (seit 1917: Ritter von) Hörauf (1878-1957), 1898 bayerischer Leutnant, 1908-1911 Kriegsakademie, 1912 Hauptmann, Tätigkeit im Großen Generalstab, 1914 Generalstabsoffizier beim III. bayerischen Armeekorps, 1917 Major, 1918 1. Generalstabsoffizier der 1. bayerischen Infanteriedivision, 1919 1. Generalstabsoffizier beim Freikorps Epp, 1921 Oberstleutnant, Taktiklehrer an der Infanterieschule München, 1925 Kommandeur des 21. Infanterieregiments, 1928 Abschied mit dem Charakter als Generalmajor, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1933 Inspekteur der Aufmarschinspektion der SA und SS, Chef des Militärreferats in der Bayerischen Staatskanzlei, 1940 Generalmajor z. V., 1940-1943 Kommandant von Litzmannstadt.

11 Friedrich (seit 1917: Ritter von) Kraußer (1888-1934), 1910 bayerischer Leutnant, 1915 Oberleutnant, Beobachter in der bayerischen Feldflieger-Abteilung 7, 1918 Kommandeur der bayerischen Flieger-Abteilung 45, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Übernahme in die Reichswehr, 1923 Angehöriger der Reichskriegsflagge, 1924 nach dem Hitler-Putsch freiwilliger Abschied als Hauptmann, Angehöriger des Frontbanns, 1926 Geschäftsführer der Landesleitung Süd des Tannenbergbunds, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1931 Eintritt in die SA, SA-Oberführer, Führer der SA-Gruppe Hochland, 1932 SA-Gruppenführer, Chef der Abteilung I (Ausbildung) in der Obersten SA-Führung, 1933 SA-Obergruppenführer, Stellvertreter des Stabschefs der SA Ernst Röhm, Preußischer Staatsrat, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

12 Walter Luetgebrune (1879-1949), 1902 Referendar am Oberlandesgericht in Celle, 1903 Dr. jur., 1909 Rechtsanwalt in Göttingen, seit 1930 in Hannover, seit 1933 in Berlin, seit 1919 Verteidiger in zahllosen Prozessen von Angeklagten der politischen Rechten, Verfasser von *Der Marburger Studentenprozeß* (1920), *Der Ebertprozeß* (1925), *Wahrheit und Recht für Feme, Schwarze Reichswehr und Oberleutnant Schulz* (1928), *Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung* (1931), *Die Stellung des Rechtsanwalts im neuen Staat* (1933), *Ein Kampf um Röhm* (1933), seit 1931 Rechtsberater von SA und SS, 1932 SA-Gruppen-

zum Inspekteur im Stab der Generalinspektion SA und SS: Gruppenführer *von Fichte*[13] (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststellung als Führer der Gruppe Westfalen).

Zugeteilt werden mit Wirkung vom 21.11.[*19*]32:
Wehrpolitisches Amt der NSDAP[14] und Reichsjugendführer[15].

In den Obergruppen, Gruppen und Untergruppen werden befördert:
zu Obergruppenführern mit Wirkung vom 1.1.[*19*]33:
der Führer der Obergruppe II (Hannover): Gruppenführer *Lutze*[16],
der Führer der Obergruppe III (Koblenz): Gruppenführer *Schneidhuber*[17],
der Führer der Obergruppe V (Dresden): Gruppenführer *von Killinger*[18].

---

führer, Rechtsberater der Obersten SA-Führung, 1933 Ministerialdirigent im preußischen Ministerium des Innern, Mitglied des Führerrats der Akademie für Deutsches Recht, 21.12. Versetzung zur SA-Reserve wegen Vertretung jüdischer Geschäftsleute, 3.7.1934 Verhaftung, 27.12. Ausschluß aus NSDAP, SA und NSRB wegen "Unterstützung der hochverräterischen Pläne Röhms", 1937 Mitglied des NSRB, Wiederzulassung als Rechtsanwalt, 1948 Wiederzulassung als Anwalt beim Obersten Landgericht in München.

13 Werner von Fichte (geb. 1896), 1915 preußischer Leutnant, 1919 Freikorpsoffizier, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1922 Entlassung, Führer des Bundes Wiking in Westdeutschland, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter West Curt von Ulrich, 1930-1932, SA-Gruppenführer, OSAF-Stellvertreter West, 1931/32 Führer der SA-Gruppe Westfalen, 1933 Inspekteur im Stab der Generalinspektion SA und SS, 1933/34 Polizeipräsident von Erfurt, Juli 1934 Ausschluß aus der SA, danach Tätigkeit als Schriftsteller, 1940 Hauptmann im Lehrstab der Artillerieschule Jüterbog, danach Einsatz in verschiedenen Artillerieregimentern und Heeres-Flakartillerie-Abteilungen, 1943 Major.

14 Das Wehrpolitische Amt der NSDAP war auf Anordnung Hitlers am 8.9.1932 eingerichtet worden, mit seiner Leitung wurde Franz Ritter von Epp beauftragt. Die Aufgaben dieses Amt verdeutlichen die Bezeichnungen der fünf Referate, aus denen es sich zusammensetzte: "Äußere Wehrpolitik", "Innere Wehrpolitik", "Wehrmächte", "Volkswehrkraft" sowie "Wehrbewegung und Presse". Ferner war dem Amt ein "Kolonial-Referat" angegliedert. Vgl. Bd. V/1, Dok. 184 und 185.

15 Gemeint ist die Dienststelle "Reichsjugendführer", die am 30.10.1931 "im Rahmen der Obersten SA-Führung" errichtet worden war. Nachdem der Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach am 13.6.1932 zum Amtsleiter ernannt und damit Hitler direkt unterstellt worden war, wurde dessen institutionelle Selbständigkeit mit dieser Anordnung wieder aufgehoben. Zur Organisation der Dienststelle vgl. Bd. IV/2, Dok. 59 sowie Bd. V/1, Dok. 90.

16 Viktor Lutze (1890-1943), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit als Kaufmann, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Teilnahme am Ruhrkampf, 1927 stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1928 SA-Oberführer Ruhr, 1930-1933 MdR, 1930/31 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nord, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe West, 1933 Polizeipräsident von Hannover, 1933-1941 Oberpräsident der Provinz Hannover, Preußischer Staatsrat, 1.7.1934 Stabschef der SA, 1943 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

17 August Schneidhuber (1887-1934), 1907 bayerischer Leutnant, 1916 Hauptmann, 1920 Abschied mit dem Charakter als Major, Landwirt im Chiemgau, 1928 Eintritt in die NSDAP und in die SA, SA-Gruppenführer, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Süd, 1931/32 kommissarischer Führer der SA-Gruppe West, 1932/33 MdR, 1932-1934 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Obergruppe VII, München, 1933 SA-Obergruppenführer, Polizeipräsident von München, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

18 Manfred Freiherr von Killinger (1886-1944), 1904 Seekadett, 1916 Kommandant des Torpedoboots V 3, 1919 Abschied als Kapitänleutnant, 1919/20 Führer eines Sturmbataillons in der Brigade Ehrhardt, 1921 Leiter der militärischen Abteilung in der Organisation Consul, 1921/22 in Untersuchungshaft wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord an dem ehemaligen Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger, Freispruch, 1923-1927 Führer des Bundes Wiking und des Wehrwolfs in Sachsen, Thüringen und Schlesien, 1928 Eintritt in die

Unter Beförderung zum Gruppenführer werden mit Wirkung vom 15.10.[*19*]32 ernannt:
zum Stabsführer der Obergruppe II (Hannover): Oberführer *Jahn*[19] (unter Enthebung von der Führung der Gruppe Nordsee),
zum Führer der Gruppe Niedersachsen: Oberführer *Korsemann*[20],
zum Führer der Gruppe Niederrhein: Oberführer *Luyken*[21].

Unter Beförderung zum Gruppenführer wird mit Wirkung vom 1.11.[*19*]32 beauftragt:
mit der Führung der Gruppe Westfalen: Oberführer *Schepmann*[22].

Zum Oberführer werden befördert:
der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Danzig: *Max Linsmayer* 23 (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33),

---

NSDAP, 1928-1933 MdL in Sachsen, 1928-1933 OSAF-Stellvertreter Mitte (Dresden), 1932 SA-Gruppenführer, SA-Inspekteur Ost, 1932/33 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe V, 1933-1935 Reichskommissar für Sachsen und sächsischer Ministerpräsident, Juli 1934 Inhaftierung, 1935 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1937/38 Generalkonsul in San Francisco, 1939 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1940 Gesandter in Preßburg, 1941-1944 Gesandter in Bukarest, 1944 Selbstmord.

19 Wilhelm Jahn (geb. 1891), 1926 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Gruppenführer, Stabsführer der SA-Obergruppe II, 1936 Polizeipräsident von Halle, 1937 SA-Obergruppenführer, 1939 Polizeipräsident von Stettin.

20 Gerret Korsemann (1895-1958), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Angehöriger des Landesjäger-Regiments Nr. 3, 1920 Abschied als Leutnant, Spediteur, 1926 Eintritt in die NSDAP und die SA, 1928 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter Nord, 1931 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Süd-Hannover-Braunschweig, 1932/33 MdL in Preußen, stellvertretender Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Niedersachsen, 1933 Ausschluß aus der SA, 1936 SA-Standartenführer, 1937 Hauptmann der Schutzpolizei in Breslau, 1938 Oberstleutnant im Hauptamt der Ordnungspolizei (Berlin), Eintritt in die SS, SS-Oberführer, 1940 Kommandant der Ordnungspolizei in Lublin, 1941 SS-Brigadeführer im SS-Führungshauptamt, 1942 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, vorgesehen als Höherer SS- und Polizeiführer für den Kaukasus, 1943 Stellvertreter des Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Mitte (und Weißruthenien), Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Feigheit, Degradierung zum Hauptsturmführer der Waffen-SS, 1945 Kompaniechef in der SS-Panzerdivision "Totenkopf", 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1946 Auslieferung an Polen, 1949 Entlassung.

21 Max Otto Luyken (1885-1945), 1906 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, Hofbesitzer in Weselerwald, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Niederrhein, 1933 Führer der SA-Obergruppe II, Preußischer Staatsrat, 1934 Inspekteur West der SA, 1939-1941 Major im Stab der Reserve-Flak-Abteilung 502, 1941 SA-Obergruppenführer, Inspekteur für Erziehung und Führerausbildung in der SA, 1943 zugleich auch Inspekteur für Neubauerntum und Volkstumpflege in der SA und den SA-Wehrmannschaften, 1945 Selbstmord.

22 Wilhelm Schepmann (1894-1970), 1914 Volksschullehrer, Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Leutnant, Volksschullehrer, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenführer der NSDAP und SA-Sturmführer in Hattingen, 1928 Stadtverordneter in Hattingen, 1931 Entlassung aus dem Schuldienst, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Westfalen, 1933/34 Polizeipräsident von Dortmund, 1934-1943 Führer der SA-Gruppe Sachsen, 1939-1943 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Dresden-Bautzen, 1940 Hauptmann, 1943-1945 Stabschef der SA, nach 1948 Tätigkeit als Lehrer, 1950 Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis, 1952-1961 Ratsherr von Gifhorn (BHE), 1956-1961 1. Beigeordneter (stellvertretender Bürgermeister) von Gifhorn.

23 Max Linsmayer (1907-1940), 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930 SA-Standartenführer, Führer der Standarte D (Danzig), dann der SA-Untergruppe Danzig, 1933 SA-Oberführer, 1934 SA-Brigadeführer, Führer der SA-Gruppe Niedersachsen, 1940 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Danzig, 1940 als Leutnant und Zugführer in Frankreich gefallen.

der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Standarte 8 (Gr[*uppe*] Ostmark): Fritz *Adam*[24] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32),

der Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Gruppenstaffel der Gr[*uppe*] Ostmark: Karl *Friedrich*[25] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32).

Unter Beförderung zum Oberführer werden ernannt:

zum Führer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Brandenburg-West: Graf *von Wedel*[26] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33),

zum Stabsführer der Gruppe Ostmark: Vikt[*or*] *von Lehmann*[27] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.12.[*19*]32).

Zum Standartenführer wird mit Wirkung vom 15.12.[*19*]32 befördert:

der Adjutant der Gruppe Ostmark: Fr[*iedrich*] Wilh[*elm*] *Arndt*[28].

Ernannt werden:

zum Stabsführer der Obergruppe III (Koblenz): Oberführer *von Schorlemer*[29] (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststelle als Stabsführer der Gruppe Westfalen), (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 15.10.[*19*]32),

zum Stabsführer der Gruppe Westfalen: Standartenführer Hans *Vogel*[30], (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststelle als Stabsführer der U[*nter*]Gr[*uppe*] Westfalen-Süd), (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 8.11.[*19*]32).

---

24 Fritz Adam (geb. 1889), Ingenieur auf der Schiffswerft F. Schichau, Elbing (Ostpreußen), dann Inhaber einer Fabrik für Gewächshausbau, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 Bauingenieur in Küstrin, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Standarte 8, 1936 SA-Brigadeführer, 1938-1940 Landrat in Neidenburg, ab 1940 Landrat in Querfurt.

25 Karl Friedrich, (geb. 1897), 1915-1919 Militärdienst, seit 1919 landwirtschaftlicher Beamter, seit 1928 selbständiger Bauer in Friedrichshof Post Werbig (Kreis Seelow), 1929 Eintritt in die NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Gruppenstaffel der Gruppe Ostmark, 1933 Kreisleiter der NSDAP und Kreisbauernführer im Kreis Lebus, NSKK-Brigadeführer, 1937 "wegen Notzucht und Untreue" zu vier Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, Ausschluß aus der NSDAP.

26 Karl Graf von Wedel-Parlow (1873-1936), 1904-1917 Besitzer des Rittergutes Rhode-Serling (Kreis Gifhorn, Hannover), 1916 Rittmeister, Besitzer des Ritterguts Boyneburgk, Post Eschwege-Land, 1925 Eintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauführer des Gaues Groß-Berlin im BNSDJ, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Brandenburg-West.

27 Viktor von Lehmann (geb. 1886), preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, 1932 SA-Oberführer, Stabsführer der SA-Gruppe Ostmark.

28 Näheres nicht ermittelt.

29 Karl Friedrich Freiherr von Schorlemer (1886-1936), 1913 Gerichtsreferendar in Wiehl (Rheinland), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Oberleutnant, Gutsbesitzer in Volpershausen Post Holpe (Oberbergischer Kreis), 1920-1927 Ehrenbürgermeister von Morsbach (Oberbergischer Kreis), 1932/33 MdR, SA-Oberführer, Stabsführer der SA-Obergruppe III, 1934 "als Günstling des ehem. Stabschefs Röhm" Festnahme durch die Gestapo, 1935 Einstellung des Verfahrens.

30 Hans Vogel (geb. 1887), 1906 Volksschullehrer, 1914-1918 Militärdienst, Abschied als Oberleutnant, 1920 Übernahme in die Schutzpolizei, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Standartenführer, Stabsführer der Gruppe Westfalen, 1935 SA-Brigadeführer, Führer der SA-Brigade 70, 1936 Polizeipräsident von Recklinghausen, 1943 SA-Gruppenführer.

Beauftragt werden mit Wirkung vom 1.11.[*19*]32:

mit der Führung der U[*nter*]Gr[*uppe*] Westfalen-Süd: Standartenführer *Knickmann*[31],

m[*it*] d[*er*] W[*ahrnehmung*] d[*er*] G[*eschäfte*] des Stabsführers der Obergruppe IV (Ingolstadt): Sturmbannführer *von Zehmen*[32].

Versetzt werden:

von der Gruppe Schlesien zum Stab der Obergruppe III (Koblenz): Oberführer *von Flotow*[33] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.12.[19]32),

der Adjutant der Gruppe Nordmark, Sturmbannführer *Suhr*[34], als Adjutant zum Stab der Obergruppe IV (Ingolstadt) (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.11.[*19*]32).

Ernannt werden:

zum Stabsführer der Obergruppe V (Dresden): Sturmbannführer *Portius*[35] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 5.10.[*19*]32),

zum Sturmbannführer z[*ur*] b[*esonderen*] V[*erwendung*] beim Stab Goering: Sturmbannführer *Loerzer*[36] (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.12.[*19*]32).

Die Führung der Gruppe Nordsee übernimmt in Befehlseinheit bis zur Neubesetzung m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 8.10.[*19*]32: der Führer der Obergruppe II, Gruppenführer *Lutze*.

---

31 Heinrich August Knickmann (1894-1941), 1913 Unteroffizier, 1919 Abschied als Leutnant, Angestellter bei der Stadtverwaltung Buer, 1923 Eintritt in die NSDAP, seit 1924 Tätigkeit beim Wehrkreiskommandeur VI, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Mitglied der Gauleitung Westfalen, 1932 MdR, 1933 SA-Standartenführer, Führer der SA-Untergruppe Westfalen-Süd, Polizeipräsident von Duisburg-Hamborn, 1937 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, 1941 als Hauptmann und Bataillonskommandeur bei Sabolotje (UdSSR) gefallen.

32 Oscar von Zehmen (1882-1940), sächsischer Leutnant, 1919 Abschied als Hauptmann, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1933 SA-Sturmbannführer, Leiter der SA-Sportschule in Clarenhof, Gemeinde Hartau.

33 Andreas von Flotow (1900-1933), 1919 Abschied als Leutnant, Landwirt in Stettin, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Sturmbannführer, 1932 MdR, SA-Oberführer, Führer der SA-Gruppe Ostsee, dann Versetzung in den Stab der SA-Obergruppe III, 25.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA wegen eines Artikels in der *Täglichen Rundschau* vom 3.1.1933, "Partei oder Kampfbund. Der Weg der nationalsozialistischen Partei", 26.2. als Vertreter des Freikorps Franken Teilnahme an der Bildung einer "heimlichen Front" zusammen mit dem Wehrwolf, dem Jungdeutschen Orden und anderen Organisationen, am 30.4.1933 verhaftet und "auf der Flucht erschossen".

34 Friedrich Suhr (1907-1946), 1932 SA-Obersturmbannführer, Adjutant im Stab der SA-Obergruppe IV, 1933 Eintritt in die NSDAP, Übertritt zur SS, Regierungsrat, 1938 SS-Hauptsturmführer im SD-Hauptamt, 1942 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Tschernigow (UdSSR), 1943 in Shitomir, SS-Sturmbannführer, 1944 SS-Obersturmbannführer, juristischer Sachbearbeiter im Referat IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt, dann SS- und Polizeiführer für das Elsaß, danach Kommandeur einer Kampfgruppe der Waffen-SS.

35 Arnold Portius (geb. 1879), 1927 Eintritt in die NSDAP, 1932 SA-Sturmbannführer, Stabsführer der SA-Gruppe V, 1937 SA-Oberführer, 1942 SA-Brigadeführer.

36 Bruno Loerzer (1891-1960), 1913 badischer Leutnant, 1914 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders 3, 1920 Abschied als Hauptmann, Tätigkeit in der litauischen Luftwaffe, 1932 SA-Sturmbannführer, Sturmbannführer z.b.V. im Stab von Hermann Göring, 1933 Eintritt in die NSDAP, Präsident des Deutschen Luftsportverbandes e. V., 1935 Oberst, 1936 Kommandeur der Fliegergruppe I/232 und Fliegerhorstkommandant in Bernburg, 1937 Kommodore des Jagdgeschwaders 334, 1938 Generalmajor, Inspekteur der Jagdflieger im Reichsluftfahrtministerium, 1939 Kommandeur der 12. (dann: 2.) Fliegerdivision, Kommandierender General des II. Fliegerkorps, 1940 General, 1943 Generaloberst, Chef des Luftwaffenpersonalamts im Reichsluftfahrtministerium, 1944 Chef der Personellen Rüstung und Nationalsozialistischen Führung der Luftwaffe, Versetzung in die Führerreserve.

Zur Verfügung der Obersten SA-Führung wird auf seinen eigenen Antrag gestellt:

Oberführer Walter *Schmidt*[37], unter Enthebung von seiner Dienststellung als Führer d[*er*] U[*nter*]Gr[*uppe*] Berlin-West (m[*it*] W[*irkung*] v[*om*] 1.1.[*19*]33).

Adolf *Hitler*

4. Januar 1933 Dok. 114
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bösingfeld[1]

Lippischer Kurier vom 5.1.1933, "Ueberfüllte Riesenkundgebungen in Bösingfeld und Detmold"[2].

Wenn keine inneren zwingenden Gründe vorgelegen hätten, wäre die Partei nie zu dem geworden, was sie heute ist.

Was uns ins Leben rief, das war eine Sehnsucht, die das deutsche Volk seit Jahrhunderten in sich trug.

Das Schicksal des einzelnen ist gebunden an das der Gesamtheit. Erst muß die politische und seelische Not des Volkes, dann erst kann die wirtschaftliche Not beseitigt werden. Unsere

37 Walter Schmidt (1886-1935), 1905 preußischer Leutnant, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1924 Abschied als Major, danach Tätigkeit als Kaufmann, 1932/33 MdL in Preußen, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Berlin-West, 1934 SS-Sturmbannführer.

1 Im Festzelt, von 22.00 bis 23.00 Uhr. Vor Hitler, dessen Eintreffen sich um zwei Stunden herausgezögert hatte, sprachen der Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, MdR Robert Ley, SA-Gruppenführer Wilhelm Schepmann und der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, MdL Alfred Meyer. In der Vorlage wird Bösingfeld als "die Wiege des Nationalsozialismus" in Lippe charakterisiert; 7.000-8.000 Personen hatten sich, trotz schlechten Wetters, in dem vollkommen überfüllten "Zeltkomplex", das aus sechs Einzelzelten zusammengebaut worden war, eingefunden.
Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß hatte einer lippischen Delegation am 14.11.1932 in München mitgeteilt, daß Hitler vor der bevorstehenden Wahl des lippischen Landtags am 15.1.1933 höchstens auf drei Wahlkampfveranstaltungen als Redner auftreten wolle. Danach änderte sich jedoch Hitlers Bewertung. Am 17.12.1932 informierte Gauleiter Meyer seine Mitarbeiter in Münster über das Ergebnis seiner Besprechungen in Berlin: Hitler wolle nun "an zehn Abenden in sechzehn Massenversammlungen" sprechen, außerdem sei der Einsatz "aller namhaften Redner der Partei" geplant. Vgl. Arno Schröder, "Hitler geht auf die Dörfer...". Der Auftakt zur nationalen Revolution. Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe, Detmold 1938, S. 18 f., 64 ff.

2 Vgl. auch Lippische Post vom 5.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Reden in Bösingfeld und Detmold"; Lippische Tages-Zeitung vom 5.1.1933, "Hitlerreden in Bösingfeld und Detmold"; VB vom 6.1.1933, "Lippe - ein Gradmesser des Kampfes um die deutsche Freiheit"; Volksblatt vom 7.1.1933, "SA auf den Knien vor Hitler". Ferner Schröder, Hitler, S. 128 ff.; Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976, S. 318 ff.
Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. auch den Bericht des *Volksblatts*: "*Als Hitler beim Rednerpult angekommen war, fielen die dort stehenden SA-Leute auf die Knie, wie zu einer Götzenanbetung,* und blieben einige Zeit in dieser erniedrigenden Haltung. Dann durften sie wieder aufstehen. Das ist symbolisch für die ganze Nazipolitik. Hitler, 'der Messias', der Oberosaf, als unumschränkter Herr und das Proletenvolk ihm zu Füßen, damit es näher dran ist, wenn es ihm die Füße lecken muß. So stellen sich die Nazis ihre Herrschaft vor. Was Hitler in seiner Rede erzählte, war recht belanglos. Beweihräucherung seiner eigenen Person und seiner Partei."

Bewegung hat die Aufgabe, für die gesamte deutsche Zukunft die Voraussetzung zu schaffen. Ob ich die Vollendung erlebe, ist nicht ausschlaggebend, sondern, daß ich den Mut gehabt habe, das Werk zu beginnen. (Stürmischer Beifall.)

Ich teile das Volk in drei große Klassen ein: In den Arbeiter der Faust[3], den Geistesarbeiter und zwischen ihnen beiden den Bauernstand. Der eine ist auf den anderen angewiesen. Der Arbeiter muß wieder den Weg zum Bürger finden und der Bürger den Weg zum Arbeiter. Die Mauern der Vorurteile und der Verachtung müssen niedergerissen werden. Das ist das Ziel der Bewegung[4]. Es kommt nicht darauf an, wer in der Wilhelmstraße[5] regiert, sondern, wer sich den deutschen Menschen erobert. Die Herren in der Wilhelmstraße lassen nicht freiwillig von dem, was ihnen nie gehörte. Das Volk aber wird ihnen eines Tages seinen Willen vorhalten. Wenn das deutsche Volk in seinem ganzen Handeln die Charakterzüge der Demokratie besäße, Sie wären dann vermutlich gar nicht hier. Dann wäre nie gekämpft, sondern immer verhandelt worden, man hätte sich immer unterworfen und es würde kein Volk mehr geben. Wenn das deutsche Volk den Geist der SA, den Geist des Trotzes und des Fanatismusses besäße, dann wäre es schon längst gesundet. Meine Gegner sind hochbetagte Politiker[6]. Sie sollen mich nicht kritisieren. Ich habe 13 Jahre lang gearbeitet. Was haben sie getan? Warum haben sie es

---

3 Bei dem Begriff "Arbeiter" handelte es sich um einen Zentralbegriff der nationalsozialistischen Ideologie. Ihre Wortführer versuchten schon früh, ihn unter dem Oberbegriff der "Schaffenden" auf möglichst viele soziale und berufliche Gruppen auszudehnen und damit den klassischen Begriff des Arbeiters, so wie ihn die Arbeiterbewegung definiert hatte, aufzubrechen. Bereits am 19.11.1920 sagte Hitler bei einer Rede in München: "Alle Schaffenden müssen sich zusammenschließen zur *Gruppe der deutschen* Arbeiter, ob Hand- oder Kopfarbeiter." Am 12.4.1922 erklärte er in München: "Man sieht genau ein: das Volk ist geschlagen, solange sich Kopf und Faust nicht findet. Denn weder Kopf noch Faust allein ist in der Lage, Widerstand zu leisten." In der Verbindung "Arbeiter der Stirn und der Faust" wurde diese bewußt egalisierende Formel zu einer häufig gebrauchten Wendung während der nationalsozialistischen Herrschaft. Vgl. Zitelmann, Hitler, S. 175 ff.; Berning, "Abstammungsnachweis", S. 15 f. Zitate: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 259 ff., hier S. 262; S. 607 ff., hier S. 618.

4 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Möller, Weimar, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

5 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

6 Vergleicht man das Alter Hitlers (* 20.4.1889) mit dem der Vorsitzenden der wichtigsten deutschen Parteien, so zeigt sich, daß Hitler - zum Teil mit Abstand - einer der jüngsten Parteivorsitzenden war: Alfred Hugenberg (* 19.6.1865), Otto Wels (* 15.9.1873), Hermann Dietrich (* 14.12.1879), Ludwig Kaas (* 23.5.1881), Eduard Dingeldey (* 27.6.1886), Ernst Thälmann (* 16.4.1886), Fritz Schäffer (* 12.5.1888). Tatsächlich war, verglichen mit der übrigen deutschen Parteienlandschaft, der Anteil an jungen Politikern innerhalb der NSDAP ungewöhnlich hoch, wie etwa die statistischen Erhebungen der Reichstagsverwaltung belegen: Die Gruppe der 30-40jährigen war allein bei NSDAP und KPD weit überrepräsentiert - von insgesamt 107 nationalsozialistischen Abgeordneten gehörten 63, von 77 kommunistischen Abgeordneten 47 dieser Altersgruppe an; acht Abgeordnete der KPD waren sogar unter 30 Jahre, bei der NSDAP waren es neun. Alle übrigen großen Parteien besaßen ihren Altersschwerpunkt bei der Gruppe der 50-60jährigen, quantitativ meist knapp gefolgt von der Gruppe der 40-50jährigen. SPD: 51, bzw. 49 Abgeordnete; Zentrum: 28, bzw. 22 Abgeordnete; DNVP: 21, bzw. 10 Abgeordnete, DVP: 15, bzw. neun Abgeordnete, ebenso Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, BVP und DStP. Vgl. Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Reichstag 1930. Hrsg. von Hermann Hillger, Berlin 1930, S. 10; Wolfgang R. Krabbe (Hrsg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993 sowie Dok. 3, Anm. 4.

nicht besser gemacht? Warum haben sie ihre Aufgaben nicht gelöst? Mit Halbheiten erreicht ein Mensch weder das Himmelreich noch das irdische Leben. Ich habe meine Zeit seit 1914 nur im Kampfe zugebracht[7] oder im Gefängnis für Deutschland[8]. Ich könnte es heute bequemer haben, wenn ich am 13. August ja gesagt hätte[9].

Die Herren haben sich unerhört in uns getäuscht. Wenn ich mich für ein Linsengericht verkaufen wollte[10], dann hätte ich es längst tun können. Glaubt man wirklich, daß ein Mann, der jedem Augenblick dem Tode ins Auge sehen muß, sich verkauft! Was mich erfüllt, ist einzig das Streben nach der Macht.

Was Gutes an den Programmen der jetzigen Herren ist, das haben sie uns geklaut[11]. Das ist die Eigenart dieser Herrschaften. Die Regierung Schleicher wird genau dort enden, wo die frühere Regierung endete[12]. Sie wird nichts für die Not tun können [*sic!*]. Das kann man nicht durch Notverordnungen besorgen[13]. Wir müssen heute den Weg der Wahlen gehen, weil es der einzig legale Weg ist. Sie sagen, jetzt müssen wir schon wieder wählen[14]. Ist es Ihnen ein Opfer, zur Wahl zu gehen, dann schweigen Sie und jammern Sie nicht.

Wir werden den Kampf um die deutsche Freiheit niemals aufgeben. Daß man mich zur Kapitulation bringt? Niemals!

Laßt sie ruhig den Reichstag wieder auflösen. Auch wenn nicht gewählt wird, führen wir den Kampf weiter. Unser Ziel ist, das deutsche Volk zu besitzen.

Wenn ich heute die Wahl hätte, Reichskanzler zu werden und keine Arbeiter mehr erobern könnte, oder wenn ich wüßte, daß ich weitere 5 Millionen deutsche Arbeiter zu uns herüberziehen könnte, wenn ich auf den Reichskanzlerposten verzichtete, dann würde ich sagen: "Behaltet die Regierung, ich greife nach dem Volke." (Stürmischer Beifall.)

Und das Ende wird doch der Erfolg sein, und dieses Ideal wird doch siegen. Es gibt andere als mechanische Gesetze, nämlich die des Idealismus und Fanatismus. In 10 Jahren werden unsere Gegner sich gebeugt haben oder nicht mehr sein. Weil ich an das deutsche Volk glaube, wird auch unsere Bewegung siegen. Wir wollen auch hier in Lippe wieder eine Stufe weiter bauen[15]!

---

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14 sowie Dok. 107, Anm. 6.

8 Hitler war nicht nur nach seinem gescheiterten Putschversuch in der Zeit vom 11.11.1923 bis 20.12.1924 inhaftiert gewesen (vgl. Dok. 52, Anm. 12); bereits am 12.1.1922 war er wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, da Angehörige der NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbundes in München gesprengt hatten. Einen Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler in der Zeit vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt München-Stadelheim, der Rest der Strafe wurde ihm erlassen. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

9 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

10 Vgl. Dok. 107, Anm. 61.

11 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

12 Vgl. Dok. 78, Anm. 12 sowie Dok. 67, Anm. 6.

13 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

14 1932 fanden auf Reichsebene am 13.3. und 10.4. der erste und der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl statt, am 31.7. und am 6.11. wurde ein neuer Reichstag gewählt. Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen waren am 13.3. in Mecklenburg-Strelitz, am 24.4. in Anhalt, Bayern, Hamburg, Preußen und Württemberg, am 29.5. in Oldenburg, am 5.6. in Mecklenburg-Schwerin, am 19.6. in Hessen, am 31.7. in Thüringen und am 13.11. in Lübeck. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, passim.
Zur damaligen Diskussion über bevorstehende Neuwahlen vgl. Dok. 115, Anm. 14.

4./5. Januar 1933 Dok. 115
Rede auf NSDAP-Versammlung in Detmold[1]

Lippische Landeszeitung vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in Detmold"[2].

Hitler führte u. a. aus: Fast 14 Jahre dauert das Regiment der Parteien, die einst im November 1918 versprochen hatten, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen[3]. Damals wurde die nationalsozialistische Bewegung ins Leben gerufen als bewußter Protest gegen diese Versprechungen und Ankündigungen[4]. Damals gab es in Deutschland wenige Menschen, die entweder die Dinge klar sahen oder die sich zu einem klaren Entschluß durchzuringen vermochten. Die große Mehrzahl hatte wohl die Empfindung, einen Krieg verloren zu haben[5], aber kein Verständnis für die ungeheure politische Katastrophe. Es spielte sich damals das ab, was wir immer wieder im Völkerleben feststellen können: Die Menschen haben kein richtiges Verständnis für politische Katastrophen. Erst wenn sich die politische Katastrophe in eine wirtschaftliche umwandelt, dann beginnt die breite Masse aufmerksam zu werden. Dann beginnt sie sich mit den Problemen der Zeit zu beschäftigen. Allerdings fühlen sie zumeist nur die Not, von der sie persönlich erfaßt werden. Alle haben an eine Partei geglaubt, die gerade ihre Interessen zu vertreten vorgab, und alle sind enttäuscht worden. Die wenigsten wollen einsehen, daß die wirtschaftliche Katastrophe nur die zwangsläufige Folgeerscheinung einer politischen

---

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt auf dem Kronenplatz, von 0.15 Uhr bis 1.00 Uhr. An der - trotz schlechten Wetters - überfüllten Versammlung, die der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Detmold, Friedrich Grüttemeyer, offiziell um 20.30 Uhr eröffnet hatte, nahmen etwa 5.000 (*VB*: "weit über 10.000") Personen teil. Bis zu Hitlers Eintreffen sprachen der Fraktionsführer der NSDAP im preußischen Landtag, Wilhelm Kube, der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, MdR Bernhard Rust, sowie der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, Alfred Meyer.
Vgl. auch den Kommentar der *Lippischen Tages-Zeitung* vom 6.1.1933: "Es hat Menschen gegeben, die die Lammesgeduld bewundert haben, mit der die Besucher der Kundgebungen in Bösingfeld und Detmold die allzu große Verspätung hingenommen haben, mit der Hitler in beiden Orten erschien. Als er endlich da war [...] fiel die sichtliche Ermüdung auf, mit der Hitler den ersten Teil seiner Ausführungen absolvierte. Wir sprachen gestern schon von einer zutage getretenen *Resignation*. Diese bezog sich sowohl auf die Form als auch auf den Inhalt seiner Rede. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen Hitler im Frühjahr 1925 in München - unmittelbar nach seiner damaligen Entlassung aus der Festung Landsberg - gehört hatte, mußte erstaunt sein über die Wandlung der Führers der NSDAP. Der Empfang, der ihm in Detmold bereitet wurde, bewies zum mindesten, daß der Nimbus um Hitler, dessen sich dieser sehr bewußt zu sein scheint, sein stärkster Aktivposten ist, wenigstens in bezug auf seine Tätigkeit als Volksredner. Wie er heute das Ziel seiner Arbeit immer mehr in die Ferne rückt, wie er es versteht, die Zuhörer trotzdem zu faszinieren, das ist sein Geheimnis."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in Detmold. Wir stehen zum Endkampf bereit"; Lippische Post vom 5.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Reden in Bösingfeld und Detmold"; Lippische Tages-Zeitung vom 5.1.1933, "Hitlerreden in Bösingfeld und Detmold"; Lippischer Kurier vom 5.1.1933, "Adolf Hitler in der einstigen Residenz"; Volksblatt vom 5.1.1933, "Hitler hofft auf ein Wunder"; Lippische Tages-Zeitung vom 6.1.1933, "Gedanken zur Hitlerrede"; VB vom 6.1.1933, "Lippe - ein Gradmesser des Kampfes um die deutsche Freiheit". Ferner Schröder, Hitler, S. 134 ff. (im Anhang verschiedene Fotos); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 320 ff., zur Überlieferung S. 324, Anm. 3.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 6 und 7.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 9 sowie Dok. 10, Anm. 15.

5 Zur Bewertung und Verarbeitung des verlorenen Ersten Weltkriegs durch die deutsche Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Niederlage.

Katastrophe war. Das Jahr 1918 vollzog nur, was innerlich schon längst reif zum Vollzuge [*sic!*] war[6].

Alle Versuche, die deutsche Not am einzelnen, am Kleinen zu meistern, mußten versagen. Die Meisterung der Not gelingt immer nur dann, wenn die Erfassung des deutschen Menschen möglich wurde. Auch unserer Zeit ist diese Aufgabe gestellt.

Mit leichten Versprechungen kann man keine Not beseitigen.

Es gehört dazu ein In-Sich-Hineingehen [*sic!*]. Man muß heute den Mut haben, die jahrhundertealten Vorurteile unserer Standes- und Klassenzerrissenheit zu bekämpfen[7]. Es mag schwer sein, aber es ist die Aufgabe der Zukunft. Die nationalsozialistische Bewegung kämpft dafür, daß die Geschlechterfolge nicht abreißt und daß das deutsche Volk aus eigener Kraft sein Leben zu erhalten vermag, nicht nur jetzt, sondern in aller Zukunft. Eine solche Bewegung wird ihr Ziel nicht darin sehen, eine Regierung zu markieren [*sic!*]. Ihre letzte Aufgabe ist die Gewinnung des Menschen. Rasse, Volk und Boden, das sind die ewigen Quellen, aus denen sich das Leben eines Volkes aufbaut. Wenn mir jemand sagt: Sie haben 1932 versagt[8], dann antworte ich: Sie denken aus Ihrer bürgerlichen Partei-Mentalität heraus. Sie meinen, man müsse auf jeden Fall versuchen, Minister zu werden. Das ist gut, wenn man sein Werk glaubt damit vollenden zu können [*sic!*], aber *belanglos*, wenn man *weiß*, daß man sein Werk dadurch *schädigt.*

Wenn mir jemand die Wahl läßt, Reichskanzler zu werden oder neue Menschen zu gewinnen, dann wähle ich das letztere. Entscheidend für die deutsche Zukunft ist, daß Millionen wieder einen neuen Glauben bekommen. Wir ringen um das Dorf[9], *die Stadt, das Land und das Reich. Wer das Volk nicht erobert, der versperrt sich jede Straße, auch die Wilhelmstraße*[10]. *Ich habe die Regierungsangebote deshalb ausgeschlagen, weil ich nicht gewillt bin, meine Bewegung hinzugeben für einen Titel ohne Macht. Nicht weil ich die Verantwortung scheue. Ich lehne es auch ab, von hintenherum zur Macht zu kommen*[11]. Die Fähigkeit dazu habe ich nicht, und ich will sie auch gar nicht lernen. *Was gut ist an unserem Gedanken, das hat man uns geklaut*[12], *und was man uns geklaut hat, ist unter jeder Kanone.* Wenn ich heute die Rundfunkreden höre[13], dann frage ich mich immer: Hast Du das alles 10 Jahre lang gesagt oder hat das Herr

---

6 Vgl. Dok. 83, Anm. 30.

7 Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

8 Gemeint sind die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 (vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169) und nach der Reichstagswahl vom 6.11.1932 (vgl. Dok. 65-70, 74).

9 Die Tatsache, daß Hitler in Thüringen und in Lippe wieder in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten auftrat, wurde von seinen Gegnern als Hinweis auf den bevorstehenden Niedergang der NSDAP gewertet. Das lippische *Volksblatt* schrieb am 30.12.1932: "Dieses Massenaufgebot der ersten Rednergarnitur ist das Eingeständnis der Schwäche der lippischen Nazis. Hitler selbst backt in Lippe noch kleinere Brötchen als in Thüringen. Hier geht er sogar auf die Dörfer, [...]." Vgl. Schröder, Hitler, S. 97 ff., Zitat S. 102.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

11 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

12 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

13 Gemeint sind die Rundfunkreden, mit denen Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

von Schleicher gesagt? Wenn man uns droht, den *Reichstag aufzulösen*[14], dann sagen wir: Bitte sehr, löst nur so lange auf, wie ihr wollt[15]. Und wenn wir auch einige Prozente verlieren[16]. Wesentlich ist, daß die letzten Prozente, die in Deutschland die Geschichte machen, wir sind. Wenn man mir weiter sagt: *Die Massen würden müde*, so glaube ich das nicht. Was gut ist in unserem Volke, wird nicht müde. *Daß Wunder in Deutschland geschehen, weiß ich.* Es ist nur eine Frage der inneren Würdigkeit eines Volkes. Unsere Stunde wird kommen. Und wenn die Gegner sagen, die Bewegung gehe zurück[17], dann sage ich: Die Welle kommt wieder. Am Ende wird die Gradlinigkeit unseres Kampfes doch das Ziel erreichen. Dann werden die Länderwahlen später als nichts anderes mehr gelten als *Marksteine*[18] *in der Erhebung der deutschen Nation*[19].

---

14 Eine Auflösung des Reichstags oder gar seine längere Beurlaubung war während der Amtszeit der Kabinette Papen und Schleicher ständig im Gespräch; mit der Reichstagswahl vom 6.11.1932 mußten die Nationalsozialisten jedoch einsehen, daß sie ihren Zenit erst einmal überschritten und das Potential ihrer Wähler ausgereizt hatten. Nachdem sich der Reichstag in seiner letzten Sitzung am 9.12. auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, entschied der Ältestenrat am 4.1. über seine Einberufung. Während die Vertreter aller Parteien schließlich dem Vorschlag des Zentrums zustimmten, den Reichstag zum 24.1. einzuberufen, schlugen die Vertreter der NSDAP statt dessen vor, die Entscheidung hierüber dem Reichstagspräsidenten Göring zu überlassen. Mit ihrer Verzögerungstaktik versuchte die NSDAP Zeit zu gewinnen und eine Neuwahl des Reichstags vorerst zu verhindern, da SPD und KPD bereits bei der nächsten Reichstagssitzung einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Schleicher einbringen wollten. Am 20.1. beschloß der Ältestenrat, die Einberufung des Reichstags auf den 31.1. zu verschieben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932, Bd. 455, Stenographische Berichte, Berlin 1933, S. 110 f.; Turner, Hitlers Weg, S. 54 ff., 109; Ferner Berliner Tageblatt vom 5.1.1933 (MA), "24. Januar Reichstag"; Frankfurter Zeitung vom 5.1.1933 (2. MA), "Schleicher, Straßer, Hitler"; Vossische Zeitung vom 5.1.1933, "Reichstag am 24. Januar". Ferner Dok. 84, Anm. 3.

15 Hitler hatte am 4.1. von Papen selbst erfahren, daß "Schleicher [...] keine Auflösungsorder" für den Reichstag vom Reichspräsidenten erhalten würde, zumindest vorläufig. Hitler konnte deshalb darauf vertrauen, daß diese Forderung für ihn folgenlos bleiben würde. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332.

16 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

17 Vgl. Dok. 107, Anm. 52.

18 In der Vorlage: "Merksteine".

19 Über die Wirkung von Hitlers Rede schrieb die *Lippische Tages-Zeitung* am 5.1.1933: "Seine Ausführungen zeigten manchmal seine eigene innere Erregung und wurden erst im letzten Abschnitt von Beifall unterbrochen." Es war Teil von Hitlers Selbstdarstellung, wenn er auch während des lippischen Wahlkampfs persönliche Kontakte nach Möglichkeit zu vermeiden suchte. Auf das Angebot von Gauleiter Meyer war er deshalb gern eingegangen, der ihm und seinem Stab die Möglichkeit vermittelt hatte, sich während des Wahlkampfs auf die einsam gelegene Grevenburg zurückziehen zu können. Diese alte Wasserburg im Besitz von Adolf Frhr. von Oeynhausen-Grevenburg lag direkt an der Grenze zu Lippe, in der Nähe von Steinheim (Kreis Höxter); sämtliche Orte in Lippe - mit 1.215 qkm eines der kleinsten deutschen Länder - ließen sich von hier aus schnell erreichen, so daß Hitlers ebenso rasches Auftauchen wie Verschwinden dem Wahlvolk das Gefühl seiner quasi übernatürlichen Omnipräsenz suggerierte. Der nationalsozialistische Reichspressechef Otto Dietrich schrieb hierüber später: "Das Hauptquartier aber hatten wir während dieses Wahlkampfes auf einer der ältesten und schönsten Wasserburgen des Landes aufgeschlagen. An jedem Abend gegen 6 Uhr verließen wir die Burg, um ins Land hinauszuziehen, zu zwei oder drei Versammlungen das Land zu durchqueren. Um Mitternacht oder noch später kehrten wir in unser Burgidyll zurück. Es war uns gelungen, dieses herrliche Quartier vor der ganzen Öffentlichkeit streng geheimzuhalten. Keine journalistische Spürnase entdeckte uns, kein Reporter fand unsere Fährte. Wir kamen an, und wir verschwanden wieder; kein Mensch wußte, woher und wohin. Wenn unsere Wagen durch die enge Einfahrt in dem romantisch umbauten, von Efeu umrankten Hof dieses Schlosses angekommen waren, dann genossen wir noch mit dem prächtigen Hausherrn und seiner gastlichen Gemahlin eine stille, geruhsame Stunde am flackernden Kaminfeuer. Solche Stunden der beschaulichen Unter-

5. Januar 1933 Dok. 116
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1933, "Gegen Kombinationen".

Gegenüber unrichtigen Kombinationen[1], die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden[2], stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind[3].

gez. Adolf Hitler[4]

gez. von Papen[5]

---

haltung und Erholung waren eine Seltenheit in unserem gehetzten Dasein. Um so mehr wußten wir sie zu schätzen." Vgl. Dietrich, Mit Hitler in die Macht, S. 173 ff., hier S. 175 f. Ferner Schröder, Hitler, S. 166; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 250.

1 Obwohl sich die Organisatoren und Teilnehmer der "Kölner Besprechung" um strengste Geheimhaltung bemüht hatten, waren bereits im Vorfeld erste Gerüchte in der Presse erschienen. Vor allem aber hatte Hans Zehrer, Chefredakteur der Schleicher nahestehenden *Täglichen Rundschau*, von dem Treffen erfahren: Ihm gelang es, durch zwei vor Schroeders Villa postierte Reporter, darunter einen Fotografen, die Besprechung zumindest im Bild zu belegen. Die bereits tags darauf erscheinende Schlagzeile: "Hitler und Papen gegen Schleicher", wirkte - so die *Germania* am 8.1.1933 - "wie der berühmte Stich in einen Ameisenhaufen" und gab Anlaß zu wilden Spekulationen, die freilich eher die Phantasie anregten, als daß sie den eigentlichen Zweck der Unterredung offenlegten. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 191, 205 ff.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 54, Anm. 6; Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als Politischer Publizist, Mainz 1971, S. 104 ff. sowie in diesem Band Dok. 112, Anm. 11.
Zu den Gerüchten in der Presse vor dem 4.1. vgl. etwa Der Jungdeutsche vom 3.1.1933, "Hitler schwenkt zu Papen"; Der Angriff vom 3.1.1933, "Haltlose Kombinationen: Keine Unterredung Hitler-Papen".

2 Vgl. etwa Berliner Tageblatt vom 5.1.1933 (AA), "Hitler und Papen gegen Schleicher"; vom 6.1.1933 (AA), "Was war in Köln?"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6.1.1933 (MA), "Die Aussprache v. Papen-Hitler"; Deutsche Tageszeitung vom 6.1.1933, "Wir bemerken: Unterredung von Papen-Hitler"; vom 7.1.1933, "Wir bemerken: Die Kölner Konferenz"; Frankfurter Zeitung vom 5.1.1933 (2. MA), "Schleicher, Straßer, Hitler"; vom 6.1.1933 (2. MA), "Die Unterredung Hitler - Papen"; Germania vom 6.1.1933, "Hitler geht zu Papen. Eine geheime Aussprache der Gegner von gestern in Köln"; vom 7.1.1933 "Die Kulissengespräche"; Der Jungdeutsche vom 6.1.1933, "Also doch Hitler-Papen!"; vom 7.1.1933, "Die Unterredung v. Papen-Hitler: Im Hintergrund die Industrie"; Kreuz-Zeitung vom 6.1.1933, "Gespräche hinter den Kulissen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 7.1.1933, "Sensationen um politische Gespräche"; Die Rote Fahne vom 6.1.1933, "Geheime Verhandlungen Hitler-Papen bei rheinischen Bankfürsten!"; vom 7.1.1933 "Hitler proklamiert Einheitsfront mit Papen!"; vom 8.1.1933, "Hitler läßt Papens Feinde ermorden"; Tägliche Rundschau vom 5.1.1933, "Hitler und Papen gegen Schleicher!"; Vorwärts vom 5.1.1933 (AA), "Straßer bei Schleicher und Papen bei Hitler"; vom 6.1.1933 (MA), "Hitler beim Herrenklub. In flagranti ertappt"; Vossische Zeitung vom 5.1.1933 (AA), "Gespräche hinter den Kulissen"; vom 6.1.1933 (MA), "Hitler klopft an die Hintertüren"; Die Welt am Montag vom 9.1.1933, "Das braune Haus liegt an der Ruhr. Hochzeit mit der Hochfinanz. Hitler beim raffenden Kapital gelandet".

3 Am 16.12.1932 hatte Franz von Papen beim Jahresessen des *Deutschen Herrenklubs* in Berlin den Mitinhaber des Kölner Bankhauses J. H. Stein, Kurt Frhr. von Schroeder, darauf hingewiesen, daß er noch immer das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genieße; von seinem Nachfolger könne man dies nicht behaupten. Inzwischen seien - so Papen - Schleichers Intrigen gegen ihn, wie auch gegen seine Kontaktaufnahme mit Hitler in vollem

5. Januar 1933 Dok. 117
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leopoldshöhe[1]

Lippischer Kurier vom 6.1.1933, "Triumphaler Siegeszug Adolf Hitlers durchs Lipperland"[2].

Auf historischem Boden erinnert Adolf Hitler in seinen Ausführungen an das erste gemeinschaftsbewußte, schlagkräftige und erfolgreiche Auftreten der deutschen Nation unter Hermann

---

Umfang bekannt geworden. Er halte es deshalb für sinnvoll, Hitler hierüber ins Bild zu setzen und mit ihm einmal "über die weitere politische Gestaltung zu sprechen". Nachdem dieses Angebot Hitler über seinen Wirtschaftsberater, den Chemiefabrikanten Wilhelm Keppler, erreicht hatte, wurde - wieder über den Mittelsmann Keppler - für den 4.1. zwischen 10.00 und 10.30 Uhr ein Treffen bei Schroeder vereinbart. An der zweistündigen Besprechung mit Hitler nahmen lediglich Papen und Schroeder teil, die abweichend hierüber berichtet haben. Glaubwürdig erscheint jedoch allein der Bericht Schroeders, der mit Aussagen Hitlers und denen aus seinem Umkreis übereinstimmt. Demzufolge wiederholte Papen zunächst seine Darstellung vom 16.12., um dann Hitler die *gemeinsame* Leitung einer Koalitionsregierung aus NSDAP, DNVP und konservativen Parteien vorzuschlagen. Obwohl Hitler auf dem Amt des Reichskanzlers beharrte, einigte er sich mit Papen darauf, die Gespräche über eine gemeinsame Regierungsbildung fortzusetzen, in der Erkenntnis, daß sie einander ergänzen konnten: Papen verfügte über Einfluß beim Reichspräsidenten, Hitler über eine Massenpartei. Vgl. Axel Kuhn, Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Haus des Barons von Schröder. Eine methodisch-systematische Quellenanalyse mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der Geschichtswissenschaft anzudeuten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 709-722; Heinrich Muth, Das "Kölner Gespräch" am 4. Januar 1933. In: Ebenda 37 (1986), S. 463-480, 529-541; Turner, Großunternehmer, S. 377 ff; ders., Hitlers Weg, S. 56 ff.; Petzold, Papen, S. 134 ff. sowie Dok. 112, Anm. 11.

4 Außer diesem Dementi veröffentlichte die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* am 5.1.1933 ("Zusammentreffen Adolf Hitlers mit Herrn v. Papen") folgende kurze Meldung: "Auf der Durchreise des Führers nach Lippe fand gestern im Hause eines Freundes der NSDAP in Köln eine kurze Begegnung Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen statt. Es handelte sich lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Vorgänge der letzten Wochen." Tags darauf veröffentlichte der *VB* einen Kommentar ("Zum Zusammentreffen Adolf Hitlers mit Papen"), demzufolge Hitler überhaupt nicht die Absicht besitze, "sich mit den *Vertretern einer Politik* 'zusammenzutun', die er als *sachlich falsch* erkannt hat".

5 Papen gab in dieser Angelegenheit den *Düsseldorfer Nachrichten* ein Interview und publizierte am 5.1. noch eine weitere Presseerklärung: "Anläßlich meiner Reise nach Düsseldorf zu meiner Mutter habe ich mit Herrn Hitler eine *politische Aussprache* in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die frei erfunden sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das *Gegenteil* ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten Halbjahres gewidmet war, der Frage der *Eingliederung der NSDAP* in eine nationale Konzentration." Am 9.1. veröffentlichte die Reichsregierung ein Kommuniqué über den Empfang Papens bei Reichskanzler von Schleicher. Diese Aussprache habe "die völlige Haltlosigkeit" der Behauptungen ergeben, welche die Presse über die Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4.1. verbreite. Zur Überlieferung vgl. Anm. 2.

1 Im Festzelt, das man an den Saal des Gasthof *Heckewerth* angebaut hatte, nachts. An der Versammlung, die um 19.30 Uhr begann, nahmen etwa 5.000 Personen teil. Vor Hitler sprachen MdL Wilhelm Meinberg (Unna) und der Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wilhelm Friedrich Loeper; Hitlers Rede dauerte etwa eine Stunde.
Vgl. auch den Kommentar des *Volksblatts*: "*In Leopoldshöhe* erzählte Hitler recht viel von sich selbst. Es ist schwer zu sagen, wie oft er sagte: 'Ich'. Aber er hat sich offenbar selbst sehr gern. Das ganze Volk will er erziehen. Und das Volk läßt sich doch soo schwer erziehen. Übrigens, warum ist Hitler dann nicht Schulrat geworden? Die Klassen im Volk will er überwinden und eine große Gemeinschaft schaffen. Arbeiter und Kapitalisten, Angestellte und Fabrikanten, alles in einen Topf. Darum hat er extra die 'Arbeiterpartei' gegründet, darum verhandelt er auch jetzt mit den Vertretern des *Herrenklubs*."

dem Cherusker gegen die römische Zwangsherrschaft[3]. Innere Zersplitterung und Kraftvergeudung hätten zu jeder Zeit dem deutschen Volke schwere Wunden geschlagen[4]. Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft[5] werde diesem Zustand ein Ende setzen.

Immer wieder sehen wir von diesem historischen Boden aus die Entwicklung, daß durch Überwindung der Zerrissenheit Macht ausstrahlte. Deutschland ist in Not und Elend zerfallen, weil es politisch zerfiel. Will ich diese Not beseitigen, muß ich hier beginnen.

Ich glaube an den Sieg unserer Bewegung, weil ich an eine deutsche Zukunft glaube!

Die Regierungen von heute haben Projekte und Pläne[6], aber nicht die Kraft, sie zu verwirklichen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe umgekehrt die Voraussetzungen geschaffen und die Waffe für die deutsche Zukunft geschmiedet.

Der hat die Zukunft, der das Volk gewinnt und neu gestaltet!

Die Tagesfragen werden mit entschieden durch das Schicksal der Gesamtnation.

Entweder wird Deutschland auferstehen oder immer mehr verelenden!

Was bedeutet im Völkerleben, im Kampf ein Rückschlag, wenn man sein Ziel im Auge behält und starr verfolgt! Man muß den Entschluß aufbringen, sein Werk zu vollenden.

Am Ende wird sich zeigen, wo die Kraft steht.

Jeder erfolglose Versuch, die Bewegung zu sprengen durch innere Spaltung, erweist aufs neue die Härte und eiserne Geschlossenheit unserer Gemeinschaft. Man lud uns in die Regie

---

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.1.1933, "Der Führer in Leopoldshöhe und Oerlinghausen"; Lippische Post vom 6.1.1933, "Hitler-Versammlungen in Oerlinghausen u. Leopoldshöhe"; Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Leopoldshöhe"; Volksblatt vom 7.1.1933, "SA auf den Knien vor Hitler"; VB vom 7./8.1.1933, "Die lippesche Regierung antwortet mit verzweifelten Demonstrationsverboten". Ferner Schröder, Hitler, S. 142 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 330 f.

3 Seit dem Jahr 12 v. Chr. versuchten römische Truppen die germanischen Stämme rechts des Rheins zu unterwerfen; von ihren Winterquartieren am Rhein und im nördlichen Alpenvorland konnten sie aber nur einzelne expeditionsähnliche Operationen nach Osten vortragen, so daß die politischen Verhältnisse in Germanien ungeklärt blieben. Als im Herbst 9 n. Chr. der römische Legat in Germanien, P. Quinctilius Varus, mit drei Legionen, drei Alen und sechs Hilfs-Kohorten aus dem Sommerlager an der Weser zum Winterlager am Rhein zurückmarschierte, lockte ihn der Cheruskerfürst Arminius, nominell ein Verbündeter Roms, in unwegsames Gelände, wo eine Allianz germanischer Stämme die gesamte römische Heeresgruppe (25.000 Mann) vernichtete. Der römische Herrschaftsbereich war damit endgültig auf seine rheinischen Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Neueste archäologische Funde haben diese dreitägige Entscheidungsschlacht im "saltus Teutoburgiensis" bei dem heutigen Dorf Kalkriese, nördlich von Osnabrück lokalisiert. Vgl. Karl Christ, Zur augusteischen Germanienpolitik. In: Ders.: Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte, Bd. I, Darmstadt 1982, S. 183-239; Wolfgang Schlüter (Hrsg.), Römer im Osnabrücker Land. Die archäologischen Untersuchungen in der Kalkrieser-Niewedder Senke, Bramsche 1991; Rainer Wiegels/Winfried Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht. Geschichte, Mythos, Literatur, Paderborn 1995.

4 Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar des *Volksblatts* zur Hitler-Rede in Detmold tags zuvor: "Vor Hitler sprach *Kube*. Er mußte die Rede des Führers vorbereiten und schilderte Hitler als den *'Cherusker unserer Zeit'*. Wäre Hermann der Cherusker ebenso vor den Entscheidungen ausgewichen, wie es Hitler tut, dann säßen vielleicht die Römer heute noch in Lippe." Vgl. Volksblatt vom 5.1.1933, "Hitler hofft auf ein Wunder". Ferner Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 226 ff.

5 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

6 Anspielung auf die Rundfunkreden, mit denen der neue Reichskanzler von Schleicher am 15.12. sein Regierungsprogramm und der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke am 23.12.1932 sein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung vorstellten. Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25, 36.

rung ein[7], nicht damit die Bewegung ihr Ziel erreicht, sondern damit die andern trotz der Bewegung ihr Ziel erreichen.

Den Weg von hintenherum gehe ich nicht, sondern trete frei und offen vor das Volk[8]. Die Herren im Kabinett aber werden gegen uns verlieren! Wir kämpfen immer und überall, an jedem Platz zu jeder Stunde!

Was jetzt ist, das ist nicht die deutsche Erhebung, sondern der Versuch, die deutsche Erhebung zu mißbrauchen.

Es kommt ein Reich, aus der Kraft dieser Bewegung heraus geboren, und die Zeichen dieses kommenden Reiches werden die Zeichen dieser Bewegung sein[9]!

5. Januar 1933 — Dok. 118
Rede auf NSDAP-Versammlung in Oerlinghausen[1]

Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Oerlinghausen"[2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 117[3].

---

7 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

8 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt, das an die Gaststätte *Scherenkrug* herangebaut worden war, ab 22.30 Uhr. An der überfüllten Versammlung nahmen - so der *Lippische Kurier* - etwa 5.000 Personen teil. Vor Hitler, der sich erheblich verspätet hatte, sprach der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, MdR Josef Wagner.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 6.1.1933, "Der Führer in Leopoldshöhe und Oerlinghausen"; Lippischer Kurier vom 6.1.1933, "Eine rote Festung wird erobert. Adolf Hitler in der marxistischen Hochburg Oerlinghausen"; Lippische Post vom 6.1.1933, "Hitler-Versammlungen in Oerlinghausen u. Leopoldshöhe"; Volksblatt vom 6.1.1933, "Hitler gesteht: 'Ich kann dem deutschen Volke auch nicht helfen!'"; VB vom 7./8.1.1933, "Die lippesche Regierung antwortet mit verzweifelten Demonstrationsverboten". Ferner Schröder, Hitler, S. 145 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 332 f.

3 Vgl. auch den Bericht der *Lippischen Post*: "Hitler seine Ausführungen [*sic!*] bewegten sich auf derselben Grundlage wie in den Versammlung[*en*] in Detmold und Bösingfeld. Beide Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf"

6. Januar 1933 Dok. 119
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augustdorf [1]

Der Angriff vom 7.1.1933, "Gewaltige Bauernkundgebungen in Augustdorf und Horn" [2].

Redetext entspricht weitgehend Dok. 120 [3].

6. Januar 1933 Dok. 120
Rede auf NSDAP-Versammlung in Horn [1]

Lippischer Kurier vom 7.1.1933, "Der Führer im 'treuen Horn'" [2].

Als ich vor 14 Jahren begann, war es eine denkbar ungünstige Zeit. Die Behebung politischer Katastrophen erfordert Opfer. Im Gefolge der politischen Katastrophen folgen solche wirtschaftlicher Art, und erst dann werden die Menschen sich des Zusammenbruchs bewußt. Und dann kommen die Heildoktoren des öffentlichen Lebens und gründen Parteien für jeden Stand [3]. Alle diese Versuche können die Not nicht mindern. Die Parteien werden groß und vergehen. Der Irrtum liegt daran, daß man glaubt, man braucht nur die Not der einzelnen Berufsgruppen zu beheben und will nicht einsehen, daß die Not des einzelnen nur die allgemeine Not ist.

Wir sehen heute die vollständige Verworrenheit bei der Betrachtung der politischen Dinge. Das deutsche Volk hat sein heutiges Schicksal schon oft erlitten. Es ist das Volk der größten

1 Über den äußeren Rahmen dieser Versammlung, die nach Schröder (Hitler, S. 152) in zwei nicht näher benannten Sälen stattgefunden hat, wird kaum etwas berichtet. Dem *Lippischen Kurier* ist zu entnehmen, daß Hitler "länger als eine Stunde" gesprochen haben soll; sein Vorredner war der Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner.

2 Vgl. auch Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Augustdorf und Horn"; Lippische Post vom 7.1.1933, "Hitler in Horn und Augustdorf"; Lippischer Kurier vom 7.1.1933, "Jubel und Begeisterung in Augustdorf und Horn"; VB vom 7.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Ich glaube an unsere Zukunft, Ich glaube an unseren Sieg'". Ferner Schröder, Hitler, S. 152 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 336 f. sowie S. 336, Anm. 2.

3 Bei der Überlieferung des *Angriffs* und des *VB* läßt sich nicht sicher feststellen, ob es sich hier um Hitlers Rede in Augustdorf oder in Horn handelt. Vgl. auch Ciolek-Kümper, S. 336, Anm. 2.

1 Im Festzelt auf dem Marktplatz, ab 22.15 Uhr. Hitlers Vorredner war der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust. Im Anschluß an seine Rede sprach Hitler noch bis 23.30 Uhr auf einer zweiten Versammlung in der Gaststätte *Ratskeller*.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 7.1.1933, "Gewaltige Bauernkundgebungen in Augustdorf und Horn"; Lippische Landeszeitung vom 7.1.1933, "Hitler in Augustdorf und Horn"; Lippische Post vom 7.1.1933, "Hitler in Horn und Augustdorf"; VB vom 7.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Ich glaube an unsere Zukunft, Ich glaube an unseren Sieg'". Ferner Schröder, Hitler, S. 153 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 337 ff.

3 Vgl. Dok. 16, Anm. 13 sowie Dok. 99, Anm. 5.
Allein in Lippe kandidierten zur Landtagswahl neun Parteien: (1) SPD, (2) DVP, (3) DNVP, (4) Lippisches Landvolk, (5) KPD, (6) DStP, (7) NSDAP, (8) Katholische Volksvertretung, (9) Evangelischer Volksdienst, wobei allerdings die Listen 2 und 3, 4 und 9 sowie 6 und 8 Listenverbindungen eingingen. Vgl. Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 256 f.

Fähigkeiten. Die Kraft dieses Volkes wurde durch seine Zerrissenheit verbraucht. In allen Zeiten ging die Rettung nur durch die Rettung der Gesamtheit aus, durch Überwindung der Zerrissenheit.

Wir haben hier einen historischen Boden, auf dem schon einmal der Versuch gemacht wurde, diese Zwietracht zu lösen[4]. Wir erleben die Sehnsucht nach der Wiederherstellung immer wieder. Das vergangene Jahrhundert ist fast zu Zweidrittel von dieser Sehnsucht erfüllt gewesen[5]. Kaum war der Zusammenschluß gekommen, begann das deutsche Volk aufzublühen. Damals ist für unzählige Millionen Arbeit und Brot geschaffen worden[6]. *Niemals ist die Zerrissenheit eines Volkes von oben wieder gutzumachen. Man kann morsche Bäume nicht irgendwie verjüngen, man muß den Wald neu anpflanzen. Und so muß es auch mit dem Volke geschehen. Man rettet sich heute von einem Tag zum andern. Alles hängt von Regierungen ab, die gänzlich wurzellos im Volke hängen. Welche Pläne auch ein Staatsmann schmiedet, er kann nichts verwirklichen, wenn er nicht das Volk besitzt.* (Bravo!)

Es gibt Gegner, die sagen, es geht mit uns zurück[7]. *Sie werden sich täuschen. Unsere Idee ist niemals zu entkräftigen* [*sic!*], *und unser Wille ist niemals zu bändigen. Eine solche Idee wird siegen, und jeder Widerstand wird uns nur härter machen.* 14 Jahre lang war ich Prophet und habe mich nicht getäuscht. Auch nicht vor sechs Monaten. Gerade aus den bürgerlichen Kreisen sagte man mir, warum sind Sie nicht [*in die Regierung*] hineingegangen[8]? Weil sie gar nicht dran dachten, mich hineinzulassen und mich nur mundtot machen wollten. "Sie hätten sich doch so von hintenherum die Macht erobern können!" *Ich kämpfe mit dem Gesicht nach vorn und niemals von hintenherum*[9]. *Wenn ich jetzt da oben sitzen würde und Sie nichts mehr von mir hören würden, und Sie würden mich fragen, dann müßte ich antworten: "Ich arbeite so von hinten herum!"*

Ich kann nicht anders handeln, als ich handelte, ich würde sonst meiner Idee untreu geworden sein.

Wer sich das Volk erwirbt, der schmiedet sich selbst den Schlüssel zur Wilhelmstraße[10]. *Auch hier will ich nicht von hintenherum, sondern gerade durch das Hauptportal gehen.* (Stürmischer Beifall!)

Wenn ihr sagt, die Welle geht zurück, so sage ich, die Welle kehrt immer wieder zurück. Ich weiß, daß die Welt der Vorurteile gegen mich entladen wird. Ich habe als Bauarbeiter[11]

---

4 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

5 Gemeint ist die deutsche Nationalbewegung, die sich nach den Befreiungskriegen (1813-1815) formierte.

6 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

7 Vgl. Dok. 107, Anm. 52.

8 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74. Zur damaligen Bewertung von Hitlers Politik durch die bürgerliche Presse vgl. etwa Dok. 6, Anm. 6.

9 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

10 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

11 Hitler behauptete bereits in seiner autobiographisch geprägten Bekenntnisschrift *Mein Kampf*, er habe in Wien "als sogenannter Hilfsarbeiter und manchesmal als Gelegenheitsarbeiter" auf dem Bau gearbeitet, sei aber dort

und Soldat [12] gelernt, nicht nach dem Äußeren zu sehen, sondern nach dem Innern zu messen. Der einzelne muß sich wieder hineindenken lernen in die Gemeinschaft [13].

7. Januar 1933 Dok. 121
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hohenhausen [1]

Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Adolf Hitler im lippischen Norden und in Schwalenberg" [2].

Adolf Hitler verteidigt seine Politik, setzt sich mit den Wahnsinnspolitikern auseinander und legt den Weg offen für ein neues, freies, nationales und soziales Deutschland [3].

---

von den gewerkschaftlich organisierten Kollegen derart drangsaliert worden, daß er bald seine Arbeit wieder aufgegeben habe. Von dem wenigen, was sich aus Hitlers Jugendjahren erhalten hat, spricht jedoch nichts für diese Behauptung. Vielmehr deuten eine Reihe von Indizien darauf hin, daß Hitler im Spätsommer 1909 untertauchen und sich eine zeitlang als Obdachloser durchschlagen mußte, da er nicht einmal mehr in der Lage war, seine Miete zu bezahlen. Zur Bauarbeiterlegende vgl. Hamann, Hitlers Wien, S. 206 ff.; Hitler, Mein Kampf, (1925) Bd. I, S. 23 f., 37 ff.; ([65]1933), S. 24 f., 40 ff.

12 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Festzelt am Eingang des Dorfes, abends. An der Versammlung nahmen etwa 3.000 Personen teil. Hitlers Vorredner waren der Gauleiter des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust, und der Leiter des agrarpolitischen Apparates der NSDAP, MdR Richard Walther Darré.
Über den Verlauf der Versammlung berichtet der *Lippische Kurier* u. a.: "Während der Ausführungen des Führers ereignet sich *ein eigenartiger Zwischenfall.* Ein SS-Mann tritt von hinten auf das Podium und flüstert dem Adjutanten des Führers, Pg. Brückner, etwas zu. Dieser erhebt sich und unterbricht den Führer. Ein Wink Adolf Hitlers. Schweigen. Pg. Brückner tritt vor die Massen und fragt, ob zufällig die Hebamme des Ortes anwesend sei. Heiterkeit. Pg. Brückner: 'Es ist kein Scherz. Die Dame wird dringend gebraucht.' Stimmen aus der Menge: 'Die Hebamme hat das Zelt schon verlassen.' Darauf Adolf Hitler: 'Soeben ist ein kleiner Mitbürger auf die Welt gekommen.' Zuruf: 'Er soll Adolf heißen!' Stürmischer Beifall."

2 Vgl. auch VB vom 8./9.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Die neue nationalsozialistische Welle überm Lipper Land. Kundgebungen des Führers in Hohenhausen und Kalldorf"; Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe"; Lippische Post vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg und Hohenhausen". Ferner Schröder, Hitler, S. 159 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 340. Foto in VB vom 11.1.1933, S. 2.

3 Die *Lippische Post* berichtet, daß auch diese Rede Hitlers "in ihren wesentlichen Grundlinien das Gleiche brachte, was Hitler in den übrigen Kundgebungen in Lippe gesagt hatte".

7. Januar 1933 Dok. 122
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kalldorf[1]

VB vom 10.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Adolf Hitler: 'Wir werden die Sensen geschliffen halten!' Kundgebungen des Führers in Hohenhausen und Kalldorf" [2].

In seinen mitreißenden Ausführungen zur politischen Lage umriß der
Führer
das graue Bild der bisherigen hilflosen Regierungsnotverordnungsrettungsversuche [*sic!*] [3]:

Die heute Regierenden können nicht *einen* Entschluß durchführen, ohne daß sie *zwölf* Meinungen zur Geltung bringen. Die Wiederzusammenfassung des deutschen Volkes kann nicht mehr von oben, sondern nur noch von unten herum erfolgen, weil die *Versteinerung der Vorurteile* oben schon zu weit fortgeschritten ist.

Die Regierung Schleicher wird noch mehr versagen als ihre Vorgänger. Die anderen sollen nur ruhig zeigen, was sie können. Wir *kämpfen inzwischen verbissen weiter.* Der neue Staat der Autorität, der Disziplin und der Kampfentschlossenheit wird bereits in dieser Bewegung ausgebaut sein, wenn die Demokratie durch sie abgelöst wird.

Eines ist uns gewiß: Man soll niemals mähen, bevor das Korn reif ist! Wir können warten und werden unsere Sensen geschliffen halten ...

8. Januar 1933 Dok. 123
Interview mit Otto Dietrich

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 9.1.1933, "Adolf Hitler über Gegenwartsfragen. Der Reichspressechef der NSDAP interviewt den Führer" [1].

Frage: "Der Kern der öffentlichen Angriffe und der Propaganda Ihrer Gegner gegen Ihre politische Leitung überhaupt scheint mehr in der immer wiederkehrenden Behauptung zu liegen,

---

1 Im Festzelt, nachts. Der *Lippische Kurier* berichtet von 2.000 Personen, die an der Versammlung teilgenommen hätten. Vor Hitler sprachen MdL Wilhelm Meinberg und der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, Alfred Meyer.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe"; Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Kalldorf dem Nationalsozialismus!". Ferner Schröder, Hitler, S. 161 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 340 f.
Die regionale Presse berichtete schon bald primär über den äußeren Verlauf der Hitler-Versammlungen, jedoch immer weniger über den Inhalt von Hitlers Reden. Da der *VB* ebenso wie der *Angriff* jeweils einen Sonderberichterstatter nach Lippe entsandt hatten, wird unter dem Gesichtspunkt einer möglichst umfassenden Überlieferung gegebenenfalls auf deren Wiedergabe zurückgegriffen. Verfolgt man die Berichterstattung in der auswärtigen Presse, so drängt sich allerdings zuweilen der Eindruck auf, daß hier immer wieder die Orte von Hitlers Redeauftritte verwechselt wurden, bzw. daß zuweilen nur noch komprimierte Berichte erschienen. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Schilderungen des damaligen Sonderberichterstatters des *VB*, Herbert Seehofer, Mit dem Führer unterwegs! Kleine Stimmungsbilder einer großen Reise, München 1934, S. 47 ff., 53 ff.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

1 Vgl. auch VB vom 10.1.1933, "Adolf Hitler gegen die überheblichen Belehrungen der Bürgerpresse".

der Grund Ihrer konsequenten Opposition auch gegen die derzeitigen Regierungen, die sich doch um Ihre Unterstützung bemühen, sei in der Absicht zu suchen, sich und Ihre Bewegung der Verantwortung am Staate zu entziehen. Hat dieses Argument sachliche Bedeutung?"

Antwort: "Nein! Daß unsere Gegner sich heute überhaupt noch solche Behauptungen leisten können, ist nur denkbar infolge der geringen politischen Schulung einerseits und der unglaublichen Vergeßlichkeit besonders unserer intellektuellen Schichten andererseits. Denn tatsächlich war ja meine Forderung keine andere als *gerade* die Übertragung der persönlichen Verantwortung an die NSDAP[2]. Allerdings setzt dies als selbstverständlich voraus, daß die Partei dann aber auch die ihr zukommende *Führung* erhält. Mir zuzumuten, die Verantwortung zu übernehmen für das, was *andere* tun, ist ein mehr als starkes Stück. Die derzeitigen Machthaber würden es nie gewagt haben, etwa der Sozialdemokratie eine solche Schlinge zu legen[3], und wir werden diesen Herren zeigen und sie darüber belehren, *daß auch uns gegenüber anständig gehandelt werden muß.*

Im übrigen habe ich dem Herrn Reichspräsidenten im November einen ebenso einfachen wie klaren Vorschlag zur Lösung der deutschen Krise unterbreitet[4]. Wenn der Herr Reichspräsident damals glaubte, dank der Ratschläge seiner Umgebung nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit diese Männer heute auch die Verantwortlichen für die traurigen *Folgen* und für all das Elend, die aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen müssen."

[*Frage:*] "Sind die Behauptungen in der gegnerischen Presse zutreffend, daß Sie, Herr Hitler, Fühlung mit Herrn von Papen *gesucht* haben? Wie stellen Sie sich insbesondere zu der Behauptung, daß Sie auf dem Wege über Herrn von Papen Anschluß an die angeblich hinter ihm stehenden *schwerindustriellen Kräfte* gesucht hätten?"

[*Antwort:*] *"Es ist selbstverständlich, daß ich keine Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe*[5]. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemanden vorschreiben lasse, *mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht.* Ich bin Politiker und werde, wenn *ich* es für zweckmäßig ansehe, *jede* Besprechung führen. Ich denke nicht daran, mir dabei von den Gazetten des jeweils amtierenden Reichskanzlers irgendwelche Vorschriften machen zu lassen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft. Ich brauche daher ebenso wenig an sie

2 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

3 Die SPD stand von Anfang an "in schärfster Opposition" zur Regierung von Schleicher, so ihr Vorsitzender Otto Wels am 1.1.1933 im *Vorwärts.* Bereits am 6.12. hatte die Reichstagfraktion einen Mißtrauensantrag gegen die neue Reichsregierung gestellt, obwohl die SPD - wie die NSDAP auch - inzwischen Neuwahlen fürchtete. Die Position Schleichers war dagegen zwiespältig: Während er einerseits einen möglichst breiten Rückhalt auch bei den linken Interessenverbänden suchte und insbesondere den ADGB, eventuell auch das Reichsbanner für sein "Querfrontkonzept" gewinnen wollte, verfolgte er langfristig auch das Ziel, die Sozialdemokratie von der politischen Mitverantwortung fernzuhalten. Obwohl es in der Preußenfrage zu kurzfristigen Annäherungsversuchen zwischen Schleicher und dem amtierenden preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun kam, beharrten letzten Endes beide Seiten auf ihrer distanzierten Haltung. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 810 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S. 138 ff.; Heinrich Muth, Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem. In: VfZ 29 (1981), S. 189-215.

4 Vgl. Dok. 67.

5 Vgl. Dok. 116, Anm. 1 und 3.

"Anschluß" zu suchen wie an irgendeine andere Wirtschaftsgruppe[6]. Und nachdem ein Politiker, wie ich, ja mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen hat, kann er auch ihre Existenz nicht einfach wegzaubern.

Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus *mit irgendeiner* Wirtschaftsgruppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keinen besonderen Fürsprecher. Denn der Nationalsozialismus ist auch ein Faktor, dessen Existenz nicht übergangen werden kann. *Das ganze Geschwätz und aufgeregte Getue dieser Presse wegen der Kölner Besprechungen*[7] *ist nur ein Ausfluß des schlechten Gewissens und der daraus resultierenden Angst!"*

Frage: "Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung von Schleicher, dessen Ausführungsbestimmungen jetzt bekannt geworden sind[8]?"

Antwort: "Arbeitsbeschaffungsprogramme[9] sind nicht ihrer selbst wegen da. Ich enthalte mich daher jeden Urteils über derartige Probleme, sondern beurteile nur *ihre Auswirkung auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise*[10]. Diese Krise aber wird durch Maßnahmen des Kabinetts Schleicher *nicht* beseitigt[11]."

---

6 Vgl. hierzu auch Dok. 133, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 116, Anm. 2.

8 Gemeint sind die *Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung*, die Reichskanzler von Schleicher am 6.1.1933 auf der Grundlage von §§ 2 und 6 der *Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung* vom 15.12.1932 erlassen hatte. Die Verordnung ermächtigte den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung - bzw. die von ihm beauftragten Landesbehörden - , Darlehen an öffentliche Auftraggeber zu vermitteln, um für das Jahr 1933 Arbeiten zu finanzieren, die "sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen oder auf die Förderung der Bodenkultur erstrecken" sollten. Für diese Projekte waren vor allem Arbeitslose heranzuziehen; die Laufzeit der Darlehen, die von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vergeben werden sollten, war auf maximal 25 Jahre begrenzt, der Zinssatz betrug bei einer Tilgungszeit von 20 Jahren 6%. Druck: RGBl. 1932, I, S. 543 f.; 1933, I, S. 11 ff.

9 Bei seiner Regierungserklärung, die Reichskanzler von Schleicher am 15.12.1932 im Rundfunk verkündet hatte, hatte er betont, daß sein Programm vorerst nur aus einem einzigen Punkt bestehe: "'Arbeit schaffen!' Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziel dienen. [...] Alles andere interessiert uns nicht, am wenigsten Verfassungsänderungen und andere schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden. In unserem Volke lebt ein Schaffensdrang, der durch keine Enttäuschungen umzubringen ist, und in allen Bevölkerungsschichten kämpft man mit demselben Mut und derselben verbissenen Zähigkeit wie im Kriege heute gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit. Das ist höchster Bewunderung wert, und gerade deshalb muß es [...] oberstes Gesetz jeder Staatsführung sein, diesen Kampf und dieses Streben zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorzubeugen." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25 sowie Dok. 3, 13, 15, 24 mit Anm. 16, Dok. 30, 32, 34, 36, 44, 67. Zur Tätigkeit des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Gereke, der am 15.12.1932 offiziell seine Arbeit aufgenommen hatte, vgl. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik, S. 237 ff.; Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977, S. 98 ff.

10 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

11 *Der Angriff* publizierte am 10.1.1933 die folgende Richtigstellung zu Hitlers Interview: "Adolf Hitler hat sich in einer längeren Unterredung mit dem Reichspresseschef der NSDAP, *Dr. Dietrich*, zu einer Reihe aktueller politischer Fragen geäußert. Die Unterredung ist durch die 'Nationalsozialistische Korrespondenz' verbreitet und in der heutigen *Vormittagspresse* bereits einer teilweise sehr *ausführlichen* Würdigung unterzogen worden. Wie uns mitgeteilt wird, haben sich aber in den von der Korrespondenz durchgegebenen Text mehrere sinnentstellende *Übermittlungsfehler* eingeschlichen.

8. Januar 1933 Dok. 124
Rede auf NSDAP-Versammlung in Schwalenberg[1]

Der Angriff vom 9.1.1933, "Der Führer immer in vorderster Front. Wieder drei gewaltige Versammlungen in Lippe"[2].

Es geht um den Aufbau einer *neuen Volksgemeinschaft*[3]. Das ständige Steigen der Not wagt man selbst von Regierungsseite nicht mehr abzustreiten. Es ist so, als ob diese Regierung vom Unglück förmlich verfolgt würde. Was sie auch angreift, alles geht schief und mißlingt. Das ist kein Wunder, das *muß* so sein, selbst wenn sie die beste Absicht hätten, denn es fehlt ihnen das Instrument, ihre Pläne zu verwirklichen. Die *Heilung* der schweren Katastrophen, von denen unser Volk heimgesucht wird, ist *nicht durch Notverordnung*[4] möglich, sondern nur aus der Tiefe des Volkes heraus.

Man muß dieser Bewegung im *Kleinen* anerziehen, was das Volk auch im *Großen* besitzen soll. Ich habe eine Bewegung erzogen, in der ich von Anfang an vom Kleinsten bis zum Größten *die Demokratie ausgebrannt* und durch *Autorität* ersetzt habe[5].

Es hat beispielsweise der Führer sich *nicht* auf die Frage geäußert, was denn der Kern der öffentlichen Angriffe und der Propaganda seiner Gegner in bezug auf seine politische *Leitung* sei, sondern es muß selbstverständlich *'Haltung'* heißen.
Hitler hat auch in Beantwortung dieser Frage nicht gesagt, daß seine Forderung keine andere als die Übertragung der *persönlichen* Verantwortung sei, sondern er hat in diesem Zusammenhang von der *politischen* Verantwortung gesprochen.
Endlich hat der Führer auf die Frage, wie er die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung Schleicher beurteile, geantwortet, daß er sich jedes Urteil über derartige *Programme* enthalte und sie nur nach ihrer *Auswirkung* auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise beurteile. In der verstümmelten Übermittlung der 'Nationalsozialistischen Korrespondenz' ist *fälschlicherweise* anstatt Programme das Wort 'Probleme' gesetzt." Vgl. Der Angriff vom 10.1.1933, "Einige notwendige Richtigstellungen".

1 Im Festzelt auf dem Burgplateau außerhalb des Ortes, nach 17.00 Uhr. An der Versammlung nahmen - so die *Lippische Post* - insgesamt etwa 4.000-5.000 Personen teil, die teilweise vor dem Festzelt standen oder in der benachbarten Turnhalle untergekommen waren; dorthin wurden die Reden mit einem Großlautsprecher übertragen, dessen Schall, "wie die Prüfung einwandfrei ergeben hat, bis zu 4,5 Kilometer weit ins Land getragen wurde". Vor Hitler, dessen Rede etwa 90 Minuten dauerte, sprachen MdR Darré, und der braunschweigische Minister für Inneres und Volksbildung, MdR Dietrich Klagges.
Über den äußeren Ablauf der Versammlung ist im *Angriff* u. a. zu lesen: "Dann hinein in das ungeheure *menschenerfüllte Zelt*. Wieder flattern neben unseren Symbolen die gelbroten Wimpel Lippes. Es duftet nach Tannengrün, die Tribüne ist ein Blumengarten und vor dem Podium drängen sich die *jüngsten Nationalsozialisten*, die ihre Führer zum erstenmal in ihrem Leben sehen. Wie er sie nun prüfend überblickt, wie er in die hellen, offenen und klaren Augen schaut, da weiß er von neuem, daß auch *die Jugend des Herrmannslandes* [*sic!*] der Bewegung gehört, [...]."

2 Vgl. auch Lippische Landeszeitung vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg"; Lippische Post vom 9.1.1933, "Hitler in Schwalenberg und Hohenhausen"; Lippischer Kurier vom 9.1.1933, "Adolf Hitler im lippischen Norden und in Schwalenberg" und "Im 'lippischen Rothenburg'"; Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 9.1.1933, "Der Aufbau der neuen Volksgemeinschaft"; VB vom 10.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Nationalsozialistischer Volkstag am Schwalenberg"; Foto: VB vom 13.1.1933, S. 2. Ferner Schröder, Hitler, S. 165 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 168, 342 f.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 3 und Dok. 15, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 32.

Das Parlament ist nur Spitzenausdruck [*sic!*] einer durch die ganze Nation gehenden *Fehlerziehung*[6]. Nicht die Wirtschaft rettet *ein Volk*, sondern ein Volk muß seine *Wirtschaft* retten. Als die anderen "große Politik" machten, habe ich die Aufgabe auf mich genommen und bin *in das Volk* hinein gegangen und habe *allein* das Werk begonnen. Bisher war der Erfolg bei mir und die Vorsehung wird mir auch weiterhin die Kraft geben, mein Werk zu *vollenden*[7].

Nur demjenigen fällt einmal in Deutschland die Macht zu, der diese Macht am tiefsten im *Volke* verankert hat. Ich habe die feste Überzeugung, daß das deutsche Volk seiner Leiden Herr werden wird, wenn es *der Zwietracht Herr wird*[8] und diese Einigkeit zwingen *wir* mit aller Kraft. Wenn die Bürgerlichen sagen, der Versuch könne nie gelingen, dann muß ich ihnen antworten: *"Das könnt nur ihr sagen, weil ihr unser Volk gar nicht kennt!"*

9. Januar 1933 Dok. 125
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lage[1]

Lippische Volkszeitung vom 10.1.1933, "Hitler-Kundgebung in Lage"[2].

Adolf Hitler begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es ihm nur darauf ankomme, um die deutsche Seele zu kämpfen. Jeder Aufbau könne nur aus dem Inneren, aus dem Geistigen, aus der Seele her erfolgen, in der allein die starken Kräfte wohnten. Die Unzahl von Vorurteilen müßten hinweggefegt werden, man müsse sich frei machen auch von Vorurteilen und eingebil-

6 Hitler und die NSDAP ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie den Parlamentarismus ablehnten. In der nationalsozialistischen Propaganda wurde der Reichstag als die "seichteste Schwätzerinstitution aller Zeiten" denunziert, während die nationalsozialistischen Abgeordneten immer wieder durchblicken ließen, daß sie lediglich ihr Mandat wahrnahmen, um die parlamentarisch-demokratischen Institutionen zu zerstören. 1924 schrieb Hitler in seiner Bekenntnisschrift *Mein Kampf*: "Die junge Bewegung [*NSDAP*] ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, d. h. sie lehnt im allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab, in dem der Führer nur zum Vollstrecker des Willens und der Meinung anderer degradiert wird. Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben." Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 25 ff. Zitate: Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, S. 54, 364.

7 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

8 Vgl. Dok. 92, Anm. 13.

1 Im Festzelt auf dem Jahnplatz, ab 21.00 Uhr. Dort hatten etwa 4.000 Personen Platz gefunden, von denen sich 1.000 bereits Karten im Vorverkauf gesichert hatten. Weitere 1.500 Personen standen vor dem Zelt, hier sorgte eine Lautsprecheranlage für die Übertragung der Ansprachen. Vor Hitler, der seine Rede um 22.30 Uhr beendete, sprach der Vorsitzende des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, MdR Hans Frank II, der in scharfer Form, wie sie selbst für die NS-Propaganda ungewöhnlich war, die amtierende Landesregierung angriff.
Über die äußeren Bedingungen von Hitlers Rede berichtete die *Lippische Volkszeitung*: "Auf dem Jahnplatz an der Eichenallee war bereits Ende vergangener Woche ein großes Zelt aufgeschlagen, das schon am Sonntag [*8.1.*] von vielen Schaulustigen besucht wurde. Mit den späten Nachmittagsstunden des gestrigen Tages

deten Traditionen, da nur der Idealismus eine bessere Zukunft schaffen könne. Wenn man Deutschlands Schicksal neu aufbauen wolle, so müsse man den Mut haben, den Dingen ins Auge zu sehen. Es komme nicht darauf an, wie regiert werde, sondern wie das Volk reagiere. In seinem 14jährigen Kampf hätte [*es*] sich als Tatsache erwiesen, daß seine Prophezeiung, die er bereits zu Beginn gegeben habe, richtig sei, nämlich, daß man nicht mit den Mitteln des Staates und mit Gesetzen eine Nation retten könne, sondern nur mit den inneren starken geistigen Kräften. Man müsse das tun, was die Vernunft und das Pflichtgefühl gebiete. Es komme auch nicht darauf an, ob die Bewegung ihr Fernziel erreiche, das müsse man der Vorsehung überlassen. Es könne auch niemals die Wirtschaft einen Staat aufbauen, sondern nur die politischen Kräfte einen Wirtschaft. Die nationalsozialistische Bewegung sei auch nur aus einer kleinen Zelle durch die politische Willensbildung entstanden[3] und habe diese zu einer Macht werden lassen. Der politische Wille sei der ausschlaggebende. Hitler erklärte sodann zum Schluß:

Wenn meine Bewegung marschiert, dann ist sie schon heute die ausschlaggebende Macht. Man lasse doch einmal die andern Parteien gegen uns antreten ohne die regulierende staatliche Macht. Wir werden sie im Augenblick beseitigen. Wenn wir das Volk haben, dann erobern wir eines Tages auch die Wilhelmstraße[4]. Ich lehne es auch ab, an die Verantwortung von vorn heranzukommen und an die Macht von hintenherum[5]. Wenn ich schon in das schlechte Haus der Wilhelmstraße hineingehe, dann nur von vorn und nicht von hinten. Und wir werden bestimmt einziehen. Ich habe von meinen Vorfahren einen dicken Bauernschädel geerbt[6], der ganz stur bleiben wird. Ich habe es vorgezogen, den Kampf weiterzuführen, nicht weil ich annehme, daß diese Wahl das deutsche Schicksal endgültig entscheidet, aber ich meine, daß wir hier wieder eine Stufe höher zum Emporstieg der deutschen Nation erklimmen, und daß wir

---

setzte dann die Anfahrt der Teilnehmer zu der Kundgebung ein. [...] Von der Eichenallee her schallte die Musik der SA-Kapelle und zog auch viele an, die nicht beabsichtigten, der Versammlung beizuwohnen. Als dann allmählich die Stunde kam, da die Redner sprechen sollten, füllte sich das Zelt mehr und mehr. Starke Formationen SA und SS schützten die Versammlung vor Zwischenfällen. Sowohl um das Zelt wie auch im Innern des Zeltes befanden sich Angehörige der NSDAP in Uniform, dem Publikum gleichzeitig bei der Auffindung der Plätze helfend. Am Kopf des Zeltes, zu welchem ein breiter Mittelgang führte, war ein großes Podium errichtet, das mit Lorbeerbäumen ausgeschmückt war und im Vordergrund das Mikrophon zeigte. Ein Pressetisch stand gleich neben der Bühne. Auswärtige Presseleute waren jedoch kaum zu bemerken."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler heute in Berlin"; Lippische Landeszeitung vom 10.1.1933, "Adolf Hitler in Lage"; Lippische Post vom 10.1.1933, "Hitler in Lage"; Lippischer Kurier vom 10.1.1933, "Großkampftag mit unerhörter Durchschlagskraft"; Lippische Tages-Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Lage"; VB vom 11.1.1933, "5 überfüllte Massenversammlungen in Lippe". Ferner Schröder, Hitler, S. 173 f. (im Anhang verschiedene Fotos dieser Veranstaltung); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 344 ff.

3 Vgl. Dok. 77, Anm. 9 sowie Dok. 10, Anm. 15.

4 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

5 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

6 Die Herkunft von Hitlers Vater, Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), der zwischen 1855 und 1895 dem österreichischen Zolldienst angehörte, läßt sich nicht sicher klären; seine Mutter, Klara Hitler, geb. Pölzl (1860-1907), war freilich eine Tochter des Kleinbauern Johann Baptist Pölzl (1828-1902). Ihre Vorfahren, aber auch die väterliche Linie der Vorfahren Adolf Hitlers entstammten dem Waldviertel zwischen Donau und böhmischer Grenze. Der Name Hitler, Hiedler oder Hüttler läßt sich hier bis in die dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts zurückverfolgen. Zu den schwierigen Familienverhältnissen Hitlers, die sich bis heute nicht sicher rekonstruieren lassen, vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff.; Werner Maser, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978, S. 9 ff.

nach diesem 15. Januar den Kampf von neuem aufnehmen, und daß wir es der Vorsehung überlassen, wann die allerletzte Schlacht geschlagen wird. Dann wird unser Wille eines Tages die deutsche Not zerbrechen. Dann wird eines Tages doch wiederkommen ein großes Reich der Macht und Größe und Herrlichkeit[7].

11. Januar 1933[1] Dok. 126
Interview mit Otto Dietrich

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 12.1.1933, "Adolf Hitler: 'Nicht die NSDAP ist in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher'".

Frage: "Die Berliner Asphaltpresse verbreitet über Ihren vorübergehenden Aufenthalt in Berlin stündlich neue Behauptungen[2]. Nachdem sich der von dieser Presse erfundene Besuch beim Reichskanzler als angeblicher Grund ihrer Berliner Reise als unzutreffend herausgestellt hat[3], schwindeln diese Blätter jetzt von Geldschwierigkeiten der NSDAP[4], von einer in Berlin abge-

---

7 Vgl. Dok. 124, Anm. 7.
Im Anschluß an seine Rede ließ sich Hitler in Detmold "die verantwortlichen Männer des Wahlkampfes" vorstellen, von dort wurde er nach Bielefeld chauffiert. Hierüber berichtete das sozialdemokratische *Volksblatt*: "Er [*Hitler*] hat dazu den D 5 ab Bielefeld 1.31 Uhr benutzt, der heute früh 7.08 Uhr in Berlin-Friedrichsstraße einläuft. Ihn begleitete ein Stab von etwa 20 Mann, darunter befand sich auch *Goebbels*. Die gelösten Fahrkarten lauteten auf *Berlin*." Vgl. Volksblatt vom 10.1.1933, "Hitler nach Berlin abgereist"; Schröder, Hitler, S. 174 f.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332 sowie Dok. 126 und 133.

1 Auf der Rückfahrt von Berlin nach Lippe; Hitler verließ Berlin um etwa 14.00 Uhr, um abends in Lemgo zu sprechen. Vgl. Der Angriff vom 12.1.1933, "Gespräch mit Hitler: 'Ich werde mein Ziel erreichen!'" sowie Anm. 2.

2 Vgl. etwa Vorwärts vom 10.1.1933 (MA), "Hitler, der deutsche Faschingskanzler"; Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (AA), "Der gestossene Führer"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Deutsche Tageszeitung vom 11.1.1933, "Wir bemerken: Was macht Hitler?"; Frankfurter Zeitung vom 11.1.1933 (2. MA), "Hitler in Berlin"; Germania vom 11.1.1933, "Hitler verhandelt in Berlin"; Kreuz-Zeitung vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Die Rote Fahne vom 11.1.1933, "Hitler in Berlin"; Vossische Zeitung vom 11.1.1933 (MA), "Hitlers Abstecher nach Berlin"; Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (MA), "Geldnöte der NSDAP"; Frankfurter Zeitung vom 12.1.1933 (2. MA), "Hitlers Abstecher nach Berlin"; Der Jungdeutsche vom 12.1.1933, "Bemühungen um Konzentration"; Vorwärts vom 12.1.1933 (AA), "Schwedengeld für Hitler?".

3 In der überregionalen deutschen Presse kursierten die unterschiedlichsten Vermutungen über die Motive von Hitlers Berliner Aufenthalt. Die Mitteilung des *Angriff*, demzufolge eine Besprechung mit Reichstagspräsident Göring der eigentliche Zweck von Hitlers Reise sein sollte, wurde dahingehend gedeutet, daß die Nationalsozialisten eine zu frühe Einberufung des Reichstags - und damit folgerichtig Mißtrauensvotum und Neuwahlen - verhindern wollten. Berichtet wurde auch über eine bevorstehende Unterredung zwischen Hitler und Reichskanzler von Schleicher, die man als eine Fortsetzung des Dialogs zwischen Hitler und Papen interpretierte; das offizielle Kommuniqué vom 9.1. über die Aussprache zwischen Schleicher und Papen schien für diese Vermutung zu sprechen. Schließlich war in den Presseberichten auch von einem bevorstehenden Gespräch mit Hugenberg die Rede, vor allem aber von Verhandlungen mit schwedischen Bankiers, welche die finanziell ruinierte NSDAP sanieren sollten. Vgl. Anm. 2 sowie Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler heute in Berlin".

4 Vgl. Dok. 133, Anm. 11.

schlossenen schwedischen Anleihe für die Partei und ähnlichem[5]. Was war der wirkliche Grund Ihrer Berliner Reise?"

Antwort: "Mein Besuch in Berlin war zur Ausnutzung meines Ruhetages im lippischen Wahlkampf *schon seit über 14 Tagen programmäßig festgelegt*[6]. Außer den Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten Pg. Göring und anderen führenden Parteigenossen[7] sollte er in erster Linie auch der Besichtigung des Hauses und der Redaktion des 'Völkischen Beobachters' in Berlin dienen[8]. Wenn die der Reichsregierung nahestehenden Zeitungen, besonders gestern ihren Lesern von wichtigen und geheimnisvollen Besprechungen erzählen, die am Abend stattgefunden hätten[9], dann will ich auch den Ort dieser 'Konferenz' verraten. Ich war zu dieser Zeit in der Oper und freute mich wieder einmal über Verdis 'Traviata' und ihre herrliche Wiedergabe[10]. Im übrigen ist die geradezu hysterische Beschäftigung einer gewissen Berliner Presse mit meiner Person *der beste Gradmesser für die wirkliche Stellung, die die NSDAP im Gegensatz zu den eigenen Behauptungen dieser Presse einnimmt*[11]."

---

5 Vgl. Dok. 133, Anm. 6, 9 und 10.

6 Vgl. die Titelseite des *Lippischen Kuriers* vom 29.12.1932 ("Adolf Hitler greift in den lipp[*ischen*] Wahlkampf ein!"), wo für den 9.1. Hitlers Rede in Lage, für den 11.1.1933 Hitlers Rede in Lemgo angekündigt wurde. Dagegen war für den 10.1. kein Redeauftritt festgesetzt worden.

7 Während seines Abstechers nach Berlin fanden tatsächlich zwei derartige Unterredungen statt; am Vormittag des 10.1. mit Goebbels, am Mittag nochmals mit Goebbels und Göring in dessen Wohnung (Kaiserdamm 34). Hierüber vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: "Kurze Aussprache zu dreien. Hamburg wackelt. [*Gauleiter Karl*] Kaufmann unsicher. Straßer. Also muß er weg. Hitler ist dazu entschlossen. Gleich nach Lippe. Straßer will kämpfen unter der Parole: Gegen Göring und Goebbels. Prost. Hitler will in der Nacht mit Papen sprechen. Bin gespannt."

Tags darauf besuchte Hitler die erkrankte Magda Goebbels in der Universitäts-Frauenklinik. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 2, S. 333 f.

8 Eine Berliner Ausgabe des *Völkischen Beobachter*s existierte seit dem 1.3.1930. Eine Berliner Zweigniederlassung des Eher-Verlags konnte jedoch erst am 1.1.1933 in der Zimmerstraße 88-90 bezogen werden, nachdem Hitlers Verhandlungen im Januar 1930 über den Ankauf eines Hauses in der Lindenstraße zu keinem Ergebnis geführt hatten. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 208; Stein, NS-Gaupresse, S. 195. Ferner Bd. III/3, Dok. 4 mit Anm. 10 sowie Dok. 12 mit Anm. 10.

9 Keppler schrieb am 19.1.1933 an Schroeder, daß während Hitlers kurzer Anwesenheit in Berlin am 10./11.1. 1933 zwischen diesem und Papen keine "direkte Verbindung" bestanden habe, lediglich "eine gewisse indirekte Fühlungnahme". Im Gegensatz zu dieser vagen und in sich widersprüchlichen Information, ist jedoch dem Tagebuch von Goebbels (vgl. Anm. 7) und den *damaligen* Aufzeichnungen Joachim von Ribbentrops klar zu entnehmen, daß es in der Nacht vom 10. auf 11.1. sehr wohl zu einer Unterredung zwischen Hitler und Papen in der Wohnung Ribbentrops (Lentzeallee 9, Dahlem) kam, von der freilich lediglich bekannt ist, daß Hitler vor der Landtagswahl in Lippe "keine weitere Zusammenkunft mit Papen" mehr wünschte. Daß Hitler und Papen für den 12.1. ein gemeinsames Mittagessen bei Ribbentrops vereinbart hätten - so die Darstellung von Annelies von Ribbentrop *nach* 1945 - widerspricht bereits dieser zeitgenössischen Aufzeichnung, aber auch Hitlers damaligem Zeitplan. Vgl. Muth, Kölner Gespräch, S. 538, 541; Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953, S. 38.

10 Die Oper *La Traviata* von Giuseppe Verdi (1813-1901) wurde am 10.1.1933 in der Staatsoper Unter den Linden gegeben, Beginn war 20.00 Uhr. Vgl. die Anzeige in Der Tag vom 10.1.1933. Generell zu Hitlers Opernrezeption vgl. Michael Walter, Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945, Stuttgart 1995.

11 Mit Ausnahme der zeitgenössischen Aufzeichnungen Goebbels' und Ribbentrops sind bislang keine weiteren authentischen Zeugnisse bekannt geworden, die genauere Auskunft über Hitlers Berliner Aufenthalt geben könnten. Kombiniert man deren Angaben mit denjenigen Hitlers, so könnte dessen Aufenthalt in Berlin folgendermaßen abgelaufen sein:

Frage: "Wer, glauben Sie, sind die Hintermänner dieser Pressecampagne?"

Antwort: "Ich halte die Reichspressestelle in Berlin [12] selbst für die Ausgangsstelle dieser politischen Schwätzereien."

Frage: "Leute, die das Gras wachsen hören, schreiben bzw. sprechen zur Zeit davon, daß Sie, Herr Hitler, bereit seien, Ihre bekannten grundsätzlichen Forderungen bezüglich einer Regierungsübernahme fallen zu lassen aus 'Angst vor Reichstagsauflösung und Neuwahlen [13]'.

Als Grund dafür verbreitete man die Behauptung, die NSDAP befinde sich in einer schwierigen, taktisch ungünstigen Lage [14]. Haben Sie die Absicht sich zu dieser Frage zu äußern?"

Antwort: "Jawohl. Denn diese Behauptungen sind ebenso dumm, wie lächerliche Erfindungen. Meine grundsätzliche Einstellung zur Frage einer Regierungsbildung habe ich schon so oft klargelegt [15], daß sie bloß dem kurzen Gedächtnis der Berliner Gazetten entfallen zu sein

---

10.1.	7.00 Uhr:	Ankunft in Berlin
	vormittags:	Unterredung mit Goebbels
	mittags:	Unterredung mit Göring und Goebbels
	nachmittags:	Besichtigung des Eher-Verlags
	20.00 Uhr:	Besuch der Oper
	nachts:	Unterredung mit Papen
11.1.	vormittags:	Besuch von Magda Goebbels
	14.00 Uhr:	Abfahrt.

Vermutlich verfolgte Hitler mit seinem Besuch in Berlin auch die Absicht, die Gerüchte ganz bewußt anzuheizen und seine Gegner zu verwirren, vor allem aber den Eindruck zu erwecken, daß er noch immer über Kontakte in die Zentrale der politischen Macht in Deutschland verfüge. Vgl. Anm. 7-10 sowie die Rekonstruktion bei Vogelsang, Reichswehr, S. 357 f.

12 Gemeint ist die Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung, die als Abteilung P beim Auswärtigen Amt ressortierte (Wilhelmplatz 8 und 9) und damals von Ministerialdirektor Erich Marcks geleitet wurde. Vgl. das Organigramm in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XXI, Göttingen 1983, S. 603 ff., hier S. 610 f. sowie Peter Bauer, Die Organisation der Amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin (Phil. Diss.) 1962.

13 Vgl. etwa den Kommentar des *Berliner Tageblatts*, das die Ansicht vertrat, daß "Hitlers Anwesenheit in Berlin [...] nur einer Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Göring gegolten" habe. "Hitler ist es offenbar darum zu tun, immer wieder Zeit zu gewinnen, damit er die Schwenkung, die er unter dem Druck von außen vollziehen zu müssen glaubt, einigermaßen vorbereiten und maskieren kann. Wenn am 20. Januar der Ältestenrat zusammentritt, wird man wohl schon das erste Ergebnis dieser Bemühungen erfahren, weil dann vielleicht Herr Göring selbst, im Einvernehmen mit Hitler, einen weiteren Aufschub für den Zusammentritt des Reichstags, also über den 24. Januar hinaus, empfehlen wird. Man hält es in politischen Kreisen jetzt für wahrscheinlich, auch in Hinsicht auf die späte Fertigstellung des Etats für 1933, die gestern bereits der Finanzminister ankündigte, *daß der Reichstag erst im Februar oder März zusammentreten werde.* Hitler gewänne dann Zeit für Verhandlungen mit der Regierung, um die es ihm ja ohne Zweifel zu tun ist, da er in seiner bedrängten Lage Neuwahlen unter allen Umständen vermeiden möchte." Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.1.1933 (AA), "Hitlers Schwenkung".

14 Gegenüber Vertretern der Presse äußerte Reichskanzler von Schleicher am 10.1.1933, daß Hitler über den Umweg des "Kölner Gesprächs" mit Papen am 4.1. versucht habe, an Hindenburg heranzukommen, "der ihn nun einmal aber nicht leiden könne. Auf Hindenburg wirke Hitler beinahe so schlimm wie ein Kommunist. Er [*Schleicher*] meint, daß Hitler in geradezu verzweifelter Stimmung sei, weil er fühle, daß ihm die Partei zerbröckele, ohne daß er sie jemals irgendwie an maßgebender Stelle habe einsetzen können. Auch jetzt noch sei es aber völlig unmöglich, mit Hitler zu verhandeln, weil er trotz allem, nach der Schilderung Papens, an seiner alten Hauptforderung festhielte, ihm die 'Kommune' als Freiwild zu überlassen." IfZ, ED 93: Nachlaß Hans Schäffer, Bd. 33.

15 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65, 67-70, 74.

scheint. Es wirft dies aber ein bezeichnendes Licht auf die Lage der Regierung. *Nicht die nationalsozialistische Partei befindet sich in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Schleicher.* Es ist das eingetroffen, was von mir schon im November vorausgesagt wurde, daher brauche auch ich keine Angst vor einer Neuwahl zu haben[16] - das werden die Herrschaften ja am 15. Januar[17] sehen - , sondern nur die Regierung selbst, das derzeitige Kabinett wird jedenfalls sein Ziel nicht erreichen, ich aber das meine."

11. Januar 1933 Dok. 127
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lemgo[1]

Lippische Post vom 12.1.1933, "Aus der Wahlbewegung. Hitler-Kundgebung in Lemgo"[2].

Adolf Hitler wies eingangs darauf hin, daß seit 14 Jahren in Deutschland eine Anzahl von Parteien regierten, die gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft das Unglaublichste versprochen hätten. Aber die Regierungsprogramme seien heute noch nicht anders als Feststellungen über das, was man wahrscheinlich alles zu tun gedenke. Demgegenüber stehe aber auch fest, daß das deutsche Volk sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise befinde, die wir überhaupt kannten. Fast 7 Millionen, tatsächlich allerdings 9 Millionen, Erwerbslose seien vorhanden[3].

Seit 14 Jahren, so führte Hitler aus, verzeichneten wir einen politischen Zusammenbruch, ohne daß das Volk in seiner Gesamtheit ihn bemerkt habe. Erst, als der politische sich auch in

16 Vgl. Dok. 115, Anm. 14.
17 Zum Ergebnis der lippischen Landtagswahl am 15.1.1933 vgl. Dok. 137, Anm. 3.

1 Im Alten Schützenhaussaal, ab 22.15 Uhr. Vor Hitler, dessen Rede etwa 1½ Stunden dauerte, sprach der thüringische Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel. Parallel hierzu fanden weitere, ebenfalls überfüllte Versammlungen statt, bei denen der Gauleiter des Gaues Berlin, MdR Goebbels, im Rödingschen Saal, MdR Hanns Oberlindober und MdR Frick im Schützenhaus als Redner auftraten.
Zum Ablauf vgl. auch den Kommentar der *Lippischen Tageszeitung*: "Adolf Hitler ist am Mittwochabend, von Berlin kommend, wieder nach Lippe zurückgekehrt und hat in Lemgo vor etwa 3.000 Personen, die auf drei verschiedene Säle verteilt waren, gesprochen. *Im Gegensatz zu seiner Detmolder Rede, wo er sehr resigniert war, äußerte er sich jetzt über die Zukunft der NSDAP sehr zuversichtlich.*"
2 Vgl. auch Der Angriff vom 12.1.1933, "Der nationalsozialistische Sturmangriff auf Lippe"; Lippische Tageszeitung vom 12.1.1933, "Absage Hitlers an Schleicher"; VB vom 13.1.1933, "Adolf Hitler wieder in der lippischen Wahlfront". Ferner Schröder, Hitler, S. 186 ff.; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 334; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 352 ff. Foto: Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Unter Verwendung amtlicher Unterlagen von Parteidienststellen zusammengestellt und bearbeitet von Arno Schröder, Detmold 1940, S. 205.
3 Vgl. Dok. 112, Anm. 9 sowie Dok. 77, Anm. 5.
Am 8.1.1933 stellte der Vorsitzende für das deutsche Stillhalte-Abkommen von 1932, Albert Wiggin, fest, daß "die *Wirtschaftslage Deutschlands* [...] einen weit ermutigenderen Eindruck als im vergangenen Jahr" mache. Wiggin kam zu dem Schluß, daß die Panik des Jahres 1932 nun vorüber sei, "das *Vertrauen* in die Sicherheit der finanziellen Verhältnisse habe *stark zugenommen*. Zum ersten Male sei seit drei Jahren eine *Besserung* der Wirtschaftslage zu verzeichnen gewesen, die über das saisonübliche Ausmaß hinausgegangen sei." Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 9.1.1933, "Wachsendes wirtschaftliches Vertrauen".

einen wirtschaftlichen Zusammenbruch[4] verwandelt habe, wären die Menschen sich dessen bewußt geworden. Denn dann handele es sich nicht mehr um theoretische Begriffe, sondern um den eigenen Arbeitsplatz, um den eigenen Magen. Viele sagten, die NSDAP wäre nicht da, wenn die wirtschaftliche Not nicht da gewesen wäre[5]. Das stimme, denn wenn in Deutschland alles ordnungsgemäß gegangen wäre, dann brauchte die NSDAP nicht da zu sein. Man wolle dem Volk auch heute immer noch einreden: Rette die Wirtschaft, dann rettest Du das Volk. Es könne aber nur heißen, das Volk zu retten, um die Wirtschaft zu heben. Nicht der Existenz der Wirtschaft hätten die Völker ihr Leben zu verdanken, sondern im Gefolge der nationalen Blüte seien die Wirtschaften entstanden. Die Wirtschaft sei in ihrer Größe gebunden an die Größe des Staates. In der Periode des politischen Aufstiegs der Nation sei auch ein Aufstieg der Wirtschaft da, in der Periode des Verfalls der Nation sei auch die Wirtschaft am Abgleiten.

Die Regierungen von heute, so führte Adolf Hitler aus, machten Projekte, das Ergebnis sei immer negativ - und weshalb? Weil hinter diesen Plänen keine Kräfte ständen, um sie irgendwie zu verwirklichen. Und das sei das Entscheidende. Die ganze deutsche Staatskunst bestehe augenblicklich aus der Fabrikation und dem Herunterleiern von großen theoretischen Plänen und Projekten, in Wirklichkeit seien es Schlagworte, Phrasen. Man rede von Abrüstung[6], während 16-17 Millionen Bewohner des Reiches Pazifisten seien[7], ja ein Teil sogar Nachläufer einer fremden Hoheitsverwaltung[8]. Bei den Plänen handle es sich sehr oft um sehr interessante Gedanken. Gedanken, bei denen man oft alte Bekannte wiederfinde, da sie von den Nationalsozialisten "geklaut" seien[9]. Es fehle aber jede Voraussetzung für die Pläne, da keine Kraft dahinter stehe, um sie zu verwirklichen.

Adolf Hitler verglich das Leben eines Volkes mit dem Baum und dem Wald und zeigte auf, wie die Geschichte lehre, daß das deutsche Volk immer nur dann stark gewesen sei, wenn es sich auf einer einheitlichen nationalen Plattform zusammengefunden habe. Im Austragen der inneren Zerwürfnisse, Kämpfe und Leidenschaften verliere ein Volk an Kraft und Stoßkraft, so daß man erst dann an außenpolitische Pläne herangehen könne, wenn man das deutsche Volk auf einer einheitlichen nationalen Basis gesammelt habe. Man müsse die Ursache des deutschen Verfalls an der Wurzel erkennen und einsehen, daß man um die voraussetzende Arbeit nicht herumkommen könne.

Die Pläne der heutigen Regierung seien als lächerlich zu bezeichnen, wenn man an die Kräfte denke, die dahinterstünden[10]. Die unbedingt notwendige absolute und durchdringende

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 5.

5 Zur Ursachenanalyse der nationalsozialistischen Wahlerfolge durch ihre Gegner vgl. Pyta, Gegen Hitler, S. 35 ff., 91 ff., 110 ff.; Scholdt, Autoren über Hitler, insbes. S. 474 ff.; Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1985, S. 140 ff.

6 Vgl. Dok. 80, Anm. 18.

7 Zu Hitlers Berechnung vgl. auch Dok. 83 mit Anm. 35.

8 Anspielung auf die Anhänger der KPD.

9 Vgl. Dok. 78, Anm. 13.

10 Die von ihren formalen Voraussetzungen denkbar starke Stellung Schleichers, in der sich verschiedene Funktionen bündelten (Reichskanzler eines Präsidialkabinetts, Reichskommissar für Preußen, Reichswehrminister), wurde entscheidend beeinträchtigt durch die Tatsache, daß es so gut wie keine Partei gab, die seine Politik unterstützte. Bei den Mitgliedern des Kabinetts Schleicher handelte es sich - mit Ausnahme des Reichsministers

Erziehung der deutschen Jugend degradiere man zu einer Aushilfe, um den Arbeitsmarkt zu erleichtern[11]. Auf diese Weise könne man keine Politik betreiben. Wer nur die Tagesfragen vor sich sehe, sei günstigenfalls ein kleiner Politiker, der Staatsmann aber müsse zurückkehren zu dem Beruf des Bauern und müsse auf lange Sicht hin ein Werk der Regeneration eines Volkes beginnen[12].

Adolf Hitler wandte sich dann besonders gegen die künstlich geschaffenen Gegensätze zwischen Bürgertum und Proletariat, zwischen Berufsständen usw., und betonte, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, ob man ein Deutscher, ein rechter Volksgenosse und ein ganzer Mann sei. Der Persönlichkeitswert sei über den Wert der Bildung und Geburt usw. weit hinauszustellen.

Alle die, die heute den Mund so voll nähmen von dem nationalen Wiederaufstieg des deutschen Volkes[13], sollten nicht vergessen, daß die NSDAP es gewesen sei, durch [*die*] die Freiheitsbewegung entstanden sei. Wenn er an die deutsche Auferstehung überhaupt noch glaube, dann tue er es nur in der Überzeugung daran, daß die Auferstehung in allen Schichten unseres Volkes Wurzeln schlage. Er erinnerte dabei an die übermenschliche Tat des deutschen Heeres, das einer Welt von Feinden gegenübergestanden habe[14]. Jeder einfache Grenadier und Musketier habe sich für Deutschland eingesetzt, als ob er aus dem Himmel und nicht, wie es oft gewesen sei, aus Not und Elend gekommen sei.

Adolf Hitler ging dann in kurzen Zügen auf die Politik in der Berliner Wilhelmstraße[15] ein und betonte, daß die Bewegung niemals die Verantwortung für das übernehme, was die anderen täten, die Deutschlands Unglück bedeuteten. (Lebhafter Beifall.) Wer das deutsche Volk sich

---

für Ernährung und Landwirtschaft Magnus Frhr. von Braun und des Reichsministers der Justiz Franz Gürtner, die beide der DNVP angehörten - ausnahmslos um parteilose "Fachleute". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Einleitung, S. XIX ff.

11 Bei seiner Rundfunkansprache am 15.12.1932 war Reichskanzler von Schleicher auch auf die geplante Jugendpolitik eingegangen: "Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend. Ich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag einmal erzählen, daß sie das Salz der Erde und die Blüte der Nation sei. Das führt nur zu einer Überheblichkeit und zu einer äußerlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar machte." Statt dessen wollte Schleicher Projekte wie den freiwilligen Arbeitsdienst oder das Notwerk der deutschen Jugend, das vor allem im Winter arbeitslose Jugendliche unterstützen sollte, fördern: "Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. [...] Zwei weitere Dinge gedenkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen: das freiwillige Werkhalbjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe." Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 25 mit Anm. 32 und 33. Zur Arbeitsdienstpolitik generell vgl. in diesem Band Dok. 111, Anm. 1.

12 Goebbels, der ebenfalls im lippischen Wahlkampf auftrat, vermerkte in seinen Tagebüchern über seine Zuhörerschaft: "Nur Bauern und kleines Volk." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 332.

13 Zu seiner außenpolitischen Zielsetzung hatte Schleicher am 15.12.1932 im Rundfunk erklärt: "Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat." Druck wie Anm. 11.

14 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

15 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

erobere, der erobere sich auch eines Tages die Regierung von selbst. Deshalb könne die NSDAP warten, bis die Vorsehung die Zeit für gekommen halte. Man hätte ihm geraten, er solle doch versuchen, von rückwärts in die Regierung zu gelangen. Es gebe ja solche Virtuosen, besonders die, die jetzt am Ruder seien [16]. (Große Heiterkeit.) Auf dem geölten Parkett könne ein ehrlicher Nationalsozialist mit seinen schweren Stiefeln nicht gut stehen, deshalb wolle er lieber mit offener Stirn die Macht erobern. Es sei übrigens interessant, festzustellen, wie aufgeregt die Judenpresse sich gebärde, wenn er nach Berlin komme [17]. Es sei gerade so, als ob ein Komet mit Berlin zusammengestoßen sei. (Große Heiterkeit.) Der Kampf geht weiter, und die nationalsozialistische Freiheitsbewegung werde trotzdem siegen.

Adolf Hitler schloß: Eines Tages werde die Stunde der Entscheidung kommen, aber nur dann, wenn unsere Bewegung hart bleibt, eine Volksgemeinschaft [18] bleibt, wenn sich jeder mutig, ehrlich, treu und fanatisch für Deutschland einsetzt. Und dann werde es in der Schicksalsstunde heißen: Jetzt seid Ihr Deutschen wieder so hart geworden, daß ich Euren Mut nicht mehr zerbrechen kann, jetzt gebe ich Euch jede Freiheit, auf daß Euer Wille jetzt die Not zerbricht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) [19]

12. Januar 1933 — Dok. 128
Telegramm an Wilhelm Stegmann [1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 12.1.1933, "Unbotmäßigkeit eines SA-Führers" [2].

Da Sie trotz meiner, Ihnen persönlich gemachten, Verwarnung [3] sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben [4], bestätige ich nicht nur die vor Stabschef

16 Vgl. Dok. 100, Anm. 9.
17 Vgl. Dok. 126, Anm. 2 und 3.
18 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Wilhelm Stegmann (1899-1944), 1917 Kriegsfreiwilliger, 1918 Leutnant, 1919/20 Angehöriger des Freikorps Epp, Diplomlandwirt, 1923 Pächter der Fürstlich Hohenlohschen Domäne in Schillingsfürst (Mittelfranken), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Schillingsfürst, 1929 Führer der SA-Standarte Ansbach, 1930-1933 MdR, 1931 Landwirtschaftlicher Referent in der Obersten SA-Führung, 1932 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Franken, 11.1.1933 Enthebung von seiner Dienststellung und seinem Dienstrang in der SA, 18.1. Gründung des "Freikorps Franken", 19.1. Austritt aus der NSDAP, 20.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA, 1936 Verurteilung zu achtzehn Monaten Gefängnis, 1939 Tätigkeit auf der Domäne Düsterntal (Kreis Alsfeld/Leine), 1944 SS-Obersturmführer in der SS-Sturmbrigade "Dirlewanger", bei den Kämpfen in Ipolysag (Ungarn) seit Dezember 1944 als vermißt gemeldet.

2 Der Publikation von Hitlers Telegramm durch die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* geht eine längere Einleitung voraus, in der behauptet wird, daß schon länger versucht werde, die NSDAP zu zersetzen. "Einer der wenigen Fälle, in denen diese Versuche einen geringen Erfolg zeitigten, ist ein Fall von Unbotmäßigkeit eines SA-Führers in Franken. [...] Die NSDAP sieht sich augenblicklich einer neuerlichen Welle von Kampfaktionen ihrer Gegner gegenüber, die selbst nicht davor zurückschrecken, einen deutschnationalen Kreisvorsitzenden durch offensichtliche Spitzel hinmorden zu lassen, um die niederträchtige Tat dann mit der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen."

Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung[5], sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab.

gez. Adolf *Hitler*

12. Januar 1933 Dok. 129
Rede auf NSDAP-Versammlung in Lipperode[1]

Lippstädter Zeitung vom 13.1.1933, "5.000 hörten Hitler! Die Veranstaltung der NSDAP in Lipperode. Eine machtvolle Kundgebung ohne Zwischenfall[2]".

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Im November 1918 wurde in Deutschland die Revolution angezettelt. Damals war das deutsche Volk in seiner Mehrheit überzeugt, daß nun eine Periode des Wohlstandes und des Glücks an-

3 Vgl. Dok. 105, Anm. 7.

4 Die schwere Krise in der fränkischen SA hatte Julius Streicher, der unbeliebte Gauleiter des Gaues Mittelfranken, ausgelöst, der seit August 1932 der SA Gelder verweigerte, die ihr eigentlich von seiten der Gauleitung zustanden. Personelle Streitigkeiten, in deren Zentrum der Führer der SA-Standarte 14, SA-Standartenführer Philipp Wurzbacher, stand, verschärften die Gegensätze. Bereits im Dezember standen in Mittelfranken PO, angeführt von Streicher, und SA, die sich hinter Stegmann sammelte, offen gegeneinander; allerdings gab es in beiden Lagern Gruppierungen, die den jeweils anderen Exponenten unterstützten, etwa die Nürnberger SA Streicher bzw. die Ansbacher Ortsgruppe wiederum Stegmann. Eine Eskalation schien vermieden, als Stegmann sich - nicht zuletzt durch den Einfluß Hitlers - am 24.12.1932 bereit erklärte, seine Posten als SA-Gruppenführer und Ortsgruppenleiter von Schillingsfürst niederzulegen. Doch brach der Streit im Januar erneut auf, da Streicher öffentlich behauptete, Stegmann habe Gelder veruntreut und unterhalte Kontakte zur KPD und zu nationalsozialistischen Renegaten. Stegmann konterte, indem er am 9.1. den Posten des SA-Gruppenführers wieder übernahm, die Führung der SA-Untergruppe Mittelfranken absetzte und tags darauf deren Geschäftsstelle in Nürnberg stürmen, die Anwesenden festsetzen und Akten beschlagnahmen ließ. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 364 ff.; Diana Fitz, Ansbach unterm Hakenkreuz, Ansbach 1994, S. 14 ff. Ferner Würzburger General Anzeiger vom 14.1.1933, "Die Vorgänge in der SA Franken"; Fränkisches Volksblatt vom 13.1.1933, "Die Vorgänge in der SA Frankens". Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 142 mit Anm. 2.

5 Die Oberste SA-Führung hatte bereits im Dezember versucht, Stegmann zur Räson zu bringen. Am 8.12.1932 beauftragte der Chef des Stabes, Ernst Röhm, den Führer der SA-Obergruppe IV, SA-Obergruppenführer Hans Georg Hofmann, mit der Untersuchung des Falls; die SA-Untergruppe Mittelfranken wurde vorübergehend aus der SA-Gruppe Franken ausgegliedert und deren Dienstbereich auf Ober- und Unterfranken beschränkt. Hatte Röhm im Dezember Stegmann noch zu stützen versucht, so war dessen Geduld spätestens mit der "Erstürmung" der Nürnberger Geschäftsstelle erschöpft. Am 11.1. schickte Röhm den SA-Obergruppenführer Adolf Hühnlein nach Nürnberg, der Stegmann seines Postens enthob, die SA-Gruppe Franken auflöste und deren drei Untergruppen Hofmann direkt unterstellte. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 375 ff.

1 Im Festzelt, ab 20.30 Uhr. An der völlig überfüllten Versammlung nahmen laut Vorlage 5.000 (*Lippischer Kurier*: 7.000; *Der Angriff*: 10.000) Personen teil. Hitler sprach über eine Stunde, vor ihm hatte MdL Gustav Schwiebert (Hannover) an Stelle des verhinderten preußischen Landtagspräsidenten Hanns Kerrl gesprochen. Über den Ablauf der Versammlung ist in der *Lippischen Landeszeitung* zu lesen: "Er [*Hitler*] gab im ersten Teil seiner Rede eine Einführung in die staatspolitische Gedankenwelt der NSDAP, die ihm keinen Applaus eintrug. Erst im zweiten Teil seiner Rede, wo er sich den aktuellen politischen Fragen zuwandte, wurde seine Vortragsweise warm und hinreißend."

brechen würde[3]. Übersehen hat man damals, daß dem politischen Zusammenbruch zwangsläufig auch der wirtschaftliche Niedergang folgen mußte. Das hat man erst erkannt, als langsam aber sicher die

Zeit des inneren und äußeren Verfalls

begann. Erst als der eine sein Geld, der andere seinen Arbeitsplatz, sein Geschäft usw. verlor, da erkannte man, daß wir unaufhaltsam dem Niedergang zusteuerten. Heute hat fast jeder Stand seine Partei[4]. Und dabei verelendet der Bauer[5], verproletarisiert der Arbeiter[6], geht der Mittelstand zu Grunde[7]. Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß die Wirtschaft in der Lage sei, das Reich aufzubauen. Umgekehrt ist es der Fall. Als Deutschland im Glanz seiner politischen Macht lebte, da hatte es auch seine wirtschaftliche Blütezeit[8]. Nach 1918 ist

die Wirtschaft restlos abgeglitten[9].

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß wir wieder beim Ausgangspunkt einsetzen müssen: Beim Aufbau der Politik. Die Größe der politischen Macht aber wird in erster Linie bestimmt durch die Einheitlichkeit der Nation in allen Lebensfragen. Wenn alle ihre Aufgabe im Kampf gegen den inneren Gegner sehen, bleibt natürlich keine Kraft für den Kampf um die Nation, weil alle Energie nutzlos nach innen verpufft.

---

2 Vgl. auch Der Angriff vom 13.1.1933, "Die letzten Kampftage um Lippe. Der Führer in Lipperode und Bad Schlangen"; Lippischer Kurier vom 13.1.1933, "Hitlertag in Lipperode u. Schlangen"; Der Patriot - Lippstädter Tageblatt vom 13.1.1933, "Hitler in Lipperode!"; Lippische Tages-Zeitung vom 14.1.1933, "Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt"; VB vom 14./15.1.1933, "'Unsere Bewegung ist heute der Repräsentant der größten deutschen Kraft'"; Lippische Landeszeitung vom 15.1.1933, "Reden Hitlers in Lipperode und Blomberg". Ferner Schröder, Hitler, S. 192; 10 Jahre NSDAP in Lipperode. Hrsg. von der NSDAP. Ortsgruppe Lipperode, Lippstadt 1938, S. 11 ff. (dort auch ein Foto); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 354 f.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 6 und 7.

4 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

5 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1932 18.393 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 342.843 ha eingeleitet und 7.060 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 153.770 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 386.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

6 Zur sozialen Lage der Arbeiter und der Arbeitslosen am Ende der Weimarer Republik vgl. Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 19 ff. Ferner Dok. 112, Anm. 9.

7 Auch der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. Der Umsatz des Handwerks beispielsweise verringerte sich in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts daran, daß der bislang unabhängige und protegierte Mittelstand durch diese wirtschaftliche Krise tief verunsichert wurde. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.; Wolffsohn, Industrie und Handwerk, S. 320 ff.

8 Vgl. Dok. 120, Anm. 6.

9 Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reich nach 1918 vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München [3]1994; Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1988.

Schon früher war es so: Als die germanischen Stämme einig waren, konnten sie im Teutoburger Wald die römischen Legionen besiegen [10]. Dann aber ließ

innerer Hader

sie wieder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Wir müssen durch eine neue Gemeinschaft ein neues Volk bilden. Das mag ein langsamer und schwerer Weg sein. Er muß aber gegangen werden; und zwar müssen wir von klein auf beginnen. Die Parteien sind in sich faul, weil sie reine Interessenparteien sind. Dahin aber muß es kommen, daß alle Stände, Gruppen und Parteien, so verschieden sie sein mögen, doch zur politischen Einheit zusammengefaßt werden. Wir werden nur wieder emporsteigen, wenn es gelingt, eine

unerhörte Übereinstimmung zwischen Befehl und Wollen

herzustellen [11]. Dann erst ist ein Wiederaufbau möglich. Wenn man heute noch so oft sagt: "Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern [12]" und dabei vergißt, daß man bei diesem Aufbau unten, nicht aber oben anfangen muß, dann ist das alles nutzlos. Was groß wurde, hat immer klein angefangen.

Es gab 1918 eine ganze Reihe nationaler Führer auch im Bürgertum, die mit mir der Meinung waren, daß der Zusammenbruch fürchterliche Folgen haben würde. Nur der Weg zum Ziel hat uns getrennt. Wir müssen ein Programm haben, das einfach und klar in der Lage ist, alle für Ideale befähigten Menschen zu vereinigen. Der einzelne ist ganz klein gegenüber dem großen Volksganzen. Entscheidend ist es, daß alle fühlen, daß sie

in erster Linie Deutsche sein

müssen.

Ich habe ein Recht, zum Volk solche Worte zu sprechen, weil meine Prophezeiungen bisher alle eingetroffen sind. Wie die Regierung Papen [13] wird auch die Regierung Schleicher scheitern [14], weil sie mit läppischen Mitteln das Schicksal ändern will [15]. Was ich für richtig erkannt habe, das habe ich immer ausgeführt. Ich bin 1918 nicht in eine andere Partei gegangen, obwohl ich mir einbilde, genug Grips im Kopf zu haben, um es auch dort zu etwas hätte bringen zu können. Nein, ich habe mit sechs Gleichgesinnten [16] angefangen und habe daraus eine Bewe-

---

10 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

11 Am 12.1.1933 erklärte der ehemalige Bezirksleiter der NSDAP in Lippe, Manfred Fuhrmann - gleichzeitig Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes im Gau Westfalen-Nord - seinen Austritt aus der NSDAP. In der angespannten Situation des lippischen Wahlkampfs war sein offener Brief an die Gauleitung der NSDAP, den die *Lippische Landeszeitung* auf ihrer Titelseite veröffentlichte, eine kleine Sensation, die wiederum intensive Diskussionen über den inneren Zustand der NSDAP auslöste. Vgl. Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 218 ff.

12 Muß heißen: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern/In keiner Not uns trennen und Gefahr". Aus dem 1804 entstandenen Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), II. Akt, 2. Szene.

13 Vgl. Dok. 78, Anm. 12 sowie Dok. 67, Anm. 6.

14 Am selben Tag notierte MdR Reinhold Quaatz (DNVP) in sein Tagebuch, zwischen Schleicher und Hindenburg sei bereits "das Ei entzwei". Vgl. Quaatz, Tagebuch, S. 222 (12.1.1933).

15 Am 12.1.1933 war in der Presse bekannt geworden, daß Gregor Straßer am 4.1.1933 vom Reichspräsidenten empfangen worden war; Hindenburg sympathisierte damals mit Schleichers Vorschlag, Straßer zum Vizekanzler und Reichsarbeitsminister zu ernennen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 54, Anm. 5. Dort weiterführende Literatur.
Angeblich soll es am selben Tag in Lippe zu einer Zusammenkunft zwischen Hitler und Straßer gekommen sein. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, München 1934, S. 15.

16 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

gung geschaffen[17], vor der heute alle erzittern. Ich habe gekämpft gegen Hohn und Spott, Lüge und Verleumdung, Eifersucht und Verfolgung. Einst hat man unsere Bewegung aufgelöst und verboten[18]. Das war 1923. Da bin ich 13 Monate ins Gefängnis gegangen[19]. Dann habe ich neu begonnen und nach kaum 8 Jahren die Bewegung zu 12 Millionen geführt[20].

Wie man ein Feld bebaut, so

müssen wir das Volk bearbeiten.

Viele Ernten zerschlägt der Hagel, noch mehr aber kommen unter Dach und Fach. Keine aber ist möglich, ohne daß zuvor gesät wird. Ob ich die deutsche Ernte noch erlebe, weiß ich nicht. Eines aber weiß ich: daß ich meine Pflicht tun muß!

Man soll uns in Deutschland einmal eine andere politische Bewegung gegenüberstellen und

uns das Turnierfeld freigeben.

Sieger werden wir sein, weil wir die größte Kraft haben. Wenn man mir sagt, warum ich nicht in die Regierung gegangen sei, so kann ich nur eins sagen: Wir werden das Werk nur dann übernehmen, wenn es auch unsern Geist atmet. Ich will das Volk erobern. Wer das tut, gewinnt auch die Macht. Rettung kann uns nur dann werden, wenn einmal das Volk von einem Geist und Willen erfüllt ist. Eines steht fest:

Der Kampf geht weiter,

Tag um Tag, Nacht um Nacht. Dieser Kampf wird einmal die Größe und Freiheit der Nation wiederherstellen. Dieser Kampf geht um die politische Macht, die die erste Voraussetzung ist für die Existenz aller Schichten und Berufe. Er geht und gilt für 65 Millionen Menschen[21]. Ich bettele nicht um Ihren Stimmzettel. Sie alle aber können dafür sorgen, daß einmal eine Regierung kommt, die wirklich handeln kann, weil sie hinter sich hat

ein einiges deutsches Volk[22]*!*

---

17 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

18 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.

19 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.

20 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

21 Nach der Zählung vom 16.6.1925 hatte das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Gesamtbevölkerung von 63.180.649 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 5.

22 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Über das Ende der Versammlung schrieb *Der Patriot*: "Mit keinem Worte ging Hitler auf die eigentlich zur Debatte stehenden lippischen Wahlen ein. Er sagte auch nicht, welche Allheilmittel er anwenden will, um Deutschland aus seiner verzweifelten Lage zu retten, so daß viele der Zuhörer, die anderen Parteien angehörten, mit einer gewissen Enttäuschung die Versammlung wieder veließen, die kurz vor 10 Uhr ihr Ende erreicht hatte."

12. Januar 1933 Dok. 130
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Schlangen[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Ohne unsere Bewegung wäre Deutschland ein einziges Chaos[2]".

Redetext entspricht weitgehend Dok. 129.

13. Januar 1933 Dok. 131
Rede auf NSDAP-Versammlung in Blomberg[1]

Lippische Landeszeitung vom 13.1.1933, "Reden Hitlers in Lipperode und Blomberg"[2].

Kurz darauf betrat Adolf Hitler, von den Massen begeistert empfangen, den Raum. Er führte im wesentlichen dasselbe aus, wie in den 14 früheren Kundgebungen. Er schloß mit der Bemerkung, daß er es der Vorsehung überlasse, ob er sein Werk zu Ende führen könne oder nicht[3].

---

1 Im Festzelt, nachts. Hitlers Vorredner waren MdR Frick und MdL August Wilhelm Prinz von Preußen (Potsdam).
Im *Lippischen Kurier* sind aus Fricks Ansprache die folgenden Worte überliefert: "Die Frage der Gleichberechtigung ist eine innerpolitische Angelegenheit und kann nur dadurch geregelt werden, wenn alle Landesverräter aufgehängt werden. (Herr Fechenbach!!) Dann führte der Redner unter stürmischer Begeisterung aus, *daß er die Aufhebung des Drakeschen Demonstrationsverbotes beim Reichskanzler und das aktive Notwehrrecht der SA verlangt habe.* Die russische Laus im deutschen Pelz müsse geknickt werden. Das sei keine Bürgerkriegsforderung, aber 'wir können nicht warten, bis uns die Kommunisten selbst die Hälse abschneiden.'"

2 In der übrigen Presse wird hauptsächlich nur noch über den äußeren Ablauf der Versammlung sowie über die Ansprachen von Hitlers Vorrednern berichtet. Vgl. hierzu Der Angriff vom 13.1.1933, "Die letzten Kampftage um Lippe. Der Führer in Lipperode und Bad Schlangen"; Lippischer Kurier vom 13.1.1933, "Hitlertag in Lipperode u. Schlangen"; Lippische Tages-Zeitung vom 14.1.1933, "Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt"; VB vom 14./15.1.1933, "'Unsere Bewegung ist heute der Repräsentant der größten deutschen Kraft'". Ferner Schröder, Hitler, S. 192 (im Anhang verschiedene Fotos dieser Veranstaltung); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 356.

1 In einem - so die Vorlage - "durch ein Zelt erweiterten Dreschschuppen", nachts. Der *Lippische Kurier* schätzte die Zahl der Zuhörer auf "wohl 5.000 Volksgenossen aus allen Schichten und Ständen". Vor Hitler sprach MdR Frick.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 14.1.1933, "Vier Kundgebungen mit Hitler und Dr. Goebbels. Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; Lippischer Kurier vom 14.1.1933, "Riesenversammlung in Barntrup und Blomberg"; VB vom 16.1.1933, "Ein neues Bollwerk der Freiheitsbewegung". Ferner Schröder, Hitler, S. 193 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 358.

3 Vgl. auch Dok. 124, Anm. 7.

13. Januar 1933 Dok. 132
Rede auf NSDAP-Versammlung in Barntrup[1]

Lippischer Kurier vom 14.1.1933, "Riesenversammlung in Barntrup und Blomberg"[2].

Der Versuch der Sanierung der deutschen Wirtschaft durch die Regierung Schleicher[3] ist schon gescheitert, bevor er überhaupt noch begonnen hat. Regierung und Volk müssen organisch miteinander verbundene Begriffe sein, sonst hängt die Regierung im luftleeren Raum und ist schließlich nur noch für sich selbst da. Ich bin gegen eine Welt von Vorurteilen angegangen und habe am Ende recht behalten. Ich bin ins Volk hineingegangen und habe zu arbeiten begonnen, statt in die bestehenden Parteiköpfe hineinzukriechen und an die Futterkrippe zu gehen [*sic!*].

Lüge um Lüge haben sie gegen uns angeworfen [*sic!*]. Aber am Ende habe ich doch aus 6 Menschen[4] 12 Millionen zusammengebracht[5] [*sic!*].

Und diese 12 Millionen, das weiß ich, mit denen werden wir die Wilhelmstraße[6] erobern[7].

13. Januar 1933 Dok. 133
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Adolf Hitler erledigt neue Lügenhetze"[1].

1. *Es ist unwahr*, daß westdeutsche Industrielle einen Vermittlungsversuch zwischen Herrn von Papen und mir unternommen haben[2].

Wahr ist, daß ich eine private Einladung erhielt zu einer politischen Aussprache mit dem früheren Reichskanzler Herrn von Papen[3].

1 Im Festzelt an der Hamelner Straße [*sic!*]. An dieser Versammlung nahmen - so der *Lippische Kurier* - ebenfalls knapp 5.000 Personen teil. Auch über den Verlauf dieser Versammlung, die dem der vorhergehenden weitgehend entsprochen haben dürfte, finden sich in der zeitgenössischen Presse wie in der Literatur kaum noch genauere Angaben. Möglicherweise sprach der preußische Landtagspräsident Hanns Kerrl vor Hitler.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 14.1.1933, "Vier Kundgebungen mit Hitler und Dr. Goebbels. Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; VB vom 16.1.1933, "Ein neues Bollwerk der Freiheitsbewegung". Ferner Schröder, Hitler, S. 193 f.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 359.

3 Vgl. Dok. 123, Anm. 8 und 9.

4 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

5 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Die Einleitung zu diesem Dementi lautet: "Adolf *Hitler* hat durch seinen Rechtsvertreter dem jüdisch-marxistischen 'Dortmunder Generalanzeiger' nach § 11 des Pressegesetzes eine Aufforderung zur Berichtigung der schamlosen Lügen, die dieses Blatt über Adolf Hitler und die NSDAP verbreitet, zugehen lassen."

2 Die Tatsache, daß die Gespräche zwischen Hitler und Papen im Hause des Kölner Bankiers von Schroeder begonnen hatten, nährte sofort das Gerücht, daß hinter derartigen Verbindungen Kapital und Großindustrie ständen, daß Papen und Hitler letztlich nur deren Marionetten seien. Die genaue Rekonstruktion der Ereignisse

2. *Es ist unwahr*, daß diese Aussprache einen "metallischen" Hintergrund hatte[4].

Wahr ist, daß in der ganzen Aussprache mit keinem Wort finanzielle Fragen überhaupt auch nur berührt worden sind.

3. *Es ist unwahr*, daß ich Geld brauchte und deshalb bereit gewesen wäre, die politischen Forderungen der Industrie zu akzeptieren.

Wahr ist, daß mir niemals politische Forderungen gestellt worden sind und ich mir niemals politische Forderungen für Geld habe aufzwingen lassen[5].

4. *Es ist unwahr*, daß ich mich bemühe, von Regierungsseite Geld zu bekommen und daß ich für eine Entschuldung der Hitlerpartei als endgültige Bereinigung mich zur Tolerierung des Kabinetts Schleicher verpflichten würde.

---

hat jedoch gezeigt, daß Schroeder nicht mehr war als "ein bloßer Statist auf der Bühne der Geschichte", der zufälligerweise über Kontakte zu Papen wie auch zur NSDAP verfügte. Daß Papen am 7.1., wenige Tage nach seinem Gespräch mit Hitler, mit einigen Großindustriellen aus dem Ruhrgebiet konferierte, war bereits damals bekannt und schien die Vermutung einer "kapitalistischen Verschwörung" zu bestätigen. Allerdings dürfte es sich hier in erster Linie um ein informierendes Gespräch gehandelt haben, bei dem Papen suggerierte, seine Rückkehr in das Amt des Reichskanzlers stünde bevor. Insgesamt läßt sich nicht nachweisen, daß die führenden deutschen Wirtschaftsverbände damals auf eine Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hingearbeitet haben; die wichtigsten Industriellen waren offensichtlich noch nicht einmal über den dramatischen Ablauf der Ereignisse im Vorfeld des 30.1. informiert. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 377 ff., Zitat S. 379; zur kontrovers bewerteten Rolle der Industrie vgl. auch Anm. 5.

3 Zu den Motiven, zum Verlauf und zum Ergebnis der Unterredung vom 4.1.1933 vgl. Dok. 112, Anm. 11 sowie Dok. 116, Anm. 1 und 3.

4 Der *Vorwärts* hatte am 6.1. eine Meldung der *Rheinischen Zeitung* groß herausgebracht, derzufolge Schroeder für seine Vermittlung zwischen Hitler und Papen mit 140.000 RM entlohnt worden sei. "Von diesen 140.000 Mark sind 80.000 Mark durch die Pfändung einer Leibrente des Prinzen zu Schaumburg-Lippe gesichert, während die restlichen Schulden in Höhe von 60.000 Mark nach wie vor auf das Konto des Herrn Ley fallen." Vgl. Vorwärts vom 6.1.1933 (AA), "Die Gläubiger. Nazi-Schulden beim Herrenklubisten". In diesem Sinne auch Die Welt am Montag vom 9.1.1933, "Aus der Traum"; Der Jungdeutsche vom 6.1.1933, "Also doch Hitler-Papen!": "Da Hitler von diesen Gruppen der rheinisch-westfälischen Industrie finanziell stark unterstützt worden ist - Dementis werden gern entgegengenommen - , und da derartige Subventionen gewöhnlich über private Bankhäuser geleitet werden, klären sich die Hintergründe dieses Vorfalls."

5 Zu dieser Frage vgl. Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967; Henry Ashby Turner, jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972; ders., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen. In: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 18-68; ders., Großunternehmer; Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399-482; ders., Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse. Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: ebenda 17 (1977), S. 275-296; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981; Thomas Trumpp, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981), S. 223-241; Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. In: VfZ 28 (1980), S. 94-110; ders., Großindustrie und Machtergreifung 1930-1933. Zu den Beziehungen zwischen industriellen Führungsgruppen und Nationalsozialismus von 1930 bis 1933. In: Politische Studien 34 (1983), S. 37-47; Rainer Decker, Großunternehmer und NSDAP im November 1932 - eine wissenschaftspropädeutische Unterrichtsreihe. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), S. 145-162.

Wahr ist, daß ich noch niemals für Geld jemanden tolerierte und auch nicht in der Zukunft tolerieren werde.

5. *Es ist unwahr*, daß ich "zufällig" an dem Tage, an dem ein schwedischer Privatbankier Marcus Wallenberg sen.[6] in Berlin gewesen sein soll, auch in Berlin war, sondern wahr ist, daß mein Ruhetag und meine Berliner Reise schon wochenlang vorher bestimmt waren[7].

6. *Es ist unwahr*, daß ich aus "Zufall" im "Kaiserhof" wohnte, sondern ich wohne schon seit zwei Jahren ständig in diesem Hotel[8].

7. *Es ist unwahr*, daß mir Hauptmann Göring die Bekanntschaft mit diesem schwedischen "Bankier" vermittelte und daß ich mit ihm konferierte[9].

Wahr ist, daß ich den Namen dieses schwedischen "Bankiers" nunmehr zum erstenmal in meinem Leben aus den Zeitungen höre, daß ich ihn niemals in meinem Leben gesehen habe und nie in meinem Leben mit ihm konferierte, daß mir Hauptmann Göring nie in meinem Leben von der Existenz eines solchen Mannes sagte und mich nie mit ihm bekannt machte.

8. *Es ist daher auch unwahr,* daß das Ergebnis dieser "Konferenz" ein Kredit von 4 Millionen Reichsmark gewesen sein soll und daß der betreffende "Bankier mit dem jüdischen Namen der

6 Marcus Wallenberg (1864-1943), Sohn des schwedischen Bankiers Oscar Wallenberg, Stiefbruder des schwedischen Bankiers und Außenministers (1914-1917) Knut Agathon Wallenberg, 1876 Eintritt in die Königlich Schwedische Marineschule, 1883-1888 Studium der Rechtswissenschaft, 1890 stellvertretender Amtsgerichtsdirektor, danach Eintritt in die Stockholms Enskilda Bank, seit 1911 deren Chef, Aufsichtsratsposten bei zahlreichen schwedischen und norwegischen Unternehmen, Mitbegründer des Schwedischen Industrieverbands, 1918/19 Beauftragter der schwedischen Regierung bei der Pariser Friedenskonferenz, 1920 schwedischer Vertreter auf der Finanzkonferenz für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Brüssel, 1920-1930 schwedischer Vertreter im Finanzkomitee des Völkerbunds, 1924 Leiter des Ausschusses für die Durchführung des Dawes-Plans, neutraler Schiedsrichter zwischen der interalliierten Reparationskommission und der deutschen Regierung, 1929 Mitglied des Haager Schiedsgerichts für die Durchführung des Young-Plans, 1931/32 Tätigkeit als Experte bei der Reorganisation deutscher Banken.

7 Vgl. Dok. 126, Anm. 6-11.
Über Hitlers Aufenthalt in Berlin am 10.1. resümierte Goebbels am 13.1.1933 in seinem Tagebuch: "Hitler war nicht bei Papen. Alles noch in der Schwebe." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 334.

8 Hitler begann seit dem Wahlerfolg vom 14.9.1930 seine Aufenthalte immer mehr in die Reichshauptstadt zu verlagern. Bis Februar 1931 pflegte er relativ bescheiden im Hotel *Sanssouci* (Bezirk Tiergarten, Linkstr. 37) abzusteigen, danach im Hotel *Kaiserhof* (Bezirk Mitte, Mohrenstr. 1-5), einem der ersten Häuser Berlins. Diese luxuriöse Unterkunft entsprach wohl weniger Hitlers persönlichen Vorlieben, wie vielmehr seinem ausgeprägten Repräsentationsbedürfnis. Zudem war die Lage des Hotels, schräg gegenüber dem Reichspräsidentenpalais, immer auch Ausdruck seines Herrschaftsanspruchs. Daß sich das Hotel ebenfalls in der Regierungsbannmeile befand, war ein angenehmer Nebeneffekt; die Führung der NSDAP wurde dadurch nicht von gegnerischen Demonstrationen belästigt. In seinen sog. "Tischgesprächen" hat Hitler rückblickend zugegeben, daß er und sein Stab "in der Regel eine ganze Etage benötigt und incl. der Verpflegung seiner Begleitung Rechnungen von ca. 10.000 RM pro Woche gehabt [*habe*]. Diese Unkosten habe er vor allem durch Artikel und Interviews für die Auslandspresse wieder hereingebracht, die ihm am Schluß der Kampfzeit oft mit je 2.000 bis 3.000 Dollar bezahlt worden seien." Verweis auf Bd. V/1. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63, 68; Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 437; Demps, Wilhelmstraße, S. 118 ff., 207 f.

9 Eine mögliche Ursache für das Gerücht, Göring habe zwischen Hitler und Wallenberg vermittelt, könnte die Nachricht des *Angriff* gewesen sein, der am 10.1.1933 auf seiner Titelseite berichtete, daß Göring "soeben von einer Reise nach *Schweden*, wo er Verwandte hat, zurückgekehrt ist". Vgl. Der Angriff vom 10.1.1933, "Adolf Hitler in Berlin".

antisemitischen Hitler-Partei gegen entsprechende Sicherheit bzw. politische Zusagen einen Kredit von 4 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt hätte" [10].

Wahr ist, daß ich mit niemanden über einen Kredit über 4 Millionen Reichsmark verhandelt habe, ihn daher auch nicht zur Verfügung gestellt erhielt und daher auch niemandem Zusagen gemacht habe.

Ferner ist es unwahr, daß in der NSDAP die laufenden Partei-Einnahmen nicht die laufenden Ausgaben decken [11], sondern wahr ist, daß die Partei, wie seit 13 Jahren so auch jetzt, ihre laufenden Ausgaben durch ihre laufenden Einnahmen deckt [12].

---

10 Vgl. hierzu den Bericht Nr. A 25 der deutschen Gesandtschaft in Stockholm an das Auswärtige Amt vom 15.1.1933, in dem es u. a. heißt: "Im Gegensatz zu den Behauptungen in der deutschen Presse, die erklären, daß Hitlers Versuche, bei schwedischen Finanzinstituten Darlehen zu erhalten, gescheitert seien, habe ich von wohlunterrichteter Seite folgendes erfahren: Der schwedische Bankier Marcus Wallenberg hat auf der Durchreise durch Deutschland Verhandlungen mit dem Reichstagspräsidenten Göhring [*sic!*] und dessen Schwiegervater über eine Finanzaktion für das Braune Haus (Hitlerpartei) geführt. Die Verhandlungen haben einen positiven Verlauf genommen und zu dem Ergebnis geführt, daß Wallenberg sich verpflichtet hat, ein Darlehen von 4-5 Mill[*ionen*] Reichsmark zu bewerkstelligen. Alle finanziellen Schwierigkeiten des Braunen Hauses sind damit für den Augenblick aus der Welt geschafft." Trotz Hitlers und Wallenbergs Dementi bleibe die sozialdemokratische Presse in Schweden bei ihren Behauptungen, die von einem Gewährsmann stammten, "der über die besten Informationen verfügt". PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 3.
Für die Vermutung, daß Hitler oder die NSDAP durch Wallenberg finanziell unterstützt worden seien, findet sich in der einschlägigen Literatur jedoch keine Bestätigung. Vgl. Torsten Gårdlund, Marcus Wallenberg 1864-1943. Hans Liv Och Gärning, Stockholm 1976. (Für die Übersetzung und Auswertung dieser Biographie sei Herrn Dr. Lothar Gruchmann, München, herzlich gedankt).

11 Politik und Selbstdarstellung der NSDAP hatten zur Folge, daß sich die Partei seit ihrer Gründung stets an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bewegte. Denoch war es der vergleichsweise gut entwickelten Parteiorganisation gelungen, ein weitverzweigtes und ausgeklügeltes System der Selbstfinanzierung aufzubauen. Dazu kamen erhebliche Spenden, von denen allerdings nur diejenigen ausländischer Geldgeber wirklich groß gewesen zu sein scheinen. Während des Jahres 1932 reichten selbst diese Mittel nicht mehr aus, um die zahllosen Wahlkämpfe (zwei Wahlgänge für die Wahl des Reichspräsidenten, zwei Reichstags- und elf Landtagswahlen), die wuchernde Parteibürokratie und die nationalsozialistischen Wehrverbände (im Juli 1932: 445.000 Mann) zu finanzieren. Die Reichstagwahl vom 6.11.1932 war deshalb für die NSDAP nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Desaster; im Vertrauen auf eine finanzielle Sanierung nach einer politischen Machtübernahme hatten sich viele nationalsozialistischen Funktionäre hemmungslos verschuldet. Im Dezember 1932 wurde in den politisch informierten Kreisen der Berliner Gesellschaft offen darüber gesprochen, daß sich die Schulden der NSDAP auf 14 Millionen RM belaufen würden. Daß im Winter 1932/33 SA-Männer permanent mit Sammelbüchsen auftraten, mußte diesen Eindruck in der Öffentlichkeit bestätigen. Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 634 ff.; Turner, Großunternehmer, S. 139 ff., 223 ff., 324 ff., 353 f.; ders. und Horst Matzerath, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92; Longerich, Die braunen Bataillone, S. 130 ff. Zahl bei: Quaatz, Tagebuch, S. 218 (19.12.1932).

12 Wie schwierig die finanziellen Verhältnisse der NSDAP im Januar 1933 waren, veranschaulichen auch die Memoiren des damaligen Reichspressechefs der NSDAP, Otto Dietrich. Während des lippischen Wahlkampfs mußte Hitlers Chefadjutant ihn um einen Kredit von 2.000 RM bitten, "da Hitler über keinen Pfennig mehr verfüge und die Saalmiete für die Kundgebung des nächsten Tages auch von den örtlichen Parteistellen nicht vorausbezahlt werden könne". Vgl. Otto Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler, Köln 1955, S. 187.

13. Januar 1933 Dok. 134
Erklärung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 13.1.1933, "Adolf Hitler erledigt neue Lügenhetze".

Die der Reichsregierung nahestehende Presse trägt in den letzten Tagen systematisch eine Flut von unwahren Behauptungen über die NSDAP und meine Person in die Öffentlichkeit[1]. So wird u. a. behauptet, daß in der NSDAP die laufenden Parteieinnahmen nicht die laufenden Ausgaben deckten[2],

daß deshalb auch westdeutsche Industrielle einen "Vermittlungsversuch" zwischen dem früheren Reichskanzler Herrn von Papen und mir unternommen hätten[3],

daß ich bereit sei, politische Forderungen der Industriellen gegen Hergabe von Geld zu akzeptieren[4],

daß ich mich bemühe, von Regierungsseite Geld zu bekommen, gegen die Verpflichtung, das Kabinett Schleicher zu tolerieren und

daß ich von einem schwedischen Bankier mit dem jüdischen Namen Markus Wallenberg einen Kredit von 4 Millionen Reichsmark für mich bzw. die NSDAP aufgenommen hätte, der mir gegen entsprechende Sicherheiten bzw. politische Zusagen zur Verfügung gestellt worden sei[5].

Alle diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden und erlogen.

gez. *Adolf Hitler*

13. Januar 1933 Dok. 135
Verfügung

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 14.1.1933, "Verfügung des Führers"[1].

Pg. *Maierhofer*[2] wird seines Amtes als Gauleiter von Oberpfalz-Niederbayern[3] enthoben[4]. Die Leitung des Gaues übernimmt bis zur endgültigen Regelung der stellvertretende Gauleiter, Pg. *Erbersdobler*[5].

Detmold, den 13. Januar 1933

gez. Adolf *Hitler*

---

1 Vgl. Dok. 116, Anm. 2; Dok. 126, Anm. 2 und 3; Dok. 133, Anm. 4.
2 Vgl. Dok. 133, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 133, Anm. 2.
4 Vgl. Dok. 133, Anm. 5.
5 Vgl. Dok. 133, Anm. 6, 9 und 10.

1 Eine entsprechende Verfügung wurde im Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei erst am 31.1.1933 veröffentlicht; vgl. Dok. 141.
2 Franz Maierhofer (1897-1943), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 Leutnant, seit 1917 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1922 Volksschullehrer, 1927 Eintritt in die NSDAP, SA-Sturmführer, 1930-1932 Gauleiter

14. Januar 1933 Dok. 136
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bad Salzuflen [1]

Lippischer Allgemeiner Anzeiger (Salzuflener Zeitung/Bade-Zeitung) vom 16.1.1933, "Und zum Schluß: Hitler!"[2].

Nach ihm [*Göring*] ergriff Adolf Hitler, als sich der ihn begrüßende nicht endenwollende Beifallssturm gelegt hatte, das Wort, um auch hier seine grundsätzliche Einstellung zu den wichtig-

---

des Gaues Oberpfalz, 1930-1933 MdR, 1932 Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933 Enthebung vom Gauleiteramt, Eintritt in die SS, Tätigkeit im Schulungsamt der DAF, 1935 Leiter des 'Amts für Werbung und Schulung' im Hauptamt der NSV, Leiter der Reichsschule der NSV im Blumberg (Mark), 1937 SS-Obersturmbannführer im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, dann Angestellter zur Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1940 Leiter der Abteilung Kirchliche Angelegenheiten, zur Wehrmacht eingezogen, 1943 Major, am 22.8.1943 als Bataillonskommandeur bei Ljubotin (UdSSR) gefallen.

3 Hitler hatte am 17.8.1932 angeordnet, die Gaue Oberpfalz und Niederbayern zu einem gemeinsamen Gau zu vereinigen. Vgl. Bd. V/1, Dok. 171.

4 Die Absetzung Maierhofers war ein Resultat finanzieller Streitigkeiten zwischen der regionalen SA auf der einen und der Politischen Organisation der NSDAP auf der anderen Seite. Maierhofer verweigerte dem Gau-SA-Führer Friedrich Breitenbach die ihm zustehenden Mittel, weil er die von ihm 1931 gegründete Zeitung *Schaffendes Volk* unbedingt am Leben erhalten wollte. Als Maierhofer, der darüber selbst in Geldnot geraten war, einen offiziell abgemeldeten Angestellten heimlich weiterbeschäftigte, wurde er wegen Betrugs angezeigt. Nachdem der Fall in die Presse gedrungen war, zitierte Hitler Maierhofer zusammen mit Erbersdobler vermutlich noch im Dezember 1932 zu sich, um ihnen - so Erbersdobler rückblickend - "seine Ansichten über Führung und Propaganda, Geschick und Taktik eingehend" zu erläutern; auch Maierhofers Pressepolitik wurde von Hitler scharf kritisiert. Bereits in seinem Schreiben vom 1.1.1933 an Ley erwähnte Maierhofer die bevorstehende "Zusammenlegung der Gaue", wobei Hitler mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl in Lippe und vor allem auf die noch immer schwelende Straßer-Krise vorerst von der geplanten "Bildung des Grossgaues Bayerische Ostmark" absah. Vgl. Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985, S. 342 ff.; IfZ, ZS 1949: Zeugenschrifttum Otto Erbersdobler, Zitate Bl. 15; IfZ, Fa 223/56: Personalakte Franz Maierhofer. Ferner Dok. 141.

5 Otto Erbersdobler (1895-1981), 1915-1918 Militärdienst, 1919 Entlassung als Vizefeldwebel d. R., kaufmännischer Angestellter, Eintritt in die SPD, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Bayreuth, 1927 Kreisleiter, 1929-1932 Untergauleiter und Gauhauptamtsleiter des Untergaues Niederbayern, 1932/33 MdR, 1932 stellvertretender Gauleiter des Gaues Niederbayern-Oberpfalz, 1933-1943 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau, 1942 kommissarischer Kreisleiter der NSDAP des Kreises Landshut-Vilsbiburg.

1 Im Kurhaus, nachts. Hitler sprach etwa zwei Stunden, sein Vorredner war Reichstagspräsident Göring. Die Zahl der Zuhörer an der völlig überfüllten Versammlung wurde von der *Lippischen Landeszeitung* auf 7.000-9.000 geschätzt. Parallel zu dieser Veranstaltung sprachen MdR Wilhelm Frick in den Wandelhallen und MdR Hanns Oberlindober in einem Festzelt an der Parkstraße.
In ihrem Bericht betonte die *Lippische Landeszeitung*, daß der Veranstaltung durch den "bisher in diesem Ausmaß wohl kaum erlebten Kraftwagenverkehr ein besonderer Stempel aufgedrückt wurde. Neben lippischen Wagen sah man auch westfälische, rheinländische, hannoversche, braunschweigische und schaumburg-lippische Wagen. Die Polizei hatte große Mühe, um dem Riesenverkehr Herr zu werden."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 15.1.1933, "Vor der entscheidenden Schlacht in Lippe"; Lippische Landeszeitung vom 15.1.1933, "Hitler beschließt den Wahlkampf"; Lippische Tages-Zeitung vom 15.1.1933, "Hitler in Bad Salzuflen"; VB vom 15.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Heute wird Lippe von der Novemberherrschaft befreit"; Lippischer Kurier vom 16.1.1933, "Die gewaltigste lippische Wahlkundgebung". Ferner Schröder, Hitler, S. 203 f. (im Anhang verschiedene Fotos); Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 362 ff.

sten, die Gegenwart beschäftigenden Fragen auseinanderzusetzen. Nicht die Wirtschaft sei es, so sagte er, von der die Politik beeinflußt würde, sondern umgekehrt komme erst die Politik und dann die Wirtschaft. Jeder Zerfall eines Volkes äußere sich erst in politischem Wirrwarr und werde weiterhin vom wirtschaftlichen Niedergange gefolgt und darum führe der Weg aus allen wirtschaftlichen Nöten einzig und allein über die vorherige Gesundung des politischen Gedankens. Niemals könne die Wirtschaft daher das im Innersten zerrüttete Deutschland wiederaufrichten, bevor nicht das an sich selbst irre gewordene deutsche Volk wieder gesund, stark und einig gemacht ist. Nicht Kabinette und Konferenzen, nicht Pläne und Programme sind im Stande, die jetzt schwierig erscheinenden Probleme zu lösen, sondern allein grundsätzlicher und gründlicher Neuaufbau, der beim Volke selbst, bei seiner Urzelle, der Familie, anfängt. Denn es kommt nicht darauf an, daß irgendeine Regierung, ein Stand, ein Minister bleibt, sondern, daß das Volk bleibt, und wer nicht hier, bei des Volkes Seele anfängt, wird nichts Entscheidendes erreichen. Wenn das einem Mussolini mit dem italienischen Volke möglich war[3], wieviel mehr muß es zu ermöglichen sein bei einem Volke wie dem deutschen. Der unverkennbare Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung sei es ja gerade, daß mit zähester Arbeit und trotzigster Energie eine neue deutsche Kraft erstanden sei, die entgegen allen Anfeindungen und Widerständen das Volk zur erlösenden Tat reif machen und alle feindlichen Gegenmaßnahmen siegreich überwinden wird. Mögen auch Rückschläge kommen, mögen Zweifel an diesen Hoffnungen auftauchen, so schloß Hitler, ich glaube an diesen Sieg, der jedem deutschen Volksgenossen das bringen wird, was so vielen heute fehlt, nämlich Freiheit[4] und Brot[5]!

---

3 Vgl. Dok. 4, Anm. 16 und 21.

4 Bei der Wendung "Freiheit und Brot" handelte es sich um eine der ältesten nationalsozialistischen Parolen. Sie war wiederum eine bewußte Verfremdung der im Ersten Weltkrieg entstandenen Parole "Frieden und Brot", die im November 1918 zu einem Kampfruf der revolutionären Gruppen geworden war; mit der Wendung "Freiheit und Brot" war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Die im *Lippischen Kurier* für den 14.1. angekündigte Rede Hitlers in Schötmar fand nicht statt. Vielmehr kam es in dieser Nacht zu einer Aussprache zwischen Hitler und dem SA-Gruppenführer Wilhelm Stegmann. Vgl. Dok. 142, Anm. 2.
Nachdem Hitler sich tags darauf mit Ribbentrop, dann mit Otto Wagener beraten hatte, wie die Gespräche mit Papen weiterzuführen seien, fuhr er mit seinem Stab nach Weimar. Vgl. Ribbentrop, London, S. 39; IfZ, ED 60/9: Aufzeichnungen Otto Wagener, Bl. 176 f.

15. Januar 1933 Dok. 137
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Thüringen der NSDAP in Weimar[1]

Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "Thüringens 1. Aufmarsch 1933"[2].

Meine Kameraden der SA, SS und Hitlerjugend!

Während wir hier versammelt sind, findet soeben in Deutschland eine Wahl statt, und sie wird am heutigen Abend bewiesen haben, daß die Bewegung in unaufhaltsamem Aufstieg begriffen ist[3]. Wir werden den Herren in Berlin ihre Hoffnungen, daß die Partei sich im Verfall befinde[4], schon am heutigen Abend *gründlich ausgetrieben* haben[5]. Die Partei bleibt ihrem alten

---

1 Auf dem Marktplatz, nach 15.00 Uhr. An der Versammlung und dem vorausgehenden Propagandazug durch Weimar nahmen laut Polizeibericht etwa 4.500 (*Der Nationalsozialist*: 10.000) Personen teil. *Der SA-Mann* berichtet, an dem Marsch durch Weimar hätten sich zwei SA-Standarten (6 und 94), eine SS-Standarte, 1.000 Hitlerjungen sowie 3.000 Amtswalter beteiligt. Alle übrigen SA-Einheiten des Gruppenbereichs Thüringen seien nur durch ihre Führer bis herunter zum Sturmführer und durch Fahnenformationen vertreten gewesen.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung vom 16.1.1933, "Amtswaltertagung der NSDAP in Weimar"; Der Angriff vom 16.1.1933, "Gautag des Gaues Thüringen: Der Führer gibt die neue Kampfparole"; Weimarische Zeitung vom 16.1.1933, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; VB vom 17.1.1933, "Adolf Hitler gibt die Kampfparole! Gewaltiger Appell von 10.000 SA- und SS-Männern auf dem Weimarer Marktplatz"; Der Nationalsozialist vom 18.1.1933, "Wieder ein 'brauner Sonntag' in Weimar"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Wir eilten zum Führer nach Weimar". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 16.1.1933; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

3 Die Ergebnisse der lippischen Landtagswahl vom 15.1.1933 und das der vorhergehenden Landtagswahl vom 6.1.1929 lauteten:

Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	6.1.1929	15.1.1933
KPD	6,2%	11,2%
SPD	39,0%	30,1%
DDP/DStP	5,6%	0,8%
Zentrum/Katholische Volksvertretung	2,9%	2,6%
Lippisches Landvolk	7,9%	0,7%
Evangelischer Volksdienst	-	4,6%
Wirtschaftspartei	6,9%	-
Volksrecht-Partei	4,0%	-
DVP	12,4%	4,4%
DNVP	11,8%	6,1%
NSDAP	3,4%	39,5%

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 96.
Zur Bewertung des Wahlergebnisses, mit dem die NSDAP in Lippe ihre Verluste bei der Reichstagswahl vom 6.11. wieder wettmachen, ihren Erfolg bei der Reichstagwahl vom 31.7. jedoch nicht wieder erreichen konnte, vgl. Bracher, Auflösung, S. 701 ff.; Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe, S. 253 ff.

4 Vgl. Dok. 89, Anm. 13 und 14, Dok. 104, Anm. 2 und Dok. 107, Anm. 52.

5 Vgl. hierzu das Protokoll der Ministerbesprechung vom 16.1.1933: "Der *Reichskanzler* erklärte gleichfalls eine baldige Aussprache mit Hitler vor Fällung der letzten Entscheidungen für nötig. Er wies darauf hin, daß Hugenberg heute (16.1.) eine Unterredung mit Hitler haben werde. Positive Ergebnisse werde diese Unter-

Angriffsgeist in rücksichtsloser Entschlossenheit treu. Sie sollen sich keiner Täuschung hingeben:

Den Kampf um die Macht nehmen wir auf und führen ihn durch, so oder so!

Ich weiß, daß in jedem Kampf eine Zeit der Ermattung eintreten kann. Jeder, der als Soldat an der Front gestanden hat[6], weiß aber auch, daß nach einer kurzen Ruhepause die Angriffskraft erst recht wieder in Erscheinung treten muß. Die Zeit ist für uns. Wenn die Regierungen mit den lächerlichen Mitteln das Volk retten könnten, die sie heute anwenden, so würde die Zeit für sie sprechen.

Wenn Sie, meine Kameraden, 6 Monate zurückdenken, an das, was damals versprochen wurde und was wir voraussagten, so sehen Sie, daß wir *Recht behalten* haben. Auch die heutige Regierung ist vom ersten Tage an vom Mißgeschick verfolgt. Sie wird ihre Aufgaben niemals gegen die Nation erfüllen können.

Regierungen kommen und gehen, aber unsere Organisation des deutschen Menschen muß bestehen bleiben.

Die Rettung kann nicht kommen durch irgendwelche Notverordnungen[7], sondern muß vom deutschen Menschen ihren Ausgang nehmen. Man muß wieder eine geistige und willensmäßige Einheit herstellen zwischen denen, die führen, und ihrer Gefolgschaft. Wenn die Herren mich fragen: Werden Sie Ihr Ziel erreichen? Kameraden! Ein Mann, der die Kühnheit gehabt hat, eine nationale Erhebung mit 6 Mann zu beginnen[8] und die Kraft hatte, zu 12 Millionen zu gelangen[9], müßte ein erbärmlicher Feigling sein, wenn er mit 12 Millionen an keine weitere Zukunft glauben wollte. Wenn *wir* nicht die deutsche Zukunft gestalten, wer denn? Ich dekretiere Euch diesen Kampf ja nicht vom *grünen Tisch* aus, sondern stehe selbst an der Spitze und werde mich bis zum letzten einsetzen und abrackern.

Nachgeben tun wir nicht, und nachgeben tue ich nicht.

Ich komme zu Ihnen aus dem Gebiet, in dem vor 1.900 Jahren ein großer Kampf stattfand[10]. Einem Mann war es gelungen, die Stämme zu einigen und damit dem deutschen Volk zum größten politischen Erfolg dieser Vorzeit zu verhelfen. Aber *Verräter* haben damals die Einheit wieder zerstört und umsonst war das Blut der Hermannsschlacht geflossen[11]. Wir stehen heute

---

redung sicherlich nicht haben. Er, der Reichskanzler, sei fest davon überzeugt, daß Hitler nicht an die Macht wolle. Neuerdings habe er den Wunsch, Reichswehrminister zu werden. Das beweise deutlich, daß er ernsthaft nicht an die Macht wolle, denn er müsse selber wissen, daß der Herr Reichspräsident ihm das Reichswehrressort nie anvertrauen werde." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, Dok. 56.

6 Vgl. Dok. 28, Anm. 13 und 14.
Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff.; Peter H. Merkl, The Making of a Stormtrooper, Princeton, New Jersey, 1980, S. 108 ff.

7 Vgl. Dok. 15, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 117, Anm. 3.

11 Zur nationalsozialistischen Rezeption der Schlacht im Teutoburger Wald vgl. Norbert Jegelka, Volksgemeinschaft und Germanenmythos. Das Trugbild des Germanentums 1933-1945. In: Varusschlacht und Germanen-

wieder im Kampf um unseres Volkes Einheit. Wir müssen aus der Geschichte lernen, damit sich unser Schicksal nach der Hermannsschlacht nicht wiederhole: *Dafür ist die ganze Bewegung, seid Ihr und bin ich Bürge.* Im Herzen Deutschlands geloben wir heute, den Kampf um die deutsche Volkseinheit zu führen, bis das Ziel erreicht ist.

Meine Kameraden, unserem Deutschland und dieser Bewegung Kampf- und Sieg-Heil!

15. Januar 1933 Dok. 138
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Thüringen der NSDAP in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "Thüringens 1. Aufmarsch 1933" [2].

Die Mission der Bewegung sei nicht, eine Regierung zu bilden, sondern einer Regierung ein Volk zur Verfügung zu stellen und eine Einheitlichkeit des Willens und damit der Handlung zwischen Regierung und Volk herbeizuführen. Nicht durch Befehle, Wünsche und Anordnungen, sondern nur durch planmäßige Erziehung von unten her könne die Nation gebildet werden. Wenn man das Parteisystem ablehnt, ist es notwendig, etwas anderes zu schaffen, das dann vorhanden ist, wenn das System gestürzt wird. Es darf nicht sein, daß von oben herunter diktiert wird und das Volk abseits steht. Dieselbe geistige Wellenlänge müsse zwischen Regierung und Gefolgschaft vorhanden sein. Ein Narr sei, wer sich einbilde, daß die ungeheure Aufgabe der Schaffung der Nation in zwei oder drei, sechs oder mehr Jahren gelingen könnte.

Diese ungeheuerliche Aufgabe brauche Zeit. Sie brauche desto länger Zeit, je tiefer der Fall gewesen sei und je größer die Fermente der Dekomposition [3], der Zerstörung und des Zerfalls seien.

---

mythos. Eine Vortragsreihe anläßlich der Sonderausstellung Kalkriese, Römer im Osnabrücker Land in Oldenburg 1993, Oldenburg 1994, S. 109-118; Volker Losemann, Nationalistische Interpretationen der römisch-germanischen Auseinandersetzung. In: Wiegels/Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht, S. 419-432.

1 In der Weimarhalle, am Spätnachmittag. Mit seiner "fast zweistündigen Rede" vor etwa 3.000 Amtswaltern beendete Hitler die Amtswaltertagung des Gaues Thüringen, auf der vormittags die folgenden nationalsozialistischen Funktionäre gesprochen hatten: Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel, SA-Gruppenführer Gustav Zunkel, SS-Gruppenführer Oswald Wittgen, der Bannführer Thüringen der Hitlerjugend Albin Heublein, der Landesobmann der NSBO für Mitteldeutschland, MdR Friedrich Triebel, der Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft in der Gauleitung Thüringen der NSDAP Rudolf Peuckert, der thüringische Finanz- und Wirtschaftsminister Willy Marschler, Pfarrer Julius Leutheuser aus Altenburg, der thüringische Volksbildungsminister und stellvertretende Gauleiter Fritz Wächtler, der thüringische Landtagspräsident Fritz Hille und schließlich nochmals Sauckel.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung vom 16.1.1933, "Amtswaltertagung der NSDAP in Weimar"; Der Angriff vom 16.1.1933, "Gautag des Gaues Thüringen: Der Führer gibt die neue Kampfparole"; Weimarische Zeitung vom 16.1.1933, "Scharfe Kampfansage Hitlers"; VB vom 17.1.1933, "Adolf Hitler gibt die Kampfparole! Gewaltiger Appell von 10.000 SA- und SS-Männern auf dem Weimarer Marktplatz"; Der Nationalsozialist vom 18.1.1933, "Wieder ein 'brauner Sonntag' in Weimar"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Wir eilten zum Führer nach Weimar". Ferner Bericht Nr. V des Polizeiamts Weimar an das thüringische Ministerium des Innern vom 16.1.1933; Thüringisches HStA Weimar, MdI P 165.

Nur eine große Weltanschauung sei überhaupt in der Lage, das Werk zu vollbringen. Und nur an der Größe einer Weltanschauung wachse der Heroismus und die Opferbereitschaft.

Bewegung und Idee müssen beharrlich sein im Kampf. Es gibt keine Bewegung, keine Kirche, keine Religion, die nur eine Reihe von Glückstagen gehabt hätte. Es findet ein ewiger Wechsel von Glück und Unglück statt.

Erst im Widerstand, im Kampf gegen den Widerstand wächst die Kraft. Deshalb der Lebenskampf, der den Menschen stark werden läßt. Die Stärke einer Bewegung resultiert aus der Kraft, mit der sie sich gegen den Widerstand wendet.

Die Beharrlichkeit entscheidet, die Beharrlichkeit, mit der man Opfer bringt und dann doch das Schlachtfeld behauptet. In der letzten historischen Viertelstunde im November 1918 haben wir die Nerven verloren, deshalb unser Sturz[4].

Tiefgründige Ausführungen machte der Führer vor seinen Amtswaltern sodann über die Mission der Führung selbst. Niemand habe heute ein Recht, nicht mehr kämpfen zu dürfen.

Die Opfer an Geld und Blut, die Toten der Bewegung verpflichten uns und machen uns weiter verantwortlich zu kommendem Kampf. Wir sind es unseren gefallenen Kameraden[5] *schuldig, in ihrem Geist weiter zu kämpfen!*

Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Bewegung, auf die verschiedenartigen Methoden des Kampfes unserer Gegner gegen uns proklamierte der Führer, wie am Nachmittag auf dem Markt[6], den Beginn des neuen Kampfes.

Er selbst werde sich restlos einsetzen und kein Opfer scheuen. *"Als Führer werde ich die Fahne niemals verlassen." "Was kann ich denn vom jüngsten SA-Mann verlangen, wenn ich selbst nicht meine Pflicht tue?" "Entscheidend bleibt allein, ob ich stets nach meinem Gewissen meine Pflicht erfülle."*

In jeder menschl[*ichen*] Organisation gibt es auch Unzulänglichkeiten[7], diese müssen ersetzt werden durch den Gehorsam. Die Geschlossenheit einer Bewegung wird jeden Fehler, der vielleicht einmal gemacht wird, wieder ausgleichen.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, allein Führer zu sein und Ideen und Gedanken zu geben, sondern in Zeiten, wo vielleicht mancher schwach wird, mich vornehin zu stellen und die Fahne aus dem Gestrüpp herauszuholen.

"Unser Kampf ist ein Kampf um den deutschen Menschen und sonst um nichts. Wir werden ihn weiter führen, weil wir ihn führen müssen um Deutschlands willen. Wir kämpfen nur um unsere Idee und werden sie niemals verraten. Wie könnte sonst der jüngste SA-Mann Opfer bringen und sein Leben einsetzen, wenn er nicht den Glauben an unsere Idee hätte?

---

3 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

4 Vgl. Dok. 107, Anm. 18.

5 Vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.

6 Vgl. Dok. 137.

7 Zu den damaligen Spannungen und Konflikten innerhalb der NSDAP vgl. Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5 sowie Dok. 102, 128, 135, 141 und 142.

Genau wie einen Feldherrn, lernt man auch die Qualität des politischen Führers erst dann kennen, wenn er einmal einen Rückschlag erlitten hat. Für mich ist Friedrich der Große am größten nicht nach der Schlacht von Leuthen [8], sondern nach Kolin [9] und Kunersdorf [10]!

Für ein unehrliches Geschäft bin ich nicht zu haben; das habe ich nicht gelernt.

Wir sind nur zu haben für ein ehrliches Geschäft. Wir geben Kraft und Namen, und nehmen dafür Macht und Verantwortung!

Wir gehen geradeaus und kämpfen. Den Weg hintenherum kennen wir nicht [11].

Was die Partei ist, ist erkämpft worden mit dem Gesicht nach vorn. Durch Schiebungen ist ein Volk niemals groß geworden."

Hier kam es zu jener unbeschreiblichen erschütternden Szene, daß der Führer vor seinen Amtswaltern *Treue zur Bewegung* gelobte. "Ich werde die Partei niemals verlassen!" Und hier war es, daß die 3.000 aufsprangen und minutenlang dem Führer zujubelten. Ein Sturm brauste durch die Halle wie nie zuvor. Dieser Augenblick wird allen, die ihn erleben durften, unvergeßlich sein, das gegenseitige Treugelöbnis von Führer und Gefolgschaft!

Dann sprach der Führer noch kurz über den Sinn unserer Zeit, die er als Zeit der Prüfung bezeichnete.

"Wir dürfen die Partei nicht vor dem Ziel verbrauchen lassen. Und heute wie gestern sehe ich nur unser altes Ziel: das Ringen um den deutschen Menschen. Die Treue, die der Bewegung von allen Parteigenossen bisher entgegengebracht wurde, wird von der Führerschaft mit der gleichen Treue vergolten werden [12]."

---

8 In der Schlacht von Kolin am 18.6.1757 besiegten 54.000 österreichische Soldaten unter der Führung von Feldmarschall Leopold Joseph Graf von Daun das 33.000 Mann starke preußische Heer, das von Friedrich II., dem Großen, persönlich geführt wurde. Friedrichs erste Niederlage gab dem Siebenjährigen Krieg eine entscheidende Wendung; Preußen mußte seine offensive Kriegführung, die eine rasche Entscheidung gegen eine weit überlegene Allianz erzwingen sollte, beenden und zur Verteidigung übergehen. Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 3: Kolin, Berlin 1901, ND: Bad Honnef 1982.

9 Durch seinen Sieg in der Schlacht von Leuthen am 5.12.1757 konnte Friedrich seine Lage wieder stabilisieren. Den von ihm geführten 43.000 preußischen Soldaten gelang es, einen weit überlegenen Gegner (65.000 österreichische und Soldaten der Reichsarmee unter der Führung von Prinz Karl von Lothringen) vernichtend zu schlagen und dadurch Schlesien wieder zu besetzen. Vgl. Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763. Bd. 6: Leuthen, Berlin 1904, ND: Bad Honnef 1982.

10 Vgl. Dok. 89, Anm. 4.
Vgl. hierzu auch Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 45: "Welch ein Bücherfresser er war, bekam meine Bibliothek zu spüren: Er bevorzugte vor allem jene Geschichtswerke, die sich mit Friedrich dem Großen und der Französischen Revolution beschäftigten. Mit einer fast manischen Besessenheit versuchte er, aus diesen Abschnitten der europäischen Geschichte gewisse Richtlinien für eine künftige deutsche Politik herauszulesen, ein etwas gewalttätiges Verfahren, dem ich jedoch nicht widersprach."

11 Vgl. jedoch Dok. 116, Dok. 126, Anm. 9, Dok. 133, 134, Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6, Dok. 146, Anm. 9, Dok. 147, Anm. 3.

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Der Nationalsozialist (18.1.1933) berichtet, Hitler habe abends das Deutsche Nationaltheater besucht, wo die damals häufig gespielte Oper *Tiefland* des Liszt-Schülers Eugen d'Albert (1864-1932) gegeben wurde. Vgl. hierzu auch Hamann, Hitlers Wien, S. 59 ff., 92.

16. Januar 1933 Dok. 139
"Tagesbefehl"
Anordnung

Masch. Abschrift; Stadtarchiv Nürnberg, C 59: Geschäftsstelle der Ratsherren, Nr. 48.

Das klare nationalsozialistische und entschlossene Verhalten des Standartenführers Philipp *Wurzbacher*[1] der Standarte 14 und Georg *Schneider*[2], Sturmbannführer des selbständigen Sturmes 24, war für die Wiederherstellung der Parteidisziplin im Bereich der Untergruppe Mittelfranken von entscheidender Bedeutung[3]. Ich spreche den beiden Führern daher nach Vorschlag des Obergruppenführers *Hofmann*[4] und des Stabschefs *Röhm*[5] meine besondere Anerkennung aus.

Weimar, den 16. Januar 1933

Adolf Hitler

1 Philipp Wurzbacher (geb. 1898), kaufmännischer Angestellter in Nürnberg, 1916-1918 Militärdienst, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1927 Wiedereintritt in die NSDAP, 1928 Eintritt in die SA, Führer der Nürnberger SA, 1929 Bezirksvorsteher des Wohlfahrtsamts Nürnberg Süd, 1931 SA-Standartenführer, Führer der SA-Standarte 14, 1933 SA-Oberführer, 1934 Führer der SA-Brigade 78, 1937 SA-Brigadeführer, 1950 vom Außensenat Nürnberg der Berufungskammer München als Hauptschuldiger zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt.

2 Georg Schneider (geb. 1889), Turn- und Sportlehrer, 1913 Vizefeldwebel d. R., 1915 Leutnant, 1919 Entlassung, 1921 Turn- und Sportlehrer in Traunstein, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Führer der SA im Bezirk Traunstein, Beteiligung am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 Studienrat am Realgymnasium in Nürnberg, 1932 Sturmbannführer, Führer des selbständigen SA-Sturms 24, 1933 Studienprofessor am Wilhelmsgymnasium in München, Leiter (seit 1936: Direktor) des gemeinsamen akademischen Instituts für Leibesübungen der Universität München und der Technischen Hochschule München, Beauftragter des Reichssportführers in Bayern, 1945 SA-Brigadeführer z. V. beim Stab der SA-Gruppe Hochland.

3 Bei Wurzbacher und Schneider scheint es sich um jene "zwei SA-Unterführer" gehandelt zu haben, die Stegmann "Veruntreuungen einiger tausend Mark" vorgeworfen hatten. Die Gauleitung besaß damit einen Vorwurf, den sie den Anschuldigen Stegmanns entgegensetzen konnte. Vgl. Würzburger General Anzeiger vom 14.1. 1933, "Die Vorgänge in der SA Franken"; Der Stürmer Nr. 4 vom Janaur 1933, "Hitler ehrt die Treue"; Das Freikorps vom Februar 1933, "Der Fall Stegmann". Ferner Dok. 128 und 142.

4 Hans Georg (Johann Georg) Hofmann (1873-1942), 1895 bayerischer Leutnant, 1917 Major, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Teilnahme an den Kämpfen in München, Ingolstadt und Hamburg, 1923 Kommandeur der Festung Ingolstadt, 1926 Abschied als Oberst, Eintritt in die NSDAP, Führer der bayerischen SA, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Bayern, 1932/33 MdR, 1933 Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, SA-Obergruppenführer, Inspekteur der SA-Gruppe Südwest, Juli 1934 Staatssekretär beim Reichsstatthalter in Bayern, Mitglied des Volksgerichtshofs.

5 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, Oberstleutnant, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

16. Januar 1933 Dok. 140
Rede auf Gauleitertagung der NSDAP in Weimar[1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 17.1.1933, "Adolf Hitler auf der Gauleitertagung in Weimar"[2].

Nach einer ausgedehnten Aussprache der Gauleiter untereinander, die unter dem Vorsitz des Stabsleiters *Dr. Ley* stand und eine völlige Übereinstimmung sämtlicher Gauleiter in allen behandelten grundsätzlichen Fragen ergab, *legte der Führer* - zum lippischen Wahlsieg[3] lebhaft beglückwünscht - *die große politische Linie fest, die für die Haltung der NSDAP und den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung im neuen Jahr maßgebend sein wird.*

Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Macht, die eine Bewegung in der Regierung besitze, auf der Macht beruhe, die außerhalb der Regierung hinter ihr stehe, betonte der Führer den Willen und die Notwendigkeit, nach dem gestrigen, für die wirkliche Volksstimmung bezeichnenden Wahlsiege keine Sekunde locker zu lassen, sondern *am Feinde zu bleiben* und den Kampf mit der größten Intensität weiterzuführen; es sei nicht wahr, daß die nationalsozialistische Bewegung keine Siege mehr erringen könne[4]. Ob man Siege erringe oder nicht, und in welchem Ausmaß man sie erringe, darüber entscheide, wenn die grundsätzliche Zielsetzung richtig sei, ausschließlich *der Wille zum Sieg und der Fleiß und die Arbeit für diesen Sieg.* Lippe sei dafür ein Beweis. Aber auch wenn die NSDAP gestern nicht einen Sieg, sondern eine Niederlage erlitten hätte, würde sie heute nicht anders handeln. Die nationalsozialistische Bewegung sei

1 Über Ort und Zeit finden sich in der stereotypen nationalsozialistischen Berichterstattung keine Angaben. Hitler soll - so Goebbels und Lohse - drei Stunden gesprochen haben. Im Gegensatz zur Vorlage ist in den Erinnerungen davon die Rede, daß die vorhergehende Aussprache unter den Gauleitern von Rudolf Heß geleitet worden sei.
Hält man sich an die Erinnerungen des damaligen Gauleiters des Gaues Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, so verfolgte Hitler - gestärkt durch den Wahlsieg in Lippe - mit dieser Tagung vor allem die Absicht, sich endgültig von Straßer zu distanzieren und alle Gaue wieder fest in seine Hand zu bekommen. Noch in der ersten Januar-Hälfte hatte sich der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann um einen Ausgleich zwischen Hitler und Straßer bemüht; dieser hatte ihn jedoch erneut brüsk zurückgewiesen. Hitler vermied es auch auf dieser Veranstaltung, genauer auf den Fall Straßer (vgl. Dok. 86, Anm. 1) einzugehen; dies überließ er anderen, dem Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP, Robert Ley, und/oder seinem Privatsekretär Rudolf Heß. Hinrich Lohse, der als Gauleiter des Gaues Schleswig-Holstein ebenfalls an der Tagung teilnahm, berichtet hierüber: "Eine Reihe der Herren steht doch unter dem Verdacht, von Straßers Plänen gewußt u[*nd*] sie gebilligt, mindestens aber mit ihm konspiriert zu haben. Es werden stundenlang gegenseitige u[*nd*] heftige Vorwürfe erhoben. Heß muß wiederholt schlichtend eingreifen. Am Ende aber hat niemand etwas mit Straßers Plänen zu tun gehabt. *Sie sind alle treue Weggefährten Hitlers*! Dann erscheint Hitler selbst." Auch in der Reichsregierung war man nach dieser Aussprache der Ansicht, "daß an eine Einigung Hitler - Straßer nicht mehr zu denken" sei. "Es käme nur noch die Unterwerfung Straßers in Frage. Dies ist in absehbarer Zeit ausgeschlossen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, Dok. 56, Anm. 13.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 17.1.1933, "Der Einsatz des Führers. Gauleitertagung in Weimar"; Der Nationalsozialist vom 17.1.1933, "'Wir stehen blindlings und bedingungslos hinter Adolf Hitler'"; VB vom 18.1.1933, "Adolf Hitler nach dem Sieg in Lippe: 'Wir lassen nicht locker, wir bleiben am Feind!'"; Weimarische Zeitung vom 17.1.1933, "Die neue Offensive Hitlers"; Westdeutscher Beobachter vom 18.1.1933, "Hitler gibt die Kampfparole!". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 339 f.; IfZ, ZS 265: Zeugenschrifttum Hinrich Lohse, Bd. I, S. 39; Jordan, Erlebt, S. 90, 98.

3 Vgl. Dok. 137, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 107, Anm. 52, ferner Dok. 89, Anm. 13 und 14 sowie Dok. 104, Anm. 2.

aufs neue zum Angriff übergegangen und werde ihn auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft weitertragen. Er selbst als *Führer* werde sich in diesem Kampf *persönlich einsetzen* bis zum letzten und erwarte *von allen Nationalsozialisten das gleiche.* Als eine unzertrennliche und unerschütterliche Einheit werde die NSDAP vorwärtsmarschieren und ihr Ziel erreichen[5].

19. Januar 1933 Dok. 141
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.1.1933.

Das bisherige Gaugebiet Niederbayern-Oberpfalz wird mit dem Gau Oberfranken vereinigt[1]. Der neue Gau trägt den Namen

"Bayerische Ostmark"[2].

Mit der Leitung des Gaues "Bayerische Ostmark" wird Gauleiter Pg. *Schemm*[3] beauftragt.

---

5 Im Anschluß an die Tagung verließ Hitler Weimar und fuhr nach Berlin. Unzutreffend die Datierung bei Ribbentrop, London, S. 39.
Am 17.1. führte er in der Dienstwohnung Görings (Sommerstraße 30) eine, ursprünglich für den 16.1. in Aussicht genommene Unterredung mit Alfred Hugenberg und dem Fraktionsvorsitzenden der DNVP im Reichstag, Otto Schmidt-Hannover, über die Reinhold Quaatz urteilte, "er schien sich ziemlich mit Hitler gefunden zu haben, ohne daß Verständigung perfekt geworden wäre. Hitler sagt: Ich muß Kanzler werden, will aber keine Parteiregierung bilden. Schleicher toleriere ich, wenn er mir die Straße freigibt. Marxismus muß niedergeknüppelt werden, aber nicht von Staatsorganen. Hugenberg muß im Falle meiner Kanzlerschaft ins Kabinett. Dann wird vorläufig nicht gewählt und das Parlament nach Hause geschickt. Ob Hitler auch auf das Zentrum rechnet, blieb unklar, dagegen hat er Fühlung mit Stahlhelm. Seldte sollte eventuell Arbeitsdienst leiten. Hindenburg sei kein selbständiger Faktor. Sein politischer Wortschatz umfaßt 80 Sätze. Er sei eine Grammophon-Platte. Zwischen ihm und Hugenberg sei nun alles wieder gut!" Vgl. Quaatz, Tagebuch, S. 223 (17.1.1933). Auf nationalsozialistischer Seite bewertete man dagegen diese Unterredung als erfolglos. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 341.
Am 18.1. um 12 Uhr kam es zur ersten Besprechung zwischen Hitler und Papen nach der Wahl in Lippe. In den Aufzeichnungen Joachim von Ribbentrops, in dessen Villa (Lentzeallee 9) die Unterredung stattfand, steht hierzu: "Hitler besteht auf Kanzlerschaft. Papen hält dies erneut für unmöglich. Das durchzusetzen, übersteige seinen Einfluß bei Hindenburg. Hitler verabredet keine weiteren Besprechungen. Joachim macht versuchsweise den Vorschlag, den Sohn [*Oskar von*] Hindenburg mit Hitler zusammenzubringen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39. Ferner Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 428. Am Abend des 18.1. sah sich Hitler zusammen mit Goebbels den Film *Der Rebell* an, in dem Luis Trenker Regie führte und die Hauptrolle spielte. Hitler sei - so Goebbels - "Feuer und Fett" gewesen. Anschließend hielt sich Hitler im Haus von Goebbels auf, wo sich verschiedene nationalsozialistische Funktionäre - u. a. Hanns Kerrl - eingefunden hatten. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 342 f.

1 Schemm hatte sich als Gauleiter des Gaues Oberfranken zunächst aus den Querelen im Nachbargau Oberpfalz-Niederbayern herauszuhalten versucht, dann aber schnell die Chancen erkannt, die sich ihm hier boten. Noch im Dezember 1932 sorgte Schemm dafür, daß die von Maierhofer herausgegebene Zeitung *Schaffendes Volk* seiner eigenen Tageszeitung *Fränkisches Volk* unterstellt wurde; das Blatt erschien schon im folgenden Monat in Oberfranken unter seinem alten Titel, in der Oberpfalz und in Niederbayern unter dem Titel *Bayerische Ostwacht*. Da seit Mitte Januar abzusehen war, daß von Gregor Straßer keine Gefahr mehr ausging, konnte

Dem bisherigen Gauleiter Maierhofer spreche ich für seine aufopfernde Tätigkeit in der Partei meinen Dank aus. Die Arbeitskraft des Pg. Maierhofer werde ich an anderer Stelle nutzbringend für die Bewegung einsetzen[4].

München, 19.1.1933[5]

Adolf *Hitler*

Mit dieser Zusammenfassung des bayerischen Grenzgebietes soll zugleich ein Bollwerk gegen die Slavengefahr im bayerischen Osten erreicht [*sic!*] werden[6].

Hitler nun eine neue organisatorisch-politische Lösung präsentieren, in die auch Straßers alter Gau Niederbayern einbezogen wurde. Durch die Verschmelzung der drei ostbayerischen Gaue wurde der unangefochtene wie vergleichsweise beliebte Schemm zu einem der mächtigsten Gauleiter der NSDAP. Vgl. Kühnel, Schemm, S. 347 ff.; Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 88 ff.; IfZ, ZS 1949: Zeugenschrifttum Otto Erbersdobler sowie Dok. 135.

2 Als "Ostmark" wurden im 9. Jahrhundert die Gebiete östlich des Inns bis zum Wienerwald bezeichnet, im 20. Jahrhundert diente der historisierende Begriff zur Bezeichnung von Österreich. Der Begriff "Bayerische Ostmark", den die bayerischen Behörden und das Münchner 'Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten' seit den zwanziger Jahren einzubürgern suchten, sollte den Grenzraum zwischen Hof und Passau als ein land- und forstwirtschaftlich geprägtes Notstandsgebiet kennzeichnen, seine Grenzlandfunktion gegenüber der Tschechoslowakei herausstellen und die konfessionellen wie stammesgeschichtlichen Unterschiede seiner Bewohner einebnen. Vgl. Berning, Abstammungsnachweis, S. 148; Kühnel, Schemm, S. 342 ff. Ferner Gau Bayerische Ostmark. Land, Volk und Geschichte. Bearbeitet von Hans Scherzer, München o. J. [*1940*].

3 Hans Schemm (1891-1935), Volksschullehrer, 1914-1916 Krankenwärter im Reservelazarett in Bayreuth, 1918 Schulverweser in Bayreuth, 1919 Angehöriger des Freikorps Bayreuth, 1920/21 Leiter eines bakteriologischen Instituts in Thale/Harz, 1921-1928 Rückkehr in den Schuldienst und Dozent an der Volkshochschule in Bayreuth, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Mitglied des Völkischen Bundes in Bayreuth, 1925 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bayreuth, 1928-1932 MdL in Bayern (NSDAP), 1928-1933 Gauleiter des Gaues Oberfranken, 1929 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bayreuther Stadtrat, 1929-1935 Leiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), 1930-1933 MdR, 1933-1935 Gauleiter des Gaues Bayerische Ostmark sowie Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, 1935 bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen.

4 Maierhofer schrieb am 24.4.1933 an den "Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß, daß seit Hitlers Erlaß "über drei Monate verstrichen" seien, jedoch habe man von seiten der NSDAP nicht den geringsten Versuch unternommen, Hitlers Versprechen einzulösen. "In der Öffentlichkeit muß doch der Eindruck entstehen, ich hätte treulos gegen Führer oder Bewegung gehandelt, weil ich bisher so links liegen gelassen wurde. [...] *Seit Wochen leiden wir buchstäblich Hunger*, wegen rückständiger Miete steht Zwangsräumung bevor. [...] Sollte meine Wiederverwendung nicht sofort erfolgen können, dann bitte ich um die Gewährung eines Darlehens, sonst werde ich in den nächsten Tagen zur Freude der politischen Gegner mit Kind u[*nd*] Kegel auf die Straße gesetzt, was bestimmt dem Ansehen unserer Bewegung nicht förderlich sein dürfte, u[*nd*] welche Behandlung ich nach 10 Jahren Kampf u[*nd*] Opfer nicht verdient habe." [*sic!*] IfZ, Fa 223/56: Personalakte Franz Maierhofer.

5 Die Ortsangabe spricht dafür, daß es sich bei dieser Verordnung um einen vorbereiteten Referentenentwurf handelte, da sich Hitler am Abend des 19.1. zusammen mit Goebbels in Berlin noch einmal den Film *Der Rebell* ansah. Über das anschließende Treffen in der Privatwohnung Görings (Kaiserdamm 34), das bis 5 Uhr morgens dauerte, vermerkte Goebbels in sein Tagebuch: "Taktik für Ältestenrat heute durchgesprochen. Wir müssen Zeit gewinnen. Dann werfen wir Schleicher. Hitler spricht scharf gegen Straßer. Göring hat morgen eine Unterredung mit ihm. Er ist ganz klein geworden." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 343 f.

6 Hitler hatte die Anordnung handschriftlich verfaßt, den letzten Satz jedoch wieder gestrichen. Im Verordnungsblatt wurde deshalb Hitlers Begründung ohne jeden weiteren Zusatz nach seiner Unterschrift publiziert. Vgl. Kühnel, Schemm, S. 341.

20. Januar 1933 Dok. 142
Telegramm an Josef Dietrich [1]

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 21.1.1933, "Eine Erklärung Adolf Hitlers zum Fall Stegmann".

Der frühere SA-Führer *Stegmann* hat am 14. Januar 1933 in Grevenburg, um sich wegen seines parteischädlichen Treibens zu rechtfertigen[2], mir in Gegenwart der Zeugen Reichstagspräsident Hermann *Göring* und Parteigenosse Wilhelm *Brückner*[3], flennend und zerknirscht feierlich versichert, daß er an den Nürnberger Vorfällen gänzlich unbeteiligt gewesen sei[4], im Gegenteil, diese nur von seinen Untergebenen verübte Tat mit allen Mitteln zu verhindern versucht habe. In einem mir zur Verfügung gestellten, an den Reichstagspräsidenten gerichteten Brief[5]

1 Josef (Sepp) Dietrich (1892-1966), Fleischerlehrling, 1911 Freiwilliger im 1. bayerischen Ulanenregiment, 1918 Vize-Wachtmeister in der bayerischen Sturmpanzerkampfwagen-Abteilung 13, 1919 Übernahme in die bayerische Landespolizei, Eintritt in den Bund Oberland, 1927 Abschied als Oberwachtmeister, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Eintritt in die SS, Standartenführer, Führer von Hitlers SS-Stabswache, 1930 SS-Oberführer, 1930-1933 MdR, 1931 SS-Gruppenführer, Führer des SS-Oberabschnitts Nord, 1933 Kommandeur des SS-Wachbataillons (seit 1936: SS-Leibstandarte Adolf Hitler), Preußischer Staatsrat, 1934 SS-Obergruppenführer, zugleich Führer des SS-Oberabschnitts Ost, 1942 SS-Oberst-Gruppenführer, 1943 Kommandeur des I. SS-Panzerkorps, 1944 Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee, 1946 von einem amerikanischen Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt, 1950 in 25 Jahre Haft umgewandelt, 1955 Haftentlassung, 1956 erneute Verhaftung, Verurteilung zu achtzehn Monaten Haft wegen Beihilfe zum Totschlag, 1959 aus Gesundheitsgründen entlassen.
Dietrich war damals nach Nürnberg gesandt worden, um doch noch einen Ausgleich zwischen Hitler und Stegmann herbeizuführen. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 383 f.

2 Stegmann hatte seine Dienstenthebung am 11.1. nicht akzeptiert; den Sitz der SA-Gruppe Franken verlegte er einfach an seinen Heimatort Schillingsfürst, wobei er tags darauf in einer Presseerklärung betonte, daß er weiterhin treu zu Hitler stehe. Hitlers Telegramm vom 12.1., aber auch das ungeschickte Taktieren Streichers blieben erfolglos, vielmehr solidarisierten sich immer mehr SA-Männer aus Franken aber auch Teile der PO mit Stegmann, so daß Hitler am 14.1. in Grevenburg (Lippe) noch einmal persönlich mit seinem, für ihn charakteristischen "Gemisch aus Wutausbrüchen, Selbstmitleid, Drohungen und Versprechungen" auf Stegmann einzuwirken suchte. Dieser erklärte daraufhin öffentlich, daß er sein Reichstagsmandat zur Verfügung stelle und künftig Hitler die Treue halten wolle. Doch hatte sich die Entwicklung vor Ort nun verselbständigt: Unter dem Eindruck der Ereignisse gründete Stegmann am 18.1. das "Freikorps Franken", am 19.1. verließ er die NSDAP. Vgl. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 377 ff., Zitat S. 380 sowie Dok. 128 mit Anm. 4 und 5.

3 Wilhelm Brückner (1884-1954), 1914 Kriegsfreiwilliger, 1919 Abschied als Oberleutnant, Angehöriger des Freikorps Epp, Studium der Volkswirtschaft, Tätigkeit als Aufnahmetechniker, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Führer des SA-Regiments München, 1924 Verurteilung zu achtzehn Monaten Gefängnis, danach Generalsekretär beim Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), kaufmännischer Vertreter, 1929 Tätigkeit beim Deutschen Auslandsinstitut, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, SA-Adjutant Hitlers, 1934 SA-Obergruppenführer, 1941 Reaktivierung als Major, 1944 Oberst, 1949 von der Spruchkammer Garmisch Partenkirchen als Hauptschuldiger zu $3^1/_2$ Jahren Arbeitslager und 5 Jahren Berufsverbot verurteilt.

4 Vgl. Dok. 128, Anm. 4.

5 Erhalten geblieben ist der *öffentliche* Brief Stegmanns vom 19.1., in dem er seinen Austritt aus der NSDAP damit begründete, daß er am 14.1.1933 "dem Führer auf seinen ausdrücklichen Wunsch und zur Deckung seiner bereits gegen mich getroffenen Anordnungen - unter Verzicht auf meine eigenen Interessen - *die Unrichtigkeit meiner Handlungsweise zugegeben*" habe. Hitler habe ihm versprochen, seine Ehre gegen jeden Angriff durch die Gauleitung Mittelfranken zu schützen. "Inzwischen sind neuerdings weitere ungeheure Beschuldigungen gegen mich, insbesondere durch Oberst Hofmann und Karl Holz, in weit verschärfter Form ausgesprochen worden. Ferner wurden meine Standartenführer und alle treu zu mir stehenden SA-Männer wegen ihrer Treue und Anhänglichkeit zu mir und wegen ihres Kampfes um die Gesundung und Reinigung der Bewegung *als*

gesteht Stegmann nunmehr ein, daß er selbst den Befehl zu diesen Ausschreitungen gegeben habe. Weiter hat er mir im Beisein dieser beiden Zeugen das feierliche Ehrenwort gegeben, sich künftighin aller weiteren parteischädigenden Handlungen zu enthalten. Stegmann hat mich damit, wie er jetzt selbst eingesteht, auf das niederträchtigste belogen und sein Wort gebrochen. Dieses und die Berücksichtigung anderer Vorfälle veranlaßt [*sic!*] mich nunmehr, Stegmann sofort aus der NSDAP auszuschließen. Wer sich zu diesem Mann bekennt, wird damit ebenfalls aus der NSDAP ausgeschlossen[6]. Ich erkläre weiter, daß eine Wiederaufnahme in die NSDAP der aus diesem Grunde Ausgeschlossenen, niemals mehr meine Genehmigung erhalten wird.

Berlin, 20. Januar 1933

gez. Adolf *Hitler*

Meuterer mit Schimpf und Schande ausgestoßen." Da Streicher sein Angebot, "die SA wieder geschlossen dem Führer zu unterstellen, wenn alle Ungerechtigkeiten gegen die mir treugebliebenen Führer und SA-Männer zurückgenommen werden", rundweg abgelehnt habe, ziehe er seine Loyalitätserklärung vom 14.1. zurück und stelle sich "*an die Spitze des Freikorps Franken*, [...] um die SA für Adolf Hitler und für den bevorstehenden Endkampf rein vom Bonzentum und frei von Unsauberkeit zu erhalten". Vgl. Münchner Zeitung vom 20./21.1.1933, "Stegmann und Hitler"; Fränkisches Volksblatt vom 21.1.1933, "Austritt Stegmanns aus der NSDAP". Ferner Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 384.

6 Weite Teile der SA-Gruppe Franken, die im Januar 1932 6.711 Angehörige zählte, hatten Stegmanns Rebellion gegen die Gau-, dann gegen die gesamte nationalsozialistische Parteiführung unterstützt. Auch stießen einzelne SS-Männer, Angehörige der NS-Frauenschaft sowie ganze Ortsgruppen zu dem von Stegmann geführten "Freikorps Franken", so daß ihm Ende Januar 1933 immerhin bis zu 7-8.000 Mitglieder angehört haben dürften. Daß die Revolte auch auf den Raum Regensburg, die Pfalz, das Ruhrgebiet, auf den Oberrhein, ja selbst auf Teile der SS-Leibstandarte überzugreifen drohte, verdeutlicht, daß es sich um mehr handelte als um die individuelle Unzufriedenheit eines regionalen SA-Führers. Um eine weitere Ausbreitung der Krise zu verhindern, wurden deshalb im Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.2.1933 allein im Bereich der "Obergruppe IV (ehem. Gruppe Franken)" sechs Standartenführer, dreizehn Sturmbannführer und vierzehn Sturmführer ausgeschlossen. Das von Stegmann proklamierte Freikorps Franken, das sich zu diesem Zeitpunkt noch institutionell zu etablieren suchte (Aufbau einer Geschäftsstelle in Ansbach, Gründung eines Wochenorgans, eines Hilfswerks sowie einer Frauen-Arbeitsgemeinschaft) wurde am 13.3.1933 durch das bayerische Ministerium des Innern verboten, ein Teil seiner Mitglieder verhaftet und in einigen Fällen schwer mißhandelt. Vgl. Kissenkoetter, Straßer, S. 182 ff.; Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 385 ff.; Fitz, Ansbach, S. 16 ff. Ferner Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 1.2.1933, "Ausschließungen"; Würzburger General Anzeiger vom 24.1.1933, "Ausgeschlossen...".

20. Januar 1933 [1] Dok. 143
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Berlin der NSDAP in Berlin [2]

Der Angriff vom 23.1.1933, "'Das Tor zur Freiheit muß man sich selbst aufreißen!'" [3].

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wenn eine Idee, aus dem Reiche der Gedanken langsam zur Wirklichkeit vorschreitend, sich eine *Organisation* bildet, die ihre Prinzipien vertritt, verficht und durchsetzt, dann wird gar so leicht im Gestrüpp der Taktik und unter der Einwirkung von Tagesfragen

das Grundsätzliche

manches Mal etwas in den Hintergrund gedrängt. Es ist notwendig, daß man dann einmal wieder still hält, zur *Besinnung* kommt und den ersten *Kurs* herstellt, daß man wieder

das große Ziel

schaut, daß man *den* Stern sucht, nach dem man sich hin zu bewegen hat, und daß man - losgelöst von den ständigen Einflüssen der *Tagesfragen*, der scheinbaren Klugheit, die nur in *Taktik* aufgeht, - *sich wieder zurückfindet zu dem ganz großen Ziel.* Denn das eine ist sicher:

Das, was in der Welt ganz Großes geschaffen hat, brauchte auch selbst ganz große Kraft, und diese Kraft stand ihrerseits immer wieder in Verbindung mit dem von vornherein ganz

---

1 Unzutreffend die Datierung bei Domarus, Hitler, Teil I, Bd. 1, S. 181 f. Hier wurden offensichtlich Hitlers Berliner Reden am 20.1. und 22.1.1933 (Dok. 146) miteinander verwechselt.

2 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten), nachts. Um 20.15 Uhr wurde die überfüllte Veranstaltung, an der etwa 10.000 Amtswalter der NSDAP sowie Angehörige von SA, SS und HJ teilnahmen, von MdL und Gauorganisationsleiter Paul Harpe eröffnet, nach ihm sprachen MdR und Gauleiter Goebbels, der nach Hitlers Einmarsch ihn noch einmal ankündigte und dabei die Parole ausgab: "Wir werden diese Stadt erobern, *und zwar nicht ohne Hitler oder gegen Hitler, sondern unter der Führung von Hitler.*" Hitler sprach etwa eine Stunde.
Über den Einmarsch Hitlers schreibt *Der Angriff*: "Nach einer Pause von etwa fünf Minuten geht eine Bewegung durch die Riesenhalle. Obergruppenführer Graf *Helldorff* tritt an das Mikrophon und befiehlt: *'SA stillgestanden!'* Aller Augen richten sich nach dem Eingang des Sportpalastes. Plötzlich erschallen *Heilrufe*, die sich mit Windeseile durch den ganzen Raum hin fortsetzen. Ein *Beifallssturm* bricht los, der mit Worten nicht beschrieben werden kann. Man glaubt, die Halle bricht zusammen. Die Musik ist nicht mehr zu hören. Durch einen Wald von zum Gruß erhobenen Händen schreitet der Führer, geleitet von SS-Männern und seinen ständigen Begleitern nach vorn. [...] Der Führer hat einen *SA-Mann* gesehen, der in der vordersten Reihe des Parketts *mit verbundenem Kopf* steht. Er geht auf ihn zu und schüttelt seinem Kameraden herzlich die Hand. Es ist ganz still in der Halle. Die Augen des SA-Manns leuchten, der Führer dankt ihm für seine Kampfbereitschaft. Dann begrüßt er noch die Eltern des ermordeten Hitler-Jungen *Wagnitz* und bringt damit zum Ausdruck, daß die Partei den Heldentod des jungen Soldaten nie vergessen wird, daß Walter Wagnitz uns als leuchtendes Beispiel immer vor Augen steht."

3 Vgl. auch Der Angriff vom 21.1.1933, "Berlin im Zeichen Adolf Hitlers"; dort weitere Berichte und verschiedene Fotos; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21.1.1933 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Tageszeitung vom 21.1.1933, "Adolf Hitler in Berlin"; Vossische Zeitung vom 21.1.1933 (AA), "Neue Umgruppierung der Hitlerfront"; VB vom 22./23.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Adolf Hitler im Sportpalast an die nat[*ional*]soz[*ialistische*] Führerschaft"; Die Berliner Front vom 28.1.1933, "Adolf Hitler: Das größte Ziel". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 344 f.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 206 ff. Foto: Fest, Hitler, S. 421.

groß gesehenen Ziel. Nur wer Gewaltiges fordert, kann auch wirklich gewaltige Kraft mobilisieren.

Der Zwerg, der in der *Ebene der Tagesfragen* bleibt, wird niemals große Gewalten im Volk erwecken können. In der Kleinheit seiner eigenen Ziele liegt auch die *Bedeutungslosigkeit* der *Kraft,* die dann hinter ihn tritt. Denn die Menschen sind niemals geneigt, für *kleine augenblickliche Tagesfragen* das Allerletzte einzusetzen. *Wie soll ein Mensch z. B. sein Leben opfern für etwas, was nur für den Augenblick Bedeutung besitzt?*

Wenn ich höchste Opfer fordern will, muß ich größte Ziele aufstellen - auch wenn sie ferne in der Zukunft liegen - , die es gerechtfertigt erscheinen lassen, daß Hunderttausende dafür eintreten und sich dafür aufopfern.

Das größte Ziel aber, das es überhaupt gibt, ist und bleibt die Selbsterhaltung und damit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes.

Es ist darum auch das Ziel, das am ersten geeignet erscheint, *die größten Opfer* von Menschen zu fordern, ja sie alle - wenn auch unbewußt - von der Wahrheit des Dichterwortes zu durchdringen, daß sie

das Leben einsetzen müssen, um das Leben zu gewinnen[4],

daß sie opfern müssen, um aus der Summe einzelner Opfer am Ende den *Lohn der Selbstbehauptung* aller zu empfangen.

Wenn wir uns unsere *eigene Bewegung* von diesem großen Gesichtspunkt aus betrachten, können wir rückschauend immer wieder beglückt feststellen, daß nicht nur *ihre Ziele groß,* ja gewaltig sind, sondern daß diese Bewegung auch

eine historische Notwendigkeit

ist, daß sie gar nicht mehr weggedacht werden kann aus der deutschen Geschichte, außer dem [*sic!*]: *Deutschland ginge einer dunklen Zukunft entgegen.* Klarer als je sehen wir heute die Notwendigkeit der Existenz unserer Partei.

Denn was will sie eigentlich?

Es gibt in Deutschland Menschen, die halten es uns Nationalsozialisten geradezu als ein *Verbrechen* vor, daß wir aus einer Vielzahl kleiner Verbändchen, Parteien, Vereinigungen und Organisationen

eine große Einheit

geschaffen haben, sie sagen: Es sei *undeutsch,* alle diese einzelnen Willenskräfte zu beseitigen und *einen einzigen Willen* an ihre Stelle setzen zu wollen[5]. Ja, sie gehen noch weiter und be-

4 Anspielung auf das 1797/98 entstandene Dramatische Gedicht *Wallensteins Lager* von Friedrich von Schiller (1759-1805); 11. Auftritt: "Und setzet ihr nicht das Leben ein, Nie wird euch das Leben gewonnen sein."

5 Vermutlich eine Anspielung auf jene Vorwürfe, wie sie nach dem Rücktritt von Gregor Straßer vor allem in der von seinem Bruder Otto geleiteten *Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten* laut geworden waren. Vgl. etwa Die Schwarze Front vom 18.12.1932, "Hintergründe und Folgen der Ausbootung Gregor Straßers", wo die NSDAP als römische Faschistenpartei beschimpft wird. Mit Gregor Straßer - so der Tenor - habe der "Führer des sozialistischen Flügels" in der NSDAP die Partei verlassen. Ihr sozialistischer Anspruch sei damit erledigt, sie könne nun nicht mehr "das große Sammelbecken der deutschen Volksgemeinschaft werden". In einem Aufruf, der am selben Tag in Der Schwarzen Front publiziert wurde ("Nationalsozialisten! SA-Männer!"), hieß es: "Mit Gregor Straßer ist die Kette der 'Fälle' *Mücke, Otto Straßer, Stennes, Franzen* usw. zum Abschluß gebracht worden; denn er war der letzte Damm gegen die Faschistisierung der Partei. Was übrig bleibt ist eine *'antisemitische Wirtschaftspartei'*, das Sammelbecken der aufgelösten bürgerlichen Mittelparteien,

haupten, eine solche Entwicklung widerspräche dem *geschichtlichen Bild,* das sich uns vom *deutschen Wesen* vermittelt.

Meine Parteigenossen! Das, was *unsere Bewegung* in diesen 14 Jahren nach dem Zusammenbruch von 1918 getan hat, ist nichts anderes, als was *Preußen* einst nach dem Zerfall des alten Deutschen Reiches tat. So wie dieses Preußen sich langsam durchrang und die einzelnen einander widerstrebenden und auf ihre eigene Existenz pochenden *Kleinstaaten* beseitigte, um endlich dem *deutschen Willen* wieder Geltung zu verschaffen[6],

so hat unsere Bewegung versucht, der Zersplitterung des deutschen Volkes in Parteien, Verbändchen, Weltanschauungen usw. wieder einen großen geschlossenen Willen entgegenzusetzen, die Nation zu vereinen, sie zusammenzufügen zu einer neuen Kraft des Willens und damit aber auch zu einer neuen Kraft der Handlung, der Tat.

Gewiß, das Leben zerteilt die Menschen. Das wissen wir auch. *Herkunft* und *Beruf, Stand, Lebensstellung, Bildung, Tradition, Wissen,* alles das sind Dinge, die die Menschen nun einmal zersplittern und zerreißen. Wenn man aber trotzdem die Notwendigkeit eines *Gemeinschaftslebens* empfindet, dann muß diesen auflösenden Tendenzen entgegen wieder irgendwo eine *einigende Tendenz* gegenübergestellt werden.

Wohin aber muß ein Volk kommen, das durch die Entwicklung in *wirtschaftliche* Gruppen zerrissen wurde, in *geistreiche* Menschen und weniger geistreiche, das in verschiedene *Konfessionen* zerfiel, wohin soll ein Volk kommen, bei dem der politische Wille, d. h. also letzten Endes die Organisation des Selbstbehauptungstriebes und -dranges, sich lediglich und ausschließlich auf diese bedrohlichen Aufspaltungen stützt und sie zu allem noch politisch organisiert? Da gibt es denn *Bauern,* die sich organisieren, *Handarbeiter* und *Geistesarbeiter,* die Katholiken organisieren sich wieder in sich, genau so wie die Protestanten, Bürger und Proletarier. Schicht um Schicht und Stand um Stand hat seine eigene Organisation[7].

Eherner Wille zur Einigung. Die geschichtliche Aufgabe der Hitlerbewegung

Wo aber soll dann überhaupt noch die Basis für ein Gemeinschaftsleben gefunden werden?

Gerade weil *Wirtschaft, Tradition, Herkunft* und *Einbildung* die Menschen zerreißen, muß ein *politischer Wille* irgendwo sie wieder zusammenzwingen. Es muß eine *Plattform* gefunden werden, auf die die Menschen wieder treten können.

---

zusammengehalten von einer römisch-faschistischen Hierarchie mit einem Papst an der Spitze. [...] Aber ein byzantinischer Treuebegriff, ein undeutscher Kadavergehorsam oder gar Rücksichten auf materielle Vorteile dürfen nun und nimmer die *Stimme des Gewissens* zum Schweigen bringen, die jeden einzelnen von euch vor die Entscheidung stellt: *Römischer Faschismus oder Deutscher Sozialismus? Partei oder Volksgemeinschaft? Hitler oder Deutschland?*"

6 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.; zur Interpretation der preußischen Geschichte durch die NSDAP vgl. Manfred Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt. In: Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions. Hrsg. von Otto Büsch, Berlin 1981, S. 247-264; Hans Mommsen, Preußentum und Nationalsozialismus. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 29-41.

7 Vgl. Dok. 16, Anm. 13.

Und dieser neue politische Wille, der sich zu einem politischen Ideal gewandelt hat, muß größer sein als die Tendenz der Zerreißung, er muß im Gegenteil diese Tendenz nach und nach überwinden.

Diese Mission hat sich *unsere Bewegung* gestellt und sie 14 Jahre hindurch immer weiter verwirklicht. Das Wunder, von wenigen sieben Menschen[8] auf *12 und 13 Millionen* zu steigen[9], ist nur deshalb möglich gewesen, weil alle *Suchenden* in dieser Bewegung zum ersten Male eine *Plattform* fanden, auf die *jeder Deutsche*, der sich für sein Volk einsetzen will, treten kann. Wenn eine solche Idee nun dem *größten Ziele* zustrebt, das es gibt, dem Lebenskampf zur Erhaltung des *eigenen Volksgutes, dann* benötigt die dazu auch eine *Organisation.*

Denn was wir einst im Großen wollen, müssen wir selbst erziehen; wir müssen den Staat, den wir schauen, lebendig vor uns schon erstehen lassen und ihn langsam hineinbauen in dieses Reich des Zerfalls, des geistigen Auseinanderklaffens und damit einer völligen Ohnmacht.

Es ist unsere Aufgabe, die Idee, die wir vertreten, in ihrer *Lebensfähigkeit* dadurch zu erweisen [*sic!*], daß wir der Mitwelt zeigen, daß das, was auf diesem neuen Boden entsteht, *härter* ist als das, was uns bisher führte.

Wir dürfen nicht hoffen, daß die Zukunft, die wir schauen, plötzlich einmal durch Zauberschlag von selbst Wirklichkeit wird. Nein, wir müssen sie selbst gestalten!

Indem wir für die *Idee* eine *Bewegung* schaffen, zeigen wir auch schon die Möglichkeit ihrer *Verwirklichung*. In den Staat des Zerfalls unseres Volkes, der Klassen, der Stände, pflanzen wir den

Staat einer neuen Volksgemeinschaft[10] *hinein!*

Eine Idee und eine Bewegung, die so sich ein *Ziel* setzten, das ungeheuer groß ist, und damit eine Arbeit beginnen, deren Lösung, genau wie alles Große in der Welt, nicht von heute auf morgen möglich ist.

Es gibt nun Menschen, die fragen: *Hat das denn überhaupt einen Sinn, werden Sie das je erreichen? Ist nicht die Zeit zu kurz?*

Meine Parteigenossen! Es gibt nichts *Großes* auf der Welt, das auch an *Zeit* nicht ebenfalls seine Weile benötigt hätte. Denn wenn wir nicht eine *leere Form* aufbauen, sondern einen *neuen Geist* in unser Volk hineinpflanzen und ihn zum Träger einer *neuen Organisation* machen, benötigt dieser Werdeprozeß, genau wie alle ihm ähnlichen Vorgänge historischen Ausmaßes lange Zeit. Man muß in solchen Fällen auch den Mut haben, nicht in *Stunden* zu denken, sondern in Jahrzehnten und *Jahrhunderten.*

Wenn das, was wir bauen, Wert haben soll, muß es ein Bau sein mit einem Fundament, auf dem endlich für viele Jahrhunderte unserem Volk die Lebenserhaltung gewährleistet ist!

Wir dürfen dann aber auch nicht im Morgen oder Übermorgen aufgehen. Wir müssen die Saat in unser Volk pflanzen und rechnen mit der Zeit, die sie einst aufgehen läßt, und müssen alles auf uns nehmen, was in der Zeit geschehen kann.

Kommt dann der kleine Kritiker und erklärt: Welch ein *schwerer Weg*, wie unsicher in seinen Erfolgen, heute scheinbar *glänzend*, morgen wieder *verdüstert*, einmal *glücklich*, dann wieder vom *Unglück* begleitet, so gebe ich zur Antwort:

---

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.
9 Vgl. Dok. 61, Anm. 2.
10 Vgl. Dok. 76, Anm. 9.

Es gibt nichts Großes auf der Welt, das nicht diesen Weg zurückgelegt hätte.

Nur der *kleine Durchschnittsgeist* kann in einer solchen Entwicklung etwas *Beklemmendes* sehen. Diejenigen aber, die *geschichtlich* denken, wissen, daß das immer so war und auch so sein muß.

Denn nur am Widerstand der Gegner schärft sich immer von neuem die eigene Kraft!

Würde plötzlich der Gegner in seinem Widerstand nachlassen, würde auch die eigene Kraft erlahmen. Ja nicht nur das, eine solche Bewegung würde dann auch niemals ihre eigene große Aufgabe erfüllen. Das müssen wir in Kauf nehmen:

Den Weg ins Himmelreich findet man nicht breit gepflastert[11]*, man muß ihn sich erkämpfen, und das Tor zur Freiheit findet man nicht weit geöffnet, man selbst muß es sich aufreißen!*

Wir ringen um ein neues Volk! Beharrlichkeit ist die Aufgabe der Führung.

Die Zeit erfordert den *Kampf*, und die Zeit ist uns dann verbündet, wenn man stets daran denkt, daß ein solches Ringen nicht stattfindet um einen oder um zwei *Ministerposten*, sondern

um ein neues Volk,

das dann tragend ist für eine *neue Regierung*. Denn das ist das Wesentliche, daß diese Bewegung ein *Regiment* begründet, dessen *Wurzeln* tief im *Volk* stecken,

ein Regiment, das nicht in den Wolken hängt,

im luftleeren Raum, Pläne schmiedend - die wir kennen - , die *nie realisiert* werden können, weil sie nur *Gedanken* sind, hinter denen *keine Kraft* steht.

Denn wohl ist die Stärke eines Volkes der Ausdruck der Kraft einer Regierung, oder die Stärke eines Regiments ist immer der Ausdruck der Kraft, die aus dem Volk zur Führung strömt; dann ergibt sich dieses wunderbare Bild einer Macht, die tief wurzelt im völkischen Boden.

(Nach diesen Worten setzt ein gewaltiger Beifallssturm ein, der kein Ende nehmen will.)

Und dann ist eine Regierung erst fähig, wirklich große Aufgaben zu lösen. Sie braucht nicht mehr mit Schlagwörtern zu schwafeln, sie kann verwirklichen, was sie der Welt verspricht und zeigen will.

Verträge und Konferenzen haben allzeit nur festgestellt, *was war*. Sie haben einen *Zustand sanktioniert,* der längst Wirklichkeit geworden war. Führt man aber einen so gigantischen Kampf um die

innere Erhebung eines Volkes,

dann benötigt das nicht nur *Zeit* und *Kraft, Mut* und *Kühnheit,* sondern vor allem

Beharrlichkeit

vor allem all denen gegenüber, die von Zeit zu Zeit, geblendet von den Ereignissen des Tages, plötzlich *das Große aus den Augen verlieren* und dann meinen, einen *leichteren* Weg finden zu können, der zum *Sieg* und zum *Erfolg* führt. Es zeigt sich dann, was *Clausewitz* brandmarkt:

Die falsche Klugheit meint, einen unversöhnlichen Gegner versöhnen zu können[12].

Man muß *beharrlich* sein. Das ist zu allen Zeiten die *Aufgabe der Führung* gewesen. Ich weiß dabei von einer *Bewegung*, daß sie selbstverständlich mit all den Eigenschaften, *guten* und *schlimmen,* behaftet sein wird, die dem Menschen nun einmal an sich zu eigen ist.

---

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
12 Vgl. Dok. 56, Anm. 29.

Allein ich erwarte von einer *Führung*, daß sie diese Eigenschaften ebenfalls erkennt, sie berücksichtigt und ihnen gegenüber als

ewig ruhender Pol

die richtigen Grundsätze vertritt und *niemals wankend* wird, daß sie *kühl*, ja *eiskalt* abwägt, was im Augenblick der Bewegung dient, aber auch für die *Zukunft* zuträglich ist; *daß sie nicht plötzlich angesichts der Möglichkeit, eine billige Verständigung zu bekommen, die Zukunft preisgibt,* sondern sich auch der *Opfer der Vergangenheit bewußt* wird. Sie ist nicht nur verantwortlich für das, was unter ihrer Führung geschieht, sondern auch für das, was schon vor ihr für das Sein und Bestehen der Nation an *Opfern* gebracht wurde.

(Wieder geben die Massen durch Klatschen und Rufen ihre Zustimmung zu erkennen. Wieder geht es wie ein Donnern und Brausen durch die große Halle. Ein Beifallsjubel, wie man ihn nur selten gehört hat.)

Es geht nicht an, zu sagen, *wir* können diese Opfer nicht mehr bringen!

Meine Parteigenossen! Das Opfer eines Mannes im Jahre 1918 war kein anderes, als das der Männer in den Jahren 1917, 16, 15 und 1914. Wenn Generationen Opfer brachten, hat nicht eine Generation plötzlich das Recht zu sagen: Wir können sie nicht mehr bringen.

Und ein Parteiführer darf nicht anders denken.

Vier Jahre Weltkrieg - und jetzt weich werden?

Jede unserer Handlungen müssen wir vor den toten Helden von 1914-18 verantworten können.

Es geht nicht an zu sagen: 14 Jahre haben wir gelitten, geduldet, geopfert, haben gegen eine Welt von Vorstellungen und Feinden gerungen, aus dem *Nichts* uns langsam emporgekämpft, jetzt aber können wir Opfer, selbst wenn sie kleiner sind, nicht mehr bringen; jetzt müssen wir umlernen und nachgeben. Ich verstehe, wenn den kleinen Musketier eine solche *Schwäche* manchmal befällt, wenn er - nicht in die Zukunft sehend - die *große Aufgabe* vergißt und unter der psychologischen Einwirkung der *Gewalt* ohnmächtig wird, die Nerven verliert und resigniert: *Ich kann nicht mehr!*

In solchen Augenblicken, meine Führer, haben Sie Ihre höchste Aufgabe darin zu sehen, einer solchen Schwäche entgegenzutreten.

Sie müssen stur bleiben, dürfen nicht lau werden, nicht nachgeben und nicht feige sein!

(Man glaubt nicht, daß noch eine Steigerung des Beifalls möglich ist. Die Menschen erheben sich von ihren Plätzen, sie rufen und winken dem Führer zu.)

Sie müssen an sich selbst die Fragen stellen: Könntest du das, was du jetzt tust, vor denen verantworten, die einst das größte Opfer für die Bewegung gebracht haben? Könnten die Staatsmänner ihre Haltung im Jahre 1918 vertreten gegenüber den jungen Soldaten, die 1914 in die flandrische Erde sanken, wenn diese toten Helden plötzlich ihre Gräber verlassen und anklagen würden? Hätten sie das Recht zu sagen: Wir könnten das Opfer, das Ihr brachtet, nicht mehr bringen?! Würden die nicht antworten: Warum habt Ihr uns geopfert? Warum habt Ihr das nicht früher gesagt? Wir haben gekämpft in der Meinung, daß euer und unser Wille ein gleicher sei, darum sind wir gefallen, und jetzt sagt ihr, es ginge auch ohne dem?

Könnten wir als Nationalsozialisten es verantworten gegenüber den *Hunderten* von Kameraden, die *gefallen* sind, den *Tausenden*, die *verletzt* wurden, den Hunderttausenden, die ihre

Existenz einbüßten, zu erklären: Ja, euer Opfer war notwendig, das Opfer von heute aber kann nicht mehr gebracht werden. Ihr mit tausend, zweitausend, dreitausend, fünftausend Mann, ihr wart dazu gut genug. Wir aber mit zwölf Millionen, wir können den Geist von euch heute nicht mehr gebrauchen!

Nein!

In solchen Augenblicken muß die Führung sich zu heroischem Entschluß durchringen und dem verfluchten Defaitismus das Genick zerbrechen!

(Kaum sind diese Worte gesprochen, so brandet Beifall auf, wie ihn die gewaltige Halle wohl selten erlebte. Steigerung über Steigerung.)

Die Führung darf nicht feige werden oder gar noch ihre Feigheit mit heroischen Phrasen motivieren und sie darin verhüllen[13]*!*

Wenn eine Organisation die größten Aufgaben lösen will, muß sie sich über eines klar sein:

Der Weg zum Erfolg heißt nicht *"eigener Wille"*, heißt nicht *"Freigabe der Entschlüsse"* nach der eigenen Einsicht des einzelnen; denn die Menschen einigen sich wohl schon in einem großen *Schlußziel*, erreichen aber ihr Ziel meistens deshalb nicht, weil sie *die Wege verlieren* oder sie *gemeinsam* nicht finden. Es ist daher die Aufgabe der Organisation, dafür zu sorgen, daß zur *Lebenserhaltung* eines Volkes der Wille einen einzigen Ausdruck findet. Eine Bewegung kann sich zu *Größtem* nur dann berufen fühlen, wenn sie über ihre Pforte schreibt:

Parteigenosse, Volksgenosse, wenn Du hier eintrittst, dann mußt Du Deinen Willen verschmelzen mit einem Willen von Millionen anderen, dann mußt Du aufgehen in diesem großen gemeinsamen Willen. Du mußt Mann sein und Dich einem Führer anvertrauen.

Und wenn du zweifelst, ob diese Führung sich nicht auch irren wird, - - ganz gewiß! Parteigenossen! Was hat jemals seinen Weg in der Welt gemacht, ohne belastet zu sein mit *Irrtum?* Oder will einer aufstehen und behaupten, daß er selbst ohne Fehler sei? Er würde damit nur zeigen, daß er den größten aller Fehler besitzt: *Es mangelt ihm die Selbsterkenntnis.*

Nein, darum handelt es sich nicht. Die Kraft von zusammengefaßten *zehn Millionen* ist stärker als der auseinanderfließende, eines sich selbst den Weg suchenden Willens der einzelnen.

Meine Parteigenossen, wenn ich so zu Ihnen spreche, dann tue ich es als Mann, der *kein Theoretiker* ist. Als Mann, der jederzeit zugibt, daß er auch Fehler macht, der aber für sich anführen kann, daß er *trotz dieser Fehler etwas geschaffen* hat, was man sich *nicht mehr wegdenken* kann. Meine Fehler gebe ich gerne zu, aber entscheidend ist, was zu der Zeit, da auch ich fehlte, die *Gegner* für *Fehler* machten. Entscheidend ist, wer die *wenigsten* Fehler zu verzeichnen hat.

Fragt aber einer: *Wie kommen Sie dazu, diese Führung sich anzumaßen?*

Weil ich eben angefangen habe!

Es hätte auch ein anderer tun können. Ich tat es, und ich erfülle heute nur, was ich einst wählte!

(Rasender Jubel. "Das Volk bricht auf": Diese Worte werden hier lebendigstes Erlebnis.)

---

13 Vgl. hierzu auch den Kommentar der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*: "In diesem Zusammenhang polemisierte Hitler, ohne den Namen zu nennen, indirekt *gegen die Haltung Straßers*. Er sprach von einer falsch verstandenen Klugheit, die durch Taktik zu erreichen glaube, was ihr an grundsätzlicher Härte fehle. Der Führer dürfe niemals schwach werden oder nachgeben. [...] Besonders an dieser Stelle erhielt der Redner enthusiastischen Beifall."

Ich kann dabei *zwei Bekenntnisse* ablegen. Selbst wenn ich irre, dann irre ich mich aus *bestem Wissen,* nach *bestem Gewissen* und aus *bestem Wollen.* Denn die Bewegung ist für mich nicht ein *Durchgangsstadium*, ich sehe in ihr auch kein augenblickliches *Betätigungsfeld,* ich habe sie einst geschaffen, ich kämpfe in ihr, für sie!

Es ist möglich, daß ich irre, möglich, daß ich falle, allein niemals mehr werde ich sie verlassen!

(Beifall! Beifall! Wie ein einziger Schrei füllt das Tosen den riesigen Raum, noch ehe die Worte verklungen sind.)

Ich stehe hier, weil ich nicht anders kann[14], *weil ich niemals in meinem Leben etwas anderes tun konnte* [*sic!*] *und niemals etwas anderes tun werde, weil es für mich selbstverständlich ist, daß dies mein Lebenswerk und Inhalt ist, mit dem ich entweder steige oder falle!*

Ich kann alles, nur etwas nicht: Dem untreu werden, was seit dem Jahre 1919 mein einziger Lebenszweck bedeutet.

Und zweitens kann ich bekennen, daß ich meinen Parteigenossen nichts aufbürde, was ich nicht selbst bereit bin zu tragen an Arbeit und Aufopferung, wenn nötig, auch an Gefängnisstrafen und meinetwegen auch am Leben [*sic!*]*!*

(Der jetzt einsetzende Beifallssturm beweist, daß Adolf Hitler nicht nur der *Führer,* sondern auch der *Sprecher* des Volkes ist, der *dem* Ausdruck verleiht, was an Sehnsüchten und tiefem Wollen in den Massen lebendig ist, die hier versammelt sind.)

Ich will für mich nichts Besonderes. Es würde für mich auch manchmal einfacher gewesen sein, einen *leichteren* Weg zu wählen. So *ungeschickt* und *unklug* bin auch ich nicht, daß ich den nicht sehen würde. Ich habe auch nicht etwa diesen leichteren Weg abgelehnt, weil ich ihn nicht als leichter erkannt hätte, sondern immer nur, weil ich ihn in seiner *Hoffnungs-* und *Aussichtslosigkeit* durchschaute.

Ich wählte den *schwereren* Weg im *vergangenen Sommer*[15], obwohl ich *wußte,* daß er *schwerer* sein mußte. Ich habe das auch nicht vom grünen Tisch aus diktiert, *ich erfülle dabei auch meine eigene Pflicht der Arbeit.* Ich will nichts Besseres haben als die andern auch.

Das gibt mir allerdings diese innere Kraft und dieses innere Gleichgewicht, um auch in Zeiten, in denen der eine oder andere meint, man müsse den leichteren Weg gehen[16], *hart bleiben zu können, nicht ohnmächtig zu werden und meinen Weg nicht untreu zu verlassen.*

Und heute, meine Parteigenossen, stehen wir wieder vor einem *schweren Ringen*, das wir alle gewiß auch "taktisch" beurteilen, das heißt, bei dem wir *alle Möglichkeiten* wahrnehmen, vor einem Ringen, das uns aber genau so entschlossen findet, wie der Kampf vor 2, 3, 5, 12 und 14 Jahren. Wenn mir heute so manch einer meint sagen zu müssen: Ja, glauben Sie noch an einen Erfolg[17]? So kann ich nur antworten:

---

14 Anspielung auf Martin Luther (1483-1546), der am 18.4.1521 vor dem Reichstag zu Worms seine Antwort auf die Frage, ob er widerrufen wolle, mit den Worten geschlossen haben soll: "Hier stehe ich! Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen."

15 Anspielung auf die Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932. Vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169.

16 Vgl. Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, 128, 142 sowie Dok. 135 und 141. Nachdem Hitler lange Zeit in der Öffentlichkeit eher zurückhaltend auf die Straßer-Krise reagiert hatte, begann er nach dem Wahlerfolg in Lippe und dem Zurückweichen Stegmanns nun seine Position wieder offensiver zu vertreten.

Wenn ich so kleinmütig gewesen wäre, dann ständen wir heute nicht hier!

Ich habe an den Erfolg geglaubt, als ich eine Handvoll Menschen besaß. Damals wußte ich, daß diese Prinzipien und der Wille, der hinter sie gesetzt wird, einmal Deutschland erobern werden.

Heute mit zwölf Millionen, - da soll ich verzagen?! Ich würde mich ja vor mir selbst schämen!

Und wenn mir jemand zur Antwort gibt: Ja, aber Sie haben doch *"Rückschläge"* erlitten? Gewiß, aber nicht *einen* in meinem Leben, sondern *hunderte!* Ich bin überhaupt der Meinung, daß man wirkliche Führer nur erkennen kann an der Art, in der sie sich mit *Rückschlägen auseinandersetzen.*

Den Abend nach einem Sieg kann jeder Schwächling ertragen, aber am Abend nach einer Niederlage haben sich immer die Männer gezeigt!

Im Jahre 1919 begann ich diese Arbeit und hatte nach einem Jahr erst 64 Menschen[18]. Wir mußten uns durchsetzen gegen eine Welt von *Vorurteilen*, von *Hohn* und *Spott,* man lachte uns aus. Es begann die Zeit der *Lügen* und *Verleumdungen.* Wir stiegen auf dreitausend[19].

Der gewaltige Aufstieg der Bewegung aus den winzigsten Anfängen

Nach dem Verbot 1923 waren wir unermüdlicher denn je!

Keine Stunde haben wir damals gezögert, den Kampf um Deutschlands Zukunft wieder aufzunehmen[20].

Es war ein Kampf, von dem die meisten heute keine Ahnung mehr haben. Die ersten Stempel wurden angeschafft, die erste Schreibmaschine; in einem Keller, die erste kleine Geschäftsstelle gemietet, das erste Telephon, das elektrische Licht angeschafft. Und dann kam ein Schrank, ein zweiter Schrank, dann kam eine etwas größere Geschäftsstelle[21], wir arbeiteten und arbeiteten, und aus den Dreitausend wurden Siebentausend[22]! Unentwegt immer das gleiche Ziel:

Es muß uns doch gelingen!

---

17 Nachdem Ribbentrop und Papen am 19.1. "lange" miteinander verhandelt hatten, informierte ihn Papen am Abend des folgenden Tages - also etwa zur Zeit von Hitlers Rede - , "daß Sohn [*Oskar von*] Hindenburg und [*Staatssekretär Otto*] Meißner Sonntag [*22.1.*] nach Dahlem kommen werden", um in der Villa Ribbentrops mit Hitler zu sprechen. Vgl. Ribbentrop, London, S. 39 sowie Dok. 140, Anm. 5.

18 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnisses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt sowie Dok. 77, Anm. 9.

19 Zu Beginn des Jahres 1921 besaß die NSDAP rund 3.000 eingeschriebene Mitglieder. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 25 ff.

20 Es handelt sich hier um die Überschrift für den gesamten nächsten Redeabschnitt; chronologisch bezieht sich Hitlers Rückblick jedoch zunächst auf die Zeit vor November 1923.

21 Zur ersten Geschäftstelle der NSDAP wurde im Winter 1920/21 ein kleines Hinterzimmer in der Münchner Gaststätte *Sterneckerbräu* (Tal 54) erklärt; bereits am 7.11.1921 zog die Geschäftsstelle um in die Corneliusstraße 12. Bis zu ihrem Verbot am 9.11.1923 blieb dort das Hauptquartier der NSDAP. Vgl. Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 89, 126; Benedikt Weyerer, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, S. 35 f., 97 ff; München -"Hauptstadt der Bewegung", S. 352. Ferner Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 507 f., 517 f.

22 Die NSDAP hatte im Januar 1922 etwa 6.000 Mitglieder. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin ^{6}1936, S. 5 sowie Dok. 77, Anm. 9.

Und endlich nach über 3 Jahren waren es 25 Tausend[23], die Partei hatte sich in einem Lande zu einer Macht entwickelt. Über 16 Tausend SA-Männer standen auf, um sich mit dem Gegner auseinanderzusetzen[24]!

Da kommt ein schwarzer Tag, und alles geht verloren. Die Führer zerstreut, die einen tot, die anderen verwundet, wieder andere gefangen, auf der Flucht, im Exil[25], die Bewegung aufgelöst[26] und alles, was wir uns zusammengespart hatten, mit einem Schlage konfisziert[27], alles weg und nichts mehr da. Dreizehn Monate saß ich dann im Gefängnis hinter *Schloß* und *Riegel*[28]. Als ich wieder herauskam, hätte ich wirklich sagen können: Welch ein "Rückschlag!" Wenn man 4 Jahre kämpft, mit nichts beginnt, arbeitet und sich abrackert und mit einem Tag alles verliert. Ich hätte zweifeln können: Wird es nach einem solchen Rückschlag noch einmal gelingen?

Ich habe keine Sekunde gezögert. Am 20. Dezember 1924 wurde ich frei und wußte: Ich mache die Bewegung wieder auf, ich fange von vorn an, es geht nicht anders!

(Dieser Augenblick wird ein Erlebnis, das unvergeßlich ist: die Begeisterungsfähigkeit der Menge übertrifft sich selbst. Minutenlang tost der Beifall, rast der Jubelsturm. Dann wieder atemlose Stille.)

Der Kampf muß wieder beginnen, er wird weiter fortgeführt: *Man darf nicht verzagen, sonst soll man kein Volk führen!* Wenn die Führung einer Bewegung selbst nicht den Mut hat, dem Schicksal zu trotzen, wie sollte die Nation die Schicksalsschläge dann ertragen, und wie soll wieder die *Nation* Schicksalsschläge überwinden, wenn sie als *Bewegung* schon *ohnmächtig* wird, weil der Gegner tobt und einen kleinen Erfolg erringt!

Für mich war Friedrich der Große nicht am größten nach der Schlacht von Leuthen[29]*, sondern nach der Schlacht bei Kunersdorf*[30]*, als er nach der Vernichtung seiner Armeen nicht*

23 Bis zu ihrem Verbot im November 1923 erhöhte sich die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP auf rund 55.000. Vgl. Orlow, Nazi Party, S. 45.

24 Genaue Stärkeangaben über die SA vor 1923 sind nicht zu ermitteln. Bekannt ist jedoch, daß sich 1.500 Mann von der *Münchner* SA - integriert in den sog. Kampfbund - am Hitler-Putsch beteiligten. Bekannt ist ferner die organisatorische Gliederung der SA im Vorfeld des Hitler-Putsches: Die bisherigen Hundertschaften waren bereits im März 1923 zu Sturmkompanien umbenannt worden, diese formierten sich dann zu Sturmbataillonen und Sturmregimentern. München bildete das Sturmregiment 1, Landshut und Umgebung das Sturmregiment 2, Nürnberg und Nordbayern das Sturmregiment 3. In München gab es ferner ein Artillerieregiment und eine Kraftwagen-MG-Kompanie, geplant waren außerdem der Aufbau einer Pionier-, Minenwerfer- und Sanitätskompanie sowie einer Fernsprechabteilung. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 62 ff., 87 ff., 244 ff., 329 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 88 f.

25 Vgl. Dok. 107, Anm. 37.

26 Vgl. Dok. 103, Anm. 8 und 20.

27 Mit Verordnungen vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Bericht der Polizeidirektion München an Generalstaatskommissar von Kahr vom 26.11.1923, sowie Schreiben des Generalstaatskommissars von Kahr an das Staatsministerium der Finanzen vom 18.12.1923. Druck: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

28 Vgl. Dok. 52, Anm. 12.

29 Vgl. Dok. 138, Anm. 9.

30 Vgl. Dok. 89, Anm. 4.

versagte, sondern augenblicklich wieder die Anordnungen zur Fortsetzung des großen historischen Ringens traf.

Das war seine Größe. Eine solche Größe muß unsere Bewegung in sich aufnehmen. Wir haben uns vor 13 Jahren in einer Stunde der Not so jämmerlich verhalten, daß ein

unerhörtes Opfer

nötig ist zur deutschen Wiedergeburt. Wir dürfen nicht glauben, daß das Deutschland, das wir aufbauen wollen, stärker sein wird als wir selbst sind.

Sind wir nicht eisenhart, das Volk, das wir heute formen, wird nicht härter sein!

Wenn wir nicht mutig und beharrlich sind, das was wir schaffen, wird auch nicht die Tugenden besitzen, die wir vermissen lassen. Ich glaube aber, daß unsere Bewegung schon in den vergangenen 14 Jahren genügend Beispiele eines *Heroismus* abgelegt hat und einer *Größe*, die man im anderen Deutschland vergeblich sucht. Wenn unsere Bewegung nicht berufen ist, einmal Deutschlands Zukunft zu bestimmen, wer soll es dann tun? Etwa die *bürgerlichen* Parteien?

Ich denke, wir werden unseren Weg weitermarschieren, und wenn der Gegner droht, dann werden wir den Kinnriemen strammer ziehen, uns ihm entgegenstellen und ihm klar machen:

Ihr könnt uns einmal schlagen, besiegen niemals!

(Die letzten Worte Adolf Hitlers gehen unter in den Heilrufen, die die Halle erschüttern. Das ist nicht billige Begeisterung, das ist Bekenntnis und Gelöbnis einer zutiefst aufgewühlten Menge in einer großen Stunde.)

Immer wieder werden wir uns erheben, immer wieder den Kampf sofort aufs neue beginnen und niemals die Fahne verlassen. Das ist meine vielleicht höchste Mission, daß ich als Fahnenträger der Bewegung ihr unentwegt vorangehe.

Solange mich das Schicksal leben läßt, solange werde ich diese Fahne tragen, sie niemals einstreichen, niemals einrollen!

(Langanhaltender Beifall. Rufe, Händeklatschen. Immer wieder erzittert die Halle unter dem brausenden Beifallssturm.)

Man soll nicht glauben, daß irgendetwas mich oder meine wirklich getreuen Gefährten verlocken könnte. Wenn aber einer die Nerven verliert und umfällt oder matt wird, dann kann ich nur sagen:

Der Kurs unseres Schiffes bleibt der alte.

Fragt einer: Und wenn wir *nun zugrunde* gehen? - - - Gut! Dann werde ich, der Steuermann, als letzter zugrunde gehen!

Das Schiff verlasse ich nicht[31]*!*

(Beifall prasselt los, wieder und wieder, unaufhörlich. Endlich kann der Führer weitersprechen.)

Und wenn ein anderer meint, daß die Bewegung vielleicht in sich zerfallen könnte? *Sie sollen sich täuschen.* Diesen Wunsch als Vater des Gedankens kennen wir. Das hat man zu allen Zeiten gehofft. Wenn man alles versucht hatte und nichts gelang, kein *Terror*, keine *Gemeinheit*, keine *Verfolgung* eine solche Bewegung brechen konnte, versuchte man es immer mit *Zersetzung*. Man hat für solche "Taten" zu allen Zeiten die treffendsten Bezeichnungen gefunden.

31 Anspielung auf Markus 4, 35-41 (Matthäus 8, 23-27; Lukas 8, 22-25): Jesus beruhigt Wind und Sturm und kritisiert seine Jünger wegen ihrer Furchtsamkeit und wegen ihres mangelnden Glaubens.

Innerlich verachtet, sind solche Handlungen in der Geschichte Beispiele geworden für das, was nicht sein darf und nicht sein soll. Ich bin heute mehr denn je überzeugt, daß jeder Gedanke der *Wilhelmstraße*[32], diese Bewegung so zu zersetzen[33], wie man andere Parteigebilde zersetzt hat, lächerlich ist. Alles können sie verwirklichen.

Eher aber zersetzt sich die Wilhelmstraße selbst, als daß sie den Nationalsozialismus zersetzt.

(Minutenlang zittern die Tribünen unter dem begeistert zustimmenden Trampeln der Massen.)

Wenn eine Bewegung in 14 Jahren schon so viel an großen Traditionen sammeln konnte, dann glaube ich, ist sie gefeit gegen alle derartigen Versuche.

Und diese heutige Kundgebung ist ja auch ein Beweis dafür.

Die nationalsozialistische Bewegung wird ihren *Kampf weiterführen.* So wie in den 14 Jahren hinter uns, so wird sie auch in der Zeit vor uns es der Vorsehung überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem dieses gigantische Ringen seine Krönung findet.

Ich weiß, nichts wird uns geschenkt, alles muß bitter schwer erkämpft werden.

Vor allem aber wird die Bewegung niemals ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht neben die *Richtigkeit* ihrer Idee den *Mut* und eine unerschütterliche *Beharrlichkeit* stellt.

Und das wollen wir tun vor der deutschen Geschichte, auf daß auch unsere Generation mit *Stolz* den Generationen der Vergangenheit gegenübertreten kann und wir uns nicht zu schämen brauchen, daß wir das *Größte*, das wir von der Vergangenheit erhielten, jammervoll preisgaben.

Aus Not, Schmach und Schande führt der Weg nach oben.

"So gehen wir denn als ein Geschlecht des Kampfes in die Zeit hinein!"

Die Treue ist das höchste Symbol unserer Bewegung, dann werden Millionen hinter ihr stehen.

Wir werden dafür sorgen, daß unsere Generation die Schuld, die sie 1918 auf sich geladen hat, selbst wieder abwäscht!

Daß sie wiedergutmacht in der deutschen Geschichte, was sie selbst am deutschen Volk und seiner Zukunft gesündigt hat, daß sie nicht feige sagt: *Die Nachwelt muß die Schmach einst löschen.*

Nein, o Schicksal, *wir löschen sie selbst,* wir selbst werden diese Blätter der Schande und der Demütigung im Buche der Geschichte unseres Volkes durchstreichen und

neue Blätter schreiben,

die einst der deutschen Jugend *Grund zum Stolz* und zur Zuversicht geben sollen.

Wir wollen selbst dafür sorgen, daß wir dem deutschen Kind, das uns einst nach dem Reich der Vergangenheit fragt, antworten können: *"Mein Junge, das Reich der Gegenwart ist noch schöner!* Wir haben einst schwere Schuld auf uns geladen und sie jetzt wieder gesühnt. Unser Volk war tief gefallen. Aber die unerschöpfliche Lebenskraft unserer Rasse hat sich wieder bewährt, aus *Not und Elend, Schande und Schmach* haben wir uns wieder gehoben und den

Weg nach oben

gefunden, und so konnten wir diese schlimmste Zeit überwinden."

---

32 Vgl. Dok. 72, Anm. 10.
33 Vgl. Dok. 137, Anm. 5.

Wir wollen nicht dieser kommenden Generation etwas aufbürden, was wir selbst leisten müssen. Ich aber frage mich immer, wenn ich diese größte Aufgabe vor mir sehe: Wie müssen wir sein, daß das Schicksal uns zu dieser Tat bestimmt, was müssen wir gut machen in Deutschland, um endlich die Folgen zu beseitigen

der Sünden unserer eigenen Generation.

Wir dürfen nicht erwarten, daß plötzlich durch *nichts* ein solcher Verfall wieder seine Beendigung finden wird.

So gehen wir denn als ein Geschlecht des Kampfes in die Zeit hinein!

Ich bitte Sie, meine Parteiführer, Führer der SA, SS und HJ, Führer der Politischen Organisation, ich bitte Sie, treten Sie den Marsch in dieses Jahr an als Männer, verschränken Sie die Arme, bilden Sie eine Gemeinschaft, die nichts zerreißt.

Wenn wir uns nicht selbst teilen, dem Gegner kann das nie gelingen.

Die Kraft, die im deutschen Volke zutiefst liegt, sie wird in dem Augenblick siegreich sein, da sie nicht mehr selbst im Kampf untereinander verbraucht wird. Die Vergangenheit mag uns die Sünden zeigen, an denen die Völker gefallen sind, Reich, Ehre und Freiheit verspielten; die Bewegung muß sich zu ihrer höchsten Mission bekennen, und Sie sind ihre Führer. Wenn Sie Ihrer Aufgabe gerecht werden und

die Treue als höchstes Symbol

vor dieser Bewegung tragen, dann werden hinter Ihnen in einer größeren Treue die Millionen stehen und mit Ihnen marschieren. Wir alle untereinander, wir müssen dem Volk den Geist zeigen, den dieses Volk braucht.

Wenn wir als Führer nicht treulos werden, der deutsche Musketier, der deutsche Soldat, der deutsche Mann, das deutsche Weib sind es nie geworden!

Nur die Führer haben immer das schlechte Beispiel gegeben. So wollen wir dieses Jahr des Kampfes als junge deutsche Soldaten begrüßen. Blickend auf unser Volk, blickend auf seine Not, blickend auf unsere Feinde, und hoffend auf unsere Kraft!

Wir müssen unseren Willen stählen, ihn immer härter werden lassen, wir müssen diesen Willen segnen durch Kameradschaft und Gefolgschaftstreue. Mit ihm werden wir trotzen jeder Not der Zeit, auf daß einmal unser Wille zum Willen des deutschen Volkes wird und dann überwindet die Zeit der großen Not[34]*!*

34 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Im Anschluß an seine Rede hielt sich Hitler noch bis 3 Uhr morgens bei Familie Goebbels auf, wo er sich mit dem Gauleiter über die Regie der geplanten Veranstaltungen am 22.1.1933 beriet. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 344 f.

22. Januar 1933 [1] Dok. 144
Rede auf Amtswalter-Versammlung des Gaues Ostmark der NSDAP in Frankfurt an der Oder [2]

VB vom 24.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Adolf Hitler in Frankfurt a. O." [3].

In seiner mehr als einstündigen Rede, in der der Führer die Grundlagen des großen *Weltanschauungskampfes* der nationalsozialistischen Bewegung darlegte und die Richtlinien für den neuen Kampf gab, führte Adolf Hitler u. a. aus:

Die Wurzellosigkeit und Zerrissenheit der Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung ist nur das *Spiegelbild* ihrer weltanschaulichen Wurzellosigkeit und Zerrissenheit. Was ich ihnen [*sic!*] vorwerfe, ist die *vollkommene Zerfahrenheit* und Planlosigkeit ihres Handelns.

Hinter uns steht das *Volk*, hinter ihnen steht nur ihre eigene *Einbildung*[4]. Jahrhunderte von schlechter Tradition und Vorurteilen auszurotten, ist eine größere Aufgabe, als eine neue Regierung zu bilden. Die Mission, die die Vorsehung der nationalsozialistischen Bewegung übertragen hat, ist Deutschland wieder emporzuheben.

Wenn es gelingt, aus Proletariern und Bürgern wieder *Deutsche* zu machen, dann ist die deutsche Zukunft gesichert. Wenn ich eine Regierung im Hinblick auf dieses Ziel für zweckmäßig halte, dann mache ich sie. Sonst nicht[5]! Ich gebe nichts auf Vorschuß! Es muß ein ehrliches Spiel sein[6], in dem wir den anderen unsere Kraft und sie uns die entsprechende *Macht* dafür geben.

Drei Monate ...!

Wenn man mir sagt, in drei Monaten hätten wir uns die Macht doch ohnehin errungen, dann antworte ich: Dann warte ich lieber diese drei Monate. Man täusche sich nicht über das eisenharte Gefüge der Partei. Ich weiß, daß die Hunderttausend-Armee meiner Führer[7] genauso in Treue hinter mir steht[8], wie ich in Treue hinter der Bewegung stehe!

---

1 Die Datierung bei Domarus, Hitler (Teil I, Bd. 1, S. 183), und Hauner, Hitler (S. 88), trifft nicht zu. Hitlers Rede fand am 22.1., nicht am 23.1. statt.

2 Im Schützenhaussaal, von 11.00 bis 12.00 Uhr. Die nichtöffentliche Versammlung, an der etwa 1.800 Amtswalter teilnahmen, wurde von Gauleiter und MdL Wilhelm Kube mit einer kurzen Begrüßungsrede eröffnet. Hitler, der um 10.00 Uhr in Frankfurt eingetroffen war, besichtigte vor seiner Rede im Garten des Schützenhauses die örtliche SA.

3 Vgl. auch die Ankündigung im VB vom 17.1.1933 (Norddt. Ausgabe); Der Angriff vom 23.1.1933, "Der Führer in Frankfurt (Oder)"; Frankfurter Oder-Zeitung vom 23.1.1933, "Standarten-Weihe durch Adolf Hitler". Ferner Gerd Rühle, Kurmark. Die Geschichte eines Gaues, Berlin 1934, S. 99.

4 Vgl. Dok. 114, Anm. 4.

5 Zu den Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP nach der Reichstagswahl vom 31.7.1932 vgl. Bd. V/1, Dok. 167-169; im Anschluß an die Reichstagswahl vom 6.11.1932 vgl. Dok. 65-70, 74.

6 Am 21.1. hatte Ribbentrop Hitler darüber informiert, daß Hindenburgs Sohn Oskar und der Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, Otto Meißner, ihn am Abend des 22.1. sprechen wollten. Hitler hatte daraufhin erklärt, "aus welchen Gründen er Schleicher nicht einladen will". Er, Hitler, wolle "Göring und Epp mitbringen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39 sowie Dok. 146, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 55, Anm. 38.

8 Vgl. jedoch Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, Dok. 128, Dok. 142 sowie Dok. 135 und 141.

Diese Bewegung besitzt *Ausdauer*, *Beharrlichkeit*, *Geradlinigkeit*, *Entschlossenheit und Kühnheit.* Wir haben unsere Flagge wieder in die Faust genommen, um den Kampf mit verstärkter Energie fortzuführen bis zum Siege.

Der Führer sprach von der großen Bedeutung des Bauerntums, das der einzige Lebensquell der Nation und der Frage ihrer Rasse sei[9]. Nicht das Land sei aus den *Städten* geworden, sondern die Städte seien aus dem *Lande* geworden. Aus Blut und Erde[10] ziehe auch unsere Bewegung ihre Kraft, und auf diesen Begriffen baue sie auf. Zu dieser Auffassung müßten wir den deutschen Menschen erziehen. Noch wichtiger als für den Bauern sei diese Auffassung für den, der in den *Städten* lebt; denn das Bauerntum sei die Voraussetzung seines Lebens überhaupt[11].

22. Januar 1933 Dok. 145
Rede auf Grabsteinweihe in Berlin[1]

VB vom 24.1.1933 (Norddeutsche Ausgabe), "Der braune Aufmarsch beherrscht Berlin"[2].

Wenn ein Volk nach schweren Niederlagen sich aus Not, Schimpf und Demütigung aufwärts zur Freiheit ringe, entstehe ein Lied seiner Sehnsucht; so habe auch die gewaltigste Freiheitsbewegung der Deutschen den Liedersänger gefunden, der das zum Ausdruck bringen konnte,

---

9 Vgl. Dok. 112, Anm. 4.

10 Vgl. Dok. 112, Anm. 3.

11 Während in Frankfurt im Anschluß an Hitlers Rede noch weitere nationalsozialistische Funktionäre auftraten, fuhren Hitler und sein Stab "über spiegelblanke Chausseen nach Berlin zurück", wo Hitler nachmittags auf dem Nicolaifriedhof sprechen sollte. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 347 sowie Dok. 145.

1 Auf dem Nicolai-Friedhof (Bezirk Prenzlauer Berg), ab 14.30 Uhr. An der Gedenkfeier, auf der Hitler einen Gedenkstein für Horst Wessel enthüllte, nahmen alle Berliner SA-Formationen, Fahnenabordnungen aller SA-Stürme der SA-Untergruppen Brandenburg-Ost und Brandenburg-West sowie die Berliner SS- und HJ-Einheiten teil. Die 16.000 nationalsozialistischen Teilnehmer - so die amtliche Schätzung - waren zunächst in einer Art Sternmarsch vor das nahegelegene Karl-Liebknecht-Haus (Bülowplatz) gezogen, um dann vor dem Nicolai-Friedhof aufzumarschieren. Auf dem Friedhof selbst waren etwa 500 Nationalsozialisten in Uniform und 300 Zivilisten versammelt. Die Feier wurde - so die *Frankfurter Zeitung* - "erkauft mit dem *Einsatz der gesamten Berliner Polizei* und durch Maßnahmen, die einer kriegerischen Aktion nicht unähnlich waren". Um die befürchtete große Auseinandersetzung zu vermeiden, setzte die Berliner Schutzpolizei insgesamt 14.000 Mann ein; darunter waren auch Panzerwagen, Maschinengewehrtrupps, Scharfschützen und berittene Verbände. Bereits um 10.30 Uhr hatte die Polizei das Karl-Liebknecht-Haus besetzt, bis zum Eintreffen der ersten SA-Formationen auf dem Bülowplatz um etwa 13.00 Uhr wurde der gesamte Platz geräumt; verschiedene U-Bahnhöfe wurden gesperrt, die meisten Straßenbahnen umgeleitet. Die ausbleibende Konfrontation mit den Kommunisten wurde in der nationalsozialistischen Presse bereits als "Sieg" gewertet, dagegen resümierte die *Vossische Zeitung* am 23.1.1933: "Die Polizei hatte über den Bezirk gleichsam eine Glasglocke gestülpt, und in diesem luftverdünnten Raum blieben die Aufmarschierenden unter sich." Währenddessen kam es im übrigen Berliner Stadtgebiet zu verschiedenen Zusammenstössen, bei denen insgesamt 25 Personen verletzt wurden. Drei Tage später organisierte die KPD eine Gegendemonstration ebenfalls auf dem Bülowplatz, an der nach eigener Darstellung angeblich 130.000 Personen teilnahmen. Die SPD veranstaltete am 29.1. eine Massenkundgebung im Berliner Lustgarten mit etwa 100.000 Teilnehmern.

was der einfache Mann in der Reihe mit seinem Herzen empfand[3]. Es entspräche der höheren Vernunft des Schicksals, daß dieser Sänger, dessen Lied heute der *Sturmgesang von Millionen* sei, zugleich zum Blutzeugen[4] für die Bewegung werden mußte. So predige sein Tod und sein Grab die heroische nationalsozialistische Wahrheit, daß das Opfer des einen *Symbol sei für das Opfer der Hunderttausende, die in der Bewegung stehen*[5]. Durch sein Lied und durch seinen Opfertod habe sich Horst Wessel mitten in die Geschichte hinein ein Denkmal gesetzt, das dauerhafter sein werde als Stein und Erz. Noch in Hunderten von Jahren, noch wenn vielleicht kein Stein mehr in dieser großen Stadt auf dem anderen stehe, werde die deutsche Freiheitsbewegung der Nationalsozialisten und das Andenken ihres Sängers *unvergessen in der Erinnerung der Menschen* sein.

"Kameraden", schloß Hitler, "es gilt an diesem Grabe nicht zu jammern und zu klagen, *hebt die Fahnen hoch!* Horst Wessel, der unter diesem Steine liegt, *ist nicht tot!* Mitten unter uns blieb sein Geist! Täglich und stündlich marschiert dieser Geist, der Glaube, Treue und Überzeugung gewesen ist, in unseren Reihen[6]."

Über den Verlauf der Feier schreibt Goebbels: "Punkt 2 trifft Hitler ein. SA marschiert vor dem K[*arl*]-L[*iebknecht*]-Haus auf. Eine tolle Sache! Frau Wessel läßt uns eine halbe Stunde warten. Sie ist unerträglich in ihrer Arroganz. Unsere Toten gehören der Nation. 2 Pfaffen sprechen. Entsetzlich! Durch Welten von uns getrennt. Dann Hitler. Sehr gut und ergreifend. H. ... hält ein[!] Grabplatz für Frau Wessel frei. Abfahrt."

2 Vgl. auch Vorwärts vom 19.1.1933 (AA), "Die Nationalsozialisten provozieren"; Vossische Zeitung vom 21.1.1933 (AA), "Morgen doch Bülow-Platz!"; Berliner Tageblatt vom 22.1.1933 (Sonntags-Ausgabe), "Prestige, nicht Politik"; Der Angriff vom 23.1.1933, "'Sturmbrücke sein zur neuen Zeit...'"; Berliner Tageblatt vom 23.1.1933, "Unter Polizei-Schutz"; Frankfurter Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Der Marsch über den Bülowplatz"; Vorwärts vom 23.1.1933 (AA), "Melcher demonstriert! Hitler-Kundgebung kläglich - Die Arbeiter lassen sich nicht von ihr provozieren" und "Das Spiel mit dem Bürgerkrieg"; Vossische Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Abgekapselt" und "Das Aufgebot der Polizei"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Dem Gedenken Horst Wessels". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 347; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 95 f.; Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 848 f., 855 f. Bildbericht: Illustrierter Beobachter vom 4.2.1933 sowie: Horst Wessel. Sein Lebensweg, nach Lichtbildern zusammengestellt, mit einem Geleitwort seines Corpsbruders und des Beraters seiner Hinterbliebenen Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Fischer-Kautz. Hrsg. von seiner Schwester Ingeborg, München 1933, S. 120 ff.

3 Als Führer des SA-Sturms 5 hatte Horst Wessel ein paar kurze wie einfache Gedichte verfaßt, die gewissermaßen ein Gegenstück zu jenen alten, weit verbreiteten Kampfliedern der politischen Linken sein sollten. Sein Lied *Die Fahne hoch* soll bereits im Mai 1929 von Berliner SA-Einheiten gesungen worden sein, nachdem diese zwei Monate zuvor erstmals am Karl-Liebknecht-Haus vorbeimarschiert waren und ihre Fahne erfolgreich verteidigt hatten. Die Melodie - "eine richtige Leierkastenmelodie" - läßt sich in weiten Teilen bei verschiedenen älteren Reservisten-, Volks- und Bänkelliedern nachweisen, Wessel änderte hier lediglich den Rhythmus. Nach dem Tod Wessels wurde das vierstrophige Lied zum bekanntesten musikalischen Erkennungszeichen der Nationalsozialisten und mit deren Machtübernahme zu einer Art zweiten Nationalhymne. Vgl. Thomas Oertel, Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988, S. 106 ff., Zitat S. 107; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 89 ff. Ferner Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

4 Horst Wessel (1907-1930), 1922 Eintritt in den Bismarck-Bund, 1924 Eintritt in den Wiking-Bund, 1926 Student, Eintritt in die NSDAP und die SA, Führer des SA-Trupps 34, SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben.

5 Zum nationalsozialistischen Totenkult vgl. Dok. 75, Anm. 1.
Zu den Verlusten der NSDAP infolge der politischen Auseinandersetzungen vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.

6 Folgt Bericht über den weiteren Veranstaltungsablauf.

22. Januar 1933 Dok. 146
Rede auf Horst-Wessel-Gedenkfeier in Berlin [1]

Der Angriff vom 23.1.1933, "'Was heute hier steht, wird morgen die Nation sein!'" [2].

Es muß etwas *Gewaltiges* sein, das ein Volk so aufwühlt und erregt und so aufpeitscht, wie wir es in unserer Zeit erleben. Der Kampf der Geister spaltet die Situation immer klarer und schärfer in zwei Lager. Wenn heute an diesem Kampf vielleicht erst 50 Prozent Anteil nehmen [3], so werden es in wenigen Jahren 60, 70, 80 und schließlich 100 Prozent der Nation sein. Das, was wir sehen und selbst erleben, ist eine *Generalsäuberung* [*sic!*] *unseres deutschen Lebens*. Die Lebenserhaltung der deutschen Nation ist in Widerspruch geraten zur Lebensführung. Die Lebensführung bedroht die Lebenserhaltung. Aus diesem Zwiespalt erhebt sich heute ein Ringen nach einer Klärung, ein Ringen, das vor vierzehn Jahren seinen Anfang nahm [4].

50 Prozent sind heute daran beteiligt, in wenigen Jahren wird das ganze deutsche Volk an diesem Ringen Anteil nehmen. Wenn das Schicksal einem Volk eine große Frage stellt, beginnt die *ganze Kraft einer Nation* sich an ihrer Lösung zu beteiligen.

Dann bleibt kein Raum mehr für irgend etwas anderes.

Der Kampf ist hart, der in solchen Zeiten ausgetragen wird, um die *Grundlage* zu schaffen, auf der ein Volk sich erholen, wachsen und gedeihen kann. Und dieser Kampf, der wohl zuerst ein Kampf des Geistes ist, wird sich in kurzer Zeit verwandeln zu einem *Kampf auf allen Gebieten.*

In diesem Zeitraum trat die Bewegung den Marsch an, voran jene *Fanatiker*, die erfaßt sind von der großen Aufgabe ihrer Zeit, *die leben in ihrer Aufgabe und in ihr sterben*. Diese Männer

1 Im Sportpalast, Potsdamer Straße 72 (Bezirk Tiergarten). An der um 20.00 Uhr beginnenden Versammlung nahmen laut Vorlage etwa 20.000 Personen teil. *Der Angriff* berichtet, daß der Sportpalast "das Bild einer großen gewaltigen Kirche" geboten habe, sein vorderer Teil sei mit Lorbeerbäumen, Zweigen, Leuchtern und einem überlebensgroßen Horst-Wessel-Bild "zu einem erhabenen Altar" ausgestaltet gewesen. Für die musikalische Untermalung der Veranstaltung sorgten das Kampfbundorchester unter der Leitung von Prof. Dr. h. c. Gustav Havemann sowie die Schalmeienkapelle der SA-Standarte 5, die nach Hitlers Ankunft zusammen mit den SA-Stürmen "Horst Wessel" und "Werner Wessel" in die Halle einmarschierte. Vor Hitlers Rede spielte das Kampfbundorchester den Trauermarsch aus der *Götterdämmerung* von Richard Wagner, SA-Obergruppenführer Wolf Graf von Helldorff hielt eine kurze Gedenkrede, der SA-Mann Otto Roloff rezitierte das Gedicht von Theodor Körner *Die Flammenzeichen rauchen*, dann spielte das Kampfbundorchester die Ouvertüre zu der Wagner-Oper *Rienzi*.
Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. auch Goebbels' Kommentar: "Im Sportpalast sinnlose Begeisterung. Frau Wessel unerträglich. Hitler spricht kurz. Nicht gut in Form. Er hat sich zu sehr geärgert über Frau Wessel. Das Publikum tobt vor Begeisterung."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 23.1.1933, "20.000 deutschbewußte Berliner grüßen im Sportpalast die Kameraden des gefallenen Sturmführers"; Deutsche Tageszeitung vom 23.1.1933, "Abends sprach Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 23.1.1933 (AA), "Das Aufgebot der Polizei"; VB vom 24.1.1933 (Norddt. Ausgabe), "Der braune Aufmarsch beherrscht Berlin"; Der SA-Mann vom 28.1.1933, "Roter Spuk und bürgerliche Freiheit". Ferner die Voranzeigen in Der Angriff vom 19.1. und 20.1.1933 sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 348.

3 Bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 hatten 16,9% der Wahlberechtigten (5.980.614) KPD und 33,1% (11.737.395) NSDAP gewählt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 9.

sind dann später nicht nur die *Blutzeugen ihres Kampfes*, sondern auch die *Samen, aus denen die spätere Ernte kommt*[5].

Wer in dieser Zeit selbst leiden muß und Opfer bringt, selbst sein Leben geben muß, hilft mit, daß in der kommenden Zeit ein *neues Leben* erzeugt wird.

Damit prägen sich auch die Namen derer ein, die bei der großen Auseinandersetzung für den Erfolg ihr eigenes Leben hingaben als *leuchtende Märtyrer*.

Ihr Geist wird ewig lebendig bleiben und mitmarschieren in den Reihen derer, die den Kampf fortführen. Das ist keine Phrase, denn der Weg, der beschritten wird, ist *ihr* Weg gewesen, und der Geist der Gefallenen ist das Antlitz der Bewegung, der Rhythmus der Bewegung geworden.

Darum stehen wir an diesem Tage auf in Ehrfurcht vor der Gewalt des Opfers derer, die für diese Idee *sich selber aufgeopfert haben*.

Wir fühlen, daß ohne sie die Bewegung nicht das sein könnte, was sie ist, daß die Bewegung ohne sie nicht diesen Kampf führen könnte, wir fühlen, daß ihr Opfer es ist, das uns so erhärtet, uns so entschlossen sein läßt. Es ist der Geist derer, die für die Bewegung starben.

Zu jeder Stunde wissen wir, daß keiner mehr wert ist, als die Wert haben, die dafür bereit sind, sich hinzugeben, daß keiner unter uns ist und lebt, der sagen könnte, ich bin mehr wert und deshalb zum Leben bestimmt.

So werden wir wie diese Männer innerlich alle bereit sein, den Kampf aufzunehmen. Sie sind nicht nur Blutzeugen, sondern *lebendiger Same*. So sind auch wir selbst wieder die *Träger der Verehrung der Namen* derer, die starben für diese Idee.

Jetzt sind sie die Toten der Bewegung, aber eines Tages werden sie die Toten der deutschen Nation sein, die Helden der deutschen Nation, die durch ihr Opfer das neue Leben ihres Volkes begründet haben.

Wir wissen, daß dann nicht mehr die Männer der Bewegung, sondern daß dann *das ganze deutsche Volk*, wenn ihre Namen aufgerufen werden, zurück die Antwort geben wird: *"Sie sind wir! Sie leben in uns! Sie leben zwischen uns! Ihr Geist ist unter uns, ihr Opfer, ihr Wille ist die Verfolgung unseres Kampfes!"*

Sie sind nicht tot, sie leben in der deutschen Nation!

Damit haben wir dann auch unsere Pflicht erfüllt. Das Volk hat dann die Pflicht, dafür zu sorgen, *daß ihr Opfer nicht vergessen wird*, auf daß ihr Opfer *nicht umsonst* war.

Vierzehn Jahre kämpft heute die Bewegung, und was andere Parteien in Deutschland in 70 Jahren nicht fertigbrachten, das hat die Bewegung in 14 Jahren erreicht. Wir haben Männer, die für eine Idee, für ein Ideal das Letzte geben und opfern werden, nicht nur das, sondern bereit sind, ihr Leben für die Erkenntnis und damit für das Leben der Gesamtheit hinzugeben.

Vierzehn Jahre, sie haben uns *Hunderte von Helden* gegeben[6]! Darum, meine Parteigenossen, SA- und SS-Männer, sind wir stolz auf sie. Wir sind unendlich stolz, daß uns dieser Wille geschenkt worden ist.

Wir wollen an diesem Tage *nur eine einzige Bitte an den Allmächtigen* aussprechen[7]: Möge er uns selber dann, wenn für uns die Stunde kommt, möge er uns dann selber auch die Kraft

5 Vgl. Dok. 75, Anm. 1.
6 Vgl. Dok. 107, Anm. 19, 44-48.
7 Vgl. Dok. 124, Anm. 7.

geben und den Mut und den Opfersinn, *auf daß wir uns so einsetzen, wie diese Männer es einst getan haben,* möge der Allmächtige uns auch nicht feige werden lassen und uns *stählen* auf daß wir vor der Geschichte bestehen können [8].

Der Kampf geht weiter. Der Nationalsozialist kennt keine Klagen, denn was heute hier steht, wird morgen die Nation sein [9]*!*

23. Januar 1933 Dok. 147
Rede auf SA- und SS-Führertagung in Berlin [1]

Der Angriff vom 24.1.1933, "SA- und SS-Führertagung" [2].

Der Führer brachte in seiner zweistündigen Rede unter anderem zum Ausdruck, daß man heute nach allen vorhandenen Anzeichen die politische Situation für die Bewegung als *sehr günstig* bezeichnen könne [3]. Nach den Kämpfen und Ereignissen der letzten Monate stehe die National-

8 Eine bewußte Anspielung Hitlers auf seine erste Berliner Rede, die er am 1.5.1927 noch vor einer geschlossenen Versammlung gehalten und mit den folgenden Worten beendet hatte: "Als Frontsoldat habe ich einst den Herrgott gebeten: Herr laß mich nicht feige sein! *Wie es auch für uns kommen* [*mag*], *ob Sieg oder unser Untergang, auch wir wollen für den Kampf, den wir zäh und unerbittlich führen, den Herrgott bitten: Herr laß uns nicht feige sein!*" Druck: Bd. II/1, Dok. 113.

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.
Ab 22.00 Uhr kam es in der Villa Ribbentrops (Lentzeallee 9) zu einer weiteren Besprechung, an der auf der einen Seite der Hausherr, Hitler, Wilhelm Frick, Hermann Göring und dessen Sekretär Paul Körner teilnahmen auf der anderen Seite Franz von Papen, Otto Meißner und Oskar von Hindenburg. Um ihre Teilnahme geheimzuhalten, hatten Meißner und Hindenburg eine Aufführung der Staatsoper Unter den Linden noch vor ihrem Ende in aller Heimlichkeit verlassen. In den Aufzeichnungen Ribbentrops ist über den Verlauf der Besprechung zu lesen: "Hitler spricht zwei Stunden allein mit Sohn Hindenburg. Daraufhin Aussprache Papen-Hitler. Papen will jetzt Kanzlerschaft Hitlers durchsetzen, sagt aber zu Hitler, wenn dieser kein Vertrauen zu ihm habe, wolle er sofort die Sache niederlegen." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39; Hans Otto Meissner, Harry Wilde, Die Machtergreifung. Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs, Stuttgart 1958, S. 161 ff. Ferner Dok. 143, Anm. 17 und Dok. 144, Anm. 6.

1 Vgl. hierzu den Bericht der *Frankfurter Zeitung* (1. MA): "Heute vormittag hat im Hotel Kaiserhof unter dem Vorsitz Adolf *Hitlers* eine nationalsozialistische Führerbesprechung begonnen, in der die politische Lage erörtert werden soll. Es ist bemerkenswert, daß an diesen Beratungen - von denen sich noch nicht sagen läßt, ob sie heute beendet werden - auch der frühere Reichspräsident *Dr. Schacht* teilnimmt."

2 Vgl. auch Frankfurter Zeitung vom 24.1.1933 (1. MA), "Führerbesprechung bei Hitler"; vom 24.1.1933 (2. MA), "Hitlers Rede bei der Führertagung"; VB vom 24.1.1933, "SA- und SS-Führertagung in Berlin"; Vossische Zeitung vom 24.1.1933 (MA), "'Stärker als je'".
Goebbels nahm nicht an dieser Tagung teil, da er sich am 23./24.1. in München aufhielt, um die Propaganda-Abteilung der NSDAP zu reorganisieren.

3 Vgl. Dok. 143, Anm. 17, Dok. 144, Anm. 6 und Dok. 146, Anm. 9. Ähnlich zuversichtlich äußerte sich Hitler an diesem Tag auch gegenüber Renzetti. Die Zusammensetzung eines künftigen Kabinetts Hitler, über die Renzetti noch am selben Tag nach Rom berichtete, entsprach bereits weitgehend der endgültigen, am 30.1. vereidigten Ministerliste. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 248.
Am 25.1.1933 resümierte Goebbels in seinem Tagebuch über die Unterredung, die er tags zuvor mit Hitler in München geführt hatte: "Hitler Kaffee. Er erzählte mir den neuesten Stand. Am Sonntag [*22.1.1933*] war er

sozialistische [*Deutsche Arbeiter*]Partei *besser* und *stärker* da als jemals zuvor. Die NSDAP und nicht zuletzt das Verhalten des gesamten nationalsozialistischen Führerkorps hätten die Hoffnungen unserer Gegner zuschanden gemacht[4]. Man könne erwarten, daß sich die Auswirkungen dieser unerhörten Beharrlichkeit und dieses zähen Willens zum Sieg, der die ganze Bewegung erfülle, in nicht allzu langer Zeit zeigen würden. Im übrigen sei es nicht wesentlich, *wann* ein Krieg beendet sein werde, sondern *wesentlich* sei, daß er mit dem *Siege* ende. Dieses Ziel werde um so *schneller* und *sicherer* erreicht, je geschlossener die Bewegung hinter ihrem Führer stehe.

Der Führer schloß die bedeutsame Tagung mit einem eindrucksvollen Hinweis auf die *große historische Aufgabe*, die der SA und SS als den politischen Soldaten der deutschen Volkserhebung gestellt sei[5].

25. Januar 1933 Dok. 148
"Verfügung"
Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.1.1933.

Parteigenossen, welche ein Abgeordneten-Mandat der Bewegung in den politischen Parlamenten innehaben, dürfen durch vorgesetzte Dienststellen (SA- oder SS-Führer) nur im vorhergehenden Einvernehmen mit dem zuständigen Fraktionsführer in einer der Öffentlichkeit sichtbaren Weise gemaßregelt werden[1]. Stimmt der Fraktionsführer der beabsichtigten Maßregelung nicht zu, liegt die Entscheidung beim Obersten Führer der Bewegung[2].

---

mit Papen, Meißner und dem jungen Hindenburg zusammen. Terrain planiert. Der junge Oskar ein seltenes Abbild von Doofheit. Aber man darf nicht den Mut verlieren. Alle drei scharf gegen Schleicher. Der muß weg. Papen will Vizekanzler werden. Das ist alles. Schleichers Stellung sehr gefährdet. Er scheint noch nichts zu ahnen. Armer Naivling. Nun fällt er so, wie er die anderen zum Fall gebracht hat. Das sei ihm gegönnt." Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 349 f. sowie Ribbentrop, Erinnerungen, S. 39.

4 Vgl. jedoch Dok. 86, Anm. 1, Dok. 93, Anm. 26 und 27, Dok. 97, Anm. 5, Dok. 102, 128, 142 sowie Dok. 135 und 141.

5 Vermutlich erst nach dieser Ansprache informierte Ribbentrop Hitler über das Ergebnis der Besprechung, die an diesem Morgen zwischen Hindenburg und Papen geführt worden war. Der Reichspräsident habe Papens Vorschlag abgelehnt, Hitler zum Kanzler zu ernennen. "Lange Aussprache über die Möglichkeit eines Kabinetts Schacht. Hitler lehnt alles ab." Vgl. Ribbentrop, London, S. 39. Ferner Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 429; De Felice, Mussolini, S. 247 f.
Am Abend dieses Tages fuhr Hitler wieder zurück nach München. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24.1.1933 (MA), "Hitler abgereist"; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63.

1 Der Anlaß für diese Anordnung ist nicht sicher zu ermitteln. Möglicherweise handelte es sich hierbei um eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen mit dem fränkischen SA-Gruppenführer Stegmann, der allerdings am 14.1.1933 sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt hatte. Vgl. Dok. 128 und 142 sowie Würzburger General Anzeiger vom 16.1.1933, "Stegmann fügt sich".

2 Zur Kontrolle der nationalsozialistischen Parlamentarier durch ihre Partei vgl. Dok. 96.

Die Aufforderung zum Niederlegen von Abgeordneten-Mandaten kann nur seitens des Obersten Führers oder seitens des zuständigen Fraktionsführers im Auftrage des Obersten Führers ergehen.

München, den 25. Januar 1933

Adolf *Hitler*

30. Januar 1933 Dok. 149
Ernennungsurkunde

Urkunde mit masch. ergänztem Text und hs. Unterschriften; BayHStA, Abt. I, NL Adolf Hitler, 1.

Im Namen des Reichs
ernenne ich Herrn
Adolf *Hitler*
zum Reichskanzler [1].

Berlin, den 30. Januar 1933

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Adolf Hitler

---

1 Am 27.1.1933, als die Presse angesichts der veränderten Haltung der DNVP bereits über die bevorstehende Bildung einer Regierung Papen-Hugenberg-Stülpnagel spekulierte, war Hitler wieder nach Berlin zurückgekehrt. Über seine Aktivitäten bis zum 30.1.1933 liegen folgende Angaben vor:

27.1.1933: Besprechung Hitlers mit Göring und Ribbentrop in Görings Wohnung. "Hitler will sofort abreisen. Joachim [*von Ribbentrop*] schlägt Vereinigung mit Hugenberg vor, zur Herstellung nationaler Front. Erneute Zusammenkunft mit altem Hindenburg wird vereinbart. Hitler erklärt, daß er dem alten Feldmarschall alles gesagt habe und nicht mehr wüßte, was er ihm noch sagen solle."
Nachmittags im Reichstagspräsidialgebäude ergebnislose Unterredung Hitlers und Görings mit Hugenberg "wegen unmöglicher Forderungen der Deutschnationalen. Hitler, der über diese Verhandlung sehr empört ist, will sofort nach München abreisen. [...] Hitler erklärt, daß er Papen abends in Dahlem nicht sehen könne, da er nicht in der Lage sei, sich auszusprechen." Statt dessen bespricht sich Hitler mit Goebbels über die Gesamtlage. Vgl. Ribbentrop, London, S. 40.

28.1.1933: 12 Uhr 35: Rücktritt der Reichsregierung.
Unterredung Hitlers mit Ribbentrop, der ihn über die Mitteilung Papens informiert, daß nun "ein Wendepunkt eingetreten sei, und er die Kanzlerschaft Hitlers nach seiner langen Aussprache mit Hindenburg für möglich hält". Vereinbarung einer Aussprache zwischen Hitler und Papen. Danach Gespräch zwischen Hitler und Goebbels im Hotel *Kaiserhof*. Vgl. Ribbentrop, London, S. 40 f.
Spätnachmittags: Ergebnislose Aussprache Hitlers mit dem Vorsitzenden der BVP Fritz Schäffer über eine Beteiligung von Zentrum und BVP an einer neuen Regierung. Vgl. Schönhoven, Anpassung, S. 362.

30. Januar 1933 Dok. 150
"Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Meine Parteigenossen und -genossinnen!" Aufruf

Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 31.1.1933, "Aufruf des Führers!".

Ein 14jähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses Ringen hat nunmehr zu einem großen politischen Erfolg [1] geführt.

29.1.1933: "Um 11 Uhr lange Aussprache Hitler-Papen. Hitler erklärt, daß im großen Ganzen alles im Klaren sei. Es müßten aber Neuwahlen angesetzt werden, und ein Ermächtigungsgesetz müsse kommen. Papen begibt sich sofort zu Hindenburg." Anschließend Frühstück Hitlers mit Ribbentrop im Hotel *Kaiserhof*, wo sie "die Frage der Neuwahlen" besprechen. Nachmittags benachrichtigt Papen Göring und Ribbentrop, "daß alle Hindernisse beseitigt seien und daß Hindenburg Hitler morgen um 11 Uhr erwartet", was Göring umgehend an Hitler weitergibt. Vgl. Ribbentrop, London, S. 42.
ab 15.00 Uhr: Besprechung Hitlers mit dem Chef der Heeresleitung, Generaloberst Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord, in der Berliner Wohnung der Familie Bechstein. Hammerstein bezweifelt die Ernsthaftigkeit von Hindenburgs Angebot, die NSDAP in die neue Regierung mit einzubeziehen. Abends noch einmal Telefonat mit Hitler über diese Sache. Vgl. Huber, Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4, Dok. 524.
Abends: Hitler erreichen Nachrichten über angebliche Putschabsichten Schleichers. Hitler befiehlt dem Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, SA-Obergruppenführer Wolf Graf von Helldorff, Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

30.1.1933: Morgens Unterredung mit Otto Wagener
10.20 Uhr: Ankunft Görings, der Hitler in Papens Wohnung im Reichsministerium des Innern abholt; dort erregte Diskussion zwischen Hitler und Hugenberg über die Abhaltung von Neuwahlen; Hitler entschuldigt sich beim 2. Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, für die antisemitischen Beleidigungen in der nationalsozialistischen Presse
10.45 Uhr: unter Führung Papens begibt sich die Gruppe durch die Ministergärten in die Reichskanzlei, in dessen alten Teil der Reichspräsident aufgrund der Renovierung seines Palais' umgezogen ist; im Arbeitszimmer von Staatssekretär Otto Meißner erneute Diskussion zwischen Hitler und Hugenberg, die schließlich von Meißner abgebrochen wird
11.20 Uhr: Vereidigung des Kabinetts Hitler durch Hindenburg im Empfangssaal, danach kurze Ansprache des neuen Reichskanzlers
12.00 Uhr: Rückkehr Hitlers ins Hotel *Kaiserhof*, "Siegesfeier" zusammen mit Richard Walther Darré, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Rudolf Heß, Heinrich Himmler, Hanns Kerrl, Wilhelm Kube, Ernst Röhm und Otto Wagener.
16.00 Uhr: Hitler begibt sich vom Hotel *Kaiserhof* in sein neues Dienstgebäude
17.00 Uhr: Erste Sitzung des neuen Kabinetts
ab 19.00 Uhr: Fackelzug von Angehörigen der nationalsozialistischen Wehrverbänden und des Stahlhelm, aber auch von Zivilisten durch Berlin; der Zug beginnt am Großen Stern (Bezirk Tiergarten) und passiert in der Zeit von etwa 20.30 bis 24.00 Uhr die Wilhelmstraße, wo ihn Hindenburg und - von einem anderen Fenster der Reichskanzlei - Hitler abnehmen. Vor der Reichskanzlei halten Göring, Goebbels und Hans Hinkel vom 'Kampfbund für Deutsche Kultur' Reden. Das Ereignis wird - mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks - von allen deutschen Sendern übertragen.
Vgl. auch Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Schleicher, insbes. Dok. 65, 71, 72, 77-79; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938, Teil I: 1933/34, Bd. 1. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983, Dok. 1; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 351 ff.; Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 707 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 366 ff.; Petzold, Papen, S. 148 ff.; Turner, Hitlers Weg zur Macht, S. 164 ff.; Berghahn, Stahlhelm, S. 245 ff.; Meissner/Wilde, Macht-

Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches.

Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederauferstehung zusammen[2].

Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an diesem Werke führend teilnehmen zu dürfen, verdanke ich neben dem großherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls[3] Eurer Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen.

---

ergreifung; S. 166 ff.; BA, NL Otto Schmidt-Hannover, Nr. 30: Aufzeichnung betr. Regierungsbildung vom 18.11.1948; IfZ, ED 60/9: Aufzeichnungen Otto Wagener, Bl. 178 ff.; Die "Machtergreifung", S. 91 ff.; Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 60 ff.

1 Vgl. Dok. 149, Anm. 1.

2 Die amtliche Meldung über die Ernennung des Kabinetts Hitler lautete: "Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Führer der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]Partei, Adolf Hitler, sowie Reichskanzler a. D. von Papen zu einer längeren Besprechung. Der Reichspräsident hat Herrn *Adolf Hitler zum Reichskanzler* ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung neu gebildet; es wurden ernannt:
Reichskanzler a. D. *von Papen* zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen,
Freiherr *von Neurath* zum Reichsminister des Auswärtigen,
Staatsminister a. D. *M.d.R. Dr. Frick* zum Reichsminister des Innern,
Generalleutnant Freiherr *von Blomberg* [*sic!*] zum Reichswehrminister,
Graf *Schwerin von Krosigk* zum Reichsminister der Finanzen,
Geheimer Finanzrat *M.d.R. Hugenberg* zum Reichswirtschaftsminister und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,
Franz *Seldte* zum Reichsarbeitsminister,
Freiherr *von Eltz-Rübenach* zum Reichspost- und Reichsverkehrsminister,
Reichstagspräsident *Göring* zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des *preußischen Innenministers* betraut.
Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, *Gereke*, wird in seinem Amt bestätigt.
Die Besetzung des Reichsjustizministeriums bleibt vorbehalten.
Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem *Zentrum* und der *Bayerischen Volkspartei* aufnehmen." Vgl. Frankfurter Zeitung vom 31.1.1933 (1. MA), "Regierung Hitler-Papen ernannt".
Außer Hitler gehörten Wilhelm Frick und Hermann Göring der NSDAP an; von seiten der DNVP waren ihr Vorsitzender Alfred Hugenberg und Franz Gürtner als Justizminister vertreten, der aber erst am 1.2.1933 in diesem Amt bestätigt wurde. Franz von Papen, seit dem 2.6.1932 parteilos, stand der DNVP nahe; Günther Gereke war stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Franz Seldte gehörte keiner Partei an, war aber 1. Bundesführer des Stahlhelm. Alle übrigen Kabinettsangehörigen, Konstantin Frhr. von Neurath, Werner von Blomberg, Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk, und Paul Frhr. von und zu Eltz-Rübenach, waren parteilos.
Zu den ergebnislosen Scheinverhandlungen Hitlers mit dem Zentrum und der BVP, die lediglich dem Reichspräsidenten suggerieren sollten, die Bildung einer vom Reichstag getragenen Regierung sei unmöglich, vgl. Rudolf Morsey, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933. In: VfZ 9 (1961), S. 182-194; Klaus Schönhoven, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33. In: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340-378, insbes. S. 362 f. Ferner Turner, Hitlers Weg zur Macht, S. 198 ff.

3 Vgl. hierzu den Tagebucheintrag von Harry Graf Kessler vom 28.1.1933 (S. 702 f.): "Das Ganze ist eine Mischung von Korruption, Hintertreppe und Günstlingswirtschaft, die an die übelsten Zeiten der absoluten Monarchie erinnert. Beispiellos ist nur, wie schnell sich alle diese Giftpilze im Schatten der Diktatur [*des Reichspräsidenten*] dieses Mal entwickelt haben."

Daß Ihr mir in trüben Tagen genauso unerschütterlich gefolgt seid wie in den Tagen des Glücks und treu geblieben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanken wir diesen Erfolg.

Ungeheuer ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

Wir müssen sie lösen und wir werden sie lösen.

An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte. Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genauso wie in der Vergangenheit - dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen.

Berlin, den 30. Januar 1933

Adolf Hitler

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
B.d.F.	Bund der Frontsoldaten
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BVP	Bayerische Volkspartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DeVlag	Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft
DHK	Deutscher Herrenklub
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
d. M.	dieses Monats
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
d. R.	der Reserve
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
f. d. R	für die Richtigkeit
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv

HJ	Hitler-Jugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IG	Interessengemeinschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KL, KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdI	Ministerium des Innern
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ND	Neudruck
Nds.	Niedersächsisch
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus/Nationalsozialistisch
NSAK	Nationalsozialistisches Automobil-Korps
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm)
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
NSK	Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OHL	Oberste Heeresleitung
OSAF	Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts

PND	Polizeinachrichtendienst
PO	Politische Organisation
Pr.	Presse
PrASlg.	Presseausschnittsammlung
PRO	Public Record Office
PZK	Politische Zentralkommission
Rep.	Repertorium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsministerium des Innern
S.A., SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
z. b. V.	zur besonderen Verwendung/Verfügung

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Ahmann, Rolf, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988.

Ahnert, Klaus, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, Teil I: 1933/34, Bd. 1. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.
Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.
Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.
Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1989.
Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933. Bearbeitet von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XXI, Göttingen 1983.

Aldcroft, Derek H., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978.

Altrichter, Helmut, Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.

Altrichter, Helmut, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917 - 1922/23, Darmstadt ^{2}1996.

Anschütz, Gerhard, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin ^{8}1928.

Arbogast, Christine und Bettina Gall, Aufgaben und Funktionen des Gauinspekteurs, der Kreisleitung und der Kreisgerichtsbarkeit der NSDAP in Würtemberg. In: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993, S. 151-169.

Arendt, Hans-Jürgen, Sabine Hering, Leonie Wagner (Hrsg.), Nationalsozialistische Frauenpolitik vor 1933. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1995.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Bauer, Peter, Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Berlin (Phil. Diss.) 1962.

Bausch, Hans, Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933, Tübingen 1956.

Behrenbeck, Sabine, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Vierow bei Greifswald 1996.

Bensch, Margrit, Die "Blut und Boden"-Ideologie. Ein dritter Weg der Moderne, Berlin 1995.

Benz, Wolfgang, Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Imanuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf [*1982*], S. 9-34.

Benz, Wolfgang, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht. In: VfZ 16 (1968), S. 317-346.

Berghahn, Volker R., Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa, München 1997.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Berning, Cornelia, Vom "Abstammungsnachweis" zum "Zuchtwart". Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven, Conn., 1984.

Bessel, Richard, The Potempa Murder. In: Central European History 10 (1977), S. 241-254.

Beyer, Günter, Adolf Hitler in Anklam. In: Anklamer Stadtkurier Nr. 3 (1996), S. 4-5.

Blaich, Fritz, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München [3]1994.

Böhnke, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978.

Bramwell, Anna, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985.

Brandenburg, Hans-Christian, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln [2]1982.

Brenner, Hildegard, Ende einer Bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972.

Broszat, Martin, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VfZ 8 (1960), S. 85-118.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Burk, Kurt, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 48 (2/1990), S. 41-64.

Calic, Edouard, Ohne Maske. Hitler - Breiting Geheimgespräche 1931, Frankfurt a. M. 1968.

Campbell, Bruce B., From Landsknecht to Political Soldier: The Political and Military Development of the Highest Leaders of the SA, Phil. Diss, University of Wisconsin-Madison 1988.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Christ, Karl, Zur augusteischen Germanienpolitik. In: Ders.: Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte, Bd. I, Darmstadt 1982, S. 183-239.

Christoph, Jürgen, Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, Frankfurt a. M. 1988.

Ciolek-Kümper, Jutta, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976.

Curtius, Julius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948.

Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.

Darré, R. Walther, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, München [5]1942.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983.

Decker, Rainer, Großunternehmer und NSDAP im November 1932 - eine wissenschaftspropädeutische Unterrichtsreihe. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), S. 145-162.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

Demant, Ebbo, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als Politischer Publizist, Mainz 1971.

Demps, Laurenz, Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin [2]1996.

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

Deutsches Frauenschaffen. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1939, im Auftrag der Reichsfrauenführung. Hrsg. und bearbeitet von Erika Kirmsse, Dortmund 1938.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München [5]1934.

Das Diktat von Versailles. Entstehung - Inhalt - Zerfall, Eine Darstellung in Dokumenten. Hrsg. von Fritz Berber, 2 Bde., Essen 1939.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Dokumente zur Limburger Stadt- und Kreisgeschichte 1870-1945, Ausgewählt und kommentiert von Heinz Maibach, Limburg 1992.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil 1: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dudek, Peter, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935, Opladen 1988.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Ehni, Hans-Peter, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Ehrenreich, Bernd, Marine-SA. Das Buch einer Formation, Hamburg 1935.

Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von und Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Erdmann, Jürgen, Coburg, Bayern und das Reich 1918-1923, Coburg 1969.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Feldman, Gerald D., Jakob Goldschmidt, the History of the Banking Crisis of 1931, and the Problem of Freedom of Manoeuvre in the Weimar Economy. In: Christoph Buchheim/Michael Hutter/Harold James (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge, Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S. 307-327.

Felice *siehe* De Felice

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Alexander, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis, 1929-35, London 1983.

Fischer, Eugen Kurt, Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens, Berlin 1957.

Fitz, Diana, Ansbach unterm Hakenkreuz, Ansbach 1994.

Flade, Roland, "Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen". Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg, Würzburg 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franz-Willing, Georg, Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923, Preußisch Oldendorf 1975.

Franz-Willing, Georg, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977.

Frehse, Michael, Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914-1933, Pfaffenweiler 1985.

Frei, Norbert, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Fried, Ferdinand, Das Ende des Kapitalismus, Jena ^{5}1931.

Friedländer-Prechtl, Robert, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931.

Fritzsche, Peter, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge, Mass., 1992.

Funke, Manfred, Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay, Düsseldorf 1989.

Gårdlund, Torsten, Marcus Wallenberg 1864-1943. Hans Liv Och Gärning, Stockholm 1976.

Gau Bayerische Ostmark. Land, Volk und Geschichte. Bearbeitet von Hans Scherzer, München [*1940*].

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967.

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliche Redaktion: Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

Gies, Horst, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 15 (1967), S. 341-376.

Gies, Horst, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Goebbels, Joseph, Kampf um Berlin. Der Anfang, München 1932.

Goote, Thor, Kam'raden die Rotfront und Reaktion erschossen ... Ein Buch vom Opfertode unserer braunen Kameraden, Berlin 1934.

Gordon, jr., Harold J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Großherr, F[*erdinand*], 10 Jahre Kampf und Aufbau im Gau Ostpreußen. In: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP, Königsberg [*1938*].

Grund, Henning, "Preußenschlag" und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden 1976.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Grünthaler, Mathias, Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1995.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Güth, Rolf, Die Marine des Deutschen Reiches 1919-1939, Frankfurt a. M. 1972.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Hahn, Fritz, Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, 2 Bde., Koblenz 1986.

Halcomb, Jill, The SA. A Historical Perspective, Overland Parks, Kans., 1985.

Hale, Oron James, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review 60 (1955), S. 830-842.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hamann, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.

Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919-33. Hrsg. von Wilhelm Recken und Julius W. Krafft, Hamburg 1933.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers "Mein Kampf". In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Hammerstein, Kunrat Freiherr von, Spähtrupp, Stuttgart 1963.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980.

Haß, Ulrike, Militante Pastorale. Zur Literatur der antimodernen Bewegungen im frühen 20. Jahrhundert, München 1993.

Hauner, Milan, Hitler. A Chronology of his Life and Time, London 1983.

Hayes, Peter, "A Question Mark with Epaulettes"? Kurt von Schleicher and Weimar Politics. In: Journal of Modern History 52 (1980), S. 35-65.

Hayward, N. F. und D. S. Morris, The First Nazi Town, New York 1988.

Heiber, Helmut, Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Hellfeld, Matthias von, Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939, Bielefeld 1987.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978.

Hentschel, Volker, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978.

Herrfahrdt, Heinrich, Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis, Berlin 1927.

Hierl, Konstantin, Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Herbert Freiherr von Stetten-Erb, Bd. 2, München 1941.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 55-61.

Hildebrand, Klaus, Monokratie oder Polykratie. Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich: In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 73-96.

Hildermeier, Manfred, Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt a. M. 1989.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Zur Beurteilung des "Monarchismus" in der Weimarer Republik. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson. Hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a. M. 1976, S. 138-186.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-621.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; ^{65}1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlungen vor dem Volksgericht München I. Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, 3 Bde., München 1997 ff.

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Holl, Karl und Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Hoppe, Bert, Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik. In: VfZ 45 (1997), S. 629-657.

Horn, Wolfgang, Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924. In: VfZ 16 (1968), S. 280-294.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972.

Horst Wessel. Sein Lebensweg, nach Lichtbildern zusammengestellt, mit einem Geleitwort seines Corpsbruders und des Beraters seiner Hinterbliebenen Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Fischer-Kautz. Hrsg. von seiner Schwester Ingeborg, München 1933.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Housden, Martyn, Helmut Nicolai and Nazi Ideology, Houndmills 1992.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.
Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, Stuttgart ^{3}1992.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Ilsemann, Sigurd von, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., Bd. II: Monarchie und Nationalsozialismus 1924-1941. Hrsg. von Harald von Koenigswald, München 1968.

Ishida, Yuji, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt a. M. 1988.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, Berlin o. J.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker mit einer Einleitung von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981, S. 329-360.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jegelka, Norbert, Volksgemeinschaft und Germanenmythos. Das Trugbild des Germanentums 1933-1945. In: Varusschlacht und Germanenmythos. Eine Vortragsreihe anläßlich der Sonderausstellung Kalkriese, Römer im Osnabrücker Land in Oldenburg 1993, Oldenburg 1994, S. 109-118.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

John, Jürgen, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Köln 1995, S. 213-245.

Jordan, Rudolf, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971.

Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961.

Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion. Hrsg. von G. Bombach, H.-J. Ramser, M. Timmermann, W. Wittmann, Berlin 1976.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmich, Christoph M., The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969.

Kluke, Paul, Der Fall Potempa. In: VfZ 5 (1957), S. 279-297.

Knickerbocker, H[*ubert*] R[*enfro*], Deutschland So oder So?, Berlin 1932.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Koch, Hannsjoachim W., Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Frankfurt a. M. 1978.

Koehl, Robert Lewis, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison, Wis., 1983.

Köhler, Henning, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967.

Krabbe, Wolfgang R. (Hrsg.), Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krause, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

Krause-Vilmar, Dietfried, Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel. In: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Bd. 2: Studien. Hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 13-36.

Kratzsch, Gerhard, Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd. In: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 173-207.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Die Kriege Friedrichs des Großen. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung II. Dritter Teil: Der Siebenjährige Krieg 1756-1763.
Bd. 3: Kolin, Berlin 1901
Bd. 6: Leuthen, Berlin 1904
Bd. 10: Kunersdorf, Berlin 1912, alle ND: Bad Honnef 1982.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.

Kruse, Wolfgang, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Kuhn, Axel, Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Haus des Barons von Schröder. Eine methodisch-systematische Quellenanalyse mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der

Geschichtswissenschaft anzudeuten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 709-722.

Kühnel, Franz, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985.

Kunisch, Johannes, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.

Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Reichstag 1930. Hrsg. von Hermann Hillger, Berlin [*1930*].

Leopold, John A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven ^{2}1979.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1983-1986.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Volker Wehrmann, Detmold 1984.

Lochmüller, Benedikt, Hans Schemm, Bd. 2: 1920-1935, München 1940.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Longerich, Peter, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.

Losemann, Volker, Nationalistische Interpretationen der römisch-germanischen Auseinandersetzung. In: Wiegels/Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht, S. 419-432.

Lowe, C. J./ F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, "Wiederwehrhaftmachung" oder "Abrüstung". Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Öffentlichkeit. In: Lehren aus

der Geschichte? Historische Friedensforschung. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt a. M. 1990, S. 186-231.

Lutz, Hermann, Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers. In: VfZ 2 (1954), S. 386-396.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

Die "Machtergreifung". Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933. Hrsg. von Wieland Eschenhagen, Darmstadt 1982.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ³1990.

Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1974.

Marx, Karl und Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) ⁹1974.

Maser, Werner, Adolf Hitler. Biographie, München ⁷1978.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation der Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343.

Matzerath, Horst und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Mauch, Hans-Joachim, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des "Paramilitarismus", Frankfurt a. M. 1982.

Meissner, Hans Otto, Harry Wilde, Die Machtergreifung. Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs, Stuttgart 1958.

Meißner, Otto, Das neue Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, Berlin 1921.

Meißner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg ³1950.

Merkl, Peter H., The Making of a Stormtrooper, Princeton, New Jersey, 1980.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, München 1979, S. 9-380.

Mick, Christoph, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928-1932, Stuttgart 1995.

Milatz, Alfred, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 743-793.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Unter Verwendung amtlicher Unterlagen von Parteidienststellen zusammengestellt und bearbeitet von Arno Schröder, Detmold 1940.

Möller, Horst, Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918. In: Lothar Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 293-342.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994.

Mommsen, Hans, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: Michael Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 62-71.

Mommsen, Hans, Preußentum und Nationalsozialismus. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 29-41.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

Morsey, Rudolf, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933. In: VfZ 9 (1961), S. 182-194.

Morsey, Rudolf, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929-1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern. In: Klaus König (u. a. Hrsg.), Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule, Köln 1977, S. 111-133.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Müller-Jabusch, Maximilian (Hrsg.), Handbuch des Öffentlichen Lebens. Fünfte Ausgabe des Politischen Almanachs, Leipzig 1929.

München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993.

Münkel, Daniela, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M. 1996.

Muth, Heinrich, Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem. In: VfZ 29 (1981), S. 189-215.

Muth, Heinrich, Das "Kölner Gespräch" am 4. Januar 1933. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 37 (1986), S. 463-480, 529-541.

Nadler, Harry E., The Rhenish Separatist Movements During the Early Weimar Republic 1918-1924, New York 1987.

Nadolny, Sten, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP. 6. Jahrgang, München 1932.

Neebe, Reinhard, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

Niclauss, Karlheinz, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966.

Nove, Alec and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917. Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre), Lübeck 1935.

Nuß, Karl, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin (Ost) 1977.

Oertel, Thomas, Horst Wessel. Untersuchung einer Legende, Köln 1988.

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Papen, Franz von, Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933, Mainz 1968.

Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet), Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, [*München 1935*].

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933. Hrsg. von Dietrich Harth, Dietrich Schubert und Ronald Michael Schmidt, Heidelberg 1985.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Petzold, Joachim, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995.

Petzold, Joachim, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.

Petzold, Joachim, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

Phelps, Reginald H., Aus den Groener-Dokumenten. VII: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning. In: Deutsche Rundschau 77 (1951), S. 19-31.

Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rabbow, Arnold, dtv-Lexikon politischer Symbole A-Z, München 1970.

Rebentisch, Dieter, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Wiesbaden 1989.

Rebentisch, Dieter, Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Repfennig, Erich, 10 Jahre Kampf um Pasewalk, die Lazarettstadt Adolf Hitlers. Geschichte der Ortsgruppe Pasewalk der NSDAP. Hrsg. zur Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Pasewalk, Pasewalk 1933.

Ribbentrop, Joachim von, Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953.

Riekhoff, Harald von, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971.

Ritter, Gerhard A., Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972, S. 244-275.

Rödder, Andreas, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996.

Röhl, Klaus Rainer, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt a. M. 1994.

Roos, Hans, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957.

Rosenhaft, Eve, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der "Dritten Periode", 1929-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und

gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 394-421.

Rühle, Gerd, Kurmark. Die Geschichte eines Gaues, Berlin 1934.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1932, Düsseldorf 1978.

Schaap, Klaus, Oldenburgs Weg ins 'Dritte Reich'. Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Oldenburg 1983.

Schäfer, Oskar, Die Pirmasenser Separatistenzeit 1923/1924, Pirmasens 1936.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schildt, Axel, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schlenke, Manfred, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt. In: Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposions. Hrsg. von Otto Büsch, Berlin 1981.

Schlüter, Wolfgang (Hrsg.), Römer im Osnabrücker Land. Die archäologischen Untersuchungen in der Kalkrieser-Niewedder Senke, Bramsche 1991.

Schmidt-Pauli, Edgar von, Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin [2]1933.

Schmidt-Richberg, Wiegand, Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate, Stuttgart 1962.

Schönhoven, Klaus, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33. In: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 340-378.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schröder, Arno, "Hitler geht auf die Dörfer...". Der Auftakt zur nationalen Revolution. Erlebnisse und Bilder von der entscheidenden Januarwahl 1933 in Lippe, Detmold 1938.

Schubert-Weller, Christoph, Hitler-Jugend. Vom "Jungsturm Adolf Hitler" zur Staatsjugend des Dritten Reiches, Weinheim 1993.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schultze-Pfaelzer, Gerhard, Hindenburg und Hitler zur Führung vereint, Berlin 1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 154-172.

Schulz, Gerhard, Die Suche nach dem Schuldigen. Heinrich Brüning und seine Demission als Reichskanzler. In: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Paul Mikat, Konrad Repgen, Martin Schumacher und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1992.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992.

Schulz, Gerhard und Horst Matzerath, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930-1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59-92.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schuster, Wolfgang, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 125-130.

Schwede-Coburg, Franz, Kampf um Coburg, München 1939.

Scott, William Evans, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N. C., 1962.

Seckendorff, Eva von, Monumentalität und Gemütlichkeit. Die Interieurs der NSDAP-Bauten am Königsplatz. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 119-146.

Seehofer, Herbert, Mit dem Führer unterwegs! Kleine Stimmungsbilder einer großen Reise, München 1934.

Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989.

Sombart, Werner, Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.

Sontheimer, Kurt, Der Tatkreis. In: VfZ 7 (1959), S. 229-260.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Petzina, Dietmar, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977.

Stachura, Peter D., Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Cal., 1975.

Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP 1937. Nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1938.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1934. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1934.

Stegmann, Dirk, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399-482.

Stegmann, Dirk, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse. Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 275-296.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinmeyer, Gitta, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Sunnus, Michael, Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Frankfurt a. M. 1990.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv.
Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941,
Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930,
Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Tal, Uriel, "Political Faith" of Nazism Prior to the Holocaust, Tel Aviv 1978.

Tanaka, Takashi, Les relations franco-japonaises de 1931 à 1941. In: Guerres mondiales et conflits contemporains 45 (1995), H. 178, S. 91-102.

Taschenbuch der Kriegsflotten 1932, XXVII. Jahrgang 1932. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1932.

Teichert, Eckart, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ^{9}1986.

Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg. Hrsg. von Kurt L. Walter-Schomburg, Berlin 1934.

Trumpp, Thomas, Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 32 (1981), S. 223-241.

Trumpp, Thomas, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Diss. phil., Tübingen 1963.

Tschirbs, Rudolf, Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933, Berlin 1986.

Turner, jr., Henry Ashby, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.

Turner, jr., Henry Ashby, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen. In: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 18-68.

Turner, jr., Henry Ashby, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Turner, jr., Henry Ashby, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Tyrell, Albrecht, Gottfried Feder and the NSDAP. In: The Shaping of the Nazi State. Ed. by Peter D. Stachura, London 1978, S. 48-87.

Uhlig, Heinrich, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearbeitet von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel.
Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik
Bd. VII: Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung
Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930-1933, Berlin [*1958- 1963*].

Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454, Berlin 1932.

Vogelsang, Thilo, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437.

Vogelsang, Thilo, Papen und das außenpolitische Erbe Brünings. Die Lausanner Konferenz 1932. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Hrsg. von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, S. 487-507.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wachtler, Johann, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929-1933, Frankfurt a. M. 1983.

Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. Von Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann. Unter Mitarbeit von Dirk Hänisch, Jan-Bernd Lohmöller und Johann de Rijke, München 1986.

Walker, Denis Paul, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, 1918 to 1930, Cambridge, Mass., 1976.

Walter, Franz, Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar 1995, S. 143-164.

Walter, Michael, Hitler in der Oper. Deutsches Musikleben 1919-1945, Stuttgart 1995.

Wandycz, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Wegerd, Alfred, Deutsche Luftfahrtgesetzgebung. Reichsrechtliche Vorschriften, Berlin 1930.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Wengst, Udo, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus. In: VfZ 28 (1980), S. 94-110.

Wengst, Udo, Großindustrie und Machtergreifung 1930-1933. Zu den Beziehungen zwischen industriellen Führungsgruppen und Nationalsozialismus von 1930 bis 1933. In: Politische Studien 34 (1983), S. 37-47.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

Weyerer, Benedikt, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993.

Wiegels, Rainer und Winfried Woesler (Hrsg.), Arminius und die Varusschlacht. Geschichte, Mythos, Literatur, Paderborn 1995.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930), in: Studia Śląskie, 30 (1976), S. 341-362.

Wolffsohn, Michael, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zehn Jahre NSDAP in Lipperode. Hrsg. von der NSDAP. Ortsgruppe Lipperode, Lippstadt 1938.

Zeidler, Manfred, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Ziegler, Walter, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 139-159.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg ²1989.

Zofka, Zdenek, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.